ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 14. Januar 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 1/2







BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Die Vorvermarktung in Langerringen und Hiltenfingen für LEW Highspeed wurde erfolgreich abgeschlossen. Das Projekt geht jetzt in die Umsetzung: v.l. Langerringens 2. Bürgermeister Stefan Baur, LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann und Hiltenfingens 1. Bürgermeister Robert Irmler. Bild: LEW

GZ-Interview mit LEW-Vorstand Norbert Schürmann:

Auf dem Weg zur Energie von morgen

Mit ihrem breiten Leistungsspektrum zeigt sich die Lechwerke AG gut für die Zukunft aufgestellt. „Mit LEW haben Bürger und Kommunen einen verlässlichen Partner an der Seite, der Strom, Gas, Wärme und Glasfaser aus einer Hand liefert“, unterstrich LEW-Vorstand Norbert Schürmann im Gespräch mit der Bayerischen GemeindeZeitung.

GZ: Thema Breitbandausbau: Deutschland rangiert hier im internationalen Vergleich nicht auf den vorderen Rängen. Auch im Inland zeigt sich ein starkes Gefälle zwischen Stadt und ländlichen Regionen. Wie beurteilen Sie den Ausbauzustand generell? Welche Maßnahmen von Bund und Land wären dringend notwendig?

Schürmann: *Aufgrund des enormen Bedarfs an Datenvolumen, der in Deutschland innerhalb von zehn Jahren um das Zehnfache steigen wird, ist es absolut erforderlich, eine leistungsfähige Dateninfrastruktur aufzubauen. Laut dem Bundesverband Breitbandkommunikation BREKO werden 2025 mehr als 75 Prozent der Haushalte Bandbreiten in einer Größenordnung von mehr als 500 Mbit/s nachfragen. Glasfaser ist dabei die Technologie, die hohe Bandbreiten garantiert. Im städtischen Bereich liegt die Verfügbarkeit von 1.000 Mbit/s oder mehr Bandbreite pro Haushalt derzeit bei rund 80 Prozent, im ländlichen Bereich dagegen nur bei unter 20 Prozent.*

GZ: Was hat LEW als regionalen Energieversorger bewogen, in den Telekommunikationsmarkt einzusteigen?

(Fortsetzung auf Seite 6)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Heimatminister Albert Füracker:

Schaufenster für die lebenswerte Heimat Bayern

Bayerische Ländermonate auf dem Demografieportal des Bundes und der Länder

„Die bayerischen Ländermonate von Januar bis April auf dem bundesweiten Demografieportal starten! Bayern ist eine attraktive, lebens- und liebenswerte Heimat. Das gilt nicht nur für die Städte und ihr direktes Umland. Besonders erfreulich war in den letzten Jahren gerade auch der stetige Anstieg der Einwohnerzahlen im ländlichen Raum“, betont Finanz- und Heimatminister Albert Füracker. „Neben einer vorausschauenden Heimatpolitik ist diese Entwicklung vor allem den engagierten Bürgerinnen und Bürgern des Freistaates zu verdanken. Sie machen unsere Heimat so einzigartig!“, so der Heimatminister weiter.

Seit dem 5. Januar beginnen die bayerischen Ländermonate auf dem Demografieportal des Bundes und der Länder unter www.demografie-portal.de. Dort wird Bayern die Herausforderungen und Aktivitäten im Bereich der Demografiepolitik vorstellen. Das Portal bietet einen guten Überblick, wie vielfältig Bayern im Themenfeld Demografie aufgestellt ist: von Heimatpolitik bis Bildung, von Städtebau bis Familienpolitik, von Arbeitsmarkt bis zu ländlicher Entwicklung. „Vor allem das Zusammenspiel von urbanen Zentren und ländlichem Raum ist charakteristisch für den Freistaat. Mit unserer Heimatstrategie sind wir dafür sehr gut aufgestellt und setzen Entwicklungsimpulse in allen Teilen Bayerns. Die Schaffung gleicher Chancen und gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Freistaat ist uns ein zentrales Anliegen und wird auch in den kommenden Jahren die nachhaltige Heimatpolitik des Freistaats weiter prägen“, stellt Füracker fest.

Weitere Informationen zur Demografie in Bayern bietet auch der Demografie-Leitfaden der bayerischen Staatsregierung www.demografie-leitfaden-bayern.de. ❐

DStGB-Bilanzpressekonferenz:

Chance für Neustart und Zusammenhalt

„Die Corona-Pandemie hat uns im vergangenen Jahr mit voller Wucht auf allen Ebenen getroffen“, betonten Bürgermeister Ralph Spiegler, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, und Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg anlässlich der Bilanz-Pressekonferenz des kommunalen Spitzenverbandes in Berlin. Noch könne keine Entwarnung gegeben werden, die Einschränkungen für Wirtschaft und Menschen würden auch im neuen Jahr 2021 zumindest in der ersten Jahreshälfte andauern. Nun müsse aktiv daran gearbeitet werden, dass die Krise nicht zu einer noch stärkeren Spaltung zwischen armen und reichen Regionen in Deutschland führt.

Deutschland habe durch die Auswirkungen der Pandemie im Jahr 2020 die größte Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges erlebt. Die Wirtschaft sei stark eingebrochen, die Zahl der Arbeitslosen auf über 3 Millionen Menschen angestiegen, weitere 3 Millionen Menschen sind derzeit in Kurzarbeit. Sehr stark betroffen sind laut Spiegler und Landsberg besonders die kommunalen Haushalte.

Steuern brechen weg

Wegbrechende Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Ausgaben rissen tiefe Löcher in die kommunalen Kassen. Bereits ohne die Auswirkungen des zweiten Lockdowns prognostizierte die Steuerschätzung im November 2020 rund 50 Milliarden geringere Steuereinnahmen für Städte und Gemeinden bis zum Jahr 2024.

Länder und Bund stehen laut DSDtGB in der Pflicht, mindestens auch für die Jahre 2021 und 2022 einen Rettungsschirm für die Kommunalfinanzen aufzuspannen.

Die Kommunen sind gefordert

Die Kompensationszahlungen müssten dabei neben den Gewerbesteuerverlusten auch die Mindereinnahmen bei den gemeindlichen Anteilen an der Einkommen- sowie der Umsatzsteuer berücksichtigen. Gerade in der Krise benötigten Bür-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Kommunalminister Joachim Herrmann:

Offenes Ohr für die Anliegen der Kommunen

Fragen in Bezug auf die rechtliche Situation abgelehnter Asylbewerber diskutierten mit Staatsminister Joachim Herrmann der Erste Bürgermeister der Stadt Neunburg vorm Wald, Martin Birner und Elke Reinhart von der Initiative „Integration SAD“ kurz vor Weihnachten im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration in München. Bei dem Treffen konnten Missverständnisse ausgeräumt werden. Mit Blick auf den häufig geäußerten Wunsch nach einem Verbleib in Deutschland zur Ermöglichung einer qualifizierten Berufsausbildung zeigte Minister Herrmann individuelle Lösungsansätze auf. Er hob außerdem anerkennend das großartige Engagement der Stadt Neunburg vorm Wald im Bereich der Integration hervor: „Wenn Menschen wie Elke Reinhart mit Herzblut, Engagement und hervorragender Sachkunde die Integration von anerkannten Flüchtlingen fördern, aber auch deren Anstrengung konsequent einfordern, dann zeitigt das auch Erfolge“, so der Kommunalminister. Bild: Staatsministerium des Innern, Bayern

Innenminister Herrmann und Digitalministerin Gerlach:

Online-Verfahren für ausländische Fachkräfte

Bayern erleichtert ausländischen Fachkräften, die in einem Unternehmen arbeiten möchten, die Beantragung von Aufenthaltstiteln mit einem neuen Online-Verfahren im BayernPortal (www.freistaat.bayern). Das betrifft die „Blaue Karte EU“ und die „Aufenthaltserlaubnis für Fachkräfte mit beruflicher und akademischer Ausbildung“. Das haben Bayerns Innenminister Joachim Herrmann und Digitalministerin Judith Gerlach bekanntgegeben.

„Wir stellen dieses Online-Verfahren allen Ausländerbehörden zur Verfügung“, erklärte Herrmann. „Unternehmen müssen ausländische Fachkräfte nicht mehr extra für langwierige Behördengänge freistellen. Arbeitnehmer wiederum sparen sich den Gang zur Ausländerbehörde, können ihren Antrag 24 Stunden, sieben Tage die Woche stellen und werden vom System leicht verständlich durch das gesamte Verfahren gelotst.“ Digitalministerin Judith Gerlach: „Wir treiben die Digitalisierung der Verwaltungsdienstleistungen weiter voran. Künftig sollen Bürger und Unternehmen noch einfacher auch online mit dem Staat in Verbindung treten können. Dieser Service ist eine echte Erleichterung und ein Plus für den international ausgerichteten Wirtschaftsstandort Bayern.“

Beschleunigtes Verfahren

Die unkomplizierte Online-Beantragung ist laut Herrmann ein weiterer Baustein, um Bayern für Fachkräfte attraktiv zu machen. Die „Zentrale Stelle für die Einwanderung von Fachkräften“ (ZSEF) als Außenstelle der Regierung von Mittelfranken in Nürnberg hat ihre Arbeit aufgenommen. Im Rahmen des mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz geschaffenen „beschleunigten Fachkräfteverfahrens“ stellt sie ein zusätzliches Serviceangebot für bayerische Arbeitgeber bereits vor der Einreise von Fachkräften dar.

Zusätzliche Erleichterung

Mit dem Online-Verfahren hat Bayern eine zusätzliche Erleichterung für die Erteilung eines Aufenthaltstitels für ausländische Fachkräfte und damit nicht zuletzt auch für Unternehmen geschaffen. Die Online-Verfahren leisten zudem einen Beitrag zur Entlastung der bayerischen Ausländerbehörden. Herrmann stellte klar, dass das Verfahren für ausländische Fachkräfte nach einer legalen Einreise bestimmt ist, nicht jedoch für die Erteilung von Beschäftigungserlaubnissen an Asylbewerber oder abgelehnte Asylbewerber mit Duldung gilt. ❐



Donald und Corona, zwei Themen, die hoffentlich bis Ende des neuen Jahres vergessen sein werden. Bei letzterem hat der Bürgermeister allerdings wenig Hoffnung. Auch seine Vorzimmerperle hat genug und zwar von den zahlreichen Besserwissern allerorten. **Seite 19**

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Virtuelle Klausurtagung der CSU-Landesgruppe	2
Ideenwettbewerb „Kommunal? Digital!“	2
Bayerns Kliniken am Limit	3
GZ-Kolumne Hermann Steinmaßl: Energiewende mit der Wasserkraft meistern	3
Grünes Licht für interkulturelle Projekte	4
Kommunale Energiethemen	5 - 10
Recycling • Entsorgung • Umwelt	11 - 12
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau	13 - 15
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV	16
Aus den bayerischen Kommunen	17 - 20

Virtuelle Klausurtagung der CSU-Landesgruppe:

Gemeinsam stärker aus der Krise

Starterkit für die Altersvorsorge, digitale Bildung ab dem Kindergarten und 5.000 Euro für Berufseinsteiger in der Pflege: Mit einem umfangreichen Zukunftspaket stieg die CSU-Landesgruppe mit ihrer traditionellen, diesmal virtuellen Winterklausur ins Wahljahr 2021 ein. Laut Landesgruppenchef Alexander Dobrindt „muss 2021 das Jahr werden, in dem wir Corona hinter uns lassen".

Bei der Tagung im Berliner Congress Center ging es laut Dobrindt darum, „den ersten Impuls für das Regierungsprogramm der Union" zu setzen. Die zur Beratung vorgelegten und verabschiedeten Papiere sind dabei mehr als nur Positionsbestimmungen; sie sind mit einem klaren Gestaltungsanspruch und Handlungsauftrag verbunden.

„Chancen schaffen und Richtung geben", lautet die Maxime. Hierzu soll u.a. die Kinderbetreuung finanziell stärker gefördert werden. Beiträge für Kinderbetreuungskosten sollen voll von der Steuer absetzbar sein – statt wie heute nur bis zu zwei Drittel und mit maximal 4.000 Euro pro Kind und Jahr. Den zulässigen Höchstbetrag will die CSU dabei auf 6.000 Euro anheben.

Generationengerechtigkeit

Um die finanzpolitische Generationengerechtigkeit zu bewahren, soll ab dem Bundeshaushalt 2022 die grundgesetzliche Schuldenbremse wieder eingehalten werden. „Wer die notwendige Haushaltskonsolidierung mit einem zusätzlichen Corona-Soli erreichen will, führt das Land in neue Ungerechtigkeiten. Denn diese Beiträge sind von den Bürgern schon einmal geleistet worden. Konsolidierung geht nicht mit Belastungen in der Krise, sondern nur mit neuem wirtschaftlichem Wachstum", heißt es in dem Beschluss.

Geplant ist auch ein sogenanntes Starterkit. Dafür soll der Staat ab Geburt bis zum 18. Lebensjahr für jedes Kind einen Beitrag von 100 Euro pro Monat in einen Generationen-Pensionsfonds einzahlen, der das Geld renditeorientiert anlegt. Das Starterkit soll die drei bestehenden Säulen der Altersvorsorge – gesetzliche Rente, eigeninitiierte private Vorsorge und betriebliche Altersvorsorge – um eine vierte Säule ergänzen. Mit dem Eintritt ins Rentenalter würde das Geld aus dem Generationen-Pensionsfonds dann zusätzlich zu den Summen aus den bestehenden Säulen ausbezahlt.

Offensive für Krankenhäuser auf dem Land

Zudem setzt sich die CSU eine Sicherstellungsoffensive für Krankenhäuser auf dem Land zum Ziel. Um auch in Zukunft eine gute Versorgung in der Nähe zu haben, soll mit einem Sicherstellungszuschlag von 5 Milliarden Euro für die Grundversorgung sichergestellt werden, dass die Krankenhäuser auf dem Land erhalten bleiben und Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau gewährleisten.

Bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege stehen ebenso auf der Agenda. „In der Corona-Pandemie hat das medizinische Personal Großartiges geleistet. Jetzt ist es Zeit, etwas zurückzugeben. Wir wollen die Arbeitsbedingungen weiter verbessern, indem wir ein bürokratiearmes, verbindliches und auf den tatsächlichen Pflegebedarf abgestimmtes Personalbemessungsinstrument unter Berücksichtigung der dazu gehörigen Assistenzberufe flächendeckend einführen. Darüber hinaus wollen wir mehr Angebote der Gesundheitsförderung für die Pflegekräfte", heißt es. Für jene, die gerade in den Beruf einsteigen, soll eine Neueinsteiger-Prämie von 5.000 Euro geschaffen werden, die nach Beendigung der Ausbildung ausbezahlt wird, wenn sie weiter im Pflegeberuf arbeiten.

Die Digitalisierung, der Einsatz von Smart-Home-Technologien sowie der Einsatz modernster Roboter seien eine enorme Chance für eine hohe Lebensqualität im Alter und die Entlastung der Pflegekräfte. Deshalb spricht sich die CSU dafür aus, weitere 500 Millionen Euro für die Ausstattung von Krankenhäusern und Pflegeheimen mit Hightech und Robotik bereitzustellen. Gleichzeitig sollen elektronische Rezepte, Abrechnungen und Dokumentationen künftig Standard werden – mit der klaren Maßgabe: Zeit für Patienten statt Papierkram.

Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur schweben der CSU schnelle Verbindungen zwischen Umland und Stadtmitte vor. Der gesamte ÖPNV soll auch in den Innenstädten verbessert werden. Damit Stadt und Land enger zusammenrücken und sich vernetzen können, ist die Zweckbindung der GVFG-Mittel mit einem klaren Schwerpunkt auf die Anbindung des Umlandes, den Ausbau von S- und U-Bahnen sowie Park-and-Ride-Flächen geplant.

Neue Schienenprojekte

Gleichzeitig sollen noch mehr Schienen-Infrastrukturprojekte in allen Regionen umgesetzt werden. Ziel ist es, mehr Flexibilität bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung in Kombination mit einer stärkeren Gewichtung des Klimaschutzes zu erreichen. Darüber hinaus sollen Förderprogramme für innovative Verkehrskonzepte verstärkt werden, die Menschen vom Umland schnell in die City bringen. „Hyperloops und Flugtaxis sind keine Sciencefiction – sie sind Realität. Wir wollen, dass sie bei uns entwickelt und zum Einsatz kommen."

Geplant ist darüber hinaus die Einführung einer „Smartphone-Perso". Während der Corona-Krise habe sich die Nutzung des Online-Ausweises um 250 Prozent gesteigert. Daran will die CSU anknüpfen und die Akzeptanz für die Online-Ausweisfunktion von Personalausweisen weiter steigern. „Wir wollen, dass die Verwendung des Online-Ausweises im Internet künftig noch einfacher wird und der Ausweis direkt auf dem eigenen Smartphone gespeichert werden kann. Das gleiche gilt für weitere offizielle Dokumente wie den Führerschein. Darüber hinaus wollen wir für unsere Bürgerinnen und Bürger Behördengänge möglichst komplett digitalisieren – nach dem erfolgreichen Vorbild der von uns umgesetzten digitalen Kfz-Zulassung i-Kfz. Gerade häufig genutzte Leistungen müssen so einfach sein wie eine Bestellung in einem Onlineshop. Die Sicherheit aller Anwendungen muss dabei stets gewährleistet und garantiert sein."

Internet-Riesen besteuern

„Wir wollen die Internet-Riesen besteuern", lautet eine weitere Forderung. „Wer bei uns mit Dienstleistungen im Internet Geld verdient, der muss auch bei uns Steuern zahlen. Wenn Google und Facebook mit personalisierter Werbung und Daten aus Deutschland Geld verdienen, dann müssen sie von diesem Gewinn auch etwas an unser Gemeinwesen zurückgeben – so wie jedes andere Unternehmen auch. Die Zeit ist deshalb reif für die Google- und Amazon-Steuer. Dafür wollen wir in erster Linie eine international abgestimmte Lösung im Rahmen der OECD." Bis sich diese Lösung erreichen lässt, müsse eine europaweite Regelung für eine Mindestbesteuerung getroffen werden.

Weltraumbahnhof

Im Visier hat die CSU überdies einen Weltraumbahnhof für Deutschland und Europa: „Ein zentraler Schlüssel für die Digitalisierung unseres Landes liegt im Orbit unseres Planeten. In den kommenden Jahren werden kleine Satelliten bei der Erdbeobachtung, der Umwelt- und Klimaforschung sowie bei allen Big Data Projekten immer stärker an Bedeutung zunehmen. Wirtschaftliches Wachstum wird von der Anbindung an Satellitennetzwerke abhängen. Bis 2028 werden bis zu 8.500 Kleinsatelliten ins All starten, die alle einen Träger und einen Startplatz brauchen." Dieser Markt soll für Deutschland erschlossen werden und das Land zum europäischen Startplatz für Microsatellites und -launcher machen. Ziel ist es, gemeinsam mit der Wirtschaft eine mobile Startplattform in der Nordsee zu errichten und zu betreiben. **DK**

Landshuter Energiegespräche

Wer den Online-Vortrag „Nachhaltige Klärschlammentsorgung im ländlichen Raum – das Projekt greenIKK" von Julia Straub (Technologiezentrum Energie der Hochschule Landshut) mit anschließender Diskussion am 18. Januar 2021, Beginn 18.30 Uhr mitmachen möchte, muss sich umgehend anmelden: www.hawlandshut.de/la-energiegespraeche ❐

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Sebastian Winkler
84494 Niedertaufkirchen
am 21.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Wolfgang Roßkopf
91795 Dollnstein
am 21.1

Oberbürgermeister
Jürgen Dupper
94032 Passau
am 22.1.

Bürgermeisterin Thea Kohlroß
97852 Schollbrunn
am 26.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfred Paulus
93349 Mindelstetten
am 18.1.

Bürgermeister Peter Münster
82223 Eichenau
am 19.1.

Bürgermeister Anton Wallner
83075 Bad Feilnbach
am 26.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stephan Märkl
82491 Grainau
am 23.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Stephan Höß
88167 Röthenbach im Allgäu
am 27. 1..

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Schwäbische Landräte schreiben an Ministerpräsident Markus Söder:

Unterstützung für Krankenhäuser gefordert

Landrat Thorsten Freudenberger hat sich zusammen mit seinen schwäbischen Kolleginnen und Kollegen an Ministerpräsident Markus Söder gewandt. In dem gemeinsamen Schreiben geht es um die Ersatz-Vergütung von finanziellen Ausfällen, wenn die Krankenhäuser COVID-Patienten behandeln.

Die aktuelle Regelung folgt der Bundesgesetzgebung und bedeutet konkret, dass bestimmte Krankenhäuser im Moment nur unter entsprechenden Hürden oder grundsätzlich keine Ersatzvergütung erhalten. Das betrifft Krankenhäuser der Notfallkategorie „Basisnotfallversorgung" sowie Krankenhäuser, die keiner oder einer Spezialkategorie zuzuordnen sind. Zu befürchten steht, dass kleinere Häuser wie die der Kreisspitalstiftung Weißenhorn keine oder viel zu geringe Ausgleichszahlungen für die derzeitigen Corona-Dienstleistungen erhalten, was für die Kommunalpolitik nicht hinnehmbar ist.

Die Landrätinnen und Landräte fürchten

- dass die betroffenen Kliniken aus wirtschaftlichen Gründen nur noch bedingt oder gar nicht mehr an der Versorgung von COVID-Patienten teilnehmen,
- dass ein Versorgungsengpass von COVID-Patienten droht,
- und dass es zu einer Überlastung der Schwerpunktkrankenhäuser kommt, die COVID-Patienten behandeln.

Sie fordern

- Die Schaffung von Strukturen und Regelungen, um den Patiententransfer aus stark belasteten oder bereits lokal überlasteten Regionen fest zu regeln. Damit soll einer Überlastungslage bereits im Vorfeld vorgebeugt werden und diese umgangen werden;
- sowie eine entsprechende Ersatz-Vergütung für alle Krankenhäuser, die sich an einer solchen Kooperation beteiligen.

Dadurch können auch kleinere Krankenhäuser in den ländlichen Regionen an der notwendigen Versorgung von COVID-Patienten teilnehmen, was ihnen sonst aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich wäre.

Die schwäbischen Landräte bitten deshalb den Ministerpräsidenten, sich für eine unverzügliche Änderung der Finanzierungsregelung beim Bund einzusetzen.

„Durch die gute und kollegiale Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern konnte bis jetzt ein Versorgungsengpass in Schwaben vermieden werden", sagt Landrat Thorsten Freudenberger. „Dies gilt es unbedingt weiter aufrecht zu erhalten. Deshalb muss dringend verhindert werden, dass kleine, kommunale Kliniken aus finanziellen Gründen hierzu ihren Beitrag nicht weiter leisten können. Wir sind für eine flächendeckende Versorgung aller Patientinnen und Patienten insbesondere auch auf die kleineren Häuser angewiesen." ❐

Digitalministerin Judith Gerlach gibt Startschuss:

Ideenwettbewerb „Kommunal? Digital!"

Smarte Lösungen für Städte und Gemeinden

Ob intelligente Nahverkehrsteuerung oder eine App für die ökologische Optimierung der Müllabfuhr – die Digitalisierung kann auch den bayerischen Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern Riesenvorteile bringen. Allerdings braucht es dazu die richtigen Ideen. Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach gab deshalb im Dezember den offiziellen Startschuss für den Ideenwettbewerb „Kommunal? Digital!". Bis Mitte Februar werden die smartesten Vorschläge für digitale Lösungen in Kommunen gesucht.

Für die zehn besten Ideen locken jeweils bis zu 500.000 Euro Preisgeld. Gerlach erklärt: „Unsere bayerischen Kommunen sind die erste Anlaufstelle, wenn es um die Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger geht. Hier können sie digitale Verbesserungen hautnah erleben. Aber nicht jede Kommune muss das digitale Rad immer wieder neu erfinden. Mit unserem Ideenwettbewerb wollen wir digitale Lösungen mit Modellcharakter für mehr Nachhaltigkeit identifizieren, die dann von anderen Städten und Gemeinden übernommen werden können.

Ziel: Unsere schönen bayerischen Kommunen mit Hilfe der Digitalisierung noch umweltfreundlicher, effizienter, lebenswerter und so quasi ´smarter´ zu machen."

Best Practice-Wettbewerb

„Kommunal? Digital!" ist ein Best Practice-Wettbewerb für alle bayerischen Kommunen. Der Bewerbungsprozess durchläuft zwei Phasen:

Phase 1: Aufruf zur Vorlage von Projektskizzen mit einer Projektdauer von bis zu drei Jahren (Bewerbungsschluss: 12. Februar 2021).

Phase 2: Nach der erfolgten Vorauswahl Vorlage eines detaillierten Konzeptes, erarbeitet in Kooperation mit einer wissenschaftlichen Einrichtung (8. März 2021 bis 21. Mai 2021).

Fünf Millionen Euro für Bayerns Top 10

Anschließend werden bis zu drei Projekte pro Regierungsbezirk im Rahmen des Wettbewerbs ausgezeichnet. Die prämierten Kommunen dürfen sich über ein ordentliches Preisgeld freuen: Insgesamt stehen fünf Millionen Euro für Bayerns Top 10 der smarten Ideen zur Verfügung, d.h. jedes prämierte Projekt wird vom Freistaat mit bis zu 500.000 Euro gefördert. Die Preisträger werden von einer Jury bestimmt, die sich aus Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände sowie je einem Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Digitalministerin Judith Gerlach ist Vorsitzende der Jury.

Informationen zum Ablauf des Bewerbungsverfahrens und die detaillierten Teilnahmebedingungen finden Sie unter www.kommunal-digital.bayern. ❐

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker:

Engagement für Heimatpflege wird gefördert

Rund 2,5 Millionen Euro Unterstützung für Dachverbände der Heimatpflege und Institutionen der Volksmusikpflege und -forschung

„Bayern ist stolz auf seine regionale Kultur und seine vielfältigen Traditionen, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verbinden. Heimat ist ein Schlüsselthema der heutigen Zeit und wegen der zunehmenden Globalisierung wichtiger denn je. Das kulturelle Erbe Bayerns zu bewahren und in bewusster Auseinandersetzung mit der Tradition immer wieder neu zu gestalten, ist wesentlicher Bestandteil unserer Heimatpolitik", sagt Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Eine zentrale Rolle kommt dabei der Heimatpflege zu. „Engagierte Vereine und Verbände mit ihren vielen oftmals ehrenamtlich Tätigen sorgen dafür, dass Bayern eine so lebens- und liebenswerte Heimat ist und auch weiterhin bleibt", so der Heimatminister.

Fördermittel für überregional bedeutsame Institutionen

„Daher freue ich mich besonders, dass wir auch in 2020 wieder Dachverbände der Heimatpflege sowie Institutionen der Volksmusikpflege und -forschung mit insgesamt rund 2,5 Millionen Euro unterstützen konnten." Die Fördermittel gehen an überregional bedeutsame Institutionen, wie beispielsweise den Bayerischen Landesverein für Heimatpflege e. V..

Beratungs- und Fortbildungsangebot

Dieser stellt als Dachorganisation der Heimatpflegerinnen und -pfleger ein umfassendes Beratungs- und Fortbildungsangebot zur Verfügung und unterhält mehrere regionale Volksmusikberatungsstellen. Ein weiteres Beispiel ist der Bayerische Trachtenverband e. V., der mit den staatlichen Fördergeldern die Jugendarbeit und die volksmusikalischen Aktivitäten von Trachtenvereinen in ganz Bayern unterstützt. „Heimat lebt von der Gemeinschaft und von bürgerschaftlichem Engagement. Mit ihrer Arbeit leisten die Vereine auch einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt", so Füracker.

Auch mit weiteren Förderprogrammen unterstützt der Freistaat die Umsetzung verschiedenster Heimat-Projekte. So können im Rahmen des Förderprogramms Regionalkultur Investitionen in Spielstätten historischer Heimatschauspiele sowie innovative Projekte aus dem Bereich Heimatpflege mit Einmalzuschüssen gefördert werden, wie in 2020 beispielsweise die in sechs Gemeinden der Landkreise Altötting, Mühldorf, Traunstein und Rosenheim durchgeführte Kultur- und Diskussionsveranstaltung „Der Neue Heimatfilm unterwegs".

Regionale Identität fördern

Im Rahmen der Modellförderung „Regionale Identität" werden bayernweit bereits Projekte in 25 Regionen mit einer Gesamtsumme von rund 7,6 Millionen Euro gefördert, darunter u. a. die mobile Präsentationsplattform „Heimat_mobil" der Bezirksheimatpflege der Oberpfalz oder die Inwertsetzung regionaler Streuobst-Kulturen an der Fränkischen Moststraße. ❐

Bayerische Krankenhausgesellschaft:

Bayerns Kliniken am Limit

Jahrespressekonferenz im Münchner Presseclub

Inmitten herausfordernder Zeiten übergab der langjährige Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft Siegfried Hasenbein zum Jahresende die Leitung des Verbands der Krankenhausträger an seinen Nachfolger Roland Engehausen. Aus diesem Anlass wurde im Münchner PresseClub darüber diskutiert, wie die Kliniken in Bayern die großen Herausforderungen derzeit bewältigen und wie eine zukunftsorientierte Krankenhauslandschaft in Bayern aussehen kann.

BKG-Geschäftsführer Siegfried Hasenbein verabschiedete sich mit einem ausdrücklichen Dank an „das gesamte Personal in den bayerischen Krankenhäusern, an die Pflegekräfte, Ärzte und alle anderen Mitarbeiter, die in den vergangenen Monaten mit viel Engagement, Herzblut und vollem Einsatz für ihre Patientinnen und Patienten da waren". Nach seinen Erfahrungen haben die Kliniken viel im Umgang mit der neuen Pandemie gelernt. Inzwischen seien nicht nur Abläufe optimiert und entscheidende Rahmenbedingungen in den Kliniken verbessert worden. Die Krankenhäuser hätten auch im Miteinander funktioniert.

Hasenbein zufolge nahmen kleinere Krankenhäuser den großen Schwerpunktversorgern immer wieder Patienten ab. Als in den ersten Wochen der Pandemie Schutzkleidung und verschiedenste Materialen knapp wurden, hätten sich Bayerns Kliniken untereinander ausgeholfen und gemeinsam Sorge für eine optimale Versorgung der Patienten getragen.

Wertschätzung für die Krankenhausbeschäftigten

Seither sei viel passiert, so der scheidende Geschäftsführer. Neben dem finanziellen Bonus und anderweitig entgegengebrachter Wertschätzung für die Krankenhausbeschäftigten seien die Kliniken beispielsweise mit Beatmungsgeräten und Infektionsschutzausrüstung sowie finanziellen Hilfen unterstützt worden.

Erneut sei aber auch klar geworden, „dass der Mangel an Fachkräften, explizit an spezialisierten Pflegekräften, die Achillesferse in unserem Gesundheitswesen ist", führte Hasenbein aus. Man komme nun in eine schwierige Phase in der Pandemiebewältigung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, besonders die Ärzte und Pflegekräfte, seien längst am Limit angekommen und nicht unendlich belastbar. Auch aus wirtschaftlicher Sicht kämen Bayerns Kliniken an ihre Grenzen. Die neuesten Regelungen im Dritten Bevölkerungsschutzgesetz um die sogenannten Ausgleichszahlungen frei gehaltener Krankenhausbetten ist aus Sicht der BKG praxisfern und gefährdet die im Frühjahr aufgebaute und bewährte Zusammenarbeit der Krankenhäuser bei der COVID-19-Versorgung.

Therapie-Verbesserungen

Auch das Augenmerk des neuen BKG-Geschäftsführers Roland Engehausen ist derzeit auf die aktuelle COVID-19-Versorgung gerichtet. Nach seinen Worten konnten die bisherigen Fallzahl-Steigerungen dank des großen Engagements in den Kliniken und erster Therapie-Verbesserungen noch gemeistert werden und es bestehe die Hoffnung, dass die Behandlungssteigerungen in den Kliniken durch die Lockdown-Maßnahmen abflachen werden. Aber wenn der Gesetzgeber nicht kurzfristig den finanziellen Ausgleich notweniger Freihaltungen für verschiebbare Behandlungen verbessert, werden aus Engehausens Sicht viele Krankenhäuser, die sich bisher um die Behandlung von COVID-19-infizierten Patienten verdient gemacht haben, in eine wirtschaftliche Zwickmühle kommen, die die Versorgung gefährdet. Da der staatliche Rettungsschirm löchrig sei und Kliniken der Grund- und Regelversorgung, die auch Covid-Patienten behandelten, 2021 keine Hilfen mehr erhielten, sollte ein Ganzjahresbudget für Kliniken beschlossen werden, das unabhängig von der Corona-Pandemie zur Verfügung stehe.

Höchster Respekt für die Beschäftigten

Allen Beschäftigten in den bayerischen Krankenhäusern sprach Engehausen seinen höchsten Respekt für eine gute Patientenversorgung trotz einiger politischer Stolpersteine aus. Wirkungsvolle Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel und für mehr Ausbildung in den Krankenhäusern werden vermutlich noch stärker in den Fokus rücken. Die Digitalisierung werde die Vernetzung der Patientenversorgung über die bisherigen Sektorengrenzen hinaus verstärken. Auch bei diesen Themen wolle die BKG den bayerischen Krankenhäusern künftig mit Rat und Tat zur Seite stehen und sich für gute politische und vertragliche Rahmenbedingungen einsetzen. Dazu werde auch gehören, dass die Krankenhäuser für die gute Patientenversorgung eine Vertrauenskultur und längerfristige Verlässlichkeit bei Prüf- und Qualitätsvorgaben benötigen.

Ständige Änderungen und Verschärfungen von Vorgaben aus bundesgesetzlichen Regelungen hätten in den vergangenen Jahren die Arbeit vor Ort und die längerfristigen Planungen unnötig erschwert. Eine Kurskorrektur und bessere Planbarkeit seien dringend nötig. Ein sehr konkreter Messpunkt werde dazu spätestens nach der Bundestagswahl 2021 die Frage sein, ob Politik und Kassen auch weiterhin auf praxisferne Pflegepersonaluntergrenzen setzen wollen, oder die PPR 2.0 als modernes und von allen Interessengruppen in den Kliniken akzeptiertes Personalbemessungsinstrument anerkannt wird. **DK**

Abgeordneter Krahl arbeitete auf Corona-Intensivstation:

„Mein Herz schlägt für die Pflege"

Schutzmaske wechseln, Patienten beatmen, Angehörige beruhigen – Andreas Krahl (MdL) unterstützte seine Kolleginnen und Kollegen in der Weihnachtspause im Kreisklinikum Garmisch-Partenkirchen auf der Corona-Intensivstation. Denn da wurde jede helfende Hand benötigt. Als Landtagsabgeordneter engagiert er sich vor allem für den Stimmkreis Weilheim-Schongau. Bereits im Frühjahr 2020 kehrte er in seinen ehemaligen Beruf als Gesundheits- und Krankenpfleger zurück. Die Bayerische GemeindeZeitung sprach mit ihm über die Situation auf der Intensivstation, die Belastung des Pflegepersonals und welche Bedeutung den Kommunen in der aktuellen Lage zukommt.

GZ: Sie haben über die Feiertage bis einschließlich 10. Januar wieder Ihren alten Beruf als Gesundheits- und Krankenpfleger aufgenommen und sind auf einer Covid-Intensivstation tätig geworden. Wie lange haben Sie diese Idee mit sich herumgetragen und wie einfach war sie umsetzbar?

Krahl: *Ich habe diese Arbeit schon während der ersten Pandemie-Welle gemacht. Ich war im Frühjahr 2020 im Kreisklinikum Weilheim, jetzt war ich im Kreisklinikum Garmisch-Partenkirchen. Die Umsetzbarkeit war relativ leicht, weil ich die Ausbildung habe. Und es ist jetzt nicht so, dass sich das Pflegepersonal in der Intensivpflege irgendwo stapelt, also der Bedarf ist da. Und so habe ich gesagt: Wenn ihr mich braucht, dann komme ich in meinem Weihnachtsurlaub.*



Landtagsabgeordneter Andreas Krahl verbachte seinen Weihnachtsurlaub auf der Corona-Intensivstation im Kreisklinikum Garmisch-Partenkirchen.

Bild: Andreas Krahl

GZ: Ist es nachahmenswert für Personen, die in einer ähnlichen Situation über eine geeignete Ausbildung verfügen, sich zu melden und fragen: „Ich könnte, darf ich?"

Krahl: *Die Betonung liegt auf „über eine geeignete Ausbildung verfügen". Was wir zurzeit nicht brauchen – egal auf welcher Station – ist, dass Leute erst einmal konkret angelernt werden müssen. Wir brauchen geschultes, medizinisches Fachpersonal.*

GZ Wie ist die Situation auf der Covid-Intensivstation im Kreisklinikum Garmisch-Partenkirchen, auf der Sie waren?

Krahl: *Das ist eine große Intensivstation mit 19 Betten. Sie müssen sich die Anordnung wie ein „U" vorstellen. Auf der linken Seite des U-Schenkels liegen die regulären Patienten und auf der rechten Seite sind die Covid-Patienten. In unserem Team teilen wir uns die Pflegeschichten für alle Patienten dann ein. Die Station ist relativ gut belegt. Wir haben natürlich schwankende Zahlen. Am 7.11.2020 hatten wir nur zwei Betten frei.*

GZ: Wie sind die Krankheitsverläufe der Covid-Patienten, werden die Patienten auch wieder gesund?

Krahl: *Ja, die werden wieder gesund. Aber auf der Station ist die Form der Beatmungsintensität der Covid-Patienten deutlich intensiver und damit dann auch die Krankheitsfolgen, als beispielsweise bei einem Patienten mit Lungenentzündung. Wenn wir intubieren und beatmen ist es nicht so, dass Spontanatmung wieder funktioniert. Das muss alles trainiert werden. Das ist ein Krankheitsprozess, der zieht sich über Wochen, zum Teil über Monate.*

GZ: Viele Verwandte können ihre Angehörigen in diesen Zeiten nicht begleiten und das, wo gerade persönliche Anteilnahme unendlich wichtig ist. Wie beurteilen Sie diesen Einschnitt in unsere gesellschaftlichen Strukturen?

Krahl: *Man nimmt ihn sehr deutlich wahr. Was wichtig ist, dass in einer Phase, in der der Patient stirbt, der Besuch von Angehörigen – Gott sei Dank – noch immer möglich ist. Gerade die Kollegen und Kolleginnen von hier versuchen da alles möglich zu machen. Ich formuliere es deutlich: „Damit niemand alleine sterben muss." Und ansonsten, bei einem normalen Krankheitsverlauf, bedeutet das noch eine Zusatzbelastung für das Pflegepersonal. Weil wir das Bindeglied zwischen den Patienten und den Angehörigen sind. Das heißt, wir telefonieren z. B. mit den Angehörigen während wir am Bett stehen, versuchen zu übersetzen. Das ist eine sehr belastende Situation. Aber man muss schlicht und ergreifend sagen: Eine andere Möglichkeit in der derzeitigen Situation gibt es einfach nicht.*

GZ: Wie gehen Sie persönlich mit der Sorge um die eigene Gesundheit um, wenn man sich täglich um schwerkranke und ansteckende Patienten kümmert? Und wie hat sich die jetzige Ausnahmesituation in Bezug auf Überarbeitung, Überstunden und Engpässe – jetzt auch noch während der Feiertage – im Vergleich zu normalen Zeiten auf Ihrer Station geändert?

Krahl: *Ich persönlich habe keine größere Sorge. Auch von den Kollegen und Kolleginnen bekomme ich das nicht mit. Das ist aber auch logisch, wir sind dazu ausgebildet mit infektiösen Patienten umzugehen. Das ist unser Beruf, das sind wir ja gewöhnt. Jetzt haben wir allerdings die Situation, dass die Anzahl der infektiösen Patienten extrem hoch ist. Die Schutzvorkehrungen, die wir ergreifen, müssen wir de facto bei jedem Patienten durchführen. Was natürlich mit An- und Ausziehen der Schutzkleidung extrem zeitaufwändig ist. Aber was die Sorge um die eigene Gesundheit angeht, nehme ich das nicht mehr wahr als vorher auch. Die Belastung steigert sich also, weil wir auf der einen Seite deutlich mehr Patienten zu versorgen haben, zum anderen die wichtigen Infektionsschutzmaßnahmen haben. Und es kommen natürlich auch Krankheitsfälle im Personal dazu, die kompensiert werden müssen.*

GZ: Was nehmen Sie für Ihre Aufgabe als politischer Gestalter und Entscheider mit aus dieser sehr intensiven Zeit? Und wo im Gesundheitswesen sehen Sie allerdringendsten Handlungsbedarf?

Krahl: *Gerade die jetzige Phase der Pandemie führt uns eindrucksvoll vor Augen, wie wich-*

(Fortsetzung auf Seite 4)

GZ KOLUMNE Hermann Steinmaßl



Liebe Leserinnen und Leser,

Energie, Klimaschutz und Naturschutz können in Einklang gebracht werden. Die bewährte, heimische, klimafreundliche und stabile Wasserkraft spielt dabei eine wichtige Rolle. Auch die kleine Wasserkraft überzeugt mit wesentlichen Leistungen, die im öffentlichen Interesse stehen.

1. Das Ziel den durchschnittlichen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad einzudämmen und den weltweiten CO2 Ausstoß erheblich zu reduzieren ist zu unterstützen. Es zählt jede erzeugte klimafreundliche Kilowattstunde aus unserer Heimat.

2. Wir brauchen die Ehrlichkeit, dass die erneuerbaren Energien die Natur und die Landschaft beanspruchen.

Energiewende mit der Wasserkraft meistern

3. Im Hinblick auf eine Verantwortung für die „Gemeinschaftsleistung Energiewende" gemäß dem Ethikrat hat jede Region die Pflicht ihre Möglichkeiten auszuschöpfen. Für das Wasserland Bayern heißt das: Nutzung der Wasserkraft.

4. Aktuell kommen etwa 50 % des Stroms in Bayern aus erneuerbaren Energien. Weitere 30 % aus Kernenergie und 20 % aus Gas und Steinkohle. Der Anteil der Wasserkraft beträgt bei den erneuerbaren knapp 29 %, bei der Biomasse 23 %, bei der Photovoltaik 32% und bei der Windenergie 12 %.

5. Die Wasserkraft ist seit über 100 Jahren die bedeutendste grundlastfähige Energiequelle in Bayern. Von ursprünglich 11.900 Anlagen fielen in den vergangenen 100 Jahren 7.700 Anlagen der vermeintlich günstigen Energie aus Öl, Kohle und Kernenergie zum Opfer. Im Hinblick auf den jetzigen Ausstieg aus Öl, Kohle und Kernenergie ist die Wasserkraft auf jeden Fall zu erhalten, bzw. sie ist sogar wieder auszubauen, für einen regional gestalteten Klimaschutz und eine gesicherte Stromversorgung.

6. Bayern wird ein wetterabhängiges Flächenkraftwerk. Wasserkraftanlagen und Speicherwasserkraftwerke können Netzschwankungen ausgleichen und tragen zur Netzstabilität und Versorgungssicherheit bei.

7. Bayern hat 100.000 km Flüsse (Fließgewässer) und nur 4.200 Wasserkraftwerke, von denen heute bereits rund die Hälfte fischpassierbar sind. Im Durchschnitt besteht also alle 50 Kilometer ein Wasserkraftwerk, das „noch" nicht passierbar ist. Diesen ökologischen Mangel kann man besser regeln. Gemeinsam mit den Gemeinden könnte man Ökoausgleichsflächen (Ökokonto) entwickeln, den Uferbereich erweitern und Raum für fischfreundliche, ökologische Passierstrecken und zusätzliche Laichplätze etc. schaffen. Dies wäre wesentlich besser als die vom Umweltministerium geplanten „rauhen Rampen", mit denen man viele der 50.000 anderweitigen Querbauwerke mit viel Geld umbauen will. Eine Studie der TU München hat gezeigt, dass an diesen rauhen Rampen die meisten Fische verenden. Die bestehenden Querbauwerke sind einst aber aus guten Gründen errichtet worden. Tragen sie doch z.B. zur Grundwassersicherung und zum Hochwasserschutz bei. Dies gilt auch für die Wasserkraft.

8. Die Beanspruchung unserer Gewässer ist vielfältig. Die Städte entstanden an den Flüssen und Küsten. Verschmutzung und schädliche Einträge in unsere Flüsse kommen vorwiegend von außerhalb der Gewässer, von Einträgen durch Siedlungen und durch die Bewirtschaftung des Landes. Ein Großteil des Wohlstandsmülls (z.B. Kunststoffabfälle) wird von den Wasserkraftbetreibern entnommen. Dieser würde ansonsten weiter flussabwärts getrieben und die Gewässer bis ins Meer belasten. Nach einer Studie entfernen 3.300 Anlagen im deutschen Donauraum 290.000 kg Plastikmüll im Jahr; fast 90 kg je Anlage.

9. Es bestehen 50 Wasserkraftanlagen in Naturschutzgebieten und 100 in FFH-Gebieten und dies nicht trotz, sondern in einigen Fällen wegen der Wasserkraft. (Beispiele: Innstaustufen, Ismaninger Stauseen). Deshalb muss man auch bei den Mindestwassermengen eine Abwägung zwischen Verlusten von klimafreundlichen Energien und „tatsächlichen ökologischen Gewinnen" treffen, die durch eine Verlagerung der Wassermengen entstehen.

10. Wasserkraft fördert die regionalen Wertschöpfungskreisläufe und sichert die Wettbewerbsfähigkeit von Mühlen, Sägewerken und regionaler Landwirtschaft. So werden u.a. 150 Getreidemühlen betrieben, die mit 1,25 Mio. Tonnen p.a. ganz Bayern mit Mehl aus regional erzeugtem Getreide versorgen können.

11. Der Klimawandel belastet die Gewässer generell. Deshalb ist eine klimafreundliche Energieversorgung besonders wichtig. Wasserkraft ist vor allem auch eine nachhaltige, klima- und ressourcenschonende Energie. Ein Wasserkraftwerk mit 100 kW installierter Leistung ersetzt in 30 Jahren 16.000 t CO2 und 95.000 t Gesamtabbau beim Braunkohletagebau. Es versorgt über 100 Familien dauerhaft mit Strom und schont wertvolle Ressourcen. Wasserkraftbetreiber sind Klimaschutzunternehmer.

12. Die Energiewende ist auch eine Wende zu den dezentralen Erzeugungseinheiten. Sie sollte auch regional organsiert werden. Bei regionaler Betrachtung wird die einzelne, auch kleine Wasserkraft wesentlich mehr Gewicht bekommen als mit Vergleichen zur allgemeinen Stromerzeugung, bei der auch noch die Kernkraft und die Kohle enthalten sind.

Fazit: Alle genannten Gesichtspunkte sprechen für die Wasserkraft, vor allem auch für die sogenannte „Kleine" mit vielen positiven Eigenschaften. Mit weiteren Rückbauforderungen und Stilllegungen von Wasserkraftanlagen werden die Probleme unserer Flüsse nicht gelöst. Der Klimaschutz ist bei allen Abwägungen zu berücksichtigen.

Ihr Dipl. Ing. Hermann Steinmaßl

Altlandrat Landkreis Traunstein, MdL a.D.,
Stv. Vors. Vereinigung Wasserkraftwerke Bayern und Landesvertretung Erneuerbare Energien Bayern (LEE)

Chance für Neustart ...

(Fortsetzung von Seite 1)
gerschaft und Wirtschaft starke und handlungsfähige Kommunen. Bund und Länder müssten die Kommunen über weitere Stützungsmaßnahmen in die Lage versetzen, ihre Investitionen weiter zu erhöhen, um so die Konjunktur aktiv und nachhaltig ankurbeln zu können.

Auch die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise auf den Arbeitsmarkt werden sich in steigenden Ausgaben für soziale Leistungen niederschlagen. Gleichzeitig stehe zu befürchten, dass sich das Gesicht der Innenstädte und Ortskerne nachhaltig verändern wird. „Viele Einzelhändler, Gastronomiebetriebe und kulturelle Einrichtungen haben massiv unter den monatelangen Schließungen gelitten. Trotz staatlicher Unterstützung werden nicht alle durchhalten. Das hat massive Auswirkungen auf die Lebens- und Aufenthaltsqualität in unseren Kommunen", heißt es in dem Bilanzbericht.

Um dem Handel und den Bürgerinnen und Bürgern ein attraktives Umfeld zu bieten, schlägt der Deutsche Städte- und Gemeindebund einen Innenstadt- und Ortskernfonds vor. Dieser Fonds sollte mehrere Milliarden Euro umfassen und mit zusätzlichen Mitteln aus einer neu zu schaffenden Abgabe für die großen Onlinehändler gespeist werden. „Sie nutzen alle die Infrastruktur der Städte, aber zahlen regelmäßig keinerlei Steuern, Beiträge und Abgaben. Soweit der stationäre Handel ebenfalls online tätig ist, was wir ja fordern und fördern, kann in diesem Bereich die entsprechende Abgabe mit der Gewerbesteuer verrechnet werden. Dieser Fonds soll neue Modelle ermöglichen und den Kommunen auch ein Mittel an die Hand geben, zum Beispiel Schlüsselimmobilien (etwa geschlossene Kaufhäuser) zu kaufen und einer neuen Nutzung zuzuführen. Nichts ist tödlicher für eine Innenstadt, als wenn Ankerimmobilien wochen-, monate- oder jahrelang leer stehen. Wir halten auch eine Schärfung der planungsrechtlichen Instrumente, insbesondere des kommunalen Vorkaufsrechts, für notwendig", erläuterte Spiegler.

Flexibel gegen Konkurrenz zum Onlinehandel

Wegen der Konkurrenz zum Onlinehandel, der 24 Stunden am Tag sieben Tage die Woche geöffnet ist, plädiere der DStGB auch dafür, die Ladenöffnungszeiten flexibler zu gestalten. Dazu gehören aus seiner Sicht „in einem gewissen Umfang auch zusätzliche verkaufsoffene Sonntage. Wir verstehen die Einwände der Gewerkschaften und der Kirchen, aber wenn am Ende der Einzelhandel in den Städten stirbt, ist niemandem geholfen."

Fest stehe bereits jetzt, dass die Städte und Gemeinden nach der Krise in der Lage sein müssen, zu investieren, um dringend notwendige Konjunkturimpulse zu setzen. Dafür brauche es die Unterstützung von Bund und Ländern. Es wäre fatal, gegen die Krise ansparen zu wollen. Bereiche für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen gebe es genug: Digitalisierung und digitale Infrastruktur, Umbau der Innenstädte und Ortskerne, Klimaschutz und Klimafolgenanpassung und weitere dringend notwendige Vorhaben, die seit vielen Jahren nicht realisiert werden konnten.

Entlastungen bei Bürokratie

„Um den Konjunkturmotor nach der Krise anwerfen zu können und die hoffentlich vorhandenen Mittel auch schnell investieren zu können, brauchen wir Entlastungen bei Bürokratie und Vergaberecht", so Spiegler. Ein Vorbild könne das Konjunkturpaket nach der Finanzkrise im Jahr 2009 sein, bei dem eine große Zahl an bürokratischen Hürden beiseite geräumt wurde. Mit starken und handlungsfähigen Städten und Gemeinden werde es gelingen, auch die Folgen der Pandemie zu überwinden. Denn auch in dieser Krise lägen Chancen.

Spiegler und Landsberg zufolge haben die Menschen die Erfahrung gemacht, dass man eine derartige Bedrohungssituation besser durchsteht, wenn man zusammenhält. Auch habe sich gezeigt, dass der Staat insgesamt funktioniert. Er habe Hilfe nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Menschen organisiert und geleistet. Eine neue Forsa-Umfrage zeige, dass das Zutrauen der Menschen in die kommunale Familie mit über 58 Prozent deutlich gestiegen ist. „Dieses Vertrauen müssen wir ausbauen und weiter nutzen. Wenn es gelingt, mit starken Städten und Gemeinden vor Ort diesen Weg weiter zu gehen, kann daraus eine Renaissance der kommunalen Selbstverwaltung entstehen."

Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse

In Zukunft müsse es auch verstärkt darum gehen, das gemeinsame Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland konsequent weiter voranzutreiben. Die Krise habe die Spreizung zwischen armen und reichen Regionen verstärkt. Bei allen neuen Gesetzen und Verordnungen sollte künftig geprüft werden müssen, ob dieses Vorhaben das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse fördert. Wichtig wäre zudem, dass sich der mediale und politische Scheinwerfer nicht immer wieder ausschließlich auf die wenigen Metropolen in Deutschland richtet. Die Mehrheit der Menschen lebe eben nicht in Großstädten, sondern in den weniger dicht besiedelten Regionen und ländlichen Räumen. „Ob Pop-Up-Radwege in Berlin oder Hamburg, der Ausbau des städtischen ÖPNV oder der Wohnungsmangel in Ballungsräumen – all dies wird in der Öffentlichkeit vorrangig unter dem Aspekt der Metropole gesehen. Das muss aufhören", forderten die DStGB-Repräsentanten.

Wohnen und Arbeiten besser zusammenzuführen

Mit dem Ziel einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und einem Mehr an Dezentralisierung sei es notwendig, Wohnen und Arbeiten besser zusammenzuführen, machten Spiegler und Landsberg deutlich. Die neuen und oft mobilen Arbeitswelten böten hier große Chancen. Dies würde die oft überhitzten Ballungskerne entlasten und die Potenziale der ländlichen Räume, gerade beim Wohnen im Bestand der Ortskerne, heben. Voraussetzung sei ein Ausbau der Infrastrukturen in den Kommunen der ländlichen Räume. Eine Dezentralisierung reduziere die vielen täglichen Pendlerströme in die Metropolen und schütze damit gleichermaßen Mensch und Umwelt.

Als „gut und richtig" wird in diesem Zusammenhang die Weiterentwicklung der Elektromobilität erachtet. Gleichwohl dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass hunderttausende Menschen auf ihr Auto angewiesen sind, weil sie als Pendler aus den ländlichen Räumen über hunderte von Kilometern täglich in die Städte gelangen müssen. „Wir müssen bei allen Verkehrskonzepten im Blick haben, dass Stadt und Land voneinander profitieren", so die Verbandsvertreter.

Baulandmobilisierung

Apropos Wohnen: Ein zentrales Problem bleibt die Baulandmobilisierung. Diese muss nach Auffassung des DStGB getreu dem Grundgesetz-Postulat „Eigentum verpflichtet" stärker an einer kommunalen und an Allgemeinwohlbelangen ausgerichteten Steuerung orientiert sein. Wichtig sei, die geplanten Neuerungen im Baulandmobilisierungsgesetz schnell umzusetzen. Speziell die Stärkung kommunaler Vorkaufsrechte, die Einführung eines sektoralen Bebauungsplans zur Festsetzung von Flächen für den sozialen Wohnungsbau, aber auch die bis Ende des Jahres 2022 geplante Verlängerung des § 13 b BauGB zur Einbeziehung von kleinen Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren, trügen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums bei. Bei den Vorkaufsrechten müssten Städte und Gemeinden auch deren Ausübung zum Verkehrswert festlegen können.

Um den Wohnungsbau anzukurbeln, sei auch die Musterbauordnung derart weiter zu entwickeln, dass die Potenziale der Digitalisierung genutzt und Verfahren beschleunigt werden. Die Einführung der Typengenehmigung in die Musterbauordnung müsse von den Ländern zeitnah in ihre Landesbauordnungen übernommen werden. So könnten kostensparende Verfahren wie das serielle und modulare Bauen forciert werden.

Vollkasko-Mentalität und Staatsgläubigkeit eindämmen

Insgesamt gilt es aus Sicht des DStGB aber auch, die zunehmende Vollkasko-Mentalität und Staatsgläubigkeit einzudämmen. Die richtigen und umfangreichen Hilfsmaßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen hätten oftmals den Eindruck vermittelt, der Staat könne alles und überall leisten. So würden immer neue und differenzierte Rechtsansprüche in der Politik diskutiert und vorangetrieben. Beispiele: der Rechtsanspruch auf kostenlose Ganztagsbetreuung in der Schule, der Rechtsanspruch auf ein bedingungsloses Grundeinkommen oder ein Anspruch auf Homeoffice. Dabei werde regelmäßig verkannt, dass der Staat nur das verteilen kann, was er vorher über Steuern eingenommen hat.

„Hier brauchen wir eine Trendwende und das ehrliche Eingeständnis, dass die Corona-Krise uns finanziell dauerhaft und nachhaltig fordern wird. Vieles, was wünschenswert ist, ist nicht finanzierbar. Wir warnen ausdrücklich davor, gerade in den Wahlkämpfen 2021 immer neue und kostenintensivere Versprechungen zu formulieren und zu fordern", unterstrichen Spiegler und Landsberg und ergänzten: „Wir müssen alles dafür tun, dass unser bewährter Sozialstaat leistungsfähig und finanzierbar bleibt. Dazu gehört aber auch Mut, Eigeninitiativen zu fördern und zu fordern. Wir dürfen die Leistungsbereitschaft als wesentliches Element einer Sozialen Marktwirtschaft nicht kleinreden. Wir müssen deutlich machen, dass ohne eine erfolgreiche deutsche Wirtschaft auch der Sozialstaat in Gefahr gerät."

„Der starke Zusammenhalt und das Bekenntnis zu einem gemeinsamen Europa und gemeinsamen Werten waren und sind die besten Begleiter, um die Krise zu überwinden und eine krisenfeste, lebenswerte Zukunft zu gestalten", stellten die DStGB-Repräsentanten abschließend fest. **DK**

Mein Herz ...

(Fortsetzung von Seite 3)
tig es ist, nicht nur die Anzahl von Pflegefachkräften zu haben, sondern auch die gute Ausbildung, egal in welchem Bereich. Also wir brauchen einen Fokus nicht nur auf die Quantität, sondern entsprechend auch auf die Qualität der Ausbildung.

GZ: Und wahrscheinlich dann auch auf die entsprechende Entlohnung ...

Krahl: *Die Politik macht es sich seit Jahren einfach, wenn sie sagt: „Okay, wir müssen den Pflegekräften vermeintlich mehr Geld zahlen, dann wird alles gut." Das wird so einfach nicht funktionieren, denn es geht nur um Rahmenbedingungen. Es geht darum: Wie können wir es schaffen, dass meine Kolleginnen und Kollegen auf der Station den Beruf, den sie erlernt haben, so auch ausüben können. Es geht um die Gestaltung, Vorbereitungsarbeiten und nicht zuletzt natürlich um die Ausbildung. Da wird der Grundstein für all das gelegt. Es ist nicht richtig, dass Auszubildende in der professionellen Pflege – bereits ab dem ersten Stationseinsatz – nicht das Recht auf Ausbildung haben, sondern voll mitarbeiten müssen. Da werden diese Leute verbrannt und werden sich über kurz oder lang umorientieren und das dürfen wir einfach nicht zulassen!*

GZ: Laut Wikipedia haben Sie zuerst eine Ausbildung zum Bankkaufmann gemacht und dann aber zum Krankenpfleger umgesattelt. Warum?

Krahl: *Wenn Sie Wikipedia gelesen haben, dann sehen Sie auch, dass ich im Bayerischen Wald geboren und aufgewachsen bin. Und im Bayerischen Wald macht man als guter Sohn das, was die Mama rät. Das war dann die Bankausbildung. Danach habe ich dann den Beruf erlernt, für den mein Herz schlägt.*

GZ: Haben Sie noch eine Botschaft an unsere Leserschaft?

Krahl: *Gerade die kommunalen Krankenhäuser nehmen uns im Moment die Hauptlast in der Pandemie ab. Zukunftsgerichtete Politik im Gesundheitswesen heißt also, dass wir wirklich gerade die kommunalen Häuser und die kommunalen Versorgungsstrukturen zukunftsfest gestalten. Und dass wir das in Zukunft ermöglichen, dafür braucht es einen gesamtgesellschaftlichen Kraftakt über alle Instanzen hinweg – egal ob das der Kreistag, der Landtag oder der Bundestag ist.* **red**

Grünes Licht für interkulturelle Projekte

Bayerns Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann hat grünes Licht für die weitere finanzielle Unterstützung interkultureller Projekte 2021 gegeben. Dabei handelt es sich um die HEROES-Projekte in Augsburg, Nürnberg und Schweinfurt, das Projekt „habadEhre" in Regensburg, und das Projekt „W³- Wissen, Werte, Wir. Farbe bekennen" in Rosenheim. In diesen Erfolgsprojekten setzen sich junge Menschen in regelmäßigen Trainings mit Themen wie Ehre, Identität, Geschlechterrollen und Menschenrechten auseinander.

„Die Projekte haben sich bewährt", stellte Herrmann fest. Alle Angebote leisteten wertvolle Arbeit, um die Grundlagen einer demokratischen, offenen und freien Gesellschaft zu vermitteln und gemeinsam entsprechende Werte zu bilden. Der Freistaat Bayern unterstützt die interkulturellen Projekte im kommenden Jahr mit einer Fördersumme von rund 600.000 Euro.

Für ein gleichberechtigtes, menschenrechtsbasiertes Zusammenleben

Dem HEROES-Konzept liegt die Idee zugrunde, dass alle Menschen in einer Gesellschaft ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Herkunft, ihrer Nationalität, ihres Alters und ihres sozioökonomischen Status gemeinsam für ein gleichberechtigtes, menschenrechtsbasiertes Zusammenleben einstehen. Die HEROES-Teams bestehen dementsprechend bewusst aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit unterschiedlicher Sozialisations- und Migrationsgeschichte.

HEROES arbeitet in zwei Schritten: Zunächst leitet die Initiative Gruppen für junge Männer aus Ehrenkulturen, die über Themen wie Gleichberechtigung, Ehre und Menschenrechte diskutieren und in ihrem Alltag und in der Gesellschaft etwas verändern wollen. Im Fokus steht dabei die Problematisierung der Männerrolle im Kontext der Ehrenunterdrückung von Mädchen und Frauen. Ziel ist es, Jungen und jungen Männern die Möglichkeit zu geben, sich von diesen Machtstrukturen zu distanzieren. Die jungen Männer werden mit pädagogischen Methoden dazu motiviert, Stellung zu beziehen: gegen die Unterdrückung im Namen der Ehre sowie für die Durchsetzung der Menschenrechte und Gleichberechtigung der Geschlechter.

habadEHRE ist ein kulturübergreifendes, pädagogisches Konzept zur Förderung der Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, Religion und Ethnie. Entsprechend des Projektnamens ist die Auseinandersetzung mit dem Thema „Ehre und Respekt" das zentrale Anliegen.

Das Projekt ist in zwei Phasen aufgebaut: In der ersten Phase wird eine Gruppe von acht bis zwölf interessierten Jugendlichen über einen Zeitraum von zehn Monaten zu zertifizierten Workshopleitern, den sog. FAIRmittlern, umfassend ausgebildet. In Phase 2 leiten diese eigenständig in Zweierteams Workshops zum Thema „Ehre, Respekt und Gleichberechtigung." Im Peer to Peer Setting können die Inhalte auf einer persönlicheren Ebene diskutiert werden und zu einem konstruktiven Austausch beitragen.

Ziel: Wissen vermitteln, Werte bilden und ein „Wir" wirklich leben

Wissen vermitteln, Werte bilden und ein „Wir" wirklich leben, lautet das Ziel des Projekts W³ der Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration (gfi) gGmbH. W³soll das Einfügen in eine Gemeinschaft fördern: Menschen aller Geschlechter und Nationalitäten, aller Kulturen und religiöser Zugehörigkeiten sollen gewaltfrei und gleichberechtigt miteinander leben können. Dafür vermittelt W³ den Jugendlichen die Grundlagen einer demokratischen, offenen und freien Gesellschaft, bildet und festigt gemeinsam mit ihnen die entsprechenden Werte. Es geht darum, Menschenwürde zu achten, extremistische Ideologien zu durchbrechen, verantwortungsvoll miteinander umzugehen und Vielfalt zu akzeptieren.

Das Angebot beinhaltet intensive Trainings wie auch Bildungsreisen im In- und Ausland, die während der Trainingsphase unternommen werden. Mit ihrem erweiterten Ansatz beziehen die „W³ – Projekte" gezielt auch junge Frauen ein.

Aufgrund der aktuellen Lage startet das Projekt am neuen Standort in Traunstein zunächst mit einer geschlechtergemischten Gruppe. Nach dem erfolgreichen Absolvieren der Trainingsphase erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer offiziell ihre neue Funktion als Multiplikatoren und werden damit zu W³issensträgern. In dieser Funktion planen sie Workshops für junge Menschen (beispielsweise in Jugendtreffs) und sorgen so dafür, dass sich der Wirkungskreis von W³ weit über die eigentliche Projektgruppe hinaus ausbreitet.

Das Projekt wird aus Mitteln des bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration gefördert. **DK**

Sulzbach-Rosenberg komplettiert Bayerns größten Kommunalverband

Alle kreisangehörigen Gemeinden, Märkte und Städte sind ab jetzt Mitglied beim Bayerischen Gemeindetag

„Das ist ein starkes und eindrucksvolles Zeichen kommunaler Solidarität", sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl. Die Stadt Sulzbach-Rosenberg (Lkr. Amberg-Sulzbach) ist ab 1. Januar 2021 das 2.031. Mitglied des Bayerischen Gemeindetags. Mit ihrem Beitritt zu Bayerns größtem Kommunalverband sind nun alle kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden des Freistaats Bayern Mitglied des seit dem Jahre 1912 bestehenden Verbands. „Sulzbach-Rosenberg zeigt mit seinem Beitritt kommunale Solidarität unter den kreisangehörigen Kommunen und stärkt die Durchschlagskraft des gesamten Verbands.

Mit sämtlichen kreisangehörigen Gemeinden, Märkten und Städten im Rücken können wir als Verband noch stärker als bisher die kommunalen Anliegen gegenüber der Bayerischen Staatsregierung und dem Bayerischen Landtag zur Sprache bringen", sagte Brandl.

Sulzbach-Rosenberg ist mit 20.000 Einwohnern die größte Stadt im Landkreis Amberg-Sulzbach. Über Jahrhunderte wuchs die Stadt mit dem Eisenerzbergbau und der Eisenverhüttung. Die gute Verkehrsinfrastruktur durch die Anbindung an Autobahnen und Bundesstraßen machen Sulzbach-Rosenberg als Wirtschaftsstandort attraktiv. Sie konnte sich deshalb zum heutigen modernen und attraktiven Industrie- und Dienstleistungsstandort mit großer Branchenvielfalt entwickeln.

Die Stadt bietet eine ausgezeichnete Lebensqualität vor allem für junge Familien. Kinderbetreuung in Krippen und Kindergärten sowie ein umfangreiches Bildungsangebot an allen Schularten sind umfassend vorhanden. Den Ruf einer Kulturstadt, der weit über die Grenzen des Landkreises hinausstrahlt, verdankt die Stadt dem hervorragenden Kulturprogramm und ihren vielen kulturellen Einrichtungen. Sulzbach-Rosenberg gilt nicht umsonst als „Herzogstadt mit Flair". ❐

Attraktives Zukunftsbild für Rohrenfels

Erdgas und Breitband stellen Zukunft sicher

Die Gemeinde Rohrenfels ist ans Erdgasnetz angeschlossen, dies ist ein großer richtungsweisender Schritt in eine zukunftsorientierte Energieversorgung. Die Firma SPANTEC wird als Erste mit Erdgas versorgt.

„Die persönliche Chemie zwischen der Gemeinde und dem SPANTEC-Team hat von Anfang an gepasst. Die nachhaltige Philosophie, sowie das Bekenntnis zu investieren und den Standort im Ortsteil Wagenhofen gemeinsam mit uns weiter entwickeln zu wollen, hat uns überzeugt“, erklärt Bürgermeisterin Manuela Heckl und lobt gleichermaßen ihren Vorgänger Wigbert Kramer, der seinerzeit die Initialzündung zu der Ansiedlung gegeben hat und maßgeblich an der Realisierung beteiligt war. Mit der schwaben netz-Mannschaft um Uwe Sommer, Prokurist, war sich Manuela Heckl eines starken Partners an ihrer Seite sicher.

Effizientes Zusammenspiel für den Kunden

Sommer, der seit über einem Jahrzehnt, gemeinsam mit seinem eingespielten Team, für Innovationen und Entwicklungen im Netzvertrieb von schwaben netz verantwortlich zeichnet, sieht sich als Mannschaftsspieler: „Hier haben wir hoch konzentriert Hand in Hand gearbeitet. Ohne den vollen Einsatz der Technik-Mannschaft von schwaben netz, insbesondere von Hochdruckmeister Josef Groß und der Tiefbaufirma Femo, die just in diesem Wintereinbruch Herausragendes geleistet haben, hätten wir bei der Witterung den Zeitplan nicht halten können.“ Der Kunde SPANTEC benötigt eine große Anschlussleistung, die in etwa dem Bedarf von gut 50 Einfamilienhäusern entspricht (wenn pro Haus rund 15 kW gebraucht werden). Seit Anfang Dezember fließt Erdgas in das brandneue, hochmoderne Produktionswerk.

Der Heimkehrer

Die international tätige Firma SPANTEC hatte den Zugang zum klimaschonenden Energieträger Erdgas zur Voraussetzung für die Ansiedlung gemacht. „SPANTEC ist ein Systemanbieter für geotechnische Produkte. Da ist es wichtig, dass die Energiebilanz passt, auf die gerade im skandinavischen Raum vermehrt Wert gelegt wird und mit unter den Ausschlag für die Auftragsvergabe geben kann“, erläutert Geschäftsführer und Hauptanteilseigner Dipl.-Ing. Thomas Schäfer des Spezialunternehmens für Spann- und Ankertechnik.

„Der gebürtige Neuburger Schäfer, den es ist nach dem Abitur in die Ferne zog, kehrt nun, nach beinahe 30 Jahren, quasi zu seinen Wurzeln zurück.“, philosophiert Schäfer. In Wagenhofen entsteht im Augenblick ein komplett neues modernes Produktionswerk mit der weithin sichtbaren und über 8.000 qm großen Produktionshalle sowie die neue Firmenzentrale. Der beeindruckende Neubau wird bis Ende des Jahres bezogen.

„Immer da, wo es spannend wird, sind unsere Anker mit im Spiel“, lacht Thomas Schäfer (46). An exotischen Orten ebenso wie beispielsweise in Bhutan im Himalaya aktuell beim Bau eines Wasserkraftwerkes oder beim Bau der Fehmarnbeltquerung, der geplanten neuen Verkehrsverbindung unter der Nordsee hindurch zwischen Dänemark und Deutschland. Hier liefert SPANTEC spezielle Testtanker.

„Ebenso haben wir für ein Großprojekt in Kopenhagen komplett neu entwickelte Glasfaseranker geliefert. Ja, und Stuttgart 21, das Prestigeprojekt der Deutschen Bahn mit Tieferlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofes steht im Wesentlichen auf unseren Ankern.“ Der Familienvater übertreibt nicht mit seinem Motto „wo es spannend wird, ist SPANTEC dabei.“ Ende Januar 2021 soll der Umzug des Headquarters in die Heimat beendet sein.

gas&glas-Projekt von erdgas schwaben in Wagenhofen

Die Gemeinde Rohrenfels profitiert insgesamt von dem gas&glas-Projekt von erdgas schwaben im Ortsteil. 70 % der Wagenhofener sind überzeugt und setzen auf den klimaschonenden Energieträger Erdgas und den High-Speed Glasfaseranschluss. schwaben netz hat für die Netzerweiterung bereits die Hälfte der Leitungen gebaut, der 2. Teil folgt dann im Jahr 2021, sobald es das Winterwetter zulässt. Die Infrastruktur, also Energienetz und Leerrohr für Breitbandversorgung, ist damit zukunftsfest: “Über ein Erdgasnetz kann morgen grünes, nachhaltig erzeugtes Gas fließen und übermorgen Wasserstoff“, erklärt Uwe Sommer die nachhaltige Energieversorgung. ❐



Von rechts: Joachim Konrad, Erster Bürgermeister in Altusried, Monika Steinhauser, Bücherbusfahrerin, Christine Aicher, Leiterin der Bücherei Altusried, und Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben. ❐

2000 Euro für Allgäuer Leseratten

erdgas schwaben spendet für Altusrieder Bücherbus

Neuen Lesestoff für kleine und große Leseratten konnten Christine Aicher und Monika Steinhauser von der Gemeindebücherei Altusried einkaufen. Denn erdgas schwaben hatte 2000 Euro gespendet, und dafür gibt’s jetzt neue Kinder- und Bilderbücher, Spiele, DVDs und CDs, außerdem Sachbücher und Romane.

„Eine Bücherei gehört für mich zum unverzichtbaren kulturellen Angebot einer Gemeinde unserer Größe und erhöht die Lebensqualität unserer Bürger“, sagt Joachim Konrad, Erster Bürgermeister in Altusried.

Kulturelles Angebot und mehr Lebensqualität durch die mobile Bücherei

Seit 1984 kommt die mobile Bücherei zu ihren Lesern in den weit auseinander liegenden Ortsteilen. Das ist allgäuweit einmalig. Vor allem junge Familien stöbern gerne in den rund 2500 Medien, die der Bus anbietet.

Die neuen Medien ergänzen den Bestand des Altusrieder Bücherbusses. Monika Steinhauser fährt damit zweimal in der Woche abwechselnd die Ortsteile Krugzell, Kimratshofen, Muthmannshofen und Frauenzell an. Mit den Grundschulen in Krugzell und Kimratshofen gibt es eine enge Zusammenarbeit.

erdgas schwaben unterstützt vor allem Einrichtungen für Kinder und Jugendliche

erdgas schwaben ist den Menschen in der Region seit mehr als 150 Jahren eng verbunden und übernimmt als Unternehmen soziale Verantwortung. „Im Mittelpunkt stehen dabei vor allem Einrichtungen, die Kinder und Jugendliche unterstützen – wie Büchereien“, betont Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben. „Sie leisten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Bildung, sondern spielen auch eine große Rolle als Treffpunkt für Kinder und Jugendliche.“ ❐

Naturstrom Abensberg gewinnt weiteren Partner

Die Stadt Abensberg freut sich, mit der Michael Glatt Maschinenbau GmbH einen weiteren, bedeutenden Partner von Naturstrom Abensberg gewonnen zu haben. Die Leitung der Stadtwerke Abensberg hat bei einem Termin im November mit Geschäftsführer Martin Dreßen noch einige Details besprochen, damit im Dezember die Einspeisung von Strom, gewonnen aus Sonnenkollektoren, in den Naturstrom Abensberg-Pool erfolgen kann.

Dreßen sieht in der eigenen Stromproduktion und in der Zusammenarbeit mit dem Naturstrom Abensberg-Pool wesentliche Vorteile für sein Unternehmen und für den Standort Abensberg: „Nachdem ich erfahren habe, dass es in Abensberg eine eigene Naturstrom-Marke gibt, habe ich mich um den Aufbau einer starken PV-Anlage bemüht.“

Mit der in kürzester Zeit durch Fachbetriebe errichteten Sonnenkollektorenanlage, auf vier Dächern des Unternehmens verteilt, erzeugt Dreßen nun im Jahr 410.000 kWh. Das Unternehmen, das im Jahr 2019 etwa 1.000 Tonnen Stahl verarbeitet hat, benötigt davon rund 230.000 kWh. Rund 180.000 kWh werden in den Naturstrom Abensberg-Pool eingespeist. Eine andere Option wären Speichermöglichkeiten gewesen; die aber sind für Dreßen derzeit noch nicht wirklich ausgereift. Mit Hans Schmid, dem Leiter der Stadtwerke Abensberg, hat er sich deshalb intensiv ausgetauscht. Heraus kam eine Zusammenarbeit, die aus dem Maschinenbau-Unternehmen einen Naturstrom Abensberg-Einspeiser macht.

Ausbildungszentrum entsteht

Dreßen hat noch weitere Pläne für die Stromproduktion - wie bereits im Gespräch mit Abensbergs Erstem Bürgermeister Dr. Uwe Brandl anlässlich des 95. Firmenjubiläums im letzten Jahr bekannt wurde, setzt der Geschäftsführer auf ein eigenes Ausbildungszentrum. Dieses wird in einer sanierten Fertigungshalle entstehen. Derzeit wird geprüft, ob auch die sanierte Halle mit PV bestückt wird. Nötig ist die Sanierung, so Dreßen, „weil unsere Marktstellung und die Auftragssituation trotz Corona gut sind.“ Außerdem hofft er, dass die Investitionen in ein eigenes Ausbildungszentrum die Gewinnung von Azubis erleichtert. Im Ausbildungszentrum sollen Anlagenmechaniker in den Fachrichtungen Schweißtechnik und Apparate- und Behälterbau ausgebildet werden, auch Technische Produktdesigner und Büromanagement sind angedacht. Gerade für den Grundkurs Metall müssen Azubis bis nach Schwandorf – „Das können wir den Betrieben hier auch anbieten.“ Auch die Schulen könnten das Ausbildungszentrum nutzen, betonte Dreßen aktuell nochmals.

Die Michael Glatt Maschinenbau GmbH mit Sitz in der Industriestraße in Abensberg gehört zu den Marktführern im Bereich der Fertigung von hochwertigen Druckbehältern und Apparaten. Insbesondere für die Weltmarktführer der Chemische Industrie, der Pharma- und Biotechnologie sowie der Silizium-Industrie konnte sich das Unternehmen als kompetenter Geschäftspartner etablieren.

Wichtiger Baustein hin zu einer CO2-freien Stadt

Gestartet im Februar 2019, hat sich die Marke Naturstrom Abensberg in einem harten Markt etabliert; der Schritt in den Landkreis erfolgte im Frühjahr 2020. „Naturstrom Abensberg“ ist ein wichtiger Baustein hin zu einer CO2-freien Stadt Abensberg, die mit dem Ziel einer stromautarken Kommune auch einen Standpunkt zur Starkstromtrassen-Diskussion setzt. ❐

Weihnachtsspende für Raphael Hospiz Verein Günzburg:

schwaben netz spendet 5.000 Euro

Einen Scheck über 5.000 Euro übergab Gabriele Krybus, Konzessionsmanagement schwaben netz, an Dr. Peter Müller, erster Vorsitzender beim Raphael Hospiz Verein Günzburg. schwaben netz ist die 100-prozentige Unternehmenstochter von erdgas schwaben.

„Die Menschen, die sich im Raphael Hospiz Verein um Sterbe- und Trauerbegleitung kümmern, engagieren sich ausschließlich ehrenamtlich. Wir finanzieren uns unter anderem aus Spenden“, sagte Dr. Peter Müller. „Wir freuen uns deshalb sehr über die Weihnachtsspende. Damit drücken die schwaben netz-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Wertschätzung für unsere Arbeit aus und tragen dazu bei, dass unser Engagement sichtbarer wird.“

Gabriele Krybus betont: „Wir nehmen unsere gesellschaftliche Verantwortung als Unternehmen und Wirtschaftsfaktor vor Ort ernst. Gerade jetzt in dieser schwierigen Zeit ist es uns ein Anliegen, dort zu unterstützen, wo Nähe am wichtigsten ist. Mir liegt es auch persönlich sehr am Herzen, das unersetzliche Engagement der Hospize zu stärken.“

Jedes Jahr unterstützt schwaben netz Hilfsorganisationen in der Region mit einer Weihnachtsspende. In diesem Jahr erhalten zwei Einrichtungen jeweils 5.000 Euro – neben dem Raphael Hospiz Verein Günzburg die Stiftung AllgäuHospiz in Kempten. erdgas schwaben, Muttergesellschaft von schwaben netz, spendet zusätzlich 10.000 Euro an die Stiftung KulturLandschaft Günztal. ❐



Auf dem Weg zur Energie ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Schürmann: *Die LEW-Gruppe ist seit Jahrzehnten in der Stromerzeugung, der Stromverteilung und dem Energievertrieb aktiv. Um unsere Netzinfrastruktur zu steuern, haben wir eigene Glasfaserleitungen genutzt. Vor etwas mehr als 20 Jahren wurde die LEW TelNet GmbH gegründet. Sie erbrachte zunächst vor allem interne Dienstleistungen für die LEW-Gruppe. Weil sich Bedarf und Rahmenbedingungen entsprechend entwickelten, entschlossen sich die Lechwerke in der Folge, die Wertschöpfung zu vertiefen und mit LEW TelNet auch Angebote für Unternehmen und Behörden aufzulegen. Als Bund und Land 2009 entsprechende Breitband-Förderprogramme ins Leben riefen, nutzten wir auch diese konsequent. Mittlerweile kann LEW TelNet auf einen erheblichen Marktanteil in unserer Region verweisen. In einzelnen, ausgewählten Kommunen setzen wir auch privatwirtschaftlichen Ausbau von Glasfaser um.*

Förderprogramme nutzen

GZ: Ist es möglich, privatwirtschaftlichen Ausbau mit Förderprogrammen zu ergänzen?

Schürmann: *Auch das. Seit 2009 nutzt LEW TelNet gemeinsam mit Kommunen Förderprogramme zur Breitbandgrundversorgung in Bayern zum Aufbau von Hochgeschwindigkeitsnetze in Bayern. Gerade im ländlichen Raum bei der Erschließung von Orten und Ortsteilen in den Außenbereichen sind nicht selten einzelne Weiler und Höfe anzutreffen. Hier raten wir den Kommunen, entsprechende Förderprogramme zu nutzen, um am Ende eine flächendeckende Erschließung mit guter Versorgung zu gewährleisten. Darüber hinaus enthält unser Portfolio auch eigenwirtschaftlichen Ausbau: etwa bei Neubau- und Gewerbegebieten sowie in ausgewählten Kommunen mit dem Produkt LEW Highspeed, mit dem wir Internet, Telefonie und TV-Dienste über Glasfaser bis ins Haus bieten. Unser Ziel ist, gemeinsam mit den Kommunen in unserer Region den Breitbandausbau bestmöglich voranzutreiben.*

GZ: Wie ist die Nachfrage? Wie weit reicht Ihr Aktionsradius?

Schürmann: *LEW TelNet hat seit 2009 insgesamt etwa 250 Breitbandprojekte umgesetzt. Der privatwirtschaftliche LEW Highspeed-Glasfaserausbau (seit 2018) umfasst aktuell 14 Projekte. Unser Versorgungsgebiet schließt sowohl Schwaben als auch traditionell Teile Oberbayerns mit ein. Zwischen Donauwörth und Schongau, von Landsberg bis Ulm, betreiben wir ein mittlerweile 4.500 Kilometer langes Glasfasernetz. In diesem Bereich sind wir der größte regionale Glasfasernetzbetreiber. Zum Vergleich: Als LEW TelNet 1997 an den Start ging, waren es 700 Kilometer, 2009 mit Beginn des Förderprogramms 1.100 Kilometer und 2018 3.000 Kilometer Glasfasernetz.*

GZ: Welche Schritte umfasst der Breitbandausbau mit LEW Highspeed?

Schürmann: *LEW Highspeed setzen wir in ausgewählten Kommunen um. Am Anfang steht zunächst einmal die Abstimmung mit Bürgermeistern und kommunalen Gremien. So eine flächendeckende Glasfasererschließung ist ein Kraftakt, bei dem alle gemeinsam an einem Strang ziehen müssen. Dann gehen wir in die so genannte Vorvermarktung, die in der Regel zwei Monate dauert. Mittels Veranstaltungen vor Ort bzw. Online-Beratungen ist die Marktresonanz dann sehr schnell spürbar. Fakt ist, dass in den allermeisten Fällen die nötige Vorvermarktungsquote von mehr als 35 Prozent der Haushalte erreicht wird, oft deutlich mehr. Gehen wir in die Umsetzung mit LEW Highspeed, haben Kunden dann zum Beispiel den Vorteil, den Hausanschluss kostenlos zur Verfügung gestellt zu bekommen.*

Grundsätzlich ist die Zusammenarbeit mit den Kommunen sehr eng und konstruktiv. Das hat auch damit zu tun, dass die Lechwerke bereits seit 120 Jahren in der Region aktiv sind.

Wichtiger Standortfaktor

GZ: Das heißt, Sie haben keine Schwierigkeiten, Kommunen zu finden, die ausbauen wollen?

Schürmann: *Das ist richtig. Die Glasfasertechnologie ist ein wichtiger Standortfaktor, für uns ein klares Wachstumsthema. Gerade in den vergangenen Corona-Monaten haben uns übrigens auch viele Unternehmenskunden mit Blick auf das Thema Homeoffice vermehrt kontaktiert. Bei diesen Kunden haben wir dann schnell höhere Übertragungskapazitäten zur Verfügung gestellt. So konnten wir den Geschäftsbetrieb der Unternehmen unterstützen und zudem einen Mehrwert in der Region generieren.*

GZ: Die Lechwerke AG gehört jetzt ebenso wie das Bayernwerk zur E.ON-Gruppe. Gibt es Projekte, in denen der Breitbandausbau gemeinsam gestemmt wird?

Schürmann: *In der Gemeinde Merching haben LEW und Bayernwerk als Netzanbieter erfolgreich ein gemeinsames Glasfaser-Pilotprojekt gestartet. Nun wird das Breitbandnetz der Gemeinde auf den neuesten Stand der Technik gebracht.*

GZ: Themenwechsel. Die Lechwerke blicken – wie bereits erwähnt – auf eine 120-jährige Geschichte zurück. Der Name verrät, wo der Konzern seinen Ursprung hat. Wie wichtig ist die Wasserkraft für das Erreichen einer Energiewende und sehen Sie in Ihrem Versorgungsgebiet oder generell Ausbaupotenzial?

Schürmann: *Verglichen mit anderen Bundesländern ist die Wasserkraft in Bayern eine sehr starke erneuerbare Energiequelle. Unsere Wasserkraft verknüpft in idealer Weise Tradition und Moderne. Das ist auch die DNA der Lechwerke. Wir wollen Gestalter sein für die Energiewende in Bayerisch-Schwaben. Gerade LEW Wasserkraft steht für die Optimierung der Wasserkraft, für Nachhaltigkeit und neue Wege der Zusammenarbeit im Dialog mit Kommunen, Verbänden, Vereinen, Anliegern und der Wissenschaft. Nicht umsonst wurde sie 2019 mit dem Bayerischen Umweltpreis ausgezeichnet. Die Wasserkraft ist der Ursprung der LEW und gleichzeitig wichtiger Baustein der Energiezukunft.*

GZ: **Welche Möglichkeiten bieten sich aktuell?**

Schürmann: *Wir sehen zwar momentan keine Möglichkeit, Wasserkraftwerks-Neubauten zu realisieren. Aber wir sehen die Chance, Modernisierungsprojekte weiter voranzutreiben, sprich beispielsweise den Wirkungsgrad zu steigern. Womit wir wieder beim Thema Digitalisierung sind.*

GZ: Das heißt, es werden jetzt nicht unbedingt neue Turbinen eingebaut, sondern es wird digital nachjustiert?

Schürmann: *Sowohl als auch. Am LEW-Wasserkraftwerk in Meitingen beispielsweise, das neben den Werken in Gersthofen und Langweid als UNESCO-Welterbestätte ausgezeichnet wurde, haben wir neben der Modernisierung der Kraftwerkssteuerung auch neue Turbinen eingebaut, die jetzt einen noch höheren Wirkungsgrad haben.*

Natürlich sind wir immer bestrebt, unsere Prozesse zu optimieren und damit effizienter zu realisieren. In Hochwasser-Situationen müssen wir zum Beispiel immer auch darauf vorbereitet sein, die Fahrweise der Wasserkraftanlagen entsprechend anzupassen. Hierzu ist ein störungsfreier Betrieb erforderlich. Deshalb haben wir unsere Wasserkraft-Anlagen weitestgehend mit einem Glasfaseranschluss ausgestattet. Dank der umfassenden Digitalisierung lassen sich nun von unserer Zentralwarte aus alle Kraftwerksfunktionen kontrollieren und bedienen. Mögliche Störungen können präzise analysiert und wo möglich über eine Fernwartung beseitigt werden. Zudem lassen sich die Funktionen des Leitsystems nun auch von außerhalb der Zentralwarte aufrufen. Zum Beispiel vom Laptop eines Servicetechnikers, der vor Ort im Kraftwerk eine Wartung durchführt.

Das Soll ist (fast) erfüllt

GZ: Im Energiekonzept der Bundesregierung ist ein Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch von 80 Prozent für das Jahr 2050 vorgesehen. Wie hoch ist der Anteil im Energiemix der LEW und welche Position hat die Wasserkraft in diesem Gefüge?

Schürmann: *2019 betrug der Anteil der erneuerbaren Energiequellen in unserem Stromnetz mehr als 70 Prozent, 2020 nach ersten Schätzungen sogar nahezu 80 Prozent. Dabei haben Wasserkraft und Photovoltaik in unserem Versorgungsgebiet jeweils einen Anteil von 36 Prozent, Biomasse 23 Prozent und Wind 5 Prozent. Vor allem die Photovoltaik entwickelt sich dynamisch.*

GZ: Stichwort Elektromobilität: Wenn der regional erzeugte Strom auch noch regional genutzt wird, wie mit der Elektromobilität möglich, bleibt die Wertschöpfung daheim. Welche Vorteile ergeben sich für Kommunen, als Vorbild voranzugehen und ihren Fuhrpark entsprechend umzustellen?

Schürmann: Wir setzen auf *Elektromobilität. Sie ist ein wichtiger Erfolgsfaktor der Verkehrswende. Diese Antriebsform ist aus unserer Sicht die richtige strategische Ausrichtung für die nächste Generation. Auch hier spielt die Digitalisierung eine wichtige Rolle: Mithilfe intelligenter Ladesteuerung kann ein teurer Netzausbau vermieden und Elektromobilität wettbewerbsfähig gemacht werden. Wie das in der Praxis funktionieren kann, zeigen wir in einer Tiefgarage in Meitingen. Dort haben wir mehrere Stellplätze mit Ladeboxen ausgestattet und ein dynamisches Lastmanagement integriert, unseren sogenannten eLoad Manager. Das Lastmanagementsystem passt die Ladeleistung dynamisch an den Stromverbrauch im Gebäude an. Die E-Autos werden mit der Leistung geladen, die das Gebäude aktuell nicht benötigt. Das verhindert eine Überlastung der Leitungen und ermöglicht gleichzeitig komfortables Laden auch mehrerer Fahrzeuge am selben Entnahmepunkt. Eine aufwendige und teure Erhöhung der Leistung ist damit nicht nötig.*

GZ: Im Dezember hat der Bund durch eine Gesetzesänderung den Einbau privater Ladestationen für Elektrofahrzeuge in Mehrfamilienhäusern erleichtert. Sehen Sie hier eine Chance für den Umstieg der Bevölkerung auf Elektrofahrzeuge?

Schürmann: *Das ist ein weiterer wichtiger Baustein. Wir stellen aktuell einen erheblichen Zuwachs an Neuanmeldungen von Elektrofahrzeugen fest. Dies hat u.a. mit dem neuen Programm der Bundesregierung „Ladestationen für Elektroautos – Wohngebäude“ (KfW 440) zu tun. Ziel ist es, Privatpersonen zum Umstieg auf elektrisch betriebene Fahrzeuge zu motivieren. Dabei wird ein Investitionszuschuss von 900 Euro pro Ladepunkt gewährt. Insgesamt werden 250.000 private Ladepunkte gefördert. Übrigens betreibt LEW mit mehr als 300 öffentlichen Ladepunkten das größte Ladenetz in der Region. Die Strommengen für alle Ladepunkte stammen ausschließlich aus erneuerbaren Quellen.*

Smart City Konzepte

GZ: Elektromobilität ist nur ein Baustein für eine smarte City oder Region. Beschäftigt sich die LEW mit der Digitalisierung von Kommunen und wenn ja, welche Angebote haben Sie an unsere Leser?

Schürmann: *Um sog. Smart City Konzepte umzusetzen, haben wir ein Produkt namens Inno.Live entwickelt. Gemeinsam mit den kommunalen Verwaltungen werden dabei mittels Sensoren Abläufe und Services intelligent vernetzt und digital gesteuert. Dadurch können die Kommunen ihre Arbeitsabläufe optimieren, den Bürgerservice verbessern und Kosten einsparen.*

GZ: Haben Sie praktische Beispiele für die digitale Steuerung kommunaler Abläufe?

Schürmann: *LEW Inno.Live besteht aus drei Komponenten: Sensoren, einem Funksystem und einer eigens entwickelten Datenbank. Die Sensoren erkennen beispielsweise, ob Türen offen oder geschlossen sind, melden volle Müllbehälter oder zeigen an, wann Blumenbeete gegossen werden müssen. Diese Daten übermitteln sie über ein besonders kostengünstiges und energiesparendes LoRa-Funksystem. Über ein Gateway werden die Daten in einem weiteren Schritt per Mobilfunk in eine zentrale Datenbank übertragen und dort aufbereitet. In einem Online-Portal stehen die Informationen den Nutzern zur Verfügung.*

Der Effekt ist, dass Kosten reduziert und beispielsweise Fahrwege optimiert werden. Das ist dann auch wieder ein Beitrag zum Klimaschutz. Das Produkt Inno.Live ist in einigen Kommunen wie Stadtbergen, Königsbrunn und Denklingen bereits umgesetzt, mit zahlreichen weiteren Kommunen sind wir im Gespräch.

GZ: Um solche Angebote entwickeln zu können, werden viele Daten benötigt. Welche Zukunftsvision kann mit diesem „Rohstoff der Zukunft“ eines Tages Wirklichkeit werden?

Schürmann: *Mit Blick auf die Energiewirtschaft ist die Digitalisierung ein wichtiger Baustein, um unser Klimaschutzziel 2050 zu erreichen. Aus unserer Sicht ist es möglich, ein Energiesystem aus vielen tausend erneuerbaren Energiequellen aufzubauen. Deshalb lautet unsere Strategie: Energiezukunft – grün, digital, dezentral. Unsere Zukunftsvision ist der Dreiklang aus Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit.* **DK**

Neue Mitglieder für Oil and Gas Methane Partnership

Thüga Energienetze, schwaben netz und Energienetze Bayern gehören zu den neuen Mitgliedern der Oil and Gas Methane Partnership 2.0 (OGMP 2.0). Diese globale Initiative unter Führung des UN Environment Programme verfolgt das Ziel, die Methan-Emissionen weltweit zu reduzieren.

Neue Partner, neues Rahmenwerk für das Reporting von Methan-Emissionen: Im November 2020 wurde OGMP 2.0 einem Relaunch unterzogen. Die insgesamt 62 Mitglieder verpflichten sich, ihren Methan-Ausstoß entlang der gesamten Wertschöpfungskette deutlich präziser als bisher zu erfassen, ihn transparent zu machen und vor allem nachweislich zu reduzieren. Bis 2030 sollen die Methan-Emissionen in der gesamten Öl- und Gasindustrie um 60 bis 70 Prozent gegenüber 2015 sinken.

Verteilnetze sind wichtig für Pariser Klimaziele

Vier deutsche Verteilnetzbetreiber haben sich OGMP 2.0 angeschlossen, drei davon gehören zur Thüga-Gruppe: die Tochtergesellschaft Thüga Energienetze sowie die Partnerunternehmen schwaben netz und Energienetze Bayern, der Gas-Verteilnetzbetreiber der Energie-Südbayern-Gruppe. „30 Jahre Investitionen haben die Methan-Emissionen in unseren Netzen bereits erheblich gesenkt“, sagt Michael Riechel, Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft. „Mit unserem starken Engagement bei OGMP unterstützen wir die Ziele dieser wichtigen Initiative. Zudem wollen wir unsere Erfahrungen und Best-Practices aus der Thüga-Gruppe aktiv in die Arbeit einbringen. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Verteilnetze durch ehrgeizige Reduktionsmaßnahmen kombiniert mit der Verteilung von erneuerbaren und dekarbonisierten Gasen eine wichtige Rolle spielen werden, um die Klimaziele von Paris zu erreichen.“

Hochwertigen Netzbetrieb auf Goldstandard heben

Durch den Beitritt verpflichten sich die beteiligten Unternehmen, den Goldstandard anzustreben. Dafür müssen sie die Methan-Emissionen so exakt wie möglich ermitteln und konkrete Maßnahmen definieren, durch die Senkungen in den nächsten drei Jahren erreicht werden können. Der Erfolg wird jährlich verifiziert. Anton Erb, Geschäftsführer Energienetze Bayern: „Neben der Umsetzung von Maßnahmen im operativen Betrieb sehen wir dringenden Verbesserungsbedarf in der Koordinierung von Bauarbeiten Dritter in der Nähe unserer Gasleitungen, wodurch Beschädigungen und damit Lecks an Gasleistungen reduziert werden können.”

Anselm Pfitzmaier, Geschäftsführer schwaben netz: „Wir werden den Austausch innerhalb von OGMP aktiv dazu nutzen, um von den Best-Practices in anderen Ländern neue Impulse für unser deutsches DVGW Regelwerk zu erhalten.” Reinhard Wendl, Geschäftsführer Thüga Energienetze: „Thüga Energienetze hat vor rund 20 Jahren das Gussauswechslungsprogramm erfolgreich beendet und betreibt ausschließlich Kunststoff- und Stahlleitungen. Wir werden unser Augenmerk besonders auf Reduktionsmaßnahmen im operativen Betrieb richten.“ ❐



Kompetenz für Kommunen.
Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

Für Sie bieten wir folgende Dienstleistungen an:

- Ausschreibung von Strom und Erdgas
  - rechtssichere Energiebeschaffung
  - elektronische Ausschreibung mit elektronischer Auktion
  - digitalisierter Ausschreibungsprozess mit geringem Verfahrensaufwand
  - Bündelausschreibungen
- Beschaffung von Kommunaltechnik
  - neutrale, herstellerunabhängige Leistungsbeschreibung
  - Begleitung bis Auftragserteilung inkl. aller Bekanntmachungen und Benachrichtigungen

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

Büro München
Germaniastraße 42, 80805 München
089/44 23 540-0 bayern@kubus-mv.de

Hauptsitz Schwerin
Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin
0385/30 31-251 info@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

BDEW-Jahresbericht „Energieversorgung 2020“:

Stromverbrauch im Corona-Jahr deutlich zurückgegangen

Windenergie inzwischen mit Abstand der wichtigste Energieträger im deutschen Strommix / Kohleverstromung stark rückläufig

Die CO2-Emissionen der Energiewirtschaft sind in diesem Jahr um 15 Prozent gegenüber 2019 gesunken (2020: 217 Millionen Tonnen CO2; 2019: 254 Millionen Tonnen). Im Vergleich zu 1990 beträgt die Minderung der CO2-Emissionen seit 2020 rund 53 Prozent. Das zeigen vorläufige Berechnungen aus dem jetzt veröffentlichten BDEW-Jahresbericht „Energieversorgung 2020“.

„Die Energiewirtschaft ist bei der notwendigen Treibhausgas-Reduktion eindeutig auf Kurs“, sagte Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, auf der Jahresabschluss-Pressekonferenz des Verbandes.

Ein Faktor für die Minderung der CO2-Emissionen war die auch in diesem Jahr gestiegene Stromerzeugung aus Erneuerbare Energien und der Rückgang der Kohleverstromung: So erzeugten Wind, Photovoltaik, Biomasse und andere regenerative Energieträger 2020 insgesamt 251,7 Mrd. kWh Strom und damit 4,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Stromerzeugung aus Steinkohle sank um mehr als ein Viertel, die Stromerzeugung aus Braunkohle um knapp ein Fünftel.

Der besonders starke Rückgang der CO2-Emissionen in diesem Jahr ist zu einem Teil auch durch die Corona-Pandemie und dem daraus resultierenden wirtschaftlichen Einbruch verursacht. So ist der Stromverbrauch im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr um rund 4,4 Prozent auf 543,6 TWh gesunken.

„Was wir für die weitere CO2-Reduzierung vor allem brauchen, ist ein entschlossener und schnellerer Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die EEG-Novelle, die im Bundestag verabschiedet werden soll, enthält zwar einige positive Ansätze, wird aber noch nicht ausreichen, um der Energiewende den notwendigen Anschub zu verleihen“, erklärte Andreae.

„In den vergangenen zehn Jahren haben wir einen regelrechten „Siegeszug“ der Erneuerbaren Energien in der Stromerzeugung erlebt. Insbesondere die Windenergie an Land ist und bleibt der „Packesel“ der Energiewende. Jetzt droht der weitere Ausbau jedoch ins Stocken zu geraten: Durch das Förderende werden immer mehr Anlagen vom Netz gehen. Zudem werden inzwischen zwei von drei Windrädern beklagt.

Erheblicher Nachbesserungsbedarf

Es ist deshalb umso bedauerlicher, dass die Koalition die Chance nicht genutzt hat, im Zuge der EEG-Novelle wichtige Verbesserungen und Erleichterungen für die Erneuerbaren Energien umzusetzen: Konkret hätte die Bundesregierung schon jetzt für bessere Bedingungen für das Repowering sorgen können. Der BDEW hat hierfür bereits Vorschläge vorgelegt. Auch im Bereich des Artenschutzrechts bedarf es endlich handhabbarer und bundesweit einheitlicher Vorgaben. Die Bundesregierung muss dies im ersten Quartal 2021 anpacken.“ Auch im Bereich der Photovoltaik bestehe weiterhin erheblicher Nachbesserungsbedarf.

Insgesamt habe es im Jahr 2020 trotz der Corona-Pandemie jedoch auch Fortschritte in der Energiepolitik gegeben, sagte Andreae. Mit dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz gebe es nun einen klaren Plan, um Schritt für Schritt aus der Kohleverstromung auszusteigen. Mit der vom BDEW seit Langem geforderten Einführung der CO2-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr habe die Bundesregierung einen Paradigmenwechsel in diesen Sektoren eingeleitet.

Dennoch gebe es auch im kommenden Jahr viel zu tun: „Gerade in Hinblick auf die Erhöhung der europäischen Klimaziele gilt es nun, noch einmal mehr Tempo zu geben. Wir müssen alle Potenziale zur Treibhausgasminderung ausschöpfen“, sagt Andreae.

Finanzierung der Erneuerbaren reformieren

Mit Blick auf die Elektromobilität müsse die Koalition endlich eine Einigung beim Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG) erreichen, um den Ausbau der privaten Ladeinfrastruktur zu beschleunigen.

Eine zentrale Aufgabe der nächsten Bundesregierung müsse es zudem sein, die Finanzierung der Erneuerbaren Energien zu reformieren. „Das EEG stößt hier mittlerweile an seine Grenzen“, sagt Andreae.

Auch das Thema Wasserstoff müsse weiterhin ganz weit oben auf der Agenda der Politik bleiben. „Mit der Nationalen Wasserstoffstrategie hat die Bundesregierung einen ersten Plan für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft vorgelegt. Nun gilt es, diesen Plan in die Tat umzusetzen. Hier spielt auch die Energiewirtschaft eine große Rolle. Der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft ist eine der zentralen Aufgaben der kommenden Jahre.“

Strom-Erzeugungsmix für das Jahr 2020

Wind, Photovoltaik, Biomasse und andere regenerative Energieträger erzeugten 2020 insgesamt 251,7 Mrd. kWh Strom und damit 4,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Ihr Anteil an der Bruttostromerzeugung beträgt nun 44,6 Prozent. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch – die für die Zielerreichung der Erneuerbaren Energien maßgebliche Quote – beträgt 46,3 Prozent. Die Windenergie (Onshore + Offshore) ist mit einer Stromerzeugung von insgesamt 132,8 Mrd. kWh inzwischen mit Abstand der wichtigste Energieträger im deutschen Strommix und erzeugte annähernd so viel Strom wie sämtliche Braun- und Steinkohlekraftwerke zusammen (brutto).

Deutlich zurückgegangen ist auch in diesem Jahr die Stromerzeugung aus Braun- und Steinkohle: Die Stromerzeugung aus Steinkohle sank um mehr als ein Viertel, die Stromerzeugung aus Braunkohle um knapp ein Fünftel. Auch die Kernenergie weist insbesondere aufgrund der Stilllegung des Kernkraftwerks Philippsburg 2 Ende 2019 einen Rückgang auf. Die Stromerzeugung aus Gaskraftwerken legte leicht um 0,7 Prozent zu.

Neben Zahlen zur Stromerzeugung und CO2-Emissionen der Energiewirtschaft enthält der BDEW-Jahresbericht „Die Energieversorgung 2020“ unter anderem auch Daten zu Gaswirtschaft, Fernwärmeversorgung und Eco-Mobilität in Deutschland. ❐

Konzern Versicherungskammer beteiligt sich an BayWa r.e.

Nachhaltigkeitsstrategie wird konsequent weiterverfolgt, um Energiewende zu unterstützen

Der Konzern Versicherungskammer steigt als neuer Ankerinvestor bei der BayWa r.e. renewable energy GmbH ein, einem Unternehmen des Agrardienstleisters BayWa AG, München. Als Teil eines Anlegerkonsortiums unter Führung von Energy Infrastructure Partners AG (EIP), Schweiz, wurden für 530 Millionen Euro insgesamt 49 Prozent der Anteile erworben. BayWa r.e. ist weltweit führend im Bereich der erneuerbaren Energien und verfügt über eine Photovoltaik- und Onshore-Wind-Pipeline mit einer Kapazität von 13 Gigawatt.

„Investieren bedeutet für uns Verantwortung, auch gegenüber der Gesellschaft und der Umwelt. Mit der Beteiligung an der BayWa r.e. haben wir einen großen Schritt getan, unsere Nachhaltigkeitsstrategie konsequent zu verfolgen“, sagt Isabella Pfaller, Finanzvorstand im Konzern Versicherungskammer.

CO2-Ausstoß reduzieren

Mit Investitionen in regenerative Energien verfolgt der größte öffentliche Versicherer die Ziele, stabile Einnahmen durch Einspeisevergütungssysteme oder langfristige Nutzungsverträge zu generieren, eine rentable Kapitalanlage sicherzustellen, einen Beitrag zur Energiewende zu leisten sowie den CO2-Ausstoß zu reduzieren. Vor einem Jahr hat sich die Versicherungskammer mit der Unterzeichnung der Principles for Responsible Investments (PRIs) zudem verpflichtet, ökologische, soziale und ethische Kriterien bei Investitionsentscheidungen zu berücksichtigen.

Circa ein Fünftel der bisherigen Infrastrukturinvestitionen der Versicherungskammer stecken schon in erneuerbaren Energien. Mit der Beteiligung an BayWa r.e. wird dieser Bereich weiter ausgebaut. So ist die Versicherungskammer vor einem Jahr mit einem Anteil von circa vier Prozent als Aktionär bei der Encavis AG, Hamburg, eingestiegen, die mit Wind- und Solarparks in ganz Europa für nachhaltigen Strom sorgt.

In den vergangenen Jahren finanzierte der Konzern mit mehreren Konsortien drei Offshore-Windparks in der Nordsee. Darüber hinaus ist er auch innerhalb des eigenen Geschäftsgebietes an Wind- und Solarparks, wie zum Beispiel in Brandenburg und Bayern beteiligt. Auch außerhalb von Deutschland ist der Konzern Eigentümer von Solar- und Windparks, unter anderem in Frankreich, Skandinavien und Benelux.

„Mit den Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Energiewende. Dank der vielfältigen Investitionen in erneuerbare Energien sorgten wir bereits für eine CO2-Einsparung von mehr als 2,2 Millionen Tonnen – das entspricht einem Gewicht von mehr als 5.000 ISS Raumstationen“, so Pfaller. ❐

Wasserstoff-Gipfel Hydrogen Dialogue mit erfolgreicher digitaler Premiere:

Einzigartige Perspektiven für die globale Energiewende

Über 700 nationale und internationale Teilnehmer aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik am Start

Der Hydrogen Dialogue der NürnbergMesse, in diesem Jahr umgesetzt in Kooperation mit dem NUEdialog der WiSo Nürnberg, FAU, spiegelte den internationalen „State of the Art“ der Wasserstoff-Technologie eindrucksvoll wider: Über 45 hochkarätige Referentinnen und Referenten, darunter der Bayerische Staatsminister und Schirmherr Hubert Aiwanger, die Wirtschaftsweise Prof. Veronika Grimm, Schaeffler-CEO Klaus Rosenfeld, Prof. Armin Schnettler, CEO New Energy Business bei Siemens Energy sowie Nürnbergs Oberbürgermeister Marcus König trafen sich zum ersten digitalen Wasserstoff-Gipfel.

Über 700 nationale und internationale Teilnehmerenden aus den Bereichen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft tauschten sich auf der Plattform des Hydrogen Dialogue und NUEdialog aus und zeigten dabei in rund 30 Vorträgen einzigartige Perspektiven für die globale Energiewende auf.

Investition in eigenes Wasserstoff-Kraftwerk geplant

Die NürnbergMesse bringt damit nicht nur die Wasserstoff-Gemeinschaft zusammen, sie wird künftig auch selbst ein aktiver Teil von ihr sein: Sie hat auf dem Kongress angekündigt, als weltweit erste Messegesellschaft in ein eigenes Wasserstoff-Kraftwerk zu investieren mit dem Ziel, bis 2028 eine CO2-neutrale Energieversorgung auf dem Messegelände in Nürnberg zu erreichen.

NürnbergMesse-CEO Dr. Roland Fleck zieht Bilanz: „Wir freuen uns über die erfolgreiche digitale Premiere des Hydrogen Dialogue. Mit dem Tandem aus Kongress und Kraftwerk haben wir den Wasserstoff-Turbo gezündet und stärken damit die Authentizität des Messeplatzes Nürnberg.“

Key Player auf Augenhöhe

Auch die Teilnehmer des Wasserstoff-Gipfels, der aufgrund der Corona-Pandemie komplett digital stattfand, sind voll des Lobes: „Die Dichte an Kompetenz dieser Veranstaltung ist bemerkenswert“, sagte Schaeffler-CEO Klaus Rosenfeld. Der Branchengipfel bringe „alle Key Player auf Augenhöhe zusammen“. Rosenfeld betonte weiter: „Die Welt scheint in einer beispiellosen Wasserstoff-Euphorie vereint, diese Dynamik, diesen geradezu historischen gesellschaftlichen Konsens pro Nachhaltigkeit müssen wir gemeinsam nutzen, um der Energiegewinnung und Speicherung mit Wasserstoff endlich zum Durchbruch zu verhelfen.“

„Wirtschaftsweise“ Prof. Veronika Grimm, Vorstand des Zentrums Wasserstoff.Bayern (H2.B), zeigte sich ebenfalls begeistert von der Veranstaltung, die die Aufbruchsstimmung und die Bedeutung der Branche aufzeige: „Der Hydrogen Dialogue hat bei seinem digitalen Auftakt eine unglaubliche Zahl an Wasserstoff-Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zusammengebracht. Jetzt kommt es auf die Umsetzung der zahlreichen politische Initiativen an!“

Auch Veranstaltungsleiterin Jasmin Rutka freut sich über die gelungene Premiere: „Unser digitaler Hydrogen Dialogue ist von unseren Ausstellern und Teilnehmenden hervorragend angenommen worden. Deshalb wollen wir die Wasserstoff-Gemeinschaft jetzt auch dauerhaft auf unserer Plattform versammeln und vernetzen. Unser Dank gilt der WiSo Nürnberg als Mitveranstalter, dem H2.B, unseren Fachbeiräten sowie allen Kunden und Partnern, ohne die die Veranstaltung nicht so erfolgreich verlaufen wäre. Wir freuen uns jetzt schon auf das nächste Zusammentreffen!“ ❐



Memmingen nimmt am European Energy Award teil

Vertrag mit der eza! unterschrieben
Aufbau eines Klimateams und Erarbeitung eines Klimaschutzkonzepts

„Ich bin der tiefsten Überzeugung, dass es sinnvoll und wichtig ist, dass sich die Stadt Memmingen auf dem Gebiet des Klimaschutzes noch besser engagiert", betonte Oberbürgermeister Manfred Schilder bei der Vertragsunterzeichnung im Rathaus. Mit Unterstützung durch das Energie- und Umweltzentrum Allgäu (eza!) wird die Stadt am European Energy Award (eea) teilnehmen und in den kommenden Jahren die bestehenden Strukturen verbessern: „Mit unserem Blick von außen können wir der Stadt Memmingen neue Anregungen und Impulse für den Klimaschutz geben." Derzeit arbeitet die Kommune bereits im Bereich Energiemanagement mit der eza! zusammen und wird für die Teilnahme am eea vor allem auf umsetzungsorientierten Klimaschutz und langfristige Lösungen setzen.

Die vorerst vierjährige Zusammenarbeit wird in verschiedenen Bereichen erfolgen. Zum einen in der Entwicklungsplanung und Raumordnung im Bereich Bauen, indem nachhaltiger und klimaneutraler Städtebau weiter vorangebracht werden soll. Weiter werden die kommunalen Gebäude und Anlagen auf ihren Energieverbrauch analysiert und unter Umständen energetisch saniert. Auch die Ver- und Entsorgung wird unter die Lupe genommen: Fernwärme, Biogas oder Ökostrom sind hier die Stichpunkte.

Ein weiterer Bereich ist die Mobilität, was den Bereich des Öffentlichen Nahverkehrs genauso mit einbezieht wie den Ausbau der Infrastruktur für die E-Mobilität. Zusätzlich werden für die Umsetzung des kommunalen Klimakonzepts Personen und Finanzen zur Verfügung gestellt um die geplanten Aktivitäten weiter voranzubringen, auch Weiterbildungen, die Beschaffung von Fördergeldern oder anderer innovativer Finanzierungsmittel gehören hier dazu. Zusätzlich zu den Maßnahmen der Kommune soll die Kommunikation und Kooperation vorangetrieben werden um in Form von Bürgerbeteiligung oder Schulprojekten die Klimaziele besser erreichen zu können.

Neue Wege gehen

Das langfristige Ziel ist es, aktiv den Klima- und Umweltschutz der Stadt Memmingen voranzutreiben sowie nachhaltig auf erreichte Ziele aufzubauen und diese zu erweitern, um dadurch die Auszeichnung European Energy Award verliehen zu bekommen. Dafür werde zuerst der Ist-Zustand geprüft, erzählt Martin Sambale, danach werde ein wahrscheinlich 15-köpfiges Klimateam gegründet, das sich aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der verschiedenen Referate sowie den Stadtratsfraktionen zusammensetzen soll. Zusammen mit dem Team soll ein zukunftsfähiges Klimaschutzkonzept entwickelt werden. „Ich freue mich darauf, im Bereich des wichtigen Themas Klimaschutz neue Wege zu gehen, das Geleistete kritisch zu hinterfragen und für die Zukunft zu optimieren", so Oberbürgermeister Manfred Schilder.

Nach dem offiziellen politischen Beschluss zur Teilnahme am eea-Programm, erfolgt die Suche nach einem akkreditierten Beraterunternehmen (im Falle der Stadt Memmingen die eza!). Mit Unterstützung dieses eea-Beraters erfolgt anschließend die Gründung des Energieteams, das für die Umsetzung des eea in der Kommune verantwortlich ist. Mit Hilfe eines umfassenden Maßnahmenkatalogs und durch Unterstützung der eea-Beraterin bzw. des eea-Beraters werden die bisher in der Kommune realisierten Energie- und Klimaschutzaktivitäten erfasst, analysiert und bewertet. Das Ergebnis dieser Ist-Analyse ist ein Stärken-Schwächen-Profil der Kommune, welches anhand eines standardisierten Punktesystems, angepasst an die Rahmenbedingungen der Kommune, erstellt wird.

Anhand der Ist-Analyse werden noch nicht ausgeschöpfte Potenziale im Bereich Energieeffizienz und Klimaschutz der Kommune identifiziert und Prioritäten definiert. Auf dieser Basis wird das Energiepolitische Arbeitsprogramm mit einem verbindlichen Maßnahmenplan erarbeitet. Dort werden für die geplanten Aktivitäten Prioritäten, Zuständigkeiten, Zeiträume und Budgets verbindlich festgelegt. Danach folgen die Umsetzung der Projekte und in einem Audit die Überprüfung, ob das Geplante realisiert und die gesetzten Ziele erreicht wurden.

Beim eea gibt es zwei Phasen des Audits: In einem jährlichen internen Audit führt das Energieteam zusammen mit der eea-Beraterin bzw. mit dem eea-Berater die Überprüfung und Aktualisierung des Erreichten selbst durch. Beim externen Audit, der Grundlage für die Zertifizierung und Auszeichnung der Kommunen, wird eine eea-Auditorin bzw. ein eea-Auditor hinzugezogen.

Erreicht die Kommune durch die Umsetzung der Projekte die Qualitätsstandards, die für die Zertifizierung mit dem European Energy Award notwendig sind, meldet sie sich zum externen Audit an. Eine akkreditierte eea-Auditorin bzw. ein akkreditierter eea-Auditor überprüft die Ergebnisse.

Aktualisierung der Ist-Analyse

Die Ist-Analyse wird anschließend an das Audit angepasst bzw. aktualisiert und der Maßnahmenplan für das kommende Jahr aufgestellt. Dann startet der Zyklus erneut.

Mindestens 50 Prozent Zielerreichungsgrad sind notwendig, um den European Energy Award zu erhalten und damit „Partner mit Auszeichnung" zu werden. Erreicht die Kommune 75 Prozent oder mehr der erforderlichen Punkte, ist sie „Partner mit Auszeichnung Gold" und wird mit dem European Energy Award Gold ausgezeichnet. Hat eine Kommune nach der Bewertung der eea-Auditorin bzw. des eea-Auditors die notwendige Punktzahl erreicht, empfiehlt sie bzw. er deren Auszeichnung.

Da die Kommunen ihre Bemühungen nachhaltig unter Beweis stellen sollen, wird das externe Audit alle vier Jahre wiederholt.

Näheres auch auf www.european-energy-award.de ❐



V.l.: Stadtkämmerer Gunther Füßle, Martin Sambale, Geschäftsführer der eza!, Energiemanager Mario Hönisch, Oberbürgermeister Manfred Schilder und Fabian Damm, Leiter des Baureferats.

Bild: Manuela Frieß/Pressestelle der Stadt Memmingen

Aiwanger zu Solar- und Windenergie:

Erfreuliche Fortschritte

Positiv gestaltet sich der Ausbau der Solarenergie im Freistaat. Energieminister Aiwanger zufolge wurden in Deutschland im vergangenen Jahr 416 neue Projekte mit einer Leistung von 2.402 Megawatt bezuschlagt. Mit 203 Anlagen ist knapp die Hälfte der Projekte im Freistaat geplant.

Maßgeblich zu diesem Erfolg beigetragen hat laut Aiwanger die von ihm erfolgreich durchgesetzte Ausweitung des bayerischen Kontingents für PV-Freiflächenanlagen auf Acker- und Grünflächen in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten. Dadurch konnte seit Beginn seiner Amtszeit insgesamt knapp 800 Megawatt zusätzliche Solarleistung in den Freistaat geholt werden. Die bayerischen Kontingente wurden in einem ersten Schritt 2019 von 30 auf 70 und in einem zweiten Schritt im Juli 2020 auf 200 Anlagen erhöht. Dies hatte bei den Ausschreibungen 2019 eine zusätzliche bezuschlagte Solarstromleistung von 264 Megawatt und 2020 von 530 Megawatt zur Folge.

„Auch die letzte im Jahr 2020 durchgeführte Ausschreibung für große PV-Anlagen spiegelt die Pole Position des Freistaats wider", freut sich der Minister. Von insgesamt 45 am 1. Dezember 2020 bezuschlagten Geboten entfielen 21 auf Bayern. Damit ist der Freistaat das Bundesland mit den meisten bewilligten PV-Freiflächenanlagen der Ausschreibungsrunde.

Ende 2020 gab es damit nochmal 13 Zuschläge für Projekte auf Acker- und Grünflächen in benachteiligten Gebieten. Insgesamt konnten in Bayern von den 200 möglichen Projekten in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten 123 vergeben werden. Die Photovoltaik leistet dort mit 12,1 Terawattstunden (Stand 2019) den größten Beitrag bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. „Das werden wir weiter konsequent ausbauen und so die dezentrale Energiewende zu einem Erfolg unserer Regierung machen", stellte Aiwanger fest.

Die Betreiber von Solaranlagen in Bayern rief er dazu auf, ihre Systeme bei der Bundesnetzagentur zu registrieren: „Wer sich nicht in das Melderegister der Bundesnetzagentur eintragen lässt, dem droht ein Zahlungsstopp der EEG-Umlage. Gerade in Bayern gibt es viele kleine Solaranlagenbetreiber, die zum erfolgreichen Ausbau der erneuerbaren Energien beitragen und auf die Umlage angewiesen sind."

Zuvor hatte die Bundesnetzagentur bekanntgegeben, dass die Anmeldefrist für Solaranlagen bereits Ende Januar ausläuft. Ohne Registrierung würde die Auszahlung der Umlage gestoppt. Die zurückgehaltenen Zahlungen würden aber nachgezahlt, sobald die Anlage in das Marktstammdatenregister eingetragen sei. Bundesweit seien etwa 350.000 Anlagen noch nicht registriert. Das Register soll zur Datenbank der Energiewende werden. Es soll helfen, Strom und Gas effizient zu transportieren und den Bau neuer Leitungen reduzieren. Solaranlagen, Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung sowie ortsfeste Batteriespeicher müssen genauso registriert werden wie Windenergieanlagen oder konventionelle Kraftwerke.

Eine positive Zwischenbilanz zog der Minister auch mit Blick auf die vor einem Jahr gestartete bayerische Windenergieoffensive AUFWIND. Nach jahrelangem Stillstand sei das Thema Windenergie wieder ‚in' und viele Kommunen stießen neue Projekte an.

Vor kurzem hätten auch die Windkümmerer als ausgewiesene und erfahrene Experten ihre Arbeit in allen sieben Regierungsbezirken aufgenommen und helfen den bislang ausgewählten 33 Kommunen insgesamt 25 Projekte voranzutreiben. „Die ersten Rückmeldungen unserer Windkümmerer sind sehr positiv. Ich bin davon überzeugt, dass sie die Aufbruchsstimmung in ganz Bayern weiter befeuern werden", erklärt Aiwanger. Windenergie sei mit Abstand die flächeneffizienteste erneuerbare Energiequelle. Moderne Windkraftanlagen erzeugten heute etwa rund zehnmal so viel Strom im Vergleich zu den Anlagen, die zur Jahrtausendwende errichtet wurden. Experten sind sich einig, dass die Energiewende ohne den Ausbau der Windkraft an Land nicht zu bewältigen ist.

Geeignete Flächen für Windkraftanlagen nutzen

Deshalb appelliert Staatsminister Aiwanger an alle Gemeinden, geeignete Flächen zu aktivieren: „Zeigen Sie den jungen Leuten, dass Sie ihre Botschaft verstanden haben und zur klimafreundlichen Energieversorgung der Zukunft beitragen. Wenn es geeignete Flächen gibt, nutzen Sie sie für eine Windkraftanlage." Kommunen ohne Windkümmerer könnten sich beispielsweise an die neue Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) wenden, um Unterstützung zu bekommen. Windenergie bringe außerdem Wertschöpfung in die Region, denn mit der Reform des EEG könnten Kommunen am Ertrag von Windkraftanlagen beteiligt werden.

Für 2021 werden im Rahmen von AUFWIND viele weitere Maßnahmen umgesetzt: So soll der Windenergie-Erlass aktualisiert werden, der viele Hinweise zur Planung und Genehmigung von Windrädern enthält. Aiwanger wird sich außerdem dafür einsetzen, Kommunen bei der Bauleitplanung, einem zentralen Instrument zur Genehmigung von Windkraftanlagen, bestmöglich zu unterstützen. „Wir werden alle Akteure noch besser vernetzen und LENK wird sich jetzt nach der Aufbauphase mit voller Kraft auch um das Thema Windenergie kümmern. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, die uns zur Verfügung stehen", sichert der Minister zu. **DK**

Lebendige Bäche und Flüsse

Stellungnahme des WWF zum GZ-Sonderdruck „Passion für Wasserkraft"

Der Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung „Passion für Wasserkraft" vom 5.11.2020 stieß nicht auf einhellige Zustimmung. Sigrun Lange und Stefan Ossyssek von WWF Deutschland baten darum, die Positionen ihres Verbandes in der GZ darstellen zu können. Dieser Bitte kommen wir hiermit nach. Aus ihrer Sicht bringt die Förderung der (Klein-)Wasserkraft nicht den erhofften Durchbruch für die Energiewende.

„2020 war ein sehr warmes und trockenes Jahr – nach 2018 das zweitwärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Manche mag das „Traumwetter" erfreuen, andere beklagen die absterbenden Wälder, die Ernteausfälle und die geringen Wasserstände der Bäche und Flüsse. Klar ist: Die Energiewende muss vorangetrieben werden, um die globale Klimaerwärmung zu begrenzen. Laut Bundesnetzagentur ist 2020 der Anteil der erneuerbaren Energien in Deutschland auf knapp 50 % gestiegen. Bis 2030 sollen es 65 % werden. Wie ist dieses Ziel zu erreichen? Während die Bundesregierung die Wind- und Sonnenenergie massiv ausbauen will, hält Bayern an der 10H-Regelung für Windkraftanlagen fest und setzt u.a. auf den Ausbau und die Förderung der kleinen Wasserkraft.

150 Wehre wurden hinsichtlich einer möglichen energetischen Nachrüstung untersucht, 108 davon mit einer theoretischen Leistung kleiner 100 kW. Gemäß der aktuellen EEG-Novelle soll der Strom aus kleinen Wasserkraftanlagen (Leistung < 500 KW) künftig mit 3 Cent pro Kilowattstunde zusätzlich vergütet werden, um das Überleben unrentabler Anlagen zu sichern. Dies kommt Bayern zugute, denn im Freistaat werden bundesweit die meisten Wasserkraftanlagen betrieben. Doch die über 4.000 Kleinanlagen (Leistung < 1 MW) produzieren lediglich 1,3 % des bayerischen Stroms (Stand: 2018). Damit können pro Jahr knapp 300.000 Haushalte versorgt werden, weniger als zwei Drittel aller Haushalte der Oberpfalz (Verbrauch eines Durchschnittshaushalts: 3.200 kWh).



Ein naturnaher Abschnitt der Ilz im Bayerischen Wald. Bild: Sigrun Lange

Der „Klima-Report Bayern" prognostiziert aufgrund künftig häufigerer Extremwetter- und Niedrigwasserphasen einen Rückgang der Erträge aus Wasserkraft. Zudem haben sich nach einer Studie der TU München die Hoffnungen auf „fischfreundliche" Wasserkraftanlagen weitgehend zerschlagen. Ein Vergleich zwischen konventionellen und innovativen Anlagen zeigt, dass Rechen insbesondere kleine Fische (< 15 cm) nicht vor der Turbinenpassage bewahren und Fische auch bei innovativen Anlagen in beträchtlichem Umfang zu Tode kommen können.

Das Bayerische Landesamt für Umwelt rät daher vom Neubau von Wasserkraftanlagen an frei fließenden Flussabschnitten ab und empfiehlt, bestehende Querbauwerke vorzugsweise rückzubauen, statt mit einer Wasserkraftnutzung nachzurüsten. Denn nicht nur Turbinen sind problematisch; die Stauhaltung an Wehren verändert die Gewässerlebensräume massiv: Die Fließgeschwindigkeit verringert sich, oberhalb der Wehre erwärmt sich das Wasser, verschlammt und reichert sich mit Nährstoffen an. Unterhalb fehlt der Kies, und damit die Laichplätze für Fische.

Keine Zukunftstechnologie

Durch eine enge Abfolge von Stauwehren verwandeln sich Flüsse in Seenketten. Fließgewässerarten verschwinden, Allerweltsarten wandern ein. Und in den Restwasserstrecken fehlt Wasser und Dynamik. Dem Statusbericht der Europäischen Umweltagentur zufolge ist die Wasserkraftnutzung für fast die Hälfte (46 %) der durch den Energiesektor bedingten Beeinträchtigungen von europarechtlich geschützten Habitaten, Vogelarten und Nichtvogelarten verantwortlich. Eine Zukunftstechnologie für die Energiewende sieht anders aus.

Dennoch sind Wasserkraftanlagen und Wehre nur ein Problem unserer Flüsse. Einengung, Begradigungen, Uferverbau sowie Einträge von Feinsedimenten verändern die Ökosysteme. Zudem blockieren insgesamt knapp 57.000 Querbauwerke die bayerischen Flüsse, darunter unzählige Abstürze, Verrohrungen und Sohlschwellen.

Nach Berechnungen des WWF Deutschland trifft ein Fisch alle 500 Meter auf eine Barriere, wovon 95 % kleiner als zwei Meter sind, und nur 11 % uneingeschränkt von Fischen passiert werden können. „Small is not beautiful", urteilen auch die Forschenden hinter einer kürzlich veröffentlichten „Nature"-Studie. Sie fordern, die negativen Auswirkungen kleiner Barrieren stärker zu berücksichtigen und unnötige zurückzubauen. Denn: Unsere Flüsse müssen wieder durchwanderbar werden, damit Fische und andere Gewässerlebewesen Laichplätze erreichen, sich vor Fressfeinden schützen, und bei Hochwasser in Seitenbäche bzw. bei Wassererwärmung in höhere Flussabschnitte fliehen können.

Nur knapp ein Fünftel der bayerischen Gewässer ist nach den aktuellsten Bewertungen in einem „guten ökologischen Zustand". Dies muss sich bis 2027 ändern, dazu verpflichtet uns die Europäische Wasserrahmenrichtlinie. Doch auch wenn schon jetzt absehbar ist, dass die Ziele verfehlt werden: Lassen Sie uns mit vereinten Kräften darauf hinarbeiten, lebendige und frei fließende Flüsse zurückzugewinnen, und die Energiewende mit geeigneten Mitteln voranzutreiben."

Sigrun Lange
Stefan Ossyssek
WWF Deutschland

EEG-Novelle 2021 – Schub für den Ausbau der Erneuerbaren

Von Dr. Andreas Lenz, MdB

Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz 2021 (EEG) sollen die ambitionierten Ziele beim Ausbau der Erneuerbaren Energien (laut Koalitionsvertrag 65 Prozent am Stromanteil bis 2030) erreicht werden. Das EEG 2021 umfasst zahlreiche einzelne Aspekte in den Bereichen Photovoltaik, Biomasse, Windkraftanlagen, Wasserkraft und der Geothermie. Alle Teilbereiche tragen dazu bei, dass zukünftig mehr Erneuerbare Energien im Strommix beinhaltet sein werden.

Photovoltaik

Bayern ist Sonnenland – die Photovoltaik (PV) wird zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen. Dabei sollen vor allem die Potentiale auf den Dachflächen genutzt werden. Deshalb gilt für uns: ‚Dach vor Freifläche'. Dafür wird mit dem EEG 2021 ein eigenes Segment für die Ausschreibung von großen Dachflächen geschaffen. Dabei gibt es für Anlagen von 300 – 750 Kilowatt peak (kWp) die Wahl zwischen der Teilnahme an Ausschreibungen oder einer Festvergütung innerhalb der auch Eigenverbrauch möglich ist.

An Randstreifen entlang von Autobahnen und Schienenwegen können Kommunen Sonderflächen für PV-Anlagen ausweisen. Zukünftig ist es möglich diese Seitenstreifen von 110 Meter auf 200 Meter auszuweiten. Dadurch können Bestandsanlagen, die bereits einen Netzanschluss haben erweitert werden, außerdem werden die Anlagen insgesamt gebündelt.

Zudem werden neue innovative Formen von PV-Anlagen bei der Erprobung unterstützt. So werden im Jahr 2022 eigene Ausschreibungen für die so



Dr. Andreas Lenz, MdB. ❐

genannte Agro-PV oder Floating-PV durchgeführt. Bei Agro-PV handelt es sich um eine zusätzliche, parallele Nutzung einer bewirtschafteten Ackerfläche durch PV, vor allem bei Sonderkulturen ist hier Potenzial vorhanden. Bei Floating-PV werden PV-Anlagen auf Flößen auf Seen ausgebracht.

Windkraft

Ein Teil der Wertschöpfung aus Windkraft wird künftig auch direkt bei der Kommune vor Ort ankommen, wo die Windräder stehen. Kommunen können mit dem EEG 2021 je erzeugter Kilowattstunde Strom 0,2 Cent von den Betreibern der Windräder erhalten. Voraussetzung dafür ist, dass sich Flächen der Kommune im Umkreis von 2.500 Metern um das Windrad befinden. Ein Windrad wird sich für die Kommune zukünftig also stärker finanziell ‚lohnen'. Zugleich ist sichergestellt, dass die Einnahmen nicht auf die Kreisumlage angerechnet werden.

Der Bundestag hat zudem die Bundesregierung aufgefordert, noch in diesem Jahr eine gesetzliche Regelung vorzulegen mit der die Kommunen in denen Windräder stehen von den Gewerbesteuereinnahmen profitieren. Das Ziel ist, dass bis zu 90 % der Gewerbesteuereinnahmen nicht mehr am Sitz des Betreibers, sondern am Standort der Windräder anfallen. Auch so profitiert die Standortkommune zukünftig stärker.

Geothermie und Wasserkraft

Auch bei Geothermie und Wasserkraft wurde nochmal nachgebessert. Bis 2024 wird für Geothermie-Anlagen die Degression ausgesetzt und beträgt dann jährlich 0,5 Prozent bis ein Bestand von 120 Megawatt installierter Leistung erreicht ist.

Kleine Wasserkraftanlagen bis 500 kW erhalten für 100 kW ihrer installierten Leistung eine zusätzliche Vergütung von 3 Cent je kWh. Fallende Wasserstände und gestiegene umweltrechtliche Anforderungen machen eine Erhöhung der Vergütung notwendig. Die recht technisch klingenden Daten bedeuten wesentliche Verbesserungen für die Geothermie und Wasserkraft vor Ort.

Kommunale Planungshoheit

Die Kommunale Planungshoheit wird nicht angetastet. Befürchtungen, dass direkt in die kommunale Planungshoheit eingegriffen werden können, sind ausgeräumt.

Darüber hinaus wird die Möglichkeit von direkten Stromlieferverträgen eröffnet. Auch das ist eine Möglichkeit Strom regional vor Ort zu vermarkten und Wertschöpfung im kommunalen Umfeld zu generieren.

Der Ausbau der Erneuerbaren erhält durch das EEG 2021 einen Schub, er wird kommunalfreundlicher und trägt dazu bei die ambitionierten Klimaschutzziele zu erreichen. ❐

EEG 2021:

Neues für die Windenergie

100 Prozent Erneuerbare im Stromsektor vor 2050

Von Dr. Bernd Wust, LL.M., Kapellmann und Partner Rechtsanwälte

Der Deutsche Bundestag hat in seiner letzten Sitzung vor Weihnachten das neue EEG 2021 beschlossen. Darin wird die vollständige Umstellung der Stromerzeugung und des Stromverbrauchs in Deutschland auf erneuerbare Energien noch vor dem Jahr 2050 angepeilt. Zum Vergleich: Im Jahr 2020 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung rund 50 Prozent. Das neue EEG soll dafür die förderrechtlichen Weichen stellen.

Der Großteil des Ausbaus muss durch Photovoltaik und der Windenergieanlagen stattfinden. Das Gesetz sieht feste Ausbaupfade für die einzelnen Energieträger vor, die durch das EEG finanziell abgesichert werden sollen. Für die Windenergie ist ein Zubau von 2.900 MW im Jahr 2022 vorgesehen, der bis 2028 auf einen jährlichen Zubau von 5.800 MW steigen soll. Die in Vorjahren nicht erreichten Mengen werden jeweils nachgeholt.

Besondere Anreize für Windkraft in Süddeutschland

Angesichts des zuletzt sehr schwergängigen Ausbaus der Windkraft sieht das Gesetz zahlreiche neue Ausbauanreize vor. Vor allem Standorte in Süddeutschland sollen in den EEG Ausschreibungen wettbewerbsfähiger gemacht werden:

Das EEG sieht bereits jetzt ein sog. Referenzertragsmodell vor, durch das unterschiedliche Ertragsstärken der Standorte (Standortgüte) in Deutschland bei der Förderung und der Ausschreibung berücksichtigt werden. Vergleichsmaßstab für die Standorte ist jeweils der gesetzlich definierte Referenzertrag des Anlagentyps. Bislang fand ein Ausgleich der Standortgüte nach unten nur bis zu einer Ertragsstärke von 70 % des Referenzertrags statt. Bayerische Standorte liegen häufig darunter. Die Kurve wird nun auf 60 % verlängert. Der Gesetzgeber will dadurch neue Standortpotentiale erschließen, was bayerischen Standorten künftig bessere Chancen in der Ausschreibung gibt.

Weitere Besserstellung erfahren Projekte in der sog. Südregion. Die Südregion umfasst mit Ausnahme weniger nordbayerischer Landkreise ganz Bayern, daneben Baden-Württemberg, das Saarland sowie die südlichen Teile von Rheinland-Pfalz und Hessen. In den Windausschreibungen werden künftig 15 % der Zuschläge (ab 2014: 20%) vorrangig an Projekte in der Südregion vergeben. Dieser Anteil der



Dr. Bernd Wust. ❐

Ausschreibungsmengen ist also für süddeutsche Standorte reserviert. Dies ist ein klares Signal und einen Handlungsauftrag an die süddeutschen Bundesländer, den Ausbau der Windenergie anzuschieben.

Um die Akzeptanz der Windenergie vor Ort zu erhöhen, wird mit § 36k eine finanzielle Beteiligung von Kommunen an neuen Windenergieanlagen eingeführt. Die Betreiber können den betroffenen Gemeinden freiwillig 0,2 Cent je eingespeister Kilowattstunde ausbezahlen. Als betroffen gilt eine Gemeinde, deren Gemeindegebiet in einem Radius von 2,5 Kilometern um die Windenergieanlage liegt, bei mehreren Gemeinden wird die Zahlung anteilig aufgeteilt. Die Betreiber können die Kosten an den Netzbetreiber weiterbelasten, die Kosten fließen damit in die EEG-Umlage. Voraussetzung für die Zahlung ist eine schriftliche Vereinbarung zwischen dem Betreiber und der Gemeinde, die bereits vor Genehmigungserteilung geschlossen werden kann.

Lohnende Energiequelle für Gemeinden

Es wird ausdrücklich klargestellt, dass die Annahme einer solchen Zahlung keine Vorteilsannahme im Sinne der §§ 331 ff. StGB darstellt. Bedenkt man, dass moderne Windenergieanlagen auch in Bayern einen Ertrag von um die 10 Mio. kWh pro Jahr abwerfen, können den Gemeinden dadurch Zahlungen von bis zu 20.000 Euro pro Anlage und Jahr zufließen. Einnahmen aus der Gewerbesteuer kommen hinzu. Windenergie wird sich also für die Gemeinden künftig doppelt lohnen.

Auch wenn anvisierten Ausbaumengen nach der Prognose vieler Branchenverbände für die EE-Ziele im Stromsektor nicht ausreichen, ist dem Gesetz gleichwohl ein klares Bekenntnis zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien zu entnehmen. Insbesondere wird den südlichen Ländern ein klarer Auftrag zum Ausbau der Windenergie gegeben. In Bayern liegt die Verantwortung hierfür aufgrund der 10H-Regelung vor allem bei den Kommunen, die die entsprechenden Flächen in ihren Bauleitplänen ausweisen müssen. Durch die vorgesehene Kommunalbeteiligung wird sich das künftig auch für die Gemeinden mehr lohnen. ❐

Reaktionen auf die EEG-Novelle

Bundestag und Bundesrat haben zum Jahresende das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2021 verabschiedet. Zuvor hatten sich die Koalitionsparteien auf verschiedene Anpassungen bei der EEG-Reform geeinigt. Deutlich gemischt fallen hierzu die Bewertungen von DStGB, KPV und VKU aus.

Mit der jetzt vorliegenden Novelle des EEG kommt es nach Ansicht des Deutschen Städte- und Gemeindebunds nach langer Diskussion zu weitergehenden Möglichkeiten für die betroffenen Gemeinden, an der Wertschöpfung bei Windenergieanlagen an Land zu profitieren. Auch wenn die Wertschöpfungsbeteiligung weiterhin freiwillig ist, so sei dennoch positiv zu werten, dass jetzt ein fixer Betrag von 0,2 Cent je kWh zu zahlen ist.

Planungssicherheit für Standortgemeinden

Ausdrücklich sei zu begrüßen, dass der Gesetzgeber im Rahmen der EEG-Reform ebenfalls die Notwendigkeit erkannt hat, dass der Begriff der „Betroffenheit" der Gemeinde widerspruchsfrei zu regeln ist. Dies schaffe Planungssicherheit für die Standortgemeinden, Nachbargemeinden und die Betreiber. Die Nachbargemeinden könnten nun anteilig partizipieren. Dies erhöhe die Chancen für die Akzeptanz für die Windenergie in den betroffenen Regionen. Auch dürfte der gesetzliche Hinweis, dass Vereinbarungen zu freiwilligen Zahlungen im Zuge der Wertschöpfungsbeteiligung an der Windenergie an Land durch die Gemeinden keine Straftatbestände des Strafgesetzbuch erfüllen, Unsicherheiten für die kommunalpolitisch Verantwortlichen abbauen.

Grundsätzlich positiv bewertet der DStGB ebenfalls die bei der Gewerbesteuerzerlegung vorgesehene Erhöhung des besonderen Zerlegungsmaßstabs von 70 Prozent auf 90 Prozent zugunsten der Standortgemeinden. Für eine tatsächlich angemessene Beteiligung der Standortgemeinden an der Wertschöpfung von EE-Anlagen müsse hier allerdings auf die „installierte Leistung" und nicht das „steuerbilanzielle Sachanlagevermögen" abgestellt werden.

„Aus kommunaler Sicht begrüßen wir das Ergebnis der parlamentarischen Beratungen ausdrücklich. Die kommunale Planungshoheit wird nicht ausgehöhlt, sondern bei der Windenergie sogar gestärkt. Die Kommunen, auf deren Gebiet Windenergieanlagen stehen, werden künftig besser am Ertrag aus der Windenergieerzeugung beteiligt. Damit werden wesentliche Forderungen der AG Kommunalpolitik in der EEG-Reform 2021 umgesetzt", betonte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Christian Haase, MdB.

Von großer Bedeutung sei die Streichung der ursprünglich vorgesehen Definition der erneuerbaren Energien als Teil der öffentlichen Sicherheit. Dies hätte zu erheblichen bauplanungsrechtlichen Problemen vor Ort bis hin zu Einschränkungen des kommunalen Planungsrechts und damit einer Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung führen können. Für die Kommunen sei wichtig, dass sie planungsrechtlich weiter die Handlungshoheit behalten und Planungsbeschlüsse nicht nachträglich aufgeweicht werden können.

Planung und Genehmigung von Repowering

„Wir begrüßen auch ausdrücklich, dass mit dem ebenfalls zur Beratung eingebrachten Entschließungsantrag die Rahmenbedingungen zur Beschleunigung der Planung und Genehmigung von Repowering bei Windenergieanlagen verbessert werden sollen. Mit diesem Ansatz, der ebenfalls eine Forderung der AG Kommunalpolitik aufgreift, erhalten die Kommunen künftig bei diesem wichtigen Aspekt des Ausbaus erneuerbarer Energien mehr Planungssicherheit. Die geplanten Änderungen dürfen sich aber nicht auf Repoweringanlagen beschränken. Das gesamte Windkraftplanungsrecht muss novelliert werden", forderte Haase.

VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing zufolge bleibt die EEG-Novelle bei den zentralen Fragen wie etwa dem Erreichen der Klimaziele 2030 durch Anhebung der Ausbaupfade und dringend notwendige Vereinfachungen im Planungs- und Genehmigungsrecht sowie beim Artenschutz nur bei großen Ankündigungen. Ihre Beantwortung werde in einen Entschließungsantrag verschoben. Die Regierungskoalition stehe jetzt in der Verantwortung, im ersten Quartal zügig nachzuliefern. Diese Fragen müssten kurzfristig geklärt werden, damit auch die investitionsbereiten Stadtwerke Planungssicherheit bekommen. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass sie auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben werden. „Wir können es uns nicht leisten, ein weiteres Jahr zu verlieren", machte Liebing deutlich.

Änderungen zur Kraft-Wärme-Kopplung

Nicht nachvollziehbar für die kommunale Energiewirtschaft sei allerdings die Tatsache, dass im Rahmen des EEG in letzter Minute überraschend erhebliche Änderungen zum KWKG in den Gesetzentwurf eingefügt wurden. Mit dem Verweis auf eine angebliche beihilferechtliche Notwendigkeit würden hier wichtige Entscheidungen des Bundestags aus dem Sommer konterkariert.

Dazu gehöre, dass die Einführung des Power-to-Heat-Bonus verschoben, die Nutzung des EE-Bonus erschwert, Ausschreibungen erweitert oder der Kohleersatzbonus für ältere Anlagen abgesenkt werden soll. Damit werde den Stadtwerken vor allem der Umbau der Wärmeversorgung vor Ort erheblich erschwert. „Diese Kurzfristigkeit liegt nicht im Sinne eines angemessenen parlamentarischen Verfahrens, wenn wesentliche Veränderungen weder von Abgeordneten noch von Betroffenen geprüft werden konnten", stellte Liebing fest. **DK**

BDEW zum Investitionsförderprogramm „Bundesförderung effiziente Wärmenetze":

„Zentrales Instrument für die Wärmewende in Städten"

Zur Finanzierung des neuen Investitionsförderprogramms „Bundesförderung effiziente Wärmenetze" (BEW) ist ein neuer Haushaltstitel im Energie- und Klimafonds (EKF) geplant. Der hierfür im Bundeshaushalt maßgebliche Einzelplan Wirtschaft und Energie wurde im Bundestag beraten und im Rahmen des gesamten Bundeshaushalts 2021 abgestimmt.

Hierzu erklärt die Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, Kerstin Andreae: „Die Bundesförderung effiziente Wärmenetze ist ein zentrales Instrument, um die Wärmewende in Städten voranzutreiben. Es ist daher richtig, dass das Förderprogramm nun mit den nötigen finanziellen Mittel ausgestattet werden soll. Wichtig ist auch, dass die entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen bis zum Jahr 2032 angelegt sind und der politische Wille besteht, die Mittel ab dem Jahr 2022 auf bis zu eine Milliarde Euro jährlich aufzustocken. Auch die vom Bundeswirtschaftsministerium zur BEW beauftragten Gutachter halten diesen jährlichen Betrag für erforderlich. Er würde den Unternehmen in Kombination mit der Auslegung bis 2032 die langfristige Planungssicherheit geben, die solch hohe Investitionen in die Dekarbonisierung der Fernwärme erfordern.

An einigen Stellen besteht jedoch noch inhaltlicher Nachbesserungsbedarf: So sollten klimaneutrale Gase wie Biomethan und grüner Wasserstoff sowie nachhaltige holzartige Biomasse, zum Beispiel Waldrest- und Landschaftspflegeholz, in der Bundesförderung effiziente Wärmenetze und in der darin vorgesehenen Betriebsmittelförderung berücksichtigt werden. Die maximale Fördersumme für Einzelprojekte ohne EU-Einzelfallnotifizierung sollte zudem von den geplanten 50 auf 100 Millionen Euro angehoben werden.

Bedauerlich ist auch, dass sich der Start des Programms voraussichtlich bis in das zweite Quartal 2021 verzögert. Unsere Unternehmen stehen in den Startlöchern, um in die Umstellung der Erzeugung auf erneuerbare Wärme und Abwärme sowie in den Umbau der Wärmenetze und Hausübergabestationen zu investieren. Allein große Stadtwerke planen in den kommenden 20 Jahren in diesen Bereichen Investitionen von mehreren hundert Millionen Euro. Diese Projekte sind auch wichtige Impulse für regionale Wertschöpfung, Steuereinnahmen und Arbeitsplätze. Das Förderprogramm sollte daher so schnell wie möglich auf den Weg gebracht werden." ❐

Zukunftsinvestition eMobility:

Systemlösungen für unterirdische Infrastruktur

Bayernwerk setzt bei E-Ladestationen auf Unterflurverteiler-Netzanschluss von Langmatz

Wie Corona gezeigt hat, sind der schnelle Ausbau der digitalen Infrastruktur und der beschleunigte Hochlauf der Elektromobilität zentrale Aufgaben. Daher hat die Bundesregierung im Juni 2020 ein umfangreiches Konjunkturprogramm verabschiedet. Ein Schwerpunkt des Programms ist die gezielte Förderung der Elektromobilität. Allein der Ausbau der E-Ladeinfrastruktur wird vom Bund mit 2,5 Milliarden Euro gefördert. So erfährt das Thema eMobility derzeit eine neue Dynamik: Im dritten Quartal 2020 hat sich im Vorjahresvergleich die Gesamtzahl von E-Ladesäulen bundesweit um 28 Prozent auf mittlerweile rund 19.700 erhöht – ein absoluter Rekordwert (Quelle: Statista).

„Die extreme Zunahme von Ladeinfrastruktur-Projekten stellt Netzbetreiber, Kommunen und Planer vor echte Herausforderungen. Dazu zählen zunehmend eingeschränkte Platzverhältnisse, das Ziel einer stadtbildkonformen Architektur sowie Sicherheitsbedenken bei der Aufstellung von Anschlussschränken“, beschreibt Dieter Klasmeier, Marketing-Leiter bei der in Garmisch-Partenkirchen ansässigen Langmatz GmbH, die aktuelle Situation. Vor diesem Hintergrund haben Langmatz und die Bayernwerk Netz GmbH, Bayerns größter Energienetzbetreiber, gemeinsam eine technische Lösung entwickelt, bei dem der Netzanschluss für die E-Ladesäule in einem Unterflurverteiler im Boden versenkbar ist und damit einen oberirdischen Schaltschrank komplett ersetzt.

Unterflurlösung: Perfekt für eMobility und Smart City

Vor rund einem Jahr hatten die beiden Projektpartner in der Gemeinde Oberammergau begonnen, den innovativen Ansatz im Rahmen eines bislang einzigartigen Pilotprojekts zu testen. Auf Grund der positiven Erfahrungen hinsichtlich der technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit, gilt das Projekt nun als Blaupause für künftige Unternehmungen.

Zuverlässiger Partner

„Nach unseren Erfahrungen ist die Idee, eine Ladesäule mit einem versenkbaren und zugleich zugänglichen Schacht zu kombinieren, eine perfekte Lösung in Zeiten von Smart City“, so Stefan Drexl, kommunaler Betreuer der Bayernwerk Netz GmbH. Seiner Meinung nach hat sich in dem einjährigen Testlauf bestätigt, dass die Unterflurlösung einen zukunftsweisenden Weg bietet, nicht nur für den Bereich eMobility, sondern für sämtliche kommunale Einrichtungen, auch für Glasfaser, WLAN oder sonstige kritische Infrastruktur. Ludwig Fischer, Bereichsleiter Technik bei Langmatz, sagt ergänzend: „Wir wollten in der Zusammenarbeit mit unserem langjährigen Partner Bayernwerk zeigen, dass es ein echter Vorteil für Kommunen, Ladesäulen- und Netzbetreiber ist, an sensiblen Ortslagen nicht darauf angewiesen zu sein, einen oberirdischen Schaltschrank aufstellen zu müssen.“

Die unterirdischen Schränke sind platzsparend, müssen nicht in ein historisches Stadtbild integriert werden und können auch an denkmalgeschützten Orten installiert werden.

Zukunftssichere Stromversorgung für E-Ladesäulen

Der in Oberammergau eingesetzte Unterflurverteiler EK 880 von Langmatz ist ein vollwertiger Hausanschluss auf Basis der bekannten Kunststoffkabelschächte und ersetzt damit den typischen grauen, oberirdischen Schaltschrank. Der für autorisierte Personen jederzeit zugängliche Verteiler kann mittels Gasdruckdämpfer leicht geöffnet und bedient werden, hat Bauraum für einen Hausanschlusskasten, einen Zählerplatz zur Direktmessung und verfügt über die notwendigen elektrischen Schutzeinrichtungen. Überdies ist er durch eine Tauchhaube vor Überflutungen geschützt sowie vor Vandalismus und unberechtigtem Zugriff sicher.

„Das Pilotprojekt hat eindrucksvoll bewiesen, dass unser Unterflur-Netzanschluss eine stadtbildkonforme und zukunftssichere Stromversorgung sicherstellt. Auf Basis dieser Lösung können künftig alle Ladeinfrastrukturprojekte, unabhängig von der Bebauung, von Sicherheitsbedenken und Platzverhältnissen realisiert werden“, so das Resümee von Fischer.

Langmatz ist ein international tätiges Industrieunternehmen für Kunststoff- und Metallverarbeitung mit Sitz in Garmisch-Partenkirchen. Als Spezialist für technische Systemlösungen zählt es europaweit zu den führenden Infrastrukturanbietern für Energietechnik, Telekommunikation und Verkehrstechnik. ❐



Sowohl stadtbildkonform als auch vor Überflutung und Vandalismus sicher: Der für autorisierte Personen jederzeit zugängliche Unterflurverteiler EK 880 von Langmatz sorgt für die Stromversorgung einer E-Ladesäule. Bild: Langmatz

Elektromobilität:

Gipfeltreffen zum Ausbau der Ladeinfrastruktur

Vertreter der Energiewirtschaft, der kommunalen Unternehmen und der Automobilindustrie kamen auf Einladung der Bundesminister Peter Altmaier und Andreas Scheuer zu einem Spitzengespräch zur Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge zusammen. Sie bekräftigten, dass nur durch eine zielgerichtete Zusammenarbeit aller Akteure eine weitere erfolgreiche Verbreitung von Elektrofahrzeugen im Markt gelingen kann. Aus Sicht des DStGB bedarf es jetzt auch einer gezielten Unterstützung der Kommunen, um kommunale Elektromobilitätsmanager zu installieren, die den Ausbau der Ladeinfrastruktur vor Ort vorantreiben und koordinieren.

Als wichtiger Schritt wurde vom Bundeswirtschaftsministerium insbesondere die Schaffung eines einheitlichen, nutzerfreundlichen Bezahlsystems angekündigt. Dieses soll auch grenzüberschreitendes Laden in der EU ermöglichen. Durch einheitliche technische Standards sollen das Ladeerlebnis, aber auch die Netzintegration verbessert werden. Angekündigt wurde zudem ein vereinfachtes Abrechnungsverfahren im Zuge der EEG-Umlage.

Neues Förderprogramm

Das Bundesverkehrsministerium erläuterte u.a., dass ein neues Förderprogramm für die öffentliche Ladeinfrastruktur Anfang 2021 mit einem Volumen von 400 Millionen Euro aufgelegt wird. Für den Ausbau der gewerblichen Ladeinfrastruktur sollen 350 Millionen Euro in einem Förderprogramm ab Frühjahr 2021 investiert werden. Das anvisierte Schnellladenetz mit 1.000 Standorten soll an großen Verkehrsachsen und Kommunen ausgeschrieben werden. Hierzu wird derzeit ein Schnelllade-Gesetz erarbeitet.

Angesichts rasant wachsender Zulassungszahlen bei Elektrofahrzeugen, warnen einzelne Akteure vor fehlenden Lademöglichkeiten im öffentlichen Raum. Laut Deutschem Städte- und Gemeindebund ist unstrittig, dass den Kommunen beim Aufbau der Ladeinfrastruktur eine Schlüsselstellung zukommt. Damit sie beim Auffinden neuer Flächen, aber auch bei den notwendigen Genehmigungsprozessen vor Ort den Markthochlauf in der gebotenen Geschwindigkeit unterstützen können und nicht zum Flaschenhals werden, benötigten sie die Unterstützung von Bund und Ländern.

Das schon lange formulierte und richtige Ziel, 1 Million Ladepunkte in Deutschland bis 2030 zu schaffen, wird aus Sicht des DStGB nur erreicht, wenn auch die Kommunen entsprechend ausgestattet werden. Neben den übergeordneten Koordinierungsstellen von Bund und Ländern brauche es gerade vor Ort Expertise und Personal für die Standortfindung, Genehmigung und Errichtung von Ladeinfrastruktur. Daher bedürfe es gesonderter Förderprogramme seitens Bund und Land, um so genannte Elektromobilitätsmanager flächendeckend zu verankern.

Genehmigungsverfahren vereinfachen

Da einzelne Ladesäulen am Straßenrand den zu erwartenden Bedarf an Lademöglichkeiten nicht decken werden, sei eine Priorisierung auf Schnellladeparks an Autobahnen und Hauptverkehrsstraßen ebenso notwendig wie eine zeitnah zu erreichende Versorgungsauflage für Tankstellen. Damit Elektromobilität flächendeckend verfügbar wird, müssten alle Akteure ihren Beitrag leisten, Automobilindustrie, Energiewirtschaft aber auch der Handel und die Arbeitgeber. Neben den Förderprogrammen sollte der Blick zudem auf eine Vereinfachung der Prozesse und Genehmigungsverfahren gerichtet werden, damit nach gleichem Muster Ladeinfrastruktur schneller und bürokratiearm entstehen kann.

Laut VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing ist der Ausbau der Ladeinfrastruktur entscheidend für die Verkehrswende. Die Stadtwerke hätten in den vergangenen Jahren dazu einen erheblichen Beitrag geleistet. „Klar ist: Stadtwerke werden auch in Zukunft maßgeblich den Ausbau der Ladeinfrastruktur voranbringen. Damit wir die notwendigen Investitionen tätigen können, müssen jedoch bestehende Hemmnisse zügig abgebaut und die Rahmenbedingungen für den Ausbau der privaten und öffentlichen Ladeinfrastruktur optimiert werden.“

„Wir benötigen schleunigst Flächen für den Ausbau der privaten und öffentlichen Ladeinfrastruktur. Darauf muss der Rechtsrahmen für die Elektromobilität ausgerichtet werden. So sollte etwa das Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG), das sich gerade im parlamentarischen Verfahren befindet, sinnvoll erweitert werden und zum Beispiel auch Kunden- und Besucherparkplätze in gewerblichen Gebäuden und Quartierslösungen mit in den Blick nehmen“, fuhr Liebing fort.

Entscheidend sei, dass alle Akteure, die Zugriff auf Flächen haben, an einem Strang ziehen. Benötigt werde daher ein nationaler Stakeholderdialog, der über den Ladegipfel hinausgeht. Kommunen, Energiewirtschaft, Automobilwirtschaft, Handel und Wohnungswirtschaft müssten an einen Tisch.

Liebing zufolge ist kundenfreundliches Laden das A und O. Dabei gehe es weniger um ein einheitliches Bezahlsystem als vielmehr um einfache und flexible Bezahlmöglichkeiten für Kunden. Nur Einheitlichkeit aus Prinzip schränke die Möglichkeiten der Kunden ein und nehme den Betreibern von Ladesäulen Flexibilität und Innovationsspielräume.

Von ca. 32.000 öffentlichen Ladepunkten in Deutschland sind fast 17.500, also 54 Prozent der Ladepunkte, in kommunaler Hand. Lag der kommunale Anteil 2010 noch bei 35 Prozent, stieg er bis 2014 bereits auf 46 Prozent. „Das belegt: Die kommunalen Unternehmen sind die treibende Kraft beim Ausbau öffentlicher Ladepunkte“, betonte der VKU-Hauptgeschäftsführer. Dies gelte gerade auch für den ländlichen Raum, wo der Anteil der Ladepunkte, die sich in kommunaler Hand befinden, sogar bei 57 Prozent liegt. **DK**

Belastungsprobe für Europas Stromnetz

Das europäische Stromnetz ist am 8. Januar auf eine harte Probe gestellt worden – vielleicht sogar nur knapp an einem flächendeckenden Stromausfall vorbeigeschrammt. Nachdem vermutlich mehrere Kraftwerke in Südosteuropa plötzlich ausgefallen waren, mussten laut einem Bericht des ORF Landesstudios Oberösterreich Kraftwerke in der gesamten Alpenrepublik schlagartig hochgefahren werden, um ein Blackout zu verhindern.

Kurz nach 14 Uhr schrillen beim Betreiber der österreichischen Hochspannungsleitungen, der APG, die Alarmglocken. Mehrere Kraftwerke, darunter vermutlich ein Donaukraftwerk in Südosteuropa, sind offenbar plötzlich vom Netz gegangen. Schlagartig fehlen riesige Mengen Energie. Die Stromfrequenz fällt ab. Das europäische Stromnetz gerät ins Wanken.

Wasserkraftwerke im Notfallmodus

Um einen flächendeckenden Zusammenbruch des Stromnetzes zu verhindern, werden in ganz Europa Kraftwerke hochgefahren. Die Wasserkraftwerke der Energie AG entlang der Traun schalten in einen Notfallmodus, um mehr Strom zu erzeugen und das Stromnetz stabilisieren zu können. „Es war eine durchaus ernste Situation auf der einen Seite, auf der anderen Seite hat die Situation auch gezeigt, dass das europäische Verbundnetz sehr robust ist“, so der Sprecher von APG, Fritz Wöber.

Die Sicherheitsmaßnahmen greifen. Um 15.30 Uhr gelingt es, das Netz wieder zu stabilisieren. Wesentlichen Anteil daran haben Gaskraftwerke, die schnell große Energie bereitstellen konnten. Man habe in diesem Fall davon profitiert, dass es eben noch Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen gibt, erklärt der Professor für Elektrotechnik an der Fachhochschule Oberösterreich, Peter Zeller.

Ursache noch unklar

„Jetzt würde es natürlich ganz bitter aussehen, wenn wir sehr viele erneuerbare im Netz hätten. Weil wenn man jetzt nicht gerade zufällig Windkraftwerke dazuschalten könnte, oder wenn man nicht genug Solarenergie hätte, dann wäre das Netz sicher kollabiert“, so Zeller. Wie es zu dem Vorfall kommen konnte und welche Kraftwerke betroffen waren, ist noch unklar. Die Ursachenforschung läuft, ist laut den Stromnetzbetreibern aber kompliziert und könnte Tage dauern. ❐

Ende der EEG-Förderung:

Bayernwerk bietet Lösung für PV-Pioniere

Seit dem 1. Januar 2021 fallen die ersten Solar-, Wind- und Biomasseanlagen aus der 20-jährigen Förderdauer des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Nach der im Bundestag beschlossenen EEG-Novelle wird der von diesen Anlagen eingespeiste Strom in Zukunft deutlich niedrigerer vergütet. Jetzt bietet die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) für die Betreiber dieser Anlagen eine nachhaltige Alternative zur Volleinspeisung des Sonnenstroms. Digitalisierung und schnelle Amortisierung inbegriffen.

Rund 2.400 Anlagen fallen allein in 2021 im Netz des Bayernwerks aus der bisherigen EEG-Förderung. Die Tendenz in den kommenden Jahren: Steigend. Circa 95 Prozent davon sind kleine Photovoltaikanlagen (PV) mit einer Leistung von bis zu zehn Kilowatt, wie sie zu Beginn der 2000er Jahre typischerweise auf den Dächern privater Eigenheime installiert wurden. Nachdem die Anlagen in den vergangenen 20 Jahren von der EEG-Förderung profitiert haben, wird ihr eingespeister Strom nun im Falle der Volleinspeisung zu Marktpreisen vergütet. Zwischen 3 und 5 Cent pro Kilowattstunde bekommen die Anlagenbetreiber nach dem neuen EEG für die Volleinspeisung der Sonnenenergie in das Stromnetz.

Neben der Volleinspeisung besteht nach dem neuen EEG aber auch die Möglichkeit, einen Teil der erzeugten Energie für den eigenen Verbrauch zu nutzen. Das Bayernwerk bietet nun eine Lösung für die PV-Pioniere an und kommt damit auch ihrem Wunsch nach einem einfachen Umstieg auf Eigenversorgung nach.

Umbau und Zählerumrüstung durch das Bayernwerk

Sind die technischen Voraussetzungen gegeben, bietet das Energieunternehmen für die Betreiber der ausgeförderten PV-Anlagen an, die nötigen technischen Anpassungen im Zählerschrank vorzunehmen sowie die erforderliche Zählertechnik zu installieren. Durch den Einsatz einer modernen Messeinrichtung können die bisherig verbauten beiden Zähler zu einem zusammengefasst werden. Damit schafft sich der Kunde durch die Umrüstung aber nicht nur ein Stück Unabhängigkeit, sondern sorgt mit dem Weiterbetrieb seiner Anlage auch für eine ökologisch nachhaltige Lösung.

Für die PV-Pioniere ist dies auch die wirtschaftlich beste Lösung zur Überschusseinspeisung. Während weiterhin der eingespeiste Strom vergütet wird, liegen die Einsparungen für den selbst verbrauchten Strom bei circa 30 Cent pro Kilowattstunde.

Amortisierung binnen kurzer Zeit

Nach dem Ende der bisherigen EEG-Förderung arbeitet dann eine vergleichsweise kleine Solaranlage durch die Umrüstung auch weiterhin wirtschaftlich. Beispielsweise hat sich die Umrüstung einer PV-Anlage mit einer Leistung von 2 Kilowatt schon in den ersten beiden Jahren amortisiert sowie die laufenden Kosten für das moderne Messystem gedeckt.

Die vom Auslaufen der Förderung betroffenen Kunden wurden bereits vom Bayernwerk in einem persönlichen Schreiben auf diese Möglichkeit des Weiterbetriebs hingewiesen.

Das unverbindliche Anmeldeformular sowie weitere Informationen finden sie unter www.bayernwerk-netz.de/posteeg. ❐

Broschüre von Difu und IÖW:

Klimaschutz trotz klammer Kassen: Das können Kommunen tun

In Städten werden große Mengen an Treibhausgasen in den Bereichen Energie, Gebäude, Verkehr sowie Gewerbe und Industrie ausgestoßen. Um das Klima zu schützen, spielen Kommunen daher eine wichtige Rolle. Rund ein Viertel der Kommunen in Deutschland gilt allerdings schon seit Jahren als finanzschwach. Dass gerade auch diese Städte und Gemeinden Spielräume für Klimaschutzinvestitionen haben und davon regionalökonomisch profitieren können, zeigen eine neue Broschüre und fünf ergänzende Infoblätter vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) und dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW).

Kommunen können etwa durch lokales Elektro-Carsharing zu klimafreundlichem Verhalten einladen und gleichzeitig ihre Fuhrparks entlasten. Auch besteht die Möglichkeit, kommunale Dachflächen für Solarstromanlagen zu verpachten und dadurch den Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern. Diese und weitere in der Praxis erfolgreich erprobte Maßnahmen können Wertschöpfung und damit auch Steuereinnahmen sowie Beschäftigung in die Kommunen bringen. Die Broschüre sowie fünf Infoblätter enthalten zahlreiche Tipps zur praktischen Umsetzung entsprechender Klimaschutznahmen.

Positive Effekte für die Wertschöpfung vor Ort erzeugen

„Es gibt viele Möglichkeiten, wie auch finanzschwache Kommunen im Klimaschutz aktiv werden können", erklärt Wissenschaftlerin Katharina Heinbach vom IÖW. „Eine Vielzahl von kommunalen Klimaschutzmaßnahmen verbessert nicht nur die CO2-Bilanz vor Ort, sondern hat auch positive ökonomische Effekte. So können Einsparungen von Energiekosten den Haushalt entlasten und Investitionen in Klimaschutz wie etwa erneuerbare Energieprojekte, energetische Sanierung oder nachhaltige Mobilität lokal mit Wertschöpfung und Beschäftigung verbunden sein".

Handreichungen für Kommunen

Trotzdem fällt es insbesondere finanzschwachen Kommunen oft schwer, die notwendigen Anfangsinvestitionen zu tätigen. Selbst wenn sie aktuell von sehr günstigen Förderquoten profitieren können, müssen zunächst politische, personelle und regulatorische Hürden genommen werden. „Klimaschutzmaßnahmen – gerade in finanzschwachen Kommunen – setzen nicht nur einen fachübergreifenden und strategischen Dialog zwischen Umwelt-, Bau- und Finanzdezernaten in den jeweiligen Städten voraus. Städte müssen auch offensiv in den Dialog mit den für sie zuständigen Aufsichtsbehörden der jeweiligen Bundesländer treten", stellt Corinna Altenburg vom Difu fest.

Die Broschüre und die Infoblätter helfen (finanzschwachen) Kommunen über Anfangshürden bei der Projektarbeit für den Klimaschutz hinweg. Sie zeigen Beispiele aus der kommunalen Praxis auf und verweisen auf umfangreiche weiterführende Informationen. So können sich interessierte Akteure aus Kommunen etwa über die Finanzierung und Umsetzung von Maßnahmen informieren.

Mögliche 100-Prozent-Förderung

Ziel ist es, finanzschwache Kommunen so jenseits ihrer haushaltsrechtlichen Einschränkungen für die Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen zu qualifizieren. Die Handreichungen erscheinen dabei genau zum richtigen Zeitpunkt: Denn konkret profitieren finanzschwache Kommunen von erhöhten Förderquoten für unterschiedliche Klimaprojekte. So ist im Zuge des Corona-Konjunkturpakets bis Ende 2021 in einigen Bereichen, wie dem Klimaschutzmanagement, sogar eine 100-Prozent-Förderung möglich.

Hintergrundinfo

Die Broschüre und die Infoblätter sind ein Ergebnis des Projekts „Zwischen Wertschöpfungseffekten und haushaltsrechtlichen Restriktionen: Qualifizierung finanzschwacher Kommunen zur Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen", das aus Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit durchgeführt wurde. ❐

Umweltminister Glauber:

Biotopverbund soll weiter wachsen

Vertragsnaturschutzprogramm 2021 startet

Im Jahr 2021 sollen noch mehr Flächen in das bayerische Vertragsnaturschutzprogramm (VNP) – Deutschlands größte Naturschutzfördermaßnahme – aufgenommen werden. Dies betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber in München:

„Mit unserem Vertragsnaturschutzprogramm setzen wir das Volksbegehren Plus gemeinsam mit den Landwirten weiter um. Naturverträgliche Bewirtschaftung heißt Verantwortung für den Erhalt der Artenvielfalt übernehmen. Rund 120.000 Hektar Fläche werden im Rahmen des Vertragsnaturschutzprogramms bereits naturverträglich bewirtschaftet. Das entspricht einer Fläche von rund 170.000 Fußballplätzen."

Glauber zufolge entstehen durch die aufwändige Pflege blütenbunte Wiesen und Weiden, Äcker mit Mohn und seltenen Kornblumen und viele andere artenreiche Lebensräume. „Mit unserem Vertragsnaturschutzprogramm honorieren wir diese Leistung. Bis zum Jahr 2030 wollen wir die Natur-Flächen noch einmal kräftig ausbauen: Gemeinsam mit den Landwirten wollen wir den Biotopverbund im Offenland auf 15 Prozent der Fläche ausweiten."

Am bayerischen Vertragsnaturschutzprogramm nehmen bereits über 20.000 Betriebe teil. Für die naturverträgliche Pflege der landwirtschaftlichen Flächen werden in Bayern insgesamt rund 65 Millionen Euro bereitgestellt. Die Summe setzt sich aus Landes-, Bundes- und EU-Mitteln zusammen.

Die Antragstellung für das nächste Jahr läuft vom 11. Januar bis 24. Februar 2021 über die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Aufgrund der Corona-Pandemie erfolgt die Antragstellung ausschließlich online. Bei allen Maßnahmen werden Neuantragstellungen für fünf Jahre gefördert. Das Vertragsnaturschutzprogramm bietet damit Planungssicherheit für die teilnehmenden Betriebe.

Aufruf an interessierte Landwirte

Interessierte Landwirte werden gebeten, sich ab sofort mit der für sie zuständigen unteren Naturschutzbehörde für einen telefonischen Beratungstermin in Verbindung zu setzen. „Wir wollen die Förderbedingungen auch für Öko-Landwirte attraktiver gestalten. Deshalb sollen Ackermaßnahmen im Vertragsnaturschutz mit der Förderung für den ökologischen Landbau besser miteinander kombiniert werden können. Ich freue ich mich auf viele zusätzliche Partner und rufe alle Landwirte zum Mitmachen beim Vertragsnaturschutz auf", appellierte Glauber. Die verbesserten Fördermöglichkeiten von Öko-Betrieben im Vertragsnaturschutz stehen unter dem Vorbehalt der Zustimmung der EU-Kommission. ❐

BDE präsentiert Umfrageergebnisse:

Abfall in Zeiten von Corona

Private Abfallvermeidung in Corona-Zeiten ist kaum möglich. Dies zeigt eine aktuelle Umfrage des BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. unter seinen Mitgliedsunternehmen. Einer der Gründe: Seit Beginn der Pandemie lassen sich die Bundesbürger öfter beliefern bzw. kaufen mehr ein, anstatt ins Restaurant zu gehen.

Das durch die Kontaktbeschränkungen ausgelöste intensivere häusliche Leben spiegelt sich auch in einer Mengenverschiebung der Abfallströme bei Glas, Altpapier und Kunststoffabfällen wider. Insgesamt stellten die Unternehmen schon während des ersten Lockdowns im März 2020 starke regionale Schwankungen fest. So ermittelten sie vereinzelt einen Zuwachs von 20 Prozent bei Glas und Leichtverpackungsabfällen aus Privathaushalten, während die Abfallmengen aus Industrie, Handel und Gewerbe mindestens stark rückläufig waren oder entsprechend ausblieben. Mit Ende der Maßnahmen fielen die Mehrmengen der Haushalte wieder rapide ab und stiegen selbst in der Urlaubssaison nicht mehr auffällig an.

In der Jahresbetrachtung sehen die Unternehmen einen Anstieg der Glasabfallmenge von durchschnittlich 5,9 Prozent. Der Mengenzuwachs bei Leichtverpackungen aus Kunststoffen, Metallen und Verbundmaterialien liegt demnach bei 5,7 Prozent.

Mülltrennung

In punkto Mülltrennung zeichnet sich keine grundsätzliche Veränderung ab. Aktuell weisen die Unternehmen jedoch darauf hin, dass weiterhin viele Gesichtsmasken und Gummihandschuhe unsachgemäß in der Gelben Tonne oder dem Gelben Sacken entsorgt werden.

Während sich beim Altpapier die Gewichtsmenge insgesamt kaum änderte und durch weniger grafische Papiere teilweise sogar zurückging, nahm das Mengenvolumen durch mehr Verpackungen aus Pappe und Karton zu. Dementsprechend lag der durchschnittliche Anstieg auch nur bei rund 1,7 Prozent.

Zuwachs an Verpackungsabfall

Die deutschen Entsorgungsunternehmen rechneten zum Jahresende mit einer weiteren Zunahme der Mengen beim Verpackungsabfall. Je nach Abfallart lag die erwartete Steigerung im Dezember im Vergleich zum Vormonat im Durchschnitt zwischen sechs und acht Prozent. Gründe dafür sind die üblichen saisonalen Entwicklungen zu Weihnachten, aber auch das veränderte Einkaufsverhalten der Verbraucher im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Demnach rechnete ein Großteil der befragten Unternehmen mit einem Anstieg der Leichtverpackungsmengen von im Schnitt 8,6 Prozent.

Der Anteil sog. Leichtverpackungen ist mit einem Jahresvolumen von 30 Kilogramm pro Person der größte Mengenstrom bei den untersuchten Abfallarten. Pro Jahr sammeln die Unternehmen ca. 2,5 Millionen Tonnen Leichtverpackungen aus Kunststoff, Metall und Verbundmaterialen bei den privaten Haushalten.

Verpackungen aus Papier, Pappe und Karton

Auch beim Anteil von Verpackungen aus Papier, Pappe und Karton prognostizierten die Statistiker des Verbandes über die Feiertage einen Zuwachs um durchschnittlich 6,9 Prozent. Die Gesamtsammelmenge dieser Abfallart aus privaten Haushalten liegt jährlich bei rund 1,3 Millionen Tonnen. Das sind ca. 16 Kilogramm pro Kopf.

Mehr Altglas erwartet

Einen Mengenzuwachs erwarten die Unternehmen auch beim Altglas. Dieser wird durchschnittlich mit einem Zuwachs von 6,4 Prozent geschätzt, jedoch mit starken regionalen Schwankungen von bis zu 20 Prozent mehr in Ballungsräumen. Insgesamt sammeln die Unternehmen pro Jahr eine Gesamtmenge an Altglas von insgesamt 1,8 Millionen Tonnen. Im Jahr sind das 22 Kilogramm Altglas pro Kopf. **DK**

Klimabilanz 2020:

Warm wie kaum zuvor

Der Deutsche Wetterdienst meldet von der Zugspitze Rekordwerte für das Jahr 2020: Seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1900 war es nur 2011 schon einmal so warm.

Auf dem Gipfel der Zugspitze sowie an der Umweltforschungsstation Schneefernerhaus wird vom Deutschen Wetterdienst kontinuierlich seit 1900 (Zugspitzgipfel) das Wetter aufgezeichnet. Schon die aktuellsten Werte vom Dezember 2020 zeigen mit einem Plus von 1.2 K, dass es im Vergleich zu vergangenen Jahren wärmer war als sonst. Nur 2015 wurden bereits schon einmal höhere Werte in einem Dezember gemessen.

Rekordwerte in den Jahren 2011 und 2020

Betrachtet man das gesamte vergangene Jahr, so lässt sich feststellen, dass innerhalb des 120 Jahre langem Messzeitraumes das Jahr 2020 zusammen mit dem Jahr 2011 das wärmste überhaupt war. 2020 wich die gemessene Temperatur an der Zugspitze um + 2.1 K von dem Referenzwert ab. Dabei lag das Maximum mit 15.0 °C am 6. August 2020 zwar leicht unter dem jemals gemessenen Maximalwert von 17.9 °C im Juli 1957, die minimal Temperaturen 2020 waren aber dagegen deutlich höher als normalerweise. Der Minimalwert von -19.6 °C wurde am 26. Dezember 2020 gemessen, wohingegen in der Vergangenheit auch Minusgrade bis unter -30.0 °C (Minimum -35.6 °C im Februar 1940) üblich waren.

Aber nicht nur auf der Zugspitze gab es 2020 Rekordwerte bezüglich der Temperatur: In ganz Deutschland zeigt sich eine positive Abweichung in diesem Jahr, verglichen zum langjährigen Mittel. Weltweit lag die Mitteltemperatur laut Erdbeobachtungsprogramm Copernicus 1.25 K über dem Niveau der Vergleichsperiode. Die Arktis ist hier trauriger Spitzenreiter: Bis + 6 K höhere Werte wurden hier im Vergleich zum Bezugszeitraum (1981 bis 2010) gemessen.

Diese ungewöhnlich hohen Temperaturen ließen in der Folge auch das Meereis verstärkt schmelzen, was zu den kleinsten jemals beobachteten Meereisflächen in den Monaten Juli und Oktober führte.

Die aktuellen Daten des Zugspitzgipfels sind auch auf der Seite des Schneefernerhauses verfügbar: http://bit.ly/Wetterdaten_Schneefernerhaus

Mehr Information unter www.copernicus.eu/de oder i.beck@schneefernerhaus.de. ❐

Neue Kälte-Klima-Richtlinie tritt in Kraft

Ab sofort können Unternehmen, Kommunen und Organisationen zur novellierten Kälte-Klima-Richtlinie eine Förderung beantragen. Gefördert werden stationäre Kälte- und Klimaanlagen sowie Fahrzeug-Klimaanlagen in Bussen und Bahnen, wenn darin nicht-halogenierte Kältemittel zum Einsatz kommen. Die Richtlinie wurde jetzt erweitert, formal gestrafft und hinsichtlich der Kältemittel technologieoffen gestaltet.

Attraktive Förderbedingungen gelten für den Umstieg auf zukunftsfähige Anlagen, die das Klima nachhaltig schützen. Die Förderung erfolgt im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesumweltministeriums.

Bei den stationären Anlagen ist die Förderung wie bisher modular aufgebaut. Gefördert werden Kälteerzeuger, zugehörige Komponenten und Systeme sowie thermische Speicher. Die geförderten Anlagen müssen besonders energieeffizient sein.

Erstmals Förderung kleiner Anlagen

Erstmals werden im Bereich des Lebensmitteleinzelhandels auch kleine Anlagen, wie zum Beispiel in Dorfläden, gefördert. Wer seine stationäre Kälte- oder Klima-Anlage noch nachhaltiger und klimaschonender betreiben will und auf eigene Kosten eine am Standort vorhandene oder neu errichtete Anlage zur Nutzung regenerativer Energien regelungstechnisch in die Kälteanlage einbindet, kann dafür eine entsprechende Pauschale in Anspruch nehmen.

Von der Förderung profitieren können Unternehmen ebenso wie Kommunen und weitere Organisationen. Förderanträge zu der Richtlinie nimmt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) entgegen. Die Antragstellung erfolgt mit dem elektronischen Antragsverfahren. Die mögliche Förderhöhe kann zuvor mit dem bereitgestellten Förderrechner unverbindlich abgeschätzt werden.

Informationen zur Kälte-Klima-Richtlinie und zum Förderrechner unter https://www.klimaschutz.de/kälte-klima-richtlinie sowie auf der BAFA-Homepage unter www.bafa.de/kki. ❐



„KUMAS-Leitprojekte 2020“

Der Förderverein KUMAS – Kompetenzzentrum für Umwelt e.V. zeichnet seit 1998 vorbildliche Umweltprojekte aus. In diesem Jahr fiel die Wahl der Jury auf „Green Factory – Die CO2-neutrale Fabrik“, „Alt-Kunststoffrecycling – Hochwertige Wiederverwertung von Mischkunststoffen“, „Insekten.Vielfalt.Augsburg – Allianz für mehr Artenreichtum im Lebensraum Stadt“, und „100 Auen, 100 Arten – mit dem Wiesefix kommt Artenvielfalt in unsere Landschaft zurück“. Das „KUMAS Leitprojekt 2020“ dient dem Erhalt und der Entwicklung des regionalen Umwelt-Know-hows.

Die Green Factory der Alois Müller GmbH, Ungerhausen, hat Vorbildcharakter für eine CO2-neutrale Produktion in der Praxis: Das 18.000 qm große, nahezu energieautarke Produktions- und Bürogebäude der Alois-Müller-Gruppe überzeugt mit einem nachhaltigen und energieflexiblen Konzept, das sich auch für andere Unternehmen in Deutschland realisieren lässt. Die Energie kommt von einer Photovoltaikanlage, einem Blockheizkraftwerk und einer mit nachwachsenden Rohstoffen betriebenen Pelletheizung. Unterschiedliche Speichermedien gleichen mögliche Schwankungen in der Erzeugung aus. Damit die klimafreundlich erzeugte Energie bestmöglich genutzt wird, ist der gesamte Produktionsprozess auf die Stromerzeugung abgestimmt. Green Factory: CO2-Neuralität durch regenerative Energien, intelligente Vernetzung und Demand-Side Management.

Green Factory

Kunststoffabfälle aus Gewerbe, Industrie und haushaltsnahen Sammlungen werden bei der Schenker Industrie- und Städtereinigungs GmbH in Hohenkammer über eine intelligente und innovative Verzahnung einzelner Prozesse und Techniken in einer kaskadenförmigen Aufbereitung zu hochwertigsten Sekundärrohstoffen und zum werkstofflichen Wiedereinsatz, vergleichbar mit Primärware, umgewandelt. Verschiedenste Alt-Kunststoffe benötigen individuell mehrstufige Aufbereitungsschritte, speziell abgestimmte Dichtetrennungsverfahren, NFR-Technologie zur Sortentrennung auf Polymerbasis, Entmetallisierung und Störstoffentfrachtung, Größenklassifizierung und Materialhomogenisierungsverfahren. Durch eine innovative Heißwasserwäsche mit integrierter Brauchwasseraufbereitung wird eine von der Industrie geforderte geruchsfreie Produktqualität erzeugt.

Insekten.Vielfalt.Augsburg

Zahlreiche Studien belegen, dass innerhalb der vergangenen ca. 30 Jahre weltweit ein dramatischer Artenschwund stattgefunden hat. Rund 75 Prozent der bis dato bekannten Arten sind inzwischen verschwunden bzw. vom Aussterben bedroht. Durch die Anlage von Blühwiesen mit autochthonem Saatgut können mit einfachen Mitteln bessere Lebensbedingungen insbesondere für Fluginsekten geschaffen werden. Das vom Landschaftspflegeverband der Stadt Augsburg initiierte Projekt „Insekten. Vielfalt.Augsburg“ zeigt, dass Naturschutz ökologische, ökonomische und soziale Aspekte vereinen kann. Für Wasser, Boden und Luft ergeben sich Vorteile durch einen geringeren Eintrag von Schadstoffen und für den Menschen steigt die Lebensqualität durch blütenreiche und vielfältige Lebensräume.

Mit „100 Auen – 100 Arten“ will der Landschaftspflegeverband Unterallgäu in Mindelheim pflanzliche Artenvielfalt in die Nähe der Gewässer zurückbringen. Fließgewässer mit ihren Auenzonen sind wichtige Lebensadern. Sie sind unersetzlich für die Fruchtbarkeit der Agrarlandschaft. Vom Erhalt der pflanzlichen Vielfalt gehen direkte Effekte auf die Bestäubungsinsekten aus. Bunte Wiesenstreifen entlang der Gewässerufer schützen vor Bodeneinträgen ins Wasser und sie liefern den menschlichen Sinnen wohltuende Reize. Im Zusammenhang mit Biodiversität sind sie aber vor allem Lebensräume und Ausbreitungswege für die gebietseigene Flora und Fauna. Allerdings braucht artenreiches Grünland Anschub und Pflege. So wurden eine technische Lösung zur Gewinnung gebietseigener Wiesensamenmischungen, der „Wiesefix“, und ein Trocknungsmobil entwickelt. **DK**



Weg frei für Plastiktütenverbot

Ab dem Jahr 2022 gilt in Deutschland ein Verbot für Plastiktüten. Nach der Zustimmung des Bundestags hat der Bundesrat eine entsprechende Änderung des Verpackungsgesetzes passieren lassen. Künftig dürfen leichte Plastiktüten mit Wandstärken von 15 bis 50 Mikrometern nicht mehr in Umlauf kommen. Im Jahr 2019 wurden in Deutschland 1,49 Milliarden leichter Plastiktüten in Umlauf gebracht.

Sehr leichte Plastiktüten, so genannte Hemdchenbeutel von weniger als 15 Mikrometern, werden nicht verboten. Sie sorgen vor allem für einen hygienischen Umgang mit offenen und leicht verderblichen Lebensmitteln wie zum Beispiel Fleisch- oder Wurstwaren. Für diesen Zweck gibt es noch keine gute Alternative. Daher kämen infolge eines Verbots womöglich mehr (Vor-)Verpackungen auf den Markt, was zu einer Zunahme des Verpackungsmülls führen würde. Viele Handelsketten verzichten schon heute auf Verpackungen für lose Produkte, wo es möglich ist. Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke von mehr als 50 Mikrometern wiederum sind vergleichsweise stabil und werden daher typischerweise als abfallvermeidende Mehrwegtaschen verwendet.

Hierzulande wurden 2019 noch 1,5 Milliarden leichte Plastiktüten mit Wandstärken unter 50 Mikrometern in Umlauf gebracht, das sind etwa 18 Plastiktüten pro Einwohner. Das sind rund 14 Prozent weniger als noch 2018. In den Obst- und Gemüseabteilungen der Supermärkte nutzten Kunden etwa 3 Milliarden „Hemdchenbeutel“, das ist rund 1 Prozent weniger als 2018. Das geht aus dem aktuellen Monitoringbericht der Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung (GVM) hervor, den der Handelsverband Deutschland vorlegt.

Konsummüll weiter reduzieren

Laut Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber „haben wir von Bayern aus die Initiative für ein umfassendes Plastiktütenverbot gestartet. Das Verbot von leichten Plastiktüten ist daher ein erster wichtiger Schritt zur Reduzierung von Kunststoff. Mit diesem Erfolg geben wir uns aber nicht zufrieden. Wir werden uns weiter für ein umfangreiches Verbot von Plastiktüten einsetzen. Wir werden auch künftig Initiativen zur Reduzierung von Kunststoff einbringen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Konsummüll weiter reduzieren.“

Praktische Alternativen

Bayern hatte eine Initiative zur Reduzierung unnötiger Kunststoffabfälle in den Bundesrat eingebracht und ein generelles Verbot von Plastiktüten gefordert. Die Initiative ging damit deutlich über den Beschluss des Bundestags hinaus. Glauber zufolge überzeugt die unterschiedliche Behandlung durch den Bundestag nicht: „Plastik bleibt Plastik, egal ob die Tüte sehr dünn oder dick ist. Plastiktüten belasten unsere Umwelt und die Tierwelt. Jede Plastiktüte, die wir einsparen, kann nicht als Mikroplastik in der Natur landen. Es gibt praktische Alternativen zur Plastiktüte.“

Der Minister appellierte an die Verbraucher, beim Einkaufen beispielsweise auf Baumwolltaschen zu setzen und gerade an der Obsttheke Mehrwegnetze statt Hemdchenbeutel zu verwenden. Rund zwei Milliarden Plastiktüten werden jährlich in Deutschland verbraucht. **DK**

ÖKOPROFIT München:

56 Betriebe sparen Rohstoffe und Energie

Die Abschlussrunde des ÖKOPROFIT-Jahrgangs München 2019/2020 ist trotz schwieriger Bedingungen in der Corona-Pandemie sehr erfolgreich durchgeführt worden. Die Ergebnisse der diesjährigen 56 Münchner ÖKOPROFIT Einsteiger- und Klub-Betriebe sind beachtlich. Unter anderem konnten rund 2,6 Millionen Kilowattstunden Strom, Wärme- und Prozessenergie sowie Kraftstoff und 8.200 Tonnen CO2-Emissionen eingespart werden. Der Wert der Ersparnisse betrug fast 1,2 Millionen Euro.

Gemeinsam mit dem Beraterteam der Gesellschaft für Arbeitssicherheits-, Qualitäts- und Umweltmanagement mbH (Arqum) wird bei allen an ÖKOPROFIT teilnehmenden Betrieben die Situation individuell vor Ort untersucht. Im Anschluss werden Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltbilanz entwickelt. Abschließend werden die teilnehmenden Betriebe und Einrichtungen nach den strengen Kriterien der ÖKOPROFIT-Auszeichnung durch einen externen Umweltgutachter geprüft.

Ökologie und Ökonomie

Beatrix Zurek, Referentin für Gesundheit und Umwelt: „ÖKOPROFIT ist ein Beispiel dafür, wie sich Ökologie und Ökonomie gerade in Krisenzeiten durch kluge Ideen und moderne Innovationen vereinbaren lassen. Ich finde es großartig, dass sich so viele Münchner Unternehmen dafür einsetzen, Rohstoffe und Energie zu sparen, Abfall zu vermeiden und Emissionen zu reduzieren. Sie sind ein Vorbild für andere Firmen“.

Laut Clemens Baumgärtner, Referent für Arbeit und Wirtschaft, ist ÖKOPROFIT „ein starkes lokales Wirtschaftsnetzwerk, in dem ein intensiver Wissenstransfer rund um eine nachhaltige Unternehmensführung stattfindet. Die durch ökologisch sinnvolle Maßnahmen erzielte Kostenersparnis kommt voll und ganz der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu Gute. Gerade in wirtschaftlich schwieriger werdenden Zeiten ist das wichtiger denn je.“

Bisher wurden in München rund 400 ÖKOPROFIT-Betriebe ausgezeichnet, die Jahr für Jahr mit unterschiedlichsten Maßnahmen ihre Energie- und Materialeffizienz verbessert haben. Für eine erfolgreiche Zertifizierung spielt es keine Rolle, aus welcher Branche ein Betrieb kommt oder wie groß die Belegschaft ist. So konnte 2019 und 2020 jeweils eine eigene ÖKOPROFIT-Runde für Volksfestbetriebe durchgeführt werden, die speziell auf die Bedürfnisse von Festzelt- und Schaustellerbetrieben zugeschnitten waren. Für beide Runden wurden eigene Ergebnisflyer veröffentlicht. Im Frühjahr 2021 wird eine Runde für neue Einsteigerbetriebe gestartet. Die ÖKOPROFIT-Einsteigerbetriebe des Jahrgangs 2019/2020 und die bisherigen Klubbetriebe können zudem ihre Aktivitäten im ÖKOPROFIT-Klub fortführen. ❐

Mantelverordnung:

bvse setzt sich für Nachbesserung ein

„Wir sehen die Mantelverordnung so noch nicht auf der Zielgeraden. Mit den Beschlüssen des Bundesrates vom 06.11.2020 wurden wesentliche Kritikpunkte nicht berücksichtigt. Dies betrifft sowohl den Produktstatus für Ersatzbaustoffe wie auch eine Länderöffnungsklausel für die Verfüllung von Abgrabungen und ein einheitliches Analyseverfahren sowohl für Recycling, Verfüllung und Deponierung von mineralischen Abfällen“, erklärt bvse-Vizepräsident und Vorsitzender des Fachverbandes Mineralik Jürgen Weber die Ergebnisse der jüngsten Vorstandsberatung.

Es ist für unsere Branche eine Rolle rückwärts, dass alle Ersatzbaustoffe künftig wieder dem Abfallregime unterliegen sollen. In fünf Bundesländern genießen Recyclingbaustoffe, die für den offenen Einbau ohne technische Sicherungsmaßnahmen geeignet sind, bereits jetzt Produktstatus, so in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Sachsen, Baden-Württemberg und in Bayern. Der Gesetzgeber muss eine Regelung zum Ende der Abfalleigenschaft zumindest für Ersatzbaustoffe der besten Qualitäten auf Bundesebene finden. Andernfalls wird die Mantelverordnung nicht wie gewünscht zu mehr Akzeptanz von Ersatzbaustoffen beitragen. Das Gegenteil wird der Fall sein.

Jürgen Weber: „Unsere Absatzmöglichkeiten werden sich erschweren. Wer bitteschön lässt sich gerne einen Abfall einbauen?“ In der Ausschreibungspraxis kann der Wunsch nach einer produktneutralen Ausschreibung nur durch ein gesetzlich verankertes vorzeitiges Ende der Abfalleigenschaft von qualitätsgeprüften Recyclingbaustoffen verwirklicht werden.

Viele Unternehmen in der Mineralikbranche sind zudem darauf angewiesen, dass die Möglichkeit der Verfüllung von Abgrabungen auf der Basis einer erweiterten Länderöffnungsklausel erhalten bleibt, so wie dies auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung politisch vereinbart ist. „Unsere Befürchtung ist“, so Weber, „dass ohne Länderöffnungsklausel die Genehmigungsbehörden keine Einzelfallgenehmigungen jenseits von Z0/Z0* erteilen. Die Praxis zeigt, dass der Vollzug hierfür ermessenslenkende Verwaltungsvorschriften benötigt. Die zuständigen Genehmigungsbehörden haben auch nicht die personellen Kapazitäten, jeden Einzelfall gesondert, „ohne Richtschnur von oben“ zu bewerten.

Drohender Entsorgungsengpass

„Ohne Einzelfallentscheidungen jenseits von Z0/Z0* für Verfüllungen steuern wir mangels ausreichender DK0-Deponien unweigerlich auf einen Entsorgungsengpass insbesondere für Millionen von Tonnen Aushubmaterialien zu. Die Folge: Restvolumina von Inertabfalldeponien wären in kürzester Zeit erschöpft und es kommt zu gewaltigen Transportzunahmen und Preisexplosionen für gering belastete mineralische Abfälle“, warnte der bvse-Vizepräsident eindringlich. Es sei daher schlicht nicht nachvollziehbar, dass der Bundesrat der Empfehlung seiner Ausschüsse (Verkehr-, Wirtschafts- und Wohnungsbau) nicht gefolgt ist und keine Länderöffnungsklausel (gem. Nr. 68 der Bundesrat-Drucksache 587/20 bezüglich § 8 Absatz 7 Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung) für die Verfüllung von Gruben, Brüchen und Tagebauen beschlossen hat.

Eine weitere Forderung des bvse: Der Gesetzgeber muss sich auf ein einheitliches Analyseverfahren für Recycling, Verfüllung und Deponierung von mineralischen Abfällen und Reststoffen festlegen.

Was für manche Abgeordnete vielleicht nur als ein Detailproblem angesehen wird, ist für Praktiker jedoch von entscheidender Bedeutung: Bereits jetzt sind häufig Doppelanalysen im Feststoff erforderlich, beispielsweise wenn Haufwerksanalysen die Z-Werte nach LAGA in der Feinfraktion (< 2mm) überschreiten und dann zusätzlich in der Gesamtfraktion nach Deponieverordnung untersucht werden muss. Mit weiteren Elutionsverfahren, wie dem Säulenversuch sowie unterschiedlichen Wasser-/Feststoffverhältnissen im Schüttelverfahren, sind trotz aller Fachkunde und Sachkenntnisse aller Beteiligten Fehlinterpretationen, Unsicherheiten und nicht kalkulierbare Risiken in der Angebotslegung von Entsorgungsleistungen vorprogrammiert.

Kostensteigerungen

Zwangsläufig ist dies auch mit weiteren Kostensteigerungen und größeren Zeitspannen bis zum Vorliegen der Analysenergebnisse und damit auch nicht unerheblichen Bauzeitverzögerungen verbunden. Nur ein einheitliches Analyseverfahren gewährleistet eine zuverlässige Einstufung, die eine Grundvoraussetzung für einen praktikablen Umgang mit der Mantelverordnung ist. Die Forderung nach einem einheitlichen Analyseverfahren betont der bvse übrigens bereits seit Beginn des mittlerweile über 15 Jahre andauernden Verordnungsgebungsprozesses.

„Man muss es in dieser Deutlichkeit sagen, wenn diese drei Punkte nicht beachtet werden, wird es deutschlandweit zu einer massiven Mengenverschiebung in die ohnehin knappen Deponien kommen. Der Einsatz von Recyclingbaustoffen und die sonstige Verwertung im Zuge der Verfüllung von Abgrabungen werden zurückgehen, die noch vorhandenen Deponiekapazitäten werden über Gebühr belastet und innerhalb weniger Jahre erschöpft sein“, gibt bvse-Vizepräsident Jürgen Weber zu bedenken. Der bvse-Fachverband Mineralik warnt nochmals eindringlich vor massiven Transportzunahmen, insbesondere für Bodenaushub und Bauschutt, sowie mit rasant steigenden Entsorgungskosten dieser beiden mit Abstand größten Abfallströme, von denen jährlich mehrere hundert Millionen Tonnen anfallen.

Es liegt nach Auffassung des bvse auf der Hand, dass dies für private und gewerbliche Bauherren sowie für die Öffentliche Hand, als einem der größten Auftraggeber in der Bauwirtschaft, zu massiven finanziellen Belastungen führen wird. „Ein kostengünstiges, bezahlbares sowie nachhaltiges Bauen wird mit den Beschlüssen des Bundesrates in Frage gestellt. Der Bauwirtschaft, als letztem verbleibenden Konjunkturmotor in einem durch die Corona-Pandemie auf längere Zeit geschwächten wirtschaftlichen Umfeld, werden unnötig Steine in den Weg gelegt“, lautet Webers Fazit. ❐

Zukunftsaufgabe Digitalisierung der bayerischen Forstwirtschaft

Interview mit Florian Rauschmayr, Hochschule Weihenstephan-Triesdorf

Corona wirkt derzeit wie ein Katalysator auf die Digitalisierung. Hier gibt es gerade in der Prozesskette Privatwaldbewirtschaftung große Potentiale. Im aktuellen Projekt „Digitalisierung Forstwirtschaft in Bayern" befragte die Cluster-Initiative Forst und Holz zwischen Sommer und Herbst 2020 forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse, Forstdienstleister und anerkannte Experten nach dem aktuellen Stand in Sachen „Digitalisierung". Über die ersten Ergebnisse sprach Clustermitarbeiter Johannes Rahm mit Florian Rauschmayr, Hochschule WeihenstephanTriesdorf.

„Ich sehe in einigen Jahren eine konsequente Vernetzung aller Akteure im Forst von der Motorsäge oder dem Harvester über den Rücker hin zur Endabrechnung an den Waldbesitzer," betont Florian Rauschmayr. Er ist an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf in der Lehre für die Bereiche Holzernte, Logistik und Digitalisierung tätig. Einen Vorteil für den Einsatz digitaler Werkzeuge in den forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen sieht man vor allem im Management von Geschäftsprozessen, zur Mitgliederbetreuung und zur Flächenbewirtschaftung.

Strategie zum optimalen Einsatz von Digitaltools

Das derzeit laufende Clusterprojekt „Digitalisierung Forstwirtschaft in Bayern" soll die forstlichen Akteure in Bayern mit Schwerpunkt Kleinprivatwald bei der Entwicklung einer Strategie zum optimalen Einsatz von Digitaltools unterstützen.

Durch die Befragung konnte eine orientierende Prozessanalyse typischer Abläufe im Kleinprivatwald und der dort tätigen Forstwirtschaftlichen Akteure und Dienstleister realisiert werden. Ebenso wurde so eine Sichtung von bereits vorhandenen Digitalisierungslösungen vorgenommen.

Rauschmayr und Rahm betonen dabei die große Bedeutung des Wissenstransfers. Durch den Digitalisierungsboom mit vielen neuen Hard- und Softwarelösungen wird der Markt unübersichtlicher. Dabei ist es



V.l.: Johannes Rahm und Florian Rauschmayr.

Bild: Cluster-Initiative Forst und Holz in Bayern gGmbH

enorm wichtig, nicht nur zu wissen welche Anwendungen möglich sind, sondern welche man tatsächlich benötigt.

Wo liegen die Potentiale?

Gerade beim in Bayern flächenmäßig dominierenden Privatwald zeigen sich deutliche Potenziale in der Holzbereitstellungskette. Mit Hilfe von digitalen Anwendungen können nicht nur längerfristig Kosten gesenkt, sondern vor allem in Zeiten hoher Arbeitsbelastungen Zeit erspart werden.

Ein Beispiel der Digitalisierung: Zukünftig erhalten Waldbesitzende, Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und Forstdienstleister zeitgerecht aktuelle Informationen zu Borkenkäfergefährdungen, Sturmgefahr oder auch aktuelle Hinweise wie Förderaufrufe. Besonders in Bezug auf Kalamitätsschäden ist es wichtig zu wissen wo das Holz gerade liegt. Dadurch steht allem voran die Vision einer geschlossenen Prozesskette: Von forstlichen Dienstleistern und Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen bis hin zum Sägewerk solle ein durchgängiger Datenfluss möglich sein. Nur so kann effektive Borkenkäferprävention und Schadholzaufarbeitung stattfinden.

Vernetzung der Akteure

In den Forstlichen Organisationen und bei den Forstdienstleistern selber bestehen meist schon diverse Forstprogramme – hier sieht das Cluster Forst und Holz in Bayern großes Potenzial in der Vernetzung der Akteure. Ebenso kann eine stärke GIS-Anwendung (Geo-Informations-System) mit aktuellen Daten aus Flugbeobachtungen oder Satellitendaten zukünftig die Interaktion stärken. Auch bei der Erfassung der Waldzustände bis hin zu Forsteinrichtungen ist man international auf dem Vormarsch. Hier zeigen sich sogar genauere Messungen als mit den bisherigen Methoden. Am Ende können organisatorische Weiterentwicklungen wie z.B. FreiWerks-Lieferungen durch Digitalisierung unterstützt werden.

Wo liegen die Herausforderungen?

Hemmnisse, die den konsequenten Einsatz der Digitalisierung behindern, zeigen sich stark in der fehlenden Transparenz über Kosten der Digitalisierung. Da die Digitalisierung ein komplexes System ist, lassen sich einzelne Kosten sowie Erfolgskontrollen nicht automatisch zuordnen. Durch die Gewinnung und Schulung von Mitarbeitenden sowie mehr Engagement der Anbieter bei der Vernetzung der Schnittstellen kann hieraus jedoch ein Erfolg erzielt werden. Durch große Stückzahlen z.B. bei Wald-Apps oder durch technische Entwicklungen wie bei Smartphones werden sich zudem die Kosten reduzieren.

Was sind die weiteren Schritte?

Ein zentraler Schritt ist die Vernetzung der Akteure. Eine Reduktion von „Insellösungen" ist schwierig, aber ein Überblick über vorhandene Möglichkeiten kann die Synergien zwischen den Branchen vorantreiben. Hierzu sollten Förderungen in diesem Bereich angeregt werden und vorhandene Lösungen mit detaillierten Kostendarstellungen dokumentiert werden. Ein Ansatz für die Clusterarbeit: Durch digitale Schulungen, z.B. im virtuellen Format werden die Benutzer sensibilisiert und können die Chancen der Digitalisierung verstärkt nutzen.

Informationen:
https://www.cluster-forstholz-bayern.de/de/ ❐

Grünflächen pflegen:

VGL Bayern plädiert für die Verlängerung von Jahresverträgen

Der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern setzt sich für die Verlängerung der Jahresverträge hinsichtlich der Pflege von Parks und Grünanlagen im kommunalen und gewerblichen Bereich ein. Hintergrund ist die Corona-Pandemie, die bei verschiedenen Auftraggebern zu einer erheblichen Verzögerung in der zeitnahen Ausschreibung neuer Jahrespflegeverträge führt.

Für Städte und Gemeinden ist der Erhalt der existierenden Grünanlagen unumgänglich, um die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern. Dies gilt auch für Privat- und Betriebsgrundstücke.

Professionelle Pflege

Bereits heute leiden beispielsweise viele Stadtbäume an den steigenden Temperaturen, die die Hitzesommer mit sich bringen. Umso wichtiger ist eine professionelle, vertraglich geregelte Pflege. Denn jede funktionierende Grünfläche beugt einer weiteren Klimaerwärmung vor, bindet Feinstaub und Kohlendioxid und erhält damit die Lebensqualität in unseren Städten.

Deshalb empfiehlt der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern (VGL Bayern) Auftraggebern, die derzeit auf Grund der Corona-Pandemie ihre Pflegeverträge nicht fristgerecht neu ausschreiben können, diese zumindest um ein Jahr zu verlängern. „Viele öffentliche Auftraggeber sehen sich derzeit genötigt, die vorhandenen Jahrespflegeverträge neu ausschreiben zu müssen", konstatiert VGL Bayern-Präsident Gerhard Zäh.

Rücksichtnahme auf Corona-bedingte Umstände

„Da aber derzeit Corona-bedingt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Garten- und Bauämtern sowie unsere Mitgliedsbetriebe im Garten- und Landschaftsbau stark belastet sind, sollten ablaufende Pflegeverträge möglichst einfach fortgesetzt werden. Darüber hinaus haben viele Unternehmer signalisiert, dass sie als Auftragnehmer einer pauschalen Verlängerung zustimmen würden. Auftraggeber sollten im Einvernehmen mit den ausführenden Firmen prüfen, ob die bestehenden Jahresverträge über das Ende 2020 hinaus für ein Jahr verlängert werden können", empfiehlt der Verbandspräsident.

Geringes Ansteckungsrisiko im Freien

Der Garten- und Landschaftsbau (GaLaBau) wurde 2020 durch die Corona-Pandemie nur wenig belastet. Wegen des geringeren Ansteckungsrisikos im Freien und umfassenden Präventionsmaßnahmen, konnte der Betrieb auf den Baustellen bisher nahezu uneingeschränkt aufrechterhalten werden. Außerdem haben sich die Auftragsbücher für 2021 in den letzten Monaten kontinuierlich gefüllt. Dies betrifft insbesondere den Auftragsbestand im Privatgartenbereich, der viele Ressourcen der ausführenden Unternehmen binden wird. Durch die Auswirkungen des gegenwärtigen Lockdowns stoßen nun auch die GaLaBau-Betriebe immer mehr an ihre Kapazitätsgrenzen. In den Fachbetrieben herrscht vielerorts eine angespannte Personalsituation, die eine Entlastung notwendig macht. Insofern würde auch hier eine möglichst formlose Verlängerung bestehender Pflegeverträge, sofern beide Partner zustimmen, eine erhebliche Erleichterung mit sich bringen.

Dringender Handlungsbedarf

Insgesamt besteht demnach dringender Handlungsbedarf, um eine bestmögliche Versorgung des kommunalen und gewerblichen Bereichs zu gewährleisten. Ist die Pflege von Stauden, Gehölzen und Rasenflächen nicht durch entsprechende Verträge geregelt, besteht die Gefahr, dass diese witterungsbedingt einen Schaden erleiden und damit teure Neupflanzungen notwendig machen. Für die Grünpflege liegen entsprechende Vorschriften, die in den DIN-Normen (Nummern 8915 ff) geregelt sind, vor. Werden hier Fehler in der Fertigstellungs-, Entwicklungs- oder Unterhaltspflege gemacht, führt dies in der Regel zu einem erheblichen finanziellen Schaden für Kommunen, Städte und Gewerbebetriebe. ❐

Forstministerin Michaela Kaniber:

„Wir bauen den klimastabilen Wald"

Zehn neue Forschungsprojekte gestartet

Der Klimawandel setzt Bayerns Wäldern zu. Um sie zu erhalten, weitet der Freistaat seine Forschungsaktivitäten in diesem Bereich deutlich aus. „Wir starten 2021 neue forstliche Forschungsvorhaben. Denn wir brauchen dringend weitere Erkenntnisse zur Wahl der Baumarten, die dem Klimawandel standhalten. Die Bedingungen für unsere Wälder ändern sich nämlich dramatisch: Mancherorts müssen wir schon heute neue, unbekannte Wege bei der Begründung einer neuen Waldgeneration gehen", sagte Forstministerin Michaela Kaniber.

Insgesamt fördert das Landwirtschaftsministerium im kommenden Jahr zehn neue Forschungsprojekte mit über drei Millionen Euro, davon etwa die Hälfte aus der bayerischen Klimaschutzoffensive.

Vier Projekte beschäftigen sich mit dem Anbaurisiko klimastabiler Baumarten und neuen Herkünften. Dabei werden unter anderem das einzigartige bayerische Standortinformationssystem weiterentwickelt und die Eignung mediterraner Eichenarten in Süddeutschland, z. B. der Flaumeiche, bewertet. Darüber hinaus wird die Anpassungsfähigkeit der Wälder an den Trockenstress, die neuartige Ahorn-Rußrindenkrankheit und der Klimawandel im Gebirgswald untersucht. Weitere Vorhaben befassen sich mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Insekten und Bodenlebewesen im Wald.

Die Forschungsergebnisse sollen in die Beratung der bayerischen Waldbesitzer einfließen. „Auch unter den geänderten Rahmenbedingungen wollen wir Perspektiven für eine zukunftsgerichtete Waldbewirtschaftung aufzeigen. Dabei unterstützen wir die Waldbesitzer zudem seit Februar 2020 mit deutlich verbesserten und attraktiven Fördersätzen", sagte Ministerin Kaniber. ❐



proHolz Bayern kritisiert Pläne des Bundesumweltministeriums

Der deutsche Wald soll nach Plänen des Bundesumweltministeriums künftig weniger der Holzgewinnung, sondern angeblich mehr als bisher dem Klima- und Artenschutz dienen. ProHolz Bayern kritisiert diese Pläne, da es keinen Widerspruch zwischen Holzgewinnung und Klimaschutz gibt. Im Gegenteil: Die nachhaltige Nutzung und Holzgewinnung in heimischen Wäldern leisten einen wesentlich höheren Beitrag zu Klimaschutz und Artenvielfalt als die Stilllegung.

„Dass Waldflächen zukünftig nicht mehr bewirtschaftet werden sollen, ist im Sinne des Klimaschutzes nicht zielführend", erklärt Alexander Gumpp, Vorsitzender des Kuratoriums von proHolz Bayern. Der Wald in Deutschland ist in großen Teilen zu alt, die Verjüngung der Baumbestände stagniert, die Vielfalt klimastabiler Baumarten ist nicht ausreichend. Dies gilt vor allem für kleinere Privat- und Kommunalwälder.

Dabei ist die Vielfalt klimastabiler Baumarten und die regelmäßige Verjüngung des Waldes zentral, um seine wichtige Klimaschutzfunktion und die Artenvielfalt langfristig zu sichern. Auch werden immer mehr Waldflächen immer extensiver oder gar nicht mehr bewirtschaftet. „Im Prinzip haben wir bereits Wälder, die zunehmend sich selbst überlassen werden. Aber das ist nicht die Lösung für die Probleme des Waldes und des Klimas. Im Gegenteil: Wir brauchen dringend neue Ideen und Initiativen, um die Herkulesaufgabe zu bewältigen, die heimischen Wälder aktiv in Klimaschutzwälder umzubauen und sie fit zu machen für die Auswirkungen des Klimawandels." Mit der Stilllegung von Waldflächen erreiche man dieses Ziel nicht. „Um einen klimaangepassten Waldumbau zu ermöglichen, braucht es eine moderne und aktive Forstwirtschaft", ist sich Gumpp sicher.

Zukunftsweisende Idee: der klimaeffiziente Wald

Wie neue, innovative Wege aus dem Dilemma des deutschen Waldes aussehen können, skizziert das Modellprojekt „klimaeffizienter Wald". Die Idee dahinter: Unternehmen, die sich aktiv um Nachhaltigkeit bemühen, unterstützen finanziell die Waldbesitzervereinigungen in ihrer Region beim Umbau des Waldes in Richtung Klimaeffizienz mit 15 Euro pro Tonne gebundenem CO2. „Bislang lag unser Fokus immer auf der Vermeidung von CO2, der Aspekt von dessen Bindung in heimischen Wäldern wurde vernachlässigt", so Gumpp. Das Projekt kann dafür sorgen, dass das Holz unserer Wälder in regionale, langlebige Holzprodukte verarbeitet wird, die ebenfalls CO2 speichern. Rund zwei Drittel des Geldes erhalten die Waldbesitzer im Umkreis von 40 Kilometern um das sich engagierende Unternehmen. Den restlichen Betrag bekommen die regionalen Waldbesitzervereinigungen sowie die Wald-Auditoren, die das Projekt überwachen und zertifizieren. „Die Waldbesitzer erklären sich bereit, ihren Wald natürlich zu verjüngen, zusätzlich klimatolerante Baumarten zu pflanzen, klimaeffizient zu bewirtschaften und das gewonnene Holz in möglichst hohen Anteilen in langlebige und regionale Holzprodukte zu überführen", erklärt Gumpp das Prinzip.

Holzenergieanlagen

Nicht hochwertige Holznebenprodukte können in modernen Holzenergieanlagen in Energie verwandelt werden. Nach erfolgreichem Audit erhalten sie dann den Klimawald-Standard KNW 1001:2020 für eine klimaeffiziente, nachhaltige Waldbewirtschaftung. Mit Start der CO2-Bepreisung 2021 könnte diese Idee durch zusätzliche Gewährung einer staatlichen Klimaschutzprämie flächendeckend gefördert werden.

„Damit würde die vernünftige Forderung des Bundesumweltministeriums nach Honorierung der Klimaschutzleistung der Waldbesitzer erfüllt, ohne dass Waldflächen stillgelegt werden, die dringend umgebaut werden müssen ", sagt Gumpp. Denn stillgelegte Wälder bedeuten: weniger regional nachwachsender und CO2 bindender Rohstoff Holz und dadurch der Einsatz klimaschädlicherer Alternativen sowohl im Bausektor als auch bei der Energiewende. „Konsequent zu Ende gedacht helfen Wälder, die nicht bewirtschaftet werden, dem Klima nicht", fasst Gumpp zusammen.

Regionale Kreislaufwirtschaft

Der Rohstoff Holz ist und bleibt nachhaltig und schützt langfristig unser Klima – im Holzbau, in der modernen Holzenergie und in der holzbasierten Bioökonomie. Jeder Festmeter Holz aus heimischem Wald, der in langlebigen Holzprodukten wie Holzhäuser oder Möbel verbaut wird, bindet eine Tonne CO2. „Als Substitution anderer Rohstoffe, bei deren Gewinnung und Verarbeitung große Mengen CO2 freigesetzt werden, ist Holz die klimafreundliche Alternative und: es wächst in unseren Wäldern nach, wenn sie nachhaltig bewirtschaftet werden", betont Gumpp.

Enorme CO2-Einsparung

Derzeit werden jährlich ca. 35 Millionen Tonnen CO2 durch die Verwendung von Holz aus den Wäldern in Bayern vermieden oder in Holzprodukten gespeichert. Dieser Klimaschutzeffekt entspricht der 3,5-fachen Menge CO2, die durch den Aufbau von Holzvorrat im Wald gespeichert werden und ungefähr 40 Prozent der jährlichen CO2- Emissionen Bayerns. Durch Nutzungseinschränkungen oder Stilllegung von Wäldern werden diese Klimaschutzeffekte vermindert oder gehen verloren.

Mit dem Engagement von regional ansässigen Unternehmen wird so eine spürbare Klimaschutzleistung durch die Forstwirtschaft und die Verwendung von Holz erzielt. Auch regionale Holzabnehmer wie Sägewerke, Schreinereien oder Zimmerer sollten künftig stärker in diese nachhaltige Kreislaufwirtschaft eingebunden werden. „Das Projekt „Klimaeffizienter Wald" hat enormes Potenzial für viele Regionen in Deutschland und ist deutlich wirksamer als die Stilllegung von bewirtschafteten Wäldern", ist Gumpp überzeugt. ❐

Biotope bundesweit miteinander vernetzen

Aufbau eines bundesweiten Biotopverbunds

Zu den größten Bedrohungen für die biologische Vielfalt gehört die Zerschneidung von Lebensräumen durch Verkehrswege, Siedlungen und Agrarflächen mit Monokulturen. Um naturnahe Lebensräume in Deutschland miteinander zu vernetzen und so das Überleben vieler Tier- und Pflanzenarten zu sichern, ist ein bundesweiter Biotopverbund notwendig. Das neue Projekt „Landschaft + Menschen verbinden – Kommunen für den bundesweiten Biotopverbund" im Bundesprogramm Biologische Vielfalt soll daher bundesweit Kommunen dafür gewinnen, einen solchen Biotopverbund gemeinsam mit lokalen Akteuren umzusetzen. In Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen werden dazu in Modellregionen Biotope beispielhaft aufgewertet und stärker miteinander vernetzt. Zudem ist eine deutschlandweite Informationskampagne für alle Kommunen geplant. Das Bundesamt für Naturschutz fördert das Vorhaben mit Mitteln des Bundesumweltministeriums in Höhe von rund 2,4 Millionen Euro.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze: „Damit Tiere und Pflanzen ausreichend Lebensraum finden und sich auch in neuen Lebensräumen etablieren können, brauchen sie zusammenhängende Gebiete. Nur so können ihre Populationen dauerhaft bestehen bleiben. Deshalb ist ein Ziel der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt, ein funktionsfähiges System vernetzter Biotope zu schaffen. Dabei kommt es auf die Kommunen an, die wir dabei unterstützen wollen, Biotope miteinander zu vernetzen und so zu sichern."

Engagement vieler Akteure

BfN-Präsidentin Prof. Dr. Beate Jessel: „Ein bundesweiter Biotopverbund kann nur durch das gemeinsame Engagement vieler Akteure erreicht werden. Deshalb ist es so wichtig, dass das Projekt bei den Kommunen selbst ansetzt: Städte und Gemeinden werden dabei unterstützt, Maßnahmen zum Biotopverbund beispielhaft in die Tat umzusetzen. Zugleich wird das Thema durch Workshops und die Informationskampagne in ganz Deutschland auf die kommunale Agenda gesetzt. Das ist ein wichtiger und unerlässlicher Schritt auf dem Weg zu einem bundesweiten Biotopverbund."

Biotope aufwerten, Biotopverbünde stärken sowie Kommunen dafür gewinnen mitzumachen: Diesen Aufgaben stellt sich die Heinz Sielmann Stiftung in dem Verbundvorhaben zusammen mit dem Landschaftspflegeverband Rügen e.V., der Naturschutzstiftung Grafschaft Bentheim und dem Landschaftspflegeverband Freising e.V. Über Beispielprojekte in drei Modellregionen sollen konkrete Umsetzungsmöglichkeiten verdeutlicht und so der Gedanke des Biotopverbunds weitergetragen werden.

Außerdem wird dadurch anschaulich gezeigt, wie Biotopmaßnahmen in den Kommunen unter Beteiligung weiterer Akteure systematisch umgesetzt und die dafür notwendigen Prozesse auf kommunaler Ebene angestoßen und dauerhaft etabliert werden können. Die praktischen Erfahrungen aus den Modellregionen und die Ergebnisse der Evaluation fließen in den Handlungsleitfaden „Kommunen für den Biotopverbund" ein. Zudem sind eine umfängliche Internetseite und Workshops zum Thema geplant.

In den drei Modellregionen werden unterschiedliche Schwerpunkte bearbeitet. Das im oberbayerischen Landkreis Freising gelegenen Ampertal ist als Gewässer- und Feuchtgebietsachse für den bundesweiten Biotopverbund von hoher Bedeutung. Noch verbliebene naturnahe Lebensräume wie Bachsäume, Hangquellmoore, Teiche, Tümpel werden als Gerüst für den Aufbau eines Biotopverbundes genutzt. Bei Thonstetten sollen in einem Gebiet, das besonders für gefährdete wiesenbrütende Vogelarten wertvollen Lebensraum bieten kann, beispielhaft Biotopverbundmaßnahmen verwirklicht werden: Geplant ist, feuchte Bodensenken anzulegen, Bewässerungsgräben aufzuwerten und Äcker in feuchtes Grünland umzuwandeln, die mithilfe extensiver Beweidung durch Wasserbüffel gepflegt werden.

Das Bundesprogramm Biologische Vielfalt

Die Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) wird seit 2011 durch das Bundesprogramm Biologische Vielfalt unterstützt. Gefördert werden Vorhaben, denen im Rahmen der NBS eine gesamtstaatlich repräsentative Bedeutung zukommt oder die diese Strategie in besonders beispielhafter Weise umsetzen. Die geförderten Maßnahmen tragen dazu bei, den Rückgang der biologischen Vielfalt in Deutschland zu stoppen und mittel- bis langfristig in einen positiven Trend umzukehren. Sie dienen dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung sowie der Entwicklung der biologischen Vielfalt und gehen über die rechtlich geforderten Standards hinaus.

Weitere Informationen zum Bundesprogramm: https://biologischevielfalt.bfn.de/bundesprogramm ❐

Bucher Municipal:

German Design Award 2021 für vollelektrische Kehrmaschinen

Große Freude im Hause Bucher: „Mit Stolz verkünden wir, dass unsere neuen vollelektrischen Kehrfahrzeuge CityCat V20e und CityCat VS20e die Auszeichnung «Special Mention» beim German Design Award 2021 gewonnen haben!", heißt es in einer Mitteilung des Unternehmens.

Das Design der elektrisch betriebenen Strassenkehrfahrzeuge hat die Jury in der Kategorie «Excellent Product Design» überzeugt, da es formal und funktional den Anspruch an Nachhaltigkeit, progressive Technik und Funktionalität sowie Bedienfreundlichkeit widerspiegelt.

Der German Design Award ist der internationale Premiumpreis des Rat für Formgebung. Sein Ziel: einzigartige Gestaltungstrends zu entdecken, zu präsentieren und auszuzeichnen. Jährlich werden daher hochkarätige Einreichungen aus dem Produkt- und Kommunikationsdesign prämiert, die alle auf ihre Art wegweisend in der internationalen Designlandschaft sind. Der 2012 initiierte German Design Award zählt zu den anerkanntesten Design-Wettbewerben weltweit und geniesst weit über die Fachkreise hinaus hohes Ansehen.

Um die Vielfalt der Designkultur adäquat abzubilden, ist der German Design Award in die Segmente «Excellent Product Design», «Excellent Communications Design» und «Excellent Architecture» gegliedert. Innerhalb dieser Wettbewerbskategorien werden verschiedene Auszeichnungen vergeben. Die «Special Mention»-Auszeichnung würdigt eine konsequente Designkonzeption und Umsetzung. ❐



Übergabe des Traktors durch Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber an LWG-Präsident Andreas Maier. Bild: StMELF/Judith Schmidhuber

Fuhrpark wird klimafreundlicher

Ministerin Kaniber übergab schadstoffarmen Traktor

Thüngersheim – Praktizierter Klimaschutz im Obstbau: Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber hat der Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG) in Thüngersheim einen für Biodiesel tauglichen Traktor übergeben. „Durch die Verwendung von Biodiesel werden im Vergleich zu Mineralöldiesel gut 80 Prozent Treibhausgase eingespart. Zudem wird der Biodiesel aus Pflanzen direkt vor unserer Haustüre gewonnen, was im Vergleich zum Mineralöl lange Transportwege erspart und Ressourcen schont", sagte die Ministerin. Und weiter: „Wir wollen mit innovativer Technik als Freistaat Vorbild sein für die privaten Erzeuger. Wir nehmen Klimaschutz sehr ernst."

Die LWG verwendet den 111 PS starken Traktor bevorzugt beim Obstbau. Sie hat ihn im Rahmen der Bayerischen Klimaschutzoffensive beschafft.

Die Bayerische Klimaschutzoffensive wurde Ende letzten Jahres vom Bayerischen Kabinett beschlossen und umfasst 96 konkrete Maßnahmen. Dazu gehört die klimafreundliche Umstellung des landwirtschaftlichen Fuhrparks im Landwirtschaftsressort. Das Hauptziel der Bayerischen Klimaschutzoffensive ist, die Klimaneutralität Bayerns im Jahr 2050 zu erreichen. Die Maßnahmen teilen sich in zehn Themenblöcke auf. Die Projekte betreffen sowohl die Vermeidung von Treibhausgasen wie zum Beispiel Gebäudesanierungen, Einsatz erneuerbarer Energien als auch die Anpassung an den Klimawandel wie etwa Waldumbau, Wasserrückhalt in der Fläche oder trockenresistente Getreidesorten.

Im Landwirtschaftsressort sind bereits 21 Traktoren und ein Harvester mit klimaschonenden Kraftstoffen unterwegs, zusätzlich noch vier kleinere Fahrzeuge mit Elektroantrieb. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe in Straubing stehen öffentlichen Stellen und Privaten für Informationen zur Verfügung. Dort beschäftigt man sich schon seit Jahren mit Biokraftstoffen und erneuerbarer Mobilität im landwirtschaftlichen und forstlichen Bereich. ❐



Zukunftsbäume für die Stadt

Neue Broschüre mit Auswahl von 65 stadtklimaverträglichen Baumarten aus der GALK-Straßenbaumliste

Wie sehen die Stadtbäume der Zukunft aus? Welche Eigenschaften müssen sie auszeichnen, um erfolgreich dem Klimawandel standzuhalten? Wie können Städte auch in Zukunft von den zahlreichen Vorteilen des Stadtgrüns profitieren und gleichzeitig fit für den Klimawandel werden? Empfehlungen und Antworten auf diese Fragen gibt die neue Broschüre „Zukunftsbäume für die Stadt" mit 65 zukunftsträchtigen Straßenbäumen, herausgegeben vom Bund deutscher Baumschulen (BdB) e.V. und der Deutschen Gartenamtsleiterkonferenz (GALK) e.V..

Die GALK-Liste beinhaltet u.a. Baumarten und -sorten des Feldahorns, der Eichen, Hainbuchen oder des Ginkgobaums, welche das Stadtbild vieler deutschen Städte bereits heute prägen. Auch bislang nur wenig verwendete und in unseren Breiten nicht heimische Baumarten wie der Europäische Zürgelbaum, der Lampionbaum oder der Persische Eisenholzbaum sind in der Auswahl enthalten. In die Liste sind bundesweite Praxiserfahrungen von Kommunen, Baumschulbetrieben und des Arbeitskreises Straßenbäume eingeflossen.

Vielfalt schützt

„Vielfalt ist hier das Gebot der Stunde: Weg von den monokulturellen Baumbeständen in innerstädtischen Gebieten, und hin zu einem breiteren Sortiment an Straßenbäumen", empfiehlt BdB-Präsident Helmut Selders und ergänzt: „Der Klimawandel bringt mit sich nicht nur extreme Witterungen, die den Bäumen zusetzen, sondern auch Schaderreger, die den Baumbestand bedrohen. Wenn Städteplaner und Grünflächenämter in Zukunft verstärkt auf Vielfalt bei der Pflanzenverwendung setzen, ist der Baumbestand besser gegen Schädlinge und Klimaveränderungen gewappnet als die monokulturellen Bestände".

Zukunftsbaumbroschüre

Mit kurzen Beschreibungen und zahlreichen Fotos soll die aktuelle GALK-Straßenbaumliste kommunalen Grünflächenämtern, Stadtplanern, Landschaftsarchitekten und auch interessierten Bürgern als Planungshilfe bei der Auswahl von Stadtbäumen dienen. Auch regionale und Standortbesonderheiten werden berücksichtigt, ebenso wie die notwendige Bodenbeschaffenheit und der zu erwartende Pflegebedarf. Denn nur vitale und gut wachsende Bäume können am besten ihre Aufgaben wie CO2-Bindung, Sauerstoffproduktion, Abkühlung und Schattierung, erfüllen. Des Weiteren beinhaltet die aktuelle Zukunftsbaumbroschüre Angaben zur Bienenfreundlichkeit der einzelnen Baumarten. Somit kann die Artenvielfalt zusätzlich gefördert werden.

„Unsere Baumschulbetriebe arbeiten seit Jahren erfolgreich mit der Forschung auf dem Gebiet zusammen und haben ihr Sortiment entsprechend angepasst. Somit stellen wir sicher, dass klimafeste Baumarten in ausreichender Zahl und Qualität zur Verfügung stehen. Die Baumschulen im BdB beraten gerne bei der Auswahl geeigneter Zukunftsbäume", ergänzt Helmut Selders.

Die Broschüre „Zukunftsbäume für die Stadt" steht ab sofort als kostenloses E-Book (www.gruen-ist-leben.de/zukunfts-baeume/) zur Verfügung und ist ab Mitte Dezember 2020 als Druckversion erhältlich.

Bund deutscher Baumschulen

Der Bund deutscher Baumschulen (BdB) e.V. ist die berufsständische Vereinigung der Baumschulen. Die Branche kultiviert Gehölze auf aktuell weit über 20.000 Hektar mit einem jährlichen Produktionswert von über 1. Mrd. Euro. Auf Landesebene ist der BdB in 14 Landesverbände unterteilt, in denen zum großen Teil kleine und mittelständische Baumschulunternehmen organisiert sind. Die Betriebe vereinigen sich unter dem Leitmotiv der Branche „Grün ist Leben – Baumschulen schaffen Leben". Seit 1993 ist der BdB zusammen mit weiteren Verbänden des Gartenbaus Gesellschafter der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft (DBG) und ist an der Planung und Umsetzung von Bundesgartenschauen (BUGAs) und Internationalen Gartenbauausstellungen (IGAs) beteiligt. ❐



V.l.: Rudi Böck, Flußmeisterstelle Benediktbeuren, und Frieder Füllemann, Henne Nutzfahrzeuge GmbH, vor dem U 530. Bild: Henne Nutzfahrzeuge GmbH

Unimog U 530 in Benediktbeuern:

Sicherheit an Bergbächen

Das Team der Flussmeisterstelle Benediktbeuern durfte sich noch vor Weihnachten über einen besonderen Neuzugang freuen: Henne Nutzfahrzeuge aus Kirchheim bei München lieferte einen Unimog U 530 mit Gögl-Hardox-Stahlbrücke und hydraulischer Heckbordwand.

Das Fahrzeug wird vorwiegend für den Transport auf Bergwegen verwendet, denn dort werden u.a. Geröll, große Steine und Baumaterial für Arbeiten an Bergbächen benötigt, die dem Umwelt- und Hochwasserschutz dienen.

Mit dem Unimog hat die Flussmeisterstelle beste Erfahrung. Der neue U 530 ersetzt einen U 400, der mehr als 10 Jahre treue Dienste geleistet hat. Um die teilweise sehr steilen Berghänge befahren zu können, wurde die leistungsstärkste Variante des Alleskönners gewählt.

Die Heckbordwand ist hydraulisch von der Fahrerkabine aus bedienbar. Das ist einerseits sehr komfortabel und andererseits dient es der Sicherheit, denn oftmals werden große Felsen gekippt. Wegen des überwiegend groben Transportgutes wurde eine Hardox Stahlbrücke installiert, die besonders widerstandsfähig ist. Die Bordwandaufsätze sind höher als üblich um auch Laub und Häckselmaterial zu transportieren. An der Frontanbauplatte kann ein Häcksler mit Auswurfkamin angebracht werden, der das Häckselgut direkt auf die Ladefläche befördert. ❐



Ein glücklicher Moment war die Übergabe des neuen Mercedes-Unimogs U430 am Bauhof in Auerbach für Bauhofleiter Michael Kilger, die Bauhofmitarbeiter Matthias Keilhofer und Tobias Pscheidl, ebenso für Verkaufsberater Stephan Attenberger und Vorführer Ewald Schiehandl, beide von der Firma Beutlhauser und ganz besonders für Bürgermeister Hans Dachs (v.li.) Bild und Text: Isolde Deiser

Neuer Unimog U430:

Freude im Zachenberger Bauhof

Zachenberg. Für Bürgermeister Hans Dachs war die Anlieferung des neuen Unimogs für den Bauhof ein Glücksmoment. Als ehemaliger Bauhofleiter weiß er, wie wichtig ein gutes und zuverlässiges Fahrzeug ist. Nach Gesprächen mit den Bauhofmitarbeitern und intensiven Beratungen mit Verkaufsberater Stephan Attenberger von der Firma Beutlhauser beschloss der Gemeinderat im Juli vergangenen Jahres die Beschaffung des neuen Unimogs als Ersatz für den 16 Jahre alten bisherigen MAN-LKW 220, weil man einen Unimog für zweckmäßiger erachtete.

Anfang Januar war es soweit: Ewald Schienandl, Vorführer bei der Firma Beutlhauser, fuhr den Unimog vom Transportfahrzeug auf den Zachenberger Bauhof in Auerbach.

Der neue Mercedes-Unimog U430 mit 300 PS, bestückt mit dem Salzsilo Yeti 25 von der Firma Bucher, das 2,5 Kubikmeter Streusalz fasst, kam gerade rechtzeitig zum Winterdienst-Einsatz an.

Das Fahrzeug hat eine zweckmäßige kommunale Ausstattung mit einem Gesamtgewicht von 14 Tonnen. Der Bürgermeister betonte, dem Gemeinderat sei es wichtig gewesen, dass der vorhandene Schneepflug am neuen Fahrzeug angebracht werden kann. Das neue Fahrzeug wurde nach den Notwendigkeiten des Bauhofs beschafft, denn dort müsse man damit arbeiten.

Besonderes Ereignis

Bürgermeister Hans Dachs dankte dem Gemeinderat, der die Anschaffung des zweckmäßigen Bauhoffahrzeuges beschlossen hatte und wünschte den Bauhofmitarbeitern allzeit unfallfreie Fahrt.

Die Freude über dieses neue Fahrzeug erkennt man selbst am Nummernschild REG – GZ 430, GZ für Gemeinde Zachenberg und 430, die Bezeichnung des Unimogs.

Stephan Attenberger hob hervor, die Fahrzeugübergabe sei nicht nur ein besonderes Ereignis für die Gemeinde Zachenberg, sondern auch für die Firma Beutlhauser.

Hilfe „mit Rat und Tat"

Da der nagelneue Unimog in der Bedienung gegenüber dem bisherigen LKW anders geartet ist, wurden alle Bauhofmitarbeiter von Ewald Schiehandl und Stephan Attenberger, von der Firma Beutlhauser einen Tag lang geschult, zunächst in der Theorie und im Anschluss daran bei Probefahrten intensiv in die Bedienung des neuen Fahrzeugs eingewiesen. „Wir stehen auch künftig mit Rat und Tat zur Verfügung", wurde dem Bauhofpersonal mit Bauhofleiter Michael Kilger und Bürgermeister Hans Dachs von den Beutlhauser-Mitarbeitern Attenberger und Schiehandl versichert. **ID**

Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrantrieb EasyDrive, der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0–50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS).

Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten,Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

VDV begrüßt Beschlüsse und Initiativen:

Grünes Licht für E-Bus-Entlastung und Hochgeschwindigkeitsnetz

Gute Nachrichten für den VDV: Der Branchenverband für über 600 Unternehmen des öffentlichen Personen- und des Schienengüterverkehrs, begrüßt die mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) einhergehende Entlastung. „Die beschlossene Absenkung der EEG-Umlage für E-Busse schafft ein Stück weit Spielräume, die wir unmittelbar in die Attraktivität des Angebotes investieren werden", so VDV-Präsident Ingo Wortmann. Der VDV hatte die Absenkung als Branchenverband langjährig gefordert.

Bundestag und Bundesrat hatten abschließend für die Aufnahme von E Linienbussen in die besondere EEG-Ausgleichsregelung gestimmt, die auch für Schienenbahnen gilt. Wortmann zufolge ist dies konsequent und richtig. Eine Begrenzung auf 20 Prozent der EEG-Umlage helfe den Unternehmen, den Kostenanstieg beim Busverkehr durch Umstieg auf alternative Antriebe weiter zu reduzieren, und belohne Investitionen in moderne, klimafreundliche Antriebstechnik. „Da eine weitere Voraussetzung ein Stromverbrauch von mehr als 100 MWh jährlich ist, hilft das auch den kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort, das Nahverkehrs-Angebot zu verbessern", betonte der VDV-Präsident.

Elektrobusse

Bereits bei ungefähr zwei bis drei ganzjährig im Linienbetrieb eingesetzten Elektrobussen in der Flotte werde der Schwellenwert von 100 Megawattstunden erreicht. Laut Wortmann ist dies auch ein Ansporn für die investierenden Unternehmen, um die erheblichen Zusatz- und Folgekosten, die durch die Maßnahmen für die Verkehrswende anfallen, ein wenig zu mindern. Die EEG-Umlage zur Finanzierung des Ausbaus Erneuerbarer Energien macht bisher mehr als ein Drittel bei den Stromkosten eines Elektrobusses aus. Weitere Kostentreiber sind beim Betrieb von Elektrobussen die Stromsteuer, der KWK-Aufschlag und weitere Energiesteuern zur Refinanzierung des Ausbaus der Windenergie oder zur Verbesserung der Netzstabilität.

Hochgeschwindigkeitsnetz

Weiterhin begrüßt der VDV die Initiative von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, europaweit ein Hochgeschwindigkeitsnetz nach dem Vorbild des einstigen Trans-Europ-Expresses TEE einzuführen. Nach den Worten von VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff „ist es bekannt, dass viele Verkehrsleistungen gerade dann gut angenommen werden, wenn das Ziel ohne Umstieg erreicht werden kann. Das Vorbild des TEE aufzugreifen und auch um Nachtzugangebote zu ergänzen, wäre ein echter Vorteil für die Kundinnen und Kunden und die Eisenbahn."

Die Eisenbahn als klimafreundliches und auch touristisch attraktives Verkehrsmittel sollte bei der Erschließung der europäischen Regionen und Metropolen eine stärkere Rolle spielen. Deshalb ist laut VDV die Vernetzung über zahlreiche Nationen hinweg mit einem qualitativ hochwertigen Produkt der richtige Weg in eine klimafreundliche Mobilität der Zukunft. Der TEE war zwischen 1957 und 1987 eine Zuggattung im europäischen Bahnfernverkehr, die sich durch schnelle Dieseltriebzüge mit hoher Laufruhe, komfortable Waggons und Bordküche auszeichnete.

Wiederbelebung des TEE

Der TEE soll in zwei Phasen wiederbelebt werden: Zunächst ist dieser für Strecken vorgesehen, die über eine ausreichende Infrastruktur verfügen. In der zweiten Phase sollen geeignete Strecken ausgebaut werden – hierfür fehle es gegenwärtig noch an einer effektiven EU-Förderkulisse. „Von besonderem Vorteil ist, dass Bundesverkehrsminister Scheuer bei diesem Vorgehen die europäischen Verkehrsminister einbezieht. So bekommt der europaweite Verkehr und damit die Eisenbahn allgemein die notwendige politische Unterstützung über Landesgrenzen hinaus", erklärte Wolff, der auch Vizepräsident im Verband der Europäischen Eisenbahnen (CER) ist.

Auch die grundsätzliche Zustimmung der EU-Kommission zu einer fortentwickelten Gleisanschlussförderrichtlinie und dem geplanten Inkrafttreten zum März 2021 ist für den VDV eine gute Nachricht für das neue Jahr. Gleichzeitig ist es aus Sicht von VDV-Vizepräsident Joachim Berends ein gutes Zeichen, dass die bisherige Richtlinie bis einschließlich Februar 2021 verlängert werden kann. Auf diese Weise könnten Altanträge abgearbeitet und ein reibungsloser Übergang von der alten zur neuen Richtlinie gewährleistet werden.

Für das erweiterte Förderprogramm ist gemäß Bundeshaushalt 2021 zunächst ein jährliches Budget von 34 Millionen Euro vorgesehen. „Der Bund ist hier sehr engagiert: Dieser Haushaltsansatz soll künftig schrittweise erhöht werden. Der ‚normale' Gleisanschluss einschließlich der zugehörigen Umschlaggeräte wird weiterhin mit bis zu 50 Prozent gefördert. Die neu hinzugekommenen multimodalen Anlagen einschließlich der zugehörigen Umschlaggeräte werden unter Bedingungen mit bis zu 80 Prozent Förderung unterstützt", erläuterte Berends.

Damit würden die wesentlichen Forderungen des VDV im Rahmen der Neuausrichtung der Gleisanschlussförderung erfüllt. Gleichzeitig schaffe der Bund die Voraussetzungen dafür, dass die erfolgreichen Güter-Verlagerungen von bisher rund 120 Millionen Tonnen von der Straße auf die Schiene und die damit einhergehende Einsparung von 3,3 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen fortgesetzt werden kann.

Gleisanschlussförderung

Zur Fortentwicklung der Förderrichtlinie zählen unter anderem die Einbeziehung der Ersatzinvestitionen, einschließlich Anschlussweiche, um das Schließen bestehender Gleisanschlüsse zu verhindern, multifunktionale Anlagen für den Umschlag von Gütern zwischen Straße und Schiene sowie Zuführungs- und Industriestammgleise zur Anbindung von Industrie- und Gewerbegebieten. „Weitere wichtige Themen sind die Höhe der Planungskostenpauschale, neue Fördersätze und Förderquoten sowie eine einheitliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchung. Ferner soll im Rahmen der europarechtlichen Vorgaben eine Kumulierung der Förderung mit Landesmitteln ermöglicht werden", hob der Vizepräsident hervor. **DK**



„Fahrräder Röntgenring 1" Verkehrsteilnehmer sichtbar machen, die sauber mobil sind: Oberstraßenmeister Stefan Bauer-Österlein, Bauingenieurin Julia Henneberger, Baureferent Benjamin Schneider, Radverkehrsbeauftragter Adrien Cochet-Weinandt, Tiefbau-Chefin Annette Messerer an der Zählstele der Radachse 3, die am Hauptbahnhof vorbeiführt. Bild: Georg Wagenbrenner

Neuer Komfort auf der Radachse 3:

Jedes Fahrrad zählt

Ein ganzes Bündel an Verbesserungsmaßnahmen schlossen die Tiefbauer jetzt im Bereich Röntgenring/Haugerring an der Radachse 3 in Würzburg ab. Der Radweg ist nun verbreitert und der Belag erneuert, die Gehwege sind gepflastert und die Barrierefreiheit wurde durch taktile Leitelemente an den Überwegen und Haltestellen gewährleistet. Auf 870 Metern (innerstädtische Seite) und 350 Metern (Bahnhofsseite) wurden ca. 1,7 Millionen Euro investiert. Der Freistaat Bayern übernimmt die Hälfte der Kosten.

Vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr kam zudem eine besondere Zuwendung in Höhe von 5.000 Euro. Dies ist eine Anerkennung für die Aufnahme in den Kreis der „Fahrradfreundlichen Kommunen" im Jahr 2019. Diese Summe ist in die Installation einer „Zählstele" geflossen.

Bei der Inbetriebnahme dieser Infotafel, die mit einer Kontaktschleife im Radweg verbunden ist, freute sich Baureferent Benjamin Schneider: „Wann sind wir schon einmal in der Lage so verständlich aufzuzeigen, wie viele Radler unsere Hauptachsen täglich oder jährlich nutzen? Die städtischen Anstrengungen für eine stetig wachsende Zahl von Radlerinnen und Radler, für E-Biker oder auch die Fans von Lastenrädern sind eine gute Investition und werden an dieser hochfrequentierten Stelle beispielhaft sichtbar gemacht."

An dieser Hauptachse gab es bislang nur Drahtesel-Hochrechnungen, ausgehend von kurzzeitigen Verkehrszählungen. Von einem Jahreswert von rund 150.000 Radfahrten (aus der Zellerau kommend/Richtung Berliner Ring) geht man aktuell im Baureferat aus.

Bald wird man es ganz genau wissen. Und diese Zahl wird auch für motorisierte Berufspendler durch die Windschutzscheibe gut sichtbar sein und womöglich auch zum Umsteigen anregen. Denn zu vielen Stoßzeiten gilt hier auf der eigenen Trasse, was sonst im Straßenverkehr streng verboten ist: Man kann die Autos rechts überholen. ❐

Freistaat Bayern investiert über fünf Millionen Euro:

Zusätzliches Fahrzeug auf der Maintalbahn

Die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG), die im Auftrag des Freistaats den Regional- und S-Bahn-Verkehr plant, finanziert und kontrolliert, investiert über fünf Millionen Euro in die Beschaffung eines zusätzlichen Triebwagens für die Fahrzeugflotte der Westfrankenbahn im Netz Hohenlohe-Franken-Untermain.

Das Fahrzeug vom Typ VT 642 soll bereits im Frühjahr 2021 zum Einsatz kommen und den zuletzt verspätungsanfälligen Betrieb am bayerischen Untermain stabilisieren. Die Westfrankenbahn (DB RegioNetz Verkehrs GmbH), die im Auftrag der BEG die Verkehre betreibt, verfügt damit künftig über eine Flotte von 38 Fahrzeugen.

Mehr Stabilität

Verkehrsministerin Kerstin Schreyer ist überzeugt: „Ein Fahrzeug mehr entfaltet große Wirkung. Ich freue mich, dass wir mit der Finanzierung eines zusätzlichen Triebwagens eine schnelle und effiziente Lösung gefunden haben, um wieder mehr Stabilität in das attraktive Fahrplanangebot am bayerischen Untermain zu bringen."

Kurze Wendezeiten in Aschaffenburg hatten in den letzten Monaten immer wieder zu einem Domino-Effekt geführt: Verspätungen oder Zugausfälle übertrugen sich auf Folgefahrten, teils über den ganzen Tag hinweg. Der zusätzliche Triebwagen soll die Zuverlässigkeit der Westfrankenbahn künftig steigern. Neben längeren Wendezeiten in Aschaffenburg bringt die Investition noch weitere Vorteile: In Miltenberg reduziert sich das verspätungsanfällige Kuppeln von Zügen in der morgendlichen Hauptverkehrszeit. Außerdem bieten sich Möglichkeiten zukünftig auch in einzelnen Verbindungen mehr Kapazitäten zur Verfügung zu stellen.

Thomas Prechtl, Sprecher der BEG-Geschäftsführung: „Das Fahrplanangebot in der Region überzeugt. Zuverlässigkeit ist aber die Voraussetzung dafür, dass die Fahrgäste das Angebot des umweltfreundlichen Regionalverkehrs auch auf Dauer annehmen. Mit dem zusätzlichen Fahrzeug auf der Maintalbahn stellt der Freistaat dafür die richtigen Weichen."

Im Netz Hohenlohe-Franken-Untermain hatte die BEG das Fahrplanangebot mit dem Ende 2019 neu vergebenen Verkehrsdurchführungsvertrag an die Westfrankenbahn massiv ausgebaut. Zwischen Aschaffenburg und Miltenberg verkehrt der Regionalexpress RE 87 montags bis freitags im Stundentakt. Die Regionalbahn RB 88 verkehrt auch am Wochenende stündlich. Der gesamte Fahrplan ist zudem auf den Busverkehr im Landkreis abgestimmt, sodass die Ankunfts- und Abfahrtszeiten von Bahn und Bus systematisch miteinander verknüpft sind. ❐



Machen Tempo beim gemeinsamen Radwegekonzept: Landrat Raimund Kneidinger, Leitender Regierungsdirektor am Landratsamt Passau, Armin Diewald, Leiter der Kreisstraßenverwaltung, Herbert Hebel, Oberbürgermeister Jürgen Dupper, Klimaschutzbeauftragter des Landkreises Passau, Peter Ranzinger und Leiter des Sachgebiets Kreisentwicklung, Roland Gruber (v.l.). Bild: LRA Passau

Gemeinsames Radwegekonzept nimmt Fahrt auf

Stadt und Landkreis Passau arbeiten Hand in Hand an Verbesserungen für Radler

Wie kann der Umstieg vom Auto aufs Fahrrad möglichst attraktiv gestaltet werden? Eine Frage, die im Zentrum einer nachhaltigen Zukunft in der Region und eines gemeinsamen Radwegekonzepts von Stadt und Landkreis Passau steht.

Klar ist dabei, dass ein funktionierendes Radwegekonzept nur von Stadt und Landkreis zusammen auf den Weg gebracht werden kann. Passau liegt als Oberzentrum der Planungsregion Donau-Wald im Herzen des Landkreises Passau, die Hauptverbindungsachsen führen sternförmig aus dem Landkreis zur Stadt Passau hin. Ein Radwegekonzept, das an der Grenze zwischen Stadt und Landkreis enden würde, wäre wenig zielführend, sind sich Passaus Oberbürgermeister Jürgen Dupper und Landrat Raimund Kneidinger einig.

Unterschiedliche Bedürfnisse berücksichtigen

„Das Radwegekonzept soll einerseits die Bedürfnisse von Freizeitradlern und Touristen berücksichtigen, vor allem aber von Berufspendlern, die tagtäglich auf eine gute Fahrrad-Infrastruktur angewiesen sind", so Landrat Kneidinger. „In der Zeit von E-Bikes und Pedelecs wird diese Form der Mobilität und des Individualverkehrs immer interessanter. Vor diesem Hintergrund brauchen wir eine sachgerechte Grundlage für Radfahrer," bekräftigt Oberbürgermeister Jürgen Dupper.

An vielen Stellen gibt es bereits eine gute Grundlage für ein zukunftsfähiges Radwegenetz. Oft braucht es zur Optimierung beispielsweise nur eine Anpassung der Beschilderung. Auf manchen Routen wird aber auch ein Aus- und Neubau von Radwegen erforderlich sein. Hier wollen Stadt und Landkreis eng mit dem staatlichen Bauamt zusammenarbeiten, um entlang der bereits vorhandenen Hauptverkehrsachsen den Radwegebau voranzutreiben.

Bei den konkreten Planungen zum Ausbau des Radwegenetzes sind die Kommunen aber auch auf die Unterstützung aus der Bevölkerung angewiesen. Um dort zielgerichtet anpacken zu können, wo auch wirklich Bedarf besteht, braucht es belastbare Analysen zur Nutzung und Auslastung der einzelnen Verkehrsachsen durch Radfahrer. Unter anderem könne man sich vorstellen, dazu anonymisierte Bewegungsdaten freiwilliger Radfahrer zu nutzen.

Mobilitäts-Komplettpaket

Ziel des Konzepts ist ein zukunftsfähiges Mobilitäts-Komplettpaket. Beim Radwegeausbau wird in der ersten Stufe ein starker Fokus auf den stadtnahen Landkreisgemeinden liegen. Für Radfahrer aus weiter entfernten Gemeinden solle es z.B. durch E-Bike-Ladestationen und -Stellplätze an Bushaltestellen die Möglichkeit geben, direkt vom Fahrrad auf den ÖPNV umzusteigen.

Stadt und Landkreis wollen dabei nun Tempo machen. Noch in diesem Jahr soll der Austausch auf den jeweiligen Fachebenen stattfinden und Planungsziele festgelegt werden. Frühzeitig zu Jahresbeginn will man in die Abstimmung mit den Kommunen und den weiteren beteiligten Behörden gehen, um möglichst schnell zu tatsächlichen Verbesserungen im Radverkehr zu gelangen. ❐

Neue Mobilitätsbegleiter in Nürnberg

Für Viele ist das Nutzen von Bussen und Bahnen Alltag, für Menschen mit einer vorübergehenden oder dauerhaften Einschränkung kann es schnell zu einer Herausforderung werden. Und genau da setzt der neue Begleitdienst der NOA.kommunal GmbH an: Ab sofort begleitet geschultes Personal Menschen in Nürnberg, die Unterstützung bei ihren Wegen mit öffentlichen Verkehrsmitteln brauchen.

Die VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg hat die Ausbildung der zehn Mobilitätsbegleiter fachlich wie finanziell unterstützt und auch Experten vom Zentrum für Altersmedizin des Klinikums Nürnberg haben beratend zur Seite gestanden.

„Unsere Mobilitätsbegleiter sind gut für ihre neue Aufgabe gerüstet und hochmotiviert, Menschen zu helfen, die sich unsicher fühlen, wenn sie sich im öffentlichen Raum bewegen," berichtet Susanne Brandes, Einsatzleiterin für den Begleitdienst bei der NOA. „Wir hätten uns zwar einfachere Bedingungen für den Start gewünscht, aber gerade in Zeiten mit immer strengeren Corona-Beschränkungen gibt es Menschen, die auf sich alleine gestellt sind und Hilfe benötigen. Wir stehen unter Beachtung aller Hygienevorgaben bereit", so Brandes weiter.

Und so funktioniert der Begleitdienst: Die Mobilitätsbegleiter können außer an Feiertagen montags bis freitags zwischen 8.00 und 18.00 Uhr gebucht werden – frühestens zwei Wochen, spätestens drei Tage vor dem gewünschten Termin.

Die finale Bestätigung seitens der NOA erfolgt am Tag vor dem Wunschtermin. Für die Fahrten muss eine gültige Fahrkarte gelöst werden, in seltenen Fällen auch für die Begleitperson. Der zusätzliche Service gilt von der Wohnungstür zum Zielort und zurück und ist kostenfrei. Gebucht werden kann telefonisch oder per E-Mail an begleitdienst@noa.nuernberg.de oder unter www.mobidienst-nuernberg.de ❐

Europa-Urkunde 2020:

Sieben Schulen ausgezeichnet

Europaminister Dr. Florian Herrmann und Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazolo haben sieben bayerische Schulen aus allen Regierungsbezirken im Rahmen einer Videogrußbotschaft mit der Europa-Urkunde 2020 ausgezeichnet und ihr Engagement gewürdigt.

Europaminister Herrmann: „Das Motto der Europäischen Union lautet seit 20 Jahren ‚In Vielfalt geeint'. Wir sind stolz, dass so viele Schulen in Bayern den europäischen Gedanken leben und die Zukunft von Europa kreativ mitgestalten. Ein besonderes Kompliment geht an die Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte der Preisträgerschulen, die sich so vielfältig engagiert und in besonderer Weise für ihr Europa eingesetzt haben. Sie sind überzeugte Botschafter des Jahrhundertprojektes Europa für Frieden, Freiheit und Demokratie!"

Kultusminister Michael Piazolo gratuliert: „Die Gewinnerschulen leben den Europagedanken. Sie begeistern die junge Generation für europäische Werte durch Schulpartnerschaften, Europaklassen oder Kooperationsprojekte. Interkulturelles Lernen und Völkerverständigung werden hier ganz großgeschrieben und sind Teil des Schulalltags."

• Niederbayern: Grafen von Schaunberg Schule – Grundschule Julbach

Die Grundschule Julbach in Niederbayern pflegt insbesondere bei Schullandheimaufenthalten in der Partnergemeinde Julbach/Mühlviertel in Oberösterreich den Kontakt mit der dortigen Schule. Sie beteiligte sich am europa- und weltweiten Programm „Wasserforscher", in dessen Rahmen Themen rund um die Rettung eines virtuellen Wasserspeichers der Erde bearbeitet werden. Die teilnehmende Klasse aus Julbach wurde nationaler Sieger und durfte Deutschland auch beim Entscheid zum internationalen Sieger vertreten.

Umweltschule und Botschafter der Artenvielfalt

Bereits fünf Mal wurde die Grundschule Julbach als „Umweltschule in Europa – internationale Nachhaltigkeitsschule" zertifiziert. Gemeinsam mit einer Volksschule in Mining (Oberösterreich) wurde ein Vogelzugprojekt durchgeführt. Beide Klassen wurden zu „Botschaftern der Artenvielfalt" ausgezeichnet.

Im Rahmen eines Schullandheimaufenthalts im Dreiländereck wurde der tschechische Ort Horni Plana besucht und die Moldau als europäischer Strom kennengelernt. Zudem konnten die Themen Flucht und Vertreibung in diesem Grenzbereich nachvollzogen werden.

Die Schulkinder beteiligen sich zudem an der Weihnachtsaktion des Ortspfarrers zur Unterstützung des Waisenhauses in Sacueni (Rumänien) und packen für diese Weihnachtspäckchen. Als Dank der rumänischen Kinder erhalten die Kinder in Julbach selbstangebautes Obst aus Rumänien. Am Europatag findet eine „Europaausstellung" im Foyer der Grundschule statt, für die die Kinder Plakate zu einzelnen Ländern basteln, europäische Künstler oder europäische Rezepte vorstellen.

• Oberbayern: Gymnasium Bad Aibling

Das Gymnasium Bad Aibling hat sein europäisches Profil erweitert und mit Beginn des Schuljahres 2019/2020 in der 5. Jahrgangsstufe eine Europaklasse eingerichtet. Im Rahmen eines einstündigen Wahlunterrichts bekommen nun Schülerinnen und Schüler in den Jahrgangsstufen 5 und 6 die Möglichkeit, Basiskomponenten in anderen Sprachen (v.a. Englisch, Latein, Italienisch, Französisch) und interkulturelle Kompetenz zu erwerben.

Europe on Air

Im Rahmen von Erasmus+ hat das Gymnasium Bad Aibling beim Projekt „Europe on Air" mit fünf Schulen aus Frankreich, Italien, Ungarn, Portugal und der Türkei zusammengearbeitet. Die Partnerschulen bauten Schulradios auf und haben über diese auf Englisch über kulturelle Aspekte der Länder diskutiert sowie Podcasts und Hörrätsel erstellt. In Frankreich haben die Schüler einen Cook-and-meet-Workshop veranstaltet und vom Präsidenten der Maison de l´Europe de Provence in Aix-en-Provence wurde ihnen für ihre Verdienste eine „Médaille d´honneur" verliehen.

Beim Erasmus+- Projekt „Roots and Roads" arbeitet das Gymnasium mit fünf Partnerschulen aus Amsterdam, Athen, Istanbul, London und Stockholm zusammen. Thematisches Ziel ist die Auseinandersetzung mit Migration in den jeweiligen Ländern. Eine weitere Teilnahme an Erasmus+ erfolgt beim Projekt „Arts for future", bei dem in Anknüpfung an die Fridays for future-Bewegung das Thema „Nachhaltigkeit" im Fokus steht. Mittels Kunst sollen die Schülerinnen und Schüler ihre Sorgen darlegen und auf grenzübergreifende Umweltprobleme aufmerksam machen. Die Schule arbeitet mit sechs Partnerschulen aus Frankreich, Spanien, Schweden, Kroatien, Griechenland und Deutschland zusammen und wird dabei eine koordinierende Rolle übernehmen.

Bereits seit dem Schuljahr 1995/1996 hat das Gymnasium einen bilingualen Zug im Fach Italienisch. Ab der 8. Jahrgangsstufe erhalten die Schülerinnen und Schüler Zusatzunterricht in Italienisch mit dem Schwerpunkt „landeskundliche Konversation", in der 10. Jahrgangsstufe wird das Fach Geschichte zweisprachig unterrichtet. Seit Jahren pflegt die Schule einen Schüleraustausch mit Frankreich und – bereits seit 28 Jahren – mit Italien und organisiert jährlich für die 8. Jahrgangsstufen eine Sprachreise nach Großbritannien. Seit mehreren Jahren wird der Europatag mit fächerübergreifender Darstellung verschiedener Themen (u.a. mit Tänzen, Essen und Getränken, traditioneller Kleidung) für die 7. Jahrgangsstufe organisiert.

• Oberpfalz: Staatliche Realschule Obertraubling

Die Realschule Obertraubling verfolgt seit Jahren die Ausbildung eines europäischen Schulprofils und engagiert sich mit einer Vielzahl verschiedener Projekte für den europäischen Gedanken. Besonders hervorzuheben ist die Teilnahme am Erasmus+-Projekt „An Experience with and for Refugees" mit Partnerschulen aus Portugal, Spanien, Griechenland, Italien und Ungarn, bei dem zentrale Aspekte der Flüchtlingsthematik bearbeitet und dabei in verschiedenen Projekten und Schwerpunkten den Schülerinnen und Schüler eine intensive Möglichkeit zur Auseinandersetzung bietet. Durch den Austausch mit Jugendlichen anderer Nationen wird den Schulkindern hier ein vielfältiger Blick ermöglicht.

Zahlreiche Partnerschaften

Seit vielen Jahren pflegt die Realschule zahlreiche Partnerschaften in das europäische Ausland. Sie hat in den vergangenen Jahren an mehreren eTwinning-Projekten mit verschiedenen Kooperationsschulen aus Spanien, Tschechien, Frankreich, Litauen, Italien, Polen, Rumänien und Finnland teilgenommen. Zudem pflegt sie einen regelmäßigen Schüleraustausch und gegenseitige Besuche des Lehrerkollegiums mit Dobrany (Tschechien) sowie einen Schüleraustausch mit einer spanischen Schule in Santander. Die Realschule fördert auf spielerische Weise die Auseinandersetzung der Schüler mit europapolitischen Themen durch Teilnahme am Planspiel „Cube – Your take on Europe" oder durch das Brettspiel „Play your taxes", das von der Realschule getestet wurde.

Zudem engagiert sich die Schule mit einer Vielzahl von Aktionen zu aktuellen Themen, die auch den europäischen Gedanken vertiefen. Es gab eine Plakataktion gegen Rassismus sowie eine Stolpersteinverlegung mit Schülersprechern. 2017 hat die Schule ein „Fest der Nationen" ausgerichtet. In den Jahren 2015/2016 hat die Schule Flüchtlinge in Obertraubling unterstützt, sei es durch eine Hilfsgüterspendenaktion der Fachschaft, durch Mithilfe der Schüler bei der Vorbereitung der Ersteinrichtung oder durch Deutschkurse für die Geflüchteten durch Lehrer der Schule.

• Mittelfranken: Psychologisch-Heilpädagogische Privatschule Regina Stein Nürnberg

Das Private Förderzentrum mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung Regina Stein beteiligt sich kontinuierlich an Projekten im Rahmen von „Erasmus+". In den Jahren 2014 bis 2016 hat das Förderzentrum am Projekt „European Languages – key for European citizens" teilgenommen. Aktuell läuft gemeinsam mit sechs Partnerschulen das Projekt „TEAM". Ziele des Projekts sind Inklusion, Unterstützung der Lehrkräfte sowie Sprachförderung. In diesem Rahmen kommen Schüler/innen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf (beispielsweise ADHS oder Taubheit) und deren Lehrkräfte aus Griechenland, Lettland, Polen, Portugal und Rumänien zusammen und arbeiten in gemischten, jahrgangsübergreifenden Teams.

Treffen mit Partnerschulen

Im Januar 2020 hat das Förderzentrum Regina Stein ein Treffen mit den Partnerschulen organisiert: Gemeinsam haben Schülerinnen und Schüler mit und ohne Förderbedarf sowie ihre Lehrkräfte eine Woche im Schullandheim in Vorra verbracht. Sie haben dort in gemischten Teams und weitgehend ohne Sprachkenntnisse der Muttersprachen der Partnerschulen mit den Lehrkräften in gemischten Teams zusammengearbeitet und den gesamten Tagesablauf gemeinsam gestaltet. Ergebnis des Projekts soll eine Homepage werden, auf der die Lehrerinnen und Lehrer ihre Einblicke, neue Lehrmethoden und Eindrücke der anderen Länder mit den Partnerschulen teilen.

• Unterfranken: Main-Limes Realschule Obernburg

Die Main-Limes Realschule Obernburg stärkt mit verschiedenen Initiativen den europäischen Gedanken, die politische Bildung wie auch die Werteerziehung. Im Rahmen von Erasmus+ arbeitet sie seit September 2018 mit Schulen aus Italien, den Niederlanden, Lettland, und Litauen zusammen. Die Schülerinnen und Schüler sollen im Rahmen dieses Projekts erkennen, wie sie in der Gesellschaft vernetzt sind, welchen Einfluss Medien und soziale Netzwerke haben, welche europäischen Werte auf dem Spiel stehen und wie man positive Veränderungsprozesse bewirken kann.

Geographie auf Englisch

In den Jahrgangsstufen 7 bis 9 wird in der Main-Limes Realschule das Fach Geographie auch englischsprachig angeboten. Ergänzend zur Sprachkompetenz spielt das Thema Europa dabei eine zentrale Rolle. Jährlich finden für die Jahrgangsstufe 10 eine zweitägige Studienfahrt zum EU-Parlament nach Straßburg sowie für die 8. Jahrgangsstufe eine Sprachreise nach England statt. In Straßburg wird den Schülerinnen und Schülern die Teilnahme an einer Parlamentssitzung und die Begegnung mit Europaabgeordneten ermöglicht. Durch das Wahlfach Spanisch erweitert die Realschule ihr europäisches Profil und hat einen dauerhaften Schüleraustausch mit der spanischen Schule Asti Leku Ikastole in Portugalete (Spanien) etabliert, der mit der Teilnahme am Comenius-Projekt „Nutzen und Risiken sozialer Netzwerke" begonnen hatte.

An der Auswahl des Bayeux-Calvados-Preises beteiligt sich jährlich eine Schülergruppe und befasst sich in diesem Rahmen mit der Wahrung der Pressefreiheit und der Demokratie.

• Oberfranken: Christian-Sammet-Mittelschule Pegnitz

Die Christian-Sammet-Mittelschule pflegt seit Jahren eine intensive Schulpartnerschaft mit einer Schule in Slany/Tschechien. Jährlich erfolgen gegenseitige Besuche, bei denen unterschiedliche Programme und Aktivitäten stattfinden, die zur Völkerverständigung beitragen. Dies können gegenseitige Besuche an den Partnerschulen selbst sein, gemeinsame Klassenfahrten oder Schullandheimaufenthalte.

Tschechisch-deutscher Austausch

Beispielsweise fand ein gemeinsames Treffen in Mödlareuth an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze statt. Beim Weihnachtsbesuch 2019 der tschechischen Schülerinnen und Schüler in Pegnitz fand ein gemeinsames Gespräch der tschechischen und deutschen Schülerschaft mit den beiden Bürgermeistern von Pegnitz und Slany statt. Eigens zu diesem Zweck war der Bürgermeister von Slany nach Pegnitz gereist. Die Lehrkräfte der beiden Schulen pflegen ihren Austausch insbesondere im Rahmen von gegenseitigen Lehrerhospitationen.

• Schwaben: Berufliche Oberschule Lindau

Die Berufliche Oberschule Lindau orientiert sich unter mehreren Aspekten am europäischen Gedanken. Sie ist am Erasmus+ Austauschprojekt: „Let´s share our investigation projects with Europe" beteiligt und treibt in diesem Rahmen gemeinsam mit zwei Partnerschulen in Spanien und Portugal die Organisation, das Monitoring und die Präsentation von wissenschaftlichen Projektarbeiten voran. In diesem Rahmen sind bereits gegenseitige Besuche von und bei den Partnerschulen erfolgt, bei denen u.a. die unterschiedlichen Projekte der jeweils anderen Schülerinnen und Schüler vorgestellt wurden.

Marketingmaßnahmen: Kosten und Monitoring

Ein Fokus lag darauf, Präsentationsmöglichkeiten mit neuen Medien zu erlernen. In Deutschland wird der Schwerpunkt Marketingmaßnahmen, deren Kosten und das Monitoring sein. Durch diese interkulturelle Zusammenarbeit sollen unterschiedliche Sichtweisen und Arbeitsweisen sowie kulturell unterschiedlich beeinflusste Märkte kennengelernt werden. Die Berufliche Oberschule Lindau bietet in den Fächern VWL, Biologie und International Business Studies bilingualen Unterricht an. Bei Themen, wie z.B. „Sich auf dem internationalen Arbeitsmarkt erfolgreich bewerben" oder „Culture in a box" setzen sich die Schülerinnen und Schüler mit anderen Kulturen auseinander und werden gleichzeitig auf ihre Zukunft vorbereitet, was ein ausgesprochenes Anliegen der Schule ist. ❐



Auch im Corona-Jahr gelang die Weihnachtsaktion des Kindergartens Am Mühlbach in Garching zugunsten eines rumänischen Kindergartens und eines Kinderheims. Bereits seit mehr als 10 Jahren verpacken die Eltern und Kinder gut erhaltene Kleidungsstücke und Spielsachen sowie Dinge des täglichen Bedarfs. Die Weihnachtsgeschenke gehen in die Kleinstadt Bals im Süden Rumäniens; Arbeitslosikeit und Armut sind hier groß. Bild: Stadt Garching

European Energy Award:

Günzburg startet in die nächste Runde

Nach 2017 soll die Auszeichnung erneut in die Stadt geholt werden

Die Stadt Günzburg startet in die nächste Runde des European Energy Awards (eea). In seiner Sommersitzung am 6. Juli beschloss der Stadtrat diesen Schritt einstimmig, um das Ziel der energieautarken Stadt bis 2030 zu erreichen. Der European Energy Award ist ein Energie- und Umweltauditverfahren für Kommunen und dient dem Erreichen von Energie- und Klimaschutzzielen und der langfristigen Verbesserung der Umweltqualität.

Mehr als 1.300 europäische Kommunen nehmen am eea teil. „Der eea unterstützt Kommunen mit maßgeschneiderten Instrumenten, wie speziell ausgearbeitete Kriterien für Förderprogramme, bei ihrem Engagement für Energieeffizienz und Klimaschutz", erklärt Daniela Fischer, Klimaschutzmanagerin der Stadt Günzburg.

Auszeichnung 2017

Begleitet und betreut wird die Stadt Günzburg, wie bereits in der „ersten Runde" vom Energie- und Umweltzentrum Allgäu (eza!) mit Sitz in Kempten. Der Stadt Günzburg wurde 2017 der eea mit Auszeichnung verleihen. Die Erfolge lagen insbesondere im Bereich der kommunalen Liegenschaften. Besonders gewürdigte wurde vom Freistaat Bayern das Förderprogramm „Energieoptimiertes und nachhaltiges Bauen im Neubaugebiet am Sonneneck" im Günzburger Stadtteil Nornheim. Doch nicht „nur" Energiethemen sind Bestandteil des eea - auch die Mobilität und somit das Projekt „Fahrradstadt 2025" werden im Rahmen des eea weiter vorangebracht. GZplastikfrei, FairtradeStadt sowie die Aktivitäten im Rahmen der Lokalen Agenda 21 gehören dazu.



Daniela Fischer, Klimaschutzmanagerin der Stadt Günzburg, mit der Auszeichnung des „EuropeanEnergyAwards" von 2017. 2021 tritt die Stadt erneut an. Bild: Julia Ehrlich/ Stadt Günzburg

Der von Oberbürgermeister Gerhard Jauernig vor der Kommunalwahl angekündigte „Klimabeirat" wird das frühere Energieteam ablösen. Das zeigt auch an dieser Stelle die Bandbreite des Klimaschutzes. Ziel ist es, möglichst viele Akteure einzubeziehen, um die Erreichung der Klimaziele auf eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen. Das Klimaschutzmanagement der Stadt plant dafür Aktionen in Schulen, Kooperation mit Unternehmen und Gewerbetreibenden. Der Stadtrat spielt eine wichtige Rolle sowie der Dialog mit interessierten Bürgern.

Förderung durch Freistaat

Die Teilnahme der Stadt Günzburg am eea wird vom Freistaat Bayern mit 70 Prozent der anfallenden Kosten gefördert. Das sind knapp 56.000 Euro über die Laufzeit von drei Jahren.

„Wir freuen uns auf viele spannende Projekte, Aktionen, Ideen und Diskussionen. Entscheidend für den Erfolg wird die nachhaltige Umsetzung definierter Konzepte und Maßnahmen sein. Für eine enkeltaugliche Zukunft lohnt sich dieser Weg", sagt Jauernig.

Jeder kann einen Beitrag zum Erreichen des Pariser-Klimaziels von einer Erderwärmung von maximal 1,5 Grad Celsius beitragen. Die Stadtverwaltung freut sich auf eine aktive Beteiligung der Bürger. ❐

GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Die kreisfreie Stadt Passau und ihre ca. 53.000 Einwohner.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
Im Mai 2008.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Die Entscheidung fiel wohl während meiner Zeit als Schülersprecher. Damals entstand ein gewisses Interesse an Politik und politischem Engagement.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Durch Engagement in verschiedenen Jugendverbänden und durch ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Jürgen Dupper

Bezirksvorsitzender der kreisfreien Städte in Niederbayern, Bayerischer Städtetag

Passau befand sich mitten in einer finanziellen Notlage. Obendrein befanden sich zwei städtische Tochterunternehmen in einer gehörigen Schieflage. So war damals die Sanierung der städtischen Finanzen das Gebot der Stunde. Seit 2008 stellt die Stadt Passau ihre Haushalte ohne Nettoneuverschuldung auf.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Nach der Bewältigung der Corona-Pandemie steht zunächst das (Wieder-) Hochfahren des städtischen Lebens im Fokus. Insbesondere die hart getroffenen Branchen wie Gastronomie und kleinteiliger Einzelhandel bedürfen unseres koordinierten Vorgehens.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Natürlich wird der übliche kommunalpolitische Dreiklang die Passauer Agenda bestimmen: Arbeiten, Wohnen, Leben. Das bedeutet entschlossene Standortpolitik mit klugen Infrastrukturentscheidungen, öffentlicher und privater Wohnungsbau mit klar definiertem Anteil an günstigem Wohnraum, weitere Investitionen in Bildung, Betreuung, Hochwasser- und Lärmschutz.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Hören Sie nicht auf Ratschläge älterer Kollegen sondern finden Sie Ihren eigenen Weg.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Gute Kommunalpolitik entsteht meiner Beobachtung nach dann, wenn Stadtrat, Oberbürgermeister und Verwaltung die Dinge gemeinsam in die Hand nehmen. Dabei ist der gelungene Kompromiss, der möglichst viele Interessen berücksichtigt, allemal besser als die Umsetzung sog. Visionen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen auf allen Kanälen, die Transparenz herstellen, mitgenommen werden (live-stream der Sitzungen, Informationsfreiheitssatzung etc.). Bei wichtigen Projekten, z.B. Stadtteilentwicklungskonzept, sitzen sie mit am Tisch.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Die Digitalisierung wird die Kommunalpolitik nicht grundlegend verändern. Sie wird helfen, Prozesse noch transparenter zu machen (Stichwort: online-Bürgerbeteiligung), sie wird die Inanspruchnahme vieler städtischer Dienstleistungen noch komfortabler machen und sie wird das Verwalten noch effizienter machen.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Respice finem
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Als ein Oberbürgermeister, der mit den Menschen Lösungen für die Stadt und ihre Menschen gesucht und gefunden hat und dabei darauf verzichtete, sich Denkmäler zu setzen. ❐

Virtuelle Jahresabschluss-Sitzung mit Sechs-Gänge-Menü

Die CSU-Kreistagsfraktion im Landkreis Neumarkt hält alljährlich kurz vor Weihnachten eine Jahresabschlusssitzung mit Rückblicken und Vorschau ihrer Fraktionsarbeit. Zusätzlich erhalten die Mandatsträger eine Plattform, um ihre Arbeit ebenfalls in einer Rück- und Vorschau zu beleuchten. Zwischen den jeweiligen Tagesordnungspunkten hatte es in der Vergangenheit immer eine Suppe, das Hauptgericht und als Nachspeise einen Cappuccino etc. gegeben. Aufgrund der Pandemie war ein physisches Treffen schwerlich möglich. Daraufhin hat sich der Fraktionsvorsitzende, Bürgermeister a.D. Alois Scherer, mit seinem Fraktionsvorstand etwas Besonderes für die 25-köpfige Fraktion einfallen lassen.

In der Einladung war vermerkt, dass sich jeder sein Lieblingsgetränk bereithalten sollte. Nach der Begrüßung und Bekanntgabe der Tagesordnung wurde gemeinsam im Rahmen der Videokonferenz auf das vergangene dennoch erfolgreiche Jahr angestoßen. Danach erfolgte der bebilderte Jahresrückblick des Fraktionsvorsitzenden.

Nach dem Rückblick auf runde Geburtstage, Neujahrsempfänge, den Wahlkampfveranstaltungen, der Fraktionsvorstandssitzungen und Fraktionssitzungen, wurde besonders auf die konstituierende Kreistagssitzung im Mai 2020 eingegangen. Der wiedergewählte Landrat Willibald Gailler konnte den weiteren Landrat, Bürgermeister Josef Bauer, und die stellvertretende Landrätin und zugleich CSU-Kreisvorsitzende Susanne Hierl neben den beiden anderer Gruppierungen angehörenden stellvertretenden Landräte vereidigen. Nach Besetzung der Ausschüsse und dem Beschluss über die Landkreisordnung endete die erste Sitzung

Nach dem bebilderten Rückblick gab's die Vorspeise. Antipasta war angesagt. Jeder konnte sich nach Anweisung des Fraktionsvorsitzenden die einzelnen Menüpunkte vom Server herunterladen. Während sich die Fraktionsmitglieder die Delikatesse munden ließen, brachte Staatsminister Albert Füracker – zugleich Mitglied der Fraktion – seinen Rück- und Ausblick in Form einer Videobotschaft zum Besten.

Danach folgte als weitere Vorspeise eine leckere Kürbiscremesuppe. Während des Verzehrs durfte der Bundestagsabgeordnete Alois Karl – ebenso Mitglied der Fraktion – über News vom Bund berichten.

Als Hauptspeise gab's eine traditionelle Weihnachtsgans mit Kartoffelkloß und Blaukraut. Diese schmeckte ganz besonders. Hier war es nicht einfach, den Worten der Bezirksrätin, Fraktionsmitglied Heidi Rackl, zu lauschen. Als Nachspeise gab's eine besondere Kreation des Tiramisu. Während des Verzehrs durfte Landrat Willibald Gailler seinen Rück- und Ausblick geben. Das Menü wurde mit verschiedenen Kaffeekreationen wie Cappuccino, Espresso und Latte machiato abgerundet. Während diesen Genussminuten durfte die CSU-Kreisvorsitzende und stellvertretende Landrätin Susanne Hierl aus parteipolitischer Sicht mit den wichtigsten Landkreisgeschehnissen aufwarten.

Hoffen auf „normale" Versammlung 2021

Da Weihnachten vor der Tür stand, wurde selbstverständlich noch Glühwein mit selbst gebackenen Plätzchen gereicht. Während dieses Hochgenusses blickte der Fraktionsvorsitzende und Deinings Bürgermeister a.D., Alois Scherer, auf das Jahr 2021.

Vor den Schlussworten wurde nochmals auf ein gutes, neues, erfolgreiches, von Gott gesegnetes und von ein wenig Normalität geprägtes, sowie vor allen ein gesundes Jahr 2021 mit den Lieblingsgetränken angestoßen.


Alois Scherer, Bürgermeister a.D., Deining, CSU-Kreistagsfraktionsvorsitzender, Neumarkt i.d.Opf. Bild: Alois Scherer

Unisono waren sich alle Fraktionsmitglieder einig, dass die eher trocken und nüchtern anmutende virtuelle Jahresabschlusssitzung mit dem tatsächlichen Anstoßen und dem Sechs-Gänge-Menü sehr amüsant und abwechslungsreich war.

Auch eine Alternative, eine virtuelle Sitzung ein wenig einladender zu gestalten. Dennoch hoffte der Fraktionsvorsitzende, alle Fraktionsmitglieder und die Mandatsträger im kommenden Jahr wieder zu einer „normalen" Jahresabschlusssitzung einladen zu können. ❐

Regionalentwicklung Stauden:

Zwei langjährige Vorstandsmitglieder verabschiedet

Zwei „Urgesteine" der Regionalentwicklung Stauden (RES) wurden bei der jüngsten Mitgliederversammlung in der Fischacher Staudenlandhalle verabschiedet: der langjährige Zweite Vorsitzende Josef Böck und Schatzmeisterin Renate Meier.

In Vertretung des neu gewählten Vorsitzenden Peter Wachler, Bürgermeister von Markt Wald im Landkreis Unterallgäu, dankte sein ebenfalls frisch gewählter Stellvertreter, Fischachs Rathauschef Peter Ziegelmeier, den beiden langjährigen Mitstreitern für ihren unermüdlichen Einsatz für ihre heimatliche Staudenregion. Josef Böck, nach 30 Jahren an der Spitze der Gemeinde Langenneufnach inzwischen zum Altbürgermeister ernannt, fungierte an der Seite von Peter Ziegelmeier zwölf Jahre lang als dessen Stellvertreter im Vorsitz der Regionalentwicklung.

Reaktivierung der Staudenbahn

Ein großes Thema in diesen vier Amtsperioden war die geplante Reaktivierung der Staudenbahn im Abschnitt zwischen Gessertshausen und Langenneufnach; ein Großprojekt, dass noch immer nicht „in trockenen Tüchern" ist und die Kommunalpolitik nach derzeitigem Stand auch noch in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen wird. Als Vorsitzender des Staudenbahn-Schienenweg-Trägervereins bleibt der 61-Jährige beim Thema Staudenbahn auch nach seinem Ausscheiden aus der RES-Führungsspitze aber weiterhin an vorderster Front am Ball.

Mit nicht weniger Herzblut engagierte sich Renate Meier aus dem Fischacher Ortsteil Wollmetshofen in den vergangenen Jahren für „ihre" Stauden. Von 2012 bis 2017 als Geschäftsführerin und „gute Seele" der Regionalentwicklung tätig, kümmerte sie sich anschließend von 2017 bis 2020 als Schatzmeisterin im Vorstand um die Finanzen der RES mit ihren zwölf Mitgliedsgemeinden.

Zum Nachfolger von Renate Meier als RES-Schatzmeister wählte die Mitgliederversammlung Gerald Eichinger, Bürgermeister von Langenneufnach. Für Josef Böck rückt Gessertshausens Rathauschef Jürgen Mögele als weiterer stellvertretender Vorsitzender in den Vorstand der Regionalentwicklung nach. **(wkl)**


Der stellvertretende RES-Vorsitzende Peter Ziegelmeier (Mitte) verabschiedete Renate Meier und Josef Böck aus der Führungsriege der Regionalentwicklung Stauden. Bild: Walter Kleber

Michelau trauert:

Bürgermeister Dirk Rosenbauer verstorben

Während einer Ratssitzung ist der erst 41 Jahre alte Bürgermeister der Gemeinde Michelau in Oberfranken plötzlich zusammengebrochen und später in einem Coburger Krankenhaus verstorben. Als Todesursache wird ein Herzinfarkt vermutet.

Die Gemeinde schreibt auf der Internetseite: „Wir trauern um einen wertvollen Menschen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden. Mit seiner freundlichen Art war er ein äußerst beliebter Bürgermeister und Freund vieler Bürgerinnen und Bürger. Unser Mitgefühl gilt insbesondere seiner Familie." Rosenbauer wurde erst 2020 ins Amt gewählt. Er hinterläßt seine Frau und zwei Kinder. ❐

Hilfstransport der Bayerischen Feuerwehren

Herrmann dankt für Unterstützung Kroatiens

Das Erdbeben in Kroatien Ende Dezember 2020 hat schlimme Schäden angerichtet und auch die kroatischen Feuerwehren stark getroffen. Rund 300 bayerische Feuerwehren sind einem Aufruf des Landesfeuerwehrverbandes gefolgt und haben viele Ausrüstungs- und Gerätespenden für ihre kroatischen Kameradinnen und Kameraden zusammengetragen. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann war in Hersbruck dabei, als ein Fahrzeugverband mit zehn Feuerwehrfahrzeugen zum Sammelpunkt in Richtung Rohrdorf startete. Insgesamt 21 Fahrzeuge machen sich auf den Weg ins Krisengebiet.

Der Innenminister lobte die grenzüberschreitende Hilfeleistung: „Ich bin beeindruckt von der Resonanz und stolz auf unsere Feuerwehren! Dies ist ein wichtiger Beitrag, um die örtlichen kroatischen Feuerwehren mit Gerätschaften und Schutzausrüstung einsatzfähig zu machen."

Herrmann dankte allen beteiligten Kommunen, die als Träger der Feuerwehren die Spenden mitgetragen haben. Der Freistaat Bayern übernimmt mindestens 90 Prozent der Transportkosten.

Der Transportkonvoi wird voraussichtlich Montagabend in der Stadt Sisak ankommen. ❐

Saisonkalender Landkreis Fürth

Einen „perfekten Begleiter für den Kauf von Obst, Gemüse und Salaten" nannte Landrat Matthias Dießl den neuen Saisonkalender, der in Zusammenarbeit mit dem Klimaschutzmanagement und der Regional- und Wirtschaftsförderung entstand und nützliche Tipps zu gesundem Einkauf enthält. Der Saisonkalender soll das Bewusstsein für das vielfältige regionale Angebot stärken und ist angereichert mit Rezeptideen und Terminen von Bauernmärkten in den Städten und Gemeinden des Landkreises.

Dießl: „Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass mit dem Kauf regionaler Produkte schon durch geringere Transportwege Energie und Treibhausgasemmissionen eingespart werden können". Dies habe auch einen gesundheitlichen Aspekt: Frühernte, Vitaminverlust und Behandlung entfallen bei regionalen Produkten, weil Obst und Gemüse nicht für langen Transport „fit" gemacht werden müsse, um im Zielland die optimale Reifung zu erreichen. Der Kalender zum Thema „Leckeres und Gutes aus dem Landkreis Fürth" ist beim Landratsamt erhältlich und kann auch über die Hompeage des Landkreises heruntergeladen werden (www.landkreis-fuerth.de). **pmw**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Mitglieder der WestAllianz München informierten sich über das neuartige Transportsystem ottobahn: v.l. Marc Schindler, Geschäftsführer ottobahn; Helmut Zech, Vizelandrat Landkreis Dachau; Stefan Löwl, Landrat Landkreis Dachau; Heiko Büttner, Vorsitzender der Geschäftsleitung S-Bahn München; Johannes Kneidl, Vorsitzender WestAllianz München und Bürgermeister Gemeinde Sulzemoos, Peter Fink, Vorsitzender IHK-Regionalausschuss Dachau; Thorsten Salaske, ottobahn. Nicht auf dem Bild: MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch; MVG-Geschäftsführer Ingo Wortmann; Florian Hartmann, Oberbürgermeister Stadt Dachau. Bild: Gemeinde Sulzemoos

WestAllianz München:

Stärke durch Gemeinsamkeit

Sieben Gemeinden, ein Ziel: Im Oktober 2011 wurde die WestAllianz München, ein Zusammenschluss der Gemeinden Bergkirchen, Karlsfeld, Maisach, Odelzhausen, Pfaffenhofen und Sulzemoos ins Leben gerufen. Einige Jahre später schloss sich Gröbenzell an. Entlang der A8 bilden die Kommunen einen starken Wirtschaftsraum westlich der Landeshauptstadt. Laut Johannes Kneidl, Bürgermeister von Sulzemoos und seit Mitte 2020 Vorsitzender des interkommunalen Zweckverbandes, „repräsentieren wir mit unseren Mitgliedskommunen zusammen ca. 70.000 Einwohner, so viel wie viele Landkreise in Bayern".

Dieses Gewicht wolle man bei allen Themen, die den Westen von München berühren, mit einbringen — zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger und der ansässigen Wirtschaft.

Da das Verhältnis von Arbeitsplätzen zu Einwohnern geringer ist als in anderen Teilen des „Münchner Speckgürtels", hat sich die WestAllianz zum Ziel gesetzt, weitere attraktive Unternehmen anzusiedeln. Unternehmen und Investoren sollen von den deutlichen Vorteilen der Wirtschaftsstandorte entlang der A8 überzeugt werden. Ebenfalls auf der Agenda der Bürgermeister stehen die Ausweisung von Wohngebieten, die sich an den Bedürfnissen sich verändernder Lebensentwürfe orientieren sowie die kontinuierliche Verbesserung der sozialen Infrastruktur.

Interkommunale Zusammenarbeit

Um gemeinsame Projekte effizient voranzubringen, arbeitet die 2015 mit dem Bayerischen Qualitätspreis ausgezeichnete WestAllianz München in mehreren Arbeitsgruppen zu den Themen „Bildung und Wirtschaft", „Energie, Klima- und Naturschutz", „Kultur", „Mobilität", „Naherholung und Tourismus" sowie „Wohnformen und Bevölkerungsentwicklung" interkommunal zusammen. Damit sorgt sie für eine Stärkung der Standortfaktoren.

So wurden beispielsweise in Zusammenarbeit mit den örtlichen Schulen „Ausbildungsrallyes" veranstaltet, bei denen Schüler mit Firmen im Verbandsbereich in Kontakt gebracht wurden, um Berufsbilder und mögliche Ausbildungsangebote kennen zu lernen. Bereits zum sechsten Mal erschien darüber hinaus der Ausbildungskompass, eine Broschüre, die ein breitgefächertes Angebot an Ausbildungsmöglichkeiten in den Landkreisen Dachau und Fürstenfeldbruck bietet. Die regionalen Betriebe im Wirtschaftsraum bekommen hiermit die Möglichkeit, sich vorzustellen und für Ihr Ausbildungsangebot zu werben. Zudem unterstützt der Weiterbildungskompass der WestAllianz München die ansässigen Firmen und Betriebe dabei, eine passende Weiterbildung für ihre Mitarbeiter zu finden.

Das Team für „Naherholung und Tourismus" entwickelte wiederum die Idee zum Räuber-Kneißl-Radweg, der aus Mitteln der LEADER-Förderung finanziert wurde. Der Radweg verbindet Freizeit und Erholung in der Natur mit der Lokalgeschichte des Mathias Kneißl, der hier gelebt hat. Das Projekt erregt deutschlandweit mediales Aufsehen und wird sehr stark von Radfahrenden aller Generationen frequentiert.

Neben gemeinsamen Messeauftritten und Expertengesprächen wird darüber hinaus alljährlich in einer der Mitgliedsgemeinden zu einem Wirtschaftsforum eingeladen und alle zwei Jahre zu einem Energietag.

Wie Vorsitzender Kneidl darlegt, will sich die WestAllianz München künftig noch intensiver mit den Themenbereichen „Energie und Klima- und Naturschutz" sowie „Mobilität" befassen und sich auf entsprechende Projekte konzentrieren. Bei letzterem reichen die Ideen von der Förderung der E-Mobilität über weitere Verbesserungen des ÖPNV bis hin zu einem möglichen Radweg entlang der A 8 und einem S-Bahn-Nordring.

ottobahn

Interessant erscheint den Landkreis-Politikern neuerdings auch das Schienen- und Gondelkonzept des Mobilitäts-Startup ottobahn. Johannes Kneidl hatte die Gelegenheit, auf Initiative von Dachaus Landrat Stefan Löwl gemeinsam mit einer Delegation aus Politik und Verwaltung das junge Unternehmen im Münchner Süden zu besuchen und auf der Teststrecke eine Runde zu drehen.

Mit seinem neuartigen Transportsystem will das 2019 gegründete Startup eine revolutionäre Antwort auf die Fragen zur nachhaltigen Mobilität von morgen geben. Mit vollautomatisierten, miteinander koppelbaren Gondeln sollen künftig Personen und Güter kostengünstig, schnell und zuverlässig transportiert werden. Die ottobahn verkehrt dabei mit hängenden Kabinen, die sich mit einem Elektromotor selbstständig an Schienen in ca. fünf bis zehn Metern Höhe fortbewegen. Kommt es zum Ein-/Aussteigen oder Ein-/Ausladen, wird die Gondel nach unten gelassen. Im Endausbau soll die ottobahn dann app-basiert individuelle Mobilitätswünsche von A nach B erfüllen.

Für Kneidl ist dieses Konzept „eine geniale Idee". Er könne sich gut vorstellen, dass die erste ottobahn entlang der A8 verläuft: „Von Pasing über Bergkirchen nach Sulzemoos, über Odelzhausen und mit einer in diesem System unkomplizierten möglichen Anbindung von Pfaffenhofen an der Glonn bis nach Dasing oder Gersthofen." Die WestAllianz München sei jedenfalls mit dem Vorhaben einverstanden und werde das Thema unter Einbindung politischer Mandatsträger weiterverfolgen. **DK**

Verleihung des niederbayerischen Integrationspreises 2020:

Wertschätzung für ehrenamtliches Engagement

Die Freiwilligen Agentur Landshut, das Kinder & Jugendtheater AMIKO des Pfarr-Caritas-Verbandes Pfarrkirchen e.V. und Alpha4u – Das Bildungsinstitut e.V. sind mit dem niederbayerischen Integrationspreis ausgezeichnet worden. Gewürdigt wurden damit Initiativen, die andere dabei unterstützen, Teil der Gemeinschaft zu werden. Regierungspräsident Rainer Haselbeck zufolge soll der Preis „eine Anerkennung für die Ausgezeichneten sein und ein Beispiel für möglichst viele andere".

Das Projekt „Frauen für Frauen – Chancenpatenschaften in Landshut" der Freiwilligen Agentur Landshut ermöglicht sogenannte Frauen-Tandems in Form kurzzeitiger Patenschaften. Ehrenamtlich unterstützen die Patinnen ihre Tandempartnerinnen bei der Bewältigung von Alltagsherausforderungen, wie etwa Begleitung bei Behördengängen, Unterstützung bei der Wohnungssuche, Hilfestellung bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen, aber auch der Aufbau eines sozialen Netzwerkes und gemeinsame Unternehmungen in der Freizeit spielen eine wichtige Rolle. 2019 konnten 50 Kurzzeitpatenschaften gestiftet werden, davon hatten 29 Prozent der Patinnen selbst Migrationshintergrund.

Für das Projekt „Interkulturelle Erzählstunde" wurde die Freiwilligen Agentur Landshut dieses Jahr auch mit dem Bayerischen Integrationspreis 2020 ausgezeichnet.

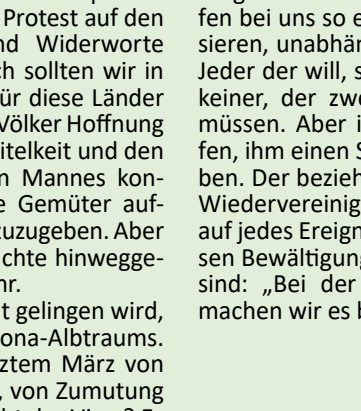
Das Kinder & Jugendtheater AMIKO des Pfarr-Caritas-Verbandes Pfarrkirchen e.V. bietet für Kinder ab dem Kindergartenalter aller Herkunftsländer kostenlos ein Kinder- und Jugendtheater an und fördert damit den Gemeinschaftssinn und die Kommunikationsfähigkeit der jungen Menschen. Außerdem arbeitet das Kinder- und Jugendtheater mit der Jugendgruppe des Schülerzentrums KRABAT zusammen und entwickelt gemeinsam Bühnenstücke.

Alpha4u – Das Bildungsinstitut e.V. hat die Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft Vilshofen dabei unterstützt, ehrenamtlich Masken zu nähen, sowohl für die Bewohner der GU als auch für die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde und Umgebung. 2.500 Masken konnten so gegen eine kleine Spende verteilt werden. Darüber hinaus setzt sich Alpha4u für Sprachkurse, Talentförderung und Persönlichkeitsentwicklung von Flüchtlingen und Migranten ein.

6.000 Euro Preisgeld

Das Preisgeld in Höhe von insgesamt 6.000 Euro stellt das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration für Menschen zur Verfügung, die sich besonders für die Unterstützung und Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund einsetzen. **DK**

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



Kosmos des Irrwitzes

„Welchen Wunsch zum neuen Jahr hatten Sie? Ich wünsche mir, dass wir am Ende des Jahres beim Wort „Corona" wieder zuerst an ein mexikanisches Bier und beim Namen „Donald" an eine Comic-Ente denken." Mein Chef, der Bürgermeister, brachte auf einen kurzen Nenner, was sich wohl viele Leute so oder so ähnlich bei der Rückschau auf 2020 dachten.

Bei der Sache mit dem Namen Donald haben wir glaube ich eine gute Chance, auch wenn derzeit der Mann, der noch ein paar Tage im Weißen Haus in Washington wohnen darf, die Welt weiter und tiefer in seinen Kosmos des Irrwitzes zieht. Immer noch schüttelt es einen, wenn man an die Freak-Parade aus Senioren-Bikern, QAnon-Schamanen und Zottelbärten denkt, die wie eine Horde Plünderer bei einem Strom-Blackout das amerikanische Parlamentsgebäude stürmen und sich völlig enthemmt in Sessel flegeln, Einrichtungen zertrümmern und Denkmäler schänden.

Was daran besonders traurig macht, ist die Tatsache, dass eine verblendete Masse in ihrer Wut über das Ergebnis einer demokratischen Wahl sämtlichen Autokraten des Erdballs Anlass zur Häme gibt. In Teheran, Minsk und Peking feixen Leute, die Wahlen allerhöchstens als Feigenblatt für ihre totalitären Ansprüche abhalten. Dort wird friedlicher Protest auf den Straßen niedergeknüppelt und Widerworte führen ins Gefängnis. Eigentlich sollten wir in den westlichen Demokratien für diese Länder Vorbild und könnten für deren Völker Hoffnung sein. Das alles wird durch die Eitelkeit und den Narzissmus eines abgewählten Mannes konterkariert, der lieber schlichte Gemüter aufhetzt, als eine Wahlniederlage zuzugeben. Aber über dies alles wird die Geschichte hinweggehen – sicherlich noch dieses Jahr.

Was garantiert nicht so leicht gelingen wird, ist das Abschütteln des Corona-Albtraums. Wir hangeln uns jetzt seit letztem März von Lockdown zu Beschränkungen, von Zumutung zu Geduldsprobe und was macht das Virus? Es mutiert und wird immer noch ansteckender.

Die Wissenschaft verspricht uns, dass uns eine Impfung wieder zurück zur Normalität bringt und, ehrlich gesagt, ich will einfach daran glauben. Corona nervt.

Aber es gibt etwas, das noch viel mehr nervt: Besserwisser. Damit meine ich nicht nur Dauertalkshowgäste, die aus einem lange zurückliegenden Medizinstudium die Befähigung ableiten, immer neue Bilder der Corona-Apokalypse zu malen, verbunden mit der Anregung, die Republik sollte jede Tätigkeit einstellen und sich in den unbegrenzten Winterschlaf begeben. Freiheitsrechte im Grundgesetz? War da was?

Die unerträglichste Besserwisserei kommt aber von denen in Politik und Medien, die schon immer gewusst haben, was für Impfstoffe man vorbestellen hätte sollen. Ich komme mir als Staatsbürgerin und Mediennutzerin nicht ernst genommen vor. Was waren denn im Herbst die Stars, die in aller Munde als potentielle Heilsbringer waren? CureVac und AstraZeneca! Bei CureVac ist die Bundesrepublik extra finanziell eingestiegen, um die Forschung abzusichern und sich ein gutes Stück vom Kuchen zu sichern. Bei AstraZeneca hieß es, das Stöffchen kommt aus Oxford, das muss gut sein. Und warum nicht auch bei Sanofi ordern, einem der größten Player überhaupt? Für mich ist es bei der damaligen öffentlichen Diskussion erfreulich, dass die EU den Mut aufgebracht hat, so viel von BioNTech und Moderna zu bestellen. Das waren ja alles Blindeinkäufe, niemand wusste, wer als erster durchs Ziel geht.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist wie immer Pragmatiker und hat nur den Ehrgeiz, das Impfen bei uns so effizient wie möglich zu organisieren, unabhängig, wer den Impfstoff liefert. Jeder der will, soll seinen Teil bekommen und keiner, der zweifelt, soll sich impfen lassen müssen. Aber ich kann es mir nicht verkneifen, ihm einen Satz von Lothar Späth mitzugeben. Der bezieht sich zwar auf die Kritiker der Wiedervereinigung vor 30 Jahren, kann aber auf jedes Ereignis übertragen werden, für dessen Bewältigung keine Blaupausen vorhanden sind: „Bei der nächsten Wiedervereinigung machen wir es besser".

Ihre Sabrina



„Heimat ist das, was da ist“

Bernhard Springer will heuer ein neues Geschichtsprojekt starten

Auch zwischen den Jahren hat Bernhard Springer viel Zeit am Computerbildschirm verbracht. „Ich bereite gerade ein neues Projekt vor“, verrät der Kreisheimatpfleger aus Amorbach. In diesem Projekt geht es um das, was die Kulturlandschaft im Landkreis Miltenberg prägt – und zwar in völlig unspektakulärer Weise. „Das können Flurkreuze, Viehwaagen, Kilometersteine, Milchhäuschen oder Dorfteiche sein“, sagt der 52-Jährige, der Mitstreiter sucht, um heuer solche Kulturzeugnisse der Heimat zu dokumentieren.

Angeblich, hört Bernhard Springer immer wieder, lässt die bindende Kraft der Heimat in geradezu erschreckender Weise nach. Doch stimmt das wirklich? Der Mittelschullehrer, der vor fünf Jahren das Amt des Kreisheimatpflegers übernahm, hält diese kulturpessimistische Klage für ein Gerücht. „Ich beobachte eher, dass die Heimatverbundenheit wächst“, sagt er. Immer mehr Menschen haben genug von jener Gleichmacherei, die fast allen Innenstädten ein ähnliches, monotones Gepräge gibt. Sie sehnen sich nach Unverwechselbarem. Nach etwas, mit dem sie sich identifizieren können. Mit sterilen Glaspalästen kann man das kaum.

Für dieses Jahr würde sich Bernhard Springer vor allen Dingen wünschen, dass sich die Geschichtsvereine im Kreis stärker für Kinder- und Jugendarbeit engagieren. Sein neues Projekt wäre ideal für Jugendarbeit geeignet. Welches Abenteuer verspricht es zum Beispiel, alte Eiskeller von Brauereien zu untersuchen. In Amorbach gibt es solche Keller entlang der Kirchzeller Straße. Wer hat sie gebaut? Wie wurden sie genutzt? Springers Wunsch wäre es, dass Geschichtsvereine Kinder- und Jugendgruppen gründen, in denen junge Menschen solchen Fragen nachgehen.

Nicht zuletzt weil es reichlich abstruse Vorstellungen von „Heimat“ gibt, wäre Kinder- und Jugendarbeit wichtig. Heimat, laut Springer, heißt z.B. absolut nicht: Hier hat Fremdes nichts verloren! Im Gegenteil. Immer wieder bereichert Neues die Heimat. Sonst wäre Heimat auch irgendwann etwas Totes. „Alles, was da ist, und jeder, der da ist, gehört zur Heimat“, betont Springer mit Blick auf jene Menschen, die ihre eigene Heimat verlassen mussten und neu in den Landkreis gezogen sind. Gerade für Kinder aus Flüchtlingsfamilien wäre es hervorragend, könnten sie über die Jugendarbeit des örtlichen Geschichtsvereins in ihre neue Heimat hineinwachsen.

Weinbergsmauern und Totenwege

Zeugnisse der Vergangenheit sind überall in Miltenberg sehr zahlreich. Man muss nur die Augen aufmachen. Genau hinschauen. „Auch die Weinbergsmauern sind typische Beispiele einer früheren Kulturlandschaft“, sagt Springer. Noch unauffälliger sind sogenannte Totenwege. Auf solchen Wegen wurden Verstorbene zum Friedhof getragen. Früher, als das Dorf Zittenfelden, heute ein Ortsteil von Schneeberg, keinen eigenen Friedhof hatte, wurden die Leichen auf so einem Totenweg nach Amorbach gebracht. Vor allem solche kaum ins Auge springenden Kulturdenkmäler müssten dokumentiert werden: „Sonst weiß man in 50 Jahren überhaupt nicht mehr, dass so etwas existierte.“

Kapelle Amorbach

Es lohnt sich auf alle Fälle, die Augen offen zu halten und das, was einem beim Spaziergang durchs Dorf begegnet, genau zu betrachten. Denn bei intensiver Beschäftigung entpuppen sich vermeintlich tote Dinge plötzlich als überaus lebendig – und voller spannender Geschichten. Bernhard Springer hat dies soeben selbst erlebt, als er sich mit der Kapelle Amorsbrunn in Amorbach befasste. Das tat er so intensiv, dass daraus ein Buch entstand. Soeben hat der Kreisheimatpfleger das Manuskript fertig gestellt. Erscheinen wird das Werk im Juni.

Nicht nur die Kapelle, sondern vor allem die Wasserquelle, die unter der Kapelle entspringt, zieht laut Springer Tag für Tag Menschen an. Das Wasser galt in früheren Zeiten als heilkräftig und gut für die Fruchtbarkeit. Frauen, die ein Kind haben wollten, tauchten deshalb ins Quellwasser ein. „Bis heute gibt es Menschen, die sogar weite Strecken auf sich nehmen, um sich alle sechs bis acht Wochen hier Wasser zu holen, weil sie darauf schwören, dass es eine Wirkung hat“, erzählt Springer. Auf den Körper. Oder auf Dinge: „Ich habe zum Beispiel schon die Aussage gehört, dass Kartoffeln nur dann richtig gut sind, wenn sie mit diesem Wasser gekocht werden.“ **Pat Christ**

Vorschau auf GZ 3

In unserer Ausgabe Nr. 3, die am 28. Januar 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Finanzthemen**
- **Wasser · Abwasser**
- **Kommunaler Bau**
- **Gestaltung öffentlicher Räume**
- **Freizeitanlagen · Tourismus**



LIEFERANTENNACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · **www.juwi.de**

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz



Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW®
HYGIENISCH EINWANDFREIE WÄRMERÜCKGEWINNUNG


✓ 100 % Außenluft
✓ umluftfrei
✓ betriebssicher
✓ energieeffizient

Vorteile für Ihre Lüftungsanlage:
+ keim- und schadstoffübertragungsfreie Wärmerückgewinnung durch getrennte Luftströme
+ Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
+ kurze Amortisation, sicherer Betrieb
+ Neubau oder Sanierung im Bestand
+ Wegfall von Rückkühlwerken möglich

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Messenger-Dienste
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten – direkt auf Ihr Handy:

Sitzmöbelhersteller


KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
Wartung und Reinigung von:
- Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
- Prozesslufttechnische Anlagen
- Kontrollierte Wohnraumlüftung

Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 28. Januar 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 3



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bundes-KPV:

Kommunale Bausteine für Regierungsprogramm

Mit Blick auf die nächste Legislaturperiode haben Bundesvorstand und Hauptausschuss der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) das Papier „Kommunale Bausteine für das Regierungsprogramm 2021-2025“ verabschiedet. „Getreu dem Motto ‚Starke Kommunen – starkes Deutschland‘ setzen wir uns für mehr Gestaltungsfreiheit vor Ort, für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen und für mehr Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung ein“, unterstrich der KPV-Bundesvorsitzende und Vorsitzende der AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Haase MdB.

Im Rahmen der Möglichkeiten des Bundes wird zunächst eine „dauerhafte kontinuierliche Stärkung der kommunalen Investitionskraft an Stelle der Förderung von Kommunalinvestitionen in verschiedenen Programmen oder aus Sondervermögen“ präferiert. Dazu soll den Kommunen künftig ein höherer Anteil am gesamtstaatlichen Umsatzsteueraufkommen zur Verfügung gestellt werden, der eigenverantwortlich für erforderliche kommunale Investitionen und Investitionsunterhaltungsmaßnahmen zu verwenden ist.



Bayerns KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle gemeinsam mit dem KPV-Bundesvorsitzenden Christian Haase, MdB. Bild: GZ

Online-Plattform für Förderprogramme

„Wir werden die kommunal relevanten Förderprogramme unter Beibehaltung des Mittelvolumens zusammenfassen und dabei die Anzahl halbieren. Alle Förderprogramme für Kommunen werden wir auf einer Online-Plattform bündeln, um sie dort einfacher zu beantragen und abzuwickeln“, heißt es weiter. Bei der zusätzlichen Verteilung von kommunalen Mitteln am gesamtstaatlichen Umsatzsteueraufkommen soll der in § 1 Absatz 2 FAG genannte Kommunalanteil stärker an Kriterien wie Einwohnerzahl und Sozialausgaben, aber auch der ungünstigen Relation aus großer Gebietsfläche und geringer Einwohnerzahl ausgerichtet werden.

Erhalt der Gewerbesteuer

„Wir bekennen uns zum Erhalt der Gewerbesteuer und werden diese als wichtige kommunale Realsteuer mit eigenem Hebesatz in ihrer bisherigen Form erhalten“, betont die Bundes-KPV. „Wir werden die gesetzliche Grundlage dafür schaffen, dass bei Unternehmensstrafzahlungen der Abschöpfungsanteil grundsätzlich nicht brutto, sondern netto zu bemessen ist, um zu vermeiden, dass Kommunen in Folge von Unternehmensstrafzahlungen Gewerbesteuereinnahmen rückerstatten müssen.“

Gesichert werden soll zudem der besondere Status der kommunalen Sparkassen als örtliche Stabilitätsanker der regionalen Wirtschaft auch auf der Ebene der EU. „Wir werden sicherstellen, dass die Bürgerschaft als Gewährsträger und Eigner der Sparkassen frei und unabhängig entscheiden kann, wer in den Verwaltungsräten Verantwortung übernehmen kann.“

Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur

Auch die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) steht auf der Agenda. Diese soll grundgesetzlich um die Komponenten ländliche Entwicklung ergänzt und finanziell aufgestockt werden. In Förderinstrumenten wie z.B. Städtebau, GAK und GRW (Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) gilt es, die Möglichkeiten von Regionalbudgets zu erweitern. Diese tragen zu mehr Flexibilität in der Mittelnutzung und

(Fortsetzung auf Seite 4)

Integrationspreis 2021:

Jetzt bewerben!

Bayerns Integrationsbeauftragte Gudrun Brendel-Fischer, Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann und Landtagspräsidentin Ilse Aigner loben auch 2021 wieder einen gemeinsamen Integrationspreis aus. Der Bayerische Integrationspreis steht zum 10-jährigen Jubiläum unter dem Motto „Integration von Kindern und Jugendlichen – Gemeinsam Zukunft gestalten!“. Bis zum 28. Februar 2021 können sich Projekte, Initiativen und Einzelpersonen bewerben, die sich für die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Bayern einsetzen. In diesem Jubiläumsjahr soll zudem ein Sonderpreis an eine Einzelperson vergeben werden. Die Auszeichnung wird voraussichtlich am 21. Juni 2021 im Bayerischen Landtag verliehen.
Informationen: https://integrationsbeauftragte.bayern.de/integrationspreis/integrationspreis-2021 ❐

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

dbb Jahrestagung 2021:

Öffentlicher Dienst im Krisenmodus

Wie wichtig eine effektive und gut vernetzte Verwaltung ist, hat Horst Seehofer zufolge nicht zuletzt die Corona-Krise gezeigt. Auch während der Pandemie sei auf den öffentlichen Dienst Verlass, betonte der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, auf der dbb-Jahrestagung in Berlin, die dieses Jahr im digitalen Format stattfand.

Deutschland sei im Vergleich zu vielen anderen Ländern trotz zuletzt angestiegener Infektionszahlen verhältnismäßig gut durch die Krise gekommen. Hierzu hätten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vor Ort, auf den Dienststellen und im Heimbüro einen erheblichen Beitrag geleistet. „Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ist in der Corona-Pandemie nochmals sehr deutlich geworden“, erklärte Seehofer. Zudem lobte er das im vergangenen Jahr erzielte Tarifergebnis, das auf den Beamtenbereich übertragen werden soll. Es sei das vereinbart worden, was möglich war, um der Wertschätzung des Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gerecht zu werden.

Besonderer Dank an Einsatz- und Sicherheitskräfte

Den Einsatz- und Sicherheitskräften, die sich während der Pandemie neben den ohnehin schon erheblichen Risiken ihrer Einsatztätigkeiten besonderen Infektionsrisiken ausgesetzt sehen, gebühre ein besonderer Dank. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat habe Mittel für die Deutsche Hochschule der Polizei bereitgestellt, um mit einer umfassenden Studie die Berufsmotivation und die Herausforderungen des Polizeialltags untersuchen zu lassen.

Handlungsfähigkeit der Verwaltung

Die Pandemie habe verdeutlicht, dass die Handlungsfähigkeit der Verwaltung auch von einer funktionierenden und flexiblen IT und den entsprechenden organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen abhängig sei, stellte Seehofer fest. Bei der IT-Infrastruktur habe man bereits große Fortschritte erzielt. Der unmittelbare Zugang der Bürgerinnen und Bürgern zu digitalen Dienstleistungen wachse ständig und die Ziele des Onlinezugangsgesetzes könnten bis Ende 2022 flächendeckend erreicht werden.

Aus Sicht des dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach leistet der Bund viel für die Digitalisierung der Verwaltungsdienstleistungen. „Aber wenn wir alle politischen Ebenen betrachten, sind wir noch lange nicht auf der Erfolgsspur. Im europäischen Vergleich ist Deutschland im hinteren Drittel. Insbesondere die kommunale Ebene ist weit abgekoppelt. Die Länder müssen jetzt Geld in die Hand nehmen und die Kommunen unterstützen“, forderte Silber-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Prof. Dr. Ulrich Reuter und Dr. Ulrich Netzer (v.l.) Bild: SVB

Sparkassenverband Bayern:

Stabübergabe in bewegten Zeiten

Prof. Dr. Ulrich Reuter Nachfolger von Präsident Dr. Ulrich Netzer

Zum Jahreswechsel endete die knapp sieben Jahre währende Amtszeit von Dr. Ulrich Netzer als Präsident des Sparkassenverbands Bayern. Bereits im März 2020 hatte der Verbandsverwaltungsrat Prof. Dr. Ulrich Reuter, bis zum Frühjahr Landrat des Landkreises Aschaffenburg und langjähriger Verbandsvorsitzender des Sparkassenverbands Bayern, zu seinem Nachfolger gewählt.

Zum Wechsel an der Spitze des Sparkassenverbands Bayern, der sich Corona-bedingt ohne Feierlichkeiten im üblichen offiziellen Rahmen vollzog, hoben Ministerpräsident Dr. Markus Söder und der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, Helmut Schleweis, erneut die starke Rolle der Sparkassen für die Wirtschaft und die Gesellschaft in den bayerischen Regionen hervor.

„Stabil und sozial: Die Sparkassen sind ein Stützpfeiler unserer Finanzarchitektur und zeigen dazu großes soziales Engagement. Während Corona wird ihre Bedeutung als regionaler Partner für den Mittelstand wieder besonders deutlich. Jetzt gilt: Durchhalten und dann gemeinsam Durchstarten. Der Sparkassenverband ist modern, digital und effizient aufgestellt. Herzlichen Dank an Präsident Dr. Ulrich Netzer für die jahrelange, verlässliche Arbeit. Seinem Nachfolger Prof. Dr. Ulrich Reuter wünschen wir einen guten Start und viel Energie in dieser herausfordernden Zeit“, betonte Ministerpräsident Söder.

Präsident Schleweis würdigte Netzer und seine Verdienste für die Sparkassen-Finanzgruppe: „Ulrich Netzer hat sich erfolgreich für starke Sparkassen in Bayern engagiert. Es zeichnet ihn aus, dass er dabei auch den guten Zusammenhalt der Sparkassen bundesweit im Blick hatte.“

Effizientere Aufstellung

Ulrich Netzer nutzte seine Präsidentschaft, um die Sparkassen-Finanzgruppe vor dem Hintergrund von Niedrig- bis Negativzinsen und der digitalen Transformation zu einer effizienteren Aufstellung anzuspornen. Oberstes Ziel war dabei, die Organisations- und Entscheidungsstrukturen der dezentralen Gruppe und damit das Gefüge der Sparkassenorganisation als Ganzes schlagkräftiger und zukunftsfest zu machen. Seine Gestaltungskraft zeigte Netzer in der Geschäftsstelle des Sparkassenverbands Bayern in Mün-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Kommunikation per Fax in Verwaltungsgerichten und die händisch geführten Listen in den Gesundheitsämtern: Der sakrosankte Datenschutz bringt den Bürgermeister auf die Palme. **Seite 19**

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Bauen in Bayern wird einfacher und schneller	2
Landwirtschaft stärker in die Mitte der Gesellschaft rücken	2
GZ-Kolumne Christoph Göbel: Das Coronavirus stellt uns alle auf eine harte Probe	3
Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2021	3
Kommunale Finanzthemen	5 - 8
Kommunales Gesundheitswesen	9 - 10
Kommunale Bauthemen	11 - 13
Wasser • Abwasser • Gewässerschutz	13 - 15
Freizeit • Tourismus	16
Aus den bayerischen Kommunen	17 - 20

Novelle der Bayerischen Bauordnung (BayBO):

Bauen in Bayern wird einfacher und schneller

Ministerin Schreyer und Oberbürgermeister König begrüßen neue Bauordnung
Stadt Nürnberg ist Vorreiter beim Beschleunigen der internen Verwaltungsabläufe

Am 1. Februar 2021 tritt die Novelle der Bayerischen Bauordnung in Kraft. Die gesetzlichen Änderungen machen das Bauen in Bayern einfacher und schneller, flächensparender und kostengünstiger. Bauministerin Schreyer und Oberbürgermeister König erklärten unisono: „Sowohl Bauherren als auch Städte und Gemeinden profitieren von der neuen Bauordnung."

Die Stadt Nürnberg hat die Novelle der Bauordnung zum Anlass genommen, ihre Verwaltungsabläufe im Baugenehmigungsverfahren zu straffen. Dadurch können Bauanträge künftig schneller bearbeitet werden. Bayerns Bauministerin Kerstin Schreyer: „Die Eigeninitiative der Stadt Nürnberg ist ein gutes Beispiel dafür, dass Gesetzesänderungen auch als Chance für verwaltungsinterne Reformen genutzt werden können. Die Stadt Nürnberg geht hier mit gutem Beispiel voran!"

Genehmigungsfiktion

Einer der Hauptpunkte der Novelle ist die sogenannte Genehmigungsfiktion. Damit können Bauvorhaben im Bereich des Wohnungsbaus deutlich schneller genehmigt werden. Ministerin Schreyer: „Wir denken beim Bauen vom Menschen her und beschleunigen die Verfahren deswegen massiv. Für die meisten geplanten Wohngebäude gilt künftig: Wenn sich die Baugenehmigungsbehörde innerhalb von drei Wochen nach Zugang des Bauantrags nicht meldet und fehlende Unterlagen nachfordert, beginnt eine dreimonatige Fiktionsfrist. Entscheidet die Behörde innerhalb dieser Fiktionsfrist nicht, gilt der Bauantrag automatisch als genehmigt. Mit der Novelle der Bayerischen Bauordnung werden auch das Abstandsflächenrecht und das Bauen mit Holz vereinfacht. Der Baustoff Holz kann künftig in allen Gebäudeklassen verwendet werden.

Dachgeschosse dürfen ausgebaut werden

Außerdem wird es für Bauherren günstiger. Die neue Bayerische Bauordnung sieht etwa vor, dass die Kommunen die Stellplatzpflicht flexibler regeln können, weil sie zum Beispiel alternative Mobilitätskonzepte berücksichtigen können. Für den Ausbau von Dachgeschossen zur Schaffung von Wohnraum ist künftig keine Genehmigung mehr nötig. Außerdem entfällt die Pflicht zum Einbau eines Aufzugs bei der Aufstockung zur Schaffung von Wohnraum, wenn der Aufwand unverhältnismäßig groß wäre. Bauministerin Kerstin Schreyer: „Mit der Bauordnungsnovelle setzen wir also konsequent auf Vereinfachung und Beschleunigung für die Bürgerinnen und Bürger Bayerns, für einen einfachen und schnellen Wohnungsbau."

Die Stadt Nürnberg hat die Novelle der Bauordnung zum Anlass genommen, auch die eigenen verwaltungsinternen Abläufe im Baugenehmigungsverfahren zu straffen. Bauanträge können dadurch künftig schneller bearbeitet werden. „Einfache Bauanträge, die offensichtlich keine wesentlichen Probleme aufwerfen, die also weder Denkmal- noch Nachbar- oder Naturschutzrecht tangieren, werden in Zukunft meist in die Fiktion laufen. Bauherren können also nach drei Monaten anfangen. Die Ressourcen, die dadurch in den Ämtern frei werden, werden wir nutzen um die wirklich komplizierten Fälle schneller abarbeiten zu können. Die Verantwortung von Planer und Bauherr steigt zwar deutlich, vor allem aber die Geschwindigkeit der Genehmigungsprozesse." so Marcus König, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg.

Einfaches Baurecht zum Wohl der Bürger

Ministerin Schreyer: „Ich freue mich über das Engagement und die Eigeninitiative und hoffe, dass viele andere Städte und Gemeinden der Novelle der Bauordnung ebenfalls als Chance sehen. Nürnberg zeigt, wie es geht! Wir haben ein modernes Baurecht geschaffen. Am Ende profitieren davon sowohl die Verwaltungen als auch die Bürgerinnen und Bürger in Bayern." ❐

Ratssitzungen während der Ausgangssprerre:

Zuhören erlaubt, aber nur bis 21 Uhr

Ob sich die nächtliche Ausgangssperre zwischen 21 Uhr abends und 5 Uhr morgens mit den abendlichen Gemeinde- und Stadtratssitzungen verträgt, fragte die Bayerische GemeindeZeitung beim Bayerischen Gemeindetag nach.

Nach Auskunft von Direktor Wilfried Schober dürfen die Gremien auch bis spät in die Nacht tagen, da die Präsenzpflicht nicht aufgehoben worden ist und somit ein triftiger Grund vorliegt, der die Anwesenheit der gewählten Mandatsträger und Mandatsträgerinnen erfordert.

Ganz anders verhält es sich aber mit Zuhörern und Zuhörerinnen, denn die Gemeindeordnung schreibt zwar vor, dass solche Veranstaltungen öffentlich sein müssen, aber es sei wiederum nicht zwingend erforderlich, dass die Öffentlichkeit auch teilnehmen kann. Viele Gemeinde- und Stadtratssitzungen werden daher inzwischen auch live im Internet übertragen, damit interessierte Bürger und Bürgerinnen teilnehmen können.

Gänzlich digitale Sitzungen sind, laut Gemeindetag, nach wie vor nicht vorgesehen, das hätte auch jüngst das Innenministerium bestätigt. ❐

Agrarministerin Michaela Kaniber:

Landwirtschaft „stärker in die Mitte der Gesellschaft rücken"

Mehr Beratung, Bildung und Information vor Ort

Die Neuausrichtung und Modernisierung der Landwirtschaftsverwaltung in Bayern ist einen großen Schritt vorangekommen. Statt der derzeit 47 Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird es ab 1. Juli bayernweit nur noch 32 Ämter geben. 17 Ämter bleiben selbständig, 30 werden mit einem benachbarten Amt zu künftig 15 neuen und größeren Ämtern zusammengeführt. Wie Agrarministerin Michaela Kaniber in München mitteilte, stehen nun die Führungskräfte der künftigen Ämter fest.

„Wir brauchen mehr Dialog und Austausch zwischen Land- und Forstwirten, Verbrauchern, Handel, Anwohnern, Schulen oder Kommunen, um nur einige Beteiligte zu nennen. Eine straffere Verwaltung und gestärkte Ämter bedeutet weniger Leitungspositionen und mehr Personal für Kerndienstleistungen wie Beratung, Bildung und Information für Landwirte und Gesellschaft vor Ort", sagte die Ministerin in München. Mit den neuen Ämtern soll das Verständnis zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft gestärkt werden.

Die Neuausrichtung trägt den geänderten Anforderungen der Gesellschaft und der Landwirtschaft Rechnung. „Damit rücken wir die Landwirtschaft wieder mehr in die Mitte der Gesellschaft und können auf aktuelle Herausforderungen wie Klimawandel, regionale Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln, Tierwohl oder den Schutz der natürlichen Ressourcen effizienter antworten. Die Verwaltung wird bayernweit einheitlicher, wirtschaftlicher und effektiver", so Kaniber. Dennoch bleibe sie als Ansprechpartner in der Fläche präsent, denn keiner der bisherigen Standorte werde aufgegeben.

Informationen zu den künftigen Behördenleiterinnen und Behördenleitern und zur Neuausrichtung: www.stmelf.bayern.de/aemterreform. ❐

Ministerpräsident Dr. Markus Söder im Austausch mit dem BdV:

Vertreibungen und Deportation ächten Völkerverständigung fördern

Zu einem Meinungsaustausch mit dem Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, trafen sich BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius, BdV-Vizepräsident Christian Knauer, zugleich BdV-Landesvorsitzender in Bayern, sowie BdV-Präsidialmitglied Johann Thießen, zugleich Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, in München.

In vertrauensvoller Atmosphäre wurden dabei wichtige Themen der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler angesprochen.

Zur Rentensituation der Aussiedler und Spätaussiedler dankte Bernd Fabritius für die wertvollen Impulse, die der Freistaat Bayern etwa mit Anträgen im Bundesrat zu einer Verbesserung der gesetzlichen Situation geliefert habe, wenngleich diese auch vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales bislang leider nicht aufgegriffen worden seien.

Benachteiligungen beseitigen

Fabritius betonte, dass zwar mit der deutlichen Einbeziehung der Aussiedler und Spätaussiedler unter Aufwertung auch der Lebensleistung in den Herkunftsgebieten in die seit Jahresbeginn geltenden Regeln der Grundrente ein wichtiger Teilerfolg durchgesetzt werden konnte, bei der noch zu findenden Härtefalllösung jedoch die gerechte Einbeziehung der Aussiedler, Spätaussiedler einschließlich ihrer Ehegatten noch durchzusetzen sei. Der BdV verfolge im Sinne des Kriegsfolgenschicksals nach wie vor das Ziel, rentenrechtliche Benachteiligungen weitergehend zu beseitigen, um die Lebensleistung der Betroffenen umfassend anzuerkennen.

Funktionierende Kulturförderung

Ein deutliches Zeichen der Verbundenheit sei die gut funktionierende Kulturförderung in Bayern. Diese erleichtere die fortwährend aktuelle Aufgabe, die Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge entsprechend des gesetzlichen Auftrages zu erforschen, im gesamtgesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern und ihre Weiterentwicklung zu fördern. Jüngstes Beispiel sei die Eröffnung des Sudetendeutschen Museums in München, eines weiteren „Leuchtturms der Kultur- und Erinnerungspolitik". Andere Bundesländer könnten sich hieran ein Beispiel nehmen, so der BdV-Präsident.

Mit Blick auf die Corona-Krise betonte Fabritius, dass auch die Situation der deutschen Minderheiten in den Nachbarländern sowie von jetzt nach Deutschland kommenden Spätaussiedlern im Auge behalten und die junge Generation bei Nutzung neuer Kommunikationswege gefördert werden müssten.

Gute Rahmenbedingungen in Bayern

Christian Knauer dankte als BdV-Landesvorsitzender ergänzend für die guten Rahmenbedingungen für die Arbeit der Vertriebenen und ihrer Verbände in Bayern. Es gelte, diese zu konsolidieren und möglichst weiter zu verbessern.

Als LmDR-Bundesvorsitzender zollte Johann Thießen Söder Anerkennung für den konsequenten Aufbau des Bayerischen Kulturzentrums der Deutschen aus Russland in Nürnberg und betonte die Bedeutung von wirkungsstarken Beauftragten für Vertriebenen- bzw. Aussiedlerfragen in Bund und Ländern. Gleichzeitig dankte er Fabritius als dem derzeitigen Bundesbeauftragten für dessen nachhaltigen Einsatz für die Belange der Aussiedler und Spätaussiedler, der im Personenkreis mit viel Zustimmung wahrgenommen werde.

Jahrestag des Stalin-Erlasses

Markus Söder griff Lob und Dank gleichermaßen wie konstruktive Vorschläge auf und zeigte sich den Anliegen des BdV sowohl in seinen Ämtern als auch persönlich sehr zugewandt. Der BdV-Präsident lud den Ministerpräsidenten ein, am 28. August 2021 in Berlin am zentralen Auftakt zum Tag der Heimat teilzunehmen. An diesem Datum jährt sich zum 80. Mal der sogenannte Stalin-Erlass, aufgrund dessen die Russlanddeutschen bereits 1941 schuldlos in die Verbannung und zur Zwangsarbeit deportiert wurden. Ihre vollständige Rehabilitierung steht bis heute aus, sodass dieses Ereignis ein Schwerpunktthema beim Tag der Heimat sein wird. Auch vor diesem Hintergrund hat das BdV-Präsidium „Vertreibungen und Deportation ächten – Völkerverständigung fördern" zum Jahresleitwort des Verbandes für 2021 bestimmt. ❐

Bayerische Landesstiftung:

Aufruf zur Einreichung von Auszeichnungsvorschlägen

Die Bayerische Landesstiftung wird auch im Jahr 2021 Preise für hervorragende Leistungen auf kulturellem und sozialem Gebiet sowie auf dem Gebiet des Umweltschutzes vergeben.

Leistungen auf kulturellem Gebiet umfassen insbesondere künstlerische und wissenschaftliche Leistungen, Arbeiten auf den Gebieten der Jugendpflege und Erwachsenenbildung, der Heimat-, Brauchtums- und Denkmalpflege. Im sozialen Bereich sollen insbesondere praxisbezogene Leistungen und Initiativen ausgezeichnet werden, die ein besonderes soziales Engagement erkennen lassen, wie z. B. soziale Dienste, Nachbarschaftshilfen, Pflegehilfen, Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe. In der Regel werden Organisationen oder Gruppen ausgezeichnet; Einzelpersonen kommen nur ausnahmsweise und nur in ganz besonders herausragenden Fällen für eine Preisverleihung in Frage.

Auf dem Gebiet des Umweltschutzes sollen praktische und wissenschaftliche Leistungen ausgezeichnet werden, die in besonderem Maße zur Erhaltung und Verbesserung der Umwelt beitragen. Bei praktischen Leistungen soll das ehrenamtliche Engagement berücksichtigt werden. Die Leistungen sollen einen engen Bezug zu Bayern haben.

Weitere Informationen zu den Preisvergaberichtlinien:
www.landesstiftung.bayern.de ❐

JugendNotmail

Schlechtes Halbjahreszeugnis wegen Corona – was tun?

Deutschland, die Schulen und vor allem die Schülerinnen und Schüler befinden sich mitten im zweiten Lockdown. Für sie bedeutet das: Homeschooling. Die einen werden von ihren Lehrern mittels Videokonferenzen, Erklärvideos und Erreichbarkeit per Chat gut versorgt. Bei anderen läuft weit weniger digital, weil weder Schulen noch Schüler*innen entsprechend ausgestattet sind. Aber eines gilt für (fast) alle: Ab Ende dieser Woche werden in Deutschland Halbjahreszeugnisse ausgegeben.

Viele Kinder und Jugendliche haben Angst davor, weil das Zeugnis wegen der Corona-Pandemie vielleicht schlechter ausfällt. Andere sind verunsichert, weil diese Noten in die Abschlüsse mit einfließen werden. Schlechte Noten bereiten in jedem Fall Kummer und Sorgen. Genau dann sind Beraterinnen und Berater von JugendNotmail da. Die vertrauliche und kostenlose Online-Beratung hilft weiter und gibt Anregungen, wie mit der Situation besser umgegangen werden kann.

150 ehrenamtliche Fachkräfte

Auf jugendnotmail.de können Kinder und Jugendliche ihre Sorgen unkompliziert, vertraulich, kostenlos und datensicher thematisieren. Rund 150 Psychologen, Sozialpädagogen und Pädagogen mit Zusatzausbildung beraten ehrenamtlich in ihrer Freizeit und beantworten die Notmails der jungen Menschen schnell und verlässlich. Jugendnotmail.de bietet Ratsuchenden bis 19 Jahre einen geschützten Raum, in dem sie ihre Sorgen und Nöte unkompliziert und vertraulich mitteilen können und Hilfe zur Selbsthilfe sowie Entlastung erfahren.

Die Einzelmail-Beratung steht sieben Tage die Woche 24 Stunden zur Verfügung. Dazu müssen die Ratsuchenden sich einfach nur auf der Website www.jugendnotmail.de registrieren und können anschließend direkt eine Nachricht schreiben, die binnen 48 Stunden von einem oder einer Beratenden beantwortet werden wird. Auch um Einzelchat-Beratung kann über die Website der Online-Beratung gebeten werden.

Schlechte Noten können als unangenehm und peinlich empfunden werden. Wenn die Eltern starken Druck ausüben und das Kind ausschimpfen und bestrafen, belastet dies das Eltern-Kind-Verhältnis stark. „Die psychischen Belastungen für Kinder und Jugendliche in diesen Zeiten sind ohnehin schon enorm", kommentiert Ina Lambert, Fachleitung bei JugendNotmail. „Daher treten vermehrt Ängste, die sich beispielsweise auf die schulische und berufliche Zukunft beziehen, auf." „In all unseren Beratungsangeboten verfolgen wir einen lösungs- und ressourcenorientierten Ansatz", erläutert Lambert. „Ziel unserer Beratungen ist es, gemeinsam Lösungsstrategien zu erarbeiten.

Website: www.jugendnotmail.de
Instagram: www.instagram.com/jugendnotmail
Facebook: www.facebook.com/jungundjetzt ❐

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Landrat Thomas Bold
97688 Bad Kissingen
am 28.1.

Bürgermeister Konrad Carl
86447 Todtenweis
am 31.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Beate Ullrich
87787 Wolfertschwenden
am 3.2.

Bürgermeister
Jochen Partheymüller
96257 Marktgraitz
am 6.2.

Bürgermeister Harald Herrmann
93177 Altenthann
am 7.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Christian Holzinger
97247 Eisenheim
am 3.2.

Bürgermeister Thomas Thiem
91344 Waischenfeld
am 8.2.

Bürgermeister Dieter Schröfl
94371 Rattenberg
am 30.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Heusinger
97633 Sulzfeld
am 3.2.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2021:

Zeitgemäße Infrastruktur im Visier

Die Corona-Pandemie verdeutlicht, welches Potenzial in der Digitalisierung steckt, gerade auch für die ländlichen Räume. Kluge und maßgeschneiderte Anwendungen können hier einen großen Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse leisten. „Alles digital oder doch wieder normal? Neue Formen von Arbeit und Teilhabe als Chance für die ländlichen Räume" lautete deshalb das Motto des diesjährigen virtuellen 14. Zukunftsforums Ländliche Entwicklung im Rahmen der Internationalen Grünen Woche. Zwei Tage lang diskutierten mehr als 2.000 Teilnehmer darüber, wie Leben auf dem Land noch lebenswerter werden kann.

In diesem Rahmen übergab Bundesministerin Julia Klöckner die Förderurkunden an die Landräte der sieben Modellregionen, die das Ministerium mit seinem Programm „Smarte.Land.Regionen" unterstützt. Für die Umsetzung ihrer Digitalisierungsstrategie erhalten sie jeweils bis zu einer Million Euro. Bayern ist mit dem Landkreis Neustadt an der Waldnaab vertreten, der das Thema Digitalisierung vor allem in den Bereich der Gesundheitsversorgung integrieren und ein digital-analoges Versorgungszentrum schaffen wird.

Laut Ministerin Klöckner gehören Homeoffice, digitaler Unterricht oder Online-Meetings für viele Menschen inzwischen zum Alltag. Vor allem für die ländlichen Regionen sei dies eine große Chance: Digitale Vernetzung und flexible Arbeitsmodelle machten vermeintliche Nachteile gegenüber Städten wett und damit das Leben auf dem Land noch attraktiver. Apps und digitale Anwendungen unterstützten dabei, mobiler zu sein, sich besser zu vernetzen oder erleichterten die Nahversorgung. „Das fördern wir passgenau mit unseren Programmen: Um Entfernungen zu überwinden und Menschen näher zusammenzubringen."

Sonderprogramm

Mit dem Sonderprogramm „Ehrenamt stärken. Versorgung sichern." hat das BMEL mehr als 200 ehrenamtliche Projekte mit mehr als 1,1 Millionen Euro unterstützt, die wegen der Kontaktbeschränkungen und Hygienemaßnahmen höhere Ausgaben hatten und neue digitale Wege gehen mussten. Die neue „Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt", die unter anderem vom BMEL finanziert wird, unterstützt in einem wegen der Corona-Situation kurzfristig aufgelegten Förderprogramm ca. 1.900 Vereine z. B. mit Coachings und bei der Anschaffung digitaler Technik.

Im Februar 2021 starten die ersten Vorhaben der BMEL-Bekanntmachung „LandVersorgt". Kommunen werden hier unter anderem mit bis zu 50.000 Euro bei der Entwicklung von neuen, hybriden Konzepten, die Online-Handel und lokale Geschäfte verbinden, unterstützt. Im Leitfaden „Coworking auf dem Land" gibt das BMEL zudem Hilfestellung zur Gründung und dem Betrieb von Bürogemeinschaften auf dem Land.

Programm „LandMobil"

Im Programm „LandMobil" fördert das Ministerium zudem 41 Modellvorhaben mit jeweils bis zu 180.000 Euro, mit denen Ideen erprobt und dank digitaler Vernetzung und flexibler Lösungen die Mobilität auf dem Land verbessert werden kann.

Kernforderungen zur integrierten ländlichen Entwicklung 2030 stellte DStGB-Präsidiumsmitglied Dr. Marco Trips, Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, mit weiteren Akteuren des ländlichen Raums und des Bundes vor.

Knapp ein Jahr nach Beginn der Corona-Pandemie zeigen sich laut DStGB insbesondere die digitalen Stärken und Schwächen im Land. Die ländlichen Gebiete hätten mit den gegebenen Infrastrukturen die Krise den Umständen nach bestmöglich gemeistert. Gleichwohl zeige sich deutlich die Wichtigkeit einer zeitgemäßen digitalen Infrastruktur.

Flächendeckend Glasfaser

Der Kommunalverband fordert daher, das Glasfasernetz in Deutschland flächendeckend auszubauen und hybrides Arbeiten in ländlichen Regionen zu ermöglichen. Die Länder müssten den Breitbandausbau ambitioniert und koordiniert verfolgen. Hierzu seien Breitbandkompetenzzentren zu errichten, die die Kommunen beim effektiven Ausbau unterstützen. Bis 2023 sollten die letzten weißen Flecken geschlossen sein. Ziel sei es, „an jedem Ort in unserem Land einen Glasfaser-Gigabit-Anschluss verfügbar zu machen".

Stärkung der Ortskerne

Mit der Stärkung des ländlichen Raums als Wohnort muss nach Ansicht des DStGB aber auch die Stärkung der Ortskerne einhergehen: Attraktive Gastronomie- und Nahversorgungsangebote müssten rund um das Homeoffice und Co-Working-Spaces entstehen. Idealerweise seien diese mit anderen Basisdienstleistungen der Daseinsvorsorge wie Bahn- und Busanbindungen, Ärzte- und Gesundheitszentren, zu verknüpfen.

Nicht zuletzt müsse die Anbindung von ÖPNV und SPNV verbessert werden. 120 Mittelzentren (1,8 Millionen Einwohner) seien nicht an das Bahnnetz angeschlossen. Bei vielen erscheine die Reaktivierung praktikabel, oft gebe es auch bereits vorhandene Güterbahnen. Die Bundesregierung müsse hierzu ein Reaktivierungsprogramm Schiene auflegen, um die Bahn für Pendler im ländlichen Raum zu erschließen. „Die Länder müssen ihre starren Vorgaben in diesem Bereich flexibilisieren und mitfinanzieren. Als Zubringerdienste müssen flexible Bedienformen im ÖPNV weiter gestärkt werden. Hierzu zählen Rufbusse ebenso wie die genehmigungsfreie Mitnahme bei Bürgerbussen", so der Verband.

Die bessere verkehrliche Anbindung bewirke zugleich, dem Tourismus nach der Corona-Krise zum Neustart zu verhelfen, heißt es weiter. Gefordert wird eine Marketingstrategie, die die ländlichen Räume dabei unterstützt, sich digital bei den jeweiligen Zielgruppen bekannt zu machen. Bund und Länder müssen jetzt die Weichen stellen, dass der Neustart des Tourismus nach der Corona-Krise gelingt und sich der Trend zum Urlaub in der Heimat verfestigt. Grundsätzlich müsse eine gemeinsame Vermarktung von Tourismus, regionaler Landwirtschaft und Kultur einen Multiplikator bilden, der die regionale Wertschöpfungskette dynamisch aktiviert.

Corona-Konjunkturprogramm

Abschließend plädiert der Deutsche Städte- und Gemeindebund für ein Corona-Konjunkturprogramm 2021, das ein besonderes Augenmerk auf die ländlichen Räume legt. „Es muss eine maximale Förderung erfolgen und auf Eigenanteile bei finanzschwachen Kommunen verzichtet werden. Allen voran brauchen die Kommunen bis 2030 finanzielle Planungssicherheit. Dann werden sie trotz erheblicher Belastungen notwendige Projekte für die Stärkung ländlicher Räume umsetzen", heißt es. In diesem Sinne fordert der DStGB, dass vom Bund und den Ländern für das Jahr 2021 „ein starkes Signal für starke ländliche Räume" ausgeht. **DK**

GZ **KOLUMNE**
Christoph Göbel



Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Start der Impfungen gegen das Coronavirus hat das neue Jahr auch neue, zuversichtlich stimmende Perspektiven eröffnet. In aller Eile wurden Impfzentren errichtet und mobile Impfteams auf den Weg geschickt. Und auch, wenn die Impfstoffmengen immer noch vergleichsweise knapp bemessen sind, konnten zumindest schon zahlreiche Bewohnerinnen und Bewohner in Alten- und Pflegeeinrichtungen – die wohl am stärksten gefährdete Personengruppe – bedacht werden. Viele Menschen in unserem Land warten sehnlichst auf einen Impftermin für sich oder ihre Angehörigen, denn die Angst vor einer Ansteckung nimmt mit den immer weiter steigenden Todeszahlen zu.

Das Coronavirus stellt uns alle auf eine harte Probe

Aber es gibt auch noch viele, und ich hoffe nicht zu viele Menschen, die einer Impfung skeptisch gegenüberstehen. Sie gilt es in ihrer Impfbereitschaft zu stärken, denn nur eine Impfung verspricht einen echten Schutz vor einer schweren Infektion. Sich impfen zu lassen schützt jedoch nicht nur einen selbst, es schützt auch andere Menschen, die besonders gefährdet sind. Lassen Sie uns also alle die Ärmel hochkrempeln sobald wir zu einer Gruppe gehören, die aufgrund ihres Alters oder ihrer beruflichen Tätigkeit zum Impfen aufgerufen ist!

So lange noch keine ausreichende Impfquote in der Gesellschaft erreicht ist, ist es von elementarer Bedeutung, die verschärften Maßnahmen, insbesondere die Kontaktbeschränkungen, einzuhalten. Niemand hat sich einen zweiten Lockdown gewünscht. Umso mehr bin ich froh darüber, dass sich die überwiegende Mehrheit der Menschen an die Regelungen hält.

Dass diese weitreichenden Kontaktbeschränkungen zum jetzigen Zeitpunkt unerlässlich sind, haben die Erfahrungen aus dem Dezember gezeigt. Der Lockdown light hat bei weitem nicht die erhoffte Wirkung gezeigt. Die Fallzahlen sind trotz der Maßnahmen weiter angestiegen. Während wir im vergangenen Jahr bei der Sieben- Tages-Inzidenz als Auslöser für schärfere Maßnahmen noch mit Grenzwerten von 35, 50 und später 100 operierten, liegen wir jetzt schon bei einer Inzidenz von 200, um noch weitreichendere Beschränkungen auszulösen. Dieser Trend darf sich nicht noch weiter fortsetzen.

Wir müssen die Zahl der Infektionen zwingend drosseln – und wenn es dafür eine noch so unangenehme Verlängerung des Lockdowns geben muss. Am Ende zählt nur, so viele gefährdete Leben zu retten wie möglich!

Die nächsten Wochen, vielleicht auch Monate, werden uns alle noch einmal auf eine harte Probe stellen. Doch mit der Zulassung weiterer Impfstoffe und der Steigerung der Impfstoffmengen haben wir eine wirklich vielversprechende Perspektive! In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein gutes Jahr 2021. Bleiben Sie optimistisch und vor allem, bleiben Sie gesund!

Ihr Christoph Göbel
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises München

Heimat braucht Solidarität und Zugehörigkeit

Bayerischer Landesverein für Heimatpflege e.V. setzt sich für offenes Heimatverständnis ein

Solidarität ist ein Schlüsselbegriff der Pandemie – und ein Konzept ihrer Überwindung. Denn die Menschen erkennen zunehmend, wie wichtig Gemeinschaft, Wir-Gefühl und Zivilgesellschaft sind. Vor diesem Hintergrund gewinnt die kürzlich unter Mitarbeit des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege e.V. verabschiedete Resolution des Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (BHU) „Wer da ist, gehört zur Heimat" erneut und verstärkt an Bedeutung.

„Wer hier ist, hat ein Recht darauf, Heimat in Deutschland zu erfahren, zu bilden und hier heimisch zu werden. Als Engagierte in der Heimatpflege sehen wir es als unsere Aufgabe an, dies in unserem Rahmen zu ermöglichen. Heimat ist eine Einladung," lautet die Kernaussage der Resolution.

Gegen politischen und ideologischen Missbrauch

Der Landesverein stellt sich damit dem politischen oder ideologischen Missbrauch von Heimat entschieden entgegen und lehnt ein exklusives Verständnis, das ein Anrecht auf Beheimatung nur bestimmten Bevölkerungsgruppen vorbehalten will, entschieden ab. Heimat werde, so der Landesverein, maßgeblich durch gemeinsames Engagement und Teilhabe bestimmt.

„Die deutsche und auch – vielleicht insbesondere – die bayerische Kultur, ist schließlich keine Monokultur und wurde zu allen Zeiten von Zuwanderung und vom Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher biographischer Prägungen und Lebensweisen gestaltet," sagt Dr. Daniela Sandner, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Landesvereins, die der BHU-Arbeitsgruppe angehört.

Sie machte in ihrem Artikel „Bedrohte Heimat?", der erst kürzlich in der Vereinszeitschrift „Schönere Heimat" erschienen ist, auch auf die Vereinnahmung der Heimat von rechts aufmerksam.

Heimat als Integrationsraum

„Wir alle sollten Heimat als Integrationsraum begreifen, anstatt ihn durch Missbrauch für Ausgrenzung, Spaltung und Hetze geradezu ad absurdum zu führen. Mit dem Bestreben, alle diejenigen draußen zu halten, die wir für fremd, anders oder gar ‚unwürdig' halten, kann heute kein gesellschaftliches Zusammenleben mehr gelingen. Solidarität, Empathie, Zusammenhalt wachsen nicht hinter der Thujahecke des mit Stacheldraht umzäunten Vorgartens," schrieb Martin Wölzmüller, ehemaliger Geschäftsführer des Landesvereins, schon 2018.

Bürgerschaftliches Engagement, zu dem auch das Engagement in der Heimatpflege gehört, kann dabei helfen, frühzeitig eine demokratiefreundliche Umgebung zu schaffen. Nicht nur rechtsextremen Gesinnungen kann so beizeiten entgegengewirkt werden. Es ist dafür unerlässlich, dass sich zivilgesellschaftliche Institutionen zu einem offenen und zukunftsfähigen Heimatbegriff bekennen.

Heimat macht eine Region erst lebenswert

Dem stimmt auch Dr. Tobias Appl, Bezirksheimatpfleger der Oberpfalz und Vorstandsmitglied des Landesvereins, zu: „Heimat ist nicht nur der Raum, in dem sich Kultur abspielt, Heimat ist auch die Gemeinschaft derjenigen, die sich vor Ort für ein friedliches Zusammenleben einsetzen. Heimat bietet Sicherheit und Geborgenheit, macht eine Gegend erst lebenswert. Das gilt für alle, die in unserem Land leben."

Krisenzeiten verstärken das Bedürfnis nach Gemeinschaft und Zugehörigkeit. Denn das gemeinschaftliche Erleben von Verwundbarkeit kann, so erklären es die Sozialwissenschaften, Empathie und Zusammenhalt hervorrufen.

Heimatlich verbunden fühlt man sich dort, wo kulturelle Identität nicht in Frage gestellt wird. Heimat braucht eben Solidarität, auch und gerade in Zeiten der Pandemie. ❐

Neueste Zahlen aus dem Statistischen Landesamt:

Strukturwandel in Bayern am geringsten

Kaniber: „Wir arbeiten dafür, dass das so bleibt"

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft schreitet in Bayern langsamer voran als in allen anderen Bundesländern. „Obwohl wir die meisten Betriebe und die kleinsten Strukturen haben, ist es uns gelungen, den Strukturwandel abzubremsen. Das macht mich stolz, trotz aller Sorgen um die für unsere Bauern schwierige Situation", sagte Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber, nachdem das Statistische Landesamt die neuesten Zahlen bekannt gegeben hat.

„Es schmerzt mich, wenn die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern zurückgeht. Mit jedem Hof weniger verlieren Familien die Möglichkeit ihrer Berufung zu folgen, Tag täglich sichere und gute Lebensmittel zu produzieren. Mit jedem familiären Hof, der aufgeben muss, stirbt auch ein Stück bayerischer Kultur. Um diese Entwicklung aufzuhalten müssen wir eine gute Balance finden zwischen den gesellschaftlichen Erwartungen an mehr Naturschutz und Tierwohl auf der einen Seite und wirtschaftliche Zukunftsperspektiven für die Betriebe auf der anderen Seite. Dieser faire Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie ist das Ziel einer modernen Landwirtschaftspolitik", so die Ministerin.

Kein Strukturbruch

Betrachtet man die Zahl der bayerischen Betriebe ab einem Hektar Flächenumfang, so wirtschaften in Bayern noch knapp 104.000 Betriebe. Das Statistische Landesamt erfasst Höfe erst ab einer Größe von fünf Hektar und geht deshalb von 84.600 Betrieben aus. Dennoch trifft es zu, dass Bayern ganz klar den geringsten Strukturwandel aller Bundesländer hat, von einem Strukturbruch kann man nicht sprechen.

Die bayerische Agrarpolitik ist dem Strukturwandel in den vergangenen Jahren mit vielen Maßnahmen und mit viel Einsatz entgegnet und hat ihn bisher erfolgreich gemeistert. Ziel der bayerischen Landwirtschaftspolitik war es seit jeher die Vielzahl und Vielfalt der bayerischen Betriebe zu erhalten.

Die Weichen richtig stellen

Diesem Ziel hat sich auch Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber verschrieben. Knapp ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe Deutschlands liegt in Bayern. „Damit dies so bleibt müssen bei der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 die Weichen in Deutschland und Europa richtiggestellt werden", sagte die Ministerin. Bereits im Februar treffen sich die Agrarministerinnen und -minister der Länder um die nationalen Strategiepläne auszuarbeiten.

Konzentration auf kleine Betriebe und kleine Flächen

„Bei den nun anstehenden Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) wird sich auf deutscher Ebene zeigen, wer es ernst meint mit dem Erhalt der kleinen Betriebe und nicht nur Worte, sondern Taten sprechen lässt", sagte Ministerin Michaela Kaniber. „Unser Ziel ist es, uns bei der Umverteilung der Prämien ganz auf kleine Betriebe und kleine Flächen zu konzentrieren. Wir wollen so den Wettbewerbsnachteil aufgrund kleinteiligerer Strukturen noch besser ausgleichen." ❐

Kommunale Bausteine ...

(Fortsetzung von Seite 1)
zum Abbau von Bürokratie bei.

Darüber hinaus schwebt der Bundes-KPV auf EU-Ebene eine Vereinfachung im kommunalen Vergaberecht, insbesondere für eine Anhebung der Schwellenwerte für freihändige Vergaben und beschränkte Ausschreibungen, vor. Ziel ist es, dass Kommunen nicht nur in krisenbedingten Sondersituationen zur Konjunkturbelebung einfacher heimische und regionale Auftragnehmer berücksichtigen können. Im Blick haben die Kommunalpolitiker auch die Freistellung der reinen interkommunalen Zusammenarbeit im Vergabe- und Umsatzsteuerrecht.

Festgehalten wird am Durchgriffsverbot des Bundes auf die Kommunen. Sie sind an einer möglichen zukünftigen Föderalismuskommission mit Sitz und Stimme zu beteiligen.

Aufgabenadäquate Finanzierung

Entsprechend der Verfassung sollen die Länder eine aufgabenadäquate Finanzierung der Kommunen sicherstellen und dafür sorgen, dass künftig keine Kassenkredite mehr die Handlungsspielräume gerade strukturschwacher Kommunen einschränken. Um ihnen dauerhaft in der Regierung Gehör zu verschaffen, soll der Kommunalbeauftragte der Bundesregierung im Bundeskanzleramt die Belange der Kommunen koordinieren.

In der Sozialgesetzgebung ist eine dauerhafte Regelung zu etablieren, dass Aufwandsentschädigungen aus kommunalem Ehrenamt nicht auf vorzeitigen Rentenbezug angerechnet und auf Aufwandsentschädigungen aus kommunalem Ehrenamt keine Rentenversicherungsbeiträge erhoben werden.

„Zur finanziellen Umsetzung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter stellen wir sicher, dass Bund und Länder dauerhaft nicht nur die zusätzlichen Investitionskosten, sondern auch dauerhaft und vollumfänglich die zusätzlichen Betriebskosten tragen“, heißt es weiter. Beim Unterhaltsvorschuss soll der bereits für 12- bis 18-Jährige geltende Grundsatz, wonach ein Anspruch auf Unterhaltsvorschuss nur wirksam wird, wenn das Kind keine SGB II Leistungen bezieht, auch auf Kinder unter 12 Jahren ausgeweitet werden, um sowohl die Antragsteller als auch die Verwaltung von Doppelbürokratie zu entlasten.

Festzuhalten ist dagegen am Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Mit Bund, Ländern und Kommunen soll eine umfassende Dezentralisierungsstrategie entwickelt werden.

Revitalisierung der Ortskerne

„Mit dem Motto ‚Nachhaltig Leben in einer digitalen Region‘ will die Bundes-KPV weitere Modellprojekte unterstützen und die Städtebauförderung um diesen Aspekt erweitern. „Wir werden das Baugesetzbuch dahingehend weiter anpassen, dass Kommunen Ortskerne und Innenstädte so ausgestalten können, dass Handel, Gewerbe, Arbeit und Wohnen sowie gute Erreichbarkeit sichergestellt und Leerständen vorgebeugt werden. Die Mittel der Städtebauförderung müssen auch für die Revitalisierung der Innenstädte und Ortskerne zur Verfügung stehen, auch um ein aktives kommunales Immobilienmanagement zu betreiben.“

Auch in ländlichen Räumen soll der Aufbau von Coworking-Spaces sowie Gründer- und Start-up-Zentren möglich sein. „Dazu wollen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen erweitern, damit kommunale Unternehmen dort tätig werden können, wo private diese Rolle nicht übernehmen.“

Zudem ist geplant, die Ergebnisse eines realitätsnahen Modellversuchs des Umweltbundesamtes zum Flächenzertifikatehandel aufzugreifen und dieses Instrument flächendeckend zu implementieren. „Damit wollen wir eine flächensparende Siedlungspolitik fördern und gleichzeitig zu einer Entlastung der Kommunalfinanzen beitragen.“

Des Weiteren ist vorgesehen, die Rahmenbedingungen für Bauen mit Holz so zu verbessern, dass auch kommunale Bauprojekte erfolgreicher als bislang umgesetzt werden können. Dazu soll die Musterbauordnung angepasst werden. Überdies ist das Baukindergeld in eine dauerhafte Förderung zur Schaffung selbstgenutzten Wohneigentums für Familien überzuführen.

„Unser Ziel ist, dass jedes Gebäude in Deutschland mittels Glasfaserkabel erreicht und an schnelles Internet angeschlossen werden kann. Dazu werden wir den Kommunen unabhängig von Wirtschaftlichkeitsprüfungen im Sinne eines Universaldienstes die Möglichkeit eröffnen, den Breitbandausbau auch unter Einbeziehung alternativer unterirdischer wie oberirdischer Verlegemöglichkeiten in Eigenregie voranzutreiben. Wir werden die ab 2025 zur Verfügung stehenden 5G-tauglichen Frequenzen für den flächendeckenden Mobilfunkausbau nutzen“, lautet ein weiterer Baustein.

Ausbau der digitalen Verwaltung

Es gilt, die digitale Verwaltung weiter auszubauen und den elektronischen Personalausweis bzw. Identitätsnachweis (Aufenthaltstitel) als modernes und mobil einsetzbares Authentifizierungsmedium flächendeckend für alle Leistungen der öffentlichen Hand zum Einsatz zu bringen. „Wir entwickeln für Kommunen eine Angebotsplattform, einen ‚kommunalen App-Store‘, in dem alle zertifizierten, zugelassenen, einsatzfähigen Fachanwendungen für die Kommunen vergabe- und kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.“

Bei der Trinkwasserversorgung will die Bundes-KPV den Erhalt der Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort sicherstellen und wendet sich dabei gegen jede Form der Zwangsprivatisierung. Um den Folgen des Klimawandels besser begegnen zu können, „werden wir die Klimaschutzmaßnahmen durch gleichrangige Klimaanpassungsmaßnahmen ergänzen. Wir wollen die Klimaschutzleistungen des Waldes stärker honorieren, indem die Klimaleistung honoriert wird. Dazu werden die Einnahmen aus der CO2-Abgabe verwendet.“

Beim Ausbau erneuerbarer Energien ist angedacht, die Planungskompetenzen der Kommunen durch ein klares Planungsrecht zu stärken. Für die künftig benötigten Wasserstoffnetze ist ein effektives Regulierungsregime zu schaffen, um die bestehenden Gasinfrastrukturen zu nutzen und eine zügige Umrüstung zu ermöglichen.

„Wir werden das standardisierte Bewertungsverfahren für über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz geförderte Infrastrukturprojekte dahingehend weiterentwickeln, dass bestimmte Kriterien im Bewertungsverfahren wie Klima- und Umweltschutz, Verkehrsverlagerung oder Aspekte der Daseinsvorsorge vorhabenspezifisch stärker gewichtet werden können“, heißt es weiter. „Beim Kosten-Nutzen-Faktor erhalten dünn besiedelte ländliche Räume einen Bonus, um aus geringerer Einwohnerzahl zwangsläufig resultierende höhere Grundkosten besser berücksichtigen zu können.“

Auf Grundlage der KMU-Definition der Europäischen Union will die Bundes-KPV schließlich eine bundesweite Definition kleiner und mittelständischer Unternehmen erarbeiten, nach der auch kommunale Unternehmen, die mehr als zu 25 Prozent in kommunaler Hand liegen, als KMU zählen, wenn sie die EU-Vorgaben hinsichtlich Unternehmensgröße und Umsatz-/Bilanzkriterien erfüllen. **DK**

Corona-Schnelltests:

Engere Kooperation mit der Bundeswehr

Immer wieder sind massive Corona-Ausbrüche in Seniorenhäusern und Behinderteneinrichtungen zu beklagen. Um mehr Schutz zu gewährleisten, hatten Bund und Länder Anfang des Jahres bekräftigt, dass parallel zur Steigerung der Impfquote dem Schnelltest beim Betreten der Einrichtungen eine besondere Bedeutung zukommt. Aufgrund der angespannten Pflegesituation fehlen vielfach die Kapazitäten, solche Schnelltests vor Ort durchzuführen. Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände hatten vereinbart, aufbauend auf bestehenden Maßnahmen der Länder eine gemeinsame Initiative zu starten, um Freiwillige vorübergehend zur Durchführung von umfangreichen Schnelltests in die Einrichtungen zu bringen. Die Hilfsorganisationen in Deutschland haben bereits zugesagt, die entsprechenden Schulungen zu übernehmen. Die kommunalen Spitzenverbände sollen dabei koordinieren, um den regionalen Bedarf zu klären und die Bundesagentur für Arbeit wird die Vermittlung unterstützen.

„Trotz intensiver Beratungen ist bislang über den Einsatz Freiwilliger keine abschließende Einigung erzielt worden“, beklagt der KPV-Bundesvorsitzende und Vorsitzende der AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Haase MdB. Aus seiner Sicht verfügt die Bundeswehr über ausreichend Kapazitäten, um die Durchführung von Schnelltests zu organisieren. Diese müssten jedoch durch die jeweiligen Kommunen angefordert werden. „Auch hier hakt es bislang leider, weil aus kommunaler Sicht relevante Fragen noch nicht abschließend geklärt werden konnten“, betont Haase. Um nicht unnötig Zeit zu verlieren, bittet der KPV-Bundesvorsitzende alle Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte um Offenheit gegenüber entsprechenden Anfragen aus Verbindungskommandos der Bundeswehr. Sein Appell: „Setzen Sie sich kurzfristig mit Ihrem Ansprechpartner im Kreis- oder Landesverbindungskommando in Verbindung!“

Dringend benötigt werde zunächst eine Bedarfsmeldung (kein Amtshilfeersuchen) nicht-medizinischen Personals zur Durchführung von Schnelltests in Pflegeheimen und Einrichtungen der Behindertenhilfe. Erst dann könne die Bundeswehr ein genaues Lagebild davon erhalten, wie sie einen Testauftrag konkret umzusetzen hat, wenn als Grundlage dafür der personelle Bedarf vor Ort er- und übermittelt worden ist. An Kreistags- und Ratsmitglieder appelliert Haase, sich an die Verwaltungsspitze zu wenden und um Offenheit gegenüber einer Kooperation mit der Bundeswehr zu werben. „Es kann nicht ernsthaft unser Ziel sein, solange über Details zur Durchführung von Schnelltests zu diskutieren, bis letztendlich kein Bedarf an Schnelltests mehr vorhanden ist. Nutzen wir die Möglichkeit zu einer engeren Abstimmung mit der Bundeswehr – unterstützen Sie diese.“ **DK**

Öffentlicher Dienst ...

(Fortsetzung von Seite 1)
bach. Er warnte vor einem Flickenteppich bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. „Wir brauchen ein einheitliches Vorgehen. Mein Appell an alle Gebietskörperschaften: Einer macht die Blaupause für die digitale Dienstleistung; die anderen übernehmen das Modell.“

Optimierungsbedarf

Im Panel „Was erwartet die Wirtschaft vom öffentlichen Dienst?“ stellte Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, einen Optimierungsbedarf an der Schnittstelle zwischen Staat und Wirtschaft fest. So sei die „öffentliche Verwaltung zu langsam, was die Arbeit der Gesundheitsämter betrifft“. Dies liege vor allem an unzureichender Koordination. Die öffentliche Verwaltung müsse wie die Wirtschaft in der Lage sein, Strukturen innerhalb weniger Wochen anzupassen. „Schneller, als es zum Beispiel eine Verwaltungsvorschrift zulässt“, so Kampeter.

DStGB-Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg wies die Kritik Kampeters an der mangelnden Flexibilität der öffentlichen Verwaltung in der Corona-Pandemie, insbesondere bezüglich der Arbeit der Gesundheitsämter, entschieden zurück. „Wir haben in den Gesundheitsämtern seit vielen Jahren Personaldefizite beklagt, ohne dass sich jemand dafür interessiert hätte. Die Arbeit ist dort wenig lukrativ, insbesondere die dringend benötigten Ärzte meiden den öffentlichen Gesundheitsdienst. Jetzt, wo die Ämter im Zentrum des allgemeinen Interesses stehen, entsteht hoffentlich Bereitschaft bei der Bezahlung nachzulegen.“

Gegenseitiger Lernprozess

Auch der Hauptgeschäftsführer des DStGB glaubt an einen gegenseitigen Lernprozess. Doch könnte die Kooperation zwischen Wirtschaft und Verwaltung besser laufen. „Es fehlt am Konsens. Viele Unternehmer wissen wenig über die Abläufe in der Verwaltung, und seitens der Verwaltung nehme ich mitunter eine gewisse Wirtschaftsfeindlichkeit wahr, die dazu führt, dass man beim Genehmigungsverfahren schaut, wo überall man noch ein Schippchen Bürgerbeteiligung drauf tun kann“, unterstrich Landsberg.

Einen Rechtsanspruch auf Homeoffice lehnte nicht nur Kampeter als nicht praxisgemäß ab. Die Politik müsse nichts regeln, was in den Betrieben bereits gut funktioniere. „Die Arbeit im Homeoffice soll ausgeweitet werden, wenn der Arbeitsplatz und die Tätigkeit dies ermöglichen, aber wir brauchen keinen Rechtsanspruch auf Homeoffice“, bekräftigte Silberbach und auch Landsberg bezweifelte eine entsprechende Notwendigkeit: „Wir sind mit weniger Regeln besser aufgehoben als mit mehr Regeln.“

Welche Rolle der öffentliche Dienst in der deutschen Verfassungsordnung spielt, war Thema des Fachvortrages von Udo Di Fabio. Der ehemalige Bundesverfassungsrichter nahm insbesondere die Herausforderungen für die Verwaltung als Teil der staatlichen Gewaltenteilung ins Visier. Als tragender Pfeiler unserer Gesellschaft, der die staatliche Gewalt ausübt, sei der öffentliche Dienst Gegenspieler und Servicepartner, weil er sowohl für die Einschränkung grundrechtlicher bürgerlicher Freiheiten als auch die Gewährung staatlicher Leistungsansprüche zuständig ist.

Qualitative Verbesserungen

Qualitative Verbesserungen mahnte Di Fabio für die Personalsituation an. „Die alternde Gesellschaft ist nicht nur ein Problem im Hinblick auf den Nachwuchs im öffentlichen Dienst, sondern sie bewirkt auch eine Zunahme von Aufgaben und eine Bedeutungszunahme öffentlicher Dienstleistungen.“ Das gelte nicht nur für die Altenpflege oder die medizinische Versorgung, sondern auch für die Bereiche der inneren und sozialen Sicherheit.

Der öffentliche Dienst werde nur dann in guter Verfassung bleiben, wenn es gelingt, junge Menschen zu gewinnen und langfristig zu motivieren. „Das bedeutet in einer Gesellschaft, die herkömmliche Rollenbilder aufgegeben oder verändert hat, dass auch der öffentliche Dienst dem nicht nur zeitverzögert irgendwie folgt, sondern proaktiv gestaltet.“

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei im öffentlichen Dienst im Vergleich zu Privatwirtschaft durchaus gut ausgestaltet, aber die Teilzeitbeschäftigung führe insbesondere bei weiblichen Beschäftigten noch immer zu Nachteilen in der Karrierebiografie: „Wer junge Frauen im Dienst fair behandeln will, wird demnach die Bedingungen für Teilzeitarbeit verbessern. Führungsmodelle wie Führen aus der Ferne oder Führen in Teilzeit werden in einer mehr

(Fortsetzung nächste Seite)

Stabübergabe in ...

(Fortsetzung von Seite 1)
chen und der Sparkassenakademie Bayern in Landshut, in den Gremien der bayerischen Sparkassen, aber auch in den höchsten deutschlandweiten Entscheidungskreisen, denen er als Präsident eines der größten Regionalverbände der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe angehört.

Mehr Arbeitsteilung

Ein zentraler Ansatz ist dabei seine entschlossene Forderung nach mehr Arbeitsteilung – zunächst unter den Sparkassen-Regionalverbänden Deutschlands, die er mit ersten Kooperationen mit den Sparkassen-Regionalverbänden in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz auch bereits umsetzte. Seine aktive Unterstützung gilt aber auch dem Konzept eines Sparkassen-Zentralinstituts, in dem wesentliche Dienstleistungsfunktionen für die deutschen Sparkassen zusammengefasst werden können. Die letzten Monate von Netzers Amtszeit waren geprägt durch die Herausforderungen der Corona-Krise, in der die bayerischen Sparkassen als Hausbanken fest an der Seite des Mittelstands stehen.

„Die Präsidentschaft für die bayerischen Sparkassen ist ein beruflicher Lebensabschnitt, für den ich sehr dankbar bin und den ich nicht missen möchte. Ich bin überzeugt: Die Sparkassen werden ihre Aufgabe als Marktführer auch in Zukunft hervorragend leisten. Entscheidend ist dabei das effiziente Zusammenspiel innerhalb unserer Finanzgruppe und der Blick der Sparkassen vor Ort auf ihre Kunden, auf die Menschen in ihrer Region“, bilanzierte Netzer. Sein Nachfolger übernehme das Amt in bewegten Zeiten. Dafür sei er als Mann mit strategischem Weitblick hervorragend aufgestellt. Er kenne die Finanzbranche aus eigener Berufserfahrung und die Sparkassen als langjähriger Verbandsvorsitzender und Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau. Für seine Aufgaben wünschte Netzer ihm „immer eine gute Hand und viel Erfolg“.

Aus Sicht von DSGV-Präsident Schleweis setzt der Bayerische Sparkassenverband mit Ulrich Reuter eine gute Tradition fort. „Seine Berufung zeigt den starken Rückhalt der kommunalen Träger für das Sparkassenwesen in Bayern.“

Der 58-jährige Reuter führt den Sparkassenverband gemeinsam mit Vizepräsident Roland Schmautz. „Der Stabwechsel erfolgt notwendigerweise in schnellem Lauf, der keine Pause zulässt. Die Schrittfrequenz bleibt hoch“, erklärte Ulrich Reuter. „In 2020 hat die Corona-Pandemie die Herausforderungen für die regionale Kreditwirtschaft etwas in den Hintergrund der öffentlichen Wahrnehmung gerückt. Das Jahr 2021 wird für die gesamte Finanzwirtschaft und insbesondere für die Sparkassen ein Jahr von enormer Bedeutung, wohin man auch blickt: Die Bewältigung der Corona-Pandemie ist noch nicht absehbar, so sehr die Politik auch vieles dafür tut, die negativen Folgen abzumildern. Die Negativzinslandschaft wird aller Voraussicht nach noch stürmischer. Die Digitalisierung gewinnt weiter an Fahrt – im Kundenverhalten, in der Nutzung der Dienste und in den internen Prozessen. Die Aufsicht und die Regulierung haben nach unserer Überzeugung nach wie vor kein rechtes Maß für die regionalen Strukturen des 3-Säulen-Modells.“

Zusammenhalt der Verbundpartner

„Der Zusammenhalt aller Verbundpartner in Bayern, aber auch darüber hinaus in der Sparkassen-Finanzgruppe, wird unverzichtbar sein, wollen wir eine Chance für ein erfolgreiches Jahr 2021 und darüber hinaus wahren“, unterstrich der neue Verbandschef. „Als Marktführer in nahezu allen Segmenten haben wir die Verpflichtung, unserem öffentlichen Auftrag gemäß zur Entwicklung der regionalen Wirtschaft aktiv beizutragen und für die Bedürfnisse, insbesondere für die Alterssicherung, der Bevölkerung Beratungsangebote, Produkte und Dienstleistungen bereit zu stellen.“

Aktuell und künftig sind die Sparkassen aus Reuters Sicht unverzichtbar. Dies hätten die Kolleginnen und Kollegen in den Sparkassen in den vergangenen Wochen und Monaten eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Zugleich habe er persönlich ein hohes Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Sparkassenorganisation. „Der Sparkassenverband Bayern wird seinen Beitrag dazu weiter verstärken“, schloss Reuter. **DK**

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger zu Überbrückungs- November und Dezemberhilfe:

Auszahlung nimmt Fahrt auf

10.000 Anträge auf Novemberhilfe in Bayern bewilligt

In Bayern wurden Anfang Januar 10.000 Antrage auf Novemberhilfe bewilligt. Die Auszahlungssumme der regulären Bewilligungen erreicht inzwischen 100 Millionen Euro. Zudem haben bayerische Betriebe bereits vorab Abschlagszahlungen in Höhe von knapp 350 Millionen Euro erhalten. Damit wurde mehr als die Hälfte des im Freistaat beantragten Fördervolumens von 872 Millionen Euro ausbezahlt. Die Zahl der Anträge liegt bei 51.500.

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger begrüßt die schnelle Abwicklung der Bundeshilfe in Bayern. „Nachdem die beauftragte IHK für München und Oberbayern wegen fehlender Software erst am 12. Januar mit den Auszahlungen der Novemberhilfe beginnen konnte, haben wir rasch aufgeholt. Etwa 450 Millionen Euro ist zur Auszahlung angewiesen worden. Das hilft den Unternehmen, durch die Coronakrise zu kommen und nach dem Lockdown wieder am Markt ihr Geld zu verdienen“, erklärte der Staatsminister.

Geld muss rasch in die Betriebe

Nach dem Bewilligungsstart hatte es zunächst noch größere technische Probleme mit der vom Bund gelieferten Software gegeben. Anfangs konnten nur wenige Anträge bearbeitet werden. In den vergangenen Tagen erhöhte sich die Zahl der Bewilligungen auf 3.000 täglich mit steigender Tendenz.

Aiwanger forderte den Bund auf, nun rasch die noch fehlende Software zur Auszahlung der Dezemberhilfe zu liefern. Es warten in Bayern bereits mehr als 30.000 Anträge mit einer Antragssumme von mehr als 500 Millionen Euro auf Bewilligung. 175 Millionen Euro davon sind bereits als Abschläge angewiesen worden. Aiwanger: „Sobald wir vom Bund die Software erhalten, beginnen auch die regulären Bewilligungen der Dezemberhilfe. Ich hoffe, dass die Software bis Anfang Februar zur Verfügung steht. Das Geld muss rasch in die Betriebe, um die wirtschaftliche Lage zu verbessern und Arbeitsplätze zu retten.“



Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger besuchte vor dem Lockdown bayerische Einzelhändler und rief die Kunden dazu auf, online im lokalen Einzelhandel einzukaufen. © StMWi/E. Neureuther

Gut voran kommt in Bayern die Auszahlung der Überbrückungshilfe II. Vom beantragten Fördervolumen in Höhe knapp 350 Millionen Euro sind bislang etwa 290 Millionen Euro zur Auszahlung angewiesen worden. Die Auszahlungsquote liegt damit bei über 80 Prozent. Die Überbrückungshilfe II deckt den Zeitraum von September bis Dezember 2020 ab. Zusammen mit der Überbrückungshilfe I wurden so bereits etwa 560 Millionen Euro ausbezahlt.

Dank an IHK

Aiwanger dankte der IHK für München und Oberbayern für die gute Organisation der Auszahlungen. „500 Mitarbeiter leisten hier hervorragende Arbeit und arbeiten auch am Wochenende“, sagte der Wirtschaftsminister.

Die Antragsfristen der Bundeshilfen sind verlängert worden. Die Überbrückungshilfe II ist bis zum 31. März beantragbar, die November- und Dezemberhilfe bis zum 30. April.

Informationen zur Überbrückungshilfe Corona: https://www.stmwi.bayern.de/ueberbrueckungshilfe/

Informationen zur November- und Dezemberhilfe: https://www.stmwi.bayern.de/wirtschaftshilfen/ ❐

Stabübergabe in ...

(Fortsetzung von Seite 4)

und mehr digitalen Arbeitswelt neue Qualifikationsprofile entstehen lassen und ihren Niederschlag in geänderten Beurteilungskriterien für Führungskräfte finden.“

Di Fabio nahm auch Defizite des öffentlichen Dienstes ins Visier. Wenn Schulen in der Coronakrise viele Monate benötigten, um einen halbwegs akzeptablen Digitalunterricht anzubieten, müsse gefragt werden, warum das so ist. Wenn die Ausstellung eines Personalausweises oder die Zulassung eines PKWs einen viel zu großen Zeitraum erfordere, müsse die Frage gestellt werden, woran es hakt. Manchmal handle es sich um Fehler der Führung der Verwaltung, die politisch in Angriff genommen werden müssten. Gelegentlich zeigten sich aber auch Symptome einer strukturellen Überforderung, die aus einem zum Teil Jahrzehnte erfolgten Zuwachs von Aufgaben resultierten, hob der ehemalige Bundesverfassungsrichter hervor.

Seiner Auffassung nach „muss die demokratische Gesellschaft erkennen, dass das Ansehen des Rechtsstaates immer auch davon abhängt, dass die öffentlichen Aufgaben, das Versprechen der inneren Sicherheit und die Infrastruktur der Daseinsvorsorge auf der einen Seite immer in der Balance zu den personellen und sächlichen Mitteln auf der anderen Seite stehen muss“. **DK**

Zur Grünen-Forderung nach Deckelung der Dispozinsen:

Der Dispozins taugt nicht zum Wahlkampf

Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) ruft angesichts der Forderungen nach einer Deckelung von Dispozinsen zu einer sachlichen Debatte auf. Bündnis 90/Die Grünen-Vorsitzender Robert Habeck hat in einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur gefordert, die Dispozinsen zu deckeln, und behauptet, die Banken bereicherten sich an diesem Kreditmodell. Dazu erklärt GVB-Präsident Jürgen Gros: „Grünen-Chef Habeck meint, mit den Dispozinsen ein Wahlkampfthema entdeckt zu haben. Dazu taugen die Dispozinsen bei näherer Sachkenntnis aber nicht.“



In seinem Interview stellt Robert Habeck eine Verbindung zwischen der Corona-Krise und Dispozinsen her. „Wir sollten bei den Fakten bleiben und Corona nicht für alles missbrauchen“, forderte Gros. „Zumindest die Privatkunden der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken haben bisher im Jahr 2020 in jedem Quartal im Durchschnitt weniger Dispokredite in Anspruch genommen als im Vorjahr. Die Banken haben den Verbrauchern offensichtlich auf andere Weise, zum Beispiel mit Stundungen oder Ratenkrediten, geholfen, liquide zu bleiben. Hier braucht es keine weiteren Eingriffe der Politik.“

Wer über die Dispozinsen schimpft, verkenne oft, dass dieser Kredit nur zur kurzfristigen Überbrückung gedacht sei, führte Gros aus. „Der Dispokredit ist kein Kreditmodell, das zur Regel werden sollte. Kunden, die mehr als eine kurze finanzielle Überbrückung benötigen, finden bei ihrer Bank günstige und attraktive Kreditalternativen.“

Der Genossenschaftsverband Bayern e.V. (GVB) vertritt seit mehr als 125 Jahren die Interessen bayerischer Genossenschaften. Zu seinen 1.212 Mitgliedern zählen 227 Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie 985 Unternehmen aus Branchen wie Landwirtschaft, Energie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen. Sie bilden mit rund 50.000 Beschäftigten und 2,9 Millionen Anteilseignern eine der größten mittelständischen Wirtschaftsorganisationen im Freistaat. (Stand: 31.12.2019). ❐



Stadtsparkasse Augsburg setzt auf Nachhaltigkeit

Für die kommenden Jahre hat sich die Stadtsparkasse Augsburg eine systematische Weiterentwicklung hin zu noch mehr Nachhaltigkeit vorgenommen und möchte dies auch transparent machen. Unter fachmännischer Begleitung will der Finanzdienstleister all seine Handlungsfelder analysieren lassen, um festzustellen, mit welchen Veränderungen Effekte für mehr Nachhaltigkeit erzielt werden kann.

„Wenn wir als Gesellschaft weiter selbstbestimmt leben wollen, dann müssen wir die ökologischen Grundlagen schützen und zwar jetzt und nicht erst morgen. Es ist unternehmerisch sinnvoll ökologisch zu denken. Es ist sozial verantwortlich, natürliche Lebensgrundlagen zu schützen. Eine gute Balance aus ökologischer, sozialer und unternehmerischer Nachhaltigkeit passt sehr gut zu unserem Haus und kann in der Region viel bewirken“, davon ist Rolf Settelmeier, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse, überzeugt.

Nachhaltigkeit als Kern des Geschäftsmodells

„Nachhaltigkeit hat bei uns eine lange Tradition, die Förderung des Gemeinwohls ist Teil unseres genetischen Sparkassencodes. Gemeinwohlorientierung bedeutet für uns, dass wir wirtschaftlichen Erfolg in Einklang mit den sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen bringen – mit dem Ziel eine lebenswerte Welt langfristig zu erhalten“, sagt Rolf Settelmeier. „Wir sind seit knapp 200 Jahren darauf bedacht, ressourcenschonend und substanzerhaltend zu wirtschaften.“

Die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung ist fest in der Unternehmensphilosophie verankert. Seit Jahrzehnten getätigte vielfältige Spenden und Sponsoring Engagements in Kultur, Bildung, Sport und sozialen Bereichen, die nicht nur unseren Kunden, sondern allen zugutekommen. Auch vier Stiftungen tragen dazu bei: die Sparkassen Altenhilfe, die Kinder- und Jugendstiftung Aufwind, das S-Planetarium und die Deutsche Mozartstadt Augsburg schaffen nachhaltige Werte für Stadt und Region.

Die Stadtsparkasse Augsburg ist mit rund 1.000 Mitarbeitenden und 56 Auszubildenden der größte örtliche Kreditgeber nicht nur in Augsburg, sondern auch in Schwaben.

Umstellung auf 100 Prozent Ökostrom

Ein Ziel der Stadtsparkasse war es, komplett auf den Ökostrom umzusteigen. Dieser Vorsatz konnte gemeinsam mit den Stadtwerken Augsburg bereits zum 1. Januar 2021 realisiert werden. Neben der Hauptstelle Halderstraße werden auch alle Beratungscenter zukünftig mit klimafreundlichem Ökostrom aus Wasserkraft beliefert.

Bei einem Jahresverbrauch von rund 4.000.000 kwH vermeidet die Sparkasse damit rund 1.128.000 Kilogramm CO2 pro Jahr. Wenn man im Vergleich den Stromverbrauch von 2.600 kwH eines Drei-Personen-Haushaltes/ Mehrfamilienhauses im Durchschnitt als Berechnungsgrundlage nimmt, dann müssten knapp 1.540 Haushalte ihren Tarif auf Ökostrom umstellen, um auf die gleiche Reduktion zu kommen. „Mit der Umstellung auf Ökostrom tragen wir dazu bei, die Klimabilanz vor Ort zu verbessern“, so Settelmeier.

Gut zu wissen!

Zahlreiche große und kleine Maßnahmen wurden bei der Sparkasse in der Vergangenheit bereits umgesetzt. Einige Beispiele sind die Umstellung der Beleuchtung in LED, klimaneutraler Postversand, ein durchgängiges Druckerkonzept zur Reduktion von Papierverbrauch und Toner, Umbaumaßnahmen mit barrierefreien Zugangswegen, Forcierung der Digitalisierung – sowohl auf Seite der Mitarbeitenden als auch auf der Kundenseite wie z. B. durch Optimierung der Bezahlsysteme, Anpassungen der Kundenbedürfnisse im Bereich des Online Bankings oder die Einführung von digitalen Beratungen sowie der persönliche Vor-Ort-Videoservice INES.

Laut Settelmeier gewinnen nachhaltige Zugangswege, um die Abwicklung von Finanzgeschäften auch digital und bequem von zu Hause aus erledigen zu können, immer mehr an Bedeutung. Der Fuhrpark wurde zudem sukzessive durch Elektro- bzw. Hybridautos ersetzt. Dafür stehen vor Ort, für den internen Gebrauch, E-Ladesäulen zur Verfügung. All dies sind Maßnahmen, die sich positiv auf die Klimabilanz des Kreditinstituts auswirken.

Transformation gelingt nur gemeinsam

Die erfolgreiche Umsetzung von Nachhaltigkeit ist kein kurz- oder mittelfristiges Projekt, sondern ein langfristiger Entwicklungsprozess, der wortwörtlich nachhaltig gestaltet werden muss. Nachhaltiges Management bedeutet, dass alle Beteiligten konsequent die Umsetzung der gemeinsamen Vision verfolgen und dabei stets Mut und Ausdauer beweisen – insbesondere im Falle herausfordernder Umbruchzeiten.

Vorstandsvorsitzender Rolf Settelmeier: „Wir nehmen die Herausforderung an und achten darauf, dass alle Bereiche und Mitarbeitenden eingebunden sind. Nachhaltigkeit geht nur gemeinsam! Das ist eine Querschnittsfunktion; alle Unternehmensbereiche haben Nachhaltigkeitsverantwortung. Nachhaltigkeit ist keine Aufgabe, die ich als Vorstand einfach delegieren kann, sondern sie fordert Transformationsprozesse, in denen sich wirklich etwas verändert und die durchaus auch anstrengend und mühsam sein können.“ Das Thema Nachhaltigkeit ist in die Geschäftsstrategie integriert und mit Zielen belegt. Das Bewusstsein der Mitarbeitenden für nachhaltiges Handeln wird erhöht, indem Informationen regelmäßig zur Verfügung gestellt werden. Im internen Ideenmanagement wurde eine Rubrik „Nachhaltigkeit“ erstellt, hier haben die Mitarbeitenden die Möglichkeit ihre Ideen zu mehr Nachhaltigkeit bewerten zu lassen. Einige Ideen wurden hieraus bereits im Sparkassenalltag umgesetzt, weitere befinden sich gerade in der Prüfung.

Zur Unterstützung der Transformation hat das Kreditinstitut zudem einen eigenen Bereich „Nachhaltigkeit und Zukunftsstrategien“ gegründet. Hier laufen alle rechtlichen Anforderungen und Informationen der EU, der Bundesregierung und Aufsichtsbehörden zusammen – „Principles for Sustainable Banking“. Nachhaltigkeit muss gemanagt und koordiniert werden, da die unterschiedlichsten Bereiche tangiert sind: Geschäftspolitik, Risikomanagement, Personalwesen, Bauorganisation, Betriebsökologie, Lieferantensystem, die eigenen Finanzanlagen der Sparkasse und das Kundengeschäft auf der Anlage- sowie Investitionsseite. Die Begleitung und Erstellung des Nachhaltigkeitsberichts, das Umsetzen von Maßnahmen in Bezug auf Nachhaltigkeit, zukünftig neue Geschäftsfelder erkennen und analysieren, all das sind Aufgaben, die in diesem Bereich zukünftig gebündelt sind. Mit Bereichsdirektorin Ursula Brandhorst-Burk und Petra Schöll an der Spitze sind hier zwei Kolleginnen mit dem Thema Nachhaltigkeit gefordert, die nicht nur seit Jahrzehnten das Haus und die internen Schnittstellen kennen, sondern auch über ein sehr gutes Netzwerk verfügen. „Hier ist es wichtig, nicht nur den Bezug zu nachhaltigen Themen mitzubringen, man muss das Unternehmen kennen. Es braucht hier Netzwerker und Inspiratoren! Ich bin mir sicher, unser Haus ist hier sehr gut aufgestellt“, davon ist Settelmeier überzeugt.

Selbstverpflichtung für Klimaschutz und nachhaltiges Wirtschaften

Eine logische Konsequenz war es deshalb, als eine der ersten Sparkassen, die „Selbstverpflichtung deutscher Sparkassen für klimafreundliches und nachhaltiges Wirtschaften“ zu unterzeichnen. Ausgangspunkt der Selbstverpflichtung ist das Pariser Klimaschutzabkommen. Darin verpflichtet sich das Kreditinstitut den Geschäftsbetrieb CO2-neutraler zu gestalten, Finanzierungen und Eigenanlagen auf Klimaziele auszurichten und gewerbliche wie private Kunden bei der Transformation zu einer klimafreundlichen Wirtschaft zu unterstützen. Spätestens im Jahr 2035 möchte das Kreditinstitut CO2-neutral sein.

Neben der Stadtsparkasse Augsburg unterzeichneten bis Ende 2020 noch weitere 172 Sparkassen die Selbstverpflichtung, die aus einer Initiative des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes resultiert.

Auf Grund der bereits erfolgten Aktivitäten und der Planungen wird die Stadtsparkasse Augsburg weit vor 2035 klimaneutral sein. Das Kreditinstitut engagiert sich von Beginn an, bei der Allianz für Entwicklung und Klima von Prof. Dr. Radermacher am Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n in Ulm. Das Institut fördert die Transformation erarbeiteter Erkenntnisse in konkretes Handeln und den Transfer der Arbeitsergebnisse in die Praxis. Betroffen sind Themen wie nachhaltige Mobilität, Klimaneutralität, Maschinenbau, Innovationen im Energiesektor und den Immobilienbereich.

„Nicht nur im Haus selbst, auch bei unserer Kundschaft merken wir immer mehr, dass Nachhaltigkeit ein wichtiges Thema bei Entscheidungen ist“, so Rolf Settelmeier. Hier werden wir verstärkt agieren um das Portfolio nachhaltiger Finanzdienstleistungen zu erweitern und das Thema noch stärker in die Beratung mit einbeziehen. ❐



Rolf Settelmeier, Vorstandsvorsitzender, mit Bereichsdirektorin Ursula Brandhorst-Burk (r.) und stellv. Bereichsleitung Petra Schöll, beide Nachhaltigkeit und Zukunftsstrategien. Bild: Peter Fastl

Bayerische Sparkassen:

Tatkräftige Unternehmensfinanzierer

Von Mitte März bis zum Jahresende 2020 haben die bayerischen Sparkassen 2,1 Milliarden Euro an Förderdarlehen im Rahmen der Corona-Hilfe vermittelt. Diese bereits bewilligten Förderkredite sind fest zugesagt bzw. bereits ausbezahlt.

Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, betonte in München, dass diese erfolgreiche Vermittlung auch durch das deutsche Bankensystem – das Drei-Säulen-System aus öffentlich-rechtlichen Sparkassen, Genossenschaftsbanken und privaten Kreditinstituten – besonders befördert wird: „Wer immer noch meint, dass der Bankenmarkt auch in Deutschland privatisiert werden sollte, übersieht den Vorteil von regionalen Hausbanken für unseren Mittelstand, den es so in anderen Ländern ja gar nicht gibt. Um diesen Innovations-, Technologie und Wirtschaftsmotor beneidet uns die Welt. Die Sparkassen spiegeln in ihren jeweiligen regionalen Wirtschaftsräumen die dezentrale mittelständische Struktur wieder, sie sind vor Ort, kennen die Verhältnisse und ihre Kunden persönlich. Deshalb können sie auch schnelle und unmittelbare Finanzierungshelfer in der Corona-Zeit sein.“

Die Sparkassen in Bayern haben 2020 im Rahmen der Corona-Hilfe nicht nur 6.000 KfW-Darlehen mit einem Volumen von insgesamt knapp 1.686 Millionen Euro, fast 4.000 LfA-Darlehen mit einem Volumen von rund 416 Millionen Euro sowie Darlehen der Landwirtschaftlichen Rentenbank mit einem Volumen von rund 1,6 Millionen Euro vermittelt, sondern auch mehr als 16 Milliarden Euro an eigenen Krediten für Unternehmen und Selbständige zugesagt.

Das sind insgesamt fast 20 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. „Damit bleibt der Sparkassenkredit das Rückgrat der Unternehmensfinanzierung. Für Viele ist er unter Berücksichtigung aller Konditionen auch jetzt das Mittel der Wahl,“ so Reuter.

Rasche und pragmatische Hilfe

Die Corona-Krise stellt die gesamte Wirtschaft vor bislang ungeahnte Herausforderungen. Bedingt durch den Lockdown und das Wegbrechen von Liefer- bzw. Abnehmerketten müssen die Unternehmer sehr schnell zu liquiditätssichernden Maßnahmen greifen. Reuter dazu: „Die bayerischen Sparkassen sehen ihre Aufgabe darin, diesen Kunden rasch und so pragmatisch wie möglich zu helfen. Sie können das so oft schnell tun, ohne dadurch unverhältnismäßig hohe Risiken einzugehen, weil sie bereits eine langjährige gute Kundenbeziehung pflegen. Auch wenn für das laufende Jahr in einigen Branchen insgesamt eine stärkere Marktbereinigung erwartet wird als in normalen Jahren – die Sparkassen unterstützen ihre Kunden, wo immer es vertretbar und zulässig ist.“ ❐

Stadtsparkasse München:

So nah, als wäre man persönlich da – mit der neuen Video-Beratung online

Mit dem Beschluss von Bund und Ländern, zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in einen harten Lockdown zu wechseln, bleibt die Stadtsparkasse München für Ihre Kunden unverändert geöffnet. Neu ist die Möglichkeit, ab sofort mit jedem Berater der Stadtsparkasse auch per Video ein Beratungsgespräch zu führen. Persönliche Kontakte werden somit verringert und gleichzeitig können vertrauensvolle Gespräche mit dem persönlichen Berater weiterhin von Angesicht zu Angesicht geführt werden. Dazu ist jeder Mitarbeiter von Bayerns größter Sparkasse mit einem Tablet ausgestattet.

So steht den Kunden neben dem Besuch in der Filiale, telefonischer Beratung, E-Mail und Text-Chat nun auch der Video-Kontakt mit allen Beratern offen. Beratung kann somit „hybrid“ erfolgen, egal auf welchem Weg Kunden dies wünschen.

Bereits sieben von zehn Privatkunden der Stadtsparkasse nutzen für ihre täglichen Bankgeschäfte auch Online-Banking. Damit ist der Weg zu einer Online-Beratung per Video nicht mehr weit. Sogar Kunden, die bislang zwar noch kein Online-Banking nutzen, jedoch ein internetfähiges Smartphone oder Tablet besitzen, können von dieser neuen Möglichkeit ebenso profitieren. Diese Video-Gespräche finden ab sofort mit jedem der rund 1.000 Kundenberater der Stadtsparkasse München statt.

„Wir wissen, welche Einschränkungen dieser Lockdown für unsere Kunden mit sich bringt. Daher bieten wir alle Möglichkeiten, unseren Kunden in dieser schwierigen Zeit zusätzlich auch auf diesem Weg eine persönliche Beratung zu bieten“, erklärt Marlies Mirbeth, zuständiges Vorstandsmitglied für Privatkunden.

Verschlüsseltes Gespräch

Die technischen Voraussetzungen auf Kundenseite sind einfach: Ein Laptop, ein Smartphone oder ein Tablet und eine E-Mail-Adresse. Der Kunde vereinbart über die Internetseite der Stadtsparkasse www.sskm.de einen Beratungstermin. Der Berater schickt daraufhin dem Kunden per E-Mail einen Link. Mit Aufruf des Links startet der Kunde automatisch das verschlüsselte Videogespräch, ohne dafür eine zusätzliche Software oder App installieren zu müssen. Auf diesem Weg können auch Unterlagen und Dokumente auf dem Bildschirm gemeinsam betrachtet und besprochen werden. Dafür stehen die Berater von 9 bis 18 Uhr und Freitag bis 16 Uhr bereit. Wenn Kunden davor und danach eine Beratung wünschen, so ist dies in Absprache mit dem Berater natürlich ebenso möglich.

Auch die meisten Serviceleistungen sind wie bisher schon online über die Internetseite der Stadtsparkasse München oder über die S-App möglich. Dies macht in den meisten Fällen einen Besuch in der Filiale unnötig. Kunden, die bislang noch nicht die Vorteile von Online-Banking für sich einsetzen, können weiterhin Telefon-Banking für sich nutzen, um auf einen Besuch der Filiale zu verzichten. Hier kümmern sich die Kollegen des Direkt-Beratungs-Centers für Privatkunden sowie der Business-Line für Firmenkunden um die telefonisch durchgegebenen Kundenbelange. Persönlichen Service in den Filialen und Zugang zu den Schließfächern bieten 49 BeratungsCenter und Filialen unverändert von Montag bis Freitag im halbtägigen Wechsel an. ❐

Schnelle Click & Collect-Lösung für Einzelhändler

Die Stadtsparkasse München unterstützt den örtlichen Einzelhandel, damit er mit internationalen Online-Plattformen gleichziehen kann. Dazu bietet die Sparkasse ab sofort ihren Firmenkunden eine komfortable E-Commerce-Lösung an, inklusive aller sicheren Online-Bezahlverfahren, die derzeit gängig sind.

Der Freistaat Bayern hat vor kurzem das so genannte Click & Collect Verfahren zugelassen. Damit können die derzeit geschlossenen Münchner Geschäfte trotz der anhaltenden Corona-Beschränkungen ihren Kunden Ware online oder per Telefon zum Kauf und das Abholen vor Ort anbieten. Mit dieser neuen Regelung entfällt der aufwändige Versand. Die E-Commerce-Lösung One-Stop-Shop gibt es ab 29,90 Euro im Monat.

Website-Baukasten

Das All-Inclusive-Paket bietet einen einfach zu bedienenden Website-Baukasten mit zahlreichen Vorlagen an. Für das Einrichten werden keinerlei Programmierkenntnisse benötigt. Die Lösung des Sparkassen-Partners PAYONE sorgt zudem für eine optimierte Auffindbarkeit in Google. Innerhalb von 24 Stunden kann so der Händler mit seinem eigenen Online-Shop starten. Die ersten 60 Tage ist diese Lösung kostenlos, um sie unverbindlich testen zu können.

Vorstandsmitglied Marlies Mirbeth wirbt für dieses neue Click & Collect-Verfahren jetzt auch bei Münchner Einzelhändlern sowie bei den Kundinnen und Kunden selbst: „Diese in Bayern eingeräumte Möglichkeit hilft uns allen, die örtliche Wirtschaft zu stärken, statt anonym im Netz bei beliebigen Anbietern einzukaufen. Ich ermutige daher unsere Firmenkunden, diese Möglichkeiten schnell für sich und deren Kunden zu nutzen. Gleichzeitig appelliere ich an alle Münchner, sich solidarisch mit dem Einzelhandel zu zeigen und bevorzugt regional einzukaufen. Denn wir alle wollen auch nach der Pandemie sicher wieder unseren vielfältigen Einzelhandel in unserer Stadt genießen, darum sollten wir ihn in dieser schwierigen Zeit unterstützen.“ ❐

Bezirkshaushalte im Freistaat:

Corona-bedingte Mehrkosten

Die Bezirkshaushalte in Bayern für das Jahr 2021 sind unter Dach und Fach. Dabei haben sich die einzelnen Bezirke nach Angaben ihrer Präsidenten in herausfordernden Zeiten als verlässliche Partner für ihre Umlagezahler erwiesen.

Einstimmig verabschiedete der Bezirkstag der Oberpfalz das Zahlenwerk mit einem Gesamtvolumen von 512,6 Mio. Euro. Davon fließen rund 470 Mio. Euro in den Sozialbereich. 2020 rechnet der Bezirk mit Corona-bedingten Mehrkosten von 7,4 Mio. Euro, 2021 mit rund 11 Mio. Euro. „Wichtigstes Ziel war und ist der Schutz der Menschen in den Pflegeheimen und Behinderteneinrichtungen und die Sicherstellung der Betreuung“, hob Bezirkstagspräsident Franz Löffler hervor. Hygieneartikel und Schutzkleidung in den Einrichtungen wie auch höhere Personalausgaben durch kleinere Betreuungsgruppen und Mehrkosten durch Einzelbeförderungen kosteten Geld.

Daneben verursachten tarifliche Erhöhungen bei den Personalkosten in Pflegeheimen und Einrichtungen der Behindertenhilfe sowie steigende Investitionskosten alljährliche Pflegesatzanpassungen, die beim Bezirk Oberpfalz 2021 mit rund 11 Mio. Euro mehr zu Buche schlagen werden. Über Gesetzesänderungen kamen zudem schon im Jahr 2020 fast 8 Mio. Euro auf den Bezirk zu. „Das sind dauerhafte Kosten, die tendenziell eher ansteigen“, erklärte Löffler, der das Konnexitätsprinzip anmahnte: Der Bund könne nicht Gesetze beschließen und die Kommunen müssten dann für die Kosten aufkommen.

Oberpfalz

Unumgänglich war es daher für die Aufgabenerfüllung, den Hebesatz für die Bezirksumlage, die von den Landkreisen und kreisfreien Städten zu zahlen ist, um 0,5 Prozentpunkte auf 19,3 Prozent anzuheben. 283,1 Mio. Euro fließen so 2021 an den Bezirk, und damit 11,4 Mio. Euro mehr als 2020. Um die Bezirksumlagezahler nicht über Gebühr zu belasten, entnimmt der Bezirk knapp 16 Mio. Euro aus der Rücklage und nimmt für investive Maßnahmen Kredite in Höhe von 4,6 Mio. Euro auf. Das gesamte Haushaltsvolumen steigt im Vergleich zu 2020 um 26 Mio. Euro.

Um auch in den nächsten Jahren die Aufgaben erfüllen zu können, ohne die anderen kommunalen Ebenen finanziell zu überfordern, muss man aus Löfflers Sicht „auch die eine oder andere Systemfrage“ stellen, zum Beispiel ob in einer Klasse mehrere Schulbegleiter für Kinder mit Behinderung erforderlich seien oder ob man die Anpassung hoher Standard des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes nicht erst später umsetzen könne.

Schließlich dürfe man auch die anderen Aufgabenbereiche des Bezirks wie etwa die Kultur- und Heimatpflege nicht vernachlässigen, erinnerte der Bezirkstagspräsident. Man versuche, die Corona-gebeutelte Kulturbranche so gut es gehe zu unterstützen.

Trotz aller Widrigkeiten in Zeiten von Corona beschlossen die Mitglieder des Bezirkstages Mittelfranken mit großer Mehrheit, den Hebesatz der Umlage stabil bei 23,55 Prozent zu halten. „Der Bezirk Mittelfranken ist ein verlässlicher Partner für seine Umlagezahler, die bereits erhebliche finanzielle Folgen durch Corona verkraften müssen“, betonte Bezirkstagspräsident Armin Kroder. „Die kommunale Familie in Bayern, zu der unsere Bezirke ausdrücklich zu zählen sind, braucht mit Blick auf mittelfristige Finanzplanungen eine ausreichende staatliche Finanzausstattung“ mahnte Kroder.

Dass der Bezirk Mittelfranken 2021 seine Umlage stabil halten kann, ist insbesondere zwei Faktoren geschuldet: Sogenannte Minderausgaben füllen die Rücklage. Dabei handelt es sich um Gelder, die im diesjährigen Haushalt eingeplant sind, wegen Covid-19 aber nicht ausgegeben werden konnten. Um die Deckungslücke von rund 12 Mio. Euro zu schließen, kann deshalb tief in diese Reserven gegriffen werden. 600.000 Euro verbleiben über der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestrücklage von 9,3 Mio. Euro. Dazu werden nahezu alle anstehenden Investitionen über Kredite finanziert.

Erstmals durchbricht der Gesamthaushalt die Schallmauer von einer Milliarde Euro. Der Verwaltungshaushalt beträgt 976 Mio. Euro, im Vermögenshaushalt sind 52 Mio. Euro veranschlagt und der Stiftungshaushalt „Natur, Struktur, Kultur“ schmilzt auf 2,8 Mio. Euro. Dies ist den seit Jahren stagnierenden Zinsen geschuldet, überarbeitete Anlagerichtlinien sollen diesen negativen Effekt künftig abmildern.

Der Sozialetat steigt 2021 um weitere 30 Mio. auf 873 Mio. Euro und beträgt damit 89 Prozent des gesamten Verwaltungshaushalts. Auch hier appelliert Bezirkstagspräsident Kroder an die Bayerische Staatsregierung: „Wir erledigen unsere Aufgaben gerade auch mit Blick auf Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, mit voller Überzeugung und Leidenschaft. Dafür brauchen wir aber die entsprechenden finanziellen Mittel!“

Mit großer Mehrheit beschloss der Bezirkstag Mittelfranken die Erhöhung des Haushaltsansatzes für die ambulante psychosoziale Versorgung um 400.000 Euro auf über 24 Mio. Euro. Damit stärkt das Gremium die Arbeit der mittelfränkischen Beratungsstellen für Menschen mit einer seelischen Erkrankung oder Suchterkrankung. Weitere 40.000 Euro kommen der Nürnberger Drogenhilfe Lilith zugute, das Geld soll eine halbe Fachkraftstelle für die Beratung von schwangeren Frauen mit Suchtproblemen finanzieren.

Mittelfranken

Für die Fortsetzung laufender Baumaßnahmen – u.a. Wohnheim für die Landwirtschaftlichen Lehranstalten in Triesdorf, weitere Sanierung des Berufsbildungswerks Hören, Sprache, Lernen in Nürnberg und Aufbau der Synagoge aus Allersheim im Fränkischen Freilandmuseum Bad Windsheim – sind 14,8 Mio. Euro veranschlagt. Insgesamt sind überwiegend kreditfinanzierte Investitionen in Höhe 18,8 Mio. Euro geplant.

608 Mio. Euro, rund 20 Mio. Euro mehr als 2020, fließen in den Bezirkshaushalt. Das Jahr der Corona-Pandemie wird dann auf den Bezirkshaushalt 2022 voll durchschlagen. Bleibt es beim derzeitigen Hebesatz, wird schon heute bis 2024 mit einer Deckungslücke von über 100 Mio. Euro gerechnet.

Erstmals seit vielen Jahren sieht der Haushalt des Bezirks Unterfranken vor, Investitionen über Kredite zu finanzieren. Außerdem soll ein größerer Teil der Rücklagen aufgelöst werden. Dafür wird es aber möglich sein, den Hebesatz nur um 0,9 Punkte auf dann 20,2 Prozent anzuheben, statt der ursprünglich angedachten 1,4 Punkte auf 20,7 Prozent.

Unterfranken

Insgesamt umfasst das Zahlenwerk für 2021 ein Volumen von 565,2 Mio. Euro. Nimmt man die Krankenhäuser und Heime dazu, kommt man auf ein Gesamtvolumen von rund 875 Mio. Euro. 90,6 Prozent davon fallen auf den Sozialhaushalt. Aufgrund des so genannten Angehörigenentlastungs-Gesetzes, des Bundesteilhabe-Gesetzes, des neu geschaffenen Krisendienstes und anderer sozialer Verbesserungen kommen 2021 auf den Bezirk Mehrausgaben im Sozialbereich in Höhe von rund 32,7 Mio. Euro zu.

Kummer bereiten den Bezirksräten nach wie vor die Verluste der Intensiveinheit für Kinder- und Jugendpsychiatrie und der Klinik am Greinberg. Denn während die übrigen Bezirkskrankenhäuser seit Jahren mit soliden Erträgen aufwarten können, kommen diese beiden Häuser, die vom Universitätsklinikum Würzburg bewirtschaftet werden, nicht aus den Roten Zahlen. Nach Ablauf der kommenden fünf Jahre sollen daher die Fehlbeträge aus dem Kameralhaushalt ausgeglichen werden. Nichtsdestotrotz machte Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel deutlich, dass der Bezirk die andauernden Verluste nicht hinnehmen werde. Klärung soll ein Gespräch im bayerischen Gesundheitsministerium bringen.

Das Gesamthaushaltsvolumen des Bezirks Niederbayern einschließlich Wirtschaftsplänen der Bezirkskrankenhäuser und Kulturstiftung beträgt 745,9 Mio. Euro (2020: 733,7 Mio. Euro) und steigt damit gegenüber dem Vorjahr um 1,66 Prozent. Aus dem Verwaltungshaushalt mit insgesamt 505,8 Mio. Euro (2020: 498,6 Mio. Euro) fließen 451,6 Mio. Euro und damit fast 90 Prozent in die soziale Sicherung (2020: 439,1 Mio. Euro). Laut Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich stehen der Haushaltsplan 2021 und die Finanzplanung für die kommenden Jahre im Zeichen der Corona-Pandemie. „Dennoch kann die Bezirksumlage für 2021 dank der überdurchschnittlichen Steigerung der Umlagekraft stabil bei 20 Prozent gehalten werden und wird nahezu komplett zur Finanzierung der Ausgaben im Verwaltungshaushalt eingesetzt.“ Möglich wird dies allerdings nur durch eine Kreditaufnahme zur Finanzierung der Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (4 Mio. Euro) sowie eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage (6,9 Mio. Euro). Der Zuschussbedarf im Einzelplan 4 „Soziale Sicherung“ steigt um 22,3 Mio. Euro (8,3 Prozent). Begründet ist dies größtenteils in der Eingliederungshilfe in der seit 1. Januar 2020 geltenden Fassung des Bundesteilhabegesetzes, dessen Umsetzung zu erheblichen Mehrausgaben führt.

„Wir hoffen hier in den nächsten Jahren auf weitere Ausgleichszahlungen“, schilderte Heinrich, „wie auch für die wegen Corona entstandenen Mehrkosten in den Behinderten- und Pflegeeinrichtungen. Die vom Freistaat signalisierte Bereitschaft, eine konstruktive Lösung außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs zu finden, ist zwar positiv zu bewerten; die zu erwartende Höhe des Ausgleichs stellt für diesen Haushalt aber ein Risiko dar.“

Ein weiteres Risiko bergen aus Heinrichs Sicht fehlende Vergleichszahlen aus den Vorjahren bei der Eingliederungshilfe, da das Bundesteilhabegesetz zu einer grundlegenden Änderung der Haushaltssystematik geführt habe. So wurde 2020 erstmals zwischen Fachleistungen und existenzsichernde Leistungen unterschieden. Das erwartete Verhältnis dieser beiden Leistungsarten musste nach knapp einem Jahr Erfahrung korrigiert werden, verlässliche Zahlen werden frühestens für den Haushaltsplan 2022 vorliegen.

Für junge unbegleitete Flüchtlinge sind wegen der rückläufigen Zahlen rund 1,1 Mio. Euro weniger aufzubringen. Im Haushaltsplan 2021 wird von der bisherigen Vergütungsregelung durch den Freistaat ausgegangen. Für die Kulturstiftung bedeutet das Niedrigzinsniveau erneut geringere Erträge. Bei einem Haushaltsvolumen von insgesamt 1 Mio. Euro (2020: 1,1 Mio. Euro) stehen rund 300.000 Euro (2020: 400.000 Euro) für die in der Stiftungssatzung festgelegten Aufgaben zur Verfügung. Wie im Jahr 2020 ist beim Bezirk Schwaben auch der Haushalt 2021 von der Corona-Pandemie mitgeprägt. Im Verwaltungshaushalt stehen zunächst Einnahmen von 838 Mio. Euro geschätzten Ausgaben von 898 Mio. Euro entgegen.

Schwaben

Die im Bezirksausschuss festgehaltene Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben beträgt 60,2 Mio. Euro und soll auch durch eine Anpassung des Hebesatzes ausgeglichen werden. Dieser steigt um 0,5 Prozentpunkte von 22,4 auf 22,9 Prozentpunkte, wodurch Mehreinnahmen in Höhe von 12,6 Mio. Euro resultieren. Durch Rücklagen sowie die Anpassung des Hebesatzes soll dieser in den kommenden zwei Jahren konstant gehalten werden.

„Sparsam im Haushalt 2020, möchte der Bezirk Schwaben auch verlässlicher Partner für seine Umlagepartner im Jahr 2021 sein. Dass die Bezirksumlage in Nuancen angepasst wurde, hat wiederum das Ziel zur Folge, auch 2022 zuverlässiges Gegenüber für die Kommunen sein zu können“, erklärte Bezirkstagspräsident Martin Sailer. Pflichtausgaben für soziale Hilfen machen 95 Prozent des Bezirkshaushalts 2021 aus. Bei der Hilfe zur Pflege sowie der Eingliederungshilfe ist der Bedarf an individualisierter Versorgung gestiegen, wodurch mehr Personal benötigt wird.

Auswirkungen der Corona-Pandemie offenbarten sich 2020 auch für freischaffende Künstler und Erwerbstätige im Bereich der Kunst- und Kulturszene. „Durch flexible Zuschüsse haben wir das Kulturangebot gestützt und Solo-Selbstständigen unbürokratisch unter die Arme gegriffen“, unterstrich Sailer. Gleichzeitig verwies er auf Akzente in den Bereichen Kunst und Kultur: Als Herzstücke der musealen Arbeit erwähnte der Präsident drei Projekte, mit denen der Bezirk im Jahr 2021 in die kulturelle Zukunft Schwabens investiert: Der Neubau des Museumsdepots in Oberschönenfeld und Maihingen sowie die Umsetzung und Realisierung des Kunst- und Kulturforums auf dem Weiherhof, einem Start-Up-Zentrum für junge Nachwuchskünstler.

Durch Innovation und neue Impulse zeichnet sich der Bezirk Schwaben im Jahr 2021 auch im Bereich Bauen und Umwelt aus. Ein nachhaltiges Vorhaben ist die Installation einer weiteren Photovoltaik-Anlage auf dem Gelände des Fischereihofs Salgen. Das Projekt reiht sich in die Zielvereinbarung des Bezirks im Rahmen des European Energy Awards ein, bis 2030 klimaneutral werden zu wollen.

PS: Über die Bezirkshaushalte in Oberbayern und Oberfranken berichtete die GZ bereits in den Ausgaben 20/2020 bzw. 24/2020. **DK**

Kernelemente des LfA-Fördergeschäfts:

Nachhaltigkeit und Umweltschutz

EMAS-Zertifikat für vorbildliches Umweltengagement erneuert

Betrieblicher Umweltschutz und verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen sind feste Bestandteile der Nachhaltigkeitsstrategie der LfA Förderbank Bayern. Bereits 2016 hat die LfA für ihr vorbildliches Umweltengagement als erstes Landesförderinstitut das international anerkannte EMAS-Zertifikat erhalten. Diese Zertifizierung wurde nun durch einen unabhängigen Umweltgutachter erneut bestätigt.

EMAS steht für „Eco-Management Audit Scheme“ und ist eine Auszeichnung für freiwilliges, systematisches Umweltmanagement.

Unterstützung des Mittelstands

„Nachhaltigkeit ist unsere Verpflichtung und ein Kernelement unseres Fördergeschäfts. Mit der aktuellen EMAS-Rezertifizierung sind unsere langjährigen Umweltschutzaktivitäten erneut gewürdigt worden. Dies bestätigt, dass unsere Geschäftspolitik nachhaltig ausgerichtet ist und wir einen Beitrag für eine zukunftsfähige Gesellschaftsentwicklung leisten. Dabei setzen wir nicht nur intern auf Ressourcenschonung. Mit unserem Finanzierungsangebot unterstützen wir den Mittelstand auch dabei, Investitionen zur Verbesserung des Umweltschutzes und zur Steigerung der Energieeffizienz zu verwirklichen. Allein in unseren Energiekrediten ist das Zusagevolumen im vergangenen Jahr – trotz der Corona-bedingten Herausforderungen – auf über 300 Millionen Euro gestiegen“, so LfA-Vorstandschef Dr. Otto Beierl. ❐



PlusPunktRente - die freiwillige Altersvorsorge der BVK Zusatzversorgung

Bestens abgesichert im Alter - zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente

Die PlusPunktRente bietet allen Arbeitnehmer_innen im kommunalen öffentlichen Dienst in Bayern attraktive Möglichkeiten

✓ STAATLICH GEFÖRDERT
✓ FLEXIBLE BEITRAGSGESTALTUNG
✓ SICHERE VERSORGUNG AUS EINER HAND

Fordern Sie unverbindlich ein Angebot an -
mit dem QR-Code oder über www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer
ZUSATZVERSORGUNG

Stadtfinanzen 2020

Schlaglichter des Deutschen Städtetages

In der Publikation „Stadtfinanzen 2020 – Schlaglichter des Deutschen Städtetages“ beschreibt der Kommunalverband in kompakter Form die wichtigsten finanzpolitischen Themen für die Kommunen und bezieht Position dazu. Aus gegebenem Anlass werden schwerpunktmäßig die verschiedenen Fragestellungen rund um den bislang wirkungsvollen finanzpolitischen Umgang mit den Corona-Folgen beleuchtet. Darüber hinaus zeigt die Handreichung die Handlungszwänge für die nächsten zwei Jahre auf.

„Die aktuelle Finanzlage darf über eines nicht hinwegtäuschen: Ohne eine ausreichende Sicherung der kommunalen Haushalte auch in den Jahren 2021 und 2022 sind Einschnitte bei den kommunalen Investitionen unumgänglich. Und weil zu befürchten ist, dass Städte oder Gemeinden nahezu flächendeckend ihre Investitionen zurückhalten müssen, sind die Einschnitte bei den kommunalen Investitionen auch eine ernstzunehmende Gefahr für die konjunkturelle Erholung nach Corona“, betont der Deutsche Städtetag.

In dieser Situation dürfe der Bund nicht allein den Ländern die Verantwortung für stabile kommunale Haushalte überlassen. Konjunkturpolitik sei Bundessache und eine Stabilisierung der kommunalen Haushalte diene insbesondere konjunkturellen Zwecken.

Stabilisierung der kommunalen Haushalte

Aus Sicht des Kommunalverbandes liegt es auf der Hand, dass die Kommunalfinanzen am besten weiterhin über einen Ausgleich bei den Gewerbesteuern stabilisiert werden können. „Zwar steigt die Gewerbesteuer im Jahr 2021 wieder gegenüber dem katastrophalen Vorjahr 2020 an, aber das Aufkommen bleibt bundesweit trotzdem um mehr als 7 Milliarden Euro hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück. Vergleichbares gilt für das Jahr 2022. Mit der Kompensation der Gewerbesteuermindereinnahmen im Jahr 2020 haben Bund und Länder gemeinsam die kommunalen Haushalte stabilisiert. Der Erfolg dieser Politik ist offenkundig. Mit harten statistischen Zahlen zu den kommunalen Investitionen des Jahres 2020 ist bald zu rechnen.“

Damit sich dieser Erfolg einer Stabilisierung der kommunalen Haushalte und Investitionen wiederholen kann, müssten Bund und Länder die Regelungen zum Ausgleich der Gewerbesteuerverluste verlängern. Ergänzend hätten die Länder in den kommunalen Finanzausgleichen für Stabilität zu sorgen.

Spielraum nutzen

Die Haushalte von Bund und Ländern weisen im Jahr 2020 eine extrem hohe Neuverschuldung auf. Dagegen sind die Haushalte der Kommunen dank der Hilfen von Bund und Ländern weitgehend ausgeglichen. Vielfach, so der Deutsche Städtetag, werde daher die Frage gestellt, warum die Kommunen auch in den Jahren 2021 und 2022 weitere Hilfen von Bund und Ländern erhalten sollen. Die Antwort ergebe sich aus den unterschiedlichen Schuldenregeln: Bund und Länder haben in ihren jeweiligen Schuldenregeln explizite Regelungen für Ausnahmesituationen wie Corona. Das grundsätzliche Verbot der Neuverschuldung muss in besonderen Situationen angepasst werden.

Das kommunale Haushaltsrecht kennt für die aktuelle Situation solche Ausnahmeregelungen nicht. Kommunale Haushalte können viel weniger atmen als die Haushalte von Bund und Ländern. Die Finanzverfassung verankert das Abfedern von Konjunkturschwankungen ganz klar bei Bund und Ländern, nicht bei den Kommunen. Daher müssten Bund und Länder auch den Spielraum nutzen, den sie, anders als die Kommunen, haben.

„Anders ausgedrückt: Es besteht nicht die Wahl zwischen höheren Defiziten bei Bund und Ländern einerseits oder kommunalen Defiziten andererseits. Aber es besteht durchaus die Wahl, ob Bund und Länder auch unter Inkaufnahme von höheren Defiziten bereit sind, weiter die Kommunen zu unterstützen oder ob sie drastische Rückgänge bei den Investitionen in Kauf nehmen wollen. Die Entscheidung sollte angesichts der Bedeutung der kommunalen Investitionen für die Konjunktur klar sein.“

Jenseits von Corona

Jenseits der Krise behalten die Schlaglichter noch eines im Blick: Mit großem Aufwand wird dafür gesorgt, dass in den Unternehmen soweit wie möglich „business as usual“ (und sei es vom Homeoffice aus) betrieben werden kann. Ein „business as usual“ gibt es auch jenseits von Corona in der Steuer- und Finanzpolitik. Daher befasst sich die Publikation auch mit klassischen Themen, die die Kommunen beschäftigen, wie der Besteuerung der öffentlichen Hand, der notwendigen Überarbeitung der bestehenden Förderlandschaft oder der nachhaltigen Finanzierung.

„Sustainable Finance“ (SF) wird aus Sicht des Deutschen Städtetags „absehbar zu einer wesentlichen Rahmensetzung für das städtische Finanzmanagement“. Besonders beim Abruf von staatlichen Fördermitteln und mit Blick auf die Fremdmittelfinanzierung bei kommunalen Investitionen werde die Frage nach Umsetzung und Maßgabe von erklärten Nachhaltigkeitszielen in den Fokus rücken. Insgesamt könne SF ein wichtiger Baustein für eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft sein.

Fixpunkte

Folgende Fixpunkte sind aus städtischer Perspektive für die weitere Debatte um „Sustainable Finance“ zentral:

• Auf EU-Ebene hat man sich auf ein einheitliches Klassifikationssystem („Taxonomie“) für Finanzprodukte und Investitionen geeinigt. Damit ist definiert, was zum Klimaschutz beiträgt und als ökologisch nachhaltig betrachtet wird. Bereiche nachhaltiger Investitionen sind benannt.

• Städte finanzieren ihre Investitionen zum einen aus eigenen Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen und zum anderen in hohen Anteilen mit staatlichen Fördermitteln, zweckgebundenen Investitionszuweisungen sowie über Kommunalkredite, insbesondere langfristige Kredite. Die Kapitalmarktfinanzierung spielt (bisher) eine untergeordnete Rolle.

• Die kommunale Ebene hat Indikatoren zur Nachhaltigkeit erarbeitet. Diese orientieren sich an den von den Vereinten Nationen verabschiedeten internationalen Nachhaltigkeitszielen („Sustainable Development Goals“ – SDGs). Die „SDG-Indikatoren für Kommunen“ sollten Grundlage eines Nachhaltigkeits-Ratings der Finanzwirtschaft, auch „ESG-Ratings“ („Environment Social Governance-Ratings“) genannt, sein.

• Die Stärkung von Transparenz und Langfristdenken hat mit der praktizierten Doppik im kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen eine Grundlage. Standards für Wirtschaftlichkeitsberechnungen und „Lebenszyklusbetrachtungen“ bei Investitionsentscheidungen, mehrjährige Investitionsprogramme und die Erprobung von Nachhaltigkeitshaushalten in Städten sind angezeigt und zu unterstützen.

Kommunale Expertise berücksichtigen

Städte sind entscheidend für das Gelingen einer Transformation der Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit. Insofern ist laut Deutschem Städtetag der Dialog zwischen den Akteuren in Sachen „Sustainable Finance“ einerseits und den Akteuren städtischen Finanzmanagements andererseits zu verstärken. Nicht nachvollziehbar sei, weshalb keine kommunalen Vertreter zum Beispiel im SF-Beirat des Bundes mit am Tisch sitzen. Die Berücksichtigung kommunaler Expertise sei schließlich auch für eine praktikable, nationale Umsetzung von Standards wie der Taxonomie evident. **DK**

PwC-Studie:

Topmanager-Vergütung in kommunalen Unternehmen

Firmenwagen und betriebliche Altersvorsorge besonders in großen Unternehmen verbreitet

Wie viel verdienen Geschäftsführungs- und Vorstandsmitglieder der kommunaler Unternehmen 2020 in Deutschland? Dieser Frage ist die Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC Deutschland in einer Studie nachgegangen. Ergebnis: Je größer der Umsatz eines kommunalen Unternehmens, desto höher ist die Vergütung. Das trifft auf die Grundvergütung, die variable Vergütung sowie die relevantesten Nebenleistungen zu.

So beträgt der Median der Direktvergütung (Grundvergütung und variable Vergütung) für den Vorsitz von kommunalen Unternehmen mit weniger als 20 Millionen Euro Jahresumsatz 109.000 Euro; setzt das Unternehmen hingegen mehr als 100 Millionen Euro um, liegt der Median bei 225.000 Euro. Mitglieder der Unternehmensführung erhalten entsprechend 80.000 Euro bzw. 229.000 Euro.

Mehr als 350 Geschäftsleitungen befragt

PwC Deutschland hat für die Studie mehr als 350 Geschäftsleitungen kommunaler Unternehmen für das Vergütungsjahr 2020 befragt. Etwas mehr als die Hälfte stammt aus der Versorgungswirtschaft. Danach folgen die Wohnungswirtschaft (15 Prozent), die Verkehrswirtschaft (11 Prozent) und die Entsorgungs- und Abfallwirtschaft (8 Prozent). Die Unternehmensgröße richtet sich in der Umfrage nach dem Umsatz. Als kleine Unternehmen gelten solche mit weniger als 20 Millionen Euro Umsatz pro Jahr, mittlere haben einen Jahresumsatz zwischen 20 und 100 Millionen Euro; große Unternehmen setzen mehr als 100 Millionen Euro pro Jahr um.

In kleinen kommunalen Unternehmen liegt die Direktvergütung (Grundvergütung plus ein- und mehrjährige variable Zielvergütungen) von Mitgliedern der Unternehmensführung im Median bei fast 80.000 Euro, Vorsitzende erhalten im Median 109.000 Euro pro Jahr. Bei mittleren Unternehmen liegen diese Werte mit 150.000 beziehungsweise 163.000 Euro höher.

In großen Unternehmen erhält der oder die Vorsitzende im Schnitt 225.000 Euro – und damit zumindest statistisch sogar etwas weniger als die übrigen Mitglieder des Vorstands bzw. der Geschäftsführung (229.000 Euro). Allerdings ist das auf die unterschiedliche Verteilung von Vorsitzenden und Mitgliedern innerhalb des großen Umsatzclusters zurückzuführen. Petra Raspels, Partnerin und Leiterin People and Organisation bei PwC Deutschland: „Neben der Position der Person bestimmt vor allem die Unternehmensgröße die Organvergütung. Der Unternehmensumsatz ist der größte Treiber.“

Variable Gehaltsbestandteile steigen mit der Unternehmensgröße

Je größer ein kommunales Unternehmen ist, desto mehr Vorsitzende und Leitungsmitglieder erhalten einen variablen Vergütungsbestandteil. Bei den kleinen Unternehmen bietet nur knapp ein Viertel (24 Prozent) eine einjährige, und weniger als jedes fünfte (17 Prozent) eine mehrjährige variable Vergütung an. Demgegenüber sieht mehr als jedes zweite große kommunale Unternehmen (58 Prozent) eine einjährige variable Vergütung vor; mehrjährige variable Vergütungen zahlt immerhin noch mehr als ein Drittel (36 Prozent) der großen Unternehmen.

Mit zunehmender Unternehmensgröße erhalten nicht nur mehr Personen eine variable Vergütung; es steigt auch der Anteil der gesamten variablen Vergütungen an der Direktvergütung auf fast 20 Prozent. Arne Ferbeck, Partner des Fachbereichs Arbeitsrecht bei PwC Deutschland, erläutert: „Erfahrungsgemäß geht mit dem Anstieg der Berechtigten und der Zunahme des variablen Vergütungsanteils auch eine Professionalisierung der gesamten Vergütung des Organs einher.“

Firmenwagen und betriebliche Altersversorgung bleiben beliebteste Nebenleistungen

Das Firmenfahrzeug bleibt die beliebteste und am weitesten verbreitete Nebenleistung. Insgesamt 79 Prozent der befragten Teilnehmer nutzten 2020 einen Firmenwagen. Fast alle Führungskräfte großer Unternehmen (90 Prozent) fahren ein Firmenauto, bei kleinen Unternehmen tun dies nur knapp zwei Drittel (65 Prozent). Firmenwagen sind meist Fahrzeuge der Mittelklasse oder der oberen Mittelklasse; Oberklassefahrzeuge nannten die Befragten nur vereinzelt.

An zweiter Stelle steht die betriebliche Altersversorgung (69 Prozent) als wesentlicher Bestandteil der Vergütung. Während in kleinen Unternehmen etwas mehr als die Hälfte (55 Prozent) der Vorsitzenden und Mitglieder eine betriebliche Altersversorgung hat, sind es in großen Unternehmen 85 Prozent. „Der allgemeine Trend der beitragsorientierten Versorgungszusagen hat sich auch im kommunalen Sektor durchgesetzt“, stellt Arne Ferbeck fest. „Und auch hier kommt die Unternehmensgröße zum Tragen: Je größer das Unternehmen, desto mehr Führungskräfte erhalten beitragsorientierte Versorgungszusagen.“ ❒

Finanzminister Füracker:

Landratsämter entlasten, Ehrenamt fördern

Nach Auffassung von Finanzminister Albert Füracker sollen Landratsämter keine doppelte Umsatzsteuererklärung abgeben müssen. Eine Umsatzsteuererklärung je Landratsamt genüge. Dies sehe auch der Bundesrat so. Der Entschließungsantrag Bayerns sei ein voller Erfolg gewesen, teilte Füracker mit.

Landratsämter sind einerseits als unterste Staatsbehörde und andererseits als Kreisbehörde tätig. Mit der Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand müssen sie bis spätestens 2023 für beide Bereiche eigenständige Umsatzsteuererklärungen erstellen und an das Finanzamt übermitteln. Bayern hatte sich im Finanzausschuss des Bundesrats dafür eingesetzt, dass Landratsämter und andere vergleichbare Einrichtungen künftig nicht zwei Umsatzsteuererklärungen abgeben müssen. Der Antrag fand nun sowohl dort als auch im Plenum des Bundesrates die erforderliche Mehrheit.

Zeit und Ressourcen sinnvoll einsetzen

Nun liegt es am Bund, dies schnellstmöglich zu prüfen und umzusetzen. „Die Landratsämter sollen nicht unnötig mit zusätzlichem bürokratischem Aufwand bei der Umsatzsteuer belastet werden. Ihre Zeit und Ressourcen können die Ämter besser direkt für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort einsetzen“, betonte Füracker.

Auch setzt sich der Freistaat dafür ein, das öffentliche Ehrenamt besser steuerlich zu fördern. Mit dieser Forderung habe man sich direkt an die übrigen Finanzminister der Länder sowie Bundesminister Olaf Scholz gewandt und werde sich auch weiter nachdrücklich dafür einsetzen, erklärte der Minister. „Das Ehrenamt ist die Stütze unserer Gesellschaft. Wer sich ehrenamtlich engagiert, muss vom Staat auch steuerlich unterstützt werden. Für Aktive in Vereinen und Verbänden konnten wir mit der Anhebung des Übungsleiterfreibetrags und der Ehrenamtspauschale bereits Verbesserungen beim Bund durchsetzen; diese Hilfe muss ausgedehnt werden. Auch wer sich im öffentlichen Ehrenamt einbringt, beispielsweise als Führungskraft bei der freiwilligen Feuerwehr, als Schulweghelfer oder in Gemeinderäten, hat eine vergleichbare steuerliche Wertschätzung verdient“, erläuterte Füracker.

Freibetrag erhöht

Im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2020 wurde der steuerliche Übungsleiterfreibetrag um 25 Prozent von 2.400 Euro auf jetzt 3.000 Euro erhöht. Davon profitieren beispielsweise Aktive in Sport- oder Musikvereinen, nicht aber solche in kommunalen öffentlichen Ehrenämtern. Sie können aktuell von den für ihre Tätigkeit erhaltenen Entschädigungen ohne weiteren Nachweis nur bis zu 200 Euro im Monat als steuerfreien Aufwand geltend machen. So legen dies die von der Bundesregierung erlassenen Lohnsteuer-Richtlinien fest.

Für kommunale Mandatsträger gelten je nach Gemeindegröße zum Teil andere Werte, die ebenfalls angepasst werden müssen. Bayern tritt dafür ein, auch hier jeweils Erhöhungen vorzunehmen. **DK**

Flächenmodell ist die richtige Entscheidung

BdSt Bayern befürwortet den Grundsteuer-Entwurf von Finanzminister Füracker

Das Warten hat sich gelohnt. Der nun von Finanzminister Füracker vorgelegte Entwurf eines Bayerischen Grundsteuergesetzes bringt den Steuerzahlern im Freistaat eine einfache und transparente Berechnung der Grundsteuer. Die bayerische Staatsregierung nutzt die Länderöffnungsklausel und führt statt dem verwaltungsaufwändigen Bundesmodell eine wertunabhängige, nur nach der Flächengröße von Grundstücken und Gebäuden bestimmbare Bemessungsgrundlage ein.

Bereits seit vielen Jahren fordert der Bund der Steuerzahler eine Reform, die ein einfaches und nachvollziehbares Grundsteuerrecht bringt und unterstützt das bayerische Flächenmodell. „Wir begrüßen es sehr, dass nunmehr mit dem vorgelegten Entwurf eine für die Bürger nachvollziehbare Steuerberechnung vorgelegt wird. Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung Steuervereinfachung sowohl für Bürger als auch die Finanzverwaltung“, erläutert Vizepräsident Klaus Grieshaber vom Bund der Steuerzahler in Bayern.

Regionalisierung der Steuern

Mit dem Abschied Bayerns von einer nach dem Wert berechneten Bemessungsgrundlage erübrigt sich auch die regelmäßige, aufwändige Neubewertung sämtlicher Grundstücke, die nach dem Bundesmodell alle sieben Jahre vorgesehen ist und die bei steigenden Grundstückspreisen dann auch ohne weiteres Zutun zu Steuererhöhungen führen würde.

Mit dem Gesetzentwurf zur Grundsteuer wird auch ein erster Schritt in Richtung Regionalisierung der Steuern umgesetzt. Nun entscheidet erstmals der Freistaat, nach welchen Regeln die bayerischen Gemeinden, die ihnen zustehende Grundsteuer erheben und nicht der Bund. „Weitere Schritte sollten folgen, so z.B. bei der Erbschaftsteuer,“ meint dazu Vizepräsident Grieshaber. ❒

Krankenhausfinanzierung 2021 gesichert:

9,3 Mrd. Euro von den Gesetzlichen Krankenkassen

Rechtzeitig zum Jahresbeginn haben sich die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände in Bayern und die Bayerische Krankenhausgesellschaft über die Vergütung der Krankenhausleistungen für das Jahr 2021 auf dem Verhandlungsweg geeinigt.

Die bayerischen Krankenhäuser können danach für das laufende Jahr mit einem Finanzvolumen von insgesamt rund 9,3 Milliarden Euro aus den Beitragsmitteln der Gesetzlichen Krankenversicherung rechnen.

Damit ist die Finanzierung der somatischen Krankenhausbehandlungen auch unter den besonders schwierigen Pandemiebedingungen sichergestellt.

Landesbasisfallwert

Der wichtigste Finanzierungsparameter bei der Berechnung des Gesamtbudgets eines Krankenhauses ist der sogenannte Landesbasisfallwert. Dieser Betrag dient der Preiskalkulation und der Vergütung der einzelnen Behandlungsfälle. Für das Jahr 2021 verständigten sich die Verhandlungspartner auf einen Landesbasisfallwert in Höhe von 3.739,35 Euro.

Vereinbarung vor Ort

In über 250 bayerischen Krankenhäusern erfolgt die Abrechnung der erbrachten Leistungen über den Landesbasisfallwert als Multiplikator. Die Krankenhäuser vereinbaren mit den Krankenkassen vor Ort, welche und wie viele stationäre Behandlungen sie im Jahr 2021 erbringen und abrechnen können. ❐

Landkreis Starnberg:

Helfer für regionalen Pflegepool

Ein Ausbruchsgeschehen in einem Alten- oder Pflegeheim ist oft damit verbunden, dass sich neben Bewohnern auch Mitarbeiter mit dem Coronavirus infizieren. Um auf den Notfall vorbereitet zu sein und die pflegerische Versorgung der Menschen sicherzustellen, richtet der Landkreis einen regionalen Pflegepool ein. Wer eine Ausbildung oder Erfahrung im pflegerischen Bereich hat, wird gebeten, sich zu melden. Das Koordinierungszentrum Bürgerschaftliches Engagement (KoBE) im Landkreis Starnberg führt die landkreisweite Pflegedatenbank, in der Hilfswillige ihre Daten hinterlegen können: kobe-sta.de. Die Daten werden ausschließlich zur Bekämpfung der Corona-Pandemie verwendet und weitervermittelt. Im Bedarfsfall erfolgt eine unmittelbare Kontaktaufnahme und Zuweisung zu einem regionalen Einsatzort.

Den Bedarf an Fachkräften im Bereich der ambulanten und stationären Pflege zu decken, war bereits vor der Coronavirus-Pandemie nicht einfach. Durch die aktuelle Situation verschärft sich diese Situation zusätzlich. Deswegen hat sich die Führungsgruppe Katastrophenschutz im Landkreis Starnberg dazu entschlossen, einen Pflegepool für die Region einzurichten, so dass Alten- und Pflegeheime, ambulante Pflegedienste oder auch Privatpersonen im Bedarfsfall schnell Unterstützung erhalten.

Erfassung mit Qualifikationsniveau

In diesem Pflegepool werden alle Personen mit ihrem jeweiligen Qualifikationsniveau erfasst, die perspektivisch in der Pflege einsetzbar wären. Das sind beispielsweise Pflegekräfte, Krankenschwestern, Rettungssanitäter, Pflegehilfskräfte, Altenpfleger, die sich bereits in der Altersteilzeit oder im Ruhestand befinden oder die momentan aus anderen Gründen eine Auszeit genommen haben. Voraussetzung ist natürlich, dass sie bereit wären, in der aktuellen krisenhaften Situation zu unterstützen.

Lösungen vor Ort

Landrat Stefan Frey: „Wir haben uns aus einem ganz aktuellen Fall für die Einrichtung eines regionalen Pflegepools entschieden. Beim Ausbruchsgeschehen im Seniorenstift Pilsensee war über den Pflegepool Bayern auf die Schnelle keine Unterstützung zu bekommen. Hier sind zum Glück schnell und unbürokratisch zwei ehrenamtliche Helfer unseres DLRG eingesprungen. Das war großartig und dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Mit Lösungen vor Ort kann man in einigen Situationen einfach schneller reagieren.“

Schnelle Unterstützung im Bedarfsfalls

Roland Schwankhart, Fachberater Pflege in der Führungsgruppe Katastrophenschutz: „Ausbruchsgeschehen in unseren Alten- und Pflegeheimen sind sehr dynamisch und können trotz größter Hygiene- und Vorsorgemaßnahmen immer wieder vorkommen. Das Virus ist da leider sehr heimtückisch. Wir müssen uns einfach gut aufstellen, um im Bedarfsfall schnell Unterstützung leisten zu können. Mit einer kurzfristigen Unterstützung ist den Einrichtungen in einer kritischen Phase sehr geholfen. Es muss auch niemand Angst haben, hier lange gebunden zu sein. Wir sprechen von maximal zwei bis drei Wochen oder auch nur ein paar Tagen, bis die Mitarbeiter wieder gesund und einsatzfähig sind.“

Simone Berger von der KoBE: „Wenn aus einer Einrichtung ein Hilferuf kommt, werde ich die Personen in der Datenbank anrufen und fragen, wer spontan und kurzfristig Zeit hat. Es handelt sich dabei übrigens nicht um eine ehrenamtliche Tätigkeit. Ich stelle den Kontakt zur Einrichtung her, die Modalitäten werden dann zwischen Einrichtung und Hilfsperson besprochen.“ ❐

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Sana Kliniken AG
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Gesundheitswesens: Impfungen

Die Impfung ist nicht erst seit Corona ein vieldiskutiertes Thema. Als wichtiger medizinischer Baustein gegen schwere Erkrankungen – oft als „Kinderkrankheiten“ verharmlost – sind Impfungen etwa gegen Windpocken, Röteln, Masern oder Mumps seit Jahrzehnten etabliert, aber dennoch nicht unumstritten. Die Gruppe der Impfgegner ist zwar zahlenmäßig klein, dafür aber in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich lauter.

In der aktuellen Situation ist es Wissenschaftlern gelungen, rasch eine Impfung gegen Covid-19 zu entwickeln. Die Produktion der Impfstoffe läuft und auf einer schnellen Durchimpfung ruht in allen Teilen der Welt – unabhängig von den handelnden Personen in Regierung und Wissenschaft – die Hoffnung, dass die meisten Einschränkungen dieser Tage bald wieder aufgehoben werden können.

Sicherheit und Nebenwirkungen

In Sachen Sicherheit und Nebenwirkungen sind die Wissenschaftler überzeugt, ein sicheres Produkt entwickelt zu haben und die wenigen bislang bekannt gewordenen Fälle von Schmerzen an der Einstichstelle, Schüttelfrost oder Fieber bestätigen dies. Wahrscheinlich ist, dass die vorhandenen Impfstoffe die derzeit bekannten Mutationen des Corona-Virus ebenfalls abdecken. Ob das auch künftig so sein wird, ist schwer zu sagen, aber das war in der derzeitigen Situation auch bestimmt nicht das vordringliche Ziel – gegen das Grippevirus muss man schließlich auch jedes Jahr aufs Neue geimpft werden, weil Mutationen davon auftreten – und auch hier gibt es eine hohe Impfbereitschaft und nur marginale Nebenwirkungen.

Impfzentren und Impfteams

Das Vorgehen bei den Impfungen, die Art der Terminvergabe und die Geschwindigkeit der Umsetzung variieren je nach Bundesland. Impfzentren sind vielerorts das Mittel der Wahl; Impfteams sind unterwegs und in vielen Fällen wird auch im Krankenhaus geimpft. Die Menge der bereits verimpften Dosen variieren je Bundesland und auch die Impfbereitschaft schwankt bei denjenigen, die derzeit geimpft werden könnten.

Die Bekämpfung des Corona-Virus hat und wird uns auch weiterhin eine Menge Geduld abverlangen. Aber anders als im vergangenen Jahr ist mit dem Impfstoff nun ein Licht am Ende des Tunnels angegangen, das jeden Tag ein wenig heller wird. ❐

GZ BLOG

In Kooperation mit der Sana Kliniken AG.
Alle Beiträge finden Sie auf unserer Internetseite www.gemeindezeitung.de/GZ-Blog.

Wirtschaftliche Herausforderungen durch Corona

Von Dr. Andreas Hartung

Die wirtschaftliche Situation für Krankenhäuser in Deutschland hat sich in den Monaten seit Beginn der Pandemie deutlich verschlechtert. Bereits vor Corona hatte nahezu die Hälfte aller Häuser finanzielle Probleme, diese Zahl dürfte – wenn die Pandemie irgendwann zu Ende gegangen ist – weiter gestiegen sein. Unabhängig vom Träger eines Krankenhauses ist das eine schlechte Nachricht, egal, ob nun eine Kommune, eine Kirche oder ein privater Träger ein Krankenhaus betreibt.

Denn ein Krankenhaus bietet Leistungen an, die mit einem hohen Personalaufwand und hohen Investitionskosten verbunden sind. Menschen und Technik sind notwendig, um die Gesundheitsversorgung in einer Region aufrecht zu erhalten. Aber sie kostet eben auch Geld, das an anderer Stelle erwirtschaftet werden muss.

Eigentlich werden Krankenhäuser im Wesentlichen durch eine duale Finanzierung in Form von Landesmitteln für Investitionen und durch die Einnahmen aus der Behandlung der Patienten (sogenannte Fallpauschalen) finanziert. Dabei gibt es keinen Unterschied, ob das Krankenhaus von einer Kommune oder einem privaten Unternehmen betrieben wird. Bei Investitionen gilt allerdings: Während die Kommune notwendige Eigenanteile an Investitionen aus Steuergeldern aufbringen oder mit diesen Mitteln Löcher im Krankenhaus-Etat stopfen muss, greifen private und konfessionelle Träger auf Eigenmittel zurück, die sie erwirtschaftet haben. Den Einnahmen stehen Ausgaben für Personal, Technik und Infrastruktur zu Verfügung.

Ein diffiziles Gebilde, denn die Ausgaben sind weitgehend unveränderliche Fixkosten, die auch dann bezahlt werden müssen, wenn die Einnahmen ausbleiben. Bleiben die Kosten gleich und sinken dann die Einnahmen (noch weiter), öffnet sich die Schere und der Haushalt gerät in Schieflage.

Kosten durch Corona

Genau das ist in den vergangenen Monaten passiert und wird in noch stärkerem Maße in diesem Jahr passieren. Denn die Zahl der Patienten ist durch Corona in 2020 gesunken. Das wurde durch den Rettungsschirm der Bundesregierung im vergangenen Jahr zwar abgemildert, zugleich sind aber die Kosten – etwa für Verbrauchsmaterialien wie Masken und Gehälter – spürbar gestiegen. Und wie es 2021 weiter gehen wird, wenn Corona das Land weiterhin im Griff hat, ist derzeit nicht abzusehen.

Massiver Investitionsstau

Bereits seit Jahren gibt es einen massiven Investitionsstau in vielen Häusern, weil die Länder ihrer Verpflichtung, für diese Kosten aufzukommen, nicht mehr ausreichend nachkommen. Bayern steht hier im Ländervergleich noch relativ gut dar, dennoch sinken auch hier die Fördermittel. Das wirkt sich nicht nur auf die aktuelle Attraktivität der Häuser aus, sondern hat natürlich auch Konsequenzen für die Zukunftsfähigkeit der Krankenhäuser. Denn ist es ja bekannt, dass die Menschen inzwischen durchaus mit den Füßen abstimmen und das nächstgelegene Krankenhaus nicht automatisch jenes sein muss, das angesteuert wird, wenn es notwendig wird.

Unheilbarer Fall?

Bevor die Corona-Pandemie das Land überrollt hat, wurde in der Politik eine Diskussion über die Notwendigkeit der Weiterentwicklung der Kliniklandschaft geführt. Denn unabhängig von den Finanzmitteln, die benötigt werden, um ein Krankenhaus zu betreiben, war deutlich geworden, dass für viele Behandlungen keine stationäre Versorgung mehr benötigt wird. Das „Bett“ als Zeichen für einen funktionierenden Klinikbetrieb verliert an Wert.

Auch kleinere Krankenhäuser, die in unmittelbarer Nachbarschaft „Konkurrenz“ aus dem angrenzenden Landkreis haben oder die mehrere Standorte mit eher geringem medizinischen Leistungsspektrum betreiben, haben nicht nur wegen vielfältiger Daumenschrauben der Politik (durch zahlreiche Gesetzesänderungen) eventuell zwar noch eine emotionale, aber nicht zwangsläufig noch eine tatsächliche Perspektive.

Krankenhausbetreiber stehen also spätestens in dem Moment, in dem die Pandemie durch den großflächigen Einsatz der Impfstoffe zurückgedrängt wurde, die Haushaltskasse aber leer und das Krankenhaus wieder in einen Regelbetrieb gehen könnte, vor der Herausforderung, nun dem Wettbewerb zu trotzen – oder die Reißleine zu ziehen. Letzteres dürfte angesichts der erhöhten Aufmerksamkeit für Krankenhäuser durch die Krise allerdings mit massiven Protesten verbunden sein.

Neue Chancen

Ziel muss es deshalb sein, die Krankenhäuser möglichst schnell fit für die Zukunft zu machen und an den neuen Perspektiven und Möglichkeiten auszurichten.

Welche Chancen bieten sich durch Kooperationen? Wie können durch neue Angebote auch neue Patientengruppen erschlossen werden? Wie kann ein Haus auch für neue Mitarbeiter attraktiv gemacht werden und wie gelingt es, eine neue Position im Gefüge der Gesundheitsversorgung in einer Region zu finden. Fragen, die schon jetzt angegangen und beantwortet werden müssen, damit es nicht selbst schon bald zum unheilbaren Fall wird.

Der Autor Dr. Andreas Hartung ist Generalbevollmächtiger der Sana Kliniken AG und verantwortlich für die Führung und Weiterentwicklung von Managementverträgen. ❐



Dr. Andreas Hartung. Bild: Sana Kliniken AG

Der Managementvertrag als Alternative

Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert, steigende Defizite belasten die schrumpfenden kommunalen Haushalte zunehmend. Die immer komplexer werdenden Anforderungen an die Führung von Krankenhäusern lassen Träger über Alternativen nachdenken.

Mittels eines Managementvertrags, insbesondere wenn er von den großen Krankenhausbetreibern angeboten wird, erhält der kommunale Träger die Möglichkeit kommunale Strukturen durch einen Verbund zu stärken. Der Träger erhält eine erfahrene Geschäftsführung und den Zugang zum Expertenwissen einer großen Krankenhausgruppe ohne seine Eigenständigkeit aufzugeben. Er kann die Größenvorteile eines Verbunds nutzen und die Leistungsfähigkeit seines Krankenhauses steigern. Das Management kann auf die Expertise aller zentralen Spezialisten zurückgreifen. Dieses stets aktuelle Expertenwissen steht nicht nur der Geschäftsführung, sondern allen Mitarbeitern zur Verfügung. So wird die gesamte Komplexität einer modernen und innovativen Krankenhausführung abgedeckt. Mitarbeiter werden in ihren Bereichen weiterentwickelt. Sämtliche Standards der anderen Kliniken werden in den Managementhäusern implementiert, Abläufe professionalisiert. Dabei dienen die übrigen Verbundkliniken auch als Referenz für die Managementhäuser, innovative Lösungen werden erlebbar. Solche Managementverträge sind zeitlich befristet und bieten nicht nur dann, wenn eine Privatisierung nicht möglich und ein „weiter so“ mit Eigenmitteln schwierig ist, eine sinnvolle Alternative. ❐

Breitbandinternet für Corona-Impfzentren

LEW TelNet bindet fünf Standorte in der Region an das LEW-Gigabitnetz an
Planung und Umsetzung erfolgte innerhalb weniger Tage

Mit der Einrichtung zentraler Impfzentren bereiten sich die Landkreise und Städte der Region auf den Start der Corona Impfungen vor. Für einen sicheren und reibungslosen Betrieb ist auch eine schnelle und stabile Internetanbindung erforderlich. Mit dem Aufbau der Datenverbindungen an insgesamt fünf Standorten wurde LEW TelNet, das Telekommunikationsunternehmen der LEW-Gruppe, beauftragt.

Das LEW TelNet-Team hat innerhalb weniger Tage Breitbandanschlüsse und schnelle Internetdienste für die Impfstationen geplant und vorbereitet: für das Impfzentrum der Stadt Augsburg auf dem ehemaligen Fujitsu Gelände, für den Landkreis Weilheim-Schongau in Peißenberg, für den Landkreis Aichach-Friedberg im Gewerbegebiet Acht 300 zwischen Dasing und Aichach sowie für den Landkreis Donau-Ries an den Standorten der Impfzentren Donauwörth und Nördlingen.

Infrastruktur für sichere Breitbandversorgung

Als Infrastruktur für die Datenanbindung der Standorte nutzen die Vernetzungsspezialisten von LEW TelNet das mittlerweile rund 4.500 Kilometer umfassende Glasfasernetz, das die LEW-Gruppe in der Region betreibt. Über dieses Gigabitnetz bindet LEW TelNet die Impfzentren mit den gewünschten Bandbreiten an. Neben hohen Bandbreiten bietet LEW TelNet je nach Anforderung Internetdienste mit unterschiedlichen Leistungsmerkmalen und Service-Leveln an. Über das leistungsfähige Datennetz hat LEW TelNet bereits 250 Breitbandprojekte umgesetzt. Rund 77.000 Haushalte und Unternehmen können über das LEW-Datennetz an das Internet angebunden werden.

Aufbau der Dateninfrastruktur

Die Arbeiten an den Standorten der Impfzentren reichen dabei von der Erdverlegung vollständig neuer Glasfaserstrecken bis ins Gebäude über neue Inhouse-Verkabelungen bis zur Reaktivierung vorhandener Datenleitungen. An einigen Impfzentren wurden die schnellen Internetanschlüsse bereits in Betrieb genommen. In den anderen Fällen bereitet LEW TelNet aktuell die Fertigstellung vor.

Schnelle Umsetzung der Projekte

„Alle Beteiligten arbeiten hervorragend zusammen. Von der ersten Anfrage bis zum Freischalten der Internetverbindung können wir alle Projekte innerhalb weniger Tage stemmen“, so Johannes Stepperger, Geschäftsführer der LEW TelNet GmbH. „Die aktuelle Situation zeigt, wie wichtig ein leistungsstarkes Breitbandnetz ist. Ich freue mich, dass wir mit unserem Glasfasernetz hier einen Beitrag zur Bewältigung der Corona-Krise leisten können.“ ❐

Corona:

Digitale Kontaktdatenerfassung

Darfichrein bietet Lösung für Entlastung von Gesundheitsämtern

Die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung (AKDB) hat gemeinsam mit dem Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Bayern und einem Entwicklerduo aus dem #WirVsVirus-Hackathon der Bundesregierung unter der Schirmherrschaft von Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach eine digitale Lösung zur Kontaktdatenerfassung und -nachverfolgung entwickelt.

Die Lösung mit dem Namen Darfichrein ist seit Juni 2020 am Markt verfügbar, sie ersetzt Stift und Papier durch QRCodes und Smartphone. Darfichrein wird bereits an über 3.300 Standorten genutzt, dabei wurden bisher über 2,4 Mio. Check-ins abgewickelt.

Neben Restaurants, Hotels, Sportvereinen und Universitäten wird Darfichrein bereits von zahlreichen öffentlich-rechtlichen Betrieben, Kommunen und Behörden genutzt. So stattet aktuell das bayerische Justizministerium alle Gerichte mit dieser digitalen Lösung aus.

Aufgrund des aktuellen Lockdowns, der positiven Erfahrungen beim Einsatz im behördlichen Umfeld, dem Bestreben nach einer weitergehenden Digitalisierung und der enormen Belastung des Gesundheitssystems könnte Darfichrein auch in diesem Bereich eine ideale Lösung zur Entlastung der Gesundheitsämter darstellen.

Datenschutz und Nutzerfreundlichkeit

Denn Darfichrein bringt Datenschutz und Nutzerfreundlichkeit in Einklang. Nutzer checken in wenigen Sekunden über ihr Smartphone ein. Dabei ist es nicht notwendig, eine App herunterzuladen. Die Daten werden verschlüsselt im Rechenzentrum der AKDB gespeichert und automatisch nach vier Wochen gelöscht. In den vergangenen Monaten wurde eine Fülle von Funktionen entwickelt, um die Erfassung von Kontaktdaten für alle Branchen und Bereiche digital abzubilden.

Im Fall einer Covid 19-Infektion übergibt der Betrieb auf Veranlassung staatlicher Stellen die Kontaktdaten für den angefragten Zeitraum an das Gesundheitsamt. Das Gesundheitsamt importiert die csv.-Datei in ihre interne Management-Software und kann direkt in die Nachverfolgung einsteigen. Da durch die digitale Erfassung die Übermittlung und das mühsame Auslesen von handgeschriebenen Zetteln entfallen, wird wertvolle Zeit gewonnen und die Gesundheitsämter personell entlastet.

Mehr Informationen unter www.darfichrein.de. ❐

Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek:

Innovationspotenzial bei Pflegeprojekten

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister fördert innovative Modellprojekte für Pflegebedürftige und Menschen mit Demenz

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek stärkt die Versorgung von Pflegebedürftigen und Menschen mit Demenzerkrankung. Holetschek sagte: „Wir sehen immer wieder, dass viele Träger und Initiativen gute Ideen entwickeln, wie sie pflegende Angehörige noch besser unterstützen können. Es ist mir ein großes Anliegen, Versorgungsstrukturen insbesondere für Menschen mit Demenz und andere Gruppen Pflegebedürftiger weiter auszubauen.

Innovative neue Konzepte, die die Situation Pflegebedürftiger und deren Zu- und Angehöriger insbesondere im häuslichen Umfeld verbessern können, verdienen unser besonderes Augenmerk. Deshalb fördern wir gemeinsam mit der sozialen und der privaten Pflegepflichtversicherung innovative Modellprojekte, die neue Versorgungskonzepte und -strukturen erproben.“ Der Minister erklärte: „Die Projekte sollen sich an demenzerkrankte Pflegebedürftige sowie an andere Gruppen von Pflegebedürftigen richten, deren Versorgung in besonderem Maße der strukturellen Weiterentwicklung bedarf.“

Modellförderung für drei Jahre

Die Modellförderung steht vor allem für Projekte im ambulanten Bereich zur Verfügung. Sie ist zunächst für drei Jahre vorgesehen, kann aber auf maximal fünf Jahre verlängert werden. Ein Kostenrahmen ist nicht vorgegeben. Gefördert wurden bislang beispielsweise die Projekte „Sport trotz(t) Demenz“, die „Bayerische Beratungsstelle für seltene Demenzerkrankungen“ sowie „Internationale Angehörigentutoren“. Auch die „Fachstellen für Demenz und Pflege Bayern“ und die in jedem Regierungsbezirk vertretenen regionalen Fachstellen für Demenz und Pflege werden als Modellprojekte gefördert. Holetschek bekräftigte: „Ich bin überzeugt, dass wir darüber hinaus in Bayern noch großes Innovationspotenzial haben. Bewerbungen für die nächste Förderwelle sind bis 30. Juni 2021 möglich.“

Bewerbungen können an das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege, Referat 42, Frau Dr. Schwendner, Haidenauplatz 1, 81667 München oder per E-Mail an Demenzstrategie@stmgp.bayern.de gerichtet werden. ❐

Forderung des Bayerischen Heilbäder-Verbands:

Kuren zur Pflichtleistung machen

Der Bayerische Heilbäder-Verband (BHV) hat Bundesregierung und Bundestag aufgefordert, Kuren schnellstmöglich zur Pflichtleistung der Krankenkassen zu machen. „Das Deutsche Kabinett hat im Dezember den entsprechenden Gesetzentwurf verabschiedet. Er muss jetzt unverzüglich in die parlamentarische Beratung und vom Deutschen Bundestag verabschiedet werden“, forderte der kommissarische BHV-Vorsitzende Alois Brundobler wörtlich.

Brundobler zufolge „warten wir seit Jahren darauf, dass Versicherte einen Anspruch auf eine Kur haben. Um Planungssicherheit für potenzielle Kurgäste zu bekommen, erwarte ich, dass noch vor der Bundestagswahl die Änderung beschlossen wird.“

Zahl der ambulanten Kuren dramatisch gesunken

Noch Mitte der 1990er Jahre hatte es bundesweit 900.000 ambulante Kuren gegeben. Durch die Gesundheitsreformen sank diese Zahl dramatisch. So gab es 2019 bundesweit nur mehr 31.763 ambulante Vorsorgeleistungen, in Bayern waren es 14.622.

„Kann“ soll Pflichtbestimmung werden

Nach gültiger Rechtslage können Krankenkassen eine ambulante Vorsorgeleistung in einem Kurort genehmigen, wenn alle sonstigen medizinischen Behandlungsmöglichkeiten vor Ort ausgeschöpft sind, oder wegen besonderer Umstände nicht durchgeführt werden können. Aus dieser Kann-Bestimmung soll nach vorliegendem Gesetzentwurf nun eine Pflichtleistung der Kassen werden. Auch die stationäre Kur in einer geeigneten Einrichtung soll unter denselben Voraussetzungen zur Pflichtleistung werden. **DK**

„Keine Impfpflicht gegen COVID-19“

Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat eine Impfpflicht gegen COVID-19 für die Pflegeberufe gefordert. Er argumentiert unter anderem damit, dass es bereits eine Impfpflicht gegen Masern gebe.

Der Verein Ärzte für individuelle Impfentscheidung e. V. spricht sich klar gegen jede Form einer Impfpflicht aus, ob für Kinder, Jugendliche und Erwachsene oder bestimmte Berufsgruppen. Das wird sowohl aus dem Leitbild des Vereins als auch aus dem Positionspapier zur Impfung gegen SARS-CoV-2 deutlich.

Die von Söder gewählte Analogie zu den Masern beweise, dass es hier an Verständnis für die Komplexität der zugrundeliegenden Zusammenhänge fehle, so die Ärzte, denn ein „wesentliches Argument der Politik für das sogenannte ‚Masernschutzgesetz‘ war und ist der durch diese Impfung herbeizuführende Herdenschutz, also das Vermeiden der Ausbreitung eines Krankheitserregers, weil erfolgreich Geimpfte die Masernerkrankung nicht mehr auf andere übertragen können.

Ob eine derartige Herdenimmunität durch die aktuellen COVID-19-Impfstoffe überhaupt herbeigeführt werden kann, ist derzeit völlig offen. Die vorliegenden Daten aus den Zulassungsstudien lassen nicht darauf schließen. Damit entbehrt die von Söder erhobene Forderung jeder wissenschaftlichen Grundlage.“

Söders Forderung missachte darüber hinaus die Eigenverantwortlichkeit der Pflegenden: „Ihnen darf nicht abgesprochen werden, für sich selbst entscheiden zu dürfen, ob sie sich impfen lassen oder nicht. Dieser in der Pandemie extrem geforderten Berufsgruppe nun auch noch eine Impfpflicht abzunötigen, gefährdet die ausreichende Versorgung von Patienten, da viele Betroffene ohnehin in Betracht ziehen, den Beruf nicht mehr länger ausüben zu wollen.“

Nicht außer acht lassen dürfe man auch die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit der Masernimpfpflicht. Denn die, so die Mediziner, sei derzeit noch völlig offen: „Dem Bundesverfassungsgericht liegen dazu mehrere Beschwerden vor, die bislang noch nicht abschließend entschieden wurden.“ ❐

Engagement-Barometer zur Corona-Pandemie

Sozialministerin: „Pandemie stellt zivilgesellschaftliches Engagement vor große Herausforderungen – es bleibt aber der Schlüssel für ein lebendiges Miteinander in unserer Gesellschaft“

ZiviZ (Zivilgesellschaft in Zahlen) im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V. hat das aktuelle Engagement-Barometer veröffentlicht. Dafür wurden im Herbst 2020 Führungskräfte aus Infrastruktureinrichtungen sowie Landes- und Bundesverbände gemeinnütziger Organisationen zu den Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf das freiwillige Engagement befragt. Die Studie wird u.a. vom Bayerischen Sozialministerium unterstützt.

Dazu Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner: „Die Ergebnisse des Engagement Barometers zeigen uns, dass die Corona-Pandemie das zivilgesellschaftliche Engagement weiterhin vor große Herausforderungen stellt. Die Situation wird für manche Organisationen zunehmend schwierig. Umso großartiger ist es, dass sich Ehrenamtliche auch unter schwierigen Bedingungen nicht davon abhalten lassen, für andere Menschen und für die Gesellschaft einzustehen. Mit Fantasie und Mut zu Neuem haben viele Organisationen das Beste aus der Situation gemacht. So manche Erfahrungen, etwa welche Erleichterung die digitalen Möglichkeiten bringen, bleiben ein Gewinn auch über Corona hinaus.“

Vereinspauschale verdoppelt

So zeigt die Aktion „Unser Soziales Bayern – Wir helfen zusammen!“ unter https://www.stmas.bayern.de/unser-soziales-bayern/index.php mit zahlreichen Beispielen, wie etwa durch Nachbarschaftshilfen viel Gutes bewirkt werden kann. Auch Vereine und andere gemeinnützige Organisationen haben seit Pandemiebeginn Außerordentliches geleistet. Die Bayerische Staatsregierung unterstützt hier durch verschiedene Maßnahmen. So hat sie etwa die Vereinspauschale für bayerische Sport- und Schützenvereine verdoppelt und ein Hilfsprogramm für Vereine der Heimat- und Brauchtumspflege und für Laienmusikvereine aufgelegt.

„An vielen Stellen merken wir gerade jetzt, wieviel Mehrwert für die gesamte Gesellschaft in dem sozialen Miteinander steckt, das durch Ehrenamt entsteht“, so Trautner, die an alle appelliert: „Unsere Zivilgesellschaft lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Ich kann alle nur dazu ermutigen, sich in unsere Gemeinschaft einzubringen. Es ist ein Gewinn für Sie und für uns alle.“

Zahlen und Ergebnisse des neuen Engagement-Barometers finden sich auf der ZiviZ-Homepage unter www.ziviz.de/corona. ❐

Standort für nationale Gesundheitsreserve

Die Bundesregierung hat beschlossen, dass bis Ende 2021 in Augsburg eine nationale Gesundheitsreserve aufgebaut wird. Augsburg ist einer von 19 Standorten. Hintergrund dieser Entscheidung ist das Beschaffungs-Chaos, wie es zu Beginn der Pandemie herrschte. Damals war es schwierig, medizinisches Material auf dem Weltmarkt einzukaufen. „Nationale Reserven gibt es in vielen Bereichen, etwa für Öl oder Nahrungsmittel“, erläutert die Bundestagsabgeordnete Ulrike Bahr, „ungewöhnlich ist so ein Vorgang nicht.“

Aktuelle Maßnahmen, wie etwa die Beschaffung von Masken und Schnelltests für Pflegeeinrichtungen, laufen weiterhin parallel. Die Länder sind angehalten, eigenes Material anzuschaffen und an den Gesundheitssektor abzugeben. Der Rückgriff auf die Bestände des Bundes soll nur im akuten Notfall möglich sein.“ ❐



Bezahlbar und altersgerecht

InnZeit Bau schafft Wohnraum für Menschen mit geringer Rente und Betreuungsbedarf – gefördert nach EOF

Steigende Mietpreise, niedrigere Renten, fehlende Rücklagen für barrierefreien Umbau – in Zukunft werden viele Senioren vor existenziellen Herausforderungen stehen. Laut einer Untersuchung des Pestel Instituts im Auftrag des Bundesverbands Deutscher Baustoff-Fachhandel e.V. wird bis zum Jahr 2038 ein Viertel der Seniorinnen und Senioren von zusätzlichen staatlichen Grundsicherungsleistungen abhängig sein. Im Hinblick auf eine alternde Gesellschaft und die von Experten prognostizierte „graue Wohnungsnot" wird geförderter und altersgerechter Wohnraum daher – im städtischen wie im ländlichen Raum – künftig nötiger denn je gebraucht.

„Eine ganze Generation mit deutlich niedrigeren Renten als vorangegangene Generationen trifft auf einen Immobilienmarkt mit explodierenden Wohnkosten. Das zeigt sich schon heute, wird aber in Zukunft ein noch viel schwerer wiegendes Problem sein. Handeln ist jetzt notwendig!", sagt Rupert Voß, Geschäftsführer der InnZeit Bau GmbH: „Deshalb haben wir das Produkt ‚Gefördertes Wohnen nach EOF inklusive Betreuungsangeboten' entwickelt, das die beiden gesellschaftspolitisch relevanten Attribute ‚bezahlbar' und ‚betreut' in sich kombiniert."

Das Unternehmen realisiert aktuell in der oberbayerischen Gemeinde Brannenburg das Generationenwohnprojekt „Dahoam im Inntal" mit vielfältigen Wohnangeboten für Jung und Alt und für Menschen mit unterschiedlichsten Betreuungsbedürfnissen, darunter auch 32 nach EOF geförderte Wohneinheiten.

Das Modell der Einkommensorientierten Förderung (EOF) ermöglicht Wohnungssuchenden bezahlbare Mieten durch einen einkommensabhängigen Mietzuschuss. So wird die in mehrere Stufen gestaffelte Förderung bei einer Einzelperson bis zu einer jährlichen Bruttoeinkommensgrenze von 28.250 Euro gewährt. Auch Ehepaare mit einer Bruttorente von bis zu 56.500 Euro haben Anspruch auf eine geförderte Wohnung. Förderberechtigte, die der Einkommensstufe 1 zuzuordnen sind, zahlen damit etwa nur noch eine Kaltmiete in Höhe von 4,50 Euro pro qm.

Für eine einzelne Person ergibt sich bei einer Wohnung mit 40 qm eine monatliche Gesamtmiete von 180 Euro, für ein Paar in einer 50 qm großen Wohnung beträgt die Miete monatlich 225 Euro. Die Berechtigung, eine geförderte Wohnung zu beziehen, wird durch die zuständige Stelle bei der Stadt oder dem Landratsamt in Form eines Wohnberechtigungsscheins erteilt.

Mit der Kombination von nach EOF gefördertem, bezahlbarem Wohnraum und betreutem Wohnen bietet die InnZeit Bau GmbH ein innovatives und völlig neues Konzept am Markt, das für Kommunen ein sinnvolles Investment in die Zukunft darstellt. Rupert Voß: „Geeignet sind vor allem Grundstücke ab ca. 5.000 qm, die Platz für 70 Wohneinheiten oder mehr mit schwerpunktmäßig 1- bis 2-Zimmer-Wohnungen zur Verfügung stellen."

Aufgrund der notwendigen Gemeinschaftsflächen (z. B. Räumlichkeiten für Sport, Gemeinschaftsaktivitäten etc.) ist die Größe der Grundstücksfläche vordefiniert. Eine ansprechende, bedürfnisorientierte Gestaltung mit Balkonen und durchgehender Barrierefreiheit sowie mit Außenanlagen und Gemeinschaftsflächen steigern dabei die Attraktivität und den Nutzwert für Seniorinnen und Senioren.

Konzept aus einer Hand

„Die Kommune hat das bevorzugte Belegungsrecht und außerdem die Garantie, dass das Grundstück mit Gebäude zum Beispiel nach 80 Jahren Erbbaurecht wieder in ihr alleiniges Eigentum fällt. Zusätzlich schafft sie mit dem Angebot einen deutlichen Standortvorteil für ihre Bürgerinnen und Bürger", resümiert Voß. Neben dem Konzept des bezahlbaren betreuten Wohnens setzt die InnZeit Bau GmbH auch Sonderwohnformen um, wie etwa Alterswohngemeinschaften oder Generationenwohnprojekte, und ist hierbei besonders auf eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen und den regionalen Partnern bedacht.

Die InnZeit Bau GmbH ist weit mehr als ein klassischer Bauträger. Als Projektentwickler, Realisierungsgesellschaft, Investor, Hausverwalter und Vermieter begleitet sie mit einem 50-köpfigen Team Kommunen durch den gesamten Umsetzungsprozess – von der Konzeption über die Förderung und die Vergabe der Wohnungen bis hin zur Steuerung von Kooperationen, Verwaltung und Vermietung der betreuten Wohnungen. Ziel und Vision der InnZeit Bau GmbH ist dabei stets, nachhaltige Lebensräume zu schaffen, bei denen die Bedürfnisse der Menschen im Fokus stehen. ❐

Professioneller Corona-Schutz dank Echtglas

Um einer Infektion mit dem Coronavirus vorzubeugen, werden vielerorts Schutzscheiben und Trennwände eingesetzt. Dass eine professionelle Schutzwand aus Echtglas aber noch mehr Vorteile bietet, wissen nur die wenigsten.

„Im Gegensatz zu Vorrichtungen aus Acryl- oder Plexiglas kann Echtglas problemlos regelmäßig mit Chemikalien gereinigt werden", erklärt Jochen Grönegräs, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Flachglas e.V. (BF). „Andere Schutzscheiben aus Kunstglas bieten zwar auch eine pflegeleichte Oberfläche, können aber durch die Reinigung mit Desinfektionsmitteln Risse bekommen. Es besteht die Gefahr, dass sich auf Dauer Viren und andere Krankheitserreger festsetzen." Eine Oberfläche aus Echtglas dagegen ist viel resistenter und ermöglicht die vorschriftsmäßige Desinfektion gegen Covid-19 auch über einen langen Zeitraum.

„Das Hygienebewusstsein der Menschen hat sich durch das Virus nachhaltig verändert", so Grönegräs. Nach seiner Überzeugung werden Schutzverglasungen auch nach der Pandemie nicht aus dem öffentlichen Raum verschwinden, beispielsweise um sich vor der Grippe zu schützen. Aus diesem Grund sei es wichtig, auf hohe Qualität in Sachen Infektionsschutz zu achten.

„Sicherheitsvorkehrungen aus Echtglas bestehen in der Regel aus Einscheiben-Sicherheitsglas (ESG) und stellen aufgrund ihrer chemischen Beständigkeit, Härte und Langlebigkeit eine ästhetische und dauerhafte Vorsichtsmaßnahme gegen Virusinfektionen dar", so der Glasexperte abschließend. **BF/FS**



Die Räume der Kita MainSchiff aus ELA Containern sind kindgerecht und komfortabel eingerichtet. Bild: Rebecca Dernbach Fotodesign

Kita-Engpässe in Metropolregionen

ELA Container unterstützt mit kindgerechten Raumlösungen

Die Region rund um Frankfurt am Main boomt. Dazu gehört auch Kelsterbach, unweit des Frankfurter Flughafens. Allein im letzten Jahr zogen 6.000 Menschen in die Kleinstadt, nicht wenige von ihnen mit kleinen Kindern, die einen Kita-Platz benötigen. Für Bärbel Völker ist das eine Herausforderung. Sie baut und betreibt als kaufmännische Leiterin der Terminal for Kids gGmbH Kindergärten in der Metropolregion. Für Kelsterbach musste eine schnelle, aber gleichermaßen komfortable und kindgerechte Raumlösung als Kita her. „Eine Aufgabe wie gemacht für die flexiblen Modulräume von ELA", erklärt ELA Area Sales Manager Julian Schreiner, der das Projekt betreute.

Innerhalb kürzester Zeit entstand mit der Unterstützung von ELA Container für sechs Kindergartengruppen die Interims-Kita „MainSchiff". „Dass der Einzug in die Anlage pünktlich erfolgen konnte, ist der Flexibilität von ELA Container zu verdanken", erklärt Völker „Trotz guter Vorplanung wurde es durch Genehmigungsprozesse zum gewünschten Eröffnungstermin hin zeitlich sehr knapp. Aber das ELA Team hat es geschafft, die Container innerhalb von wenigen Tagen aufzustellen und technisch auszurüsten, sodass wir pünktlich mit den Kindern einziehen konnten."

Insgesamt musste Platz für 137 Kinder geschaffen werden. Auf mehr als 500 Quadratmetern wurde auf zwei Etagen aus 40 Premiummietcontainern und zehn Qualitätsallroundern eine Anlage geschaffen, die alle Ansprüche an einen modernen Kindergarten erfüllt. Neben den sechs Gruppenräumen gibt es auf beiden Etagen Sanitärräume für Kinder, einen Schlafraum, zwei pädagogische Räume und weitere Räumlichkeiten für technische Belange.

Bei der Einrichtung des Kindergartens wurde auf eine kindgerechte Ausstattung der Räumlichkeiten geachtet: Niedrige WCs und Waschbecken in den Sanitärräumen und elektronische Türöffner machen die Anlage für Kinder barrierefrei begehbar. Deckensegel sorgen für eine gute Akustik in den Räumen. Fluchtwegbeschilderung, Panikschlösser, kindersichere Steckdosen und vernetzte Rauchwarnmelder gewährleisten die Sicherheit der Kinder und Mitarbeiter. So entstand ein Wohlfühlraum, in dem Eltern ihre Kinder gerne betreuen lassen.

Der Kita-Engpass in Kelsterbach ist kein Einzelfall in Deutschland. ELA Area Sales Manager Julian Schreiner bekommt immer mehr Anfragen aus dem öffentlichen Sektor, gerade im Bildungsbereich. „ELA ist für seine Container mit hoher Aufenthaltsqualität und den Rund-um-Sorglos-Service in der Branche bekannt", sagt Schreiner. „Insbesondere beim Bau temporärer Kindertagesstätten und Schulen können wir auf unseren langjährigen Erfahrungsschatz zurückgreifen. Ich freue mich, dass wir damit auch Terminal for Kids unterstützen konnten."

Der emsländische Familienbetrieb ELA hat seit 1972 den Mietservice und auch die Technik der Raumsysteme ständig weiterentwickelt. Mit über 40.000 transportablen Einheiten ist ELA Container der Spezialist, wenn es um mobile Räumlösungen in Containerbauweise geht. Ein eigener Fuhrpark von 100 Spezial-lastkraftwagen mit Ladekran gewährleistet einen sicheren Transport und eine fachgerechte Montage. ELA ist mit 17 Standorten und über 950 Mitarbeitern, darunter 40 mobile Fachberater, weltweit vertreten und stellt somit eine kurzfristige und schnelle Lieferung an jeden Ort sicher. Den jeweiligen ELA-Ansprechpartner findet man auf der Website www.container.de.

BAU ONLINE 2021:

Baufachwelt im digitalen Dialog

Die Corona-Pandemie erzwingt digitale Transformationen: Die BAU 2021 wurde als Premiere komplett ONLINE durchgeführt, und das mit großer Resonanz. Die BAU als weltgrößte Baufachmesse für Architektur, Materialien und Systeme ohne Präsenz der Besucher vor Ort – das wäre noch vor einem Jahr unvorstellbar gewesen.

Die Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat Anne Katrin Bohle eröffnete die Gesprächsreihe STUDIO Bund im Rahmen der BAU ONLINE 2021. Vom 13. bis zum 15. Januar war das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) mit eigenem LivestreamKanal vertreten. Unter dem Leitthema „Perspektiven für das Bauen im Wandel" stellten Vertreterinnen und Vertreter aus Bauwesen, Wissenschaft, Verwaltung und Politik aktuelle Ergebnisse aus der Bauforschung und konkrete Praxisbeispiele vor.

In diskursiven Panels diskutierten sie deren Relevanz für das Bauen und erörterten eine mögliche Neuausrichtung der Baubranche, um den gesellschaftlichen und technologischen Anforderungen gerecht zu werden.

Bohle zufolge „führt bei vielen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit kein Weg am Gebäudebereich vorbei: sei es der Klimaschutz, die Energiewende, die Auswirkungen der Corona-Pandemie oder auch der demographische Wandel. Unser gebautes Zuhause spielt eine zentrale Rolle bei all diesen Herausforderungen. Welche Potentiale und Innovationen im Bauwesen stecken, führt die BAU in diesem Mal einmal wieder beeindruckend vor."

Das BMI unterstützt die Innovationskraft der Bauwirtschaft mit dem Innovationsprogramm Zukunft Bau. Mit Zukunft Bau werden Vorhaben der Forschung und Entwicklung gefördert, die einen Beitrag zur zukunftsweisenden Ausrichtung der Bau- und Wohnungswirtschaft leisten.

In der Corona-Pandemie hat sich zwar gezeigt, dass der Baubereich ein vergleichsweise resilienter Wirtschaftszweig ist. Aufgrund der hohen konjunkturellen Bedeutung der Bauwirtschaft ist es umso wichtiger, mögliche Folgen der Pandemie in den Fokus zu nehmen. In den Panels wurden Fragen z.B. zu „Auswirkungen auf die Bauwertschöpfungsketten" diskutiert und „Hygiene-Anforderungen als Normalität" im Planungsbereich beleuchtet.

Netzwerktreffen

Mit dem 17. Netzwerktreffen „Effizienzhaus Plus macht Schule" startete BMI auf der BAU ONLINE 2021 in das Jubiläumsjahr seiner Forschungsinitiative Effizienzhaus Plus. Wissenschaftlich validiert läutet dieser Gebäudestandard das Zeitalter der positiven Energiebilanz im Gebäudebereich ein. Seine bundesweiten Modellvorhaben werden schon heute für den zukunftsorientierten energetischen Gebäudestandard. Diskutiert werden retrospektiv und prospektiv aus verschiedenen Perspektiven baupolitische Meilensteine auf dem Weg zum klimagerechten Bauen im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030. ❐



Difu-Studie zur Stadtentwicklung:

Bodenpolitik als Schlüsselinstrument

Kommunen können durch eine strategische Bodenpolitik die verloren gegangene Handlungsfähigkeit sowie Gestaltungsoptionen für die Stadtentwicklung zurückgewinnen. Darauf verweist eine neue Studie, die das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit 14 deutschen Städten, darunter München und Nürnberg, durchführte.

Fakt ist: Die Flächenreserven vieler Städte und Gemeinden sind nahezu aufgebraucht. Angesichts des anhaltenden Bevölkerungswachstums werden jedoch dringend geeignete Grundstücke benötigt, allein um den Bedarf an Kitas, Schulen, Bildungseinrichtungen und vor allem für die soziale Wohnraumversorgung zu sichern. Die weiterhin steigenden Bodenpreise führen dazu, dass auch die Finanzierung solch zentraler Aufgaben der Daseinsvorsorge zunehmend schwieriger wird. Dies betrifft zunächst Kommunen und Staat – letztendlich wird es jedoch von allen zu zahlen sein: Verbrauchern, Nutzern und Steuerzahlern.

In seinem Ergebnisbericht gibt das Difu-Forschungsteam praktische Empfehlungen zur Implementierung bodenpolitischer Strategien in den Kommunen. Im Fokus steht dabei ein besseres Zusammenwirken von Liegenschaftspolitik, Stadtentwicklungspolitik und Stadtplanung.

Leitlinien: Gemeinwohl und Nachhaltigkeit

Zunächst geht es darum, den strategischen, operativen und finanziellen Nutzen zu ermitteln, der mit einer aktiven Liegenschaftspolitik verbunden ist. Gemeinwohl und Nachhaltigkeit sind hierfür die Leitlinien. Neben der Sichtung des Liegenschaftsportfolios und der Überprüfung aktueller Zweckbindungen gilt es, den Erhalt und die Erweiterung des nicht zweckgebundenen Liegenschaftsvermögens (Flächenreserve) im erforderlichen Umfang sowie die langfristige Sicherung der am Gemeinwohl orientierten Nutzung bei der Vergabe (Konzeptvergabe, Erbbaurecht etc.) in den Blick zu nehmen.

„Städte müssen auch in 50 Jahren noch in der Lage sein, auf eigenen Flächen Entwicklungen zu betreiben, die von anderen Marktakteuren nicht zu erwarten sind“, betont Prof. Dr. Arno Bunzel, stellvertretender Institutsleiter des Difu. „Ein Ausverkauf des kommunalen Liegenschaftsvermögens ist keine Option. Ganz im Gegenteil – das kommunale Liegenschaftsvermögen ist als Grundlage für künftige Entwicklungen und Generationen zu erhalten und zu erweitern. Die Städte brauchen die Trumpfkarte des Bodenbesitzes angesichts der anhaltenden Dynamik auf den Immobilienmärkten.“

Bei der Vergabe kommunaler Grundstücke sollte laut Studie künftig das beste Konzept zum Zuge kommen und nicht mehr nach Höchstgebotsprinzip entschieden werden. Dies wirkt preisdämpfend und entspricht den Zielen des Gemeinwohls. Bei der Vergabe von Grundstücken sind die Möglichkeiten des Erbbaurechts zu nutzen. Dadurch wird der Stadt beispielsweise die Möglichkeit eröffnet, bei Gewerbegrundstücken im Falle von Betriebsaufgaben neu über die Nutzung der Grundstücke zu entscheiden und das längere Brachliegen von Flächen zu vermeiden. Und bei der Vergabe von Grundstücken für den sozialen Wohnungsbau können zudem Mietpreisbindungen für die gesamte Dauer des Erbbaurechts erreicht werden, d.h. deutlich länger als beim Verkauf.

Baulandmodelle, bei denen die Kommune zwischenfinanziert, sind ein weiteres wichtiges Instrument. Hier können Ankaufsmöglichkeiten gleich integriert werden. „Die Nutzung von Baulandmodellen ist nicht nur legitim und im Interesse einer am Gemeinwohl orientierten Entwicklung, sie ist auch fair, da die Kosten der Baulandentwicklung aus der daraus folgenden Werterhöhung der Grundstücke finanziert werden“, so die Stadtforscherin Ricarda Pätzold, Mitautorin der Studie. „Bei konsequenter Handhabung ist auch bei Baulandmodellen mit einer preisdämpfenden Wirkung auf den Bodenmarkt zu rechnen.“

Die Stadt Münster betreibt beispielsweise gerade unter Nutzung von Baulandmodellen eine sehr erfolgreiche Bodenpolitik. Und die Stadt Ulm konzentriert seit mehr als hundert Jahren ihre Baulandpolitik auf Flächen, die sie vorher erworben hat. Das Ergebnis sind vergleichsweise geringe Preise für erschlossene Baugrundstücke.

Rechtliches Instrumentarium konsequent nutzen

Die Studie zeigt zudem, dass die Städte das vorhandene rechtliche Instrumentarium konsequent nutzen müssen. Politisch Entscheidungstragende müssen sich mit Mut und Kraft gegen Widerstände durchsetzen, wenn dies im Interesse des Wohls der Allgemeinheit erforderlich ist – auch wenn dies angesichts der Zersplitterung der Parteienlandschaft in den Räten zunehmend schwerer zu werden scheint. „Schließlich geht es hierbei um nicht weniger als die Wahrnehmung des mit der kommunalen Selbstverwaltung verbundenen Gestaltungsauftrags“, heißt es.

Schließlich adressiert das Forschungsteam auch Empfehlungen an Bund und Länder. In Städten mit anhaltend stark steigenden Immobilienpreisen sei eine temporäre Preisregulierung erforderlich, um eine Dämpfung der Bodenpreisentwicklung zu erreichen. Auch sollte geprüft werden, ob mit einem Bodenpreisdämpfungsgesetz ein Genehmigungsvorbehalt analog dem Grundstücksverkehrsgesetz für Baugrundstücke und Bauerwartungsland geschaffen wird. In Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten könnte die Genehmigung solcher Grundstückverkäufe untersagt werden, wenn der Verkaufspreis oberhalb des „regulierten Bodenwertes“ liegt.

„Bund und Länder sollten die Städte durch die Auflage von Bodenfonds unterstützen“, lautet ein weiterer Vorschlag. Hierauf seien vor allem die strukturell durch Altschulden belasteten Kommunen angewiesen. Bodenfonds sollten auch komplexere Entwicklungsvorhaben mit längeren Umsetzungszeiten sowie den Aufbau einer strategischen Flächenreserve in kommunaler oder interkommunaler Hand unterstützen können. Darüber hinaus müsse der kommunale Ankauf von Grundstücken haushaltsrechtlich ermöglicht werden, damit die Kommunalaufsichtsbehörden in die Lage versetzt werden, die derzeit restriktive Praxis aufzugeben.

Die haushaltsrechtlichen Bestimmungen erlauben den Kommunen zum Teil die Veräußerung von Grundstücken unterhalb des Verkehrswertes, soweit die Veräußerung einem durch das Wohl der Allgemeinheit gedeckten Zweck dient – z. B. die soziale Wohnraumversorgung. Diese Spielräume seien weiter zu entwickeln. Eine Veräußerung zu rein fiskalischen Zwecken müsse auf Ausnahmefälle beschränkt werden. Nur so könne verhindert werden, dass die Gemeinden selbst zum Preistreiber auf den Immobilienmärkten werden.

Entlastung der Kommunen von der Grunderwerbsteuer

Die aktive Bodenpolitik der Gemeinden erfordert auch eine Entlastung der Kommunen von der Grunderwerbsteuer. Flächenankäufe, die die Städte und Gemeinden befähigen, ihrer Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge und einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung nachzukommen, seien deshalb generell von der Grunderwerbsteuer zu befreien.

Erweitert werden sollten die Spielräume für eine Durchführung Städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen (SEM). Grundstücke der öffentlichen Hände sollten generell für gemeinwohlbezogene Nutzungen vorgehalten und ggf. mit entsprechender Zweckbindung vergünstigt an die Kommunen (zurück)gegeben werden.

Hohe Bodenpreise und Schwierigkeiten bei der Baulandmobilisierung betreffen in der Regel ganze Stadtregionen. Anreize zur interkommunalen Kooperation bei der Ausgestaltung in den Förderprogrammen von Bund und Ländern seien zu erhalten und weiterzuentwickeln. **DK**



V. l.: Kathrin Alte, Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Anzing, Regierungspräsidentin Maria Els und der Ebersberger Landrat Robert Niedergesäß. Bild: Regierung von Oberbayern

Für anerkannte Bedürftige und Flüchtlinge:

Neue Wohnungen in Anzing

Anlässlich der Eröffnung eines Objekts mit insgesamt 11 Wohnungen, die aus dem Sofortprogramm im Wohnungspakt Bayern entstanden sind, fand ein offizieller Fototermin mit Regierungspräsidentin Maria Els, Landrat Robert Niedergesäß, Erster Bürgermeisterin Kathrin Alte sowie der Leiterin des Staatlichen Bauamts Rosenheim, Doris Lackerbauer, statt.

Das auf einem Grundstück des Freistaats stehende Bestandsgebäude wurde baulich ertüchtigt und um einen Neubau eines weiteren Gebäudes mit 8 Wohnungen ergänzt. Insgesamt hat der Freistaat unter Führung des Staatlichen Bauamts Rosenheim in Anzing rund 2,5 Millionen Euro investiert.

Entlastung des Wohnungsmarkts

Die Regierungspräsidentin erklärte: „Ich freue mich sehr, dass wir nun anerkannten Flüchtlingen sowie bedürftigen Einheimischen im Raum Anzing preisgünstigen Wohnraum bieten können. Damit schaffen wir zum einen eine wichtige Grundlage für eine gelungene Integration und tragen zum anderen auch zur Entlastung des Wohnungsmarkts insgesamt bei.“

Vermieter ist einheitlich der Freistaat Bayern, vertreten durch die Regierung von Oberbayern als den Grundbesitz bewirtschaftende Dienststelle. Die ersten Bewohner*innen sollen zeitnah nach Unterzeichnung der Mietverträge einziehen. ❐

Absage der IHM 2021

Die vom 10. bis 14. März 2021 geplante Internationale Handwerksmesse (IHM) muss abgesagt werden. Damit kann das jährliche Gipfeltreffen des Handwerks zum zweiten Mal in Folge pandemiebedingt nicht stattfinden.
Hintergrund ist die Fortschreibung der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie auf Bundes- und Länderebene mit verschärften Maßnahmen im Bereich der Kontaktbeschränkungen und -vermeidungen.
Die nächste IHM findet vom 09.-13. März 2022 auf dem Messegelände München statt. ❐

Planungssicherstellungsgesetz:

Bundeskabinett bringt Verlängerung auf den Weg

Die öffentliche Beteiligung bei Infrastrukturvorhaben kann weiterhin ohne physische Treffen und digital erfolgen. Die dafür nötigen Regelungen des Planungssicherstellungsgesetz (PlanSiG) werden bis Ende 2022 verlängert. Dies hat das Bundeskabinett auf Vorschlag des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) beschlossen.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze: „Digitale Verfahren zur Öffentlichkeitsbeteiligung sorgen derzeit dafür, dass wichtige private und öffentliche Investitionen trotz der Pandemie nicht ins Stocken geraten, z.B. beim Wohnungsbau und Klimaschutz sowie der Energie- und Verkehrswende. Die aktuellen Regeln geben allen Beteiligten viel Freiraum für digitale, analoge und hybride Verfahrenslösungen. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass sich diese Flexibilität als Instrument zur Krisenbewältigung bewährt hat.“

Für viele Planungs- und Genehmigungsverfahren ist normalerweise die körperliche Anwesenheit von Personen erforderlich, zum Beispiel bei der Einsichtnahme in Unterlagen oder bei der Durchführung von Erörterungs- und Anhörungsterminen. Aus Gründen des Infektionsschutzes können diese Verfahrensschritte nun schon seit längerer Zeit nicht wie gewohnt durchgeführt werden. Mit dem Planungssicherstellungsgesetz wurden daher vorübergehende Ersatzmöglichkeiten, z.B. Internetveröffentlichungen oder die Durchführung von Online-Konsultationen, geschaffen. Um niemanden von Beteiligungsmöglichkeiten auszuschließen, soll für Bau- und Investitionsvorhaben weiterhin eine Veröffentlichung der wesentlichen Unterlagen und Entscheidungen sowie die Wahrnehmung von Verfahrensrechten im klassischen, analogen Sinn erhalten bleiben.

Klarheit für Behörden, Investoren und Verbände

Das Planungssicherstellungsgesetz, das im vergangenen Jahr aufgrund der Corona-Pandemie erlassen wurde, wird nun zunächst bis zum 31.12.2022 verlängert. Das schafft Klarheit für Behörden, Investoren und Verbände. Auf diese Weise können zudem weitere Erfahrungen mit digitalen Planungsverfahren gesammelt werden.

Damit wird die Evaluation des Gesetzes auf eine breitere Datengrundlage gestellt. Anhand der Ergebnisse entscheidet die Bundesregierung, ob die Regeln – wie vielfach gefordert – auch dauerhaft gelten sollen. ❐

Verlängerter Lockdown:

Verschärfte Existenznöte

Die notwendigen harten Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie bedrohen das wirtschaftliche Überleben zahlreicher Menschen und Unternehmen. Gerade jetzt, wo es durch die Impfstoffe eine Perspektive auf ein Ende der Pandemie gibt, gilt es daher nach Ansicht der Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland (bcsd e.V.) für die Politik, die unverschuldet in diese Situation geratenen Berufsgruppen durch schnelle und unbürokratische Hilfe über die Zeit des Lockdowns zu unterstützen.

Die Veranstaltungsbranche, die seit fast einem Jahr brach liegt, (Kleinst-)Einzelhändler*innen, die mit viel Liebe ihre Sortimente zusammenstellen und nun nicht verkaufen können, Soloselbständige, denen sämtliche Aufträge wegbrechen, Schausteller*innen, die auf die Durchführung von Festen angewiesen sind, und viele weitere von den Auswirkungen der Pandemie besonders stark Betroffene bangen in der aktuellen Situation um ihre wirtschaftliche Existenz und Lebensleistung. „Es liegt in der Verantwortung von Politik und Behörden, diesen Menschen mit Empathie und finanzieller Hilfe zu begegnen und so eine Perspektive zu bieten“, sagt bcsd-Geschäftsführer Jürgen Block.

Die entwickelten Impfstoffe geben die Aussicht, die Pandemie besiegen zu können. Gerade vor diesem Hintergrund ist entscheidend, die genannten Berufsgruppen jetzt nicht im Stich zu lassen und ihnen nach langen schwierigen Monaten auch in diesem hoffentlich letzten Kraftakt zur Seite zu stehen.

Alle genannten Berufsgruppen sind wichtige Partner des Stadtmarketings, die mit ihm gemeinsam daran arbeiten, die Lebensqualität in den Städten zu erhalten und zu steigern, zum Beispiel durch die Entwicklung eines vielfältigen stationären Einzelhandelsangebots und zentraler Versorgungbereiche sowie durch die Belebung unserer Innenstädte und Ortskerne. „Das alles sind Qualitäten, die im öffentlichen Interesse liegen, Bedürfnisse von Bürger*innen abdecken und nicht zuletzt deswegen unbedingt erhalten werden müssen“, betont Block. ❐

150 CO2-Ampeln in Abensberg verteilt

Die Stadt Abensberg hat in der 3. Januarwoche des neuen Jahres 2021 insgesamt 150 CO2-Ampeln zur Klimaüberwachung in geschlossenen Räumen an alle städtische Bildungs- und Betreuungseinrichtungen ausgeliefert. Auch die Kindergärten der Katholischen Jugendfürsorge und eine Kinderkrippe wurden ausgestattet.

Stadt-Hausmeister Christian Häckl hat den Verantwortlichen vor Ort dabei erklärt, wie die Ampeln aufzustellen sind und was im Betrieb zu beachten ist. Die Ampeln geben damit allen Mitarbeitern in den Einrichtungen klare Signale, wann der Raum gelüftet werden muss.

Die kleinen Ampeln messen die aktuelle Kohlendioxid-Konzentration in der Raumluft und zeigen das Ergebnis mit Ampelfarben an. Das System zeigt nach Schwellenwerten für CO2 dessen Konzentration in der Raumluft an: Grün (Raumluft OK), Gelb (Lüften empfohlen), Rot (Lüften notwendig), Rot blinkend (Lüften dringend notwendig). Grün leuchtet die Ampel bei einer CO2-Konzentration, die geringer ist als 1.000 ppm. Sie leuchtet Gelb bei einer CO2-Konzentration von 1.000 bis 2.000 ppm, Rot bei einem Wert von über 2.000 ppm und sie blinkt bei einer CO2-Konzentration von über 3.000 ppm. (*)

Die 150 Ampeln wurden an die Aventinus Mittelschule und die Staatliche Wirtschaftsschule Abensberg ausgeliefert, an die Grundschulen Abensberg und Offenstetten, an die Kindergärten Regenbogenland, Lummerland und Fridolins Kindernest. Auch der Kindergarten St. Vitus in Offenstetten wurde ausgestattet, ebenfalls die Kinderkrippe in Offenstetten sowie der Montessori-Kindergarten am Freibadweg. Die Kinderkrippe in Abensberg verfügt über eine Lüftungsanlage – der Luftaustausch findet hier automatisch statt und ein Lüften ist nicht notwendig. Die Ampelbeschaffung wird vom Freistaat Bayern gefördert.

Bereits einen Tag nach der Auslieferung hat die Stadt Abensberg sehr gute Rückmeldungen erhalten – den Verantwortlichen gibt die Ampel Sicherheit und die Kinder sind neugierig, ob sie umspringt. „Bei uns hat die Ampel alle schon überzeugt“, so zum Beispiel Birgit Firth von „Fridolins Kindernest“.

(*) Zur Information: ppm steht für parts per million. Außenluft hat üblicherweise eine CO2-Konzentration von rund 400 ppm. ❐

Fünf-Punkte-Plan des DStGB:

Innenstädte retten!

Aufgrund der Corona-Pandemie und dem dadurch bedingten weiter zunehmenden Online-Handel ist mit massiven Auswirkungen auf die Innenstädte zu rechnen. Wie DStGB-Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg gegenüber der Funke Mediengruppe erläuterte, sei vielerorts von einer weiteren Zunahme von Leerständen auszugehen. Aktuell rechneten Experten mit der Schließung von bis zu 50.000 weiteren Einzelhandelsstandorten. Daher sei es erforderlich, gemeinsam mit allen Innenstadtakteuren und der Bürgerschaft kreative Innenstadtkonzepte zu entwickeln.

Hierzu hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund folgenden Fünf-Punkte-Plan zur Rettung der Innenstädte vorgelegt:

1. Erlebnisraum Innenstadt – Vielfältige Nutzungen, nachhaltige Stadt

Zu einer vitalen und lebenswerten Innenstadt werden zukünftig neben dem Handel und der Gastronomie weitere Nutzungsarten gehören. Urbane Produktion und Handwerk, Freizeit-und Kulturangebote, neue Arbeitsformen wie Co-Working sowie die Integration von Bildungsangeboten und neuer innerstädtischer Wohnformen sollten die Innenstädte von Morgen prägen. Eine derartige Nutzungsmischung bietet die Chance, unsere Innenstädte auch noch nach Geschäftsschluss vital zu erhalten. Sukzessive muss es gelingen, unsere Innenstädte und Ortskerne auch an den Erfordernissen von Nachhaltigkeit und Klimaschutz auszurichten und umzubauen. Mehr Grün, mehr Wasser und weniger Flächenversiegelung müssen für ein besseres Mikroklima und mehr Lebensqualität sorgen.

2. Innenstadtfonds auflegen – Kommunale Handlungsoptionen stärken

Es muss schnell und unbürokratisch geholfen werden. Hier könnte ein vom Bund aufgelegter und finanzierter „Innenstadtfonds“ mit einem Volumen von mehreren Milliarden Euro wichtige Impulse setzen. Dieser neue Fonds sollte zusätzlich aus den Mitteln einer neu zu schaffenden Abgabe für große Online-Händler gespeist werden.

Kommunen müssen insbesondere bei Schlüsselimmobilien einen verbesserten Zugriff bekommen und temporär in den Grunderwerb oder in eine Miete gehen können. Nur dann werden sich neue Nutzungskonzepte und kreative Ideen auch tatsächlich umsetzen lassen. Ein Innenstadtfonds sollte daher auch zur Erarbeitung und Aktualisierung von Innenstadtkonzepten, zur Analyse der Leerstandssituation sowie zur Etablierung von Austauschformaten der Kommunen mit allen Innenstadtakteuren genutzt werden können.

Erforderlich ist zudem eine Schärfung der planungsrechtlichen Instrumente. Insbesondere das kommunale Vorkaufsrecht kann durch Festlegung einer Preislimitierung gestärkt werden, um die Preisspirale am Bodenmarkt effektiv zu durchbrechen. Das derzeit laufende Gesetzgebungsverfahren zu einem Baulandmobilisierungsgesetz bietet hierfür die passende Gelegenheit.

3. Städtebaufördermittel aufstocken

Es gilt, nicht nur die Versorgungsfunktionen in den Blick zu nehmen, sondern auch die Anforderungen an Digitalisierung, Verkehr, Sicherheit und Sauberkeit sowie an die Klimaanpassung. Die Bewältigung all dieser kommunalen Herausforderungen erfordert eine nachhaltige und verlässliche finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder. Neben einem Innenstadtfonds ist eine Erhöhung der Städtebaufördermittel des Bundes von derzeit 790 Millionen Euro auf 1,5 Milliarden Euro pro Jahr erforderlich. Damit einhergehen muss eine Ko-Finanzierung der Länder sowie, wo nötig, eine Ersetzung kommunaler Eigenanteile. Die Mittel müssen den Kommunen in einfachen Förderverfahren zukommen. Dies beinhaltet ein Mehr an eigener Gestaltung durch die Kommunen selbst.

4. Ungleichbehandlung zwischen stationärem Handel und Onlinehandel beenden

Dies betrifft unter anderem die strengen Regelungen zur Ladenöffnung. Während der Online-Handel ohne Einschränkungen an sieben Tagen in der Woche und 24 Stunden am Tag läuft, muss sich der stationäre Handel in den Innenstädten an den strengen Vorgaben der Ladenöffnungsgesetze der Länder orientieren. Städten und Gemeinden muss es in Abstimmung mit dem örtlichen Handel und bei grundsätzlicher Beachtung der Sonntagsruhe ermöglicht werden, Ladenöffnungszeiten zukünftig bedarfsgerecht und flexibel eigenständig festzulegen.

Darüber hinaus müssen weitere Anreize für die Innenstädte, wie etwa steuerliche Erleichterungen für den Umbau von Einzelhandelsimmobilien und auch die Einführung einer Abgabe für große Online-Händler geprüft werden. So kann es gelingen, den Onlinehandel an den Kosten der von ihm mitgenutzten kommunalen Infrastruktur zu beteiligen.

Zwingende Voraussetzung ist, dass eine solche Abgabe unmittelbar den Kommunen für gezielte Maßnahmen zur Stärkung ihrer Zentren, der kommunalen Infrastruktur und damit im Ergebnis auch dem örtlichen Handel zufließt und nicht in der Bundeskasse „verschwindet“.

Zudem ist sicherzustellen, dass kleine und inhabergeführte Einzelhändler, die sich mit Online-Angeboten ein zweites Standbein aufgebaut haben, durch diese Abgabe nicht belastet werden. Entsprechende Initiativen auf Bundesebene zur Einführung einer solchen Abgabe („Pakt für lebendige Innenstädte“) müssen zügig umgesetzt werden.

5. Baukultur stärken – Lebensqualität erhöhen

Innenstädte und Ortskerne gewinnen ihre Attraktivität auch durch eine ansprechende Gestaltung und Architektur. Eine gute Baukultur bringt nicht nur für die Bewohner einen Mehrwert. Im Ergebnis profitieren gerade die örtliche Wirtschaft und der Handel, auch durch höhere Touristenzahlen und steigende Kaufkraft. Der Erhalt und die Schaffung einer guten Baukultur ist dabei eine Gemeinschaftsaufgabe der Kommunen, der örtlichen Wirtschaft und des Handels sowie der Architekten und der Immobilienwirtschaft. **DK**



Sportminister Joachim Herrmann (r.) und BLSV-Präsident Jörg Ammon geben den Startschuss für die Digitalisierung des Antragswesens im Sportstättenbau. Bild: BLSV

Digitale Antragsstellung wird Bauboom bei den Sportstätten fortsetzen

Um das Ehrenamt zu entlasten und Verwaltungsvorgänge im Sportstättenbau zu vereinfachen, haben Innen- und Sportminister Joachim Herrmann und BLSV-Präsident Jörg Ammon offiziell das digitale Antragsverfahren im Sportstättenbau freigeschaltet.

Dieser weitere Baustein der digitalen Vereinsplattform BLSV-digital ermöglicht den Vereinen, Anträge auf Förderung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen gemäß der Sportförderrichtlinien des Freistaats Bayern transparent zu dokumentieren und zu verwalten. Papiergebundene Prozesse entfallen weitgehend – ein großer Vorteil, der die ehrenamtliche Arbeit in den Sportvereinen deutlich entlastet, beschleunigt, vereinfacht und zukunftsfähig aufstellt.

Aktive Unterstützung der Mitgliedsvereine auch durch Digitalisierung

Diese Zukunftsfähigkeit der Vereine aktiv zu unterstützen, ist seit mehreren Jahren ein Schwerpunkt der BLSV-Arbeit. Umfangreiche Maßnahmen im Digitalen hat der BLSV dazu getroffen, wozu auch gehört, als einziger Landesverband eine Digitaltochter tuesday.sport gegründet zu haben. Die Stärken der Digitalisierung können nun auch bei der Bau-Antragstellung und ihrer Weiterverarbeitung im Rahmen einer umfangreichen Prozesslandschaft erfolgen.

Aufgrund des Sonderförderprogramms für den Sportstättenbau des Freistaats Bayern stellten die Vereine im letzten Jahr mehr als 1.000 Bauanträge. Darüber hinaus haben die bayerischen Sportvereine mit einem Bauvolumen von mehr als 170 Mio. Euro im Jahr 2020 gezeigt, dass sie sich gerade im Sportstättenbau fit für die Zukunft machen und die heimische Bauwirtschaft als Konjunkturmotor tatkräftig unterstützen. Das soll auch in Zukunft so bleiben: Geplant ist, das Sonderförderprogramm des Freistaats im Jahr 2021 fortzuführen.

Gemeinsame Videobotschaft an alle Mitgliedsvereine

Zum Start des digitalen Antragswesens im Sportstättenbau wenden sich Innen- und Sportminister Joachim Herrmann und BLSV-Präsident Jörg Ammon in einer gemeinsamen Videobotschaft an die bayerischen Vereine.

Sportminister Joachim Herrmann: „Gerade in dieser schwierigen Zeit ist es mir als Sportminister ein wichtiges Anliegen, das herausragende ehrenamtliche Engagement in den bayerischen Sportvereinen zu unterstützen und bei der Vereinsarbeit bestmöglich zu entlasten. Die Digitalisierung des Antragswesens im Sportstättenbau leistet hierbei einen wichtigen Beitrag.“

Starkes Signal

BLSV-Präsident Jörg Ammon sagt: „Die Freischaltung des Antragsverfahrens im Sportstättenbau ist ein weiterer Meilenstein für den BLSV und unsere Digitalisierungsstrategie. Gerade in dieser schweren Zeit ist der Besuch unseres Sportministers im Haus des Sports des BLSV, um persönlich den Startschuss für die Digitalisierung des Sportstättenbaus zu geben, ein starkes Signal der bayerischen Staatsregierung an unsere Vereine. Wir freuen uns, dass das überaus erfolgreiche Sonderprogramm im Jahr 2021 fortgeführt wird.“ ❐

Zustand der Kanalisation in Deutschland

Ergebnisse der DWA-Umfrage 2020

Über ein Viertel des deutschen Kanalnetzes befindet sich aktuell in einem sehr guten Zustand, 27 Prozent der Kanäle weisen keine Mängel auf. Auf der anderen Seite stehen aber immer noch gut 18 Prozent der Kanäle, die kurz- bis mittelfristig saniert werden müssen. Dies zeigt eine von der DWA durchgeführte Umfrage zum Zustand der Kanalisation in Deutschland.

Zwar konnten die Kanalnetzbetreiber damit den Zustand des Kanalnetzes noch einmal leicht verbessern, jedoch reicht die gegenwärtige Sanierungsrate von rund einem Prozent des Netzes nicht aus. Laut Prof. Uli Paetzel, Präsident der DWA Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall, „belegen die Daten die erfolgreiche Arbeit der deutschen Abwasserwirtschaft. Sie zeigen aber auch, dass der finanzielle Aufwand für die Sanierung in den nächsten Jahren noch weiter gesteigert werden muss, um die Substanz auch für die kommenden Generationen zu erhalten.“ Die unterirdische Infrastruktur zählt zu den größten Vermögenswerten Deutschlands. Allein das öffentliche Abwassernetz weist einen Wiederbeschaffungswert von rund 1.000 Mrd. Euro auf.

Die deutsche Abwasserwirtschaft saniert jährlich rund ein Prozent des öffentlichen Kanalnetzes. Bezogen auf die Gesamtlänge von knapp 600.000 Kilometer bedeutet dies die Sanierung von rund 6.000 Kilometer Abwasserkanal. Doch selbst dieser Aufwand reicht langfristig nicht aus. Die jährliche Sanierungsrate von rund einem Prozent würde eine durchschnittliche Nutzungsdauer von etwa 100 Jahren voraussetzen. Die Mehrheit der Branche plädiert daher aktuell dafür, den finanziellen Aufwand für die Sanierung und Instandhaltung künftig zu erhöhen.

Bei der Frage nach den relativen Häufigkeiten der strukturellen Schäden an Abwasserkanälen zeigte die Umfrage, dass „Einragender oder schadhafter Anschluss“ (27,3 %), gefolgt von „Rissbildung“ (25,7 %) weiterhin die häufigsten Schadensarten darstellen. Sortiert nach Häufigkeit folgen darauf die Schadensbilder „Verbindung (verschobene oder einragende Dichtung)“ (18,6 %), „Oberflächenschäden“ (13,1 %) und „Rohrbruch/Einsturz“ (4,3 %).

Gegenwärtig erfolgt rund die Hälfte der Kanalsanierung über Reparaturverfahren (51 Prozent), die weitere Sanierung verteilt sich zu etwa gleich großen Teilen auf Renovierung (25 Prozent), am häufigsten durch Schlauchliningverfahren, und Erneuerung (24 Prozent). Von Erneuerung spricht man, wenn bereits bestehende durch neue Kanäle ersetzt werden und diese die Funktion der alten Kanalabschnitte übernehmen.

Kanalsanierung

Alle Verfahren weisen unterschiedliche Vor- und Nachteile sowie Nutzungsdauern auf und unterscheiden sich auch erheblich bei den Kosten. Während für die Reparatur aktuell durchschnittlich 82 Euro pro Kanalmeter anfallen, schlägt die Renovierung durchschnittlich mit 438 Euro je Kanalmeter zu Buche. Eine völlig andere Größenordnung erreicht die Erneuerung mit rund 1.600 Euro/m. Aufgrund der bei der Erneuerung häufig schwierigen Rahmenbedingungen übersteigen hier die Kosten die eines Neubaus bei Erschließung deutlich, diese liegen im Mittel bei lediglich 718 Euro/m.

Trotz eines bereits sehr hohen Anschlussgrades von 97 Prozent an die öffentliche Abwasserentsorgung wächst das Abwassernetz weiter. Zurückzuführen ist diese Längenzunahme unter anderem auf den weiteren Anschluss von Siedlungsgebieten, in der Regel Neubaugebiete, sowie die voranschreitende Umwandlung der Mischkanalisation in getrennte Kanäle für Schmutz- und Regenwasser.

Zunehmende Probleme bereiten den Kanalnetzbetreibern nicht genehmigte Einleitungen von Dränagewasser über private Entwässerungsanlagen in das öffentliche Netz. Betroffen von dieser Problematik sind laut der aktuellen Umfrage rund zwei Drittel des deutschen Kanalnetzes. Dabei ist lediglich bei knapp 15 Prozent der Kommunen ein Anschluss der privaten Dränagesysteme an die öffentliche Kanalisation genehmigungsfähig. Bei knapp der Hälfte der Kommunen könnten diese Ableitungen zumindest in Ausnahmefällen genehmigt werden.

Sowohl technisch als auch ökonomisch gravierend sind die Folgen der Ableitung des Dränagewassers über das öffentliche Entwässerungssystem. Insbesondere bei der Einleitung in Misch- und Schmutzwasserkanäle führt der hohe Anteil des eingeleiteten Dränagewassers zu einer schlechteren Reinigungsleistung der Kläranlagen. Dazu kommt eine Überlastung des aufnehmenden Kanals und eine Nichtgewährleistung des rückstaufreien Anschlusses. Und nicht zuletzt gestaltet sich die verursachergerechte gebührentechnische Abrechnung äußerst schwierig. Ein Blick auf den Abwassertransport im Kanalnetz zeigt einen spezifischen Stromverbrauch von lediglich 4,5 kWh pro Einwohner und Jahr. Damit beträgt er zwischen 7 % und 15 % des spezifischen Stromverbrauchs von Kläranlagen.

Die energetische Effizienz bei der Abwasserableitung unterstreicht auch ein anderer Vergleich: Über die tägliche Aufladung seines Smartphones, veranschlagt mit jährlich 7,5 kWh, verbraucht der durchschnittliche Deutsche fast doppelt so viel Strom, wie für die Ableitung seines Abwassers benötigt wird. **DK**



Neue EU-Trinkwasserrichtlinie sichert Standards

Effizientere Überwachung der Wasserqualität, Qualitätsstandards auf dem neuesten Stand, bessere Verfügbarkeit, mehr Transparenz rund um das Trinkwasser: Dies sind die wesentlichen Ziele der überarbeiteten Trinkwasserrichtlinie, die das Europarlament Ende des vergangenen Jahres verabschiedet hat.

Nach Auffassung des VKU, dessen Mitglieder mehr als 90 Prozent aller Einwohner Deutschlands mit Trinkwasser versorgen, schafft die EU mit der Revision der EU-Trinkwasserrichtlinie die Voraussetzungen dafür, „dass unsere Versorgung mit Trinkwasser auch in Zukunft sicher ist und Bürger europaweit auf ihr Lebensmittel Nr. 1 vertrauen können. Entscheidend ist die Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht, aber auch in Brüssel ist noch eine Menge zu tun."

Die EU-Trinkwasserrichtlinie sieht eine Reihe neuer Aufgaben für kommunale Wasserversorger vor, die praxistauglich umgesetzt werden müssen. Ziel müsse es dabei sein, einen unverhältnismäßigen, bürokratischen Aufwand für die kommunalen Trinkwasserversorger zu verhindern. Denn dieser zahle nicht auf die Qualität und die Sicherheit der Trinkwasserversorgung ein.

Risikobasierter Ansatz

Sinnvoll ist aus VKU-Sicht der Ansatz, den gesamten Wasserkreislauf über einen neuen, sogenannten risikobasierten Ansatz stärker in den Blick zu nehmen. Um die Ressourcen wirksam zu schützen, müsse es wesentliches Ziel bei der nationalen Umsetzung sein, nicht nur mögliche Risiken zu identifizieren, sondern frühzeitig mit Maßnahmen gegenzusteuern. Dies erfordere eine enge Abstimmung von Bund, Ländern und Kommunen sowie deren Wasserversorgern. Der Schutz der Trinkwasserressourcen sei obendrein ein wichtiger Baustein für eine klimarobuste Wasserversorgung.

Bei manchen Vorgaben, so der VKU, lasse die neue Trinkwasserrichtlinie den Mitgliedstaaten Spielräume für die Umsetzung in nationales Recht. Auch hier kommet es auf eine praxisnahe Ausgestaltung für die kommunale Wasserwirtschaft in Deutschland an. Neben Vorgaben bestimmter Parameter für Pflanzenschutzmittel und Metaboliten betreffe dies beispielsweise Informationspflichten zu wirtschaftlichen Faktoren, wie den Kosten für die Verbraucher und der Leistungsfähigkeit der Wasserinfrastruktur.

Mehrwert durch Transparenz

Transparenz gegenüber ihren Kundinnen und Kunden sei gerade im Interesse der lokal und regional tätigen kommunalen Wasserversorger. Allerdings gelinge dies nur, wenn die zur Verfügung gestellten Informationen dem Verbraucher auch einen echten Mehrwert liefern. Beim reinen Vergleich von wirtschaftlichen Faktoren der Wasserversorgung sei dies allerdings häufig schwierig, da Infrastrukturen und Systeme der Wasserversorgung optimal zugeschnitten sind auf die lokalen Gegebenheiten wie Hydrologie, Topographie oder Siedlungsstruktur. Entsprechend unterschiedlich und nahezu unvergleichbar anhand einzelner Indikatoren seien die Kosten für den Verbraucher.

Zwar liegt mit der Verabschiedung der Ball jetzt bei den Mitgliedsstaaten, die Richtlinie entsprechend in nationales Recht umzusetzen. Doch auch in Brüssel ist die Arbeit laut VKU noch nicht getan: „Der europäische Grüne Deal muss Trinkwasserschutz und Gewässerschutz eng miteinander verzahnen. Das gilt vor allem mit Blick auf das Null-Schadstoff-Ziel für Wasser, Böden und Luft, dass die EU-Kommission anstrebt. Damit will sie den Schadstoffeintrag an der Quelle angehen. Nur so kann es uns gelingen, langfristig die Qualität des Trinkwassers sicherzustellen."

„Nach fünfjährigen Verhandlungen ist nun endlich der Weg frei für die neue EU-Trinkwasserrichtlinie. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zum Gesundheitsschutz der Verbraucher und sorgt für mehr Transparenz über qualitative und wirtschaftliche Fakten zu Wasser. Als besonders erfreulich hervorzuheben sind die Regelungen bei den Kernelementen der Richtlinie. Hierzu gehört unter anderem der verbesserte Zugang aller EU-Bürger zu Trinkwasser", betonte BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser, Martin Weyand.

Positiv sei hier die Entscheidung, Trinkwasser in Kantinen, Restaurants oder an öffentlichen Stellen mit Trinkbrunnen zugänglich zu machen – ein wichtiges Bekenntnis zum Lebensmittel Nr. 1. Außerdem wurden EU-weit harmonisierte Regelungen zu Materialien und Werkstoffen erlassen, die in Kontakt mit Wasser für den menschlichen Gebrauch kommen. Damit werde der Gesundheitsschutz der EU-Bürger gestärkt.

Verknüpfung von EU-Trinkwasserrichtlinie und EU-Wasserrahmenrichtlinie

Darüber hinaus werde durch die Verknüpfung der EU-Trinkwasserrichtlinie mit der EU-Wasserrahmenrichtlinie die Notwendigkeit des Schutzes der Gewinnungsgebiete für die Versorgung mit Wasser für den menschlichen Gebrauch, des Schutzes der Wasserschutzgebiete und des Schutzes der Einzugsgebiete aufgezeigt, erläuterte Weyand. Durch die Einführung des risikobasierten Ansatzes mit Risikobewertung und Risikomanagement würden künftig auch die Verursacher bei der Festlegung von Vorsorge- und Abhilfemaßnahmen einbezogen. Voraussetzung für diese verursachungsgerechten Lösungen sei die Zusammenarbeit von Behörden.

„Oberstes Ziel dieses Ansatzes ist die Sicherheit der Wasserversorgung. Angesichts der Nitrat- und Pestizidbelastungen in vielen Einzugsgebieten ist dies ein seit langem überfälliger Schritt. Der BDEW hatte sich bei der Überarbeitung der Richtlinie erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Subsidiaritätsprinzip, die Organisationshoheit, sowie gesundheitliche Ziele der Richtlinie, das Vorsorgeprinzip und der Umwelt-Rechtsrahmen abgesichert werden. Nachdem die EU-Trinkwasserrichtlinie nun auch vom Europäischen Parlament angenommen worden ist, muss die Bundesregierung jetzt zügig die Umsetzung in nationales Recht vorantreiben", bekräftigte Weyand. **DK**



V.l.: Vorsitzender Johannes Kneidl, Ehrenvorsitzender Gerhard Hainzinger, Geschäftsführer Dieter Schwantner.

Bild: Zweckverband der Wasserversorgungsgruppe Sulzemoos-Arnbach.

Verabschiedung und Ehrung nach 24-Jähriger Amtszeit

Gerhard Hainzinger wird Ehrenvorsitzender des Wasserverbands

Auf eine lange und verdienstvolle Zeit als Vorsitzender des Wasserverbandes Sulzemoos-Arnbach kann Gerhard Hainzinger, Altbürgermeister der Gemeinde Sulzemoos, zurückblicken. In über zwei Jahrzehnten entwickelte sich der Verband stetig weiter. Dabei wurden die technischen Anlagen ebenso wie die Verbandsverwaltung laufend modernisiert. Gerhard Hainzinger übte dieses Amt immer mit Freude aus. Die Verbandsversammlung mit ihren sieben Bürgermeistern und weiteren 13 Verbandsräten ernannte Hainzinger für sein Wirken zum „Ehrenvorsitzenden".

Der Text der Ernennungsurkunde, die von allen Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden unterschrieben wurde, lautet: „Für seine herausragenden Verdienste um den Aufbau und Betrieb des Zweckverbandes und damit zum Wohle der Bevölkerung im gesamten Versorgungsgebiet, wurde Herr Gerhard Hainzinger nach 24-jähriger Tätigkeit als Verbandsvorsitzender von 1996 bis 2020 auf einstimmigen Beschluss der Verbandsversammlung am 23. Juli 2020 zum Ehrenvorsitzenden ernannt."

Beim Ehrenabend des Wasserverbandes wurden auch der ausgeschiedene Stellvertretende Vorsitzende Simon Landmann (Gemeinde Bergkirchen) und alle weiteren ausgeschiedenen langjährigen Verbandsräte aus den Mitgliedsgemeinden für ihre Arbeit geehrt. Die Veranstaltung fand bereits vergangenes Jahr während der Phase mit den Lockerungen der Corona-Bestimmungen statt.

Mitglieder im Zweckverband der Wasserversorgungsgruppe Sulzemoos-Arnbach" im Landkreis Dachau sind die Gemeinden Bergkirchen, Erdweg, Odelzhausen, Markt Indersdorf, Schwabhausen, Sulzemoos und Weichs. ❐

Trinkwasserschutz:

Tracerversuch soll Klarheit bringen

Burglengenfeld. Die Entdeckung einer großen Höhle bei Bauarbeiten an der Umgehungsstraße hat Burglengenfeld im Frühsommer 2020 überregionale Medienaufmerksamkeit beschert. Die Frage, die die Stadtwerke als Wasserversorger seitdem beschäftigt, lautet: Wie ist der Schutz unseres Trinkwassers am besten sicherzustellen? Antworten hierzu soll ein sogenannter Tracerversuch liefern.

Dass eine derart große Höhle, der nach seinem Entdecker benannte Zwicknagelschacht, im Stadtgebiet Burglengenfeld liegt, war für Fachleute keine große Überraschung.

Große Teile des Wasserschutz- und Wassereinzugsgebiets gehören zum Oberpfälzer Jura. Bodenschichten im Jurakarst sind häufig nur sehr dünn ausgeprägt, das Gestein ist stark zerklüftet und damit äußerst durchlässig. Hier bestehen zum Beispiel durch Dolinen vielfach direkte Verbindungen zwischen der Erdoberfläche und dem Grundwasserstrom. Niederschlagswasser, aber auch unerwünschte Stoffe wie Pflanzenschutzmittel können deshalb rasch in das Grundwasser und damit letztlich auch in das Trinkwasser gelangen.

Gefahr für das Grundwasser

Ähnliche Auswirkungen könnte der Zwicknagelschacht haben. Der tiefste bislang bekannte Punkt der Höhle liegt laut dem Hydrogeologen Dr. Klaus Dieter Raum nur rund 30 Meter über dem Grundwasserspiegel. Fragen, die die Stadtwerke daher klären wollen: Wie lange würde es etwa nach einem Unfall auf der Umgehungsstraße in dem Bereich dauern, bis möglicherweise verunreinigtes Wasser im Grundwasser und bei den Trinkwasserbrunnen im Raffa ankommt? Wie lange also hätten die Stadtwerke in so einem Schadenfall Zeit, um zu reagieren?

Mit lebenmittelechten Farben auf den Spuren des Wassers

Um Antworten auf diese Fragen zu bekommen, ist der Tracerversuch nötig. Dabei wird an geeigneten Stellen in der Höhle mit lebensmittelechtem Farbstoff versetztes Wasser eingebracht. Anhand der Färbung kann nachvollzogen werden, welchen Weg das Wasser nimmt und wie schnell das geht. Das kann wenige Stunden dauern – oder mehrere Monate.

Stadtwerke-Vorstand Friedrich Gluth erklärte, dass der Tracerversuch den ursprünglichen Planungen zufolge längst abgeschlossen sein sollte. Allerdings steckte wie so oft der Teufel im Detail. Zunächst waren umfassende Absprachen des beauftragten Fachbüros mit den zuständigen Fachbehörden nötig: Welche Farbstoffe eignen sich dafür? Welches Labor kann zuverlässig die Auswertungen übernehmen? Und letztlich drehte sich alles um die Frage, wer derzeit überhaupt die geeigneten Farbstoffe für den Versuch liefern kann. Nun soll der Tracerversuch Mitte Januar 2021 stattfinden.

Wichtigstes Lebensmittel – schützenswertes Gut

„Wasser ist Leben. Trinkwasser ist unser höchstes Gut, unser wichtigstes Lebensmittel. Es muss daher auch entsprechend geschützt werden", macht Friedrich Gluth deutlich. Die Stadtwerke hätten in den vergangenen Jahren erheblichen Aufwand betrieben, um die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit einwandfreiem Trinkwasser zu gewährleisten.

Als Beispiele dafür nennt der Vorstand den Bau eines neuen Brunnens, die Sanierung der Hochbehälter auf dem Kreuzberg und am Augustenhof, die Sanierung einer ehemaligen Mülldeponie oder die Auswechslung eines Schieberkreuzes in der Vorstadt „über Nacht".

Geologische Besonderheiten

Die Entdeckung des Zwicknagelschachts zeige eindrücklich die geologischen Besonderheiten des Einzugsbereichs der Burglengenfelder Trinkwasserversorgung auf. „Das zeigt auch, wie wichtig es war, die Aktivkohleanlage im Raffa zu bauen", so Gluth. „Das Trinkwasser, das aus unseren drei Brunnen im Waldgebiet Raffa kommt, bedarf keiner Aufbereitung und kann direkt und ohne Zusätze an die Verbraucher abgegeben werden." Der Bau der Aktivkohleanlage sei eine Vorsichtsmaßnahme für den „hoffentlich nie eintretend Fall", dass Verunreinigungen das Trinkwasser bedrohen. Nur dann soll nach jetzigem Stand die Aktivkohleanlage in Betrieb genommen werden. Generell aber gelte: „Die Wasserqualität in Burglengenfeld ist sehr gut und entspricht in allen Belangen den strengen gesetzlichen Anforderungen."

Corona bestimmt Rahmenbedingungen

Die Aktivkohleanlage ist inzwischen betriebsbereit. Die bereits mit der Geistlichkeit abgesprochene kirchliche Segnung und damit der offizielle Abschluss der Bauarbeiten ist eine der zahlreichen Veranstaltungen, die wegen der Corona-Pandemie heuer nicht stattfinden konnten. ❐



Die Aktivkohleanlage im Raffa zum Schutz des Trinkwassers ist betriebsbereit. Darüber informierten Stadtwerke-Vorstand Friedrich Gluth (links) und Dipl.-Ing. (FH) Josef Hollweck, Leiter des Technik-Referats der Stadtwerke Burglengenfeld. Bild: Michael Hitzek

Gütezeichenverleihung ist kein Hexenwerk

Prüfingenieur steht mit Rat und Tat zur Seite

Unternehmen, die Abwasserleitungen und -kanäle herstellen oder instandhalten und dabei Mindestanforderung bzgl. ihrer Qualifikation einhalten, können das Gütezeichen Kanalbau führen und so ihre fachliche Eignung gegenüber Auftraggebern nachweisen. Genauso können öffentliche Einrichtungen und Ingenieurbüros für ihr Leistungsspektrum ein Gütezeichen Kanalbau beantragen (Ausschreibung und Bauüberwachung). In der entsprechenden Erstprüfung weisen Antragsteller mit Unterstützung durch den Prüfingenieur gegenüber dem Güteausschuss der Gütegemeinschaft nach, dass sie die jeweiligen Anforderungen RAL-GZ 961 erfüllen. Der Antrag auf Verleihung eines Gütezeichens kann über www.kanalbau.com heruntergeladen werden.

Der Antrag ist schriftlich an den Geschäftsführer des Güteschutz Kanalbau zu richten. Im nächsten Schritt erfasst der Antragsteller die Angaben zur Qualifikation bis zum Firmenbesuchstermin durch einen Prüfingenieur im Online-Servicebereich. Dazu zählen: Personal mit Nachweisen zur Qualifikation und Schulungen, Geräte, ein Nachweis Qualitätsmanagement/Fehlervermeidungsmanagement und eine Erfassung der Referenzen.

Anschließend folgt der Firmenbesuch eines Prüfingenieurs zur Prüfung der Angaben im Online Servicebereich sowie einem Beratungsgespräch zur Eigenüberwachung, zum Organisationsmanagementsystem, zur Fachkunde (Zeugnisse, Schulungsnachweise usw.), zur Geräteausstattung sowie einem Abschlussgespräch mit den zuständigen Mitarbeitern. Hinzu kommen ein Baustellenbesuch zur Prüfung der Qualifikation auf einer der beantragten Beurteilungsgruppe entsprechenden Referenzbaustelle sowie die Überprüfung der Referenzen mit Blick auf Parameter wie Schwierigkeitsgrad und Quantität der durchgeführten Arbeiten.

Die Ergebnisse fasst der Prüfingenieur in einem Qualifikationsprüfungsbericht zusammen und legt diesen dem Güteausschuss der Gütegemeinschaft zur Beratung vor. Das Gremium bewertet in seiner nächsten Güteausschusssitzung den Bericht und entscheidet dann über die erstmalige Vergabe des Gütezeichens. Fällt die Prüfung positiv aus, verleiht der Vorstand der Gütegemeinschaft dem Antragsteller auf Vorschlag des Güteausschusses das Gütezeichen. Fällt die Prüfung negativ aus, informiert der Güteausschuss über notwendige Nachbesserungen.

Die Dauer einer Erstprüfung hängt letztendlich von verschiedenen Faktoren ab – so die Erfahrung von Dipl.-Ing. Stephan Tolkmitt, vom Güteausschuss RAL-GZ 961 beauftragter Prüfingenieur. „Wenn eine passende Baustelle vorhanden ist und die erforderlichen Unterlagen zügig zusammengestellt werden, ist das eigentlich kein Hexenwerk", so der erfahrene Ingenieur. In diesem Zusammenhang empfiehlt Tolkmitt, den verantwortlichen Prüfingenieur schon zu Beginn in den Ablauf mit einzubeziehen und die nötigen Schritte zu besprechen. ❐

Umweltminister Thorsten Glauber:

Abwasser-Innovationspreis für wegweisende kommunale Projekte

Neue Konzepte für die Abwasserentsorgung der Zukunft

Moderne Kläranlagen schützen die Gewässer und schonen Ressourcen sowie das Klima. Bayerns Kommunen und der Freistaat arbeiten bei der Abwasserbeseitigung engagiert zusammen, um sie weiter zu optimieren. Das Bayerische Umweltministerium zeichnet alle zwei Jahre innovative kommunale Projekte aus. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte zur diesjährigen Preisverleihung in München: „Sauberes Wasser ist unsere Lebensgrundlage. Mit innovativen Verfahren und zukunftsweisenden Konzepten wollen wir die Abwasserreinigung noch weiter verfeinern. High-Tech-Kläranlagen schützen unsere Gewässer, sparen Energie und schonen das Klima. Deshalb fördern wir neue Technologien und Ideen von Kommunen für Kommunen. Der Preis für innovative Abwasserentsorgung zeigt, welche enormen Potenziale in diesem großen Thema der Daseinsvorsorge stecken."

Mit dem Abwasser-Innovationspreis des Bayerischen Umweltministeriums für wegweisende Projekte vor Ort wurden in diesem Jahr die Stadt Neu-Ulm, die Gemeinde Irschenberg und der Abwasserverband Selbitztal ausgezeichnet.

Finanzielle Förderung der Projekte

Mit der Preisverleihung ist eine Zusage für eine finanzielle Förderung der Projekte in Höhe von insgesamt rund 1,5 Millionen Euro verbunden. Zum Innovationspreis für die Gemeinde Irschenberg gratuliert auch die Stimmkreisabgeordnete für den Landkreis Miesbach, Bayerns Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Trotz einer herausfordernden Ausgangslage hat die Gemeinde Irschenberg eine zukunftsfähige, umwelt- und ressourcenschonende Lösung gefunden. Ich freue mich, dass das nun belohnt wird."

Das Umweltministerium hat folgende drei Projekte mit dem „Abwasser-Innovationspreis" ausgezeichnet:

1. Preis: Die Stadt Neu-Ulm plant ein zukunftsweisendes Wohngebiet in Neu-Ulm mit innovativer Regenwasserbewirtschaftung und Starkregenvorsorge. Dieses Wohngebiet ist Vorbild für die Siedlungsentwicklung in anderen Städten und Gemeinden. Dafür erhält die Stadt Neu-Ulm Fördermittel in Höhe von bis zu 750.000 Euro.

2. Preis: Die Gemeinde Irschenberg baut eine neue Kläranlage mit einem nachgeschalteten Bodenfiltersystem zur weitergehenden Nährstoff-/ Schadstoffentfernung und Teil-Hygienisierung zum Schutz des abflussschwachen Vorfluters.

Das Umweltministerium unterstützt dieses Vorhaben mit bis zu 500.000 Euro.

3. Preis: Der Abwasserverband Selbitztal baut ein neues Regenüberlaufbecken in Bad Steben. Die Neuerung ist die Positionierung und Steuerung dieses Beckens im Verbund mit anderen Regenbecken im Kanal. Dafür erhält der Abwasserverband eine Förderung von bis zu 290.000 Euro.

Die Stadt Haßfurt erhält zudem eine Prämie in Höhe von 10.000 Euro für die Nutzung von grünem Sauerstoff aus einer Power-to-Gas-Anlage zur effizienten Abwasserreinigung.

Der Abwasser-Innovationspreis wird seit dem Jahr 2012 alle zwei Jahre verliehen. Ausgezeichnet werden herausragende Verfahren beispielsweise der weitergehenden Abwasserreinigung, der Kanalsanierung oder der Energiegewinnung aus Abwasser. Die Ergebnisse der Projekte werden anderen bayerischen Kommunen als Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe zur Verfügung gestellt. Die Fördersummen orientieren sich prozentual an den geschätzten Investitionskosten.

Rund 2.500 kommunale Kläranlagen in Bayern reinigen im Jahr mehr als 1,8 Milliarden Kubikmeter Abwasser, das entspricht etwa dem Volumen des Ammersees. Der Freistaat hat die Kommunen bei dieser Aufgabe in den letzten 70 Jahren mit Fördermitteln in Höhe von rund 9 Milliarden Euro unterstützt. ❐

Umweltminister Thorsten Glauber:

Erfolgsprojekt RZWas wird fortgesetzt

Bisherige Förderrichtlinien bis 1. Februar 2021 sichern

Die Förderung nach den RZWas wird mit den neuen „RZWas 2021" um weitere vier Jahre bis Ende 2024 verlängert. Noch bis zum 1. Februar 2021 können sich Bayerns Kommunen die Förderung nach der bisherigen Förderrichtlinie RZWas 2018 sichern.

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber hatte sich für die Fortführung der sogenannten Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben – kurz RZWas – eingesetzt, um die Kommunen auch weiterhin bei den Gemeinschaftsaufgaben der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung unterstützen zu können. Glauber betonte dazu in München: „Das Erfolgsprojekt geht in die Verlängerung. Ich freue mich, dass wir mit den neuen Richtlinien frühzeitig Planungssicherheit für die Kommunen schaffen konnten. Die Förderung ist wichtig für die Sanierung bestehender Trink- und Abwasseranlagen und bei der Schaffung leistungsfähiger Verbundstrukturen.

Verbundleitungen sorgen vor allem bei Trockenheit und Dürreperioden für mehr Versorgungssicherheit. Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern schaffen. Die Sicherstellung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung hat gerade in Zeiten des Klimawandels oberste Priorität."

Der Freistaat hat Bayerns Kommunen beim Bau und der Sanierung von Trink- und Abwasseranlagen in den vergangenen Jahrzehnten mit insgesamt 12,5 Milliarden Euro an Zuwendungen unterstützt. Die Förderung nach den RZWas wird nun mit den neuen „RZWas 2021" um weitere vier Jahre bis Ende 2024 verlängert. Die neue Richtlinie tritt am 1. April 2021 in Kraft. Sie setzt die bewährte Härtefall-Förderung zur Sanierung der kommunalen Anlagen fort.

Die neuen Zuwendungsbescheide werden künftig – unabhängig von der Laufzeit der Förderrichtlinie – eine Geltungsdauer von vier Jahren haben. Damit bleibt genügend Zeit für die Umsetzung der Vorhaben. Bis 15. Oktober 2021 können die Kommunen eine Umstellung der Förderung von der RZWas 2018 auf die RZWas 2021 beantragen. Wer die Fördervoraussetzungen der RZWas 2021 nicht mehr erreichen sollte, kann sich mit einem Antrag bis zum 1. Februar 2021 noch die Förderung nach der bisherigen Förderrichtlinie RZWas 2018 sichern. Die bisherigen Zuwendungsbescheide nach RZWas 2018 gelten ohne Einschränkungen weiter bis 31. Dezember 2021. ❐

Zweckverband der Wasserversorgungsgruppe Laber-Naab blickt auf das Jahr 2021:

Neues Betriebsgebäude in Hohenlohe wird fertiggestellt

Ganz im Zeichen der Planungen für 2021, d.h. der anstehenden Maßnahmen und des Haushalts, stand im Dezember 2020 die Versammlung des Zweckverbandes der Wasserversorgungsgruppe Laber-Naab im Burgsaal Parsberg, wohin der neue Verbandsvorsitzende, Parsbergs Bürgermeister Josef Bauer, eingeladen hatte. Darüber hinaus wurden Punkte in der Entschädigungssatzung, Verbandssatzung und in der Beitrags- und Gebührensatzung geändert.

Mehrere zentrale (Bau)Maßnahmen des Verbandes stehen laut Bauer im Jahr 2021 an: die Fertigstellung des neuen Betriebsgebäudes in Hohenlohe (bei Beratzhausen) sowie die Verbesserung der Stromversorgung für die Brunnen und die Wasseraufbereitung. In Funktion gehen soll auch der Brunnen V Alter Ofen, für diesen und auch für den Brunnen IV wird von Hohenlohe aus eine Netzersatzanlage eingerichtet, so dass eigene Notstromanlagen für diese Brunnen im Wasserschutzgebiet entfallen.

Themen für den Bayerischen Gemeindetag

Vorgesehen ist eine Pilotbohrung am Standort „Marienhöhe" in Kleinprüfening. Ständig laufen Erschließungsmaßnahmen in den Mitgliedsgemeinden. Hier sind auch relevante Unterdeckungen festzustellen.

Diese Themen will Vorsitzender Bauer mit dem Präsidenten des Bayerischen Gemeindetages, Dr. Uwe Brandl, erörtern. Zwar wäre es möglich, mit städtebaulichen Verträgen und Sondervereinbarungen eine Kostendeckung zu erreichen. Wenn aber etwas systemisch falsch läuft, sollte dies der Gesetzgeber regeln. Bei Erdbaumaßnahmen der Kommunen werden mit Inanspruchnahme des eigenen Baubetriebes kostengünstige Sanierungen der Wasserleitungen vorgenommen. Der schon länger ins Auge gefasste Verkauf einer Hofstelle in Grammetshof wurde verschoben, zumindest bis die Festsetzung dieses Areals in Sachen Wasserschutzgebiet feststeht.

Neuordnung der Gebühren

Natürlich war auch die Wassergebühr – Grundgebühr und Verbrauchsgebühr – ein Thema in der Sitzung, zumal spätestens alle vier Jahre eine Neuberechnung vorgeschrieben ist. Diese Vorgabe wurde vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband durchgeführt. 1. Vorsitzender Bauer eröffnete die Diskussion mit der Bitte, bei der Grundgebühr die 100 Euro im Jahr nicht zu überschreiten. Verbandsrat Josef Pilz aus Schrotzhofen vertrat – auch als Landwirt – aber die Meinung, dass die Grundgebühr deutlich erhöht und die Verbrauchsgebühr gering angepasst werden soll. Nach verschiedenen Vorschlägen plädierte der Hohenfelser Bürgermeister Christian Graf für eine Erhöhung der Grundgebühr von derzeit monatlich sieben Euro auf acht Euro, also 96 Euro pro Jahr. Diesem Vorschlag stimmte die Versammlung dann ebenso zu wie der daraus folgenden Gebührenerhöhung für den Kubikmeter Wasser von 1,71 Euro auf 1,80 Euro zzgl. der gesetzlichen Steuer. Die moderaten Steigerungen waren auch deshalb nötig, weil die staatlichen Zuwendungen ausgelaufen sind und daher die Gebührenminderung auf diese Weise aufgefangen werden muss.

Ein auch weiterhin brisantes Thema bleibt der Trinkwasserschutz. Werkleiter Herrler trug vor, dass die Flächenausweisungen von „roten und gelben Gebieten" nicht von den Wasserversorgern, sondern mit dem angestrengten Vertragsverletzungsverfahren der EU zusammenhängen. Die Kooperation „Trinkwasserschutz Oberpfälzer Jura", die beim Zweckverband Laber-Naab angesiedelt ist, wird ab 2021 mit angepassten Maßnahmen werben. Dabei geht es um folgende Aspekte:

- Förderung der Grundwasserneubildung,
- Minimierung des Stoffeintrags ins Grundwasser durch landwirtschaftliche Nutzung,
- Stärkung des Bodenschutzes – auch um die Filterwirkung und die Speichereigenschaften der Böden zu vergrößern,
- Minimierung des Oberflächenabflusses und der direkten Einspeisung ins Grundwasser,
- Anpassung der landwirtschaftlichen Nutzung an die natürlichen Standortverhältnisse.

Freiwillige Maßnahmen

Werkleiter Franz Herrler betonte, dass diese vorgeschlagenen Maßnahmen freiwillig seien. Vorsitzender Bauer dankte Herrler für die Erarbeitung dieses Maßnahmenkatalogs und drückte seine Freude darüber aus, dass Herrler nun den Vorsitz der Kooperation übernommen hat, die 30.000 Hektar Wasserschutz- und Einzugsgebietsfläche betreut. In diesen werden pro Jahr 22 Mio. Kubikmeter Wasser gefördert und rund 400.000 Einwohner versorgt.

Der für 2021 erstellte Wirtschaftsplan weist im Erfolgsplan 7.387.000 Euro Erträge und 7.987.000 Euro Aufwendungen sowie im Vermögensplan Einnahmen von 10.560.00 Euro und Ausgaben von 10.560.000 Euro auf. Im Vergleich zu 2020 ist dies bei den Erträgen eine Steigerung von ca. 5,4 Prozent und bei den Aufwendungen um ca. 2,4 Prozent. Der Vermögensplan liegt um 23 Prozent über dem Ansatz des Vorjahres.

Die Verbandsräte bekommen künftig 50 statt 30 Euro als Abgeltung für die Sitzungsteilnahme, dafür jedoch kein Kilometergeld mehr. Die arbeitsintensive Tätigkeit der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses wird nun mit einer täglichen Pauschale von 150 Euro inklusive Kilometergeld vergolten.

Zuständigkeiten neu fixiert

In der Verbandssatzung wurden vor allem die Zuständigkeiten der Verbandsversammlung, des Verbandsvorsitzenden, der Werkleitung und des Werkausschusses hinsichtlich des Abschlusses von Verträgen und Rechtsgeschäften – konkret die von den einzelnen Organen zu verantwortenden Geldsummen – neu fixiert, weil die letzte Anpassung 2005 vorgenommen wurde. Die Verbandsversammlung muss demnach Beträge ab 250.000 Euro absegnen, der Verbandsvorsitzende kann über Beträge zwischen 20.000 und 60.000 Euro entscheiden, die Werkleitung darf über Summen bis 20.000 Euro bestimmen, der Werkausschuss von 60.000 bis 250.000 Euro. **Markus Bauer**

Pressemeldung des VBEW:

Ist das Nitratproblem in Bayern plötzlich nur noch halb so schlimm?

In Bayern wird der Großteil des Trinkwassers aus Grundwasser gewonnen. Der flächendeckende Schutz dieser natürlichen, für uns aller Leben wichtigsten Ressource muss daher oberste Priorität haben. Um dies zu gewährleisten, müssen unter anderem die Nitrateinträge, die maßgeblich aus der Landwirtschaft stammen, signifikant reduziert werden. Diese Einschätzung teilt auch die EU-Kommission und hat nach der Novelle der Düngeverordnung 2017 weitere Nachbesserungen zur Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie von Deutschland gefordert.

Seit 01.05.2020 gilt deshalb die neue Düngeverordnung, die auch neue Kriterien und Maßnahmen für mit Nitrat belastete sowie eutrophierte Gebiete vorsieht. In der bayerischen Umsetzung – der Ausführungsverordnung Düngeverordnung (AVDüV) – haben sich die mit Nitrat belasteten Gebiete nun im Vergleich zur Kulisse aus dem Jahr 2018 - zumindest auf den ersten Blick wundersam – halbiert.

Bisher waren rund 25 % der Landesfläche als Nitrat belastetes, sogenanntes rotes Gebiet, ausgewiesen. In der nun vorliegenden Gebietskulisse reduziert sich diese Fläche auf 12 %. Und das, obwohl die Nitratwerte in Bayern seit Jahren weitgehend konstant sind und an einigen Stellen sogar steigen.

Kritik an der Verordnung

Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW äußert daher massive Kritik an der Verordnung. „Da fällt einem doch gleich das Kinderlied von Pippi Langstrumpf ein: ‚Ich mache mir die Welt wie sie mir gefällt.' Damit es nicht so auffällt hat man sich zumindest redlich bemüht, dem vorliegenden Ergebnis einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben", sagt Detlef Fischer, Geschäftsführer des VBEW.

Ausweisungsverfahren

Grund für die Reduzierung der roten Gebiete ist ein grundlegend anderes Ausweisungsverfahren als 2018. Aufgrund verschärfter Auflagen in den roten Gebieten, liegt der Ansatz nunmehr weniger auf einer möglichst flächendeckenden Vorsorge, sondern mehr auf einer Hot-Spot Strategie. Diese Strategie ist im Sinne eines flächendeckenden Grundwasserschutzes allerdings nicht nachhaltig und lässt sich auch ganz gut mit dem aktuellen Corona-Pandemiemanagement vergleichen. Ist ein Hot-Spot im Griff, hat man dafür woanders fünf Neue.

Insbesondere in der Öffentlichkeit wird somit der Eindruck erweckt, das Nitratproblem sei jetzt weitaus weniger brisant als bisher. Das ist ein fatales Signal, nicht nur unter dem Aspekt der tatsächlichen Belastungssituation, sondern auch aufgrund der sich entwickelnden Dynamik. Nachdem das Ausweisungsmessnetz, das die Messwerte als Grundlage für die Gebietsausweisung liefert, in den nächsten Jahren mehr als verdoppelt werden soll, geht der VBEW davon aus, dass sich die Gebietskulisse dann in Teilen erneut signifikant verändern wird. Solange wesentliche Messwerte fehlen, fordert der VBEW keine Verkleinerung der roten Gebiete vorzunehmen.

„Zumindest einige Mitgliedsunternehmen berichten uns von einer tendenziell ansteigenden Nitratbelastung ihrer Brunnen. Wie will man einem Landwirt vermitteln, dass dieser 2018 in einem roten, 2021 in einem grünen und 2024 wieder in einem roten Gebiet liegt oder kann man einen solchen Fall bereits jetzt ausschließen? Wir schlittern sehr wahrscheinlich in ein Glaubwürdigkeitsproblem", sagt Fischer. Es wird nun Aufgabe der Staatsregierung sein, in der Kommunikation der AVDüV an alle Beteiligten (Wasserwirtschaft, Landwirtschaft, Öffentlichkeit) zu vermitteln, dass die Gebietskulissen von 2018 und 2020 nur bedingt vergleichbar sind und die tatsächliche Belastung der Wasserressourcen mit Nitrat sich auf einem konstanten und zu hohen Niveau bewegt. Auch darf nicht der Eindruck erweckt werden, grüne Gebiete wären hinsichtlich der Nitratproblematik gänzlich unbelastet. Hier gelten lediglich bestimme Erleichterungen für bestimmte, oftmals kleinere, Betriebe. ❐

Karten für Nutzung des Grundwassers mit Wärmepumpen-Archiv

Auf muenchen.de kann man einen ganz besonderen Blick in den Münchner Untergrund werfen. Dank einer intensiven Kooperation des Referats für Gesundheit und Umwelt (RGU) mit dem Lehrstuhl für Hydrogeologie der Technischen Universität München ist ein umfangreiches Kartenwerk entstanden, das detaillierte Informationen für die Beheizung und Kühlung von Gebäuden bereithält. Hauseigentümer*innen, Planer*innen und Unternehmen können diese Informationen nutzen, wenn ein Gebäude mit Wärme versorgt werden soll; vor allem, wenn es um Gebäude außerhalb des fernwärmeversorgten Teils des Stadtgebiets geht.

Die Karten können über die Themenseite „Oberflächennahe Geothermie" des RGU unter https://t1p.de/RGU-Geothermie abgerufen werden. ❐

„Die Situation ist gravierend“

GZ-Interview mit Klaus Stöttner, tourismuspolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, Aufsichtsrat bei der DEHOGA-Bayern-Tochter Gastgeber AG und TOM-Präsident

Wer ihnen am Wochenende auf einem überfüllten Wanderparkplatz begegnet, erkennt sie sofort an ihren grünen Westen – die Gebietsbetreuer übernehmen während der Corona-Pandemie die Besucherlenkung in den Touristenregionen. Die Bayerische GemeindeZeitung sprach mit Klaus Stöttner, tourismuspolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, Aufsichtsrat bei der DEHOGA-Bayern-Tochter Gastgeber AG und Präsident des Tourismusverbands Oberbayern und München (TOM), darüber, wie wichtig ihr Auftreten gegenüber den Menschen aus der Stadt ist und wie die Situation im Gastronomie- und Hotelgewerbe tatsächlich ist.

GZ: Der Tourismus ist eine der Branchen, die besonders unter Corona leidet. Laut einer Umfrage von Dehoga Bayern unter 1.380 gastgewerblichen Unternehmern sehen 75 Prozent aller befragten Hoteliers und Gastronomen ihren Betrieb durch die Corona-Krise in ihrer Existenz gefährdet und ein knappes Viertel (24,0 Prozent) zieht trotz ausgesetzter Insolvenzantragspflicht bereits konkret eine Betriebsaufgabe in Erwägung. Wie schlimm ist die Situation?

Stöttner: *Die Situation ist sicherlich gravierend, weil man differenzieren muss zwischen den Gastronomen in der Stadt und denen im ländlichen Raum. Auf dem Land sind viele Gastronomen gleichzeitig auch die Besitzer der Immobilie selbst und haben dadurch eine ganz andere Finanzstärke. In den Städten betreiben die Gastronomen bis zu 80 Prozent ihrer Restaurants in Mietobjekten und müssen Mietzahlungen nachkommen. So ist die Insolvenzgefahr in den Städten viel stärker als im ländlichen Raum. Solange Betriebe familiengeführt sind, ist es noch einfacher. Aber in Unternehmen, in denen die Eigentümer-Familie keine so starke Rolle spielt und die Mitarbeiter in einem klassischen Angestelltenverhältnis stehen, ist die Kostenbelastung auch mit dem Kurzarbeitergeld eine ganz andere. Denn da sind die Fixkosten wesentlich höher, besonders bei den Hotelgruppen. Hier ist die Problematik, dass Vermieter dieser Hotels oft Fondsgesellschaften sind, die laut Vertragsrecht die Miete nicht reduzieren dürfen, trotz Hotelschließungen.*

GZ: Hat der „Urlaub dahoam“ für kurzzeitige Erleichterung gesorgt?

Stöttner: *Nein! Der Sommer ist zwar hervorragend gelaufen, aber nur im ländlichen Raum. Die Gastronomen im oberbayerischen ländlichen Raum, in Franken, Niederbayern, im Bayerischen Wald, Allgäu – sie haben im Sommer überproportional profitiert mit teilweise 27 Prozent Umsatzzuwächsen durch den „Urlaub dahoam“. Aber die Städte haben wahnsinnig verloren: Weil es keine Messen, Events, Konzerte, internationalen Treffen, Schulungen oder Meetings gab. Der Anteil von Geschäftsreisen macht im Tourismus 40 Prozent aus. Von Messen profitieren die Stadt München und das Umfeld enorm. Und wenn die Messen nicht stattfinden, fällt der Businessanteil in den Städten komplett weg.*



Klaus Stöttner, MdL. ❐

GZ: Wie geht es weiter, welche Perspektiven haben gastgewerbliche UnternehmerInnen?

Stöttner: *Da muss man differenzieren. Wenn die Hotels im ländlichen Raum wieder aufmachen dürfen und die Leute zum Urlaub beispielsweise nach Oberbayern fahren und die Gastronomen gut gerüstet sind, so dass z.B. die Biergärten aufmachen können, dann wird das wieder einen enormen Schub geben. Auch die Hotels und Pensionen, die im Freizeitbereich ihre Zielgruppe haben, werden profitieren. Teilweise wird auch, da haben wir bereits Rückmeldungen, nicht nur für ein verlängertes Wochenende, sondern auch für ein oder zwei Wochen gebucht, weil kaum Fernreisen geplant werden. Aber die Städtehotels haben ein Riesenproblem, weil die von den Messen leben.*

GZ: Ein finanzielles Standbein in den oberbayerischen Kommunen ist der Tagestourismus, der zwar nach wie vor boomt, aber momentan kein Geld in die Kassen spült, da schlicht die Gelegenheiten zum Geldausgeben fehlen. Einheimische beklagen jetzt die übermäßige Beanspruchung von Infrastruktur durch Stadtleute. Den Höhepunkt in der Diskussion bildete bislang ein selbstgebasteltes Transparent in Miesbach, das den Münchnern klarmachen sollte, dass sie unerwünscht sind. Berichte über Vorfälle, dass Autos mit Münchner Kennzeichen angefeindet wurden, häufen sich. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Stöttner: *Sehr kritisch. Der Tourist ist kein Feind, sondern der Tourist ist ein Freund, der sein Geld auch dalässt in guten Zeiten. Und ich kann nicht entscheiden, ob er in guten Zeiten beliebt ist und in den schlechten Zeiten nicht. Und diese Ausfälle – und ich möchte wirklich sagen „Ausfälle“ – von Leuten, die sowas schreiben oder anfeinden, das ist nicht die Masse. Aber es wird hochgekocht. Ich glaube, dass man ehrlich bleiben muss, dass die Menschen in der Region Tegernsee, Miesbach, Chiemsee und Starnberger See alle wissen, dass sie ganz erheblich vom Tourismus profitieren. Ob das die Gastronomen, der Einzelhandel oder die Bergbahnen sind. Tausende Arbeitsplätze sind von der Branche abhängig. Alle in der Region haben deswegen einen guten Lebensstandard, weil sie von den Gästen leben und das wissen sie. Und diejenigen, die auf die Urlauber schimpfen, die machen diese Struktur kaputt.*

Touristen sind herzlich willkommen, aber man muss in den Regionen Besucherlenkungen organisieren. Demnächst treffe ich mich dazu zum Thema Gebietsbetreuer mit den Landräten der Alpenregionen per Videokonferenz. Wenn Sie auf die Seite www.gebietsbetreuer.bayern gehen, dann sehen Sie die Gebietsbetreuer mit ihren grünen Westen. Sie sind, entsprechend geschult, an den Wochenenden in den Regionen unterwegs, um Besucher z. B. bei überfüllten Parkplätzen an andere Orte weiterzuleiten. Oder sie verweisen auf Shuttlebusse. Es ist wichtig, dass man die Leute positiv lenkt. Denn wer jetzt in dieser schwierigen Zeit in die Natur fährt, der kommt auch im Sommer wieder, weil er gute Erfahrungen gemacht hat. Über 90 Prozent sehen Touristen als wichtige Geschäftspartner. Gastfreundschaft spielt in Oberbayern eine wichtige Rolle. Wir müssen aufpassen, dass wir kein falsches Image nach außen tragen.

GZ: Die Münchner CSU hat einen ausführlichen Fragenkatalog an die Verwaltung geschickt, um auszuarbeiten, welchen Nutzen die Umlandgemeinden aus der Stadt ziehen. Darin enthalten sind z.B. wie viele Berufspendler täglich die Stadtgrenze überqueren oder wie hoch der Anteil an nicht-Münchner KFZ auf dem Mittleren Ring ist. Wie bewerten Sie diese Reaktion?

Stöttner: *Stadt und Land sind eine Symbiose. Und wir merken immer stärker: München braucht das Land und das Land braucht München. Wenn wieder bessere Zeiten sind, braucht das Umland die Stadt mit den Messen, Kulturveranstaltungen, Allianzarena, Olympiahalle, mit großen Events am Königsplatz und so weiter – um mal ein rundes Bild abzugeben. Wir dürfen in der Diskussion nicht diesen falschen Touch von „Krieg“ aufgreifen. Es ist eine schwierige Situation und jetzt müssen wir versuchen die Probleme zu lösen und nicht versuchen, Feindbilder aufzubauen. Daher ist auch ein „Friedensgipfel“ eine ungeschickte Wortwahl.*

GZ: Landtagspräsidentin Ilse Aigner hat im ersten Lockdown ein Video darüber gepostet, wie sie ihre Mittagspause im Home-Office genießt, inklusive herrlichem Rundumblick ins bayerische Oberland. Gleichzeitig waren in München Spielplätze geschlossen und es galt ein Aufenthaltsverbot in Parks und an der Isar. Die Münchner Großmarkthalle, ein städtisches Unternehmen, hat die am Nachmittag und an den Wochenenden ungenutzten Parkplätze gesperrt, nachdem viele auf diese freien Flächen mit den Kindern ausgewichen sind. Für Familien, die im 4. Stock ohne Balkon wohnen, war und ist diese Zeit besonders schwer zu ertragen und viele StadtbewohnerInnen treten daher die Flucht aufs Land an. Trotz Englischem Garten und renaturierter Isar hat die Münchner Stadtpolitik möglicherweise versäumt, dem Bedürfnis der Bewohner nach Natur und „genug Luft zum Atmen“ Rechnung zu tragen? Sehen Sie das auch so?

Stöttner: *Ich denke, dass jetzt die Chance ist zu erkennen, dass die Leute, die im Hochhaus wohnen und keinen Balkon haben, natürlich ganz andere Voraussetzungen haben als Menschen, die einen Garten besitzen. Die großen, dicht besiedelten Stadtteile Münchens brauchen Natur. Unsere Kinder brauchen Spielplätze. Aber es müssen nicht alle an den Tegernsee fahren, es gibt auch im Erdinger Moos wunderbare Wanderwege oder in der Holledau. Man muss sich auch mal Plätze suchen, die wunderschön und nicht so bekannt sind. Dafür kommt der Allgäuer auch mal nach München. Wir müssen Partner sein und nicht Konkurrenten.*

GZ: Wie gehen Sie das Thema mit den Gebietsbetreuern jetzt demnächst mit den bayerischen Landräten an?

Stöttner: *Es gibt schon einige, die sich organisiert haben. Aber ich bin ein Freund davon, dass man die gleiche Marke wählt und dass Gebietsbetreuer oder Nationalpark-Ranger sagen: „Wir haben alle das ganz klare Ziel Kundenfreundlichkeit und gute Kommunikation!“ Der Umgang mit den Gästen muss höflich und respektvoll sein, damit sie glücklich heimfahren und im Sommer wiederkehren. Genau das müssen wir organisieren. Dazu gehört auch die bessere Vernetzung der Reiseführer untereinander, ob in der Stadt oder auf dem Land, das muss noch enger werden. Denn die sind die Ersten, die mit dem Gast zu tun haben und sofort Rückmeldung bekommen, wenn mal etwas nicht funktionieren sollte. So haben wir Sensoren, die wir brauchen, um unsere Qualität zu verbessern. Und das ist das oberste Ziel: Besser werden und gute Qualität anzubieten. Dabei ist Freundlichkeit das A und O.*

GZ: Was möchten Sie unseren Lesern noch mit auf den Weg geben?

Stöttner: *Wir müssen uns jetzt vorbereiten und für den Sommer und den Herbst eine Strategie entwickeln. Ein Oktoberfest wird es wahrscheinlich nicht geben können. Können dann nicht die Schausteller alternativ z. B. in den Städten und Dörfern ihre Fahrgeschäfte dezentral anbieten, wie das Riesenrad im vergangenen Sommer am Chiemsee? Außerdem hat sich gezeigt, dass das Ladenschlussgesetz nicht flexibel genug für solche Zeiten ist und reformiert werden sollte.* ❐



Der Parkplatz der städtischen Münchner Großmarkthalle an einem Sonntag Nachmittag. Das Verbotsschild trägt die Aufschrift „Privatgrundstück – kein Spielplatz“. ❐

Amberg-Sulzbach:

Landkreis-Touristiker ziehen Bilanz

„Das Jahr 2020 war in vielerlei Hinsicht eine Herausforderung. Der Tourismus leidet, und doch geht es zum Glück nicht ohne.“ Die Touristiker des Landkreises Amberg-Sulzbach können eine gute Bilanz aufweisen, was die Arbeit im vergangenen Jahr betrifft. Das Interesse an der Region stieg spürbar an, besonders im Internet, und die beiden Tourismus-Manager Hubert Zaremba und Regina Wolfohr sowie Landrat Richard Reisinger äußern sich in einer Pressemitteilung des Landratsamtes optimistisch über das Jahr 2021.

Doch zunächst die Bilanz: Vier Messe-Besuche absolvierte das Team im vergangenen Jahr in Stuttgart, Hamburg, München und Nürnberg, auch eine Zeitungsbeilage erschien Ende April im Münchener Norden; sie zog zahlreiche Buchungen aus diesem Raum im Sommer nach sich. Auch auf eine Plakatkampagne im Frankfurter Raum und kostenlose Social-Media-Crash-Kurse für Gemeinden, Gastgeber und Gastronomie blicken die Touristiker zurück.

Weiter fortgeschritten, so informierten Landrat Richard Reisinger und Regina Wolfohr, sei auch der Plan, die Kirwa als immaterielles Kulturerbe zu etablieren. Für die Bewerbung bis spätestens Oktober 2021 werden noch Informationen gesammelt: Umfrage mit 1.000 Teilnehmern, Archivarbeit mit Heimatpfleger Dieter Kohl und Archivaren aus dem Landkreis und ergänzende Interviews in diesem Jahr.

Nach Einführung der Auszeichnung „Nachhaltige Gastgeber“ im Jahr 2019 haben sich schon 20 Gastgeber erfolgreich der Prüfung gestellt. Im Zuge einer separaten Marketingkampagne erhielten sie im vergangenen Jahr dazu professionelle Fotos ihrer Betriebe auf Kosten der Landkreis-Touristiker für die Vermarktung. Der Ausbau der buchbaren Angebote und deren verstärkte Vermarktung, z.B. über deutsche Reisebüros, sollen eine noch bessere Wahrnehmung bei Deutschlandurlaubern und eine einfachere Buchbarkeit herbeiführen. Zwei Filmproduktionen für YouTube („Flusserlebnis Vils“ und „Bayerische Toskana“) entstanden ebenfalls vergangenes Jahr, sie werden heuer ausgespielt, so Tourismusreferent Hubert Zaremba.

Zur Erschließung neuer Zielgruppen ist das Amberg-Sulzbacher Land seit vergangenem Jahr auf der Plattform Pinterest zu finden, bei Komoot wurden für die aktiven Bürger und Touristen die GPS-Daten der touristischen Wander- und Radtouren eingepflegt. Ein Newsletter wird Interessenten künftig regelmäßig über Neuigkeiten und Ausflugstipps informieren.

„Auch wenn aufgrund der Krise die Übernachtungsgäste weitgehend fernbleiben müssen, gibt es dennoch genügend Tagesausflügler und andere, die gerade jetzt vermehrt über Ausflugs- und Aktivmöglichkeiten im Amberg-Sulzbacher Land informiert werden möchten“, erläutert Hubert Zaremba. Seine Kollegin Regina Wolfohr merkt an, dass die enormen Zugriffszahlen auf sämtlichen Online-Plattformen neben den gestiegenen Prospektanfragen im Vergleich zu 2019 ein eindeutiges Indiz dafür seien. „Dennoch haben wir entgegen vieler Vermutungen nicht weniger zu tun als vorher, denn lediglich Zielgruppe und Themenschwerpunkt haben sich vorübergehend verändert.“

Vorbereitung auf die Zeit nach Corona

Neben dem Alltagsgeschäft nimmt also die Vorbereitung auf die „Zeit danach“ breiten Raum ein bei den Landkreis-Touristikern. Einige Fragen gelte es zu klären, so Zaremba: „Wie kann eine Besucherlenkung stattfinden, wie können wir unsere Leistungsträger pushen, auf welche Themen wollen wir uns im Marketing konzentrieren, wie können wir an die Online-Erfolge anknüpfen und die touristische und digitale Infrastruktur verbessern?“

Beide Tourismus-Manager und auch Landrat Richard Reisinger sehen die Krise auch als Chance für diesen kleinen bayerischen Raum. Deutschlandurlaub boomt gerade, und die Urlauber suchen nach ihnen unbekannten und nicht überlaufenen Regionen. „Und da kommen wir aufgrund unserer Online-Marketing-Strategie ins Spiel: Sie ist perfekt auf diese Zielgruppen ausgerichtet und kann auf alle Situationen spontan angepasst werden!“, erklären Wolfohr und Zaremba abschließend.

Zudem hätten die Gastgeber im Sommer auch einen Zuwachs an Urlaubern aus dem benachbarten Ausland beobachtet und sich über die steigende Aufenthaltsdauer gefreut. Auch bei den Ferienwohnungen gab es 2020 kaum Einbußen. „Im Gegenteil“, sagt Zaremba, „die Nachfrage war enorm und die Aufenthaltsdauer länger“. Landrat Richard Reisinger und die Touristiker erwarten, dass dieser Trend anhalten wird. „Wir blicken 2021 trotz dieser schwierigen Situation zuversichtlich entgegen.“ ❐

vbw Online-Kongress:

„Restart im Tourismus“

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. diskutierte auf ihrem Online-Kongress „Restart im Tourismus“ über Konzepte, mit denen die bayerische Tourismuswirtschaft nach dem Überwinden der Corona-Pandemie auf die Erfolgsspur zurückfindet.

„Kaum eine Branche wurde von der Pandemie ähnlich hart getroffen wie die Tourismuswirtschaft. Die Bayerische Staatsregierung und der Bund haben umfassende Hilfspakete aufgelegt. Im nächsten Schritt gilt es, zukunftsorientierte Strategien für die Zeit nach der Krise zu entwickeln. Dafür werden von den Unternehmen und Kommunen bereits jetzt viele gute Ideen und Impulse entwickelt – für die erfolgreiche Umsetzung braucht es nun weitere Förderprogramme, aber auch Maßnahmen, um die Betriebe in bürokratischer Hinsicht zu entlasten“, forderte vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt.

Um die Erfolgsgeschichte des bayerischen Tourismus nach der Corona-Pandemie fortschreiben zu können, müssen insbesondere die Hauptleistungsträger Hotellerie und Gastronomie weiter gestärkt werden. Dazu ist ein fortgeführter reduzierter Umsatzsteuersatz unter Einbezug der Getränke essentiell, solange es in den umgebenden Ländern Deutschlands vergleichbar gehandhabt wird. Neben diesen Unterstützungsmaßnahmen müssen auch Reformmaßnahmen wie die Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes durch eine Wochenarbeitszeit und Bürokratieabbau angegangen werden.

Tourismusminister Hubert Aiwanger zeigt sich überzeugt, dass die Menschen nach den entbehrungsreichen vergangenen Monaten mehr denn je Erholung benötigen und verreisen wollen. Für Bayern rechnet der Minister in diesem Jahr deshalb mit einer ordentlichen Sommersaison: „Als beliebtes Tourismusland hatten wir schon im Coronajahr 2020 eine sehr gute Sommersaison, ich gehe fest davon aus, dass sich diese positive Entwicklung auch heuer zeigen wird.“

Knapp drei Viertel der Hoteliers und Gastronomen im Freistaat bangen um ihre Existenz. Ein knappes Viertel denkt über eine Betriebsaufgabe nach. „Die Betriebe werden sich auf neue Anforderungen und veränderte Bedürfnisse der Gäste einstellen müssen“, so Brossardt. So wird nach Ansicht der vbw das Thema Abstand und Hygiene eine größere Rolle spielen. Außerdem erwarten die Kunden zunehmend mehr Flexibilität, etwa was die Stornierungsbedingungen betrifft. „Viele Bereiche müssen überdacht und neugestaltet werden. Digitale Lösungen werden deutlich stärker nachgefragt werden“, erklärt Brossardt und betont: „Wir brauchen mehr denn je leistungsfähige digitale Netze: um die Standortqualität für Tourismusbetriebe zu erhöhen ebenso wie für neue Angebote, die beispielsweise Echtzeitinformationen voraussetzen.“

Der durch die Corona-Pandemie verstärkte Trend zum Inlandstourismus wird die Tourismusregion Bayern mittelfristig stärken. Um diese Chance nutzen zu können, fordert der vbw Hauptgeschäftsführer, die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen schneller in die Umsetzung zu bringen und den Unternehmen die nötige Liquidität zu verschaffen. ❐

GZ-Interview mit Altlandrat Franz Meyer zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit:

„Nicht abwarten, sondern anpacken!“

Altlandrat Franz Meyer sieht sich als Teil einer weltweiten Schicksalsgemeinschaft – und er sieht viel Potenzial in der Entwicklungszusammenarbeit in Sachen Klimaschutz. Beide Themen hat er in seinem Amt als Landrat des Landkreises Passau zusammengebracht und als erster Landkreis in Bayern im Jahr 2019 die Nachhaltigkeitsstrategie 2030 der Vereinten Nationen verabschiedet. Als Botschafter für kommunale Entwicklungszusammenarbeit versucht er Mitstreiter in den Landkreisen, Städten und Gemeinden zu finden. Wir haben ihn gefragt, wie Kommunen von einem entwicklungspolitischen Engagement profitieren. Und auch welche Chancen sich für die Zusammenarbeit in Zeiten der Corona-Pandemie ergeben.

GZ: Seit September 2020 tragen Sie den Ehrentitel „Altlandrat“. Wie fühlt sich die Auszeichnung für Sie an und wie gehen Sie das neue Jahr vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie politisch an?

Meyer: *Ich bin sehr dankbar und freue mich sehr darüber, dass der Kreistag des Landkreises Passau mir den Ehrentitel „Altlandrat“ verliehen hat und zugleich auch einen Beschluss gefasst hat, dass ich die höchste Auszeichnung des Landkreises, den Ehrenring in Gold bekomme. Dieser Ehrentitel erleichtert mein weiteres ehrenamtliches Engagement in mehreren Bereichen z. B. als neuer Vorsitzender der Verkehrswacht Stadt- und Landkreis Passau; auch im Präsidium der CSU Bayern bleibe ich ebenso aktiv wie innerhalb der Senioren Union in Niederbayern.*

GZ: Als Botschafter für kommunale Entwicklungspolitik – den Titel tragen Sie ebenfalls seit September 2020 – versuchen Sie andere Kommunen und Unternehmen für die Entwicklungszusammenarbeit zu gewinnen. Mit welchen konkreten Argumenten überzeugen Sie?

Meyer: *Ich bin sehr dankbar dafür gewesen, dass kurz nach meinem Ausscheiden als Landrat Bundesentwicklungsminister Gerd Müller mich bat, auch die Rolle als Botschafter für kommunale Entwicklungspolitik zu übernehmen. Grund dafür waren unter anderem die Entscheidungen, die wir im Landkreis Passau getroffen haben. Ich sage immer „wir“, denn man kann nicht alleine die Dinge machen, sondern immer nur in einem Team, einem starken Kreistag, der auch hinter einem steht. Bundesminister Dr. Gerd Müller kenne ich seit Jahrzehnten. Dass er mich jetzt mit dieser Aufgabe betraute, empfinde ich als besondere Ehre. Damit bin ich jetzt an der Seite von Dr. Siegfried Balleis, ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Erlangen, und Stefan Rößle, Landrat des Landkreises Donau-Ries, in einem Team von insgesamt 22 Botschaftern für kommunale Entwicklungspolitik, die der Minister berufen hat.*

GZ: Wie führen Sie das Ehrenamt als Botschafter für kommunale Entwicklungszusammenarbeit aktuell vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie?

Meyer: *Die Situation der Pandemie stellt schon eine besondere Herausforderung dar. Die Kommunen haben derzeit andere Schwerpunktaufgaben zu bewältigen. Aber ich sage immer, dass wir eine weltweite Schicksalsgemeinschaft sind. Das Leitmotiv bei uns im Landkreis Passau – und so gehe ich auch dieses Ehrenamt an – ist: „Nicht abwarten, sondern anpacken!“*

So haben wir gerade vom Landkreis Passau eine deutsch-afrikanische Kooperation im Bereich Klimaschutz mit dem Senegal geschlossen. Wir müssen uns jetzt viel auf Videokonferenzen beschränken. Das wird auch eine der Schwerpunktthemen in der nächsten Zeit sein, dass man Nachhaltigkeit als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sieht, aufbauend auf Entscheidungen, die wir im Landkreis Passau angegangen sind.

GZ: Könnten Sie unseren Lesern ein konkretes Beispiel geben, warum Kommunen von entwicklungspolitischem Engagement profitieren? Welchen konkreten Nutzen haben sie?



Altlandrat Franz Meyer. ❒

Meyer: *Wir stehen gemeinsam in der Verantwortung. Aus dem Grund will ich Kommunen beraten, wie man sich einbringen kann. In vielen Gemeinden, Landkreisen oder kreisfreien Städten gibt es viele Privatinitiativen, hinter denen viele engagierte Menschen stehen. Die müssen wir in einem Netzwerk zusammenbringen und darin sehe ich meine große Aufgabe und unsere Chance. Mein Nachfolger im Amt des Landrats, Raimund Kneidinger, war viele Jahre mein Stellvertreter. Er hat ebenfalls ein Händchen dafür, die Leute zusammenzuführen. Gemeinsam versuchen wir Fördergelder, auch des Bundesministeriums, für Projekte zu bekommen. Wichtig ist, dass nicht kommunale Gelder aus dem Kommunalhaushalt in Anspruch genommen werden, sondern private Spenden oder Zuwendungen von Wirtschaftsunternehmen. Wir hatten im vergangenen Jahr z. B. im Landkreis Passau einen großen Betrieb, der auf sein Feuerwerk verzichtete und das Geld für ein Schulbauprojekt in Uganda im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ zur Verfügung stellte.*

GT: Und wie haben Sie diesen privaten Spender überzeugen können?

Meyer: *In einem persönlichen Gespräch. Aber der Unternehmer war sehr aufgeschlossen. Er hat gesagt: „Wenn du zu mir kommst, dann bekommst du einen Scheck von mir!“. Es gibt viele Unternehmen, die sehr aufgeschlossen sind zu helfen.*

GZ: Der Landkreis Passau war der erste Landkreis in Bayern, der im Dezember 2019 die Nachhaltigkeitsstrategie 2030 der Vereinten Nationen verabschiedete. Seit November 2019 ist zudem Sabrina Hoffmann als Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik im Landkreis Passau verantwortlich. Empfehlen Sie anderen Kommunen ebenfalls, eine eigene Stelle für die Entwicklungszusammenarbeit zu schaffen?

Meyer: *Ich glaube, dass es weniger auf Gemeindeebene, aber auf Landkreisebene wichtig ist, dass es direkte Ansprechpartner gibt, auch beim Thema Nachhaltigkeit, Klimaschutz und erneuerbare Energien. Und da kann so eine Stelle – als Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik – helfen. Aber dafür braucht es gewisse Voraussetzungen. Wir haben mit der Verabschiedung der Nachhaltigkeitsstrategie im Dezember 2019 die Grundlage dafür geschaffen, dass die Stelle von Seite des Bundes gefördert wurde.*

GZ: Sie stehen mit Frau Hoffmann in engem Austausch und informieren sich über aktuelle Angebote der SKEW – wie definieren Sie Ihren Part in dieser Zusammenarbeit als Botschafter?

Meyer: *Wir hatten kürzlich eine Videokonferenz im Rahmen der Klimapartnerschaft mit einer Region im Senegal und ich war da mit eingebunden. Wir haben einen sehr engen Austausch untereinander unter Federführung des Landrats. Das ist wichtig, dass der Landrat hinter dieser Sache steht. Und wir uns dann entsprechend abstimmen und dass wir immer auf gleicher Augenhöhe mit den Partnern agieren. Und nicht zu vergessen: Wichtig ist dabei auch, dass sich die Personen gut miteinander verstehen.*

GZ: Gab es – neben der Flüchtlingskrise 2015 und dem Bewusstsein dafür, dass wir eine weltweite Schicksalsgemeinschaft sind – einen Auslöser dafür, dass Sie sich die Entwicklungspolitik bereits als Passauer Landrat auf die Fahne geschrieben haben?

Meyer: *Das waren die Themen Klimaschutz, erneuerbare Energien, CO2 einsparen. Der Landkreis Passau kann seinen Stromverbrauch im Landkreis mit 67 Prozent aus erneuerbaren Energien abdecken ohne die großen Wasserkraftwerke am Inn und Donau. Sonst hätten wir 150 Prozent. Ich habe 2011 einen neuen Fachbereich für erneuerbare Energien, Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Landratsamt geschaffen, für den jetzt Peter Ranzinger verantwortlich ist.*

GZ: Was können deutsche Kommunen und Partner im Globalen Süden voneinander lernen?

Meyer: *Es ist wichtig, dass wir die Dinge entsprechend auch erläutern, also Bewusstseinsbildung, der Umgang mit Müll, Aufforstung. All diese Themen sind wichtig, sich da im Gespräch auszutauschen, aber immer auf gleicher Augenhöhe.*

GZ: Wie wichtig ist es denn, dass die Entwicklungszusammenarbeit „ein Gesicht hat“, dass man sich kennt – also das Netzwerk, das Sie bereits angesprochen haben?

Meyer: *Ich stelle fest, dass sehr viele Leute hier bei uns in Niederbayern sich in der Entwicklungspolitik engagieren. Aber der eine weiß vom anderen nichts. Und deshalb ist es wichtig, die Kontakte zu bündeln. Deshalb werde ich auch, sobald es wieder möglich ist, auf meine Landratskollegen zugehen. Denn das persönliche Gespräch ist immer besser.*

GZ: Welche Perspektiven bieten sich aktuell vor dem Hintergrund der Pandemie für das entwicklungspolitische Engagement?

Meyer: *Als langjähriger Landes- und Kommunalpolitiker weiß ich, dass derzeit die Oberbürgermeister und Landräte vor riesigen Herausforderungen stehen, Menschenleben zu schützen, Bundespolitik umzusetzen und der Schwerpunkt daher logischerweise woanders liegt. Aber Entwicklungszusammenarbeit darf nicht untergehen. Aus diesem Grund bin ich immer im Gespräch mit Landratskollegen, mit dem Bayerischen Landkreistag und wichtig ist mir auch der Gemeindetag. Denn ich stelle fest, dass unsere Bürgermeister und Gemeinden hinter unserem Konzept stehen. Das sind oft kleine Dinge, z. B. bei der CO2-Einsparung, die wir als Zielvorgabe umsetzen können. Man muss ja schließlich auch Ziele haben im Leben.*

GZ: Welche Chancen sehen Sie denn auf der kommunalen Ebene, was sich durch die Corona-Pandemie verändern wird?

Meyer: *Die Videokonferenzen waren vor einem Jahr wesentlich weniger als jetzt. Und die technischen Voraussetzungen für den digitalen Austausch sind sehr schnell umgesetzt worden – ob auf kommunaler Ebene, Bundes- oder Landespolitik oder auch wie im Präsidium der Partei. Das ist eine neue Herausforderung, aber auch ein Ergebnis, dass virtuelle Konferenzen in Zukunft sicher stärker zum Tragen kommen werden. Und wir hatten wie erwähnt die Videokonferenz zum Klimaschutz mit Partnern aus dem Senegal. Das war eine herausragende Situation und hervorragend organisiert, weil wir Themen im digitalen Gespräch bereits konkret angehen konnten.*

GZ: Das heißt der globale Austausch kann im Rahmen von Videokonferenzen auch enger werden?

Meyer: *Der kann sicher enger werden! Und wir werden die Organisation solcher Konferenzen im Sinne eines interkulturellen Austauschs, gegenseitigen Lernens und der Übernahme einer globalen Verantwortung – was ja im Vordergrund steht – verstärkt angehen.* ❒

In besonders betroffenen Ländern:

Deutschland verstärkt Engagement für Anpassung an den Klimawandel

220 Millionen Euro sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem digitalen Globalen Anpassungsgipfel zu, um die am wenigsten entwickelten Länder bei der Anpassung an den Klimawandel besser zu unterstützen und Klimaversicherungen auszubauen. Ein Teil der Mittel sind Kredite. Der Anpassungsgipfel bereitet die Klimakonferenz COP26 vor, die Ende dieses Jahres in Glasgow stattfindet. Die Mittel stammen aus dem Haushalt des Entwicklungsministeriums.

Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller erklärte dazu: „Wir kommen beim Klimaschutz weltweit zu langsam voran. Wir müssen neben der CO2-Reduzierung auch in Klimaanpassungsmaßnahmen in den am härtesten getroffen Ländern investieren. Das vergangene Jahrzehnt war das heißeste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Die auch dadurch bedingten Schäden durch Naturkatastrophen lagen mit 210 Milliarden US-Dollar 2020 noch einmal deutlich über denen des Vorjahres. Läuft die Entwicklung einfach so weiter, dann tragen vor allem die Entwicklungsländer die katastrophalen Folgen. Schon heute gibt es 20 Millionen Klimaflüchtlinge, die ihre Lebensgrundlagen verloren haben. Nach Einschätzung der Weltbank können daraus in wenigen Jahren 140 Millionen Menschen werden.“

„Es ist ein wichtiges Signal, dass Bundeskanzlerin Merkel beim Globalen Anpassungsgipfel eine stärkere Unterstützung der ärmsten Länder angekündigt hat“, so Müller weiter. „Wir können damit in den vom Klimawandel am meisten betroffen Regionen, insbesondere in Afrika in Anpassungsmaßnahmen, beispielsweise in der Landwirtschaft durch die Entwicklung klimaresilienter Pflanzen oder im Küstenschutz unsere Zusammenarbeit ausbauen.

Die deutsche Entwicklungspolitik kann zudem mehr Menschen etwa gegen verheerende Klimarisiken wie komplette Ernteausfälle absichern. Das internationale Ziel ist, bis 2025 500 Millionen besonders arme und verwundbare Menschen abzusichern. Bisher decken Versicherungen in Entwicklungs- und Schwellenländern weniger als zehn Prozent der eintretenden Schäden ab.“

Deutschland erfüllt seine internationalen Klimafinanzierungszusagen und zählt international zu den größten Gebern: 2019 wurden vier Milliarden Euro auf der Basis von Haushaltsmitteln zur Verfügung gestellt, der Einsatz wurde damit seit 2014 verdoppelt. Mehr als 80 Prozent des jährlichen Beitrags stammen aus dem Haushalt des Bundesentwicklungsministeriums. Afrika ist eine Fokusregion des deutschen Engagements für Anpassung an den Klimawandel, mit Schwerpunkten auf Ernährungssicherheit und Wasserversorgung. ❒



GZ ZU GAST BEI ...



Franz Rasp

Erster Bürgermeister in Berchtesgaden
Stv. Bezirksvorsitzender Oberbayern
Bayerischer Gemeindetag

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Markt Berchtesgaden, ca 7850.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
1.Mai 2008.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Ich wurde gefragt, ob ich für den Gemeinderat kandidieren möchte, das war 2001. 2002 wurde ich gewählt. Die Einblicke als Gemeinderat haben mir gezeigt: da kann man was bewegen, es steht und fällt mit der Person des Bürgermeisters. Nach einer Zäsur im privaten Bereich 2004 brauchte ich Abstand um mir klar zu werden, was ich eigentlich mit meinem Leben anfangen möchte. Deshalb bin ich in sechs Wochen 4000 Kilometer mit dem Fahrrad durch Neuseeland gefahren – allein. Danach war mir klar: Ich möchte mich mehr für meinen Heimatort einsetzen.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Studium Bauingenieurwesen; Referendariat für den höheren bautechnischen Verwaltungsdienst mit großer Staatsprüfung 2000; Sechs Jahre als Gemeinderat.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Hohe Pro-Kopf-Verschuldung; frisch gescheitertes Hotelbauprojekt mitten im Ortszentrum mit bereits ausgehobener Baugrube aber gerichtlich aufgehobener Baugenehmigung; Sanierungsstau bei der gemeindlichen Infrastruktur.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Bewältigung Corona, Kinderbetreuung, Jugend- und Seniorenarbeit.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen /wollen?
Sanierung bzw. Neubau eines kommunal verwalteten Alten-Pflegeheimes; Neubau Kindertagesstätte; Sanierung Kanäle und Wasserleitungen; Ausbau digitale Infrastruktur; Neubau einer Skisprungschanze.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Fachlich: Zuhören und sich möglichst viel Wissen aneignen, Mitarbeiter einbeziehen und konsequent delegieren, Verantwortung übernehmen und zeitnah entscheiden.
Persönlich: Versuche erst gar nicht, es allen recht machen zu wollen. Kümmere dich auch von Anfang an um deine körperliche und seelische Gesundheit.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Kolleginnen und Kollegen durch regelmäßige Treffen und telefonieren; Bürgerinnen und Bürger durch Informationsveranstaltungen zu ausgewählten Themen und niederschwellige Methoden auf unserer Homepage und über neue Plattformen wie Facebook und Instagram; Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch standardisierte, regelmäßige Besprechungen.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Gremienarbeit: Schon jetzt führen wir 14-tägig gemeinsam Online-Sitzungen für alle Gemeinderäte durch, um zu informieren und im Gespräch zu bleiben; Sitzungsunterlagen werden nur noch online zur Verfügung gestellt; zukünftg wird auch online Beschlussfassung möglich sein müssen.
Bürgerdialog: weiter stark steigende Bedeutung der „neuen" Medien, auch hier werden online Beteiligungsplattformen wachsen.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Liberalitas Bavariae – im Sinne von leben und leben lassen!
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Positiv. ❐

Geschäftsjahr 2020 der NürnbergMesse:

Corona hinterlässt Spuren

Die Corona-Pandemie hat im Geschäftsjahr 2020 der NürnbergMesse zu einem Rückgang bei den wichtigen Messekennzahlen auf rund 12.400 Aussteller (Vergleichsjahr 2018: 35.462), 429.500 Besucher (1,5 Mio.) und 360.900 Quadratmeter Nettofläche (1,2 Mio.) geführt. Insgesamt hat dies einen Umsatzrückgang auf rund 115 Mio. Euro (2018: 315,1 Mio. Euro) zur Folge. Wie Dr. Roland Fleck, CEO der NürnbergMesse Group, bekanntgab, habe die Messegesellschaft durch frühzeitige Managementscheidungen jedoch ein deutlich negativeres Ergebnis verhindern können. Auf die Corona-Krise sei mit einer konsequenten Kostenbremse reagiert worden.

Gleichzeitig hat die Messegesellschaft die Transformation ihres Kerngeschäfts forciert und innerhalb weniger Monate digitale Formate für wichtige internationale Leitmessen wie die it-sa, CHILLVENTA oder BrauBeviale entwickelt. „2020 war für die NürnbergMesse nicht nur das Corona-Jahr, sondern gleichzeitig auch der Turbo für die Digitalisierung", erläuterte Fleck.

In Rekordzeit neue digitale Formate

Um trotz Pandemie die so wichtigen Marktplätze für die Wirtschaft anzubieten, entwickelte die NürnbergMesse in Rekordzeit neue, digitale Plattformen ihrer bestehenden Veranstaltungen. So trafen sich zum Termin der Cyber-Security Messe it-sa über 3.600 Teilnehmer aus der IT-Sicherheitsbranche im digitalen Raum der „it-sa 365". Ebenso nutzen Fachexperten der Medizinbranche, des Brandschutzes, der Wärme- und Kältetechnologie und der Getränketechnologie sowie die Wasserstoff-Community die digitalen Angebote ihrer jeweiligen Veranstaltungen MedtecLIVE, FeuerTrutz, CHILLVENTA, BrauBeviale und HYDROGEN DIALOGUE. „Dadurch hielt die NürnbergMesse trotz Krise den engen Kontakt zu ihren Kunden, generierte Neugeschäft und baute wertvolles Know-how im Bereich der Digitalisierung auf."

Motor der Wirtschaft massiv beeinträchtigt

Aufgrund der Corona-Pandemie wurde Fleck zufolge die Funktion der NürnbergMesse als Wirtschaftsmotor für die Region massiv beeinträchtigt. Schließlich trage sie als Messegesellschaft mit den Hauptgesellschaftern Freistaat Bayern und Stadt Nürnberg nicht nur die Verantwortung für die eigene Geschäftsentwicklung und rund 1.000 Mitarbeiter weltweit.

Nach aktuellen Berechnungen des ifo-Instituts seien durch den Ausfall und die Verschiebung zahlreicher Messen und Kongresse in Nürnberg im vergangenen Jahr in ganz Deutschland Kaufkrafteffekte von insgesamt 1,55 Mrd. Euro ausgeblieben. Allein in Bayern seien rund 11.500 Arbeitsplätze mit den Messen am Standort Nürnberg verbunden – von Hotels, Gastronomie, Caterer, Messebauer bis hin zum Taxi-Fahrer.

Auch 2021 bleibt laut CEO die Ausgangslage für die Messebranche unverändert abhängig vom Infektionsgeschehen. Die NürnbergMesse plane ihre Messen und Kongresse bis zum Sommer als hybride Veranstaltungen mit digitalen Erweiterungen. Die Anmeldungen hierfür seien erfreulich hoch und überträfen in Einzelfällen sogar die Quote „vor Corona".

Rein digital finden im ersten Quartal 2021 die Weltleitmesse für Bio-Lebensmittel, BIOFACH, und die VIVANESS als eSPECIAL vom 17. bis 19. Februar sowie die internationale Leitmesse für eingebettete Systeme embedded world vom 1. bis 5. März statt. Als digitale Formate schaffen die Veranstaltungen die nötige Planungssicherheit für Aussteller und Besucher und vernetzen weiterhin die jeweiligen Branchen. Parallel hierzu setzt die NürnbergMesse ihren Weg der Internationalisierung fort.

Nachhaltigkeit

Neben Digitalisierung und Internationalisierung rückt zudem der Bereich „Nachhaltigkeit" immer stärker in den Fokus der Messewirtschaft, berichtete Fleck: „Parallel zu den Corona-Auswirkungen wird die fränkische Messegesellschaft nun ihre Nachhaltigkeitsinitiativen weiter forcieren und ihr Handeln als Messegesellschaft künftig noch konsequenter an den ‚Sustainable Development Goals' (SDG) der Vereinten Nationen ausrichten. Damit verfolgt die NürnbergMesse das Ziel, bis zum Jahr 2028 klimaneutral zu sein." **DK**

Stein ist weiterhin „Fairtrade-Stadt"

Die Stadt Stein erfüllt weiterhin alle fünf Kriterien der Fairtrade-Towns Kampagne und trägt für weitere zwei Jahre den Titel Fairtrade-Stadt. Die Auszeichnung wurde erstmalig im Jahr 2017 durch TransFair e.V. verliehen. Seitdem baut die Kommune ihr Engagement weiter aus.

Steins Erster Bürgermeister Kurt Krömer freut sich über die Verlängerung des Titels: „Die Bestätigung der Auszeichnung ist ein schönes Zeugnis für die nachhaltige Verankerung des fairen Handels in Stein. Lokale Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft arbeiten hier eng für das gemeinsame Ziel zusammen. Ich bin stolz, dass die Stadt Stein dem internationalen Netzwerk der Fairtrade-Towns angehört. Wir setzen uns weiterhin mit viel Elan dafür ein, den fairen Handel auf lokaler Ebene zu fördern."

Vor vier Jahren erhielt die Stadt Stein von dem gemeinnützigen Verein TransFair e.V. erstmalig die Auszeichnung für ihr Engagement zum fairen Handel, für die sie nachweislich fünf Kriterien erfüllen musste. Der Bürgermeister und seine Gäste trinken fair gehandelten Kaffee und halten die Unterstützung des fairen Handels in einem Ratsbeschluss fest, eine Steuerungsgruppe koordiniert alle Aktivitäten, in Geschäften und gastronomischen Betrieben werden Produkte aus fairem Handel angeboten, die Zivilgesellschaft leistet Bildungsarbeit und die lokalen Medien berichten über die Aktivitäten vor Ort.

Auszeichnung ist Motivation und Aufforderung

Das Engagement in Fairtrade-Towns ist vielfältig: In Stein sind das alljährliche FairschmeckerFrühstücke, Aktionen zur fairen Berufskleidung und das Fair Play Schulprojekt mit Fairtrade-Sportbällen nur einige Beispiele erfolgreicher Projekte in den letzten Jahren. „Wir verstehen die bestätigte Auszeichnung als Motivation und Aufforderung für weiterführendes Engagement ", sagt Angelika Dittmann, Leiterin der Steuerungsgruppe, „Geplant sind Projekte zur öffentlichen Beschaffung und in der Kooperation mit unseren Schulen".

Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsziele (SGD's)

Die Fairtrade-Towns Kampagne bietet der Stadt Stein auch konkrete Handlungsoptionen zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nation (Sustainable Development Goals – SDG´s), die 2015 verabschiedet wurden. Unter dem Motto „global denken, lokal handeln" leistet die Stadt mit ihrem Engagement einen wichtigen Beitrag.

Weltweit über 2.000 FairtradeTowns

Stein ist eine von über 700 Fairtrade-Towns in Deutschland. Das globale Netzwerk der FairtradeTowns umfasst über 2.000 Fairtrade-Towns in insgesamt 36 Ländern, darunter Großbritannien, Schweden, Brasilien und der Libanon. Weitere Informationen zur Fairtrade-Towns Kampagne finden Sie unter www.fairtrade-towns.de. ❐

#GestalteDeineStadt:

YOU & GZ

Die Große Kreisstadt Günzburg initiierte im zurückliegenden Jahr eine groß angelegte Jugendbefragung durch die die Kommune herausfinden wollte, wie es den Jugendlichen in Günzburg geht, was sie gerne machen und was in Günzburg für sie noch fehlt. „Es ist wichtig, Stadtentwicklung an dem tatsächlichen Bedarf unserer Bürger auszurichten und dabei die unterschiedlichen Blickwinkel der Zielgruppen zu berücksichtigen. Vor Jahren befragten wir unsere Senioren und erarbeiteten daraus ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept. Jetzt beziehen wir speziell unsere Jugendlichen in die Gestaltung ihrer unmittelbaren Umgebung mit ein", erklärt Oberbürgermeister Gerhard Jauernig das Vorhaben.

Eine geplante Vorstellung der Ergebnisse in der Öffentlichkeit musste leider entfallen – genauso wie ein Treffen der Jugendlichen im Frühjahr bzw. Herbst. Die weiterhin hohen Infektionszahlen haben nun die Mitarbeiter der Jugend- und Erwachsenenhilfe Seitz gGmbH und die Stadt Günzburg dazu bewogen, eine neue Begegnungsform anzubieten, um mit den Jugendlichen in Kontakt zu kommen.

Mitgestaltung über Website und Instagram

Über die Webseite der Stadt Günzburg unter https://www.guenzburg.de/rathaus-buergerservice/familie-jugend/yougz/, bzw. über den Instagram-account @jugendarbeit.guenzburg loggen sich die Jugendlichen ein und gestalten ihre Stadt online mit.

Eine solche virtuelle Kontaktaufnahme ist in Zeiten von COVID-19 nicht nur coronakonform, sondern ist für diese Altersgruppe ein fester Bestandteil ihres Lebens. So können über die neue Online-Plattform Jugendliche da abgeholt werden, wo sie sich ohnehin ganz selbstverständlich austauschen.

Der Chat, der von Mitarbeitern der Jugendhilfe Seitz betreut wird, soll erste Kontakte knüpfen und Themen bearbeiten, die besonders für Jugendliche interessant sind. Online-Treffen sind geplant, das erste fand am 21. Januar 2021 statt. ❐



Angelika Dittmann, Leiterin der Steuerungsgruppe und Kurt Krömer, Erster Bürgermeister der Stadt Stein. Bild: Stadt Stein

Abensberg:

Kindergärten und -krippen nutzen neue App

Die drei städtischen Kindergärten Fridolins Kindernest, Regenbogenland und Lummerland und die beiden „Wichtelstuben"-Kinderkrippen in Abensberg und Offenstetten nutzen seit diesem Jahr eine App, die eine einfache, schnelle und sichere Kommunikation zwischen den Teams und den Eltern ermöglicht. Termine, Krankmeldungen, Speisepläne, Elternbriefe und vieles mehr lässt sich schnell und einfach kommunizieren.

Sandra Dumm, Leiterin des größten Abensberger Kindergartens, ist begeistert: „Die Kommunikation mit Eltern und in den Gruppen läuft einfach und schnell." Der deutsche Anbieter heißt „Instikom", die App nennt sich „KiKom" und wird gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie. Die Daten werden DSGVO-konform erfasst, verarbeitet und in Köln und Straßburg gehostet. Nur mit einem individuellen Aktivierungscode, den die Leitung vergibt, können Eltern und Erzieher auf die ihnen zugeordneten Gruppen und Informationen zugreifen. Die Betreuung durch den Anbieter erfolgt nach ersten Erfahrungen der Lummerland-Leiterin schnell und lösungsorientiert. Die Stadt übernimmt die Benutzungsgebühren für die Kindergärten, die Krippen und auch für die Eltern. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Artenvielfalt:

Verstärkung im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen

Hanna Heither verstärkt als neue Biodiversitätsberaterin ab sofort die Untere Naturschutzbehörde am Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen. Zukünftig steht sie den Landwirten und Kommunen in Fragen zu Naturschutz und Artenvielfalt zur Seite.

Ziel der Biodiversitätsberatung ist es, die Vielfalt von Arten und Lebensräumen im Landkreis zu erhalten und auszubauen. Für die Umsetzung sollen mithilfe bestehender Förderangebote verstärkt Agrarumweltmaßnahmen und Vertragsnaturschutz auf die Fläche gebracht werden.

Besondere Verantwortung

„Die Naturschönheit unseres Landkreises zu bewahren ist eine wichtige Aufgabe, denn sie macht unseren Landkreis so besonders und lebenswert. Durch das Vorkommen seltener Lebensgemeinschaften wie der Moore, Streuwiesen und Voralpenflüsse kommt uns im Landkreis eine besondere Verantwortung zu. Daher freut es mich, dass wir diese Themen nun gemeinsam angehen werden", so Landrat Josef Niedermaier.

Arten- und Flächenschutz

In Kooperation mit verschiedenen Interessensvertretern wird die Biodiversitätsberaterin zukünftig vor allem Projekte im Arten- und Flächenschutz initiieren. Dabei kann es sich zum Beispiel um eine Wiese handeln, die schwierig zu bewirtschaften, aber sehr wertvoll für die Artenvielfalt ist. Bei extensiver Nutzung stehen als Ausgleich für den geringeren Ertrag entsprechende Förderprogramme zur Verfügung.

Der gebürtig norddeutschen Forst- und Wildtiermanagerin sind dabei Beratung und Kommunikation besonders wichtig:



Hanna Heither

Bild: LRA Bad Tölz-Wolfratshausenr

„In unserem Alltag sind wir häufig weit entfernt von den Themen Natur und Landnutzung. Mir ist es ein großes Anliegen, die nachhaltige Bewirtschaftung unserer Landschaft wieder in den Fokus der Menschen zu bringen. Ein kooperativer Naturschutz funktioniert nur gemeinsam mit allen Akteuren aus Land- und Forstwirtschaft, Eigentümern, Erholungssuchenden, Kommunen und Verbänden." ❐

EU-Projekt „JUST Nature":

Förderung einer klimaangepassten Stadt

München engagiert sich fürs Klima – und hat für seine Initiative in einem internationalen Projekt nun eine Förderzusage der Europäischen Kommission erhalten. Das Projekt „JUST Nature", dass das Referat für Stadtplanung und Bauordnung gemeinsam mit europäischen Partnerorganisationen für das Forschungs- und Innovationsprogramm HORIZON 2020 eingereicht hat, konnte sich gegen 35 Konkurrenzkonzepte durchsetzen. Beteiligt sind neben der Stadt München 20 europäische Initiativen, fünf davon sind Städte. Von den fast zehn Millionen Euro an Fördergeld fließen nun 648.600 Euro nach München.

Wie kann der Hitzeinsel Innenstadt mit Grüner Infrastruktur begegnet werden? Welche Effekte haben unterschiedliche Begrünungsvarianten auf den Freiraum der Innenstadt? Diese Fragen werden im Rahmen des Projektes untersucht, modelliert, getestet. An welchen Stellen dies sinnvoll ist, hängt unter anderem von den Ergebnissen des „Freiraumquartierskonzepts Innenstadt" ab, das derzeit vom Landschaftsarchitekturbüro mahl gebhard konzepte im Auftrag des Referats für Stadtplanung erarbeitet wird. Dieses Freiraumquartierskonzept hat auch Chancen und neue Ideen für den öffentlichen Raum im Blick, die sich unter anderem durch eine autoreduzierte Altstadt ergeben werden. Zudem sollen temporäre Angebote vergleichbar der bereits erprobten Sommerstraßen oder Parklets eine Rolle spielen, die den Münchner*innen in der warmen Jahreszeit Gelegenheit zum Flanieren, Ratschen und Spielen bieten.

Die Stärkung der grünen Infrastruktur dient dem Klima wie dem Wohlbefinden der Großstädter*innen gleichermaßen. München wird so besser an den Klimawandel angepasst und trägt gleichzeitig dazu bei, ihn zu verlangsamen. Denn die Vegetation – Bäume, Vegetations- und Wasserflächen, Dach- und Fassadenbegrünungen – kühlt, filtert Kohlendioxid aus der Luft und sorgt für einen angenehmeren Aufenthalt im Freien, gerade an den heißen Tagen und vor allem auch für die Menschen, die der Hitze der Stadt nicht so einfach entfliehen können.

Bei „JUST Nature" soll untersucht werden, welche Verbesserungen besonders effektiv sind und wie sich verschiedene Begrünungsszenarien auf das Stadtklima und das Freizeitverhalten der Münchner*innen auswirken. Besonders wichtig bei dem Projekt „JUST Nature – Activation of nature-based solution for a just low carbon transition" ist der wissenschaftliche Erfahrungsaustausch mit den Planungsbehörden der europäischen Partnerstädte. Neben München sind dies Leuven in Belgien, Bozen/Meran in Italien, Chania in Griechenland, Szombathely in Ungarn und Gzira auf Malta. Los geht es voraussichtlich im Juni, das Projekt ist auf rund viereinhalb Jahre angelegt. ❐

#muenchenhaeltzamm:

Wirtschaft mit Einkaufsführer unterstützen

Zwangsläufig werden Waren aktuell online bestellt. Die Münchner Einzelhändler und Gastronomen bieten selbst eine große Auswahl an Produkten online an und stellen auch einen „Click & Collect"-Service zur Verfügung. Diese Angebote müssen den Münchnern bestmöglich zugänglich gemacht werden.

Mit #muenchenhaeltzamm (www.muenchenhaeltzamm.de) hat das Referat für Arbeit und Wirtschaft gemeinsam mit muenchen.de kurzfristig eine Plattform ins Leben gerufen, auf der die Angebote der Einzelhändler angezeigt werden. Um eine bessere Nutzung für die Bürger zu ermöglichen, soll #muenchenhaeltzamm zu einem zentralen Einkaufsführer weiterentwickelt werden, der dann Unterteilungen nach Stadtbezirken, Warenprodukten und Dienstleistungen sowie Marken enthalten soll. Die Entwicklung soll unter enger Einbindung der beteiligten Verbände erfolgen. Andere Städte haben bereits die Nützlichkeit eines solchen Einkaufsführers bewiesen. Stv. CSU-Fraktionsvorsitzende, Dr. Evelyne Menges: „Durch die Plattform konnte schnell ein wichtiges Angebot geschaffen werden, um die Münchner Wirtschaft zu unterstützen. Die Plattform muss zu einem zentralen Einkaufsführer weiterentwickelt werden. Der Einzelhandel muss gestärkt werden, sonst verliert die Stadt bald ihren Charme, wenn Geschäfte dauerhaft schließen."

Bayerischer Gemeindetag:

Trauer um Eckart Dietl

Eckart Dietl, der zehn Jahre Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags war, ist am 13. Dezember 2020 im Alter von 86 Jahren verstorben.

1999 wurde Dietl für seine großen Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung in Bayern mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet. In der Traueranzeige des Gemeindetags ist zu lesen, dass Dietls Engagement stets dem Erhalt und der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung galt: „Herausragende Entscheidungen, die von Eckart Dietl mitbestimmt wurden, betrafen die Themen Landkreis- und Gemeindegebietsreform, Initiativen zur Privatisierung und schlankeren Verwaltung, kommunale Hilfen zum Aufbau leistungsfähiger Gemeinden in den neuen Bundesländern, insbesondere Sachsen und Thüringen, Gründung des Europabüros der kommunalen Spitzenverbände sowie Neuordnung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds. In seinem Engagement um die kommunale Selbstverwaltung wirkte Eckart Dietl nicht nur in Bayern, sondern als Präsidiums- und Hauptausschussmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebunds sogar in der gesamten Bundesrepublik. Auf Landesebene trug Eckart Dietl maßgeblich zum heutigen hohen Ansehen des Bayerischen Gemeindetags bei." ❐

GZ **GESTERN** hat mein Chef gesagt ...



Gibt es ein Grundrecht auf Datenschutz?

„Ich habe mal im Grundgesetz geblättert. Wir schränken zur Zeit so ziemlich jedes Grundrecht ein, das darin verbrieft ist. Alles gut, solange man einen Sinn dahinter entdecken kann. Aber ein Grundrecht, das gar nicht im Grundgesetz steht und von Verfassungsrichtern erst erfunden wurde, gilt auch jetzt als sakrosankt: Der Datenschutz." Mein Chef, der Bürgermeister, schäumte vor Wut, als er in einer überregionalen Tageszeitung einen Artikel über die angeblich stümperhafte deutsche Verwaltung las.

Exemplarisch herausgegriffen wurden drei Felder: Einmal der massenhafte Missbrauch von Sozialleistungen durch illegal einreisende Ausländer, die sich an mehreren Orten als Asylsuchende gemeldet und wegen mangelndem Datenaustausch mehrfach Stütze kassiert haben. Dann die Corona-App, die weit unter ihren Möglichkeiten bleibt. Schließlich die Probleme in einigen Ländern, die Impfkandidaten, die nicht in einem Heim wohnen, zu benachrichtigen.

Wenn man aber diese und andere Beispiele angeblichen staatlichen Versagens näher betrachtet, dann stellt man schnell fest, dass die Ursache fast immer in der übertriebenen Bedeutung liegt, die wir in Deutschland dem beimessen, was die Karlsruher Richter einmal im Volkszählungsurteil als „Recht auf informationelle Selbstbestimmung" definiert haben und das im Laufe der Zeit zu einem europaweit gehüteten Supergrundrecht wurde, zu dessen Schild und Schirm der Datenschutz immer mehr ausgebaut wird. So sind verschiedene Datenabgleiche gar nicht oder jedenfalls elektronisch nicht möglich, auch wenn sie noch so sinnvoll wären. Nicht nur um den Missbrauch von Sozialleistungen zu verhindern.

Was amüsieren sich kritische Journalisten darüber, dass in den Gesundheitsämtern noch händische Listen geführt und Daten noch per Fax übermittelt werden. Schon mal überlegt, welche immensen technischen Anforderungen der Datenschutz an die elektronische Kommunikation mit persönlichen Daten stellt? Jedenfalls rattern etwa in Verwaltungsgerichten immer noch Faxgeräte, weil einige Kommunikation, etwa bei Konkurrentenstreitfällen, nicht per E-Mail stattfinden kann – Stichwort personenbezogene Daten, die nicht elektronisch, sondern nur auf Thermopapier übermittelt werden dürfen.

Dann all die Fragen, warum die taiwanesische Corona-App besser funktioniert oder warum Israel schneller impft als wir. Die App in Taiwan meldet genau, wo und wann eine Risikobegegnung stattgefunden hat – was bei uns aus Datenschutzgründen nicht geht. Israel liefert den Impfstoffherstellen Gesundheitsdaten der Geimpften – was in Europa zu Massenrücktritten der Gesundheitsminister führen würde.

Dabei geben wir im Alltag ganz freiwillig unsere intimsten Daten preis, etwa wenn wir eine Rabattaktion nutzen oder im Internet einkaufen. Wir nutzen hemmungslos soziale Medien über die wir unseren Kommunikationspartnern bedenkenlos auch das Allerpersönlichste anvertrauen. Ein Messengerdienst, der einem großen amerikanischen Konzern gehört, kommt wegen Datenschutz in Verruf? Dann wechseln wir halt zu einem anderen Dienst nach amerikanischem oder gar russischem Recht. Für den deutschen und absolut datensicheren Dienst, der auf meinem Handy ist, habe ich bisher noch keinen einzigen Partner gefunden. Oder wer von Ihnen nutzt die datenschutzkonforme französische Internetsuchmaschine, von der derzeit so oft zu lesen ist? Jeder geht zu der mit den bunten Buchstaben, die alles über uns weiß.

Mein Chef, der Bürgermeister, neigt nicht zu Extremen und hat auch nicht die Mentalität einer Abrissbirne. Also ist sein Motto: Datenschutz ja, aber es muss wie jedes Recht auch gegen andere Rechtsgüter abgewogen werden. Niemand will, dass die öffentliche Verwaltung mehr über eine Person weiß, als sie muss. Aber wenn Wissen Schaden abwenden kann, sollte der Datenschutz in der Begründungspflicht stehen, warum die Verwaltung dieses Wissen nicht haben soll. Sagen wir es mit Jean Paul Sartre: „Ein großer Teil der Sorgen besteht aus unbegründeter Furcht".

Ihre Sabrina

Erfolgreiche Bewerbung für Pfaffenhofen:

Landkreis wird Gesundheitsregionplus

Im Landkreis Pfaffenhofen wird es ab 2021 eine Gesundheitsregionplus geben. Ein entsprechender Förderbescheid des Bayerischen Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ist jetzt beim Landratsamt eingegangen. „Ich freue mich sehr, dass der Landkreis Pfaffenhofen diese Förderung erhält. Zur Optimierung der Gesundheitsversorgung und zur Verbesserung der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis und in unserer Region ist das Konzept rund um die Gesundheitsregionplus enorm wichtig", so Landrat Albert Gürtner.

Die Förderung beträgt insgesamt 250.000 Euro und erstreckt sich auf die Jahre 2021 bis 2025. Die Förderung beinhaltet den Aufbau und die Entwicklung einer Geschäftsstelle der Gesundheitsregionplus.

Förderprogramm Gesundheitsregionplus seit 2015

Das Förderprogramm Gesundheitsregionplus wurde im Jahr 2015 durch das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege ins Leben gerufen. Ziel sind die generelle Verbesserung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung und die Prävention.

Passgenaue Maßnahmen

Mit der Schaffung von Geschäftsstellen der Gesundheitsregionplus sollen vor Ort passgenaue Maßnahmen entwickelt und bereits bestehende Ressourcen gebündelt werden, die sich mit den Themen Gesundheitsförderung und Prävention sowie Gesundheitsversorgung und Pflege auseinandersetzen. Dabei soll nicht „praxisfern" über statistische Zahlen diskutiert werden, sondern ganz konkret praktische Lösungen in der Region erarbeitet werden.

Albert Gürtner: „Mit dem Konzept der Gesundheitsregionplus sollen die Bereiche der Gesundheitsversorgung, -vorsorge sowie der Pflege bestmöglich im Sinne des betroffenen Patienten oder seiner Angehörigen verknüpft werden, wobei vor allem die regionalen Netzwerke gestärkt und auf kommunaler Ebene zur Gesunderhaltung der Menschen in und um Pfaffenhofen beitragen sollen."

Unterstützung durch den Freistaat

Die Geschäftsstelle der Gesundheitsregionplus wird am Gesundheitsamt Pfaffenhofen eingerichtet. Der Freistaat Bayern unterstützt dieses Projekt einersetis durch Beratung und andererseits mit Fördermitteln. ❐



Landrat Albert Gürtner und die Leiterin des Gesundheitsamts Pfaffenhofen Dr. Martina Kudernatsch freuen sich über den Förderbescheid zur Etablierung einer Gesundheitsregionplus im Landkreis Pfaffenhofen.

Bild: Rottler

Auf den Spuren der Vergangenheit:

Kooperationsprojekt zur Erfassung (historischer) Kulturlandschaft

Zwölf LEADER-Regionen aus Mittelfranken, Oberfranken und der Oberpfalz haben sich im Herbst 2017 zusammengeschlossen und gemeinsam das Kooperationsprojekt „Erfassung (historischer) Kulturlandschaft“ gestartet. Ziel war es, Kulturlandschaftselemente zu identifizieren, zu erfassen und in eine eigens aufgebaute Datenbank einzutragen.

Historische Kulturlandschaftselemente sind Spuren aus der Vergangenheit, entstanden aus dem Zusammenspiel vom Wirken und Wirtschaften des Menschen und der Naturvorgabe. Sie zeugen von Siedlungsgründungen und Urbarmachung, von Herrschaftsstrukturen und Religiosität, von Energiegewinnung und Gewerbe, Handel und Verkehr. Aber auch davon, wie die Bewohner die sie umgebende Landschaft zur Erholung genutzt und besondere Orte und Objekte mit assoziativer Bedeutung aufgeladen und sich angeeignet haben.

Die Landschaft war und ist einem steten Wandel unterzogen. Zahlreiche Spuren zeugen noch heute von der sich über die Jahrhunderte verändernden Landnutzung durch den Menschen. Die erfassten Elemente werden in der Datenbank sichtbar gemacht und das damit verbundene Wissen für nachfolgende Generationen bewahrt.

Um diese Aufgabe meistern zu können waren interessierte Bürgerinnen und Bürger, Heimatforscher und Landschaftskenner in den beteiligten Regionen aufgerufen, sich auf die Spuren der Kulturlandschaftselemente ihrer Heimat zu begeben.

Im Frühjahr 2018 baten daher auch die Lokale Aktionsgruppe Altmühlfranken und die Zukunftsinitiative altmühlfranken um Unterstützung aus der Bevölkerung. Bei einer ersten Informationsveranstaltung wurde die Begrifflichkeit für alle definiert und die Thematik genau erläutert.



Bei der Kulturlandschaftsexkursion wurden mit Hilfe von topografischen und historischen Karten, Reliefkarten und historischen Luftbildern Kulturlandschaftselemente gesucht und erfasst.

Bild: Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen

Erfassung in einer Datenbank

Die darauffolgende Schulung unterstützte bei der Findung der historischen Kulturlandschaften und erklärte die Vorgehensweise zur Erfassung. Über die weitere Projektlaufzeit wurden regelmäßig Stammtische angeboten, um gemeinsam mit dem Projektmanagement offene Fragen zu klären und sich auszutauschen. Auch eine Datenbankschulung fand im EDV-Schulungsraum im Landratsamt statt. Ein Highlight war die Exkursion im Herbst 2019, bei der die Beteiligten ihren Blick für historische Kulturlandschaften schulen konnten.

Bei der Erfassung eines Kulturlandschaftselements ist ein gewisser Spürsinn gefragt für die Arbeit mit Archiven, Kartenmaterialien und alter Literatur. Nach erfolgter Vorarbeit ist ein wichtiges Element die Geländebegehung, bei der u. a. Fotos der historischen Kulturlandschaft zur Dokumentation gemacht werden. Alle Informationen werden in Datenblättern gesammelt und an das Projektbüro geschickt. Nach erfolgreicher Prüfung landen die Elemente in einer Datenbank und sind somit für jeden einsehbar. Die Datenbank ist auf der Homepage des Projekts zu finden: www.historische-kulturlandschaft.net

Nach drei Jahren Laufzeit endete Ende 2020 das Förderprojekt und die Betreuung durch das Projektmanagement. Damit die Datenbank weiterhin zugänglich ist und ausgebaut werden kann, ging das Projekt an den Bayerischen Landesverein für Heimatpflege über. Nach wie vor können sich Interessierte melden, um neu bei der Erfassung (historischer) Kulturlandschaften zu unterstützen (Telefon: 089/2866290; E-Mail: info@heimat-bayern.de).

Der Projektabschlussbericht mit Beispielen von erfassten Elementen in Altmühlfranken steht unter www.altmuehlfranken.de/kulturlandschaft/ zum Download bereit.

Die Projektverantwortlichen der Lokalen Aktionsgruppe Altmühlfranken und der Zukunftsinitiative altmühlfranken bedanken sich herzlich für das Engagement und die Wissensweitergabe der ehrenamtlichen Erfasserinnen und Erfasser. Ohne diesen Einsatz wäre eine Beteiligung am Projekt nicht möglich gewesen. ❐



Ausbau strategischer Regionalentwicklung:

Neue Fördermaßnahme unterstützt Modellregionen

Zwölf strukturschwache Regionen werden bei der Strategieentwicklung und der Umsetzung konkreter regionaler Entwicklungsvorhaben vom Bundesinnenministerium mit jeweils bis zu 700.000 Euro gefördert. Aus 60 eingegangenen Konzepten wurden im Rahmen des Modellprojekts „Aktive Regionalentwicklung“ zwei bayerische Projekte ausgewählt.

Im Landkreis Wunsiedel wird das Vorhaben „MobiLä“ gefördert. Dabei geht es um die Einbindung von Stadt und Land aus Sicht strukturschwacher Gebiete durch sog. Mobilitätsstationen. Die Stationen sollen mit Ladestationen und Informationssystemen ausgestattet werden und dadurch zeigen, wie der Verkehr auf dem Land und der Stadt genutzt werden kann. Das Projekt ist in Kooperation mit der Metropolregion Nürnberg erarbeitet worden.

Der Landkreis Kronach plant im Rahmen des Projektes „Lucas Cranach Campus: Hochschule und Region Hand in Hand“ die Errichtung eines „FabLab“ zur beruflichen und gesellschaftlichen Bildung, um Unternehmen und Region bei Anpassungen an die sich verändernde Wirtschafts- und Arbeitswelt zu stärken sowie Unternehmen und Wissenschaft zu vernetzen. Die ausgewählten Vorhaben werden aufgefordert, bis Ende Februar 2021 einen Förderantrag zu stellen. Der Start der Projekte mit einer Laufzeit von drei Jahren ist für Mai 2021 vorgesehen. **DK**

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
> 50 erfolgreiche ISIS12 Projekte
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

GZ auf folgenden
Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Messenger-Dienste
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten – direkt auf Ihr Handy:

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
Wartung und Reinigung von:
• Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
• Prozesslufttechnische Anlagen
• Kontrollierte Wohnraumlüftung
Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 11. Februar 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 4







BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Impulse für die Integrationspolitik

„Fachkommission Integrationsfähigkeit“ mit Landrat Stefan Löwl übergab Bericht an Kanzlerin Merkel

Gemeinsam mit weiteren Mitgliedern der „unabhängigen Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit“ hat Dachaus Landrat Stefan Löwl Kanzlerin Merkel den digitalen Abschlussbericht der Kommission übergeben. Dieser enthält eine Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen, gesellschaftlichen und demografischen Rahmenbedingungen für Integration sowie Impulse und Empfehlungen, wie diese weiterentwickelt werden können.

Der Bericht ist ein Auftrag aus dem Koalitionsvertrag. Landrat Löwl war als einer von 25 (zuletzt 24) Expertinnen und Experten aus verschiedenen wissenschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Bereichen, die sich seit vielen Jahren mit Prozessen der Migration und Integration beschäftigen, durch die Bundesregierung in die Fachkommission berufen worden.


Landratsamt Dachau

Landrat Stefan Löwl. ❐

Empirische und / oder wissenschaftliche Wahrnehmung

Als lokaler Verantwortungsträger sei die Arbeit in der Fachkommission interessant und bereichernd gewesen, urteilte der Landkreischef, „zeigte mir aber auch deutlich die Differenzen zwischen der empirischen, wissenschaftlichen Wahrnehmung und den lokal vor Ort zu lösenden Problemen und vielschichtigen Rahmenbedingungen. Die Herausforderung vor Ort, humanitäre, richtige und rechtmäßige Lösungen auf alle Einzelfälle unter Beachtung der jeweiligen lokalen Situation zu finden, und die generelle Frage der Rolle der Kommunen bei der Integration, auch außerhalb der Großstädte, mit den verschiedenen Interessen- und Ressourcenkonflikten, haben wir bei unserer Arbeit daher intensiv diskutiert.“

Der Fokus der Beratungen lag auf dem Zusammenhang von Migration und Integration sowie den Themenfeldern Sprachförderung, Arbeitsmarktintegration, Bildung, Wohnen und Gesundheit. Auch der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Gefahren durch Rassismus, Rechtsextremismus und Terrorismus werden im Bericht adressiert. Mögliche Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Integrationspolitik wurden ebenfalls beleuchtet. Der Abschlussbericht enthält folgende 14 Kernbotschaften, die als Impulse für die künftige Integrationspolitik dienen sollen.

1. Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland

Deutschland hat sich in Europa zum mit Abstand wichtigsten Zielland für Migration entwi-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Bayerisches FachkräfteForum in den Landkreisen München und Starnberg:

Wirtschaftsstandorte nachhaltig sichern

Über alle Branchen hinweg wird der Ruf nach qualifiziertem Personal lauter. Viele Betriebe richten ihr Augenmerk auf die unterschiedlichen Potenziale und Möglichkeiten, dem eigenen Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Wie man Fachkräfte mit Migrationshintergrund gewinnen kann, darüber informierte das Bayerische FachkräfteForum in einem Online-Gemeinschaftsseminar der Landkreise Starnberg und München. Ziel der Veranstaltungsreihe – initiiert von Bayerischem Landkreistag, Migra-Net – IQ Netzwerk Bayern und der Bayerischen GemeindeZeitung mit freundlicher Unterstützung des Bayerischen Integrationsministeriums – ist es, den Wirtschaftsstandort Bayern nachhaltig zu sichern.

Wie Anne Güller-Frey vom MigraNet – IQ Netzwerk Bayern eingangs ausführte, ist MigraNet als eines der 16 Landesnetzwerke Teil des bundesweiten Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ und vernetzt seit 2005 relevante Organisationen, Einrichtungen, Institutionen, Unternehmen und Migrantinnen- und Migrantenorganisationen, um die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern nachhaltig zu verbessern.

Zahlreiche Netzwerkpartner

Die 16 Landesnetzwerke werden von fünf Fachstellen begleitet, die bundesweit migrationsspezifische Themen bearbeiten. Im Freistaat bündelt MigraNet – das IQ-Netzwerk Bayern 41 Teilprojekte mit 25 verschiedenen Netzwerkpartnern.

Von verbesserter Integration in den Arbeitsmarkt profitieren Wirtschaft und Gesellschaft. MigraNet wird von vielen strategischen Partnern unterstützt, die das Potenzial von Menschen mit Migrationshintergrund als wichtigen Zukunftsfaktor sehen. Zu den Netzwerkpartnern zählen unter anderem die Bundesagentur für Arbeit, Arbeitgeberverbände, Bildungsträger, Kommunen, Kammern, Gewerkschaften und Migrantenorganisationen.

(Fortsetzung auf Seite 4)



Landrat Christoph Göbel. ❐



Landrat Stefan Frey sprach sein virtuelles Grußwort in seinem Amtszimmer; im Hintergrund Moderatorin Anne Güller-Frey von MigraNet. Bild: Bayerische GemeindeZeitung

Deutscher Landkreistag:

Licht und Schatten im Zeichen der Pandemie

Der Deutsche Landkreistag begrüßt die Unterstützung der Bundeswehr bei Corona-Testungen in Pflegeheimen und Behinderteneinrichtungen. Mit ihrem Kabinettsbeschluss habe die Bundesregierung eine bürokratische Hürde aus dem Weg geräumt, stellte Verbandspräsident Landrat Reinhard Sager fest. Diese Klärung komme zwar spät, sei aber sehr wichtig. „Über den Einsatz freiwilliger Helfer in den Heimen reden wir seit kurz vor Weihnachten mit dem Bund. Dabei mussten viele praktische und rechtliche Probleme gelöst werden.“

Sager sprach sich dafür aus, sich auf die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen zu konzentrieren: „Die Bedarfe in den Einrichtungen vor Ort sind sehr unterschiedlich. Wir haben es hier nicht mit einem flächendeckenden Personalproblem der Heime zu tun, sondern schätzen, dass ungefähr ein Viertel die Testungen nicht aus eigener Kraft stemmen kann und demnach Hilfe braucht.“

Landkreise bündeln Daten

Die Landkreise sind bei der Ermittlung der Personalbedarfe bei den Heimträgern behilflich und bündeln die entsprechenden Daten, soweit nicht das Land dies bereits übernommen hat. Schulungen von freiwilligen Helfern wird das Deutsche Rote Kreuz durchführen. „Bis zum Einsatz der Freiwilligen liegt das Angebot der Bundeswehr vor, kostenlose Amtshilfe zu leisten und die Testungen zu unterstützen. Von dieser Möglichkeit werden sicherlich viele der betroffenen Einrichtungen Gebrauch machen“, ist sich der DLT-Präsident sicher.

Als unberechtigt wies Sager die Kritik an den Landkreisen im Zusammenhang mit den Testungen in Pflegeheimen zurück. „Die Landkreise tun alles, um die Teststrategie in Pflegeheimen zu unterstützen. Die Rolle der Landkreise besteht darin, den Bedarf bei den Heimträgern abzufragen, um die Bundeswehr um Amtshilfe zu ersuchen.“ Dort, wo zusätzliches Personal erforderlich sei, könne die Amtshilfe durch die Bundeswehr nur von den Landkreisen und kreisfreien Städten oder von den Ländern beantragt werden, so Sager weiter. „Die Soldaten kommen dann im jeweiligen Heim der privaten Betreiber oder der Wohlfahrtsverbände zum Einsatz. Die Pflegeheime tragen also die Verantwortung für die Arbeit der Soldaten, während die Landkreise den Bedarf ermitteln und die Bundeswehr um Amtshilfe ersuchen. Mit diesem Dreiecksverhältnis ist nicht leicht umzugehen.“

Arbeit auf Hochtouren

Das Ganze sei ohnehin lediglich auf drei Wochen angelegt. „Länger stehen die Soldaten nicht zur Verfügung. Der Aufwand ist also für alle Seiten hoch. Auch das kann dazu führen, dass es sich manche Heime mittlerweile anders überlegt haben. Wir hätten uns ein einfacheres Verfahren gewünscht, aber wir wollen nicht zurückbli-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Pläne der Regierungskoalition:

Änderung der Kommunalgesetze

Mehr Handlungsspielraum für Bayerns Kommunalparlamente

Mit einem eigenen Gesetzentwurf sorgen die Regierungsfraktionen von CSU und Freien Wählern dafür, dass Bayerns Kommunalparlamente künftig die Möglichkeit haben, bei Sitzungen ihrer Gremien Teilnehmer mit Stimmrecht virtuell zuzuschalten und Corona-bedingt rechtssicher in reduzierter Präsenz zu tagen. Hierzu werden per Gesetz die Gemeindeordnung und weitere Kommunalgesetze entsprechend geändert.

Dieser Gesetzentwurf der Regierungsfraktionen wurde am vergangenen Dienstag in Erster Lesung im Plenum des Bayerischen Landtags beraten.

Bessere Vereinbarkeit von kommunalem Ehrenamt mit Familie und Beruf

Konkret können die Kommunen es künftig zulassen, dass Stadt-, Gemeinde-, Kreis- und Bezirksräte auch virtuell mit Stimmrecht an den Sitzungen ihrer Gremien teilnehmen.

Dies war bisher gemäß den Kommunalgesetzen nicht möglich. Diese Regelung wird Corona-unabhängig bis 2022 in Kraft bleiben. Ziel ist, damit künftig auch eine bessere Vereinbarkeit von kommunalem Ehrenamt mit Familie und Beruf zu ermöglichen.

Für die Dauer der Pandemie

(Fortsetzung auf Seite 2)



Wie beweist man die Ernsthaftigkeit seiner Nachhaltigkeitsstrategie? Nachdem die Stadtwerke sich an einem regionalen Solarpark beteiligen wollen, wird dem Bürgermeister „Greenwashing“ vorgeworfen. **Seite 11**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Haftpflicht-Versicherungsschutz für Impfzentren 2
Ohne Nachhaltigkeit keine Resilienz 2
Wassersensible Siedlungsentwicklung 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:
KPV: Ein neues Jahr und alte Herausforderungen. 3
Biosicherheitsmaßnahmen gegen Geflügelpest 4
Kommunikationstechnik • IT • Breitband . . . . . .5 - 8
Smart City – Schaffung von Innovationsräumen 7
Diskussion um Clubhouse 7
Umwelttechnologien • Ressourcenschutz 9
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 10 - 12

Nicht nur zu Pandemie-Zeiten:

Haftpflicht-Versicherungsschutz für Impfzentren

Von Manfred Raßhofer, Hauptabteilungsleiter Markt und Vertrieb Sondersparten Kompositversicherung, Versicherungskammer Bayern

Bei Aufbau und Betrieb von Impfzentren und mobilen Impfteams sind Kommunen aktuell stark eingebunden. Da hier nicht nur faktisch, sondern auch haftungsrechtlich in Teilen Neuland betreten wird, ist ein umfassender Versicherungsschutz unabdingbar. Nachfolgend wichtige Eckpunkte der Absicherung.

Für Errichtung, Organisation und Betrieb sowie die medizinische Tätigkeit stellt die Versicherungskammer Bayern – entweder über die Kommunale Haftpflichtversicherung oder über eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung – vielfältigen Versicherungsschutz bereit.

Für die Infrastruktur ist die Kommune zuständig

Für die Infrastruktur rund um das Impfzentrum ist meist die Kommune bzw. das Landratsamt im Rahmen der kommunalen Aufgabenerfüllung oder der Sachaufwandsträgerschaft zuständig. Auch die sich daraus ergebenen Pflichten hat die Kommune zu erfüllen und für etwaige Schäden durch Pflichtverletzung einzutreten. Im Rahmen der Kommunalen Haftpflichtversicherung kann dafür der gleiche Versicherungsschutz wie im übrigen Behördenbetrieb zur Verfügung gestellt werden. Ebenso ist das medizinische Personal kommunaler Krankenhäuser gut abgesichert: Und zwar, wenn es im Rahmen der genehmigten Nebentätigkeit im Impfzentrum tätig wird und ein eigenständiger Versicherungsschutz für die genehmigte Nebentätigkeit mit der Versicherungskammer Bayern vereinbart ist.

Versicherungsschutz auch für Gebäude nötig

Der Versicherer bietet zudem Versicherungsschutz aus der Anmietung eines Gebäudes zur Bereitstellung als Impfzentrum, insbesondere für die gesetzlichen Haftungen aus der Beschädigung der Mietsache.

Kommen kommunale Kraftfahrzeuge für Tätigkeiten eines Impfzentrums oder des mobilen Impfteams zum Einsatz, sind diese ebenfalls versichert. Denn die Fahrten zur Unterstützung der Impfzentren erfolgen im kommunalen Auftrag. Genauso ist auch die Überlassung der kommunalen Fahrzeuge, z.B. an den Landkreis für den Personentransport, mit abgedeckt.

Versicherungsschutz prüfen

Während die Versicherungskammer für die Errichtung, die Organisation und den Betrieb eines Impfzentrums durch Dritte Versicherungsschutz anbietet, ist das Betreiben eines Impfzentrums im Regelfall nicht Bestandsteil der regulär versicherten Tätigkeit einer dritten Gesellschaft oder eines Vereins. Deshalb empfiehlt es sich, den Versicherungsschutz genau zu überprüfen und sich im Zweifel umfassend beraten zu lassen.

Die medizinische Tätigkeit in den Impfzentren ist meist über eine kassenärztliche Vereinigung und damit über die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten organisiert. Der Versicherungsschutz der Versicherungskammer Bayern greift für versicherte Ärztinnen und Ärzte sowie das mitversicherte Personal für die medizinische Tätigkeit bei der Corona-Impfung im Rahmen der Berufshaftpflichtversicherung.

Eventuell vereinbarte Einschränkungen des versicherten Risikos oder Einschränkungen zeitlicher Natur sind dabei unerheblich. In besonderem Maße sichert der öffentliche Versicherer damit versicherte Ärztinnen und Ärzten im Ruhestand für alle ärztlichen Tätigkeiten im Impfzentrum ab. Auch die gesetzliche Haftpflicht aus der unsachgemäßen Lagerung der Impfstoffe kommt zum Tragen. Ärztinnen und Ärzte, die bisher keinen Berufshaftpflichtversicherungsschutz genießen und nur für das Impfzentrum tätig sind, können kurzfristig versichert werden.

Absicherung gegen Regressansprüche

Obwohl diverse Haftungsfreistellungen von staatlicher Seite ausgesprochen wurden, empfiehlt es sich, für die Abwehr unbegründeter Ansprüche und die Regulierung von Regressansprüchen vorzusorgen. Auch dafür sowie zur Klärung des konkreten Versicherungsschutzes im Einzelfall steht die Versicherungskammer Bayern in den schweren Zeiten der Pandemie und darüber hinaus kommunalen Kunden und medizinischen Berufen zur Verfügung.

Abschließend sei erwähnt, dass bei Ansprüchen aufgrund hoheitlicher Handlungen und aus Staatshaftung grundsätzlich der Bund oder das Bundesland haften. Schäden im Zusammenhang mit dem Impfstoff sind zudem über das Infektionsschutzgesetz und das Bundesversorgungsgesetz geregelt. ❐

Richtigstellung:

Zuhören erlaubt – auch nach 21 Uhr

In unserer Ausgabe Nr. 3 vom 28. Januar 2021 haben wir an dieser Stelle darüber berichtet, dass Zuhörer an Ratssitzungen nur teilnehmen können, wenn sie sich an die in Bayern üblichen Ausgangssperren halten. Diese Information ist falsch.

In einer Verlautbarung des Bayerischen Innenministeriums vom 17.12.2020 heißt es: „ Auch die Öffentlichkeit ist durch die bestehende allgemeine Ausgangsbeschränkung und der nächtlichen Ausgangssperre nicht von der Teilnahme an öffentlichen Sitzungen kommunaler Gremien ausgeschlossen. Die Teilnahme ist als triftiger Grund im Sinne von § 2 Satz 1 der 11. BaylfSMV und als ähnlich gewichtiger und unabweisbarer Grund im Sinne von § 3 Nr. 7 der 11. BaylfSMV anzusehen.

Wir bitten, unseren Fehler zu entschuldigen. Das Schreiben des Innenministeriums können Sie hier abrufen: https://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/kub/ims_vom_17-12-2020__b1-1414-11-17_.pdf

100 Jahre Kommunalversicherung in Bayern und der Pfalz:

Vertrauen entsteht über die Zeit

München. Mit einer Jubiläumsveranstaltung würdigte die Versicherungskammer Bayern unter dem Motto „Stadt, Land, Versicherungskammer" die Zusammenarbeit mit kommunalen und öffentlich-rechtlichen Einrichtungen in Bayern und der Pfalz. Vor 100 Jahren wurde unter Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände die Kommunalversicherung ins Leben gerufen. Seit 1921 nimmt die Versicherungskammer Bayern als heute größter öffentlicher Versicherer die Verantwortung für diese Kundengruppe wahr.

Dr. Frank Walthes, Vorsitzender des Vorstands der Versicherungskammer Bayern, eröffnete die Veranstaltung mit rund 400 Teilnehmern, die Pandemie-bedingt komplett online abgehalten wurde. „Vertrauen entsteht über die Zeit. Gegenseitige Wertschätzung und Verlässlichkeit sind für eine stabile Beziehung nicht weniger bedeutsam. Das Interesse und die Sorge um das Wohl der Menschen sowie die regionale Verwurzelung zeichnen die Versicherungskammer Bayern seit jeher aus", so Walthes.

Bayerns Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann betonte die hohe Bedeutung der Versicherungskammer Bayern für die Kommunen: „Auch eine leistungsfähige Kommune ist leider nicht vor schweren Schadensereignissen gefeit." Die Kommunalversicherung biete den Gemeinden, Landkreisen und Bezirken die Möglichkeit, sich mit all ihren Einrichtungen gegen unvorhersehbare Ereignisse und damit eventuell einhergehende hohe finanzielle Belastungen unbegrenzt zu fairen Preisen zu versichern.

Aus der Perspektive des Sparkassenverbands Bayern befördert die 100-jährige Partnerschaft zwischen Kommunen und Versicherungskammer Bayern die Fortentwicklung der Regionen, so Sparkassen-Präsident Prof Dr. Ulrich Reuter.

Eine ausführliche Dokumentation der Festveranstaltung veröffentlichen wir in der Bayerischen GemeindeZeitung Nr. 6, die am 18. März 2021 erscheint. ❐

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Schaberl
83620 Feldkirchen-Westerham
am 25.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Ebertsch
96355 Tettau
am 11.2.

Bürgermeister
Konrad Hartshauser
84178 Kröning
am 12.2.

Bürgermeister
Oswald Siebenhaar
91094 Langensendelbach
am 25.2.

Bürgermeister Alfred Stier
95671 Bärnau
am 26.2.

Bürgermeisterin
Luise Hausberger
84171 Baierbach
am 1.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred Reiner
94372 Rattiszell
am 24.2.

Bürgermeister Frank Stumpf
95119 Naila
am 1.3.

Bürgermeister Rolf Rosenbauer
96253 Untersiemau
am 2.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Dr. Stefan Straßmair
85662 Hohenbrunn
am 11.2.

Bürgermeister Harald Lenz
86491 Ebershausen
am 27.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Gründl
83670 Bad Heilbrunn
am 27.2.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Michael Schlehlein
91605 Gallmersgarten
am 13.2.

Bürgermeister
Matthias Kohlmayer
94405 Landau a. d. Isar
am 20.2.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Änderung der Kommunal ...

(Fortsetzung von Seite 1)

wird zudem durch die Änderung der Kommunalgesetze die rechtssichere Möglichkeit geschaffen, Entscheidungen, die den Gesamtgremien vorbehalten sind, auf Ausschüsse zu übertragen. Diese Entscheidungen können dann in kleineren Gremien getroffen werden, sodass die Kommunen verlässlich handlungsfähig bleiben.

Dazu CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer:

„Wichtig ist uns, dass hier nichts erzwungen, sondern vieles ermöglicht wird. Denn wir stehen zur kommunalen Selbstverwaltung. Mit unserem Gesetzentwurf sorgen wir dafür, dass die Gemeinden und kommunalen Gremien die für sie passgenaue Lösung finden".

Dazu der Vorsitzende der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion Florian Streibl:

„Wir haben schon sehr früh die Bedürfnisse der kommunalen Gremien in der Pandemie in den Blick genommen und intensiv mögliche Erleichterungen diskutiert. Dabei war es uns wichtig, die Thematik nicht nur auf eine Zuschaltung von Personen zu Sitzungen zu verengen, die derzeit wegen infektionsschutzrechtlicher Anordnungen oder Empfehlungen nicht persönlich an Sitzungen teilnehmen können. Vielmehr geht es uns auch darum, insgesamt rechtssichere und praxistaugliche Lösungen im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung zu gestalten. Eine Öffnung für hybride Sitzungen und weitere Erleichterungen waren dringend angezeigt. Deshalb freuen wir uns, diese Maßnahmen jetzt zur Umsetzung zu bringen, um auch hier die Gesundheit der kommunalen Mandatsträger möglichst umfassend zu schützen und gleichzeitig Handlungsfähigkeit zu gewährleisten."

Dazu Innenminister Joachim Herrmann:

„Der Gesetzentwurf der beiden Regierungsfraktionen ist ein Meilenstein für mehr Handlungsspielraum der Kommunen in Zeiten der Corona-Pandemie und darüber hinaus. Er hilft, Infektionskontakte in kommunalen Gremien, bei Bürgermeister- und Landratswahlen, bei Bürgerentscheiden und Bürgerversammlungen sowie bei Ortssprecherwahlen zu vermeiden. Die Entscheidung, inwieweit von den Möglichkeiten Gebrauch gemacht wird, bleibt jedoch bei den Kommunen."

Inkrafttreten des Gesetzes noch vor Ostern

Nach der Ersten Lesung am 9. Februar 2021 im Plenum wird das Gesetz dann am 24.2.2021 in einer Sondersitzung im Kommunalausschuss beraten. Das Gesetz soll noch vor Ostern in Kraft treten. ❐

Virtuelle AKU-Landesversammlung:

Ohne Nachhaltigkeit keine Resilienz

Unter der Leitung seines Landesvorsitzenden Dr. Martin Huber, MdL, hat der Arbeitskreis Umweltsicherung und Landesentwicklung (AKU) der CSU auf seiner virtuellen Landesversammlung mit großer Zustimmung einen Leitantrag mit dem Titel „Die Lehren aus der Pandemie – ohne Nachhaltigkeit keine Resilienz" beschlossen. Unter den Punkten „Umwelt und Wirtschaft gemeinsam denken", „Erneuerbare Energien vorantreiben" und „Nachhaltigkeit als Garant für Resilienz" zeigt der AKU einen Weg auf, wie das ökologisch Nötige mit dem ökonomisch Sinnvollen verbunden werden kann und Bayern zukunftsfähig aufzustellen ist.

Viele Parteien sehen die Themen Umwelt- und Klimaschutz als Gegenspieler einer starken Wirtschaft und umgekehrt. Für den AKU aber ist klar: Ökologie und Ökonomie müssen gemeinsam gedacht werden. Bayern habe in den Bereichen Mobilität, Energie, Kreislaufwirtschaft, Klimaschutz und Wasser das Potenzial, mit Innovationen und Forschung zum Weltmarktführer einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft zu werden. „Dabei stellt gerade CleanTech, d.h. ökologische, moderne Technologien, die Umweltthemen, Digitalisierung, Sensorik und Industrie 4.0 verbinden, eine große Chance dar", heißt es in dem Leitantrag.

Bayerns führende Rolle als Global Player

Um sich eine führende Rolle als Global Player zu sichern, müsse Bayern eine eigene „Clean Tech-Strategie" entwickeln, „denn für den Technologie- und Industriestandort Deutschland kann die Bedeutung von Umwelttechnik und Ressourceneffizienz gar nicht hoch genug eingeschätzt werden". Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt lag 2016 bei 15 Prozent und wird laut Prognose im GreenTech-Atlas des BMU (2018) bis 2025 auf 19 Prozent steigen. Das weltweite Marktvolumen der Umwelttechnik und Ressourceneffizienz wird sich von mehr als 3,2 Billionen Euro (2016) bis 2025 voraussichtlich auf über 5,9 Billionen Euro erhöhen.

Eine Schlüsselrolle für die ökologische Modernisierung spielen laut AKU intelligente Systemlösungen durch die Vernetzung von Daten.

Ganzheitliche Verkehrswende

Zur Umsetzung einer ganzheitlichen Verkehrswende gehören für den CSU-Arbeitskreis eine klimafreundlichere Ausgestaltung des Verkehrs, intelligente Verkehrssteuerung und digitale Verkehrskonzepte sowie ein Wechsel im Antriebs- und Kraftstoffmix. Ziel müsse es sein, den ÖPNV attraktiver zu gestalten. Neben der E-Mobilität bestünden noch weitere Möglichkeiten, den Verkehr (insbesondere ÖPNV) klimafreundlicher zu gestalten. Über den Antriebs- und Kraftstoffmix der Zukunft soll der Wettbewerb entscheiden. Neben grünem Wasserstoff könnten auch Kerosin, Diesel und Benzin, die aus erneuerbarem Strom und CO2 hergestellt werden, sowie biomassebasierter Strom der zweiten Generation wichtige Bausteine vor allem für den Flug-, Schiffs-, Zug- und Schwerlastverkehr sein.

Die Herstellung derartiger E-Fuels steht derzeit noch am Anfang ihrer Entwicklung. Um große Mengen zu produzieren, seien massive Investitionen in Forschung und Entwicklung notwendig. Außerdem müssten regulatorische Hürden abgebaut werden.

Ziel der Klimaneutralität

Mit Blick auf die Energiewende begrüßen die Umweltpolitiker, dass der Gesetzentwurf zur Novelle des EEG das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 auch bei Stromerzeugung und Stromverbrauch gesetzlich festschreibt. „Als Zwischenziel wird für das Jahr 2030 ein Anteil von 65 Prozent erneuerbarer Energien am Stromverbrauch festgeschrieben. Diese Ziele sind ambitioniert und bedürfen aus unserer Sicht einer ebenso ambitionierten Reform des EEG."

Das EEG müsse derart ausgestaltet werden, dass es den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv anreizt und Innovationen fördert. Gleichzeitig gelte es, die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, sie bei der Energiewende mitzunehmen und zu motivieren, klimafreundliche erneuerbare Energien zu nutzen.

Der AKU fordert, die Anschlussvergütung für ausgeförderte Photovoltaikanlagen so auszugestalten, dass diese unbürokratisch und wirtschaftlich weiter betrieben werden können. Gleichzeitig sei sicherzustellen, dass auch in Zukunft möglichst viele Dächer von Alt- und Neubauten in Deutschland für die Erzeugung von Solarenergie genutzt werden. Die großen Dachflächen müssten genutzt werden und deshalb solle die Grenze, ab der Ausschreibungen stattfinden müssen, mindestens wie bisher bei 750 kW angesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist aus Sicht des AKU auch der Eigenverbrauch zu stärken und der bürokratische Aufwand zu reduzieren. Dazu gehört auch das Thema Mieterstrom. „Unser Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Mietern in den Städten ebenso ermöglichen, an der Energiewende zu partizipieren. Deshalb muss es sich für alle Beteiligten lohnen und es muss unbürokratisch sein", heißt es.

Neben den Dächern könnten auch weitere Flächen genutzt werden, ohne dass der Druck bezüglich der Flächenkonkurrenz zunimmt. Floating- und Agro-PV seien hier innovative

(Fortsetzung nächste Seite)



V.l.: Prof. Wolfgang Günthert, Christine Degenhart, Prof. Dr.-Ing. Norbert Gebbeken, Dr. Juliane Thimet und Dr. Andreas Rimböck; auf der Leinwand: Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber. Bild: GZ

Wassersensible Siedlungsentwicklung:

Gemeinden erfüllen Klammerwirkung

Wie können Siedlungen vor dem Hintergrund zunehmender Dürre und Hochwasserkatastrophen auch in Zukunft lebenswert und attraktiv sein? Die Antwort lautet für Städte und Gemeinden: Wassersensible Siedlungsentwicklung. Dazu hat ein breites Bündnis aus Bayerischem Umweltministerium, Landesamt für Umwelt, DWA-Landesverband Bayern, Architekten- und Ingenieurekammer sowie Städtetag und Gemeindetag im Rahmen einer digitalen Pressekonferenz im Presseclub München den Leitfaden „Wassersensible Siedlungsentwicklung" vorgestellt. Die Novelle der Bayerischen Bauordnung wurde in der Diskussion kritisch hinterfragt. So wurde der Appell nach mehr Ruhe und Weitsicht vor Schnelligkeit in der Städteplanung laut. Die Einführung der Genehmigungsfiktion verhindere zudem den wichtigen Dialog zwischen Gemeinden und Bauherren.

In der Stadt Pfaffenhofen an der Ilm zahlen Bürgerinnen und Bürger eine gesplittete Abwassergebühr. Wer wenig oder gar kein Niederschlagswasser in die Kanalisation fließen lässt, wird mit geringeren Abgaben belohnt. Für alle anderen bietet sie einen Anreiz, Freiflächen zu schaffen, in denen das Regenwasser versickern kann oder in Zisternen gesammelt wird. Thomas Herker, Oberbürgermeister der Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm, zeigt mit dieser Initiative, wie's funktionieren kann: ein wassersensibler Umgang mit Regenwasser. Dieses Thema stand im Fokus der Diskussionen im Rahmen der Pressekonferenz.

Herker setzt bei der Umsetzung von ressourcenschonenden Maßnahmen auf breiten Konsens: „Was es bei all diesen Vorhaben braucht, ist der politische Wille und eine Verwaltung die mitmacht. Es braucht Planer, Architekten und Ingenieure, die nicht nur nach ‚Schema F' verfahren, sondern innovative Ideen einbringen und es braucht engagierte Bürger, Anlieger, Eigentümer und Investoren."

Oberbürgermeister wie Herker bezeichnete Dr. Juliane Thimet als Generalisten, die in diesem Thema „Unglaubliches leisten müssen". Sie nahm als Stellvertreterin des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds beim Bayerischen Gemeindetag und in Vertretung für den Bayerischen Städtetag an der Konferenz teil.

Was ist eine Schwammstadt?

Die Anpassung an den Klimawandel ist für Städte und Gemeinden eine der größten Herausforderungen. Dabei wird der Umgang mit dem Rohstoff Wasser im aktuellen Spannungsfeld zwischen Hochwasserkatastrophen und Dürren sowie der Schaffung von mehr Biodiversität und Lebensqualität als wesentliches Schlüsselelement gesehen. Gemeinden sind dadurch auf vielen Ebenen gefordert, diese globalen Themen auf lokaler Ebene anzupacken.

Neuer Leitfaden

Ein neuer Leitfaden mit einer Vielzahl an zukunftsweisenden Impulsen soll Bayerns Städte und Gemeinden dabei unterstützen, Planungen darauf auszurichten und die Infrastruktur bei Neubau und im Bestand anzupassen. Als ein wichtiger Lösungsbaustein gilt die Schwammstadt. Dabei trifft Regen nicht auf versiegelte Fläche, sondern versickert oder wird gespeichert – beispielsweise durch begrünte Dächer oder Fassaden, eine begrünte Mulde oder ein Rückhaltebecken, das auch als Spielplatz geplant werden kann. Dadurch entstehen Kühlung und Dürrevorsorgung, Grundwasserneubildung und Hochwasserschutz. Die Elemente der Schwammstadt müssen aber schon bei den ersten Ideen zur Siedlungsentwicklung eine Rolle spielen. Denn nur dann können multifunktionale Flächennutzungen sorgfältig geplant werden und der Aufwand begrenzt bleiben.

Appell nach mehr Ruhe

Thimet machte deutlich, dass Gemeinden an dieser Stelle eine „Klammerwirkung" erfüllen. Denn sie seien von allen wesentlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge betroffen: Sie sind zuständig für städtebauliche Planungen, erteilen Baugenehmigungen und sie sind auch die Träger der Aufgaben der Wasserversorgung und Wasserentsorgung. „Vom Einstieg in Bauprojekte bis zur Finanzierung und strategischen Planung nach Abschluss des Bauvorhabens wirken Gemeinden wie eine Klammer", erklärte Thimet. Deshalb sei es so wichtig, dass sie Ruhe und Weitsicht in die Planungen und Genehmigungsverfahren einbrächten. Die Novelle der Bayerischen Bauordnung, die ab Februar 2021 in Kraft tritt, kann laut Thimet jedoch Einschränkungen mit sich bringen, weil sie eine schnelle und nicht nachhaltige Abwicklung von Genehmigungsverfahren fokussiert. „Was man auf der Planungsebene übersieht, kann man nicht mehr nachholen. Doch um die Herausforderung einer wassersensiblen Siedlungsentwicklung zu meistern, müssen wir viele Partner an einen Tisch holen, der Netzwerkgedanke und das wirkliche Reindenken sind dabei ganz wichtig", appellierte Thimet.

Genehmigungsfiktion verhindert Dialog

Sie kritisierte in dem Zusammenhang, dass Wasserversorgung und Entwässerungsplanung nicht Teil der Genehmigungsverfahren seien. Auch die Einführung der Genehmigungsfiktion, mit der Bauvorhaben schneller genehmigt werden können, vertrage sich nicht mit dem Appell nach mehr Ruhe. „Mit den Fiktionen gehen die Beratungsleistungen und der Dialog verloren, die Landratsämter und Gemeinden eingebracht haben. Die Gemeinden sind nicht der Feind der Bauherren, sondern machbare und innovative Lösungen stehen im Fokus, die aber auch Beratung benötigen." Dieser Forderung pflichtete Prof. Dr. Norbert Gebbeken, Präsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau, bei: „Wir haben immer davor gewarnt, die Planungskompetenz in den Bauämtern abzubauen, worunter die Beratungsleistung leidet."

Kostenlose Beratungsstelle

Christine Degenhart, Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer, stimmte der Kritik zu. Sie deutete aber auch auf einen positiven Aspekt hin. So baue die Genehmigungsfiktion den Druck auf, den digitalen Bauantrag voranzutreiben. Damit könne die Beurteilung eines Bauantrages von mehreren Seiten parallel erfolgen und insgesamt schnellere Ergebnisse erzielt werden. Degenhart hob zudem hervor, dass gerade die Pandemie deutlich mache, wie wichtig es sei, qualitätsvolle Freiflächen zu planen, wenn Menschen in ihrer Freiheit eingeschränkt seien. „Architekten, Stadtplaner, Landschafts- und Innenarchitekten gestalten Räume nicht nur nachhaltig und funktional, sondern sie haben dabei auch im Blick, dass sie Identität stiften und zur Baukultur beitragen", sagte sie. Über die Beratungsstelle Energieeffizienz und Nachhaltigkeit (BEN) können sich Städte und Gemeinden kostenfrei und unabhängig zu eigenen Vorhaben beraten lassen.

Bürgernah kommunizieren

Prof. Dr.-Ing. Norbert Gebbeken deutete in diesem Zusammenhang daraufhin, wie wichtig eine Sensibilisierung der Bevölkerung für das Thema sei: „Die Gefahr von Starkregen wird von Hausbesitzern oft noch nicht erkannt. Deswegen müssen wir über Möglichkeiten der Gefahrenabwehr informieren. Aber auch die Kommunen sind gefordert, damit Straßen und Quartiere hochwasserangepasst entwickelt oder umgestaltet werden." Es gelte, multifunktionale Barrieren, wie Bäume oder Bäche, in die Stadtplanung zu integrieren. Diese werden von der Bevölkerung oft als Verbesserung der Urbanität angesehen und erfüllten gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz.

Rechtssicherheit

Prof. Dr. Wolfgang Günthert, Vorsitzender des DWA-Landesverbandes Bayern, sprach die Bedeutung der Rechtssicherheit für Kommunen an: „Alle wasserwirtschaftlichen Maßnahmen zur Anpassung an die Klimafolgen müssen zielführend und rechtssicher sein. Ich empfehle daher die Anwendung der technischen Regeln der DWA für Planung, Bau und Betrieb der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur, um Schäden soweit wie möglich zu vermeiden." Er betonte die Bedeutung des Dreiklangs aus baulichem Schutz, Objektschutz und einer Elementarschaden Versicherung für Grundstücksbesitzer. Günthert bezog sich auch auf mögliche Kooperationen mit dem Verband Garten- und Landschaftsbau Bayern (GaLaBau). „Wir arbeiten zunehmend mit GaLaBau zusammen, indem wir beispielsweise gemeinsam Entwässerungssystem auf begrünten Dächern weiterentwickeln", sagte er. Auch Umweltminister Thorsten Glauber betonte in einer zugeschalteten Videobotschaft, dass eine durchdachte „grün-blaue" Infrastruktur wirkungsvolle Vorsorge leisten könne.

Leitfaden gratis bestellen

Um das Bewusstsein für den Gedanken der Schwammstadt zu fördern und Verantwortliche zu unterstützten, wurde eine Kooperation der Bau- und Planungsverbände vereinbart. Daraus ist in Zusammenarbeit mit weiteren Partnern – darunter mit dem Bayerischen Städte- und Gemeindetag, dem Landesamt für Umwelt und dem Umweltministerium – der Leitfaden „Wassersensible Siedlungsentwicklung" speziell für Planer und Gemeinden in Bayern entstanden. Dieser zeigt die Zusammenhänge, mögliche Lösungsansätze und zukunftsorientierte Best-Practice-Beispiele wie z. B. Geländemulden in Wohnsiedlungen. Der Leitfaden wird jeder Kommune zugesandt. Unter https://www.bestellen.bayern.de/shoplink/stmuv_wasser_018.htm oder www.bestellen.bayern.de (Stichwort: Wassersensible Siedlungsentwicklung) kann er kostenfrei bestellt oder als pdf-Datei heruntergeladen werden. **red**

GZ KOLUMNE Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

ich wünsche mir für dieses Jahr, dass wir die Corona-Pandemie wirkungsvoll eindämmen bzw. ein großes Stück gewohnter Normalität zurückgewinnen können.

Das neue Jahr nimmt bereits Fahrt auf und die Corona-Krise ist noch nicht überwunden – ganz im Gegenteil. Jetzt müssen wir mehr denn je gemeinsam mit Umsicht, Vorsicht und Rücksicht gegen diese gefährliche Pandemie vorgehen. Dabei sollten wir jedoch eines nicht vergessen, unsere Zuversicht.

Die Politik auf Bundesebene und im Freistaat nimmt die Lage sehr ernst und handelt, das ist entscheidend! Als CSU gehen wir mit unserem Parteivorsitzenden Dr. Markus Söder entschlossen voran. Auch wenn man es nicht jedem recht machen kann und es auch verständlicherweise hier und da einmal nicht so rund läuft, aber die grundsätzliche Richtung stimmt: Test- und Impfzentren, Maskenpflicht, Ausgangsbeschränkungen, Homeoffice, Staatshilfen für die in besonderer Weise Betroffenen. Ein großer Teil der Bevölkerung zieht mit, leider nicht alle. Sorge bereiten zudem die Mutationen des Virus, die uns vielleicht in Zukunft noch zu weitergehenden Maßnahmen zwingen. Aber wir werden auch diese Herausforderung schaffen.

KPV: Ein neues Jahr und alte Herausforderungen

Unsere Kommunen und wir als kommunale Mandatsträger waren 2020 auf mehreren Ebenen besonders gefordert und sind es auch 2021, vielleicht noch umso mehr.

Die Auswirkungen der Corona-Krise gefährden die Finanzlage der Kommunen sowie die langfristige Investitionsfähigkeit vor Ort. Erste gemeinsame finanzielle Unterstützungen von Bund und Freistaat, u. a. in Form der Corona-bedingten Gewerbesteuerkompensationen, sind bereits angekommen. Dennoch bleibt auf diesem Gebiet großer Handlungsbedarf, da insbesondere die Auswirkungen für die lokale Wirtschaft noch nicht absehbar und örtlich völlig unterschiedlich sind.

Wir brauchen als Kommunen von den staatlichen Ebenen auf jeden Fall eine Garantie, dass die zu erwartenden Einnahmeausfälle zu großen Teilen auch weiter kompensiert werden.

Die kommunale Investitionskraft muss aus mehreren Gründen erhalten bleiben. Zum einen, um die aktuellen Anforderungen im Zusammenhang mit den Corona-Pandemie überhaupt schultern zu können (Sachaufwand Kliniken, Schulen, Kinderbetreuung; Digitalisierung Schulen und Verwaltung; etc.). Zum anderen ist es wichtig, durch kommunale Investitionen die zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen Einbußen teilweise zu kompensieren.

Doch es geht für uns als KPV nicht nur um Geld allein, sondern auch um die Aufrechterhaltung von maßgeblichen Strukturen für die Lebensqualität der Bevölkerung und somit um die gesellschaftliche Stabilität: Kunst, Kultur, Tradition, Gastronomie, Veranstaltungen, Feste, Vereine, lokale und regionale Initiativen – vieles was unser Leben lebenswert macht, die weichen Standortfaktoren unseres schönen Freistaats Bayern sind im Bestand gefährdet oder finden nicht mehr statt. Hier müssen alle politischen Ebenen gemeinsam an Lösungen arbeiten. Die KPV wird sich in besonderem Maße dafür einsetzen.

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Ohne Nachhaltigkeit ...

(Fortsetzung von Seite 2)

Lösungen und sollten deshalb in die Innovationsausschreibungen aufgenommen werden. PV-Anlagen auf Ackerflächen, die eine gleichzeitige landwirtschaftliche Nutzung erlauben sowie Anlagen z.B. auf gefluteten Braunkohle- und Sandgruben könnten einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten.

Repowering

Um ausgeförderte Windparks weiter am Netz zu halten, setzt der AKU auf Repowering durch neue und leistungsfähigere Modelle. „Eine solche Umrüstung muss unkompliziert möglich sein. Wir fordern daher bestehende Hürden im Planungs- und Genehmigungsrecht abzubauen. Der Schlüssel für die stärkere Nutzung der Windkraftanlagen ist zudem die bessere finanzielle Beteiligung der Standorte sowie der betroffenen Kommunen an der Wertschöpfung. Die Elemente im aktuellen Gesetzentwurf dazu müssen noch weiter gestärkt werden."

Auch die Bioenergie spielt für die CSU-Umweltpolitiker eine wichtige Rolle. Der aktuelle Ausbaupfad für Biomasse läuft ihrer Auffassung nach Gefahr, hinter dem Stabilisierungspfad zum Erhalt der Anlagen zurückzubleiben. Die im Gesetzentwurf festgeschriebenen Ausbauvolumina müssten daher deutlich erhöht werden. Ebenso gelte es, die Sondervergütungsklasse für die Güllevergärung weiterzuentwickeln und den Einsatz von alternativen Substraten in Biogasanlagen zu fördern. Damit werde eine vielfältige Nutzung der Bioenergie ermöglicht und die Rolle der Landwirte als Energiewirte der Zukunft gefestigt.

Als „zentrales Element für die Energiewende und auch für die Erreichung unserer Klimaziele" wird der grüne Wasserstoff bezeichnet. Damit dieser wettbewerbsfähig wird und der Markthochlauf gelingt, müsse eine Befreiung von der EEG-Umlage zeitnah erfolgen.

„Ohne Nachhaltigkeit kann es keine Resilienz geben", lautet eine weitere Botschaft. Es gelte, verstärkt auf innereuropäische Produktionsprozesse zu setzen und stufenweise die Abhängigkeit von der Globalisierung zu reduzieren. Auch der Klimawandel mit seinen Auswirkungen auf die natürlichen Lebensgrundlagen müsse bei den Überlegungen zu einer stärkeren Resilienz eine Rolle spielen.

Lieferkettengesetz

Resilienz sei sowohl als lokale Herausforderung zu sehen als auch vernetzt zu betrachten. Um den Strukturbruch Corona auch nachhaltig zu nutzen, müssten daher auch die Umweltkosten bei der Preisbildung eine stärkere Rolle spielen. Noch existiere ein gravierendes Missverhältnis zwischen den beim Abbau von Rohstoffen entstehenden Kosten und jenen für das Recycling von Rohstoffen. Dabei würde ein sinkender Verbrauch von Rohstoffen durch die verstärkte Anwendung von Recycling zu weniger Landverbrauch führen und damit Natur und Umwelt mehr Raum lassen. Daher sieht der AKU in einem Lieferkettengesetz einen erfolgversprechenden Weg hin zu mehr Resilienz.

Zum nachhaltigen Wirtschaften gehöre ebenfalls, dass Regionalität und Wiederverwertung eine größere Bedeutung erreichen müssen. Daher setzt sich der Arbeitskreis dafür ein, dass bei internationalen Freihandelsabkommen der Europäischen Union hohe ökologische Standards eingefordert werden und ökologische Kosten, die bei Gewinnung, Weiterverarbeitung und Transport von Gütern entstehen, ihren Niederschlag in der Preisgestaltung finden. **DK**

Impulse für die ...

(Fortsetzung von Seite 1)
ckelt; weltweit liegt es nach den USA auf Platz 2. Nach Überzeugung der Fachkommission ist es deshalb erforderlich, ein offenes Selbstverständnis von „Deutschsein“ mit Zugehörigkeitskriterien zu entwickeln, die der Diversität des Einwanderungslandes Deutschland Rechnung tragen. Dies schafft die Grundlage für ein gutes Miteinander. Über die Bedingungen für Einreise und Aufenthalt ist letztlich politisch zu entscheiden.

2. Migration bietet Chancen, wenn Integration gelingt

Empfohlen wird eine aktive Migrations- und Integrationspolitik, die die Chancen erkennt und versucht, sie im Interesse der gesamten Bevölkerung auszuschöpfen.

3. Zielkonflikte zwischen Asyl- und Integrationspolitik müssen anerkannt und soweit wie möglich reduziert werden

Ein funktionierendes Asylsystem muss zwischen Personen mit und ohne Schutzbedarf unterscheiden. Folglich sind bei der Ablehnung von Asylanträgen auch Rückführungen notwendig. Dies schließt nicht aus, über die Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung hinaus die Bleibechancen für gut integrierte Schutzsuchende zu befördern. Grundsätzlich empfiehlt die Fachkommission, die in weiten Teilen erfolgreichen Anstrengungen zur Integration von Schutzberechtigten fortzusetzen und weiterzuentwickeln.

4. Integration ist eine Daueraufgabe, die alle betrifft

Es bedarf nicht nur der Teilhabe an Chancen, sondern auch der aktiven Teilnahme an den vielfältigen Möglichkeiten und Aufgaben. Zusammenhalt kann vom Staat nicht verordnet werden; es braucht mehr als die formale Beachtung der Gesetze.

5. Integration bedeutet Teilhabe, Repräsentanz und Anerkennung

Eine chancengleiche Teilhabe zu gewährleisten bedeutet unter anderem darauf hinzuarbeiten, dass Angehörige aller gesellschaftlichen Gruppen entsprechend ihren Qualifikationen und Fähigkeiten auf allen Hierarchieebenen adäquat vertreten sind. In diesem Sinne ist eine Öffnung staatlicher Institutionen zu forcieren, die sich an der gesellschaftlichen Diversität orientiert.

6. Aktive Unterbindung von Diskriminierung und ein respektvoller Umgang miteinander sind Voraussetzungen für Teilhabe und Teilnahme

Ausgrenzung und Benachteiligung verursachen auch ökonomische Kosten. Negative Erfahrungen im Kontakt mit Behörden oder staatlichem Handeln erschüttern das Vertrauen in den Staat. Diskriminierung ist daher nachhaltig zu bekämpfen.

7. Gängige Begriffe müssen hinterfragt werden

Es ist wichtig, im öffentlichen Diskurs auf eine sensiblere Verwendung von Sprache zu achten – nicht zuletzt, um einer Polarisierung und Politisierung entgegenzuwirken. Die Kommission schlägt unter anderem vor, das Konzept „Migrationshintergrund“ im Rahmen der amtlichen Statistik klarer und zugleich enger als bisher zu definieren.

8. Chancengleichheit in der Bildung ist unabdingbar

Der Staat steht in der Pflicht, eine chancengerechtere Bildung zu gewährleisten. Dazu ist die Qualität der Bildungsangebote weiterzuentwickeln und zu sichern, insbesondere auch im Bereich der Sprachbildung und Sprachförderung. Zudem sollten die Bildungswege länger offengehalten werden.

9. Die Fähigkeiten von Eingewanderten sollten besser genutzt, ihre Kompetenzen gestärkt werden

Alle in Deutschland lebenden Menschen müssen die Basiskompetenzen erwerben können, die für eine aktive Teilhabe und Teilnahme in Gesellschaft und Arbeitsmarkt erforderlich sind. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Sprachförderung, denn gute Deutschkenntnisse sind ein Schlüssel für aktive Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft. Wichtig ist aber auch die gleichberechtigte Förderung des Erwerbs von Schul-, Ausbildungs- und Universitätsabschlüssen in Deutschland.

10: Eine vorausschauende Einwanderungspolitik kann die Integration in den Arbeitsmarkt verbessern

Deutschland steht in der Einwanderungspolitik vor der Herausforderung, dass die Arbeitsmärkte stärker für Personen aus Drittstaaten geöffnet werden müssen, wenn das Erwerbspersonenpotenzial auch nur annähernd stabilisiert werden soll. Der Gesetzgeber hat mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz versucht, dem Rechnung zu tragen. Die Fachkommission begrüßt insbesondere den Wegfall der Vorrangprüfung und setzt sich dafür ein, die Schwellen für Erwerbsmigration noch weiter zu senken. Zudem muss die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und die Zertifizierung von durch berufliche Erfahrung erworbenen Qualifikationen erleichtert werden. Durch eine bedarfsorientierte Steuerung der Arbeitsmigration werden auch die Integrationschancen von eingewanderten Arbeitsmigrantinnen und -migranten deutlich verbessert.

11. Integration erfordert eine nachhaltige Stadtentwicklungs- und eine soziale Wohnungspolitik

Insbesondere in den Ballungsräumen müssen den Kommunen die notwendigen rechtlichen und finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Wohnraum zu schaffen und Wohnstrukturen zu steuern. Eine weitsichtige Integrationspolitik stärkt Quartiere, die besondere Integrationsleistungen erbringen, und würdigt deren Leistungen für die Stadtgesellschaft.

Die Kommission empfiehlt eine aktive Wohnungs- und Bodenpolitik, die darauf zielt, mehr Wohnraum bereitzustellen, aber zugleich die Bezahlbarkeit von und den Zugang zu Wohnraum priorisiert.

12. Gleiche Gesundheitschancen sind eine Voraussetzung für erfolgreiche Integration

Beim Anspruch auf gesundheitliche Leistungen bestehen für einzelne Migrantengruppen gegenwärtig Beschränkungen. Ziel muss es sein, ihnen vergleichbare Leistungen wie Empfängern von Sozialleistungen zu gewähren. Saisonarbeitskräfte und Schutzsuchende müssen so untergebracht werden, dass sie die Vorgaben der Corona-Schutzverordnung einhalten können.

13. Rassismus, Hasskriminalität und Terrorismus gefährden die Substanz der Gesellschaft

Zur Bekämpfung dieser Phänomene gehören unter anderem ein stärkeres bürgerschaftliches Engagement gegen rassistische und antisemitische Äußerungen und Handlungen im Alltag sowie ein Grundkonsens über die Ablehnung von Gewalt und der Herabwürdigung von Menschen. Hierbei dürfen nicht verschiedene Formen von Extremismus gegeneinander ausgespielt werden; sie alle sind reaktiv zu bekämpfen und präventiv zu vermeiden.

14. Integration ist eine Investition in die Zukunft

Bei der Umsetzung von integrationspolitischen Pflicht- und Daueraufgaben im Sinne einer Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts brauchen die Kommunen Handlungsfähigkeit. Bund und Länder müssen sie darin stärker und vor allem dauerhaft unterstützen.

Dies muss im Rahmen einer geordneten Finanzverfassung erfolgen, die Anreize für eine effiziente Nutzung knapper Ressourcen setzt. Notwendig ist auch eine stärkere Effizienz- und Erfolgskontrolle der Mittelgebenden und -nutzenden. In diesem Zusammenhang sind Integrationsmaßnahmen auf allen Ebenen verstärkt und wissenschaftlich fundiert zu evaluieren. Wenn all dies gelingt, können Migration und Integration für alle gewinnbringend sein. **DK**

Gegen Geflügelpest:

Biosicherheitsmaßnahmen

Zum Schutz der bayerischen Geflügelhaltungen werden bayernweit verstärkte Biosicherheitsmaßnahmen für Haus- und Nutzgeflügel angeordnet. Das hat das Bayerische Umweltministerium aufgrund der bei Wildvögeln vorliegenden Geflügelpestnachweise in Deutschland und Bayern veranlasst.

Erforderliche Maßnahmen werden von den zuständigen Kreisverwaltungsbehörden durch eine Allgemeinverfügung bekannt gegeben. Darin werden abhängig von konkreten örtlichen Gegebenheiten Maßnahmen geregelt wie die Sicherung gegen unbefugtes Betreten, das Tragen von Schutzkleidung sowie konsequente Reinigung und Desinfektion. Anordnungen erfolgen anhand einer für Bayern entwickelten Risikobewertung auf Grundlage bundeseinheitlicher Beurteilungskriterien. Durch die konsequente Einhaltung der Biosicherheitsmaßnahmen soll der Kontakt zwischen Wild- Haus- und Nutzgeflügel vermieden und eine Einschleppung in die Geflügelhaltungen verhindert werden.

Ein Merkblatt mit Sicherheitsmaßnahmen sowie weitere aktuelle Informationen zur Geflügelpest in Bayern sind abrufbar unter: https://www.lgl.bayern.de/tiergesundheit/tierkrankheiten/virusinfektionen/gefluegelpest/ ❐

Wirtschaftsstandorte nachhaltig ...

(Fortsetzung von Seite 1
Zur Fachkräftesicherung für Bayern beschreitet MigraNet innovative Wege, zum Beispiel über Mentorenprogramme, Zuwanderungsberatung und Anpassungsqualifizierungen.

Über lokale Koordination in Augsburg, München und Nürnberg werden Beratungsangebote und Modellprojekte gesteuert. Sie bündeln Informationen aus den IQ Handlungsfeldern, vernetzen Akteure auf regionaler Ebene, sowie aus Landes-, Bundes- und EU-Ebene und initiieren entsprechende Projekte.

Pulsierende Region bleibt auf stetem Wachstumskurs

In seinem Grußwort verwies der Münchner Landrat Christoph Göbel darauf, dass auch die „Arbeitsmarktdelle Corona“ nicht darüber hinwegtäuschen könne, „dass unsere pulsierende Region auf stetem Wachstumskurs ist, insbesondere auch, was die Anforderungen an den Arbeitsmarkt angeht“. Deshalb benötige man gut ausgebildete Fachkräfte. Hier gelte es, sowohl nationale als auch internationale Schätze zu heben.

Insgesamt sei es wichtig, den Fachkräftebedarf ernst zu nehmen. Alle „Protagonisten der Gesellschaft“ müssten im Gespräch darüber sein, „wie wir den Fachkräftebedarf bestmöglich befriedigen können“. Am Ende, so Göbel, gehe es vor allem darum, dass die Unternehmen über die Fachkräfte verfügen, die sie brauchen und diese sich den Raum München auch leisten können, um schließlich die wirtschaftliche Prosperität der Region fortzuschreiben.

FEG so gut wie möglich umsetzen

Starnbergs Landrat Stefan Frey zufolge „bewegt der Fachkräftemangel unsere Unternehmen sehr stark“. Umso wichtiger sei es, „auch im Ausland entsprechende Fachkräfte für unsere hochspezialisierten Berufe anzuwerben“. Wichtig sei, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) so gut wie möglich umzusetzen, um für die Unternehmen Entlastung zu schaffen. Frey: „Es gilt, die Chancen zu nutzen. Packen wir's an!“

Nur gut zehn Prozent der Einwanderung aus Drittstaaten sind derzeit erwerbsbezogen. Um hier Abhilfe zu schaffen, trat zum 1. März 2020 das FEG in Kraft. Damit sind nun klare Rahmenbedingungen geschaffen, um eine gezielte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern zu ermöglichen. Grundsätzlich, so Philipp Jaschke vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (iab), darf jeder in Deutschland arbeiten, wenn ein Hochschul- oder Berufsabschluss vorhanden, die Gleichwertigkeit des Abschlusses zu deutscher Qualifikation anerkannt und ein qualifikationsadäquater Arbeitsvertrag vor der Einreise vorhanden ist.

Dynamischer Arbeitsmarkt

Als positive Maßnahmen des FEG wertete Jaschke die Öffnung für Personen mit beruflichen Abschlüssen; die bisherige Praxis einer Positivliste der Engpassberufe ist aus seiner Sicht ein ineffizientes Mittel. Der Arbeitsmarkt sei dynamisch und könne auch gut Personen außerhalb von Engpassberufen integrieren, solange sie qualifizierte Abschlüsse besitzen. In Ausnahmefällen könne ein fehlender Abschluss mit Berufserfahrung substituiert werden (IKT-Bereich). Neben dem Wegfall der Vorrangprüfung nannte Jaschke zudem u.a. Verfahrensvereinfachungen wie die Einrichtung einer zentralen Ausländerbehörde auf Bundesländerebene.

Kritisch zu bewerten sei hingegen, dass das beibehaltene System von aufeinander aufbauenden Mindestanforderungen prohibitiv wirken kann, so dass die gewünschten Zuzugszahlen gegebenenfalls nicht erreicht werden. Was die Anerkennung der Gleichwertigkeit von Abschlüssen anbelangt, sei das deutsche duale Ausbildungssystem international nicht vergleichbar. „Auch wenn aufgrund konterfaktischer Evidenz kein endgültiges Urteil gefällt werden kann“, sie dies wahrscheinlich die größte Hürde für viele interessierte Migrant/innen, betonte Jaschke.

Kreative Behörden sind gefordert

Mit Blick auf den geforderten qualifikationsadäquaten Arbeitsvertrag bei der Einreise könne das Kriterium „qualifikationsadäquat“ problematisch sein: „Arbeitsmärkte sind dynamisch; Arbeitskräfte wechseln in ihrer Erwerbsbiographie häufig das Berufsfeld. Die Auslegung der Behörden in der Praxis wird entscheidend sein.“

Deutscher Spracherwerb im Ausland

Hinzu kommt, dass teilweise Sprachkenntnisse als neues Kriterium aufgeführt werden – zum Beispiel bei der Einreise zum Zweck der Arbeitssuche. „Deutsch ist aber keine Weltsprache“, stellte Jaschke fest. „Es ist unwahrscheinlich, dass jemand vor der Einreise Deutsch lernt und den Abschluss anerkennen lässt, nur um dann sechs Monate nach Deutschland zur Arbeitssuche einzureisen zu dürfen.“ Jedoch könnten durch erweiterte Möglichkeiten zum deutschen Spracherwerb im Ausland die Migration insgesamt und der Anteil Qualifizierter erhöht werden.

Ein weiterer Punkt: „Die Bedingungen zur jetzt möglichen Einreise zwecks Ausbildungsplatzsuche sind prohibitiv.“ Bis zu 25-Jährige dürfen sechs Monate einreisen, wenn sie einen, einem deutschen Schulabschluss gleichgestellten Abschluss haben und über gute deutsche Sprachkenntnisse verfügen. Außerdem bleibt hier die Vorrangprüfung erhalten, weshalb es Jaschke als „sehr unwahrscheinlich“ erachtet, dass dieser Kanal häufig genutzt werden wird.

Licht und Schatten ...

(Fortsetzung von Seite 1)
cken, sondern müssen jetzt vor Ort mit dem arbeiten, was wir haben. Das tun wir auf Hochtouren.“ Sager unterstrich zudem die Bedeutsamkeit des besonderen Schutzes vulnerabler Gruppen in der Pandemie: „Wir müssen gerade die Pflegeheime effektiv schützen, damit Ausbrüche dort auf ein Minimum reduziert werden. Das ist eine Kraftanstrengung aller Akteure. Außerdem brauchen wir einen starken gesellschaftlichen Konsens. Denn wir alle müssen hinter dieser Strategie stehen, damit sie erfolgreich sein kann.“

Krankenhäuser von Insolvenzen bedroht

Mit Blick auf die Finanzierung der Krankenhäuser in der Pandemie wird die Bundesregierung aufgefordert, ihren zurückhaltenden Umgang in dieser Frage aufzugeben. Sager zufolge „ist es mit Hilfen für einen kleinen Teil der Krankenhäuser nicht getan. Das führt zu massiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten und drohenden Insolvenzen zahlreicher Krankenhäuser. Vor allem die Kliniken außerhalb der Ballungszentren sind davon betroffen – und gerade diese leisten einen besonderen Beitrag zur flächendeckenden Gesundheitsversorgung.“

Mehr als die Hälfte der Landkreise betreibe eigene Krankenhäuser an insgesamt 273 Standorten, erläuterte der DLT-Präsident. „Aktuell sind sehr viele Krankenhäuser massiv gefährdet – unabhängig von ihrer Trägerschaft. Die wirtschaftliche Situation verschlechtert sich zusehends aufgrund der seit dem Spätherbst fehlenden Unterstützungsleistungen durch den Rettungsschirm des Bundes.“

Die Unterstützung des Bundes solle Erlösausfälle der Krankenhäuser aufgrund der Corona-Pandemie abfedern. „Das Ziel ist richtig, die Bedingungen sind aber zu rigide, um an die finanzielle Unterstützung zu kommen. Nach den aktuellen Regelungen erfüllen nur wenige Krankenhäuser die engen Voraussetzungen.“ So seien beispielsweise erhebliche Ausstattungsstandards zu erfüllen, obwohl diese für die Behandlung von Corona-Patienten nicht erforderlich seien. Zudem würden Ausgleichszahlungen nur in Gebieten geleistet, in denen eine hohe 7-Tage-Inzidenz bestehe. Aber auch bei niedrigeren Inzidenzen bestünden die Einschränkungen in den Krankenhäusern weiter.

Konzept zur finanziellen Sicherung

Laut Sager sind alle Krankenhäuser von der Pandemie massiv betroffen. Sie halten Betten für Corona-Patienten frei, verschieben geplante Operationen und müssen Tag für Tag erhebliche hygienebedingte Einschränkungen hinnehmen. Hinzu kommen hohe Einnahmeverluste infolge der personalintensiven Betreuung von Patienten mit COVID-19-Erkrankungen. „Im stationären Bereich sind es gerade die Krankenhäuser in der Fläche, die mit ihrer Arbeit verhindern, dass die Spezialkliniken überlaufen. Insofern halten die Häuser in der Fläche auch den anderen Kliniken den Rücken frei. Das darf nicht dauerhaft zu ihrem Nachteil sein.“ Notwendig sei daher ein Konzept zur finanziellen Sicherung der Krankenhäuser für das gesamte Jahr 2021, so Sager. „Die Mindereinnahmen müssen ausgeglichen werden, ausnahmslos für alle Krankenhäuser.“

Wichtig sei außerdem ein Ganzjahresausleich. Diesen Ausgleich habe es 2020 gegeben, für 2021 sei er allerdings derzeit nicht geplant, so der Präsident. „Es ist nicht nachvollziehbar, warum jetzt auf der Spitze der Pandemie nicht mindestens die gleichen Absicherungen vorgenommen werden wie im Frühjahr 2020. So werden sehr viele Krankenhäuser mit ihren Belastungen ziemlich allein gelassen.“ **DK**

Beschleunigtes Fachkräfteverfahren

Fazit: „Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz geht in die richtige Richtung, insbesondere was die Öffnung des Arbeitsmarktes für Personen aus Drittstaaten mit nichtakademischer Qualifikation betrifft.“ Allerdings sei durch eine weitgehende Aufrechterhaltung des Gleichwertigkeitskriteriums bei Abschlüssen und Mindestsprachkenntnissen eine zur Sicherung des Fachkräftebedarfs ausreichende Erhöhung der Zuwanderung anzuzweifeln. Dies müsse sich in der Praxis erst zeigen. Und nicht zu vergessen: Die unabschätzbaren Auswirkungen von Corona.

Wie Martin Walter (MigraNet), Projektleiter Fachinformationszentrum Einwanderung – Regionales Fachkräftenetzwerk Einwanderung Augsburg, erläuterte, haben Unternehmen und Fachkräfte aus Drittstaaten nunmehr die Möglichkeit, das Einreiseverfahren auf eine Gesamtdauer von vier Monaten zu verkürzen. Wenn ein konkretes Arbeitsplatzangebot vorliegt, können Unternehmen mit der entsprechenden Vollmacht der betroffenen Fachkraft ein beschleunigtes Fachkräfteverfahren bei der zuständigen Ausländerbehörde beantragen. Grundvoraussetzungen sind ein Arbeitsplatz in Deutschland sowie ein staatlich geregelter Abschluss auf mindestens Fachkraftniveau. **DK**

Finanzminister Füracker im Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags:

Breitbandausbau in Bayern ist Erfolgsprojekt

„Der Breitbandausbau ist das erfolgreichste Infrastrukturprojekt der letzten Jahre im Freistaat. In keinem anderen Land gibt es eine höhere Ausbaudynamik und der Ausbau läuft auch weiterhin auf Hochtouren. Freistaat und Kommunen engagieren sich auf freiwilliger Basis massiv, um eine bestmögliche Versorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen – auch wenn eigentlich vorrangig die Netzbetreiber und Bund gefordert wären", betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei seinem Bericht im Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags.

„Eine gute Versorgung mit schnellem Internet ist Grundvoraussetzung für modernes Arbeiten, Homeoffice und Homeschooling. Über 97 % der Haushalte in Bayern haben bereits schnelles Internet, nach Abschluss der laufenden Projekte werden es sogar 99 % sein. Über 54.000 Kilometer neue Glasfaser sind dann dank staatlicher Förderung im Freistaat verlegt. Dabei ruhen wir uns auf dem Erreichten nicht aus: unser gemeinsames Ziel ist Gigabit bayernweit!", erklärte Füracker.

Bayern nimmt für dieses zentrale Zukunftsthema erhebliche Mittel in die Hand „Seit der Übernahme der Zuständigkeit haben wir mehr als 1,2 Milliarden Euro Fördergeld für über 3.000 Breitbandprojekte in ganz Bayern fix zugesagt. Die meisten sind schon abgeschlossen, die restlichen befinden sich gerade in der Bauphase. Dabei sind die Kommunen vor Ort die Herren des Verfahrens: Sie entscheiden beim Ausbau selbst über das „wo" und „wie". Unsere Kommunen wissen am besten, in welchem Dorf oder Ortsteil welche Ausbauart am sinnvollsten ist. Wir stehen den Gemeinden mit der Beratung durch unsere staatlichen Breitbandmanager eng zur Seite. Vor allem unterstützen wir finanziell: In Bayern können durch Förderprogramme ganze Orte, aber auch einzelne Gebäude wie Schulen, Rathäuser und Krankenhäuser mit Zuschüssen von bis zu 90 % direkt mit Glasfaser erschlossen werden. Für diese Einzelobjekte stehen je bis zu 50.000 Euro an Förderung zur Verfügung", so der Finanzminister zu den Angeboten des Freistaats.

Erfolgreicher Einsatz

Der kraftvolle Einsatz hat Erfolg. Seit 2014 wurden in Bayern durch Freistaat, Kommunen und Kommunikationsunternehmen mehr als 2,6 Millionen unversorgte Haushalte erstmals mit mindestens 50 Mbit/s erschlossen. In Bayern sind fast die Hälfte aller Gewerbestandorte sogar schon mit einem Gigabit-Anschluss ausgestattet. Hier hat der Freistaat durch einen besonderen Schwerpunkt auf gewerbliche Standorte in seinem Förderkonzept aktiv beigetragen – ohne aber bei privaten Anschlüssen in der gesamten Fläche Abstriche zu machen.

Insbesondere in ländlichen Regionen ist Bayern bei den Versorgungszahlen bundesweit führend. „Schnelles Internet ist in Bayern kein Privileg der Städte – im ländlichen Raum ist Bayern mit über 92 % versorgter Haushalte deutschlandweit Spitzenreiter. Das ist eine massive Steigerung um über 65 Prozentpunkte seit Ende 2013. Die Glasfaser ist in jeder Gemeinde im Freistaat bereits angekommen. Das ist ein aktiver Beitrag für gleiche Chancen im ganzen Land", hob der Heimatminister hervor.

Bayerns Versorgungszahlen im Überblick:

- Mind. 30 Mbit/s: 97,1 % der Haushalte
- Mind. 50 Mbit/s: 95,0 % der Haushalte
- Mind. 100 Mbit/s: 87,4 % der Haushalte (Quelle: Breitbandatlas BMVI)

Die Zukunft soll noch schneller werden. Mit Blick insbesondere auf die zusätzliche Förderung von zukunftsfähiger Glasfaser bis ins Haus hat die Bayerische Gigabitrichtlinie 2020 die bisherige Breitbandrichtlinie abgelöst. Projekte können so mit bis zu 16.000 Euro je Anschluss gefördert werden.

Dank der neuen Richtlinie kann Bayern auch die Beschleunigung von Anschlüssen in Bereichen fördern, wo bereits ein Netzbetreiber mindestens 30 Mbit/s anbietet (sog. graue NGA-Flecken). Dies war bis dahin EU-weit nicht möglich und wurde durch Bayern nach jahrelangen Verhandlungen mit der EU-Kommission erreicht. Mit dieser neuen Förderung ist der Freistaat europaweit absoluter Vorreiter. Über 360 Gemeinden sind bereits in das neue Förderverfahren eingestiegen. In der Stadt Berching ist das erste so geförderte Gigabitnetz bereits in Betrieb genommen worden. ❐

Unterstützung für den lokalen Einzelhandel

M-net startete Initiative „Münchner Shopgeschichten"

Die Corona-Pandemie macht deutlich: Als Gemeinschaft zusammen zu halten und sich gegenseitig zu unterstützen, hilft, die Herausforderungen dieser Krise zu bewältigen und gestärkt daraus hervorzugehen. Aus diesem Grund startete Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net die Initiative „Münchner Shopgeschichten". Sie hat zum Ziel, den durch Lockdowns und massive Einschränkungen hart getroffenen Einzelhandel zu unterstützen. Alle Münchner und Münchnerinnen können mitmachen und ihren Lieblingsladen vorschlagen. Die Aktion läuft ab sofort und endet am 18. Februar.

M-net übernimmt Verantwortung für die Region und unterstützt den lokalen Handel. Dafür startet der Telekommunikationsanbieter aus München die Initiative „Münchner Shopgeschichten" und schafft eine Plattform, über die ausgewählte Shops finanzielle Unterstützung erhalten können. Und so läuft's: Gemeinsam mit dem bekannten Poetry Slammer Nektarios Vlachopoulos ruft M-net alle Münchner und Münchnerinnen über die M-net Social-Media-Kanäle sowie über den Radiosender egoFM dazu auf, ihr persönliches Lieblingsgeschäft vorzuschlagen. Anschließend wählt M-net bis zum 18. Februar einmal pro Woche – also insgesamt vier Mal – einen Laden aus den Vorschlägen aus.

Einkaufsgutscheine

Der ausgewählte Lieblingsladen erhält von M-net folgende Unterstützung:

- Einkaufsgutscheine im Wert von insgesamt 3.000 Euro: M-net verlost unter dem Motto „Wir unterstützen – ihr gewinnt" Gutscheine des Ladens über die eigenen Social-Media-Kanäle und greift so dem jeweiligen Laden unter die Arme.
- M-net ermöglicht den Geschäften Partnerschaften mit regionalen Influencern, die über die Aktion und den Laden berichten. Dazu gehören beispielsweise Interviews mit den Inhabern sowie Blicke hinter die Kulissen. Für eine nachhaltige Wahrnehmung sorgt die Verbreitung über die Influencer sowie über die M-net Social Media Kanäle.

„Jeder kann beitragen – auch abseits dieser Aktion"

„Kauft lokal ein – wenn nur irgendwie möglich", appelliert Antonia Simon, die die Aktion bei M-net ins Leben gerufen hat. „Jeder kann dazu beitragen, dass die Vielfalt in der eigenen Stadt auch in Zukunft erhalten bleibt. Denn die meisten kleinen Läden sind kreativ geworden und bieten die vielfältigsten Einkaufsmöglichkeiten trotz geschlossenen Ladengeschäfts. Das beginnt beim klassischen Telefonanruf und endet beim Video-Shopping über Instagram oder YouTube." ❐

Impfkampagne in Bayern:

AKDB übernimmt rechtskonformen Datenexport und Versand mit Klickbrief

Impfkampagnen sind derzeit in allen deutschen Bundesländern angelaufen. Für die Erstellung von Impfinformationen stellt die AKDB in Zusammenarbeit mit bayerischen Staatsministerien Adressdaten aus den bayerischen Melderegistern bereit. Auf Wunsch übernimmt die AKDB auch Druck und Versand der Schreiben.

Zunächst werden alle Bürgerinnen und Bürger im Alter von 80 Jahren und älter angeschrieben. Grundsätzlich sind in Bayern auch Melderegister-Auswertungen, Druck und Versand der Schreiben für Bürger aus weiteren, jüngeren Impf-Zielgruppen möglich. Eine Verknüpfung von Melderegisterdaten mit Impfregistern oder Online-Impfportalen ist nicht zulässig.

Für Landkreise und kreisfreie Städte in Bayern stellte die AKDB, in der Regel binnen 24 Stunden, die Adressdaten der Altersgruppe 80 Plus zentral bereit. In einem ersten Schritt werden gerade rund 800.000 bayerische Bürgerinnen und Bürger dieser Altersgruppe angeschrieben. Darüber hinaus fertigte die AKDB auf Kundenwunsch auch die Schreiben und verschickt sie.

Von den an die AKDB beauftragten knapp 400.000 Schreiben konnten bereits über die Hälfte gedruckt und der Post übergeben werden. Was ursprünglich als zentrales Schreiben für ganz Bayern geplant war, wird nun als dezentrales Schreiben mit entsprechendem Mehraufwand über die Landkreise und Städte versandt.

Die AKDB verfügt über langjährige Erfahrungen in Druck, Kuvertierung und Post-Einlieferung von Schriftstücken in hohen Auflagen. Das AKDB-Druckzentrum verarbeitet automatisiert große Stückzahlen von Drucksachen mit zum Teil unterschiedlichen Anlagen. Landkreise und Städte profitieren von der leichten Datenübertragung und von einer smarten Abwicklung mit dem AKDB Klickbrief.

Für die Druck- und Versandleistung werden die Adressdaten sowie ein postkonformes Schreiben und entsprechende Anlagen an die AKDB übermittelt. Jedes Schreiben kann dabei unterschiedlich formatiert sein und unterschiedliche Layouts oder Grafiken beinhalten. Die produzierten Schreiben werden automatisch kuvertiert, frankiert und bei der Deutschen Post eingeliefert.

Ein wichtiger Aspekt für die Benachrichtigung der Bürger ist ein rechtskonformer Zugriff auf die Meldedaten: Nicht in jedem Bundesland besteht eine Rechtsgrundlage für die Nutzung des Landesmelderegisters. Grundlagen sind neben dem Bundesmeldegesetz die jeweiligen Ausführungsgesetze, in denen die Nutzung der Landesmelderegister geregelt ist. In manchen Bundesländern gibt es eine solche Rechtsgrundlage nicht, in anderen wie etwa Bayern gestattet es das Innenministerium, solche Auswertungen unter bestimmten Bedingungen zu erstellen.

Eine jüngst in der medialen Diskussion teils bemängelte fehlende Verknüpfung der Melderegisterdaten mit sensiblen Gesundheitsdaten wie Impfungen bzw. Online-Impfportalen ist rechtlich nicht zulässig. So kann es passieren, dass ein über 80-Jähriger, der sich bereits für eine Impfung registriert hat, zusätzlich eine Impfinformation per Post erhält. Dennoch entsteht kein Mehraufwand: Bereits für eine Impfung registrierte Bürger müssen sich nicht erneut anmelden. ❐

Digitaler Impfnachweis im Landkreis Altötting

Großes Medienecho hat die Vorstellung des ersten digitalen Impfnachweises im Landkreis Altötting hervorgerufen. Das Landratsamt bietet ab sofort denjenigen, die gegen das Coronavirus geimpft sind, die Möglichkeit einer digitalen Zertifizierung.

Der digitale Impfnachweis ist eine datenschutzkonforme, digitale Abbildung des Impfstatus in Form einer mit den erforderlichen Informationen bedruckten Scheck-Karte. Jeder Geimpfte kann seinen Impfnachweis, falls gewünscht, auf dem Handy speichern.

Auch die AKDB beteiligt sich im Rahmen der ebenenübergreifenden Blockchain-Genossenschaft govdigital an diesem Projekt. Die Technologie stammt von der Kölner Firma Ubirch, die das digitale Zertifikat zusammen mit govdigital anbietet. ❐



Und was sehen Sie? Kommunen, die sich bei Personalmangel und Überlastung Hilfe bei der AKDB holen, sehen plötzlich Lösungen statt Probleme.

z.B. AKDB Servicecenter

Eine plötzliche Kündigung, ein Krankheitsfall, ein Mutterschaftsurlaub, eine unvorhergesehene Krise. Schnell steht man als Kommune vor einem Personalengpass. Vom Fachkräftemangel ganz zu schweigen. Mit den Servicecentern der AKDB bekommen Sie Hilfe. Schnell und unkompliziert. Im Finanzwesen, Bauamt und Personalwesen.

Möglichkeiten überall

AKDB

Bundeskabinett beschließt Datenstrategie

Stellungnahmen von VKU und Bitkom

Täglich erleben die Bürger, wie wichtig Daten und deren Nutzung sind. Deshalb hat das Bundeskabinett die Datenstrategie der Bundesregierung mit rund 240 Maßnahmen beschlossen. Damit soll Deutschland zum Vorreiter für das innovative Nutzen und Teilen von Daten in Europa gemacht werden. Die Bundesregierung hat die Strategie in einem breiten Beteiligungsprozess erstellt, inklusive einer Onlinebefragung mit mehr als 1.200 Teilnehmern.

„Das Ziel dieser Datenstrategie ist es, dass wir die Chancen, die in Daten liegen, als Gesellschaft auch nutzen. Wir haben die Hoffnung, dass wir dadurch nicht nur Wertschöpfungspotenziale heben, sondern das Leben für alle Menschen besser machen“, erläuterte der Chef des Bundeskanzleramtes, Helge Braun.

Mithilfe der Maßnahmen der Datenstrategie möchte die Bundesregierung die europäischen Werte, die gemeinsamen Vorstellungen von Datenschutz und Souveränität im Zeitalter von globalem Datenverkehr und Vernetzung durchsetzen und global zum Vorbild machen. Mit der Datenstrategie lege die Bundesregierung „einen Fahrplan in die Zukunft vor, in der wir Daten verantwortungsvoll und innovativ nutzen“, betonte die Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung, Dorothee Bär.

Da die Bundesregierung den Weg in die Datengesellschaft nur gemeinsam mit Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gehen kann, identifiziert die Datenstrategie vier große Handlungsfelder, die sämtliche Akteure in die Pflicht nehmen.

1. Dateninfrastrukturen leistungsfähig und nachhaltig ausgestalten: Zunächst geht es um Maßnahmen, die das Fundament für eine moderne Datengesellschaft legen, zum Beispiel Infrastrukturmaßnahmen. Hierzu gehören Vorhaben zu Quanten- und Hochleistungsrechnern, aber auch das Projekt Gaia-X. Weiterhin sind in der Datenstrategie Vorhaben aufgeführt, die ein lebendiges Ökosystem erzeugen, also etwa Datenräume für Gesundheit, in denen mehrere Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft sicher und vertrauensvoll zusammenarbeiten können. Beispiel hierfür ist erstmalig ein bundesweites Krebsregister, das die Daten aus den Ländern zusammenführt.

2. Innovative und verantwortungsvolle Datennutzung steigern: Es gilt, Rahmenbedingungen dafür zu setzen, dass mehr Daten verantwortungsvoll und nachhaltig genutzt und geteilt werden können und zugleich missbräuchliche Datennutzung verhindert wird. Dazu will die Bundesregierung mehr Rechtssicherheit schaffen, innovative Datenräume anstoßen und – zum Beispiel durch Datentreuhänder – neue Kooperationsformen ermöglichen. Neben den großen Chancen der innovativen Datennutzung gilt es hier aber auch, den politischen, gesellschaftlichen und individuellen Konsequenzen von Datenmissbrauch entgegenzuwirken.

3. Datenkompetenz erhöhen und Datenkultur etablieren: Ein weiteres Ziel der Datenstrategie ist es, die Datenkompetenz in der breiten Bevölkerung, der Wirtschaft und Wissenschaft deutlich zu erhöhen. „Die Frage der Datenkompetenz ist entscheidend. Wir müssen Menschen haben, die das Ganze können. Deshalb wollen wir das Jahr 2021 nutzen, um die digitale Bildung nach vorne zu bringen“, erklärte Kanzleramtsminister Braun. Das Thema „Umgang mit Daten“ steht dabei im Zentrum. Denn nur wer weiß, worum es geht, kann souveräne Entscheidungen treffen.

4. Den Staat zum Vorreiter machen: Nicht zuletzt muss sich auch die Verwaltung selbst neu aufstellen, um für moderne Bürgerinnen und Bürger gute digitale Leistungen zu erbringen. Die staatliche Dateninfrastruktur muss daher nachhaltig gestaltet und die Datenkompetenz der Staatsbediensteten verbessert werden. Mehr öffentliche Daten, transparenteres Arbeiten sowie bürgerfreundlichere Services sind hier die Ziele. Dazu gehört unter anderem die Errichtung von Datenlaboren in Bundesministerien als Serviceeinheiten für Wirtschaft, Wissenschaft und Bürger.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), dessen Mitglieder den digitalen Wandel der Städte und Regionen in der Praxis gestalten, begrüßt die Strategie, mahnt jedoch Änderungen beim DNG-Entwurf an. Dazu Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing: „Wir begrüßen die Datenstrategie grundsätzlich. Doch beim DNG sollte die Bundesregierung ihren Entwurf an zwei Punkten nachbessern, um die digitale Daseinsvorsorge nicht zu schwächen, sondern zu stärken.“

Daseinsvorsorge verbessern

Erstens sollte der Gesetzgeber erfolgreiche Smart-City-Kooperationen erhalten, statt ihnen die Basis zu entziehen. In der Praxis teilen kommunale Unternehmen ihre Daten freiwillig – z.B. mit Kooperationspartnern aus Forschung, Mittelstand, Startups oder Handwerk vor Ort. Ziel solcher Kooperationen ist, die Daseinsvorsorge durch neue, digitale Anwendungen zu verbessern und wirtschaftlichen Mehrwert vor Ort zu schaffen.

Wenn nun – wie im aktuellen DNG-Entwurf – auch diese freiwillig mit Dritten geteilten Daten allen öffentlich zugänglich gemacht werden müssen, drohe die Basis für die Kooperation verloren zu gehen: Gemeinsame Smart-City-Projekte würden in Frage gestellt oder gestoppt, neue Kooperationsprojekte nicht mehr auf die Rampe gebracht. Daher sollten Daten, die kommunale Unternehmen zwecks Austausch und Kooperation freiwillig mit Dritten teilen, nicht im DNG aufgenommen werden. Ziel sollte sein, erfolgreiche Smart-City-Kooperationen nicht auszubremsen oder zu stoppen und den Mehrwert dort zu schaffen, wo die Daten gewonnen werden.

„Zweitens begrüßen wir ausdrücklich den Vorstoß in der Datenstrategie, auch für private Unternehmen eine Pflicht zur Datenherausgabe verstärkt zu prüfen“, so Liebing. Diesen Impuls der Datenstrategie sollte der Gesetzgeber beim Datennutzungsgesetz berücksichtigen: Denn kommunale Unternehmen stehen in vielen Bereichen wie Energie und Verkehr im Wettbewerb zu privaten Unternehmen und finanzieren sich im Regelfall über private Entgelte.

„Wenn nur öffentliche bzw. kommunale Unternehmen ihre Daten zur Nutzung veröffentlichen müssen, werden sie im Wettbewerb mit privaten Unternehmen strukturell benachteiligt. Ob Datenerhebung, -aufbereitung, -nutzung oder -bereitstellung: Wir brauchen gleiche Regeln für alle. In den Bereichen der Daseinsvorsorge sollten daher alle Unternehmen ihre Daten offenlegen: also private und kommunale Unternehmen. Mit einem solchen Level-Playing-Field könnte die Bundesregierung strukturelle Nachteile zulasten der kommunalen Unternehmen und Daseinsvorsorge verhindern und Wettbewerb auf Augenhöhe ermöglichen. Hier sollte der Impuls der Datenstrategie spürbar auf das Datennutzungsgesetz einwirken.“

Insgesamt ist aus VKU-Sicht ein konsistenter Rechtsrahmen zu Datenaustausch und -nutzung sowie Wettbewerb auf Augenhöhe notwendig, damit kommunale Unternehmen die nötige Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit bekommen. So könnten sie ihre Digitalisierungsstrategien und -vorhaben vorantreiben und zugleich den digitalen Wandel der Städte und Gemeinden für alle gestalten.

Gesünder durch die Pandemie

Nach Auffassung des Bitkom-Präsidenten Achim Berg ist eine ambitionierte Datenstrategie überfällig: „Mit einer Datenstrategie würden wir sehr viel besser und gesünder durch die Corona-Pandemie kommen. Diese Krise sollte auch den Skeptikern vor Augen geführt haben, welche herausragende Bedeutung aktuelle und qualitativ hochwertige Daten zum Beispiel für die Pandemiebekämpfung oder für die Bewertung der Wirksamkeit politischer oder epidemiologischer Maßnahmen haben. Und welche Folgen es hat, wenn Entscheidungsträger nicht auf solche Daten zurückgreifen können. Auch mit Blick auf Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz dürfen wir nicht mehr ausschließlich darüber diskutieren, wie wir Daten vermeiden können. Wir müssen vielmehr eine sichere, verantwortungsvolle und die Privatsphäre der Menschen schützende Nutzung ermöglichen.“

Vor mehr als einem Jahr habe die Bundesregierung Eckpunkte für eine Datenstrategie vorgelegt, so Berg. Jetzt müsse man aus dem Diskussions- in den Umsetzungs-Modus wechseln. Dabei gelte es, bestehende Rechtsunsicherheiten aufzulösen, die den Einsatz neuer Technologien hemmen. „Wir brauchen einen kohärenten Regulierungsansatz, der die bisher vorhandenen, oft unkoordinierten Maßnahmen verzahnt. Damit hat Deutschland die Chance, zum Vorbild für ganz Europa zu werden.“ **DK**

Bayerisches Digitalministerium:

Verwaltungs-Digitalisierung wird beschleunigt

Immer mehr bayerische Kommunalverwaltungen werden digital. Im Rahmen des Programms „Digitales Rathaus“ vergab Digitalministerin Judith Gerlach weitere 163 Förderbescheide. Damit können Städte und Gemeinden, Landkreise und Bezirke bisher analog angebotene Serviceleistungen digitalisieren. Insgesamt erhalten diese Kommunen in der jetzigen Runde 1,55 Millionen Euro.

Nach Gerlachs Worten „sind es die Bürgerinnen und Bürger inzwischen gewohnt, mal eben per Mausklick ein Handy zu kaufen oder eine Reise zu buchen. Diese einfache Nutzungsmöglichkeit erwarten sie zunehmend auch von staatlichen und kommunalen Dienstleistungen. Da wollen wir gleichziehen. Als Gesicht der Verwaltung zum Bürger muss die Kommune von heute digital und serviceorientiert sein.“

„Digitales Rathaus“

Mit dem Programm „Digitales Rathaus“ unterstützt der Freistaat die bayerischen Städte und Gemeinden, Landkreise sowie Bezirke bei der Bereitstellung von neuen Online-Diensten. Für das seit Oktober 2019 laufenden Förderprogramm stehen insgesamt 42,7 Millionen Euro bereit. Gemeinden, Zusammenschlüsse von Gemeinden sowie Gemeindeverbände im Freistaat Bayern können diese Zuschüsse im Rahmen des Förderprogramms für die erstmalige Bereitstellung von Online-Diensten erhalten. Mit dem „Digitalen Rathaus“ leistet der Freistaat Bayern einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes im kommunalen Bereich.

Nachdem das Ministerium die wichtigsten Top-Verwaltungsleistungen zur Verfügung stellt, sind laut Gerlach jetzt die Kommunen gefordert, diese über den sogenannten BayernStore zu aktivieren. Besonders aktiv sind beispielsweise bereits Würzburg, Augsburg, Ingolstadt, Amberg, Straubing, Nürnberg und Bamberg. Diese Städte bieten bereits eine Vielzahl der Top-Leistungen für Bürgerinnen und Bürgern beziehungsweise Unternehmen an.

Nach Ansicht der Ministerin „gehört das gute alte Stempelkarussell ins Museum“. Serviceleistungen wie die Kfz-Anmeldung oder ein Antrag auf Elterngeld sollten künftig in jeder Kommune Bayerns ganz selbstverständlich auch online möglich sein. Ziel sei die weitgehend papierlose Verwaltung. Die Kommunen müssten baldmöglichst die Online-Services bei sich umsetzen.

Wie geplant stehen seit dem Jahreswechsel Online-Anträge für die wichtigsten Top-Leistungen zur Verfügung. Dazu zählen etwa die Beantragung des Familiengeldes oder einer Geburtsurkunde. Die bayerischen Rathäuser, Landratsämter und Bezirksverwaltungen können jetzt ihre wichtigsten Dienstleistungen nach und nach online anbieten. Für die Bürger wird es damit deutlich einfacher, zum Beispiel Wohngeld zu beantragen oder ihren neuen Hund anzumelden.

Neben den Online-Diensten, die Kommunen selbst entwickelt haben, stehen den umsetzenden Kommunen weitere Lösungen entweder zentral zur Verfügung (bereitgestellt durch den Freistaat oder den Bund) oder es gibt entsprechende Angebote auf dem Markt. Einige Services befinden sich bei ausgewählten Kommunen noch in Pilotierung, um die Anträge an den Bedürfnissen der Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern auszurichten. Diese werden den Kommunen in den nächsten Monaten bereitgestellt. **DK**

Bayerischer Städtetag:

Erfahrungen mit mebis und Erwartungen an BayernCloud

Das Kultusministerium musste zuletzt heftige Kritik von allen Seiten wegen der wiederholten Ausfälle seiner Internet-Lernplattform mebis einstecken. Der Bayerische Städtetag hat Sorge, dass sich ähnliche Probleme bei der Einrichtung der neuen BayernCloud Schule wiederholen könnten. Das Kultusministerium muss zeitnah präzise Angaben über Zeitplan und Inhalt der weiteren Umsetzung der BayernCloud Schule vorlegen und abstimmen.

Während sich die kommunalen Spitzenverbände in diversen Verhandlungsrunden mit unbegründeten Vorwürfen konfrontiert sahen, dass staatliche Förderprogramme zu langsam abgerufen würden, zeigen die wiederholten Ausfälle bei der staatlichen Lernplattform mebis, wie sehr das Kultusministerium mit eigenen Hausaufgaben bei der Umsetzung der digitalen Schule ins Hintertreffen gerät. So hat etwa Anfang Januar der Kultusminister gebeten, die digitale Lernplattform mebis nach Schulen gestaffelt im Viertelstundentakt aufzurufen und möglichst nur in geringem Umfang zu nutzen. Dies geschieht ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, an dem die zentrale Lernplattform wegen des erneuten Distanzunterrichtes dringend gebraucht wird.

Erst vor kurzem haben sich die kommunalen Spitzenverbände in intensiven Verhandlungen mit dem Freistaat darauf geeinigt, dass die Kommunen im Auftrag des Freistaates Lehrerdienstgeräte anschaffen. Nach der Vereinbarung muss der Freistaat Bayern dafür sorgen, dass zur zweckentsprechenden Verwendung der Lehrerdienstgeräte rasch geeignete Komponenten einer zentralen BayernCloud Schule zur Verfügung stehen.

Detaillierte Pläne fehlen

Bereits beim Schuldigitalisierungsgipfel im Sommer 2020 ist die Einrichtung einer BayernCloud Schule vom Freistaat Bayern zugesagt worden. Die SchulCloud ist eine wichtige Basis, weil digitale Schule nur funktionieren kann, wenn Lehrkräfte auf eigene Dienste (E-Mailadressen, Postfächer, Kommunikations-, Lern- und Verwaltungssoftware) zugreifen können. Die Umsetzung lässt allerdings auf sich warten.

Obwohl in einem gemeinsamen Arbeitspapier Mitte vergangenen Jahres viele Details einer BayernCloud Schule festgehalten sind, wurden den kommunalen Spitzenverbänden vom Kultusministerium bis heute keine detaillierten Pläne vorgelegt, wie, ab welchem Zeitpunkt und mit welchem Finanz- und Personalaufwand die erforderlichen zentralen Dienste erarbeitet werden und in welchem Umfang sie für den Einsatz in der Praxis bereitstehen.

Die kommunalen IT-Ämter sind für ihre eigenen Planungen darauf angewiesen, hier schnell Planungssicherheit zu erhalten. Bislang stellen sie quasi als Ausfallbürgen diverse zentrale Dienstleistungen den Schulen (auf freiwilliger Basis) im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Verfügung. Gleichzeitig wachsen mit der Anschaffung von immer mehr Endgeräten die Anforderungen an Wartung und IT-Support.

Eine Förderrichtlinie für die Kosten von Wartung und Support ist zugesagt, bislang aber noch nicht umgesetzt. Auch wenn dem Kultusministerium vor Verabschiedung des Staatshaushalts die Hände gebunden sind, läuft die Zeit davon. Die Kommunen sollen zusätzliches IT-Personal einstellen, obwohl Details der Förderung noch nicht feststehen. Sie sollen für die Einsatzfähigkeit der Endgeräte sorgen, obwohl der Freistaat sich bedeckt hält, welche zentralen Softwaredienstleistungen er bereitstellt. Wenn das Kultusministerium nicht bald in die Gänge kommt und präzise Angaben und Zeitpläne zur Umsetzung seiner BayernCloud Schule vorlegt, drohen neuerliche Probleme. **IBSt**

Smartes Gesundheitsnetzwerk Schwarzach-Regen:

Innovationen für die Gesundheitsversorgung

In Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer IIS gründet die Integrierte Ländliche Entwicklung Schwarzach-Regen aktuell das Smarte Gesundheitsnetzwerk in der Region Schwarzach-Regen. Die ILE Schwarzach-Regen ist ein Zusammenschluss aus zehn Kommunen in der nördlichen Oberpfalz. Dabei sollen nicht nur medizinische Akteur*innen, sondern auch Unternehmen, die offen für Neues sind, Forschungseinrichtungen und andere Interessierte angesprochen werden.

Ziel ist, die Gesundheitsversorgung im Raum der ILE Schwarzach-Regen durch den Einsatz neuer Strategien und digitaler Innovationen weiterzuentwickeln und damit für die Zukunft zu sichern. Gleichzeitig soll die regionale Wirtschaft gestärkt werden, in dem Unternehmen vor Ort neue Handlungsfelder erschließen können.

Ende Januar 2021 hat die erste Informations- und Austauschrunde zwischen möglichen Akteuren im Smarten Gesundheitsnetzwerk (SGN) Schwarzach-Regen stattgefunden. Martin Birner, Erster Bürgermeister von Neunburg vorm Wald und Sprecher der ILE Schwarzach-Regen erklärte: „Das ist eine einmalige Chance ein innovatives Netzwerk nachhaltig aufzubauen. Diese Chance sollten wir nicht verpassen.“ Es sollen Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung für die Bürger in der Region geschaffen werden. „Jeder kann davon profitieren!“, so Birner.

Die Informationen der Online Veranstaltung wurden von den Teilnehmern sehr positiv aufgenommen. Aus verschiedensten Richtungen signalisierten die Akteure ihr Interesse an einer weiteren Beteiligung am Bündnis. Die Entstehung des Netzwerkes ist Teil des Projektes WIR! (Wandel durch Innovation in der Region) vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Das WIR!-Projekt ist zweistufig angelegt. Derzeit befindet sich das Bündnis in der Konzeptphase und wird sich Ende Mai mit ersten Projektideen für die Umsetzungsphase bewerben. Sollte das SGN Schwarzach-Regen in die Umsetzungsphase gelangen, können für viele verschiedene Projekte in der Region bis zu 15 Millionen Euro vom BMBF abgerufen werden.

„Um diese Chance nicht ungenutzt verstreichen zu lassen, möchten wir so viele Bürger wie möglich zur Beteiligung aufrufen“, erklärt Martin Birner. Ab sofort sind alle Einwohner und Interessierte der Region aufgerufen, ihre Ideen online zu stellen: https://www.ile-schwarzach-regen.de/de/sgn

Um konkrete Projektideen zu entwickeln, werden Ideenworkshops online durchgeführt: „Medizinische Fachkräfte anziehen“ am 23.02.21, „Medizinische Versorgung verbessern“ am 10.03.21 und „Gesund leben und wohnen“ am 16.03.21. Hierzu sind alle Interessierten herzlich eingeladen. ❐

STMWI-Webinar:

Smart City – Schaffung von Innovationsräumen

Ein bayerisch-israelischer Austausch

Die Digitalisierung wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus und verändert die Struktur der Städte und Gemeinden. In der Smart City machen es Daten, Sensoren und Analytics heute möglich, die kollektive Intelligenz der Bewohner besser zu nutzen – für mehr Effizienz und Lebensqualität. Wie entsprechende Innovationsräume gestaltet werden können, darüber informierte ein Webinar des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie. Moderiert wurde der bayerisch-israelische Austausch von Florian Obermayer, STMWI, Abteilung Internationalisierung (Israel).

„Smart City ist die utopische Idee (im positiven Sinne) und steht in Tradition von Vorstellungen von der ‚idealen Stadt'", machte Obermayer eingangs deutlich. Smart City schaffe Rahmenbedingungen für das Zustandekommen von Innovation, die wiederum eine Vision benötigt. Lebensqualität sowie Standortattraktivität seien die höchsten Ziele einer jeden Kommune. Ein strategisch durchdachtes digitales Ökosystem könne diese noch maßgeblich steigern.

Derzeit geht im Münchner Kreativquartier ein neuer Smart City Hot Spot seiner Fertigstellung entgegen: das Munich Urban Colab. Gebaut wird dieses neue Innovations- und Gründerzentrum für Smart City Solutions von der UnternehmerTUM und der Landeshauptstadt München. Im Dialog mit der Stadtverwaltung und der Öffentlichkeit sollen laut Sabine Hansky (UnternehmerTUM/Munich Urban Colab) Start-ups, Corporate Innovators, Wissenschaftler und Kreative aus verschiedenen Branchen und Disziplinen gemeinsam unter einem Dach an innovativen Lösungen für die Weiterentwicklung Münchens arbeiten. Inmitten der Stadt werden Innovationen unter anderem zu den Themen Mobilität, Wohnen und Arbeiten, Gesundheit, Umwelt, Energieversorgung, etc. entwickelt und erprobt.

Hansky zufolge bieten Technologien wegweisende Lösungen, „jedoch ist Smart nicht gleich lebenswert". Schlaue Städte seien nicht automatisch lebenswerte Städte. Eine smarte Stadt sei nicht nur eine vernetzte Stadt, sondern auch eine Stadt, die Menschen eine hohe Lebensqualität bietet und dabei ökologisch verantwortungsvoll ist. Dafür würden individuelle Konzepte benötigt, die die Bürger zur Mitwirkung einladen. „Die Menschen stehen im Mittelpunkt, Teilhabe ist wichtig", unterstrich Hansky.

Innovationsökosysteme

Wie kann die Kluft zwischen der digitalen Wirtschaft und der traditionellen Industrie reduziert werden? Kanarit Ltd. Disrupting Cities beantwortet diese Frage durch die Schaffung von Innovationsökosystemen. Wie Jennifer Werthwein und Erez Mizrachi in ihrem „bayerisch-israelischen Austausch" erläuterten, sind Städte die Basis für Innovation und Treiber für Zukunft. Das Ziel einer jeden Smart City Strategie müsse sein, die Menschen für ihre Städte zu begeistern. Hierzu gibt es drei Ansatzpunkte:

- persönliche Entwicklung der Bürger (digitale Fähigkeiten, Talente entdecken und fördern)
- regionale Wirtschaft (Zukunftsmotoren eruieren und fördern)
- Stadt der Zukunft (neue innovative Ökosysteme und Innovationsräume schaffen).

Werthwein und Mizrachi zufolge ist es wichtig, die eigene DNA und den kompetitiven Vorteil der Stadt zu finden. Diese dürfe nicht nur verwalterisch tätig sein, sondern müsse proaktiv agieren, in dem sie zum Beispiel den Verlustängsten der Bürger begegnet und sie an neue Möglichkeiten heranführt. Es gehe darum, Probleme lösen zu wollen und sie nicht nur zu benennen. Technologie allein löse die Probleme nicht, sondern schaffe eine Gegenbewegung.

Die Stadt als Mikrokosmos globaler Entwicklungen

Für Florian Gleich, Referent beim Bayerischen Städtetag, ist die Stadt ein Testfeld für Innovation, ein Mikrokosmos globaler Entwicklungen. Der Digitale Wandel fordert aus seiner Sicht „weit mehr als die Erfindung des Buchdrucks Kreativität und Gestaltungswillen – und den Mut, gelegentlich zu scheitern" – Stichwort trial and error.

Erforderlich sei, den Innovationsgeist der Bürgerinnen und Bürger, der lokalen Wirtschaft (insbesondere Startups) und der Wissenschaft zu fördern und in Workshops sowie bei kommunalen Beschaffungen einzuholen. Ratsam sei es zudem, die Kooperation mit anderen Kommunen zu suchen. Durch einen stetigen Ausbau der Standortqualität (analog und digital) sei ein Innovationsgewinn zu erzielen. Gleichwohl dürfe Innovation nicht um jeden Preis stattfinden; es gelte, alle Menschen mitzunehmen und die Verlässlichkeit der Kommunalverwaltungen beizubehalten.

„Insgesamt", so Gleich, „bieten Städte den perfekten Rahmen für Innovation. Dieser Rahmen muss im ständigen Dialog gefüllt werden."

„Es geht nicht um die rhetorische Frage, die bereits die Antwort vorgibt, wie wir leben werden, sondern um die ergebnisoffene und partizipative Auseinandersetzung, wie wir leben wollen", erklärte Daniel Schöberl (BayWa AG Global Produce). Die Schaffung von Innovationsräumen habe auch mit langfristiger Sicherung der Lebensgrundlagen für die nächsten Generationen zu tun. Dabei bedürfe es eines Gesamtkonzepts aus Smart City und Green City, sprich aus Technik und Natur.

Handlungsfelder

Der gesamte Kosmos an Möglichkeiten für das Ziel der resilienten und wortwörtlich nachwachsenden Stadt und auch Gemeinde ist nach Darstellung Schöberls in den Handlungsfeldern Wasser, Begrünung, ökologische Gebäude, Nahrungsmittelproduktion im städtischen Raum, erneuerbare Energien nutzen, Mikromobilität, intelligente Gebäude und autarke Energieversorgung integriert. Dabei bilde die SmartCity einen wichtigen Aspekt, aber nicht die alleinige Antwort auf die globalen Herausforderungen.

Laut Schöberl steht die SmartCity für die intelligente und vernetzte Stadt, die GreenCity dagegen für die nachhaltige, naturnahe und vor allem lebenswerte Stadt. Aus diesen beiden, bisher unabhängig voneinander betrachteten Stadtkonzepten, soll ein ganzheitliches und modulares Gesamtkonzept aus regenerativer und ökologischer Gebäudeplanung entwickelt, und somit der Nachhaltigkeit ein Gesicht verliehen werden.

„Es geht also um innovative Lösungen, bei denen Neues entdeckt, aber auch altes Wissen wiederentdeckt wird – neben Technik und Digitalisierung auch Handwerkskunst und Tradition", erläuterte der Projektmanager und ergänzte: „Es geht um die Verbindung in vielerlei Hinsicht – um die digitale Vernetzung, aber auch um die Verbindung wieder zur Natur." Es brauche einen Innovationsraum, in dem die Akteure, die eine Antwort auf den Wandel bieten, sich vernetzen können. Gleichzeitig würden aber Experimentierflächen und Freiluftlabore für ideale Lösungen, die zum Anfassen sind und zum Nachahmen einladen, benötigt.

Bei einer nachfolgenden Chat-Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass sich mittlerweile zwischen 30 und 40 Kommunen in Bayern in der Nationalen Dialogplattform Smart Cities des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat einbringen. Die Landeshauptstadt München zeigte sich bereit, Erfahrungswissen zu teilen.

Der Mensch im Vordergrund

Letztlich, so hieß es weiter, müsse immer der Mensch im Vordergrund stehen. Neue Lösungen müssten den Menschen dienen. Nicht alle Menschen seien smart und damit privilegiert. Es gelte, Ausgrenzung durch Digitalisierung zu verhindern.

Städte müssten Gelegenheiten ergreifen, alle Akteure bzw. Netzwerke einer Stadt einzubinden. Im Übrigen sei auch der ländliche Raum zu berücksichtigen. Beim Modellprojekt „Smart Cities Smart Regions - Kommunale Digitalisierungsstrategien für Städtebau und Mobilität der Zukunft" des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr gehe es genau darum, die Vorteile der Digitalisierung räumlich nutzbar zu machen. „Es muss um neue Gestaltungsspielräume gehen und wir müssen die Themen formulieren, für die es Lösungen braucht", so der Tenor. **DK**

Clubhouse:

Nur ein Trend oder ein neuer Kanal für die Behördenkommunikation?

Von Dr. Stefan Döring, Fachlicher Leiter Digitale Kommunikation, IT-Referat der Stadt München

Clubhouse ist aktuell in aller Munde. In der Serie #ExplainIT , die auf www.muenchen.digital abrufbar ist, sehen wir uns die App etwas genauer an: Warum ist die Begeisterung so groß? Ist Clubhouse etwas für Behörden und worauf sollten Nutzerinnen und Nutzer beim Thema Datenschutz achten? Hier finden Sie die Antworten:

Clubhouse – ein soziales Netzwerk zum Zuhören

Die Möglichkeit, sich im Internet mit bekannten und fremden Menschen zu allen möglichen Themen auszutauschen, ist nicht neu. Es gibt mittlerweile zahlreiche soziale Netzwerke wie Twitter oder LinkedIn, bei denen man auf unterschiedlichen Wegen seine Interessen mit anderen teilen kann. Auch Clubhouse, die App der hierzulande noch unbekannten US-Amerikanischen Firma Alpha Exploration, ist ein soziales Netzwerk. Nur basiert dieses nicht auf Text-Nachrichten, Bilder oder Videos, sondern lädt zum Zuhören ein.

Clubhouse bietet eine Plattform für Gespräche in Echtzeit, etwa so wie in einer Telefonkonferenz oder einer Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung. Bei den Themen sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt. In Kategorien wie Sport, Politik, Kunst und Unterhaltung ist für alle etwas dabei. Anders als in den bekannten sozialen Netzwerken können aber keine schriftlichen Kommentare oder ein „Gefällt mir" per Knopfdruck hinterlassen werden. Man kann sich aktiv nur per Audiofunktion an einer Diskussion beteiligen – oder einfach nur zuhören.

Bei der Anmeldung legt man bis zu fünf Interessengebiete fest. Auf dieser Basis werden einem sogenannte Communities, also Gemeinschaften, die sich zu bestimmten Themen zusammengeschlossen haben, vorgeschlagen. Alle Mitglieder können im Rahmen dieser Communities Gesprächsräume eröffnen – für alle zugänglich oder für bestimmte Nutzerinnen und Nutzer beschränkt.

Wie viele Nutzerinnen und Nutzer die App inzwischen hat, wollen die Betreiber nicht preisgeben. Der Wert, der bisher von Investoren finanzierten App, wird aber jetzt schon auf über 100 Millionen Dollar geschätzt.

Kann jede und jeder bei Clubhouse mitmachen?

Nein. Der Zutritt zum Netzwerk ist bisher eingeschränkt. Anmelden kann man sich nur, wenn man eine Einladung von einer anderen Nutzerin oder einem anderen Nutzer bekommen hat. Alternativ gibt es eine Warteliste, deren Abarbeitung aber unklar ist. Eine weitere Zugangsbeschränkung ist, dass die App aktuell nur für das Apple Betriebssystem iOS verfügbar ist.

Laut den Clubhouse-Betreibern läuft die App bisher in einer Art Testversion, bei der zu viele Nutzerinnen und Nutzer das System überlasten könnten. Sicherlich steckt hinter der Strategie der Verknappung aber auch ein gehöriges Stück Marketing. Der eingeschränkte Zugang regt die Neugierde potenzieller Nutzerinnen und Nutzer an.

Aber auch wenn man eine der begehrten Einladungen erhalten hat und sich bei der App anmelden konnte, heißt das nicht, dass man automatisch überall mitreden kann. Die Betreibenden des jeweiligen Gesprächsraumes bestimmen, welche Mitglieder nicht nur zuhören, sondern auch sprechen dürfen. Aus einem sehr interaktiv angelegten Format wird so für viele Nutzerinnen und Nutzer eher ein Podcast. Ein Weg dieses Problem zu umgehen, ist selbst Räume zu gründen und andere für die eigenen Inhalte zu gewinnen.

Viele offene Fragen zum Datenschutz bei Clubhouse

Beim Thema Datenschutz gibt es bei Clubhouse noch erheblichen Verbesserungsbedarf. So können neue Nutzerinnen und Nutzer grundsätzlich nur unter Eingabe einer Mobilfunknummer hinzugefügt werden. Datenschützerinnen und Datenschützer mahnen, dass es technisch bereits bessere Lösungen mit gleichem Funktionsumfang gibt.

Wer die App mit allen Funktionen nutzen will, muss zudem allerhand Daten teilen. Beispielsweise das eigene Adressbuch auf dem Telefon. Ohne diesen Zugriff können in der App keine Freunde eingeladen werden. Diese Freigabe betrifft zwangsläufig auch unbeteiligte Kontakte. Deren Einverständnis liegt dafür nicht vor. Auch ist aktuell mehr als unklar, was mit den ganzen Daten passiert oder wofür sie verwendet werden.

Problematisch ist außerdem, dass Clubhouse bislang keine direkte Option zur Löschung des eigenen Profils anbietet. Diese muss umständlich per E-Mail angefragt werden. Was nach der Anfrage passiert, wie der Prozess gestaltet ist und ob die persönlichen Daten tatsächlich gelöscht werden, bleibt unklar.

Auch bei den eigenen Beiträgen in Gesprächsrunden besteht ein Problem. Nach Aussagen der Betreiberfirma werden Gespräche aufgezeichnet und für einen bestimmten Zeitraum gespeichert. Das soll die Nachverfolgbarkeit möglicher Verstöße gegen die Nutzungsbedingungen sicherstellen. Wehren kann man sich dagegen nicht. Möglicherweise verstoßen die Datensammel-Praktiken von Clubhouse sogar gegen die Europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Da das Betreiberunternehmen Alpha Exploration keinen Sitz in der EU hat, ist eine rechtliche Verfolgung allerdings schwierig.

Wie heikel das Thema Datenschutz ist, zeigt sich deutlich daran, dass die Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) den Betreiber der Clubhouse-App im Januar 2021 abgemahnt hat. Auch der Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit verlangt von den Betreibern der Clubhouse-App Auskunft über den Schutz der Privatsphäre.

Clubhouse für Behörden?

Grundsätzlich sollte sich Behördenkommunikation an den Kanälen ausrichten, in denen die Zielgruppen sich austauschen und informieren. Neue Apps im Auge zu behalten und auszutesten, ist daher nicht nur legitim, sondern Aufgabe von Social Media Beauftragten.

Aus unserer Sicht ist Clubhouse grundsätzlich auch für Organisationen interessant. Die App folgt dem Trend der beliebten Podcasts und trifft augenscheinlich einen Nerv. In den Diskussionsrunden lässt sich Wissen vermitteln und können Themen diskutiert werden. Clubhouse ist auch ein möglicher Kanal für Behörden, um mit Bürgerinnen und Bürger im Sinne der Partizipation ins Gespräch zu kommen. Für unsere Events sehen wir Einsatzmöglichkeiten für Diskussionsrunden – gerade bei digitalen Veranstaltungen. Auch für Personalgewinnung und -marketing kann die App interessant sein. Allerdings sieht Clubhouse aktuell keinen Betrieb durch Organisationen vor.

Gleichzeitig wird der größere Teil der Gesellschaft aktuell ausgeschlossen. Denn viele Menschen haben kein iPhone. Angesichts der vielen weiteren offenen und durchaus problematischen Datenschutzthemen bleibt bei allem Hype zudem ein großes Fragezeichen. Dieses ist so groß, dass sich aus unserer Sicht ein Einsatz für Behörden aktuell nicht empfiehlt und sogar verbietet. Wir jedenfalls beobachten erst einmal von außen. ❐



Kommunales GIS-Forum 2020:

Am Puls der digitalen Stadt

Auf dem Kommunalen GIS-Forum des Runden Tisches GIS e.V. hatten 250 Gäste die Möglichkeit, mit Experten und Kollegen aus Wirtschaft und Verwaltung aktuelle Themen und ihre Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren. Die virtuelle Konferenz wurde in Kooperation mit der Stadt und dem Landkreis Neu-Ulm veranstaltet.

Im Zentrum des Online-Meetings standen intelligente Stadtvorhaben im Kontext der Digitalisierung. Damit diese Smart-City-Projekte keine theoretischen Platzhalter bleiben, braucht es laut Philipp Willkomm, 2. Vorsitzender des Runden Tisch GIS e.V., den Einsatz moderner Technologien wie GIS-Lösungen, Open-Data-Strukturen oder Sensoren am jeweiligen „Puls der Stadt".

In seiner Keynote zum Thema „Vom Europäischen Datenraum zu urbanen Datenräumen" wies Jörn von Lucke, Professor am Open Government Institute der Zeppelin Universität in Friedrichshafen darauf hin, dass die Herausforderung der kommenden Jahre unter anderem in der Gestaltung des Internet der Dinge (IoT) im öffentlichen Raum liegt. Zum einen stehe die Frage im Mittelpunkt, welche smarten Objekte mit Sensoren im urbanen sowie ländlichen Raum zur Verfügung stehen und wie diese erschlossen werden können. Eine weitere große Herausforderung bestehe darin, diese über Netzwerke zu erschließen. Zudem stehe die Frage nach den Plattformen im Zentrum der Überlegungen. Luckes Augenmerk richtet sich hierbei vor allem auf GIS-Plattformen.

Datenschutz und ethische Grundsätze

Bei allen Überlegungen zu smarten Daten geht es Lucke zufolge am Ende auch um den Datenschutz und ethische Grundsätze, wobei in diesem Kontext Leitlinien wichtig seien. Notwendig sei eine klare Datenstrategie, getreu dem Motto „Gestalten und nicht nur Verwalten". Der Professor beschrieb den Gesamtprozess als Setzen von Leitplanken, um die Orientierung nicht zu verlieren, und verwies dabei auf Ulm und dessen Datenhub als ein gutes Beispiel smarter Datennutzung.

Praktische Anwendungen am „Puls der Stadt", sprich unterschiedliche Entwicklungen im Sensor- und Netzwerkbereich, bildeten einen Tagungsschwerpunkt. Hierzu präsentierten Christian Mayr, Leiter Technologiezentrum bei der LEW Verteilnetz GmbH, sowie der Leiter Prozesse und Services der LEW Verteilnetz GmbH, Martin Thoma, ihre Lösung „LEW Inno.Live". Das Versprechen dahinter: Das Tool bietet die notwendige Infrastruktur und die dazugehörige Software-Plattform, um Städte und Kommunen auf dem Weg zur intelligenten Stadt zu begleiten. Die Technologie ermöglicht es, Daten zu erheben und intelligent miteinander zu verknüpfen. Das System baut auf das Long Range Wide Area Network (LoRaWAN) als kostengünstige, strahlungsarme und reichweitenstarke Lösung.

LoRaWAN-Lösung

Laut Mayr liegt ein wesentlicher Vorteil von LoRaWAN in den großen Anwendungsmöglichkeiten innerhalb von Smart Cities. Diese reichten vom Lademanagement über Sicherheitssysteme bis hin zu intelligenten Lichtsteuersystemen und dem Parkplatzmanagement sowie dem Straßenmanagement über Umweltsensorik. Bei diesem Punkt skizzierte der Leiter des Technologiezentrums unter anderem das Bild von Erdfeuchtesensoren im praktischen Einsatz, um die Bodenfeuchte zu messen. Ein wichtiges Thema, ist doch die Pflanzenbewässerung für viele Städte und Kommunen mit einem enormen Kosten- und Zeitaufwand verbunden.

Anna-Laura Liebenstund, Leiterin der Geschäftsstelle NordAllianz Metropolregion München Nord, informierte über ein Smart-City-Pilotprojekt zur Messung der Luftqualität. Dabei handelt es sich um einen interkommunalen Zusammenschluss aus den acht Kommunen Eching, Garching, Hallbergmoos, Ismaning, Neufahrn, Oberschleißheim, Unterföhring und Unterschleißheim.

Im Rahmen des Pilotprojekts messen 35 Sensoren die Luftqualität in der Region München Nord. Hierzu heißt es auf den Projektseiten: „Unser Pilotprojekt umfasst die Messung der Schadstoffe Feinstaub, Stickstoffdioxid und Ozon, um die aktuelle Luftqualität in der Region ermitteln zu können." Zudem sei geplant, das Projekt über einen Pilot-Zeitraum von 24 Monaten durchzuführen. „Die Daten werden im Kontext von weiteren Daten wie beispielsweise Wetterdaten analysiert, um einen umfassenden Eindruck über die lokale Luftqualität zu erhalten." Ein wichtiges Element sei die intelligente Vernetzung der Sensoren untereinander (IoT). Damit sollen Sensoren lernen, die gemessenen Luftwerte mit weiteren Werten, wie beispielsweise der Außentemperatur, abzugleichen und somit richtig einzuordnen.

Ebenfalls mit Sensoren befasste sich Bruno Willenborg von der Technischen Universität München in seinem Beitrag „LoRaWAN Sensornetzwerke für die Stadt der Zukunft – Alternativen zu 5G". Das Internet der Dinge ist Willenborg zufolge die Idee eines gemeinsamen Kommunikationsnetzwerks über alle Arten von miteinander verbundenen physikalischen Geräten. Unerlässlich seien hierbei Sensornetzwerke als elementarer Bestandteil des IoT.

Sensornetzwerk

Im Rahmen eines Projekts in Kooperation mit dem Hans Eisenmann-Forum für Agrarwissenschaften der TUM wurde ein Sensornetzwerk für die Digitalisierung der Landwirtschaft am TUM-Standort in Weihenstephan aufgebaut. Bei den Anforderungen an Sensornetzwerke unterscheidet Willenborg zwischen Bereichen, in denen Infrastruktur vorhanden ist, wie Stromversorgung und ein Internetanschluss mit hohen Datenraten, und Bereichen, die völlig konträr dazu sind. Diese Gebiete verfügten meist nur über eine mangelnde Stromversorgung und Internetanbindung sowie geringe Datenraten bei den Anwendungen. Hierzu zählten etwa Sensoranwendungen zu Füllstandsmessungen beim Abwasser oder von Abfallbehältern.

Mit Blick auf die Anforderungen an Sensornetzwerke charakterisierte Willenborg den viel diskutierten 5G-Standard nicht als den alleinigen „Heilsbringer". Je nach Anforderung sei für IoT-Anwendungen in Smart Cities und in der digitalen Landwirtschaft entweder die 5G-Technologie geeigneter oder ein Low Power Wide Area Network (LPWAN) die Lösung. Nach Willenborgs Einschätzung ist LPWAN häufig technisch sinnvoller und auch günstiger.

Einen weiteren Vorteil im Aufbau eines Sensornetzwerks auf Basis von LoRaWAN sieht er darin, dass diese Netzwerke sich vollständig mit freier Software und offenen Formaten aufbauen lassen. Auch wies der Wissenschaftler darauf hin, dass standardisierte Formate und Dienste die Interoperabilität erhöhten und die Realisierung von Sensornetzwerken vereinfachten. **DK**

Digitale Bildung in der Oberpfalz

Virtueller Runder Tisch mit Akteuren aus Schulen, Kommunen und Wirtschaft

„Digitalisierung ist das gesamtgesellschaftliche Zukunftsthema Nummer eins – und das schon lange bevor die Corona-Pandemie das Brennglas darauf gerichtet, das Tempo beschleunigt und die Dringlichkeit verschärft hat", stellte Regierungspräsident Axel Bartelt beim Virtuellen Runden Tisch mit einem breit aufgestellten Teilnehmerfeld aus Schulpraxis, Kommunen und Wirtschaft fest. Insbesondere im Bereich der Schulen seien die Herausforderungen mit dem Wechsel von Präsenz-, Distanz- bzw. Hybridunterricht oft von heute auf morgen verstärkt worden.

Um sich einen Überblick über die Situation in der Oberpfalz aus verschiedenen Blickwinkeln zu verschaffen, hatte Regierungspräsident Bartelt u.a. Franz Löffler, Bezirkstagspräsident und Landrat des Landkreises Cham, Richard Reisinger, Landrat des Landkreises Amberg-Sulzbach und Sprecher der Oberpfälzer Landräte, Martin Birner, Erster Bürgermeister der Stadt Neunburg v. Wald und Mitglied des Präsidiums des Bayerischen Gemeindetages, Dr. Jürgen Helmes, Hauptgeschäftsführer der IHK Regensburg für Oberpfalz/Kelheim und Jürgen Kilger, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz, geladen.

Der erste Blick auf die Fakten unterstreicht eine grundsätzlich positive Tendenz: Von den 465 öffentlichen Schulen in der Oberpfalz sind 285 und damit über 61 Prozent mit gigabitfähiger und damit mit für den Distanzunterricht notwendiger Infrastruktur erschlossen, davon wiederum 120 (26 %) mit FTTB, d.h. Glasfaseranbindung an das Gebäude (vgl. Bayern: 23%). Alle 345 öffentlichen Schulen, die über noch keine FTTB-Erschließung verfügen, nehmen an der Glasfaser/WLAN-Richtlinie (GWLANR) teil bzw. haben beim Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV) Interesse daran bekundet. Bei der WLAN-Abdeckung aller Klassenzimmer einer Schule nimmt die Oberpfalz mit 38,3 Prozent (220 Schulen) einen Spitzenplatz im Freistaat ein.

Im Vergleich zu 2019 konnte die digitale Ausstattung in den Klassenzimmern noch einmal deutlich gesteigert werden. So wuchs der Anteil der Klassenzimmer mit Beamer bzw. Großbildmonitor auf 78 Prozent (2019: 68 %), mit DokuCam auf 72 Prozent (2019: 61 %) sowie mit WLAN auf 50 Prozent (2019: 37 %). Die Anzahl der „digitalen Klassenzimmer" stieg auf 35 Prozent (2019: 23%). Von fast 10.800 Klassenräumen verfügen lediglich rund 520, das entspricht 4,8 Prozent, über keinen Internetanschluss.

Entscheidender Mehrwert

Ein wesentlicher Bestandteil der Digitalen Bildung ist neben den technischen Voraussetzungen der Unterricht, der einen entscheidenden Mehrwert bieten und keinen bloßen Ersatz bislang analoger Darstellungsformen darstellen soll. Dafür stehen den Schulen auf Ebene der Oberpfalz 19 sog. Berater digitale Bildung zur Seite, die bei der Gestaltung des digitalen Wandels mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten (medienpädagogisch, informationstechnisch) unterstützen. Zentral dabei ist der Ausbau der Methodenkompetenz.

Auf Schülerseite geht es u.a. um den Umgang mit Medien und Technik sowie das Lernen über Medien – siehe Themen Datenschutz und Urheberrecht. Auf Lehrerseite stehen umfassende Fortbildungsmaßnahmen, insbesondere zur didaktischen Umsetzung der Digitalisierung und entsprechender Inhalte. Ziel ist es, die Schulen bei der Erstellung von Medienkonzepten zu unterstützen.

Einen Einblick in die digitale Schulpraxis boten die Schulleitungen Britta Büchau (Blindeninstitut Regensburg), Susanne Muffert (Grund- und Mittelschule Teublitz) und Siegfried Zistler (Staatliche Berufsschule Cham). Wie Susanne Muffert betonte, ist in Teublitz die gesamte Ausstattung grundsätzlich für alle Klassen der GS und MS nutzbar. Die Förderung der digitalen Bildung finde in den verschiedenen Bereichen der großen heterogenen Schule statt.

Ziel des Schulentwicklungsprogramms sei die Förderung des selbstständigen und selbstgesteuerten Lernens. Hierzu werden offene Unterrichtsformen, z.B. die Wochenplanarbeit in allen Jahrgangsstufen während der Lernzeit (iPad-Koffer, Lernbüro) gefördert. Hinzu kommen die Unterstützung der Methoden- sowie der Medienkompetenz.

Fortbildungen

In diesem gebundenen Ganztagsstandort ist die Fortbildungskonzeption laut Muffert bedarfsgerecht auf den Einsatz der Geräte und Programme abgestimmt und wird flexibel angepasst. Außerdem werden kurze schulhausinterne Fortbildungen zu relevanten Themen durchgeführt.

Nach den Worten von Bezirkstagspräsident Franz Löffler ist Digitalisierung für den Bezirk Oberpfalz wie auch für den Landkreis Cham Standortfaktor und Zukunftssicherung. Rund 160.000 Euro investiert der Bezirk in seine Bildungseinrichtungen, mit dem Eigenbetrieb „Digitale Infrastruktur" baut der Landkreis Cham flächendeckend ein eigenes Glasfasernetz auf.

„Für die kommunale Familie ist der Ausbau der digitalen Bildungsinfrastruktur ein echtes Herzensanliegen", unterstrich der Chamer Landkreischef Richard Reisinger. Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister bemühten sich in Zusammenarbeit mit Bund und Land redlich, stetig voranzukommen, um den steigenden technischen Anforderungen gerecht zu werden. „Klar ist uns aber auch, dass wir da nachhaltig mit langem Atem operieren müssen, da es schon noch viele Baustellen gibt, die während des pandemiebedingten Distanzunterrichts schmerzlich sichtbar wurden."

IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Jürgen Helmes wies darauf hin, dass die bayerischen Industrie- und Handelskammern gemeinsam mit dem Bayerischen Wirtschaftsministerium eine digitale Qualifizierungsoffensive für betriebliche Ausbilder auf den Weg gebracht haben. „Der Stellenwert und die Rolle der 45.000 betrieblichen IHK-Ausbilderinnen und Ausbilder in Bayern ist vergleichbar mit den Lehrkräften an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen", bekräftigte Helmes.

Aus Sicht von Jürgen Kilger, Hauptgeschäftsführer Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz, nimmt auch das Thema Digitale Bildung im Handwerk immer mehr Fahrt auf. Auffallend sei, wie schnell und motiviert sich junge Leute auf neue digitale Anwendungen und Techniken in ihrem Fachbereich einlassen. „Das kann man eindeutig als Chance sehen", erklärte Kilger. „Andererseits müssen wir auf diesem Weg auch wirklich jeden mitnehmen: Der Umgang mit digitalen Medien darf keineswegs Berührungsängste bei Jugendlichen erzeugen. Je praxisnäher er geschieht, desto besser." **DK**



Bundeskabinett verabschiedet VerpackG-Novelle

Das Bundeskabinett hat eine von Bundesumweltministerin Svenja Schulze eingebrachte Änderung des Verpackungsgesetzes beschlossen. Betroffen sind unter anderem Hersteller, Vertreiber und Online-Marktplätze. Kern der Novelle ist die Pflicht zur Mehrweg-Alternative im To-Go-Bereich, Mindestrezyklatanteile sowie eine Ausweitung der Pfandpflicht: „Künftig heißt es bei allen Getränkedosen und Flaschen aus Plastik: Pfand zurück," so Schulze.

Ab 2023 sind Restaurants, Bistros und Cafés, die Essen für unterwegs oder To-Go-Getränke verkaufen, verpflichtet, ihre Produkte auch in Mehrwegverpackungen anzubieten. Die Mehrwegvariante darf nicht teurer sein als das Produkt in der Einwegverpackung. Außerdem müssen für alle Angebotsgrößen eines To-Go-Getränks entsprechende Mehrwegbecher zur Verfügung stehen. Von der Pflicht ausgenommen sind zum Beispiel Imbisse, Spätkauf-Läden und Kioske, in denen insgesamt fünf Beschäftigte oder weniger arbeiten und die eine Ladenfläche von nicht mehr als 80 Quadratmetern haben. Aber sie müssen den Kundinnen und Kunden ermöglichen, deren eigene Mehrwegbehälter zu befüllen.

Ab 2022 ist zudem ein Pfand auf alle Einweg-Getränkeflaschen aus Kunststoff verpflichtend. Außerdem müssen dann sämtliche Getränkedosen mit einem Pfand belegt werden. Die Gesetzesnovelle beendet die bisherigen Ausnahmeregelungen für bestimmte Getränke in Plastikflaschen und Dosen. Bislang waren z.B. Fruchtsaftschorlen mit Kohlensäure pfandpflichtig, ein Fruchtsaft ohne Kohlensäure hingegen nicht. Künftig gilt grundsätzlich: Ist eine Getränkeflasche aus Einwegplastik, dann wird sie mit einem Pfand belegt. Ausnahmen für Fruchtsäfte oder alkoholische Mischgetränke in Einwegkunststoff-Getränkeflaschen oder Getränkedosen fallen weg. Für Milch oder Milcherzeugnisse gilt eine Übergangsfrist bis 2024.

Mindestrezyklat-Anteil für Getränkeflaschen aus Einwegkunststoff

Neue Kunststoffflaschen sollen künftig möglichst nicht mehr aus Erdöl, sondern zunehmend aus altem Plastik hergestellt werden. Daher sieht die Novelle des Verpackungsgesetzes erstmals einen Mindestrezyklat-Anteil für Getränkeflaschen aus Einwegkunststoff vor. Ab 2025 müssen PET-Einweggetränkeflaschen mindestens 25 Prozent Recycling-Kunststoff enthalten, ab 2030 erhöht sich diese Quote auf mindestens 30 Prozent und gilt dann für alle Einwegkunststoffflaschen. Die Hersteller können selbst entscheiden, ob sie diese Quote pro Flasche oder über ein Jahr verteilt in Bezug auf ihre gesamte Flaschenproduktion erfüllen möchten.

Weiterer Inhalt der Gesetzesnovelle: Betreiber von Online-Marktplätzen sowie Fulfillment-Dienstleister müssen künftig prüfen, dass die Hersteller von verpackten Waren auf ihrer Plattform im Verpackungsregister der Zentralen Stelle verzeichnet sind und sich an das Verpackungsgesetz halten.

Nach dem Beschluss des Bundeskabinetts muss die Novelle des Verpackungsgesetzes vom Bundestag verabschiedet werden und den Bundesrat passieren.

Laut dem Vizepräsidenten des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Patrick Hasenkamp, „unterstützen wir die Initiative des Bundesumweltministeriums voll und ganz. Es ist mehr als überfällig, den umweltschädlichen To-Go-Konsum endlich zurückzudrängen. Neben dem für jeden Menschen sichtbaren ökologischen Schaden, den diese Ressourcenverschwendung mit sich bringt, ist der hohe Konsum von Einwegmaterialien aus Plastik auch für die städtischen Haushalte und die Gebührenzahler problematisch. Insbesondere die größeren Fastfoodketten gründen ihr Geschäftsmodell unter anderem darauf, dass der Müll, der durch ihre Einwegverpackungen in der Umgebung anfällt, von anderen weggeräumt wird: nämlich von den kommunalen Stadtreinigern. Damit werden die Kosten einzelner Marktteilnehmer auf die Allgemeinheit abgewälzt. Das Vorhaben, Mehrweglösungen anzubieten, ist ein Baustein, dieses Ungleichgewicht zu beheben."

Mehrweglösungen

Noch besser wäre es Hasenkamp zufolge, wenn nicht nur für das Plastikgeschirr Mehrweglösungen angeboten werden müssten, sondern auch für die Alternativen aus Papier oder Aluminium. „Denn man tut der Umwelt keinen Gefallen, wenn man eine andere Einwegverpackung nutzt. Ziel muss sein, keine zu nutzen. Bei den Einweggetränkebechern, für die unabhängig vom Material Mehrweglösungen angeboten werden müssen, ist das Umweltministerium mit guten Gründen über den Anwendungsbereich der EU-Einwegkunststoffrichtlinie hinausgegangen. Diesen Mut wünschen wir uns auch bei den Einweg-Lebensmittelverpackungen."

„Wichtig ist es uns, auch zu betonen, dass wir natürlich sehen, dass Einweglösungen während der Coronapandemie für die Gastronomie eine Möglichkeit bieten, wenigstens einen Teil der Einkünfte zu sichern. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, bereits jetzt die Weichen für eine nachhaltigere Gastronomie für die Zeit danach zu stellen." **DK**

Bayern tritt Allianz für Entwicklung und Klima bei

Die Staatsverwaltung des Freistaats Bayerns soll bis spätestens 2030 klimaneutral sein. Als eine Maßnahme ist die bayerische Landesregierung der Allianz für Entwicklung und Klima beigetreten, die vom Bundesentwicklungsministerium gegründet wurde.

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller: „Der Klimawandel ist die Überlebensfrage der Menschheit. Es liegt an uns allen, vom Reden zum Handeln zu kommen. Deswegen freue ich mich sehr, dass der Freistaat Bayern vorangeht, klimaneutral wird und jetzt der Allianz für Entwicklung und Klima beigetreten ist. Bayern ist so absoluter Vorreiter bei Nachhaltigkeit. Ein Viertel der über 850 Unterstützer der Allianz für Entwicklung und Klima kommt aus Bayern. Das sind große Unternehmen wie die BayWa, die Allianz, aber auch Mittelständler, Apotheken und Kommunen. Sie alle strengen sich an; verringern und vermeiden Treibhausgase. Die verbleibenden Emissionen kompensieren sie mit Entwicklungsprojekten etwa zum Aufbau erneuerbarer Energien oder zum Schutz des Regenwaldes. Das schützt das Klima und hilft Millionen Menschen in Entwicklungsländern ganz konkret. Ich hoffe, dass viele weitere diesem guten Beispiel folgen und sich auf den Weg zur Klimaneutralität mit unserer Allianz machen."

Der Freistaat Bayern strebt bis zum Jahr 2030 eine klimaneutrale Staatsverwaltung an. Hierzu hat das Land mit dem Bayerischen Klimaschutzgesetz und dem Klimaschutzprogramm 2050 wichtige Grundlagen gelegt. Das Bayerische Umweltministerium ist bereits seit zwei Jahren klimaneutral, so wie sich auch viele Kommunen zum Ziel der Klimaneutralität bekannt haben, u.a. die Stadtverwaltung Nürnberg und die Stadt Kempten.

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte: „Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen der Gegenwart. Kein Land allein kann den globalen Temperaturanstieg stoppen. Für wirksamen Klimaschutz müssen sich alle Nationen gemeinschaftlich engagieren."

100 Projekte, Strategien und Programme

Für Bayern gelte: „Wir stehen zu unserer Klimaverantwortung. Wir setzen unser Klimaschutzgesetz und rund 100 konkrete Projekte, Strategien und Programme konsequent um. Vom Moorschutz bis zum Thema Mobilität: Klimaschutz wird in Bayern Wirklichkeit. Unser konkretes Ziel: Der Freistaat soll bis spätestens 2050 klimaneutral werden, die Staatsverwaltung bis zum Jahr 2030. Um das zu erreichen, setzt Bayern auf eine konsequente Reduktion von Treibhausgasen. Unvermeidbare Emissionen werden kompensiert – regional und international. Mit dem Beitritt zur ‚Allianz für Entwicklung und Klima' unterstützt der Freistaat zusätzliche Klimaschutzprojekte zur CO2-Emissionsminderung in Entwicklungsländern. Damit leistet Bayern einen weiteren wertvollen Beitrag auf dem Weg zur Klimaneutralität." ❐

Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung bvse:

Kreislaufwirtschaft für mehr Klimaschutz

Den Beschluss der EU-Regierungschefs, das 55 %-Klimaziel bis 2030 zu erreichen, wertet Herbert Snell, Vizepräsident des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung als „extrem anspruchsvoll". „Wir können der Europäischen Union deshalb nur dringend raten, die Möglichkeiten der CO2-Reduktion, die die Kreislaufwirtschaft bietet, zu nutzen", so Snell.

So könne zum Beispiel der Einsatz von Kunststoffrecyclat anstatt von Neuware große Mengen CO2 einsparen. „Momentan sehen wir aber einen gegenläufigen Trend. Kunststoffneuware ist so billig, dass deutlich weniger Recyclate eingesetzt werden, als es möglich wäre", kritisiert der bvse-Vizepräsident. Anspruch und Wirklichkeit der kunststoffverarbeitenden Industrie klafften hier noch weit auseinander. Es zeige sich, dass freiwillige Zielvereinbarungen schnell in den Hintergrund geraten, wenn der Preis stimmt. „Wir sehen daher keine andere Chance, als ordnungspolitisch einzugreifen und den Kunststoffeinsatz zu verteuern, wenn auf den Recyclateinsatz verzichtet wird."

Das klimarelevante Einsparungspotenzial von Kunststoffen ist enorm. So wurden in 2019 1,95 Mio. Tonnen an Recyclaten erzeugt, die immerhin 2,3 Mio. Tonnen an CO2 einsparen. Dabei sind die CO2-Einsparungen durch 1,16 Mio. Tonnen Kunststoffe, die zu Ersatzbrennstoffen aufbereitet wurden, noch gar nicht eingerechnet.

Kunststoffabfälle sind Wertstoffe

Kreislaufwirtschaft für mehr Klimaschutz wird Snell zufolge aber auch dadurch konterkariert, dass es in Europa immer noch möglich und üblich ist, Kunststoffabfälle ganz legal zu deponieren. „Es muss endlich in das Bewusstsein der politisch Verantwortlichen dringen, dass Kunststoffabfälle kein Müll sind, sondern Wertstoffe, die es zu nutzen gilt. Die politischen Rahmenbedingungen für die gelebte Kreislaufwirtschaft sind aber noch lange nicht gegeben. Deshalb muss ein europaweites Deponieverbot für Haushaltsabfälle so schnell wie möglich umgesetzt werden", fordert der Vizepräsident und weist darauf hin, dass das deutsche Deponieverbot gezeigt habe, dass allein dadurch eine erhebliche CO2-Reduktion in Europa erreicht werden könne.

Der bvse mahnt zudem an, dass der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung deutschland- wie europaweit endlich die notwendige Priorität eingeräumt wird. Als „positives Signal" wertet der Verband, dass die 95. Umweltministerkonferenz eine Sondereinsatzgruppe Recyclateinsatz (RESAG) beschlossen hat. Diese Sondereinsatzgruppe soll unter Einbindung der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) auf Leitungsebene, unter Beteiligung einer ausgewählten Vertretung aus Wirtschaft, der Wirtschaftsministerien, aus der privaten und kommunalen Entsorgungswirtschaft, des Handels und der Wissenschaft und möglichst der Stiftung Zentrale Stelle Verpackungsregister binnen zwölf Monaten die Fragen zur „Förderung des Recyclatmarktes" analysieren. Unter Hinzuziehung der entsprechenden Studie des Umweltbundesamtes sollen möglichst rasche Lösungen erarbeitet und der Umweltministerkonferenz vorgelegt werden.

Snell: „Wenn unsere Expertise gefragt ist, werden wir uns hier intensiv einbringen. Es muss jedem klar sein, dass nun konkrete Umsetzungsschritte erforderlich sind, um die Kreislaufwirtschaft ganz praktisch umzusetzen."

Enttäuscht zeigt sich der bvse vom Referentenentwurf zur Novelle der Bioabfallverordnung. Das BMU setzt hier auf die Einführung eines Fremdstoff-Kontrollwertes vor der Zuführung des Materials in die biologische oder hygienisierende Behandlungsstufe. Verpflichtet zur Einhaltung des Kontrollwertes werden einseitig die Behandlungsanlagen. Nach Auffassung des stellvertretenden Vorsitzenden des bvse-Fachverbands Ersatzbrennstoffe, Altholz und Biogene Abfälle, Bernd Jörg, setzt der Referentenentwurf den Hebel zu spät an. Qualität beginne bereits mit der Bioabfallerfassung.

Schon heute betrieben die Anlagen einen hohen Aufwand zur Qualitätssicherung, denn die Anforderungen an die stoffliche Verwertung wurden bereits Schritt für Schritt vom Gesetzgeber angehoben. Wie gut dies gelingt, hänge allerdings entscheidend von der Sortenreinheit des Materials ab, das ihnen angeliefert wird. Die Sammlung sei der erste entscheidende Schritt für eine hochwertige Abfallverwertung.

Technische Grenzen

Nach Meinung des Fachexperten versucht das BMU mit seinem Entwurf das Pferd von hinten aufzuzäumen. Bei hohen Fremdstoffeinträgen im Input stießen die Anlagen aber an technische Grenzen. Es bestehe die Problematik, dass sich Fremdstoffe im frischen, also feuchten bzw. nassen, angelieferten Bioabfall technisch nicht effizient abtrennen lassen. Daher hatte sich der bvse bereits im Vorfeld dafür ausgesprochen, Anforderungen an die Bioabfallerfassung zu formulieren und maximale Fremdstoffgehalte für die Anlieferung zur Anlage festzulegen.

„Allein darauf zu setzen, dass der Annahmepreis die Qualität des gesammelten Bioabfalls verbessern wird, ist spekulativ", betont Jörg. Zwar würden auch die Sammler im Entwurf aufgefordert, Bioabfälle so zu erfassen, dass eine Einhaltung des Kontrollwertes zur biologischen Stufe möglich wird, allerdings ließen sich konkrete Verpflichtungen daraus nicht ableiten. **DK**



GZ ZU GAST BEI ...



Henry Schramm

Bezirkstagspräsident Oberfranken; MdL a.D.

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Den Bezirk Oberfranken mit ca. einer Mio. Einwohnern.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
Am 8. November 2018.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Um Menschen bei ihren großen, aber auch kleinen Problemen helfen zu können.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Ich war schon immer politisch interessiert. Als CSU-Kreisvorsitzender in Kulmbach, früheres Mitglied im Landtag, langjähriger Bezirksrat und durch mein kommunalpolitisches Spitzenamt als Oberbürgermeister der Stadt Kulmbach konnte ich viel lernen.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Mich erwartete ein breites Aufgabenspektrum. Vor allem liegt mir am Herzen, die dringend notwendigen Investitionen in den Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken voranzubringen.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Zum einen die baulichen Herausforderungen unserer Kliniken und zum anderen die Umstrukturierungen aufgrund neuer Aufgaben in der Verwaltung. Auch die Auswirkungen der Corona-Krise gilt es zu meistern.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Dass der Bezirk als verlässlicher Dienstleister für Menschen mit weniger Glück im Leben auch von der Allgemeinheit wahrgenommen wird und dass unsere Kliniken in einem den modernen Erkenntnissen entsprechenden Zustand sind.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Es ist wichtig, Probleme und Aufgaben anzugehen und diese voranzutreiben, um damit den Menschen zu helfen.
- *Verwechsle Schulterklopfen nicht mit Freundschaft und Loyalität.*
- *Du kannst es nicht jedem recht machen.*
- *Erwarte kein „Danke“.*
- *Vergiss dich nicht selbst.*
- *Es kommt oft nicht darauf an, was du machst, sondern was daraus gemacht werden kann.*

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Wir haben regelmäßige Abstimmungstermine und führen fortlaufend Gespräche mit dem Personalrat und den politischen Vertretern. Hierbei ist der Austausch von transparenten Informationen von großer Bedeutung. Mit unserer Öffentlichkeitsarbeit und insbesondere den Social-Media-Kanälen erfahren unsere Bürgerinnen und Bürger tagesaktuell von unserer Arbeit. Außerdem finden wir für die Menschen, die sich bei Problemen jederzeit persönlich oder schriftlich an uns wenden können, wenn immer möglich durch Gespräche und Austausch von Argumenten oft zeitnah eine Lösung.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Sehr viel, denn die Corona-Pandemie hat einen maßgeblichen Schub im Bereich der Digitalisierung ausgelöst. Der Umgang mit Technik und die Arbeit in den sozialen Medien ist inzwischen Standard geworden. Diese Art der Kommunikation geht auch an der Kommunalpolitik nicht vorbei.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
„Leben und leben lassen.“ und „Der frühe Vogel fängt den Wurm.“
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Ich würde mich freuen, wenn die Menschen einmal sagen würden: „Der Schramm hat schon gepasst, der hat sein Zeug gemacht!“ ❐

LEADER-Förderbescheid für Münchsmünster:

Bürgermeister Meyer erhält 15.000 Euro für Sportstättenentwicklungsplan

Der Zuwendungsbescheid für das Projekt „Kooperativer Sportstättenentwicklungsplan Münchsmünster“ wurde nun offiziell – aufgrund der Coronapandemie online – von Agnes Stiglmaier, LEADER-Koordinatorin des AELF Ingolstadt, und der LAG-Managerin des Landkreises Pfaffenhofen, Carmen Glaser, an Heidi Schwendner, Kämmerin der Gemeinde Münchsmünster, übergeben.

Wie viele Sportstätten braucht Münchsmünster“, dieser Frage geht der „Sportstättenentwicklungsplan Münchsmünster“ nach. Auf Grundlage einer Bestandsaufnahme aller bereits vorhandenen örtlichen und überörtlichen Angebote und einer Bedarfsanalyse wird ein detailliertes Konzept für eine nachhaltige, zukunftsorientierte Entwicklung der Sportstätten in der Gemeinde Münchsmünster entwickelt.

Bewegungsräume für alle Menschen mit Blick auf das überregionale Angebot

Ziel des Sportstättenentwicklungskonzepts ist die Schaffung vielfältig nutzbarer, attraktiver, konzentrierter und am lokalen Sportbedarf orientierter Bewegungsräume für alle Menschen mit unterschiedlichen Interessen und jeden Alters unter Einbeziehung des überregionalen Angebotes. Aus den Ergebnissen, das von der Lokalen Aktionsgruppe Landkreis Pfaffenhofen e.V. (LAG) mit rund 15.000 Euro geförderte Projekt, könnten auch Rückschlüsse für andere Kommunen gezogen werden.

Dank den Mitarbeitern

Bürgermeister Andreas Meyer freut sich über das zweite LEADER-Projekt in seiner Kommune und bedankt sich bei Kämmerin Schwendner und den LAG-Mitarbeiterinnen: „Nachdem der Hollerhof Münchsmünster für die Gestaltung der Außenanlagen mit rund 180.000 Euro gefördert wird, wurde über Leader nun auch das gemeindliche Sportentwicklungskonzept positiv beurteilt. Hier erhält die Gemeinde Münchsmünster einen Betrag in Höhe von rund 15.000 Euro. Mein Dank geht hier an die zuständigen Mitarbeiter Frau Glaser und Schuler sowie an Gemeindekämmerin Frau Schwendner für die gelungene Zusammenarbeit.“ ❐



Bürgermeister Andreas Meyer mit dem Bewilligungsbescheid vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) in Ingolstadt. Bild: Gemeinde Münchsmünster

Zauberhaftes Zeichen in Lichtenfels:

Spende an Verein zur Förderung Behinderter e.V.

Landrat Meißner: Künstler in Not unterstützen

Mit ihrer Spende haben sie nicht nur Landrat Christian Meißner, ein Lächeln ins Gesicht gezaubert: Einen Scheck über 501,28 Euro für den Verein zur Förderung Behinderter e.V. überreichten zwei Zauberer aus dem Landkreis Lichtenfels, der „Zauberer Markus“ (alias Markus Sperber aus Görau) und „Mark von Hannover“ (alias Markus Lieke aus Michelau) an den Landrat als Vorsitzenden des Vereins.

Zusammengekommen war die Summe im Rahmen einer Online-Zaubershow, die „Zauberer Markus“, ausgezeichnet mit dem Hasini Award 2019 und Vorsitzender des „Magischen Zirkel – Zauberfreunde Bamberg“, Ende Dezember organisiert hatte. Rund 13 Zauberkünstler aus Deutschland und Dänemark verzauberten mit ihren Tricks online mehr als 600 Zuschauer*innen. Statt eines Honorars baten sie um Spenden für einen guten Zweck, um Kindern eine Freude machen zu können, erläutert der Initiator. „Wir Zauberer freuen uns, dem Verein zur Förderung Behinderter e.V. Lichtenfels einen kleinen Beitrag spenden zu können, um die tollen Projekte zu unterstützen, die er macht“, sagen Markus Sperber und Markus Lieke zu den Beweggründen.

Lockdown trifft Künstler hart

Landrat Christian Meißner sagte beiden sowie allen Künstlern, die sich bei dem Projekt mit eingebracht haben, und den Zuschauer*innen ein herzliches Dankeschön für die Spendenbereitschaft. „Dieses Engagement und diese Spende sind umso höher einzuschätzen, als der Lockdown insbesondere Künstler*innen sehr hart trifft. Viele müssen durch die Absage von Auftritten und Veranstaltungen infolge der Pandemie-Beschränkungen um ihre wirtschaftliche Existenz bangen“, stellte der Landrat heraus. Die Spendenübergabe gebe gleichzeitig Anlass, auf die aktuell sehr schwierige Situation der Künstler*innen aufmerksam zu machen. Er rief dazu auf, diese nach Möglichkeit zu unterstützen.

Kaum Auftritte und keine Einkünfte

„Wir sind nicht unterzuckert, sondern ‚unterzaubert‘“, scherzte „Zauberer Markus“ und berichtete über die Entwicklung im vergangenen Jahr: Sei das Jahr 2020 zunächst gut angelaufen, mussten infolge von Pandemie und Lockdown nach und nach alle Auftritte abgesagt werden. Er wie sein Kollege „Mark von Hannover“ könnten sich glücklich schätzen, denn sie „zauberten nur im Nebenerwerb“, aber: „Mir tun meine Kolleg*innen leid, die hauptberuflich davon leben, und von heute auf morgen keinen Auftritt und keinerlei Einkünfte mehr hatten. Viele leben von ihren Ersparnissen oder mussten Arbeitslosengeld beantragen. Denn leider funktioniert das mit den staatlichen Hilfen nicht so wirklich“, weiß der Görauer Zauberer.

Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ein Großteil der Magier und Zauberer inzwischen auch online ihre Künste anbieten und gebucht werden können: „So können sich die Leute die Show via Computer oder Tablet einfach nach Hause ins Wohnzimmer holen. Das geht ganz einfach.“

Um seine Kollegen zu unterstützen und ihnen Mut zu machen, hat Markus Sperber einen Online-Künstlertreff gegründet. War es zunächst eine Idee, um sich mit den Zauberfreunden aus Bamberg zu treffen, so hat sich das Projekt ausgeweitet: „Jetzt sind wir meist zwischen 30 und 60 Zauberer aus ganz Deutschland, Österreich, Dänemark und der Schweiz, die sich alle 14 Tage über Zoom zu einem gemütlichen virtuellen Zaubertreffen zusammenfinden. Hier üben wir Kunststücke, Griffe, besprechen alles Mögliche, tauschen uns gegenseitig aus und geben Hilfestellungen bei Fragen, Problemen zu neuen Kunststücken. Es sind großartige Freundschaften entstanden, die es ohne Corona nicht geben würde“, berichtet der heimische Zauberer.

Im Chat mit den Kolleg*innen entstand im Herbst 2020 auch die Idee, eine Online-Zaubershow anzubieten, erzählt Markus Sperber weiter. „So können wir den Zuschauern in diesen schwierigen Zeiten etwas Schönes direkt ins Wohnzimmer zaubern – live und virenfrei.

Am 21. Februar um 17 Uhr gibt es eine weitere Show und für diese haben sich die Zauberer ein besonderes „Zuckerl“ ausgedacht: Sie verschenken 50 kostenlose Zugänge zu der Show.

Wer teilnehmen möchte, erfährt mehr auf der Internetseite von Zauberer Markus: www.zuchinizauber.de oder unter www.mark-von-hannover.de. ❐

Landkreis Lindau:

Kostenlose Seminarreihe für Vereinsvorstände

Bitte von Landrat Stegmann: „Bleiben Sie Ihrem Verein in dieser schweren Zeit treu!“

25 Vereinsvorstände haben sich von September bis Dezember in der sechsteiligen Seminarreihe „Vereinsführerschein“ weitergebildet. Die Resonanz der Teilnehmer war durchweg sehr positiv. Die ersten zwei Termine fanden noch als Präsenzveranstaltung statt, anschließend ging es digital weiter.

Es hatten sich so viele interessierte Vereinsvorstände angemeldet, dass diese ab Januar zum zweiten Mal durchgeführt wird. Die Teilnehmer kommen aus den unterschiedlichsten Bereichen: u.a. Feuerwehr, Sportvereine, Trachten- und Musikvereine, Heimat- und Museumsvereine, Helferkreise sowie Gartenbau- und Zuchtvereine.

Unterstützung durch Vereinsführerschein

„Es ist uns bewusst, dass das Vereinsleben besonders unter den Einschränkungen durch die Corona-Pandemie leidet. Umso mehr freue ich mich, dass wir die Vereine mit dem Vereinsführerschein bei ihrer Arbeit unterstützen können“, betont Landrat Elmar Stegmann. „Wir schätzen unsere Vereine. Sie übernehmen eine Vielzahl sozialer, kultureller, sportlicher und gesellschaftlicher Aufgaben, die sonst entweder gar nicht oder mit hohem Aufwand geleistet werden müssten. Sie halten unsere Gesellschaft zusammen.“ Seine Bitte an alle Bürgerinnen und Bürger ist, weiter durchzuhalten und ihrem Verein in dieser Zeit treu zu bleiben.

Vereine sind heute aber auch ohne Pandemie vor große Herausforderungen gestellt. Immer mehr Vorschriften und bürokratische Hürden einerseits sowie die steigenden Erwartungen in der Öffentlichkeitsarbeit erschweren die tägliche Arbeit. So haben einzelne Vereine bereits Schwierigkeiten, Führungspositionen neu zu besetzen. Teilweise wissen potentielle Kandidaten für ein Vorstandsamt nicht, was auf sie zukommt und was sie beachten müssen. Vor diesem Hintergrund hat der Landkreis Lindau im vergangenen Jahr erstmals erfolgreich den „Vereinsführerschein“ angeboten. Der erfahrene Vereinsberater Karl Bosch führt die Teilnehmer durch rechtliche Themen, wie Haftungs- und Versicherungsfragen, Vereinssteuerrecht und Mitgliederversammlung, Jugendschutz, Motivation von Mitgliedern oder auch Sprechen vor Menschen und Konfliktlösung. Das Angebot soll den Teilnehmern Sicherheit geben und Vorbehalte in Bezug auf die Übernahme eines Ehrenamtes nehmen. Die Seminarreihe ist für Vereine im Landkreis Lindau kostenlos. ❐

Smarte Modellregion NordAllianz

Eching, Garching, Hallbergmoos, Ismaning, Neufahrn, Oberschleißheim, Unterföhring und Unterschleißheim sind vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr als Modellprojekt „Smart Cities Smart Regions“ ausgewählt worden.

Im Rahmen des Modellprojektes bekommt die NordAllianz als eine von insgesamt 12 Modellregionen in Bayern die Gelegenheit, eine interkommunale Digitalisierungsstrategie in den Themenfeldern „Städtebau“ und „Mobilität der Zukunft“ zu entwickeln.

Die Strategie wird über einen Zeitraum von knapp 2 Jahren in einem partizipativen Prozess unter Einbindung verschiedener Akteure und Zielgruppen aus der Region entwickelt. Ziel ist es, die Chancen der Digitalisierung sinnvoll zu nutzen. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Region Regensburg:

Ideensammlung für gemeinsames Entwicklungskonzept

Landrätin Tanja Schweiger und Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer sowie politische Vertreter aus Stadt und Landkreis Regensburg trafen sich im Januar online zur zweiten „Auftraggeber-Werkstatt", dem nächsten Schritt zur Erarbeitung eines gemeinsamen Entwicklungskonzeptes für die Region Regensburg. Es soll sowohl Wegweiser für regionale themenspezifische Konzepte und Programme sein als auch ein übergeordnetes Leitbild für die Region Regensburg bis zum Jahr 2040 bilden. Gemeinsame Ziele und Maßnahmen der Region stehen dabei stets im Kontext der Eigenständigkeit und Planungshoheit der einzelnen Kommunen.

Eingeladen zur zweiten Auftraggeber-Werkstatt waren Mitglieder des seit 2008 eingerichteten Stadtumlandgremiums „Arbeitsgemeinschaft Lebens- und Wirtschaftsraum Regensburg": Fraktionssprecher des Kreistages, Bürgermeister der 41 Landkreiskommunen sowie alle Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung, Verkehr und Wohnungsfragen der Stadt Regensburg. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des digitalen Treffens knüpften an die Ergebnisse der ersten „Auftraggeber-Werkstatt" vom Februar 2020 an. Dort waren grundsätzliche Fragen zu Inhalt, Methodik und Zeitplan des Prozesses geklärt sowie mögliche Handlungsfelder definiert und priorisiert worden. Darauf aufbauend erfolgte nun in der zweiten „Auftraggeber-Werkstatt" in sechs virtuellen Arbeitsgruppen eine Diskussion der Handlungsfelder und die Entwicklung von ersten Handlungsansätzen und Maßnahmen. Moderiert von dem unterstützenden Büro B.A.U.M. Consult aus München wurden Ideen und Ansatzpunkte für die zukünftige Entwicklung der Region Regensburg definiert. Gegenstand der Diskussion waren sämtliche Handlungsfelder des Entwicklungskonzepts und deren inhaltliche Verknüpfungen.

Nächste Schritte

In den nächsten Prozessschritten, die für das Frühjahr 2021 geplant sind, werden die bisherigen Ergebnisse in den kommunalen Entscheidungsgremien sowie im Rahmen einer Bürgerbeteiligung – situationsbedingt digital und/oder vor Ort – vorgestellt, diskutiert und verfeinert. Ebenso werden ab Mitte 2021 regionale Fachverbände und Interessensvereinigungen, Bürgerinitiativen, Vereine, Netzwerke, und lokale Fachexperten im Rahmen von Experten-Workshops inhaltlich in den Prozess eingebunden. Zeitliches Ziel ist es, das Entwicklungskonzept für die Region Regensburg Ende dieses Jahres präsentieren zu können.

Ansprechpartner der Verwaltung:

Stadt Regensburg: Anton Sedlmeier, Leiter des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtentwicklung@Regensburg.de

Landkreis Regensburg: Maria Politzka, Leiterin des Sachgebietes Wirtschaft, Regionalentwicklung und Tourismus, regionalentwicklung@lra-regensburg.de ❐



Archivbild von der Auftaktveranstaltung im Februar 2020 zeigt Landrätin Tanja Schweiger und Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer mit Ludwig Karg, Geschäftsführender Gesellschafter des unterstützenden Büros B.A.U.M. Consult aus München. Bild: Beate Geier

Stadt Würzburg:

Durchfahrtsschleuse soll Afrikanische Schweinepest eindämmen

Während sich Deutschland auf die neuen Coronavirus-Mutationen vorbereitet, hat eine weitere Infektionskrankheit in den neuen Bundesländern Fuß gefasst. Immer mehr Wildschweine entlang der deutsch-polnischen Grenze erkranken an der Afrikanischen Schweinepest, nachgewiesen wurde dies an mittlerweile über 400 toten Tieren. Die Krankheit ist zwar für den Menschen ungefährlich, führt aber zu enormen wirtschaftlichen Folgen, wenn es nicht gelingt, die Weiterverbreitung zu stoppen.

Sprunghafte Verschleppungen über mehrere 100 Kilometer sind keine Seltenheit. Die Stadt Würzburg möchte daher für einen möglichen Ausbruch im Stadtgebiet vorbereitet sein. Bereits im Jahr 2020 wurde entschieden, einen Wildabwehrzaun und eine Durchfahrtschleuse zu beschaffen. Während der Zaun in einem interkommunalen Gemeinschaftsprojekt mit vier weiteren Landkreisen in Angriff genommen wurde, erfolgte die Beschaffung der Durchfahrtschleuse in Eigenregie. Die Vergabe wurde in enger Kooperation zwischen dem Amt für Zivil- und Brandschutz und dem Fachbereich Verbraucherschutz, Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung absolviert, so dass die Schleuse im Dezember in Empfang genommen werden konnte.

Verschleppungsgefahr minimieren

Die Schleuse muss im Krisenfall in kürzester Zeit dort aufgebaut werden, wo die toten Tiere gesammelt werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Verschleppungsgefahr durch die zur Bergung der Körper eingesetzten Fahrzeuge minimiert werden kann. Die erforderliche Einweisung durch den Spezialisten der Fachfirma fand Ende Januar an der Feuerwehrwache des Amts für Zivil- und Brandschutz statt. Unter strenger Einhaltung der Vorgaben aus dem eigens dafür erstellten Hygienekonzept wurden die Spezialmannschaften der Veterinärämter, der Feuerwehr und des THW der Stadt und des Landkreises Würzburg in den einstündigen Aufbau eingewiesen. Getestet wurden auch die Nutzung und die Effektivität. Diverse Düsen und Lanzen verteilen den Desinfektionsschaum auf dem Fahrzeug, das nach einer kurzen Einwirkzeit wieder für die Nutzung zur Verfügung steht.



Die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest soll mit Hilfe einer Durchfahrtsschleuse eingedämmt werden. Dort werden die Fahrzeuge desinfiziert, die zur Bergung der toten Tiere eingesetzt werden. Bild: Christian Weiß

Zusammenarbeit

Kommunalreferent Wolfgang Kleiner bedankte sich für die schnelle und erfolgreiche Umsetzung des Projekts, das neben Bergeteamschulungen, Zusammenstellen von Suchtrupps und Tierseuchenübungen vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz als substantiell für die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest gesehen wird. Harald Rehmann, der Leiter des Amtes für Zivil- und Brandschutz, bezeichnete das Projekt „als perfektes Beispiel für eine fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit".

Kadaver melden

Bleibt zu guter Letzt der Wunsch des Veterinäramtsleiters, Dr. Lieven Pool: „Dass die Bevölkerung bei Spaziergängen in der freien Natur vorgefundene Wildschweinkadaver lediglich aus der Distanz betrachtet und dem Veterinäramt meldet." Die dazu passende App ist die „Tierfund-Kataster"-App. ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Ein neues Gespenst geht um in unserer Betroffenheitsgesellschaft: Greenwashing." Mein Chef, der Bürgermeister, war ziemlich ungehalten darüber, dass unseren Stadtwerken Greenwashing vorgehalten wurde, weil sie sich an einem Solarpark in der Region beteiligt haben.

Greenwashing oder Greenwash ist wieder so ein unklarer Anglizismus, der sich prächtig für Schmutzkampagnen und Verleugnungen, vor allem im Netz eignet. Würde man das schöne deutsche Sprachbild „sich ein grünes Mäntelchen umhängen" benutzen, wäre gleich viel klarer, dass es sinnvoll ist zu unterscheiden, ob sich ein Unternehmen bemüht, auf ökologischere und nachhaltigere Geschäftsmodelle zu setzen oder ob es nur darum geht, der Öffentlichkeit durch den

Ernsthaft nachhaltig

Verweis auf Nebenkriegsschauplätze ökologisches Bewusstsein vorzugaukeln – so die eigentliche Bedeutung von Greenwashing.

Man kann sich sicherlich lange und ausgiebig darüber streiten, wo die Grenze zwischen beidem verläuft. Beispiel Plug-in-Hybride als Dienstwagen oder in der Fahrbereitschaft. Klar, wenn jemand einen Plug-in-Hybrid als Dienstwagen erhält, der im Grunde nur lange Überlandfahrten zu absolvieren hat, dann wäre der Umwelt mehr geholfen, wenn er einen sauberen Diesel oder sparsamen Benziner fahren würde. Wenn aber der durchschnittliche Aktionsradius innerhalb der gut 40 bis 50 Kilometer bleibt, die man Hybride rein elektrisch fahren kann und wenn neben der Tankkarte auch noch der Ladestrom vom Betrieb finanziert wird, ist eine Hybrid-Flotte kein Greenwashing, sondern ein sinnvoller Beitrag zur Luftreinhaltung.

Natürlich wäre es auch besser, wenn man weniger geschäftlich oder privat fliegen würde. Aber wenn man es muss oder will, kann man bei vielen Airlines seinen CO2-Fußabdruck kompensieren, indem ein Ticketaufschlag erhoben wird, der in Aufforstungsprojekte im Regenwald fließt. Ist das „nur" ein grünes Mäntelchen? Nein, es ist die Alternative zwischen nur fliegen mit dem Schnäppchenticket und fliegen mit dem Schnäppchentickt plus einem konkreten Beitrag zum Schutz oder zur Regenerierung des Regenwaldes.

Auch bei den Stadtwerken oder anderen Kommunalunternehmen muss man immer fragen, wie ernst es mit der Hinwendung zu ökologischen und nachhaltigen Modellen wirklich ist. Kein städtischer Versorger kann von heute auf morgen aus der konventionellen Stromerzeugung aussteigen, will er nicht die Versorgungssicherheit gefährden.

Aber er ist auf dem richtigen Weg, wenn er peu à peu in nachhaltigere, nichtfossile Stromerzeugung einsteigt. Kein Busbetrieb kann von heute auf morgen seine Dieselbusse verschrotten und auf Elektrobusse umsteigen. Aber wenn Elektro auch in den Fuhrpark nach und nach integriert wird, sind die Signale richtig gestellt.

Leider aber haben wir es mit einer zum Teil hysterischen, dafür aber umso artikulationsfähigeren Verbands- und Aktivistenszene zu tun, die auf dem Altar des Umwelt-, Klima- oder Naturschutzes alles und vor allem alles auf einmal opfern will. Natürlich ist der Mensch der größte Feind der Umwelt, wenn man diese in ihren ursprünglichen Zustand zurückbefördern will. Aber seit der Mensch vom bloßen Jäger und Sammler zum Ackerbauern und Viehzüchter, zum Städtegründer und Handwerker wurde, gestaltet er die Umwelt. Da gab es immer wieder mal Fehlentwicklungen, die zu korrigieren waren und immer noch sind, aber wir werden als homo sapiens die Welt immer gestalten und umgestalten. Und beides sind Prozesse, die Zeit brauchen. Entscheidend ist doch, dass wir heute die Weichen für die Zukunft richtigstellen. Deshalb sollte auch der Vorwurf des Greenwashings nur noch diejenigen treffen, die ihre schmutzigen Geschäfte grün bemänteln und nicht diejenigen, die ein ernsthaftes Umsteuern anstreben.

Mein Chef, der Bürgermeister, schluckt seinen Ärger über die unberechtigten Vorwürfe erst mal runter und will mit Sachinformationen zur Nachhaltigkeitsstrategie der Stadtwerke in die Öffentlichkeit gehen. Getreu dem Motto des großen Journalisten Gerd Bacher: „Ein Gramm Information wiegt schwerer als tausend Tonnen Meinung".

Ihre Sabrina

Klimabildung im Landkreis Ebersberg:

Stadt Grafing erwirbt zehn Klima-Kita-Boxen

Spielerisch lernt es sich am besten – das gilt auch in der Klimabildung. Und weil es sinnvoll ist, wenn junge Menschen schon früh ein Bewusstsein für die Umwelt entwickeln, bietet die Energieagentur Ebersberg-München mit der Klima-Kita-Box eine Sammlung kindergerechter Lernspiele an. Als erste Kommune im Landkreis Ebersberg hat jetzt die Stadt Grafing gleich zehn der Boxen erworben. Möglich wurde das auch dank einer Spende.

„Es ist vor allem das kompakte System, das uns überzeugt hat", sagt Christina Spiegel. Aus Sicht der Klimaschutzmanagerin der Stadt Grafing sollten Lernspiele schnell verständlich sein und trotzdem viel Abwechslung bieten. Ein Wunsch, den die Klima-Kita-Box der Energieagentur Ebersberg-München aus Sicht der Gemeinde erfüllt: „Die zehn enthaltenen Lernspiele sprechen sehr unterschiedliche Sinne an. Sie sind intuitiv, lassen sich jederzeit in den Kita-Alltag integrieren und helfen den Kindern, den Klimawandel und seine Auswirkungen zu begreifen."

Verständnis für ökologische Zukunft

Ein Konzept, von dem auch Helmut Hampel und Maximilian Singer begeistert waren. Die beiden Geschäftsführer der Großmarkt Singer GmbH spendeten einige der Klima-Kita-Boxen und verhalfen der Stadt Grafing dazu, gleich alle Kitas auf einen Schlag ausstatten zu können. „Ich habe selbst fünf Enkelkinder und möchte, dass sie frühzeitig ein Verständnis für eine ökologische Zukunft entwickeln ", erklärt Helmut Hampel seine Motivation, bei dem Erwerb der Boxen zu helfen.

Darin enthalten sind nicht nur die zehn Lernspiele, sondern auch die Unterstützung der Kitas beim ersten Einsatz der Boxen in den Einrichtungen. Dafür setzt die Energieagentur Ebersberg-München auf zwei Säulen: In einem Workshop werden Erzieherinnen und Erzieher mit dem Inhalt der Boxen vertraut gemacht und dank kurzer Erklärvideos, die mit der Box mitgeliefert werden, können die Anleitungen jederzeit noch einmal angeschaut werden.

Die Unterstützung durch die Energieagentur sieht auch einen Austausch über die Erfahrungen der Erzieherinnen und Erzieher im Umgang mit der Klima-Kita-Box vor. So tragen sie selbst zur Qualitätssicherung der Lernspiele bei. ❐



V.l.: Helmut Hampel und Max Singer, Großmarkt Singer GmbH; Marion Eder und Angelika Bachmann, Energieagentur Ebersberg München gGmbH; Christian Bauer, Erster Bürgermeister, und Christina Spiegel, Klimaschutzmanagerin Stadt Grafing Bild: Energieagentur Ebersberg-München gGmbH

Einst das Kummet, heute YouTube

Bezirk Unterfranken legt progressives Eckpunktepapier zur Kulturarbeit in der Region vor

Der Bezirk will in puncto Kultur neben Traditionellem verstärkt Progressives fördern: Dies geht aus einem „Eckpunkteprogramm" hervor, das im Kulturausschuss des Bezirkstags vorgestellt wurde. Die ambitionierten Kulturziele beißen sich leider mit der prekären Haushaltslage, wird Kultur in Unterfranken doch durch eine bezirkseigene Stiftung finanziert. Die warf früher einmal 13 Millionen Euro ab. Heuer wird nur noch die Hälfte ausgeschüttet.

Inklusion steht ganz oben auf der neuen kulturpolitischen Agenda des Bezirks. Menschen, die im Rollstuhl sitzen, die blind sind, nicht hören können oder Leichte Sprache benötigen, soll Kunst und Kultur in Zukunft barrierefreier zugänglich sein. Wie Inklusion im Museumsbereich funktionieren kann, zeigt der Bezirk im bezirkseigenen Graf-Luxburg-Museum, das nunmehr neu konzipiert wurde.

„Die gewonnenen Erkenntnisse sollen für die anderen unterfränkischen Museen durch Veranstaltungen, Fortbildungen und die Teilnahme an Netzwerken erfahrbar und nutzbar gemacht werden", heißt es in den neuen kulturpolitischen Leitlinien.

Wie Klaus Reder, Chef der bezirklichen Kulturabteilung, betonte, legt der Bezirk mit dem Eckpunktepapier ein anspruchsvolles Programm vor. Das Programm reagiert auf vielfältige neue Entwicklungen. Zum Beispiel auch auf den Trend zur Säkularisierung. „Immer weniger BezirksbürgerInnen sind Mitglied einer christlichen Kirche", wird im Papier konstatiert. Kirchen stünden als Folge leer. Zu den neuen Aufgaben der Kulturarbeit gehöre es in Zukunft deshalb auch, mit der Diözese sinnvolle Nachnutzungen kirchlicher Gebäude zu finden.

Das „kulturelle" Erbe, stellt das Papier klar, umfasst nicht nur den Zeitgeist vergangener Epochen. Kultur wird als „gestaltbar" begriffen. Was im 21. Jahrhundert heißt: Kultur benötigt Digitalisierung, und auch Digitales ist Kultur. Konkret wird darüber nachgedacht, YouTube-Filme zu Trachtenthemen ins Netz zu stellen. Die von der Bezirksheimatpflege konzipierte Wanderausstellung „woher|wohin" wird durch eine Social-Media-Aktion ergänzt. Im Johanna-Stahl-Zentrum werden Online-Datenbanken aufgebaut, z.B. zur Erinnerungskultur oder zu jüdischen Familien in Franken.

Kulturgut Sprache

Zwei Bezirksräte von AfD und CSU gingen auf Distanz zur sprachlichen Formulierung des Papiers, wiewohl sie die Leitsätze inhaltlich mitttragen. Das löste im Bezirkstag eine Debatte zum „Kulturgut Sprache" aus. Die Bezirksheimatpflege steht zur Verwendung von Anglizismen, gerade wenn es um Ausdrücke aus der EDV geht, etwa „online" oder „Relaunch". Auch wird im Papier bewusst das „Binnen-I" etwa bei „MusikerInnen" verwendet. Sprache, machte Reder klar, verändert sich. Neue Worte tauchen auf, andere verschwinden: „Auch die bäuerliche Welt des 19. Jahrhunderts hatte Fachbegriffe, die nicht übersetzt werden konnten, so ist und bleibt ein ‚Kummet' ein ‚Kummet'."

Die Welt, in der wir heute leben, ist nun mal völlig anders als jene vor 100 Jahren. Genau darauf will der Bezirk verstärkt reagieren. Das neue Kulturprogramm bezieht deshalb explizit auch Migranten und Geflüchtete ein, etwa beim BandCamp der bezirklichen Popularmusik. Mit 15.000 Euro wird das unterfrankenweit einmalige, musikpädagogische Projekt „Willkommen mit Musik" unterstützt. Kinder aus Flüchtlingsfamilien, deren Eltern sich keine Musikschule leisten könnten, erhalten von professionellen Musikpädagogen Gesangs- und Instrumentalunterricht zu günstigen Preisen.

Umgesetzt werden kann das ehrgeizige Eckpunktepapier nur dann, wenn die Kulturstiftung genug Geld abwirft. Um ausreichend Mittel zu haben, werden mehr und mehr Aufgaben aus der Stiftung in den hauptsächlich von den Umlagezahlern finanzierten Bezirkshaushalt verlagert. Auch greift der Bezirk seine Rücklagen an. Dennoch reichen die Erträge nach aktuellen Prognosen nur noch bis 2024, um alles, was bisher gefördert wurde, weiterhin zu finanzieren. Es soll aber nach neuen Lösungen gesucht werden, versprach Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel: „Wir denken quer und längs und versuchen alles, um ein verlässlicher Partner für die Kultur zu bleiben."

Pat Christ

Vorschau auf GZ 5

In unserer Ausgabe Nr. 5, die am 4. März 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Energiethemen**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Kommunale Museen und Bibliotheken**
- **Handwerkliche Dienstleistungen**
- **Ausstattung und Einrichtung kommunaler Gebäude**



Eva Eichhorn und Lambert Zumbrägel von der Stadtbücherei testen ihre Neuerwerbung für die „Bibliothek der Dinge" in der Stadtteilbücherei am Hubland. Bild: Danijel Katic

Leihen statt kaufen

Stadtbücherei und Universität kooperieren

Zu oft Teures gekauft und nur sporadisch verwendet. Derartige „Dinge" nehmen nicht nur viel Platz ein; deren (Groß-)Produktion bedroht auch die begrenzten Ressourcen unserer Erde. Die Stadtbücherei Würzburg hat sich „Bibliothek der Dinge" des Goethe-Instituts in Bratislava zum Vorbild genommen und am Hubland ein neues Leihangebot eingeführt.

Sobald die Stadtbücherei ihre Türen für das Publikum wieder öffnen darf, können neben der reichen Auswahl an Medien auch rund 100 Dinge ausgeliehen werden. Ob Nähmaschine, Akkuschrauber, Wanderstöcke, Jongliersachen, Fahrradtaschen, Bluetooth Lautsprecher, programmierbare Roboter, Spielkonsolen oder Leinwände: Es findet sich viel Nützliches.

Die Idee dahinter: Menschen zu befähigen, an den technischen Entwicklungen der Gesellschaft teilhaben zu können, die Gemeinschaft zu fördern und nicht zuletzt das Prinzip der Nachhaltigkeit zu unterstützen. Wer tauscht und teilt, wirft weniger weg. Um zu klären wie ein Leihangebot in Form einer "Bibliothek der Dinge" gestaltet sein sollte wurde an der Professur für Arbeits- und Organisationspsychologie der Universität Würzburg bereits eine entsprechende Studie durchgeführt. ❐

GZ LIEFERANTENNACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz



DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfahrzeuge


Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW®
HYGIENISCH EINWANDFREIE WÄRMERÜCKGEWINNUNG


✓ 100 % Außenluft
✓ umluftfrei
✓ betriebssicher
✓ energieeffizient
Vorteile für Ihre Lüftungsanlage:
+ keim- und schadstoffübertragungsfreie Wärmerückgewinnung durch getrennte Luftströme
+ Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
+ kurze Amortisation, sicherer Betrieb
+ Neubau oder Sanierung im Bestand
+ Wegfall von Rückkühlwerken möglich
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Messenger-Dienste
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten – direkt auf Ihr Handy:

Sitzmöbelhersteller


KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!"
Wartung und Reinigung von:
• Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
• Prozesslufttechnische Anlagen
• Kontrollierte Wohnraumlüftung
Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 4. März 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 5











BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss virtuell:

Vorsicht mit Perspektive

Die bemerkenswerte Zahl von 100 Teilnehmern verzeichnete die jüngste Videokonferenz des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses gemeinsam mit den CSU-Landräten und -Oberbürgermeistern sowie den KPV-Kreisvorsitzenden. Unter der Leitung des KPV-Landesvorsitzenden, Landrat Stefan Rößle, stand dabei die Bekämpfung der Corona-Pandemie im Vordergrund.

Hierzu gab es einen regen Gedankenaustausch mit Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek, MdL, ehe der stellvertretende CSU-Generalsekretär Florian Hahn, MdB, seinen Blick kurz auf die kommenden Bundestagswahlen im Herbst richtete und die CSU aufforderte, sich im Wahlkampf vor allem den Herausforderungen des Klimawandels zu widmen. Hierbei gelte es, Strategien für „ein vernünftiges Zusammenspiel von Ökonomie und Ökologie“ zu kommunizieren.



Staatsminister Klaus Holetschek.
Bild: www.stmgp.bayern.de



Landrat Stefan Rößle. ❒

Umsicht und Vorsicht

Den Scheitelpunkt überschritten zu haben, davon kann in punkto Corona-Pandemie freilich noch nicht die Rede sein. Zwar zeige der bayernweite Inzidenzwert eine gute Entwicklung, gleichwohl dürfe man die Risiken durch noch ansteckendere Virus-Mutationen nicht unterschätzen, bekräftigte Bayerns neuer Gesundheitsminister Klaus Holetschek.

Er plädierte in dieser „fragilen Situation“ für einen Kurs der „Umsicht und der Vorsicht“. Man habe gemerkt, dass der erste Lockdown light nicht zum erwünschten Ergebnis geführt habe.

Mit dem konsequenten Kurs fahre man besser. Auf die gesunkenen Inzidenzwerte nun mit schnellen Lockerungen zu reagieren, könnte das Erreichte verspielen. Dies wäre fatal und würde auch in der Bevölkerung zu weniger Akzeptanz führen. Deshalb sei es gut, „konsequent und entschlossen zu bleiben, dafür aber dann mit Perspektive“, unterstrich der Minister. Nachhaltigkeit laute das Zauberwort.

Genaue Analysen

Wichtig sei eine genauere Analyse der Mutationen. Bisher sei dies regional unterschiedlich. Man habe die Sequenzierung hochgefahren, um eine bessere Datenlage zu bekommen. Alle Maßnahmen müssten auf ihre Verhältnismäßigkeit geprüft werden. Dabei gehe die Gesundheit vor. Das sei die Maxime in Bayern.

Zusätzliche Testungen sowie ein höherer Schutzstandard bei

(Fortsetzung auf Seite 2)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

5. Bayerisches InfrastrukturForum – digital, am 18.3.21:

Expertenrunde 5G und Mobilfunkausbau

Anwendungsbeispiele und Argumentationshilfen für Bayerns Kommunen

Kommunen bilden das Bindeglied zwischen Nutzern und Bereitstellern der Mobilfunk- und Datennetze. Auf der einen Seite suchen Kommunen in Zusammenarbeit mit den Telekommunikationsunternehmen geeignete Standorte, andererseits müssen sie mit Sorgen aus der Bevölkerung umgehen. Bei Themen wie Mobilfunk und 5G, die technisch anspruchsvoll sind und bisweilen emotional diskutiert werden, erfordert dies eine sachlich fundierte Kommunikation, die Vertrauen schafft.

Gemeinsam mit dem Informationszentrum Mobilfunk hat die Bayerische GemeindeZeitung ein Programm entwickelt, das sich an der besonderen Position der bayerischen kommunalen Verantwortlichen orientiert, rechtliche und technische Hintergründe erklärt, auf Anwendungsbeispiele eingeht und für Gesundheits- und Umweltfragen Argumentationshilfen bietet.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Für VertreterInnen aus Kommunen und Behörden ist die Teilnahme kostenfrei.

Informationen, Programm und Anmeldung:
https://www.bayerisches-infrastrukturforum.de ❒

14. Müller-BBM Fachgespräche am 25. 3. 2021 digital:

Immissionsschutz in der Planungs- und Genehmigungspraxis

Die Anforderungen der TA Luft und auch die der TA Lärm und deren Auslegung führen immer wieder zu komplexen und herausfordernden Fragestellungen bei der Zulassung von Vorhaben oder der Sanierung von Bestandsanlagen.
www.muellerbbm.de/veranstaltungen/seminare-workshops/14-mueller-bbm-fachgespraeche-maerz-2021-in-muenchen ❒



Prof. Dr. Ulrich Reuter und Constanze von Hassel. ❒

Auf die Sparkassen ist Verlass!

GZ-Interview mit Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Bayerischen Sparkassenverbandes

In der kommunalen Szene ist er kein Unbekannter; immerhin war der neue Präsident des Bayerischen Sparkassenverbandes, Prof. Dr. Ulrich Reuter, unter anderem 18 Jahre lang Aschaffenburger Landrat. Gleichzeitig ist er promovierter Jurist und Professor für öffentliches Recht sowie Europäisches Wirtschaftsrecht und verfügt daher über eine langjährige Erfahrung im Finanz- und Kommunalmanagement. Über aktuelle Herausforderungen auf europäischer und deutscher Ebene sprach Reuter mit GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel.

GZ: Herr Professor Reuter, welche Stationen haben Sie auf die Aufgabe als Präsident des Bayerischen Sparkassenverbandes vorbereitet?

Reuter: *Jede berufliche Station hat auf ihre Weise dazu beigetragen, dass ich mich für die neue Aufgabe gut gerüstet fühle. 30 Jahre ehren- und hauptamtliche Tätigkeit in der Kommunalpolitik helfen z.B. sicherlich, die Bodenhaftung zu wahren und auch ein Gefühl dafür zu haben, was Sparkassenkunden bewegt und was sie brauchen. Als ordentlich ausgebildeter Jurist habe ich eine gute Grundlage. Außerdem war ich über das Amt des Landrats bereits in zahlreiche Gremien der Sparkassen-Finanzgruppe und ihrer Verbundpartner eingebunden und bin somit auch mit dieser Facette der aktuellen Aufgabe betraut. Und mit Blick auf die Aufgabe als Präsident ist es zudem sicherlich hilfreich, dass ich mich über den zweiten Bildungsweg nach vorne gearbeitet habe, denn man braucht Konsequenz, Biss, Zielstrebigkeit und einen langen Atem, um in der Sparkassen Finanzgruppe mitgestalten zu können.*

GZ: Die Idee der Sparkassen wurde vor 200 Jahren geboren, um der armen und alten Be-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Der Bürgermeister war beim Friseur. Und beim heimischen Gärtner wird er mit seiner Frau Frühjahrspflanzen besorgen. „Der Mensch funktioniert nicht über Verzicht“, meint er gemeinsam mit Max Moor. Er ist dankbar, dass wenigstens ein paar Geschäfte wieder offen sind. Seite 15

Kommunalgipfel im Zeichen der Pandemie

Große Geschlossenheit herrschte beim sog. Kommunalgipfel, bei dem sich knapp 100 bayerische Landräte und Oberbürgermeister mit Kanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Dr. Markus Söder virtuell austauschten. Grundsätzlich waren sich alle Teilnehmer einig, dass die erzielten Erfolge im Kampf gegen die Pandemie nicht durch überstürzte Lockerungen aufs Spiel gesetzt werden dürfen.

„Wir dürfen keinen dritten Lockdown riskieren durch zu schnelles Öffnen“, betonte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Christian Bernreiter, nach der Konferenz. Laut Städtetagspräsident Markus Pannermayr hätten die Teilnehmer jedoch die klare Bitte formuliert, dass Bund und Länder gemeinsam „eine glaubhafte Skizze“ entwerfen müssten, wie man den Weg Richtung Sommer verantwortlich gestalten könne.

Impfzentren werden in Bayern ausgebaut

Ihrem Ärger Luft machten die Kommunalpolitiker über die weiterhin nur langsam fließenden Finanzhilfen des Bundes sowie die schlechte Planbarkeit bei der Versorgung mit Impfstoff. Auch äußerten sie den Wunsch nach Kompensationen des Bundes für weggebrochene Gewerbesteuereinnahmen. Mit Blick auf die Impfungen forderten die Landräte und Stadtoberhäupter ebenso wie Markus Söder ein klares System, damit auch Haus- und Betriebsärzte in den Prozess eingebunden werden könnten. Für Bayern kündigte Söder an, die Impfzentren weiter ausbauen zu wollen.

Kanzlerin Merkel hatte in der Videokonferenz ihren Kurs bei Lockerungen von Corona-Auflagen verteidigt. Nur bei niedrigen Inzidenzen seien mehr Öffnungen zu vertreten, erklärte sie nach dpa-Informationen aus Teilnehmerkreisen. Die Schule habe dabei für sie weiterhin Priorität. Im Anschluss könnten weitere Öffnungen in den Bereichen Einzelhandel, Veranstaltungen, Kultur und Sport klug kombiniert werden.

Söder für intelligente Öffnungsmatrix

Derzeit befinde sich Deutschland in einer „hochsensiblen Phase“ der Pandemie, stellte Ministerpräsident Söder fest. Er warb deshalb für eine „intelligente Öffnungsmatrix“ mit einem breiten Instrumentarium, um entsprechend reagieren zu können. Hierzu zähle ausdrücklich die Option, auch bei Verschlechterungen schnell handeln zu können. Dazu sei es auch wichtig, in einer Arbeitsgruppe mit den angrenzenden Bundesländern ein gemeinsames Corona-Management zu vereinbaren. Verbunden sei dies mit der Möglichkeit, regional zu differenzieren, wenn die jeweiligen Infektionszahlen deutlich auseinander lägen. **DK**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Klare Öffnungsperspektiven in Brandbriefen gefordert 2
Hetzkampagne gegen Rößle 2
Städtetag zu Grundsteuer C und Digitalisierung der Schulen . .3
GZ-Kolumne Dr. Klemens Gsell:
Alles Mist?!!! 3
1.648 Verfahren gegen Hass und Hetze im Internet 3
ABC des kommunalen Gesundheitswesens 4
Kommunale Energiethemen . . . . . .5 - 9
Kommunale Verkehrsthemen • ÖPNV 10
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau. . . . . 11 - 12
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 13 - 16

Klare Öffnungsperspektiven in Brandbriefen gefordert

Eine verbindliche Öffnungsperspektive, eindringliche Appelle zu mehr Gleichberechtigung und Chancengleichheit sowie zur Einberufung von Expertenrunden – Brandbriefe mit konkreten Forderungen in der Diskussion um die Möglichkeiten für Osterurlaub und die Beendigung des Lockdowns erreichen aktuell Ministerpräsident Markus Söder und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger. Unter den Absendern sind Bürgermeister, Verbände, Einzelhändler, Unternehmer und Landräte in ganz Bayern. Söder warnt hingegen vor überstürzter Hektik beim Tempo der Öffnungen und setzt auf einen „Sicherheitspuffer" für Mutanten in der Corona-Strategie.

Der Lockdown trifft vor allem die Tourismusregionen in Bayern besonders hart. Sieben Bürgermeister aus tourismusgeprägten Gemeinden haben daher in einem Brandbrief an Ministerpräsident Markus Söder verbindliche Öffnungsperspektiven gefordert. An dem Schreiben beteiligten sich die Bürgermeisterin von Garmisch-Partenkirchen sowie die Bürgermeister von Oberstdorf, Schönau am Königssee, Berchtesgaden, Ramsau, Marktschellenberg, Bischofswiesen und der Verbandsvorsitzende des Zweckverbands Tourismusregion Berchtesgaden-Königsee.

Wie tief die Gemeinden in der Krise stecken, belegen die Bürgermeister im Brief mit aktuellen Zahlen: „Die touristischen Umsatzverluste in Oberstdorf bis Mitte März 2021 betragen rund 150 Millionen Euro. Nicht eingeschlossen sind die nicht getätigten Umsätze im Rahmen der FIS Nordischen Skiweltmeisterschaften Oberstdorf/Allgäu. Beherbergungsbetriebe, Gaststätten, Einzelhandel und viele weitere Dienstleister gehen hier weitgehend leer aus – weil keine Zuschauer zugelassen sind. Allein in der Region Bergerlebnis Berchtesgaden und im Markt Garmisch-Partenkirchen gibt es rund 3.000 Beherbergungsbetriebe, in Oberstdorf stehen 16.000 Gästebetten zur Verfügung. Zwei Drittel dieser Betriebe sind nichtgewerbliche Privatvermieter oder Ferienwohnungsbesitzer, die aber, wie jeder andere Betrieb, Steuern und weitere Gebühren abführen müssen."

Effiziente Hygienekonzepte

In ihrem Brief fordern die Bürgermeister die Staatsregierung dazu auf, „für einen raschen Vollzug der beschlossenen finanziellen Hilfen für die Unternehmen zu sorgen." Denn die touristischen Betriebe hätten in den Regionen verlässliche Hygienekonzepte entwickelt, die ihre Effizienz und Effektivität bereits beweisen konnten. „Wir sind als Regionen grundsätzlich bereit, destinationsspezifische Gesundheits- und Hygienekonzepte mit entsprechenden Maßnahmen zur Prävention, als auch für das Management von Verdachtsfällen und bestätigten Covid-19 Fällen für unsere Destination systematisch und strukturiert auszugestalten. Dafür benötigen wir aber auch die Unterstützung der Bayerischen Landesregierung, indem beispielsweise die Kosten einer detaillierten Abwasseranalyse auf Coronaviren in allen touristischen Regionen übernommen werden", appellieren die Bürgermeister im Brandbrief an den Ministerpräsidenten.

Lockerungen zu Ostern prüfen

Kritisch beurteilen die Bürgermeister eine Öffnung ausschließlich von Beherbergungsbetrieben. Sie geben zu bedenken, dass durch das Schließen von Ausflugszielen und der Gastronomie die Urlaubsregionen „stark an Attraktivität" verlieren könnten. Außerdem befürchten sie eine Abwanderung von qualifiziertem Fachpersonal, wenn beliebte Reiseziele in unmittelbarer Umgebung von Bayern früher wiedereröffnen. Die Bürgermeister werben daher „mit fester Überzeugung und großem Nachdruck dafür, ernsthaft eine Lockerung aller Betriebe in der Beherbergung, Gastronomie und Freizeitwirtschaft zu Ostern 2021 zu prüfen."

Kritik an Ungerechtigkeit

Die Bürgermeister der Tourismusregionen sind nicht die Einzigen, die einen Brandbrief an die Staatsregierung adressieren und auf diese Weise Öffnungsperspektiven einfordern. Auch Einzelhändler und Unternehmen in der Gemeinde Michelau in Oberfranken wandten sich Mitte Februar mit einer Unterschriftenliste an Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger. „Eine derartige Ungleichbehandlung der kleinen Einzelhändler vor Ort gegenüber den großen Vollsortimentern ist nicht nachvollziehbar. Es kann nicht sein, dass große Discounter Nonfood-Artikel verkaufen dürfen, während die kleinen Geschäfte vor Ort geschlossen bleiben, obwohl sie Hygienevorschriften viel besser einhalten könnten. Durch die Verlängerung des Lockdowns wird diese Situation nochmals verschärft", betonte Jochen Weber, der amtierende Zweite Michelauer Bürgermeister. Er übergab Landrat Christian Meißner einen Brief und eine entsprechende Unterschriftenliste von Einzelhändlern und Unternehmern aus der Gemeinde Michelau zur Weiterleitung an den Bayerischen Minister Aiwanger.



Ein Schreiben mit einer langen Unterschriftenliste für Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger übergab Michelaus 2. Bürgermeister Jochen Weber (re.) mit der Bitte um Weiterleitung an Landrat Christian Meißner. Bild: Landratsamt Lichtenfels / Heidi Bauer

Landrat Meißner zeigte Verständnis für den Unmut: „Die Unternehmen vor Ort stehen mit dem Rücken zur Wand – nicht zuletzt auch durch diese mehr als ärgerliche Regelung. Es lässt sich gut nachvollziehen, dass die Leute sauer sind. Hier muss seitens der Verantwortlichen in München und Berlin umgehend Abhilfe und mehr Gleichberechtigung geschaffen werden. Denn hier geht es um Existenzen!"

Appell nach Rundem Tisch

Auch der Verein zum Erhalt der bayerischen Wirtschaftskultur (VEBWK) hat sich mit einem offenen Brief an Aiwanger gewandt. Darin wird der Wirtschaftsminister aufgefordert, einen Runden Tisch mit Verbänden einzuberufen, um gemeinsam eine klare Öffnungsstrategie zu erarbeiten. „Die Forderungen der ‚NoCovid'-Bewegung sind definitiv nicht akzeptabel", so VEBWK-Geschäftsführerin Dr. Ursula Zimmermann, „wir brauchen echte Perspektiven für die Bürger und Unternehmen!" Anstatt die Maßnahmen weiterhin an willkürlich gewählte Inzidenzwerte zu koppeln, fordert der Verein, beispielsweise auch die Belegung von Intensivstationen, eine Inzidenz nach Risikogruppen, die Belastung des Gesundheitssystems sowie die Einbeziehung der Sterbefälle. Zudem sollen vulnerable Gruppen wie Bewohner von Alten- und Pflegeheimen besser geschützt werden.

„Politik bricht Versprechen"

Der Unternehmer und CSU-Gewerbereferent Manfred Herz aus Gilching schrieb ebenfalls an Ministerpräsident Markus Söder. Darin warnte der Kreisrat vor einer „Corona-Pleitewelle im Einzelhandel" und bedrohten Existenzen auch im Landkreis Starnberg – selbst bei Firmen, die vor der Pandemie solide und nachhaltig aufgestellt gewesen und nun durch den erneut verlängerten Lockdown in „Schieflage" geraten seien. Der monatelang angestrebte Inzidenzwert 50, bei dem es endlich Lockerungen hätte geben sollen, sei auf 35 herabgesetzt worden, schreibt Herz, der auch Vorsitzender der CSU-Mittelstandsunion im Landkreis ist. Damit habe die „Politik ohne Rücksicht auf breite Berufsgruppen ein Versprechen gebrochen", was nicht die Spur von Verlässlichkeit zeige. Herz betont, dass die Hygieneauflagen natürlich zu beachten seien und soziale Kontakte reduziert werden müssten. Aber man könne „nicht Zehntausenden von Einzelhändlern, Gastwirten und anderen Selbstständigen ihre Existenzgrundlagen und Perspektiven nehmen". Der Geschäftsmann verlangt, verhältnismäßig und nach Grundsätzen der Gleichbehandlung zu handeln. Er fordert Söder auf, zu erlauben, dass spätestens von Mitte März an die Gastronomie, kulturelle Einrichtungen und der Einzelhandel mit bewährtem Hygienekonzept wieder öffnen dürfen, damit eine Verödung und beispiellose Pleitewelle in der mittelständischen Wirtschaft verhindert wird.

Auch Christoph Winkelkötter von der Gesellschaft für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung (GWT) Starnberg spricht von einer dramatischen Situation und einem weiteren „Nackenschlag" für die Fachhändler, was der Service „Click and Collect" nicht kompensieren könne. „Wir müssen es schaffen, ein Öffnungsszenario und einen Lockerungsplan zu entwickeln", so Winkelkötter.

Sicherheit für Ostbayern

Landräte in den ostbayerischen Grenzregionen fordern mit einem Fünf-Punkte-Konzept mehr Sicherheit und Perspektiven für ihre Kreise. Im ganzen Land werde über Öffnungen gesprochen, solche Perspektiven wünschten sich die Landräte auch für ihre Regionen entlang der tschechischen Grenze, heißt es im Positionspapier zum Thema „Sicherheit und Perspektive für Ostbayern". Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. begrüßt insbesondere den Vorschlag, tschechische Grenzpendler unabhängig von der Systemrelevanz und unter der Voraussetzung eines negativen Coronatests und weiterer

(Fortsetzung nächste Seite)

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Einwang
84428 Buchbach
am 5.3.

Bürgermeister
Heinrich Stadlbauer
85777 Fahrenzhausen
am 11.3.

Bürgermeister Fritz Raab
94146 Hinterschmiding
am 15.3.

Bürgermeister Michael Baumann
63763 Hösbach
am 17. 3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Knut Morgenroth
96274 Schneckenlohe
am 3.3.

Bürgermeister Jürgen Sommer
93093 Donaustauf
am 6.3.

Bürgermeister Christian Seidl
83567 Unterreit
am 6.3.

Bürgermeister Jürgen Lippert
97737 Gemünden a. Main
am 8.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Carl
96479 Weitramsdorf
am 4.3.

Bürgermeister Stefan Fadinger
83674 Gaißach
am 7.3.

Bürgermeister Peter Meier
92364 Deining Opf.
am 15.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Vorsicht mit Perspektive ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Masken sind geeignete Maßnahmen, um die Öffnung von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen sicher zu gestalten. Hierzu haben die Staatsministerien für Gesundheit und Pflege, des Innern, für Sport und Integration, für Unterricht und Kultus sowie für Familie, Arbeit und Soziales laut Holetschek ein Testkonzept für Schulen, Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestellen und Heilpädagogische Tagesstätten erarbeitet. Auch im Bereich des Handels seien Konzepte unverzichtbar, so der Minister. Insgesamt seien Lockerungen dort möglich, wo ein eventueller Anstieg der Inzidenz auch aufgefangen werden könnte.

Weit fortgeschritten sind die Corona-Impfungen in Alten- und Pflegeheimen in Bayern. Auch beim Infektionsgeschehen in den Einrichtungen ist ein positiver Trend erkennbar. „Wir werden mehr Impfstoff kriegen", machte Holetschek deutlich. Im Zuge dessen müssten im Kampf gegen die Pandemie die Kapazitäten in den Impfzentren hochgefahren sowie Haus- und Betriebsärzte eingebunden werden.

Bayerische Impfkommission

Der Minister stellte zudem in Aussicht, dass Anfang März Schnelltests als Selbsttests zur Verfügung gestellt werden. Diese Schnelltests gäben keine endgültige Sicherheit, seien aber Teil der Strategie. Bereits konstituiert hat sich inzwischen die neue Bayerische Impfkommission, angesiedelt am Klinikum der Universität München (LMU). Dort finden sich die notwendigen Fachdisziplinen auf höchstem wissenschaftlichem Niveau, um gegebenenfalls die medizinisch-fachlich schwierigen Impfentscheidungen zu fällen.

Die Bayerische Impfkommission soll, wie in der neuen Coronavirus-Impfverordnung (CoronaImpfV) des Bundesgesundheitsministeriums vorgesehen, sachgerechte und medizinisch fundierte Einzelfallentscheidungen zur Impf-Priorisierung treffen. Bürgerinnen und Bürger, die der Ansicht sind, ihre Erkrankung sei in der Verordnung nicht angemessen abgebildet, können hierzu einen Antrag stellen.

Einzelfallprüfungen

Damit wird eine Lücke bei der Impf-Priorisierung geschlossen. Die Coronavirus-Impfverordnung benennt zwar zahlreiche Krankheitsbilder, die zu einer Impfung in der jeweiligen Priorisierungsstufe berechtigen. Die Aufzählung ist jedoch nicht abschließend. Da auch weitere, teilweise seltene Krankheiten ein erhöhtes Risiko für einen schweren oder tödlichen Krankheitsverlauf bei einer COVID-19-Erkrankung bergen, bedarf es im Einzelfall einer konkreten ärztlichen Prüfung. Die Bayerische Impfkommission wird für bisher nicht priorisierte Berechtigte ein ärztliches Attest erstellen, mit dem sie sich zur Impfung anmelden können.

Die Kommission setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden Prof. Karl-Walter Jauch, emeritierter ärztlicher Direktor des Klinikums der Uni München, Prof. Christian Bogdan, Rektor des Mikrobiologischen Instituts der Klinik Erlangen und Mitglied der STIKO, Prof. Jörg Schelling als Vertreter der Bayerischen Landesärztekammer, Susanne Breit-Kessler, Vorsitzende des Bayerischen Ethikrats, und Edda Hutter, ehemalige Präsidentin des Obersten Landesgerichts München sowie des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs. Der Einsatz der Impfkommission ist zunächst bis Ende September befristet.

Für die Entwicklung von Medikamenten gegen COVID-19 stellt der Freistaat Bayern 50 Millionen Euro zur Verfügung, führte Holetschek weiter aus. Mit der Stärkung der Pharma- und Biotechnologiebranche wolle die Staatsregierung erfolgversprechende bayerische Therapieansätze auf den letzten Metern zur Zulassungsreife unterstützen.

Das Gesundheitsministerium habe sich Kontingente von zwei der sogenannten monoklonalen antikörperhaltigen Arzneimittel gesichert. Es handle sich zum einen um den Antikörper Bamlanivimab, der vom US-Pharmaunternehmen Eli Lilly entwickelt wird, zum anderen um die die beiden gleichzeitig zu verabreichenden Antikörper Casirivimab/Imdevimab des US-Herstellers Regeneron. Monoklonale Antikörper werden im Labor hergestellt und sollen das Virus nach einer Infektion außer Gefecht setzen. Ein Teil der Arzneimittel soll an sechs Universitätskliniken in Bayern verteilt werden. Krankenhäuser in den jeweiligen Regionen bezögen dann von dort ihren Bedarf.

Fakten entscheiden

„Wir haben viele Entscheidungen gefällt im Lichte dessen, was das Virus uns vorgibt. Der Gesundheitsschutz steht über allem und wir müssen jeden Tag eine Bewertung vornehmen. Zu entscheiden aufgrund von Fakten ist aus meiner Sicht verantwortungsvolle Politik", machte der Minister deutlich. Klar sei, dass sich nach Corona die Herausforderungen in vielen Bereichen weiter verstärken werden. Es gelte deshalb unter anderem, die Pflege sektorenübergreifend zu denken und sich mit der Definition der Krankenhausversorgung in der Region auseinanderzusetzen. Die Kompensation von Gewerbesteuerausfällen stehe ebenso auf der Agenda wie das Zusammenspiel der kommunalpolitischen Ebenen untereinander und die Frage, wie es in den (Innen-)Städten weitergehen soll. **DK**

Hetzkampagne gegen Rößle

Zu Beginn der KPV-Sitzung gab deren Vorsitzender Stefan Rößle eine persönliche Erklärung zu einem Vorfall ab, der in den Tagen davor insbesondere in den regionalen Medien hochgespielt und falsch dargestellt worden war, dann jedoch auch überregional wüsten Niederschlag fand.

Hintergrund der Hetzkampagne war die Tatsache, dass der Landrat während seines Weihnachtsurlaubs gegen 16 Uhr einen Anruf des Chefarztes der Donauwörther Donau-Ries-Klinik des gKU erhielt, es gebe keine Impfwilligen mehr, er habe aber noch zwei Spritzen übrig, die ansonsten vernichtet werden müssten, weil sie an diesem Tag abliefen. Rößles Rückfrage, ob noch andere Personen geimpft werden könnten oder wollten, wurde verneint. Mit dieser Information habe er sich ebenso wie seine Stellvertreterin für die Impfung entschieden, um keinen Impfstoff zu verschwenden.

Aufgeheizt durch mutwillig verdrehte Berichterstattung in der Lokalpresse entwickelte sich über Tage eine üble und sehr belastende Dynamik, die in sich zusammenfiel, als es Rößle gelang, den Sachverhalt richtig zu stellen. Er stehe jederzeit für Offenheit und Transparenz und wolle seinen Mitarbeitern ein gutes Vorbild sein. Deshalb habe er bei einem Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden im Kreistag seine Sicht der Dinge geschildert und darüber hinaus eine Telefonpressekonferenz anberaumt. Dort habe er mitgeteilt, dass er die Regierung von Schwaben darum gebeten hat, eine umfassende aufsichtsrechtliche und disziplinarrechtliche Prüfung durchzuführen.

Das Ergebnis dieser Prüfung liegt nunmehr vor. In einer Stellungnahme der Regierung von Schwaben, die der Bayerischen GemeindeZeitung vorliegt, werden Stefan Rößle und seine Stellvertreterin Claudia Marb in allen Punkten rehabilitiert. Beiden sei keinerlei Fehlverhalten vorzuwerfen. Minutiös wird festgehalten, dass niemand sonst, der rechtzeitig hätte anreisen können, den Impfstoff haben wollte und dass das wichtige Medikament umgehend verfallen wäre.

In den Chats während der Sitzung wurde klar, dass die Mitglieder des KPV-Landesvorstandes ihrem Vorsitzenden ihr Vertrauen aussprechen. **DK**

Bayerischer Städtetag zu Grundsteuer C und Digitalisierung der Schulen

Schwachstellen beheben

Ernüchterung beim Bayerischen Städtetag: Als verpasste Chance hat der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, den Entwurf der Staatsregierung für ein bayerisches Grundsteuergesetz bezeichnet. Der Freistaat habe versäumt, mit einer Grundsteuer C ein Instrument zur Mobilisierung von Flächen zu schaffen, so Pannermayr im Rahmen einer virtuellen Pressekonferenz.

Wie der Vorsitzende erläuterte, biete die Grundsteuer C einen Ansatz, um Flächen für den Wohnungsbau zu mobilisieren. Damit könnten baureife Grundstücke, solange sie nicht bebaut sind, mit einem eigenen Hebesatz belegt werden. Der Bund habe hier eine Rechtsgrundlage geschaffen. Im Gesetzgebungsverfahren sei nun der Bayerische Landtag am Zug, damit der Freistaat die bundesrechtlich vorgesehene Möglichkeit in einem Landesgrundsteuergesetz umsetzt.

Unmut in den Rathäusern

Pannermayr zufolge hat der Vorstand des Bayerischen Städtetags „kein Verständnis für die kommunalferne Blockadehaltung, wie sie besonders Vertreter der Freien Wähler im Bayerischen Landtag und in der Staatsregierung an den Tag legen. Dies sorgt für viel Unmut in den Rathäusern."

Vielfach berichteten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von Grundeigentümern, die trotz bestehendem Baurecht ungenutzte Baugrundstücke in Ortszentren bevorraten, ohne konkret eine Bebauung zu planen. Eine Grundsteuer C könne als Steuerungsinstrument gegen Bodenspekulation wirken, damit Eigentümer motiviert werden, ungenutzte Grundstücke mit Wohnungen zu bebauen oder an Bauinteressenten zu verkaufen. Mit diesem Instrument würde sich die Ausweisung von Bauland an Ortsrändern teilweise vermeiden lassen. Damit könnte ein Beitrag zum Flächensparen geleistet werden.

Aus Sicht des Verbandschefs brauchen Städte und Gemeinden einen Werkzeugkasten mit mehreren Instrumenten, damit sie die Innenentwicklung der Ortszentren tatsächlich vorantreiben können. Mit der Nut-



Oberbürgermeister Markus Pannermayr. Bild: Stadt Regensburg

zung bislang unbebauter Baugrundstücke lasse sich das Ziel des Flächensparens besser erreichen. Kommunen benötigten steuerrechtliche Instrumente – eines der möglichen Instrumente sei eine Grundsteuer C.

Generelles Vorkaufsrecht für Kommunen

Darüber hinaus könne eine steuerliche Begünstigung zum Flächensparen helfen, wenn nicht mehr benötigte landwirtschaftliche Hofgrundstücke an Kommunen veräußert werden. „Hilfreich wären auch baurechtliche Werkzeuge, wie ein generelles Vorkaufsrecht für Kommunen", so Pannermayr.

Der Gesetzentwurf der Staatsregierung sieht für die Grundsteuer B (für bebaute Grundstücke) ein wertunabhängiges Grundsteuermodell vor, das mit Äquivalenzzahlen arbeitet: 2 Cent je Quadratmeter für Grund und Boden, 20 Cent je Quadratmeter für Wohnflächen und 40 Cent für übrige Nutzungen wie etwa Gewerbe, Handwerk oder Handel. Laut ersten Probeberechnungen führt dies, so Pannermayr, zu Mindereinnahmen in den Städten. Um das aktuelle Niveau beim Grundsteueraufkommen halten zu können, müssten Kommunen die Hebesätze erhöhen. Daher sei es erforderlich, dass der Gesetzgeber bereits im Grundsteuergesetz die Äquivalenzzahlen höher ansetzt.

Bürokratischer Aufwand, Konflikte, rechtliche Risiken

Den Vorschlag der Staatsregierung, eine Zonierung für die Grundsteuer B – etwa nach Größenklassen oder Zonentypisierungen – als Option für Kommunen über 5.000 Einwohner zu schaffen, lehnt der Bayerische Städtetag ab. Zwar betone der Freistaat, einfache und unbürokratische Regelungen für die Grundsteuer schaffen zu wollen, jedoch sei eine Zonierung das Gegenteil von einfach und unbürokratisch, betonte Pannermayr. Eine Zonierung je nach Stadtviertel würde in den Städten einen enormen bürokratischen Aufwand verursachen. Dies wiederum würde heftige Konflikte und rechtliche Risiken nach sich ziehen.

De Vorsitzende kritisierte den Mangel an Vorgaben und Richtlinien im Gesetzesentwurf. Dieser definiere keine Abgrenzungskriterien für eine Zonierung. Pannermayr: „Wenn der Gesetzgeber die Zonierung unbedingt will, muss er für Rechtssicherheit sorgen: Nötig wären klare Vollzugshinweise, um auf der Basis von Bodenrichtwerten bestimmte Wertkomponenten einzuführen."

Ein klares Konzept vermisst der Bayerische Städtetag auch bei der Kostenbeteiligung für Systembetreuung an Schulen. Wie der Verbandschef deutlich machte, stünden die Kommunen weiter zu ihrem dauerhaften Engagement. Sie gingen in Vorleistung und hätten sich daher sogar bereit erklärt, im Auftrag des Staates Lehrerdienstgeräte zu beschaffen.

Das entsprechende Programm reiche freilich nur für knapp zwei Drittel der Lehrer; der Anschaffungspreis für ein Lehrer-Laptop ist auf 750 Euro gedeckelt. Dies erscheine vielen Lehrkräften und IT-Fachleuten zu niedrig, berichtete Pannermayr aus der Praxis: „Das Kultusministerium hat hohe Erwartungen geweckt. Allerdings sorgen die Fakten bei Schulleitungen und Lehrerschaft für Ernüchterung."

Ausbau der Systembetreuung

Wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Digitalisierung sei der Ausbau der Systembetreuung. Bund und Freistaat wollen den Kommunen für die Systembetreuung 155,6 Millionen Euro bis einschließlich 2024 zur Verfügung stellen. Für die Jahre ab 2025 habe der Freistaat seine Absicht erklärt, die Hälfte der Kosten für die Systembetreuung zu übernehmen, so der Städtetagsvorsitzende. Seiner Meinung nach waren das „erste Impulse, um Wegmarken auf der langen Strecke zur Digitalisierung an Schulen zu setzen. Für Schulen und Kommunen war ein positives Signal, dass sich der Freistaat erstmals zu seiner Mitverantwortung für die Systembetreuung der Digitalausstattung an Schulen bekannt hat. Doch seit Sommer hat das Kultusministerium noch immer keinen Entwurf für die Umsetzung der Kostenbeteiligung des Freistaats an der Systembetreuung vorgelegt. Das muss nun zeitnah passieren."

BayernCloud

Die vom Freistaat im Juli 2020 ebenfalls zugesagte BayernCloud Schule soll auch die örtliche Systemadministration an den Schulen unterstützen. Im Entwurf des Staatshaushalts 2021 sind dafür 47 Millionen Euro angesetzt. Pannermayr zufolge sind bislang allerdings „nur wolkige Ankündigungen aus dem Kultusministerium" gekommen. Es fehle ein konkreter Plan zur Umsetzung der einzelnen Schritte. Unklar sei, wann die BayernCloud Schule eingerichtet wird und welche zentralen Dienste in welchem Umfang für den Einsatz in der Praxis zur Verfügung stehen werden. Tatsache ist: „Solange die Cloud nicht kommt, behelfen sich die Schulen mit selbst improvisierten lokalen Insellösungen."

Die Erfahrungen mit digitalem Heim-Unterricht hätten im vergangenen Jahr gezeigt, wo Stärken und Schwächen liegen. Die größte und entscheidende Schwachstelle ist nach Pannermayrs Worten das fehlende bayernweite pädagogische Gesamtkonzept für die Umsetzung der digitalen Schule. Dieses Grundsatzproblem müsse der Freistaat endlich anpacken. **DK**

Klare Öffnungs...

(Fortsetzung von Seite 2)
Sicherheitsvorkehrungen in Ostbayern arbeiten zu lassen.

Söder fordert Sicherheitspuffer

Nach Ansicht von Ministerpräsident Söder müsse die künftige Corona-Strategie von Bund und Ländern jedoch auch einen Sicherheitspuffer für Virusvarianten beinhalten. „Wir dürfen nicht die Nerven verlieren. Wir brauchen ein nachvollziehbares Konzept, das sowohl bei besser werdenden Inzidenzen Öffnungen vorsieht, aber auch die Möglichkeit der Sicherheit bietet, wenn es schlechter wird", sagte der CSU-Chef am 26.02. der Deutschen Presse-Agentur in München. Am 3. März will die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) über das weitere Vorgehen in der Pandemie beraten. „Die Beschlüsse der MPK dürfen keine Einbahnstraße nur für Öffnungen sein, sondern sie müssen auch einen Sicherheitspuffer für den Fall haben, dass es durch die Mutationen schlechter werden wird", betonte Söder. Deswegen dürfe es keine überstürzte Hektik beim Tempo der Öffnungen geben. Diese müssten „in vernünftigen und belastbaren Schritten" erfolgen. Zudem forderte Söder auch für Deutschland ein „Schnelltestkonzept", das langfristig trägt und in der Praxis umsetzbar ist. Dabei ist entscheidend zu klären, wie viele Schnelltests in kürzester Zeit für Deutschland mobilisierbar sind", sagte er. **red**

GZ KOLUMNE Dr. Klemens Gsell

Liebe Leserinnen und Leser,



viele Meldungen regen einen derzeit auch innerlich auf: Impfchaos, Pleitenwelle, Verzögerungen der Hilfen, IT-Fehler, Zusammenbruch der Hotlines usw. usw. Dazu Schulöffnung mal ja, mal nein und widersprüchliche Regelungen was, wer, wann darf? 2 plus 1 oder doch der Aiwanger-Tisch?

Ja, es ist vieles nicht rund und oft auch unverständlich.

ABER: verstellen wir uns den Blick nicht auf die wesentlichen Daten? Die Fakten sind doch: In Deutschland sind die Zahlen der Corona-Toten gegen-

Alles Mist?!!!

über vergleichbaren Ländern wie Großbritannien, Frankreich oder Italien um deutlich mehr als die Hälfte (!) geringer. Die Fallzahlen insgesamt sind ca. ein Viertel bis ein Drittel unter diesen Ländern und hier hat das Gesundheitswesen noch nicht aufgegeben. Auch Hochbetagte erhalten einen Beatmungsplatz und das ortsnah. Solche Ergebnisse sind es doch, die das Ziel der Maßnahmen waren.

Also nicht alles ist Mist!

ABER: das ist kein Grund zur Zufriedenheit. Manche Regelung der Corona-Verordnungen ist mit heißer Nadel gestrickt und kann von den Kommunen oder Betroffenen in der Sinnhaftigkeit nicht nachvollzogen werden. Warum müssen Schulen bei Inzidenz von 100 gleich wieder zu machen und haben keine Übergangsfrist? Warum müssen angepackte Impfflaschen geleert werden, wenn keine Kategorie 1 Aspiranten mehr am Abend zur Verfügung stehen und können nicht an andere kurzfristig vergeben werden? Warum sind die Voraussetzungen für die Novemberhilfen so umfangreich, dass sie ohne fachliche Hilfe nicht bearbeitet werden können?

Unser Verwaltungssystem ist an vielen Stellen an seine Grenzen gestoßen. In Verbindung mit einer Haftungs- und Regelungsdichte, die sich manchmal einfach widerspricht, sind schnelle Ergebnisse oft nicht zu erzielen.

Nach der Krise haben wir viel auszumisten. Wir sollten auch jetzt in der Krise Hemmnisse markieren und für die Diskussion inhaltlich vormerken. Denn die Zeit der Bedenkenträger und Überregulierer wird sicher schnell wieder kommen.

Ihr Klemens Gsell
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern

Hate-Speech-Bilanz 2020 der bayerischen Justiz:

1.648 Verfahren wegen Hass und Hetze im Internet

Mit Oberstaatsanwalt Klaus-Dieter Hartleb ernannte Bayerns Justizminister Georg Eisenreich am 1. Januar 2020 Deutschlands ersten Hate-Speech-Beauftragten. Zusätzlich wurden bei allen 22 bayerischen Staatsanwaltschaften Sonderdezernate für die Bekämpfung von Hass und Hetze im Internet eingerichtet. Im Rahmen einer Pressekonferenz gab Eisenreich nun Auskunft zu den bayernweiten Fallzahlen.

Wie der Minister erläuterte, haben die Hate-Speech-Spezialisten 2020 insgesamt 1.648 Verfahren wegen Hate Speech geführt. 1.251 Verfahren erfolgten gegen bekannte Beschuldigte und 397 gegen Unbekannt. Zum Stichtag 31. Dezember 2020 wurden bereits insgesamt 245 Beschuldigte angeklagt (116 Anklageerhebungen inkl. Anträge im vereinfachten Jugendverfahren, 129 Anträge auf Erlass eines Strafbefehls). Gegen 102 Personen erging ein Urteil oder Strafbefehl, 94 sind bereits rechtskräftig. 462 Verfahren wurden eingestellt, z. B. mangels hinreichenden Tatverdachts oder weil der Täter nicht ermittelbar war. In 941 Verfahren dauern die Ermittlungen an.

Eisenreich bedankte sich bei den Hate-Speech-Experten: „Der Kampf gegen Hasskriminalität muss entschlossen geführt werden. Die ersten Erfolge sind dem großen Einsatz unserer Ermittlerinnen und Ermittler zu verdanken."

Meinungsfreiheit dort, wo strafbarer Hass beginnt

Eisenreich zufolge endet die Meinungsfreiheit dort, wo strafbarer Hass beginnt. Beleidigung, Verleumdung, Volksverhetzung oder das Verwenden verfassungswidriger Symbole seien typische Straftatbestände der Hate-Speech. Etwa 80 Prozent der strafbaren Posts stammten aus dem rechten oder rechtsextremen Spektrum. Laut Minister kann Volksverhetzung bereits bei Ersttätern Geldstrafen von 120 Tagessätzen (vier Monatsgehälter) zur Folge haben – plus einen Eintrag ins Führungszeugnis. Bei Wiederholungstätern ist auch eine Freiheitsstrafe möglich.

Über Hate-Speech gegen Mädchen und Frauen werde immer wieder berichtet, führte Eisenreich weiter aus. Prominente Frauen, Journalistinnen, Politikerinnen oder andere Frauen, die sich öffentlich engagieren, würden allein wegen ihres Geschlechts Opfer sexualisierter Beleidigungen im Internet.

Hate-Speech gegen Frauen künftig gesondert erfassen

Dies sei erniedrigend und beschämend. Da man den Schutz von Mädchen und Frauen sehr ernst nehme, werde der Freistaat strafbare Hate-Speech gegen Frauen künftig gesondert erfassen. „Damit nehmen wir die Täter noch gezielter ins Visier", so der Minister. „Ich möchte Mädchen und Frauen ausdrücklich ermutigen: Zeigen Sie Hasskommentare an, die Sie im Netz erleiden müssen."

Urheber identifizieren

Nach Meinung Eisenreichs sollen künftig die Betreiber von sozialen Netzwerken stärker in die Pflicht genommen werden: „Facebook war oft nicht hilfreich. Wir können die Urheber von Hate-Speech nur effektiv verfolgen und bestrafen, wenn wir sie identifizieren können. Deshalb müssen Auskunftsersuchen unserer Strafverfolgungsbehörden von Netzwerkbetreibern ohne Wenn und Aber beantwortet werden. Nur so können wir Hate-Speech wirksam bekämpfen und den Einzelnen und unsere Demokratie schützen." **DK**

Landeskoordinierungsstelle gegen Gewalt

Sozialministerin Trautner: „Gewalt hat viele Gesichter und kennt keine Zuständigkeitsgrenzen"

Um bestehende Hilfsangebote systemübergreifend zu vernetzen, richtet Bayern eine Landeskoordinierungsstelle gegen Gewalt ein. „Gewalt hat viele Gesichter und kennt keine Zuständigkeits- und Fachgrenzen. Deshalb ist es mir wichtig, dass unterschiedlichste Bereiche im Sinne der Betroffenen gut miteinander vernetzt sind", sagt Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner.

„Um Gewalt entgegenzuwirken und damit es bestenfalls gar nicht dazu kommt, muss ein noch intensiverer Austausch zwischen Behörden und fachlicher Praxis stattfinden." Die neu eingerichtete Landeskoordinierungsstelle gegen Gewalt soll die Koordinierung der sogenannten „Istanbul-Konvention" begleiten, welche sich gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt wendet. Darüber hinaus sieht der Bayerische Drei-Stufen-Plan Maßnahmen gegen jegliche Form von Gewalt vor, welche sich gegen Menschen unterschiedlicher sexueller Identität und Orientierung richten.

In der Umsetzung des Drei-Stufen-Plans zum Gewaltschutz und zur Gewaltprävention der Bayerischen Staatsregierung sind die Vernetzung und Verzahnung von bestehenden Hilfesystemen zum Wohle der Betroffenen entscheidend. Hierzu gehört auch die länderübergreifende Zusammenarbeit auf institutioneller wie fachlicher Ebene.

Ein wichtiger Kooperationspartner der neu eingerichteten Landeskoordinierungsstelle gegen Gewalt wird die bereits bestehende landesweite Koordinierungsstelle gegen häusliche und sexualisierte Gewalt an Frauen sein. „Ich freue mich sehr, dass die Landeskoordinierungsstelle gegen Gewalt in diesem wichtigen Themenfeld von der landesweiten Koordinierungsstelle gegen häusliche und sexualisierte Gewalt unterstützt und so ein wichtiger Beitrag zur Vermeidung von Gewalt geleistet wird", so Trautner abschließend. ❐

Auf die Sparkassen ist ...

(Fortsetzung von Seite 1)

völkerung sichere Geldanlagen für schwierige Zeiten anzubieten. Damals wie heute stand die Gesellschaft vor großen Umwälzungen. Was zeichnet Sparkassen gegenüber dem aus, was wir unter „Bank" verstehen?

Reuter: *Ja, wir sind mehr als Bank. Unser öffentlicher Auftrag besteht darin, allen Menschen wirtschaftliche und soziale Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Und den leben wir tatsächlich. Ein Beispiel dafür sind die Geflüchteten, die vor ein paar Jahren zu uns kamen und eine Möglichkeit brauchten um sich am Wirtschaftsleben zu beteiligen. Sparkassen waren damals die ersten Ansprechpartner vor Ort, auch weil die Kommunen verantwortlich waren für die Unterbringung. Für Großbanken war und ist das kein Thema. Wir fühlen uns allen Menschen verpflichtet, Zugang zu den Standard-Bankleistungen zu bieten, unabhängig davon, ob die einzelne Kundenverbindung ertragreich ist oder nicht.*

Kommunaler Auftrag

Hinzu kommt, dass trotz aller Straffung, die wir gezwungenermaßen vorgenommen haben, wir auch als digitales Kreditinstitut nach wie vor das größte Filialnetz haben und somit dem Kunden am nächsten sind. Wir erfüllen für unsere Träger auch einen kommunalen Auftrag, sind ans Geschäftsgebiet gebunden und wirtschaften vor Ort. Denn die Einlagen bei den Sparkassen werden eingesetzt, um die regionale Entwicklung zu finanzieren. Das sind nachhaltige regionale Finanzströme. Aus den jährlich erwirtschafteten Erträgen werden wiederum soziale, gesellschaftliche und kulturelle Projekte vor Ort unterstützt. All jenen, die auf vermeintlich günstigere Kontoverbindungsmöglichkeiten und Angebote bei Direktbanken verweisen, will ich sagen: Diese Institute investieren nicht in die Bandenwerbung beim Sportverein oder in das Jubiläumsheft des Gesangvereins.

GZ: Vor welchen Schwierigkeiten stehen die bayerischen Sparkassen vor dem Hintergrund eines europäischen Finanzsystems?

Reuter: *Erstens sind wir auch als Regionalbanken ohne Frage ins System der europäischen Bankenaufsicht eingebunden. Gemeinsam mit den Genossenschaftsbanken haben wir allerdings oft den Eindruck, dass unsere Besonderheiten von den Aufsichtsbehörden nicht gesehen werden. Man misst uns mit Maßstäben, nach denen Großbanken behandelt und beaufsichtigt werden. Die Erleichterungen, die uns inzwischen gewährt werden, sind längst nicht verhältnismäßig. Wir leiden darunter, dass man unser Regionalbanken-Prinzip, die dritte Säule der Finanzwirtschaft, nicht richtig wahrnimmt.*

Einlagensicherung

Zweiter Punkt ist die Einlagensicherung. Wir wehren uns hier gegen einen gemeinsamen Topf, in den alle europäischen Banken einzahlen. Es ist nicht angemessen, dass wir Regionalbanken Erträge in die Sicherung abführen, die dann für alle haftet. Unsere Sparer brauchen keine grenzüberschreitenden Sicherungsinstrumente, denn sie wollen ja, dass ihre Einlagen in der Region bleiben. Das brauchen andere Marktteilnehmer, z.B. Großbanken.

GZ: Was muss aus Ihrer Sicht geschehen?

Reuter: *Die deutsche Politik muss deutlich machen, dass man die Einlagensicherung unterschiedlich behandeln muss. Vorstellbar wäre, die regionalen Kreditinstitute aus einer künftigen europäischen Einlagensicherung komplett heraus zu nehmen und abzugrenzen oder zumindest eine Vertiefung nicht für alle gemeinsam voranzutreiben. Also dann eine gemeinsame Einlagensicherung auf Gegenseitigkeit, aber nur für die Bereiche, in denen wirklich europaweit tätige Banken unterwegs sind.*

Vorurteile in europäischen Institutionen

GZ: Vor kurzem kritisierte Beata Javorcik, Chefvolkswirtin der Europäischen Bank für Wiederaufbau (EBRD), die Kreditvergabe öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute sei politisch motiviert. Wie stehen Sie zu dieser Aussage?

Reuter: *Diesen Vorwurf machten uns mitunter schon die Großbanken, die damit versuchten, Kunden zu verunsichern. Ich kann aber alle beruhigen: Es gibt klare Entscheidungsstrukturen in den Sparkassen. Die Kreditprüfung erfolgt nach allgemeinen gesetzlichen Vorgaben, die auch eingehalten werden. Hier zeigt sich einmal mehr, dass in vielen europäischen Institutionen immer noch Vorurteile herrschen, weil die klare Kenntnis regionaler Strukturen im deutschen Kreditmarkt fehlt.*

Drei-Säulen-System der Finanzdienstleister

GZ: Die Corona-Krise ist, anders als im Jahr 2008/2009, keine Krise des Finanzmarkts. Wie stabil ist er und sehen Sie einen Vorteil für den Mittelstand im deutschen Dreiklang aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und privaten Banken?

Reuter: *Das dreigliedrige Bankensystem ist eine ausgesprochene Stärke des deutschen Wirtschaftssystems, nicht nur in Krisenzeiten, aber gerade dann. Das haben wir in der Finanzkrise gemerkt, das sehen wir auch jetzt. Wir haben einen sehr breit aufgestellten, sehr erfolgreichen, sehr prosperierenden Mittelstand, der eine genau zu ihm passende Finanzierungsstruktur benötigt. Eine international tätige Schweizer Bank oder eine deutsche Großbank mit weltweitem Anspruch haben kein Interesse daran, dem Handwerksmeister sein Gerüst oder den nächsten LKW zu finanzieren. Hier stehen andere Ziele im Vordergrund. Das können in unserem System nur unsere mittelständischen Geldinstitute, also die Regionalbanken, inklusive Genossenschaftsbanken.*

In der Corona-Zeit bemühen wir uns gemeinsam darum, das regionale Angebot an Krediten und Liquiditätshilfen sicherzustellen. Weil wir die Verhältnisse, die Risiken und eben die Kunden gut kennen, können wir sie auch in diesen krisenhaften Zeiten zielgerecht begleiten. Hier haben die bayerischen Sparkassen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seit März 2020 sehr gute Arbeit geleistet, für die ich aufrichtig „Danke" sage.

Verhaltener Optimismus

GZ: Sie haben also keine Sorge, dass es zu massiven Kreditausfällen in 2021 oder 2022 kommen könnte?

Reuter: *Im Moment haben wir dafür keine begründeten Anzeichen. Vorausgesetzt, dass wir schrittweise aus dem Lockdown kommen, sehen wir das verhalten optimistisch. Prognosen zufolge wird die Wirtschaft dann relativ zügig anspringen. Und die Stimmung im deutschen Mittelstand ist immer noch zuversichtlicher, als dies aus der Perspektive des Jahres 2020 zu erwarten gewesen wäre.*

Diskussion um die Zinsen

GZ: Auch wenn Corona gerade alles überstrahlt – das große Thema Niedrig- und Negativzinsen ist nicht vom Tisch. Wenn ein Ende der Niedrigzinsphase nicht absehbar ist, wie verändert sich dann das Geschäftsmodell der Sparkassen?

Reuter: *Fakt ist, dass wir es gerade mit zwei Viren zu tun haben: Der Corona-Virus und der Negativzins-Virus, der durch die Geldpolitik der EZB zur Stabilisierung der Inflation eingeleitet und auch über den Transmissionsmechanismus Banken an die Kunden weitergereicht wird, damit mehr Geld ausgegeben wird. Nur gegen den ersten haben wir eine Impfung.*

Das betrifft unser Geschäftsmodell natürlich. Eine unserer Stärken ist es, in der Region Einlagen zu sammeln und Kredite auszureichen. Wenn wir jetzt aber mehr Einlagen haben als wir Kredite ausreichen können und weder mit diesem Einlagenüberhang noch über die Kredite ausreichend Erträge erzielen können, weil in beiden Fällen die Zinsen zu niedrig sind, wird es herausfordernd, die Kosten zu decken. Die Aufsicht schlägt deshalb ja z.B. vor, die Leistungen angemessen, also höher, zu bepreisen.

Gegen den „Virus Negativzins" muss die Politik dringend etwas unternehmen. Wir brauchen endlich einen gesellschaftlichen Schulterschluss gegen diese Geldpolitik der EZB auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger.

Verbundpartner

GZ: Auch die Verbundpartner wie VKB und LBS stehen vor gewaltigen Herausforderungen – Stichwort Altersvorsorge und Bausparen. Was kommt da noch auf uns zu?

Reuter: *Für Versicherungskammer und Landesbausparkasse kann ich sagen: Die Anlagen sind sicher. Sie werden angemessen verwaltet und vereinbarungsgemäß verzinst. Zunehmend mit Problemen zu kämpfen haben aber die Alters-Pensionskassen vieler Unternehmen und Branchen. Man spricht davon, dass keine neuen Zusagen mehr für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Kassen erfolgen dürfen, weil ansonsten die Gefahr besteht, Zusagen an bereits Versicherte bzw. an Pensionäre nicht erfüllen zu können. Auch das ist eine Folge der EZB-Geldpolitik.*

Digitalisierung

GZ: Stichwort Digitalisierung: Verschiedene Finanz-Dienstleister profitieren vom Lockdown. Die Nutzerzahlen von PayPal oder Börsen-Apps wie Trade Republic steigen. Dabei sind das Dienstleistungen, die die Sparkassen ebenfalls bereitstellen. Wie sieht die digitale Nachwuchs-Schmiede aus, was können Sparkassen-KundInnen demnächst erwarten?

Reuter: *Wir sind in punkto Digitalisierung gut unterwegs. Unsere Angebote werden sehr intensiv genutzt – wir reden von millionenfachen Klicks täglich, die in den vergangenen Monaten noch einmal deutlich angestiegen sind. In den vergangenen Jahren waren wir im Online-Banking sehr kreativ. Ich denke da zum Beispiel an die Depot-Verwaltung oder auch an unsere App „Mobiles Bezahlen", Auch bei Apple Pay waren die Sparkassen die Vorreiter. Die Innovation „Kwitt" zur Überweisung von Kleinbeträgen per Handy kam ebenfalls von den Sparkassen. In der S-Finanzgruppe haben wir inzwischen mehrere sogenannte Innovationshubs in verschiedenen Branchen etabliert. Wir sehen hier vielversprechende Ansätze, die versuchen, Verbundprodukte, Vernetzung und Kundenbedarf zusammenzuführen.*

Strukturwandel

GZ: Stichwort Strukturwandel: Oft ist die Sparkasse neben der Filiale der Genossenschaftsbank, der Post und dem Bäcker die einzige Anlaufstation, die Ortskerne nicht komplett veröden lässt. Aber Personal und ein breites Filialnetz sind kostenintensive Faktoren. Auf welche Entwicklungen werden wir uns einstellen müssen und gibt es vielleicht auch kreative Ansätze?

Reuter: *Eine von vielen Möglichkeiten ist ja bereits der Sparkassenbus als mobile Filiale, eine andere der Bargeld-Bringservice als kundenfreundlicher Weg, der gerade von älteren Menschen gelegentlich gerne genutzt wird – auch um sich mit dem Berater zu besprechen. Auch gibt es vielfach bereits Tandem-Filialen, d.h. ein Sparkassen-Team betreut zwei Filialen im Wechsel. Es gibt vereinzelt gemeinsame Filialen und Geldautomaten von Sparkassen und Genossenschaftsbanken sowie schließlich z.B. die Bargeldversorgung im Dorfladen. Wir versuchen sehr kreativ zu sein und entwickeln Kooperationen gerne vor Ort gemeinsam mit den Kommunen. Es geht uns aber wie dem Bäcker oder dem Metzger vor Ort – wenn die Kunden nicht mehr in die Filialen kommen, können wir irgendwann die Infrastruktur nicht aufrechterhalten. Die Sparkassen haben hier aber große Geduld und großes Durchhaltevermögen, auch oft bei geringer Kundenfrequenz – zum Teil über die Schmerzgrenze hinaus, aber nicht dauerhaft!*

Zusammenhalt in der Sparkassenorganisation

GZ: Ihr Vorgänger Dr. Ulrich Netzer setzte auf mehr Arbeitsteilung und eine schlagkräftige Organisations- und Entscheidungsstruktur innerhalb des Sparkassenverbands. Dabei vertraute er auf Kooperationen mit anderen Regionalverbänden. Welche Entwicklungen stehen hier an und wie zukunftsfest ist das Gefüge?

Reuter: *Auch in Zukunft werden die Sparkassen eine schlagkräftige zentrale Organisation brauchen, die ihre Interessen vertritt, ihnen Aufgaben abnimmt und bündelt und auch in Sachen Erfahrungsaustausch und Innovation eine wichtige Rolle einnimmt.*

Wir tun das schon in Kooperation: Im Bereich der zentralen Banksteuerung und im Betriebsvergleich etwa arbeiten wir mit anderen Regionalverbänden zusammen. Das strafft Kosten und schafft Erfahrungsaustausch. Als Organisation müssen wir insgesamt schneller und schlanker werden. Wir haben tendenziell zu viele und zu große Gremien und die Arbeit mit ihnen ist nicht immer effizient. Andererseits: Wenn man eine große Organisation mit einer partizipativen Herangehensweise ist und alle 64 Sparkassen in Bayern auch ihre eigene Zukunft mitentwickeln wollen, dann braucht es eine gewisse Größe, um zumindest ein angemessenes Maß an Miteinander zu ermöglichen. Hier ein gutes Mittelmaß zu finden, ist nicht leicht, wir bleiben aber gemeinsam mit den Sparkassen dran.

SparkassenAkademie bildet Finanzexperten aus

GZ: In der SparkassenAkademie werden die zukünftigen Finanzexperten ausgebildet. Wie läuft das in Zeiten von Lockdown und Distanz-Unterricht?

Reuter: *Die Akademie der bayerischen Sparkassen ist in der gleichen Situation wie andere bayerische Hochschulen auch. Wir waren bis jetzt noch ausschließlich online tätig und im sogenannten Fernunterricht mit modernen Medien unterwegs. Das wird sehr gut angenommen und der Erfolg gibt uns recht. Auf lange Sicht sind dann hybride Lehrkonzepte, d.h. der richtige Mix von digitalen und Präsenz-Formaten, gefragt. Denn der persönliche Gedankenaustausch junger Leute aus verschiedenen Sparkassen setzt schließlich auch Kreativität frei, die wir in der Sparkassengruppe dringend brauchen.*

Licht am Ende des Tunnels

GZ: Wagen Sie einen Ausblick auf 2021?

Reuter: Mit der Aussicht auf ausreichend *verfügbare Impfstoffe ist beim Corona-Virus Licht am Ende des Tunnels sichtbar. Ich hoffe, dass sich ab Jahresmitte das gesellschaftliche Leben wieder deutlich wahrnehmbar in Richtung zumindest gefühlter Normalität entwickelt. An dieser Stelle bedanke ich mich ausdrücklich bei der Landespolitik und den Kollegen in der Kommunalpolitik für ihr umsichtiges und engagiertes Krisenmanagement. Das war und ist eine wirklich großartige Leistung.*

Der Virus Negativzins bleibt uns aber mit allen bereits geschilderten Nebenwirkungen.

Nachhaltigkeit und Klimaschutz auch in der Finanzindustrie

Wenn Corona abgeklungen ist, gehen wir davon aus, dass die Aufsichtsgremien das Thema Nachhaltigkeit und Klimaschutz auch in der Finanzindustrie betonen werden. Wir müssen das Geschäftsmodell nicht nur mit Blick auf die wirtschaftlichen Herausforderungen neu justieren, sondern auch überprüfen, inwieweit wir ökologische, ökonomische und soziale Kriterien in unserer Arbeit verstärken wollen.

Grundsätzlich brauchen sich die Sparkassen nicht zu verstecken. Wir sind nachhaltig seit 200 Jahren, sind die Stützen des regionalen Wirtschaftskreislaufs, engagieren uns sozial vor Ort, unterstützen ökologische Projekte. Das werden wir auch sicherlich noch stärker im Geschäftsmodell abbilden. **DK**

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Sana Kliniken AG
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Gesundheitswesens
Das Intensivbett

Die Intensivstation gehört neben der Geburtshilfe und der Notaufnahme zu jenen Stationen, die aus Sicht der Öffentlichkeit aus einem Krankenhaus nicht wegzudenken sind. Auf ihr werden Patienten behandelt, die nach einem Unfall oder als Folge einer Erkrankung beatmet werden müssen oder deren Kreislauf instabil ist und deshalb eine permanente Überwachung erforderlich macht.

Neben der „klassischen" Intensivstation (ITS) haben sich weitere Überwachungsstationen in Deutschlands Krankenhäusern etabliert, etwa die „IMC" (eine Art Überwachungsstation mit nicht ganz so komplexen Fällen wie auf der ITS) oder die „Stroke Unit" (auf der vor allem Patienten mit Schlaganfällen betreut werden).

Mediale Aufwertung

Durch die Behandlung der Corona-Patienten mit einem schweren Verlauf hat das Intensivbett in den vergangenen zwölf Monaten eine massive mediale Aufwertung erfahren – nachdem zuvor die Politik durch zahlreiche regulatorische Maßnahmen damit begonnen hatte, diese Versorgungsform stärker einzuhegen und auf größere bzw. zentrale Standorte zu fokussieren. Denn zum einen gab es – vor Corona – recht unterschiedliche Auffassungen über die Belegungsquote, die notwendig ist, um eine solche Station überhaupt betreiben zu können. Zum anderen fehlte es (und fehlt eigentlich auch immer noch) an ausreichend qualifiziertem Personal.

Zusätzlich hatte das Bundesministerium für Gesundheit eine Pflegepersonaluntergrenze für Intensivstationen eingeführt und diese während des vergangenen Jahres ausgesetzt. Inzwischen ist die Regelung allerdings wieder in Kraft und Krankenhäuser, die die vorgeschriebene Personaluntergrenze nicht gewährleisten können, müssen mit Sanktionen rechnen.

Ebenfalls komplexitätserhöhend gestaltet sich der Umstand, dass für viele medizinische Behandlungen in den Krankenhäusern eine Intensivstation als „Back-Up" vorgehalten werden muss – bestimmte Eingriffe also nur vorgenommen werden können, wenn ein entsprechendes Intensivbett für den Notfall vorhanden ist. Dies gilt freilich nicht für alle Krankenhausleistungen, die Forderungen nach einem Intensivbett für den Fall der Fälle erhöht jedoch vor allem für kleinere Krankenhäuser die Kosten und den Aufwand. Denn bei vielen Eingriffen wiederum werden Mindestmengen definiert, die im Jahr erreicht werden müssen, damit die Eingriffe überhaupt abgerechnet werden.

Medizinisch notwendiges Aushängeschild versus regulatorische Maßnahmen

Damit kommt dem Bett auf der Intensivstation im Gesamtgefüge Krankenhaus eine ganz besondere Rolle zu: Einerseits ist es ein oftmals medizinisch notwendiges Aushängeschild, dessen Betrieb (außerhalb der Pandemie) durchaus teuer erkauft werden muss. Andererseits stehen ihm regulatorische Maßnahmen gegenüber, die auf eine stärkere Zentralisierung der Intensivmedizin und der damit verbundenen medizinischen Eingriffe abzielen. Die politisch beabsichtigten Veränderungen in der Krankenhausversorgung werden nach Corona wieder an Fahrt aufnehmen. Damit eng verwoben: die Frage, welche Rolle die Intensivstation in kleineren Krankenhäusern spielen wird. ❐

Erste Tagung des Bayerischen Energiebeirats:

Fortschritte in der Energiewende

„Wir sind im Ausbau der Erneuerbaren Energien gut vorangekommen und werden mit unserer innovativen Technologieförderung die Energiewende weiter beschleunigen, neue Arbeitsplätze schaffen und für Wertschöpfung sorgen", erklärte Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger anlässlich der ersten Tagung des von ihm gegründeten Bayerischen Energiebeirats. Mit den 75 Mitgliedern wurde die Roadmap zu einer sicheren, bezahlbaren und klimafreundlichen Energieversorgung im Freistaat diskutiert.

Folgende Fortschritte sind Aiwanger zufolge erzielt worden: Das bayerische Kontingent für Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf Acker- und Grünflächen in benachteiligten Gebieten wurde auf 200 pro Jahr ausgeweitet, womit in 2019 und 2020 insgesamt ein Plus von 800 Megawatt zusätzlicher Solarleistung installiert werden kann. Ein großer Erfolg sei das PV-Speicherprogramm, das mit über 30.000 Anträgen die flexible Nutzung von PV-Strom für Bürger erheblich erhöht.

Windkraft und Biomasse

Für den Ausbau der Windenergie wurde mit der Initiative AUFWIND und den Windkümmerern für 38 Kommunen eine breite Diskussion angestoßen, die aus Sicht des Ministers zur Akzeptanz von Windkraftanlagen führen wird. Mit der Möglichkeit, Kommunen finanziell am Ertrag von Windrädern zu beteiligen sowie der Berücksichtigung von weniger windstarken Standorten sei es dem Freistaat gelungen, wesentliche Forderungen im neuen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zu verankern. Auch Biomasseheizwerke seien im Trend: Hier wurden mit 2,2 Millionen Euro so viel Fördermittel wie nie zuvor bewilligt.

Darüber hinaus wurde der Etat des Bayerischen Energieforschungsprogramms (EFP), das Technologien zur nicht-fossilen Energieversorgung unterstützt, über die „Hightech-Agenda plus" um 16,7 Millionen Euro erhöht. Regular betrug der Etat in 2020 14 Millionen Euro.

Mit Wasserstofftechnologie Marktpotenziale erschließen

Ganz klar liegt der Fokus laut Aiwanger auf der Wasserstofftechnologie, mit der im Rahmen der Bayerischen Wasserstoffstrategie Marktpotenziale erschlossen und ausgebaut werden sollen. Mit dem Bayerischen Wasserstoffbündnis, das bereits über 130 Mitglieder zählt, werde sich der Freistaat in Deutschland und Europa als führende Wasserstoffregion etablieren. „Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die sich für bundesweite und europäische Förderprojekte bewerben – in der EU stehen viele Milliarden Euro an Fördermitteln zur Verfügung - werden von uns bestmöglich unterstützt, um Innovationscluster zu etablieren und zu stärken", bekräftigte der Minister.

Bayern ist Technologieführer

Als ersten Schritt für bayerische Programme hat das Wirtschaftsministerium die Förderung für 100 Wasserstofftankstellen für Nutzfahrzeuge gestartet, für die es bereits viele Interessenten gibt. Leuchtturmprojekte wie die Erforschung einer Elektrolyseanlage für die Kombination mit Wind-, Solar- oder Biomasseanlagen oder die Entwicklung einer Brennstoffzelle für Lkws stärkten die Position des Freistaats als Technologieführer und setzten Maßstäbe für eine klimafreundliche Energieerzeugung und -speicherung.

Auch in anderen Bereichen seien smarte Technologien der Schlüssel zum Erfolg der Energiewende: Als Beispiel führte Aiwanger die Überbauung von Agrarflächen mit neuartigen, röhrenförmigen Solarpaneelen an. Dabei handelt es sich ebenfalls um ein vom Wirtschaftsministerium gefördertes Projekt. Das Thema Agri-PV, d.h. die Kombination von landwirtschaftlicher Nutzung und gleichzeitiger Solarenergieerzeugung, soll stärker unterstützt werden. Derzeit werden zwei EU-Agri-PV-Projekte in Bayern geplant.

Neue Landesagentur

„Mit der neu gegründeten Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) in Regensburg werden wir Kommunen und Verbände in der Energiewende unterstützen", fuhr der Minister fort. LENK-Leiter Dr. Ulrich Buchhauser ergänzte: „Die Verwaltungen können mit unserer Hilfe Projekte der Energiewende effizienter angehen." Als Anlaufstelle für Erfinder dient LENK auch als Inkubator für Ideen rund um das Thema Energiewende. LENK wird außerdem die zentrale Anlaufstelle für die angestrebte Klimaneutralität aller Einrichtungen der Staatsverwaltung sein.

Nach Auffassung des Vorsitzenden des Verbands der bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW), Klaus Steiner, ist der Energiebeirat eine sinnvolle Einrichtung. Zu kurz gekommen sei freilich das Thema Netzausbau – dabei sei dieser zentral für die Versorgungssicherheit. Nicht nur was die großen Stromautobahnen angehe, sondern auch die Verteilnetze vor Ort. „Das hat uns Vertretern der klassischen Energiewirtschaft gefehlt", unterstrich Steiner gegenüber dem Bayerischen Rundfunk. **DK**

Energieeffizienz-Netzwerke Berchtesgadener Land und Südostbayern:

Zukunftstechnologie Wasserstoff im Visier

Die Teilnehmer der Kommunalen Energieeffizienz-Netzwerke Berchtesgadener Land und Südostbayern haben sich bei ihrem 9. Netzwerktreffen virtuell zum Thema „Power-to-Gas" am Beispiel des ausgezeichneten Wasserstoff-Blockheizkraftwerks in Haßfurt informiert.

Zu Beginn der zwei Online-Netzwerktreffen, durch die Bettina Mühlbauer von der Energieagentur Südostbayern GmbH als Netzwerkmoderaorin führt, waren wieder die verschiedenen Projekte der teilnehmenden Netzwerkkommunen und deren Entwicklungsstand Thema. Herr Prof. Dr. Markus Brautsch vom Institut für Energietechnik (IfE), dem Netzwerkträger, betonte vorneweg, dass im Rahmen der geförderten Energieeffizienz-Netzwerke noch Mittel verfügbar sind und neue Projekte beim IfE zur Bearbeitung eingereicht werden können.



Wasserstoff-BHKW Stadtwerke Haßfurt. Bild: IfE

Projekte der Netzwerkkommunen Berchtesgadener Land umfassen, neben vielen anderen, die Prüfung zur Installation eines Klärgas-BHKWs in Bayerisch Gmain, die Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Bauhof in Freilassing oder die Energieausweise für die kommunalen Liegenschaften in Schönau am Königssee.

Für die Kommunen des Netzwerkes Südostbayern werden unter anderem folgende Projekte bearbeitet: Die Auslegung einer Photovoltaik-Anlage mit Batteriespeicher auf dem Rathaus Kirchanschöring, die Prüfung eines Wärmeverbundes in Pförring oder die Bearbeitung einer Photovoltaikanlage im Mieterstrommodell im Wohnungsbau in Sauerlach.

Zum Abschluss des Sachstandsberichts der Netzwerke informierte das IfE die Teilnehmer über aktuelle Themen, wie das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG), das mit dem CO2-Preis für eine kontinuierliche Verteuerung fossiler Energieträger, gerade für Großabnehmer, sorgt, im Gegenzug aber auch das Sinken der EEG-Umlage bewirken soll. Auch die neue Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) für Wohngebäude, Nichtwohngebäude und Einzelmaßnahmen, die auch die Kommunen nutzen können, wurden vorgestellt und besprochen.

Im fachlichen Part des Energieeffizienz-Netzwerktreffens wurde von Prof. Brautsch das Thema Wasserstoff am Beispiel des BHKW der Stadtwerke Haßfurt vorgestellt. Die BHKW-Technologie umfasst ein weites Anwendungsspektrum mit fossilen und regenerativen Brennstoffen für die Strom- und Wärmeversorgung und bietet damit einen wichtigen Baustein bei der dezentralen und emissionsarmen Energieversorgung. Die Forschung beschäftigt sich bereits mit bivalenten Blockheizkraftwerken, die für Wasserstoff und das bisher übliche Erdgas geeignet sind.

Höhere CO2-Einsparung

Hiermit kann ein Versorgungsnetz aufgebaut werden, das durch die Nutzung von Wasserstoff aus überschüssigem regenerativem Strom und Erdgas eine größere CO2-Einsparung zulässt. Das Wasserstoff-BHKW in Haßfurt ist Teil eines umfangreichen strategischen Energie-Netzes, das u.a. aus einem großen Windpark, einer Freiflächen-Photovoltaikanlage, Biogasanlagen, Kraftwärmekopplungs-Anlagen und Batteriespeicher besteht.

Aus dem überschüssigen Strom vom 31 Megawatt-Windpark und der PV-Freiflächenanlage wird im Elektrolyseur Wasserstoff hergestellt, in den Tank gespeist und ins Erdgasnetz in Haßfurt eingespeist. Bei der Einspeisung ins Erdgasnetz liegt der Wirkungsgrad bei rund 70 %, das heißt, dass 30 % der eingebrachten Energie bei der Transmission verbraucht werden. Wird aus dem Wasserstoff im BHKW wieder Strom erzeugt, fällt der Wirkungsgrad auf rund 35 %. Daher ist die Herstellung von Wasserstoff im Moment nur sinnvoll mit überschüssigem Strom aus erneuerbaren Energien. Darin begründet sich auch die Grenze des Wasserstoffs, der ein wichtiger Baustein der Energiewende ist, aber nicht die einzige Lösung bieten kann. ❐



Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben. Bild: erdgas schwaben

Gasheizungen boomen

erdgas schwaben: In Zukunft CO2-neutral heizen mit klimaneutralen Gasen

Auch 2020 setzten HäuslebauerInnen und VerbraucherInnen überwiegend auf Gas zum Heizen. Mehr als 600.000 Gasheizungen wurden in Deutschland übers Jahr in Bestandsgebäuden und Neubauten eingebaut. Gas ist nicht nur günstig, sondern bietet auch eine zukunftssichere und klimaschonende Wärmeversorgung. Gas ist schon heute mit Abstand der emissionsärmste aller fossilen Energieträger – und macht den Weg für CO2-neutrales Heizen frei.

Allein in Bayerisch Schwaben CO2-Einsparpotenzial von 150.000 Tonnen

Schon jetzt gilt: Würde man veraltete Heizanlagen in ganz Deutschland gegen effiziente Gasheiztechnologien austauschen, könnte man jedes Jahr rund 30 Millionen Tonnen CO2 einsparen. Allein in Bayerisch-Schwaben sind etwa 150.000 Tonnen CO2-Einsparung drin. 50.000 Ölheizungen, die älter als 30 Jahre sind, warten hier auf den Austausch.

Und da geht noch mehr: Wer mit Biogas heizt, hat es nicht nur kuschelig warm, sondern heizt sogar nahezu CO2-neutral und trägt damit aktiv zum Klimaschutz bei.

Das Gasnetz ist fit für die Zukunft: Bis 2050 kann 100 % Wasserstoff fließen

Das bestehende Gasnetz ist dafür bereit. Schon jetzt können dem Gas bis zu zehn Prozent Wasserstoff beigemischt werden und bis 2050 sollen 100 Prozent CO2-neutrale Gase wie Wasserstoff durch das Gasnetz fließen. Parallel zur Ertüchtigung der Gasnetze soll die Wasserstofferzeugung vor Ort aufgebaut werden – zum Beispiel mit Power-to-Gas. erdgas schwaben beteiligt sich deshalb gemeinsam mit der 100-prozentigen Netztochter schwaben netz am Projekt H2vorOrt, in dem 33 Gasverteilnetzbetreiber aus ganz Deutschland einen Transformationspfad der Gasinfrastruktur hin zur Klimaneutralität entwickelt haben.

Zukunftstechnologien und leistungsfähige Infrastruktur für klimaschonendes Heizen

„Wir setzen uns für eine klimaschonende und sichere Energieversorgung ein", sagt Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben. „Der Weg zum klimaneutralen Heizen besteht aus vielen Bausteinen. Supereffiziente Heizanlagen wie zum Beispiel Brennstoffzellen gehören ebenso dazu wie ein leistungsfähiges Gasnetz, durch das Gas aus erneuerbaren Quellen fließt. Die Technologien, von denen uns viele ja schon zur Verfügung stehen, müssen wir effektiv kombinieren, damit Umwelt und Klima, aber auch der Geldbeutel geschont werden." ❐



14 Kommunen im Oberland und der Landkreis Miesbach:

Zusammenschluss für die Energiewende

Mit der Energiewende ist es manchmal wie mit Neujahrsvorsätzen. Die Ambitionen sind oft groß, aber im Laufe des Jahres wird so mancher Wunsch dem Alltag geopfert. Leider taucht dieses Phänomen auch in Bezug auf Klimaschutz und Energiewende immer wieder auf. Genau hier setzt die Idee eines gemeinsamen Energieeffizienz-Netzwerks für Kommunen im Oberland an.

14 Gemeinden und Städte aus dem Oberland und der Landkreis Miesbach wollen sich zu einem kommunalen Energieeffizienz-Netzwerk zusammenschließen. Das ist das Ergebnis einer gemeinsamen Initiative des Instituts für nachhaltige Energieversorgung (INEV) an der Technischen Hochschule Rosenheim und der Energiewende Oberland mit Sitz in Penzberg. Der dazugehörige Förderantrag wurde noch vor Weihnachten beim Projektträger Jülich gestellt, der das Programm im Auftrag des Bundesumweltministeriums betreut. Die Bewilligung des Förderantrags wird im Sommer 2021 erwartet.

Impulse liefern

Alle teilnehmenden Kommunen sind auch Stifter der Energiewende Oberland und unterstützen das Ziel, die Energiewende im Oberland bis zum Jahr 2035 zu erreichen. „Wir möchten mit dem Netzwerk regelmäßig Impulse bei den teilnehmenden Kommunen liefern, an der Energiewende vor Ort dran zu bleiben“, erklärt Stefan Drexlmeier Vorstandsvorsitzender der Energiewende Oberland.

„Das Energieeffizienz-Netzwerk ist eine gute Gelegenheit, auch bei den landkreiseigenen Liegenschaften und der Verwaltung in Sachen Energiewende am Ball zu bleiben, voranzukommen und neue Impulse zu setzen!“, freut sich Landrat Olaf von Löwis (Landkreis Miesbach).

Breites Wissensspektrum

Im Rahmen der Netzwerktreffen werden klassische Themen wie Energieeffizienz in kommunalen Liegenschaften, Einführung von Energiemanagement-Systemen und beispielsweise Unterstützung bei Nahwärme-Netzen erarbeitet, aber auch Zukunftsthemen wie Elektromobilität und die Kombination von Strom, Wärme und Mobilität forciert. „Durch die Partnerschaft zwischen INEV und dem Kompetenzzentrum der Energiewende Oberland können wir ein sehr breites Spektrum an Wissen und Praxiserfahrung anbieten“, beschreibt Prof. Dr. Dominikus Bücker die Vorteile für teilnehmende Kommunen.

Folgende Kommunen haben sich am Förderantrag beteiligt: Gemeinde Bad Wiessee, Gemeinde Benediktbeuern, Gemeinde Bernried (Starnberger See), Gemeinde Egling, Gemeinde Fischbachau, Gemeinde Gmund (Tegernsee), Gemeinde Hausham, Markt Holzkirchen, Landkreis Miesbach, Gemeinde Otterfing. ❐



Stadt und Stadtwerke: schon immer fest verwurzelt. Im Sommer haben Oberbürgermeister Peter Reiß (l.) und Stadtwerke-Geschäftsführer Winfried Klinger (r.) gemeinsam Schwabachs erste Schnellladesäule eingeweiht. Bild: Stadtwerke Schwabach GmbH

Schwabacher Energieversorger wurde vor 50 Jahren zur „GmbH“

1971 wurde die erste Folge der Sendung mit der Maus ausgestrahlt, in Ägypten fand die Einweihung des großen Assuan-Staudammes statt und in Schwabach wurden die Stadtwerke als Gesellschaft mit beschränkter Haftung, kurz GmbH, gegründet.

Freilich sind die Stadtwerke älter und die Energieversorgung in Schwabach gibt es schon länger als 50 Jahre. Bis dato agierten sie allerdings als sogenannter Eigenbetrieb der Stadt Schwabach. Die Umfirmierung im Januar 1971 bedeutete nicht nur, dass künftig ein Aufsichtsrat anstelle des gesamten Schwabacher Stadtrats die Arbeit des Energieversorgers lenken und überwachen würde, sondern brachte vor allem auch unternehmerische Vorteile bei Ausschreibungen und Finanzen mit sich. Als GmbH erhielten die Stadtwerke eine schnellere und flexiblere Handlungsfähigkeit und konnten sich zu einem modernen Unternehmen in der Energiewirtschaft – und später auch im neu liberalisierten Strommarkt – weiterentwickeln.

Heute ist die Stadtwerke Schwabach GmbH weiterhin fest verwurzelt mit der Stadt. Im Verbund mit dem Stadtverkehr, den Stadtbädern und den Stadtdiensten gehören die Stadtwerke der Muttergesellschaft „Städtische Werke Schwabach GmbH“ an, deren Gesellschafterin zu 100 Prozent die Stadt Schwabach selbst ist. Aufsichtsratsvorsitzender ist zudem der Oberbürgermeister.

Rund um die Uhr im Einsatz

Ein Verteilungsnetz von zusammengerechnet fast 1.000 Kilometern Länge für Strom, Gas, Wasser und Wärme liegt heute in der Verantwortung der Stadtwerke. „Wir können mit Stolz sagen, dass wir Schwabach seit vielen Jahren zuverlässig mit Energie und Wasser versorgen. Auch weitere Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie der Busverkehr, die Schwimmbäder, Recycling und die Bereitstellung von Parkraum gehören zu unserem Portfolio. Der Dank gilt vor allem unseren rund 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die tagtäglich, oft sogar rund um die Uhr, für Schwabach im Einsatz sind!“, betont Geschäftsführer Winfried Klinger, der seit dem Jahr 2009 für die Stadtwerke in dieser Funktion tätig ist.

Wichtige Schwerpunkte für die nächsten Jahre sind die stetige Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in allen Bereichen und die Umsetzung der Energiewende, worunter z.B.. auch die dezentrale Energieerzeugung vor Ort und der Ausbau von Elektromobilitätsangeboten fällt. Neben der Energielieferung können Kunden bei den Stadtwerken u.a. auch eine PV-Anlage auf dem eigenen Dach installieren lassen oder eine kostenlose Energieberatung in Anspruch nehmen.

Die Stadtwerke handeln seit jeher nach dem Prinzip der Daseinsvorsorge, während Unternehmen der freien Wirtschaft in erster Linie das Ziel der Gewinnmaximierung verfolgen. Ihre Gewinne führen die Stadtwerke daher der örtlichen Gemeinschaft zu. Auch Oberbürgermeister Peter Reiß weiß um die Bedeutung der Leistungen der Stadtwerke. „Im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge wird die Arbeit meist als selbstverständlich wahrgenommen. Daher ein herzliches Dankeschön an unsere Stadtwerke, dass wir uns um Strom, fließend Wasser und so vieles mehr keine Gedanken machen müssen!“, so Reiß.

Auch der Stadtverkehr, die Stadtbäder und die Muttergesellschaft Städtische Werke Schwabach feiern ein zumindest kleines Jubiläum: die drei Unternehmen wurden vor 20 Jahren auch jeweils als „GmbH“ umfirmiert.

„Wir haben den Schwabachern richtig viel zu bieten und freuen uns darauf das auch in Zukunft so selbstverständlich zu tun wie bisher“, fasst Klinger zusammen. ❐

Dena Energiewende-Kongress digital:

„Jetzt ist Zukunft“

Hochkarätig besetzte Plenen, spannende Diskussionen und viel Produktions-Technik im Hintergrund: Der jüngste dena Energiewende-Kongress fand als Online-Veranstaltung statt und war nach Angaben des Veranstalters ein voller Erfolg.

VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing zufolge muss bei der Planung der Netze die Sektorenkopplung bei Strom, Wärme und Mobilität stärker abgebildet werden. Verteilnetze dürfen dabei nicht aus dem Blick geraten.

„Die Klimakrise duldet keinen Aufschub“, betonte Bundesumweltministerin Svenja Schulze in ihrer Rede zum Thema „Aufbruch in die Klimaneutralität“. Mehr als 40 Milliarden Euro würden in die ökologische Modernisierung des Landes investiert, etwa in Klimaschutz-Technologien. Schätzungen zeigten, dass mit dem Klimaschutzprogramm bis 2030 eine Minderung der Treibhausgasemissionen um 51 bis 52 Prozent gegenüber 1990 zu erreichen ist. Dies hätte vor wenigen Jahren niemand für möglich gehalten.

Das Bundes-Klimaschutzgesetz vom vergangenen Herbst sorge für Planungssicherheit und Verlässlichkeit in der deutschen Klimapolitik, so Schulze weiter: „Es verpflichtet uns auf mindestens 55 Prozent CO2-Minderung bis 2030 und auf Treibhausgasneutralität bis 2050. Es legt feste CO2-Budgets für die Sektoren Energie, Industrie, Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft fest und es verankert einen Mechanismus zum Nachsteuern, wenn wir vom Kurs abkommen sollten.“

Rekordinvestition in den Klimaschutz

Die Bundesregierung wird laut Ministerin 2021 so viel wie nie zuvor in den Klimaschutz investieren. Der Etat des Energie- und Klimafonds sei auf insgesamt knapp 27 Milliarden Euro im Jahr 2021 verdreifacht worden. Dadurch werde es möglich, wichtige Förderprogramme besser auszustatten, die den Umstieg auf klimafreundliche Lösungen voranbringen, zum Beispiel den Hochlauf von grünem Wasserstoff, die Dekarbonisierung der Industrie oder die energetische Gebäudesanierung.

Ein Blick in die Zukunft zeigt laut Schulze, dass eine Anschlussregelung benötigt wird, die den Weiterbetrieb ermöglicht für alte Windkraftanlagen, die noch gut funktionieren, wenn der Ersatz durch Neuanlagen am Standort ausscheidet. Zudem sollten bei Neubauten künftig Solaranlagen von Anfang an mitgebaut werden.

Im Rahmen des Energiewende-Kongresses verlieh die dena in vier Kategorien den Energy Efficiency Award für innovative Energieeffizienzprojekte privater und öffentlicher Unternehmen. Dabei gewann in der Kategorie „Von clever bis digital! Die Bandbreite der Energieeffizienz“ der bayerische Werkzeughersteller Hofmann & Vratny für die fossilfreie Beheizung und Kühlung von Gebäuden und Produktion. Die durch die Maßnahmen erreichte Energieeinsparung am Standort Aßling liegt bei sechs Prozent.

Im Rahmen einer Energieberatung wurde ein Konzept entwickelt, das energieeffiziente und umweltfreundliche Methoden zum Beheizen und Kühlen kombiniert, so dass das Unternehmen ohne Heizungskessel und fossile Brennstoffe auskommt. Um das zu ermöglichen, wurde eine durchgängige Gebäudedämmung installiert und die vier Werke des Unternehmens über Wärmeleitungen verbunden, damit Wärme und Kälte übertragen werden können. Gleichzeitig stellte das Unternehmen die Beheizung auf Niedertemperatur um. Dies ermöglichte zusätzlich die Nutzung von Abwärme.

Für eine präzise Herstellung der Werkzeuge ist eine gleichbleibende Umgebungstemperatur von 25 °C notwendig. Die dafür erforderliche Belüftung wurde mittels Kreuzstrom-Wärmetauscher energieeffizient umgesetzt. An sehr warmen Tagen im Sommer wird die Kälteerzeugung durch einen Flächen-Erdkollektor unterstützt. Alle Aufenthalts-, Büro- und Sanitärräume werden in der Heizperiode durch die Abwärme des Druckluftkompressors und die zur Kühlung eingesetzte Absorptionskältemaschine beheizt. Überschüssige Wärme wird in einem Pufferspeicher gelagert und in der Nacht und bei höherem Bedarf genutzt. Bei kalten Außentemperaturen wird durch die Nutzung des Prinzips der freien Kühlung die Kälte für alle Werke besonders energieeffizient bereitgestellt. Überschüssig gewonnene Kälteenergie wird in einem Kältespeicher gelagert.

Zur optimalen Energieausnutzung wurde eine Steuerung eingebaut, die die Betriebsweise alle Energiespeicher und -verbraucher aufeinander abstimmt. **DK**

Ausbau Erneuerbarer Energien:

Neuer Online-Wertschöpfungs-Rechner für Kommunen

Die Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) und das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) entwickeln eine Aktualisierung des Online-Rechners der AEE, der Kommunen unterstützt, die lokalen Wertschöpfungseffekte durch den Ausbau Erneuerbarer Energien zu berechnen und entsprechend faktenbasierte Entscheidungen in den Kommunen zu treffen. Bereits 2012 hatte das IÖW den ersten Wertschöpfungsrechner kreiert und seither kontinuierlich verbessert.

Der Online-Rechner kann die Wertschöpfungseffekte für 27 verschiedene Erneuerbare-Energien-Technologien für die Jahre 2019, 2025 und 2030 berechnen. Konkret lassen sich die Effekte in die Bestandteile der Beschäftigungseinkommen, der Unternehmensgewinne und der kommunalen Einnahmen in Form von Steuern und Abgaben auf die Einkommen und Gewinne darstellen. Dabei wird die gesamte Wertschöpfungskette einer Anlage – von ihrer Planung über die Installation bis hin zum eigentlichen Betrieb – berücksichtigt. Schließlich werden Nutzer die eingesparten CO2-Äquivalente errechnen können, um die positiven Auswirkungen der Erneuerbare-Energien-Anlagen auf den Klimaschutz zu überprüfen.

Das Tool ist nutzerfreundlich konzipiert, so dass die Wertschöpfungseffekte mit wenig Aufwand ermittelt werden können. Die Ergebnisse werden sowohl grafisch als auch tabellarisch dargestellt, um für die Nutzer einfach erfassbar und auch weiterverwendbar zu sein. **DK**



8. Monitoring-Bericht zur Energiewende:

Auf Erfolgskurs

Wasserkraftanlagen leisten wichtigen Beitrag zur Stromversorgung mit erneuerbaren Energien

Die Energiewende kommt in vielen Handlungsfeldern deutlich voran und liegt insgesamt auf Erfolgskurs, wie der vom Bundeskabinett beschlossene 8. Monitoring-Bericht belegt. Er stellt den Stand der Umsetzung der Energiewende in den Berichtsjahren 2018 und 2019 dar und ist Teil des im Jahr 2011 gestarteten Monitoring-Prozesses „Die Energie der Zukunft".

Fakt ist: Die erneuerbaren Energien tragen immer stärker zur Stromversorgung in Deutschland bei. So lag der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch 2019 bei 42 Prozent und 2020 bereits bei ca. 46 Prozent. Die Stromerzeugung aus Kohle sinkt erneut deutlich und damit auch die energiebedingten CO2-Emissionen.

Laut Bericht fiel der Energieverbrauch in Deutschland 2019 auf den niedrigsten Stand seit Anfang der 1970er Jahre. Trotz Fortschritten bleibt es eine Herausforderung, die ambitionierten Ziele bei Verbrauch und Effizienz so schnell wie möglich zu erreichen.

Entgegen der Zielsetzung im Jahr 2019 ist der Energieverbrauch im bundesweiten Verkehr gegenüber dem Vorjahr und dem Referenzjahr (2005) angestiegen. Somit sind erhebliche weitere Anstrengungen erforderlich, um so schnell wie möglich eine Trendumkehr einzuleiten. Ein weiteres Ergebnis: Das Klimaziel 2020, bei dem noch vor wenigen Jahren eine Lücke von 5 bis 8 Prozentpunkten prognostiziert wurde, wird nun voraussichtlich mit einer Minderung der Treibhausgasemissionen von mehr als 40 Prozent gegenüber 1990 sogar übertroffen.

Hohes Maß an Versorgungssicherheit

Auch vor dem Hintergrund des Ausstiegs aus der Kernenergie und der Kohleverstromung ist Deutschlands Stromversorgung sicher. Die Energienachfrage in Deutschland ist jederzeit gedeckt, so dass ein auch im internationalen Vergleich hohes Maß an Versorgungssicherheit gewährleistet ist.

Die Energiewende ist eine Modernisierungsstrategie, die umfangreiche Investitionen am Wirtschaftsstandort Deutschland auslöst. Sie leistet somit auch einen Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung nach den Belastungen durch die Covid-19-Pandemie.

Einen wichtigen Beitrag zur Stromversorgung mit erneuerbaren Energien leisten laut Monitoring-Bericht die Wasserkraftanlagen in Deutschland. Von den 243 Terrawattstunden Bruttostromerzeugung aus regenerativen Energiequellen im Jahr 2019 stammten rund 20 Terrawattstunden aus Wasserkraftanlagen. „Mit ihrer Grundlastfähigkeit und der konstanten Energieerzeugung auch in der Nacht sind Wasserkraftanlagen eine ideale Ergänzung zu den volatilen Quellen Windenergie und Photovoltaik", betont Fritz Schweiger, Vorstandsvorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V.

Erläuternde Informationen zum Beitrag der Wasserkraft liefert die Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat) des Umweltbundesamtes. Sie teilt mit, dass die Stromerzeugung aus Wasserkraft 2019 mit 19,7 Milliarden Kilowattstunden wieder über dem Wert des trockenen und deshalb ertragsarmen Vorjahres (17,7 Mrd. kWh) lag. Laut Umweltbundesamt schwankt die jährliche Einspeisung von Strom aus Wasserkraftanlagen seit Jahren um den Wert von 20 Milliarden Kilowattstunden „Die installierte Leistung der Wasserkraft ändert sich seit einigen Jahren ebenfalls nur noch wenig und lag am Ende des Jahres 2019 bei 5.595 Megawatt", so das Umweltbundesamt auf seiner Website.

Zur Wasserkraft zählen rund 6.800 sogenannte kleine Wasserkraftanlagen bis ein Megawatt Leistung.

„Wasserkraft ist grund-, mittel- und spitzenlastfähig sowie speicherfähig. Neben der CO2-freien, dezentralen Stromerzeugung trägt sie zur Stabilität und Flexibilität der regionalen Netze bei", unterstreicht Hans-Peter Lang, Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG. Darüber hinaus sichern sie das Überleben zahlreicher mittelständischer Unternehmen wie Müller und Sägewerksbetreiber. Viele betreiben die Anlagen im Familienbetrieb seit mehreren Generationen. Die Wasserkraftwerke spielen deshalb in vielen Gemeinden in Bayern eine große Rolle. Schweiger und Lang fordern darum gemeinsam faire Bedingungen für den Weiterbetrieb kleiner Wasserkraftanlagen.

Als positives Signal werten und begrüßen VWB und LVBW die Erhöhung der Einspeisevergütung aus Wasserkraftanlagen bis 500 Kilowatt Leistung im EEG 2021. „Diese Erhöhung gilt aber nur für bestehende Anlagen in dieser Größenordnung. Deshalb kann sie kein Anreiz für den Bau neuer Wasserkraftanlagen sein, wie es von Naturschutzverbänden jüngst konstatiert wurde", stellt VWB-Vorstandsvorsitzender Schweiger klar. **DK**



Kleine Wasserkraftanlagen erzeugen CO2-frei Strom und stabilisieren durch ihre Grundlastfähigkeit das Stromnetz.

Bild: Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern

Gemeinde Grünwald:

Thermografie-Aktion wird bezuschusst

Die Gemeinde Grünwald bietet seit einigen Jahren in Kooperation mit einer qualifizierten Fachfirma eine Thermografie-Aktion für Wohnobjekte in Grünwald zu besonders günstigen Konditionen an. Vor dem Hintergrund der Energiepreise und dem Thema Gebäudesanierung sowie Energieausweis gewinnt eine genaue Untersuchung der Bausubstanz hinsichtlich Energieleckagen zurzeit stark an Bedeutung.

Thermografie-Aufnahmen können wertvolle Hinweise über den Ist-Zustandes des eigenen Anwesens liefern, eine wirtschaftliche Durchführung von Sanierungsmaßnahmen unterstützen und als Kontrollinstrument vor einer Abnahme dienen. Im Rahmen des gemeindlichen Förderprogramms Umweltschutz übernimmt die Gemeinde Grünwald für Objekte im Gemeindegebiet 50 Prozent dieser Untersuchungskosten inklusive des Kurzberichts.

Im Rahmen des gemeindlichen Förderprogramms Umweltschutz übernimmt Grünwald für Objekte im Gemeindegebiet 50 Prozent dieser Untersuchungskosten inklusive des Kurzberichts. Die Kosten für die thermografische Untersuchung eines Einfamilienhauses liegen zwischen 304 Euro und 284 Euro. Für Wohnobjekte ab 150 Quadratmeter wird ein individuelles Angebot erstellt. ❐

Interaktive Netzdarstellung für ganz Bayern

Neues Tool zeigt freie Netzkapazitäten für EEG-Anlagen

Ein neues Tool im Energie-Atlas Bayern zeigt mit einem Klick, an welchen Abschnitten es freie Kapazitäten zum Anschluss neuer EEG-Anlagen in der Mittelspannungsebene des Verteilnetzes gibt. Die Netzkapazitäten für den Anschluss von Anlagen mit einer Leistung von bis zu 750 kW werden anhand der Farben Grün für freie und Orange für begrenzte Kapazitäten dargestellt. Energieminister Hubert Aiwanger: „Hier wird zum ersten Mal in Deutschland das Verteilnetz eines ganzen Bundeslandes interaktiv gezeigt. So können potenzielle Betreiber sofort sehen, ob ihre geplante Anlage auf kurzem Weg an den nächstgelegenen Netzverknüpfungspunkt angeschlossen werden kann."

Aiwanger betonte die Bedeutung des Verteilnetzes: „Wir treiben den Ausbau der Erneuerbaren Energien voran, welche weitestgehend an das Verteilnetz angeschlossen werden. Ein leistungsstarkes und zuverlässiges Verteilnetz ist somit von hoher Bedeutung für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Die bayerischen Verteilnetzbetreiber, allen voran Bayernwerk, LEW Verteilnetz und N-ERGIE Netz GmbH, sind sich ihrer Verantwortung bewusst. Sie ertüchtigen fortwährend das Netz, damit es seinen neuen Aufgaben, wie etwa der Verteilung des Stroms nach unten und oben, gewachsen ist."

„Durch den starken Zubau an dezentralen Einspeiseanlagen in unserem Netzgebiet haben wir uns früh damit befasst, wie wir die Anlagenplanung für unsere Kunden erleichtern können. Unser Tool Simply Connect ist eine Lösung, die wertvolle Transparenz über verfügbare Anschlusskapazitäten schafft", betont Bayernwerk-Vorstand Egon Westphal. Errichter einer PV-Freiflächenanlage oder anderer EE-Anlagen können sich mit der Anwendung auf einen Blick Transparenz über die Netzsituation vor Ort verschaffen und sich so frühzeitig mit den technischen Gegebenheiten für einen Anschluss auseinandersetzen.

„Wir freuen uns, dass dieses Instrument durch die Zusammenarbeit der drei großen Flächennetzbetreiber in Bayern jetzt schon auf einen Großteil der Fläche des Freistaats ausgerollt wird und so hilft, die Energiewende in Bayern wieder ein Stück weiter voranzubringen. Wir laden alle übrigen Netzbetreiber herzlich ein, sich der Initiative anzuschließen", so Westphal. Die wachsende Nachfrage nach verfügbaren Netzkapazitäten macht laut Westphal deutlich, dass die Energiewende nur durch eine massive Verstärkung des Verteilnetzes gelingen kann, für die die Netzbetreiber die richtigen politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen benötigen.

„Die regionalen Verteilnetze sind die Herzkammer der Energiewende. Hier kommen Erzeuger und Verbraucher zusammen, hier geschieht Energiezukunft. Die Netze stellen enorme Kapazitäten für Aufnahme und Verteilung von Strom aus Erneuerbaren Energien bereit: In unserem Netzgebiet decken die Erneuerbaren schon heute rechnerisch 80 Prozent des Strombedarfs," sagt Dr. Markus Litpher, Vorstandsmitglied der Lechwerke (LEW). „Den weiteren Umbau des Energiesystems gestalten wir mit hohen Investitionen und neuen Technologien. Neben Nachhaltigkeit sind dabei Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit die anderen wichtigen Parameter. Innovative Lösungen helfen, diesen Weg dynamisch und effizient zu gestalten. Dabei sind wir auch auf die richtigen energiepolitischen Rahmenbedingungen angewiesen, um gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die Energielandschaft im Freistaat nachhaltig und zukunftssicher weiterzuentwickeln."

Gerald Höfer, Geschäftsführer N-ERGIE Netz GmbH: „Wir Verteilnetzbetreiber stehen selten im Fokus, sind aber ganz wesentliche Gestalter der Energiewende: Immerhin sind 96 Prozent aller EEG-Anlagen am Verteilnetz angeschlossen. Da uns die Dynamik des weiteren Ausbaus von Erneuerbaren gleichermaßen vor riesige Herausforderungen stellt – gerade im sonnen- und PV-starken Bayern – sind gemeinsame Initiativen wie die Veröffentlichung von Netzanschlusskapazitäten umso bedeutsamer. Gemeinsam schaffen wir Transparenz und tragen dazu bei, das Tempo der Energiewende hoch zu halten."

Das gesamte Verteilnetz in Bayern hat eine Länge von 350.000 Kilometer. Die daran angeschlossenen 586.000 Erneuerbare-Energien-Anlagen bringen es derzeit auf rund 20 Gigawatt Leistung. Dabei handelt es sich zu etwa 98 Prozent um PV-Anlagen, dreiviertel davon Dachanlagen und ein Viertel Freiflächenanlagen. ❐

Amprion erteilt Zuschlag für neue Gasturbinenanlage

Der Übertragungsnetzbetreiber Amprion hat den Zuschlag für ein neues Gaskraftwerk am Standort Leipheim (Landkreis Günzburg) erteilt. Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger zeigt sich erfreut: „Nicht zuletzt auf hartnäckiges Drängen der Bayerischen Staatsregierung wurde das Ausschreibungsverfahren endlich erfolgreich abgeschlossen. Damit kommt ein weiteres Gaskraftwerk nach Bayern, das zusammen mit Irsching Block 6 einen wichtigen Beitrag für die Versorgungssicherheit und Systemstabilität Bayerns ab 2022/2023 leisten wird."

Das Gaskraftwerk in Leipheim mit einer Kapazität von 300 MW ist ein sogenanntes besonderes netztechnisches Betriebsmittel, das als Sicherheitsinstrument für kritische Netzsituationen dienen und nicht am regulären Strommarkt teilnehmen wird. Die besonderen netztechnischen Betriebsmittel wurden in einem wettbewerblichen Ausschreibungsverfahren der Übertragungsnetzbetreiber bestimmt.

Insgesamt vier Gaskraftwerke mit einer Gesamtleistung von 1.200 MW sollen ab Herbst 2022 in Betrieb gehen und zur Systemstabilität Süddeutschlands beitragen. Sie entstehen neben Leipheim und Irsching an den Standorten Biblis (Hessen) und Marbach (Baden-Württemberg). ❐



Konstant gute Betriebstemperatur

Bayernwerk und Stadt Freising verlängern Fernwärme-Partnerschaft

Das Energieunternehmen Bayernwerk und die Stadt Freising haben ihr gemeinsames Engagement in der Fernwärmeversorgung Freising GmbH (FFG) verlängert. Nach umfangreichen Gesprächen haben sich beide Partner in einem Konsortialvertrag auf die Fortführung der Gesellschaft über weitere 15 Jahre, die Belieferung mit Fernwärme und die technische Betriebsführung geeinigt.

In Zukunft versorgt das Bayernwerk die Stadt Freising und weitere Kunden in Zolling und Hallbergmoos mit einer jährlichen Wärmemenge von rund 170.000 Megawattstunden (MWh), was dem Wärmebedarf einer ganzen Kleinstadt entspricht. Die Abnahme und Lieferung von Fernwärme aus dem Heizkraftwerk Zolling über eine 27 Kilometer lange Transportleitung erfolgen durch die Bayernwerk Natur GmbH.

„Ich freue mich sehr, dass die erfolgreiche Partnerschaft zur Wärmeversorgung in Freising fortgesetzt werden kann“, sagt Oberbürgermeister Tobias Eschenbacher über den Vertragsabschluss. „Wärme hat Zukunft! Wir sehen im Ausbau des Wärmenetzes einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung unserer Klimabeschlüsse und zur Zukunftsvorsorge. Durch unser Engagement in dieser Richtung schaffen wir die Möglichkeit, den Einsatz fossiler Brennstoffe zu reduzieren.“

Neben den drei größten Kunden der Fernwärme, der Flughafen München GmbH, der TU Weihenstephan und der Texas Instruments GmbH werden Reihenhäuser, Wohnanlagen, Geschäftsgebäude und Gewerbeobjekte sowie auch öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, das Krankenhaus Freising oder das Amtsgebäude der Stadt versorgt.

Kraft-Wärme-Kopplung

Basierend auf dem energieeffizienten Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung werden fast 90 Prozent der Wärmeenergie im Fernwärmenetz in dem nahegelegenen Heizkraftwerk in Zolling erzeugt. Fast die gesamte Wärmemenge ist damit primärenergiesparend erzeugte und umweltfreundliche Endenergie. Daneben stehen das erdgasgefeuerte Heizwerk Weihenstephan sowie die Kesselanlage Hallbergmoos zur Versorgung bei Spitzenlasten oder als Reservebedarf zur Verfügung.

„Ich freue mich sehr, dass es uns gelungen ist, die Wärmeversorgung in Freising und Umgebung weiterhin gemeinsam zu gestalten. Dies beweist einmal mehr das gegenseitige Vertrauen der Partner auf Basis der nun 34-jährigen Zusammenarbeit“, sagt Werner Dehmel, Geschäftsführer der Bayernwerk Natur GmbH, zum Abschluss der Verhandlungen. Bereits 1987 gründeten die Bayernwerk AG bzw. die damalige Isar-Amper-Werke AG und die Stadt Freising die Fernwärmeversorgung Freising GmbH mit dem Ziel des Aufbaus und des Betriebs einer Fernwärmeversorgung im Raum Freising und Umgebung.

Nachdem die seinerzeit geschlossenen Verträge zur bisherigen Zusammenarbeit am 31. Dezember 2020 endeten, wurden bereits frühzeitig Gespräche für eine Folgekooperation geführt. Nach vielen Gesprächen zu möglichen Szenarien und den entsprechenden Vertragsverhandlungen ist es nun gelungen, die bestehende Partnerschaft auch in Zukunft aufrecht zu erhalten.

Neben dem neuen Konsortialvertrag zum Weiterbestand der gemeinsamen Gesellschaft wurden weitere Einigungen zur Netznutzung, Wärmelieferung und Betriebsführung getroffen. In diesem Zusammenhang wurde die Fernwärmetransportleitung auf Freisinger Flur eigentumsmäßig an die Freisinger Stadtwerke Versorgungs-GmbH (FSV) übertragen.

Die Betriebsführung übernimmt in Zukunft die Bayernwerk Natur GmbH, die bayernweit bereits über 200 energieeffiziente und überwiegend regenerative Wärmeerzeugungs- und Heizkraftwerksanlagen betreibt. Die Bayernwerk Natur übt auch die technische Betriebsführung der FFG- und anderer FSV-Fernwärmeanlagen aus. ❐



Baustelle zur Erneuerung des Wärmenetzes an der Unteren Hauptstraße in Freising. Bild: Nina Reitz/Stadtwerke Freising

Wettbewerb Energie Start-up 2020 Bayern:

Dreifache Siegerehrung

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat die drei Gewinner des Wettbewerbs Energie Start-up 2020 Bayern ausgezeichnet. Das Augenmerk lag dabei auf Digitalisierung, Versorgungssicherheit und Wasserstoff. Teilnehmen konnten Start-ups aus Deutschland, Österreich und der Schweiz mit Bezug zur Energiezukunft Bayerns.

„Trotz der Corona-Krise haben wir die Energiewende nicht aus den Augen verloren“, betonte Aiwanger. Mit 62 eingereichten Bewerbungen war der Wettbewerb auch unter diesen schwierigen Umständen ein Erfolg: Im Vergleich zur letzten Ausschreibung 2018 hatten sich mehr als doppelt so viele Start-ups beworben. „Das zeigt, wie das Thema Energie noch einmal deutlich an Bedeutung gewonnen hat, vor allem in der Gründerszene“, so der Staatsminister.

Betreiber einer IoT-Plattform

Zu den Gewinnern 2020 zählt die gridX GmbH, ein Start-up aus Aachen mit Niederlassung in München. Das Unternehmen entwickelt und betreibt eine IoT-Plattform, mit der dezentrale Energieressourcen wie beispielsweise Photovoltaik-Anlagen, Batteriespeicher oder Ladesäulen für E-Autos untereinander vernetzt und gesteuert werden können. Dynamisches Lastmanagement für Elektrofahrzeuge, intelligente Energieverteilung im Eigenheim oder die Sektorenkopplung innerhalb von Stadtquartieren sorgen für effiziente Energienutzung, um eine nachhaltige Zukunft zu gestalten. Das Unternehmen hat knapp 50 Mitarbeiter.

Die Enmacc GmbH wiederum ist eine unabhängige und innovative Handelsplattform für die Energiewirtschaft, die die Liquidität in den europäischen Energiemärkten erhöht und den Handel für Strom, Gas und Erneuerbare Energien vorantreibt. Die Mission des Start-ups ist es, einen einfachen, sicheren und kosteneffizienten Zugang zum professionellen Energiehandel zu ermöglichen. Das junge Unternehmen mit 60 Mitarbeitern hat seinen Hauptsitz in München.

Das Münchner Start-up VoltStorage GmbH entwickelt und produziert Solarstromspeicher auf Basis der ökologischen Vanadium-Redox-Flow (VRF) Technologie, um überschüssige Solarenergie tagsüber zu speichern und in sonnenarmen Zeiträumen nutzen zu können. VoltStorage ist das weltweit erste Unternehmen, das die im Großspeichersegment erfolgreiche VRF-Technologie als Heimspeicherlösung für Privathaushalte verfügbar macht. Das Start-up hat 35 Mitarbeiter.

Der Wettbewerb ist eine gemeinsame Initiative des Bayerischen Wirtschaftsministeriums, der Bayern Innovativ GmbH mit dem Zentrum Digitalisierung. Bayern, der BayStartUp GmbH sowie der Bayernwerk AG, des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft und der Verbund AG. **DK**

Doppelter Haushaltsstromverbrauch mit Elektroauto

Während in den vergangenen Jahren der Stromverbrauch in den meisten privaten Haushalten aufgrund effizienterer Gerätetechnik tendenziell zurückgegangen ist, kehrt sich dieser Trend derzeit wieder um. Neue Stromverbraucher, wie immer mehr Computer, Klimageräte, Wärmepumpen und nicht zuletzt Elektroautos, erhöhen den Haushaltsstrombedarf signifikant.

„Diese Entwicklung ist gut für die Umsetzung der Energiewende, denn immer mehr Strom wird in Bayern aus erneuerbaren Energien bereitgestellt – und damit müssen klimaschädliche Energieträger wie Mineralöl und Kohle entsprechend weniger eingesetzt werden. Die nächste Aufgabe unseres Wirtschaftszweiges ist es, auch die Gasversorgung „grün“ zu machen“, erklärt Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW.

Ein sparsamer Drei-Personen-Haushalt benötigt in Bayern etwa 3.000 kWh Strom im Jahr (das entspricht einer Stromrechnung von rund 80 Euro pro Monat). Wird die Warmwasserbereitung ebenfalls elektrisch durchgeführt, sind dafür weitere 1.500 kWh anzusetzen. Kommt bei einem Einfamilienhaus noch die Heizung über eine Wärmepumpe hinzu, müssen je nach eingesetzter Technik und zu beheizender Wohnfläche nochmal 6.000 bis 10.000 kWh zusätzlich veranschlagt werden. Entscheidet sich die Familie für ein Elektroauto, ist mit weiteren 3.000 kWh jährlichem Stromverbrauch pro Fahrzeug zu rechnen. Hierbei ist eine Jahreskilometerleistung von 15.000 km und ein Stromverbrauch von 20 kWh/100 km (inkl. Ladeverluste) angesetzt worden.

Eine „voll elektrische“ Familie kommt somit leicht auf einen Jahresstromverbrauch von weit über 10.000 kWh, benötigt aber klimaschädlichere Energieträger wie Heizöl und Benzin/Diesel entsprechend weniger. Immer mehr Stromkunden, die über geeignete Flächen verfügen, produzieren einen Teil ihres Stromes über eine Photovoltaikanlage selbst. Das funktioniert in Bayern zumindest von März bis Oktober, insbesondere wenn man über einen eigenen Batteriespeicher verfügt, auch recht ordentlich. Da im Elektroauto der Speicher schon drin ist, bietet es sich geradezu an, die eigene Photovoltaikanlage auch zum Aufladen des Autos so gut es irgendwie geht zu nutzen. „Den Weg zur Tankstelle können sich jetzt immer mehr unserer Stromkunden sparen. Sie laden bequem zu Hause oder am Arbeitsplatz ihr Elektroauto aus dem Stromnetz oder über die eigene Photovoltaikanlage auf. So ist man günstig und umweltschonend zugleich unterwegs“, betont Fischer.

Günstig und umweltschonend unterwegs

Lädt man sein Elektroauto über eine eigene Photovoltaikanlage auf, sind etwa 3 Euro Stromkosten auf 100 km zu veranschlagen. Entnimmt man den Strom vollständig aus dem Stromnetz, ist mit 6 Euro auf 100 km zu kalkulieren. Die Mehrkosten werden durch die staatlichen Lasten auf den Strombezug aus dem Netz verursacht. Dies ist aber immer noch deutlich günstiger als Benzin oder Wasserstoff zu tanken (10 Euro/100 km).

Mit dem Erdgasauto ist man in etwa genauso günstig unterwegs wie mit dem Stromauto. Richtig teuer kann es werden, wenn man das Elektroauto häufig an der Autobahn aufladen muss. Die dafür zu entrichtenden Stromkosten mit 16 Euro auf 100 km können die Treibstoffkosten eines mit Benzin betriebenen Fahrzeuges deutlich überschreiten.

„Wer von einem Wasserstoffauto träumt, muss sich darüber im Klaren sein, dass dies eine verhältnismäßig teure Form der Individualmobilität sein wird. Man wird niemals günstig selbsterzeugte Energie zum Fahren einsetzen können“, stellt Fischer fest und saust lautlos mit seinem Elektroauto davon. ❐

Energieallianz Bayern:

Zweites Standbein mit Solarenergie

Die Energieallianz Bayern mit Sitz in Hallbergmoos bei München erweitert ihr Portfolio mit der Entwicklung neuer Solarprojekte. Hierfür hat sie für die strategische Erweiterung des Unternehmens und zukünftige Projektentwicklung vor kurzem die Solarenergie Bayern GmbH & Co. KG gegründet.

An der Solarenergie Bayern GmbH & Co. KG haben sich 30 Stadtwerke aus dem bestehenden Gesellschafterkreis der Energieallianz Bayern beteiligt und bieten Ihre Zusammenarbeit für zukünftige Solarprojekte an. Das Augenmerk der Solarenergie Bayern GmbH & Co. KG liegt auf der Entwicklung und Errichtung von neuen Solarparks in Bayern. Ziel ist es, mit neuen Photovoltaik-Anlagen ca. 40 MW umzusetzen. Erste Akquise für Freiflächen sind bereits angelaufen. Dazu Geschäftsführer Ulrich Geis: „Mit der Solarenergie Bayern haben wir eine Bündelgesellschaft für Solarparks gegründet, um die Flexibilität zu haben, verschiedene Parkgrößen zu realisieren. Dies ist ein weiterer Baustein für die Energiewende in kommunaler Hand.“

Enger Austausch

Christoph Schromm, Projektentwickler der Energieallianz Bayern: „Wir wollen unsere Projekte dort verwirklichen, wo es energetisch sinnvoll und verträglich mit der Umgebung ist. Hierzu stehen wir im engen Austausch mit allen Beteiligten: Kommunen, Behörden sowie Grundstückseigentümer. Jeder wird miteinbezogen, so dass eine gemeinsame Lösung erarbeitet wird. Nur so kann die Energiewende gelingen.“ ❐

Kommunales Energieeffizienznetzwerk Ebersberg-München:

Die Wärmewende im ländlichen Raum

Den Klimaschutz in den eigenen Gemeinden voranbringen und vom Erfahrungsschatz der anderen profitieren – das ist das Ziel des Energieeffizienznetzwerks Ebersberg-München. Anfang Februar trafen sich die 14 teilnehmenden Gemeinden zusammen mit dem Institut für nachhaltige Energieversorgung (INEV) und der Energieagentur Ebersberg-München zum zweiten Netzwerktreffen. Wie bereits im November 2020 musste auch dieses Treffen online stattfinden.

Den Auftakt bei den Fachvorträgen übernahm Tobias Huter von der Naturstrom AG, der die Wärmewende im ländlichen Raum am Beispiel des Nahwärmenetzes in Moosach vorstellte. Das von der Gemeinde und dem Energieversorger gemeinsam realisierte Projekt nutzt zur Wärmeerzeugung eine Kombination aus einem Hackschnitzelheizwerk und Solarthermie. Damit kann in den Übergangsmonaten zwischen Sommer und Winter auf die Kraft der Sonne zurückgegriffen und der Verbrauch an Biomasse gesenkt werden.

Nahwärmenetz Moosach

Wie innovativ und zugleich zukunftsweisend die Gemeinde bei der Errichtung dieses Nahwärmenetzes gehandelt hat, zeigte sich in der anschließenden Diskussion. Neben allgemeinen Nachfragen zum Projekt entwickelte sich auch ein Gespräch über das Potenzial von Abfallprodukten aus der Landwirtschaft als Energieträger.

Andreas Scharli von der Energiewende Oberland stellte im zweiten Fachvortrag des Netzwerktreffens das Prinzip des Wärmeverbunds für kommunale Liegenschaften vor. Anhand von Praxisbeispielen aus der eigenen Erfahrung erklärte er dabei die möglichen Herangehensweisen bei der Realisierung der von ihm als „Dorfheizungen“ bezeichneten Wärmenetze – denn für Kommunen gibt es dabei einiges zu beachten. Pragmatischen Lösungen stehen dabei manchmal rechtliche Hindernisse entgegen, wie Andreas Scharli verdeutlichte. Das erschwert die Energie- und Wärmewende im ländlichen Raum.

An dieser Stelle unterstützt das kommunale Energieeffizienznetzwerk Ebersberg-München. Durch den Erfahrungsaustausch und die Begleitung durch die Berater*innen der Energieagentur Ebersberg-München und des Instituts für nachhaltige Energieversorgung (INEV), werden die teilnehmenden Kommunen in die Lage versetzt, mögliche Hindernisse bereits frühzeitig zu erkennen und zu umgehen. ❐

Münchens zweites „Windrad“ ist in Betrieb

Im Sommer 2020 wurde mit den Fundamentarbeiten begonnen, im Dezember Turm und Flügel montiert. Die Inbetriebnahme ist nun abgeschlossen und Helge-Uve Braun, Technischer SWM Geschäftsführer, hat grünes Licht für die Betriebsaufnahme gegeben. Damit ist die zweite lokale Windkraftanlage der SWM offiziell „am Netz“ und speist Ökostrom ein.

Nach 200 Betriebsstunden wird die Anlage dann für etwa eine Woche für Wartungsarbeiten stillstehen, bevor sie in den Regelbetrieb geht. Sie steht auf der Deponie Nord-West im Stadtteil Freimann. Ihr Turm ist 80 Meter hoch, die Rotorblätter sind 69 Meter lang. Damit überragt die neue Windkraftanlage ihre „Schwester“ aus dem Jahr 1999 auf der anderen Seite der Autobahn deutlich. Auch bei der Energieproduktion liegt sie vorne: Mit rund 7,1 Millionen Kilowattstunden pro Jahr erzeugt sie genug Ökostrom für mehr als 2.800 Haushalte – etwa viermal so viel wie die ältere Anlage.

„Mit der Inbetriebnahme unserer zweiten Münchner Windkraftanlage komplettieren wir einen weiteren lokalen Baustein unserer Ausbauoffensive Erneuerbare Energien“, so Braun. „Wir arbeiten bereits an den nächsten Projekten, um unser Ziel zu erreichen: Soviel Ökostrom in eigenen Anlagen zu produzieren wie ganz München benötigt. Dabei nutzen wir die Potenziale hier vor Ort sowie an weiteren Standorten in Deutschland und in Europa – für das Gelingen der Münchner Energiewende und für den globalen Klimaschutz.“

Im Jahr 2008 haben die SWM ihre Ausbauoffensive Erneuerbare Energien gestartet mit dem Ziel, bis 2025 so viel Ökostrom in eigenen Anlagen zu produzieren, wie ganz München benötigt, seinerzeit rund 7 Terawattstunden. Aufgrund des Bevölkerungswachstums, der steigenden Zahl von Wärmepumpen und nicht zuletzt zunehmender Elektromobilität wurde dieses Ziel jüngst an den damit steigenden Strombedarf angepasst: Bis 2035 wollen die SWM bis zu 8,4 Terawattstunden Ökostrom erzeugen, um auch den Bedarf der Zukunft regenerativ zu decken. Schon heute betreiben die SWM in und um München knapp 70 Strom-, Wärme- und Kälteerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energien nutzen. ❐

10.000. DBU-Projekt erfolgreich abgeschlossen:

EULE – ein Beitrag zur Erhöhung der Artenvielfalt durch die Energiewende

Will unsere Gesellschaft die Energiewende schaffen und gleichzeitig die Artenvielfalt sowie die ästhetische Qualität der Landschaften erhalten, muss eine umsichtige und intelligente Einbindung der Erneuerbaren Energien in Natur und Landschaft erfolgen. Aus diesem Grund beauftragte die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) die regionalwerke GmbH & Co. KG mit dem Projekt EULE – Evaluierungssystem für eine umweltfreundliche und landschaftsverträgliche Energiewende. Weitere Projektpartner waren die Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, die Prof. Schaller UmweltConsult GmbH sowie die Erzeugergemeinschaft für Energie in Bayern eG.

Nach neuen Monaten Laufzeit konnte im Oktober 2020 die erste Projektphase erfolgreich abgeschlossen werden, in der ein Auditsystem zur Ermittlung eines ökologischen Mehrwerts für Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) entwickelt wurde. Als 10.000. Projekt der DBU lobte DBU-Generalsekretär Alexander Bonde das Projekt EULE als „einen weiteren Meilenstein in der Geschichte der DBU". Es handle sich um ein klassisches Beispiel für die Vielfalt der Förderthemen, denn es vereine so unterschiedliche Aspekte wie Erneuerbare Energien, Digitalisierung und Natur- und Artenschutz. Außerdem könne es zu mehr Akzeptanz für die Energiewende führen, weil Bürger direkt beteiligt würden und deutlich werde, dass Naturschutz und das Erzeugen von Strom zugleich möglich seien.

Als Projektleiter und Geschäftsführer der regionalwerke betont Andreas Engl, dass mit Hilfe von EULE die Auswirkungen Erneuerbarer-Energien-Anlagen auf Landschaft und Natur konkret bewertet werden können. Im Kontext des Landschaftsraums sowie nach standortspezifischen Vorgaben ermittelt EULE ein optimales Entwicklungskonzept für PV-FFA-Standorte und ermöglicht somit eine sinnvolle doppelte Flächennutzung. Die Anlagenbetreiber erhalten hierfür einen Katalog an ökologischen Aufwertungsmaßnahmen, die ausgewählt und umgesetzt werden können. In regelmäßigen Abständen erfolgen anschließend Auditierungen, wie die vorgesehenen EULE-Maßnahmen realisiert wurden und wie sich die Artenvielfalt auf dem entstehenden Solarfeld-Biotop entwickelt.

„Wir konnten bereits während der Projektlaufzeit feststellen, dass mit Hilfe von EULE die notwendige Akzeptanz für den weiteren Ausbau der dezentralen Energiewende in der Bevölkerung erreicht wird", erläutert Engl. Stromkunden erhalten mit Hilfe von EULE erstmals einen Einblick in die Betriebsführung erneuerbarer Energieanlagen und die Gewissheit, dass Natur und Landschaft trotz der Energieproduktion geschützt werden. Gleichzeitig können die Energieproduzenten eine höhere Produktqualität – ein umfassend ökologisches und regionales Qualitätsprodukt – vermarkten und Mehreinnahmen generieren, was insbesondere bei den aktuell geringen Strommarkterlösen und für Ü20-Anlagen wichtig ist. „Wenn sich beide Seiten freuen und auch die stark bedrohte Artenvielfalt profitiert, dann kann das EULE-Konzept nur sinnvoll sein", fasst Engl zusammen.

EULE für eine Energiewende im Einklang mit der Natur

Mit EULE wurde ein Auditsystem für PV-FFA erarbeitet, um den jeweiligen ökologischen Ist-Zustand zu bewerten und diesen anhand eines standortspezifischen Maßnahmenkatalogs gezielt zu verbessern. Jeder Maßnahme ist eine Punktebewertung zugeordnet, die dem Anlagenbetreiber gutgeschrieben wird. Entsprechend der erreichten Gesamtpunkteanzahl nach EULE wird der ökologische Mehrwert ersichtlich, der dem Anlagenbetreiber finanziell honoriert wird. Neben ökologischen Aspekten werden zudem soziale Maßnahmen bewertet, beispielsweise öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, wie Führungen und Informationsangebote für die Bevölkerung. Die Vernetzung der Energieerzeuger und -verbraucher soll dabei digital erfolgen. Eine eigene EULE-Plattform ermöglicht die Ablage und Analyse vorhandener räumlicher und technischer Daten, um sie für Auditoren, Anlagenbetreiber und Energieversorger mit individuellen Zugriffsrechten zur Verfügung zu stellen.

Im Rahmen der EULE-Projektphase 1 wurden neben dem Auditsystem zudem eine Software-Architektur sowie eine erste Version der benötigten Plattform, mit einem CRM-System und unterschiedlichen Services (Applikationen) entwickelt. Auch das notwendige Geoinformationssystem ist bereits Bestandteil des Prototyps. „Damit können raumbezogene Daten effizient verwaltet und für die verschiedenen Nutzer wie Betreiber, Gutachter, Energieversorger, Verbraucher oder auch interessierte Bürger veranschaulicht werden, erläutert Dr. Johannes Gnädinger, vom Landschaftsplanungsbüro Prof. Schaller UmweltConsult GmbH.

EULE wird fortgesetzt

Nachdem in den Fachmedien zunehmend über die Möglichkeit einer ökologischen Integration von PV-FFA berichtet wird, will EULE darüber hinaus konkrete ökologische Entwicklungsziele und die dafür erforderlichen Aufwertungsmaßnahmen definieren, begleiten und überwachen. Prof. Dr. Markus Reinke, Landschaftsplaner und Vizepräsident der HS Weihenstephan betreute ein studentisches Projekt im Rahmen von EULE. Er betont, dass die Kombination von erneuerbaren Energien, digitalen Technologien und Umweltmaßnahmen ein erstaunliches Engagement bei den Studierenden hervorgerufen hat. „Selten waren die Studenten mit einem solch großen Tatendrang bei der Sache, was darauf schließen lässt, dass EULE ein zukunftsfähiges Themenfeld besetzt", so Prof. Reinke.

EULE soll als Zertifizierungsstandard etabliert werden, mit dem die Produktqualität erneuerbar produzierter Strommengen hinsichtlich ökologischer und sozialer Kriterien bewertet und bepreist werden kann. Damit dies deutschlandweit gelingt, erfolgt in Projektphase 2 eine Evaluation der bisherigen Ergebnisse für eine bundesweite Übertragbarkeit. Zudem wird eine Umsetzungsstrategie erarbeitet, die mögliche Organisationsstrukturen sowie Vermarktungsmöglichkeiten aufzeigen und die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells überprüfen soll.

Noch sind viele Herausforderungen beim Ausbau einer umweltfreundlichen Energiewende zu meistern. Das Projektteam und die DBU sind sich sicher, dass EULE einen wichtigen Teil dazu beitragen wird. ❐



Studentische Gruppe der HSWT am Solarpark Goldach, zusammen mit ihrem Betreuer Dr. Christoph Moning (4. v. r.), Professor für Zoologie und Tierökologie an der HSWT. Bild: Andreas Engl

Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft:

Die Bayerische Stromwende ist ins Stocken geraten

Der VBEW hat die Entwicklung der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien in den vergangenen Jahren in Bayern analysiert. Danach war ein signifikanter Zuwachs in den vergangenen fünf Jahren nicht mehr zu verzeichnen. Hinzu kommt ein wieder ansteigender Stromverbrauch. Allein die volatile Photovoltaik kann nennenswerte Zuwächse für sich verbuchen und liegt als Spitzenreiter mittlerweile gleichauf mit der bedarfsgerechten Stromerzeugung aus Wasserkraft.

„Bayern hat seine Vorrangstellung bei der klimafreundlichen Stromerzeugung längst an andere Bundesländer verloren. „Insbesondere im Winter sind wir zunehmend auf Stromimporte angewiesen. 'Mir san Mir', dieses bayerische Selbstwertgefühl gilt in der Stromversorgung nicht mehr. Das wäre vor zehn Jahren noch ein undenkbarer Zustand in Bayern gewesen, lässt sich aber zumindest für die nächsten zehn Jahre wohl nicht mehr entscheidend korrigieren", betont Detlef Fischer, VBEW-Geschäftsführer.

In Bayern wurde in den vergangenen Jahren knapp die Hälfte der benötigten Elektrizität aus heimischen Erneuerbaren Energien gedeckt. Das ist ein beachtlicher Erfolg! Dabei wird vereinfacht davon ausgegangen, dass jede in Bayern erzeugte Kilowattstunde (kWh) auch zeitgleich wieder in Bayern verbraucht wird, was physikalisch nicht für alle Stunden im Jahr gilt. So nimmt Bayern rege am Stromaustausch mit anderen Bundes- und Nachbarländern teil. Im Jahressaldo verbraucht Bayern seit einigen Jahren mehr Strom als es selbst erzeugt.

Seit 2017 steigt der Stromverbrauch in Bayern wieder an. Effizienzfortschritte durch sparsamere Geräte werden mittlerweile durch die fortschreitende Elektrifizierung, die gute Konjunktur der vergangenen Jahre und das Bevölkerungswachstum wieder aufgezehrt. Wenn sich das Stromverbrauchsverhalten nach der Corona-Krise wieder normalisiert hat, erwartet der VBEW einen weiter ansteigenden Stromverbrauch. Immer mehr Wärmepumpen und Elektroautos werden mit Elektrizität zu versorgen sein. Auch die zunehmende Anzahl von Computern und Rechenzentren sorgt für steigende Anforderungen nicht nur an die Stromerzeugung, sondern insbesondere auch an die Stromnetze.

Eine moderne, hochentwickelte Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass dann genügend Strom vorhanden ist, wenn dieser benötigt wird. Eine stabile Stromversorgung zu jeder Stunde, bei jeder Wetterlage und zu jeder Jahreszeit ist die unabdingbare Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche Weiterentwicklung in Bayern. Dafür braucht es mit dem Abschalten der Kernkraftwerke in Bayern durch die Dezentralisierung der Stromversorgung mehr Erzeugungsanlagen, mehr Speicher und mehr Netzkapazitäten als früher.

„Dieser Winter hat es anschaulich aufgezeigt: Die Photovoltaik steht in den dunklen Monaten in Bayern quasi nicht zur Verfügung. Da nützt auch die größte Batterie nichts, wenn die Sonne tagelang nicht scheint und der Strombedarf weiter gedeckt werden muss. Die Batterie ist dann längst leer und bleibt auch leer", stellt Detlef Fischer fest.

Plädoyer für ein modernes Stromversorgungssystem

Die derzeitige Konzentration auf eine tages-, witterungs- und jahreszeitabhängige Stromerzeugung aus Photovoltaik und Windkraft springt daher viel zu kurz. Ein modernes Stromversorgungssystem besteht aus dem intelligenten Zusammenspiel von bedarfsgerechter Erzeugung, Speicherungen, Netzen und Verbrauchern. Die Bayerische Energiewirtschaft arbeitet mit Hochdruck an der Lösung dieser komplexen Aufgabe. Der Erfolg und die Kosten für die Verbraucher sind ganz maßgeblich abhängig von der Akzeptanz der Bevölkerung für die jeweils erforderlichen Maßnahmen.

„Die Politik darf die Probleme bei der Umsetzung der Energiewende nicht weiter kleinreden. Sie muss, vergleichbar mit der Bewältigung der Corona-Pandemie, der Bevölkerung beherzt den dringenden Handlungsbedarf verdeutlichen und den Rahmen für den Systemumbau durch die Energiewirtschaft mit möglichst wenig Details vorgeben.

Die Beschleunigung der Energiewende ist nach der Bewältigung der Corona-Krise die nächste große gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch sie wird die eine oder andere Zumutung von der Bevölkerung abverlangen", resümiert Fischer. ❐

Kleinanlagen im Verteilnetz ergänzen Großkraftwerke

Bayernwerk Netz und TenneT testen digitale Lösung, um gemeinsam Netzengpässe zu vermeiden

Die Bayernwerk Netz GmbH geht zusammen mit dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT und Wissenschaftlern der Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V. (FfE) neue Wege beim Netzengpassmanagement. Über zwei digitale Plattformen haben die beiden Netzbetreiber nun erfolgreich ein freies Energieangebot aus dem Verteilnetz zur Behebung eines möglichen Engpasses im vorgelagerten Höchstspannungsnetz eingesetzt. Der Test dieses neuen Werkzeugs zur Spannungsebenen übergreifenden Nutzung von Flexibilitäten gibt einen Einblick in die Energiezukunft: ergänzend zu großen Kraftwerken sollen zukünftig viele an das Verteilnetz angeschlossene, dezentrale Kleinanlagen die stabile Energieversorgung im Stromnetzverbund mit sichern und Ausfälle verhindern helfen.

Bei dem erfolgreichen Testabruf wurde nun gezeigt, wie bei Bedarf der Austausch von freien Flexibilitäten zwischen Verteil- und Übertragungsnetz technisch umsetzbar ist. Die Projektbeteiligten koppelten zwei im Projekt C/sells entwickelte Flexibilitätsplattformen zu einem Zeitpunkt, als in der niederbayerischen Projektregion im Bayernwerk-Netzgebiet keine Engpass-Situation vorlag. Eine Voraussetzung für den Abruf war, dass für die sichere Netzsteuerung auf Verteilnetzebene in dem Moment kein Bedarf für den Einsatz vorhandener Flexibilitäten bestand.

Über den sogenannten Altdorfer Flexmarkts (ALF) konnten freie Flex-Potentiale an die von TenneT entwickelte comax-Plattform übermitteln, um Netzengpässe im Übertragungsnetz zu beheben. Zusammen wurden sowohl die Angebote aller PV-Anlagen im Feldversuchsgebiet als auch das Flexibilitätsangebot von drei Batteriespeichern abgegeben. Im Ergebnis waren auf der comax-Plattform des Übertragungsnetzbetreibers an einem Netzknoten zwei zusätzliche Flexibilitätsangebote verfügbar, um gemeinsam die stabile Energieversorgung zu sichern.

„Bereits heute finden sich mehr als 175.000 Wärmepumpen, Direkt- und Speicherheizungen, 30.000 Kleinspeicher und etwa 4.000 intelligente Messsysteme im Bayernwerk-Netz. Nach Ergebnissen einer Studie rechnen wir bis 2035 mit 1,5 Millionen steuerbaren Einheiten in unserem Netzgebiet", erklärte Dr. Egon Westphal, Technikvorstand der Bayernwerk AG. In Zukunft werden die zahlreichen steuerbaren Kleinanlagen im Verteilnetz Aufgaben mit übernehmen, die heute vor allem durch große, zentrale Kraftwerke wahrgenommen werden. Der erhöhte Bedarf an Flexibilität ergibt sich zum einen aufgrund der stetig steigenden Erzeugung aus Erneuerbaren Energien und zum anderen durch die höhere Zahl an Lastspitzen durch den allgemeinen Trend zur Elektrifizierung. „Durch die voranschreitende Digitalisierung in der Energiewirtschaft werden zugleich innovative Lösungskonzepte ermöglicht. Für Anlagenbesitzer bietet die Energiezukunft und die gezielte Bereitstellung von Flexibilitäten eine langfristige Perspektive", erklärte Dr. Egon Westphal.

Das Energiesystem intelligent nutzen

Laut TenneT-Geschäftsführer Tim Meyerjürgens konnte bei dem Testabruf gezeigt werden, dass der Flexibilitätseinsatz nicht auf Netzebenen beschränkt ist, sondern Flexibilität aus unteren Netzebenen auch zum Lösen von Engpasssituationen im Übertragungsnetz beitragen kann. Die Kopplung der Plattformen ermöglichte außerdem einen Abruf für dezentrale Flexibilität, insbesondere für jene, die in der Niederspannungsebene angebunden sind. Letztendlich habe der Test einen Einblick ermöglicht, wie das Energiesystem zukünftig deutlich stärker vernetzt und damit intelligenter genutzt werden kann.

Für Professor Wolfgang Mauch, Geschäftsführer der FfE, war die Kopplung ein wichtiger Meilenstein: „Die Koordination und das Matching von Flexibilitätsangebot und -nachfrage im Netzgebiet des Altdorfer Flexmarkts hatten wir bereits erfolgreich demonstriert. In Zukunft wird das aber nicht ausreichen, denn die Netzebenen werden zusammenarbeiten und sich koordinieren müssen. Der Abruf der Anlagen in Altdorf und Arzberg für die Unterstützung der Stabilität im Netz hat erfolgreich gezeigt wie das künftig funktionieren kann. Dies ist ein ganz wichtiger Schritt, um unser Stromnetz fitter für den weiteren Lauf der Energiewende zu machen, wo die vielen dezentralen Anlagen die Aufgaben der Kraftwerke ergänzen werden."

ALF, der Altdorfer Flexmarkt, wurde von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V. in Kooperation mit der Bayernwerk Netz GmbH konzipiert, entwickelt und in der Region Altdorf erprobt. Über ALF kann im Verteilnetz vorhandene Flexibilität gesammelt und angeboten werden. Die Flexibilitätsplattform comax wurde von TenneT entwickelt und bietet in der Höchstspannungsebene auch die Möglichkeit, das Angebot und die Nachfrage von Flexibilitäten zusammenzubringen.

Durch die Kopplung der Plattformen wird das Flexibilitätsangebot, auf welches die jeweiligen Netzbetreiber für das Engpassmanagement zurückgreifen können, erweitert. Das Forschungsprojekt C/sells ist Teil des Förderprogramms „Schaufenster intelligente Energie – Digitale Agenda für die Energiewende (SINTEG)" des BMWi und wird vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert. ❐

Auszeichnung für Stadtwerke Bamberg:

Gutes Preis-Leistungsverhältnis bei Strom und Gas

Das unabhängige Energieverbraucherportal gibt den Stadtwerken Bamberg erneut das Prädikat „nachhaltiges Unternehmen mit verantwortungsbewusster Unternehmensphilosophie sowie einem Interesse an langfristiger Kundenzufriedenheit". Verbraucher können sich darauf verlassen, dass sie dort „faire Energie mit regionalem Mehrwert" erhalten, so das Urteil der Jury.

Die Auszeichnung TOP-Lokalversorger erhält der Bamberger Energieversorger vor allem wegen seiner fairen Tarifbedingungen, dem Kundenservice sowie seinem sozialen, ökologischen und regionalen Engagement.

Bei den meisten Vergleichsportalen landen Versorger mit den niedrigsten Preisen auf den vordersten Plätzen. Für Verbraucher ist dabei kaum nachvollziehbar, wie der günstige Preis zustande kommt. So stehen auch Billiganbieter mit zweifelhaften Tarifbedingungen ganz oben. Im Gegensatz dazu stellt das unabhängige Verbraucherportal www.energie-verbraucherportal.de bei der Bewertung der Anbieter einen strengen Prüfkatalog auf, der über Versorgungssicherheit und Tarifkomponenten weit hinausgeht. Faktoren wie Ökologie, Service, regionales Engagement, Transparenz, Datenschutz, Kundenzufriedenheit oder auch die Vorbereitung auf Zukunftsthemen wie Digitalisierung oder die Energiewende haben einen großen Stellenwert. In allen Punkten hat das Verbraucherportal den Stadtwerken in den Bereichen Strom und Gas Bestnoten gegeben. ❐

VDV-Jahrespressekonferenz:

Neustart der Verkehrswende

Auf coronabedingter Berg- und Talfahrt waren im vergangenen Jahr die Fahrgastzahlen im ÖPNV sowie im Nahverkehr auf der Schiene. Wie VDV-Präsident Ingo Wortmann bei der Vorstellung der Jahresbilanz 2020 hervorhob, stieg vor der Pandemie die Nachfrage im Vergleich zum Vorjahr um vier bis sechs Prozent. Dann kamen die Beschränkungen mit bis zu 80 Prozent weniger Kundinnen und Kunden.

Während der Lockerungen von Mai bis September erholte sich die Nachfrage wieder auf rund 80 Prozent, so Wortmann. „Ab dem erneuten Lockdown von Dezember bis heute sanken die Fahrgastzahlen dann unter 50 Prozent, aktuell sind es bundesweit im Schnitt 30 bis 40 Prozent“. Vor allem mehr Homeoffice und Kurzarbeit, geschlossene Schulen und Unis, weggebrochene Verkehre zu Freizeit- und Großveranstaltungen sowie ein Rückgang beim Tourismus führten zu dieser Entwicklung. Dennoch haben die Verkehrsunternehmen seit Beginn der Pandemie nahezu das volle Bus- und Bahnangebot bei etwa gleichen Kosten aufrechterhalten.

Sinnvoller Rettungsschirm

„Der von Bund und Ländern beschlossene Rettungsschirm hat uns vor dauerhaften wirtschaftlichen Schäden bewahrt“, erklärte der VDV-Präsident. Bis zu fünf Milliarden Euro wurden zur Verfügung gestellt. Nach Berechnungen des VDV werden diese noch bis zum Ende des ersten Quartals 2021 reichen. „Wir fahren weiterhin monatliche Verluste in dreistelliger Millionenhöhe ein“, betonte Wortmann.

Weitere Einnahmeausfälle

Der VDV geht davon aus, dass es zwar ab Herbst einen deutlichen Anstieg der Fahrgastzahlen geben wird, bis Ende 2021 aber noch nicht wieder die sonst übliche Zahl an Fahrgästen befördert und weiterhin Verluste eingefahren werden. „Das heißt, dass wir mit der Politik zeitnah über einen erneuten Rettungsschirm sprechen müssen“, erläuterte der Präsident. Der VDV und seine Mitgliedsunternehmen kalkulieren mit weiteren Einnahmeausfällen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro. Nach Abzug der noch vorhandenen Mittel aus dem Rettungsschirm von 2020 bliebe ein zusätzlicher Bedarf von rund zwei Milliarden Euro.

Auf der Pressekonferenz forderte Wortmann zudem frischen Schwung für Modernisierung, Digitalisierung und Ausbau bei der Eisenbahn sowie einen Neustart der Verkehrswende. Zunächst gehe es jedoch darum, die Corona bedingten Rückschläge für den Personen- und Güterverkehr auf der Schiene wegzustecken. Allein für den Schienengüterverkehr lägen die Umsatzeinbußen bei rund 300 Millionen Euro.

Aufgrund der schwierigen, pandemiebedingten Umstände solle aber bisher Erreichtes nicht vergessen werden. „Ich möchte daran erinnern, dass in der aktuellen Legislaturperiode viel Gutes für die Stärkung der Schiene passiert ist“, unterstrich Wortmann: „Der Bund hat im Verkehrssektor einen Paradigmenwechsel eingeleitet, um mehr Beförderung und Transport auf der Schiene mit Blick auf die Erreichung der Klimaschutzziele zu ermöglichen.“ Doch krisenbedingt sei dazu im vergangenen Jahr kaum Zeit gewesen.

Neu- und Ausbau des Eisenbahnnetzes

Die seitens der EU und des Bundes politisch geforderten Zuwächse auf der Schiene setzen aus seiner Sicht deutlich wachsende Kapazitäten im Eisennbahnnetz voraus. Die finanziellen Mittel für den Neu- und Ausbau des Eisenbahnnetzes reichten jedoch nicht aus, um die Maßnahmen des dafür maßgeblichen Bundesverkehrswegeplans 2030 fristgemäß realisieren zu können, eine Voraussetzung für die gewünschte Verkehrsverlagerung.

Wortmann zufolge sind im Masterplan Schienenverkehr zwölf prioritäre Projekte festgeschrieben, die möglichst zügig umgesetzt werden müssen. Hierzu sei eine Erhöhung der Haushaltmittel für Neu- und Ausbaumaßnahmen auf jährlich drei Milliarden Euro in der kommenden Legislaturperiode erforderlich. Mittelfristig, in der zweiten Hälfte der 2020er Jahre, sei eine weitere Erhöhung auf vier Milliarden Euro jährlich nötig, um die Ziele zu erreichen.

Zu den prioritären Großvorhaben, „besonders dringlich zur Realisierung des Deutschlandtakts und zur Beseitigung von Engpässen mit netzweiter Wirkung“, zählten u.a.: NBS (Neubaustrecke) Würzburg – Nürnberg; ABS (Ausbaustrecke)/NBS Hanau – Würzburg/Fulda – Erfurt; ABS Hof – Marktredwitz – Regensburg – Obertraubling (Ostkorridor Süd); ABS Burgsinn – Gemünden – Würzburg – Nürnberg sowie Großknoten Frankfurt am Main/Hamburg/Hannover/Köln/Mannheim/München.

Zahl der Fahrgäste verdoppeln

„Deutschland und Europa brauchen mit Blick auf die zunehmenden klimapolitischen Herausforderungen eine starke Eisenbahn. Der Grundstein dafür wurde in dieser Legislaturperiode durch wichtige Entscheidungen des Bundes gelegt“, machte der Präsident deutlich. So sei das Ziel formuliert worden, in diesem Jahrzehnt die Zahl der Fahrgäste im Nah- und Fernverkehr zu verdoppeln und den Marktanteil des Schienengüterverkehrs auf mindestens 25 Prozent zu erhöhen. Dafür müsse die nächste Bundesregierung aus Sicht der Branche an folgenden Punkten ansetzen:

1. Infrastruktur ausbauen, d.h. unter anderem die Mittelerhöhung für den Neu- und Ausbau des Schienennetzes spätestens ab Mitte der Legislaturperiode auf mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr erhöhen sowie langfristige Absicherung mittels eines Bahninfrastrukturfonds nach Schweizer Vorbild.

2. Das Bahnsystem auf den Stand der Technik bringen, sprich unter anderem das Bundesschienennetz bis 2035 digitalisieren sowie die Einführung der Digitalen Automatischen Kupplung forcieren.

3. Der Bund muss weg vom Prinzip „Straße finanziert nur Straße“. Mit dem Aufkommen aus der Lkw-Maut, mit dem Abbau klimaschädlicher Subventionen und mit CO2-Abgaben lässt sich das höhere Tempo bei der Mobilitätswende finanzieren. Dazu gehört auch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen.

Konkrete Maßnahmen

Dafür gilt es laut Wortmann, die Bahnen von der Stromsteuer zu befreien, die EEG-Umlage für elektrisch betriebene Züge zu senken, einen Rahmen für zukunftsfähige Einzelwagenverkehre zu setzen und die Entgelte für die Infrastrukturnutzung im Personen- und Güterverkehr dauerhaft zu reduzieren. „Gebühren, die als Sonderlast nur den Eisenbahnsektor treffen, müssen abgeschafft werden“, so der VDV-Präsident. **DK**



V.l.: Landrat Matthias Dießl, Ester Bürgermeister Kurt Krömer, Michael Lang vom Ingenieurbüro Lippert. Bild: Andreas Brettreich

Dynamische Fahrgastinformation für mehr Service in Stein

Wann kommt der nächste Bus? Und wie komme ich am schnellsten ans Ziel? Diese Fragen, die sich Fahrgäste tagtäglich stellen, können zukünftig mittels einer digitalen Anzeige bzw. EchtzeitInformation an zahlreichen Steiner Bushaltestellen beantwortet werden. Die Umsetzung dieser sogenannten Dynamischen Fahrgastinformation (DFI) ist nun nahezu abgeschlossen.

Die moderne Technik erlaubt es, immer und verlässlich die aktuellen Abfahrtzeiten zu übermitteln, auch wenn Stau, Großbaustelle oder kurzzeitige Umleitung die Fahrt beeinflussen. Auch an der Bushaltestelle in der Steiner Albertus-Magnus-Straße gibt es nun eine dieser DFIs.

Freude bei Krömer und Dießl

Erster Bürgermeister Kurt Krömer und Landrat Matthias Dießl machten sich vor Ort ein Bild davon. „Die Stadt Stein war die einzige Kommune im Landkreis Fürth, die sich an dem Bundesförderprogramm beteiligt hat, da dieses Programm für die Großstädte direkt und angrenzenden Nachbargemeinden aufgelegt wurde. Insgesamt 13 Haltepunkte in Stein wurden nun mit dynamischen Fahrgastinformationen ausgestattet, die es unseren Fahrgästen ermöglichen, die tatsächlichen Abfahrtzeiten aller dort verkehrenden Bus-Linien auf einen Blick abzulesen. Hierfür ein großes Dankeschön an den Landkreis Fürth und alle an der Realisierung der DFI´s beteiligten Behörden und Unternehmen“, so Steins Bürgermeister Kurt Krömer.

Auch Landrat Dießl freute sich über die Neuerung: „Ich freu mich, dass die Stadt Stein jetzt im Rahmen des Programmes „Saubere Luft“ flächendeckend im Stadtgebiet DFI-Anlagen installiert hat. Der Landkreis hat mit dem zentralen System die Grundlage geschaffen und wir werden das auch nochmal weiter ergänzen. Die Haltestellen Stein-Kirche und Gymnasium Stein kommen in der nächsten Zeit auch noch mit dazu.“ ❐

Umfrage zum Regional- und S-Bahn-Verkehr in Bayern:

Nutzung sinkt, Zufriedenheit steigt

Die Zufriedenheit mit dem Schienenpersonennahverkehr in Bayern erreichte 2020 neue Höchstwerte. Dagegen sank die Nutzung von Regionalzügen und S-Bahnen wegen der Corona-Pandemie deutlich. Das ergab eine repräsentative Umfrage der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG), die den Regional- und S-Bahn-Verkehr im Auftrag des Freistaats plant, finanziert und kontrolliert. Die Umfrage wurde im Herbst 2020 vom Marktforschungsinstitut Ipsos durchgeführt und umfasste 3.000 telefonische Interviews mit Personen ab 14 Jahren, die ihren Wohnsitz in Bayern haben.

Besonders geschätzt wird der Schienenpersonennahverkehr als umweltfreundliches Verkehrsmittel: 79 Prozent stimmen dieser Eigenschaft zu. Auch die angenehme Reisequalität lobt eine Mehrheit der Befragten (58 Prozent). 34 Prozent gaben an, dass sich die Qualität des Regional- und S-Bahn-Verkehrs in den vergangenen Jahren verbessert habe. Eine Verschlechterung sahen lediglich 15 Prozent. Das ist die beste Bewertung seit Beginn der regelmäßigen Umfrage im Jahr 2005.

Diese Entwicklung fand allerdings vor dem Hintergrund deutlich sinkender Fahrgastzahlen statt. Die Corona-Pandemie hat den langjährigen Positivtrend unterbrochen: Die Nutzungsintensität fiel 2020 ungefähr auf das Niveau von 2013 zurück. Der Anteil der Befragten, die nie oder sehr selten mit Regionalzügen und S-Bahnen fahren, stieg erstmals seit drei Jahren wieder auf über die Hälfte (52 Prozent). Dagegen sank der Anteil der Menschen, die den Schienenpersonennahverkehr mindestens einmal pro Monat nutzen auf 27 Prozent – ein Minus von sieben Prozentpunkten gegenüber 2019.

Große Mehrheit der Fahrgäste will nach Corona wieder zurückkehren

Ein Großteil der Fahrgäste (90 Prozent), die den Schienenpersonennahverkehr wegen der Corona-Pandemie weniger nutzen, wollen nach dem Ende der Pandemie wieder häufiger mit S-Bahnen und Regionalzügen fahren. Ein Fünftel plant parallel zur Rückkehr zum Schienenpersonennahverkehr, andere Verkehrsmittel auch weiterhin etwas stärker zu nutzen als vor der Pandemie. Neun Prozent waren im Herbst 2020 der Meinung, dass sie auch dann seltener mit dem Schienenpersonennahverkehr fahren würden, wenn Corona keine Gefahr mehr darstellt.

Lücken im Fahrplan beseitigen

„Die wachsende Zufriedenheit der Fahrgäste ist ein ermutigendes Zeichen für die Zukunft“, kommentiert BEG-Geschäftsführerin Bärbel Fuchs die Ergebnisse der Umfrage. „Gleichzeitig steht der Schienenpersonennahverkehr durch Corona vor großen Herausforderungen. Wir werden gemeinsam mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen alles dafür tun, dass die Fahrgäste nach dem Ende der Pandemie wieder möglichst zahlreich zurückkehren und wir an die positive Entwicklung vor Corona anknüpfen können. Unter anderem werden wir Lücken im Fahrplan schrittweise beseitigen und das stündliche Grundangebot vom frühen Morgen bis zum späten Abend auf weiteren Strecken einführen.“

Die große Mehrheit der Fahrgäste im bayerischen Regional- und S-Bahn-Verkehr befürwortet die Corona-Schutzmaßnahmen und hält sich auch an die entsprechenden Regeln. Besonders hoch ist die Zustimmung zum Mund-Nasen-Schutz, sowohl in Zügen als auch an den Stationen. 87 Prozent aller Befragten halten diese Maßnahme für geeignet, um die Ansteckungsgefahr durch das Corona-Virus im Schienenpersonennahverkehr zu minimieren. Da die Umfrage im Herbst 2020 durchgeführt wurde, beziehen sich die Aussagen auf jegliche Form der Mund-Nasen-Bedeckung und nicht auf die seit 18. Januar geltende Verpflichtung zum Tragen einer FFP2-Maske.

Verantwortungsbewusste Fahrgäste

92 Prozent der Befragten, die mindestens ein paar Mal im Jahr den SPNV nutzen, geben an, dass sie selbst die Schutzmaßnahmen befolgen, um sowohl ihr eigenes Ansteckungsrisiko zu senken als auch andere nicht zu gefährden. Lediglich 3 Prozent lehnen diese Verantwortung ab. „Das deckt sich mit unserer Erfahrung und derjenigen der Eisenbahnverkehrsunternehmen“, sagt Bärbel Fuchs, Geschäftsführerin der Bayerischen Eisenbahngesellschaft. „Lediglich eine verschwindend kleine Minderheit der Fahrgäste in den Zügen trägt keinen Mund-Nasen-Schutz. Positiv ist für uns die Erkenntnis aus der Umfrage, dass die Menschen die Masken ganz überwiegend aus freien Stücken tragen, weil sie von deren Sinnhaftigkeit überzeugt sind; und nicht, weil Strafen drohen.“

Reinigung, automatische Türöffnung, Abstand

Ähnlich hohe Zustimmungswerte wie der Mund-Nasen-Schutz erhält das kontaktlose automatische Öffnen der Zugtüren an den Stationen, soweit dies technisch möglich ist: 85 Prozent aller Befragten sind davon überzeugt, dass diese Maßnahme sinnvoll ist. Die häufige Reinigung von Kontaktflächen in den Zügen und an den Stationen halten 78 Prozent aller Befragten für geeignet.

Alle Schutzmaßnahmen im öffentlichen Nahverkehr zusammengenommen halten 17 Prozent der Befragten für nicht ausreichend. Von ihnen wünscht sich wiederum ein gutes Drittel, dass die Abstände in den Zügen besser eingehalten werden können, ein knappes Drittel fordert bessere Kontrollen der Fahrgäste. Die große Mehrheit der Befragten (69 Prozent) hält die Schutzmaßnahmen im öffentlichen Nahverkehr dagegen für angemessen. ❐

MVGO macht Mobilität in München noch einfacher

Das ist der Startschuss für noch einfachere Mobilität in München: Die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) hat die erste Version ihrer neuen App MVGO gelauncht. Sie steht ab sofort in den App-Stores zur Verfügung.

Die MVG und der litauische Techologieanbieter Trafi, mit dem die App gemeinsam entwickelt wird, laden alle Münchnerinnen und Münchner ein, die Pilot-Version der App jetzt herunterzuladen und zu testen. Die Entwickler freuen sich auf Feedback.

Rundum mobil mit einer App

Die MVGO bietet den Nutzerinnen und Nutzern künftig einen zentralen Zugang zu einer Vielzahl von Mobilitätsdiensten. Egal, ob es sich um öffentliche Verkehrsmittel oder private Sharing-Anbieter handelt, MLogin inklusive. Denn der Schlüssel zur Lösung von Münchens Verkehrsproblemen liegt im Umstieg vom privaten PKW auf den öffentlichen geteilten Verkehr samt smarter Verknüpfung.

Startaufstellung mit ÖPNV, Voi, TIER und Emmy

Zum Start ist in MVGO – neben dem ÖPNV mit Echtzeitdaten – ein Sortiment an MVV-Tickets sowie die direkte Fahrtbuchung von E-Scootern und EMopeds bei den Anbietern Voi, TIER und Emmy verfügbar. Das Mietradsystem MVG Rad kommt in Kürze dazu. Weitere Angebote zusätzlicher Mobilitätspartner werden schrittweise folgen. Dank Tiefenintegration der Anbieter erfolgt auch die Rückgabe des Fahrzeugs und die Abwicklung der Zahlung direkt aus der App heraus.

Pilotprojekt – weiterer Ausbau geplant

MVGO ist in den App-Stores von Apple und Google erhältlich. Noch befindet sich die App in der Pilotphase. Sie wird Schritt für Schritt weiterentwickelt. Martin Sauer, MVG-Projektleiter, betont: „MVGO ist ein lebendiges Produkt, das sich ständig verbessern wird. Wir freuen uns darauf, die App immer weiter zu entwickeln, weitere Anbieter zu integrieren und uns dabei immer eng an den Erfahrungen und Anforderungen der Nutzerinnen und Nutzer zu orientieren.“

Zusammenarbeit mit Trafi

Hinter MVGO steckt eine Software-Plattform des 2013 gegründeten litauischen Unternehmens Trafi. Als weltweit führender Anbieter entwickelt Trafi in Zusammenarbeit mit Städten hochwertige „Mobility-as-a-Service“ (MaaS)- Lösungen. Das Unternehmen will den Stadtverkehr weltweit revolutionieren, indem es mit Städten, Ländern und Unternehmen auf der ganzen Welt zusammenarbeitet, um die besten MaaS-Lösungen zu schaffen. Trafi bietet mit seiner Software die Möglichkeit, alle Mobilitätsanbieter auf einer einzigen Plattform zu bündeln, auf der die Nutzer Routen prüfen und ihre Fahrten buchen können.

Trafi ist derzeit mit seinen MaaS-Lösungen in sieben Städten auf vier Kontinenten aktiv. ❐

Henne nimmt komplettes Goupil Programm ins Portfolio auf:

100 % elektrische Nutzfahrzeuge

Der Nutzfahrzeugexperte Henne übernimmt als Premiumpartner die Vertretung für die Elektrotransporter des französischen Herstellers Goupil. Ab sofort steht am Standort Heimstetten das neueste Fahrzeug der Modellreihe G6 für Probefahrten bereit. Henne schließt damit die Lücke, die der eingestellte StreetScooter der Deutschen Post hinterlässt.

Die effizienten Nutzfahrzeuge von Goupil erweitern das Henne Produktportfolio im Bereich der vollelektrisch angetriebener Transporter. Die Modellpalette überzeugt einen großen Kreis von Anwendern durch vielseitige Aufbaumöglichkeiten, geringe Betriebskosten und moderne Antriebs- und Batterietechnik.

Als Goupil Premiumpartner betreut Henne seine Kunden exklusiv rund um die Themen Beratung, Kauf, Service, Ersatzteile und Förderung.



Goupil Modellpalette: v.l. G2, G4, G6 Bild: Henne Nutzfahrzeuge GmbH

Vielfältig unter Strom

Ob Garten- und Landschaftsbau, öffentlicher Dienst oder Baugewerbe – Henne bietet mit dem modularen Fahrzeugkonzept von Goupil nachhaltige Mobilitätslösungen für verschiedene Branchen.

Die 100% elektrischen Nutzfahrzeuge sind dank integrierter Ladeinfrastruktur überall aufladbar und können mit An- und Aufbauten für unterschiedlichste Einsatzbereiche ausgerüstet werden.

Goupil G6 – wirtschaftlicher Leistungsträger

In der Nutzfahrzeugklasse bis 3,5 Tonnen bietet Henne den Elektrotransporter G6 exklusiv als Goupil Premiumpartner an. Der G6 ist mit einer Brutto Nutzlast von bis zu 1,2 Tonnen, einer Mindestreichweite von 110 km und einer Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h ideal für vielfältige Aufgaben von Kommunen, Handwerkern und Logistikern geeignet.

Goupil G4 und G2 runden das Angebot ab

Der Allrounder G4 ist für flexible Aufbauten und den Stop & Go Betrieb konzipiert. Das kleinste Modell, G2, ist besonders wendig und für den Einsatz Outdoor und sogar Indoor geeignet.

Klare Vorteile eines Elektrofahrzeugs sind die langlebige Antriebstechnik sowie deutlich geringere Betriebs- und Instandhaltungskosten als bei einem vergleichbaren Verbrenner.

Dazu kommen umfangreiche Fördermöglichkeiten für den Umstieg auf Elektromobilität. ❐

Technische Verstärkung für den Bauhof

Fast wie an Weihnachten fühlten sich die Bürgermeister und Bauhofmitarbeiter der Gemeinde Auerbach. Ausgeliefert wurde der neue Unimog, der künftig für geräumte Straßen, Sauberkeit und Ordnung in der Gemeinde sorgen soll.

Die Firma Beutlhauser lieferte einen neuen Unimog U427 an den gemeindlichen Bauhof aus. Dies freute neben Bürgermeister Gerhard Weber auch die Bürgermeisterkollegen Christoph Spann und Franz Strasser sowie die Mitarbeiter des Bauhofes, Manfred Kraus, Franz Süß und Helmut Maier.

Das 272 PS starke Gefährt verfügt über eine Winterdiensthydraulikanlage, zusätzlich für die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern, über einen Abbiegeassistenten, ein automatisiertes EAS-Getriebe, einem neuen Schmidt-Schneepflug und einem Edelstahl-Streuer von Bucher Municipal. Mit diesem neuen Gefährt können alle allgemeinen kommunalen Aufgaben erledigt werden, erklärte Bürgermeister Gerhard Weber. Mit seinen sechs Zylindern hat der neue Unimog auch deutlich mehr Kraft und kann so die steilen Straßen zu den höhergelegenen Ortschaften besser räumen und den Vorgänger, das mittlerweile 20 Jahre alte Gemeindefahrzeug, entlasten. ❐



Pascal Ulrich überreichte zusammen mit Kollege Ewald Schiehandl an Bürgermeister Gerhard Weber mit Bürgermeisterkollegen Christoph Spann und Franz Strasser einen Mini-Unimog. Die Herren des Bauhofes freuen sich über das Original-Fahrzeug. Text + Bild: Bianca Nickl

Stadt Altötting:

Freie Fahrt auf allen Fahrradwegen!

Die Stadt Altötting ersetzte ein älteres Fahrzeug durch einen neuen, universellen Geräteträger aus dem Hause Hansa-Maschinenbau. Der APZ 1003 wurde mit einem vollwertigen IceFighter® Solestreuer (Flüssigkeitsstreuer FS 100) von ecotech sowie einem Keil-Vario-Pflug der Firma KIF GmbH ausgestattet. Der IceFighter® wurde individuell an die Achslasten des Hansas angepasst und ist aus hochwertigen Komponenten gefertigt. Dank der verwendeten Sole werden Splitteinkehr- und Splittbeseitigungskosten verhindert und die Feinstaubbelastung in der Stadt stark reduziert. Der Hansa sorgt so im Winter für freie Geh- und Fahrradwege.

Im Sommer wird der Aufbau als Gießfass mit Handlanze und Schlauchhaspel eingesetzt. Der Hansa samt ecotech Aufbau steht damit für eine Mehrfachanwendung das ganze Jahr über, wahlweise mit der Abgasnorm EURO5 oder aber EURO6, zur Verfügung. Der auslaufsichere Hydrauliköltank, die Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs mittels einer Load-Sensing-Arbeitshydraulik, das GIT-Drive-System sowie die Dieselvorwärmung beweisen, welch großen Wert die Firma HANSA-Maschinenbau auf den Umweltschutz legt. Auslieferung an die Stadt Altötting und auch die Wartung erfolgt durch Henne Nutzfahrzeuge. **CH**



V.l. Klaus Balda, Henne Nutzfahrzeuge, Bauhofleiter Simon Estermeier, Hansa-Fahrer Jürgen Wiedl und ein weiterer Bauhofmitarbeiter. Bild: Henne Nutzfahrzeuge GmbH

Die Zukunft der Wälder

Kaniber gibt Startschuss für landesweite Erhebung

Wälder in Bayern werden seit 1986 alle drei Jahre von den Forstverwaltungen auf Verbiss-Spuren untersucht.

Forstministerin Michaela Kaniber startete die Aktion gemeinsam mit Josef Ziegler, Präsident des Waldbesitzerverbands, Ernst Weidenbusch, Präsident des Jagdverbands, Walter Heidl, Präsident des Bauernverbands und Albrecht Fürst zu Oettingen-Spielberg, Vorsitzender der Familienbetriebe Land und Forst.

An 22.000 Aufnahmepunkten werden Daten erhoben und fließen dann in die „Forstlichen Gutachten zur Situation der Waldverjüngung" ein. Anhand dieser Zahlen wird bewertet, ob in den landesweit 750 Hegegemeinschaften der Verbiss für den Wald tragbar ist.

„Die Forstlichen Gutachten sind unverzichtbar, denn sie zeigen objektiv und transparent, wo Wald und Wild im Einklang stehen und wo es noch Handlungsbedarf gibt", sagte Forstministerin Kaniber. ❐

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit Henne Nutzfahrzeuge GmbH
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Kommunaltechnik Hydrostatischer Fahrantrieb

Bedeutung

Ein hydrostatischer Fahrantrieb kommt in Nutzfahrzeugen und Baumaschinen zum Einsatz. Mit Hilfe einer Hydraulikpumpe in Verbindung mit einem oder mehreren Hydraulikmotoren kann unter anderem durch die Veränderung des Förderstroms die Fahrgeschwindigkeit stufenlos verändert werden.

Funktionsweise

Der hydrostatische Fahrantrieb besteht aus zwei Einheiten, der Hydraulikpumpe und dem Hydraulikmotor. Die von der Hydraulikpumpe umgewandelte mechanische Leistung wird über Hydraulikleitungen an den Hydraulikmotor geleitet. Dort erfolgt die Rückwandlung in mechanische Bewegungsenergie. Über die stufenlose Regelung des Ölflusses zwischen Hydraulikpumpe und Hydraulikmotor lässt sich die Leistung unabhängig von der Drehzahl des mechanischen Motors regeln.

Einsatzbereiche

Vor allem als Antriebsalternative bei Nutzfahrzeugen und Geräteträgern sowie als Hauptantrieb bei Baumaschinen kommt der hydrostatische Fahrantrieb zum Einsatz. Durch die stufenlose Geschwindigkeitsregelung lassen sich auch komplexe Arbeitsvorgänge vereinfachen, weil keine Schaltvorgänge mehr erforderlich sind. Baumaschinen wie Bagger oder Radlader verfügen oft ausschließlich über einen hydrostatischen Fahrantrieb. Geräteträger wie zum Beispiel der Unimog werden zusätzlich zum konventionellen Antrieb mit einem hydraulischen Hilfsantrieb ausgestattet. Durch die Kombination beider Antriebsmethoden bei einem Unimog wird auch die Nutzung der jeweiligen Vorteile ermöglicht. So lassen sich zum Beispiel mehrteilige Arbeitsgänge bei der Straßenrandpflege mit dem hydrostatischen Fahrantrieb im Ein-Mann-Betrieb darstellen. Mit dem gleichen Unimog sind durch den konventionellen Fahrantrieb aber ebenso schnelle Transportfahrten uneingeschränkt möglich.

Vorteile

- Stufenlose Geschwindigkeitsregelung, unabhängig von der Motordrehzahl
- Vereinfachung der Bedienkomplexität bei mehrteiligen Tätigkeiten wie z.B. Mäharbeiten

Nachteile

- Geringerer Wirkungsgrad im Vergleich zum mechanischen Getriebe
- Begrenzte Höchstgeschwindigkeit ❐



Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com



Schlüsselübergabe an den Bauhof der Gemeinde Tiefenbach.

Bild: Astrid Kerpen, Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG

Tiefenbach:

Unimog mit 3-Seiten-Kipper

Kurz vor Weihnachten gab es noch ein besonderes Geschenk für die Gemeinde Tiefenbach im Landkreis Passau, genauer gesagt für den örtlichen Bauhof. Pascal Ulrich, Verkaufsberater bei Beutlhauser, lieferte pünktlich für den Winterdiensteinsatz 2021 einen neuen Mercedes Benz Unimog U 219 an Bauhofleiter Alfons Erner und seine Mannschaft aus. Der neue Unimog ersetzt einen 14 Jahre alten U 290.

Wegen der genormten Anbauplatte des Unimogs können die bisherigen Winterdienstgeräte problemlos übernommen werden.

Das 190-PS-starke Fahrzeug wird neben dem Winterdienst überwiegend für Transporte benötigt. Deshalb hat sich der Bauhof Tiefenbach zusätzlich für eine Stahlbrücke entschieden.

Der 3-Seiten-Kipper aus dem Hause Hecka ist eine Sonderanfertigung und ist durch seine Konstruktion besonders robust und stabil. Bei der Übergabe war auch Bürgermeister Christian Fürst mit dabei und unter Einhaltung aller Hygiene- und Sicherheitsregeln gab es im Anschluss noch eine technische Einweisung. ❐



Weigendorfer Bauhof nimmt den Unimog in Empfang.

Bild: Astrid Kerpen, Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG

Weigendorf:

Kommunalfahrzeug mit neuester Umwelttechnologie

Ein freudiges Ereignis gab es gleich zum Jahresanfang in der Gemeinde Weigendorf im Oberpfälzer Landkreis Amberg-Sulzbach. Nach 13 Jahren wurde das kommunale Einsatzfahrzeug am Bauhof ausgetauscht. Bis vor kurzem war noch ein Mercedes Benz U 300 im Winterdiensteinsatz und für Transportaufgaben zuständig, ab sofort ist das Team vom Bauhof mit einem U 319 unterwegs.

Die bereits vorhandenen Winterdienstgeräte, wie Streuer und Pflug, passen auch für den neuen Unimog und mussten daher nicht extra beschafft werden. Ein weiterer großer Pluspunkt ist die Schadstoffklasse. Mit der Abgasnorm Euro 6 des U 319 ist man am Weigendorfer Bauhof auch gleichzeitig mit der neusten Umwelttechnologie jetzt ausgestattet. Das Fahrzeug wurde an Bürgermeister Reiner Pickl und der Mannschaft vom örtlichen Bauhof von Beutlhauser-Verkaufsberater Jürgen Rieger übergeben. Die technische Einweisung des 190-PS-starken Fahrzeuges übernahm im Anschluss Ewald Schiehandl von Beutlhauser. ❐



Nach 18 Jahren bekommt der Bauhof einen neuen Unimog.

Bild: Astrid Kerpen, Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG

Windischeschenbach:

U 219 weckt Erinnerungen

Als zum Jahresanfang der neue Mercedes Benz Unimog U 219 an die Stadt Windischeschenbach übergeben wurde, war nicht nur die Freude am Bauhof sehr groß, sondern die Übergabe weckte Erinnerungen beim Beutlhauser Verkaufsberater Jürgen Rieger. Denn der neue U 219 ersetzt den bisherigen U 300. Der U 300 war das erste von Herrn Rieger verkaufte Fahrzeug, als dieser 2003 bei Beutlhauser als Neufahrzeugverkäufer für Unimog begann.

Das neue Einsatzfahrzeug des Bauhofes hat mit 190 PS mehr Leistung und ist auch effizienter als sein Vorgänger.

Winterdienstausrüstung von Bucher Municipal

Dank seiner kompakten Abmessungen ist der Unimog noch wendiger und für seinen Hauptein-satz im Winterdienst bestens geeignet. Ausgeliefert wurde das Universalmotorgerät mit einem Schneepflug und einem Streuer von der Firma Bucher Municipal. Die technische Einweisung für Fahrzeug und Geräte übernahm am Nachmittag dann Vorführer Ewald Schiehandl von Beutlhauser für das „orange Team“ von Bauhofleiter Andreas Bogner. ❐

Parkbänke von AWAG:

Komfortabel und langlebig

Auch im Jahr 2021 werden sich die Menschen in den Städten wieder verstärkt im Freien aufhalten. Kontaktbeschränkungen und Abstandsregeln laden geradezu ein, sich im öffentlichen Raum zu treffen. Die Gestaltung der Innenstädte bietet die Chance, diese frequentierten Plätze zum beliebten Treffpunkt für alle Generationen zu machen.

Bürger und Bürgerinnen sollen sich trotz Einschränkungen wohlfühlen und gerne hier leben. Gästen soll die Stadt oder Region in guter Erinnerung bleiben. Parkbänke in Grünanlagen, Fußgängerzonen oder auf Stadtplätzen sind aus den Innenstädten nicht mehr wegzudenken. Auch auf dem Firmengelände bieten Unternehmen den Mitarbeitern Sitzgelegenheiten an, um die Mittagspause im Freien verbringen zu können. Nicht zuletzt stellt der demographische Wandel Planer und Entscheider vor neue Herausforderungen.

Sitzbänke von AWAG Fahnen und Fahnenmasten bestechen durch ein optisch ansprechendes Design und robuste, langlebige Ausführung. Speziell für die ältere Generation konzipierte Senioren-Bänke haben sich vor allem in Seniorenwohnanlagen, im Krankenhauspark und in Kurzentren etabliert und bewährt.

Farbechtheit und Korrosionsschutz

Seniorenbänke haben eine erhöhte Sitzposition und einen optimalen Sitzwinkel. Breite Armlehnen geben Halt, Fußauflagen dienen zur Entlastung und Erholung müder Beine. Die Seniorenbank KOMI-Plus Lift besitzt zudem eine integrierte Gasruckfeder, die zusätzlich beim Hinsetzen und Aufstehen unterstützt.

Parkbank-Serien kombinieren herkömmliche Parkbänke und spezielle Seniorenbänke und ergeben so ein einheitliches Stadtbild. Alle Parkbänke werden aus verzinktem Stahl gefertigt, der in Standard-RAL-Farben pulverbeschichtet wird. Farbechtheit und besonders langer Korrosionsschutz sind dadurch gewährleistet. Die Farbe lässt sich an das Raumkonzept anpassen und die Sitzbänke fügen sich harmonisch in die Umgebung ein. Sitzflächen und Rückenlehnen aus witterungsbeständigem Hartholz geben ein natürliches Erscheinungsbild. Um den Reinigungs- und Pflegeaufwand für kommunale Bauhöfe und Hausmeister auf ein Minimum zu reduzieren und Sitzgruppen über Jahre nutzen zu können bietet AWAG beispielsweise mit der Serie ELEA Bänke komplett aus Stahl an. Die Stahlrahmen sind besonders robust, Sitzflächen und Rückenlehnen werden aus nahezu vandalismussicherem Drahtgitter gefertigt. Dies garantiert eine lange Nutzungsdauer bei geringem Wartungseinsatz, selbst bei hoher Nutzungsintensität.

Die mehr als 25-jährige Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Kommunen und Unternehmen spornt AWAG immer wieder an, auch in schwierigen Zeiten stets die besten Produkte für Kunden anzubieten und mit einem umfassenden Portfolio alle Bereiche des kommunalen Bedarfs abzudecken. ❐



Seniorenbank KOMFORT-Plus Bild: AWAG

Umsetzung der EU-Richtlinie für emissionsarme Fahrzeuge:

Kommunen nicht überfordern

Das Bundeskabinett hat über den Regierungsentwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Förderung sauberer und emissionsfreier Straßenfahrzeuge in den Kommunen beraten. Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) begrüßen die Richtlinie als wichtigen Impuls für den Einsatz alternativer Antriebe in kommunalen Fuhrparks sowie bei ÖPNV-Linienbussen und plädieren im Sinne der Kosteneffizienz und wirksamer Einsatzmöglichkeiten für eine größtmögliche Flexibilität für öffentliche Auftraggeber und eine deutschlandweite Quote.

Die Verbände hätten sich im aktuellen Entwurf eine Klarstellung gewünscht, dass die Quote auf Bundesebene summiert und damit gemeinsam erreicht werden kann, statt diese für jede einzelne Beschaffung vorzuschreiben. Dies führe letztlich bei den öffentlichen Auftraggebern zu einem zusätzlichen und erhöhten administrativen Aufwand. Dazu sagten die Präsidenten Oberbürgermeister Burkhard Jung (Deutscher Städtetag), Landrat Reinhard Sager (Deutscher Landkreistag), Bürgermeister Ralph Spiegler (Deutscher Städte- und Gemeindebund), Oberbürgermeister Michael Ebling (VKU) und Ingo Wortmann (VDV): „Das brächte speziell für ländliche Kommunen unverhältnismäßige Belastungen mit sich. Denn für den dortigen Einsatz sind Fahrzeuge mit hohen Reichweiten notwendig. Speziell in den schweren Fahrzeugklassen wie bei Müllsammelfahrzeugen oder Bussen für den öffentlichen Nahverkehr sind kaum passende Fahrzeuge am Markt verfügbar. Und selbst wenn es sie gäbe, wären einige davon mindestens dreimal teurer als herkömmliche Fahrzeuge. Dabei wären Netze und Ladestationen noch nicht mit eingerechnet.“

Flexible Lösung

Wenn jeder kommunale Auftraggeber gesetzlich verpflichtet würde, die Quote individuell zu erfüllen, drohten möglicherweise Einschränkungen im ÖPNV-Angebot oder Tariferhöhungen. „Dies widerspräche den Zielen des Klimaschutzes und gleichwertiger Lebensverhältnisse und widerspräche einem sparsamen Einsatz öffentlicher Mittel“, so die fünf Präsidenten. Die von der EU vorgegebene nationale Quote an sauberen und emissionsfreien Fahrzeugen werde auch mit einer flexiblen Lösung erreicht. „In den Ballungszentren wird der Anteil der Elektromobilität stark ansteigen. Mit ausreichenden Fördermitteln werden die Quoten aller Voraussicht nach sogar übererfüllt“, so Jung, Sager, Spiegler, Ebling und Wortmann. Gerade ländliche Gebiete dürften jetzt nicht überstrapaziert werden. „Deshalb brauchen wir eine deutschlandweite Quote, die es ermöglicht, die Kräfte dort zu bündeln, wo es finanziell und ökologisch am sinnvollsten ist. Zudem bedarf es ausreichender Fördermittel, um den Systemwechsel in den Kommunen zu unterstützen.“

Hintergrund

Die sogenannte Clean-Vehicles-Richtlinie der EU definiert Mindestziele für die öffentliche Auftragsvergabe, indem sie Quoten für die Beschaffung von sauberen sowie emissionsfreien Fahrzeugen vorschreibt. Demnach müssen beispielsweise in Deutschland ab August 2021 mindestens 45 Prozent aller neu anzuschaffenden Linienbusse „saubere“ Fahrzeuge im Sinne der Richtlinie sein, für Lkw gilt eine Quote von 10 Prozent. Ab Jahresbeginn 2026 gelten 65 Prozent für Busse und 15 Prozent für Lkw. Für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge gelten von August 2021 an ohne Abstufung 38,5 Prozent. Die Hälfte davon muss wiederum komplett emissionsfreie Antriebe haben. Umzusetzen sind die Vorgaben von öffentlichen Auftraggebern, Gebietskörperschaften oder zentralen Regierungsbehörden sowie in bestimmten Fällen öffentlichen und privaten Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung, der Postdienste, der Verkehrsleistungen in der Bereitstellung oder dem Betreiben von Netzen zur Versorgung oder der Allgemeinheit mit Verkehrsleistungen. ❐

BMI und BBSR geben Förderaufruf bekannt

Projekte zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel gesucht.

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) haben am 15. Januar 2021 den Förderaufruf des Bundesprogramms „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ bekannt gegeben.

Städte und Gemeinden sind zur Einreichung beispielgebender Projekte aufgerufen, die öffentlich zugängliche Grün- und Freiräume wie Parks und Gärten erhalten und entwickeln – und damit zu Klimaschutz und Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel beitragen.

Förderfähig sind sowohl investive wie auch investitionsvorbereitende, begleitende und konzeptionelle Maßnahmen zur Stärkung der Vitalität und Funktionsvielfalt von städtischen Grün- und Freiräumen. Voraussetzung für eine Förderung ist eine hohe fachliche Qualität, ein überdurchschnittliches Investitionsvolumen oder ein hohes Innovationspotenzial der Maßnahmen.

„Parks, Gärten und andere Grünanlagen sind den Folgen des Klimawandels ausgesetzt, beispielsweise sommerlicher Trockenheit. Gleichzeitig verringern sie im Sommer die Hitze in der Stadt und sorgen dafür, dass Wasser bei extremem Regen schnell versickert“, sagt der Leiter des BBSR, Dr. Markus Eltges. „Die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass Grünräume sehr wichtig für gesunde, lebendige und lebenswerte Wohnorte sind. Ihre vielen Funktionen gilt es in den Projekten mitzudenken.“

15. März 2021

Das Programm wird aus dem Energie- und Klimafonds des Bundes finanziert. Bundesmittel stehen in den Jahren 2021 bis 2024 bereit. Kommunen sind aufgerufen, bis zum 15. März 2021 Projektvorschläge beim BBSR einzureichen. Alle Informationen zur Förderung und zum Bewerbungsverfahren können Interessierte online hier abrufen: www.bbsr.bund.de/klima-raeume ❐

Mehr Naturschutz im Wald

Verbesserte Fördermöglichkeiten im Vertragsnaturschutz

Der Freistaat wird private und kommunale Waldbesitzer künftig bei der Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen im Wald noch besser unterstützen. Im Jahr 2020 haben bereits über 1.900 Waldbesitzer am Programm teilgenommen und eine Förderung in Höhe von rund 8,4 Millionen Euro erhalten. Das Vertragsnutzschutzprogramm Wald honoriert freiwillige Leistungen von Waldbesitzern bei der Bewirtschaftung ihrer Wälder, beispielsweise der Erhalt wertvoller Strukturen wie Horst- oder Höhlenbäume oder Totholz.

Die Antragstellung ist bis zum 31. Mai 2021 möglich. Nähere Informationen erhalten private und kommunale Waldbesitzer bei den unteren Naturschutzbehörden sowie den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. ❐

Jahrespressekonferenz Messe München:

Trotz Umsatzeinbruch mit Zuversicht in die Zukunft

Eine „Vollbremsung auf der Überholspur" war aus Sicht von Klaus Dittrich das Jahr 2020 für die Messe München. Wie der Vorsitzende der Messe-Geschäftsführung bei der traditionellen Jahrespressekonferenz mitteilte, mussten insgesamt über 20 Veranstaltungen, darunter viele Weltleitmessen, abgesagt werden. Dennoch blickt die Messe München zuversichtlich in die Zukunft. Innovative digitale Formate und Produkte sollen das bestehende Portfolio erweitern.

Seit dem Frühjahr 2020 hat die Corona-Pandemie das klassische Messegeschäft weltweit so gut wie unmöglich gemacht. Dittrich zufolge betrug die Gesamtausstellerzahl der Messe München im vergangenen Jahr weltweit rund 23.000. Allein in Deutschland konnten von den geplanten 15 Eigenveranstaltungen nur 6 tatsächlich als Präsenzmesse stattfinden. Die Zahl der Aussteller belief sich dabei auf 7.056 (-6 Prozent zu den Vorveranstaltungen), während 288.023 Besucher zu verzeichnen waren (-11 Prozent zu den Vorveranstaltungen). An den 15 Eigenveranstaltungen im Ausland, die als Präsenzmessen stattfinden konnten, waren knapp 500.000 Besucher und 10.747 Aussteller aktiv. Die 14 digitalen Eigenveranstaltungen, auf denen 583 Aussteller präsent waren, erreichten über 38.000 Unique User.

Umsatz 70 Prozent unter Plan

Mit 94 Millionen Euro liegt der hochgerechnete Umsatz der Messe München GmbH laut Dittrich um 70 Prozent unter Plan (302 Millionen Euro). Dieser Umsatzverlust habe dramatische Auswirkungen auf die Wirtschaft der Region, denn jeder Euro Umsatz der Messe München GmbH erzeuge 10 Euro Kaufkraft bundesweit.

Um den Umsatzeinbrüchen entgegenzuwirken, habe die Messe München nach Angaben ihres Geschäftsführers umgehend ein Effizienzprogramm mit 900 Einzelmaßnahmen aufgesetzt, mit dem eine Senkung der Sachkosten um 30 Prozent erreicht werden konnte. Aufgrund der anhaltenden Umsatzverluste müssten jetzt auch die Personalkosten gesenkt werden. Für den geplanten Abbau von ca. 170 Stellen werde gerade mit dem Betriebsrat über sozialverträgliche Lösungen verhandelt.

Rekordjahr 2019

Im Rekordjahr 2019 hatte sich die Messe München auf den fünften Platz der Messeveranstalter weltweit vorgearbeitet. Für Klaus Dittrich ist es „Glück im Unglück, dass die Pandemie uns in einer Position der Stärke getroffen hat". „Wir haben die guten Jahre genutzt, um unsere Strategie konsequent umzusetzen und unsere Angebote und Fähigkeiten weiterzuentwickeln." So habe sich im Corona-Jahr die Internationalisierung der Messe München positiv bemerkbar gemacht und die erfolgreichen Auslandsgesellschaften der Messe München hätten die Liquidität gestützt.

Digitalisierung forciert

Systematisch vorangetrieben habe man in den vergangenen Jahren die Digitalisierung, fuhr Dittrich fort. Deshalb konnten nach der Absage vieler Messen im Jahr 2020 in kürzester Zeit 14 digitale Veranstaltungen aufgesetzt werden, etwa die ISPO ReStart.Days, die Analytica virtual und die IFAT Impact. An diesen digitalen Events haben insgesamt über 38.000 Besucherinnen und Besucher teilgenommen.

Im Rahmen der komplett digitalen IFAT impact Business Summit wurden vielfältige Technologien von Recycling bis Wasser-Management präsentiert, virtuelle 1:1-Gespräche geführt und Wege zu einer echten Kreislaufwirtschaft diskutiert. Die drei Tage des Events waren dicht gepackt mit B2B-Networking und Wissenstransfer für die internationale Umweltbranche.

Fundament des digitalen Summit war das IFAT Ausstellerportal mit mehr als 3.000 gelisteten Unternehmen sowie ihren Produkten und Lösungen. Während des Events fanden 154 Produktpräsentationen statt und mehr als 1.400 1:1-Meetings konnten gebucht werden. Parallel dazu lief ein Konferenzprogramm mit 20 Sessions und rund 70 Speakern. Einen Großteil davon realisierten die Partner der IFAT sowie die IFAT-Spin-offs aus China, Indien und Afrika. Rund 2.100 Teilnehmer aus 104 Ländern nutzten die verschiedenen Angebote des Summits.

Kein Zurück zu Vor-Corona

Für die Messe München ist klar, dass es kein Zurück zum Geschäftsmodell vor Corona geben wird. Nicht nur die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Effekte der Pandemie werden nachhaltig sein, auch das Messegeschäft werde sich dauerhaft verändern. Deshalb soll die Organisation für die neuen Herausforderungen fit gemacht werden. Konsequente Kundenorientierung, Agilität, Flexibilität und ein noch stärkerer Fokus auf die Digitalisierung sind die Ziele der anstehenden Restrukturierung.

„Die Corona-Krise ist eine Naturkatastrophe – doch gemeinsam werden wir diese Katastrophe überwinden", zeigte sich Dittrich überzeugt. Das Unternehmen habe rasch reagiert und konsequente Entscheidungen getroffen, weshalb die Chancen gut stünden, noch stärker aus der Pandemie herauszukommen. Im Zentrum stehe die Weiterentwicklung des bisherigen Geschäftsmodells. „Digitalisierung ist für uns heute keine reine Sache von Spezialisten mehr. Sie muss breit und tief im gesamten Unternehmen verankert werden. Hier sind wir im Markt sicher Vorreiter", so der Geschäftsführer.

Menschen verbinden

„Unser Geschäftsmodell ist es, Menschen zu verbinden. Wir sehen uns nicht mehr nur als Vermieter von Hallenfläche, sondern als Manager von Plattformen – in physischer Form auf einer Messe oder digital 365 Tage im Jahr. Die Pandemie hat diesen Trend verstärkt", erläuterte Dittrich. Jetzt gelte es, digitale Zusatzangebote zu schaffen, die echten Mehrwert für die Kunden stiften

Neben der Digitalisierung wird sich die Messe München künftig noch stärker auf das Thema Nachhaltigkeit konzentrieren. Ziel der Messe ist es, so Dittrich, klimaneutrale Angebote zu entwickeln – auf der Messe selbst, aber auch bei der An- und Abreise, beim Aufenthalt in München oder bei der Infrastruktur. **DK**

Schulterschluss für die Region

Oberfranken Offensiv e.V. und Regionalinitiativen arbeiten gemeinsam am Image Oberfrankens

Der Imageprozess Oberfranken hat den nächsten wichtigen Schritt gemacht. In einem digitalen Dialog haben sich Oberfranken Offensiv e.V. und weitere Regionalinitiativen über ihre Projekte ausgetauscht und Kooperationsmöglichkeiten erörtert. Weitere Treffen sind bereits geplant.

Das Projekt „Imagepakt und Imagekampagne Oberfranken", das im Rahmen des Programms zur Stärkung regionaler Identitäten im Freistaat Bayern des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat umgesetzt wird, ist gegenwärtig eine der zentralen Aufgaben von Oberfranken Offensiv e.V.

Ziel ist es, das Image von Oberfranken weiter zu verbessern, sowohl im Innenverhältnis als auch von außen betrachtet. Die Entwicklungsagentur setzt dabei auch auf Kooperation mit den Regionalinitiativen, ganz im Sinne ihres Mottos #esgehtnurgemeinsam. Die Vorsitzende von Oberfranken Offensiv e.V., Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz: „Es ist wichtig, dass alle an einem Strang ziehen. Nur dann kann das Image Oberfrankens gewinnbringend weiterentwickelt werden und Oberfranken Offensiv als Klammer für alle Akteure vor Ort wirken. Dafür sind die Regionalinitiativen und ihre Ideen und Projekte ein wichtiger Baustein. Ich möchte mich ganz herzlich für die geleistete Arbeit bedanken und freue mich auf konkrete innovative Vorschläge im laufenden Strategieprozess."

Viele Schnittpunkte und Ideen für Kooperationen

Die Treffen mit den Regionalinitiativen sind Bestandteil vieler Gespräche, die Oberfranken Offensiv e.V. im Projekt Imagekampagne und Imagepakt führt. Ihr Ziel ist es, die Kernbotschaften, Zielgruppen und Zielregionen zu definieren, die die Basis für die folgende Imagekampagne bilden. In diesem Zusammenhang wird auch ausgelotet, in welchen Bereichen künftig ein enger Austausch mit den Regionalinitiativen stattfinden wird. Bereits im ersten Treffen wurden Ideen diskutiert und Projekte der Initiativen präsentiert, die im Rahmen des Imageprozesses Schnittpunkte für eine weiterführende Zusammenarbeit bieten. Staatsministerin Melanie Huml MdL: „Ich freue mich, dass die Fortsetzung unseres Imageprozesses in Oberfranken so hervorragende Anerkennung und Unterstützung findet. Oberfranken Offensiv wird auf Basis unserer aktuellen Imageanalyse intensiv daran arbeiten, die Stärken der Region weiter sichtbar zu machen. Innerhalb Oberfrankens, aber auch darüber hinaus. Das wird der Nukleus unserer Arbeit in den kommenden Jahren sein und dazu laden wir jeden mit ein, der mit anpacken will. Kommunen, Politik, Regionalinitiativen und selbstverständlich auch die Wirtschaft."

Heimatministerium unterstützt Imageprozess

Die Stärkung regionaler Identitäten und die Positionierung der Stärken nach außen werden unterstützt vom Staatsministerium der Finanzen und für Heimat. Gerade in einer heterogenen Region wie Oberfranken ist dabei wichtig, die Akteure vor Ort einzubeziehen und für das gemeinsame Ziel zu begeistern. Der Austausch mit den Regionalinitiativen ist daher für Oberfranken Offensiv e.V., aber auch für das Ministerium, ein wichtiger Bestandteil des Projekts. Dr. Hellmut Fröhlich, Leiter des Referats „Regionale Identität" im StMFH: „Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Imageprozess in Oberfranken gemeinschaftlich angegangen wird. Die Ansatzpunkte, mit denen sich Oberfranken positionieren kann, sind vom Feinsten, und es ist absolut richtig, diese vielen Facetten zu fokussieren."

Weitere Gespräche sind in Planung. Das Gemeinschaftsprojekt Image Oberfranken wird auch weiterhin gemeinschaftlich angepackt. Die Gespräche mit den Regionalinitiativen wird Oberfranken Offensiv e.V. in den kommenden Wochen vertiefen. Zeitgleich werden mit den oberfränkischen Spitzen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft die inhaltlichen Eckpfeiler für die Imagekampagne gesetzt. So entsteht ein Schulterschluss für die Region. ❐

Familienstützpunkte finden weiterhin den Weg zu Familien

Als Anlauf- und Kontaktstellen konzipiert, bilden Offene Treffs für und mit Eltern das Herzstück der Angebote in den sieben Familienstützpunkten in Würzburg.

Da Gruppen-Treffen in Zeiten von Corona gar nicht oder eben nur sehr eingeschränkt möglich sind, „haben sich die pädagogischen Fachkräfte kreative, spritzige, lebensnahe Angebote überlegt, bei denen eben beides geht: Abstand halten und trotzdem in Kontakt bleiben", erläutert Christiane Matzewitzki, Koordinierungsstelle der Familienstützpunkte in der Stadt Würzburg. Und weiter: „Familien leisten momentan Großartiges. Unser Ziel ist es, ihnen zu signalisieren, dass wir weiterhin für sie gut erreichbar und ansprechbar sind und sie entlasten wollen".

Offenes Ohr für die Alltagssorgen

Dazu haben sich die Fachkräfte einiges einfallen lassen. Bei den begleiteten Spaziergängen, und der aufsuchenden Arbeit im Stadtteil z. B. auf den Spielplätzen gibt es aus dem Bollerwagen heraus interessante Infos und Flyer aber auch kreative fertig gepackte Bastelpakete zum mit nach Hause nehmen. Natürlich mit Bastelanleitung und dem entsprechenden Material, z.B. zur Herstellung von Knete.

Bei online Einzelgesprächen oder telefonischen Kontakten hat die Leitung des Familienstützpunkts ein offenes Ohr für die Alltagssorgen, sie hört zu und kann wichtige Tipps geben, wenn es grade mal nicht so rund läuft in der Familie. Für die Freizeit erhalten die Eltern per Mail wöchentlich einen Outdoor-Tipp, kindgerecht aufgearbeitet. Die beliebten Formate Baby-Cafe oder Mütter-Treff finden zur Zeit online statt. Da steht schon mal eine Tasse Kaffee dabei und ein Stück Kuchen und das schafft eine gute Atmosphäre.

Beim wöchentlichen Morgenkreis für die ganz Kleinen und ihre Eltern trifft man sich ebenfalls online. Da wird gesungen und geklatscht, da müssen Gegenstände von den Kindern aus dem Alltag gesucht und gefunden werden oder auch schon mal ein Turm vor dem Rechner gebaut werden. Beim Sportangebot online schwitzen Mamas mit ihren Kleinen vor dem Bauch nach Anleitung der Fachkraft, übrigens sehr beliebt.

Damit auch die Kultur in der Familie nicht zu kurz kommt, wird gerade mit dem Theater Spielberg eine Kooperation besprochen. Dann soll es ein Theaterstück online geben, natürlich sollten Popcorn & Co und ein schickes Theateroutfit auch zu Hause dabei nicht fehlen.

Informationen: www.wuerzburg.de/themen/jugend-familie/willkommen-im-leben/familienstuetzpunkte/index.html ❐

Demokratiebildung vor Ort gestalten

Demokratiebildung bietet viele Gestaltungsmöglichkeiten: Bürgerbeteiligungen, Jugendparlamente oder Anti-Rassismus-Projekte bei Sportvereinen sind nur einige Beispiele einer breiten Angebotspalette. Ihnen allen kommt aktuell eine stetig wachsende Bedeutung zu.

In Zeiten emotional geführter politischer Debatten, veränderter Mehrheiten in Parlamenten und dem Einfluss von Social Media auf politische Willensbildung investieren daher viele Kommunen verstärkt in Angebote politischer Bildung. Die in der Geschäftsstelle der Metropolregion Nürnberg angesiedelte Transferagentur Bayern hat diese Impulse aufgegriffen und zeigt in der aktuellen Ausgabe des Magazins „Transfer aktuell", wie Kommunen vorgehen und was dabei zu beachten ist.

Der Ratsvorsitzende der Metropolregion Nürnberg, Johann Kalb, betont: „Die Metropolregion steht für eine offene und demokratische Gesellschaft. Die Gestaltungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger haben höchste Priorität." Auch in seinem Landkreis Bamberg haben Angebote zur politischen Mitbestimmung deshalb einen hohen Stellenwert. Diese werden im Magazin als Praxisbeispiele aufgezeigt, ebenso wie Aktivitäten der Stadt Weiden und weiterer kommen aus ganz Bayern.

Kommunen prägen den Stellenwert von Demokratiebildung entscheidend. Gefordert sind somit auch die Verwaltungen selbst: Wie kann man das eigene demokratische und partizipative Handeln reflektieren? Welche Strategien bieten sich an? Was hat sich bisher bewährt? Antworten darauf gibt das Interview mit Dr. Elisabeth Preuß, gewählte Vertreterin der Kommunen im Vorstand der Allianz gegen Rechtsextremismus: „Die Kommune kann sehr viel in der Bevölkerung bewirken, wenn sie freiwillige Bildungsangebote zusätzlich zu den rein schulischen Angeboten aktiv bereithält. Es ist zudem wichtig, alle demokratischen Strukturen bei ihrer eigenen Präventionsarbeit zu stärken. Beispielsweise durch die Unterstützung von „Schulen gegen Rassismus" oder des Ausländerbeirates. Die Kommune kann dadurch zum einen Rechtsextremismus vorbeugen und zum anderen die Stadtgesellschaft und die NGOs stark machen."



Dr. Elisabeth Preuß, Vertreterin der Kommunen im Vorstand der Allianz gegen Rechtsextremismus. Bild: Metropolregion Nürnberg

Dr. Christa Standecker, Geschäftsführerin der Metropolregion Nürnberg, verdeutlicht die Relevanz des Bildungsfeldes: „Das Thema Demokratiebildung ist aktueller denn je. Viele Kommunen identifizieren sich mittlerweile als Bürgerkommune und lassen Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen teilhaben. Demokratie wird dadurch für alle – von der Kita bis zum Senior- erlebbar! Das seit 2009 bestehende Netzwerk zwischen 152 Kommunen und 247 zivilgesellschaftlichen Initiativen – die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg – unterstreicht zudem das regionale Engagement und Bekenntnis zu einer vielfältigen und weltoffenen Region, in der Toleranz, Demokratie und Respekt gelebt wird."

Das aktuelle Magazin der Transferagentur Bayern ist online abrufbar unter www.transferagentur-bayern.de oder kann als Print-Ausgabe kostenfrei bestellt werden. Unter der Rubrik Materialien ist ebenfalls zum gleichen Thema die Dokumentation zur virtuellen Themenwoche „Demokratie. Partizipation. Verwaltung" von Oktober 2020 zu finden. Die Transferagentur wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. ❐

Bodenplaketten informieren über Straßengeschichten

Insgesamt 27 Bodenplaketten informieren in der Innenstadt von Erlangen über den Zusammenhang der Gasthäuser, die als Namensgeber für Straßen und Gassen fungierten.

Wie das Referat für Planen und Bauen der Stadtverwaltung informiert, gehörten die Gasthäuser seit Jahrhunderten zum lebendigen Alltag der Erlanger und dienten Reisenden zum Zwischenaufenthalt. Viele bis dahin namenlose Gassen der schnell wachsenden Stadt wurden nach einem dort ansässigen Gasthaus benannt. Zugleich waren sie Orientierungspunkte in der städtebaulich gleichförmigen Planstadt. Manche trugen so fantasievolle Namen wie zum Beispiel „Goldenes Einhorn".

Auf die Historie dieser Straßennamen weisen nun 27 Bodenplaketten hin. Vor dem Eingang der betreffenden Häuser wurde jeweils eine runde Bodenplakette aus Messing eingelassen. Sie trägt ein individuelles Symbol sowie den Namen der historischen Gaststätte.

Mit dem Projekt möchte das Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung zur Erkundung der Stadtgeschichte einladen. Begleitend zu diesem Projekt gibt es einen Infoflyer, der im Internet unter www.erlangen.de/innenstadtentwicklung abrufbar ist. ❐

GZ ZU GAST BEI ...


Bild: Stadt Regensburg/Stefan Effenhauser

Gertrud Maltz-Schwarzfischer

Oberbürgermeisterin der Stadt Regensburg Bezirksvorsitzende der kreisfreien Städte in der Oberpfalz, Bayerischer Städtetag

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich bin Oberbürgermeisterin der Stadt Regensburg und vertrete rund 168.000 Einwohner.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

Zur Oberbürgermeisterin bin ich im März 2020 gewählt worden. Allerdings habe ich bereits seit Januar 2017 den vorläufig vom Dienst suspendierten Oberbürgermeister Joachim Wolbergs bis zu den letzten Kommunalwahlen vertreten.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bietet jeder einzelnen Bürgerin und jedem einzelnen Bürger unzählige Möglichkeiten, sich aktiv in unsere Gesellschaft einzubringen und diese mitzugestalten. Ich engagiere mich in der Politik, weil ich der Meinung bin, dass man die Möglichkeiten und Potenziale, die unsere Demokratie bietet, ausschöpfen sollte, statt sich passiv zurückzulehnen und darauf zu vertrauen, dass es andere schon richten werden. Speziell die Kommunalpolitik liegt mir deshalb sehr am Herzen, weil ich Regensburg liebe und die Stadt, in der ich groß geworden bin, für die Zukunft lebenswert erhalten möchte.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich stamme aus einer sozial und politisch engagierten Familie und bin selbst seit 1995 Mitglied der SPD. Seit vielen Jahren sitze ich im Stadtrat, war dort stellvertretende Fraktionsvorsitzende und habe den unterschiedlichsten Ausschüssen angehört. Nach den Kommunalwahlen 2014 wurde ich zur zweiten Bürgermeisterin gewählt. Und – wie gesagt – bereits Anfang 2017 habe ich die Verantwortung als Stadtoberhaupt übernommen – wenn auch zunächst „nur" in Vertretung.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Als ich mein Amt offiziell angetreten habe, hatte die erste Corona-Welle gerade ihren Höhepunkt erreicht. Niemand konnte damals so genau sagen, wie es weitergehen und welche Auswirkungen der Lockdown haben würde. Das war keine einfache Zeit und es ist bis heute auch nicht einfacher geworden.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Ich glaube ich bin nicht die einzige Oberbürgermeisterin, die sich derzeit vor die Herkulesaufgabe gestellt sieht, immer mit dem Blick auf die aktuellen Infektionszahlen das Optimale für die Stadt zu erreichen. Das ist nicht einfach, zumal uns die wirtschaftliche Lage dazu zwingen wird, den Rotstift anzusetzen. Es ist aber auch deshalb schwierig, weil wir immer auf Sicht fahren müssen und fast täglich auf die Vorgaben reagieren müssen, die uns Bundes- und Landespolitik auferlegen.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Wie vermutlich alle Menschen hoffe auch ich auf ein Ende der Pandemie und damit auf eine Situation, in der die Zukunft unserer Stadt wieder erste Priorität genießt.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Gut informiert sein, stets die Ruhe bewahren, sich nicht von Schlagzeilen treiben lassen und immer so agieren, dass man vor sich selbst geradestehen kann.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Ich schätze die Gespräche mit der Bürgerschaft, aber auch im Kollegenkreis sehr. Ehrlich geführte Unterhaltungen helfen, den Blickwinkel auf die Dinge zu verändern und die notwendige Distanz zu gewinnen, die im hektischen Arbeitsalltag vielleicht manchmal abhanden kommt. Auch da freue ich mich sehr auf Zeiten, in denen wieder ein naher persönlicher Kontakt möglich ist.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Sicherlich einen sehr großen. Wie viel Handlungsbedarf hier noch besteht, das sehen wir jetzt gerade durchaus schmerzlich.

Dennoch glaube ich, dass auch künftig der persönliche Kontakt in keinem Bereich zu kurz kommen darf, und ich bin mir sicher, dass er in Zukunft vielleicht noch mehr geschätzt werden wird.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Da halte ich es mit Nelson Mandela, der gesagt hat: „Jeder kann über sich hinauswachsen, wenn er es mit Hingabe und Leidenschaft tut."

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Es ist mir nicht wichtig, dass man von mir sagen wird, ich hätte immer Recht behalten. Aber ich möchte, dass sich die Menschen an mich als eine Oberbürgermeisterin erinnern, die stets ihr Bestes für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger gegeben hat ❐

Oberfränkische und oberpfälzische Integrationspreise 2020:

Leuchtende Vorbilder

Initiativen aus Bamberg und Bayreuth sind von Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz für ihr gesellschaftliches Engagement mit dem Oberfränkischen Integrationspreis 2020 ausgezeichnet worden. Der Integrationspreis der Regierung der Oberpfalz ging an die Stadt Wörth a. d. Donau sowie an Initiativen aus Regenstauf, Trabitz, der Stadt Amberg bzw. dem Landkreis Amberg-Sulzbach, und der Stadt Weiden.

Mit ihrem Projekt „Deutsch lernen mit allen Sinnen" leistet die Erlöser-Mittelschule Bamberg seit vielen Jahren hervorragende Arbeit beim Spracherwerb sowie der schulischen und kulturellen Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Dabei ist vor allem der ganzheitliche Ansatz hervorzuheben, den die Schule verfolgt. Kunst, Kultur, aber auch das Kennenlernen bestimmter Kulturtechniken tragen in hohem Maße dazu bei, dass die Schüler das Leben in der neuen Heimat Deutschland gut meistern, schulisch vorankommen und Beziehungen zu Gleichaltrigen aufbauen können.

Die Erlöserschule wird von Schülern aus 34 Nationen besucht. Es gibt zwei Deutsch-Klassen, in denen Schüler mit Migrationshintergrund besonders gefördert werden. Sie umfassen die Jahrgangsstufen 5 und 6 sowie 7 bis 9 und werden seit 2018 im Ganztag geführt.

Deutsch lernen mit allen Sinnen

Die besondere Qualität des Projekts „Deutsch lernen mit allen Sinnen" liegt darin, dass es über die Kerninhalte des Unterrichtsfachs „Kulturelle Bildung und Werteerziehung" hinaus mit zahlreichen Einzelprojekten zum Beispiel aus den Bereichen Musik, Theater, Film und Heimatgeschichte verknüpft ist. Das von einer Deutsch-Klasse entwickelte Theaterprojekt „Black-Light-Show" wurde in diesem Jahr mit dem renommierten CC-Buchner-Preis ausgezeichnet.

Ein weiterer Preisträger, die Integrationslotsenstelle der Stadt Bayreuth, koordiniert das Engagement von insgesamt 62 aktiven Ehrenamtlichen, die einzelne oder auch mehrere Familien mit Migrationshintergrund betreuen und sie in den verschiedensten Lebenslagen unterstützen. Im März 2020 mussten, bedingt durch den Lockdown, die Schulen geschlossen und die Beschulung auf „Homeschooling" umgestellt werden. Gerade Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund wurden dadurch vor erhebliche Schwierigkeiten gestellt. Hier half die Integrationslotsenstelle mit ihrem Projekt „Hausaufgabenunterstützung und Betreuung von Kindern".

Engagement für die Kinder in Gemeinschaftsunterkünften

Der Hauptamtliche Integrationslotse der Stadt Bayreuth, Ibukun Koussemou, engagierte sich in dieser Zeit besonders für die Kinder in den Gemeinschaftsunterkünften in Bayreuth. Geeignete Unterrichtsräume für die Kinder fanden sich schließlich durch die Anmietung eines Mehrzweckraumes vom Verein „Come and See". Die hierfür erforderlichen Aufwendungen wurden aus Eigenmitteln und aus Spenden der Adalbert-Raps-Stiftung in Kulmbach bestritten. Für die Beschulung konnten 13 Ehrenamtliche gewonnen werden, Studierende der Universität Bayreuth und Schüler verschiedener Schulen. Gebildet wurden zwei Klassen mit insgesamt 15 zu beschulenden Kindern.

Verlässliche Institutionen

Die Regierung der Oberpfalz verlieh den ersten Preis an die Stadt Wörth a. d. Donau im Landkreis Regensburg mit dem Arbeitskreis „Wörth ist bunt" und dem Familienstützpunkt Donau.Wald. Im Jahr 2016 wurde der Arbeitskreis „Wörth ist bunt" gegründet, der Migranten aller Nationalitäten willkommen heißt und Familien und Einzelpersonen als Basis für ein friedliches und sozialverträgliches Miteinander unterstützt. „Wörth ist bunt" ist ein Zusammenschluss von ehrenamtlich engagierten Bürgern, Stadträten, Kindergarten, Schulen, der Jugendpflegerin, dem Familienstützpunkt sowie der Behindertenbeauftragten der Stadt Wörth. Der Arbeitskreis steht für ein offenes, tolerantes und diskriminierungsfreies Wörth. Zu den Aktionen des Arbeitskreises gehören regelmäßige Veranstaltungen, Nachhilfeprojekte in den Ferien für Migrantenkinder, Aktionen gegen Rassismus, Theaterstücke, Vorträge, Filmnachmittage, Aktionstage in der Mittelschule, ein Erzählcafé im Bürgersaal, gemeinsames Malen, ein Elterncafé sowie Kinoabende.

Helferkreise und Netzwerke

Den zweiten Preis erhielt der „Helferkreis GU Regenstauf" aus dem Landkreis Regensburg. Die sieben Ehrenamtlichen engagieren sich seit Bestehen der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in Regenstauf im Jahr 2017 für um die 70 bis 80 Asylbewerber. Der Helferkreis ist eine verlässliche Institution für die Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft Regenstauf und wird von der Unterkunftsverwaltung der Regierung als wertvoller Ansprechpartner geschätzt.

Ein dritter Preis ging an Gisela und Ernst Schmutterer aus Trabitz im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab. Das Ehepaar hat bewiesen, dass jeder von uns seinen individuellen Beitrag zur gelingenden Integration von geflüchteten Menschen leisten kann.

Arbeitskreise

Einen weiteren dritten Preis erhielt das Bündnis Migration & Integration der Stadt Amberg und des Landkreises Amberg-Sulzbach, das mehrere Arbeitskreise aufgebaut hat mit dem Ziel, die Integration in verschiedenen Bereichen zu forcieren. Ebenfalls mit einem dritten Preis wurde das „Netzwerk Asyl Weiden" bedacht, das alle ehrenamtlichen Tätigkeiten in Weiden rund um die Flüchtlingsarbeit unter einen Hut gebracht hat.

Die Preisgelder

Die Erstplatzierten wurden mit einem Preisgeld von 2.500 Euro ausgezeichnet, die Zweitplatzierten durften sich über 1.500 Euro freuen. Die drei Drittplatzierten wurden mit einem Preisgeld von je 500 Euro gewürdigt. Das Preisgeld in Höhe von insgesamt 5.500 Euro stellte das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration zur Verfügung. **DK**

Landkreis Lindau setzt mobile Luftreinigungsgeräte in Schulen ein

Lindau (Bodensee) – Der Landkreis Lindau hat 30 mobile Luftreinigungsgeräte für Schulen, die in seiner Trägerschaft sind, beschafft. Landrat Elmar Stegmann hat die Geräte nun gemeinsam mit Andreas Hiel von der Kreiskämmerei in Empfang genommen und sie sich präsentieren lassen.

Die Geräte kommen dort zum Einsatz, wo aufgrund der baulichen Gegebenheiten Unterrichtsräume nicht ausreichend durchlüftet werden können und sind somit eine Ergänzung zum vorhandenen Corona-Hygienekonzept der Schulen. Dies betrifft Räume am Bodenseegymnasium, am Valentin-Heider-Gymnasium sowie am Beruflichen Schulzentrum. Die Gesamtkosten für die 30 mobilen Luftreinigungsgeräte betragen rund 87.000 Euro. Da die Beschaffung zu 100 Prozent über den Freistaat Bayern gefördert wird, belastet diese den Landkreishaushalt nicht.


V.l.: Landrat Elman Stegmann und Andreas Hiel von der Kreiskämmerei. Bild: LRA Lindau

CO2-Meßgeräte

Zusätzlich wurden die landkreiseigenen Schulen, die noch über keine kontrollierte Be- und Entlüftungsanlage verfügen, mit CO2-Meßgeräten für alle Unterrichtsräume ausgestattet. Auch diese Investition in Höhe von etwa 31.000 Euro wurde komplett vom Freistaat gefördert.

Die Luftreinigungsgeräte wurden unter anderem speziell für die Kontrolle luftübertragener Infektionen in Krankenhäusern, medizinischen Kliniken und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens entwickelt. Die Effizienz liegt laut Hersteller bei über 99,99 Prozent.

Luftaustausch viermal pro Stunde

Bis zu viermal in der Stunde wird die Luft im Klassenzimmer ausgetauscht. Die Geräte lassen sich zentral über das vorhandene Netzwerk steuern. Sie sind aber nicht nur handlich in der Bedienung, sondern auch im Vergleich zu anderen Modellen relativ klein und daher sehr gut für Klassenzimmer mit vielen Schülerinnen und Schüler geeignet. Der Geräuschpegel liegt je nach Stufe beziehungsweise Auslastung bei 33-68 dB(A).

Einbau kontrollierter Be- und Entlüftungsanlagen

„Parallel möchten wir in allen drei Gymnasien kontrollierte Be- und Entlüftungsanlagen einbauen", erklärt Landrat Elmar Stegmann. Denn mobile Geräte filtern zwar Viren aus der Luft, verbessern aber nicht die Luftqualität. „Es ist wichtig, dass wir ein gutes Lernumfeld für unsere Schülerinnen und Schüler schaffen. Ich freue mich deshalb, dass die Mitglieder des Haushaltsausschusses den Einbau der dezentralen Geräte befürwortet haben. Dezentrale Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung sind auch ökologisch sinnvoller", ergänzt Stegmann. Dafür sind im Haushaltsentwurf 2021 des Landkreises 1,1 Millionen Euro vorgesehen. Für das Jahr 2022 wären nochmals knapp 1,1 Millionen Euro notwendig. Bisher sind beide Realschulen in der Trägerschaft des Landkreises mit einer kontrollierten Be- und Entlüftungsanlage ausgestattet. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Startschuss für die Krisendienste

Bezirketagspräsident Franz Löffler: „Eine frühe Intervention kann verhindern, dass aus einer psychischen Krise eine längere Krankheit wird“

Eine Trennung, der Tod eines Angehörigen, der Verlust des Arbeitsplatzes oder eine schwere Krankheit – all das kann eine Krise auslösen und so belastend werden, dass sie nicht mehr allein, mit Hilfe der Familie oder im Freundeskreis zu bewältigen ist. Auch chronisch psychisch kranke Menschen können immer wieder in krisenhafte Situationen geraten, in denen sie qualifizierte Hilfe benötigen. Das kann Betroffene und ihr soziales Umfeld vor große Herausforderungen stellen. Wo bekomme ich Hilfe, um aus diesem Zustand herauszufinden? Antworten erhalten Betroffene bei den Krisendiensten Bayern, die am 1. März 2021 bayernweit starteten. Dahinter verbirgt sich ein psychosoziales Beratungs- und Hilfeangebot, das Menschen in psychischen Krisen sowie deren Angehörigen unter der kostenlosen Rufnummer 0800 655 3000 zur Verfügung steht. Vorrangiges Ziel ist es, Menschen in seelischen Notlagen zu unterstützen und mit ihnen gemeinsam einen Ausweg aus ihrer Situation zu finden.

Die Einführung der Krisendienste wurde mit dem Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG), das im August 2018 in Kraft getreten ist, beschlossen. Darin wurden die sieben Bezirke mit dem bayernweiten Ausbau von Krisendiensten beauftragt. Für den Präsidenten des Bayerischen Bezirketags, Franz Löffler, ist das eine wegweisende Ergänzung in der psychiatrischen Versorgungslandschaft: „Krisen gehören zum Leben dazu und können jederzeit jeden treffen. Mit den Krisendiensten Bayern sollen Betroffene frühzeitig die Hilfe bekommen, die sie in dem jeweiligen Moment brauchen. Wir bieten damit eine Art ‚Erste Hilfe in seelischen Notlagen‘. Denn durch eine frühe Intervention lässt sich oft eine weitere Zuspitzung vermeiden und verhindern, dass aus einer Krise eine längere Krankheit wird.“

Flächendeckendes Angebot zur Soforthilfe

Bisher gibt es Krisendienste nur in einzelnen Städten und Regionen Deutschlands. Mit den Krisendiensten Bayern steht erstmalig ein flächendeckendes Angebot zur Soforthilfe bei psychischen und psychiatrischen Notfällen in einem Bundesland zur Verfügung.

Die Krisendienste Bayern sind ein Netzwerk aus sieben eigenständigen regionalen Krisendiensten. Das Beratungs- und Hilfeangebot ist dabei in allen Bezirken gleich. Die Krisendienste bestehen aus jeweils einer Leitstelle, die mit Fachkräften besetzt ist. Dort erhalten Betroffene sowie Angehörige und Bezugspersonen telefonische Krisenhilfe. Wenn die telefonische Beratung nicht ausreicht, hilft das Fachpersonal in der Leitstelle den Betroffenen bei der Vermittlung in das medizinische und psychosoziale Versorgungssystem vor Ort, beispielsweise an eine psychiatrische Praxis, den Sozialpsychiatrischen Dienst oder an die Akutstation einer psychiatrischen Klinik – je nach Bedarf. In besonders dringenden Fällen kommen mobile Teams zum Einsatz, die die Anrufenden vor Ort aufsuchen. Diese mobilen Vor-Ort-Einsätze werden von den Fachdiensten der Freien Wohlfahrtspflege und privater Anbieter durchgeführt.

Unterstützung von vielen Seiten

Dass die Krisendienste nun endlich an den Start gehen können, ist ein großer Erfolg für die Bezirke und alle beteiligten Kooperationspartner. „Die Krisendienste Bayern leben vom Engagement der beteiligten Akteurinnen und Akteure. Nur mit der tatkräftigen Unterstützung der Betroffenen, der Wohlfahrtsverbände und anderer Anbieter sozialer Dienste, der Politik sowie der Mobilfunkanbieter können wir dieses Projekt stemmen. Das erfüllt mich durchaus mit einem gewissen Stolz“, so Bezirketagspräsident Löffler.

Insgesamt mussten fünf Leitstellen neu aufgebaut werden, da es in den Bezirken Mittelfranken und Oberbayern bereits Krisendienste gab.

Die Kosten trägt der Freistaat

Die Kosten für die sieben Leitstellen trägt der Freistaat Bayern. Im aktuellen Doppelhaushalt wurden dafür insgesamt über 18 Millionen Euro vorgesehen. Die Finanzierung der mobilen Einsatzteams und aller sonstigen Kosten, wie zum Beispiel für den Aufbau von Netzwerken, in mindestens der gleichen Höhe wird von den Bezirken geschultert. „Mittelfristig wäre es allerdings wünschenswert“, so Verbandspräsident Franz Löffler, „wenn der Bundesgesetzgeber die Voraussetzungen dafür schaffen würde, dass Krankenkassen an der Finanzierung mitbeteiligt werden können. Denn durch eine frühe Intervention können Krankenhausaufenthalte verhindert und dadurch Kosten eingespart werden.“

Die Weichen für die Krisendienste Bayern sind nun aber erst einmal gestellt. Für Verbandspräsident Franz Löffler ist der Startschuss ein besonderer Anlass zur Freude: „Wir haben viel Arbeit und Kraft in den Aufbau der Krisendienste Bayern investiert. Ich freue mich, dass wir endlich loslegen können und hoffe, dass dieses Angebot in allen bayerischen Bezirken gut angenommen wird“, so Bezirketagspräsident Löffler.

Informationen:
www.krisendienste.bayern ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Sich was gönnen in der Fastenzeit. Corona bringt doch alles durcheinander!“ Mein Chef, der Bürgermeister, war heute recht entspannt etwas später ins Büro gekommen. Er war beim Friseur. Endlich kann ich nur sagen. Das war höchste Zeit.

Ich weiß nicht, ob es theologisch vertretbar ist zu behaupten, man habe die Fastenzeit quasi vorweggenommen. Aber hallo: Genau so fühlt sich die Zeit zwischen Beginn des jüngsten Lockdowns und jetzt an – als eine lange, lange Zeit des Verzichts. Ok, keines gänzlich freiwilligen Verzichts, der wohl zur Umsetzung des Fastengebots unabdingbar ist, aber doch eines schmerzlichen.

Gott, was ist die Staatsregierung von Besserwissern aller Art attackiert worden, weil

Endlich wieder Haare schneiden!

Friseure und Nagelstudios seit 1. März ihre Dienste wieder anbieten dürfen. „Was ist an einer guten Frisur so wichtig?“, wird da getönt. Warum die, warum nicht andere. Solchen Zeitgenossen entgegne ich nur, dass es sehr wohl einen Unterschied macht, ob sich jemand um die Körperpflege kümmert, der das gelernt hat und die richtigen Handgriffe beherrscht oder ob man sich ein YouTube-Video reinzieht und meint, damit eine Handwerksausbildung ersetzen zu können. Jeder, der es für sich ok findet, dass der Partner seine Haare mithilfe eines Haartrimmers im Zaume hält, sei die Freude belassen. Jede, die es nicht stört, sich mit Hilfe von abenteuerlichen Verrenkungen die Zehennägel zu schneiden, nur um dann doch inegale und nicht gleich lange Zehen in den Sandalen zu präsentieren, hat mein Mitgefühl.

Aber es gibt halt mal auch Leute wie mich, die einerseits einen gewissen ästhetischen Anspruch haben, es andererseits aber auch sehr angenehm und entspannend finden, sich alle vier bis sechs Wochen in professionelle Hände zu begeben, um sich verwöhnen zu lassen. Das mag nun der eine oder die andere dekadent finden. Wer meint, einen Pferdeschwanz könne man auch mit einer Hanfschnur bändigen oder gleich lange, rund gefeilte Fingernägel seien keine notwendige Bedingung zum Überleben der Spezies Mensch, dem sei gesagt: „Möglich, möglich, aber all das hat sehr wohl mit zivilisiertem Auftreten zu tun.“

Vielleicht hat ja die Pandemie auch was Gutes, indem sie uns die Bedeutung von Berufen und Gewerken vor Augen führt, deren Existenz und Inanspruchnahme wir bisher als selbstverständlich angesehen haben.

Dazu gehören definitiv auch Bau- und Gartenmärkte. Jetzt, wenn die Natur erwacht und die Sonne in der Nase kitzelt, will man nur raus aus seinen vier Wänden. Dann fährt man entweder zu bekannten Ausflugszielen, in denen es am Wochenende zugeht wie am lausigen Kopf oder man erweitert diszipliniert den Radius des Hausarrestes auf Garten, Terrasse und Balkon aus. Dann braucht man aber frische Pflanzen, Sämlinge sowie Werkzeug, das im Herbst kaputt oder über den Winter abhanden gekommen ist.

Klar, kann man sich auch alles im Internet bestellen, die großen Gartenmultis haben alle attraktive Webseiten, die Pflanzen in voller Pracht und Schönheit mit detaillierten und informativen Beschreibungen feilbieten. Alles gut. Bis auf den Duft. Lieben Sie Rosen? Ja? Sicherlich wegen ihrer Schönheit aber bestimmt nicht minder wegen des Duftes. Und ich finde an meinem Computer trotz heißem Bemühen noch nicht den Smell-Button, der es mir erlauben würde, die angebotene „Gloria Dei“ mit der Mitbewerberin „Marie Curie“ (beides tolle Rosensorten) olfaktorisch zu vergleichen.

Mein Chef, der Bürgermeister, stimmt mir zu: Die Öffnungen waren überfällig. Er hat seiner Frau versprochen, am kommenden Samstag mit ihr zur hiesigen Gärtnerei zu fahren und die Pflanzen für‘s Frühjahr zu besorgen. Und ich? Ich werde ebenfalls zum Friseur gehen und mich so richtig verwöhnen lassen. Dabei denke ich nicht nur an mich, sondern auch daran, dass die Menschen, die mir seit Jahren soviel Gutes tun, endlich wieder Umsatz machen müssen. Ein ordentliches Trinkgeld wird auch noch drin sein.

Einig sind mein Chef und ich uns auch darüber, dass der Schweizer Max Moor Recht hat: „Der Mensch funktioniert nicht über Verzicht.“

Ihre Sabrina

Rathauschefs mit gemeinsamer Vision

Bürgermeister-Versammlung erstmals digital
Weichen gestellt für das erste Virtuelle Gemeindewerk

Landkreis Landshut. Entsteht in der Region Landshut das erste Virtuelle Gemeindewerk? In der Online-Bürgermeisterversammlung wurden jetzt die Möglichkeiten diskutiert. Eine Machbarkeitsstudie für das interkommunale Unternehmen liegt bereits vor, nun sind die Gemeinderäte gefragt. Denn verbindliche Entscheidungen zur Gründung können nur die Bürgervertreter der einzelnen Kommunen beschließen. Geben diese grünes Licht, könnte das Projekt beispielhaft für ganz Bayern werden, mit dem Ziel, durch kluge Zusammenarbeit die großen Herausforderungen wie Klimawandel und Digitalisierung zu meistern. Das Projekt wird von der Verwaltung für ländliche Entwicklung unterstützt und begleitet.

Motor hinter dem Virtuellen Gemeindewerk ist Andreas Engl, Gründer des regionalen Stromversorgers „Regionalwerke“ und selbst Gemeinderat in Bodenkirchen. Er beschäftigt sich seit über zehn Jahren mit den Möglichkeiten der Energiewende und konnte schon einige erfolgreiche Projekte umsetzen. Jetzt sorgte er dafür, dass die Bürgermeisterversammlung erstmals digital stattfinden konnte und präsentierte den zahlreichen Teilnehmern, was in den vergangenen Monaten gemeinsam mit Partnern erarbeitet wurde. Mit im Boot waren die Kanzlei Becker Büttner Held aus München und Consolinno Energy aus Regensburg sowie die HeimatUnternehmer Isar-Inn.



Die erste digitale Bürgermeisterversammlung im Landkreis Landshut war gut besucht: Was durch ein Virtuelles Gemeindewerk digital noch alles möglich ist, erläuterte Andreas Engl.

Bild: regionalwerke GmbH & Co. KG

Blaupause für ganz Bayern

Seit gut einem Jahr beschäftigt sich Engl im Auftrag des Freistaats intensiv mit der Entwicklung eines Virtuellen Gemeindewerks. Am Beispiel des Landkreises Landshut, wo insgesamt 34 der 35 Gemeinden kein eigenes Stadt- oder Gemeindewerk besitzen, soll eine Blaupause für ganz Bayern erstellt werden. Es gab mehrere Treffen mit den Bürgermeistern, die Engl überzeugen will. „Hier ist meine Heimat und deshalb ist es mir ein großes Anliegen, dass dieses Projekt von Landshut aus zum Vorbild für ganz Bayern wird.“

Wichtiges Werkzeug zur Entwicklung der Heimat

2019 konnten sich viele noch nicht vorstellen, was sich hinter dem Begriff eines virtuellen Gemeindewerks verbirgt, erklärte Bodenkirchens Bürgermeisterin Monika Maier in der Online-Konferenz. Inzwischen sei aber klar, dass damit ein wichtiges Werkzeug für die Entwicklung der Heimat gegeben sei. Im Laufe des vergangenen Jahres wurde eine Machbarkeitsstudie erstellt, die rechtlichen Grenzen und Möglichkeiten wurden ausgelotet und auch eine Satzung ist entworfen. Sogar ein Beispiel für eine Softwarelösung gibt es schon als App zu sehen.

Gastreferent Dr. Markus Henle, Geschäftsführer der Eberwerke aus dem Landkreis Ebersberg, erläuterte die Potenziale eines kommunalen Zusammenschlusses in der Energieversorgung. Nach diesem Impulsreferat wurde Andreas Engl konkret: „Gerade in dieser Zeit bekommen wir ein Gespür dafür, wie groß die Herausforderungen der Gemeinden sind, seien es die Globalisierung, die Digitalisierung, der Klimawandel oder sogar eine Pandemie wie Corona. Wir brauchen ein gemeinsames Handeln, um die Chancen für einen positiven Wandel zu erhöhen.“

Interkommunales Unternehmen

Aus diesem Grund sollten sich möglichst viele der Kommunen aus dem Landkreis Landshut zusammenschließen und das virtuelle Gemeindewerk Landshuter Land gründen. „Ein gemeinsames und interkommunales Unternehmen, ausschließlich in den Händen der Bürger soll sicherstellen, dass die Menschen auf dem Land ihre Zukunft selbst gestalten und ihre Heimat nachhaltig entwickeln können.“

Im virtuellen Gemeindewerk entsteht eine Plattformlösung, über die die kommunalen Verwaltungen ihre gewünschten Dienstleistungen gemeinschaftlich nutzen können. In Zukunft könnten auch Bürger, Vereine und Unternehmen in das System einsteigen. Per App den digitalen Behördengang durchführen, regionale Produkte oder überschüssige Energie der Photovoltaikanlage vor Ort vermarkten, all das sei möglich, stellte Engl in der Bürgermeisterversammlung klar. Dabei werde die Datenhoheit der Bürger und Betriebe sichergestellt und gleichzeitig die regionale Wertschöpfung gestärkt, die schließlich neue Investitionen erlaube. Mit dem Rückhalt von 160.000 Einwohnern könnte ein Innovationsmotor geschaffen werden, der allen Beteiligten diene.

Nachvollziehbare Chance

Viele Bürgermeister sehen das Projekt positiv. Aus einer anfänglichen Vision habe sich in den vergangenen Monaten eine nachvollziehbare Chance entwickelt, stellte Bürgermeistersprecher Alfred Holzner fest. „Das ist keine Luftnummer, das ist ein konkretes Konzept, das uns wirklich alle zusammen weiterbringen kann. Die Aufgaben der Kommunen werden nicht weniger, sondern mehr, Klimaschutzmanager, Digitalisierung, Breitbandausbau: Viele kleinere Gemeinden sind alleine überfordert. Ein gemeinsames Digitalunternehmen ist die Möglichkeit, um Gemeinden zu entlasten und Kräfte zu bündeln.“

Auch Landrat Peter Dreier zeigte sich begeistert: „Ich kann nur unterstreichen, dass in der heutigen Zeit die interkommunale Zusammenarbeit ausschlaggebend ist für den Erfolg. Dieses Projekt hat es in sich. Für die weiteren Schritte verspreche ich den Gemeinden meine Unterstützung, um gemeinsam stärker zu werden und mit der Zeit zu gehen.“ ❐

Würzburg im 2. Weltkrieg:

Chronologie der Zerstörung

Ausstellung der Geschichtswerkstatt nur online

Am 16. März 1945 wurde Würzburg fast völlig von Bomben zerstört. Dem Feuersturm fielen 4.000 bis 5.000 Menschen zum Opfer. Zum letztjährigen 75. Jahrestag wollte die Geschichtswerkstatt im Verschönerungsverein Aufnahmen im Würzburger Rathaus zeigen, die die Zerstörung Würzburgs im Zweiten Weltkrieg dokumentieren. Aufgrund des ersten Lockdowns im März 2020 musste diese Ausstellung abgesagt werden. Die Geschichtswerkstatt stellt nun in Zusammenarbeit mit der Stadt Würzburg in einer einmaligen Kooperation einen Teil dieser Ausstellung online aus.

Die Bilder zeigen von den Vorbereitungen auf die befürchteten Luftangriffe über erste Bombenangriffe vom Februar 1942 bis zum Sommer 1944 natürlich auch die Zerstörung am 16. März 1945. Dies war zwar der Höhepunkt, aber nicht das Ende der Kämpfe. Diese wurden erst am 6. April 1945 beendet. Die beeindruckenden Fotografien vermitteln ein Bild des Alltags in Ruinen der damaligen Würzburgerinnen und Würzburger.

Die Ausstellung ist den ganzen Monat März freigeschaltet auf www.wuerzburg.de/16maerz und auf der Homepage des Kulturamtes Würzburg unter 16. März zu finden. Begleithefte sind bei der Geschichtswerkstatt bestellbar gw@vvw-online.com. ❐

Klima- und Umweltschutz in Zeiten der Pandemie

Landratsamt München ehrt 18 Bürgerinnen und Bürger, die sich im Landkreis München für das Klima und die Umwelt einsetzen. Dabei sorgt nicht nur die Corona-Pandemie für einige Neuerungen.

Wie so vieles im Jahr 2020 fiel auch die jährliche Umweltehrung des Landkreises München dem Coronavirus zum Opfer. Zum ersten Mal in 16 Jahren konnten keine Landrätin und kein Landrat die Menschen auszeichnen, die sich für das Klima und die Umwelt verdient gemacht haben.

Doch eine komplette Absage der Ehrung war keine Option: „Der Umwelt- und Klimaschutz ist und bleibt eine unserer größten Herausforderungen, auch wenn das in Pandemiezeiten manchmal in den Hintergrund zu rücken scheint“, so Landrat Christoph Göbel. „Die Geehrten gehen mit gutem Beispiel voran, sie investieren nicht nur Geld, sondern insbesondere ihre Freizeit und zeigen, was jeder Einzelne tun kann, um unsere Lebensgrundlage auch für die Zukunft zu sichern.“

Neuerungen bei den Ehrungskriterien

Insgesamt 18 Menschen mit elf herausragenden Projekten galt es also eine Plattform zu bieten, um allen Widrigkeiten zum Trotz eine größtmögliche Öffentlichkeit zu erreichen, auf beispielhaftes Engagement aufmerksam zu machen und im besten Falle weitere Menschen für den Umwelt- und Klimaschutz zu begeistern.

Und so haben die Preisträger neben der Ehrennadel des Landkreises München, der Ehrenurkunde und einem Präsentkorb mit regionalen Produkten von UNSER LAND auch jeweils einen kleinen Imagefilm erhalten, den das Landratsamt zu den jeweiligen Projekten hat produzieren lassen.

Vielfältiges Engagement

Das Engagement reicht dabei vom Einsatz für den Artenschutz und die Artenvielfalt über das Einsammeln von Müll und Plastik, der Arbeit im Repair Café bis zum Engagement für die Energie- und Verkehrswende.

Hilfe zur Selbsthilfe für Ghana

Erstmalig wurde dabei ein Projekt ausgezeichnet, das zwar seine Wurzeln im Landkreis hat, seine volle Wirkung aber mit Hilfe zur Selbsthilfe in Ghana entfaltet. Dies wurde 2020 erstmals durch eine Änderung der Ehrungskriterien möglich. Seither sind auch „Projekte mit direkten positiven Umweltauswirkungen, die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sowie in der Umsetzung von konkreten Projekten im Bereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit durchgeführt werden“ ehrungswürdig, solange der Sitz des Projektträgers im Landkreis München ist.

Die Filme aller Geehrten gibt es ab sofort im Internet auf: https://www.landkreis-muenchen.de/themen/energie-und-klimaschutz/klimaschutz-zum-mitmachen/umweltehrung/umweltehrung-2020/. ❒

Vorschau auf GZ 6

In unserer Ausgabe Nr. 6, die am 18. März 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Finanzthemen**
- **Wasser · Abwasser**
- **Kommunale Bauthemen**
- **Kommunal-Marketing**
- **Sicherheit · Arbeitsschutz · Brand- und Katastrophenschutz**



Landrat Manuel Westphal (re.) bei der Übergabe der CO2-Sensoren an Schulleiter Klaus Drotzinger an der FOS-BOS in Weißenburg. Bild: Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen

CO2-Ampeln für die Landkreisschulen

An den weiterführenden Schulen im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen findet seit Anfang Februar für die Abschlussklassen wieder Wechselunterricht statt. Passend zum Start konnten die für die Schulen bestellten CO2-Ampeln ausgeliefert werden und sind nun in den Klassenräumen im Einsatz.

208 CO2-Sensoren wurden vom zuständigen Sachgebiet im Landratsamt für die Schulen in Landkreisträgerschaft bestellt. Der Freistaat Bayern unterstützt die Kommunen bei der Beschaffung der Geräte mit einem Festbetrag in Höhe von 7,27 Euro je Schülerin und Schüler.

Die CO2-Ampeln sollen in den Klassenzimmern beim notwendigen Stoßlüften unterstützen, um den CO2-Gehalt in der Luft zu reduzieren und somit das CoronaAnsteckungsrisiko zu minimieren. Der Sensor ist ein kleines, unscheinbares Gerät, das durch ein Netzteil betrieben wird. Die Luftgüte wird durch drei verschiedenfarbige LED angezeigt, deshalb auch der Vergleich mit einer Ampel. Zudem erfolgt eine akustische Warnung, wenn der CO2-Gehalt in der Luft zu hoch wird. Im gelben Ampelbereich sollte gelüftet werden, im roten Ampelbereich muss gelüftet werden, um eine angemessene Qualität der Raumluft sicherzustellen. Ist der CO2- Gehalt unter der angegebenen Schwelle, so ist davon auszugehen, dass auch die Virenkonzentration verringert ist.

Zusätzlich hat der Landkreis bereits im Dezember für die Schulen in eigener Trägerschaft 22 mobile Luftreinigungsgeräte bestellt. Auch bei dieser Beschaffung wird das Landratsamt vom Freistaat über ein Förderprogramm unterstützt. Mit dem Förderprogramm können Räume ausgerüstet werden, in denen keine natürliche Belüftung möglich ist. Die Geräte werden voraussichtlich in der nächsten Woche geliefert. ❒

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt anstelle unseres ausgefallenen BreitbandForums das Corona-Special „Breitbandausbau in Bayern – Jetzt!“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❒

Neuer Defibrillator im Bahnhof Nördlingen

Herz- / Kreislauferkrankungen sind eine der häufigsten Todesursachen in Deutschland. 35,3 % aller Sterbefälle waren laut dem Statistischen Bundesamt im Jahr 2019 darauf zurückzuführen. Eine Vielzahl dieser Patienten verstirbt an plötzlichem Herzversagen, das in der Regel mit einem Kammerflimmern beginnt. Da die einzige effektive Gegenmaßnahme die Abgabe eines elektrischen Schocks, also die Defibrillation darstellt, hat das Landratsamt DonauRies für die Nördlinger Dienststelle im Bahnhof einen Defibrillator der neuesten Gerätegeneration beschafft.

Das Gerät analysiert bei einem bewusstlosen Patienten mit Atem- und Kreislaufstillstand den EKG-Rhythmus und gibt dann gegebenenfalls den lebensrettenden Stromstoß ab.

Um die Verfügbarkeit des lebensrettenden Gerätes umfassend sicherzustellen, wird der Defibrillator im zentralen Wartebereich der Behörde vorgehalten und steht damit allen Bürgerinnen und Bürgern täglich in der Zeit von 4:30 Uhr (Öffnung Bahnhof) am Morgen bis 22:30 Uhr (Schließung Bahnhof) am Abend zur Verfügung.

Einweisung für die Helfer

Damit auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes im Umgang mit dem neuen Gerät vertraut und handlungssicher sind, wurden die Ersthelferinnen und Ersthelfer des Landratsamtes im Rahmen des Arbeitsschutzes fortgebildet und in die Bedienung des Defibrillators eingewiesen.

Landrat Stefan Rößle zeigte sich sehr erfreut über die sinnvolle Anschaffung, die Leben rettet und dankte seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Unterstützung. ❒

LIEFERANTENNACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
> 50 erfolgreiche ISIS12 Projekte
www.Mein-Datenschutzberater.de
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

GZ auf folgenden
Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Messenger-Dienste

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten – direkt auf Ihr Handy:

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service

„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
Wartung und Reinigung von:
- Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
- Prozesslufttechnische Anlagen
- Kontrollierte Wohnraumlüftung

Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Sonderdruck 04. März 2021 72. Jahrgang Nr. 05|2021

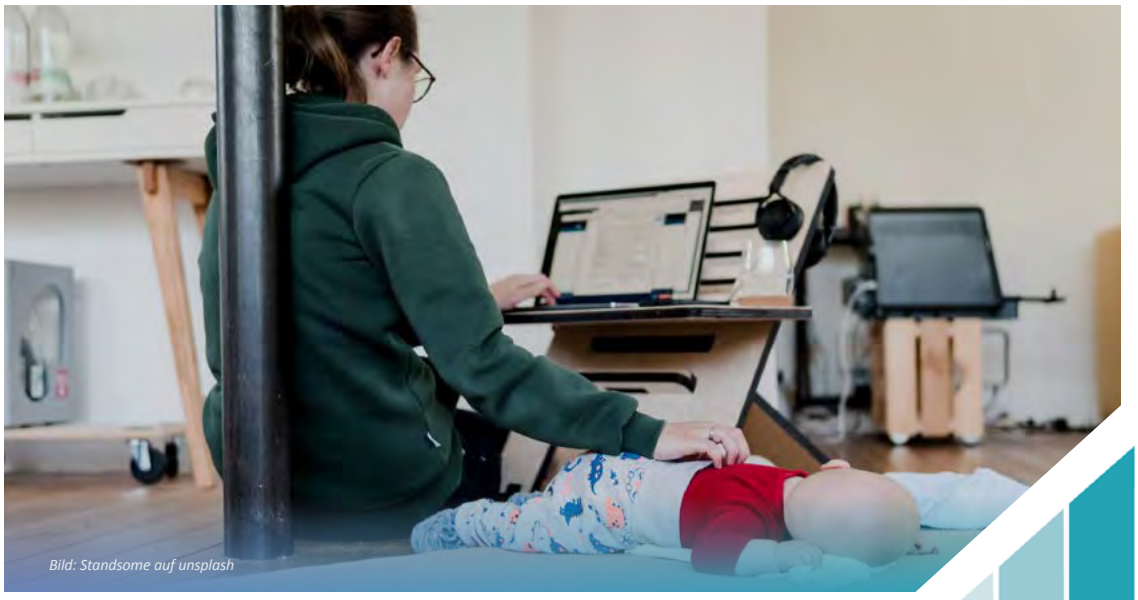


Bild: Standsome auf unsplash

BAYERISCHES BREITBANDFORUM – CORONA SPEZIAL

Breitbandausbau in Bayern – Jetzt!

Schweren Herzens musste das Team der Bayerischen GemeindeZeitung das für den 12. November 2020 geplante Bayerische BreitbandForum in Amberg absagen. Da das Thema Breitbandversorgung und -ausbau aber nach wie vor jede Menge finanzielle, technische und rechtliche Herausforderungen für die Kommunen birgt, erscheint nun traditionell ein Sonderdruck mit dem Thema „Breitbandausbau in Bayern – Jetzt!“

Mit richtungweisenden Beiträgen haben sich 15 GZ-Forumspartner am Sonderdruck beteiligt. Über „Ein Jahr Bayerische Gigabitrichtlinie“ berichtet beispielsweise Bernd Geisler, Referatsleiter im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, während sich Stefan Graf, Direktor beim Bayerischen Gemeindetag, mit der TKG-Reform auseinandersetzt und die Frage stellt: „Erschließen zukünftig wieder die TK-Unternehmen die Neubaugebiete?“

Dass Digitalisierung nicht im Alleingang funktioniert, darüber informiert die Deutsche Glasfaser und die GVG Glasfaser GmbH erläutert, warum sie ein starker Partner für die Kommunen ist. „Gigabit-Netzausbau für Kommunen auf bestehenden Koaxialkabel- oder HFC-Strukturen als echte Alternative zu FTTH“ lautet das Thema des AXING AG und DEV Systemtechnik GmbH-Beitrags.

Die Connect Com GmbH wiederum präsentiert ihr neues Produkt CCM ONE® – neue Glasfaserspleißmuffen für FTTx-Netze. EMTELLE befasst sich mit den Qualitätsansprüchen an Mikrorohre „Made in Germany“, während REHAU ihre neue Einblasbox RAUSPEED EasyConnect vorstellt.

Wie eine intensive Zusammenarbeit mit den Kommunen aus Sicht der Telekom Deutschland aussieht, steht ebenso auf der Agenda, wie der Bericht der M-net Telekommunikations GmbH zum Thema „Schnelles Internet ist eine Frage der kommunalen Daseinsvorsorge“.

Tatsache ist: Der Weg zu flächendeckenden Gigabitnetzen bleibt anspruchsvoll. Es gibt allen Grund, das Ausbautempo hoch zu halten. Hier kommt den Kommunen eine Schlüsselrolle zu. ■

TERMINHINWEIS

8. BAYERISCHES BREITBANDFORUM AM 11.11.21

PLANEN SIE SICH FÜR IHR PERSÖNLICHES UPDATE IN SACHEN BREITBANDAUSBAU UND DIGITALE KOMMUNE DEN 11.11.2021 EIN, DENN DANN SOLL DAS 8. BAYERISCHE BREITBANDFORUM INKL. THEMENRAUM DIGITALE KOMMUNE, WIE AUCH SCHON 2019, IN DER STADTHALLE IN GUNZENHAUSEN STATTFINDEN. INFORMATIONEN UND ANMELDUNG STEHEN BEREIT AUF:
WWW.BAYERISCHES-BREITBANDFORUM.DE

PARTNERSEITEN

„CORONA SPEZIAL“

BITTE BEACHTEN SIE AUCH DIE PARTNERSEITEN UNTER DEM REITER „CORONA SPEZIAL“: GVG GLASFASER UND DEUTSCHE GLASFASER HABEN JEWEILS WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN FÜR SIE BEREITGESTELLT.

WWW.BAYERISCHES-BREITBANDFORUM.DE/PARTNER-CORONA-SPEZIAL



REGIERUNGSDIREKTOR BERND GEISLER | BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Gigabit-Förderung im Freistaat Bayern

Seit einem Jahr ist die Bayerische Gigabitrichtlinie (BayGibitR) in Kraft und hat Ende 2020 die bisherige Bayerische Breitbandrichtlinie (BbR) abgelöst. Die Breitbandförderung im Freistaat wurde damit auf Gebiete ausgeweitet, die bereits mit mindestens 30 Mbit/s durch einen Netzbetreiber versorgt sind (sog. graue NGA Flecken). Die bayerische Breitbandförderung wurde damit konsequent fortentwickelt und auf die Schaffung einer gigabitfähigen und zukunftsfesten Glasfaserinfrastruktur bis in die Häuser ausgerichtet, die mit der bisherigen Förderrichtlinie aufgrund beihilferechtlicher Vorgaben nicht zu erreichen waren. Der Freistaat ist damit EU-weiter Vorreiter.

Die bisherige BbR war ein beispielloses Erfolgsmodell. Die hohe Beteiligung der bayerischen Gemeinden und die Zahlen und Daten belegen dies eindrucksvoll: Nach 6 Jahren Laufzeit haben 1.815 Gemeinden von rund 1,2 Mrd. Euro zugesagten staatlichen Fördermitteln profitiert. In insgesamt 3.051 Förderprojekten werden rund 800.000 Haushalte erschlossen, davon über 155.000 direkt mit Glasfaser. Über 97 Prozent der bayerischen Haushalte sind zum Stand Mitte 2020 mit mindestens 30 Mbit/s erschlossen, nach Abschluss aller laufenden Projekte werden es sogar 99 Prozent sein. Schon jetzt verfügen über 87 Prozent sogar über mindestens 100 Mbit/s, bereits über 56 Prozent können auf mindestens 1 Gbit/s zugreifen. Bayerns Infrastruktur ist damit auch für aktuelle Anforderungen wie Homeoffice und Homeschooling gut aufgestellt.

Mit der bayerischen Kofinanzierung zur Bundesförderung werden auch weiterhin alle Gemeinden unterstützt, die das Bundesprogramm für den Breitbandausbau nutzen. Die niedrigeren Fördersätze des Bundes werden dabei auf das Niveau der BayGibitR angehoben (bis zu 90 Prozent). Die Kombination aus Bundes- und Landesmitteln und insbesondere die Härtefallregelung erlauben die Realisierung besonders umfangreicher und damit auch kostenintensiver Projekte. Zuletzt konnte beispielsweise der Landkreis Cham von Kofinanzierungsmittel in Höhe von über 63 Mio. Euro profitieren.

Mit einer gesonderten Förderrichtlinie (GWLANR) wird die Errichtung direkter Glasfaseranschlüsse für öffentliche Schulen, Plankrankenhäuser und Rathäuser bereits seit 2018 unterstützt. Insbesondere die Erschließung öffentlicher Schulen ist nicht zuletzt durch den gestiegenen Bedarf im Zuge der COVID-19-Pandemie noch stärker in den Fokus gerückt. Für 2.078 öffentliche Schulen wurden bereits Fördermittel in Höhe von insgesamt rund 60 Mio. Euro zugesagt. 3.038 öffentliche Schulen (64 Prozent) befinden sich an Adressen, die eine gigabitfähige Erschließung, z.B. über Glasfaser oder Koaxialkabelnetze aufweisen. Die GWLANR läuft noch bis Ende 2021. Sachaufwandsträger bzw. Kommunen mit Bedarf sollten daher zeitnah diese Förderung in Anspruch nehmen.

Mit der bayerischen Gigabit-Pilotförderung wurden ab Anfang 2019 die Grundlagen für die Genehmigung der Bayerischen BayGibitR durch die Europäische Union gelegt. Alle sechs Pilotgemeinden haben eine Förderzusage erhalten. Das Pilotprojekt der Stadt Berching wurde bereits am 3. August 2020 in Betrieb genommen. Zahlreiche Unternehmen in einem Gewerbegebiet profitieren seitdem von direkten Glasfaseranschlüssen.

Rund 400 Gemeinden sind seit Inkrafttreten der BayGibitR in ein Förderverfahren eingestiegen. Gemeinden, Beratungs- und Ingenieurbüros und Netzbetreiber sind mit dem Verfahren inzwischen vertraut. Insbesondere die Vorteile der Einheitlichkeit und Nachvollziehbarkeit der Verfahrensschritte durch Nutzung standardisierter Adresslisten auf Grundlage der amtlichen Hauskoordinaten werden positiv bewertet. Die bereits bei der Förderung in weißen NGA-Flecken bewährte Bereitstellung von Musterdokumenten und Musterverträgen wurde fortgeführt und in Teilen sogar ausgeweitet.

Mit der Gemeinde Sontheim im Landkreis Unterallgäu hat die erste Gemeinde einen Förderbescheid erhalten, die den gesamten Förderprozess nach BayGibitR durchlaufen hat. Mit einer Fördersumme von über 1,1 Mio. Euro werden 916 Adressen direkt an das Glasfasernetz angebunden. Die Gemeinde hat nachgewiesen, dass auch mit der neuen Richtlinie eine zügige Projektumsetzung erfolgen kann. ■

Wir bauen das GigaNetz für Bayern

Ein konvergentes Netz – vielfach ausgezeichnet:

CHIP sehr gut
Test: Mobilfunknetze CHIP 01/2021 Vodafone
Unabhängige Tests seit 1978
chip.de/Netztest

IoT
Internet of Things
Ein Weltmarktführer
Vodafone
*

connect
Kategorie: Profis und Powersurfer
TESTSIEGER
BREITBAND-CHECK
Vodafone
Heft 3/2021
www.connect.de



MULTILAYER TECHNOLOGY©

Als 5G-Pionier haben wir das erste kommerzielle 5G-Netz gestartet. Für mobile Datenübertragung nahezu in Echtzeit. Mit höchster Kapazität für Ballungsräume und hoher Reichweite für ländliche Regionen.

Wir versorgen das Flächenland Bayern zuverlässig mit mobilen Highspeed-Internet und kristallklarer Telefonie - und erreichen somit 98,3 % der Bevölkerung.

Mit eigenen Netzen für das Internet der Dinge treiben wir smarte Lösungen voran. In Bayern funkt das Narrowband IoT-Netz für den energiesparenden Datenaustausch zwischen Maschinen und LTE-M für energiesparende Datenübertragung und Sprachsteuerung.

Unser zukunftssicherer Technologiemix aus Glasfaser und Coax-Kabel bringt Gigabit-Speed für über 3,4 Mio. Haushalte in Bayern. Das sind mehr Gigabit-Anschlüsse als von allen anderen Anbietern zusammen.

vodafone.de/netz

Ready?

vodafone

* Die Vodafone Group ist einer der globalen Marktführer im Bereich mobiles Internet of Things (IoT) laut Gartner-Studie „Magic Quadrant for Managed M2M Services, Worldwide 2019" (gartner.com).

Vodafone GmbH • Ferdinand-Braun-Platz 1 • 40549 Düsseldorf • vodafone.de

STEFAN GRAF | BAYERISCHER GEMEINDETAG

TKG-Reform: Erschließen zukünftig wieder die TK-Unternehmen die Neubaugebiete?

Wegen des europäischen Kodexes für die elektronische Kommunikation (Richtlinie (EU) 2018/1972) muss das Telekommunikationsgesetz (TKG) umfassend novelliert werden. Gemäß dem derzeitigen Stand des Gesetzgebungsverfahrens wächst das TKG von 152 Paragraphen auf 229. Aber anders als das Diginetzgesetz von 2016, das für die Gemeinden mehrere Zumutungen – insbesondere kommunale Glasfaserverlegepflichten – enthielt, sind diesmal die Kommunen eher am Rande betroffen.

NEUBAUGEBIETSERSCHLIESSUNG ÜBER DIE UNIVERSALDIENSTVERPFLICHTUNG?

Die spannendste Frage ist daher, ob es vielleicht gelingt, die von den Kommunen heftig kritisierte kommunale Erschließungspflicht von Neubaugebieten, die bei kleineren Neubaugebieten zu einem Rückzug der Telekom geführt hat, wieder rückgängig zu machen. Die Bayerische Staatsregierung hat sich dankenswerterweise dieses Anliegen auf die Fahnen geschrieben und dazu einen Änderungsantrag in den Bundesrat eingebracht. Die Initiative ist auch insofern Aufsehen erregend, da sie den fehlenden Erschließungswillen der TK-Unternehmen über ein Regelungsinstrument brechen will, das bislang im Dornröschenschlaf lag: Die Universaldienstverpflichtung. Diese wird nämlich durch die Novelle geschärft und effizienter gemacht. Die TK-Unternehmen können dadurch im Gegenzug zum Ausgleich ihrer Wirtschaftlichkeitslücke zur Erschließung verpflichtet und die gewährte Ausgleichssumme auf alle anderen TK-Unternehmen umgelegt werden. Wenn Neubaugebiete nicht „freiwillig“ erschlossen werden, soll die Bundesnetzagentur grundsätzlich diese Waffe zücken.


Stefan Graf

QUO VADIS UNIVERSALDIENSTVERPFLICHTUNG?

Zu beobachten bleibt, ob die reformierten Universaldienstverpflichtungsregelungen zur „dritten Säule“ beim Bau eines flächendeckenden Glasfasernetzes, neben dem eigenwirtschaftlichen und geförderten Ausbau werden. Für Bayern gehen wir derzeit davon aus, dass es diese (außer für die Neubaugebiete) glücklicherweise nicht braucht: Die Förderhöchstbeträge sind nach Einschätzung des Finanzministeriums so ausreichend, dass sie eine flächendeckende Erschließung ermöglichen.


Direktor Stefan Graf, Bayerischer Gemeindetag, auf dem Bayerischen BreitbandForum 2019 Bilder: Jessica Kassner

ZUSTIMMUNGSVERFAHREN WIRD GESTRAFFT

Das für die Gemeinden wichtige Zustimmungsverfahren für Telekommunikationslinien in öffentlichen Straßen soll von den §§ 68 ff. nach §§ 124 ff. umziehen – für die Praxis wird damit ein nicht unerheblicher Anpassungsbedarf ausgelöst. Das eigene Zustimmungsverfahren für Trenchingvorhaben soll wegfallen – eher kein Schaden, da es in der Praxis sowieso zumeist nicht so gehandhabt wurde und bei den Voraussetzungen für die Verlegung in Mindertiefe alles beim Alten bleibt. Neu ist, dass man die schon bestehende Zustimmungsfiktion nach 3 Monaten verschärfen will: Voraussetzung für den Lauf der Frist ist ein vollständiger Antrag und der soll zukünftig unterstellt werden, wenn die Gemeinde nicht innerhalb eines Monats Unterlagen nachfordert. Zusätzlich ist eine weitere Fiktion für geringfügige Baumaßnahmen geplant: Wenn das TK-Unternehmen eine nach den Vorgaben der Gemeinde kleinere Baumaßnahme anzeigt, gilt diese als genehmigt, wenn die Gemeinde nicht innerhalb eines Monats einen Genehmigungsantrag fordert. So neu ist das freilich nicht: Teilweise haben TK-Netzbetreiber Rahmenvereinbarungen mit Kommunen geschlossen, in denen just dies vereinbart wurde.

KOMMUNENAKTION 2020 UND KEIN ENDE?

Ein Thema, das den Kommunen im vergangenen Jahr viel zusätzliche Arbeit gemacht hat, könnte durch die Novelle eine ärgerliche Fortsetzung finden: Die Kommunenaktion 2020, in der alle deutschen Kommunen von der Bundesnetzagentur verpflichtet wurden ihr georeferenzierte Daten zu Infrastruktureinrichtungen zu übermitteln, die für eine Mitnutzung durch TK-Unternehmen geeignet sind. Der Gesetzentwurf erweitert diese Verpflichtung auf sonstige Liegenschaften und Anlagen, die insbesondere als Aufstandsfläche für Mobilfunksendeanlagen geeignet sind. Für den Fall, dass die Bundesnetzagentur dies in Kürze mit einem der Kommunenaktion 2020 vergleichbaren Rollout durchsetzen will: Ein Aufstand der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist vorprogrammiert!

ALLES IN ALLEM:

Die große TKG-Reform lässt für die Kommunen weniger Änderungen erwarten als das damalige Diginetzgesetz. Der Bundesrat nutzt diese aber, um die durch Bundesgesetz den Kommunen übertragene Erschließung von Neubaugebieten zu kippen. Nun kommt es darauf an, den Bundestag davon zu überzeugen, die verfassungsrechtlich fragwürdige Regelung zu reformieren! ■

BENEDIKT BREUER | AXING AG UND DEV SYSTEMTECHNIK GMBH

Gigabit-Netzausbau für Kommunen auf bestehenden Koaxialkabel- oder HFC-Strukturen als echte Alternative zu FTTH

Die Axing AG mit Sitz in der Schweiz und die DEV Systemtechnik GmbH mit Sitz in Friedberg (Hessen, Deutschland), beides unabhängige Unternehmen der AXING Gruppe, unterstützen als „HFC Broadband Solutions“ mit innovativen, hoch flexiblen Lösungen beim Ausbau und der Aufrüstung von koaxialen oder hybriden optisch-koaxialen Netzwerken. Die Alternative zum kostenintensiven, flächendeckenden FTTH-Ausbau verwendet vorhandene Kabelstrukturen weiter. Mittels modernster Modulationsverfahren werden Städte und Gemeinden aktuellen und zukünftigen Bandbreitenanforderungen gerecht.


Benedikt Breuer Bild: AXING AG

Der steigende Bedarf an breitbandiger Konnektivität für Gewerbe und Privathaushalte stellt Versorger und Kommunen vor große Herausforderungen, bietet aber auch große Chancen. Durch den Einsatz innovativer Lösungen für Internet, Telefonie und die TV-Versorgung sind Kommunen und Stadtwerke in der Lage, höchst wettbewerbsfähige Dienste in ihren bestehenden Netzen anzubieten. Wesentlicher Evolutionsschritt in diesem Zusammenhang ist die Entwicklung weg von klassischen, zentralen hin zu „verteilten“ (= distributed) Kopfstellen, bei denen die HF-Signalerzeugung aus dem Head-End hinaus ins Feld verlegt wird, was einige massive Vorteile mit sich bringt.

Grundlage für Ultra-Breitband über das Koaxial- oder HFC-Netz ist das DOCSIS-Protokoll (Data Over Cable Service Interface Specification). Die aktuell kommerziell verwendete Version DOCSIS 3.1 hat die möglichen Datenraten in neue Höhen katapultiert. Ausgeklügelte Modulationsverfahren (OFDM in Verbindung mit bis zu 4096 QAM), erweiterte Frequenzbereiche für Up- und Downstream sowie modernste Fehlerschutzmechanismen (LDPC, BCH) machen es möglich im Downstream bis zu 10 Gbit/s ins Netz einzuspeisen, im Upstream sind maximal 2 Gbit/s möglich.

Mit dem von den HFC Broadband Solutions favorisierten Ansatz „Remote-MACPHY/CCAP“ sind alle Schlüsselfunktionen für die Internet-, Telefonie und TV-Versorgung nicht mehr in der Kopfstelle, sondern direkt im Access Node, also in einer hochintegrierten Plattform, angeordnet. Die äußerst kosteneffizienten Lösungen sind hochskalierbar. Die Flexibilität der Systeme, viele mögliche Migrationsszenarien von klassischer Kopfstellenarchitektur hin zu Distributed CCAP und die Weiterverwendbarkeit bestehender Koaxial- oder HFC-Strukturen minimiert die zu tätigenden Investitionen, um Multi-Gigabit-Services anbieten zu können.

Dass sich die Glasfaser langfristig durchsetzen wird, und dass neu zu errichtende Infrastrukturen Glasfaser basiert sind, steht außer Frage. Jedoch stehen viele Kommunen vor der Aufgabe, immer höhere Bandbreiten auch bei Bestandskunden und auf bereits existierenden Netzen anbieten zu müssen. Die Gründe hierfür sind vielfältig – Kundendruck, Mitbewerb durch andere Breitbandanbieter, Bandbreite als Standortfaktor für die Wirtschaft und (inter-)nationale Breitbandziele sind nur einige Motivationen. Mit Remote-CCAP steht eine voll ausgereifte Technologie zur Verfügung, um die Bandbreitenanforderungen auch mittel- und langfristig in bestehenden Netzen zu sichern. Mit überschaubaren Kosten und kurzen Umstellungszeiten kann das Gigabit-Zeitalter eingeläutet werden. Remote-CCAP ist somit die Alternative zu PON und FTTH. ■



HANS-JÜRGEN MERZ | M-NET TELEKOMMUNIKATIONS GMBH

Schnelles Internet ist eine Frage der kommunalen Daseinsvorsorge

Mit der Corona-Pandemie ist der Bedarf an schnellem Internet in allen Alters- und Bevölkerungsgruppen rasant gestiegen. Das lässt sich nicht nur am eigenen Nutzungsverhalten feststellen, sondern auch beim Blick in die Netze von M-net: Seit dem Beginn der Corona-Krise im März 2020 hat der Datenverkehr um 50 Prozent zugenommen, das Upload-Volumen sogar um 200 Prozent. Bei der Kundennachfrage ist heute ein Glasfaseranschluss mit 300 Mbit/s oder mehr zum neuen Standard geworden – dieser wird (wo verfügbar) von rund zwei Drittel der Neukunden gebucht. Der Treiber für diese Entwicklung liegt auf der Hand: Tagsüber bewegen wir uns mit Homeoffice und Homeschooling durchs Netz, nach Feierabend bieten Video-Streaming und Online-Gaming willkommene Abwechslung. Auch wenn sich der steile Anstieg der Bandbreiten-Nachfrage nach der Pandemie wieder etwas normalisieren dürfte, kennt diese seit Erfindung des Internets nur eine Richtung: nach oben.



Hans Jürgen Merz
Bild: M-net Telekommunikations GmbH

DIE ZUKUNFT GEHÖRT DER GLASFASER

Schnelles Internet ist ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge im 21. Jahrhundert geworden. Haben in den vergangenen Jahrzehnten noch Brückentechnologien wie DSL über Kupferkabel ausgereicht, sind sich Fachleute schon lange einig: Die Zukunft gehört der Glasfaser – und zwar bis in die Wohnungen und Büros („FTTH"). Auch M-net hat das vor Jahren erkannt und treibt seitdem den Breitbandausbau mit Glasfaserkabeln bis in die einzelnen Haushalte massiv voran. Vielerorts, vor allem in ländlichen Regionen, fehlt jedoch noch die benötigte Infrastruktur. Zum einen, weil Bund und Länder mit diversen Breitband-Förderprogrammen zu lange auf kupferbasierte Brückentechnologien gesetzt haben, zum anderen, weil die Verlegung neuer Kabel in jedes Haus nicht nur viel Geld, sondern auch Zeit kostet. Nichtsdestotrotz ist schnelles Internet der entscheidende Standortfaktor der Zukunft – nicht nur für Unternehmen, sondern auch für jeden einzelnen privaten Haushalt. →



breitbandausbau@m-net.de

M-net Telekommunikations GmbH – Expansions- und Kooperationsmanagement
Frankfurter Ring 158, 80807 München

GEFÖRDERTER AUSBAU VERSUS INFRASTRUKTURKOOPERATION

Hoffnung macht die neue Gigabit-Richtlinie der Bayerischen Staatsregierung. Sie setzt einen richtigen und wichtigen Anreiz, um den Glasfaserausbau in unterversorgten weißen und grauen Flecken voranzutreiben. Besonders sinnvoll für einen effizienten Ausbau ist es dabei, wenn sich mehrere Gemeinden zusammentun und interkommunal oder auf Landkreis-Ebene gemeinsame Ausschreibungen vornehmen.

Den Kommunen steht aber oft auch ein anderer Weg offen, um den aufwändigen Glasfaserausbau schnell und effizient zu realisieren – und zwar mit Infrastrukturkooperationen. Dabei bündeln zwei Telekommunikationsanbieter ihre Kräfte beim Ausbau der passiven und aktiven Infrastruktur und bei der Vermarktung der Anschlüsse. Gemeinsam schaffen sie so eine tragfähige wirtschaftliche Grundlage für den eigenwirtschaftlichen Ausbau ohne Fördermittel.

Ein aktuelles Beispiel ist die jüngste Kooperation von M-net mit dem Unternehmen Deutsche Glasfaser. Gemeinsam wollen wir in den kommenden zwei Jahren 60.000 Haushalte in Bayerisch-Schwaben und westlich von München mit Fiber-to-the-Home-Anschlüssen (FTTH), also echten Glasfaseranschlüssen bis ins Haus, erschließen. Beide Anbieter, M-net und Deutsche Glasfaser, finanzieren den Ausbau gemeinsam und bieten anschließend ihre Dienste an. Der Kunde kann also zwischen den Angeboten der beiden Anbieter frei wählen. Einzige Voraussetzung ist das Erreichen einer Vorvermarktungsquote von in der Regel 40 Prozent. Anders ausgedrückt: Entscheiden sich 40 Prozent

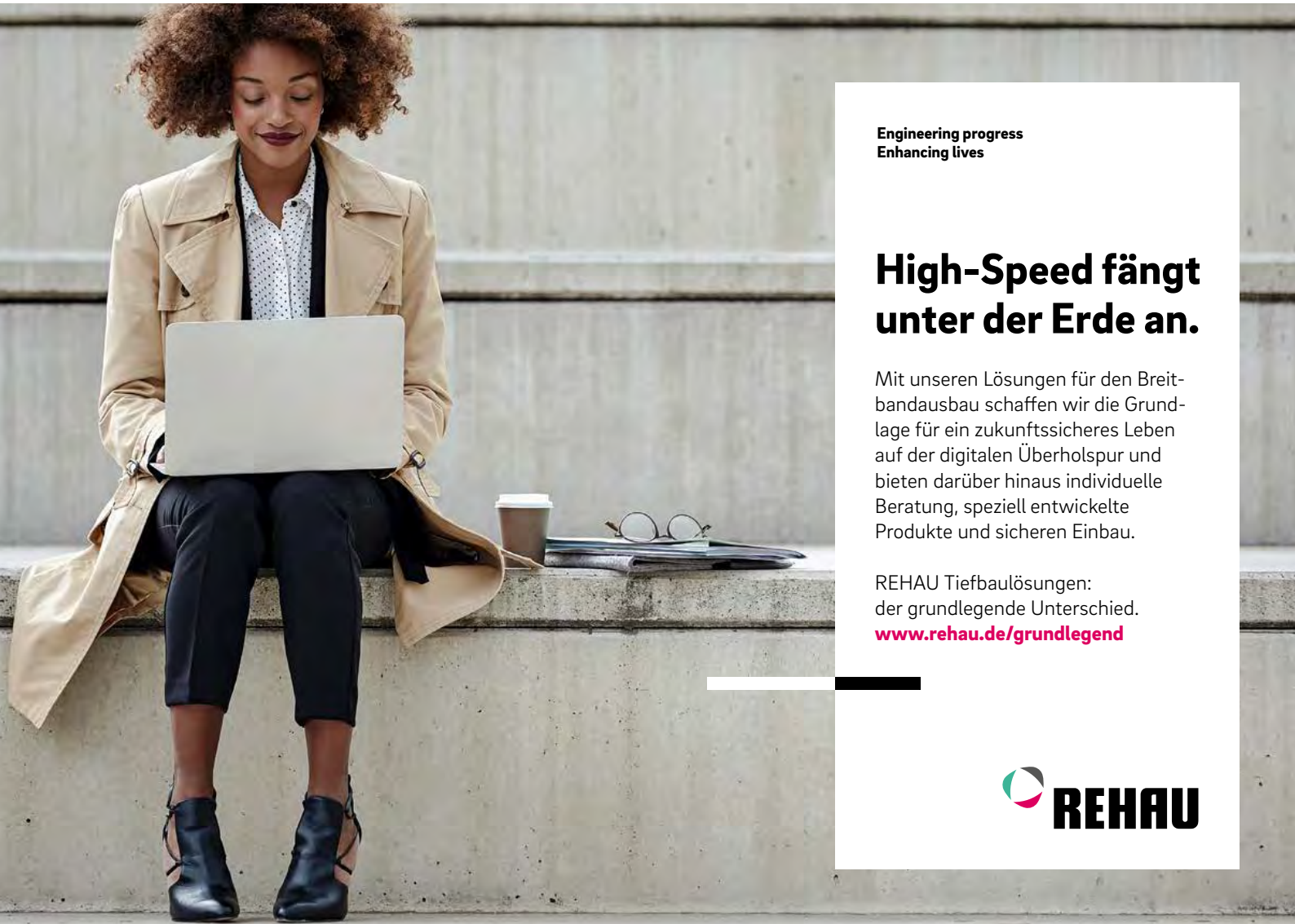

Bild: M-net Telekommunikations GmbH

der Einwohner für einen Glasfaseranschluss, findet der Ausbau statt und kostet die Kommune keinen einzigen Euro.

Dabei steht das Netz im Fall von M-net anschließend auch für weitere Anbieter offen: Wir bekennen uns klar zu einem offenen Zugang (Open Access) und haben auch bereits entsprechende Kooperationen mit 1&1 und einem weiteren großen Anbieter geschlossen. Doch egal, welches Modell für eine bestimmte Kommune die beste Lösung ist – ob gefördert oder über eine Infrastrukturkooperation: Jetzt ist die Zeit, die digitale Infrastruktur der Zukunft aufzubauen. ■

Jede Gemeinde ist anders, verfügt über bestehende Netze und hat ihre eigenen geographischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen. Wir beraten Sie gerne individuell und unverbindlich.

E-Mail: breitbandausbau@m-net.de
Tel.: 089 45200-3425
m-net.de/glasfaser-erleben/glasfaser-fuer-kommunen



STEFANIE SILL | EMTELLE GMBH

Von Schottland, nach Deutschland, nach Bayern

Qualitätsansprüche an Mikrorohre „Made in Germany“

Was haben Kleiderbügel und Kabelschutzrohre miteinander zu tun? Bis auf den Anfangsbuchstaben im ersten Moment augenscheinlich erst einmal gar nichts – doch tatsächlich fing damit die Entstehungsgeschichte der Firma Emtelle an. Umgeben von grüner, hügeliger Idylle begann im schottischen Jedburgh die Produktion von Kleiderbügeln aus Kunststoff, die sich vor 40 Jahren relativ schnell auf PVC-Rohre und erste Glasfaserlösungen an die Britische Telekom ausweitete und spezialisierte. Mit der Eröffnung des zweiten Produktions- und heutigen Hauptsitzes im schottischen Hawick wurden seit 1999 erste Mikrorohrlösungen entwickelt, patentiert und produziert.



Stefanie Sill
Bild: Emtelle GmbH

Ein Bayer würde sich in Schottland wohlfühlen: Auch in Schottland wird Tracht noch stolz getragen, blau-weiß wird sich wortwörtlich auf die Fahne geschrieben, auf Natur und Berge wird viel Wert gelegt, wer Weißwurst zuzeln kann, kommt auch mit Haggis zurecht – und auch die Schotten sehen sich als eigenständiges Land fernab von Großbritannien. Dennoch erkannte man schnell, dass weitere Fertigungsstandorte für eine weltweite Lieferabdeckung unabdingbar sind und so wurde 2007 ein weiterer Standort in Dänemark und 2017 auch die deutsche GmbH in Erfurt gegründet.

Seitdem gilt das Motto „Made in Germany“ für die ganze Gruppe. Strenge Endproduktprüfungen wie die 100-Prozent Kugel- und Druckprüfung am fertigen Mikrorohrbündel, die Einhaltung der Vorgaben des BMVI sowie eine einzigartige Zusammensetzung aus einem reibungsarmen EM-Liner in Kombination mit Innenriefung garantieren die Einblasfähigkeit der Mikrorohre.

Als Systemlieferant mit einer Mikrorohr- und Kabelfertigung unter einem Dach kann Emtelle nicht nur höchste Qualität versprechen, sondern auch optimale Kompatibilität zwischen Kabel und Mikrorohr. Mit mehreren hausinternen Teststrecken verlässt kein neuer Kabeltyp das Werk ohne zuvor gemeinsam mit den →



Mikrorohren auf Herz und Nieren bzw. exzellente Einblasperformance getestet zu werden. Alles ganz nach dem Prinzip „OneDig“, mit dem Emtelle seinen Kunden Qualität und Produkte liefern möchte, mit denen nur einmal aufgegraben muss – denn was gibt es Schlimmeres als einen Einblasstopp, nachdem die Straße bereits wieder geschlossen wurde.

OneDig steht auch für eine Installation in möglichst wenigen Schritten, welche dank innovativer Produkte, wie MULTIFI – das Mikrorohrbündel mit werksseitig vorinstallierten Glasfaserkabeln - möglich wird. Produkte wie die neue EM-Bend Abzweighilfe hingegen sorgen für eine intuitive und fehlerfreie Verlegung ohne zweites Aufgraben. Für anspruchsvolle Verlegearten, wie Spülbohren, Einpflügen oder die Verlegung ohne Sandbett liefert Emtelle speziell doppelschichtige, robuste Mikrorohrbündel DBR, die ausreichend Schutz und Zugfestigkeit bieten.



Einpflügen unter erschwerten Bodenbedingungen – dank dem robusten Emtelle Mikrorohrbündel DBR kein Problem.
Bild: Emtelle GmbH

Damit nicht nur für anspruchsvolle Bodenklassen eine Lösung mit einem Installationsschritt geboten wird, sondern auch der anspruchsvollste Kunde zufriedengestellt wird.

Und wer sich nun fragt, was denn mit den Kleiderbügeln passiert ist – auch die werden tatsächlich noch produziert, allerdings nur noch im Nebengebäude und unter anderem Namen.

ÜBER EMTELLE

Emtelle, der weltweite Hersteller von Glasfaserkabel- und Mikrorohrlösungen ist führend in der FTTX-Branche und unterstützt alle wichtigen Akteure der Branche mit zuverlässigen und qualitativ hochwertigen Lösungen für den weltweiten Einsatz. Mit Werken in Großbritannien, Dänemark und Deutschland sowie Vertriebsbüros in den Niederlanden, Schweden, Osteuropa und Malaysia bedient Emtelle weltweit über 100 Länder in verschiedenen Sektoren, einschließlich Telekommunikation und Strom. ■

Weitere Informationen zu Emtelle finden Sie unter:
www.emtelle.de

tso®
the fiber experts

Sie brauchen Unterstützung bei der Geräteauswahl? Sie suchen nach Schulungs- oder Trainingsmaßnahmen? Kontaktieren Sie uns... wir helfen gerne weiter!



Der Breitbandausbau ist in vollem Gange!

Gehen Sie schon mit?

Wir sind autorisierter Vertriebspartner marktführender Hersteller und führen ein breites Spektrum aller maßgeblichen Komponenten, die für den Breitbandausbau erforderlich sind. Auch die Wartung und Instandsetzung, sowie Kalibrierung Ihrer Geräte gehören zu unserem Serviceangebot. Individuelle Schulungen (auch online) und Gerätetrainings runden unser Angebot ab und machen auch Sie in kurzer Zeit **zum fiber expert!**



tso GmbH • Hermann-Köhler-Str. 13 • 58553 Halver • **tso Akademie** • Augustinusstr. 9d • 50226 Frechen • T 02353/66987 - 0 • **info@tso-gmbh.de** • **www.tso-gmbh.de**

STUDIE

BREITBANDBEDARF DER BAYERISCHEN UNTERNEHMEN 2020

STUDIE DER GMS DR. JUNG GMBH, HAMBURG, IM AUFTRAG DER VBW

Hochmoderne und flächendeckende digitale Netze sind für alle Wirtschaftsbereiche und Anwendungen eine unerlässliche Infrastrukturvoraussetzung. Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. hat daher auf Basis einer repräsentativen Befragung unter 647 Unternehmen erneut untersucht, welche konkreten Anforderungen an die kabelgebundene und mobile Netzinfrastruktur gestellt werden. Die Studie wurde im Auftrag der vbw von der GMS Dr. Jung GmbH in Hamburg erstellt.

Wie die Untersuchung zeigt, hat sich die Ausstattung bayerischer Unternehmen mit schnellem Breitband-Internet im Vergleich zum Vorjahr (2019) spürbar verbessert. Mittlerweile nutzt jedes vierte Unternehmen zumindest Bandbreiten von über 50 Mbit/s. Damit hat sich der Anteil mehr als verdoppelt. Sechs Prozent der Unternehmen arbeiten sogar mit höheren Bandbreiten im Bereich von 100 Mbit/s oder mehr. Nach wie vor am weitesten verbreitet sind Bandbreiten zwischen 16 Mbit/s und 50 Mbit/s (46 Prozent), hier hat sich gegenüber 2019 wenig verändert.

Sehr niedrige Datenübertragungsraten von maximal 16 Mbit/s werden mittlerweile nur noch von einem Viertel der Unternehmen genutzt. Mehr Firmen verfügen über eine hohe (über 50 Mbit/s) als eine niedrige Bandbreite (bis 16 Mbit/s).

Mit der Unternehmensgröße steigen die vertraglich vereinbarten Datenübertragungsraten an. Zwei Drittel der Firmen mit 250 oder mehr Beschäftigten nutzen demnach Bandbreiten von über 50 Mbit/s. Eine Entwicklung hin zu höheren Bandbreiten lässt sich dennoch in erster Linie bei Kleinst- und Kleinunternehmen beobachten.

Im Hinblick auf die Wirtschaftsabschnitte werden höhere Bandbreiten im Bereich von über 100 Mbit/s im industriellen Sektor (elf Prozent) etwas häufiger verwendet als im Dienstleistungssektor (fünf Prozent), während niedrige Bandbreiten im Bereich von bis zu 50 Mbit/s im Dienstleistungssektor (70 Prozent) leicht häufiger vorkommen als im industriellen Sektor (64 Prozent).

Laut Studie wird der Bandbreitenbedarf der bayerischen Unternehmen bis 2023 weiter ansteigen. Nur noch drei Prozent der Befragten sehen für die Zukunft Geschwindigkeiten von bis zu 16 Mbit/s als ausreichend an. Weniger als ein Sechstel schätzt seinen Breitbandbedarf für das Jahr 2023 zudem mit über 16 Mbit/s bis 50 Mbit/s ein. Gut drei Viertel erwarten hingegen, dass bis dahin Bandbreiten von über 50 Mbit/s (43 Prozent) bzw. sogar über 100 Mbit/s (34 Prozent) benötigt werden. Der für 2023 prognostizierte Bedarf ist damit im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen.

Dass sich im Hinblick auf die Ortsgröße und den Regierungsbezirk des Unternehmenssitzes erneut keine bzw. nur kleine systematische Unterschiede feststellen lassen, unterstreicht die Relevanz des Breitbandausbaus in der Fläche. Wie schon im Vorjahr fällt der Zukunftsbedarf in der Oberpfalz und in Niederbayern ebenso wie in Mittelstädten mit 20.000 bis unter 100.000 Einwohner leicht überdurchschnittlich aus. Auch hier handelt es sich aber um sehr geringe Abweichungen.

Um Bandbreiten von (deutlich) über 100 Mbit/s im stationären Bereich zu erreichen, sind VHC-Netze eine wichtige (Zukunfts-)Technologie. Dabei handelt es sich um Kommunikationsnetze, die komplett aus Glasfaserkomponenten bestehen oder eine ähnliche Netzleistung erbringen können.

Die Anbindung ans VHC-Netz ist lediglich für 28 Prozent der befragten Unternehmen vorhanden oder mit geringem Aufwand realisierbar. Ähnlich wie bei der vertraglich vereinbarten Bandbreite steigt der Anteil mit der Unternehmensgröße sichtlich an. So ist eine Anbindung ans VHC-Netz unter den Firmen mit mehr als 250 Mitarbeitern bereits für doppelt so viele Unternehmen problemlos realisierbar oder bereits vorhanden wie unter den Kleinst- oder Kleinunternehmen.

Im industriellen Sektor ist eine VHC-Anbindung zumindest für jedes dritte Unternehmen verfügbar. Dies liegt nicht zuletzt an einer vergleichsweise hohen Verfügbarkeit von VHC-Anschlüssen bei Unternehmen der Energieversorgung (41 Prozent) und des Baugewerbes (33 Prozent). Nachholbedarf besteht vor allem in den Regierungsbezirken Franken (18 Prozent) und Schwaben (22 Prozent).

Bereits einen Gigabit-Anschluss gebucht haben nur drei Prozent aller Unternehmen. Unter jenen, die angeben, an ihrem Standort auf entsprechende Bandbreiten zurückgreifen zu können, hat nicht einmal jede siebte Firma einen solchen Tarif auch tatsächlich gebucht. Demgegenüber haben 81 Prozent von der Verfügbarkeit von Bandbreiten im Bereich über einem Gbit/s bislang keinen Gebrauch gemacht. Die Gründe dafür sind am häufigsten die Kosten (28 Prozent). Allerdings gibt auch jedes fünfte dieser Unternehmen an, für solche Bandbreiten keinen Bedarf zu sehen. →

Entgegen dem Trend der Befragung aus dem Jahr 2019 ist die allgemeine Zufriedenheit mit der Bandbreite leicht gestiegen und erreicht einen neuen Höchstwert. Etwa die Hälfte der Unternehmen ist mit der verfügbaren Bandbreite sehr oder eher zufrieden. Der Anteil der mit der derzeit verfügbaren Bandbreite eher bzw. sehr unzufriedenen Firmen fällt mit insgesamt 45 Prozent wieder klar unter die 50 Prozent-Marke. Dies lässt sich auch als Anzeichen dafür interpretieren, dass die Netze dem durch die Corona-Pandemie bedingten gestiegenen Bedarf im Großen und Ganzen gut standgehalten haben.

Erneut fällt der Anteil der Unzufriedenen, die für 2023 einen höheren Bandbreitenbedarf erwarten, mit 58 Prozent überdurchschnittlich hoch aus. Dagegen bejahen beinahe alle Firmen, die bis 2023 keine höheren Bandbreiten benötigen, die derzeit verfügbare Bandbreite.

Der Anteil der Unternehmen, die aufgrund einer unzureichenden Bandbreite negative Auswirkungen wahrnehmen, liegt unverändert bei knapp der Hälfte. Anders als noch im Vorjahr haben wieder vermehrt Firmen aus dem industriellen Sektor und dem Bergbau mit den negativen Folgen unzureichender Breitbandverbindungen zu kämpfen (51 Prozent). Dabei liegt sowohl das verarbeitende Gewerbe im Allgemeinen als auch die Metall- und Elektroindustrie im Speziellen leicht über dem Durchschnitt aller bayerischen Unternehmen.

Einige Firmen verknüpfen ihren steigenden Bandbreitenbedarf besonders mit eher globalen Entwicklungen wie der Digitalisierung, andere denken dabei schon an recht konkrete Anwendungsmöglichkeiten wie beispielsweise Big Data oder Industrie 4.0. Die meistgenannten konkreten Technologien bleiben mobile Anwendungen und Plattformen (36 Prozent), gefolgt von Fernwartungen und Fernzugriffen (30 Prozent), Anwendungen zur Datenaufbereitung, -bereitstellung und -speicherung (29 Prozent) sowie Collaboration-Tools (28 Prozent). Noch ein knappes Viertel der Unternehmen, die von einem steigenden Bandbreitenbedarf ausgehen, bringen diesen mit Big Data-Analysen/Predictive Analytics in Verbindung. Datenvisualisierungen und Bild- und Videodaten/Streaming sind für die Erwartung eines steigenden Bandbreitenbedarfs hingegen aus Perspektive der befragten Unternehmen ebenso vergleichsweise weniger wichtig wie Industrie 4.0-Anwendungen und Echtzeitanwendungen. ■

Download der Studie unter:

→ https://bit.ly/2ZF7xcL

INDUSTRY LEADING SYSTEM SOLUTION FOR FIBRE OPTIC COMMUNICATIONS



Alles aus einer Hand

Hexatronic entwickelt, fertigt, vermarktet und liefert qualitativ hochwertige Lösungen für glasfaserbasierte Netzwerke.

Durch unsere standardisierten Prozesse und einmaligen Produktlösungen können wir unseren Kunden eine sichere Projektumsetzung garantieren.

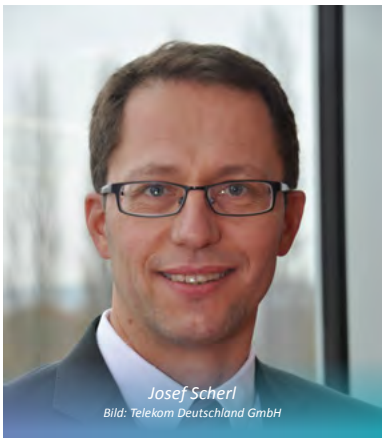
HEXATRONIC
Hexatronic GmbH

JOSEF SCHERL | TELEKOM DEUTSCHLAND GMBH

Telekom Deutschland setzt auf intensive Zusammenarbeit mit Kommunen

Umfassender FTTH-Ausbau bis 2030 geplant

Wie wichtig und wie richtig der schrittweise Breitbandausbau war, hat die Corona-Krise leider in dramatischer, aber dennoch aus dieser Betrachtung hervorragender Weise bewiesen: Reine Glasfaseranschlüsse (FTTH) für Wenige oder aktuell vollkommend ausreichende kombinierte Glasfaser- und Kupferanschlüsse (FTTC) in extrem kurzer Zeit für nahezu 100 Prozent.



Josef Scherl
Bild: Telekom Deutschland GmbH

Innerhalb von nur ca. fünf Jahren konnte sich das Bundesland Bayern im bundesweiten Vergleich bei der Breitbandversorgung von einem der hinteren Plätze in die Spitzengruppe katapultieren. Das konnte nur gelingen, weil es die strategische Entscheidung der Deutschen Telekom war, den Glasfaserausbau in zwei Schritten zu bewältigen. Wir investieren allein so viel, wie die ganze Branche zusammen und haben den FTTC-Ausbau in Bayern vor allem im ländlichen Raum vorangetrieben. Eine zweite gute Entscheidung war es, dass die bayerische Staatsregierung viel Geld für die Förderung unwirtschaftlicher Ausbaugebiete bereitgestellt hat. Und diese Kombination gab es nur in Bayern. Da wir unsere Investitionen zusätzlich auch noch mit entsprechenden Soft- und Hardwarehüben (Vectoring, Super Vectoring) getuned haben, konnten wir mit dieser Investition ohne Zusatzaufwand für die Gemeinden die Bandbreiten nochmals mehr als verdoppeln. Letztendlich haben wir einen „Volkswagen“ für alle gebaut, diesen dann noch getuned und jetzt fahren wir die Produktion für den „Sportwagen“ hoch.

Ich bin schon immer davon überzeugt gewesen, dass man diesen riesigen „Infrastruktur-Elefanten“ nur in Schritten verdauen kann.

Und so treffen jetzt erneut zwei strategische Entscheidungen für die zweite Phase aufeinander. Wir planen bis 2030 einen umfassenden FTTH-Ausbau und nehmen jetzt eine noch größere Investition in Angriff. Dafür wün-



schen wir uns weiterhin eine enge Zusammen- → arbeit mit den Kommunen. Dort, wo kein Netzbetreiber wirtschaftlich kalkulieren kann, steht das neue Gigabit-Förderprogramm des Freistaates zur Verfügung. Gespannt bin ich auf jeden Fall, wie viele Kunden sich dann tatsächlich für unseren „Sportwagen" entscheiden. Haben will ihn mit Sicherheit jeder, nur ob ihn tatsächlich jeder braucht und dafür bereit ist, etwas mehr Geld zu bezahlen, bleibt die spannende Frage.

Unseren Anspruch haben wir als größter Telekommunikationskonzern in Europa und mit Abstand größter Investor in moderne Infrastrukturen in Deutschland mit einem klaren Ziel formuliert: „We won´t stop, until everyone is connected". Wir werden uns also erst zufriedengeben, bis jeder mit einem schnellen Anschluss #DABEI sein kann.

Wir setzen hierzu modernste Planungsinstrumente, Big Data Analysen, künstliche Intelligenz, sowie modernste sog. T-Cars zur Erfassung der Oberflächen ein, um optimierte Planungsergebnisse und hochqualitative Antragsunterlagen für die Wege- und Standortsicherung zu erzeugen.

Um möglichst schnell und kostengünstig beim Ausbau voranzukommen, benötigen wir aber auch weiterhin die Unterstützung aller Genehmigungsbehörden, sowie die Bereitschaft moderne Verlegungstechniken einzusetzen. Es ist aus meiner Sicht nicht akzeptabel, möglichst schnell und kostengünstig an jeder Adresse Glasfaseranschlüsse zu fordern, aber gleichzeitig mit immer mehr Auflagen oder Verboten diesen Ausbau quasi zu verhindern oder wesentlich zu verzögern und zu verteuern.

Wenn wir über den Breitbandausbau sprechen, müssen wir parallel auch über Mobilfunk reden. Mobilfunk und die neuen 5G-Netze sind nicht nur ein zweites Breitbandnetz, das im Bedarfsfall als Back Up für jeden Festnetzanschluss genutzt werden kann, sondern sie haben in den letzten Jahren extrem viele Innovationen ermöglicht. Mobilfunk rettet nicht nur täglich Leben, Mobilfunk ist die Voraussetzung, um im weltweiten Wettbewerb noch mithalten zu können. Wir brauchen die Innovationen, wir brauchen die Effizienzen für unsere Wirtschaft, wir brauchen die Chancen, um intelligente Steuerungssysteme z.B. für die Verkehrssteuerung und damit für den Umweltschutz zu entwickeln. Der neuen Mobilfunkgeneration sprechen Experten einen ähnlich disruptiven Faktor, wie der Erfindung der Dampfmaschine und der damit verbundenen Industrialisierung zu. Wenn Deutschland seinen Wohlstand sichern möchte – und da rede ich noch nicht mal vom


Bild: Telekom Deutschland GmbH

Vergrößern – dann müssen wir schnell und unkonventionell diese Technik ausrollen und weiße Flecken schließen. Nur hier ist der Widerspruch noch viel ausgeprägter. Irgendwie beschweren sich alle hinsichtlich einer schlechten Mobilfunkversorgung im Land – der ich aus Sicht unserer eigenen Netze nicht zu 100 Prozent zustimmen möchte – trotzdem würden wir gerne die weißen Flecken schnell schließen und die Performance durch weitere Standorte verbessern. Gleichzeitig wird der Neubau von Mobilfunkstandorten reihenweise verhindert oder extrem verzögert.

Es ist nämlich ganz und gar nicht so, dass wir nicht bauen wollen, sondern ziemlich simpel der Tatsache geschuldet, dass Neubauten mit immer größeren Anstrengungen von Seiten der Bürger, teilweise leider auch der Unternehmer, Gemeinden und Landratsämter verhindert werden. Wenn wir hier nicht einfacher, schneller und pragmatischer mit dem Thema Mobilfunk umgehen, dann hilft es auch nichts, wenn jeden Tag über weiße Flecken in den Medien berichtet und lamentiert wird, andererseits dieselben Menschen gegen neue Mobilfunkmasten Sturm laufen, oder die Mobilfunkbefürworter sich nicht genauso organisieren und sich für neue Sendeanlagen ins Zeug legen. Ohne geeignete Grundstücke und Gebäude, die man den Netzbetreibern vermietet, wird kein einziger neuer Antennenträger gebaut werden können. Darüber sollte man mal nachdenken. ■

EMTELLE
...WIR PRODUZIEREN IN ERFURT
FÜR SCHNELLES INTERNET IN DEUTSCHLAND!
KOMPLETTLÖSUNGEN FÜR IHREN BREITBANDAUSBAU
ONEDIG

WWW.EMTELLE.DE
Emtelle GmbH
An der Flurscheide 20 - 99098 Erfurt
info-de@emtelle.com +49 (0) 361 654330

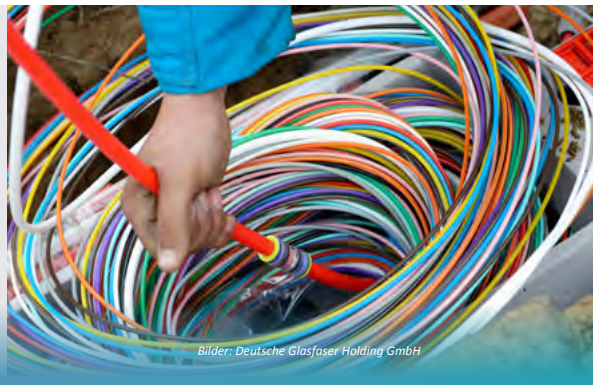
PARTNERSEITE
CORONA SPEZIAL

DEUTSCHE GLASFASER HOLDING GMBH

Glaserfaser für Bayern

DIGITALISIERUNG FUNKTIONIERT NICHT IM ALLEINGANG


Peter Reisinger


Bilder: Deutsche Glasfaser Holding GmbH

Die aktuelle Ausnahmesituation stellt Bayern, Deutschland und die gesamte Welt vor großen Herausforderungen. Auf viele dieser Herausforderungen wurde mit digitalen Lösungen geantwortet: Homeoffice und Homeschooling – aber auch Streaming von Filmen, Musik und Online-Gaming in der Freizeit gehören heute zur neuen Normalität zuhause. Das Leben hat sich in die Online-Welt verlagert. Eine Folge dieses digitalen Lebensalltags ist der enorme Anstieg des Bandbreitenbedarfs. In diesen Tagen herrscht eine nie dagewesene Nachfrage nach schnellen und stabilen Internetanschlüssen. Dass reine FTTH-Glasfaseranschlüsse („Fiber To The Home" – Glasfaser bis ins Haus) die einzig zukunftssichere Internetanbindung sind, die langfristig diesen Bedarf decken können, steht mittlerweile in der Politik außer Frage.

Nun gilt es auch in Bayern einen Glasfaseranschluss in jedes Haus zu bringen – möglichst flächendeckend, schnell und zu einem fairen Preis. Deutsche Glasfaser sieht sich als Partner der bayerischen Kommunen und hat die nötigen Mittel und das Know-how, um Glasfasernetze im großen Stil gerade in ländlichen Regionen des Landes auszurollen. Insgesamt wird der Netzanbieter aus Borken (NRW) bis zum Ende diesen Jahres in Bayern über 100.000 Glasfaseranschlüsse privatwirtschaftlich realisiert haben. Zusätzlich engagiert sich das Unternehmen aktuell in Projekten im Umfang von 250.000 Glasfaseranschlüssen und plant weitere Projekte, die über eine halbe Millionen Anschlüsse umfassen – und das ist nur der Anfang. Trotz der privaten Investitions- und Ausbaustärke funktioniert Digitalisierung jedoch nicht im Alleingang.

Um Privathaushalte und Unternehmen möglichst flächendeckend den Zugang zur Gigabit-Internet-Welt zu ermöglichen, arbeitet Deutsche Glasfaser sowohl mit der Politik als auch mit der Wirtschaft zusammen. „Die Privatwirtschaft ist der Treiber des Glasfaserausbaus in Deutschland, aber wir brauchen für eine flächendeckende Versorgung die Hilfe des Staates", sagt Peter Reisinger von Deutsche Glasfaser, zuständig für kommunale Kooperationen in Bayern. „Effektiver und effizienter Glasfaserausbau in einer Kommune funktioniert am besten, wenn wir im ersten Schritt privatwirtschaftlich das Netz ausrollen und im Anschluss – im Rahmen des staatlich geförderten Netzausbaus – die Netzlücken schließen. Damit versorgen wir zum einen schnell die Haushalte in den Kernortschaften und verkleinern zum anderen insgesamt das Fördergebiet. So sorgen wir gemeinsam für Flächendeckung und schonen die Kassen der Kommunen, denn sie müssen bei jedem Förderprojekt einen nicht unerheblichen Eigenanteil beisteuern."

Neben der Kooperation mit der Politik im Rahmen von Förderprojekten schließt Deutsche Glasfaser langfristig angelegte, sogenannte Open-Access-Partnerschaften mit Wettbewerbern – wie jüngst mit dem Anbieter M-net. Diese Art der Partnerschaft bündelt Kräfte, verhindert den unwirtschaftlichen doppelten Netzausbau in einem Ort und bietet den Kunden von Anfang an mehr Produktauswahl auf einem Netz. So planen M-net und Deutsche Glasfaser in den kommenden zwei Jahren den Ausbau von rund 60.000 reinen Glasfaseranschlüssen in Bayerisch-Schwaben und dem Münchner Westen. Die Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bei der Digitalisierung des Landes ist das Gebot der Stunde – denn gerade die derzeitige Krisenzeit offenbart, wie wichtig heutzutage die flächendeckende Verfügbarkeit kritischer digitaler Infrastrukturen ist – und zwar für alle gemeinsam. ■

PARTNERSEITE
CORONA SPEZIAL

GVG GLASFASER GMBH

Starker Partner für Kommunen

DIE UNTERNEHMENSGRUPPE GVG GLASFASER PLANT, BAUT UND BETREIBT GLASFASERNETZE. DABEI VERFOLGT SIE DAS ZIEL EINE MÖGLICHST FLÄCHENDECKENDE VERSORGUNG IN DEN REGIONEN ZU ERREICHEN. AUCH IN BAYERN WILL DAS UNTERNEHMEN NUN DIESE ZUKUNFTSWEISENDE INFRASTRUKTUR VERWIRKLICHEN.

Die GVG-Gruppe ist Experte für sichere zukunftsorientierte Breitbandversorgung auf der Basis von Glasfasertechnologie bis ins Gebäude (FTTH). Gemeinsam mit Kommunen werden Lösungen geschaffen, die Regionen mit einer neuen und kupferfreien Telekommunikationsinfrastruktur zu versorgen. Eine solche Infrastruktur erhöht die Attraktivität von Städten und Gemeinden sowohl als Wirtschaftsstandort als auch als Wohnraum deutlich. Der Glasfaser-Experte agiert zum einen in förderfähigen bislang unterversorgten Gebieten (weiße Flecken) und zum anderen auch in Regionen, die bereits auf Bandbreiten von mind. 30 Mbit/s zurückgreifen können (schwarze Flecken).

Die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sowie ansässigen Unternehmen nach bester digitaler Versorgung – vor allem in ländlichen Gebieten – sind so groß wie nie zuvor. „Bei dem stetig wachsenden Bedarf nach hochleistungsfähigem Internet stoßen die alten Kupferkabel bereits heute vielerorts an ihre Grenzen“, so GVG-Gebietsleiter Martin Schwenke. „Mit Glasfasernetzen, die den Kunden den Glasfaseranschluss direkt ins Gebäude bringen, ist die Breitbandversorgung für die nächsten Jahrzehnte gesichert und auf dem besten Stand.“

Eine hochleistungsfähige Glasfaser-Infrastruktur ist maßgebend für optimal vernetze Haushalte und Unternehmen in Gemeinden. Je nach Wünschen und Möglichkeiten bietet die GVG den Gemeinden und Kooperationspartnern alle Schritte von der Netzplanung über die Vermarktung bis hin zum Betrieb und Kundensupport. Dabei fungiert das Unternehmen sowohl als Unterstützer bei der Umsetzung von Fördermitteln in den weißen Flecken, als späterer Betreiber oder auch als Netzbauer in schwarzen Flecken mit eigenwirtschaftlichen Mitteln.

Mehr Infos auf gvg-glasfaser.de

Als Top-Vermarkter in Norddeutschland bringt die GVG die Erfahrung und die Energie mit, die auch Gemeinden für den Breitbandausbau in Bayern benötigen. Mit der Marke nordischnet versorgt die GVG bereits knapp 70.000 Kunden in 160 Kommunen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen. In Bayern tritt das Unternehmen nun mit der neuen und frischen Marke teranet auf. Unter dem Slogan „Andere sind connected, wir fühlen uns verbunden“ stellen sich die Produkte dieser neuen Marke voll und ganz auf die Bedürfnisse der Kunden ein – sei es das All-inklusive-Leistungspaket mit Internet, Festnetz und TV für die ganze Familie oder die smarte Internet-Businesslösung für Unternehmen. Die Beratung kommt dafür nicht aus der Ferne, sondern die GVG setzt voll auf eine regionale Vernetzung – die Berater sind direkt vor Ort. „Persönliche Gespräche sind bei einem beratungsintensiven Thema wie der Schaffung einer komplett neuen Telekommunikationsinfrastruktur enorm wichtig“, führt Schwenke weiter aus. ■

Mehr Infos auf teranet.de

ROLF-PETER SCHARFE | VODAFONE DEUTSCHLAND GMBH

Gigabit für Bayern

Über den Breitbandausbau im Freistaat

Rolf-Peter Scharfe ist bei Vodafone Deutschland schon seit vielen Jahren für die Anbahnung von Netzinfrastruktur-Projekten verantwortlich. Bis heute hat er eine Vielzahl von Gigabit Projekten federführend begleitet. Dabei spielte der Freistaat eine bedeutende Rolle – denn hier hat Vodafone in zahlreichen eigenwirtschaftlichen und geförderten Projekten gezeigt, wie Gigabit-Ausbau technologieübergreifend funktioniert. Heute verfügt Bayern dank Glasfaser und Kabel über 3,2 Millionen Gigabit-fähige Internet-Anschlüsse.

Die durchschnittliche Steigerung des Datenverbrauchs beträgt weltweit etwa 27 Prozent im Jahr – das ist ein enormer Zuwachs. Um diese Datenmengen zuverlässig transportieren zu können, benötigen wir starke Netze. Vodafone macht in Bayern vor, wie mit modernstem Technologie-Mix eine Gigabit-Gesellschaft entstehen kann. Durch die Kombination von Mobilfunk mit 4G|LTE und 5G, Kabel und Glasfaser bringen wir die Bevölkerung in Bayern auch in diesen herausfordernden Zeiten näher zusammen und schaffen die Grundlage für die Digitalisierung des Bundeslandes.

MOBILFUNK – MIT HIGHSPEED DURCH DIE LUFT

Hier nimmt Bayern eine Vorreiterrolle ein – denn schon heute sind 98,3 Prozent der Bevölkerung bereits mit 4G|LTE und Geschwindigkeiten von bis zu einem Gigabit pro Sekunde versorgt. Das reicht noch nicht aus. Vodafone hat mit einem eigenen rund 72 Millionen Euro schweren Netzausbauprogramm im Jahr 2020 insgesamt 1.475 LTE- und 250 5G-Maßnahmen realisiert. Bereits über 99 Prozent aller Gespräche an den 2.500 bayerischen Autobahnkilometern sind von Anfang bis Ende störungsfrei. Für ein noch besseres Netz an den Verkehrsachsen sind in diesem Jahr weitere 71 Maßnahmen geplant.

Und auch bei 5G leistet Vodafone in der Telekommunikationsbranche Pionierarbeit. Bereits zu Beginn des Ausbaus konnten wir mit 180 5G-Antennen in München die größte Metropole Bayerns in das digitale Zeitalter bringen. Auch für 2021 werden wir den Ausbau weiter vorantreiben, um noch mehr Menschen über den neuen Mobilfunkstandard zu vernetzen. Schon heute sind es deutschlandweit 20 Millionen, bis Ende des Jahres werden es sogar 30 Millionen Bürgerinnen und Bürger sein.

KABEL UND GLASFASER – DIE PERFEKTE KOMBINATION FÜR DIE GIGABIT-VERSORGUNG DEUTSCHLANDS

Unser Kabel-Glasfasernetz ist enorm leistungsstark und damit sehr zukunftssicher. Denn in diesem Netz vereinen wir Technologien wie Glasfaser und Koaxialkabel. Schon heute können 3,2 Millionen Haushalte in Bayern Gigabit-schnelle Anschlüsse buchen.

Dort, wo wir unsere Kunden nicht mit Kabel versorgen können, bauen wir Glasfaser aus. So konnten wir im letzten Jahr 30.000 Haushalte und 5.000 Unternehmen mit eigenen Glasfaser-Anbindungen ausstatten. Ein schönes Beispiel für ein solches Projekt ist der Landkreis Cham. Hier wird im Rahmen eines geförderten Betreibermodells ein ambitioniertes Netzinfrastrukturprojekt umgesetzt und in der ersten Stufe rund 12.000 Haushalte und Unternehmen, die bisher unterversorgt waren, mit Glasfaser angebunden. Und auch in Icking und Altfraunhofen konnten wir zeigen, wie erfolgreich Betreibermodelle sein können, wenn Kommunen und Privatwirtschaft beim geförderten Ausbau eng zusammenarbeiten.

Als aktiver und kompetenter Partner der Kommunen werden wir im kommenden Jahr über die Teilnahme an geförderten Ausbauprojekten im Rahmen der Gigabitförderung hinaus auch den privatwirtschaftlichen Glasfaserausbau in Bayern weiter vorantreiben. ■



REHAU AG + CO.

RAUSPEED EasyConnect

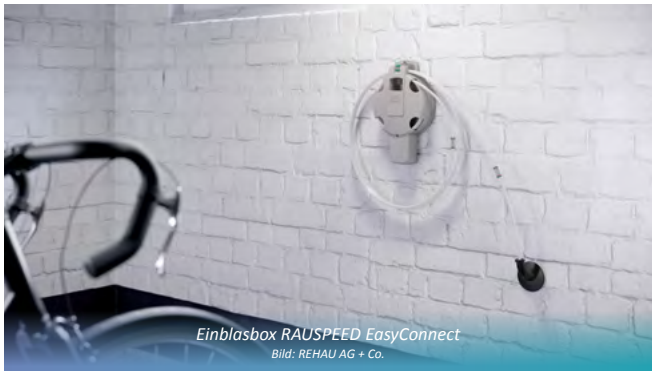
Gebäude effizient mit Glasfaser erschließen

Der Glasfaseranschluss in einem Gebäude war bislang mit einem hohen organisatorischen und personellen Aufwand verbunden. Effizienter geht es mit der neuen Einblasbox RAUSPEED EasyConnect. Mit dieser Technik erfolgt die Verlegung der Glasfaser zukünftig an nur einem Tag – mit nur einem Monteur. Diese Ein-Schritt-Montage bedeutet bis zu 35 Prozent Zeitersparnis.

Schnelles Internet soll so selbstverständlich sein wie Strom aus der Steckdose oder Wasser aus der Leitung. „Fibre to the Home“ (FTTH) lautet die Parole und meint damit die Verlegung der Glasfaser bis in die einzelnen Wohnungen. Dafür braucht jedes Gebäude einen Anschluss für das Mikrorohr, in dem später die Glasfaser verläuft.

RESSOURCEN EFFIZIENT EINSETZEN

Bislang ist das Einblasen der Glasfaser in das fertig verbaute MKR-System mehr eine organisatorische als technische Herausforderung, denn es braucht zwei Termine mit dem Hausbesitzer und zwei Monteure vor Ort. Beim ersten Termin wird die Hauswand durchbohrt und die Hauseinführung gesetzt. Beim zweiten die Glasfaser per Druckluft in das Mikrorohr eingeblasen und abgedichtet. Ein Monteur bedient dabei das Einblasgerät, der zweite nimmt das eingeblasene Kabel im Haus entgegen. Auch muss das Montageteam häufig mehrfach anreisen und mit Wartezeiten rechnen, da die anzuschließenden Haushalte nicht alle zur selben Zeit Zugang zum Haus gewähren können und sich die Termine beim Gebäudewechsel nicht immer nahtlos aneinanderreihen lassen. Rechnet man diesen Aufwand für ein komplettes Ausbaugebiet hoch, wird die Verschwendung von planerischen und personellen Ressourcen deutlich.



Einblasbox RAUSPEED EasyConnect
Bild: REHAU AG + Co.

SCHNELLER ZUR GLASFASER

Aber es geht auch anders. Mit der neuen Einblasbox RAUSPEED EasyConnect von REHAU lassen sich Gebäude mit Glasfaserkabel endlich effizienter erschließen. Denn bereits während der Mikrorohrverlegung an der Straße, welche bis zu zwei Wochen dauert, wird der Hausanschluss gelegt und die Einblasbox am Ende des Mikrorohres im Keller montiert. Nach der Montage ist kein weiterer Zugang zum Haus nötig. Der Einbläser kann sich später vom Kabelverzweiger aus um das komplette Ausbaugebiet kümmern – hier werden in der Regel rund hundert Haushalte angeschlossen – die Glasfaser läuft bis in die Einblasbox und wird dort sicher abgebremst.

Nach einer ersten Einschätzung REHAUs, auf Basis von bereits durchgeführten Pilot-Projekten, werden bei dieser Methode im Vergleich zur konventionellen Vorgehensweise die Kosten um mehr als die Hälfte reduziert.

Das Thema Glasfaserausbau ist ein weites Feld. Deswegen bietet REHAU zusätzlichen Service auf mehreren Ebenen an. Speziell Planer werden mit detaillierten Ausschreibungstexten zu allen Lösungen und auf Wunsch auch bei der Planung unterstützt. Damit später auf der Baustelle der Ersteinbau des REHAU Systems reibungslos klappt, führt der Hersteller bei Bedarf Produkteinweisungen durch. Kommunen, Gemeinden und Zweckverbände können sich zum Thema Fördermittel beraten lassen. ■

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.rehau.de/easyconnect

Alle reden.
Über Digitalisierung, über Breitband, über smarte Cities, über die Zukunft, über ...

Wir machen.
Und kümmern uns um den Glasfaserausbau. Auch in Ihrer Region.

Echte FTTH-Glasfaser.
Für die Zukunftssicherheit unserer Kommunen.

Jetzt informieren!
deutsche-glasfaser.de/kommunen

Deutsche Glasfaser

CONNECT COM GMBH

Montagefreundlich und dauerhaft dicht

Connect Com bringt mit CCM ONE® neue Glasfaserspleißmuffen für FTTx Netze auf den Markt

„Es ist leichter Probleme zu lösen als, mit ihnen zu leben." Diesem Motto Albert Einsteins folgend, hat Connect Com mit den CCM ONE Spleißmuffen PRO und COMPACT eine neue Generation Glasfasermuffen entwickelt, die den Anforderungen an flexible und nachhaltige Systemlösungen für den Breitbandnetzausbau nachkommen. Herzstück der CCM ONE Spleißmuffe sind die patentierten Systeme dynaloX Kabeleinführung und Xtight Dichtelement, die dafür sorgen, daß Verbindungen dauerhaft dicht und wartungsfrei sind.

„Unsere Vision für ONE während der Entwicklung war, unseren Kunden ein erstklassiges und ausgereiftes Muffen-System anzubieten – robust, langlebig, sicher. CCM ONE besticht durch maximale Flexibilität, einfaches Handling und – dank dem patentierten Kalt-Dichtsystem dynaloX – durch absolute Dichtheit.", erklärt Jörg Frei, Inhaber Connect Com.

CCM ONE®: ENTWICKELT FÜR HÖCHSTE ANFORDERUNGEN

CCM ONE passt sich der Netzanforderung flexibel an – sowohl an die geforderte Faserzahl als auch an das zum Einsatz kommende Kabel. Das patentierte Kalt-Dichtsystem, bestehend aus der dynaloX Kabeleinführung mit dem integrierten Dichtelement Xtight, schützt die Glasfasern im Inneren der IP68-dichten Muffe gegen äußere Einflüsse. Egal ob Micro-, Mini-, Standard- oder Sonderkabel - die spezielle, patentierte X-Kontur des Dichtelements Xtight umschließt LWL-Kabel und Mikroröhrchen von 2 bis 20 mm sicher. So wird das Kabel bereits nach dem Einziehen in der Kabeleinführung positioniert und kann nicht aus der Dichtung herausrutschen. Das patentierte Federdruck-System der dynaloX Kabeleinführung sorgt für eine permanente Vorspannung des Dichtsystems und ist dadurch auch bei extremen Temperaturschwankungen dauerhaft dicht und wartungsfrei. Das patentierte Kalt-Dichtsystem garantiert zudem auch eine zuverlässige und permanente Abdichtung zwischen der Kabeleinführung und dem Einlaßport im Muffenboden. CCM ONE bietet Installateuren und Netzbetreibern, die gewünschte Investitions- und Zukunftssicherheit ihrer Netze, da je nach Bedarf weitere Glasfaserverbindungen eingeführt werden können, die über Jahrzehnte vor Umwelteinflüssen geschützt sind.

Die CCM ONE Spleißmuffe kann je nach Anforderung und Bausituation im Freien, im Erdreich, im Schacht oder am Mast installiert werden. Die Installation der Muffe ist intuitiv, selbsterklärend und ohne Spezialwerkzeug zu bewerkstelligen. Auch im laufenden Betrieb können Glasfasern-/Kabel ohne Netzausfälle angeschlossen werden.

Entworfen in der Schweiz – hergestellt in Deutschland. Von der Entwicklung über die Produktion bis zur Qualitätsprüfung - wir haben die gesamte Wertschöpfungskette im Griff. Regionale, langjährige Lieferanten produzieren für uns die Bauteile, welche inhouse mit größter Sorgfalt zusammengesetzt, montiert und abschließend geprüft werden. ■

Weitere Informationen:
www.connectcom.de/spleissmuffe



CCM ONE® Spleißmuffen PRO und COMPACT sowie dynaloX® Kabeleinführungen
Bild: Connect Com AG

ANGEBOTEN WIRD DIE CCM ONE SPLEISSMUFFE ZUNÄCHST IN ZWEI GRÖSSENVARIANTEN:

- Spleißmuffe CCM ONE COMPACT für max. 432 Spleiße und 1 Loop Kabeleinführung sowie 6 dynaloX oval
- Kabeleinführungen Spleißmuffe CCM ONE PRO für max. 864 Spleiße und 2 Loop Kabeleinführungen sowie 8 dynaloX oval Kabeleinführungen

Die Ablage der Glasfaserverbindungen wird durch die bewährten CCM CARO Spleißkassetten mit einem optimalen, schonenden Biegeradius von 30 mm gewährleistet.

hfc Broadband Solutions
by axing group

Neue Märkte für Stadtwerke, Netzbetreiber und Energieversorger

Multi-Gigabit-fähige Breitband-Netzwerklösungen aus einer Hand
für existierende und neue koaxiale oder HFC-Netze.

- Remote-CCAP als zentrales Element
- Hochwertige Empfangstechnik
- Kopfstellen und Streamer
- Aktive und passive Verteiltechnik
- Remote-MACPHY Systeme als 10G-Schnittstelle zwischen FTTx und Koaxial-Netzen



axing Competence in Communication Technologies
AXING AG
Gewerbehaus Moskau | CH-8262 Ramsen
Telefon +41 52 - 742 83 00
Telefax +41 52 - 742 83 19
www.axing.com

dev
DEV Systemtechnik GmbH
Grüner Weg 4A | D-61169 Friedberg
Telefon +49 6031 - 6975-100
Telefax +49 6031 - 6975-114
www.dev-systemtechnik.com

Sprechen Sie mit uns über die Alternative zu FTTH!
info@hfc-broadbandsolutions.com
Besuchen Sie uns auch im Internet:
www.hfc-broadbandsolutions.com

Halten Sie durch!

TERMINHINWEIS

8. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

11.11.2021

Stadthalle Gunzenhausen

www.bayerisches-breitbandforum.de

IMPRESSUM:
Sonderdruck Nr. 5/2021 der
Bayerischen GemeindeZeitung

Redaktion: Constanze von Hassel, Doris Kirchner
Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: wie angegeben
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Anzeigenleitung: Monika Steer
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

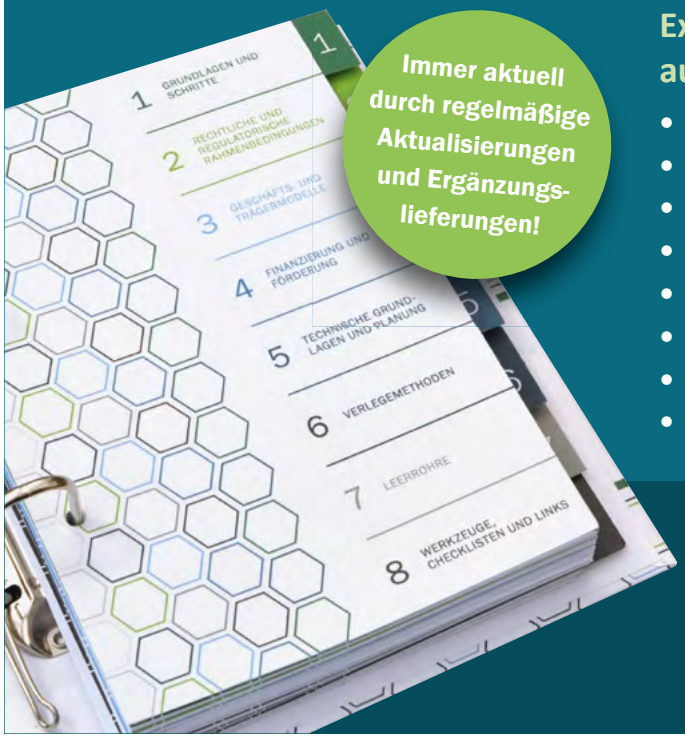
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg

Loseblattsammlung

Kommunaler Breitbandausbau in Deutschland

Umfangreiche Themensammlung zum Breitbandausbau für Kommunen, TK-Unternehmen und Berater



Immer aktuell durch regelmäßige Aktualisierungen und Ergänzungslieferungen!

Expertenwissen, Vorlagen und Checklisten auf über 450 Seiten!

- Grundlagen
- Rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen
- Geschäfts- und Trägermodelle
- Finanzierung und Förderung
- Technische Grundlagen und Planung
- Verlegemethoden
- Leerrohre
- Vorlagen und Checklisten



atene KOM

atene KOM GmbH
breitband@atenekom.eu
Tel. 030 22 183-1513

Probelesen und bestellen

www.atenekom.eu

ABC DES KOMMUNALEN BREITBANDAUSBAUS

WEITERE INFORMATIONEN GESUCHT?

AUF WWW.GEMEINDEZEITUNG.DE/ABC WARTET EIN ABC DES KOMMUNALEN BREITBANDAUSBAUS AUF SIE!

SIE WOLLEN RECHTZEITIG ZUM 8. BAYERISCHEN BREITBANDFORUM – DIE DIGITALE KOMMUNE – EINGELADEN WERDEN?

DANN ABONNIEREN SIE DEN KOSTENFREIEN NEWSLETTER DER BAYERISCHEN GEMEINDEZEITUNG UNTER:

WWW.GEMEINDEZEITUNG.DE/NEWSLETTER

WIR SEHEN UNS IN GUNZENHAUSEN!

Die Fachveranstaltungen der Bayerischen GemeindeZeitung:

BAYERISCHES INFRASTRUKTUR FORUM

BAYERISCHES ENERGIE FORUM

BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

BAYERISCHES BREITBAND FORUM

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 18. März 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 6



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

13. Integrationsgipfel der Bundesregierung:

Aktionsplan Integration

Zusammenwachsen und Zusammenhalt

Mit einem mehr als 100 Punkte umfassenden Plan will die Bundesregierung die Integration von Zuwanderern in Deutschland fördern. Die vorgesehenen Maßnahmen umfassen unter anderem Hilfen für zuwandernde Fachkräfte im Heimatland, die Unterstützung beim Spracherwerb und die Schaffung von mehr Chancengleichheit in Wirtschaft und im öffentlichen Dienst. Der Nationale Aktionsplan Integration ist das Produkt der mehrjährigen Arbeit von etwa 300 Partnern aus Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft – unter ihnen 75 Migrantenorganisationen. Im Rahmen des 13. (digitalen) Integrationsgipfels der Bundesregierung wurden die Maßnahmen nun verabschiedet.

Der Aktionsplan Integration umfasst insgesamt fünf Stufen. Mit Phase I leitet die Bundesregierung einen Paradigmenwechsel ein. Erstmalig wird bereits im Herkunftsland systematisch damit begonnen, Menschen, die z.B. als Fachkräfte kommen wollen, auf das Leben und Arbeiten in Deutschland vorzubereiten. Damit soll die Integration erleichtert werden. Beratungszentren für Jobs, Migration und Reintegration informieren in derzeit 13 Partnerländern über Chancen und Voraussetzungen von legaler Migration sowie über die Risiken irregulärer Migration. Mit Blick auf die Gewinnung von Fachkräften geht es zudem darum, Deutschland im weltweiten Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte als attraktives Einwanderungsland zu positionieren.

Beratungsangebote und Unterstützung

In Phase II gilt es, möglichst nahtlos an die Vorintegrations-, Informations- und Aufklärungsangebote anzuknüpfen, die bereits im Herkunftsland durchgeführt werden. Unmittelbar nach der Ankunft in Deutschland sind Beratungsangebote, Unterstützung beim Spracherwerb und bei der Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen sowie beim Zugang zum deutschen Bildungs- und Ausbildungssystem von entscheidender Bedeutung. Auch steht die Wertevermittlung im Vordergrund.

Damit der Schritt von der Erstintegration unmittelbar nach der Ankunft in Deutschland hin zur Eingliederung gelingt, ist die Weichenstellung für die Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben in Phase III von zentraler Bedeutung. Die Integration in den Arbeitsmarkt spielt dabei eine ebenso wichtige Rolle wie das bürgerschaftliche Engagement, Ehrenamt und die Stärkung der Kommunen in der Integrationsarbeit.

Zugehörigkeit

In den Phasen IV und V des Aktionsplans geht es um die Grundlagen für das Zusammenwachsen als Gesellschaft sowie die Frage, wie Zugehörigkeit und Zusammenhalt dauerhaft gefestigt und gestärkt werden können. Dazu gehören in

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried



Alois Brundobler, Vorsitzender des Bayerischen Heilbäder-Verbandes, Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, Angela Inselkammer, Präsidentin des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA Bayern. Bild: StMWi/E. Neureuther

Bayerische Tourismuswirtschaft 2020:

Beispielloser Einbruch

„Für den Tourismus in Bayern war 2020 mit Ausnahme einiger Sommermonate ein katastrophales Jahr. Zwei Lockdowns haben die Branche stellenweise fast vollständig zum Erliegen gebracht", betonte Wirtschafts- und Tourismusminister Hubert Aiwanger bei der Vorstellung der Tourismusbilanz 2020. Der Bund sei deshalb gefordert, auch für touristische Einrichtungen eine faire, faktenbasierte Öffnungsperspektive zu erarbeiten.

Aiwanger zufolge leidet die Tourismusbranche besonders stark unter den Corona-Maßnahmen, viele Mitarbeiter kündigen angesichts der Perspektivlosigkeit. Da Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Bayern sei, fordert der Minister von der Bundesregierung Rahmenbedingungen, die den Betrieben ein erfolgreiches Wirtschaften ermöglichen: „Der Bund muss den steuerlichen Verlustrücktrag auf mehrere Jahre ausweiten und die Spielräume der europäischen Arbeitszeitrichtlinie nutzen. Auch der ermäßigte Mehrwertsteuersatz, der dankenswerterweise jetzt bis Ende 2022 verlängert wurde, muss dauerhaft beibehalten und auf Getränke ausgedehnt werden."

Städte am stärksten betroffen

Laut Tourismusbilanz ist die Zahl der Gästeankünfte im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 50,4 Prozent eingebrochen. Statt 40 Millionen reisten nur

(Fortsetzung auf Seite 4)

Landtagspräsidentin Ilse Aigner zur Maskenaffäre:

Sorge um das Ansehen der Demokratie

Lobbyregister und Überarbeitung der Verhaltensregeln für Abgeordnete

Bayerns Landtagspräsidentin Ilse Aigner sorgt sich um das Ansehen der Demokratie und zeigt sich empört über die jüngst bekanntgewordenen Fälle der Maskenaffäre: „Es macht mich wütend, wenn ich sehe, dass Fehlverhalten einzelner Abgeordneter ein schlechtes Licht auf 99,99 Prozent der Abgeordneten in Deutschland wirft, die einen sehr guten Job machen. Das schadet unserer Demokratie!"

Aigner regt an, dass sich der Bayerische Landtag am künftigen Lobbyregister des Bundestags orientiert, jedoch ohne es automatisch zu kopieren und zu übernehmen: „Wir müssen prüfen, ob es effektiv genug, aber auch noch praktikabel ist. Genauso wichtig ist es, dass wir uns die Verhaltensregeln für Abgeordnete anschauen und sie gegebenenfalls anpassen. Nicht alles, was womöglich legal ist, ist auch moralisch legitim. Die Verfehlungen der jüngsten Zeit hätten allein durch ein Lobbyregister nicht verhindert werden können."



Bildarchiv Bayerischer Landtag, Foto: Rolf Poss

Die Präsidentin regt die Fraktionen im Landtag dazu an, bei der Erstellung eines Lobbyregisters möglichst eng zusammenzuarbeiten. „Es geht um ein in der Öffentlichkeit hochsensibles Thema, das nicht zum Parteienstreit taugt. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten eine gemeinsam getragene Lösung. Es geht um Vertrauen in die Parlamente und die Arbeit unserer Abgeordneten. Wir brauchen einen größtmöglichen Konsens, um unseren Wählerinnen und Wählern klar zu machen, dass wir Abgeordnete aus den jüngsten Vorkommnissen unsere Lehren ziehen."

Die Landtagspräsidentin betont, dass Lobbyismus zu einer parlamentarischen Demokratie dazu gehört und nichts Verwerfliches ist. „Wirtschafts-, Wohlfahrts- oder Naturschutzverbände – um einige Beispiele zu nennen – müssen bei Gesetzgebungsverfahren mit Abgeordneten in einen Dialog treten können, weil Parlamentarier bei ihren Entscheidungsfindungen zwischen den verschiedenen Interessen abwägen müssen." Aigner sagt aber auch: „Bei den Themen Lobbyregister und Verhaltensregeln sollten wir Abgeordnete uns unserer Vorbildwirkung bewusst sein und deshalb an uns strenge Maßstäbe anlegen." **EM**

CSU LIVE zum Weltfrauentag:

Warum wir starke Frauen brauchen

Starke Politik braucht starke Frauen. Bei einer Live-Veranstaltung der CSU unter dem Motto „Zwischen Parität, Gendersternchen und #MeToo – warum wir starke Frauen brauchen" forderte die Vorsitzende der Frauen-Union Bayern, MdL Ulrike Scharf, die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern in der Politik. Es gelte, gezielt um Frauen zu werben und sie für ein politisches Engagement zu begeistern.

Laut Scharf ist der Frauenanteil in den Parlamenten und kommunalen Gremien immer noch erschreckend gering. „Unsere Gesellschaft wird nicht richtig abgebildet. 50 Prozent davon sind wir Frauen – wir müssen auch dementsprechend repräsentiert werden."

Alte Rollenmuster und neue Herausforderungen

Gerade durch die Corona-Pandemie seien Frauen häufig in alte Rollenmuster zurückgedrängt worden und sähen sich neuen Herausforderungen ausgesetzt. Bereits überwunden geglaubte Stereotype kämen wieder zum Vorschein und Klischees würden befördert. Gleichwohl sei in der Krise auch eine Chance zu sehen, betonte die FU-Vorsitzende: „Das Bewusstsein für Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Frauen ist im letzten Jahr gestiegen. Wir müssen aufpassen, dass wir keine Rolle rückwärts erleben, aber wir haben auch die große Chance viele aktive, engagierte und hoch qualifizierte Frauen für die Politik zu gewinnen. Frauen wollen sich einbringen, mitgestalten und Verantwortung übernehmen."

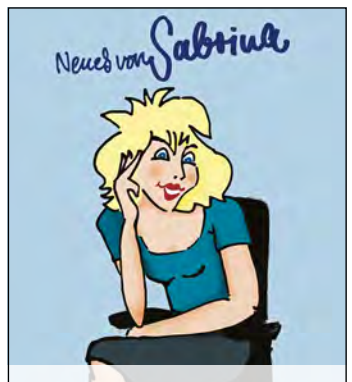
Gemischte Teams sind erfolgreicher

Scharf zufolge zeigen unterschiedliche Studien, dass gemischte Teams erfolgreicher sind. Vor diesem Hintergrund „können wir es uns nicht leisten, auf die Kompetenzen, Erfahrungen und die Sichtweisen von Frauen in einer modernen, weltoffenen Volkspartei zu verzichten. Jede Frau und jeder Mann ist wichtig für unsere Zukunftsfähigkeit!"

Größter Nachholbedarf in der Kommunalpolitik

Nach den Worten von Landtagspräsidentin Ilse Aigner bemüht sich die CSU um eine gleichberechtigte Listenaufstellung für Frauen und Männer auf den Bundestags- und Landtagslisten. Der größte Nachholbedarf bestehe in der Kommunalpolitik. Auch für Direktmandate müsste ihre Partei künftig häufiger Frauen nominieren, unterstrich Aigner: „Wir haben einfach zu wenige, grundsätzlich.

(Fortsetzung auf Seite 4)



„Hier herrscht ganz überwiegend Mutlosigkeit; Krisenszenarien werden gepflegt. Ein Gefühl der Lähmung liegt über unserer Gesellschaft", zitiert unsere Vorzimmerperle Roman Herzog und räsoniert über Meinungsmacht, Fachidioten und Spezialisten.
Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite

Änderung des Kommunalwahlrechts 2
Innenminister Herrmann stellt Kriminalitätsstatistik vor 2
Kinderschutz in Europa 2

GZ-Kolumne Stefan Rößle:
Kommunalpolitik zukunftsfähig digitalisieren 3

Virtuelle Ausbildungs- und Karrieremessen 3
125 Jahre Bayerischer Städtetag 4

Kommunale Finanzthemen . . . . . 5 - 8
Kommunale Bauthemen . . . . . 9 - 14
Kommunale Gesundheitsthemen . . . . . 15 - 16
Wasser • Abwasser . . . . . 17 - 18
Kommunalfahrzeuge • Katastrophenschutz • Feuerwehr 19
Kommunale Entwicklungszusammenarbeit 21

Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 20 - 24

Änderung des Kommunalwahlrechts erleichtert Handlungsoptionen

Mit der Änderung des Kommunalwahlrechts können auch unter Pandemiebedingungen in den Kommunen erforderlichen Entscheidungen getroffen und zugleich die Zahl der Sitzungsteilnehmer reduziert werden. Die Teilnahme an Hybridsitzungen erleichtert zudem die Vereinbarkeit von Familie und der Ausübung eines kommunalpolitischen Amtes. Der Landesverband Bayern der Partei „Die Linke." kritisiert die Gesetzesänderung als „Aushebelung der Demokratie" und prüft die Möglichkeit, eine Klage einzureichen.

Die Kommunen können künftig selbst entscheiden, ob und inwieweit sich Mitglieder kommunaler Gremien zu Sitzungen audiovisuell zuschalten lassen können und dabei auch ein Stimmrecht haben. Die Abgeordneten stimmten dem Gesetzentwurf der beiden Regierungsfraktionen von CSU und Freien Wählern zur Änderung des Kommunalrechts im Plenum des Bayerischen Landtages Anfang März zu. Bei den künftig möglichen Hybridsitzungen muss mindestens der Vorsitzende im Sitzungsraum körperlich anwesend sein. Rein virtuelle Sitzungen sind weiterhin ausgeschlossen. „Damit kann jedes Ratsmitglied selbst entscheiden, ob es körperlich an einer Sitzung teilnehmen will oder, falls die Kommune diese Möglichkeit eröffnet, sich zur Sitzung zuschalten lässt," sagte Innenminister Joachim Herrmann.

Mehr Optionen für Amtsausführung

Mit der Änderung des Kommunalwahlrechts soll auch die Vereinbarkeit eines kommunalen Mandats mit Familie und Beruf verbessert werden. Bürgerinnen und Bürger haben weiterhin die Möglichkeit, Sitzungen vor Ort im Sitzungsraum zu verfolgen. Die Regelungen zu den Hybridsitzungen gelten zunächst bis Ende 2022 und bedürften einer Zweidrittelmehrheit, um den Kommunen ausreichend Zeit zu geben, sie zu erproben. Digitalministerin Judith Gerlach sagte: „Wichtig ist mir vor allem, dass kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger damit mehr Optionen für die Ausübung ihrer wichtigen Funktion erhalten. Das ermöglicht beispielsweise auch Menschen mit körperlichen Einschränkungen oder Eltern mit kleinen Kindern an Ratssitzungen von zu Hause aus teilzunehmen."

Reine Briefwahlen möglich

Nach der neuen Rechtslage können künftig Ferienausschüsse auch auf Ebene der Landkreise, Bezirke und Zweckverbände eingesetzt werden. Der Zeitraum für die Einsetzung dieser Ausschüsse wird 2021 von sechs Wochen auf bis zu drei Monate verlängert. Weiterhin können Kommunen außerhalb der Ferienzeit die den jeweiligen Vollgremien vorbehaltenen Entscheidungsbefugnisse bis zu drei Monate – mit Verlängerungsoptionen, längstens bis Ende 2021 – auf beschließende Ausschüsse übertragen.

Bürgerversammlungen nicht zwingend

Dem Ziel, Infektionen zu vermeiden, dienen auch weitere Regelungen des Gesetzes für das Jahr 2021: Bürgerversammlungen müssen nicht zwingend durchgeführt, können jedoch bis Ende März 2022 nachgeholt werden. Ortssprecherwahlen, Bürgerentscheide und Gemeinde- und Landkreiswahlen sollen im Jahr 2021 als reine Briefwahlen bzw. -abstimmungen erfolgen können. Bei Gemeinde- und Landkreiswahlen hängt dies von einer Anordnung der jeweiligen Rechtsaufsichtsbehörde ab, die auch den jeweiligen Wahltermin festsetzt. Das Gesetz tritt nach Verkündung am 17. März 2021 in Kraft.

„Aushöhlung der Demokratie"

Der bayerische Landesverband der Partei Die Linke. kritisiert die Gesetzesänderung. Die Kritik der Partei lautete: „Die Möglichkeit der mehrmonatigen Einsetzung von sogenannten Corona-Ausschüssen führt zur Aushebelung der kommunalen Demokratie und zu Kommunalpolitikern erster und zweiter Klasse." Denn die beschlossene Änderung der Gemeinde- und Landkreisordnung schließe kleine Parteien und Wählergruppen komplett aus. „Durch die Änderungen können gewählte Kommunalpolitiker und kleine Parteien bis zum Jahreswechsel komplett von kommunalen Entscheidungen ausgeschlossen werden. Dies ist undemokratisch und respektlos gegenüber den Wählern", erklärte Kathrin Flach Gomez, Landessprecherin der Partei Sie prüft jetzt eine Klage und hat damit Adelheid Rupp, Rechtsanwältin und ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete, beauftragt. **red**

Innenminister Herrmann stellt Kriminalitätsstatistik vor:

Weniger Einbrüche, mehr Cyberkriminalität

Die Corona-Pandemie schlägt sich in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik 2020 nieder: Die Polizei registrierte deutlich weniger Einbrüche und Ladendiebstähle, jedoch erheblich mehr Betrugsdelikte im Internet. Die Bekämpfung der Cyberkriminalität erklärte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann daher als einen der Schwerpunkte in der polizeilichen Arbeit für das laufende Jahr 2021.

Die Sicherheitslage im Freistaat hat sich im vergangenen Jahr mit der niedrigsten Kriminalitätsbelastung seit 41 Jahren und der höchsten Aufklärungsquote seit 26 Jahren verbessert. Damit hält Bayern den langjährigen Spitzenplatz bei der Inneren Sicherheit im Vergleich zu den anderen Bundesländern.

Hohe Aufklärungsquote

Rückgänge gab es bei der Zahl der Diebstahlsdelikte. Den deutlichen Rückgang bei den Ladendiebstählen um 8,5 Prozent führte Innenminister Joachim Herrmann auf die Ladenschließungen aufgrund der Corona-Pandemie zurück. Die Zahl der Wohnungseinbrüche sank um 3,7 Prozent auf 4.181 und damit auf den niedrigsten Stand seit elf Jahren. Die Aufklärungsquote lag bei 21,3 Prozent. Auch hier rechnet der Innenminister mit einem gewissen „Corona-Effekt", da durch Homeoffice und Ausgangsbeschränkungen die Menschen mehr zuhause waren. Die um rein ausländerrechtliche Delikte wie illegale Einreise oder illegaler Aufenthalt bereinigte Kriminalitätsbelastung ging um 1,2 Prozent auf 4.291 Straftaten pro 100.000 Einwohner zurück. Gleichzeitig konnte die Polizei in Bayern die Aufklärungsquote (ohne ausländerrechtliche Delikte) auf rund 66 Prozent steigern. Die Zahl der Straftaten ohne ausländerrechtliche Delikte sank um knapp ein Prozent auf 563.187 Fälle. Ebenfalls rückläufig war die Zahl der ausländerrechtlichen Delikte, wozu beispielsweise illegale Einreise oder illegaler Aufenthalt zählen. Sie ging um knapp 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 31.056 Fälle zurück.

Im Bereich der Gewaltkriminalität gab es im vergangenen Jahr ebenfalls einen Rückgang um 2,2 Prozent auf 19.507 Fälle. Die Aufklärungsquote lag bei 87 Prozent.

Kein Anstieg der Gewalt im Lockdown

Zu einem deutlichen Anstieg der registrierten Fälle Häuslicher Gewalt kam es während des Lockdowns nicht. Die Fallzahlen bewegten sich auf dem nahezu identischen Niveau des Vorjahres. Die Zahl der registrierten Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung stieg im vergangenen Jahr allerdings deutlich um knapp 24 Prozent auf 11.197 Delikte. „Diese Entwicklung ist insbesondere auf die starke Zunahme bei der Verbreitung von Pornografie zurückzuführen, beispielsweise über digitale Medien wie ‚WhatsApp'", erklärte Herrmann vor dem Hintergrund der Fallzahlenzunahme von knapp 60 Prozent (2020: 4.093 Fälle, 2019: 2.600 Fälle). Eine bayernweite Präventionskampagne soll Schüler, Eltern und Lehrkräfte umfassend sensibilisieren und einen weiteren Anstieg der Straftaten verhindern. Die SPD-Landtagsfraktion begrüßte die Initiative. Innenexperte Stefan Schuster (SPD) sagte jedoch: „Die vorgestellte Maßnahme geht in die richtige Richtung, ist aber noch nicht ausreichend. Hier braucht es noch viel mehr Präventionsarbeit, um unsere Kinder und Jugendlichen vor Übergriffen zu schützen. Insbesondere die Lehrkräfte an den Schulen müssen hier speziell geschult werden."

Mobiles Analyselabor

Die Zahl der Straftaten im Internet ist hingegen im Jahr 2020 um 20 Prozent auf 35.652 Fälle angestiegen. Aufgrund der verstärkten Nutzung von Online-Diensten zählt Herrmann die Bekämpfung der Cyberkriminalität in den kommenden Jahren zu den größten Herausforderungen der Polizei. Zudem werde mit einem neuen Pilotprojekt beim Polizeipräsidium Oberfranken als erstes Bundesland der vollmobilen Einsatz eines IT-Forensiklabors erprobt, kündigte der Innenminister an. Mit dem Spezialfahrzeug können u. a. Geräte zur digitalen Beweissicherung vor Ort eingesetzt werden. **red**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred Hammer
94081 Fürstenzell
am 19.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Gabriela Schmucker
89352 Ellzee
am 18.3.

Bürgermeister Bernhard Uhl
86441 Zusmarshausen
am 25.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Weber
83483 Bischofswiesen
am 30.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Adalbert Hösl
94330 Aiterhofen
am 30.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Patrick Janik
82319 Starnberg
am 26.3.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Kießner
97640 Oberstreu
am 25.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Unterstützung für Vereine

Sie leben vom ehrenamtlichen Engagement, fördern den Zusammenhalt der Gesellschaft und das individuelle Wohlbefinden ihrer Mitglieder – die Vereine. Doch gerade jetzt in der Corona-Pandemie fühlen sich viele, die sich engagieren, allein gelassen und Vorstände fürchten um die Zukunft der Vereine. Im Innenausschuss hat Staatsminister Joachim Herrmann einen Bericht zur aktuellen Lage gegeben. Der Ministerrat verabschiedete zudem den Beschluss, die Vereinspauschale für die bayerischen Sport- und Schützenvereine erneut im Jahr 2021 zu verdoppeln.

Aktuell sind alle Sportstätten in Bayern geschlossen, Ausnahmen existieren nur für den Berufssport. Innenminister Joachim Herrmann betonte bei der Vorstellung des Berichts zur aktuellen Situation im Vereinswesen, dass man die Entwicklung der Corona-Lage zwar sorgfältig im Blick behalten müsse. Im Innenausschuss des Bayerischen Landtages stellte er aber auch heraus: „Der Sport hat neben dem Spaßfaktor vor allem eine gesundheitliche Bedeutung und er spielt eine erhebliche Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Diese Aspekte müssen bei der Abwägung von Öffnungsperspektiven berücksichtigt werden."

Vereine leiden unter Veranstaltungsverbot

Rund fünf Millionen Menschen, mehr als ein Drittel der bayerischen Bevölkerung, sind in den rund 12.000 bayerischen Sport- und 5.000 Schützenvereinen organisiert. Zwar stellen aktuell viele Vereinsmitglieder ein Online-Programm auf die Beine, aber Mannschaftssport lebt vor allem vom Teamgeist.

Als wichtig werden daher Freiräume für das Trainieren an der frischen Luft erachtet. Neben dem Sportausfall leiden die Vereine zudem am Veranstaltungsverbot. Dadurch brechen vor allem den kleinen Vereinen erhebliche Einnahmen weg. Ausschussvorsitzender Dr. Martin Runge (Bündnis 90/Die Grünen) – ebenfalls Vorstandsmitglied eines Sportvereins – wies auf eine differenzierte Betrachtung zwischen städtischen und ländlichen Vereinen hin: „Die Fluktuation ist in den Städten mit circa 12 Prozent sehr viel größer. Da es jedoch aktuell keine Neuanmeldungen gibt, müssen wir dringend Maßnahmen ergreifen, um dem Mitgliederschwund entgegenzusteuern."

Verdopplung der Vereinspauschale

Aber nicht nur durch den Rückgang der Mitglieder, auch durch die finanziellen Einbußen sind die Sportvereine von den Einschränkungen durch die Pandemie stark betroffen. So hat sich trotz der Verdoppelung der Vereinspauschale im Jahr 2020 von damals zwanzig auf vierzig Millionen Euro, die finanzielle Situation für die Vereine weiter verschlechtert. Um die Einnahmeausfälle zu kompensieren, wird die Vereinspauschale daher auch im Jahr 2021 verdoppelt. „Die auf den Weg gebrachte erneute Verdoppelung für das Jahr 2021 ist ein kraftvolles Signal der Unterstützung. Wir wollen damit die vielfältige Vereinslandschaft in Bayern erhalten", sagte Herrmann. Die Zuwendungen werden entsprechend der Sportförderrichtlinie des Freistaats Bayern gewährt. Berechnungsgrundlage dafür ist die Anzahl der erwachsenen Vereinsmitglieder sowie die Anzahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, für die es die zehnfache Gewichtung gibt. Eine weitere Bemessungsgrundlage ist die Anzahl von Übungsleiterlizenzen. Die Frist zur Abgabe der Anträge auf die Vereinspauschale wurde ausnahmsweise bis 6. April 2021 verlängert. Um zu verhindern, dass Vereine aufgrund der Corona-Pandemie Nachteile bei der Beantragung der Vereinspauschale erleiden, werden bei den Bewilligungskriterien zudem weitere Erleichterungen zugelassen (siehe Infokasten).

Öffnungen für kontaktfreien Outdoor-Sport

Auf der Ministerpräsidentenkonferenz Anfang März wurden zunächst Lockerungen für den Outdoor-Sport abhängig von den Inzidenzzahlen beschlossen. Die wichtigsten Infos zur Wiederaufnahme des Sports sowie Plakate mit Hygieneschutzhinweisen zum Download stellt der Bayerische Sportverband auf seiner Seite online: www.blsv.de. Eine Zusammenfassung der Regeln veröffentlicht auch der Bayerische Sportschützenbund e.V. auf seiner Homepage: www.bssb.de. Grundlage für die beschlossenen Lockerungen ist u. a. ein Stufenplan, den die Teilnehmer der Sportministerkonferenz erarbeitet und als Empfehlung an die Ministerpräsidenten weitergeleitet haben. Eine länderoffene Arbeitsgruppe mit Vertretern aus den Ministerien und Spitzenverbänden werde sich fortlaufend zu Öffnungsperspektiven beraten. **red**

Angepasste Bewilligungskriterien

Für die im Jahr 2021 gestellten Anträge wird auf das Erfordernis eines Jugendanteils in Höhe von 10 % verzichtet, wenn der jeweilige Verein diese Voraussetzung im Vorjahr erfüllt hat. Sofern ein Verein auch das Mindest-Ist-Aufkommen von 70 % des Soll-Aufkommens aufgrund der Pandemie nicht erreicht, kann alternativ das Ist-Aufkommen des Bewilligungsjahres 2020 herangezogen werden. Diese Erleichterung gilt nicht im Falle des Nichterreichens des geforderten Beitragsaufkommen, die durch selbst gewählte Beitragsermäßigungen oder -freistellungen verursacht wurden. Die Bagatellgrenze in Höhe von 500 Berechnungseinheiten bleibt weiterhin bestehen. **red**

Regionalbudget:

Sechs Millionen für innovative Kleinprojekte

Kaniber fordert vom Bund Lockerungen und Verlängerung

Spielplätze, Dorfbänke, digitale Informationstafeln, sanierte Marterl, Bienenwiesen oder Obstbäume – das alles sind kleine Dinge, die zur Attraktivität der ländlichen Räume in Bayern beitragen. Seit vergangenem Jahr werden solche kleinen Projekte von Zusammenschlüssen der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) über das Regionalbudget gefördert.

„Mich begeistern immer wieder die vielen kreativen Ideen der Aktiven vor Ort, mit denen sie ihre Region lebenswerter machen. Was wir mit dem Regionalbudget schon im ersten Jahr erreicht haben, zeigt den Erfolg des Programms", sagte die Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber in München. Bayernweit wurden damit 1.177 Kleinprojekte von 81 ILE-Zusammenschlüssen mit insgesamt 5,7 Millionen Euro gefördert. Damit wurden Investitionen von fast neun Millionen Euro angeschoben.

Konkret bewerben!

Die Bewerbungen um die Regionalbudget-Förderung für dieses Jahr unterstreichen diesen positiven Trend: Heuer haben sich 103 ILE-Zusammenschlüsse dafür beworben. „Das macht deutlich, dass wir mit dieser Förderung einen Nerv in den ländlichen Räumen getroffen haben", so die Ministerin. Die potenziellen Träger der Projekte rief sie dazu auf, nun aktiv zu werden: „Sie müssen sich jetzt konkret bei Ihrer ILE um die Förderung bewerben."

Um das Regionalbudget als wichtiges Instrument künftig noch attraktiver zu gestalten, setzt sich Ministerin Kaniber beim Bund dafür ein, die Befristung bis zum Ablauf des Jahres 2023 aufzuheben. Zum anderen will sie erreichen, dass die jährliche Verwendung der Mittel gelockert wird. Kaniber: „Das Regionalbudget ist unbürokratisch, schnell in der Umsetzung und direkt in den ländlichen Räumen wirksam. Dieses Instrument wollen wir auch für die Zukunft sichern!"

Die Förderung läuft über die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" und ist derzeit bis zum Jahr 2023 befristet. Die Fördermittel müssen bislang in dem Jahr verwendet werden, in dem das Regionalbudget genehmigt wurde. Je ILE-Region beträgt das Budget maximal 100.000 Euro. Weitere Details und Informationen gibt es unter www.stmelf.bayern.de/foerderwegweiser. ❐

Kinderschutz in Europa

Online-Konferenz der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion gemeinsam mit der FU der CDU Deutschlands und der FU Bayern

„Null Toleranz gegen Kindesmissbrauch! Gemeinsam für (digitalen) Kinderschutz in Europa" lautete der Titel einer Online-Veranstaltung der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament gemeinsam mit der Frauen Union der CDU Deutschlands und der Frauen-Union Bayern. Die prominent besetzte Konferenz mit mehr als 300 Teilnehmern zeigte, dass der Kinderschutz bei dem politischen Stellenwert angekommen ist, der ihm gebührt.

Aktuell sind zwischen zehn und 20 Prozent der Kinder in Europa sexuellen Angriffen ausgesetzt. In jeder Schulklasse in Deutschland sitzt statistisch gesehen ein missbrauchtes Kind. Kindesmissbrauch und dessen sexualisierte Darstellung im Internet haben ein alarmierendes Ausmaß erreicht. Jeden Tag stoßen Ermittler auf Videos, in denen Kindern Unvorstellbares angetan wird. Die COVID-19-Krise hat das Problem zudem verschärft. Was für die Täter mit ein paar Mausklicks einhergeht, hat für die Opfer lebenslange Folgen.

Wie Marion Walsmann und Lena Düpont, die federführend für die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament für das Thema zuständig sind und durch die Veranstaltung führten, betonten, habe die Europäische Kommission im Sommer 2020 ihre „EU-Strategie für eine wirksamere Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern" vorgelegt. Auch habe die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion innerhalb des Europäischen Parlaments eine Positionierung zum Kampf gegen Kindesmissbrauch formuliert, die die unterschiedlichen Ebenen im Europäischen Parlament zusammenbringt.

Resilienztrainings

Nach Ansicht von Marion Walsmann, die auch Thüringer Landesvorsitzende des Weißen Rings ist, muss vor allem an der Prävention gearbeitet werden: „Dazu gehören Resilienztrainings in der Schule genauso wie abschreckende Strafen. Die Mitgliedstaaten sollten für den sexuellen Missbrauch von Kindern und den Besitz sowie die Verbreitung von Kinderpornographie ein nationales Strafmaß von mindestens einem Jahr Freiheitsentzug einführen." Des Weiteren müssten neben kindgerechten Strafverfolgungs- und Justizpraktiken in Kindesmissbrauchsfällen auch die Ermittlungsbehörden besser ausgestattet werden. Die Mitgliedstaaten sollten in spezialisierte Polizeieinheiten mit entsprechender Ausbildung und technischer Ausrüstung investieren.

In diesem Zusammenhang ist für die CDU/CSU-Gruppe die Stärkung des Europolmandats eine wichtige Antwort im Kampf gegen Kindesmissbrauch, wie Vorsitzender Daniel Caspary und Co-Vorsitzende Prof. Dr. Angelika Niebler unterstrichen. Die Vorschläge der EU-Kommission sehen vor, mit Hilfe des Einsatzes von künstlicher Intelligenz die Polizeibehörde der Europäischen Union in die Lage zu versetzen, große Datenmengen zu filtern und dadurch den Nutzen der übermittelten Daten zu steigern. Zudem solle die Zusammenarbeit und der Austausch mit Drittstaaten bei Strafverfolgung und Datenaustausch erleichtert und zügiger gestaltet werden. Darüber hinaus würde Europol ermächtigt, künftig Daten in das Schengener Informationssystem einzuspeisen, die die Agentur für Drittstaaten erhalte.

Neben der Aufgabe, das Bewusstsein zu schärfen und präventive Maßnahmen zu ergreifen, sprach sich Carla Neisse-Hommelsheim, stellvertretende Bundesvorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands, auch für gesetzliche Strafverschärfungen aus. Ulrike Scharf, Landtagsabgeordnete und Landesvorsitzende der Frauen-Union Bayern, stellte das Schutzbedürfnis voran. Laut Bayerischer Verfassung seien Kinder „das köstlichste Gut eines Volkes". „Für ihren Schutz müssen wir alles tun: verstärkt, konsequent und wirksam!", forderte Scharf. Insbesondere die Covid-Krise verdeutliche, welche Entwicklungen sich im Netz abzeichnen und welche explodierenden Zahlen bei der pornografischen Gewalt gegen Kinder zu verzeichnen sind. Maßnahmen wie eine erweiterte Strafverfolgung, Welthandelsverpflichtungen oder eine konsequente und umfassende Täter- und Netzverfolgung sind aus ihrer Sicht selbstverständlich.

Bereits 2017 startete Europol eine Kampagne gegen sexuelle Erpressung von Kindern im Internet mit dem Titel „Say No". In einem Video werden nicht nur die unterschiedlichen Indikatoren aufgezeigt, um entsprechendes Verhalten frühzeitig zu erkennen, sondern auch Mittel und Wege vorgestellt, wie Eltern und Kinder sich in konkreten Verdachtsfällen verhalten sollten und wo sie Hilfe finden. Laut Europol-Vizedirektor Jürgen Ebner führte Europol frühzeitig eine Analyse durch, die das erhöhte Gefährdungspotenzial seit Beginn der Corona-Pandemie bestätigt habe.

Mit Verweis auf den nicht erkennbaren Rückgang bei den Fallzahlen forderte Johannes-Wilhelm Rörig, Unabhängiger Beauftragter für Fragen dessexuellenKindesmissbrauchs der Bundesregierung, verstärkte Anstrengungen auf allen Ebenen. Wichtig sei zum Beispiel die Unterstützung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zum Jugendmedienschutz, mit dem die Kommunikationsrisiken für Kinder und Jugendliche eingedämmt werden, wenn sie online sind oder Onlinespiele spielen. Auch sprach sich Rörig für eine EU-rechtskonforme Vorratsdatenspeicherung aus, d.h. mindestens die Speicherung der Quell-IP's und eine Verlängerung der Mindestspeicherdauer, um nicht die Spur der Täter zu verlieren.

Politisches Thema und gesellschaftliches Thema

Thorsten Nowak, Vorstand der Stiftung Kinderschutzallianz und im Innenministerium Niedersachsen tätig, betrachtet das Thema sexualisierte Gewalt gegen Kinder nicht nur als politisches Thema, sondern auch als gesellschaftliches. Die Kinderschutzallianz, die aus dem 2009 gegründeten Bündnis White IT entstanden ist, besteht aus über 100 Partnern aus Politik, Wissenschaft, Verbänden und Industrieunternehmen. Dabei engagieren sich die Partner gemeinschaftlich bei den Themen Prävention, Strafverfolgung und Opferhilfe.

Ein aus der Kinderschutzallianz hervorgegangenes Projekt namens „Kinderschutzinseln" soll Nowak zufolge Schutzmöglichkeiten für Kinder bieten: auf dem Schulweg, auf dem Weg zum Sport oder zu Freunden. Partner sind neben Handelsketten auch Autohäuser, Handwerksunternehmen und Sportstätten. Voraussetzungen dafür sind die Besetzung des Schutzorts mit mindestens zwei Personen, ein hinweisender Aufkleber auf Augenhöhe sowie ein öffentlich einsehbarer Raum.

Bereits seit 1999 beschäftigt sich das internationale Netzwerk Innocence in Danger mit digitalen Themen und sexueller Gewalt in den Medien und rückt die Betroffenen in den Vordergrund. Neben Prävention und Aufklärung sieht Vorstand Julia von Weiler Nachholbedarf bei der psychosozialen Versorgung der Kinder: in der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort, bei den Lehrkräften, von Nachbarn, von Eltern und Großeltern. Dabei verwies sie auf eine Studie des Canadian Center for Child Protection, an der Innocence in Danger beteiligt war. Das Ergebnis: „82 Prozent der Betroffenen organisierter sexueller Gewalt sagten, Eltern bzw. ein Familienmitglied seien beteiligt gewesen."

Langfristige Finanzierung

Von Weiler rief dazu auf, die Versorger wie beispielsweise Jugendämter langfristig finanziell so auszustatten, dass sie den Mitteilungen nachgehen können, und so gut geschult sind, dass sie keine Angst haben, dem Thema nachzugehen und mit den Strafverfolgungsbehörden zusammenzuarbeiten. Sobald die betroffenen Kinder identifiziert seien, müssten ausreichend lange Therapie- und Beratungsmöglichkeiten für die Betroffenen bereitgehalten werden. Auch plädierte von Weiler dafür, die Provider stärker in die Pflicht zu nehmen. **DK**

GZ KOLUMNE Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

die politische Arbeit außerhalb der Gremien findet seit über einem Jahr auf Grund der pandemischen Lage ausschließlich digital oder zumindest hybrid statt, mit einer Ausnahme:

Die kommunalpolitischen Sitzungen der Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke finden weiterhin rein im Präsenzformat statt. Das hat gute Gründe. Die „Aufrechterhaltung und Sicherstellung der Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit" der Gremienarbeit vor Ort ist schließlich, wie es im Gesetzesentwurf heißt, von entscheidender Bedeutung, gerade in Krisenzeiten.

Hybride Sitzungen, also eine audiovisuelle Zuschaltung von einzelnen Mandatsträgern, können die kommunalpolitische Arbeit, nicht nur in Zeiten globaler Pandemien kurzfristig gewährleisten, sondern langfristig die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Familie oder Beruf elementar verbessern. Auch deshalb befürwortet die KPV den aktuellen Gesetzesentwurf.

Kommunalpolitik zukunftsfähig digitalisieren

Die kommunale Selbstverwaltung der Kommunen wird durch die geplante Gesetzesänderung nicht beschnitten, ebenso wenig wie der Grundsatz des Sitzungszwangs oder der Öffentlichkeitsbeteiligung an der demokratischen Meinungsbildung. Voraussetzung für hybride Sitzung muss immer die Bereitschaft der kommunalen Mandatsträger vor Ort sein.

Die technischen Voraussetzungen für digitale Sitzungen sind hoch und teils sehr kostenintensiv für die Kommunen. Zusätzlich muss der Datenschutz gewährleistet sein sowie das Allgemeine Persönlichkeitsrecht des Einzelnen gewahrt werden. Ein langer, aber lohnenswerter Weg, den die Kommunen hier mitbeschreiten sollten, um langfristig arbeits- und zukunftsfähig zu bleiben.

Im vergangen Jahr sind zahlreiche Bürgerversammlungen und Informationstermine der Kommunen ausgefallen. So ist es überraschend, dass in der öffentlichen Meinung zum Gesetzesentwurf kaum beachtet wird, dass in Zeiten der Corona-Pandemie auch digitale Bürger- und Ortsversammlungen sowie Bürgerentscheide per Briefwahl abgehalten werden sollen. Die Bürgerinnen und Bürger haben, in Zeiten von Ausgangs- und Kontaktsperren, ein erhöhtes Bedürfnis an virtuellen Informationsveranstaltungen und aktiver Bürgerbeteiligung. Der Gesetzesentwurf sieht hier mehr Freiheiten bzw. Wahlmöglichkeiten für kommunale Einrichtungen vor.

Begrüßenswert wäre, wenn es für die Umstellung auf hybride Sitzungen auch finanzielle Zuwendungen gäbe, da die technische Umstellung gerade für kleinere Gemeinden oft eine nicht zu unterschätzende Herausforderung bedeutet.

Die KPV wird sich konstruktiv in die weitere Diskussion zu hybriden Sitzungen und virtuellen Versammlungen einbringen, auch wenn wir uns jetzt schon wieder auf die nächste Präsenzsitzung nach der Pandemie freuen.

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund.!

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Kommunales Angebot in Corona-Zeiten:

Virtuelle Ausbildungs- und Karrieremessen

Von Dr. Petra Schütt, Bülent Bulut, Robert Hanslmaier, Dr. Horan Lee, Cengiz Onur
Referat für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München,
Fachbereich Kommunale Beschäftigungspolitik und Qualifizierung

Wenn Präsenzmessen nicht stattfinden können, werden coronasichere Alternativen für Unternehmen und Jobsuchende dringend benötigt. Kommunen können eine zentrale Rolle einnehmen, um regionale Potenziale zu bündeln und gemeinsam neue Wege zu gehen.

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München hat im Spätsommer 2020 gemeinsam mit zentralen Partnern wie Agentur für Arbeit, Jobcenter, HWK, IHK, VHS usw. ein digitales Messeangebot auf die Beine gestellt.

Schwierigkeiten bei der Ausbildungsplatzsuche

Auslöser waren Meldungen vor allem aus den Mittelschulen, dass die Jugendlichen große Schwierigkeiten beim Zugang zu Praktikumsplätzen und bei der Ausbildungsplatzsuche haben. Damit war klar, dass die bisherigen Ausbildungs- und Jobmessen komplett ins Netz verlegt werden müssen. Offen war, wer die Federführung übernimmt. Die bewährten „Messepartner" hatten wenig Erfahrung mit der Umsetzung von digitalen Messeformaten. Für den Referenten für Arbeit und Wirtschaft Clemens Baumgärtner war es eine Selbstverständlichkeit, nach virtuellen Lösungen zu suchen, um jungen Menschen und ausbildungswilligen Unternehmen ein Angebot machen zu können: „Ausbildung und Arbeit dürfen wegen der Coronakrise nicht ins Hintertreffen geraten. Wir wollten daher alle digitalen Möglichkeiten nutzen, um trotz der Herausforderungen durch Corona bestmögliche Information und Unterstützung anzubieten. Die digitalen Lösungen, die durch das MBQ angeboten wurden, waren sehr attraktiv und haben Zukunft."

Über das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms (MBQ) wurde eine Jahreslizenz für eine Online-Messe-Plattform der Firma Expo-IP erworben und im September 2020 konnte die erste virtuelle Ausbildungsmesse online gehen. Wichtige Kriterien für die Auswahl der Messeplattform waren überschaubare Lizenzgebühren, eine möglichst hohe Nutzerfreundlichkeit (Stichwort: Usability), und dass den Nutzerinnen und Nutzern keine weiteren Kosten entstehen.

Virtuelle Messeräume

Mit der Finanzierung übernahm die Verwaltung gleichzeitig auch Aufgaben wie Planung, Organisation und technische Umsetzung, die im Wesentlichen in Eigenregie erfolgten. So wurden Grundeinstellungen und die grafische Gestaltung der virtuellen Messeräume (u.a. Navigationstexte, Landing-Page, virtuelle Lobby etc.) durch die Verwaltungsmitarbeiter erarbeitet und online gebracht.

Die Aussteller können ihre virtuellen Messestände mit eigenem Informations- und Filmmaterial (MP4-Formate) sowie weiterführenden Links bestücken.

Der Austausch mit potenziellen Bewerbern ist über Chat- und Videofunktionen sowie per Telefon möglich.

Die Netzwerkpartner informierten interessierte Unternehmen über das kostenfreie Ausstellungsangebot. Parallel wurde bei Schulabgänger:innen, Job- und Praktikasuchenden über Schulen, die Berufsorientierung, stadtweite Beratungsangebote, Social Media Kanäle (Facebook, Instagram, Tiktok etc.) und Posterkampagnen für die Messen geworben.

Wenig Zugangshürden

Für unterschiedliche Zielgruppen variierte die Dauer der Messen von mehreren Stunden (internationale Fachkräfte) über mehrere Tage (Ausbildungsmessen). Zu Beginn wurde auf eine Registrierung verzichtet, da wir möglichst wenig Zugangshürden aufbauen wollten. Bis Februar 2021 fanden vier virtuelle Messen mit durchschnittlich 30 Ausstellern statt.

Die Verwaltungsmitarbeiter haben sich mit viel Engagement und unter hohem Zeitdruck mit verschiedenen Tools vertraut gemacht und den Ausstellern einen umfangreichen Support geleistet. So wurden Templates erstellt, Leitfäden erarbeiten, Grundeinstellungen für die virtuellen Stände vorgenommen und kontinuierlich verbessert sowie Bearbeitungsrechte verwaltet. Es gab Unterstützung bei allen Fragen der Standgestaltung, z.B. Einbindung von Video-Live-Chat-Systemen etc. Dieses Wissen wurde unmittelbar mit den beteiligten Kooperationspartnern und den Unternehmen erarbeitet und geteilt. Die meisten Unternehmen hatten bislang wenig Erfahrung mit digitalen Messeformaten.

Unmittelbar nach den Messen wurden die Unternehmen und sonstigen Aussteller zu ihren Erfahrungen befragt, um das Angebot möglichst zeitnah anpassen zu können. Sie zeigten sich mit der Organisation der Messen überwiegend zufrieden. Die umfangreiche Unterstützung der Stadtverwaltung hat dazu beigetragen, dass der Ressourceneinsatz für die Gestaltung des Messeauftritts von vielen Unternehmen als überschaubar eingestuft wird.

Wir sehen digitale Ausbildungs- und Jobbörsen als wichtige Alternative und für die Zukunft als interessante Ergänzung zu den klassischen Präsenzveranstaltungen. Diesen Prozess wollen wir mit kommunalen Ressourcen weiter begleiten und unterstützen. ❐

Live-Stream zum Start der Ausbildungswoche

„Videos, Talk & mehr" im Live-Stream echt & ohne Filter bietet auch die Bayerische Staatsregierung.

Angesprochen werden Themen rund um Berufswahl, Bewerbung und Ausbildung. Die Jugendlichen können sich mit Wirtschafts-Staatssekretär Roland Weigert und hochrangigen Vertretern der Allianz für starke Berufsbildung in Bayern austauschen. Wer den Live-Stream verpasst haben sollte, findet demnächst ein Best-of aus dem Live-Stream und die wichtigsten Fragen und Antworten (FAQs) aus den Live-Chats.

www.ausbildungswochen.bayern/videos-extras ❐

125 Jahre Bayerischer Städtetag

Für den 1. März 2021 war sie eigentlich geplant: Eine Jubiläumsveranstaltung zur Erinnerung an den ersten Bayerischen Städtetag, der am 1. März 1896 stattgefunden hat. Die Veranstaltung zum Gründungstag des ältesten kommunalen Spitzenverbands in Bayern konnte wegen Corona nicht stattfinden, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr.

„In der täglichen Arbeit gegen die Corona-Pandemie halten wir dennoch kurz inne: Vor 125 Jahren war die Geburtsstunde des Bayerischen Städtetags. Im Jahr 1896 haben sich am 1. März auf Einladung von Bürgermeister Wilhelm von Borscht in München 26 Stadtoberhäupter getroffen.“ Die Versammlung befasste sich mit der Novelle des Bayerischen Heimatgesetzes und warnte vor den hohen Kosten für die Armenfürsorge. Die Stadtoberhäupter verabschiedeten eine Resolution an Landtag und Staatsregierung und haben eine „regelmäßige Abhaltung von Städtetagen“ verabredet. Bereits am 26. Juli 1896 hat in Nürnberg die nächste Versammlung stattgefunden. Die Bürgermeister gaben sich eine Geschäftsordnung und wählten einen Vorstand. Die Arbeit professionalisierte sich 1910 mit einer Geschäftsstelle, die seit 1925 in der Prannerstraße angesiedelt ist – damals in Sichtweite zum Landtag auf der anderen Straßenseite.

Recht auf kommunale Selbstverwaltung

„Beim Blick in die 125jährige Geschichte des Bayerischen Städtetags fällt auf, wie einvernehmlich die Stadtoberhäupter von Anfang an zusammengearbeitet haben – unabhängig von der politischen Einstellung, der Region und der Stadtgröße. So hat Ende des 19. Jahrhunderts die Residenzstadt München gut mit den Industriestädten Augsburg und Nürnberg harmoniert. Und die kleineren Städte haben sich schnell als Partner auf Augenhöhe im Verband dazu gesellt. An dieser Kollegialität hat sich über die Jahrzehnte hinweg nichts geändert,“ bilanziert Pannermayr.

Die Themen klingen in den unterschiedlichen Phasen vom Königreich des 19. Jahrhunderts bis zum Freistaat Bayern des 21. Jahrhunderts vertraut: Es geht um die Finanzausstattung der Städte, um Steuergesetze, Städtebau und Bewältigung der Wohnungsnot, Bekämpfung von Armut, Ausbau eines sozialen Sicherungsnetzes, Gesundheit und Krankenhauswesen, Friedhöfe, Ausbau von Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Müllbeseitigung, Verkehrsinfrastruktur, sichere und bezahlbare Energieversorgung. Pannermayr: „Die Daseinsvorsorge in der gesamten Lebensbreite beschäftigte die Stadtväter von einst und beschäftigt die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von heute – hier bestehen erstaunliche Kontinuitäten.

Und es fallen Brüche auf: Nach dem Ende der Monarchie stärkte die Weimarer Republik das Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Damit hat der Städtetag an Bedeutung, neuen Mitgliedern und politischem Einfluss gewonnen.“

Gleichschaltung im 3. Reich

Einen Einschnitt markiert das Jahr 1933: Mit der NS-Machtübernahme kam es zur Gleichschaltung aller kommunalen Spitzenverbände. In der Prannerstraße wurde die Geschäftsstelle als „Landesdienststelle Bayern des Deutschen Gemeindetags“ konformistisch in den Dienst des NS-Regimes gestellt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fand auf dem Fundament der kommunalen Selbstverwaltung ein Wiederaufbau demokratischer Strukturen statt. Frühere Oberbürgermeister der Weimarer Republik kamen 1945 wieder ins Amt.

Wiederbegründung 1946

Der Bayerische Städtetag wurde im November 1946 wiederbegründet. Die Hauptprobleme lagen im Aufbau der Ruinen-Städte, in der Linderung von Wohnungsnot und Hunger, der Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen sowie im Aufbau kommunaler Wohlfahrtssysteme. Die 1960er Jahre waren von der Modernisierung Bayerns mit Industrialisierung und Urbanisierung gekennzeichnet, bilanziert der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer: „Die Jahre waren geprägt vom Wachstum in Wirtschaft, Bevölkerung und Verkehr. Es war die Zeit für Städteplanung, übergreifende Regionalplanung und Landesplanung. Münchens Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel zählte zu den prägenden Persönlichkeiten des Deutschen und des Bayerischen Städtetags. Leitthemen waren Fragen der Stadtentwicklung und Verkehrsplanung, verbesserte Verwaltungs- und Steuerungstechniken, eine grundlegende Gemeindefinanzreform und die Gebietsreform. Im Jahr 1975 startete im Vorsitz Oberbürgermeister Josef Deimer, der knapp 25 Jahre lang als markantes Gesicht und unverwechselbare Stimme den Bayerischen Städtetag verkörpert hat. Prägende Themen, stets durchzogen vom Leitmotiv der Kommunalfinanzen, waren Umweltschutz, Müllvermeidung, Energiewende, elektronische Verwaltung, Verkehrsentwicklung und Landesplanung – dies geschah unter den Vorzeichen von Deutscher Einheit und Europäischer Einigung. Die traditionellen Themen des Städtetags werden uns weiter beschäftigen. Und immer wieder tun sich neue Themen auf: Heute stellt uns die Corona-Pandemie vor historische Herausforderungen.“ ❐

Warum wir starke Frauen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Und deswegen müssen wir daran arbeiten.“

Bedenken ihrer Partei gegen eine Frauenquote könne sie zwar nachvollziehen, doch habe sich gezeigt, dass man mit bloßen Appellen und Reden lange nicht weitergekommen sei, erklärte Aigner. Für eine größere Sichtbarkeit und Beteiligung von Frauen in der Politik bräuchte es „von oben einen Sog, der die Frauen dann nachzieht“. Aigner wies aber auch darauf hin, dass trotz eines niedrigen Frauenanteils unter CSU-Mitgliedern die Partei überdurchschnittlich oft von Frauen gewählt werde.

Elementarer Baustein einer zukunftsfesten Demokratie

Vor dem Hintergrund, dass der Anteil der Bürgermeisterinnen in Deutschland gesunken ist, mahnte der Deutsche Städte- und Gemeindebund anlässlich des Weltfrauentages, Frauenpolitik wieder stärker in den Fokus zu rücken. Ein hoher Anteil politisch engagierter Frauen sei ein elementarer Baustein einer zukunftsfesten Demokratie.

„Bis vor kurzem haben wir noch geschätzt, dass jedes zehnte Rathaus von einer Frau geführt wird. Nach neuesten Umfrageergebnissen sind es nun nur noch neun Prozent. Dass wir beim Anteil der Frauen in den kommunalen Führungspositionen nicht einmal das niedrige Niveau halten können, dürfen wir nicht länger hinnehmen“, hob Referatsleiterin Dr. Janina Salden, verantwortlich für den Arbeitskreis Frauen in Kommunen und Kommunalpolitik beim DStGB, hervor.

Ein höherer Frauenanteil sei nicht nur aus demokratischen Gesichtspunkten wichtig, sondern insbesondere auch, weil Frauen Kompetenzen, Sichtweisen und Alltagserfahrungen in die Kommunalpolitik einbringen können, die unverzichtbar sind, um die örtliche Gemeinschaft zu stärken und Politik und Verwaltung zukunftsfest aufzustellen. Mehr Frauen in Kommunen und Kommunalpolitik führten auch zu einer höheren Qualität der getroffenen politischen Entscheidungen.

Veraltete Rollenbilder

Um mehr weibliche Führungskräfte und Repräsentantinnen zu gewinnen, müsse sich der Blick vor allem auf Strukturen und Rahmenbedingungen politischen Engagements insgesamt richten. „Dabei müssen wir uns von veralteten Rollenbildern verabschieden. Das sogenannte Vereinbarkeitsthema darf im Jahr 2021 kein rein weibliches mehr sein. Wir müssen Strukturen schaffen, die familienfreundlich sind; von flexibleren Arbeitszeitmodellen und Homeoffice-Regeln können junge Väter genauso profitieren wie männliche pflegende Angehörige“, führte Salden aus.

Laut Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg „haben wir im Lockdown neue Arbeitsstrukturen entwickelt. Teilweise sehr zeitintensive Präsenztermine werden als Online-Veranstaltungen kürzer, sachlicher und effektiver. Wenn es uns gelingt, hieran anzuknüpfen, haben wir gute Chance, die Kommunalpolitik für Frauen attraktiver zu machen.“

Wichtige Netzwerke

„Aus vielen Gesprächen mit Kommunalpolitikerinnen wissen wir, wie wichtig die Netzwerke von engagierten Frauen sind, die sich über die letzten Jahre und Jahrzehnte zum Austausch und zur gegenseitigen Unterstützung gebildet haben. Allerdings operieren diese derzeit vielfach noch eher im Verborgenen. Sie müssen mehr in der Öffentlichkeit kommuniziert werden“, forderte Salden. „Hierin liegt eine Chance, Nachwuchs zu gewinnen. Denn hier sind die Vorbilder, Wegbereiterinnen und Mutmacherinnen, die den Nachwuchs motivieren und Spaß am Gestalten vermitteln. Die etablierten Frauen-Netzwerke müssen von sich reden machen!“, bekräftigte Salden. **DK**

Aktionsplan Integration ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Phase IV beispielsweise Diversitätsstrategien für mehr Teilhabe und gleiche Repräsentation im Gesundheitswesen, in Kultur, Medien und im Sport und für die Stärkung des Miteinanders in der Stadtentwicklung.

Phase V befasst sich mit den Vorhaben für mehr Einbürgerungen, Politische Bildung und Partizipation, interkulturelle Öffnung und gleiche Chancen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst. Ebenso stehen die Bekämpfung von Diskriminierung, Rassismus und jede Form Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Fokus.

Glebte Toleranz und Offenheit füreinander

„Deutschland ist ein vielfältiges Land. Dazu bekennen wir uns ausdrücklich und glauben auch, dass darin ein Mehrwehrt für die Stärken unseres Landes liegt“, betonte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Wirklicher Zusammenhalt erfordere die Anwesenheit von gelebter Toleranz und Offenheit füreinander, der Neugierde, denn eine funktionierende Zivilgesellschaft sei und bleibe der beste Schutz vor Ausgrenzung und Rassismus.

„Abwesenheit von Hass und Gewalt“ reicht Merkel zufolge nicht aus, um Integration zum Gelingen zu bringen. Es sei wichtig, dass sich jeder Mensch in Deutschland, unabhängig ob dieser einen Migrationshintergrund habe oder nicht, „respektiert und zugehörig“ fühlen könne. „Respektlosigkeit, Vorurteile, Anfeindungen und leider eben auch Gewalt stehen dem Zusammenhalt in der Gesellschaft absolut entgegen. Dem müssen wir uns alle entgegenstellen“, forderte die Kanzlerin.

Integration von Anfang an

Der Aktionsplan setzt in jeder der fünf Phasen auf „Integration von Anfang an“, beim Deutschlernen, der Wertevermittlung, der frühkindlichen Bildung oder beim Zugang am Arbeitsmarkt. „Hier haben wir in den letzten Jahren einiges erreicht und wir müssen alles daransetzen, damit die Erfolge durch die Corona-Pandemie nicht zurückgeworfen werden“, erklärte Annette Widmann-Mauz, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Es sei wichtig, dafür zu sorgen, dass alle ihre Fähigkeiten einbringen können und das auch tun. „So können wir Deutschland als wirtschaftlich starkes, modernes Einwanderungsland für die Zukunft aufstellen und die Chancen der Vielfalt für unser Land voll nutzen.“

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey bekräftigte ihre Absicht, mit dem Wehrhafte-Demokratie-Fördergesetz eine gesetzliche Grundlage für das Bundesprogramm „Demokratie leben“ schaffen zu wollen. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier erläuterte, dass die Diversität im Arbeitsleben auch im Interesse des Wirtschaftsstandorts Deutschland sei. **DK**

Beispielloser Einbruch ...

(Fortsetzung von Seite 1)
rund 19,8 Millionen Personen an. Die Zahl der Übernachtungen sank von rund 101 Millionen auf knapp 60 Millionen, das entspricht einem Rückgang von 40,6 Prozent. Dabei entfielen 85,4 Prozent der Gästeankünfte (2019: 74,8 Prozent) und 88,2 Prozent der Übernachtungen (2019: 79,3 Prozent) auf Gäste aus dem eigenen Land.

Von dem Rückgang sind alle bayerischen Tourismusregionen betroffen, die Spannbreite reicht bei den Gästeankünften von minus 42,7 Prozent in Allgäu/Bayerisch-Schwaben bis minus 55,7 Prozent in München-Oberbayern. Besonders stark war der Einbruch in den Städten, die unter der starken Reduzierung von Geschäftsreisen sowie den Absagen von Messen und Events gelitten haben. Im Gegensatz dazu – eine der wenigen guten Nachrichten des vergangenen Tourismusjahres – konnten vor allem die ländlichen Regionen ein paar ordentliche Sommermonate verbuchen.

Kompensation durch heimische Nachfrage

Aiwanger setzt deshalb auch für dieses Jahr auf eine starke Sommersaison: „Mit dem ‚Urlaub dahoam‘ ist es Bayern schon im vergangenen Jahr gelungen, neue Zielgruppen wie junge Menschen und Familien als Gäste zu gewinnen und so den weggefallenen Auslandtourismus durch heimische Nachfrage teilweise zu kompensieren. Es zahlt sich aus, dass wir schon vor Corona mit den Themen Authentizität, Regionalität und Umweltverträglichkeit auf Zukunftstrends im Tourismus gesetzt haben. Urlaub in Bayern ermöglicht Eintauchen in unsere Kultur und Lebensart in Stadt und Land. Hinzu kommt: Urlaub in Bayern wird seit jeher als sehr sicher wahrgenommen. Diese Einschätzung der Gäste hat sich in der Corona-Krise bestätigt und ist ein wichtiges Plus im Wettbewerb der Destinationen.“

Die größten Einbußen im Vergleich zum Vorjahr verzeichneten die Regierungsbezirke Oberbayern mit einem Minus von 55,4 Prozent bei den Gästeankünften und minus 44,7 Prozent bei den Übernachtungen sowie Mittelfranken mit 54,5 Prozent weniger Gästeankünften und 47,9 Prozent weniger Übernachtungen hinnehmen.

Auch alle anderen Regierungsbezirke lagen sowohl bei den Gästeankünften als auch bei den Übernachtungen durchgehend im negativen, zweistelligen Bereich. Die geringsten Verluste verzeichnete dabei noch Schwaben (Gästeankünfte: -42,7 Prozent; Übernachtungen: -31,2 Prozent).

Konnten sich im Jahr 2019 noch acht Gemeinden über Übernachtungszahlen oberhalb der Millionengrenze freuen, hat sich deren Anzahl 2020 halbiert. Lediglich München (7,0 Millionen), Nürnberg (1,5 Millionen), Oberstdorf (1,5 Millionen) und Bad Füssing (1,1 Millionen) knackten noch die Millionengrenze. Dennoch waren auch hier die Einbußen beträchtlich. Am stärksten traf es die bayerischen Großstädte, allen voran München mit dem größten Minus bei Gästeankünften (-65,8 Prozent) und Übernachtungen (-61,5 Prozent).

Trend zum Camping

Der Krise zum Trotz bleibt der Trend zum Aufenthalt auf Campingplätzen ungebrochen. Dies reichte im Jahr 2020 zwar nicht für eine positive Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr, aber immerhin für die vergleichsweise geringsten Rückgänge unter den Betriebsarten (Gästeankünfte: -22,7 Prozent; Übernachtungen: -12,6 Prozent). Schlechter traf es die Jugendherbergen und Hütten, die die größten Einbrüche verzeichneten (Gästeankünfte: -65,1 Prozent; Übernachtungen: -61,7 Prozent). Klassische Hotels verbuchten ein um 55,1 Prozent niedrigeres Gästeaufkommen (Übernachtungen: -48,9 Prozent).

Die drei Tourismusregionen mit den geringsten Rückgängen bei den Gästeankünften waren das Chiemsee-Chiemgau (-27,3 Prozent; Übernachtungen: -14,4 Prozent), das Fränkische Seenland (-32,1 Prozent; Übernachtungen: -23,1 Prozent) und die Zugspitz-Region (-36,8 Prozent; Übernachtungen: -22,2 Prozent). Die Tourismusregionen Landeshauptstadt München und Münchener Umland verzeichneten dagegen die deutlichsten Einbrüche bei den Gästeankünften.

Schwerste Krise

Wie Angela Inselkammer, Präsidentin des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA Bayern, deutlich machte, „befindet sich das bayerische Gastgewerbe unverschuldet in der schwersten Krise seit dem zweiten Weltkrieg, derzeit sehen über 74 Prozent ihren Betrieb durch die Corona-Krise in seiner Existenz gefährdet, 24 Prozent denken bereits konkret über eine Betriebsaufgabe nach… Umso wichtiger war das Signal, die Reduzierung des Umsatzsteuersatzes auf Speisen zu verlängern. Hier kämpfen wir weiter für eine Entfristung auch nach 2022 und einen Einbezug von Getränken.“

Zugleich bedürfe es jetzt aber auch dringend eines verlässlichen, transparenten Öffnungskonzepts, das Planungssicherheit schafft. Ziel müssten erkenntnisbasierte Kriterien sein, die auch eine Differenzierung auf Basis der vorgehaltenen Hygiene- und Schutzkonzepte ermöglichen. Jetzt sei es an der Zeit, die Rahmenbedingen so zu verändern, dass Unternehmer sich aus eigener Kraft erholen können.

„3,4 Millionen Ankünfte in den bayerischen Heilbädern und Kurorten, das ist ein Minus von 40,7 Prozent; 16,5 Millionen Übernachtungen, das bedeutet einen Rückgang um 32,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das sind dramatische Zahlen für die Heilbäder und Kurorte“, stellte Alois Brundobler, Vorsitzender des Bayerischen Heilbäder-Verbandes, fest.

Weiterentwicklung des Gesundheitstourismus

„Viele Kommunen sind in existenziellen Nöten. Dennoch stecken wir den Kopf nicht in den Sand“, so Brundobler. „Wir arbeiten an der Weiterentwicklung des Gesundheitstourismus mit wissenschaftlich begleiteten und erforschten Gesundheitsangeboten, mit neuen digitalen Projekten, mit Präventionsangeboten, die auf Berufsgruppen zugeschnitten sind. Und wir werden und müssen Rehabilitationsprogramme für Menschen entwickeln, die nach einer Corona-Erkrankung noch lange mit diversen Symptomen zu kämpfen haben. Gesundheitskompetenz ist unser Alleinstellungsmerkmal und die Stärke der bayerischen Heilbäder und Kurorte, das wollen wir behalten.“ **DK**

Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern

Bei der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern können alle, die im Bereich des Ehrenamts ein Projekt oder eine Idee zum Thema Digitalisierung umsetzen möchten, noch bis zum 28.3. einen Antrag auf Fördermittel stellen. Gefördert werden auch neue Ideen für digitale Formen des ehrenamtlichen Engagements.

Sozialministerin Carolina Trautner, gleichzeitig Vorstandsvorsitzende der Stiftung, ruft dazu auf, jetzt aktiv zu werden.

Die Stiftung fördert Projekte, Initiativen, Organisationen und Vereine, die mit zukunftsgerichteten Ideen und Konzepten durch ehrenamtlichen Einsatz das Gemeinwohl nachhaltig stärken.

Infos zur Projektausschreibung: www.ehrenamtsstiftung.bayern.de. ❐

KfW-Kommunalpanel 2021/Corona-Vorabauswertung:

Verheerende Auswirkungen auf Kommunalfinanzen

Die Corona-Krise hat Deutschland weiter fest im Griff. Obwohl Bund und Länder 2020 diverse Maßnahmen auf den Weg gebracht haben, um die kommunalen Haushalte zu entlasten, bleibt bei den Kommunen gerade mit Blick auf die Zeit über das Jahr 2021 hinaus eine erhebliche Unsicherheit bestehen, wie erste Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2021 zeigen. Konkret geht es dabei um die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Kommunalfinanzen. An der von den kommunalen Spitzenverbänden unterstützten Umfrage haben sich im Zeitraum September bis Dezember 2020 (inkl. Nachbefragung) insgesamt 765 Kommunen beteiligt.

Bereits vor dem zweiten Lockdown hat die Krise tiefe Spuren in den Kassen der öffentlichen Haushalte hinterlassen. Insgesamt fielen die Einnahmen aller staatlichen Ebenen bis zum dritten Quartal 2020 um rund 4,3 % niedriger aus als im Vorjahreszeitraum, die Ausgaben lagen hingegen um 11,6 % über den Werten der ersten drei Quartale des Jahres 2019. Dabei dürften die ganzen Auswirkungen der Krise erst in den kommenden Monaten und Jahren vollständig zu Tage treten. Darauf deuten auch die Einschätzungen der Kämmereien bei der Befragung zum KfW-Kommunalpanel 2021 hin.

Getrübtes Stimmungsbild

Die aktuellen Ergebnisse verdeutlichen, dass sich die Lage nach Einschätzung der Kommunen im Lauf des Jahres keinesfalls entspannt hat – im Gegenteil: Im Vergleich zu den ersten Einschätzungen zu Beginn der Krise hat sich das Stimmungsbild bis zum Ende des Jahres weiter eingetrübt: Rund 73 % der Kommunen geben bei der aktuellen Befragung an, dass sich die Finanz- und Haushaltslage – bezogen auf die Einnahmen – schlechter oder sogar deutlich schlechter darstellt, als es noch zu Beginn der Krise zu befürchten war. Gerade einmal 18 % sehen keine Veränderung im Laufe des Jahres und nur knapp 9 % geben an, dass sich die Einnahmesituation aktuell besser darstellt als noch im April /Mai 2020.

Wegbrechende Steuereinnahmen

Maßgeblich für diese Einschätzung ist das Wegbrechen von Steuereinnahmen, wobei insbesondere die Gewerbesteuer für die Kommunen eine besondere Rolle spielt. Für 70 % der befragten Kommunen fallen die Steuereinnahmen schlechter oder sogar deutlich schlechter aus, als sie es noch zu Beginn der Krise erwartet haben – und dies, obwohl Bund und Länder zum Zeitpunkt der Befragung bereits Erstattungen der Gewerbesteuermindereinnahmen in Höhe von 11,8 Mrd. Euro zugesagt hatten.

Ausgabensituation

Auch bezogen auf die Ausgabenseite vertritt ein erheblicher Anteil der befragten Kommunen eine pessimistischere Einschätzung als noch im Frühjahr 2020. Zwar gehen rund 54 % davon aus, dass die Ausgabensituation im Vergleich zur Einschätzung im Mai 2020 unverändert ist. Zugleich bewerten jedoch auch 43 % die aktuelle Ausgabensituation als schlechter oder sogar deutlich schlechter. Maßgeblich für diese Entwicklung sind die Sachkosten (z. B. pandemiebedingte Schutzausrüstung oder Homeoffice-Ausrüstung), bei denen sich in fast 60 % der Kommunen die Lage Ende 2020 negativer darstellte als noch zu Beginn der Corona-Krise. Dabei hat sich bei über einem Drittel der Kommunen (36 %) sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabensituation verschlechtert.

Ein weiteres Drittel (34 %) ist mit schlechteren Einnahmen bei unveränderten Ausgaben konfrontiert und bei weiteren 15 % sind Einnahmen und Ausgaben weit gehend stabil geblieben. Insgesamt hat sich das Stimmungsbild der Kommunen im Lauf des Jahres 2020 damit sowohl für die Einnahme- als auch für die Ausgabenseite nochmals eingetrübt.

Mit Blick auf die Erwartungen für das Jahr 2021 und darüber hinaus zeigt sich zumindest eine Stabilisierung, wenngleich auf niedrigem Niveau. Insgesamt rechnen aktuell 85 % der befragten Kämmereien – im Vergleich zur Haushaltslage vor der Pandemie – mit sinkenden Einnahmen für 2021 und die darauffolgenden Jahre. Im Mai 2020 bewegte sich dieser Wert mit rund 88 % in einer ähnlichen Größenordnung. Gerade einmal 4 % rechnen aktuell mit steigenden Einnahmen im Vergleich zu ihren ursprünglichen Haushaltsplanungen.

Erwartungen und Perspektiven

Den stärksten Einfluss hat auch mittelfristig die Entwicklung der Steuereinnahmen: 58 % der Kommunen (im Mai 52 %) erwarten eher sinkende, weitere 31 % (im Mai 37 %) sogar stark sinkende Einnahmen für die Jahre ab 2021. Nur 5 % rechnen aktuell mit steigenden Steuereinnahmen. Ähnliches gilt für die Erwartungen zur Ausgabenseite. Aktuell gehen rund 52 % der Kommunen von einem Anstieg der Gesamtausgaben aus, im Mai waren es rund 61 %. Nur 6 % der Kommunen können sich für die kommenden Jahre eine Ausgabenreduktion vorstellen (im Mai 10 %). Bei den einzelnen Ausgabenarten wird ebenfalls vielfach ein krisenbedingter Anstieg einkalkuliert. Etwas aufgehellt hat sich die mittelfristige Perspektive für die kommunalen Investitionen: Während knapp 26 % der befragten Kommunen von steigenden Investitionen infolge der Krise ausgehen, sehen 22 % sinkende Investitionen vorher (im Mai 2020 war das Verhältnis noch 26 zu 31 %).

Die zusätzlichen Bedarfe bei der kommunalen Bewältigung der Corona-Herausforderungen haben zusätzliche Beschaffungen und damit Investitionen gebracht. Der Ausblick auf die kommunalen Investitionen ist wegen der Corona-Krise aber eingetrübt. Schon jetzt ist klar, dass das Investitionsniveau der vergangenen Jahre nur gehalten werden kann, wenn Einnahmeeinbrüche nicht so stark ausfallen, wie befürchtet. Mit der Corona-Pandemie gehen zudem Verschiebungen bei den Investitionsschwerpunkten hin zu Digitalisierung (64 % steigende Investitionen), Klimaschutz (33 % steigende, 50 % stabile Investitionen) und demografischer Wandel (23 % steigende, 59 % stabile Investitionen) einher.

Sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben verringern die kommunalen Handlungsspielräume dramatisch, dies gilt im Besonderen für finanzschwache Kommunen. Spielraum für Kürzungen besteht letztlich nur bei Investitionen und freiwilligen Aufgaben. 42 Prozent der befragten Kommunen befürchten, dass sie künftig weniger Geld für Kulturangebote ausgeben können. Ähnlich pessimistisch fällt die Einschätzung hinsichtlich Sportstätten/-angebote aus, hier rechnen 32 Prozent mit einem Ausgabenrückgang. Ähnlich verhält es sich bei den freiwilligen Ausgaben im Sozialbereich (27 % gehen von Ausgabenreduzierungen aus).

Mit Blick auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und der Notwendigkeit, transformativen Herausforderungen auch investiv begegnen zu können, kommen die Autoren des Papiers zu dem Schluss, dass das Ziel aller politisch verantwortlichen Akteure sein sollte, „den Kommunen die erforderliche finanzielle Planungssicherheit zu verschaffen". Eine dringend notwendige Einigung auf einen weiteren Rettungsschirm für die Kommunen sei unumgänglich. **DK**

Equal Pay Day/Bayern:

Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern liegt bei 22 Prozent

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik anlässlich des Equal Pay Day mitteilte, verdienten Männer im Jahr 2020 in Bayern 22 Prozent mehr als Frauen. Im Vergleich zum Vorjahr ist der unbereinigte Gender Pay Gap erneut um einen Prozentpunkt gesunken. Die geschlechtsspezifische Lohnlücke war im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt (18 Prozent) um vier Prozentpunkte größer. Neben dem unbereinigten Gender Pay Gap wird in der amtlichen Statistik auch der bereinigte Gender Pay Gap berechnet. Dieser lag in Bayern im Jahr 2018 bei sieben Prozent.

Am 10. März war Equal Pay Day in Deutschland. Bis zu diesem Tag im Jahr arbeiten Frauen im Vergleich zu Männern rein rechnerisch umsonst. Je geringer die Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern ist, desto früher im Jahr findet der Aktionstag für Lohngerechtigkeit statt. Der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied selbst wird im Gender Pay Gap erfasst. Da der Gender Pay Gap in Bayern um gut vier Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt liegt, ist der Equal Pay Day in Bayern erst am 25. März.

In der amtlichen Statistik wird zwischen dem unbereinigten und dem bereinigten Gender Pay Gap unterschieden. Im Jahr 2020 betrug der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von bayerischen Frauen 18,99 Euro, der von bayerischen Männern 24,45 Euro. Daraus ergab sich für Bayern ein unbereinigter Gender Pay Gap von 22 Prozent. Im Zeitverlauf betrachtet wird die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern nur langsam kleiner. Sie hat sich seit 2010 (26 Prozent) – bei insgesamt steigenden Löhnen – um vier Prozentpunkte verringert.

Lohnniveau Ost/West

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (18 Prozent) war der unbereinigte Gender Pay Gap in Bayern im Jahr 2020 um vier Prozentpunkte größer. In den neuen Bundesländern lag die Lohnlücke auf einem deutlich niedrigeren Niveau als in den alten Ländern. Die Spanne reichte von fünf Prozent in Thüringen bis 23 Prozent in Baden-Württemberg. Die vergleichsweise geringen Verdienstunterschiede zwischen den Geschlechtern in den neuen Bundesländern sind unter anderem auf eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und einen höheren Anteil an Akademikerinnen zurückzuführen.

„Unbereinigt" nennt man den Gender Pay Gap, wenn er die strukturellen Unterschiede, auf die der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern zu einem Großteil zurückzuführen ist, nicht berücksichtigt. Unterschiede zwischen Frauen und Männern zeigen sich zum Beispiel bei der Berufswahl oder dem Anteil in Führungspositionen.

Im bereinigten Gender Pay Gap wird jener Teil des Verdienstunterschieds, der auf strukturelle Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen zurückzuführen ist, herausgerechnet. Der bereinigte Gender Pay Gap beschreibt somit den Verdienstunterschied von Frauen und Männern in einer vergleichbareren Situation.

Der aktuelle bereinigte Gender Pay Gap bezieht sich auf das Jahr 2018. Im Jahr 2018 verdienten bayerische Männer mit durchschnittlich 23,36 Euro brutto in der Stunde 5,61 Euro (24 Prozent) mehr als bayerische Frauen (17,75 Euro). Insgesamt 3,95 Euro dieses unbereinigten Verdienstabstands können durch strukturelle Unterschiede begründet werden.

Ein großer Teil der Lohnlücke (1,58 Euro) lässt sich damit erklären, dass Frauen häufiger in Berufen und Branchen beschäftigt sind, die ein eher niedriges Lohnniveau aufweisen. Darüber hinaus sind Frauen seltener in Führungspositionen vertreten, worauf 1,31 Euro zurückgeführt werden können. Außerdem unterscheiden sich Frauen und Männer hinsichtlich ihres Beschäftigungsumfangs (0,26 Euro) sowie ihrer Bildung und Berufserfahrung (0,22 Euro).

Weitere Erklärungsfaktoren, wie beispielsweise das Dienstalter oder die Art des Arbeitsvertrags, machen insgesamt 0,58 Euro des Verdienstunterschieds aus. Die verbleibenden 1,66 Euro des unbereinigten Gender Pay Gap können nicht erklärt werden und entsprechen somit dem bereinigten Gender Pay Gap. Dieser lag in Bayern im Jahr 2018 bei sieben Prozent. Damit verdienten Frauen auch bei vergleichbaren arbeitsmarkt- und berufsrelevanten Eigenschaften pro Stunde immer noch sieben Prozent weniger als Männer. ❐

BayernLB begibt erfolgreich grüne Debüt-Benchmark-Anleihe

Die BayernLB hat ihre erste nachhaltige Benchmark-Anleihe mit großem Erfolg am Kapitalmarkt platziert. Der siebenjährige Debüt-Deal mit einem Volumen von 500 Mio. Euro weist einen Zinskupon von 0,125% Prozent aus und wird von den Ratingagenturen Moody's und Fitch mit A2/A- bewertet. Mithilfe des Emissionserlöses refinanziert die Bank Solar- und Windenergie-Projekte als Teil ihres nachhaltigen Kreditportfolios.

Der mehr als 4-fach überzeichnete Green Senior Non-Preferred Bond stieß insbesondere bei Asset Managern sowie Banken auf reges Interesse. Letztlich wurde fast die Hälfte des Gesamtvolumens an überwiegend nachhaltige Investoren vertrieben.

Erst im Januar startete die BayernLB als einer der ersten Emittenten Europas sehr erfolgreich ihr Green Commercial Paper Programm. Innerhalb weniger Tage konnten bereits über 150 Mio. Euro bei institutionellen Investoren platziert werden. Ebenso wie die Green Bonds basieren auch die Green Commercial Paper auf dem „Sustainable Financing Framework" der BayernLB.

„Wir freuen uns, dass wir mit der grünen Benchmarkanleihe und dem Green Commercial Paper einmal mehr unsere Expertise im Bereich Sustainable Finance erfolgreich unter Beweis stellen konnten. Damit kommen wir der steigenden Nachfrage nach Green-Finance-Produkten am Markt entgegen und runden unsere nachhaltige Produktpalette auf der Emissionsseite konzernweit ab. Die heutige Anleihe ist nach mehreren ESG-Emissionen der DKB (Green Senior Bonds, Blue Social Covered Bond, Social Covered Bond) sowie dem Social Bond der BayernLabo bereits die sechste nachhaltige Anleihe des BayernLB-Konzerns", so Stephan Winkelmeier, Vorsitzender des Vorstandes der BayernLB. ❐



sparkasse.de

Kontoauszüge speichern und verwalten: mit dem Elektronischen Postfach im Online-Service-Center Ihrer Sparkasse.

Jetzt ausprobieren.

Wenn's um Geld geht

Verbände begrüßen Pläne zur BaFin-Reform

Als „Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) sowie der Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp) den jüngst veröffentlichten Sieben-Punkte-Plan des Bundesministeriums der Finanzen zur Neuaufstellung der BaFin. Damit soll die Aufsichtsbehörde flexibler und schlagkräftiger aufgestellt werden.

Vorgesehen sind folgende konkrete Verbesserungen:

1. Für die Kontrolle komplexer Unternehmen wird eine Fokusaufsicht geschaffen, die alle Geschäftsbereiche der BaFin umfasst und Unternehmen noch enger beaufsichtigt als bisher. Damit wird die BaFin in die Lage versetzt, auf die teils rasante Entwicklung auf den Finanzmärkten rascher zu reagieren.

2. Eine neue, forensisch geschulte Taskforce soll eingerichtet werden, damit die BaFin künftig Ad-hoc- und Sonderprüfungen in Eigenregie und ggf. in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft vor Ort durchführen kann.

3. Das Bilanzkontrollverfahren wird grundlegend reformiert. Die BaFin erhält erheblich gestärkte Zugriffsrechte und mehr kompetentes Personal, insbesondere Wirtschaftsprüfer, um Bilanzen besser überprüfen zu können. Mit ihren ausgedehnten Zugriffsrechten wird die BaFin in die Lage versetzt, auf hoheitlicher Basis forensische Prüfungen vorzunehmen – mindestens auf dem Eingriffsniveau, das im Fall Wirecard im Ergebnis zur Aufdeckung des Bilanzbetrugs gesorgt hat.

4. Der Austausch mit Marktteilnehmern soll intensiviert und die Erkenntnisse von Whistleblowern sollen systematisch erfasst und ausgewertet werden. Informationen aus dem Markt und von Whistleblowern sind für die Arbeit der BaFin besonders wertvoll. Die Bearbeitungsprozesse sollen und ein Monitoring eingeführt werden, damit Auffälligkeiten leichter erkannt werden.

5. Mit Verbraucher- und Anlegerschützern soll regelmäßig und intensiv der Austausch gesucht werden; die Erkenntnisse aus diesem Austausch sollen in die Aufsichtsarbeit einbezogen werden. Die Handlungsbefugnisse der BaFin werden gestärkt und die Instrumente für den proaktiven Anleger- und Verbraucherschutz ausgebaut.

6. Die Position des künftigen BaFin-Präsidenten wird gestärkt. Er erhält mehr Verantwortung in Fragen der zentralen Steuerung der BaFin. Damit können Entscheidungsprozesse auf Leitungsebene effizienter und effektiver getroffen werden. Der Präsident koordiniert neben der Modernisierung der BaFin auch die beiden neuen Einheiten Task Force und die Fokusaufsicht.

7. Eine zentrale Data Intelligence Unit (DIU) und ein digitales Aufseher-Cockpit sollen das Rückgrat einer IT-getriebenen Aufsicht des Finanzsektors bilden.

Zielführende Maßnahmen

Aus Sicht der Verbände sind vor allem die regulatorischen Maßnahmen zum Informationsaustausch zwischen den Aufsehern und zur Corporate Governance, die bereits im Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität (FISG) angelegt sind, zielführend. Konsequent sei auch der Ansatz, schlankere Strukturen zu schaffen, die Position des Präsidenten zu stärken und den Austausch innerhalb der BaFin zu verbessern.

Bevor bei der BaFin neue Instrumente für den Anleger- und Verbraucherschutz geschaffen werden, sollte nach Angaben der Verbände zunächst einmal sichergestellt werden, dass in denjenigen Bereichen, in denen in den vergangenen Jahren Defizite festgestellt wurden, eine effektive Aufsicht stattfindet, so z.B. im sog. grauen Kapitalmarkt bzw. bei den Anlagevermittlern. Im Bereich der Bank- und Wertpapieraufsicht stünden der BaFin dagegen bereits heute sehr umfangreiche Eingriffsbefugnisse zur Verfügung.

„Bei aller Zustimmung zu den Plänen zur Stärkung der Finanzaufsicht sollte jedoch auch das Thema Finanzierung weiter im Fokus bleiben“, heißt es in der Stellungnahme. Die neue Struktur dürfte erneut einen nicht unerheblichen Mehrbedarf an Personal bedeuten. Die Verbände weisen deshalb erneut darauf hin, dass grundsätzlich über eine Rückkehr zur Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der BaFin nachgedacht werden muss. Ihre Tätigkeit sei letztlich auch eine staatliche Aufgabe und sollte entsprechend finanziert werden. **DK**

Stadtsparkasse Augsburg:

„Preis des Jahres“ der Stiftung AUFWIND vergeben

Die Kinder- und Jugendstiftung AUFWIND hat seit über einem Jahrzehnt den Jugendpreis „Frischer WIND“ ausgeschrieben. Dieser wurde im Jahr 2019 optimiert. Berücksichtigt werden zukünftig Projekte zu folgenden Auswahlkriterien: Nachhaltigkeit, Neuheit und möglichst breite Resonanz. Neu ist auch, dass künftig aus allen angefragten und geförderten Projekten eines zum „Preis des Jahres“ gekürt wird.

Auf Grund der Corona-Pandemie konnten keine Präsenzsitzungen durchgeführt werden, daher fand die Jurysitzung in diesem Jahr als Videokonferenz statt.

Aus knapp 30 zur Auswahl stehenden Projekten darf sich das Projekt des Junges Theater Augsburg mit ihrem Theaterstück #HASS – Hauptsache radikal! über eine zusätzliche Förderung in Höhe von 5.000 Euro freuen.

Mobiles Präventionsstück

Zum Thema #HASS entwickelte das „Junges Theater Augsburg“ ein neues mobiles Präventionsstück, das sich mit Hetze, Hate Speech und Mobbing im Internet beschäftigt. Der Schwerpunkt liegt dabei auch in den zugehörigen Workshops auf der Stärkung des respektvollen Umgangs miteinander als Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Hetze, Hate Speech und Cybermobbing sind Teil unseres Alltags geworden. Der Umgangston wird rauer, die Hemmschwellen sinken - Hass wird (leider) salonfähig. Anonyme Beiträge in sozialen Netzwerken beschleunigen die Gewaltspirale.

Wenn Worte zu Taten werden

Der Hass im Netz bleibt jedoch nicht virtuell, sondern bildet auch an Schulen die Grundlage für Hass und Gewalt in unserer Realität. Es entsteht ein sehr reales Klima, in dem Mobbing, Diskriminierung und Gewalt legitim scheinen und hasserfüllte Worte zu grauenhaften Taten werden. Die drei Schauspieler*innen spielen nicht nur diverse Rollen in hasserfüllten Szenarien, sie agieren auch als Bandmitglieder der Live Band Hate’s peach! Wie in den Kommentarspalten und Whats-App-Gruppen, in denen sich Feindseligkeiten gegenseitig hochschaukeln, werden mittels Loop-Machine Echokammern des Hasses erzeugt. Sobald es die Situation wieder zulässt, sind weitere Vorstellung und Workshops an Schulen geplant.

Dieses Projekt ist besonders förderungswürdig, so der Stiftungsratsvorsitzende Rolf Settelmeier, da hier jugendgerecht ein wichtiges gesellschaftliches Problem aufgegriffen wird und gleichzeitig ein wichtiger Theaterakteur in Augsburg in dieser schwierigen Corona-Zeit unterstützt wird. ❐



Creditreform-Schuldneratlas 2020:

Überschuldung in Bayern am geringsten

Mit rund 7,1 Prozent ist in Bayern der Anteil der überschuldeten Bürger geringer als in allen anderen Bundesländern. 780.000 Bürger im Freistaat können laut dem bundesweiten „Schuldneratlas 2020“ der Wirtschaftsauskunftei Creditreform ihre Schulden nicht mehr bezahlen. Die zehn Landkreise mit den niedrigsten Überschuldungsquoten liegen alle in Bayern.

Bundesweit am solidesten wirtschaften die Bürger im Kreis Eichstätt mit einer Überschuldungsquote von nur 4,0 Prozent. Es folgen die Kreise Erlangen-Höchstadt, Schweinfurt, Neumarkt in der Oberpfalz, Aichach-Friedberg, Würzburg, Neuburg-Schrobenhausen, Roth, Landsberg am Lech und Straubing-Bogen. Schlusslicht ist Bremerhaven, wo jeder fünfte Einwohner überschuldet ist: 21,8 Prozent.

Beim Vergleich der Landeshauptstädte steht München mit einem Anteil von 8,7 Prozent überschuldeter Bürger auf Platz drei hinter Mainz und Potsdam. Schlusslicht ist Saarbrücken mit 17 Prozent.

Geringere Überschuldung

Die Analyse der Überschuldungsentwicklung nach Bundesländern zeigt 2020 einen fast durchgehend positiven Trend. Kein Bundesland weist einen Anstieg der Überschuldungsfälle auf. 13 Bundesländer zeigen zurückgehende Überschuldungszahlen und 15 Bundesländer einen Rückgang der Überschuldungsquote. Nur das Saarland weist eine höhere Überschuldungsquote als im Vorjahr (11,6 Prozent; + 0,1 Punkte) auf. Bayern (7,1 Prozent; - 0,2 Punkte) und Baden-Württemberg (8,1 Prozent; - 0,1 Punkte) verbleiben mit Abstand vor Thüringen (9,1 Prozent; - 0,1 Punkte) – alle drei mit einer erneut verbesserten Überschuldungsquote.

Die Überschuldung von Frauen und Männern in Deutschland nahm 2020 ab. Aktuell gelten rund 7,6 Prozent der Frauen über 18 Jahre als überschuldet und zumindest nachhaltig zahlungsgestört (- 0,1 Punkte). Bei Männern sind es 12,3 Prozent (- 0,2 Punkte).

Die Zahl der Überschuldungsfälle ist bei beiden Geschlechtern rückläufig. (Frauen: 2,7 Millionen; - 17.000 Fälle / Männer: 4,2 Millionen; - 52.000 Fälle).

Weiter an Bedeutung gewinnt die „Altersüberschuldung“. 2020 mussten rund 470.000 Menschen in Deutschland ab 70 Jahren als überschuldet eingestuft werden (+ 89.000 Fälle; + 23 Prozent). Die entsprechende Überschuldungsquote (3,6 Prozent; + 0,7 Punkte) bleibt dennoch weiterhin unter den Vergleichswerten der anderen Altersgruppen.

Im Gegensatz dazu ist die Überschuldungszahl und -quote in der jüngsten Altersgruppe in diesem Jahr wieder deutlich zurückgegangen. Die Überschuldungsquote sinkt bei den unter 30-Jährigen erstmals seit 2004 unter die 10-Prozent-Marke und beträgt aktuell 9,6 Prozent (- 2,5 Punkte). Die höchste Überschuldungsquote findet sich mit 17,3 (- 0,4 Prozentpunkte) Prozent bei der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen.

Wegen Corona: Lage kann sich wieder zuspitzen

Dass sich die Lage in Folge der Corona-Krise zuspitzen könnte, darauf verwies Geschäftsführer Stephan Vila von der Creditreform-Tochter Boniversum: „Die staatlichen Hilfsmaßnahmen haben die schlimmsten sozialen Auswirkungen abgemildert.“ Dennoch sei die Lage besorgniserregend, weil Hunderttausende im Land aufgrund von Kurzarbeit oder Jobverlust in Folge der Krise in finanzielle Not geraten seien.

Creditreform schätzt, dass hierzulande derzeit zwei Millionen Freiberufler und Soloselbstständige wegen der Corona-Krise am Rande der Überschuldung stehen. Der aktuelle Lockdown verschärfe dies, zu erwarten sei ein zeitlich versetzter Anstieg der Überschuldungsfälle. **DK**

Kommission plant Obergrenzen für Barzahlungen:

Markus Ferber mahnt Augenmaß an

„Die Kommission ist auf dem Holzweg, wenn sie den Kampf gegen Geldwäsche mit dem Kampf gegen Bargeld verwechselt“, kommentiert der CSU-Europaabgeordnete und wirtschaftspolitische Sprecher der EVP-Fraktion, Markus Ferber, Meldungen, dass die Europäische Kommission über einheitliche Bargeldobergrenzen für den Zahlungsverkehr nachdenkt.

„Bargeld ist ein Faktor, der Geldwäsche erleichtert. Das ist unbestritten. Man muss aber schauen, dass man das Kind nicht mit dem Bade ausschüttet. Es ist schon ein Unterschied, ob jemand Immobilien in bar bezahlt oder einen Kleinwagen. Nicht jede Bargeldtransaktion ist zwangsläufig ein Geldwäscherisiko“, so Ferber. „Man kann auch mit niederschwelligen Maßnahmen wie einer Ausweispflicht das Geldwäscherisiko minimieren. Es ist nicht verhältnismäßig, dass die Kommission immer gleich zum größten Kaliber greift.“

Normales Wirtschaften nicht erschweren

Für Ferber ist entscheidend, dass die Maßnahmen das normale Wirtschaften nicht über Gebühr erschweren: Wenn der Gebrauchtwagenhändler dem Studenten nicht mehr einen ersten Kleinwagen verkaufen kann, ohne an ein Bargeldlimit zu stoßen, sind wir am Ende über das Ziel hinausgeschossen.“

Kampf gegen Geldwäsche: In Deutschland noch Luft nach oben

Für Ferber ist darüber hinaus klar, dass es gerade in Deutschland noch andere Möglichkeiten gibt, im Kampf gegen Geldwäsche Fortschritte zu machen: „Das Bundesfinanzministerium hat den Kampf gegen Geldwäsche über Jahre schleifen lassen. Es kann nicht sein, dass die deutsche Anti-Geldwäschebehörde seit Monaten einen Berg von unbearbeiteten Verdachtsfällen vor sich herschiebt.“

Für den CSU-Europaabgeordneten ist deswegen klar: „Es macht keinen Sinn, den normalen Bürger mit Einschränkungen im Zahlungsverkehr zu schikanieren, solange Finanzminister Olaf Scholz in Deutschland nicht die hausgemachten Probleme angeht.“ ❐

Finanzskandal um die Greensill-Bank:

Drohende Verluste für oberbayerische Kommunen

Vor kurzem hat der australisch-britische Finanzkonzern Greensill Capital offiziell Insolvenz angemeldet. Zu den potenziell Geschädigten zählen auch rund 50 deutsche Landkreise, Städte und Gemeinden, darunter die oberbayerischen Kommunen Vaterstetten, Pöcking und Puchheim, die bei der Bremer Tochter Greensill Bank jeweils mehrere Millionen Euro angelegt haben. Die Finanzaufsicht Bafin untersagte ihr nun die weitere Geschäftstätigkeit und erstattete Strafanzeige wegen Bilanzmanipulation.

Vaterstetten

Nach Angaben von Vaterstettens Erstem Bürgermeister Leonhard Spitzauer legte seine Gemeinde rund 5,5 Millionen Euro in verschiedenen kurz- und langfristigen Festgeldkonten bei der Greensill Bank an. Dies entspricht ca. 20 Prozent der gemeindlichen Anlagen. Eine Geschäftsbeziehung mit der Bank, damals noch unter deren Namen NordFinanz Bank AG, bestehe seit 2014. Man habe schon viele Verträge mit der Privatbank abgeschlossen, hohe Summen eingelegt und problemlos wieder abrufen können. Zustande gekommen sei die Geschäftsbeziehung durch einen regionalen Finanzvermittler, der zahlreiche Kommunen zu seinen Kunden zähle und bei seiner Empfehlung auf die gute Bonität der Greensill Bank hingewiesen habe.

Spitzauer zufolge steht aktuell nicht fest, ob die Bank abgewickelt werden muss und dadurch Vaterstetten ein Schaden entsteht. Rein vorsorglich hat die Gemeinde eine auf Bank- und Kapitalmarktrecht spezialisierte Münchner Rechtsanwaltskanzlei zur Wahrung der Interessen Vaterstettens eingeschaltet.

Pöcking

Die Gemeinde Pöcking bei Starnberg hatte im Oktober 2020 fünf Millionen Euro langfristig angelegt. „Die Greensill Bank war zum Zeitpunkt der Festgeldvereinbarungen laut Auskunft eines Geldanlagen-Maklers, mit dem wir seit vielen Jahren gut zusammenarbeiten, im Rating A-/Scope“, heißt es in einer Mitteilung. Hinweise darauf, dass das Geld dort möglicherweise nicht sicher sei, hat es nach Auskunft von Rathauschef Rainer Schnitzler nicht gegeben, insbesondere nicht von der dafür zuständigen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass der für die Geldanlage zuständige Kämmerer breit gestreut habe. Im Fall der Anlage bei der Greensill Bank habe er leider den Maximalbetrag von fünf Millionen Euro, den der Gemeinderat genehmigt hat, ausgeschöpft. Bei allen anderen Banken seien es maximal zwei Millionen Euro.

„Ich fühle mich gerade wie jemand, der ausgeraubt worden ist und die Polizei steht daneben und schaut zu“, erklärte Schnitzler dem BR. Pöcking ist die reichste Gemeinde im Landkreis Starnberg. Mit aktuell 79 Millionen Euro könnten alle Aufgaben und Ausgaben weiterhin geleistet werden – auch für den Fall, dass die gesamten 5 Millionen Euro verloren seien. Die Gemeinde hat nun eine Anwaltskanzlei mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt.

Zwei Millionen Euro hat die Stadt Puchheim bei Fürstenfeldbruck vergangenes Jahr als Festgeld bei der Greensill Bank angelegt. Nach Bekanntwerden des Moratoriums, so teilt die Stadt mit, habe sie unverzüglich das Landratsamt Fürstenfeldbruck als Kommunalaufsichtsbehörde sowie den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband als überörtliches Rechnungsprüfungsorgan informiert. Mit beiden Behörden sei vereinbart, dass Puchheim die Aufklärung des Sachverhalts in Eigenregie leisten soll. Auch sei empfohlen worden, sich bei der Durchsetzung der Rückzahlungsansprüche anwaltlicher Unterstützung zu bedienen. Zudem wurde der Bayerische Städtetag gebeten, sich auf der Ebene des Deutschen Städtetages für eine gemeinsame Vertretung der voraussichtlich geschädigten kommunalen Anleger einzusetzen.

Puchheim

Erster Bürgermeister Norbert Seidl zeigte sich „schockiert und entsetzt über diese Nachricht“. Aus seiner Sicht wurden „keine spekulativen Finanzgeschäfte vorgenommen mit undurchsichtigen Produkten, sondern ganz konservativ Festgeld bei einer deutschen Bank angelegt. Offenbar sind nicht nur wir, sondern auch viele andere Sparer und Anleger wohl Opfer krimineller Machenschaften geworden. Die BaFin hat zu lange gezögert.“

Nach Angaben der Stadt wird es von der Höhe des noch vorhandenen Vermögens der Bank und der Höhe der Forderungen anderer Gläubiger abhängen, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe die Forderung Puchheims bedient werden kann. „Möglich ist also auch ein Totalverlust der Einlage. Genaueres kann aber voraussichtlich erst nach dem Ende des Moratoriums gesagt werden.“ **DK**

BayernFonds wird bis Jahresende verlängert

Wirtschaftsminister Aiwanger und Finanzminister Füracker begrüßen gute Nachrichten aus Brüssel

Grünes Licht aus Brüssel: Der staatliche BayernFonds kann die bayerische Wirtschaft nicht nur bis Sommer, sondern sogar bis zum Jahresende unterstützen.

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger zufolge hat die Bayerische Staatsregierung den BayernFonds im vergangenen Jahr als letzte Reißleine für Unternehmen aller Branchen ins Leben gerufen. „Dieses Instrument wollen wir auch weiterhin zur Stützung der bayerischen Wirtschaft einsetzen. Deshalb haben wir uns bei der Europäischen Kommission mit Erfolg für eine Verlängerung der beihilferechtlichen Ausnahmeregelungen eingesetzt. Der BayernFonds steht nun bis Ende 2021 bereit, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die bayerische Wirtschaft zu mildern.“

Finanzminister Albert Füracker betont: „Unser Einsatz war erfolgreich. Das ist ein gutes Signal der Europäischen Kommission für die bayerischen Unternehmen! Die Pandemie sorgt leider weiterhin für viel Ungewissheit – auch in der Wirtschaft. Die frühzeitige Verlängerung schafft Rechts- und Planungssicherheit und ist im Interesse aller! Der Freistaat Bayern steht seinen Unternehmern mit ganzer Kraft verlässlich zur Seite.“

Direkte Hilfe für den Mittelstand

Die Europäische Kommission hat den Weg freigemacht, damit das Regelwerk zur Stützung der bayerischen Realwirtschaft in der Coronakrise bis zum 31. Dezember 2021 verlängert werden kann. Bislang waren diese Maßnahmen nur bis Ende Juni (für staatliche Garantien) bzw. Ende September (für staatliche Unternehmensbeteiligungen) möglich. Das hierzu erforderliche Änderungsnotifizierungsverfahren bei der Europäischen Kommission wurde erfolgreich abgeschlossen. Damit kann die Verlängerung des bayerischen Regelwerks jetzt umgehend umgesetzt werden.

Mit der Errichtung des BayernFonds hat der Freistaat ein Instrument geschaffen, das insbesondere direkte Hilfe für den Mittelstand bietet. Antragsberechtigt sind Unternehmen, deren Bestandsgefährdung erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft, die technologische oder wirtschaftliche Souveränität, Versorgungssicherheit, kritische Infrastrukturen, den Arbeitsmarkt oder den Wettbewerb in Bayern hätte. Insgesamt stehen dafür Mittel in Höhe von 46 Milliarden Euro zur Verfügung. ❐

LfA-Förderbilanz 2020:

Fördervolumen steigt in der Corona-Krise auf Höchststand

Bayerische Wirtschaft mit Förderkrediten von insgesamt 3,4 Milliarden Euro unterstützt

Die LfA Förderbank Bayern trägt wesentlich zur Stärkung der bayerischen Wirtschaft in der Corona-Krise bei. Die staatliche Förderbank hat im Ausnahmejahr 2020 die höchste Nachfrage nach Förderkrediten seit ihrer Gründung verzeichnet. Dabei wurden insbesondere mittelständische Betriebe mit Darlehen in Höhe von rund 3,4 Milliarden Euro unterstützt. Dies entspricht einem Zuwachs von rund 44 Prozent gegenüber 2019.

Bei den programmgebundenen Förderkrediten stieg das Zusagevolumen um fast 50 Prozent auf rund 2,7 Milliarden Euro. Davon wurden rund 7.400 Kredite im Rahmen der durch den Freistaat Bayern ermöglichten eigenen bayerischen Corona-Förderprogramme vergeben. Das zugesagte Kreditvolumen in den Sonderprogrammen LfA-Schnellkredit, Corona-Schutzschirm-Kredit und Corona-Kredit – Gemeinnützige sowie den optimierten Programmen Universalkredit mit Haftungsfreistellung und Akutkredit betrug zusammen mehr als 835 Millionen Euro. Zudem wurden 105 Bürgschaften mit einem Bürgschaftsbetrag von fast 615 Millionen Euro bewilligt. Zusammen mit den etwa 4.900 Tilgungsaussetzungen von rund 75 Millionen Euro bei bestehenden Krediten hat die LfA damit über 1,5 Milliarden Euro an Corona-Hilfen für den Wirtschaftsstandort Bayern zugesagt.

Höhere Nachfrage nach Energieeffizienzförderung

Das Jahr 2020 stand aber nicht nur im Zeichen der Krisenbewältigung. So stieg die Nachfrage allein in der Energieeffizienzförderung der LfA auf über 300 Millionen Euro. Auch das Zusagevolumen in der Gründungsförderung erhöhte sich trotz Pandemie im Vergleich zu 2019 auf rund 480 Millionen Euro, besonders stark war hier die Zunahme gegen Jahresende, allein in den letzten vier Monaten des Jahres stiegen die Zusagen auf über 210 Millionen Euro. Insgesamt profitierten mehr als 11.000 Unternehmen und Kommunen und deren Arbeitsplätze von den regulären Förderprogrammen und den Corona-Sonderprogrammen der LfA.

Über die BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH und die Bayern Kapital GmbH, beides Unternehmen aus der LfA Gruppe, stellt die LfA den bayerischen Gründern und Unternehmern überdies Eigenkapitalangebote zur Verfügung. Ihre bestehenden Eigenkapitalprodukte waren auch im vergangenen Jahr gefragt und trugen zur Unterstützung der Unternehmen bei.

Daneben wurden 2020 Instrumente wie der Startup Shield Bayern, der Eigenkapitalschild Mittelstand Bayern, der Wachstumsfonds Bayern 2 oder der Transformationsfonds Bayern neu aufgelegt. Sie dienen den Unternehmen auch zur nachhaltigen Stärkung ihrer Kapitalbasis für Zukunftsinvestitionen, die über den reinen Ersatz von während der Krise aufgezehrtem Eigenkapital hinausgeht.

Große Leistungsfähigkeit als Förderbank

„Die LfA hat gerade in der Krise ihre große Leistungsfähigkeit als Förderbank für den Wirtschaftsstandort Bayern erneut unter Beweis gestellt: Sie hat in kürzester Zeit Produktoptimierungen und spezielle bayerische Corona-Sonderprogramme zur finanziellen Krisenbewältigung der Unternehmen eingeführt. Die LfA leistet damit einen schnellen und wirkungsvollen Beitrag für den Fortbestand vieler insbesondere mittelständischer Betriebe und zum Erhalt der mit Ihnen verbunden Arbeitsplätze. Mich stimmt zuversichtlich, dass eine große Anzahl an Gründern und Unternehmern auch in Krisenzeiten vorausschauend in die Zukunft ihrer Betriebe investiert. Wir richten unsere finanziellen Hilfen sowie Förder- und Beratungsangebote daher nicht nur auf die akute Krisenbewältigung aus, sondern unterstützen die bayerische Wirtschaft auch gezielt dabei, die Chancen der Digitalisierung und der nachhaltigen, innovativen Technologien zu ergreifen“, so Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger.

Passgenaue Unterstützung

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, ergänzt: „Das Förderjahr 2020 hat die LfA vor außergewöhnliche Herausforderungen gestellt. Der überaus starke Anstieg unserer Förderzahlen zeigt, dass wir die bayerischen Betriebe bei der finanziellen Bewältigung der Corona-Krise mit unseren Förderkrediten und Risikoentlastungen passgenau unterstützen. Wir rechnen mit einer weiterhin starken Inanspruchnahme unserer Corona-Sonderprogramme, die nach derzeitigem Stand bis Ende Juni 2021 fortgeführt werden.“

„Uns freut, dass trotz Pandemie darüber hinaus auch unsere Finanzierungsangebote für Gründung, Wachstum, Innovation sowie Energie und Umwelt vom bayerischen Mittelstand stark nachgefragt wurden“, fuhr Beierl fort. „Auch 2021 werden wir den Betrieben kraftvoll dabei helfen, gut aus der Krise zu kommen und die gleichzeitig aus dem strukturellen Wandel resultierenden Herausforderungen erfolgreich zu meistern.“

Die LfA ist seit 1951 die staatliche Spezialbank zur Förderung des Mittelstands in Bayern. Die Förderkredite werden grundsätzlich bei den Hausbanken der Unternehmen beantragt und über diese ausgereicht. Um den Wirtschaftsstandort Bayern zu stärken, unterstützt die LfA auch Infrastrukturvorhaben. ❐



Genossenschaftsverband Bayern:

Genossenschaftliche Bankengruppe gehört zu den profitabelsten in Europa

Bayerns Volksbanken und Raiffeisenbanken bestehen Corona-Stresstest

„Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken haben den Corona-Stresstest bestanden und sind gut durch das Geschäftsjahr 2020 gekommen", sagte Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), bei der Bilanzpressekonferenz in München. „Das Geschäftsmodell der Bankengruppe mit seiner regionalen Ausrichtung erweist sich als robust", ergänzte Gros. Sowohl bei aufgenommenen Kundengeldern als auch bei ausgereichten Krediten verzeichnen die Volksbanken und Raiffeisenbanken eine deutliche Zunahme. „Das Kreditwachstum erreichte mit 7,6 Prozent den höchsten Wert seit 20 Jahren", stellte der GVB-Präsident heraus. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 8,5 Prozent von 175,7 Milliarden Euro auf 190,7 Milliarden Euro.

Die Höhe der ausgereichten Kredite stieg um 7,6 Prozent und beläuft sich zum Ende des Jahres 2020 auf 117,1 Milliarden Euro – ein Jahr zuvor waren es 108,8 Milliarden Euro. Damit hat das Kreditwachstum die Steigerung der Vorjahre nochmals übertroffen und den höchsten Wert seit 20 Jahren erreicht. Die Ausleihungen an Privatpersonen stiegen um 6,8 Prozent von 48,5 Milliarden Euro auf 51,8 Milliarden Euro. Stark blieb das Kreditgeschäft mit Firmenkunden. Das Volumen an Unternehmensdarlehen legte um 8,7 Prozent zu – sie beliefen sich auf 61,9 Milliarden Euro, nach knapp 57 Milliarden Euro im Jahr davor.

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken waren wichtige Drehscheiben bei der Vergabe von Krediten im Zuge der Bekämpfung der Corona-Folgen. Neben Darlehen auf das eigene Kreditbuch vergaben die Institute im vergangenen Jahr insgesamt 7.023 Förderkredite im Volumen von mehr als 1,8 Milliarden Euro. 90 Prozent davon entfielen auf Kredite der KfW, zehn Prozent auf solche der LfA. Den mit Abstand größten Anteil hatte der KfW Unternehmerkredit KMU, der 62 Prozent, beziehungsweise 1,1 Milliarden Euro ausmachte.

„Das Modell der regionalen Hausbank hat in der Corona-Krise seine Stärke bewiesen", betonte Gros. „Die bayerischen Kreditgenossenschaften stehen seit Beginn der Pandemie an der Seite ihrer Kunden und sichern kurzfristig Liquidität durch Stundungen, Förderkredite und Firmendarlehen."

Erfolgreiches Immobiliengeschäft

Weiterhin stabil entwickelte sich das Immobiliengeschäft. Die Baubranche zeigte sich von der Pandemie unbeeindruckt und die Investitionen waren ungebrochen. Kredite für den Wohnungsbau wuchsen von 60,9 Milliarden Euro auf 66,2 Milliarden Euro – das entspricht einem Plus von 8,8 Prozent.

Schmerzhafter Anstieg bei Kundengeldern

Bei den Kundengeldern verzeichneten die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken einen schmerzhaften Anstieg um 6,5 Prozent von 136,6 Milliarden Euro auf 145,5 Milliarden Euro. Firmenkundengelder beliefen sich zum Jahresende auf 39,6 Milliarden Euro, eine Steigerung um neun Prozent, beziehungsweise 3,3 Milliarden Euro. Auf Seite der Privatkunden stiegen die Einlagen um 6,2 Prozent, beziehungsweise 5,6 Milliarden Euro auf 96 Milliarden Euro. Grund für diese Zunahme dürften die anhaltenden Unsicherheiten sowie eingeschränkte Konsummöglichkeiten sein. Viele Kunden schichteten bei ihren Einlagen zudem um. Während Termin- und Spareinlagen im abgelaufenen Jahr zurückgingen, legten liquide Sichteinlagen um 12,6 Prozent, beziehungsweise elf Milliarden Euro zu.

Stabiles Betriebsergebnis

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken blicken beim Ergebnis auf ein erfolgreiches Jahr 2020 zurück. Dem Corona-bedingten Wirtschaftseinbruch zum Trotz blieb das Gesamtbetriebsergebnis (operatives Ergebnis) mit 1,5 Milliarden Euro nahezu stabil. Nach Risikovorsorge und Wertberichtigung erwirtschafteten die Banken ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von rund 1,4 Milliarden Euro. Das liegt zwar um 254 Millionen Euro niedriger als im Vorjahresvergleich. Das Jahr 2019 war aber durch Sondereffekte wie hohe Wertpapierzuschreibungen geprägt. Um diese Sondereffekte bereinigt, blieb das operative Ergebnis damit auf dem Niveau der Vorjahre. Insgesamt zählen die Volksbanken und Raiffeisenbanken weiterhin zu den profitabelsten Bankengruppen Europas.

Trotz des turbulenten Börsenjahres wird es kaum Abschreibungen bei Wertpapieren geben. Auf ihr Wertpapierportfolio mussten die 222 Banken lediglich 55 Millionen Euro abschreiben.

Kreditgenossenschaften stärken Kapitalbasis

Die Genossenschaftsbanken im Freistaat hatten 2020 ihre Kreditbücher eng im Blick. Bislang ist die Risikosituation unauffällig. „Die viel heraufbeschworene Insolvenzwelle, verbunden mit einer kräftigen Zunahme der Kreditausfälle, ist bisher nicht erkennbar", sagte Gros. Das dürfte sich auch im Jahresverlauf nicht ändern, obwohl der weitere Ausblick von vielen Unsicherheiten behaftet bleibe. Ein wesentlicher Grund dafür sei der sehr heterogene Verlauf der Lockdowns, der Branchen höchst unterschiedlich erfasst. „Branchen, die unter den politischen Einschränkungen des öffentlichen Lebens besonders leiden, gehören nur in geringem Maße zu den Kreditnehmern der bayerischen Kreditgenossenschaften", betonte Gros.

Und auch innerhalb der Branchen zeigten sich Unterschiede. So litten beispielsweise Hotels in Ballungszentren, mit starker Ausrichtung auf Geschäfts- und Kongresskunden, besonders unter den politischen Einschränkungen. In ländlichen Regionen hingegen sind diese Betriebe bei allen Herausforderungen bisher zumeist besser durch die Lockdowns gekommen – diese Unternehmen sind häufig familiengeführt, wirtschaften in der eigenen Immobilie und konnten im Sommer von den zahlreichen Heimaturlaubern profitieren.

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken agieren weiterhin vorsichtig und vorausschauend, um gegen mögliche Pleiten gewappnet zu sein. Im Forderungsbereich nahmen die genossenschaftlichen Institute Abschreibungen in Höhe von 73 Millionen Euro vor. Diese Abschreibungen sind im Wesentlichen regulatorisch bedingt und kein Anzeichen für erhöhte insolvenzbedingte Wertkorrekturen.

Insgesamt konnten die Institute ihre Kapitalbasis weiter stärken. Das harte Kernkapital legte um knapp 1,2 Milliarden Euro auf rund 17 Milliarden Euro zu – eine Steigerung um etwa 7,6 Prozent. Die harte Kernkapitalquote belief sich auf 15,89 Prozent, eine Zunahme um 0,25 Prozentpunkte.

Niedrigzinsumfeld bleibt Herausforderung

Nach wie vor bleibt das Niedrigzinsumfeld aufgrund der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) eine Herausforderung für die Banken. Der weiterhin hohe Passivüberhang ist für die Banken zunehmend belastend. Aus diesem Grund schrumpft die Ertragsspanne der Banken weiter.

Das Zinsergebnis lag bei 2,855 Milliarden Euro und gab damit um 2,6 Prozent (75 Millionen Euro) nach. Die Zinsspanne betrug 1,56 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme, nach 1,71 Prozent im Jahr 2019. Der Rückgang im Zinsgeschäft konnte teilweise durch eine Zunahme im Provisionsgeschäft ausgeglichen werden. Das Provisionsergebnis belief sich auf 1,245 Milliarden Euro und damit 45 Millionen Euro (3,8 Prozent) über dem Niveau des Vorjahres. Die Provisionsspanne lag bei 0,68 Prozent, nach 0,70 Prozent im Jahr davor.

Die Volksbanken und Raiffeisenbanken arbeiten zudem kosteneffizient. Die Betriebskosten gingen im vergangenen Jahr leicht zurück und betrugen rund 2,6 Milliarden Euro. Der Anteil der Kosten an der durchschnittlichen Bilanzsumme lag mit 1,44 Prozent deutlich unter dem Vorjahreswert von 1,54 Prozent. Die Cost-Income-Ratio (CIR) verbesserte sich leicht auf 64,2 Prozent – im Jahr 2019 lag diese bei 64,3 Prozent. Die Banken konnten ihre Effizienz weiter steigern.

Fünf Fusionen hat die genossenschaftliche FinanzGruppe in Bayern im vergangenen Jahr verzeichnet. Zum Stichtag 31. Dezember 2020 gab es in Bayern 222 Volksbanken und Raiffeisenbanken. Deren durchschnittliche Bilanzsumme stieg um elf Prozent von 774 Millionen Euro auf 859 Millionen Euro. Der Median der Bilanzsumme liegt aktuell bei 464 Millionen Euro.

Bargeld muss ein Stück Freiheit bleiben

Die Planungen der EZB zur Einführung eines digitalen E-Euro knüpft der GVB an Bedingungen. „Im Falle einer Einführung müssen in jedem Fall einige Kriterien erfüllt sein", betonte Gros. So dürfte ein E-Euro das zweistufige Bankensystem nicht infrage stellen. „Durch ihre Transmissionsfunktion schaffen Banken aus einem Euro Zentralbankgeld zehn Euro Buchgeld in Form von Krediten. Dieser Mechanismus darf nicht unterbrochen werden", forderte Gros. Ansonsten könne es zu Einschränkungen bei der Kreditvergabe kommen und der Wirtschaftskreislauf würde empfindlich gestört.

Darüber hinaus dürfe der E-Euro nicht zu einem geldpolitischen Instrument werden. Im Gegensatz zu Bargeld wäre ein E-Euro programmierbar. „Die EZB könnte per Knopfdruck die Zinsen auf den gesamten E-Euro-Bestand verändern. Diese Zweckentfremdung von Zahlungsmitteln zur Geldpolitik muss ausgeschlossen sein", stellte Gros fest.

„Der E-Euro sollte Bargeld allenfalls ergänzen, nicht ersetzen", so Gros: „Bargeld ist ein Stück Freiheit. Daher muss es den Menschen überlassen bleiben, welches Zahlungsmittel sie wählen. Die persönlichen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte sind im Bereich des Zahlungsverkehrs ein hohes Gut, das es zu schützen gilt." ❐

Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung:

„Bargeld und Einlagen – quo vadis?"

Geld spricht alle Sprachen. Mittlerweile übt es sich sogar in neuen Sprachwelten wie Bitcoin und Krypto. Vor allem für deutsche Bürgerinnen und Bürger, die traditionell ein enges Verhältnis zu Bargeld und Sparbuch pflegen, ist vieles irritierend. Aufklärung tut not. Wertvolle Einblicke lieferte in München die Diskussionsrunde „Bargeld und Einlagen – quo vadis?" der Hanns-Seidel-Stiftung mit Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker und GVB-Präsident Dr. Jürgen Gros.

Nach einführenden Worten des Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung, Markus Ferber, MdEP, sprach sich Finanzminister Füracker bei der von SZ-Journalist Alexander Hagelüken moderierten Veranstaltung klar gegen Initiativen zur Einschränkung von Bargeldzahlungen aus: „Die Corona-Pandemie hat den Trend zu bargeldlosem und kontaktlosem Zahlen verstärkt: Elektronische Bezahlsysteme sind praktisch und auch aus Infektionsschutzgründen derzeit eine gute Alternative. Den Bargeldverkehr jedoch grundsätzlich einzuschränken oder gar abzuschaffen ist keine Option. Bargeld ist geprägte Freiheit! Wir kämpfen dafür, dass Bargeld erhalten bleibt. Unsere Bürgerinnen und Bürger müssen selbst entscheiden dürfen, wie sie bezahlen möchten."

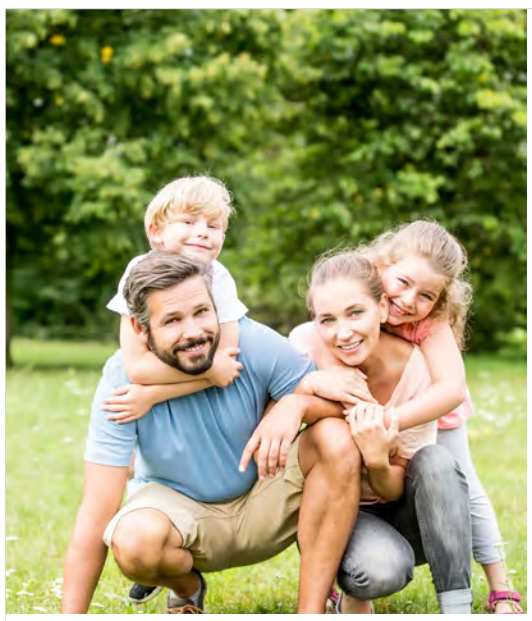
Bargeld gibt Sicherheit

Bargeld ist nach wie vor das beliebteste Zahlungsmittel in Deutschland; rund 60 % aller Einkäufe in 2020 wurden bar getätigt. Nicht ohne Grund: Bargeld hat zahlreiche Vorzüge: Es ist schnell, direkt und greifbar, schützt die Privatsphäre und ist unabhängig von technischer Infrastruktur. Bargeld gibt damit laut Füracker auch Sicherheit, nicht nur in der Krise. Alle Bestrebungen, die Bargeldnutzung einzuschränken, seien daher kritisch zu sehen. Dazu zählten auch die aktuellen Überlegungen der EU-Kommission zur Abschaffung von 1- und 2-Cent-Münzen oder zur Einführung EU-weiter Obergrenzen für Bargeldzahlungen. Schweden, wo bereits viele Geschäfte Bargeld nicht mehr als Zahlungsmittel akzeptieren, sei ein warnendes Beispiel. „Wenn die Pandemie überwunden ist, wollen wir daher nicht nur zum Handschlag zurück, sondern auch zum Bargeld!", forderte der Minister.

Mit Blick auf die Zinsentwicklung sprach GVB-Präsident Gros von einem Phänomen, das man seit Jahrzehnten beobachten könne und das durch Finanz- sowie Staatskrisen der vergangenen 15 Jahre beschleunigt worden sei. Bedingungen wie eine alternde Gesellschaft, in der die Sparneigung höher sei sowie der Strukturwandel von einem Industriestaat zu einer Dienstleistungsgesellschaft hätten zu einem geringeren Kapitalbedarf geführt. Beides zusammen bedeute mehr Angebot bei gleichzeitig weniger Nachfrage. Das Ergebnis: Die Zinsen fallen und eine zunehmend politisierte EZB tue sich schwer, diese anzuheben, erläuterte Gros.

Er wies zudem darauf hin, dass ein digitaler Euro durchaus zum Problem werden könnte. Denn ein wesentlicher Garant für den Erfolg der Wirtschaft in Deutschland sei der Mittelstand. Dieser werde im Wesentlichen von Regionalbanken wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken finanziert. Dieses Kapital zur Kreditvergabe komme aus den Einlagen der Kunden. „Wenn Sparer ihr Geld aber unbegrenzt direkt bei der Zentralbank halten, fehlt das den Banken zur Kreditvergabe", gab Gros zu bedenken.

Niedrigzinsen hin, E-Euro her: Mit Immobilien und Aktien gebe es auch heute noch die Möglichkeit, Geld mit Gewinn anzulegen und somit Vermögen aufzubauen, stellte Gros fest. Fünf Prozent des Bargeldvolumens der Deutschen sei bereits in Aktien angelegt, zwölf Prozent in Investmentfonds. Junge Menschen mit langem Anlagehorizont sollten die Zeit für ihren Vermögensaufbau nutzen. Er könne nur empfehlen, dazu mit der eigenen Hausbank Kontakt aufzunehmen, so der GVB-Präsident. Denn darauf zu setzen, dass sich das Geld auf dem Sparkonto vermehrt, sei vergebens und gehöre zu den großen Legenden dieses Landes. **DK**



BESTENS ABGESICHERT

VORSORGEN MIT DER PLUSPUNKTRENTE

PlusPunktRente - die freiwillige Altersvorsorge der BVK Zusatzversorgung

Bestens abgesichert im Alter - zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente

Die PlusPunktRente bietet allen Arbeitnehmer_innen im kommunalen öffentlichen Dienst in Bayern attraktive Möglichkeiten

✓ STAATLICH GEFÖRDERT
✓ FLEXIBLE BEITRAGSGESTALTUNG
✓ SICHERE VERSORGUNG AUS EINER HAND

Fordern Sie unverbindlich ein Angebot an -
mit dem QR-Code oder über www.pluspunktrente.de

KENNEN SIE SCHON UNSER NEUES VERSICHERTENPORTAL?
www.bvk-zusatzversorgung.de/Versicherte-Rentner/Versichertenportal

Folgen Sie uns bei Social Media
BVK Kommunales Versorgungswesen

BVK Bayerische Versorgungskammer
ZUSATZVERSORGUNG

Digitaler Bilanzkongress der Wohnraumoffensive

Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände

Auf Einladung des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer trafen sich u.a. Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie Vertreter der Bundesregierung, der Länder, Kommunen und Verbände zum digitalen Bilanzkongress der Wohnraumoffensive. Deutscher Landkreistag und Deutscher Städtetag attestierten dabei gute Ansätze.

Im Dezember 2018 hatten Bund, Länder und Kommunen die Wohnraumoffensive gestartet – ein umfassendes Maßnahmenpaket, um dafür zu sorgen, dass das Wohnen in Deutschland bezahlbar bleibt. In den vergangenen zweieinhalb Jahren wurden alle zentralen Maßnahmen der Wohnraumoffensive umgesetzt oder befinden sich in der Umsetzung.

Bis zum Ende der Legislaturperiode werden in Deutschland 1,5 Millionen neue Wohnungen fertig gestellt oder im Bau befindlich sein. Im Jahr 2020 sind zum ersten Mal seit 2001 wieder mehr als 300.000 neue Wohnungen innerhalb eines Jahres gebaut worden. Zudem wurde der Bau von Sozialwohnungen vorangetrieben und die vereinbarte Bewilligung von 100.000 neuen Sozialwohnungen in vier Jahren deutlich übertroffen.

Laut Bundesbauminister Horst Seehofer „haben wir alle zentralen Maßnahmen umgesetzt. Die Bauwirtschaft war trotz Pandemie der Motor der deutschen Wirtschaft schlechthin. Wir haben 1,2 Millionen neuen Wohnungen geschaffen, hinzu kommen 770.000 erteilte Baugenehmigungen. Das ist ein gigantisches Wohnungsbauprogramm. Es ist eine stolze Bilanz, die nur im Zusammenwirken von Bund und Ländern erreicht werden konnte. Aber: Wir lehnen uns jetzt nicht zurück. Wir müssen in den kommenden Jahren stark weitermachen, verstetigen und insbesondere die Innenstädte und die Dorfkerne revitalisieren, bevor wir neue Baugebiete an den Rändern ausweisen."

Flaschenhals Baulandmobilisierung

Nach den Worten von Ralph Spiegler, Vorsitzender der Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände und Präsident des DStGB, bleibt die Baulandmobilisierung der Flaschenhals für die Schaffung bezahlbarer Wohnungen. Hier müssten die Kommunen stärkere Steuerungsmöglichkeiten erhalten, etwa durch erweiterte Vorkaufsrechte. „Zudem müssen wir die erheblichen Potenziale zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums in unseren Innenstädten und Ortskernen heben, insbesondere durch Mobilisierung des leerstehenden Bestandes von fast 2 Millionen Wohneinheiten in Deutschland. Hierzu bedarf es auch einer Erhöhung der Bundesstädtebauförderung auf 1,5 Milliarden Euro jährlich. Dies trägt im Ergebnis auch zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse bei und entlastet die überhitzten Wohnungsmärkte in den Metropolen."

Aus Sicht des Vizepräsidenten des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster, Markus Lewe, „gab es gute Ansätze bei der Wohnraumoffensive und Bund, Länder und Kommunen haben auch etwas erreicht. Der soziale Wohnungsbau wurde zum Beispiel gestärkt. Allerdings wurde das Ziel des Bundes verfehlt, 1,5 Millionen neue und vor allem bezahlbare Wohnungen zu schaffen. Die Arbeit an der Wohnraumoffensive muss also weitergehen. Bund und Länder müssen noch mehr unternehmen, um mehr sozialen und preisgünstigen Wohnraum zu schaffen. Und es müssen bestehende Sozialwohnungen erhalten werden, bevor sie aus der Bindungsfrist fallen und verloren gehen."

Lewe zufolge fallen jedes Jahr mehr als 60.000 Wohnungen aus der Sozialbindung, weil Fristen ablaufen. Neu hinzu kommen deutlich weniger Sozialwohnungen. Dadurch sind zwischen 2002 und 2019 etwa 1,2 Millionen Sozialwohnungen verloren gegangen. „Deshalb brauchen wir neben mehr Neubau unbedingt einen stärkeren Fokus auf den Bestand. Programme zur Verlängerung der Sozialbindung von Wohnungen, wie etwa in NRW, eine attraktive Modernisierungsförderung oder auch der Ankauf von Belegungsrechten könnten schneller für eine Entlastung angespannter Wohnungsmärkte sorgen. Denn der Neubau sozialer und preiswerter Wohnungen dauert oft lange."

Preisspirale bremsen

Die Corona-Pandemie ändere bisher nichts am Preisniveau auf dem Wohnungsmarkt. Wo Mieten, Wohneigentum und Bauland schon vor Corona stetig teurer wurden, gehe der Preisanstieg ungebrochen weiter. Vor allem für Menschen mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, junge Familien und ältere Menschen mit geringen Renten werde es an diesen Orten immer schwerer, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Dafür müsse die Preisspirale am Boden- und Wohnungsmarkt in den wachstumsstarken Regionen deutlich gebremst werden, forderte Lewe. Dafür sei ein Bündel an Maßnahmen notwendig: „Die Städte müssen beim Ankauf von Boden und Wohnungen handlungsfähiger werden und ihre Vorkaufsrechte zu Verkehrswerten ausüben können. Preise können auch durch Bebauungspläne für preisgünstiges Wohnen und in Städten mit Wohnungsnot durch eine Genehmigungspflicht für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen gedämpft werden. Und schließlich ist auch kluges bodenpolitisches kommunales Handeln nötig – zum Beispiel wie in Münster Baurecht nur zu schaffen, wenn die Stadt über einen Mindestanteil an den Bauflächen verfügt."

„Wir begrüßen den vom Deutschen Bundestag beratenen Gesetzentwurf für ein Baulandmobilisierungsgesetz", machte DLT-Präsident Landrat Reinhard Sager deutlich. Jedoch habe sich die Wohnungspolitik zuletzt vor allem auf die angespannten Wohnungs- und Bodenmärkte in einigen Großstädten und Ballungszentren konzentriert. Künftig gelte es, auch die ländlichen Räume in den Blick zu nehmen. Hierbei komme der Ertüchtigung von Leerständen sowie der Umnutzung von Bestandsgebäuden eine besondere Rolle zu.

In Deutschland würden rund 2 Mio. Wohnungen leer stehen, viele davon in ländlichen Räumen. Gleichzeitig gebe es in zahlreichen verdichteten Landkreisen einen Mangel an bezahlbarem Wohnraum. „Neuer Wohnraum sollte vorrangig durch Innenentwicklungsmaßnahmen geschaffen werden, um Stadt- und Ortskerne als attraktive und nutzungsgemischte Wohn- und Versorgungsstandorte zu stärken. Hierfür bedarf es zudem der begleitenden Infrastruktur, insbesondere Breitbandversorgung, ÖPNV-Angebote sowie Schul- und Kinderbetreuungseinrichtungen", erklärte Sager.

Bund und Länder blieben daher aufgefordert, einen Schwerpunkt auf die Ertüchtigung der regional unterschiedlich verteilten Leerstände zu legen. „Neben Maßnahmen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sollten unter Berücksichtigung der guten Erfahrungen mit dem Baukindergeld auch Vorhaben wie ‚Jung kauft Alt' sowie generell Anreize für den Eigentumserwerb in den ländlichen Räumen gesetzt werden. Wir sollten uns dringend davor hüten, Einfamilienhäuser zu verteufeln."

Bei der Verfolgung der Klimaziele für den Gebäudesektor sei schließlich von weiteren Verschärfungen der bestehenden energetischen Standards abzusehen, damit sowohl die energetische Sanierung bestehenden Wohnraums als auch der Neubau nicht weiter verteuert werde. „Der Bund sollte beim Neubau innovative energetische und nachhaltige Gebäudekonzepte, wie etwa das Bauen mit Holz, gezielt unterstützen. Die notwendige energetische Sanierung von Bestandsgebäuden sollte vorrangig über gezielte Förderinstrumente und nicht über Verbote unterstützt werden", bekräftigte der DLT-Präsident. **DK**

BBIV zur novellierten Bayerischen Bauordnung:

Bauen wird einfacher und kostengünstiger

„Die Novelle der Bayerischen Bauordnung ist ein mutiger Schritt, mit dem der Freistaat bundesweit vorangeht. Sie bringt viele Vorteile: Sie macht das Bauen in Bayern einfacher, schneller und kostengünstiger", kommentiert Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, die Novelle der Bayerischen Bauordnung. Sie trat am 1. Februar 2021 in Kraft.

Schmid ergänzt: „Besonders hervorheben will ich auch, dass die neue Bayerische Bauordnung einen echten Bürokratieabbau mit sich bringt. Sie nimmt dabei sogar die Genehmigungsbehörden in die Pflicht." Zu weniger Bürokratie führt die Typengenehmigung, so Schmid. Ein einmal genehmigter Bautyp kann mehrfach, an anderer Stelle, sogar in einem anderen Bundesland errichtet werden, ohne dass man dafür wieder eine neue Genehmigung einholen muss. Beschleunigt wird das Bauen durch die Genehmigungsfiktion. Sie setzt die Genehmigungsbehörden unter Zeitdruck. Haben sie bei Wohnbauvorhaben nach spätestens drei Monaten keinen Beschluss über die Genehmigung erlassen, dann gilt automatisch die Genehmigung als erteilt.

Kostengünstiger wird es durch die Typengenehmigung, hauptsächlich, weil dadurch industrielle Bauweisen befördert werden. Vorfertigung in Baufabriken, Modulbauweisen, aber auch die serielle Herstellung gleichbleibender Bauelemente machen das Bauen deutlich kostengünstiger als die herkömmliche Einzelfertigung, meist noch durch viele unterschiedliche Auftragnehmer, so Schmid: „Das ist der Haupteffekt. Die ersparten Genehmigungskosten kommen noch dazu, vor allem der dadurch vermiedene Zeitaufwand, auch der damit oft verbundene Ärger und der Stress."

Die neue Bayerische Bauordnung nutzt auch der Umwelt, so Schmid: „Sie erleichtert nämlich die Nachverdichtung in den Städten." Zum Ausbau von Dachgeschossen braucht man keine Genehmigung mehr, in vielen Fällen müssen danach keine Aufzüge mehr neu eingebaut werden. Geringere Anforderungen gibt es auch bei den Mindestabständen zu den benachbarten Gebäuden, erläutert Schmid.

Ein großer Vorteil der Nachverdichtung in den Städten ist nämlich laut Schmid, dass normalerweise die vorhandene Infrastruktur dafür ausreicht. Sie muss also nicht aufwändig ausgebaut oder gar neu errichtet werden. „Das hilft der Natur. Schließlich müssen deswegen keine Naturflächen bebaut werden."

Schmid hofft, dass die Genehmigungsfiktion bald überflüssig wird: „Mir wäre es am liebsten, wenn es in absehbarer Zeit der Normalfall wäre, dass über jede Baugenehmigung im Wohnungsbau in drei Monaten entschieden ist. Dafür müssen aber die Genehmigungsbehörden aufgerüstet werden, sowohl personell wie digital. Möglicherweise brauchen wir dafür auch zusätzlich eine weitere Entschlackung vieler Bauvorschriften", so Schmid. ❐



Dipl.-Ing. (FH) Fabian Biersack, Geschäftsführer der Beraten und Planen-Gruppe (l.), mit Stadtbaumeister, Dipl.-Ing. (FH) Franz Haneder. Bild: Michael Hitzek

Fronfeste in Burglengenfeld:

Staat fördert energetisches Sanierungskonzept

Dass Baumeister im 16. Jahrhundert noch nicht zwingend an Energieeffizienz dachten, dürfte nicht weiter verwundern. Umso wichtiger ist das Thema daher bei der Sanierung denkmalgeschützter Gebäude. Aktuelles Beispiel in Burglengenfeld ist der derzeit laufende Umbau der mehr als 500 Jahre alten Fronfeste. Für ein energetisches Sanierungskonzept erhält die Stadt Fördermittel vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle.

Ein förderfähiges energetisches Sanierungskonzept zeigt auf, wie ein Nichtwohngebäude Schritt für Schritt über einen längeren Zeitraum durch aufeinander abgestimmte Maßnahmen umfassend energetisch modernisiert werden kann. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) fördert die abgestimmte Sanierungsplanung bei Kommunen mit satten 80 Prozent der Kosten und bis zu einem Höchstbetrag von 8.000 Euro.

Der Initiative von Stadtbaumeister Franz Haneder ist es zu verdanken, dass Fördermittel aus diesem Topf nach Burglengenfeld fließen. Energetisch begleitet wird die Sanierung der Fronfeste von Dipl.-Ing. (FH) Fabian Biersack, Geschäftsführer der Beraten und Planen-Gruppe, der selbst Energieberater für öffentliche und denkmalgeschützte Gebäude ist.

„Mit einer umfangreichen Sanierung eines Gebäudes stellt man die Weichen für die kommenden Jahrzehnte", betont Biersack. „Umso wichtiger ist es, alle energetisch und wirtschaftlich sinnvollen Maßnahmen zu ergreifen und ein schlüssiges Gesamtkonzept zu erarbeiten." Ein solcher Sanierungsfahrplan – von der Dämmung bis zum möglichen Einsatz regenerativer Energien – wird nun auch für die Fronfeste erstellt.

„Wir sind froh, in Burglengenfeld einen Energieberater für denkmalgeschützte Gebäude am Ort zu haben, da diese Spezialisierung sehr selten ist", erklärt Haneder. Nicht ohne Grund: Die Burglengenfelder Altstadt steht als Ensemble komplett unter Denkmalschutz. ❐



Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags:

Neue Innenstadt-Konzepte starten

Die Botschaft ist eindeutig: Nach Ansicht des Deutschen Städtetags müssen Bund und Länder die Städte dabei unterstützen, Innenstädte und Stadtteilzentren für die Zeit nach Corona fit zu machen und neue Innenstadt-Konzepte zu starten. Zu diesem Zweck wurde der Bund nach Videokonferenzen von Präsidium und Hauptausschuss des Kommunalverbandes aufgerufen, unverzüglich ein „Förderprogramm Innenstadt" aufzulegen.

Wie der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig, hervorhob, zeigten aktuelle Umsatzrückgänge von teilweise bis zu 70 Prozent beim stationären Einzelhandel, leere Schaufenster in Einkaufsstraßen und immer mehr Geschäftsaufgaben, dass der Handel sich nicht mehr überall durch Handel ersetzen lässt. Corona habe den Online-Handel der Vorjahre zum Online-Boom beschleunigt. „Wir wollen und müssen die Innenstädte neu beleben, gemeinsam mit Vermietern, Unternehmen, der Kultur und allen anderen Akteuren vor Ort. Wir brauchen jetzt einen starken Impuls. Dafür sollte der Bund sehr schnell ein Förderprogramm Innenstadt aufsetzen. Wir stellen uns dabei 500 Millionen Euro jährlich für fünf Jahre vor, um nachhaltig etwas zu erreichen."

Aus Sicht des Kommunalverbandes sollte das Programm flexibel und einfach handhabbar sein. Das vorübergehende Anmieten von leerstehenden Ladenlokalen sollte von den Städten unterstützt werden. Dies sollte der Bund fördern und durch ein Entgegenkommen der Eigentümer bei der Miete flankiert werden. Dann könnten die Städte neue Nutzer finden, die mit ihrem Konzept die Innenstadt beleben.

Zudem müsse den Städten der vorübergehende Erwerb städtebaulich relevanter Schlüsselimmobilien wie z.B. ehemaliger Kaufhäuser ermöglicht werden. Auf diese Weise könnten sie neue Nutzungen erproben, ehe sie solche Immobilien weiterverkaufen. Auch sei das Augenmerk auf die Förderung neuer Innenstadt-Konzepte zu richten. Darüber hinaus müssen ein City- oder Zentrenmanagement finanziell unterstützt werden, um alle Akteure der Innenstadt besser zusammenzuführen. City-Manager könnten als Ansprechpartner für Händler, Gastronomen, Vermieter, Mieter oder Vereine vor Ort agieren.

Home-Office als Chance

Dass immer mehr Menschen im Home-Office arbeiten, ist nach Jungs Auffassung eine Chance. Auch Co-Working werde weiter zunehmen und in der City werden weniger Büros gebraucht. Die Menschen verlangten zudem ein größeres Angebot regionaler und nachhaltig erzeugter Waren in den Innenstädten.

„Wer in die Innenstadt kommt, möchte anderen begegnen, sich treffen und etwas Besonderes erleben. Hier muss das Herz der Stadt pulsieren", so der Verbandschef. Derzeit seien die Innenstädte zu sehr vom Einzelhandel abhängig. „Wir wollen eine lebendige Mischung von Wohnen, Arbeiten, Gewerbe, Kultur, Restaurants und Tourismus in den Innenstädten. Und wir wollen verstärkt Handwerk, Kultur und soziale Einrichtungen ins Zentrum holen. Warum nicht auch Schulen und Kitas? Mittelfristig geht es um neue Innenstadt-Konzepte und einen vielfältigen Mix. Das braucht Durchhaltevermögen und konsequentes Handeln aller Akteure."

Vorkaufsrecht stärken

Flankierend sollte laut Deutschem Städtetag auch das Vorkaufsrecht der Städte gestärkt werden. Wenn Immobilien verkauft werden, könnten Städte ihr Vorkaufsrecht ausüben, um beispielsweise dauerhafte städtebauliche Missstände zu vermeiden. So sehe es die laufende Baugesetzbuchnovelle vor. Allerdings fehle noch eine preisdämpfende Komponente. Für Städte sollte es immer möglich sein, Immobilien zum gutachterlich ermittelten Verkehrswert anzukaufen. So könnten sie überbordenden Boden- und Immobilienpreisen entgegenwirken.

Um Leerstand zu begegnen, brauche es auch kreative Ansätze, erklärte Verbandsvizepräsident Markus Lewe, Oberbürgermeister in Münster: „Wir benötigen in den Städten mehr Mut zum Experiment. Akteure der Kreativwirtschaft, Kulturschaffende, gemeinwohlorientierte Initiativen oder Start-Ups können innovative Impulse liefern. Das zeigen zahlreiche Projekte in Deutschland. Hier brauchen wir Weichenstellungen der Politik, damit Innenstädte tatsächlich zu Experimentierräumen werden können, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Beispielsweise sollte das Bauplanungsrecht des Bundes gemischte Nutzungen von Flächen besser ermöglichen, also etwa Handel, Kultur, Arbeiten und Wohnen."

Des Weiteren müsse der Wandel der Innenstädte mit der Digitalisierung Hand in Hand gehen. Viele Städte hätten inzwischen neue Verkehrskonzepte, die unterschiedliche Verkehrsmittel miteinander vernetzen. Der Wechsel zwischen Verkehrsmitteln sowie Verkehrsverbünden sollte erleichtert werden. Hier gehe es um das E-Bike oder das E-Auto an der Endhaltestelle, die zusammen mit dem ÖPNV-Ticket gebucht werden können. Solche Lösungen müssten ausgebaut und noch attraktiver werden, damit die Menschen sie gerne nutzen.

Städtebauförderung entbürokratisieren

Auch sei es erforderlich, die Städtebauförderung zu entbürokratisieren. Die Städtebaufördermittel von Bund und Ländern von derzeit 790 Millionen Euro jährlich seien bewährt und wichtiger denn je, um städtebauliche Missstände zu beheben. Allerdings müssten sie einfacher gehandhabt und weniger aufwändig beantragt werden können. Benötigt werde ein integriertes Fördermittelmanagement. Und die Kommunen sollten mit den Mitteln stärker eigenverantwortlich handeln können.

Schließlich sollte aus Sicht des Deutschen Städtetags der im Jahr 2020 vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) eingerichtete „Beirat Innenstadt" auch in der neuen Legislaturperiode fortgeführt werden. Ein bundesweites Service- und Kompetenzzentrum für die Transformation der Innenstädte sollte die Kommunen beraten und darin unterstützen, die Herausforderungen erfolgreich zu meistern. **DK**

Stadt Konstanz:

Gebäudesanierungen mit PLAN4-Software-Lösung geplant

Über 200 Gebäude müssen bewertet werden
Zeitgewinn von über 50 Prozent

Die Stadt Konstanz nutzt den „Gebäudecheck" der PLAN4 Software GmbH, um ihre über 200 Bestandsgebäude zu überprüfen und zu bewerten. Ein wichtiges Ziel der Stadt Konstanz ist die Klimaneutralität. Nachdem 2019 der Klimanotstand in Konstanz ausgerufen wurde, setzt die Stadt am Bodensee nun auf die Optimierung bestehender Gebäude. In Deutschland entfallen 35 Prozent des gesamten deutschen Endenergieverbrauchs auf Gebäude. Hinsichtlich der Klimaziele ist hier noch viel Optimierungspotenzial vorhanden.

„Mit dem Gebäudecheck tauschen wir das Klemmbrett gegen ein Tablet bei der Begehung unserer Bestandsgebäude", erklärt Manuel Eckhardt, Mitarbeiter des Hochbauamts der Stadt Konstanz. „Jetzt sind wir weit über die Hälfte schneller, haben keine Übertragungsfehler der Daten mehr und klar strukturierte, nachvollzieh- und bedienbare Gebäudeparameter. Mit diesen Voraussetzungen können wir unsere Gebäude zügig energieeffizient gestalten."

Weniger CO2-Belastung

„Mit Handy oder Tablet kann jeder sein Gebäude in kürzester Zeit bewerten", erläutert Thorsten Harig, Geschäftsführer von PLAN4 die Vorteile der Software. „Gerade in Bezug auf die Außenhülle ergeben sich meist Maßnahmen als Teil einer energetischen Sanierung, die einerseits Kosten einsparen und andererseits die CO2-Belastung deutlich senken", so Harig weiter.

Die PLAN4 Software GmbH ist ein Startup Unternehmen aus Freiburg im Breisgau. Mit der in Deutschland entwickelten Software „Gebäudecheck" hat sich das junge innovative Unternehmen auf die digitale Bewertung von Bestandsgebäuden spezialisiert. Kunden finden mit einer Zeitersparnis von etwa 50 Prozent gegenüber herkömmlichen Methoden heraus, in welchem Zustand sich das Gebäude befindet und mit welcher Priorität die jeweiligen Sanierungsschritte eingeleitet werden müssen. Dabei fließen unter anderem auch regionale Unterschiede mit in die Bewertung ein. ❐



Stadtentwicklung:

Ergebnisse der BBSR-Kommunalbefragung

In Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden hat das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung eine Befragung aller Städte und Gemeinden ab 10.000 Einwohnern und aller Landkreise zu kommunalen Wohnungsbeständen durchgeführt. Neben allgemeinen Angaben zur Wohnungsmarktsituation, den Eigentumsverhältnissen an kommunalen Mietwohnungen sowie deren Qualitäten wurde das Augenmerk auf Mietengestaltung, Ausweitung kommunaler Wohnungen und Investitionen in kommunale Wohnungsbestände gelegt. Die Befragungsergebnisse sind nun als BBSR-Sonderpublikation veröffentlicht.

In Deutschland befinden sich rund 2,3 Mio. Wohnungen in kommunaler Hand. Dies entspricht ungefähr 10 % des Mietwohnungsbestandes. Daher kommt den kommunalen Wohnungen eine besondere wohnungspolitische Bedeutung zu. Die Ergebnisse der jüngsten BBSR-Befragung zeigen, dass viele Städte und Gemeinden eine aktive Wohnungsmarktpolitik betreiben und verschiedene strategische Planungs- und wohnungspolitische Instrumente einsetzen.

Maßnahmen zur Mobilisierung von Bauland sind weit verbreitet. Darüber hinaus beeinflussen viele Kommunen und ihre Wohnungsunternehmen den lokalen Mietwohnungsmarkt durch die Mietpreisgestaltung ihrer eigenen Wohnungen. Die kommunalen Wohnungen sind zu einem hohen Anteil gebunden. Dem weiteren Auslaufen von Belegungsbindungen wirken die Kommunen und kommunalen Wohnungsunternehmen entgegen, indem sie einen verhältnismäßig großen Anteil ihres Wohnungsneubaus ebenfalls sozial gebunden errichten.

Bezahlbare Baugrundstücke sind Mangelware

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen auf den Wohnungsmärkten sehen sich die Städte, Gemeinden und Landkreise mit vielfältigen und zunehmenden Herausforderungen konfrontiert. In der Kommunalbefragung 2018 haben die Kommunen insbesondere Engpässe bei der Versorgung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen mit angemessenem Wohnraum sowie Engpässe bei der Verfügbarkeit von Baugrundstücken benannt. Aufgrund des hohen Nachfragedrucks fehlen bezahlbare Baugrundstücke. Zudem mangelt es vielerorts an verfügbaren Grundstücken mit Baurecht.

Viele Städte, Gemeinden und Landkreise betreiben eine aktive Wohnungsmarktpolitik und setzen verschiedene strategische Planungs- und wohnungspolitische Instrumente ein. Maßnahmen zur Mobilisierung von Bauland und Stadt oder Stadtteilentwicklungskonzepte sind weit verbreitet. Darüber hinaus beeinflussen viele Kommunen und ihre Wohnungsunternehmen den lokalen Mietwohnungsmarkt durch die Mietpreisgestaltung ihrer eigenen Wohnungen. Die kommunalen Wohnungen sind zu einem recht hohen Anteil gebunden, aufgrund auslaufender Mietbindungen allerdings mit sinkender Tendenz. Dem wirken die Kommunen und kommunalen Wohnungsunternehmen entgegen, indem sie einen verhältnismäßig großen Anteil ihres Wohnungsneubaus sozial gebunden errichten.

Neben dem sozial gebundenen Wohnraum liegen die Mietpreise frei finanzierter kommunaler Wohnungen meist auch auf einem moderaten Niveau und entfalten so eine mietpreisdämpfende Wirkung. Zwar sind Mieterhöhungen auch bei kommunalen Vermietern weit verbreitet, allerdings werden die Mieten dabei nur moderat angehoben.

Ausweitung des kommunalen Wohnungsbestands

Zahlreiche Kommunen haben in den vergangenen Jahren ihr wohnungspolitisches Engagement verstärkt und weiten ihren kommunalen Wohnungsbestand aus. Zum einen wirkt sich der Wohnungsneubau durch die Vergrößerung des Wohnungsangebotes dämpfend auf die Mietpreisentwicklung aus, zum anderen kommen zusätzliche Wohnungen mit niedrigerem Preisniveau auf den Markt. Die Hälfte der neu errichteten Wohnungen ist gebunden. Besonders hohe Anteile gebundener Wohnungen werden in wachsenden Städten und Gemeinden errichtet. Allerdings verlangen die kommunalen Anbieter für neu errichteten freien Wohnraum deutlich höhere Mietpreise als für ihre Bestandswohnungen. Auf diese Weise versuchen die kommunalen Wohnungsanbieter die Wirtschaftlichkeit mit dem Versorgungsauftrag einkommensschwacher Haushalte in Einklang zu bringen.

Kommunen und ihre Beteiligungen erwerben auch Bestandswohnungen. Dieser Art der Bestandsausweitung kommt jedoch eine viel geringere Bedeutung zu als dem Neubau. Sie vergrößert zwar die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen, führt aber nicht zu einem größeren Wohnungsangebot auf den lokalen Wohnungsmärkten und somit auch nicht zu deren Entspannung.

Die Kommunen sind bestrebt, den Zustand ihrer Wohnungen zu verbessern. Dies zeigen die weit verbreiteten Bestandsinvestitionen. Die wichtigsten Beweggründe für Investitionen sind zunächst wirtschaftlicher Art, wie der Erhalt der Gebäudesubstanz oder eine verbesserte Vermietbarkeit. Aber auch die energetische Ertüchtigung und die altersgerechte Gestaltung sind weitere wichtige Gründe.

Hauptargumente gegen Investitionen sind in erster Linie fehlendes Eigenkapital und die Unwirtschaftlichkeit von Maßnahmen. Drei von vier kommunalen Wohnungsanbietern haben im betrachteten Dreijahreszeitraum in knapp ein Viertel ihrer Bestandswohnungen investiert. Dabei sind die Kosten pro Wohnung für Maßnahmen zur energetischen Ertüchtigung und Barrierereduzierung deutlich gestiegen, während die Ausgaben pro Wohnung für allgemeine Maßnahmen sanken.

Wichtiges Steuerungsinstrument

Die Kommunen sind sich bewusst, dass sie mit den eigenen Wohnungen über ein wichtiges Steuerungsinstrument verfügen. Entsprechend der gewachsenen Herausforderungen messen sie ihren Wohnungsbeständen für fast alle kommunalen Aufgaben eine zunehmende Bedeutung bei. Neben der originären Aufgabe der Versorgung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen mit preiswertem bzw. angemessenem Wohnraum wird insbesondere ihr Beitrag zu kommunalen Klimazielen durch energetische Ertüchtigung genannt.

Darüber hinaus sprechen die Kommunen ihren Wohnungen eine zunehmende Rolle in Bereichen zu, die über die reine Wohnraumversorgung hinausgehen. Zu nennen sind hier die Entschärfung städtebaulicher und sozialer Brennpunkte, die Pionierfunktion der kommunalen Wohnungsbestände sowie ihre Beiträge zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur und zur Entwicklung attraktiver Stadtquartiere.

Fazit: Trotz der vielfältigen Anforderungen sind die kommunalen Wohnungsunternehmen im bundesweiten Durchschnitt weiterhin solide aufgestellt. Ihre wirtschaftliche Situation hat sich seit der letzten Befragung weiter verbessert. Laut BBSR zeigt dies, „dass die kommunalen Wohnungsunternehmen den Spagat zwischen den an sie gestellten gesellschaftlichen Aufgaben und wirtschaftlichem Agieren mit Erfolg meistern". **DK**



Eine Straßensanierung mit dem Panmax-Verfahren bringt viele Vorteile für das Budget, die Umwelt und die Bauzeit. Bilder: Panmax



Sanierung an einem Tag. Nach weiteren 24 Stunden Aushärtungszeit rollt der Verkehr über die hochwertig erneuerte Straße. ❐

Panmax-Verfahren – Nanotechnologie im Tiefbau:

Straßensanierung ökologisch und nachhaltig

Jetzt hält auch im Tiefbau die Nanotechnologie Einzug. Das bayerische Unternehmen Panmax mit Sitz in Lengdorf nutzt ein intelligentes Verfahren, um Verkehrswege auf besonders umweltschonende und kostengünstige Art zu sanieren. Nicht mehr der aufwändige Bodentausch steht im Vordergrund, sondern die Stabilisierung von Straßenkörper und Tragschichten mit Nanopartikeln und handelsüblichem Zement.

Das Know-how von Panmax empfiehlt sich besonders für den kommunalen Bereich, deshalb setzen bereits viele Gemeinden auf diese elegante Art der Restaurierung von Belägen auf Autostraßen, Fahrradwegen, Parkplätzen, Wirtschaftswegen und Lagerflächen.

Die geballte Hightech übergen der obersten Decke anfallende Material wird vor Ort recycelt und mit einem Silizium-Polymeradditiv sowie Zement aufgepeppt. Das Ergebnis ist ein herausragender Belag mit gesteigerter Tragfähigkeit, verbesserter Elastizität und hoher Frost- bzw. Taubeständigkeit.

zeugt immer mehr Auftraggeber. Neben den reduzierten Kosten im Vergleich zur herkömmlichen Methode kann die Bauzeit erheblich verringert werden. Zugleich wird eine deutlich längere Lebensdauer der so erneuerten Straßen erreicht.

Auch die Ökologie kommt nicht zu kurz: Das beim Abtra-

Einsatz in Umweltschutzzonen

Besonders attraktiv ist die Tatsache, dass selbst kontaminierte Böden verarbeitet werden können. Das ökologisch unbedenkliche Produkt, vollkommen frei von Mikroplastik, kann überdies in Umweltschutzzonen eingesetzt werden.

Als Vorbereitung werden vom Unternehmen ca. 40 kg Bodenproben vor Ort entnommen. Das Material wird in einem Labor analysiert, damit das optimale Mischverhältnis des zugesetzten Polymers und Zements ermittelt werden kann.

Bei zu großen Niveauunterschieden der Wegoberfläche wird zunächst mit der Fräse gearbeitet, danach wird das Planum mit dem Gräder hergestellt. Ein Streuwagen bringt nun die vorher genau festgelegte Menge Zement auf. In einem weiteren Arbeitsschritt wird die Fräse mit einem Tankwagen verbunden. Sie saugt die Wasser-Polymer-Mischung aus dem Vorratsbehälter und düst diese direkt über eine Einspritzvorrichtung in die Fräskammer. Das frisch aufgetragene Gemisch wird mit einer Walze vorverdichtet, anschließend wird die plane Fläche mit der festgelegten Neigung zur Ableitung des Oberflächenwassers hergestellt.

Eine zweite Fahrt mit der Walze sorgt für die nötige Verdichtung. Danach wird ein Verdunstungsschutz aufgebracht, um das Abbinden der Magerbeton-ähnlichen Masse zu garantieren, Kantkorn wird abgerieselt und schließlich eingewalzt.

Kosten sparen, Zeit gewinnen

Die bereits abgeschlossenen Projekte dokumentieren eindrucksvoll die Stärken des Panmax-Systems. Eine bayerische Gemeinde entschloss sich dazu, die Zufahrt zu einem Ortsteil zu sanieren. Der nicht ausreichend tragfähige Unterbau der Straße befand sich in einem desolaten Zustand. Die vorhandenen Böden sowie die 14 cm dicke Asphaltschicht konnte wieder verwendet werden. So wurde ein ressourcenfressender Bodentausch vermieden. Die Techniker von Panmax schafften die Wiederherstellung von 3.000 qm Fläche in nur einem Tag, und nach weiteren 24 Stunden Aushärtungszeit rollte der Verkehr wieder durch die Gemeinde. Im Anschluss an diese Maßnahmen wurde eine 6 cm dicke Asphaltschicht aufgetragen. Fazit: Eine Straße wurde hochwertig und rasch saniert, die Kosten konnten gegenüber herkömmlichen Verfahren wesentlich geringer gehalten werden. ❐

Straßensanierung:

Faktbox Panmax-Verfahren

- Einsatz von Nano-Technologie und Silizium-Polymeradditiven
- Zugabe von Nanopolymer ändert nicht die Deponieklasse des stabilisierten Materials
- Nanopolymere enthalten KEIN Mikroplastik und sind natürlichen Stoffen (Cellulose, Kautschuk) sehr ähnlich
- Das vorhandene Material reagiert mit Zement/Polymer und wird sehr stabil
- Kostenreduktion
- Geringere Bauzeit
- Recycling des Materials vor Ort
- Erhöhte Tragfähigkeit der Decke
- Höhere Elastizität und Lebensdauer
- Verarbeitung kontaminierter Böden möglich
- Gute Frost- und Taubeständigkeit
- Asphaltschicht kann reduziert werden
- Perfekt für Straßen, Fahrradwege, Lagerflächen …

Infos und Videoreferenzen:
www.panmax.de
www.facebook.com/panmaxG-mbH/
www.youtube.com/channel/UCydOvp5KbWY7xUk1q4YOqvA

Bauindustrie, Bau-, Abbruch- und Recyclinggewerbe zur Mantelverordnung:

Ja zum Baustoff-Recycling!

„Wir stehen zu unserer Verantwortung, zukünftig mehr mineralische Bau- und Abbruchabfälle, insbesondere aus der größten Fraktion Boden und Steine zu recyceln und hochwertig im Stoffkreislauf zu behalten. Aber man muss uns auch lassen. Und genau das ist das Problem bei der vom Bundesrat verabschiedeten Fassung der Mantelverordnung. Sie hemmt Recycling, aber auch die sonstige stoffliche Verwertung und führt zu einem erheblichen Anstieg der Deponierung von wertvollen Bauabfällen", erklärten die Hauptgeschäftsführer des Deutschen Abbruchverbands, Andreas Pocha, des Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung, Eric Rehbock, des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie, Dieter Babiel, und des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe, Felix Pakleppa, zur aktuellen Diskussion um die umfangreich überarbeitete Mantelverordnung.

Über 80 % der von der Mantelverordnung geregelten mineralischen Abfälle stammen aus dem Bau- und Abbruchbereich. Daher ist die Bau- und Abbruchwirtschaft von der Mantelverordnung weitaus stärker als andere Branchen betroffen. Wenn die vom Bundesrat beschlossene Fassung der Mantelverordnung unverändert in Kraft tritt, wandern mehr mineralische Bauabfälle als bisher auf die Deponien. Deponieraum ist aber knapp und die Entsorgung teuer. „Das ist ökonomisch sowie ökologisch der falsche Weg. Entsorgungs- und Baukosten zahlt zwar der Auftraggeber, sie sind aber mit den Anforderungen, z. B. bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, nicht zu vereinbaren. Ökologisch betrachtet sind Transporte von Bodenaushub quer durch Deutschland ohnehin ein Wahnsinn", erklärte Pakleppa.

Dieter Babiel ergänzte: „Die Mantelverordnung erschwert nicht nur mit ihren primär auf Boden- und Grundwasserschutz ausgerichteten Regelungen die Verwertung mineralischer Abfälle. Viele komplizierte Regelungen und bürokratische Anforderungen führen in der Praxis zu weniger Verwertung, mehr Deponierung und damit höheren Entsorgungskosten. Und das bei einer Verordnung, die die Planung, den Bau und die Unterhaltung nahezu jeder Straßenbaumaßnahme betreffen wird.

„Mineralische Ersatzbaustoffe, die einer strengen Qualitätskontrolle unterliegen, müssen aus dem Abfallregime entlassen werden. Recyclingbaustoffe dürfen nicht länger als Abfall gelten, sondern als wertvolle Ressourcen und moderne, hoch innovative Baumaterialien", so Eric Rehbock.

„Würde die Mantelverordnung in der jetzigen Fassung beschlossen, sind weitreichende Vollzugsprobleme bei Bauherren, Abfallerzeugern und Anlagenbetreibern vorprogrammiert und es müssten deutlich mehr der wertvollen Bau- und Abbruchabfälle auf die Deponie anstatt sie in der Kreislaufwirtschaft zu halten", so Andreas Pocha.

„Wir unterstützen ausdrücklich eine bundeseinheitliche Verordnung, die nicht auf reinen Absichtserklärungen zu mehr Ressourcenschutz beruht, sondern die Weichen sehr deutlich in Richtung einer Stärkung des Baustoffrecyclings stellt. Diese Konsequenz lässt der Bundesratsbeschluss leider vermissen. Wir legen der Bundesregierung daher nahe, unsere berechtigten Bedenken bei der Beratung zur Mantelverordnung zu berücksichtigen." So der Appell der vier Verbände an die Bundesregierung. ❐

Bayerische Ingenieurekammer-Bau

12 Forderungen für mehr Nachhaltigkeit am Bau

„17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung der Welt hat die UN in ihrer „Globalen Agenda 2030" definiert. Mindestens acht davon betreffen unmittelbar die Aufgaben der am Bau tätigen Ingenieur*innen", macht Prof. Dr. Norbert Gebbeken, Präsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau, deutlich. Seine Forderungen für mehr Nachhaltigkeit am Bau:

1. Das Cradle to cradle-Prinzip muss Grundlage eines jeden Bauprojektes sein. (Erklärung: Ein Ansatz für eine durchgängige und konsequente Kreislaufwirtschaft)
2. Einführung eines Katasters „städtische Ressourcen".
3. Sanieren vor Neubau.
4. Beim Abriss von Gebäuden müssen die Baustoffe konsequent recycelt und wiederverwendet werden (Urban Mining).
5. Variables Planen und flexibles Bauen sind das Gebot der Stunde.
6. Die starre Trennung zwischen Wohnen, Infrastruktur, Grünflächen und Freizeit muss multifunktionalen Lösungen weichen.
7. Städte sollten nach dem Prinzip der Schwammstadt errichtet werden.
8. Sinnvoll ist eine finanzielle Belohnung derjenigen, die Flächen entsiegeln und in Retentions- und Grünflächen umwandeln.
9. Dächer und Fassaden dürfen nicht ungenutzt bleiben.
10. Gebäude können und müssen deutlich über den im Gebäudeenergiegesetz geforderten Standard hinaus optimiert werden.
11. In der Verkehrsinfrastruktur muss den Systemen der Vorzug gegeben werden, die mit den geringsten Flächen auskommen.
12. Trennwassersysteme müssen in Neubaugebieten Pflicht werden. ❐



Konversion:

Deutliche Appelle an Kommunen

Konversion bedeutet nicht nur, sogenannte Komplexeinrichtungen der Behindertenhilfe zu dezentralisieren. Gefragt ist eine ressortübergreifende Sozial- und Infrastrukturplanung. Wie diese gelingen kann, darüber diskutierten Experten und Abgeordnete im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie im Bayerischen Landtag. Eine zentrale Rolle wurde den Gemeinden in der Diskussion von verschiedenen Experten zugesprochen. So sei die Einbindung von Bürgern und Vereinen für den Erfolg eines solchen Projekts entscheidend.

Junge Menschen, die sich teilweise in einem schwierigen Ablösungsprozess befinden, Bewohnerinnen und Bewohner mit unterschiedlichem Hilfebedarf und alt gewordene Menschen – sie alle leben gemeinsam in ihrer vertrauten Umgebung im Ort Schönbrunn im Landkreis Dachau. Dort stellt das Franziskuswerk Menschen mit Behinderung unterschiedliche Wohnformen bereit, um individuell auf ihre Bedürfnisse einzugehen. Das Unternehmen für soziale Arbeit mit Hauptsitz in Schönbrunn zählt zu den sogenannten Komplexeinrichtungen. Das sind Einrichtungen der Eingliederungshilfe mit einem differenzierten Angebot in den Bereichen Wohnen, Arbeit, Freizeit und Pflege an einem Standort. Dass der Bereich „Wohnen" künftig viel stärker im Zusammenspiel mit dem Umfeld und damit dem inklusiven Sozialraum betrachtet werden müsse, fasste die Vorsitzende des Sozialausschusses Doris Rauscher (SPD) als ein Ergebnis der Expertenanhörung zusammen.

Vorteile der Konversion

Die Dezentralisierung und Umwandlung von Angeboten am Stammstandort eröffnet Menschen mit Behinderung zusätzliche Chancen und Möglichkeiten, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Die Öffnung der Stammstandorte hin zu einem inklusiven und heterogenen Sozialraum ermöglicht damit neue Formen des Gemeindelebens und der Teilhabe und Partizipation von Menschen mit Behinderung. Die Umwandlung und Neugestaltung von Angeboten und Einrichtungsstrukturen kann aber nur gelingen, wenn die dort lebenden Menschen sich beteiligen und mitwirken können und Angehörige eingebunden werden.

Welche Rolle spielen die Kommunen?

Die Konversion einer Komplexeinrichtung hat vor allem Auswirkungen auf die Gemeinde und die Region, in der die Einrichtung liegt. Denn Komplexeinrichtungen sind oft ein bedeutender Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor in der Region. Eine Beteiligung der Kommunen, Bürgerinnen und Bürger sowie von örtlichen Vereinen in einem frühen Planungsstadium und bei der Umsetzung wurde von den Experten in der Anhörung deshalb als zentral für den Erfolg eines solchen Projekts angesehen. Dabei komme es neben geeigneter Infrastruktur vor allem auf die Unterstützung und Akzeptanz der Bürger für eine gelingende Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung an. Diesen Aspekt erläuterte Peter Wirth, Leitung Referat Soziales des Bayerischen Bezirketags, in der Expertenrunde: „Für Gemeinden und Landkreise ist es ganz wichtig, dass Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam im Sozialraum eingebunden werden. Echte Teilhabe kann aber nur gelingen, wenn auch örtliche Vereine vorbereitet sind und sich darauf einstellen."

Versorgungsstrukturen hinterfragen

Michaela Streich, Geschäftsführerin des Franziskuswerks Schönbrunn und im Vorstand der Viktoria von-Butler-Stiftung, erläuterte in diesem Zusammenhang, vor welchen Herausforderungen Einrichtungen stehen, die sich von Grund auf wandeln wollen. Sie stellte heraus, dass Konversion in verschiedene Richtungen gedacht werden müsse. Die Unterstützung der Kommunen sei dabei entscheidend. Im Fokus stehe das Hinterfragen von Versorgungsstrukturen, so dass alle Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum davon profitieren. So könnten das Bürgerhaus und Arztpraxen des Franziskuswerks nicht nur von den Bewohnern der Einrichtung, sondern von allen genutzt werden.

Finanzbedarf für Konversionsmaßnahmen

In Bayern gibt es nach einer Erhebung der bayerischen Bezirke aus dem Jahr 2018 insgesamt 41 Komplexeinrichtungen mit rund 10.250 gemeldeten Wohnplätzen. Dazu zählen Einrichtungen mit mindestens 100 Wohnplätzen an einem Standort und mindestens einem weiteren Leistungsangebot der Eingliederungshilfe am selben Standort. Eine 2018 durchgeführte Abfrage der Wohlfahrtsverbände über die Kosten der Konversion, insbesondere in Einrichtungen und Diensten von Caritas und Diakonie, ergab Gesamtkosten von 1,2 Mrd. Euro für die kommenden zwölf Jahre. Darin sind alle Kosten enthalten, die Einrichtungen und Diensten entstehen, um inklusive Sozialräume am und außerhalb des Stammstandorts der Einrichtungen entwickeln zu können. Von diesen Gesamtkosten entfallen circa 700 Mio. Euro direkt auf die Schaffung bzw. die Sicherstellung von Wohnplätzen.

Sonderinvestitionsprogramm nicht ausreichend

2019 brachte der Freistaat Bayern ein Sonderinvestitionsprogramm auf den Weg. Damit sollen die Träger bei der Konversion unterstützt werden, indem sie moderne, inklusive Wohnformen entwickeln. So sollen die Einrichtungen mit der vor Ort verfügbaren Infrastruktur (ÖPNV, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeit etc.) besser vernetzt werden und sich gleichzeitig stärker als bisher für alle im Wohnort lebenden Bürgerinnen und Bürger öffnen. In den kommenden 20 Jahren sollten den Einrichtungsträgern für die Umsetzung der Konversion vom Freistaat 400 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Im Doppelhaushalt 2019/2020 wurde das Sonderinvestitionsprogramm mit fünf Millionen Euro jährlich ausgestattet. Der Finanzbedarf wird jedoch – wie bereits aufgeführt – als deutlich höher eingeschätzt, so dass die bereitgestellten Mittel als deutlich zu niedrig erachtet werden.

Paradigmenwechsel gefordert

Werner Fack, Referent Behindertenhilfe des Fachverbands evangelische Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie in Bayern e.V., gab zu bedenken, dass sich Komplexeinrichtungen zunehmend zu Spezialeinrichtungen für Menschen mit sehr komplexen Funktionsstörungen und schwierigem Verhalten verändern. Der geforderte Paradigmenwechsel in der Eingliederungshilfe brauche deshalb sichtbare politische Symbole. Dr. Jürgen Auer, Landesgeschäftsführer der Lebenshilfe für Menschen mit geistigen Behinderungen, empfahl, dass in der Umsetzung verschiedene Ministerien mit eingebunden werden sollten, allen voran das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, aber auch das Ministerium für Gesundheit und Pflege sowie das Staatministerium für Wohnen, Bau und Verkehr.

Zusammenarbeit mit privaten Investoren

Herbert Borucker, Referent Behindertenhilfe beim Deutschen Caritasverband des Landesverbandes Bayern e. V., betonte, dass Konversion statt einrichtungsorientiert viel mehr personenorientiert gedacht werden müsse. Auch Dr. Gertrud Hanslmeier-Prockl, Gesamtleitung des Einrichtungsverbundes Steinhöring und Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Attl, bezeichnete in diesem Zusammenhang die klassische 24er-Wohnheim-Einheitsnorm als einen „faulen Kompromiss". Sie entspreche weder den bekannten Wohnwünschen von Menschen mit Behinderungen und deren Rechten noch fachlichen wie wissenschaftlichen Erkenntnissen. Hanslmeier-Prockl hob die Bedeutung der Zusammenarbeit mit privaten Investoren hervor, um den Bau kleinerer Wohngemeinschaften auf stadtnahen Baugrundstücken zu ermöglichen.

Förderkriterien in der Kritik

Holger Kiesel, Behindertenbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, unterstützte die Initiative, kleinere Wohneinheiten zu schaffen: „Gerade Einrichtungen für Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung müssten dringend in inklusive, kleinere Wohneinheiten umgewandelt werden." Als ersten Schritt regte er deshalb an, den konkreten Bedarf in diesem Bereich abzufragen. Thomas Bannasch, Geschäftsführer der LAG Selbsthilfe Bayern e.V., wies darauf hin, dass die bloße Bewohnerzahl bei der Entscheidung darüber, ob eine Einrichtung bei der Förderung berücksichtigt wird, nicht einzig maßgeblich sein dürfe. Förderfähig müssten alle Einrichtungen sein und zwar unabhängig davon, ob sie Menschen mit geistigen, seelischen, Sinnes- oder körperlichen Behinderungen betreuen. Da alternative Wohnformen geschaffen werden müssten, empfahl er, eine neue Stelle zu etablieren. Diese könne die Koordination, Beratung und Unterstützung von Selbsthilfeaktivitäten und Einrichtungsträgern fördern.

Synergieeffekte nutzen

In der abschließenden Fragerunde appellierte Sylvia Stierstorfer (CSU) an die Kommunen, bereits in der Stadtentwicklung die Konversion von Komplexeinrichtungen in den Blick zu nehmen. Dem pflichtete Matthias Enghuber (CSU) bei, vor allem wenn es um den Bau von Mehrgenerationenhäusern gehe, könnten Synergieeffekte genutzt werden. Die Anhörung beruht auf einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. **red**

Grünwald behält eigene Bauordnung bei

Der Grünwalder Bürgermeister Jan Neusiedl begrüßt die Beibehaltung der kommunalen Bauordnung für die Gemeinde Grünwald. Die eigene kommunale Satzung wurde einvernehmlich vom Gemeinderat beschlossen.



Hintergrund ist die am 1.02.21 in Kraft getretene Novellierung der bayerischen Bauordnung, die das Bauen im Freistaat künftig schneller und einfacher gestalten möchte. Damit können sich die Abstandsflächen für neue Bauprojekte in Kommunen unter 250.000 Einwohnern verringern, dies bedeutet eine Verkürzung der Abstandsflächen in Wohngebieten auf 40 Prozent der Wandhöhe.

Die vom Gesetzgeber ermöglichte Option, eine eigene kommunale Satzung über abweichende Maße der Abstandsflächentiefe zu beschließen, hat der Gemeinderat Grünwald jetzt wahrgenommen: Die Abstandsfläche im Gemeindegebiet außerhalb von Gewerbe-, Kern und Industriegebieten und festgesetzten urbanen Gebieten beträgt demnach 90 Prozent der Wandhöhe, mindestens jedoch drei Meter. Auch das sog. Schmalseitenprivileg bleibt erhalten: Vor zwei Außenwänden, die eine Länge von 16 Meter nicht überschreiten, genügen in diesen Fällen 50 Prozent, mindestens jedoch drei Meter, also die halbe der sonst erforderlichen Tiefe der Abstandsfläche.

Ziel der Beibehaltung der kommunalen Bauordnungssatzung sind die Verbesserung und Erhaltung der Wohnqualität, der Nachbarschutz, die Erhaltung des Ortsbildes und eben die Vermeidung einer „ortsgestalterisch unerwünschten dichteren Bebauung respektive Nachverdichtung". Mit einvernehmlicher Zustimmung des Gemeinderats sind diese Neuregelungen ebenfalls bereits seit 1. Februar in Kraft.

„Wir brauchen für Grünwald die kommunale Satzung", sind sich Bürgermeister Jan Neusiedl und Bauamtsleiter Stefan Rothörl einig, „um die hohe Wohnqualität und das Ortsbild zu erhalten". ❐

Grundstücksvergabe nach Konzept

Augsburg auch nach 500 Jahren auf den Spuren von Jakob Fugger

Vor 500 Jahren hat Jakob Fugger mit der wohl ältesten Sozialsiedlung der Welt in Augsburg ein zukunftsweisendes Modell geschaffen. Noch heute kennzeichnet die Stadt ein innovatives Denken. Das zeigt neben Großprojekten wie dem Augsburg Innovationspark und dem Engagement der Wohnbaugesellschaften in Stadt und Landkreis ein ganz aktuelles Projekt: Die Stadt Augsburg schreibt im Sheridanpark im Stadtteil Pfersee zum ersten Mal Baufelder im Konzeptvergabeverfahren aus. Nicht das höchste Gebot, sondern die besten Konzepte zählen. Das Bewerbungsverfahren läuft noch bis zum 7. Mai.

1521 stiftete der Kaufmann Jakob Fugger die Fuggerei. Mit ihren 67 Reihenhäusern und 142 Wohnungen sowie einer eigenen Kirche ist die Wohnsiedlung für Bedürftige eine kleine Stadt in der Stadt. Auf dem 15.000 Quadratmeter großen Areal nahe der Augsburger Innenstadt leben noch heute rund 150 Augsburger katholischen Glaubens, die unverschuldet in Not geraten sind. Die Miete entspricht einem Rheinischen Gulden, umgerechnet 0,88 Cent. So hat es der Stifter damals festgelegt – und daran halten seine Nachfahren bis heute fest.

Nicht nur das bürgerschaftliche Engagement des reichen Kaufmanns, auch die Infrastruktur mit ihrer geradlinigen Anordnung von Häusern, Wegen und Plätzen war für die beginnende Frühe Neuzeit fortschrittlich. „Die Fuggerei ist ein Paradebeispiel für den Spirit, der den Wirtschaftsraum Augsburg auszeichnet", sagt Andreas Thiel, Geschäftsführer der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH. „Wir sind ein Zukunftsstandort, der innovativ denkt, die Lebensqualität und das Gemeinwohl dabei aber nicht aus dem Blick verliert."

Bezahlbarer Wohnraum und neue Wohnformen spielen dabei eine entscheidende Rolle – heute genauso wie vor 500 Jahren. Auf dem Sheridan-Areal im Westen der Stadt vergibt die Stadt zum ersten Mal vier Baufelder im Konzeptvergabeverfahren. Das bedeutet: Nicht der Preis, sondern die besten Konzepte entscheiden. Die Bewerbungsphase ist bereits gestartet und läuft noch bis zum 7. Mai 2021. Eine Auswahl ist für September 2021 geplant.

Die Art des Vergabeverfahrens fördert insbesondere gemeinschaftsorientierte Wohnprojekte. Interessierte können sich als Baugemeinschaften zusammenschließen und sich mit ihrem Konzept auf ein Grundstück bewerben. So werden von Anfang an funktionierende Nachbarschaften und eine hohe Identifikation mit dem Quartier gestärkt. Bei der Auswahl spielt neben der Qualität des Konzeptes und der Einbindung der künftigen Bewohner in die Planung die Frage eine Rolle, welchen Beitrag das Projekt für das Quartier und die Stadtgesellschaft leistet. Dazu gehören zum Beispiel Wohnkonzepte im Sinne der Inklusion und Integration, die ökologische Ausrichtung der Bauvorhaben oder vielfältige Nutzungsmöglichkeiten zur Förderung lebendiger Nachbarschaften.

Einen wichtigen Beitrag für dauerhaft bezahlbaren Wohnraum leisten auch die Wohnbaugesellschaften in Stadt und Landkreis Augsburg sowie im Landkreis Aichach-Friedberg. In mehr als 10.000 Wohnungen bietet das Wohnungsunternehmen der Stadt Augsburg über 21.000 Menschen ein Zuhause und ist damit Augsburgs größter Vermieter. Aktuell befinden sich 343 Wohnungen mit einem Investitionsvolumen von 129 Millionen Euro im Bau. Darüber hinaus plant die Wohnbaugruppe, noch in diesem Jahr mit dem Bau von 318 neuen Wohnungen zu beginnen.

Die Wohnbaugesellschaften in den Landkreisen tragen zusätzlich dazu bei, den angespannten Wohnungsmarkt zu entlasten und ein stabiles soziales Gleichgewicht in der Region sicherzustellen. Die Wohnungsbau GmbH für den Landkreis Augsburg verfügt derzeit über einen Wohnungsbestand von knapp 4.900 eigenen Mietwohnungen. Großen Wert legt die WBL dabei auf Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen, vor allem im Bereich der Energieeinsparung. Jahr für Jahr fließen rund 10 Millionen Euro allein in den Erhalt der Wohnanlagen. Um die gestiegenen Erwartungen an Komfort und Lebensqualität zu erfüllen, hat auch die Wohnbau GmbH für den Landkreis Aichach-Friedberg in den vergangenen Jahren in die Modernisierung investiert. Ihr Bestand umfasst derzeit rund 350 Wohnungen – ein Zuhause für mehr als 1.000 Kinder, Frauen und Männer. ❐



„Möglichst einheitliches Abstandsflächenrecht und eine hohe Qualität von Freiflächen“

Von Christine Degenhart, Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer

Die lang erwarteten Änderungen der Bayerischen Bauordnung BayBO sind am 1. Februar in Kraft getreten. Bereits im Vorfeld wurde intensiv und kontrovers diskutiert. Die Bayerische Architektenkammer stand in ihrer Stellungnahme nicht allen Änderungsvorschlägen der Bayerischen Staatsregierung positiv gegenüber, auch wenn die Kammer die politische Zielsetzung der Novelle, den Wohnungsbau in Bayern zu beschleunigen und zu fördern und zugleich einen aktiven Beitrag zum Flächensparen zu leisten, selbstverständlich voll unterstützt.

Flächen- und ressourcenschonendes Bauen, die Umsetzung vorhandener Klimaschutzziele im Bausektor oder auch eine Privilegierung von Bestandsbauten gegenüber Neubauten stehen aus Kammersicht auch weiterhin ganz oben auf der Agenda für ein innovatives Baurecht in Bayern. Gerade die Pandemie zeigt, wie wichtig eine verlässliche Rechtssetzung ist, um notwendige Investitionen voranzutreiben und konjunkturelle Defizite der Baubranche auszugleichen, insbesondere für den dringend benötigten Wohnungsbau.

Die geplante Verkürzung der Abstandsflächen durch die Novelle auf 0,4 H (Art. 6 BayBO) greift gesellschaftliche Entwicklungen der letzten Jahre auf: Das Bedürfnis nach flächensparenden Bauweisen, urbaner Dichte und einer lebendigen Durchmischung von Wohnen und Arbeiten spiegelt sich in der Beliebtheit von Metropolen und Stadtteilen wider. Im ländlichen



Christine Degenhart. Bild: Dominik Fritz

Raum können auf Basis des neuen Abstandsflächenrechts Ortschaften nach dem Prinzip „innen vor außen“ weiterentwickelt werden.

Kommunen reagieren auf beabsichtigte Verdichtung mit individuellen Satzungen

Zahlreiche Kommunen machen inzwischen von der Möglichkeit Gebrauch, im Rahmen ihrer verfassungsrechtlich garantierten Planungshoheit die Abstandsflächen in ihren Gemeindegebieten durch Satzung individuell zu regeln, um so die gesetzlich vorgesehene Verkürzung auf 0,4 H und eine damit verbundene bauliche Verdichtung zu vermeiden. Zu erkennen ist, dass die Kommunen hierbei keine einheitlichen Regelungen schaffen, sondern ganz unterschiedliche Lösungen suchen. Oft werden dabei jedoch Ortsteile nicht spezifisch betrachtet, sondern ein einheitliches Maß für das gesamte Gemeindegebiet vorgegeben.

Im Rahmen von Bebauungsplänen vorgegebene Abstandsflächen werden gegenüber der BayBO Vorrang haben. Jedoch kann das Instrument der Abweichung ein angezeigtes Mittel sein, entgegen möglicher Festsetzungen im Bebauungsplan dichter bauen zu können. Alles in allem ist abzusehen, dass die Planungsarbeit künftig aufwändiger werden wird, da zusätzlich zu den Regelungen der BayBO immer auch das jeweilige kommunale Abstandsflächenrecht zu beachten sein wird.

Die aktuelle Entwicklung und die spürbare Verunsicherung zeigt aber, dass die Vorbereitung von kommunalen Satzungen besonderen Sachverstand und fachliche Unterstützung vor Ort erfordert. Notwendige Voruntersuchungen müssen sorgfältig durchgeführt werden. Auch der Satzungstext muss gut begründet werden, um rechtssicher und normenkontrollfest zu sein. Schließlich kann gegen Satzungen geklagt werden. Sinnvoll wäre zudem eine rechtzeitige Beteiligung der Bürger.

Es geht um nichts weniger als ein passgenaues Abstandsflächenrecht vor Ort, bei dem auch den Anliegen des Flächensparens und der Wohnraumbeschaffung gleichermaßen Rechnung getragen werden. Dieser Prozess ist herausfordernd. Richtig geplant und gut umgesetzt, bietet er allen Beteiligten die Chance, innovative Lebensräume zu schaffen. Die Bayerische Architektenkammer hat deshalb ihre Stadtplanerinnen und Stadtplaner sowie Architekten aller Fachrichtungen aufgefordert, sich noch aktiver als bisher in ihren Städten und Gemeinden an der örtlichen Bauleitplanung zu beteiligen und ihre Expertise bei der Erarbeitung von Bauleitplänen oder dem Erlass von Satzungen auf Basis des neuen Abstandsflächenrechts unmittelbar anzubieten.

Wenn dichter gebaut wird, muss die Qualität des Freiraums stimmen

Mit einer Verkürzung der Abstandsflächen auf 0,4 H ist wegen der intensiveren baulichen Nutzung bereits jetzt abzusehen, dass in Siedlungsgebieten Bewohnerinnen und Bewohnern potentiell weniger nutzbarer Freiraum zur Verfügung stehen wird. Umso wichtiger – und das zeigt gerade die Pandemie – wird dann die Qualität des Freiraums sein. Die Bayerische Architektenkammer fordert deshalb, die Qualität des Freiraums verpflichtend durch einen qualifizierten Freiflächengestaltungsplan zum Bauantrag nachzuweisen und die Liste der Bauvorlagen im Rahmen der Novellierung an geeigneter Stelle zu erweitern. Kosten, die für die Freiflächenplanung ausgelöst werden, sind nicht nur sinnvolle Investitionen für nachfolgende Generationen, sondern ebenso ein Mehrwert für Bewohner, Nutzer und das Quartier. Denn eine lebenswerte Umwelt ist nicht zuletzt eine Investition in eine langfristige Gesundheitsvorsorge.

Geht es Gemeinden nicht allein um Insellösungen, sondern um eine Zukunftsstrategie, die Nachhaltigkeit, Klimaanpassung, Ökologie sowie flächen- und ressourcensparendes Bauen in den Fokus nimmt, dann bietet die Bayerische Architektenkammer mit ihren Beratungsstellen, insbesondere der Beratungsstelle Energieeffizienz und Nachhaltigkeit (BEN), kostenfreie Expertenberatungen an. Nutzen Sie dieses Angebot auch in Ihrer Kommune: www.byak.de



Mittels „Mönch“, einem regulierbaren Ablaufbauwerk werden künftig Wasserstand, Ökologie und Sedimenteintrag des Kemptener Stadtweihers gesteuert. Bild: Stadt Kempten

Neuer Mönch für den Stadtweiher

Der in die Jahre gekommene Grundablass am Stadtweiher wird aktuell durch einen Mönch ersetzt. Bisher war es nicht möglich, den Wasserstand zu regeln bzw. zu kontrollieren. Mit dem neuen Mönch kann dies nun gesteuert werden. Gleichzeitig wird die Ökologie im anschließenden Bachlauf verbessert. Der Mönch bietet die Möglichkeit, den Sedimenteintrag in den Bach zu reduzieren.

Für die Errichtung des Mönchs ist es notwendig, eine Zufahrt herzustellen. Diese wird aktuell aus Baumstämmen und Wasserbausteinen befestigt. Diese Zufahrt kann verbleiben und für spätere Revisionsarbeiten genutzt werden. Anschließend wird der Mönch aus Betonfertigteilen aufgebaut.

Weitere Arbeiten nötig

Die Bauarbeiten dauern bis Ende März. Anschließend wird der Stadtweiher wieder aufgestaut. Die Gesamtkosten betragen ca. 95.000 Euro.

In der nächsten Wintersaison soll dann eine Teilentschlammung durchgeführt werden. Diese Entschlammung ist in den Flachwasserzonen der Randbereiche notwendig. Dort entstehen an heißen Sommertagen Faulgase, die zu einer Verschlechterung der Wasserqualität führen. Eine Entschlammung zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht möglich, da Schlammmengen, Entsorgungswege und naturschutzfachliche Bewertungen der Entschlammungsmethoden erst noch untersucht und die dafür notwendigen Kosten im Haushalt aufgenommen werden müssen. Für die Teilentschlammung ist aber dann kein kompletter Ablass des Weihers notwendig, da der Wasserstand mit dem neuen Mönch geregelt werden kann. ❐

„Bauen mit Laubholz“

Der Holzbau in Bayern ist durch Nadelholz geprägt. Im Vergleich zum Laubholz ist Nadelholz wirtschaftlicher, denn die Ausbeute der regelmäßigen und gerade gewachsenen Stämme ist deutlich höher. Andererseits ist das wertvolle Laubholz je nach Baumart in großen Mengen verfügbar.

Im Rahmen der Interviewreihe „Standpunkt: Holz“ hat Stefan Torno, Cluster-Verantwortlicher im Bereich Laubholz, zum Thema „Bauen mit Laubholz“ mit Prof. Hermann Kaufmann und Anne Niemann vom Lehrstuhl für Holzbau und Entwerfen der Technischen Universität München gesprochen. Kern des Gesprächs: Was bewegt Architekten, sich mit Laubholz im Bauwesen auseinanderzusetzen?

Laubholz wird derzeit zu wenig stofflich verwertet, zu häufig verbrannt oder für die Herstellung von kurzlebigen Produkten vergeudet. Die Gründe hierfür liegen in vermeintlichen Nachteilen bei der Bearbeitbarkeit (durch die Härte des Materials), in einem größeren Trocknungsaufwand sowie in der fehlenden Maßhaltigkeit der Produkte. Das muss und wird sich ändern. Die hervorragenden Eigenschaften von Laubholz können zur Optimierung bestehender Holzwerkstoffe oder zu ganz neuen Produkten führen. Entwicklungen wie Furnierschichtholz aus Buche lassen es erstmals in der Geschichte zu, dass die zweithäufigste Baumart in Mitteleuropa im konstruktiven Holzbau zum Einsatz kommt.

Laubholz ermöglicht verblüffend schlanke und ästhetische Konstruktionen, die sehr wirtschaftlich sind. Auch werden Materialkombinationen aus Nadel- und Laubholz für die Architektur neue konstruktive und gestalterische Möglichkeiten eröffnen. Insgesamt kann und wird es dazu beitragen, dass sich die steigende Nachfrage nach ökologischem und klimaneutralem Bauen in Zukunft auf eine breitere Palette an Baumarten stützt.

Das im DETAIL-Verlag erschienene Buch „Bauen mit Laubholz“ von Konrad Merz, Anne Niemann und Stefan Torno fokussiert auf den Einsatz von Laubholz in der Tragkonstruktion. Die Publikation beleuchtet Hintergründe, zeigt die bisherige Entwicklung auf und liefert das nötige Fachwissen für den sicheren Umgang mit Laubholz im Hochbau. ❐



3D Visualisierung der Blockhelden-Boulderhalle Frankenjura. Bild: Blockhelden Bamberg GmbH

Hoch hinaus:

Ein Holzbau mit sechs Ecken, der Maßstäbe setzt

Bei Erlangen wird eine ganz besondere Boulderhalle gebaut

Was sich seit November 2020 im Gewerbegebiet Bubenreuth anbahnt, ist nicht irgendein Holzbau. Dort entsteht aktuell die größte und modernste Boulderhalle der Welt. Realisiert wird der Holzbau für die Blockhelden GmbH von der Rudolf Hörmann GmbH & Co. KG im Allgäu, die sich auf den Bau von Gebäuden aus Holz, Stahl und Hybrid-Bauweise spezialisiert hat.

Für Hörmann ist dies bereits die dritte Boulderhalle. Allerdings die erste Boulderhalle, die in so großzügigen Dimensionen mit 14,5 m Höhe und einer Nutzfläche von 5.500 m² geplant wurde. „Dieses Bauprojekt ist ein echtes Prestigeobjekt für den Holzbau in Bayern und Deutschland“, freut sich Rolf Hörmann, der Geschäftsführer von Hörmann.

Denn die Boulderhalle der Blockhelden ist sowohl durch ihre Dimensionen als auch ihre Bauweise außergewöhnlich. Sie besticht architektonisch durch den hexagonalen Grundriss. Die sechseckige Bauweise gibt dem Gebäude einen einzigartigen Charakter, der durch die um 77 Grad gekippte Holzfassade und damit schräg verlaufende Außenfassade noch betont wird.

Im Januar 2021 begann die Vorfertigung dieser 14 x 24,7 m bzw. der 14 x 16 m großen Fassadenelemente inklusive Fenster am Firmensitz von Hörmann in Buchloe. Für den Transport auf die Baustelle müssen die Elemente aufgrund ihrer Dimension in Einzelelemente (14 x 4,20 m) geteilt und anschließend auf der Baustelle wieder zusammengefügt werden.

Besonderes Brandschutzkonzept

Für den Bau der Halle war durch die Einstufung in die Gebäudeklasse 5 ein besonderes Brandschutzkonzept notwendig, das die Umsetzung der Holzbauweise überhaupt ermöglichte. Wichtiger Bestandteil hierbei ist die Erhöhung der Feuerwiderstandsfähigkeit des gesamten Holztragwerks auf F60.

Ein weiterer Bestandteil dieses speziellen Brandschutzkonzeptes kommt in der Fassade zum Einsatz: während die Holzfassade der Boulderhalle aus optischen Gründen von unten nach oben durchlaufend sein wird, wird diese über vertikale Stahlwinkel in kleine Abschnitte unterteilt. Dadurch werden eine horizontale Brandausbreitung und ein schlagartiges Entflammen der gesamten Fassade verhindert.

Zudem wird es in der Boulderhalle, die sich über fünf unterschiedlich im Raum verteilte Ebenen erstreckt, auch zwei massive Treppenhäuser aus Stahlbeton und zwei Außenstahltreppen geben. Diese Außenstahltreppen, mit einer Höhe von 12 m, werden am Standort Buchloe von der Firma HÖRMANN selbst gefertigt.

Hinzu kommen weitere brandschutztechnische Herausforderungen beispielsweise zur Rauchabführung in der Boulderhalle. Durch das offene Raumkonzept im Inneren der Halle gibt es, anders als bei Standardbauten, keine durchgehenden Decken. Aus diesem Grund wurden im Vorfeld Brand- und Entrauchungsimulationen durchgeführt, die ein effektives Agieren auf Brandsituationen ermöglicht. Speziell dafür ausgelegte Anlagen auf dem Dach sorgen im Ernstfall für eine zügige Entrauchung, damit die Sportlerinnen und Sportler ohne Probleme zu den Fluchttreppen gelangen können. Zusätzlich sorgt die große Fensterfassade mit Lamellenfenstern für eine Zuluft- und Abluftfunktion in Verbindung mit den Lüftungsanlagen.

Konzeption, Planung und Fertigung aus einer Hand

Aufgrund seiner Komplexität wurde das Gebäude BIM-orientiert geplant. „Bei diesem Bauvorhaben können wir unsere gesamte Fachkompetenz im Holzbau einsetzen und unsere langjährige Erfahrung bei Hallenbauten für Sport und Freizeit ausspielen“, sagt Michael Hörmann, Bereichsleiter Gewerbe- und Industriebau bei Hörmann.

So wurde bei diesem Projekt die statische Konzeption, Planung und Fertigung komplett von Hörmann realisiert. Die hohe Fertigungstiefe des Unternehmens spiegelt sich bei dieser Umsetzung wider.

Das Familienunternehmen Hörmann gibt es seit 60 Jahren. Jährlich werden über 600 Bauprojekte in den eigenen Fertigungshallen für Holz-, Metall- und Stahlbau mit modernsten Maschinenparks umgesetzt. All dies ermöglicht es der Firma Hörmann, ein solch spezielles Gebäude zu realisieren.

Auch in Sachen Ökobilanz setzt dieses Gebäude Maßstäbe. Da der Auftraggeber, die Firma Blockhelden, großen Wert auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz legt, war von Anfang an für den Gründer der Blockhelden und Ersteller des Entwurfs, Simon Brünner, klar, dass die Boulderhalle aus Holz sein soll. Denn Bauen mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz leistet einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz. So wird in Holzbauten etwa das klimaschädliche Treibhausgas CO2 in Form von Kohlenstoff gebunden. In diesem konkreten Fall werden 1.200 m³ Holz sowie Holzwerkstoffe verbaut und damit ca. 1.100 Tonnen CO2 der Umwelt entzogen. ❐

Tür an Tür – miteinander wohnen und leben e.V.:

Projektbetreuung mit Herz und Verstand

Am Anfang standen eine Idee und viele Engagierte. Vor knapp 30 Jahren wurde der Verein „Tür an Tür – miteinander wohnen und leben“ gegründet. Aus dieser mutigen Initiative ist eine Institution gewachsen, die aus der Augsburger Flucht- und Migrationsarbeit nicht mehr wegzudenken ist. Tür an Tür (TaT) will die Lebensbedingungen und die Inklusion von Geflüchteten und Migranten verbessern. Gleiches gilt für einkommensschwache Personen.

„Unser Ziel ist es, ihre gesellschaftliche Teilhabe zu stärken und ihre Möglichkeiten zu erweitern, für sich selbst zu sprechen, zu handeln und zu sorgen. Gleichzeitig wollen wir mit unseren öffentlichkeitswirksamen Projekten und Aktionen die Akzeptanz und Inklusionsbereitschaft der Gesellschaft erhöhen“, betont Gründer und ehrenamtlicher Vorstand Tommi Körner-Wilsdorf, der nun ein weiteres Erfolgsprojekt auf die Beine stellen will.

Seit Jahren haben finanziell schlechter gestellte Augsburger zunehmend Schwierigkeiten, angemessenen Wohnraum zu finden. Mit einem neuen Projekt will die gemeinnützige „Tür an Tür – miteinander wohnen und leben gGmbH“ günstigen Wohnraum schaffen, das soziale Miteinander fördern und einen bürgerschaftlichen Impuls im Quartier geben.

Circa 20 Wohneinheiten geplant

Auf einem Grundstück der ehemaligen FLAK-Kaserne in Kriegshaber, die die Stadt Augsburg sozialen Initiativen anbietet, sollen laut Körner-Wilsdorf ca. 20 Wohneinheiten gebaut werden. Der Plan: Größere Wohnungen werden mit kleineren Wohnungen oder Appartements kombiniert. Jede Wohnung verfügt über einen kleinen Balkon. Der Garten, die Laubengang-Erschließung mit Balkonen und die Dachterrasse bilden Räume für Begegnungen. Die Mieter kommen aus möglichst unterschiedlichen Lebenssituationen und Familienkonstellationen. Sie leben allein, alleinerziehend, als Paar, als Familie oder in einer Wohngemeinschaft. Es mischen sich Alt und Jung, Alteingesessene und Zugezogene.

Einige Appartements sollen auf Zeit vermietet werden, damit etwa Auszubildende, Pflegekräfte des benachbarten Klinikums, zugewanderte Fachkräfte, FSJ-ler oder Studierende guten Wohnraum finden. Generationsübergreifende Wohnformen sind ebenso erwünscht wie Mieter, die sich gegenseitig im Alltag unterstützen. Für das Quartier sind offene Angebote für Kinder und Jugendliche wichtig. Diese nutzen bisher vor allem die nahen Grünanlagen. Auch das soziale Miteinander in der heterogenen Nachbarschaft soll verbessert werden. „Wir planen bereits zusammen mit der Siedlungsgenossenschaft Augsburg-Firnhaberau, die nebenan bauen will. Die vorgeschriebene Tiefgarage errichten wir gemeinsam“, berichtet Körner-Wilsdorf.

Soziales Miteinander

Kommunikation und soziales Miteinander im Haus und im Quartier sollen mit Mietern, Akteuren des Universitätsklinikums, mit lokalen Initiativen und der Nachbarschaft entwickelt und durch zahlreiche Bausteine gefördert werden. Dazu zählt ein Gemeinschaftsraum, der als nichtkommerzielles „Café“ mit Terrasse von Mietern, Freiwilligen und Nachbarn gemeinsam genutzt wird. Täglich geöffnet, sind dort auch Veranstaltungen und Feiern vorgesehen. Wer sich als Mieter hier ehrenamtlich engagiert, darf etwas günstiger wohnen.

Geplant sind rollstuhltaugliche Wohnungen, ein betreuter Mini-Abenteuer-Spielplatz, ein Spielwagen für Kinder und Jugendliche, eine Fahrradwerkstatt im Kellergeschoss sowie eine Dachterrasse mit Orangerie, Gewächshaus, Kräuter- und Gemüsebeeten, Vogelhäuschen und Bienenstock. Das Mobilitätskonzept umfasst E-Bikes, Fahrradanhänger, Lastenrad und ein Car-Sharing-Angebot. Zudem will der Vorstand ein ehrgeiziges ökologisches Energiekonzept (40+) mit Fernwärme und Photovoltaik umsetzen.

Körner-Wilsdorf zufolge ist die soziale Begleitung des Wohnprojekts angedacht. „Das soziale Miteinander soll sich allmählich entwickeln und auch an wechselnde Bedürfnisse anpassen können.“ Die Projektideen wurden in Workshops mit ehren- und hauptamtlich Engagierten aus den Arbeitsbereichen Wohnungssuche, Wohnsitzlosenarbeit, Migrations- und Flüchtlingsberatung sowie der sozialen Stadtentwicklung entwickelt. „Wir wollen gemeinwohlorientiert, nachhaltig und naturschonend bauen und wirtschaften. Das Projekt soll von Tür an Tür realisiert und auch in Zukunft von einer Gruppe engagierter Bürger begleitet werden.“

Workshops

Inzwischen veranstaltete TaT bereits einige Workshops mit Interessierten und ehrenamtlich Engagierten. Die Augsburger Architekten „Gilg, Peer und Wolff“ übersetzten das erarbeitete Konzept in eine erste Planskizze. Alle weiteren Planungsschritte können zu Änderungen führen. So werden z.B. die Grundrisse und die Größe der einzelnen Wohneinheiten immer wieder diskutiert. „In den laufenden Verhandlungen mit den freundlich gesonnenen städtischen Ämtern und mit den Zuschussgebern suchen wir nach den besten und sozialsten Lösungen“, informiert Körner-Wilsdorf.

Die Finanzierung setzt sich aus Zuschüssen für den Sozialen Wohnungsbau, aus Darlehen von privaten Unterstützern, Bankkrediten und Spenden zusammen. Sponsoren und Unterstützer sind jederzeit willkommen. Näheres zum Projekt unter info@tuerantuer.de.

Begonnen hat die Arbeit von Tür an Tür zu Beginn der 1990er Jahre mit der Planung einer Modellwohnanlage für Studierende und Geflüchtete in Augsburg. Diese Idee mündete 1999 in die Übernahme, Sanierung und Erweiterung des Europadorfs in Hochzoll, in dem Familien mit unterschiedlicher Herkunft in 36 Wohnungen leben. Das Europadorf gilt als ökosoziales Vorzeigeprojekt.

Ende 1997 wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission die „Beratungsstelle für die Integration ausländischer Flüchtlinge“ eröffnet. TaT erweiterte das Angebot um die Bereiche „Freiwilligenarbeit“ und „Bildung und Arbeit“. In Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Werk Augsburg entstand daraus das Augsburger „Beratungs- und Integrationszentrum für Flüchtlinge“. Als Zentrum für Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund wird es seit 2008 trägerübergreifend geführt

Tür an Tür – Integrationsprojekte gGmbH

2005 wurde die „Tür an Tür – Integrationsprojekte gGmbH“ gegründet, die inzwischen zahlreiche Projekte u.a. zur beruflichen Qualifizierung von Geflüchteten und zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse in Deutschland angestoßen hat. Tür an Tür koordiniert u.a. das bayerische IQ Landesnetzwerk MigraNet und das westbayerische Netzwerk zur Arbeitsmarktintegration.

2012 wurde mit Partnern im ehemaligen Straßenbahndepot das „Zentrum für interkulturelle Beratung“, kurz „zib.“, aufgebaut. Dort werden Geflüchtete, Immigranten, Behörden, Unternehmen und Kommunen fachkundig beraten. Sprachkurse und die Begleitung bei Behördengängen oder bei der Wohnungssuche ergänzen das Angebot für Geflüchtete.

Café Tür an Tür

In einer früheren Busgarage auf dem Gelände errichteten Nachbarn, Geflüchtete und Jugendliche gemeinsam das „Café Tür an Tür“. Der offene Treffpunkt ist seit 2015 ein offener Ort vielfältiger sozialer Begegnung für das Viertel und in der Stadt. Es wird überwiegend von Freiwilligen als Begegnungs- und Lernort für Alle betrieben, ohne Konsumzwang und auf Spendenbasis mit mittlerweile 30.000 Gästen pro Jahr. Über 100 Veranstaltungen finden jährlich statt, darunter die Reihe „Asylpolitischer Frühschoppen“ mit aktuellen Themenstellungen zu Migration und Flucht.

Digitale Lösungen

Seit 2016 verfolgt die „Tür an Tür-Digitalfabrik“ das Ziel, die Digitalisierung im Umfeld von Integration, Bildung, bürgerschaftlichem Engagement greifbar zu machen und entwickelt hierzu digitale Lösungen. Dazu zählt die mehrfach ausgezeichnete App „Integreat“, ein lokaler, mehrsprachiger und digitaler Wegweiser für Neuzugewanderte. Sie ist mittlerweile ein Serviceökosystem für zahlreiche Städte und Landkreise. Integreat unterstützt die Integrationsarbeit und wird bereits von mehr als 60 Kommunen eingesetzt, 24 davon in Bayern.

TaT ist auch Herausgeber der Straßenzeitung „Riss – Augsburgs Zeitung für soziale Themen“. Die ehrenamtliche Redaktion besteht u.a. aus Obdachlosen, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Fotografen, Journalisten und Sozialarbeitern. Verdienen sollen allein die Verkäufer, der Erlös wird ausschließlich für die Druckkosten verwendet. Der „Riss“ steht dabei für die gesellschaftliche Kluft zwischen Armen und Reichen, aber auch für den Bruch in der Biografie vieler Obdachloser.

Für seine Arbeit erhielt der hochengagierte Verein zahlreiche Auszeichnungen, z.B. 1999 den „Förderpreis Demokratie leben“ des Deutschen Bundestags, das „Europäische Sprachensiegel 2004“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, 2010 den „Sozialpreis der bayerischen Landesstiftung“ und 2013 den „Hauptpreis des Integrationspreises der Bayerischen Staatsregierung“. 2016 präsentierte das Deutsche Architekturmuseum das „Café Tür an Tür“ im Pavillon der Bundesrepublik Deutschland auf der Architektur-Biennale in Venedig. **DK**



TaT-Vorstand Tommi Körner-Wilsdorf mit Anne Güller-Frey vom MigraNet – IQ Netzwerk Bayern. ❐

Kaniber, Schreyer und Füracker:

Neuer Standort für Behördenzentrum in Marktredwitz steht fest

Neues Behördenzentrum in Marktredwitz! Mitten in der Stadt wird ein hochmoderner Neubau für zwei staatliche Behörden entstehen. Der entsprechende Kaufvertrag zwischen dem Freistaat und der Stadt über ein Grundstück auf dem Benker-Areal wurde geschlossen.

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker: „Bayern hat mit seiner Heimat- und Digitalisierungspolitik die richtigen Weichen gestellt. Mit unseren Behördenverlagerungen bringen wir neue zukunftsfähige, qualifizierte und sichere Arbeitsplätze in die Regionen. So können gerade junge Menschen in ihrer Heimat bleiben. Mit dem „Servicezentrum eGovernment Bayernserver“ wird der Landkreis Wunsiedel zu einer digitalen Vorzeigeregion. Hier wird ein wichtiger Beitrag geleistet, um die Digitalisierung der Verwaltung in Bayern noch weiter voranzubringen.“

Das „Servicezentrum eGovernment Bayernserver“ des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung berät staatliche sowie kommunale Behörden bei der Entwicklung von IT-Verfahren. 25 Kolleginnen und Kollegen sorgen dafür, dass die bayerische Verwaltung in Zukunft noch digitaler und leichter zugänglich wird.

Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber: „Mit der Verlagerung des Kompetenzzentrums Förderprogramme nach Marktredwitz verstärken wir deutlich unser Beratungs- und Serviceangebot. Dort werden künftig zentral bayerische Förderprogramme etwa zur Strukturförderung, Marktstruktur und Produktbeihilfe sowie die Bienenförderung und die Förderung von Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse abgewickelt. Zielgruppen sind in erster Linie Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft, Selbsthilfeeinrichtungen und berufsständische Organisationen. Wir sprechen aber auch schulische Einrichtungen, Imker und Verbraucher an.“

Die neue Außenstelle der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Landkreis Wunsiedel koordiniert zukünftig aus dem Fichtelgebirge, viele verschiedene Unterstützungsleistungen in ganz Bayern. Insgesamt werden 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dieser wichtigen Aufgabe betraut.

Bauministerin Kerstin Schreyer: „Wir bauen ein weiteres Behördenzentrum in Marktredwitz. Mit dem Erwerb des Benker-Areals ist der Grundstein für das Projekt gelegt und das nächste Etappenziel für mehr „Regionalisierung von Verwaltung“ erreicht. Ich danke der Stadt Marktredwitz für die Bereitschaft zum Verkauf des Grundstücks und die guten Verhandlungen.“ Der Grundstückskaufvertrag wird auf staatlicher Seite durch die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) geschlossen. Auf dem Areal sollen im Rahmen der Bayerischen Heimatstrategie künftig die beiden Behörden einen neuen Standort erhalten.

Diese sind seit Sommer 2016 bereits mit ersten Kräften in Marktredwitz vertreten. Derzeit arbeiten insgesamt 48 Beschäftigte übergangsweise im Ost-West-Kompetenzzentrum und in der Walderhofer Straße bis das neue Zentrum zur Verfügung steht. Dies wird voraussichtlich 2025 der Fall sein. ❐

Sieben Gründe:

Die eigenen Liegenschaften und Gewerbeimmobilien- neu entdecken

Von Roger Heidmann,
Geschäftsführer der LSA Logistik Service Agentur*

1. Der „Amazonisierung“ der Flächenbedarfe präventiv begegnen.

Warum der Tod von Amazon unausweichlich ist? Jeff Bezos, der Gründer von Amazon, wird so zitiert. Zuletzt im „Business Insider“ im Dezember 2020. Beachtlich findet die Autorin Isobel Asher Hamilton. Stimmt es, wenn Jeff Bezos sagt: “Unternehmen kommen und gehen. Das gilt selbst für die schillerndsten und wichtigsten der jeweiligen Zeit.“ Wenn dem so ist, dann sind die Konzepte zur Nachnutzung dieser Hallen mit bis zu 100.000 m² Fläche, fast wichtiger als der Erst-Nutzer.

2. Den Logistikimmobilien eine Diät verordnen?

Vielen gehen die Gewerbeflächen aus. Begriffe wie „Flächenfraß“ stehen plakativ in den Zeitungen. Sie stellen die großen Lagerhallen an den Pranger. Zumal dort wenig Menschen arbeiten: Pro Hektar zwischen 35 und 55. Viele von denen versenden die bald vier Milliarden Pakete, die pro Jahr durch unsere Haustüren gehen. Mehr Wirtschaftsleben auf weniger Fläche ist wünschenswert. Aber wie gestaltet man das? Hierzu drei Thesen: Jeder Baumarkt ist eine Logistikimmobilie. Bis zu 70 % der Produktionsflächen werden für Logistikaufgaben genutzt. Verpackung und Bestände sind der Schlüssel.

3. „Shopping“ und andere Erlebnisse vorstellbar machen?

Private Erlebnisse in einem Güterverkehrszentrum; sind kaum vorstellbar. Was zieht einen dahin, wenn die Ware zu uns nach Hause kommt. Es sei denn, es gibt etwas zu sehen. Gläserne Bauten schaffen Transparenz und Image. Jeder kennt die Spannung, wenn man hinter die Kulissen blickt. Häfen, Werften oder Flughäfen sind interessante Objekte. Die einem sonntags zeigen, was passiert. Graublaue Fassaden sagen dagegen nichts. Obwohl viel dahintersteckt. Wie gestaltet man mehr Transparenz?

4. Mehr Aufenthaltsqualität schaffen!

Der Begriff ist eng mit den Innenstädten verbunden. Die Bremer City ist zum Beispiel, bezogen auf die Fläche, ähnlich groß, wie das naheliegende Werk von Mercedes Benz. Obwohl die Menschen sich wohl länger im Werk aufhalten als in der City. Ziehen Gewerbegebiete eher die Menschen an, die dort hinmüssen. Wie wird es aussehen, wenn Stadt- und Fabrikplaner gemeinsam planen? Wäre eine nachhaltige Quartiersentwicklung dann die Blaupause für die Fabrikplanung – oder umgekehrt?

5. „Dont´t deliver a product, deliver experience“

Es ist ein ewiges Dilemma: Wenn man mit einem Flächenangebot zu früh ist, kassiert man ein: „Nein, kein Bedarf“. Ist man zu spät, ist die Chance vertan. Entsprechend kurz ist das Zeitfenster zwischen Bedarf und Standortentscheidung. Gleiches gilt, wenn die Flächen zwar da, aber nicht verfügbar sind.

Dann vermarktet man für ein Zeitfenster in der unbestimmten Zukunft und hofft. Wenn dem so ist, bleibt nur die eigene Kompetenz und die kreative Leistung, um auf dem Weg dahin, Inhalte zu liefern.

6. Die emotionale Seite von Standortentscheidungen achten!

Es scheint oft so: Neben allen Zahlen, Daten und Fakten ist die finale Entscheidung für den Firmensitz von Emotionen geprägt. Somit sind die eigenen Emotionen, die man mit dem Ort verbindet, zu vermitteln. Schließlich hat man sich selbst einmal dafür entschieden Tourismusmanager arbeiten damit, um Urlauber an den Ort zu binden. Sie sollten mit an den Tisch.

7. „Worst Case“: Was ist, wenn nichts mehr geht?

Wenn Liegenschaften plötzlich verfügbar sind, weil Werkstore und Läden schließen. Schnelle Rettungsanker und langfristige Strategien sind dann gefragt. Mit dem Rücken zur Wand sucht man nach neuen Perspektiven. Niemand denkt gerne an das „Worst-Case“ Szenario. Wenn man es trotzdem macht, ist das Risikomanagement.

Der Kreis schließt sich: Vom ersten Punkt Prävention bis zum Punkt sieben, dem Risikomanagement ist mit diesem Regelkreis neues zu entdecken.

* **Roger Heidmann** arbeitet seit 40 Jahren in der Planung, Vermarktung und im Betrieb von Logistikimmobilien, Hafenterminals und Industriestandorten. ❐

Holetschek legt Reformplan für die Pflege vor

Pflegebedürftige müssen besser unterstützt und Pflegekräfte mehr gefördert werden

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek hat in München die Eckpunkte für eine zukunftsfeste Pflegereform vorgelegt. Holetschek betonte: „Die Pflege ist unabhängig von der Corona-Pandemie die große gesellschaftliche Herausforderung der kommenden Jahre. Wir brauchen sowohl mehr gut qualifiziertes Personal als auch Versorgungsformen, die besser auf die Menschen zugeschnitten sind. Das Ganze muss zudem finanzierbar sein. Eine wirksame Reform muss daher an verschiedenen Stellen gleichzeitig ansetzen."

Holetscheks Reformplan enthält die folgenden Eckpunkte:

1. Pflegebedürftige unterstützen

Der Minister erläuterte: „Die Pflegeversicherung muss als substantieller Beitrag zur Absicherung des finanziellen Risikos spürbarer werden, das eine Pflegebedürftigkeit mit sich bringen kann. Die Menschen wollen bei Pflegebedürftigkeit nicht zum Sozialfall werden oder ihren Angehörigen zur Last fallen. Künftige Generationen dürfen nicht übermäßig belastet werden."

Holetschek fordert deshalb ein Drei-Säulen-Modell mit pflegerischer Vollkostenversicherung.

• Es soll künftig drei Budgets geben, die in der Höhe gestaffelt nach Pflegegrad entweder für qualitätsgesicherte Leistungen (z.B. ambulante, stationäre, teilstationäre Versorgung), für geregelte Leistungen (z.B. Angebote zur Unterstützung im Alltag) oder für unreglementierte Leistungen (informelle Pflege, z.B. Unterstützung durch An- und Zugehörige) in Anspruch genommen werden können. Der Minister betonte: „Damit werden die Leistungen flexibler und einfacher handhabbar."

• Die Kosten der Behandlungspflege (z.B. ärztlich verordnete Tätigkeiten, Medikamentengabe, Verbandswechsel, Blutdruckkontrolle) soll unabhängig von der Versorgungsform die Pflegeversicherung in voller Höhe übernehmen.

Holetschek unterstrich: „Damit werden die Pflegebedürftigen entlastet, Bürokratie abgebaut und die pflegerische Versorgung gestärkt. Gleichzeitig wird diese Leistung so dem Teilleistungsprinzip der Pflegeversicherung und dem Wettbewerbsprinzip der Krankenversicherung entzogen."

• Bei langen Pflegeverläufen (Pflegebedürftigkeit von Kindern, demenzielle Erkrankungen, nach Unfällen) soll die Pflegeversicherung die Kosten der Pflege und Betreuung nach einer bestimmten Zeit vollständig übernehmen.

• Die Kosten der Ausbildung in der Langzeitpflege sollen künftig allein von der Pflegeversicherung, übernommen werden. Diese refinanziert sich wiederum über einen Steuerzuschuss. Holetschek erläuterte: „Bisher zahlen die Pflegebedürftigen für die Ausbildung. So können wir sie zusätzlich entlasten und die Kosten generationengerecht verteilen."

2. Pflegepersonal fördern

Der Minister betonte: „Die Zukunft einer guten Pflege entscheidet sich in der Frage, ob es gelingt, ausreichend gut qualifiziertes Personal zu gewinnen. Die steigenden Ausbildungszahlen belegen, dass viele Menschen den Pflegeberuf als attraktive Chance wahrnehmen."

• Auf Initiative Bayerns wurden bereits die Grundlagen geschaffen, Tarifvergütungen in den Pflegesätzen verlässlich zu refinanzieren. Es bedarf nun endlich attraktiver und für alle verbindlicher tariflicher Vergütungsstrukturen.

• Da die Tätigkeit in der Pflege zwangsläufig mit Nacht- und Wochenenddiensten verbunden ist, gleichzeitig aber dem Allgemeinwohl dient, sollen Zuschläge für Überstunden, Wochenendarbeit und Nachtarbeit künftig stärker steuerlich begünstigt werden.

• Um den Pflegeberuf als sektorenübergreifenden Gesundheitsfachberuf zu positionieren und den Beschäftigten attraktive Aufgabengebiete zu öffnen, soll ihnen im Arbeitsalltag ein Aufgabenspektrum eröffnet werden, das den erworbenen Kompetenzen gerecht wird. Hierzu gehört auch die Möglichkeit der selbständigen Übernahme heilkundlicher Tätigkeiten (z.B. im Rahmen der Schmerzbehandlung, der Behandlung von Menschen mit Demenz oder der Diabetesbehandlung).

• Grundständig beruflich ausgebildete Pflegefachpersonen werden auch künftig das Rückgrat der pflegerischen Versorgung sein. Die Zunahme hochkomplexer Pflegesituationen erfordert aber einen steigenden Anteil hochschulisch ausgebildeter Pflegefachpersonen. Es sollen daher primärqualifizierende Pflegestudiengänge ausgebaut werden. Im Pflegeberufegesetz soll zudem ein gesetzlicher Anspruch auf Ausbildungsvergütung für die Absolventen dieser Studiengänge geschaffen werden.

3. Versorgung weiterentwickeln

„Beim dritten Baustein meines Reformplans geht es um die Versorgung vor Ort", erläuterte der bayerische Pflegeminister. „Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, auch bei Pflegebedürftigkeit in ihrem gewohnten sozialen Umfeld und Teil des gesellschaftlichen Lebens bleiben zu können. Hierzu sollen die Versorgungsstrukturen vor Ort gestärkt werden."

• Die maßgeblichen Entscheidungen über die erforderliche Versorgung können nur gemeinsam von den Kommunen, den Pflegekassen und den Leistungserbringern getroffen werden. Die Entscheidungskompetenzen der örtlichen Ebene müssen daher gestärkt werden. Bei drohender pflegerischer Unterversorgung müssen die Kommunen steuernd eingreifen können.

• Um dem Wunsch der Menschen, in ihrem gewohnten Umfeld zu bleiben, Rechnung zu tragen, sollen die ambulante Versorgung und die Kurzzeitpflege weiter gestärkt werden.

• Fehlanreize für die Erbringer pflegerischer Leistungen sollen beseitigt werden. Im Mittelpunkt sollen die Pflegebedürftigen und ihre Bedürfnisse stehen, nicht Abrechnungsmöglichkeiten. Hierzu sollen die pflegerischen Leistungen in Budgets unter dem Dach der Pflegeversicherung zusammengeführt werden.

Ausgaben für Pflege werden steigen

Holetschek betonte: „Es muss uns klar sein, dass die Ausgaben für Pflege aufgrund des demographischen Wandels in den nächsten Jahren deutlich steigen werden. Diese Entwicklung dürfen wir nicht allein den Pflegebedürftigen über die Eigenanteile oder künftigen Generationen über Sozialversicherungsbeiträge aufbürden! Deshalb brauchen wir einen Steuerzuschuss aus dem Bundeshaushalt, der dem gesamtgesellschaftlichen Anspruch dieser Zukunftsaufgabe gerecht wird."

Der Minister fügte hinzu: „Bayern hat stets seine Bereitschaft erklärt, gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern zum Wohle der Pflegebedürftigen Reformen voranzutreiben. Dabei wollen wir jetzt verstärkt der Reformmotor sein!" ❒

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Sana Kliniken AG
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Gesundheitswesens
Der Mensch im Mittelpunkt

In der Industrie läuft ohne ihn gar nichts, und auch im Alltag trifft der Mensch immer häufiger auf Roboter. Seltener sind sie im Krankenhaus zu finden – wenngleich Roboter auch dort inzwischen durchaus eine wichtige Rolle spielen. Insbesondere in der Urologie kommen sie schon länger zum Einsatz, namentlich bei der Behandlung von Prostatakarzinomen. Denn dort kommt es bei einem Eingriff durchaus auf Bruchteile eines Millimeters an und im Gegensatz zum Menschen kann ein Roboter das Skalpell vollständig ruhig halten – das erhöht die Chance, die Funktionsfähigkeit der das Organ umgebenden Nervengeflechte nach dem Eingriff zu erhalten.

Operierende Roboter: Eine lohnende Investition?

Moderne Technik mit einem großen Nutzen für die Patienten: Klingt, als ob solche Geräte längst Standard sein müssten in Deutschlands Krankenhäusern. Aber das ist nicht der Fall. Denn ein Einsatz sollte gut durchdacht werden, schließlich muss sich die hohe Investition ja lohnen. Dies ist allerdings oft nicht der Fall, denn weil die Kassen nur den „klassischen" Eingriff bezahlen, fallen für die Krankenhäuser hohe Zusatzkosten an. Zu beachten ist zudem, dass ein Eingriff mit einem Roboter meist länger dauert, was Folgen für die Dosierung der Narkosemittel hat und somit das (allerdings geringe) Risiko des Patienten auf Folgeschäden erhöht. Zur Abwägung gehört schließlich auch, dass die Ergebnisqualität der Eingriffe statistisch gesehen relativ identisch ist – ein Roboter also einen guten Job macht, allerdings eben auch keinen besseren, als ein erfahrener Operateur. Ein Roboter macht aus einem durchschnittlichen Chirurgen eben keinen hervorragenden.

Überhaupt kommt es bei dem Eingriff via Roboter vor allem auf den Menschen an. Denn natürlich muss ein OP-Team mit einem Arzt an der Steuerung den Eingriff begleiten, um bei unvorhergesehenen Ereignissen eingreifen zu können. Man darf deshalb nicht an vollautomatisierte Produktionslinien in der Industrie denken, wenn man sich den Einsatz eines Roboters im Operationssaal vorstellt. Der Mensch steht dort nach wie vor im Mittelpunkt, die Maschine wird von ihm gelenkt.

Ob man einen Roboter für das eigene Krankenhaus anschaffen sollte, ist also eine Frage der Abwägung. Weil immer mehr Patienten danach fragen, natürlich die Perspektive im Raum steht, das Gerät irgendwann auch für andere Eingriffe verwenden zu können und schließlich auch das medizinische Personal seine Jobwahl heute durchaus damit verbindet, welche technischen Möglichkeiten der Arbeitsplatz bietet, sollte eine Anschaffung immer nach sorgfältiger Abwägung erfolgen. Hier kann es helfen, mit Experten zu sprechen, die Unternehmen bei solchen Entscheidungen beraten oder selbst bereits mit entsprechenden Robotern arbeiten. Zudem muss eine solche Investition stets in die Medizinstrategie des Krankenhauses passen: Wer sich als regionaler Grundversorger im ländlichen Raum positionieren will, muss sicher anders mit dieser Frage umgehen als ein Haus, das als Spezialist für urologische Eingriffe wahrgenommen werden will. ❒

Förderung Ausbau von Hospizplätzen in Bamberg mit 8,55 Mio Euro:

Startschuss für Kinder- und Jugendhospiz Sternenzelt

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek baut die Versorgung mit Hospizplätzen für Kinder und Jugendliche im Freistaat weiter aus. Holetschek übergab einen Förderscheck über 8,55 Millionen Euro für die Errichtung des Kinder- und Jugendhospizes Sternenzelt in Bamberg. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund zwölf Millionen Euro.

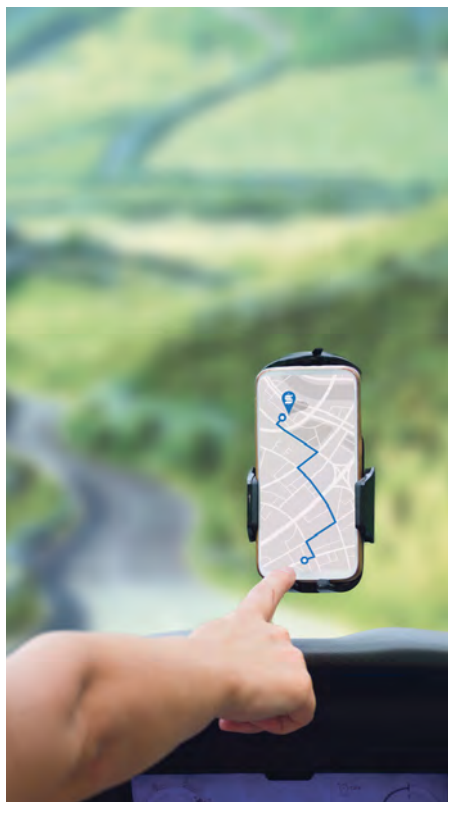
Der Minister betonte anlässlich des Spatenstichs: „Das neue Kinder- und Jugendhospiz in der Domstadt ist von herausragender Bedeutung. Bisher haben wir bayernweit mit St. Nikolaus in Bad Grönebach nur ein stationäres Kinderhospiz mit acht Plätzen. Mit dem neuen Kinder- und Jugendhospiz in Bamberg schließen wir eine ganz wichtige Lücke in Nordbayern."

Im Kinder- und Jugendhospiz Sternenzelt mit zwölf stationären und vier teilstationären Plätzen werden Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum Alter von 26 Jahren mit einer unheilbaren und lebensverkürzenden Erkrankung begleitet und gepflegt. Träger ist die Franken Hospiz Bamberg gGmbH.

Holetschek unterstrich: „Das Kinder- und Jugendhospiz Sternenzelt in Bamberg ist ein Leuchtturmprojekt und sehr wichtig für lebensverkürzend erkrankte Kinder und Jugendliche sowie ihre Familien in Nordbayern. Zudem wird es in seiner Struktur einzigartig sein, weil es ergänzend zu den stationären und teilstationären Plätzen auch einen ambulanten Kinderhospizdienst anbieten soll." Diesen übernimmt der Hospizverein Bamberg, der neben der Sozialstiftung Bamberg und der Gemeinnützigen Krankenhausgesellschaft des Landkreises Bamberg zu den Gründungsgesellschaftern gehört.

Gesundheitsstandort Bamberg

Der Minister ergänzte: „Bamberg ist bereits ein herausragender Gesundheitsstandort im Freistaat mit dem Klinikum am Bruderwald, dem Gesundheitszentrum und dem Hospizzentrum mit Palliativstation für Erwachsene, Hospizakademie und Hospizverein. Mit dem Kinder- und Jugendhospiz Sternenzelt ergänzen wir nun das bestehende Angebot um einen wichtigen Baustein – zum Wohl kranker Kinder und Jugendlicher. Die enge Anbindung an die Hospizakademie Bamberg im Denzler-Labisch-Haus und an das Klinikum Bamberg ist ein weiterer Pluspunkt. "❒



Nicht der Weg ist das Ziel – der Erfolg ist es

Management powered by Sana. In Ihrem Auftrag übernehmen wir die Leitung Ihres Krankenhauses und steuern die bestmögliche medizinische Versorgung der Bevölkerung. Verlassen Sie sich auf das Wissen und die Erfahrung aus 45 Jahren Gesundheitsmanagement. Wir wissen, wohin die Reise gehen kann.

Die Sana Kliniken AG mit Sitz in Ismaning bei München ist der drittgrößte private Klinikbetreiber in Deutschland. Allerdings betreibt das Unternehmen nicht nur eigene Häuser, sondern steht auch allen interessierten Trägern für unterschiedlichste Formen der Kooperationen zur Verfügung.

Denn nicht erst mit Beginn der Corona-Pandemie müssen sich Krankenhausträger mit der Frage beschäftigen, wie sie ihr Haus im Sinne einer nachhaltigen Patientenversorgung aufstellen müssen. Nicht zwangsläufig ist hier die Privatisierung immer die Lösung. Vielmehr können Krankenhausträger heute auf ein umfassendes Angebot an Kooperationsformen mit der Sana Kliniken AG bei Beibehaltung ihrer Unabhängigkeit zurückgreifen.

Mit einem Managementvertrag oder einem Vertrag für Management Services stellt Sana den jeweiligen Krankenhausträger zeitlich befristet die Erfahrung seiner Experten und die Vorteile eines großen Krankenhausverbunds zur Verfügung. Auch Modelle einer Minderheitsbeteiligung in Kombination mit einem Managementvertrag sind möglich. So entstehen maßgeschneiderte Lösungen für die jeweilige Aufgabenstellung und damit eine Stärkung der kommunalen Strukturen durch Verbund.

Dr. Andreas Hartung
Generalbevollmächtigter Managementverträge
T: (+49) 89 678 204 260
M: andreas.hartung@sana.de
www.sana.de/management



Kein Bett, keine Küche, kein Bad

Durch das Medizinische Projekt der Wärmestube erhalten kranke Obdachlose Hilfe

Es ist nicht so, dass Obdachlose keinen Wert auf Gesundheit legen würden. Ganz und gar nicht. Doch sich gesund zu halten, ist schwer, wenn man auf der Straße lebt. Gesund essen, täglich duschen, ausreichend schlafen – wie soll das gehen, wenn man kein Bett, keine Küche und kein Badezimmer hat. Und kaum Geld. „Hinzu kommt, dass viele Obdachlose nicht oder nicht ausreichend krankenversichert sind", sagt Julia Abler vom Medizinischen Projekt der Würzburger Wärmestube.

Gerade die Pandemie wirkt sich verhängnisvoll auf kranke Obdachlose aus, betont die Sozialpädagogin, die im Juli begann, das Medizinische Projekt in der Einrichtung der Christophorus-Gesellschaft aufzubauen. Der krebskranke Bernd W. zum Beispiel bekommt just keinen Platz in einer Klinik der Region, weil Betten für Corona-Patienten freigehalten werden müssen. „Hätte er eine Wohnung, könnte die Chemotherapie ambulant durchgeführt werden", schildert Abler. Doch Bernd W. lebt seit 16 Jahren auf der Straße. Er hat kein Zimmer, wo er sich zwischen den Therapien ausruhen könnte. So muss er nun weit weg in ein Krankenhaus fahren. Die gesundheitliche Begleitung von Wärmestuben-Besuchern steht im Zentrum des Projekts, das vom Förderverein Wärmestube und vom Bayerischen Sozialministerium gefördert wird. Die Initiative baut auf die bereits vor Jahren etablierte Akutversorgung kranker Menschen in prekären Lebensverhältnissen auf. Franziskanerbruder Tobias gründete 2003 in Würzburg eine Straßenambulanz. Wenige Jahre später wurde in der Wärmestube eine ärztliche Sprechstunde eingerichtet. Drei Mediziner untersuchen und behandeln Obdachlose jeden Donnerstagnachmittag ehrenamtlich. Julia Abler und Andreas Schick, ihr Kollege aus dem Medizinischen Projekt, assistieren.



Das vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege geförderte Projekt „DeinHaus 4.0 – TePUS" erforscht die Chancen und Einsatzmöglichkeiten, aber auch Grenzen und Voraussetzungen für den Einsatz von Telepräsenzrobotern in der häuslichen Umgebung von Menschen nach einem Schlaganfall. Bild: Marco Linke

Das Team der Wärmestube musste nicht viel Überzeugungsarbeit leisten, um Unterstützer des neuen Projekts zu gewinnen. Denn ein großes Problem harrt seit langem einer Lösung: Wohnungslose, die wegen akuter Leiden behandelt werden, führen das, was ihnen ärztlicherseits geraten wird, selten konsequent fort. Auch das liegt an ihren prekären Lebensverhältnissen. Julia Abler und Andreas Schick motivieren, Folgetermine in der ehrenamtlichen Sprechstunde wahrzunehmen. Sie wechseln Verbände, begleiten zu anderen Ärzten oder in die Klinik, intervenieren bei Krankenkassen und organisieren Medikamente.

Schnelle Testergebnisse

Kommt ein Mann hustend in die Wärmestube, schrillt bei Julia Abler die Alarmglocke. Ist er etwa mit dem Corona-Virus infiziert? Das muss schnell abgeklärt werden, denn Menschen mit Erkältungssymptomen haben es noch mal schwerer, Zugang zu Hilfsangeboten zu finden. Um ein Ansteckungsrisiko auszuschließen, dürfen sie ohne negativen Test nicht in die Wärmestube, nicht in die Bahnhofsmission und nicht in die Kurzzeitübernachtung. Inzwischen hat Julia Abler einen „heißen Draht" zum Gesundheitsamt aufgebaut, damit Obdachlose rasch getestet werden und schnell das Testergebnis erhalten. Denn jeder Tag ohne Hilfe ist für sie drastisch.

Bei manchem Besucher ist klar, dass er tunlichst auf Alkohol verzichten sollte, damit er nicht noch kränker wird. Sucht, bestätigt Julia Abler, ist unter Obdachlosen weit verbreitet. Doch gerade, was Suchterkrankungen anbelangt, ist sehr viel Fingerspitzengefühl nötig. Kein Besucher der Wärmestube möchte bevormundet, keiner zu irgendetwas gezwungen werden. Und das liegt Julia Abler und Andreas Schick auch völlig fern. Andererseits gibt es Besucher, die ihren Konsum gern reduzieren oder gar aufgeben würden. Um ihnen zu helfen, möchten die beiden in nächster Zeit Kontakte zu Kliniken, Ärzten, Fachstellen und Selbsthilfegruppen herstellen.

Hilfe bei seelischen Leiden

Auch psychische Erkrankungen von Depressionen bis zum Borderlinesyndrom kommen unter den Besuchern der Wärmestube vor. Was nicht verwundert. Häufig sind seelische Leiden mit daran schuld, dass ein Mensch aus seinem bisherigen Leben herauskatapultiert wurde und in eine soziale Abwärtsspirale geriet. Umgekehrt können prekäre Lebensverhältnisse seelische Erkrankungen hervorrufen oder verstärken. Hier kennt sich Andreas Schick sehr gut aus. Bevor er im November 2020 in der Wärmestube anfing, war der Sozialpädagoge und gelernte Krankenpfleger elf Jahre beim Sozialpsychiatrischen Dienst in Schweinfurt tätig.

Oft sträuben sich seelisch kranke Obdachlose mit allen Mitteln, sich in die Psychiatrie zu begeben – eben weil vielen ihre Freiheit über alles geht. Doch vielleicht würden die Patienten eine niederschwellige, ambulante Hilfe in Anspruch nehmen, überlegt Schick. Der Sozialpädagoge würde deshalb gerne eine psychosoziale Sprechstunde analog zur ehrenamtlichen Sprechstunde der Hausärzte in der Wärmestube etablieren. Möglicherweise sind ja zwei oder drei Nervenärzte, Psychologen oder Psychotherapeuten bereit, freiwillig mitzuhelfen, dass seelische Leiden von wohnungslosen Männern und Frauen gelindert werden.

Julia Abler und Andreas Schick sind zur Stelle, wenn eine chronische Krankheit zu bewältigen ist oder wenn ein akutes gesundheitliches Problem auftaucht – etwa Rückenbeschwerden, Erkältungen oder offene Wunden. Sozialpädagogisch helfen sie Männern und Frauen, die alleine niemals eine Arztpraxis aufsuchen würden. Bis Ende des Jahres ist die Finanzierung des Projekts noch gesichert. Beide hoffen sehr, dass es danach weitergeht. Denn die ersten acht Monate haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass gesundheitlich angeschlagene Menschen, die in Armut leben, gut begleitet werden. Sonst verschlimmern sich ihre Leiden. Oder es droht gar der Tod. ❐



Julia Abler und Andreas Schick vom Medizinischen Projekt der Wärmestube begleiten Wohnungslose mit gesundheitlichen Problemen. Bild und Text: Nadia Fiedler

Stadt und Landkreis Regensburg:

Netzwerk für innovative Schlaganfall-Hilfen

Gesundheitsregionplus unterstützt OTH-Forschungsprojekt

Um nach einem Schlaganfall wieder im gewohnten Wohnumfeld leben zu können, sind neben einer lückenlosen Anschlussversorgung nach der stationären Versorgung Assistenzsysteme hilfreich. Telepräsenzroboter können im häuslichen Umfeld Reha-Maßnahmen ermöglichen und ein selbstbestimmtes Leben der Betroffenen fördern. Ein Forschungsprojekt an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg (OTH Regensburg) möchte diese Assistenzsysteme praxisnah erproben und erforschen. Die Gesundheitsregionplus unterstützt als ein Partner bei der Netzwerkarbeit.

Für den Erfolg von Rehabilitationsmaßnahmen nach einem Schlaganfall ist eine lückenlose Anschlussversorgung – in der Stadt wie auf dem Land – von entscheidender Bedeutung. In der Pflege und Therapie werden altersgerechte Assistenzsysteme, wie beispielsweise Telepräsenzroboter, bisher noch nicht so häufig eingesetzt wie erhofft und erwartet. Vor allem fehlende praktische Erfahrungen und deren wissenschaftliche Aufbereitung sind Nährboden für Skepsis. Denn die Fragen, ob solche Systeme wirklich einen Vorteil bringen, von den Schlaganfallpatient/-innen angenommen werden und – wenn ja – unter welchen Voraussetzungen, wurden wissenschaftlich noch zu wenig beleuchtet.

DeinHaus 4.0 – TePUS

Das vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege geförderte Projekt „DeinHaus 4.0 – TePUS" erforscht daher die Chancen und Einsatzmöglichkeiten, aber auch Grenzen und Voraussetzungen für den Einsatz von Telepräsenzrobotern in der häuslichen Umgebung von Menschen nach einem Schlaganfall. Ziel ist es, diese technischen Assistenzsysteme auf ihre Praxistauglichkeit hin zu prüfen und teletherapeutische und pflegerische Angebote für Schlaganfallpatient/-innen zu erproben. Darüber hinaus werden die Akzeptanz und Nutzbarkeit der neuen Techniken aus Sicht von Betroffenen und anderen relevanten Gruppen untersucht.

„Die Gesundheitsregionplus Regensburg unterstützt das an der OTH Regensburg angesiedelte Projekt sehr gerne", erklärt Landrätin Tanja Schweiger. In den letzten Jahren hat sich unter dem Dach Gesundheitsregionplus Regensburg ein aktives Netzwerk verschiedenster Akteure im Gesundheitswesen entwickelt. „Beispielsweise haben sich Arbeitskreise zu unterschiedlichen Themen zusammengefunden, um Informationen aus dem Forschungsprojekt zügig weitergegeben zu können", ergänzt Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer. Die beiden Vorsitzenden der Gesundheitsregionplus freuen sich, dass auch auf diesem Feld eine enge Zusammenarbeit zum Vorteil der Bürger/-innen entsteht.

Proband/-innen gesucht

Aktuell ist das Projekt „DeinHaus 4.0 – TePUS" dabei, mögliche Proband/-innen für das Forschungsvorhaben zu gewinnen. Diese müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllen, um später die Daten vergleichbar machen zu können. Daher unterstützt die Geschäftsstelle der Gesundheitsregionplus bei der Sensibilisierung und Information etwa von behandelnden Ärzten. „So ein praxisnahes Forschungsprojekt braucht gelebte Netzwerke, um zu gelingen", sagt Projektleiter Prof. Dr. Karsten Weber. Neben der Gesundheitsregionplus Regensburg gibt es daher noch weitere Kooperationspartner, die das Projekt bei der praktischen Umsetzung unterstützen.

Weitere Informationen zur Studie werden auf der Projektwebseite www.deinhaus40.de bereitgestellt. ❐

vdek-Zukunftspreis 2021

Bewerbung läuft

Der diesjährige Zukunftspreis des vdek steht unter dem Motto „Gesundheitsversorgung 2021 – zusammen durch die Pandemie". Im Fokus stehen Projekte und Vorschläge zur Aufrechterhaltung der medizinischen und pflegerischen Versorgung unter den Bedingungen einer Pandemie.

Gesucht werden vor allem Best Practice Beispiele aus der Pflege und der Gesundheitsversorgung, die mit den Herausforderungen der Pandemie entstanden sind und das Potential haben, sich nachhaltig in bestehende und neue Versorgungsstrukturen einzubetten. Das können besondere Versorgungsangebote von Ärzten, Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen ebenso sein, wie Angebote von ehrenamtlichen Vereinen, Nachbarschaftshilfen, die Risikogruppen und ihre Angehörigen unterstützen, um ihnen ein normales Leben im gewohnten Umfeld zu ermöglichen. Ausgelobt ist ein Preisgeld von insgesamt 20.000 Euro. Die Bewerbungen um den diesjährigen Zukunftspreis können bis zum 28. April 2021 eingereicht werden.

„In den zurückliegenden Monaten konnten wertvolle Erfahrungen bei der Bekämpfung der Pandemie gesammelt werden. Sie dürfen nicht verloren gehen und sollten als Referenzen in den Erfahrungsaustausch nach der Pandemie einfließen. Wir hoffen auf eine breite Resonanz und laden herzlich zur Teilnahme an der Ausschreibung des vdek-Zukunftspreises 2021 ein", sagt Ralf Langejürgen, Leiter der Landesvertretung Bayern des Verbandes der Ersatzkassen. Informationen, Teilnahmebedingungen und das Anmeldeformular zum vdek-Zukunftspreis 2021 stehen im Internet zur Verfügung: www.vdek.com/ueber_uns/vdek-zukunftspreis/2021.html. ❐

Bezirk Niederbayern:

Gesamtkonzept zur regionalen Schulöffnung

Bezirkstagspräsident und Chefärztin werben für Pilotmodell der Grenzregionen

Im zweiten Lockdown nahm der Bedarf an Notfallambulanzen bei Kindern und Jugendlichen deutlich zu. Auch für Niederbayern wird dieser bundesweite Trend von Dr. Tanja Hochegger, Chefärztin der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Bezirkskrankenhaus Landshut, bestätigt. Hier handelt es sich um junge Patienten, die aufgrund der Dringlichkeit ihrer Probleme noch am Tag der Kontaktaufnahme eine ambulante Unterstützung benötigen. Durch fehlende Tagestruktur und soziale Isolation führt dies oft zu einer erheblichen Belastung des gesamten Familiensystems.

Hochegger stellt fest: „Die Angebote der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) des Bezirks Niederbayern werden deutlich dringlicher und intensiver in Anspruch genommen, was sich negativ auf die Wartelisten und längerfristige therapeutische Behandlungsmöglichkeiten auswirkt." Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich sieht den fehlenden Schulbesuch durch den Lockdown ursächlich für die Zunahme der Beschwerden bei Kindern und Jugendlichen und wirbt deshalb für ein Pilotmodell zur schnellstmöglichen regionalen Schulöffnungen. „Kinder und Jugendliche kommen spürbar und überdeutlich an ihre Grenzen, das meldet uns die Kinder- und Jugendpsychiatrie der Gesundheitseinrichtungen des Bezirks. Wir sollten dringlich alle möglichen Schritte in die Wege leiten, um den Schulbesuch schnellstens zu ermöglichen. Dafür brauchen wir seriös, wissenschaftlich geplante Pilotstudien in Gebieten mit hoher Inzidenz ", so der Bezirkstagspräsident. „Die Familien sind am Limit. Nach Monaten des Distanzunterrichts muss das Ziel sein, die Kinder sicher im Präsenzunterricht zu beschulen. Das ist bei einem durchdachten Testkonzept machbar", so Olaf Heinrich.

Pilotmodell entwickelt

Das Pilotmodell „Sichere Schulen im ländlichen Raum" ist eine Initiative des Bezirks Niederbayern gemeinsam mit dem Kinder- und Familiengesundheitsnetzwerk Ostbayern, dem Landkreis Cham und den Grenzlandkreisen Freyung-Grafenau, Regen und Passau und wurde mit wissenschaftlicher Begleitung von Prof. Dr. med. Matthias Keller (Ärztlicher Direktor Kinderklinik Dritter Orden Passau) in Abstimmung mit Prof. Dr. med. Michael Kabesch (Klinikleiter Pädiatrische Pneumologie und Allergologe, Barmherzige Brüder St. Hedwig Regensburg) entwickelt. Ziel des Pilotmodells ist die schnellstmögliche Einführung eines Gesamtkonzeptes zur Sicherstellung eines regelhaften und planbaren Schulbetriebs, der individuelle Gesundheitsschutz und die Pandemiekontrolle. Die weitere Stellvertreterin des Bezirkstagspräsidenten und Landrätin aus Regen, Rita Röhrl betont: „Den Kindern fehlt der regelmäßige Umgang mit den Gleichaltrigen noch dazu, weil auch private Treffen nahezu unmöglich sind. Es geht nicht nur um die Vermittlung von Lerninhalten, sondern auch um den sozialen Aspekt. Eine Logik kann ich in der Bestimmung ohne Teststrategie in Landkreisen unter der Inzidenz von 100 zu öffnen und über 100 zu schließen einfach nicht erkennen".

Minister zeigten sich offen für das Gesamtkonzept

Die Initiative hat sich mit dem Gesamtkonzept des Pilotmodells direkt an das Gesundheitsministerium und an das Kultusministerium gewandt. „Die beteiligten Regionen haben mit wissenschaftlicher Begleitung ein detailliertes Konzept ausgearbeitet. Bei Erfolg kann dies auch auf weitere Regionen ausgedehnt werden. Gesundheits- und Kultusminister stehen unseren Vorschlägen grundsätzlich positiv gegenüber.", so Bezirkstagspräsident Heinrich. **md**



Chefärztin der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie am Bezirkskrankenhaus Landshut, Dr. Tanja Hochegger und Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. Bild: Bezirk Niederbayern, Lang

Umweltminister Glauber:

Wasserversorgung auf höchstem Niveau sicherstellen

Mit einem neuen Vorhaben wird in Bayern die Forschung zu Mikroplastik in Flüssen und Seen intensiviert. In einem auf drei Jahre angelegten Forschungsprojekt am Landesamt für Umwelt (LfU) sollen ab 1. April dieses Jahres weitere Daten zum Vorkommen von Mikroplastik in Fischbeständen bayerischer Seen gewonnen werden. Daneben ist ein aktives Muschelmonitoring an Fließgewässern vorgesehen. Auf diese Weise können mögliche Quellen und Eintragswege von Mikroplastik erfasst werden. Das Umweltministerium fördert das Projekt mit rund 280.000 Euro.

Bereits seit 2014 untersucht Bayern wissenschaftlich das Vorkommen und die Folgen von Mikroplastik in der Umwelt. Die aktuellen Ergebnisse des abgeschlossenen mehrjährigen LfU-Forschungsprojekts zeigen eine verbreitete Präsenz dieser kleinen Kunststoffpartikel in der Umwelt. In Mehrzahl handelt es sich um sogenanntes sekundäres Mikroplastik. Dafür spricht, dass ein Großteil der analysierten Partikel in Form von Kleinstteilchen vorlag, die durch den Zerfall größerer Plastikteile, wie zum Beispiel achtlos am Ufer zurückgelassenem Plastikmüll, entstehen. Primäres Mikroplastik, wie zum Beispiel Kunststoffbeads aus Körperpflegeprodukten, liefern dagegen keinen nennenswerten Beitrag zum Vorkommen von Mikroplastik in bayerischen Gewässern.

Risikobewertung

Das abgeschlossene Projekt hat außerdem gezeigt, dass Muscheln bereits aufgenommene Kunststoffpartikel auch wieder abgeben können. Die Auswirkungen auf den Stoffwechsel der Muscheln sind dabei nach bisherigem Kenntnisstand gering. Erst in Verbindung mit dem neuen Forschungsprojekt ist eine abschließende Risikobewertung der in bayerischen Gewässern ermittelten Konzentrationen von Mikroplastik für Fische und andere Wasserlebewesen möglich.

Laut Umweltminister Thorsten Glauber ist die Mikroplastik-Forschung ein wesentlicher Teil des Programms „Wasserzukunft Bayern 2050“, das die gesamten Wasservorkommen des Freistaats in den Blick nimmt. „Die aktuellen Erkenntnisse zeigen: Plastik belastet unsere Umwelt und die Tierwelt. Deshalb setzen wir uns für eine deutliche Reduktion der Kunststoffabfälle ein. Wir haben von Bayern aus beispielsweise eine Initiative für ein umfassendes Plastiktütenverbot gestartet. Jedes Plastikteil, das nicht in der Natur landet, kann auch nicht zu Mikroplastik in Gewässern werden. Wir werden auch künftig Initiativen zur Reduzierung von Kunststoff einbringen.“

Leitfaden für Kommunen

Um die Wasserversorgung in ganz Bayern gerade auch im Hinblick auf den Klimawandel auf höchstem Niveau sicherzustellen, wurde ein neuer „Schwammstadt“-Leitfaden für Kommunen und Planer gemeinsam von Umweltministerium, LfU, DWA Landesverband Bayern, Bayerischer Architektenkammer, Bayerischer Ingenieurekammer Bau, Bayerischem Städtetag und Bayerischem Gemeindetag entwickelt. Der Klimawandel ist in den Städten stärker spürbar als auf dem Land. Dieser Effekt soll mit dem Generationenthema „Schwammstadt“ minimiert werden.

Konzept für die Zukunft

Wie Minister Glauber bei der Vorstellung des neuen Leitfadens erläuterte, „verändert der Klimawandel auch das Leben in unseren Siedlungen. Die Sommer werden heißer, die Niederschläge nehmen ab. Die Städte heizen sich auf wie ein Kachelofen. Auf der anderen Seite drohen häufigere extreme Hochwasser und Starkregen. Deshalb brauchen wir ein Konzept für die Städte und Gemeinden der Zukunft. Unsere Lösung heißt Schwammstädte. Wir müssen das Wasser in unseren Städten halten wie in einem Schwamm. Dafür dürfen Städte nicht weiter zubetoniert werden.“ Studien zeigten, dass die Temperatur vor Ort um bis zu 3 Grad Celsius sinken könnte, wenn Städte wieder grüner werden.

Ziel ist sicheres und lebenswertes Wohnen ohne Hitzestress

„Wir brauchen einen ganzen Instrumentenkasten von natürlichen Klimaanlagen, blauen Adern, Regenwasserspeichern und Grünflächen. Unser Ziel ist ein sicheres und lebenswertes Wohnen ohne Hitzestress. Das Gebot der Stunde heißt: Flächensparend bauen und dabei in Siedlungsbereichen Sicherheit, Lebensqualität und Artenvielfalt gewährleisten“, bekräftigte Glauber. Mit dem neuen Leitfaden „Wassersensible Siedlungsentwicklung“ sollen Kommunen und Planer für diese Herausforderungen sensibilisiert werden. Die Broschüre wird allen bayerischen Kommunen kostenfrei zugesandt.

Lösungsansätze und Umsetzungsbeispiele

Der Leitfaden enthält eine Reihe von Lösungsansätzen und Umsetzungsbeispielen, wie mit den aktuellen Herausforderungen durch den Klimawandel bei der Siedlungsentwicklung umgegangen werden kann. Konkret wird beispielswiese vorgeschlagen, schon bei der Bauleitplanung Flächen für den Rückhalt und die Versickerung von Regenwasser festzusetzen oder eine Gebäudebegrünung zu fordern. Auch bei der Stadterneuerung kann durch neu angelegte abgesenkte Grünflächen Regen gespeichert und damit die Hitze- und Starkregenvorsorge verbessert werden. Gleichzeitig werden damit Aufenthaltsqualität und Artenvielfalt erhöht.

Der Leitfaden ist auch im Internet verfügbar unter www.stmuv.bayern.de/niedrigwasser.htm **DK**

KARE – Klimaanpassung in der Region Oberland:

Es wird wärmer und Regen wird intensiver

Auftaktveranstaltung des Projektes Klimaanpassung in der Region Oberland (KARE) stößt auf großes Interesse

An der digitalen Auftaktveranstaltung des neuen von BMBF geförderten Verbundprojektes KARE (Klimaanpassung in der Region Oberland) nahmen knapp 80 Personen aus dem Oberland teil. Dies zeigt, wie wichtig und dringlich neben Klimaschutz inzwischen bereits die Anpassung an den Klimawandel auch im Oberland ist.

Besonders die Grußworte der beiden Landräte Anton Speer (Landkreis Garmisch-Partenkirchen) und Olaf von Löwis (Landkreis Miesbach), sowie durch die stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Weilheim, Angelika Flock verdeutlichten den hohen Bedarf die Klimaanpassung im Oberland anzugehen und das große Interesse der Region.

Der Einladung der Energiewende Oberland folgte ein hochkarätiges Publikum, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Regierung von Oberbayern und des Projektträgers DLR und vor allem aus wichtigen Akteuren der Kommunen und zuständigen Ämtern, aus Wirtschaft, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft sowie Ingenieuren des gesamten Oberlands und darüber hinaus. Das Projektteam* von KARE stellte in einer kurzweiligen Veranstaltung die wichtigsten, aktuellen Erkenntnisse zur Klimaanpassung sowie die Inhalte des Projektes vor.

Starkregen wird häufiger und intensiver

Prof. Stefan Emeis vom KIT, Campus Alpin zeigte auf, dass es bereits jetzt im Oberland wärmer wird, mehr Niederschläge an weniger Tagen fallen und Starkregen häufiger und intensiver werden. Dies hat neben häufiger auftretenden, lokalen Überflutungen wie beispielsweise in Polling 2016 auch massive Folgen für Land- und Forstwirtschaft. Die Region wird künftig vermehrt Erdrutschen, Muren, Nassschnee und Lawinen rechnen müssen.

Soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Kombination mit dem Klimawandel

Anschließend erläuterte Gesamtprojektleiter Prof. Matthias Garschagen (LMU München), dass vor allem auch soziale und ökonomische Veränderungen in Kombination mit dem Klimawandel die größten Herausforderungen für das Oberland darstellen werden. Daher liegt ein besonderes Augenmerk darauf die Kommunen und Ihre Bevölkerung stärker für die Klimawandelanpassung zu sensibilisieren. Im Rahmen des Projektes werden exemplarisch mit den zwei Pilotkommunen Garmisch-Partenkirchen und Weilheim planungsrelevante Instrumente für das kommunale Risikomanagement mit Praxispartnern entwickelt, erprobt und auf das gesamte Oberland übertragen. Anschließend gab es durch Dr. Anne von Streit, LMU München eine kurze Vorstellung der weiteren Projektpartner, die sich um die Bereiche Ökonomie (IFO, Greensurance, Dr. Sachs) sowie Erstellung von Sturzflutanalysen (Ingenieurbüro Dr. Blasy Dr. Øverland) kümmern. Auch der kurze Einblick in das Schwesterprojekt SchülerInnen Forschen (KARE-CS) durch Dr. Thomas Kox, LMU München stieß auf großes Interesse.

Ziel des vom BMBF geförderten Projekts

Im Projekt KARE steht die enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Region im Mittelpunkt. Dies wird durch die vielfältige und regelmäßige Einbindung der regionalen Experten (Veranstaltungen, Newsletter, Netzwerk der EWO, etc.) in die Arbeit und Ergebnisse des Projekts sichergestellt.

Um auch bereits die Auftaktveranstaltung dafür zu nutzen, wurden im zweiten Teil der Veranstaltung in drei Workshops die Herausforderungen und Anpassungserfordernisse an den Klimawandel im Oberland diskutiert. Stefan Drexlmeier und Elisabeth Freundl von der Energiewende Oberland zeigten sich am Ende der Veranstaltung sehr zufrieden. Neben knapp 50 aktiven TeilnehmerInnen per Videokonferenz konnte durch den parallel dazu angebotenen Livestream fast 40 weitere Interessierte zuhören. Livestream und Dokumentation zur Veranstaltung stehen unter www.energiewende-oberland.de und auf Youtube auf dem Kanal der Energiewende Oberland zur Verfügung. ❐

Umweltcluster Bayern:

Systematische Instandsetzung und Optimierungspotential

Entwicklung einer digitalen Integralen-Sanierungs-Strategie (DISS) für Abwasserpumpwerke beim AmperVerband

Es gibt keine digitalen, automatisierten und standardisierten Bewertungsverfahren mit Ableitung von Sanierungsstrategien für Pump- und Sonderbauwerke in der Kanalinfrastruktur. In diese Lücke stößt das Projekt DISS beim AmperVerband.

Eine langfristig angelegte Sanierungsstrategie basiert dabei synergetisch auf systematischer Instandsetzung und nachhaltigem Optimierungspotential. Durch diesen innovativen Ansatz erhält der AmperVerband eine Empfehlung für alle Pump- und Sonderbauwerke. Die neue Sanierungsstrategie bietet grundlegende Informationen und Hinweise für Investitionsentscheidungen sowie für die vorbeugende Instandhaltung. Besonders zu betonen ist, dass das Projekt aus der Praxis angestoßen wurde und sukzessive weiterentwickelt wird. Gerne zeichnen wir diesen innovativen Ansatz mit dem Umweltcluster Leuchtturm 2020 aus.

Ausgangslage

Auf dem Weg des Abwassers, von der anfallenden Stelle bis zur Einleitung in den Vorfluter, stellen Pumpwerke wichtige Knotenpunkte der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur dar. Zugleich sollen sie die Nachhaltigkeitsaspekte der Siedlungsentwässerung auf ökologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Ebene erfüllen. Schadhafte Pumpwerke bedeuten demnach nicht nur ein Gefährdungspotential für Boden und Grundwasser, sondern auch für das Betriebspersonal während Wartungs- und Reinigungsarbeiten. Während beim Kanalnetz normierte Bewertungsverfahren verfügbar sind, aus welchen eine Prioritätenliste zur Bestimmung der Sanierungsdringlichkeit abgeleitet werden kann, gibt es für Pumpwerke wegen ihrer wesentlich größeren Komplexität und dem daraus resultierenden vielfältigen Schadensspektrum nichts Vergleichbares.

Lösungsansatz

Zu den Anlagen der Schmutzwasserbeseitigung des AmperVerbandes gehören auch 61 Pumpwerke. Fast die Hälfte davon ist 35 Jahre oder noch älter. Um rechtzeitig Handlungsbedarf zu erkennen sowie Art und Umfang einschätzen und priorisieren zu können, hat sich der AmperVerband in Kooperation mit dem Ingenieurbüro GFM Bau- und Umweltingenieure dazu entschlossen, eine langfristig ausgelegte Sanierungsstrategie für seine Pumpwerke erstellen zu lassen. Ziel war es, anhand der von GFM entwickelten digitalen Integralen Sanierungs-Strategie (DISS), die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen hinsichtlich deren Dringlichkeit und für jedes Pumpwerk einzeln in einer, unter nachhaltigen und wirtschaftlichen Aspekten gesehenen, optimalen Reihenfolge festzulegen.

Beschreibung

Im Jahr 2017 wurde von fachkundigen Ingenieuren der GFM an elf Schmutzwasserpumpwerken eine systematische und detaillierte Objektbegutachtung durchgeführt. Die ermittelten Schäden wurden den Schadenskategorien Bautechnik, Maschinentechnik, Betriebstechnik, Energieverbrauch, Betriebssicherheit und Arbeitssicherheit zugeordnet und gemäß deren Schadstärke und potentiellen Auswirkungen in Einzelschadensklassen eingeteilt. Um zu gewährleisten, dass gravierendere Schäden entsprechend ihrer Schadensrelevanz in der Bewertung berücksichtigt werden, findet eine Zuordnung zu Einzelschadenszahlen statt. Ein Gewichtungsfaktor sorgt weiterhin dafür, dass Schäden der Schadenskategorie Arbeitssicherheit höher in die Bewertung eingehen als beispielsweise Schäden der Bautechnik. Am Ende der Bewertung wird jedes Pumpwerk einer Objektklasse zugeteilt, die eine Vergleichbarkeit des Ist-Zustandes der Pumpwerke ermöglicht und zugleich den zeitlichen Handlungsbedarf vorgibt. Abgerundet werden die vorausgegangenen Schritte der Bestandsaufnahme und Bewertung durch die Festlegung von konkreten Sanierungsmaßnahmen für diejenigen Pumpwerke, deren Objektklasse einen dringenderen Handlungsbedarf beschreibt.

Besonderheiten

Die von GFM entwickelte Datenbank überzeugt in der Flexibilität des kundenspezifischen Ausführungsstandards sowie den Möglichkeiten zum Einsatz im Außendienst und der Justierung der Bewertungsparameter an die Erfordernisse der Anlagenbetreiber. Dem AmperVerband wurde nach Projektabschluss die Datenbank überlassen, um die Schäden der weiteren 50 Pumpwerke dokumentieren und durch eigenes fachkundiges Personal bewerten zu können. Allmählich entwickelte sich ein vielseitiges Werkzeug für eine langfristig ausgelegte, strukturierte Sanierungsplanung. Die objektive Bewertung der ermittelten Schäden und die daraus abzuleitende Dringlichkeit zu deren Behebung resultieren in einer Prioritätenliste, die in absteigender Reihenfolge Rückschlüsse auf den bevorstehenden Sanierungsumfang und das Bilden von Sanierungsabschnitten zulässt. ❐

Lecksuchsystem für Trinkwasserleitungen

Das „Lecksuchsystem für Trinkwasserleitungen“ von T.O.M. wurde als intelligente Antwort auf den Wasserverlust in nahezu allen Trinkwasserleitungssystemen und der aufwändigen Suche nach Leckagen initiiert. Das entwickelte Messgerät ermöglicht die Implementierung einer neuen Methode zur Leckerkennung durch eine schnelle, einfache und saubere Verlustmessung von Wasserversorgungsabschnitten.

Das innovative Produkt wurde mit dem Prädikat Umweltcluster Leuchtturm 2020 ausgezeichnet. Es wurde gemeinsam mit Partnern aus ganz Bayern realisiert. ❐



Kanalneubau mit bergmännischem Stollenvortrieb:

Qualität ist viel wert

Die Straßennamen in der Bonner Weststadt erinnern an große Komponisten des 18. und 19. Jahrhunderts, die mit ihren Werken unsere Kultur nachhaltig geprägt haben. Nachhaltigkeit ist auch das Stichwort, das das Tiefbauamt der Stadt Bonn dazu veranlasste, das Kanalnetz im sogenannten Musikerviertel zum Schutz der Umwelt neu zu planen.

Dabei wurden rund 220 Meter der neuen Leitungstrasse grabenlos im bergmännischen Stollenvortrieb verlegt, der Rest der Strecke mit einer Gesamtlänge von knapp 280 Metern erfolgten in offener Bauweise. Auch hier spielten Nachhaltigkeit und Qualitätssicherung eine Rolle.

Nicht ganz alltäglich

Der sogenannte Hauptsammler „Endenicher Bachkanal" ist in einem schlechten baulichen Zustand und zudem hydraulisch überlastet. So ergaben es Untersuchungen des Tiefbauamtes der Bundesstadt Bonn. Die Bezeichnung des Kanals hat einen historischen Ursprung. In der Vergangenheit kanalisierte dieser den Endenicher Bach. Später wurde er als Mischwasserkanal umgewidmet. Weiterhin verläuft die bestehende Leitungstrasse des Sammlers teilweise auf Privatgrundstücken und sogar unter einem Gebäude hindurch, was die Zugänglichkeit für den Betrieb und die Unterhaltung des Kanals erschwert.

Neue Leitungstrasse

Aus diesem Grund wurde für den Bereich eine neue Leitungstrasse gesucht und gefunden. Zukünftig wird die Hauptabwasserlast über die Richard-Wagner-Straße, Lisztstraße und den Wittelsbacherring bis zur Endenicher Straße geleitet. Dort liegt bereits ein großer Hauptsammler mit einem Durchmesser von 2,20 m, an den der neue Kanal nach Fertigstellung angeschlossen wird. Zusätzlich erneuert das Tiefbauamt den Mischwasserkanal in der Humboldtstraße, der dann zukünftig in einer größeren Rohrdimension als Abschlagskanal für einen Teil der Abwasserlast dienen wird.

Da ein Teilstück der neuen Trasse unter einer Hauptverkehrsstraße sowie verkehrssensiblen Bereichen verläuft, wurde diese im bergmännischen Stollenvortrieb verlegt. Während der Kanal in der Richard-Wagner-Straße im offenen Kanalbau mit Rohren DN 2000 realisiert wurde, kommen beim grabenlos hergestellten Kanal in der Lisztstraße und dem Wittelsbacherring GFK-Rohre DN 1600 sowie DN 1200/1800 zum Einsatz.

„Der bergmännische Stollenvortrieb wird heutzutage, vor allem wegen der hohen Baukosten, nicht mehr so häufig für den Kanalbau angewendet. Und auf einer Länge von gut 220 Metern in den großen Dimensionen ist dies schon etwas Besonderes", resümiert Dipl.-Ing. (FH) Wolfgang Frömbgen, Bauleiter beim Bonner Tiefbauamt.

Qualität im Fokus

Qualität wird bei allen Kanalbaumaßnahmen in Bonn laut Frömbgen großgeschrieben: „Es ist in Bonn schon seit vielen Jahren so, dass die ausführenden Firmen den Nachweis der Eignung erbringen müssen, wenn sie an einer Ausschreibung teilnehmen wollen. Die Eignung ist durch Gütesicherung nachzuweisen." Über die verschiedenen Beurteilungsgruppen der Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 sei dies beispielsweise gegeben, da zur Erlangung der Gütezeichen unterschiedliche Aspekte wie die technische Leistungsfähigkeit und die Sicherstellung einer systematischen Gütesicherung bei der Ausführung der Arbeiten in die Bewertung einfließen. So werden unter anderem die fachtechnische Qualifikation des Personals sowie die technische Geräteausstattung regelmäßig geprüft.



Im Stollenquerschnitt sind neben der Stromversorgung für die Beleuchtung und anderer technischer Geräte noch die Bewetterung sowie die provisorische Abwasserleitung untergebracht.

Bild: Güteschutz Kanalbau

Güteschutz hat die Firmen im Blick

Für die Überprüfung der an der ARGE Hauptsammler West beteiligten Firmen ist Güteschutz-Prüfingenieur Dipl.-Ing. Marc Mielke zuständig: „Durch die regelmäßigen Besuche auf den Baustellen und auch an den Firmenstandorten machen wir Prüfingenieure uns immer ein aktuelles Bild über die Leistungsfähigkeit der Baufirmen und die Qualität der Ausführung. Sobald etwas zu beanstanden ist, wird dies im entsprechenden Prüfbericht festgehalten. Bei so einem großen Projekt wie hier in Bonn, läuft auf den Baustellen eigentlich alles nahezu reibungslos." Dem stimmt Frömbgen zu: „Dadurch, dass der Güteschutz die Firmen im Blick behält, können wir uns auf gute und gleichbleibende Qualität bei der Bauausführung verlassen." Bei dieser Maßnahme jetzt habe man für den offenen Kanalbau beispielsweise das Gütezeichen AK 1 und für den Stollenbau das Gütezeichen VO gefordert.

In bis zu sechs Metern Tiefe

„Die ARGE hat sich als Bietergemeinschaft auf die Ausschreibung beworben und die einzelnen Aufgabenbereiche untereinander aufgeteilt", erläutert Dipl.-Ing. Stephan Porrmann, ARGE-Bauleiter von DA Ingenieur-Bau. „Die Firma Wilhelm Fenners stellt in erster Linie eine Stollenbau-Kolonne und wir stellen die Kolonne für den offenen Kanalbau." Darüber hinaus war kurzzeitig auch eine weitere Stollenbau-Kolonne von DA Ingenieur-Bau im Einsatz, um eine zeitliche Verzögerung, die sich im Bauablauf an anderer Stelle ergeben hatte, aufzufangen. Der Vortrieb des Stollens mit einer lichten Höhe von ca. 2,20 Meter und einer lichten Breite von 1,80 Meter erfolgt mit Stabgitterbögen und Verzugblechen aus Stahl.

Bewetterung

Neben der provisorischen Abwasserleitung zur Aufrechterhaltung der Abwasservorflut ist auch die Bewetterung im Stollenquerschnitt untergebracht. Die Ortsbrust wird in bis zu sechs Metern Tiefe von Hand abgebaut und das bindige Bodenmaterial mit Schubkarren abtransportiert. Da in der Lisztstraße bereits ein Abwasserkanal vorhanden ist, wird dieser während des Vortriebs sukzessive freigelegt und abgefangen. Dabei wird besonderes Augenmerk auf die Hausanschlussleitungen gelegt, die mit weiter voranschreitendem Stollenbau nacheinander an die provisorische Abwasserleitung umgeschlossen werden. Im Nachgang kann der vorhandene Kanal dann abschnittsweise abgebrochen werden.

Sobald der Stollen komplett fertig gestellt ist, erfolgt der Einbau der GFK-Eiprofil-Rohre und die endgültige Anbindung der Hausanschlüsse. Der Ringraum zwischen Stollenwand und GFK-Kanal wird in einem abschließenden Schritt in drei Lagen mit zementgebundener Suspension, die in wenigen Tagen voll aushärtet, verfüllt.

Zwei Jahre bis zum Ziel

„Die Gesamtmaßnahme ist im Januar 2020 gestartet und soll bis Weihnachten 2021 abgeschlossen sein. Der bergmännische Stollenvortrieb wird dabei sicherlich bis Mai 2021 laufen", schätzt Frömbgen den weiteren zeitlichen Ablauf ein. Parallel erfolgen ebenfalls bis zum Frühjahr 2021 die Kanalbauarbeiten für den Abschlagskanal in der Humboldtstraße. Aktuell liege die ARGE im Zeitplan und man sei mit dem Verlauf der Baumaßnahme zufrieden.

Eine Einschätzung, die Mielke teilt: „An der Ortsbrust und im Stollen war alles in Ordnung. Das Baufeld war sauber und aufgeräumt und das vorgeschriebene Sicherheitsequipment vorhanden. Ich bin sehr zufrieden mit der Baustelle und den Arbeiten von DA Ingenieur-Bau und Fenners." Knifflig werden am Ende laut Porrmann noch die Umbindungen des bestehenden Hauptsammlers an die neue Kanaltrasse. Aber auch diese Herausforderung werde das Team gemeinsam meistern, ist Mielke überzeugt. ❒

Einsparpotenzial einer Brunnenpumpe am Beispiel eines oberbayerischen Wasserversorgers

	Aggregat 1	Aggregat 2	Aggregat 3	Aggregat 4	Aggregat 5
Hersteller	A	B	B	C	C
Motor	Asynchron	Synchron	Asynchron	Synchron	Asynchron
Ausführung	Edelstahl	Edelstahlfeinguss	Edelstahlfeinguss	Edelstahlfeinguss	Grauguss
Energiebedarf k/Wh/m³	0,43	0,38	0,40	0,41	0,43
Jahresenergiekosten 0,2 € / kWh	66.999 €	59.606 €	62.761 €	63.550 €	68.007 €
Anschaffungspreis	17.727 €	25.268 €	20.628 €	33.435 €	20.414 €

Tabelle 1: Vergleich jährl. Energiekosten (Laufzeit 10 h/Tag) und Anschaffungspreis

In Zeiten steigender Strompreise kann auch / vor allem im Betrieb von Brunnenpumpen ein enormes energetisches und damit monetäres Einsparpotential stecken. Deutlich wird dies am Beispiel eines oberbayerischen Wasserversorgers.

Dieser gewinnt Wasser aus einem ca. 32 m tiefen Brunnen DN600 Steinzeug, Baujahr 1965, mit doppelter Kiesschüttung und drei Filterstrecken mit insgesamt 16 m Filter. Die Pumpe fördert im Wechsel mit einem zweiten Brunnen eine Wassermenge von ca. 60 l/s durch das Netz in den Hochbehälter. Der Wasserspiegel senkt sich dabei um ca. 0,4 m ab.

Um die Anlage zu optimieren, sollte die verbaute Brunnenpumpe (Aggregat 1, s. Tab. 1) gegen eine energieeffizientere getauscht werden. Unabhängig davon wurde ein Frequenzumformer nachgerüstet, um zukünftig die Fördermenge variieren zu können.

Die Firma Etschel Brunnenservice war als ausführende Firma damit beauftragt, verschiedene Hersteller / Pumpentypen hinsichtlich Preis und Energieeffizienz zu vergleichen.



Bild 1: Pumpenwechsel (Beispielbild). ❒

Wichtige Einflussfaktoren

Neben unterschiedlichen Herstellern wurden sowohl neuartige Synchron- als auch herkömmliche Asynchronmotoren in den Vergleich mit einbezogen. Einen weiteren Einflussfaktor auf Preis und Wirkungsgrad stellte die Ausführung der Pumpe in Edelstahl, Edelstahlfeinguss oder Grauguss dar. Pumpen aus Edelstahlfeinguss (sofern in der Produktpalette des Herstellers vorhanden) zeigen im Regelfall die besseren Wirkungsgrade im Vergleich zur herkömmlichen Edelstahl- bzw. Graugussvariante.

Als Referenzwert für die Berechnung des Energieverbrauchs wurden 60 l/s auf die benötigte Förderhöhe bei einer täglichen Betriebsdauer von zehn Stunden festgelegt. Tabelle 1 zeigt die errechneten Energiekosten und Anschaffungspreise der unterschiedlichen Pumpen pro Jahr.

Aggregat 2, eine Pumpe in Ausführung Edelstahlfeinguss mit Synchron-/Permanentmagnetmotor, erwies sich mit einem Energiebedarf von 0,38 kWh/m3 als das energieeffizienteste. Tabelle 2 berechnet die Amortisationszeit von Aggregat 2 gegenüber den anderen Pumpen. Sie zeigt, dass sich der Mehrpreis in der Anschaffung aufgrund des geringeren Energieverbrauchs bereits nach 0,5 – 1,5 Jahren bezahlt macht.

Gesamtkosten im Vergleich

Betrachtet man die Gesamtkosten für Anschaffung und Energie über einen Zeitraum von zehn Jahren, wird das enorme Einsparpotential der Brunnenpumpe nochmal deutlicher (Tabelle 3):

Selbst das im Vergleich zum aktuell verbauten Aggregat 1 in der Anschaffung fast doppelt so teure Aggregat 4 würde im Zeitraum von zehn Jahren einen um 18.782 Euro geringeren Kostenaufwand verursachen. Natürlich wurde in diesem Fall aber zu Gunsten von Aggregat 2 entschieden, das dem Versorger in den kommenden zehn Jahren einen Kostenvorteil von ca. 66.000 Euro gegenüber der bisherigen Situation erbringen wird.

Fazit

In der Auswahl einer energetisch optimal an den Betriebspunkt angepassten Brunnenpumpe steckt in vielen Fällen immenses Einsparpotential. Jeder Betreiber sollte sich daher spätestens im Vorfeld eines Pumpenwechsels mit diesem Thema auseinandersetzen. Der unerlässliche, detaillierte Vergleich verschiedener Pumpenmodelle und -ausführungen erfordert Spezialkenntnisse und Hintergrundwissen. Aus diesem Grund empfiehlt es sich, bei einer derartigen Aufgabe unabhängige, erfahrene Spezialisten / Fachfirmen in den Auswahlprozess einzubinden. ❒



Bild 2: Pumpenausbau (Beispielbild). ❒

	Aggregat 1	Aggregat 3	Aggregat 4	Aggregat 5
Einsparung Stromkosten / Jahr Aggregat 2 gegenüber	7.393 €	3.155 €	3.944 €	8.401 €
Mehrkosten Aggregat 2 gegenüber	7.541 €	4.640 €	-8.167 €	4.854 €
Amortisationszeit Aggregat 2 gegenüber	1,02 a	1,47 a	---	0,58 a

Tabelle 2: Berechnung der Amortisationszeit Aggregat 2

	Aggregat 1	Aggregat 2	Aggregat 3	Aggregat 4	Aggregat 5
Anschaffungspreis	17.727 €	25.268 €	20.628 €	33.435 €	20.414 €
Stromkosten innerhalb 10 Jahren	669.990 €	596.060 €	627.610 €	635.500 €	680.070 €
Gesamtkosten 10 Jahre	687.717 €	621.328 €	648.238 €	668.935 €	700.484 €
Mehrkosten gegenüber Aggregat 2 innerhalb 10 Jahren	66.389 €	0 €	26.910 €	47.607 €	79.156 €

Tabelle 3: Kostenvergleich über zehn Jahre

Trinkwasserversorger:

Rund 25 Prozent des Umsatzes wird investiert

Die deutschen Trinkwasserversorger haben im Jahr 2020 rund 3,2 Milliarden Euro in die Instandhaltung ihrer Anlagen und in den Ausbau und die Erneuerung ihrer Infrastruktur investiert. Die Investitionssumme der öffentlichen Wasserversorgung macht damit rund 25 Prozent des Gesamtumsatzes von 13,1 Milliarden Euro der Branche aus. Dies zeigen vorläufige Zahlen des BDEW.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Investitionen der Trinkwasserversorger um fast fünf Prozent angestiegen. Mit 1,95 Mrd. Euro flossen mehr als die Hälfte der Investitionen in die Rohrnetze. Das liegt vor allem an steigenden Investitionen in die Sanierung und Erneuerung von Trinkwasserrohrnetzen.

Rund 21 Prozent der gesamten Investitionen wurden für die Wassergewinnung, -aufbereitung und -speicherung aufgebracht. Die restlichen 18 Prozent verteilen sich auf Zähler, Messgeräte, IT und sonstige Investitionen.

Mit einer Investitionsquote von rund 25 Prozent liegt die Branche weit über dem Durchschnitt anderer Wirtschaftsbereiche, wie zum Beispiel des Verarbeitenden Gewerbes mit etwas mehr als drei Prozent. Um die hohe Qualität der Wasserversorgung auch in Zukunft aufrecht erhalten zu können, wird auch zukünftig in die Sanierung und Erneuerung investiert. Auch im Bereich Zähler und Messwesen werden die Investitionen in den nächsten Jahren zunehmen. ❒

Unterstützung für Kommunen gefordert:

Zukunft der Feuerwehr

Nicht nur die Corona-Pandemie, auch die sich wandelnden gesellschaftlichen Entwicklungen bringen Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen in Bayern zunehmend an ihre Grenzen – und damit auch die Kommunen. Über die aktuelle Situation und Lösungen für die Zukunft diskutierten Experten und Abgeordnete im Innenausschuss. Wilfried Schober, Direktor des Bayerischen Gemeindetages, thematisierte das Problem der Tagesalarmierbarkeit im ländlichen Raum sowie die Ausschreibepraxis von Feuerwehrausrüstung für Kommunen. Finanzielle Anreize zur Nachwuchsrekrutierung lehnte Schober ab und kritisierte die zunehmende Anspruchsmentalität der Bürger.

Ob die Bergung von Schwerverletzten nach einem Unfall, das Löschen eines brennenden Heuballens oder die Beseitigung von Ölspuren – regelmäßig rücken die Jugendlichen der Freiwilligen Feuerwehren in Bayern mit ihren Übungsleitern zu nachgestellten Einsatzorten aus, um für den Ernstfall gewappnet zu sein. Doch aufgrund der Corona-Pandemie ist der reguläre Übungs- und Ausbildungsbetrieb derzeit nicht möglich. Die Belastungen durch die aktuelle Krise wirken sich daher besonders auf die Kinder- und Jugendfeuerwehren sowie die Nachwuchswerbung aus. Über diese Problematik, aber auch die allgemeine Situation und die Zukunft der Feuerwehr in Bayern, diskutierten im Rahmen einer Expertenanhörung die Teilnehmer im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport im Bayerischen Landtag.

Im ländlichen Raum weniger Tagesalarmierbarkeit

Wilfried Schober, Direktor des Bayerischen Gemeindetages und zuständig für Feuerwehrfragen, bezeichnete die Feuerwehren als „Stabilitätsanker in den Kommunen“. Die Freiwilligen Feuerwehren stünden ihm zufolge derzeit vor drei zentralen Herausforderungen: der Demografie und dem einhergehenden Nachwuchsmangel, der Technisierung der Ausstattung und der Tatsache, dass Wohn- und Arbeitsort der Menschen immer weiter auseinanderfielen. Damit seien die Freiwilligen Feuerwehrleute im ländlichen Raum im Einsatzfall nicht einfach zu alarmieren. Denn viele Feuerwehrkräfte pendelten tagsüber von ihrem Wohnort zur Arbeit – für Einsätze stünden sie daher nicht mehr zur Verfügung. Die Belastung werde zudem durch die Anspruchsmentalität der Bürger verstärkt. Sie riefen die Feuerwehr teilweise für Lappalien, weshalb Schober an die Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen appellierte, sich auf ihre Pflichtaufgaben zu konzentrieren.

Unterstützung für Ausschreibepraxis

Das größte Übel, aus Sicht der Gemeinden, sei laut Schober aber die Ausschreibung von Feuerwehrausrüstung, insbesondere von Feuerwehrfahrzeugen.Die Notwendigkeit zur europaweiten Ausschreibung überfordere viele kleine Feuerwehren und Kommunen. Die bislang dafür angebotene Beratung reiche nicht aus, klagte auch Johann Eitzenberger, Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbands Bayern e.V. Die Folge sei, dass sich die Kommunen teure Beratungsleistungen einkaufen müssten. Um die Ausschreibungspraxis für die Gemeinden zu erleichtern, empfahl Schober Unterstützung von den Bezirksregierungen. Sie sollten entsprechende Aufgaben übernehmen oder zumindest unterstützend zur Verfügung stehen, damit Gemeinden nicht auf spezialisierte Ingenieursbüros aufgrund des komplizierten Vergaberechts zurückgreifen müssten. Andreas Wührl, Kreisbrandrat des Kreisfeuerwehrverbands Tirschenreuth, schlug vor, dass den Kommunen zumindest standardisierte Ausschreibungsunterlagen zur Verfügung gestellt werden sollten.

Alternative Ausbildungsmethoden

Die Experten waren sich darin einig: Anstrengungen seien von allen Seiten erforderlich, um die entstandenen Defizite schrittweise wieder zu kompensieren. „Der innere Kitt der Feuerwehr ist die Kameradschaft und diese leidet aktuell im Bereich der Übungen und Ausbildung“, stellte Eitzenberger fest. Er begrüßte, dass eine Bedarfsanalyse im Rahmen einer gemeinsamen Projektgruppe vom Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration und dem Landesfeuerwehrverband Bayern vorgesehen ist. Wolfgang Schäuble, Leiter der Branddirektion München, empfahl den Einsatz alternativer Schulungsmöglichkeiten wie E-Learning oder Virtual Reality. So könnten Freiräume für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren geschaffen und die entsprechenden Ausbildungen praxisgerecht verkürzt werden. Die Ausbildungssituation in Städten mit Berufsfeuerwehr bewertete er grundsätzlich als positiv.

CSU stärkt kommunales Feuerwehrwesen

Auf Initiative der CSU-Landtagsfraktion wurden die Finanzmittel für die Jugend- und Nachwuchsarbeit und für die moderne Ausstattung der Feuerwehren in den vergangenen Jahren erhöht. Im Jahr 2020 stieg die Förderung des kommunalen Feuerwehrwesens auf die Summe von über 53 Millionen Euro. Damit wurden in den letzten fünf Jahren knapp 240 Millionen Euro in Fahrzeuge, Geräte und in den Bau von Feuerwehrhäusern investiert. Trotzdem forderten die Feuerwehrpraktiker insbesondere bei der Beschaffung großer Geräte und Fahrzeuge mehr staatliche Unterstützung. Für die Finanzierung des Sachaufwands forderte Schober, die staatlichen Fördersätze von derzeit 27 Prozent auf mindestens 33 Prozent anzuheben.

Wertschätzung für Engagement

Umstritten war im Expertenkreis, ob finanzielle Anreize bei der Nachwuchswerbung helfen könnten. Schober lehnte dies im Namen der Kommunen ab, es widerspreche auch der ehrenamtlichen Struktur der Feuerwehren. Einigkeit herrschte hingegen darüber, dass die Feuerwehrdiensttätigkeit für Ehrenamtliche attraktiver gestaltet werden müsse – sowohl was den Zeitrahmen als auch die Vereinbarkeit mit Familie betreffe. Eitzenberger führte in dem Kontext Möglichkeiten auf wie Anerkennungsprämien bzw. Feuerwehrrente nach dem Vorbild von Hessen oder Thüringen. „Für Bayern gilt es, ebenfalls ein tragfähiges, finanzierbares Modell zu entwickeln“, forderte er. Auch Schäuble erläuterte, dass die Feuerwehrangehörigen die Abgrenzung gegenüber anderen Ehrenämtern und teilweise auch die Anerkennung ihrer Leistung als unzureichend empfänden. Norbert Dünkel, der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises Kommunale Fragen der CSU-Fraktion, dankte den Ehrenamtlern für ihr Engagement: „Die über 310.000 Feuerwehrmänner und -frauen sind rund um die Uhr zur Stelle, wenn es darum geht, Menschenleben zu retten – oft unter Gefahr für das eigene. Derzeit hat für uns der Katastrophenschutz sowie der Ausbau und die Erweiterung der Feuerwehrschulen in Bayern mit einer Erhöhung der Lehrgangskapazitäten der Feuerwehrdienstleistenden Priorität.“ Auf Vorschlag von Dünkel erwägt der Innenausschuss die Gründung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe, die sich auf der Grundlage der Expertenanhörung mit der Zukunft der Freiwilligen Feuerwehren in Bayern beschäftigen soll. Kernpunkte müssten die Nachwuchsgewinnung und moderne Strukturen der Aus- und Weiterbildung sein.

Beitrag zur Integration

Um den Personenkreis potenzieller Feuerwehrleute zu erweitern, deuteten mehrere Experten auf die Gewinnung von Frauen und Migranten hin. Prof. Dr. Doris Rosenkranz, Vorstandsmitglied der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern, betonte, dass die Feuerwehr einerseits elementar sei für die Daseinsvorsorge, aber auch einen entscheidenden Beitrag zur Integration leiste. Schäuble stellte jedoch fest, dass die Gewinnung von Feuerwehrangehörigen mit Migrationshintergrund komplex sei. Er empfahl, den Kommunen und Feuerwehren dazu wissenschaftlich erarbeitete Konzepte an die Hand zu geben.

Andrea Fürstenberger, Landesfrauenbeauftragte des Landesfeuerwehrverbands Bayern e.V., bezog sich auf den geringen Frauenanteil von zehn Prozent Feuerwehrfrauen in der Feuerwehr. Zudem sei nur jede hundertste Führungsposition von einer Frau besetzt. Um mehr Frauen zu gewinnen, müssten sie im Rahmen von Veranstaltungen sichtbarer und auch direkt angesprochen werden. Schober empfahl, beispielsweise bei Bürgerversammlungen und in Bürgersprechstunden Frauen gezielt über das Engagement bei der Feuerwehr zu informieren und im persönlichen Gespräch zu gewinnen.Marcel Huber (CSU) – ebenfalls Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr – lenkte den Blick auf die Bedeutung der Kinderfeuerwehren: „Die Werbung für die Feuerwehr kommt von innen heraus. Deshalb ist eine frühe Begeisterung für die Sache notwendig.“ **red**

Webseminarreihe der Kubus GmbH:

Kalkulation der Feuerwehrgebühren nach dem Pauschalverzeichnis

Ende letzten Jahres hat der Bayerische Gemeindetag ein neues Pauschalverzeichnis für den Kostenersatz von Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr erarbeitet. Dieses soll den Gemeinden eine praktikable Möglichkeit bieten, die Gebühren relativ schnell und einfach zu ermitteln. Die Rechtsprechung in Bayern gestattet das Pauschalverzeichnis, allerdings mit der Vorgabe, dass das Pauschalverzeichnis mit eigenen belastbaren Zahlen hinterlegt ist. Dies bedeutet, dass die Gemeinden eine eigenständige Kalkulation durchführen müssen und nicht die Werte des Pauschalverzeichnisses übernehmen dürfen.

Hier setzt die sechsteilige Webinarreihe der KUBUS GmbH an. Kommunen werden mit drei Grundlagen- und drei Kalkulationsblöcken in die Lage versetzt, eine eigene Kalkulation durchzuführen. Das Webseminar erläutert typische Probleme, die bei einer Kalkulation entstehen können und bietet praktische Hinweise, um eine eigene Kalkulation durchzuführen. Die Seminarblöcke des Webseminars sind einzeln buchbar. Gestartet werden kann im März und im September 2021.

Weiterhin bietet die KUBUS GmbH, als praxisbezogene Ergänzung zum theoretischen sechsteiligen Webseminar, für bis zu vier Gemeinden einen zweitägigen Workshop an, in dem gemeinsam und auf Grundlage einer Mustertabelle der Kubus GmbH eine eigene Kalkulation erstellt wird. Weitere Informationen: Michael Wegener, 089/4423540-17, https://www.kubus-mv.de unter Aktuelles/Termine. ❐

Das bayerische Feuerwehrrecht in der Praxis:

Souverän im Einsatz

Alle wesentlichen Änderungen sicher umsetzen und nutzen

Das Feuerwehrrecht ist eine dynamische Rechtsmaterie. So wie sich die Feuerwehrtechnik ständig ändert, bleiben auch Mentalitätswechsel bei Feuerwehrdienstleistenden nicht aus. Und: war der Dienst in Feuerwehren noch vor nicht allzu langer Zeit eine Selbstverständlichkeit im örtlichen Gemeinwesen, nimmt der Wunsch, sich für die Sicherheit der Mitmenschen zu engagieren, in letzter Zeit tendenziell – leider – ab.

Darauf regiert der Gesetzgeber. Der Bayerische Landtag hat vor einigen Jahren das Bayerische Feuerwehrgesetz grundlegend novelliert. Grundsätzlich wird damit das Ziel verfolgt, unter immer schwierigeren Rahmenbedingungen die Einsatzbereitschaft der rund 8.000 Feuerwehren in Bayern heute und in Zukunft sicherzustellen. Das Bayerische Staatsministerium des Innern hat daraufhin die Ausführungsverordnung und die Vollzugsbekanntmachung zum Bayerischen Feuerwehrgesetz überarbeitet und dem neuen Gesetz angepasst.

Neue überarbeitete 3. Auflage

Die Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm hat jetzt eine Neuauflage des Buches „Das bayerische Feuerwehrrecht in der Praxis“ herausgebracht. Der Autor Wilfried Schober ist als Direktor im Bayerischen Gemeindetag u. a. zuständig für die Bereiche Feuerwehrwesen und Rettungsdienst.

Das Buch macht auf die wichtigsten Bestimmungen im bayerischen Feuerwehrrecht aufmerksam und gibt Hilfestellungen für den praktischen Vollzug. Es erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es handelt sich um keinen Kommentar zu einzelnen Vorschriften des Gesetzes. Dem Buch liegt vielmehr die erfolgreiche Seminarreihe „Feuerwehrrecht von A bis Z – Rechte und Pflichten der Gemeinden und ihrer Feuerwehrdienstleistenden“ des Bayerischen Gemeindetags zugrunde, die dem interessierten Leser einen schnellen und kompakten Überblick über das Feuerwehrrecht für den täglichen Vollzug in Bayerns Kommunen ermöglichen soll.

Um aktuell einen Überblick über die praxisrelevanten Vorschriften zu geben, wurden bei den Erläuterungen die im Zeitpunkt der Drucklegung gültigen Verwaltungsvorschriften zitiert. www.feuerwehrrecht-in-bayern.de ❐



Löschen, Retten, Bergen: Unimog für Feuerwehr und Katastrophenschutz.

Wenn jede Sekunde zählt, müssen Einsatzfahrzeuge höchsten Standards entsprechen. Der Unimog erfüllt diese Anforderungen und bietet gemeinsam mit seinen Aufbaupartnern eine enorme Variantenvielfalt für ein optimal ausgestattetes Einsatzfahrzeug.

Egal ob besonders geländegängig und robust mit den Modellen U 4023 und U 5023 oder leistungsstark und flexibel auf engstem Raum mit den Geräteträgern U 219 bis U 530: Mit dem Unimog haben Sie den richtigen Partner für Ihren nächsten Einsatz.

Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/feuerwehr

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com



Monika Uhl, Vorsitzende des Vereins „Pro Innenstadt“ gemeinsam - auf Abstand - mit Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger.

Bild: ©StMWi/E. Neureuther

28 bayerische Innenstadtinitiativen:

„Wir bluten aus“

Wirtschaftsminister Aiwanger: „Brauchen Ende des Lockdowns und Neustart für die Innenstädte“

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat die Resolution „Wir bluten aus“ entgegengenommen, in der 28 bayerische Innenstadtinitiativen und viele mittelständische Händler auf ihre schwierige Situation aufgrund der Coronakrise aufmerksam machen. Unter anderem wird in der Resolution eine einmalige Befreiung von den Vorgaben für verkaufsoffene Sonntage gefordert, um bis November acht verkaufsoffene Sonntage zu ermöglichen. Zudem soll ein Sonderfonds eingerichtet werden, um bauliche und gestalterische Maßnahmen in den Innenstädten sowie die Digitalisierung des Handels finanziell zu unterstützen.

Wirtschaftsminister Aiwanger: „Die Innenstädte mit Einzelhandel und Gastronomie stehen für die hohe Lebensqualität in unseren Städten und Kommunen. Nach einem Jahr Corona stehen viele Immobilien leer und viele traditionsreiche Geschäfte mussten aufgeben. Die Lage der noch verbliebenen Innenstadthändler wird immer prekärer.“

Viele Läden stehen vor einem endgültigen Aus

„Wenn die Läden nicht bald wieder öffnen können“, so Aiwanger weiter, „werden viele für immer geschlossen bleiben. Ich werde mich weiterhin für die betroffenen Branchen und die Innenstädte einsetzen. Der Handel muss zeitnah die Möglichkeit haben, die Attraktivität für Kunden zu erhöhen und mit Abflauen der Pandemie müssen auch wieder lange Verkaufsnächte und verkaufsoffene Sonntage möglich werden. Momentan ist es ja noch Argumentationslage zur Begründung der Schließung, Publikumsverkehr in Innenstädten möglichst zu reduzieren. Das widerspricht natürlich den Interessen der Ladenbesitzer.“

Es ist bereits 12 Uhr

„In den Innenstädten ist es nicht 5 vor 12, es ist bereits 12 Uhr“, sagte Monika Uhl, die Vorsitzende des Vereins „Pro Innenstadt“ und Initiatorin der Resolution. Die wirtschaftlichen Folgen für die gesamte Branche seien verheerend. „Tausende von Arbeitsplätzen sind in Gefahr und den Innenstädten droht die Verödung“, betonte Uhl. Wenn nämlich der traditionelle Einzelhandel ausblute, „sterben die Zentren und verlieren ihre wichtige Funktion als Begegnungsstätte sowie als Mittelpunkt der Städte und Gemeinden. Und damit ginge auch ein Stück europäisches Kulturgut verloren“.

Initiative „Bayern hilft Händlern“

Das Bayerische Wirtschaftsministerium unterstützt die Wettbewerbsfähigkeit und Transformation im lokalen Einzelhandel bereits seit Jahren, beispielsweise mit dem Programm „Digitale Einkaufsstadt“. Die vom Ministerium geförderte Initiative „Bayern hilft Händlern“ bietet unter anderem Webinare und Sprechstunden zur Digitalisierung im Einzelhandel, um gegenüber dem Onlinehandel nicht völlig unter die Räder zu kommen.

Zeitnahe Öffnung nötig

Aiwanger betonte die Notwendigkeit nach einer zeitnahen Öffnung des Einzelhandels: „Mehrere wissenschaftliche Studien, auch vom Robert-Koch-Institut, bestätigen, dass vom Handel nur ein sehr geringes Infektionsrisiko ausgeht. Bayerns Händlerinnen und Händler haben letztes Jahr mit ihren Hygiene- und Schutzkonzepten bereits erfolgreich gezeigt, dass ein sicheres Einkaufen vor Ort in den Geschäften möglich ist. Subventionen aus der Staatskasse sind kein Dauerzustand und für die Unternehmer demotivierend. Unsere beste Medizin gegen Ladenschließungen und leere Innenstädte ist eine schrittweise Rückkehr zum normalen Geschäftsbetrieb unter Einhaltung der Hygiene- und Schutzmaßnahmen.“ ❐

Sonderzahlungen für Seenzweckverbände

Um das Seenland für den Tourismus attraktiv zu erhalten, hat der Bezirk Mittelfranken seit 2018 einen jährlichen Topf für Sonderinvestitionen in Höhe von 300.000 Euro eingerichtet. Die Gelder sind als anteilige Finanzierung von barrierefreien und nachhaltigen Baumaßnahmen bestimmt. In ihrer Sitzung entschieden die Mitglieder des Wirtschafts- und Umweltausschusses im Ansbacher Bezirksrathaus über die Verteilung. Anträge reichten die Seenzweckverbände Altmühlsee und Brombachsee beim Bezirk ein.

Es wurde beschlossen, dem Zweckverband Brombachsee 143.500 Euro zu gewähren.

Das Geld fließt in die Erweiterung des Spielplatzes in Enderndorf um einen Wasserspielbereich mit barrierefreien Elementen, den Erwerb von zwei Elektrofahrzeugen als Ersatz für vorhandene Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor sowie den Ausbau der Elektroversorgung auf der Badehalbinsel Absberg.

Auch am Altmühlsee tut sich baulich etwas. Mit 125.000 Euro unterstützt der Bezirk Mittelfranken den barrierefreien Ausbau der Spielplätze sowie unter anderem die Schaffung von behindertengerechten Stellplätzen auf dem Wohnmobilstellplatz im Seezentrum Muhr am See. ❐

Malen für eine bessere Welt

Bilder des Malwettbewerbs von Stadt und Landkreis sind jetzt in der Amberger Innenstadt zu bewundern

Amberg-Sulzbach/Amberg. „1000 Schulen für unsere Welt“ – ein ehrgeiziges Ziel, bei dem die Stadt Amberg und der Landkreis Amberg-Sulzbach zusammenarbeiten. Rund 60 Kinder beteiligten sich am Malwettbewerb, zu dem die Projektkoordinatorinnen per Zeitungsartikel aufgerufen hatten. Kinder bis 13 Jahre sollten ein Bild zum Thema „Schule für alle Kinder dieser Welt“ malen. Die Behördenchefs Landrat Richard Reisinger und Oberbürgermeister Michael Cerny höchstpersönlich überreichten den Nachwuchskünstlerinnen die Präsente: Kinogutscheine für das Cineplex in Amberg. Beide freuten sich darüber, dass sich die Teilnehmer so kreativ und einfühlsam in das Thema gezeigt hatten.

Weil eine Ausstellung aller eingesandten Arbeiten in Innenräumen aus bekannten Gründen nicht verwirklicht werden kann, fanden die beiden Initiatorinnen nun einen anderen Weg, die sehenswerten Werke der Kinder der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Leerstand in der City

Sie machten sich den Leerstand in der Amberger City zunutze. Die Bilder des Malwettbewerbs werden nun an drei Orten in der Innenstadt (Stadtbibliothek und vhs-Räume, ehemaliger Comma-Store in der Unteren Nabburger Straße und ehemalige Sparkasse in der Herrnstraße) ausgestellt.

Ausstellung in den Schaufenstern

Dort dürfen die Passanten nun die Ideen und Vorschläge zum Thema „1000 Schulen für unsere Welt“ in den Schaufenstern rund um die Uhr bewundern. Und was hier nicht mehr reingepasst hat, das konnte noch im städtischen Teil der Litfaßsäule am Hallplatz untergebracht werden. „Eine prima Idee“, fanden Landrat und OB diese verdiente Würdigung des künstlerischen Engagements der Kinder.

Auch die kleinste Spende hilft

„Jeder kann hier helfen und mit einem kleinen Beitrag zur Umsetzung eines großen Projekts beitragen“, sagen Nicole Graf vom Landkreis Amberg-Sulzbach und Heike von Eyb von der Stadt Amberg, die das Projekt betreuen. Sie halten Kontakt zu den Vereinen Projekthilfe Dr. Luppa und Socialis for the Gambia und beobachten die Umsetzung der Projekte vor Ort. Mit dieser Gemeinschaftsinitiative unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, leisten beide Kommunen über Spendensammlungen einen Beitrag, um in den ärmsten Ländern der Welt Kindern und Jugendlichen eine lebenswertere Zukunft zu ermöglichen. Dabei legen sie diese Aufgabe in die Hände zweier Vereine - es sind die „Projekthilfe Dr. Luppa“ und der Verein „Socialis for the Gambia“. „Beide Vereine verfügen über die nötige Erfahrung und die Kontakte, um die hier gesammelten Spendengelder zu 100 Prozent vor Ort zielführend einzusetzen“, ist Landrat Richard Reisinger überzeugt.



Unter anderem im ehemaligen Comma-Store in der Unteren Nabburger Straße in Amberg haben Nicole Graf (li.) und Heike von Eyb die Bilder vom Malwettbewerb „1000 Schulen für unsere Welt“ aufgehängt.

Bild: Christine Holledererf

Bekämpfung von Fluchtursachen

Bildung fördern, Armut verringern und neue Perspektiven vor Ort schaffen – das ist der Grundgedanke des Projekts „1000 Schulen für unsere Welt“. Laut Oberbürgermeister Michael Cerny ein wirksamer Beitrag zur Entwicklungsarbeit, aber auch zur Bekämpfung von Fluchtursachen. „Bildung ist der beste und sinnvollste Weg, den Menschen die Möglichkeit zu geben, in der Heimat zu bleiben und dort ihr Leben frei gestalten zu können“, so das Stadtoberhaupt. Für ca. 50.000 Euro kann in Afrika eine Schule gebaut werden, die damit pro Jahr bis zu 1000 Schülern 1000 Bildungs- und Zukunftsperspektiven biete.

Gemeinsames Spendenkonto

Spenden werden natürlich weiter gesammelt. Dazu wurde laut Oberbürgermeister Michael Cerny und Landrat Richard Reisinger bei der Sparkasse Amberg-Sulzbach eigens ein gemeinsames Spendenkonto für die Stadt und den Landkreis eingerichtet, um miteinander noch mehr bewegen zu können. „Helfen Sie mit!“, so der Wunsch der beiden. Spendenkonto: Sparkasse Amberg-Sulzbach – IBAN: DE87 7525 0000 0240 1002 14; Stichwort „1000 Schulen für unsere Welt“ Für eine Spendenbescheinigung bitte vollständige Adresse angeben.

Projektpartner

Socialis for the Gambia sammelt Spendengelder. So konnte den Kindern eine Schule gebaut und täglich eine Mittagsverpflegung, oft die einzige Mahlzeit des Tages, angeboten werden.

Die Projekthilfe Dr. Luppa blickt auf eine mehr als 55-jährige Erfahrung zurück. Was in den 1960er-Jahren mit Medikamentenspenden und Krankenhäusern in Peru und auf den Philippinen begann, hat sich nun auf viele weitere Einsatzgebiete, z.B. Afrika, ausgeweitet. Mit den Spendengeldern möchte der Verein seine Schule in Togo weiter ausbauen und ausstatten. ❐



Chancen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

Von Altoberbürgermeister Professor Dr. Siegfried Balleis

In den Kommunen ist die Erkenntnis gereift, dass es nicht nur richtig und wichtig ist, die Flüchtlinge, die zu uns kommen, zu integrieren, sondern dass auch Städte und Gemeinden einen Beitrag zur Bekämpfung der Fluchtursachen leisten können. Städte und Gemeinden verfügen über hervorragend ausgebildete Mitarbeiter, die beim Aufbau von Institutionen und Infrastrukturen in Entwicklungs- und Schwellenländern einen Beitrag leisten können. Die Erkenntnis über die Bedeutung der Kommunen bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit hat mit dem seit 2013 amtierenden Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Prof. Dr. Gerd Müller Eingang in die Entwicklungspolitik gefunden.

Bis 2013 spielten die Kommunen in der Entwicklungspolitik leider eine untergeordnete Rolle, obwohl es bereits seit 2001 die „Servicestelle Kommunen in der einen Welt" (SKEW) gibt.

Konzeptionell und empirisch ist der Beitrag der Kommunen im Jahr 2009 in der Studie "Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland" von Fröhlich und Lämmlin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik beschrieben worden.

Dort wird ausgeführt, dass sich immer mehr Kommunen im Rahmen kommunaler Partnerschaften in Städten in Asien, Afrika und Lateinamerika engagieren. Die Studie beschreibt, dass sich die globalen Herausforderungen des Klimawandels, der Weltfinanzkrise, des internationalen Terrorismus und der Armut-bedingten internationalen Migration nur durch gemeinsames Handeln lösen lassen, was aber von Regierungen allein nicht zu leisten sei.

Angelegenheiten der lokalen Gemeinschaft

Kritisch wird angemerkt, dass bis dato noch nicht geklärt sei, in welcher Weise sich entwicklungspolitische Aktivitäten der Gebietskörperschaften unterhalb der Ebene der nationalen Regierungen den neuen Prinzipien effektiverer Entwicklungszusammenarbeit anzupassen haben.

Von jeher gibt es in Deutschland eine Diskussion über das entwicklungspolitische Wirken von Kommunen. Während ordnungspolitische Puristen davon ausgehen, dass Entwicklungspolitik Bundesangelegenheit oder allenfalls noch Länderangelegenheit ist und damit den Kommunen verschlossen sei, sehen Pragmatiker die Möglichkeit der Ableitung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit aus Art. 28 des Grundgesetzes, das das Recht auf kommunale Selbstverwaltung garantiert, wonach die Bürger die Angelegenheiten ihrer lokalen Gemeinschaft eigenverantwortlich regeln und verwalten sollen.

17 Ziele für nachhaltige Entwicklung

Laut Innenministerkonferenz vom Juni 2019 kann die kommunale Entwicklungszusammenarbeit und kommunale Nachhaltigkeitsstrategie nun von Bund und Ländern unterstützt werden und als nachhaltiges Element zur Umsetzung der Agenda 2030 und Erreichung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung vor Ort und im Ausland anerkannt werden. Damit sind die Behauptungen vieler Verwaltungschefs und Kämmerer „vom Tisch", die bisher davor gewarnt haben, dass Hilfsmaßnahmen für kommunale Entwicklungszusammenarbeit von den jeweiligen Rechtsaufsichtsbehörden nicht genehmigt würden.

Bekämpfung der Fluchtursachen

Die starken Flüchtlingsbewegungen 2015 haben die Debatte über die Flüchtlingsfrage und die Ursachen in das Zentrum der gesellschaftspolitischen Diskussion gestellt. In diesem Zusammenhang ist deutlich geworden, dass neben der Frage der Integration auch die Frage nach der Bekämpfung der Fluchtursachen gestellt wird. Dies hat dazu beigetragen, dass Entwicklungshilfe nicht mehr nur als ein exotischer Politikbereich für Fachpolitiker gesehen wird, sondern auf gesellschaftliches Interesse auch bei Kommunalpolitikern stößt.

Allerdings gibt es auch hier noch Vorbehalte, da fälschlicherweise angegeben wird, dass die jeweiligen Rechtsaufsichtsbehörden das kommunale entwicklungspolitische Engagement nicht genehmigen würden. Inzwischen bietet das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit über die Organisationen „Engagement Global" und die „Servicestelle Kommunen in der einen Welt" ein breites Spektrum an Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit an. Kommunen eignen sich als Partner der Entwicklungszusammenarbeit, da Eigenverantwortung und dezentrale Entscheidungsfindung die Markenzeichen von Kommunalverwaltungen sind. Rund 2,2 Millionen Mitarbeiter in kommunalen Verwaltungen und Unternehmen verfügen über ein Wissen, das noch stärker für kommunale Entwicklungszusammenarbeit genutzt werden kann.

Auf- und Ausbau kommunaler Partnerschaften

Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit von Engagement Global und SKEW basiert auf den Handlungsfeldern: Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene; fairer Handel und faire Beschaffung; Auf- und Ausbau kommunaler Partnerschaften. Im Rahmen der global nachhaltigen Kommunen bieten diese Institutionen Veranstaltungen an und fungieren als Partner bei der Umsetzung von Projekten auf kommunaler Ebene oder auf Ebene der kommunalen Spitzenverbände. Kommunen werden dabei unterstützt, Bestandsaufnahmen zum Nachhaltigkeitsmanagement und zur kommunalen Entwicklungspolitik zu erstellen.

Im Bereich Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene besteht der Service in der Organisation von Netzwerktreffen und der Unterstützung bei Bestandsaufnahmen und der Erstellung von Studien. Fairer Handel und faire Beschaffung ist ein Schwerpunktthema des Entwicklungshilfeministers, das er in seinem Buch „Unfair" beschreibt. Zu diesem Themenkomplex gehört die Kampagne „Deutschland fairgleicht", der Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels" und das „Netzwerk Faires Beschaffungswesen".

Königsdisziplin

Wenn man so will, stellen die kommunalen Partnerschaften zwischen Städten in Deutschland und in Entwicklungsländern die Königsdisziplin der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit dar. Dies dokumentiert sich auch im Rahmen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen; das Ziel Nummer 17 trifft die Partnerschaft: „Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben". Inzwischen gibt es eine Reihe kommunaler Klimapartnerschaften und Nachhaltigkeitspartnerschaften. Mit dem Instrument „Connective Cities" wird eine internationale Städteplattform für nachhaltige Entwicklung zur Verfügung gestellt. Um all diese Programme durchführen zu können, gibt es eine differenzierte personelle und finanzielle Unterstützung. So wurde 2016 das Förderangebot „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik" eingeführt, mit der Kommunen einen maximal 90-prozentigen Zuschuss für die Personalressourcen beantragen können. Im Rahmen des Kooperationsprojektes „Integrierte Fachkräfte für Kommunen weltweit" (IFKW) werden mit dem Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) Fachkräfte für kommunale Partnerschaften vermittelt. Mit dem „Kleinprojektefonds kommunale Entwicklungspolitik" können Akteure seit 2016 einen Zuschuss für die Durchführung neuer Maßnahmen und Partnerschaften in der kommunalen Entwicklungspolitik beantragen.

Der maximal 90-prozentige Zuschuss des Kleinprojektefonds beträgt pro Projekt zwischen 1.000 und 20.000 Euro. Im Förderangebot „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte" (NAKOPA) können Kommunen oder kommunalen Spitzenverbände Zuschüsse für entwicklungspolitische Vorhaben von 20.000 bis 250.000 beantragen; und es gibt das „Förderprogramm für kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte" (FKKP).

Instrumentenkasten des BMZ

Den Kommunen steht ein detaillierter Instrumentenkasten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, von Engagement Global und der Servicestelle Kommunen in der einen Welt (SKEW) zur Verfügung.

Dabei ist die Größe einer Kommune nachrangig, wie die vorbildlichen Projekte der Allgäu-Gemeinden Heimenkirch, Gestratz, Opfenbach, Hergatz und Amtzell beweisen. Gerade kleinere Kommunen können sich mit einer Zweckvereinbarung auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen und entwicklungspolitische Projekte durchführen.

Wir entnahmen diesen Text dem Informationsbrief des Bayerischen Städtetags, Nr. 1 vom Januar 2021.

Der Autor, Erlangens Altoberbürgermeister Professor Dr. Siegfried Balleis, ist als ehrenamtlicher Botschafter des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für den Bereich kommunale Entwicklungszusammenarbeit tätig.

Ansprechpartnerin beim Bayerischen Städtetag: andrea.gehler@bay-staedtetag.de. ❐



Die Jungs von der „Casa Teresa". Bild: Stadtsparkasse Augsburg

Haus der Stifter:

Hilfe für Kinderheime in Argentinien

Die Stiftung Leben-Raum in der Haus der Stifter-Stiftergemeinschaft der Stadtsparkasse Augsburg ist eine der Stiftungen, die sich national und international engagiert. So werden u. a. drei Kinderheime in Morenos, einem Vorort von Buenos Aires in Argentinien, unterstützt. Alle Kinder in den Heimen sind Waisen oder stammen aus Familien mit sehr schwierigen sozialen Verhältnissen.

Im Heim „Casa Teresa" – hier wohnen Jungs von 6 bis 16 Jahre – hatte im vergangenen Jahr ein Brand große Teile des Gebäudes zerstört. Wie durch ein Wunder wurde keines der Kinder verletzt. Dank der Spendenaktion zum Jahresende konnten nun die Schäden beseitigt, das Dach wieder gedeckt, Betten und Handtücher, ein Fenster und eine Klimaanlage gekauft werden. Außerdem hat es noch für ein Kamerasystem im Haus und draußen gereicht.

Damit hat man einen besseren Überblick, was im Haus und auch draussen vor sich geht. „Künftig fühlen wir uns noch sicherer und ich kann endlich wieder ruhiger schlafen", freut sich Leandro, der im Casa Teresa ein Dach über dem Kopf fand.

Sicherheit für den nächsten Schritt ins eigene Leben

Auch in „Los Horneros", für Mädchen von 5 bis 17 Jahre, hat die Stiftung Gutes bewirkt. Mit den Spenden wurden notwendige Renovierungsarbeiten am Gebäude fertiggestellt. Außerdem wurde ein kleines Häuschen auf dem Gelände errichtet für Mädchen, die mit 17 Jahren eigentlich das Heim verlassen müssten, aber noch nicht ganz auf eigenen Füßen stehen können. „In dem neu gebauten Haus können sie sich nun in Sicherheit für den nächsten Schritt ins eigene Leben vorbereiten und selbständig werden", so eine der Leiterinnen des Kinderheimes.

Die Stiftung unterstützt neben den Kinderheimen in Argentinien auch Projekte in Chile, Südindien und Ecuador.

Spenden erwünscht

Finanzielle Zuwendungen sind auf folgendem Konto möglich: Haus der Stifter-Stiftergemeinschaft der Stadtsparkasse Augsburg; IBAN: DE03 7205 0000 0000 0781 21; Verwendungszweck: Stiftung Leben-Raum. ❐



GZ ZU GAST BEI ...


© Matthias Schmiedel

Katrin Albsteiger

Oberbürgermeisterin der Stadt Neu-Ulm

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Stadt Neu-Ulm mit rund 62.000 Einwohnern.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
1. Mai 2020.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Aktiv geplant hatte ich das eigentlich nie. Ich war zu meiner Schulzeit Schülersprecherin. Mir war es immer schon wichtig, mich für andere einzusetzen und deren Anliegen zu vertreten. Und wo geht das besser als kommunal vor Ort. Als Gemeinderätin in der Nachbargemeinde Elchingen und später als Stadträtin in Neu-Ulm habe ich erste Erfahrungen gesammelt und mich in die Kommunalpolitik vollends verliebt.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Das war mehr oder weniger learning by doing. Meine ersten politischen Schritte machte ich in jungen Jahren in der Jungen Union, später dann als Gemeinde- Kreis- und Stadträtin. Auch meine Zeit als Abgeordnete im Deutschen Bundestag hat mich geprägt und mir sicherlich auch das richtige und nötige Rüstzeug für meine Arbeit als Oberbürgermeisterin mitgegeben.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Da geht es mir sicherlich nicht anders, als allen anderen Kolleginnen und Kollegen, die im Frühjahr 2020 ins Amt gewählt wurden. Die Corona-Pandemie mit ihren Auswirkungen in sämtliche Lebensbereiche war und ist die größte Herausforderung. Das öffentliche Leben findet quasi nicht mehr statt, Bürgerkontakte sind für mich als Oberbürgermeisterin nur telefonisch oder digital möglich, es gibt für die Bürgerinnen und Bürger kaum Geselligkeit auf Festen und Feiern, viele Betriebe und Unternehmen haben Existenzsorgen und die städtischen Finanzen sind durch rückläufige Gewerbesteuereinnahmen eingebrochen. Die größte Herausforderung ist nun, die Stadt bestmöglich durch und aus dieser Pandemie zu führen und das Leben zurück in die Stadt zu bringen, sobald dies wieder erlaubt ist. Eine gute Seite hat die Pandemie jedoch auch für mich: Wir haben innerhalb kürzester Zeit enorme Fortschritte im Bereich der Digitalisierung gemacht und Prozesse etabliert, an die wir vor einem Jahr noch nicht gedacht hatten.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Die Entwicklung des zentralen Heiner-Metzger-Platzes mitten in der Neu-Ulmer Innenstadt. Hier soll ein neues urbanes Zentrum entstehen, in dem Wohnen und Arbeiten möglich ist und auch die Stadtbücherei und der Generationentreff ihr neues Domizil finden. Darüber hinaus hat die Stadt Neu-Ulm Ende vergangenen Jahres eine umfangreiche Öffentlichkeitsbeteiligung zur Erstellung eines Integrierten Stadtentwicklungskonzepts umgesetzt. Gut 1.000 Rückmeldungen und Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern gingen hierzu ein. Die Bewertung und Ausarbeitung wird uns noch das erste Halbjahr 2021 beschäftigen. Zudem planen wir gerade den Neubau einer Grundschule im Stadtteil Burlafingen und eine ganze Reihe neuer Kindertagesstätten.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/ wollen?
Mir persönlich und auch dem Stadtrat sind vor allem die Schaffung von Wohnraum, der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und die Stärkung der hiesigen Wirtschaft wichtig. Darüber hinaus arbeitet die Stadt Neu-Ulm gemeinsam mit der Stadt Ulm und dem Landkreis an einem gemeinsamen Nahverkehrsplan zur Verbesserung der verkehrlichen Strukturen in beiden Städten und der Region. Gemeinsam mit dem Landkreis Neu-Ulm planen wir auch ein digitales Bürgerzentrum. Schlussendlich ist die Frage des Umwelt- und Klimaschutzes quasi ein Dauerbrenner in unserer Stadt, dem ich mich ganz besonders widmen möchte.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Ich zähle mich selbst mit 37 Jahren durchaus noch zu den jungen Kollegen 🙂. Unabhängig davon möchte ich ganz grundsätzlich dazu ermuntern, sich für die Gemeinschaft und das eigene Umfeld einzubringen. Dies muss nicht immer politisch in Form eines Mandats in einem Gemeinde- oder Stadtrat sein. Das ist auf vielfältige Weise auch im ehrenamtlichen Bereich, in Vereinen oder Organisationen möglich. Engagement – egal ob nun politisch oder sozial – zahlt sich immer aus. Es erweitert den eigenen Horizont und bringt eine Gemeinschaft weiter.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Mir ist ein regelmäßiger Austausch genauso wichtig, wie Transparenz – sowohl verwaltungsintern, als auch im Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern und dem Stadtrat. Im Arbeitsalltag funktioniert das gut über regelmäßige Jour fix-Termine und Besprechungen. Auch wenn Arbeitskreisen im Allgemeinen ein etwas negativer Touch anhaftet: Ich mag Arbeitskreise, denn hier wird auf Augenhöhe und kreativ gearbeitet. Die Bürgerinnen und Bürger versuchen wir auf möglichst vielfältige Art und Weise abzuholen und hierdurch auch deren Meinung abzufragen. Sei es nun ganz traditionell bei Informationsveranstaltungen, Beteiligungsverfahren oder Bürgersprechstunden oder aber auch über die unterschiedlichsten Kommunikationskanäle wie Facebook, WhatsApp, Instagram, per Mail oder Videocall. Am allerliebsten ist mir aber immer noch der direkte Austausch, das persönliche Treffen. Im direkten Gespräch erfährt man immer noch am besten, wo der Schuh drückt.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Die Digitalisierung durchdringt schon heute nahezu jeden Bereich des Alltags. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie gut wir in diesem Bereich bereits aufgestellt sind und wo es noch Nachholbedarf gibt. Die Digitalisierung macht glücklicherweise auch vor der Kommunalpolitik nicht halt. Hier wird sich in den kommenden Jahren sicherlich noch Einiges bewegen.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Ein Glas ist immer halb voll und niemals halb leer. Ich bin eine gnadenlose Optimistin!
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Wenn später einmal über mich gesagt werden würde: „Die Frau Albsteiger, die war gschaffig, hatte immer ein offenes Ohr und hat sich um die Probleme und Anliegen der Menschen gekümmert", dann würde mich das freuen. ❐

Bezirksausschuss Oberfranken beschließt:

Zusätzliche Förderstättenplätze

Der Bezirksausschuss Oberfranken unter Leitung von Bezirkstagspräsident Henry Schramm beschloss Anfang März wichtige Maßnahmen im sozialen Bereich und der Weg für eine neue Maschinen- und Mehrzweckhalle für die Landwirtschaftlichen Lehranstalten in Bayreuth wurde freigemacht.

Der Bezirksausschuss befasste sich mit dem Antrag der Lebenswerk gGmbH Bayreuth auf Bedarfsanerkennung für 24 zusätzliche Förderstättenplätze. Bisher war der sogenannte Förderbereich mit zwölf Plätzen im Gebäude der Werkstatt für Menschen mit Behinderung in der Ritter-von-Eitzenberger-Straße in Bayreuth untergebracht, das im August 2020 durch einen Brand zerstört wurde. Der Träger beabsichtigt einen Neubau der Werkstatt. Im Rahmen des Neubaus soll auch eine eigene Förderstätte für insgesamt 36 Menschen mit Behinderung errichtet werden. Die Kapazität der Förderstätte soll um 24 Plätze erweitert werden.

Am Leben teilhaben

„Förderstätten bieten erwachsenen Menschen mit schwerer und mehrfacher Behinderung einen weiteren Lebensraum an. Aufgrund ihrer Beeinträchtigung können sie nicht, noch nicht oder nicht mehr die Werkstatt besuchen. Wir unterstützen diese wichtige Einrichtung, da so auch Menschen mit schwerer oder mehrfacher Behinderung am Leben in der Gemeinschaft teilhaben können. Dass der Bezirksausschuss den Bedarf für die 24 zusätzlichen Förderstättenplätze einstimmig anerkannt hat, ist ein bedeutendes und sehr erfreuliches Zeichen", gibt Bezirkstagspräsident Henry Schramm bekannt. Durch den geplanten Neubau der Förderstätte mit erweiterter Kapazität werden sich auch die Ausgaben des Bezirks in diesem Bereich erhöhen. Neben einem einmaligen Investitionskostenzuschuss, dessen Höhe noch im Detail festzulegen ist, dürfte sich das Pflegesatzvolumen um jährlich etwa 480.000 Euro erhöhen.

Zusätzliche Unterstützungsleistungen

Das zum Jahresbeginn in Kraft getretene neue Bundesgesetz soll deutschlandweit etwa 20.000 zusätzliche Stellen für Pflegehilfskräfte in den Pflegeheimen schaffen. Durch die neuen Stellen sollen die Bewohner von Pflegeheimen von zusätzlichen Unterstützungsleistungen durch Pflegehilfskraftpersonal profitieren. Bezahlt werden soll dies durch sogenannte Vergütungszuschläge, die alleine die Pflegekassen zu tragen haben, so dass pflegebedürftige Menschen nicht zusätzlich belastet werden. Allerdings haben nur Pflegeversicherte Anspruch auf diese zusätzlichen Leistungen. Für Pflegebedürftige, die nicht pflegeversichert sind und zugleich auf Leistungen der Hilfe zur Pflege durch den Bezirk angewiesen sind, sieht das Bundesgesetz keinen entsprechenden Vergütungszuschlag vor, so dass sie – nach den gesetzlichen Regelungen – auch keine zusätzlichen Unterstützungsleistungen erhalten würden.

Aus sozialpolitischen Gründen haben sich die Bezirke in der Landespflegesatzkommission einhellig dafür ausgesprochen, entsprechende Vergütungszuschläge – im Rahmen freiwilliger Leistungen – auch an nicht versicherte Menschen zu gewähren. „Wir wollen keine Leistungsberechtigten erster und zweiter Klasse. Damit auch in Zukunft allen Leistungsempfängern der vollstationären Hilfe zur Pflege die gleichen Leistungen gewährt werden, übernehmen wir freiwillig die Mehrkosten für die nicht pflegeversicherten Menschen. Die damit verbundenen Ausgaben werden sich auf etwa 70.000 Euro im Jahr belaufen", erklärte Bezirkstagspräsident Henry Schramm.

Pflegestützpunkt im Landkreis Forchheim

Pflegestützpunkte bieten eine kostenlose Beratung zu allen Themen rund um die Pflege an. In Oberfranken soll neben dem Pflegestützpunkt in Coburg nun auch in Forchheim ein entsprechendes Angebot entstehen. Der Landkreis Forchheim will hierzu 1,5 Vollzeitkräfte anstellen. Die jährlichen Gesamtkosten sollen zu einem Drittel von den Pflegekassen, einem Drittel von den Krankenkassen und einem Drittel von den kommunalen Trägern getragen werden. Der Bezirksausschuss stimmte einer hälftigen Beteiligung am kommunalen Finanzierungsanteil zu. Letztlich wird sich der Bezirk so mit einem Sechstel oder etwa 25.500 Euro pro Jahr an den Kosten des neuen Pflegestützpunkts in Forchheim beteiligen.

Der Bezirksausschuss stimmte den Neubau einer Maschinen- und Mehrzweckhalle auf dem Gelände der Landwirtschaftlichen Lehranstalten in Bayreuth zu. Die Halle wird anstelle eines Stallgebäudes errichtet, das Anfang des letzten Jahrhunderts gebaut wurde und den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht. Der geplante Hallenneubau wird eine Grundfläche von etwa 60 Meter x 16 Meter aufweisen, wobei ein etwa 6 Meter breites Hallenteil an die OMI GmbH vermietet werden soll. Die OMI GmbH ist die gewerbliche Tochtergesellschaft der Maschinenringe Bayreuth-Pegnitz, Kulmbach und Fränkische Schweiz. Der Hallenneubau soll insgesamt etwa 440.000 Euro kosten. „Hiermit wird die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem Maschinenring und dem Bezirk weiter gestärkt. Dies ist für beide eine Win-win-Situation", ist sich der Präsident sicher.

Mitglied der Akademie für Neue Medien Kulmbach e.V.

Im Rahmen der Sitzung befürwortete der Bezirksausschuss eine Mitgliedschaft des Bezirks Oberfranken bei der Akademie für Neue Medien in Kulmbach. Die in Oberfranken einmalige Akademie bietet Aus- und Weiterbildung von Journalisten, Seminare für Führungskräfte, Mitarbeiter und Freischaffende sowie deutschlandweite Inhouse-Schulungen und Online-Seminare an.

Audiovisuelle Teilnahme

Des Weiteren gab Bezirkstagspräsident Henry Schramm bekannt, dass durch Änderungen des Kommunalrechts die Voraussetzungen für einen Ferienausschuss und einer audiovisuellen Teilnahme an Sitzungen der Beschlussgremien (sogenannte Hybrid-Sitzungen) beim Bezirk gegeben sind. Die genaue Vorgehensweise dieser Thematik wird mit den Vorsitzenden der Bezirkstagsfraktionen und Vertretern der übrigen im Bezirkstag vertretenen Parteien besprochen und abgestimmt. ❐

Chance für engagierte Schulen:

Europäisches Engagement wird belohnt

Bezirk Unterfranken schreibt Partnerschafts-Preis aus

Würzburg. (mm) Grund- und Mittelschulen sowie Förderschulen und berufliche Schulen in Unterfranken sind eingeladen, sich mit ihren europäischen Partnerschaftsprojekten um den Partnerschaftspreis des Bezirk Unterfranken 2021 zu bewerben. Gesucht werden Austauschprogramme, Aktionen, Kampagnen oder ähnliche Maßnahmen, mit denen die Freundschaft in andere Mitgliedsländer der Europäischen Union gelebt wird.

Die Jury aus erfahrenen Experten der europäischen Zusammenarbeit wird bei ihrer Entscheidung insbesondere den zukunftsweisenden und innovativen Charakter der Projekte bewerten. Wichtig sind zudem der Begegnungscharakter, die Verwirklichung des europäischen Gedankens, die Kontinuität der Zusammenarbeit sowie die Dokumentation der Projekte. Das Mitmachen lohnt sich, denn den Siegern winken Preise in Höhe von insgesamt 5.000 Euro.

Verschiedene Zielgruppen

Den Partnerschaftspreis des Bezirks gibt es seit bald zwanzig Jahren. Ursprünglich sollten damit die besonderen Verdienste um die deutsch-französische Freundschaft auf Bezirks-, Landkreis- oder Gemeindeebene gewürdigt werden.

Erstmals wurde der Preis in diesem Jahr auf Partnerschaften mit allen Mitgliedsländern der Europäischen Union ausgeweitet. Der Preis richtet sich im jährlichen Wechsel an verschiedene Zielgruppen. Alle fünf Jahre wendet sich der Partnerschaftspreis an kommunale Gebietskörperschaften, in den vier Jahren dazwischen an andere Zielgruppen. Im vergangenen Jahr etwa an Realschulen und Gymnasien.

Informationen

Download unter www.frankreich-forum-unterfranken.de. ❐


Mit mehr als 1.000 bunten Ostereiern, die vor Jahren Kinder bemalten, schmücken auch heuer die Gerolzhofener die Bäume am Marktplatzbrunnen. Bürgermeister Thorsten Wozniak freut sich. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bauarbeiten im Zeitplan:

Erlebnisweg Wallensteins Lager

500 kg wiegt eine Audio-Kurbel-Stele am Erlebnisweg Wallensteins Lager, die fest in einem Fundament verankert wird. Für deren Einbau ist schweres Gerät notwendig, wie man am Häsigweg, direkt am renaturierten Kreuzbach in Oberasbach beobachten konnte. Birgit Huber, Erste Bürgermeisterin, hat sich zusammen mit ihren Amtskollegen aus Zirndorf, Thomas Zwingel, und Stein, Kurt Krömer, selbst vom Fortschritt der Bauarbeiten überzeugt.

„Es ist schön zu sehen, wie eine Idee nun Realität wird", freut sich Birgit Huber, „in den nächsten Wochen werde ich noch ein-



Birgit Huber (Erste Bürgermeisterin Oberasbach), Thomas Zwingel (Erster Bürgermeister Zirndorf) und Kurt Krömer (Erster Bürgermeister Stein) machten sich vor Ort ein Bild von einer der ersten aufgestellten Tafel. Bild: Stadt Stein

mal herkommen und mir in Ruhe anhören, was die Marketenderfrau zu berichten hat." Denn wie an fünf weiteren Stellen entlang des Weges kann man an der Station, die sich dem Thema „Leid der Bevölkerung" widmet, nicht nur über Wallensteins Lager lesen, sondern auch zuhören. Dazu gibt es Kurbeln, die – von Hand gedreht – die Energie für das Abspielen von Tonaufnahmen liefern. Auf einer integrierten Bank sitzend können Interessierte unterschiedlichen Geschichten lauschen. Neben der Marketenderfrau kommen auch ein Trossbube und ein Musketier zu Wort oder ein Erzähler berichtet aus der Vergangenheit. „Der Erlebnisweg wird sehr lebendig und abwechslungsreich", ist Thomas Zwingel begeistert. „In diesem Frühjahr kann er außerdem für alle ein Stück Kultur, Geschichte und Erlebnis bieten, die schon so lange zu Hause bleiben. Und das ganz Coronakonform, denn man bewegt sich ja an der frischen Luft."

Arbeiten im Zeitplan – großes Fest gestrichen

Die Pandemie hat zwar die Pläne für ein großes Fest zur Eröffnung zunichte gemacht, alle anderen Arbeiten sind aber im Zeitplan geblieben. In Zirndorf, Oberasbach und Stein sind bereits die Bodenmarkierungen – runde Scheiben mit interessanten Fakten zu Wallensteins Lager – angebracht.

Bis zu 80.000 Menschen waren im Lager

Die knapp 80 Markierungen sollen Fußgänger neugierig auf das Thema und den Erlebnisweg machen. Hier erfährt man z. B., dass 13.000 Bäume gefällt werden mussten, um die Befestigungsanlagen zu errichten oder, dass sich bis zu 80.000 Menschen im Lager aufgehalten haben.

„Es sind schon viele Bürger bei uns am Rathaus stehen geblieben und haben erkundet, was es hier Neues gibt", erzählt Kurt Krömer von seinen Begegnungen in Stein. „Es kommen nach und nach 28 interaktive Stelen dazu. Dann gibt es noch mehr zu sehen, wie zum Beispiel ein Puzzle oder Drehscheiben mit kleinen Bildern. An einer der Stelen kann jeder selbst testen, wie schwer die Piken waren", verrät Krömer vorab.

Damit wird die Grundidee deutlich: das Wissen rund um Wallensteins Lager soll unterhaltsam vermittelt und interaktiv erlebbar gemacht werden. Doch bei allem Unterhaltungswert, den der Stadt Stein Erlebnisweg für Spaziergänger und Wanderer bieten wird, war es dem Kuratorium wichtig, die dramatischen Folgen der Auseinandersetzungen im Dreißigjährigen Krieg fundiert und angemessen zu beleuchten. Dass dies ganz gut gelungen sei, bestätigen die Bürgermeister der drei Kommunen beim Aufbau der Station, die sich mit dem „Leid der Bevölkerung" auseinandersetzt. Die Stelen aus Cortenstahl mit den grafisch gestalteten Informationstafeln seien zudem ein Blickfang und passen gut in die Umgebung, zeigten sich die Bürgermeister vor Ort zufrieden mit der Umsetzung.

Zuschlag nach dem Ausschreibungsverfahren

Während die Projektkonzeption vom Büro Impuls-Design aus Erlangen erfolgte, werden die Bauarbeiten vor Ort von der hochkant GmbH aus dem Allgäu durchgeführt. Beide Unternehmen hatten nach den jeweiligen Ausschreibungsverfahren den Zuschlag erhalten. Bisher konnten die Arbeiten reibungslos und ohne Zeitverzug durchgeführt werden, sodass einer Eröffnung Ende März nichts im Wege steht. Dann wird auch die begleitende App kostenlos in den entsprechenden Stores verfügbar sein und alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, den Erlebnisweg zu erkunden.

Gemeinschaftsprojekt

Der Erlebnisweg Wallensteins Lager ist ein Gemeinschaftsprojekt der Städte Oberasbach, Stein und Zirndorf. Die LAG „LEADER Region Landkreis Fürth" unterstützt das Projekt, das durch das Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gefördert wird. ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Mir fällt dazu gar nichts mehr ein." Mein Chef, der Bürgermeister, musste sich einmal mehr von einem empörten Bürger wegen der schleppenden Impfungen, den immer noch nicht gelockerten Corona-Maßnahmen in der Stadt und wegen dem allgemeinen Gefühl der Ausweglosigkeit, das sich unter den normalen Leuten breit macht, beschimpfen lassen.

Kommunalpolitiker sind halt mal am nächsten dran bei den Menschen und müssen manchmal als Prellbock herhalten, auch wenn sie die Entscheidungen gar nicht selber beeinflussen können, sondern Vorgaben nur umzusetzen haben.

Und natürlich: Man kennt dieses Land nicht wieder. In diesem Land hat man es einmal geschafft, einen ganzen Flughafen über ein kurzes

Meinungsmacht, Fachidioten und Spezialisten

Wochenende komplett umzuziehen – damals, als der Münchner Airport von Riem nach Hallbergmoos verlegt wurde. In diesem Land funktioniert die Just-in-time-Belieferung von größten Produktionsstätten seit Jahren reibungslos, so dass sich industrielle global player weitgehend die Lagerhaltung ersparen. In diesem Land gibt es Lager- und Auslieferungssysteme, die weitgehend automatisiert laufen wie ein wohlgeöltes Uhrwerk. In diesem Land gibt es Lehrstühle, die sich unter anderem mit der Optimierung von Logistikketten beschäftigen. Aber in diesem Land bekommen wir es nicht hin, dass vorhandener Impfstoff gegen Covid-19 in die Oberarme derjenigen gelangt, die das wünschen.

Vor genau einer Woche hat eine große, überregionale Tageszeitung ausgerechnet, dass in der ersten Märzwoche 4,3 Mio. Impfdosen irgendwo in Deutschland ungenutzt herumliegen. Insgesamt wurden bis dahin 12,5 Mio. Dosen ausgeliefert. Es gammeln also 1/3 der Dosen vor sich hin, während flächendeckend in der Republik die Inzidenzzahlen hochgehen. Wir schaffen es weder, die Impfzentren effektiver zu organisieren, noch die niedergelassenen Ärzte und Apotheker in das Impfgeschäft einzuspannen. Dabei habe ich zum Beispiel bis auf die Schluckimpfung in der Schule noch nie woanders eine Impfung bekommen als beim niedergelassenen Arzt.

Woher diese Mischung aus Bürokratie, Zögern und Angst, die einem aus dem Fernsehschirm geradezu anfällt, wenn wieder einer der so genannten Experten zu erklären versucht, warum wir so weit hinter Israel, den USA und Großbritannien hinterherhinken, warum es falsch sei, jetzt Lehrkräfte und Polizisten zu impfen, warum man auch in Gebieten mit Inzidenzen über 200 nicht von der festgelegten Impfreihenfolge abgehen dürfte, als wäre diese Impfreihenfolge ein bisher verschollener Anhang zu den Zehn Geboten und nicht eine menschliche Setzung, die natürlich immer wieder überprüft und bei Bedarf revidiert werden muss?

Ein Teil der Wahrheit ist sicherlich, dass wir uns viel zu stark der Meinungsmacht einzelner Wissenschaftler beugen oder Gremien zu viel Einfluss geben, die zwar jeweils ihre beratende Berechtigung haben mögen, aber in der Verfassung schlicht nicht vorgesehen sind. Früher gab es den schönen Begriff des Fachidioten für Personen, die in ihrem Spezialgebiet Hervorragendes leisten, aber aufgrund der verengenden Fixierung, die jede Spezialisierung mit sich bringen muss, andere Aspekte eher ausblenden.

Warum haben derzeit Rechtswissenschaftler, die die Sicht der Freiheitsrechte des Grundgesetzes in die Diskussion einbringen könnten, so wenig Widerhall? Warum werden nicht Wirtschaftswissenschaftler gefragt, wie lange man eine Volkswirtschaft am Boden halten kann, bevor die Schäden unersetzlich werden? Warum werden nicht Jugend- und Bildungsforscher gehört, die berichten könnten, welche langfristigen Schäden Kinder und Jugendliche davontragen, wenn nicht endlich auch sie wahrgenommen werden?

Mein Chef, der Bürgermeister, wird die Maßnahmen weiter loyal mittragen. Aber er gibt mir Recht, wenn ich derzeit oft an den Satz von Roman Herzog denken muss, mit dem er den Zustand im Deutschland der 90er Jahre beschrieben hat – viel hat sich nicht geändert: „Hier herrscht ganz überwiegend Mutlosigkeit, Krisenszenarien werden gepflegt. Ein Gefühl der Lähmung liegt über unserer Gesellschaft".

Ihre Sabrina

Attraktionen rund um Bäume und Wasser

Gartenamt Würzburg startet mit vorbereitenden Arbeiten für den Wasserspielplatz in Lengfeld

Mit den vorbereitenden Arbeiten für den Bau des neuen Wasserspielplatzes Lengfeld startete das Gartenamt Anfang Februar. Dieser Wasserspielplatz – eines der Projekte, die das Gartenamt heuer umsetzt – geht auf den Wunsch zahlreicher Familien zurück. Nach den vorbereitenden Arbeiten werden die Bauarbeiten dann in der zweiten Hälfte des Jahres beginnen.

Das Gesamtkonzept für den Spielplatz sieht neben dem Neubau des Wasserspielplatzes – der die bestehende Tischtennisplatte ersetzt – eine Aufwertung aller Bereiche vor. Die Angebote sind so gewählt, dass sie unterschiedliche Altersgruppen ansprechen. Die bestehende Kletterkombination wird erhalten und durch eine Sandspielfläche, eine Nestschaukel sowie eine Rutsche ergänzt. Außerdem laden unterschiedliche Sitzmöglichkeiten zum Verweilen ein. Die Fußwegeverbindung entlang der Kürnach bleibt erhalten und wird als leicht geschwungener Erdweg ausgebildet.

Bürgermeister Martin Heilig: „Gerade im Bereich der Spielplätze ist es unser Anliegen, die Attraktionen um die bestehenden Bäume herum zu planen. Bäume haben nicht nur eine große ökologische Bedeutung. Sie sind auch wichtige Schattenspender. Ein größerer Wasserspielplatz ist jedoch ein komplexes Bauwerk. Es erfordert für die Wassertechnik und die Fundamentierung stärkere Eingriffe in den Untergrund. Daher freut es mich besonders, dass wir den Großteil der bestehenden Bäume erhalten können."

Allerdings müssen im Vorfeld einzelne Bäume entfernt werden. Da aus Vogelschutzgründen Gehölze in der Zeit vom 1. März bis 30. September nicht zurückgeschnitten oder entfernt werden dürfen, werden diese Arbeiten vorgezogen. Eine Fällerlaubnis wurde bereits durch die Fachabteilung Naturschutz und Landschaftspflege erteilt.

Ersatz für gefällte Bäume

„Die zu fällenden Bäume werden durch vier Neupflanzungen ersetzt", ergänzt Dr. Helge Bert Grob, Leiter des Gartenamtes. Darüber hinaus erfolgt eine ökologische Aufwertung der Kürnach in diesem Bereich. An zwei Stellen ist die Abflachung des Ufers und somit die Vergrößerung des Gewässerquerschnitts geplant. Außerdem werden Sohlbefestigungen entfernt und Findlinge als Störsteine eingebracht. Die Bepflanzung erfolgt mit gebietseigenen Stauden und Gehölzen. Der hierfür notwendige Antrag auf eine wasserrechtliche Genehmigung wurde bereits eingereicht.

Der eigentliche Baubeginn des Wasserspielplatzes ist im zweiten Halbjahr vorgesehen. Zuvor erfolgt die Ausschreibung der Spielplatz- und Wegebauarbeiten. Bürgermeister Martin Heilig freut sich: „Mit diesem Projekt des Gartenamtes schaffen wir nicht nur einen attraktiven Wasserspielplatz, sondern werten gleichzeitig das Umfeld ökologisch und gestalterisch auf." ❐



Blick auf die bestehende Kletterkombination. Sie wird mit der Errichtung des Wasserspielplatzes um vielfältige Angebote ergänzt. Bild: Gartenamt / Müller

Pflegestützpunkt in Landshut

Sozialausschuss des Bezirkstags von Niederbayern stimmt Errichtung und Finanzierung zu

Landshut. Mit dem Übergang der Zuständigkeit für die Hilfe zur ambulanten Pflege von den Landkreisen und kreisfreien Städten auf die Bezirke, haben die bayerischen Bezirke auch die Beratungspflicht übernommen. Der Sozialausschuss des Bezirkstags von Niederbayern setze sich bereits 2018 mit der Thematik auseinander und sprach sich für regelmäßige Vor-Ort-Beratung-Termine durch Bezirks-Mitarbeiter in den Kreisverwaltungsbehörden aus. Dieses Angebot ergänzt die telefonische bzw. schriftliche Beratung durch die Sozialverwaltung in Landshut.

Im Unterschied zu Niederbayern findet die Pflegeberatung in anderen Regierungsbezirken in Pflegestützpunkten statt. Um eine ähnlich wohnortnahe Beratung gewährleisten zu können, wäre in jedem der neun Landkreise eine eigene Beratungsstelle nötig – mit entsprechend hohem personellen und finanziellen Aufwand. Während die Schwerpunkte der Beratung durch den Bezirk bei der rechtlich-finanziellen Seite liegen, haben Angehörige bei der Fachstelle für Demenz und Pflege in Landshuter Netzwerk die Möglichkeit, sich über praktische Hilfen bei der Pflege von demenzkranken und pflegebedürftigen Menschen zu informieren. Landkreis und Stadt Landshut bekundeten bereits Interesse an der Errichtung eines Pflegestützpunktes.

Ende November 2020 schuf das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege eine zusätzliche Fördermöglichkeit für Pflegestützpunkte. Jetzt kann eine Landesförderung von 20.000 Euro jährlich für kommunale Mitarbeiter in den Pflegestützpunkten beantragt werden. Die Gesamtkosten des niederbayerischen Pflegestützpunktes verteilen sich zu je einem Drittel auf Pflegekasse, Krankenkasse sowie die kommunale Seite mit Stadt, Landkreis und Bezirk.

Unter Vorsitz von Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich stimmte der Sozialausschuss des Bezirkstags der Drittel-Beteiligung zu. Bedingung ist, dass der Pflegestützpunkt beim Landshuter Netzwerk angesiedelt wird. Zudem sollen Anfragen fachübergreifend gebündelt und bei wachsendem Bedarf die bestehenden Strukturen und Prozesse weiter ausgebaut werden.

„Mit der Einrichtung eines niederbayerischen Pflegestützpunktes beim Landshuter Netzwerk geht der Bezirk den richtigen Weg. Weitere Pflegestützpunkte in Niederbayern sind nicht erforderlich, was auch das Ergebnis der Landräte-Tagung war. Ich kann berichten, dass sich beispielsweise der Passauer Landrat Raimund Kneidinger ausdrücklich für das Angebot der Vor-Ort-Beratung durch den Bezirk in den Landkreisen bedankt hat", so Dr. Heinrich. **md**

Bayern von Corona zermürbt

Heimatindex der Volksbanken und Raiffeisenbanken liegt mit 56 Punkten auf bisher niedrigstem gemessenen Niveau

„Die massiven Corona-Beschränkungen zermürben die Bayern immer mehr", kommentierte Dr. Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, den Heimatindex der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken in München. Im Winter 2020/21 ist der Heimatindex auf einen neuen Tiefstand von nur noch 56 Punkten gefallen. Das ist ein Rückgang um acht Zähler im Vergleich zur Erhebung im Sommer 2020. So starke Verluste hat der Index seit seiner Einführung im Sommer 2018 noch nie verzeichnet. Seinen bisherigen Höchststand markierte der Heimatindex im Sommer 2019 mit 70 Punkten.

Beim Blick auf die Regierungsbezirke fällt der Index geringfügig unterschiedlich aus. Oberbayern und Oberpfälzer vergeben jeweils 57 Punkte, Mittelfranken 56, Niederbayern, Oberfranken, Unterfranken und Schwaben 55 Punkte.

„Die Menschen sind von der anhaltenden Anti-Corona-Situation nicht nur ermüdet, sie sind regelrecht zermürbt", folgert Gros aus den Zahlen. Schon bei der Erfassung im vergangenen Sommer hat Corona den Bayern deutlich aufs Gemüt geschlagen. „Jetzt erleben wir einen Absturz", mahnt der GVB-Präsident.

Heftig fällt der Rückgang im Bereich Vernetzung mit Freunden und Familie aus. Dieser Teilindex büßte innerhalb eines halben Jahres 24 Zähler ein und steht jetzt bei 58 Punkten – nach zuletzt noch 82 Punkten. Noch drastischer gibt jedoch die Kategorie „Freundes- und Bekanntenkreis" mit einem Rückgang um 35 Zähler nach. Sie liegt bei nur noch 45 Punkten. Bisher waren diese Kategorien stets die Bereiche mit den höchsten Werten. „Die Bayern sehnen sich nach der Begegnung mit Freunden und Familienmitgliedern. Sie wollen wieder gesellschaftliches Leben", sagte Gros. Ganz besonders vermissen die 18- bis 24-Jährigen die Kontakte zu Freunden und Bekannten. Diese Gruppe zieht im Vergleich zum Durchschnitt noch einmal zwölf Zähler ab und vergibt in dieser Kategorie nur noch 33 Punkte.

Auch in den Regierungsbezirken ergeben sich Unterschiede. Während Oberpfälzer in der Kategorie „Vernetzung mit Freunden und Familie" 60 Punkte vergeben und Oberbayern sowie Oberfranken immerhin noch 59 Punkte, sind es in Niederbayern nur 57 Punkte. In allen anderen Regierungsbezirken wurden 58 Punkte erreicht.

Unterstützung für Corona-Maßnahmen bröckelt

„Die Unterstützung der Menschen für die Anti-Corona-Maßnahmen lässt offenkundig nach", ergänzte Gros. Das belegte auch die Entwicklung der weiteren Werte des Heimatindex gegenüber der Erhebung im Sommer 2020. Die Rubrik Einkaufsmöglichkeiten wird mit zehn Zählern weniger und damit 47 Punkten bewertet. Die Beurteilung der Gesundheitsversorgung büßt sechs Zähler auf jetzt 50 Punkte ein. Die Oberbayern sind mit der Gesundheitsversorgung etwas zufriedener – sie vergeben drei Zähler mehr als der Durchschnitt – Oberpfälzer fünf Zähler weniger.

Ernüchternd fallen auch die Bewertungen von Schul- und Freizeitangeboten aus. Der Index „Freizeit, Kultur und Bildung" verliert zwölf Zähler auf 40 Punkte. Mit 38 Punkten am schlechtesten fällt hierzu die Bewertung in Schwaben aus. Oberbayern, Oberfranken und Mittelfranken vergeben 39 Punkte, Unterfranken 40. Mit 41 Punkten schneidet die Freizeitkategorie bei Niederbayern und Oberpfälzern noch am besten ab.

Einen Absturz verzeichnet der Teilindex „Freizeitangebote". Er gibt um 20 Zähler auf 41 Punkte nach. Besonders schlecht beurteilt diesen Bereich die Gruppe der 18- bis 24-Jährigen – deren Bewertung liegt noch einmal drei Zähler unter dem Durchschnitt. Der Teilindex „Schul- und Bildungsangebote" verliert gegenüber der Erhebung im Sommer 2020 weitere neun Zähler auf jetzt 56 Punkte. Während die 18- bis 24-Jährigen sowie die 35- bis 44-Jährigen hier sechs Punkte weniger vergeben als der Durchschnitt (50 Punkte), sehen die 25- bis 34-Jährigen die Situation merklich schlechter. Sie vergeben nur 47 Punkte und damit neun Zähler weniger als der Durchschnitt. Das zeige, „jungen Menschen, die sich auf ihren Berufsstart vorbereiten wollen, fehlen die Möglichkeiten Praktika zu absolvieren, in den Job einzusteigen oder Auslandserfahrung zu sammeln", analysiert Gros. „Auch ein normales Studium ist unter den derzeit herrschenden Bedingungen trotz aller digitalen Möglichkeiten kaum möglich. Die Gruppe der 25- bis 34-Jährigen droht neben ganzen Schuljahrgängen zu den Verlierern der Corona-Maßnahmen zu werden."

Öffnungsperspektiven dringend erforderlich

Deutliche Einbußen verzeichnet auch die Wahrnehmung der allgemeinen Lebenszufriedenheit in Bayern. Der Teilindex verliert sechs Zähler und landet bei 63 Punkten. Auch bei der Lebenszufriedenheit lassen sich regionale Unterschiede erkennen. Während Oberpfälzer mit 66 Punkten am zufriedensten sind, gefolgt von Oberbayern mit 65 Punkten, vergeben Niederbayern, Mittelfranken und Schwaben je 62 Punkte. In Unterfranken sind es noch 61 Punkte, während die Oberfranken in puncto allgemeiner Lebenszufriedenheit mit 60 Punkten das Schlusslicht bilden.

Insgesamt bewerten die Bayern die Lage immer noch um acht Zähler besser als die bundesdeutsche Vergleichsgruppe, die einen Wert von 55 Punkten (minus acht Zähler) vergeben. Zugleich sinkt der Index in Bayern etwas langsamer als im Rest Deutschlands. „Offenbar gelingt es den Bayern besser, Lockdown und weitere einschränkende Maßnahmen zu ertragen", meint Gros. „Ungeachtet dessen ist es seitens der Politik dringend erforderlich, Perspektiven aufzuzeigen und gemeinsam mit Experten aus der Praxis kluge Konzepte für die nächsten Monate zu entwickeln. Die Menschen wollen jetzt plausible und nachvollziehbare Erklärungen. Sonst wird die Unterstützung für die Anti-Corona-Maßnahmen in der Bevölkerung immer weiter schwinden", fürchtet er.

Der Heimatindex der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken wird halbjährlich in einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage vom Meinungsforschungsinstitut GMS Dr. Jung GmbH ermittelt. Befragungszeitraum war 29.12.2020 bis 4.1.2021 sowie 27.1.2021 bis 1.2. 2021. ❐

Vorschau auf GZ 7

In unserer Ausgabe Nr. 7, die am 1. April 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT · eGovernment · Breitband · Mobilfunk**
- **Umwelttechnologien und Ressourcenschutz**
- **Abfall · Entsorgungsmanagement**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Fachliteratur für Kommunen**
- **Kommunale Rechtsfragen**

Beilagenhinweis

Diese Ausgabe beinhaltet eine Eigenbeilage der Bayerischen GemeindeZeitung. Anlass ist das Jubiläum „100 Jahre Kommunalversicherung" der Versicherungskammer Bayern. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

GZ LIEFERANTENNACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz



www.Mein-Datenschutzberater.de
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfahrzeuge


Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung



Vorteile für Ihre Lüftungsanlage:
+ keim- und schadstoffübertragungsfreie Wärmerückgewinnung durch getrennte Luftströme
+ Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
+ kurze Amortisation, sicherer Betrieb
+ Neubau oder Sanierung im Bestand
+ Wegfall von Rückkühlwerken möglich
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Messenger-Dienste
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten – direkt auf Ihr Handy:

Sitzmöbelhersteller


KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!"
Wartung und Reinigung von:
• Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
• Prozesslufttechnische Anlagen
• Kontrollierte Wohnraumlüftung
Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Sonderdruck 18. März 2021 72. Jahrgang Nr. 6|2021



Jubiläumsmotto: „Stadt, Land, Versicherungskammer."



Dr. Frank Walthes, Vorsitzender des Vorstands Versicherungskammer Bayern

„Vertrauen entsteht über die Zeit"

100 Jahre Kommunalversicherung: Blick zurück und nach vorne

Mit einer Jubiläumsveranstaltung würdigte die Versicherungskammer Bayern unter dem Motto „Stadt, Land, Versicherungskammer" die Zusammenarbeit mit Vertreter*innen aus Kommunen und öffentlichen Einrichtungen sowie Glaubensgemeinschaften in Bayern und der Pfalz. Sämtliche Redner*innen und die rund 400 Teilnehmenden waren online zugeschaltet – nur Moderatorin Susanne Franke war live im Studio.

Seit 1921 nimmt die Versicherungskammer Bayern als heute größter öffentlicher Versicherer die Verantwortung für diese Kundengruppe in Bayern und der Pfalz wahr. „Vertrauen entsteht über die Zeit", betonte Dr. Frank Walthes, Vorsitzender des Vorstands der Versicherungskammer Bayern, in seiner Begrüßungsrede. „Gegenseitige Wertschätzung und Verlässlichkeit sind für eine stabile Beziehung nicht weniger bedeutsam. Das Interesse und die Sorge um das Wohl der Menschen sowie die regionale Verwurzelung zeichnen die Versicherungskammer Bayern seit jeher aus." Für die Kommunen in Bayern und der Pfalz sei die Versicherungskammer Bayern der Versicherungspartner schlechthin.



Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, MdL

Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, hob die hohe Bedeutung der Versicherungskammer Bayern für die Kommunen hervor. „Auch eine leistungsfähige Kommune ist leider nicht vor schweren Schadensereignissen gefeit." Die Kommunalversicherung biete den Gemeinden, Landkreisen und Bezirken die Möglichkeit, sich mit all ihren Einrichtungen gegen unvorhersehbare Ereignisse und damit eventuell einhergehende hohe finanzielle Belastungen unbegrenzt zu fairen Preisen zu versichern.

Besonders wichtig sind all diese Angebote für die über 40.000 Bürgermeister*innen, Stadt- und Gemeinderät*innen sowie Landrät*innen in Bayern und der Pfalz. „Das gemeinsame Ziel, die öffentliche Verwaltung korrekt und überprüfbar zu gestalten, führt immer wieder zum gemeinsamen Erfolg", ergänzte Hansjörg Christmann, langjähriger Landrat in Dachau. Die Versicherungswelt habe sich im Laufe der Zeit verändert – und mit ihr die Versicherungskammer Bayern. „Doch die Kommunalversicherung wie die gesamte Versicherungskammer Bayern haben, in Abstimmung mit ihren Eignern, immer innovative Wege gefunden – und sind sie auch gegangen", unterstrich der Altlandrat. ■

Die Kunst, sich immer wieder neu zu erfinden



Interview mit Barbara Schick, stellvertretende Vorsitzende des Vorstands Versicherungskammer Bayern, über 100 Jahre Kommunalversicherung

Warum haben Kommunen und öffentliche Einrichtungen für die Versicherungskammer Bayern eine besondere Bedeutung?

Dies ergibt sich bereits aus dem Gründungsakt des Kommunalversicherers, der kurz nach dem ersten Weltkrieg erfolgte: Am 1. Februar 1921, vor genau 100 Jahren, wurde unter Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände die Kommunalversicherung ins Leben gerufen. Damals wie heute geht es um das Bestreben, über die Feuerversicherung hinaus einen Schutzschirm über den Kommunen aufzuspannen. Wir nehmen der öffentlichen Verwaltung Risiken ab und unterstützen sie damit bei ihrer Aufgabenerfüllung.

Auch aus dem Blickwinkel der Trägerschaft sind die Kommunen für unser Haus wichtig. Man könnte etwas salopp sagen: Die Versicherungskammer Bayern ist über ihre Eigentümer, die Sparkassen, ein „Enkelkind" der Kommunen.

Die Kommunalversicherung wandelte sich mit der Zeit. Heute deckt sie ein breites heterogenes Spektrum ab. Können Sie Beispiele nennen?

Die Regionen haben unterschiedliche Anforderungen und Bedürfnisse, von der kleinen Marktgemeinde bis zur City, vom dörflichen Maibaum bis zur industriellen Müllverbrennungsanlage. Gerade bei der öffentlichen Daseinsvorsorge kann die Versicherungskammer Bayern die öffentliche Verwaltung in ihrer Aufgabenerfüllung kompetent unterstützen und damit gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Gleiches gilt auch für die sonstigen öffentlichen Einrichtungen.

Unsere Kommunalversicherung hat viele gesellschaftliche und technologische Veränderungen mitgetragen und sich auf diese Weise immer wieder neu erfunden. So waren in den vergangenen Jahrzehnten beispielsweise die Energieversorgung, Kläranlagen, interkommunale Zusammenarbeit, Privatisierung und gemeindliche Haftung auf der Agenda. Auch während der Pandemie steht die Versicherungskammer Bayern den Kommunen Bayerns und der Pfalz bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zur Seite. So wurde beispielsweise für die Dauer der Pandemie der Versicherungsschutz für Hilfsfahrten im Auftrag der Kommune stark ausgeweitet und der Haftpflicht-Versicherungsschutz für die Errichtung und die Organisation der Impfzentren durch die kommunale Hand sichergestellt.

Wo sehen Sie die künftigen Herausforderungen?

Da gibt es sicherlich vieles. Ich denke z. B. an Themen im Zusammenhang mit Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz, wie Smart Cities oder selbstfahrende Busse. Ob klassische Aufgaben oder Themen mit visionärem Ansatz – es ist unser Auftrag und Ansporn zugleich: Als Partner der Kommunen begleiten wir die öffentlich-rechtlichen Einrichtungen auch in Zukunft – bodenständig, fair und verlässlich. ■

Web-Tipp:

Digitale Jahrhundert-Nachrichten

Das eMagazin *Jahrhundert Nachrichten* zeigt auf unterhaltsame Weise spannende Fakten aus 100 Jahren Kommunalversicherung – und wohin die Reise in Zukunft geht. Schauen Sie doch mal rein:
https://www.kommunal100.de/vkb-100-jahre



Wie ticken die Menschen in Bayern?

Umfassende Studie zur Mentalität im Freistaat

Bild: iStock

Sind die Menschen in Bayern wirklich etwas Besonderes? Gibt es tatsächlich so etwas wie eine bayerische Mentalität, und wie gestaltet sich diese in den Regierungsbezirken? Stephan Grünewald, Gründer des rheingold Instituts in Köln und Autor des Bestsellers „Deutschland auf der Couch“, gibt Auskunft: „Der Anspruch Bayerns, eine besondere Stellung im Chor der Bundesländer zu haben, mag manchmal arrogant klingen. Unsere Tiefeninterviews zeigen jedoch, dass die Menschen in Bayern von der Einzigartigkeit und Stärke ihrer Heimat überzeugt sind und dass ihr Stolz durch die wirtschaftliche Kraft und landschaftliche Schönheit Bayerns beglaubigt wird.“

Diese Erkenntnisse basieren auf einer umfänglichen Untersuchung: Die Versicherungskammer Bayern gab anlässlich des Geburtstags ihres Kommunalversicherers eine tiefenpsychologische Studie beim rheingold Institut in Auftrag. Die Studie basiert auf 144 qualitativ-tiefenpsychologischen je zweistündigen Interviews und 1.800 quantitativen Online-Interviews in ganz Bayern und der Pfalz.

Sechs Grundzüge der bayerischen Mentalität kristallisieren sich aus der Studie heraus:

1. „Bayern als Maß aller Dinge“

Im Kern der bayerischen Mentalität steht ein stolzes Sendungsbewusstsein. Bayern pocht auf einen bayerischen Sonderstatus.

2. Autarke Pracht und Fülle

Bayern verfügt über ausgesprochen starke Ressourcen – Landschaft, Wirtschaft und Landwirtschaft, Bildung, Infrastruktur und natürlich Fußball – und erlebt sich damit häufig als autarke Einheit, die als Freistaat gut für sich selbst sorgen könnte.

3. Das Leistungsprinzip: Konkurrenz, Besonnenheit und Tatkraft

Der bayerische Anspruch und Ehrgeiz begnügt sich nicht mit dem Verweis auf bereits Geleistetes. Bayerische Ruhe vor der Tat ist kein Zaudern, sondern die Basis für wohldurchdachtes Handeln.

4. Strenge Ordnung mit Augenmaß

In Bayern gibt es das Gefühl, dass noch „Recht und Ordnung“ herrschen. Die bayerische Ordnungsstrenge ist das Fundament für Berechenbarkeit und Verlässlichkeit.

5. Sinnlich-gesellige Selbstvergewisserung

Die bayerischen Traditionen mit ihrer Vitalität und Sinnlichkeit stützen eine Lebenskunst, in der Gemeinschaft und Geselligkeit einen hohen Stellenwert besitzen. Diese Lebensart stärkt den Zusammenhalt und den Gemeinschaftsgeist.

6. Selbstbewusste Innovations- und Integrationskraft

Obwohl Bayern seine Traditionen pflegt und bewahrt, bleibt das Land am Puls der Zeit. Es blickt aufgeschlossen auf Entwicklungen und Innovationen und stellt sich selbstbewusst an die Spitze des Fortschritts.

Hier geht es zur Studie:
https://www.vkb.de/100-jahre

Das ausgewogene Spiel der Kräfte wird in der Studie detailliert aufgezeigt. Gleichzeitig beleuchtet sie durch die tiefergehenden Analysen der einzelnen bayerischen Regionen – Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben – wo dieses Gleichgewicht unter Umständen weniger ausbalanciert ist und benennt konkret Optimierungspotenziale. Die Studienergebnisse je Regierungsbezirk wurden den Bürgermeister*innen, Oberbürgermeister*innen und Landrät*innen sowie den Bezirkstagspräsidenten mittlerweile online samt eines persönlichen Zugangscodes zur Verfügung gestellt.

Das Fazit Grünewalds: „Aus der Studie lassen sich Strategien und Maßnahmen ableiten, die sowohl das ganzheitliche Potenzial wie auch regionale Besonderheiten berücksichtigen und somit eine hohe Dynamik entwickeln können, etwa mit Blick auf zukünftige Veränderungsmöglichkeiten.“ Gleichzeitig arbeite die Studie Veränderungspotenzial heraus, das insbesondere für die jüngere Generation interessant sei und bislang noch wenig genutzt würde. ■

Partner seit 100 Jahren

Die Versicherungskammer Bayern bietet bewährte Produkte und bleibt mit Novitäten am Puls der Zeit.

Das Leistungsspektrum für Kommunen hat sich über die Jahre entwickelt. Breit gefächert und speziell ausgestaltet erfüllen die Deckungen die Bedürfnisse der Gebietskörperschaften und ihrer Einrichtungen. Segmente wie kommunale Krankenhäuser, die sich wegen ihrer besonderen Risikosituation nicht ohne weiteres absichern lassen, erhalten ebenso Versicherungsschutz zu auskömmlichen Beiträgen wie der Maibaum oder eine Müllverbrennungsanlage. Laufende Anpassungen des Umfangs des Versicherungsschutzes stehen daher regelmäßig auf der Agenda.

Geht es um die Absicherung der kommunalen Aufgabenerfüllung, sind zwei Produkte nicht (mehr) wegzudenken. Mit der **Kommunalen Haftpflichtversicherung** erhalten Kommunen einen unverzichtbaren Schutz gegen Schadenersatzansprüche von Dritten. Diese Risikoabsicherung ist deshalb so besonders und verlässlich, weil hierüber grundsätzlich sämtliche Tätigkeiten der Kommune pauschal abgesichert werden und das in unbegrenzter Höhe.

Die zweite wichtige Säule bildet die **Kommunale Kassenversicherung**. Mit ihr kann sich die Kommune wirksam vor Schäden schützen, die ihrem eigenen Vermögen drohen. Sei es, weil den Mitarbeitenden bei der Verwaltungstätigkeit schuldhaft Fehler unterlaufen, sei es, weil Bedienstete oder Außenstehende der Kommune bewusst und in böser Absicht Schaden zufügen. Beide Versicherungslösungen wurden vor 100 Jahren erstmals aufgelegt.

Versicherungsschutz für Cyber-Risiken

Die Kommunale Haftpflichtversicherung kommt für berechtigte Schadenersatzansprüche auf, die durch Datenmissbrauch entstehen. Typischerweise geht es hier um Verstöße gegen Datenschutzregelungen oder um die Verletzung von Urheber- oder Persönlichkeitsrechten. Die Kommunale Kassenversicherung ersetzt hingegen die Kosten zur Datenwiederherstellung und Systemrekonstruktion nach einem Cyber-Angriff, wenn ihn Mitarbeiter*innen durch vorwerfbares Fehlverhalten verursacht haben. Gedeckt sind auch Vermögensabflüsse durch Computerbetrug. Ergänzen lässt sich die Kassenversicherung um den Zusatzbaustein **„Erweiterte Cyber-Deckung kommunal“**, mit dem Vermögensschäden aus Datensicherheitsverletzungen abgesichert werden, ohne dass es dabei auf ein Mitarbeiter*innenverschulden ankommt. Kommunen können sich so z. B. gegen die gefürchteten Konstellationen von Hacker- oder Virenangriffen schützen. Gedeckt werden auch Aufwände für verschiedene Assistanceleistungen, wie z. B. forensische Untersuchungen. Optional lässt sich auch ein Ertragsausfall aus einer cyberbedingten Betriebsunterbrechung absichern. Der Angebotsprozess zum Versicherungsschutz für Cyber-Risiken für Kommunen wird derzeit vereinfacht. Dies ermöglicht eine Kooperation mit dem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI). ■



*Die Bürger*innen der Kommunen können sich mittels BayernFunk miteinander austauschen, auch zu Nachbarschaftshilfe – besonders wichtig in Zeiten eingeschränkter direkter sozialer Kontakte.*

BayernFunk: die mobile digitale Kommune

Die Versicherungskammer Bayern kooperiert mit dem Fraunhofer Institut IESE, um die Digitalisierung auf dem Land voranzutreiben. Die Plattform Digitale Dörfer von Fraunhofer eignet sich dafür hervorragend. Die App BayernFunk ist dabei die Kommunikationszentrale der Digitalen Dörfer. Die Social-Media-Plattform versorgt die Bürger*innen mit den Informationen ihrer Ortschaft und der Kommune. Die Bürger*innen finden in der App alle wichtigen Informationen aus der Gemeinde, wie z.B. die Öffnungszeiten der lokalen Lebensmittelläden oder Informationen zu wichtigen Einrichtungen wie Kirchen, Vereinen, Kitas oder Schulen. Auch ein Austausch zur Nachbarschaftshilfe ist möglich – derzeit besonders wichtig. Durch die strategische Kooperation mit dem Bayerischen Roten Kreuz wird das Ehrenamt besonders sichtbar. Zunächst werden Blutspendetermine im BayernFunk organisiert.

BayernFunk ist kostenfrei im Appstore für iOS-Geräte bzw. im Google-Playstore für Android-Geräte verfügbar.

Weitere Infos gibt es hier:

https://www.bayern.digitale-doerfer.de/
https://www.kommunal100.de/vkb-100-jahre/6_3_antennen_fur_die_zukunft
https://www.youtube.com/watch?v=4AjyYRoWGpA

IMPRESSUM

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung

Redaktion: Unternehmenskommunikation Versicherungskammer
Gestaltung: Britta Eriskat
Fotos: Versicherungskammer, sonst wie angegeben
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Druck: Creo-Druck, Bamberg

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, Telefax 08171 / 9307-22
info@gemeindezeitung.de, www.gemeindezeitung.de

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 1. April 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 7



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayerisches InfrastrukturForum virtuell:

Mobilfunkausbau und 5G

Bei mitunter emotional diskutierten Themen wie Mobilfunkausbau und 5G ist eine sachlich fundierte und vertrauensbildende Kommunikation das Maß aller Dinge. Entsprechend entwickelte die Bayerische GemeindeZeitung gemeinsam mit dem Informationszentrum Mobilfunk im Rahmen des 5. Bayerischen InfrastrukturForums ein Programm, das sich an der besonderen Position der bayerischen kommunalen Verantwortlichen orientierte. Eine hochkarätige virtuelle Expertenrunde erklärte rechtliche und technische Hintergründe, ging auf Anwendungsbeispiele ein und bot Argumentationshilfen für Gesundheits- und Umweltfragen. Moderiert wurde die Online-Veranstaltung von GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel.

„Wir müssen das Beste aus der privatisierten Kommunikationslandschaft machen", hob Hubert Aiwanger, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, in seinem Grußwort hervor.



Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger im GZ-Livestream Bild: GZ

900 förderfähige Gemeinden

Von mehr als 2.000 Gemeinden in Bayern würden Aiwanger zufolge über 900 in förderfähige Situationen kommen und könnten einen Antrag stellen. Davon bekundeten bereits rund 600 Gemeinden ihr Interesse, rund 250 Gemeinden haben einen

(Fortsetzung auf Seite 4)

Nächster Termin

Nachdem die Online-Veranstaltung Mobilfunkausbau und 5G in nur zwei Tagen ausgebucht war, bieten wir am 22. April 2021 eine Zusatzveranstaltung an. Leider gibt es auch hierfür nur noch Plätze auf der Warteliste.
Link zur Anmeldung: https://www.bayerisches-infrastrukturforum.de/besucheranmeldung
Sollte die Nachfrage so hoch bleiben, sind Folgeveranstaltungen möglich. Bis 19. April besteht die Möglichkeit, an news@gemeindezeitung.de Fragen einzusenden, die an die Referenten weitergeleitet werden. **DK**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Neuer Service für Bayerns Kommunen:

Wege durch den Förderdschungel

Ob Förderfragen zur Planung des Hochwasserschutzes, Nistkastenprojekte oder Personal(kosten)fragen bei Klimaschutzbeauftragten: Dies sind nur einige Beispiele von Anfragen aus Bayerns Kommunen, die die „Kontaktstelle Kommunen" im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz täglich erreichen. Umwelt- und Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber will damit den Weg durch den Förderdschungel erleichtern.

„Mit unserer Kontaktstelle für Kommunen, bieten wir einen Wegweiser durchs Förderdickicht im Umweltbereich. Denn die Kommunen sind ein tragender Bestandteil des Freistaats Bayern und sie sind der entscheidende Partner, um Umweltpolitik vor Ort umzusetzen und zu gestalten," so Glauber.

Die Kontaktstelle leistet dabei Hilfestellung durch maßgeschneiderte Antworten auf jede Anfrage. Daneben bietet eine umfangreiche Internetplattform, das „Kommunen-Infoportal" einen umfassenden Themenüberblick sowie weiterführende Informationen.

Ergänzt wird dieses Informationsangebot durch aktuelle Neuigkeiten, Nachrichten und Serviceangebote für Kommunen in jedem Quartal durch den „Kommunal-Newsletter" – direkt und kostenlos zu bestellen über das Infoportal.

Ganz neu im Serviceprogramm des Ministeriums: das „Infopaket für Kommunen" mit einer Übersicht aller Fördermöglichkeiten für bayerische Kommunen im Umweltbereich!

Die Broschüre „Umweltschutz kommunal und nachhaltig" stellt Informationen und Fördermöglichkeiten in den Bereichen Wasser, Boden, Natur und Klima vor.

Kommunen-Infoportal auf der Website des StMUV: https://www.stmuv.bayern.de/service/kommunal/index.htm

Bayerischer Gemeindetag:

Taten statt Worte!

Ein entschiedeneres Handeln der Politik sowie ein Gesetz zur Sicherung des stationären Handels und zum Erhalt lebendiger Innenstädte hat der Bayerische Gemeindetag in der Debatte um die pandemiebedingten Umsatzeinbrüche beim stationären Einzelhandel gefordert. Laut Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl setzen der Lockdown, ein davon profitierender Onlinehandel sowie ein sich dadurch wandelndes Kaufverhalten den örtlichen Einzelhandel unter Druck. Verwunderlich sei, dass der Aufschrei in Politik, Verbänden und Gesellschaft mit Blick auf die Entwicklungen der vergangenen Monate nicht noch größer ist.

Der stationäre Einzelhandel leiste einen fundamentalen Beitrag für die kommunale Infrastruktur, die örtliche Daseinsvorsorge, die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs für alle sozialen Gruppen, das soziale Miteinander; er schaffe Arbeit und Lebensunterhalt für die Menschen in den Städten und Gemeinden und gewährleiste Ressourcen- und klimaschonende Versorgungs- und Transportwege, betonte Brandl. Dabei handle es sich um einen dauernden Beitrag, den der Onlinehandel allein nicht zu leisten vermag.

Mit Blick auf eine pandemiebedingte Pleitewelle des stationären, örtlichen Einzelhandels und den damit verbundenen städtebaulichen und sozialen Auswirkungen fordert der Baye-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Dr. Uwe Brandl. ❒

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

Den Teufelskreis durchbrechen

Das Präsidium des Deutschen Landkreistags hat die Länder aufgefordert, die Umsetzung des Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst gemeinsam mit den Landkreisen voranzutreiben. Wie Präsident Landrat Reinhard Sager nach einer virtuellen Sitzung betonte, müssten die Länder den Landkreisen umgehend Gespräche anbieten.

Sager zufolge „könnten wir bei den Neueinstellungen von Ärzten und weiterem Personal in den Gesundheitsämtern insgesamt schon weiter sein, denn in einer Reihe von Ländern haben zielgerichtete Beratungen über eine dauerhafte Umsetzung der strukturellen und personellen Verbesserungen im öffentlichen Gesundheitsdienst noch nicht stattgefunden. Damit verbunden ist die Zusage der Länder, ihrerseits gegenüber den Landkreisen die aus dem Pakt entstehenden kommunalen Mehrausgaben vollständig und dauerhaft auszugleichen."

Bundeszusage: 4 Mrd. Euro

Die Erfüllung dieser ausschließlichen Länderverantwortung werde durch die vom Bund zugesagten insgesamt 4 Mrd. Euro erheblich erleichtert, konstatierte der Präsident. Das Grundproblem bestehe darin, dass es in kaum einem Land eine gemeinsame Strategie von Landkreisen und kreisfreien Städten sowie dem jeweiligen Land für die Struktur der Gesundheitsämter gibt, um darauf aufbauend entsprechend Personal und technische Strukturen weiterzuentwickeln. Und auch zur Finanzierung durch die Länder bestehe Klärungsbedarf, damit die Landkreise und kreisfreien Städte überhaupt erst Planstellen schaffen, ausschreiben und einstellen können.

Befristete Einstellungen

Einige Länder wollten wohl auch den notwendigen Personalaufwuchs (teilweise) durch befristete Einstellungen vornehmen. „Das ist einerseits in gewissem Umfang sinnvoll, darf aber nicht der Regelfall sein. Denn andererseits wird es so problematischer für die Landkreise, in einem ohnehin schwierigen Arbeitsmarkt geeignetes Personal zu finden", so Sager. „Das, was wir in dieser Hinsicht hören, klingt jedenfalls nicht gerade ermutigend."

Ausbau der Ganztagsbetreuung

Was die Ganztagsbetreuung anbelangt, so unterstützt der Deutsche Landkreistag nachdrücklich das Ziel, die Angebote für Schulkinder weiter auszubauen. „Die Landkreise erwarten aber eine belastbare und gesicherte Gegenfinanzierung für die damit verbundenen kommunalen Dauerlasten, gerade für die Betriebskosten. Sonst machen Bund und Länder eine Rechnung zulasten Dritter auf", erläuterte Sager. „Generell hätten wir es für richtiger befunden, ganztägige Bildung über die in der inhaltlichen Verantwortung der Länder stehenden Schulen zu realisieren und nicht über die Jugendämter. Es liegt auf der Hand, dass es nicht ideal ist, wenn der Schulalltag am Vormittag von anderer Stelle verantwortet wird als die Bildungsinhalte am Nachmittag."

Bund-Länder-Vereinbarung

Kurz vor Jahresende 2020 ist die Bund-Länder-Vereinbarung zur Umsetzung des Investitionsprogramms für den Ausbau von Ganztagsschulen und Ganztagsbetreuung des Bundes unterzeichnet worden. Im Rahmen dieses Programms sollen zunächst bundesweit 750 Mio. Euro in den Ausbau der Ganztagsbetreuung investiert werden, die bei entsprechenden Abrufquoten bis zur Verdoppelung aufgestockt werden können.

Rechtsanspruch

Parallel verhandeln Bund und Länder den im Koalitionsvertrag verabredeten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab 2025 im SGB VIII. Dem Vernehmen nach soll der Rechtsanspruch stufenweise eingeführt werden, beginnend 2025 für die ersten Klassen und dann aufwachsend bis 2028 bis zur vierten Klassenstufe.

Der Deutsche Landkreistag unterstütze den Ausbau der Ganztagsangebote, unterstrich der DLT-Präsident. „Wir erwarten hierfür aber eine dauerhaft gesicherte Finanzierung. Für uns steht außer Frage, dass die Länder den Landkreisen die mit dem Rechtsanspruch verbundenen Kosten auszugleichen haben. Die Finanzierung durch die Länder muss unabhängig von der gesetzlichen Ausgestaltung vollständig gesichert sein. Wenn sich der Bund gegenüber den Ländern finanziell beteiligt, kann uns dies nur recht sein. Denn es erleichtert den Ländern die Erfüllung ihrer gegenüber den Kommunen bestehenden Pflicht zum finanziellen Belastungsausgleich."

Kommunale Dauerlasten

Die Landkreise würden finanziell sehr darunter leiden, dass neue Bundesgesetze oder Rechtsansprüche kommunale Dauerlasten verursachen, die nicht oder nicht vollständig ausgeglichen werden, hob Sager hervor. „Dieser Teufelskreis

(Fortsetzung auf Seite 4)



Der Bürgermeister nimmt einen Termin beim Herrenausstatter wahr. Dabei geht es letztlich auch darum, die mittelständische Wirtschaft am Ort zu unterstützen. Ob das derzeit kultivierte modische Laissez-faire in der Nach-Corona-Zeit Bestand behält, wird sich zeigen. **Seite 15**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Bayerns Haushalt: Landtag billigt 71,2 Mrd. Euro 2
Rekordhaushalt für das soziale Bayern 2
Pakt und Leitfaden sollen Ehrenamt stärken 2
ORH-Jahresbericht: Gefülltes Corona-Portemonnaie nutzen . .3
GZ-Kolumne Josef Mederer:
20 Jahre Umweltmanagement beim Bezirk Oberbayern 3
Bundeskonferenz Kommunales Bildungsmanagement 2021 . .4
Kommunikationstechnik • Breitbandversorgung • IT . . . . . 5 - 8
Kommunale Umweltthemen • Abfallwirtschaft . . . . . 9 - 10
Kommunalfahrzeuge • Forst • GaLaBau . . . . . 11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 9 - 12

Bayerns Haushalt:

Landtag billigt 71,2 Milliarden Euro

Mit mehr als 70 Milliarden Euro für das laufende Jahr hat das Parlament im Bayerischen Landtag die Etats für die Bereiche Wissenschaft und Kunst sowie Digitales mit der Koalitionsmehrheit von CSU und Freien Wählern final beschlossen. Insbesondere die Hightech-Agenda sei ein Konjunkturprogramm für die Zukunft, betonte die CSU-Fraktion.

Mit 71,2 Milliarden Euro umfasst der Haushalt 2021 nach der Debatte im Bayerischen Landtag eine Milliarde mehr als im ursprünglichen Regierungsentwurf geplant. An der maximalen Kreditaufnahme von 20 Milliarden Euro für die Jahre 2020 und 2021 zusammen soll sich nichts ändern. Grund für die hohe Neuverschuldung ist die Corona-Krise. Die Summe von bis zu 20 Milliarden Euro hatte der Landtag vergangenes Jahr gebilligt.

Wissenschaft: Schwerpunkt Hightech-Agenda

Im Bereich Wissenschaft und Kunst mit einem Gesamtetat von 8,2 Milliarden Euro liegt der Fokus auf der Beschleunigung der Hightech-Agenda (517 Mio. Euro) und der Förderung von Theatern, Museen und Kultureinrichtungen in Bayern (300 Mio. Euro). Zudem sind weitere 657,8 Millionen Euro für Corona-Hilfen für Wissenschaft und Kunst – z.B. die Künstlerhilfsprogramme – im Sonderfonds Corona-Pandemie im Haushalt eingeplant. Robert Brannekämper, wissenschaftspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion und Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses sagte: „Unser Ziel ist, dass Forschung, angewandte Wissenschaft und die bayerische Wirtschaft nach der Pandemie durchstarten können. Gleichzeitig wollen wir Künstler und Kultureinrichtungen in der Corona-Krise unterstützen. Hier müssen wir alles tun, um einen Substanzverlust abzuwenden, der durch den langen Lockdown droht."

Die Landtagsfraktion der Freien Wähler macht sich zudem für ein ‚Gesamtbayerisches Kulturfestival' stark. Kerstin Radler, stellvertretende Vorsitzende und kulturpolitische Sprecherin der Freie-Wähler-Landtagsfraktion sagte dazu: „Öffentlichkeit und Sichtbarkeit spielen für die Förderung von Kulturschaffenden eine zentrale Rolle. Mit der Etablierung eines staatlich geförderten, überregional wirkenden Kulturfestivals schaffen wir gerade für die junge Kreativ- und Kulturgeneration eine Plattform, um ihren Bekanntheitsgrad zu steigern und sie so nachhaltig zu unterstützen."

Unterstützung für ländlichen Raum

Die Freien Wähler stellen die Unterstützung zentraler Branchen in Bayerns Wirtschaftslandschaft in den Fokus. Deren wirtschaftspolitischer Fraktionssprecher Manfred Eibl sagte: „Wir sind sehr glücklich, dass wir trotz aller widriger Umstände den Gesamtansatz für die Programme der Kultur- und Kreativwirtschaft im regulären Haushalt um 800.000 Euro verglichen zum Vorjahr auf insgesamt 3,3 Millionen Euro in 2021 steigern konnten. Die aktuelle Lage der Kultur- und Kreativbranche können wir leider noch nicht im Detail überblicken. Aber vor der Corona-Pandemie haben im Freistaat annähernd 400.000 Erwerbstätige von der Erschaffung und Verbreitung kulturteller oder kreativer Güter und Dienstleistungen gelebt. Daher sind die zusätzlichen 165.000 Euro, die wir durch unseren politischen Einsatz verhandeln konnten, gerade jetzt bestens angelegt."

Neuer Campus Digital

Im Bereich Digitales mit einem Gesamtetat von 101,8 Millionen Euro setzt die CSU-Fraktion einen Schwerpunkt auf die ersten Pilotprojekte des neuen Campus Digital (760.000 Euro). Die Breitbandförderung und der Gigabit-Ausbau liegen im Haushaltsbereich des Finanzministeriums: Dort sind 225 Millionen Euro für schnelles Internet in ganz Bayern vorgesehen.

Dazu kündigte Sandro Kirchner, der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU-Fraktion und Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag, an: „Wir werden unsere Mitarbeiter in den Behörden fortbilden, um die Chancen der digitalen Transformation auszuschöpfen. Mit dem Kompetenzzentrum Digitale Verwaltung der Hochschule Hof – in unmittelbarer Nähe zur Bayerischen Verwaltungsschule – ist ein wichtiger Schritt getan. Zudem werden wir die digitalen Services für die Bürger in Bayern weiter verbessern und neue Dynamik in die Digitalisierung der Staatsverwaltung bringen."

Opposition fordert Investitionen in Klimaschutz

Die Opposition kritisierte die Haushaltsplanung. „Sie geben viel Geld aus, ohne strukturell was zu ändern", warf die Grünen-Haushaltsexpertin Claudia Köhler den Fraktionen von CSU und Freien Wählern vor.

Die Grünen und die SPD forderten deutlich mehr Ausgaben für den Klimaschutz, für die Sanierung der Infrastruktur sowie Investitionen in mehr Chancengerechtigkeit. Die FDP-Landtagsfraktion plädierte für eine schnellere und konsequentere Rückzahlung der Schulden, die Landtagsfraktion der AfD beklagte den bisher „größten Schuldenturm" in der bayerischen Geschichte. **red**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Söllner
93164 Brunn
am 8.4.

Bürgermeister Franz Hörner
91801 Berolzheim
am 13.4.

Bürgermeister Josef Wimmer
83362 Surberg
am 13.4.

Bürgermeister Josef Huber
83547 Babensham
am 14.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Peter Eisgruber-Rauscher
84163 Marklkofen
am 4.4.

Bürgermeister
Thomas Salzberger
86916 Kaufering
am 9.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Kienberger
94357 Konzell
am 5.4.

Bürgermeister Georg Neubauer
97837 Erlenbach
am 8.4.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Michael Reitberger
94551 Lalling
am 1.4.

Bürgermeister Tobias Blesch
97537 Wipfeld
am 6.4.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Rekordhaushalt für das soziale Bayern

Trautner: „Wir machen unseren Sozialstaat zukunftsfest"
Der Sozialhaushalt des Freistaats Bayern wird 2021 erstmals knapp über sieben Milliarden Euro betragen. Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner: „Wir setzen starke Impulse der Solidarität und des Miteinanders und machen damit unseren Sozialstaat zukunftsfest. Wir sind uns alle der erheblichen finanziellen Belastungen durch die Corona-Pandemie bewusst. Der Sozialhaushalt steigt erstmals auf über sieben Milliarden Euro. Denn gerade in schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass sich die Menschen von Jung bis Alt mit ihren vielfältigen Bedürfnissen auf das soziale Netz in Bayern verlassen können. Unser Soziales Bayern ist in der Corona-Krise ein wertvoller Anker an Stabilität für unsere Gesellschaft."

Der Schwerpunkt des Sozialhaushalts liegt wie im vergangenen Jahr im Familienbereich: Über 250 Millionen Euro mehr fließen in die Betriebskostenförderung, die Qualitätsentwicklung und den Beitragszuschuss in der Kindertagesbetreuung. Insgesamt steigen die familienpolitischen Leistungen um mehr als 400 Millionen Euro. „Die Corona-Pandemie hat sehr eindrücklich gezeigt, welch zentrale Bedeutung die Betreuung der Kinder für unser gesellschaftliches Leben hat", so Trautner.

Der Haushaltsansatz für die Jugendhilfe steigt um 3,5 Millionen Euro auf 15 Millionen Euro, damit sollen unter anderem Erziehungsberatungsstellen ausgebaut werden. Ebenfalls erhöht hat sich der Betrag für die Jugendsozialarbeit, beispielsweise an Schulen, und den Jugendschutz; er beträgt nun über 28 Millionen Euro. Die Mittel für die Jugendarbeit wurden auf 34,5 Millionen Euro angehoben, damit wird unter anderem der „Aktionsplan Jugend" umgesetzt.

Das Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder wurde bereits im vergangenen Jahr mit rund 900.000 Euro zusätzlich unterstützt, um Corona-bedingten Mehraufwand zu finanzieren. Für 2021 stehen hierfür noch einmal 200.000 Euro zur Verfügung.

400.000 Euro mehr wird außerdem für die Gleichstellungsarbeit aufgewendet. Dieser Betrag soll dabei helfen, die Beratungsstrukturen für lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, intersexuelle und queere Personen (LSBTIQ) zu verbessern.

„Wir zeigen mit dem Sozialhaushalt 2021 deutlich, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auch in schwierigen Zeiten auf uns verlassen können!", so Ministerin Trautner. ❐

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Holetschek zum „Tag des Gesundheitsamtes" 2021:

Der Öffentliche Gesundheitsdienst in Bayern leistet in dieser Pandemie Beeindruckendes

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat anlässlich des „Tages des Gesundheitsamts" die Bedeutung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) im Kampf gegen die Corona-Pandemie hervorgehoben: „Bayerns 71 staatliche und fünf kommunale Gesundheitsämter leisten Beeindruckendes. Das gilt auch für die für Gesundheit zuständigen Sachgebiete der Regierungen und die entsprechenden Fachstellen im Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit."

Der Minister fügte hinzu: „Gerade jetzt in der Pandemie wird die Arbeit der Gesundheitsämter für alle sichtbar. Sie erfassen SARS-CoV-2-Infektionen, informieren Betroffene über notwendige Maßnahmen wie eine häusliche Isolierung und beraten politische Entscheider vor Ort. Die wichtige Arbeit der übrigen Stellen im ÖGD von der AIDS-Prävention bis hin zur Trinkwasserüberwachung geht weiter und bleibt der breiten Bevölkerung hingegen oft verborgen. Mein Dank gilt anlässlich des Tages des Gesundheitsamtes allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den bayerischen Gesundheitsämtern und dem gesamten ÖGD."

Vor zwei Jahren wurde erstmals der „Tag des Gesundheitsamtes" begangen, um die Bedeutung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes als unverzichtbarer Eckpfeiler gesamtstaatlicher Daseinsfürsorge zu betonen. Zu diesem Zeitpunkt war eine weltweite Gesundheitskrise wie die Corona-Pandemie kaum vorstellbar. Holetschek unterstrich: „Heute muss die elementare Bedeutung unserer Gesundheitsämter für den Gesundheitsschutz unserer Bevölkerung keinem mehr erklärt werden."

Bayern hatte die Notwendigkeit von mehr Personal im ÖGD schon vor der Pandemie erkannt und gehandelt. Der Minister erläuterte: "Mit der Einführung der ÖGD-Quote haben wir ein Instrument geschaffen, um junge Menschen für eine spätere Tätigkeit in einem Gesundheitsamt oder einer anderen Stelle im ÖGD zu interessieren und langfristig zu binden. Wir haben ein Prozent aller Medizinstudienplätze für Studierende reserviert, die sich für eine anschließende berufliche Verwendung im ÖGD verpflichten. Erstmals in diesem Jahr können so voraussichtlich 19 Studienplätze an Interessierte vergeben werden."

Unterstützung durch den Bund

Der Bund unterstützt darüber hinaus mit insgesamt 4 Mrd. Euro über die kommenden Jahre mit dem Pakt für den ÖGD deutschlandweit den weiteren personellen Ausbau, die Attraktivität sowie die Digitalisierung der Gesundheitsämter und weiterer Gesundheitsbehörden der Länder. „Bayern wird seinen Anteil der Mittel gut in den ÖGD investieren", ergänzte Holetschek. In dem Haushaltsentwurf 2021 des Freistaats, der sich derzeit im parlamentarischen Verfahren befindet, sind erstmals aus dem Pakt zu finanzierende neue Stellen für den ÖGD enthalten. ❐

Pakt und Leitfaden sollen Ehrenamt stärken:

„Mehr Ehre, weniger Amt"

Mit weniger Bürokratie und einem Aufbau von Netzwerken soll ehrenamtliches Engagement in den Kommunen gestärkt werden. Die Staatsregierung hat dazu ein Maßnahmenpaket verabschiedet und setzt künftig auf einen intensiveren Austausch mit verschiedenen Verbänden, Vereinen und Partnern. Zusätzliche Unterstützung gibt ein neuer Leitfaden des Innenministeriums. Mit den darin enthaltenen Empfehlungen sollen die Potentiale der Zusammenarbeit mit den Akteuren im Freiwilligenmanagement verdeutlicht und Parallelstrukturen vermieden werden.

Mit sechs konkreten Maßnahmen will die Staatsregierung das Ehrenamt stärken und attraktiver machen. Staatskanzleiminister Dr. Florian Herrmann und Sozialministerin Carolina Trautner gaben dazu den Startschuss für die neue Initiative mit dem Titel „Pakt für das Ehrenamt – Bayerischer Weg zu weniger Bürokratie".

Sechs-Punkte-Programm

Diese bündelt folgende sechs Aktivitäten der Staatsregierung beim Bürokratieabbau im Bereich des Ehrenamts. Im Fokus steht dabei der kontinuierliche Dialog als zentraler Baustein für ein optimales Beratungsangebot.

1. Jour Fixe in der Staatskanzlei

Im Rahmen eines jährlichen Jour Fixe treffen sich die Paktpartner, um sich über aktuelle Anliegen auszutauschen, Maßnahmen zur Entlastung auf den Weg zu bringen und das Netzwerk auszubauen.

2. Praxis-Check

Die Paktpartner unterstützen die Durchführung des deutschlandweit einzigartigen Praxis-Checks von Vorschriften durch Benennung interessierter Ehrenamtlicher. Durch Bildung eines Netzwerks von Ansprechpartnern soll das Ehrenamt künftig bei relevanten Regelungsvorhaben rechtzeitig vorab eingebunden werden kann.

3. Beratung und Ausbildung

Die Übernahme von Führungsaufgaben stellt viele Ehrenamtliche vor Herausforderungen. Deshalb sollen Maßnahmen zur Qualifizierung ehrenamtlich Engagierter insbesondere für Führungsfunktionen im Ehrenamt im Rahmen von Vereinstagen auf den Weg gebracht werden.

4. Verbindung zwischen Ehrenamt und Verwaltung

Um den Kontakt zwischen Verwaltung und Ehrenamt zu stärken und die Verwaltung weiter für die Herausforderungen des Ehrenamts zu sensibilisieren, sollen Mitarbeitern durch einen „Tag der Staatsverwaltung für Bürgerschaftliches Engagement" einen Einblick in die Praxis der Ehrenamtler erhalten. Durch diesen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Verwaltung und Ehrenamt soll das Verständnis auf beiden Seiten weiterwachsen.

5. Steuern / Gemeinnützigkeit

Die Erhöhung des Übungsleiterfreibetrags und der Ehrenamtspauschale, die Anhebung der Grenze für vereinfachte Zuwendungsbestätigungen, die Anpassung der Besteuerungsgrenze für wirtschaftliche Geschäftsbetriebe von gemeinnützigen Organisationen sowie die Schaffung einer Vertrauensschutzregelung zugunsten steuerbegünstigter Körperschaften, die gutgläubig Mittel an eine andere Körperschaft für steuerbegünstigte Zwecke weitergeben – das Ehrenamt soll mit solchen Regelungen auf breiter Basis gestützt werden. Dazu will die Staatsregierung auch gemeinsam mit dem Bund unbürokratischere Rahmenbedingungen in den Bereichen des Steuerrechts und der Gemeinnützigkeit einsetzen.

6. Ehrenamtsanerkennung

„Mehr Ehre, weniger Amt" – um dem Slogan gerecht zu werden, macht sich die Staatsregierung für die flächendeckende Ehrenamtskarte stark und unterstützt den Ehrenamtsnachweis Bayern. Zudem setzt sie sich für Ehrungen zur Anerkennung ehrenamtlichen Engagements ein und plant freiwilliges Engagement für die Gesellschaft durch das Zukunftskonto Engagement stärker zu honorieren. Die Ehrenamtsversicherung wurde zudem als subsidiäre Auffangversicherung eingerichtet.

Kommunen geben Freiräume

Staatskanzleiminister Herrmann betonte bei der Unterzeichnung des Paktes, wie wichtig die Unterstützung des Ehrenamts in der aktuellen Situation sei: „Gerade in Zeiten neuer Herausforderungen und Veränderungen des Vereinslebens durch die Corona-Pandemie gebührt unseren Ehrenamtlern dafür höchster Respekt. Umso wichtiger ist, dass wir sie beim bürokratischen Aufwand entlasten und damit mehr Freiraum für ihr Engagement schaffen." Sozialministerin Carolina Trautner hob hervor, dass Ehrenamt nicht selbstverständlich sei: „Das Ehrenamt hat in Bayern eine lange Tradition und ist tief im bayerischen Bewusstsein verwurzelt. Ein Staat kann dieses Engagement weder einfordern noch ersetzen. Er kann aber dafür sorgen, dass sich möglichst viele Menschen gerne engagieren." Ehrenamtliches Engagement brauche zudem Raum für Kreativität, Eigenverantwortung und Eigeninitiative. Trautner verdeutlichte deshalb, wie wichtig die Zusammenarbeit mit den Kommunen sei, um diese Ziele zu erreichen. Partner der Staatsregierung im Pakt für das Ehrenamt sind der Bayerische Blasmusikverband e.V., der Bayerische Jugendring, der Bayerische Landes-Sportverband e.V., der Bayerische Musikrat e.V., der Bayerische Trachtenverband e.V., die Bürgerallianz Bayern, die Freie Wohlfahrtspflege Bayern, der Paritätische Wohlfahrtsverband, Landesverband Bayern e.V., der Landesfeuerwehrverband Bayern e.V. und die Tafel Bayern e.V..

Zusammenarbeit mit Integrationslotsen

Ein weiterer Aspekt zur Stärkung des Ehrenamts ist dabei die Vernetzung der Integrationslotsen in den Kommunen. Denn einen wesentlichen Fokus legen die Integrationslotsen in ihrer Arbeit auf die umfangreiche Ehrenamtskoordination: Etwa ein Drittel der Integrationslotsen arbeitet regelmäßig mit bis zu circa 50 Ehrenamtlichen zusammen, ein weiteres Drittel mit circa 50 bis 100 und ein letztes Drittel mit 100 bis 300 oder sogar mehr Ehrenamtlichen. Für

(Fortsetzung nächste Seite)

ORH-Jahresbericht 2021:

Gefülltes Corona-Portemonnaie wirksam nutzen

Auch für das Haushaltsjahr 2019 bestätigt der Bayerische Oberste Rechnungshof der Staatsregierung eine insgesamt geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung. Wie ORH-Präsident Christoph Hillenbrand bei der Vorstellung des Jahresberichts 2021 ausführte, „hat der Landtag mit einem Finanzierungsrahmen von 78 Milliarden Euro im Jahr 2020 der Staatsregierung das Portemonnaie im Ländervergleich am besten gefüllt, um die immensen negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie schnell abmildern zu können. Der ORH hält die dafür genutzte Ausnahme von der Schuldenbremse auch 2021 für vertretbar. Freilich dürfen mit den neuen Krediten nur durch die Corona-Krise veranlasste Ausgaben finanziert werden."

Hillenbrand zufolge belasten diese Schulden dann kommende Haushalte und Generationen noch auf Jahrzehnte. Schon deshalb müssten die kreditfinanzierten Ausgaben transparent, zielgerichtet und wirksam eingesetzt werden. Dies nehme der ORH bei Corona-Soforthilfen und -programmen bereits unter die Lupe.

Nach Angaben des ORH kann die Staatsregierung zur Bewältigung der Corona-Pandemie im Staatshaushalt neue Schulden von bis zu 20 Milliarden Euro aufnehmen; ergänzend sei außerhalb des Haushalts das Sondervermögen BayernFonds mit Kreditermächtigungen von ebenfalls bis zu 20 Milliarden Euro ausgestattet. Rechne man die im Staatshaushalt und im BayernFonds jeweils geschaffenen Bürgschaftsrahmen und Gewährleistungsermächtigungen von zusammen 38 Milliarden Euro dazu, betrug 2020 der finanzielle Corona-Handlungsspielraum der Staatsregierung beachtliche 78 Milliarden Euro. Hiervon wurden bis Ende 2020 rund 10 Prozent in Anspruch genommen. 2021 werden voraussichtlich noch mehr als 70 Milliarden Euro zur Verfügung stehen.

Ausnahme von der Schuldenbremse

Der Bayerische Oberste Rechnungshof erkennt an, dass die Corona-Pandemie als Naturkatastrophe auch 2021 eine Ausnahme von der in der Bayerischen Verfassung verankerten Schuldenbremse zulässt. Allerdings weist er mit Nachdruck darauf hin, dass es zwischen der Nettokreditaufnahme und der Notlage einen begründeten und nachvollziehbaren Veranlassungszusammenhang geben muss.

Nicht überzeugt ist der ORH, dass die im Entwurf zum Haushaltsgesetz 2021 enthaltenen 400 Millionen Euro für die Hightech Agenda Bayern Plus unmittelbar mit der Not der COVID-19-Pandemie begründet werden können. Die dafür vorgesehenen 400 Millionen Euro ergänzten und beschleunigten nämlich das schon 2019 beschlossene Sonderprogramm.

Massive Belastung auf Jahrzehnte

Da die kommenden Haushalte aus Sicht des ORH durch die jetzt aufgenommenen Schulden über mehrere Jahrzehnte hinweg massiv belastet werden, hält er es für geboten, alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Nettokreditaufnahme möglichst gering zu halten. Wirtschaftliches und sparsames Handeln sowie eine Priorisierung der Ausgaben dürften gerade in der Notsituation nicht vernachlässigt werden. Schnelle und unbürokratische Hilfe sei bei solchen Krisen wichtig, genauso wichtig sei aber, dass die Hilfen in der richtigen Höhe und an die richtigen Empfänger gehen.

2019 fielen die Einnahmen des Freistaates dank der damals kontinuierlich steigenden Steuereinnahmen erneut höher aus als die Ausgaben. Zum neunten Mal in Folge schloss Bayerns Staatshaushalt mit einem positiven Finanzierungssaldo ab. Die Haushaltssicherungsrücklage stieg auf 10,3 Milliarden Euro an. Der ORH merkt an, dass die Ausgaben 2019 im Vergleich zu den Einnahmen weitaus stärker gestiegen sind und die Steigerungsrate erneut deutlich über 3 Prozent lag. Der Schuldenabbau von 50 Millionen Euro erschien ihm als eher gering angesichts der prosperierenden Einnahmen und der noch immer nicht vollständig zur Schuldentilgung verwendeten Kapitalrückzahlungen der BayernLB aus den Jahren 2016 und 2017.

15 Prüfungsergebnisse

Mit dem aktuellen Jahresbericht hat der ORH unter anderem 15 Prüfungsergebnisse vorgelegt. Mit diesen wird sich der Landtag im Einzelnen beschäftigen und dazu ggf. beschließen, welche Maßnahmen die Staatsregierung einleiten soll.

Mängel im Vollzug des Waffenrechts hat der Rechnungshof bei den zuständigen Landratsämtern und kreisfreien Gemeinden festgestellt. Sie würden den an sie gestellten Anforderungen, etwa bei Kontrollen oder Dokumentation, nicht immer gerecht, heißt es. Nicht alle dafür eingesetzten Beschäftigten verfügten über die nötigen Fachkenntnisse im Umgang mit Waffen und Munition. Die zuständigen Aufsichtsbehörden hätten zudem keine aktuellen Informationen zum dafür erforderlichen Personal, obwohl das wesentliche Voraussetzung eines korrekten Vollzugs ist, moniert der ORH nach einer Prüfung des sensiblen Themenfelds: „Das Waffenrecht hält schließlich Gefahren von der Allgemeinheit ab und sollte deshalb strikt umgesetzt werden."

Sehr hohe Fehlerquote

Ein weiterer Kritikpunkt: Geschätzt 12 Millionen Euro Steuern entgehen dem Freistaat pro Jahr, weil den Finanzämtern bei der Einkommensteuer immer noch zu viele Fehler bei der Berücksichtigung von Unterhaltsaufwendungen unterlaufen. Das Steuerausfallrisiko liegt nach Einschätzung des ORH sogar noch um jährlich 42 Millionen Euro höher. Schon 2012 hatte der ORH eine sehr hohe Fehlerquote festgestellt, die sich nun nach den Ergebnissen einer neuen Prüfung sogar auf 55 % erhöht hat. Die vom Finanzministerium längst versprochene Verbesserung der Bearbeitungsqualität sei nicht eingetreten. Jetzt hält es der ORH für dringlich, konkrete Maßnahmen in Angriff zu nehmen, um die Situation nachhaltig zu verbessern: Die Prüfung der Unterhaltsleistungen brauche erheblich mehr Zuwendung der Steuerverwaltung.

Nicht zum ersten Mal ging der ORH der Frage nach, ob die Regierungen bei der Förderung kommunaler Hochbauten ausreichend prüfen, wie die Kommunen die staatlichen Zuweisungen verwenden. Es geht dabei um jährlich über eine halbe Milliarde Euro staatlicher Haushaltsmittel. Der ORH untersuchte nun 498 kommunale Projekte aus ganz Bayern mit einem Fördervolumen von 312 Millionen Euro. Und wie schon öfter in der Vergangenheit, stellte er auch diesmal zahlreiche Mängel fest. Obwohl sich sogar der Landtag bereits mehrfach mit dem Problem befasst hatte, konnte der ORH immer noch keine durchgreifenden Verbesserungen feststellen. Nach seiner Auffassung ist deshalb der zweckentsprechende und wirtschaftliche Einsatz der Haushaltsmittel nicht sichergestellt.

Mit 96 Millionen Euro förderte der Freistaat zwischen 2012 und 2019 öffentliche touristische Infrastruktureinrichtungen von Kommunen. Dadurch sollte die Tourismusinfrastruktur attraktiver und qualitativ besser sowie der Erholungswert und letztlich die Wirtschaftskraft gesteigert werden. Doch bei keiner der geprüften Maßnahmen konnte nach Angaben des Bayerischen Obersten Rechnungshofs nachgewiesen werden, dass sich die Tourismusinfrastruktur tatsächlich verbessert hat.

Förderprogramme stehen nicht auf den Prüfstand

Parameter, an denen hätte bestimmt werden können, ob der Förderzweck erreicht wurde, hätten durchgängig gefehlt. Sogar Verbesserungen der Barrierefreiheit seien nicht konsequent eingefordert worden. „Dazu passt, dass selbst die Wirksamkeit des Förderprogramms bislang noch nie auf den Prüfstand gestellt wurde, obwohl der Staat damit die touristische Infrastruktur bereits seit den 1970er Jahren fördert. Dabei empfiehlt sich eine solche Evaluation schon vor dem Hintergrund des Klimawandels und der damit zusammenhängenden ökologischen Auswirkungen auf den Tourismus." Darüber hinaus kritisiert der ORH auch zahlreiche Fehler bei der Abwicklung des Förderprogramms.

„Auch 15 Jahre nach dem Start der Verwaltungsreform V21 lassen damit fest beabsichtigte Vereinfachungen und Einsparungen bei der Projektförderung im kommunalen Straßenbau weiter auf sich warten. Gerade die Bündelung der Förderverfahren ist bislang erst bei einer Regierung vollständig erreicht", moniert der ORH überdies. Er hält es für überfällig, die Reform der Projektförderung nun endlich komplett durchzuziehen, um die erwartete Dividende wirklich erzielen zu können. Außerdem sei es längst an der Zeit, nach 50 Jahren und milliardenschweren Zuwendungen an die Kommunen - zwischen 2000 und 2020 flossen über 3 Milliarden Euro -, den Erfolg dieses Förderprogramms zu evaluieren. Die durchgängig hohe Nachfrage der Kommunen nach den Fördermitteln ist aus Sicht des ORH noch kein Nachweis dafür, dass diese auch zielgerichtet, wirksam und wirtschaftlich eingesetzt werden.

Herrmann kritisiert Prüfbericht

In einer ersten Reaktion hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann die Kritik des ORH an den bayerischen Waffenbehörden zurückgewiesen: „Sie leisten hervorragende Arbeit beim Vollzug des Waffenrechts. Sie arbeiten effizient und tragen engagiert dazu bei, dass Bayern eine Spitzenposition im Bereich der Sicherheit und Ordnung im Ländervergleich einnimmt."

Herrmann sieht insbesondere erhebliche Schwachstellen bei der Erstellung des Prüfberichts: „Die Analyse des ORH ist methodisch sehr fragwürdig, denn der Bericht beruht auf einer stichprobenartigen Prüfung mittels Fragebogen bei lediglich einem Drittel der Waffenbehörden." Ein sonst üblicher Einblick in die Akten habe nicht stattgefunden. Die Abfrage sei in die erste Hochphase der Corona-Pandemie im März/April 2020 gefallen. „In dieser Zeit mussten die Kreisverwaltungsbehörden ganz andere Prioritäten setzen", machte der Minister deutlich.

Der Fokus der Staatsregierung liege in der Bekämpfung des „problematischen" Waffenbesitzes. „Hier nimmt Bayern bundesweit eine Vorreiterrolle ein", so Herrmann. Die Zahl der mit legalen Waffen in Bayern begangenen Straftaten sei äußerst gering. Die Anzahl der Straftaten mit erlaubnispflichtigen und legalen Waffen sei im Berichtszeitraum deutlich zurückgegangen: Von 61 Straftaten im Jahr 2016 über 65 im Jahr 2017 und 36 im Jahr 2018 auf nur noch 17 Straftaten im Jahr 2019.

Mit Blick auf die Beschäftigtensituation stellte Herrmann klar: „Wie in anderen Aufgabenbereichen auch, beispielsweise beim Umwelt-, Jagd- Ausländer- oder Baurecht, fällt es in den Verantwortungsbereich und die Organisationshoheit jedes Landrats oder jedes Oberbürgermeisters, über den Einsatz des Personals selbst zu bestimmen. Wir haben hier keinerlei Weisungsbefugnis." **DK**

Mehr Ehre, weniger ...

(Fortsetzung von Seite 2)
diese Ehrenamtlichen fungieren die Integrationslotsen als Anlaufstelle, u. a. für Gespräche und Rahmenbedingungen, wie Begegnungsräume und Schulungen. Letztere sind für die Ehrenamtlichen, aber auch für das Freiwilligenmanagement erforderlich.

Leitfaden für Integrationslotsen

Laut einer Evaluation des Programms „Bayerische Integrationslotsen steht „schulische Unterstützung und Nachhilfe" aktuell auf Platz eins und wird nach Einschätzungen der Integrationslotsen auch in Zukunft eines der wichtigsten Themen bleiben. Um Akteure besser zu vernetzen, initiierte das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration in Zusammenarbeit mit der lagfa bayern e.V. ein Tandem-Projekt. Die Teilnehmer setzten sich mit der Frage auseinander, welche Rahmenbedingungen, Prozesse und Erfolgsstrategien für eine Zusammenarbeit der Freiwilligenagenturen und Koordinierungszentren Bürgerschaftlichen Engagements (FA/ FZ/ KoBE) sowie hauptamtlichen Integrationslotsen erfolgsversprechend sind. Die Ergebnisse fasst ein Leitfaden zusammen und gibt Empfehlungen für eine noch stärkere Vernetzung der Integrationslotsen in den Kommunen.

Ressourcen effizient nutzen

„Sämtliche Ressourcen sollen effizient und bestmöglich genutzt werden", sagte Bayerns Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann. Hierzu zählten beispielsweise eine gemeinsame Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit, gemeinsame Veranstaltungen und Projektarbeit. Auch das Prüfen von Fördermöglichkeiten sowie der regelmäßige, persönliche Austausch werden als wichtige Bausteine gesehen. Die praxisorientierte Analyse belege, dass Kommunikation und Kooperationswille auf Augenhöhe elementar für eine gute Zusammenarbeit seien, betonte Herrmann. „Der Leitfaden setzt hierfür positive Impulse, von denen alle Beteiligte vor Ort und insbesondere die Ehrenamtlichen profitieren", erklärte der Minister.

Weitere Informationen bietet die Internetseite des Innenministeriums: www.innenministerium.bayern.de/mui/integrationspolitik/integrationslotsen/index.php **red**

GZ KOLUMNE Josef Mederer

Liebe Leserinnen und Leser,



Broschüren und Flyer gedruckt auf Papier mit dem Blauen Engel, die umweltgerechte Beschaffung von Büromaterial, E-Autos im Fuhrpark und Solaranlagen auf dem Dach: Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirks Oberbayern ist das selbstverständlich. Sie wissen, dass ihr Arbeitgeber dem Umweltschutz einen hohen Stellenwert einräumt. Und sie finden – vom durchdachten Konzept zur Mülltrennung bis hin zum kostenfreien MVV-Ticket für die M-Zone – Strukturen vor, die ein umweltbewusstes Handeln ermöglichen. Die neuesten Informationen dazu finden sie im Intranet.

Das war vor gut 20 Jahren, als der Bezirk Oberbayern in seiner Verwaltung ein Umweltmanagementsystem einführte, keineswegs der Fall. Nach einem Einstieg mit dem Umweltprogramm Ökoprofit haben wir uns 2002 für die Zertifizierung nach der strengeren europäischen EMAS*-Norm entschieden. Um einen solchen Prozess auf den Weg zu bringen, braucht es das Zusammenspiel von Verantwortlichen vieler Bereiche – vom Gebäudemanagement und der Arbeitssicherheit über die Bauverwaltung und IT bis hin zur Vergabestelle.

20 Jahre Umweltmanagement

Politik und Verwaltung geben die Umweltleitlinien und -ziele vor. Für die Umsetzung sind unsere Umweltbeauftragten, das Umweltteam und die Fachreferate verantwortlich. Sie erstellen jährlich eine Ökobilanz und schreiben auf deren Grundlage die Maßnahmen für das Folgejahr fest. Ein unabhängiger Umweltgutachter überprüft alle drei Jahre, ob die Bezirksverwaltung die Umweltziele in Handlungsfeldern wie Abfall, Energie oder Wasserverbrauch erreicht. Über die Ergebnisse informiert die Umwelterklärung, die wir im gleichen Turnus auf unserer Website veröffentlichen.

Wenn ich auf die vergangenen zwei Jahrzehnte zurückblicke, kann ich sagen, dass sich die freiwillige Verpflichtung zu den Vorgaben der EMAS-Verordnung für uns in jeder Hinsicht gelohnt hat. Wir haben wertvolle Erfahrung darin gesammelt, wie wir unsere Umweltauswirkungen wirksam reduzieren und im Sinne des Umweltschutzes immer besser werden können. Wenn ich mir beispielsweise die Ökobilanz von 2019 ansehe – da konnten wir im Vergleich zum Vorjahr den Stromverbrauch um 16,2 Prozent, den Papierverbrauch um 13 Prozent und den Ausstoß von Kohlendioxid durch Dienstreisen um 17,4 Prozent verringern – freue ich mich über die gemeinsam erbrachte Leistung.

Diesen Weg setzen wir mit herausfordernden Plänen für die Jahre 2021 bis 2023 fort. So möchten wir unter anderem unseren Papierverbrauch durch die Einführung eines Datenmanagementsystems in der Sozialverwaltung um weitere fünf Prozent reduzieren. Bei Baumaßnahmen setzen wir von vornherein auf ökologische Baumaterialien, nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien. Unsere Imkereifachberatung, die regelmäßig bienenfreundliche Gemeinden in Oberbayern auszeichnet, soll die Biodiversität nun auch durch die Anlage von insektenfreundlichen Flächen in den Bezirkseinrichtungen fördern. Nicht zuletzt haben wir uns vorgenommen, ökologische Kriterien bei unseren Preisverleihungen und dem ZAMMA – Kulturfestival Oberbayern anzuwenden.

Darüber hinaus hat der Bezirk Oberbayern bereits das nächste große Ziel im Blick: den klimaneutralen Bezirk Oberbayern bis 2030. Wir wollen unsere klimarelevanten Emissionen bis zum Jahr 2030 weitestgehend reduzieren – in der Verwaltung, aber auch in unseren zahlreichen Einrichtungen vom Freilichtmuseum Glentleiten über das Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon bis hin zu den Schulen für Holz und Gestaltung in Garmisch-Partenkirchen. Dafür schaffen wir eigens eine Stelle für Klimaschutzmanagement, die zu 75 Prozent vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit gefördert werden kann. Ein Klimaschutzkonzept und der Aufbau eines Klimaschutzmanagements werden auf diesem Weg die ersten Schritte sein. Ich bin sicher, dass uns die Erfahrungen der letzten Jahre dabei helfen werden.

Mit seinem nachhaltigen Wirtschaften hat der Bezirk in den vergangenen Jahren Ressourcen geschont und Geld gespart. Das machen wir nicht nur für uns, sondern auch, weil wir uns in der Verantwortung sehen: Zum einen den Landkreisen gegenüber, von denen wir als umlagefinanzierte Behörde die Mittel für unsere Arbeit erhalten. Und zum anderen gegenüber den nachfolgenden Generationen, denen wir eine lebenswerte Heimat mit einer intakten Umwelt übergeben möchten.

Ihr Josef Mederer
Bezirkstagspräsident von Oberbayern

* EMAS: Eco Management and Audit Scheme

Bundeskonferenz Kommunales Bildungsmanagement 2021:

Ob Bildung gelingt, entscheidet sich vor Ort

Bei der diesjährigen digitalen Bundeskonferenz Kommunales Bildungsmanagement standen u.a. die kulturelle und nachhaltige Bildung ebenso im Mittelpunkt wie das datenbasierte kommunale Bildungsmanagement. Dazu wurden Aspekte wie die Verankerung in den Verwaltungen und die Potenziale für die Gestaltung einer chancengerechten Stadt- und Regionalentwicklung beleuchtet. Zudem boten unterschiedliche Fachforen die Möglichkeit, sich über aktuelle wissenschaftliche Diskurse zu informieren und ihre Erfahrungen und Ideen einzubringen.

„Die Kommunen spielen in unserem Bildungsföderalismus eine wichtige Rolle", erklärte Bundesbildungsministerin Anja Karliczek. Gerade sie könnten den digitalen Wandel in der Bildung mitgestalten und entschieden vorantreiben. Als Träger vieler Bildungseinrichtungen trügen sie eine große Verantwortung. „Dabei werden sie vom Bund bestmöglich und bedarfsgerecht unterstützt."

Erfolgreiche Modelle

Seit 2014 habe die „Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement" des BMBF dazu beigetragen, dass deutschlandweit erfolgreiche Modelle kommunaler Bildungssteuerung etabliert und verbreitet wurden. Das digitale Zeitalter verlange nun, dass das Bildungssystem weiterentwickelt wird. Dafür werde das BMBF das kommunale Bildungsmanagement mit neuen Programmen unterstützen und so die kommunalen Bildungslandschaften von morgen mitgestalten. „Ziel ist, dass die Kommunen ihren Bürgerinnen und Bürgern in allen Lebensphasen passgenaue Bildungsangebote machen können und so die Bildungschancen für alle ausbauen. Sie verbessern ihre Standortattraktivität und stärken eine positive Stadt- und Regionalentwicklung", machte Karliczek deutlich.

„Lebenslanges Lernen wird für uns alle immer wichtiger. Die Erwartungen der Menschen an bestmögliche Bildungsangebote steigen. Ob Bildung gelingt, entscheidet sich vor Ort, dort, wo die Menschen leben", unterstrich Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetags. „Die Städte engagieren sich für vielfältige und zeitgemäße Bildungsformate für uns alle. Dabei kommt es auf qualifiziertes Personal und anregende Lernorte mit einer zeitgemäßen Ausstattung an. Egal ob in Kitas, Schulen oder Bibliotheken, bei der beruflichen Ausbildung oder der Weiterbildung an den Volkshochschulen: Die Städte schaffen ein dichtes Netz aus Bildungsangeboten für alle Lebensphasen."

Jung zufolge „brauchen wir ein kommunales Bildungsmanagement vor Ort, das klare Ziele verfolgt und uneitel dokumentiert, was erreicht wird. Wenn wir wissen, wie vorhandene Lernangebote wirken, lassen sich bildungspolitische Ziele und konkrete Maßnahmen in den Städten besser miteinander verknüpfen. Gemeinsam und im transparenten Austausch können wir Bildungsprozesse verbessern."

Digitalisierungsphänomene sind kulturelle Prozesse

Perspektiven für das Kommunale Bildungsmanagement zeigte Prof. Dr. Benjamin Jörissen von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg im Fachforum „Digitalisierung, Kulturelle Bildung und kommunales Bildungsmanagement" auf. Aus seiner Sicht müssen Akteure und Stakeholder in Bildung und Kultur lernen, Digitalisierungsphänomene nicht nur als Tool, Technik und Entfremdung, sondern als kulturelle Prozesse wahrzunehmen, zu explorieren und auf ihre Arbeitsfelder zu beziehen. Bildungsmanagement sei dafür verantwortlich, die Bildungsmanager entsprechend zu professionalisieren.

„Daten" seien keine Frage der Digitalität, sondern der Definition von Datenformaten, fuhr Jörissen fort. Ein „teilhabegerechtes" datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement stelle keinen kybernetischen Vernetzungs-Automatismus, sondern einen partizipatorischen Prozess dar, der folgende Fragen aufwerfe: Was ist standardisiert erfassbar? Was wird ausgeschlossen? Was soll, was kann und was wird schließlich sichtbar gemacht? Und: Für wen werden Daten sichtbar und verwendbar gemacht?

Im Fachforum zum Thema „Digitalisierung nachhaltig denken. Herausforderungen für Politik, Kommunen und Schulen" verwies Prof. Dr. Kai Maaz vom Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation darauf, dass es für eine nachhaltige Digitalisierung des Bildungssystems u.a. verlässliche, über 2024 hinausgehende Finanzierungssicherheiten sowie eine personelle Absicherung vor Ort in den Schulen braucht. Notwendig seien auch eine Vernetzung zwischen Schulen und mit dem Umfeld und eine Qualifizierungsoffensive, zudem eine Gestaltung schulischer Rahmenbedingungen, dass das Lernen mit digitalen Medien tatsächlich einen Mehrwert für Lernprozesse und Lernergebnisse bietet, von dem alle Kinder und Jugendlichen profitieren.

Gemeinsame Visionen

Schulleitungen empfahl Maaz, eine gemeinsame schulische Vision sowie ein gemeinsames Verständnis digital gestützten Lehrens und Lernens zu entwickeln und die schulische Arbeit vor dem Hintergrund gestiegener Digitalisierungsansprüche im Schulbereich qualitäts- und kompetenzorientiert zu steuern. Zudem sei es wichtig, Innovationsgeist zu ermöglichen und zu unterstützen sowie die Schule über die aktuelle Euphorie und die aktuellen IT-Ausstattungsprogramme hinaus zukunftsfähig zu gestalten. **DK**

Taten statt Worte ...

(Fortsetzung von Seite 1)
rische Gemeindetag ein Gesetz zur Sicherung des stationären Handelns und zum Erhalt lebendiger Innenstädte. Konkret gehe es darum, die Innenentwicklungsinstrumente des Baugesetzbuchs zu stärken, Städtebauförderungsmittel mit Blick auf die Aufenthaltsqualität und den Liegenschaftserwerb in den Innenstädten auszuweiten und verlässliche Sonntagsöffnungszeiten zu schaffen.

Die Erreichbarkeit der Innenstädte mit intelligenten Verkehrskonzepten sei ebenso förderungswürdig wie die digitale Infrastruktur in den Innenstädten. Zudem müsse der stationäre Einzelhandel mit Blick auf seine gesamtgesellschaftlichen Funktionen kostenseitig entlastet werden. Auch gelte es, die kostenseitige und soziale Belastung des Onlinehandels für die kommunale Infrastruktur, die kommunale Daseinsvorsorge sowie die Sozialfunktionen in den Städten und Gemeinden zu untersuchen und auf regulatorischer Ebene mit Lenkungswirkung zu belasten.

Brandl zufolge „brauchen wir ein entschiedeneres Handeln der Politik, das über die freilich auch begrüßenswerten Gesprächsrunden und Dialogforen hinausgeht. Ich vernehme aus der Politik eine breite Bereitschaft – auch aus ökologischen Gründen – über eine Art Paketversandbesteuerung nachzudenken. Jetzt ist die Zeit dafür!"

Mit Blick auf die Energiewende fordern die Gemeinden eine finanzielle Beteiligung am Ertrag von Freiflächen-Photovoltaikanlagen. Damit könnte örtlicher Widerstand gegen solche Projekte vermindert oder gelöst werden. Nach Brandls Worten „gibt es bei der Windenergie jetzt eine Wertschöpfungsbeteiligung der Standortgemeinden. Warum weigert sich das Bundeswirtschaftsministerium, das gleiche auch für Solaranlagen zu ermöglichen? In einer bundesweit regulierten Gemeindebeteiligung sehen wir die Möglichkeit, Akzeptanz und Vertrauen für die Energiewende zu schaffen."

Mittlerweile, so der Verbandschef, gebe es kaum noch Solarkraftwerk-Projekte, gegen die noch keine Bürgerinitiative gebildet worden sei. Warum sollte die Gemeinde beim Nutzerkampf um Flächen Photovoltaikanlagen zulassen, wenn die Erträge nicht in der Gemeinde ankommen? „Was bei der Windenergie erlaubt ist, muss auch für die Solarenergie gelten. Bundeswirtschaftsminister Altmaier hat es in der Hand, die bisher nur für Windkraftprojekte vorgesehene Wertschöpfungsbeteiligung von Gemeinden auch auf die Photovoltaik auszudehnen. Wir fordern ihn auf, dies zu tun", unterstrich Brandl.

Nach langem Ringen werden Gemeinden und Städte jetzt an den Erträgen von Windkraftanlagen auf ihrem Gebiet beteiligt. Dies dürfte die Akzeptanz dieser Anlagen in der Bevölkerung erhöhen. Jedoch gibt es bislang keine Wertschöpfungsbeteiligung von Gemeinden an Solarkraftwerken im Gemeindegebiet. Dabei wäre es aus Sicht des Bayerischen Gemeindetags so einfach: Die Bundesregierung müsste lediglich eine Option im novellierten Erneuerbare-Energien-Gesetz ziehen. § 95 Nr. 3 EEG sieht vor, dass der Bund die bisher nur für Windkraftprojekte vorgesehene Wertschöpfungsbeteiligung von Gemeinden auch auf andere erneuerbare Energien, also auch auf die Photovoltaik, ausdehnen kann. Bislang weigere sich das Bundeswirtschaftsministerium allerdings, davon Gebrauch zu machen.

Anlässlich des Weltwassertags wies Präsident Brandl schließlich darauf hin, dass der Grundgedanke multifunktionaler, wassersensibler Flächennutzungen bereits in den ersten Überlegungen zur Entwicklung von Städten und Gemeinden enthalten sein müsse. Das Prinzip der Schwammstadt sei Kern einer nachhaltigen Stadtplanung. Schwammstädte würden so geplant und gebaut, dass sie Wasser wie ein Schwamm aufnehmen und speichern können und dieses in Phasen der Trockenheit wieder an die Umgebung abgeben.

Das Bündnis „Wassersensibles Planen und Bauen", dem neben dem Bayerischen Gemeindetag auch die Bayerische Architektenkammer, der Bayerische Ingenieurekammer-Bau und der DWA Landesverband Bayern angehören, fordert einen nachhaltigen Umgang mit den begrenzten Wasserressourcen im Zuge einer vorausschauenden, zukunftsfesten Siedlungsentwicklung. Dazu zählen:

1. Nachhaltiger Umgang mit Regen
2. Regenwasser in Bauleitplanung und Baugenehmigung berücksichtigen
3. Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Beratung der Bauherren verstärken
4. Wassersensibles Planen und Bauen als Baustein für Identität und Baukultur
5. Förderung nachhaltiger wasser- und klimasensibler Lösungen
6. Honorarordnung anpassen
7. Gesplittete Abwassergebühren bayernweit einführen

„Der gesplittete Gebührenmaßstab für Schmutz- und Niederschlagswasser kann einen Anreiz für die Entsiegelung von Flächen und den Regenrückhalt auf den Grundstücken setzen", erklärte hierzu Dr. Juliane Thimet, stellvertretende Geschäftsführerin des Bayerischen Gemeindetags.

Auch verwies sie darauf, dass Bauleitplanung mehr denn je bedeute, nicht nur überbaubare Flächen, also Baurechte, zu vergeben, sondern ganz genau festzulegen, wie mit Oberflächenwasser umgegangen wird. Von vornherein müsse klar sein, welche Anforderungen dazu auf jedem einzelnen Grundstück erfüllt werden müssen und wie ein Baugebiet insgesamt zur Regenwasserrückhaltung beiträgt. „Deshalb plädiere ich für verbesserte Festsetzungsmöglichkeiten für sog. multifunktional genutzte Flächen und Zisternen."

Auch in Einzelgenehmigungsverfahren gehöre der zukunftsorientierte Umgang mit dem Niederschlagswasser zu einer gesicherten Erschließung. Ohne den Nachweis einer ordnungsgemäßen Niederschlagswasserbeiseitigung dürfe es in Bayern keine Baugenehmigung mehr geben. „Überlegtheit beim Planen, Tempo beim Bauen", fasste Thimet ihre Position zusammen. **DK**

Den Teufelskreis ...

(Fortsetzung von Seite 1)
muss durchbrochen werden. Anschubfinanzierungen des Bundes bei Begründung von laufenden kommunalen Kosten sind strukturelles Gift für die Kommunen."

Mit Blick auf das Thema Kommunalfinanzen wies der DLT-Präsident darauf hin, dass zur verfassungsrechtlichen Garantie kommunaler Selbstverwaltung auch der Anspruch auf eine finanzielle Mindestausstattung gehöre.

Dies sei folgerichtig, da ohne eine aufgabenbezogene Unterlegung des Selbstverwaltungsrechts mit Finanzmitteln die tatsächlichen kommunalen Handlungsmöglichkeiten immer mehr schwinden und eine Schuldenspirale droht. „Deshalb unterstützen wir nachdrücklich die Verfahren des Landkreises Kaiserslautern und der Stadt Pirmasens beim Bundesverfassungsgericht. Die Frage der finanziellen Mindestausstattung der Kommunen hat grundsätzliche Bedeutung für die gesamte kommunale Ebene in Deutschland. Wir erwarten von Karlsruhe klare Aussagen zu diesem Fundament kommunaler Selbstverwaltung, dem sich dann die Landesregierungen nicht mehr entziehen können."

Die Länder seien und blieben aufgefordert, für eine ordentliche finanzielle Mindestausstattung der Landkreise und Gemeinden zu sorgen. „Sie müssen ihre Kommunen mit dem Nötigen zur Bewältigung ihrer Aufgaben ausstatten, so dass sie nicht dauerhaft Kredite aufnehmen müssen. Es geht konkret darum, den rheinland-pfälzischen Kommunen insgesamt mehr Geld zu geben." Das Land stelle sich hingegen auf den Standpunkt, die Kommunen müssten die zu geringen Finanzmittel nur anders untereinander verteilen. „Die Bettdecke ist aber insgesamt zu kurz, egal wo man sie hinzieht", machte Sager deutlich und verwies darauf, dass dieses Problem auch in anderen Ländern bestehe. Das Verfahren in Karlsruhe habe daher bundesweite Bedeutung.

Ausreichende Finanzmittel auch für freiwillige Aufgaben

Eine ausreichende finanzielle Grundausstattung sollte laut Sager auch für freiwillige Aufgaben selbstverständlich sein. „Diese Selbstverständlichkeit muss aber leider immer und immer wieder vor Gericht eingefordert werden. Das ist nicht nur entwürdigend, sondern auch zeit- und kraftraubend. Mit dem Gang vor das Bundesverfassungsgericht sind wir somit hoffentlich am richtigen Ort angelangt, um diese Frage ein für alle Mal zum Wohle aller Landkreise und Gemeinden zu klären", so der DLT-Präsident. **DK**

Mobilfunkausbau ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Suchkreis und 80 halten mittlerweile einen Förderbescheid in Händen.

„Da an der Stelle die Dinge allerdings jetzt nicht mehr so richtig vorwärts gehen und wir deshalb nachsteuern müssen", habe der Freistaat Überlegungen angestellt, in Sammelausschreibungen zu gehen, um gezielt eine größere Gruppe ins Ziel zu bringen, fuhr Aiwanger fort. Zwar wurde in den vergangenen Monaten noch kein Masten mit dem Bayerischen Mobilfunk-Förderprogramm errichtet, jedoch konnten über den eigenwirtschaftlichen Ausbau immerhin „400 Mobilfunksituationen" vor Ort optimiert werden.

Über Abstimmungsprozesse zwischen Kommunen und Mobilfunkunternehmen informierte Hilmar Möhlmann (Telefónica Germany GmbH & Co. OHG). Das Unternehmen zählt neben Telekom Deutschland, Vodafone und 1&1 Drillisch zu den Unterstützern des Informationsportals www.informationszentrum-mobilfunk.de.

Möhlmann zufolge können die Kommunen bei der Standortsuche auf Basis des Suchkreises, dem räumlichen Kompromissspielraum für die Position des neuen Standorts, mitwirken. Innerhalb von 30 Tagen ist eine kommunale Rückmeldung, ob das Mitwirkungsangebot aufgegriffen wird, erforderlich. Innerhalb von 60 Tagen müssen konkrete kommunale Standortvorschläge erfolgen. Die Prüfung durch Netzbetreiber muss innerhalb von 15 Tagen durchgeführt werden. Sie erfolgt vornehmlich hinsichtlich funktechnischer Eignung und wirtschaftlicher Verhältnismäßigkeit. Eine erneute Konsenssuche ist möglich, auch sind „Runde Tische" in Großstädten denkbar.

Filme in hoher Qualität streamen, große Datenmengen übertragen, beim autonomen Fahren, im Gesundheitswesen oder in der Landwirtschaft – das alles soll durch 5G schneller und zuverlässiger funktionieren. Bis das Netz all das flächendeckend hergibt, wird es aber wohl noch eine Weile dauern, wie Jennifer Pohl (Deutsche Telekom Technik GmbH) berichtete. Zwischen 2025 und 2030 soll fast jeder Mobilfunkstandort mit 5G funken. Ab diesem Jahr ist eine weitere Schließung verbliebener Lücken an Verkehrswegen vorgesehen, zudem sollen ein weiterer Ausbau von 5G auf 3,x GHz (Beamforming) in größeren Städten und einzelnen Schwerpunkten des Datenverkehrs ebenso erfolgen wie ein weiterer Ausbau von 5G über DSS (4G/5G-Kombination) in kleineren Städten und auf dem Land.

Eines von sechs Forschungsprojekten, die im Rahmen des 5G-Innovationsprogramms des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur gefördert werden, ist 5G4Healthcare. Ziel ist es, die Machbarkeit, die Möglichkeiten sowie die Grenzen der Verbesserung der Effektivität und Effizienz in der ländlichen Gesundheitsversorgung durch die 5G-Technologie auszuloten und Handlungsempfehlungen für skalierbare Lösungen abzuleiten. Unter Führung der Ostbayerischen Technischen Hochschule OTH Amberg-Weiden wird laut Prof. Dr. rer. pol. Steffen Hamm, Digital Healthcare Management, der Einsatz von 5G in den beiden Use Cases „Integrierte Versorgung" und „Homecare" konzipiert (Phase 1), modellhaft implementiert (Phase 2), erprobt und evaluiert (Phase 3).

Grundlage für innovative medizinische Versorgung

Der neue Mobilfunkstandard 5G bildet dabei die Grundlage für innovative medizinische Versorgung und Dienste wie beispielsweise EKG-Echtzeitübertragung aus dem Rettungswagen, robotergestützte Operationen und Fernüberwachung und -analyse der Vitaldaten von Patienten. Aus den Ergebnissen des Projektes sollen neue Lösungen entwickelt werden, die als Blaupause eines konsequent Digital-Health-gestützten medizinischen Versorgungsansatzes in ländlichen Regionen dienen sollen.

Handynutzer wollen möglichst überall Empfang haben, gleichzeitig aber wünschen sich die meisten Bürger, dass die elektromagnetischen Feldstärken der Mobilfunk-Basisstationen (MBS) möglichst gering sind. Nach Angaben von Dr. Rudolf Gulich (LfU/Landesamt für Umwelt) ergibt sich aus der Vielzahl an Forschungsprojekten keine belastbare Evidenz, dass unterhalb der Grenzwerte gesundheitliche Risiken bestehen. Die Felder ausgehend von Rundfunksendeanlagen oder von Mobilfunk-Basisstationen liegen deutlich niedriger als diejenigen körpernah betriebener Geräte (z.B. Handy beim Telefonieren, Smartphone-Nutzung). Maßgeblich für die Feldstärke, der ein Mensch ausgesetzt ist, ist die Sendeleistung des eigenen Geräts. Gesundheitliche Risiken bei der intensiven Langzeitnutzung von Mobiltelefonen am Körper sind noch nicht abschließend geklärt. Die Reduktion der persönlichen Immissionen und Vorsorge ist in erster Linie durch das eigene Nutzungsverhalten möglich.

In Ausgabe 9 der Bayerischen GemeindeZeitung, die am 29. April 2021 erscheint, wird eine Sonderdokumentation der Tagung veröffentlicht. DK

GZ-Interview mit Judith Gerlach, Bayerische Staatsministerin für Digitales:

Multitalent BayernApp

GZ: Frau Ministerin, die BayernApp ist vor kurzem an den Start gegangen. Was kann sie leisten?

Gerlach: *Über die BayernApp können die Bürgerinnen und Bürger verschiedenste Informationen zu Behörden sowie zu staatlichen und kommunalen Verwaltungsdienstleistungen abrufen. Die App greift dabei auf einen Datenbestand mit über 2.500 Verwaltungsleistungen zu, wie beispielsweise die Beantragung der Geburtsurkunde oder die Wohnsitzanmeldung. Zu vielen dieser Verwaltungsleistungen werden bereits jetzt Online-Dienste angeboten. Diese sind direkt aus unserer App heraus aufrufbar. Sie dient quasi als Fernbedienung und ist der mobile Zugang zu staatlichen und kommunalen Serviceleistungen – sofern diese bereits online verfügbar sind.*

Darüber hinaus können über die BayernApp auch die neuesten Meldungen und Informationen aus verschiedensten Bereichen der öffentlichen Verwaltung abgerufen werden – falls gewünscht mittels Push-Nachrichten. Und über eine Karte finden unsere Bürgerinnen und Bürger schnell den nächstgelegenen kostenlosen BayernWLAN-Hotspot.

GZ: Was soll alles erledigt werden können und welche zeitlichen Erwartungen sind an den Aufbau geknüpft?

Gerlach: Das Onlinezugangsgesetz fordert, *dass bis zum Jahr 2022 alle Verwaltungsleistungen auch online angeboten werden. Wir gehen aber noch weiter. Unser Ziel ist, dass zukünftig die Verwaltungsdienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger genau so einfach erledigt werden können, wie beispielsweise Online-Shopping übers Smartphone.*

Um die Online-Dienste in der Fläche und damit wirklich allen Bayerinnen und Bayern zur Verfügung stellen zu können, brauchen wir die tatkräftige Unterstützung der Kommunen. Denn sie sind für einen Großteil der Verwaltungsleistungen zuständig. Seit dem Jahreswechsel stellt der Freistaat Bayern den Kommunen für die wichtigsten Top-Leistungen passgenaue Lösungen für Online-Anträge zur Verfügung. Diese kön-



Judith Gerlach, Staatsministerin für Digitales. Bild: Kurt Krieger

nen jetzt von den Kommunen Schritt für Schritt übernommen werden und sind dann auch für die Bürgerinnen und Bürger über die BayernApp aufrufbar. Viele Kommunen leisten schon heute bei der Digitalisierung der Verwaltung einen vorbildlichen Beitrag. Wir unterstützen sie dabei unter anderem mit dem Förderprogramm „Digitales Rathaus“ (www.digitales-rathaus.bayern). Für die erstmalige Bereitstellung von Online-Diensten kann darüber jede Kommune bis zu 20.000 Euro Förderung erhalten.

Ferner bauen wir das staatliche Zusatzangebot der App weiter aus. Als Nächstes wollen wir regionalisierte Statistikdaten integrieren. Damit können zukünftig interessante Zahlen, Daten und Analysen zu jedem gewünschten bayerischen Landkreis abgerufen werden – ein zusätzlicher digitaler Service für unsere Bayerinnen und Bayern.

GZ: Welche und wie viele Kommunen sind angeschlossen und wie aufwändig ist der Prozess für Kommunen, Dienstleistungen über die BayernApp anzubieten?

Gerlach: *An unsere BayernApp sind alle bayerischen Kommunen bereits angeschlossen. Denn über das Redaktionssystem des Bayern Portals (www.freistaat.bayern) können die Kommunen bereits seit mehreren Jahren Informationen dort veröffentlichen. Nun erscheinen die Verwaltungsleistungen für Bürgerinnen und Bürger, die dort eingestellt werden, automatisch auch in der BayernApp, ohne zusätzlichen Pflegeaufwand.*

Kommunen bzw. deren IT-Dienstleister können die Informationen zu den angebotenen Online-Diensten auch automatisiert per Webservice in das Redaktionssystem einspielen.

Für die Redakteure, die vor Ort mit dem Redaktionssystem arbeiten, bieten wir zudem regelmäßig Webinare zur Pflege der Daten an.

GZ: Welche Vision wird mit der App verfolgt, soll irgendwann beispielsweise Bürgerkommunikation untereinander möglich sein?

Gerlach: *Mein Ziel mit der BayernApp ist, den Zugang für die Bürgerinnen und Bürger zu digitalen Verwaltungsleistungen von Staat und Kommunen deutlich zu vereinfachen und die Online-Kommunikation mit den Behörden zu erleichtern. Die Nutzer können beispielsweise unmittelbar aus der BayernApp heraus über das sichere Kontaktformular mit zahlreichen Behörden in Kontakt treten – und eine verschlüsselte Nachricht versenden.*

Für die Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger untereinander gibt es dagegen bereits etablierte Dienste auf dem Markt. ❐

Diskussionspapier des Deutschen Städtetags:

Digitale Souveränität von Kommunen stärken

Mit welchen Mitteln werden Städte selbstbestimmter, handlungsfähiger und digital souveräner? Das Diskussionspapier „Digitale Souveränität von Kommunen stärken“ des Deutschen Städtetags beantwortet diese Frage mit einem politischen Leitbild für digitale Unabhängigkeit auf kommunaler Ebene und leitet daraus politische Forderungen ab. Entstanden ist das Papier innerhalb der gemeinsamen Initiative „Digitale Souveränität“ von Deutschem Städtetag und KGSt. „Wir wollen den politisch-strategischen Blick des Städtetages innerhalb dieser Initiative mit dem anwendungsorientierten Ansatz der KGSt verbinden“, so Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy.

Digitale Souveränität darf laut Deutschem Städtetag nicht nur in seinen verschiedenen Dimensionen erfasst werden, sondern muss vor allem auch in ihren Auswirkungen erkannt werden. Eine nicht arbeitsfähige Kommunalverwaltung, der Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge oder die digitale Spaltung der Gesellschaft seien schwerwiegende Folgen fehlender digitaler Souveränität.

Um gleichwertige Lebensverhältnisse und Chancengerechtigkeit zu schaffen, braucht es Ressourcen. Wichtig sei auch, das Maß an Abhängigkeit im Gesamten zu beachten. Auch die Beschaffung von Laptops oder Smartphones könne zu einem großen Problem werden. Fast alle Hersteller produzierten in den USA oder Asien. Hier brauche es einen größeren Einsatz in der Industrie- und Wirtschaftspolitik, um Abhängigkeiten zu verringern. Deshalb ist es aus Sicht der Städte dringend geboten, dass Bund und Länder ihre Bemühungen zur Stärkung der Digitalen Souveränität ausbauen.

Dazu gehört vor allem:

- **Lösungen und Expertise bereitstellen.** Nicht jeder muss das Rad neu erfinden. Das vom Bundesministerium des Innern geplante Zentrum für Digitale Souveränität ist ein guter Schritt. Wichtig wäre es, wenn hier auch explizit Austausch, Vernetzung und Kompetenzaufbau gefördert wird. Hierfür sollte die Expertise aus den Kommunen immer aktiv einbezogen werden, damit das Ergebnis mit den Bedürfnissen vor Ort zusammenpasst.
- **Offenheit einfordern.** Bund und Länder müssen sich konsequent für offene Standards und Schnittstellen einsetzen.
- **Einen passenden Rechtsrahmen schaffen.** Dieser muss übersichtlich und praktikabel in der Umsetzung sein. Gleichzeitig braucht es Flexibilität, um vor Ort gestalten zu können. Rechtliche Regelungen sollten Experimentierräume eröffnen und den Ansatz des Ausprobierens stärken. Handlungshilfen bei der Beschaffung können außerdem eine wichtige Hilfestellung bieten.
- **Den Kulturwandel unterstützen.** Prozesse neu zu denken, erfordert bestimmte Einstellungen. Der notwendige Kulturwandel muss flankiert werden durch Ressourcen und Hilfestellungen. Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, qualifiziertes Personal zu gewinnen. Für IT-Fachkräfte können neue Formen von Personalgewinnung und -einsatz, zum Beispiel über Pooling, eine Lösung sein.
- **Eine auskömmliche Finanzierung gewährleisten.** Digitalisierung kostet Geld. Kommunen müssen abseits von Förderprogrammen in die Lage versetzt werden, genug Geld für Digitalisierung zu haben. Auch beim Thema Digitalisierung gilt es, ein sich verstärkendes Gefälle zwischen den Kommunen zu verhindern.
- **Innovation fördern.** Neue Technologien wie Blockchain oder die Nutzung von KI müssen über bundesweite Projekte entwickelt werden. Ziel muss sein, dass Bund, Länder und Kommunen die Technologien nach gleichen Standards und Rahmenbedingungen nutzen können. Die verschiedenen Dimensionen digitaler Souveränität aus Sicht der Kommunen zu reflektieren und zu diskutieren, ist ein langfristiger Prozess.

Der Deutsche Städtetag wird Positionierungen erarbeiten und bei Bund und Ländern weiterhin darauf hinwirken, die digitale Souveränität der Kommunen zu stärken. **DK**

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit atene KOM GmbH
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Breitbandausbaus

Zusammen mit der atene KOM wird die Bayerische GemeindeZeitung Leser:innen künftig Expertenwissen zum Breitbandausbau auf eine leicht verständliche Art näherbringen. Diese Ausgabe greift Grundlagen und erste Schritte des kommunalen Breitbandausbaus auf.

atene KOM

Was versteht man unter einem MEV?

Die Durchführung eines Markterkundungsverfahrens (MEV) ist Teil der Erfassung der Rahmenbedingungen für einen geförderten Breitbandausbau. Ziel eines MEV ist die Feststellung der öffentlichen Hand, dass im betreffenden Gebiet in den kommenden drei Jahren keine eigenwirtschaftliche Erschließung durch private Anbieter zu erwarten ist. Daneben soll das MEV auch zur Ermittlung des Status quo der Versorgungssituation herangezogen werden. Dabei werden die Ausbauplanungen aller regional tätigen und interessierten Anbieter durch die öffentliche Hand abgefragt, um einen Überblick zu technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der lokalen Breitbandversorgung zu erhalten und einen Ausbau aus dem Wettbewerb des Marktes heraus festzustellen oder auszuschließen.

Nach dem MEV das IBV?

Im Anschluss an eine negative Markterkundung kann ergänzend ein Interessenbekundungsverfahren (IBV) durchgeführt werden. Ein IBV dient der Information und Abfrage potenzieller Anbieter, ob und zu welchen Konditionen sie ihre Leistung für das Gebiet anbieten würden. Es sollte vor allem dann durchgeführt werden, wenn sich im Rahmen des MEV kein Anbieter findet, der den Ausbau ohne (kommunalen) Zuschuss bzw. anderweitige öffentliche Unterstützung vornehmen kann. Neben der Vergabe direkter Zuschüsse können als Unterstützungsleistung der öffentlichen Hand auch passive Infrastrukturen bereitgestellt oder Bürgschaften (Übernahme von Haftungsrisiken) gewährt werden.

Und was bedeutet passive Infrastruktur?

Eine passive Netzinfrastruktur ist ein Breitbandnetz ohne aktive Komponenten. Es umfasst in der Regel Bauinfrastruktur, Leerrohre, unbeschaltete Glasfaserleitungen und Straßenverteilerkästen.

Falls Ihr Interesse und Wissen rund um den Breitbandausbau erweitert werden konnte, freuen Sie sich auf weitere Beiträge dieser Art in den kommenden Ausgaben. Zum vertieften Nachlesen eignet sich außerdem das umfangreiche, stets aktualisierte Nachschlagewerk der atene KOM, erhältlich auf der Website: https://atenekom.eu/wissen/loseblattsammlung/. ❐

Startschuss zur Umsetzung der bayerischen 6G-Initiative

Der Freistaat Bayern hat mit der konkreten Umsetzung seiner 6G-Initiative für die mobile Kommunikation der Zukunft begonnen. Im Rahmen einer virtuellen Veranstaltung gab Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert den Startschuss für das Thinknet 6G. Die Themenplattform soll alle relevanten Akteure im Freistaat und darüber hinaus frühzeitig miteinander vernetzen, damit 6G durch einen intensiven Austausch aktiv aus Bayern mitgestaltet werden kann.

Laut Weigert werden die von 6G zu erwartenden Innovationssprünge bedeutende Auswirkungen auf bayerische Kernkompetenzen wie den Automobilbau oder den Gesundheitssektor haben. „Mit unserer 6G-Initiative nehmen wir schon heute die mobile Kommunikation der Zukunft in den Blick, um die bayerische Wirtschaft optimal auf den Einsatz von 6G mit dem Zielhorizont im Jahr 2030 vorzubereiten. Bayern soll beim Thema 6G international Vorreiter sein.“

Das vom Bayerischen Wirtschaftsministerium ins Leben gerufene und bei Bayern Innovativ unter dem Dach des Zentrums für Digitalisierung. Bayern angesiedelte Thinknet 6G ist gleichzeitig eine Experten-Denkfabrik und ein Netzwerk für alle Organisationen und Akteure, die Interesse an 6G haben.

Prof. Dr. Wolfgang Kellerer, Lehrstuhlinhaber des Lehrstuhls für Kommunikationsnetze der TU München und Sprecher der Wissenschaft bei Thinknet 6G, betonte: „Für die Wissenschaft ist es von großer Bedeutung, zu erfahren, welche Anforderungen die künftigen Nutzerinnen und Nutzer an das 6G-Netz haben. Dann können wir die entscheidenden Forschungsfragen so formulieren, dass die neue Mobilfunkgeneration ein großer Wurf wird, der zahlreiche Hightech-Anwendungen wie etwa Assistenzroboter oder ferngesteuerte medizinische Operationen ermöglichen wird.“

Thinknet 6G ist eine von drei eng miteinander verzahnten Säulen der bayerischen 6G-Initiative, für die der Freistaat allein in diesem und den kommenden beiden Jahren mindestens 5 Mio. Euro Fördermittel zur Verfügung stellt. Die zweite Säule bildet das Grundlagenforschungsprojekt „6G Zukunftslabor Bayern“ an der TU München. Zwölf Lehrstühle und Professuren werden eingebunden, um grundlegende Erkenntnisse zum Mobilfunkstandard der nächsten Generation für weitere wissenschaftliche Untersuchungen sowie die Weiterentwicklung und Standardisierung in der Wirtschaft aufzubereiten.

Die dritte Säule nimmt den Transfer von Know-how aus der Wissenschaft in die Wirtschaft in den Fokus. Mit Hilfe von Förderaufrufen sollen Ideen für innovative Verbundforschungsvorhaben im Bereich 6G gesammelt werden. Hiervon können vor allem kleine und mittelständische Unternehmen über ganz Bayern hinweg profitieren. ❐



Social Media-Nutzung in Kommunen*

Das Thema beschäftigt PolitikerInnen und Verwaltungen. Schon 2016 hat es die Süddeutsche Zeitung aufgegriffen. Seither wird es öffentlich diskutiert. Fast immer unter dem Blickwinkel des „Best practise“ und der Frage „How-to-use-social-media“. Aber das geht am eigentlichen Thema vorbei.

32 Millionen Deutsche nutzen Facebook. Jugendliche lieben Youtube und Instagram. Mit Herzchen und Likes folgt man den großen Vorbildern. Doch was suchen Nutzer? Und sind sie bereit mehr zur Diskussion beizutragen, als nur ihre (oft undifferenzierte) Sichtweise?

Betrachten wir die social Media einmal aus der Perspektive der besonderen Verantwortung, die BürgermeisterInnen zu tragen haben. Und aus der Perspektive der Verwaltung, die inhaltliche Prioritäten setzt.

Warum Misstrauen gegenüber Facebook & Co?

Facebook & Co. sind keine harmlosen Plattformen. Ihre Betreiber greifen Daten ab. Nicht irgendwelche und nicht sparsam, sondern klar gewinnorientiert und verdeckt politisch. Mit den Daten der User lassen sich Massen beeinflussen. Daten werden an die Meistbietenden verkauft. Wer ein Facebook-Plugin auf der eigenen kommunalen Webseite installiert, öffnet dem amerikanischen Konzern Tür und Tor, um das Nutzerverhalten auf der kommunalen Webseite auszulesen. Und zwar so, dass der User der Webseite davon nichts mitbekommt. Hier alleine setzt bereits die besondere Verantwortung der Kommune für ihre Bürger ein. Das bedeutet, dass sich die Kommunen am Datensammeln beteiligen. Mehr dazu: https://www.datenschutz-bayern.de/6/SocialPlugins.html

Dient die Nutzung der sozialen Netzwerke wirklich der Transparenz? Kann man Bürgereinbindung über soziale Netzwerke erledigen? Nicht wirklich! Schon 2016 hat die SZ folgende Fragen aufgeworfen: „Bürgermeister und Bürger kommunizieren über Facebook wann immer sie wollen. Und über Dinge, die bis vor kurzem unvorstellbar waren. Selbst Persönliches rückt ins Bild… Ist ein Bürgermeister, der auf Facebook für jeden greifbar ist, schon bürgernah? Wird dort informiert oder Stimmung gemacht?“ Diese Fragen sind heute noch aktuell. Mehr denn je. Diese Undurchsichtigkeit ist auch der Grund, weshalb PolitikerInnen ihre Position in diesem Spiel überdenken sollten.

(Auch) so denken BürgerInnen

Folgende Kommentare folgten auf einen Artikel über BürgermeisterInnen in Social Media (Nürnberger Nachrichten, November 2020): „Kann man das Zeug (kommunale Themen) wirklich nur auf diesen grauenhaften Portalen veröffentlichen? Ein Diskussionsforum ist heute schnell eingerichtet. Kostet nicht mal was.“(Klaus5) oder „Ah ja. Facebook. Um Transparenz zu schaffen?! Gib diesen Leuten (facebook) alle deine Daten, und wir (die Kommune) sagen dir, wie es um die Gemeinde steht – vorbildlich! Echt mal. Was bitte ist so schwer daran, dass alles in einer eigenen Webseite zu veröffentlichen, deren Besuch nicht den Geschäftsinteressen irgendwelcher Kasper dienlich ist?“ (derUli)

Betrachtet man den Inhalt der Aussagen, so erkennt man daran exemplarisch, dass die BürgerInnen zwischen der Person „BürgermeisterIn“ und der Aufgabe „Verwaltungsführung“ keinen Unterschied mehr machen. Mit dieser Übertragung von Verwaltungsleistung auf politische Person (und umgekehrt) geht eine Imageübertragung einher. Und das ist problematisch. Für alle Beteiligten.

Rollen-Verteilung zwischen Politik und Verwaltung

Die BürgermeisterInnen sind in verschiedenen Rollen unterwegs: als politische Person, als Funktionäre einer Partei, als Moderatoren im Gemeinderat und als CheflNnen einer Verwaltung. Das alles wird gerne mal vermischt. So entsteht das Gegenteil von Transparenz. Wer nicht klar kommuniziert, in welcher Rolle er sich äußert, macht sich leicht angreifbar. Die Wahlkampfaussagen einerseits und das, was schließlich im Alltag der demokratischen Entscheidungsfindung kommuniziert werden muss, führt in der Öffentlichkeit zu der Vermutung, dass da jemand vor (oder nach) der Wahl offenbar sein Mäntelchen nach dem Wind gehängt hat. Eine Vermischung der Rollen führt selten zu Anerkennung und engt die Bewegungsfreiheit der Politiker ein. Deshalb sollte man die Kommunikationskanäle trennen.

Für Kommunen wäre es sinnvoll, einen Kanal des Bürgermeisters (als politische Person inklusive seiner Ansichten und Fragen) zu führen und gleichzeitig einen Verwaltungskanal zu betreiben. Der Bürgermeister kann als Privatperson dabei facebook & Co. nutzen, die Verwaltung sollte einen anderen Weg suchen.

Alternative Wege für ein Gemeinschaftsgefühl

Kommunen müssen über Verwaltungshandeln informieren. Das heißt aber nicht, dass sie soziale Netzwerke nutzen müssen. Wer seine BürgerInnen erreichen will, kann das über eine kommunale App ebenfalls tun. Diese App kann außerordentlich sinnvoll sein, wenn sie gut bespielt wird und die BürgerInnen über Pushnachrichten auf dem Laufenden hält. Hier ist sogar das Gefühl, zu einer besonderen Gruppe zu gehören deutlich gesteigert.

Auch die Nutzung von eigenen Blogs (als Teilbereiche der kommunalen Website) ist denkbar. Damit hätten tatsächlich alle Bürger Zugriff auf die kommunalen aktuellen Nachrichten, ohne ihre Daten an Facebook abgeben zu müssen. Keiner wäre ausgeschlossen. Diskussionen könnten deutlich besser und inhaltsreicher geführt werden und damit wäre der Blog auch der perfekte Ort, um große Bürgerbeteiligungsmaßnahmen zu begleiten.

Und was bedeutet das für die politischen Köpfe: Sie könnten auf ihren privaten Kanälen alles posten, was für sie Sinn macht und immer wieder auf die kommunale Webseite, den kommunalen Blog, oder die App verweisen. Auf diese Weise würden Verwaltungsleistung und lokale Diskussion nicht der öffentlichen Meinungsmache einer Plattform wie Facebook unterworfen. Und den Bürgern wäre es klarer, dass zwischen der politischen Person und dem Chef einer Verwaltung, in der Haltung den Bürgern gegenüber, Unterschiede möglich und nötig sind.

***Der Text stammt als Vorabdruck (gekürzt) aus dem Buch „Kommunale Kommunikation“ von Gisela Goblirsch. Das Fachbuch wird Ende 2021 im Haufe-Verlag erscheinen. Vorbestellungen oder Anfragen sind unter medienstelle@pr-competence.de möglich.** ❐

Künstliche Intelligenz in Kommunen:

Potenziale für die Verwaltung

Um die Lebensqualität der Bürger nachhaltig zu verbessern, setzen Kommunen immer häufiger auf neue Technologien. Die Frage nach dem politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmen für technische Verfahren wie Künstliche Intelligenz (KI) ist deshalb zu einem zentralen Thema geworden. Vor diesem Hintergrund startete das Co:Lab (Denklabor & Kollaborationsplattform für Gesellschaft & Digitalisierung) die Initiative „#KoKI – Künstliche Intelligenz in Kommunen“. Hier kamen Experten aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft sowie Verwaltung und Politik zusammen, um auf Grundlage ihrer Expertise aktuelle Chancen und Herausforderungen von KI im kommunalen Bereich zu beleuchten. Bei einer Abschlussveranstaltung wurden nun die erarbeiteten Ergebnisse anhand eines Arbeitsberichts präsentiert und diskutiert.

Grundsätzlich rief die Initiative „Künstliche Intelligenz in Kommunen“ zu einem sensiblen Umgang mit KI in Städten und Gemeinden auf. Gerade bei hoheitlichem Einsatz der Technologie müssten wichtige gesellschaftliche Werte wie Diskriminierungsfreiheit und Diversität von Anfang an mitgedacht werden.

KI- und Datenethik-Strategie

Darüber hinaus sollten Kommunen sich mit einer KI- und Datenethik-Strategie auseinandersetzen, „die sich aus der kommunalen Gesamtstrategie ableitet und entsprechend dort einbettet.“ So entstünden ein politischer Diskurs und partizipativer Aushandlungsprozess über die Frage, „wo wir als Gesellschaft gemeinsam stehen und wie wir dabei miteinander agieren wollen und welche Rolle dabei KI spielt beziehungsweise welche Grenzen gesetzt werden“.

Zudem sei es insbesondere bei KI-Anwendungen im kommunalen Kontext wichtig, über die rechtlichen Forderungen hinaus die Datenhoheit bei den Kommunen bzw. den Bürgern zu belassen. Die Einwilligung der Bürger in die Verwendung der Daten sei von zentraler Bedeutung.

Die zunehmende „Symbiose“ von Mensch und Maschine, häufig mit KI als nächste Dimension bezeichnet, ist laut Bericht ein „Entwicklungsturbo“ für die Digitalisierung, der neue Verantwortung mit sich bringt. Dabei gebe es kein „schwarz oder weiß”, „gut oder schlecht”. Es brauche einen differenzierten Blick. Kommunen müssten einen verantwortungsvollen und gerechten Einsatz von KI für ihrer örtliche Gemeinschaft gewährleisten und sicherstellen. Dabei sei die Kommune zum einen in der Rolle der Anwenderin, „zum anderen ermöglicht, fördert und reguliert sie die Nutzung von KI“.

Der Umgang mit KI benötige neue Lern- und Begegnungsräume. Dazu zählten auch Experimentierräume, die unterschiedliche Akteure vernetzen und ihnen einen Denk- und Arbeitsraum bieten.

In regionalen Strukturen denken

„Kommunen müssen mehr zusammenarbeiten und in regionalen Strukturen denken und handeln“, lautet eine weitere Handlungsempfehlung. Fördermittel sollten entsprechend verstärkt für regionale Projekte, die mehreren Kommunen zugutekommen, eingesetzt werden, so dass ein Konkurrieren um die unterschiedlichen Programme gehemmt wird. Auch sollte die ebenenübergreifende Zusammenarbeit (Bund, Länder, Kommunen) gestärkt werden, damit ein entsprechender Wissensaustausch möglich wird und Kompetenzen und Wissen miteinander geteilt werden.

Zudem wird darauf verwiesen, dass „der Fokus der Handlungsfelder aktuell noch zu stark auf Politik und Verwaltung liegt“. Es gebe zu viele „weiße Flecken” (beispielsweise Bildung, Pflege), unter anderem weil potenzielle Lösungen teilweise schlichtweg nicht bekannt sind.

Verwaltungsverfahren effizienter gestalten

„Die Automatisierung von Verfahren mittels Künstlicher Intelligenz kann die Kommunalverwaltung bei Routineaufgaben entlasten und dazu beitragen, Verwaltungsverfahren effizienter zu gestalten. Sei es beispielsweise bei der auf Algorithmen basierenden automatisierten Straßenunterhaltung oder der Verzahnung von Meldedaten mit der Haushaltsplanung, um jederzeit ‚auf Knopfdruck‘ tagesaktuelle Entscheidungsgrundlagen abrufen zu können“, erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und KPV-Bundesvorsitzende Christian Haase. Für eine effiziente und effektive kommunale Selbstverwaltung müsse bei solchen Routineaufgaben Künstliche Intelligenz als Chance genutzt werden.

Gleichwohl gebiete es die Verantwortung vor den Bürgern, dass bei Anträgen mit Ermessensspielraum die letztendlichen Entscheidungen von Mitarbeitern getroffen würden und nicht von Algorithmen. Haase: „Auch der beste Algorithmus wird keinen Bauantrag prüfen und genehmigen können. Die Einschaltung der zwischenmenschlichen Ebene erst im Widerspruchsverfahren ist im Sinne einer bürgerfreundlichen Kommunalverwaltung nicht zielführend und nicht anzustreben.“

Der digitalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Tankred Schipanski fügte hinzu: „KI bietet für die Verwaltung große Potenziale. Bedingung ist hierfür eine gute Digitalisierung der Verwaltung. Diese schieben wir mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes voran. Knapp 600 Verwaltungsleistungen werden zusammen mit den Ländern bis Ende 2022 digitalisiert.“ Dafür habe der Bund im Koalitionsausschuss vom 3. Juni 2020 noch einmal die Mittel für die Digitalisierung der Verwaltungen in den Kommunen um 3 Mrd. Euro erhöht, betonte Schipanski.

Meilenstein

Das im März 2021 verabschiedete Registermodernisierungsgesetz sei für die Vernetzung und die erleichterte Abrufung personenbezogener Daten ein Meilenstein. „Damit haben wir eine wichtige Grundlage zur Nutzung Künstlicher Intelligenz auch in den Kommunalverwaltungen gelegt.“ **DK**

Verlässlich in punkto Datenschutz

Kommunen haben inzwischen eine große Auswahl an sicheren Netzwerken

Zu Recht gehen Kommunen vorsichtig zu Werke, wenn sie überlegen, ob und wie sie digitale Medien nutzen. Klassische Netzwerke schließen sich aus, denn sie sind nicht datenschutzkonform. Doch es gibt inzwischen gute Alternativen. So nutzt Freiburg seit April 2020 die digitale Plattform „SoNaTe“. Die sechs Buchstaben stehen für „Soziale Nachbarschaft und Technik“. Bei der Plattform selbst handelt es sich um ein Forschungsprojekt, das an der Evangelischen Hochschule Freiburg angesiedelt ist.

Dass Daten abgegriffen werden, sollten Kommunen mit allen Mitteln zu verhindern suchen. „Auch in unserer Digitalisierungsstrategie wird auf Datenschutz großen Wert gelegt“, sagt Solveig Schwarz vom Freiburger Amt für Digitales und IT. Digitalisierung soll dieser Strategie zufolge gemeinwohlorientiert, nachhaltig und vertrauensbildend eingesetzt werden. Bürger, die SoNaTe nutzen, können sicher sein, dass ihre ins Netzwerk eingespeisten Daten nicht verkauft werden. Konkret genutzt wird SoNaTe zum Beispiel von Nachbarschaftshilfen. Alisa aus der Freiburger Altstadt etwa bietet hierüber gerade an, für ihre Mitbürger einkaufen zu gehen oder zu kochen.

Freiburg musste sich nicht lange den Kopf darüber zergrübeln, welches Netzwerk zum Einsatz kommen sollte: Dass an der Hochschule just an SoNaTe gebastelt wurde, entpuppte sich für die Kommune als Glücksfall. Sie wurde Partner innerhalb des Forschungsprojekts und baute auf SoNaTe ihr Stadtnetzwerk #freiburghältzusammen auf. Allerdings läuft die Forschungsinitiative im April aus. Wie es danach weitergeht, ist noch nicht ganz sicher. Momentan ist geplant, die Nachbarschaftsplattform als Genossenschaft zu betreiben.

Nicht alle wollen wechseln

Kommunen müssen zum Teil viel Überzeugungsarbeit leisten, um ihre Bürger dazu zu bringen, sich über ein neues, sicheres Netzwerk auszutauschen. Schließlich sind die meisten bereits auf etablierten, kommerziellen Plattformen unterwegs. Vereinsmitglieder kommunizieren seit Beginn der Corona-Krise zum Beispiel über WhatsApp, Sitzungen werden via Zoom organisiert. In Freiburg ist es gelungen, etliche Organisationen für SoNaTe zu gewinnen. Verbreiten hierüber offen eine neueste Informationen, man kann aber auch im geschützten Raum miteinander diskutieren. Ebenso können Newsletter verschickt werden.

SoNaTe wurde bisher vor allem von Ehrenamtlichen gut akzeptiert. Insbesondere ältere Menschen, die es bislang nicht gewohnt waren, digitale Medien zu nutzen, können damit in Corona-Zeiten kommunikativ mitgenommen werden, sagt Solveig Schwarz. „Aber auch unsere Feuerwehr möchte eine Austauschplattform, auf die sie sich in puncto Datenschutz verlassen kann“, erklärt die Betriebswirtin. Wünschenswert wäre für viele Organisationen und Initiativen, dass sie sich in einem sicheren Netzwerk auch per Video austauschen könnten. Das ist über SoNaTe noch nicht möglich. Freiburg plant derzeit, Videokonferenzen über BigBlueButton anzubieten.

Während sich früher auf dem Schreibtisch die Akten zu Bergen türmten, wird heute in den Kommunen immer mehr papierlos abgewickelt. Gerade in den letzten Monaten, als es auf die Pandemie zu reagieren galt, entstanden in vielen Städten und Gemeinden digitale Schreiben, Checklisten und Dienstanweisungen. Über die Austauschplattform „Netzwerk Kommunen“ des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) können diese Dokumente der kommunalen Familie zur Verfügung gestellt werden. Auch diese Plattform wird nach höchsten Sicherheitsstandards auf Servern in Deutschland betrieben. Alle Inhalte und Daten bleiben in der Hand des DStGB.

Gemeindeapp BayernFunk

Vor allem Bürger, die bisher einen großen Bogen um digitale Medien machten, nicht zuletzt aus Datenschutzgründen, sollen mit dem Projekt „BayernFunk“ gewonnen werden. 97 Gemeinden nutzen die Gemeindeapp inzwischen. „Die App ist auch ohne Werbeeinnahmen kostenlos und nutzt keine Algorithmen“, erklärt Edith Strauß von der Versicherungskammer Bayern, die beim Projekt „BayernFunk“ mit dem Bayerischen Roten Kreuz und Fraunhofer IESE kooperiert. Eine weitere Besonderheit sei die regionale Verankerung: „Die App hat keinen ‚Social Media für alle‘-Ansatz, sondern ist ein soziales Medium für die Region oder die Kommune.“

Damit Datenschutz nicht zur Streitfrage wird, beschlossen mehrere Kommunen, die kostenlose App Notify der Münchner MessengerPeople GmbH zu nutzen. Nürnberg verwendet diesen Messenger zum Beispiel seit zwei Jahren neben Telegram. Die Akzeptanz allerdings ist laut Robert Hackner von der Stadt Nürnberg „mäßig“: „Wir haben rund 400 Nutzer über Notify.“ Über Telegram erreicht die Kommune inzwischen rund 4.200 User: „Der Vergleich zeigt, dass Notify von manchen gerne als Newsletterdienst genutzt wird, die jetzt vielleicht bewusst nicht einen zweiten Messenger neben WhatsApp verwenden wollen.“

Dass man in diesen Zeiten zumindest über den Computerbildschirm miteinander in Kontakt bleiben kann, schätzt Martin Metko, Vorsitzender des Obst- und Gartenbauvereins der Marktgemeinde Painten in Niederbayern. Er nutzt das für kleinere Kommunen entwickelte Netzwerk Villageapp des Marburger Start-ups Blue Village Innovations UG, um Tipps und Tricks rund um den heimischen Graten unter den Mitgliedern seines Vereins zu verbreiten. Für besonders tolle Tipps erhalt er Likes.

Hohe Datensicherheit

Während es so mancher Paintner Bürger riskiert, dass man seine Daten abgreift, wollte die Gemeinde eine App anbieten, die höchste Datensicherheit garantiert. „Da bei der Anmeldung für die App so gut wie keine persönlichen Angaben notwendig sind und die Server in Deutschland stehen, ist die Datensicherheit sehr hoch“, sagt Bürgermeister Michael Raßhofer. Die App sei sofort äußerst gut angenommen worden: „Vor allem die Vereine waren von Anfang an davon überzeugt.“ Nach vier Monaten Laufzeit nutzen bereits 42 Prozent der Paintner die Applikation. **Pat Christ**

Bitkom-Positionspapier zum Thema Digitale Bezahllösungen:

Städte und Regionen smarter machen

Das nächste Car-Sharing-Auto buchen, Eintritt für Museum oder Oper zahlen: Digitale Payment-Lösungen können die intelligente Vernetzung von Städten und Regionen unterstützen und Verwaltungsangebote effizienter und bürgerfreundlicher gestalten. Dies geht aus dem Positionspapier „Digitales Bezahlen in der Smart City und Smart Region" des Digitalverbands Bitkom hervor.

Aus Sicht von Kevin Hackl, Referent Digital Banking & Financial Services, „können Kommunen von der Zusammenarbeit mit digitalen Zahlungsdienstleistern profitieren, aber dieser weit über das Abwickeln von Bezahlvorgängen hinausreichende Nutzen wird in den Digitalstrategien vieler Kommunen im Gegensatz zu ausländischen Vorreitern bislang kaum berücksichtigt. Das geht nicht nur an den Bedürfnissen der Bürger vorbei, sondern lässt auch Modernisierungspotenziale ungenutzt."

Laut Bitkom-Positionspapier sind digitale Bezahllösungen ein grundlegender Baustein der Digitalisierung und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und ihrer Services. Im Zuge der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes werden gerade zahlreiche Umsetzungsinitiativen für einzelne kommunale Online-Services realisiert. Für diese sollte der Anspruch eines Ende-zu-Ende-digitalisierten Prozesses bestehen – „eine digitale, europaweit nutzbare Bezahloption ist hierfür ein wichtiger Bestandteil, denn Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union dürfen in der Abwicklung digitaler Behördengänge nicht diskriminiert werden".

Auch innerhalb der Verwaltung sollte der Prozess der Bezahlung im Fachverfahren durchdigitalisiert sein, beispielsweise durch die E-Rechnung. Bezahllösungen würden derzeit jedoch zu wenig bei der Konzeption von digitalen Verwaltungsleistungen berücksichtigt. Die dadurch entstehenden Medienbrüche verhinderten effizientes Datenmanagement, was wiederum Potenzial für Effizienzsteigerung und Nutzerfreundlichkeit brach liegen lässt.

„Zahlungsdienstleister können lokale Entscheidungsträger dabei unterstützen, Digitalisierungsvorhaben zentral und zielgerichtet umzusetzen", heißt es weiter. Durch ihre technologische und infrastrukturelle Expertise ermöglichten sie einen ganzheitlichen Zugang anstelle von Insellösungen. Die Bezahlfunktion bilde eine zentrale Schnittstelle zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Service-Leistung und Verwaltung. So könnten Informations-, Identitäts- und Datenmanagement zentral gesteuert und digitale Dienstleistungen weiterer kommunaler Serviceanbieter zentral abgebildet werden. Die Nutzerfreundlichkeit werde dabei durch einen höheren Individualisierungsgrad gesteigert. Der kommunale Point of Sale (PoS) soll laut Bitkom auch mit Bargeld bedient werden können, um Bürgerinnen und Bürgern eine entsprechende Wahlfreiheit beim Check-Out kommunaler Dienstleistungen zu gewähren.

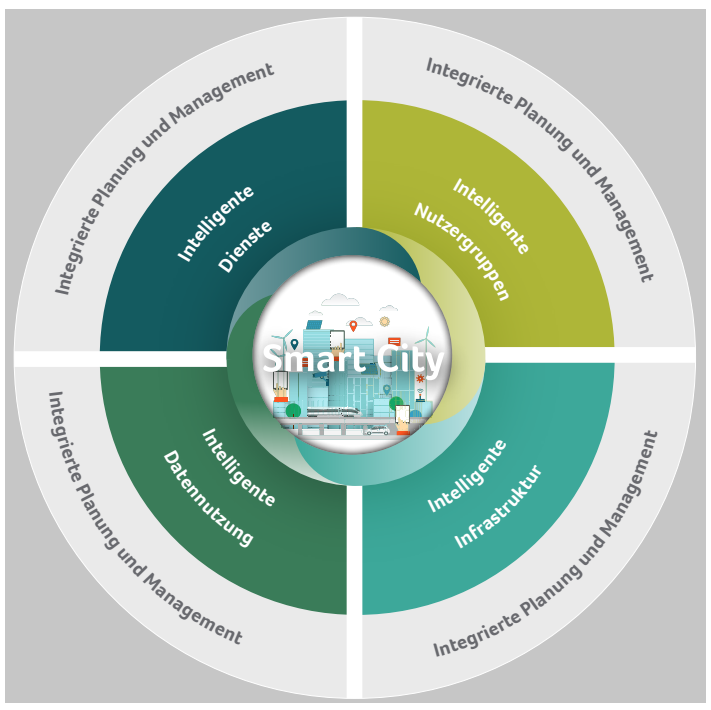
Die Möglichkeit für erleichterte Abwicklung und Individualisierung von Bürgerservices bleibe heute allerdings noch weitestgehend ungenutzt. „Dabei ist kaum nachvollziehbar, warum Eltern heute noch einen Antrag auf Kindergeld stellen müssen, wenn es bereits eine Schnittstellendienstleistung gibt, die berechtigte Antragstellerinnen und Antragsteller automatisiert identifizieren, verifizieren und eine entsprechende Zahlung auslösen."

In einer sich rasch entwickelnden digitalen Welt sei die Cyberkriminalität eine ernstzunehmende Bedrohung für den digitalen Staat und seine Bürgerinnen und Bürger. Zahlungsdienstleister hätten sich zu Experten auf dem Feld der Cybersicherheit entwickelt, da globale Zahlungsnetzwerke stetig Angriffen im Cyberraum ausgesetzt sind und regulatorisch dazu verpflichtet sind, höchste ITK-Sicherheitsstandards zu implementieren. Zahlungsdienstleister könnten Kommunen und Regionen bei der Implementierung eines Cyberrisiken-Rahmenwerks unterstützen, das Industriestandards und regulatorische Bestimmungen berücksichtigt, um Cyberrisiken zu identifizieren, vorzubeugen und zu bekämpfen.

Europäisch denken

Ein digitaler Bürgerservice macht noch keine smarte City: „Eine zentrale und digitale Plattform für die medienbruchfreie Nutzung aller kommunalen Angebote wie Mobilität, Gesundheit und Verwaltung entspricht den Ansprüchen der ‚smarten Kommune'. Die Verwendungen von kommunalen Services – ob online vom Sofa aus oder im Bürgeramt – kann durch digitales Bezahlen erheblich an Sicherheit und Nutzerfreundlichkeit gewinnen. So können kommunale Services zentral genutzt, bezahlt und weitere Angebote von Drittanbietern integriert werden, beispielsweise im Bereich des ÖPNV, beim Parken oder beim Laden von Elektroautos."

Auch hier gelte es, europäisch zu denken und eine digitale, europaweit nutzbare Bezahloption zu implementieren, um einen weiteren Schritt hin zur integrativen Smart City zu schaffen. Technologieunternehmen wie Zahlungsdienstleister könnten Kommunen dabei unterstützen, als Plattform zu agieren, beispielsweise im Bereich der Mobilität, Bildung oder Kultur. „Damit wird ein Mehrwert geschaffen und kommunalgesteuerte Angebote bleiben konkurrenzfähig." **DK**



Digitalisierung mit Strategie!

Ein digitaler Fahrplan für die Zukunftsfähigkeit Ihrer Region

Der Zugang zu einer schnellen, gigabitfähigen Netzinfrastruktur – das zeigt gerade die aktuelle Situation – ist nicht mehr nur ein Standortvorteil, sondern eine Notwendigkeit für die Zukunftsfähigkeit einer Region. Der Breitbandausbau schreitet bundesweit voran und technologische Neuerungen wie 5G, Cloud Lösungen oder künstliche Intelligenz nehmen heute zunehmend Einfluss auf unser tägliches Leben. Der Weg in eine digitale Transformation stellt jedoch vielerorts Kommunen, Gemeinden und Landkreise noch immer vor große Herausforderungen.

Wie aktuelle Studien des Bitkom und des DStGB, sowie der Initiative Stadt.Land.Digital zeigen, sind es gerade die kleineren Städte und Gemeinden, die trotz reger Bemühungen weitere Unterstützung bei der erfolgreichen Umsetzung der Digitalisierung benötigen. Dies betrifft vor allem den Aufbau von Infrastrukturen, die Finanzierung digitaler Projekte sowie den Aufbau von Know-how für regionale Akteure.

Digitale Transformation

Die digitale Transformation ist ein komplexer, dynamischer und integrierter Prozess. Vor Ort braucht er die Akzeptanz der Bevölkerung sowie ein generelles Verständnis für die Umsetzung innovativer Konzepte. Mit Hilfe einer kommunalen Digitalstrategie können zahlreiche Hürden schon frühzeitig identifiziert und überwunden werden. Ein solcher Fahrplan kann Orientierung bieten und einen möglichen Weg in eine sektorübergreifende Digitalisierung der Kommune aufzeigen. Er kann helfen, politische Handlungserfordernisse zu priorisieren, Digitalisierungsaktivitäten aufeinander abzustimmen und Synergien effektiv zu nutzen.

Ein koordiniertes Vorgehen im Sinne der Strategie kann effektiven Ressourceneinsatz ermöglichen und wichtige Innovationsprozesse befördern. Um die technischen Potenziale der modernen Netzinfrastruktur bestmöglich zu nutzen, die Lebens- und Standortqualitäten vor Ort zu steigern und den Ressourceneinsatz nachhaltiger zu gestalten, sollte eine Digitalstrategie immer auch gemeinsam mit den Bürger*innen für die Region entwickelt werden.

Individueller Ansatz

Jede Region, jede Kommune bringt eigene Voraussetzungen und Vorstellungen mit. Für die Strategieentwicklung muss daher ein individueller Ansatz gefunden werden, der alle Aspekte berücksichtigt. Dies bringt vor allem kleine Städte und Gemeinden nicht selten an ihre finanziellen und personellen Grenzen. Auch die genannten wissenschaftlichen Studien zeigen: Sowohl für die Implementierung als auch für die Umsetzung von digitalen Prozessen ist in der Regel professionelle externe Hilfe notwendig.

Im Dialog mit den Akteuren vor Ort

Das Team „Smart Regions" der atene KOM entwickelt im Dialog mit den Akteuren vor Ort individuelle digitale Transformationsprozesse, begleitet die Kommunen auf ihrem Digitalisierungsweg und unterstützt sie mit Fördermittelberatung, Strategieentwicklung und partizipativen Beteiligungsprozessen.

Das Kernteam aus Expert*innen der Bereiche Stadt- und Regionalplanung, Technik und Technologie, Recht sowie den Themenfeldern Mobilität, Energie, Bildung und Nachhaltigkeit steht auch für die Kommunen des Freistaats mit einem Regionalbüro am Standort München jederzeit zur Verfügung. Das Angebot zum Thema Digitale regionale/lokale Transformation ist dabei vielseitig: Die Gemeinde Kirchheim bei München wurde durch die atene KOM erfolgreich bei der Antragstellung für das BMI Förderprogramm „Modellprojekte Smart Cities" begleitet, die Gemeinde Münnerstadt konnte in der Bewerbung um eine Projektförderung im Rahmen der Pilotphase Kleinstadtakademie des BBSR unterstützt werden.

Auch die übergeordnete Projektsteuerung hat die atene KOM für dieses Vorhaben übernommen; gemeinsam mit dem Zentrum Digitalisierung. Bayern richtet die atene KOM Workshops zum Thema „Smart Cities and Regions" aus.

www.atenekom.eu. ❐

Digitaler Tag 2021

Deutschland und weitere EU-Länder vereinbaren Initiativen für Europas digitale Dekade

Die EU-Mitgliedstaaten wollen die Förderung der internationalen Konnektivität bündeln, gemeinsam Anreize für saubere Digitaltechnik schaffen und das Regulierungsumfeld für Start-ups verbessern. Dazu haben die Minister mehrerer Staaten, darunter auch Deutschland, am Digitalen Tag 2021 drei Erklärungen unterzeichnet.

„Die eingegangenen neuen Verpflichtungen stärken unsere gemeinsamen Bemühungen um einen auf den Menschen ausgerichteten Digitalisierungsansatz", erklärte Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager. „Mit den Unterschriften mehrerer Mitgliedstaaten bekräftigen die Erklärungen unsere Verpflichtungen in drei Bereichen, nämlich Konnektivität, Start-up-Unternehmen und saubere Digitaltechnik.

Der für den Binnenmarkt zuständige EU-Kommissar Thierry Breton ergänzte: „Der Digitale Tag ist eine wichtige Veranstaltung, auf der die Mitgliedstaaten zusammenkommen, um wichtige digitale Ziele zu erreichen. Die neuen Verpflichtungen, die die Mitgliedstaaten eingegangen sind, bekräftigen unsere Entschlossenheit in der EU, zusammen mehr digitale Führungsstärke bis 2030 anzustreben."

Zum vierten Digitalen Tag, der von der Kommission und dem portugiesischen Ratsvorsitz ausgerichtet wird, kommen Mitglieder des Europäischen Parlaments, Minister aus den Mitgliedstaaten, Führungskräfte aus der Wirtschaft und mehrere andere Interessenträger zusammen.

Europa stärkt weltweite Netze mit seinen Datenzugangstoren

27 europäische Länder haben die Erklärung über europäische Datenzugangstore als Schlüsselelement für Europas digitale Dekade unterzeichnet. Darin verpflichten sie sich, die Konnektivität zwischen Europa und seinen Partnern in Afrika, Asien, der europäischen Nachbarschaft und Lateinamerika zu verbessern. Der Schwerpunkt liegt dabei auf terrestrischen und unterseeischen Kabeln, Satelliten und Netzverbindungen für einen verstärkten und sicheren Datenaustausch. Die EU hat bereits strenge Datenschutzstandards und eine hochwertige innere Konnektivität geschaffen. Mit dem Ausbau ihrer weltweiten Konnektivitätsnetze kann sie nun zu einem globalen, sicheren und agilen Datenzentrum werden.

25 europäische Länder haben die Erklärung über Exzellenzstandards für start-up-freundliche nationale Maßnahmen (EU Startup Nations Standard) unterzeichnet, damit bewährte Verfahren, die in erfolgreichen Start-up-Ökosystemen angewandt werden, allen europäischen Start-ups und Scale-ups zugutekommen. Dazu hat die Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und Interessenträgern aus der Wirtschaft eine Reihe bewährter Verfahren ermittelt, die zu einem wachstumsfreundlichen Umfeld beitragen. Dabei geht es um die Bearbeitung der Visumanträge von Talenten aus Drittländern genauso wie die steuerliche Behandlung von Aktienoptionen und die Erhöhung und Diversifizierung des privaten Kapitals. Ziel ist es, solche Verfahrensweisen zur allgemeinen Regel beim Übergang der EU zu einer nachhaltigen, digitalen und resilienten Wirtschaft zu machen.

Mobilisierung von Investitionen in saubere Digitaltechnik

26 europäische Länder haben die Erklärung über einen ökologischen und digitalen Wandel in der EU unterzeichnet, um den Einsatz umweltfreundlicher Digitaltechnik zu beschleunigen. Die Mitgliedstaaten werden zusammenarbeiten, um die Entwicklung und Einführung modernster Digitaltechnik wie 5G und 6G, Glasfasertechnik, Hochleistungsrechnen und Internet der Dinge als Schlüssellösungen für die Verwirklichung der Klimaneutralität und den ökologischen und digitalen Wandel in vorrangigen Wirtschaftszweigen wie Energie, Verkehr, Fertigung, Land- und Nahrungsmittelwirtschaft sowie Bauwesen in Europa zu beschleunigen.

Weitere Handlungsbereiche sind die Förderung umweltfreundlicher Cloud-Dienste, künstlicher Intelligenz (KI) und von Blockchain-Technik und nachhaltiger Hardware, aber auch die umweltgerechte Vergabe öffentlicher Aufträge sowie die Unterstützung von Start-ups und KMU, die sich auf umweltfreundliche Technik spezialisiert haben. Zudem schlossen sich 26 Firmenchefs aus der IKT-Branche der europäischen Koalition für grüne Digitaltechnik an und verpflichteten sich im Namen ihrer Unternehmen, ihren CO_2-Fußabdruck bis 2030 deutlich zu verringern und bis 2040 klimaneutral zu werden.

Zu möglichen Lösungen hierfür gehören Investitionen in die Entwicklung energie- und materialeffizienterer Digitaltechnik, die Zusammenarbeit mit einschlägigen nichtstaatlichen Organisationen und Fachverbänden bei der Messung und Kontrolle der Nettoauswirkungen grüner digitaler Lösungen auf die Umwelt und vieles mehr. Außerdem haben sie zugesagt, gemeinsam mit anderen führenden Unternehmen Leitlinien für die Einführung grüner digitaler Lösungen aufzustellen, um die nachhaltige Umstellung wichtiger Sektoren wie Energie, Verkehr, Bauwesen und Landwirtschaft zu beschleunigen. ❐

Deutsche Glasfaser und M-net planen Glasfasernetz für Langweid am Lech

Home-Office oder Staustrecke? Top-Filme im Internet-Stream oder alte Schinken im Fernsehen? Videotelefonate mit den Enkeln oder allein zu Hause? Langweid am Lech hat in den kommenden Wochen die Chance auf den Ausbau eines reinen Glasfasernetzes, über das die Bürgerinnen und Bürger mit Lichtgeschwindigkeit im Internet surfen können.

Deutsche Glasfaser und M-net haben für das gemeinsame Projekt eine Kooperationsvereinbarung mit der Kommunalverwaltung geschlossen. Jetzt ist die Entscheidung der Bürger in Langweid für einen der beiden Anbieter gefragt, damit der Glasfaserausbau umgesetzt werden kann.

Bis zum 31. Mai können sie einen Vertrag entweder mit Deutsche Glasfaser oder mit M-net abschließen, um einen kostenfreien Glasfaseranschluss bis ins Haus oder die Wohnung zu erhalten. Einzige Voraussetzung: Mindestens 40 Prozent der anschließbaren Haushalte in Langweid, Stettenhofen und Foret ziehen mit und werden bei einem der beiden Anbieter Kunde. Wird diese Quote bis zum Stichtag erreicht, steht dem Netzausbau nichts mehr im Wege.

Die neue Infrastruktur berücksichtigt alle Haushalte im Anschlussgebiet und schafft die Voraussetzung, dass auch Nachzügler noch angeschlossen werden können – dann allerdings müssen diese Haushalte die Anschlusskosten von derzeit mindestens 750 Euro selbst tragen.

Auf digitalen Infoabenden informieren Deutsche Glasfaser und M-net ausführlich über den Netzausbau, ihre jeweiligen Produktangebote sowie den Projektverlauf. ❐

Corona-App darfichrein knackt neue Rekordmarke

Der Marktführer für Apps zur Kontaktnachverfolgung darfichrein.de hat deutschlandweit die Marke von 2,5 Millionen Check-Ins im Echtbetrieb überschritten. Obwohl Gastronomie, Museen, Theater, etc. seit Wochen geschlossen sein müssen, ist die Nutzerzahl gestiegen.

Die App ist nämlich auch in sensiblen Bereichen von Verwaltungen, Universitäten oder Gerichten stark verwurzelt, die besonders hohe Ansprüche an die IT-Sicherheit stellen müssen. Bei Benutzern findet der bisher einzigartige „privacy-by-design"-Ansatz großen Anklang: So müssen beispielsweise keine personenbezogenen Daten auf den Benutzer-Smartphones gespeichert werden; damit ist ein Missbrauch durch Hacking oder nach Diebstahl bzw. Verlust des Smartphones ausgeschlossen.

Hinter der App stehen die kommunalen IT-Dienstleister AKDB und krz, die den kompletten IT-Produktionsbetrieb in ihren sicherheitszertifizierten Rechenzentren in Deutschland abwickeln. Außerdem eröffnet die flexible Architektur viele Wege, die Gesundheitsämter anzubinden. ❐

StimUp – Sicher abstimmen in virtuellen Versammlungen

Von Erich Holzinger, StimUp-Initiator

Der Gesetzgeber hat Abstimmungen in vielen Bereichen nun auch ohne physische Anwesenheit erlaubt. Doch wie führt man eine Abstimmung manipulationssicher und eventuell auch anonym in virtuellen Versammlungen sicher? Ein Münchener StartUp ermöglicht dies durch den Einsatz von Blockchain-Technologie und hat damit einen Innovationpreis der Stadt München gewonnen. Die Lösung erlaubt auch Laien, unkompliziert und sicher eine Abstimmung durchzuführen und manipulationssicher zu dokumentieren. Die Stadt München testet die Lösung bereits in verschiedenen Bereichen.

Die Idee hinter StimUp

In Zeiten der Corona-Pandemie müssen Abstimmungen und Beschlussfassung ohne die physische Anwesenheit der Abstimmenden funktionieren. Aber bei digitalen Übertragungswegen gilt es, insbesondere den Datenschutz zu beachten und technische Betrugsmöglichkeiten zu minimieren. Zudem müssen die Anforderungen an Anonymität, Transparenz und Nachvollziehbarkeit sichergestellt werden.

Aus Begeisterung für die Blockchain-Technologie haben wir, Erich Holzinger und Mitglieder des Vereins Blockchain Bayern e.V., die App StimUp initiiert. Daraus entstanden ist eine Lösung, die mit Unterstützung der Stadt München betrieben wird und frei genutzt werden kann.

Sicher, schnell und einfach: Abstimmen mit Blockchain-Technologie

Viele Menschen assoziieren Blockchain immer noch mit der 2009 veröffentlichten Kryptowährung Bitcoin und werfen die Technologie und ihre Anwendungsgebiete leicht mal in die Finanzprodukt-Schublade. Doch die Blockchain-Technologie eignet sich für jede Art der digitalen Zusammenarbeit. Die Aufgabe der Überwachung und Absicherung übernimmt hierbei die Gesamtheit aller dezentralen Blockchain-Knoten, da jede kleinste Änderung an den Daten sofort bemerkt werden würde.

Die Technologie ist ideal für Abstimmungen, weil sie den Ansprüchen der Nutzenden – wie zum Beispiel Ausschüsse oder Gremien – gerecht wird. Gerade weil Abstimmungen

- in einer Gruppe stattfinden,



Erich Holzinger. ❒

in der alle das gleiche Ziel verfolgen – über ein Thema abzustimmen oder einen Beschluss zu fassen.
- manipulationssicher abgehalten und dokumentiert werden müssen
- manchmal anonym durchgeführt werden müssen
- virtuell durchführbar sein müssen, da nicht immer alle persönlich anwesend sein können.

StimUp jetzt schon einsetzen

Wenn Sie eine digitale Abstimmung durchführen wollen, benötigen Sie dafür eine Beschreibung des Abstimmungsinhalts und der Abstimmungsoptionen, den Zeitraum, in dem abgestimmt werden kann sowie die E-Mail-Adresse aller berechtigten Wählerinnen und Wähler.

Mithilfe der StimUp-Applikation unter https://blueorion.cc/vote_de tragen Sie alle Daten in das dafür vorgesehene Formular im Web ein. Sie erhalten eine E-Mail mit dem Link für die Abstimmenden und einen Link zum Abrufen des Abstimmungsergebnisses. Diese Links verschicken Sie zusammen mit der Einladung zum virtuellen Meeting. Die Abstimmenden müssen sich mit diesem Link und ihrer E-Mailadresse authentifizieren und bekommen daraufhin ihren persönlichen Link zur Abstimmung per E-Mail zugeschickt. Jede Wählerin und jeder Wähler kann nun einmalig eine Stimme abgeben.

Manipulationssichere Signatur

Nach Beendigung der Abstimmung erhält der Wahlleiter ein signiertes PDF-Dokument mit dem Abstimmungsergebnis. Die Signatur ist in der Blockchain abgelegt und damit ebenfalls manipulationssicher.

Dank der Blockchain-Technologie ist für alle nachprüfbar, welche Stimmabgaben erfolgt sind. Die Abstimmenden können zudem auch bei einer anonymen Abstimmung über die persönliche Abstimm-ID prüfen, ob ihre Stimme korrekt in der Blockchain vermerkt wurde. Eine nachträgliche Manipulation der Abstimmung ist ausgeschlossen.

StimUp ist derzeit kostenfrei nutzbar. Der Betrieb wird von der Stadt München finanziert.

Wir freuen uns über Feedback und Erfahrungsberichte! Gerne helfen wir ihnen bei einer Testwahl. Nehmen Sie gerne Kontakt mit uns auf – per E-Mail mit erich.holzinger@planetscrum.de.

Viel Erfolg beim Abstimmen und Beschlussfassen! ❒

Bis zu 100 Gbit/s Kapazität pro Anschluss

LEW TelNet bindet neues Gewerbeareal TONI Park in Augsburg mit Glasfaserdirektanschlüssen für Unternehmen an

LEW TelNet, das Telekommunikationsunternehmen der LEW-Gruppe, baut die Breitband-Infrastruktur des neuen Gewerbeareals TONI Park auf, das derzeit in Augsburg zwischen Hochfeld und Universitätsviertel entsteht: Der TONI Park wird mit einer leistungsstarken Glasfaserzuführung an den Hochgeschwindigkeits-Backbone von LEW TelNet angebunden.

LEW TelNet integriert die einzelnen Gebäude in das lokale Glasfasernetz. Damit können alle Unternehmen, die sich im TONI Park ansiedeln, einen Highspeed-Internetzugang mit symmetrischen Bandbreiten von bis zu 5 Gbit/s im Up- und Download sowie eine direkte Anbindung an das Rechenzentrum von LEW TelNet nutzen. „Auf Anfrage können wir sogar Anbindungen mit bis zu 100 Gigabit pro Sekunde realisieren.

Damit stehen den Unternehmen alle Optionen für Aufbau und Nutzung moderner IT-Systemlandschaften offen, insbesondere beispielsweise der Zugriff auf unsere Rechenzentrumskapazitäten und Cloud-Lösungen“, erklärt Gabriele Wagner-Hörterer, Key Account Managerin Geschäftskunden bei LEW TelNet.

IT-Rundum-Sorglos-Paket für Unternehmen

Aus dem umfangreichen Angebot von LEW TelNet können die Mieter im TONI Park genau die Leistungen wählen, die sie für Internet und Telefonie benötigen, beispielsweise Sprachdienst, Veeam Cloud Backup oder Managed Security Gateways.

Darüber hinausgehende IT-Dienstleistungen oder eine Standortbetreuung für Unternehmen ohne eigene IT-Abteilung leisten Systemhaus-Partnerunternehmen von LEW TelNet. Somit erhalten die Unternehmen eine IT-Rundum-Versorgung entsprechend ihrer Anforderungen.

Schnelles Internet zieht IT-Unternehmen an

Mit der Entscheidung für eine leistungsstarke Glasfaseranbindung am Gewerbeareal TONI Park legte die TONI IMMOBILIEN Dr. Krafft KG den Grundstein für einen neuen IT-Standort in Augsburg. „Auf unserem Gelände wollen sich eine ganze Reihe von IT-Unternehmen ansiedeln. Die extrem hohen Übertragungskapazitäten, die LEW TelNet bereitstellen kann, sind ein entscheidender Standortvorteil – nicht nur für Unternehmen der IT-Branche“, betont Andreas Lesser, persönlich haftender Gesellschafter der TONI IMMOBILIEN Dr. Krafft KG.

Der erste von insgesamt sechs geplanten Bürokomplexen im TONI Park ist schon voll bezogen. Derzeit laufen die Bauarbeiten für ein Gebäude mit 15.000 Quadratmetern Bürofläche an. Fast ein Drittel davon hat bereits IGEL Technology angemietet. Für weitere Neubauten stellt die TONI KG die Bauanträge in diesem Jahr.

Hohe Ausfallsicherheit, sichere Datenübertragung LEW TelNet betreibt ein eigenes, rund 4.500 Kilometer langes Glasfasernetz in Bayerisch-Schwaben und Teilen Oberbayerns. Die im TONI Park ansässigen Unternehmen haben eine direkte und schnelle Anbindung an den Hochgeschwindigkeits-Backbone von LEW TelNet. Durch die am Standort vorhandene, sogenannte knoten- und kantendisjunkte Glasfaserversorgung kann auf Anfrage jede Anbindung auch über getrennte Wege geschalten werden. Der redundante Aufbau bietet hohe Ausfallsicherheit: Fällt die Hauptverbindung aus, übernimmt, je nach Variante automatisch, der Zweitzugang die Versorgung.

IT-Infrastruktur auslagern

Ein weiterer Vorteil der Glasfaserversorgung im TONI Park besteht in der direkten Glasfaseranbindung an das Augsburger Rechenzentrum von LEW TelNet: Statt ihre erforderliche IT-Infrastruktur selbst aufzubauen, können Unternehmen im TONI Park Kapazitäten im Rechenzentrum von LEW TelNet nutzen.

Dabei bieten sich verschiedene Möglichkeiten: Unternehmen können einzelne Höheneinheiten, ganze Racks oder auch virtuelle Server mieten oder ihre Server-Landschaft komplett auslagern. Die Nutzung externer Rechenzentrumskapazität ist aufgrund der hohen Anforderungen und Auflagen an den Betrieb von IT-Infrastruktur gerade für kleinere und mittlere Unternehmen in der Regel kostengünstiger und sicherer. Das LEW TelNet- Rechenzentrum ist nach ISO 27001, ISO 14001 und vom TÜV SÜD zertifiziert.

Rund um die Gebäudekomplexe im TONI Park soll ein parkähnliches Areal mit Ruheoasen entstehen. Ideal für das Arbeiten im Freien: LEW TelNet stellt dafür ein flächendeckendes W-LAN im gesamten Außenbereich zur Verfügung. Im Innenbereich entwickelt die TONI KG rund 50.000 Quadratmeter Gesamtmietfläche für Büro und Arbeitswelt. Auch ein Fitnessstudio, Gastronomie und ein Kindergarten sollen zu den zukünftigen Mietern gehören. ❒

Kommunal-Navigator startet mit 93 Kommunen und 172 Projekten

Der Deutsche Landkreistag hat eine Online-Landkarte, den „Kommunal Navigator“ eingerichtet. Eine einfache und übersichtliche Datenbank, die aktuelle Projekte der digitalen Daseinsvorsorge beschreibt. Welche Ziele werden damit verfolgt? Vor allem haben Landkreise einen schnellen Zugriff auf aktuelle digitale Projekte in den Kommunen. Interkommunaler Austausch aber auch Nachnutzung sollen damit gezielt gefördert werden. Schließlich stehen alle Landkreise vor den gleichen Herausforderungen, welche gemeinsam am besten bewältigt werden können.

Der Kommunal Navigator ist im März 2021 in Betrieb gegangen. 93 Kommunen haben bereits zum Start 164 Projekte beschrieben und es steht zu erwarten, dass sich die Datenbank kontinuierlich weiter füllen wird. „Der Landkreis Donau-Ries ist unter den ersten dabei und beschreibt gleich sechs Projekte aus dem im Dezember vergangenen Jahres beschlossenen Digitalisierungskonzept“, erklärt Landrat Stefan Rößle.

Über verschiedene Filter lassen sich Projekte nach Bundesländern, Landkreisen oder über eine Stichwortsuche auffinden. Für die anspruchsvollen Digitalisierungsprojekte des Landkreises erhofft sich Dr. Gabriele Theiler, Koordination Digitalisierung von der Stabstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit am Landratsamt Donau-Ries, einen regen Austausch, um die Erfahrungen aus den bereits angestoßenen Projekten in die Fläche zu tragen.

Die Landkarte ist frei zugänglich und unter dem Link www.kommunalnavigator.de zu erreichen. ❒

Holetschek forciert Digitalisierung der Pflege

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek treibt die Digitalisierung der Pflege voran. Bei der Übergabe des Förderbescheids für das Projekt CARE REGIO an der Hochschule Kempten betonte Holetschek: „Es ist wichtig, dass wir die Chancen der Digitalisierung für die Pflege nutzen – zum Wohl der Pflegebedürftigen und um die Pflegekräfte bei den täglichen Herausforderungen zu entlasten. Ich freue mich deshalb, dass das Projekt CARE REGIO in Schwaben digitale Lösungen für die Herausforderungen der Pflege entwickelt und mit Partnern aus der Praxis auch gleich testet.“

CARE REGIO ist ein Leuchtturmprojekt, das die Digitalisierung in der Pflege bayernweit voranbringen soll. Im schwäbischen Hochschuldreieck erarbeiten die Hochschule Kempten, die Hochschule Neu-Ulm sowie die Hochschule Augsburg mit der Universität Augsburg und dem Universitätsklinikum Augsburg seit 2019 Strategien für den Einsatz digitaler Lösungen in der Pflege. Die einjährige Theoriephase hat das bayerische Gesundheits- und Pflegeministerium bereits mit 450.000 Euro gefördert. Jetzt geht das Verbundprojekt unter der Leitung der Hochschule Kempten in die praktische Umsetzung: Hierfür fließen bis 2024 weitere Fördermittel in Höhe von 6,1 Millionen Euro.

Holetschek erläuterte: „Neue Technologien bieten viele Chancen für Pflegekräfte, Pflegebedürftige und Angehörige. Digital gestützte Systeme lassen sich zum Beispiel für die Sturzprävention nutzen und können dazu beitragen, dass Pflegebedürftige länger selbstbestimmt zu Hause leben. Auch für die Pflegeeinrichtungen verspricht die Digitalisierung Vorteile: Sie kann die Dokumentation erleichtern.“

Im Mittelpunkt steht immer der Mensch

Der Minister fügte hinzu: „Bei all den Vorteilen neuer Technologien ist es mir aber wichtig zu betonen, dass im Mittelpunkt der Pflege immer der Mensch steht. High-Tech soll das Miteinander nicht ersetzen, sondern mehr Freiräume für menschliche Zuwendung schaffen.“ ❒

Bayerns digitale Ausrufezeichen

Mit dem Digital.Campus Bayern bringt Digitalministerin Judith Gerlach nun auch die Qualifizierungsplattform zur Fort- und Weiterbildung in der digitalen Verwaltung auf den Weg: „Ganz entscheidend ist, dass wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung fit für die Herausforderungen der digitalen Welt machen. Denn sie sind die ersten Ansprechpartner vor Ort für unsere Bevölkerung. Wir wollen den Bürgerservice auch im Digitalen weiter verbessern. Mit dem Digital.Campus nehmen wir die Beschäftigten bei der Digitalisierung mit, vermitteln ihnen – individuell zugeschnitten – das passende Know-how und stärken ihr digitales Mindset.“

Der Digital.Campus Bayern ist eine Informations-, Buchungs- und Lernplattform, auf die alle Verwaltungsmitarbeiter Zugriff haben sollen. Die modularen Bildungsinhalte reichen von kurzen Lerneinheiten über Blended Learning Maßnahmen, Tagesseminaren, einer Ausbildung zum Digitallotsen (mehrere Wochen) oder zum Digitalwirt (einige Monate) bis hin zum berufsbegleitenden Bachelorstudiengang Digitale Verwaltung. Hierfür sind 760.000 Euro im Haushalt eingeplant. Der Digital.Campus Bayern wird schrittweise aufgebaut. Der Start erfolgt mit Pilotprojekten an der Bayerischen Verwaltungsschule und der Hochschule Hof.

Registermodernisierung

Ein Riesensprung bei der Verwaltungsmodernisierung hierzulande wurde nunmehr mit der Zustimmung des Bundesrats zum Registermodernisierungsgesetz gemacht. Laut Judith Gerlach, die sich im Bundesrat für das Gesetz stark gemacht hatte, „fordern unsere Bürgerinnen und Bürger zu Recht serviceorientierte, digitale Behörden. Durch die Registermodernisierung ersparen wir ihnen beispielsweise den Aufwand, Nachweise wie etwa eine Geburtsurkunde, bei jedem Antrag erneut vorzulegen. Das ist dann möglich, wenn aktuelle Daten vorliegen und den Bürgerinnen und Bürgern zweifelsfrei zugeordnet werden können. Es freut mich sehr, dass wir im Bundesrat den Weg dafür bereiten konnten.“

Derzeit verfügt die deutsche Registerlandschaft über mehr als 375 Registertypen. Diese sind zum Teil zentral, aber auch dezentral geführt. Qualität und Aktualität der Daten sind über die verschiedenen Register hinweg sehr unterschiedlich. Für die klare Identifizierung einer Person wird künftig als zentrales Merkmal die Steueridentifikationsnummer verwendet. Durch das Gesetz wird damit ein registerübergreifendes Identitätsmanagement ermöglicht, um so die Verwaltungsdigitalisierung datenschutz- und verfassungskonform voranzutreiben.

Datencockpit schafft Transparenz

Gerlach zufolge ist für sie ein hohes Datenschutzniveau entscheidend, das durch das Registermodernisierungsgesetz erfüllt wird. Bei Datenübermittlungen über verschiedene Verwaltungsbereiche hinweg prüften unabhängige Stellen im Voraus, ob eine Abfrage und die dazugehörige Übermittlung gestattet sind. Die Bürger könnten zudem über ein sogenanntes Datencockpit nachträglich Auskunft erhalten, welche konkreten Daten zwischen Behörden übermittelt wurden. Dies schaffe Transparenz. „Wir nehmen zur Umsetzung der Registermodernisierung die Einwilligung und damit Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger klar in den Fokus. Das neue Registermodernisierungsgesetz erleichtert damit auch ihnen den Umgang mit ihren eigenen Daten.“

Pilotprojekt „Digitaler Werkzeugkasten“

Wie die Ministerin weiter mitteilte, wird das erfolgreiche Pilotprojekt „Digitaler Werkzeugkasten 2.0“ deutlich ausgeweitet. Insgesamt werden 24 Landratsämter aus allen bayerischen Regierungsbezirken an dem neuen Projekt „Digitaler Werkzeugkasten 2.0“ teilnehmen. Dabei handelt es sich um Bad Tölz-Wolfratshausen, Dachau, Ebersberg, Mühldorf am Inn, Neuburg-Schrobenhausen, Rosenheim, Starnberg, Weilheim-Schongau, Freyung-Grafenau, Passau, Cham, Neustadt a.d. Waldnaab, Regensburg, Tirschenreuth, Bayreuth, Kulmbach, Fürth, Roth, Weißenburg-Gunzenhausen, Aschaffenburg, Bad Kissingen, Schweinfurt, Augsburg und Neu-Ulm.

Die Landratsämter erhalten jeweils 6.000 Euro zur technischen Umsetzung eines extra erstellten Leitfadens für die Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen, zur Qualitätssicherung der Angebote und zur Schulung von Mitarbeitern. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf Services für Unternehmen, da diese mit rund 200 Behördenkontakten pro Jahr wesentlich häufiger mit der Verwaltung zu tun haben als der einzelne Bürger. Alle Verfahren, die im Werkzeugkasten 2.0. digitalisiert werden, sollen auch den jeweils anderen Landkreisen sowie interessierten Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. **DK**

Drei-Punkte-Plan für Klimaanpassung in Kommunen

Bundesumweltministerin Svenja Schulze und die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände haben einen schnell wirksamen Drei-Punkte-Plan zur Anpassung an den Klimawandel vereinbart. Dieser soll noch vor der Sommerpause umgesetzt werden.

Die wesentlichen Elemente sind erstens ein bundesweites Beratungszentrum für Städte, Landkreise und Gemeinden, das bis zum Sommer 2021 seine Arbeit aufnehmen wird. Kommunen aus ganz Deutschland sollen in diesem Zentrum Informationen und Anregungen für Strategien und Projekte zur Klimaanpassung erhalten. Zweitens fördert der Bund den Einsatz von lokalen Anpassungsmanagern. So wird sichergestellt, dass die Strategien auch in der Praxis ankommen. Drittens werden besonders innovative Lösungen von Kommunen über den Wettbewerb „Blauer Kompass“ prämiert.

Laut Bundesumweltministerin Svenja Schulze „profitieren Kommunen doppelt, denn klimaangepasste Städte und Landkreise sind lebenswert: Begrünte Dächer und Gebäudefassaden, Wasserflächen und verschattete Plätze lindern Hitze, bereichern die Vielfalt in der Stadt und steigern die Aufenthaltsqualität. Anpassung sichert die ökonomischen Grundlagen und ist ein Mehrwert für die Lebensqualität der gesamten Gesellschaft.“

Klimawandel konsequent mitdenken

„Wie wir heute bauen, bestimmt auf lange Sicht das Leben in unseren Städten. Denn Brücken, Wohngebiete, Rad- und Schienenwege ebenso wie Infrastrukturen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung haben lange Lebenszeiten“, betonte Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister von Leipzig. „Wir müssen heute konsequent den Wandel des Klimas mitdenken und für eine nachhaltige Entwicklung in den Städten vorsorgen… Der Drei-Punkte-Plan greift Forderungen aus den Städten auf und unterstützt ihren Einsatz für eine nachhaltige Klimafolgenanpassung. Das ist ein erster Schritt, dem in der nächsten Legislaturperiode weitere folgen müssen.“

Nach den Worten von Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistags und Landrat des Kreises Ostholstein, „sind die Landkreise mit viel Engagement dabei, ihren Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung zu leisten. Da sich die Auswirkungen und Herausforderungen des Klimawandels in den Landkreisen bundesweit betrachtet sehr unterschiedlich darstellen, ist dies auch eine Frage im Zusammenhang mit der Beförderung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Dabei kann der vereinbarte Drei-Punkte-Plan einen Beitrag leisten. Wichtig ist es, dass die Kommunen zielgenau die notwendige Beratung und Unterstützung bei der Anpassung an die unterschiedlichen Folgen des Klimawandels erhalten.“

Ruf nach klarer Strategie

Wie Ralph Spiegler, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds und Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nieder-Olm, darlegte, „erfordern Hitze und Dürre, aber auch Starkregenereignisse und Hochwasser eine klare Strategie. Für Kommunen zahlt sich daher eine klimagerechte Stadtentwicklung, die insbesondere mehr Freiflächen, eine energieeffiziente Bauweise, erneuerbare Energien und eine klimagerechte Mobilität umfasst, aus. Wir brauchen zudem mehr ‚Grün und Blau‘ in unseren Städten und Gemeinden. Um diese Herausforderungen zu meistern, bedarf es einer finanziellen Unterstützung von Maßnahmen sowie einem engen Zusammenwirken von Bund, Länder und Kommunen.“ **DK**



V.l.: Umweltminister Thorsten Glauber, Dr. Cecilia Scorza und Prof. Dr. Harald Lesch. Bild: stmuv.bayern

Gewinnerschulen der 200 Klimakoffer stehen fest:

Bonuspreis geht nach Oberbayern

Knapp 500 weiterführende Schulen in Bayern haben an der Verlosung der Klimakoffer teilgenommen. Nun stehen die 200 Gewinner fest. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte bei der Auslosung in München: „Der Klimawandel ist längst in Bayern spürbar. Der aktuelle Klima-Report zeigt, dass die mittlere Temperatur in Bayern bis 2100 um bis zu maximal 4,8 Grad Celsius gegenüber dem Zeitraum von 1971 bis 2000 ansteigen könnte, wenn wir keine Klimaschutzmaßnahmen ergreifen. Umso wichtiger ist es, dass sich bereits die junge Generation intensiv mit dem Thema auseinandersetzt. Wir müssen jetzt handeln.“

„Mit den Klimakoffern bringen wir den Klimaschutz an Bayerns Schulen. Die Schülerinnen und Schüler können ganz konkret erleben, wie der Klimawandel funktioniert. Vom Kopf direkt ins Herz: Die Schülerinnen und Schüler können konkret erleben, wie der Klimawandel funktioniert und Ideen mitnehmen, wie er sich meistern lässt“, erläuterte Glauber.

Sonderverlosung

Zusätzlich zu den 200 Klimakoffern gab es im Rahmen einer Sonderverlosung eine Diskussionsveranstaltung mit Minister Glauber und Prof. Dr. Harald Lesch an einer der teilnehmenden Schulen zu gewinnen. Die Gewinnerin dieses Bonuspreises ist die Maria-Ward-Realschule in Burghausen.

Die Verlosung der 200 Klimakoffer ist Teil des Projekts „Klimawandel: verstehen und handeln“ der Fakultät für Physik der LMU München um Dr. Cecilia Scorza, Koordinatorin für Öffentlichkeitsarbeit und Schulkontakte, und Astrophysiker Prof. Dr. Harald Lesch. „Mit dem Klimakoffer ist es uns gelungen, die wissenschaftlichen Hintergründe, Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels für den MINT-Unterricht experimentell zu elementarisieren“, betonte Scorza. Lesch ergänzte: „Ich bin ziemlich stolz auf unser Projekt. Der Klimakoffer ist große Klasse. Er funktioniert und macht klar, worum es geht.“

Anleitungen und Materialien

In den Klimakoffern sind Anleitungen und Materialien für zahlreiche Experimente enthalten, mit denen an den Schulen die Ursachen und Folgen des Klimawandels unmittelbar erforscht werden können. Die Klimakoffer werden aktuell noch von einer Caritaswerkstätte fertig gestellt, im Anschluss verpackt und an die Gewinnerschulen verschickt.

Alle Gewinnerschulen und weitere Informationen zum Klimakoffer gibt es unter: www.stmuv.bayern.de/klimakoffer.htm und www.klimawandel-schule.de ❐

Neue Broschüre zur Biodiversität „Natur.Vielfalt.Oberpfalz“

Auf dem Gelände des ca. drei Kilometer östlich von Bodenwöhr gelegenen ehemaligen Truppenübungsplatzes konnte sich eine Wald- und Heidelandschaft entwickeln, die zu einem der schutzwürdigsten Sandlebensräume im Landkreis Schwandorf zählt. Dieses Naturschutzgebiet ist das jüngste im Regierungsbezirk der Oberpfalz. Genau dort präsentierten Regierungspräsident Axel Bartelt und der Schwandorfer Landrat Thomas Ebeling die neue Broschüre zur Biodiversität „Natur.Vielfalt.Oberpfalz“.

Die von der Regierung der Oberpfalz neu aufgelegte Infobroschüre bietet einen informativen, fundierten und bilderreichen Einblick in die Biodiversität des Regierungsbezirks. Rund 30.000 verschiedene Pflanzen, Tiere, Pilze und Flechten prägen die Naturlandschaft der Oberpfalz. Jede Art hat spezielle Ansprüche an ihren Lebensraum. Doch die Lebensbedingungen für zahlreiche Arten haben sich in den letzten Jahrzehnten zum Teil deutlich verschlechtert. Das Ergebnis: ein drastischer Rückgang.

Bedenkliche Entwicklung

Waren es vor zehn Jahren noch über 50 Pflanzenarten auf einer herkömmlichen Wirtschaftswiese, sind es heute kaum mehr als zehn. Eine bedenkliche Entwicklung, die die Bayerische Staatsregierung und die Mehrheit im Bayerischen Landtag veranlasste, das mit über 1,7 Millionen abgegebenen gültigen Stimmen erfolgreichste Volksbegehren des Freistaats, „Rettet die Bienen“, nicht nur anzunehmen, sondern auszubauen und mit einer Reihe von Änderungen im Bayerischen Naturschutzgesetz den Artenschutz deutlich zu verbessern.

„Naturschutz liegt in unserer Verantwortung, heute mehr denn je. Unsere wunderschöne Natur in der Oberpfalz ist einzigartig und jeden Einsatz wert“, betonte Regierungspräsident Axel Bartelt: „Der Erhalt der biologischen Vielfalt zahlt sich für jeden von uns aus. Es lohnt sich für jede und jeden Interessierten, sich mit dieser gelungenen Broschüre einen Überblick über die beeindruckende Flora und Fauna unseres Regierungsbezirks zu machen.“

„Unsere bayerische Kulturlandschaft, die über Jahrhunderte hinweg entstanden ist, hat eine artenreiche Tier- und Pflanzenwelt hervorgebracht“, freute sich Landrat Thomas Ebeling. „Diese Artenvielfalt gilt es zu erhalten“, gab er als Ziel aus. „Da viele Arten in ihrem Bestand stark zurückgegangen oder gar bedroht sind, gilt mein Dank allen, die für unsere Natur Sorge tragen und in den letzten Jahren auch zahlreiche bedeutsame Artenschutzprojekte umgesetzt haben“.

„Natur. Vielfalt. Oberpfalz“ zeigt nicht nur, wie vielfältig und faszinierend die Oberpfälzer Natur- und Kulturlandschaften sind, sondern gibt anhand von Beispielen einen Überblick über die Bandbreite der täglichen hauptamtlichen, aber auch ehrenamtlichen Naturschutzarbeit in der Oberpfalz.

Die Broschüre steht unter www.regierung.oberpfalz.bayern.de/regierungsbezirk/natur_landschaft/index.html zur Verfügung.

Landkreis Wunsiedel ist Radon-Vorsorgegebiet

Radon ist ein im Boden natürlich vorkommendes radioaktives Edelgas, das im Niedrigdosisbereich therapeutisch von jeher Anwendung findet und dessen heilende Wirkung bereits seit Jahrhunderten bekannt ist. Allerdings kann ein zu intensiver und unkontrollierter Einfluss von Radon auch zu Erkrankungen führen. Um dem vorzubeugen, ist der Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge als sogenanntes Radon-Vorsorgegebiet ausgewiesen worden.

Laut Bayerischem Umweltministerium wird das Thema Radon in Bayern durch das LfU behördlich betreut. Auf der Internetseite des LfU steht ein umfassendes Informationsangebot zum Thema Radon bereit. Darüber hinaus startet das LfU im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge begleitend zur Festlegung als Radon-Vorsorgegebiet ein neues Pilotprojekt zu Radonmessungen am Arbeitsplatz. Ziel ist es, die Datenlage zu verbessern und weitere Informationen zu sammeln. Hierzu können Arbeitgeber die Messergebnisse ihrer Radonmessungen und weitere Daten zu den jeweiligen Gebäuden und Arbeitsplätzen übermitteln. Mit Übermittlung der Daten kann eine Kostenerstattung für die Radonmessungen am Arbeitsplatz beantragt werden.

Von den aus diesen Daten möglichen Schlussfolgerungen sollen in der Folge viele andere Regionen, die vergleichsweise hohe Radonwerte aufweisen, lernen, profitieren und dann auch adäquate Maßnahmen für die dortige Bevölkerung entwickeln können. Hintergrund für die Ausweisung von Radonvorsorgegebieten ist das neue Strahlenschutzgesetz des Bundes, das vorsieht, dass die Länder solche Gebiete ausweisen.

„Ich begrüße das sehr“, betonte Landrat Peter Berek. „Denn durch diesen Schritt werden wir Vorreiter bei diesem viel diskutierten Thema und packen die Chance der Prävention beim Schopf. Denn dass es in vielen Landkreisen in Oberbayern, aber auch in Oberfranken hohe Radonbelastungen gibt, ist seit vielen Jahren bekannt. In den neu eingerichteten Vorsorgegebieten werden nun auch umfangreiche Untersuchungen und Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Davon können wir hier im Landkreis nur profitieren.“ **DK**

Weißenhorn:

Müllheizkraftwerk wird noch sauberer und wirtschaftlicher

Rauchgasreinigung wird optimiert – Amortisation der Investition von 300.000 Euro in vier Jahren erwartet

Die Rauchgasreinigung des Müllheizkraftwerks (MHKW) in Weißenhorn, die bereits jetzt die Grenzwerte deutlich unterschreitet, wird weiter optimiert. Möglich wird dies durch Eindüsung von Natriumbicarbonat (das ist handelsübliches Backpulver) statt wie bisher von Kalkmilch. Der Werkausschuss des Landkreises Neu-Ulm beschloss jetzt einstimmig, eine entsprechende Umrüstung an der Verbrennungsanlage vorzunehmen.

Die Inbetriebnahme des neuen Systems soll im September 2022 sein. Gerechnet wird mit Investitionskosten in Höhe von rund 300.000 Euro (netto). Im laufenden Betrieb erwartet Werkleiter Thomas Moritz eine Kostenersparnis von circa 95.000 Euro (netto) pro Jahr, so dass sich die Investition nach spätestens vier Jahren amortisiert.

Dafür bekommt Weißenhorn neben noch saubererer Abluft auch eine größere Energieeffizienz des MHKW. So können bei gleichem Müllverbrennungsvolumen pro Jahr bis zu zwei Megawatt mehr für die Fernwärmeversorgung in der Fuggerstadt ausgekoppelt werden. Das MHKW kann damit noch wirtschaftlicher als bisher betrieben werden.

Hinzu kommt, dass das Sorptionsmittel SOLVAir zwar deutlich teurer in der Beschaffung ist als Kalkmilch; dies wird jedoch durch den geringeren Verbrauch im Einsatz und die geringeren Betriebskosten aufgewogen. Nicht zuletzt lässt sich die neue Sorptionstechnik leichter handhaben.

Langjährig erprobtes Einsatzmittel

In Anbetracht all dessen zeigten sich die Kreisrätinnen und Kreisräte im Werkausschuss von der Neuerung geradezu begeistert. Zumal auch das technische Betriebsrisiko überschaubar gering ist, denn „SOLVAir ist ein langjährig erprobtes Einsatzmittel in der Rauchgasreinigung verschiedener thermischer Abfallbehandlungsanlagen“, berichtete ABW-Leiter Thomas Moritz im Werkausschuss des Neu-Ulmer Kreistages. ❐



Zu viele Haushalte haben keine Biotonne

Bundesweite Erhebung des NABU zur Umsetzung der Biotonnenpflicht

Bioabfall getrennt zu sammeln leistet einen wichtigen Beitrag zu Natur- und Klimaschutz. Doch trotz gesetzlicher Pflicht hinken zahlreiche Städte und Gemeinden hinterher, wie eine bundesweite Erhebung des NABU ergab. Häufig gibt es die Biotonne nur auf freiwilliger Basis oder sie wird überhaupt nicht angeboten.

Seit 2015 sind Städte und Gemeinden in Deutschland verpflichtet, ihren Bürgern ein System zur Getrenntsammlung von Bioabfällen, also von Küchen- und Gartenabfällen, bereitzustellen. Diese Pflicht ist notwendig, damit das wertvolle Biogut nicht in der Restmülltonne landet, sondern getrennt gesammelt und verwertet wird. Jährlich werden knapp fünf Millionen Tonnen Bioabfälle getrennt gesammelt. Aus NABU-Sicht ist hier noch viel Luft nach oben, das Potenzial wird auf über acht Millionen Tonnen geschätzt. Zu viel wertvolles Biogut landet in der Restmülltonne.

Niedriger Anschlussgrad

Laut Umweltbundesamt liegt der Anteil an Bioabfällen im Restmüll bei knapp 40 Prozent. Diese werden somit im Regelfall direkt verbrannt statt zunächst in eine energetische (Vergärung) und anschließend eine stoffliche Verwertung (Kompostierung) zu gehen. Die Biotonne ist die Grundvoraussetzung dafür, dass große Mengen Biogut getrennt gesammelt werden können. Schätzungen gehen jedoch von einem Anschlussgrad an die Biotonne von nur 55 bis 60 Prozent aus. Das bedeutet, dass knapp die Hälfte der Haushalte keine Biotonne hat, um Küchen- und Gartenabfälle zu entsorgen.

Sechs Jahre nach Einführung der gesetzlichen Pflicht lässt sich festhalten, dass die Getrenntsammlung oftmals gar nicht oder nur unzureichend umgesetzt wird. In 56 von 402 Landkreisen und kreisfreien Städten, also in fast jedem siebten Kreis, wird im Jahr 2020 keine flächendeckende Biotonne angeboten.

Laut Untersuchung gibt es in 15 Kreisen nach wie vor keine Getrenntsammlung der Bioabfälle aus den Haushalten. Weitere 28 Kreise und kreisfreie Städte kommen zwar der gesetzlichen Pflicht nach, bieten jedoch statt einer haushaltsnahen Biotonne nur ein wenig nutzerfreundliches Bringsystem an. Bei diesem müssen die Bürger ihre Bioabfälle zu einer zentralen Sammelstelle transportieren. Es ist naheliegend, dass dadurch deutlich weniger Biogut gesammelt wird als über eine bequeme Biotonne direkt vor dem Haus.

In sieben Kreisen wird zwar eine Biotonne angeboten, jedoch nicht für das gesamte Kreisgebiet, sondern nur in ausgewählten Gemeinden, Modellregionen oder Räumen mit höherer Bevölkerungsdichte. Weitere sechs Kreise haben zumindest zugesichert, eine Getrenntsammlung zeitnah einzuführen. Jedoch ist teilweise noch nicht entschieden, ob diese über eine Biotonne oder nur über ein Bringsystem erfolgen wird.

Unbegründete Vorbehalte

Die Gründe dafür, dass Kommunen ihrer Pflicht zur Getrenntsammlung nicht nachkommen, sind nach Angaben des NABU vielfältig. Die zahlreichen Vorbehalte gegenüber der Biotonne ließen sich allesamt entkräften. Vor diesem Hintergrund stellt die Naturschutzorganisation folgende Forderungen:

- Deutschlandweit flächendeckende Getrenntsammlung von Bioabfall mittels Pflichttonne im „Holsystem". „Bringsysteme" für je nach Jahreszeit anfallenden Grünschnitt sind sinnvolle Ergänzungen, können aber die Biotonne nicht ersetzen.
- Quersubventionierung der Biotonne über die Gebühren der Restmülltonne und Anreizsysteme für getrennte Bioabfallsammlung durch niedrigere Gebühren für kleinere Restmülltonnen.
- Konsequenter Vollzug der Getrenntsammelpflicht und ambitionierte Abfallwirtschaftsplanung durch die Bundesländer.
- Steigerung der Sammelmengen (unter Berücksichtigung des Primats der Abfallvermeidung, also der Vermeidung von Lebensmittelabfällen).
- Verbesserung und Vereinfachung der Abfallberatung, so dass alle Küchenabfälle künftig in der Biotonne und nicht im Restmüll landen.
- Eigenkompostierung als einziger zulässiger Grund für keine oder nur eine sehr kleine Biotonne – ein gesundes Verhältnis von Kompostmenge und Gartenfläche vorausgesetzt. Ein gewisser Anteil an Haushalten mit Eigenkompostierung darf jedoch keine Ausrede für Kommunen sein, der Getrenntsammelpflicht von Bioabfällen nicht nachzukommen.

Stellungnahme des VBS

Nach Auffassung des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) zeigt die bundesweite Erhebung des NABU einmal mehr bestehende Defizite bei der Erfassung von Bioabfällen auf. Somit sei ein konsequenter Vollzug des Kreislaufwirtschaftsgesetzes notwendig. Der VBS kritisiert, dass die Verpflichtung, Bioabfälle getrennt zu erfassen, in manchen bayerischen Kommunen nicht konsequent umgesetzt bzw. gezielt umgangen wird. Häufig werde in diesen Landkreisen verlangt, dass die Bürger ihren Bioabfall zu zentralen Sammelpunkten bringen. Andere Städte und Kreise böten nur eine freiwillige Biotonne an, die von den Bürgern extra bestellt werden muss.

Die Staatsregierung sollte laut VBS einen einheitlichen Vollzug sicherstellen und Schlupflöcher verhindern, mit denen Kommunen geltendes Bundesrecht umgehen können, denn: „Bioabfälle getrennt zu sammeln ist echter Ressourcen- und Klimaschutz, denn aus einer Tonne Bioabfall lassen sich 350 bis 450 Kilogramm Kompost gewinnen, der Kunstdünger ersetzen kann. Zudem können durchschnittlich 110 Kubikmeter Biogas aus einer Tonne Bioabfall gewonnen werden, dies ersetzt 66 Liter Heizöl", so VBS-Präsident Otto Heinz. **DK**

Über 1,2 Mio. Euro gegen den Verlust von Lebensmitteln

„Wertvolle Lebensmittel gehören auf den Tisch und nicht in die Tonne! Wissenschaft und Wirtschaft entwickeln im Forschungsverbund SHIELD Hand in Hand ein Prüfsystem, um Lebensmittel zu retten – ein Musterbeispiel für die Verbindung von Theorie und Praxis! Es freut mich, dass wir dieses wichtige Projekt mit über 1,2 Millionen Euro unterstützen können", betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich des Beschlusses des Stiftungsrats der Bayerischen Forschungsstiftung.

Mit den Ergebnissen des Forschungsverbunds „SHIELD – Sichere heimische (Bio)Lebensmittel durch sensorische Detektionsverfahren" sollen künftig unnötige Lebensmittelverluste reduziert werden. Im Herstellungsprozess werden beschädigte oder für den Verzehr nicht mehr geeignete Rohstoffe aussortiert. Aktuell basiert die Qualitätskontrolle hierfür auf Stichproben, die zeit- und kostenintensiv im Labor analysiert werden. Kommt es dabei zu Auffälligkeiten, kann die gesamte Charge nicht mehr verwendet werden.

Bessere Vorhersagen über Qualität und Haltbarkeit

Durch eine schnelle und effiziente Untersuchung direkt entlang der Produktionskette soll zielgenauer eingegriffen werden. Dank optischer Verfahren und Gassensorik können bessere Vorhersagen über Qualität und Haltbarkeit gemacht werden. Kürzere Lagerzeiten sorgen zudem für frischere Lebensmittel und nochmals weniger Verluste.

Bayernweites Netzwerk

Der Forschungsverbund unter der Führung des Fraunhofer-Instituts für Verfahrenstechnik und Verpackung IVV in Freising wird von einem bayernweiten Netzwerk getragen: mit dabei sind die TU München, die TH Nürnberg und die FAU Erlangen-Nürnberg. Dazu kommen Partner aus der Wirtschaft, unter anderem das Hipp-Werk in Pfaffenhofen/Ilm, die Firma Lebkuchen-Schmidt in Nürnberg, die Burgis GmbH aus Neumarkt i.d.Opf. und das Kloster Plankstetten aus Berching. ❐

Erfolgreiches Verpackungsrecycling

Kooperationsveranstaltung von DGAW und RECYCLING magazin!

In einem kompakten Format diskutierten über 160 Teilnehmer mit vier Experten, die das Thema Verpackungsrecycling entlang der Wertschöpfungskette abbildeten: Vom Verpackungshersteller über die Analyse der Verpackungen bis zur Sortierung und innovativen, digitalen Informationssystemen zur Optimierung der Sortierung.

Zunächst stellte Stefan Dierks, Director Sustainability Strategy, Melitta Group Management GmbH & Co. KG die Situation aus Sicht eines Verpackungsherstellers und Inverkehrbringers dar. Melitta hat sich zum Ziel gesetzt, das „New Plastic Economy Global Comittment" der Ellen McArthurs Foundation zu unterzeichnen und setzt bereits heute verschiedene Rezyklate in den Produkten ein. In der Diskussion erklärte Dierks, dass auch chemisch recycelte Polymere für Food-Folien bereits in einem Projekt mit Sabic zum Einsatz kamen.

Sonja Bähr, Packaging Analyst bei der Tilisco GmbH, stellte zunächst die vielen „Einflussfaktoren" auf eine Verpackung dar: Vom Produkt, über den Packstoff und das Packmittel, das Marketing, die gesetzlichen Vorgaben, die maschinellen Anforderungen im Verpackungsprozess, die leichte Transportierbarkeit und neuerdings auch noch die Recyclefähigkeit und die Nachhaltigkeits-Forderungen der Konsumenten. Bähr zeigte diverse gute und weniger gelungene Verpackungsbeispiele.

Was ist eine nachhaltige Verpackung?

Aber was ist eine nachhaltige Verpackung? Zwischen Convienience, Branding und Sustainability hat es der Konsument schwer, die richtige Entscheidung zu treffen, vor allem wenn die Werbung viel Nachhaltigkeit verspricht, die nicht immer haltbar ist.

Was wirklich zu recyclen ist und was vor allem vorher auch sortierbar ist, stellte Stefan Böhme, Geschäftsführer der Böhme GmbH Wertstofferfassung, eindrücklich in seinem Vortrag dar. Er betreibt eine moderne Sortieranlage und kann dort sehr gut die gängigen Polymere PE, PP, PS, PET Flaschen sowie Weißblech, Alu und Getränkekartons sortieren. Schwieriger wird es bei den sog. „Biokunststoffen", PET-Schalen, vollflächig papierbeklebte Becher, Steingut, Netze, Multilayerfolien, technische Kunststoffe (meist Duroplaste) und natürlich die Fehlwürfe. Von denen gibt es leider immer mehr. Diese und die nicht sortierfähigen Verpackungen landen dann als Sortierreste in der thermischen Verwertung; häufig als Ersatzbrennstoffe in der Zementindustrie.

Die aussortierten Polymere fallen meist nicht alle in Monofraktionen, sondern auch in Mischfraktionen an, z.B. gemischte Polyolefine. Die daraus mechanisch recycelten Polymere können jedoch meist nur noch zur Herstellung von Rohren, etc. genutzt werden. Verpackungen werden nicht wieder daraus.

Projekt R-Cycle

Wäre also eine präzisiere Sortierung die Lösung? Dr. Benedikt Brenken, Reifenhäuser GmbH & Co. KG Maschinenfabrik, hat dazu mit seinem Team das Projekt R-Cycle aufgelegt. Durch das digitale Speichern der Inhaltsstoffe der Verpackungen, können die Polymersorten noch besser unterschieden werden und so reinere Rezyklate entstehen. Das konnte in verschiedenen Pilotprojekten belegt werden. Die Datenübermittlung erfolgt über den EPCIS Standard der GS1. Doch eine Multilayerfolie wird man auch damit nicht trennen können.

Die richtige Trennung Zuhause ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für eine bessere Sortierbarkeit und dann auch Rezyklierbarkeit. Wenn der Verbraucher den Aludeckel nicht vom Joghurtbecher abreißt, kann das die Sortieranlage auch nicht leisten.

In der anschließenden Diskussion im Chat und mit den Referenten wurde immer wieder klar, wie wichtig Aufklärung und die Gespräche entlang der Wertschöpfungskette sind. Auch das Thema chemisches Recycling wurde mehrfach angesprochen. Wir bleiben dran und werden die Veranstaltung sicher wiederholen. ❐

LfU-Hausmüllbilanz für Bayern

Einen detaillierten Überblick über die im Jahr 2019 in Bayern durchgeführten Maßnahmen zur Vermeidung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen aus Haushalten gibt die aktuelle Broschüre „Hausmüll in Bayern – Bilanzen 2019", herausgegeben vom Bayerischen Landesamt für Umwelt.

Laut LfU-Präsident Claus Kumutat stieg das Gesamtabfallaufkommen gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 0,6 % auf 488,8 kg pro Einwohner an. Diese Menge beinhaltet auch Wertstoffe, die gezielt sortenrein – zum Beispiel getrennt vom Hausmüll - erfasst werden.

Die Erfassung von Wertstoffen liegt in Bayern qualitativ auf hohem Niveau und konnte 2019 um gut 1 % gesteigert werden. Das entspricht einer einwohnerspezifischen Menge von 330 kg.

Die Hauptwertstoff-Fraktionen sind Behälterglas, Altpapier (Papier, Pappe und Kartonagen), Metalle, Leichtverpackungen, Altholz und Bioabfall (Grüngut und Abfälle aus der Biotonne). Zusammen machen sie einen Anteil von 92,5 % aus. Zuletzt gab es einen Anstieg der an eine Biotonne angeschlossenen Einwohner um 5 Prozent auf 85 %. Trotzdem wurde bei der Pro-Kopf-Sammlung eine Abnahme von 57,1 auf 56,5 Kilogramm Bioabfall verzeichnet. Damit liegt Bayern unter dem Bundesdurchschnitt von 60 kg je Einwohner und Jahr.

Das verbleibende Restabfallaufkommen aus Haushalten ist um 0,5 % leicht gesunken und liegt aktuell bei 158,9 kg pro Einwohner. Als Restabfall fielen 2019 insgesamt 2.386.559 t oder 182,2 kg/EW an. Dies entspricht nach 180,9 kg/EW im Jahr 2018 einem Anstieg um 0,7 %. Das Hausmüllaufkommen lag bei 142,7 kg/EW (Vorjahr: 143,7 kg/EW). Im Bilanzjahr fielen außerdem 17,6 kg/EW Sperrmüll (Vorjahr 17,5 kg/EW) und 21,9 kg/EW gewerbliche Siedlungsabfälle (2018: 19,7 kg/EW) an.

Die schadstoffhaltigen Abfälle (Problemabfall), die den entsorgungspflichtigen Körperschaften überlassen wurden, nahmen von 6.685 t im Vorjahr auf 7.206 t im Jahr 2019 zu. Rund 52,2 % oder 3.761 t dieser Problemabfälle konnten verwertet werden.

In 95 von 96 Körperschaften standen den Bürgerinnen und Bürgern im Jahr 2019 insgesamt 1.578 Wertstoffhöfe zur Verfügung (2018: 1.583).

Im Bilanzjahr wurden 234 Kompostieranlagen (Vorjahr: 229) und 6 Vergärungsanlagen (Vorjahr: 7) in Bayern sowie 2 Anlagen außerhalb Bayerns zur Verarbeitung von insgesamt 955.100 t Grüngut (etwa 929.800 t im Vorjahr) genutzt.

Bei 50 bayerischen Bioabfall-Kompostieranlagen (48 im Vorjahr) und 22 Vergärungsanlagen (22 im Vorjahr) sowie 6 Anlagen außerhalb Bayerns wurden insgesamt rund 1.000.800 t Bioabfallgemische mit Abfällen aus der Biotonne angeliefert (1.015.300 t im Vorjahr).

Nach Angaben von 78 % der Körperschaften förderten 75 Städte und Landkreise die Eigenkompostierung. Um den kommunal erfassten Anteil an organischem Abfall zu verringern, wurden Zuschüsse zu Kompostern oder Häckslern, Kompostierkurse, reduzierte Abfallgebühren oder die Wahl eines kleineren Restabfallbehälters angeboten.

Die Verwertungsquote aus Haushaltsabfällen stieg von 66,9 % im Jahr 2018 auf 67,3 % im Bilanzjahr. Seit 2017 werden die Elektro- und Elektronik-Altgeräte in der Berechnung berücksichtigt. Von den 2,39 Mio. t Restabfall, die im Bilanzjahr im Freistaat angefallen sind, wurden 98,7 % thermisch behandelt. 33.600 t wurden einer mechanisch-biologischen Vorbehandlung unterzogen. Für die thermische Behandlung standen 2018 14 Anlagen zur Verfügung. Die Gesamtkapazität dieser Anlagen belief sich auf etwa 3,22 Mio. t.

Ende 2019 wurden im Freistaat 34 Deponien der Klasse 1 und II zur Ablagerung von Abfällen betrieben. An neun Standorten wurden im Bilanzjahr keine Abfälle abgelagert, dort stehen jedoch weiterhin Kapazitäten zur Verfügung. Insgesamt wurden im Bilanzjahr 367.804 t (Vorjahr: 433.193 t) abgelagert.

Der Anteil der abgelagerten Menge an Aschen und mechanisch-biologisch vorbehandelten Abfällen belief sich auf 104.683 t. Weitere 315.307 t Abfälle wurden im Rahmen von Verwertungsmaßnahmen auf Deponien in Bayern eingesetzt. Zum 31.12.2019 war ein ausgebautes Restvolumen der Deponieklassen I und II von 7,07 Mio. m³ verfügbar. **DK**

Gelber Sack:

Landkreis Regensburg gibt Gutachten in Auftrag

Ein Gutachten zum gelben Sack bzw. zur gelben Tonne gibt der Landkreis Regensburg in Auftrag. Neben einer Analyse der derzeitigen Entsorgungsstruktur bei Leichtverpackungen soll so auch eine Handlungsempfehlung dazu erarbeitet werden, welche Gründe für oder gegen eine Änderung des Sammelsystems bei dieser Abfallart sprechen.

Mit dem Gutachten wird den Landkreisgremien eine Entscheidungsgrundlage gegeben, ob die Einführung eines gelben Sacks bzw. einer gelben Tonne im Landkreis sinnvoll ist, oder welche Optimierungsmöglichkeiten sich im bestehenden System ergeben können.

Der Kreisausschuss unter dem Vorsitz von Landrätin Tanja Schweiger stimmte in seiner Sitzung der Gutachtensbeauftragung einstimmig zu. Das Ergebnis des Gutachtens, das für Herbst 2021 erwartet wird, soll dann im Umweltausschuss vorgestellt und beraten werden.

Die Sammlung und Verwertung sogenannter Leichtverpackungen ist nicht Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, sondern der Vertreiber und Hersteller dieser Verpackungen. Diese Verpflichtung kann auf duale Systembetreiber übertragen werden, die wiederum Entsorgungsdienstleister mit der Sammlung, Containeraufstellung und Verwertung der Verpackungen beauftragen können. Der Landkreis hat hier nur in zwei Punkten ein Mitspracherecht. Zum einen ist die Art des Sammelsystems (Hol- oder Bringsystem) mit ihm abzustimmen. Zum anderen kann er den dualen Systembetreibern die Mitbenutzung der Wertstoffhöfe erlauben oder nicht. Für diese Mitbenutzung bekommt er ein Mitbenutzungsentgelt.

Über die Art des Sammelsystems für die Verpackungen (Hol- oder Bringsystem) ist zwischen dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger und den dualen Systembetreibern ein Vertrag zu schließen. Der aktuelle Vertrag läuft noch bis 31.12.2023. Eine Änderung des Sammelsystems wäre damit frühestens ab 01.01.2024 möglich. ❐

Wackersdorfer Westfeld:

Pflanzungen von rund 6.000 Laubbäumen und Sträuchern

Nadelwald-Monokulturen werden zu klimarobustem Mischwald.
Uniper investiert in drei Jahren 300.000 Euro in das Waldumbauprojekt.

Uniper hat mit dem für 2021 geplanten Teil 2 den auf drei Jahre angelegten Umbau der Nadelwald-Monokulturen südwestlich des Rekultivierungsgeländes Wackersdorf-Westfeld fortgesetzt. Wie im vergangenen Jahr begonnen, soll auf weiteren 10.000 Quadratmetern ein ökologisch wertvoller, dem Klimawandel trotzender Mischwald entstehen. Rechtzeitig zum Frühlingserwachen konnten die diesjährigen Pflanzungen von rund 6.000 Bäumen und Sträuchern erfolgreich abgeschlossen werden.

Die notwendigen Entnahmen der Kiefern erfolgten in der zweiten, frostigen, vegetationsarmen Januarwoche. Insgesamt wurden gut 110 Festmeter Holz ausgelichtet, gehäckselt und nur teilweise abtransportiert, denn das vor Ort belassene Häckselgut dient der Verbesserung der Nährstoffe im Boden. Aus dem dünnerem Astmaterial sind Totholzinseln aufgeschichtet worden. Mit einem Teil des bei der Auslichtung angefallenen Astmaterials werden die in den rekultivierten Bereichen des Westfelds bereits vorhanden Totholzhaufen ergänzt, da diese im Laufe der Jahre verrotten. Auch wird ein Teil des Schnittguts noch für weitere Totholzhaufen im Rahmen der anstehenden Rekultivierung des Westfelddamms Verwendung finden. Geeignete Baumstämme gehen an die holzverarbeitende Industrie.

Ebenso wie Totholzhaufen und Wurzelstockinseln wurden auch bei der diesjährigen Umbauaktion sogenannte Torsobäume als geschützte Lebensräume für diverse Insekten, Amphibien, Kleinsttiere und bestimmte Vogelarten eingerichtet. Zur Schaffung der „Neubauwohnungen" wurden 22 Bäume auf vier bis sechs Meter gekappt.

Anders als im vergangenen Jahr wurden dieses Jahr nur Kiefern aus der Monokultur entnommen, um Platz für die Laubbaumpflanzungen zu schaffen. Die Pflanzungen mit Bäumen erster Ordnung (rd. 5.200 Rotbuchen, Stieleichen, Winterlinden und Hainbuchen) mit Wuchshöhen über 20 Meter fanden ab der zweiten Märzwoche statt. Sie wurden in den bestehenden Kiefernbestand als Unterpflanzungen integriert. Zusätzlich entstanden entlang des Waldrandes Gruppen aus insgesamt 100 Weißdornsträuchern, gewöhnlichem Schneeball, Heckenrosen und Pfaffenhütchen; daran schließen drei Reihen mit insgesamt 100 nicht sehr hoch wachsenden Bäumen (sogenannter zweiter Ordnung mit Wuchshöhen zwischen 10 und 20 Meter) der Sorten Vogelkirsche, Purpurweide, Wildapfel und Wildbirne.

Mischwaldlebensraum für Insekten, Vögel und Pflanzen

Gegen Wildverbiss werden die Neupflanzungen, bis zu einer Aufwuchshöhe von rund 1,30 Meter, mit einem rund 600 Meter langen Wildschutzzaun geschützt, der in der ersten Märzwoche gezogen wurde. Ab der zweiten Märzwoche die eigentlichen Pflanzarbeiten. Die Setzlinge wurden bodenschonend von einer Forst- und Landschaftspflegefirma aus der Region gepflanzt. Um das Wurzelwerk der jungen Bäume tiefer in die Erde einbringen zu können, kam bei den Pflanzungen auch ein Erdbohrgerät zum Einsatz. Die Arbeiten erfolgen wieder in enger Zusammenarbeit mit Fachleuten der Forstwirtschaft. Ziel ist die Schaffung eines artenreichen, ökologisch wertvollen Mischwaldlebensraums für Insekten, vor allem Bienen und Schmetterlinge sowie Vögel und Pflanzen.

Über 300.000 Euro investiert Uniper in das auf drei Jahre angelegte Waldumbauprogramm zwischen dem Rekultivierungsgelände Westfeld und der A 93. Das Projekt unterstützt das Waldumbauprogramm der Bayerischen Staatsregierung zur Schaffung gesunder, standorttypischer und klimawandelresistenter Laub- und Mischwaldflächen und ist detailliert mit dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten abgesprochen.

Uniper hatte zugesichert, im Rahmen der Rekultivierung des Westfeldes und der damit verbundenen ökologischen Verbesserungsmaßnahmen die Nadelwaldmonokulturen auf der Flur des Steinberger Ortsteils Oder umzubauen und ökologisch aufzuwerten.

Ein erster Waldumbautest erfolgte mit sichtbarem Erfolg vor etwa acht Jahren nordwestlich eines zweiten Feuchtbiotops, das auch als Regenrückhaltebecken fungiert. Auch wurde 2012 bereits die Wiedervernässung und Erweiterung von rund 10.000 Quadratmeter Moorwaldflächen rund um eine angrenzende Naturschutz-Ausgleichfläche, das so genannte BBI-Becken, und entlang dessen Wasserzulaufs erfolgreich abgeschlossen. Ein dritter Waldbereich bildet im Jahr 2022 den Abschluss der ökologischen Umbaumaßnahmen. ❐

Forschungsprojekt:

Vorhersage und Bewältigung von Dürreperioden

Wiederkehrende Hitze- und Trockenperioden, die insbesondere den Norden Bayerns und somit auch Mittelfranken und den Landkreis Fürth hart treffen, machen Mensch und Natur stark zu schaffen. Wie können also Dürreperioden vorhergesagt und bewältigt werden? Dies soll ein Projekt herausfinden, welches der Stimmkreisabgeordnete Hans Herold und sein Landtagskollege Walter Nussel (beide CSU) erfolgreich beantragt haben.

Ziel des Projektes ist es, ein Vorhersage- und Managementsystem aufzubauen, welches in Kooperation mit Behörden und Ämtern langfristig Franken und Nordbayern als eine besonders betroffene Region bei der Bewältigung von Dürreperioden unterstützt. Für das Projekt sollen 230.000 Euro zur Verfügung gestellt werden.

In einer gemeinsamen Projektskizze der TU München und der Universität Augsburg, die dieses Projekt im Stimmkreis Neustadt a.d. Aisch–Bad Windsheim / Fürth–Land durchführen, werden als Teilziele des Forschungsvorhabens definiert:

- Entwicklung, Anwendung und Analyse subsaisonaler und saisonaler hydrometeorologischer Dürre-Vorhersagen zum Niedrigwassermanagement in Franken.
- Entwicklung eines Bewirtschaftungsmodells für ein Dürremanagement zur Ertrags- und Bestandssicherung unter Berücksichtigung von Vorhersage, Wasserbedarf und Wasserverfügbarkeit als Anpassungsstrategie an den Klimawandel.

Klingt komplizierter als es ist: Der Fokus liegt auf dem grundsätzlichen Ansatz, kurzzeitigen Wasserüberschuss zu managen, um Land- und Forstwirtschaftserträge optimieren zu können. Zudem geht es darum, wie der Bodenwasservorrat in und unterhalb der Wurzelzone rechtzeitig gezielt aufgefüllt werden kann, ohne dass es infolge eines Starkregenereignisses zu unerwünschten Hochwasserabflüssen kommt. Grundlage für die Erarbeitung eines solchen Systems ist die Sammlung entsprechender Messdaten und die Installation eines Bodenfeuchte- und Grundwassernetzwerks, welches in Herolds Stimmkreis erfolgen soll.

Trockenperioden sind enorme Herausforderungen

„Für Waldbesitzer und Landwirte in Franken, in Nordbayern und gerade auch im Stimmkreis Neustadt a.d. Aisch–Bad Windsheim / Fürth–Land sind die wiederkehrenden Trockenperioden eine enorme Herausforderung und ein Hauptgrund dafür, dass Walter Nussel und ich uns für dieses Projekt eingesetzt haben", so Hans Herold. Walter Nussel ist Land- und Forstwirt und erster Vorsitzender der Forstwirtschaftlichen Vereinigung Mittelfranken und kennt die Probleme der Waldbesitzer und Landwirte daher auch aus erster Hand.

Darüber hinaus steht der Abgeordnete Hans Herold auch mit Waldbauern aus dem Landkreis Fürth in Kontakt und kennt die Probleme, die sich diesen aufgrund der Trockenheit auftun. Bereits im August 2019 lud Hans Herold die Bayerische Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber zu einem Gespräch in den Stimmkreis ein, um auf die Auswirkungen der Trockenheit auf die hiesigen Wälder aufmerksam zu machen. **pmw**



Der Stimmkreisabgeordnete Hans Herold im Gespräch mit Staatsministerin Michaela Kaniber, dem Landtagskollegen Walter Nussel (stehend) und MdL Martin Schöffel (rechts, agrarpolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion). Bild: Archivbild 2019, Büro Herold

Naturgartenzertifizierung 2020:

Drei Gärten ausgezeichnet

Im Landkreis Pfaffenhofen fanden die ersten Verleihungen der Naturgarten-Plaketten anlässlich der Zertifizierung Ausgezeichneter Naturgarten statt. Mit dabei waren neben stellvertretender Landrätin Kerstin Schnapp auch Wolfram Vaitl, Präsident des bayerischen Landesverbandes für Gartenbau und Landespflege e.V sowie Andreas Kastner, Kreisfachberater für Gartenkultur und Landespflege am Landratsamt Pfaffenhofen.

„Die Zertifizierung soll die Biodiversität und somit den Erhalt der heimischen Tierwelt in den bayerischen Gärten fördern. Ein Naturgarten erhöht die lebendige Vielfalt von Lebensräumen. Die ausgezeichneten Gärten zeigen eine bunte Mischung vom Bauerngarten bis zur Blumenwiese und vom Trockenbiotop bis zum Gartenteich", so Kerstin Schnapp. Ein positiver Nebeneffekt sei die Durchgrünung der Ortschaften und Städte, denn dadurch werde die allgemeine Lebensqualität erhöht. Kreisfachberater Andreas Kastner: „Es werden die Aspekte des Gartenbaues sowie des Naturschutzes verbunden. Auch der/die „kleine" Gartenbesitzer/in kann damit am Thema Natur- und Artenschutz unter dem großen Begriff Biodiversität teilhaben."

Ilmmünster, Puch und Pfaffenhofen

Im Landkreis Pfaffenhofen wurden jetzt drei Gärten zertifiziert. Beim „Obstgarten" der Familie Karl aus Ilmmünster handelt es sich um eine naturnahe Obstwiese mit etwa 80 Obstsorten, vielen Wildblumen, einem Gemüsegarten, sehr vielen Nützlingsunterkünften, einem kleinen Teich und mehreren wilden Ecken. Die Verwertung der erzeugten Lebensmittel und des Obstes spielt eine zentrale Rolle. Andreas Kastner: „Die Delegation war begeistert von dem geschaffenen Garten und der Vielfalt."

Der Garten von David Seifert in Puch entstand aus einer besonderen Philosophie: Es ist ein Drei-Zonen-Garten Hortus Statera nach Markus Gastl mit integrierten Permakulturelementen. Darunter ist ein gegliederter Garten zu verstehen, bei dem eine Pufferzone die schädlichen Einflüsse von außen weitgehend abhalten soll. Oft finden sich Heckenpflanzungen am Rand und in der Hot-Spot-Zone magere Böden als Lebensraum für heimische Blumen und Kräuter. Insekten und andere Tiere haben damit einen besonderen Lebensraum. In der Ertragszone wird Gemüse angebaut und das anfallende organische Material in Form einer Kreislaufwirtschaft wiederverwertet.

Im Garten der Landwirtschaftsschule in Pfaffenhofen wird den angehenden Dorfhelferinnen Gartenwissen rund um das naturnahe Gärtnern vermittelt. Dieses Wissen wird in die Betriebe getragen. Damit können bestehende Gärten fachgerecht und ökologisch bewirtschaftet werden. Auch in diesem Garten sind neben einer Blumenwiese, Obstbäume und einem großen Gemüsegarten sehr viele Elemente vorhanden und bieten im Unterricht Möglichkeiten, sich mit der Natur auseinanderzusetzen. Heimische Materialien finden z.B. im neuen Hochbeet Verwendung. Hier wird gezeigt, dass auch kleine Flächen Ertrag bringen können und keine exotischen Materialien notwendig sind. Es wurde heimische Lärche für das Hochbeet verwendet. Der Garten wird von Fachlehrerin Stefanie Rieblinger betreut und stetig weiterentwickelt.

Die Zertifizierung ist eine Aktion der Landesvereinigung Bayern e.V. unter der Dachmarke Bayern Blüht und wird vom Bayerischen Landesverband für Gartenbau und Landespflege e.V. durchgeführt. ❐



Verleihung Karl: v.l: Wolfram Vaitl, Gartenbesitzer Franz und Waltraud Karl, stv. Landrätin Kerstin Schnapp, Gertraud und Josef Brand, Vorsitzender des Obst- und Gartenbauvereins Ilmmünster (Beisitzer) sowie Andreas Kastner. Bild: LRA Pfaffenhofen/Ilm



BayWa

Leistungsstark
zu jeder Jahreszeit.

Kommunal- und Gewerbetechnik auf grünen, grauen und weißen Flächen.

Bei Ihrer täglichen Arbeit im Frühling, Sommer, Herbst oder Winter unterstützen wir Sie durch individuelle Beratung, Vertrieb und nachgelagerten Service von:

- Traktoren
- Kommunalfahrzeugen
- Lastkraftwägen
- Transportern
- Anbaugeräten
- Anhängern

Fischer EcoCut-System

Mit der Kombination aus Mähgerät mit Luftblassystem erreicht das EcoCut-System eine Insektenschutzrate von 92 % im Bienenwabentest. Dabei ergeben sich keinerlei Einschränkungen in der Handhabbarkeit.

- Aufscheuchen und schonendes seitliches Abblasen von Insekten
- Mähhöhe bis 14 cm einstellbar zur Schonung bodennaher Insekten und Kleinstlebewesen
- Serienmäßig mit Bio-Hydrauliköl

BayWa AG Technik
Arabellastraße 4
81925 München
Fragen Sie nach Ihrem persönlichen Ansprechpartner unter 0800 99 99 150.
baywa.de/kommunaltechnik

53. Veitshöchheimer Landespflegetage virtuell:

Klimaanpassung und Pflanzenverwendung

Unter dem Motto „Von der Bühne auf den Bildschirm – Landespflegetage einmal anders!“ fanden die 53. Landespflegetage in Veitshöchheim als Online-Tagung statt. Fachleute standen live vor Kamera und Mikrofon und beantworteten die Fragen der gut 650 Gäste aus dem Chat. Themenschwerpunkt am ersten Tag waren hochaktuelle Anpassungen in Planung und Baubetrieb aufgrund des Klimawandels. Tags darauf drehte sich alles um die Pflanzenverwendung in Stadt und Land. Die Organisation der Tagung hatte das Institut für Stadtgrün und Landschaftsbau der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG) übernommen.

Nach Hitze- und Trockenjahren, bedingt durch den Klimawandel, richtet sich der Fokus auf die Ressource Wasser. Die Versorgung der Bevölkerung hat höchste Priorität vor Industrie, Landwirtschaft und Gartenbau. Über erste Ergebnisse der Befragung bayerischer Städte und Gemeinden zur Bewässerung öffentlicher Grünflächen berichtete Nikolai Kendzia, LWG Veitshöchheim.

Straßenbäume wachsen an lebensfeindlichen Standorten. Thermische Stammschäden, Hitzerekorde sowie Krankheiten und Schädlinge werden zur Herausforderung. Nur wenige Baumarten tolerieren diesen Stresscocktail. Dr. Susanne Böll, LWG Veitshöchheim, stellte klar, wie hoch die Hitzebelastung in Krone, Stamm und Baumscheibe tatsächlich ist und inwieweit es den hitzebeständigeren kontinentalen Arten gelingt, Temperatureinflüsse stärker zu regulieren als heimische Baumarten.

Die Strahlungsintensität und auch die Betroffenheit mit weißem Hautkrebs nimmt zu. Erhöhte Sonnen-, UV- und Hitzebelastung erfordern unterschiedliche Maßnahmen, sowohl im Betrieb als auch auf der Baustelle. Gerhard Zäh (VGL Bayern), Carola Amling (SVLFG) und Mathias Nix (Grünflächenamt Stadt Frankfurt am Main) diskutierten, wie durch gute Zusammenarbeit der Schutz der Mitarbeiter gelingen kann.

Veitshöchheimer Leitbild

Alle wollen das Gleiche, doch welcher Weg führt zum Ziel? Grünflächen sollen ökologisch wie auch wirtschaftlich bei Anlage und Unterhalt sowie dauerhaft nutzbar, ggf. ertragreich und optisch ansprechend sein. Das Veitshöchheimer Leitbild zur Pflanzenverwendung in Siedlungen und auf landwirtschaftlich bzw. gärtnerisch genutzten Flächen setzt auf Integration statt Konfrontation. Die Anforderungen des Naturschutzes an die Pflanzenauswahl hinterfragte Theresa Edelmann, LWG Veitshöchheim.

Viele der bislang gern verwendeten Pflanzen wie Hortensien oder Rhododendren leiden unter extremer wochenlanger Hitze und Trockenheit. Angelika Eppel-Hotz und Andreas Adelsberger, beide LWG Veitshöchheim, tauschten sich aus über die Überlebenskünstler unter den Gehölzen und Stauden, die die Sonne lieben und die Hitze tolerieren. Arten von Trockenstandorten verschiedener Regionen liefern ein umfangreiches Sortiment für öffentliches und privates Grün.

Neue Herausforderungen

Funktionieren schön anzusehende Staudenpflanzungen auf großen Flächen? Pflegepersonal- und Wetterwechsel sorgen regelmäßig für neue Herausforderungen, selbst wenn der Unterhaltsetat gesichert ist. DI Stefan Schmidt, Landschaftsarchitekt in Wien und Dr. Philipp Schönfeld, LWG Veitshöchheim, nahmen die virtuellen Gäste schließlich mit auf Erkundungstour zur Planung, Pflanzung und Pflege von 110.000 Stauden und sieben Jahren Pflegeerfahrungen seit den Pflanzarbeiten 2013. **DK**



Bürgermeister Hans Laumer (m.), Bauhofchef Heinrich Baumgartner (r.) und Stephan Attenberger (l.) vor der neuen Kehrmaschine.
Bild: 10545/Stelzl

Neue Kehrmaschine für Zandter Bauhof

Die Gemeinde Zandt hat bereits im Herbst eine neue Kehrmaschine angeschafft, da die seit vielen Jahren im Einsatz stehende, mittlerweile 35 Jahre alte Maschine nun wieder einen neuen Besen gebraucht hätte und dies als nicht mehr wirtschaftlich erschien.

Nachdem mehrere Angebote eingeholt wurden und auch verschiedene Fabrikate besichtigt wurden, entschied sich der Gemeinderat bereits im Herbst für eine Kehrmaschine der Marke Dücker – auch vor dem Hintergrund, dass im Zandter Bauhof zum größten Teil Maschinen dieses Herstellers im Einsatz sind und man sehr gute Erfahrungen damit gemacht hat. „Außerdem“, so Bauhofleiter Heinrich Baumgartner „besteht sehr guter Kontakt zur zuständigen Werksvertretung und speziell auch zur Fa. Beutlhauser, die das Gerät geliefert hat.“

Am Zandter Bauhof haben sich neben Bauhofleiter Heinrich Baumgartner und Bürgermeister Hans Laumer auch der Verkaufsberater der Fa. Beutlhauser Kommunal und Fördertechnik aus Hagelstadt eingefunden um das Gerät offiziell in Dienst zu stellen.

Das Gerät ist an einen Unimog an der Front angebaut, die Arbeitsbreite beträgt 2,65 m, die Schrägstellung erfolgt hydraulisch. Es hat eine Schmutzauffangwanne die ebenfalls hydraulisch entleert werden kann. Um sicher im Verkehr unterwegs sein zu können, ist die Maschine mit einer Beleuchtungseinrichtung ausgestattet.

Bürgermeister Hans Laumer zeigte sich erfreut über das neue Anbaugerät und ist überzeugt, dass diese Maschine dem Bauhof und damit der gesamten Gemeinde wertvolle Dienste leisten wird.

Bewährungsprobe bestanden

Dem Bauhofleiter nach bestand die neue Kehrmaschine bereits ihre Bewährungsprobe, da sie bei einem mehreren Kilometer langen Ölspureinsatz der Zandter Feuerwehr und des Zandter Bauhofs zum Einsatz kam und dort viel Handarbeit ersparte. Der Verkaufsberater der Fa. Beutlhauser, Stephan Attenberger, bedankte sich für den Auftrag und wünschte der Gemeinde viele Jahre problemlose Einsätze der Maschine. **rs**

Stadt Burglengenfeld:

Kampf gegen den Eichenprozessionsspinner

Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners mit einem natürlichen Fressfeind: Kohlmeisen sollen die Raupen mit ihren giftigen Brennhaaren fressen. Ähnlich wie die Nachbarstadt Maxhütte-Haidhof will auch die Stadt Burglengenfeld untersuchen, ob sich positive Erfahrungen aus den Niederlanden auf die Oberpfalz übertragen lassen.

Gerhard Greiner und Josef Beer vom Bauhof haben in einem ersten Schritt 13 Nistkästen aus Holz gebaut, die Kohlmeisen und anderen Meisen-Arten zur neuen Heimat werden sollen. Tipps dazu, in welcher Umgebung sich Kohlmeisen wohlfühlen, holte sich das Bauhof-Team vom Baumsachverständigen Diplom-Ingenieur (FH) Markus Auburger.

Franz Süß, Leiter einer Gärtnerkolonne am Bauhof und zertifizierter Baumkontrolleur, hat die Nistkästen bereits an Eichen an öffentlichen Plätzen befestigt, an denen in den vergangenen Jahren der Eichenprozessionsspinner aufgetreten war. Dazu zählen unter anderem der Galgenberg, der Kiebitzweg, die Spielplätze am Volksfestplatz und am Bubacher Weg sowie das Flussbad. An einer Eiche auf dem Gelände des Bauhofs können die Mitarbeiter direkt verfolgen, ob sich Kohlmeisen nach Burglengenfeld locken lassen und Appetit auf die Raupen des Eichenprozessionsspinners haben.

In der niederländischen Kleinstadt Groesbeek hat man Medienberichten zufolge gute Erfahrungen gemacht. „Es funktioniert“, berichtet die Neue Rhein/Neue Ruhr Zeitung. „Wenn wir in Burglengenfeld auch so gute Erfahrungen machen, kann der Bauhof weitere Nistkästen anfertigen“, sagte Stadtbaumeister Franz Haneder. Angeregt hatte den Testlauf Stadträtin Betty Mulzer. ❐



13 Nistkästen für Kohlmeisen haben Gerhard Greiner und Josef Beer vom Bauhof angefertigt. Laut Bauhof-Leiter Jürgen Stegerer (re.) wurden sie bereits an Eichen an öffentlichen Plätzen angebracht.
Bild: Michael Hitzek

Vom 26. bis 28. September in Eisenach:

demopark setzt 2021 auf Herbsttermin

Europas größte Freilandausstellung der Grünen Branche geht in diesem Jahr erstmals im Frühherbst an den Start: „Die demopark 2021 wird vom 26. bis 28. September auf dem Flugplatzgelände Eisenach-Kindel stattfinden“, sagt VDMA-Geschäftsführer und Messedirektor Dr. Bernd Scherer. Damit werde „eine Ausstellung ohne nennenswerte pandemiebedingte Einschränkungen“ sehr viel wahrscheinlicher als zum ursprünglich vorgesehenen Veranstaltungstermin im Juni.

„Wir alle lieben die demopark, weil sie innovative Technik zu einem echten Praxiserlebnis macht. Ich bin fest davon überzeugt, dass uns das auch in diesem besonderen Jahr gelingen wird. Schließlich hat die Industrie eine Vielzahl spannender analoger und digitaler Neuheiten in der Pipeline, die nur darauf warten, in Eisenach präsentiert zu werden“, erläutert Scherer.

Open Air – Safe Fair

Ein ausgefeiltes, mit den örtlichen Behörden erarbeitetes Hygiene- und Sicherheitskonzept erlaube einen sorgenfreien Messebesuch für jedermann. „Als Freiluftevent haben wir in Zeiten wie diesen ohnehin einen Systemvorteil gegenüber konventionellen Hallenausstellungen. Wir wollen aber mehr als nur Sicherheit bieten, wir wollen ein echtes Live-Erlebnis, das Spaß macht und Nutzen stiftet. Dafür steht unser Konzept ‚Open Air – Safe Fair‘“, betont der Verbandsgeschäftsführer.

Aus VDMA-Sicht bietet der Septembertermin nicht nur mit Blick auf die erwartbar günstigere Pandemielage greifbare Vorteile: „Wir freuen uns, jetzt einen Termin realisieren zu können, der nirgendwo im Lande mit den Schulferien kollidiert. Für Garten- und Landschaftsbauer, für Kommunal- und Golfplatzprofis ist der Frühherbst außerdem der traditionelle Zeitpunkt für Investitions- und Kaufentscheidungen“, sagt Scherer.

Nicht zuletzt könne man Ende September jahreszeitlich bedingt auf eine milde, für Freiluftveranstaltungen überaus zuträgliche Wetterlage hoffen.

Weitere Informationen gibt es unter www.demopark.de. ❐

Waldbesitzer und Forstverwaltung:

Gemeinsam den Wald von morgen bauen

Rund 80 Millionen Euro wird die Staatsregierung auch 2021 für den Aufbau klimafester Zukunftswälder zur Verfügung stellen. Die Mittel kommen Bayerns privaten und kommunalen Waldbesitzern zugute, die derzeit wieder Millionen junger, klimatoleranter Bäumchen in die Erde setzen.

Bei einer gemeinsamen Pflanzaktion in der Nähe von Ammerland bei Münsing haben sich Forstministerin Michaela Kaniber und der Präsident des Bayerischen Waldbesitzerverbands, Josef Ziegler, ein Bild vom laufenden Waldaufbau gemacht. „Unsere Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer arbeiten mit Hochdruck daran, die grüne Lunge Bayerns fit für die Zukunft zu machen. Das ist praktizierter Klimaschutz. Ich freue mich sehr, dass wir ihnen dabei auch künftig mit Fördermitteln auf Rekordniveau unter die Arme greifen können“, sagte die Ministerin anläßlich des Internationalen Tag des Waldes am 21. März. Kaniber und Ziegler waren sich einig, dass die Mammutaufgabe Waldumbau nur im Schulterschluss aller Beteiligten zu meistern ist.

Förderangebote kommen an

Die riesige Nachfrage nach staatlichen Zuschüssen für die Waldpflege im vergangenen Jahr zeigt, dass die attraktiven waldbaulichen Förderangebote ankommen: Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Anzahl der geförderten Maßnahmen in etwa verdreifacht werden. Der positive Trend wird sich der Ministerin zufolge in diesem Jahr fortsetzen. Auch deshalb, weil die Bayerische Forstverwaltung die Förderung rund um den Wald Anfang des Jahres nochmals verbessert hat: Es gibt höhere Zuschüsse für den Bau von Waldwegen und erstmals sind auch Holzlagerplätze förderfähig, um große Schadholzmengen künftig für den Markt besser zwischenlagern zu können. Zudem gibt es höhere Fördersätze und noch praxisnähere Fördermaßnahmen im Vertragsnaturschutzprogramm Wald, das in Zusammenarbeit mit der Umweltverwaltung freiwillige Naturschutzmaßnahmen im Wald bezuschusst.

Weitere Informationen

Für eine kostenlose und gemeinwohlorientierte Beratung der Waldbesitzer sind die Kontaktdaten der Försterinnen und Förster der Bayerischen Forstverwaltung unter www.förster-finder.de zu finden.

Nützliche Infos für Waldinteressierte und Waldbesitzer sowie die Angebote der Bayerischen Forstverwaltung gibt es unter: www.waldbesitzer-portal.bayern.de ❐

Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm:

Neues Wechselladerfahrzeug

Der Landkreis Pfaffenhofen hat für den Transport des landkreiseigenen, bei der Werkfeuerwehr Airbus Manching stationierten, Hytrans-Fire-Systems (HFS) ein neues Wechselladerfahrzeug beschafft.

„Beim Hytrans-Fire-System handelt es sich um ein leistungsfähiges Wasserfördersystem. Dieses wird insbesondere bei Industriebränden eingesetzt, so z.B. auch bei der Explosion mit anschließendem Großbrand auf dem Gelände der Firma Bayernoil im Jahr 2018“, so Matthias Krenauer, zuständig für den Katastrophenschutz am Landratsamt.

Auch bei Hochwasser

Auch bei Hochwasserlagen leistete das System mit der Erweiterung um das Flood-Modul und einer maximalen Förderleistung von 50.000 Litern pro Minute wertvolle Dienste. Das neue Wechselladerfahrzeug mit einem Gewicht von 18.835 kg und einer Leistung von 375 kW auf einem MAN-TGS-Fahrgestell verfügt über einen Aufbau der Firma HIAB mit Hakengerät und Hydraulikladekran (X-232E-6 HiPro).

Matthias Krenauer: „Der Ladekran vereinfacht das Einbringen und Ausheben der schweren Schwimmkörper des Hytrans-Fire-Systems erheblich. Bisher musste dies von den Feuerwehrdienstleistenden per Hand verrichtet werden.“

Für die Anschaffung des neuen Fahrzeuges wurde ein Gesamtpreis von rund 400.000 Euro fällig, davon werden vom Freistaat 86.900 Euro getragen. Da die Beschaffungsmaßnahme einen wichtigen Beitrag zum abwehrenden Brandschutz im Bereich der Großindustrie leistet, beteiligten sich auch drei örtliche Betriebe an den Kosten: Die Firmen Bayernoil (Vohburg), Basell (Münchsmünster) und GSB (Ebenhausen-Werk) übernehmen insgesamt einen Betrag in Höhe von 45.000 Euro. Von den ursprünglich rund 400.000 Euro muss der Landkreis somit nur noch rund 268.000 Euro aus eigener Tasche bezahlen.

Landrat Albert Gürtner dankt den drei zuschussgebenden Firmen sehr herzlich für ihre Unterstützung. „Daneben geht ein großer Dank an die Firma Airbus in Manching und insbesondere deren Werkfeuerwehr. In gewohnt zuverlässiger Weise werden dort die Gerätschaften für den Landkreis betrieben. Das Hytrans-Fire-System wurde auch bereits mehrfach erfolgreich zum Einsatz gebracht.“ ❐



Bild: Beckenbauer, WF Airbus

Neue forsa-Studie:

Urbanes Grün ist Sehnsuchtsort und Chance

Eine repräsentative forsa-Studie der BGL-Initiative „Grün in die Stadt“ zur Zufriedenheit der Bevölkerung mit städtischen Grünflächen ergab: Die überwiegende Mehrheit wünschte sich Ende Februar 2021 mehr Freianlagen, mehr Parks und Aufenthaltsflächen in den Innenstädten. Die Bedeutung von öffentlichen Grünanlagen hat seit dem ersten Lockdown zugenommen – bei Menschen mit und ohne eigenen Garten. Begrünte und attraktive Freianlagen helfen auch gegen sterbende Innenstädte und bieten handfeste Vorteile für den Einzelhandel in der City. So würde sich eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung häufiger und länger in den Innenstädten aufhalten, wenn es dort mehr Grün gäbe.

Durch die Corona-Krise hat sich der negative Trend zum Innenstadtsterben deutlich verstärkt. Eintönige Shopping-Meilen und Betonwüsten, Rückzug ins Private, florierender Online-Handel und kurze Click-and-Collect-Aufenthalte: Alles das verschlechtert die Zukunftsaussichten vieler Innenstädte. Zunehmende Leerstände und freie Gewerbeflächen mindern die Anziehungskraft der Städte weiter. Dagegen können innovative Grünkonzepte mit Wasserspielen, Fassadenbegrünung oder mit fachkundig bepflanzten und gepflegten Grünflächen diese Entwicklung umkehren.



Jan Paul, Vizepräsident des BGL und Vorsitzender des Ausschusses Stadtentwicklung Bild: BGL

Vorteile für Kultur und Wirtschaft

So sagen 92 Prozent der Befragten in der forsa-Studie, dass mehr Grün die Aufenthaltsqualität im urbanen Raum verbessern würde. Hieraus ergeben sich konkrete Vorteile für Kultur und Wirtschaft. Denn 70 Prozent der Befragten würden länger in Städten verweilen und 73 Prozent denken sogar, dass mehr Grün das Shopping-Erlebnis bereichern würde. Weitere Werte belegen, dass gerade Jüngere durch Stadtgrün stärker in die Innenstädte strömen würden.

Attraktiv und pflegeaufwändig

Gleichzeitig ist die Anziehungskraft bestehender Grünflächen weiterhin groß: Rund 38 Prozent der Bevölkerung nutzen Parks mehrmals in der Woche – egal, ob sie einen eigenen Garten haben oder nicht.

Dabei stechen zwei Gruppen besonders heraus: Fast die Hälfte der 30- bis 39-Jährigen (48 Prozent) nutzt Parks mehrmals die Woche. Bei den Familien mit Kindern unter zehn Jahren sind es sogar 63 Prozent. Als logische Folge der intensiveren Nutzung fällt den Befragten auf, dass sich der Pflegezustand ihrer Parks verschlechtert hat. Hier meint fast jeder Fünfte, dass es bei der Pflege von Grünanlagen Verbesserungsbedarf gibt.

„Zu wenig, zu klein“

Hier besteht also dringender Verbesserungsbedarf. Wenn der Trend zur intensiveren Nutzung und Bedeutung urbaner Grünflächen weiterhin so stark bleibt, dann könnte sich der Pflegezustand der Grünanlagen künftig sogar noch verschlechtern.

In dem Zusammenhang zeigt die forsa-Studie weitere „Unzufriedenheitsfaktoren“ auf: Fast ein Drittel (29 Prozent) der Befragten sieht bei der Anzahl der Grünflächen Verbesserungsbedarf. Ergänzend finden 19 Prozent urbane Grünanlagen zu klein. Hiermit wird deutlich, dass Größe und Anzahl von Parks und Grünflächen für den derzeitigen coronabedingten Nutzungstrend nicht ausreichen und erweitert werden sollten.

„Ohne Grün sehen wir schwarz“

„Unsere forsa-Studie belegt, dass urbane Parks und Grünanlagen für die Menschen ungebrochen attraktiv sind. Und es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass das auch nach der Corona-Krise so bleiben wird. Somit erfährt Stadtgrün einen erhöhten Nutzungsdruck, der intensivere Pflege nötig macht“, so Jan Paul, Vizepräsident des Bundesverbandes Garten, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. (BGL). „Aber auch ein topaktuelles Thema wie der Strukturwandel in den Innenstädten hat bei den Menschen hohe Priorität. Denken wir die gegenwärtigen Innenstädte ohne Grün weiter, so sehen wir als BGL schwarz für die lebendige, attraktive Stadt der Zukunft.“

Weitere Informationen: www.gruen-in-die-stadt.de/❐

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit Henne Nutzfahrzeuge GmbH
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Kommunaltechnik: Mähtechnik

Eine Kernaufgabe öffentlicher Dienstleister ist die Grünpflege. Dazu gehört die Pflege von Böschungen, das Schneiden von Hecken sowie das Mähen der Randstreifen. Je nach Aufgabengebiet kommen dabei unterschiedliche Techniken, Geräte und Trägerfahrzeuge zum Einsatz.

Funktionsweise

Zum Mähen des Straßenbegleitgrüns werden im kommunalen Bereich vorwiegend Rotationsmäher in Form von Schlegelmähern eingesetzt. Bei diesem Mähprinzip wird eine Welle im Mähkopf, die meist spiralförmig mit Schlegeln besetzt ist, in Drehung versetzt und waagrecht über die Mähfläche bewegt. Der Aufwuchs wird somit durch Abschlagen abgetrennt. Der Vorteil dieses Prinzips: es ist unempfindlich gegenüber Fremdkörpern, die im Bereich des Fahrbahnrandstreifens häufig vorkommen. Über einen Ausleger wird der Mähkopf an Front oder Heck eines Trägerfahrzeuges installiert. Mit dem Ausleger wird der Bewegungsradius des Mähkopfes erweitert und eine Anpassung an die Umgebung ermöglicht. Optimal geeignet für den Einsatz als Geräteträger für Mähtechnik sind Fahrzeuge mit Torsionsrahmen um die Seitenneigung abzufangen. Über einen zusätzlichen hydrostatischen Fahrantrieb lässt sich die Arbeitsgeschwindigkeit genau einstellen und das Schnittbild verbessern.

Einsatzbereiche

Zur Grünpflege gehört das Mulchen von Böschungen, das Ausmähen von Leitpfosten und die Pflege von Buschwerk. Für jede Aufgabe im Nah- und Fernbereich gibt es das passende Anbaugerät. Besonders effizient sind kombinierte Systeme für den Ein- oder Zweimannbetrieb. Um die Umwelt und Insekten zu schonen, entwickeln Hersteller von Mähtechnik laufend innovative Lösungen zur Schaffung magerer Grünflächen als Grundlage für eine blütenreiche Vegetation. ❐

Umweltminister Glauber:

Kommunale Flächen werden zu Schatzkästchen der Natur

Neues Handbuch „Kommunale Grünflächen: vielfältig - artenreich - insektenfreundlich“ vorgestellt

Bayerns Kommunen sollen noch insektenfreundlicher werden. Um die Gemeinden, Städte und Landkreise dabei zu unterstützen, steht Bayerns Bauhöfen und deren Mitarbeitern ab sofort das Handbuch „Kommunale Grünflächen: vielfältig – artenreich – insektenfreundlich“ zur Verfügung.

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte bei der Vorstellung des Projekts in München: „Der Artenschwund kennt keinen Lockdown. Jeder Tag zählt. Wir wollen kommunale Flächen in Bayern zu Schatzkästchen der Natur machen. So sollen Artenschutz und biologische Vielfalt gestärkt werden. Jede einzelne Blühfläche ist ein neuer Trittstein im ökologischen Netz Bayerns. Die Mitarbeiter der Gartenämter, Stadtgärtnereien und Bauhöfe sind entscheidend für die insektenfreundliche Gestaltung und ökologische Pflege kommunaler Flächen. Wer unseren heimischen Insekten helfen will, braucht Wissen und praktische Erfahrung. Und genau das liefern wir mit unserem neuen Handbuch.“ Begleitend dazu werden bayernweite Schulungen angeboten sowie Schulungsunterlagen und Kurzfilme für Multiplikatoren bereitgestellt. „Wir geben unseren Kommunen damit ein Komplett Paket für die Wiederansiedelung heimischer Insekten und die naturnahe Gestaltung von Flächen an die Hand. Blühwiesen sind für Kommunen in doppelter Hinsicht ein Gewinn: Sie verbessern die Ökologie und steigern die Lebensqualität für die Menschen“, betonte Glauber.

Hohe Praxisrelevanz

Zusammen mit Kooperationspartnern – Landesbund für Vogelschutz e.V., Bayerischer Landkreis-, Städte- und Gemeindetag und Deutscher Verband für Landschaftspflege e.V. – hat die Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL) im Auftrag des Umweltministeriums die Arbeitshilfen für Bauhof-Mitarbeiter erarbeitet. Um eine hohe Praxisrelevanz sicherzustellen, wurde eine projektbegleitende Arbeitsgruppe bestehend aus Mitarbeitern von Bauhöfen, Naturschutzbehörden, Landschaftspflegeverbänden und Kreisfachberatern eingesetzt. Jede der über 2000 Kommunen und 25 kreisfreien Städte in Bayern bekommt ein Exemplar des Bauhof-Ordners. Die Schulungen starten als Online-Veranstaltungen und werden, sobald die Corona-Pandemie es erlaubt, in Präsenz angeboten. Das Projekt „Kommunale Grünflächen: vielfältig – artenreich – insektenfreundlich“ ist ein zentrales Handlungsfeld des Blühpakts Bayern. www.bluehpakt.bayern.de ❐

Unimog 1948 erstmals auf einer Messe vorgestellt

1948 hieß der Unimog noch nicht Mercedes-Benz Unimog, sondern er gehörte zur Göppinger Maschinenfabrik Boehringer. Auf der Messe der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft (DLG) 1948 in Frankfurt am Main war er damals eine kleine Sensation.

Erstmals hatte ein Ackerschlepper zwei Sitzplätze, Ladefläche, Allradantrieb, gefederte Achsen und 50 km/h Höchstgeschwindigkeit. Der als Antrieb vorgesehene Vierzylinder-Dieselmotor von Daimler-Benz mit 25 PS weckte bei allen Neuerungen Vertrauen.

Erstpräsentation mit 150 Bestellungen

Erstmals einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert, fand er hohe Akzeptanz: Die Boehringer-Mannschaft fuhr mit 150 Bestellungen im Gepäck nach Hause. Über 600 Unimog wurden dann ab Februar 1949 bei Boehringer in Göppingen gebaut, bevor das Universal-Motorgerät ab 1951 in Gaggenau und danach in Wörth als Mercedes-Benz Unimog produziert wurde.

2021 feiert Daimler 75 Jahre Unimog. Der erste Prototyp entstand 1946. ❐



1948 war der Unimog eine sensationelle Neuheit auf der Landwirtschaftsmesse der DLG in Frankfurt/Main Bild: Daimler.com



Saubere Leistung.

Der Unimog hat auf zahlreiche Reinigungsanforderungen die passende Antwort. Mit dem Unimog Geräteträger lassen sich öffentlicher Raum und Betriebsflächen schnell und einfach säubern. Frontkehrbesen halten beispielsweise Baustellenbereiche sauber, Hochdruckreinigungsbalken entfernen Staub und Schmutz flächendeckend und Spezialgeräte wie Tunnelwaschgeräte ersetzen eine ganze Flotte an Spezialfahrzeugen. Mit der ab Werk lieferbaren Vorrüstung für Aufbaukehrmaschinen ist selbst ein Kehraufbau in kurzer Zeit auf- und wieder abgebaut. Der schnelle Gerätewechsel ermöglicht, dass in einer Arbeitsschicht gleich mehrere Geräte eingesetzt werden können. Mehr unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich bin Erster Bürgermeister der Stadt Haßfurt, einer Stadt mit ca. 14.000 Einwohnern.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
Am 01. Mai 2014.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Bereits als Jugendlicher war ich politisch interessiert und engagiert. Das erste Mal kandidierte ich 1984 für ein politisches Amt. 1995 rückte ich in den Stadtrat nach und von 1996 bis 2002 war ich stellvertretender Bürgermeister. Der Reiz der Kommunalpolitik liegt darin, dass anders als in der großen Politik, man vor Ort direkt mitgestalten kann und die Auswirkungen sofort registriert.

Günther Werner

Erster Bürgermeister der Stadt Haßfurt Bezirksvorsitzender der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in Unterfranken, Bayerischer Städtetag

Wie haben Sie sich vorbereitet?
Die Erfahrungen aus der früheren Stadtratstätigkeit und die Zeit als stellvertretender Bürgermeister haben mir geholfen.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Breitband; zweite Zufahrt zu einem 10 ha großen Gewerbegebiet; die Frage nach dem Bau einer neuen Sporthalle.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Corona; die Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbegebiete; Innenverdichtung; Digitalisierung; Strategieentwicklung im Modellprojekt Smart Cities; Bau einer neuen Sporthalle.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Neues ISEK; Umbau des Bahnhofsumfeldes (die DB baut derzeit unseren Bahnhof barrierefrei um); Energiewende und Klimaschutz in Verbindung mit unserem Energiekonzept; Mobilität, Ergänzung des Radwegenetzes in Verbindung mit einem Gesamtverkehrskonzept; Neubau einer weiteren Kindertagesstätte; Die Frage nach Photovoltaik auf den Dächern der Altstadt; Klärschlammverwertung.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Tritt nicht in die Fußstapfen des Vorgängers / der Vorgängerin, sondern gehe Deinen eigenen Weg; sei immer offen, ehrlich und bürgernah.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Ständig, in allen möglichen Varianten. Das sind unter anderem Präsenzbesprechungen, Telefongespräche, Videokonferenzen, 4-Augen-Gespräche.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Der Einfluss der Digitalisierung wird ständig zunehmen. Denken Sie an das OZG, Hybridsitzungen oder welche Ideen während der Pandemie realisiert wurden, an die im Jahr 2018 noch niemand gedacht hätte. Die Digitalisierung wird viele Erleichterungen schaffen aber auch eine Herausforderung bedeuten.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
„Geht nicht – gibt's nicht. Es gibt immer eine Lösung."
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Darüber fragen Sie mich bitte am Ende meiner Zeit als Bürgermeister. ❐

Landkreis Cham nimmt an Modellprojekt „WICOVIR" teil

Der Landkreis Cham, das Staatliche Schulamt und 20 Grund- und Mittelschulen des Landkreises sind Projektpartner der Studie „WICOVIR" (Wo ist das Corona Virus?), welche durch den Regensburger Professor Dr. Michael Kabesch, Chefarzt und Klinikleiter der Klinik St. Hedwig wissenschaftlich begleitet wird.

„Gerade die Situation der Schülerinnen und Schüler der Grundschulen im Landkreis Cham beschäftigt mich seit vielen Wochen. Hohe Infektionswerte lassen es aber schon rein rechtlich nicht zu, die Schulen beliebig zu öffnen. Deshalb ist es mir wichtig, dass eine tragbare Konzeption entwickelt wird, die eine wirkliche und nachhaltige Öffnungsperspektive zum Ziel hat. Das Modellprojekt WICOVIR bietet diese Möglichkeit.", so Landrat Franz Löffler.

Ab Mitte März werden im Rahmen einer Studie mehr als 600 Kinder, die sich ohnehin aktuell in der Notbetreuung befinden, auf freiwilliger Basis zweimal getestet, um einen Überblick über das Infektionsgeschehen zu bekommen.

Auswertung im Pooling-Verfahren

Kern des Projektes sind Gurgeltests, die mittels eines sogenannten Pooling-Verfahrens ausgewertet werden können. „Bereits im Herbst letzten Jahres haben wir grundsätzliche Erfahrungen mit diesem System in Regensburg gemacht. Nun ist es an der Zeit, die Skalierbarkeit dieses Ansatzes auch auf Flächenlandkreise zu adaptieren. Von daher hat es mich außerordentlich gefreut, dass mich Herr Landrat Löffler vor wenigen Wochen kontaktiert und eine Zusammenarbeit angeboten hat. Zusammen mit dem Schulamt und den Grundschulen werden wir die Gurgeltests durchführen.", so Professor Dr. Kabesch.

Gurgeltests basieren auf dem PCR-Testverfahren, welche im Gegensatz zu den Antigen-Schnelltests bereits bei einer niedrigeren Viruslast reagieren. Damit ist es möglich, Infektionsketten früher zu unterbrechen und das Infektionsgeschehen einzudämmen. Beim Pooling werden max. 30 Einzeltests zu einem Gesamttest zusammengeführt und ausgewertet. Erst wenn in einem Pool ein positives Ergebnis vorhanden ist, werden individuelle Rückstellproben gezielt untersucht, um den infizierten Patienten zu identifizieren. Die Testergebnisse sollen noch am gleichen Tag vorliegen.

„Es kam mir besonders darauf an, dieses Projekt noch vor den Osterferien zu starten, um keine Zeit zu verlieren. Die Erkenntnisse daraus sollen Aufschluss darüber geben, ob und unter welchen Voraussetzungen nach Ostern ein Grundschulbetrieb für alle Kinder möglich ist. Ich danke der gesamten Schulfamilie, vor allen Dingen den Schülern und Eltern, die jetzt an diesem Projekt teilnehmen. Sie leisten einen wichtigen und vor allem konstruktiven Beitrag, der am Ende des Tages allen Schulkindern einen sicheren Schulbesuch ermöglichen kann.", so Löffler abschließend. ❐



Die Leiterinnen der Grundschulen in Arrach, Hohenwarth-Grafenwiesen und Mitterdorf mit Professor Dr. Michael Kabesch, Schulamtsdirektor Rudolf Hofmann und Landrat Franz Löffler.
Bild: Schuhbauer

Inklusionspreis des Bezirks Oberpfalz

Da die Corona-Pandemie auch weiterhin einen Festakt zur Preisverleihung des Inklusionspreises unmöglich macht, hat der oberpfälzische Bezirkstagspräsident Franz Löffler die Träger des Inklusionspreises 2020 bekannt gegeben. Der Preis ist mit jeweils 3.000 Euro dotiert.

„Der Preis ist Lob und Anerkennung für das ehrenamtliche Engagement für Menschen mit Behinderungen und will zur Nachahmung anregen", betonte Franz Löffler.

Preisträger für 2020 sind das Netzwerk Inklusion (Landkreis Tirschenreuth) mit dem grenzüberschreitenden Projekt „Demokratie-Werkstatt für alle", die „Kontaktgruppe für Menschen mit und ohne Behinderung" in Furth im Wald (Landkreis Cham) und der „Behinderten und Rehabilitations-Sportverband Bayern e.V. – Bezirk Oberpfalz" . **DK**

Umweltminister Thorsten Glauber:

Paket zur bayernweiten Besucherlenkung in Arbeit

Modellprojekt im Oberallgäu startet

Das Umweltministerium bringt ein Konzept zur Stärkung von nachhaltigen Naturerlebnissen und Besucherlenkung auf den Weg. Ziel ist es, ökologisch sensible Gebiete dabei noch besser als bisher zu schützen. Dazu betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber: „Unser Ziel ist ein Konzept für die Besucherlenkung in den Naturerlebnis-Hot Spots in ganz Bayern. Dazu entwickeln wir einen Naturerlebnis-Baukasten. Das Freizeitverhalten ändert sich. Unsere Natur wird zu einem wahren Tourismusmagnet. Gerade in Zeiten von Corona brauchen wir Lösungen für ein harmonisches Miteinander von Mensch und Natur. Ein Ausgleich der Interessen soll durch eine bestmögliche Lenkung der Besucher gelingen. Nicht jedes Eck Bayerns darf touristisch erschlossen werden. Besonders sensible Gebiete müssen geschützt bleiben."

Zur Stärkung von Naturerlebnissen soll ein neuer Naturerlebnis-Baukasten entwickelt werden. Der Baukasten soll insbesondere die Kommunen unterstützen und baut dabei vor allem auf den Erfahrungen aus den Nationalparken und den Besucher-Hotspots im Alpenraum auf. Glauber: „Eine Naturerlebnis-Matrix soll bereits erprobte Instrumente der Besucherlenkung sammeln und bewerten sowie Finanzierungsmöglichkeiten aufzeigen. So können bewährte Instrumente einer Region auf andere Regionen übertragen werden. Zudem sollen die örtlichen Besucherlenkungsinitiativen besser vernetzt und eine neue Struktur der Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Akteuren modellhaft erprobt werden. Die Nationalparke können mit guten Ideen Pate der Regionen sein."

Inhalt des Naturerlebnis-Baukastens sind verschiedene Elemente

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit: Neben dem bayernweit laufenden Wettbewerb „Ausgewildert" des Umweltministeriums sollen regionale Kampagnen den Menschen die schützenswerte Natur näherbringen. Eine zentrale Dachmarke mit eigenem Internetauftritt wird Angebote für Kommunen und Informationen für Bürger zusammenführen.

Technik: Der Einsatz technischer Geräte und die Vernetzung mit digitalen Angeboten sollen erprobt werden. Besucherzählgeräte sollen Daten für digitale Angebote liefern, über die Ausflugsziele bereits von Zuhause aus erkundet werden können. Auch der Einsatz von „Digital-Rangern", die Besucherinformation und Besucherlenkung über Online-Plattformen und Soziale Medien betreiben, soll ausgebaut werden. Experimentell soll der Einsatz von Drohnen für die Arbeit der Ranger getestet werden, insbesondere in schwer zugänglichem Gelände.

Beschilderung und Besucherinfrastruktur vor Ort: Durch eine verbesserte Beschilderung von Wanderwegen und besonderen Naturräumen oder Anlage von Beobachtungsstationen soll direkt im Gelände für die Naturschätze der jeweiligen Region sensibilisiert werden.

Persönliche Ansprechpartner: Ranger, Gebietsbetreuer und Naturschutzwächter sind als Berater vor Ort und in den Besucherzentren tätig. Diese Tätigkeiten sollen in verschiedenen Regionen noch weiter ausgebaut werden. Die Gebietsbetreuung wird durch den Bayerischen Naturschutzfonds gefördert, und in der neuen Förderperiode stehen dafür ab 1. April 2021 für weitere drei Jahre über 7,7 Millionen Euro zur Verfügung. Damit kann die Betreuung von 55 ökologisch sensiblen und hochwertigen Gebieten fortgesetzt werden. Gefördert durch das Bayerische Umweltministerium wurden seit Ende 2018 in den bayerischen Naturparken rund 40 neue Rangerstellen geschaffen. In den kommenden Monaten sollen weitere 20 Rangerstellen hinzukommen.

Förderung: Zusätzlich wird ein neuer „Förderbereich" zum Thema Naturerlebnis und Besucherlenkung geschaffen. In diesem Zusammenhang werden die bestehenden Fördermöglichkeiten neu strukturiert und erweitert. Ziel ist insbesondere die Schaffung neuer, naturverträglicher Fördertatbestände im Rahmen der Erfahrung von Naturerlebnissen mit entsprechender Besucherlenkung.

Eine erste Musterregion für Besucherlenkung entsteht aktuell im Oberallgäu für den bayerischen Alpenraum. 500.000 Euro stehen dafür zur Verfügung, die gemeinsam mit den Beteiligten in der Region für innovative Maßnahmen eingesetzt werden. ❐



Erster Bürgermeister Kurt Krömer (Vierter von links) zusammen mit Vertretern von Bündnis 90/Die Grünen. Bild: Stadt Stein

Steiner Kinderhaus freut sich über Baumspende

Vor dem Steiner Kinderhaus im Pfarrweg wurde ein Baum gepflanzt. Gespendet hatte den Feldahorn der Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen. Die Initialzündung gab allerdings der zehnjährige Eric. Der Bub spendete von seinem eigenen Taschengeld der Stadt Stein im Oktober des vergangenen Jahres einen Baum. Eine tolle Idee, die nun der Ortsverband der Grünen übernahm.

Anwesend bei der symbolischen Pflanzung war neben den Vertretern von Bündnis 90/Die Grünen auch Steins Erster Bürgermeister Kurt Krömer: „Mich freut es, dass die Baumspenden weiterhin so aktiv betrieben werden und sich in unserer Stadt immer wieder Baum-Spender finden. Dafür ein herzliches Dankeschön."

Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Mit dem Feldahorn wurde ein Baum gewählt, der klimaresistent und so für die nächsten Jahrzehnte widerstandsfähig ist. Dietmar Oeder, Ortssprecher vom Bündnis 90/Die Grünen: „Für uns Grüne gibt es keine schönere Kombination aus Klimaschutz und Nachhaltigkeit als einen Klimabaum vor dem Kinderhaus zu pflanzen. Es ist schön zu wissen, dass dieser Baum auch in 100 oder 200 Jahren noch stehen wird".

Animation zum Mitmachen

Mit ihrer Baumspende wollen die Steiner Grünen einerseits einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und andererseits auch andere Vereine und Institutionen dazu animieren sich für Bäume auf öffentlichem Grund zu engagieren. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Digitalstrategie für „Modellregion Smart Cities“ im Fichtelgebirge steht:

Landkreis Wunsiedel startet in die digitale Zukunft

Telekom begleitet den Landkreis als Partner für die Digitalisierung
Fördermittel machen die Region zukunftsfest

Für den Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge steht die digitale Zukunft vor der Tür. Gemeinsam mit dem Projektpartner Deutsche Telekom wurde die neue Digitalstrategie entwickelt und jetzt vom Landkreis verabschiedet. Sie ist Teil des Kreisentwicklungskonzeptes 2030 für das Projekt „Smartes Fichtelgebirge“. Digitalisierung bedeutet hier mehr als den reinen Ausbau der Infrastruktur. Sie betrifft zukünftig fast alle Lebensbereiche. Ob Digitale Bildung und Verwaltung, Mobilität oder Telemedizin: der Landkreis geht als „Smart Region“ voran. Mit attraktiven Anreizen für die Wirtschaft, aber auch als lebenswertes Wohngebiet mit Zukunft.

Landrat Peter Berek: „Hier im Fichtelgebirge schätzen wir unsere hohe Lebensqualität, denn in unserer ländlichen Region gelingt es, Raum für die Familie und berufliche Perspektiven hervorragend in Einklang zu bringen. Dank digitaler Möglichkeiten werden wir hier noch einen großen Schritt nach vorne machen. Unsere Bürger*innen haben den Prozess „Smartes Fichtelgebirge“ engagiert und kreativ begleitet. Dank ihrer Ideen können wir hier im ländlichen Raum das vorhandene Umweltbewusstsein, unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und unsere gesellschaftliche Solidarität künftig noch besser gleichwertig befördern“.

Digitalisierung = Zukunftsfähigkeit

Der Landkreis setzt auf den konsequenten Breitband- und Mobilfunkausbau, wozu auch die 5G-Technologie gehört. Die Telekom ist dabei Partner für Digitalisierung. Sie bringt das nötige Know-how für die Planung digitaler Services mit ein. Gewünscht sind unter anderem Maßnahmen zur digitalen Bildung, Mobilität und digitalen Verwaltung sowie für Landwirtschaft und Tourismus. Geplant ist auch ein neuer Begleiter für den Alltag: die „Fichtel-App“.

Grundlage für die digitale Transformation ist eine Smart City-Datenplattform. Hier laufen alle Informationen der digitalen Anwendungen in einer Stadt oder Region zusammen: aus der Verwaltung, zum Verkehr, aus Fahrplänen und Verlauf der ÖPNV-Verbindungen, Besucherströmen oder auch Wetterdaten. Alle Daten können miteinander verknüpft und ausgewertet werden. Beispiel Mobilität: Der Abgleich von Wetter- und Verkehrsdaten ermöglicht eine intelligentere Verkehrsführung. Droht Schlechtwetter, sind Busse gefragter als Leihfahrräder und ihre Anzahl kann rechtzeitig angepasst werden. Steigen die Emissionswerte an den Messpunkten in der Stadt, empfiehlt sich eine Umleitung des Verkehrs. Auch die Auslastung der Parkplätze oder die Ampelschaltung ließe sich über Datenanalyse aktiv steuern, vor allem zu Großevents wie den Luisenburg-Festspielen. Echtzeitdaten können zudem der Kreisstadt Selb helfen, eine aktive Verkehrssteuerung im Zuge der Deutsch-Tschechischen Freundschaftswochen 2023 zu etablieren.

Zentrum für Innovation und Akademie für Verwaltung

„Freiraum für Macher“: Das Markenzeichen der Region trägt die Botschaft im Namen. Und Macher von heute setzen auf Digitalisierung. Gründer*innen und Unternehmen aus der Region sollen schon bald von einem Zentrum für Innovation profitieren. Für eine erfolgreiche Verbindung von Arbeiten und Leben im ländlichen Raum. Das „Rural Lab“ soll dabei die überregionale Zusammenarbeit unterstützen. Ein besonderer Handlungsdruck liegt auf den Verwaltungs-Einrichtungen: Das Onlinezugangsgesetz kommt. Dafür wird die Belegschaft mit einer neuen Akademie fit für das digitale Rathaus gemacht.

Gemeinsam die Zukunft gestalten

Die Region Fichtelgebirge ist einer der Sieger des Wettbewerbs „Modellprojekte Smart Cities“ 2019. Überzeugen konnte die Bewerbung des Fichtelgebirges vor allem durch die enge Einbindung der Bürger*innen. Sie ist auch Kern des „Co-Creation“ Konzepts der Telekom. Bei der Planung für eine ganze Region steht das erfolgreiche Zusammenspiel aller Interessensgruppen im Vordergrund. „Wir freuen uns, dass der Zukunftsplan für den Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge jetzt steht“, sagt Michael Frank, Leiter Smart City Telekom. „Und zwar ganz nach den Wünschen aller Beteiligten. Denn nur mit der breiten Akzeptanz gelingt der ambitionierte Wandel, für eine zukunftsfähige Region, auch über Generationen hinweg.“

Die Macher

Wie die Fördergelder investiert werden, bestimmen die Menschen vor Ort aktiv mit. Zentrale Anlaufstelle für die intensive Zusammenarbeit ist die Online-Mitmachplattform. Bei einer Bürgerwerkstatt stimmte die Öffentlichkeit über die wichtigsten Aufgaben ab. Erste Projekte gehen nun in die Ausschreibung. Die Telekom begleitet Städte und Kommunen auf ihrem Weg in die digitale Zukunft. Sie bringt das gebündelte Know-how als Anbieter von digitaler Infrastruktur mit ein. Ein besonderer Pluspunkt: die langjährige Smart City Expertise. Als erfahrener Dienstleister im Public-Bereich sind den Expert*innen die Prozesse der öffentlichen Hand bestens vertraut. Dies betrifft insbesondere den Umgang mit Ausschreibungsprozessen und Förderprogrammen.

Mehr Informationen zu Smart City bei der Telekom unter https://public.telekom.de/unsere-loesungen/smart-city und https://smartcity.telekom.com/de/. ❐



V.l.: Werben gemeinsam für Nisthilfen für Schwalben: Walter Wintersberger (LBV-Kreisgruppe Bad Tölz-Wolfratshausen), Hanna Heither (untere Naturschutzbehörde im Landratsamt) und Kaspar Fischer (Landwirt aus Gaißach)

Bild: Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen

Schutzmaßnahmen für Schwalben

Landesbund für Vogelschutz und Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen starten gemeinsame Aktion

Rauch- und Mehlschwalben gehören seit Menschengedenken im Sommer zum dörflichen Umfeld dazu. Früher waren sie Symbole für das häusliche Glück und zugleich ein natürlicher Schutz vor schädlichen Insekten. Heutzutage stehen ihnen bei uns immer weniger Nistmöglichkeiten zur Verfügung. Daher werden sie im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen in Sachen Wohnungsbau von der Kreisgruppe des Landesbund für Vogelschutz (LBV) und der unteren Naturschutzbehörde unterstützt.

Rauch- und Mehlschwalben überwintern in Afrika und sind Kulturfolger. Zur Brutzeit kommen sie zu uns nach Bayern und bauen ihre Nester an Gebäuden. Die Nützlinge verfüttern während der Aufzucht der Jungvögel pro Gelege ungefähr 1 Kilogramm Fliegen und andere Insekten. Inzwischen fehlen ihnen häufig Nistmöglichkeiten, insbesondere im Bereich moderner Laufställe und renovierter Fassaden. Rauchschwalben brüteten in der Vergangenheit bevorzugt an Balken oder Ecken in dunklen, niedrigen Ställen.

Als neue Nistmöglichkeit an Lauf- und Offenställen kann der neu entwickelte „Schwalbenwinkel“ Abhilfe schaffen. Mehlschwalben bauen als Koloniebrüter gemeinsam kugelige Lehmnester unter Dachvorsprüngen an Stein- oder Holzfassaden. Durch die Versiegelung der Landschaft stehen ihnen immer weniger offene Bodenstellen für die Materialbeschaffung zur Verfügung. Mehlschwalben können durch Kunstnester unterstützt werden. Besonders erfolgreich funktioniert die Annahme der Nisthilfen durch die gesellig brütenden Vögel dort, wo bereits andere Mehlschwalben brüten.

Einige Landwirte, wie Kaspar Fischer aus Gaißach, haben sich bereits beim LBV gemeldet und beteiligen sich an der Aktion.

Interessierten Landwirtinnen und Landwirten werden die Nisthilfen von der unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt kostenfrei zur Verfügung gestellt. Der LBV übernimmt die Verteilung und steht bei der Anbringung gerne beratend und unterstützend zur Seite.

Ausstellung und Infos

Eine Ausstellung zu Gebäudebrütern kann bis zum 15. April im Schaufensterbereich der Sparkasse in Bad Tölzbesichtigt werden. Weitere Informationen zu Natur- und Vogelschutz im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen gibt es online unter:
https://www.lra-toelz.de/fachbereich-natur
https://bad-toelz.lbv.de/unsere-arbeit/vogelschutz/geb%C3%A4udebr%C3%BCter/

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Eigentlich brauche ich keinen neuen Anzug.“ Mein Chef, der Bürgermeister, reagierte etwas verwundert auf meine Erinnerung an seinen jährlichen Besuch des besten Herrenausstatters in der Stadt.

In normalen Zeiten bündelt er den Klamottenkauf auf ein, maximal zwei Termine im Jahr, weil er einkaufen hasst. Aber andererseits ist er eitel genug, um immer auch ein Auge auf Modetrends zu haben. Zudem sind Anzüge, weiße oder blaue Hemden sowie passende Krawatten, Socken und Schuhe ja quasi die Berufskleidung eines Kommunalpolitikers in seiner Stellung. OK, gut, waren mal die Berufskleidung.

Angefangen hat alles damit, dass mehr und mehr Entscheider aus Politik, Wirtschaft und Kultur darauf verzichtet haben, sich eine Krawatte umzubinden. Was früher einmal zum unhinterfragten Morgenritual gehörte, nämlich sich den Schlips zu binden oder – extravagant – eine Fliege anzulegen, wurde zunächst ins Büro verlagert, weil man die Krawatte nur noch umband, wenn Besuch kam oder ein wichtiger Termin bevorstand. Nach und nach aber wurden selbst bei den wichtigsten Terminen immer mehr Männer ohne Krawatte gesehen: Vorstandsvorsitzende von Automobilunternehmen präsentierten ohne Schlips und in Sneakers neue Modelle oder Geschäftszahlen, Spitzenpolitiker traten nach Wahlen oben ohne vor die Kameras – und das nicht nur bei Wahldesastern. Mittlerweile sind Krawatten jenseits englischer Privatschulen eine aussterbende Spezies.

Stil ist unvergänglich

Der nächste Schlag traf den Schuh. Früher war es nicht unüblich, bei einer ersten Begegnung mit einem Menschen auf die Schuhe zu schauen. Sie gaben Auskunft über die wirtschaftlichen Verhältnisse (handgenäht oder industriell, neu oder abgetragen), vor allem aber über Sekundärtugenden wie Umsicht, Fleiß, Sauberkeit oder Akribie. Denn auch ein alter, nicht teurer Schuh konnte was hermachen, wenn er gut gepflegt, gewienert und blitzblank war. Alles vorbei. Heute ist an Fußkleidung wirklich alles üblich geworden. Nicht nur die klassischen Budapester oder Derby, nein auch Monks, Boots, Norweger-Style (grauenvoll) und die unvermeidlichen Sneakers gibt es jetzt an Politiker- und Geschäftsmännerfüßen. Auch andere eherne Regeln wie cognacfarbene Schuhe nur dann, wenn auch der Gürtel cognacfarben ist, sind auf dem Rückzug. Schade.

Und jetzt auch noch Corona und der Trend zum Arbeiten zuhause. Wer macht sich denn da schon die Mühe, sich wenigstens einigermaßen businessstyle anzuziehen? Bei Videokonferenzen sieht man Pullis, T-Shirts, Polos und nur ab und zu macht sich der Partner die Mühe, ein Hemd überzuwerfen. Aber Vorsicht: Gestreifte Hemden gehen bei etwas schlechterer Bildqualität gar nicht! Wirkt absolut unruhig.

Welche Langzeitfolgen das haben wird, darüber wird aktuell gerätselt. Sicherlich wird die im Kollegenkreis mittlerweile sprichwörtliche Aussage eines 15jährigen, der auf die Mahnung des Vaters, sich mal aus dem Schlafanzug herauszuschälen, mit den Worten „Den Schlafi zieh ich nach dem Unterricht aus“ konterte, Geschichte sein, wenn mal wieder Präsenz- statt Distanzunterricht von zuhause aus angeboten wird.

Aber sonst? Frühere Weisheiten wie die von Karl Lagerfeld, wonach jemand, der im Jogginganzug auf die Straße geht, die Kontrolle über sein Leben verloren habe, sind ja obsolet, wenn das Leben eben nicht mehr auf der Straße, sondern vor dem Laptop stattfindet. Werden wir alle im Büro künftig rumlaufen wie Studienräte in Jeans, Holzfällerhemd und Sandalen? Wollen wir das wirklich?

Mein Chef, der Bürgermeister, wird dennoch seinen Termin beim Herrenausstatter wahrnehmen, auch wenn er seine Anzüge nicht abgenutzt hat. Schon allein, um dieses mittelständische Geschäft in den schweren Zeiten zu unterstützen. Und wer weiß, vielleicht wird es nach einer Phase des modischen Laissez-faire einen Pendelschlag in die andere Richtung geben, hin zum gut gekleideten Mann. Dazu passt eine Sentenz von Coco Chanel: „Mode ist vergänglich. Stil niemals“.

Ihre Sabrina

„stadt.land.smart“-Bewerbung:

Es geht um 17,5 Millionen

Im Interkommunalen Ausschuss von Stadt und Landkreis Würzburg ging es beim Zukunftsthema Digitalisierung um eine wichtige Weichenstellung. Fortan kämpft man nach Empfehlung des Ausschusses gemeinsam um eine Förderung in Millionen-Höhe. „stadt.land.smart“ ist die Überschrift zu einem Konzept, das fünf Jahre den Prozess der smarten Vernetzung begleiten soll.

Das Bundesinnenministerium wählte für die diesjährige Ausschreibung den Fokus „#Gemeinsam aus der Krise: Raum für die Zukunft“. Projektleiter Klaus Walther, vom Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Standortmarketing bei der Stadt Würzburg: „Wir haben bereits zwei Bewerbungsrunden absolviert und erörtern schon seit 2017 mit allen maßgeblichen Partnern welche Schritte auf dem Weg zur Smart City die wichtigsten sind. Unsere Bewerbung konnte reifen und aller guten Dinge sind bekanntlich drei. Nun bewerben wir uns erstmals zusammen mit dem Landkreis und können so noch größere Synergieeffekte vorweisen.“

Menschlich aus der Krise

Auch bei den Themenschwerpunkten geht man neue Wege. „Menschlich aus der Krise“ heißt der Untertitel der Bewerbung. Man möchte Digitalisierung bewusst aus der Perspektive aller BürgerInnen denken, die nicht mit Smartphone aufgewachsen ist, oder die aus unterschiedlichen Gründen, die üblichen Angebote nicht nutzen. Es gilt eine „soziale Resilienz“ zu entwickeln, das heißt: sich ergänzende digitale und analoge Angebote anzubieten, die insbesondere in Krisenzeiten, die Menschen nicht einsam zurücklassen. Von der Nachbarschaftshilfe bis zu Leihgeräten gibt es viele Bausteine, die nun zum Konzept ausgearbeitet werden müssen. „Die Region um die Single-Hauptstadt Würzburg möchte in fünf Jahren ein Spezialist in der Prävention von Vereinsamung werden, von dem andere Kommunen dann viel lernen können. Corona war und ist nicht nur eine medizinische Herausforderung. Die Krise hat uns noch einmal deutlich vor Augen geführt, dass wir auch mit wichtigen Informationen und Angeboten heute nicht alle so erreichen, wie wir uns das idealerweise vorstellen.

Krisen hängen manche Menschen ab. Wir wollen das nicht akzeptieren und viele Facetten der Bürgerbeteiligung dagegensetzen“, betont Oberbürgermeister Christian Schuchardt.

Wichtiger Entwicklungsimpuls

Die Bewerbung setzt zudem noch weitere Schwerpunkte: beispielsweise kommunale Anpassungen im Sinne des Klimaschutzes, die Vernetzung der Verwaltung nach innen oder ein Ausbau von Open-Data-Plattformen. BürgerInnen sollen öffentliche Daten besser für sich nutzen können als bisher. Landrat Thomas Eberth sieht das Konzept als wichtigen Impuls für die Landkreisentwicklung: „Es geht um viel – auch finanziell. Wir wollen zusammen mit der Stadt den gesamten Förderrahmen von 17,5 Millionen Euro in fünf Jahren ausschöpfen. Diese Mittel wird es auch brauchen, weil wir vor Aufgaben stehen, die nicht on top zu erledigen sind, sondern für die es neue Expertise braucht, die wir in unsere Verwaltungen einbinden müssen.“ Zwei Drittel dieses Finanzrahmens (rund 11,7 Mio. Euro) werden der Stadt zugeordnet sein, ein Drittel dem Landkreis (rund 5,8 Mio. Euro). Die Eigenmittelquote liegt bei 35 % . Die Stadt müsste demnach – verteilt auf fünf Haushalte – rund 4,1 Mio. Euro finanzieren, der Landkreis rund 2 Mio. Euro. ❐



V.l.: Der EDV-Beauftragte für die Grund- und die Mittelschule Abensberg, Andreas Reichinger, Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, Rektorin Andrea Brandl, Rektor Wolfgang Brey, Rektorin Liane Köppl, Oberstudienrat Martin Schweiger und Bürgermeisterin Bettina Danner. Bild: Knott

Schulverband Abensberg-Biburg übergibt Lehrerlaptops

In Abensberg wurden Lehrer-Laptops an die Rektoren der Abensberger Schulen übergeben. Die Finanzmittel dafür stammen aus dem „Sonderbudget Lehrerdienstgeräte", die Kommunen haben für den Freistaat die Beschaffung organisiert.

Der Vorsitzende des Schulverbands Abensberg-Biburg, Abensbergs 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, und die 1. Bürgermeisterin von Biburg, gleichzeitig zweite Vorsitzende des Schulverbands, Bettina Danner, überreichten insgesamt 59 Dienst-Laptops an die Schulleiter. In Abensberg sind dies Liane Köppl von der Grundschule Offenstetten; sie hat 13 MacBooks erhalten, da die Grundschule Offenstetten seit Jahren auf Apple setzt. Die Rektorin der Aventinus Grundschule Abensberg, Andrea Brandl, hat 17 Windows-Laptops erhalten, Wolfgang Brey, Rektor der Aventinus Mittelschule, erhielt 26. Oberstudienrat Martin Schweiger hat für die Staatliche Wirtschaftsschule Abensberg drei Laptops erhalten.

Der Schulverbandsvorsitzende Dr. Brandl sagte, das reiche natürlich nicht aus, um alle Lehrkräfte auszustatten. Der zuständige Dienstherr, der Freistaat, sei gefordert, die bestehende Lücke umgehend zu schließen. „Es ist bedauerlich, dass das Kultusministerium von komplett falschen Berechnungen zur Anzahl der benötigten Dienstgeräte ausgegangen ist." So seien die Lehrkräfte der privaten und kirchlichen Träger bei den Verhandlungen schlichtweg vergessen worden.

Angesichts der andauernden Pandemiesituation stellte Dr. Brandl fest, dass „alle Schulen in Abensberg digital auf einem guten Stand sind, weil Schulverband, Stadt und Personal während der vergangenen vier Jahre erheblich Geld und Zeit in die Digitalisierung der Bildungsinfrastruktur investiert haben." ❐

Vorschau auf GZ 8/2021

In unserer Ausgabe Nr. 8/2021, die am 15.April 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Energie: Erzeugung, Beschaffung, Speicherung**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**
- **Kommunaler Bau**
- **Kommunale Museen und Bibliotheken**

Weichen für digitale Zukunft gestellt

Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm wird digitale Bildungsregion

Der Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm ist fit für die digitale Zukunft. Als Zeichen für die Innovationskraft, aber auch für den Zusammenhalt in der Region überreichte Kultusminister Michael Piazolo Landrat Albert Gürtner das Qualitätssiegel Digitale Bildungsregion.

Der Kultusminister betonte: „Die Digitalen Bildungsregionen sind Glanzpunkte der bayerischen Bildungslandschaft. Im Landkreis Pfaffenhofen hat man frühzeitig erkannt, dass die Digitalisierung nicht nur eine Herausforderung, sondern vor allem eine unglaubliche Chance ist. In Bayern sind wir nicht nur Teil des digitalen Wandels, wir sind Vorreiter. Bei unseren digitalen Bildungsregionen sehen wir, was alles möglich ist, wenn verschiedene Akteure miteinander zum Wohle der Kinder und Erwachsenen denken, planen und handeln."

Online-Konferenzsystem

Die Bildungsregion Pfaffenhofen legt dabei unter anderem individuelle Schwerpunkte auf die Handlungsfelder „Digitalisierung gemeinsam gestalten" und auf die „Vermittlung von Kompetenzen für eine digitalisierte Welt". So bot das Bildungsbüro des Landkreises in Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt Pfaffenhofen bereits online Vorträge für alle Eltern aus dem Landkreis zum Thema Medienkompetenz an. „Der Impuls für dieses Projekt ging von einem Elternvertreter aus. Er machte für die Bewerbung den Vorschlag, sich die Vorteile der Digitalisierung zu Nutzen zu machen und diese Vorträge nicht wie üblich vor Ort in einer Schule, sondern über ein ‚Online-Konferenzsystem' anzubieten", erklärt Christina Berger vom Bildungsbüro des Landkreises, die die Bewerbung für das Qualitätssiegel zusammengestellt hat.

Der Kultusminister dankte allen Akteuren, die mit großem Einsatz und innovativen Impulsen die Digitale Bildungsregion im Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm auf einen erfolgreichen Weg gebracht haben.

Landrat Albert Gürtner nahm diesen Dank gerne an und betonte: „Der Landkreis ist in Sachen Digitaler Bildung schon auf einem sehr guten Weg. Unser Ziel ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern im Landkreis langfristig den Zugang zu digitalen Angeboten zu ermöglichen und sie diesbezüglich zu schulen. Durch das Bewerbungsverfahren zeigte sich, dass die Bildungsakteure im Landkreis schon ein sehr umfangreiches Angebot zur Vermittlung digitaler Bildung machen können. In einigen Bereichen entstanden durch den zustande gekommenen Austausch neue Projektideen. Diese werden wir nun weiterverfolgen."

In den „Digitalen Bildungsregionen" können die bayerischen Bildungsregionen ihre bereits bestehenden regionalen Netzwerke und Strukturen nutzen, um zukunftsorientiert die digitale Bildung noch stärker in den Blickpunkt zu rücken. Mittlerweile haben sich 37 von insgesamt 76 Bildungsregionen im Freistaat zusätzlich auf den Weg zu einer „Digitalen Bildungsregion" gemacht. Kern der Initiative stellt die Vernetzung der Akteure in der Region dar, um Angebote weiterzuentwickeln und zu erweitern.

Weitere Informationen in der Handreichung und im Download: „Bildungsregionen in Bayern – Weiterentwicklung zu Digitalen Bildungsregionen" des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus. https://www.km.bayern.de/ministerium/schule-und-ausbildung/bildungsregionen.html ❐



v.l.. Kultusminister Michael Piazolo, Landrat Albert Gürtner und Christina Berger vom Bildungsbüro des Landkreises. Bild: A. Gebert / © StMUK

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
> 50 erfolgreiche ISIS12 Projekte
www.Mein-Datenschutzberater.de
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

GZ auf folgenden
Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Messenger-Dienste
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten – direkt auf Ihr Handy:

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.aKDB.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!"
Wartung und Reinigung von:
- Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
- Prozesslufttechnische Anlagen
- Kontrollierte Wohnraumlüftung

Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 15. April 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 8





BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Kinder- und Jugendkonferenz der Bayerischen Staatsregierung:

Schutzversprechen und Bildungsgarantie

Wie Kinder und Jugendliche in der Corona-Pandemie besser gefördert werden können, darüber tauschten sich bei einer „Kinder- und Jugendkonferenz“ der Bayerischen Staatsregierung per Videoschalte unter der Leitung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder neben Vertretern verschiedener Kinder- und Jugendverbände auch Familienministerin Carolina Trautner und Kultusminister Michael Piazolo aus. Konkrete Forderungen an die Staatsregierung hatte der Bayerische Jugendring (BJR) bereits im Vorfeld des digitalen Austauschs erhoben.

So plädierte der BJR unter anderem für eine sofortige Öffnung aller Einrichtungen der offenen Jugendarbeit (Jugendtreffs, Jugendhäuser und Jugendzentren) in Präsenz, insbesondere in ihrer Eigenschaft als komplementärer Erfahrungs-, Bildungs- und Entwicklungsort zur Schule. Zudem forderte er eine vollständige Umsetzung eines Stufenplans zur Öffnung der Jugendarbeit, um den jungen Menschen in der außerschulischen Bildung eine Perspektive zu bieten. Auch schwebt dem Jugendring eine zusätzliche Finanzierung von Angeboten durch ein Sonderprogramm in den Pfingst-, Sommer- und Herbstferien vor.

Beratungs- und Unterstützungsangebote

Überdies, so der BJR, sollten junge Menschen an den für sie relevanten Entscheidungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie mittels eines Expertengremiums mit Jugendlichen in der Staatskanzlei oder der Weiterführung der Austauschrunden mit Jugendministerin Carolina Trautner beteiligt werden. Außerdem gelte es, niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote für junge Menschen angesichts sozialer Unsicherheiten vorzuhalten.

Ministerpräsident Dr. Söder sprach nach der Konferenz von „beeindruckenden zweieinhalb Stunden im Austausch auf Augenhöhe“. Auch Kinder hätten sich zahlreich zu Wort gemeldet. „Wir sind für unsere Kinder und Jugendlichen da. Die junge Generation braucht alle Chancen mit Bildungsqualität und ohne Zusatzdruck. Es soll kein verlorenes Schuljahr sein“, betonte Söder. Es dürfe nicht zugelassen werden, dass die Kinder von heute weniger Chancen hätten als frühere Generationen. Die heutigen Erwachsenen stünden in der Verpflichtung für die nächsten Generationen.

Sicherheit an den Schulen

Notwendig sei unter anderem, an den Schulen Sicherheit zu gewährleisten – etwa durch testen und impfen. Damit Kinder und Jugendliche, die besonders unter den Folgen der Corona-Pandemie leiden, nun zusätzlich unterstützt werden können, kündigte Bayerns Ministerpräsident 200 neue Stellen etwa für mehr Streetworker, Erziehungsberatung und Stärkung der Schulsozialarbeit an. Zudem sollen rund 3000 Tutoren – etwa ältere Schüler, Studenten, Pensionisten und extra bezahlte Lehrer – zusätzliche Bildungskurse und Ferienprogramme anbieten. Dafür sind insgesamt rund 40 Millionen Euro eingeplant.



Ministerpräsident Dr. Markus Söder vor Beginn der virtuellen Kinder- und Jugendkonferenz der Bayerischen Staatsregierung mit weiteren Teilnehmern. Bild: Bayerische Staatskanzlei

Chancen und Sorgen der Jüngeren

Kultusminister Piazolo zufolge wird das Augenmerk somit auf die drei Säulen Beziehungen stärken, Beratung ausbauen und Bildung sichern gelegt.

Söder räumte ein, der Blick sei in der Corona-Pandemie zunächst auf Ältere gerichtet gewesen, die mit einem besonderen Risiko leben müssten. Aber auch Kinder und Jugendliche, Schülerinnen und Schüler seien von der Pandemie stark betroffen. Deswegen müsse man sich nun dauerhaft mit den Chancen und Sorgen auch der Jüngeren beschäftigen.

Digitale Streetworker

„Wir wissen, wie wichtig es ist, dass hier ein stabiles Umfeld für die Kinder, die Jugendlichen und die Familien existiert.“ Dies sei wichtig, damit alle die Pandemie auch psychisch gut überstehen, unterstrich Sozialministerin Trautner. Mit Blick auf den Übergang von der Schule in die Berufsausbildung erklärte sie,

(Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Landkreistag:

Für eine aktivierende Alterspolitik

Eine aktive und vorausschauende Alterspolitik der Landkreise als maßgeblich verantwortliche kommunale Ebene verbessert die soziale Infrastruktur für ältere Menschen und ihre Angehörigen. Die Landkreise erbringen, verantworten und initiieren zusammen mit ihren kreisangehörigen Gemeinden vielfältige Leistungen und Unterstützungsangebote. Nicht alles muss von ihnen selbst gewährt oder organisiert werden; oftmals ist es bereits nützlich, einen Anstoß zu geben. „Eine vom Gesetzgeber zu ermöglichende stärkere Rolle der Landkreise in der Pflege würde auch dort zu einer bedarfsgerechteren und vor allem sozialraumorientierten Versorgung beitragen“, heißt es in einem vom Präsidium des Deutschen Landkreistags verabschiedeten Themenpapier.

Komprimiert werden darin Handlungsfelder aufbereitet, die in den Landkreisen nach den örtlichen Gegebenheiten und Erfordernissen ausgefüllt werden. Entscheidend seien schließlich immer die konkreten Umstände und Bedarfe vor Ort, nach denen sich die Umsetzung richten muss, so der DLT.

Unterstützung rund ums Haus

Soziale und hauswirtschaftliche Dienstleistungen wie handwerkliche Hilfsdienste, Fahr-, Besuchs- und Essensdienste, Unterstützung rund ums Haus und bei alltäglichen Verrichtungen ermöglichen laut Deutschem Landkreistag vielfältige Unterstützung für ältere Menschen.

Generationenübergreifende Maßnahmen

Fürgenerationenübergreifende bzw. intergenerative Maßnahmen eigneten sich Mehrgenerationenhäuser, Familienzentren, lokale Bündnisse für Familien etc., die auf unterschiedliche Weise unter einem organisatorischen Dach verschiedene Dienstleistungen anbieten. Zunehmend würden wieder Sozialstationen und Gemeindeschwestern gefördert, die in den ländlichen Räumen gleichfalls kooperativ Hilfe erbringen.

Digitale Angebote

Bei der Gestaltung digitaler Angebote und Dienstleistungen für ältere Menschen sind die Landkreise wichtige Akteure. Je nach den konkreten Erfordernissen können digitale Technologien zur Vernetzung im Sozialraum beitragen und so helfen, älteren Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern und den Abbau bestehender Infrastrukturen zu kompensieren. Dabei muss jeder Landkreis eine für die eigenen Voraussetzungen passende Digitalisierungsstrategie (weiter-)entwickeln. „Vor allem in ländlichen Räumen sollten Ansätze der digital gestützten kommunalen Daseinsvorsorge gemeindeübergreifend konzipiert werden“, betont der DLT.

Ältere Menschen seien Adres-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

VKU-Verbandstagung 2021:

Familientreffen der Kommunalwirtschaft

Im Rahmen der diesjährigen (digitalen) VKU-Verbandstagung tauschten sich kommunale Unternehmen, politische Vertreter und Gäste zu aktuellen Fragen der Daseinsvorsorge, der Energie- und Verkehrswende sowie der kommunalen Infrastruktur aus. Gäste waren u.a. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Wirtschaftsminister Peter Altmaier, Umweltministerin Svenja Schulze und DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg.

„Ohne die Kommunalwirtschaft kann die Energiewende nicht gelingen“, unterstrich VKU-Vizepräsident Guntram Pehlke. Tatsächlich hinken wir hinterher, weil die politischen Rahmenbedingungen für einen zügigen Netzausbau, für einen konsequenten Zubau von Windkraftanlagen und für das Repowering bestehender Windräder nicht ausreichend sind.“

Chance für die Zukunft

Eine Chance für die Zukunft, so Guntram Pehlke, liege „selbstverständlich in der Nutzung von Wasserstoff“. Allerdings werde man „konventionelles Gas noch für etliche Jahre als Brückentechnologie“ benötigen. Statt jedoch für umweltfreundliche Gase völlig neue Netze aufzubauen, sollte man die vorhandenen Netze nutzen. Grundsätzlich seien vernetzte Lösungen vor Ort unter Einbeziehung der „Möglichkeiten, die uns die voranschreitende Digitalisierung bietet“, ein Schlüssel zur erfolgreichen Energiewende.

Schnellerer Ausbau der Infrastruktur

Vor der digitalen Tagung hatte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing einen schnelleren Ausbau der Infrastruktur in Deutschland angemahnt: „Unser Land braucht ein Infrastruktur-Update. Dabei sollte – überspitzt gesagt – Geschwindigkeit vor Perfektion gehen“, stellte Liebing fest. Die Infrastrukturen der Daseinsvorsorge seien der entscheidende Standortfaktor. „Politik sollte die nächste Legislaturperiode auf Buddeln und Baggern für Deutschland setzen.“

Lob und Dank adressierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel an die Kommunalwirtschaft: „Während der Corona-Pandemie hat sich einmal mehr gezeigt, dass wir uns auf die kommunalen Unternehmen verlassen können. Sie sind die Garanten der Daseinsvorsorge in dieser schwierigen Zeit, und es ist dem großen Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verdanken, dass wir uns auf die Strom-, Gas- und Wasserversorgung, auf den ÖPNV und vieles mehr verlassen können.“

Enges Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen

Wie wichtig ein enges Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen ist, zeigt sich Merkel zufolge im gemeinsamen Kampf gegen die Pandemie. Auch weiterhin stünden die gesundheitliche Versorgung sowie die Arbeit der Gesundheitsämter vor Ort im Mittelpunkt. Mit seinem Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst habe der Bund wesentlich die strukturelle Situation der Gesundheitsämter verbessert.

(Fortsetzung auf Seite 4)



„Das eigene Glück kann man nur multiplizieren, indem man es teilt“, räsoniert Sabrina. Aus ihrer Komfort-Pandemie-Zone heraus sorgt sie sich um die Menschen im globalen Süden. Die Stadt unterstützt natürlich das Projekt „1000 Schulen für unsere Welt“. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Ländlicher Raum steckt Corona-Schock besser weg 2
Asyl-Bilanz für 2020 2
Impulse für europäische Projektideen 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle zu Bayerns Kommunen: Hohe Investitionsfähigkeit, geringe Verschuldung 3
Bayernweiter Aktionstag „Lasst uns öffnen“ 3
Bundes-SGK: Strategien zu SGB II und Digitalisierung 4
Kommunale Energiethemen . . . . . 5 - 9
Kommunale Bauthemen . . . . . 10 - 11
Kommunales Gesundheitswesen . . . . . 12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger:

Ländlicher Raum steckt Corona-Schock besser weg als Metropolen

Regionale Unterschiede bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Bayern im Pandemiejahr 2020 – nördliche Oberpfalz, Landshut, Würzburg und Main-Rhön mit geringstem Anstieg

Eine Analyse der Arbeitsmarktstatistik zeigt: Der ländliche Raum in Bayern ist gegenüber den negativen konjunkturellen Auswirkungen der Corona-Krise widerstandsfähiger, als die Metropolregionen. Das Bayerische Wirtschaftsministerium hat dazu ausgewertet, wie sich der Arbeitsmarkt im Pandemiejahr 2020 in den verschiedenen Regionen Bayerns entwickelt hat. Demnach ist die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt in den Ballungsräumen im Vergleich zu 2019 um einen Prozentpunkt überproportional angestiegen. Im ländlichen Raum fiel die Zunahme mit 0,7 Prozentpunkten geringer aus.

Dazu Bayerns Wirtschafts- und Landesentwicklungsminister Hubert Aiwanger: „Der ländliche Raum steckt den Corona-Schock besser weg als die Metropolen. Die eher kleinbetrieblich geprägte Wirtschaftsstruktur mit einem starken Handwerk vor Ort und innovativen mittelständischen Hidden Champions erhöht die Pandemie-Resilienz entscheidend. Auch das verarbeitende Gewerbe, die Bauwirtschaft und der Inlandstourismus haben hier anteilig eine höhere Bedeutung als in den Ballungsräumen. Die Tatsache, dass sich in Bayern die wirtschaftliche Wertschöpfung nicht nur auf die großen Verdichtungsräume konzentriert, zahlt sich in der Krise aus."

Pandemiebedingter Anstieg

Mit 3,6 Prozent lag die bayerische Arbeitslosenquote 2020 pandemiebedingt um 0,8 Prozentpunkte höher als im Jahresdurchschnitt 2019 (2,8 Prozent). In den dicht besiedelten Metropolen stieg die Quote von 3,2 Prozent auf 4,2 Prozent (+ 1,0 Prozentpunkte), im ländlichen Raum von 2,5 Prozent auf 3,2 Prozent (+ 0,7 Prozentpunkte).

Besonders krisenrobust zeigt sich die Planungsregion Oberpfalz-Nord, zu der die Landkreise Tirschenreuth, Neustadt a.d. Waldnaab, Amberg-Sulzbach und Schwandorf sowie die Städte Amberg und Weiden gehören. Dort nahm die Arbeitslosigkeit um 0,5 Prozentpunkte und damit im regionalen Vergleich im geringsten Maße von 3,1 Prozent auf 3,6 Prozent zu.

Ebenfalls deutlich unter dem Landesdurchschnitt bei der Zunahme liegen die Planungsregionen Würzburg (Landkreise Würzburg, Kitzingen und Main-Spessart sowie die Stadt Würzburg), Main-Rhön (Landkreise Schweinfurt, Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld sowie die Stadt Schweinfurt) und Landshut (Landkreise Landshut, Dingolfing-Landau und Rottal-Inn sowie die Stadt Landshut) mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote um jeweils 0,6 Prozentpunkte. In Würzburg stieg die Quote von 2,3 Prozent auf 2,9 Prozent sowie in Main-Rhön und Landshut von 3,0 Prozent auf 3,6 Prozent.

Aiwanger sieht in der Pandemie-Resilienz der Regionen den Gradmesser für die erfolgreiche bayerische Landesentwicklungspolitik. „Die Stärkung der Regionen ist eines unserer zentralen Werkzeuge, um Bayern als Lebensraum und Wirtschaftsstandort erfolgreich in die Zukunft zu führen. Mit einer Vielzahl an zielgerichteten Förderprogrammen sorgen wir dafür, dass der ländliche Raum in Bayern seine beeindruckende wirtschaftliche Stärke behält. Damit schaffen wir den Rahmen für gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in den Metropolen und im ländlichen Raum", so der Wirtschaftsminister.

Erfolgreiche bayerische Landesentwicklungspolitik

Etwa 90 Prozent der Fläche Bayerns sind ländlich geprägt. Rund 7,3 Millionen Bayern und damit 55 Prozent der Bevölkerung leben auf dem Land. Über 43 Prozent der Bruttowertschöpfung Bayerns werden im ländlichen Raum erwirtschaftet. Mit einer effektiven regionalen Wirtschaftspolitik trägt der Freistaat dazu bei, Wirtschaftskraft und Wohlstand im ländlichen Raum zu sichern. Dazu gehören u.a. die Regionalförderung, das Regionalmanagement und die Tourismusförderung.

www.landesentwicklung-bayern.de/daten-zur-raumbeobachtung . ❐

Bayerns „Bürgermeister/in des Jahres 2021" gesucht

Landesweite Preisausschreibung für kommunalpolitische Verdienste

Auch in diesem Jahr wird wieder Bayerns „Bürgermeister/in des Jahres" gesucht. Mit dem Preis werden Bürgermeister/innen ausgezeichnet, die innovative Maßnahmen und Projekte zum Beispiel in den Bereichen Digitalisierung, Datenschutz, Elektromobilität, Demografischer Wandel, Wohnungsbau, Migration und Integration, Wirtschafts- und Tourismusförderung, Erneuerbare Energien und/oder Energieeinsparung auf den Weg gebracht oder umgesetzt haben.

Die Sieger reihen sich in den exklusiven Kreis herausragender Preisträger ein. Vorschläge können von Bürgern, Städte- und Gemeinderäten, Verwaltungsangestellten sowie den Bürgermeistern selbst eingereicht werden.

„Die Bürgermeister/innen der bayerischen Städte und Gemeinden tragen täglich ein hohes Maß an Verantwortung für das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger. Viele gehen dabei den berühmten Schritt extra und engagieren sich weit über die an ihre Position gestellten Erwartungen hinaus", schildert Dr. Stefan Detig, der selbst Altbürgermeister der Gemeinde Pullach ist, die Idee hinter dem Preis. Die Auszeichnung solle diesem Engagement Wertschätzung entgegenbringen und weiteren Kommunen als Ansporn dienen. Neben den Bürgermeistern/innen werden zugleich die am Siegerprojekt beteiligten Ratsmitglieder sowie die zuständigen Verwaltungsmitarbeiter/innen ausgezeichnet.

Ausgelobt wird die landesweite Preisauszeichnung von der DETIG Rechtsanwaltsgesellschaft aus Pullach und der LKC-Gruppe mit Hauptsitz in Grünwald bei München. Als Gewinn winken rechtliche und steuerliche Beratungsleistungen für eine örtliche gemeinnützige Einrichtung in Höhe von je 2.000 Euro. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Eine **kurze Projektbeschreibung** kann bis zum 30.04.2021 gerichtet werden an: DETIG Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Dr. Stefan Detig, Altbürgermeister, Habenschadenstr. 16, D-82049 Pullach, Tel.: +49 (0)89 7244 4850-0; Fax: +49 (0)89 7244 4850-89 E-Mail: info@detig-rsw.de. ❐

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann:

Asyl-Bilanz für 2020

Hohe Zahl an Aufenthaltsbeendigungen trotz Corona
Politik der Humanität und Ordnung konsequent fortführen

Der Trend zu einer deutlich sinkenden Anzahl neuer Asylanträge hat sich 2020 weiter fortgesetzt. Mit 12.346 neuen Asylanträgen in Bayern erfolgte das vierte Jahr in Folge ein Rückgang. Dem standen 9.556 Aufenthaltsbeendigungen gegenüber, darunter rund 8.000 freiwillige Ausreisen. „Diese Zahlen sind zwar auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie zu sehen. Dennoch spricht die Asylbilanz 2020 eine deutliche Sprache: Migrationssteuerung gelang in Bayern auch in diesen schwierigen Zeiten", sagte Bayerns Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann bei der Vorstellung der Asyl-Jahresbilanz zusammen mit dem Präsidenten des Landesamts für Asyl und Rückführungen Axel Ströhlein.

„Sowohl die Herausforderungen der Corona-Pandemie bei der Rückführung wie auch bei der Betreuung und Unterbringung meistern wir erfolgreich. Wir werden die bayerische Politik der Humanität und Ordnung konsequent fortführen", betonte der Minister und ergänzte: „Unser Ziel ist zudem weiterhin ein gerechteres, krisensicheres und nachhaltiges gemeinsames Europäisches Asylsystem, wie vom Bund angestoßen."

Der Minister wies daraufhin, dass rund 27 Prozent der Asylerstanträge auf in Deutschland geborene Kinder entfielen, die jünger als ein Jahr sind: „Dies bedeutet, dass wir in Bayern rund 9.000 wirklich einreisende Antragsteller hatten."

Hauptherkunftsländer

Zu den Hauptherkunftsländern der Asylbewerber in Bayern zählten Syrien, gefolgt vom Irak, Afghanistan, Nigeria und der Republik Moldau. Insgesamt erhielten 35,7 Prozent der Antragsteller in Bayern vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen Schutzstatus.

Ohne Schutzstatus kein Aufenthaltsrecht

„Wer keinen Schutzstatus erhält, der muss unser Land auch wieder verlassen, am besten freiwillig mit den bestehenden großzügigen Förderungsmöglichkeiten", betonte Herrmann und erläuterte weiter: „Wer nicht freiwillig ausreist, muss konsequent mit einer Abschiebung rechnen.

Auch wenn diese 2020 zeitweise coronabedingt massiv erschwert wurden, konnten rund 1.558 Abschiebungen (2019: 3.545) durchgeführt werden. 57 Prozent der Abgeschobenen waren vorher polizeilich in Erscheinung getreten (2019: 47 Prozent)."

Der Minister weiter: „8.000 freiwillige Ausreisen und 1.558 Abschiebungen im Ausnahmejahr 2020 belegen das hohe Engagement der bayerischen Ausländerbehörden. Dafür danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich!"

Zeichen für Solidarität und Menschlichkeit

2020 habe Bayern nach Herrmanns Worten aber auch ein Zeichen für Solidarität und Menschlichkeit gesetzt und zusätzlich 200 Menschen von den griechischen Inseln aufgenommen. Bis Ende März werden insgesamt noch 16 anerkannte Personen in Bayern erwartet.

Ausbildungsduldung

Herrmann zeigte sich erfreut, dass besonders die Ausbildungsduldung als Teil der 3+2-Regelung offensiv in Bayern umgesetzt wird. „Im Freistaat wurden 2020 1.133 Ausbildungsduldungen erteilt – das sind mit Abstand mehr als in jedem anderen Bundesland. Damit bauen wir unsere bereits seit 2019 bestehende Spitzenposition weiter aus," erklärte der Minister. ❐

Online-Pressekonferenz der SPD-Landtagsfraktion:

Einzelhandel unterstützen, Innenstädte beleben

Bereits vor der Corona-Pandemie wurde das Sterben der Innenstädte beklagt. Laut Branchentrendumfragen von Anfang des Jahres sahen sich knapp zwei Drittel der Innenstadthändler in Existenzgefahr – mit verheerenden Folgen für die Wirtschaft und die Beschäftigten. „Gleichzeitig werden zunehmende Geschäftsaufgaben sichtbare Spuren in unseren Innenstädten hinterlassen", befürchtet die Landtags-SPD.

Die wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Annette Karl will nun den bayerischen Einzelhandel in der Krise besser unterstützen und langfristige Konzepte zur Belebung der Innenstädte voranbringen. „Wir brauchen ein Konzept, das mehr vorsieht als unkoordinierte Öffnungsankündigungen, das Prinzip Hoffnung und die ewige Forderung nach mehr Sonntagsöffnungen nun im Corona-Zusammenhang", stellte die Oberpfälzer Abgeordnete bei einer Online-Pressekonferenz der Landtags-SPD fest.

Lebensqualität in den Kommunen sichern

„Warum hat man den Eindruck, Einzelhandel und Innenstädte sind nicht im Hauptfokus der Politik? Warum kommt außer einzelnen Öffnungsforderungen nichts, keine langfristige Strategie, keine Vorschläge?", fragte Karl. Offenbar habe dies etwas damit zu tun, „dass der Einzelhandel nur ca. 3,5 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ausmacht, und da sind die Lebensmittelhändler schon mit dabei". Diese rein ökonomische Sichtweise führe jedoch in die Irre und gefährde auf Dauer die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden.

Keine Ansammlung von Leerständen

„Innenstädte müssen einladend und lebendig sein, nicht nur eine Ansammlung von Leerständen und Ein-Euro-Läden", machte Karl deutlich. „Wenn die Innenstädte sterben, sehen alle Orte bald aus wie Donuts, innen leer mit Rändern aus reinen Schlaforten. Dafür wird dann auch noch unnötig viel Fläche versiegelt. Wir benötigen daher ein Konzept mit einem Maßnahmenbündel, das die unmittelbare Unterstützung des stationären Einzelhandels mit einer langfristigen Strategie für attraktive und lebendige Innenstädte kombiniert."

Parlamentsantrag für Innenstadtfonds

In einem Parlamentsantrag fordert die Landtags-SPD die Einrichtung eines Innenstadtfonds, der im Sinne eines fairen Lastenausgleichs über eine zunächst zeitlich begrenzte Abgabe für den Online-Handel gespeist wird. „Das wäre wesentlich mehr als das sogenannte ‚Fitnessprogramm für Städte', das viel zu kompliziert und zu niedrig dotiert ist", erklärte Karl.

Auch hält es die SPD nicht für sinnvoll, immer neue Gewerbeflächen auf der grünen Wiese auszuweisen und die Innenstädte veröden zu lassen. Deswegen müsse das Landesentwicklungsprogramm angepasst und Geschäfte in die Innenstädte zurückgeholt werden. Weiter sollten Möglichkeiten geschaffen werden, wie leerstehende Innenstadtflächen flexibel für neue Nutzungsformen wie Pop-Up-Läden, Kultur- und Büroflächen oder auch Wohnraum genutzt werden können.

Zudem wird der Internetboom auch nach der Corona-Krise Bestand haben. Die SPD fordert daher eine stärkere und systematische Unterstützung bei der Entwicklung regionaler Internetplattformen. **DK**

Aiwanger zum Förderprogramm Start Transnational:

Impulse für europäische Projektideen

Grenzüberschreitende Kooperationen zwischen Regionen und Städten in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr und Umweltschutz lohnen sich. Anlässlich des Startschusses der Interreg-Förderprogrammperiode 2021 bis 2027 können bayerische Projekte seit 1. April 2021 eine staatliche Anschubförderung erhalten. „Mit Start Transnational werden künftig bayerische Antragsteller für ihre Anträge im Rahmen des Interreg-Förderprogramms unterstützt. Mit jeder Projektidee erhält der europäische Gedanke einen neuen Impuls. Wir wollen die räumliche Entwicklung mit regionalem Fokus stärken", sagt Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger.

Auch Kommunen können an den Interreg-Programmen teilnehmen. „Viele bayerische Orte wollen mit ihren europäischen Nachbarn spannende transnationale Projekte umsetzen. Genau diese kreativen bayerischen Kommunen fördert Start Transnational. Bis zu 90 Prozent der anfallenden Kosten, die bei der inhaltlichen Konkretisierung der europaübergreifenden Projektidee bis zur Antragsreife anfallen, können künftig gefördert werden", erklärt Aiwanger. „Unser Förderprogramm ist deutschlandweit einzigartig. Es erhöht die Erfolgsaussichten signifikant und fördert die europäische Zusammenarbeit."

Das Spektrum der europäischen transnationalen und interregionalen Maßnahmen ist vielfältig: Sie reichen von der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Regionen (z. B. durch Tourismus), der Verbesserung der staatenübergreifenden medizinischen Versorgung (z. B. durch die Vernetzung von Krankenhäusern) bis hin zur Nutzung energiesparender Verkehrstechnologien.

Informationen zum Förderprogramm des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie: www.efre-bayern.de unter dem Thema „Start Transnational" . ❐

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Dr. Robert Römmelt
97792 Riedenberg
am 20.4.

Bürgermeister Andreas Amend
97901 Altenbuch
am 27.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Stamm
97828 Marktheidenfeld
am 22.4.

Landrätin Andrea Jochner-Weiß
82362 Weilheim
am 24.4.

Bürgermeister Rüdiger Gerst
96164 Kemmern
am 26.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Roland Schmitt
97228 Rottendorf
am 20.4.

Bürgermeister Johann Anderl
94359 Loitzendorf
am 21.4

.Bürgermeister Robert Muhr
94259 Kirchberg i. Wald
am 22.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Oliver Weigel
95615 Marktredwitz
am 19.4.

Bürgermeister
Dr. Markus Hertlein
86567 Hilgertshausen-Tandern
am 21.4.

Bürgermeister
Sven Ruhl
95496 Glashütten
am 24.4.

Bürgermeister
Jörg Steinleitner
82418 Riegsee
am 28.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thorsten Wick
89358 Kammeltal
am 21.4.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Leberle
86756 Reimlingen
am 16.4.

Bürgermeister
Paul Roßberger
93462 Lam
am 22.4.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Forderungen im Internationalen Münchner Presseclub:

„Öffnen mit Testen!“

Es gibt Alternativen zum Lockdown, doch der Unmut in der Bevölkerung wächst, dass diese nicht zum Tragen kommen und viele Unternehmen in der aktuellen Situation allein gelassen werden. Anlässlich des bayernweiten Aktionstages „Lasst uns öffnen“ diskutierten im PresseClub München unter Leitung von dessen Vorsitzendem, Dr. Uwe Brückner, Vertreter aus Politik, Wirtschaft und der Bevölkerung über Öffnungsperspektiven und stellten ihre Forderungen an die Regierung.

„Der Lockdown ist das einfachste Mittel, aber er bringt viele Nebenwirkungen und Kollateralschäden. Dabei geht es schon lange nicht mehr um die finanziellen Schäden, sondern zunehmend um die sozialen und psychischen Folgen. Dass es aktuell keine Perspektiven gibt, macht mich nicht nur traurig, sondern auch wütend.“ Mit diesen eindringlichen Worten eröffnete Susanne Grill, Projektmanagerin Cocoon Hotels und Dozentin an der Tourismusmanagement Hochschule München, die Diskussion im PresseClub München. Seit 15 Jahren arbeitet Grill in der Hotellerie und Gastronomie und sprach stellvertretend für viele Bürgerinnen und Bürger, deren Unmut über die aktuelle Lage wächst und die den Dialog mit der Politik suchen. Dazu haben sich mittlerweile mehrere Initiativen gebildet, die sich – abseits von Coronaleugnern, Verschwörungstheoretikern oder Rechtsextremen – gegen den anhaltenden Lockdown aussprechen und gemeinsam mit der Politik Lösungen und Wege aus dem Lockdown erarbeiten wollen.



Unser Bild entstand während der Pressekonferenz im Münchner Presseclub und zeigt von links: Dr. York Otto, Gabriele Sehorz, Hubert Aiwanger und Dr. Uwe Brückner. Bild: Jörn Dreuw

Bayernweiter Aktionstag

„Wir fordern sinnvolle, gerechte, transparente, nachvollziehbare und vor allem wirksame Maßnahmen. Hören Sie auf die Stimme des Volkes“, appellierte Grill an die Podiumsteilnehmer. Die gebürtige Niederbayerin ist Organisatorin des bayernweiten Aktionstages, zu dem sich unter dem Motto „Lasst uns öffnen“ verschiedene Aktionsbündnisse aus dem Freistaat zusammengeschlossen haben, um zwischen fünf Minuten nach 12 und fünf Minuten nach 19 Uhr mit Kundgebungen, Pressekonferenzen und Online-Aktionen auf die aktuellen Missstände aufmerksam zu machen. Dazu zählten sie geschlossene Geschäfte, aber auch die Belastung für Familien beispielsweise durch Homeschooling.

Debatte über Kollateralschäden

„Wir müssen in der Öffentlichkeit vermehrt darüber berichten, welche Kollateralschäden der Lockdown mit sich bringt. Denn wenn dieses Thema in der öffentlichen Debatte einen gewichtigen Platz einnimmt, steigt der Druck auf die Politik zu reagieren“, sagte Florian Post (SPD), der den Münchner Wahlkreis Nord im Deutschen Bundestag vertritt. Post kritisierte zudem, dass allein eine Debatte im Parlament nicht ausreiche, um Entscheidungen der Bundesregierung zu legitimieren. „Es braucht eine parlamentarische Grundlage, damit Beschlüsse der Regierung bezüglich der Coronaregelungen auch abgeändert werden können. Das ist aktuell nicht möglich.“

Tests als „Eintrittskarten“

Hubert Aiwanger, stellvertretender bayrischer Ministerpräsident und Landesvorsitzender der Freien Wähler, bezeichnete die Forderungen der Unternehmen nach Öffnungsperspektiven unter dem Schlagwort #lasstunsöffnen als nachvollziehbar. „Die Wege aus dem Lockdown müssen mehrheitsfähig sein und ich sehe in dem Thema ‚Öffnen mit Tests’ eine mehrheitsfähige Position.“ Er unterstützte die Forderung, dass flächendeckende Tests als Eintrittskarten für Schulen und Restaurants gelten könnten. „Und diesen Weg müssen wir systematisch beschreiten mit Teststationen und der Feststellung von infizierten Personen.“

Kommunale Schnellteststrukturen

Auch in einem Forderungspapier des Bezirksverbandes Oberbayern der Mittelstands-Union der CSU steht der Ausbau der Schnelltestinfrastruktur im Fokus. „Solange Impfungen nicht im erforderlichen Maße stattfinden können, müssen zumindest die Testmöglichkeiten deutlich ausgebaut werden. Hier sehe ich den Staat in der Pflicht, möglichst schnell kommunale Schnellteststrukturen zu schaffen. Das kann nicht dem Mittelstand auferlegt werden. Aber auch betriebliche und privatwirtschaftliche Teststrukturen sind zu definieren und staatlich zu fördern, ebenso gilt es neue Testmöglichkeiten sowie fachlich begleitete Webinare zu berücksichtigen“, erläuterte Bezirksvorsitzender Dr. Thomas Geppert.

Unterstützung für Wirtschaft

Martin Hagen, MdL und FDP-Landtagsfraktionsvorsitzender, setzt sich im Landtag ebenfalls für Öffnungsperspektiven mit Vernunft ein. Die FDP-Landtagsfraktion hatte im Januar bereits einen Stufenplan vorgelegt. „Ich teile die Position, dass wir durch die Tests mehr öffentliches Leben zulassen können.“ Zur Unterstützung der Unternehmen forderte Hagen als kurzfristige Maßnahme eine gesetzliche Ausweitung der Möglichkeit des Verlustrücktrags. „Langfristig müssen wir zudem die Rahmenbedingungen für das Wirtschaften verbessern, z. B. durch den Abbau des Solidaritätszuschlags, keine weiteren Steuererhöhung und mehr Bürokratieabbau.“

Runder Tisch gefordert

Über 70 Prozent aller Arbeitsplätze hängen an ihnen – den Selbstständigen, die besonders stark betroffen sind von der aktuellen Situation. „Viele Selbstständige in Bayern kämpfen immer noch mit Herzblut. Gleichzeitig bekomme ich ein Bild gespiegelt, das weh tut. Da geht’s beispielsweise darum, dass angeblich Hygieneschutzmaßnahmen von den Unternehmern nicht eingehalten würden. Dabei haben sie bereits vor Monaten Konzepte ausgearbeitet“, stellte Gabriele Sehorz, Präsidentin des Bundes der Selbstständigen in Bayern (BDS Bayern), fest. „Wir fordern einen runden Tisch, an dem viele kluge Köpfe sitzen. Denn so können wir gemeinsam mit Sachverstand Strategien entwickeln, wie wir viele Bereiche wieder öffnen können.“

Mehr Chancengleichheit

„Es wird zu wenig darüber berichtet, dass Deutschlands Wirtschaft enorm absackt“, warnte Dr. Yorck Otto, Präsident der Union mittelständischer Unternehmer (UMU). Wirtschaftswissenschaftler seien im Beratungsgremium der Regierung leider nicht gefragt, obwohl der Lockdown die Bundesrepublik Deutschland jede Woche 40 Milliarden Euro koste, kritisierte er. „Ich bitte um Berücksichtigung, dass die mittelständischen Unternehmen immer noch die größten Steuerzahler sind. Der Staat müsste staatliche Beteiligungen in die Privatwirtschaft zurückführen, um mehr Chancengleichheit zum Schutz der kleinen Unternehmen herzustellen“, forderte Otto. Der deutsche Mittelstand ist zudem einer der größten Ausbilder und leistet damit einen erheblichen Anteil am deutschen Wirtschaftswachstum. Doch laut Schätzungen müssen 23.500 Unternehmen in diesem Jahr Insolvenz anmelden, weil der Markt ihnen weggebrochen ist. „Wir driften dadurch auch immer mehr ab in die Jugendlosigkeit, da beispielsweise Hotels aktuell keine Auszubildenden übernehmen“, mahnte Otto.

„Soziale Kontrolle ist ausgeschaltet“

„Manche Kinder und Frauen sind durch den Lockdown unsichtbar geworden“, beklagte Romy Stangl, die sich als Aktivistin für Menschenrechte und Vorstandsfrau von One Billion Rising München e.V. für Empowerment von Frauen einsetzt. Laut einer aktuellen Studie seien drei Prozent der Frauen während der Lockdownphase von häuslicher Gewalt betroffen, zitierte Stangl. Zugleich funktioniere die Meldekette – u. a. aufgrund der Schulschließungen – nur noch eingeschränkt, sodass Misshandlungen von Frauen und Kindern immer häufiger unentdeckt bliebe. „Diese Menschen zu schützen sollte eine politisch humanitäre Aufgabe sein“, sagte Stangl. Außerdem kritisierte sie, dass Kinder auf ihr Dasein als Schüler reduziert werden und andere Bereiche, wie Sportaktivitäten während der Freizeit, vollkommen ausgeblendet werden. Aiwanger gab in diesem Zusammenhang jedoch zu bedenken, dass Kinder und Jugendliche deutlich stärker vom Infektionsgeschehen betroffen seien als andere Bevölkerungsgruppen. „Deshalb werden wir an Tests nicht vorbeikommen. Dabei stellt sich die Frage, wo diese Tests stattfinden sollen. Rund 20 % der Kinder bekommen von ihren Eltern kein Frühstück – man kann davon ausgehen, dass daher auch immer einige Kinder ohne Tests zur Schule kommen. Deshalb setzen wir uns für das Testen in Teststationen oder in der Schule ein.“

Online-Petition „Testland Bayern“

Zum Ende der Diskussion machte Sehorz auf die Online-Petition „Testland Bayern“ aufmerksam. „Wir wünschen uns, dass ganz Bayern Testland wird und Schnelltests nicht nur in sogenannten ‚Testkommunen’ zur Verfügung stehen. Wir entwickeln uns aktuell in die Richtung: ‚Wer getestet ist, hat auch wieder mehr Freiheiten’. Der BDS Bayern hat kein Interesse an überstürzten Entscheidungen, aber wir haben jetzt den Einstieg in das Thema bekommen und nun geht’s drum, was wir daraus machen. Die Landkreise/kreisfreien Städte können zusätzlich zu kommunalen Teststationen mit Apotheken, Ärzten u. a. ein flächendeckendes Netz in den Kommunen bzw. Landkreisen aufbauen. Auch können Arbeitgeber – freiwillig – einen großen Beitrag leisten, wenn sie eigene Teststationen betreiben und an das System der ‚Freibescheinigungen’ angeschlossen sind. Allein hierdurch könnte ein hoher Anteil der Bevölkerung regelmäßig getestet werden“, erklärte Sehorz. Grill formulierte abschließend ein positives Fazit: „Es gibt Lösungen und wir dürfen Wege aus dem Lockdown nicht weiter herauszögern. Wir werden immer wieder nachjustieren müssen, sodass wir Schritt für Schritt zu einer Normalität zurückkehren, wie wir sie vor der Coronapandemie hatten.“ **red**

GZ KOLUMNE Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,



die bayerischen Kommunen sind trotz der Auswirkungen der Corona-Pandemie finanziell gut durch das vergangene Jahr gekommen.

Das liegt einerseits an den schnellen Stabilisierungsmaßnahmen und finanzstarken Unterstützungen von Bund und Freistaat und anderseits daran, dass die finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie noch nicht im vollen Ausmaß auf der kommunalen Ebene angekommen sind. Darüber hinaus sind die bayerischen Kommunen gut gerüstet und finanzstark in die Krisenzeit gestartet.

Eine geringe Verschuldungsquote und die hohe Investitionsfähigkeit sind in Deutschland zu einem Markenzeichen bayerischer Kommunen geworden. So konnten auch 2021, trotz der Corona-Krise, zahlreiche Kommunen Rekord-Haushalte beschließen, Landkreise eine Erhöhung der Kreisumlage vermeiden und auch die Aufnahme von Schulden verhindert werden. Das ist ein positives Signal für Bayern und auch für die Menschen vor Ort.

Markenzeichen bayerischer Kommunen:

Hohe Investitionsfähigkeit und geringe Verschuldung

Doch die ersten finanziellen Folgen der Corona-Pandemie sind bereits in unseren Kommunen spürbar. Einnahmenausfälle bei öffentlichen Einrichtungen, Einbrüche bei der Gewerbesteuer, Mehrausgaben in der Gesundheitsvorsorge und höhere Defizite bei Kommunalunternehmen lassen erahnen wie sich die Folgen der Krise auf die Kommunen auswirken werden.

Die langfristige Stabilität der Finanzlage sowie eine hohe Planungssicherheit für die kommenden Jahre sind für die bayerischen Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke von enormer Wichtigkeit. Dieses Ziel kann nur durch ein enges Zusammenspiel aller politischer Ebenen erreicht werden. Ohne weitere finanzielle Unterstützung durch den Freistaat Bayern sowie den Bund in den nächsten Jahren ist dieses Ziel nicht zu erreichen.

Die bayerischen Kommunen haben sich in der Corona-Pandemie wiederholt als Stabilitätsanker in der Krise bewährt. Dafür wurden sie im vergangenen und auch in diesem Jahr von der Bayerischen Staatsregierung kräftig unterstützt. Die KPV wird sich auch weiterhin für eine starke Unterstützung der Kommunen in und nach der Corona-Pandemie einsetzten.

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund!

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries



Bundes-SGK:

Strategien zu SGB II und Digitalisierung

Die Verabschiedung von Positionspapieren zu den Themen „Pandemie und Digitalisierung“ sowie zu geplanten Änderungen des SGB II standen u.a. auf der Agenda der jüngsten Vorstandssitzungen der Bundes-SGK.

Was den von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil vorgelegten Referentenentwurf eines „Elften Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze“ anbelangt, so greift dieser einige der bereits von der Bundes-SGK geforderten Weiterentwicklungen des SGB II auf. Längere Karenzzeiten bei den Kosten zur Unterkunft, aber auch die Regelungen zum Schonvermögen geben den Menschen laut Bundes-SGK Vertrauen und Sicherheit in die sozialen Sicherungssysteme. Sie ermöglichen die Konzentration auf Arbeitssuche oder berufliche Weiterbildung. Die im Entwurf formulierten Anreize zur Weiterbildung für Langzeitarbeitslose und gering Qualifizierte bieten diesen die Chance zur Teilhabe am Arbeitsmarkt ohne das Prinzip des „Fördern und Fordern“ auszuhöhlen.

Die gesellschaftliche Mitte darf nach Auffassung der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker nicht zum Verlierer der Corona-Krise werden. Der vorliegende Entwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales stelle eine sinnvolle Weiterentwicklung des Sozialstaates dar. Er biete die Chance, Fehlentwicklungen in der Hartz IV-Gesetzgebung zu korrigieren und gesellschaftspolitische Debatten um Hartz IV zu beenden. Zudem stelle der Entwurf die Motivation der Bürger zur Partizipation am Arbeitsmarkt in den Vordergrund und grenze sich damit von Überlegungen zum bedingungslosen Grundeinkommen ab.

Stichwort Digitalisierung: Sie hilft nicht nur bei der Überwindung der Corona-Pandemie, sie hat sich durch die verstärkte Nutzung ihrer Möglichkeiten in den vergangenen Monaten auch beschleunigt: Kommunikation, Beteiligungsverfahren, Homeschooling, Gesundheit, mobile Arbeit und Mobilität sind Bereiche, die betroffen sind. Welche Tendenzen sich abzeichnen, welche Entwicklungen zu erwarten sind und wie damit in Zukunft zu verfahren ist, dazu hat der Bundes-SGK-Vorstand ein Diskussionspapier verabschiedet.

„Kommunen brauchen digitale Souveränität“, heißt es darin. Deshalb sollten Telekommunikationsdienste zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören, sind sie doch Voraussetzung für eine bessere Daseinsvorsorge vor Ort in allen Bereichen von der Gesundheitsversorgung bis zur Abwasserentsorgung. Gleichwertige Lebensverhältnisse wird es nur mit einer besseren digitalen Infrastruktur geben. Daher braucht es den flächendeckenden 5G-Ausbau überall und Glasfaser an jedes Haus.

Zugleich müssten die öffentlichen IT-Dienstleister und Kommunalverwaltungen dabei unterstützt werden, Open Source-Softwarelösungen zu entwickeln, um unabhängiger von großen marktbeherrschenden Anbietern zu werden. Öffentliche IT-Dienstleister seien in der Lage gewesen, während der Pandemie Lernplattformen zu entwickeln und zur Verfügung zu stellen. Gerade in Krisenzeiten sei dies für die einzelne Kommune wichtig. Die Gründung der Genossenschaft Govdigitial sei ein Beispiel dafür, sie ist auch beteiligt an der Entwicklung eines „digitalen Corona-Impfpass“, der als Beleg für eine überstandene Infektion dienen soll.

Die Kommunale Familie mit ihren fachspezifischen Verbänden ist initiativ beim Einsatz von Open Source Software, die Kommunen zur Verfügung stehen soll und individuell an deren Bedürfnisse angepasst werden kann. Ziel müsse die möglichst unabhängige Handlungsfähigkeit und Entscheidungsfreiheit von Kommunen in der digitalen Welt sein.

Kritische Infrastrukturen

Mit der fortschreitenden Digitalisierung werde auch die Abhängigkeit von deren technischer Funktionsfähigkeit deutlicher. Die Angriffe auf Krankenhäuser in jüngster Vergangenheit ließen für die Zukunft einen weiteren Anstieg solcher Sabotageversuche vermuten. Zum Schutz kritischer Infrastrukturen (Gesundheit, Energie, Ernährung, Wasser, usw.) müsse die Cybersicherheit gewährleistet sein.

„Die Datensouveränität von Gebietskörperschaften und öffentlichen Unternehmen im Interesse des Gemeinwohls muss gewährleistet sein“, lautet eine weitere Forderung. „Das heißt, Städte und Gemeinden müssen einen Zugang zu Daten haben. Dieser Zugang muss auch in Vertägen mit privaten Anbietern explizit sichergestellt werden.“

Im Sektor Verkehr sei dabei das Projekt „Datenraum Mobilität“ (entwickelt von acatech, Deutsche Akademie der Technikwissenschaften) ein Beispiel. Ziel ist es, in den kommenden Jahren die wirtschaftliche und technische Abhängigkeit von digitalen Plattformen privater Anbieter, wie etwa aus den USA oder Asien, zu reduzieren. Die Datensouveränität der Teilnehmer sowie eine gerechte Teilhabe, also eine möglichst gemeinwohlorientierte Bereitstellung und Nutzung von Daten, soll auf diese Weise gesichert werden.

Die Ausstattung mit Mitteln zur Beschaffung von Hard- und Software in Verwaltungen, Unternehmen und Bildungseinrichtungen, sowie die Verfügbarkeit von Geräten für die Nutzenden ist beispielsweise für Schülerinnen und Schüler die Bedingung zur Teilhabe am digitalen Lernen gewesen. Wer ein eigenes Gerät nutzen konnte, musste darauf hoffen, dass möglichst niedrigschwellige Software zum Einsatz kommt, die auf dem Gerät auch „läuft“. Aber auch die Bereitstellung eines freien oder zumindest kostengünstigen Internet-Zugangs und die entsprechenden Kompetenzen sind aus Sicht der Bundes-SGK für die digitale Teilhabe wichtig.

Je weiter Kommunen mit ihren Digitalisierungsbemühungen voranschreiten, umso wichtiger werde es, die entwickelten Fähigkeiten und Lösungen in die Breite bzw. in die Fläche zu bringen. Nicht jede Kommune müsse das „Rad neu erfinden“. Daher wäre die Gründung eines Kompetenzzentrums für Digitalisierung als Ansprechpartner zur Vernetzung und Hilfe bei der Umsetzung eine wichtige Maßnahme. Patentlösungen hingegen seien bei der Vielfalt der Kommunen kaum denkbar und auch nicht wünschenswert. Gute Beispiele könnten jedoch eine Hilfe bei eigenen Bemühungen sein, mutmaßt die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik. **DK**

Familientreffen der ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Mit Blick auf das Thema Energieversorgung verwies die Kanzlerin auf die Notwendigkeit, sich neben dem Strom vor allen Dingen mit der Erzeugung von Wärme zu befassen. Man habe noch ein gutes Stück Arbeit vor sich, um Wärmenetze auf- und auszubauen, die mit erneuerbaren Energien gespeist werden. Als eine klimafreundliche Alternative zu fossilen Energieträgern bietet sich aus Merkels Sicht neben Erdgas als Brückentechnologie Wasserstoff an. Unter der Voraussetzung neuer Infrastrukturen wären Wasserstofftechnologien im Wärmesektor oder im Bereich der Mobilität und später auch in der industriellen Produktion vielfältig einsetzbar.

Wesensmerkmale moderner Daseinsvorsorge

Kommunale Unternehmen, so Merkel, zeigten, dass klimafreundliche, ressourcen- und kostensparende Technologien Wesensmerkmale einer modernen Daseinsvorsorge sind. Mit Blick auf den Ausbau der digitalen Infrastruktur sei es von Vorteil, „wenn Kommunalunternehmen, die Versorgungsnetze aller Art bauen und betreiben, beim Netzausbau Synergien nutzen – wenn sie zum Beispiel neben Wasser- und Stromleitungen auch gleich Glasfaserkabel oder zumindest Leerrohre für Glasfaserkabel mitverlegen. Das spart letztlich viel Zeit und Geld und wird an vielen Stellen natürlich auch gemacht. Das heißt, wir müssen die gesamte Infrastruktur des 21. Jahrhunderts komprimiert gemeinsam denken und dann auch realisieren.“

„Um das Missverständnis zu vermeiden, ich will nicht aus dem System des EEG aussteigen“. Mit diesen Worten umriss Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier seine Pläne, die Erneuerbaren-Förderung in Deutschland auf neue Füße zu stellen. Das EEG sei ein „komplexes Gesetz, das wir brauchen, bis die Energiewende einen bestimmten Umsetzungszustand erreicht hat“, betonte der Minister. Allerdings wolle er den Anlagen-Zubau „spätestens ab 2023 aus dem Bundeshaushalt“ finanzieren. Dazu sei keine große Änderung des EEG nötig, so Altmaier. Man benötige allerdings eine gesetzliche Regelung, die dem Haushaltsgesetzgeber eine Orientierung auch für die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl gebe.

Ausbau erneuerbarer Energien

Altmaier zeigte sich bereit, „beim Ausbau der erneuerbaren Energien noch mal eine ganze Schippe draufzulegen“ – allerdings nur, soweit dadurch die EEG-Umlage nicht weiter steige und die Kosten des zusätzlichen Erneuerbaren-Zubaus in den kommenden Jahren über den Haushalt finanziert würden.

Die wichtigsten Verbündeten

Für Bundesumweltministerin Svenja Schulze sind die kommunalen Unternehmen die „wichtigsten Verbündeten“, wenn es darum geht, die Treibhausgasneutralität 2050 zu erreichen. „Sie gestalten in nahezu allen Sektoren, ob Mobilität, Wohnen, Energieversorgung oder Kreislaufwirtschaft“, kommentierte sie in einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Klimaneutrale Kommune“. Kommunale Unternehmen wüssten, wie wichtig es ist, den Klimaschutz in die Geschäftstätigkeit zu integrieren, sie gingen mit gutem Beispiel voran.

Mit der Anhebung der europäischen Ziele für 2030 auf eine CO2-Minderung um 55 Prozent müsse hierzulande nachgesteuert werden, forderte Schulze. Hier müssten nun „eine ordentliche Schippe draufgelegt“ und die „Handbremse endlich gelöst werden“. Es sei deutlich mehr zu tun beim Ausbau der Erneuerbaren, damit vor allem auch die Energiewirtschaft mehr Planbarkeit bekomme.

Die Energiewende als ein „großes Mitmachprojekt zu verstehen, das auch Spaß machen kann“, ist die Vision von Wolfram Axthelm, Geschäftsführer im Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE). „Wir müssen dahin kommen, dass wir Menschen dafür begeistern.“ Dazu sei es nötig, die Erzeugung erneuerbarer Energien nicht nur dem ländlichen Raum zu überlassen, sondern sie auch in der Stadt zu erbringen. Mehr PV auf den Dächern oder auf Balkonen, aber auch im Wärmebereich die Geothermie, und der Breitbandausbau könne helfen, die Vernetzung im Urbanen für die neue Energiewelt zu organisieren. „Und die öffentliche Hand sollte Vorbildcharakter haben.“

Akzeptanz sei ein wesentlicher Schlüssel beim Aufbau der Erneuerbaren und speziell auch bei der Windenergie, mit der es zügig weitergehen müsse. Schon vor Jahren hätten sich die Städtischen Werke in Kassel mit umliegenden Gemeinden zusammengesetzt, um gemeinsam Windparks zu planen – mit dem Ergebnis, dass es keine Widerstände gegeben habe. „Wir müssen die Energiewende zu einem Projekt eines ganzen Landes machen.“

Unausgewogen, aber wichtig

Unausgewogen, aber dennoch wichtig findet Axthelm das Investitionsprogramm der Bundesregierung in Sachen Förderung der Elektromobilität. Hiermit werde lediglich die obere Mittelschicht mit Eigenheim und Wallbox beim Kauf eines E-Autos bezuschusst. Für Städter sei das meist keine Option. Parallel dazu müsse daher der ÖPNV unterstützt werden, um ihn attraktiver zu machen und um die CO2-Emissionen im Verkehrssektor zu verringern. Auch im Wärmebereich wird es nach Axthelms Einschätzung künftig nicht ohne Investitionsprogramme funktionieren.

Über die Mobilität der Zukunft und digitale Infrastrukturen diskutierte DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg mit Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, Ute Römer (Stadtwerke Rostock) und Dr. Urban Keussen (EWE AG). Einig war man sich, dass der Ausbau von Breitband und Mobilfunk auch in der Fläche durch schnellere Verfahren und weitere Förderung vorangetrieben werden muss. Auf Basis digitaler Infrastrukturen ergäben sich auch in den Bereichen E-Mobilität und ÖPNV neue Aufgaben und Möglichkeiten für kommunale Stadtwerke.

Aufschwung der Individualmobilität

Der DStGB-Hauptgeschäftsführer wies u. a. darauf hin, dass im Zuge der Corona-Pandemie die Individualmobilität einen Aufschwung erlebt und diese auch künftig einen wesentlichen Teil des Mobilitätsmix bilden wird. Die Voraussetzungen für die Verkehrswende unterschieden sich zwischen den Regionen. Anstelle einheitlicher Konzepte brauche es auf die lokalen Verhältnisse angepasste Strategien. Beim Umstieg auf alternative Antriebe bedeute dies „Technologieoffenheit und einen breiten Antriebsmix“. **DK**

Schutzversprechen und ...

(Fortsetzung von Seite 1)

dass Messen und Praktika aufgrund der Pandemie weggebrochen seien. Deshalb solle es zusätzliche Ausbildungsaquisiteure und „digitale Streetworker“ geben.

Insgesamt sollen belastete Familien besser unterstützt werden. Hierfür werden bestehende Strukturen ausgebaut. Erziehungsberatungsstellen sollen mit zusätzlichem Personal verstärkt werden. Man wollte dorthin kommen, „wo die Hilfe benötigt wird“, erklärte Trautner. Weitere Punkte sollen bei einer „Kinder- und Jugendkonferenz“ im Mai in Augsburg besprochen werden.

Stufenplan

Matthias Fack, Präsident des Bayerischen Jugendrings, nannte die Ergebnisse der Kinder- und Jugendkonferenz „enttäuschend für die jungen Menschen, aber es gibt wenigstens kleine Erfolge“. Ein einfacher Verweis auf ‚bessere‘ Zeiten für eine tatsächliche Öffnung der Jugendarbeit ist aus seiner Sicht keine Perspektive, die junge Menschen jetzt brauchen. Der BJR setze sich weiter dafür ein, Jugendarbeit in verantwortungsvollem Maß möglich zu machen, um Kindern und Jugendlichen eine Perspektive zu bieten – „unser Stufenplan dazu liegt auf dem Tisch, das bewährte Hygienekonzept wurde weiter bearbeitet und liegt bereit.“

Enttäuscht über fehlende Perspektiven für die Jugendarbeit zeigte sich der jugendpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Arif Taşdelen: „Die Staatsregierung muss endlich aufwachen und erkennen, dass Jugendarbeit einfach unverzichtbar ist. Die Jugendverbände und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit fangen Jugendliche auf, die es in der aktuellen Krise besonders schwer haben. Ihre Arbeit ist deshalb momentan wichtiger denn je und braucht endlich verlässliche Öffnungsperspektiven“, so Taşdelen. Grünen-Landtagsfraktionschefin Katharina Schulze kritisierte, Söder hätte die Kinder und Jugendlichen viel früher anhören müssen – bislang sei deren Perspektive vor allem in der Corona-Pandemie stets unter den Tisch gefallen. **DK**

Für eine aktivierende ...

(Fortsetzung von Seite 1)

saten verschiedener Digitalisierungsprojekte im Bereich der digitalen Daseinsvorsorge. Diese reichten von App-basierten Mitfahrdiensten über Lieferservices lokaler Läden oder Apotheken bis zu digitalen Angeboten im Bereich der Pflege und eHealth. Dafür müsse flächendeckend der Ausbau von Breitband und Mobilfunk vorangetrieben werden. Es liege in der Hand der Betroffenen, digitalen Technologien offen zu begegnen und sie zu nutzen. Die Praxis zeige, dass die ältere Generation überwiegend digital kompetent ist und die Zahl der digital affinen Älteren immer größer wird. Dabei sollte Digitalisierung als Entwicklung betrachtet werden, die den Austausch zwischen den Generationen fördern kann.

Unbeschadet der vielfältigen Digitalisierungspotenziale bleibe freilich die persönliche Beratung wichtig. Sind Verbleib und Betreuung in der eigenen Wohnung oder im eigenen Haus nicht mehr möglich, kämen andere Wohn- und Betreuungsformen wie z. B. Hausgemeinschaften, ambulant betreute Wohngemeinschaften oder betreutes Wohnen in betracht. Aber auch die klassische Heimbetreuung müsse unter Berücksichtigung des individuellen Bedarfs weiterhin zur Verfügung stehen.

„Ohne die Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements wird die notwendige Stärkung von Unterstützungsleistungen für ältere Menschen nicht möglich und nicht finanzierbar sein“, unterstreicht der Kommunalverband. „Daher kommen der netzwerkorientierten Gemeinwesenarbeit und dem Ehrenamt große Bedeutung zu, sowohl denjenigen älterer Menschen selbst als auch dem Engagement für ältere Menschen.“

Durch aktive Einbindung Älterer (Begegnungs- und Kontaktmöglichkeiten, Tätigkeitsfelder im Ehrenamt, Qualifizierungs- und Bildungsmaßnahmen etc.) könnten ihre Ressourcen für ein gesellschaftliches Engagement genutzt, ihre Aktivierung gefördert und zugleich Vereinsamungsprozessen vorgebeugt werden. Die Landkreise unterhielten vielfältige Strukturen zur Stärkung und Begleitung des Ehrenamts. Freiwilligenagenturen, Ehrenamtsbörsen, Seniorenbüros und auch die Kreisvolkshochschulen leisteten hier seit Jahren eine wichtige Arbeit in den Landkreisen. Diese müsse gezielt gestärkt werden.

Familienentlastende Unterstützungsangebote

Zwei Drittel der pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt. Die Landkreise erbringen familienentlastende und familienunterstützende, auch regenerativ wirkende Unterstützungsangebote, die es Familien erleichtern, ihre Angehörigen zu betreuen und zu pflegen. Zugleich muss aus Sicht des DLT die Einzelfallkompetenz betreuender und pflegender Angehörigen gefördert werden, um die Pflegebereitschaft im häuslichen Umfeld zumindest zu erhalten, wenn nicht zu erhöhen.

Vor allem Beratungs-, Begleitungs- und Entlastungsangebote werden im Landkreis koordiniert und vernetzt. Wichtig sei nicht nur eine sinnvolle Aneinanderreihung von pflegerischen und psychosozialen Hilfen, sondern auch die Gestaltung eines wirkungsvollen Verbundsystems von begleitenden und unterstützenden Angeboten – in Kombination mit den kreislichen Kompetenzen für die Hilfe zur Pflege, die Altenhilfe, die Daseinsvorsorge, das bürgerschaftliche Engagement, die Krankenhäuser, den Öffentlichen Gesundheitsdienst etc. Dieses breite Spektrum werde idealerweise in einem seniorenpolitischen oder generationenübergreifend in einem sozialpolitischen Konzept mit der Kreisentwicklungsplanung zusammengeführt.

Um eine bedarfsgerechte und sozialraumorientierte Infrastruktur auch in der Pflege zu erhalten oder zu entwickeln, müsse eine wirkungsvolle Pflegeinfrastrukturplanung der Landkreise ermöglicht werden, die sich am tatsächlichen Bedarf orientieren kann. Bislang schließe die Pflegekasse einen Versorgungsvertrag mit dem Betreiber, auch wenn das Pflegeheim in der Kreispflegeplanung nicht vorgesehen ist. Zugleich sei in den ländlichen Räumen eine wohnortnahe Versorgung nicht mehr überall gewährleistet. Die Kreispflegeplanung müsse daher bei der Zulassung von Pflegeheimen und ambulanten Diensten verbindlich berücksichtigt werden. „Hierfür bedarf es gesetzlicher Grundlagen im SGB XI sowie in den Landespflegegesetzen“, heißt es abschließend. **DK**

Staatsminister Hubert Aiwanger:

Die Energiewende erlebbar machen

Am 5. April 2011 ging der Energie-Atlas Bayern (EAB) online. „Seit seiner Gründung vor zehn Jahren hat er sich zu einer Art Wikipedia der bayerischen Energiewende entwickelt", erklärt Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger. „Was mich besonders freut: Viele Bundesländer haben den Energie-Atlas Bayern zum Vorbild ihrer eigenen digitalen Energieatlanten genommen."

Konkret informiert der Energie-Atlas Bayern über den aktuellen Stand der Energiewende in Bayern. Er enthält digitale und interaktive Karten mit einer Übersicht von rund 550.000 Erneuerbare-Energien-Anlagen. Die interaktiven Karten zeigen, wo sich der Einsatz erneuerbarer Energien lohnt und wo bereits Anlagen installiert sind. Die Potenzialkarten bieten u.a. Informationen zu Windgeschwindigkeiten, zur Sonneneinstrahlung und zur Eignung für Erdwärmenutzung oder Wasserkraftnutzung.

Innovative Tools machen die Energiewende erlebbar: Die 3D-Analyse von Windenergieanlagen zeigt beispielsweise, wie sich geplante Anlagen in die Landschaft einfügen. Das Mischpult „Energiemix Bayern vor Ort" stellt dar, wie das Potenzial von Erneuerbaren gehoben werden kann. Die Sammlung von rund 430 „Best-Practice"-Beispielen vor Ort belegt, dass die Energiewende an vielen Stellen in Bayern schon erfolgreich stattfindet. Sie sollen zudem andere zum Nachahmen anregen. Tipps und Hinweise zu Stolpersteinen von Praktikern bieten dabei hilfreiche Unterstützung.

Solarflächenbörse

In einer Solarflächenbörse können Privatpersonen, Unternehmen und Kommunen Dachflächen für Photovoltaik anbieten oder suchen. Dies gilt auch für Freiflächen, die sich für die Errichtung von Solarparks eignen. Eine Abwärme-Informationsbörse bietet Unternehmen die Möglichkeit, den Energie-Atlas Bayern als Marktplatz für ihre überschüssige Abwärme aus industriellen Prozessen zu nutzen. Zudem können neue oder noch nicht enthaltene Energieerzeugungsanlagen eingestellt und Daten vorhandener Anlagen korrigiert werden. Für Kommunen wurde die Rubrik „Werkzeugkasten" eingerichtet, in der Ausstellungsstücke, Vorlagen und Printprodukte für die Energiewende zur Ausleihe oder Weiterverwendung verfügbar sind.

Aiwanger zufolge werden bald alle E-Tankstellen Bayerns auf einer übersichtlichen Karte im Energie-Atlas Bayern zu finden sein. Weitere Angebote wie die Darstellung der Energiepotenziale für Flur- und Siedlungsholz, eine Überarbeitung der Darstellung von Abwärmequellen auf Grundlage neuer Daten sowie die Aktualisierung der Daten zu EEG-Anlagen sind in Planung.

Szenenwechsel. Staatsminister Aiwanger hat die Kommunen mit unbebauten oder teilweise bebauten Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Windenergienutzung dazu aufgerufen, die Flächen zu aktivieren. „Diese Gebiete wurden im Hinblick auf ihre Eignung zur Errichtung von Windenergieanlagen überprüft und im örtlichen Einverständnis von den Regionalen Planungsverbänden festgelegt. Diese Potenziale gilt es nun zügig zu heben."

Energiewende gemeinsam gestalten

Die direkte Ansprache des Wirtschaftsministeriums zur Initiierung weiterer Windenergieprojekte wird abgerundet durch einen Unterstützungsaufruf an alle bayerischen Landräte und Landrätinnen sowie die Vorsitzenden der Regionalen Planungsverbände. „Wir müssen alle an einem Strang ziehen und die Energiewende gemeinsam gestalten, um Wertschöpfung vor Ort zu erzeugen und unsere klima- und energiepolitischen Ziele zu erreichen", unterstrich Aiwanger.

Mit der Erzeugung von Strom durch Windräder können die Kommunen nicht nur CO2 einsparen und damit einen wichtigen Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel leisten, sondern als Gemeinschaft auch wirtschaftlich profitieren. Im Erneuerbaren Energien Gesetz 2021 wurde die Möglichkeit geschaffen, Kommunen finanziell am Ertrag von Windenergieanlagen zu beteiligen. Damit ist ein Beitrag von 12.000 bis 16.000 Euro pro Jahr zum Gemeindehaushalt möglich.

Auch bei der Vereinbarkeit von Artenschutz und Windenergie gibt es neue Erleichterungen. Die vom Bayerischen Landesamt für Umwelt veröffentlichte Arbeitshilfe „Vogelschutz und Windenergienutzung" wird laut Aiwanger die Rechtssicherheit bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen erhöhen. Sie konkretisiert Vorgaben des Windenergieerlasses für den Schutz bedrohter Vogelarten. Indem beispielsweise Untersuchungszeiten oder die Erfassung von Nistplätzen weiter konkretisiert werden, sollen Prüfverfahren zur Genehmigung von Windkraftanlagen auf eine einheitliche Grundlage gestellt werden. **DK**

Abens-Donau Energie:

E-Wanderauto steht in Essing

Seit 1. April 2021 bis 16. Mai 2021 steht das E-Wanderauto der Abens-Donau Energie GmbH im Markt Essing und kann hier von Bürgerinnen und Bürgern getestet werden.

Die Abens-Donau Energie GmbH bietet Bürgerinnen und Bürgern im Markt Essing einen VW E-Golf für einen Tag oder ein Wochenende an. Das Fahrzeug kann kostenlos ausgeliehen und Probe gefahren werden.

Der Verleih läuft über das Essinger Rathaus (Angelika Nowy, Tel. 09447/920093). Jede Testfahrt startet und endet am Bauhof in Essing. Anschließend wird der E-Golf an der mobilen Ladesäule am Bauhof kostenlos wieder aufgeladen. Den klimaneutralen Ökostrom dafür spendiert die Abens-Donau Energie GmbH. An anderen Ladesäulen entlang der persönlichen Fahrtstrecke sorgen die Fahrer selbst für die Strombeladung. „Eine großartige Möglichkeit ein Elektrofahrzeug zu testen", freut sich Jörg Nowy, Erster Bürgermeister Markt Essing.

Seit November 2019 reist das E-Wanderauto durch den Landkreis. Essing ist bereits die 8. Station, an der Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, ein Elektrofahrzeug zu testen. Im Anschluss reist das E-Wanderauto weiter in die Verwaltungsgemeinschaft Mainburg mit seinen Mitgliedsgemeinden Aiglsbach, Attenhofen, Elsendorf und Volkenschwand. ❐



Markus Bader (rechts), Erster Bürgermeister in Rottenbuch, und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, unterzeichneten den Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus der Gemeinde.

Bild: Guido Köninger/erdgas schwaben

erdgas schwaben sichert klimaschonende Energieversorgung:

Rottenbuch schließt Wegenutzungsvertrag ab

Zuverlässige klimaschonende Energieversorgung für Rottenbuch im Landkreis Weilheim-Schongau im oberbayerischen Pfaffenwinkel: In Zukunft ist erdgas schwaben mit der 100-prozentigen Tochter schwaben netz für Planung, Bau und Betrieb der Gasnetze in der Gemeinde verantwortlich.

Markus Bader, Erster Bürgermeister in Rottenbuch, und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, unterzeichneten den Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus der Gemeinde.

Wichtige Brücke

„Mit dieser Entscheidung stellen wir die nachhaltige Energieversorgung mit Gas für die Zukunft sicher. Damit können unsere Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Gewerbetreibenden langfristig planen", unterstrich Bürgermeister Bader. „Gas ist eine wichtige Brücke in eine CO2-neutrale Zukunft. Ob Speicher oder Puffer, Biogas oder regenerativer Wasserstoff, die Gasinfrastruktur bietet viele Möglichkeiten, die Energiewende aktiv und kostengünstig zu gestalten."

Zuverlässige Versorgung ist sichergestellt

„Gas boomt – in unserem gesamten Versorgungsgebiet ist die Nachfrage groß", sagte Sommer. „Mit unseren Gasnetzen stellen wir die zuverlässige Versorgung von Industrie, Gewerbe und Haushalten mit Gas und Biomethan sicher. Zukünftig können diese Netze auch als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas dienen."

Biomethan und Wasserstoff sind die Zukunft

Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Rohrnetzleitungen, kann in Zukunft neben Biomethan auch Wasserstoff als innovativer und klimaschonender Energieträger im bestehenden Gasnetz transportiert werden. Wasserstoff kann vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Er kann für industrielle Zwecke eingesetzt werden, aber auch um Strom und Wärme in Privathaushalten zu erzeugen. Der Vertrag läuft bis 2040. ❐

Moosburg ist Energie-Kommune des Monats

Die oberbayerische Stadt Moosburg a. d. Isar wurde von der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) als Energiekommune des Monats ausgezeichnet. Bereits in den frühen 2000er-Jahren startete die Drei-Rosen-Stadt den Ausbau von Solarenergie und ermutigt seitdem die Bürger, durch das Aufzeigen von Möglichkeiten und Potenzialen auf ihrem eigenen Dach Anlagen zur Solarenergieerzeugung zu installieren.

Im Jahr 2007 fiel im Landkreis Freising und anschließend auch im Moosburger Stadtrat die Entscheidung, den gesamten Energieverbrauch bis 2035 aus Erneuerbaren Energien bereitzustellen. In den kommenden Jahren soll besonders der Ausbau des Wärmenetzes in der Stadt den Anteil der Erneuerbaren erhöhen.

„Die Verantwortung zum zügigen Handeln für wirksamen Klimaschutz liegt auf allen Ebenen, auch bei Städten und Gemeinden", betont Klimaschutzmanagerin Melanie Falkenstein. Zahlreiche Konzepte wurden auf den Weg gebracht, die die Energieerzeugung, aber auch das Leben in Moosburg nachhaltiger gestalten sollen. Das Klimaschutzkonzept wurde fortgeschrieben und 2018 vom Stadtrat beschlossen.

Entwicklung von Förderprogrammen

Ein entscheidender Teil des Maßnahmenkatalogs aus dem Klimaschutzkonzept ist die Entwicklung von Förderprogrammen zu den Themen Solarthermie, Photovoltaik, Lastenfahrräder und Sanierungen. Auch öffentliche Kampagnen helfen den Bürgern, den Handlungsbedarf bei energetischen Sanierungen oder der Wärmeversorgung zu erkennen und einen Einblick in mögliche Maßnahmen zu erhalten.

So macht die Wärmebild-Kampagne mit Hilfe von Thermografie-Aufnahmen den energetischen Zustand und damit auch die energetischen Schwachstellen eines Gebäudes sichtbar. Zudem können die Bürger im Zuge der sog. Energiekarawane eine kostenlose, einstündige Energieberatung in Anspruch nehmen. Darüber hinaus wird auf dem jährlichen Mobilitätstag der Schwerpunkt auf den Öffentlichen Personennahverkehr, das Carsharing und die Fahrradmobilität gelegt.

Energetische Sanierung des gesamten Stadtgebiets

Die energetische Sanierung soll das gesamte Stadtgebiet umfassen, vorbildhaft werden bereits die lokale Bibliothek und ein Teil des Rathauses mit einer Pelletheizung versorgt. Weiterhin sind für das Jahr 2021 energetische Sanierungen und die Aufrüstung durch PV-Anlagen auf drei städtischen Gebäuden geplant. Ein weiteres großes Ziel für das Jahr ist es, das gesamte Schulzentrum Nord an das Wärmenetz anzuschließen. Hierfür ist ein Primärenergiefaktor von 0,0 sowie die Versorgung durch Erneuerbare Energien vorgesehen.

Klimaschutzbildung

Im Klimaschutzkonzept ist zudem die Klimaschutzbildung für Menschen aller Altersstufen festgeschrieben. Für die Jüngsten wurden bereits Kasperltheater zum Thema Regionalität und Energiewende sowie die Energiewerkstatt durchgeführt. Das Planspiel „Energiespardorf" richtet sich vorrangig an Schulen, kann aber auch von Erwachsenen durchgeführt werden. Hierbei können Modellhäuser mit technischen Haushaltsgeräten aufgerüstet werden, um damit ein Bewusstsein für den Stromverbrauch zu schaffen. In der Planstadt ist es zudem möglich, erneuerbare Erzeugungsanlagen wie PV- oder Windenergieanlagen zu installieren. **DK**



LEW-Gruppe zieht positive Bilanz für Geschäftsjahr 2019

Weichen gestellt für wichtige Zukunftsthemen im Energie- und Telekommunikationsbereich

Die LEW-Gruppe zieht für das abgelaufene Geschäftsjahr 2019 eine positive Bilanz. Der Absatz im Stromsegment stieg um 5,5 Prozent auf 17,7 Milliarden Kilowattstunden. Der Gasabsatz erhöhte sich um 46,8 Prozent auf 2,9 Milliarden Kilowattstunden. Einen erheblichen Zuwachs gab es 2019 bei den Investitionen der LEW-Gruppe: Sie stiegen um 22 Prozent auf 131,8 Millionen Euro. Grund für den Anstieg sind vor allem Investitionen in das Geschäft mit Glasfaserangeboten für Privatkunden, LEW Highspeed.

Investitionsschwerpunkt von LEW ist weiterhin das regionale Stromnetz: Allein 2019 flossen rund 90 Millionen Euro in Ausbau und Modernisierung des Netzes für eine sichere Stromversorgung in der Region. „Nachhaltigkeit liegt in unserer DNA. Wir haben unsere Wurzeln in der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien“, betont LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher.

Bausteine des Energiesystems der Zukunft

Den Umbau des Energiesystems in der Region treibt LEW weiter voran. „Wir haben klare Vorstellungen für die Gestaltung der Energiezukunft“, erklärt LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann. „Wesentliche Bausteine eines nachhaltig aufgestellten, dezentralen Energiesystems sind: ein weiterer Ausbau der erneuerbaren Energien, Speicher und Flexibilisierung, Sektorkopplung, Energieeffizienz und Digitalisierung.“

Neuer Rekord bei Strom aus erneuerbaren Energien

Im LEW-Gebiet wurden bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien 2019 weitere Zuwächse verzeichnet: Mittlerweile speisen mehr als 77.000 Anlagen Strom aus erneuerbaren Energien in das regionale Verteilnetz von LEW ein. Mit insgesamt 5,4 Milliarden Kilowattstunden Strom haben sie 2019 so viel Strom erzeugt wie nie zuvor. Damit wurde rein rechnerisch zu rund 70 Prozent der Strombedarf der ans LEW-Netz angeschlossenen Stromkunden gedeckt. Ein Wert, der weit über dem Bundesdurchschnitt von rund 43 Prozent liegt.

Leistungsfähige Stromnetze

Über die insgesamt rund 35.000 Kilometer Leitungen des LEW-Verteilnetzes werden die Menschen mit Strom versorgt. Die Infrastruktur spielt auch die Schlüsselrolle bei der Aufnahme und Verteilung des lokal erzeugten Stroms aus erneuerbaren Energien. Den größten Beitrag zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im LEW-Netz leistete 2019 die Wasserkraft, vor Photovoltaik und Biomasse. In den letzten zehn Jahren hat LEW rund 790 Millionen Euro in das Stromnetz der Region investiert.

LEW erweitert eigene Erzeugungskapazitäten für Ökostrom

Die eigene Erzeugung im Bereich der erneuerbaren Energien baut LEW weiter aus: Die Photovoltaikkapazitäten der LEW-Gruppe wurden durch neue Anlagen auf eigenen Gebäuden sowie auf Freiflächen erweitert. Gemeinsam mit Partnern hat LEW 2019 außerdem ein viel beachtetes Projekt zur Stromerzeugung an Gebäudefassaden durch eine neuartige Solarfolie gestartet. Zudem steigert LEW den Wirkungsgrad der Wasserkraftwerke durch laufende Modernisierungen.

Jede zweite neue PV-Anlage mit Batteriespeicher

Insgesamt wurden 2019 rund 2.400 PV-Anlagen neu an das LEW-Netz angeschlossen. Mehr als die Hälfte dieser Anlagen wurde in Verbindung mit einem Batteriespeicher installiert. Insgesamt sind mittlerweile rund 5.000 Batteriespeicher an das LEW-Netz angeschlossen. „Selbst erzeugten Strom optimal nutzen – das steht im Fokus der Kunden“, sagt LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann. „Positive Resonanz verzeichnen wir mit unseren Angeboten im Bereich Photovoltaikanlagen, auch im Paket mit Speicherlösungen.“ Eine neue Lösung zur Flexibilisierung des Verbrauchs haben die Lechwerke mit dem LEW Lastmanagement entwickelt. Mit dem System können Betriebe ihren Verbrauch aktiv steuern. Die Lösung kann auch zum lastoptimierten Laden von Elektroautos genutzt werden.

Erfolgreich im Markt für Regelenergie

Im Bereich der Vermarktung von Regelenergie gehört LEW zu den etablierten Anbietern in Deutschland. Mit Regelenergie gleichen die Betreiber der Übertragungsnetze unvorhergesehene Schwankungen im Stromnetz aus. LEW ist hier mit einem virtuellen Kraftwerk erfolgreich, dem LEW Flex-Kraftwerk: Es bündelt eigene Anlagen sowie die von Kunden und vermarktet diese. Das virtuelle Kraftwerk wurde kontinuierlich mit dezentralen Erzeugungsanlagen für die Direktvermarktung ausgebaut und hat inzwischen eine Leistung von 700 Megawatt. Damit gehört LEW bei der Direktvermarktung von Wasserkraft und Biomasse zu den wichtigsten Vermarktern in Deutschland.

Klimaschonende Elektromobilitäts- und Wärmelösungen

Mit rund 300 Ladepunkten ist LEW der größte Betreiber von Ladeinfrastruktur in Bayerisch-Schwaben und sogar einer der zehn größten in ganz Deutschland. Der Bedarf hierfür wächst in der Region. Das zeigen die steigenden Zulassungszahlen von E-Fahrzeugen und die zunehmenden Ladevorgänge an den LEW-Ladepunkten.

Beim Heizen hat die klimaschonende Wärmepumpentechnologie einen überdurchschnittlich hohen Marktanteil in der Region. Gemeinsam mit Kommunen hat LEW auch entsprechende Lösungen mit Wärmepumpen für ganze Wohnquartiere umgesetzt, die Spitzenwerte bei Energieeffizienz und CO2-Einsparung erreichen.

Erhebliche Energieeinsparung im kommunalen Bereich durch LED-Energieeffizienz ist ein zentraler Baustein bei der Umsetzung der klimapolitischen Ziele. LEW bietet hier den verschiedenen Kundengruppen konkrete Lösungen, wie beispielsweise Kommunen. In den letzten Jahren wurden in den von LEW betreuten Kommunen bereits fast 70 Prozent der kommunalen Straßenbeleuchtung auf die effiziente LED-Technologie umgerüstet. Der Anteil wird weiter steigen. Schon jetzt beträgt die rechnerische CO2-Einsparung durch den Einsatz der effizienten LED-Technologie in der Straßenbeleuchtung bei den von LEW betreuten Kommunen rund 12.000 Tonnen jährlich.

Weiterer Ausbau des Geschäftsfelds Telekommunikation

Aktuell zeigt sich die Bedeutung einer leistungsstarken Datenanbindung mehr denn je. Die LEW-Gruppe betreibt mit einer Länge von rund 3.000 Kilometern das größte regionale Glasfasernetz zwischen Donauwörth und Schongau. Rund 64.000 Privathaushalte und Unternehmen sind inzwischen an die Infrastruktur angeschlossen.

Unternehmenskunden bietet LEW TelNet leistungsstarke und flexible Lösungen. So hat LEW TelNet angesichts der aktuellen Situation für zahlreiche Unternehmenskunden die jeweiligen Übertragungskapazitäten im Down- und Uplink erhöht, um den durch viele Homeoffice-Nutzer gestiegenen Bandbreitenbedarf zu decken.

Mit LEW Highspeed bietet die LEW-Gruppe Privathaushalten Internet, Telefonie und TV über Glasfaser. Mittlerweile in elf Kommunen in der Region können Kunden LEW Highspeed buchen.

Laufendes Geschäftsjahr 2020

Den Weg in die Energiezukunft geht LEW auch 2020 weiter. Dazu zählen neben dem laufenden Ausbau und der Modernisierung des Stromnetzes auch die stetige Weiterentwicklung des Produktportfolios. Unter anderem baut LEW das Ökostromangebot weiter aus. LEW setzt auch auf Elektromobilität, dezentrale Energiedienstleistungen und innovative Solar-Speicherlösungen. Das Geschäftsfeld Glasfaser-Internet für Privatkunden wird LEW weiter ausbauen. ❒

Gemeinsam für umweltschonende Erdgasmobilität:

Erdgas tanken ab sofort am Schwaiger Kreisel möglich

Die Stadtwerke Rosenheim und die Gazprom NGV Europe GmbH haben eine neue CNG-Tankstelle in Rosenheim errichtet. Trotz Corona und diversen Videokonferenzen anstelle von Baustellengesprächen konnte der Bau der neuen Anlage an der OMV-Tankstelle am Renkenweg 1 in Rosenheim erfolgreich realisiert werden.

„Mit dem Bau dieser CNG-Tankstelle in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Rosenheim, bekräftigen wir unser Engagement für eine umweltschonende Mobilität. Diese Selbstverpflichtung wird durch den weiteren Ausbau unseres CNG-Tankstellennetz auf nun 62 Standorte deutlich. Für alle Erdgasfahrer(innen) in der Region gibt es damit eine weitere Möglichkeit, eine schon heute voll entwickelte und zuverlässige Technologie im wahrsten Sinn des Wortes zu erfahren. Gleichzeitig gehen wir einen entscheidenden Schritt in Richtung Zukunft und bieten von Anfang an 100 Prozent Biogas für klimaneutrales Tanken an“, macht Uwe Johann, Geschäftsführer der Gazprom NGV Europe GmbH deutlich.

31 CNG-Fahrzeuge im Einsatz

„Durch das Angebot von 100 Prozent Biomethan erreichen wir eine CO2-Freiheit der hier betankten Erdgasautos und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz im Verkehr“, erklärte Dr. Götz Brühl, Geschäftsführer der Stadtwerke Rosenheim. „In unserem eigenen Fuhrpark haben wir seit vielen Jahren CNG-Fahrzeuge im Einsatz, aktuell sind es 31.“

Inbetriebnahme durch OB Andreas März

Bei der offiziellen Inbetriebnahme mit Vertretern der Stadtwerke Rosenheim, der Gazprom NGV Europe GmbH, der OMV Deutschland Marketing & Trading GmbH & Co. KG und der Stadt Rosenheim betankte Oberbürgermeister Andreas März einen Erdgas-Pkw aus dem Fuhrpark der SWRO. „CO2-Neutralität für Rosenheim ist eines unserer großen Ziele. Im gesamten Konzern Stadt Rosenheim prüfen wir bei Neuanschaffungen von Fahrzeugen sehr genau, welche Antriebsform die Anforderungen am besten erfüllt. Da spielt Erdgas eine große Rolle“, unterstrich März die Strategie der Stadt bei ihrer Beschaffungspolitik.

Müllfahrzeug fährt CO2-frei

Das neue Müllfahrzeug des städtischen Baubetriebshofs fährt auch mit Biomethan. Dazu Werner Oeckler, Leiter des Baubetriebshofes: „Wir sind froh, von den Stadtwerken rechtzeitig vor der Bestellung die Bestätigung bekommen zu haben, dass an der neuen Erdgastankstelle eine ausreichend große Fahrspur für unser neues Müllfahrzeug vorhanden ist. Damit war die Entscheidung für Erdgas klar.“

Null CO2 – voller Komfort

Die Pächterin der OMV-Tankstelle, Ruth Schuster, sorgt für einen reibungslosen 24/7-Service. Die Tankstelle verfügt neben sämtlichen Kraftstoffen über den vollen Komfort einer OMV: Shop, Waschstraße, Sauger, alle gängigen Bezahlmöglichkeiten und Kundentoiletten. Freies WLAN ist ebenfalls selbstverständlich. Als zusätzlichen Service hat die OMV am Schwaiger Kreisel einen Hermes-Paketshop im Angebot.

Tankanlage in der Kastenau läuft noch bis Ende April

Die mittlerweile seit gut 16 Jahren von den SWRO betriebene Erdgastankstelle auf dem Betriebsgelände des Regionalverkehr Oberbayern (RVO) in der Theodor-Gietl-Straße wird aufgrund ihres Alters und der schwierigen Ersatzteilbeschaffung für Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten nicht weiterbetrieben. Die Tankstelle wird zum 30.04.2021 geschlossen.

Gazprom NGV Europe und Stadtwerke bekräftigten ferner ihre Absicht, bei Bedarf auch eine Tankstelle für Lkw und Busse bereitzustellen. ❒

Bundesverband Geothermie:

Effizient gegen den Klimawandel

Der Bundesverband Geothermie hat ein Positionspapier zum aktuellen Stand der Forschung und dem Forschungsbedarf für die verschiedenen Anwendungsfelder veröffentlicht. Neben Tiefer und Oberflächennaher Geothermie wird auch der Stand zu Wärmeverteilernetzen, Energiespeichern im Untergrund sowie Umwelteinwirkungen, Nachhaltigkeit und Akzeptanz erläutert. Ziel ist es, den weiteren Ausbau der Geothermie durch bedarfsgerechte Forschungs- und Entwicklungsarbeit zu fördern.

„Die Geothermie ist eine Schlüsseltechnologie für die Energie- und vor allem Wärmewende“, erklärt Prof. Dr. Horst Rüter, Sprecher des Fachausschuss Wissenschaft und Bildung des Bundesverbandes Geothermie. „Im Vergleich zu den anderen Erneuerbaren Energien ist die Geothermie jung. In den letzten Jahren gab es viele wichtige Projekte, welche die Geothermie weiter vorangebracht und als erfolgreiche Technologie etabliert haben. Um ihr Potenzial voll ausschöpfen zu können, besteht aber noch weiterer Forschungsbedarf.“

Tiefe Geothermie

Tiefengeothermische Anlagen nutzen die im Untergrund in etwa 1.500 m bis 5.000 m Tiefe vorhandene Wärme (Temperaturen über 60 °C) zur Bereitstellung von Wärme und/oder zur Erzeugung von Strom. Zusätzlich zeigt ein aktuelles Projekt in München auch die Möglichkeit der Kältebereitstellung durch die Tiefe Geothermie mittels Sorptionskältemaschinen auf. In der Tiefen Geothermie wurden in den vergangenen 15 Jahren, nicht zuletzt durch öffentlich geförderte Forschung, wichtige Fortschritte erzielt, beispielsweise bei der Erkundung und der Reservoirerschließung, wodurch es heute möglich ist, an verschiedenen Standorten erfolgreich Nutzwärme bereitzustellen und/oder Strom zu erzeugen.

Neben der direkten lokalen Nutzung des Thermalwassers zu balneologischen Zwecken und zur Gebäudeheizung, die in Deutschland an mehr als 160 Standorten erfolgt, stellt die Belieferung von Fernwärmenetzen heute die vorrangige Nutzung tiefer geothermischer Reservoire dar. 24 Anlagen mit einer installierten thermischen Leistung von mehr als 400 MW stellten 2018 rund 1.500 GWh (5,4 PJ) Wärmeenergie bereit. Die Wärmemenge der bestehenden Anlagen könnte bei einer besser angepassten Abnehmerstruktur doppelt so hoch sein. Durch Hochtemperatur-Wärmepumpen (z. B. extern beheizt durch Müllverbrennung) könnten auch leichter erschließbare flachere Horizonte hydrothermal genutzt werden.

Tiefengeothermische Anlagen im Süddeutschen Molassebecken haben bereits eine gewisse Marktreife erreicht, „so dass hier der Schwerpunkt auf projektbegleitende Maßnahmen zur Langzeitbeobachtung, Betriebsoptimierung und Kostenreduktion gelegt werden sollte“, heißt es in dem Bericht. Auf Basis des erreichten Stands der Technik bestehender Geothermieprojekte sollte ein Schwerpunkt die Entwicklung geothermischer Komponenten bilden.

Die bereits vorhandene Datenlage durch bestehende Geothermieprojekte liefere gute Voraussetzungen für weitere Forschungsarbeiten, zum Beispiel zum Wärmetransport im Reservoir mit Auswirkungen auf die Hydrochemie. Die Anreize durch das MAP hätten wesentlich zur Entwicklung beigetragen, und so seien das Marktanreizprogramm oder Nachfolgeprogramme eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Projekte.

Forschungsbedarf besteht vor allem für die Entwicklung eines umfangreicheren Erkundungsprogramms, das geothermisches Potential in weiteren Gebieten bestimmen und nutzbar machen kann. Durch weitere Forschung im Bereich Energiebereitstellung und stoffliche Nutzung kann die Effizienz gesteigert werden. Eine weitere Möglichkeit ist die Rohstoffgewinnung aus Thermalwasser. Hier gibt es weltweit bereits mehrere kommerzielle und wissenschaftliche Projekte zur Lithiumextraktion.

In der Oberflächennahen Geothermie sind die Kernthemen Kostenreduktion, Effizienzsteigerung, Erweiterung der Einsatzbereiche sowie der Grundwasserschutz. Oberflächennahe Erdwärme (erdgekoppelte Wärmepumpen) wird bereits heute in einer Vielzahl von Anlagen genutzt. Das große technische und geologische Potenzial dieses Verfahrens ist in Deutschland aber bei weitem noch nicht ausgeschöpft. In Deutschland sind derzeit mehr als 400.000 oberflächennahe Erdwärmeanlagen mit einer Leistung von 4.400 MW installiert. Pro Jahr stellen sie rund 6.600 GWh Heizenergie bereit (Stand 2018).

Heute werden in Deutschland fast 20 % der Neubauten mit Erdwärme-Heizsystemen ausgestattet. Als Wärmequellen werden dabei meist Erdwärmesonden installiert. Der Rest verteilt sich auf andere Systeme (Grundwasseranlagen, Erdwärmekollektoren usw.). Vor allem im Bereich des Niedrig- und Passivhausbaus – und hier insbesondere bei der Klimatisierung (d. h. Heizung im Winter und Kühlung im Sommer) – ist diese Technologie technisch und wirtschaftlich bestens geeignet, z. B. auch in Kombination mit Solarthermie.

Oberflächennahe Geothermie

Auch im gewerblichen Wärmemarkt wird die Oberflächennahe Geothermie vermehrt eingesetzt, z. B. für die Klimatisierung von Bürohäusern und Einkaufszentren. Der Wärmeentzug kann zur Reduzierung der Untergrundtemperatur in städtischen Wärmeinseln beitragen.

Mangelhafte und ungenügende Qualität (d. h. handwerkliche Fehler) bei der Planung und Errichtung erdgekoppelter Wärmequellenanlagen haben die Technologie unnötig und ungerechtfertigt in Misskredit gebracht. Die Branche ist daher derzeit dabei, die notwendigen Qualitätsstandards weiterzuentwickeln und dafür zu sorgen, dass diese in der Praxis auch sicher umgesetzt werden.

Laut Dr. Erwin Knapek, Präsident des Bundesverbandes Geothermie, „befinden wir uns mitten in der Klimakrise und erleben jedes Jahr ihre immer stärkeren Auswirkungen. Jetzt besteht Handlungsbedarf.“

Mit den Erneuerbaren Energien habe man alle Werkzeuge in der Hand, die gesetzten Klimaziele zu erreichen. Voraussetzung dafür sei aber eine effiziente und umfangreiche Nutzung. „Diese wird nur gewährleistet, wenn wir kontinuierlich an der Verbesserung der Technologien arbeiten und neue Nutzungsmöglichkeiten erschließen. Dafür brauchen wir eine bedarfsgerechte Forschung.“ **DK**

Stromspeicher als Königsweg zur sicheren Energieversorgung?

„Stromspeicher der Zukunft“ – so lautete das Thema der jüngsten Sachverständigenanhörung im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie Medien und Digitalisierung im Bayerischen Landtag. Die Experten diskutierten mit den Abgeordneten, wie ein modernes Stromversorgungssystem aus dem intelligenten Zusammenspiel von bedarfsgerechter Erzeugung und Speicherung in Zukunft gestaltet werden kann. Deutlich wurde: Um zukunftsfähig agieren zu können, müssen nicht nur Technologien, sondern auch regulatorische sowie rechtliche Rahmenbedingungen weiterentwickelt werden.

Speicher für Strom aus erneuerbaren, klimaschonenden Energiequellen, sollen künftig eine wichtige Grundlage für die dezentrale Energiewende bilden. Denn sie ermöglichen regionale Wertschöpfung und garantieren eine sichere Stromversorgung in den Kommunen. Zu den modernen Speichermöglichkeiten zählen Pump- oder Druckluftspeicher, elektrochemische Speicher (Batterien/Akkus), chemische Speicher sowie reine Wasserstoffspeicher. „Stromspeicher werden immer wichtiger, um Zeiten zu überbrücken, in denen Sonne und Wind nicht genügend Energie liefern. Daher werden wir unseren Einsatz auch auf Bundesebene weiter intensivieren, um Kommunen bei Photovoltaik-Anlagen beteiligen zu können und die Akzeptanz für erneuerbare Energien zu erhöhen“, sagte Rainer Ludwig, energiepolitischer Sprecher der Freie Wähler-Landtagsfraktion.

Förderung bringt Zuwächse

In Bayern wurde in den letzten Jahren knapp die Hälfte der benötigten Elektrizität aus heimischen Erneuerbaren Energien gedeckt. Laut Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW kann jedoch nur die volatile Photovoltaik nennenswerte Zuwächse für sich verbuchen und liegt als Spitzenreiter mittlerweile gleichauf mit der bedarfsgerechten Stromerzeugung aus Wasserkraft. Insgesamt wurden 46 % des Stromverbrauchs im Jahr 2019 regenerativ gedeckt. Nach VBEW-Schätzungen werden es im Jahr 2022 rund 54 % sein. Im vergangenen Jahr wurden in Bayern mehr als 20.000 Photovoltaik-Anlagen durch das Photovoltaik-Speicherprogramm des Wirtschafts- und Energieministeriums gefördert. Ein Schwerpunkt ist dabei das stark frequentierte 10.000 Häuser- Programm gezielt für Kleinanlagen auf Dächern von Privatbauten in Verbindung mit Speichern.

Batterien nutzbarer machen

Die Bevölkerung ist bei der regenerativen Stromerzeugung darauf angewiesen, dass dann genügend Strom vorhanden ist, wenn dieser benötigt wird. Eine stabile Stromversorgung zu jeder Stunde, bei jeder Wetterlage und zu jeder Jahreszeit ist daher die unabdingbare Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche Weiterentwicklung in Bayern. Dafür braucht es aber mit dem Abschalten der Kernkraftwerke in Bayern durch die Dezentralisierung der Stromversorgung mehr Erzeugungsanlagen, mehr Speicher und mehr Netzkapazitäten als früher. In der Expertenrunde im Wirtschaftsausschuss kündigte Wolfgang Arlt, Professor im Ruhestand an der Universität Erlangen an, dass Bayern immer Energie aus Ländern mit mehr Wind oder mehr Sonne importieren werden müsse, um den Energiebedarf zu decken. Prof. Michael Sterner von der OTH Regensburg forderte, dass Batterien in Häusern und Autos daher verstärkt als Speicher nutzbar gemacht werden sollten, um Netzstabilität zu gewährleisten – was aber bisher nicht erlaubt sei.

Forschungsbedarf nötig

Zudem sei im Bereich der Sicherheit von großen Batterien noch Forschungsbedarf nötig. „Bei einer stationären Stromspeicherung ist die Lebensdauer einer Lithium-Ionen-Batterie einer der wichtigsten Punkte“, sagte Professor Hubert Gasteiger von der LMU München. Um Energie langfristig zu speichern, sei vor allem die Wasserstofftechnologie eine Möglichkeit, erläuterte Professor Markus Brautsch von der OTH Amberg-Weiden. Denn klimafreundlich hergestellter Wasserstoff ermöglicht es, die CO2-Emissionen vor allem in Industrie und Verkehr dort deutlich zu verringern, wo Energieeffizienz und die direkte Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energien nicht ausreichen. In diesem Bereich gebe es jedoch ebenfalls noch Forschungsbedarf.

Heinrich Gärtner, Präsidiumsmitglied des Bundesverbandes Energiespeicher (BVES) betonte, Wind und Solarenergie seien unerschöpfliche Ressourcen. Speicher stünden heute schon bereit. Das Problem allerdings seien veraltete Gesetze. Anders als noch vor ein paar Jahren gebe es heute Techniken, um Strom zu speichern, verteidigte Dr. Kathrin Goldammer, Geschäftsführerin des Reiner Lemoine Instituts in Berlin, den aktuellen Forschungsstand. Welche Technologien angewendet werden, sei allerdings immer eine Kostenfrage.

Infrastruktur und Backup-System

Professor Gerhard Sextl von der Julius-Maximilians-Universität Würzburg schlug vor, Photovoltaik-Module zur Stromgewinnung an den bayerischen Autobahntrassen zu installieren. Bayern habe großes Potenzial, müsse aber in die Infrastruktur investieren. „Der Energiewende liegt kein Masterplan zugrunde, sonst säßen wir heute nicht hier“, sagte Ingenieur und Buchautor Frank Hennig. Speicher seien eine Lösung, um ein Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch herzustellen. Es müsse ein „Backup-System“ für die gesamte Leistung aufrechterhalten werden.

Mehr Bürokratieabbau

In der anschließenden Aussprache stellte Annette Karl (SPD) fest, dass die Regierung nach dem Ausstieg aus Atomkraft und Kohle zum Gelingen der Energiewende verdammt sei. Dabei werde jedoch deutlich, dass das System den Anforderungen nicht mehr gerecht werde, kritisierte der stellvertretende Ausschussvorsitzende Martin Stümpfig (Bündnis 90/Die Grünen). Walter Nussel (CSU), Beauftragter für Bürokratieabbau, bat die Experten, Rückmeldungen zu geben, wo Regularien Hindernisse seien zum Ausbau einer sicheren Energieversorgung. **red**

Bürgerenergie spielt weiter Schlüsselrolle

Die Bürgerenergie ist immer noch das zentrale Standbein der Energiewende. Deren Anteil an der gesamten installierten Leistung Erneuerbarer Energien wird aber kleiner. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie des Instituts trend:research.

Vor zehn Jahren, als die Eigentümerstruktur der Erneuerbaren Energien erstmals untersucht wurde, war mehr als die Hälfte der installierten Leistung in der Hand von Privatleuten und Landwirten. Bis zum Jahr 2016 sank der Anteil der Bürgerenergie auf 42 Prozent, 2019 ging er nochmal leicht zurück auf 40,4 Prozent. Der Anteil Gewerbetreibender, großer Unternehmen, von Energieversorgungsunternehmen sowie von Fonds und Banken hat sich dagegen erhöht.

„Zu Beginn der Energiewende waren es vor allem die Bürger in Deutschland, die die wirtschaftlichen Chancen der Erneuerbaren Energien erkannt haben. Dass sich nun auch finanzkräftige Investoren mehr für eine klimaschonende Energieerzeugung engagieren, ist durchaus erfreulich. Doch die Bürgerenergie muss unbedingt weiter ihren Platz im Fortgang der Energiewende finden. Denn Beteiligungsmöglichkeiten fördern die Akzeptanz“, betont der Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien, Dr. Robert Brandt.

Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil der Bürgerenergie bei der Windenergie an Land, Photovoltaik und bei Biogas. Privatleute und Landwirte bringen es bei der Windenergie an Land auf einen Anteil von 40,6 Prozent. Beim Solarstrom vereinen sie sogar 48 Prozent der installierten Leistung auf sich. Diese Form der Stromerzeugung ist aber auch für Gewerbetreibende besonders attraktiv. Diese sind hier mit rund 25 Prozent ebenfalls stark vertreten. Drei Viertel der Biogasanlagen entfallen auf landwirtschaftliche Betriebe. Anders als die Windenergie an Land wird die Offshore-Windenergie von den Energieversorgern sowie von Fonds und Banken dominiert. Auf erstere entfallen fast zwei Drittel der Offshore-Kapazitäten, auf letztere das restliche Drittel.

Ein Blick auf die Anteile am Zubau offenbart, wie sehr sich die Eigentümerstruktur von der Bürgerenergie zugunsten größerer Investoren verschiebt. Erstmals bildeten die Privatpersonen 2019 mit 18 Prozent nicht mehr die größte Gruppe beim Bau neuer Anlagen. Den Spitzenplatz übernahmen mit 21 Prozent Fonds und Banken. Rechnet man die Landwirte hinzu, kommt die Bürgerenergie bei den Neuanlagen nur noch auf etwa ein Viertel. Das sind etwa 15 Prozentpunkte weniger als im Bestand.

Deutlich stärker engagieren sich insbesondere die großen und internationalen Energieversorger. Zusammen waren sie im Jahr 2019 für knapp ein Drittel des Zubaus verantwortlich. 2016 waren es erst 22 Prozent. Gewerbe konnten ihren Anteil von ca. 12 auf 16 Prozent steigern. Am stärksten verloren die Projektierer. Ihr Anteil sank von ca. 16 auf sieben Prozent, was auf den schwachen Ausbau der Windenergie an Land zurückzuführen ist. **DK**

Klimafreundlicher Strom aus der Nachbarschaft

Erster Real-Betrieb einer stationären Brennstoffzelle von Bosch und den Stadtwerken Bamberg

Gemeinsam mit den Stadtwerken Bamberg zeigt Bosch jetzt erstmals in der Bamberger Innenstadt mit seiner stationären Brennstoffzelle, wie eine dezentrale, klimafreundliche Energieversorgung der Zukunft aussehen kann. Am Zentralen Omnibus-Bahnhof (ZOB) wurde ein Kleinkraftwerk auf Basis einer Festoxid-Brennstoffzelle (Solid Oxide Fuel Cell, kurz SOFC) in Betrieb genommen.

Die zwei Meter hohe kühlschrankgroße Anlage erzeugt rund 10 Kilowatt Strom, mit dem der Strombedarf von mehr als 20 Vier-Personen-Haushalten im Stadtquartier um den Busbahnhof gedeckt werden kann. Diese stationäre Brennstoffzelle ist mit einem Wirkungsgrad von 60 Prozent für die Stromerzeugung und von mehr als 85 Prozent bei zusätzlicher Wärmenutzung anderen Energiewandlern gleicher Größe deutlich überlegen.

Die produzierte Wärme nutzt eine Bäckerei am Busbahnhof zum Heizen und zur Warmwasseraufbereitung: „Der dezentralen Energieversorgung kommt mit der Energiewende eine große Bedeutung zu. Die stationäre Brennstoffzelle ist hervorragend für den Ausbau der lokalen Strom- und Wärmeversorgung in Stadtquartieren geeignet“, berichtet Dr. Wilfried Kölscheid, verantwortlich für die stationäre Brennstoffzelle bei Bosch. „Wir freuen uns, mit den Stadtwerken Bamberg einen Partner gefunden zu haben, mit dem wir gemeinsam zeigen können, wozu unsere stationäre Brennstoffzelle in der Lage ist“.

Der Einsatz der stationären Brennstoffzelle in einem Stadtquartier ist nicht nur für Bosch ein wichtiges Anwendungsfeld, auch die Stadtwerke Bamberg sehen in der Technologie eine nachhaltige Lösung für die Energieversorgung im Bestand und bei der Entwicklung neuer Quartiere. „Mit der Brennstoffzelle werden wir Erfahrungen sammeln, die künftig bei der Energieversorgung bestehender Gebäude und neuer Quartiere einen nachhaltigen Nutzen schaffen sollen“, ist sich Dr. Michael Fiedeldey, Geschäftsführer der Stadtwerke Bamberg, sicher.

Technik erlebbar machen

„Zugleich wollen wir die neue Technik für alle Bürger erlebbar machen. Deshalb stellen wir sie nicht in irgendeinen Keller, sondern mitten auf den ZOB als Verkehrsdrehscheibe für über 20.000 Menschen am Tag.“ Sobald es die Situation wieder zulässt, wird das InnoLab am Busbahnhof regelmäßig für interessierte Gäste geöffnet sein. Experten der Unternehmen stehen dann Rede und Antwort. Einen virtuellen Blick in das Labor gibt es unter www.stadtwerkebamberg.de/innolab.

Die SOFC-Anlage wird von den Stadtwerken Bamberg mit Erdgas betrieben, ist sehr leise und heute schon geeignet für Wasserstoff. Im Vergleich zum Strom-Mix in Deutschland spart ein SOFC-System selbst beim Betrieb mit Erdgas fast bis zu 40 Prozent an klimaschädlichen CO2-Emissionen. Wird die Brennstoffzelle mit Wasserstoff betrieben, fallen keine direkten CO2-Emissionen mehr an. Für Städte und Ballungszentren mit hohem Energiebedarf können SOFC-Anlagen daher die Energieversorgung nachhaltig sicherstellen, indem die Leistung der stationären Brennstoffzelle bedarfsgerecht geregelt werden kann. Außerdem kann die vorhandene Gas-Infrastruktur in Kombination mit vielen vernetzten Brennstoffzellen zur Entlastung des Stromnetzes genutzt werden. So lassen sich weitere Strombedarfe durch Erzeugung vor Ort decken.

Die SOFC-Anlage in Bamberg ist zudem über die Bosch IoT-Cloud vernetzt: 20 Sensoren innerhalb der Brennstoffzelle liefern kontinuierlich Daten zu Stromproduktion und Betriebsstatus. Diese Daten helfen auch, um die Technologie weiterzuentwickeln. Zukünftig können über die Cloud-Lösung verschiedene stationäre Brennstoffzellen miteinander zu virtuellen Kraftwerken vernetzt und durch intelligente, selbstlernende Software digital gesteuert werden – dies schont Umwelt und Ressourcen.

Bambergs Oberbürgermeister Andreas Starke begrüßt die Kooperation und die bürgernahe Installation am Bamberger ZOB: „Wir sind stolz darauf, dass Bosch und die Stadtwerke Bamberg mit der stationären Brennstoffzelle eine klimafreundliche und gleichzeitig wirtschaftliche Technologie umsetzen. Diese innovative Energieversorgung ist ein wichtiger Baustein im Transformationsprozess des Wirtschaftsstandorts Bamberg, um für die Zukunft Arbeitsplätze zu sichern.“ ❐



Will der Naturschutz die Wasserkraft zerstören?

VWB und LVBW weisen plakative Schuldzuweisungen von Umwelt- und Wassersportverbänden zurück und laden zum Gespräch ein

Einmal mehr haben der WWF, der BUND Naturschutz in Bayern, der Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV), der Landesfischereiverband Bayern sowie der Bayerische Kanu-Verband zur Kritik gegen die kleine Wasserkraft ausgeholt, nun mit dem Positionspapier „Acht Mythen zur Kleinwasserkraft". „Es ist uns unverständlich, weshalb wir dermaßen in das Visier der Umwelt- und Wassersportverbände geraten sind", sagt Fritz Schweiger, Vorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V.

„Es wird der Eindruck vermittelt, dass neue Wasserkraftanlagen wie Pilze aus dem Boden schießen. Dabei gab es so gut wie keine Neubauten in den vergangenen Jahrzehnten. Und wir haben auch nicht vor, neue Anlagen in unberührten Gewässern zu bauen." Vielmehr haben die Anlagenbetreiber in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass sowohl die Durchgängigkeit für Fische als auch die Umgebungsbedingungen verbessert wurden und sie arbeiten weiter daran.

Wenn die Umwelt- und Wassersportverbände zudem die mangelhafte Durchgängigkeit an bestehenden Querbauwerken beklagten, so solle bedacht werden, dass rund 90 Prozent davon im staatlichen Eigentum sind und es dort keine Wasserkraftanlagen gibt. „Davon weichen wir allerdings nicht ab: Es ist sinnvoll, bereits bestehende Querbauwerke, die zum Beispiel zur Sohlstabilisierung und für den Hochwasserschutz errichtet wurden, noch zusätzlich für die erneuerbare und ökologisch verträgliche Stromerzeugung zu nutzen", betont Schweiger. Immerhin reduziert jede Kilowattstunde, die mit Wasserkraft produziert wurde, klimaschädliche Emissionen. „In dem Zusammenhang möchten wir an das Pariser Klimaschutzabkommen und die darin vereinbarte CO2-Reduktion erinnern."

Heimischer regenerativer Strom statt importiertem Kohle- und Atomstrom

Auch mit Blick auf den 10. Jahrestag von Fukushima halten die Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. und der Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG Forderungen, bestehende Erneuerbare Energien-Anlagen zurückzubauen, für den falschen Weg. „Es ist nicht nachvollziehbar, wenn am Ende des Tages unser Stromverbrauch nur mit Stromimporten aus Atom und Kohle gedeckt werden kann, weil man sich hierzulande gegen einzelne Erneuerbare-Energien-Technologien ausspricht", erklärt Hans-Peter Lang, Vorsitzender des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG. „Jede Kilowattstunde, die wir nicht heimisch erzeugen, muss aus Atom- und Kohlekraftwerken importiert werden."

„Wir wissen es zu schätzen, dass die Verbände sich intensiv mit unseren Argumenten und unserer Technologie auseinandersetzen, wie es an dem neuen Positionspapier zu erkennen ist", so Lang weiter. „Allerdings bedauern wir es sehr, dass sie nicht das Gespräch mit uns suchen, sondern sich stattdessen in aufmerksamkeitsheischenden Veröffentlichungen an die Medien wenden. Wir sind gesprächsbereit und plädieren dafür, gemeinsam Lösungen zu finden und eine Strategie für mehr Klima- und Gewässerschutz zu erarbeiten, anstatt auf einseitigen plakativen Schuldzuweisungen zu beharren."

Gemeinsame Forderungen

Selbstverständlich ist ein weiterer Zubau von Photovoltaik- und Windenergieanlagen nötig, auch Speichertechnologien müssen dringend weiterentwickelt und in die Breite gebracht werden. Dieser Meinung sind auch die VWB und der LVBW. Bis Speicher auf Wasserstoffbasis, wie sie als eine Lösung genannt werden, allerdings marktfähig sind, werden noch Jahrzehnte vergehen.

Dagegen produziert die etablierte Wasserkrafttechnologie heute schon CO2-freien, qualitativ hochwertigen Strom. „Nach Abschaltung der nuklearen und fossilen Kraftwerke wird die Wasserkraft rund 50 Prozent der wichtigen stabilen und gesicherten Energieerzeugung in Bayern leisten. Die kleine Wasserkraft hat daran immerhin einen Anteil von rund zehn Prozent und ist damit systemrelevant", betont Lang.

Technologiemix: Miteinander statt gegeneinander

Den bayerischen Wasserkraftverbänden liegt es fern, Erneuerbare Energien-Technologien gegeneinander auszuspielen. Das Miteinander ist notwendig, aber selbstverständlich auch Maßnahmen wie höhere Energieeinsparung und mehr Energieeffizienz. „Da sehen wir wichtige Berührungspunkte", erklärt Schweiger mit Bezug auf das Positionspapier.

Die Allianz, die sich mit einer Kampagne gegen die kleine Wasserkraft gebildet hat, ist zu hinterfragen. „Es ist ja nicht so, dass Sportangler keinen Einfluss auf den Fischbestand haben. Und auch Kanuten bewegen sich im und am Wasser", betont Lang. „Wir sehen keinen Grund, dies zu beklagen oder dagegen Stimmung zu machen. Aber wir erheben den Anspruch, dass man uns mit einer bewährten, laufend modernisierten Technologie weiter regenerativen Strom erzeugen lässt und auch die Wirtschaftlichkeit, die für viele kleine und mittelständische Anlagenbetreiber ohnehin gefährdet ist, nicht durch weitere überzogene Auflagen beeinträchtigt."

Bitte um ausgewogene Berichterstattung

An die Medien appellieren die bayerischen Wasserkraftverbände, ausgewogen zu berichten und auch die Argumente der Wasserkraftseite in ihrer Berichterstattung zu berücksichtigen. „Auch hier gilt unser Gesprächsangebot und wir laden Journalistinnen und Journalisten herzlich zum Besuch von Wasserkraftanlagen ein, damit sie sich selbst ein Bild machen können. Und selbstverständlich stehen wir immer für Fragen und Erklärungen zur Verfügung", unterstreicht Fritz Schweiger.

Was die Naturschutzverbände betrifft, so vertrauen der LVBW und die VWB darauf, dass sie sich auch mit der Tatsache auseinandersetzen werden, dass die Wasserkraft einen wertvollen Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz leistet. Letztlich tragen Wasserkraftanlagen durch die Reduktion von CO2-Emisisonen auch zum langfristigen Erhalt der Lebensbedingungen für Fische, andere Lebewesen und Pflanzen in Gewässern bei. ❐

Große Bühne für den Klimaschutz

Amberg-Sulzbacher Land und Staatsministerium laden zum Energiedialog ein

Jeder kann mitmachen, um die Energiewende voranzutreiben und gemeinsam eine lebenswerte Energiezukunft in den Regionen aufzubauen. Dazu fordern das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie und das Amberg-Sulzbacher Land auf und laden alle Interessierten mit diversen Veranstaltungsreihen zum Energiedialog ein.

Unter dem Label Team Energiewende Bayern startet das Ministerium Mitte April die erste von drei Themenwochen, die die öffentliche Aufmerksamkeit jeweils auf ein spezielles energiepolitisches Oberthema lenken soll. Die Stadt Amberg und der Landkreis Amberg-Sulzbach unterstützen das Vorhaben laut einer Pressemitteilung des Landratsamtes unter anderem mit der Klimaschutzwoche, die vom 30. April bis zum 9. Mai unter dem Titel „Raum für Mehr" über die Bühne geht.

In einem Schreiben an die bayerischen Landräte bittet Staatsminister Hubert Aiwanger darum, „die Initiative Team Energiewende Bayern zu unterstützen, um den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern die Energiewende vor Ort näher zu bringen". Damit rennt der Minister im Amberg-Sulzbacher Land offene Türen ein. Denn „die Themen Nachhaltigkeit und klimafreundlicher Landkreis haben wir in unserem Leitbild Deine Zukunft. 2030 fest verankert. Das bedeutet, dass wir dem Klimaschutz seit Jahren eine große Bühne geben und ihn mit vielen Mitstreitern auf verschiedenen Ebenen strategisch vorantreiben. Umso mehr freuen wir uns darauf, die Initiative Team Energiewende Bayern aktiv zu unterstützen", erklärt Landrat Richard Reisinger.

Als aktuelles Beispiel nennt der Landkreischef die anstehende Klimaschutzwoche", zu der Reisinger gemeinsam mit der Stadt Amberg und dem Zentrum für erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit e.V. (ZEN) zum vierten Mal einlädt.

„Vom 30. April bis zum 9. Mai 2021 wird es eine Reihe von Vorträgen und Aktionen geben, die sich mit diversen Facetten der Energiewende befassen", berichtet der Klimaschutzkoordinator des Landkreises Amberg-Sulzbach, Joachim Scheid. So sieht das Programm beispielsweise Wanderungen und Fahrradtouren für die ganze Familie, eine Holzhausbesichtigung, Web-Konferenzen zu „Nachhaltigen Geldanlagen" sowie Podcasts und Online-Vorträge rund um den Dreiklang Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energiequellen vor. „Dieses Jahr verlegen wir alle Informationsveranstaltungen ins Internet, so dass wir sie definitiv anbieten können, egal wie sich das Infektionsgeschehen weiterentwickelt", ergänzt die Amberger Klimaschutzmanagerin Corinna Loewert. Vergangenes Jahr musste die Klimaschutzwoche kurzfristig aufgrund der Virusausbreitung abgesagt werden.

Auftakt mit Pressegespräch

Den Auftakt bildet am Freitag, den 30. April, das Pressegespräch mit Landrat Richard Reisinger, Oberbürgermeister Michael Cerny, der Klimaschutzmanagerin der Stadt Amberg, Corinna Loewert, dem Klimaschutzkoordinator des Landkreises, Joachim Scheid, und dem ZEN-Vorsitzenden Florian Junkes. Bei dem anschließenden ökumenischen Gottesdienst im Maltesergarten mit Dekan Brunner von der Pfarrei St. Georg in Amberg sowie Dekan Schötz von der Christuskirche in Sulzbach-Rosenberg werden die Fahrräder geweiht, die gleich danach beim Amberger „Stadtradeln" zum Einsatz kommen können. Das genaue Programm der Amberg-Sulzbacher Klimaschutzwoche ist unter www.zen-ensdorf.de eingestellt.

Erste Themenwoche

Schon gut zwei Wochen vorher lädt das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie im Rahmen von Team Energiewende Bayern zu seiner ersten Themenwoche ein. Bis zum 25. April geht es in allen bayerischen Kommunen und Landkreisen, die daran teilnehmen, um die „Mobilität".

Zusammen mit Partnerinitiativen will das Ministerium informieren und Fakten vermitteln, Leuchtturmprojekte vorstellen, zum Mitmachen anregen und Akzeptanz fördern. Mit dabei ist das Amberg-Sulzbacher Land. „Die Frage, wie wir die Mobilitätsströme in unserem Landkreis zukunftsfähig und klimafreundlich gestalten, ist ein wesentlicher Aspekt innerhalb unserer Nachhaltigkeitsstrategie und hat bei uns längst Fahrt aufgenommen. Deshalb bringen wir uns hier aktiv mit ein", kündigt Landrat Richard Reisinger an.

Online-Vorträge zur Mobilität

Unter der Leitung von Regionalmanagerin Katharina Schenk, wurden in Zusammenarbeit mit der Mobilitätswerk GmbH auf Basis von Bürgerbefragungen und Expertengesprächsrunden Maßnahmen für eine zukunftsfähige Mobilität im Landkreis Amberg-Sulzbach und der Stadt Amberg erarbeitet. Das Projekt und die Ergebnisse werden die Mobilitätswerk GmbH und Katharina Schenk am 4. Mai ab 18 Uhr in einem Online-Vortrag vorstellen.

„Es kristallisiert sich heraus, dass neben der möglichen Einrichtung einer Kompetenzstelle Mobilität vor allem in den Bereichen Bedarfsverkehre Verbesserungsbedarf gesehen wird. Zudem sollen bereits bestehende Angebote mehr ins Bewusstsein gerückt werden", verrät Schenk. Einen Tag später, am 5. Mai, geht es von 17 Uhr bis 18.30 Uhr um die e-Mobilität. In ihrem Online-Vortrag referiert Annette Schwabenhaus, Beraterin für Elektromobilität bei der Handwerkskammer, zum Thema: „So fahren Sie mit Ihrem e-Fahrzeug in die Welt."

Reinhören kann man ohne Voranmeldung ganz einfach unter dem Link www.zen-ensdorf.de/klimaschutzwoche.html.

Schon im Juli folgt unter der Regie des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie die nächste Themenwoche. Vom 12. bis 25. Juli steht das Thema „Wärme" im Rampenlicht, vom 15. bis 28. November richtet sich der Fokus auf das Thema „Strom".

Nähere Infos stellt das Ministerium unter www.TeamEnergiewende.bayern bereit. Alle Präsenz-Veranstaltungen finden unter Berücksichtigung der gültigen Corona-und Hygieneschutzmaßnahmen statt. ❐



Kleine Wasserkraftanlagen erzeugen dezentral, nachhaltig und CO2-neutral Strom. Bild: Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB)

Weg frei für die Bürgerkraftwerk EBERstrom GmbH

In der Gesellschafterversammlung des EBERwerks haben die Gesellschafter, 19 Kommunen im Landkreis Ebersberg, den Weg für die Gründung der „Bürgerkraftwerk EBERstrom GmbH" geebnet.

Dem Beschluss in der EBERwerk-Gesellschafterversammlung vorangegangen sind Beschlüsse in den 19 Stadt- und Gemeinderäten mit dem Ziel, eine per EBERwerk-Satzung erforderliche Mandatierung der Bürgermeister*innen freizugeben, damit diese einen Beschluss in der Gesellschafterversammlung des EBERwerks fassen können. Mit Ausnahme der Gemeinde Forstinning haben sich die Stadt- und Gemeinderät*innen dafür ausgesprochen.

Mit einem klaren Votum bei einer Gegenstimme stimmten nun die Vertreter*innen in der Gesellschafterversammlung für eine gemeinsam mit der Bürgerenergie im Landkreis Ebersberg eG zu gründende „Bürgerkraftwerk EBERstrom GmbH", mit dem Ziel, die kurz vor Inbetriebnahme befindliche Freiflächenphotovoltaik-Anlage in Haus bei Markt Schwaben zu betreiben.

Der Name der Gesellschaft deutet auch den Zweck dieser Mission an: Zum einen soll die Ökostromproduktion aus Erneuerbaren Quellen im Landkreis ausgebaut werden und unter dem Namen EBERstrom für Bürger*innen und Unternehmen im Landkreis erhältlich sein.

Die Photovoltaik-Anlage wird damit zu einem Bestandteil des bestehenden Erzeugungs-Pools aus Biogas-, Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen. Unter www.eberstrom.de können Interessent*innen sich über den EBERstrom-Tarif informieren und einfach und unkompliziert den Wechsel zum EBERstrom abschließen.

Finanzielle Beteiligung ermöglichen

Zum anderen soll über die Bürgerkraftwerk EBERstrom GmbH eine finanzielle Beteiligung von Bürger*innen ermöglicht werden. Hierfür ist eine Zusammenarbeit des EBERwerks und der Genossenschaft Bürgerenergie im Landkreis Ebersberg eG (BEG) geplant, die 49% an der Anlage halten und darüber hinaus ihren Mitgliedern eine finanzielle Beteiligung anbieten soll. Über die Beteiligungsmöglichkeit informiert die BEG ihre Mitglieder zu gegebener Zeit.

Auf diesem Wege möchten BEG und EBERwerk gemeinsam nachhaltigen Strom erzeugen, der in der Region produziert und verbraucht und von Bürgerinnen und Bürgern getragen wird. ❐

Landkreis Regensburg:

Sonne, Wind und Wasser decken Großteil des Strombedarfs

Seit Sommer 2019 bietet der Landkreis Regensburg auf seiner Homepage mit dem EnergieMonitor des Bayernwerks ein kostenfrei nutzbares Online-Tool, um sich über die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien im Landkreisgebiet zu informieren. Tagesaktuell wird die Stromerzeugung dem Gesamtstromverbrauch gegenüberstellt und vermittelt einen anschaulichen Eindruck zum Beitrag erneuerbarer Energien für die Stromversorgung der Region.

Für den EnergieMonitor kooperieren die fünf regionalen Netzbetreiber Bayernwerk (Tool-Anbieter), die Energieversorgung Heider, die REWAG Netz GmbH, die Stadtwerke Hemau und die Stromversorgung Schierling eG.

Durch den EnergieMonitor liegt nun erstmals eine Jahresauswertung der Strombilanz des Landkreises Regensburg auf der Basis der Netzabsatzdaten für das Gesamtjahr 2020 vor. Demnach konnten – rein rechnerisch – fast 90 Prozent des Gesamtstrombedarfs aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Die Photovoltaik hat mit 57 Prozent den größten Anteil an der Jahresstromerzeugung, gefolgt von der Wasserkraft (28 Prozent), der Windenergie (9 Prozent) und der Bioenergie (5 Prozent).

„Wir betreiben im Landkreis seit vielen Jahren eine aktive und engagierte Klimaschutz- und Energiepolitik", so Landrätin Tanja Schweiger. „Auch wenn wir hier schon auf einem guten Weg sind – für das Gelingen der Energiewende brauchen wir ein grundlegendes Umdenken und Mitmachen jedes einzelnen und auf allen gesellschaftlichen Ebenen."

Laut Auswertung der Netzbetreiber betrug der Jahres-Gesamtstromverbrauch im Landkreis Regensburg ca. 660 GWh. Gleichzeitig wurden ca. 590 GWh Strom aus heimischen EE-Anlagen erzeugt. Allerdings schlägt im Ausnahmejahr 2020 auch ein reduzierter Gesamtstrombedarf zu Buche, so der Hinweis des Landratsamtes.

Rein rechnerisch reichte die in der Zeit von März bis August erzeugte Strommenge, um in diesem Zeitraum den Gesamtstrombedarf des Landkreises zu decken. „Für das Gelingen der Energiewende im Landkreis Regensburg ist ein zügiger Umbau der Energieversorgung auf erneuerbare Energien – und hier besonders die Nutzung der Solarenergie in Verbindung mit Speichertechnologien – ein wichtiger Baustein", erklärt Klimaschutzmanager Dr. André Suck. ❐

Bayernwerk feiert runden Geburtstag:

100 Jahre Energie für Bayern

Regensburg. Vor genau 100 Jahren wurde das Bayernwerk auf Initiative von Oskar von Miller gegründet. Die Vision des Gründungsvaters und berühmten Energiepioniers war es, Strom aus Wasserkraft über bayernweite Netze zu verteilen. Mit dem Bayernwerk nahm sie eine konkrete Form an. Es war am 5. April 1921, als die Gründung des Unternehmens auf Initiative von Oskar von Miller in München schriftlich besiegelt wurde.

100 Jahre Bayernwerk sind für das heutige Energieunternehmen mit Sitz in Regensburg vor allem ein Anlass, nach vorne zu schauen: „Oskar von Miller hat sich die Elektrifizierung Bayerns zur Lebensaufgabe gemacht und mit dem Bayernwerk das gesellschaftliche Leben verändert. 100 Jahre später geht es wieder um grundlegende Veränderungen unserer Energieversorgung. Wieder lautet die Aufgabe, ein neues Energiesystem zu schaffen, das auf Basis Erneuerbarer Energien ein nachhaltiges Leben ermöglicht. Wieder spielen Energienetze eine zentrale Rolle. Und wieder sehen wir uns als heutiges Bayernwerk in der Verpflichtung, Energiezukunft zu gestalten“, richtet Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, den Blick in die Zukunft.

Jahrzehnt der Veränderung: eine CO2-freie Energiezukunft im Blick

Das Energiesystem der Zukunft vernetzt die Gesellschaft. „Schon jetzt haben wir mehr als 300.000 regenerative Erzeugungsanlagen in unser Netz integriert und es werden ständig mehr. Das ist aber nur eine Seite. Eine CO2-freie Zukunft erreichen wir nur, wenn mehrere Sektoren wie Erzeugung, Mobilität und der Lebensraum der Menschen ineinandergreifen. Digitalisierung, Modernisierung und der Ausbau unserer Stromnetze spielen dabei eine ganz entscheidende Rolle. Die Energiezukunft braucht eine innovative Infrastruktur. Und die entsteht jetzt“, sagt Dr. Egon Westphal, Technikvorstand des Bayernwerks.

Personalvorstand Andreas Ladda betont, dass man sich am Anfang eines Jahrzehnts der Veränderung befinde. „Die rasanten technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen müssen wir in unserer Arbeitswelt begleiten. Für unsere Zukunft brauchen wir attraktive, moderne, flexible und digitale Arbeitsmöglichkeiten. Dass das Bayernwerk über so viele Jahrzehnte Pionierarbeit leistet, liegt auch an den hoch motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Unsere Energie lebt stark von deren Nähe zur Region. Das zeichnet uns aus“, erläutert Andreas Ladda, Personalvorstand beim Bayernwerk.

Der Blick nach vorn ist auch ein Blick zurück

Im Laufe der hundertjährigen Geschichte des Bayernwerks kam es zu immer größeren Zusammenschlüssen. Als im Jahr 2000 VIAG und VEBA zu E.ON fusionierten, entstand aus dem Bayernwerk und PreussenElektra gemeinsam E.ON Energie. Der Name „Bayernwerk“ war für einige Zeit sogar ganz aus den Köpfen der Menschen verschwunden. Im Jahr 2013 wurde die E.ON Bayern AG offiziell umfirmiert und es schlug die Geburtsstunde des „neuen“ Bayernwerks. Seitdem arbeitet das Unternehmen an der Energiewende Bayerns.

„Dezentralisierung“ heißt eines der Schlagworte der Energiezukunft. Das betrifft nicht nur die Unternehmensorganisation, sondern auch die Logistik der Energieversorgung. Wenn Energie in Zukunft zu einem großen Teil aus Sonne, Wind oder Biomasse entstehen soll, braucht es zahlreiche kleine Anlagen, die über das ganze Land verteilt sind. „Wie seinerzeit Oskar von Miller befinden auch wir uns im Aufbruch“, sagt Dr. Egon Westphal. „Im Grunde gehen wir zurück zu den Anfängen, denn auch damals gab es viele einzelne Kraftwerke, aus denen erst später größere Verbände wurden“, ergänzt Reimund Gotzel.

Energieversorgung für sieben Millionen Menschen

Heute ist die Bayernwerk AG Dachgesellschaft für die Tochterunternehmen Bayernwerk Netz GmbH, Bayernwerk Natur GmbH und weitere Tochtergesellschaften. Mit seinen Energienetzen versorgt das Unternehmen rund sieben Millionen Menschen in Bayern mit Energie. Das Stromnetz umfasst 156.000 Kilometer, das Gasnetz 6.000 Kilometer und das Straßenbeleuchtungsnetz 34.600 Kilometer. In den Energienetzen verteilt das Unternehmen zu 70 Prozent elektrische Energie aus erneuerbaren Quellen.

Der Pionier Oskar von Miller

Der 1855 geborene Oskar von Miller hatte sich schon früh als Bauingenieur und Elektrotechniker einen Namen gemacht. Besondere Aufmerksamkeit wurde ihm zuteil, als er zusammen mit seinem französischen Kollegen Marcel Deprez 1882 die erste elektrotechnische Ausstellung in München organisierte, bei der die erste Fernübertragung von Starkstrom über ein Gleichstromnetz von Miesbach bis zum Glaspalast in München gelang. Mit dem Strom sollte über eine Pumpe ein künstlicher Wasserfall in der Ausstellung in Gang gesetzt werden.

Mit dieser Sternstunde der Energieversorgung leitet auch die Publikation „100 Jahre Energie – Bayernwerk“ in verschiedene Essays zur Energiegeschichte ein. Dort heißt es dazu: „Es war 11 Uhr abends am 25. September 1882. Die Besucher hatten die Elektrizitätsausstellung im eindrucksvollen Münchner Glaspalast bereits verlassen. Die bunten Glühbirnen im mächtigen Theaterbau waren erloschen, auch die nachgebaute Bibliothek, das Restaurant und die Kapelle lagen im Dunkeln. Nur in einer Ecke herrschte Aufmerksamkeit und Betriebsamkeit. Eine kleine Gruppe stand um einen hell erleuchteten künstlichen Felsen, umgeben von hohen Bäumen. Die Zuschauer hielten gespannt den Atem an. Und plötzlich – begann der Motor sich zu drehen, die Pumpe arbeitete und Wasserfall ergoss sich über den Felsen. Begeistert und erleichtert vielen sich zwei Ingenieure in die Arme, was für ein Durchbruch!“

Elektrifizierung Bayerns als Lebensaufgabe

Die Elektrifizierung Bayerns hatte sich von Miller zur Lebensaufgabe gemacht. Schon um die vorletzte Jahrhundertwende hatte er der Bayerischen Staatsregierung entsprechende Pläne vorgelegt. Mit dem Walchenseekraftwerk entstand das damals größte Hochdruckspeicherkraftwerk der Welt. Als es im Januar 1924 den ersten Strom erzeugte, wurde dieser über 1.100 Kilometer lange Leitungen in ganz Bayern verteilt. Noch heute wird dem Gründervater beim Bayernwerk Rechnung getragen. So trägt etwa eine der jüngsten Innovationen des Energieversorgers, ein mobiler Speichercontainer aus den Akkus einiger Elektro-Testfahrzeuge, den Namen „Oskar II.“ ❒



Die Bayernwerk-Vorstände Dr. Egon Leo Westphal, Reimund Gotzel (Vorsitzender) und Andreas Ladda (v.l.) blicken auf auf die 100-jährige Unternehmensgeschichte zurück. Bild: Angelika Reitinger/Bayernwerk AG

Beschluss des BDEW-Vorstands:

Leitlinien für die Umsetzung der Wärmewende

Der BDEW-Vorstand hat in seiner Sitzung Leitlinien für die Umsetzung der Wärmewende durch die Energiewirtschaft verabschiedet. In dem Beschluss heißt es: „Der BDEW bewertet eine kosteneffiziente, sichere und ressourcenschonende Wärmeversorgung als gesellschaftliche Notwendigkeit.“

Zudem werden vier Kompetenzfelder definiert, deren Ausgestaltung die Branche als vorrangig betrachtet:

- Bereitstellung von klimaneutralen und zunehmend grünen Energie- und Wärmeträgern,
- ressourcenschonende Nutzung und Weiterentwicklung bestehender Anlagen und Infrastrukturen unter Beachtung der individuellen Gegebenheiten vor Ort,
- die integrierte Betrachtung von Gebäudesystemen, -quartieren und sektorübergreifenden Lösungen inklusive der Ausnutzung der Potenziale der KWK und der Abwärme,
- Bereitstellung eines effizienten Energie- bzw. Wärmenetzsystems

„Für eine erfolgreiche Wärmewende brauchen wir individuelle, sozialverträgliche und effiziente Versorgungsoptionen, Dienstleistungen und zunehmend digitale Anwendungen. Dafür setzt sich der BDEW ein“, erklärt BDEW-Präsidentin Marie-Luise Wolff.

„Die Wärmewende ist eine der Herkulesaufgaben der kommenden Jahre. Um das Ziel einer klimaneutralen Wärmeversorgung zu erreichen, braucht es grüne Energie, effiziente Systemtechnik und die Nutzung vorhandener Infrastrukturen. Dies macht den Wärmemarkt schnell und bezahlbar klimaneutral. Die Energiewirtschaft sieht sich als Gestalter dieses Prozesses. Durch wertschöpfungsübergreifende Zusammenarbeit möchten unsere Unternehmen die Wärmewende zum Erfolg machen“, betont Wolff. ❒

SEW Systemtechnik für Energierecycling und Wärmeflussbegrenzung:

Modernste Technologie für das Klima von morgen

Green Deal, Luft als Lebensmittel oder Hygienewelle im Bad: Die erste digitale Ausgabe der ISH, Weltleitmesse für Wasser, Wärme, Klima, platzierte gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich relevante Themen. Insgesamt präsentierten 373 beteiligte Unternehmen dazu ihre Produktinnovationen, darunter die Firma SEW Systemtechnik für Energierecycling und Wärmeflussbegrenzung GmbH in Kempen.

Seit 1983 rüstet SEW Lüftungs- und Klimaanlagen zur keim- und schadstoffübertragungsfreien Wärmerückgewinnung und FCKW-freien Naturkühlung mit hocheffizienter GSWT-Technologie aus. Nach mehr als 1.700 ausgeführten Wärme- und Kälterückgewinnungssystemen sind der Name SEW und die GSWT-Technologie heute ein Synonym für:

- Multifunktionale Kreislaufverbundsysteme
- Keim- und schadstofffreie Wärmeübertragung
- Hohe Rückwärmzahlen und hohe Effizienz
- Hohe Redundanz und Betriebssicherheit
- Substitution von Heiz-, Kälte- und Rückkühlleistung
- Zerlegbarkeit und Vorortmontage unter beengten Verhältnissen
- Geringe Verschmutzungsneigung und desinfizierbar
- KVS-Systemhersteller mit Wärmetauscher, Hydraulik, Steuerung
- Werksinbetriebnahme und Werksservice

Auch in Bayern kamen die Produkte von SEW bereits vielfach erfolgreich zum Einsatz. So wurde in der Saturn-Arena in Ingolstadt in multifunktionales und hocheffizientes GSWT-System zur Wärme- und Kälterückgewinnung installiert. Zusätzlich integrierte man die erforderliche Kälteerzeugung zur Zuluftaufbereitung einschließlich deren Rückkühlung. Das System ist auf Eishockeyspielbetrieb wie auch für Großveranstaltungen ausgelegt. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Entfeuchtung gelegt, um sicher zu vermeiden, dass es bei Eishockeyspielen nicht zur gefürchteten Nebelbildung auf der Eisfläche kommt.

Beispiel: Dräxlmaier Technologiezentrum

Die Vorgabe des Bauherrn, keine sichtbare Technik am Neubau des Dräxlmaier Technologiezentrums in Vilsbiburg zu installieren, konnte durch den Einbau des GSWT-Wärmerückgewinnungssystems realisiert werden. Die Rückkühlung der Kältemaschinen erfolgt dabei über die Fortluft-Einheit der Wärmerückgewinnung in den Klimageräten. Dies spart rund 200 qm an Technikfläche ein. Durch den Verzicht auf Kältemaschinen-Rückkühlwerke werden ca. 1.020 kW Rückkühlleistung eingespart.

Deutsche Flugsicherung

In der DFS Deutschen Flugsicherung in München wurden durch den Einsatz der GSWT-Wärmerückgewinnungstechnologie zur Lufterwärmung und Luftkühlung für die lüftungstechnischen Anlagen nicht nur erhebliche Leistungseinsparungen erzielt. Die DFS setzt hier vor allem auf höchste Betriebssicherheit. Vier Sicherheitsrückkühlwerke auf reiner Wasserbasis ohne Frostschutzmittel sowie Raumluftkühlgeräte mit zwei separaten Kühlkreisläufen garantieren ein hohes Maß an Sicherheit.

Knorr-Bremse AG

Auch die Knorr-Bremse AG in München profitiert von der GSWT-Wärmerückgewinnungstechnologie: Für die lüftungstechnischen Anlagen wurden mit einer Außenluftleistung von ca. 265.000 m³/h enorme Leistungseinsparungen erreicht. Durch die integrierte Rückkühlung vermindert SEW die Rückkühlleistung um ca. 3.235 kW. Die Boostfunktion sorgt dafür, dass zusätzlich 4.160 kW und durch die Freie Kühlung 639 kW eingespart werden. **DK**



LBS Bayerische Landesbausparkasse:

Verstärkte Nachfrage nach Wohnimmobilien

Marktspiegel der Sparkassen-Finanzgruppe veröffentlicht

Seit Beginn der Corona-Pandemie hat die Nachfrage nach Wohnimmobilien in Bayern zugenommen. „In den vergangenen zwölf Monaten haben sich insgesamt knapp 190.000 Interessentinnen und Interessenten mit einem konkreten Wohnimmobiliengesuch bei Sparkassen und LBS in Bayern vormerken lassen. Das waren gut 10.000 mehr als im gleichen Zeitraum ein Jahr zuvor. Insbesondere spüren wir seit Mai 2020 mit dem Ende des ersten Lockdowns eine nochmals verstärkte Nachfrage für Wohnimmobilien“, sagte Paul Fraunholz, Geschäftsführer der Sparkassen-Immobilien-Vermittlungsgesellschaft, bei der Vorstellung des aktuellen Marktspiegels der Sparkassen-Finanzgruppe.

„Mit dem Marktforscher Feedbaxx hat die LBS-Gruppe im vergangenen August Menschen im Alter von 20 bis 45 Jahren befragt. In Bayern waren 84 Prozent der Meinung, dass ein schönes Zuhause durch Corona wichtiger denn je ist. 38 Prozent der Mieter sagten, dass die Pandemie ihren Wunsch nach einer eigenen Immobilie verstärkt hat“, erklärte Erwin Bumberger, Vorstandsvorsitzender der LBS Bayern.

Insgesamt konnten die Makler von Sparkassen und LBS im vergangenen Jahr 8.129 Kaufimmobilien mit einem Gesamtwert von 3,2 Milliarden Euro vermitteln. „Mit der Steigerung des vermittelten Objektvolumens um vier Prozent wird unsere Position als größter Makler im Freistaat erneut bestätigt“, so Fraunholz.

Preisanstieg hat sich fortgesetzt

Der durchschnittliche Kaufpreis für Häuser und Wohnungen aus dem Bestand, die LBS und Sparkassen im vergangenen Jahr vermittelt haben, ist um elf Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen auf 338.220 Euro. Insgesamt betrug der Preisanstieg für gebrauchte Wohnimmobilien in Bayern in den vergangenen zehn Jahren 123 Prozent. Basis dieser Berechnung sind mehr als 58.000 in diesem Zeitraum vermittelte Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen.

Die Immobilienpreise unterscheiden sich regional erheblich. Grundsätzlich sind Häuser und Wohnungen im Norden Bayerns deutlich erschwinglicher als im Süden. Ein übliches gebrauchtes Einfamilienhaus in einer mittleren bis bevorzugten Lage kostet in 13 bayerischen Landkreisen in der Regel weniger als 250.000 Euro. Ein Vielfaches, nämlich mehr als 800.000 Euro kostet ein solches Haus dagegen im Stadtgebiet von Erlangen sowie in den Landkreisen Erding, Freising, Dachau, Rosenheim und Lindau.

Mehr als eine Million Euro muss investiert werden, um ein vergleichbares Haus am Tegernsee, in Garmisch-Partenkirchen, Rosenheim oder in den stadtnahen Gemeinden der Landkreise Ebersberg, Fürstenfeldbruck oder Bad Tölz-Wolfratshausen kaufen zu können. In der Stadt und im Landkreis München sowie im Landkreis Starnberg liegen die Preise nochmal etwa zwanzig Prozent höher.

Detaillierte Preislandkarten und Tabellen für jeden Regierungsbezirk

Detailliert gibt der neue Marktspiegel der Sparkassen-Finanzgruppe Auskunft zu den Preisen vor Ort. Dieser enthält die Preisspannen für Baugrundstücke, Häuser und Eigentumswohnungen in allen bayerischen Landkreisen einschließlich ihrer verschiedenen Teilregionen. Ab sofort ist der Marktspiegel mit allen Informationen abrufbar im Internet unter www.sparkassen-immo.de. Die flächendeckende Präsenz der Makler von Sparkassen und LBS ermöglicht diese in Bayern einmalige Kaufpreissammlung.

Eine wesentliche Ursache für die seit Jahren hohe Nachfrage nach Wohnimmobilien in Bayern ist der Zuzug aus anderen Bundesländern und dem Ausland. „Der wichtigste Einflussfaktor für den Wohnimmobilienmarkt bleibt: Der Zuzug ist zwar durch die Pandemie gebremst worden. Dennoch prognostiziert das Landesamt für Statistik, dass bis 2039 über 400.000 mehr Menschen in Bayern leben werden als heute“, betonte Bumberger. „Die anhaltend hohe Nachfrage bei einem gleichbleibend zu geringen Angebot kann zu einem erneuten Anstieg der Kaufpreise führen. Sollte sich die Corona-Pandemie über einen längeren Zeitraum auf die Einkommen der Beschäftigten in einzelnen Branchen oder den Arbeitsmarkt insgesamt auswirken, könnte dies die Nachfrage nach Wohnimmobilien im Laufe des Jahres auch negativ beeinflussen“, so Fraunholz.

Die Corona-Pandemie habe den Trend, dass vor allem Familien in das Umland von Ballungsräumen ausweichen, verstärkt. Städtische Lagen würden aber auch künftig gefragt sein, erwartet Fraunholz: „Die jungen, noch ungebundenen Menschen werden auch nach Corona in die urbanen Zentren ziehen. Und wenn die Kinder aus dem Haus sind, wird es für viele Menschen in der sogenannten Empty-Nest-Phase wieder attraktiv, an den Stadtrand bzw. in die Zentren zu ziehen. Dieser Trend wurde durch die Corona-Pandemie zwar unterbrochen, doch wir sind uns sicher, dass die Lebendigkeit und die Erlebnisdichte in den Städten ihre Anziehungskraft wiedergewinnen werden.“

Förderung von Wohneigentum

Bumberger betonte, es sei weiterhin eine wichtige Aufgabe der Politik dafür zu sorgen, dass mehr Wohnraum entsteht. „Da auch die Stärkung von Vermögensbildung und privater Altersvorsorge auf der politischen Agenda steht, ist eine logische Folgerung, dass es für die Menschen leichter werden muss, Wohneigentum zu erwerben. Dafür ist es erforderlich, an den richtigen Orten genug zu bauen, Erwerbsnebenkosten und Baukosten zu verringern, attraktive Regionen zu schaffen, um Druck aus den Städten zu nehmen, und die Eigenkapitalbasis von angehenden Wohneigentümern zu stärken.“

Das bis März erhältliche Baukindergeld sowie die bayerische Eigenheimzulage hätten dazu erfolgreich beigetragen. Bumberger: „Deshalb würden wir eine Neuauflage dieser Maßnahmen, von der in großer Zahl Menschen mit mittleren und geringen Einkommen profitiert haben, sehr begrüßen. Auch die Verbesserung der Wohnungsbauprämie ist ein wichtiger Beitrag dazu, das Sparen zu fördern und die Eigenkapitalbildung zu stärken.“ ❐

Masse mit Klasse

Positionen von BAK, BIngK, BDA und dena zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums

Die Planerverbände Bundesarchitektenkammer (BAK), Bundesingenieurkammer (BIngK), Bund Deutscher Architektinnen und Architekten BDA und Deutsche Energie-Agentur (dena) haben ein gemeinsames Positionspapier „Quantität nie ohne Qualität – gebaute Umwelt zukunftsgerecht gestalten“ erstellt. Beschrieben werden zentrale Anforderungen, um bezahlbaren Wohnraum bedarfsgerecht, nachhaltig und schnell zu schaffen.

Nach Auffassung der Planerverbände sind die bisherigen Aktivitäten der Bundesregierung, zum Beispiel mit der Baulandkommission, eine geeignete Grundlage für die Schaffung eines adäquaten Angebots an bezahlbarem Wohnraum. Zugleich bedürfe es hierzu dringend weiterer staatlicher Maßnahmen und Investitionen. Passende Förderinstrumente und steuerliche Anreize, insbesondere mehr Flexibilität auf der planungs- und bauordnungsrechtlichen Ebene könnten die benötigten Potenziale für mehr bezahlbaren Wohnraum, aber auch für Baukultur und Nachhaltigkeit aktivieren. Das gemeinsame Positionspapier formuliert hierzu vier Prämissen und benennt konkrete Maßnahmen.

1. Qualität des Wohnens schafft Baukultur: Gebaute Umwelt wirkt langfristig. Quantität muss zwingend mit Qualität einhergehen. Insbesondere kommunale Auslober wie Wohnungsbauunternehmen sollten zur Anwendung qualitätsorientierter Kriterien bei der Vergabe verpflichtet werden. Öffentliche Kredit- und Fördermittel im Wohnungsbau sind an die verbindliche Auslobung von Planungswettbewerben und konkurrierende Vergabeverfahren zu binden.

2. Potenziale im Bestand nutzen: Klima schützen und Ressourcen schonen: „Umbaukultur“ implementieren, damit die Potenziale des Bauens im Bestand – Umnutzungen, Aufstockungen, Verdichtungen – aktiviert werden können. Potenziale und Hindernisse bei Aufstockungen und Umnutzungen verifizieren, z.B. durch wettbewerblich ermittelte Modellprojekte „Bauen ohne Grundstück“ im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau. Ökologischen Fußabdruck unter Beachtung der grauen Energie als zusätzliche Ziel-, Planungs- und Nachweisgröße etablieren.

3. Integrierte Entwicklungskonzepte und soziale Bodenpolitik sind Grundlage bezahlbaren Wohnungsbaus: Um gemischte und lebendige Städte und Quartiere auch mit Blick auf Freiräume und Mobilitätskonzepte zu fördern, sollten alle Hindernisse für die Nutzung integrierter Stadtentwicklungsinstrumente beseitigt werden und die Baunutzungsverordnung, die nach wie vor vom Gedanken der Funktionstrennung geprägt ist, an veränderte Rahmenbedingungen – Klimaschutz, Migration, Mobilität und Wandel der Arbeitswelt durch Digitalisierung – angepasst werden. Zudem bedarf es neuer Konzepte zur Belebung der Innenstädte, unter anderem durch verstärkte Integration von Wohnungen und wohnverträglichen Arbeitsplätzen, um Vielfalt und damit die Stadt der ‚kurzen Wege‘ zu ermöglichen. Ideen- und Planungswettbewerbe sind hierfür bewährte Instrumente.

Die Implementierung einer sozial gerechten Bodenordnung ist eine drängende Grundsatzfrage. Baulandnachfrage und -spekulation bestimmen maßgeblich den Preis von Boden. Im Gegensatz zu anderen „Konsumgütern“ ist Boden nicht vermehrbar. Hier ist u.a. dringend eine Grundsteuerreform, hin zu einer Bodenwertsteuer, notwendig. Insbesondere aus Nachhaltigkeitsaspekten sollte das Ziel weiterverfolgt werden, den Flächenverbrauch zu minimieren („30-ha-Ziel“).

4. Qualifizierung sicherstellen und Nachwuchs fördern: Initiative analog „Industrie 4.0“ auch für das Planungs- und Bauwesen schaffen. Angebote der öffentlichen Hand für eine Verwaltungslaufbahn erhöhen und Leitungsfunktionen mit qualifizierten Architekten und Ingenieuren besetzen. Eine mittelstandsfreundliche Ausschreibungs- und Vergabepraxis muss sicherstellen, dass sich qualifizierte Planer auch aus kleineren und mittleren Büros in den Planungs- und Bauprozess einbringen können. Unangemessen niedrige Schwellenwerte für Planungsleistungen, überzogene Zugangskriterien und zu aufwändig gestaltete Vergabeverfahren verhindern die Beteiligung qualifizierter kleinerer und mittlerer Büros an Ausschreibungen.

BAK, BDA, BIngK und dena gehen davon aus, dass die von der Baukostensenkungskommission, dem Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen sowie im Rahmen der Wohnraumoffensive und der Baulandkommission erarbeiteten Vorschläge und Maßnahmenempfehlungen konsequent weiterverfolgt und umgesetzt werden. **DK**

Verein Europäische Metropolregion München:

Preis für Baukultur 2020

Bereits zum dritten Mal hat der Verein Europäische Metropolregion München den Preis für „Baukultur – Wachstum mit Qualität“ verliehen und kürte damit sowohl Orte für gutes Zusammenleben“ als auch „gemischt genutzte Quartiere, Stadt- und Ortsteilzentren“, die besonders beispielhaft mit der Herausforderung Wachstum umgehen. Insgesamt acht Projekte aus der Metropolregion München erhielten eine Auszeichnung.

Vor mehr als 160 Zuschauern wurden geistige Urheber, Bauherren und politisch verantwortliche Personen der Gewinnerprojekte virtuell gewürdigt. In ihrer Videobotschaft betonte die Schirmherrin, Staatsministerin Kerstin Schreyer, dass „gerade im Kulturstaat Bayern die Baukultur eine wichtige Gemeinschaftsaufgabe“ sei. „Beim Bauen darf Quantität nicht vor Qualität gehen, das gebaute Umfeld und damit die Baukultur haben schließlich große Auswirkungen auf die Menschen“, so Schreyer. Wie Baukultur auch weiterhin gestärkt werden kann, stellte Stadtbaurätin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk in ihrem Impulsvortrag zur geplanten Internationalen Bauausstellung in der Metropolregion vor.

Neue Dorfmitte Denklingen

Der Preis für Baukultur ging an das Projekt „Neue Dorfmitte Denklingen: Gasthof Hirsch – Umnutzung zum Rathaus und Bürgersaal“ (Bauherr: Gemeinde Denklingen). Der unter Denkmalschutz stehende Gasthof Hirsch wurde im Jahr 1668 errichtet und stand im Jahr 2014 zum Verkauf. Auf der Basis zweier Machbarkeitsstudien und begleitender, intensiver Bürgerbeteiligung kaufte die Gemeinde den leerstehenden Gasthof in der Ortsmitte, um ihn zum neuen Rathaus mit Bürgersaal umzubauen.

Das Rathaus bildet gemeinsam mit dem umgebenden Rathausplatz, für den im Jahr 2017 ein zweistufiger Realisierungswettbewerb im Rahmen des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts (ISEK) durchgeführt wurde, die neue Ortsmitte der Gemeinde. Gefördert wurde die Sanierung des Gebäudes sowie des neuen Rathausplatzes mit Mitteln der Städtebauförderung und der Denkmalpflege.

Ziel des Umbaukonzeptes war es, die ursprünglichen Strukturen des denkmalgeschützten Gasthofs sichtbar sowie die verbliebene historische Substanz erlebbar zu machen und zu erhalten. Um dies zu erreichen, wurde der bestehende Anbau ersetzt. Der neue Anbau umfasst nun einen Aufzug für die barrierefreie Nutzung, ein Erschließungs- und ein notwendiges Fluchttreppenhaus sowie die Sanitärräume. Diese notwendige Funktionseinheit vervollständigt den Bestand zu einer zeitgemäßen Nutzung und schenkt dem Gebäude von Norden gesehen ein neues Gesicht.

In den unteren Geschossen des Rathauses sind die Arbeitsräume der Gemeindeverwaltung untergebracht und durch den Parteiverkehr den Bürgern geöffnet. Im großen Dachstuhl des Gasthofes ist der separat zugängliche Bürgersaal entstanden, den die Gemeinde, aber auch Vereine und Privatpersonen nutzen können. So hat der beeindruckende Raum eine neue, öffentliche Nutzung erhalten und wird für alle Bewohner Denklingens erlebbar. Damit gelingt es, einen Ort mit Zeugnisfähigkeit für das dörfliche Leben zu transformieren und die Gemeinde für kommende Generationen zukunftsfähig zu machen.

Die Jury würdigte insbesondere „die mutige und weitsichtige Entscheidung zum Erhalt und zur Umnutzung des Gebäudes“. Das Projekt habe Modellcharakter für die Revitalisierung dörflicher Ortskerne und sei beispielgebend für die Bedeutung von Baukultur im ländlichen Raum.

Mit den Sonderpreisen „Orte für gutes Zusammenleben“ wurden die Projekte „Bellevue di Monaco“ (Bauherr: Sozialgenossenschaft Bellevue di Monaco, München), und das Container Collective, Popup City München, bedacht.

Anerkennungen für beispielhafte „gemischt genutzte Quartiere, Stadt- und Ortsteilzentren“ vergab die Jury an: Stadtplatz und öffentliche Grünflächen im Ackermannbogen (Bauherr: Landeshauptstadt München, Baureferat), FUNK | Wohnen im Quartier – Genossenschaftlicher Wohnungsbau im Domagkpark München (Wogeno München eG), Revitalisierung in Kraiburg – Sanierung von zwei historischen Altstadthäusern (Andrea Anglhuber), Seniorenwohnen Schechen (Gemeinde Schechen) sowie das Haus für Kinder (Gemeinde Sachsenkam).

Haus für Kinder in Sachsenkam

Sachsenkam (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen) benötigte eine Kindertagesstätte für 100 Kinder, die barrierefrei, inklusionsfähig und für ein offenes pädagogisches System geeignet ist. In einem partizipativen Verfahren mit dem Gemeinderat und dem KiTa-Personal entwickelte man in lediglich sechs Monaten das Projekt. Erdgeschossig wurden drei Gruppenräume um eine zentrale Mitte angeordnet. Im Obergeschoss wurden Gruppen- und Hausaufgabenraum, der öffentlich nutzbare Mehrzweckraum, die Werkstätten und die Personalräume um diese Mitte organisiert.

Flurflächen und der zentrale Innenbereich sind Teil des räumlichen Nutzungskonzepts. Als typologischer Anhalt wurde der Einfirsthof genutzt und in eine zeitgemäße Architektursprache übersetzt. Das Gebäude wurde als kombinierter, vorfabrizierter Holzbau errichtet. Das Holz der Fassade sowie das konstruktive Vollholz stammen aus dem eigenen Landkreis. Das Gebäude folgt dem ökologischen Prinzip „low tech-high effect“ und berücksichtigt das „cradle to cradle“-Prinzip. **KI**

Digitales Gründerzentrum ANsWERK geht an den Start

Start frei für das Digitale Gründerzentrum ANsWERK von Stadt und Landkreis Ansbach: Ab Mai 2021 soll es dazu beitragen, die Region zu einer Vorbildregion für Innovation und Digitalisierung im ländlichen Raum zu entwickeln. Dabei stehen die Beratung zu Unternehmensgründung und digitaler Transformation sowie die Vernetzung von Unternehmen aus der Region mit Gründerteams im Vordergrund.

Das vom Freistaat Bayern geförderte Gründerzentrum befindet sich an zwei Standorten: In der Stadt Ansbach im Posthof sowie am Innovationscampus Merkendorf der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf. Partner des Projekts sind Stadt und Landkreis Ansbach, die IHK Nürnberg für Mittelfranken, die Handwerkskammer für Mittelfranken sowie die Hochschulen Ansbach und Weihenstephan-Triesdorf.

Nach den Worten von Ansbachs Oberbürgermeister Thomas Deffner „ist das neue digitale Gründerzentrum für die Stadt und den Landkreis Ansbach ein großer Gewinn. Ich wünsche mir, dass sich das ANsWERK mit seinen modernen Räumen zu einer Anlaufstelle für die digitale Szene und einem Inkubator für innovative Geschäftsideen entwickelt.“

Für Landrat Dr. Jürgen Ludwig handelt es sich hier um einen großen Erfolg, da es dadurch möglich ist, auch für den Hochschulstandort Triesdorf weitere Flächen für das digitale Gründerzentrum anzubieten. „Der gemeinsam getragene Prozess ist ein weiterer wichtiger Schritt, jungen Menschen in der Region weitere Perspektiven im Gründungsbereich bieten zu können.“

Das ANsWERK soll Gründer, Unternehmen und Schüler ansprechen. Es bietet nicht nur einen Ort für Kreativität, Austausch, Vernetzung und Beratung, sondern auch ein Zentrum, an dem gemeinsame Projekte umgesetzt, Innovationen entstehen und Unternehmen gegründet werden sollen. Gründungsinteressierte sowie die Unternehmen aus der Region sind herzlich eingeladen, sich über das für sie passende Angebot zu informieren.

OB Deffner sieht ein großes Potenzial im neuen Gründerzentrum: „Rund die Hälfte der deutschen Bevölkerung lebt nicht in Großstädten, während viele digitale Innovationen in den Ballungszentren entwickelt werden. Die Gründer*innen im ANsWERK können mit ihren Ideen noch wegweisende Innovationen mit großem Nutzen auf den Weg bringen.“ **DK**

Bayerischer Landesverein für Heimatpflege e.V.

Wer schützt die gebaute Heimat?

Plädoyer für eine systematische Innenentwicklung

Der im Jahr 2017 eingeführte neue Paragraf § 13b Baugesetzbuch (BauGB) schuf ein vereinfachtes, beschleunigtes Verfahren zur Ausweisung von Neubaugebieten an Ortsrändern für den Wohnungsbau. Der Paragraf war bis Ende 2019 befristet, wurde aber im Zuge des Baulandmobilisierungsgesetzes bis Ende 2022 verlängert. Der Landesverein für Heimatpflege e.V. beobachtet die daraufhin entstandene „Goldgräberstimmung" um die Ausweisung von Bauland, vor allem in den ländlichen Kommunen, im Hinblick auf Klimaschutz und Flächenverbrauch mit Sorge.

„Das Bauwesen verantwortet aktuell einen Anteil von mehr als einem Drittel am heimatlichen Ressourcenverbrauch und der Energieaufwand für den Betrieb des Gebäudebestandes nimmt weiter zu. Fossile Energieträger, die nach wie vor den Großteil des Bedarfs decken, aber auch Baumaterialien und nicht zuletzt Grund und Boden stehen nun einmal nur endlich zur Verfügung", erklärt Prof. Dipl.-Ing. Florian Nagler, Inhaber des Lehrstuhls für Entwerfen und Konstruieren an der TU München und Vorstandsmitglied des Landesvereins.

Am Ortsrand und im Außenbereich der ländlichen Räume sollte daher grundsätzlich auf die Ausweisung von Neubaugebieten verzichtet werden. Schon seit längerem nämlich ist insbesondere auf dem Land die Tendenz einer Entvölkerung der Ortskerne festzustellen.

Potenziale in den Ortskernen

Maßgebliche Ursache hierfür sind wachsende und ausufernde Einfamilienhausgebiete und Handelsstandorte in den Außenbereichen. Dabei bilden leerstehende alte Wohngebäude oder nicht mehr bewirtschaftete Höfe für die Wiederbelebung der Ortsmitten ein großes und wertvolles Potenzial. Darüber hinaus gilt es, das Wohnen – auch für Senioren – in den gewachsenen Ortszentren zu sichern. Dies kann nur über eine entsprechende Attraktivität in den Ortskernen mit ihren historischen Gebäuden, den öffentlichen Aufenthaltsräumen und privaten Freibereichen gelingen.



Die Wohnhausgruppe in der Gemeinde Haundorf in Mittelfranken stellt ein zeitgemäßes Beispiel für flächensparendes Bauen im ländlichen Raum dar. Die beiden langgestreckten Wohngebäude, die jeweils drei Wohneinheiten aufnehmen, übersetzen zugleich die Merkmale der fränkischen Kulturlandschaft in die Gegenwart. Foto: Thomas Lauer

Innenentwicklung vor Außenentwicklung

In diesem Sinne setzt sich der Landesverein vorbehaltslos für die Verwirklichung des Grundsatzes „Innenentwicklung vor Außenentwicklung" ein und dies schließt auch die Deckung des Wohnraumbedarfs ein.

„In den meisten Gemeinden stehen umfangreiche Potenziale zur Entwicklung im Bestand bereit: Baulücken, Brachflächen, Leerstände, untergenutzte Gebäude etc. Diese müssen für eine flächensparende Siedlungsentwicklung zunächst durch ein systematisches kommunales Innenentwicklungsmanagement erfasst und mobilisiert werden, bevor neues Bauland ausgewiesen wird", so Dipl.-Ing. Andrea Gebhard, Vorsitzende der Initiative „Wege zu einem besseren Landesentwicklungsprogramm in Bayern" und ebenfalls Vorstandsmitglied.

Unterschiedliche Leitbilder

Im Baulandmobilisierungsgesetz hingegen ist keine Gewichtung zwischen diesen beiden Entwicklungsformen erkennbar. Dies bewertet der Landesverein als großen Mangel. Denn gerade in den ländlichen Lebensräumen sollten für die Dörfer mit ihren Ortskernen und für die Außenbereiche mit den Dorfrändern und Zwischenräumen unterschiedliche Leitbilder angestrebt werden. Darüber hinaus sollten leistungsfähigere Formen des flächeneffizienten und verdichteten Wohnungsbaus mit der Ausrichtung auf unterschiedliche Wohnungsgrößen und -formen als Alternativen zum üblichen freistehenden Einfamilienhaus angestrebt werden.

Fehlende Identifikationsmerkmale

Generell wurden und werden die neuen Wohnbauflächen in den ländlichen Räumen gleichmäßig mit Einfamilienhäusern aufgefüllt. Ihr Erscheinungsbild hat in der Gesamtbetrachtung nichts mit der gewachsenen Größenordnung und der Raumbildung in den Ortsmitten gemein. Diese Entwicklung führt zu beliebig anmutenden Ortsrändern ohne Identifikationsmerkmale für die Dorfgemeinschaft. „Wenn sich unsere Baukultur in Zukunft mehr an historischen Beispielen orientiert, werden wir nicht nur einen Beitrag zum verantwortungsvollen Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen leisten, sondern auch einen zeitgemäßen architektonischen Ausdruck finden, der auf Bewährtem aufbaut", fügt Prof. Florian Nagler hinzu.

Angesichts des demografischen Wandels und der Zunahme kleinerer Haushaltsgrößen lässt sich zudem die Sinnhaftigkeit des klassischen Einfamilienhauses hinterfragen. „In verdichteten Wohnformen anstelle im Einfamilienhaus zu leben, erfordert Mut und Überwindung. Sich darauf einzulassen, kann aber auch neue Freiheiten bezüglich der Aufenthaltsqualität im Freiraum zutage fördern. Gemeinschaftliche autofreie Erschließungs- bzw. Freiräume dienen als entspannte Treffpunkte und schaffen Möglichkeiten für unterschiedliche Aktivitäten aller Altersgruppen.

Private Freiräume

Voraussetzung dazu ist eine kompetente Planung, die auch sichtgeschützte private Freiräume wie Gärten, Terrassen oder Loggien verwirklicht", erläutert Dr. Vinzenz Dufter, Referent für Baukultur im Landesverein.

Am Ende nämlich sind Fragen um Bauen und Wohnen auch Fragen des Zusammenlebens und der Gemeinschaft, sodass sich durchaus die, insbesondere an die kommunale Politik gerichtete, Frage formulieren lässt: Wer schützt unsere gebaute Heimat? ❐

Kostengünstige Straßensanierung:

Intelligente Nanotechnologie

Jetzt hält auch im Tiefbau die Nanotechnologie Einzug. Das bayerische Unternehmen Panmax mit Sitz in Lengdorf nutzt ein intelligentes Verfahren, um Verkehrswege auf besonders umweltschonende und kostengünstige Art zu sanieren. Nicht mehr der aufwändige Bodentausch steht im Vordergrund, sondern die Stabilisierung von Straßenkörper und Tragschichten mit Nanopartikeln und handelsüblichem Zement.

Das Know-how von Panmax empfiehlt sich besonders für den kommunalen Bereich, deshalb setzen bereits viele Gemeinden auf diese elegante Art der Restaurierung von Belägen auf Autostraßen, Fahrradwegen, Parkplätzen, Wirtschaftswegen und Lagerflächen. Die geballte Hightech überzeugt immer mehr Auftraggeber. Neben den reduzierten Kosten im Vergleich zur herkömmlichen Methode kann die Bauzeit erheblich verringert werden. Zugleich wird eine deutlich längere Lebensdauer der so erneuerten Straßen erreicht. Auch die Ökologie kommt nicht zu kurz: Das beim Abtragen der obersten Decke anfallende Material wird vor Ort recycelt und mit einem Silizium-Polymeradditiv sowie Zement aufgepeppt. Das Ergebnis ist ein herausragender Belag mit gesteigerter Tragfähigkeit, verbesserter Elastizität und hoher Frost- bzw. Taubeständigkeit. Besonders attraktiv ist die Tatsache, dass selbst kontaminierte Böden verarbeitet werden können. Das ökologisch unbedenkliche Produkt, vollkommen frei von Mikroplastik, kann überdies in Umweltschutzzonen eingesetzt werden.

Kosten sparen, Zeit gewinnen

Bereits abgeschlossene Projekte bestätigen die Stärken des innovativen Systems. Eine bayerische Gemeinde entschloss sich, die Zufahrt zu einem Ortsteil zu sanieren. Der nicht ausreichend tragfähige Unterbau der Straße befand sich in desolatem Zustand. Vorhandene Böden und die 14 cm dicke Asphaltschicht konnten wiederverwendet werden. So wurde ein ressourcenfressender Bodentausch vermieden. Die Techniker von Panmax schafften die Wiederherstellung von 3.000 qm Fläche in nur einem Tag, und nach weiteren 24 Stunden Aushärtungszeit rollte der Verkehr wieder durch die Gemeinde. ❐

Streifzug durch Mittelfrankens Baugeschichte

Ansbach – Ein einzigartiger Streifzug durch die mittelfränkische Baugeschichte ist die Denkmalprämierung des Bezirks Mittelfranken. Die Veranstaltung ist Dank und Anerkennung für die Preisträgerinnen und Preisträger, die oft über viele Jahre hinweg mit viel Engagement und finanziellem Aufwand die steinernen Zeugen vergangener Zeiten sanieren. Wegen der Corona-Pandemie können die ursprünglich im März geplanten Ehrungsfeiern leider nicht stattfinden. Die von Bezirkstagspräsident Armin Kroder unterzeichneten Dankurkunden werden per Post versandt.

Für die Denkmalprämierung prüfte die Bezirksheimatpflege insgesamt 63 Vorschläge. Daraus wurden 39 Objekte ausgewählt, die aus denkmalpflegerischer Sicht besonders vorbildlich sind. Die Bandbreite reicht vom sogenannten „Borhaus", das wohl letzte erhaltene in Franken, prächtigen Stadthäusern, einfachen Wohnstallhäusern, einem Ehrenmal für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs bis hin zu so bekannten Objekten wie dem „Plärrer-Hochhaus" in Nürnberg.

Alle Bauwerke sind im rund 150 Seiten umfassenden Begleitband „Denkmalpflege in Mittelfranken 2020" ausführlich präsentiert. Im Vorwort schreibt Bezirkstagspräsident Armin Kroder über die Denkmalprämierung des Bezirks Mittelfranken: „Dadurch soll nicht nur das öffentliche Bewusstsein für die Wichtigkeit denkmalpflegerischen Handelns und die Leistungen der Akteure gestärkt, sondern auch der hohe Wert einer intakten historischen Baukultur für die Attraktivität einer Region vor Augen geführt werden." Bezirksheimatpflegerin und Kulturreferentin Dr. Andrea M. Kluxen stellt in ihrer Einleitung klar: „Ohne Denkmäler wäre unsere Kulturlandschaft nicht nur ärmer, sondern wäre auch keine Kulturlandschaft im eigentlichen Sinne mehr."

Der Band „Denkmalpflege in Mittelfranken 2020", ISBN 978-3-7689-0309-7, ist zum Preis von 15 Euro plus Porto per E-Mail: bezirksheimatpflege@bezirk-mittelfranken.de, zu beziehen. ❐

Barrierefrei 2023. In Günzburg.

Auszeichnung für das Konzept zur barrierefreien Stadt

„Bayern Barrierefrei 2023" – an diesem Modellprojekt des Freistaates Bayern nahm die Stadt Günzburg erfolgreich teil. Als eine von 16 Modellkommunen wurde in der Großen Kreisstadt gemeinsam mit Betroffenen ein Konzept für die barrierefreie Ertüchtigung entwickelt. Dafür gab es jetzt die Auszeichnung „Bayern barrierefrei".

Nach umfangreicher Recherche und Planung konnten im Rahmen des Modellprojekts zahlreiche Maßnahmen umgesetzt werden. Insbesondere im Bereich des öffentlichen Raums wurden bedeutende Verbesserungen geschaffen.

Barrierefreier Aufgang Altstadt und Laufwege

Neben dem barrierefreien Aufgang in die Innenstadt einschließlich Lift wurde 2020 im südlichen Teil der Altstadt das bestehende Kopfsteinpflaster durch barrierefreie Laufwege aus Granitplatten ersetzt. Der Umbau bietet nicht nur einen Vorteil für Menschen mit körperlichen Einschränkungen, sondern auch ein Mehr an Komfort für Kinderwagen und Fahrräder. Durch die Beschaffenheit des Plattenbelags wurde zusätzlich eine bessere Orientierungsmöglichkeit für Sehbehinderte geschaffen. In den kommenden Monaten gehen die Bauarbeiten in den übrigen Bereichen der Altstadt weiter. „Mit unserer Teilnahme an ‚Bayern.barrierefrei2023' haben wir uns ins Konzept geschrieben, den Betroffenen die Teilhabe am alltäglichen Leben zu erleichtern. Dazu gehören auch das Erleben und die Teilhabe an unserer malerischen Altstadt. Deshalb ist die Verbesserung der Zugänglichkeit der Altstadtgassen ein wichtiger Baustein unseres Modellprojekts", sagt Oberbürgermeister Gerhard Jauernig.



Oberbürgermeister Gerhard Jauernig, Behindertenbeauftragter Thomas Burghart und Georgine Fäßler von der Stadtverwaltung Günzburg freuen sich über die Auszeichnung „Bayern barrierefrei" für die Stadt Günzburg. Bild: Julia Ehrlich/ Stadt Günzburg

Barrierefreier Zugang städtischer Friedhof

Ein weiteres Augenmerk galt der barrierefreien Umgestaltung des Friedhofs in Günzburg. Die Treppenanlage am Haupteingang wurde im vergangenen Jahr zurückgebaut, sodass nun ein ebenerdiger Zugang möglich ist. Ferner wurden die Hauptwege zu Kapelle, Aussegnungshalle und Durchquerung der Anlage durch den Einbau von bituminösen Wegen – anstatt der bisherigen Kieswege – für mobilitätseingeschränkte Bürger leichter nutzbar. Thomas Burghart, Behindertenbeauftragter der Stadt Günzburg, ist froh über die gelungene Umgestaltung: „Endlich ist der Zugang auch mit dem Rollstuhl problemlos, also ohne im Kies stecken zu bleiben, möglich."

Informationen zu barrierefreien Angeboten in Günzburg (z. B. ÖPNV, Behindertentoiletten, Parkplätze) sind auf dem im Wesentlichen barrierefreien Internetauftritt der Stadt Günzburg zu finden. Gemeinsam mit dem städtischen Behindertenbeauftragten Thomas Burghart sowie den Vertretern des Arbeitskreises „Barrierefreiheit" wird das Thema „Barrierefreiheit" konsequent weiterverfolgt. Insbesondere der barrierefreie Ausbau der malerischen Altstadt mit optimaler Anbindung an den ÖPNV steht auf der Agenda ganz oben. ❐

PANMAX-VERFAHREN
ZUR STRASSEN- UND WEGESANIERUNG

PANMAX

Nanotechnologie im Tiefbau

LANGLEBIGER • SCHNELLER • TRAGFÄHIGER • GÜNSTIGER • ÖKOLOGISCHER

Tel. 08083 908 00 33 | office@panmax.de | www.panmax.de

Landkreis Miesbach:

Krankenhaus Agatharied fit für die Zukunft

Von Kreiskämmerer Gerhard de Biasio, Miesbach, und RA Dr. Stefan Detig, M.B.A., Pullach

In seiner März-Sitzung verabschiedete der Kreistag des Landkreises Miesbach einstimmig ein großes Umstrukturierungsprogramm und legte damit den Grundstein für zahlreiche Großinvestitionen im und um das Krankenhaus Agatharied in Hausham.

Dort bestehen signifikante Investitionserfordernisse, die einerseits aus einer defizitären quantitativen Raumsituation, jedoch andererseits auch aus qualitativ-strukturellen Problemen resultieren. Das Krankenhaus ist seit über 20 Jahren in Betrieb. Viele Prozesse und Anforderungen haben sich in der Zwischenzeit verändert, wie beispielsweise neu zu integrierende Berufsgruppen (Kodierfachkräfte, Hygienefachkräfte, etc.), geänderte Hygienevorgaben (Einzelboxen auf Intensivstation, geänderte Prozesse bei der Aufbereitung von Instrumentarien, etc.) oder auch neue Erkenntnisse, die Standardprozesse beschleunigen und wirtschaftlich optimieren könnten (präoperative Holding, Trennung Einleitung-Saal, Einleitungsholding, etc.). Dazu kommt, dass die auf eine rein stationäre Versorgung von Patienten ausgerichtete Gebäudestruktur den Anforderungen an eine zunehmende Ambulantisierung ebenso nicht gerecht werden kann, wie die Ansiedelung neuer und andersartiger Aufgabenfelder in den Bereichen Rehabilitation, Spezialpflege und Notfallzentrum.

Hohe Investitionen erforderlich

Diese Anpassung der räumlichen Strukturen des Krankenhauses werden in den kommenden Jahren hohe Investitionen erfordern. Darüber hinaus sind erhebliche Investitionen in die Infrastruktur des Krankenhauses, d.h. BHKW, Parkdeck und Personalwohnungen notwendig. Diese überfordern die Möglichkeiten des bislang zuständigen Kreishaushalts bzw. genauer gesagt den „Eigenbetrieb zur Förderung und Entwicklung des Landkreises Miesbach“. Dieser bestand seit 2002 aus dem Sondervermögen Krankenhaus Agatharied (Immobilien), dem Sondervermögen Seniorenzentrum „Der Schwaighof“ (Immobilien), dem Sondervermögen gemeinnützige Zwecke sowie dem Sondervermögen Energiegewinnung (u.a. BHKW).

Mit den aktuellen Kreistagsbeschlüssen regelte der Kreistag drei Bereiche grundlegend neu:

Das Eigentum am Krankenhausgebäude wird aus dem Besitz-Eigenbetrieb in die Betriebs-GmbH ausgegliedert. Dabei wird eine neue Grunderwerbsteuerregelung genutzt, um eine Steuerbelastung zu vermeiden. Anschließend wird die GmbH in ein Kommunalunternehmen umgewandelt, um für die anstehenden Investitionen in die dann eigenen Immobilien günstige Darlehenskonditionen zu erzielen. Auf diesem Weg waren neben kommunalrechtlichen, insbesondere auch gemeinnützigkeitsrechtliche Fragestellungen mit der Kommunalaufsicht und den Finanzämtern zu klären. Vorausgegangen war eine Auflösung der Miteigentümerstellung mit dem Bezirk Oberbayern, die in den 1990er Jahren entstand, da auf dem ehemals gemeinsamen Areal auch der Bezirk investierte. Eine extern vorgeschlagene Realteilung löste die komplexen zivilrechtlichen Fragestellungen schließlich, die sich bei den anstehenden Großinvestitionen noch vergrößert hätten. Die Herausforderung war hierbei keine Grunderwerbsteuerbelastung auszulösen, was im Ergebnis gelang.


Bild: Krankenhaus Agatharied

Ferner beschloss der Kreistag die Bereiche Wohnen, Parken und Energie auf eine neue GmbH auszugliedern, die anschließend ebenfalls in ein Kommunalunternehmen formgewechselt wird. Mit weiteren, staatlich geförderten Personalwohnungen wird u.a. kompetentes Klinikpersonal gehalten und sollen neue Mitarbeiter im Wettbewerb mit anderen Kliniken gewonnen werden. Das Kommunalunternehmen soll zudem ein Parkhaus sowie Blockheizkraftwerke und Biomasseanlagen errichten und betreiben. Und schließlich wird die kreiseigene Seniorenzentrum „Der Schwaighof“ GmbH in Tegernsee Eigentümerin der seit Jahrzehnten selbst genutzten Immobilien.

Breite Zustimmung

Landrat Olaf von Löwis konnte zu den sehr umfangreichen Beschlussvorschlägen und Dokumenten aus den Wortmeldungen der Kreistagsmitglieder breite Zustimmung aus allen Gruppierungen feststellen. „Nach langer und sorgsamer Vorbereitung wurde heute ein historischer Meilenstein für die zukunftsweisende medizinische Versorgung im Landkreis Miesbach passiert, der großen Nutzen für unsere Bürgerinnen und Bürger stiften wird“, fasste von Löwis die einstimmigen Beschlüsse freudig und stolz zusammen. ❐

Klinikum Fürth:

Spatenstich für „gewaltiges Modernisierungsprojekt“

Am Klinikum Fürth ist der Spatenstich für den ersten Bauabschnitt der Erweiterung erfolgt. Im Zuge des Strategiekonzepts „Klinikum 2030“ sind umfangreiche Um- und Neubaumaßnahmen geplant. Gefördert wird das 140 Mio. Euro teure Projekt mit 110 Mio. Euro durch den Freistaat. Damit handelt es sich um eine der größten bislang in Bayern geförderten Einzelmaßnahmen im Krankenhausbereich.

Im ersten Bauabschnitt entsteht ein Funktionstrakt mit einer um vier Operationssäle erweiterten OP-Abteilung und einer vergrößerten Sterilisation. Erstmals wird es am Klinikum Fürth eine eigenständige Intermediate-Care-Station geben für Patienten, die intensivpflegerisch überwacht werden müssen. Hinzu kommt ein prä- und poststationäres Zentrum.

In einem zweiten Bauabschnitt soll das Klinikum Fürth vor allem ein neues Bettenhaus erhalten, mit dem die Gesamtkapazität um fast 100 Betten aufgestockt wird. Im dritten Bauabschnitt ist ein weiterer Neubau insbesondere für Notaufnahme, Diagnostik, Urologie, Allgemeinpflege, Intensivmedizin und Aufnahmestation angedacht. Der Neubau soll voraussichtlich 2025 fertig gestellt werden. Damit ist der Umbau des Klinikums aber noch nicht abgeschlossen, noch zwei weitere Neubauten sollen entstehen.

Neue finanzielle Dimension

„Bisher waren die neue Feuerwache und das Fürthermare mit Kosten im Bereich von 30 bis 40 Mio. Euro die teuersten Bauprojekte. Heute stoßen wir mit der Klinikum-Erweiterung in eine neue Dimension vor“, stellte Oberbürgermeister Thomas Jung fest. Der Ausbau der Bettenkapazitäten von derzeit 800 auf 1000 sei angesichts des demographischen Wandels dringend erforderlich. In Fürth Stadt und Land habe die Bevölkerung in den vergangenen Jahren über 20 Prozent zugenommen, weshalb es nur konsequent sei, das städtische Klinikum zu erweitern. Auch die Generalsanierung des denkmalgeschützten Hauptgebäudes sei notwendig, um weiterhin optimale Bedingungen für die medizinische Versorgung kranker Menschen und die wichtige Arbeit des Pflege- und medizinischen Personals zu schaffen.

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek bezeichnete in einer Pressemitteilung den Neubau am Klinikum Fürth als „gewaltiges Modernisierungsprojekt, das die medizinische Versorgung der Menschen in der Region wesentlich verbessern wird“. Der fortschreitende Ausbau einer medizinisch leistungsfähigen Krankenhausversorgung überall in Bayern sei eines der dezentralen Anliegen der bayerischen Gesundheitspolitik. Dies erfordere kontinuierlich hohe Investitionen in Gebäude und Ausstattung.

Holetschek dankte dem Klinikträger für seine fachlich kompetente Vorbereitung und ergänzte: „Der Freistaat wiederum hat den ersten Bauabschnitt zügig im Jahreskrankenhaus-Bauprogramm 2021 eingeplant und sich anschließend noch dafür entschieden, ihn in das Bauprogramm 2020 vorzuziehen. So konnten wir mit 5,7 Mio. Euro Fördermitteln den Krankenhausträger bereits bei der Vorfinanzierung entlasten.“

Holetschek zufolge sind aktuell 142 Krankenhausbauprojekte mit einem Gesamtvolumen von über drei Mrd. Euro zur Finanzierung vorgesehen. Damit nimmt der Freistaat im Ländervergleich eine Spitzenposition ein. Bereits 2018 wurde der jährliche Krankenhausförderetat um 140 Mio. Euro auf 643 Mio. Euro aufgestockt. „Zusammen mit den Kommunen als Finanzierungspartner werden wir diesen erfolgreichen Weg verlässlich weitergehen“, zeigte sich der Minister optimistisch. **DK**

Eifelkreis Bitburg-Prüm:

Landrat verklagt Landkreis

Wie die Tageszeitung „Die Welt“ berichtet, will Landrat Joachim Streit die Ausgangssperren nicht durchsetzen. Als Privatperson zieht er gegen die Verordnung vor Gericht, die er selbst anordnen musste.

Im Umfeld einer Firma war es zu 32 Infektionen gekommen, was die Inzidenz in der dünn besiedelten Gegend auf über 100 steigen ließ und eine Ausgangssperre habe verhängt werden müssen. Von der Landesregierung Rheinland-Pfalz sei die Landkreisverwaltung dazu verpflichtet worden. Streit kritisiert laut der Zeitung, dass es keinen Sinn mache „in dem ländlich geprägten Kreis abendliche Spaziergänge zu verbieten.“ ❐

GZ BLOG

In Kooperation mit der Sana Kliniken AG.
Alle Beiträge finden Sie auf unserer Internetseite www.gemeindezeitung.de/GZ-Blog.

Der steinige Weg zum neuen Krankenhaus

Wie Greenfield-Management dabei helfen kann, Fehler zu vermeiden und die richtigen Schritte zur richtigen Zeit zu machen.

Auch nach Corona wird die Strukturdebatte um Krankenhausstandorte weitergehen. Gerade kleine Standorte in ländlichen Regionen werden wieder ein Thema werden, insbesondere dann, wenn Sanierungsmaßnahmen anstehen. Die Frage einzelne Standorte zu sanieren oder doch lieber eine zentrale Struktur in einem Neubau zu schaffen wird häufiger zu beantworten sein.

Ein neues Krankenhaus. Am besten auf der grünen Wiese gebaut. Nach neuesten Standards, gleichermaßen attraktiv wie effizient. Viele Parkplätze und gute Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr. Ein Krankenhaus auf der grünen Wiese hat viele Vorteile – und soll natürlich vor allem den Bestand der medizinischen Versorgung in der Region sichern, weil dort mehr Patienten behandelt werden. Es soll attraktiv sein für neues Personal und am besten auch mit einem umfassenden medizinischen Angebot und modernster Technik punkten. Platz ist ja da – man baut ja neu.

Allerdings ist ein neues Krankenhaus auch: Zunächst einmal immer ein gigantischer Planungsaufwand. Nicht selten ein Kostengrab. Und ein jahrelanges Mammutprojekt, das nicht nur Geld, sondern riesige Ressourcen etwa in der Verwaltung und im Controlling frisst. Denn wie viel Platz braucht man eigentlich? Wie viele Patientenzimmer, Funktionsräume, Operationssäle, Zufahrten, Büros, Lager sind notwendig? Wie sind die angeordnet, damit später Mitarbeiter, Patienten und Angehörige optimale Wege vorfinden? Und muss das medizinische Spektrum erweitert werden, nur weil man es nun noch einplanen könnte? Oder umgekehrt gedacht: Sollte die Gelegenheit nicht genutzt werden, Leistungen zu verändern?

Ein Neubau muss umfassend durchdacht werden

Um hier auf der Basis einer breit angelegten Analyse die richtigen Entscheidungen für die Entwicklung eines Neubaus oder die Sanierung einzelner Standorte treffen zu können und diese dann optimal umzusetzen, sollten rechtzeitig neutrale Experten zu Rate gezogen werden, die sich mit dem sogenannten „Greenfield-Management“ auskennen. Im Zentrum muss dabei eine aussagekräftige Machbarkeitsstudie stehen. Zu ihr gehört neben anderen Elementen eine Marktanalyse, die unbedingt notwendig ist, um künftige Potentiale eines Neubaus genau abschätzen zu können. Schließlich ist ein Krankenhaus nicht in einigen Monaten geplant und errichtet – von der Idee bis zur Eröffnung können auch schon einmal 10 Jahre vergehen.

Zudem muss ein Krankenhaus viele Jahre funktionieren und sich idealiter auch künftigen Entwicklungen anpassen können. Der Ermittlung des allgemeinen Marktumfelds mit demografischer Entwicklung, Krankenhaushäufigkeiten, Inzidenzen, Wettbewerbern und Marktanteilen folgt die Analyse von Patientenströmen, die Zugewinne und Verluste des Krankenhauses im Einzugsgebiet aufzeigt. Detailbetrachtungen, heruntergebrochen bis auf einzelne Krankheitsbilder, zeigen, wie das Krankenhaus mit seinem vorhandenen Leistungsangebot Marktanteile erreicht und wie sich diese verändern.

Das Ergebnis ist die Erstellung einer umfassenden Medizinstrategie. Diese wiederum muss einen kritischen Blick auf die stationäre Leistungsentwicklung, das Notfallgeschehen sowie vorhandene und ergänzende ambulante Leistungseinheiten werfen.

Erst auf Basis dieser Medizinstrategie kann für einen Neubau eine Fallzahlprognose und somit eine Kapazitäts-, Personal-, Materialkosten- sowie Flächenplanung geliefert werden. Anhand einer Szenarioanalyse werden schließlich Ergebnisentwicklungen unter Veränderung von verschiedenen Parametern simuliert, um Grenzen zu ermitteln und Unsicherheiten der Zukunft abzubilden. Dieser Stresstest liefert die Entscheidungsgrundlage für die Eckpunkte der späteren Baumaßnahme und hat ein fertiges Betriebskonzept mit Medizinkonzept (stationär, Notfall, ambulant), Personalkonzept, Materialkonzept zum Ergebnis.

Sorgfältige Vorbereitung

All diese Parameter fließen in einen Business Case, der die Ergebnisentwicklung des Krankenhauses für die nächsten Jahre, und damit die Finanzierbarkeit der Baukosten, aufzeigt. An solchen konkreten Rechnungen und den ihnen zugrundeliegenden Analysen sind übrigens auch die entsprechenden Behörden und Entscheider in den Landesregierungen interessiert, schließlich fließen in solche Bauten auch Steuergelder und deren Verwendung werden genauestens begleitet und kontrolliert. Da Bund und Länder allerdings bereits seit vielen Jahren die notwendigen Fördermittel für die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser nicht mehr aufbringen können, müssen die Krankenhausträger auch Eigenmittel zuschießen. Diese Eigenmittel müssen durch den laufenden Krankenhausbetrieb erwirtschaftet werden – eine sorgfältige Vorbereitung kann deshalb spätere unangenehme Überraschungen verhindern.

Analyse zahlt sich aus

Umfassende vorbereitende Analysen zahlen sich also schnell aus. Auf Grundlage der Machbarkeitsstudie erfolgt die konkrete Bauplanung. Projektsteuerer und Architekten können eine Baukonzeption und eine Ermittlung von Baukosten auf dieser Basis fundiert vornehmen. Bei den meisten Baumaßnahmen wird dieser Schritt jedoch vernachlässigt, was zu späteren Kostenüberschreitungen, Finanzierungsproblemen und Unzufriedenheit bei Mitarbeitern und Patienten führt. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie münden außerdem in ein Raum- und Funktionsprogramm. Hier werden die Fallzahlentwicklung, die Kapazitäts- und Flächenbedarfe in ein Raumprogramm übersetzt.

Nach Vorlage der ersten Entwurfsplanung durch den Architekten wird mittels eines Prozessengineering die Anordnung von Räumen und Funktionen simuliert, Folgekosten optimiert und die Wege für Personal, Patienten und Angehörige ideal und wirtschaftlich gestaltet. Einher geht die Planung der technischen Infrastruktur für IT, Medizintechnik sowie eines kompletten Ver-/ Entsorgungs- und Logistikkonzepts.

Experten ersparen schmerzhafte Lernprozesse

Der Weg zum neuen Krankenhaus ist also lang und steinig. Ein durchdachtes Greenfield-Management durch neutrale Experten, die der Geschäftsführung und dem Träger gleichermaßen bei der Etablierung einer umfassenden analytischen Grundlage zur Verfügung stehen und auch den nachfolgenden Prozess der Umsetzung begleiten können, kann deshalb entscheidend dazu beitragen, dass Fehler vermieden und Planungsprozesse verkürzt werden. Träger, die sich rechtzeitig ihrer fehlenden Erfahrung bei der Umsetzung und Begleitung eines solchen Projektes gewahr werden und darauf reagieren, indem sie Experten mit an Bord holen, sparen sich schmerzhafte und langwierige Lernprozesse. ❐



Ein multiprofessionelles Team des Bezirkskrankenhauses Passau tauschte sich mit Bezirktstagspräsident Dr. Olaf Heinrich (3. v. r.) und Chefärztin Dr. Tanja Hochegger (6. v. r.) zum Thema Folgen der Corona-Krise für Kinder und Jugendliche aus. Bild: Bezirk Niederbayern

Zurück ins Leben

Bezirkstagspräsident sammelt Infos für Schul- und Kindertagesstätten-Öffnungskonzept

Isolation von den Freunden und Klassenkameraden, keine Schule und kein geregelter Tagesablauf und dennoch großer Lern- und Erfolgsdruck im Homeschooling: Die Corona-Krise hinterlässt gewaltige Spuren bei vielen Kindern und Jugendlichen. Beim zweiten Lockdown sind die Folgen sogar noch gravierender und sind zum Teil noch gar nicht abzuschätzen, weil sie in der Gesellschaft noch nicht angekommen sind. Das hat Dr. Tanja Hochegger, Chefärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik am Bezirkskrankenhaus Landshut, bei einem Termin mit Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich am Bezirkskrankenhaus Passau betont.

In Passau wurde 2003 ein Standort mit Tagesklinik und Institutsambulanz für Kinder und Jugendliche gegründet. Laut Hochegger kommen derzeit gehäuft Notfälle in die Institutsambulanzen, die meist gleich stationärer Behandlung bedürfen: „Gerade auch die Suchterkrankungen und Essstörungen nehmen erheblich zu.“ Heinrich arbeitet an einer Lösung und hat sich daher in Passau informiert, worauf die Politik beim Erstellen von Öffnungskonzepten besonders achten muss.

Gemeinsam mit den Landräten der Landkreise Freyung-Grafenau, Passau, Regen, wie auch dem OB der Stadt Passau, hat der Bezirk Niederbayern bereits in den letzten Wochen ein detailliertes Konzept ausgearbeitet, wie Kindertagesstätten und Schulen auch bei höherer Inzidenz geöffnet werden können. Wissenschaftlicher Leiter des Pilotprojekts ist Prof. Dr. Matthias Keller, Ärztlicher Direktor und Chefarzt der Kinderklinik in Passau. Er stimmt sich sehr eng mit Prof. Dr. Michael Kabesch vom Krankenhaus Barmherzige Brüder Regensburg ab.

Derzeit liegt der Plan nach der Regierungserklärung von Markus Söder am 7. April noch auf Eis, und doch soll an Öffnungsperspektiven der Zukunft mit Hochdruck gearbeitet werden, betonte der Bezirkstagspräsident bei dem Informationsbesuch: „Wir warten nicht auf Lösungen, sondern wir machen uns selber auf den Weg“, bekräftigte er. Wachsende Verzweiflung in den Familien stehe dem Grundbedürfnis von Pädagogen, Eltern und Kindern nach Sicherheit gegenüber. „Für weitere Monate alles zuzusperren kann keine akzeptable Lösung sein. Es müssen daher politische Vorschläge entwickelt werden, wie man den Kindern und Eltern gerecht wird und trotzdem höchstmögliche Sicherheit gewährleistet.“

Keine Diskussion über Teststrategie

Besonders interessierte es Heinrich, wie die bereits angelaufene Teststrategie in der Tagesklinik in Passau funktioniert. Hochegger hatte einige Vertreter des multiprofessionellen Teams geladen, ihre Erfahrungen zu schildern. Diese gaben die Rückmeldung, dass die Tests bislang völlig unproblematisch laufen. Man versorge die Eltern mit Informationen, und daher gebe es keinerlei Diskussionen über die Teststrategie – die Beobachtung sei sogar, dass die Eltern dankbar sind für ein Stück Sicherheit für ihren Nachwuchs. Je klarer man agiere, desto größer sei die Akzeptanz, waren sich die Passauer Mitarbeiter einig. Sie gaben Heinrich als Tipp mit auf den Weg, auch an den Schulen und Kindertagesstätten transparente Regeln einzuführen, die man den Eltern erklärt, denn wenn diese beruhigt seien und diese akzeptieren, dann übertrage sich das auch auf die Kinder. Zudem solle so wenig zusätzlicher schulischer Druck wie möglich auf die Kinder und Jugendlichen ausgeübt werden und größtmögliche Flexibilität müsse das Ziel sein.

Die Problemwelle wird erst noch auf die Region zurollen, sagte Dr. Tanja Hochegger, die sich ebenfalls klar für maßvolles Öffnen unter sicheren Bedingungen ausspricht. „Den Kindern und Jugendlichen fehlt sowohl der soziale Austausch als auch die Arbeit an der Regelakzeptanz und die Einordnung in ein Gruppengefüge.“ Alle jungen Menschen seien sehr diszipliniert gewesen im vergangenen Jahr: „Aber ich kann verstehen, dass ihnen jetzt die Luft ausgeht – es gibt seit mehr als einem Jahr kein altersentsprechendes Leben mehr.“

Für Dr. Olaf Heinrich zählt nicht nur das Argument, dass die Kinder und Jugendlichen, die gerade nicht zur Schule können, laut immer wieder zitierter Studien rund ein bis drei Prozent ihres Lebenseinkommens verlieren. Ihm stellt sich vielmehr die Fragen, ob diese nach der Corona-Krise noch gesund durchs Leben gehen können. Es gelte, auf lokaler Ebene voranzugehen und so vielleicht auch Schule zu machen für den ganzen Freistaat. „Wenn wir riskieren, dass wegen Quarantänemaßnahmen zehn Prozent des Unterrichts ausfällt, aber 90 Prozent möglich sind, dann wäre das für mich in Ordnung. Alles zuzulassen ist dagegen auf Dauer für alle Beteiligten untragbar.“

Heinrich hält es für unverzichtbar, schnellstmöglich den Kindern und Jugendlichen wieder zu ermöglichen, in ihre Einrichtungen zu gehen, dort Freunde zu treffen, eine Tagesstruktur zu erleben und auch zu lernen. „Dies wird, trotz immer mehr Impfungen, vor allem dann möglich sein, wenn ein sicherer Besuch von Schulen und Kindertagesstätten auch bei höherer Inzidenz, wissenschaftlich begleitet und evaluiert, möglich gemacht wird.“ Der Bezirkstagspräsident sprach sich wie Prof. Kabesch für die so genannten „Pool-Testungen“ aus, bei denen die Kinder durch „Spuck-Tests“ zweimal in der Woche getestet werden. Dadurch kann ihm zufolge sichergestellt werden, dass Infektionen sehr früh und schnell erkannt werden, bevor viele weitere Mitschüler angesteckt werden. Aber auch mit den herkömmlichen Schnelltests durch die Nase kommen fast alle Kinder gut zurecht, meldete das Passauer Team. Hier habe es in keiner Altersklasse große Diskussionen gegeben. **eb**

Mehr Tempo bei der Pflegereform

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek hat die Bundesregierung aufgefordert, die Pflegereform nicht länger aufzuschieben. Holetschek betonte: „Die Pflegereform darf Corona nicht zum Opfer fallen – das sind wir den Pflegebedürftigen und den Pflegekräften gleichermaßen schuldig, die eine Perspektive brauchen.“

Holetschek kritisierte: „Seit Mitte März ist ein Arbeitsentwurf des Bundesgesundheitsministeriums bekannt. Einen offiziellen Referentenentwurf zum Start des parlamentarischen Verfahrens gibt es aber immer noch nicht.“ Er hatte Mitte März Eckpunkte für einen Reformplan vorgelegt: „Wir brauchen mehr Pflegepersonal und eine Versorgungs- und Finanzreform. Das geht zum Beispiel mit einer Pflegeversicherung, die substantiell finanzielle Risiken der Pflege absichert, mit verbindlichen tariflichen Vergütungsstrukturen und steuerlichen Vorteilen für Pflegepersonal und mit der Stärkung der Versorgungsstrukturen vor Ort … Uns erreichen regelmäßig Schilderungen von Einzelfällen, die jedem klarmachen müssen, dass es so nicht weitergehen kann. Wenn Angehörige zum Beispiel Post vom Heim erreicht, dass die Preise um über 400 Euro monatlich angehoben werden, kann das Familien in finanzielle Nöte stürzen. Bei der Anpassung der Leistungen der Pflegeversicherung an die Kostenentwicklung müssen wir dringend nachbessern – und zwar vor der Bundestagswahl!“ ❐

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Sana Kliniken AG
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Gesundheitswesens:
Trägervielfalt in der Krankenhausversorgung

Die Krankenhauslandschaft ist unübersichtlich geworden – vor allem dann, wenn man sich die Gesamtentwicklung in Deutschland ansieht. Verschiedene Träger, Gruppen und Konzerne tummeln sich hier und stellen die medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sicher. Vor der eigenen Haustür, im eigenen Landkreis ist es oft kaum einfacher: das kommunale Krankenhaus, das seit Jahr und Tag vom Landkreis betrieben wird, in der Nachbarschaft eine privatisierte orthopädische Fachklinik und ein paar Häuser weiter eine Privatklinik, in der alle Fragen der ästhetischen Chirurgie beantwortet werden. Dazu ein loser Verbund über die Landkreisgrenzen hinweg und über allem schwebt der große Schatten der Universitätsklinik in der Großstadt um die Ecke.

Die Frage der Trägerschaft ist dabei eigentlich am einfachsten zu beantworten: Entweder ist das Haus „kommunal“ – dann also im Besitz der Kommune. Oder frei-gemeinnützig, dann gehört das Haus einer Kirche, einem konfessionellen Verband wie etwa AWO oder Diakonie. Oder schließlich Privat – dann ist das Haus im Besitz eines großen Klinikverbundes wie etwa der Sana Kliniken AG. Für diese drei Trägerformen gilt: Sie alle behandeln alle Bürgerinnen und Bürger in einem Landkreis – der Versicherungsstatus spielt keine Rolle. Anders bei Privatkliniken: Hier gibt es eine breite Trägervielfalt (bis hin zum persönlich haftenden Arzt) und hier gilt das Selbstzahlerprinzip: für die neue Nase zahlt man selbst.

Zudem gibt es Mischformen: Private steigen als Minderheitsbeteiligung in ein kommunales Haus ein oder bieten einen Managementvertrag an, also die Möglichkeit, ein kommunales Haus ohne Veränderung in der Besitzerstruktur von einem erfahrenen externen Manager führen zu lassen. Denkbar sind auch Verbünde: Häuser aus einer Region kooperieren auf unterschiedlichsten Ebenen und auf unterschiedlichsten Niveaus. Schließlich gibt es auch kommunale Zusammenschlüsse, durchaus über Landkreisgrenzen hinaus – mit allen damit verbundenen Chancen, aber eben auch Risiken.

Intelligente und zukunftszugewandte Gesundheitsversorgung

Unabhängig von der Form der Trägerschaft ist wichtig, denn die Bedingungen für den wirtschaftlichen Betrieb eines Krankenhauses haben sich nicht erst seit Corona verschlechtert und werden dies auch weiterhin tun. Patienten wandern ab, die Behandlungsmethoden verändern sich und längst geht es nicht mehr um die Zahl der Betten, die vorgehalten werden, sondern um eine intelligente und zukunftszugewandte Gesundheitsversorgung.

Künftig wird es deshalb weniger um die Frage gehen, wem das Krankenhaus gehört. Vielmehr wird man fragen müssen, ob es sich wirtschaftlich betreiben lässt, ob man es führen lassen sollte oder ob eine Kooperation mit Dritten sinnvoll sein kann. Denn die Erfahrung zeigt: Menschen ist eine umfassende medizinische Versorgung wichtig - unabhängig davon, wer sie betreibt und ob sie für diese Versorgung eventuell ein paar Kilometer weiterfahren müssen. ❐



GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Landkreis Fürth mit 117.975 Menschen.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
01.05.2008.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Mir war es schon immer wichtig, zu gestalten und aktiv an der Entwicklung meiner Heimat mitzuwirken. Ich möchte, dass durch die richtigen Weichenstellungen in der Politik die Grundlagen dafür geschaffen werden, dass sich alle Generationen im Landkreis Fürth wohlfühlen.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Noch lange bevor ich offizielle Ämter als ehrenamtlicher Mandatsträger bekleidete, beteiligte ich mich daher zum Beispiel an Bürgerforen (z. B. Aktion „1000 Bilder Heimat“) in meiner Heimatgemeinde, war im Musikverein aktiv im Vorstand oder gestaltete bei der Jungen Union sowie der CSU Veranstaltungen und politische Konzepte mit.

Matthias Dießl

Landrat im Landkreis Fürth
Vorsitzender des Bezirksverbandes Mittelfranken und Präsidiumsmitglied im Bayerischen Landkreistag

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
In meinem politischen Wirken spielten bisher insbesondere die Jugend- und Familienpolitik, die Themen Umwelt und Verkehr sowie die Schaffung einer schlanken kommunalen Verwaltung, verbunden mit der modernen Ausrichtung auf die Herausforderungen der Zukunft, eine große Rolle.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Seit über einem Jahr wird die tägliche Arbeit natürlich durch die Coronapandemie geprägt. Nichts desto trotz gilt es, auch den anderen wichtigen Themen ausreichend Platz einzuräumen und diese weiter voranzutreiben. Das sind die Digitalisierung der Verwaltung, aber auch die Weiterentwicklung des Schulstandortes Landkreis Fürth auf Grund wachsender Schülerzahlen.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Eines meiner Ziele ist es, dass der Landkreis zum Vorbild beim schonenden Energieverbrauch und dem Klimaschutz wird. Wir bekennen uns zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen und wollen mit eigenem nachhaltigem Handeln zum Schutz unserer Erde beitragen. Wir erarbeiten aktuell eine Nachhaltigkeitsstratgie für unsere Landkreisverwaltung und damit für unseren Landkreis.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Die ersten Jahre in der ehrenamtlichen Kommunalpolitik waren für mich persönlich so etwas wie Lehrjahre. Ich habe mich Schritt für Schritt in die Themen eingearbeitet und mir so sehr viel Wissen angeeignet.
Denn nur wenn man sich auskennt und das nötige Hintergrundwissen hat kann man auch andere von seinen Ideen überzeugen und weiß wo man ansetzen muss, um Veränderungen erfolgreich zu meistern. Generell ist es wichtig, an Vorhaben dranzubleiben und für eine Sache zu „brennen“. Hierbei darf man sich auch nicht entmutigen lassen, wenn etwas nicht gleich gelingt.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Mir ist es wichtig, gemeinsam Zukunft zu gestalten. Dafür ist es notwendig, immer im Gespräch zu bleiben und einen offenen Austausch zu pflegen. Egal ob mit den Kolleginnen und Kollegen im Kreistag, wo es für mich selbstverständlich ist, die Tagesordnungspunkte vor Sitzungen mit den Fraktionsvorsitzenden aller Fraktionen zu besprechen oder durch den regelmäßigen Austausch mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der 14 Landkreiskommunen. Man muss auch zuhören können. Durch die monatliche Telefonsprechstunde komme ich ebenso in direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern, wie bei persönlichen Begegnungen, aus denen ich viel „Input“ für meine tägliche Arbeit mitnehme. Für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter habe ich immer eine offene Bürotüre und auch hier sind mir der direkte Austausch und das unmittelbare Feedback sehr wichtig.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Durch die Pandemie ist doch gut deutlich geworden, an welchen Punkten es noch Nachholbedarf gibt. Andererseits haben wir dadurch, wie ich finde, im Bereich Digitalisierung einen großen Schritt nach vorne gemacht.
Dass künftig auch Hybridsitzungen für Gremien möglich sind ist nur ein Beispiel dafür. Als Amt sind wir Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger und es ist wichtig, dass wir Verwaltungsvorgänge so schlank und effizient wie möglich durchführen. Onlineangebote müssen unnötige Wege in die Behörde ersparen. Das muss selbstverständlich werden.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Ein ganz spezielles Lebensmotto habe ich nicht. Es sind verschiedene Leitlinien. In Bezug auf uns als Gesellschaft ist es beispielsweise: Frage nicht, was Dein Land für Dich tun kann, sondern was Du für Dein Land tun kannst. Wir haben alle nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Das wird leider immer mehr vergessen.
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Ich stehe für nachhaltige Politik – sowohl in Bezug auf die konsequente Umsetzung von Konzepten und Maßnahmen für die Entwicklung unseres Landkreises als auch hinsichtlich der Schaffung einer gesunden Finanzbasis, damit in Zukunft ebenfalls Spielräume zur Gestaltung bestehen. Ich hoffe natürlich, dass dies später auch rückblickend so wahrgenommen wird. ❐



Vor dem Gebäude der Berufsfachschule in der Dieselstraße, wo die Fachakademie starten wird, trafen sich die Beteiligten zur Vorstellung: V.l.: MdL Harald Schwartz, Berufsschulleiterin Oberstudiendirektorin Sabine Fersch, die Berufsfachschulchefin Studiendirektorin Claudia Hanft, der künftige Fachakademie-Bereichsleiter Oberstudienrat Guido Schwarzmann, Landrat Richard Reisinger und Bürgermeister Michael Göth. Foto: Christine Hollederer

Landrat Reisinger landet Coup

Fachakademie für Sozialpädagogik kommt nach Sulzbach-Rosenberg

Sulzbach-Rosenberg. Jetzt wurde es offiziell. Per Pressemitteilung verkündeten Finanz- und Heimatminister Albert Füracker und sein Kabinettskollege, Kultusminister Michael Piazolo, die Entscheidung, dass am Standort Sulzbach-Rosenberg eine staatliche Fachakademie für Sozialpädagogik neu gegründet wird. Bereits ab dem kommenden Schuljahr werden am Staatlichen Beruflichen Schulzentrum Sulzbach-Rosenberg neben Schülern und Auszubildenden auch Studierende betreut. Die Details dazu gaben Landrat Richard Reisinger und Schulleiterin Sabine Fersch nun bekannt, im Beisein von Landtagsabgeordneten Dr. Harald Schwartz und Bürgermeister Michael Göth.

Seit 2019 hatte Reisinger dafür gekämpft, dass in Sulzbach-Rosenberg eine staatliche Fachakademie für Sozialpädagogik angesiedelt wird und der „weiße Fleck“ in Bezug auf das Angebot von Fachakademien im Nordwesten der Oberpfalz endlich verschwindet. Unzählige Telefonate habe er in den vergangenen zwei Jahren geführt: mit dem Kultusministerium, der Regierung der Oberpfalz und nicht zuletzt dem Finanzministerium. Deshalb richtete er seinen Dank sowohl an den Kultusminister als auch an den Finanzminister. Mit letzterem sei er zuletzt persönlich in Kontakt getreten, um für den Standort Sulzbach-Rosenberg zu werben. Mit Erfolg. Finanz- und Heimatminister Albert Füracker gab das finale Okay.

Reisingers Dank galt auch MdL Harald Schwartz, der maßgeblich mitgeholfen habe bei der Realisierung. Schwartz seinerseits würdigte die Weitsicht und das Engagement des Landrats für diese wichtige Institution. Eine Stärkung des beruflichen Schulstandortes und einen wichtigen Standortfaktor für die Ansiedlung von Familien sah Bürgermeister Michael Göth hocherfreut verwirklicht. Somit könne die Fachakademie laut Landrat Reisinger bereits zum 1. August dieses Jahres offiziell starten.

Nachfrage wird steigen

„Auch im Landkreis Amberg-Sulzbach kann der Bedarf aktuell nicht gedeckt werden und aufgrund der laufenden und in Umsetzung befindlichen Planungen der Kommunen für zusätzliche Betreuungsplätze wird sich die Nachfrage nach qualifizierten Erziehern noch weiter erhöhen“, schätzt Fersch.

Die Beschäftigungsmöglichkeiten für Erzieher seien nicht auf die bekannten Tageseinrichtungen beschränkt. „Weitere Einrichtungen, die die Erziehung in der Familie unterstützen und ergänzen, sind beispielsweise Kinder- und Jugendzentren, Jugendgruppen, Schulkindergärten, Erziehungsberatungsstellen oder Werkstätten für Behinderte“, berichtet Sabine Fersch. Darüber hinaus seien Erzieher auch in Einrichtungen, die die Familie ersetzen, wie z. B. Kinder- und Jugendheime, Internate, Erholungs- und Kurheime, tätig.

Keine Einbahnstraße

„Und natürlich ist die Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin keine Einbahnstraße. Im Rahmen der Hochschulzugangsmöglichkeiten für beruflich Qualifizierte beinhaltet der Abschluss der Fachakademie außerdem die allgemeine Hochschulzugangsberechtigung. Werden zudem noch Ergänzungsprüfungen abgelegt, erwerben die Absolventen die fachgebundene bzw. allgemeine Fachhochschulreife (Fachabitur)“, so Fersch. Informationen zu den Anforderungen und dem Bewerbungsverfahren für die Fachakademie für Sozialpädagogik sind auf der Internetseite der Schule unter www.bszsuro.de abrufbar.

Um für den Start am 1. August gerüstet zu sein, bereitet Oberstudienrat Guido Schwarzmann mit Studiendirektorin Claudia Hanft und dem Lehrerteam alles vor. Sie hoffen auf zahlreiche Bewerbungen. „Die ersten zehn sind schon eingegangen“, bestätigte Schwarzmann beim Pressetermin. „Das spornt das Team weiter an“. Für die Leiterin des Beruflichen Schulzentrums, Oberstudiendirektorin Sabine Fersch, stellt die Fachakademie für Sozialpädagogik eine zukunftsträchtige Erweiterung des Schulzentrums dar. Sie sieht in der Wahl des Standortes zudem eine klare Wertschätzung der engagierten und innovativen Arbeit ihres Kollegiums. Bereits 2018 wurde das Schulzentrum für die hohe Qualität der schulischen Arbeit bereits mit dem „MODUS“-Status ausgezeichnet. ❐

Schulen werden ertüchtigt:

Landkreis investiert in weiterführende Schulen

Der Bau- und Vergabeausschuss des Landkreises Pfaffenhofen hat sich bei seiner letzten Sitzung unter Leitung des Stellvertreters des Landrats Karl Huber mit verschiedenen Investitionen an seinen weiterführenden Schulen befasst.

Am Schyren-Gymnasium in Pfaffenhofen wird im 2. Obergeschoss im Rahmen der Generalsanierung ein Verbindungssteg über der Aula errichtet werden, um die zwei Gebäudeteile miteinander zu verbinden und einen zusätzlichen Flucht- und Rettungsweg zu schaffen. Es handelt sich dabei eine Stahlkonstruktion mit zwei Metern Breite und 16 Metern Länge. Der Steg wird an den Seiten verglast und mit einem Trapezblech überdacht. Für die Schlosserarbeiten wurden 35 Firmen um ein Angebot gebeten, 13 Angebote sind letztendlich eingegangen. Den Zuschlag hat die Firma Manufaktur Soller GmbH aus Ergoldsbach für rund 106.000 Euro erhalten.

Beim Hallertau-Gymnasium in Wolnzach wurde der 1. Bauabschnitt im Rahmen der Installation eines passiven Datennetzwerks bereits abgeschlossen. Damit sind in allen Klassenzimmern die Voraussetzungen für einen digitalen Unterricht geschaffen.

Fertigstellung bis nach den Pfingstferien

Für den 2. Bauabschnitt, d.h. Verwaltung, Aula und Bücherei wurden die Arbeiten jetzt für rund 66.000 Euro, wie schon beim 1. Bauabschnitt, an die Firma Kluger Elektrotechnik GmbH aus Pfaffenhofen vergeben. „Durch die Beauftragung der zusätzlichen Leistungen an die Firma Kluger kann die Maßnahme bis zu den Pfingstferien abgeschlossen werden. Bei einer gesonderten Ausschreibung hätten wir mit einem Zeitverlust von mehreren Monaten rechnen müssen“, so Kreiskämmerer Walter Reisinger. Derzeit ist die Schule aufgrund der Corona-Beschränkungen ohnehin nur sehr spärlich besetzt. Dadurch können die Arbeiten ohne wesentliche Beeinträchtigung des Schulbetriebs durchgeführt werden.

Zusätzlicher Bedarf wegen der Corona-Pandemie

„Aufgrund der Corona-Pandemie ist der zusätzliche Bedarf bei der digitalen Infrastruktur und bei den digitalen Medien deutlich geworden. Nur durch den Ausbau des passiven Datennetzwerkes, also die Erneuerung der Infrastruktur im Gebäude, kann die Hardware an die erhöhten digitalen Anforderungen angepasst werden“, betonte der Stellvertreter des Landrats Karl Huber. Der Landkreis werde in diesem Bereich auch weiterhin intensiv tätig sein. ❐

Perfekte Ergänzung

„Die Einrichtung der Fachakademie für Sozialpädagogik am Staatlichen Beruflichen Schulzentrum Sulzbach-Rosenberg ist die perfekte Ergänzung der dort bereits vorhandenen Berufsfachschulen für Sozialpflege, Kinderpflege und Ernährung & Versorgung“, so die Ausführung des Landrats. „Deren Absolventen bekommen mit der möglichen Weiterqualifizierung zum Erzieher/zur Erzieherin eine aussichtsreiche berufliche und persönliche Zukunftsperspektive.“ Aber auch anderen Bewerbern stehe die Fachakademie offen.

Die ersten Reaktionen von Schülern der Berufsfachschule für Kinderpflege auf die Einrichtung einer Fachakademie waren durchweg positiv. Von „Das ist ja eine tolle Nachricht.“ über „Ich habe großes Interesse und freue mich riesig“ bis hin zu „Mit mir haben Sie die erste Schülerin“ war alles dabei, so Schulleiterin Sabine Fersch laut Pressemitteilung.

„Für das Bildungsangebot des Landkreises und der Stadt Am-

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Beim Treffen unter strengen Hygiene-Auflagen im großen Sitzungssaal des Landratsamts in Bad Tölz (v.l.: Florian Diepold-Erl (Klimaschutzmanager Landkreis Garmisch-Partenkirchen), Michael Grasl (Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen), Landrat Anton Speer (Landkreis Garmisch-Partenkirchen), Georg Kittenrainer (Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags im Landkreis Miesbach) Andreas Ross (Wirtschaftsförderung Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen), Andreas Scharli (Energiewende Oberland), Landrätin Andrea Jochner-Weiß (Landkreis Weilheim-Schongau), Stefan Drexlmeier (Vorstand Energiewende Oberland), Landrat Josef Niedermaier (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen), Georg Leis (Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags im Landkreis Weilheim-Schongau), Elisabeth Freundl (Vorstand Energiewende Oberland), Hans Mummert (Vorstand Energiewende Oberland), Josef Kellner (Stiftungsrat Energiewende Oberland), Landrat Olaf von Löwis (Landkreis Miesbach). ❐

Energiewende bis 2035 weiterhin Ziel im Oberland

Landräte und Kreisvorsitzende des Bayerischen Gemeindetags aus den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Miesbach und Weilheim-Schongau halten an Klimaschutz- und Energiewende-Ziel für die Region fest

„Klimaschutz und Energiewende werden auch nach Corona Megathemen für unsere Region sein und bleiben", stellte Landrat Josef Niedermaier (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen) in seinem Eingangsstatement fest. Seit der Gründung der Bürgerstiftung Energiewende Oberland im Jahr 2005 hat sich der Anteil der Erneuerbaren in den Bereichen Strom und Wärme kontinuierlich erhöht und Beratungsangebote für Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen konnten bis heute auf alle vier Landkreise des Oberlands erfolgreich ausgeweitet werden, berichtete Stefan Drexlmeier (Vorstandsvorsitzender der Energiewende Oberland). Dennoch ist auch durch Forschungsprojekte belegt, dass unter aktuellen Rahmenbedingungen das Ziel 100 Prozent erneuerbare Energie bis zum Jahr 2035 noch in weiter Ferne liegt.

Das Potenzial für die Energiewende im Oberland ist dennoch vorhanden und so zeigen die vom Bund beschlossene CO2-Steuer und Fördermittel für Energieeinsparung und Erneuerbare aktuell ihre Wirkung.

Zunehmende Anfragen

Anfragen besonders durch Hauseigentümer*innen und Kommunen nehmen in den letzten Jahren immens zu, berichtet die Energiewende Oberland im Rahmen des Treffens. Über 240 Beratungssuchende haben sich beispielsweise aktuell für einen Energiecheck im Oberland angemeldet und warten auf Unterstützung beim Umstieg von fossilen Energieträgern zu nachhaltigen Lösungen.

„Wir halten als Landkreis an dem Energiewende-Ziel 2035 fest und wissen auch die Unterstützung der Energiewende Oberland sehr zu schätzen", betonte Landrätin Andrea Jochner-Weiß (Landkreis Weilheim-Schongau) die gute Zusammenarbeit zwischen der gemeinnützigen Stiftung und dem Landkreis.

Landrat von Olaf von Löwis (Landkreis Miesbach), der bereits als Privatperson Gründungsstifter der Energiewende Oberland seit 2005 ist, unterstützte die landkreisübergreifende Zusammenarbeit ebenfalls. „Unsere Bürgerinnen und Bürger und Gemeinden brauchen beim Thema Klimaschutz und Energiewende kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die konkrete Umsetzung vor Ort".

Diesem Statement konnte sich Landrat Anton Speer (Landkreis Garmisch-Partenkirchen) nur anschließen. „Im Jahr 2017 ist der Landkreis der Energiewende Oberland beigetreten und seitdem hat sich die Zusammenarbeit zwischen Klimaschutzmanagement, den Gemeinden im Landkreis und der Energiewende Oberland sehr gut entwickelt", stellte Landrat Speer fest.

Die Vorstellung des Beratungs- und Informationsangebots der Energiewende Oberland für die kommenden Jahre soll im Sommer in den zuständigen Kreisgremien durch den Vorstand der Bürgerstiftung und des angegliederten Kompetenzzentrums erfolgen. ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Ich habe das gemacht, was uns die Bundeskanzlerin und der Ministerpräsident empfohlen haben: Ich habe mich über die Ostertage ganz auf mich und meine Familie zurückgezogen. Freiwillig. Tat gut!" Mein Chef, der Bürgermeister, hat sich an das gehalten, was ich ihm empfohlen und auch selber praktiziert habe: Das Vernünftige tun, auch wenn einen die Obrigkeit nicht dazu zwingt.

Denn es kann ganz ernsthaft auch einen Akt der Selbstbefreiung bedeuten, wenn man aus freien Stücken auf etwas verzichtet, was einem eigentlich am Herzen liegt: Der nächtliche, stimmungsvolle Gottesdienst, geliebt seit Kindertagen, der Osterbrunch mit der Familie, der lange Spaziergang mit Freunden in der ersten Frühlingssonne. Diese Dinge vermisst man, aber sie werden einem zugleich auch wertvoller, weil man sich klar wird, wie wichtig sie einem jenseits aller Rituale und Gewohnheiten sind.

Das eigene Glück kann man nur multiplizieren, indem man es teilt

Jedenfalls war dieses Ostern so ganz anders, mit viel Zeit zum Lesen und Nachdenken. Etwa darüber, welche absolut privilegierte Situation wir in Europa und Nordamerika trotz Pandemie, Wirtschaftseinbrüchen und finanzieller Kraftakte doch haben. Nicht falsch verstehen: Ich akzeptiere den Frust und die scheinbare Ausweglosigkeit, die viele beklagen, die als Künstler, Gastronom, Hotelier, Fortbildungsdozent, Trainer, Schausteller oder in einer ähnlich fundamental von Lockdown und Einschränkungen getroffenen Branche arbeiten. Doch sie bekommen hier wenigstens Unterstützung, die zumindest existenzielle materielle Not von ihnen fernhält. Wie aber steht es um einen Tagelöhner, sagen wir mal in Indien, Mali oder Haiti? Wenn der keine Arbeit hat, dann hat er schlicht nichts zu essen.

Wir machen uns zu Recht Sorgen um die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die den Kindergarten, die Schule oder die Universität nicht in Präsenz besuchen dürfen. Und nur mal so am Rande: Wenn ich die Teens in unserer Stadt so sehe, wie sie in Gruppen oder Grüppchen durch die Straßen ziehen, immer tuschelnd Mund an Ohr, immer sich abklatschend, da wären sie wohl in der Schule mit Hygieneplan und Aufsicht besser aufgehoben – meine Meinung. Aber jedenfalls haben unsere jungen Leute die Chance auf Bildung auch in der Pandemie: Distanzlernen, Lernplattformen, Lerngruppen per Teams oder BBB.

Wenn in den Staaten der so genannten Dritten Welt Schulen geschlossen werden, bedeutet das tabula rasa, es findet einfach überhaupt keine Bildung statt. In manchen Ländern ist dies jetzt bereits seit über einem Jahr der Fall. Ein riesiges globales Problem, denn Bildung ist in jedem Land und in jeder Kultur der Schlüssel zu Aufstieg und Entwicklung. Gerade für Mädchen wird es in Ländern mit entsprechender kultureller Prägung schwer werden, nach der Pandemie wieder zur Schule gehen zu dürfen.

Dass ausgerechnet an der Bildungs- und Schulfront jetzt so viel verloren geht, macht mich unendlich traurig. Auch wir in der Stadt unterstützen ja das Projekt „1000 Schulen für unsere Welt" engagiert. Als Leserin oder Leser der Gemeindezeitung kennen Sie es gut. In allen Teilen Bayerns leisten hier Kommunen und Kommunalpolitiker Graswurzelarbeit für eine nachhaltige Entwicklung.

Bildung, sauberes Wasser, gesicherte Abwasserversorgung, Gesundheitsvorsorge und und und. Die Liste der Herausforderungen ist schier endlos, wenn man an den globalen Süden denkt.

Mein Chef, der Bürgermeister, teilt auch hier meine Sorgen und Ansichten. Man müsste sich viel stärker engagieren – gerade heute und jetzt in Zeiten der Pandemie und der Zukunftsängste.

Aber das ist leichter gesagt als getan: Man hängt ja an seinem Job, an der Familie, an seinem Zuhause. Was würde aus meinem Kater, wenn ich beschießen würde, mich mehr um das Wohl unserer ferneren Nachbarn zu kümmern?

Andererseits: Gerade bin ich in einem Alter, da man nochmal Neues wagen kann und sollte. Mal sehen. Zu bedenken ist auch das Wort Albert Schweitzers: „Das eigene Glück kann man nur multiplizieren, indem man es teilt".

Ihre Sabrina

Erfolgreiche Klimaschutzprojekte in Markt Schwaben und Aschaffenburg

Pronold: Bundesumweltministerium fördert Sportpark und Kronberg Gymnasium

Markt Schwaben und Aschaffenburg setzen auf Klimaschutz und investieren in die Zukunft. Im Stadion und auf den Sportplätzen in Markt Schwaben kann jetzt unter einer neuen klimafreundlichen LED-Flutlichtanlage trainiert und gespielt werden. Und in Aschaffenburg sind die raumlufttechnischen Anlagen des Kronberg Gymnasiums nachgerüstet worden. Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, überreichte in einer Online-Veranstaltung an Markt Schwaben und an die Stadt Aschaffenburg je ein Klimaschutz-Zertifikat über die Treibhausgaseinsparungen, die mit den Klimaschutzprojekten erzielt werden. Beide Maßnahmen wurden mit rund 275.000 Euro aus der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesumweltministeriums gefördert.

Florian Pronold: „Kommunen sind wichtige Schlüsselakteure im Klimaschutz, die wir gerne unterstützen. Ich freue mich, dass Markt Schwaben und Aschaffenburg die Fördermöglichkeiten des Bundesumweltministeriums genutzt haben, um Energieeffizienzmaßnahmen vor Ort umzusetzen. Das ist gut für das Klima und die Stadtkasse. Ich wünsche mir, dass sich noch weitere Gemeinden und Städte diesem Vorbild anschließen."

Markt Schwaben hat die Flutlichtanlagen des Stadions sowie zweier Kunstrasenplätze auf LED-Technik umgerüstet und reduziert damit den CO2-Ausstoß in den nächsten 20 Jahren um 500 Tonnen. An den Gesamtausgaben in Höhe von rund 166.000 Euro beteiligte sich das Bundesumweltministerium mit einer Förderung von 50.000 Euro.

Die Stadt Aschaffenburg ließ 40 dezentrale raumlufttechnische Anlagen im Kronberg Gymnasium nachrüsten. Der dadurch erzielte Stromverbrauch senkt dauerhaft den Ausstoß von Treibhausgasen. Von den Gesamtausgaben in Höhe von 645.000 Euro übernahm das Bundesumweltministerium 225.000 Euro.

Seit 2008 fördert und initiiert das Bundesumweltministerium unter dem Dach der NKI in ganz Deutschland Klimaschutzprojekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Im Zeitraum 2008 bis 2020 wurden bereits etwa 35.500 Projekte mit einem Fördervolumen von rund 1,23 Milliarden Euro durchgeführt. Die Sanierung von Außen-, Straßen- und Innenbeleuchtung und raumlufttechnischen Anlagen werden ebenso wie die Erstellung und Umsetzung von Klimaschutzkonzepten durch ein Klimaschutzmanagement über die Kommunalrichtlinie im Rahmen der NKI gefördert. Im Zuge des Corona-Konjunkturprogramms sind die Förderbedingungen erheblich verbessert worden, indem Förderquoten erhöht, Eigenanteile gesenkt und die Förderbedingungen für finanzschwache Kommunen optimiert wurden. Die verbesserten Förderbedingungen gelten noch bis Ende dieses Jahres. Anträge für die Kommunalrichtlinie können ganzjährig gestellt werden.

Fragen nimmt der Projektträger Jülich (PtJ) per Telefon unter 030 20199-577 oder per E-Mail an: ptj-ksi@fz-juelich.de entgegen. Bei Fragen rund um die Förderung bietet das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) im Auftrag des BMU kostenlose Beratung an, telefonisch unter 030 39001-170 oder per E-Mail an: skkk@klimaschutz.de.

Informationen: www.klimaschutz.de . ❐

B2B-Atlas Obermain verspricht bessere Vernetzung und Sichtbarkeit

Der Landkreis Lichtenfels will seinen regionalen B2B-Unternehmen zu besserer Vernetzung und mehr Sichtbarkeit verhelfen. Dazu bietet er ab sofort die unabhängige Firmensuchmaschine „B2B-Atlas Obermain" an (https://OBERMAIN.sherlock-who.com). Bei der Umsetzung geht der Landkreis einen bislang einzigartigen Weg. Dieser verspricht Dank Digitalisierung mehr Transparenz und Aktualität als herkömmliche Firmensuchmaschinen.

Wie wichtig regionale Geschäftsbeziehungen für Unternehmen sind, führt die Corona-Pandemie vor Augen. Kunden fallen weg, Lieferketten reißen ab und die Beschaffung von Produkten wird erschwert. Doch auch vor und nach der Pandemie ist die Suche nach regionalen Geschäftspartnern ein Thema. Selbst für alteingesessene Unternehmer ist es oft schwer, sich einen Überblick über die potenziellen Lieferanten, Kunden und Partner in der näheren Umgebung zu verschaffen. Vollständige und übersichtliche Datenbanken gibt es nicht. Bei der Recherche im Internet kommt erschwerend hinzu, dass die etablierten Suchmaschinen und Suchplattformen mit ihren Geschäftsmodellen zunehmenden Einfluss darauf ausüben, welche Unternehmen online überhaupt sichtbar sind und welche nicht. Mittelständische Unternehmen ohne große Marketingbudgets fallen da oft durchs Raster.

Die Wirtschaftsförderung des Landkreises Lichtenfels sieht sich deshalb in der digitalen Verantwortung. Aus diesem Grund haben sich Landrat und Wirtschaftsförderung entschieden, eine unabhängige Firmensuchmaschine für die Region anzubieten: Den B2B-Atlas Obermain. Er sorgt für einen objektiven Überblick über die B2B-Lieferanten in der Region – transparent, nachhaltig und werbefrei. „Die große Herausforderung bei diesem Projekt war es, alle Unternehmen vor Ort in die Suchmaschine zu bekommen und die Daten nachhaltig aktuell zu halten. Deutschlandweit gibt es zahllose Negativ-Beispiele für Firmenverzeichnisse, bei denen das nicht gelungen ist. Sowas wollten wir natürlich vermeiden." meint Wirtschaftsförderer Helmut Kurz.

Bei der Umsetzung des Projektes geht der Landkreis einen bisher einzigartigen Weg: Anstatt die Daten der Unternehmen von Hand zu erheben, zu verschlagworten und zu aktualisieren, setzt man eine Internet-Suchtechnologie ein, die auf die Firmensuche spezialisiert ist. Sie holt sämtliche Informationen automatisiert aus den Firmenwebseiten und macht sie mit entsprechenden Suchalgorithmen auffindbar. Selbstverständlich können sich die Unternehmen auch persönlich einbringen und ihre Daten selbst ergänzen. Neue Unternehmen melden sich künftig gleich bei ihrer Gewerbeanmeldung im B2B-Atlas Obermain an.

Damit bringt der B2B-Atlas Obermain dauerhaft Transparenz in die Region. Die Technologie bekommt der Landkreis von einem Münchner Startup bereitgestellt. „Sherlock Who betreibt seit 2017 die Firmensuchmaschine www.sherlock-who.com, über die die Daten aus der Region Lichtenfels im gesamten deutschsprachigen Raum auffindbar sind", berichtet Landrat Christan Meißner.

Das Feedback der Unternehmen im Landkreis ist durchweg positiv. Viele begrüßen, dass hier ein wichtiger Schritt in Richtung Digitalisierung gegangen wird. Das zeigt sich auch darin, dass sich die Hälfte der angeschriebenen Unternehmen fast sofort beim B2B-Atlas Obermain registriert hat, um ihren Firmen-Eintrag zu ergänzen.

Offenbar ist das Problem der Transparenz, das man in Lichtenfels mit dem B2B-Atlas Obermain löst, vielerorts bekannt aber noch ungelöst. Andere Landkreise und Regionen haben den Projektverlauf in Lichtenfels beobachtet und bereits ihr Interesse für einen eigenen regionalen B2B-Atlas angemeldet. ❐

Gemeinsame Marschroute der Landräte und Oberbürgermeister:

Kein Atommüll-Endlager in der Oberpfalz

Sieben Landräte, drei Oberbürgermeister, ein Regierungspräsident, und sie alle vertreten lautstark eine Meinung: „Wir wollen kein Atommüll-Endlager in der Oberpfalz!“. Deutlich wurde das nun bei der Arbeitstagung der Oberpfälzer Landräte mit den Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte und Regierungspräsident Axel Bartelt. Per Videoschalte tauschten sich die Politiker mit dem Regierungspräsidenten unter anderem über den aktuellen Stand bei der bundesweiten Suche nach einem Atommüll-Endlager aus. Bis zum Jahr 2031 soll hier eine Entscheidung fallen. Ein weiteres Thema der Tagung war einmal mehr die Bewältigung der Corona-Pandemie.

Für ein Atommüll-Endlager kommen 90 Teilgebiete noch infrage. Dr. Roland Eichhorn vom Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) erläuterte den Politikern, nach welchen Kriterien der Bund bei der Endlagersuche vorgeht. Weil im Freistaat wohl nur zerklüfteter Granit vorkommt und der für ein Atommüll-Endlager nicht geeignet ist, dürfte Bayern keine Rolle spielen, sagt der Leiter der Abteilung „Geologischer Dienst“ am LfU. Das Bundesgesetz erlaubt aber auch klüftigen Granit. Ein Vorgang, den Dr. Eichhorn nicht wirklich nachvollziehen kann. Auch Hans Heierth vom Bayerischen Umweltministerium teilt diese Meinung.

Der Amberg-Sulzbacher Landrat Richard Reisinger, zugleich Sprecher der Oberpfälzer Landräte, spürt beim Thema Endlagersuche in ganz Deutschland eine Stimmung pro Endlager in Bayern. Schon jetzt, sehr früh in Phase 1 des Entscheidungsprozesses, wollen sich er und seine Oberpfälzer Kollegen, genau wie andere bayerische Landräte, deshalb positionieren.

Um den gemeinsamen Auftritt der Oberpfalz kümmert sich der Schwandorfer Landrat Thomas Ebeling. Er ist bei der Endlager-Suche der Dirigent in dem Oberpfälzer Orchester der Landräte, der bereits eine Vorgeschichte im Widerstand gegen atomare Großprojekte hat, Stichwort: Wackersdorf.

„Wir wollen kein zweites Mal bürgerkriegsähnliche Zustände“, so Ebeling im Rahmen der Arbeitstagung. Vor wenigen Wochen nahm er an der ersten Fachkonferenz teil. Demnach ist noch mehr als 50 Prozent der Fläche in Deutschland im Rennen. Das sei so nicht hinnehmbar. „Es müssen möglichst schnell alle rausgenommen werden, die nichts damit zu tun haben“. Unterstützung erhält Ebeling von Dr. Roland Eichhorn. Dieser fordert zudem mehr Transparenz beim Entscheidungsprozess. Die endgültige Entscheidung fällt 2031, also in 10 Jahren. Die gemeinsame Marschroute der Oberpfälzer Politiker ist klar. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Regierung der Oberpfalz und den von den Landräten an ihren Ämtern bestimmten Beauftragten für das Thema Endlagersuche werden sich nun unter Federführung des Schwandorfer Landrats Thomas Ebeling regelmäßig treffen. Der Widerstand formiert sich. Das Ziel: Bei der Suche nach einem Endlager möglichst rasch als weißer Fleck auf der Landkarte deklariert zu werden.

Impftempo abhängig von Impfstoff-Menge

Beim Thema Corona wird die Oberpfalz eher mit (dunkel-)roten Flecken auf der Landkarte markiert, wegen der hohen Inzidenzwerte. Für die Oberpfalz liegt dieser Wert bei 210, der höchste Wert der sieben Regierungsbezirke in Bayern. „Wir sind mitten in der dritten Welle“, so der Sprecher der Oberpfälzer Landräte Richard Reisinger. Alle Landkreise und kreisfreien Städte in der Oberpfalz haben eine 7-Tages-Inzidenz von mehr als 100, der Landkreis Cham liegt sogar über 300.

Für den Landkreis Cham erkennt dessen Landrat Franz Löffler einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Corona-Entwicklung im benachbarten Tschechien. Ähnlich wie dort zu beobachten war, hofft er auf einen zeitversetzten Abwärtstrend im Grenzland. Der Chamer Landrat setzt zudem zusätzlich gelieferten Impfstoff für die Grenzlandkreise gezielt für solche Betriebe ein, die nach epidemiologischer Einschätzung durch das Gesundheitsamt eine besondere Immunisierung der Mitarbeiter benötigen.

Positiv schilderten die Landräte und Oberbürgermeister die Impfbereitschaft in ihren Landkreisen und kreisfreien Städten. Oberpfalzweit haben bereits weit mehr als 130.000 Menschen ihre Erstimpfung erhalten und überall konnte bereits mit der Impfung von Menschen in Priorisierungsgruppe 2 begonnen werden. Allerdings, und da waren sich Landräte und Oberbürgermeister einig, hängt das Impftempo von der Menge der Impfstoff-Lieferung ab. Die Logistik steht in den Landkreisen und Städten, nur mehr Impfstoff wünschen sich die Politiker. „Die Landkreise sind gerüstet und bereit durchzustarten“, betont das geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistages, Dr. Johann Keller.

Auch die Skepsis gegenüber dem Impfstoff von Astrazeneca habe sich gelegt, so die Einschätzung der Landräte und Oberbürgermeister. Oberpfalzweit wurden die Impfstoffe verimpft. „Es bleibt nichts liegen“, so Reisinger. ❒



Unter dem Motto #ErneuerbareWeihnachten versprach das Bayernwerk im vergangenen Advent, für jeden neuen Follower auf dem eigenen Instagram-Kanal einen Baum zu pflanzen. Mit der Aktion sollte das Bewusstsein für eine klimaneutrale Energiezukunft wie auch für den bayerischen Wald gestärkt werden. Bei Bodenwöhr werden jetzt auf einer Fläche von ca. 1,5 Hektar rund 300 Bäume verschiedenster Art aufgeforstet. Damit wird ein kleiner Beitrag für eine nachhaltige Waldwirtschaft geleistet. Das Bild zeigt v.l. Georg Hoffmann (Bürgermeister Bodenwöhr), Dr. Andre Zorger (Bayernwerk-Leiter des Bereichs Kommunen Ostbayern), Manfred Jehl (Waldbesitzer) und Fabian Pscheidt (Förster im Revier Nittenau). Bild: Bayernwerk

Vorschau auf GZ 9

In unserer Ausgabe Nr. 9, die am 29. April 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Finanzthemen**
- **Wasser · Abwasser**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Garten- und Landschaftsbau · Forst · Friedhof**

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen. > 50 erfolgreiche ISIS12 Projekte
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW®
HYGIENISCH EINWANDFREIE WÄRMERÜCKGEWINNUNG
STOP
✓ 100 % Außenluft
✓ umluftfrei
✓ betriebssicher
✓ energieeffizient

Vorteile für Ihre Lüftungsanlage:
+ keim- und schadstoffübertragungsfreie Wärmerückgewinnung durch getrennte Luftströme
+ Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
+ kurze Amortisation, sicherer Betrieb
+ Neubau oder Sanierung im Bestand
+ Wegfall von Rückkühlwerken möglich

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Messenger-Dienste
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten – direkt auf Ihr Handy:

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
Wartung und Reinigung von:
• Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
• Prozesslufttechnische Anlagen
• Kontrollierte Wohnraumlüftung
Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 29. April 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 9



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Landtagspräsidentin Ilse Aigner:

Die Demokratie steht nicht still!

Wie hat die Pandemie die parlamentarische Arbeit verändert und kann ein Lobbyregister Vorkommnisse wie die Masken-Affäre verhindern? Antworten darauf gab Landtagspräsidentin Ilse Aigner im PresseClub in München. Im Gespräch mit Kerstin Tschuck, der stellvertretenden Vorsitzenden des PresseClubs, stellte sie fest: „Die Pandemie hat auch zu einem ‚Revival' der Demokratie geführt!"

Seit über einem Jahr befindet sich Deutschland in einer Art Ausnahmezustand. Einschränkungen, Lockdown, Masken-Affäre. Die Kritik am politischen Krisenmanagement wird auch in Bayern immer lauter. Politikerinnen und Politiker verlieren zunehmend an Ansehen. Eine herausfordernde Zeit für Landtagspräsidentin Ilse Aigner.

Zukunft Lobbyregister

Über das Ansehen der Demokratie, das unter den jüngst bekanntgewordenen Fällen der Maskenaffäre leidet, zeigte sich Aigner besorgt: „Es macht mich wütend, wenn ich sehe, dass Fehlverhalten einzelner Abgeordneter ein schlechtes Licht auf 99,9 Prozent der Abgeordneten in Deutschland wirft, die einen sehr guten Job machen. Das schadet unserer Demokratie. Und ich muss wirklich sagen: Das tut mir in der Seele weh!" Aigner hatte bereits angeregt, dass sich der Bayerische Landtag am künftigen Lobbyregister des Bundestags orientiere, jedoch ohne es automatisch zu kopieren und zu übernehmen: „Wir müssen prüfen, ob es effektiv genug, aber auch noch praktikabel ist. Genauso wichtig ist es, dass wir uns die Verhaltensregeln für Abgeordnete anschauen und sie gegebenenfalls anpassen. Nicht alles, was womöglich legal ist, ist auch moralisch legitim. Die Verfehlungen der jüngsten Zeit hätten allein durch ein Lobbyregister nicht verhindert werden können."



Landtagspräsidentin Ilse Aigner.
Bild: Hans Schwepfinger/PresseClub München

Ausschüsse arbeiten unter Hochdruck

Aigner betonte, dass sich die parlamentarische Arbeit durch die Krise verändert, aber es zu keiner Zeit einen Lockdown im Bayerischen Landtag gegeben habe. „Die Demokratie steht nicht still. Wir tagen zwar in halber Besetzung und es kommen derzeit keine Besuchergruppen in den Landtag. Aber die Arbeit in den Ausschüssen geht weiter. Mein Anliegen ist zudem, dass das Parlament mitdiskutiert. Daher haben wir eine Befragung der Staatsregierung eingerichtet und es gibt die Möglichkeit zur Einreichung von Dringlichkeitsanträgen."

Rekordhalter Gesundheitsausschuss

Unter welchem Hochdruck die Mitglieder der Ausschüsse arbeiten, dokumentiert beispielsweise die Anzahl der abgehaltenen Sitzungen. Abgesehen vom Haushaltsausschuss ist der Gesundheitsausschuss aktuell der Rekordhalter – im vergangenen Jahr waren es insgesamt 23 Sitzungen. Grund ist vor allem die Corona-Pandemie, die sich vielfach auf die Parlamentsarbeit auswirkt: Zum Beispiel bei der Zahl der eingereichten Anträge der Fraktionen und der behandelten Gesetzentwürfe. Im vergangenen Jahr lag sie bei 79 Anträgen und zwei Gesetzentwürfen, die allein das (Fortsetzung auf Seite 4)

Bundes-KPV gibt Startschuss:

Zukunftsoffensive für die ländlichen Räume

Ein innovatives Maßnahmenbündel zur Stärkung des ländlichen Raumes haben Christian Haase MdB, Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU Deutschlands (KPV), und die stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Julia Klöckner präsentiert. Mit dem Papier „Sieben Mal Zukunft auf dem Land" macht die KPV im Wahljahr deutlich, dass die Union als Anwalt und Partei der ländlichen Räume diese Belange in den Vordergrund stellt.

1. Auf dem Land läuft es Dank der kommunalen Selbstverwaltung. Damit es noch besser läuft, brauchen unsere Dörfer mehr Gestaltungskraft: durch finanziell und personell gut ausgestattete Kommunen, eine Verwaltung, die nah an den Menschen ist, und mehr Gestaltungsräume für neue Ideen.

Die KPV will einen besseren Wissenstransfer zwischen Kommunen herstellen und die Kompetenzen stärken. Dazu soll unter Einbindung der kommunalen Spitzenverbände eine Bundesakademie „Kommunaltransfer" gegründet werden, um Kommunen zu vernetzen und ihren Wissensaustausch zu intensivieren, insbesondere auch mit Angeboten für ehrenamtliche Mandatsträger. Ein Schwerpunktthema der Akademie soll die Vermittlung von Kompetenzen im Bereich digitaler Städte und Regionen sein. Geplant ist, die Stelle eines Beauftragten der Bundesregierung für kommunale Angelegenheiten zu schaffen.

2. Auf dem Land zeichnen uns Engagement und Ehrenamt aus. Damit das so bleibt, braucht unser Ehrenamt Anerkennung, aber auch konkrete Unterstützung.

Aufbauend auf den Erfahrungen aus dem Projekt „Hauptamt stärkt Ehrenamt" des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft mit dem Deutschen Landkreistag sollen in den Kreisen und Gemeinden hauptamtliche Anlaufstellen für Beratung installiert werden. Sie sollen die Arbeit der Ehrenamtlichen erleichtern und es ermöglichen, auch neue Formen des Ehrenamtes einzubinden. Die KPV setzt sich dafür ein, das Zuwendungs- und Gemeinnützigkeitsrecht zu vereinfachen. Ein stabiler Anker soll die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt werden, die mit Beratung und Kompetenz, aber auch mit eigenen Initiativen flankieren kann.

3. Auf dem Land sind Mittelstand und Handwerk daheim – und unsere Landwirtschaft gehört einfach dazu. Damit das so bleibt, müssen wir die Wertschöpfung in der Region stärken.

Benötigt wird eine Landwirtschaft, die Innovationstreiber ist und sich stärker mit der Region vernetzt. Es gilt, Anreize für Unternehmensnachfolgen und Gründungen zu schaffen, um Dienstleistungen und Wertschöpfungen lokal zu erhalten und die Krisenresilienz der Wirtschaft zu stärken. Investitionen, Innovationen und Infrastrukturen sollen gefördert und dafür ausreichend finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Ländliche Regionen, die durch eine sinkende Bevölkerung mittelfristig bei Wertschöpfung und Erwerbstätigkeit zurückhängen, sind in die Gebietskulisse des gesamtdeutschen Fördersystems einzubeziehen.

Das Augenmerk liegt insbe- (Fortsetzung auf Seite 4)

Bücher aus dem Feuer

Zigtausende Menschen verfolgten schon im vergangenen Jahr coronabedingt die „Lesung gegen das Vergessen, zur Erinnerung und zur Mahnung" im Internet. Am 10. Mai 2021 gibt es erneut den ganzen Tag Videos und Lesungen online via Instagram, facebook und YouTube um an den 10. Mai 1933 zu erinnern. Damals verbrannten – von den Nazis organisiert – Professoren und Studierende auf lodernden Scheiterhaufen Bücher von Hunderten Autorinnen und Autoren.

Initiator der gesamten Aktion war vor vielen Jahren der bekannte TV-Moderator Gerhard Schmitt-Thiel, der auch dieses Mal für die Landeshauptstadt gemeinsam mit Renate Hausdorf, dem Paul Klinger Künstlersozialwerk, der Mohr-Villa Freimann und dem städtischen Kulturreferat die zentrale Veranstaltung organisiert. Auch in vielen bayerischen Kommunen finden weitere Gedenkveranstaltungen statt.

GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel liest aus Stefan Zweigs Novelle „Der Zwang".

Unter den Hashtags #gegenvergessen und #10mai1933 werden die Videos auf sozialen Medien verbreitet und geteilt: https://www.instagram.com/lesung_gegendasvergessen/ und https://www.facebook.com/lesunggegendasvergessen ❐

Soforthilfe-Programm für Bayerns Kommunen

Aiwanger: „Wir ergreifen die Initiative, damit wieder Leben in die Innenstädte kommt"

Das Bayerische Wirtschaftsministerium läutet die zweite Runde des Soforthilfe-Programms für Städte und Standortinitiativen ein. Ziel ist es, Projektideen zur Belebung der Innenstädte nach der Coronakrise durch eine gezielte Umsetzungsbegleitung zu fördern.

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Die Kommunen brauchen nach dem Krisenjahr 2020 dringend Unterstützung. Mit unserem Programm wollen wir helfen, damit gute Projekte auch umgesetzt werden. Bayerns Innenstädte sind eine wichtige Heimat für Handel und Dienstleistung. Vor allem kleine und mittlere Betriebe hat die Krise aufgrund von häufig fehlenden finanziellen Polstern und mangelnden technischen Ressourcen überproportional stark getroffen. Wir ergreifen die Initiative, damit wieder Leben in die Innenstädte kommt, sobald sich die Pandemie abschwächt."

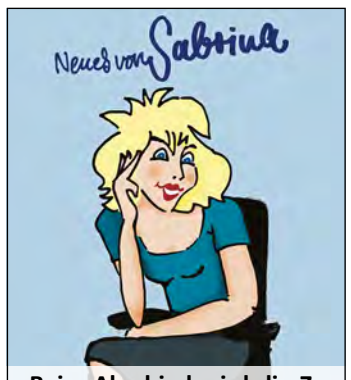
Hilfe zur Selbsthilfe

Ab sofort können sich Standort- und Werbegemeinschaften für das Beratungspaket bewerben. Ob Sofortmaßnahmen oder Strategieentwicklung – das Spektrum der Betreuung wird nach den lokalen Handlungsbedarfen individuell gestaltet. Unterstützt wird das Wirtschaftsministerium bei dem Projekt vom Spezialisten CIMA Beratung + Management GmbH (cima). Die cima entwickelt mit ausgewählten Städten und Standortinitiativen ein individuelles Sofortprogramm und berät im Sinne einer „Hilfe zur Selbsthilfe" bei der Umsetzung. Die Unterstützung berührt dabei sowohl schnelle Herstellung von Online-Sichtbarkeit, Werbung für den lokalen Online-Kauf oder Click & Collect sowie die Planung und Umsetzung erfolgreicher Re-Start-Maßnahmen für die Ortszentren bzw. Innenstädte.

Die erste Stufe des Programms ist bereits 2020 sehr erfolgreich durchgeführt worden. 26 Werbegemeinschaften und Standortinitiativen aus dem gesamten Freistaat wurden im Rahmen von konkreten Projekt- und Umsetzungsbegleitungen gefördert. Darunter war auch das oberbayerische Miesbach. „Das Coaching hat uns in kürzester Zeit in unserer Fragestellung entscheidend weitergebracht. Mit dazu gab es wertvolle Hinweise und Hilfestellungen zu weiteren Punkten unseres Tagesgeschäftes. Jetzt freuen wir uns darauf die erarbeiteten Umsetzungsschritte gemeinsam mit der Stadt zu gehen", sagt Florian Brunner, Vorsitzender der Gemeinschaftswerbung Kreisstadt Miesbach.

Bewerbungsunterlagen ...

Bewerbungsunterlagen für das neue Programm können auf folgender Website heruntergeladen werden:
https://bayern-hilft-haendlern.de/fuer-werbegemeinschaften ❐



„Beim Abschied wird die Zuneigung zu Dingen, die uns lieb sind, immer noch ein wenig wärmer", sinniert die Vorzimmerperle und ist ihrem Bürgermeister dankbar, dass er sich künftig um ihren geliebten Pino kümmert. Der selbstbewusste Kater bedarf besonderer Zuwendung. S. 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Trotz Kritik: Bayern hält an Luca-App fest 2
Bürgermeister zu Quarantäneregeln: Klare Vorgaben gefordert .2
Aufbruch mit einer starken Gesundheitsforschung 2
GZ-Kolumne Christine Borst:
Gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen 3
Coaching für Kita- und Schulverpflegung 3
Fachtagung der Hanns-Seidel-Stiftung: Neustart Pflege 4
Kommunale Finanzthemen . . . . . .5 - 9
Wasser • Abwasser . . . . . 9 - 11
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau • Wald . . . . . 12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Trotz Kritik: Bayern hält an Luca-App fest

Die Luca-App soll in Geschäften, Restaurants oder auf Veranstaltungen die bisher genutzten Papierlisten zur Kontaktnachverfolgung ersetzen. Mehrere Bundesländer haben bereits Lizenzen gekauft und das System an ihre Gesundheitsämter angeschlossen. Datenschützer und Programmierer bemängeln Sicherheitslücken. So forderte der Chaos Computer Club ein „umgehendes Moratorium" beim Einsatz der Luca-App. Die Vergabepraktiken in den Bundesländern müssten zudem durch den Bundesrechnungshof überprüft werden. Bayern hält trotz der Kritik an der Einführung der App fest.

Die Luca-App ist eine Art virtuelle Visitenkarte: Nutzer müssen ihre Kontaktdaten eingeben, das Programm verschlüsselt dann die Informationen und generiert wechselnde QR-Codes. Mit den Codes können sich die Nutzer in Restaurants, Kinos oder anderen Orten anmelden. Dies ersetzt die Listeneinträge. Tritt im Umfeld des besuchten Ortes eine Infektion auf, kann das Gesundheitsamt die gefährdeten Besucher über die App ermitteln. So soll eine schnellere und effektivere Nachverfolgung der Risikokontakte erreicht werden.

Luca-App unterstützt Gesundheitsämter

Apps wie Luca, darfichrein.de, Recover oder eGuest sind vor allem dazu gedacht, die vorgeschriebene Erfassung von Personen in Restaurants, Geschäften oder bei Events digital umzusetzen. Dazu müssen die Besucher aber ihre kompletten Kontaktdaten abgeben. Solange die Infektionsschutzverordnungen der Bundesländer die Erfassung der persönlichen Daten vorschreiben, kann die Corona-Warn-App des Bundes diese Aufgabe nicht übernehmen. Das Luca-System befindet sich momentan im Roll-Out in 13 Bundesländern. Innerhalb weniger Wochen sollen circa 300 von 375 Gesundheitsämtern angeschlossen werden. Vier Millionen Bürger sind bereits bei Luca registriert und 81.000 Standorte in Deutschland nutzen Luca laut Angaben der Initiative.

In Bayern sollen die 76 Gesundheitsämter flächendeckend von Ende April an die Luca-App zur Kontaktverfolgung in der Corona-Pandemie nutzen können. Das kündigte Digitalministerin Judith Gerlach (CSU) am 15. April im Landtag an. Bisher hätten 23 Gesundheitsämter die notwendige Technik. Großer Vorteil der Luca-App sei, dass die gesammelten Daten direkt in das Sormas-System der Gesundheitsämter einfließen können und damit die Arbeit der Ämter erheblich erleichtert werde, sagte Gerlach.

Seit Februar dieses Jahres können alle Gesundheitsämter in Bayern Sormas nutzen. Der Datenschutz sei in alle Schritte einbezogen. Bisher habe kein Datenschutzbeauftragter in Deutschland Einspruch erhoben, so Gerlach. Mit der App kann man über einen QR-Code etwa beim Besuch in Gaststätten „einchecken". Die Daten landen beim Gesundheitsamt, Kontakte könnten direkt nachverfolgt, mögliche Kontaktpersonen direkt über die App informiert werden.

Die Luca-App wird aktuell in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Saarland, Sachsen-Anhalt und Hamburg aus Steuermittel finanziert. Die eingesetzten Mittel summieren sich auf insgesamt 20 Millionen Euro. Das geht aus Antworten hervor, die netzpolitik.org von den zuständigen Staatskanzleien und Ministerien erhalten hat. Bayern zahlt mit 5,5 Millionen den höchsten Preis für die Jahreslizenz. Es handelt sich um das bislang einzige Bundesland, das die Vergabe der App ausgeschrieben hat. Insgesamt zehn Länder haben das Luca-System in einem gemeinsamen Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb beauftragt. Die Länder verweisen darauf, dass die Vergabeverordnung Ausnahmen zulassen, wenn eine besondere Dringlichkeit vorliege oder ohnehin nur ein Anbieter in der Lage sei, den Auftrag zu erfüllen. Das Geld wird für die Entwicklung der App, die Anbindung der Gesundheitsämter und den SMS-Service zur Validierung der Telefonnummern der Anwender verwendet.

Quellcode veröffentlicht

Die Entwickler der Luca-App haben den Quellcode ihres Systems zur Corona-Kontaktverfolgung vollständig unter einer Open-Source-Lizenz veröffentlicht. So ist der Code der beiden App-Versionen (Android und iOS) sowie des Backend-Systems auf der Plattform GitLab einsehbar. Er kann damit nun von unabhängigen Stellen überprüft werden. Man wolle eine transparente Analyse und Weiterentwicklung der Software ermöglichen, erklärte die Culture4life GmbH, das Unternehmen hinter dem Luca-System. Firmenchef Patrick Hennig sagte, es gehe dabei auch darum, „ein hohes Vertrauen in die Sicherheit bei allen Beteiligten und interessierten Nutzer zu erzeugen". Das Verfahren sorge außerdem dafür, dass der Quellcode oft getestet und mögliche Probleme schnell identifiziert werden könnten. Hennig wies gleichzeitig den Vorwurf des CCC zurück, das Luca-System sei potenziell jederzeit in der Lage, einzelne Geräte eindeutig zu identifizieren und ihnen alle Check-ins zuzuordnen. „Aus unserer Sicht ist das Fundamentalkritik an zentralen Datenspeicherungssystemen, die im Übrigen aber an vielen Stellen des gesellschaftlichen Lebens wie bei Telekommunikationsanbietern, Kreditkartenunternehmen und auch im Gesundheitswesen vielerorts zum Einsatz kommen." Das Luca-Geschäftsmodell sei zudem klar und transparent: Die Bundesländer erwerben eine Lizenz für ihre Gesundheitsämter für die Nutzung des Luca-Systems zur Ende-zu-Ende verschlüsselten Datenübermittlung von Nutzern und Betreibern an die Gesundheitsämter. Dieses diene der personifizierten Kontaktnachverfolgung, die die Aufgabe der Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes sei.

Kritik an Barrierefreiheit

Der Bayerische Blinden- und Sehbehindertenbund (BBSB) kritisierte, dass die Luca-App zur Corona-Kontaktnachverfolgung nicht barrierefrei ist. Ohne Assistenz könnten Sehbehinderte die Anwendung derzeit nicht nutzen, sagte der Landesgeschäftsführer Verbands- und Sozialpolitik des BBSB, Steffen Erzgraber. Nach Angaben des BBSB können blinde Nutzer die App auf Apple-Geräten gar nicht selbst einrichten, weil sie mit der Vorlesefunktion die Datenschutzbestimmungen nicht akzeptieren können. Auch bei der Version für Android-Betriebssysteme gebe es Probleme, sagte Erzgraber.

CCC: „Keine Steuermittel!"

Die europäische Hackervereinigung Chaos Computer Club (CCC) forderte, ein umgehendes Moratorium, eine Überprüfung der Vergabepraktiken durch den Bundesrechnungshof, ein sofortiges Ende des App-Zwangs und keine Steuermittel mehr für die Luca-App zur Corona-Kontaktnachverfolgung auszugeben. Für den Umgang mit hochsensiblen Gesundheits- und Bewegungsdaten verbiete sich der ländersubventionierte Roll-Out ungeprüfter Software von selbst, so der CCC. Club-Sprecher Linus Neumann verwies auf eine „nicht abreißende Serie von Sicherheitsproblemen" bei dem Luca-System. Zuvor hatten Datenschutz-Aktivisten auf Schwachstellen bei den Luca-Schlüsselanhängern verwiesen, die für Menschen ohne Smartphone gedacht sind. „Wer den QR-Code (eines Schlüsselanhängers) scannt, kann nicht nur künftig unter Ihrem Namen einchecken, sondern auch einsehen, wo Sie bisher so waren", kritisierte Neumann. Er verwies dabei auf Recherchen, die im Netz unter dem Titel „Lucatrack" veröffentlicht wurden. „Die Schwachstelle ist offensichtlich und unnötig. Sie zeugt von einem fundamentalen Unverständnis grundlegender Prinzipien der IT-Sicherheit." Der Entwickler der App, das Berliner Start-up neXenio, räumte ein, „dass Dritte, die unbefugt im Besitz des QR-Codes auf dem Schlüsselanhänger waren, die jeweilige Kontakthistorie abrufen konnten". Die Macher der Luca-App empfahlen, den persönlichen Schlüsselanhänger mit QR-Code nur zum Check-in in dafür vorgesehenen Betrieben zu verwenden und kein Foto des eigenen, individuellen Schlüsselanhängers im Internet zu veröffentlichen, um einen „böswilligen Missbrauch zu vermeiden".

Corona-Warn-App mit Check-in Funktion

Im Gegensatz zur Luca-App oder vergleichbaren Check-in-Anwendungen privater Anbieter werden die Kontakte der offiziellen Corona-Warn-App des Bundes nur anonymisiert registriert. Dieses Verfahren hatten Google und Apple vorgeschrieben, wenn man ihre Bluetooth-Schnittstellen für die Kontaktermittlung nutzen möchte. Mögliche Warnungen über gefährliche Begegnungen laufen bei der App des Bundes nicht über die Gesundheitsämter, sondern direkt als rote oder grüne Warnung über das System der Corona-Warn-App selbst. Die Corona-Warn-App ist jetzt mit neuen Funktionen zur Pandemiebekämpfung ausgebaut worden. So wurde die neueste Version 2.0 der Smartphone-App um eine Check-in-Funktion erweitert. Damit sollen vor allem risikoreiche Begegnungen von Menschen in Innenräumen besser erfasst und Infektionsketten frühzeitig unterbrochen werden – was auch Superspreaderevents verhindern könnte. Bisher werden Menschen nur gewarnt, wenn sie sich über einen bestimmten Zeitraum nahekommen. Doch das Coronavirus verbreitet sich in geschlossenen Räumen auch über Aerosole, die größere Distanzen überbrücken. Für die neue Funktion setzt das Entwicklerteam aus SAP und Telekom auf QR-Codes. In der App lässt sich ein solcher Code erzeugen, den andere Nutzer einscannen können. Damit checken sie für die Veranstaltung ein. In künftigen Versionen soll auch ein digitales Impfzertifikat angezeigt werden können. Anwender könnten damit nachweisen, dass sie vollständig geimpft worden sind. Außerdem sollen in der App die Ergebnisse von Schnelltests angezeigt werden können. Obwohl die deutsche Corona-Warn-App mit 27 Millionen Downloads die erfolgreichste Anwendung zur digitalen Kontaktverfolgung in Europa ist, wird die Wirksamkeit der App immer wieder in Frage gestellt. Dieser Eindruck wird allerdings durch aktuelle Zahlen aus Kreisen der Bundesregierung widerlegt. Allein in den vergangenen vier Wochen haben demnach 79.000 Nutzer ihre Kontakte über ein positives Testergebnis gewarnt. **red**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Dr. Thomas Jung
90744 Fürth
am 5.5.

Landrat Erwin Schneider
84503 Altötting
am 11.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Ludwig Nätscher
97490 Poppenhausen
am 3.5.

Bürgermeister Rupert Fiehl
86507 Kleinaitingen
am 5.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister René Gerner
97727 Fuchsstadt
am 3.5.

Bürgermeisterin
Heike Faltermeier
92436 Bruck i. d. OPf.
am 11.5.

Bürgermeister Georg Seiffert
97653 Bischofsheim
am 12.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Heike Fries
93167 Falkenstein
am 4.5.

Bürgermeister
Stefan Lederwascher
83126 Flintsbach a. Inn
am 7.5.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bürgermeister zu Quarantäneregeln:

„Wir brauchen klare Vorgaben!"

Nach der Verabschiedung der verschärften Empfehlungen zum Infektionsschutz des Robert-Koch-Instituts (RKI) fragen sich die Kommunen, unter welchen Voraussetzungen sie aktuell tagen können. Georg Hirschbeck, Bürgermeister des Marktes Rennertshofen und Kreisrat des Landkreises Neuburg-Schrobenhausen, fordert im Interview klare Vorgaben und erläutert, welche Maßnahmen für die Gemeinderatsitzungen in seiner Kommune ergriffen wurden.



Bürgermeister Georg Hirschbeck, Markt Rennertshofen. ❐

Wer sich mit einer infizierten Person länger als zehn Minuten im selben Raum aufgehalten hat muss in Quarantäne – und zwar auch dann, wenn der Abstand eingehalten und eine FFP2-Maske getragen wurde. Diese verschärfte Infektionsschutzmaßnahme hat das Robert-Koch-Institut (RKI) Anfang April herausgegeben. Relevant in diesem Zusammenhang ist nur, wie groß der Raum ist. Das RKI macht hier jedoch keine konkreten Angaben, sondern spricht lediglich von einem „Raum mit wahrscheinlich hoher Konzentration infektiöser Aerosole". Am Ende entscheiden die Mitarbeiter der örtlichen Gesundheitsämter, ob ein Raum ausreichend groß war oder die Quarantäneregel in Kraft tritt.

GZ: Vor welchen Schwierigkeiten stehen Kommunen aufgrund der verschärften Infektionsschutzregel des RKI?

Hirschbeck: *Wir haben bei der Kreisbehörde nachgefragt – dort sind auch die Gesundheitsämter angeschlossen – welche Maßnahmen wir aufgrund der Empfehlung des RKI zusätzlich zum regelmäßigen Lüften und Desinfizieren sowie den Abstandsregeln und Tragen von Masken ergreifen sollen? Eine Bäckerei im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen musste schließen, weil ein Mitarbeiter in der Backstube positiv getestet wurde. Wegen den neuen härteren Quarantänebestimmungen hätten alle, die in einem Raum mit dem positiv getesteten Mitarbeiter gearbeitet haben in Quarantäne gemusst – trotz Einhaltung der Abstandsregeln und des durchgängigen Tragens von FFP2-Masken. Laut Auskunft Pressestelle des Landratsamtes gilt auch für Gremien wie Kreistag oder Stadtrat jetzt damit wohl wieder: Ein Infizierter im Raum reicht, damit alle Sitzungsteilnehmer in Quarantäne müssen. Deshalb muss ich davon ausgehen, dass, falls bei uns in einer Gremiumssitzung ein positiv getesteter Fall auftritt, 17 Gemeinderatsmitglieder und weitere Verwaltungsmitarbeiter für 14 Tage in Quarantäne müssen. Seit der Herausgabe dieser Regeln herrscht in den letzten Tagen große Unsicherheit in den Kommunen, Landratsämtern und Kreisverwaltungen, wie das Gesundheitsamt bei positiv getesteten Fällen verfährt.*

GZ: Mit der Änderung des Kommunalrechts können in den Kommunen durch die Teilnahme an Hybridsitzungen Entscheidungen getroffen und zugleich die Zahl der Sitzungsteilnehmer reduziert werden. Rein virtuelle Sitzungen sind weiterhin ausgeschlossen. Wie gehen Sie mit der geänderten Regel um?

Hirschbeck: *Beratungen und Abstimmungen gerade von nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten in der Sitzung abzuhalten ist technisch zwar umsetzbar, die Geheimhaltung kann jedoch nicht gewährleistet werden. Wir hatten zum Beispiel letzte Woche im Zweckverband eine Sitzung im Freien, weil die Konsequenzen, die sich aus der neuen Empfehlung des RKI ergeben, nicht klar waren. Also wurde sicherheitshalber die Sitzung um 19:30 Uhr bei fast null Grad im Freien abgehalten. Dass sind keine guten Voraussetzungen um konstruktive Beratungen zu führen und wichtige Beschlüsse zu fassen.*

Die Entscheider müssen endlich darüber nachdenken, wie die Gremien in den Kommunen die Regeln überhaupt umsetzen sollen.

GZ: Was wären denn Ihre Empfehlungen im Namen der Bürgermeister?

Hirschbeck: *Wir haben moniert, dass es keine klaren Regelungen gibt. Und dass – so wie es sich jetzt schon so langsam entwickelt – klar definiert werden muss, unter welchen Bedingungen wir Sitzungen abhalten können. Und dass, wenn ein positiver Fall auftritt, nicht wie mit der „Rasenmähermethode" vorgegangen wird und alle Gremiumsmitglieder sowie die von der Verwaltung anwesenden sofort in Quarantäne geschickt werden. Die notwendigen Schutzmaßnahmen – sprich FFP2-Maske, desinfizieren, entsprechende Lüftung, Vorgaben, welche festschreiben, wie viele Quadratmeter pro Person in Innenräumen einzuhalten sind – diese Vorgaben sind bisher nicht bei uns in den Kommunen angekommen. Die müssen wir erfragen und dann bekommen wir nach drei bis vier Tagen Statements, wie z. B. „Das riecht verdammt nach einer Turnhallenlösung für die Gremien". Das ist für mich keine Aussage oder Regel, nach der ich mich richten kann oder muss.*

GZ: Sie haben es gerade angesprochen: Müssen Sie tatsächlich den Antworten auf Fragen, an welche geltenden Regeln Sie sich halten müssen, hinterherlaufen oder gibt es eine Plattform, über die sich Bürgermeister zentral über die aktuellsten Vorgaben informieren können?

Hirschbeck: *Für Bürgermeister zentral gibt es keine Plattform mit einer Handreichung bzw. Anweisung wie zu verfahren ist. Es gibt mehrere Adressen, wie die Seite des Staatsministeriums in Bezug auf die Regeln, die für die Inzidenzwerte gelten. Das ist aber nicht heruntergebrochen auf systemrelevante Gremiumsarbeit. Zum Beispiel sind wir zwar angehalten in verkleinerten Runden zu tagen. Aber ob ich jetzt mit 17 Mitgliedern in einer Turnhalle von 500 Quadratmetern sitze oder mit 8, das macht keinen großen Unterschied. Wir haben beispielsweise alle Gemeinderäte gebeten vor der Sitzung freiwillig einen bescheinigten Schnelltest zu machen, um noch ein bisschen mehr Sicherheit zu haben. Das funktioniert ja alles, nur bisher haben wir diese Empfehlungen nicht offiziell erhalten. Das heißt, wir machen das alles selbstständig und das kann es leider nicht sein.*

Es darf keine Angst darüber herrschen, ob wir alle in Quarantäne geschickt werden, aufgrund eines positiven Coronafalls bei einer anwesenden Person – nur weil das Gesundheitsamt keine klaren Vorgaben hat und im Einzelfall Mitarbeiter nach eigenem Ermessen entscheiden. Ein Teil unseres Verwaltungspersonales ist nur damit beschäftigt, sich Regelungen zusammen zu suchen und z. B. auch die Schnelltests zu organisieren. Wir haben für die Sitzungen nichts schwarz auf weiß und müssen trotzdem Entscheidungen in den Gremien treffen, damit die Verwaltung weiterarbeiten kann und nicht lahmgelegt wird. Mein Credo lautet also: Zeitnah sollten Empfehlungen zu Hygieneschutzmaßnahmen bei Sitzungen in den Kommunen herausgegeben werden, auf die wir uns verlassen können und die ohne großen Aufwand z. B. über eine Plattform abrufbar sind. **red**

Corona-Pandemie als Impulsgeber:

Aufbruch mit einer starken Gesundheitsforschung

Bundesregierung zeigt wichtige Handlungsfelder auf

Mit der Corona-Pandemie ist ein Ereignis eingetreten, das die Gesellschaft und damit auch Wissenschaft und Forschung vor immense Herausforderungen stellt und die zukünftige Entwicklung in unserem Land zumindest in diesem Jahrzehnt maßgeblich prägen wird. Mit dem Addendum „Aufbruch mit einer starken Gesundheitsforschung" greifen das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) wichtige Maßnahmenpakete aus dem laufenden Rahmenprogramm Gesundheitsforschung auf und entwickeln diese mit Blick auf die Anforderungen durch die COVID-19-Pandemie weiter. Das Rahmenprogramm Gesundheitsforschung der Bundesregierung von 2018 ist auf zehn Jahre ausgerichtet und gibt die Zielsetzungen der Gesundheitsforschungsförderung wieder.

Strukturiert ist das Rahmenprogramm Gesundheitsforschung durch Leitlinien und Handlungsfelder. Die Leitlinien „Der Mensch im Mittelpunkt" sowie „Personalisierung und Digitalisierung als Schlüssel" durchdringen die Handlungsfelder des Rahmenprogramms. Zentrale Handlungsfelder der Gesundheitsforschungspolitik sind „Krankheiten vorbeugen und heilen", „Medizinischen Fortschritt vorantreiben" und „Forschungsstandort stärken".

Oberste Priorität für die Bundesregierung hat die frühe und umfassende Bereitstellung von wirksamen und sicheren Impfstoffen für weite Teile der Bevölkerung. Daher hat das BMBF ein nationales Sonderprogramm mit bis zu 750 Millionen Euro für die Stärkung und Beschleunigung der Entwicklung von Impfstoffen gegen SARS-CoV-2 gestartet. Damit werden Kapazitäten für die klinische Prüfung ausgebaut und Herstellungskapazitäten erhöht.

Für klinische Impfstoffstudien wird die Europäische Kommission eine Plattform aufbauen. Sie soll entscheidend zu einer besseren Koordinierung und Durchführung von Impfstoffstudien in Europa beitragen. So ist beispielsweise angedacht, Impfstoffentwicklern bei der Auswahl geeigneter Studienzentren zu helfen, die die spezifischen Anforderungen der jeweiligen Studien erfüllen. Die Koordinierung der Plattform wird das Deutsche Zentrum für Infektionsforschung (DZIF) übernehmen, das bereits mit dem Aufbau einer zentralen Probandendatenbank für Deutschland begonnen hat.

Virusspezifische Arzneimittel

Neben der Erforschung und Entwicklung virusspezifischer Arzneimittel und der Impfstoffentwicklung sind medizintechnische Lösungen in der Prävention, Diagnostik, Therapie sowie in der Steuerung der damit verbundenen Versorgungsprozesse in einer Pandemiesituation essenziell. Daher wurde eine Fördermaßnahme initiiert, um die schnelle Entwicklung und zügige Integration von medizintechnischen Lösungen zur Bekämpfung von COVID-19 voranzutreiben. Hierbei geht es u.a. um medizinische Schutzausrüstung, innovative Diagnostika und Testverfahren sowie intensivmedizinische Verfahren, beispielsweise zur Beatmung oder zum Therapiemonitoring.

Forschungsdatenbank

Bahnbrechende Fortschritte in der Medizin können insbesondere durch Austausch und intelligente Verarbeitung von Infektions-, Versorgungs- und Forschungsdaten erreicht werden. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist die Verfügbarkeit qualitativ hochwertiger digitaler Daten aus epidemiologischem Grundgeschehen, Forschung und Versorgung. Im Rahmen des BMBF-geförderten Netzwerks Universitätsmedizin (NUM) wird in enger Zusammenarbeit mit der Medizininformatik-Initiative eine nationale Forschungsdatenbank zu COVID-19 (CODEX) aufgebaut. So können die Daten aus den von der Universitätsmedizin in ganz Deutschland geplanten beziehungsweise bereits initiierten klinischen und epidemiologischen Studien erfasst und für weitere Auswertungen genutzt werden.

Das BMG hat u.a. umfassende Forschungsvorhaben angestoßen, wie die Digitalisierung der Informationsflüsse innerhalb des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) arbeitsentlastend wirken kann. Hierzu zählt insbesondere die Weiterentwicklung der Pandemiemanagementsoftware SORMAS (Surveillance, Outbreak Response Management and Analysis System) zu einem interoperabel mit anderen digitalen Anwendungen nutzbaren Gesamtsystem zur Pandemiebewältigung für den ÖGD sowie dessen Evaluation. Weitere Projekte befassten sich mit der Nutzbarkeit kartenbasierter Dokumentation von COVID-19-Kontakten, der Entwicklung eines KI-basierten Sprachassistenten für Gesundheitsamt-Hotlines oder der Entwicklung von Prognosemodellen zur Abschätzung des Auslastungsgrads von Intensivbettenkapazitäten.

Zusammenarbeit stärken

Grundsätzlich ist geplant, die Zusammenarbeit zwischen der Gesundheitsforschung und dem Öffentlichen Gesundheitsdienst zu stärken. Dazu sollen innovative gemeinsame Konzepte gestärkt, Projekte gefördert und insbesondere Modelle für einen verbesserten und einen sicheren Datenaustausch entwickelt werden. Eine vertiefte Verbindung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes mit der Forschung gehört auch zu den Zielen des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst von Bund und Ländern. Allein für Forschungs- und Evaluierungszwecke stellt das BMG in diesem Rahmen zehn Millionen Euro bereit. Insbesondere im Bereich Digitalisierung sollen Forschungsvorhaben im Rahmen des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst nutzungs- und anwendungszentriert sowie praxistauglich geplant und durchgeführt werden.

Forschungsnetzwerk

Um die Forschungsaktivitäten der deutschen Universitätsmedizin zur Bewältigung der aktuellen Pandemie zu bündeln und zu stärken, hat das BMBF für den Aufbau des Forschungsnetzwerks zusätzliche Mittel in Höhe von 150 Millionen Euro bereitgestellt. Das Netzwerk sammelt und analysiert deutschlandweit unter anderem die Behandlungsdaten von COVID19-Patienten. Zudem werden neue Strategien für die Diagnostik und Behandlung entwickelt. Dabei tauscht sich die Universitätsmedizin eng mit relevanten Partnern aus, wie zum Beispiel dem RKI oder den Gesundheitsämtern. Dieser kontinuierliche und schnelle Wissensaustausch ermöglicht es, Best-Practice-Lösungen zu identifizieren. Damit kann eine bundesweit einheitliche hohe Behandlungsqualität und Patientensicherheit erreicht werden.

„Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen ist die Innovationskraft unseres Landes", heißt es. Neue lebenswissenschaftliche Erkenntnisse hätten in den vergangenen Jahren revolutionäre Entwicklungen im Bereich der Biotechnologie angestoßen. Zahlreiche innovative Technologien stünden nun an der Schwelle von der Entwicklung in die Anwendung. So könnte die mRNA-Technologie, die durch die Impfstoffentwicklung gegen SARS-CoV-2 derzeit im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit steht, in Kürze auch zu Durchbrüchen in weiteren Bereichen führen, etwa der Bekämpfung von Autoimmunkrankheiten, wie Multipler Sklerose oder Krebs. Auch im Bereich der Antikörpertherapien, somatischen Gentherapien oder Zelltherapien gebe es vielversprechende Entwicklungen, die zu fördern sind, damit sie für die Gesundheitsversorgung genutzt werden können.

Darüber hinaus soll Deutschland als Standort für die medizinische Biotechnologie ausgebaut werden. Ziel sei es, Impfstoffe und Medikamente wieder maßgeblich in Deutschland und Europa zu entwickeln und zu produzieren. „Insgesamt stellen wir schon jetzt Fördergelder in Höhe von 2,7 Milliarden Euro pro Jahr bereit. Damit schaffen wir eine verlässliche Grundlage und sind gutgerüstet für künftige Hausforderungen." **DK**

Selbsttests an Schulen in der Kritik:

Gefährlicher Cocktail

Hamburg verzichtet auf Tests, die in Bayern im Einsatz sind

„Hintergrund", so steht es am 23.4.2021 im Online-Bericht der „Welt", „war die Flüssigkeit in den Teströhrchen, die eine Chemikalie aus der Gruppe der Octyl-/Nonylphenylethoxylate enthält – dieser Stoff kann zu Hautreizungen und ernsthaften Augenverletzungen führen". Deshalb setzt die Hansestadt den koreanischen Schnell-Test der Marke SD Biosensor (Sars-CoV-2 Rapid Antigen Test), der von Roche vertrieben wird, nicht mehr ein.

Dieser Test wird auch an bayerischen Schulen verwendet. Die Bayerische GemeindeZeitung hat beim bayerischen Gesundheitsministerium nachgefragt, ob diese Entscheidung aus Hamburg auch in Bayern diskutiert wird.

Laut Gesundheitsministerium ging dem Testeinsatz eine fachliche Prüfung voran. Eine Sprecherin sagte: „Die dem Roche-Test beigefügte Pufferlösung besteht aus einem Gemisch mehrerer Substanzen. Diese liegen in solchen Konzentrationen vor, dass es gemäß dem Sicherheitsdatenblatt zum „SARS-CoV-2 Rapid Antigen Test 25 T. (en)" der Roche Diagnostics Deutschland GmbH nicht zu schweren oder schwersten Augenschäden kommen könnte. Im Übrigen wurde Octyl-/Nonylphenolethoxylat nicht aufgrund von Gesundheitsgefahren in die Liste der besonders besorgniserregenden Stoffe aufgenommen. Anlass waren vielmehr dessen endokrine Eigenschaften und daraus resultierende Folgen für Fischgewässer."

Das Ministerium verwies auf die Eigenverantwortlichkeit der jeweiligen Einrichtungen für die zu treffenden Maßnahmen. Weitere Beschaffungen der Tests für den Bereich der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen seien derzeit nicht geplant. Offen blieb die Frage, ob auf andere Tests umgestellt wird.

Rund 24 Mio. Tests wurden einschließlich KW 16 an die Kreisverwaltungsbehörden zur Nutzung an Schulen und Kitas ausgeliefert. Welche Aufwendungen der bayerische Steuerzahler für Anschaffung, Logistik, Durchführung und Entsorgung der Tests übernimmt, ging aus der Anfrage nicht hervor. Die Stadt Hamburg hat, laut Welt, 9.896.040 Euro brutto für insgesamt 6 Mio. Tests bezahlt, dazu gehören 2 Mio. Exemplare des Roche-Tests.

Zu den Ergebnissen der Tests verwies das Gesundheitsministerium auf eine Pressemitteilung des Kultusministeriums vom 23.04.2021. Demnach kam bei einer einmaligen stichtagsbezogenen Umfrage heraus, dass bei rund 288.000 aktuell gültigen Selbsttests rund 160 Schülerinnen und Schüler in der Schule positiv getestet wurden. In solchen Fällen sei ein anschließender PCR-Test angeordnet. Wie viele dieser nachträglichen PCR-Tests ebenfalls positiv waren, ging aus der Anfrage nicht hervor. Die Selbsttests an Schulen seien, zusätzlich zu den schon eingeführten Hygienemaßnahmen, wichtig, um einen möglichst sicheren Präsenzunterricht zu ermöglichen. **CH**

GZ KOLUMNE Christine Borst

Liebe Leserinnen und Leser,



1964 wurde im bayerischen Neufahrn bei Freising die erste weibliche Bürgermeisterin in Bayern gewählt. 13 Jahre lang stand Käthe Winkelmann an der Spitze der Gemeinde. Damals als Frau noch allein auf weiter Flur. Und heute? Die letzten Kommunalwahlen liegen ein Jahr zurück – was hat sich hier in 56 Jahren getan?

Den großen Einflußmöglichkeiten und Chancen von Frauen in einem politischen Amt steht heute in Bayern auf kommunaler Ebene eine eher kleine Schar aktiver Politikerinnen gegenüber. So waren 2019 knapp 9 % der Bürgermeisterposten im Freistaat von Frauen besetzt, in 7 % der Landkreise gab es Landrätinnen und ganze 3 Oberbürgermeisterinnen führten kreisfreie Städte.

Gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen ein Gebot der Demokratie

Man erhoffte sich viel von den Kommunalwahlen 2020. Eine genaue Auswertung der Wahlergebnisse des Statistischen Landesamtes Bayern nach Geschlecht durch die EAF Berlin zeigt jedoch, daß diese bei weitem keine Trendwende eingeläutet hat und Frauen in der Kommunalpolitik nach wie vor noch stark unterrepräsentiert sind. Es hat sich enttäuschend wenig getan.

Bei den 29 großen Kreisstätten hat sich das Bild leicht verbessert. Gab es 2014 hier gar keine Frau, konnten doch die Rathäuser von Landsberg, Neu-Ulm und Lindau von Frauen erobert werden – der Anteil liegt jetzt neu bei 10 %.In den 25 kreisfreien Städten hat sich nichts verändert. Wie vor sechs Jahren schafften es lediglich drei Frauen ins Amt – gegenüber 22 Männern – immerhin 12 %. Bei den 206 kreisangehörigen Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern fiel sogar der Anteil von vorher 11,5 auf 9.7 %. 186 männlichen Amtsinhabern stehen gerade einmal 20 Frauen gegenüber. Ein kleiner Aufwärtstrend auch bei den Landkreisen – von 71 Landratsämtern werden sieben von Frauen geführt – bisher sechs.

Chef oder Chefin eines Rathauses oder Landratsamtes zu sein, ist nach wie vor eine herausfordernde Aufgabe. Die Krisen und Ausnahmesituationen, aktuell die Covid 19 Pandemie, werden nicht weniger und müssen ganz konkret vor Ort angegangen werden. Dabei sind die Kompetenzen von Männern und Frauen gleichermaßen wichtig und gefragt.

Die Arbeit des Gemeindeoberhaupts ist nah am Bürger / an der Bürgerin, man kann gestalten und wirklich etwas bewegen, die Vielfalt an Tätigkeitsfeldern, Begegnungen und Möglichkeiten ist enorm. Doch es gibt ein großes Manko, nach wie vor ist der Anteil der Frauen in diesen Ämtern viel zu gering. Rund 90 % der Rathäuser werden von Männern regiert.

Lange Zeit fiel dieses Ungleichgewicht nicht weiter auf – es war halt immer so. Doch mit dem Jubiläum 100 Jahre Frauenwahlrecht und der gestiegenen medialen Aufmerksamkeit für die Rolle der Frauen in der Politik hat sich das endlich geändert. Das Thema spielte bei den Kommunalwahlen 2020 in Bayern durchaus eine wichtige Rolle. Vieles wurde im Vorfeld unternommen. Warum geht es dennoch nicht voran?

Die Corona Pandemie dient mit Sicherheit nicht dazu, mehr Frauen in die Politik zu bringen. Die Mehrbelastung durch Homooffice und Homeschooling liegt in den meisten Fällen wieder bei den Frauen, was nicht gerade dazu anregt, sich auch noch nebenbei ehrenamtlich zu betätigen. Unabhängig davon muss aber künftig noch mehr deutlich gemacht werden, dass keine Partei mehr auf die Potenziale von Frauen verzichten kann und darf, ganz abgesehen davon, dass gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen in politischen Führungspositionen ein Gebot der Demokratie ist.

Öffentlichkeitswirksame Kampagnen sollen dazu eingesetzt werden, einen entsprechenden Bewusstseinswandel herbeizuführen. Die nächste anstehende Wahl ist im September die Wahl zum Deutschen Bundestag. Wenn hier die Zahlen der weiblichen Bundestags-Abgeordneten aus Bayern mit derzeit 28,7 % nicht ganz so niederschmetternd sind wie bei den Kommunalwahlen, ist doch deutlich noch Luft nach oben.

Ein wichtiger Punkt für Frauen, sich politisch zu engagieren sind gute Vorbilder. Ein großes Vorbild für viele – Bundeskanzlerin Angela Merkel – verlässt im Herbst die politische Bühne. Wollen wir hoffen, dass viele gute, neue, als Vorbilder geeignete Frauen künftig den Schritt auf diese Bühne wagen.

In diesem Sinne viele Grüße

Ihre Christine Borst

Stv. Landesvorsitzende der KPV Bayern
Altbürgermeisterin

Kostenloses Coaching für Kita- und Schulverpflegung:

Jetzt bewerben!

Kaniber: Gesünder, regionaler nachhaltiger

Kindertageseinrichtungen und Schulen, die ihre Verpflegung nachhaltig verbessern wollen, können sich auch im kommenden Schuljahr 2021/2022 von einem externen Coach beraten lassen. Noch bis zum 21. Mai läuft die Bewerbungsfrist für die Teilnahme am Coaching Kita- und Schulverpflegung, das für die Einrichtungen kostenfrei ist.

„Die Kinder in unseren Kitas und Schulen sollen ein gesundes, regionales und nachhaltiges Essen bekommen, das ihnen schmeckt und auf das Sie sich jeden Tag freuen. Deshalb stellen wir auch im nächsten Schuljahr wieder erfahrene Coaches zur Verfügung, die dabei helfen, gemeinsam mit allen Verantwortlichen individuelle Lösungen zu finden und umzusetzen", sagte Ernährungsministerin Michaela Kaniber in München.

Fachlichen Input und motivierendes Netzwerk

Seit dem Start des Angebots im Jahr 2010 haben bereits über 800 Kitas und Schulen teilgenommen und damit das Essen für ihre Kinder erfolgreich verbessert. In gemeinsamen Veranstaltungen und individuellen Treffen erhalten die Teilnehmer zum Beispiel Anregungen zur Speiseplangestaltung, zum Einkauf von regionalen und ökologischen Lebensmitteln oder auch zu einer gelungenen Kommunikation für mehr Wertschätzung. Die Teilnehmer profitieren nicht nur durch den fachlichen Input, es entsteht auch ein motivierendes Netzwerk mit Kolleginnen und Kollegen anderer Einrichtungen.

Die Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen gibt es unter www.kita-schulverpflegung.bayern.de. ❐

Neustart Pflege

Fachtagung der Hanns-Seidel-Stiftung und der Landesvertretung Bayern des vdek

Die Corona-Pandemie stellt die Altenpflege vor gewaltige Herausforderungen. In einem bisher beispiellosen Stresstest wurden viele Lichtblicke, aber auch erhebliche Defizite sichtbar. Mit der Frage: „Neustart Pflege – Wie machen wir die Pflege demografiefest und langfristig finanzierbar?“ befasste sich in München eine Fachtagung der Hanns-Seidel-Stiftung sowie der Landesvertretung Bayern des Verbandes der Ersatzkassen mit Experten aus Politik, Wissenschaft und Versorgung.

„Wie wir mit Pflegebedürftigen künftig umgehen, wird zum Prüfstein der humanitären Qualität unserer Gesellschaft“, betonte eingangs Markus Ferber, MdEP, Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung. Doch wird aus seiner Sicht auch der Umgang der Gesellschaft mit dem Pflegepersonal die Versorgungsqualität prägen. Jetzt gelte es, die richtigen Weichen zu stellen.

Pflege ist bereits ein Megathema und wird im Zuge des demografischen Wandels an Bedeutung gewinnen. Haben im Jahr 2000 noch etwa 2 Millionen Menschen in Deutschland Leistungen aus der sozialen Pflegeversicherung bezogen, waren es 2020 bereits 4,2 Millionen. Bis 2030 dürften es nach Berechnungen der Pflegekassen 4,8 Millionen sein, 2050 bereits 6 Millionen Pflegebedürftige.

In seiner Begrüßung diagnostizierte Ralf Langejürgen, Leiter der vdek-Landesvertretung Bayern, zwei Kernprobleme der Altenpflege: den akuten Fachkräftemangel und die nachhaltige Pflegefinanzierung. Der Mangel an Pflegefachkräften gehöre sowohl aktuell als auch perspektivisch zu den größten Herausforderungen in der Alten- und Krankenpflege „und es geht da nicht nur um die Bezahlung, sondern auch um die Arbeitsbedingungen in den Heimen und bei den ambulanten Pflegediensten“.

Neues Gleichgewicht

In Sachen Pflegefinanzierung plädiert der Verband der Ersatzkassen für ein neues Gleichgewicht im Finanzierungsgefüge. Nach Langejürgens Einschätzung „werden wir ein einigermaßen gerechtes Finanzierungsmodell nur erreichen können, wenn wir die Interessenlagen zwischen den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen, den Beitragszahlern und den Steuerzahlern besser austarieren. Wir haben als Ersatzkassenverband die Ungleichgewichte in der Finanzierungsstruktur – Stichwort massiv steigende Eigenanteile – mehrfach deutlich annonciert. Hier den richtigen Weg zu finden, wird die große Herausforderung sein.“

Langejürgen plädierte für ein stärkeres Augenmerk auf die Krisenfestigkeit der Pflege: „Die Pandemie hat es für alle sichtbar gemacht: Die Altenpflege ist – trotz aller Anstrengungen der Einrichtungen, der Politik, der Pflegekassen – nicht wirklich krisenresistent. Vor allem im Blick auf den Schutz der Risikogruppen werden wir alles daransetzen müssen, um die Schutzmechanismen zu verbessern.“

Pflege attraktiver machen

Allein in Bayern rechnet man damit, dass die Zahl pflegebedürftiger Menschen bis 2050 von derzeit 500.000 auf bis zu 880.000 ansteigen könnte. Der Bayerische Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek, MdL, will deswegen Pflegeberufe für Fach- und Hilfskräfte attraktiver machen, etwa durch Steuererleichterungen im Bereich der Nacht- und Wochenendzuschläge sowie durch die Neuverteilung von Verantwortlichkeiten. So soll auch mehr Personal in der Langzeitpflege gewonnen werden. Außerdem müssten die Finanzierbarkeit der Pflege langfristig sichergestellt und eine nach den Bedürfnissen des Einzelnen ausgerichtete Versorgung gewährleistet werden.

Denkansätze

Eine nachhaltige Finanzierung der Pflege müsse aus bayerischer Sicht folgende Denkansätze aufweisen:

1. Personenzentrierte Versorgungsstrukturen durch Aufhebung der Sektorengrenzen ambulant und stationär im Leistungsrecht, um den Bedürfnissen des Einzelnen wieder gerecht zu werden. Nicht Abrechnungsfragen, sondern der pflegebedürftige Mensch steht im Mittelpunkt.

2. Entlastung von Pflegebedürftigen bei überdurchschnittlich langen Pflegeverläufen – zum Beispiel, indem man den einrichtungseinheitlichen Eigenanteil über die Jahre gestaffelt, prozentual absenkt.

3. Jährliche, verbindliche Dynamisierung der Leistungsbeträge, d.h. steigende Sachkosten und Löhne in der Pflege durch jährliche, verbindliche dynamische Erhöhung der Leistungsbeträge abbilden.

4. Steuerfinanzierter Bundeszuschuss, insbesondere für versicherungsfremde Leistungen

5. Übernahme der Ausbildungskosten des Pflegepersonals. Bislang werden Ausbildungskosten auf die Pflegebedürftigen umgelegt, dabei wäre die Ausbildung von Pflegepersonal im gesamtgesellschaftlichen Interesse.

„Wir müssen die Pflege fit für das 21. Jahrhundert machen“, forderte Holetschek. Im Mittelpunkt stünden die Pflegebedürftigen einerseits und Pflegende andererseits. „Das heißt, wir brauchen bedarfsgerechte Versorgungsangebote und attraktive Arbeitsbedingungen, aber die Kosten dürfen die Pflegebedürftigen nicht überfordern.“

„Die im Arbeitsentwurf des Bundesgesundheitsministeriums vorgesehene Finanzreform ermöglicht keinen Neustart in der Pflege“, resümierte der live zugeschaltete Prof. Dr. Heinz Rothgang, Vorstandsmitglied des SOCIUM: Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik an der Universität Bremen. In seinem Vortrag „Pflegereform 2021 – Wird es für einen Neustart reichen?“ verwies er darauf, dass Bundesgesundheitsminister Jens Spahn noch vor den Bundestagswahlen eine weitere Reform der Pflegeversicherung durchs Parlament bringen will. Zentrales Reformanliegen sei eine finanzielle Entlastung langjähriger Heimbewohner wegen stetig gewachsener Eigenanteile zur Pflege.

Laut Arbeitsentwurf soll der Eigenanteil, der für die reine Pflege anfällt, nach mehr als einem Jahr im Pflegeheim um 25 Prozent abgesenkt werden, nach mehr als zwei Jahren um die Hälfte und nach mehr als drei Jahren um 75 Prozent. Im Eckpunktepapier dagegen soll der Pflege-Eigenanteil für die Dauer von 36 Monaten auf maximal 700 Euro begrenzt werden. Aktuell müssen Heimbewohner für die Pflege einen Eigenanteil von 786 Euro monatlich zuzahlen. Insgesamt beläuft sich der Zuzahlungsbetrag auf zuletzt durchschnittlich 2.068 Euro pro Monat. Darin sind auch die Kosten für Verpflegung und Unterbringung sowie Ausbildungskosten berücksichtigt.

Wie Rothgang erläuterte, wäre nur bei einem Drittel der Heimbewohner die Entlastungswirkung des Arbeitsentwurfs teilweise höher als jene des Eckpunktepapiers. Bei einem weiteren Anstieg der Pflegesätze verringere sich aber die Entlastungswirkung aus dem Arbeitsentwurf. In beiden Papieren vorgesehen ist eine Länder-Beteiligung an den Investitionskosten von Heimen in Höhe von monatlich 100 Euro für jeden Pflegebedürftigen, wodurch die Pflegebedürftigen indirekt entlasten würden. Im Eckpunktepapier sei eine Deckelung des Pflege-Eigenanteils noch angedacht, im Arbeitsentwurf jedoch nicht mehr vorgesehen. Dabei wäre doch eine Finanzreform der Pflege gerade deshalb dringend nötig, weil die Eigenanteile der Heimbewohner zuletzt stark gestiegen sind und aufgrund wachsender Personalkosten noch weiter zunehmen könnten. Rothgang zufolge ist schon jetzt ein Drittel der Heimbewohner auf Sozialhilfe angewiesen, ein weiteres Drittel verbraucht sein Restvermögen zur Kostendeckung und nur ein Drittel kann die Heimunterbringung aus eigenem Einkommen bezahlen.

Systemwechsel

Der Bremer Professor resümierte, dass der im Eckpunktepapier des BMG vom 04. November 2020 fixierte Vorschlag einen Systemwechsel impliziere. Der Vorteil: Kosten künftiger Qualitätssteigerungen würden von den Pflegebedürftigen auf alle Versicherten verlagert und die Eigenanteile kalkulierbar. Bisher wird eine bessere Bezahlung für Pflegekräfte auf Kosten der Pflegebedürftigen finanziert.

Als Voraussetzungen für eine zukunftsfeste Pflegeversicherung führte Rothgang schließlich die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Langzeitpflege durch mehr Personal und die Einführung eines wissenschaftlich fundierten Verfahrens zur bundesweit einheitlichen Personalbemessung in Pflegeeinrichtungen (Personalbemessungsverfahren) an.

Auch Katja Molitor vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege plädierte für einen dauerhaften Bundeszuschuss für die Pflegeversicherung und die Aufhebung der Sektorengrenzen. Sie teilte die Meinung Holetscheks, dass sich die Versorgungssysteme an den Bedürfnissen der Einzelnen ausrichten sollten.

Mit dem BMG-Arbeitsentwurf insgesamt unzufrieden zeigte sich Emmi Zeulner, Mitglied im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages. Sie plädierte dafür, noch in dieser Legislaturperiode die Eigenanteile zu deckeln und in der nächsten eine große Reform anzupacken: „Pflege muss im Alter planbar und verlässlich sein.“

Pfarrer Michael Bammessel, Präsident der Diakonie Bayern, sprach sich dafür aus, den Tätigkeitsbereich von Pflegekräften durch zusätzliche Kompetenzen zu erweitern, um ihnen so eine bessere Bezahlung und interne Aufstiegsmöglichkeiten bieten zu können. Er kritisierte, dass eine Lohnsteigerung für Pflegekräfte aktuell nur auf Kosten der Pflegebedürftigen finanziert werden könne. Sein Fazit: „Wir planen eine Pflege-Revolution, einen neuen großen Wurf. Wir wollen nicht nur an kleinen Stellschrauben drehen!“ **DK**

Die Demokratie steht ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Thema Corona betrafen. Und auch von den bisher insgesamt 825 eingereichten „Corona“-Petitionen ist der Gesundheitsausschuss für rund die Hälfte (403) maßgeblich zuständig.

Stärkere Politisierung

Auch wenn der parlamentarische Betrieb weiterlaufe stellte Aigner heraus, wie sehr ihr der persönliche Austausch mit den Menschen fehle: „Politische Botschaften werden aktuell viel mehr über die Medien transportiert. Dadurch, dass die Debatten in den Ausschüssen und im Plenum per Livestream übertragen werden, können die Menschen direkt verfolgen, wie diskutiert wird. Dabei zeigt uns die Pandemie, wie sehr sich politische Entscheidungen direkt auf das Leben der Menschen auswirken. Und deshalb stelle ich aktuell eine Politisierung fest, eine Art ‚Revival‘ der Demokratie, da durch die aktuelle Situation deutlich wird: Politik hat direkt mit den Menschen zu tun.“

Mit Blick auf die Diskussionen um die Ambitionen ihres Parteichefs Markus Söder als Kanzler zu kandidieren – die Entscheidung um die Kanzlerkandidatur war zum Zeitpunkt des Gespräches noch nicht abschließend geklärt – sagte Aigner: „Es ist eine schwierige Phase. Aber es ist daraus entstanden, dass die Umfrageergebnisse über Wochen und Monate eine klare Sprache für Markus Söder sprechen. Das derzeitige Hauptproblem in der Frage der Kanzlerkandidatur ist, dass man es bisher versäumt hat ein Verfahren festzulegen, wie über den künftigen Kanzlerkandidaten entschieden wird. Das dürfte eine Lehre sein für das nächste Mal. Dass unter Schwesterparteien gestritten wird ist normal, am Ende rauft man sich wieder zusammen. Das Beste, was so einen Prozess heilt, ist der gemeinsame Erfolg“, prophezeite Aigner. Den Grünen, die mit Annalena Baerbock ohne Zerwürfnis ihre Kanzlerkandidatin vorgestellt haben, attestierte Aigner eine „perfekte Inszenierung“. „Ich bin ganz klar für eine Kanzlerkandidatin, aber ich bin auch gespannt, inwieweit sie die Show aufrechterhalten können“, gab sich die Landtagspräsidentin vorsichtig. Die mangelnde Regierungserfahrung könne für Baerbock zum Makel werden.

Einheitliche Regeln

Die Landtagspräsidentin bedauerte jedoch, dass die Defizite, die Kinder und Jugendliche aufgrund der Pandemie erleiden, zu wenig im Fokus stehen. In der Diskussion um bundesweit einheitliche Hygieneschutzmaßnahmen sprach sie sich für offene Debatten im Parlament aus: „Wir brauchen beides – Bund und Länder. Diese Eingriffe, auch in Grundrechte, müssen aber im Parlament diskutiert werden. Denn sowohl eine parlamentarische Debatte als auch eine parlamentarische Entscheidung sind wichtig. Und da sind wir im Bayerischen Landtag gut aufgestellt, weil wir die Entscheidungen der Staatsregierung bezüglich der Coronaregeln diskutieren. Aber wir brauchen auch gleichzeitig klare einheitliche Regeln. Ich verstehe sehr wohl, wenn die Menschen erschöpft sind. Aber wir hören auch die Hilferufe der Mediziner in den Intensivstationen und da müssen wir reagieren.“

Rückkehr in normales Leben

Die zunehmende Anzahl an Verschwörungstheoretikern bezeichnete die Landtagspräsidentin als eine hochgefährliche Entwicklung, da einige Anhänger auch gewaltbereit seien: „Nicht jeder, der Maßnahmen hinterfragt, ist Verschwörungstheoretiker. Aber Verschwörungstheorien dürfen nicht unwidersprochen bleiben. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft eine Gesellschaft des Vertrauens bleibt - und das Misstrauen nicht überhandnimmt.“

Aigners Augenmerk für die Zukunft liegt in einer erfolgreichen Impfkampagne. „Ich bin überzeugt davon, dass Impfungen die Menschen schützten. Es sind jedoch immer noch zu wenige Impfstoffe verfügbar. Und da ich bin froh, dass wir in Bayern u. a. durch die Forderungen von Markus Söder zusätzliche Impfdosen für stark betroffene Grenzregionen erhalten haben. Mein Wunsch ist jetzt, dass wir die dritte Welle brechen und wieder in ein normaleres Leben zurückkehren.“ **red**

Zukunftsoffensive für ...

(Fortsetzung von Seite 1)
sondere darauf, einen Mindestanteil systemrelevanter Produkte und Dienstleistungen in Deutschland und Europa zu schaffen, um die Lieferketten und Wirtschaftskreisläufe auch in Krisenzeiten stabil zu halten. Das soll auch dazu beitragen, dass sich selbsttragende Innovations- und Wachstumsprozesse und damit zukunftsfeste Arbeitsplätze in ländlichen Räumen entwickeln.

4. Auf dem Land sind wir mittendrin. Damit das so bleibt, brauchen wir einen Konsens darüber, dass Digitalisierung und öffentlich bereitgestellte Mobilität Grundversorgung sind.

Die Erfahrungen aus den Modellprojekten „Smart Cities“ und „Smarte Landregionen“ müssen in gegenseitiger Vernetzung ausgewertet und in die Fläche getragen werden. Die KPV wird sich deshalb dafür einsetzen, den Ausbau der digitalen Infrastrukturen über Kabel und Funk zügig voranzutreiben. Dabei spielt der kabelgebundene Ausbau mit Glasfaser eine besondere Rolle, denn nur so ist das Ziel von Gigabit-Netzen mit mindestens 1 GBit/s bis 2025 zu schaffen. Darüber hinaus strebt Deutschland den 5G-Leitmarkt an. Bevor es die nächste Generation an 5G-Netzen in ländlichen Räumen geben kann, muss allerdings eine flächendeckende, nicht nur die Haushalte erfassende Abdeckung des 4G-Standards erreicht werden.

In den Kommunen ist dafür zu werben, mehr Synergien im Infrastrukturausbau zu nutzen. Ein Fokus wird auf beschleunigten Verfahren liegen, auch auf kommunaler Ebene, wie beispielsweise im Baurecht. Mobilität soll mit Elektromobilität, neuen Antrieben, mehr ÖPNV, ergänzt um flexible örtlichen Mobilitätsangeboten sowie mehr Rad- und Fußwege, neu geformt werden.

Junge Menschen und Familien sollen nach Studium oder Ausbildung in einer Metropolregion gerne in den ländlichen Raum zurückkehren. Sog. Rückkehreragenturen sollen hier Hilfestellung leisten. Sie fungieren als Informationsplattformen und bieten individuelle Services in Arbeit, Schul- oder Kitaplatz, Wohnen und (Familien-)Leben.

5. Auf dem Land sind wir gut versorgt. Damit das so bleibt, brauchen die Dörfer eine Mitte, ein Zentrum, das Identität gibt und in das man gerne kommt.

Die KPV will „Vor-Ort-Angebote“, Digitales und Mobilität zusammendenken. „Digital-Lotsen“ sollen dabei helfen, digitale Angebote auch wahrzunehmen: von der Begleitung digitaler Sprechstunden oder Onlinebanking bis hin zur Unterstützung beim Online-Einkauf. Zudem ist der Betrieb von Dorfläden, mobilen Hol- und Bringdiensten, mobilen oder autonomen Verkaufsstellen oder digital autonomen Schließfächern zu unterstützen. Auch sind die Erfahrungen mit Mehrfunktionshäusern weiter auszubauen.

Mit der Initiative „Revitalisierung von Ortskernen“ sollen Kommunen, Investoren und private Eigentümer gefördert werden. „Wir werden prüfen, inwieweit der Steuersatz bei der Grunderwerbssteuer beim Erwerb innerörtlicher Brachflächen oder innerörtlicher Grundstücke in Kommunen mit städtebaulichen Missständen abgesenkt werden kann.“

Um die flächendeckende Versorgung zu erhalten, ist es vor dem Hintergrund einer wachsenden Zahl von Renteneintritten von Hausärzten auf dem Land nötig, weitere Anreize zu setzen. Hier spielt insbesondere die Verteilung der ärztlichen Vergütung eine zentrale Rolle. Neben einer gesicherten hausärztlichen Versorgung sind Mehrfunktionenhäuser und Medizinische Versorgungszentren wichtige Bausteine, um Spezialisten auf das Land zu holen. Darüber hinaus sieht die KPV große Chancen in der Telemedizin. Abgelehnt wird der weitere Abbau von Krankenhaus-Kapazitäten.

6. Auf dem Land stellen wir gute Bildung und Betreuung in den Fokus. Damit das gelingt, brauchen wir eine effiziente Nutzung und Vernetzung aller Ressourcen und Offenheit für digitale Lösungen.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass weiterführende Schulen den Ausfall des Präsenz-Unterrichts gut mit digitalen Angeboten kompensieren konnten. Dies will sich die KPV zu Nutze machen: So könnten weiterführende Schulen Teilzeit-Unterricht anbieten. Ältere Schüler müssten dann nicht mehr jeden Tag lange Fahrzeiten auf sich nehmen. Nach dem Vorbild des Co-Working könnten Berufsschüler nachmittags in der örtlichen Dorf-Grundschule den Unterricht aus der Berufsschule in der nächstgrößeren Stadt streamen.

Denkbar sind auch in der Region verstreute Orte der Bildung/Bildungssatelliten, die mehrere Funktionen vereinen, wie außerschulische Aktivitäten, Bibliotheken, Kontaktbörsen von Vereinen zur Nachwuchsgewinnung oder Austauschmöglichkeiten mit Familienberatern. In der beruflichen Bildung werden überbetriebliche Ausbildungsstätten als Möglichkeit gesehen, um die spezifische Lage der ländlichen Regionen orientiert an den regionalen Bedarfen und der Erreichbarkeit zu stärken und damit die Chance auf Teilhabe zu stärken.

7. Auf dem Land leben wir den Klimaschutz, hier wird die Energiewende Wirklichkeit. Dafür brauchen wir gemeinsames Handeln – und Betroffene, die zu Beteiligten werden.

Im Mittelpunkt steht die verstärkte Akzeptanz des Ausbaus erneuerbarer Energien. Kommunen können gerade als Mediator verschiedener Interessen fungieren. Geeignete Kommunikations- und Informationswege und die frühzeitige Einbindung der Öffentlichkeit sind zentrale Bausteine. Mit Förderprogrammen und Beratung sollen Kommunen dabei unterstützt werden, auf alternative und ressourcenschonende Energie- und Mobilitätsformen umzurüsten.

Die KPV will ein Klimavorsorgegesetz initiieren, das durch ein Sonderprogramm flankiert wird. Dieses soll Kommunen und Flächennutzer bei der Bewältigung von Dürre und Starkregenereignissen unterstützen. Den Kommunen soll zudem dabei geholfen werden, ein angepasstes Wassermanagement-Konzept zu erarbeiten und umzusetzen. **DK**

Trotz Corona-Einschränkungen Umsatz- und Ergebnissteigerung

Interview mit GVB-Präsident Jürgen Gros zur Bilanz der bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften

Der Genossenschaftsverband Bayern vertritt neben 222 Volksbanken und Raiffeisenbanken auch 1.000 Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften, die in 35 Branchen vertreten sind. Wie hat sich das schwierige Corona-Jahr 2020 auf ihr Geschäft ausgewirkt? Welche Sparten gehören zu den Gewinnern der Krise, welche zu den Verlierern? Auf diese und andere Fragen gibt GVB-Präsident Jürgen Gros Antworten.

Herr Gros, welche Bilanz ziehen Sie für die 1.000 genossenschaftlichen Waren- und Dienstleistungsunternehmen in Bayern für das Jahr 2020?

Gros: *Insgesamt konnten sie sich auch im von Corona geprägten Jahr behaupten. Der Umsatz stieg um 2,4 Prozent von 13,1 Mrd. Euro auf 13,4 Mrd. Euro. Das Ergebnis legte auf 331,7 Mio. Euro zu. 2019 lag es bei 308,4 Mio. Euro, ein Plus in Höhe von 7,5 Prozent.*

Welche Branche hat besonders von der Corona-Pandemie profitiert?

Gros: *Die genossenschaftlichen Waren- und Dienstleistungsunternehmen in Bayern sind in mehr als 35 Branchen vertreten. So heterogen diese Gruppe ist, so differenziert ist das Bild, was die Entwicklung im Corona-Jahr 2020 angeht. Während beispielsweise IT-Dienstleister und Unternehmen in den Bereichen Gesundheit zulegen konnten, spürten Unternehmen in den Bereichen Gastronomie, Tourismus, Transport und Kultur sowie Brauereien die negativen Folgen des Lockdowns.*

Bleiben wir bei den Brauereien. Welche Auswirkungen hatten die Corona-Maßnahmen auf Sie?

Gros: *Der Bierkonsum ist drastisch eingebrochen, da dieser maßgeblich außer Haus in Kneipen und auf Festen angekurbelt wird. Der noch jungen Brauereigenossenschaft Remonte Bräu Schleißheim bei München beispielsweise droht aufgrund des ablaufenden Mindesthaltbarkeitsdatums, dass Bier fässerweise weggeschüttet werden muss. Brauereigaststätten wie die Kommunbräu in Oberfranken wiederum erkämpften sich nur schwerlich einen Zugang zu den staatlichen Corona-Hilfen, weil sie als Gemischtbetriebe anfangs durchs Raster fielen. Inzwischen wurden Nachbesserungen erreicht. Generell kann man festhalten: Die Brauereien bekamen deutliche Umsatzeinbrüche zu spüren. Die lange Zeit der Unsicherheit wirkte sich zusätzlich negativ aus. Das zeigt, wie wichtig es ist, den Betrieben klare Perspektiven zu geben.*

Perspektiven sind ebenso für Gründer wichtig. Hat durch die Corona-Pandemie auch so manchen der Mut verlassen, eine Genossenschaft ins Leben zu rufen?

Gros: *Die Sondersituation des Jahres 2020 hat dem Gründungsgeschehen keinen Abbruch getan. Die Unternehmensform der Genossenschaft ist beliebt. Der GVB begleitete 19 Gründungen von Genossenschaften. 2019 waren es 18, im Jahr davor 14. Dabei setzten sich Gründungstrends aus den Vorjahren fort.*

2019 zeichnete sich ein Trend zur Gründung von Nahwärmegenossenschaften ab. Hielt dieser auch im vergangenen Jahr an?

Gros: *Ja, das rege Gründungsgeschehen in diesem Bereich geht weiter. 2020 gab es weitere vier Gründungen mit diesem Zweck – für das laufende Jahr zeichnet sich bereits ein zunehmendes Gründungsgeschehen ab. Die anderen Gründungen des vergangenen Jahres erstreckten sich von Unverpackt-Läden über Beratungsdienstleister bis hin zu genossenschaftlichen Modellen für Altenpflege und Seniorenwohnheime.*

In Bayern gibt es 90 Raiffeisen Warenmärkte. Wie fällt deren Bilanz aus?

Gros: *Mit einem Umsatzplus von 2,3 Prozent blicken sie auf ein gutes Jahr zurück. Der Umsatz legte von 1,20 Mrd. Euro auf mehr als 1,23 Mrd. Euro zu. Das Ergebnis stieg um 84,6 Prozent von 11,8 Mio. Euro auf 21,7 Mio. Euro. Mit dazu beigetragen hat die befristete Senkung der Umsatzsteuer im vergangenen Jahr von 19 Prozent auf 16 Prozent. Einige Kunden haben deswegen Käufe vorgezogen – das ließ sich vor allem bei Dünger und Pflanzenschutzmitteln beobachten. Dieser Vorzieheffekt hat aber seine Kehrseite, denn er trübt die Aussichten für das laufende Jahr. Doch auch bei Garten- und Baustoffen konnten die Raiffeisen Warenmärkte zulegen. Viele Menschen wollten es sich aufgrund des Lockdowns zu Hause schön machen oder sie gingen ohnehin geplante Bauprojekte an.*

Wie lief das Corona-Jahr 2020 für die ländlichen Genossenschaften?

Gros: *Die 247 ländlichen Genossenschaften verzeichneten einen Umsatzrückgang um 3,5 Prozent von 1,34 Mrd. Euro auf 1,30 Mrd. Euro. Das Ergebnis legte von 20,6 Mio. Euro um 18,1 Prozent auf 24,4 Mio. Euro zu. Bei den Vieh- und Fleischgenossenschaften hat sich zum einen der Corona-bedingte Schlachtstau negativ ausgewirkt. Die Einschränkungen im öffentlichen Leben und die Schließung gastronomischer Betriebe führten zum anderen dazu, dass viele Menschen wieder mehr zu Hause selbst kochten. Dadurch ist der Absatz im Lebensmitteleinzelhandel gestiegen. Das hatte eine Veränderung der Nachfrage zur Folge. Während in der Gastronomie vor allem Edelteile wie Filets gefragt sind, erlebte durch das Kochen zu Hause Hackfleisch eine gesteigerte Nachfrage. Für das laufende Jahr zeichnet sich im Bereich Fleisch in den ersten Monaten eine gewisse Entspannung ab. Insgesamt ist im Lebensmittelbereich eine Verschiebung hin zu mehr Bio zu beobachten – angeschoben durch den privaten Konsum. Wer nicht in den Urlaub fahren kann, gönnt sich zu Hause mehr.*

Wie erlebten die Milchgenossenschaften das Jahr 2020?

Gros: *Durch die Einschränkungen des öffentlichen Lebens ergab sich eine gemischte Lage bei den 114 Milchgenossenschaften. Betriebe mit engen Lieferbeziehungen zum Lebensmitteleinzelhandel konnten profitieren. Molkereien, die vor allem Großabnehmer zu ihren Kunden zählen, bekamen die Schließungen von Restaurants, Kantinen und Hotels stark zu spüren. Unter dem Strich blieben die Umsätze mit 3,20 Mrd. Euro stabil – im Jahr davor war der Umsatz bei 3,19 Mrd. Euro gelegen. Das Ergebnis kletterte um 6,5 Prozent von 51,4 Mio. Euro auf 54,7 Mio. Euro. Der Milchauszahlungspreis in Bayern lag mit 34,4 Cent pro Kilogramm 0,7 Cent unter dem Vorjahreswert, aber 1,6 Cent über dem bundesdeutschen Wert.*

Wie haben sich die Genossenschaften in anderen Branchen entwickelt?

Gros: *Die Handelsgenossenschaften konnten ihren Umsatz von 5 Mrd. Euro auf knapp über 5,3 Mrd. Euro steigern, was einer Zunahme um 6,5 Prozent entspricht. Das Ergebnis gab um 17,2 Prozent nach und sank auf 29,7 Mrd. Euro. Der Handel im Gesundheitsbereich trug erheblich zum Plus bei. Im Bereich Handwerk konnten zum anderen Einkaufsgenossenschaften besonders profitieren, die in der Baubranche oder baunahen Dienstleistungen tätig sind. Zum Teil kletterten hier die Umsätze um sechs Prozent. Da sich am Bau keine Abschwächung des Booms andeutet, dürften diese Genossenschaften auch im aktuellen Jahr weiter zulegen. Außerdem konnten ebenso die gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften ihre Umsätze steigern, um 3,1 Prozent von 1,21 Mrd. Euro auf 1,25 Mrd. Euro. Das Ergebnis legte um 10,4 Prozent von 125,9 Mio. Euro auf 138,9 Mio. Euro zu.*

Welche Unternehmen sind in der Sparte gewerbliche Genossenschaften vertreten und gibt es auch hier, wie eingangs angesprochen, unterschiedliche Entwicklungen?

Gros: *Ja, auch hier sind die Unterschiede besonders augenfällig, was wiederum zeigt, wie vielgestaltig die Genossenschaften sind. Das Umsatzplus ist insbesondere auf Unternehmen im Bereich IT-Dienstleistungen zurückzuführen. Zu den krisengebeutelten Branchen unter den GVB-Mitgliedern zählen Kinos, Gastronomie oder Genossenschaften, die im Regionalmarketing, Tourismus oder in der Beratung tätig sind.*

Wie haben die Energiegenossenschaften das Corona-Jahr erlebt?

Gros: *Durch die Einschränkungen sank der Strombedarf, vor allem in der Industrie bei stromintensiven Unternehmen. Zudem hatten touristische Zentren geschlossen. Das spürten die genossenschaftlichen Energieversorger. Gestiegene Strompreise sowie der Mehrbedarf im privaten Bereich konnten den Rückgang im Verbrauch nicht kompensieren. Die 258 Energiegenossenschaften verzeichneten deshalb einen Umsatzrückgang von 20,2 Mio. Euro um 5,6 Prozent auf 339,9 Mio. Euro. Das Ergebnis legte um 3,4 Prozent zu und erreichte 2020 29,1 Mio. Euro. Auch innerhalb dieser Sparte muss differenziert werden: 2020 war ein sonnenreiches Jahr. Mit 1.965 Sonnenstunden waren es 60 Sonnenstunden mehr als 2019. Außerdem wurden neue Photovoltaik-Anlagen gebaut. Hinzu kommt, dass die Abschreibungen für einige Anlagen ausgelaufen sind. Dadurch konnten die 102 Photovoltaik-Genossenschaften ihren Umsatz von 27,2 Mio. Euro auf knapp 30,5 Mio. Euro steigern. Das Ergebnis legte um 30,9 Prozent von 6,5 Mio. Euro auf knapp 8,5 Mio. Euro zu. Ebenso steigerten die 86 Nahwärmegenossenschaften ihren Umsatz von 9,2 Mio. Euro auf 9,7 Mio. Euro.. Der Ertrag kletterte um knapp 10 Prozent von 881.000 Euro auf 970.000 Euro.* ❐

Zuversicht in Zahlen:

bayern.vr.de

Als mittelständische Bank mit lokaler Verwurzelung verstehen wir das mittelständische Geschäftsmodell vor Ort. Das macht uns zu einem starken Partner, auf den sich der regionale Mittelstand auch morgen noch verlassen kann.

30 Mio.
Kunden

18,4 Mio.
Mitglieder

Die genossenschaftliche Idee beruht auf Werten wie Fairness, Transparenz und Vertrauen. In Deutschland zählen wir über 30 Mio. Kunden und 18,4 Mio. Mitglieder.

150 Mio. €

Die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken fördert soziales und kulturelles Engagement mit jährlich über 150 Mio. Euro durch Spenden, Sponsoring und Stiftungserträge.

8.000
Auszubildende

140.000
Mitarbeiter

Wir bieten 140.000 Mitarbeitern und 8.000 Auszubildenden deutschlandweit die Möglichkeit auf eine Zukunft mit vielfältigen Entwicklungschancen in der Finanzbranche.

Die Finanzberatung, die erst zuhört und dann berät: mit der **Genossenschaftlichen Beratung** machen wir genau das – ehrlich, verständlich und glaubwürdig. Damit Sie immer zuversichtlich nach vorne schauen können.

9.000
Filialen

18.000
Geldautomaten

Mit 9.000 Filialen und rund 18.000 Geldautomaten deutschlandweit sind wir dort, wo Sie sind. Und immer an Ihrer Seite bei der Realisierung Ihrer Ziele und Wünsche.

Statistisch gesehen ist jeder fünfte Deutsche Mitglied einer Genossenschaftsbank. Und bestimmt so den zukünftigen Kurs seiner Bank demokratisch mit.

Das Erfolgskonzept der Zukunft: Wir sind regional verankert, aber überregional vernetzt. Und haben so ständigen Zugriff auf die Expertise und Leistungen unserer Partner in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken.

Morgen kann kommen.
Wir machen den Weg frei.

Volksbanken Raiffeisenbanken

Münchener Hypothekenbank eG:

Marktposition weiter gestärkt

Die Münchener Hypothekenbank eG (MünchenerHyp) hat im Geschäftsjahr 2020 ihre Erträge deutlich gesteigert. Der Zinsüberschuss stieg um 16 Prozent auf 347,8 Mio. Euro. Der Zuwachs beruht vor allem auf dem Hypothekenneugeschäft, das die Immobilienbank in den Vorjahren stark ausgeweitet hat. Mit 6,4 Mrd. Euro Zusagevolumen erreichte die MünchenerHyp trotz der durch die Corona-Pandemie ausgelösten Rezession fast wieder das Rekordergebnis des Geschäftsjahres 2019. „Wir freuen uns, dass wir in einem so außergewöhnlichen Jahr ein gutes Ergebnis erzielen und unsere Marktposition weiter stärken konnten", sagt Dr. Louis Hagen, Vorsitzender des Vorstands der MünchenerHyp.

Im Geschäftsfeld private Wohnimmobilienfinanzierungen hat die MünchenerHyp erstmals mehr als 4 Mrd. Euro an Finanzierungen zugesagt. Das ist eine Steigerung um 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Diese beruht vor allem auf der anhaltend hohen Nachfrage nach Wohnimmobilien in Deutschland. Hinzu kommt der Ausbau des Vermittlungsgeschäfts mit den Banken der Genossenschaftlichen FinanzGruppe. Der Anteil der nachhaltigen ökologisch und sozial ausgerichteten Darlehen – Grünes Darlehen und Familiendarlehen – am Neugeschäft in der Wohnimmobilienfinanzierung betrug wie im Vorjahr 20 Prozent.

Das von den Volksbanken und Raiffeisenbanken vermittelte Neugeschäft stieg um 10 Prozent auf 3,1 Mrd. Euro. Der Absatz von Wohnimmobilienfinanzierungen über freie Finanzierungsvermittler lag mit 670 Mio. Euro um 2 Prozent über dem Vorjahresergebnis. In der Kooperation mit der Schweizer Post Finance bewegte sich das Vermittlungsgeschäft mit 278 Mio. Euro auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr (290 Mio. Euro).

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung zeigten sich bereits die Auswirkungen der Pandemie. Das Neugeschäft ging um 14 Prozent auf 2,4 Mrd. Euro zurück. Trotz des Rückgangs ist die Bank mit der Entwicklung zufrieden, da sie höhere Margen erzielen konnte.

Die Refinanzierung erfolgt über das gesamte Jahr zu guten Konditionen, auch während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020. Insgesamt emittierte die MünchenerHyp im Jahr 2020 Hypothekenpfandbriefe in einem Volumen von 4,9 Mrd. Euro. Auf die ungedeckte Refinanzierung entfielen 2,6 Mrd. Euro. An nachhaltigen Wertpapieren begab die MünchenerHyp ESG-Pfandbriefe, Grüne Bonds, Commercial Paper und Termingelder in einem Volumen von rund 500 Mio. Euro.

Von den Investoren wurden zwei langlaufende Benchmark-Hypothekenpfandbriefe über je 500 Mio. Euro sehr stark nachgefragt. Die Emissionen mit Laufzeiten von 15 und 20 Jahren dienen der fristenkongruenten Refinanzierung des Darlehensgeschäfts in der privaten Immobilienfinanzierung. Zudem war die Bank am Schweizer Kapitalmarkt als Emittent aktiv. Der Schwerpunkt lag dabei auf ungedeckten Anleihen. Mit zwei großvolumigen grünen ungedeckten Anleihen sorgte die MünchenerHyp für Premieren am Schweizer Kapitalmarkt. Sie war jeweils der erste Emittent einer grünen Senior-Non-Preferred-Anleihe (240 Mio. CHF) und einer grünen Senior-Preferred-Anleihe (200 Mio. CHF).

Hypothekenbestände deutlich ausgeweitet

Die Bilanzsumme wuchs um 13 Prozent auf 48,6 Mrd. Euro zum 31. Dezember 2020. Der Bestand an Hypothekendarlehen erhöhte sich um 8 Prozent auf rund 38,4 Mrd. Euro. Der Großteil des Zuwachses entfiel mit 1,8 Mrd. Euro auf die private Wohnimmobilienfinanzierung. Damit erhöhten sich die Bestände in diesem Geschäftsfeld auf 26,2 Mrd. Euro. Der Bestand an Finanzierungen von gewerblichen Immobilien belief sich zum Ende des Jahres 2020 auf insgesamt 12,2 Mrd. Euro. Der Bestand im Kreditgeschäft mit Staaten und Banken reduzierte sich entsprechend der Geschäfts- und Risikostrategie der MünchenerHyp auf 3,7 Mrd. Euro (Vorjahr 4,1 Mrd. Euro).

Durch das Wachstum des vermittelten Neugeschäfts stiegen die Provisionsaufwendungen um 11 Prozent auf 122,5 Mio. Euro. Dies konnte jedoch durch den höheren Zuwachs im Zinsüberschuss überkompensiert werden. Somit nahm der Zins- und Provisionsüberschuss um 16,5 Prozent auf 238,3 Mio. Euro zu. Den Verwaltungsaufwand konnte die Bank leicht senken, und zwar um 2 Prozent auf 128,4 Mio. Euro. Erneut erhöhten sich jedoch die Kosten und Abgaben für die Regulatorik.

Die Kreditrisikosituation war trotz der Corona-Pandemie zufriedenstellend. Im Kreditportfolio der Bank zeigen sich bislang kaum die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Das liegt auch daran, dass besonders betroffene Segmente des gewerblichen Immobilienmarktes nur einen geringen Anteil am Gesamtbestand der MünchenerHyp ausmachen. 79 Prozent des gewerblichen Geschäfts besteht aus Finanzierungen von Wohnungen und Büros. „Wir haben unser gesamtes Kreditportfolio an gewerblichen Immobilienfinanzierungen im vergangenen Jahr umfassend analysiert. Bis heute sind wir dabei auf keine maßgeblichen Risiken gestoßen", so Dr. Louis Hagen.

Das Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit stieg um 29 Prozent auf 95,3 Mio. Euro. Nach Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 20 Mio. Euro und Steuern in Höhe von 37,6 Mio. Euro verbleibt ein Jahresüberschuss von 37,7 Mio. Euro.

Die Vorgaben der EZB erlauben der MünchenerHyp, eine Dividende von maximal 1,25 Prozent je Anteil zu zahlen. Das haben Aufsichtsrat und Vorstand der Vertreterversammlung vorgeschlagen, die am 17. April 2021 eine Dividende in dieser Höhe beschlossen hat.

Die Eigenkapitalausstattung der Bank hat sich erhöht. Die Geschäftsguthaben der Mitglieder der MünchenerHyp stiegen um 80,6 Mio. Euro auf 1.153,1 Mio. Euro. Die harte Kernkapitalquote der MünchenerHyp lag zum Jahresende 2020 bei 20,6 Prozent (Vorjahr 19,8 Prozent). Die Kernkapitalquote belief sich zum selben Datum auf 22,2 Prozent (Vorjahr 21,4 Prozent) und die Gesamtkapitalquote auf 22,8 Prozent (Vorjahr 22,1 Prozent). Damit liegen die Quoten weit über den gesetzlichen und aufsichtlichen Anforderungen. Die Leverage Ratio belief sich zum Jahresende 2020 auf 3,6 Prozent.

Ausblick

Für 2021 geht die Münchner Hyp von einer weiterhin guten Nachfrage insbesondere nach Wohnimmobilien aus. Die Entwicklung bei Gewerbeimmobilien wird stärker vom weiteren Verlauf der Pandemie abhängen, insgesamt wird eine stabile Nachfrage erwartet. Somit plant die Bank, ihr Neugeschäft insgesamt leicht auszuweiten, was durch das anhaltend niedrige Zinsniveau unterstützt wird. ❐

Mehr Wagniskapital für innovative Start-ups

Die Europäische Investitionsbank (EIB) beteiligt sich mit 50 Mio. Euro am Wachstumsfonds Bayern 2 der Bayern Kapital GmbH. Das Fondsvolumen erhöht sich dadurch auf insgesamt 165 Mio. Euro. Ermöglicht werden die zusätzlichen Mittel durch den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI). Der EFSI ist eine der drei Säulen des Investitionsplans für Europa, mit dem EIB-Gruppe und Europäische Kommission die Investitionstätigkeit in der EU wiederbeleben und strategische Projekte in der Realwirtschaft anstoßen wollen.

Laut Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger „macht die substanzielle Beteiligung unseren Wachstumsfonds Bayern 2 noch schlagkräftiger. Die zusätzlichen 50 Mio. Euro werden dafür eingesetzt, weitere hoch innovative Geschäftsmodelle bayerischer Start-ups voranzubringen und das in der Wachstumsphase so dringend nötige Wagniskapital bereitzustellen. Neben der Würdigung der erfolgreichen Arbeit der Bayern Kapital ist der Einstieg der EIB auch ein klares Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Bayern."

Der für die Aktivitäten der EU-Bank in Deutschland verantwortliche Vizepräsident Ambroise Fayolle unterstrich: „Ich freue mich sehr über die Zusammenarbeit mit der LfA Förderbank Bayern bei der Einrichtung des Wachstumsfonds Bayern 2. Hoch innovative Start-ups gelten als Schlüsselfaktor für Beschäftigung, Produktivitätswachstum und nachhaltige Arbeitsplätze, und die EIB fördert, mit Unterstützung der Investitionsoffensive für Europa, mit hoher Priorität Investitionen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Europa stärken. Das gilt besonders in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten der Covid-19-Pandemie."

Roman Huber und Dr. Georg Ried, Geschäftsführer der Bayern Kapital GmbH, freuen sich über die Beteiligung der EIB am Wachstumsfonds Bayern 2: „Mit diesem Fonds wird das Erfolgskonzept Wachstumsfonds Bayern nicht nur fortgesetzt, sondern auch noch kräftig ausgebaut. Noch mehr innovative und wachstumsstarke Unternehmen können mit Beteiligungen bis zu zehn Mio. Euro finanziert werden. Unsere regelmäßige Kooperation mit nationalen und internationalen Investoren eröffnet den Unternehmen zusätzlich zum Kapital wichtige Fachexpertise im internationalen Markt."

Wichtige Finanzierungssäule

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern, erklärte: „In ganz Bayern arbeiten technologieorientierte Start-ups Tag für Tag an innovativen Geschäftsmodellen. Gerade die kapitalintensive Finanzierung der Wachstumsphase ist in vielen Fällen eine der größten Hürden, um für das eigene Produkt die Marktdurchdringung zu erhöhen und die Marktposition auszubauen. Der Wachstumsfonds Bayern 2, der stets als Co-Investmentpartner auftritt, trägt entscheidend dazu bei, neben staatlichem Kapital auch private Investoren in die Finanzierung junger Unternehmen einzubinden. Daher ist es eine sehr gute Nachricht, dass durch die Beteiligung der Europäischen Investitionsbank mit dieser wichtigen Finanzierungssäule zusätzliches Kapital für Innovationen ‚Made in Bavaria' mobilisiert werden kann."

Das Bayerische Wirtschaftsministerium hat den Wachstumsfonds Bayern 2015 initiiert und darüber 70 Mio. Euro in 23 vielversprechende bayerische Start-ups investiert. Durch die Kooperation mit in- und ausländischen Investoren wurden weitere rund 300 Mio. Euro privates Kapital für die Start-ups mobilisiert. Als Nachfolger hat der Freistaat 2020 den Wachstumsfonds Bayern 2 aufgelegt und mit 115 Mio. Euro ausgestattet. ❐

Bilanz VR Bank Niederbayern-Oberpfalz:

Topmodern mit bewährtem Konzept

Wie modern das Konzept der Genossenschaft sein kann, zeigt die VR Bank Niederbayern-Oberpfalz mit der Veröffentlichung ihres vorläufigen Geschäftsergebnisses. Die Bank ist weiterhin auf Erfolgskurs und hat im Jahr 2020 wichtige Investitionen in die Zukunft getätigt.

Die Bilanzsumme stieg im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 1,91 Mrd. Euro. Die ungebrochene Nachfrage nach Immobilienfinanzierungen und der enorme Zuwachs von gewerblichen und freiberuflich tätigen Kunden führte zu einem Zuwachs im Kreditgeschäft um mehr als 25 %.

Digitalisierung

Die Kunden geben der VR Bank Niederbayern-Oberpfalz recht, dass die Digitalisierung viele Vorteile und Erleichterungen bietet. Es zählt jedoch die ausgewogene Mischung aus online und persönlich, denn am Ende entscheidet immer der Kunde, wie er oder sie ihre Bankgeschäfte erledigen möchte. Dieser hat stets die Wahl zwischen Online, Telefon und Präsenz, was wesentlich zu der positiven Entwicklung im vergangenen Jahr beigetragen hat.

Auf der Einlagenseite investieren die Kunden bereits seit Jahren verstärkt in alternative Anlageformen, um der Niedrigzinspolitik entgegenzuwirken. Die Cost-Income-Ratio ist mit 53,3 auf einem weiterhin hervorragend niedrigem Wert. Dieser Wert ist noch beeindruckender, wenn man bedenkt, dass die VR Bank Niederbayern-Oberpfalz im vergangenen Jahr bereits große Investitionen in die Zukunft des Unternehmens getätigt hat. Gerade im Vergleich mit anderen Banken ist die Genossenschaftsbank hier sehr gut aufgestellt.

„Auch in den kommenden Jahren werden wir unser unternehmerisches Engagement und Wirken auf unseren zentralen Erfolgsfaktor richten: Unsere Mitglieder und Kunden mit ihren individuellen Bedürfnissen und Zielen", zeigt sich Vorstandsvorsitzender Leopold Berner zuversichtlich. „Besonders wichtig ist uns, dass wir noch Guthabenzinsen anbieten und unser Gehaltgirokonto weiterhin kostenlos bleibt. Dies ist einer unserer herausragendsten Wettbewerbsvorteile und spiegelt auch unsere Werte wider: Einfach, Fair und Transparent", erläutert Berner die Geschäftsstrategie. Eine Gebührenerhöhung ohne eine entsprechende Gegenleistung für den Kunden sei mit den genossenschaftlichen Werten und Prinzipien schlichtweg nicht vereinbar. **DK**

Gutachten weckt Zweifel an der BaFin-Aufsichtspraxis

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) bedient sich verstärkt rechtlich nicht bindender Instrumente wie Merkblätter, Pressemeldungen oder Interviews, um Banken Vorgaben zu machen. Diese Form der informellen Bankregulierung hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Damit bewegt sich die BaFin zunehmend am Rande des rechtlich Zulässigen. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten des an der Humboldt-Universität zu Berlin lehrenden Juraprofessors Lars Klöhn im Auftrag des Genossenschaftsverbands Bayern.

Mit dem Gutachten will der Verband einen Beitrag zur BaFin-Reformdebatte leisten. Klöhns Fazit lautet, „dass die informelle Bankregulierung der BaFin unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten durchaus zweifelhaft ist". Das Gutachten warnt davor, dass die BaFin mit ihrer Praxis der informellen Bankregulierung „faktisch selbst gesetztes Recht vollzieht" und damit die „Grenzen des aufsichtsrechtlich Zulässigen systematisch überschreitet".

„Der Rechtsstaat darf nicht zulassen, dass eine Behörde in der Praxis einfach die Rolle des Gesetzgebers übernimmt", fasste GVB-Präsident Jürgen Gros die Motivation zu diesem Gutachten zusammen. „Dort, wo es keine gesetzlichen Regelungen gibt, kann nicht die BaFin diese Lücke über informelle Methoden füllen und quasi Recht setzen. Ein solches Vorgehen steht einer Behörde nicht zu", kritisierte Gros. „Die BaFin muss zurück ins rechtsstaatliche Korsett", fordert er. Das müsse Teil der anstehenden BaFin-Reform werden.

Durchsetzungsstarke Aufsicht für die Aufsicht

Das Gebaren der Bankenaufsichtsbehörde offenbare ein erhebliches Kontrollproblem. In diesem Fall sei der Dienstherr, das Bundesministerium der Finanzen, ebenso gefordert wie der Verwaltungsrat der BaFin. „Dieses Aufsichtsgremium braucht die notwendigen Kompetenzen, um als unabhängiges Überwachungsgremium fungieren zu können", forderte der GVB-Präsident. Bisher füllt der Verwaltungsrat eher eine repräsentative Funktion und Haushaltskontrolle aus. Gros: „Die schwache Rolle des BaFin-Verwaltungsrats muss sich ändern, hin zu einer durchsetzungsstarken Aufsicht für die Aufsicht."

Des Weiteren soll die BaFin dazu verpflichtet werden, regelmäßig dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestags Auskunft über ihre Aufsichtspraxis zu erteilen. In Brüssel ist die europäische Bankenaufsicht EBA dem EU-Parlament bereits rechenschaftspflichtig. „Diese Transparenz, die auf europäischer Ebene praktiziert wird, sollte sich der deutsche Gesetzgeber zum Vorbild nehmen", regte Gros an. Damit könnten die Abgeordneten das Aufsichtshandeln der BaFin kritisch prüfen.

Problematische Anwendungspraxis

Entlang des Beispiels des von der BaFin im Frühjahr 2020 verordneten Dividenden-Stopps für Banken in der ersten Phase der Corona-Pandemie arbeitet das Gutachten die problematische Anwendungspraxis informeller Bankregulierung heraus. Die BaFin hatte damals unter anderem per Pressemitteilung die Erwartung geäußert, dass Banken aufgrund der unsicheren Pandemielage zunächst keine Dividende auszahlen sollen und bei Zuwiderhandlungen mit „Vertrauensentzug" gedroht.

Wäre der Dividenden-Stopp für Banken als Allgemeinverfügung ergangen, stellt der Gutachter fest, hätte diese kaum einer verfassungsrechtlichen Kontrolle standgehalten. Eine Allgemeinverfügung wäre, so der Gutachter, unverhältnismäßig und gleichheitswidrig gewesen, denn sie hätte Genossenschaftsbanken härter getroffen als andere Banken. „Wenn rechtliche Zweifel bestehen, verbietet es sich, auf Instrumente der informellen Bankregulierung auszuweichen", stellte Gros fest.

Kulturwandel bei der BaFin nötig

Zudem kritisiert Gros die Art und Weise, wie die BaFin bei der informellen Bankregulierung vorgeht. Auch hier sei ein bezeichnendes Beispiel die nachdrückliche Empfehlung der BaFin zur Nicht-Ausschüttung von Dividenden. „In der Praxis kam diese ‚Erwartungshaltung' einem Verbot gleich. Das zeigt die damals unverhohlene Drohung der Aufsichtsbehörde, dass Geschäftsleiter andernfalls das Vertrauen der BaFin aufs Spiel setzten", folgerte Gros. „Drohungen sind kein Vorgehen, das einer Bundesbehörde gut zu Gesicht steht – insbesondere in der Auseinandersetzung mit einer kleinen, nicht komplexen Bank, der die BaFin als übermächtige Behörde gegenübersteht", sagte Gros. „Es bedarf eines Kulturwandels der BaFin beim Umgang mit den von ihr überwachten Instituten."

Zwar entfalten Verlautbarungen der BaFin, die dem Bereich der informellen Bankregulierung zuzuordnen sind, keine rechtliche Bindungswirkung für die Banken, schreibt der Gutachter. Gleichwohl haben sie eine hohe faktische Bindungswirkung, weil die Banken und deren Vorstände im Falle einer Auseinandersetzung mit der BaFin Reputationsschäden zu befürchten hätten. Das führt laut Gutachten in der Praxis dazu, dass „Kreditinstitute den Verlautbarungen [der BaFin] regelmäßig auch dann folgen, wenn sie sie für rechtswidrig halten". Gros gab zu bedenken: „Bankvorstände gefährden nicht weniger als ihre Karriere, wenn sie sich – auch gut begründet – gegen die BaFin stellen. Das zeigt das Dilemma: Die BaFin baut durch die Nutzung informeller Bankregulierung ihre Macht schleichend immer weiter aus."

Fehlentwicklungen entgegenwirken

Ein gutes Instrument, das die Funktion hatte, darüber zu informieren, wie die BaFin denkt, Gesetze auslegt und welches Maß sie folglich an die Banken anlegt, hat sich über die vergangenen Jahre fehlentwickelt, folgerte Gros. „Anstatt Berechenbarkeit zu schaffen, hat sich die informelle Bankregulierung zu einem machtvollen Gestaltungsinstrument entwickelt. Die BaFin verlässt zunehmend ihre angestammte Rolle als Aufseher und betätigt sich als Ersatzgesetzgeber", warnte Gros. Das sei eine Fehlentwicklung, der im anstehenden Reformprozess entgegengewirkt werden müsse. Verlautbarungen der BaFin im Rahmen informeller Bankregulierung „sind nicht Rechts- sondern höchstens Rechtserkenntnisquelle", heißt es in dem Gutachten. „Sie binden nicht die Gerichte, sondern müssen ihrerseits den Vorgaben von Recht und Gesetz genügen", heißt es weiter. Für Gros bedeutet das: „Informelle Bankregulierung der BaFin ist nie normsetzend. Der Gesetzgeber muss peinlich darauf achten, dass die BaFin nicht zum Neben-Gesetzgeber wird." ❐

Positionspapier des Deutschen Landkreistags zum Sparkassenwesen:

Eckpunkte für Fusionen und Kooperationen

„Aus Anlass jüngster, von innen herauskommender strukturgefährdender Fusionsüberlegungen" hat das Präsidium des Deutschen Landkreistages in Anknüpfung an frühere Beschlüsse in seiner jüngsten Sitzung Eckpunkte zu Fusionen und Kooperationen im Sparkassenwesen als Orientierungspunkte für Trägerentscheidungen in allen Bundesländern einstimmig beschlossen.

Nach Angaben von Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages und Vizepräsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Berlin, kommt den dezentralen, kommunal verankerten Sparkassen mit ihren Strukturmerkmalen „öffentlicher Auftrag", „öffentliche Trägerschaft" und „Regionalprinzip" auch künftig eine grundlegende Bedeutung für eine wirtschaftlich gleichmäßige Entwicklung in Deutschland zu. Dabei gewährleiste nur ein starker Verbund die Erfüllung des öffentlichen Auftrags auch und gerade in wirtschaftlich schwächeren Gebieten.

Alle Strategien zur Verbesserung der Strukturen der kommunalen Sparkassen müssen aus Sicht des kommunalen Trägers daran gemessen werden, ob der örtlich bezogene öffentliche Auftrag sichergestellt und damit korrespondierend die Trägereinflüsse gewahrt werden. Fusionen kommunal getragener Sparkassen seien zuvörderst Angelegenheit der kommunalen Träger. Daher fielen sie in die Verantwortung der Verwaltungsräte und erwachsen nicht aus den operativen Befugnissen der Vorstände.

Die Beteiligung Privater an den kommunalen Sparkassen, auch in Form einer Finanzbeteiligung ohne Mitwirkungsrechte, sei mit den wesentlichen Strukturmerkmalen und der öffentlich-rechtlichen Verfasstheit kommunaler Sparkassen nicht vereinbar. Kommunale Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken seien in ihren Zielsetzungen der Förderung von Gemeinwohlinteressen auf der einen und der Förderung des Genossenwohls auf der anderen Seite nicht miteinander kompatibel. Daher lehnt der Deutsche Landkreistag Fusionsüberlegungen zwischen beiden Institutsgruppen ab. „Soweit der Sparkassenauftrag und das Regionalprinzip gewahrt werden, sind allenfalls örtliche Kooperationen denkbar."

Die Bildung von horizontal handelbarem Stammkapital bei Sparkassen führt aus Sicht des DLT zur Ausbildung von mit den Sparkassenstrukturmerkmalen nicht vereinbarenden Shareholder-Interessen und ist deshalb nicht zielführend. Abgelehnt werden zudem vertikale Verbünde, etwa in Form von Holding- oder Integrationsmodellen zwischen den kommunalen Sparkassen und Landesbanken, und andere Konstruktionen, die zu einer faktischen Fusionalisierung der Sparkassen in organisatorischer und unternehmerischer Hinsicht, einem Verlust dezentraler Unternehmensverantwortung und der kommunalen Anbindung führen.

Sinnvoller Rating-Floor

Ein Rating-Floor für die gesamte Sparkassenfinanzgruppe greife die Vorteile der Verbundzusammenarbeit und des Haftungsverbundes auf, ohne damit die Eigenständigkeit und kommunale Bindung der Sparkassen aufzugeben.

Grenzen für die Fusion von Sparkassen ergeben sich laut DLT aus dem Charakter des Betreibens einer Sparkasse als kommunale Aufgabe, insbesondere der kommunalen Anbindung, der örtlichen Radizierung, dem öffentlichen Auftrag, den Grundsätzen kommunaler Selbstverwaltung und dem Demokratieprinzip. „Es gibt keine positive Korrelation zwischen Institutsgröße und Ertragsstärke."

Fusionen zwischen kommunal getragenen Sparkassen und Freien Sparkassen könnten wirtschaftlich sinnvoll sein, kämen aber nur in Betracht, wenn die fusionierte Sparkasse die Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts erhält.

Fusionen auf Kreisebene seien aus kommunaler Perspektive grundsätzlich als unproblematisch einzustufen, heißt es weiter. Kreisübergreifende Fusionen seien vertretbar, wenn sie sich in Orientierung an wirtschaftlichen Zusammenhängen und in überschaubaren Räumen mit einer nach wie vor möglichen örtlichen und kundennahen Verankerung vollziehen.

Bei Fusionen zwischen gebietsbenachbarten Sparkassen dehnten sich dann der öffentliche Auftrag und das Regionalprinzip räumlich aus. „Sprungfusionen widersprechen den Erfordernissen eines einheitlichen Gebiets und der Überschaubarkeit und sind strikt subsidiär zu Fusionen benachbarter Sparkassen. Sie dürfen nur zugelassen werden, wenn wirtschaftliche und strukturelle Gegebenheiten sie erforderlich machen. Eine Pflicht zur Anhörung der kommunalen Landesverbände sollte statuiert werden", macht der Deutsche Landkreistag deutlich.

Kooperationen zwischen Sparkassen werden aus Sicht des Verbandes vor allem in den Bereichen von Wert sein, die durch weitgehend standardisierte Routineabläufe geprägt sind und bei denen deshalb schnell und relativ unkompliziert aus der Größe resultierende Prozessoptimierungen anfallen und entsprechende Rationalisierungsvorteile realisiert werden können. Zu prüfen sei, ob sich hierfür neben der Bündelung im Backoffice-Bereich auch andere Bereiche wie etwa Zahlungsverkehr/Wertpapierentwicklung, Produktentwicklung, Recht, Marketing und Buchführung eignen.

Bei der bedeutsamen Rolle der Sparkassenverbände im Bereich der Kooperationen sei kritisch zu prüfen, ob durch ihre Aktivitäten der Aufbau von faktischen Konzernstrukturen droht und der Einfluss der kommunalen Träger ausgehebelt wird.

Stellung der Verwaltungsräte stärken

Um den Einfluss der kommunalen Träger zu bewahren, sollte nach Auffassung des DLT die Stellung der Verwaltungsräte der Sparkassen gestärkt werden. Hierzu sei mehr Transparenz bezüglich einer Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Situation des Geschäftsgebietes, näherer Informationen zur betriebswirtschaftlichen Lage der Sparkasse und ihrer Positionierung im Sparkassenvergleich sowie der Auskünfte über die Erfüllung des öffentlichen Auftrages zu schaffen. **DK**

Startschuss für „Green Schuldscheindarlehen"

Die BayernLB hat gemeinsam mit vier weiteren Landesbanken und dem Bundesverband Öffentlicher Banken (VÖB), eine neue Marke für grüne Schuldscheindarlehen entwickelt. Mit dem „Green Schuldscheindarlehen", das jetzt an den Start geht, setzen die fünf Banken, die in dem Segment marktführend sind, gemeinsam mit dem Verband einen grünen Qualitätsstandard für das weit verbreitete Instrument der Unternehmensfinanzierung. Insbesondere für mittelständische Unternehmen stellen Schuldscheindarlehen eine attraktive Finanzierungsmöglichkeit dar.

Die BayernLB ist im Bereich der Green Schuldscheine einer der Vorreiter in Deutschland und hat u.a. bereits 2019 für die Porsche AG die weltweit größte Green Schuldscheinemission eines Automobilherstellers mit über 1 Mrd. Euro im Markt platziert. „Die Initiative des VÖB, das immer noch relativ neue Segment des Green Schuldscheinmarktes mit einem Qualitätsstandard zu unterstützen, haben wir aufgrund unserer Markterfahrungen von Anfang an sehr begrüßt" so Paul Kuhn, Head of Debt Capital Markets bei der BayernLB und Vorsitzender des Markenbeirats Green Schuldscheindarlehen.

Markenregeln

Ein Schuldscheindarlehen, das künftig die VÖB-Marke trägt, dient ausschließlich der Finanzierung ökologischer Zwecke. Die Mittelverwendung orientiert sich an den sechs Umweltzielen der EU-Taxonomie-Verordnung (Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, nachhaltige Nutzung und der Schutz von Wasser und Meeresressourcen, Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft, Schutz und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt und Ökosysteme, Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung).

Eine unabhängige Bewertung durch dritte Parteien stellt den Taxonomie-Bezug der Mittelverwendung und damit eine Beurteilung der positiven Umwelt- und Klimaeffekte sicher. Zudem sehen die Regeln der Marke die Verpflichtung zu einer regelmäßigen Berichterstattung über Mittelverwendung und erzielte Wirkungen vor. ❐

Theaterstiftung wird Kulturstiftung

Aus der seit 2016 bestehenden Stiftung Theater Augsburg wird künftig die Kulturstiftung Augsburg in der HAUS DER STIFTER – Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse Augsburg. Hiermit wird stiftungswilligen Bürgern ermöglicht, auch für andere kulturelle Zwecke, als die Sanierung des Theatergebäudes am Kennedyplatz zu spenden.

Die Gründung der Kulturstiftung dient künftig der Förderung von Kunst und Kultur in Augsburg. Sie signalisiert das Miteinander vielfältiger kultureller Angebote in Augsburg und leistet einen wichtigen Beitrag zur spartenspezifischen und spartenübergreifenden Kunst- und Kulturförderung für die Stadt.

Kulturreferent Jürgen K. Enninger ist sich sicher: „Das Stiftungsjahr 2021 ist ein guter Zeitpunkt, die „neue" Stiftung bekannt zu machen und bürgerschaftliches Engagement zu aktivieren. Die Kulturstiftung Augsburg trägt der Notwendigkeit Rechnung, die Unterstützung für Kunst- und Kulturprojekte sowie Kunst- und Kulturschaffender auf breite gesellschaftliche Beine zu stellen. Mit der umgewidmeten Stiftung wird die Finanzierung von Kultur- und Kunstprojekten jenseits des rein städtischen Förderinstrumentariums ermöglicht, um auch finanziell komplexe Projekte für die Augsburger Stadtgesellschaft zu realisieren." ❐

Geplante Fusion zur Sparkasse Schwaben-Bodensee

Die Kreissparkasse Augsburg und die Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim haben ihre Pläne, zum 1. Januar 2022 zu fusionieren, öffentlich gemacht. Mit diesem Zusammenschluss soll die neue Sparkasse Schwaben-Bodensee als großes und damit starkes Institut für die Region entstehen. Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, begrüßt diese Initiative.

„Hier gehen zwei Sparkassen zur rechten Zeit aufeinander zu, um vorausschauend die gemeinsame Zukunft zu gestalten. Der Sparkassenverband Bayern begrüßt die aufgenommenen Gespräche mit Nachdruck, denn die beiden Institute senden ein positives Signal an ihren gemeinsamen Wirtschaftsraum, dass sich hier zwei starke Partner zu einer noch leistungsfähigeren Sparkasse für die Menschen und die mittelständischen Unternehmen in der Region zusammenschließen. Kunden und Mitarbeiter dürfen hier ein gutes Zeichen sehen, dass die Entscheidungsträger rechtzeitig handeln, und damit Weichen für eine erfolgreiche Zukunft stellen können", so der Präsident.

Professionelle Begleitung

Die Voten der zuständigen kommunalen Entscheidungskreise und Sparkassengremien sollen nun zeitnah eingeholt werden, damit die neue gemeinsame Sparkasse zum Jahreswechsel starten kann. Die Umsetzung der Fusion wird eng vom Sparkassenverband Bayern und weiteren Experten aus der Finanzgruppe professionell begleitet, damit der Übergang zum neuen Modell reibungsfrei erfolgen kann.

Perfekte Ergänzung starker Partner

Präsident Reuter freut sich für die Kunden, Träger und Mitarbeiter der neuen Sparkasse, „dass hier zwei starke Partner zusammengehen, die sich auf dieser Basis perfekt ergänzen und ihre Bedeutung weiter ausbauen können. Der öffentliche Auftrag der Sparkasse, ihre Heimatregion mit Finanzdienstleistungen zu versorgen wird damit für die Zukunft gesichert. Der gemeinsame Wirtschaftsraum wird davon mit Sicherheit profitieren." ❐



Online-Jahrespressekonferenz der bayerischen Sparkassen:

Gefestigtes Kundenvertrauen in der Corona-Krise

Rekordmarken bei Kreditvolumen und Einlagen

Die bayerischen Sparkassen haben im vergangenen Jahr ihre Rolle als Marktführer im Kundengeschäft behauptet. Wie Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, bei der Online-Bilanzpressekonferenz erläuterte, haben „ein gutes Krisenmanagement, die rasche Anpassung der Prozesse an die Ausnahmesituation und eine überaus effektive Unterstützung im Lockdown für Privat- und Unternehmenskunden die Kunden noch enger an ihre Sparkassen gebunden".

Das Kreditvolumen der bayerischen Sparkassen lag 2020 bei der Rekordmarke von 151 Mrd. Euro. Mit einem Plus von 5,8 Prozent wurde die höchste Wachstumsrate der vergangenen zehn Jahre verzeichnet. Auch das Kreditneugeschäft wuchs im Pandemiejahr auf Rekordniveau: Die Darlehenszusagen an Unternehmen und Selbstständige betrugen 19,9 Mrd. Euro (+18,2 Prozent). Davon entfielen 2,1 Mrd. Euro auf vermittelte staatliche Förderkredite. Das Hausbankprinzip hat sich hier Reuter zufolge besonders bewährt, die dringend benötigten schnellen Kreditentscheidungen wurden so erst möglich.

Die Einlagen der bayerischen Sparkassen stiegen auf 187,6 Mrd. Euro, das Wachstum war mit +7,2 Prozent so hoch wie seit über zehn Jahren nicht. Privatpersonen bilden insgesamt die größte Kundengruppe der bayerischen Sparkassen: Sie stehen für 41,2 Prozent des Kreditvolumens und 78,6 Prozent aller Einlagen.

Über 90 Prozent der 2020 ausgereichten Kredite der Sparkassen an Privatpersonen waren Immobilienkredite (56,2 Mrd. Euro; +6,5 Prozent). Auch das Immobiliengeschäft wies das größte Wachstum der vergangenen zehn Jahre auf. Wie schon im Vorjahr wuchs das Neugeschäft überdurchschnittlich: Die Zusagen für Wohnungsbaukredite an Privatpersonen nahmen um 16,4 Prozent auf 12,6 Mrd. Euro zu.

Wertpapierjahr 2020

2020 war ein Wertpapierjahr: Der Umsatz stieg um 30,8 Prozent auf den Spitzenwert von 23,9 Mrd. Euro, getragen in erster Linie durch den Handel mit Aktien und Optionsscheinen. Doch haben im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht nur Wertpapiere zur positiven Entwicklung des Geldvermögens der Kunden beigetragen: 2020 war insgesamt ein absolutes Jahr der Geldvermögensbildung für die Kunden der bayerischen Sparkassen. Sie legten 17,1 Mrd. Euro neu auf ihren Konten, Depots, in Bausparverträgen und Lebensversicherungen an. Mit diesem Plus von 60,3 Prozent wurde ein neuer Höchststand erreicht. 10,4 Mrd. Euro davon liegen bei den privaten Kunden.

Die operative Geschäftsentwicklung zeigt, dass das Kundengeschäft der bayerischen Sparkassen im Pandemiejahr 2020 noch stärker gewachsen ist als in den Vorjahren. Da die Einlagen sogar noch stärker als die Kredite gewachsen sind, hat sich damit allerdings der bereits bestehende Einlagenüberschuss noch weiter vergrößert und infolgedessen auch die Ertragsproblematik der bayerischen Sparkassen verschärft. Denn das gute Wachstum kann sich in der aktuellen Zinssituation nicht positiv im Ergebnis niederschlagen, es verstärkt sogar den bereits vorhandenen Trend zu sinkenden Zinsergebnissen: 2020 ist der Zinsüberschuss um 3,1 Prozent auf 3.155,1 Mio. Euro gesunken.

2020 erzielten die bayerischen Sparkassen ein Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 1.609,4 Mio. Euro. Damit liegt es um 1,4 Prozent unter dem Vorjahresergebnis. Maßgeblich für diese Entwicklung war, dass der starke Rückgang des Zinsüberschusses (-101,7 Mio. Euro) auch durch eine Steigerung der Provisionsüberschüsse (+56,1 Mio. Euro) nicht kompensiert werden konnte. Dementsprechend hat sich auch die Cost-Income-Ratio der bayerischen Sparkassen von 65,4 Prozent in 2019 auf 65,6 Prozent in 2020 leicht verschlechtert. Für jeden Euro Erlös mussten die bayerischen Sparkassen im vergangenen Jahr also fast 66 Cent einsetzen.

Nachhaltig seit 200 Jahren

Unter dem Strich steht bei den bayerischen Sparkassen für das Geschäftsjahr 2020 ein Betriebsergebnis nach Bewertung von 868,1 Mio. Euro (2019: 975,7 Mio. Euro). Nach den noch vorläufigen Berechnungen wird nach Steuern am Ende ein Jahresüberschuss von 309,7 Mio. Euro (2019: 379,2 Mio. Euro) stehen.

Sparkassen verstehen sich schon durch ihren öffentlichen Auftrag als gemeinwohlorientierte regionale Kreditinstitute als nachhaltig – inzwischen seit 200 Jahren. „Und gerade in kritischen Zeiten wie der Negativzinsphase oder in der aktuellen Pandemie-Situation zeigen Sparkassen wieder ihre regionale Stärke", erklärte Reuter. Auf ihr Jahresergebnis führen die bayerischen Sparkassen für 2020 441,4 Mio. Euro an gewinnabhängigen Steuern ab. 198 Mio. Euro davon sind Gewerbesteuern, die erneut auch die bayerischen Kommunen stärken – das ist mehr als eine halbe Million pro Tag.

Förderer der Gesellschaft

Als Kreditinstitute mit einem öffentlichen Auftrag spielen die Sparkassen auch eine besondere Rolle als nachhaltige Förderer der Gesellschaft im Freistaat: Neben Sponsoring und Spenden haben die 64 bayerischen Sparkassen und der Sparkassenverband 2020 insgesamt 115 Stiftungen unterhalten, mit denen sie soziale Zwecke, Umwelt, Kultur und Sport in ihren Geschäftsgebieten fördern. Insgesamt wurden fast 40 Mio. Euro für gemeinnützige Zwecke und Einrichtungen bereitgestellt – das ist mehr als eine dreiviertel Million pro Woche, die gemeinnützige Empfänger in ganz Bayern erreicht. Auf diese Weise stützen die Sparkassen die soziale Infrastruktur vor Ort.

Ganz explizit engagieren sich die Sparkassen seit 2020 beim ökologisch nachhaltigen Umbau Europas. Auch die bayerischen Sparkassen und der Sparkassenverband Bayern unterstützen die „Selbstverpflichtung für klimafreundliches und nachhaltiges Wirtschaften" der Sparkassen-Finanzgruppe. Sie basiert auf den Zielen des Pariser Klimaabkommens und den „Principles for Responsible Banking" der Finanzinitiative des Umweltprogramms der Vereinten Nationen. Die Sparkassenorganisation bekennt sich damit zunächst zu dem Ziel, den eigenen Geschäftsbetrieb bis spätestens 2035 CO2-neutral zu gestalten. Vor allem aber fördern die bayerischen Sparkassen den notwendigen Strukturwandel, indem sie die ökologische Transformation der bayerischen Wirtschaft finanzieren. Denn in den kommenden Jahren muss erheblich mehr Kapital in nachhaltige Investitionen fließen als bisher, damit die ehrgeizigen Ziele des Green Deals der EU erreicht werden können.

Darüber hinaus bieten die Sparkassen in der Wertpapierberatung systematisch nachhaltige Investments an. Unter dem Motto „Investoren werden zu Sinnvestoren" fördern sie die nachhaltige Vermögensbildung im Eigeninteresse der persönlichen Absicherung und dabei gleichzeitig ökologisch und gesellschaftlich.

Digitale Angebote vermehrt genutzt

Die Corona-Pandemie wirkt als Beschleuniger in nahezu allen Entwicklungstrends der Sparkassen. So hat sie auch für einen großen Schub bei der Nutzung digitaler Angebote gesorgt, die Zahlungsgewohnheiten verändert und auch die Selbständigkeit der Kunden in der Erledigung ihrer Bankgeschäfte ohne Besuch in einer Geschäftsstelle weiter erhöht, wie Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern, berichtete. Allein im Verlauf des Jahres 2020 nahm die Zahl der Online-Banking-Kunden der bayerischen Sparkassen um eine halbe Million zu.

Die bayerischen Sparkassen haben diese Entwicklungen aufgegriffen und den Umbau ihres Filialnetzes auch im Pandemiejahr 2020 fortgesetzt. Sie unterhielten zum Jahresende 2.009 personenbesetzte Geschäftsstellen und Beratungscenter, das sind 8,7 Prozent weniger als ein Jahr zuvor.



V.l.: Vizepräsident Roland Schmautz, Präsident Prof. Dr. Ulrich Reuter und Landesobmann Ralf Fleischer. Bild: SVB

Schmautz zufolge „zeigt die Krise, dass noch weniger Kunden auf die Filialen als alleinigen Anlaufpunkt angewiesen sind, als bisher gedacht. Wir sehen das an den steigenden Online-Zahlen einerseits und an der sinkenden Kundenfrequenz in unseren Geschäftsstellen andererseits. Doch wir wissen auch um die Kundengruppe, die nicht online-affin ist und weiterhin persönlichen Zugang wünscht. Deshalb bleiben wir zusätzlich zur Bündelung unserer Kompetenzen an infrastrukturintensiven Orten – wenn auch in veränderter Dichte – in der Fläche präsent."

Die 64 bayerischen Sparkassen betreiben ein immer noch dichtes Netz von 2.009 Geschäftsstellen (2019: 2.195), 617 Selbstbedienungs-Geschäftsstellen (2019: 556) und 3.542 Geldautomaten (2019: 3.599). Diese Anlaufstellen werden ergänzt durch Kundenservicecenter für das Telefonbanking und digitale Beratungscenter. Parallel bauen die Sparkassen die digitalen Zugangswege für ihre Kunden aus. Basis ist dabei das Online-Banking, auf dem zahlreiche Zusatzleistungen aufbauen.

Internet-Filiale und S-App

Die Interaktionen über die Internet-Filiale – der mittlerweile größten Filiale der Sparkassen – oder über die S-App – steigen stark, die Sparkassen konnten die Zahl der Transaktionen binnen zwölf Monaten fast verzehnfachen. Schmautz erwartet noch mehr: „Wir rechnen damit, dass sich die Entwicklung fortsetzt und wir in den kommenden zwei Jahren mindestens eine weitere Verdopplung sehen werden. Auch die Online-Produktabschlüsse wachsen ordentlich – beim S-Privatkredit etwa haben wir einen Zuwachs um 58 Prozent in 2020 erlebt. Wertpapier-Transaktionen sind je nach Art sogar um zwischen 344 bis 806 Prozent gestiegen."

In der Krise setzt sich auch der Wandel zur Karten- oder Mobilzahlung am Point-of-Sale in den Geschäften weiter fort. So nutzten auch die Sparkassenkunden verstärkt elektronische Bezahlverfahren. Deutschlandweit stieg etwa der Einsatz der girocard im Jahr 2020 um 23 Prozent, dabei wurden rund 13 Prozent mehr Umsätze getätigt: Insgesamt haben die Sparkassen-Kunden 2,6 Mrd. Mal mit ihrer Sparkassen-Card, der in Deutschland meistgenutzten girocard, bezahlt. Ein wachsender Anteil der Kunden geht einen Schritt weiter und bezahlt immer öfter auch mit dem Smartphone.

Abschließend warf Schmautz einen Blick in die Zukunft des Bezahlens in Europa und erklärte das Ziel der EPI – European Payment Initiative: „Perspektivisch sollen alle Bezahlarten unter einem Dach zusammengeführt werden. Ziel ist es, die verschiedenen Verfahren für Online-, Karten- und Mobile-Zahlungen aus den europäischen Ländern in einem einheitlichen europäischen Zahlungssystem zusammenzuführen."

In einem ersten Schritt werden ab Mai die deutschen Banken und Sparkassen ihre Online-Bezahlverfahren paydirekt, giropay und Kwitt unter der Marke giropay zusammenführen. Perspektivisch soll dann auch die girocard integriert werden. Mit der gemeinsamen Marke giropay wird die Basis für einen neuen Standard gesetzt, der Bequemlichkeit, Sicherheit und europäischen Datenschutz miteinander verbindet.

In seinem Ausblick mahnte Reuter zunächst generell mehr Maß in der Bankenregulierung an. Das risikoarme Kreditgeschäft der Sparkassen als Regionalbanken müsse immer noch an vielen Stellen stärker von Regulierungsmaßnahmen entlastet werden, um den kleineren Kreditinstituten die Luft zum Atmen zu lassen. Verhältnismäßigkeit sei hier bei Weitem noch nicht erreicht, warnte Reuter: „Ich hoffe, dass die deutsche Politik die Gefahr erkennt."

Mit dem Ausbruch der Corona-Krise verschärft sich die Problematik des zunehmenden Einlagenüberhangs der Sparkassen in doppelter Weise. Die Ersparnisse nehmen beschleunigt zu. Gleichzeitig wird die Negativzinssituation durch die EZB-Geldpolitik weiter verschärft. Seit 2014 hat die EZB Negativzinsen ausgerufen, die sie frühestens 2024 erhöhen wird. Selbst kleine Renditeerhöhungen werden sofort mit neuen Ankäufen beantwortet. „Das ist ein Fluch für Sparer und genauso für die Sparkassen, von denen einige sehr einlagenstark und damit schwer betroffen sind." Der Präsident forderte als ersten Schritt zumindest deutliche Mindestreserve-Erleichterungen bei der EZB für Regionalinstitute. Eine klare Ausweitung der Freibeträge würde schon ein wenig Druck herausnehmen.

Negativzinspolitik

„Die Sparkassen haben die Negativzinspolitik wirklich lange abgepuffert, haben ihre eigenen Effizienzreserven gehoben, Kosten reduziert und den Vertrieb angekurbelt. Es wird aber dennoch mit der Zeit unausweichlich, die Wirkungen tatsächlich im Sinne der ursprünglichen Absicht der EZB durchzuleiten bis zu den Endkunden", machte Reuter deutlich. Er rechne damit, „dass es deshalb schon bald kein Kreditinstitut mehr geben kann, das neues Geld annimmt, ohne ein Verwahrentgelt dafür erheben zu müssen".

Insgesamt, so der SVB-Präsident, hätten die bayerischen Sparkassen gezeigt, dass sie auch unter widrigen Bedingungen voll einsatzbereit für ihre Kunden und weitgehend stressresistent sind. Mit diesem Bewusstsein gingen sie jetzt kraftvoll in die kommenden Monate. Reuter rechnet nun mit einer Belebung der Wirtschaft ab Jahresmitte und geht davon aus, dass die Sparkassen im Freistaat im angelaufenen Jahr ihre Ergebnisse stabilisieren. Der Rückgang des Betriebsergebnisses wird sich nach seiner Überzeugung verlangsamen, weil viele Maßnahmen greifen. „Das heißt, die Sparkassen sind und bleiben starke Partner für ihre Kunden in ganz Bayern." **DK**

Konzern Versicherungskammer:

Sicherheit in unsicheren Zeiten

Der Konzern Versicherungskammer verbucht für das Geschäftsjahr 2020 einen deutlichen Anstieg der Beitragseinnahmen. Das Beitragsvolumen im gesamten Versicherungsgeschäft liegt bei 9,36 Mrd. Euro, im selbst abgeschlossenen Geschäft bei 9,25 Mrd. Euro. Das entspricht einer Steigerung von 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr und drückt in Zahlen den Bedarf an Sicherheit in unsicheren Zeiten aus.

„Im vergangenen Jahr galt es, den Umgang mit der Pandemie beherrschbar zu machen und die gesamten Unternehmensabläufe und -prozesse in kurzer Zeit darauf auszurichten. Das ist uns in allen Bereichen des Konzerns sehr gut gelungen", betont Dr. Frank Walthes, Vorsitzender des Vorstands des Konzerns Versicherungskammer, dem größten öffentlichen Versicherer in Deutschland. „Die durch die Pandemie veränderten Kundenerwartungen konnten wir spezifisch bedienen und gleichermaßen als Versicherer einen weiteren, deutlichen Schritt zur digitalen Professionalisierung gehen."

Die drei Geschäftsfelder Schaden- und Unfallversicherung, Kranken- und Pflegeversicherung sowie Lebensversicherung entwickeln sich deutlich positiv und über dem voraussichtlichen Marktwachstum. Ein stringentes Kostenmanagement sichert weiter Kostenquoten unter Marktniveau. Das Konzernergebnis vor Steuern beträgt 363,3 (257,4) Mio. Euro.

Der Kapitalanlagenbestand des Konzerns Versicherungskammer (inkl. Drittgeschäft) wächst um rund 4,9 Prozent und liegt bei rund 67,4 Mrd. Euro. Für den eigenen Kapitalanlagenbestand von 56,4 Mrd. Euro kann eine Nettoverzinsung von 2,4 Prozent erzielt werden. Die Bewertungsreserven steigen auf 11,3 Mrd. Euro, was einer Gesamtreservequote von 19,4 Prozent entspricht.

„Alle unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Innen- und Außendienst sowie unsere Vertriebspartner im Multikanalvertrieb haben 2020 Herausragendes geleistet. Ihnen gilt mein Dank. Denn sie waren und sind in Zeiten der Unsicherheit für unsere Kundinnen und Kunden immer zuverlässige und lösungsorientierte Partner", so Walthes weiter.

Seit Beginn der Corona-Pandemie arbeiten über 80 Prozent der Belegschaft im Homeoffice. Die Online-Beratung mit Co-Browsing und virtuellem Vertragsabschluss ermöglicht im Vertrieb den digitalen Kontakt zu Kunden und trägt so maßgeblich zum Geschäftserfolg bei.

Schaden- und Unfallversicherung

In der Schaden- und Unfallversicherung kann der Konzern Versicherungskammer die Beiträge überdurchschnittlich um 3,4 Prozent auf 2,67 Mrd. Euro steigern. Dazu tragen alle Kundensegmente und insbesondere in den Sachversicherungen die Wohngebäudeversicherung und Industrie/Gewerbe/Landwirtschaft bei.

Im Bereich Schaden trägt eine Vielzahl von Maßnahmen zur Prozess- und Qualitätssteigerung auch in der digitalen Bearbeitung Früchte. Auch wurde das Management der Schadenaufwände durch ein eigenes Handwerkernetz und das Kfz-Werkstattnetz SPN – bei gleichzeitig hohen Servicestandards verbessert.

Durch die coronabedingten Reiseeinschränkungen hat der Markt weltweit gelitten. Die Beitragseinnahmen der Reiseversicherung im Konzern halbieren sich. Eine Erholung wird erst erwartet, sobald Reisewarnungen entfallen.

Die beiden Kranken- und Pflegeversicherer, die Bayerische Beamtenkrankenkasse und die bundesweit tätige Union Krankenversicherung (UKV), erzielen Prämieneinnahmen in Höhe von 2,72 Mrd. Euro. Das entspricht einem Anstieg von 7,0 Prozent. Dazu tragen auch die neuen Kooperationen mit der AOK NordWest und der AOK Nordost bei.

Lebensversicherung

Die gebuchten Beiträge steigen um 15,8 Prozent auf 3,75 Mrd. Euro. Einmalbeiträge mit einem Zuwachs von 30,7 Prozent bzw. 526 Mio. Euro haben den größten Anteil am Konzernwachstum. „Rund 75 Prozent der vermittelten Beitragssumme im Lebensversicherungsgeschäft wurden durch den Sparkassenvertrieb erzielt. Hier werden zu drei Vierteln kapitalmarktorientierte Produkte verkauft", so Walthes weiter. Dabei liegt die Gesamtverzinsung bei 2,8 Prozent.

„In Zeiten der Pandemie zeigt sich die Resilienz und Nachhaltigkeit der Versicherungskammer. Auch in Zukunft gilt für uns im Konzern der werteorientierte Dreiklang aus WertHalten, WortHalten und NachHalten", so Walthes abschließend. ❐

LfA Förderbank Bayern:

Unterstützung für rund 1.900 Handelsunternehmen

Der Handel gehört zu den am stärksten von den Folgen der Corona-Pandemie betroffenen Branchen. Mit ihren Förderangeboten hat die LfA Förderbank Bayern im vergangenen Jahr einen wichtigen Beitrag zur Stabilität der bayerischen Handelsbetriebe geleistet.

Insgesamt wurden im Ausnahmejahr 2020 Förderkredite in Höhe von rund 470 Millionen an den bayerischen Handel vergeben. Knapp 182 Millionen Euro davon entfielen auf speziell zur Bewältigung der Corona-Krise eingeführte oder optimierte Förderkredite.

Die insgesamt rund 1.900 geförderten Unternehmen konnten mit den Geldern Investitionen und Stabilisierungsmaßnahmen in Höhe von knapp 648 Millionen Euro tätigen.

Arbeitsplätze gefestigt

„Die Förderbilanz des vergangenen Jahres zeigt, dass die Angebote der LfA dem Handel in Bayern auch in besonders herausfordernden Zeiten wirksame Unterstützung bieten. Corona-bedingt haben die Handelsunternehmen die Mittel 2020 verglichen mit den Vorjahren deutlich stärker für Konsolidierungsmaßnahmen eingesetzt. Trotz Krise konnten im vergangenen Jahr zahlreiche Unternehmen aber auch in ihre langfristige Wettbewerbsfähigkeit investieren. Mithilfe der Förderangebote der LfA konnten im bayerischen Handel im vergangenen Jahr insgesamt über 37.500 bestehende Arbeitsplätze gefestigt und 1.050 neue geschaffen werden“, ordnet Dr. Otto Beierl, Vorstandvorsitzender der LfA, die Bilanz ein.

Ernst Läuger, Präsident des Handelsverbands Bayern (HBE), ergänzt: „Die Auswirkungen der Corona-Pandemie stellen den Handel zusätzlich zum voranschreitenden Strukturwandel vor weitere Herausforderungen. Die zinsgünstigen und flexiblen Finanzierungsangebote der LfA Förderbank Bayern helfen unserer Branche entscheidend dabei, die damit verbundenen Aufgaben zu meistern. Darüber hinaus ermöglichen sie speziell den kleinen und mittelständischen Handelsbetrieben, vorrausschauend in die Zukunft zu investieren.“

Christoph Leicher, Präsident des Landesverbandes Groß- und Außenhandel, Vertrieb und Dienstleistungen (LGAD), erklärt zudem: „Für den bayerischen Groß- und Außenhandel gehört die LfA zu den wichtigsten Finanzierungspartnern. Das umfangreiche und flexible Förderangebot trägt maßgeblich dazu bei, dass unsere Unternehmen die aktuelle Krise überwinden können. Mit den Mitteln lassen sich des Weiteren aber auch wichtige Zukunftsprojekte wie beispielsweise Digitalisierungsvorhaben realisieren.“ ❐

Fast 870 Mio. Euro weniger Gewerbesteuer für Bayerns Gemeinden

Im Jahr 2020 verzeichneten die bayerischen Städte und Gemeinden einen Rückgang bei den Gewerbesteuereinnahmen von insgesamt rund 867 Mio. Euro bzw. 10,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Mit einem Minus von 23,2 Prozent waren die kreisfreien Städte besonders betroffen. Die gesamten Steuereinnahmen der bayerischen Gemeinden verringerten sich im vergangenen Jahr um 1,1 Mrd. Euro bzw. 5,4 Prozent.

Nach den Ergebnissen der vom Bayerischen Landesamt für Statistik durchgeführten kommunalen Kassenstatistik verzeichneten die bayerischen Städte und Gemeinden im Jahr 2020 einen Rückgang bei den Gewerbesteuereinnahmen von 867 Mio. Euro bzw. 10,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Sie fielen damit von rund 8,49 Mrd. Euro auf nur mehr knapp 7,63 Mrd. Euro. Mit einer Abnahme um fast ein Viertel (-23,2 Prozent) waren die kreisfreien Städte überdurchschnittlich betroffen.

Dass die Einnahmeverluste der bayerischen Gemeinden nicht noch höher ausfielen, ist darauf zurückzuführen, dass die Gemeinden seit 2020 weniger Gewerbesteuerumlage an Bund und Land abführen müssen. Betrachtet man das Gewerbesteueraufkommen, d.h. die Einnahmen der Gemeinden vor Abzug der Gewerbesteuerumlage, liegt der Rückgang bei fast 1,8 Mrd. Euro bzw. 17,3 Prozent gegenüber 2019.

Wie das Landesamt für Statistik weiter mitteilt, war auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer auf das Jahr 2020 betrachtet rückläufig. Die Gemeinden erhielten 2020 rund 396 Mio. Euro weniger als noch im Jahr zuvor, was einer Minderung von 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Den Mindereinnahmen bei den beiden wichtigsten Steuereinnahmequellen der Gemeinden stehen weiterhin wachsende Einnahmen aus dem betragsmäßig jedoch weit weniger bedeutsamen Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer gegenüber (+9,3 Prozent). Die gesamten Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern verringerten sich 2020 im Vorjahresvergleich um 5,4 Prozent bzw. 1,11 Mrd. Euro auf 19,42 Mrd. Euro. ❐

Jahresbilanz der Sparkasse Niederbayern-Mitte:

Verlässlich auch in Zeiten des Wandels

Als Garant für Stabilität in der Region hat sich die Sparkasse Niederbayern-Mitte im Geschäftsjahr 2020 erwiesen. Wie Vorstandsvorsitzender Walter Strohmaier bei der Präsentation der Jahresbilanz als Video-Podcast betonte, könne man trotz der belastenden Corona-Pandemie sowohl mit dem erreichten Betriebsergebnis von 0,9 % (2019: 1,03 %) als auch mit dem etwas unter dem Vorjahresniveau liegenden Bilanzgewinn in Höhe von 5,90 Mio. Euro (2019: 5,95 Mio. Euro) durchaus zufrieden sein. Gestiegen ist die Bilanzsumme: Sie kletterte um 10,7 % auf 4.964 (4.450) Millionen Euro.

Strohmaier wies darauf hin, dass die schwierige Marktlage aufgrund des anhaltenden Niedrigstzinsniveaus und die Corona-Pandemie auch weiterhin für eine besondere Ausnahmesituation in der Finanzwirtschaft sorgten. Erneut übte er deshalb deutliche Kritik an der anhaltenden EZB-Zinspolitik, die vor allem zum Nachteil der Sparer eine enorme Belastung für die Kreditwirtschaft darstelle. So wurden im vergangenen Jahr rund 13 Milliarden Euro Strafzinsen von europäischen Banken an die EZB gezahlt, davon über 4 Milliarden Euro von deutschen Kreditinstituten. Die Steigerung der Einlagen um 9,5 % auf 3.711 (2019: 3.390) Millionen Euro verdeutliche, dass Kunden der Sparkasse weiterhin hohes Vertrauen entgegenbringen.

Allerdings koste jeder Euro, der als Einlage zur Sparkasse gebracht wird, inzwischen real Geld, erklärte Strohmaier. Denn neben den Strafzinsen der EZB und der technischen und personellen Abwicklung sei auch eine Sicherheitsgebühr an das Einlagensicherungssystem abzuführen und darauf die Bankenabgabe zu bezahlen. Dies bedeute enorme Belastungen für die deutsche Finanzwirtschaft und führe dazu, dass immer mehr Kreditinstitute Verwahrentgelte für hohe Einlagensummen einführen werden, prognostizierte der Vorstand.

Gerade in Zeiten der Pandemie ist sich die Sparkasse Niederbayern-Mitte der besonderen Verantwortung bewusst und hat deshalb in unzähligen, individuell gestalteten Fällen Kunden finanziell „Luft verschafft“. „Vor allem das Hausbankmodell bewährte sich auch in dieser Krise, da wir unsere Firmenkunden gut kennen und individuell unterstützen können“, unterstrich der Vorstandschef. Mit einem deutlich erhöhten Beratungsaufwand konnte die Beratungs-, Kredit- und Liquiditätsversorgung in der Region sichergestellt werden. Das Volumen ausbezahlter Kredite und Darlehen wuchs um 8,1 % auf insgesamt 3.547 (2019: 3.251) Millionen Euro.

Gefestigte Stabilität

Durch eine weitere kontinuierliche Steigerung der Eigenkapitalquote auf aktuell 18,5 % wird die Stabilität der heimischen Sparkasse gefestigt. Auf konstant hohem Niveau bleibt auch das gesellschaftliche Engagement: Strohmaier erinnerte an die Jubiläumsspendenaktion mit knapp 300 Einzelspenden an Vereine und Institutionen mit einem Volumen von 180.000 Euro. An die Kommunen wurden Gewerbesteuerzahlungen in Höhe von 5,55 (2019: 5,1) Millionen Euro überwiesen, insgesamt wurden ertragsabhängige Steuern in Höhe von über 12,4 (11,5) Millionen Euro gezahlt.

Nach Strohmaiers Überzeugung wird sich das „Gesicht einer Sparkasse“ trotz hoher Kontinuität permanent wandeln. Entscheidend sei es, diese Entwicklung für Kunden und Mitarbeiter kontinuierlich, behutsam und konsequent zu begleiten, um stets der verlässliche Partner für die Menschen und Wirtschaft in der Region zu bleiben. **DK**

Rottal Terme ist gerüstet für den Neustart

Die Rottal Terme Bad Birnbach steht in den Startlöchern. „Sobald wir endlich wieder öffnen dürfen, sind wir bestens darauf vorbereitet“, berichtete Werkleiterin Josefine Kohlmeier bei einem Besuch von Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich in der Therme. Mit dabei war auch Bad Birnbachs Bürgermeisterin Dagmar Feicht, die sich über das Signal von Heinrich freute, die Einrichtung Hand in Hand mit dem Ort weiterzuentwickeln und Synergien zu nutzen.

Nun soll an wissenschaftlich fundierten und während der Umsetzung evaluierten Konzepten für eine sichere Öffnung gearbeitet werden. Eine Zusammenarbeit mit einem entsprechenden Lehrstuhl ist hier angedacht.

Laut Josefine Kohlmeier wurde im ersten Lockdown im vergangenen Jahr die Thermen- und Saunawelt auf den neuesten Stand gebracht und eine neue Sauna gebaut. „Im zweiten Lockdown haben wir uns nun auf das Therapiezentrum konzentriert“, so die Werkleiterin. Es habe umfassende Maler- und Fliesenarbeiten gegeben und es seien viele hundert Meter an Fugen erneuert worden. Stolz ist Kohlmeier, dass im Thermenbereich eine neue Lounge eingerichtet worden ist, in der die Badegäste auch in Ruhe ihr Handy zücken dürfen und hier W-LAN vorfinden, um ihre Nachrichten abzurufen. „Das ist ein echter Mehrwert für die Einrichtung“, freute sich die Leiterin.

Ein Großprojekt sei auch die Gebäudeautomatisierung gewesen. „Dadurch können die Beckenschließzeiten in Zukunft deutlich verringert werden. Dann, wenn wir wieder öffnen, werden wir mehr Beckenöffnungszeiten haben“, betonte Kohlmeier. Im Außenbereich geht es ab Mai an die Modernisierung des Schwimmerbeckens. Erst dann sind draußen Fliesenarbeiten möglich. „Bis August sollte alles abgeschlossen sein, und dann wird unser Schwimmerbecken wieder zur Verfügung stehen“, stellte die Werkleiterin in Aussicht.

„Die Zeit, in der geschlossen wurde, wurde äußerst sinnvoll genutzt. Hier ist eine hervorragende Arbeit geleistet worden. Dennoch ist unser Ziel, dass wir unter sicheren Bedingungen so schnell wie möglich wieder öffnen können“, so Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich.

Für ihn ist es wichtig, nicht nur auf die wirtschaftliche Situation der Thermalbäder Bad Birnbach, Bad Griesbach, Bad Füssing, Bad Gögging und Bad Abbach zu schauen, dessen Träger mehrheitlich der Bezirk Niederbayern ist. Sondern auch, auf folgendes hinzuweisen: „Dass unsere Bäder Orte der Prävention und Gesundheitserhaltung sind, die für viele Menschen unter gesundheitlichen Gesichtspunkten wichtig sind. Deshalb müssen sie diesen Besuchern so bald wie möglich wieder zur Verfügung stehen.“

Etwaige Öffnung wissenschaftlich begleiten

Dies unterstrich auch Bürgermeisterin Feicht, die hofft, in einem oder zwei der niederbayerischen Bäder könne die Öffnung exemplarisch vorbereitet werden, und die anderen Einrichtungen können dann nachziehen. Heinrich regte an, eine etwaige Öffnung wissenschaftlich zu begleiten und einen universitären Partner zur Evaluierung hinzuzuziehen. Dies begrüßten Kohlmeier und Feicht und stellten in Aussicht, sich mit der LMU zu vernetzen. „Wenn wir ein Konzept ausarbeiten, das wissenschaftlich begleitet wird, dann wird dies viel eher genehmigt“, ist sich der Bezirkstagspräsident sicher.

Zu prüfen sei auch, ob Menschen, die bereits die zweite Impfung erhalten haben, ebenfalls schon die Rottal Terme besuchen dürfen. In jedem Fall arbeite man Hand in Hand in Hand mit der Gemeinde, erklärte Heinrich. **mbs**

Wasserbau:

Chancen für kommunale Entwicklung

Gewässer prägen unsere Landschaften und Siedlungen. Sie stellen wichtige Elemente für den Menschen, Flora, Fauna und Kleinklima dar. Wasserbauliche Projekte können dies vielfältig stärken und Synergien herstellen. So können im Rahmen von Hochwasserschutzmaßnahmen neben dem Schutz für Bevölkerung und Infrastruktur auch Begegnungsstätten, städtebaulich wertvolle Strukturen, Naherholungsräume oder aber auch Rückzugsräume geschaffen werden.

Maßnahmen zur Erreichung eines guten Zustandes der Gewässer, wie ihn die EU-Wasserrahmenrichtlinie fordert, können sich zusätzlich zur verbesserten Gewässerökologie und Biodiversität auch positiv auf die Freizeitnutzung, das Naturerlebnis aber auch auf die Hitzevorsorge für den Klimawandel auswirken.

Unsere kleinen Gewässer bilden mit einer Fließlänge von insgesamt rund 92.000 km ein verzweigtes und flächendeckendes Netz über ganz Bayern. An diesen sogenannten Gewässern dritter Ordnung sind Kommunen sowie Wasser- und Bodenverbände für den Ausbau und die Unterhaltung zuständig. Dies schließt sowohl Hochwasserschutz als auch ökologische Projekte wie beispielsweise Gewässerrenaturierungen ein. Der Freistaat Bayern unterstützt dabei mit Förderbeträgen bis zu 75 %.

Die Unterhaltung und Pflege von Gewässern ist Daueraufgabe, wobei auch hier viel für Ökologie und Hochwasserschutz erreicht werden kann. Die Gewässernachbarschaften, koordiniert vom Bayerischen Landesamt für Umwelt, unterstützen hier tatkräftig.

Aufwändiger sind Ausbaumaßnahmen an Bächen und Flüssen. Um die damit verbundenen Chancen in jeder Hinsicht nutzen zu können, bedarf es einer fundierten und allumfassenden Planung, für die in der Regel wasserbauliche Ingenieurbüros beauftragt werden. Im Rahmen eines solchen kooperativen Planungsprozesses gibt es viele Aspekte zu beachten und Beteiligte einzubeziehen, damit am Ende eine gute, nachhaltige und auch dauerhaft wirksame Lösung entsteht. Eine fachgerechte und wirtschaftliche Planung und Umsetzung von Wasserbauprojekten, die alle Interessen miteinbezieht, beginnt bei den ersten Überlegungen, setzt sich in der konkreten Planungsphase fort und mündet zunächst in der baulichen Umsetzung. Aber nach dem Bau enden die Aufgaben nicht. Vielmehr müssen wasserbauliche Anlagen über deren gesamte Lebensdauer begleitet und die Gewässer unterhalten werden.



Altach in Zeil am Main: eine vorbildliche Kombination aus Hoch- wasserschutz, Ökologie und Städtebau. Bild: Dipl.Ing.Univ. Norbert Schneider

Hier setzt die WebSeminarreihe „Zusammenarbeit von Kommunen und Ingenieurbüros bei Wasserbauprojekten“ des DWA Landesverbands Bayern an und will allen am Planungsprozess Beteiligten wichtige Hinweise sowie gute Praxistipps geben, die zum gegenseitigen Verständnis der Planungsbeteiligten und erfolgreichem Management der Schnittstellen führen sollen. Zahlreiche Erfahrungsberichte und konkrete Anwendungsbeispiele zeigen den Weg zu guten Lösungen für alle Beteiligten auf. Inhaltlich bilden die vier WebSeminare den chronologischen Ablauf von den ersten Planungsüberlegungen bis hin zur fertigen Maßnahme ab. Alle Teile schließen jeweils mit einer ausführlichen Frage- und Diskussionsrunde ab, so dass auch die Wünsche der Teilnehmer ausreichend Platz finden. ❐

Förderprogramm zu Kneipp-Anlagen

Die ersten 19 Projekte aus dem Kneipp-Förderprogramm des Bayerischen Wirtschaftsministeriums können jetzt realisiert werden. Die Förderbescheide wurden bereits von den Bezirksregierungen an die Gemeinden versendet. „Viele bayerische Tourismusdestinationen und Erholungsorte bis hin zu den hoch prädikatisierten Kneipp-Kurorten und -Heilbädern bieten ihren Gästen therapeutische Hilfe auf Grundlage der Kneipp’schen Lehre“, so Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger.

Zu einem hochwertigen Kneipp-Therapieangebot gehört Aiwanger zufolge auch eine adäquate, zeitgemäße und moderne Infrastruktur. „Ich bin überzeugt, dass unsere Kneipp-Anlagen heuer bayernweit in neuem Glanz erstrahlen und unseren Gästen bei Prävention, Genesung und Gesunderhaltung eine wertvolle therapeutische Unterstützung geben – gerade in Zeiten der Corona-Pandemie.“

Die ersten Förderbescheide gingen an die bayerischen Kommunen Alfeld, Bad Berneck, Bad Kötzting, Bad Neualbenreuth, Bad Wörishofen, Bissingen, Hersbruck, Neuburg an der Donau, Neuschönau, Nüdlingen, Ottobeuren, Pottenstein, Rieneck, Schönau am Königssee, Schongau, Stöttwang, Thüngen, Türkheim und Wallgau. Mit staatlicher Unterstützung können diese Gemeinden nun ihre eingereichten Projekte verwirklichen. Parallel dazu prüfen die Bezirksregierungen in den kommenden Wochen abschließend die weiteren Anträge. Das Bayerische Wirtschaftsministerium fördert im Rahmen des Sonderprogramms „Touristische Infrastruktur – Kneipp-Anlagen“ aktuell 106 Kneipp-Projekte mit insgesamt 1,5 Millionen Euro.

Das Sonderprogramm wurde anlässlich des 200. Geburtstags von Pfarrer Sebastian Kneipp aufgesetzt und unterstützt die Kommunen bei Errichtung, Erweiterung, Instandsetzung, Umbau und Modernisierung von öffentlich zugänglichen Kneipp-Anlagen. Voraussetzung ist, dass diese von den Gästen kostenfrei genutzt werden können. Die Höhe der Förderung hängt davon ab, wie viel die Gemeinde in die Kneipp-Anlage investiert. Die Eigenbeteiligung beträgt mindestens zehn Prozent. ❐

Weltwassertag 2021:

Sauberes Wasser ist wertvoller als Gold

Der Wasserverbrauch weltweit wird sich bis 2050 verdoppeln. Gleichzeitig steht wegen des Klimawandels vielerorts weniger Wasser zur Verfügung. „Wert des Wassers" lautete daher das Motto des diesjährigen Weltwassertags, der von den Vereinten Nationen im Jahr 1993 ausgerufen wurde.

Bis 2030 wollen die UN allen Menschen auf der Welt einen sicheren Zugang zu sauberem Wasser und zu Sanitärleistungen schaffen. Auch Deutschland engagiert sich dafür, wie Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller darlegte: „Wasser ist die Grundlage allen Lebens. Aber leider ist Wasser für viele keine Selbstverständlichkeit. 450 Millionen Kinder haben weltweit laut UNICEF nicht genügend Wasser – jedes fünfte Kind! In der Corona-Krise, in der Händewaschen noch wichtiger ist als sonst, ist das eine zusätzliche Gefahr. Die Weltgemeinschaft muss sich noch stärker engagieren, bis 2030 allen Menschen Zugang zu sauberem Wasser zu ermöglichen. Deutschland geht hier voran: Jedes Jahr ermöglichen wir über zehn Millionen Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitärversorgung."

Besonders in Flüchtlingslagern sei diese Arbeit überlebenswichtig, machte Müller deutlich. „Im Krisenbogen um Syrien, wo Wasser ein knappes Gut ist, ist die Verteilung und Bewirtschaftung des Trinkwassers zentral, um Konflikten vorzubeugen. Dort konnten wir in den letzten Jahren 11 Millionen Menschen mit sauberem Trinkwasser versorgen. Allein im großen Flüchtlingslager Zaatari in Jordanien wurde für 80.000 Menschen die Trink- und Abwasserversorgung ausgebaut."

Weitere Beispiele aus der deutschen Entwicklungszusammenarbeit: Mosambik ist stark vom Klimawandel betroffen, es kommt immer wieder zu starken Überflutungen. Daher unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit den Bau eines Deich-Durchlasses gegen Überflutungen und die Rehabilitierung des Flusslaufes des Rio Chiveve. Im westafrikanischen Benin wurde für 200.000 Menschen in ländlichen Gebieten die Trinkwasserversorgung hergestellt. Zudem wurde die Wasserqualität an bestehenden Wasserversorgungsanlagen für über 1,5 Millionen Menschen verbessert.

Beispiele aus der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Deutschland unterstützt im südafrikanischen Kapstadt die Modernisierung der Kläranlagen. Dadurch wird die Menge des nutzbaren Wassers für Bevölkerung, Landwirtschaft und Industrie erhöht – gerade in Zeiten von zunehmenden Dürren eine wichtige Voraussetzung für eine klimaresiliente Wasserversorgung.

„Sauberes Wasser ist wertvoller als Gold", unterstrich Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber. Eine der dringlichsten Aufgaben sei es deshalb, den besonderen Wert des Wassers für jeden Einzelnen noch deutlicher hervorzuheben. Es gelte, das Wasser dauerhaft und in höchster Qualität bayernweit verfügbar zu halten. Dazu habe er, Glauber, das umfassende Programm Wasserzukunft 2050 aufgelegt.

Bewusstseinsoffensive Wasserland Bayern

Ein wesentlicher Punkt dabei sei, den Wert des Wassers zu erkennen. „Wasser schätzen, das wollen wir mit vielfältigen Projekten in den Köpfen der Menschen verankern", betonte der Minister. Im Rahmen einer „Bewusstseinsoffensive Wasserland Bayern" würden dazu verschiedene Maßnahmen aus den Bereichen Bildung, Forschung und Kommunikation umgesetzt. Auch seien die frühkindliche Umweltbildung sowie die Schulen eingebunden. Beispielsweise gebe es im Rahmen der Aktion Grundwasserschutz in den einzelnen Regierungsbezirken vielfältige Angebote für Schüler und Lehrer in Form von Lehrerhandreichungen, virtuellen Bausteinen, Experimentierkoffern bis hin zu festen Wasserschulen und ganzen Projektwochen. Viele Kooperationspartner wie etwa „Wasserschulen" auf Bauernhöfen beteiligten sich daran. Im Projekt „Wasserbrot" seien mit Landwirten, Müllern und Bäckern sogar ganze Lieferketten in einen wasserschonenden Produktionsprozess eingebunden.

Um das Thema Wasserversorgung auch wissenschaftlich begleitet aufzuarbeiten, befasst sich im Freistaat damit aktuell eine Expertenkommission. Sie soll darstellen, welche Maßnahmen die flächige Versorgung mit Wasser dauerhaft sicherstellen können. Dabei werden Projekte der Wasserspeicherung und Sicherung der Wasserqualität ebenso behandelt wie der Wassertransport in die Kommunen und zum Endnutzer. **DK**

Grundwasserschonende Bodenbewirtschaftung wird forciert:

Startschuss für bundesweit einmaliges Modellprojekt

Beratzhausen. Der Klimawandel mit Dürreperioden und Starkniederschlägen wirkt sich auf Böden und auf das Grund- und damit Trinkwasser aus. Gerade in Karstgebieten mit sensibler Geologie sind besondere Maßnahmen nötig. In diesem Bereich ist ein bundesweit einmaliges Modellprojekt angesiedelt, in dem ein neues Konzept für eine das Grundwasser schonende Landbewirtschaftung im Mittelpunkt steht. Beim Zweckverband der Wasserversorgungsgruppe Laber-Naab wurde dieser Ansatz kürzlich vorgestellt.

In seiner Funktion als 1. Vorsitzender der Kooperation Trinkwasserschutz Oberpfälzer Jura führte der Werkleiter des Wasserzweckverbandes Laber-Naab Franz Herrler in das Thema ein. Gemeinsames Anliegen aller Beteiligten – Wasserversorger und Landwirtschaft – sei es, „zum Wasserschutz beizutragen und den Boden bestmöglich zu erhalten und zu bewirtschaften." Die aus elf Wassergruppen bestehende Kooperation betreue, so Herrler, 22 Wasserschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 15.000 Hektar, fördere über 20 Mio. Kubikmeter Grundwasser im Jahr und versorge ca. 400.000 Einwohner.

Hydrogeologische Analysen

Im Oberpfälzer Jura mit vielen Karstlandschaften sei „eine andere Sichtweise nötig", so der Vorsitzende. Konkret erfolge dies durch hydrogeologische Analysen, um dadurch die Bodenqualität bzw. den Bodenaufbau zu ermitteln. Mit diesen Werten und auf dieser Basis sei dann ein das Grundwasser schonendes Konzept für die Bodenbearbeitung möglich. „Alle Pakete, die vorgeschlagen sind, wurden schon jahrelang erprobt und funktionieren nachhaltig, selbst auf Karstgebieten", machte Herrler auch angesichts langer Kooperationen mit Landwirten deutlich. Er sprach von einer Win-Win-Situation zwischen Wasserversorgern und Landwirten, die angemessene Vergütung erhalten.

Die Charakteristika des regionalen Karstgebietes beschrieb Diplom-Geologin Evi Anders vom Sachverständigenbüro für Grundwasser Anders & Raum in Velden. Besonders wies sie auf die mit Wasser gefüllten Hohlräume im Untergrund hin, was zu besonderen Konstellationen hinsichtlich des Grund- und Trinkwassers führt. Besonders die Tatsache, dass bei Löchern/Dolinen unterhalb des Ackerbodens Wasser ungefiltert ins Grundwasser fließen kann, hob Anders als ein „sensibles und unberechenbares Problem für den Trinkwasserschutz" hervor. Daher müsse darauf geachtet werden, „was auf der Oberfläche passiert", wie die Fläche vom Landwirt bewirtschaftet wird. Das neue Konzept trage dazu bei, „dass das Grundwasser nicht gefährdet wird, keine Schadstoffe ins Grundwasser eingetragen werden", so die Diplom-Geologin abschließend.

Gesunder Boden als gemeinsamer Nenner

Als „gemeinsames Konzept unter Beteiligung vieler Partner" bezeichnete Dipl.-Ing. (FH) Franz Rösl, 1. Vorsitzender der Interessengemeinschaft gesunder Boden e.V., das Projekt. „Der gemeinsame Nenner war der gesunde Boden, der wiederum Voraussetzung für gesundes Wasser ist", konkretisierte Rösl. Die Maßnahmen würden sich an konventionell wie auch ökologisch arbeitende Landwirte richten. Einbezogen ins Projekt seien neben den Bauern die Regierung, die Landwirtschaftsberatung, Hydrogeologen und die Wasserversorger.

Ein besonderer Fokus richte sich auf eine „spezielle, vielgliedrige Fruchtfolge, kombiniert mit Untersaaten und artenreichen Zwischenfrüchten", nannte der Vorsitzenden einen zentralen Aspekt. Das fördere, dass Prozesse im Boden weiterlaufen und Nährstoffe nicht verloren gehen. Einher gehe ein Verzicht auf Pflanzenschutzmittel und auf Brachen. „Der Boden wird nur durch eine lebendige Pflanze gefördert", fasste Rösl zusammen. Die Bodengesundheit sei das Ziel des Landwirts und der Wassergruppen, die Erhöhung der Bodenresistenz und eine geringere Erosionsgefahr weitere Vorteile.

Für die Landwirte nahm Johann Dechant aus Grünschlag Stellung, der konventionell wirtschaftet. Er beklagte „Unwissenheit in der Öffentlichkeit über die Landwirtschaft und die Wasserbetreiber, auch die Qualität des Wassers wird wenig geschätzt", so der Bauer. Er verwies auf unterschiedliche Bodenstrukturen innerhalb kleiner Flächen, was die Arbeit erschwere. Mit Chemieeinsatz könne das ausgeglichen werden, aber davon wolle man ja wegkommen. Mit Blick auf das Projekt regte Dechant an, mehr Grünland einzubeziehen und möglichst viele Landwirte zu gewinnen. **Markus Bauer**

Nachhaltige Bewässerung:

Förderung fränkischer Pilotprojekte

Das Bayerische Umweltministerium hat ein Pilotprogramm zur nachhaltigen, umweltgerechten, landwirtschaftlichen Bewässerung gestartet. Mit insgesamt bis zu 40 Millionen Euro sollen vier fränkische Projekte im Spalter Hügelland, in Nordheim, Iphofen und Oberschwarzach unterstützt werden. Franken ist besonders von Trockenheit betroffen, dort fällt im Vergleich rund ein Drittel weniger Niederschlag als in Südbayern.

Für die künftige Bewässerung der Weinberglagen um Iphofen mit einer Gebietsgröße von 262 Hektar soll Wasser aus dem Main in der abflussstarken Jahreshälfte entnommen, über eine 7,2 Kilometer lange Transportleitung nach Iphofen gebracht und in einem Speichersee mit rund 195.000 Kubikmeter nutzbarem Speichervolumen zur Wasserbevorratung zwischengespeichert werden.

Unmittelbar am Standort der Wasserentnahme am Main (vorgesehen in der Gemarkung Hohenfeld) ist die Errichtung eines Pumpwerks und einer Aufbereitungsanlage vorgesehen. Die zweite Aufbereitungsanlage am Speichersee soll die Betriebssicherheit der weiteren Verteilungsleitungen in die einzelnen Weinberglagen gewährleisten. Der jährliche Bewässerungsbedarf der angeschlossenen Weinberge mit einer Gesamtfläche von 262 Hektar wird auf etwa 170.000 Kubikmeter geschätzt.

Im Spalter Hügelland sollen künftig Hopfen und Kirschen nachhaltig bewässert werden. Das Projekt erstreckt sich über 15 Kilometer Länge in den Gebieten der Städte Spalt und Abenberg sowie der Gemeinden Absberg, Georgensgmünd und Röttenbach. Aktuell sollen 208 Hektar bewässert werden, im Endausbau sollen bis zu 400 Hektar möglich sein. Dazu wird Wasser als Uferfiltrat der Schwäbischen Rezat gewonnen, die in Niedrigwasserzeiten durch Überleitungswasser aus dem Brombachsee gestützt wird. Fünf Pufferspeicher und 75 Kilometer Rohrleitungen ermöglichen den Hopfen- und Obstbauern eine bedarfsgerechte Wasserversorgung auch in Trockenperioden.

Für die künftige Bewässerung der beiden Weinberggebiete Nordheim mit einer Gebietsgröße von 385 Hektar und Sommerach mit einer Gebietsgröße von 230 Hektar soll die vorhandene Infrastruktur genutzt und durch den Bau einer 365 Meter langen Verbundleitung miteinander vernetzt werden. Geplant ist, den jährlichen Wasserbedarf aus dem Mainkanal in der abflussstarken Jahreshälfte zu entnehmen und in zwei Speicherseen mit insgesamt 294.000 Kubikmeter Speichervolumen zur Wasserbevorratung zwischenzuspeichern.

Vorgesehen ist die Errichtung eines Speichersees im Tal bei Sommerach an der bestehenden Wasserentnahmestelle. Ein zweiter Speichersee soll auf dem Kreuzberg entstehen.

Das Bewässerungskonzept der Weinbergflächen sieht schließlich die Rückhaltung und Speicherung von Starkniederschlägen sowie die Entnahme von Wasser aus den vorhandenen kleinen Bächen in abflussstarken Zeiten vor. Das Projektgebiet gliedert sich unter Berücksichtigung der topographischen Lage in drei eigenständige Teilgebiete. Dabei soll u.a. im Teilraum A nördlich des Ortsteiles Breitbach der Wasserbedarf für 56 Hektar Weinbergfläche über die Entnahme von Wasser aus dem Breitbach und der Schwarzach sichergestellt werden. **DK**

Wasserwirtschaftliche Jahrestagung 2021

Die deutsche Wasserwirtschaft diskutierte auf der Wasserwirtschaftlichen Jahrestagung die aktuellen Herausforderungen der Branche. Laut Nathalie Leroy, BDEW-Vizepräsidentin Wasser/Abwasser, wurde in der Pandemie auch wieder ein Bewusstsein dafür geschaffen, welche große Bedeutung sauberes Trinkwasser beispielsweise bei der Beseitigung von Viren hat.

Häufiges, gründliches Händewaschen, aber auch die Reinigung von Wäsche und Oberflächen trügen dank der hohen Hygienemaßstäbe in der Wasserversorgung maßgeblich zur Eindämmung des Virus bei. Die verlässliche Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser sei für die Bevölkerung essenziell und nicht ersetzbar.

Leroy zufolge ist sich die Wasserwirtschaft ihrer großen Verantwortung bewusst und betrachtet den Umwelt- und Ressourcenschutz seit vielen Jahren als wesentliche Aufgabe des Vorsorgeprinzips und der Unternehmenstätigkeit. Ein zentrales Thema sei die Auswirkung des Klimawandels auf die Wasserwirtschaft. Nach dem dritten „Trockensommer" in Folge müsse beispielsweise der Vorrang der Wasserversorgung vor anderen Nutzungen auf die Tagesordnung. Darüber hinaus steige in einigen Regionen die Notwendigkeit, die bestehende Infrastruktur weiter auszubauen, um den Wasserbedarf in allen Regionen sicherzustellen. Um die Grundwasserneubildung zu sichern, gelte es, trotz des stetigen Zubaus von Flächen die Versickerung von Regenwasser im Boden zu gewährleisten. Konkret bedeute das, die schnelle Abführung von Wasser durch Drainagensysteme zu vermindern und Sickerungsmöglichkeiten vor Ort zu schaffen.

Auch den Grundwasserschutz und den Schutz der Oberflächengewässer behält die Wasserwirtschaft im Blick. Nitrateinträge durch Überdüngung und Pflanzenschutzmitteln stellten ernstzunehmende Verunreinigungen der Ressource Wasser dar. Wichtig sei daher, dass Einträge möglichst bereits an der Quelle vermieden werden oder die Stoffe umweltverträglich abbaubar sind. „Hierfür brauchen wir eine Agrarpolitik, die gewässerverträglich ausgestaltet ist und die Einhaltung des Nitratgrenzwerts der EU-Nitratrichtlinie sicherstellt. Neue Modelle der Gebietsabgrenzung von sogenannten Roten Gebieten dürfen deshalb nicht im Gegensatz zu den tatsächlichen Messwerten im Grundwasser stehen. Damit hätten wir dem Gewässerschutz einen ‚Bärendienst' erwiesen", betonte Leroy.

Akzente der Spurenstoffpolitik

In gleichem Maße sei eine Spurenstoffpolitik notwendig, die über die gesamte Akteurskette von der Herstellung bis zur Anwendung auf Vermeidung setzt. Die EU-Kommission habe dies in ihrem Ansatz zum „Zero pollution action plan" aufgegriffen. Ein „weiter so" mit der jetzigen Abwasserabgabe sei auf jeden Fall keine zukunftsgerichtete Strategie, sondern letztendlich eine „Lizenz" zur Verschmutzung. Der BDEW habe deshalb zur Finanzierung von Reinigungsleistungen ein Fondsmodell vorgeschlagen, das entsprechend der Schädlichkeit von Stoffen einen Anreiz bieten soll, Stoffeinträge zu vermeiden oder zu reduzieren. „Dabei sollten wir uns allerdings nicht nur auf eine europäische Lösung verlassen, sondern parallel auch in Deutschland einen eigenen politischen Anspruch entwickeln, um diese Form der Herstellerverantwortung umzusetzen." ❐



Ermittlung von Grundstücks- und Geschossflächen:

Georeferenzierte Flugdrohnen sparen Zeit und Geld

Das Ingenieurbüro Seidl & Partner aus Dachau und die KUBUS Kommunalberatung & Service GmbH aus München setzen bei der Ermittlung von beitragspflichtigen Grundstücks- und Geschossflächen mittlerweile auf den Einsatz von georeferenzierten Flugdrohnen. Langwierige händische Erhebungen vor Ort und aufwändige Terminkoordinationen gehören damit größtenteils der Vergangenheit an; und das bei höherer Qualität und Mehrwert. Wir haben nachgefragt:

1. Was sind Vorteile eines Einsatzes von Flugdrohnen gegenüber einer Begehung und Besichtigung vor Ort?

Der wohl wichtigste Vorteil ist die Zeit, die dadurch eingespart wird – was sich auch unmittelbar in den Kosten für die Maßnahme widerspiegelt. Nach unseren bisherigen Erfahrungen benötigen wir für die komplette Flächenermittlung ungefähr die Hälfte der Zeit gegenüber Ortsbegehungen. Letztlich ist das allerdings auch abhängig davon, welche Daten vor Ort in welcher Form vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt werden.

Ein weiterer Vorteil sind die zahlreichen Verwendungsmöglichkeiten der Luftbildaufnahmen für weitere Zwecke, z.B. der Überprüfung des Straßenzustandes, der Flächenermittlung für gesplittete Abwassergebühren, für ein Grünflächenkataster, für ein Solarkataster oder ein Kanalkataster. In Zeiten der Corona-Pandemie ist zudem sicherlich auch von Vorteil, dass das Aufmaß der Flächen weitgehend kontaktlos funktioniert.

2. Ist es zulässig, dass die Ermittlung der beitragspflichtigen Grundstücks- und Geschossflächen durch Drohnen erfolgt?



Hochauflösende Luftbildaufnahme einer georeferenzierten Flugdrohne bei der Flächenermittlung. Bild: Ingenieurbüro Seidl & Partner

Sind die Ergebnisse der Befliegung rechtlich belastbar?

Gemäß § 21a Abs. 2 Nr. 1 der Verordnung zur Regelung des Betriebs von unbemannten Fluggeräten vom 30.03.2017 (Bundesgesetzblatt 2017, Teil 1 Nr. 17) ist das Überfliegen der Grundstücke des Gemeinde- und Versorgungsgebietes durch oder unter Aufsicht der Gemeinde/des Versorgers zur Erfüllung von behördlichen Aufgaben, wie die Aufmaßnahme von Grundstücks- und Geschoßflächen zur Ermittlung der beitragspflichtigen Flächen, erlaubnisfrei zulässig. Auch manche Kritik aufgrund datenschutzrechtlicher Bedenken bei der Verarbeitung der Ergebnisse der Befliegung ist nicht angebracht. In datenschutzrechtlicher Hinsicht weisen wir hier auf die Einhaltung der notwendigen Rechtsgrundlagen bei der Nutzung von Daten aus der Befliegung hin. Das berechtigte Interesse des Einrichtungsträgers an der Verwendung der Flugdrohnen findet seine Rechtsgrundlage in Art. 6 Abs. 1 DSGVO. Jede weitere Verarbeitung der Daten erfolgt ausschließlich für den Einrichtungsträger.

Rechtliche Belastbarkeit

Die Ergebnisse der Befliegung sind rechtlich belastbar, da wir mit georeferenzierten Drohnen arbeiten. Kurz gesagt, können dadurch die Maße sämtlicher fotografierter Flächen später maßstabgetreu über ein Computerprogramm ermittelt werden. Darüber hinaus werden die Luftbildaufnahmen mit bereits vor Ort vorhandenen digitalen Daten (siehe dazu auch Frage 4) abgeglichen und ergänzt. Daraus ergibt sich oft ein wesentlich genaueres Bild der örtlichen Verhältnisse als dies zum Beispiel bei der bislang üblichen Begehung der Fall wäre.

3. Wie läuft eine Befliegung ab?

In Abstimmung mit unseren Auftraggebern befliegt die Drohne das jeweils zu betrachtende Gebiet in einer Höhe von 50 bis ca. 75 Metern. Die verbaute hochauflösende Kamera fotografiert dabei laufend das Gelände. Grundstücke und Bebauung werden jeweils aus verschiedenen Winkeln angeflogen und fotografiert, um darauf ein möglichst genaues 3-D-Modell entwickeln zu können.

Akzeptanz vor Ort

Die Befliegung wird durch mindestens zwei fachkundige Mitarbeiter des Ingenieurbüros Seidl & Partner durchgeführt. Dabei werden die Bestimmungen der Verordnung zur Regelung des Betriebs von unbemannten Fluggeräten eingehalten. Jeweils der Mitarbeiter, der die Drohne nicht steuert, steht für Fragen der Bevölkerung vor Ort zur Verfügung. Dabei ist unsere Erfahrung, dass die meisten Anwohner sehr interessiert sind und dem Einsatz dieser zukunftsweisenden Technologie aufgeschlossen gegenüberstehen.

4. Wie erfolgt konkret die Auswertung der Daten und die Kommunikation mit den Grundstückseigentümern?

Sobald die Befliegung beendet ist, werden die Kameradaten ausgelesen und in einem Computerprogramm mit den bereits vorhandenen digitalen Messdaten (z.B. Bebauungspläne, Flächennutzungspläne, Kanalkataster, ALKIS-Daten und Daten des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung) verarbeitet.

Daraus wird eine individuelle Planzeichnung des jeweiligen, beitragspflichtigen Grundstücks erstellt. Auf einem dazugehörigen Aufmaßblatt werden die ermittelten Geschossflächen einzeln für jedes Stockwerk aufgeführt. Nebengebäude und Garagen werden gesondert aufgeführt. Diese Unterlagen werden entsprechend Art. 28 Abs. 1 BayVwVfG an alle Grundstückeigentümer versendet mit der Bitte innerhalb einer angemessenen Frist berechtigte Korrekturen einzutragen und entsprechend zurückzumelden.

Die Korrekturwünsche der Grundstückseigentümer werden anhand der Luftbilder und der Daten des Vermessungsamts nochmals überprüft. Soweit sich dabei kein zweifelsfreier Befund ergibt, führt das Ingenieurbüro in Abstimmung mit dem Auftraggeber nochmals eine Begehung vor Ort durch.



Wasserzweckverband Beispiel-Gruppe

Anhörungsbogen
zur Ermittlung der beitragspflichtigen Grundstücks- und Geschossflächen

WZV Beispiel-Gruppe • Musterstraße 2 • 12345 Musterhausen

Herrn Max Mustermann
Musterstraße 1a
12345 Musterhausen

Grundstückseigentümer/in: Max Mustermann

Flurstück:	1552/1
Gemarkung:	Musterhausen
Gesamtfläche: (Gesamtfläche gemäß ALKIS)	1080 m²

Bitte lesen Sie sich vor Überprüfung des Anhörungsbogens den Infotext (Extrablatt) sorgfältig durch.

Rücksendefrist: 15. 05.2021
Die Rücksendung erfolgt mithilfe des beiliegenden Briefumschlags.

Lageplan Maßstab: 1:333 Stand: 23. Februar 21

Legende: HI 1. Hauptgebäude | HII 2. Hauptgebäude | NI 1. Nebengebäude | NII 2. Nebengebäude
Lageplan enthält Datenauszug aus dem Amtlichen Liegenschaftskataster.

Muster für ein Aufmaßblatt zur Anhörung der betroffenen Grundstückseigentümer mit detaillierter Planzeichnung. Bild: Seidl & Partner

5. Die Beitragserhebung nach KAG ist ja auch rechtlich anspruchsvoll. Wer übernimmt bei Ihnen denn diese rechtliche Betreuung?

Das Büro Seidl & Partner bietet seine Dienstleistung immer zusammen mit der KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH an. Von der Abstimmung mit der Gemeinde, über die Information der Bevölkerung und der Durchführung der Anhörung der Grundstückseigentümer mit detaillierten Aufmaßblättern bis hin zur Beitragskalkulation und dem Versand der Bescheide arbeiten wir Hand in Hand mit den dortigen Juristen und Verwaltungsfachleuten, die seit über 25 Jahren Erfahrung im Abgabenrecht vorweisen können. ❐

Wasser darf nicht zur Ware werden

AöW-Vizepräsident Baas wirbt für solidarische, gesamtgesellschaftliche Weichenstellung

„Ob heißer Sommertag oder wochenlanges Homeoffice: Auf die Wasserversorgung ist Verlass. Zu jeder Tages- und Nachtzeit kommt unser Trinkwasser aus der Leitung. Eine Leistung der kommunalen Daseinsvorsorge, die wir uns gerade am Weltwassertag am 22. März ins Bewusstsein rufen sollten. Denn dieser Service ist ein wahrer Luxus unseres täglichen Lebens, um den uns andere Regionen der Welt beneiden. Dieses hohe Gut gilt es zu bewahren und zukunftsfest auszugestalten. Wir müssen jetzt mit einer nachhaltigen, integrierten Wasserstrategie und Nutzungskonzepten die Weichen stellen, um das öffentliche Interesse deutlich zu stärken – mit einer Priorisierung für das Trinkwasser“, sagt Hans-Hermann Baas, Vizepräsident der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW) aus Berlin und langjähriger Vorsteher des Wasserverbands Peine.

Baas hat sich jahrzehntelang für die öffentliche Wasserwirtschaft in Deutschland eingesetzt und ist ein vehementer Verfechter der guten kommunalen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum als wichtigem Bestandteil gleichwertiger Lebensverhältnisse. Er warnt davor zu glauben, dass markt- und profitorientierte Mechanismen den Sektor



AöW-Vizepräsident Hans-Hermann Baas. Bild: Gerhard Weber

Wasser zukunftssicher und gerecht gestalten können. „Hier ist öffentliche Verantwortung gefragt und damit sind die politischen Entscheider*innen in der Pflicht, diese gesamtgesellschaftliche Verantwortung mit klaren und fairen Regeln auszugestalten. Damit Wasser nicht zur Ware werden kann.“

Öffentliches Interesse muss stärker gewichtet werden

„Wasser wertschätzen“ ist das Thema, das die UN in diesem Jahr für den Weltwassertag ausgegeben haben. „Der Wert des Lebensmittels Nummer eins ist uns in der täglichen Nutzung oft gar nicht mehr bewusst, was vermutlich auch daran liegt, dass Trinkwasser vergleichsweise sehr günstig ist“, gibt Baas zu bedenken. „Doch spätestens mit den langen, heißen Sommern der letzten Jahre ist klar geworden, wie kostbar die Ressource auch im wasserreichen Deutschland ist und es umso mehr um bewusste und nachhaltige Wassernutzung gehen muss. Dennoch oder gerade deshalb erleben wir in den letzten Jahren steigende Bedarfsmeldungen aus Industrie und Landwirtschaft, Nutzungskonkurrenzen haben spürbar zugenommen.“ Hier brauche es klare Ziele und die Konzentration auf das gesellschaftliche Gesamtwohl, mahnt Baas. Das sei bislang noch nicht ausreichend erfolgt. „Mehrmengen für alle werden nicht leistbar sein. Wir müssen effiziente Technik fördern, Einsparpotenziale in allen Sektoren prüfen und uns auf die zentralen Interessen der Gesellschaft und ihrer sicheren Trinkwasserversorgung konzentrieren, bevor andere Nutzergruppen weitere Rechte erhalten. Jeder und jede Einzelne ist ganz direkt und jeden Tag von einer guten kommunalen Trinkwasserversorgung und umweltschonenden Abwasserbeseitigung abhängig. Deshalb muss hier die erste Priorität liegen. Diese Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger müssen sicher und bezahlbar erhalten werden.“

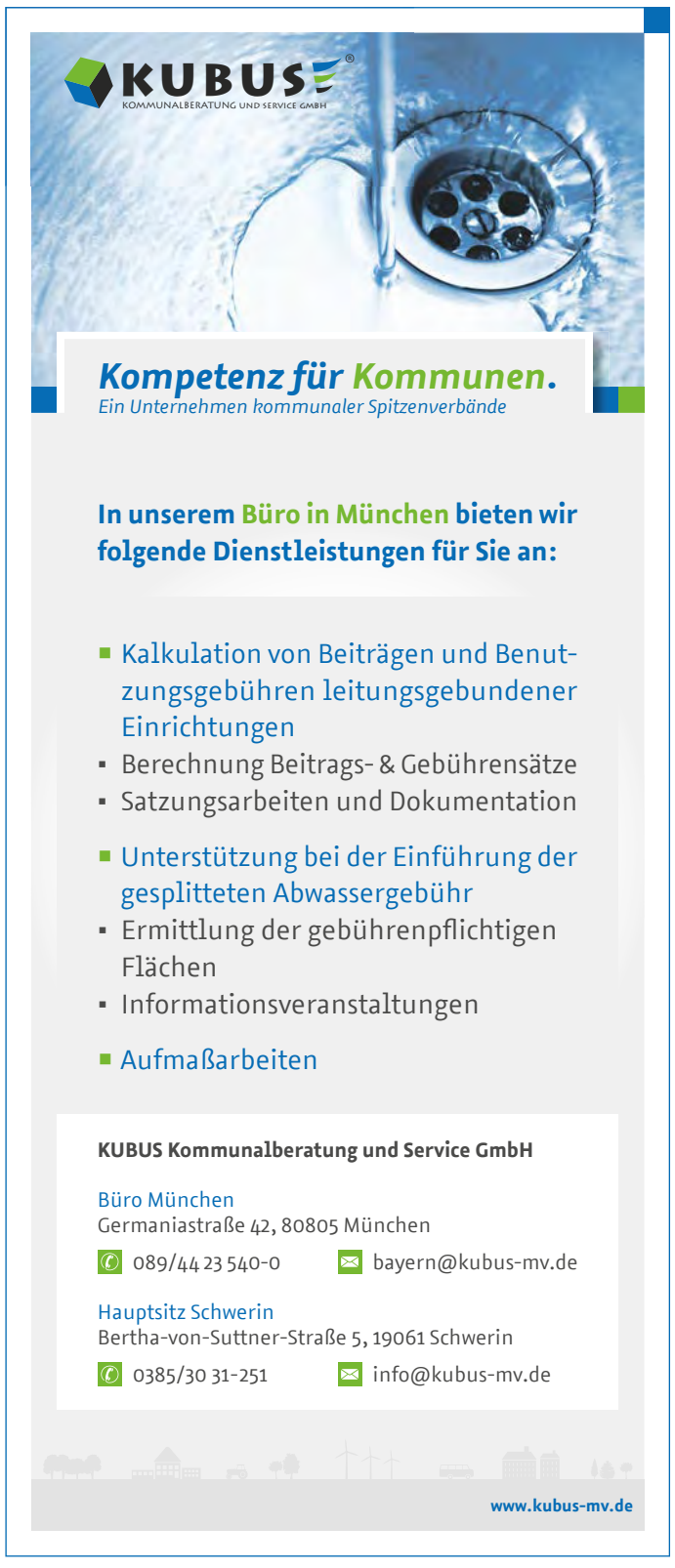
Wasserstrategie notwendig – mit klaren Prioritäten

Im Sommer soll die nationale Wasserstrategie der Bundesregierung veröffentlicht werden. „Wasser ist im Zuge des Klimawandels in den Fokus gerückt, das ist gut und längst überfällig“, so der AöW-Vizepräsident, der sich über die AöW im nationalen Wasserdialog immer wieder eingebracht hat. „Umweltschutz und Wassermanagement gehören zusammen. Die Konzepte von Förderung und Verteilung, Aufbereitung und Rückhalt müssten intelligent verzahnt werden. Wir können hier viele positive Effekte sichern, wenn diese bisher eher getrennten Bereiche in integrativen Ansätzen zusammen gedacht und gebracht werden“, so Baas. „Zum Wert des Wassers gehört aber auch, dass die Trinkwasserversorgung der Menschen und Tiere Vorrang vor partikularen Wirtschaftsinteressen anderer Nutzergruppen haben muss. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung und solidarische Aufgabe, die dringend politisch umgesetzt werden muss. ❐

Abwasserüberwachung:

EU-Kommission empfiehlt gemeinsames Konzept

Die EU-Kommission hat eine Empfehlung angenommen, in der sie auffordert, bis zum 1. 10. 2021 ein nationales Abwasserüberwachungssystem zur Verfolgung des Covid-19-Virus und seiner Varianten einzurichten. Die so gesammelten Daten sollen an die zuständigen Gesundheitsbehörden und eine europäische Austauschplattform weitergegeben werden. Zudem sind Cluster zu ermitteln. Das Überwachungssystem soll die Abwässer von Städten mit mehr als 150.000 Einwohnern umfassen. Finanzielle Unterstützung sagt die Kommission zu. **DK**



Stadt Würzburg:

Innovative Baumgruben für das Stadtgrün der Zukunft

Letzter Baustein der „Grünen Mitte Zellerau“ – Querung Weißenburgstraße – fertiggestellt

Die Grünanlage „Grüne Mitte Zellerau“, die sich vom Jugendzentrum an der Weißenburgstraße, entlang des Moscheewegs und der Klostermauer „Himmelspforten“ bis zum Main erstreckt, ist nunmehr komplett fertiggestellt. Als letzter Baustein wurde die Querung an der Weißenburgstraße hinzugefügt. In diesem Zusammenhang konnte auch der lang geäußerte Wunsch, die Platzfläche an der Grünen Mitte durch Baumpflanzungen zu ergänzen, erfüllt werden: Am Rande der zum Boule-Spielen genutzten Fläche konnten ungeachtet noch vorhandener Fundamente im Untergrund immerhin drei neue Bäume gepflanzt werden – eine Erle, eine Walnuss sowie ein Maulbeerbaum. Im Laufe der Zeit werden diese Bäume den Nutzerinnen und Nutzern der Platzfläche Schatten spenden.

Zudem gelang es im Straßenraum, ungeachtet einer Vielzahl an Leitungs- und Kanaltrassen im Untergrund, fünf Baumstandorte zu etablieren. „Um die Verkehrsflächen durch Straßenbäume zu gliedern, haben wir Bäume ausgewählt, die sich im Laufe der Jahre zu stattlichen Exemplaren entwickeln können“, erläutert Gartenamtsleiter Dr. Helge Bert Grob. Im südlichen Bereich wurden drei Stadt-Ulmen und im nördlichen Bereich zwei Eichen gepflanzt – allesamt „Klimabäume“, die sich aufgrund ihrer Hitze- und Trockenheitsresistenz besonders gut für den Einsatz im Straßenraum eignen.

Baumgrube als Niederschlagsspeicher

Auch die Baumgruben selbst begegnen dem Klimawandel. Sie wurden nicht wie bisher üblich mit standardisiertem Baumsubstrat verfüllt. Stattdessen wurde hier der Versuch unternommen ein Pflanzgrubensystem zu etablieren, dass Niederschlagswasser der angrenzenden Gehwegflächen aufnimmt und speichert. Hierzu wurde eine Mischung aus Grobschotter, Sand und Pflanzenkohle eingebaut. Die Pflanzenkohle fungiert in den ersten Jahren als Nährstofflieferant und dauerhaft als Wasserspeichermedium. Vorbild für derartige Systeme, die gerne auch als Baumrigolen bezeichnet werden, ist die Stadt Stockholm. In der schwedischen Hauptstadt werden schon seit 2004 Pflanzgruben nach dem als „Stockholm Solution“ bezeichneten System hergestellt. Würzburgs Zweiter Bürgermeister Heilig freut sich, dass mit den Baumgruben in der Weißenburgstraße ein erster Versuch unternommen wurde, einen zukunftsweisenden Standard für Baumstandorte unter Nutzung/ Speicherung von Regenwasser zu etablieren.

Hervorragende Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich Tiefbau und Verkehrswesen, der die Pflanzgruben im Zuge der Straßenbauarbeiten hergestellt hat, und dem Gartenamt hat sich bei diesem Bauvorhaben hervorragend bewährt.



V.l.: Zweiter Bürgermeister Martin Heilig und Gartenamtsleiter Dr. Helge Bert Grob begutachten die neuen Baumpflanzungen an der Querung Weißenburgstraße. Bild: Gartenamt / Regina Höger

Martin Heilig ist begeistert, dass mit den neuen Baumgruben bereits eine erste Maßnahme der kürzlich vom Stadtrat beschlossenen „Konzeptstudie – Masterplan Freiraum“ in Angriff genommen wurde. „Ich bin sehr gespannt, wie sich die Jungbäume in den neuartigen Baumgruben entwickeln. Es wäre großartig, wenn wir bei anstehenden Straßenplanungen den „Baumgruben der Zukunft“ eine größere Niederschlagsmenge, z.B. aus dem Straßenraum oder von Dachflächen, zur Verfügung stellen könnten.“ Um jedoch im großen Stil Niederschläge aus dem Straßenraum den Bäumen zuleiten zu können, müssen Salzeinträge in die Baumgruben durch das winterliche Salzen unterbunden werden. ❐



V.l.: Peter Tretter, Roland Oeser, Thomas Knotz, Winfried Klinger und Oberbürgermeister Peter Reiß haben zwei immergrüne Stechpalmen fachmännisch in der Brünst gepflanzt. Bild: Miriam Adel

Stadtwerke Schwabach:

Baum des Jahres 2021 ist die Stechpalme

Zwei immergrüne Bäume in der Brünst gepflanzt

Seit 1998 wird in Schwabach der „Baum des Jahres“ gepflanzt, einige Exemplare aus den vergangenen Jahren sind unter anderem an den Wegen des Trimm-Dich-Pfads in der Brünst zu entdecken. Heuer haben Oberbürgermeister Peter Reiß, Stadtförster Thomas Knotz, Peter Tretter von der Forstverwaltung, Roland Oeser, Vorsitzender des Landschaftspflegeverbands Schwabach (LPV), sowie Stadtwerke-Geschäftsführer Winfried Klinger mit der Stechpalme einen immergrünen, heimischen Baum angepflanzt. Corona-bedingt konnte die Pflanzung heuer nur in kleinem Kreis stattfinden.

„Wer Bäume pflanzt, denkt an die Zukunft und ist zuversichtlich, dass es gut wird. Diese Aufbruchsstimmung brauchen wir in der momentanen Situation“, betont Stadtförster Knotz. Die Wälder seien derzeit vielerorts überlaufen, schließlich könne man sich hier richtig wohlfühlen und die Natur genießen, der Wert des Waldes werde wieder erkannt. Gleichzeitig macht die Trockenheit und damit die Waldgesundheit den Förstern und Waldbesitzern aber immer mehr zu schaffen. „Gerade daher ist die Diversität ganz wichtig. In unseren Kiefer-Wäldern sorgt jeder Baum des Jahres, wie auch die Stechpalme, für mehr Vielfalt und schafft Bewusstsein für den notwendigen Waldumbau“, erklärt Peter Tretter vom Rother Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Zwei Stechpalmen für die nächsten 300 Jahre

Die Stechpalme kann bis zu 15 Meter hoch und bis zu 300 Jahre alt werden. Die Blüte ist weiß und das Holz fest. Drechsler nutzen das Holz gerne für Schachbretter und andere Spezialanfertigungen. Da es männliche und weibliche Bäume von der Stechpalme gibt, haben sich Thomas Knotz, Baumpfleger Thomas Mulzer und Andreas Barthel vom Landschaftspflegeverband dazu entschlossen, heuer auch beide Varianten zu pflanzen. Oberbürgermeister Peter Reiß dankte für die Vorbereitung dieser bewährten Aktion. „Viele Akteure wirken hier im Sinne der Ökologie für Schwabach erfolgreich zusammen. Mit der Pflanzung wollen wir die Bedeutung unseres Forsts wieder mehr ins Bewusstsein rufen“, so Reiß. Ein weiterer Dank galt den Schwabacher Stadtwerken, die seit Beginn an die zugehörigen Infotafeln für die Bäume des Jahres sponsern. „Nachhaltigkeit ist uns als Energieversorger wichtig, daher unterstützen wir diese Aktion hier vor Ort sehr gerne“, so Klinger.

In Schwabach gibt es etwa 1.200 ha Wald, ca. 320 ha davon sind in der Verantwortung der Stadt. „Der Erhalt der Waldgesundheit kostet zunächst Geld. Unter dem Gesichtspunkt der Ökologie und unserer Lebensqualität bekommen wir aber um einiges mehr zurück“, unterstreicht Roland Oeser vom Landschaftspflegeverband.

Der wohl bekannteste Stechpalmen-Wald steht übrigens im amerikanischen Hollywood, was gleichzeitig die englische Übersetzung für die Stechpalme ist. Die Ilex aquifolium (lat.) ist bekannt für ihre Schattentoleranz. Doch auch im direkten Sonnenlicht gedeiht sie gut. Im Zuge des Klimawandels wird sie sich mit ihren Eigenschaften voraussichtlich noch weiter ausbreiten. ❐

demopark erst wieder im Juni 2023

Dritte Welle durchkreuzt Planungen

Europas größte Freilandausstellung der Grünen Branche legt in diesem Jahr pandemiebedingt eine Zwangspause ein. „Angesichts der unsicheren Lage haben wir uns schweren Herzens entschlossen, die demopark 2021 nicht stattfinden zu lassen“, sagt Dr. Bernd Scherer, demopark-Messedirektor und Geschäftsführer des Industrieverbandes VDMA Landtechnik. Die Entscheidung, die der Messebeirat einstimmig getroffen habe, sei „derzeit alternativlos, ist doch der Schutz von Besuchern und Ausstellern unser höchstes Ziel“.

Vor wenigen Wochen noch hatte der Veranstalter des Freiluftevents die durchaus berechtigte Hoffnung, mit einem Ausweichtermin im Frühherbst die Corona-Problematik weithin umschiffen zu können. „Die dritte Pandemiewelle, die uns seit einigen Tagen beschäftigt, macht eine Großveranstaltung wie die demopark zurzeit allerdings schlicht unplanbar. Wer sich die Entwicklung der Inzidenzwerte ansieht kann leider zu keinem günstigeren Schluss gelangen“, erläutert Scherer.

Alle fahren auf Sicht

Die zuletzt enttäuschende Entwicklung der Impfkampagne habe selbst Optimisten vorsichtig werden lassen: „Die gesamte Gesellschaft fährt mittelfristig auf Sicht – an ein persönliches Messegespräch oder gar ein ungezwungenes Ausprobieren der Neuheiten ist in einer solchen Lage nicht zu denken“, sagt der erfahrene Messeprofi.

Die Industrie teile diese Einschätzung durchgängig. Zahlreiche namhafte Marken hatten bereits die Grundsatzentscheidung getroffen, aus den genannten Gründen im laufenden Jahr keine Präsenzmesse zu beschicken.

Im Frühsommer 2023 geht's weiter

Bernd Scherer setzt daher schon jetzt auf den Frühsommer 2023, genau genommen auf den 18. bis 20. Juni. Bis dahin soll das besondere Messeerlebnis demopark endlich wieder mit Händen greifbar sein.

„Unser Team wird dafür sorgen, dass wir einen spannenden Restart erleben dürfen, vor allem aber eine lebendige Innovationsschau, wie wir sie kennen und schätzen“, resümiert Scherer.

Auf rund 250.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche bietet die demopark ein einzigartiges Spektrum an innovativer Technik, spannenden Maschinen, Geräten und Digitallösungen für den Einsatz im Garten- und Landschaftsbau, für kommunale Anwendungen sowie für die Sport- und Golfplatzpflege. Weitere Informationen gibt es unter www.demopark.de. ❐



V.l. bei der Pflanzung: Manfred Herian (Kreisfachberater für Gartenkultur und Landespflege), Bernhard Jäger (Kreisbauhof) und Landrat Leo Schrell. Bild: Landratsamt Dillingen a.d.Donau

Tag des Baumes im Landkreis Dillingen:

Landrat pflanzt Bäume

Aktiv beteiligt sich der Landkreis Dillingen in diesem Jahr am „Tag des Baumes“, der inzwischen zu einer der größten und erfolgreichsten Mitmachaktionen im Naturschutz geworden ist.

Als sichtbares Zeichen pro Natur- und Klimaschutz pflanzte Landrat Leo Schrell deshalb im Bereich der Parkflächen des Landratsamtes drei Bäume. Der Kreisfachberater für Gartenkultur und Landespflege am Landratsamt, Manfred Herian, hat hierzu Bäume ausgewählt, die zu den „klimatoleranten“ Baumarten zählen und sich besser an den Klimawandel als die bislang verwendeten Baumarten anpassen können.

„Der Klimawandel ist bereits Realität“, betonte Schrell bei der Baumpflanzaktion. So lassen weltweite Beobachtungen den Rückschluss zu, dass in Zukunft langanhaltende Trockenperioden, einhergehend mit einem Schädlingsdruck, zunehmen werden.

Am 25. April 1952 – vor 68 Jahren – hat die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) diesen Festtag für den Baum in Deutschland initiiert und mit Prof. Dr. Theodor Heuss einen Ahornbaum im Bonner Hofgarten gepflanzt. Mit diesem Tag will die SDW möglichst vielen Bürgern ins Gedächtnis rufen, wie wertvoll Bäume für die Menschen und eine gesunde Umwelt sind. ❐

Ebersberger Forst:

Baumschutzhüllen aus nachwachsenden Rohstoffen

Vermeidung von Mikroplastik im Wald

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat sich im Ebersberger Forst über eine neue Baumschutzhülle aus nachwachsenden Rohstoffen informiert. Das Produkt aus Holzschindeln und Jute – entwickelt in der Nähe von Ansbach – soll in einem privaten Waldgebiet bei Ebersberg auf ca. 100 Hektar getestet werden. Das Projekt fügt sich ein in die Bioökonomiestrategie Bayern, die im Freistaat seit 2020 die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zu mehr Klimaneutralität unterstützt.

Wirtschaftsminister Aiwanger: „Diese neuen Baumschutzhüllen leisten neben der Jagd einen wichtigen Beitrag zum Gelingen von Waldverjüngungen. Im Gegensatz zu herkömmlichen Wuchs- und Schutzhüllen aus Kunststoff vermeiden sie die Entstehung von Mikroplastik im Wald.“ Die Hüllen, die sich nach fünf Jahren zersetzen, seien eine umweltfreundliche Schutzmaßnahme gegen Wildverbiss und ein gutes bayerisches Beispiel für Innovation bei der Verwendung heimischer Rohstoffe.

Aiwanger: „Wuchs- und Schutzhüllen sind wichtig, um in gezielten Fällen das Hochkommen von jungen Bäumchen und Forstpflanzen sicherzustellen und auch die Debatte um Wald und Wild mit pragmatischen Ansätzen zusätzlich zur Jagd zu entschärfen. Dieser Baumschutz aus nachwachsenden Rohstoffen ist hoffentlich der Startschuss für eine breite Anwendung in der Praxis und für viele weitere Erfindungen in Punkto Bioökonomie aus Bayern.“

In der Strategie „Zukunft. Bioökonomie.Bayern“ bildet die Forstwirtschaft neben der Agrarwirtschaft eine wichtige Säule. „Holz spielt eine bedeutende Rolle in der bayerischen Bioökonomiestrategie, weil es als nachwachsender Rohstoff über viele positive Eigenschaften verfügt und die Einsatzbereiche der Produkte vielseitig sind. Die aktuell steigende Nachfrage nach Holz zeigt, dass wir unsere Wälder nicht stilllegen, sondern weiterhin nachhaltig bewirtschaften sollten, wie es in Deutschland seit Jahrhunderten geschieht“, erklärte Wirtschaftsminister Aiwanger, der auch selbst Waldbesitzer und Jäger ist. ❐

Stadt Erlangen:

„Grün ist lebenswert“

Pflanzaktion aus „Baumradar“-Vorschlägen

Mit dem „Baumradar“ auf der städtischen Internetseite haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, potentielle Baumstandorte zu melden. Bisher sind 470 Vorschläge eingegangen. Sie werden von der Abteilung Stadtgrün auf ihre Umsetzbarkeit geprüft. Eröffnet wurde die Umsetzung der vielen Bürgerwünsche im Beisein von Bürgermeister Jörg Volleth am Lorlebergplatz mit der Pflanzung von sechs Bäumen. Dabei handelt es sich um Arten, die sich den Herausforderungen des Stadtklimas anpassen. Für 2022 sind für neue Baumstandorte vorwiegend Entsiegelungen im Verkehrsraum vorgesehen. ❐

Landesgartenschau 2020 in Ingolstadt:

Inspiration Natur

Mit einem Jahr Verspätung öffnete die Landesgartenschau Ingolstadt 2020 ihre Tore nun auch für die Öffentlichkeit. Von offizieller Seite rechtlich als „Botanischer Garten" eingeordnet, wurde gerade noch rechtzeitig die Erlaubnis erteilt, unter Einhaltung des Sicherheits- und Hygienekonzepts die neu angelegte Grünfläche zu besuchen. Möglich sind ausgedehnte Spaziergänge über das Gartenschaugelände, Picknicke und Gastronomie to go bis zu einer maximalen Besucheranzahl von 2.500 pro Tag. Eine Voranmeldung ist deshalb notwendig.

Die digitale Eröffnungsfeier fand in der Blumenhalle im kleinen Kreis mit den geladenen Ehrengästen Florian Herrmann, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei (in Vertretung für Ministerpräsident Dr. Markus Söder), Umweltminister Thorsten Glauber, Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf und dem Präsidenten der Bayerischen Landesgartenschau GmbH Gerhard Zäh statt.

Herrmann bezeichnete Landesgartenschauen eingangs als „Energiepakete für Leib und Seele, für alle Sinne". Die wunderbaren Grün- und Blühflächen erfreuten nicht nur jetzt, sondern



v.l.: Gemeinsam mit Umweltminister Thorsten Glauber, MdL, haben der Leiter der Staatskanzlei, Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL, und Ingolstadts Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf die Landesgartenschau Ingolstadt eröffnet. Unter dem Motto „Inspiration Natur" läuft die Landesgartenschau Ingolstadt bis zum 31. Oktober 2021. Bild: Staatskanzlei/bayern.de

belebten ein ganzes Stadtquartier nachhaltig. Die Gartenschau setze weit über das Veranstaltungsjahr hinaus Impulse für Ingolstadt und die Region.

Über 23 Hektar erstreckt sich der Landschaftspark und lädt mit seinen Rasenflächen, Blumenwiesen und insgesamt 81 verschiedenen Ausstellungen zum Staunen ein. Mit insgesamt neun Themengärten bereichern die Landschaftsgärtner das Gartenschaugelände. Die Besucher können in ressourcenschonenden Oasen verweilen und Inspirationen der nachhaltigen Gartenkultur für das eigene Zuhause sammeln. Ein besonderes Highlight ist der zentral gelegene See, der zum Entspannen am Wasser auffordert. Auch für Kinder bietet die Landesgartenschau viel Fläche für Spiel und Spaß.

Für das Wohl kommender Generationen

Für rund 42,8 Millionen Euro wurde laut Herrmann ein Naherholungsgebiet für Familien und Kinder geschaffen, das weit über das Ausstellungsjahr hinaus wirken werde. Wie ein roter Faden ziehe sich der Gedanke der Nachhaltigkeit durch die Landesgartenschau. „Bei allem, was man heute tut, muss das Wohl der kommenden Generationen mitbedacht werden", erklärte der Staatskanzleichef.

Lichblick in Pandemiezeiten

Auch wenn der Start anders geplant war, herrsche bei allen Beteiligten große Freude darüber, was hier geschaffen wurde und auch nachhaltig genutzt werden kann. Außerdem beweise die Laga in Ingolstadt, was trotz der Corona-Pandemie möglich ist und gebe Hoffnung auf bessere Zeiten.

„Die Ampeln für die Landesgartenschau stehen auf grün. Die Eröffnung der Landesgartenschau in Ingolstadt ist ein Lichtblick in Pandemiezeiten", unterstrich Umweltminister Thorsten Glauber. Ein Jahr Warten habe sich gelohnt: Das rund 33 Fußballfelder große Gelände sei ein wichtiges Natur- und Erholungsparadies für die Menschen in der Region.

Vorbildliches Sicherheits- und Hygienekonzept

„Ich bin froh, dass die Veranstalter alles dafür getan haben, um die Landesgartenschau mit einem vorbildlichem Sicherheits- und Hygienekonzept durchführen zu können", so Glauber. Die Landesgartenschau schaffe zudem bleibende Werte für die nächsten Generationen: Die neuen zusammenhängenden Grün- und Wasserflächen brächten Kühle und Frischluft in die Stadt und böten neuen Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Davon profitiere der Arten- und Klimaschutz auf Dauer. „Ich danke allen Mitwirkenden für ihr großartiges Engagement."

Wie wichtig diese neu errichtete Parkanlage auch für Ingolstadts Zukunft ist, darauf machte Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf aufmerksam. Die kontinuierlich steigende Einwohnerzahl der Stadt fordert aus seiner Sicht auch den Ausbau der Grünflächen. Das Gelände liege im Randbezirk der Stadt, dem häufig in der Stadtgestaltung weniger Aufmerksamkeit geschenkt werde, so dass „für die Anwohner der umliegenden Viertel der Park ein gut erreichbarer Erholungspunkt ist, der für sportliche Aktivitäten aber auch zum Entspannen gleichermaßen genutzt werden kann".

Aufwertung der Randbezirke

Die Landesgartenschau 1992, mit rund zwei Millionen Besuchern ein ungeahnter Erfolg, sei im Gedächtnis geblieben und habe den Klenzepark als äußerst wertvolle Parkfläche hinterlassen, bemerkte Scharpf. 30 Jahre später sei nun nicht mehr die Innenstadt, sondern der Rand der Stadt Schauplatz der neuen Landesgartenschau. „Genau hier am Rand der Stadt spielt sich das wahre Leben ab", stellte Scharpf fest, „das Gelände liegt nicht idyllisch, sondern mitten zwischen Wohngebieten wie Hollerstauden und Piusviertel und in unmittelbarer Nähe von Westpark und Güterverkehrszentrum." Exakt die Aufwertung der Randbezirke soll mit dieser Landesgartenschau erreicht werden.

Das Stadtoberhaupt hofft, dass die Gartenschau in den kommenden Wochen Fahrt aufnehmen kann. Auch mit Veranstaltungen und einer geöffneten Außengastronomie, was vorläufig allerdings nicht möglich ist. Im Augenblick sei die Schau immerhin eine willkommene Abwechslung vom Corona-Alltag.

Die Landesgartenschau in Ingolstadt findet bis zum 3. Oktober 2021 statt. Gefördert wird sie vom Bayerischen Umweltministerium und der EU jeweils mit bis zu rund 2,9 Millionen Euro. Näheres unter www.ingolstadt2020.de. **DK**

Aktionsplan „Kompaktes Grünes Nürnberg":

Neue Leuchttürme

Umfangreiche Projekte zu mehr Grün in der Stadt stehen auch heuer im Mittelpunkt der Planungen von Umweltamt und Servicebetrieb Öffentlicher Raum der Stadt Nürnberg. Mit dem 2014 aufgestellten Masterplan Freiraum wird das Ziel verfolgt, die Grün- und Freiraumsituation nachhaltig zu verbessern und Nürnberg als lebenswerte und attraktive Stadt weiterzuentwickeln.

Für die Umsetzung wurde seither jedes Jahr ein konkreter Aktionsplan „Kompaktes Grünes Nürnberg" mit Projektvorschlägen entwickelt. Seit dem letzten Bericht zum Masterplan Freiraum im Jahr 2020 hat sich nach Angaben der Stadt einiges getan: So wurden die komplett neu entwickelte Grünanlage Quellepark in der Weststadt fertiggestellt und die Sanierung des Marie-Juchacz-Parks in St. Leonhard abgeschlossen.

Prototyp eines klimagerechten Quartiersparks

Bereits in Arbeit befinden sich die nächsten Projekte: Ein neuer Leuchtturm liegt im südwestlichen Stadtgebiet, dort schreitet die Entwicklung des Züricher Parks als Prototyp eines klimagerechten Quartiersparks voran. Dieser Park wurde mittlerweile mit einer 90-prozentigen Förderung als Modellprojekt in das Bundesförderprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel" aufgenommen.

Spiel- und Erholungsflächen als Regenwasserrückhaltung

Ebenfalls auf Hochtouren laufen die Planungen für den Wetzendorfer Park. Dieser neue Stadtteilpark bietet Spiel- und Erholungsflächen und ist insbesondere als Fläche für Regenwasserrückhaltung, Überflutungsvorsorge sowie Klimaanpassung nutzbar und wird als Ort zur Förderung von Biodiversität entlang des Wetzendorfer Landgrabens fungieren.

Neu in den Aktionsplan aufgenommen wurde unter anderem die Realisierung verschiedener Pocket-Parks. Der Aktionsplan zielt auch auf die klimaangepasste und grüne Umgestaltung von Nürnberger Stadtplätzen ab, die in den nächsten Jahren mit dem Masterplan Freiraum aktiv vorangetrieben wird. Begrünungsmaßnahmen und Baumpflanzungen sind weitere Schritte für eine lebenswerte Stadt.

Zum aktuellen Aufgabenbereich des Masterplans zählt auch die Erarbeitung eines integrierten Freiraumkonzepts für den Nürnberger Süden, das bis Ende 2021 fertiggestellt sein soll. Die Konzeptstudie „Grüner Weg zum Faberwald" wird im Sommer vorliegen; sie zeigt die konkrete Möglichkeit auf, auf sicheren und möglichst ruhigen, teils begrünten Wegen von der Altstadt zum Faberwald zu gelangen.

Wachsende Stadt stellt sich dem Klimawandel

Britta Walthelm, Referentin für Umwelt und Gesundheit, fasst die Philosophie des Masterplans Freiraum wie folgt zusammen: „Behutsam nachzuverdichten und gleichzeitig Grünflächen mitwachsen zu lassen oder das vorhandene Grün aufzuwerten – diese Ziele der Nürnberger Stadtentwicklung gilt es dringlicher denn je umzusetzen. Denn unsere wachsende Stadt muss sich dem Klimawandel stellen, bevor es unerträglich heiß in der Stadt wird." **DK**

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit Henne Nutzfahrzeuge GmbH
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Kommunaltechnik: Nebenabtriebe

Nutzfahrzeuge und Geräteträger, die mit einem Nebenabtrieb ausgestattet sind, können damit Motorkraft auf An- und Aufbaugeräte übertragen. Die Weiterleitung der Kraft kann dabei z.B. über Front- oder Heckzapfwellen erfolgen. Neben der Land- und Forstwirtschaft ist diese Technik vor allem im kommunalen Anwendungsbereich von Bedeutung. So wird damit der Betrieb von Anbaugeräten zur Straßen- und Grünpflege ermöglicht. Neben Mäh-, Kehr- und Krantechnik lassen sich durch einen Nebenabtrieb auch Seilwinden und Hydraulikpumpen für den Betrieb weiterer Technik antreiben. Ein wichtiges Einsatzgebiet ist zudem die Pumpentechnik bei Feuerwehrfahrzeugen.

Funktionsweise

Ein äußerlich erkennbares Merkmal für einen Zapfwellennebenabtrieb ist der Zapfwellenstummel. Er stellt die Verbindung zwischen Motor bzw. Getriebe und Anbaugerät dar und befindet sich an Front oder Heck des Geräteträgers. An den profilierten Wellenstummel lassen sich die jeweils benötigten An- und Aufbaugeräte anschließen.

Einsatzbereiche

Der Nebenabtrieb ist auch ein Baustein für die Vielseitigkeit des Mercedes-Benz Unimog. Damit kann er als kommunaler Geräteträger die Anbaugeräte von verschiedensten Herstellern kraftvoll und zuverlässig betreiben. Über eine Frontzapfwelle wird zum Beispiel das Arbeiten mit Mähtechnik, Schneefräse und vielen weiteren Frontanbauten ermöglicht. Mit einer Heckzapfwelle lässt sich weitere Technik wie Bankettfräsen, Plattenverdichter, landwirtschaftliche Geräte, funktionale Anhänger und vieles mehr betreiben. Wasserpumpen werden bei Feuerwehrfahrzeugen meist über eine Flanschverbindung als Nebenabtrieb angeschlossen. Neben dem Unimog von Mercedes-Benz bieten auch weitere Hersteller von Kommunaltechnikfahrzeugen und Geräteträgern die Möglichkeit, die jeweiligen Einsatzbereiche durch Nebenabtriebe zu erweitern. ❐



Besser abschneiden.

Die wirtschaftliche Lösung: der Unimog BlueTEC 6. Wenn es um kommunale Aufgaben wie Mäheinsätze geht, macht dem Unimog keiner etwas vor. Dafür sorgen hohe Achslasten für bis zu drei Mähausleger, der innovative Fahrantrieb EasyDrive für den spontanen Wechsel zwischen hydrostatischem Antrieb und Schaltgetriebe sowie die kraftvolle Zapfwelle und eine leistungsstarke Hydraulik für effizientes Arbeiten. Seine hohe Produktivität verbindet der Unimog mit kompakten Abmessungen, Pkw-ähnlichem Komfort und bester Übersicht.

Profitieren Sie mit unter
mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...



Birgit Gatz

Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Tiefenbach, LK Landshut, Mitglied in der ARGE „Frauen führen Kommunen" des Bayerischen Gemeindetages sowie Mitglied im Ausschuss Wirtschaft, Tourismus und Verkehr des DStGB

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Gemeinde Tiefenbach bei Landshut, ca. 4.000 Einwohner.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
2014.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Mich hat Gemeindepolitik schon immer interessiert, weil sie basisfundiert ist und direkt beim Bürger ankommt. Anlass mich aktiv einzubringen war dann die Gründung einer unabhängigen Bürgerliste im Jahr 2007. Als ich gebeten wurde für das Bürgermeisteramt zu kandidieren, musste ich nicht lange überlegen. In dieser Funktion kann ich viel bewirken und gestalten.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Ich habe natürlich viele Gespräche geführt. Mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Bürgermeistern aus Nachbarkommunen, ortsansässigen Unternehmen. Meine im Rahmen meines Jura-Studiums erworbenen Verwaltungskenntnisse und vor allem meine langjährige Erfahrung als Rechtsanwältin haben sehr geholfen.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Zunächst eine gute Zusammenarbeit mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und den Gemeindegremien schaffen. Viele Personen kennen lernen und Vertrauen schaffen.
Inhaltliche Projekte: Der Neubau einer Kindertagesstätte, ein weiterer Neubau in Form einer Schulturnhalle, der barrierefreie Umbau des Rathauses und die Ausarbeitung eines Ortsentwicklungskonzeptes.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Natürlich die Herausforderungen durch die Corona Pandemie.
Weitere aktuelle Themen sind: Baulandentwicklung zur Wohnraumschaffung, Bau eines neuen Feuerwehrhauses, Digitalisierung, Klärschlammentsorgung, Straßensanierung, mehr Angebote für die Jugend
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Weiterentwicklung des Radwegenetzes, denn Radwege ermöglichen nicht nur eine gute und klimafreundliche Mobilität, sondern verbinden auch die Menschen in den Ortsteilen. Mobilität insgesamt ist ein wichtiges Thema, Schaffung ausreichender Kinderbetreuungsplätze, Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der Verwaltung.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Engagieren Sie sich, seien Sie mutig, seien Sie offen für konstruktive Kritik und bleiben Sie bei allem was Sie tun authentisch.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Zuhören – sprechen – zuhören – sprechen; durch ständigen Austausch auf allen Ebenen und ein offenes Ohr für jeden.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Eine gute digitale Infrastruktur ist Voraussetzung für nahezu alle Lebensbereiche! Digitalisierung überwindet räumliche Distanzen und ermöglicht Vernetzung. Sie ist eine zentrale Standortbedingung.
Homeoffice und Homeschooling haben durch die Pandemie eine völlig neue Bedeutung erlangt. Dafür ist eine gute digitale Verbindung die Voraussetzung. Gerade die ländlichen Räume können von dieser Entwicklung enorm profitieren. Digitalisierung ist das Zukunftsthema – auch nach der hoffentlich bald endenden Pandemie.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
„Die Zukunft hängt von dem ab, was Du heute tust." Mahatma Gandhi
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Als Bürgermeisterin, die für Bürgerinnen und Bürger immer ansprechbar war, das Gemeindewohl als Ganzes im Blick, in diesem Sinne aktiv gestaltet und die Gemeinde Tiefenbach gut für die Zukunft aufgestellt hat. ❐

Fit für die Zukunft mit Bildung für Nachhaltige Entwicklung:

Aichach-Friedberg wird Modellkommune

Seit fünf Jahren arbeitet das Bildungsbüro im Landkreis Aichach-Friedberg daran, Bildungsangebote aufeinander abzustimmen, um Chancengleichheit, lebenslanges Lernen und Integration in den Kommunen voranzubringen. Nun kommt mit der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) über alle Lebensphasen ein weiterer Baustein hinzu, um die Kommunen fit für die Zukunft zu machen. Dabei wird der Landkreis vom BNE-Kompetenzzentrum Bildung – Nachhaltigkeit – Kommune unterstützt. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt hat den Landkreis Aichach-Friedberg ausgewählt, um ihn auf dem Weg zu Bildung für Nachhaltige Entwicklung zu begleiten.

Nun unterzeichneten Landrat Dr. Klaus Metzger und Tibor Manal, in Vertretung für Dr. Lea Schütze, Leiterin des Standorts Süd des BNE-Kompetenzzentrums, eine gemeinsame Zielvereinbarung.

BNE ist ein wesentlicher, zukunftswichtiger Schlüssel für den gesellschaftlichen Wandel. Das Bildungskonzept zielt darauf ab, dass jeder Mensch sein Handeln am Prinzip der Nachhaltigkeit ausrichtet. 17 Nachhaltigkeitsziele, auf die sich die Staaten der UN verständigt haben, bilden den inhaltlichen Rahmen der BNE.

„Die globalen Nachhaltigkeitsziele der UN zeigen Herausforderungen auf, die vereint angegangen werden müssen – auch hier bei uns im Landkreis. Mithilfe einer abgestimmten Bildungsstrategie möchten wir alle Bürgerinnen und Bürger im Wittelsbacher Land erreichen und ihnen Bildungsangebote anbieten", so Metzger. „Das Bildungsbüro und ich freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dem BNE-Kompetenzzentrum, um fachliche Unterstützung bei dieser Entwicklung zu erhalten."



Landrat Dr. Klaus Metzger und Tibor Manal vom BNE-Kompetenzzentrum unterzeichnen die gemeinsame Zielvereinbarung. Ansprechpartner im Landkreis ist das Bildungsbüro, vertreten durch Luna Winter (links) und die Leiterin des Sachgebiets 25 (Ehrenamt | Bildung | Integration), Friederike Gerlach.

Foto: Landratsamt Aichach-Friedberg, Wolfgang Müller

Prozessbegleitung vor Ort

Manal ergänzt: „In verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen hat sich der Landkreis Aichach-Friedberg bereits auf den Weg gemacht, Bildung für Nachhaltige Entwicklung stärker zu beleuchten. Im weiteren Prozess wollen wir den Landkreis unterstützen, die vielfältigen Aktivitäten zu bündeln und die verschiedenen Akteurinnen und Akteure weiter zu vernetzen. So können BNE-Angebote für alle sichtbar und zugänglich gemacht werden und einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Ausrichtung des Landkreises liefern".

Das BNE-Kompetenzzentrum unterstützt die Kommune über eine Prozessbegleitung vor Ort, Vernetzungsmöglichkeiten mit anderen Kommunen und Qualifizierungsangeboten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der kommunalen Bildungslandschaft. Zudem werden die Prozesse vor Ort wissenschaftlich evaluiert und die Ergebnisse dieser Evaluation laufend in die Prozessbegleitung einbezogen. Das Büro in München ist eines von bundesweit drei Standorten. Insgesamt 50 Modellkommunen werden bis vorerst 2023 vom BNE-Kompetenzzentrum begleitet. Dafür wird das Projekt vom BMBF gefördert. ❐

Gelungener Abschluss:

Spanische Erzieherinnen jetzt fest in Stadt und Landkreis München

An den Erfolg der interkommunalen Initiative will man schon bald anknüpfen

Die Personalnot in Kindergärten, Krippen und Horten ist groß, und das nicht erst seit Corona. Mindestens 1000 Stellen in der Landeshauptstadt und rund 200 im Landkreis München können derzeit nicht besetzt werden – mangels geeigneter Bewerber. Die räumlichen Kapazitäten sind zumeist da, doch sie bleiben zum Leidwesen zahlreicher Eltern vielfach ungenutzt.

Landrat Christoph Göbel und Oberbürgermeister Dieter Reiter haben deshalb neue Wege in der Fachkräftegewinnung eingeschlagen. Gemeinsam mit der Arbeitsagentur München und der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit (ZAV) haben sie sich vor knapp zwei Jahren aufgemacht, im EU-Ausland gut ausgebildete Erzieherinnen für Stadt und Landkreis München zu gewinnen.

Im Rahmen eines Pilotprojekts konnten insgesamt 20 Spanierinnen mit abgeschlossenem Studium an einer Hochschule für Erziehungswissenschaften gewonnen werden. Alle verfügten bereits über Kenntnisse der deutschen Sprache.

Vormittags arbeiten, nachmittags Deutsch lernen

Zwölf junge Frauen traten dann im März vergangenen Jahres eine Arbeitsstelle in einer Kita in der Stadt und acht im Landkreis München an. Vormittags waren sie bei den Kindern in den Einrichtungen, am Nachmittag drückten sie die Schulbank, um noch besser Deutsch zu lernen. Dabei wurden sie bereits in Vollzeit bezahlt. Die Lehrgangsgebühren und den Verdienstausfall in den Kitas finanzierte die Arbeitsagentur München. Mit Beginn der Corona-Pandemie stellte der Bildungsträger (DAA München) die Schulungen an den Nachmittagen innerhalb kürzester Zeit auf Homeschooling um. Im August und im Dezember konnten dann 16 erfolgreich die Prüfung für das B2-Sprachzertifikat ablegen, die nun eine Festanstellung in einer der am Projekt beteiligten Einrichtungen haben.

Bei drei weiteren stehen die Prüfungen noch aus

Die hoch motivierten Erzieherinnen gehören mittlerweile fest ins Team ihrer Kitas. Beim Ankommen in der neuen Umgebung erhielten sie viel Unterstützung, sowohl durch die Einrichtungsleitungen, durch Kolleginnen und Kollegen, aber auch durch den Kreisjugendring und die Kommunen. Wohnungen mussten gefunden, Formalitäten erledigt und vor allem auch ein soziales Netzwerk geknüpft werden. Jetzt sind sie dauerhaft angekommen – zur Freude der Einrichtungen, der Kommunen und vor allem auch der Kinder, die sie schon nach kurzer Zeit fest ins Herz geschlossen hatten.

Der Erfolg macht Mut

Stadt und Landkreis überlegen schon jetzt, das Projekt fortzuführen und vielleicht sogar ein- bis zweimal jährlich gut qualifizierte Erzieherinnen aus Spanien oder auch aus anderen EU-Staaten in den Raum München zu holen.

„Ein echtes Erfolgsprojekt – das wir fortsetzen sollten!", freut sich Landrat Christoph Göbel. Für unsere Kindertageseinrichtungen haben wir neue qualifizierte Fachkräfte gewinnen und somit die anhaltende Personalnot zumindest ein wenig lindern können. Ich bin aber auch überzeugt davon, dass wir unsererseits den Erzieherinnen eine wirklich gute berufliche Alternative bei uns im Landkreis zu bieten haben."

Oberbürgermeister Dieter Reiter sieht es genauso: „Es war genau richtig, hier mit vereinten Kräften auch außerhalb unserer Landesgrenzen nach qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu suchen. Umso mehr freue ich mich, dass wir bestens ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher aus Spanien gewinnen konnten. Eine Win-win-Situation für alle, wie ich finde, für die neuen Fachkräfte genauso wie für unsere Kitas."

Manfred Jäger (Leiter der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit) sagt: „Wir sind stolz auf die gute Zusammenarbeit mit unserem langjährigen Partner EURES Spanien. Dank diesem konnten wir eine Gruppe hochqualifizierter und motivierter Erzieherinnen gewinnen, auf die bestimmt weitere Gruppen folgen werden. Die intensive Arbeit hat sich in jedem Fall für alle Beteiligten gelohnt."

Wilfried Hüntelmann, Leiter Agentur für Arbeit, ergänzt: „Es ist toll zu sehen, wie motiviert die Spanierinnen ihr Leben hier in Bayern aufgebaut haben, und ich bin davon überzeugt, dass wir mit ihnen gute pädagogische Fachkräfte gewinnen konnten. Der Erfolg ist aber auch das Ergebnis einer guten Kooperation mit neuen Wegen, um den Fachkräftebedarf in der Region zu sichern." ❐

Frauenbeirat in der Region Landshut gegründet

Die Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Landshut haben einen Beirat junger Frauen ins Leben gerufen. Damit soll das Interesse vor allem jüngerer Frauen an einem möglichen politischen Engagement auf kommunaler Ebene geweckt werden. Groß war die Resonanz beim digitalen Auftakttreffen: 13 Teilnehmerinnen aus der Region zwischen 15 und 27 Jahren sind dem Aufruf des Landkreises gefolgt. Neumitglieder sind weiter jederzeit willkommen.

Wissenschaftlich begleitet wird der Beirat vom Forschungsprojekt FRIDA an der HAW Landshut. Prof. Barbara Thiessen, Professorin für Soziale Arbeit und Gender Studies, und die Soziologin Mina Mittertrainer haben es sich u.a. zum Ziel gesetzt, vor allem junge Frauen an politisches Engagement heranzuführen. Durch die Gründung eines „Beirats junger Frauen" wird eine Plattform zur Vernetzung und zum Austausch geschaffen. Besonderes Augenmerk wollen die Beirätinnen auf die Themen Mobilität, Bildung, Sexismus im Alltag, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie individuelle Zukunftsplanung und Freizeitgestaltung legen.

Dass nun junge Frauen im Mittelpunkt stehen, ist für die Verantwortlichen auch ein Aspekt für eine nachhaltige Regionalentwicklung. „Wenn junge Frauen eine Gegend verlassen, dann stirbt sie aus. Denn sie sind die Zukunft, bestimmen Attraktivität und Vitalität ländlicher Räume. Doch um sie vor Ort halten zu können, braucht es Gestaltungs- und auch Entfaltungsmöglichkeiten", waren sich die Teilnehmerinnen einig. Laut Mina Mittertrainer gilt prinzipiell die Grundregel: Je ländlicher, desto weniger Frauen sind in den Parlamenten zu finden. Auch in der Kommunalpolitik existiere keine Geschlechtergleichstellung. Gerade in eher ländlichen Gebieten gebe es Gemeinderäte, in denen keine einzige Frau sitzt.

Gesprächsregeln

Um nach den nächsten Wahlen mehr Frauen in den Gemeinderäten zu sehen, müsste sich nach Mittertrainers Auffassung das meist sehr dominante und konfliktgeladene Klima in den kommunalen Parlamenten verändern. Viele Frauen, so die wissenschaftliche Mitarbeiterin, hätten keine Lust auf die vorherrschende Diskussionskultur. Übrigens würden auch zahlreiche Männer von den nicht vorhandenen Gesprächsregeln abgeschreckt. Vor diesem Hintergrund „würden wir das Konzept ‚Parlament mit Gesprächsregeln' zusammen mit einer Gemeinde testen", betont Mittertrainer. „Wer möchte, kann sich gerne bei uns bewerben." **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Zum Beispiel Grünwald:

Schule und Digitalisierung während der Pandemie

Mit dem „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“ haben Bund und Länder gemeinsam eine Verwaltungsvereinbarung ausgehandelt, in deren Rahmen Kommunen über fünf Jahre hinweg Fördermittel für Investitionen in die digitale Infrastruktur beantragen können. Städte, Gemeinden und Kreise erhalten so als Sachaufwandsträger ein hohes Maß an Planungssicherheit. Die Gemeinde Grünwald hat bereits in den vergangenen Jahren umfassende Investitionen in die EDV des Staatlichen Gymnasiums Grünwald und der Martin-Kneidl-Grundschule getätigt. Während der Pandemie war so das zügige Umstellen auf digitalen Unterricht möglich.

Neue PCs, interaktive Tafel und Schulcloud

Schon im April 2020 wurde mit der Anschaffung und Einrichtung einer eigenen Schulcloud der externe Zugriff auf das Schulnetzwerk auch von Zuhause aus ermöglicht.

Die Notwendigkeit dafür ergab sich infolge des Lockdowns in der Pandemie mit Kontaktbeschränkung und Homeschooling. Es wurden 119 stationäre PCs angeschafft sowie 100 mobile Endgeräte (Laptops) für die Schülerinnen und Schüler als Leihgabe. Dank des bereits bestehenden Glasfaseranschlusses war das Staatliche Gymnasium Grünwald bereits vollständig mit schnellem Internet ausgestattet. Jan Neusiedl, Erster Bürgermeister der Gemeinde Grünwald und die Direktorin des Grünwalder Gymnasiums, Oberstudienrätin Birgit Korda, sind sich einig: „Durch die vorausschauenden Investitionen in die moderne Ausstattung und die EDV unserer beiden Schulen in Grünwald konnten wir während der Pandemie die enorme Herausforderung des Online-Unterrichts und Homeschooling sehr gut bewältigen.“



Der 1. Bürgermeister Jan Neusiedl und die Direktorin des Grünwalder Gymnasiums, Oberstudienrätin Birgit Korda sind sich einig: „Durch die vorausschauenden Investitionen in die moderne Ausstattung und die EDV unserer beiden Schulen in Grünwald konnten wir während der Pandemie die enorme Herausforderung des Online-Unterrichts und Homeschooling sehr gut bewältigen.“

Bild: Gemeinde Grünwald

Luftreinigungsgeräte mit Niedrigenergie-Plasmatechnologie und CO2-Ampeln für erweiterten Gesundheitsschutz

Ebenfalls bereits Ende des vergangenen Jahres wurden alle Liegenschaften mit modernsten Luftreinigungsgeräten mit patentierter Niedrigenergie-Plasmatechnologie und zusätzlichen CO2-Ampeln für einen erweiterten Gesundheitsschutz ausgestattet. Insgesamt 140 dieser Luftreinigungsgeräte wurden in den 70 Unterrichtsräumen des Grünwalder Gymnasiums, sowie rund 140 Geräte für die Grundschule und die Grünwalder Kindertagesstätten installiert. „Das war ein Kraftakt in vielerlei Hinsicht, und wir sind stolz, dass diese, zusätzlich zu den allgemein geltenden Hygieneregeln, flankierenden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie so zügig umgesetzt werden konnten. Gerade in der Grundschule und im Gymnasium waren dafür ja vielfältige zusätzliche Elektroarbeiten erforderlich.“, sagt Bauamtsleiter Stefan Rothörl. Die Direktorin des Gymnasiums ist der Gemeinde sehr dankbar für die tatkräftige Unterstützung: „Das Grünwalder Gymnasium war wunderbar aufgestellt für die Wiedereröffnung der Schule. Aufgrund der guten räumlichen Gegebenheiten und der durch die Gemeinde getroffenen Zusatzmaßnahmen konnten wir den Abiturjahrgang Q12 komplett als ganzen Jahrgang mit hineinnehmen.“ Natürlich galt (und gilt) für Schüler sowie Lehrkräfte weiterhin durchgängig Maskenpflicht. Die Jahrgangsklassen 5 bis 10 verblieben im Distanzunterricht, der über die Lernplattform MEBIS und über Videokonferenzen ebenfalls gut organisiert ist.

Umfrage zum digitalen Distanzunterricht zeigt hohe Zufriedenheit von Eltern und Schülern

Das Staatliche Gymnasium Grünwald hat Ende Januar eine Umfrage zum Distanzunterricht durchgeführt, an der insgesamt 330 Lernende und 431 Eltern teilnahmen. Die Umfrage unter Schülern und Eltern spiegelt die hohe Zufriedenheit mit dem Digitalen Unterricht. Im Einzelnen: Die Kontaktaufnahme zu den Lehrkräften während des Distanzunterrichts wird von etwa 90 Prozent der Teilnehmer an der Umfrage als problemlos beschrieben. 86 Prozent der Eltern, die an der Umfrage teilnahmen, sind mit der Qualität des Distanzunterrichts am Gymnasium Grünwald zufrieden. „Insgesamt ist das Feedback ermutigend und bestätigend für uns zugleich. Wir sehen eine große Zufriedenheit mit dem, was unsere Lehrkräfte im Distanzunterricht leisten.“, freut sich Birgit Korda.

Ausstattung mit moderner EDV auch in der Martin-Kneidl-Grundschule

Auch die Martin-Kneidl-Grundschule in Grünwald wurde mit neuen interaktiven Screens ausgestattet, die in insgesamt 13 Klassenzimmern montiert sind. Für den Anschluss der interaktiven Tafeln mussten, teils aufwändig, nach aktuellen Brandschutzbestimmungen, neue Daten- und Stromleitungen nachgerüstet werden. Bereits vor mehr als einem Jahr wurden Laptops und IPads für die Lehrkräfte angeschafft, außerdem einiges an Zubehör für die Beschulung. „Wir sind hervorragend ausgestattet, und dies ist das Verdienst der Gemeinde. Bereits beim ersten Lockdown konnten wir nahezu reibungslos auf die großen Herausforderungen von Wechselunterricht und Home Schooling reagieren“, so die Rektorin der Martin-Kneidl-Grundschule, Claudia Angermaier. „Bei uns wird sogar eine Hausaufgabenbetreuung im digitalen Homeschooling ermöglicht.“

Als weitere zukunftsweisende Investition ist für die Martin-Kneidl-Grundschule ebenfalls der umfassende Glasfaseranschluss in 2021 geplant. Grünwald hat inzwischen das „GO“ des Landesamtes für Digitalisierung erhalten, sodass nun baldmöglich mit den baulichen Maßnahmen begonnen werden kann.

Investitionen zeigen hohen Stellenwert von Bildung und Schule in der Gemeinde

„Bildung und Schule haben für die Gemeinde Grünwald einen sehr hohen Stellenwert, dies zeigen die vielen Investitionen, die die Gemeinde getätigt hat, um für ihre Schülerinnen und Schüler wie auch für die Lehrkräfte das bestmögliche Umfeld zu schaffen für die Fortführung des Unterrichts auch während der Pandemie. Darauf bin ich stolz“, so Bürgermeister Neusiedl. Mit den ergänzend getroffenen Gesundheitsschutzmaßnahmen waren und sind die Schulen sicher.

Weiterer Ausbau der Digitalisierung von der Gemeinde beschlossen

Im Rahmen der Digitalisierung der bayerischen Schulen hat die Gemeinde Grünwald die Anschaffung weiterer Ipads für das Staatliche Gymnasium und die Martin-Kneidl-Grundschule in den kommenden Jahren beschlossen. Diese Neuausstattung erfolgt gestaffelt über die kommenden 3 Jahre. Bereits bis September 2021 werden im Gymnasium weitere 300 Ipads für die 8. und 9. Klassen angeschafft; im kommenden Jahr folgen nochmals 300 Ipads für die 6. und 7. Klassen bis September 2022. Die 5. Klassen erhalten bis September 2023 insgesamt 150 Ipads.

Und es werden nicht nur die Schüler, sondern auch die Lehrkräfte mit neuen Lehrerdienstgeräten ausgestattet. Die Grundschule bekommt bereits in diesem Jahr für ihre Lehrkräfte weitere 20 Ipads. Die Maßnahmen beschloss der Gemeinderat am 12. April. Die Gesamtkosten für die Anschaffungen der IPads im Jahr 2021 für Gymnasium und Grundschule liegen geschätzt bei ca. 230.000 Euro. Die Beantragung von Fördermitteln für diese Maßnahmen erfolgt im Rahmen des Digital-Pakts Schule 2019 bis 2024 (Digitalpakt I für digitale Infrastruktur und Digitalpakt IV für Lehrerdienstgeräte). ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Tja, jetzt ist es wohl endgültig an der Zeit, Lebewohl zu sagen. Nach so vielen Jahren der Zusammenarbeit fühlt es sich unwirklich und falsch an, dass Sie ab nächster Woche nicht mehr mein Vorzimmer beherrschen. Aber alles im Leben hat seine Zeit.“ Mein Chef, der Bürgermeister, war sichtlich gerührt an meinem letzten Arbeitstag.

Leben kann man nur nach vorne, weshalb es für mich richtig ist, dass ich noch einmal etwas Neues wage und als Projektmanagerin für eine Maßnahme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung nach Afrika gehe. Ich werde ein Schulprojekt im Sahel leiten! Niemals vor dieser Pandemie wurde mir so klar, welche drei elementaren Probleme die Entwicklung vieler

Leben kann man nur nach vorne

Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika behindern: Bildung, Wasser/Abwasser, moderne landwirtschaftliche Methoden.

Hunger im Zusammenhang mit coronabedingt wegbrechenden Einkommen, so sagen es die meisten seriösen Experten, wird in Afrika mehr Menschen töten als das SARS-CoV-19-Virus selbst. Aber auch veraltete Anbaumethoden, ungerechte Bodenverteilung und Monokulturen auf den Äckern tragen zu fortlaufender Unterernährung und Defiziten im wirtschaftlichen Fortschritt bei.

Vielerorts fehlt es an einer steten, zuverlässigen und ausreichenden Wasserversorgung – für die Bewässerung, aber auch zum Kochen und vor allem für die Hygiene, die vor Krankheiten schützen würde. Schlimmer noch sind die Probleme mit dem Abwasser und die Tatsache, dass nach Angaben der Vereinten Nationen 2,5 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Toiletten haben.

Vor allem aber fehlende Bildung tötet, weil dadurch den Menschen das vorenthalten wird, was Fortschritt eigentlich beinhaltet: Durch Erkenntnis und vernunftgeleitetes Handeln sein Leben zu lenken und das Richtige zu erstreben. Nur durch Bildung können Menschen Selbstbestimmung erreichen und sich aus traditionellen oder gewaltsamen Abhängigkeiten befreien.

All das motiviert mich, nach den vielen, vielen Jahren im Rathaus etwas zu tun, mit dem ich im doch schon etwas fortgeschrittenen Alter meinem Leben einen neuen Sinn geben kann. Zwar bin ich keine Lehrerin, aber auf effektives Managen und auf überzeugendes Motivieren verstehe ich mich. Dazu mein Blick für das Wesentliche: Deshalb glaube ich an meinen Erfolg!

Leicht fällt es mir nicht, oh nein. Der Bürgermeister und ich haben in den vergangenen Jahren doch einiges zusammen angepackt, geschaffen und durchlebt. Wir haben ja nicht nur jetzt Corona zusammen erlebt, nein auch Hochwasser, Schneekatastrophen und viele menschliche Tragödien, die sich im Verborgenen abspielten. So und sooft ging unser Temperament mit uns durch und wir konnten uns ein Ventil schaffen, sei es über unberechtigtes Politiker-Bashing, Verwaltungsschelte oder über den Zeitgeist, dessen Wehen wir immer wieder kritisch aufgespießt haben. Meistens haben wir es aber doch mit Humor genommen und auch Kleinigkeiten Aufmerksamkeit geschenkt, sei es das Wetter, sei es die Mode oder andere Angriffe auf den guten Geschmack.

Mein Chef, der Bürgermeister, wie auch ich werden das alles vermissen. Meine Wohnung ist gekündigt, Dinge, von denen ich mich nicht trennen konnte, habe ich bei meinen betagten Eltern in mein altes Kinderzimmer gestellt. Man braucht ja auch Daheim ein Zuhause, wenn man mal Urlaub bekommt oder einem im neuen Job alles zu viel wird. Ein Zufluchtsort.

Ein Stein ist mir vom Herzen gefallen, als der Bürgermeister anbot, meinen geliebten Kater Pino zu sich zu nehmen und ihm die Fürsorge zukommen zu lassen, die einem solchen selbstbewussten und sensiblen Tier zukommt. Denn schließlich und endlich gilt doch, was Michel de Montaigne in den Satz gegossen hat: „Beim Abschied wird die Zuneigung zu Dingen, die uns lieb sind, immer noch ein wenig wärmer.“

Ihre Sabrina

Augsburg und Bamberg:

Modellstädte gegen Extremismus

Die bayerischen Städte Augsburg und Bamberg zählen neben Berlin, Essen, Heidelberg und Wolfsburg zu den vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat ausgewählten „Modellkommunen Deradikalisierung“. Das BMI fördert das kommunale Dialogprojekt, um junge Menschen vor Extremismus zu schützen. Zur Umsetzung lokaler Projekte werden die Modellkommunen für einen Zeitraum von bis zu zwölf Monaten unterstützt.

In Augsburg baut das Projekt „Moderation“ behördenübergreifende Strukturen in der Deradikalisierungsarbeit für den Bereich rechtsextremistische Ideologien auf. Das Projekt verfolgt zwei Ziele: Einerseits die Prävention und Abkehr von ideologisiertem und radikalisiertem Denken und Handeln, andererseits die Erarbeitung eines Leitfadens zur Kooperation zwischen staatlichen Stellen und der zivilgesellschaftlich getragenen Beratungsstruktur aufbauend auf den vor Ort gemachten Erfahrungen. „Damit wird eine konstruktive Verschränkung von rechtsstaatlichen Maßnahmen sowie pädagogischer Intervention geschaffen“, heißt es.

Hierfür entsteht eine Schnittstelle zwischen dem Bayerischen Landeskriminalamt, der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus, sowie kommunalen Akteuren im Rahmen der Arbeit des Kommunalen Präventionsrates der Stadt Augsburg. Die konkrete pädagogische Deradikalisierungsarbeit wird durch Expertinnen und Experten der Violence Prevention Network gGmbH durchgeführt. Abschließend wird eine Evaluation des gesamten Projekts vorgenommen und in einem durch das Büro für Kommunale Prävention der Stadt Augsburg zu verfassenden Projektbericht festgehalten.

Drei Komponenten

Das Vorhaben der Stadt Bamberg besteht wiederum aus den drei Komponenten „Runder Tisch Einzelfallbetrachtung“, „Netzwerk“ und „Koordinierungsstelle“. Die Zusammensetzung des Runden Tisches erfolgt interdisziplinär und umfasst auch Vertreter der Sicherheitsbehörden, die für die Deradikalisierungsarbeit auf Landesebene verantwortlich sind. Zudem sind Mitarbeiter der Stadtverwaltung Bamberg vertreten. Auch sollen die Angehörigen, sowie das Umfeld der mutmaßlich radikalisierten Person mit einbezogen werden. Weitere Akteure werden je nach Bedarf hinzugezogen.

Das Netzwerk wird die mit dem Problemfeld „Radikalisierung“ in Berührung kommenden Akteure zusammenbringen und einen gegenseitigen Austausch ermöglichen. Zudem soll die Landesebene bei der Deradikalisierungsarbeit unterstützt werden.

Mit der Koordinierungsstelle wird eine Anlaufstelle geschaffen, an die sich Angehörige, Lehrkräfte, Arbeitgeber und Verwaltungsmitarbeiter wenden können, wenn sie Anzeichen für eine bereits erfolgte (Teil-)Radikalisierung erkennen. Diese Anlaufstelle wird innerhalb der Stadtverwaltung angesiedelt und soll Bindeglied zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft sowie Sicherheitsbehörden sein. **DK**

Bad Füssing wird Modellregion

In einem Brief an den Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek betonte Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, dass er die Bewerbung Bad Füssings um die Genehmigung eines Pilotprojekts zur kontrollierten Öffnung ausdrücklich befürwortet.

Denn trotz der berechtigten Sorge und Vorsicht der Staatsregierung aufgrund steigender Inzidenzen sei eine Perspektive für die Kurorte dringend erforderlich: „Dies kann am besten dadurch geschehen, dass einzelne, bestens vorbereitete Orte, die zum Beispiel ein sehr enges Testregime sicherstellen können, beweisen, dass Thermalbäder sicher geöffnet werden können“, so Heinrich. „Ein erfolgreicher Verlauf eines Pilotprojektes ist die beste Basis für eine zeitnahe Öffnung der weiteren niederbayerischen Kurorte.“

Außerdem nahm der Bezirkstagspräsident Bezug auf ein Schreiben von Bad Füssings Bürgermeister Tobias Kurz. Darin hatte Kurz auf die laufend optimierten Sicherheits- bzw. Hygienekonzepte sowie ein neu eröffnetes Corona-Schnelltestzentrum hingewiesen und für die Teilnahme am Pilotprojekt geworben.

Der Bezirk und die Beschäftigten aller Thermalbäder würden im großen Interesse an einer starken Perspektive das Vorhaben tatkräftig unterstützen – auch im Sinne aller weiteren niederbayerischen Thermalbäder, ergänzte Heinrich. **eb**

Raus aus dem Schneckenhaus!

Im Kreis Miltenberg werden Bürger per Zufallsauswahl zum Mitmachen motiviert

Vereine klagen inzwischen über einen merklichen Rückgang an Ehrenamtlichen. Was nicht verwundert. Das Vereinsleben liegt im Moment brach. „Die Menschen neuerlich zum Mitmachen zu motivieren, ist schwierig", sagt Jürgen Reinhard, Bürgermeister von Niedernberg. Bei der Veranstaltung „Open-Sozial" der KAB am 12. Juni im Elsavapark Elsenfeld soll neue Motivation geweckt werden. Und zwar auf ungewöhnliche Weise: Die Gemeinden laden zufällig ausgewählte Bürger zum Mitmachen ein.

Wer sich im Landkreis Miltenberg engagieren möchte, hat die Qual der Wahl. In Niedernberg zum Beispiel kann man sich beim Roten Kreuz, dem Frauenbund oder im Verein „Kinderreich" engagieren. In Obernburg setzen sich Ehrenamtliche laut Bürgermeister Dietmar Fieger bei den Ferienspielen, im Seniorenbeirat und im Nachbarschaftshilfeprojekt „Tatsachen" ein. „Auch wir in Eschau haben ein breites Engagement", so Bürgermeister Gerhard Rüth. Doch sicher gebe es soziale Felder, die noch nicht beackert sind.

Studien zufolge sind Bürger, die auf der gesellschaftlichen Stufenleiter eher unten stehen, weniger aktiv als Angehörige der Mittelschicht. Auch Menschen mit Migrationshintergrund, in deren Herkunftsland es nicht das gibt, was wir mit „Ehrenamt" meinen, sind oft geringer engagiert. Gerade deshalb sei die Idee einer Zufallsauswahl so gut, lobt Wolfgang Fecher, Präsident des Niedernberger Carnevalvereins: „Dadurch erreicht man auch mal andere, man fühlt sich geehrt und informiert sich auf jeden Fall." Sollte er ausgewählt werden, würde er ganz bestimmt zur „Open-Sozial" gehen. Ob er sich danach aktiv beteiligen wird, das hänge von den konkreten Projektideen ab.

Selbstverständliches Engagement

Früher engagierten sich Menschen oft aus einem Pflichtgefühl heraus: Es war etwa selbstverständlich, zu ministrieren. War doch schon der Vater Ministrant. „Heute führen der Spaß am Tun oder persönliches Interesse ins Ehrenamt", sagt Niedernbergs Bürgermeister Jürgen Reinhard. Aus Interesse landete er selbst zum Beispiel bei den Pfadfindern. Im Gegensatz zu früher, ergänzt Wolfgang Fecher, sei Ehrenamt heute jedoch auch schwieriger geworden: „Früher durfte ein Vereinsvorstand einfach mal machen." Heute müsse er an Datenschutz denken, ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen und Ordner voll Akten lesen: „In denen steht, für was er alles haftbar ist."

Ohne Freiwillige müsste der Staat tief in die Tasche greifen – wobei das, was Volunteers tun, letztlich nicht in Geld aufzuwiegen ist. „Bürgerschaftliches Engagement ist vor allem deswegen wichtig, weil es in Bereichen tätig ist, in die wir als Gemeinde nicht hinkommen", sagt Bürgermeister Dietmar Fieger. Ohne ehrenamtlichen Einsatz, ergänzt sein Mönchberger Amtskollege Thomas Zöller, gäbe es manches nicht mehr. Dass beispielsweise das Mönchberger Spessartbad noch existiert, sei vor allem dem Förderverein zu verdanken.

Durch das ungewohnte „Motivationsverfahren" der KAB öffnen sich völlig neue Wege, Bürger zur Beteiligung zu bringen. „Ich finde das einen guten Ansatz", sagt Nadine Faber, Vorstand des Neunkirchener Vereins „The Rising Lions". Sie selbst würde allerdings kaum mitmachen, würde sie ausgewählt: „Da ich nach Arbeit, Familie und unseren eigenen Vereinsprojekten keine Kapazitäten mehr habe." Nach ihren Erfahrungen engagieren sich Menschen vor allem dann, wenn ihnen klar wird, wie gut es ihnen geht. Dann wachse der Wunsch, einen Beitrag zu einer besseren Welt zu leisten.

Ob sich Menschen für den Umweltschutz einsetzen, für soziale Projekte vor Ort oder die Eine Welt, spielt laut Nadine Faber keine Rolle. Hauptsache, man tut irgendetwas. Laut Wolfgang Fecher wird soziales Engagement sogar immer wichtiger. Jetzt, wo sich bei sinkenden öffentlichen Einnahmen die Frage stellen werde, was noch finanzierbar ist, würden Bürger selbst wohl wieder vermehrt soziale Leistungen übernehmen müssen.

Zusammen über ein Problem nachzudenken und gemeinsam Lösungen zu entwickeln, das macht Spaß. Doris Blaschke tut dies seit langem im Niedernberger Geschichtsverein. Die Idee, Bürger durch zufällige Auswahl zu Engagement zu motivieren, findet auch sie gut. „Manchmal trauen sich Menschen einfach nicht aus ihrem Schneckenhaus, weil sie glauben, dass sie nicht wirklich etwas zur Gemeinschaft beitragen können", sagt sie. Dabei könne jeder etwas für andere tun. Würde sie zufällig für die „Open-Sozial" ausgewählt, würde sie auf jeden Fall mitmachen.

Nachwuchsgewinnung wichtigstes Ziel

In jüngster Zeit vermochte es Blaschkes Geschichtsverein, Menschen zu überzeugen, sich einzubringen. „Zuvor hatten wir in einer Sondersitzung besprochen, dass wir die Nachwuchsgewinnung als wichtigstes Ziel in Angriff nehmen", erzählt Blaschke. Obwohl ihr Verein selbst Freiwillige sucht, empfindet die Vorsitzende die „Open-Sozial" nicht als Konkurrenz: „Ich denke, das gegenseitige Vernetzen ist eine sehr wichtige Ressource, die sicherlich zu Synergien führen wird." Im Übrigen arbeitete ihre Organisation schon einmal mit der KAB in Niedernberg zusammen: „Dabei waren auch Menschen mit Migrationshintergrund einbezogen."

Das Auswahlverfahren für die „Open-Sozial" ist vom Modellprojekt „Bürgerrat Demokratie" inspiriert. 160 Bürger, die per Zufallswahl ermittelt wurden, erarbeiten 2019 in Leipzig Empfehlungen für die Politik zur Stärkung der Demokratie.

Bertold S. (Name geändert) aus dem Landkreis Miltenberg hält den Einsatz für mehr Basisdemokratie für sehr wichtig. „Denn wer sitzt denn im Bundestag?", fragt der 61-Jährige, der per Zufall für die „Open-Sozial" ausgewählt wurde. Rechtsanwälte seien überproportional vertreten: „Der kleine Mann hingegen hat nichts mehr zu melden." Die „Open-Sozial" ist für Bertold S. eine Möglichkeit, die Demokratie vor Ort zu stärken. Engagement erlebte der Frührenter bisher meist als Win-Win-Situation. „Dadurch lernt man die verschiedensten Menschen kennen", sagt er. Auf der „Open-Sozial" würde er gerne Mitstreiter für ein Thema finden, das er als eines der größten Problematiken dieser Tage ansieht: „Es gibt auch bei uns im Landkreis zu wenig bezahlbaren Wohnraum." Ob er sich nach der „Open-Sozial" für dieses Thema konkret engagieren wird, hänge davon ab, ob er „gute" Mitstreiter findet. **Pat Christ**

Vorschau auf GZ 10

In unserer Ausgabe Nr. 10, die am 14. Mai 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Abfallwirtschaft · Recycling · Kommunaler Umweltschutz**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Sicherheit · Arbeitsschutz · Brand- und Katastrophenschutz**
- **Schulungen für kommunale Entscheider/innen**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen eine Sonderbeilage der LfA Förderbank Bayern sowie eine Eigenbeilage der Bayerischen GemeindeZeitung zum Thema Mobilfunkausbau und 5G bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐



Die Zahnarztpraxis Dr. Matthias Streussnig wurde erneut als Teilnehmer am Umwelt- und Klimapakt Bayern bestätigt. Landrat Albert Gürtner (re.) überreichte Dr. Matthias Streussnig (Mitte) zusammen mit Abteilungsleiterin Katharina Baschab vom Landratsamt (li.) die Urkunde. In der Praxis wird Wert gelegt auf Mülltrennung, Müllvermeidung und Mehrwegsysteme. Auf Green Dentistry, Nachhaltigkeit für Mensch und Umwelt beim Zahnarzt, wird geachtet. Zum Einsatz kommen bioverträgliche Materialien, wie z.B. keramische Werkstoffe. Geröntgt wird mit geringerer Strahlenbelastung. Datensätze werden digital verschickt. Bild: Spratter

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch Thüringer Fahnenfabrik GmbH Querstrasse 8 96450 Coburg Tel.: 09561-5527-0 Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG Hauptstraße 106 D-84088 Neufahrn/NB T 08773 18-0 F 08773 18-113 www.erlus.com
ERLUS Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE www.etbs.de
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER: www.gemeindezeitung.de/newsletter

Energiedienstleistung

erdgas schwaben sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch Thüringer Fahnenfabrik GmbH Querstrasse 8 96450 Coburg Tel.: 09561-5527-0 Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen Maste Roll-Ups Bekleidung uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz



DSGVO BayDSG ext. DSB ext. ISB ISIS12 Schulungen eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de schweitzer Fachinformationen

Messenger-Dienste
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten – direkt auf Ihr Handy:

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de Bayern Labo

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!"
Wartung und Reinigung von:
- Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
- Prozesslufttechnische Anlagen
- Kontrollierte Wohnraumlüftung

Lüftungs-Reinigungs-Service Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Sonderbeilage 29. April 2021 72. Jahrgang Nr. 9|2021



Bild: Deutsche Telekom

Mobilfunkausbau und 5G

Gemeinsam mit der Onlineplattform Informationszentrum Mobilfunk, die von Telefónica Germany, Telekom Deutschland, Vodafone und 1&1 Drillisch unterstützt wird, entwickelte die Bayerische GemeindeZeitung im Rahmen des 5. Bayerischen InfrastrukturForums ein Programm, das sich an der besonderen Position der bayerischen kommunalen Verantwortlichen orientiert.

Eine illustre virtuelle Expertenrunde, bestehend aus Hilmar Möhlmann (Telefónica Germany GmbH & Co. OHG), Jennifer Pohl (Deutsche Telekom Technik GmbH), Prof. Dr. rer. pol. Steffen Hamm (Ostbayerische Technische Hochschule OTH Amberg-Weiden) und Dr. Rudolf Gulich (LfU/Landesamt für Umwelt) erklärte rechtliche und technische Hintergründe, ging auf Anwendungsbeispiele ein und bot Argumentationshilfen für Gesundheits- und Umweltfragen. Moderiert wurde die Online-Veranstaltung von GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel.

„Wir müssen das Beste aus der privatisierten Kommunikationslandschaft machen“, betonte Hubert Aiwanger, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, in seinem Grußwort. Von mehr als 2.000 Gemeinden in Bayern würden Aiwanger zufolge über 900 in förderfähige Situationen kommen und könnten einen Antrag stellen. Davon bekundeten bereits rund 600 Gemeinden ihr Interesse, rund 250 Gemeinden haben einen Suchkreis und 80 halten mittlerweile einen Förderbescheid in Händen.

„Da an der Stelle die Dinge allerdings jetzt nicht mehr so richtig vorwärts gehen und wir deshalb nachsteuern müssen“, habe der Freistaat Überlegungen angestellt, in Sammelausschreibungen zu gehen, um gezielt eine größere Gruppe ins Ziel zu bringen, erklärte Aiwanger. Zwar wurde in den vergangenen Monaten noch kein Mast mit dem Bayerischen Mobilfunk-Förderprogramm errichtet, jedoch konnten über den eigenwirtschaftlichen Ausbau der Mobilfunkunternehmen über 400 Mobilfunksituationen vor Ort optimiert werden. Der Dank des Staatsministers geht deshalb an die Mobilfunkbetreiber, denn hier musste kein Geld des Freistaats oder der Kommunen in die Hand genommen werden. „Die Wirtschaft und die Bürger erwarten, dass weiße Flecken gezielt geschlossen werden und wir 5G-Standard erreichen“, so der Minister. ■

Informationsquellen rund um das Thema „Mobilfunkausbau und 5G für kommunal Entscheidende“ erhalten Sie beim www.informationszentrum-mobilfunk.de.

Weiterführende Links und Ansprechpartner bei den Netzbetreibern haben wir hier für Sie zusammengestellt: www.gemeindezeitung.de/mobilfunkausbau.

Hilmar Möhlmann |Telefónica Germany GmbH & Co. OHG

Vom Suchkreis zum Standort



Bild: Telefónica Germany

Hilmar Möhlmann, Senior Referent Mobilfunk und Umwelt, Ansprechpartner für die Kommunen in Bayern, Telefónica Germany GmbH & Co. OHG

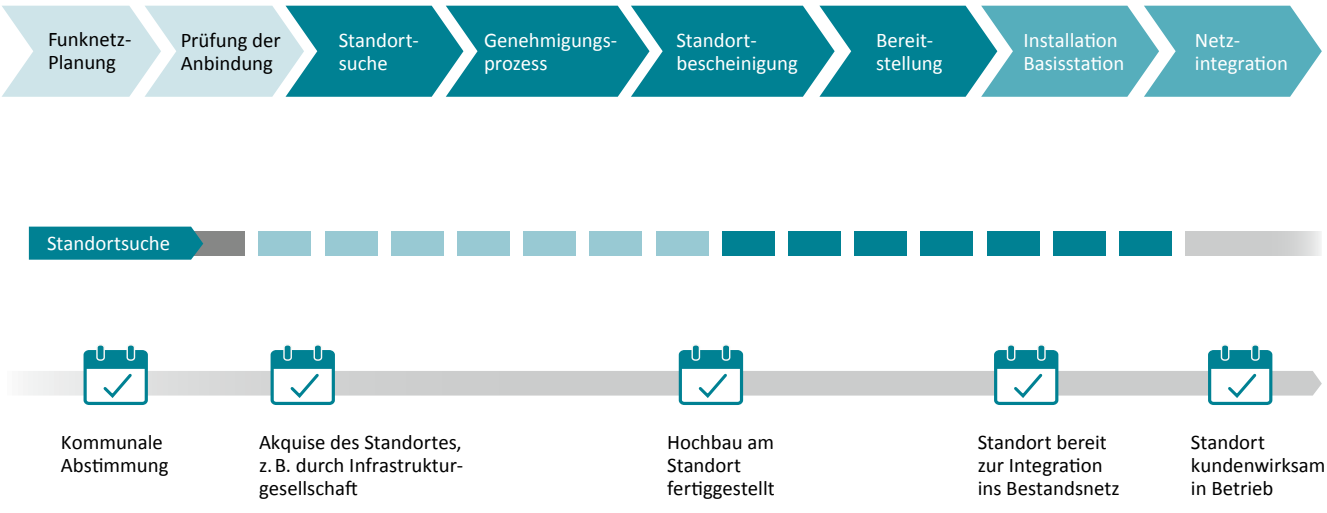
Am Anfang des Prozesses steht die Bedarfsanalyse in der Funknetzplanung des jeweiligen Mobilfunkanbieters. Mögliche Gründe für einen Standortbedarf sind Defizite bei der Abdeckung, eine absehbare kapazitive bzw. bauliche Überlastung von Bestandsstandorten, sowie Qualitätsprobleme durch Veränderungen in der umgebenden Vegetation oder Bebauung.

Anschließend übersenden die Mobilfunkanbieter einen Suchkreis an die Kommunen. Dieser ist die Basis für die Abstimmung. Er stellt den räumlichen Kompromissspielraum für die Position des neuen Standortes dar. Innerhalb von 30 Tagen ist eine kommunale Rückmeldung erforderlich, ob das Mitwirkungsangebot grundsätzlich aufgegriffen wird. Innerhalb von 60 Tagen sollten konkrete kommunale Standortvorschläge folgen. Abweichungen können z.B. wegen der Lage von Sitzungsterminen vereinbart werden. Die Prüfung der kommunalen Vorschläge durch die Netzbetreiber soll innerhalb von 15 Tagen durchgeführt werden. Sie erfolgt vornehmlich hinsichtlich funktechnischer Eignung und wirtschaftlicher Verhältnismäßigkeit. Eine erneute Konsenssuche ist möglich; auch sind „Runde Tische“ in Großstädten denkbar.

Ein guter kommunaler Standortvorschlag liegt innerhalb des Suchkreises und hat zumindest eine Chance auf eine vertragliche Sicherung und bauliche Realisierung. Die Bebauung wird ausreichend hoch überragt, aber nicht zu extrem. Zudem bestehen eine rechtssichere Erschließung für den Zugang und eine räumliche Nähe zu Strom- und Glasfaserleitungen.

Gebremst werden die Ausbauinitiativen der Netzbetreiber häufig aufgrund der Rahmenbedingungen, so dass der Ausbau der Netze nicht so schnell vorankommt wie gewünscht. Neben hohen Bau- und Frequenzkosten, nicht ausreichenden Tiefbau-Kapazitäten sowie Bürgerinitiativen gegen Mobilfunk zählen lange Genehmigungsverfahren zu den größten Hindernissen. Zwei Jahre und mehr kann es hierzulande von einem Bauantrag bis zur Inbetriebnahme eines Mobilfunkstandorts dauern. Die Gründe hierfür liegen unter anderem in einem komplizierten Baurecht und in der Überlastung kommunaler Behörden. Zudem führt der enge Wohnungsmarkt in Ballungsräumen dazu, dass immer mehr Dachgeschosse zu Wohnraum werden. Immer öfter müssen Mobilfunkanlagen dafür weichen – und dies, obwohl die Netzanbieter dringend zusätzliche innerstädtische Dachflächen benötigen. ■

Schritte beim Aufbau einer Mobilfunk-Basisstation



Quelle: Informationszentrum Mobilfunk, Stand September 2020

Jennifer Pohl | Deutsche Telekom Technik GmbH

Mobiles Breitband und 5G – wie geht es weiter in Bayern?

Filme in hoher Qualität streamen, große Datenmengen übertragen, beim autonomen Fahren, im Gesundheitswesen oder in der Landwirtschaft – das alles soll durch 5G schneller und zuverlässiger funktionieren. Bis das Netz all das flächendeckend hergibt, wird es aber noch eine Weile dauern.

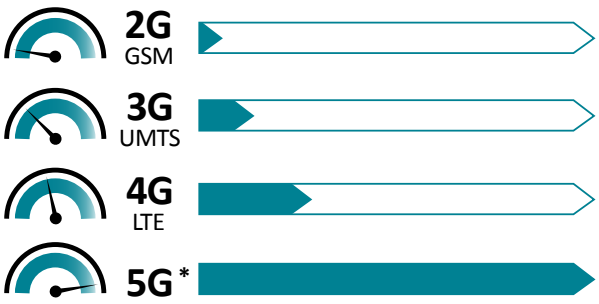
Die aktuellen Ausbauschwerpunkte werden durch den wachsenden Datenverkehr der Mobilfunknutzer und die staatlichen Lizenzbedingungen bestimmt. So sind die Maßnahmen zur Schließung verbliebender Lücken an Verkehrswegen im ländlichen Raum bereits angelaufen. Zudem erfolgt ein Ausbau von 5G auf 3,x GHz (mit Beamformingantennen) in größeren Städten und einzelnen Schwerpunkten des Datenverkehrs. Im ländlichen Raum und kleineren Städten hingegen wird derzeit für den 5G-Ausbau DSS („Dynamik Spectrum Sharing“, eine 4G/5G-Kombinationslösung) als technische Lösung meist bevorzugt. Zwischen 2025 und 2030 soll dann fast jeder Mobilfunkstandort mit 5G funken.



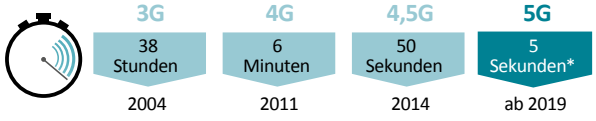
Bild: Deutsche Telekom

Jennifer Pohl, Kommunalbeauftragte Mobilfunk Bayern, Deutsche Telekom Technik GmbH

Geschwindigkeit im Vergleich



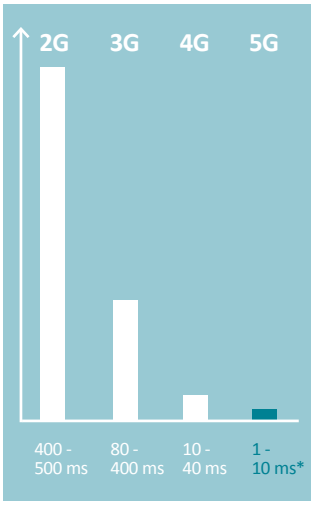
Download-Dauer eines HD-Films 6,6 GB Größe



* in maximaler Ausbaustufe

Latenzzeit in Millisekunden

(1.000 ms entsprechen 1 s)



Quelle: Informationszentrum Mobilfunk, Stand September 2020

Grundsätzlich bezieht sich der Mobilfunkausbau nicht nur auf den Mobilfunkstandard 5G, auch 4G (LTE) wird weiterhin ausgebaut, um dem Bedarf der Nutzer gerecht zu werden. 5G ist nicht an hohe Frequenzen über 2,6 GHz gebunden, kann also auf unterschiedlichen Frequenzen eingesetzt werden. Das macht Sinn, stellt doch aus funktechnischer Sicht der ländliche Bereich andere Anforderungen als der städtische Bereich. Daher müssen in ländlichen Regionen Frequenzen eingesetzt werden, die eine hohe Reichweite haben, allerdings weniger Datendurchsatz. In der Stadt mit zahlreichen Nutzern und einem ohnehin engmaschigeren Netz haben die Netzbetreiber die Option, die ersteigerten höheren Frequenzen bei 3,x GHz sinnvoll einzusetzen. Deren Frequenz liegt übrigens zwischen den Bändern, die bereits von vielen Menschen für das heimische WLAN eingesetzt wird. Damit erhalten die Nutzer eine hohe Bandbreite.

Für 5G bestehen die zentralen Anwendungsgruppen „ultraschnelles, mobiles Breitband“ (u.a. hohe Gerätekonnektivität, hohe mobile Datenraten), „Kommunikation zwischen Maschinen – M2M“ (u.a. E-Health- und Industrie-4.0-Anwendungen, Umwelt-Monitoring, intelligente Versorgungsnetze) sowie als „Hoch-Zuverlässigkeitsnetz“ (u.a. Paketdrohnensteuerung, Smart Manufacturing). Weiterentwickelt wird die 5G-Netzstruktur künftig durch die Nutzung eines erweiterten Frequenzspektrums, den Einsatz intelligenter Antennen und den vermehrten Aufbau von Kleinzellen (Small Cells). ■

Dr. Rudolf Gulich | LfU – Landesamt für Umwelt

Mobilfunk – Immissionen – Umwelt

Handynutzer wollen möglichst überall Empfang haben, gleichzeitig aber wünschen sich die meisten Bürger, dass die elektromagnetischen Feldstärken der Mobilfunk-Basisstationen (MBS) möglichst gering sind. Tatsache ist: Je besser die Funkverbindung zwischen Handy und Basisstation ist, desto mehr werden die Sendeleistung und damit die Immissionen reduziert.

Beim Mobilfunk (einschließlich BOS-Funk) handelt es sich um eine Zwei-Wege-Kommunikation, d.h. es gibt nicht nur Sendeaktivitäten von Basisstationen, sondern auch von Handys. Standortkonzepte betrachten dagegen ausschließlich die Immissionen der Basisstationen. Im Gesamtsystem des Mobilfunks führen funktechnisch gute Standorte (am besten in Kombination mit einer dichten Netzabdeckung) zu einer Verringerung der Immissionen sowohl seitens der Basisstationen als auch seitens der Handys, weil beide weitgehend über eine automatische Regelung der Sendeleistung verfügen.

Die Immissionsminimierung beim Mobilfunk muss die Gesamtheit aus Handys und Basisstationen berücksichtigen, zumal sich die Restunsicherheiten bezüglich möglicher gesundheitlich nachteiliger Wirkungen des Mobilfunks ausschließlich auf den Bereich der Handynutzung beziehen. Aus einer Vielzahl an Forschungsprojekten ergibt sich keine belastbare Evidenz, dass unterhalb der Grenzwerte gesundheitliche Risiken bestehen. Die Felder ausgehend von Rundfunksendeanlagen oder von Mobilfunk-Basisstationen liegen deutlich niedriger als diejenigen körpernah betriebener Geräte (z.B. Handy beim Telefonieren, Smartphone-Nutzung). Maßgeblich für die Feldstärke, der ein Mensch ausgesetzt ist, ist die Sendeleistung des eigenen Geräts. Gesundheitliche Risiken bei der intensiven Langzeitnutzung von Mobiltelefonen am Körper sind noch nicht abschließend geklärt. Die Reduktion der persönlichen Immissionen und Vorsorge ist in erster Linie durch das eigene Nutzungsverhalten möglich. ■

Hinweis: *Im Rahmen des Mobilfunkpaktes Bayern wurde u.a. das Förderprogramm zur Erfassung elektromagnetischer Felder (FEE-2-Projekt) aufgelegt. Kommunen erhalten dabei Zuschüsse für örtliche Messungen, Berechnungen und Prognosen von Mobilfunkstrahlung. Förderanträge können über die zuständige Bezirksregierung gestellt werden.*
https://www.lfu.bayern.de/strahlung/emf_messung_bewertung/messstellen/index.htm

Prof. Dr. rer. pol. Steffen Hamm |
Ostbayerische Technische Hochschule (OTH) Amberg-Weiden

Das Projekt „5G4Healthcare“

5G4Healthcare ist eines von sechs Forschungsprojekten, die im Rahmen des 5G-Innovationsprogramms des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur gefördert werden. An der Schnittstelle von „Rural Health“ und „Digital Health“ ergänzt das Projekt komplementär das Portfolio des Gesundheits- und Medizintechnik Campus Oberpfalz der OTH Amberg-Weiden.

Unter Führung der Hochschule soll mit 5G4Healthcare eine Plattform entstehen, auf der in „Living Labs“ (Realumgebungen) und „Testbeds“ auf Basis der 5G-Technologie digitale Anwendungen in Szenarien der ländlichen Gesundheitsversorgung entwickelt, erprobt und evaluiert werden können. Den Startpunkt stellen dabei die beiden ausgewählten Use Cases „Integrierte Versorgung“ und „Homecare“ dar, in denen anhand beispielhafter Szenarien herausgearbeitet werden soll, welcher Mehrwert und welche Effekte sich durch digitale Lösungen in der Gesundheitsversorgung realisieren lassen und welches zusätzliche Potenzial durch die 5G-Technologie erschlossen werden kann. Im Use Case „Integrierte Versorgung“ soll ein konsequent Digital-Health-gestützter integrierter medizinischer Versorgungsansatz – sowohl mit ambulanten als auch stationären Strukturen – im ländlichen Raum umgesetzt werden. Zum Einsatz kommen beispielsweise elektronische Akten und telemedizinische Verfahren, die eine ortsungebundene Verfügbarkeit der Patientendaten ermöglichen und konkrete Maßnahmen der telemedizinischen Therapie und Diagnostik (Telekonsil) realisieren. Angestrebt wird ein virtuelles Versorgungszentrum, komplementär zu einem herkömmlichen medizinischen Versorgungszentrum, das eine permanent verfügbare, hochqualitative und effiziente Versorgung durch Experten ermöglichen soll.

Im Use Case „Häusliche Pflege in Verbindung mit Ambient Assisted Living (AAL)“ wird zur Optimierung der Logistik um den häuslich gepflegten Patienten eine Kommunikationsplattform in Form eines innovativen, mobilen IT-Kollaborations-Tools errichtet, in der Arzt, Apotheke, Sanitätshaus, Pflegedienst und Patient/Angehöriger eingebunden sind. Ergänzt werden soll die Infrastruktur für die involvierten Akteure durch den Einsatz von Assistenzlösungen und „smart Devices“ für ein selbstbestimmtes Leben im Alltag sowie Automatisierungslösungen in der Pflege und Versorgung der Patienten. Das Projekt läuft noch bis Ende 2022. ■

IMPRESSUM

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung

Redaktion: Doris Kirchner
Gestaltung: Britta Eriskat
Fotos: wie angegeben
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Druck: Creo-Druck, Bamberg

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, Telefax 08171 / 9307-22
info@gemeindezeitung.de, www.gemeindezeitung.de

DIE LFA FÖRDERBANK BAYERN – PARTNER DER WIRTSCHAFT UND KOMMUNEN

LfA MAGAZIN

MENSCHEN … IEKTE

FRÜHJAHR // SOMMER · **2021**



WEIT GENUG DENKEN

Bayerns Wirtschaft treibt mit Digitalisierung und Innovationen die Transformation voran

Liebe Leserin, lieber Leser,

2020 hat uns alle vor außergewöhnliche Herausforderungen gestellt. Die hohe Nachfrage nach unseren Corona-Sonderprogrammen zeigt, dass die LfA die bayerischen Betriebe bei der finanziellen Bewältigung der Corona-Krise mit ihren Förderkrediten und erweiterten Risikoentlastungen sowie mit Beteiligungskapital passgenau und wirkungsvoll unterstützt.

Die Pandemie hat jedoch „wie im Brennglas" auch Defizite im Hinblick auf die Digitalisierung und Infrastruktur in unserer Wirtschaft und Gesellschaft aufgezeigt. Die Förderangebote der LfA zielen daher auch darauf ab, die Unternehmen dabei zu unterstützen, Schwachstellen zu beheben und gleichzeitig die Chancen neuer, innovativer und nicht zuletzt nachhaltiger Technologien und Geschäftsmodelle zu ergreifen.

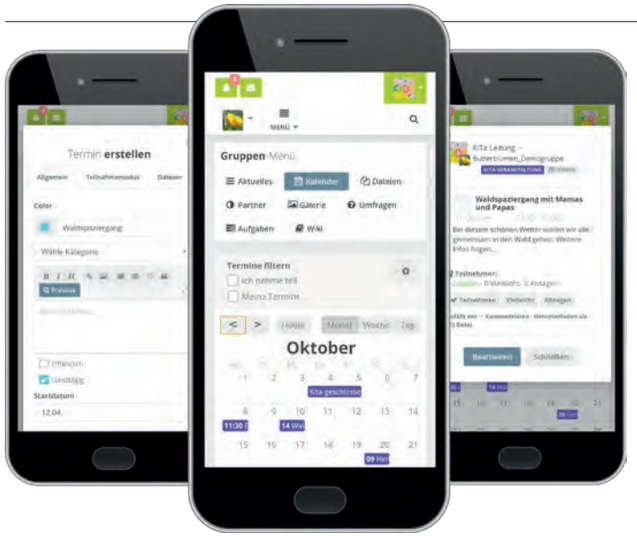
Trotz Pandemie werden auch unsere Finanzierungsangebote für Gründung, Wachstum, Innovation sowie Energie und Umwelt vom bayerischen Mittelstand weiterhin stark nachgefragt. Auch 2021 helfen wir den Betrieben kraftvoll dabei, gut aus der Krise zu kommen und die gleichzeitig aus dem Wandel in puncto Klima, Mobilität und Digitalisierung resultierenden Transformationsprozesse erfolgreich zu meistern. Dies ist das Schwerpunktthema dieser Ausgabe.

In einem spannenden Interview ab Seite 4 spricht Technologie-Investor und Seriengründer Frank Thelen über Erfolg und Methoden zur Ideenfindung. Unser Redaktionsteam hat für Sie außerdem eine Reihe lesenswerter Beispiele bayerischer Unternehmen recherchiert, die Neues wagen: von der Augsburger Quantron AG, die sich auf Elektromobilität für den Personen- und Güterverkehr spezialisiert hat (S. 8), über das soziale Netzwerk Stramplerbande für junge Familien und Kitas (S. 16) oder den Möbelhersteller Faust Linoleum aus Huglfing (S. 18), der Digitalisierung mutig und pragmatisch anpackt, bis zu Iris Biotech aus Marktredwitz (S. 22), einem Spezialisten für innovative chemische Substanzen, der auch Bausteine zur Produktion der Corona-Impfstoffe liefert.

Ich wünsche Ihnen eine inspirierende Lektüre.



Dr. Otto Beierl
Vorstandsvorsitzender
LfA Förderbank Bayern



16

INHALT

04 „Wir denken nicht weit genug"
Investor Frank Thelen über Innovationen und den Mut, etwas zu verändern

08 Aus Erfahrung klug
Die Quantron AG macht alltagstaugliche E-Mobilität für den Personen- und Güterverkehr möglich

13 Kolumne
Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger über Bayern als führenden Innovationsstandort

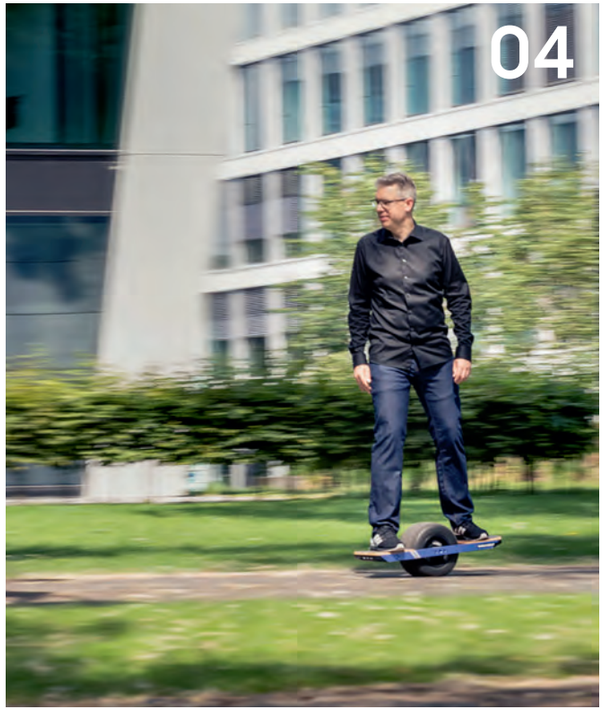
14 Digitalisierung + Innovation
Eine Bilanz zeigt, wie der Wandel in Bayern mit effizienten Mitteln unterstützt wird

16 Nie wieder vergessene Gummistiefel
Das soziale Netzwerk Stramplerbande unterstützt junge Familien und Kitas im Alltag

18 Die Wiederentdeckung eines Naturprodukts
Im oberbayerischen Huglfing produziert das Familienunternehmen Faust Tischplatten mit Linoleumbeschichtung

22 Alle Wege führen nach Marktredwitz
Iris Biotech liefert Substanzen an Wissenschaftler und jetzt sogar Zutaten für Corona-Impfstoffe

Fotos: PR, Stramplerbande, Eyecatchme Photography, Florian Generotzky, Haw-lin Services; Cover: Joseph Ruben



04

24 Meldungen
LfA-Kunstkalender feiert Jubiläum | Förderbilanz 2020 | Unterstützung Handwerk | 25 Jahre Bayern Kapital | EMAS-Zertifizierung

26 Service
Innovationsförderung | Corona-Hilfen der LfA

27 Gesichter der LfA
Claudia Hörner, Teamleiterin Eigenkapitalfinanzierung | Akin Kaya, Firewall-Administrator



Nach vorne schauen:
Frank Thelen über die Chancen von Innovation und Digitalisierung



08



18

FRANK THELEN HAT SCHON SIEBEN TECHNOLOGIE-UNTERNEHMEN GEGRÜNDET. SEIN PRIVATES KAPITAL INVESTIERT ER MIT SEINER FIRMA FREIGEIST CAPITAL IN START-UPS. VON 2014 BIS 2020 WAR ER TEIL DER TV-SHOW „DIE HÖHLE DER LÖWEN". IM INTERVIEW SPRICHT THELEN ÜBER ERFOLGREICHE INNOVATIONEN UND METHODEN ZUR IDEENFINDUNG

„Wir denken nicht weit genug"

INTERVIEW: **STEFAN RUZAS**

Herr Thelen, woran erkennen Sie, dass eine Innovation wirklich innovativ und relevant ist?
Wenn sie ein zentrales Problem löst und dabei komplett neue Wege einschlägt, anstatt vorhandene Lösungen um zwei bis drei Prozent zu optimieren.

Und was war bisher Ihr erfolgreichstes Investment in eine Neuheit?
Ein sehr gutes Beispiel ist Lilium aus dem bayerischen Weßling. Mobilität ist insbesondere in Innenstädten ein zentrales Problem – auch in Bezug auf Nachhaltigkeit. Während die meisten Flugtaxi-Projekte wie große Drohnen funktionieren, hat Lilium das Fliegen mit dem Übergang vom Senkrecht- in den Horizontalflug komplett neu gedacht.
Ich gehe also aktuell stark davon aus, dass Lilium mein bislang erfolgreichstes Investment ist. Aber wir haben viele wichtige und spannende Produkte in unserem Portfolio. »

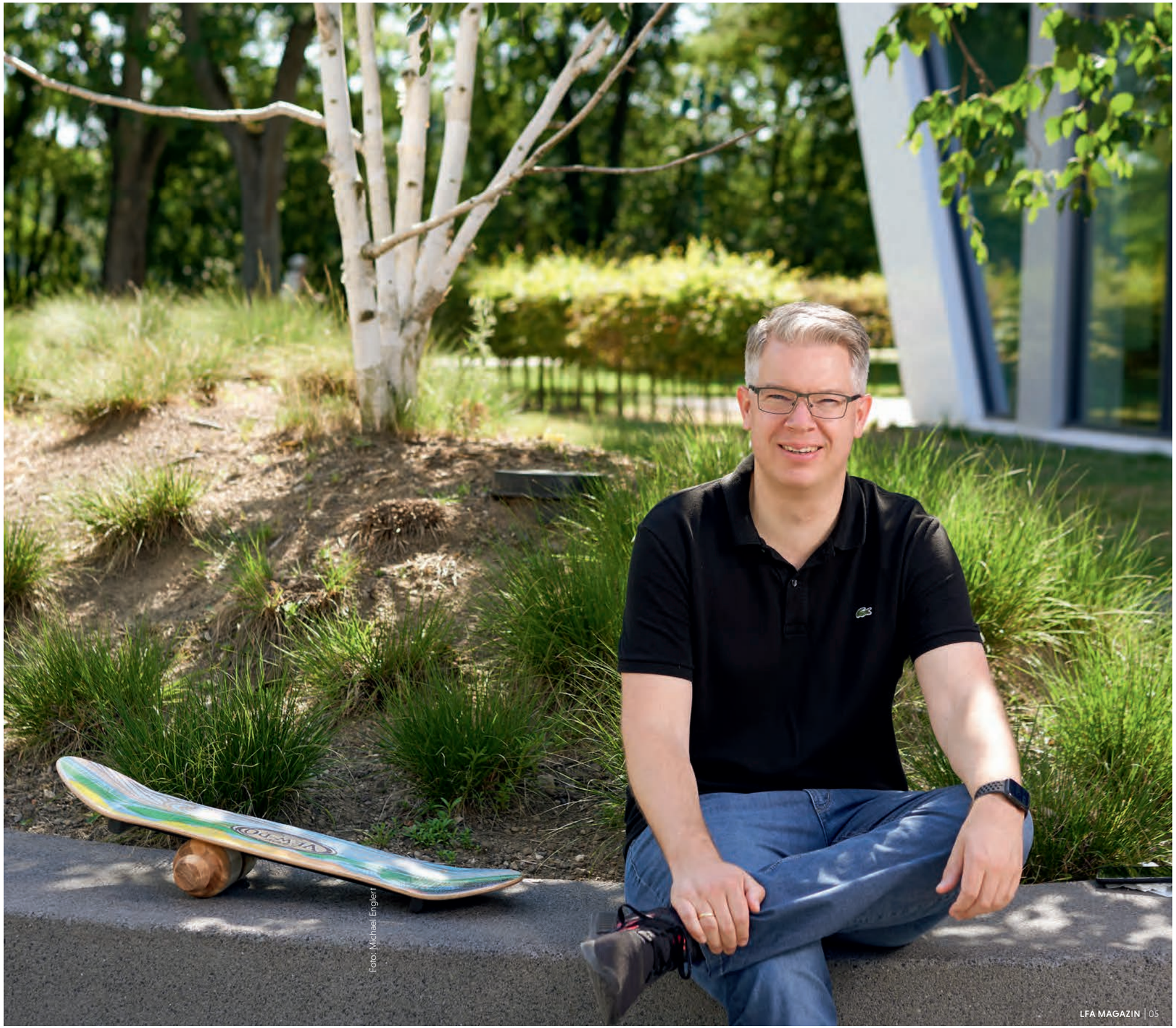


Foto: Michael Englert

Welche Arten von Innovationen sind denn für Investoren und Macher zurzeit besonders attraktiv?
Neben dem Mobilitätssektor sehe ich großes Potenzial in den Bereichen Greentech und Biotech. Im Greentech-Bereich haben wir den größten Innovationsbedarf, denn wir brauchen dringend Technologien, die es uns erlauben, unseren Planeten zu erhalten, ohne unser Leben maßgeblich einschränken zu müssen. Im Biotech-Bereich werden uns Entwicklungen wie CRISPR/Cas, Organoide und künstliche Intelligenz komplett neue Möglichkeiten eröffnen. Das geht von der Veränderung von DNA-Bausteinen im Erbgut bis zu organähnlichen Mikrostrukturen.

Sind innovative Ideen und Erfindungen ohne Digitalisierung heute überhaupt noch realisierbar?
Nein, denn die Basis-Technologien, die die nächste Welle an Innovationen hervorbringen werden – ob künstliche Intelligenz, 3-D-Druck, Blockchain oder Internet of Things (IoT) –, basieren allesamt auf Daten und entfalten nur dann ihr volles Potenzial, wenn sie in einer zu hundert Prozent digitalisierten Umgebung angewandt werden. Deshalb ist es extrem wichtig, dass wir in Deutschland endlich unsere Wirtschaft und auch unseren Staat vollumfänglich digitalisieren. Tun wir dies nicht, werden wir nicht nur keine Innovationen mehr erschaffen, sondern entstandene nicht einmal nutzen können und immer weiter zurückfallen.

Wo stößt man auf mehr Innovationen, in kleinen Start-ups oder doch eher in den Forschungsabteilungen großer Firmen?
Das lässt sich natürlich nicht pauschal für jedes Start-up und jede Forschungsabteilung sagen, aber insgesamt sehe ich mehr Innovation in der Start-up-Welt. Das liegt ganz einfach daran, dass Start-ups viel agiler Entscheidungen treffen und schneller auf aktuelle Entwicklungen reagieren können. Auf der anderen Seite haben Forschungsabteilungen meist die finanziellen Mittel und die Expertise. Idealerweise sollten sich Start-ups und große Firmen daher öfter zusammentun.

Aber warum misslingen Innovationen in Unternehmen so oft?
Weil es nicht die richtigen Anreize für Mitarbeiter gibt, Innovationen voranzutreiben. In den allermeisten Fällen wird die Performance von Entscheidungsträgern in Firmen anhand von Quartalszahlen und nicht anhand von Zukunftsperspektiven gemessen. Im schlimmsten Fall würden sich Mitarbeiter durch Innovationen, zum Beispiel durch die Automatisierung von Prozessen, sogar noch selbst überflüssig machen.



Mitarbeiter sollten dazu ermutigt werden, auch mal Risiken einzugehen, findet Investor und TV-Juror Frank Thelen

Es braucht hier ein anderes Incentivierungssystem, damit Innovationen in Unternehmen entstehen können. Mitarbeiter sollten dazu ermutigt werden, auch mal Risiken einzugehen, wenn dadurch große Chancen entstehen können.

Welche Ideenfindungsprozesse oder -techniken halten Sie für besonders wirksam?
Ich bin ein großer Freund der Methode „First Principles Thinking", für die auch der Tesla-Gründer Elon Musk bekannt ist. Hierbei bricht man ein zentrales Problem auf seine physikalischen Wahrheiten herunter und erarbeitet nur auf Basis dieser physikalischen Gegebenheiten und des aktuellen Stands der Technik neue Lösungsansätze, die nicht auf bisherigen Lösungsansätzen beruhen. So verhindert man, dass man ein bestehendes Produkt um zehn Prozent verbessert, anstatt ein Produkt zu erschaffen, das zehnmal besser sein kann.

FRANK THELEN
Frank Thelen ist ein europäischer Seriengründer, Technologie-Investor und TV-Persönlichkeit. Seine Produkte haben mehr als 200 Millionen Kunden in über 60 Ländern erreicht. Als Juror der TV-Show „Die Höhle der Löwen" (Vox) wurde er zur Person des öffentlichen Interesses und nutzt seine Stimme nun, um sich für die Start-up-Szene und die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands einzusetzen.

Online unter www.lfa.de/magazin

Foto: Joseph Ruben

Aber Innovation ist schon planbar, oder?
Wenn man die drei Gesetze verinnerlicht, die ich in meinem Buch „10 x DNA – Das Mindset der Zukunft" als Treiber von exponentiellem Fortschritt definiert habe, dann ist sie das tatsächlich. Wer einmal begriffen hat, dass unsere Chips und Prozessoren alle zwei Jahre ihre Leistung verdoppeln, der kann damit planen, dass Rechenleistung in absehbarer Zukunft bei bestimmten Anwendungen kein Problem mehr darstellen wird. Wer „Wright's Law" verstanden hat, der weiß, dass mit steigender Produktionszahl die Stückkosten exponentiell sinken und hohe Produktionskosten daher ab einer bestimmten Skalierung kein Problem mehr darstellen.

Was ist wichtiger, um innovativ zu sein: Mut oder Unzufriedenheit?
Ganz klar Mut. Macht Unzufriedenheit wirklich innovativ? Natürlich motiviert es, wenn es ein Problem gibt, das man dringend lösen will, aber ich darf jeden Tag mit vielen innovativen Gründern zusammenarbeiten und keiner von ihnen erscheint mir unzufrieden. Im Gegenteil – sie alle brennen für ihr Thema und arbeiten mit Passion und Begeisterung an ihren Lösungen.

„VIELE DEUTSCHE FÜHRUNGSKRÄFTE BEFINDEN SICH NOCH IMMER IM WOHLSTANDS-SCHLAF. DAS MUSS SICH DRINGEND ÄNDERN"

Wie begeistern Sie selbst im Rahmen Ihrer Engagements Führungskräfte für das Thema Innovation?
Hier sieht es schon anders aus. Paranoia und FOMO – also „Fear Of Missing Out" – sind erfahrungsgemäß deutlich effektiver als „nur" Begeisterung. Ich starte meine Keynotes meist mit einem Weckruf und zeige auf, was aus gestandenen Unternehmen werden kann, wenn sie Innovationen nicht früh genug erkennen und Entwicklungen in ihrer Branche nicht ernst nehmen. Kodak und Blockbuster sind hier oft genannte Beispiele, bald könnte die deutsche Autoindustrie als Negativbeispiel folgen. Viele deutsche Führungskräfte befinden sich noch immer im Wohlstandsschlaf. Das muss sich dringend ändern.

Besonders aggressive Treiber wie der Mobilitätskonzern Uber haben für das Etablieren von Innovationen schon mehr als 6,8 Milliarden Dollar Verlust angehäuft. Sie attackieren damit aber eigentlich funktionierende Branchen wie das Taxi-Gewerbe. Ist das volkswirtschaftlich betrachtet nicht unfair?
Das Taxi-Gewerbe funktioniert aktuell, da wir unsere Autos noch selbst fahren. Was Uber da gerade etabliert, ist ein Mobilitätskonzept, das auch auf autonomes Fahren ausgelegt ist, zukünftig komplett ohne Fahrer und Zwischeninstanz auskommt und zudem schon jetzt wertvolle Daten sammelt. Genau das ist der Grund, warum in Deutschland schon lange keine Innovation mehr entstanden ist. Wir denken nicht weit genug. „Das haben wir schon immer so gemacht" reicht aber nicht. Ja, die Taxi-Branche funktioniert aktuell noch, aber perspektivisch wird es effizientere, sinnvollere und vor allem sicherere Lösungen für den Transport von Menschen geben. Amazon, Google oder Tesla haben anfangs auch ausschließlich rote Zahlen geschrieben, da sie auf innovative Ansätze gesetzt haben. Schaut euch die Zahlen heute an!

Die Corona-Krise prägt unsere Wirtschaft nun schon seit einem Jahr massiv. Können Unternehmen angesichts einer derart unsicheren Zukunft systematisches Innovationsmanagement betreiben?
Unbedingt. Für viele Unternehmen ist gerade jetzt der richtige Zeitpunkt. Innovationen zu fördern, bedeutet, Prozesse effektiver zu gestalten, und es spart langfristig Ressourcen ein. Ich verstehe, dass dies unsichere Zeiten sind, aber jede Krise ist auch irgendwann wieder vorbei. Unternehmer sollten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, mutig in die Zukunft blicken und ihre Firmen zukunftsfähig machen.

Gibt es so was wie Booster, die Firmen helfen können, ideenreich zu werden?
Besonders effektiv ist ein eben schon angesprochenes Incentivierungsprogramm, das Mitarbeitern einen Anreiz gibt, Innovation voranzutreiben. Außerdem hilft es, sich immer mit den neuesten technologischen Entwicklungen auseinanderzusetzen. Innovationen können in der heutigen Zeit aus jeder Richtung kommen.

Was kann die Politik und was können Institute wie die LfA Förderbank Bayern tun, damit Innovation hierzulande noch besser gelingt – auch in puncto Digitalisierung?
Die Politik kann durch rechtliche Rahmenbedingungen den Weg erleichtern und könnte auch als gutes Beispiel vorangehen und sich selbst digitalisieren. Was die LfA tun kann, liegt auf der Hand – weiterhin mit Kapital Innovationen fördern.

Welches Produkt, welcher Service oder welches Geschäftsmodell müsste Ihrer Meinung nach für die Menschheit unbedingt noch erfunden werden?
Ich möchte das nicht auf ein Produkt reduzieren, aber wir sollten durch technologische Innovationen in der Lage sein, ein Leben nach heutigem Standard oder höher zu führen, ohne dabei unserem Planeten zu schaden. Unsere oberste Priorität sollten daher nachhaltige Energie, Nahrung und Mobilität sein. ⊡

VON KLEINEN BUSSEN BIS ZUM 44-TONNER:
DIE AUGSBURGER **QUANTRON AG** BIETET
ELEKTROMOBILITÄT FÜR DEN PERSONEN-
UND GÜTERVERKEHR ZUM NACHRÜSTEN

FOTOS **FLORIAN GENEROTZKY** TEXT **STEFAN RUZAS**

AUS ERFAH RUNG KLUG

Als Gottfried Haller den Landwirten rund um Augsburg nach dem Zweiten Weltkrieg empfiehlt, die Pferde und Ochsen vom Feld zu nehmen und stattdessen einen mit Diesel betriebenen Traktor einzusetzen, kontern die Bauern empört: „Du bist verrückt! Das ist Teufelszeug, so was macht man nicht!"

Seinem Nachfahren Andreas geht es nicht anders. Im Gespräch mit großen Fahrzeugherstellern hört er meistens: „Wir machen Diesel und das bleibt so."

Was ja irgendwie auch logisch ist, wenn man doch einen gut funktionierenden Dieselmotor entwickelt hat, der immerhin aus zirka 25.000 Einzelteilen besteht. Nur zum Vergleich: Bei einem gängigen Elektromotor sind es gerade mal 2.000.

Die Zurückhaltung der Hersteller aber bleibt. Selbst dann, als schon mehr als die Hälfte der deutschen Kommunen die Elektrifizierung ihrer städtischen Flotte in Angriff nehmen. Da ist er also wieder, dieser Schlüsselmoment auf dem Weg in ein neues Zeitalter. 2019 gründet Andreas Haller die Quantron AG, eine Art elektrifizierten Ableger des Familienbetriebs Haller Nutzfahrzeuge.

„Die Zukunft beginnt jetzt", verspricht er in Präsentationen, Broschüren und Diskussionsrunden. Quantron stehe für E-Mobilität im Personen- und Güterverkehr. Innerstädtisch, überregional und vor allem alltagstauglich.

Die Idee: Um bestehende Ressourcen möglichst sinnvoll und nachhaltig zu nutzen, werden Bestandsfahrzeuge oder Gebrauchte umgebaut; entweder rein elektrisch oder samt Brennstoffzellensystem. In der Fachsprache heißt das dann „Repowering". Das funktioniert beim Transporter für Logistik oder Handwerk ebenso wie beim Müllfahrzeug, Flughafenbus oder dem 44-Tonner für den Bau. Je nach Aufwand kostet der Umbau ab 35.000 Euro. Innerstädtisch und auf Distanzen von bis zu 200 Kilometern reicht der batteriebetriebene Antrieb, auf Lkw-Langstrecken von 300 bis 800 Kilometern braucht's Wasserstoff.

45 Mitarbeiter sind zurzeit in dem Anfang des Jahres bezogenen Headquarter tätig. Auch Hallers Geschwister sind mit dabei. In ein paar Jahren sollen allein in Gersthofen 250 Kollegen arbeiten. In Vertrieb, Beratung und Marketing, aber auch in den Werkstatthallen als Hochvolt-Elektriker, Mechatroniker oder Karosseriebauer – für das Umrüsten von Fahrzeugen.

„Wir selbst werden keine eigenen Umrüst-Kits entwickeln", erklärt Haller. „Unsere Partner machen das teilweise seit zehn Jahren, die können das besser." Es sind Firmen wie Elinta aus Litauen oder Emoss aus den Niederlanden, die Antriebskomponenten zum Elektrifizieren entwickelt haben: Von ihnen rollen schon mehr als 500 Beispiele auf Europas Straßen.

„Repowering" bezeichnet den Umbau von herkömmlichen zu elektrisch angetriebenen Bestandsfahrzeugen, hier bei einem Abfallsammelfahrzeug. Der batteriebetriebene Motor schafft Distanzen von bis zu 200 Kilometern





„Uns wurde klar, dass sich die Welt komplett verändern würde." Deswegen gründete Andreas Haller 2019 die Quantron AG, die seitdem rasant wächst. Sie gilt als Pionier für E-Mobilität im Personen-, Transport- und Güterverkehr

Seit vergangenem Jahr ist Quantron außerdem auch autorisierter Europa-Importeur von Contemporary Amperex Technology (CATL), dem weltweit größten Batterieproduzenten für Nutzfahrzeuge und Anwendungen in der Industrie.

Anders als manche Konkurrenz sind die Batterien aus China kobalt- und nickelfrei und vier namhafte Industriekonzerne haben in Rahmenverträgen mit Quantron für die kommenden Jahre bereits rund 600 Millionen Euro Umsatz avisiert.

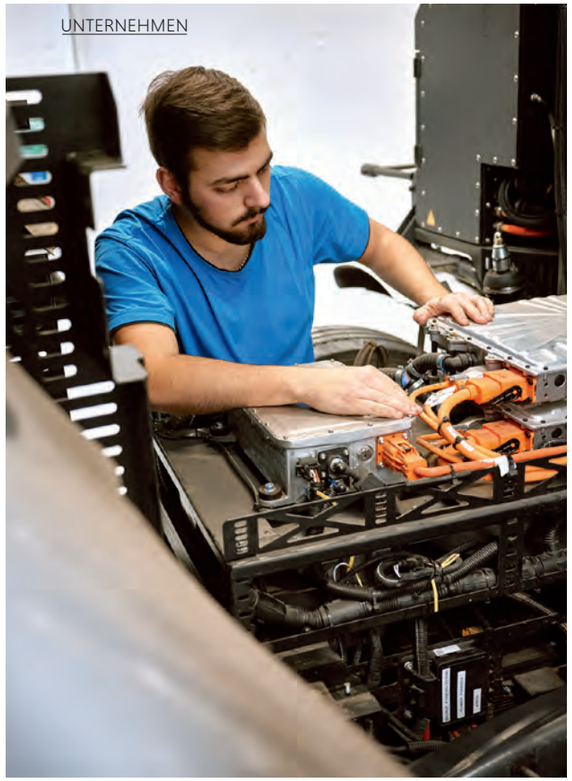
Zudem ist Quantron exklusiver Vertriebspartner für Elektrobusse des türkischen Herstellers Karsan Otomotiv, die mit BMW-Technik angetrieben werden. Das kleinere, fünf Meter lange Busmodell Jest Electric hat eine Reichweite von zirka 210 Kilometern. Der Preis beginnt je nach Version bei 210.000 Euro. Zu sehen sind die Busse zum Beispiel schon im Mitarbeiter-Shuttle-Betrieb der BMW-Werke durch den bayerischen Busunternehmer Stanglmeier.

IN EUROPA ROLLEN SCHON MEHR ALS 500 UMGERÜSTETE FAHRZEUGE

„Unsere eigentliche Innovation ist, dass wir in kaum anderthalb Jahren ein ganzes Ökosystem aufgebaut haben. Und das umfasst unter anderem Consulting sowie Finanzierungs- und Policenangebote", erzählt Haller. Sogar die Namen stehen schon fest: Q-Consulting, Q-Bank und Q-Versicherung.

Noch in diesem Jahr will Quantron an die Börse gehen, möglicherweise sogar in den USA. „Ganz ehrlich: Ohne den Innovationskredit 4.0 der LfA und ohne die Digitalisierung wäre unser Baby nicht zur Welt gekommen", sagt Haller. Das Baby wird richtig proper, das sieht man schon jetzt. Marktführer in Europa sei man bereits und im Augsburger Raum hoffen manche, dass Quantron einen Teil der Arbeitsplätze schaffen kann, die durch den Strukturwandel in anderen Unternehmen verloren gehen. Bis zu 500 Fahrzeuge sollen künftig pro Jahr in Gersthofen „repowert" werden.

Um in Europa auf ein Jahresvolumen von mindestens 8.000 Fahrzeugen zu kommen, wird es neben dem Stammsitz weitere Standorte geben. Von den größeren, „Microfactories" genannt, gibt es einen ersten Ableger in Norwegen. Die kleineren „Sales Points" gibt es von Bologna in Italien und Tel Aviv in »







Zurzeit sind 45 Mitarbeiter in dem Anfang des Jahres bezogenen Quantron-Headquarter in Gersthofen tätig, in ein paar Jahren werden es 250 sein. Zu tun ist genug: In den nächsten fünf Jahren müssen allein in Europa um die 25.000 Busse elektrifiziert werden

Israel über Lagos in Nigeria bis Rio de Janeiro in Brasilien. Dazu durch eine Allianz mit Alltrucks ein Netz von 700 Werkstätten sowie ein „Repowering"-Werk des Partners Koluman Otomotiv in der Türkei. Ja, die Zukunft hat längst begonnen. In den kommenden fünf Jahren müssen allein in Europa etwa 25.000 Busse elektrifiziert werden.

Vielleicht ist all das nur möglich, weil Haller aus Erfahrung klug ist, aus der Erfahrung von fünf Generationen. Sein Familienbetrieb begann 1882 als Lohnkutscherei in Augsburg.

Später, im Jahr 1954, erwarb Haller das Vertriebsrecht von Magirus und wurde somit einer der ersten Magirus-Händler in der Region Schwaben. Seit 1997 ist Haller außerdem Iveco-Premium-Werkstatt.

Näher kann man also nicht dran sein an der Möglichkeit, Güter und Personen zu transportieren – und an der Tatsache, dass sich die Mittel des Transports verändern. 2011 verkaufte Andreas Haller den ersten E-Bus Deutschlands an die Stadtwerke Osnabrück.

Ein paar Jahre später trommelte der heute 42-Jährige in seiner Firma einen Arbeitskreis namens „Haller Smart Mobility" zusammen.

Gemeinsam mit drei Kollegen aus Vertrieb, Service und Buchhaltung diskutierte er mehr als drei Jahre lang über die Zukunft der Mobilität und darüber, was der Wandel für Branche und Unternehmen bedeuten könnte. „Uns wurde klar, dass der Service von Nutzfahrzeugen Hosting wird", so der gelernte Kfz-Mechaniker. Aber was bedeutet das für die Zukunft von Firma und Mitarbeitern?



Quantron-Gründer Andreas Haller im Gespräch mit LfA-Magazin-Autor Stefan Ruzas

„Es kann nicht darum gehen, alle bestehenden Verbrenner durch neue Elektrofahrzeuge zu ersetzen", so Haller weiter. „Das funktioniert allein schon in puncto Umweltbilanz nicht. Ein gebrauchtes Fahrzeug umzurüsten, spart 60 Prozent CO_2 im Vergleich zur Produktion eines neuen."

Das vorhandene Fahrzeugchassis wird beibehalten. Die Teile des Verbrennerantriebs, die durch das Umrüsten keine Verwendung mehr finden, werden nachhaltig verwertet. So gehen etwa Motor, Getriebe und Abgasanlage als zukünftige Ersatzteile an den Hersteller zurück.

Foto: Kilian Blees

Trotz der Anschaffungskosten lohne sich die Umrüstung, erklärt Haller: „Die bisherigen Betriebskosten wie Öl- oder Filterwechsel, Ersatz von Verschleißteilen wie der Kupplung oder typische Arbeiten bei Wartung und Einstellung fallen nach der Elektrifizierung einfach weg. Auf lange Sicht gesehen, wirkt sich so auch die Entwicklung der Kosten positiv auf die E-Mobilität aus."

Überhaupt scheint doch manches Alte erhaltenswert: In der privaten Garage von Haller steht eine alte Vespa, hellblau, 125 Kubik, Baujahr 83. Ab und zu dreht er mit seiner Frau in Augsburg eine kleine Runde. Und noch fährt die Vespa mit Benzin. ⊡

FAKTEN

Finanzierung: Innovationskredit 4.0
Gründungsjahr: 2019
Standort: Gersthofen
Mitarbeiter: 45
www.quantron.net

Online unter www.lfa.de/magazin

KOLUMNE

Bayern ist führender Innovationsstandort

Hubert Aiwanger
Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie
Stellvertretender Ministerpräsident



Ein Innovationsstandort zeichnet sich durch räumliche Konzentration einer Vielzahl von Akteuren und Faktoren aus. Sie sind in einem komplexen System miteinander verwoben. Welche Merkmale gegeben sein müssen, kann man bei uns in Bayern sehr gut sehen: eine leistungsfähige, wettbewerbsorientierte Wirtschaft, ein Bildungssystem, das hochqualifizierte Fachkräfte für Wissenschaft und Unternehmen hervorbringt. Aber auch eine Gesellschaft, die offen ist für Neues und auch die Chancen neuer Ideen und neuer Technologien sieht. Sowie eine Politik, die die notwendigen Rahmenbedingungen schafft. Wir sind stolz darauf, einen raschen Technologietransfer aus der Wissenschaft in die Wirtschaft und die Umsetzung in neue und innovative Produkte und Dienstleistungen zu ermöglichen. Das ist letztendlich der Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand im Freistaat. Dabei unterstützt auch die LfA mit passgenauen Angeboten und Maßnahmen.

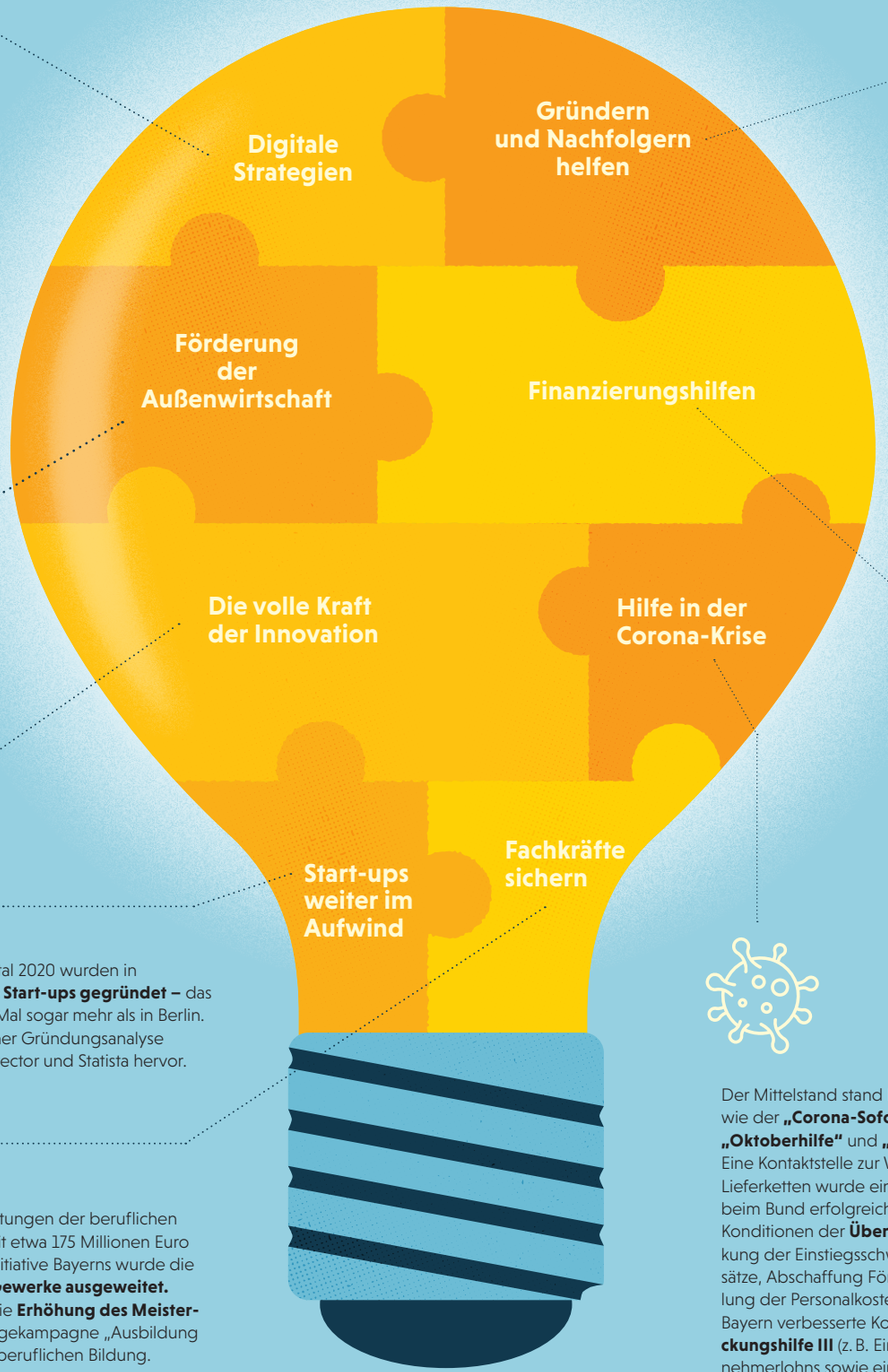
Infrastruktur und Ausstattung an unseren Universitäten und Hochschulen sowie an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind „State of the Art". Daher ziehen sie auch weltweit Spitzenforscher an. Gleiches gilt natürlich für die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Unternehmen. Spitzenpersonal ist heute mobil und sehr häufig entscheiden sich die Topforscher für uns, weil wir auch mit höchster Lebensqualität punkten können.

Glücklicherweise ist auch der Unternehmergeist in Bayern stark ausgeprägt, um gesellschaftliche oder technologische Trends und sich daraus ergebende Marktchancen zu erkennen. Wir als Wirtschaftsministerium sorgen für innovationsfreundliche Rahmenbedingungen, minimieren bürokratischen Aufwand und unterstützen dort, wo Unternehmen, insbesondere Unternehmensgründer, Start-ups und KMU, auf Innovationshürden stoßen: beispielsweise bei der Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft in den 17 landesweiten Plattformen in Hightech-Industrien und traditionellen Branchen der bayerischen Wirtschaft im Rahmen der Cluster-Offensive Bayern. Oder bei der Finanzierung von Innovationsvorhaben, etwa durch die Bereitstellung von Wagniskapital für Start-ups durch Bayern Kapital oder Zuschüsse auf Basis der Technologieförderprogramme.

Nach dem „Regional Innovation Scoreboard" der EU-Kommission zählt Bayern beständig zu den „Innovation Leaders" in Europa. Mit in der Spitzengruppe stehen die Schweiz, Regionen aus Skandinavien und Großbritannien sowie, quasi gleich vor der Haustür, Baden-Württemberg. Global gesehen, muss man sicher die USA, Israel und zukünftig verstärkt China im Blick haben. Mit all diesen Innovationsstandorten muss man sich ständig messen, kann von ihnen lernen, sich mit ihnen austauschen – um im Wettbewerb um die besten Köpfe und Ideen an der Spitze zu bleiben.

Mit viel Mut zum Neuen

DIGITALISIERUNG UND INNOVATION SIND ZWEI DER WICHTIGSTEN THEMEN DER ZUKUNFT BAYERNS. WIRTSCHAFTSMINISTERIUM UND LFA UNTERSTÜTZEN DEN WANDEL MIT EFFIZIENTEN MITTELN. EINE BILANZ



Förderprogramme wie **„Strategie Bayern Digital“** und **„Hightech Agenda Bayern“** stärken den Mittelstand. Für den Neustart nach Corona dient **„Hightech Agenda Plus“.** Beispielhaft ist der Digitalbonus des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) . Er löste bis jetzt knapp 19.000 Anträge aus. Auch die Programme **„Handwerk Innovativ“** und **„Digitale Einkaufsstadt“** unterstützten die Digitalisierung. An 27 Standorten entstanden zudem 19 digitale Gründerzentren.

Das StMWi organisierte in den vergangenen Jahren **für etwa 2.400 Unternehmen die Beteiligung an 260 Auslandsmessen.** Das Auslandsrepräsentanten-Netzwerk wurde mit dem Ausbau in Westchina und Ägypten weiter gestärkt. Inhaltlich wurde ein zusätzlicher Fokus auf Zukunftsbranchen wie die Gesundheitswirtschaft gelegt.

Den Technologie- und Wissenstransfer unterstützt das StMWi etwa durch **„Bayern Innovativ“** mit seinen Kooperationsplattformen und seiner Förderlotsenfunktion. Gezielte Programme wie die Ausgabe von 1.000 Innovations-Gutscheinen förderten kleine Unternehmen. Zudem wurde Spitzentechnologie in universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie der Fraunhofer-Gesellschaft und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt gefördert. Investiert wurde auch in digitale Forschungs- und Entwicklungsinitiativen: vom **KI- und Supertech-Programm mit einem Volumen von 600 Millionen Euro** über 3-D-Druck, Mikroelektronik und digitale Medizin bis hin zum „German Digital Hub Mobility“ des Gründerzentrums UnternehmerTUM der Technischen Universität München.

Im zweiten Quartal 2020 wurden in Bayern **129 neue Start-ups gegründet –** das sind zum ersten Mal sogar mehr als in Berlin. Dies geht aus einer Gründungsanalyse durch Startupdetector und Statista hervor.

Allein die überbetrieblichen Einrichtungen der beruflichen Aus- und Weiterbildung wurden mit etwa 175 Millionen Euro unterstützt. Dank einer Bundesratsinitiative Bayerns wurde die **Meisterpflicht auf zwölf weitere Gewerke ausgeweitet.** Weitere Maßnahmen waren etwa die **Erhöhung des Meisterbonus auf 2.000 Euro** und die Imagekampagne „Ausbildung macht Elternstolz“ zur Stärkung der beruflichen Bildung.

Die **LfA Förderbank Bayern, die BayBG und Bayern Kapital** unterstützten Gründer und Nachfolger mit attraktiven Finanzierungen. Hinzu kamen Beratungs-, Coaching- und Netzwerkangebote. Allein im **Vorgründungscoaching-Programm** des StMWi wurden zwischen 2015 und 2019 rund **4.700 Beratungen** durchgeführt. Wichtige Netzwerkpartner waren die Kammern, BayStartUP und die vom StMWi geförderten digitalen, technologieorientierten und allgemeinen Gründerzentren. Kampagnen wie **„Gründerland Bayern“** und die Offensive **„Unternehmensnachfolge.Bayern“** halfen bei der Kommunikation.

Beispielhaft sind laut Mittelstandsbericht des StMWi die Darlehenszusagen der **LfA** in Höhe von etwa **zwei Milliarden Euro für knapp 8.000 Existenzgründungen** zwischen 2015 und 2019. Außerdem unterstützte in diesem Zeitraum die bayerische Regionalförderung **3.100 Investitionsvorhaben mit Zuschüssen von über 824 Millionen Euro.** Mehr als 12.000 Arbeitsplätze wurden geschaffen. Für Eigenkapitalfinanzierungen standen Bayerische Beteiligungsgesellschaft und Bayern Kapital bereit.

Der Mittelstand stand bei den Hilfsprogrammen wie der **„Corona-Soforthilfe“** und der bayerischen **„Oktoberhilfe“** und **„Novemberhilfe“** im Fokus. Eine Kontaktstelle zur Wiederherstellung der Lieferketten wurde eingerichtet. Bayern setzte sich beim Bund erfolgreich für Erleichterungen bei den Konditionen der **Überbrückungshilfe II** ein (Senkung der Einstiegsschwelle, Erhöhung der Fördersätze, Abschaffung Förderdeckel für KMU, Verdopplung der Personalkostenpauschale). Auch fordert Bayern verbesserte Konditionen bei der **Überbrückungshilfe III** (z. B. Einführung eines fiktiven Unternehmerlohns sowie einer stärkeren Berücksichtigung von Personalkosten). Dazu kamen erweiterte und neue Kredite und Bürgschaften von der **LfA Förderbank Bayern** und der Bürgschaftsbank Bayern sowie dem Bayernfonds.

Infografik: Robert Grill; Illustration: Shutterstock;
Quellen: Mittelstandsbericht des StMWi/Startupdetector/Statista

DIE LFA DIGITALISIERT IHR PRODUKTANGEBOT

Automatisierter Kreditprozess

Unseren Partnerbanken bieten wir einen beschleunigten Zugang zu den Produkten der LfA. Ein Beispiel:
Im Rahmen der LfA-Corona-Hilfe haben wir im Jahr 2020 den **LfA Schnellkredit mit taggleicher Kreditzusage** möglich gemacht. Darüber hinaus werden künftig weitere Produkte wie der Universalkredit digital angeboten. Zusätzliche wichtige Digitalisierungsschritte folgen.

Automatisierung

In Abstimmung mit den Partnerbanken setzen wir die Automatisierung ausgewählter Bestandsprozesse fort.

Digitaler Vertrieb

In Zukunft stellen wir alle unsere Finanzierungen auch auf digitalen Vertriebswegen zur Verfügung. Dazu bauen wir die Zusammenarbeit mit **Vergleichs- und Finanzierungsplattformen** weiter aus. Zudem verbessern wir die Integration in digitale Vertriebskanäle unserer Bankpartner, indem wir unter anderem **zielgerichtete Webinare für Firmenkundenberater** anbieten.

Starke Partner

Als Anlaufstelle zur **digitalen Transformation für Unternehmen in Bayern** hat sich die fortiss GmbH etabliert, das Landesforschungsinstitut des Freistaats Bayern für softwareintensive Systeme und An-Institut der TU München.
Zum Portfolio gehören u. a. **Verbundforschungsprojekte, Software-Checks und Weiterbildung rund um Software und KI (www.fortiss.org).**



Fotos: iStock/Rawpixel, Stefan Schwandner, Stramplerbande

NIE WIEDER VERGESSENE GUMMISTIEFEL

DAS SOZIALE NETZWERK **STRAMPLERBANDE** UNTERSTÜTZT JUNGE FAMILIEN UND KITAS IM ALLTAG – UND DAS UNKOMPLIZIERT UND DATENSCHUTZKONFORM

TEXT **ALISSA SELGE**

Was der Auslöser für seine Idee war? „Typische Papa-Probleme!", erinnert sich Sebastian Kopp lachend. Vor viereinhalb Jahren kommt seine Tochter in die Kita – und bringt damit auch neue Herausforderungen in den Familienalltag. Im Zettelchaos gehen oft wichtige Infos verloren. „Ich dachte mir: Es müsste doch ein digitales Medium geben, das den Familienfrieden wahrt und dafür sorgt, dass meine Tochter mit auf den Waldausflug gehen kann und die Gummistiefel nicht wieder zu Hause stehen!" Die hatte Papa Kopp nämlich schon mal vergessen, was natürlich Ärger gab. Gemeinsam mit einem befreundeten Softwareentwickler und in Kooperation mit der Technischen Hochschule Nürnberg entwirft der Wirtschaftsinformatiker den Prototyp eines sozialen Netzwerks. Über den BayStartUP-Businessplanwettbewerb steigen sie in die Start-up-Szene ein, erhalten schließlich einen Innovationskredit 4.0 von der LfA, der die Softwareentwicklung finanziert. Die „Stramplerbande" ist geboren. Heute funktioniert das Netzwerk als schwarzes Brett für die Hosentasche, das Familien und Kitas verbindet: Dokumente und Videos können hochgeladen, Termine und Verabredungen geplant, Krankmeldungen und Mittagessen-Bestellungen online abgegeben werden. Und all das noch dazu datenschutzkonform. In der Lockdown-Zeit kommt die Unterstützung der Plattform besonders gut an, denn in der App können Kita-MitarbeiterInnen den Morgenkreis unkompliziert online stattfinden lassen, Bastelvideos für die Eltern hochladen

oder sich einfach erkundigen, wie es allen aus der Gruppe geht. Tatsächlich hat der Digitalisierungsschub aus dem Jahr 2020 bei der Stramplerbande ganz schön was bewegt. „Vor Corona waren die Kitas oft skeptisch", erinnert sich Kopp. „Brauchen wir das überhaupt? Wollen wir den Schritt in die Digitalisierung wirklich wagen?" Als im März 2020 deutlich wird, dass der Kita-Alltag erst mal nicht wie gewohnt stattfinden kann, legen Kindergärten & Co. ihre anfänglichen Bedenken allerdings schnell ab. „Bis vor den Sommerferien des letzten Jahres haben wir unsere App dann kostenlos angeboten", sagt Kopp. Vor neuen Kunden konnten er und sein Team sich anschließend kaum retten, sie arbeiteten oft bis tief in die Nacht, auch am Wochenende. Mittlerweile liegt die Nutzerzahl bereits im fünfstelligen Bereich. Die Kosten – ein Euro pro Monat und Kind – tragen die Kitas.

Was die App von der anderer Anbieter unterscheidet, ist vor allem das Thema Datenschutz. Denn die meisten sozialen Netzwerke sind zwar kostenlos, finanzieren sich aber damit, die Daten der Nutzer auszuwerten und weiterzuverkaufen. Das ist bei der Stramplerbande nicht der Fall: Durch ein mehrstufiges Freischaltungsverfahren wird sichergestellt, dass wirklich nur die Eltern der jeweiligen Kita Zugriff auf die Inhalte haben. Noch nicht mal das Team der Stramplerbande kann sehen, was gepostet wird. „Außerdem haben wir die Kommunikation verschlüsselt, arbeiten eng mit einem externen Datenschutzbeauftragten zusammen und betreiben alles in einem sicheren Rechenzentrum von noris network hier in Nürnberg", sagt Kopp. Was auch noch super ankommt: Fremdsprachige Familien werden auf der Plattform berücksichtigt. Das klappt mit dem automatischen Übersetzungsdienst in der App. Die Kita kann Informationen auf Deutsch eintragen und die Familien können diese dann in ihrer Muttersprache lesen und auch in dieser Sprache antworten.

„ICH DACHTE MIR: ES MÜSSTE DOCH EIN DIGITALES MEDIUM GEBEN, DAS DEN FAMILIENFRIEDEN WAHRT!"



Der Wirtschaftsinformatiker Sebastian Kopp gründete 2018 das Netzwerk Stramplerbande

Die Stramplerbande boomt – „langweilig ist es uns momentan nicht", lacht Kopp. Denn er hat noch einige weitere Netzwerke auf den Markt gebracht, die nach dem Stramplerbande-Prinzip funktionieren: 4SchoolKidz für Schulkinder, people2connect für Städte und Kommunen, safe2connect für Unternehmen, Verbände und Vereine, die Himmels.App für Gemeinden und jüngst die AnDeinerSeite.App für Senioren- und Pflegeheime. „Ich bin im Ingolstädter Stadtteil Unsernherrn aufgewachsen, da hat man sich draußen getroffen, am Spielplatz, am Marktplatz … das fällt durch die Urbanisierung weg – und in Ausnahmesituationen wie dem Lockdown sowieso", erklärt Kopp. „Deswegen lautet das Ziel für alle unsere Plattformen: die Menschen mit digitalen Methoden wieder analog zusammenzuführen." ⊡

FAKTEN

Finanzierung: Innovationskredit 4.0
Gründungsjahr: 2018
Standort: Nürnberg
Mitarbeiter: 10
www.stramplerbande.de

Online unter www.lfa.de/magazin



NETZWERK & APP
So funktioniert die Stramplerbande

Die Kita nimmt Kontakt mit der Stramplerbande auf, dann wird ein eigener Space erstellt und auch die Eltern können sich registrieren.

Auf der Plattform ist ein unkomplizierter Austausch zwischen den Kita-MitarbeiterInnen und den Eltern möglich: Videos, Fotos und Dokumente können geteilt, Fragen gestellt, digitale Verabredungen wahrgenommen, Krankmeldungen und Mittagessen-Bestellungen abgegeben werden.



Mit Tischplatten hat alles angefangen, mittlerweile fertigt Faust Linoleum auch Hocker und andere Büromöbel an

Fotos: Daniel Lorch, Faust Linoleum

„Ich wollte schon immer in die Firma meiner Eltern“, erinnert sich Antonia Faust. Seit fünf Jahren ist sie Teil des 40-köpfigen Teams, das im oberbayerischen Huglfing Tischplatten und andere Möbel aus Linoleum produziert

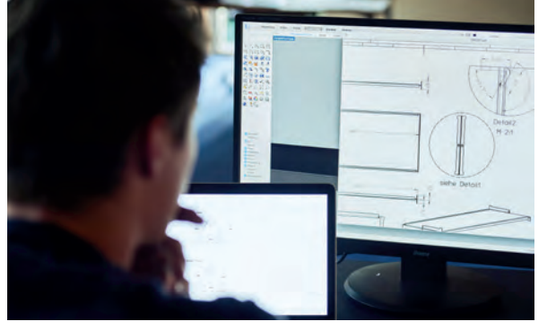
DIE WIEDERENTDECKUNG EINES NATURPRODUKTS

OB TISCHPLATTEN ODER BÜROMÖBEL AUS LINOLEUM: IM OBERBAYERISCHEN HUGLFING VERBINDET DAS **FAMILIENUNTERNEHMEN FAUST** HANDWERK MIT HIGHTECH

TEXT **ALISSA SELGE**



Seit 2007 konzentriert sich das Familienunternehmen auf Tischplatten und Möbel, die mit dem Naturprodukt Linoleum beschichtet werden. Die Produkte entstehen in einem Zusammenspiel aus traditioneller Handarbeit und modernen Hightech-Maschinen







Fotos: Marcel Steger, Gerhardt Kellermann, Alexander Stertzik, Faust Linoleum

Gebettet zwischen malerischen Hügeln und Tälern, kurvigen Landstraßen und sattem Grün, liegt das Firmengebäude der Familie Faust. Es befindet sich knapp zehn Kilometer nördlich des Staffelsees. Antonia Faust ist gern hier. Jeden Morgen um neun Uhr trinkt sie mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen kräftig duftenden Espresso und startet so in den Tag. Auch beim Mittagessen sitzt das Team täglich zusammen und freut sich über die frisch gekochten Gerichte seines italienischen Kochs. Wenn gerade keine Corona-Pandemie ist. „Wir sind durch und durch ein Familienunternehmen", stellt Antonia Faust fest, wenn sie diese kleinen Rituale schildert. Vor fünf Jahren steigt sie in das Unternehmen ein, mit 25. „Ich wollte schon immer in die Firma meiner Eltern, das war für mich von Anfang an klar. Nachdem ich ein paar wilde Studentenjahre in Innsbruck hatte, konnte ich es dann auch kaum abwarten", erzählt sie lachend.

„WIR SIND EIN FAMILIENUNTERNEHMEN, DURCH UND DURCH"

Mit der Zeit arbeitet sie sich in jede Abteilung ein, sammelt unter anderem Erfahrungen in der Logistik und dem Ein- und Verkauf, um die Firma eines Tages übernehmen zu können. Seit ihrem ersten Tag ist ihr das Thema Digitalisierung ein besonderes Anliegen. Heute zeichnet sich das Unternehmen durch die Verbindung von liebevollem Handwerk und automatisierten Prozessen aus. Auf der Website stellen Kunden ihren individuellen Tisch mit dem eigens entwickelten 3-D-Online-Konfigurator zusammen, suchen die Größe, die Farbe des Linoleums, die Kantenart und das Tischgestell aus. Nach dem letzten Klick landet die Bestellung in einem digitalen Produktionsprogramm, einer Software, die jeden einzelnen Arbeitsschritt digital abbildet. „Nachdem unsere Schreiner jede Bestellung sorgfältig überprüft und manuell freigegeben haben, sendet unser Produktionssystem die entsprechenden Daten direkt an unsere Maschinen. Das senkt die Fehlerquote enorm und steigert unsere Effizienz", erklärt Antonia Faust. Die Tischplatten entstehen so: Das Holz und das Linoleum werden zugeschnitten, die Kante wird angebracht, dann geht es in die Presse. Je nach Konfiguration fräsen die Maschinen Ausschnitte, zum Beispiel für Kabel. Die Kanten werden geölt, die Platte einer strengen Qualitätsprüfung unterzogen und sicher verpackt. Damit unterwegs nichts kaputtgeht, liefert Faust Linoleum die Möbelstücke selbst aus.

„FÜR DIE ZUKUNFT TRÄUME ICH VON EINER EIGENEN APP"

Die Mitarbeiter sind unterwegs nach Hamburg, Leipzig, Berlin oder Frankfurt, aber auch Ziele wie Amsterdam, Kopenhagen und Paris stehen ab und zu auf dem Plan. Die nachhaltigen und gleichzeitig stylischen Tische kommen gut an, in der derzeitigen Homeoffice-Zeit vielleicht so gut wie noch nie: „Momentan haben wir 2.000 Platten in Produktion. Jede Woche gehen fünf bis sieben Liefertouren raus", verrät Antonia Faust.

Angefangen hat das alles mit ihrem Vater Franz, der in den 80er Jahren als Schreiner in Berlin arbeitet, sich aber schon länger beruflich weiterentwickeln möchte. Ein befreundeter Designer macht ihn schließlich auf Linoleum aufmerksam: ein nachhaltiges Naturprodukt – das man theoretisch sogar essen könnte! – aus Leinöl, Kalksteinmehl, Holzmehl und natürlichen Farbpigmenten. Es ist langlebig, wandelbar und hat eine angenehm warme Haptik. Franz Faust entscheidet, sich auf Tischplatten mit Linoleumbeschichtung zu spezialisieren, und bindet schon 1999 eine Website, 2003 den ersten Onlineshop in sein junges Unternehmen ein. „Mein Vater ist ein sehr risikofreudiger Mensch, der zukunftsorientiert ist und viel Freude und Interesse an Technik hat. Weil meine Mutter die Finanzen so gut im Blick hat, konnte er sich da immer gut verwirklichen", schmunzelt Antonia Faust. Als seine Werkstatt in Berlin anderweitig vermietet werden soll, zieht Franz Faust mit seiner Familie ins bayerische Alpenvorland, hier gibt es sowieso viel mehr Platz für das schnell wachsende Unternehmen.

Seit einigen Wochen ist ein Lackierroboter das neuste Mitglied im Team. „Er arbeitet sehr präzise, weil er die Platten in 3-D einscannt und die Kanten dann automatisiert einölt", erklärt die junge Unternehmerin. Der Roboter wurde mit einem Darlehen der LfA finanziert – genau wie zuvor die anderen hochmodernen Maschinen und der Bau des Firmengebäudes, das mit Photovoltaikanlagen auf dem Dach 50 Prozent des Energiebedarfs abdeckt.

Die nächsten innovativen Ideen für die Zukunft hat Antonia Faust schon längst parat. „Ich will die Digitalisierung bei uns noch weiter voranbringen. Zum Beispiel träume ich von einer eigenen App, mit der man sich die Tischplatte in 3-D direkt ins Zimmer stellen kann." ⊡

3-D-ONLINE-KONFIGURATOR

Neuer Tisch gefällig? Auf der Website von Faust Linoleum ist er schnell selbst konfiguriert

Frühlingsgrün, Pistazie oder Mitternachtsblau? Wenn die Plattenform ausgesucht ist, können die Kunden zwischen 22 Linoleumfarben auswählen



Die Tischkante kann ein toller Blickfang sein. Auswählen kann man zwischen Knallfarben oder Echtholz, zum Beispiel Eiche, Lärche oder Walnuss



Auch beim Tischgestell kann der Favorit ausgesucht werden. Die verschiedenen Modelle entstehen in Zusammenarbeit mit Designern wie Michel Charlot oder Daniel Lorch



FAKTEN

Finanzierung: Innovationskredit 4.0
Gründungsjahr: 2007
Standort: Huglfing in Oberbayern
Mitarbeiter: 40
www.faustlinoleum.de

Online unter www.lfa.de/magazin

ALLE WEGE FÜHREN NACH MARKTREDWITZ

TEXT STEFAN RUZAS

IRIS BIOTECH LIEFERT NICHT NUR ZUTATEN FÜR CORONA-IMPFSTOFFE. AUCH NOBELPREISTRÄGER LASSEN IHRE SUBSTANZEN DURCH DIE FIRMA AUS OBERFRANKEN VERMARKTEN

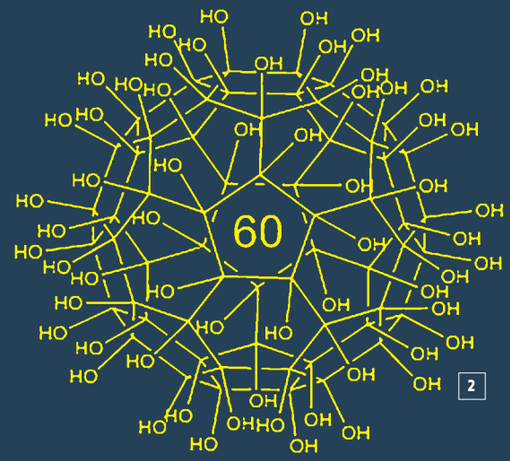
Darauf muss man auch erst mal kommen: welche Kunden da im Marktredwitzer Gewerbegebiet Rathaushütte so alle bedient werden, in diesem modernen Neubau zwischen Rotem Kreuz und Baustoffhandel. Internationale Pharmakonzerne gehören ebenso dazu wie Max-Planck-Institute oder Helmholtz-Forschungszentren. Oder das berühmte Massachusetts-Institut für Technologie (MIT). Oder auch Elite-Universitäten von Oxford über Harvard bis Tokio.

Ende 2020 kamen dann noch die Unternehmen, die zurzeit Milliarden Dosen mRNA-Impfstoffe produzieren, zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Einige Rohstoffe steuert auch Iris Biotech bei – als Händler. Es sind Bausteine oder Reagenzien, die zum Beispiel die Löslichkeit der Vakzine erhöhen. „Teilweise beliefern wir die Impfstoffhersteller direkt“, berichtet Geschäftsführer Steffen Tropitzsch.

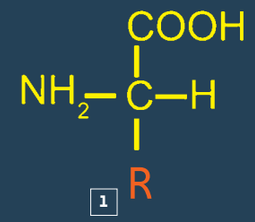
Angefangen hat es 2001 als Vertrieb für Biotechnologie, ein Tochterunternehmen der Cfm Oskar Tropitzsch. Die gilt, 1788 gegründet, bis heute als erste Chemiefabrik Deutschlands und ist seit 1891 in Familienbesitz. Benannt ist der Newcomer-Betrieb praktischerweise nach Steffens Schwester Iris, die heute als Lehrerin an einer Mittelschule in Marktredwitz arbeitet.

Die Idee von Tropitzschs Vater Oskar und Geschäftspartner Thomas Bruckdorfer, bis heute auch gleichberechtigte Gesellschafter der Firma: der Handel mit innovativen Laborsubstanzen zur Synthese von Peptiden. Das sind Moleküle, die aus Aminosäuren aufgebaut werden; aus der TV-Werbung kennt man etwa Aspartat und Lysin. Eines von vielen Peptiden ist Insulin. Durch eine Veränderung der Bausteine ist es gelungen, seine Wirkdauer zu verlängern. Diabetes-Patienten müssen sich also heute weniger oft spritzen als früher.

All das sind wichtige pharmazeutische und chemische Innovationen, mit denen Iris Biotech mittlerweile auf fünf Kontinenten handelt. Und aus dem Handelshaus ist eines mit wissenschaftlicher Beratung geworden. Und mit einem Labor, in dem auch im Auftrag an neuen, besonders trickreichen Synthesen geforscht wird.



2



1

1 Das generelle Grundgerüst einer Aminosäure
2 Fullerenol: Die 60 steht dafür, dass das Molekül aus 60 Kohlenstoffatomen aufgebaut ist

DAS PORTFOLIO UMFASST 6.500 BIS 7.000 SUBSTANZEN, DIE IRIS BIOTECH AN KUNDEN AUF FÜNF KONTINENTEN VERSENDET

„Nach dem Schlüssel-Schloss-Prinzip bauen wir neue Moleküle zusammen. Ich nenne so was auch gerne Lego-Technik für Naturwissenschaftler“, erläutert Steffen Tropitzsch. Was besser verständlich ist als chemische Namen wie „N-alpha-t-Butyloxycarbonyl-L-leucine“. Immer wieder geht es bei den modifizierten Molekülen auch um Therapien für Volkskrankheiten wie Krebs. Das Portfolio umfasst 6.500 bis 7.000 Substanzen, nur wenige davon sind im eigenen Lager. Die meisten müssen bei Lieferanten, zum Beispiel Universitäten, bestellt werden. Manche werden extra produziert. Auf fünf bis sechs Millionen Euro beziffert der Geschäftsführer den Umsatz. Ohne Digitalisierung geht es auch bei den Wirkstoffspezialisten aus Oberfranken nicht. An den Innovationskredit 4.0 der LfA Förderbank Bayern ist Iris Biotech über ihre Hausbank Unicredit gekommen. Finanziert wurde ein Online-Monitoring zur Überwachung der Lagerung von Chemikalien. „Manchmal ist es ja nur ein Gramm, das kostet schon mal 90.000 Euro und mehr“, so Tropitzsch.

Auch die Marketing-Strategie hat sich verändert, nicht zuletzt durch die Corona-Lockdowns: „Früher waren wir zirka zweimal monatlich weltweit unterwegs, jetzt werden digitale Plattformen wichtiger.“ Die amerikanische Biochemikerin Frances Arnold, Nobelpreisträgerin 2018 und neue Beraterin von US-Präsident Joe Biden, meldete sich persönlich bei Iris Biotech. Auch sie vertreibt ihre chemischen Strukturen jetzt von der kleinen, feinen Firma im oberfränkischen Marktredwitz aus. ⊡



Der Firmensitz von Iris Biotech in Marktredwitz ist eine begehrte Adresse für chemische Innovationen

Illustration: Adobe Stock/Pro500; Foto: Klaus Schicker

FAKTEN

Finanzierung: Innovationskredit 4.0
Gründungsjahr: 2001
Standort: Marktredwitz
Mitarbeiter: 21
www.iris-biotech.de

Online unter www.lfa.de/magazin





LFA-KALENDER

KUNSTKALENDER FEIERT JUBILÄUM

DIESES JAHR FEIERT DER LFA-KUNSTKALENDER SEIN 25-JÄHRIGES BESTEHEN



Die LfA bietet in Kooperation mit den Kunstakademien München und Nürnberg mit diesem Projekt eine Plattform für Nachwuchskünstlerinnen und -künstler. In den vergangenen 25 Jahren wurden über 310 Kunstwerke und knapp 400 Studierende vorgestellt. „Kunstschaffende brauchen unsere Unterstützung und Anerkennung in Zeiten pandemiebedingter Einschränkungen mehr denn je. Die in diesem Jahr gezeigten Arbeiten sind unter herausfordernden Rahmenbedingungen entstanden, denn die Studierenden waren von der coronabedingten Schließung der Kunstakademien stark betroffen", erklärt Dr. Otto Beierl, LfA-Vorstandsvorsitzender. Unter www.lfa.de/kalender geben kurze Videos Einblicke in die Arbeitsweise der Künstlerinnen und Künstler und aufschlussreiche Hintergrundinfos zur Entstehung der Kunstwerke.

FÖRDERBILANZ 2020

3,4 MILLIARDEN EURO

2020 war für die LfA Förderbank Bayern pandemiebedingt ein Ausnahmejahr. Zur Überwindung der akuten Krisensituation hat die LfA schnell reagiert und ihre Finanzierungshilfen zur Unterstützung der bayerischen Unternehmen deutlich erweitert und das Förderverfahren erheblich beschleunigt. In der Folge verzeichnete die LfA die höchste Nachfrage nach Förderkrediten seit ihrer Gründung. Mit den Darlehen in Höhe von rund 3,4 Milliarden Euro konnten vor allem mittelständische Betriebe unterstützt werden. Dies entspricht einem Zuwachs von rund 44 Prozent gegenüber 2019. Der Pandemie zum Trotz stieg aber auch die Nachfrage nach Energieeffizienz- und Gründerförderung. „Die LfA hat gerade in der Krise ihre große Leistungsfähigkeit als Förderbank für den Wirtschaftsstandort Bayern erneut unter Beweis gestellt: Sie hat in kürzester Zeit Produktoptimierungen und spezielle bayerische Corona-Sonderprogramme zur finanziellen Krisenbewältigung der Unternehmen eingeführt", fasst Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger zusammen.

FLEXIBLE ANGEBOTE

UNTERSTÜTZUNG FÜR BAYERNS HANDWERK

2020 hat die LfA Förderkredite in Höhe von 308 Millionen Euro an das bayerische Handwerk vergeben. Rund 1.700 kleine und mittlere Betriebe konnten davon profitieren und Investitionen von rund 420 Millionen Euro tätigen. „Beim Blick auf die Jahresbilanz sticht besonders positiv heraus, dass der Fokus nicht vorrangig auf der akuten Krisenbewältigung lag, sondern viele bayerische Handwerksbetriebe auch weiterhin in ihre langfristige Wettbewerbsfähigkeit investiert haben", freut sich LfA-Vorstand Dr. Otto Beierl.

Fotos: Lukas Mietzko/Crispr and its crowd/©Courtesy of the artist/Wilfried Petzi, Moritz Moll/München-Paris | Paris-München/©Courtesy of the artist, Sarah Doerfel/Chor/©Courtesy of the artist, Nata Togliatti/Cave Painting Series (Feinste Nussvariation)/© Courtesy of the artist/Wilfried Petzi, Getty Images/Achim Thomae; Illustration: Bayern Kapital

START-UP-FINANZIERUNG

25 JAHRE BAYERN KAPITAL

Die Venture-Capital-Gesellschaft des Freistaats Bayern, Bayern Kapital, blickt auf 25 erfolgreiche Jahre zurück: Seit der Gründung konnten insgesamt rund 350 Millionen Euro in mehr als 290 technologieorientierte bayerische Start-ups und Jungunternehmen investiert werden – immer in Kooperation mit mindestens einem privaten Geldgeber, der sich zu gleichen Konditionen beteiligt. So konnte Bayern Kapital, die 1995 als 100-prozentige Tochtergesellschaft der LfA Förderbank Bayern gegründet wurde, im Laufe der Zeit weitere 900 Millionen Euro Kapital für Bayerns Gründer mobilisieren. „Unsere Venture-Capital-Gesellschaft leistet damit einen fundamentalen Beitrag für Bayerns Wirtschaft. Die Bilanz des Unternehmens spricht für sich. Wir gratulieren dem Bayern-Kapital-Team zu seiner 25-jährigen Erfolgsgeschichte", sagt Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger.



UMWELTSCHUTZ

EMAS-ZERTIFIZIERUNG ERNEUERT

Ein nachhaltiger und verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen ist ein Kernelement des Fördergeschäfts der LfA. Für dieses freiwillige und systematische Umweltmanagement erhielt sie nach der Prüfung eines unabhängigen Umweltgutachters das international anerkannte EMAS-Zertifikat. Bereits 2016 wurde sie als erstes Landesförderinstitut mit dem Zertifikat ausgezeichnet, und auch richtungsweisende Nachhaltigkeits-Ratingagenturen führen die LfA regelmäßig als Positivbeispiel auf. „Mit der aktuellen EMAS-Rezertifizierung sind unsere langjährigen Umweltschutzaktivitäten erneut gewürdigt worden. Dies bestätigt, dass unsere Geschäftspolitik nachhaltig ausgerichtet ist und wir einen Beitrag für eine zukunftsfähige Gesellschaftsentwicklung leisten", freut sich LfA-Vorstandschef Dr. Otto Beierl.

> „BESTÄTIGUNG, DASS UNSERE GESCHÄFTSPOLITIK NACHHALTIG IST"

IMPRESSUM

Herausgeber LfA Förderbank Bayern, Königinstraße 17, 80539 München

Verantwortlich Bettina Daimer, Bernhard Krause, Michael Muhsal, Markus Wöhnl

Internet www.lfa.de

Verlag storyboard GmbH, Wiltrudenstraße 5, 80805 München

Leiter der Verlagsredaktion Stefan Ruzas

Redaktion Marlene Irausek, Alissa Selge

Bildredaktion Jasmin van de Loo

Gestaltung Thomas Saible

Lektorat Lektorat Süd, www.lektorat-sued.de

Druck Druckerei Vogl GmbH & Co. KG, Zorneding

Wenn Sie künftig unsere Informationen und Angebote nicht mehr erhalten möchten, können Sie der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke widersprechen. Teilen Sie uns dies bitte möglichst schriftlich unter Beifügung des Werbemittels und Angabe Ihres Namens sowie Ihrer Anschrift an unsere Adresse mit:
LfA Förderbank Bayern, Unternehmenskommunikation, Königinstraße 17, 80539 München, E-Mail: magazin@lfa.de

Nähere Informationen finden Sie unter: www.lfa.de/datenschutz

DATENSCHUTZINFORMATION: Ihre Adressdaten stammen aus unserem Bestand sowie von Deutsche Post Direkt GmbH, Junkersring 57, 53844 Troisdorf. Deutsche Post Direkt verarbeitet Ihre Adressdaten gem. Art. 6 (1) (f) DSGVO für Zwecke der Direktwerbung anderer Unternehmen. Wenn Sie generell einer Verarbeitung Ihrer Daten für Werbezwecke durch Deutsche Post Direkt widersprechen wollen, wenden Sie sich bitte an Deutsche Post Direkt. Weitere Informationen zu Ihren Rechten auf Auskunft, Berichtigung und Beschwerde erhalten Sie unter www.postdirekt.de/datenschutz und www.lfa.de/datenschutz

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C014405

Das FSC®-Warenzeichen garantiert, dass das verwendete Papier aus verantwortungsvoller Waldwirtschaft und anderen kontrollierten Materialien stammt. Mit der im Logo angegebenen Lizenznummer können auf ***info.fsc.org*** Informationen zur zertifizierten Druckerei eingesehen werden.

klimaneutral natureOffice.com | DE-137-228LJ25 gedruckt



UNSERE INNOVATIONSFÖRDERUNG

ZUKUNFT GESTALTEN

BAYERNS ZUKUNFT IST INNOVATIV UND DIGITAL. DAMIT MITTELSTÄNDISCHE BETRIEBE, FREIBERUFLER UND GRÜNDER DIE CHANCEN DER DIGITALISIERUNG AUCH NUTZEN, HAT DIE LFA FÖRDERBANK BAYERN IHRE INNOVATIONS- UND DIGITALISIERUNGSFÖRDERUNG NEU AUSGERICHTET

Wer wird gefördert?
Die LfA unterstützt neu gegründete, kleine und mittlere Unternehmen sowie Freiberufler mit einem breit angelegten und dennoch schlanken Angebot, um Digitalisierungs- und Innovationsvorhaben zu finanzieren. Darüber hinaus werden innovative Unternehmen unterstützt. Aufgrund der aktuellen Situation hat die LfA die Konditionen bei Krediten und Risikoentlastungen zusätzlich verbessert.

Unsere Förderangebote im Überblick:
Beim Innovationskredit 4.0 beträgt die maximale Kreditsumme 7,5 Millionen Euro, der Darlehensmindestbetrag liegt bei 25.000 Euro. Mit dem Darlehen können im Bereich Digitalisierung und Innovation bis zu 100 Prozent der förderfähigen Kosten finanziert werden. Neben im Vergleich zum Marktzins deutlich günstigeren Konditionen bietet der Innovationskredit 4.0 einen Tilgungszuschuss von bis zu zwei Prozent des Darlehensbetrags. Kurze oder lange Darlehenslaufzeiten sowie Zinsfestschreibung sind bis zu zehn Jahre wählbar. Refinanziert wird der Innovationskredit 4.0 aus dem ERP-Digitalisierungs- und Innovationskredit der KfW Bankengruppe. Durch die Innov-Fin-Garantie der EU sowie Haushaltsmittel aus dem Gewinn der LfA ist er außerdem zinsverbilligt. Der Antrag wird über die Hausbank an die LfA gestellt.

Auch mit den breiter angelegten Darlehen Startkredit und Investivkredit können innovative Vorhaben finanziert werden. Fortschrittliche und nachhaltige Vorhaben in den Bereichen Umweltschutz und Energieeinsparung können mit den Energiekrediten und dem Ökokredit gefördert werden. Kann ein Darlehen nicht ausreichend abgesichert werden, sind die Aussichten auf einen Kredit oft schlecht. Mit der Haftungsfreistellung „HaftungPlus" kann die LfA der Hausbank einen Teil des Ausfallrisikos abnehmen und so den Kreditzugang öffnen. Unabhängig von LfA-Krediten sind zudem Bürgschaften möglich.
Mehr unter www.lfa.de/innovation

WIR UNTERSTÜTZEN SIE IN DER KRISE

UNSERE CORONA-HILFEN

Bis 31. Dezember verlängert: Die LfA steht Unternehmen bei der Bewältigung der Corona-Krise mit Liquiditätshilfen in Form von Krediten und Risikoübernahmen sowie beschleunigten Bearbeitungsverfahren zur Seite. Beantragt und ausbezahlt werden die Programme über die Hausbanken.

- **LfA-Schnellkredit** mit 100-prozentiger Haftungsfreistellung für Unternehmen, Einzelunternehmer und Freiberufler mit bis zu 10 Beschäftigten
- **Corona-Schutzschirm-Kredit** mit 90-prozentiger Haftungsfreistellung zur Unterstützung bayerischer Unternehmen bis zu einem Jahresumsatz von 500 Mio. Euro
- **LfA-Bürgschaften** bis zu 90 Prozent ermöglichen es Hausbanken, umfangreiche Finanzierungshilfen zu gewähren
- **Universalkredit und Akutkredit** stehen für längerfristige Konsolidierung und Umschuldung zur Verfügung
- **Hilfe für Start-ups und Mittelstand** durch neue Beteiligungsangebote von BayBG und Bayern Kapital. Für Bayern steht damit die Säule II der von der Bundesregierung angekündigten Corona-Hilfsmaßnahmen
- **Corona-Kredit – Gemeinnützige** zur Unterstützung gemeinnütziger Organisationen

Ausführliche Informationen unter www.lfa.de

Fotos: iStock/deimagine, Manuel Nieberle



Claudia Hörner

Abteilung
Spezialkredite
Position
Teamleiterin Eigenkapitalfinanzierung
Seit 2008 bei der LfA

„Ein neues Produkt zu entwickeln, war spannend und herausfordernd"

Im vergangenen Jahr haben wir aufgrund der Corona-Krise gemeinsam mit dem Bund und der KfW, dem Freistaat Bayern sowie der BayBG und Bayern Kapital die bayerischen Start-up-Hilfen konzipiert. In so kurzer Zeit ein völlig neues Produkt zu entwickeln, war spannend und herausfordernd. Mein fünfköpfiges Team und ich sind eigentlich für die strategischen Unternehmensbeteiligungen der LfA zuständig. Daneben investieren wir in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Investitionsfonds oder direkt in Venture-Capital-Fonds und kümmern uns zudem um Co-Investments in bayerische mittelständische Unternehmen und um das Thema Globaldarlehen. Corona hat uns vergangenes Jahr gezeigt: Wie digital sind wir schon und was können wir noch verbessern? Auch mittelständische Unternehmen haben wir dahingehend beraten, dass sie im Bereich der IT-Sicherheit investieren oder Produktionsprozesse digital vernetzen sollten. Für solche Fälle hatten wir schon vor der Pandemie zusammen mit dem Freistaat den Transformationsfonds Bayern aufgelegt, mit dem wir uns als Co-Investor an mittelständischen bayerischen Unternehmen beteiligen können, um diese unter anderem beim Thema Digitalisierung zu unterstützen. Daneben kann sich der Fonds auch an anderen Investmentfonds beteiligen, die in mittelständische Unternehmen in der Transformationsphase investieren und/oder die Transformation der bayerischen Wirtschaft unterstützen. Für die Zukunft wünsche ich mir, dassdie Zusammenarbeit in meinem Team weiterhin so toll klappt!



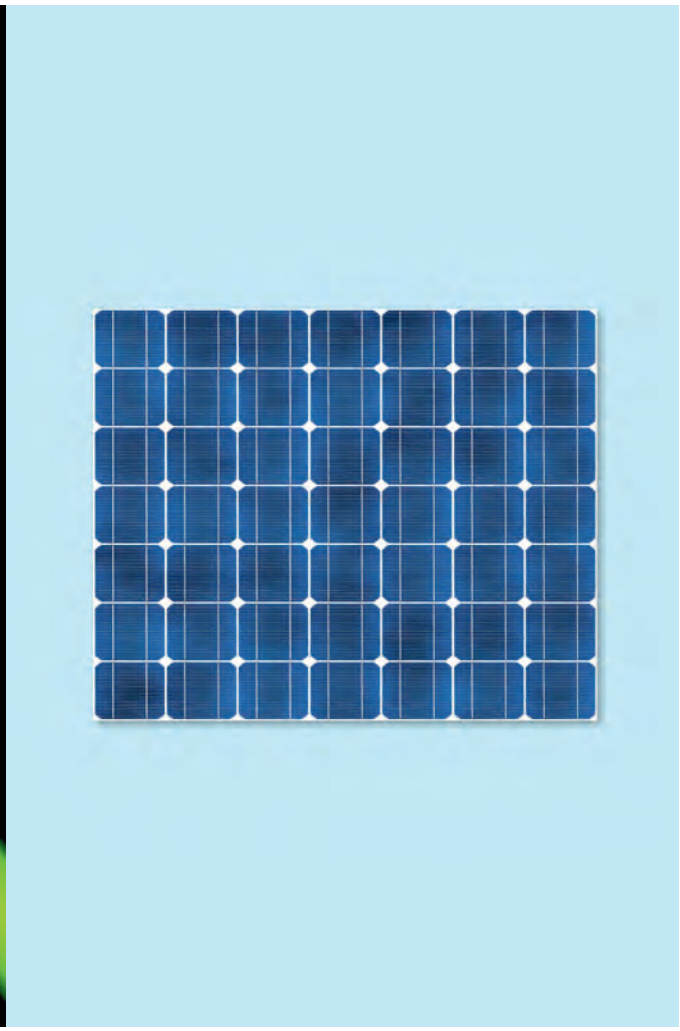
Akin Kaya

Abteilung
IT
Position
Firewall-Administrator
Seit 2019 bei der LfA

„Datenschutz und IT-Sicherheit müssen immer gewährleistet sein"

Seit zwei Jahren bin ich für den sicheren IT-Betrieb bei der LfA zuständig. Gemeinsam mit den Kollegen und Kolleginnen meiner Abteilung kontrolliere ich den Datenfluss zwischen den internen und externen Netzwerken, betreue die Firewalls und kümmere mich um einen sicheren, verschlüsselten Austausch von vertraulichen Informationen. Für eine noch größere IT-Sicherheit sind wir gerade damit beschäftigt, die bestehende Proxyserver-Infrastruktur zu ersetzen. Außerdem können sich unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wegen technischer Störungen jederzeit an mich wenden. Der Ausbruch der Pandemie hat der Digitalisierung einen ganz schönen Schub verpasst und auch bei uns sind natürlich viele ins Homeoffice ausgewichen. Deswegen war ich 2020 verstärkt damit beschäftigt, das Arbeiten von zu Hause für alle so reibungslos wie möglich zu gestalten. Ein schöner Nebeneffekt: Dabei habe ich viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus anderen Abteilungen kennengelernt. Innovative Ideen, etwa neue Cloudlösungen, finde ich superspannend. Allerdings müssen Datenschutz und IT-Sicherheit immer gewährleistet sein. Weil mich das Thema IT-Security so stark interessiert und ich mich in dieser Hinsicht weiterbilden möchte, habe ich mich für ein nebenberufliches Studium der Wirtschaftsinformatik entschieden und bin jetzt im fünften Semester. Ich weiß sehr zu schätzen, dass die LfA mich bei dieser tollen Fortbildungsmöglichkeit unterstützt und sich so Arbeit und Studium gut verbinden lassen.





WIR FÖRDERN
RUND UND ECKIG

TILGUNGSZUSCHUSS BIS ZU 28,5 % FÜR INVESTITIONEN IN MEHR ENERGIEEFFIZIENZ

Bayerns Mittelstand ist stark in seiner Vielfalt. Als Förderbank für Bayern unterstützen wir Unternehmen bei Investitionen in mehr Umwelt- und Klimaschutz sowie Energieeffizienz. Sparen Sie Energie und Geld – mit zinsgünstigen Darlehen und einem Tilgungszuschuss bis zu 28,5 %. Gerne beraten wir Sie kostenfrei. Tel. 089/21 24 - 10 00

www.lfa.de

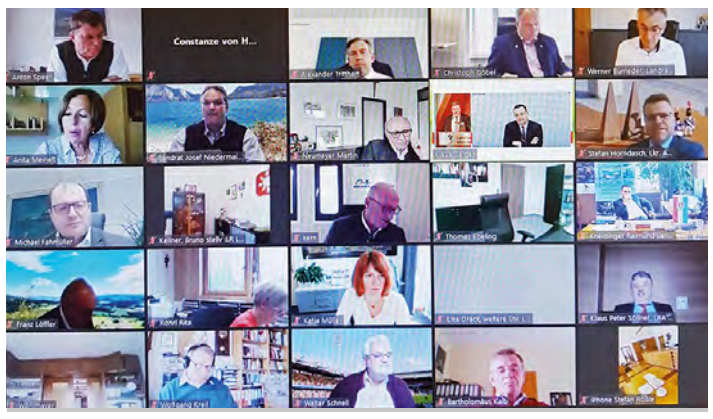
Beratung.
Finanzierung.
Erfolg.

LfA Förderbank Bayern

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 28. Mai 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 11



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Jahrestagung des Bayerischen Landkreistags:

Landkreise zukunftsfest gestalten

Die Folgen der Coronapandemie für Staat und Kommunen standen im Mittelpunkt der virtuellen Jahrestagung des Bayerischen Landkreistags im Landratsamt München.

In seiner Grundsatzrede konzentrierte sich Präsident Christian Bernreiter dabei auf vier Megathemen: Corona, Wirtschaft, Klima und starke Landkreise bilden nach den Worten als Fundament des Staates.

„Zunächst gilt es, die Corona-Pandemie zu überwinden und die Gesellschaft zu einen. Es geht darum, in der Pandemie sicher über die Ziellinie zu kommen", betonte Bernreiter. „Trotz vieler Herausforderungen haben wir in den vergangenen Monaten bereits erfolgreich bewiesen, dass in der Pandemie auf das überragende Engagement der Landratsämter nicht verzichtet werden kann."

Normales Leben mit dem Virus ermöglichen

Die Langzeitstrategie ziele darauf ab, ein vertretbares normales Leben mit dem Virus zu ermöglichen. Impfstoff müsse in ausreichender Menge bereitstehen und gleichmäßig verteilt werden. Gebiete mit geringer Ärztedichte dürften nicht benachteiligt werden, weil dadurch ein Keil in die Gesellschaft getrieben würde. Der Präsident plädierte überdies für eine schnelle Stabilisierung der Wirtschaft. Dies verlange eine kluge

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

650 Mio. Euro für kommunale Investitionen

Der Freistaat ist und bleibt starker und zuverlässiger Partner für seine Kommunen. Um weitere 50 Mio. Euro auf die Rekordsumme von nunmehr 650 Mio. Euro wurden die Mittel zur Förderung des kommunalen Hochbaus erhöht, wie Finanzminister Füracker mitteilte.

Damit werden Baumaßnahmen im ganzen Land unterstützt. Dazu zählen u.a. der Neubau eines Schulschwimmbades in Erbendorf (Oberpfalz) mit 1,5 Mio. Euro, die Generalsanierung der Grundschule in Rödental (Oberfranken) mit 1,5 Mio. Euro, die Erweiterung und Generalsanierung des Gymnasiums in Zwiesel (Niederbayern) mit 1,1 Mio. Euro, die Generalsanierung und Erweiterung des Staatlichen Beruflichen Schulzentrums in Aschaffenburg (Unterfranken) mit 2,9 Mio. Euro, die Generalsanierung und Erweiterung des Sonderpädagogischen Förderzentrums in Geretsried (Oberbayern) mit 1,0 Mio. Euro, der Neubau einer Kindertageseinrichtung in Dietenhofen (Mittelfranken) mit 880.000 Euro sowie der Umbau und die Sanierung der Staatlichen Realschule in Obergünzburg (Schwaben) mit 1,5 Mio. Euro.

Für Finanzausgleichsleistungen stehen 2021 insgesamt über 10,3 Mrd. Euro zur Verfügung. Damit erreicht der kommunale Finanzausgleich die Größenordnung von 2020 und liegt deutlich über dem Vorkrisen-Niveau von 2019. **DK**

Neue Steuerschätzung für Bayern:

Geringeres Defizit als befürchtet

Während es in medizinischer Hinsicht echte Lichtblicke gibt, bleibt die finanzielle Lage im Freistaat weiterhin angespannt. Wie Finanzminister Albert Füracker bei der Vorstellung der regionalisierten Steuerschätzung in Nürnberg feststellte, muss Bayerns Staatshaushalt in den Jahren 2021 bis 2023 mit insgesamt 7,3 Mrd. Euro weniger Einnahmen auskommen, als vor der Corona-Krise angenommen wurde.

Die gute Nachricht: Bayern wird in diesem Jahr um rund 1,1 Mrd. Euro mehr an Steuern einnehmen als im November geschätzt. Bis das Niveau vor der Krise erreicht ist, liegt laut Füracker vor dem Freistaat allerdings noch ein weiter Weg.

Zukunftsinvestitionen

Grundsätzlich wirkten Bayerns kluge Politik, Investitionen auf höchstem Niveau und effiziente Maßnahmen. „Dennoch liegen wir für 2021 immer noch rund 3 Milliarden Euro unter dem letzten Schätzergebnis vor der Krise", kommentierte Füracker das Ergebnis des Arbeitskreises Steuerschätzung. Auch für die Folgejahre prognostizierten die Steuerschätzer zumindest ein Ende des Abwärtstrends. „Unser Weg ‚Investieren statt blindes Sparen' ist richtig und erfolgreich. Wir setzen weiter auf erfolgreiche Zukunftsinvestitionen für eine bestmögliche Krisenbewältigung!", unterstrich der Minister. Die Steuerschätzer führen das im Vergleich zur letzten Schätzung im November 2020 etwas geringere Defizit darauf zurück, dass zum einen der konjunkturelle Einbruch im Jahr 2020 nicht so hoch wie zunächst befürchtet ausgefallen ist. Zum anderen wird erwartet, dass die deutsche Wirtschaft die Corona-bedingten Verluste spätestens im Jahr 2022 wieder aufholen kann. Für die Jahre 2022 und 2023 soll sich der Steuerausfall leicht um 0,8 bzw. 0,9 Mrd. Euro im Vergleich zur November-Steuerschätzung vermindern. Als Grundlage dient die Annahme, dass das Bruttoinlandsprodukt heuer um 3,5 und im kommenden Jahr um 3,6 Prozent zulegt. 2020 war es um 4,9 Prozent zurückgegangen. Insgesamt befinden sich die Steuereinnahmen für Bayern laut Füracker damit in stabiler Seitwärtsbewegung auf noch zu niedrigem Niveau.

Haushalt 2022

Das Schätzergebnis der Mai-Steuerschätzung 2021 findet Eingang in die gerade angelaufene Konzeption des Haushalts 2022 durch die Bayerische Staatsregierung. Aufgrund der weiterhin bestehenden Unwägbarkeiten zum Fortgang der Krise wird die Staatsregierung auch für 2022 einen Ein-Jahres-Haushalt vorlegen. „Seriöse Planung ist die Kernessenz bayerischer Finanzpolitik. Wir sollten nicht mit Einnahmeprognosen kalkulieren, die mit großen Unsicherheiten behaftet sind", erklärte Füracker. „Bereits jetzt ist klar: Die Krise wird uns noch länger fordern; eine Schuldenaufnahme im Haushalt 2022 aufgrund der Corona-Pandemie wird leider erneut nötig sein."

Trotz Neuverschuldung zeige Bayern die größte finanzpolitische Stabilität aller Bundesländer, machte Füracker deutlich. So habe die renommierte Agentur Moody's Bayerns herausragende Finanzkraft festgestellt und bestätige dem Freistaat genauso wie Standard & Poors als einzigem Land die Bewertung „Triple A mit stabilem Ausblick".

„Die Corona-Pandemie stellt uns vor historisch einmalige Herausforderungen – gesellschaftlich, wirtschaftlich und finanziell. Unser Ziel ist eine schnellst- und bestmögliche Bewältigung dieser Krise. Die führenden Finanzmarktakteure beurteilen unsere wohl überlegten und vorausschauenden finanziellen Anstrengungen ausnahmslos positiv", hob der Minister hervor. Eine solide Fiskal- und Haushaltspolitik sei das Markenzeichen der bayerischen Staatsregierung. „Vor Corona haben wir 14 Jahre in Folge keine neuen Schulden im Allgemeinen Staatshaushalt gemacht - im Gegenteil: Wir haben sogar insgesamt 5,6 Milliarden Euro zurückgezahlt. Diese Ziele haben wir auch nach der Überwindung der Pandemie wieder fest im Blick", stellte Füracker klar.

Innovationsprogramme

Zur soliden Finanzpolitik Bayerns gehöre auch die geschickte Förderung des bayerischen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts: Mit den umfangreichen und gezielten Investitions- und Innovationsprogrammen lege Bayern bereits jetzt den Grundstein für eine schnelle und anhaltende Erholung Bayerns nach der Krise. Ziel sei es, den Menschen zu helfen und gleichzeitig langfristig die Finanz- und Wirtschaftskraft des Freistaats zu sichern. **DK**

Präsidiumssitzung des Bayerischen Gemeindetags:

Klimaschutz und Wohnraumoffensive

Die Schaffung von mehr Wohnraum sowie umweltpolitische Themen, die den Kommunen auf den Nägeln brennen, standen auf der Agenda der jüngsten Präsidiumssitzung des Bayerischen Gemeindetags. Hierzu unterstrich Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber, dass der Klimaschutz derzeit das umweltpolitische Thema Nummer Eins ist. Beim aktuellen und den künftigen Klimaschutzgesetzen müssten sich Bund und Freistaat intensiv abstimmen, um ein Höchstmaß an Effizienz zu erreichen.

Glauber plädierte für einen schnellen Windkraftausbau im Freistaat, forderte mehr Photovoltaik auf den Dächern von Gebäuden und rief die Kommunen dazu auf, mehr Flächen für Maßnahmen zugunsten von Photovoltaik, Artenschutz und Regenrückhaltung zu verwenden. Mit den meisten seiner Positionen traf er bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern des Präsidiums auf Verständnis. Allerdings bat das Gremium, frühzeitig und intensiv in die kommenden staatlichen Planungen zur Erreichung der ehrgeizigen Klimaschutzziele eingebunden zu werden.



Dr. Uwe Brandl. ❐

Dissens bei Finanzierung des Hochwasserschutzes

Weniger Konsens ließ sich beim Thema Wasserwirtschaft erzielen. In punkto staatliche Förderung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen der Gemeinden gibt es bei der Auszahlung von Fördergeldern laut Präsidium erste Engpässe im Wasserbereich, die der Landesgesetzgeber dringend in den Griff bekommen müsse. Ein klarer Dissens bestand bei der Finanzierung des Hochwasserschutzes an Bayerns Flüssen, den sog. Gewässern I. und II. Ordnung. Besonderen Unmut erregt in den Gemeinden und Städten die staatliche Festlegung des Mitfinanzierungsanteils der Kommunen auf 50 Prozent bei staatlichen Gewässerausbaumaßnahmen. Auch beim Thema der Niederschlagswasserabgabe zeigte sich Minister Glauber reserviert. Dennoch vereinbarte man, gerade bei den beiden letzten Themen im Gespräch zu bleiben und nach konstruktiven Lösungen für derzeit strittige Fragen zu suchen.

Schaffung von mehr Wohnraum

Geht es um die seit vielen Jahren von Bundes- und Landespolitik geforderte Schaffung von mehr Wohnraum, so sind nach Auffassung von Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl „Taten statt Worte das Gebot der Stunde". Regelmäßig habe sein Verband konstruktive und praxisge-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Als Individualist verfügt der Rathauskater natürlich über völlige Entscheidungsfreiheit. Er hofft auch für seine Menschenfreunde auf eine baldige Rückkehr zur Normalität. **Seite 19**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion 2
Wie Bayern sich verändert 2
AKDB feiert 50. Geburtstag 3
GZ-Kolumne Christoph Göbel:
Sehnsucht nach Freiheit und Normalität 3
PAG: Verbesserungen gefordert 3
GZ-Akademie – die aktuellen Online-Veranstaltungen 4
Kommunale Gesundheitsthemen . . . . . .5 - 6
Kommunale Finanzthemen. . . . . .7 - 8
Kommunale Energiethemen . . . . . .9 - 11
Kommunale Bauthemen. . . . . .12 - 17
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . .17 - 20

Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion:

Stark aus der Krise

Eine Halbzeitbilanz der aktuellen Legislaturperiode sowie Konsequenzen aus der Pandemie standen im Mittelpunkt der dreitägigen Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in München. In verschiedenen Gesprächen mit Experten wie dem Präsidenten des ifo-Instituts Prof. Dr. Clemens Fuest, dem Risikoforscher Prof. Dr. Ortwin Renn, vbw-Präsident Wolfram Hatz, Sparkassenverbands-Präsident Prof. Dr. Ulrich Reuter und dem Wacker-Vorstandsvorsitzenden Dr. Rudolf Staudigl wurde Ökonomie und Ökologie gemeinsam gedacht.

„Vernünftiger Klimaschutz kann nur erreicht werden, wenn wir wirtschaftlich stark bleiben", betonte CSU-Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer. Dieses Leitbild spiegelt sich auch in den Resolutionen „Stark aus der Krise – Damit die bayerische Wirtschaft weiter an der Spitze bleibt" und „Klimaschutz – Verantwortung für zukünftige Generationen gerecht werden" wider. Darin fordert die CSU-Fraktion unter anderem „Liquidität und Planungssicherheit für die Wirtschaft". Aus einem Antrag zur Überbrückungshilfe dürfe kein finanzielles Risiko für das Unternehmen werden, weshalb Unklarheiten in den Fördermodalitäten in der Überbrückungshilfe III rasch und verbindlich geklärt werden müssten. Zudem solle der Bund endlich die Möglichkeit des steuerlichen Verlustrücktrags in den Unternehmen auf drei Jahre ausweiten.

Steuersenkungen

Standortfaktoren für Fortschritt, Innovation und wirtschaftliches Wachstum durch Senkung der Unternehmenssteuern auf 25 %, zudem günstigere Strompreise, flexible Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle sowie die Klärung der strukturellen, arbeitsrechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für das Homeoffice sind weitere Forderungen der CSU-Landtagsfraktion. Abgeschafft werden soll der Solidaritätszuschlag, auch sollen keine weiteren Belastungen und Sonderauflagen für die Wirtschaft entstehen. Darüber hinaus müsse Entbürokratisierung endlich auch vollzogen werden, insbesondere bei der Neugründung von Unternehmen.

Des Weiteren sei mehr Tempo beim Klimaschutz angesagt: „Unser Maßstab ist ein klimaneutrales Bayern bis 2040 und eine Reduktion der CO2- Emissionen um mindestens 65 Prozent bis 2030. Wir wollen neue Technologien und Digitalisierung nutzen", heißt es der Resolution. Konkret geht es dabei um den Ausbau und die verstärkte Förderung des Anteils erneuerbarer Energien.

Klimaneutrales Bayern

Dazu zählen u.a.: Photovoltaikpflicht für alle Neubauten in Bayern ab 2022; Ausbau Photovoltaik im Verkehrssektor; Ausbau von intelligenten und verlustarmen Stromnetzen; verstärkte Forschungsaktivitäten für intelligente Energiespeicher; Ausbau und Erforschung verschiedener Energiespeicherarten wie Kurzzeitspeicher, mittelfristige Speicher, saisonale Speicher sowie von Ultrakondensatoren; beschleunigtes Ende der Kohleverstromung noch vor 2038; mehr Tempo beim CO2-Emissionshandel; schnellere Umrüstung auf alternative Antriebe; Verbesserung der Effizienz und Umweltbilanz von alternativen Kraftstoffen sowie Förderung von Clean Economy für eine Kreislaufwirtschaft der Zukunft.

Wertschätzung für Familien

In der Resolution mit dem Titel „Familien – das Rückgrat unserer Gesellschaft" drückten die Abgeordneten ihre Wertschätzung für den herausragenden Beitrag der Familien und Frauen aus. Der Anspruch auf Elterngeld soll um weitere zwei Monate (12+4) steigen, wenn sowohl Vater als auch Mutter Elternzeit nehmen. Auch gelte es, die Kindertagesbetreuung qualitativ hochwertig auszubauen: „Wir investieren weiter in die Kinderbetreuungsangebote, orientiert am Bedarf der Familien. Mit dem 4. Sonderinvestitionsprogramm fördert Bayern insgesamt 73.540 neue Plätze für Kinder bis zur Einschulung. Wir werden gemeinsam mit dem Bund und den Kommunen den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter umsetzen."

Der zulässige Höchstbetrag für die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten soll von 4.000 Euro auf 6.000 Euro angehoben werden. Mit Blick auf die bessere Vereinbarkeit von Familie und kommunalem Mandat „haben wir in der Corona-Pandemie das bayerische Kommunalrecht bereits so angepasst, dass Hybridsitzungen zunächst bis Ende 2022 ermöglicht werden können. Auch danach wollen wir dies ermöglichen und damit Müttern und Vätern mehr Flexibilität bieten", heißt es weiter.

Daneben wurden Resolutionen aus den Bereichen Bildung („Rückstände aufholen – Bildungschancen eröffnen") und Gesundheit („Gesundheit stärken, Corona besiegen, Folgen beherrschen") verabschiedet. Zudem warfen die Mitglieder der CSU-Fraktion einen Blick auf die Entwicklungen in Berlin. Fraktionsvorsitzender Kreuzer betonte: „Unser Ziel für die Bundestagswahl lautet: Die CSU muss in Berlin weiterhin stark sein. Nur dann sind die bayerischen Interessen auch im Bund repräsentiert."

Verschärfungen im Abgeordnetenrecht

Ebenfalls erörtert wurden die notwendigen Verschärfungen im Abgeordnetenrecht. So sollen Einkünfte aus Nebentätigkeiten künftig ab dem ersten Euro beitragsgenau veröffentlicht, Beteiligungen an Kapital- oder Personengesellschaften ab 5 Prozent offengelegt werden. Neu und somit in Bayern deutlich strikter als im Bund sind Regelungen, die entgeltliche Nebentätigkeiten betreffen. Diese werden weiterhin möglich sein, aber es gibt Bereiche, die ausgeschlossen werden sollen, um mögliche Interessenkonflikte zu verhindern. Im Detail müssen die Regelungen nun mit dem Koalitionspartner und den anderen Fraktionen abgestimmt werden.

Veränderungen in der politischen Kommunikation

Mit Blick auf die Grünen riet der CSU-Parteivorsitzende und Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Grundsatzrede zu einer offensiven inhaltlichen Auseinandersetzung bei vermeintlich grünen Themen: „Das, was sie an moralischem Anspruch vorgeben, sind sie nicht in der Lage im Alltag einzulösen." Es gebe große Zweifel an den Grünen, diese müsse die CSU nutzen, so Söder. In diesem Zusammenhang richtete er das Augenmerk auf die längst begonnenen Veränderungsprozesse in Bayern. Der Freistaat wachse und werde vielfältiger: Dabei veränderten sich auch die Werte und Einstellungen der Menschen (siehe Kasten).

Schließlich verändere auch die Digitalisierung die Demokratie, so Söder. Wenn pro Minute 440.000 Tweets abgesetzt, 400 Stunden Videomaterial auf YouTube hochgeladen und auf Instagram 2,9 Millionen Likes abgesetzt werden, sei dies mit enormen Veränderungen für die politische Kommunikation verbunden. Söder warb eindringlich dafür, diese Veränderungen ernst zu nehmen. Das sei der Schlüssel, um auch künftig erfolgreiche Volkspartei zu sein und Mehrheiten zu erringen. **DK**

Wie sich Bayern verändert

- In Ballungsräumen und benachbarten Landkreisen tauscht sich die Bevölkerung in vier Jahren zu etwa einem Drittel aus. In München hatte schon im Schuljahr 2017/18 jeder zweite Grundschüler Migrationshintergrund. In den Münchner Mittelschulen haben drei von vier Schülern Migrationshintergrund.
- In den vergangenen 20 Jahren wuchs die bayerische Bevölkerung um 7,3 %, in Oberbayern waren es 15 %. In den vergangenen zehn Jahren haben die zehn größten Städte Bayerns um 230.000 Bewohner zugelegt.
- Über eine Million Menschen sind in den vergangenen 20 Jahren in Bayern aus der Kirche ausgetreten. 42 % der bayerischen Haushalte sind Single-Haushalte.
- Bei der Landtagswahl 2018 verlor die CSU 240.000 Wähler an die Friedhöfe, bei den erstmals Wahlberechtigten dagegen wählten nur 90.000 die CSU. Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist der Klimawandel genauso gefürchtet wie Terroranschläge. **DK**

Betroffenenbericht einer Jugendlichen:

Einsamkeit und Isolation

Was die Corona Pandemie mit uns macht

Von Karla Heggen

Aufgrund des Covid-19 Virus leben wir schon seit über einem Jahr eingeschränkt und zwangsläufig isoliert, wobei die Einsamkeit Jugendliche am härtesten trifft. Dazu kommt, dass die Maßnahmen, die die Teenager betreffen, die strengsten in unserer Gesellschaft sind.

Während Kleinkinder mit ihren Eltern den Spielplatz besuchen können, bleibt der Skatepark geschlossen. Am beliebten Ort zum „Abhängen", wo normalerweise herzliches Lachen, Euphorie und Freude den Platz füllen, herrscht jetzt Stille. Viele Angebote, die Heranwachsenden früher Kontakt- und Entwicklungsmöglichkeiten boten, können jetzt nicht mehr genutzt werden. Und das gerade in den Jahren, in denen sich die jungen Erwachsenen am meisten entwickeln und (normalerweise) ein gesundes Sozialverhalten gefördert wird.

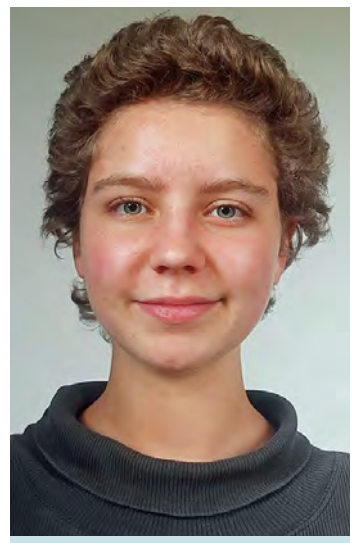
Treffen zu fünft – aus maximal zwei Haushalten

Jedoch ist es Jugendlichen nur erlaubt, sich mit vier anderen Personen gleichzeitig zu treffen, vorausgesetzt sie stammen alle aus dem gleichen Haushalt. Und da das doch relativ selten vorkommt heißt es nun wieder man trifft sich nur zu zweit. Hinzu kommt, dass das Corona-Virus für Kinder und Jugendliche, sofern sie nicht vorerkrankt sind, am wenigsten gefährlich ist. Dennoch sind sie es, die die Einschränkungen am meisten beeinträchtigen.

Verschlechterte Lebensqualität, gesteigerte Sorgen und Ängste

Die Pandemie gilt auch als Auslöser einer Triage in Psychiatrien. Der Bedarf an Jugendpsychologen ist so hoch wie noch nie. Laut der COPSY-Studie der UKE 2020 in der online über 1.000 Kinder und Jugendliche im Alter von 11 bis 17 Jahren und deren Eltern – ungefähr 1.600 Erwachsene – zur psychischen Gesundheit der Kinder befragt wurden, stellte sich heraus, dass jedes dritte Kind seit der Pandemie mit psychischen Auffälligkeiten zu kämpfen hat. Zudem geben vier von fünf der Befragten eine verschlechterte Lebensqualität und gesteigerte Sorgen und Ängste an. Auch depressive Symptome und psychosomatische Beschwerden nahmen deutlich zu.

Ebenfalls veränderte sich die physische Gesundheit von Heranwachsenden stark. Es wird weniger Sport gemacht, ungesünder gegessen und öfter zu digitalen Medien gegriffen. Dazu muss aber gesagt werden, da nun, wo der Großteil des Unterrichts digital abgehalten wird, sich die Bildschirmzeit des Kindes natürlich verlängert.



Die 15-jährige Karla Heggen besucht das Rainer-Maria-Rilke-Gymnasium in Icking. In der Woche vor Pfingsten absolvierte sie in der Redaktion der Bayerischen GemeindeZeitung ihr Schülerpraktikum. In ihrem ersten Zeitungsartikel beschreibt sie als Betroffene die Situation junger Menschen in Bayern durch Corona-Einschränkungen.

Frustrationen im Online-Unterricht

Zu großer Frustration führen oft auch Hindernisse im Online-Unterricht, zum Teil technische Probleme aber auch Verständnisschwierigkeiten des zugeführten Wissens.

Vielen dieser Probleme versucht die Kommunalpolitik bereits auf den Grund zu gehen, doch auch sie hat in diesen Tagen nur begrenzte Möglichkeiten und Freiheiten.

Wünsche an die Politik

Mein Wunsch ist, dass die Kommunalpolitik die Anliegen der jungen Bürger*innen hinsichtlich größerer Freiheiten im Rahmen vorgegebener Regeln und Hygienemaßnahmen besser unterstützt. Außerdem sollen mehr Möglichkeiten der Kontaktpflege eingeräumt werden, Öffnungen/Lockerungen eingeschlossen. Natürlich muss dabei die Gesundheit im Fokus stehen. Soziale Bindungen sollen wieder aufleben, aber mit dem Grundsatz die Sicherheit unserer Bürger zu gewährleisten.

Auch ich als betroffene Jugendliche fühle mich durch die Corona Pandemie eingegrenzt, aber wir müssen zur Zeit alle einen Schritt zurücktreten, um unser aller Sicherheit willen. Und doch würde ich mich gerne wieder mit Freunden treffen und an gesellschaftlichen Angeboten teilnehmen.

Mir ist es lieber, ich akzeptiere klare Hygiene- und Abstandsregeln und damit verbundene Einschränkungen, als dass ich gar keine Chance habe, meine Freunde zu treffen. Der Mensch ist ein „Herdentier"; wir Jugendlichen brauchen den Kontakt zu anderen Gleichaltrigen, um uns auszutauschen und weiterzubilden. Also halten wir uns alle an bestehende Regeln und warten geduldig ab, damit Veranstaltungen in Zukunft endlich wieder stattfinden können. **KH**

Ganztagsanspruch für Grundschüler:

Kommunen dürfen nicht die Gekniffenen sein

Der Deutsche Landkreistag fordert den Bundesgesetzgeber auf, von seinem Gesetzentwurf zur Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler ab 2026 in der jetzigen Form Abstand zu nehmen.

„Es ist höchst fraglich, ob der Bund hierfür überhaupt eine Kompetenz hat. Auch sind die Investitionskosten sowie die jährlich anfallenden Betriebskosten der Kommunen in Milliardenhöhe in keinster Weise abgesichert. Noch dazu sollen Bundestag und Bundesrat wieder einmal in einem besonders eiligen Gesetzgebungsverfahren beschließen. Dieses Vorhaben hat massive Konsequenzen und Kostenfolgen für die Landkreise und Städte. Es muss daher unter enger Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände behandelt werden und darf bei der Frage der Finanzierung keine zehnstelligen Finanzierungslücken enthalten, die den Kommunen auf die Füße fallen", sagte Präsident Landrat Reinhard Sager gegenüber der Funke Mediengruppe.

Vor einem derart folgenreichen Gesetzgebungsverfahren hätte der Bund mit Ländern und kommunalen Spitzenverbänden einvernehmliche und verbindliche Regeln zur dauerhaften Finanzierung der Betriebskosten und der Investitionskosten treffen müssen, so Sager weiter. „Es hat den Anschein, als will man die kommunale Seite hier vom Verfahren her übertölpeln."

Zwar sei der Bund bereit, sich an den Kosten gegenüber den Ländern zu beteiligen, aber das reiche bei Weitem nicht aus. „Allein die Betriebskosten betragen rund 4 Mrd. Euro pro Jahr und nehmen dynamisch zu. Auf die Frage der Finanzierung muss eine Antwort gefunden werden, die Landkreise und Städte nicht im Regen stehen lässt, sondern deren berechtigter Sorge angemessen Rechnung trägt."

Zwar seien die kommunalen Steuerausfälle im vergangenen Jahr von Bund und Ländern kompensiert worden, in diesem Jahr aber bislang nicht. „Das bedeutet, dass uns am Ende des Jahres 12 Mrd. Euro Steuereinnahmen fehlen." Eine tragfähige Lösung bestünde darin, dass der Bund den Ländern für diese Milliardenaufgabe dauerhaft Umsatzsteuerpunkte überließe. „Dies würde auch der Dynamik der Ausgabenentwicklung gerecht werden. Die Länder wiederum haben gegenüber den Kommunen vollständig für die Finanzierung der neuen Aufgabe einzustehen und müssen sich dazu auch klar bekennen."

Laut Sager bestünden bereits grundsätzliche Bedenken für ein Tätigwerden des Bundesgesetzgebers: „Auch wenn es dogmatisch klingt: Bildung ist – anders als die öffentliche Fürsorge – Ländersache. Wenn die Grundschulkinder auch am Nachmittag Angebote wahrnehmen und dazu auf dem Schulgelände bleiben, ist das ganz klar vom Bildungsauftrag der Länder umfasst und gerade nicht so etwas wie die Betreuung von Kita-Kindern." Schon von daher stehe das Gesetzgebungsvorhaben verfassungsrechtlich auf tönernen Füßen. ❒

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Konrad Schlier
97241 Bergtheim
am 15.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Abel
87647 Kraftisried
am 1.6.

Bürgermeister Manfred Nerlinger
86517 Wehringen
am 10.6.

Bürgermeister Gerhard Rammler
91595 Burgoberbach
am 14.6.

Bürgermeister Gerhard Karl
97282 Retzstadt
am 28.5.

Bürgermeister Robert Aßmus
83558 Griesstätt
am 31.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Schöner
95695 Mähring
am 5.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Hasenöhrl
94124 Büchlberg
am 6.6.

Oberbürgermeister
Markus Pannermayr
94315 Straubing
am 28.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Dr. Markus Koneberg
86498 Kettershausen
am 12.6.

Bürgermeisterin
Vanessa Voit
82488 Ettal
am 13.6.

Bürgermeister Heinz Pollak
94065 Waldkirchen
am 16.6.

Bürgermeister
Stefan Scheider
86465 Welden
am 30.5.

Bürgermeister Eric Ballerstedt
88161 Lindenberg
am 31.5.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Matthias Obernöder
91792 Ellingen
am 13.6.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Großveranstaltung in Corona-Zeiten: Studioatmosphäre beim Festakt 50 Jahre AKDB Bild: AKDB

AKDB feiert 50. Geburtstag

„2025 soll niemand mehr aufs Amt müssen!“

Eineinhalb Stunden dauerte die digitale 50-Jahr-Feier der AKDB, an der über 1.000 geladene Gäste teilnahmen. Darunter Vertreter aus Politik und Verwaltung sowie Beschäftigte des AKDB-Unternehmensverbundes. Mit von der Partie: der Bundes-CIO Dr. Markus Richter, die bayerische Digitalministerin Judith Gerlach sowie zahlreiche Bürgermeister, Landräte und Vertreter aus Ministerien. Doch es gab neben Reden auch so manche Überraschung, eine Portion Entertainment und einen optimistischen Blick in die spannende Zukunft der Verwaltung.

Wegen der Corona-Pandemie fand auch die große AKDB-Jubiläumsfeier am 20. Mai 2021 virtuell und im Live-Stream statt. Auf der Veranstaltung, an der über 1.000 Teilnehmer aus dem AKDB-Unternehmensverbund, aus Kommunen, Politik und Wirtschaft teilnahmen, gab es unter anderem Beiträge von „Kunden der ersten Stunde“ sowie Grußworte der bayerischen Digitalministerin Judith Gerlach und des IT-Beauftragten der Bundesregierung, Dr. Markus Richter. Während Judith Gerlach sich „auf weitere erfolgreiche 50 Jahre mit der AKDB“ freut, nannte Bundes-CIO Dr. Markus Richter die AKDB „eine Bereicherung nicht nur für die IT-Landschaft in diesem Land, sondern vor allem für die Menschen“.

Kreatives Feuerwerk

Moderiert wurde die Veranstaltung von Schauspielerin und Lyrikerin Dominique Macri. Im Rahmenprogramm sorgte die Eddy Miller Band für Stimmung. Bei einem kleinen interaktiven Quiz konnten die Gäste ihr Wissen zum Thema E-Government testen. Der bekannte iPad-Magier Andreas Axmann wiederum versetzte mit seinen Kunststücken alle in Staunen und zeigte, dass auch der modernsten Technik ein Zauber innewohnt. Dass in der AKDB das eine oder andere kreative Talent schlummert, bewies der selbst komponierte Jubiläums-Song und ein eigens für den Anlass kreierter und live gemixter AKDB-Cocktail mit dem passenden Namen „Passion in Blau-Weiß“.

2025 soll niemand mehr aufs Amt müssen

Im Namen der AKDB-Gremien gratulierten der Oberbürgermeister der Stadt Germering, Andreas Haas, sowie dessen Amtskollege Markus Pannermayr aus Straubing und betonten den Stellenwert der AKDB für Kommunen. OB Pannermayr zollte der AKDB in seinem Beitrag „höchste Anerkennung und Wertschätzung für ihren Dienst an den bayerischen Kommunen und damit auch an unseren Bürgerinnen und Bürgern“. In die Zukunft blicke er gelassen, „mit der Gewissheit, die AKDB als zuverlässigen und innovativen Partner an unserer Seite zu haben“. Germerings Oberbürgermeister Haas erinnerte an die lange Zusammenarbeit seiner Heimatstadt mit der AKDB und brachte seine Freude zum Ausdruck, „mit der AKDB ein kommunales Familienmitglied in unserem Kreis zu haben, das uns bei allen Digitalisierungsherausforderungen positiv nach vorne schauen lässt“. Die AKDB sieht sich auch für die Zukunft gut gerüstet. Vorstandsmitglied Gudrun Aschenbrenner: „Mit KI-gestützten Verwaltungslösungen, Automatisierung und Blockchain-Anwendungen machen wir die kommunale Familie fit für die digitale Verwaltung der Zukunft. Die Fachkräfte in den Verwaltungen sollen sich künftig noch besser ihren Kernaufgaben widmen können. Unser Ziel: Schon 2025 soll niemand mehr aufs Amt gehen müssen!“

Verwaltungsdigitalisierung: Über 360 Millionen Euro eingespart

Der AKDB-Vorstandsvorsitzende Rudolf Schleyer freute sich über den großen Zuspruch zur Veranstaltung. Er dankte den Wegbegleitern der vergangenen 50 Jahre, allen Kunden, Mitarbeitern und Partnern. Das Jubiläums-Motto „AKDB next50 – Wir l(i)eben digitale Verwaltung“ ist nicht nur ein Lippenbekenntnis: „Durch die Produktivitäts- und Effizienzvorteile unserer digitalen Tools haben Verwaltungen, Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen deutschlandweit allein im Jahr 2020 mehr als 360 Millionen Euro eingespart“, so Schleyer.

Ungebrochene Leidenschaft für die kommunale Welt

Aber zurück zu den Anfängen: Am 12. Mai 1971 wurde im Münchner Rathaus die Gründungsurkunde unterzeichnet. Die AKDB sollte mit damaligen Mitteln der elektronischen Datenverarbeitung zur Automatisierung der Verwaltung beitragen. AKDB-Chef Schleyer: „50 Jahre sind in Zeiten der Digitalisierung Lichtjahre.

Gleich geblieben in dieser Zeit sind aber erstens unser Gründungsauftrag – nämlich Kommunen zu digitalisieren und sie zusammen mit dem Freistaat dabei zu unterstützen; und zweitens die Leidenschaft, mit der sich die AKDB-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter täglich für das Funktionieren unseres Gemeinwesens engagieren.“ Der ökonomische Fußabdruck der AKDB ist allein schon im Freistaat beeindruckend: Dort schafft sie insgesamt 148 Millionen Euro Wertschöpfung jährlich und sichert mehr als 1.900 Arbeitsplätze.

Auf der Jubiläums-Website www.akdb.de/next50 findet jeder Interessierte digitale Kurz-Events zum AKDB-Jubiläum. Die Möglichkeit, hier digitale Glückwunschbotschaften zu hinterlassen, nutzten zahlreiche Vertreter aus Politik und Verbänden. Videogrüße kamen etwa vom Bayerischen Staatsminister des Innern Joachim Herrmann, von den Landräten der Landkreise Altötting und Deggendorf, Erwin Schneider und Christian Bernreiter, vom IT-Referenten der Landeshauptstadt München, Thomas Bönig und von Dr. Uwe Brandl vom Bayerischen Gemeindetag. ❐

GZ KOLUMNE Christoph Göbel



Liebe Leserinnen und Leser,

von Tag zu Tag fällt es mir ein bisschen schwerer, nicht doch einmal den Humor zu verlieren – zumindest für einen klitzekleinen Moment. Natürlich ist die Realität eine andere, aber es fühlt sich nach wie vor so an, als würde sich das ganze Berufs- und auch ein Großteil des Privatlebens um das allgegenwärtige Thema CORONA drehen. Selbst für jemanden wie mich, der voll und ganz hinter dem eingeschlagenen Kurs steht, ist es nicht immer einfach, den Bürgerinnen und Bürgern die aktuell geltenden Maßnahmen zu vermitteln und den Weg durch den sich ständig verändernden Regelungsdschungel aufzuzeigen.

Die Notbremse etwa endet, wenn ein Landkreis an fünf aufeinander folgenden Tagen den Inzidenzwert von 100 unterschritten hat. Die davon abhängigen Regelungen treten dann nach einem so genannten Karenztag frühestens am siebten Tag in Kraft.

Sehnsucht nach Freiheit und Normalität

Ebenfalls am fünften Tag unter der magischen Hundertergrenze kann ein Landkreis beim Gesundheitsministerium den Antrag stellen, weitere Öffnungsschritte anordnen zu dürfen. Für deren Umsetzung sind dann zwei Tage Bearbeitungszeit eingeräumt; sie treten demnach erst am achten Tag in Kraft. Mit der Folge, dass sich innerhalb nur eines Tages eine ganze Reihe an Bestimmungen erneut ändert.

Und dann die vielen Sonderfälle: Kontaktfreier Sport im Innenbereich ist erlaubt, Fitnessstudios dürfen aber trotzdem nicht öffnen. Und was ist mit kontaktlosem Tanzen im Innenraum, kontaktlosem oder eben nicht kontaktlosem Tanzen im Freien – das eine mit, das andere ohne den Nachweis eines negativen Coronatests? Ich kann gut nachvollziehen, dass man hier schön langsam den Durchblick verliert.

Und dann die vielen Fragezeichen, die die Impfpriorisierung aufwirft. Warum schaltet das Registrierungsportal Impftermine für junge, gesunde Menschen der Prio-Gruppe 3 frei, wenn noch hunderte der Prio 2 in der Warteschleife hängen. Auch mir erschließt sich hier vieles nicht, obwohl ich mich gefühlt Tag und Nacht noch immer mit nichts anderem als Corona beschäftige.

Es wird wirklich Zeit, dass der Sommer kommt! Es wird Zeit, dass wir endlich genügend Impfstoff bekommen und in den nächsten Wochen und Monaten möglichst allen impfwilligen Bürgerinnen und Bürgern ein Terminangebot machen können! Es wird Zeit, dass andere Themen wieder verstärkt in den Fokus treten.

Natürlich wissen wir alle, dass die Pandemie nicht so schnell überwunden sein wird. Wir wissen, dass wir uns noch eine ganze Zeit an strengere Regeln halten und vorsichtig sein müssen – zu unserem eigenen Schutz und zu dem unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Und trotzdem muss es auch uns ewigen Mahnern einmal erlaubt sein, sich nach einem Stückchen mehr Freiheit und Normalität zu sehnen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen möglichst unbeschwerte Sommermonate – und bleiben Sie ja gesund!

Ihr Christoph Göbel
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises München

Polizeiaufgabengesetz:

Verbesserungen gefordert

Rechtswissenschaftler und Polizeifachleute forderten im Innenausschuss des Bayerischen Landtags eine korrigierte Fassung des Polizeiaufgabengesetzes. Kritik löste vor allem der Begriff der „drohenden Gefahr“ aus. Er räumt der Polizei schon im Vorfeld bei einer möglichen Straftat weitgehende Einsatzrechte bis hin zur Telefonüberwachung ein. Innenminister Joachim Herrmann sieht in der Novelle des Gesetzes mehr Bürgerrechte und Transparenz gewahrt und gleichzeitig eine effektivere Gefahrenabwehr.

Der Landtag stimmte im Mai 2018 der Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) mit den Stimmen der CSU-Mehrheit zu. Doch das neue PAG bleibt auch nach der von der Staatsregierung eingeleiteten Präzisierung und Entschärfung an mehreren Punkten in Politik und Fachwelt umstritten. Das wurde bei einer Expertenanhörung im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport deutlich. Der Großteil der Experten forderte Verbesserungen. Im Zentrum der Kritik stand das unklare Handlungskriterium der „drohenden Gefahr“, sowie die Tatsache, dass Menschen zwei Monate lang in präventivem Gewahrsam behalten werden dürfen. Ebenfalls in der Diskussion: der Einsatz von Bodycams bei Polizeieinsätzen.

Klare Definition gefragt

„Es ist schwer zu sagen, wo die Grenze zwischen Sicherheit und Überwachung liegt. Wie sollen die Polizeibeamten im Einsatz die unklaren Unterschiede zwischen drohender und konkreter Gefahr unterscheiden?“, fragte Christoph Degenhart, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Leipzig. Den unklar definierten Fall der „drohenden Gefahr“, der Polizisten dazu berechtigen soll, die Staatsgewalt physisch oder durch Überwachung auszuüben, nahmen auch die anderen Experten in den Blick. Ralf Poscher, geschäftsführender Direktor in der Abteilung Öffentliches Recht des Max-Planck-Instituts, kritisierte, dass die drohende Gefahr „nicht auf abstrakten Beurteilungen und vagen Einschätzungen beruhen“ dürfe. Drohende Gefahr herrscht laut aktuellem PAG, wenn „das Verhalten einer Person oder Vorbereitungshandlungen und andere Indizien“ einen „Angriff von erheblicher Intensität oder Auswirkung“ erwarten lassen. Dazu meinte Poscher: „Jede Gefahr, auch die drohende Gefahr, muss nach den viel klareren Kriterien der konkreten Gefahr definiert werden. So ist die Verantwortlichkeit stets gesichert. Drohende Gefahr sollte außerdem nur zu weiteren Nachforschungen berechtigen.“

Handlungsspielraum für Polizei

Unterstützung für die Gesetzesnovelle kam vom Bayreuther Rechtsprofessor Markus Möstl. Er erklärte, die Einführung der Kategorie der „drohenden Gefahr“ als Rechtfertigung für polizeiliche Präventivmaßnahmen stehe auf „verfassungsrechtlich gesichertem Boden“. Es handle sich dabei nicht um eine von der konkreten Gefahr abgegrenzte Kategorie, sondern um einen „Grenzfall der konkreten Gefahr“. Als Fürsprecher äußerte sich Martin Wilhelm, Polizeivizepräsident des Polizeipräsidiums Unterfranken: „Muss denn immer erst etwas passieren, bevor die Polizei handelt?“ Er bedauerte, dass das neue Gesetz in seinen Regelungen zu Eigentumsdelikten und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sogar weniger scharf gefasst wurde als vorher, „denn häusliche Gewalt und Einbruch sind häufige Einsätze“. Thomas Hampel, Polizeipräsident im Polizeipräsidium München, bestätigte, dass größerer Handlungsspielraum für die Polizei von den Bürgern erwartet werde. „Drohende Gefahr, das sind ausgesprochene Drohungen gegen mögliche Opfer oder auch Chats, die Straftaten vermuten lassen. Die Polizei muss hier handlungsfähig sein.“ Kyrill-Alexander Schwarz, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Würzburg beurteilte das PAG als gelungen: „Das Bundesverfassungsgericht hat in seinen neueren Entscheidungen den Begriff der drohenden Gefahr übernommen, ohne verfassungsrechtliche Bedenken zu äußern.“ Außerdem habe der Gesetzgeber politische Gestaltungsfreiheit .

Mehr Bürgerrechte

Laut Innenminister Joachim Herrmann werde das neue PAG nicht nun bei der drohenden Gefahr transparenter und verständlicher. Auch die Regelungen zum gerichtlichen Verfahren seien künftig an zentraler Stelle in einem neuen Abschnitt im Gesetz zusammengefasst. So finden sich dort künftig beispielsweise eine Zusammenfassung der gesetzlich vorgesehenen Richtervorbehalte sowie zentrale Regelungen für richterliche Entscheidungen und Rechtsmittel, beispielsweise zur Einlegung einer Rechtsbeschwerde. Der Ausbau der Rechtsschutzmöglichkeiten für Bürger zeigt sich nach Herrmanns Darstellung auch an anderer Stelle: Bei DNA-Untersuchungen und für die spätere Nutzung von Aufzeichnungen bei einem Einsatz von Body-Cams in Wohnungen werden zusätzliche gerichtliche Kontrollen verpflichtend eingeführt. Außerdem wird die maximale Gewahrsamsdauer auf höchstens zwei Monate verkürzt und bei einem längerfristigen Gewahrsam von Amts wegen ein Rechtsanwalt beigeordnet. Darüber hinaus wird der Schutz für Opfer von Straftaten durch Datenübermittlungssperren verbessert.

Rechtsbeistand gewährleisten

Mit dem Thema der anwaltlichen Unterstützung im Fall des vorbeugenden Gewahrsams befasste sich Karl Huber, ehemaliger Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs und früherer Vorsitzender der Expertenkommission zur Begleitung des neuen PAG. Ein Monat vorbeugender Gewahrsam mit richterlicher Verlängerungsoption solle erlaubt sein. Doch spätestens nach 48 Stunden in der Zelle müsse dem Verdächtigen ein Rechtsbeistand gestellt werden, meinte Huber, „und zwar ohne die Option des Verzichts, da sonst so manchem Betroffenen Angst durch den Kostenfaktor gemacht wird.“ Huber merkte auch an, dass im neuen PAG nicht alle Vorschläge der beratenden Expertenkommission übernommen worden seien. „Es wird spannend, wie nun die Gerichte urteilen werden. Immerhin geht es bei den kritischen Punkten um Maßnahmen an Menschen, die keine Straftat begangen haben“, sagte er.

Pandemie verändert Haltung

Mehrere Experten forderten zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit eine „Gesamtüberwachungsrechnung“. Die Bürger müssten wissen, wann und wo sie überwacht würden. Franz Lindner, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Augsburg, hatte die von Corona traumatisierten Bürger im Blick. „Frühere Gegner des PAG verlangen plötzlich schärfere Gesetze, die Diskussion um das PAG zum jetzigen Zeitpunkt ist schwierig. Ich könnte mir vorstellen, dass eine Kommission aus der Zivilgesellschaft den Prozess begleiten sollte. **red**

GZ Akademie

Mit großem Erfolg haben wir zwei Online-Expertenrunden zum Thema „Mobilfunkausbau und 5G“ durchgeführt. Unsere 200 Plätze waren innerhalb von 48 Stunden ausgebucht, eine dritte Veranstaltung ist in der Planung.
Wir haben uns entschieden, unser Online-Seminar-Angebot weiter auszubauen und freuen uns, Ihnen das GZ-Akademie-Programm vorzustellen. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!
Wir tagen über Cisco Webex. Ein eigenes Benutzerkonto brauchen Sie hierfür nicht, wir tagen über den Internetbrowser.

Datenschutz und Informationssicherheit – Warum es Chefsache ist.

8. Juni 2021, 14:00 - 15:30 Uhr

Datenschutz und Informationssicherheit sind nicht gerade „Lieblingsthemen“ in der täglichen Arbeit im Rathaus. Aber angesichts der Rechts- und der Bedrohungslage ist es umso wichtiger, dass sich die Leitung den Themen stellt. Nur einen Datenschutzbeauftragten oder einen Informationssicherheitsbeauftragten zu benennen ist noch keine Lösung; die Verantwortung der Leitung geht wesentlich weiter.

Seminarinhalte:
- rechtliche Grundlagen und Historie
- Verantwortung der Leitung
- wichtige Sofortmassnahmen
- wie die Bediensteten mitnehmen und sensibilisieren
- immerwährende Themen und Aufgaben
- nicht nur die Gemeinde, auch Kommunalunternehmen, Zweckverbände und andere
- Aufwand, Ressourcen, Kosten

Zielgruppe:
Bürgermeister:innen, Geschäftsführer:innen von Kommunalunternehmen, Vorsitzende Zweckverbände, geschäftsleitende Beamte, Verwaltungs- und Hauptamtsleiter:innen

Über den Referenten:
Ludwig Atzberger, kommunaler Datenschutzpraktiker mit langjähriger Erfahrung gibt in diesem Workshop eine kurze Einführung für die Verantwortlichen und versucht an ein paar Beispielen eine pragmatische Umsetzung der Anforderungen aus DSGVO und eGovG darzustellen. Die Teilnehmer sollen die nötigen Massnahmen und den dafür nötigen Aufwand realistisch abschätzen können.

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr:
95,- € zzgl. MWSt

Kommunaler Wohnungsbau für Einheimische und Fachkräfte

10. Juni 2021, 14:00 - 15:30 Uhr

Die große Nachfrage auf dem Mietwohnungsmarkt führt zu weiter steigenden Mieten und einer Verdrängung von teils seit Jahrzehnten vor Ort lebender Bürger:innen. Kindererzieher:innen können nicht gewonnen werden. Junge Menschen, die von zuhause ausziehen möchten, müssen angesichts mangelnder erschwinglicher Mietwohnungen wegziehen. Damit gehen oftmals auch engagierte Bürger:innen der örtlichen Gemeinschaft in Vereinen und den Feuerwehren verloren. Das Webinar zeigt Wege auf, wie schnell und günstig Gemeindewohnungen geschaffen werden können, die noch dazu wirtschaftlich sind.

Referent: Rechtsanwalt **Dr. Stefan Detig**, Altbürgermeister
Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr:
95,- € zzgl. MWSt

Crailsheimer Urteil: Die Folgen für Gemeindeblatt und Website

17. Juni 2021, 14:00 - 16:30 Uhr

Das Urteil zur Staatsferne der Presse (Crailsheimer Urteil 2018) wirkt nun auch auf die Web-Auftritte von Kommunen. Besonders die Veranstaltungs-, Wirtschafts- und Sozialnachrichten sind in Gefahr. Welchen Stellenwert hat das Urteil für kommunale Kommunikation? Was wird aus Gemeindeblättern und touristischen Webseiten der Kommunen? Der Vortrag zeigt die wesentlichen Aussagen des Urteils und die zu erwartenden Folgen für die online-Kommunikation.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MWSt

Bürgerdialog „Die Akzeptanz ist nie so hoch wie danach“

22. Juni 2021, 14:00 - 16:30 Uhr

Akzeptanz für Infrastruktur, Ansiedlungen und kommunale Vorhaben. Wie Kommunikation im Projekt erfolgreich sein kann, Bürger einbindet und einen echten Dialog ermöglicht.

Referent:
Dr. Andreas Bachmeier, Engel & Zimmermann
Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr:
145,- € zzgl. MWSt

Expertenrunde „Mobilfunkausbau und 5G“

24. Juni 2021, 14:00 - 16:30 Uhr

Eine Veranstaltung im Rahmen des Bayerischen Infrastruktur-Forums.

Mobiles Breitband mit 4G/5G erreicht die kleineren Städte und den ländlichen Raum.

Der Digitalisierung haben Hygienemaßnahmen und Abstandsgebot einen gewaltigen Booster verschafft. Alles spielt sich online ab: Schule, Arbeit, Freizeit. Zwar wurde diese Entwicklung durch Corona immens beschleunigt; aufzuhalten war sie aber auch schon vorher nicht.

Neue Technologien befördern eine stetig weiter voranschreitende grundsätzliche Vernetzung von Menschen und Maschinen. Die gesammelten Daten, die uns eines Tages das Leben erleichtern, erhöhen den Anspruch an unsere Infrastruktur. Ein stetiger Ausbau ist die Folge.

Kommunen bilden das Bindeglied zwischen Nutzern und Bereitstellern der Mobilfunk- und Datennetze. Auf der einen Seite suchen Kommunen in Zusammenarbeit mit den Telekommunikationsunternehmen geeignete Standorte, andererseits müssen sie mit Sorgen aus der Bevölkerung umgehen. Bei Themen wie Mobilfunk und 5G, die technisch anspruchsvoll sind und bisweilen emotional diskutiert werden, erfordert dies eine sachlich fundierte Kommunikation, die Vertrauen schafft.

Gemeinsam mit dem Informationszentrum Mobilfunk hat die Bayerische GemeindeZeitung ein Programm entwickelt, das sich an der besonderen Position der bayerischen kommunalen Verantwortlichen orientiert, rechtliche und technische Hintergründe erklärt, auf Anwendungsbeispiele eingeht und für Gesundheits- und Umweltfragen Argumentationshilfen bietet.

Sie haben eine Frage für unsere Referenten? Dann schreiben Sie eine Nachricht an news@gemeindezeitung.de
Programm & Registrierung:
https://www.bayerisches-infrastrukturforum.de/
Teilnahmegebühr:
kostenfrei ❐

Landkreise zukunftsfest ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Öffnungsstrategie, ohne das Erreichte zu gefährden. „Nur wenn wir es schaffen, rasch zu alter wirtschaftlicher Stärke zurückzukehren, sprudeln die Steuereinnahmen und bleiben die Sozialkassen durch hohe Erwerbstätigkeit geschont. Andernfalls dürften sich die finanziellen Herausforderungen in allen Bereichen – ob Klima, Gesundheit oder Pflege – kaum schultern lassen.“ Mit Blick auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz, das förmlich einen Wettlauf von Bund und Ländern über die zu erreichenden Klimaziele ausgelöst habe, verwies Bernreiter darauf, dass sich Intensität und Umsetzungsgeschwindigkeit der Vorgaben auch künftig an der praktischen Realisierbarkeit orientieren müssten. Die Mehrheit der Bevölkerung lebe im ländlichen Raum und werde einen Großteil der absehbaren Lasten zu tragen haben.

Der ländliche Raum bezahlt die Zeche

Ein prominentes Beispiel hierfür sei der Verkehr. Fahrzeuge mit alternativen Antriebsarten und ausreichender Reichweite stünden zu erschwinglichen Preisen derzeit noch nicht zur Verfügung. Ein dicht getaktetes ÖPNV-Angebot sei auf dem Land aufgrund der geringen Nutzerzahlen weder wirtschaftlich darstellbar noch ökologisch sinnvoll. Die Leidtragenden seien daher die Pendler, die über die CO2-Bepreisung deutlich stärker belastet werden und über keine Alternative verfügen.

Voraussetzung für das Gelingen der Klimawende sei aber die Akzeptanz vor Ort. Daher müssten die Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Einklang gebracht werden. Es gelte, den Wohlstand und die industrielle Wertschöpfung zu sichern. Klimaschutz müsse als Wachstumschance verstanden und sozialverträglich ausgestaltet werden. Damit Landkreise als Fundament des Staates zukunftsfest gestaltet werden können, bedarf es laut Bernreiter einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen. Bund und Land hätten dies richtig erkannt und 2020 die Gewerbesteuerausfälle im Freistaat in Höhe von 2,4 Mrd. Euro abgesichert. Gleichwohl sei auch für 2021 ein entsprechender Ausgleich erforderlich, um die Umlagekraft in 2023 zu stabilisieren. Eine weitere wertvolle Hilfe sei zudem der ÖPNV-Rettungsschirm im Umfang von bundesweit 5 Mrd. Euro, der von einer hälftigen Kostentragung durch Bund und Länder ausgeht. Der Verbandschef bedankte sich dafür, dass der Bund für das Jahr 2021 bereits eine Aufstockung um eine weitere Milliarde Euro in Aussicht gestellt hat, damit die pandemiebedingten Verluste infolge sinkender Fahrgastzahlen und hygienebedingter Mehraufwendungen ausgeglichen werden können.

Mehr Engagement von Bund und Land

Die Länder seien nun aufgefordert, ihre finanziellen Zusagen einer hälftigen Beteiligung am ÖPNV-Rettungsschirm ebenfalls einzuhalten. Dabei sicherten diese Mittel nur den Status quo und berücksichtigten noch nicht die staatlichen Vorgaben zum Klimaschutz, weshalb Bernreiter hier mehr Engagement von Bund und Land erwartet. Noch vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sah der Bund bis 2030 eine Verdoppelung der Fahrgastzahlen im ÖPNV bei gleichzeitiger Reduzierung der Nutzer des motorisierten Individualverkehrs als notwendig an, um die Klimaziele zu erreichen. Mindestens ebenso schwer wie die Einnahmen wiegen die Ausgaben, die den Landkreisen von Bund und Ländern aufgebürdet werden. Wie Bernreiter ausführte, hätten die Sozialausgaben bereits in wirtschaftlich „guten“ Jahren regelmäßig neue Rekordwerte erreicht. So seien die Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe im Jahr 2019 erstmals auf über 8 Mrd. Euro angestiegen. Dies entspreche einer Steigerung von 9,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr (7,3 Mrd. Euro). Daneben gebe es zahlreiche weitere Beispiele für Zusatzbelastungen der Kommunen, wie die geplante Pflegeplatzgarantie in Bayern, das Bundesteilhabegesetz, das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, das Ganztagsförderungsgesetz oder das Angehörigenentlastungsgesetz.

Angesichts der aktuellen Haushaltslage sei eine differenzierte Ausgaben- bzw. Aufgabenkritik dringend notwendig, um die künftige Kostenentwicklung gerade im Pflege- und Sozialbereich wirksam unter Kontrolle zu halten. „Der Staat kann nicht alles abnehmen. Wir müssen einer Vollkaskomentalität entgegenwirken und die Eigenverantwortung stärken, um finanzielle Ressourcen für die drängenden Zukunftsfragen im Bereich Klimaschutz, Digitalisierung und medizinische Versorgung freizuschaufeln“, stellte der Präsident klar.

Grundvoraussetzungen gleichwertiger Lebensverhältnisse

Eine flächendeckende Breitband- und Mobilfunkversorgung sowie eine adäquate ambulante und stationäre medizinische Versorgung zählen aus seiner Sicht nicht nur zu den Grundvoraussetzungen gleichwertiger Lebensverhältnisse, sondern sind zwingend erforderlich, um in pandemischen Situationen bestehen zu können. „Ohne digitale Infrastruktur ist weder Homeoffice noch digitales Lernen möglich. Ohne ausreichende Kapazitäten zur medizinischen Versorgung schwebt über uns das Damoklesschwert einer Überforderung unseres Gesundheitssystems. Wir müssen uns in diesen Zukunftsfragen gut aufstellen“, machte Bernreiter deutlich.

Kernaufgabe Krankenhausversorgung

Apropos Gesundheitssystem: Mit Blick auf die künftige Ausrichtung der Krankenhausstruktur muss nach Auffassung des Bayerischen Landkreistags die akutstationäre Krankenhausversorgung als Kernaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge für alle Menschen gleichermaßen offenstehen – unabhängig von ihrem Wohnort. Dies gelte insbesondere für das Flächenland Bayern, in dem rund 70 Prozent der Bevölkerung im „ländlichen Raum“ leben. Vor allem Kostendruck und Fachkräftemangel, gepaart mit einem marktliberalen Verständnis von Gesundheitsökonomie, hätten die Vergütungssysteme zugunsten der großen Kliniken beeinflusst. So ziele das DRG-Fallpauschalensystem darauf ab, Erlöseinbußen über Mengensteigerungen auszugleichen, was eine Konzentration der Krankenhausstandorte auf deutlich weniger Schwerpunkt- und Maximalversorgungshäuser begünstigt.

Dass derartige Bestrebungen nicht zielführend sind, darüber waren sich die anwesenden Landrätinnen und Landräte einig. Die aktuellen Entwicklungen stünden weder mit den vielfach geforderten gleichwertigen Lebensverhältnissen im Einklang, noch würden sie den Anforderungen im Katstrophen- oder Pandemiefall gerecht. Insbesondere wegen der Versorgungssicherheit im gesamten Land müsse die Ausdünnung der Krankenhausstrukturen über eine zunehmende Verknappung der Erlöse ein Ende haben.

Eine Refinanzierung der Vorhaltekosten müsse künftig über die zu erzielenden Vergütungen wieder möglich sein. Es gelte, die bestehende Schere zwischen Erlösen und Lohnkosten bei der Betriebskostenfinanzierung dauerhaft zu schließen. Darüber hinaus müsse sich auch der Freistaat zu einer auskömmlichen Investitionskostenförderung bekennen. Diese sollte in folgenden Punkten nachgebessert werden:
- Die Baunebenkosten, allen voran die Kosten nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), steigen immer weiter und erreichen in Einzelfällen bereits 30 Prozent der Antragssumme. Förderfähig sind jedoch nur 15 Prozent.
- Die nicht förderfähigen Kosten (Außenanlagen, Küchen, Apotheken usw.) müssen wieder in die Förderung einbezogen werden. Auch zahlreiche Kürzungen von förderfähigen Flächen im Raumprogramm (etwa im Verwaltungsbereich) müssen überprüft werden. Die 2003/04 vorgenommene Konzentration der Förderung auf „das Bett“ ist heute nicht mehr zeitgemäß. Krankenhäuser können nur funktionieren, wenn sie auch vollständig finanziert sind.
- Die pauschalen Fördermittel müssen dringend weiter aufgestockt werden, um den Krankenhäusern bei kleineren Baumaßnahmen oder den Investitionen in die Informationsverarbeitung größeren Handlungsspielraum zu geben. Das Gegenargument, dass einzelne Häuser die Mittel nicht abrufen, zu lange ansparen oder nicht zielgerichtet verwenden würden, darf nicht dazu führen, dass alle Häuser abgestraft werden. Das System der Pauschalförderung müsste gegebenenfalls weiterentwickelt werden.

Um dem Fachkräftemangel Herr zu werden, bedarf es nach Ansicht der Verbandsversammlung einer wesentlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Ein wichtiger Schritt dazu wäre, den Bürokratieaufwand einzudämmen, damit den Pflegekräften wieder mehr Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben bleibt. Zudem ließe sich die Effizienz durch eine bessere Verzahnung der Zuständigkeiten der kassenärztlichen Vereinigungen, des Rettungsdienstes sowie der Krankenhäuser deutlich steigern. Besonderes Augenmerk müsste dabei neben der auch im Gesundheitswesen vordringlichen Digitalisierung auf die intersektorale Versorgungsplanung gelegt werden, um die Defizite im ambulanten Bereich, die meist von den Krankenhäusern aufgefangen werden müssen, auszugleichen. **DK**

Klimaschutz und ...

(Fortsetzung von Seite 1)
rechte Vorschläge gemacht, wie mehr Wohnraum sowohl im Ballungsraum als auch in den ländlichen Gegenden geschafft werden kann. Sowohl die Bundesebene als auch die Bayerische Staatsregierung hätten diese Vorschläge zwar wohlwollend zur Kenntnis genommen, jedoch kaum etwas davon umgesetzt.

Beim kürzlich stattgefundenen Dialogforum „Wohnraumoffensive ländlicher Raum“ des Bayerischen Bauministeriums hatte der Gemeindetag erneut folgende Forderungen vorgebracht:
- Mobilisierungskomponente im Grundsteuerrecht schaffen (Grundsteuer C)
- Grundstücksveräußerung zur Wohnraumschaffung steuerlich privilegieren
- Mobilisierungs- und Zugriffsinstrumente im Bauplanungsrecht stärken
- Beschleunigung und Vereinfachung im Bauplanungsrecht schaffen
- Komplexität der Baulandentwicklung für die Wohnraumschaffung gemeinsam erklären und Ortsplanungsstellen reaktivieren
- Rechtsrahmen der Grundstücksvergaben für die Wohnraumschaffung erklären
- Kompromissbereitschaft der zuständigen Behörden bei Denkmalschutz im Bestand und der Bodendenkmalpflege fördern
- Ergebnisorientiertere und kooperative Beratungsansätze in den unteren Bauaufsichtsbehörden und der unteren Naturschutzverwaltung fördern
- Immissionsschutz und Geruchsimmissionsrichtlinie abrüsten, Benachteiligung der kreisangehörigen Gemeinden auflösen.
- Wohnungspakt Bayern evaluieren und stärken
- Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzepte (Handlungsfeld Wohnraum) fördern
- Flächeneffizienz, Dichte und Geschoßwohnungsbau im ländlichen Raum erklären

Im Zuge des Dialogforums hatte Bayerns Bauministerin Kerstin Schreyer fachliche Einschätzungen und Anregungen gesammelt. In den Videoschalten waren Vertreter aus den Bereichen Wohnen, Energie, Digitalisierung, Mobilität und Kommunen zusammengeschaltet.

In den Ballungsräumen steigen Immobilien- und Mietpreise stark an. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass durch die Ausweitung von Homeoffice und Videoschalten neue Perspektiven bei der Wahl des Wohnstandortes entstehen. Wie Schreyer erläuterte, „müssen wir den Trend nutzen. Wenn nicht mehr so viele Menschen aus beruflichen Gründen in die Metropolen ziehen müssen, haben wir zwei positive Effekte: Wir nehmen in den Ballungszentren Druck vom Wohnungsmarkt und stoppen gleichzeitig die Abwanderungen aus dem ländlichen Raum.“

Ertüchtigung des ländlichen Raums ist eine ganzheitliche Aufgabe

Die Ertüchtigung des ländlichen Raums ist dabei eine ganzheitliche Aufgabe. Der Wohnungsbau soll deswegen nicht losgelöst betrachtet werden, sondern in Kombination mit Mobilität und Digitalisierung. Schreyer: „Wir brauchen passgenaue und zukunftsweisende Lösungen. Wer im ländlichen Raum wohnt, muss digital hervorragend angebunden sein, aber gleichzeitig die Möglichkeit haben, mit den Öffentlichen Verkehrsmitteln, Auto und Fahrrad vielleicht doch mal ins Büro in der Stadt zu fahren.“

Schreyer zufolge gibt es in vielen Kommunen bereits gute Ideen und innovative Lösungen. „Wir wollen dieses Wissen bündeln, in ganz Bayern zur Verfügung stellen und neue Anreize setzen. So kann der ländliche Raum ein lebendiger Ort des Austausches, der Lebensfreunde und des Miteinanders bleiben.“ **DK**

Keine automatische Schließung von Kitas und Schulen

Weitere Verfassungsbeschwerden gegen die Covid-19-„Bundes-Notbremse“

Der Verein „Initiative freie Impfentscheidung e. V.“ unterstützt mehrere Verfassungsbeschwerden gegen das Vierte „Bevölkerungsschutzgesetz“, die „Bundes-Notbremse“. Als Beschwerdeführer treten zwei Familien, zwei Schulen und ein Kindergarten auf. Das Gesetz verletzt schwerwiegend die Grundrechte von Schülerinnen und Schülern, Kindergartenkindern, deren Eltern sowie der betroffenen Schulen und Kindergärten. Aus diesem Grund wurde Eilrechtsschutz beantragt.

Die Verfassungsbeschwerden unterscheiden sich von den bisher bekannt gewordenen dahingehend, dass hier u. a. zwei Schulen als Beschwerdeführerinnen auftreten. Sie richten sich dagegen, dass Schulen und Kitas automatisch für den Präsenzbetrieb geschlossen werden müssen, wenn in einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt die 7-Tages-Inzidenz mehr als 165 auf 100.000 Einwohner beträgt. Sie unterscheiden sich damit von den anderen bisher bekannt gewordenen Verfassungsbeschwerden gegen die „Bundes-Notbremse“.

Die Inzidenz ist als alleinige Basis für die stufenweisen Maßnahmen ungeeignet, das gilt vor allem für die Schulschließungen. Der für die Ermittlung eingesetzte PCR-Test unterscheidet nicht zwischen infektiösen und nicht infektiösen Viruspartikeln. Um zu beurteilen, wie viele (Neu-)Infektionen es tatsächlich gibt, ist dieser Test nur bedingt geeignet.

Die Grundrechte auf Bildung und Entwicklung der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen werden durch eine solche einseitige Lockdown-Maßnahme erneut in schwerer und nicht wiedergutzumachender Weise beeinträchtigt: Kinder und Jugendliche sind durch SARS-CoV-2 am wenigsten gefährdet, leiden aber seit 14 Monaten erheblich unter den zahlreichen Kontaktbeschränkungen. Für eine gesunde Entwicklung sind sie ungleich stärker auf einen persönlichen Austausch und gelebte zwischenmenschliche Beziehungen angewiesen als Erwachsene.

Die bleibenden Bildungsdefizite, unzählige Schulabbrüche, die Zunahme psychischer Erkrankungen, die gesundheitlichen Schäden durch Bewegungsmangel und Übergewicht sind inzwischen messbar und vielfach belegt. Jede weitere Woche Bildungslockdown droht Millionen Heranwachsende für lange Zeit aus der Bahn zu werfen.

Abstraktes Risiko

Schulschließungen dienen nicht dem Schutz der Kinder, sondern sollen das abstrakte Risiko senken, dass sich ältere, vulnerable Menschen mittelbar infizieren und somit Gefahr laufen, schwer zu erkranken, weil Kinder an anderen Orten normale Kontakte haben. Einen wissenschaftlichen Nachweis, dass Kontaktbeschränkungen von Kindern Intensivstationen entlasten würden, gibt es jedoch nicht. Die bestehenden Schutzmaßnahmen – auch gerade an Schulen – sind ausreichend. Welchen Beitrag zur Entlastung von Intensivbetten Präsenzverbote für Kinder und Jugendliche leisten, hat der Gesetzgeber ebenso wenig im Rahmen der notwendigen Abwägung berücksichtigt wie die Schädigungen, Nachteile und Gefährdungen für Kinder und Jugendliche.

Es ist mit dem Schutz individueller Grundrechte durch das Grundgesetz nicht vereinbar, ein staatliches Mittel zum Schutz des einen einzusetzen – noch dazu, wenn es lediglich ein abstraktes Risiko senkt –, wenn das Mittel einen anderen nachhaltig schädigt. Dabei wiegt es besonders schwer, wenn diese Schäden Kinder betreffen, die selbst schutzbedürftig sind.

Die ohne Rücksicht auf die Situation vor Ort und ohne Altersdifferenzierung angeordneten Präsenzverbote hält der Verein für unverhältnismäßig.

„Diese aus unserer Sicht nicht notwendigen und für die Kinder schädlichen Maßnahmen werden nun als Rechtfertigung benutzt, um die Impfung aller Kinder als Voraussetzung für den Schulbesuch zu fordern", kritisieren die Mediziner. Es könne nicht angehen, nur geimpften Kindern bzw. Familien mit geimpften Kindern die Teilhabe an Bildung und sozialem Leben zu ermöglichen. Stattdessen wird verlangt, dass alle Maßnahmen, die Kinder und Familien unnötig einschränken, unverzüglich aufgehoben werden: „Die Regierung hat es versäumt, die Kollateralschäden ihrer Maßnahmen insbesondere bei Kindern und Familien gegen ihren Nutzen abzuwägen. Je länger diese Maßnahmen aufrechterhalten werden, desto drastischer sind deren Auswirkungen. Gefordert werden daher umfassende wissenschaftliche Studien, um diese Kollateralschäden zu erfassen und wissenschaftlich seriös zu evaluieren.“ ❒

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Sana Kliniken AG
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Gesundheitswesens:

Die überlastete Notaufnahme

Einst geschaffen, um Patienten in Notfallsituationen zu versorgen, hat sich die Notaufnahme in den vergangenen Jahren zu einem allgemeinen und „unkomplizierten“ Anlaufpunkt vieler Menschen mit vergleichsweise harmlosen Symptomen entwickelt. Die vermeintlichen Annehmlichkeiten liegen dabei für den Patienten auf der Hand: keine lästige Terminvergabe beim Haus- oder Facharzt, effektive Diagnostik durch eine breite medizinische Expertise und neueste Medizintechnik mit der Möglichkeit zur direkten therapeutischen Intervention.

Das abhanden gekommene Gefühl, wann es sich wirklich um einen Notfall handelt und wann der Gang zum niedergelassenen Arzt ausreichend ist, führt mitunter zu grotesken Situationen: Da trifft ein dringend zu versorgender Herzinfarktpatient auf jemanden, der vor drei Tagen einen mutmaßlich banalen Hautausschlag hatte. Mittlerweile ist dieser gar nicht mehr sichtbar. Allein der Patient vermag sich an den quälenden Juckreiz zu erinnern. Situationen wie diese überlasten das System. Denn sie behindern Ärzte und Pflegekräfte bei ihrer eigentlichen Aufgabe, akute medizinische Notfälle zu versorgen. Sie kosten Zeit, die etwa bei einem Herzinfarkt oder Schlaganfall entscheidend sein kann.

Auch in der aktuellen Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass die Notaufnahmen vor allem in den Abend- und Nachtstunden sowie am Wochenende das „last resort“ für viele Menschen bleiben. Dabei ist die sogenannte Fallschwere der Erkrankungen in den vergangenen Monaten gestiegen. Zögerten zu Beginn der Pandemie Patienten mit bedrohlichen Symptomen, die beispielsweise auf einen akuten Schlaganfall oder Herzinfarkt hindeuten, den Notruf zu wählen, aus Angst sich mit Covid-19 anzustecken, ist dies im Verlauf der Pandemie zurückgegangen. Deutlich gestiegen sind jedoch die organisatorischen Aufwände zur Einhaltung allerhöchster Hygienestandards. Aufwändige Testungen bei Krankenhauspersonal wie auch Patienten und die Vorhaltung umfangreicher Isolations-Maßnahmen erfordern viel Zeit und führen zu einer weiteren Erhöhung des Arbeitsvolumens. Hinzu kommen Personalausfälle durch Infektionsgeschehen.

Notfallambulanzen kommen an ihre Grenzen

Die vergangenen Monate haben gezeigt, was bereits vor Corona offensichtlich war: Das System der Notfallversorgung kommt an seine Grenzen. Die Notfallambulanzen landauf landab haben Jahr für Jahr immense Kosten. Spezialisten, die sich in der Rettungsstelle verfügbar halten müssen, können nicht für geplante Operationen eingesetzt werden. Patienten solcher sogenannten Elektiv-OPs, wie beispielsweise Knie- oder Hüftgelenkoperationen, müssen längere Wartezeiten in Kauf nehmen.

Eines wird daher im Mittelpunkt einer intelligenten und zukunftsgewandten Notfallversorgung stehen müssen: die Sicherstellung des Versorgungsauftrags vor Ort. Hierfür ist es entscheidend, die Herausforderungen im Management von Notaufnahmen zu kennen und darauf mit der richtigen Qualität reagieren zu können. Beispielsweise durch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Niedergelassenen, um die sogenannten leichten Fälle sukzessive aus der Notaufnahme in ambulante Strukturen zu überführen. ❒



„Harlekin-Nachsorge“:

Hilfe für Frühchen und Eltern

Die Chancen von Frühgeborenen haben sich enorm verbessert: Vor 30 Jahren überlebte höchstens die Hälfte der Kinder, die mit einem Gewicht unter 1.500 Gramm oder vor der 28. Schwangerschaftswoche zur Welt kamen. Heute hat ein Frühgeborenes schon nach der 24. Schwangerschaftswoche sehr gute Chancen: Mehr als die Hälfte dieser Kinder wächst völlig gesund heran. Um die ganz Kleinen geht es auch bei der Harl.e.kin-Frühchen-Nachsorge, die im Klinikum Harlaching entwickelt wurde: Babys, die bei der Geburt weniger als 1.500 Gramm wogen oder vor der 32. Schwangerschaftswoche geboren worden sind. Es geht aber auch um ihre Eltern, die ein Wechselbad der Gefühle erleben, wenn sich während der ersten Wochen Krisen und gute Zeiten abwechseln und sie sich fragen, ob ihr Kind es schaffen wird.

Neun von zehn Frühgeborenen, die an der biologischen Grenze der Überlebensfähigkeit zur Welt kommen, überleben. Doch geht es heute nicht mehr nur ums Überleben: Frühchen sollen zu gesunden Kindern heranwachsen. Nicht selten kommt es vor, dass ehemalige Frühchen, die zunächst unauffällig erscheinen, später Schwierigkeiten in der Schule oder mit der sozialen Integration haben. So wichtig wie die optimale medizinische Betreuung in der Klinik ist es darum, die Eltern zu unterstützen. Sie brauchen Hilfe, die Situation zu verarbeiten, ihr Kind in seiner Entwicklung zu verstehen und optimal zu fördern.

In den Neonatologien hat sich viel getan: Waren Eltern auf der Frühchen-Intensivstation früher nur toleriert und der Kontakt zum Baby auf feste Besuchszeiten oder gar den „Blick durchs Fenster“ beschränkt, so ist es heute selbstverständlich, die Eltern voll in die Pflege ihrer Kinder einzubinden. Das stabilisiert die Bindung von Eltern und Kind, die durch Frühgeburt und intensivmedizinische Betreuung leider erheblich beeinträchtigt sein kann.

Die medizinische Therapie wird darum durch eine psychotherapeutische oder seelsorgerische Begleitung der Eltern ergänzt. Immer sind geschulte Intensivschwestern, Neonatologen und bei Bedarf Psychotherapeuten erreichbar, die den Eltern zur Seite stehen.

Dies ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für die optimale Entwicklung eines Frühgeborenen. Dieses dichte Versorgungsnetz reißt mit der Entlassung aus der Klinik ab. Trotz aller Vorbereitung und Schulung, sind die Eltern oft extrem verunsichert.

Stichwort Frühgeburt

Eine Schwangerschaft dauert 40 Wochen – normalerweise: Denn etwa jedes zehnte Kind kommt zu früh zur Welt. Eine häufige Ursache sind aufsteigende vaginale Infektionen.

Raucht die Mutter in der Schwangerschaft, erhöht dies das Risiko einer Frühgeburt enorm. Von einer solchen spricht man, wenn das Kind vor Ende der 37. Woche zur Welt kommt. Doch bereits Kinder, die in der 24. Woche geboren werden, haben sehr gute Überlebenschancen.

Bei einem Geburtsgewicht unter 1.000 Gramm spricht man von extremen Frühchen.

Ab der 24. Woche sehen medizinische Leitlinien eine Versorgung des Kindes in jedem Fall vor. Kündigt sich die Geburt bereits um die 22. oder 23. Woche an, wird gemeinsam mit den Eltern über eine Versorgung entschieden.

Droht eine Frühgeburt, versucht man diese zu verhindern, wenn das ohne Risiko für Mutter und Kind möglich ist. Dazu setzt man etwa wehenhemmende Medikamente oder Antibiotika bei Infektionen ein. Die Gabe von Kortison an die Mutter kann die Lungenreifung beim Kind fördern. Bis es wirkt, dauert es aber zwei Tage.

10 Jahre Harlekin-Nachsorge

Schon vor mehr als zehn Jahren hat man im Klinikum Harlaching ein Modellprojekt gestartet: die Harl.e.kin-Frühchen-Nachsorge. Teilzunehmen ist einfach, Eltern müssen keine großen Anträge stellen. Das Programm umfasst neben einer medizinisch-entwicklungsneurologischen Kontrolle auch eine entwicklungspädagogisch/-psychologische Beratung der Familien. Sehr wichtig ist auch die pflegerische Nachsorge durch Fachkinderintensivkrankenschwestern.

Sie kennen Kinder und Familien schon aus der stationären Zeit und wissen oft genau, wo der Schuh drückt. Sie geben pflegerische Tipps, beantworten aber auch Fragen etwa zur Ernährung. In der Frühchengruppe berät eine Krankengymnastin die Mütter im Umgang mit den Kindern.

Die Harlekin-Nachsorge richtet sich nicht nur an ehemalige Frühgeborene, bei denen schon bei der Entlassung Schäden erkennbar sind und bei denen von einer gefährdeten Entwicklung auszugehen ist. Ein Risiko haben auch bei der Entlassung gesunde Frühgeborene.Gerade sie brauchen eine strukturierte niederschwellige Nachsorge, zu der bei Bedarf Hausbesuche gehören. So erkennt man Fehlentwicklungen früh und kann darauf rechtzeitig reagieren.

Seit 2003 wird das Harlachinger Projekt, dessen Träger der gemeinnützige Förderverein Harl.e.kin e. V. ist, mit finanzieller Unterstützung des Bayerischen Sozialministeriums auf- und ausgebaut. Aber ohne eine Vielzahl von Spenden von Einzelpersonen oder Organisationen wäre das Programm nicht aufrechtzuerhalten. Umso wichtiger ist eine strukturierte Nachsorge – eine Herausforderung für das dual gegliederte Gesundheitswesen mit seiner hochtechnisierten stationären Betreuung und der ambulanten Versorgung durch Kinderärzte, die oft unter Zeitdruck arbeiten.

Es braucht daher Strukturen, die beides verbinden: die Standorte und die Versorgung müssen sich dabei dem Bedarf anpassen – und eine Übertherapie verhindern: So war es früher oft so, dass Eltern aus Angst, etwas zu versäumen, möglichst viele Angebote in Anspruch nahmen – auch wenn die ihrem Kind gar nicht nützten, schlimmstenfalls sogar belasteten.

Das Ziel ist es darum, den Kindern und ihren Familien auch nach der Entlassung eine optimale medizinische und psychosoziale Betreuung zu bieten. Schritt für Schritt sollen sie je nach individuellem Bedarf neben der Grundversorgung durch Kinderärzte an ambulante Angebote von Frühförderstellen, sozialpädiatrischen Zentren und andere Einrichtungen vermittelt werden.

Vor allem aber ist es das Ziel, die Autarkie der Familien zu fördern. Nicht selten gilt es auch, blanke Not durch finanzielle Hilfe zu mildern.

Ab 2009 kam die Neonatologie des Klinikums rechts der Isar und 2011 das Klinikum Schwabing hinzu. Die Harlekin-Nachsorge gibt es unter fachlicher Beratung der Arbeitsstelle Frühförderung an inzwischen 21 weiteren Kliniken in Bayern. Weitere Häuser planen, das System zu übernehmen.

Reinhard Roos/Andrea Heppner



V.l.: Prof. Dieter Grab, Eva Heße und OB Dieter Reiter. Bild: Harlekin Verein

Holetschek setzt sich für rasche Pflegereform ein

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek hat die Bundesregierung anlässlich des „Internationalen Tags der Pflegenden“ erneut zu mehr Tempo bei der Pflegereform aufgefordert.

Laut Holetschek verdient die Leistung der Pflegekräfte im Kampf gegen die Corona-Pandemie allerhöchste Anerkennung, Dank und großen Respekt. Seit weit über einem Jahr hätten die Beschäftigten im Pflegebereich durch ihr vorbildliches Engagement erheblich dazu beigetragen, dass so vielen Menschen geholfen werden konnte. „Das gilt sowohl für die Fachkräfte in der Langzeitpflege als auch für die Beschäftigen in den Krankenhäusern sowie für die pflegenden Angehörigen. Aber durch Dankesworte lassen sich die Arbeitsbedingungen in der Pflege nicht verbessern. Wir brauchen eine umfassende Reform, die auch den Pflegeberuf attraktiver macht.“

Mitte März hatte Holetschek bereits die Eckpunkte für eine zukunftsfeste Pflegereform vorgelegt. Ziel ist es unter anderem, das Pflegepersonal zu fördern.

Pflegeberuf als attraktive Chance

Der Minister bekräftigte: „Die Zukunft einer guten Pflege entscheidet sich in der Frage, ob es gelingt, ausreichend gut qualifiziertes Personal zu gewinnen. Die steigenden Ausbildungszahlen belegen, dass viele Menschen den Pflegeberuf als attraktive Chance wahrnehmen. Es gilt aber auch, langfristig gute Jobperspektiven zu schaffen. Deshalb müssen wir überlegen, wo wir Pflegekräften mehr Kompetenzen geben und wie wir den Beruf besser bezahlen können.“

Holetschek erläuterte: „Auf Initiative Bayerns wurden bereits die Grundlagen geschaffen, Tarifvergütungen in den Pflegesätzen verlässlich zu refinanzieren. Es bedarf nun endlich attraktiver und für alle verbindlicher tariflicher Vergütungsstrukturen. Da die Tätigkeit in der Pflege zwangsläufig mit Nacht- und Wochenenddiensten verbunden ist, gleichzeitig aber dem Allgemeinwohl dient, sollen Zuschläge für Überstunden, Wochenendarbeit und Nachtarbeit künftig stärker steuerlich begünstigt werden.“

Um den Pflegeberuf als sektorenübergreifenden Gesundheitsfachberuf zu positionieren und den Beschäftigten attraktive Aufgabengebiete zu öffnen, soll ihnen nach den Plänen Holetscheks im Arbeitsalltag ein Aufgabenspektrum eröffnet werden, das den erworbenen Kompetenzen gerecht wird. Hierzu gehört auch die Möglichkeit der selbständigen Übernahme heilkundlicher Tätigkeiten (zum Beispiel im Rahmen der Wund- oder Schmerzbehandlung, der Behandlung von Menschen mit Demenz oder der Diabetesbehandlung).

Pflegestudiengänge ausbauen

Der Minister fügte hinzu: „Grundständig beruflich ausgebildete Pflegefachpersonen werden auch künftig das Rückgrat der pflegerischen Versorgung sein. Die Zunahme hochkomplexer Pflegesituationen erfordert aber einen steigenden Anteil hochschulisch ausgebildeter Pflegefachpersonen. Deshalb wollen wir primärqualifizierende Pflegestudiengänge ausbauen. Im Pflegeberufegesetz soll zudem ein gesetzlicher Anspruch auf Ausbildungsvergütung für die Absolventen dieser Studiengänge geschaffen werden.“

Ein weiterer Baustein von Holetscheks Vorschlägen für eine Pflegereform ist eine Neuordnung der Leistungen der sozialen Pflegeversicherung. Der Minister erläuterte: „Wir brauchen hier maximale Flexibilität, um die Versicherungsleistungen auf die Bedürfnisse der Menschen zuzuschneiden. Bei langen Pflegeverläufen sollte die Pflegeversicherung zum Beispiel die Kosten nach einer gewissen Zeit voll übernehmen. Zudem könnte bei stationär versorgten Pflegebedürftigen die medizinische Behandlungspflege in voller Höhe übernommen werden. Für diese Ideen werbe ich beim Bund.“ ❐

Digitales EU-Covid-Zertifikat:

Vorläufige Einigung zwischen Parlament und Rat

Parlament und Rat erzielten eine vorläufige Einigung über ein digitales EU-Covid-Zertifikat, um die Freizügigkeit in Europa während der Pandemie zu erleichtern. Das Zertifikat wird entweder in digitaler oder in Papierform erhältlich sein. Es wird bescheinigen, dass eine Person gegen das Coronavirus geimpft wurde oder ein kürzlich negatives Testergebnis hat oder von der Infektion genesen ist.

In der Praxis wird es sich um drei verschiedene Zertifikate handeln. Ein gemeinsamer EU-Rahmen wird es den Mitgliedsstaaten ermöglichen, Zertifikate auszustellen, die dann in anderen EU-Ländern akzeptiert werden.

Die Regelung für das digitale EU-Covid-Zertifikat soll für zwölf Monate gelten. Das Zertifikat wird keine Voraussetzung für die Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit sein und wird nicht als Reisedokument gelten.

Um die Verfügbarkeit von „erschwinglichen und zugänglichen Tests“ zu unterstützen, hat die Europäische Kommission zugesagt, „mindestens 100 Millionen Euro“ im Rahmen des Soforthilfeinstrument der EU für den Erwerb von Tests auf eine SARS-CoV-2-Infektion zum Zweck der Ausstellung von EU-Covid-Testzertifikaten bereitzustellen. Dies sollte insbesondere Personen zugutekommen, die täglich oder häufig Grenzen überqueren, um zur Arbeit oder zur Schule zu gehen, nahe Verwandte zu besuchen, medizinische Versorgung zu suchen oder sich um Angehörige zu kümmern.

Die Verhandlungsführer kamen überein, dass bei Bedarf zusätzliche Mittel über 100 Millionen Euro mobilisiert werden sollten, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Haushaltsbehörde. ❐

Sichere Technik zur Überwachung von Nebenwirkungen

Wie Impfregister-Management beim lückenlosen Monitoring unterstützt

Seit über 100 Tagen läuft die COVID-19-Impfkampagne in Deutschland. Bis Anfang Mai wurden insgesamt über 30 Millionen Impfdosen verabreicht. Mit den steigenden Zahlen von Geimpften gibt es auch vermehrt Beobachtungen von Nebenwirkungen oder scheinbaren Reaktionen, die mit der Verabreichung im Zusammenhang stehen könnten.

„Wenn innerhalb weniger Wochen mehreren Millionen Menschen völlig neue Medikamente, wie zum Beispiel Impfstoffe, verabreicht werden, ist ein lückenloses Überwachen der Nebenwirkungen für mindestens drei bis vier Wochen nach der Verabreichung zwingend geboten“, sagt Dr. Herbert Neumaier, externer wissenschaftlicher Berater des Markt- und Meinungsforschungsinstituts nhi2 AG. Impfregister-Management mit Datenbank und professionellem Telefonnachkontakt kann bei einem lückenlosen Monitoring unterstützen. Mit dem Impfregister VAMOS, kurz für Vaccination Monitoring System, bietet nhi2 eine datenbankbasierte Applikation mit erprobter IT- und Telefontechnik.

Nebenwirkungen erfassen und analysieren

Nach jeder Impfung können Reaktionen wie Schmerzen an der Einstichstelle, Abgeschlagenheit oder Kopfschmerzen sowie weitere Nebenwirkungen auftreten – so auch bei den COVID-19-Impfstoffen. In den meisten Fällen verschwinden die Reaktionen innerhalb weniger Tage wieder, doch nach der Impfung mit Vaxzevria von AstraZeneca sind zum Beispiel seltene Fälle von Thrombosen in Kombination mit Thrombopenien bei Geimpften aufgetreten. Seit Ende April werden auch Fälle von Myokarditis, also eine Herzmuskelentzündung, untersucht, die nach einer Impfung mit dem COVID-19-Impfstoff von BioNTech/Pfizer aufgetreten sind.

„In Abhängigkeit zur Anzahl der Geimpften treten schwerwiegende Nebenwirkungen damit zwar selten auf, trotzdem ist es wichtig, mögliche Nebenwirkungen im Blick zu behalten, zu erfassen und an verantwortliche Stellen zu melden“, berichtet Dr. Neumaier und ergänzt: „Durch ein freiwilliges Impfregister wie VAMOS lassen sich durch telefonische Nachfragen Nebenwirkungen abfragen. Das System erfasst dann selbstständig und permanent ihre Häufigkeit und Verteilung – nach Alter, Geschlecht und verabreichtem Medikament –, überwacht Schwankungen in den Werten und meldet aktiv an die verantwortlichen Stellen.“

Über ein solches Impfregister-Management sind alle Werte und Verteilungen für die Nebenwirkungen dabei sofort sichtbar und es lässt sich schnell feststellen, ob diese tatsächlich auffällig sind oder sich insgesamt in den statistisch zu erwartenden Bandbreiten bewegt.

Auf diese Weise helfen solche Systeme dabei, Informationen einzuordnen und die Bevölkerung bei Bedarf schnell auf Beobachtungen hinzuweisen. Dadurch können sie selbst auf mögliche Symptome achten und diese gegebenenfalls bei einem Arzt abklären lassen.

Automatische Ermittlung von Auffälligkeiten

Über professionelle Telefonie mit standardisierten Fragebögen lassen sich Geimpfte regelmäßig befragen. Die Abfrage der Nebenwirkungen ist keine hoheitliche Aufgabe. Dienstleister können als Verwaltungshelfer verpflichtet werden und bei der wichtigen Aufgabe unterstützen. Angerufene Personen geben dabei die Antworten freiwillig und können diese auch verweigern.

„Bei VAMOS rufen geübte Interviewerinnen und Interviewer beispielweise nach 3, 6, 15 und 30 Tagen an und fragen Reaktionen wie Kopfschmerzen, Herzschmerzen, Fieber oder Atemprobleme sowie andere Nebenwirkungen ab und bitten die Befragten, diese in Schweregraden von 0 bis 10 einzuordnen“, betont Neumaier. Das System wertet dabei ständig alle erhobenen Daten aus und errechnet für alle Nebenwirkungen die aktuellen statistischen Werte und Verteilungen. Auffälligkeiten werden automatisch ermittelt und festgehalten, so dass die Analysewerte in Tabellenform und als Charts jederzeit für Auftraggeber wie Behörden und Institute zur Verfügung stehen.

„Die Datenlieferung erfolgt dabei entweder über Dateitransfer oder auch über eine direkte Rechner-zu-Rechner-Verbindung. Damit die Übertragung nach der DSGVO rechtmäßig ist, schließen die Akteure einen Auftragsverarbeitungsvertrag ab. Alle Daten werden außerdem ausschließlich auf Rechnern innerhalb der EU verarbeitet“, erklärt Neumaier abschließend. ❐

Sparkassen-Finanzgruppe:

Chefvolkswirte warnen vor drohenden Belastungen

Vor möglichen destabilisierenden Effekten der Bankenregulierung auf die Konjunktur warnen die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe. Sollten europäische und nationale Aufseher regulatorische Erleichterungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zu früh zurücknehmen, drohten der Finanzbranche erhebliche Belastungen, die die wirtschaftliche Erholung unnötig bremsen würden, so die Ökonomen.

„Die Aufsicht darf, wenn die Konjunktur wieder anzieht, nicht zu früh das zuvor für die Kreditvergabe freigesetzte Eigenkapital wieder begrenzen. Damit würde sie letztlich die Wirtschaftsbelebung schwächen. Denn die Unternehmen brauchen Kapital für Investitionen. Sie müssen nicht nur aus der Krise herauskommen, sondern auch die Digitalisierung und die Transformation in Richtung nachhaltiger Wirtschaftsweisen vorantreiben“, betonte Dr. Reinhold Rickes, Leiter Volkswirtschaft beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV).

Als Hemmschuh für die Kreditvergabe könnte sich unter anderem eine übereilte Anhebung des antizyklischen Kapitalpuffers erweisen, der in der Corona-Pandemie abgesenkt worden war. Auch der Ende April 2021 erstmals aktivierte NPL-Backstop bei notleidenden Krediten droht die Möglichkeiten der Banken zur Kreditvergabe zur Unzeit zu beschränken. Nicht zuletzt würde die für 2023 vorgesehene Einführung von Basel IV, insbesondere durch den darin vorgesehenen Output-Floor, das Eigenkapital der Banken belasten und so den Aufschwung bremsen. Die Chefvolkswirte fordern daher besondere Wachsamkeit der Aufsicht und Regulierung.

Mit dem weiteren Anwachsen der weltweiten Schuldenberge nehmen auch die Gefahren für eine langfristig nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu. Dass in der Corona-Pandemie weltweit die Haushaltsdefizite und die Schuldenstände immer größer werden, ist dabei aus Expertensicht nur ein Teil des Problems. Die öffentliche Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt hatte in vielen Ländern der Erde schon vor der Pandemie den höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg erreicht.

Rickes zufolge ist die Covid-19-Pandemie nach der Finanzkrise bereits die zweite Krise in diesem Jahrhundert, die weltweit zu einem massiven Anstieg der öffentlichen Schuldenquoten geführt hat. Durch Notenbank-Interventionen und Niedrigzinsumfeld könnten viele Länder derzeit ihre Schuldenlast noch tragen. Doch wenn Konjunktur, Teuerung und Zins erst wieder anziehen, werde die notwendige Sanierung und Konsolidierung umso schmerzlicher.

Gebremstes Wirtschaftswachstum

Die Chancen, dass Staaten sich schnell durch kräftiges wirtschaftliches Wachstum ihrer Schulden entledigen können, halten die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe für gering: Die Wirtschaft in den Industrieländern dürfte zwar nach der Pandemie vorübergehend schneller wachsen, auf der anderen Seite bremsten aber die demografische Entwicklung mit vielerorts sinkender Zahl von Arbeitskräften, steigende, oft öffentlich getragene Gesundheits- und Rentenkosten und die zunehmende Fokussierung auf CO2-Reduktion das Wirtschaftswachstum. Bei der Aufnahme neuer Schulden gelte es daher heute mehr denn je, auf die wachstumsfördernde Wirkung ihres Verwendungszwecks zu achten.

Noch besorgniserregender als hierzulande sei die Situation in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Bis zum Beginn der Finanzkrise 2008 war es durch Programme des Internationalen Währungsfonds (IWF) und Entschuldungsinitiativen gelungen, die Staatsverschuldung dort deutlich zu reduzieren. Seit der Finanzkrise habe sich der Trend jedoch wieder umgekehrt und die Corona-Pandemie hat die problematische Entwicklung weiter beschleunigt. **DK**

Bayerische Grundsteuer:

Starkes Signal für Städte und Gemeinden

„Mit der Bayerischen Grundsteuer wird zum ersten Mal eine bedeutende Steuer auf Landesebene geregelt: einfach, transparent und unbürokratisch. Das ist ein starkes Signal für alle bayerischen Städte und Gemeinden, die fest auf die konjunkturunabhängigen Steuereinnahmen von jährlich rund 1,9 Milliarden Euro bauen“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung den Gesetzentwurf für ein Bayerisches Grundsteuergesetz nach der Anhörung der Verbände beschlossen und dem Bayerischen Landtag zur weiteren Behandlung zugeleitet. „Das bayerische Modell ist von nahezu allen Verbänden mit großer Zustimmung aufgenommen worden. Die Grundsteuer im Freistaat wird ausschließlich an physischen Größen wie der Grundstücks- und Gebäudefläche ausgerichtet – Steuererhöhungen „durch die Hintertür“, also allein aufgrund eines ständig steigenden Preisniveaus bei Immobilien, wird es in Bayern nicht geben“, stellte Füracker fest. ❐

Stadt und Landkreis Rosenheim:

Sparkassenstiftungen mit solider Finanzkraft

Die Sparkasse Rosenheim-Bad Aibling gründete 2006 die „Sparkassenstiftungen Zukunft“, die sich seitdem für die Menschen in der Region engagieren. Mit einem Stiftungskapital von insgesamt 17,3 Mio. Euro und einer Gesamtausschüttung von 580.000 Euro allein im Jahr 2020 zählen sie zu den größten Förderern in der Region. Im Durchschnitt werden jährlich 50 zukunftsweisende Projekte unterstützt.

Laut Karl Göpfert, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Rosenheim-Bad Aibling und stellvertretender Vorsitzender der Sparkassenstiftungen Zukunft, wird durch deren intensive Fördertätigkeit das Leben in Stadt und Landkreis Rosenheim gestaltet und die Gesellschaft von innen heraus nachhaltig gestärkt. Aktuelles Beispiel: Die Caritas Rosenheim übernimmt ab 2021 das Projekt „Flüchtlingspaten in der Stadt Rosenheim“, das die Sparkassenstiftung Zukunft für die Stadt über fünf Jahre (2016-2020) mit 25.000 Euro gefördert und damit insgesamt 20 Prozent der gesamten Projektkosten übernommen hat.

Intensive Fördertätigkeit

Dadurch wurde eine professionelle Anlauf- und Koordinationsstelle für Ehrenamtliche geschaffen, die geflüchtete Menschen unterstützen wollen: Die Paten werden mit Hilfesuchenden zusammengebracht und unterstützen diese beispielsweise bei Ämterkontakten, führen sie an die deutsche Rechtsordnung heran oder helfen beim Kontaktieren professioneller Hilfen. „Jetzt bleibt diese wichtige Anlaufstelle dauerhaft erhalten und damit ein wichtiger Pfeiler im sozialen Miteinander in der Stadt Rosenheim“, betonte Oberbürgermeister Andreas März, Vorsitzender der Sparkassenstiftung Zukunft für die Stadt Rosenheim.

Mit Erfolgen kann auch der Landkreis Rosenheim aufwarten: Die Sparkassenstiftung Zukunft förderte mit insgesamt 18.350 Euro über fünf Jahre die als Projekt gestartete „Kunsttherapie für den palliativmedizinischen Konsiliardienst“. Weitere finanzielle Unterstützung leistete der Rotary Club. Die RoMed Klinik Bad Aibling integrierte das Projekt 2019 als festen Bestandteil in ihr Angebotsportfolio: Krebspatienten erhalten eine fachliche Anleitung und Begleitung beim künstlerischen Arbeiten, kombiniert mit einem entspannenden, musiktherapeutischen Angebot.

Seit 2019 steht fest, dass auch die Rosenheimer Aktion für das Leben e.V. die „Hausbesuche/ Coaching für Familien und Alleinerziehende mit Kindern“ dauerhaft anbieten kann: Dank einer großzügigen Anschubfinanzierung in Höhe von 35.900 Euro wurden auch Förderungen Dritter gesichert. Wegen der großen Angebotsnachfrage übernahm der Landkreis 2019 die Personalkosten. Damit kann das Projekt weitergeführt werden. Laut Landrat Otto Lederer, Vorsitzender der Sparkassenstiftung Zukunft für den Landkreis Rosenheim, sind dies „zwei tolle Beispiele, wie die Sparkassenstiftung Bedürfnisse der Menschen in der Region aufnimmt und langfristig Angebote schafft“. **DK**

Stadtsparkasse Augsburg versorgt sich selbst mit Strom

Die Stadtsparkasse Augsburg unternimmt einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Klimaneutralität: Mit der Installation einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des Parkhauses in der Halderstraße soll ab Mitte des Jahres der Strom für die Hauptstelle nachhaltig selbst erzeugt werden. Voraussetzung war die Versteifung der Dachkonstruktion des Parkhauses, um die zusätzliche Last der Anlage zu tragen. Hierfür wurden in den letzten Wochen 30 Tonnen Stahl verarbeitet, nun geht es an die Montage der Photovoltaik-Module.

„Zu dem Ziel, eine lebenswerte Welt langfristig zu erhalten, gehört auch, dass wir unseren Geschäftsbetrieb CO2-neutraler gestalten. Mit der Umstellung auf Ökostrom aus Wasserkraft zum 01. Januar 2021 haben wir unsere nachhaltige Ausrichtung verstärkt, die Sparkasse vermeidet damit rund 1.128.000 Kilogramm CO2 pro Jahr. Ressourcenschonend und substanzerhaltend wirtschaften werden wir auch mit unserem neuen Projekt, das ebenfalls Teil unserer Nachhaltigkeitsstrategie ist“, berichtet Vorstandsvorsitzender Rolf Settelmeier.

Die Sparkasse investiert in der Halderstraße rund eine halbe Million Euro in eine Photovoltaikanlage auf einer Dachfläche von 2.750 qm. Sie kann bis zu 329 kWp Strom mit modernsten Solarpanelen produzieren. Pro Jahr können so ca. 300.000 kWh erzeugt werden.

Mit dem gewonnenen Strom soll ein wesentlicher Teil des Bedarfs der Hauptstelle umweltfreundlich abgedeckt werden. Ein weiterer Solar-Generator befindet sich schon seit etlichen Jahren in Friedberg am Sparkassenplatz.

Die Stadtsparkasse Augsburg setzt sich schon seit vielen Jahren für die Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks in der Region Augsburg und Friedberg ein. So werden Umbauten oder Sanierungen gezielt mit Blick auf eine optimale Energieeffizienz durchgeführt, bestehende Leuchtmittel sukzessive durch energiesparende Varianten ersetzt. Ihre Briefe versendet die Sparkasse schon seit drei Jahren klimaneutral mit „Green Mail.“

Mitarbeiter werden beim Umgang mit Papier oder dem Verbrauch von Wasser und Energie sensibilisiert. Mittelständischen Unternehmen, Eigenheimbesitzern und Gemeinden finanziert das Kreditinstitut Investitionen und vermittelt Fördermittel. Weitere Aktivitäten sind in Vorbereitung. ❐

Glauber fordert Aus von Negativzinsen

... bei Guthaben auf Giro- und Sparkonten

Immer mehr Banken in Deutschland erheben auf das Giro-Guthaben ihrer Kunden sogenannte Negativzinsen. Bayern setzt sich nun für ein Verbot von Negativzinsen ein.

Wie Bayerns Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber erläuterte, „fallen Strafzinsen bei einzelnen Banken schon ab dem ersten Euro an. Damit bleiben selbst geringe Sparbeträge nicht unangetastet. Das ist ein falsches Signal an die Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir wollen, dass der Bund ein Verbot von Negativzinsen prüft. Zumindest sollten ausreichend hohe Freibeträge ermöglicht werden. Die Kunden brauchen Gewissheit, dass ihr Geld auf dem Konto ohne ihr Zutun nicht weniger wird. Negativzinsen stellen den Zweck von Spar- und Giroverträgen auf den Kopf. Bayern lehnt die faktische Geldentwertung durch Negativzinsen ab.“

Zusätzliche Mehrbelastung

Für die Bürger bedeuten Negativzinsen eine finanzielle Mehrbelastung, zusätzlich zu den Entgelten für Kontoführung und einzelne Zahlungsdienste. Zudem sind zunehmend auch Bestandskunden von der Einführung der Negativzinsen betroffen. Der Bundesgerichtshof hat in einem aktuellen Urteil Vertragsklauseln einer Bank für unwirksam erklärt, nach denen Vertragsänderungen durch Stillschweigen des Kunden angenommen werden. Bayern will, da die Einzelheiten und die Reichweite der Entscheidung noch nicht bekannt sind, zusätzlich prüfen lassen, ob Bestandskunden ausreichend vor einer nachträglichen Einführung von Negativzinsen geschützt sind.

Waren zu Beginn Privatkunden weitgehend ausgenommen oder durch großzügige Freibeträge geschützt, führen Banken zunehmend Negativzinsen auch für Privatkunden ein und senken die Freibeträge. Die als Verwahrentgelt bezeichnete Gebühr beträgt in den meisten Fällen 0,5 Prozent des Guthabens und wird tagesgenau abgerechnet. Einzelne Banken verlangen bereits ab dem ersten Euro einen Negativzins. Neben der finanziellen Belastung stehen Negativzinsen in Widerspruch zur allgemeinen finanzökonomischen Empfehlung, eine gewisse Mindestliquidität vorzuhalten.

Entgegen der Argumentation der Banken besteht auch keine Notwendigkeit, den von der Europäischen Zentralbank (EZB) auf kurzfristige Einlagen erhobenen Negativzins an Privatkunden weiterzureichen. Den Banken wurden von der EZB Freibeträge eingeräumt, für die keine Negativzinsen in Rechnung gestellt werden. Zudem ist von einer Bank aufgrund ihres Geschäftszwecks zu erwarten, dass sie mit den Einlagen der Kunden wirtschaftet und diese nicht bei der EZB in Verwahrung gibt. ❐



LfA-Jahresbilanz 2020:

Mittel für Zukunftsinvestitionen weiter stark nachgefragt

Bayerns Unternehmen können in der Corona-Krise auf die Unterstützung der LfA-Förderbank zählen. „Die außergewöhnlich hohe Nachfrage nach unseren Förderangeboten zeigt, dass wir mit unseren Förderkrediten und Risikoentlastungen einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und damit für den Fortbestand vieler insbesondere mittelständischer Betriebe und der mit ihnen verbundenen Arbeitsplätze leisten", unterstrich LfA-Vorstandsvorsitzender Dr. Otto Beierl bei der virtuellen Bilanzpressekonferenz zum Geschäftsjahr 2020.

Im vergangenen Jahr verzeichnete die staatliche Spezialbank die höchste Nachfrage nach Förderkrediten seit ihrer Gründung. Im Kerngeschäft der programmgebundenen Förderkredite wuchs das Zusagevolumen dabei verglichen zum Vorjahr um 50 Prozent auf rund 2,7 Mrd. Euro. Die Unternehmen konnten daraus Investitionen und Stabilisierungsmaßnahmen in Höhe von 3,7 Mrd. Euro tätigen. Zusammen mit den Konsortialdarlehen (561 Mio. Euro) und Globaldarlehen (150 Mio. Euro) belief sich die Kreditvergabe damit auf 3,4 Mrd. Euro.

Hilfreiche Förderangebote

Darüber hinaus gab es 2020 auch bei den Risikoübernahmen mit einem Volumen von 933 Mio. einen Höchstwert. Von den Förderangeboten der LfA profitierten im vergangenen Jahr insgesamt mehr als 11.200 Unternehmen und Kommunen. Zudem trug die Förderung dazu bei, im Mittelstand knapp 200.000 bestehende Arbeitsplätze zu festigen und 5.400 neue zu schaffen.

Bereits zu Beginn der Corona-Krise im März 2020 ermöglichte die LfA den Unternehmen unkomplizierte Tilgungsaussetzungen für bereits bestehende Kredite und verschaffte so Liquidität. Anschließend legte sie mit dem Corona-Schutzschirm-Kredit, dem LfA-Schnellkredit und dem Corona-Kredit gemeinnützige eigene bayerische Corona-Förderprogramme auf, darüber hinaus wurden bestehende Kreditprogramme optimiert. Dabei hat die LfA das Förderverfahren erheblich beschleunigt – beispielsweise mit der Einführung des LfA-Schnellkredits als erstes automatisiert zusagbares Kreditprodukt. Insgesamt wurden allein im vergangenen Jahr Kredite aus dem Corona-Sonderprogramm mit einem Gesamtvolumen von rund 838 Mio. Euro bewilligt.

Des Weiteren wurden 105 Bürgschaften mit einem Bürgschaftsbetrag von knapp 615 Millionen Euro zugesagt. Gemeinsam mit den etwa 4.900 Tilgungsaussetzungen bei bestehenden Krediten in Gesamthöhe von 75 Mio. Euro beliefen sich die Corona-Hilfen der LfA für die bayerische Wirtschaft damit auf 1,5 Mrd. Euro. Die Programme werden bis Ende 2021 verlängert.

Trotz der Krise haben viele bayerische Unternehmen im vergangenen Jahr vorausschauend in ihre Zukunftsfähigkeit investiert. So blieb auch das Normalgeschäft bei den Programmkrediten mit 1,86 Mrd. Euro auf hohem Niveau (Vorjahr 1,81 Mrd. Euro). Besonders gefragt waren die Finanzierungsangebote für Gründung, Wachstum, Innovation sowie Energie und Umwelt.

Allein im vergangenen Jahr verhalf das LfA-Angebot in der Innovationsförderung bayerischen Unternehmen zu Investitionen in Höhe von rund 143 Mio. Euro. Auch in diesem Feld sind die mit den Darlehen umgesetzten Transformationsprojekte äußerst vielfältig. Dies zeigen Beispiele wie ein traditionelles Nutzfahrzeugunternehmen, das unter anderem dank der Förderung nun Elektromobilität per Nachrüstung für den Personen- und Güterverkehr anbietet oder eine traditionelle Schreinerei, die mit den Fördergeldern unter anderem ihre Fertigung automatisieren und damit auf ein neues Niveau heben konnte.

Investitionen in Digitalisierung und Energieeffizienz

In vielen Fällen standen Investitionen in Digitalisierung und Energieeffizienz im Vordergrund. Allein in der Energieeffizienzförderung der LfA konnte die Nachfrage auf über 300 Mio. Euro gesteigert werden. Mit diesen Geldern tätigten die Unternehmen Investitionen von knapp 530 Mio. Euro. Die Bandbreite der Maßnahmen, die mithilfe dieser Förderung umgesetzt wird, ist groß. Sie reicht von innovativen Geschäftsideen, wie beispielsweise einer funktionierenden Lösung zur eigenständigen Produktion und Speicherung von nachhaltiger Energie für Unternehmen und Haushalte, bis hin zu traditionellen Industriebetrieben, die mit Hilfe der Gelder nun ihre Fertigungsabläufe deutlich nachhaltiger gestalten.

Im kommunalen Sektor konnten die 123 geförderten Städte und Kommunen mit Hilfe von LfA-Mitteln Infrastrukturprojekte in Höhe von über 240 Mio. Euro umsetzen. Verglichen mit 2019 ist das ein Anstieg um 50 Prozent.

Eigenkapitalangebote

Über ihre Tochterunternehmen BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH und Bayern Kapital GmbH stellt die LfA bayerischen Gründern und Unternehmern zudem Eigenkapitalangebote zur Verfügung. Zusätzlich zu den bestehenden Angeboten wurden 2020 Instrumente wie der Start up Shield Bayern, der Eigenkapitalschild Mittelstand Bayern, der Wachstumsfonds Bayern 2 oder der Transformationsfonds Bayern neu aufgelegt. Sie dienen den Unternehmen auch zur nachhaltigen Stärkung ihrer Kapitalbasis für Zukunftsinvestitionen.

Die Bilanzsumme der LfA betrug im vergangenen Jahr 23,1 Mrd. Euro und liegt damit sechs Prozent über dem Vorjahresniveau (2019: 21,8 Mrd. Euro). Auch in der Pandemie legt die LfA bei der Risikovorsorge für Ausfallrisiken im Kreditbereich unverändert strenge Maßstäbe an und hat die Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2020 um rund 20 Mio. Euro erhöht.

Nach den Worten von Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzendem Hubert Aiwanger „unterstreichen die hohen Zusagevolumina im Jahr 2020 eindrucksvoll die Leistungsfähigkeit der LfA als Förderbank für den Wirtschaftsstandort Bayern. Das entschlossene Handeln der Bayerischen Staatsregierung hat Wirkung gezeigt. Durch die in kürzester Zeit auf den Weg gebrachten Corona-Sonderprogramme konnte die LfA unseren bayerischen Betrieben dringend benötigte Liquidität in der Krise zur Verfügung stellen und so deren Erhalt sichern."

Wirtschaftlicher Transformationsbedarf

Aus Sicht von LfA-Vorstandschef Beierl hat die Pandemie wie in einem Brennglas auch Schwachstellen im Hinblick auf Digitalisierung und Infrastruktur offengelegt und verdeutlicht, wie groß der Transformationsbedarf der Wirtschaft angesichts des strukturellen Wandels und deutlich gestiegener Anforderungen an die Nachhaltigkeit tatsächlich ist. Für die Umsetzung der Transformation benötigten die Betriebe Liquidität und Eigenkapital. Deshalb komme der Finanzwirtschaft auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Wirtschaft eine entscheidende Rolle zu.

Insbesondere die Einbindung öffentlicher Förderbanken wie der LfA sei ein wirksamer Hebel, so Beierl. „Unsere Angebote und Investitionsanreize erleichtern den kleinen und mittelständischen Unternehmen den Erhalt und Ausbau ihrer Leistungsfähigkeit. Möglich ist dies, weil die LfA mit ihren Angeboten die strukturellen Finanzierungsnachteile kleiner und mittlerer Betriebe gegenüber Großunternehmen, die sich neben der klassischen Bankfinanzierung auch am Kapitalmarkt refinanzieren können, ausgleichen. An diesem strukturellen Nachteil des Mittelstands ändern im Übrigen auch Niedrigzinsphasen oder die vor Ausbruch der Pandemie langanhaltende gute Konjunktur wenig."

Gemäß ihres Auftrags schaffe die LfA deshalb mit Hilfe öffentlicher Förderkredite finanzierungsseitig Chancengleichheit für Gründer sowie kleine und mittelständische Unternehmen – und zwar in jedem Zinsumfeld.

So wurden für 2021 in Abstimmung mit der KfW und den Partnerbanken der LfA die notwendigen Maßnahmen initiiert, um ab Jahresmitte marktgerechte Bankeneinstandssätze anbieten zu können. Abhängig von der allgemeinen Zinsentwicklung könnten diese auch negativ sein. Trotz Niedrigzinsphase böten die Angebote der LfA deshalb weiterhin attraktive Fördervorteile für die Endkreditnehmer.



Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (r.) und LfA-Vorstandschef Dr. Otto Beierl bei der Bilanzpressekonferenz.

Bild: Nadine Stegemann

Lange Laufzeiten

Die Betriebe können sich die vorteilhaften Konditionen auch zu langen Laufzeiten sichern. Das versetzt sie in die Lage, auch im Zusammenhang mit der Transformation erforderliche langfristige Vorhaben umzusetzen und so ihre Abläufe und Geschäftsmodelle nachhaltiger zu gestalten oder Innovationen voranzutreiben. „Fördermittel lohnen sich also nicht nur in Ausnahmezeiten", bilanzierte Beierl. **DK**

Privatbanken als wichtige Säule des LfA-Fördergeschäfts

Im Corona-bedingten Ausnahmejahr 2020 haben die in Bayern tätigen privaten Banken kleinen und mittelständischen bayerischen Unternehmen Förderkredite der LfA Förderbank Bayern in Höhe von 911 Mio. Euro zugesagt. Davon entfielen knapp 284 Mio. Euro auf eigens zur Bewältigung der Corona-Krise eingeführte oder optimierte Förderangebote. Mit insgesamt rund 2.700 Zusagen an den bayerischen Mittelstand sowie einem Anteil von mehr als einem Drittel am gesamten programmgebundenen Förderkreditvolumen der LfA sind die Privatbanken ein bedeutender Partner im Fördergeschäft. **DK**

Bezirkstag Oberbayern:

Rund 1,2 Millionen Euro für Denkmalpflege

Rund 1,2 Millionen Euro hat der Kulturausschuss des oberbayerischen Bezirkstags für die Denkmalpflege in Oberbayern vergeben. Der Stadt Ingolstadt kommt dabei mit rund 192.000 Euro der größte Anteil aus dem Fördertopf zu, es folgen die Landkreise Neuburg-Schrobenhausen, Berchtesgadener Land, Landsberg am Lech und Eichstätt. Insgesamt werden heuer 2,5 Millionen Euro vergeben. Eine zweite Zuteilung erfolgt im Herbst.

In Ingolstadt erhält die INKo-Bau GmbH & Co. KG, eine Tochterfirma der Stadt, für drei Sanierungsabschnitte am Georgianum jeweils den höchstmöglichen Fördersatz von 50.000 Euro. Es handelt sich dabei um die Kapelle, das Kollegiengebäude sowie um ein Gebäude in der Goldknopfgasse des aus dem 15. Jahrhundert stammenden Anwesens. Mit rund 23.000 Euro fördert der Bezirk an einem in der Altstadt gelegenen Gebäudekomplex die Sanierung eines früheren Pferdestalls und einer ehemaligen Seifensiederei.

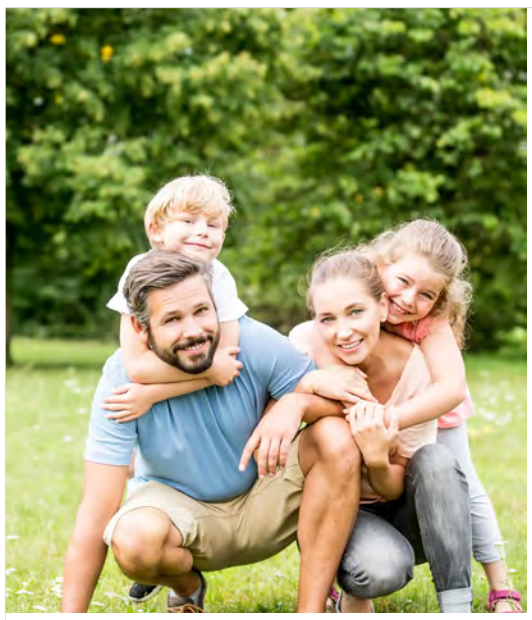
Neuburg-Schrobenhausen

Im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen unterstützt der Bezirk Oberbayern die Denkmalpflege mit rund 134.000 Euro. Davon sind 47.000 Euro für die Sanierung des Pfarrhofs im ehemaligen Kirchdorf Hohenried (Gemeinde Brunnen) eingeplant. Rund 32.000 Euro bekommt ein bekanntes Schloss im Landkreis, an dem der Glockenturm instandgesetzt wird. An die Gemeinde Waidhofen gehen rund 7.200 Euro für die Erneuerung der nördlichen Friedhofsmauer.

Rund 132.000 Euro gibt der Bezirk für die Denkmalpflege im Landkreis Berchtesgadener Land aus. Zu den geförderten Objekten zählt das als Heimatmuseum genutzte Schloss Adelsheim in Berchtesgaden, an dem das Dach erneuert wird. Dafür erhält der Landkreis als Besitzer des Anwesens 50.000 Euro. Einen Zuschuss von 50.000 Euro für ein neues Dach bekommt auch die Filialkirche St. Leonhard in Holzhausen (Gemeinde Teisendorf). Die Gemeinde Bischofswiesen darf sich über 1.700 Euro für die bauhistorische Untersuchung der Befestigungsmauer am Hallthurm freuen.

Die Denkmalpflege im Landkreis Landsberg am Lech wird mit 99.000 Euro unterstützt. Davon fließt der größte Teil in den Erhalt von Kirchen und Kapellen. So gehen 33.000 Euro an die Pfarrkirche St. Jakobus in Finning (Ortsteil Entraching), die komplett saniert wird. Die Gemeinde Vilgertshofen bekommt 4.500 Euro für den ehemaligen Pfarrhof in Issing, dessen Dachstuhl statisch gesichert wird.

Rund 98.000 Euro stellt der Bezirk Oberbayern für die Denkmalpflege im Landkreis Eichstätt zur Verfügung. Davon fließt der Hauptteil in die Sanierung von Baudenkmälern, die ursprünglich einem anderen Zweck dienten und heute als Wohnraum genutzt werden. Dazu gehören beispielsweise das ehemalige Benefiziatenhaus in Buxheim (rund 28.000 Euro) und die profanierte frühere Fischerkapelle in Großmehring (rund 8.000 Euro). **DK**



BESTENS ABGESICHERT

VORSORGEN MIT DER PLUSPUNKTRENTE

PlusPunktRente - die freiwillige Altersvorsorge der BVK Zusatzversorgung

Bestens abgesichert im Alter - zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente

Die PlusPunktRente bietet allen Arbeitnehmer_innen im kommunalen öffentlichen Dienst in Bayern attraktive Möglichkeiten

✓ STAATLICH GEFÖRDERT
✓ FLEXIBLE BEITRAGSGESTALTUNG
✓ SICHERE VERSORGUNG AUS EINER HAND

Fordern Sie unverbindlich ein Angebot an -
mit dem QR-Code oder über www.pluspunktrente.de

KENNEN SIE SCHON UNSER NEUES VERSICHERTENPORTAL?
www.bvk-zusatzversorgung.de/Versicherte-Rentner/Versichertenportal

Folgen Sie uns bei Social Media
BVK Kommunales Versorgungswesen

BVK Bayerische Versorgungskammer
ZUSATZVERSORGUNG

Energieminister Aiwanger:

Fokus auf Versorgungs- und Planungssicherheit

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger hat sich erleichtert über den Ausgang des Bürgerentscheids zur Windenergie im Ebersberger Forst gezeigt. Eine knappe Mehrheit der Wähler im Landkreis Ebersberg hatte dem Bau von fünf Windkraftanlagen zugestimmt.

Der Staatsminister bezeichnete dies als „gutes Signal für den Ausbau der Windkraft in Bayern". Das Ergebnis werde neuen Projekten mit sauberer Energie einen Schub geben. Die Windenergieanlagen im Ebersberger Forst werden ein Fünftel aller Haushalte in Kreis Ebersberg mit regenerativer Energie versorgen. Zudem können die Bürger und Kommunen in die Anlagen investieren und an der Wertschöpfung beteiligt werden. Aiwanger: „Energiewende mit Wertschöpfung vor Ort, das ist der richtige Weg. Unsere Windkümmerer stehen bereit, um neue Energieprojekte zu unterstützen."

Erneut hat sich der Freistaat zudem für die Zukunft der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) eingesetzt. In einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier wandte sich Aiwanger gegen „deutlich überzogene Anforderungen der EU-Taxonomie an gasbetriebene Kraftwerke und KWK-Anlagen". Bayerns Energieminister bat den Bundeswirtschaftsminister nachdrücklich, dass die Bundesregierung ihren Einfluss in Brüssel geltend macht, damit die Anforderungen angepasst werden.

Wie Aiwanger hervorhob, „ist Kraft-Wärme-Kopplung ein unverzichtbarer Bestandteil der Versorgungssicherheit im Rahmen der Energiewende. Sie schließt aktuell die Lücke in der Energieerzeugung, die der Atom- und Kohleausstieg verursacht. Investitionen in KWK-Anlagen sind daher dringend notwendig. Dafür ist Planungssicherheit für Investoren, Anlagenhersteller und Betreiber besonders wichtig." Überzogene Anforderungen an CO2-Grenzwerte für gasbetriebene Kraftwerke und KWK-Anlagen seien kontraproduktiv. Anlagen, die mittelfristig mit Wasserstoff CO2-neutral betrieben werden, müssten als nachhaltig klassifiziert werden.

Laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft gibt es in Bayern insgesamt 8.325 öffentliche Ladestationen für Elektrofahrzeuge, so viele wie in keinem anderen Bundesland. Von Dezember 2019 bis Februar 2021 ist diese Zahl außerdem um 47 Prozent gestiegen. Das bayerische Wirtschaftsministerium hat seit 2017 mit einem eigenen Förderprogramm die Einrichtung öffentlicher Ladestellen finanziell unterstützt. Mit den fünf Förderaufrufen konnte der Aufbau von gut 2.100 Ladesäulen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von über 28 Millionen Euro unterstützt werden.

Nach Aiwangers Worten „bringt unser bayerisches Förderprogramm einen großen Mehrwert. Seit Ende 2018 sind mit 22,7 Millionen Euro rund 1.600 neue Ladepunkte entstanden. Bis Ende 2023 investieren wir mit der Hightech Agenda weitere 15 Millionen Euro für den Ausbau der Ladestationen. Ein weiterer Impuls kommt aus unserem Kompetenzzentrum Elektromobilität: Hier erhalten Unternehmen, Politik und öffentliche Verwaltung Beratung und Hilfe aus erster Hand. Ein praktisches Tool für die Autofahrerinnen und Autofahrer ist schließlich der von uns geförderte Ladeatlas Bayern. Hier sind alle öffentlichen Ladestationen nahezu vollständig eingezeichnet. Andere reden, wir handeln, deshalb weisen wir auf unsere großen Fortschritte beim Ausbau der Elektromobilität hin und treiben gleichzeitig auch Wasserstoff voran. Meine Devise ist, das eine zu tun ohne das andere zu lassen."

Holzbau hat Zukunft

Gemeinsam mit Forstministerin Michaela Kaniber hat sich der bayerische Energieminister zudem für eine Stärkung der Wertschöpfungskette Holz ausgesprochen. Bei einem Runden Tisch zum Holzmarkt erklärte Aiwanger: „Holzbau hat Zukunft und ist Klimaschutz, da CO2-Speicher. Bayerns Holzwirtschaft ist gut aufgestellt, muss aber künftig noch besser koordiniert werden. Nachhaltig erwirtschaftetes Nadelholz ist in Bayerns Wäldern in großem Umfang vorhanden. Es ist wichtig, dass Baumaterial Holz verfügbar bleibt und jeder in der Wertschöpfungskette gerecht bezahlt wird, auch der Waldbesitzer. Ich unterstütze die Forderung, dass die aktuelle Einschlagsbeschränkung für Holz dringend entschärft werden muss, wenigstens für Waldbesitzer bis 50 Hektar, um die kleinen Waldbesitzer jetzt nicht vom Holzmarkt mit steigenden Preisen auszuschließen und um den Holznachschub für Sägewerke und Zimmerer zu sichern."

Gerade im Bereich holzbasierte Bioökonomie gebe es große Potenziale für Bayern. Schließlich leiste der Forst- und Holzsektor einen großen Beitrag zum Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Wirtschaftsweise und eröffne neue, innovative Perspektiven. „Die Holzverwendung wollen wir steigern und nicht etwa reduzieren. Zusätzlich wollen wir gemeinsam mit dem Landwirtschafts- und Bauministerium die Ergebnisse aus dem Runden Tisch umsetzen", berichtete Aiwanger. **DK**

Naturstrom-Bezieher erhalten Rabatte auf Wallboxen

Jetzt noch Wallboxförderung sichern! Bis Ende August 2021 unterstützt die KfW den Kauf und Anschluss von Ladestationen für Elektroautos an privat genutzten Stellplätzen von Wohngebäuden. Der Zuschuss beträgt dabei 900 Euro pro Ladepunkt.

Wer Naturstrom Abensberg bezieht, erhält zusätzlich ab sofort einen Rabattgutschein in Höhe von fünf Prozent auf Ladeprodukte des Partners „Energielösung". Laut Andrea Kammermeier, bei den Stadtwerken Abensberg für das Naturstrom-Angebot zuständig, ist dies „ein weiterer, wichtiger Pluspunkt für unsere Kunden."

Für Interessenten ist auf www.naturstrom-abensberg.de alles Wichtige aufgelistet: Einfach auf „Wallbox-Förderung" (direkt auf der Eröffnungsseite, rechts oben) klicken, dann geht's los.

Zu den geförderten Kosten gehören der Kaufpreis einer neuen Ladestation (z. B. Wallbox) mit 11 kW Ladeleistung und intelligenter Steuerung, die Kosten für Einbau und Anschluss der Ladestation inklusive aller Installationsarbeiten und die Kosten eines Energiemanagement-Systems zur Steuerung der Ladestation. Fragen beantworten Andrea Kammermeier und Marika Brandl, Stadtwerke Abensberg. ❐



V.l.: Jürgen Eisen, Erster Bürgermeister in Illertissen, Astrid Theimer, Mitarbeiterin der Bücherei, Karin Steck, Büchereileiterin, und Helmut Kaumeier, Kommunalkundenmanagement erdgas schwaben. Bild: Guido Köninger/erdgas schwaben

1.000 Euro für Illertisser Leseratten

erdgas schwaben spendet für Stadtbücherei St. Martin

Neuen Lesestoff für kleine und große Leseratten konnte Karin Steck einkaufen. Steck ist die Leiterin der Stadtbücherei St. Martin in Illertissen. Denn erdgas schwaben hatte 1.000 Euro gespendet, und dafür gibt's jetzt neue Kinder- und Bilderbücher, Spiele, DVDs und CDs, außerdem Sachbücher und Romane.

„Unsere Bücherei ist bei den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt sehr beliebt", sagte Jürgen Eisen, Erster Bürgermeister in Illertissen, bei der offiziellen Spendenübergabe. „Zugang zu Bildung, spielerischer Wissensvermittlung und zum Lesevergnügen sind mir auch persönlich ein Anliegen. Deshalb freue ich mich ganz besonders, dass unsere Stadtbücherei von erdgas schwaben unterstützt wird und ihr Angebot erweitern kann."

erdgas schwaben unterstützt vor allem Einrichtungen für Kinder und Jugendliche

erdgas schwaben ist den Menschen in der Region seit mehr als 150 Jahren eng verbunden und übernimmt als Unternehmen soziale Verantwortung. „Im Mittelpunkt stehen dabei vor allem Einrichtungen, die Kinder und Jugendliche unterstützen – wie Büchereien", betont Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben. „Sie leisten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Bildung, sondern spielen auch eine große Rolle als Treffpunkt für Kinder und Jugendliche."

Information erdgas schwaben

Aktuell sind mehr als 200 Städte und Gemeinden an mehr als 6.500 Kilometer Gasleitungen angeschlossen. Sowohl öffentliche Einrichtungen als auch private Haushalte nutzen Leistungen von erdgas schwaben.

Ein weiteres Geschäftsfeld von erdgas schwaben ist Fahren mit Strom. Schon jetzt betreibt erdgas schwaben 24 Ladesäulen für Elektrofahrzeuge. ❐

Klimaneutrales Bayern:

Die Fläche dafür ist da!

Klimaneutralität schon in 20 bis 30 Jahren für Bayern und Deutschland: So lautet das inzwischen äußerst ambitionierte Ziel der politischen Entscheidungsträger in München und Berlin. Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW hat die Situation der Flächenverfügbarkeit für Erneuerbare Energien in Bayern von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) erneut untersuchen lassen. „Es besteht in unserem Flächenland Bayern noch ein großes Potenzial für die Nutzung Erneuerbarer Energien", so VBEW-Geschäftsführer Detlef Fischer, „doch der Ausbau müsse in den nächsten 20 Jahren sechsmal schneller vorangehen als dies in den vergangenen 20 Jahren der Fall war."

In einem Gedankenexperiment wurde der bayerische Endenergiebedarf im Jahr 2050 für Strom, Wärme und Verkehr gemäß dem FfE-Forschungsprojekt „eXtremOS" hochgerechnet. In diesem Szenario wird ein großer Teil des Verkehrs- und Wärmesektors durch effizientere Stromanwendungen ersetzt, so dass der Endenergiebedarf von heute 436 TWh auf 221 TWh im Jahr 2050 sinken kann. Diesen Energiebedarf gilt es erneuerbar zu decken, wenn man klimaneutral sein will. Rein fiktiv wurde dafür angenommen, dass der gesamte Energieverbrauch aus heimischen Erneuerbaren Energien gedeckt wird.

Szenario 100 % Windenergie

Bayern verfügt über eine Fläche von 70.550 km². In einer ersten Betrachtung wurde berechnet, welcher Flächenbedarf bei der Versorgung mit einem einzigen Erneuerbaren Energieträger zu erwarten wäre. Die theoretische Betrachtung einer Versorgung mit „100 % Windenergie" würde 4.864 km² Fläche erfordern, was jedoch mit den derzeit ausgewiesenen Flächen für die Windenergie und einer Verschärfung durch die 10H-Abstandsregelung deutlich über dem derzeit nutzbaren Potenzial liegt.

In einem Szenario „100 % Solarenergie" werden 1.693 km² Fläche benötigt, die in Form von Dach- und Freiflächen-PV-Anlagen in Bayern auch leicht verfügbar wären, jedoch gleichzeitig einen erheblichen Speicherzubau verlangen würden. Wesentlich flächenintensiver als Wind und Photovoltaik ist die energetische Nutzung der Biomasse, die im 100 % Szenario 104.254 km² und damit mehr als die Gesamtfläche Bayerns erfordern würde. „Der Anbau von Pflanzen zur vorrangigen energetischen Nutzung wäre spätestens dann nicht mehr sinnvoll, wenn ausreichend Speichermöglichkeiten der volatil anfallenden Wind- und Sonnenenergie vorhanden sind", zieht Detlef Fischer ein Zwischenfazit.

Szenario Energiemix

In einer weiteren Betrachtung wurde ein Energiemix bestimmt, mit dem Bayern klimaneutral versorgt werden kann. Dabei wurde ein Strommix aus Windstrom, Photovoltaik, Wasserkraft und Biomasse veranschlagt, zusätzlich noch Solarthermie, Geothermie und Biokraftstoffe für den Wärme- und Verkehrssektor. Ebenso wurde der Bedarf an Batterie- und Wasserstoffspeichern abgeschätzt.

Flächenpotenzial ausschöpfen

„Auch im ‚Szenario Energiemix' sieht man, dass in Bayern die Fläche für eine Energieversorgung mit 100 % Erneuerbaren vorhanden ist", fasst der VBEW-Geschäftsführer die Studienergebnisse zusammen. „Gerade beim Windstrom ist es aber auch die Aufgabe der Politik, das Flächenpotenzial nicht wie heute durch einengende Vorgaben künstlich niedrig zu halten, denn ohne Windstrom wird die Energiewende auch in Bayern nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand funktionieren", so Detlef Fischer. ❐



Stromleitungen tauchen unter der Isar ab

Die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) hat auf der Baustelle am Isarufer in Plattling die laufenden Maßnahmen zur Stärkung des regionalen Verteilnetzes in der Region vorgestellt. Insgesamt fließen rund 4,7 Millionen Euro in neue Mittelspannungsverbindungen mit einer Länge von etwa 18 Kilometern. Zur Verbesserung der örtlichen Infrastruktur und zur künftigen Integration erneuerbarer Energien setzt die Firma Streicher als Baupartner erstmals in Bayern eine vollkommen neue Technik ein, um die Isar zu unterqueren.

Die Spülbohrung ist Teil einer gesamtheitlichen Aufwertung des regionalen Verteilnetzes in Plattling und Umgebung. „In mehreren Bauabschnitten verlegen wir zwischen dem Umspannwerk in der Nelkenstraße und Breitfeld auf der anderen Isar-Seite zusammen mit den Stadtwerken und lokalen Partnern rund 18 Kilometer Mittelspannungskabel. Ein erheblicher Teil der Strecke wird in Rohren verlegt. Das erleichtert die spätere Instandhaltung und möglichen Reparaturaufwand“, sagte Fabian Brunner, Netzbauleiter im Bayernwerk-Kundencentergebiet Vilshofen. Mit den neuen 20-Kilovolt-Leitungen wird die regionale Energieversorgung in Plattling zukunftssicher. In Ergänzung werden auf beiden Seiten der Isar zwei moderne Trafostationen installiert.

Bohranlage mit neuartiger Technik

„Die für die Installation der Versorgungsleitungen notwendigen unterirdischen Rohre werden in den Teilbereichen, bei denen keine offene Bauweise mit einem Rohrgraben möglich ist, im sogenannten Horizontalspülbohrverfahren verlegt“, erklärte Boris Böhm von der Firma Streicher. Das in Plattling eingesetzte Spezialgerät bohrt in bis zu 20 Meter Tiefe unter der Isar einen rund 500 Meter langen Bohrkanal. Die Bohranlage ist die erste ihrer Art, die ohne ein Dieselaggregat, also direkt mit grünem Strom aus der Steckdose betrieben wird. Der Bohrer erfüllt mit einem Elektroantrieb höchste Anforderungen an Sicherheit, Umweltschutz und Effizienz.

Moderner Netzknoten

Die Verbindung unter dem Fluss dient in Zukunft vor allem der Einspeisung und Verteilung der zunehmend vor Ort produzierten Sonnenenergie. „Mit der Verbesserung der örtlichen Netzinfrastruktur werten wir das Umspannwerk Plattling als modernen Netzknoten zusätzlich auf, um regenerativ erzeugten Strom vor Ort besser aufzunehmen und Kunden vor Ort mit grünem Strom zu versorgen“, sagte Netzbauleiter Fabian Brunner. Insgesamt werden rund 4,7 Millionen Euro für den Netzausbau in Plattling aufgewendet.

Im gesamten Bayernwerk-Netzgebiet speisen mehr als 300.000 dezentrale Energieanlagen ins Netz ein. Die steigende Zahl der Anlagen und die wachsende Einspeisemenge sind eine große Herausforderung für den Netzbetrieb. Insbesondere der hohe PV-Anteil im regionalen Verteilnetz mit einem Schwerpunkt in Niederbayern führt bei starkem Sonnenschein dazu, dass die eingespeisten Strommengen den örtlichen Strombedarf deutlich übersteigen. Wenn in diesen Momenten die Kapazität im regionalen Verteilnetz zur Aufnahme des PV-Stroms nicht ausreicht, muss überschüssiger Strom in die höhere Transportnetzebene abgegeben werden. Dazu ist eine leistungsstarke Netzstruktur und Umspannwerke als Schnittpunkte zwischen den unterschiedlichen Spannungsebenen erforderlich.

Beim bisherigen PV-Rekord in diesem Jahr im Bayernwerk-Netz wurden am 6. März knapp 6.000 Megawatt Sonnenstrom im Verteilnetz aufgenommen. Das entspricht der Leistung von etwa sieben konventionellen Kraftwerken. Rund die Hälfte konnte regional nicht verteilt und musste zum Transport in das nationale und internationale Übertragungsnetz abgegeben werden. ❒



Netzbau unter der Isar mit einem Spezialbohrer: Vertreter von der Bayernwerk Netz, der Firma Streicher und der Stadtwerke in Plattling auf der Baustelle. Zur Stärkung des Stromnetzes in Plattling und zur künftigen Integration erneuerbarer Energien werden Leitungen unter der Isar verlegt. Bild: Bayernwerk

Bundestag empfiehlt „orangen“ Wasserstoff

Die Bundesregierung beschloss kürzlich eine Verordnung zur Umsetzung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2021 und zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften. Kern der Änderungsverordnung ist die Konkretisierung der EEG-Umlagebefreiung von grünem Wasserstoff. Der Umweltausschuss des Deutschen Bundestages hat neben grünem Wasserstoff nun auch eine Empfehlung für „orangen“ Wasserstoff ausgesprochen.

Künftig sollen kommunale Unternehmen auch Wasserstoff direkt aus Biomasse oder mit Strom aus Müllheizkraftwerken gewinnen dürfen. Damit verbessern die Parlamentarier den Regierungsentwurf für ein „Gesetz zur Weiterentwicklung der Treibhausgasminderungsquote“.

Darüber hinaus können kommunale Unternehmen auch fossile Primärtreibstoffe durch „orangen Wasserstoff“ ersetzen und damit ihren immer weiter wachsenden Fuhrpark aus Nutzfahrzeugen wie Bussen, Abfallsammelfahrzeugen, Großkehrmaschinen oder LKW mit klimafreundlichen Brennstoffzellen auch gleich noch mit „regionalem Kraftstoff“ betanken.

Zudem sind Biogas und Wasserstoff Energiespeicher, die mehr Flexibilität in das Energiesystem bringen: Ihre Erzeugung und Nutzung als Speicher kann einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten, um die Stromnetze zu stabilisieren.

VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing begrüßt die Entscheidung des Umweltausschusses: „Oranger Wasserstoff ist, wie grüner, eine wichtige Chance für den Klimaschutz – gerade im Verkehrssektor, der bei dieser Generationenaufgabe noch hinterherfährt. Damit verbessert die Koalition den Gesetzesentwurf erheblich und gibt dem Klimaschutz im Verkehrssektor neuen Schub.“

Für klimaneutrale Kommunen würden sektorübergreifende Strategien benötigt, die offen für neue Technologien sind und auf Pragmatismus statt Denkverbote setzen, so Liebing. „Die neuen Klimaziele erreichen wir nur, wenn wir alle lokalen Potenziale für eine klimaschonende Energieversorgung heben: auch jenes von Wasserstoff, der aus Strom bei der thermischen Abfallverwertung oder direkt aus Biomasse entsteht.“ Der Bundestag könne kommunalen Unternehmen nun die nötige Rechts- und Planungssicherheit geben, um verstärkt in die lokale Wasserstoffproduktion zu investieren. Dabei müssten unbedingt verschiedene Formen von dekarbonisiertem bzw. CO2-freiem Wasserstoff genutzt werden können.

Details soll eine Verordnung regeln, an der das Parlament beteiligt wird. Auch soll das Regelwerk alle zwei Jahre evaluiert werden. Beides ist aus VKU-Sicht sinnvoll: Der Bundestag berücksichtige damit sowohl die gesellschaftliche Bedeutung als auch den raschen technologischen Fortschritt. **DK**

VERBUND AG:

Wasserkrafterzeugung unter Vorjahresniveau

Aufgrund einer im Vergleich zum Vorjahr gesunkenen Stromerzeugung aus Wasserkraft, die auf eine niedrigere Wasserführung zurückzuführen ist, ist das Ergebnis der österreichischen VERBUND AG im ersten Quartal leicht rückläufig. Die für ihr Geschäft maßgeblichen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich dagegen in den vergangenen Monaten trotz COVID-19-Krise weiter verbessert.

So erhöhten sich die Großhandelspreise für Strom, ein wesentlicher Werttreiber für die Geschäftsentwicklung von VERBUND, aufgrund der steigenden Preise für CO2-Zertifikate. „Das starke Bekenntnis der EU-Mitgliedstaaten zu einer umfassenden Dekarbonisierung des Energiesystems wirkt dabei unterstützend“, heißt es einer Mitteilung des Energieversorgers. Diese positive Entwicklung unterstütze das Geschäftsmodell von VERBUND „und ermöglicht uns ein ambitioniertes und nachhaltiges Investitionsprogramm in den kommenden drei Jahren umzusetzen“.

Der Schwerpunkt der Investitionen liege unter anderem im weiteren Ausbau der heimischen Wasserkrafterzeugung und im Ausbau der neuen, erneuerbaren Stromproduktion. Zudem würden neue Anwendungsfelder besetzt, die maßgeblich zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende in den kommenden Jahren beitragen. Dies betreffe beispielhaft die Entwicklung eines grünen Wasserstoffsystems, die Forcierung der Elektromobilität und die Entwicklung von Speichersystemen.

Der Erzeugungskoeffizient der Laufwasserkraftwerke betrug im ersten Quartal 2021 0,99 und lag damit um 1 Prozentpunkt unter dem langjährigen Durchschnitt und um 10 Prozentpunkte unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Auch die Erzeugung der Jahresspeicherkraftwerke war im Quartal 1/2021 marktbedingt deutlich rückläufig. Insgesamt lag die Erzeugung aus Wasserkraft um 11,2 % unter dem Vorjahresniveau.

Positiv auf die Ergebnisentwicklung wirkten hingegen die deutlich gestiegenen Spotmarktpreise auf dem Großhandelsmarkt für Strom. Die Terminmarktpreise waren im relevanten Betrachtungszeitraum hingegen rückläufig. Der erzielte durchschnittliche Absatzpreis im Bereich der Eigenerzeugung aus Wasserkraft konnte um insgesamt 1,7 Euro/MWh auf 47,6 Euro/MWh gesteigert werden.

Ein wichtiger Umsetzungsschritt der VERBUND-Strategie war der Beschluss zur Umsetzung der Projekte Limberg III mit einer Leistung von 480 MW in Salzburg sowie Reißeck2+ mit einer Leistung von 45 MW in Kärnten. VERBUND investiert mehr als eine halbe Milliarde Euro in den Bau beider Projekte. Neben der besonderen energiewirtschaftlichen Bedeutung für eine nachhaltige und sichere Stromversorgung stellt die Umsetzung nach eigenen Angaben „auch einen gewaltigen Schub für die heimische Wirtschaft dar, um die COVID-19-bedingte Wirtschaftskrise zu überwinden“. **DK**

Energie aus Wasserkraft ist im öffentlichen Interesse

VWB und LVBW fordern, energiewirtschaftliche Belange der Wasserkraft stärker zu berücksichtigen

Zwei aktuelle Anlässe untermauern einmal mehr, dass die Erzeugung von Strom aus Wasserkraft grundsätzlich im öffentlichen Interesse steht und als solches in genehmigungsrechtlichen Entscheidungen berücksichtigt werden muss. Ende April jährte sich das Reaktorunglück von Tschernobyl zum 35. Mal. Es erinnert daran, dass jede regenerativ erzeugte Kilowattstunde Strom den Bedarf an Energie aus Atomkraft und damit einhergehende Risiken verringert. Dazu kommt ein aktueller EU-Beschluss: Anstatt 40 Prozent soll der Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 nun um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 in den EU-Staaten reduziert werden.

„Hierfür ist es sinnvoll und notwendig, bestehende und bewährte Erneuerbare-Energien-Technologien zu nutzen“, appelliert Hermann Steinmaßl, Vorstand der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. „Das Potenzial von Wasserkraftanlagen, die stabil und zuverlässig CO2-freien Strom liefern, sollte ausgeschöpft werden“.

Wie schon Gerichtsurteile, zum Beispiel in Rheinland-Pfalz, bestätigt haben, ist der Kleinwasserkraft ein „gewichtiges“ beziehungsweise „übergeordnetes“ öffentliches Interesse zuzubilligen. Die klimafreundliche Energiegewinnung ist im Interesse der Allgemeinheit (s.u. Link zum Fachaufsatz des Juristen Dr. Fabio Longo). So ist auch in dem Ende 2019 verabschiedeten Bayerischen Aktionsprogramm Energie der Bayerischen Staatsregierung ein „Träger öffentlicher Belange – Wasserkraft“ mit der dazugehörigen Bekanntmachung zur Berücksichtigung energiewirtschaftlicher Belange vorgesehen.

Konkrete Taten angemahnt

„Das begrüßen wir sehr, allerdings sollten dem Plan nun bald konkrete Taten folgen“, mahnt Hans-Peter Lang, Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG. Besonders das Öffentliche Interesse für die Wasserkraft endlich festzuschreiben, ist von großer Bedeutung. „Die positiven Effekte der Wasserkraft – neben der klimaschonenden Stromerzeugung sind dies beispielsweise die Grundlastfähigkeit und der Hochwasserschutz – sollen endlich mit anderen Interessen auf Augenhöhe angemessen abgewogen werden.“

Sauberer Strom aus Wasserkraft anstatt Gefahren durch Atomenergie

Die Auswirkungen der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl sind bis heute nicht nur in der Region selbst, sondern auch in Bayern sichtbar. Einen Beweis hierfür liefert der Bayerische Jagdverband (BJV).

1986 waren die in die Atmosphäre gelangten radioaktiven Stoffe durch den Wind bis nach Europa gelangt und kontaminierten durch Niederschlag auch diverse Regionen in Bayern. Der BJV misst die radioaktive Belastung in einem Netz von Radiocäsium-Messstationen. „In den sogenannten Fallout-Regionen – englisch Atomstaub – sind Wildschweine bis heute radioaktiv belastet“, schreibt der Jagdverband in einer Pressemitteilung zum 35. Jahrestag von Tschernobyl. Er führt dies auf die Lebensgewohnheiten von Wildschweinen zurück. Sie suchen ihre Nahrung wie Pilze und Wurzeln im Boden.

„Der Jahrestag von Tschernobyl macht uns alljährlich auf die Risiken der Atomkraft aufmerksam – ein weiterer Appell, regenerativ erzeugten Strom zu nutzen“, resümiert Steinmaßl vom VWB. „Ein Öffentliches Interesse der Wasserkraft in Bayern ist in jeder Beziehung ein Schritt in die richtige Richtung!“ ❒



Kleine Wasserkraftanlagen erzeugen klimafreundlich und zuverlässig Strom. Bild: Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern



Nahwärmenetz Trabitz:

Heizöl war gestern

Die Bürger-Energiegenossenschaft West und die NEW – Neue Energien West eG aus Grafenwöhr haben in der Oberpfälzer Gemeinde Trabitz ein Nahwärmenetz realisiert. Anfangs waren die Bürger skeptisch – was sagen sie heute?

Das Örtchen Trabitz liegt idyllisch zwischen Wiesen und Wäldern an den Ausläufern des Oberpfälzer Walds. Nur rund einen Kilometer entfernt, läuft im Ortsteil Blankenmühle eine Biogasanlage, die mit 1,8 Megawatt elektrisch installierter Leistung nicht nur Strom, sondern auch ausreichend Wärme produziert, um damit gut und gerne 70 Haushalte zu versorgen. Was liegt da näher, als das Gute mit dem Nützlichen zu verbinden und die Trabitzer Häuser an die Heizzentrale der Biogasanlage in Blankenmühle anzuschließen? Früher bullerten in vielen Trabitzer Ein- und Zweifamilienhäusern alte Ölheizungen. Heute ist alles anders – zumindest was die Wärmeversorgung angeht. Ende 2019 ging das 6.600 Meter lange Nahwärmenetz in Betrieb, das von der Bürger-Energiegenossenschaft West aus Grafenwöhr getragen wird. Seitdem kommt die Energie für Heizung und Warmwasser von der Biogasanlage – klimafreundlich und zu 100 Prozent aus erneuerbaren Rohstoffen. Rund 384.000 Liter Heizöl sparen die Trabitzer auf diese Weise jährlich ein.

Mittlerweile ist das Nahwärmenetz Trabitz den zweiten Winter in Betrieb und funktioniert auch bei frostigen Temperaturen tadellos, wie in diesem Februar bei weit unter minus zehn Grad. „In ihrem ersten strengen Winter hat die Anlage ihren Härtetest bestanden, sie funktioniert zu 100 Prozent. Alle Abnehmer konnten zuverlässig mit Wärme versorgt werden. Wir haben sogar noch Kapazitäten, das hat sich gerade in dieser Kälteperiode gezeigt“, sagt Udo Greim, der zusammen mit Johann Mayer sowohl der Bürger-Energiegenossenschaft West eG vorsteht als auch die Geschäfte der Nahwärmenetz Trabitz GmbH führt.

Genossenschaftliche Nahwärme immer beliebter

In Trabitz kam das Nahwärmenetz für viele Hausbesitzer rechtzeitig. Sie hätten ohnehin in absehbarer Zeit ihre alten Ölheizkessel für teures Geld gegen moderne Anlagen ersetzen müssen. §72 des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) schreibt vor, dass mit Öl oder Gas betriebene Heizkessel, die ab 1991 in Betrieb genommen worden sind, spätestens nach 30 Jahren ausgetauscht werden müssen.

Mit dem Nahwärmenetz hat sich der Austausch der Heizkessel erledigt. Die alten Anlagen mit den raumgreifenden Öltanks wurden ausgebaut. Stattdessen wurden in den Trabitzer Häusern eine Übergabestation für die Nahwärme und ein Pufferspeicher mit 1.000 Liter Volumen installiert. Sie benötigen zusammen in etwa so viel Platz wie vorher die Heizung ohne Tank. Die Geruchsbelästigung durch Heizöl und der Lärm des Ölbrenners gehören seitdem der Vergangenheit an. Abgesehen davon gewinnen die Hausbewohner einen ganzen Raum, weil es keinen Heizöltank mehr gibt. „Für die Bürger ist das bequem. Sie müssen nicht mehr daran denken, rechtzeitig vor dem Winter Heizöl zu kaufen, und sie brauchen auch keinen Kaminkehrer mehr“, ergänzt Vorstand Udo Greim. Auch die Anfang des Jahres eingeführte CO2-Steuer auf Heizöl mit einem Preisaufschlag von rund acht Cent pro Liter in 2021 lässt die Trabitzer kalt.

Stattdessen zahlen die Abnehmer brutto pro Monat einen Grundpreis von 30 Euro und einen Arbeitspreis von sechs Cent pro Kilowattstunde (kWh). Für den Wärmemengenzähler fallen noch einmal 50 Euro pro Jahr an. Wer bis zu einem Stichtag kurz vor Baubeginn im Frühjahr 2019 den Vertrag unterschrieben hatte, dem berechnete die Nahwärmenetz Trabitz GmbH & Co. KG einen vergünstigten Anschlusspreis von 5.000 Euro. Eine neue Heizung wäre die Hausbesitzer sowohl bei der Investition als auch bei den Heizkosten ziemlich sicher teurer gekommen. Grob geschätzt müssen Hausbesitzer beim Betrieb einer Ölheizung im Jahresdurchschnitt mit rund 150 Euro Heizkosten pro Monat rechnen – die Wartung nicht inbegriffen. „Mit unserer Nahwärme fahren die Anschließer sehr günstig“, sagt Bernhard Schmidt. Der Geschäftsführer der NEW eG ist beim Betrieb des Nahwärmenetzes neben Greim und Mayer federführend.

Anfangs große Zurückhaltung bei den Bürgern

Trotzdem rannten Greim, Mayer und Schmidt beileibe keine offenen Türen bei den Trabitzern ein. „Am Anfang war die Zurückhaltung sehr groß, obwohl sich Bürgermeisterin Carmen Pepiuk von Beginn an sehr für das Projekt starkgemacht hat. Viele hatten Bedenken, weil die Verträge über zehn Jahre laufen“, berichtet Greim. In den Verträgen ist auf der Basis von Indexwerten bis ins Detail geregelt, wie sich die Preise für die Nahwärme gestalten. Das sorge zwar für Transparenz, lasse aber keinen Spielraum für Verhandlungen zu, sagt Greim. „Sobald die Verträge unterschrieben sind, gibt es keine Möglichkeit mehr, wie beim Heizöl die Preise bei mehreren Händlern zu vergleichen, um dann beim günstigsten Angebot zuzuschlagen.“ Das habe viele Hausbesitzer erst einmal zögern lassen.

Auf alle Fragen eine Antwort

Auf alle Fragen der Trabitzer hatten Greim, Mayer und Schmidt eine passende Antwort. Dank ausreichend großer Pufferspeicher in den Häusern und in der Heizzentrale muss niemand frieren, selbst wenn die Biogasanlage mal einen Tag lang keine Wärme liefert. Außerdem wurde ein Ölbrenner mit einem Megawatt Leistung als Reserve installiert, der im Notfall sofort einspringt. „Damit können wir bei Bedarf auch die Biogasanlage wieder auf Betriebstemperatur bringen, falls der mikrobakterielle Vergärungsprozess im Fermenter einmal stoppen sollte“, sagt Greim. Die Hausbesitzer dürfen im Winter auch weiter ihren Kamin oder Kachelofen anschüren, solange diese auf das Jahr gerechnet nicht mehr als 30 Prozent des Gesamtwärmebedarfs decken.

Nicht zuletzt denken Greim, Mayer und Schmidt über den Tag hinaus, um die Wärmepreise langfristig stabil zu halten. Dabei spielte ihnen eine günstige Gelegenheit in die Hände: Die bisherigen Betreiber der Biogasanlage in Blankenmühle, die beiden Landwirte Markus Schreglmann und Gerhard Thurn sowie der Steuerberater Klaus Hars, boten die Anlage vor einigen Monaten zum Kauf an. „Da haben wir natürlich zugeschlagen. Das erhöht unsere Planungssicherheit“, sagt Schmidt. Ähnlich wie für das Nahwärmenetz wurde für den Betrieb der Biogasanlage die Energiehof Blankenmühle GmbH & Co. KG gegründet, hinter der die NEW eG und die Bürger-Energiegenossenschaft West eG als Gesellschafter stehen. Die beiden Landwirte werden die Anlage weiterhin mit Biomasse versorgen und auch das Substrat nach der Vergärung abnehmen, um es auf ihren Feldern auszubringen.



Symbolischer Spatenstich im Juli 2019: Die Bürger-Energiegenossenschaft West eG investierte insgesamt 1,9 Millionen Euro in das 6.600 Meter lange Nahwärmenetz Trabitz.

Bild: Neue Energien West eG/Enerpipe GmbH

Doch zurück ins Jahr 2019: Mit Unterstützung der Bürgermeisterin, viel Geduld und guten Argumenten gelang es Greim und seinen Mitstreitern, bei den Trabitzer Bürgern Vertrauen zu schaffen und immer mehr von ihnen von den Vorteilen der Nahwärme zu überzeugen. „Sobald die ersten unterschrieben haben, haben die anderen nachgezogen“, berichtet Greim. Ausschlag gebend war das Argument, dass die NEW eG und die Bürger-Energiegenossenschaft seit zehn Jahren ein verlässlicher Partner vor Ort sind und schon viele Projekte gestemmt haben. „Das offene, persönliche Gespräch mit den Bürgern ist ganz, ganz wichtig“, spricht Greim aus Erfahrung. Dafür müsse jede Genossenschaft, die ein Nahwärmenetz plane, genügend Zeit einplanen – mindestens ein Jahr, besser sogar eineinhalb bis zwei Jahre. „Lieber einmal mehr mit den Hausbesitzern sprechen als einmal zu wenig. Sobald am Stammtisch falsche Informationen oder Gerüchte kursieren, bekommt man die ganz schwer wieder eingefangen.“

Letztendlich lief aber alles reibungslos und zur vollsten Zufriedenheit von Bürgermeisterin Carmen Pepiuk. „Ich habe bisher keine einzige negative Meldung von den Bürgern vernommen. Ich bin sehr dankbar, dass wir das Nahwärmenetz zusammen mit der Bürger-Energiegenossenschaft realisieren durften. Das war ein richtiger Schritt, einfach eine tolle Sache“, lobt Pepiuk. Sie kann sich vorstellen, das Nahwärmenetz zu erweitern oder mit der Genossenschaft weitere Nahwärmenetze in anderen Ortsteilen zu realisieren. Pepiuk: „Die Bürger dort scharren schon mit den Hufen.“ ❐

Prof. Dr. Siegfried Balleis:

Wasserstoff – Der Schlüssel zur Dekarbonisierung unserer Wirtschaft

Um den Klimawandel abzumildern und die Umweltzerstörung zu stoppen, ist ein Kurswechsel dringend erforderlich. Unter dem Titel „Wasserstoff – Der Schlüssel zur Dekarbonisierung unserer Wirtschaft“ beschreibt Prof. Dr. Siegfried Balleis, Honorarprofessor an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, und Oberbürgermeister a.D. der Stadt Erlangen, wie die Transformation in Teilen gelingen kann. Der nachfolgende, redaktionell stark gekürzte Beitrag ist Teil der HSS-Publikation „Bekenntnisse zur Verantwortung für die Umwelt“, herausgegeben von Markus Ferber und Henning Kaul. Darin beschreiben Politiker, Wissenschaftler, Vertreter aus Wirtschaft und Kirche, wie sie Verantwortung übernehmen.

In der seit Jahren andauernden Diskussion um die Überschreitung der Grenzwerte für Stickoxide in 90 deutschen Städten wird immer stärker der Ruf nach einer Verkehrswende laut. Dabei wird immer deutlicher gefordert, möglichst regenerative Energiearten zur Anwendung zu bringen. Im Mittelpunkt der Bemühungen steht dabei das Thema Elektromobilität, das von der Bundesregierung sehr stark vorangetrieben wird.

Leider wurde, von wenigen Ausnahmen abgesehen, dem Einsatz der Wasserstofftechnologie bislang zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei könnte der Einsatz von Wasserstoff ein wichtiges Element der Sektorkopplung zwischen Energiewende einerseits und Verkehrswende andererseits darstellen. Viele sehen im Aufbau einer funktionsfähigen Wasserstoffwirtschaft sogar den Schlüssel zu einer Dekarbonisierung unserer Wirtschaft insgesamt.

Der Einsatz des Wasserstoffs im Bereich der Mobilität ist keine brandneue Innovation, sondern hat in Deutschland bereits eine gewisse, allerdings überschaubare Tradition. So hat beispielsweise BMW bereits vor 20 Jahren die Wasserstofftechnologie bei Fahrzeugen eingesetzt und auch in der Stadt Erlangen ist bereits 1996 ein Bus mit Wasserstoffantrieb ein halbes Jahr ohne Probleme im Linienbetrieb unterwegs gewesen. Allerdings wurde damals der Wasserstoff in einem Verbrennungsmotor eingesetzt. Aber bereits fünf Jahre später hat man auch einen Brennstoffzellenbus sechs Wochen lang in Erlangen im Linienbetrieb ohne Probleme getestet.

Der enorme Vorteil dieser Technologie besteht darin, dass sie absolut emissionsfrei ist, da als „Verbrennungsprodukt“ des Wasserstoffs mit Luft bzw. Sauerstoff nur Wasserdampf entsteht. Im Gegensatz zur Elektromobilität, bei der ein enormer Ressourcenaufwand für die Herstellung der Batterien im Rahmen einer aufwendigen Lithiumgewinnung erforderlich ist, ist die Herstellung von Brennstoffzellen wesentlich günstiger und vor allen Dingen ist man dabei nicht von strategisch knappen Ressourcen wie Lithium abhängig.

Ein weiterer Vorteil des Einsatzes der Wasserstofftechnologie gegenüber der batteriebasierten Elektromobilität besteht hinsichtlich der Reichweite der mit dieser Technologie angetriebenen Fahrzeuge. Während das Gewicht des zu transportierenden Wasserstoffs und der für den Antrieb benötigten Brennstoffzelle deutlich geringer ist als das Gewicht der heutigen Verbrennungsfahrzeuge, erfordert die Elektromobilität zur Erreichung von Reichweiten von 400 bis 500 km ein Batteriegewicht von nahezu einer halben Tonne, die quasi als „tote Last“ mitgeschleppt werden muss.

Dass die Wasserstofftechnologie aber auch unabhängig vom Thema Mobilität Einsatzfelder hat, wurde bereits im Jahr 2016 gezeigt, als die erste netzgebundene LOHC-wasserstoff-basierte Stromspeicheranlage in Betrieb genommen wurde. Dieses System bietet die Möglichkeit der Langzeitspeicherung und kann ebenfalls als Kurzzeitspeicher genutzt werden.

Mit der Veröffentlichung der bayerischen Wasserstoffstrategie durch die Bayerische Staatsregierung am 29. Mai 2020 hat der Freistaat Bayern bereits im Frühsommer 2020 ein klares Bekenntnis zur Wasserstoffwirtschaft abgelegt. Damit ist er seiner Pionierrolle im Bereich Umwelt treu geblieben, zumal Bayern bereits 1970 weltweit das erste Umweltministerium installiert hat. Somit kann man mit Fug und Recht feststellen, dass der Freistaat Bayern zur umweltpolitischen Avantgarde zählt. Dies hat er u. a. auch dadurch bewiesen, dass er bereits im Spätsommer 2019 das Bayerische Wasserstoffzentrum in Nürnberg errichtet hat.

Der komplette Beitrag ist unter https://t1p.de/2wk9 abrufbar. **DK**







Vorher – nachher: In nur einem Tag wurde die Verkehrsfläche wieder hergestellt. Nach weiteren 24 Stunden Aushärtungszeit wurde der Weg für den Verkehr ohne Einschränkungen freigegeben. ❐

Panmax Tour 2021:

Straßensanierung mit Nanotechnologie

GZ vor Ort bei Informationstag in Gilching

Mit steigenden Temperaturen werden auch die Tiefbauer wieder aktiv. Die Panmax GmbH mit Sitz im oberbayerischen Lengdorf eröffnete im April die Saison mit vier Straßensanierungen in Tuntenhausen, Buxheim, Gilching und Rohrdorf. Dabei kam eine besonders umweltschonende Sanierung, nämlich die Stabilisierung von Straßenkörper und Tragschichten mit Nanopartikeln und handelsüblichem Zement, zum Einsatz. Im Rahmen eines Ortstermins in der Gemeinde Gilching (Landkreis Starnberg) konnte sich die Bayerische GemeindeZeitung davon überzeugen, wie dieses intelligente Verfahren durchgeführt wird.

Konkret lautete die Herausforderung, den beliebten Krautgartenweg in kürzester Zeit auf Vordermann zu bringen. Der nicht ausreichend tragfähige Unterbau der Straße befand sich laut Panmax-Geschäftsführer Andreas M. Paulus in einem desolaten Zustand, weshalb bereits einen Tag vor den Hauptarbeiten ein Vorfräsen erforderlich wurde. Wochen zuvor waren bereits Bodenproben entnommen worden, um damit das exakte Mixverhältnis von Bodenmaterial, Zement und Nanopolymer festzulegen.

Wiederherstellung der Fläche in nur einem Tag

Nach dem Vorfräsgang, der bei zu großen Niveauunterschieden der Wegoberfläche gewählt wird, wurde mittels eines Graders die Feinplanie hergestellt. Ein Streuwagen brachte nun die vorher genau festgelegte Menge Zement auf. In einem weiteren Arbeitsschritt wurde die Fräse mit einem Tankwagen verbunden. Sie saugte die Wasser-Polymer-Mischung aus dem Vorratsbehälter und spritzte diese direkt über eine Einspritzvorrichtung in die Fräskammer. Mit der dadurch entstandenen homogenen Masse wurde eine Gräderplanie mit der festgelegten Neigung zur Ableitung des Oberflächenwassers hergestellt.

Im Anschluss wurde die Fläche mittels einer Walze verdichtet. Danach folgte der Auftrag des Verdunstungsschutzes, der eine gleichmäßige Hydratation der gesamten Tragschichtdicke gewährt. Durch Beigabe des Nanopolymers ist ein Entspannungswalzen oder Kerben nicht notwendig. So kann direkt auf die Tragschicht asphaltiert werden. Der bituminöse Verdunstungsschutz dient gleichzeitig als Haftgrund für den Asphalt. Asphalt und Nanopolymer-Zementstabilisierung nehmen als Trägerpaket die Verkehrslasten auf.

Die Techniker von Panmax schafften die Wiederherstellung der Fläche in nur einem Tag, und nach weiteren 24 Stunden Aushärtungszeit wurde der Weg wieder freigegeben.

Kostbare Ressource Boden

Boden ist wertvoll. Herkömmliche Bodenaustauschverfahren, so Paulus, seien zwar gängig, aber teuer und vor allem nicht ressourcenschonend. Bei der Sanierung mittels Tragschichtverfestigung mit Nanopolymer könne neben den weitaus geringeren Kosten im Vergleich zur herkömmlichen Methode die Bauzeit erheblich verringert werden. Die Anwohner hätten somit kaum Einschränkungen zu befürchten.

Längere Lebensdauer bessere Qualität

Auch werde eine deutlich längere Lebensdauer der so erneuerten Straßen erreicht, da der neue Belag eine gesteigerte Tragfähigkeit, eine verbesserte Elastizität sowie eine hohe Frost- bzw. Taubeständigkeit aufweise. „Selbst kontaminierte Böden können verarbeitet werden“, fügte der Geschäftsführer hinzu. Das Produkt, ökologisch unbedenklich, weil frei von Mikroplastik, könne auch in Umweltschutzzonen eingesetzt werden.

Einsatz in Kommunen

Da sich das Know-how von Panmax vor allem für den kommunalen Bereich empfiehlt, setzen bereits zahlreiche Gemeinden auf diese nachhaltige Art der Restaurierung von Belägen auf Autostraßen, Fahrradwegen, Parkplätzen, Wirtschaftswegen und Lagerflächen. Durchaus denkbar wäre es Paulus zufolge aber auch, Auto- oder gar Landebahnen entsprechend zu sanieren.

Mit der Bernegger GmbH, die in Gilching die Bodenstabilisierung vornahm, verfügt die Panmax GmbH nach Angaben ihres Geschäftsführers über einen „äußerst zuverlässigen und gewissenhaften Partner“. Bereits seit 1990 hat das oberösterreichische Unternehmen Erfahrung im Bereich des alternativen Straßenbaus und gilt als Wegbereiter auf dem Gebiet intelligenter Sanierungsverfahren. **DK**

PANMAX-VERFAHREN
ZUR STRASSEN- UND WEGESANIERUNG

PANMAX

Nanotechnologie im Tiefbau

LANGLEBIGER • SCHNELLER • TRAGFÄHIGER • GÜNSTIGER • ÖKOLOGISCHER

Tel. 08083 908 00 33 | office@panmax.de | www.panmax.de

Städte zum Wohlfühlen – Corona als Chance?

Aufgrund der bayerischen Städtebauförderung hat sich das Image einzelner Stadtviertel positiv gewandelt. Jetzt sollen sich mithilfe eines Sonderfonds von 100 Millionen Euro Bayerns Innenstädte – teils von der Corona-Pandemie schwer getroffen – zu „Erlebnis- und Wohlfühlorten mit Freizeitcharakter“ wandeln. Auf einem Spaziergang durch Haidhausen demonstrierte Bauministerin Kerstin Schreyer Erfolgskriterien für eine Wiederbelegung der Ortskerne. Die SPD-Landtagsfraktion kritisierte die kurzen Fristen für die Beantragung der Förderungen.

Kommunen ab 2000 Einwohnern können sich bis zum 10. Juni um eine Förderung bewerben, etwa für „Innenstadtmanagement“ oder auch konkret für die vorübergehende Anmietung leerstehender Räumlichkeiten durch die Gemeinde, die von dieser dann verbilligt weitervermietet werden können. Auf einem Stadtspaziergang durch Haidhausen demonstrierte Bauministerin Kerstin Schreyer das Ziel der Fördermaßnahmen aus dem neuen Sonderfonds: „Es geht darum, die Menschen wieder zurück in die Geschäfte zu bringen.“ Gefragt seien Ideen, um Ortszentren zu Erlebnis- und Wohlfühlorten mit Freizeitcharakter zu machen.

Städtebauförderung fördert Attraktivität

Haidhausen wird inzwischen als einer der attraktivsten Stadtteile Münchens angesehen. Das war noch vor einigen Jahrzehnten bei Weitem nicht so. Ein Grund für den Wandel ist u. a. die bayerische Städtebauförderung: Von den 1970er bis in die 1990er Jahre sind 57 Millionen Euro von Freistaat und Bund nach München-Haidhausen geflossen. Schreyer machte sich bei einer Führung durch den Stadtteil ein Bild von den Erfolgen der Städtebauförderung: „Corona und der Lockdown haben unsere Innenstädte schwer getroffen. Jetzt sind wir als Bauministerium gefragt. Denn wir wissen, wie man Ortskerne ertüchtigt. Hier in Haidhausen sehen wir, wie gut das funktionieren kann. Das Geld wurde eingesetzt, um Wohnen und Arbeiten, Freizeit und Handel in eine gute Balance zu bringen. Wenn wir jetzt weiter klug und vorausschauend handeln, wird Corona vielleicht sogar zu einer Chance, um unsere Innenstädte und Ortskerne neu zu beleben.“

Was ist in Haidhausen passiert?

Die städtebauliche Sanierung von München-Haidhausen war ab dem Jahr 1971 einer der ersten Schwerpunkte der bayerischen Städtebauförderung. Mit den staatlichen Zuschüssen ist eine nachhaltig positive Gestaltung des Stadtteils gelungen. So sind in Haidhausen zum Beispiel 20 soziale und kulturelle Einrichtungen und 16 Ateliers für bildende Künstler neu geschaffen worden. Im ehemaligen Tröpferlbad in der Schlossstraße ist heute eine Kindertagesstätte untergebracht. Schreyer zeigte sich von der kleinteiligen Gebäudestruktur beeindruckt: Kleine Läden, Cafés und Handwerksbetriebe machen das Viertel lebendig. Und trotz der engen Bebauung gibt es Grünflächen und viele Bäume – was mitunter das Verkehrskonzept erlaubt. Autos finden Platz in Quartiersgaragen. Bepflanzte Höfe bieten Möglichkeiten, sich innerhalb der Nachbarschaft auszutauschen und so „Orte der Gemeinschaft“ zu werden. „Wir wollen keine Blaupause, sondern die bayerischen Innenstädte und Ortskerne mit ihren eigenen Besonderheiten stärken. Das Beispiel München-Haidhausen zeigt: Die Städtebauförderung ist ein Erfolgsmodell, mit dem wir passgenaue und nachhaltige Verbesserungen vor Ort schaffen können.“ Das Bauministerium unterstützt außerdem den Austausch zwischen den Kommunen mit der neuen Internetseite www.innenstaedte-beleben.bayern.de. Dort sind Informationen über die Fördermöglichkeiten abrufbar und es können Best-Practice-Beispiele vorgestellt werden.

Kritik an Großstadt-Fixiertheit

Annette Karl, wirtschaftspolitische Sprecherin der Bayern-SPD-Landtagsfraktion, kritisierte die Großstadt-Fixiertheit der Staatsregierung. „Wie üblich sind kleine und mittlere Städte im Nachteil – jetzt auch bei der Innenstadtförderung“, sagte Karl. „Hierbei ist die Frist für die Beantragung der Förderungsmittel für kleinere Kommunen viel zu kurz und kaum einzuhalten. Wir brauchen mindestens eine zweistuftige Deadline, damit auch kleinere Städte eine Chance haben!“ Als weiteren Kritikpunkt nannte Karl, dass die Mittel für die durch Corona gebeutelten Innenstädte nicht aus dem Corona-Sonderfonds kämen. Sie seien nur eine Umwidmung von Mitteln, die auch noch unlängst gekürzt wurden, erklärte Karl. Natascha Kohnen, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion, forderte eine unbefristete Beschäftigung von City-Managern zur langfristigen Innenstadtbelebung in den Kommunen. **red**

Offenes Programm zum guten Bauen

Das übergreifende Vorzeigeprojekt Baukulturregion Alpenvorland gewinnt an Fahrt

In der Baukulturregion Alpenvorland haben sich die drei bayerischen Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach und Rosenheim mit den acht Gemeinden Bad Aibling, Bad Feilnbach, Dietramszell, Gmund, Holzkirchen, Kiefersfelden, Neubeuern und Samerberg zusammengeschlossen, um die Baukultur auf regionaler und lokaler Ebene voranzubringen. Gemeinsam wird daran gearbeitet, eine Vorzeigeregion für gutes Bauen zu werden – der ersten im ganzen Bundesgebiet.

Pandemiebedingt mussten die ursprünglichen Vorhaben in den digitalen Raum umgeleitet werden. Das Projekt hat Fahrt aufgenommen. Steigende Teilnehmerzahlen bestätigen das wachsende Interesse. Baukultur ist ein breit angelegtes Feld des „guten Lebens“ in all seinen Facetten. Die Themenvielfalt der jüngsten Vorträge war immens: Wie man Leerstand in der Landwirtschaft begegnet und in landwirtschaftlichen Gebäuden zeitgemäß wohnen kann wurde ebenso erörtert, wie die Frage wie man als Gemeinde Leerstand aktivieren kann. Es gab Beispiele für gutes Bauen in der Region und einen virtuellen Stadtrundgang durch Memmingen. Gemeinsam besuchte man einen Film und anschließend die digitale Bar zu Diskussion und Ausklang.

Gutes Bauen ist Vielfalt

In den acht Projektgemeinden wird aber auch hinter den Kulissen intensiv gearbeitet. Da geht es um Themen, die sehr viele Menschen betreffen. Etwa um gutes und bezahlbares Wohnen (Gmund, Bad Aibling), um starke, lebendige und grüne Ortszentren (Neubeuern, Kiefersfelden), darüber, wie man übers Bauen redet (Bad Feilnbach), darüber, wie man die Leute einbindet (Dietramszell), um einen pulsierenden öffentlichen Raum (Holzkirchen) und um Tourismus, der gut für den Ort ist (Samerberg). Es ist wichtig, dass nicht nur einzelne über diese Themen entscheiden, sondern Baukultur zum Thema für alle wird, die mitmachen wollen.

Baukultur ist dann erfolgreich, wenn es ein Zusammenspiel gibt: Erstens von Bürgerinnen und Bürgern, die die Expert*innen für das Leben in ihren Gemeinden sind, zweitens von Gemeinderät*innen und Bürgermeister*innen, die einen Überblick über ihre ganze Kommune haben, und schließlich von Fachleuten unterschiedlicher Disziplinen, die helfen, das umzusetzen, was die Gemeinden als Ergebnis eines breit angelegten Dialogs für zukunftsfähig halten.

Durchs Reden kommen die Leute zusammen

Was sind die Erkenntnisse nach den ersten Monaten? Es ist gut, wenn man miteinander redet und den eigenen Horizont erweitert – zum Beispiel beim regelmäßigen Baukultur-Stammtisch in Dietramszell, oder beim monatlichen Bürgermeister-Frühstück der acht teilnehmenden Gemeinden. Dabei muss nicht immer Einigkeit erzielt werden; Vielfalt ist erlaubt! Das Thema betrifft alle Bürgerinnen und Bürger, nicht nur die Gemeindeämter. Bei den kommenden Online-Vorträgen geht es z.B. um neue Formen des Wohnens. Von guten Beispielen kann man lernen, kopieren funktioniert aber nicht – die Region muss ihren eigenen Weg finden und eine eigene Identität pflegen.

Schauen Sie vorbei!

Bis zum Projektabschluss Ende 2022 soll eine gemeinsame Baukulturstrategie erarbeitet werden, die in die Zukunft weist. Zu den kommenden Veranstaltungen wir herzlich eingeladen – etwa zur großen Baukulturwerkstatt am 05. Juli 2021 in Kolbermoor. Alle aktuellen Informationen und die Anmeldung zum Newsletter gibt es unter www.baukulturregion.de.

Factbox:

Das LEADER-Projekt „Baukulturregion Alpenvorland“ ist gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER). Das Projekt wird von der ARGE Baukultur konkret durchgeführt, die sich aus dem österreichischen Verein LandLuft, dem Büro für urbane Projekte aus Leipzig und der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft aus Alfter bei Bonn zusammensetzt.
www.baukulturregion.de ❐

Park & Ride-Anlage Martinsried für „Wissenschaftslinie“

Förderung durch den Freistaat Bayern / Vorbereitung für die U6-Verlängerung

Der Bau des Parkdecks am Life-Science-Campus der Ludwig-Maximilians-Universität in Martinsried hat begonnen. Nachdem bereits Ende März die ersten Bagger rollten, hat sich Bayerns Verkehrsministerin Kerstin Schreyer gemeinsam mit Bayerns Wissenschaftsminister Bernd Sibler, dem Landrat des Landkreises München Christoph Göbel, dem Ersten Bürgermeister der Gemeinde Planegg Hermann Nafziger und dem Geschäftsführer der Projektmanagementgesellschaft Dr. Dimitri Steinke bei einer Baustellenbesichtigung ein Bild vor Ort gemacht.

Schreyer: „Mit den Bauarbeiten für das Parkdeck gehen wir auch in die Vorbereitung für die Verlängerung der U6 nach Martinsried. Damit soll schon in etwa einem Jahr, nämlich Mitte 2022, begonnen werden. Das freut mich sehr und ist auch für unsere Studentinnen und Studenten mehr als praktisch: Denn mit der U6-Verlängerung binden wir das Innovations- und Gründerzentrum Biotechnologie (IZB) und den Life-Science-Campus der Ludwig-Maximilians-Universität an. Und damit verbinden wir die Münchner Wissenschaftsstandorte im Norden und Süden.“

Das Parkdeck in Martinsried, einem Ortsteil der Gemeinde Planegg, umfasst zunächst 80 Parkplätze, die nach Inbetriebnahme der verlängerten U6-Linie zum Umstieg auf das U-Bahn-Netz genutzt werden können. Bei Bedarf ist eine Erweiterung um weitere 80 Stellplätze möglich. Das Parkdeck, dessen Fertigstellung für Herbst 2021 vorgesehen ist, wird über den bereits bestehenden Parkplatz der Ludwig-Maximilians-Universität gebaut. So kann die Neuversiegelung von freien Flächen verhindert werden.



V.l.: Planeggs Erster Bürgermeister Herrmann Nafziger, Wissenschaftsminister Bernd Sibler, Dr. Dimitri Steinke, Geschäftsführer der Projektmanagementgesellschaft, Verkehrsministerin Kerstin Schreyer und Landrat Christoph Göbel. Bild: StMB

Vernetzung ist das Schlagwort

Wissenschaftsminister Bernd Sibler betonte: „Vernetzung ist das entscheidende Schlagwort für den Wissenschaftsbetrieb der Zukunft. Die U6 wird mit ihrem Ausbau nun vollends zur ‚Wissenschaftslinie‘: Unsere hochkarätigen Forschungseinrichtungen in und um München rücken so noch näher zusammen. Mit der Anbindung an das Münchner U-Bahn-Netz kann der international renommierte Standort für Life-Science-Forschung seine volle Wirkung entfalten. Zugleich steigern wir so seine Attraktivität. Der Bau des Parkdecks ist ein erstes sichtbares Zeichen für den Fortschritt dieses Großprojekts. Allen Beteiligten, die für eine zügige Umsetzung an einem Strang ziehen, herzlichen Dank.“

Landrat Christoph Göbel: „Es freut mich, dass mit der aufwachsenden Baustelle des Parkdecks auch das U-Bahn-Projekt endlich nach außen hin sichtbar wird. Auch mit der U6-Verlängerung selbst geht es gut voran. Die Planunterlagen für den Tunnelbau sind bereits im Genehmigungslauf. Das stimmt zuversichtlich, dass die derzeit geplante Inbetriebnahme zum Fahrplanwechsel 2025/2026 erfolgen und der erste Zug nach Martinsried rollen kann.“

Hermann Nafziger, 1. Bürgermeister der Gemeinde Planegg: „‘Was lange währt, wird endlich gut‘ wandle ich heute dem Anlass entsprechend um: ‚Was lange währt, wird wirklich gut!‘ Wir stehen hier und schauen auf den zweiten Schritt, die Baustelle des Parkdecks an der künftigen U-Bahnhaltestelle der U6 auf dem Campus Martinsried. Es geht voran – und endlich sieht man auch etwas: Es gibt keinen Zweifel mehr: Die U-Bahn kommt!“

Gemeinschaftliche Finanzierung

Finanziert wird das Parkdeck partnerschaftlich vom Freistaat Bayern, der den überwiegenden Teil der Kosten trägt, vom Landkreis München und der Gemeinde Planegg. Die Gesamtkosten betragen rund drei Millionen Euro. Für die Planung und Koordinierung des Parkdeckbaus ist eine Projektmanagementgesellschaft zuständig, an der neben dem Freistaat Bayern der Landkreis München und die Gemeinde Planegg beteiligt sind.

Die Projektmanagementgesellschaft betreut auch die geplante U6-Verlängerung vom Klinikum Großhadern nach Martinsried. Diese wird den Standort Martinsried, der neben dem Life-Science-Campus der Ludwig-Maximilians-Universität unter anderem rund 50 Biotech-Unternehmen sowie die Max-Planck-Institute für Biochemie und Neurobiologie beherbergt, an weitere Münchner Wissenschaftsstandorte wie die Technische Universität in Garching und die Ludwig-Maximilians-Universität in der Maxvorstadt anbinden, die ebenfalls über die U6 zu erreichen sind. ❐



Landrat Andreas Meier besuchte – unter Einhaltung der geltenden Corona-Regeln – das neue Future Lab in Weiherhammer. Prof. Dr. Erich Bauer bot dem Kommunalepolitiker einen Einblick in die Digitalisierung der Bildungsbranche. Unsere Aufnahme entstand vor der modernen Glasfassade des Future Labs. Bild: Daniela Summer/ÜBZO

Einblicke in die Digitalisierung der Bildungsbranche:

Landrat beeindruckt von Future Labs

Die Fortentwicklung von Bildungseinrichtungen, die von Corona-bedingten Schließungen noch immer betroffen sind, steht nicht still. Eine Investition in die digitale Zukunft der Bildungsbranche findet man auch in Weiherhammer im oberpfälzer Landkreis Neustadt an der Waldnaab.

Landrat Andreas Meier konnte sich nunmehr vor Ort ein Bild über die Neuerungen im Überbetrieblichen Bildungszentrum Ostbayern (ÜBZO) verschaffen. Hier wurde ein innovatives Future Lab innerhalb eines Förderprojekts eingerichtet, das nicht nur die Schulung an computeranimierten Maschinen und Anlagen mittels Virtual Reality vor Ort ermöglicht, sondern völlig ortsunabhängig eine Teilnahme daran zulässt.

Außerdem sind Arbeitsplätze vorgesehen, die dem neuesten Stand der Technik entsprechen und Arbeiten in der digitalen Welt von bis zu 16 Personen ermöglicht. Der großzügige Raum lädt auch zu Veranstaltungen ein und bietet Sitzgelegenheiten für etwa 60 Gäste, die auch auf den beiden großen Monitoren durch einen Termin geleitet werden können. ❐

Projekt Stadtimpulse:

Wirtschaftsministerium fördert „Best-Practice“-Datenbank

Das Bayerische Wirtschaftsministerium fördert eine „Best-Practice“-Datenbank zur Belebung der Innenstädte nach der Pandemie. Das Projekt mit dem Namen „Stadtimpulse“ wurde Anfang Mai auf dem virtuellen Stadtentwicklungskongress der Bundesregierung vorgestellt. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Das von uns geförderte Projekt bietet eine wertvolle Orientierungshilfe für den notwendigen Neustart unserer Innenstädte nach der Coronakrise. Gesammelt werden gute Ideen und gelungene Beispiele. Von den Besten lernen ist der Weg, um schnell selbst zu den Besten zu gehören.“

In dem Projektpool werden schnell umsetzbare, praktische Maßnahmen zur Belebung der Zentren zusammengeführt. Ziel ist eine breit gefächerte, übersichtliche Auflistung gelungener Vorhaben zu den Themen Innenstadt, Handel und städtisches Leben in Bayern und Deutschland. Partner sind unter anderem der Handelsverband Deutschland, der Deutsche Städtetag und der Bundesverband City- und Stadtmarketing. Die Plattform soll sich zu einem öffentlich zugänglichen Werkzeugkasten zum Wissenstransfer entwickeln. Projektträger ist die CIMA Beratung + Management GmbH.

Die Auswirkungen der Coronakrise haben auch die bayerischen Innenstädte unter Druck gesetzt. Laut Handelsverband Bayern sind bis zu 19.000 Einzelhändler von der Schließung bedroht, was negative Auswirkungen auf die Stadt- und Ortskerne hätte. ❐

Landkreis München:

Pionier in Sachen Nachhaltigkeit

Landkreis setzt an zwei Schulneubauten umweltfreundliche Salzwasserakkumulatoren als Stromspeicher ein

„Für jede neue Technologie braucht es Pioniergeist“, kommentiert Landrat Christoph Göbel den künftigen Einsatz von Salzwasserakkumulatoren in Kombination mit Photovoltaikanlagen am Gymnasium Kirchheim sowie auf dem neuen Schulcampus in Unterföhring. „Man muss einer neuen Entwicklung erstmal auf die Sprünge helfen, damit sie dann am Ende wirtschaftlich sein kann“, so der Landrat weiter.

Dass die beiden neuen Schulbauten mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden, stand außer Frage. Dass sie zusätzlich mit den umweltfreundlichen Salzwasserakkumulatoren bestückt werden, wurde in den Kreisgremien zunächst kontrovers diskutiert. Mitte April sprachen sich die Mitglieder des Ausschusses für Bauen und Schulen jedoch mit großer Mehrheit dafür aus, auf die umweltfreundliche Technologie der Stromspeicherung zu setzen, um den Anteil des von den Schulen selbst genutzten Solarstroms zu erhöhen.

Ungiftig und nicht explosiv

Im Vergleich zu herkömmlichen Batteriespeichern bestehen die Salzwasserakkumulatoren komplett aus ungiftigen und umweltverträglichen Materialien und können theoretisch vollständig recycelt werden. Ihre Komponenten sind weder brennbar noch explosiv – gerade für den Einsatz in einer Schule also optimal. Im Vergleich zu üblichen Stromspeichern sind sie jedoch relativ teuer und man verfügt noch über keine Langzeiterfahrung mit der neuen Technologie. Auch sind Wirkungsgrad und Leistung nicht vergleichbar, darüber hinaus haben sie einen höheren Platzbedarf.

Zukunftsweisende Technologie

Dennoch votierten die Kreisräte für den Einsatz dieser zukunftsweisen Technologie. Zunächst sollen jedoch nur die Basismodule angeschafft werden. Sobald nach einem Jahr die tatsächlichen Verbräuche in Summe und zeitlicher Verteilung erhoben werden konnten, wird über eine Erweiterung entschieden.

Die Kosten

Die Kosten, die für den Landkreis im Rahmen des Ersatzneubaus des Gymnasiums Kirchheim für die Basisausstattung entstehen, belaufen sich auf rund 143.000 Euro, beim Schulcampus Unterföhring anteilig für das Gymnasium auf ca. 172.000 Euro. Die restlichen rund 89.000 Euro trägt die Gemeinde Unterföhring für die ebenfalls auf dem Schulcampus angesiedelten Einrichtungen Hort und Grundschule. ❐





Bild: Jan Kiver / Uniper

Wackersdorf und Uniper:

Bauprojekte zu Hochwasserschutz und Rekultivierung

Gemeinde Wackersdorf investiert rund 1,8 Millionen Euro in modernen Hochwasserschutz
Uniper startet rund 12 Millionen Euro teure Rekultivierungsarbeiten des Westfeld-Damms

Auf dem Westfeld zwischen den Gemeinden Wackersdorf und Steinberg am See herrscht seit Anfang April reges Treiben. Zwei Baumaßnahmen treffen dabei aufeinander: Nachdem alle behördlichen Genehmigungen eingeholt waren, starteten die umfangreichen Arbeiten für einen wirksamen Hochwasserschutz in Wackersdorf und zur Rekultivierung des dritten und letzten Abschnitts im ehemaligen südlichen Wackersdorfer Braunkohle-Tagebaugebiet Westfeld durch Uniper.

Parallel zur Industriestraße investiert die Gemeinde Wackersdorf rund 1,8 Millionen Euro in einen zukunftssicheren Hochwasserschutz.

Dazu Andreas Stake, Gesamtprojektleiter für das OSL-Projekt von Uniper und Leiter des Uniper-Standortes Wackersdorf: „Wir freuen uns sehr und es erfüllt uns ein wenig mit Stolz, dass wir für ein so großes und existenziell wichtiges, kommunales Bauvorhaben Planungen und Bauausführung übernehmen durften. Es zeigt einmal mehr, dass sich Uniper und die Region in einem engen partnerschaftlichen Verhältnis gegenseitig unterstützen und auf nachhaltige Ergebnisse setzen. Dafür sind wir der Gemeinde dankbar.“ Uniper seinerseits steckt rund 12 Millionen Euro in den mit 30 Hektar größten Rekultivierungsabschnitt auf dem Westfeldgelände.

Noch mehr Sicherheit gegen Wetterextreme

„Wir sind mit immer extremeren Wetterereignissen konfrontiert. Seit Jahren bauen wir daher den Hochwasserschutz aus“, erklärt Bürgermeister Thomas Falter. Im Fokus liegt wieder der topographisch tiefste Punkt der Gemeinde, der sich in etwa beim Bauhof und im Bereich des Straßenzugs „Werk“ befindet. Vor Ort nehmen schon jetzt zwei neue und groß dimensionierte Rückhaltebecken große Mengen Oberflächenwassers auf. „Wir sind hier sehr gut abgesichert. Die vergangenen Jahre haben aber gezeigt, dass man sich besser noch mehr absichert“, verweist Bauamtsleiter Uwe Knutzen auf das neue Projekt. Im ersten Schritt wird ein über die Jahrzehnte funktionslos gewordener, großteils auch verrohrter Entwässerungsgraben durch weitgehenden Neubau wiederhergestellt und soweit möglich als offenes Gewässer ausgebaut.

Relikte des Braunkohleabbaus

Ähnlich einer Perlenkette entstehen neue offene, befestigte Sammelbecken für Oberflächenwasser, wie es bei großen Regenmengen auftritt, durch die der wiedererstandene Entwässerungsgraben hindurchfließt.

Insgesamt drei Sammelbecken, sogenannte Retentionsräume, werden in bewährter Form als Biotope gestaltet. Schließlich endet der künftige Hochwasserabfluss im hochwertigen Naturschutzgebiet des Hirtlohweihers, der über diese Maßnahme zusätzlich dringend benötigtes Frischwasser gegen die drohende Austrocknung durch die Klimaveränderungen bekommt. Die Grundsubstanz des ehemaligen Entwässerungsgrabens stammt noch aus Zeiten des Braunkohleabbaus in der Region.

Die Arbeiten werden durch die Baufirma Kassecker aus Waldsassen ausgeführt, die vor Ort im Rahmen der Westfeldrekultivierung auch für Uniper im Einsatz ist. „Es macht vor allem wirtschaftlich, aber auch logistisch einfach Sinn, sich hier mit einzuklinken“, betont Bürgermeister Falter. Die Koppelung beider Maßnahmen bringt wechselseitige Vorteile: So kann beispielsweise der Aushub des Grabens im Rahmen der Rekultivierung für die Modellierung der geplanten Hügellandschaft wiederverwendet werden.

Die Verbindung von Graben und vorhandenen Regenrückhaltebecken wird über eine Rohrleitung mit bis zu 1,8 Meter Durchmesser hergestellt. Das finale Gesamtkonstrukt funktioniert wie eine Überlaufkaskade: Drohen die Rückhaltebecken am Recyclinghof vollzulaufen, wird das Wasser über das neue Rohrleitungssystem abgeleitet. Zunächst werden Graben und Retentionsräume geflutet, bevor das Wasser in den Hirtlohweiher mündet.

Die Kosten für diesen Teil der Hochwasserschutzmaßnahme belaufen sich für die Gemeinde Wackersdorf auf insgesamt 1,8 Millionen Euro. Auch das Staatliche Bauamt profitiert von der neuen Sicherheitsstufe. Über die neue Anlage wird das Oberflächenwasser von der Bundesstraße B85 aufgenommen.

Rekultivierungsabschluss

Bagger, Planierrauben und schwere Kipper – die wieder angelaufenen Arbeiten parallel zur Industriestraße sind offensichtlich. Erstmals aufgefallen waren sie der Bevölkerung, als im Spätherbst 2018 der zu rekultivierende Westfeld-Damm vom Bewuchs freigeräumt wurde. Dem waren umfangreiche ökologische Bestandsaufnahmen und im Zuge sogenannter CEF- (vorgezogener ökologischer Ausgleichs-) Maßnahmen weitreichende Sammel- und Umsiedlungsaktionen der vorhandenen Fauna vorausgegangen.

Jetzt nach Freigabe aller naturschutzfachlichen und behördlichen Genehmigungen soll auch der dritte, mit rund 30 Hektar größte und letzte Bauabschnitt abgeschlossen sein. „Insgesamt werden wir seit Beginn der Rekultivierung des Westfelds im Jahr 2009 dann rund 55 Millionen Euro in den Gesamtabschluss investiert haben und, soweit die Maßnahmen alle erfolgreich und nachhaltig greifen, auch einen spürbaren Mehrwert für die Oberpfalz schaffen“, so OSL-Gesamtprojektleiter Stake.

Deutschlandweites Musterbeispiel

Nach dem Ende des Tagebaus hat sich die Region Schritt für Schritt zu einem deutschlandweiten Musterbeispiel für Rekultivierung entwickelt; das heutige Oberpfälzer Seenland rund um Murner See und Steinberger See ist nur eines von vielen Beispielen. ❐



Staatsministerin Kerstin Schreyer erhielt am 12. Mai 2021 von BBIV-Hauptgeschäftsführer Thomas Schmid (li.) ein vom Autor Gerhard Waldherr (re.) handsigniertes Exemplar des Buches Beton und Bytes überreicht. Bild: Bayerischer Bauindustrieverband e.V.

Beton und Bytes für Staatsministerin Schreyer

„Es ist mir eine große Freude, der Bayerischen Bauministerin ein vom Autor Gerhard Waldherr handsigniertes Exemplar seines Buches ‚Beton und Bytes‘ überreichen zu dürfen. Frau Schreyer, ich bedanke mich hiermit auch dafür, dass Sie mit Ihrem Interview zum Gelingen des Buches mit beigetragen haben“, sagte Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, im Bayerischen Bauministerium.

Der renommierte Journalist Waldherr nimmt sich in ‚Beton und Bytes‘ einer ebenso bedeutsamen wie verkannten Branche an. Er besucht prominente Bauprojekte wie Stuttgart 21, verfolgt die Konstruktion einer ambitionierten Autobahnbrücke und inspiziert ein Wohnungsbauprojekt in Berlin. Er besucht den Gewerbebauspezialisten Goldbeck in Bielefeld, begleitet Max Bögls Windkrafttürme bis in die hessische Provinz und lässt sich von der Firma Bauer in die Geheimnisse des Spezialtiefbaus einführen. Auch 3D-Druck und die Digitalisierung der Branche finden ausführlich Beachtung.

Gleichzeitig beleuchtet der Autor aber auch die Menschen, die mit all dem verbunden sind. Er trifft Unternehmer, Ingenieure, Architekten und Handwerker. Er besucht die Konzernlehrwerkstatt des Strabag-Konzerns und spricht mit Auszubildenden. Mit Jens Bergmann, Vorstand der DB Netz AG, erörtert er die Investitionsoffensive der Bahn. Mit Bayerns Ministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, Kerstin Schreyer, unterhält er sich über den Einfluss und die Visionen der Politik. Und er wirft einen kritischen Blick auf die Manöver der Bürokratie, die vor allem in der Bauwirtschaft vieles erschwert, behindert und mitunter sogar unmöglich machen.

Das Bindeglied zwischen Themen und Menschen bildet ein Exkurs über den Werkstoff, um den sich beim Bauen fast alles dreht: Beton. Es geht um dessen heftig kritisierten CO2-Fußabdruck und die Frage, ob Beton seinen Ruf als Klimakiller verdient. Ein Besuch des Konzerthauses in Blaibach zeigt auf, welch faszinierende Welten Beton erschaffen kann. In einem Report über innovative Betone und klimafreundlichere Alternativen wirft das Buch auch hier einen Blick in die Zukunft.

„Beton und Bytes“ ist ein vielschichtiges Kompendium über die Welt des Bauens – informativ, überraschend, packend. Zum ersten Mal wird die Bauwirtschaft in einem Buch umfassend dargestellt, werden die Geschichten und Gesichter hinter den Kulissen lebendig. ❐

Mitgliederversammlung des Bayerischen Industrieverbandes Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV):

Die Branche hat ihre Systemrelevanz bestätigt

Den Ereignissen rund um Covid-19 geschuldet, hat der Bayerische Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e. V. seine Mitgliederversammlung am 21. Mai online mit 100 Mitgliedsunternehmen und Gästen veranstaltet. Trotz der Umstände in Zeiten der Pandemie konnte Präsident Georg Fetzer eine positive Bilanz für die Branche ziehen.

Der Bau hat sich in Krisenzeiten zum Wirtschaftsmotor entwickelt. Heimische Bau- und Rohstoffe bilden dafür mehr denn je das verlässliche Fundament. BIV-Präsident Georg Fetzer zur aktuellen Situation: „Die Bau- und Rohstoffbetriebe in Bayern haben auch in den Corona-Jahren 2020 und 2021 die Bauindustrie mit den benötigten Grundstoffen versorgt. Hier kommt der große Vorteil der regionalen Gewinnung und Produktion zum Tragen.“ Kurze Transportwege und eine von Importen unabhängige Versorgung stellen immer noch die schnelle und ausreichende Belieferung der Baustellen sicher. Und es wurde und wird weiter gebaut im Freistaat. Der Bedarf an heimischen Roh- und Baustoffen bleibt unverändert hoch.

Allein in Bayern beträgt der Bedarf an Sand, Kies, Schotter und sonstigen mineralischen Rohstoffen pro Jahr rund 150 Millionen Tonnen. Legitim und notwendig darüber nachzudenken, wie dieser Bedarf künftig ressourcenschonend gedeckt werden kann.

Recycling gewinnt an Bedeutung, kann jedoch nur bedingt zum Rohstoffbedarf beitragen

Viele Unternehmen der Rohstoffgewinnung in Bayern verfolgen diesen Ansatz schon seit Jahren und versuchen anfallenden Bauschutt einer Wiederverwertung zuzuführen. Doch nur rund 10 Prozent des Bedarfs können mit Sekundärrohstoffen gedeckt werden. „Das für Recycling zur Verfügung stehende Material reicht nicht aus, um den hohen Bedarf insbesondere der Bauwirtschaft zu decken“, so Präsident Fetzer. Bayernweit fallen nur rund 10,5 Millionen Tonnen an Bauschutt und 4,5 Millionen Tonnen Straßenaufbruch an. „Um also auch nur in die Nähe des Gesamtbedarfs an Rohstoffen von 150 Millionen Tonnen pro Jahr in Bayern zu kommen, müssten zuvor ganze Städte abgerissen werden“, verdeutlicht Fetzer.

Die mittelfristig lösbaren Problemstellungen geht die Branche aktiv an. Aktuell ist beispielsweise eine Änderung der Betonnorm in der Abstimmung, die deutlich höhere Recyclinganteile erlauben soll. „In Zukunft werden der Mix aus Primär- und Sekundärrohstoffen und effiziente Baustoffe die entscheidenden Faktoren sein, um natürliche Ressourcen zu schonen. Ein Ausspielen der einzelnen Roh- und Baustofffraktionen ist hier kontraproduktiv“, zieht der BIV-Präsident Bilanz. ❐

Bundesingenieurkammer:

Baustoffmangel bremst Aufschwung

Die Bundesingenieurkammer zeigt sich angesichts des zunehmenden Baustoffmangels besorgt. Dieser betreffe sowohl die Verfügbarkeit von Kies, Sand, Zement und Beton, aber auch von Stahl, Holz oder Dämmstoffen. Ein Grund seien die stark gestiegenen Rohstoffpreise. So lagen beispielsweise die Preise für Dachlatten, Bauholz oder Konstruktionsvollholz laut Statistischem Bundesamt im März 2021 um 20,6 Prozent höher als im März 2020.

„Die Preise für Baustoffe haben in den vergangenen Monaten kräftig zugelegt. Deshalb mehren sich jetzt auch aus den Ingenieurbüros die Rückmeldungen, dass auf den Baustellen wegen Baustoffmangels nicht mehr so gearbeitet werden kann, wie es eigentlich sein sollte. Davon ist vom Rohbau bis zum Ausbau alles betroffen!“, sagte Dr. Ulrich Scholz, Mitglied des Vorstands der Bundesingenieurkammer. Hier müsse unbedingt gegengesteuert werden.

Aus Sicht der Bundesingenieurkammer ist es daher dringend geboten, die Baustoffproduktion zukünftig wieder verstärkt nach Deutschland zu holen bzw. da, wo es möglich ist, kurzfristig zu erhöhen. Langfristig müsse es jedoch darum gehen, Recycling von Baumaterial stärker zu fördern. Darüber hinaus appellierte Dr. Scholz an die Bauherren, Planerinnen und Planern ausreichend Zeit für ihre Arbeit zuzugestehen und diese auch entsprechend zu honorieren. „Denn nur so können sie die bestmöglichen Lösungen anbieten. Dazu gehört aus unserer Sicht auch, baustoffsparender zu planen und zu bauen und so den Einsatz von Baustoffen zu reduzieren,“ unterstrich das Vorstandsmitglied der Bundesingenieurkammer abschließend. Dies wäre auch ein sinnvoller Beitrag zum Klimaschutz und für mehr Nachhaltigkeit. ❐



Klinker für‘s Dach

Neu: Ergoldsbacher Level RS®

Der neue Glattziegel in Klinkerqualität, der Ergoldsbacher Level RS®, ist bereits der dritte Spezialist für flache Dachneigungen. Der Ergoldsbacher Level RS® ist nun in der Kategorie Rohbau/Dach/Fassade von den Fachzeitschriften BaustoffMarkt und Baustoff-Wissen aus der Rudolf Müller Verlagsgruppe als Produkt des Jahres 2021 ausgezeichnet worden.

Der kantige Glattziegel aus dem Hause ERLUS ist die Lösung für besonders flache Dachneigungen, denn er ist bereits ab einer Dachneigung von 10 Grad regensicher. So können aufwändige Zusatzmaßnahmen entfallen, denn hier schützt der Tondachziegel und nicht das wasserdichte Unterdach: das Wasser wird auf dem Ziegel perfekt abgeleitet.

Perfekt in Design und Funktion

Der neue Ergoldsbacher Level RS® ist perfekt in Design und Funktion. Auffallend ist seine klare, kantige Form mit geradem Abschluss. Bedeutend ist seine tiefe Ringverfalzung mit 3-fachem Kopf- und Seitenfalz. So bleibt selbst bei flachen Dachneigungen (im Halbverband verlegt: Regeldachneigung 16 Grad, Mindestdachneigung 10 Grad) die Unterkonstruktion trocken. Aufwändige regensichernde Zusatzmaßnahmen können entfallen.

Auf Hagelsicherheit geprüft

Das gesamte ERLUS Dachsortiment ist hagelzertifiziert (www.hagelregister.de). Auch der neue Ergoldsbacher Level RS® ist hagelgeprüft und erreicht Hagelwiderstand 4. Das bedeutet der Ziegel hält beim Hagelwiderstandstest einem Beschuss von Eiskörnern mit 4 Zentimeter Durchmesser, rund 30 Gramm Gewicht und einer Geschwindigkeit von 100 km/h ohne Beschädigung stand.

Glattziegel in Sinterqualität hohe Windsogsicherheit,

Bei 1.200 Grad Celsius wird der Ergoldsbacher Level RS® klinkerhart gebrannt und deshalb liegt seine geringe Wasseraufnahme bei unter fünf Prozent.

Im Verband verlegbare Ziegel erreichen eine höhere Windsogsicherheit, im Vergleich zur gleichen Deckung in Reihung verlegt. Beim Ergoldsbacher Level RS® ist die Windsogsicherheit bei Verbanddeckung bereits ohne Verklammerung sehr hoch. Das neue Modell für besonders flache Dachneigungen besitzt ausgeprägte Sturmkerben für den passgenauen Sitz der Sturmklammern I und II von ERLUS. Unter https://www.erlus.com/windsicherungsrechner können die nötigen Sturmklammern berechnet werden.



Der neue Ergoldsbacher Level RS® ist das dritte Modell von ERLUS für besonders flache Dachneigungen. Bild: ERLUS/Zimmerei Pöschl

Praktisch in der Handhabung

Der Ergoldsbacher Level RS® ist ein ERLUS Modell aus der XXL-Familie und gehört zur Lattweitengruppe 38,5 Zentimeter. Bei dieser Lattweite benötigt der Verarbeiter rund 20 Prozent weniger Traglatten pro Quadratmeter als bei der klassischen kleinformatigen Lattweite. Durch sein Format ist der Ziegel praktisch in der Handhabung. Dachstühle, fertig abgebunden mit den zwei ERLUS Lattweiten 34 oder 38,5 cm, ermöglichen große Flexibilität bei der Produktauswahl.

Markenzubehör im Baukastensystem

Für den neuen Ergoldsbacher Level RS® ist auch das ERLUS Markenzubehör verfügbar. Beim ERLUS ALU-SYSTEM sind alle Komponenten perfekt aufeinander abgestimmt und passen für nahezu jede Dachneigung.

Die Montage der Systemteile ist einfach und zeitsparend. Das System besteht entweder aus einer Grund- oder einer Durchgangsplatte in Form des Flächenziegelmodells und dem funktionalen Aufsatz. Die ERLUS Montagevideos zeigen die einfache Handhabung der Systemteile: www.erlus.com/montage-videos.

Auszeichnung Produkt des Jahres 2021

„Wir freuen uns sehr, dass unsere Level RS® Produkt des Jahres 2021 geworden ist“, erklärte Guido Hörer, Vertriebsleitung Dach/Gesamtleitung Produktmarketing bei ERLUS. „Damit wird gewürdigt, dass wir auf die Bedürfnisse unserer Kunden achten und unsere Produkte den Marktanforderungen anpassen. Der Level RS® ist bereits unser dritter Spezialist für flach geneigte Dächer, dieser regensichere Dachziegel benötigt kein wasserdichtes Unterdach, weil das Wasser perfekt auf dem Ziegel abgeleitet wird.“ Das Zusammenspiel aus der technischen Funktionalität und dem Design machen diesen Dachziegel zu einem Premiumprodukt. Die Jury, bestehend aus Christian Rabe, Bereichsleiter Baustoffe und Warenmanagement Hagebau Logistik, Mario Mühlbauer, Bereichsleiter Hochbau bei der Eurobaustoff, und Prof. Dr. Klaus Sedlbauer, Institutsleiter am Fraunhofer IBP, hat in den vergangenen Wochen die teilnehmenden Produkte bewertet. In die Bewertung flossen dabei jeweils der Innovationsgrad, der Nutzwert beziehungsweise Mehrwert, die Nachhaltigkeit und das Marketing der Produkte ein (außer in der Kategorie Nachhaltigkeit).

Erst 2020 hatte der photokatalytisch aktive Tondachziegel Lotus air® von ERLUS den Titel Produkt des Jahres in der Kategorie Nachhaltigkeit erhalten. www.erlus.com/levelrs

ERLUS AG heute

Die ERLUS AG gehört zu den führenden Herstellern von Dachkeramik und Schornsteinsystemen in Deutschland. Das mittelständische Unternehmen produziert an den Standorten Neufahrn und Ergoldsbach (Niederbayern) sowie in Teistungen (Thüringen). Die Tondachziegel von ERLUS zeichnen sich vor allem durch Premiumqualität und hochwertiges Design aus. Gleich mehrere Dachziegel erhielten u.a. den begehrten iF Design Award. Der photokatalytisch aktive Tondachziegel ERLUS Lotus air® wurde in der Kategorie Nachhaltigkeit von BaustoffMarkt und BaustoffWissen als Produkt des Jahres 2020 ausgezeichnet.

Die vom Institut Bauen und Umwelt e.V. verliehene Umwelt-Produktdeklaration (EPD) für die Dachziegelherstellung bestätigt die bereits seit Jahren gelebte Nachhaltigkeitsstrategie des Unternehmens in Entwicklung und Produktion. Neben hochwertiger Dachkeramik und zukunftsorientierten Schornsteinsystemen bietet ERLUS mit Via Vento S zudem ein universelles Lüftungsnetzwerk für Einfamilienhäuser an, welches auch für Passivhäuser bestens geeignet ist.
www.erlus.com ❐



Bauamtsleiter Uwe Knutzen (v.l.), Geschäftsstellenleiter Daniel Fendl, Landrat Thomas Ebeling, Bürgermeister Thomas Falter, Allgemeinarzt Stefan Roi und Architektin Anna Grabinger (dp Architekten) setzen gemeinsam den ersten Spatenstich für das Wackersdorfer Ärztehaus. Bild: Michael Weiß/VG Wackersdorf

Spatenstich für Wackersdorfer Ärztehaus

Die Gemeinde Wackersdorf baut in ihrer neuen Ortsmitte ein Ärztehaus inklusive Apotheke sowie ein angegliedertes Parkdeck. Nach umfangreichen Planungen erfolgte nun der Spatenstich. Voraussichtlich Ende 2022 soll das neue Gebäude fertig sein. Die Kommune investiert 5,7 Mio. Euro.

„Dieses Projekt kommt direkt unseren Bürgerinnen und Bürgern zugute. Die Sicherung der medizinischen Versorgung ist der explizite Wunsch der Bevölkerung“, bezieht sich Bürgermeister Thomas Falter auf die absolute Spitzenplatzierung des Themas bei der großen Bürgerbefragung von 2016. Das Ärztehaus sei in dieser Form das Ergebnis jahrelanger fokussierter Zusammenarbeit zahlreicher Akteure im Ort.

Das zukünftige Angebot

Die Allgemeinarztpraxis von Stefan Roi, Dr. Elena Diaconu, Dr. Sebastian Zahnweh und Dr. Peter Krüger mit integrierter Kinder- und Familienpraxis bezieht auf 537 m² das Obergeschoss des neuen Gebäudes. Stefan Roi gab bekannt, dass eine Hebamme das ganzheitliche Versorgungsangebot abrunden wird. Ein Stockwerk tiefer findet die alteingesessene Wackersdorfer Barbara-Apotheke eine neue Heimat. Im selben Geschoss sind außerdem noch 290 m² für Fachärzte oder medizinische Dienstleister frei – diese verfügbare Gesamtfläche ist optional teilbar.

Der gesamte Bau wird barrierefrei erschlossen und passgenau in die natürliche Hanglage integriert. So ist der Haupteingang im Erdgeschoss von der Schulstraße aus erreichbar. Das Untergeschoss, das primär als Parkdeck fungiert, schließt ebenerdig zur Außenfläche vor dem Mehrgenerationenhaus an.

Direkt anschließend an das neue Ärztehaus errichtet die Gemeinde ein zusätzliches Parkdeck für 900.000 Euro, das durch mehrgeschossige Bauweise eine möglichst große Anzahl an Stellplätzen bei gleichzeitig möglichst geringem Flächenverbrauch bietet. Insgesamt stehen damit 52 Stellplätze zur Verfügung, wovon vier mit Ladevorrichtungen für Elektroautos ausgestattet sind.

Parkplätze, Synergien, Förderungen

Der gesamte L-förmige in Stahlbetonbauweise errichtete Gebäudekomplex bildet einen zentralen Baustein der neuen Wackersdorfer Ortsmitte. „Hier entstehen viele nützliche Wechselwirkungen“, freut sich Bürgermeister Falter. Ein Beispiel: Patient*Innen des Ärztehauses können ihre Wartezeit im offenen Treff des MGHs, in der Bücherei oder im Café des zukünftigen Edekas verbringen und werden rechtzeitig mittels SMS oder Pager benachrichtigt, wenn Sie an der Reihe sind.

Von Stellplatzkapazitäten des Neubaus profitiert außerdem das ganze Ortszentrum. Dieses große Ganze ebnete auch den Weg für Förderungen: So fördert die Regierung der Oberpfalz die Schaffung der öffentlichen Stellplätze, die durchgängig nutzbar sind, mit 490.000 und die Neugestaltung der Außenanlagen im Zuge der neuen Ortsmitte mit 470.000 Euro.

Die Gemeinde Wackersdorf ist seit vielen Jahren direkt aktiv, um die medizinische Nahversorgung zukunftsfähig sicherzustellen. Am sichtbarsten wird das Engagement am neuen Ärztehaus. Beim Baubeginn betonte Bürgermeister Falter ausführlich den großen Einsatz der Wackersdorfer Mediziner. So haben schon die Dres. Strobl, die ihre Praxis über 30 Jahre bis zu ihrem Ruhestand in Wackersdorf führten, mit Weitblick an einer Nachfolgelösung gearbeitet und bereits das Grundfundament für das jetzt im Bau befindliche Ärztehaus gelegt. Die Nachfolge übernahm die Gemeinschaftspraxis „Wackersdorfer Hausärzte“, die sich seit Übernahme der Arztsitze unermüdlich für einen weiteren Ausbau des Medizinstandorts Wackersdorf einsetzt.

Wackersdorfer Teamwork

Den Ärzten ist unter anderem zu verdanken, dass Wackersdorf einen zusätzlichen vierten Arztsitz erhalten hat und das Versorgungsangebot jüngst um eine Kinder- und Familienpraxis gewachsen ist. Die Mediziner sind auch maßgeblich in die Detailplanungen des neuen Ärztehauses eingebunden.

Parallel hat auch die allgemeinmedizinische Praxis Dr. Kappl, erheblich in ihren Standort investiert. Vor wenigen Jahren gingen die neuen Praxisräume in der Sportplatzstraße in Betrieb. Mit dem Fachbereich der Naturheilkunde weitet Dr. Kappl das örtliche Versorgungsspektrum aus. Die beiden örtlichen Zahnarztpraxen sowie die Wackersdorfer Barbara-Apotheke vervollständigen das Angebot. ❐



Kaniber und Aiwanger:

Holzbau hat Zukunft und ist Klimaschutz

Runder Tisch zum bayerischen Holzmarkt

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und Bayerns Forstministerin Michaela Kaniber haben sich gemeinsam für eine Stärkung der Wertschöpfungskette Holz ausgesprochen.

Bei einem Runden Tisch zum Holzmarkt im Wirtschaftsministerium erklärte Aiwanger: „Holzbau hat Zukunft und ist Klimaschutz, da CO2-Speicher. Bayerns Holzwirtschaft ist gut aufgestellt, muss aber künftig noch besser koordiniert werden. Nachhaltig erwirtschaftetes Nadelholz ist in Bayerns Wäldern in großem Umfang vorhanden. Es ist wichtig, dass Baumaterial Holz verfügbar bleibt und jeder in der Wertschöpfungskette gerecht bezahlt wird, auch der Waldbesitzer. Ich unterstütze die Forderung, dass die aktuelle Einschlagsbeschränkung für Holz dringend entschärft werden muss, wenigstens für Waldbesitzer bis 50 Hektar, um die kleinen Waldbesitzer jetzt nicht vom Holzmarkt mit steigenden Preisen auszuschließen und um den Holznachschub für Sägewerke und Zimmerer zu sichern."

Regionale Wertschöpfungsketten

Auf die Initiative der beiden Ministerien sprachen Aiwanger und Kaniber vor dem Hintergrund gestiegener Schnittholzpreise und Lieferverzögerungen mit Vertretern der Holzbranche – vom Bauhauptgewerbe über die Agrar- und Forstwirtschaft bis hin zur Säge- und Holzindustrie und zum Handwerk.

Im Mittelpunkt des Gesprächs mit den Beteiligten der Wertschöpfungskette wurde die Zusammenarbeit beim Holzbau besprochen. Kaniber betonte: „Regionale Wertschöpfungsketten können einen wichtigen Beitrag leisten, damit unser klimafreundlicher Rohstoff Holz wieder da verarbeitet und verbaut wird, wo er gewachsen ist. Ich halte es für dringend notwendig, dass auch unsere Waldbesitzer wieder den Preis erhalten, den ihr Holz verdient hat. Nur so sichern wir den Aufbau klimastabiler Zukunftswälder und die langfristige Versorgung mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz. Schon vor Wochen habe ich die Regelung zum Schutz der kleinen Waldbauern beim Bund eingebracht, dort müssen jetzt weitere Schritte folgen."

Die seit Februar 2021 geltende bayerische Bauordnung wird dem Holzbau weiteren Schub geben, weil der Einsatz von Holz als Baumaterial deutlich erleichtert wird. Um den steigenden Bedarf in Deutschland zu decken, wurde die Produktions- und Verarbeitungskapazitäten der Säge- und Holzindustrie nochmals ausgeweitet. Kaniber appellierte an die Solidarität der Sägeindustrie: „Säger werden diese Abnehmer im Inland auch später wieder brauchen! Es braucht langfristige und verlässliche regionale Lieferketten und faire Preise, sowohl für Bauherren als auch für unsere bayerischen Waldbesitzer!". Im Jahr 2020 wurden mehr als 25,2 Mio. Kubikmeter Schnittholz produziert und damit ein neuer Produktionsrekord erreicht. Weitere Ausbauten und Erweiterungen seien in den nächsten Jahren geplant.

Cluster Forst und Holz

Die Bayerische Staatsregierung fördert seit 2006 im Rahmen der Cluster-Offensive Bayern das Cluster Forst und Holz. „Das Cluster hat in dieser Zeit mit dem Zukunftsnetzwerk Holzbau die Entwicklung in Bayern entscheidend vorangetrieben", erklärt der Wirtschaftsminister. Nach dem Runden Tisch äußerte sich der neue Clustersprecher Forst und Holz, Holzbauunternehmer Alexander Gumpp: „Wir brauchen gerade im Baubereich einen Paradigmenwechsel hin zu mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Bauen mit Holz wird daher unausweichlich die Säule des zukünftigen Bauens sein. Dabei sollten alle aus der Wertschöpfungskette Holz – von der Forstwirtschaft über die Holzindustrie bis hin zum Holzbau – von dieser Entwicklung profitieren. Durch den engen Zusammenhalt im ganzen Cluster und der Weiterentwicklung von Innovationen durch Forschung und Entwicklung werden wir auch die aktuell weltweite hohe Nachfrage nach Bauprodukten erfolgreich meistern."

Dem Ruf nach Exportzöllen erteilte die Expertenrunde eine Absage. „Bayern profitiert als Exportland von einem freien, fairen und nachhaltigen Welthandel und verlässlichen Rahmenbedingungen. Exportzölle wären gegenüber vielen Handelspartnern, auch gar nicht zulässig. Derartige Maßnahmen würden als Bumerang zurückkommen und uns mehr schaden als nutzen. Die Sägewerke müssen die regionalen Handelspartner im Auge haben, Exportverbote sind aber nicht ohne Weiteres durchsetzbar," so die Diskussionsteilnehmer.

Bayerische Bioökonomiestrategie

Der nachhaltige, heimische Rohstoff Holz nehme als Wert- und Werkstoff eine wichtige Rolle in der Bayerischen Bioökonomiestrategie ‚Zukunft.Bioökonomie.Bayern' ein. Aiwanger: „Gerade im Bereich holzbasierte Bioökonomie gibt es große Potenziale für Bayern. Schließlich leistet der Forst- und Holzsektor einen großen Beitrag zum Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Wirtschaftsweise und eröffnet neue, innovative Perspektiven. Die Holzverwendung wollen wir steigern und nicht etwa reduzieren. Zusätzlich wollen wir gemeinsam mit dem Landwirtschafts- und Bauministerium die Ergebnisse aus dem Runden Tisch ´Klimaschutz durch Bauen mit Holz´ umsetzen." ❐



Beim Spatenstich in Grünwald: 1. Bürgermeister Jan Neusiedl (2.v.li.) und Projektleiter Peter Kleßinger (re.) eröffnen gemeinsam mit Thomas Mügge vom Ing. Büro Mügge (li.) und Gerhard Tschabrun von der Architektengemeinschaft Pichler/Tschabrun die Baustelle für das neue Lehrschwimmbecken im Grünwalder Freizeitpark. Bild: B. Davies

Spatenstich in Grünwald

Gemeinde baut im Grünwalder Freizeitpark ein neues Lehr-Schwimmbecken

Die Gemeinde Grünwald bekommt ein neues zusätzliches Lehr-Schwimmbecken. Diese Erweiterung des Grünwalder Freizeitparks ist ein Bauprojekt der Gemeinde. Die Kosten belaufen sich laut Planung auf 6,5 Millionen Euro. Der Gemeinderat hatte sich 2018 einstimmig für ein neues Variobecken in einer Größe von 16,66 mal 10 Metern entschieden.

Anfang April war nun der Spatenstich. Erster Bürgermeister Jan Neusiedl eröffnete in einem pandemiebedingt kleinen Festakt die Bauarbeiten. Neben den Bauherren – für die Gemeinde Bauprojektleiter Peter Kleßinger, für den Freizeitpark Geschäftsführer Jörg Verleger – waren Mitglieder des Gemeinderats und des Planungsstabs geladen.

Durch diese Erweiterung soll das kommunale Angebot für die Bürgerinnen und Bürger im sportlichen Bereich nochmals vergrößert werden. Neusiedl verlieh seiner Freude Ausdruck: „Jetzt und in Zukunft kann die Gemeinde nachhaltige und zukunftsweisende Investitionen tätigen. Die Erweiterung unseres Freizeitparks um ein Lehrschwimmbecken ist ein wichtiges Bauprojekt. Gerade während der langandauernden Pandemiesituation ist dies auch wirtschaftlich ein gutes Signal."

Autarke Versorgung

Ein wesentlicher Punkt der Planung ist, dass die Schwimmbadtechnik des bestehenden Gebäudes nicht mitgenutzt wird, sondern eine autarke Versorgung mit einer in sich geschlossenen Wasseraufbereitung eingebaut wird. Der Um- bzw. Zubau erfolgt bei laufendem Betrieb. Dieser ist aber derzeit aufgrund der Pandemie vorsorglich ausgesetzt.

EU-weite Ausschreibung

Um den richtigen Architekten für den Schwimmbadanbau zu finden, erfolgte eine EU-weite Ausschreibung. Neben dem Preis waren für die Vergabe die vorgehaltenen Qualitätskriterien und insbesondere die Größe des Büros der Planer wichtige Entscheidungskriterien – Letzteres insbesondere, um sicherzustellen, dass die notwendigen Ressourcen während der gesamten Bauzeit vorgehalten werden können. Erhalten hat den Zuschlag schließlich die Bietergemeinschaft Pichler/Tschabrun aus Österreich, die als Experten im Schwimmbadbau gelten. Die Vergabe der Planung für die Badewassertechnik erfolgte an das Ingenieurbüro Möller/Meyer aus Grafrath.

Multifunktionale Nutzung

Der Geschäftsführer des Grünwalder Freizeitparks Jörg Verleger resümiert: „Dieser Anbau schafft eine Erweiterung der Wasserfläche mit der Möglichkeit, diese separat und durch den Hubboden multifunktional zu nutzen. Unterschiedliche Wassertiefen geben uns noch bessere Bedingungen für Schwimm- und Aquafitnesskurse. Zudem können wir diese Kurszeiten dann im großen Becken für das Schwimmen öffnen." Gerade in einer Zeit des demographischen Wandels könne man so die vermehrte Nachfrage im Schwimmbadbereich bestmöglich bedienen.

Informationen zum Grünwalder Freizeitpark

Der Grünwalder Freizeitpark hat eine Fläche von 120.000 m² und bietet den Grünwalder Bürgerinnen und Bürgern vielfältige Möglichkeiten, ihre Freizeit sportlich oder erholsam zu gestalten. Die Parkanlage im Herzen der Gemeinde mit ihrem alten Baumbestand bietet für alle Altersgruppen verschiedene Sporteinrichtungen sowie familiengerechte Spiel- und Freizeitbereiche. Vorgehalten werden eine Schwimmbad- und Saunaanlage, zwei Fußballplätze und vier Sporthallen, ein Hybridhockeyrasen, ein Eislaufplatz im Winter, einen Beachvolleyballplatz, einen Kletterturm, ein Funpark mit Minipipe und einen eigens für den Grünwalder Freizeitpark konzipierten Kinderspielplatz. Der ausgesprochen schöne Kinderspielplatz sowie der Funpark mit Minipipe sind derzeit geöffnet.

In der ehemaligen Sportschule Grünwald sind Räume für Tagungen und Veranstaltungen zu mieten. In den vergangenen 20 Jahren wurden fast alle Gebäude und technischen Anlagen energetisch saniert und modernisiert. Bereits seit 2012 werden die Gebäude mit Geothermie versorgt, und die Parkbeleuchtung ist seit 2017 auf LED umgestellt. Insgesamt neun Tennisplätze bietet die (kommerzielle) Tennisanlage Eltersports, die ebenfalls im Grünwalder Freizeitpark beheimatet ist. In der Musikschule Grünwald mit dem bei Musikliebhabern wegen seiner klangvollen Akustik sehr beliebten AugustEverding-Saal finden normalerweise Konzerte und Abonnementreihen statt. Auch die Musikschule Grünwald hat hier ihren Platz, diese öffnet nach derzeitigem Stand der Dinge jetzt für Einzelunterricht wieder.

Weitere Informationen:
https://www.gruenwalder-freizeitpark.de/ ❐

Haus der kleinen Forscher

Grünwalder Gemeindekindergarten erhält Zertifizierung

Seit 2012 gehört das Erforschen von Mathematik, Naturwissenschaften, Informatik und Technik, kurz: „Mint", fest zum Alltag der Kindergartenkinder im Grünwalder Gemeindekindergarten Moritz. Für den engagierten Einsatz in der frühen Mint-Bildung erhielt der Kindergarten jetzt zum fünften Mal in Folge das Zertifikat „Haus der kleinen Forscher". Die Zertifizierung ist an feste Qualitätskriterien gebunden.

Thema der Zertifizierung war dieses Jahr „Umweltschutz leicht gemacht". Die Kindergartenkinder setzten sich gezielt für den Umweltschutz ein. Interessant für sie war, wo genau der aufgeladene Müll landet, wer den Mülltransporter jede Woche abholt, woher die Rohstoffe kommen und wie genau Recycling funktioniert. Als Bildungspartner fungierte bei diesem Projekt der Wertstoffhof der Gemeinde Grünwald. ❐

GZ-Interview mit BayernGrund-Geschäftsführer Franz Schonlau:

Hilfe für Kommunen dank „Bauamt auf Zeit"

GZ: Nicht erst seit der Kommunalwahl 2020 wird viel über bezahlbaren Wohnraum gesprochen, in Städten und Gemeinden ist der Wohnraum aber meist nach wie vor knapp und teuer. Wie kann BayernGrund Kommunen bei der Schaffung von Wohnraum unterstützen?

Schonlau: *Mit unserem Baumodell „Bauamt auf Zeit" können Städte und Gemeinden den Handlungsspielraum in ihrer Verwaltung gezielt und projektbezogen erweitern. Das tägliche Geschäft wird in den Verwaltungen immer mehr und zusätzliche Aufgaben, wie z.B. die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, Bau von Kitas oder Schulsanierungen müssen verschoben werden. In Zusammenarbeit mit BayernGrund können mehr Projekte gleichzeitig realisiert werden.*

GZ: Wenn die Kommune mehr Projekte realisiert, braucht sie doch auch mehr Geld?

Schonlau: *Für den sozialen Wohnungsbau gilt das nicht unbedingt. Das Förderprogramm des Freistaates Bayern erlaubt die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf eigenem Grund ohne eigenes Geld. Wir können den Kommunen hier bereits vermietete Häuser zeigen und die Rentabilität belegen.*

GZ: Können Sie das genauer erläutern?

Schonlau: *Durch das Kommunale Wohnraumförderungsprogramm KommWFP werden 30 Prozent der Grundstücks- und Baukosten durch den Freistaat übernommen. Zusätzlich können noch 60 Prozent der Baukosten zinsverbilligt – aktuell sogar ohne Zins – abgerufen werden. Mit dem gemeindlichen Grundstück sind die notwendigen 10 Prozent Eigenanteil in der Regel erfüllt. Je nach individueller Situation vor Ort besitzt die Kommune nach 20 bis 25 Jahren lastenfreie Wohnungen, ohne eigenes Geld eingesetzt zu haben.*

GZ: Das hört sich vielversprechend an. Wo ist der Haken?

Schonlau: *Aus finanzieller Sicht gibt es keinen Haken, im Gegenteil. Die Schaffung rentierlicher Vermögen bedingt langfristig eine zusätzliche Einnahme, die auch nicht der Steuerkraft und somit nicht den Umlagen unterliegt.*

GZ: Aber warum geht es dann so langsam voran?

Schonlau: *Dafür gibt es verschiedene Gründe, wie z.B. fehlendes Grundstück, Angst vor Ghetto-Bildung, Verwaltung der Wohnungen, Vergabe der Wohnungen etc. BayernGrund unterstützt Kommunen auch bei der Lösung dieser Aufgaben. Bei den bereits realisierten Objekten traten ebenfalls diese Probleme auf, letztlich konnten sie aber für die Stadt- und Gemeinderäte zufriedenstellend abgearbeitet werden. Dafür gibt es genügend gelungene Beispiele: Muster für Wohnungsvergabe, Verwaltung der Wohnungen durch Dienstleister, gesunde Mischung bei den Mietverhältnissen, etc.*

Gerne realisieren wir gemeinsam mit Ihnen Ihr kommunales Wohnungsbauvorhaben. Besuchen Sie uns auf unserer Homepage www.bayerngrund.de und finden Sie Ihren Ansprechpartner vor Ort. ❐



Stadtsanierung im Frankenwald:

Nur wer sät, wird ernten

Bürgermeister Jens Korn erweckt Wallenfels aus dem Tiefschlaf

Schon die Anfahrt ist herrlich. Von Wartenfels kommend liegt die knapp 3.000-Einwohner-Stadt Wallenfels gefühlt hinter den sieben Bergen im Frankenwald versteckt. Seit 2014 ist Jens Korn hier Bürgermeister. Nach Stationen in München, u.a. als Büroleiter von Markus Söder, und als Pressesprecher von Brose in Coburg, hat er sich entschieden mit seiner Familie wieder nach Hause zu gehen, denn, so sagt er selber, „den Unterschied, den machst du hier." Welche Vision er für seine Heimatstadt entwickelt hat, darüber sprach GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit dem Stadtoberhaupt.

Wallenfels liegt zehn Kilometer von Thüringen entfernt und rückte mit der Wende vom Zonenrandgebiet in die Mitte der Republik. Lange Zeit schien der Landstrich mit seinen tiefen von Flüssen gegrabenen Kerbtälern, deren Topografie in Verbindung mit dem Hochwasserschutz eine Ortsentwicklung sowieso erschwert, von München vergessen zu sein. Erst nachdem 2006 einige oberfränkische Ortschaften, darunter auch Wallenfels, drohten, nach Thüringen „rüberzumachen", da hier die Fördertöpfe großzügiger sprudelten, wurde mit der Förderoffensive Nordostbayern Erleichterung geschaffen.

Demographischer Wandel

Wallenfels' große Herausforderung ist der demographische Wandel. „Dabei liegt es nicht daran", so der Bürgermeister, „dass die Bevölkerung abwandert, ganz im Gegenteil! Der Zuzugssaldo ist sogar positiv. Aber es sterben einfach mehr Einwohner, als geboren werden." Waren es in den 70ern noch im Schnitt 80 Geburten, gab es 2019 nur noch 13 Neu-Wallenfelser und 53 Sterbefälle. Die Stadt hat in den vergangenen vier Jahrzehnten ein Drittel der Bevölkerung eingebüßt. Dementsprechend angelegt ist auch die Infrastruktur, die in der Euphorie der Nachkriegsjahre geschaffen wurde: überdimensioniert.

Wie die Schule, die 1971 für 750 SchülerInnen mit allem Drum und Dran errichtet wurde und als erstes Sichtbetongebäude unter Denkmalschutz gestellt ist. Heute besuchen nur noch 65 Kinder die örtliche Grundschule. Wallenfels hat für diese Anlage eine kreative Lösung gefunden. Die Schule wurde 2013 aufwendig saniert und dient heute als Bildungszentrum, das alle Einrichtungen unter einem Dach vereint. Neben der Grundschule mit altersgemischten Klassen befinden sich im gleichen Gebäude Kindergarten und Kinderkrippe, Hort, Musikschule, Volkshochschule und Bücherei sowie die Caritas mit Seminarräumen.

Mittelpunkt Marktplatz

Innerorts gibt es ca. 50 (Teil-) Leerstände. Sieben der Gebäude hat die Stadt gekauft und zwei davon, die zentral am Marktplatz standen, abgerissen. Ein weiteres wird in diesem Jahr noch folgen. Die Neugestaltung des Marktplatzes ist der Kern der Stadtsanierung. 2017/18 wurde begonnen das Kirchenumfeld zu sanieren. Mit dem Abriss der beiden Häuser eröffnete sich eine neue Sichtachse von der Hauptstraße auf die Kirche. Die Kirche wurde „wieder in die Stadt geholt". Das Büro bauchplan aus München und Wien ging als Sieger aus einem Wettbewerb hervor und ist für den Entwurf verantwortlich. Ziel ist, den Marktplatz wieder zum Mittelpunkt des Ortes werden zu lassen. Im vorderen Teil entsteht Raum für Märkte und Veranstaltungen. Seit Kurzem findet hier auch wieder ein Feierabendmarkt statt. Es werden vor allem regionale Produkte angeboten. Künftig soll eine Grünfläche zum Verweilen und Spielen einladen. Der Altarm der Wilden Rodach, der durch das Zentrum fließt, wird am Marktplatz wieder sicht- und erlebbar sein. Für die Flößerstadt ein wichtiges Identifikationsmerkmal.

Ärztehaus und Touristeninfo

Aber nicht nur die Gestaltung der Freiflächen steht im Fokus. Damit auch wieder Leben in die Ortsmitte einzieht, erfahren zwei zentrale und momentan leere Gebäude eine neue Nutzung. Auffälligster Leerstand am Marktplatz ist die ehemalige Schmidtbank, die in ein Ärztehaus umgewandelt wird. Das Wichtigste: Die Mieter, hat der Bürgermeister schon gefunden und provisorisch im Ort untergebracht. Eine Allgemeinarztpraxis des Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) und eine 2018 von der Stadt angesiedelte Hautärztin sollen im neuen Ärztehaus endlich ausreichend große und zukunftssichere Räumlichkeiten bekommen. Gleichzeitig werden die Patienten der Praxen den Platz beleben.

Ein kleines Gebäude zentral am Marktplatz wird gerade entkernt. Der ehemalige Karzer, liebevoll Karzanella genannt, diente lange Zeit als Drogerie. Heute soll im Erdgeschoss eine Touristeninformation mit Café kombiniert mit einem „Flößerlädla", einem Geschäft mit heimischen Produkten, die Besucher anziehen. Im ersten und zweiten Stock sind kleine Apartments geplant, was in der Stadt, in der Mietpreise um die fünf Euro pro Quadratmeter üblich sind, eine Rarität ist. Die Fassade des Hauses wird mit einer Mischung aus Holz und Glas das Aushängeschild der Stadt.

Gebaut wird aber gerade im gesamten Stadtzentrum. Die Bemühungen der Stadt ziehen private Investitionen nach sich. Um diese Entwicklung zu unterstützen hat Wallenfels ein interkommunales Förderprogramm gemeinsam mit dem Markt Steinwiesen aufgelegt. Jeder private Immobilienbesitzer, der im Sanierungsgebiets bestimmte Maßnahmen trifft, kann einen Zuschuss in Höhe von 30 % der förderfähigen Kosten bekommen, maximal 20.000 Euro. Voraussetzung ist eine kostenfreie Beratung durch eine von der Stadt gestellte Sanierungsberaterin.

Ein weiteres Projekt, das der Bürgermeister mit der Hilfe engagierter Mitbürger bereits angeschoben hat, ist das Digitale Gesundheitsdorf im Oberen Rodachtal, das von der Bundeskonferenz Stadt.Land.Digital in Berlin ausgezeichnet wurde. Die GZ berichtete in Ausgabe 4/2019 darüber: https://t1p.de/0n8d

Demnächst steht der lang von der Kommunalpolitik versprochene Neubau des Feuerwehrhauses an, den die Stadt mit der Bayerngrund realisiert.

Finanzielle Situation verbessert sich

Wegen der schwierigen Bevölkerungsentwicklung ist die Haushaltslage zwar nach wie vor angespannt; verbessert sich allerdings seit 2013 kontinuierlich. Das liegt an der allgemein guten wirtschaftlichen Entwicklung und an den Stabilisierungshilfen, die zum Teil zur Schuldentilgung aber auch für Investitionen verwendet werden. Das Landratsamt in Kronach bescheinigt der Kommune „dauernde Leistungsfähigkeit". Welche Auswirkungen Covid-19 auf die Finanzmittel haben wird, muss sich erst noch zeigen. „Von den fast 10 Mio. Euro Gesamtausgaben, die der Stadtrat 2020 freigegeben hat, entfallen 3,2 Mio. Euro auf den Vermögenshaushalt, also auf die Investitionen. Da sich der Investitionsstau mittlerweile auf 50 Mio. Euro beziffern lässt, werden wir diesen voraussichtlich die kommenden 20 Jahre abarbeiten", fährt der Bürgermeister fort. „Deshalb würde die eigene Finanzkraft bei weitem nicht ausreichen. Wir freuen uns deshalb über die Mittel aus der Städtebauförderung und der Förderoffensive Nordostbayern." „Rübermachen" ist also längst vom Tisch.



v.l.: GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel und Bürgermeister Jens Korn. Bild: GZ

In Wallenfels blickt man frohen Mutes in die Zukunft und mit der Gründung der Lucas-Cranach-Campus in Kronach sind große Hoffnungen verbunden. Möglicherweise wird die Stadt in diesen Campus integriert und Hochschulstandort eines Studiengangs der Hochschulen Coburg und Hof. Jens Korn will diesen Schwung gerne mitnehmen und so auch geistig seinem Heimatort neue Perspektiven eröffnen. Gemeinsam mit seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern hat er die Saat dafür gut angelegt. Wenn sich die Kräfte, die im Korn 😉 schlummern, gut entwickeln, wird Wallenfels reiche Ernte einfahren. **CH**





Heute und morgen: Bürgermeister Jens Korn vor der Karzanella, der zukünftigen Touristeninfo. Der Entwurf rechts zeigt, wie der Marktplatz einmal aussehen soll. Foto links: GZ; Rendering: Stadt Wallenfels

14. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik:

Wege zur zukunftsfähigen Stadt

Deutschland blickt 2021 auf 50 Jahre Städtebauförderung zurück. Das Jubiläum war Anlass, im Rahmen des 14. Bundeskongresses der Nationalen Stadtentwicklungspolitik auf die vielfältigen Ergebnisse und Entwicklungen des Förderprogramms zurückzublicken und einen Blick auf die umfangreichen Herausforderungen der Zukunft zu werfen. Schwerpunkte der live aus Köln übertragenen zweitägigen Konferenz waren darüber hinaus die Umsetzung der Neuen Leipzig-Charta und die Folgen der Covid-19-Pandemie für Städte und Gemeinden.

„Seit 50 Jahren unterstützen wir unsere Kommunen mit der Städtebauförderung. Die Problemlagen haben sich in dieser Zeit gewandelt – und die Städtebauförderung mit ihnen", betonte Anne Katrin Bohle, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. „Heute begleiten wir die Städte auf dem Weg hin zu Smart Cities und suchen gemeinsam nach Lösungen, wie wir die Corona-Pandemie überwinden können. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag, damit sich unsere Städte auch für kommende Herausforderungen wappnen."

„Das Erfolgsrezept der Städtebauförderung über 50 Jahre hinweg war stets, positive soziale, bauliche und wirtschaftliche Wirkung zu entfalten", stellte Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, fest. Viele Herausforderungen konnten vor Ort angegangen werden. Zudem sei es immer wieder gelungen, auch städtebauliche Missstände zu beseitigen. Infolge der Corona-Pandemie stünden die Städte und damit auch die Städtebauförderung vor neuen Herausforderungen. Es sei eine anspruchsvolle Aufgabe, den Wandel der Innenstädte zu gestalten. „Mit mehr Wohnen, Leben, Arbeiten, Kultur, Handel, Sport und öffentlichen Einrichtungen wollen wir mehr Vielfalt in die Innenstädte bringen. Die Städtebauförderung muss diesen Wandel leistungsfähig unterstützen. Dafür brauchen wir Konstanz der Förderung und Flexibilität beim Mitteleinsatz. Und es muss weiter darum gehen, Bürokratie abzubauen."

Ralph Spiegler, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nieder-Olm, bezeichnete Städte und Gemeinden als „Schlüsselakteure für gutes Zusammenleben vor Ort". „Ob Klimafolgenanpassung, Digitalisierung, Stabilisierung unserer Innenstädte und Ortskerne oder auch die Schaffung bezahlbaren Wohnraums: Es sind kommunale Konzepte und praxisgerechte Lösungsansätze gefragt! Ohne starke Städte und Gemeinden werden wir die zukünftigen Herausforderungen nicht bewältigen", so Spiegler. Daher sei es wichtig, dass seit 50 Jahren bewährte Instrument der Städtebauförderung langfristig auf einem hohen Niveau zu verstetigen.

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat im Herbst 2020 einen Expertenbeirat damit beauftragt, Wege aufzuzeigen, um Städte und Gemeinden zukunftsfähig und resilient zu gestalten. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik mit ihren eingespielten Strukturen war die geeignete Plattform, diesen Prozess zu begleiten. In einem intensiven und interdisziplinär aufgestellten Arbeitsprozess ist hieraus ein Memorandum mit dem Titel „Urbane Resilienz – Wege zur robusten, adaptiven und zukunftsfähigen Stadt" entstanden.

Querschnittsthema Resilienz

Darin heißt es unter anderem: „Die Nationale Stadtentwicklungspolitik muss im Sinne der Neuen Leipzig-Charta finanziell und strukturell weiterentwickelt und gestärkt und um Aspekte der resilienten Stadtentwicklungspolitik erweitert werden." Vorgeschlagen wird ein „Haus der Leipzig-Charta" als Kompetenzzentrum, sowie eine „Task Force Urbane Resilienz", die im Katastrophenfall die Kommunen in der Krisenbewältigung unterstützt.

Zentrale Aspekte des Risikomanagements, der Umweltgerechtigkeit, der Gesundheitsvorsorge, der Klimafolgenanpassung, der sozialen Gerechtigkeit sowie der Integration seien künftig noch stärker in die Stadtentwicklungsplanung und Förderinstrumente zu integrieren. Dazu gehörten insbesondere sozialräumliches Monitoring, Risikostudien, Anpassungsstrategien und Maßnahmen im Kontext einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Von daher sollten die Städtebauförderung und die Stadtentwicklungskonzepte um das Querschnittsthema Resilienz erweitert und finanziell aufgestockt werden.

Mischnutzungen und Nachnutzungen sollen künftig rechtlich flexibler ermöglicht werden, insbesondere mit Blick auf den Lärmschutz. Für den Auf- und Ausbau kommunaler Flächenressourcen ist angedacht, bodenpolitische Instrumente zu erweitern und neu zu schaffen, z.B. durch kommunale Bodenfonds.

Um die dauerhafte Handlungsfähigkeit der Kommunen sicherzustellen, sind digitale Kompetenzen aufzubauen und Digitalisierungsprojekte strategisch in der Stadtentwicklung zu verankern. Für Innovationen zur urbanen Resilienz soll eine „Experimentale" als Sonderprogramm aufgelegt werden, um bestehende Hemmnisse aufbrechen zu helfen und Freiräume für Experimente zu schaffen, die später auch verstetigt werden.

Zudem müsse die Nationale Stadtentwicklungspolitik um Elemente der internationalen Zusammenarbeit erweitert werden. Mit der Verabschiedung des Memorandums im Rahmen des Bundeskongresses gilt es in den nächsten Monaten nun, dieses mit Leben zu füllen und in den Städten und Gemeinden vor Ort umzusetzen.

Wo gibt es in Deutschland kooperative Städte? Dieser Frage ist der Bundespreis kooperative Stadt nachgegangen. Insgesamt 80 Kommunen haben sich als Koop.Stadt beworben. 13 Kommunen wurden von einer unabhängigen Jury ausgewählt und im Rahmen des Bundeskongresses in Köln ausgezeichnet. Sieben weitere Kommunen dürfen sich über eine Anerkennung freuen. Aufgerufen waren kleine, mittlere und große Städte ab 10.000 Einwohner. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat stellte 200.000 Euro Preisgelder zur Verfügung.

Nürnberg, Coburg, München

Mit der Auszeichnung für herausragende Kooperation von Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung wurde unter anderem Nürnberg bedacht. Mit dem Stadtratsbeschluss„Möglichkeitsräume" hat die Norisstadt ein Sonderprogramm für Nachbarschaftsideen zur Aufwertung und Belebung des öffentlichen Raums eingerichtet, das die Jury als richtungsweisend lobte. Ein Raumkompass dient als Vermittlerstelle für Kunst- und Kulturschaffende mit Raumnot. Weitere Instrumente treiben den Ausbau der Anerkennungskultur voran und ermöglichen Kooperationen auf Augenhöhe.

Über eine Anerkennung dürfen sich die bayerischen Vertreter Coburg und München freuen. Die kreative Zwischennutzung von Leerständen in einem Coburger Sanierungsgebiet und die Umsetzung von Kunstinstallationen im öffentlichen Raum ohne formale Genehmigungsverfahren fand lobende Worte. Erklärtes Ziel der Stadt ist es, Bürokratie abbauen und direkte Wege zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu schaffen. Mit der Anerkennung soll die Stadt auf diesem Weg bestärkt werden.

Mit Blick auf die Landeshauptstadt München hebt die Jury den Abschluss eines Erbbaurechtsvertrags für eine Sozialgenossenschaft (Bellevue di Monaco) hervor. Grundlage dafür war die Rücknahme eines Stadtratsbeschlusses zum Abriss zweier innerstädtischen Liegenschaften zu Gunsten des Erhalts der Gebäude, um daraus einen Ort für das Thema „Flucht und Migration" zu schaffen.

Besonders gewürdigt wird darüber hinaus, dass (zukünftige) Bewohner eines Neubauquartiers eine Genossenschaft für Quartiersorganisation gegründet haben, um das Quartiersmanagement zu betreiben. Seit Januar 2019 wird die eG als Pilotprojekt maßgeblich von der Stadt München/Sozialreferat im Rahmen der „Quartierbezogenen Bewohnerarbeit" bezuschusst. Nach Ansicht der Jury haben diese Instrumente eine Anstoßwirkung auch über den engeren Projektkontext hinaus: Verschiedenste Akteure profitieren von ihnen und im Ergebnis entstehen kooperative Stadtbausteine. **DK**

GZ ZU GAST BEI ...


Foto_Stadt_Lindau_Christian_Flemming

Dr. Claudia Alfons

Oberbürgermeisterin der Stadt Lindau

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich bin Oberbürgermeisterin der Stadt Lindau mit rund 25.000 Einwohnern.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
Am 01. Mai 2020.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Ich möchte Verantwortung für meine Heimatstadt übernehmen und dazu beitragen, dass die Menschen bei uns in der Stadt Vertrauen in Politik und Verwaltung haben.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Mitbringen konnte ich, dass ich in Lindau aufgewachsen und als Juristin seit 2014 im öffentlichen Dienst tätig bin. In Vorbereitung meiner Kandidatur habe ich sehr viele Gespräche geführt, mit MitbürgerInnen, Vereinen, Verbänden und Unternehmen und so meine Stadt und die Anliegen der Menschen hier noch umfassender kennengelernt.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Die Stadt Lindau hat in den letzten Jahren große Projekte angestoßen, die umgesetzt und abgeschlossen werden müssen, wie z. B. die Bayerische Gartenschau, die 2021 bei uns stattfindet, den Bau der Lindauer Therme oder einen neuen Fernbahnhof. Dazu kamen die zusätzlichen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie.
Doch das Wichtigste, unabhängig von den Sachthemen, ist es für jede/n neue/n Amtsinhaber/in rasch zu einer guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Stadtverwaltung, Stadtrat und Bürgerschaft zu kommen.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Weiterhin die Auswirkungen der Corona-Pandemie und die genannten Großprojekte. In wenigen Tagen steht z. B. die Eröffnung der Bayerischen Gartenschau – unter Corona-Bedingungen – an.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Mit dem Spagat, den viele Kommunen leisten müssen: Wir werden unsere Anstrengungen gegen den Klimawandel und für bezahlbaren Wohnraum verstärken, ebenso werden wir in unsere Schulen und Betreuungsangebote investieren. Auf der anderen Seite können wir unseren Haushalt nicht noch mehr belasten und müssen perspektivisch unseren Schuldenstand zurückführen.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Nach nur einem Amtsjahr bin ich nicht diejenige, die Ratschläge erteilen sollte. Ich persönlich finde es wichtig, für die Belange der Menschen zugänglich zu bleiben und viel dafür zu tun, dass politisches Handeln für die Menschen – unabhängig davon, ob es ihren eigenen Präferenzen entspricht – nachvollziehbar und verlässlich ist.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Ich habe wöchentliche Besprechungsrunden mit den Führungskräften sowie Einzel-Jourfixe mit Amtsleitern und Stabsstellen. Ebenso führe ich monatlich ein Gespräch mit dem Personalrat.
Für BürgerInnen biete ich jeden Mittwoch eine Bürgersprechstunde an und gebe jeden Freitag in einem Videopodcast via Instagram und Facebook Einblick in meine Arbeitswoche. Ergänzend berichte ich in einer kleinen Kolumne in der Lindauer Bürgerzeitung, die alle zwei Wochen erscheint.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
In der Kommunikation und unseren Arbeitsprozessen z. B. auch zu Vorbereitung von Sitzungen, merken wir schon heute, wie sehr sich das verändert. Diese Trends werden sich weiterentwickeln und es werden neue Formate und Hilfsmittel hinzukommen. Bleiben wird aber, dass Politik von Menschen für Menschen gemacht wird.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
„Halten wir uns heiter und tätig!" (Thomas Mann)
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Ich bin nur ein Glied in einer langen Kette und will dazu beitragen, dass auch unsere Kinder und Kindeskinder noch gut und gerne in Lindau leben. Wenn meine Amtszeit im Rückblick eine sein wird, die die Menschen und Verantwortungsträger bei uns in der Stadt einander näher gebracht hat und von einem guten Miteinander geprägt war, würde ich mich sehr freuen. ❐

Präventive Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe:

So wichtig wie nie

Das Coronavirus legt gesellschaftliche Missstände schonungslos offen, schwelende Konflikte werden durch die Pandemie befeuert wie ein Buschbrand. Wie so oft sind es die Schwächsten der Gesellschaft, die am meisten unter einer Krise leiden und die auf die Beratung und die Unterstützung der Fachkräfte der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe angewiesen sind. Die Coronapandemie hat das Kreisjugendamt München dabei vor völlig neue Aufgaben gestellt. Vor allem Flexibilität und Kreativität sind gefragt, um Kinder, Jugendliche und Familien auch weiterhin zu erreichen.

Ein Beispiel sind die präventiven Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe. Aufgrund der Kontaktbeschränkungen können diese nur unter äußerst erschwerten Bedingungen stattfinden. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit fällt unter die außerschulische Bildung und ist somit seit Dezember 2020 wieder von den Schließungsmaßnahmen und Kontaktbeschränkungen betroffen. Um den Jugendlichen dennoch weiterhin Zugang zu ihren Bezugspersonen der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu ermöglichen, hat der Landkreis München ein Corona-Sonderprojekt ins Leben gerufen, an dem 21 Einrichtungen des Kreisjugendrings München Land, des Erzbischöflichen Jugendamts und des Vereins für Jugend- und Familienhilfe teilnehmen, wie z. B. die Kinder- und Jugendfarm und Jugendfreizeitstätte Fezi in Unterföhring. Unter www.fezi-ufg.de können online Zeit-Slots gebucht werden damit so bis zu fünf Kinder parallel das weitläufige Gelände nutzen, Tiere versorgen, sich um die Ställe kümmern, kreativ in den Werkstätten oder im Garten arbeiten oder eine Einzelberatung bei einem Spaziergang wahrnehmen.

Ergänzt wird das Farmangebot durch digitale Aktionen, wie Online-Kochabende mit internationaler Küche. Durch das Corona-Sonderprojekt konnten allein von Dezember 2020 bis März 2021 an die 900 Kinder und Jugendliche im ganzen Landkreis erreicht werden.

Jugendsozialarbeit auch im Homeschooling

Auch die Jugendsozialarbeit an Schulen hat sich flexibel auf die neuen Herausforderungen durch die Pandemie eingestellt und bleibt für Kinder,Jugendliche und deren Familien erreichbar, ob vor Ort, telefonisch oder digital.

Denn in Zeiten der Schulschließung und des Homeschoolings nehmen die Konflikte und Belastungen der Schülerinnen und Schüler nicht ab. Im Gegenteil, wie ein Vorfall von gewaltverherrlichenden Aussagen in einem Klassenchat einer Mittelschule zeigt. Normalerweise würde hier in Präsenzzeiten die von den Sozialpädagogen angebotene Medienprävention greifen. In der aktuellen Situation nahmen die Eltern telefonisch zur Jugendsozialarbeit Kontakt auf. Gemeinsam mit den Jugendbeamten der Polizei und dem Jugendamt konnte hier schnell und unbürokratisch unterstützt und beraten werden.

Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig die Erreichbarkeit der präventiven Sozialen Arbeit in Zeiten von Kontaktbeschränkung und Schulschließungen ist. ❐

Infotainment von, mit und für Bürgermeister:innen

Im Mai erschien das erste Video-Interview auf dem neuen YouTube Kanal BürgermeisterTV. Interviewgast bei Stefan Detig, Altbürgermeister und Rechtsanwalt aus Pullach, war Richard Reischl, erster Bürgermeister von Hebertshausen im Landkreis Dachau: https://t1p.de/99ec

Die Idee: Bürgermeister:innen stellen zum einen ihre aktuellen und spannenden Projekte vor. Zum anderen erzählen sie lustige Rathausgeschichten aus ihrer Tätigkeit. „Jeder und jede Bürgermeister:in ist herzlich eingeladen mitzumachen. E-Mail an info@detig-rsw.de genügt", sagt Detig.

Kleine Gartenschau in Lindau eröffnet:

Mehr Natur in der Stadt

Mit Musik und einer Mini-Regatta ist Bayerns kleine Gartenschau in Lindau am Bodensee eröffnet worden. Europaministerin Melanie Huml und Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber sowie Lindaus Oberbürgermeisterin Claudia Alfons übergaben symbolisch je einen Blumenschlüssel an Verantwortliche der Gartenschau, die bis zum 26. September 2021 Lindau in ein sinnliches Erlebnis aus Gärten, Wasser und Panorama verwandelt. „Sie haben hier wirklich auch für die Zukunft von Lindau investiert", betonte Bayerns Europaministerin Melanie Huml in Vertretung von Ministerpräsident Markus Söder. Huml erklärte, sie sei ein Fan der Gartenschauen.

Der bayerische Umweltminister Thorsten Glauber bezeichnete die Gartenschau in Lindau als „großartiges Gemeinschaftsprojekt". Gartenschauen schafften neue Lebensqualität mitten in der Stadt. Durch die Entsiegelung eines rund 11.000 qm großen ehemaligen Parkplatzes sei ein grüner Bürgerpark mit einer Größe von über fünf Hektar entstanden. Dort wurden unter anderem ein Skatepark, Sportflächen und ein Spielplatz errichtet, die nach der Schau erhalten bleiben sollen.

Glauber zufolge schaffen die Grünflächen eine Frischluftschneise und verbessern damit das Stadtklima. „Niederschlagswasser kann jetzt wieder direkt vor Ort versickern. Gleichzeitig werden neue Lebensräume für heimische Tiere und Pflanzen geschaffen. Ich danke allen Mitwirkenden für ihr großartiges Engagement für mehr Natur in der Stadt."

Die Gartenschau ist ein wichtiger Baustein zur Entwicklung der Stadt Lindau und der Region. Gartenschauen leisten zudem einen wertvollen Beitrag zur Artenvielfalt. Rund 4.400 neue Pflanzen, davon etwa 100 Sträucher und Bäume, wurden in Lindau gesetzt. Zudem wurden Sommerflorbeete mit einer Fläche von knapp 1.000 qm gepflanzt. Im Bereich der Luitpoldkaserne entstand auf einem Tiefgaragen-Dach eine naturnahe Begrünung.

Rahmenprogramm

So richtig bunt wird der Gartenstrand nicht nur durch die vielen Blumen, sondern erst durch die Themen-Beiträge der Partner. 40 Aussteller sind insgesamt vertreten. So präsentiert sich der Landkreis Lindau auf 300 qm Ausstellungsfläche in all seinen Facetten. Im Pavillon können sich die Besucher über die Besonderheiten des Landkreises informieren. Oder sie entdecken die schönsten Plätze vom Bodensee bis ins Westallgäu einmal auf andere Weise: Das Projekt „FacettenReich" macht die Region zu einer digitalen Erlebniswelt. Des Weiteren befinden sich im Pavillon Dauerausstellungen der unteren Naturschutzbehörde und des Landschaftspflegeverbands sowie der Freunde der Lindauer Gartenschau: Scheidegg, Weiler und Schlachters.

„Gestern – Morgen – Jetzt" oder eben „Backward – Forward – Now" lautet das Motto im Stadt-Raum. Gemeinsam präsentieren hier die Regierung von Schwaben, die Stadt Lindau und die Gartenschau die enge Verflechtung von Städtebauförderung und Stadtplanung mit der Gartenschau als „Ermöglicher" der Entwicklung auf der Hinteren Insel. Die zeitliche Dimension ist mit Absicht gewählt: Denn Städtebauförderung ist mehr als die punktuelle Förderung von Einzelprojekten. Sie verfolgt, wie die Stadtentwicklung, klare strategische Ziele. Dies zeigt die Regierung von Schwaben in einem Rückblick auch am Beispiel Lindaus.

Gefördert wird die Lindauer Gartenschau mit mehr als 2,5 Millionen Euro aus Landes- und EU-Mitteln. Das Umweltministerium unterstützt Gartenschauen seit 1980. Mehr als 74 Millionen Euro wurden seitdem insgesamt zur Verfügung gestellt. Ab 2022 werden bayerische Landesgartenschauen mit jeweils bis zu 5 Millionen Euro gefördert.

Wegen der Corona-Bestimmungen müssen in Lindau Karten vorab gekauft werden, zudem gilt Test- und Maskenpflicht. Je nach Inzidenz dürfen zwischen 2.500 bis maximal 4.000 Besucher am Tag das Areal besichtigen. Die Stadt rechnet über den Sommer mit rund 300.000 Besuchern. **DK**

Videokonferenz der KPV Oberfranken:

Lockern und Öffnen mit Augenmaß

Karl Philipp Ehrler, Bürgermeister in Stammbach, sprach aus, was viele Menschen denken: „Hat die Politik in der Pandemie einen Plan? Und falls ja, verrät sie ihn nicht." Ein wenig provokant stieß er so die Diskussion mit dem Bundestagsvizepräsidenten Hans-Peter Friedrich in der Videokonferenz des Bezirksverbands Oberfranken der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) an. Der Bezirksvorsitzende konnte sich dabei über einige neue Gesichter auf dem Monitor freuen.

Die Kommunalpolitiker aus dem Nordosten Bayerns legten ihre Hoffnung auf den Ausstieg aus der Pandemie in den Impffortschritt. Doch dazu gehörte nach ihrer Einschätzung noch einiges: genügend verfügbarer Impfstoff, weniger Bürokratie, kein langes Warten und Zugang für alle. Auf den Tisch kamen auch die Widersprüche im alltäglichen Leben: Einkaufen im Supermarkt erlaubt, im Fachgeschäft nicht; Fliegen nach Mallorca erlaubt, Ferienwohnung an der Ostsee nicht.

Für den Fall, dass sich Verstöße wiederholten, wurden bessere Kontrollen gefordert. Aber es sollten auch Wege gefunden werden, kleinere Feste und die Außengastronomie zuzulassen und Geschäften eine Öffnung zu erlauben. Vor allem aber müssten die Kinder und Jugendlichen in die Schulen gelassen werden. Durch häufiges Testen sollte das auch möglich sein. „Lockern und Öffnen mit Augenmaß", faßte Ehrler zusammen. Diesem Anspruch schloss sich Bundestagsvizepräsident Hans-Peter Friedrich, gleichzeitig Bezirksvorsitzender der CSU Oberfranken, an. Auch ihm ist es wichtig, dass durch zügiges Impfen eine gewisse Normalität einkehrt, auch wenn das Virus dadurch nicht verschwindet.

Für die Bundestagswahl ist es aus Friedrichs Sicht von großer Bedeutung, dass die Bevölkerung sich auch mit den Themen und Herausforderungen auseinandersetzen kann, die außerhalb der Pandemie zur Debatte stehen und für die Zukunft des Landes von elementarer Bedeutung sind. Vor diesem Hintergrund müsse auch die sog. „Maskenaffäre" aufgearbeitet werden, die der Politik im Ganzen, der Union aber im Besonderen schwer schadet. Geboten seien eine Offenlegung der Lobbyarbeit und eine strenge Reglementierung von Zusatzeinkünften der Berufspolitiker. Freilich wolle niemand, dass wohlhabende und gutverdienende Bürger, Anwälte und Unternehmer von politischen Mandaten ausgesperrt bleiben.

Die zeitlich befristete Änderung der Kommunalgesetze rief widersprüchliche Empfindungen hervor. Während mancher Konferenzteilnehmer darin ein erfolgreiches Konzept für zukünftige Gremienarbeit in einer mobileren Gesellschaft sah, überwog eher Skepsis. Durch die Befristung der hybriden Sitzungen scheue man mitunter die Investition in die erforderliche Ausstattung. Bayreuths Oberbürgermeister Thomas Ebersberger stellte fest, die bevorzugte Form kommunaler Arbeit der Gewählten in den Gremien sei weiterhin die Anwesenheit im selben Raum.

Breiten Zuspruch fand Friedrich für seinen Aufruf an die Kommunalpolitiker, sich aktiv in den Bundestagswahlkampf einzuschalten. Die Pandemie mache es den Kandidatinnen und Kandidaten unmöglich, sich in bewährter Weise den Bürgern in Versammlungen, Diskussionen und Begegnungen vorzustellen. Sie seien auf die Unterstützung der aktiven und bekannten Politiker in den Gemeinden und Städten angewiesen. **TF**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende
schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Stadt Garching:

Der Abenteuerspielplatz ist eröffnet!

Klettern, schaukeln, toben und chillen im Bürgerpark

Ein bisschen mussten sich die Garchinger Kinder gedulden und konnten nur sehnsüchtig durch den Bauzaun hindurch auf das Abenteuer- und Kletterland blicken, das sie dahinter erwarten sollte. Jedoch galt es, dem Rasen genügend Zeit zum Anwachsen zu geben. Anfang Mai konnte der Abenteuerspielplatz endlich von Sandra Franceschi vom städtischen Umweltreferat und von Garchings Erstem Bürgermeister Dietmar Gruchmann offiziell eröffnet werden.

Umgeben von einem grünen Rahmen aus Bäumen und Blumenwiesen, liegt der neue Abenteuerspielplatz im Bürgerpark – individuell, natürlich und modern gestaltet, mit mannigfaltigem und differenziertem Spielangebot. Unterschiedlich dimensionierte Rasenhügel trennen und verbinden zugleich die einzelnen Spielbereiche und verhindern, dass der Spielplatz sofort überblickt werden kann – so lässt sich immer wieder etwas Neues entdecken. Zudem entstehen einzelne Zonen mit unterschiedlichen Spielschwerpunkten, die der jeweiligen Alterszielgruppe angepasst sind.

„Die Möglichkeiten für unsere Kinder, sich draußen zu bewegen und Spaß zu haben, sind seit einem Jahr extrem eingeschränkt. Es freut mich daher umso mehr, dass wir nun diese riesige Spiellandschaft im Bürgerpark eröffnen können. Ich sehe und höre jetzt schon die vielen Kinder – übrigens auch meine eigenen – vor mir, wie sie toben und spielen. Der Spielplatz wird sicher toll angenommen!“, so Gruchmann zur neuen Spiellandschaft.

Turm als zentrales Element

Der ca. 6,50m hohe Spielturm mit seinen drei ‚gestapelten Kisten‘ stellt dabei das zentrale Element dar und ist schon von weitem als Eye-Catcher sichtbar. Mit Balkengewirr, Kletternetz, senkrechter Kletterwand, Strickleiter und Röhrenwendelrutsche können sich die Großen austoben. Eine Pollerstrecke aus Stämmen in unterschiedlichen Höhen führt einen Hügel hinauf zu zwei Hängematten, die im Baumschatten zum gemeinsamen Ausruhen, Schaukeln oder Chillen einladen.

Im südlichen Teil, von Hügeln und Bäumen umrahmt, liegt geschützt der Sandbereich mit einem breitgefächerten Spielangebot für die Kleinsten: Wackel- und Federkisten, Kriechtunnel, Motorik-Parcours, Spielhäuschen, Edelstahlrutsche, Sandbaustelle mit Sandaufzug, Rinnen und Sieben u.v.m. Neben dem Sandbereich startet für alle Kindergarten- und Schulkinder ein Motorik-Parcours, der auch einige Hügel in seinen Ablauf integriert. Hier wartet eine Kombination aus Balken, Seilen, Netzen, Brücken und Stegen sowie eine Kletternetz-Kombination aus schrägen Kletternetzen und einem engmaschigen Chillnetz in unterschiedlichen Höhen.

Außerhalb der Laufwege, teils von Hügeln umgeben, befinden sich unterschiedliche Schaukelarten, die räumlich den jeweiligen Alterszonen zugeordnet sind: eine Kombi-Schaukel mit Schaukel- und Kleinkindersitz, eine Vogelnestschaukel und eine Riesen-Doppelschaukel, die auch von den Erwachsenen benutzt werden darf. Von einem Hügel im Randbereich startet zudem eine 25m lange Seilbahn. Alle verwendeten Robinienhölzer sind natürlich gewachsen, entsplintet, vierkantgesägt und ansonsten völlig naturbelassen. Lediglich einzelne, ausgewählte Elemente sind in unterschiedlichen Grün- und Orangenuancen lasiert. Alle Seile und Netze sind naturfarben. ❐



Endlich konnte der Abenteuerspielplatz von Sandra Franceschi vom städtischen Umweltreferat und Garchings Erstem Bürgermeister Dietmar Gruchmann eröffnet werden.

Foto: Stadt Garching, Felix Benjamin Brümmer

Die Chefs halten die Stange

Projekt „AB jetzt inklusiv“ läuft auch in der Krise gut

Entlassung ist trotz Pandemie kein Thema bei jenen Firmen, die mit dem Projekt „AB jetzt inklusiv“ der Lebenshilfe Werkstätten Schmerlenbach kooperieren. Fast alle Menschen mit Behinderung werden in diesen Betrieben weiterbeschäftigt. „Das ist wirklich bewundernswert“, äußerte Ulrich Brückner von der Sozialverwaltung des Bezirks Unterfranken, der im letzten Sozialausschuss darüber berichtete, wie gut in Unterfranken die Inklusion von Menschen mit Handicap in den Sozialraum gelingt.

Wer früher in einer Werkstätte war, hatte oft das Gefühl, in eine Sackgasse geraten zu sein. Nur selten führte der Weg nach draußen – also dorthin, wo „ganz normale“ Menschen arbeiten.

Dies ist mit der UN-Behindertenrechtskonvention nicht vereinbar. Weshalb der Bezirk 2014 daran ging, Wege in den sogenannten „Sozialraum“ zu öffnen. Menschen mit Behinderung sollen nicht mehr morgens abgeholt und in eine Werkstätte gefahren werden. Sie sollen arbeiten, wo sie wohnen, und dort das tun, was sie interessiert.

Ging man früher oft davon aus, dass mehr als Werkstatt unmöglich zu erreichen ist, stellte sich durch die Bezirksinitiative namens SONI heraus: Es gibt viele Jobs „mitten im Leben“, die auch Menschen machen können, die kognitiv eingeschränkt sind. Mit „AB jetzt inklusiv“ bieten die Lebenshilfe Werkstätten Schmerlenbach laut Brückner seit Anfang 2018 Arbeitsplätze am Untermain an: „Aktuell werden 18 Personen fest beschäftigt.“ Zusätzlich seien in den letzten drei Jahren 46 Teilnehmer in einem Praktikum begleitet worden: „Etwa die Hälfte entschied sich im Anschluss für einen inklusiven Arbeitsplatz.“

Zu wissen, wofür man sich morgens aus dem Bett rappelt, ist für die meisten Menschen wichtig. Das Aufstehen fällt umso leichter, je lieber man das tut, was ansteht. Menschen mit Handicap, die dort, wo sie leben, einen Job ergattert haben, sind meist hochmotiviert bei der Sache. Davon berichtete am Rande des Sozialausschusses Jutta Oster, die den Fachdienst „AB jetzt inklusiv“ leitet. Eben dies sei auch der Grund, weshalb am Untermain, anders als in anderen Regionen, kaum jemand entlassen wurde. Die betreffenden Mitarbeiter hätten bewiesen, „dass ihre Arbeitskraft und sie als Person in den Betrieben wichtig sind“.

Rettung inklusiver Jobs

Trotz großer Verunsicherung durch die Corona-Krise wäre es für die Firmen „sowohl organisatorisch und wirtschaftlich als auch menschlich“ kaum vertretbar gewesen, Kündigungen auszusprechen. Sie nahmen im Gegenteil oft einen erheblichen Aufwand in Kauf, um die inklusiven Jobs zu retten. Oster: „Viele Arbeitsplätze mussten umorganisiert oder den Covid-19-Infektionsschutzbestimmungen entsprechend nachgerüstet werden.“ Lediglich ein Arbeitgeber sei nicht bereit gewesen, die Veränderungen mitzugehen: „Dieser Arbeitsplatz ging uns leider verloren.“ Ein weiterer Chef konnte den Mitarbeiter aufgrund ausfallender Einnahmen nicht weiterbeschäftigen.

Während junge Leute mit durchschnittlicher Intelligenz die Qual der Wahl haben, was sie einmal werden möchten, ist das Berufsfeld für Menschen mit geistiger Behinderung stark eingeschränkt. Dennoch finden sich Nischen. „Viele unserer Inklusiv-Mitarbeiter arbeiten in Seniorenheimen oder in der Industrie“, berichtet Jutta Oster. Dass vor allem solche Jobs aufgetan wurden, sei nun ein großes Glück: „Wir haben kaum inklusive Arbeitsplätze in Bereichen, die durch die Pandemie sehr gefährdet waren.“ „AB jetzt inklusiv“ kooperiert derzeit weder mit reinen Gastronomiebetrieben noch mit dem Hotelgewerbe.

Beruf trotz Handicap

Doch ist es nicht womöglich ein Fehler, Inklusionsprojekte ausgerechnet an eine Werkstätte für behinderte Menschen anzudocken? Dies merkte Christina Feiler, stellvertretende Behindertenbeauftragte des Bezirks, im Sozialausschuss kritisch an: „Der Weg über die Werkstätte bedeutet zunächst Exklusion, bevor es zur Inklusion kommt.“ In anderen Ländern landeten Personen mit Handicap nicht automatisch in einer Sondereinrichtung. Junge Leute mit Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt könnten sich in Österreich zum Beispiel an Jugendcoachs wenden.

Auch in Schweden sei es leichter, seinen Platz im Beruf trotz Handicap zu behaupten. Der Einstieg gelinge über staatliche Vermittler. Kritisch sieht die Behindertenbeauftragte auch, dass durch die unterfränkischen Inklusionsprojekte kaum in sozialversicherungspflichtige Jobs vermittelt werde. Was Jutta Oster bestätigt: „Allerdings konnten wir ausgerechnet in diesen turbulenten Zeiten einen Mitarbeiter auf einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz vermitteln, was für uns 2020 ein Highlight war.“

Leistungsdruck und Handicap, das geht für viele Chefs laut Oster nicht zusammen. „Es scheint den Betrieben leichter zu fallen, zusätzliche, unverbindlichere Stellen für Menschen mit Behinderung zu eröffnen, anstatt ihnen eine feste Stelle anzubieten und dauerhaft zu finanzieren“, beobachtet sie. Auf der anderen Seite wünschten viele Teilnehmer am Projekt „AB jetzt inklusiv“ gar keinen sozialversicherungspflichtigen Job. Ihnen sei das „Sicherungsnetz“ des Projekts oder der Werkstätte wichtiger: „Wir hoffen, dass bei nachfolgenden Generationen die Bereitschaft größer wird, den Schritt nach draußen zu wagen.“ **Pat Christ**

GZ PINOS WELT



„Ich möchte fast sagen, es ist sowas wie ein säkulares Pfingstwunder: Überall bricht sich positiver Optimismus Bahn.“ Der Bürgermeister zog für sich und die Stadt ein insgesamt positives Resümee der Pfingsttage.

Tatsächlich ist, wenn man durch die Stadt streift, deutlich die bessere Grundstimmung der Menschen zu spüren. Der Mix aus sinkenden Inzidenzen, viel mehr Impfungen und nach dem Sinken der Schwellenwerte berechenbaren Lockerungen verbessert die Laune und bringt Stück für Stück Normalität zurück.

Beispiel Reisen. Pfingsten war ja immer eine begehrte Reisezeit. Da man als Katze kaum der Blasphemie geziehen werden kann, würde ich sogar sagen, dass mit Pfingsten der Gründung der Tourismusbranche gedacht wird: Gott sandte die Jünger in alle Länder der bekannten

Wir brauchen wieder Normalität!

Welt und gab ihnen auch noch Sprachunterricht dazu. Nun gut, das ist etwas albern, aber die Autobahnen waren gut voll und die Flughäfen freuten sich über bescheidene Anstiege der Fluggastzahlen. Mühsam ernährt sich das Eichhörnchen.

Im Fernsehen waren bemerkenswerte Bilder zu sehen, wie strahlende Menschen bei gefühlten Minustemperaturen dick in Friesennerze und wärmende Funktionsbekleidung eingemummelt an den Stränden von Nord- und Ostsee auf Terrassen saßen. Das zeugt denn doch für eine gehörige Portion Nachholbedürfnis, ebenso wie das Paar, das im Chiemgau bei einem Schneespaziergang Ende Mai zu sehen war. Keine Klage kam diesen Menschen über die Lippen, kein Verweis auf das Schietwedder, die doch verständlich gewesen wäre.

Aber auch bei uns in der Stadt waren die Tische und Stühle vor den Gaststätten, Cafés und Eisdielen gut besetzt, obwohl ich bei 16 Grad Celsius, kühlem Wind und Nieselregen wahrscheinlich keinen Spaß an einem Eiscafé gehabt hätte – eher am Sahnehäubchen obenauf.

Aber vielleicht war das wechselhafte Wetter auch ein Segen von oben, sozusagen eine pfingstliche Gnade, so sinnierte ich, nahe dem Ofen zusammengerollt, über die Situation. Denn so gingen wenigstens nur die ganz Hartgesottenen oder die wirklich Überdrüssigen kurz vor die Tür. Kaum auszudenken, was für Massen die Innenstädte oder Ausflugsziele überflutet hätten, wenn korrektes Mai-Wetter geherrscht hätte.

Denn eines ist klar: Trotz immenser Fortschritte bei der Erstimpfung und immer mehr Glücklichen mit Zweitimpfung hängt das Damoklesschwert Covid immer noch über den Menschen. Wobei ich mir manchmal gar nicht sicher bin, ob die Leute richtig realisieren, welches Wunder der Wissenschaft sie bestaunen können, dass es so schnell so wirksame Impfmittel gegen einen solch aggressiven Virus gibt. Wie lange musste früher die Menschheit sich mit ihren Geißeln wie Pocken, Cholera oder Polio arrangieren, bis Impfstoffe gefunden wurden. Jetzt hat es ein schlappes Jährchen gedauert.

Und trotzdem bleibt der Mensch ein mäkeliges Tier. Bin ich froh, dass es bei den empfohlenen Katzen-Impfungen kein solches Prestigedenken gibt. Jeder will hierzulande den BMW unter den Impfstoffen: BioNTech. Der heißeste Scheiß unter den Vakzinen. Dicht gefolgt von Audi, vulgo Moderna. Der Amischlitten von Johnson&Johnson wird kaum beachtet, da traut man der Straßenlage nicht. Und AstraZeneca rangiert in der Opel-Ford-Dacia-Klasse, solide aber nicht sexy. Sagt mal, geht's noch? Wichtig ist doch der Schutz vor dem Virus und die Aussicht auf Reisen, Biergarten und die Widereröffnung der Beautysalons für Katzen und Hunde – nicht was auf dem Impfdöschen draufsteht.

Wie geht es weiter? In einem stimme ich dem Bürgermeister voll zu: Jetzt sind erst mal die Jungen dran. Mit Impfen, mit Wiedereröffnung von Schulen, Unis, Sportanlagen, Freizeitclubs. Als Individualist bin ich natürlich für Entscheidungsfreiheit.

Die Jugend hat es nach all den Einschränkungen verdient, jetzt an erster Stelle zu kommen, ganz im Sinne Stefan Zweigs: „Was ist Jugend: Die unbändige Lust, die eigenen Gefühle und Ideen noch ganz heiß aus sich herauszustoßen.“

Ihr Pino

Landkreis Fürth:

Seniorenratgeber in neuer Auflage

Tipps für Generation 60+ und pflegende Angehörige

Der Seniorenratgeber zählt zu den beliebtesten kostenlosen Broschüren des Landkreises Fürth. Nun erscheint der informative Ratgeber in der achten und aktualisierten Auflage. Erhältlich ist das Heft im Landratsamt, in den Rathäusern sowie bei den örtlichen Seniorenvertretungen, den Seniorenkreisen der Kirchen und den Seniorenkreisen der Wohlfahrtsverbände und des VDK. Zusätzlich gibt es eine Online-Version, die über die Homepage des Landkreises abrufbar ist: www.landkreis-fuerth.de.

„Der Seniorenratgeber ist Teil eines Gesamtkonzepts. Alle Maßnahmen und Aktionen haben das Ziel, dass die älter werdende Bevölkerung des Landkreises möglichst lange in der vertrauten Umgebung leben kann. Der Information kommt dabei eine ganz wichtige Rolle zu“, betonte Landrat Matthias Dießl bei der Vorstellung des neuen Seniorenratgebers.

Die Broschüre bietet einen detaillierten Überblick über Angebote und Strukturen im Landkreis Fürth für die Generation 60+. Dem Ratgeber können eine Fülle an Informationen zu vielen Lebensbereichen entnommen werden: So etwa eine Vielzahl an geselligen Freizeitangeboten, die von Sport über Kultur bis hin zu sozialen Veranstaltungen reichen, sowie zahlreiche Ansprechpartner. Außerdem sind die Angebote der Seniorenvertretungen und -quartiere vor Ort enthalten, die eigene Freizeit- und Begegnungsangebote anbieten und Nachbarschaftshilfen betreiben.

„So lange wie möglich zu Hause wohnen, ist ein Wunsch von uns allen. Damit dies gelingt, zeigt der Ratgeber vielfältige Unterstützungsangebote auf“, erläuterte der Landrat. Er dankte allen, die dazu beigetragen haben, den neuen Ratgeber zu ermöglichen. Die Federführung lag bei der Seniorenbeauftragten des Landkreises, Tanja Maier. Aber auch die Seniorenvertretungen haben sich aktiv eingebracht.

Auch für pflegende Angehörige entwickelt

Der Ratgeber richtet sich zudem an pflegende Angehörige. Sie finden darin Anlaufstellen und Informationen rund um die Pflege sowie Wissenswertes und aktuelles zum Thema Demenz. Verschiedene Wohn- und Pflegeformen sowie die entsprechenden Einrichtungen im Landkreis sind in dem Ratgeber ebenso zu finden, wie Informationen zu den Themen Recht, Finanzen und Vorsorge. Dießl zeigte sich davon überzeugt, dass die Neuauflage wieder ein voller Erfolg werden wird. **pmw**



Die Verantwortlichen der Aventinus Mittelschule Abensberg freuen sich über vier neue digitale Tafeln: v.l.: Andreas Reichinger, Rektor Wolfgang Brey, die Biburger Bürgermeisterin Bettina Danner, Abensbergs Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, Konrektor Christian Lanzl und Achim Shaukat.

Foto: Stadt Abensberg

„Stolz auf meine Sprache!“

Projekt „Zweisprachige Bücherbox“ der Bayerischen Integrationsbeauftragten in Bayern SÜD gestartet – Potentiale von Mehrsprachigkeit bei den Kleinsten erkennen

Die Bayerische Integrationsbeauftragte Gudrun Brendel-Fischer, MdL, gab bei einem Besuch der Evangelischen Kita Pfarrkirchen den Startschuss Bayern Süd für ihr Projekt „Zweisprachige Bücherbox – Stolz auf meine Sprache!“.

Brendel-Fischer erklärte, es sei für immer mehr Kinder der Normalfall, dass sie mit mehr als einer Sprache aufwachsen: „Mehrsprachigkeit sollten wir nicht als Hemmschuh, sondern als Potential begreifen. Fakt ist, dass Erst- und Zweitsprache nicht unabhängig nebeneinander herlaufen, sondern einander bedingen.“

Kinder, die eine Sprache nicht gut beherrschen, tun sich auch in der anderen Sprache schwer. Die Herkunftssprache darf nicht vernachlässigt werden. Im Rahmen des Besuchs haben die Erzieherinnen der evangelischen Kita gemeinsam mit Kindern die Bücherbox ausgepackt. Zudem wurden Vorlese-Kostproben auf Arabisch, Italienisch und Französisch gegeben. Brendel-Fischer freute sich: „Es ist bereichernd für alle Kinder, den Klang anderer Sprachen zu erleben und der Fantasie freien Lauf zu lassen, wie wohl der Deutsch vorgelesene Beginn der Geschichte weitergehen wird: Zweisprachige Kinder können die Auflösung verraten!“

Die Vorständin des Evangelischen Kita-Verbands Bayern Christiane Münderlein wies auf die psychologische Komponente hin: „Es ist wichtig, die Kinder in ihrer gesamten Persönlichkeit anzuerkennen. Das heißt auch, ihnen zu zeigen, dass ihre bisherige Sprachentwicklung sehr wohl eine Rolle spielt; auch wenn im Kindergarten hauptsächlich Deutsch gesprochen wird. Ich freue mich, dass die Bayerische Integrationsbeauftragte ihre ‚Zweisprachige Bücherbox‘ in ganz Bayern an Einrichtungen des Evangelischen Kita-Verbands, mit vielen Kindern mit Migrationshintergrund, schickt. Es ist gut, dass die Herkunftssprache in die Sprachentwicklung einbezogen wird.“



Mehrsprachigkeit ist kein Hemmschuh für Bildungserfolg.

Foto: Bayerische Integrationsbeauftragte

Entwicklung der Muttersprache

Das neue Projekt „Zweisprachige Bücherbox – Stolz auf meine Sprache!“ möchte neben der deutschsprachigen auch die muttersprachliche Entwicklung unterstützen. Für Brendel-Fischer geht es auch um ein Signal der Wertschätzung mit der Botschaft: „Deutsch zu lernen ist für Kinder und Eltern sehr wichtig, aber seid auch auf Eure Familiensprache stolz.“

In ganz Bayern wurden in dieser Woche rund 100 Kitas mit Bücher-Boxen beliefert, in denen sich zweisprachige Vorlesebücher in 9 unterschiedlichen Sprachen befinden. Im Norden Bayerns erfolgte der Startschuss bereits Anfang Mai ebenfalls ohne Öffentlichkeit in einer Kita in Schweinfurt. Die Bayerische Integrationsbeauftragte dankte allen Erzieherinnen und Erziehern sowie den Ehrenamtlichen für ihr Engagement sowie ihrem pädagogischen Ideenreichtum bei diesem mehrsprachigen Projekt! ❒

Vorschau auf GZ 12

In unserer Ausgabe Nr. 12, die am 17. Juni 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk**
- **Wasser · Abwasser**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark · GaLaBau**

Gemeinsames Engagement für Heimat und Freizeit

Die Stadt Bamberg bekräftigt ihr Engagement in der Europäischen Metropolregion Nürnberg

Anfang Mai 2021 unterzeichneten der Ratsvorsitzende der Metropolregion Nürnberg, Landrat Johann Kalb, und Oberbürgermeister Andreas Starke zusammen mit dem Zweiten Bürgermeister Bambergs, Jonas Glüsenkamp, die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Bamberg und der Europäischen Metropolregion Nürnberg. Damit bekräftigten sie ihr gemeinsames Engagement für diese wichtige regionale Allianz. „Gemeinsam und auf Augenhöhe schaffen wir nachhaltiges Wachstum, ausgezeichnete Lebensqualität und eine generationengerechte Zukunft,“ so der Ratsvorsitzende der Metropolregion und Landrat des Landkreises Bamberg, Johann Kalb.

Die Kernthemen der Metropolregion Nürnberg werden in acht Fachforen bearbeitet, deren Geschäftsstellen über die gesamte Region verteilt sind. So entsteht ein Netzwerk, das die gesamte Region nachhaltig voranbringt.

In den Fachforen tauschen sich insgesamt rund 400 Experten zum jeweiligen Schwerpunktbereich aus. In Bamberg ist die Geschäftsstelle des Forums „Heimat und Freizeit“ angesiedelt. Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp leitet die Geschäftsstelle, die sich vor Allem dem Handlungsfeld der nachhaltigen Lebensqualität in der Metropolregion verschrieben hat.

„Heimat und Freizeit“ und „Fernweh ganz nah“

Unter dem Titel „Heimat und Freizeit“ arbeiten hier Experten aus Tourismus, Wirtschaft, Marketing und aus den Gebietskörperschaften an Ideen zur Förderung des Ausflugs- und Naherholungstourismus in der Metropolregion und stärken so regionale Wirtschaftskreisläufe und regionale Identität.

In zentralen Projekten, wie der gemeinsamen Vermarktungsplattform der Tourismusregionen der Metropolregion, „Fernweh ganz nah“, werden die Strategien umgesetzt. Die Tourismusbörse präsentiert die Naherholungsschätze der Region auf beliebten Stadtfesten in der Region. Mit dem Slogan „Das Abenteuer wartet vor der Haustür.“ ruft der Entdeckerpass zu spannenden Ausflügen in die Region auf. Mit ihm kann die ganze Familie Freizeitangebote in der Region erkunden und dabei von umfangreichen Rabatten profitieren.



V.l.: Bamberger Oberbürgermeister Andreas Starke, der Ratsvorsitzende der Metropolregion Nürnberg, Landrat Johann Kalb, und Jonas Glüsenkamp, zweiter Bürgermeister der Stadt Bamberg unterzeichnen die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Bamberg und der Europäischen Metropolregion Nürnberg.

Foto: Landratsamt Bamberg

Klares Signal

Mit dem Heimatlotsen entsteht gerade ein weiteres Instrument, das die Freizeitangebote und Schätze der Region attraktiv zugänglich machen wird. Die Website soll noch im Sommer 2021 an den Start gehen. Mit der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung setzt die Stadt Bamberg ein klares Signal, sich weiterhin für Lebensqualität und Tourismusförderung der Metropolregion Nürnberg ins Zeug zu legen. ❒

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
> 50 erfolgreiche ISIS12 Projekte
www.Mein-Datenschutzberater.de
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

GZ auf folgenden
Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Messenger-Dienste

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten – direkt auf Ihr Handy:

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service

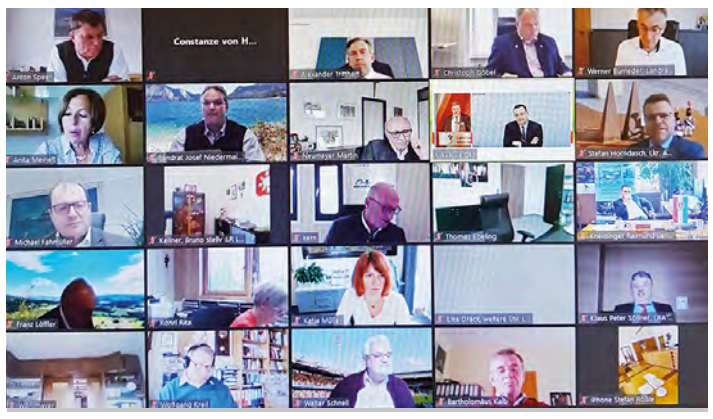
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
Wartung und Reinigung von:
- Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
- Prozesslufttechnische Anlagen
- Kontrollierte Wohnraumlüftung

Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 28. Mai 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 11



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Jahrestagung des Bayerischen Landkreistags:

Landkreise zukunftsfest gestalten

Die Folgen der Coronapandemie für Staat und Kommunen standen im Mittelpunkt der virtuellen Jahrestagung des Bayerischen Landkreistags im Landratsamt München.

In seiner Grundsatzrede konzentrierte sich Präsident Christian Bernreiter dabei auf vier Megathemen: Corona, Wirtschaft, Klima und starke Landkreise bilden nach den Worten als Fundament des Staates.

„Zunächst gilt es, die Corona-Pandemie zu überwinden und die Gesellschaft zu einen. Es geht darum, in der Pandemie sicher über die Ziellinie zu kommen", betonte Bernreiter. „Trotz vieler Herausforderungen haben wir in den vergangenen Monaten bereits erfolgreich bewiesen, dass in der Pandemie auf das überragende Engagement der Landratsämter nicht verzichtet werden kann."

Normales Leben mit dem Virus ermöglichen

Die Langzeitstrategie ziele darauf ab, ein vertretbares normales Leben mit dem Virus zu ermöglichen. Impfstoff müsse in ausreichender Menge bereitstehen und gleichmäßig verteilt werden. Gebiete mit geringer Ärztedichte dürften nicht benachteiligt werden, weil dadurch ein Keil in die Gesellschaft getrieben würde. Der Präsident plädierte überdies für eine schnelle Stabilisierung der Wirtschaft. Dies verlange eine kluge

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

650 Mio. Euro für kommunale Investitionen

Der Freistaat ist und bleibt starker und zuverlässiger Partner für seine Kommunen. Um weitere 50 Mio. Euro auf die Rekordsumme von nunmehr 650 Mio. Euro wurden die Mittel zur Förderung des kommunalen Hochbaus erhöht, wie Finanzminister Füracker mitteilte.

Damit werden Baumaßnahmen im ganzen Land unterstützt. Dazu zählen u.a. der Neubau eines Schulschwimmbades in Erbendorf (Oberpfalz) mit 1,5 Mio. Euro, die Generalsanierung der Grundschule in Rödental (Oberfranken) mit 1,5 Mio. Euro, die Erweiterung und Generalsanierung des Gymnasiums in Zwiesel (Niederbayern) mit 1,1 Mio. Euro, die Generalsanierung und Erweiterung des Staatlichen Beruflichen Schulzentrums in Aschaffenburg (Unterfranken) mit 2,9 Mio. Euro, die Generalsanierung und Erweiterung des Sonderpädagogischen Förderzentrums in Geretsried (Oberbayern) mit 1,0 Mio. Euro, der Neubau einer Kindertageseinrichtung in Dietenhofen (Mittelfranken) mit 880.000 Euro sowie der Umbau und die Sanierung der Staatlichen Realschule in Obergünzburg (Schwaben) mit 1,5 Mio. Euro.

Für Finanzausgleichsleistungen stehen 2021 insgesamt über 10,3 Mrd. Euro zur Verfügung. Damit erreicht der kommunale Finanzausgleich die Größenordnung von 2020 und liegt deutlich über dem Vorkrisen-Niveau von 2019. **DK**

Neue Steuerschätzung für Bayern:

Geringeres Defizit als befürchtet

Während es in medizinischer Hinsicht echte Lichtblicke gibt, bleibt die finanzielle Lage im Freistaat weiterhin angespannt. Wie Finanzminister Albert Füracker bei der Vorstellung der regionalisierten Steuerschätzung in Nürnberg feststellte, muss Bayerns Staatshaushalt in den Jahren 2021 bis 2023 mit insgesamt 7,3 Mrd. Euro weniger Einnahmen auskommen, als vor der Corona-Krise angenommen wurde.

Die gute Nachricht: Bayern wird in diesem Jahr um rund 1,1 Mrd. Euro mehr an Steuern einnehmen als im November geschätzt. Bis das Niveau vor der Krise erreicht ist, liegt laut Füracker vor dem Freistaat allerdings noch ein weiter Weg.

Zukunftsinvestitionen

Grundsätzlich wirkten Bayerns kluge Politik, Investitionen auf höchstem Niveau und effiziente Maßnahmen. „Dennoch liegen wir für 2021 immer noch rund 3 Milliarden Euro unter dem letzten Schätzergebnis vor der Krise", kommentierte Füracker das Ergebnis des Arbeitskreises Steuerschätzung. Auch für die Folgejahre prognostizierten die Steuerschätzer zumindest ein Ende des Abwärtstrends. „Unser Weg ‚Investieren statt blindes Sparen' ist richtig und erfolgreich. Wir setzen weiter auf erfolgreiche Zukunftsinvestitionen für eine bestmögliche Krisenbewältigung!", unterstrich der Minister. Die Steuerschätzer führen das im Vergleich zur letzten Schätzung im November 2020 etwas geringere Defizit darauf zurück, dass zum einen der konjunkturelle Einbruch im Jahr 2020 nicht so hoch wie zunächst befürchtet ausgefallen ist. Zum anderen wird erwartet, dass die deutsche Wirtschaft die Corona-bedingten Verluste spätestens im Jahr 2022 wieder aufholen kann. Für die Jahre 2022 und 2023 soll sich der Steuerausfall leicht um 0,8 bzw. 0,9 Mrd. Euro im Vergleich zur November-Steuerschätzung vermindern. Als Grundlage dient die Annahme, dass das Bruttoinlandsprodukt heuer um 3,5 und im kommenden Jahr um 3,6 Prozent zulegt. 2020 war es um 4,9 Prozent zurückgegangen. Insgesamt befinden sich die Steuereinnahmen für Bayern laut Füracker damit in stabiler Seitwärtsbewegung auf noch zu niedrigem Niveau.

Haushalt 2022

Das Schätzergebnis der Mai-Steuerschätzung 2021 findet Eingang in die gerade angelaufene Konzeption des Haushalts 2022 durch die Bayerische Staatsregierung. Aufgrund der weiterhin bestehenden Unwägbarkeiten zum Fortgang der Krise wird die Staatsregierung auch für 2022 einen Ein-Jahres-Haushalt vorlegen. „Seriöse Planung ist die Kernessenz bayerischer Finanzpolitik. Wir sollten nicht mit Einnahmeprognosen kalkulieren, die mit großen Unsicherheiten behaftet sind", erklärte Füracker. „Bereits jetzt ist klar: Die Krise wird uns noch länger fordern; eine Schuldenaufnahme im Haushalt 2022 aufgrund der Corona-Pandemie wird leider erneut nötig sein."

Trotz Neuverschuldung zeige Bayern die größte finanzpolitische Stabilität aller Bundesländer, machte Füracker deutlich. So habe die renommierte Agentur Moody's Bayerns herausragende Finanzkraft festgestellt und bestätige dem Freistaat genauso wie Standard & Poors als einzigem Land die Bewertung „Triple A mit stabilem Ausblick".

„Die Corona-Pandemie stellt uns vor historisch einmalige Herausforderungen – gesellschaftlich, wirtschaftlich und finanziell. Unser Ziel ist eine schnellst- und bestmögliche Bewältigung dieser Krise. Die führenden Finanzmarktakteure beurteilen unsere wohl überlegten und vorausschauenden finanziellen Anstrengungen ausnahmslos positiv", hob der Minister hervor. Eine solide Fiskal- und Haushaltspolitik sei das Markenzeichen der bayerischen Staatsregierung. „Vor Corona haben wir 14 Jahre in Folge keine neuen Schulden im Allgemeinen Staatshaushalt gemacht - im Gegenteil: Wir haben sogar insgesamt 5,6 Milliarden Euro zurückgezahlt. Diese Ziele haben wir auch nach der Überwindung der Pandemie wieder fest im Blick", stellte Füracker klar.

Innovationsprogramme

Zur soliden Finanzpolitik Bayerns gehöre auch die geschickte Förderung des bayerischen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts: Mit den umfangreichen und gezielten Investitions- und Innovationsprogrammen lege Bayern bereits jetzt den Grundstein für eine schnelle und anhaltende Erholung Bayerns nach der Krise. Ziel sei es, den Menschen zu helfen und gleichzeitig langfristig die Finanz- und Wirtschaftskraft des Freistaats zu sichern. **DK**

Präsidiumssitzung des Bayerischen Gemeindetags:

Klimaschutz und Wohnraumoffensive

Die Schaffung von mehr Wohnraum sowie umweltpolitische Themen, die den Kommunen auf den Nägeln brennen, standen auf der Agenda der jüngsten Präsidiumssitzung des Bayerischen Gemeindetags. Hierzu unterstrich Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber, dass der Klimaschutz derzeit das umweltpolitische Thema Nummer Eins ist. Beim aktuellen und den künftigen Klimaschutzgesetzen müssten sich Bund und Freistaat intensiv abstimmen, um ein Höchstmaß an Effizienz zu erreichen.

Glauber plädierte für einen schnellen Windkraftausbau im Freistaat, forderte mehr Photovoltaik auf den Dächern von Gebäuden und rief die Kommunen dazu auf, mehr Flächen für Maßnahmen zugunsten von Photovoltaik, Artenschutz und Regenrückhaltung zu verwenden. Mit den meisten seiner Positionen traf er bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern des Präsidiums auf Verständnis. Allerdings bat das Gremium, frühzeitig und intensiv in die kommenden staatlichen Planungen zur Erreichung der ehrgeizigen Klimaschutzziele eingebunden zu werden.



Dr. Uwe Brandl. ❐

Dissens bei Finanzierung des Hochwasserschutzes

Weniger Konsens ließ sich beim Thema Wasserwirtschaft erzielen. In punkto staatliche Förderung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen der Gemeinden gibt es bei der Auszahlung von Fördergeldern laut Präsidium erste Engpässe im Wasserbereich, die der Landesgesetzgeber dringend in den Griff bekommen müsse. Ein klarer Dissens bestand bei der Finanzierung des Hochwasserschutzes an Bayerns Flüssen, den sog. Gewässern I. und II. Ordnung. Besonderen Unmut erregt in den Gemeinden und Städten die staatliche Festlegung des Mitfinanzierungsanteils der Kommunen auf 50 Prozent bei staatlichen Gewässerausbaumaßnahmen. Auch beim Thema der Niederschlagswasserabgabe zeigte sich Minister Glauber reserviert. Dennoch vereinbarte man, gerade bei den beiden letzten Themen im Gespräch zu bleiben und nach konstruktiven Lösungen für derzeit strittige Fragen zu suchen.

Schaffung von mehr Wohnraum

Geht es um die seit vielen Jahren von Bundes- und Landespolitik geforderte Schaffung von mehr Wohnraum, so sind nach Auffassung von Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl „Taten statt Worte das Gebot der Stunde". Regelmäßig habe sein Verband konstruktive und praxisge-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Als Individualist verfügt der Rathauskater natürlich über völlige Entscheidungsfreiheit. Er hofft auch für seine Menschenfreunde auf eine baldige Rückkehr zur Normalität. **Seite 19**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion 2
Wie Bayern sich verändert 2
AKDB feiert 50. Geburtstag 3
GZ-Kolumne Christoph Göbel:
Sehnsucht nach Freiheit und Normalität 3
PAG: Verbesserungen gefordert 3
GZ-Akademie – die aktuellen Online-Veranstaltungen 4
Kommunale Gesundheitsthemen . . . . . .5 - 6
Kommunale Finanzthemen. . . . . .7 - 8
Kommunale Energiethemen . . . . . .9 - 11
Kommunale Bauthemen. . . . . .12 - 17
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . .17 - 20

Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion:

Stark aus der Krise

Eine Halbzeitbilanz der aktuellen Legislaturperiode sowie Konsequenzen aus der Pandemie standen im Mittelpunkt der dreitägigen Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in München. In verschiedenen Gesprächen mit Experten wie dem Präsidenten des ifo-Instituts Prof. Dr. Clemens Fuest, dem Risikoforscher Prof. Dr. Ortwin Renn, vbw-Präsident Wolfram Hatz, Sparkassenverbands-Präsident Prof. Dr. Ulrich Reuter und dem Wacker-Vorstandsvorsitzenden Dr. Rudolf Staudigl wurde Ökonomie und Ökologie gemeinsam gedacht.

„Vernünftiger Klimaschutz kann nur erreicht werden, wenn wir wirtschaftlich stark bleiben", betonte CSU-Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer. Dieses Leitbild spiegelt sich auch in den Resolutionen „Stark aus der Krise – Damit die bayerische Wirtschaft weiter an der Spitze bleibt" und „Klimaschutz – Verantwortung für zukünftige Generationen gerecht werden" wider. Darin fordert die CSU-Fraktion unter anderem „Liquidität und Planungssicherheit für die Wirtschaft". Aus einem Antrag zur Überbrückungshilfe dürfe kein finanzielles Risiko für das Unternehmen werden, weshalb Unklarheiten in den Fördermodalitäten in der Überbrückungshilfe III rasch und verbindlich geklärt werden müssten. Zudem solle der Bund endlich die Möglichkeit des steuerlichen Verlustrücktrags in den Unternehmen auf drei Jahre ausweiten.

Steuersenkungen

Standortfaktoren für Fortschritt, Innovation und wirtschaftliches Wachstum durch Senkung der Unternehmenssteuern auf 25 %, zudem günstigere Strompreise, flexible Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle sowie die Klärung der strukturellen, arbeitsrechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für das Homeoffice sind weitere Forderungen der CSU-Landtagsfraktion. Abgeschafft werden soll der Solidaritätszuschlag, auch sollen keine weiteren Belastungen und Sonderauflagen für die Wirtschaft entstehen. Darüber hinaus müsse Entbürokratisierung endlich auch vollzogen werden, insbesondere bei der Neugründung von Unternehmen.

Des Weiteren sei mehr Tempo beim Klimaschutz angesagt: „Unser Maßstab ist ein klimaneutrales Bayern bis 2040 und eine Reduktion der CO2- Emissionen um mindestens 65 Prozent bis 2030. Wir wollen neue Technologien und Digitalisierung nutzen", heißt es der Resolution. Konkret geht es dabei um den Ausbau und die verstärkte Förderung des Anteils erneuerbarer Energien.

Klimaneutrales Bayern

Dazu zählen u.a.: Photovoltaikpflicht für alle Neubauten in Bayern ab 2022; Ausbau Photovoltaik im Verkehrssektor; Ausbau von intelligenten und verlustarmen Stromnetzen; verstärkte Forschungsaktivitäten für intelligente Energiespeicher; Ausbau und Erforschung verschiedener Energiespeicherarten wie Kurzzeitspeicher, mittelfristige Speicher, saisonale Speicher sowie von Ultrakondensatoren; beschleunigtes Ende der Kohleverstromung noch vor 2038; mehr Tempo beim CO2-Emissionshandel; schnellere Umrüstung auf alternative Antriebe; Verbesserung der Effizienz und Umweltbilanz von alternativen Kraftstoffen sowie Förderung von Clean Economy für eine Kreislaufwirtschaft der Zukunft.

Wertschätzung für Familien

In der Resolution mit dem Titel „Familien – das Rückgrat unserer Gesellschaft" drückten die Abgeordneten ihre Wertschätzung für den herausragenden Beitrag der Familien und Frauen aus. Der Anspruch auf Elterngeld soll um weitere zwei Monate (12+4) steigen, wenn sowohl Vater als auch Mutter Elternzeit nehmen. Auch gelte es, die Kindertagesbetreuung qualitativ hochwertig auszubauen: „Wir investieren weiter in die Kinderbetreuungsangebote, orientiert am Bedarf der Familien. Mit dem 4. Sonderinvestitionsprogramm fördert Bayern insgesamt 73.540 neue Plätze für Kinder bis zur Einschulung. Wir werden gemeinsam mit dem Bund und den Kommunen den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter umsetzen."

Der zulässige Höchstbetrag für die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten soll von 4.000 Euro auf 6.000 Euro angehoben werden. Mit Blick auf die bessere Vereinbarkeit von Familie und kommunalem Mandat „haben wir in der Corona-Pandemie das bayerische Kommunalrecht bereits so angepasst, dass Hybridsitzungen zunächst bis Ende 2022 ermöglicht werden können. Auch danach wollen wir dies ermöglichen und damit Müttern und Vätern mehr Flexibilität bieten", heißt es weiter.

Daneben wurden Resolutionen aus den Bereichen Bildung („Rückstände aufholen – Bildungschancen eröffnen") und Gesundheit („Gesundheit stärken, Corona besiegen, Folgen beherrschen") verabschiedet. Zudem warfen die Mitglieder der CSU-Fraktion einen Blick auf die Entwicklungen in Berlin. Fraktionsvorsitzender Kreuzer betonte: „Unser Ziel für die Bundestagswahl lautet: Die CSU muss in Berlin weiterhin stark sein. Nur dann sind die bayerischen Interessen auch im Bund repräsentiert."

Verschärfungen im Abgeordnetenrecht

Ebenfalls erörtert wurden die notwendigen Verschärfungen im Abgeordnetenrecht. So sollen Einkünfte aus Nebentätigkeiten künftig ab dem ersten Euro beitragsgenau veröffentlicht, Beteiligungen an Kapital- oder Personengesellschaften ab 5 Prozent offengelegt werden. Neu und somit in Bayern deutlich strikter als im Bund sind Regelungen, die entgeltliche Nebentätigkeiten betreffen. Diese werden weiterhin möglich sein, aber es gibt Bereiche, die ausgeschlossen werden sollen, um mögliche Interessenkonflikte zu verhindern. Im Detail müssen die Regelungen nun mit dem Koalitionspartner und den anderen Fraktionen abgestimmt werden.

Veränderungen in der politischen Kommunikation

Mit Blick auf die Grünen riet der CSU-Parteivorsitzende und Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Grundsatzrede zu einer offensiven inhaltlichen Auseinandersetzung bei vermeintlich grünen Themen: „Das, was sie an moralischem Anspruch vorgeben, sind sie nicht in der Lage im Alltag einzulösen." Es gebe große Zweifel an den Grünen, diese müsse die CSU nutzen, so Söder. In diesem Zusammenhang richtete er das Augenmerk auf die längst begonnenen Veränderungsprozesse in Bayern. Der Freistaat wachse und werde vielfältiger: Dabei veränderten sich auch die Werte und Einstellungen der Menschen (siehe Kasten).

Schließlich verändere auch die Digitalisierung die Demokratie, so Söder. Wenn pro Minute 440.000 Tweets abgesetzt, 400 Stunden Videomaterial auf YouTube hochgeladen und auf Instagram 2,9 Millionen Likes abgesetzt werden, sei dies mit enormen Veränderungen für die politische Kommunikation verbunden. Söder warb eindringlich dafür, diese Veränderungen ernst zu nehmen. Das sei der Schlüssel, um auch künftig erfolgreiche Volkspartei zu sein und Mehrheiten zu erringen. **DK**

Wie sich Bayern verändert

- In Ballungsräumen und benachbarten Landkreisen tauscht sich die Bevölkerung in vier Jahren zu etwa einem Drittel aus. In München hatte schon im Schuljahr 2017/18 jeder zweite Grundschüler Migrationshintergrund. In den Münchner Mittelschulen haben drei von vier Schülern Migrationshintergrund.
- In den vergangenen 20 Jahren wuchs die bayerische Bevölkerung um 7,3 %, in Oberbayern waren es 15 %. In den vergangenen zehn Jahren haben die zehn größten Städte Bayerns um 230.000 Bewohner zugelegt.
- Über eine Million Menschen sind in den vergangenen 20 Jahren in Bayern aus der Kirche ausgetreten. 42 % der bayerischen Haushalte sind Single-Haushalte.
- Bei der Landtagswahl 2018 verlor die CSU 240.000 Wähler an die Friedhöfe, bei den erstmals Wahlberechtigten dagegen wählten nur 90.000 die CSU. Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist der Klimawandel genauso gefürchtet wie Terroranschläge. **DK**

Betroffenenbericht einer Jugendlichen:

Einsamkeit und Isolation

Was die Corona Pandemie mit uns macht

Von Karla Heggen

Aufgrund des Covid-19 Virus leben wir schon seit über einem Jahr eingeschränkt und zwangsläufig isoliert, wobei die Einsamkeit Jugendliche am härtesten trifft. Dazu kommt, dass die Maßnahmen, die die Teenager betreffen, die strengsten in unserer Gesellschaft sind.

Während Kleinkinder mit ihren Eltern den Spielplatz besuchen können, bleibt der Skatepark geschlossen. Am beliebten Ort zum „Abhängen", wo normalerweise herzliches Lachen, Euphorie und Freude den Platz füllen, herrscht jetzt Stille. Viele Angebote, die Heranwachsenden früher Kontakt- und Entwicklungsmöglichkeiten boten, können jetzt nicht mehr genutzt werden. Und das gerade in den Jahren, in denen sich die jungen Erwachsenen am meisten entwickeln und (normalerweise) ein gesundes Sozialverhalten gefördert wird.

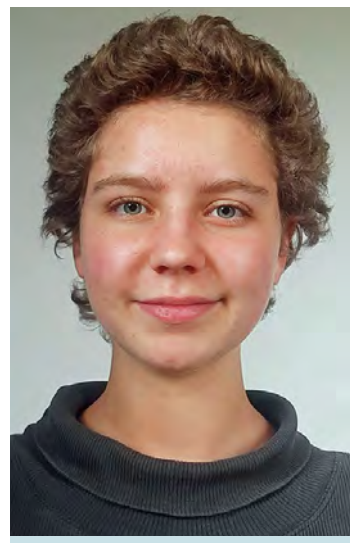
Treffen zu fünft – aus maximal zwei Haushalten

Jedoch ist es Jugendlichen nur erlaubt, sich mit vier anderen Personen gleichzeitig zu treffen, vorausgesetzt sie stammen alle aus dem gleichen Haushalt. Und da das doch relativ selten vorkommt heißt es nun wieder man trifft sich nur zu zweit. Hinzu kommt, dass das Corona-Virus für Kinder und Jugendliche, sofern sie nicht vorerkrankt sind, am wenigsten gefährlich ist. Dennoch sind sie es, die die Einschränkungen am meisten beeinträchtigen.

Verschlechterte Lebensqualität, gesteigerte Sorgen und Ängste

Die Pandemie gilt auch als Auslöser einer Triage in Psychiatrien. Der Bedarf an Jugendpsychologen ist so hoch wie noch nie. Laut der COPSY-Studie der UKE 2020 in der online über 1.000 Kinder und Jugendliche im Alter von 11 bis 17 Jahren und deren Eltern – ungefähr 1.600 Erwachsene – zur psychischen Gesundheit der Kinder befragt wurden, stellte sich heraus, dass jedes dritte Kind seit der Pandemie mit psychischen Auffälligkeiten zu kämpfen hat. Zudem geben vier von fünf der Befragten eine verschlechterte Lebensqualität und gesteigerte Sorgen und Ängste an. Auch depressive Symptome und psychosomatische Beschwerden nahmen deutlich zu.

Ebenfalls veränderte sich die physische Gesundheit von Heranwachsenden stark. Es wird weniger Sport gemacht, ungesünder gegessen und öfter zu digitalen Medien gegriffen. Dazu muss aber gesagt werden, da nun, wo der Großteil des Unterrichts digital abgehalten wird, sich die Bildschirmzeit des Kindes natürlich verlängert.



Die 15-jährige Karla Heggen besucht das Rainer-Maria-Rilke-Gymnasium in Icking. In der Woche vor Pfingsten absolvierte sie in der Redaktion der Bayerischen GemeindeZeitung ihr Schülerpraktikum. In ihrem ersten Zeitungsartikel beschreibt sie als Betroffene die Situation junger Menschen in Bayern durch Corona-Einschränkungen.

Frustrationen im Online-Unterricht

Zu großer Frustration führen oft auch Hindernisse im Online-Unterricht, zum Teil technische Probleme aber auch Verständnisschwierigkeiten des zugeführten Wissens.

Vielen dieser Probleme versucht die Kommunalpolitik bereits auf den Grund zu gehen, doch auch sie hat in diesen Tagen nur begrenzte Möglichkeiten und Freiheiten.

Wünsche an die Politik

Mein Wunsch ist, dass die Kommunalpolitik die Anliegen der jungen Bürger*innen hinsichtlich größerer Freiheiten im Rahmen vorgegebener Regeln und Hygienemaßnahmen besser unterstützt. Außerdem sollen mehr Möglichkeiten der Kontaktpflege eingeräumt werden, Öffnungen/Lockerungen eingeschlossen. Natürlich muss dabei die Gesundheit im Fokus stehen. Soziale Bindungen sollen wieder aufleben, aber mit dem Grundsatz die Sicherheit unserer Bürger zu gewährleisten.

Auch ich als betroffene Jugendliche fühle mich durch die Corona Pandemie eingegrenzt, aber wir müssen zur Zeit alle einen Schritt zurücktreten, um unser aller Sicherheit willen. Und doch würde ich mich gerne wieder mit Freunden treffen und an gesellschaftlichen Angeboten teilnehmen.

Mir ist es lieber, ich akzeptiere klare Hygiene- und Abstandsregeln und damit verbundene Einschränkungen, als dass ich gar keine Chance habe, meine Freunde zu treffen. Der Mensch ist ein „Herdentier"; wir Jugendlichen brauchen den Kontakt zu anderen Gleichaltrigen, um uns auszutauschen und weiterzubilden. Also halten wir uns alle an bestehende Regeln und warten geduldig ab, damit Veranstaltungen in Zukunft endlich wieder stattfinden können. **KH**

Ganztagsanspruch für Grundschüler:

Kommunen dürfen nicht die Gekniffenen sein

Der Deutsche Landkreistag fordert den Bundesgesetzgeber auf, von seinem Gesetzentwurf zur Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler ab 2026 in der jetzigen Form Abstand zu nehmen.

„Es ist höchst fraglich, ob der Bund hierfür überhaupt eine Kompetenz hat. Auch sind die Investitionskosten sowie die jährlich anfallenden Betriebskosten der Kommunen in Milliardenhöhe in keinster Weise abgesichert. Noch dazu sollen Bundestag und Bundesrat wieder einmal in einem besonders eiligen Gesetzgebungsverfahren beschließen. Dieses Vorhaben hat massive Konsequenzen und Kostenfolgen für die Landkreise und Städte. Es muss daher unter enger Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände behandelt werden und darf bei der Frage der Finanzierung keine zehnstelligen Finanzierungslücken enthalten, die den Kommunen auf die Füße fallen", sagte Präsident Landrat Reinhard Sager gegenüber der Funke Mediengruppe.

Vor einem derart folgenreichen Gesetzgebungsverfahren hätte der Bund mit Ländern und kommunalen Spitzenverbänden einvernehmliche und verbindliche Regeln zur dauerhaften Finanzierung der Betriebskosten und der Investitionskosten treffen müssen, so Sager weiter. „Es hat den Anschein, als will man die kommunale Seite hier vom Verfahren her übertölpeln."

Zwar sei der Bund bereit, sich an den Kosten gegenüber den Ländern zu beteiligen, aber das reiche bei Weitem nicht aus. „Allein die Betriebskosten betragen rund 4 Mrd. Euro pro Jahr und nehmen dynamisch zu. Auf die Frage der Finanzierung muss eine Antwort gefunden werden, die Landkreise und Städte nicht im Regen stehen lässt, sondern deren berechtigter Sorge angemessen Rechnung trägt."

Zwar seien die kommunalen Steuerausfälle im vergangenen Jahr von Bund und Ländern kompensiert worden, in diesem Jahr aber bislang nicht. „Das bedeutet, dass uns am Ende des Jahres 12 Mrd. Euro Steuereinnahmen fehlen." Eine tragfähige Lösung bestünde darin, dass der Bund den Ländern für diese Milliardenaufgabe dauerhaft Umsatzsteuerpunkte überließe. „Dies würde auch der Dynamik der Ausgabenentwicklung gerecht werden. Die Länder wiederum haben gegenüber den Kommunen vollständig für die Finanzierung der neuen Aufgabe einzustehen und müssen sich dazu auch klar bekennen."

Laut Sager bestünden bereits grundsätzliche Bedenken für ein Tätigwerden des Bundesgesetzgebers: „Auch wenn es dogmatisch klingt: Bildung ist – anders als die öffentliche Fürsorge – Ländersache. Wenn die Grundschulkinder auch am Nachmittag Angebote wahrnehmen und dazu auf dem Schulgelände bleiben, ist das ganz klar vom Bildungsauftrag der Länder umfasst und gerade nicht so etwas wie die Betreuung von Kita-Kindern." Schon von daher stehe das Gesetzgebungsvorhaben verfassungsrechtlich auf tönernen Füßen. ❒

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Konrad Schlier
97241 Bergtheim
am 15.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Abel
87647 Kraftisried
am 1.6.

Bürgermeister Manfred Nerlinger
86517 Wehringen
am 10.6.

Bürgermeister Gerhard Rammler
91595 Burgoberbach
am 14.6.

Bürgermeister Gerhard Karl
97282 Retzstadt
am 28.5.

Bürgermeister Robert Aßmus
83558 Griesstätt
am 31.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Schöner
95695 Mähring
am 5.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Hasenöhrl
94124 Büchlberg
am 6.6.

Oberbürgermeister
Markus Pannermayr
94315 Straubing
am 28.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Dr. Markus Koneberg
86498 Kettershausen
am 12.6.

Bürgermeisterin
Vanessa Voit
82488 Ettal
am 13.6.

Bürgermeister Heinz Pollak
94065 Waldkirchen
am 16.6.

Bürgermeister
Stefan Scheider
86465 Welden
am 30.5.

Bürgermeister Eric Ballerstedt
88161 Lindenberg
am 31.5.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Matthias Obernöder
91792 Ellingen
am 13.6.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Großveranstaltung in Corona-Zeiten: Studioatmosphäre beim Festakt 50 Jahre AKDB Bild: AKDB

AKDB feiert 50. Geburtstag

„2025 soll niemand mehr aufs Amt müssen!“

Eineinhalb Stunden dauerte die digitale 50-Jahr-Feier der AKDB, an der über 1.000 geladene Gäste teilnahmen. Darunter Vertreter aus Politik und Verwaltung sowie Beschäftigte des AKDB-Unternehmensverbundes. Mit von der Partie: der Bundes-CIO Dr. Markus Richter, die bayerische Digitalministerin Judith Gerlach sowie zahlreiche Bürgermeister, Landräte und Vertreter aus Ministerien. Doch es gab neben Reden auch so manche Überraschung, eine Portion Entertainment und einen optimistischen Blick in die spannende Zukunft der Verwaltung.

Wegen der Corona-Pandemie fand auch die große AKDB-Jubiläumsfeier am 20. Mai 2021 virtuell und im Live-Stream statt. Auf der Veranstaltung, an der über 1.000 Teilnehmer aus dem AKDB-Unternehmensverbund, aus Kommunen, Politik und Wirtschaft teilnahmen, gab es unter anderem Beiträge von „Kunden der ersten Stunde“ sowie Grußworte der bayerischen Digitalministerin Judith Gerlach und des IT-Beauftragten der Bundesregierung, Dr. Markus Richter. Während Judith Gerlach sich „auf weitere erfolgreiche 50 Jahre mit der AKDB“ freut, nannte Bundes-CIO Dr. Markus Richter die AKDB „eine Bereicherung nicht nur für die IT-Landschaft in diesem Land, sondern vor allem für die Menschen“.

Kreatives Feuerwerk

Moderiert wurde die Veranstaltung von Schauspielerin und Lyrikerin Dominique Macri. Im Rahmenprogramm sorgte die Eddy Miller Band für Stimmung. Bei einem kleinen interaktiven Quiz konnten die Gäste ihr Wissen zum Thema E-Government testen. Der bekannte iPad-Magier Andreas Axmann wiederum versetzte mit seinen Kunststücken alle in Staunen und zeigte, dass auch der modernsten Technik ein Zauber innewohnt. Dass in der AKDB das eine oder andere kreative Talent schlummert, bewies der selbst komponierte Jubiläums-Song und ein eigens für den Anlass kreierter und live gemixter AKDB-Cocktail mit dem passenden Namen „Passion in Blau-Weiß“.

2025 soll niemand mehr aufs Amt müssen

Im Namen der AKDB-Gremien gratulierten der Oberbürgermeister der Stadt Germering, Andreas Haas, sowie dessen Amtskollege Markus Pannermayr aus Straubing und betonten den Stellenwert der AKDB für Kommunen. OB Pannermayr zollte der AKDB in seinem Beitrag „höchste Anerkennung und Wertschätzung für ihren Dienst an den bayerischen Kommunen und damit auch an unseren Bürgerinnen und Bürgern“. In die Zukunft blicke er gelassen, „mit der Gewissheit, die AKDB als zuverlässigen und innovativen Partner an unserer Seite zu haben“. Germerings Oberbürgermeister Haas erinnerte an die lange Zusammenarbeit seiner Heimatstadt mit der AKDB und brachte seine Freude zum Ausdruck, „mit der AKDB ein kommunales Familienmitglied in unserem Kreis zu haben, das uns bei allen Digitalisierungsherausforderungen positiv nach vorne schauen lässt“. Die AKDB sieht sich auch für die Zukunft gut gerüstet. Vorstandsmitglied Gudrun Aschenbrenner: „Mit KI-gestützten Verwaltungslösungen, Automatisierung und Blockchain-Anwendungen machen wir die kommunale Familie fit für die digitale Verwaltung der Zukunft. Die Fachkräfte in den Verwaltungen sollen sich künftig noch besser ihren Kernaufgaben widmen können. Unser Ziel: Schon 2025 soll niemand mehr aufs Amt gehen müssen!“

Verwaltungsdigitalisierung: Über 360 Millionen Euro eingespart

Der AKDB-Vorstandsvorsitzende Rudolf Schleyer freute sich über den großen Zuspruch zur Veranstaltung. Er dankte den Wegbegleitern der vergangenen 50 Jahre, allen Kunden, Mitarbeitern und Partnern. Das Jubiläums-Motto „AKDB next50 – Wir l(i)eben digitale Verwaltung“ ist nicht nur ein Lippenbekenntnis: „Durch die Produktivitäts- und Effizienzvorteile unserer digitalen Tools haben Verwaltungen, Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen deutschlandweit allein im Jahr 2020 mehr als 360 Millionen Euro eingespart“, so Schleyer.

Ungebrochene Leidenschaft für die kommunale Welt

Aber zurück zu den Anfängen: Am 12. Mai 1971 wurde im Münchner Rathaus die Gründungsurkunde unterzeichnet. Die AKDB sollte mit damaligen Mitteln der elektronischen Datenverarbeitung zur Automatisierung der Verwaltung beitragen. AKDB-Chef Schleyer: „50 Jahre sind in Zeiten der Digitalisierung Lichtjahre.

Gleich geblieben in dieser Zeit sind aber erstens unser Gründungsauftrag – nämlich Kommunen zu digitalisieren und sie zusammen mit dem Freistaat dabei zu unterstützen; und zweitens die Leidenschaft, mit der sich die AKDB-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter täglich für das Funktionieren unseres Gemeinwesens engagieren.“ Der ökonomische Fußabdruck der AKDB ist allein schon im Freistaat beeindruckend: Dort schafft sie insgesamt 148 Millionen Euro Wertschöpfung jährlich und sichert mehr als 1.900 Arbeitsplätze.

Auf der Jubiläums-Website www.akdb.de/next50 findet jeder Interessierte digitale Kurz-Events zum AKDB-Jubiläum. Die Möglichkeit, hier digitale Glückwunschbotschaften zu hinterlassen, nutzten zahlreiche Vertreter aus Politik und Verbänden. Videogrüße kamen etwa vom Bayerischen Staatsminister des Innern Joachim Herrmann, von den Landräten der Landkreise Altötting und Deggendorf, Erwin Schneider und Christian Bernreiter, vom IT-Referenten der Landeshauptstadt München, Thomas Bönig und von Dr. Uwe Brandl vom Bayerischen Gemeindetag. ❐

GZ KOLUMNE Christoph Göbel



Liebe Leserinnen und Leser,

von Tag zu Tag fällt es mir ein bisschen schwerer, nicht doch einmal den Humor zu verlieren – zumindest für einen klitzekleinen Moment. Natürlich ist die Realität eine andere, aber es fühlt sich nach wie vor so an, als würde sich das ganze Berufs- und auch ein Großteil des Privatlebens um das allgegenwärtige Thema CORONA drehen. Selbst für jemanden wie mich, der voll und ganz hinter dem eingeschlagenen Kurs steht, ist es nicht immer einfach, den Bürgerinnen und Bürgern die aktuell geltenden Maßnahmen zu vermitteln und den Weg durch den sich ständig verändernden Regelungsdschungel aufzuzeigen.

Die Notbremse etwa endet, wenn ein Landkreis an fünf aufeinander folgenden Tagen den Inzidenzwert von 100 unterschritten hat. Die davon abhängigen Regelungen treten dann nach einem so genannten Karenztag frühestens am siebten Tag in Kraft.

Sehnsucht nach Freiheit und Normalität

Ebenfalls am fünften Tag unter der magischen Hundertergrenze kann ein Landkreis beim Gesundheitsministerium den Antrag stellen, weitere Öffnungsschritte anordnen zu dürfen. Für deren Umsetzung sind dann zwei Tage Bearbeitungszeit eingeräumt; sie treten demnach erst am achten Tag in Kraft. Mit der Folge, dass sich innerhalb nur eines Tages eine ganze Reihe an Bestimmungen erneut ändert.

Und dann die vielen Sonderfälle: Kontaktfreier Sport im Innenbereich ist erlaubt, Fitnessstudios dürfen aber trotzdem nicht öffnen. Und was ist mit kontaktlosem Tanzen im Innenraum, kontaktlosem oder eben nicht kontaktlosem Tanzen im Freien – das eine mit, das andere ohne den Nachweis eines negativen Coronatests? Ich kann gut nachvollziehen, dass man hier schön langsam den Durchblick verliert.

Und dann die vielen Fragezeichen, die die Impfpriorisierung aufwirft. Warum schaltet das Registrierungsportal Impftermine für junge, gesunde Menschen der Prio-Gruppe 3 frei, wenn noch hunderte der Prio 2 in der Warteschleife hängen. Auch mir erschließt sich hier vieles nicht, obwohl ich mich gefühlt Tag und Nacht noch immer mit nichts anderem als Corona beschäftige.

Es wird wirklich Zeit, dass der Sommer kommt! Es wird Zeit, dass wir endlich genügend Impfstoff bekommen und in den nächsten Wochen und Monaten möglichst allen impfwilligen Bürgerinnen und Bürgern ein Terminangebot machen können! Es wird Zeit, dass andere Themen wieder verstärkt in den Fokus treten.

Natürlich wissen wir alle, dass die Pandemie nicht so schnell überwunden sein wird. Wir wissen, dass wir uns noch eine ganze Zeit an strengere Regeln halten und vorsichtig sein müssen – zu unserem eigenen Schutz und zu dem unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Und trotzdem muss es auch uns ewigen Mahnern einmal erlaubt sein, sich nach einem Stückchen mehr Freiheit und Normalität zu sehnen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen möglichst unbeschwerte Sommermonate – und bleiben Sie ja gesund!

Ihr Christoph Göbel
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises München

Polizeiaufgabengesetz:

Verbesserungen gefordert

Rechtswissenschaftler und Polizeifachleute forderten im Innenausschuss des Bayerischen Landtags eine korrigierte Fassung des Polizeiaufgabengesetzes. Kritik löste vor allem der Begriff der „drohenden Gefahr“ aus. Er räumt der Polizei schon im Vorfeld bei einer möglichen Straftat weitgehende Einsatzrechte bis hin zur Telefonüberwachung ein. Innenminister Joachim Herrmann sieht in der Novelle des Gesetzes mehr Bürgerrechte und Transparenz gewahrt und gleichzeitig eine effektivere Gefahrenabwehr.

Der Landtag stimmte im Mai 2018 der Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) mit den Stimmen der CSU-Mehrheit zu. Doch das neue PAG bleibt auch nach der von der Staatsregierung eingeleiteten Präzisierung und Entschärfung an mehreren Punkten in Politik und Fachwelt umstritten. Das wurde bei einer Expertenanhörung im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport deutlich. Der Großteil der Experten forderte Verbesserungen. Im Zentrum der Kritik stand das unklare Handlungskriterium der „drohenden Gefahr“, sowie die Tatsache, dass Menschen zwei Monate lang in präventivem Gewahrsam behalten werden dürfen. Ebenfalls in der Diskussion: der Einsatz von Bodycams bei Polizeieinsätzen.

Klare Definition gefragt

„Es ist schwer zu sagen, wo die Grenze zwischen Sicherheit und Überwachung liegt. Wie sollen die Polizeibeamten im Einsatz die unklaren Unterschiede zwischen drohender und konkreter Gefahr unterscheiden?“, fragte Christoph Degenhart, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Leipzig. Den unklar definierten Fall der „drohenden Gefahr“, der Polizisten dazu berechtigen soll, die Staatsgewalt physisch oder durch Überwachung auszuüben, nahmen auch die anderen Experten in den Blick. Ralf Poscher, geschäftsführender Direktor in der Abteilung Öffentliches Recht des Max-Planck-Instituts, kritisierte, dass die drohende Gefahr „nicht auf abstrakten Beurteilungen und vagen Einschätzungen beruhen“ dürfe. Drohende Gefahr herrscht laut aktuellem PAG, wenn „das Verhalten einer Person oder Vorbereitungshandlungen und andere Indizien“ einen „Angriff von erheblicher Intensität oder Auswirkung“ erwarten lassen. Dazu meinte Poscher: „Jede Gefahr, auch die drohende Gefahr, muss nach den viel klareren Kriterien der konkreten Gefahr definiert werden. So ist die Verantwortlichkeit stets gesichert. Drohende Gefahr sollte außerdem nur zu weiteren Nachforschungen berechtigen.“

Handlungsspielraum für Polizei

Unterstützung für die Gesetzesnovelle kam vom Bayreuther Rechtsprofessor Markus Möstl. Er erklärte, die Einführung der Kategorie der „drohenden Gefahr“ als Rechtfertigung für polizeiliche Präventivmaßnahmen stehe auf „verfassungsrechtlich gesichertem Boden“. Es handle sich dabei nicht um eine von der konkreten Gefahr abgegrenzte Kategorie, sondern um einen „Grenzfall der konkreten Gefahr“. Als Fürsprecher äußerte sich Martin Wilhelm, Polizeivizepräsident des Polizeipräsidiums Unterfranken: „Muss denn immer erst etwas passieren, bevor die Polizei handelt?“ Er bedauerte, dass das neue Gesetz in seinen Regelungen zu Eigentumsdelikten und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sogar weniger scharf gefasst wurde als vorher, „denn häusliche Gewalt und Einbruch sind häufige Einsätze“. Thomas Hampel, Polizeipräsident im Polizeipräsidium München, bestätigte, dass größerer Handlungsspielraum für die Polizei von den Bürgern erwartet werde. „Drohende Gefahr, das sind ausgesprochene Drohungen gegen mögliche Opfer oder auch Chats, die Straftaten vermuten lassen. Die Polizei muss hier handlungsfähig sein.“ Kyrill-Alexander Schwarz, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Würzburg beurteilte das PAG als gelungen: „Das Bundesverfassungsgericht hat in seinen neueren Entscheidungen den Begriff der drohenden Gefahr übernommen, ohne verfassungsrechtliche Bedenken zu äußern.“ Außerdem habe der Gesetzgeber politische Gestaltungsfreiheit .

Mehr Bürgerrechte

Laut Innenminister Joachim Herrmann werde das neue PAG nicht nun bei der drohenden Gefahr transparenter und verständlicher. Auch die Regelungen zum gerichtlichen Verfahren seien künftig an zentraler Stelle in einem neuen Abschnitt im Gesetz zusammengefasst. So finden sich dort künftig beispielsweise eine Zusammenfassung der gesetzlich vorgesehenen Richtervorbehalte sowie zentrale Regelungen für richterliche Entscheidungen und Rechtsmittel, beispielsweise zur Einlegung einer Rechtsbeschwerde. Der Ausbau der Rechtsschutzmöglichkeiten für Bürger zeigt sich nach Herrmanns Darstellung auch an anderer Stelle: Bei DNA-Untersuchungen und für die spätere Nutzung von Aufzeichnungen bei einem Einsatz von Body-Cams in Wohnungen werden zusätzliche gerichtliche Kontrollen verpflichtend eingeführt. Außerdem wird die maximale Gewahrsamsdauer auf höchstens zwei Monate verkürzt und bei einem längerfristigen Gewahrsam von Amts wegen ein Rechtsanwalt beigeordnet. Darüber hinaus wird der Schutz für Opfer von Straftaten durch Datenübermittlungssperren verbessert.

Rechtsbeistand gewährleisten

Mit dem Thema der anwaltlichen Unterstützung im Fall des vorbeugenden Gewahrsams befasste sich Karl Huber, ehemaliger Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs und früherer Vorsitzender der Expertenkommission zur Begleitung des neuen PAG. Ein Monat vorbeugender Gewahrsam mit richterlicher Verlängerungsoption solle erlaubt sein. Doch spätestens nach 48 Stunden in der Zelle müsse dem Verdächtigen ein Rechtsbeistand gestellt werden, meinte Huber, „und zwar ohne die Option des Verzichts, da sonst so manchem Betroffenen Angst durch den Kostenfaktor gemacht wird.“ Huber merkte auch an, dass im neuen PAG nicht alle Vorschläge der beratenden Expertenkommission übernommen worden seien. „Es wird spannend, wie nun die Gerichte urteilen werden. Immerhin geht es bei den kritischen Punkten um Maßnahmen an Menschen, die keine Straftat begangen haben“, sagte er.

Pandemie verändert Haltung

Mehrere Experten forderten zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit eine „Gesamtüberwachungsrechnung“. Die Bürger müssten wissen, wann und wo sie überwacht würden. Franz Lindner, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Augsburg, hatte die von Corona traumatisierten Bürger im Blick. „Frühere Gegner des PAG verlangen plötzlich schärfere Gesetze, die Diskussion um das PAG zum jetzigen Zeitpunkt ist schwierig. Ich könnte mir vorstellen, dass eine Kommission aus der Zivilgesellschaft den Prozess begleiten sollte. **red**

GZ Akademie

Mit großem Erfolg haben wir zwei Online-Expertenrunden zum Thema „Mobilfunkausbau und 5G“ durchgeführt. Unsere 200 Plätze waren innerhalb von 48 Stunden ausgebucht, eine dritte Veranstaltung ist in der Planung.
Wir haben uns entschieden, unser Online-Seminar-Angebot weiter auszubauen und freuen uns, Ihnen das GZ-Akademie-Programm vorzustellen. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!
Wir tagen über Cisco Webex. Ein eigenes Benutzerkonto brauchen Sie hierfür nicht, wir tagen über den Internetbrowser.

Datenschutz und Informationssicherheit – Warum es Chefsache ist.

8. Juni 2021, 14:00 - 15:30 Uhr

Datenschutz und Informationssicherheit sind nicht gerade „Lieblingsthemen“ in der täglichen Arbeit im Rathaus. Aber angesichts der Rechts- und der Bedrohungslage ist es umso wichtiger, dass sich die Leitung den Themen stellt. Nur einen Datenschutzbeauftragten oder einen Informationssicherheitsbeauftragten zu benennen ist noch keine Lösung; die Verantwortung der Leitung geht wesentlich weiter.

Seminarinhalte:
- rechtliche Grundlagen und Historie
- Verantwortung der Leitung
- wichtige Sofortmassnahmen
- wie die Bediensteten mitnehmen und sensibilisieren
- immerwährende Themen und Aufgaben
- nicht nur die Gemeinde, auch Kommunalunternehmen, Zweckverbände und andere
- Aufwand, Ressourcen, Kosten

Zielgruppe:
Bürgermeister:innen, Geschäftsführer:innen von Kommunalunternehmen, Vorsitzende Zweckverbände, geschäftsleitende Beamte, Verwaltungs- und Hauptamtsleiter:innen

Über den Referenten:
Ludwig Atzberger, kommunaler Datenschutzpraktiker mit langjähriger Erfahrung gibt in diesem Workshop eine kurze Einführung für die Verantwortlichen und versucht an ein paar Beispielen eine pragmatische Umsetzung der Anforderungen aus DSGVO und eGovG darzustellen. Die Teilnehmer sollen die nötigen Massnahmen und den dafür nötigen Aufwand realistisch abschätzen können.

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr:
95,- € zzgl. MWSt

Kommunaler Wohnungsbau für Einheimische und Fachkräfte

10. Juni 2021, 14:00 - 15:30 Uhr

Die große Nachfrage auf dem Mietwohnungsmarkt führt zu weiter steigenden Mieten und einer Verdrängung von teils seit Jahrzehnten vor Ort lebender Bürger:innen. Kindererzieher:innen können nicht gewonnen werden. Junge Menschen, die von zuhause ausziehen möchten, müssen angesichts mangelnder erschwinglicher Mietwohnungen wegziehen. Damit gehen oftmals auch engagierte Bürger:innen der örtlichen Gemeinschaft in Vereinen und den Feuerwehren verloren. Das Webinar zeigt Wege auf, wie schnell und günstig Gemeindewohnungen geschaffen werden können, die noch dazu wirtschaftlich sind.

Referent: Rechtsanwalt **Dr. Stefan Detig**, Altbürgermeister
Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr:
95,- € zzgl. MWSt

Crailsheimer Urteil: Die Folgen für Gemeindeblatt und Website

17. Juni 2021, 14:00 - 16:30 Uhr

Das Urteil zur Staatsferne der Presse (Crailsheimer Urteil 2018) wirkt nun auch auf die Web-Auftritte von Kommunen. Besonders die Veranstaltungs-, Wirtschafts- und Sozialnachrichten sind in Gefahr. Welchen Stellenwert hat das Urteil für kommunale Kommunikation? Was wird aus Gemeindeblättern und touristischen Webseiten der Kommunen? Der Vortrag zeigt die wesentlichen Aussagen des Urteils und die zu erwartenden Folgen für die online-Kommunikation.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MWSt

Bürgerdialog „Die Akzeptanz ist nie so hoch wie danach“

22. Juni 2021, 14:00 - 16:30 Uhr

Akzeptanz für Infrastruktur, Ansiedlungen und kommunale Vorhaben. Wie Kommunikation im Projekt erfolgreich sein kann, Bürger einbindet und einen echten Dialog ermöglicht.

Referent:
Dr. Andreas Bachmeier, Engel & Zimmermann
Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr:
145,- € zzgl. MWSt

Expertenrunde „Mobilfunkausbau und 5G“

24. Juni 2021, 14:00 - 16:30 Uhr

Eine Veranstaltung im Rahmen des Bayerischen Infrastruktur-Forums.

Mobiles Breitband mit 4G/5G erreicht die kleineren Städte und den ländlichen Raum.

Der Digitalisierung haben Hygienemaßnahmen und Abstandsgebot einen gewaltigen Booster verschafft. Alles spielt sich online ab: Schule, Arbeit, Freizeit. Zwar wurde diese Entwicklung durch Corona immens beschleunigt; aufzuhalten war sie aber auch schon vorher nicht.

Neue Technologien befördern eine stetig weiter voranschreitende grundsätzliche Vernetzung von Menschen und Maschinen. Die gesammelten Daten, die uns eines Tages das Leben erleichtern, erhöhen den Anspruch an unsere Infrastruktur. Ein stetiger Ausbau ist die Folge.

Kommunen bilden das Bindeglied zwischen Nutzern und Bereitstellern der Mobilfunk- und Datennetze. Auf der einen Seite suchen Kommunen in Zusammenarbeit mit den Telekommunikationsunternehmen geeignete Standorte, andererseits müssen sie mit Sorgen aus der Bevölkerung umgehen. Bei Themen wie Mobilfunk und 5G, die technisch anspruchsvoll sind und bisweilen emotional diskutiert werden, erfordert dies eine sachlich fundierte Kommunikation, die Vertrauen schafft.

Gemeinsam mit dem Informationszentrum Mobilfunk hat die Bayerische GemeindeZeitung ein Programm entwickelt, das sich an der besonderen Position der bayerischen kommunalen Verantwortlichen orientiert, rechtliche und technische Hintergründe erklärt, auf Anwendungsbeispiele eingeht und für Gesundheits- und Umweltfragen Argumentationshilfen bietet.

Sie haben eine Frage für unsere Referenten? Dann schreiben Sie eine Nachricht an news@gemeindezeitung.de
Programm & Registrierung:
https://www.bayerisches-infrastrukturforum.de/
Teilnahmegebühr:
kostenfrei ❐

Landkreise zukunftsfest ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Öffnungsstrategie, ohne das Erreichte zu gefährden. „Nur wenn wir es schaffen, rasch zu alter wirtschaftlicher Stärke zurückzukehren, sprudeln die Steuereinnahmen und bleiben die Sozialkassen durch hohe Erwerbstätigkeit geschont. Andernfalls dürften sich die finanziellen Herausforderungen in allen Bereichen – ob Klima, Gesundheit oder Pflege – kaum schultern lassen.“ Mit Blick auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz, das förmlich einen Wettlauf von Bund und Ländern über die zu erreichenden Klimaziele ausgelöst habe, verwies Bernreiter darauf, dass sich Intensität und Umsetzungsgeschwindigkeit der Vorgaben auch künftig an der praktischen Realisierbarkeit orientieren müssten. Die Mehrheit der Bevölkerung lebe im ländlichen Raum und werde einen Großteil der absehbaren Lasten zu tragen haben.

Der ländliche Raum bezahlt die Zeche

Ein prominentes Beispiel hierfür sei der Verkehr. Fahrzeuge mit alternativen Antriebsarten und ausreichender Reichweite stünden zu erschwinglichen Preisen derzeit noch nicht zur Verfügung. Ein dicht getaktetes ÖPNV-Angebot sei auf dem Land aufgrund der geringen Nutzerzahlen weder wirtschaftlich darstellbar noch ökologisch sinnvoll. Die Leidtragenden seien daher die Pendler, die über die CO2-Bepreisung deutlich stärker belastet werden und über keine Alternative verfügen.

Voraussetzung für das Gelingen der Klimawende sei aber die Akzeptanz vor Ort. Daher müssten die Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Einklang gebracht werden. Es gelte, den Wohlstand und die industrielle Wertschöpfung zu sichern. Klimaschutz müsse als Wachstumschance verstanden und sozialverträglich ausgestaltet werden. Damit Landkreise als Fundament des Staates zukunftsfest gestaltet werden können, bedarf es laut Bernreiter einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen. Bund und Land hätten dies richtig erkannt und 2020 die Gewerbesteuerausfälle im Freistaat in Höhe von 2,4 Mrd. Euro abgesichert. Gleichwohl sei auch für 2021 ein entsprechender Ausgleich erforderlich, um die Umlagekraft in 2023 zu stabilisieren. Eine weitere wertvolle Hilfe sei zudem der ÖPNV-Rettungsschirm im Umfang von bundesweit 5 Mrd. Euro, der von einer hälftigen Kostentragung durch Bund und Länder ausgeht. Der Verbandschef bedankte sich dafür, dass der Bund für das Jahr 2021 bereits eine Aufstockung um eine weitere Milliarde Euro in Aussicht gestellt hat, damit die pandemiebedingten Verluste infolge sinkender Fahrgastzahlen und hygienebedingter Mehraufwendungen ausgeglichen werden können.

Mehr Engagement von Bund und Land

Die Länder seien nun aufgefordert, ihre finanziellen Zusagen einer hälftigen Beteiligung am ÖPNV-Rettungsschirm ebenfalls einzuhalten. Dabei sicherten diese Mittel nur den Status quo und berücksichtigten noch nicht die staatlichen Vorgaben zum Klimaschutz, weshalb Bernreiter hier mehr Engagement von Bund und Land erwartet. Noch vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sah der Bund bis 2030 eine Verdoppelung der Fahrgastzahlen im ÖPNV bei gleichzeitiger Reduzierung der Nutzer des motorisierten Individualverkehrs als notwendig an, um die Klimaziele zu erreichen. Mindestens ebenso schwer wie die Einnahmen wiegen die Ausgaben, die den Landkreisen von Bund und Ländern aufgebürdet werden. Wie Bernreiter ausführte, hätten die Sozialausgaben bereits in wirtschaftlich „guten“ Jahren regelmäßig neue Rekordwerte erreicht. So seien die Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe im Jahr 2019 erstmals auf über 8 Mrd. Euro angestiegen. Dies entspreche einer Steigerung von 9,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr (7,3 Mrd. Euro). Daneben gebe es zahlreiche weitere Beispiele für Zusatzbelastungen der Kommunen, wie die geplante Pflegeplatzgarantie in Bayern, das Bundesteilhabegesetz, das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, das Ganztagsförderungsgesetz oder das Angehörigenentlastungsgesetz.

Angesichts der aktuellen Haushaltslage sei eine differenzierte Ausgaben- bzw. Aufgabenkritik dringend notwendig, um die künftige Kostenentwicklung gerade im Pflege- und Sozialbereich wirksam unter Kontrolle zu halten. „Der Staat kann nicht alles abnehmen. Wir müssen einer Vollkaskomentalität entgegenwirken und die Eigenverantwortung stärken, um finanzielle Ressourcen für die drängenden Zukunftsfragen im Bereich Klimaschutz, Digitalisierung und medizinische Versorgung freizuschaufeln“, stellte der Präsident klar.

Grundvoraussetzungen gleichwertiger Lebensverhältnisse

Eine flächendeckende Breitband- und Mobilfunkversorgung sowie eine adäquate ambulante und stationäre medizinische Versorgung zählen aus seiner Sicht nicht nur zu den Grundvoraussetzungen gleichwertiger Lebensverhältnisse, sondern sind zwingend erforderlich, um in pandemischen Situationen bestehen zu können. „Ohne digitale Infrastruktur ist weder Homeoffice noch digitales Lernen möglich. Ohne ausreichende Kapazitäten zur medizinischen Versorgung schwebt über uns das Damoklesschwert einer Überforderung unseres Gesundheitssystems. Wir müssen uns in diesen Zukunftsfragen gut aufstellen“, machte Bernreiter deutlich.

Kernaufgabe Krankenhausversorgung

Apropos Gesundheitssystem: Mit Blick auf die künftige Ausrichtung der Krankenhausstruktur muss nach Auffassung des Bayerischen Landkreistags die akutstationäre Krankenhausversorgung als Kernaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge für alle Menschen gleichermaßen offenstehen – unabhängig von ihrem Wohnort. Dies gelte insbesondere für das Flächenland Bayern, in dem rund 70 Prozent der Bevölkerung im „ländlichen Raum“ leben. Vor allem Kostendruck und Fachkräftemangel, gepaart mit einem marktliberalen Verständnis von Gesundheitsökonomie, hätten die Vergütungssysteme zugunsten der großen Kliniken beeinflusst. So ziele das DRG-Fallpauschalensystem darauf ab, Erlöseinbußen über Mengensteigerungen auszugleichen, was eine Konzentration der Krankenhausstandorte auf deutlich weniger Schwerpunkt- und Maximalversorgungshäuser begünstigt.

Dass derartige Bestrebungen nicht zielführend sind, darüber waren sich die anwesenden Landrätinnen und Landräte einig. Die aktuellen Entwicklungen stünden weder mit den vielfach geforderten gleichwertigen Lebensverhältnissen im Einklang, noch würden sie den Anforderungen im Katstrophen- oder Pandemiefall gerecht. Insbesondere wegen der Versorgungssicherheit im gesamten Land müsse die Ausdünnung der Krankenhausstrukturen über eine zunehmende Verknappung der Erlöse ein Ende haben.

Eine Refinanzierung der Vorhaltekosten müsse künftig über die zu erzielenden Vergütungen wieder möglich sein. Es gelte, die bestehende Schere zwischen Erlösen und Lohnkosten bei der Betriebskostenfinanzierung dauerhaft zu schließen. Darüber hinaus müsse sich auch der Freistaat zu einer auskömmlichen Investitionskostenförderung bekennen. Diese sollte in folgenden Punkten nachgebessert werden:
- Die Baunebenkosten, allen voran die Kosten nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), steigen immer weiter und erreichen in Einzelfällen bereits 30 Prozent der Antragssumme. Förderfähig sind jedoch nur 15 Prozent.
- Die nicht förderfähigen Kosten (Außenanlagen, Küchen, Apotheken usw.) müssen wieder in die Förderung einbezogen werden. Auch zahlreiche Kürzungen von förderfähigen Flächen im Raumprogramm (etwa im Verwaltungsbereich) müssen überprüft werden. Die 2003/04 vorgenommene Konzentration der Förderung auf „das Bett“ ist heute nicht mehr zeitgemäß. Krankenhäuser können nur funktionieren, wenn sie auch vollständig finanziert sind.
- Die pauschalen Fördermittel müssen dringend weiter aufgestockt werden, um den Krankenhäusern bei kleineren Baumaßnahmen oder den Investitionen in die Informationsverarbeitung größeren Handlungsspielraum zu geben. Das Gegenargument, dass einzelne Häuser die Mittel nicht abrufen, zu lange ansparen oder nicht zielgerichtet verwenden würden, darf nicht dazu führen, dass alle Häuser abgestraft werden. Das System der Pauschalförderung müsste gegebenenfalls weiterentwickelt werden.

Um dem Fachkräftemangel Herr zu werden, bedarf es nach Ansicht der Verbandsversammlung einer wesentlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Ein wichtiger Schritt dazu wäre, den Bürokratieaufwand einzudämmen, damit den Pflegekräften wieder mehr Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben bleibt. Zudem ließe sich die Effizienz durch eine bessere Verzahnung der Zuständigkeiten der kassenärztlichen Vereinigungen, des Rettungsdienstes sowie der Krankenhäuser deutlich steigern. Besonderes Augenmerk müsste dabei neben der auch im Gesundheitswesen vordringlichen Digitalisierung auf die intersektorale Versorgungsplanung gelegt werden, um die Defizite im ambulanten Bereich, die meist von den Krankenhäusern aufgefangen werden müssen, auszugleichen. **DK**

Klimaschutz und ...

(Fortsetzung von Seite 1)
rechte Vorschläge gemacht, wie mehr Wohnraum sowohl im Ballungsraum als auch in den ländlichen Gegenden geschafft werden kann. Sowohl die Bundesebene als auch die Bayerische Staatsregierung hätten diese Vorschläge zwar wohlwollend zur Kenntnis genommen, jedoch kaum etwas davon umgesetzt.

Beim kürzlich stattgefundenen Dialogforum „Wohnraumoffensive ländlicher Raum“ des Bayerischen Bauministeriums hatte der Gemeindetag erneut folgende Forderungen vorgebracht:
- Mobilisierungskomponente im Grundsteuerrecht schaffen (Grundsteuer C)
- Grundstücksveräußerung zur Wohnraumschaffung steuerlich privilegieren
- Mobilisierungs- und Zugriffsinstrumente im Bauplanungsrecht stärken
- Beschleunigung und Vereinfachung im Bauplanungsrecht schaffen
- Komplexität der Baulandentwicklung für die Wohnraumschaffung gemeinsam erklären und Ortsplanungsstellen reaktivieren
- Rechtsrahmen der Grundstücksvergaben für die Wohnraumschaffung erklären
- Kompromissbereitschaft der zuständigen Behörden bei Denkmalschutz im Bestand und der Bodendenkmalpflege fördern
- Ergebnisorientiertere und kooperative Beratungsansätze in den unteren Bauaufsichtsbehörden und der unteren Naturschutzverwaltung fördern
- Immissionsschutz und Geruchsimmissionsrichtlinie abrüsten, Benachteiligung der kreisangehörigen Gemeinden auflösen.
- Wohnungspakt Bayern evaluieren und stärken
- Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzepte (Handlungsfeld Wohnraum) fördern
- Flächeneffizienz, Dichte und Geschoßwohnungsbau im ländlichen Raum erklären

Im Zuge des Dialogforums hatte Bayerns Bauministerin Kerstin Schreyer fachliche Einschätzungen und Anregungen gesammelt. In den Videoschalten waren Vertreter aus den Bereichen Wohnen, Energie, Digitalisierung, Mobilität und Kommunen zusammengeschaltet.

In den Ballungsräumen steigen Immobilien- und Mietpreise stark an. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass durch die Ausweitung von Homeoffice und Videoschalten neue Perspektiven bei der Wahl des Wohnstandortes entstehen. Wie Schreyer erläuterte, „müssen wir den Trend nutzen. Wenn nicht mehr so viele Menschen aus beruflichen Gründen in die Metropolen ziehen müssen, haben wir zwei positive Effekte: Wir nehmen in den Ballungszentren Druck vom Wohnungsmarkt und stoppen gleichzeitig die Abwanderungen aus dem ländlichen Raum.“

Ertüchtigung des ländlichen Raums ist eine ganzheitliche Aufgabe

Die Ertüchtigung des ländlichen Raums ist dabei eine ganzheitliche Aufgabe. Der Wohnungsbau soll deswegen nicht losgelöst betrachtet werden, sondern in Kombination mit Mobilität und Digitalisierung. Schreyer: „Wir brauchen passgenaue und zukunftsweisende Lösungen. Wer im ländlichen Raum wohnt, muss digital hervorragend angebunden sein, aber gleichzeitig die Möglichkeit haben, mit den Öffentlichen Verkehrsmitteln, Auto und Fahrrad vielleicht doch mal ins Büro in der Stadt zu fahren.“

Schreyer zufolge gibt es in vielen Kommunen bereits gute Ideen und innovative Lösungen. „Wir wollen dieses Wissen bündeln, in ganz Bayern zur Verfügung stellen und neue Anreize setzen. So kann der ländliche Raum ein lebendiger Ort des Austausches, der Lebensfreunde und des Miteinanders bleiben.“ **DK**

Keine automatische Schließung von Kitas und Schulen

Weitere Verfassungsbeschwerden gegen die Covid-19-„Bundes-Notbremse“

Der Verein „Initiative freie Impfentscheidung e. V.“ unterstützt mehrere Verfassungsbeschwerden gegen das Vierte „Bevölkerungsschutzgesetz“, die „Bundes-Notbremse“. Als Beschwerdeführer treten zwei Familien, zwei Schulen und ein Kindergarten auf. Das Gesetz verletzt schwerwiegend die Grundrechte von Schülerinnen und Schülern, Kindergartenkindern, deren Eltern sowie der betroffenen Schulen und Kindergärten. Aus diesem Grund wurde Eilrechtsschutz beantragt.

Die Verfassungsbeschwerden unterscheiden sich von den bisher bekannt gewordenen dahingehend, dass hier u. a. zwei Schulen als Beschwerdeführerinnen auftreten. Sie richten sich dagegen, dass Schulen und Kitas automatisch für den Präsenzbetrieb geschlossen werden müssen, wenn in einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt die 7-Tages-Inzidenz mehr als 165 auf 100.000 Einwohner beträgt. Sie unterscheiden sich damit von den anderen bisher bekannt gewordenen Verfassungsbeschwerden gegen die „Bundes-Notbremse“.

Die Inzidenz ist als alleinige Basis für die stufenweisen Maßnahmen ungeeignet, das gilt vor allem für die Schulschließungen. Der für die Ermittlung eingesetzte PCR-Test unterscheidet nicht zwischen infektiösen und nicht infektiösen Viruspartikeln. Um zu beurteilen, wie viele (Neu-)Infektionen es tatsächlich gibt, ist dieser Test nur bedingt geeignet.

Die Grundrechte auf Bildung und Entwicklung der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen werden durch eine solche einseitige Lockdown-Maßnahme erneut in schwerer und nicht wiedergutzumachender Weise beeinträchtigt: Kinder und Jugendliche sind durch SARS-CoV-2 am wenigsten gefährdet, leiden aber seit 14 Monaten erheblich unter den zahlreichen Kontaktbeschränkungen. Für eine gesunde Entwicklung sind sie ungleich stärker auf einen persönlichen Austausch und gelebte zwischenmenschliche Beziehungen angewiesen als Erwachsene.

Die bleibenden Bildungsdefizite, unzählige Schulabbrüche, die Zunahme psychischer Erkrankungen, die gesundheitlichen Schäden durch Bewegungsmangel und Übergewicht sind inzwischen messbar und vielfach belegt. Jede weitere Woche Bildungslockdown droht Millionen Heranwachsende für lange Zeit aus der Bahn zu werfen.

Abstraktes Risiko

Schulschließungen dienen nicht dem Schutz der Kinder, sondern sollen das abstrakte Risiko senken, dass sich ältere, vulnerable Menschen mittelbar infizieren und somit Gefahr laufen, schwer zu erkranken, weil Kinder an anderen Orten normale Kontakte haben. Einen wissenschaftlichen Nachweis, dass Kontaktbeschränkungen von Kindern Intensivstationen entlasten würden, gibt es jedoch nicht. Die bestehenden Schutzmaßnahmen – auch gerade an Schulen – sind ausreichend. Welchen Beitrag zur Entlastung von Intensivbetten Präsenzverbote für Kinder und Jugendliche leisten, hat der Gesetzgeber ebenso wenig im Rahmen der notwendigen Abwägung berücksichtigt wie die Schädigungen, Nachteile und Gefährdungen für Kinder und Jugendliche.

Es ist mit dem Schutz individueller Grundrechte durch das Grundgesetz nicht vereinbar, ein staatliches Mittel zum Schutz des einen einzusetzen – noch dazu, wenn es lediglich ein abstraktes Risiko senkt –, wenn das Mittel einen anderen nachhaltig schädigt. Dabei wiegt es besonders schwer, wenn diese Schäden Kinder betreffen, die selbst schutzbedürftig sind.

Die ohne Rücksicht auf die Situation vor Ort und ohne Altersdifferenzierung angeordneten Präsenzverbote hält der Verein für unverhältnismäßig.

„Diese aus unserer Sicht nicht notwendigen und für die Kinder schädlichen Maßnahmen werden nun als Rechtfertigung benutzt, um die Impfung aller Kinder als Voraussetzung für den Schulbesuch zu fordern", kritisieren die Mediziner. Es könne nicht angehen, nur geimpften Kindern bzw. Familien mit geimpften Kindern die Teilhabe an Bildung und sozialem Leben zu ermöglichen. Stattdessen wird verlangt, dass alle Maßnahmen, die Kinder und Familien unnötig einschränken, unverzüglich aufgehoben werden: „Die Regierung hat es versäumt, die Kollateralschäden ihrer Maßnahmen insbesondere bei Kindern und Familien gegen ihren Nutzen abzuwägen. Je länger diese Maßnahmen aufrechterhalten werden, desto drastischer sind deren Auswirkungen. Gefordert werden daher umfassende wissenschaftliche Studien, um diese Kollateralschäden zu erfassen und wissenschaftlich seriös zu evaluieren.“ ❒

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Sana Kliniken AG
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Gesundheitswesens:

Die überlastete Notaufnahme

Einst geschaffen, um Patienten in Notfallsituationen zu versorgen, hat sich die Notaufnahme in den vergangenen Jahren zu einem allgemeinen und „unkomplizierten“ Anlaufpunkt vieler Menschen mit vergleichsweise harmlosen Symptomen entwickelt. Die vermeintlichen Annehmlichkeiten liegen dabei für den Patienten auf der Hand: keine lästige Terminvergabe beim Haus- oder Facharzt, effektive Diagnostik durch eine breite medizinische Expertise und neueste Medizintechnik mit der Möglichkeit zur direkten therapeutischen Intervention.

Das abhanden gekommene Gefühl, wann es sich wirklich um einen Notfall handelt und wann der Gang zum niedergelassenen Arzt ausreichend ist, führt mitunter zu grotesken Situationen: Da trifft ein dringend zu versorgender Herzinfarktpatient auf jemanden, der vor drei Tagen einen mutmaßlich banalen Hautausschlag hatte. Mittlerweile ist dieser gar nicht mehr sichtbar. Allein der Patient vermag sich an den quälenden Juckreiz zu erinnern. Situationen wie diese überlasten das System. Denn sie behindern Ärzte und Pflegekräfte bei ihrer eigentlichen Aufgabe, akute medizinische Notfälle zu versorgen. Sie kosten Zeit, die etwa bei einem Herzinfarkt oder Schlaganfall entscheidend sein kann.

Auch in der aktuellen Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass die Notaufnahmen vor allem in den Abend- und Nachtstunden sowie am Wochenende das „last resort“ für viele Menschen bleiben. Dabei ist die sogenannte Fallschwere der Erkrankungen in den vergangenen Monaten gestiegen. Zögerten zu Beginn der Pandemie Patienten mit bedrohlichen Symptomen, die beispielsweise auf einen akuten Schlaganfall oder Herzinfarkt hindeuten, den Notruf zu wählen, aus Angst sich mit Covid-19 anzustecken, ist dies im Verlauf der Pandemie zurückgegangen. Deutlich gestiegen sind jedoch die organisatorischen Aufwände zur Einhaltung allerhöchster Hygienestandards. Aufwändige Testungen bei Krankenhauspersonal wie auch Patienten und die Vorhaltung umfangreicher Isolations-Maßnahmen erfordern viel Zeit und führen zu einer weiteren Erhöhung des Arbeitsvolumens. Hinzu kommen Personalausfälle durch Infektionsgeschehen.

Notfallambulanzen kommen an ihre Grenzen

Die vergangenen Monate haben gezeigt, was bereits vor Corona offensichtlich war: Das System der Notfallversorgung kommt an seine Grenzen. Die Notfallambulanzen landauf landab haben Jahr für Jahr immense Kosten. Spezialisten, die sich in der Rettungsstelle verfügbar halten müssen, können nicht für geplante Operationen eingesetzt werden. Patienten solcher sogenannten Elektiv-OPs, wie beispielsweise Knie- oder Hüftgelenkoperationen, müssen längere Wartezeiten in Kauf nehmen.

Eines wird daher im Mittelpunkt einer intelligenten und zukunftsgewandten Notfallversorgung stehen müssen: die Sicherstellung des Versorgungsauftrags vor Ort. Hierfür ist es entscheidend, die Herausforderungen im Management von Notaufnahmen zu kennen und darauf mit der richtigen Qualität reagieren zu können. Beispielsweise durch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Niedergelassenen, um die sogenannten leichten Fälle sukzessive aus der Notaufnahme in ambulante Strukturen zu überführen. ❒



„Harlekin-Nachsorge“:

Hilfe für Frühchen und Eltern

Die Chancen von Frühgeborenen haben sich enorm verbessert: Vor 30 Jahren überlebte höchstens die Hälfte der Kinder, die mit einem Gewicht unter 1.500 Gramm oder vor der 28. Schwangerschaftswoche zur Welt kamen. Heute hat ein Frühgeborenes schon nach der 24. Schwangerschaftswoche sehr gute Chancen: Mehr als die Hälfte dieser Kinder wächst völlig gesund heran. Um die ganz Kleinen geht es auch bei der Harl.e.kin-Frühchen-Nachsorge, die im Klinikum Harlaching entwickelt wurde: Babys, die bei der Geburt weniger als 1.500 Gramm wogen oder vor der 32. Schwangerschaftswoche geboren worden sind. Es geht aber auch um ihre Eltern, die ein Wechselbad der Gefühle erleben, wenn sich während der ersten Wochen Krisen und gute Zeiten abwechseln und sie sich fragen, ob ihr Kind es schaffen wird.

Neun von zehn Frühgeborenen, die an der biologischen Grenze der Überlebensfähigkeit zur Welt kommen, überleben. Doch geht es heute nicht mehr nur ums Überleben: Frühchen sollen zu gesunden Kindern heranwachsen. Nicht selten kommt es vor, dass ehemalige Frühchen, die zunächst unauffällig erscheinen, später Schwierigkeiten in der Schule oder mit der sozialen Integration haben. So wichtig wie die optimale medizinische Betreuung in der Klinik ist es darum, die Eltern zu unterstützen. Sie brauchen Hilfe, die Situation zu verarbeiten, ihr Kind in seiner Entwicklung zu verstehen und optimal zu fördern.

In den Neonatologien hat sich viel getan: Waren Eltern auf der Frühchen-Intensivstation früher nur toleriert und der Kontakt zum Baby auf feste Besuchszeiten oder gar den „Blick durchs Fenster“ beschränkt, so ist es heute selbstverständlich, die Eltern voll in die Pflege ihrer Kinder einzubinden. Das stabilisiert die Bindung von Eltern und Kind, die durch Frühgeburt und intensivmedizinische Betreuung leider erheblich beeinträchtigt sein kann.

Die medizinische Therapie wird darum durch eine psychotherapeutische oder seelsorgerische Begleitung der Eltern ergänzt. Immer sind geschulte Intensivschwestern, Neonatologen und bei Bedarf Psychotherapeuten erreichbar, die den Eltern zur Seite stehen.

Dies ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für die optimale Entwicklung eines Frühgeborenen. Dieses dichte Versorgungsnetz reißt mit der Entlassung aus der Klinik ab. Trotz aller Vorbereitung und Schulung, sind die Eltern oft extrem verunsichert.

Stichwort Frühgeburt

Eine Schwangerschaft dauert 40 Wochen – normalerweise: Denn etwa jedes zehnte Kind kommt zu früh zur Welt. Eine häufige Ursache sind aufsteigende vaginale Infektionen.

Raucht die Mutter in der Schwangerschaft, erhöht dies das Risiko einer Frühgeburt enorm. Von einer solchen spricht man, wenn das Kind vor Ende der 37. Woche zur Welt kommt. Doch bereits Kinder, die in der 24. Woche geboren werden, haben sehr gute Überlebenschancen.

Bei einem Geburtsgewicht unter 1.000 Gramm spricht man von extremen Frühchen.

Ab der 24. Woche sehen medizinische Leitlinien eine Versorgung des Kindes in jedem Fall vor. Kündigt sich die Geburt bereits um die 22. oder 23. Woche an, wird gemeinsam mit den Eltern über eine Versorgung entschieden.

Droht eine Frühgeburt, versucht man diese zu verhindern, wenn das ohne Risiko für Mutter und Kind möglich ist. Dazu setzt man etwa wehenhemmende Medikamente oder Antibiotika bei Infektionen ein. Die Gabe von Kortison an die Mutter kann die Lungenreifung beim Kind fördern. Bis es wirkt, dauert es aber zwei Tage.

10 Jahre Harlekin-Nachsorge

Schon vor mehr als zehn Jahren hat man im Klinikum Harlaching ein Modellprojekt gestartet: die Harl.e.kin-Frühchen-Nachsorge. Teilzunehmen ist einfach, Eltern müssen keine großen Anträge stellen. Das Programm umfasst neben einer medizinisch-entwicklungsneurologischen Kontrolle auch eine entwicklungspädagogisch/-psychologische Beratung der Familien. Sehr wichtig ist auch die pflegerische Nachsorge durch Fachkinderintensivkrankenschwestern.

Sie kennen Kinder und Familien schon aus der stationären Zeit und wissen oft genau, wo der Schuh drückt. Sie geben pflegerische Tipps, beantworten aber auch Fragen etwa zur Ernährung. In der Frühchengruppe berät eine Krankengymnastin die Mütter im Umgang mit den Kindern.

Die Harlekin-Nachsorge richtet sich nicht nur an ehemalige Frühgeborene, bei denen schon bei der Entlassung Schäden erkennbar sind und bei denen von einer gefährdeten Entwicklung auszugehen ist. Ein Risiko haben auch bei der Entlassung gesunde Frühgeborene.Gerade sie brauchen eine strukturierte niederschwellige Nachsorge, zu der bei Bedarf Hausbesuche gehören. So erkennt man Fehlentwicklungen früh und kann darauf rechtzeitig reagieren.

Seit 2003 wird das Harlachinger Projekt, dessen Träger der gemeinnützige Förderverein Harl.e.kin e. V. ist, mit finanzieller Unterstützung des Bayerischen Sozialministeriums auf- und ausgebaut. Aber ohne eine Vielzahl von Spenden von Einzelpersonen oder Organisationen wäre das Programm nicht aufrechtzuerhalten. Umso wichtiger ist eine strukturierte Nachsorge – eine Herausforderung für das dual gegliederte Gesundheitswesen mit seiner hochtechnisierten stationären Betreuung und der ambulanten Versorgung durch Kinderärzte, die oft unter Zeitdruck arbeiten.

Es braucht daher Strukturen, die beides verbinden: die Standorte und die Versorgung müssen sich dabei dem Bedarf anpassen – und eine Übertherapie verhindern: So war es früher oft so, dass Eltern aus Angst, etwas zu versäumen, möglichst viele Angebote in Anspruch nahmen – auch wenn die ihrem Kind gar nicht nützten, schlimmstenfalls sogar belasteten.

Das Ziel ist es darum, den Kindern und ihren Familien auch nach der Entlassung eine optimale medizinische und psychosoziale Betreuung zu bieten. Schritt für Schritt sollen sie je nach individuellem Bedarf neben der Grundversorgung durch Kinderärzte an ambulante Angebote von Frühförderstellen, sozialpädiatrischen Zentren und andere Einrichtungen vermittelt werden.

Vor allem aber ist es das Ziel, die Autarkie der Familien zu fördern. Nicht selten gilt es auch, blanke Not durch finanzielle Hilfe zu mildern.

Ab 2009 kam die Neonatologie des Klinikums rechts der Isar und 2011 das Klinikum Schwabing hinzu. Die Harlekin-Nachsorge gibt es unter fachlicher Beratung der Arbeitsstelle Frühförderung an inzwischen 21 weiteren Kliniken in Bayern. Weitere Häuser planen, das System zu übernehmen.

Reinhard Roos/Andrea Heppner



V.l.: Prof. Dieter Grab, Eva Heße und OB Dieter Reiter. Bild: Harlekin Verein

Holetschek setzt sich für rasche Pflegereform ein

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek hat die Bundesregierung anlässlich des „Internationalen Tags der Pflegenden“ erneut zu mehr Tempo bei der Pflegereform aufgefordert.

Laut Holetschek verdient die Leistung der Pflegekräfte im Kampf gegen die Corona-Pandemie allerhöchste Anerkennung, Dank und großen Respekt. Seit weit über einem Jahr hätten die Beschäftigten im Pflegebereich durch ihr vorbildliches Engagement erheblich dazu beigetragen, dass so vielen Menschen geholfen werden konnte. „Das gilt sowohl für die Fachkräfte in der Langzeitpflege als auch für die Beschäftigen in den Krankenhäusern sowie für die pflegenden Angehörigen. Aber durch Dankesworte lassen sich die Arbeitsbedingungen in der Pflege nicht verbessern. Wir brauchen eine umfassende Reform, die auch den Pflegeberuf attraktiver macht.“

Mitte März hatte Holetschek bereits die Eckpunkte für eine zukunftsfeste Pflegereform vorgelegt. Ziel ist es unter anderem, das Pflegepersonal zu fördern.

Pflegeberuf als attraktive Chance

Der Minister bekräftigte: „Die Zukunft einer guten Pflege entscheidet sich in der Frage, ob es gelingt, ausreichend gut qualifiziertes Personal zu gewinnen. Die steigenden Ausbildungszahlen belegen, dass viele Menschen den Pflegeberuf als attraktive Chance wahrnehmen. Es gilt aber auch, langfristig gute Jobperspektiven zu schaffen. Deshalb müssen wir überlegen, wo wir Pflegekräften mehr Kompetenzen geben und wie wir den Beruf besser bezahlen können.“

Holetschek erläuterte: „Auf Initiative Bayerns wurden bereits die Grundlagen geschaffen, Tarifvergütungen in den Pflegesätzen verlässlich zu refinanzieren. Es bedarf nun endlich attraktiver und für alle verbindlicher tariflicher Vergütungsstrukturen. Da die Tätigkeit in der Pflege zwangsläufig mit Nacht- und Wochenenddiensten verbunden ist, gleichzeitig aber dem Allgemeinwohl dient, sollen Zuschläge für Überstunden, Wochenendarbeit und Nachtarbeit künftig stärker steuerlich begünstigt werden.“

Um den Pflegeberuf als sektorenübergreifenden Gesundheitsfachberuf zu positionieren und den Beschäftigten attraktive Aufgabengebiete zu öffnen, soll ihnen nach den Plänen Holetscheks im Arbeitsalltag ein Aufgabenspektrum eröffnet werden, das den erworbenen Kompetenzen gerecht wird. Hierzu gehört auch die Möglichkeit der selbständigen Übernahme heilkundlicher Tätigkeiten (zum Beispiel im Rahmen der Wund- oder Schmerzbehandlung, der Behandlung von Menschen mit Demenz oder der Diabetesbehandlung).

Pflegestudiengänge ausbauen

Der Minister fügte hinzu: „Grundständig beruflich ausgebildete Pflegefachpersonen werden auch künftig das Rückgrat der pflegerischen Versorgung sein. Die Zunahme hochkomplexer Pflegesituationen erfordert aber einen steigenden Anteil hochschulisch ausgebildeter Pflegefachpersonen. Deshalb wollen wir primärqualifizierende Pflegestudiengänge ausbauen. Im Pflegeberufegesetz soll zudem ein gesetzlicher Anspruch auf Ausbildungsvergütung für die Absolventen dieser Studiengänge geschaffen werden.“

Ein weiterer Baustein von Holetscheks Vorschlägen für eine Pflegereform ist eine Neuordnung der Leistungen der sozialen Pflegeversicherung. Der Minister erläuterte: „Wir brauchen hier maximale Flexibilität, um die Versicherungsleistungen auf die Bedürfnisse der Menschen zuzuschneiden. Bei langen Pflegeverläufen sollte die Pflegeversicherung zum Beispiel die Kosten nach einer gewissen Zeit voll übernehmen. Zudem könnte bei stationär versorgten Pflegebedürftigen die medizinische Behandlungspflege in voller Höhe übernommen werden. Für diese Ideen werbe ich beim Bund.“ ❐

Digitales EU-Covid-Zertifikat:

Vorläufige Einigung zwischen Parlament und Rat

Parlament und Rat erzielten eine vorläufige Einigung über ein digitales EU-Covid-Zertifikat, um die Freizügigkeit in Europa während der Pandemie zu erleichtern. Das Zertifikat wird entweder in digitaler oder in Papierform erhältlich sein. Es wird bescheinigen, dass eine Person gegen das Coronavirus geimpft wurde oder ein kürzlich negatives Testergebnis hat oder von der Infektion genesen ist.

In der Praxis wird es sich um drei verschiedene Zertifikate handeln. Ein gemeinsamer EU-Rahmen wird es den Mitgliedsstaaten ermöglichen, Zertifikate auszustellen, die dann in anderen EU-Ländern akzeptiert werden.

Die Regelung für das digitale EU-Covid-Zertifikat soll für zwölf Monate gelten. Das Zertifikat wird keine Voraussetzung für die Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit sein und wird nicht als Reisedokument gelten.

Um die Verfügbarkeit von „erschwinglichen und zugänglichen Tests“ zu unterstützen, hat die Europäische Kommission zugesagt, „mindestens 100 Millionen Euro“ im Rahmen des Soforthilfeinstrument der EU für den Erwerb von Tests auf eine SARS-CoV-2-Infektion zum Zweck der Ausstellung von EU-Covid-Testzertifikaten bereitzustellen. Dies sollte insbesondere Personen zugutekommen, die täglich oder häufig Grenzen überqueren, um zur Arbeit oder zur Schule zu gehen, nahe Verwandte zu besuchen, medizinische Versorgung zu suchen oder sich um Angehörige zu kümmern.

Die Verhandlungsführer kamen überein, dass bei Bedarf zusätzliche Mittel über 100 Millionen Euro mobilisiert werden sollten, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Haushaltsbehörde. ❐

Sichere Technik zur Überwachung von Nebenwirkungen

Wie Impfregister-Management beim lückenlosen Monitoring unterstützt

Seit über 100 Tagen läuft die COVID-19-Impfkampagne in Deutschland. Bis Anfang Mai wurden insgesamt über 30 Millionen Impfdosen verabreicht. Mit den steigenden Zahlen von Geimpften gibt es auch vermehrt Beobachtungen von Nebenwirkungen oder scheinbaren Reaktionen, die mit der Verabreichung im Zusammenhang stehen könnten.

„Wenn innerhalb weniger Wochen mehreren Millionen Menschen völlig neue Medikamente, wie zum Beispiel Impfstoffe, verabreicht werden, ist ein lückenloses Überwachen der Nebenwirkungen für mindestens drei bis vier Wochen nach der Verabreichung zwingend geboten“, sagt Dr. Herbert Neumaier, externer wissenschaftlicher Berater des Markt- und Meinungsforschungsinstituts nhi2 AG. Impfregister-Management mit Datenbank und professionellem Telefonnachkontakt kann bei einem lückenlosen Monitoring unterstützen. Mit dem Impfregister VAMOS, kurz für Vaccination Monitoring System, bietet nhi2 eine datenbankbasierte Applikation mit erprobter IT- und Telefontechnik.

Nebenwirkungen erfassen und analysieren

Nach jeder Impfung können Reaktionen wie Schmerzen an der Einstichstelle, Abgeschlagenheit oder Kopfschmerzen sowie weitere Nebenwirkungen auftreten – so auch bei den COVID-19-Impfstoffen. In den meisten Fällen verschwinden die Reaktionen innerhalb weniger Tage wieder, doch nach der Impfung mit Vaxzevria von AstraZeneca sind zum Beispiel seltene Fälle von Thrombosen in Kombination mit Thrombopenien bei Geimpften aufgetreten. Seit Ende April werden auch Fälle von Myokarditis, also eine Herzmuskelentzündung, untersucht, die nach einer Impfung mit dem COVID-19-Impfstoff von BioNTech/Pfizer aufgetreten sind.

„In Abhängigkeit zur Anzahl der Geimpften treten schwerwiegende Nebenwirkungen damit zwar selten auf, trotzdem ist es wichtig, mögliche Nebenwirkungen im Blick zu behalten, zu erfassen und an verantwortliche Stellen zu melden“, berichtet Dr. Neumaier und ergänzt: „Durch ein freiwilliges Impfregister wie VAMOS lassen sich durch telefonische Nachfragen Nebenwirkungen abfragen. Das System erfasst dann selbstständig und permanent ihre Häufigkeit und Verteilung – nach Alter, Geschlecht und verabreichtem Medikament –, überwacht Schwankungen in den Werten und meldet aktiv an die verantwortlichen Stellen.“

Über ein solches Impfregister-Management sind alle Werte und Verteilungen für die Nebenwirkungen dabei sofort sichtbar und es lässt sich schnell feststellen, ob diese tatsächlich auffällig sind oder sich insgesamt in den statistisch zu erwartenden Bandbreiten bewegt.

Auf diese Weise helfen solche Systeme dabei, Informationen einzuordnen und die Bevölkerung bei Bedarf schnell auf Beobachtungen hinzuweisen. Dadurch können sie selbst auf mögliche Symptome achten und diese gegebenenfalls bei einem Arzt abklären lassen.

Automatische Ermittlung von Auffälligkeiten

Über professionelle Telefonie mit standardisierten Fragebögen lassen sich Geimpfte regelmäßig befragen. Die Abfrage der Nebenwirkungen ist keine hoheitliche Aufgabe. Dienstleister können als Verwaltungshelfer verpflichtet werden und bei der wichtigen Aufgabe unterstützen. Angerufene Personen geben dabei die Antworten freiwillig und können diese auch verweigern.

„Bei VAMOS rufen geübte Interviewerinnen und Interviewer beispielweise nach 3, 6, 15 und 30 Tagen an und fragen Reaktionen wie Kopfschmerzen, Herzschmerzen, Fieber oder Atemprobleme sowie andere Nebenwirkungen ab und bitten die Befragten, diese in Schweregraden von 0 bis 10 einzuordnen“, betont Neumaier. Das System wertet dabei ständig alle erhobenen Daten aus und errechnet für alle Nebenwirkungen die aktuellen statistischen Werte und Verteilungen. Auffälligkeiten werden automatisch ermittelt und festgehalten, so dass die Analysewerte in Tabellenform und als Charts jederzeit für Auftraggeber wie Behörden und Institute zur Verfügung stehen.

„Die Datenlieferung erfolgt dabei entweder über Dateitransfer oder auch über eine direkte Rechner-zu-Rechner-Verbindung. Damit die Übertragung nach der DSGVO rechtmäßig ist, schließen die Akteure einen Auftragsverarbeitungsvertrag ab. Alle Daten werden außerdem ausschließlich auf Rechnern innerhalb der EU verarbeitet“, erklärt Neumaier abschließend. ❐

Sparkassen-Finanzgruppe:

Chefvolkswirte warnen vor drohenden Belastungen

Vor möglichen destabilisierenden Effekten der Bankenregulierung auf die Konjunktur warnen die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe. Sollten europäische und nationale Aufseher regulatorische Erleichterungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zu früh zurücknehmen, drohten der Finanzbranche erhebliche Belastungen, die die wirtschaftliche Erholung unnötig bremsen würden, so die Ökonomen.

„Die Aufsicht darf, wenn die Konjunktur wieder anzieht, nicht zu früh das zuvor für die Kreditvergabe freigesetzte Eigenkapital wieder begrenzen. Damit würde sie letztlich die Wirtschaftsbelebung schwächen. Denn die Unternehmen brauchen Kapital für Investitionen. Sie müssen nicht nur aus der Krise herauskommen, sondern auch die Digitalisierung und die Transformation in Richtung nachhaltiger Wirtschaftsweisen vorantreiben“, betonte Dr. Reinhold Rickes, Leiter Volkswirtschaft beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV).

Als Hemmschuh für die Kreditvergabe könnte sich unter anderem eine übereilte Anhebung des antizyklischen Kapitalpuffers erweisen, der in der Corona-Pandemie abgesenkt worden war. Auch der Ende April 2021 erstmals aktivierte NPL-Backstop bei notleidenden Krediten droht die Möglichkeiten der Banken zur Kreditvergabe zur Unzeit zu beschränken. Nicht zuletzt würde die für 2023 vorgesehene Einführung von Basel IV, insbesondere durch den darin vorgesehenen Output-Floor, das Eigenkapital der Banken belasten und so den Aufschwung bremsen. Die Chefvolkswirte fordern daher besondere Wachsamkeit der Aufsicht und Regulierung.

Mit dem weiteren Anwachsen der weltweiten Schuldenberge nehmen auch die Gefahren für eine langfristig nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu. Dass in der Corona-Pandemie weltweit die Haushaltsdefizite und die Schuldenstände immer größer werden, ist dabei aus Expertensicht nur ein Teil des Problems. Die öffentliche Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt hatte in vielen Ländern der Erde schon vor der Pandemie den höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg erreicht.

Rickes zufolge ist die Covid-19-Pandemie nach der Finanzkrise bereits die zweite Krise in diesem Jahrhundert, die weltweit zu einem massiven Anstieg der öffentlichen Schuldenquoten geführt hat. Durch Notenbank-Interventionen und Niedrigzinsumfeld könnten viele Länder derzeit ihre Schuldenlast noch tragen. Doch wenn Konjunktur, Teuerung und Zins erst wieder anziehen, werde die notwendige Sanierung und Konsolidierung umso schmerzlicher.

Gebremstes Wirtschaftswachstum

Die Chancen, dass Staaten sich schnell durch kräftiges wirtschaftliches Wachstum ihrer Schulden entledigen können, halten die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe für gering: Die Wirtschaft in den Industrieländern dürfte zwar nach der Pandemie vorübergehend schneller wachsen, auf der anderen Seite bremsten aber die demografische Entwicklung mit vielerorts sinkender Zahl von Arbeitskräften, steigende, oft öffentlich getragene Gesundheits- und Rentenkosten und die zunehmende Fokussierung auf CO2-Reduktion das Wirtschaftswachstum. Bei der Aufnahme neuer Schulden gelte es daher heute mehr denn je, auf die wachstumsfördernde Wirkung ihres Verwendungszwecks zu achten.

Noch besorgniserregender als hierzulande sei die Situation in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Bis zum Beginn der Finanzkrise 2008 war es durch Programme des Internationalen Währungsfonds (IWF) und Entschuldungsinitiativen gelungen, die Staatsverschuldung dort deutlich zu reduzieren. Seit der Finanzkrise habe sich der Trend jedoch wieder umgekehrt und die Corona-Pandemie hat die problematische Entwicklung weiter beschleunigt. **DK**

Bayerische Grundsteuer:

Starkes Signal für Städte und Gemeinden

„Mit der Bayerischen Grundsteuer wird zum ersten Mal eine bedeutende Steuer auf Landesebene geregelt: einfach, transparent und unbürokratisch. Das ist ein starkes Signal für alle bayerischen Städte und Gemeinden, die fest auf die konjunkturunabhängigen Steuereinnahmen von jährlich rund 1,9 Milliarden Euro bauen“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung den Gesetzentwurf für ein Bayerisches Grundsteuergesetz nach der Anhörung der Verbände beschlossen und dem Bayerischen Landtag zur weiteren Behandlung zugeleitet. „Das bayerische Modell ist von nahezu allen Verbänden mit großer Zustimmung aufgenommen worden. Die Grundsteuer im Freistaat wird ausschließlich an physischen Größen wie der Grundstücks- und Gebäudefläche ausgerichtet – Steuererhöhungen „durch die Hintertür“, also allein aufgrund eines ständig steigenden Preisniveaus bei Immobilien, wird es in Bayern nicht geben“, stellte Füracker fest. ❐

Stadt und Landkreis Rosenheim:

Sparkassenstiftungen mit solider Finanzkraft

Die Sparkasse Rosenheim-Bad Aibling gründete 2006 die „Sparkassenstiftungen Zukunft“, die sich seitdem für die Menschen in der Region engagieren. Mit einem Stiftungskapital von insgesamt 17,3 Mio. Euro und einer Gesamtausschüttung von 580.000 Euro allein im Jahr 2020 zählen sie zu den größten Förderern in der Region. Im Durchschnitt werden jährlich 50 zukunftsweisende Projekte unterstützt.

Laut Karl Göpfert, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Rosenheim-Bad Aibling und stellvertretender Vorsitzender der Sparkassenstiftungen Zukunft, wird durch deren intensive Fördertätigkeit das Leben in Stadt und Landkreis Rosenheim gestaltet und die Gesellschaft von innen heraus nachhaltig gestärkt. Aktuelles Beispiel: Die Caritas Rosenheim übernimmt ab 2021 das Projekt „Flüchtlingspaten in der Stadt Rosenheim“, das die Sparkassenstiftung Zukunft für die Stadt über fünf Jahre (2016-2020) mit 25.000 Euro gefördert und damit insgesamt 20 Prozent der gesamten Projektkosten übernommen hat.

Intensive Fördertätigkeit

Dadurch wurde eine professionelle Anlauf- und Koordinationsstelle für Ehrenamtliche geschaffen, die geflüchtete Menschen unterstützen wollen: Die Paten werden mit Hilfesuchenden zusammengebracht und unterstützen diese beispielsweise bei Ämterkontakten, führen sie an die deutsche Rechtsordnung heran oder helfen beim Kontaktieren professioneller Hilfen. „Jetzt bleibt diese wichtige Anlaufstelle dauerhaft erhalten und damit ein wichtiger Pfeiler im sozialen Miteinander in der Stadt Rosenheim“, betonte Oberbürgermeister Andreas März, Vorsitzender der Sparkassenstiftung Zukunft für die Stadt Rosenheim.

Mit Erfolgen kann auch der Landkreis Rosenheim aufwarten: Die Sparkassenstiftung Zukunft förderte mit insgesamt 18.350 Euro über fünf Jahre die als Projekt gestartete „Kunsttherapie für den palliativmedizinischen Konsiliardienst“. Weitere finanzielle Unterstützung leistete der Rotary Club. Die RoMed Klinik Bad Aibling integrierte das Projekt 2019 als festen Bestandteil in ihr Angebotsportfolio: Krebspatienten erhalten eine fachliche Anleitung und Begleitung beim künstlerischen Arbeiten, kombiniert mit einem entspannenden, musiktherapeutischen Angebot.

Seit 2019 steht fest, dass auch die Rosenheimer Aktion für das Leben e.V. die „Hausbesuche/ Coaching für Familien und Alleinerziehende mit Kindern“ dauerhaft anbieten kann: Dank einer großzügigen Anschubfinanzierung in Höhe von 35.900 Euro wurden auch Förderungen Dritter gesichert. Wegen der großen Angebotsnachfrage übernahm der Landkreis 2019 die Personalkosten. Damit kann das Projekt weitergeführt werden. Laut Landrat Otto Lederer, Vorsitzender der Sparkassenstiftung Zukunft für den Landkreis Rosenheim, sind dies „zwei tolle Beispiele, wie die Sparkassenstiftung Bedürfnisse der Menschen in der Region aufnimmt und langfristig Angebote schafft“. **DK**

Stadtsparkasse Augsburg versorgt sich selbst mit Strom

Die Stadtsparkasse Augsburg unternimmt einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Klimaneutralität: Mit der Installation einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des Parkhauses in der Halderstraße soll ab Mitte des Jahres der Strom für die Hauptstelle nachhaltig selbst erzeugt werden. Voraussetzung war die Versteifung der Dachkonstruktion des Parkhauses, um die zusätzliche Last der Anlage zu tragen. Hierfür wurden in den letzten Wochen 30 Tonnen Stahl verarbeitet, nun geht es an die Montage der Photovoltaik-Module.

„Zu dem Ziel, eine lebenswerte Welt langfristig zu erhalten, gehört auch, dass wir unseren Geschäftsbetrieb CO2-neutraler gestalten. Mit der Umstellung auf Ökostrom aus Wasserkraft zum 01. Januar 2021 haben wir unsere nachhaltige Ausrichtung verstärkt, die Sparkasse vermeidet damit rund 1.128.000 Kilogramm CO2 pro Jahr. Ressourcenschonend und substanzerhaltend wirtschaften werden wir auch mit unserem neuen Projekt, das ebenfalls Teil unserer Nachhaltigkeitsstrategie ist“, berichtet Vorstandsvorsitzender Rolf Settelmeier.

Die Sparkasse investiert in der Halderstraße rund eine halbe Million Euro in eine Photovoltaikanlage auf einer Dachfläche von 2.750 qm. Sie kann bis zu 329 kWp Strom mit modernsten Solarpanelen produzieren. Pro Jahr können so ca. 300.000 kWh erzeugt werden.

Mit dem gewonnenen Strom soll ein wesentlicher Teil des Bedarfs der Hauptstelle umweltfreundlich abgedeckt werden. Ein weiterer Solar-Generator befindet sich schon seit etlichen Jahren in Friedberg am Sparkassenplatz.

Die Stadtsparkasse Augsburg setzt sich schon seit vielen Jahren für die Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks in der Region Augsburg und Friedberg ein. So werden Umbauten oder Sanierungen gezielt mit Blick auf eine optimale Energieeffizienz durchgeführt, bestehende Leuchtmittel sukzessive durch energiesparende Varianten ersetzt. Ihre Briefe versendet die Sparkasse schon seit drei Jahren klimaneutral mit „Green Mail.“

Mitarbeiter werden beim Umgang mit Papier oder dem Verbrauch von Wasser und Energie sensibilisiert. Mittelständischen Unternehmen, Eigenheimbesitzern und Gemeinden finanziert das Kreditinstitut Investitionen und vermittelt Fördermittel. Weitere Aktivitäten sind in Vorbereitung. ❐

Glauber fordert Aus von Negativzinsen

... bei Guthaben auf Giro- und Sparkonten

Immer mehr Banken in Deutschland erheben auf das Giro-Guthaben ihrer Kunden sogenannte Negativzinsen. Bayern setzt sich nun für ein Verbot von Negativzinsen ein.

Wie Bayerns Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber erläuterte, „fallen Strafzinsen bei einzelnen Banken schon ab dem ersten Euro an. Damit bleiben selbst geringe Sparbeträge nicht unangetastet. Das ist ein falsches Signal an die Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir wollen, dass der Bund ein Verbot von Negativzinsen prüft. Zumindest sollten ausreichend hohe Freibeträge ermöglicht werden. Die Kunden brauchen Gewissheit, dass ihr Geld auf dem Konto ohne ihr Zutun nicht weniger wird. Negativzinsen stellen den Zweck von Spar- und Giroverträgen auf den Kopf. Bayern lehnt die faktische Geldentwertung durch Negativzinsen ab.“

Zusätzliche Mehrbelastung

Für die Bürger bedeuten Negativzinsen eine finanzielle Mehrbelastung, zusätzlich zu den Entgelten für Kontoführung und einzelne Zahlungsdienste. Zudem sind zunehmend auch Bestandskunden von der Einführung der Negativzinsen betroffen. Der Bundesgerichtshof hat in einem aktuellen Urteil Vertragsklauseln einer Bank für unwirksam erklärt, nach denen Vertragsänderungen durch Stillschweigen des Kunden angenommen werden. Bayern will, da die Einzelheiten und die Reichweite der Entscheidung noch nicht bekannt sind, zusätzlich prüfen lassen, ob Bestandskunden ausreichend vor einer nachträglichen Einführung von Negativzinsen geschützt sind.

Waren zu Beginn Privatkunden weitgehend ausgenommen oder durch großzügige Freibeträge geschützt, führen Banken zunehmend Negativzinsen auch für Privatkunden ein und senken die Freibeträge. Die als Verwahrentgelt bezeichnete Gebühr beträgt in den meisten Fällen 0,5 Prozent des Guthabens und wird tagesgenau abgerechnet. Einzelne Banken verlangen bereits ab dem ersten Euro einen Negativzins. Neben der finanziellen Belastung stehen Negativzinsen in Widerspruch zur allgemeinen finanzökonomischen Empfehlung, eine gewisse Mindestliquidität vorzuhalten.

Entgegen der Argumentation der Banken besteht auch keine Notwendigkeit, den von der Europäischen Zentralbank (EZB) auf kurzfristige Einlagen erhobenen Negativzins an Privatkunden weiterzureichen. Den Banken wurden von der EZB Freibeträge eingeräumt, für die keine Negativzinsen in Rechnung gestellt werden. Zudem ist von einer Bank aufgrund ihres Geschäftszwecks zu erwarten, dass sie mit den Einlagen der Kunden wirtschaftet und diese nicht bei der EZB in Verwahrung gibt. ❐



LfA-Jahresbilanz 2020:

Mittel für Zukunftsinvestitionen weiter stark nachgefragt

Bayerns Unternehmen können in der Corona-Krise auf die Unterstützung der LfA-Förderbank zählen. „Die außergewöhnlich hohe Nachfrage nach unseren Förderangeboten zeigt, dass wir mit unseren Förderkrediten und Risikoentlastungen einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und damit für den Fortbestand vieler insbesondere mittelständischer Betriebe und der mit ihnen verbundenen Arbeitsplätze leisten", unterstrich LfA-Vorstandsvorsitzender Dr. Otto Beierl bei der virtuellen Bilanzpressekonferenz zum Geschäftsjahr 2020.

Im vergangenen Jahr verzeichnete die staatliche Spezialbank die höchste Nachfrage nach Förderkrediten seit ihrer Gründung. Im Kerngeschäft der programmgebundenen Förderkredite wuchs das Zusagevolumen dabei verglichen zum Vorjahr um 50 Prozent auf rund 2,7 Mrd. Euro. Die Unternehmen konnten daraus Investitionen und Stabilisierungsmaßnahmen in Höhe von 3,7 Mrd. Euro tätigen. Zusammen mit den Konsortialdarlehen (561 Mio. Euro) und Globaldarlehen (150 Mio. Euro) belief sich die Kreditvergabe damit auf 3,4 Mrd. Euro.

Hilfreiche Förderangebote

Darüber hinaus gab es 2020 auch bei den Risikoübernahmen mit einem Volumen von 933 Mio. einen Höchstwert. Von den Förderangeboten der LfA profitierten im vergangenen Jahr insgesamt mehr als 11.200 Unternehmen und Kommunen. Zudem trug die Förderung dazu bei, im Mittelstand knapp 200.000 bestehende Arbeitsplätze zu festigen und 5.400 neue zu schaffen.

Bereits zu Beginn der Corona-Krise im März 2020 ermöglichte die LfA den Unternehmen unkomplizierte Tilgungsaussetzungen für bereits bestehende Kredite und verschaffte so Liquidität. Anschließend legte sie mit dem Corona-Schutzschirm-Kredit, dem LfA-Schnellkredit und dem Corona-Kredit gemeinnützige eigene bayerische Corona-Förderprogramme auf, darüber hinaus wurden bestehende Kreditprogramme optimiert. Dabei hat die LfA das Förderverfahren erheblich beschleunigt – beispielsweise mit der Einführung des LfA-Schnellkredits als erstes automatisiert zusagbares Kreditprodukt. Insgesamt wurden allein im vergangenen Jahr Kredite aus dem Corona-Sonderprogramm mit einem Gesamtvolumen von rund 838 Mio. Euro bewilligt.

Des Weiteren wurden 105 Bürgschaften mit einem Bürgschaftsbetrag von knapp 615 Millionen Euro zugesagt. Gemeinsam mit den etwa 4.900 Tilgungsaussetzungen bei bestehenden Krediten in Gesamthöhe von 75 Mio. Euro beliefen sich die Corona-Hilfen der LfA für die bayerische Wirtschaft damit auf 1,5 Mrd. Euro. Die Programme werden bis Ende 2021 verlängert.

Trotz der Krise haben viele bayerische Unternehmen im vergangenen Jahr vorausschauend in ihre Zukunftsfähigkeit investiert. So blieb auch das Normalgeschäft bei den Programmkrediten mit 1,86 Mrd. Euro auf hohem Niveau (Vorjahr 1,81 Mrd. Euro). Besonders gefragt waren die Finanzierungsangebote für Gründung, Wachstum, Innovation sowie Energie und Umwelt.

Allein im vergangenen Jahr verhalf das LfA-Angebot in der Innovationsförderung bayerischen Unternehmen zu Investitionen in Höhe von rund 143 Mio. Euro. Auch in diesem Feld sind die mit den Darlehen umgesetzten Transformationsprojekte äußerst vielfältig. Dies zeigen Beispiele wie ein traditionelles Nutzfahrzeugunternehmen, das unter anderem dank der Förderung nun Elektromobilität per Nachrüstung für den Personen- und Güterverkehr anbietet oder eine traditionelle Schreinerei, die mit den Fördergeldern unter anderem ihre Fertigung automatisieren und damit auf ein neues Niveau heben konnte.

Investitionen in Digitalisierung und Energieeffizienz

In vielen Fällen standen Investitionen in Digitalisierung und Energieeffizienz im Vordergrund. Allein in der Energieeffizienzförderung der LfA konnte die Nachfrage auf über 300 Mio. Euro gesteigert werden. Mit diesen Geldern tätigten die Unternehmen Investitionen von knapp 530 Mio. Euro. Die Bandbreite der Maßnahmen, die mithilfe dieser Förderung umgesetzt wird, ist groß. Sie reicht von innovativen Geschäftsideen, wie beispielsweise einer funktionierenden Lösung zur eigenständigen Produktion und Speicherung von nachhaltiger Energie für Unternehmen und Haushalte, bis hin zu traditionellen Industriebetrieben, die mit Hilfe der Gelder nun ihre Fertigungsabläufe deutlich nachhaltiger gestalten.

Im kommunalen Sektor konnten die 123 geförderten Städte und Kommunen mit Hilfe von LfA-Mitteln Infrastrukturprojekte in Höhe von über 240 Mio. Euro umsetzen. Verglichen mit 2019 ist das ein Anstieg um 50 Prozent.

Eigenkapitalangebote

Über ihre Tochterunternehmen BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH und Bayern Kapital GmbH stellt die LfA bayerischen Gründern und Unternehmern zudem Eigenkapitalangebote zur Verfügung. Zusätzlich zu den bestehenden Angeboten wurden 2020 Instrumente wie der Start up Shield Bayern, der Eigenkapitalschild Mittelstand Bayern, der Wachstumsfonds Bayern 2 oder der Transformationsfonds Bayern neu aufgelegt. Sie dienen den Unternehmen auch zur nachhaltigen Stärkung ihrer Kapitalbasis für Zukunftsinvestitionen.

Die Bilanzsumme der LfA betrug im vergangenen Jahr 23,1 Mrd. Euro und liegt damit sechs Prozent über dem Vorjahresniveau (2019: 21,8 Mrd. Euro). Auch in der Pandemie legt die LfA bei der Risikovorsorge für Ausfallrisiken im Kreditbereich unverändert strenge Maßstäbe an und hat die Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2020 um rund 20 Mio. Euro erhöht.

Nach den Worten von Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzendem Hubert Aiwanger „unterstreichen die hohen Zusagevolumina im Jahr 2020 eindrucksvoll die Leistungsfähigkeit der LfA als Förderbank für den Wirtschaftsstandort Bayern. Das entschlossene Handeln der Bayerischen Staatsregierung hat Wirkung gezeigt. Durch die in kürzester Zeit auf den Weg gebrachten Corona-Sonderprogramme konnte die LfA unseren bayerischen Betrieben dringend benötigte Liquidität in der Krise zur Verfügung stellen und so deren Erhalt sichern."

Wirtschaftlicher Transformationsbedarf

Aus Sicht von LfA-Vorstandschef Beierl hat die Pandemie wie in einem Brennglas auch Schwachstellen im Hinblick auf Digitalisierung und Infrastruktur offengelegt und verdeutlicht, wie groß der Transformationsbedarf der Wirtschaft angesichts des strukturellen Wandels und deutlich gestiegener Anforderungen an die Nachhaltigkeit tatsächlich ist. Für die Umsetzung der Transformation benötigten die Betriebe Liquidität und Eigenkapital. Deshalb komme der Finanzwirtschaft auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Wirtschaft eine entscheidende Rolle zu.

Insbesondere die Einbindung öffentlicher Förderbanken wie der LfA sei ein wirksamer Hebel, so Beierl. „Unsere Angebote und Investitionsanreize erleichtern den kleinen und mittelständischen Unternehmen den Erhalt und Ausbau ihrer Leistungsfähigkeit. Möglich ist dies, weil die LfA mit ihren Angeboten die strukturellen Finanzierungsnachteile kleiner und mittlerer Betriebe gegenüber Großunternehmen, die sich neben der klassischen Bankfinanzierung auch am Kapitalmarkt refinanzieren können, ausgleichen. An diesem strukturellen Nachteil des Mittelstands ändern im Übrigen auch Niedrigzinsphasen oder die vor Ausbruch der Pandemie langanhaltende gute Konjunktur wenig."

Gemäß ihres Auftrags schaffe die LfA deshalb mit Hilfe öffentlicher Förderkredite finanzierungsseitig Chancengleichheit für Gründer sowie kleine und mittelständische Unternehmen – und zwar in jedem Zinsumfeld.

So wurden für 2021 in Abstimmung mit der KfW und den Partnerbanken der LfA die notwendigen Maßnahmen initiiert, um ab Jahresmitte marktgerechte Bankeneinstandssätze anbieten zu können. Abhängig von der allgemeinen Zinsentwicklung könnten diese auch negativ sein. Trotz Niedrigzinsphase böten die Angebote der LfA deshalb weiterhin attraktive Fördervorteile für die Endkreditnehmer.



Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (r.) und LfA-Vorstandschef Dr. Otto Beierl bei der Bilanzpressekonferenz.

Bild: Nadine Stegemann

Lange Laufzeiten

Die Betriebe können sich die vorteilhaften Konditionen auch zu langen Laufzeiten sichern. Das versetzt sie in die Lage, auch im Zusammenhang mit der Transformation erforderliche langfristige Vorhaben umzusetzen und so ihre Abläufe und Geschäftsmodelle nachhaltiger zu gestalten oder Innovationen voranzutreiben. „Fördermittel lohnen sich also nicht nur in Ausnahmezeiten", bilanzierte Beierl. **DK**

Privatbanken als wichtige Säule des LfA-Fördergeschäfts

Im Corona-bedingten Ausnahmejahr 2020 haben die in Bayern tätigen privaten Banken kleinen und mittelständischen bayerischen Unternehmen Förderkredite der LfA Förderbank Bayern in Höhe von 911 Mio. Euro zugesagt. Davon entfielen knapp 284 Mio. Euro auf eigens zur Bewältigung der Corona-Krise eingeführte oder optimierte Förderangebote. Mit insgesamt rund 2.700 Zusagen an den bayerischen Mittelstand sowie einem Anteil von mehr als einem Drittel am gesamten programmgebundenen Förderkreditvolumen der LfA sind die Privatbanken ein bedeutender Partner im Fördergeschäft. **DK**

Bezirkstag Oberbayern:

Rund 1,2 Millionen Euro für Denkmalpflege

Rund 1,2 Millionen Euro hat der Kulturausschuss des oberbayerischen Bezirkstags für die Denkmalpflege in Oberbayern vergeben. Der Stadt Ingolstadt kommt dabei mit rund 192.000 Euro der größte Anteil aus dem Fördertopf zu, es folgen die Landkreise Neuburg-Schrobenhausen, Berchtesgadener Land, Landsberg am Lech und Eichstätt. Insgesamt werden heuer 2,5 Millionen Euro vergeben. Eine zweite Zuteilung erfolgt im Herbst.

In Ingolstadt erhält die INKo-Bau GmbH & Co. KG, eine Tochterfirma der Stadt, für drei Sanierungsabschnitte am Georgianum jeweils den höchstmöglichen Fördersatz von 50.000 Euro. Es handelt sich dabei um die Kapelle, das Kollegiengebäude sowie um ein Gebäude in der Goldknopfgasse des aus dem 15. Jahrhundert stammenden Anwesens. Mit rund 23.000 Euro fördert der Bezirk an einem in der Altstadt gelegenen Gebäudekomplex die Sanierung eines früheren Pferdestalls und einer ehemaligen Seifensiederei.

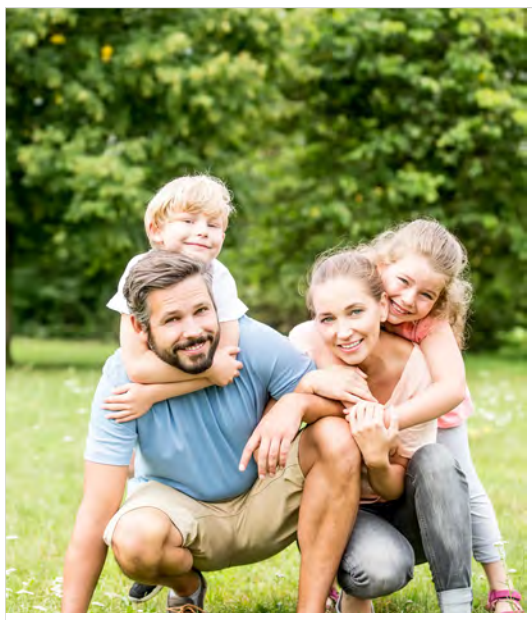
Neuburg-Schrobenhausen

Im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen unterstützt der Bezirk Oberbayern die Denkmalpflege mit rund 134.000 Euro. Davon sind 47.000 Euro für die Sanierung des Pfarrhofs im ehemaligen Kirchdorf Hohenried (Gemeinde Brunnen) eingeplant. Rund 32.000 Euro bekommt ein bekanntes Schloss im Landkreis, an dem der Glockenturm instandgesetzt wird. An die Gemeinde Waidhofen gehen rund 7.200 Euro für die Erneuerung der nördlichen Friedhofsmauer.

Rund 132.000 Euro gibt der Bezirk für die Denkmalpflege im Landkreis Berchtesgadener Land aus. Zu den geförderten Objekten zählt das als Heimatmuseum genutzte Schloss Adelsheim in Berchtesgaden, an dem das Dach erneuert wird. Dafür erhält der Landkreis als Besitzer des Anwesens 50.000 Euro. Einen Zuschuss von 50.000 Euro für ein neues Dach bekommt auch die Filialkirche St. Leonhard in Holzhausen (Gemeinde Teisendorf). Die Gemeinde Bischofswiesen darf sich über 1.700 Euro für die bauhistorische Untersuchung der Befestigungsmauer am Hallthurm freuen.

Die Denkmalpflege im Landkreis Landsberg am Lech wird mit 99.000 Euro unterstützt. Davon fließt der größte Teil in den Erhalt von Kirchen und Kapellen. So gehen 33.000 Euro an die Pfarrkirche St. Jakobus in Finning (Ortsteil Entraching), die komplett saniert wird. Die Gemeinde Vilgertshofen bekommt 4.500 Euro für den ehemaligen Pfarrhof in Issing, dessen Dachstuhl statisch gesichert wird.

Rund 98.000 Euro stellt der Bezirk Oberbayern für die Denkmalpflege im Landkreis Eichstätt zur Verfügung. Davon fließt der Hauptteil in die Sanierung von Baudenkmälern, die ursprünglich einem anderen Zweck dienten und heute als Wohnraum genutzt werden. Dazu gehören beispielsweise das ehemalige Benefiziatenhaus in Buxheim (rund 28.000 Euro) und die profanierte frühere Fischerkapelle in Großmehring (rund 8.000 Euro). **DK**



BESTENS ABGESICHERT

VORSORGEN MIT DER PLUSPUNKTRENTE

PlusPunktRente - die freiwillige Altersvorsorge der BVK Zusatzversorgung

Bestens abgesichert im Alter - zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente

Die PlusPunktRente bietet allen Arbeitnehmer_innen im kommunalen öffentlichen Dienst in Bayern attraktive Möglichkeiten

✓ STAATLICH GEFÖRDERT
✓ FLEXIBLE BEITRAGSGESTALTUNG
✓ SICHERE VERSORGUNG AUS EINER HAND

Fordern Sie unverbindlich ein Angebot an -
mit dem QR-Code oder über www.pluspunktrente.de

KENNEN SIE SCHON UNSER NEUES VERSICHERTENPORTAL?
www.bvk-zusatzversorgung.de/Versicherte-Rentner/Versichertenportal

Folgen Sie uns bei Social Media
BVK Kommunales Versorgungswesen

BVK Bayerische Versorgungskammer
ZUSATZVERSORGUNG

Energieminister Aiwanger:

Fokus auf Versorgungs- und Planungssicherheit

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger hat sich erleichtert über den Ausgang des Bürgerentscheids zur Windenergie im Ebersberger Forst gezeigt. Eine knappe Mehrheit der Wähler im Landkreis Ebersberg hatte dem Bau von fünf Windkraftanlagen zugestimmt.

Der Staatsminister bezeichnete dies als „gutes Signal für den Ausbau der Windkraft in Bayern". Das Ergebnis werde neuen Projekten mit sauberer Energie einen Schub geben. Die Windenergieanlagen im Ebersberger Forst werden ein Fünftel aller Haushalte in Kreis Ebersberg mit regenerativer Energie versorgen. Zudem können die Bürger und Kommunen in die Anlagen investieren und an der Wertschöpfung beteiligt werden. Aiwanger: „Energiewende mit Wertschöpfung vor Ort, das ist der richtige Weg. Unsere Windkümmerer stehen bereit, um neue Energieprojekte zu unterstützen."

Erneut hat sich der Freistaat zudem für die Zukunft der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) eingesetzt. In einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier wandte sich Aiwanger gegen „deutlich überzogene Anforderungen der EU-Taxonomie an gasbetriebene Kraftwerke und KWK-Anlagen". Bayerns Energieminister bat den Bundeswirtschaftsminister nachdrücklich, dass die Bundesregierung ihren Einfluss in Brüssel geltend macht, damit die Anforderungen angepasst werden.

Wie Aiwanger hervorhob, „ist Kraft-Wärme-Kopplung ein unverzichtbarer Bestandteil der Versorgungssicherheit im Rahmen der Energiewende. Sie schließt aktuell die Lücke in der Energieerzeugung, die der Atom- und Kohleausstieg verursacht. Investitionen in KWK-Anlagen sind daher dringend notwendig. Dafür ist Planungssicherheit für Investoren, Anlagenhersteller und Betreiber besonders wichtig." Überzogene Anforderungen an CO2-Grenzwerte für gasbetriebene Kraftwerke und KWK-Anlagen seien kontraproduktiv. Anlagen, die mittelfristig mit Wasserstoff CO2-neutral betrieben werden, müssten als nachhaltig klassifiziert werden.

Laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft gibt es in Bayern insgesamt 8.325 öffentliche Ladestationen für Elektrofahrzeuge, so viele wie in keinem anderen Bundesland. Von Dezember 2019 bis Februar 2021 ist diese Zahl außerdem um 47 Prozent gestiegen. Das bayerische Wirtschaftsministerium hat seit 2017 mit einem eigenen Förderprogramm die Einrichtung öffentlicher Ladestellen finanziell unterstützt. Mit den fünf Förderaufrufen konnte der Aufbau von gut 2.100 Ladesäulen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von über 28 Millionen Euro unterstützt werden.

Nach Aiwangers Worten „bringt unser bayerisches Förderprogramm einen großen Mehrwert. Seit Ende 2018 sind mit 22,7 Millionen Euro rund 1.600 neue Ladepunkte entstanden. Bis Ende 2023 investieren wir mit der Hightech Agenda weitere 15 Millionen Euro für den Ausbau der Ladestationen. Ein weiterer Impuls kommt aus unserem Kompetenzzentrum Elektromobilität: Hier erhalten Unternehmen, Politik und öffentliche Verwaltung Beratung und Hilfe aus erster Hand. Ein praktisches Tool für die Autofahrerinnen und Autofahrer ist schließlich der von uns geförderte Ladeatlas Bayern. Hier sind alle öffentlichen Ladestationen nahezu vollständig eingezeichnet. Andere reden, wir handeln, deshalb weisen wir auf unsere großen Fortschritte beim Ausbau der Elektromobilität hin und treiben gleichzeitig auch Wasserstoff voran. Meine Devise ist, das eine zu tun ohne das andere zu lassen."

Holzbau hat Zukunft

Gemeinsam mit Forstministerin Michaela Kaniber hat sich der bayerische Energieminister zudem für eine Stärkung der Wertschöpfungskette Holz ausgesprochen. Bei einem Runden Tisch zum Holzmarkt erklärte Aiwanger: „Holzbau hat Zukunft und ist Klimaschutz, da CO2-Speicher. Bayerns Holzwirtschaft ist gut aufgestellt, muss aber künftig noch besser koordiniert werden. Nachhaltig erwirtschaftetes Nadelholz ist in Bayerns Wäldern in großem Umfang vorhanden. Es ist wichtig, dass Baumaterial Holz verfügbar bleibt und jeder in der Wertschöpfungskette gerecht bezahlt wird, auch der Waldbesitzer. Ich unterstütze die Forderung, dass die aktuelle Einschlagsbeschränkung für Holz dringend entschärft werden muss, wenigstens für Waldbesitzer bis 50 Hektar, um die kleinen Waldbesitzer jetzt nicht vom Holzmarkt mit steigenden Preisen auszuschließen und um den Holznachschub für Sägewerke und Zimmerer zu sichern."

Gerade im Bereich holzbasierte Bioökonomie gebe es große Potenziale für Bayern. Schließlich leiste der Forst- und Holzsektor einen großen Beitrag zum Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Wirtschaftsweise und eröffne neue, innovative Perspektiven. „Die Holzverwendung wollen wir steigern und nicht etwa reduzieren. Zusätzlich wollen wir gemeinsam mit dem Landwirtschafts- und Bauministerium die Ergebnisse aus dem Runden Tisch umsetzen", berichtete Aiwanger. **DK**

Naturstrom-Bezieher erhalten Rabatte auf Wallboxen

Jetzt noch Wallboxförderung sichern! Bis Ende August 2021 unterstützt die KfW den Kauf und Anschluss von Ladestationen für Elektroautos an privat genutzten Stellplätzen von Wohngebäuden. Der Zuschuss beträgt dabei 900 Euro pro Ladepunkt.

Wer Naturstrom Abensberg bezieht, erhält zusätzlich ab sofort einen Rabattgutschein in Höhe von fünf Prozent auf Ladeprodukte des Partners „Energielösung". Laut Andrea Kammermeier, bei den Stadtwerken Abensberg für das Naturstrom-Angebot zuständig, ist dies „ein weiterer, wichtiger Pluspunkt für unsere Kunden."

Für Interessenten ist auf www.naturstrom-abensberg.de alles Wichtige aufgelistet: Einfach auf „Wallbox-Förderung" (direkt auf der Eröffnungsseite, rechts oben) klicken, dann geht's los.

Zu den geförderten Kosten gehören der Kaufpreis einer neuen Ladestation (z. B. Wallbox) mit 11 kW Ladeleistung und intelligenter Steuerung, die Kosten für Einbau und Anschluss der Ladestation inklusive aller Installationsarbeiten und die Kosten eines Energiemanagement-Systems zur Steuerung der Ladestation. Fragen beantworten Andrea Kammermeier und Marika Brandl, Stadtwerke Abensberg. ❐



V.l.: Jürgen Eisen, Erster Bürgermeister in Illertissen, Astrid Theimer, Mitarbeiterin der Bücherei, Karin Steck, Büchereileiterin, und Helmut Kaumeier, Kommunalkundenmanagement erdgas schwaben. Bild: Guido Köninger/erdgas schwaben

1.000 Euro für Illertisser Leseratten

erdgas schwaben spendet für Stadtbücherei St. Martin

Neuen Lesestoff für kleine und große Leseratten konnte Karin Steck einkaufen. Steck ist die Leiterin der Stadtbücherei St. Martin in Illertissen. Denn erdgas schwaben hatte 1.000 Euro gespendet, und dafür gibt's jetzt neue Kinder- und Bilderbücher, Spiele, DVDs und CDs, außerdem Sachbücher und Romane.

„Unsere Bücherei ist bei den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt sehr beliebt", sagte Jürgen Eisen, Erster Bürgermeister in Illertissen, bei der offiziellen Spendenübergabe. „Zugang zu Bildung, spielerischer Wissensvermittlung und zum Lesevergnügen sind mir auch persönlich ein Anliegen. Deshalb freue ich mich ganz besonders, dass unsere Stadtbücherei von erdgas schwaben unterstützt wird und ihr Angebot erweitern kann."

erdgas schwaben unterstützt vor allem Einrichtungen für Kinder und Jugendliche

erdgas schwaben ist den Menschen in der Region seit mehr als 150 Jahren eng verbunden und übernimmt als Unternehmen soziale Verantwortung. „Im Mittelpunkt stehen dabei vor allem Einrichtungen, die Kinder und Jugendliche unterstützen – wie Büchereien", betont Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben. „Sie leisten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Bildung, sondern spielen auch eine große Rolle als Treffpunkt für Kinder und Jugendliche."

Information erdgas schwaben

Aktuell sind mehr als 200 Städte und Gemeinden an mehr als 6.500 Kilometer Gasleitungen angeschlossen. Sowohl öffentliche Einrichtungen als auch private Haushalte nutzen Leistungen von erdgas schwaben.

Ein weiteres Geschäftsfeld von erdgas schwaben ist Fahren mit Strom. Schon jetzt betreibt erdgas schwaben 24 Ladesäulen für Elektrofahrzeuge. ❐

Klimaneutrales Bayern:

Die Fläche dafür ist da!

Klimaneutralität schon in 20 bis 30 Jahren für Bayern und Deutschland: So lautet das inzwischen äußerst ambitionierte Ziel der politischen Entscheidungsträger in München und Berlin. Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW hat die Situation der Flächenverfügbarkeit für Erneuerbare Energien in Bayern von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) erneut untersuchen lassen. „Es besteht in unserem Flächenland Bayern noch ein großes Potenzial für die Nutzung Erneuerbarer Energien", so VBEW-Geschäftsführer Detlef Fischer, „doch der Ausbau müsse in den nächsten 20 Jahren sechsmal schneller vorangehen als dies in den vergangenen 20 Jahren der Fall war."

In einem Gedankenexperiment wurde der bayerische Endenergiebedarf im Jahr 2050 für Strom, Wärme und Verkehr gemäß dem FfE-Forschungsprojekt „eXtremOS" hochgerechnet. In diesem Szenario wird ein großer Teil des Verkehrs- und Wärmesektors durch effizientere Stromanwendungen ersetzt, so dass der Endenergiebedarf von heute 436 TWh auf 221 TWh im Jahr 2050 sinken kann. Diesen Energiebedarf gilt es erneuerbar zu decken, wenn man klimaneutral sein will. Rein fiktiv wurde dafür angenommen, dass der gesamte Energieverbrauch aus heimischen Erneuerbaren Energien gedeckt wird.

Szenario 100 % Windenergie

Bayern verfügt über eine Fläche von 70.550 km². In einer ersten Betrachtung wurde berechnet, welcher Flächenbedarf bei der Versorgung mit einem einzigen Erneuerbaren Energieträger zu erwarten wäre. Die theoretische Betrachtung einer Versorgung mit „100 % Windenergie" würde 4.864 km² Fläche erfordern, was jedoch mit den derzeit ausgewiesenen Flächen für die Windenergie und einer Verschärfung durch die 10H-Abstandsregelung deutlich über dem derzeit nutzbaren Potenzial liegt.

In einem Szenario „100 % Solarenergie" werden 1.693 km² Fläche benötigt, die in Form von Dach- und Freiflächen-PV-Anlagen in Bayern auch leicht verfügbar wären, jedoch gleichzeitig einen erheblichen Speicherzubau verlangen würden. Wesentlich flächenintensiver als Wind und Photovoltaik ist die energetische Nutzung der Biomasse, die im 100 % Szenario 104.254 km² und damit mehr als die Gesamtfläche Bayerns erfordern würde. „Der Anbau von Pflanzen zur vorrangigen energetischen Nutzung wäre spätestens dann nicht mehr sinnvoll, wenn ausreichend Speichermöglichkeiten der volatil anfallenden Wind- und Sonnenenergie vorhanden sind", zieht Detlef Fischer ein Zwischenfazit.

Szenario Energiemix

In einer weiteren Betrachtung wurde ein Energiemix bestimmt, mit dem Bayern klimaneutral versorgt werden kann. Dabei wurde ein Strommix aus Windstrom, Photovoltaik, Wasserkraft und Biomasse veranschlagt, zusätzlich noch Solarthermie, Geothermie und Biokraftstoffe für den Wärme- und Verkehrssektor. Ebenso wurde der Bedarf an Batterie- und Wasserstoffspeichern abgeschätzt.

Flächenpotenzial ausschöpfen

„Auch im ‚Szenario Energiemix' sieht man, dass in Bayern die Fläche für eine Energieversorgung mit 100 % Erneuerbaren vorhanden ist", fasst der VBEW-Geschäftsführer die Studienergebnisse zusammen. „Gerade beim Windstrom ist es aber auch die Aufgabe der Politik, das Flächenpotenzial nicht wie heute durch einengende Vorgaben künstlich niedrig zu halten, denn ohne Windstrom wird die Energiewende auch in Bayern nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand funktionieren", so Detlef Fischer. ❐



Stromleitungen tauchen unter der Isar ab

Die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) hat auf der Baustelle am Isarufer in Plattling die laufenden Maßnahmen zur Stärkung des regionalen Verteilnetzes in der Region vorgestellt. Insgesamt fließen rund 4,7 Millionen Euro in neue Mittelspannungsverbindungen mit einer Länge von etwa 18 Kilometern. Zur Verbesserung der örtlichen Infrastruktur und zur künftigen Integration erneuerbarer Energien setzt die Firma Streicher als Baupartner erstmals in Bayern eine vollkommen neue Technik ein, um die Isar zu unterqueren.

Die Spülbohrung ist Teil einer gesamtheitlichen Aufwertung des regionalen Verteilnetzes in Plattling und Umgebung. „In mehreren Bauabschnitten verlegen wir zwischen dem Umspannwerk in der Nelkenstraße und Breitfeld auf der anderen Isar-Seite zusammen mit den Stadtwerken und lokalen Partnern rund 18 Kilometer Mittelspannungskabel. Ein erheblicher Teil der Strecke wird in Rohren verlegt. Das erleichtert die spätere Instandhaltung und möglichen Reparaturaufwand“, sagte Fabian Brunner, Netzbauleiter im Bayernwerk-Kundencentergebiet Vilshofen. Mit den neuen 20-Kilovolt-Leitungen wird die regionale Energieversorgung in Plattling zukunftssicher. In Ergänzung werden auf beiden Seiten der Isar zwei moderne Trafostationen installiert.

Bohranlage mit neuartiger Technik

„Die für die Installation der Versorgungsleitungen notwendigen unterirdischen Rohre werden in den Teilbereichen, bei denen keine offene Bauweise mit einem Rohrgraben möglich ist, im sogenannten Horizontalspülbohrverfahren verlegt“, erklärte Boris Böhm von der Firma Streicher. Das in Plattling eingesetzte Spezialgerät bohrt in bis zu 20 Meter Tiefe unter der Isar einen rund 500 Meter langen Bohrkanal. Die Bohranlage ist die erste ihrer Art, die ohne ein Dieselaggregat, also direkt mit grünem Strom aus der Steckdose betrieben wird. Der Bohrer erfüllt mit einem Elektroantrieb höchste Anforderungen an Sicherheit, Umweltschutz und Effizienz.

Moderner Netzknoten

Die Verbindung unter dem Fluss dient in Zukunft vor allem der Einspeisung und Verteilung der zunehmend vor Ort produzierten Sonnenenergie. „Mit der Verbesserung der örtlichen Netzinfrastruktur werten wir das Umspannwerk Plattling als modernen Netzknoten zusätzlich auf, um regenerativ erzeugten Strom vor Ort besser aufzunehmen und Kunden vor Ort mit grünem Strom zu versorgen“, sagte Netzbauleiter Fabian Brunner. Insgesamt werden rund 4,7 Millionen Euro für den Netzausbau in Plattling aufgewendet.

Im gesamten Bayernwerk-Netzgebiet speisen mehr als 300.000 dezentrale Energieanlagen ins Netz ein. Die steigende Zahl der Anlagen und die wachsende Einspeisemenge sind eine große Herausforderung für den Netzbetrieb. Insbesondere der hohe PV-Anteil im regionalen Verteilnetz mit einem Schwerpunkt in Niederbayern führt bei starkem Sonnenschein dazu, dass die eingespeisten Strommengen den örtlichen Strombedarf deutlich übersteigen. Wenn in diesen Momenten die Kapazität im regionalen Verteilnetz zur Aufnahme des PV-Stroms nicht ausreicht, muss überschüssiger Strom in die höhere Transportnetzebene abgegeben werden. Dazu ist eine leistungsstarke Netzstruktur und Umspannwerke als Schnittpunkte zwischen den unterschiedlichen Spannungsebenen erforderlich.

Beim bisherigen PV-Rekord in diesem Jahr im Bayernwerk-Netz wurden am 6. März knapp 6.000 Megawatt Sonnenstrom im Verteilnetz aufgenommen. Das entspricht der Leistung von etwa sieben konventionellen Kraftwerken. Rund die Hälfte konnte regional nicht verteilt und musste zum Transport in das nationale und internationale Übertragungsnetz abgegeben werden. ❒



Netzbau unter der Isar mit einem Spezialbohrer: Vertreter von der Bayernwerk Netz, der Firma Streicher und der Stadtwerke in Plattling auf der Baustelle. Zur Stärkung des Stromnetzes in Plattling und zur künftigen Integration erneuerbarer Energien werden Leitungen unter der Isar verlegt. Bild: Bayernwerk

Bundestag empfiehlt „orangen“ Wasserstoff

Die Bundesregierung beschloss kürzlich eine Verordnung zur Umsetzung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2021 und zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften. Kern der Änderungsverordnung ist die Konkretisierung der EEG-Umlagebefreiung von grünem Wasserstoff. Der Umweltausschuss des Deutschen Bundestages hat neben grünem Wasserstoff nun auch eine Empfehlung für „orangen“ Wasserstoff ausgesprochen.

Künftig sollen kommunale Unternehmen auch Wasserstoff direkt aus Biomasse oder mit Strom aus Müllheizkraftwerken gewinnen dürfen. Damit verbessern die Parlamentarier den Regierungsentwurf für ein „Gesetz zur Weiterentwicklung der Treibhausgasminderungsquote“.

Darüber hinaus können kommunale Unternehmen auch fossile Primärtreibstoffe durch „orangen Wasserstoff“ ersetzen und damit ihren immer weiter wachsenden Fuhrpark aus Nutzfahrzeugen wie Bussen, Abfallsammelfahrzeugen, Großkehrmaschinen oder LKW mit klimafreundlichen Brennstoffzellen auch gleich noch mit „regionalem Kraftstoff“ betanken.

Zudem sind Biogas und Wasserstoff Energiespeicher, die mehr Flexibilität in das Energiesystem bringen: Ihre Erzeugung und Nutzung als Speicher kann einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten, um die Stromnetze zu stabilisieren.

VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing begrüßt die Entscheidung des Umweltausschusses: „Oranger Wasserstoff ist, wie grüner, eine wichtige Chance für den Klimaschutz – gerade im Verkehrssektor, der bei dieser Generationenaufgabe noch hinterherfährt. Damit verbessert die Koalition den Gesetzesentwurf erheblich und gibt dem Klimaschutz im Verkehrssektor neuen Schub.“

Für klimaneutrale Kommunen würden sektorübergreifende Strategien benötigt, die offen für neue Technologien sind und auf Pragmatismus statt Denkverbote setzen, so Liebing. „Die neuen Klimaziele erreichen wir nur, wenn wir alle lokalen Potenziale für eine klimaschonende Energieversorgung heben: auch jenes von Wasserstoff, der aus Strom bei der thermischen Abfallverwertung oder direkt aus Biomasse entsteht.“ Der Bundestag könne kommunalen Unternehmen nun die nötige Rechts- und Planungssicherheit geben, um verstärkt in die lokale Wasserstoffproduktion zu investieren. Dabei müssten unbedingt verschiedene Formen von dekarbonisiertem bzw. CO2-freiem Wasserstoff genutzt werden können.

Details soll eine Verordnung regeln, an der das Parlament beteiligt wird. Auch soll das Regelwerk alle zwei Jahre evaluiert werden. Beides ist aus VKU-Sicht sinnvoll: Der Bundestag berücksichtige damit sowohl die gesellschaftliche Bedeutung als auch den raschen technologischen Fortschritt. **DK**

VERBUND AG:

Wasserkrafterzeugung unter Vorjahresniveau

Aufgrund einer im Vergleich zum Vorjahr gesunkenen Stromerzeugung aus Wasserkraft, die auf eine niedrigere Wasserführung zurückzuführen ist, ist das Ergebnis der österreichischen VERBUND AG im ersten Quartal leicht rückläufig. Die für ihr Geschäft maßgeblichen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich dagegen in den vergangenen Monaten trotz COVID-19-Krise weiter verbessert.

So erhöhten sich die Großhandelspreise für Strom, ein wesentlicher Werttreiber für die Geschäftsentwicklung von VERBUND, aufgrund der steigenden Preise für CO2-Zertifikate. „Das starke Bekenntnis der EU-Mitgliedstaaten zu einer umfassenden Dekarbonisierung des Energiesystems wirkt dabei unterstützend“, heißt es einer Mitteilung des Energieversorgers. Diese positive Entwicklung unterstütze das Geschäftsmodell von VERBUND „und ermöglicht uns ein ambitioniertes und nachhaltiges Investitionsprogramm in den kommenden drei Jahren umzusetzen“.

Der Schwerpunkt der Investitionen liege unter anderem im weiteren Ausbau der heimischen Wasserkrafterzeugung und im Ausbau der neuen, erneuerbaren Stromproduktion. Zudem würden neue Anwendungsfelder besetzt, die maßgeblich zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende in den kommenden Jahren beitragen. Dies betreffe beispielhaft die Entwicklung eines grünen Wasserstoffsystems, die Forcierung der Elektromobilität und die Entwicklung von Speichersystemen.

Der Erzeugungskoeffizient der Laufwasserkraftwerke betrug im ersten Quartal 2021 0,99 und lag damit um 1 Prozentpunkt unter dem langjährigen Durchschnitt und um 10 Prozentpunkte unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Auch die Erzeugung der Jahresspeicherkraftwerke war im Quartal 1/2021 marktbedingt deutlich rückläufig. Insgesamt lag die Erzeugung aus Wasserkraft um 11,2 % unter dem Vorjahresniveau.

Positiv auf die Ergebnisentwicklung wirkten hingegen die deutlich gestiegenen Spotmarktpreise auf dem Großhandelsmarkt für Strom. Die Terminmarktpreise waren im relevanten Betrachtungszeitraum hingegen rückläufig. Der erzielte durchschnittliche Absatzpreis im Bereich der Eigenerzeugung aus Wasserkraft konnte um insgesamt 1,7 Euro/MWh auf 47,6 Euro/MWh gesteigert werden.

Ein wichtiger Umsetzungsschritt der VERBUND-Strategie war der Beschluss zur Umsetzung der Projekte Limberg III mit einer Leistung von 480 MW in Salzburg sowie Reißeck2+ mit einer Leistung von 45 MW in Kärnten. VERBUND investiert mehr als eine halbe Milliarde Euro in den Bau beider Projekte. Neben der besonderen energiewirtschaftlichen Bedeutung für eine nachhaltige und sichere Stromversorgung stellt die Umsetzung nach eigenen Angaben „auch einen gewaltigen Schub für die heimische Wirtschaft dar, um die COVID-19-bedingte Wirtschaftskrise zu überwinden“. **DK**

Energie aus Wasserkraft ist im öffentlichen Interesse

VWB und LVBW fordern, energiewirtschaftliche Belange der Wasserkraft stärker zu berücksichtigen

Zwei aktuelle Anlässe untermauern einmal mehr, dass die Erzeugung von Strom aus Wasserkraft grundsätzlich im öffentlichen Interesse steht und als solches in genehmigungsrechtlichen Entscheidungen berücksichtigt werden muss. Ende April jährte sich das Reaktorunglück von Tschernobyl zum 35. Mal. Es erinnert daran, dass jede regenerativ erzeugte Kilowattstunde Strom den Bedarf an Energie aus Atomkraft und damit einhergehende Risiken verringert. Dazu kommt ein aktueller EU-Beschluss: Anstatt 40 Prozent soll der Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 nun um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 in den EU-Staaten reduziert werden.

„Hierfür ist es sinnvoll und notwendig, bestehende und bewährte Erneuerbare-Energien-Technologien zu nutzen“, appelliert Hermann Steinmaßl, Vorstand der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. „Das Potenzial von Wasserkraftanlagen, die stabil und zuverlässig CO2-freien Strom liefern, sollte ausgeschöpft werden“.

Wie schon Gerichtsurteile, zum Beispiel in Rheinland-Pfalz, bestätigt haben, ist der Kleinwasserkraft ein „gewichtiges“ beziehungsweise „übergeordnetes“ öffentliches Interesse zuzubilligen. Die klimafreundliche Energiegewinnung ist im Interesse der Allgemeinheit (s.u. Link zum Fachaufsatz des Juristen Dr. Fabio Longo). So ist auch in dem Ende 2019 verabschiedeten Bayerischen Aktionsprogramm Energie der Bayerischen Staatsregierung ein „Träger öffentlicher Belange – Wasserkraft“ mit der dazugehörigen Bekanntmachung zur Berücksichtigung energiewirtschaftlicher Belange vorgesehen.

Konkrete Taten angemahnt

„Das begrüßen wir sehr, allerdings sollten dem Plan nun bald konkrete Taten folgen“, mahnt Hans-Peter Lang, Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG. Besonders das Öffentliche Interesse für die Wasserkraft endlich festzuschreiben, ist von großer Bedeutung. „Die positiven Effekte der Wasserkraft – neben der klimaschonenden Stromerzeugung sind dies beispielsweise die Grundlastfähigkeit und der Hochwasserschutz – sollen endlich mit anderen Interessen auf Augenhöhe angemessen abgewogen werden.“

Sauberer Strom aus Wasserkraft anstatt Gefahren durch Atomenergie

Die Auswirkungen der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl sind bis heute nicht nur in der Region selbst, sondern auch in Bayern sichtbar. Einen Beweis hierfür liefert der Bayerische Jagdverband (BJV).

1986 waren die in die Atmosphäre gelangten radioaktiven Stoffe durch den Wind bis nach Europa gelangt und kontaminierten durch Niederschlag auch diverse Regionen in Bayern. Der BJV misst die radioaktive Belastung in einem Netz von Radiocäsium-Messstationen. „In den sogenannten Fallout-Regionen – englisch Atomstaub – sind Wildschweine bis heute radioaktiv belastet“, schreibt der Jagdverband in einer Pressemitteilung zum 35. Jahrestag von Tschernobyl. Er führt dies auf die Lebensgewohnheiten von Wildschweinen zurück. Sie suchen ihre Nahrung wie Pilze und Wurzeln im Boden.

„Der Jahrestag von Tschernobyl macht uns alljährlich auf die Risiken der Atomkraft aufmerksam – ein weiterer Appell, regenerativ erzeugten Strom zu nutzen“, resümiert Steinmaßl vom VWB. „Ein Öffentliches Interesse der Wasserkraft in Bayern ist in jeder Beziehung ein Schritt in die richtige Richtung!“ ❒



Kleine Wasserkraftanlagen erzeugen klimafreundlich und zuverlässig Strom. Bild: Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern



Nahwärmenetz Trabitz:

Heizöl war gestern

Die Bürger-Energiegenossenschaft West und die NEW – Neue Energien West eG aus Grafenwöhr haben in der Oberpfälzer Gemeinde Trabitz ein Nahwärmenetz realisiert. Anfangs waren die Bürger skeptisch – was sagen sie heute?

Das Örtchen Trabitz liegt idyllisch zwischen Wiesen und Wäldern an den Ausläufern des Oberpfälzer Walds. Nur rund einen Kilometer entfernt, läuft im Ortsteil Blankenmühle eine Biogasanlage, die mit 1,8 Megawatt elektrisch installierter Leistung nicht nur Strom, sondern auch ausreichend Wärme produziert, um damit gut und gerne 70 Haushalte zu versorgen. Was liegt da näher, als das Gute mit dem Nützlichen zu verbinden und die Trabitzer Häuser an die Heizzentrale der Biogasanlage in Blankenmühle anzuschließen? Früher bullerten in vielen Trabitzer Ein- und Zweifamilienhäusern alte Ölheizungen. Heute ist alles anders – zumindest was die Wärmeversorgung angeht. Ende 2019 ging das 6.600 Meter lange Nahwärmenetz in Betrieb, das von der Bürger-Energiegenossenschaft West aus Grafenwöhr getragen wird. Seitdem kommt die Energie für Heizung und Warmwasser von der Biogasanlage – klimafreundlich und zu 100 Prozent aus erneuerbaren Rohstoffen. Rund 384.000 Liter Heizöl sparen die Trabitzer auf diese Weise jährlich ein.

Mittlerweile ist das Nahwärmenetz Trabitz den zweiten Winter in Betrieb und funktioniert auch bei frostigen Temperaturen tadellos, wie in diesem Februar bei weit unter minus zehn Grad. „In ihrem ersten strengen Winter hat die Anlage ihren Härtetest bestanden, sie funktioniert zu 100 Prozent. Alle Abnehmer konnten zuverlässig mit Wärme versorgt werden. Wir haben sogar noch Kapazitäten, das hat sich gerade in dieser Kälteperiode gezeigt“, sagt Udo Greim, der zusammen mit Johann Mayer sowohl der Bürger-Energiegenossenschaft West eG vorsteht als auch die Geschäfte der Nahwärmenetz Trabitz GmbH führt.

Genossenschaftliche Nahwärme immer beliebter

In Trabitz kam das Nahwärmenetz für viele Hausbesitzer rechtzeitig. Sie hätten ohnehin in absehbarer Zeit ihre alten Ölheizkessel für teures Geld gegen moderne Anlagen ersetzen müssen. §72 des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) schreibt vor, dass mit Öl oder Gas betriebene Heizkessel, die ab 1991 in Betrieb genommen worden sind, spätestens nach 30 Jahren ausgetauscht werden müssen.

Mit dem Nahwärmenetz hat sich der Austausch der Heizkessel erledigt. Die alten Anlagen mit den raumgreifenden Öltanks wurden ausgebaut. Stattdessen wurden in den Trabitzer Häusern eine Übergabestation für die Nahwärme und ein Pufferspeicher mit 1.000 Liter Volumen installiert. Sie benötigen zusammen in etwa so viel Platz wie vorher die Heizung ohne Tank. Die Geruchsbelästigung durch Heizöl und der Lärm des Ölbrenners gehören seitdem der Vergangenheit an. Abgesehen davon gewinnen die Hausbewohner einen ganzen Raum, weil es keinen Heizöltank mehr gibt. „Für die Bürger ist das bequem. Sie müssen nicht mehr daran denken, rechtzeitig vor dem Winter Heizöl zu kaufen, und sie brauchen auch keinen Kaminkehrer mehr“, ergänzt Vorstand Udo Greim. Auch die Anfang des Jahres eingeführte CO2-Steuer auf Heizöl mit einem Preisaufschlag von rund acht Cent pro Liter in 2021 lässt die Trabitzer kalt.

Stattdessen zahlen die Abnehmer brutto pro Monat einen Grundpreis von 30 Euro und einen Arbeitspreis von sechs Cent pro Kilowattstunde (kWh). Für den Wärmemengenzähler fallen noch einmal 50 Euro pro Jahr an. Wer bis zu einem Stichtag kurz vor Baubeginn im Frühjahr 2019 den Vertrag unterschrieben hatte, dem berechnete die Nahwärmenetz Trabitz GmbH & Co. KG einen vergünstigten Anschlusspreis von 5.000 Euro. Eine neue Heizung wäre die Hausbesitzer sowohl bei der Investition als auch bei den Heizkosten ziemlich sicher teurer gekommen. Grob geschätzt müssen Hausbesitzer beim Betrieb einer Ölheizung im Jahresdurchschnitt mit rund 150 Euro Heizkosten pro Monat rechnen – die Wartung nicht inbegriffen. „Mit unserer Nahwärme fahren die Anschließer sehr günstig“, sagt Bernhard Schmidt. Der Geschäftsführer der NEW eG ist beim Betrieb des Nahwärmenetzes neben Greim und Mayer federführend.

Anfangs große Zurückhaltung bei den Bürgern

Trotzdem rannten Greim, Mayer und Schmidt beileibe keine offenen Türen bei den Trabitzern ein. „Am Anfang war die Zurückhaltung sehr groß, obwohl sich Bürgermeisterin Carmen Pepiuk von Beginn an sehr für das Projekt starkgemacht hat. Viele hatten Bedenken, weil die Verträge über zehn Jahre laufen“, berichtet Greim. In den Verträgen ist auf der Basis von Indexwerten bis ins Detail geregelt, wie sich die Preise für die Nahwärme gestalten. Das sorge zwar für Transparenz, lasse aber keinen Spielraum für Verhandlungen zu, sagt Greim. „Sobald die Verträge unterschrieben sind, gibt es keine Möglichkeit mehr, wie beim Heizöl die Preise bei mehreren Händlern zu vergleichen, um dann beim günstigsten Angebot zuzuschlagen.“ Das habe viele Hausbesitzer erst einmal zögern lassen.

Auf alle Fragen eine Antwort

Auf alle Fragen der Trabitzer hatten Greim, Mayer und Schmidt eine passende Antwort. Dank ausreichend großer Pufferspeicher in den Häusern und in der Heizzentrale muss niemand frieren, selbst wenn die Biogasanlage mal einen Tag lang keine Wärme liefert. Außerdem wurde ein Ölbrenner mit einem Megawatt Leistung als Reserve installiert, der im Notfall sofort einspringt. „Damit können wir bei Bedarf auch die Biogasanlage wieder auf Betriebstemperatur bringen, falls der mikrobakterielle Vergärungsprozess im Fermenter einmal stoppen sollte“, sagt Greim. Die Hausbesitzer dürfen im Winter auch weiter ihren Kamin oder Kachelofen anschüren, solange diese auf das Jahr gerechnet nicht mehr als 30 Prozent des Gesamtwärmebedarfs decken.

Nicht zuletzt denken Greim, Mayer und Schmidt über den Tag hinaus, um die Wärmepreise langfristig stabil zu halten. Dabei spielte ihnen eine günstige Gelegenheit in die Hände: Die bisherigen Betreiber der Biogasanlage in Blankenmühle, die beiden Landwirte Markus Schreglmann und Gerhard Thurn sowie der Steuerberater Klaus Hars, boten die Anlage vor einigen Monaten zum Kauf an. „Da haben wir natürlich zugeschlagen. Das erhöht unsere Planungssicherheit“, sagt Schmidt. Ähnlich wie für das Nahwärmenetz wurde für den Betrieb der Biogasanlage die Energiehof Blankenmühle GmbH & Co. KG gegründet, hinter der die NEW eG und die Bürger-Energiegenossenschaft West eG als Gesellschafter stehen. Die beiden Landwirte werden die Anlage weiterhin mit Biomasse versorgen und auch das Substrat nach der Vergärung abnehmen, um es auf ihren Feldern auszubringen.



Symbolischer Spatenstich im Juli 2019: Die Bürger-Energiegenossenschaft West eG investierte insgesamt 1,9 Millionen Euro in das 6.600 Meter lange Nahwärmenetz Trabitz.

Bild: Neue Energien West eG/Enerpipe GmbH

Doch zurück ins Jahr 2019: Mit Unterstützung der Bürgermeisterin, viel Geduld und guten Argumenten gelang es Greim und seinen Mitstreitern, bei den Trabitzer Bürgern Vertrauen zu schaffen und immer mehr von ihnen von den Vorteilen der Nahwärme zu überzeugen. „Sobald die ersten unterschrieben haben, haben die anderen nachgezogen“, berichtet Greim. Ausschlag gebend war das Argument, dass die NEW eG und die Bürger-Energiegenossenschaft seit zehn Jahren ein verlässlicher Partner vor Ort sind und schon viele Projekte gestemmt haben. „Das offene, persönliche Gespräch mit den Bürgern ist ganz, ganz wichtig“, spricht Greim aus Erfahrung. Dafür müsse jede Genossenschaft, die ein Nahwärmenetz plane, genügend Zeit einplanen – mindestens ein Jahr, besser sogar eineinhalb bis zwei Jahre. „Lieber einmal mehr mit den Hausbesitzern sprechen als einmal zu wenig. Sobald am Stammtisch falsche Informationen oder Gerüchte kursieren, bekommt man die ganz schwer wieder eingefangen.“

Letztendlich lief aber alles reibungslos und zur vollsten Zufriedenheit von Bürgermeisterin Carmen Pepiuk. „Ich habe bisher keine einzige negative Meldung von den Bürgern vernommen. Ich bin sehr dankbar, dass wir das Nahwärmenetz zusammen mit der Bürger-Energiegenossenschaft realisieren durften. Das war ein richtiger Schritt, einfach eine tolle Sache“, lobt Pepiuk. Sie kann sich vorstellen, das Nahwärmenetz zu erweitern oder mit der Genossenschaft weitere Nahwärmenetze in anderen Ortsteilen zu realisieren. Pepiuk: „Die Bürger dort scharren schon mit den Hufen.“ ❐

Prof. Dr. Siegfried Balleis:

Wasserstoff – Der Schlüssel zur Dekarbonisierung unserer Wirtschaft

Um den Klimawandel abzumildern und die Umweltzerstörung zu stoppen, ist ein Kurswechsel dringend erforderlich. Unter dem Titel „Wasserstoff – Der Schlüssel zur Dekarbonisierung unserer Wirtschaft“ beschreibt Prof. Dr. Siegfried Balleis, Honorarprofessor an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, und Oberbürgermeister a.D. der Stadt Erlangen, wie die Transformation in Teilen gelingen kann. Der nachfolgende, redaktionell stark gekürzte Beitrag ist Teil der HSS-Publikation „Bekenntnisse zur Verantwortung für die Umwelt“, herausgegeben von Markus Ferber und Henning Kaul. Darin beschreiben Politiker, Wissenschaftler, Vertreter aus Wirtschaft und Kirche, wie sie Verantwortung übernehmen.

In der seit Jahren andauernden Diskussion um die Überschreitung der Grenzwerte für Stickoxide in 90 deutschen Städten wird immer stärker der Ruf nach einer Verkehrswende laut. Dabei wird immer deutlicher gefordert, möglichst regenerative Energiearten zur Anwendung zu bringen. Im Mittelpunkt der Bemühungen steht dabei das Thema Elektromobilität, das von der Bundesregierung sehr stark vorangetrieben wird.

Leider wurde, von wenigen Ausnahmen abgesehen, dem Einsatz der Wasserstofftechnologie bislang zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei könnte der Einsatz von Wasserstoff ein wichtiges Element der Sektorkopplung zwischen Energiewende einerseits und Verkehrswende andererseits darstellen. Viele sehen im Aufbau einer funktionsfähigen Wasserstoffwirtschaft sogar den Schlüssel zu einer Dekarbonisierung unserer Wirtschaft insgesamt.

Der Einsatz des Wasserstoffs im Bereich der Mobilität ist keine brandneue Innovation, sondern hat in Deutschland bereits eine gewisse, allerdings überschaubare Tradition. So hat beispielsweise BMW bereits vor 20 Jahren die Wasserstofftechnologie bei Fahrzeugen eingesetzt und auch in der Stadt Erlangen ist bereits 1996 ein Bus mit Wasserstoffantrieb ein halbes Jahr ohne Probleme im Linienbetrieb unterwegs gewesen. Allerdings wurde damals der Wasserstoff in einem Verbrennungsmotor eingesetzt. Aber bereits fünf Jahre später hat man auch einen Brennstoffzellenbus sechs Wochen lang in Erlangen im Linienbetrieb ohne Probleme getestet.

Der enorme Vorteil dieser Technologie besteht darin, dass sie absolut emissionsfrei ist, da als „Verbrennungsprodukt“ des Wasserstoffs mit Luft bzw. Sauerstoff nur Wasserdampf entsteht. Im Gegensatz zur Elektromobilität, bei der ein enormer Ressourcenaufwand für die Herstellung der Batterien im Rahmen einer aufwendigen Lithiumgewinnung erforderlich ist, ist die Herstellung von Brennstoffzellen wesentlich günstiger und vor allen Dingen ist man dabei nicht von strategisch knappen Ressourcen wie Lithium abhängig.

Ein weiterer Vorteil des Einsatzes der Wasserstofftechnologie gegenüber der batteriebasierten Elektromobilität besteht hinsichtlich der Reichweite der mit dieser Technologie angetriebenen Fahrzeuge. Während das Gewicht des zu transportierenden Wasserstoffs und der für den Antrieb benötigten Brennstoffzelle deutlich geringer ist als das Gewicht der heutigen Verbrennungsfahrzeuge, erfordert die Elektromobilität zur Erreichung von Reichweiten von 400 bis 500 km ein Batteriegewicht von nahezu einer halben Tonne, die quasi als „tote Last“ mitgeschleppt werden muss.

Dass die Wasserstofftechnologie aber auch unabhängig vom Thema Mobilität Einsatzfelder hat, wurde bereits im Jahr 2016 gezeigt, als die erste netzgebundene LOHC-wasserstoff-basierte Stromspeicheranlage in Betrieb genommen wurde. Dieses System bietet die Möglichkeit der Langzeitspeicherung und kann ebenfalls als Kurzzeitspeicher genutzt werden.

Mit der Veröffentlichung der bayerischen Wasserstoffstrategie durch die Bayerische Staatsregierung am 29. Mai 2020 hat der Freistaat Bayern bereits im Frühsommer 2020 ein klares Bekenntnis zur Wasserstoffwirtschaft abgelegt. Damit ist er seiner Pionierrolle im Bereich Umwelt treu geblieben, zumal Bayern bereits 1970 weltweit das erste Umweltministerium installiert hat. Somit kann man mit Fug und Recht feststellen, dass der Freistaat Bayern zur umweltpolitischen Avantgarde zählt. Dies hat er u. a. auch dadurch bewiesen, dass er bereits im Spätsommer 2019 das Bayerische Wasserstoffzentrum in Nürnberg errichtet hat.

Der komplette Beitrag ist unter https://t1p.de/2wk9 abrufbar. **DK**







Vorher – nachher: In nur einem Tag wurde die Verkehrsfläche wieder hergestellt. Nach weiteren 24 Stunden Aushärtungszeit wurde der Weg für den Verkehr ohne Einschränkungen freigegeben. ❐

Panmax Tour 2021:

Straßensanierung mit Nanotechnologie

GZ vor Ort bei Informationstag in Gilching

Mit steigenden Temperaturen werden auch die Tiefbauer wieder aktiv. Die Panmax GmbH mit Sitz im oberbayerischen Lengdorf eröffnete im April die Saison mit vier Straßensanierungen in Tuntenhausen, Buxheim, Gilching und Rohrdorf. Dabei kam eine besonders umweltschonende Sanierung, nämlich die Stabilisierung von Straßenkörper und Tragschichten mit Nanopartikeln und handelsüblichem Zement, zum Einsatz. Im Rahmen eines Ortstermins in der Gemeinde Gilching (Landkreis Starnberg) konnte sich die Bayerische GemeindeZeitung davon überzeugen, wie dieses intelligente Verfahren durchgeführt wird.

Konkret lautete die Herausforderung, den beliebten Krautgartenweg in kürzester Zeit auf Vordermann zu bringen. Der nicht ausreichend tragfähige Unterbau der Straße befand sich laut Panmax-Geschäftsführer Andreas M. Paulus in einem desolaten Zustand, weshalb bereits einen Tag vor den Hauptarbeiten ein Vorfräsen erforderlich wurde. Wochen zuvor waren bereits Bodenproben entnommen worden, um damit das exakte Mixverhältnis von Bodenmaterial, Zement und Nanopolymer festzulegen.

Wiederherstellung der Fläche in nur einem Tag

Nach dem Vorfräsgang, der bei zu großen Niveauunterschieden der Wegoberfläche gewählt wird, wurde mittels eines Graders die Feinplanie hergestellt. Ein Streuwagen brachte nun die vorher genau festgelegte Menge Zement auf. In einem weiteren Arbeitsschritt wurde die Fräse mit einem Tankwagen verbunden. Sie saugte die Wasser-Polymer-Mischung aus dem Vorratsbehälter und spritzte diese direkt über eine Einspritzvorrichtung in die Fräskammer. Mit der dadurch entstandenen homogenen Masse wurde eine Gräderplanie mit der festgelegten Neigung zur Ableitung des Oberflächenwassers hergestellt.

Im Anschluss wurde die Fläche mittels einer Walze verdichtet. Danach folgte der Auftrag des Verdunstungsschutzes, der eine gleichmäßige Hydratation der gesamten Tragschichtdicke gewährt. Durch Beigabe des Nanopolymers ist ein Entspannungswalzen oder Kerben nicht notwendig. So kann direkt auf die Tragschicht asphaltiert werden. Der bituminöse Verdunstungsschutz dient gleichzeitig als Haftgrund für den Asphalt. Asphalt und Nanopolymer-Zementstabilisierung nehmen als Trägerpaket die Verkehrslasten auf.

Die Techniker von Panmax schafften die Wiederherstellung der Fläche in nur einem Tag, und nach weiteren 24 Stunden Aushärtungszeit wurde der Weg wieder freigegeben.

Kostbare Ressource Boden

Boden ist wertvoll. Herkömmliche Bodenaustauschverfahren, so Paulus, seien zwar gängig, aber teuer und vor allem nicht ressourcenschonend. Bei der Sanierung mittels Tragschichtverfestigung mit Nanopolymer könne neben den weitaus geringeren Kosten im Vergleich zur herkömmlichen Methode die Bauzeit erheblich verringert werden. Die Anwohner hätten somit kaum Einschränkungen zu befürchten.

Längere Lebensdauer bessere Qualität

Auch werde eine deutlich längere Lebensdauer der so erneuerten Straßen erreicht, da der neue Belag eine gesteigerte Tragfähigkeit, eine verbesserte Elastizität sowie eine hohe Frost- bzw. Taubeständigkeit aufweise. „Selbst kontaminierte Böden können verarbeitet werden“, fügte der Geschäftsführer hinzu. Das Produkt, ökologisch unbedenklich, weil frei von Mikroplastik, könne auch in Umweltschutzzonen eingesetzt werden.

Einsatz in Kommunen

Da sich das Know-how von Panmax vor allem für den kommunalen Bereich empfiehlt, setzen bereits zahlreiche Gemeinden auf diese nachhaltige Art der Restaurierung von Belägen auf Autostraßen, Fahrradwegen, Parkplätzen, Wirtschaftswegen und Lagerflächen. Durchaus denkbar wäre es Paulus zufolge aber auch, Auto- oder gar Landebahnen entsprechend zu sanieren.

Mit der Bernegger GmbH, die in Gilching die Bodenstabilisierung vornahm, verfügt die Panmax GmbH nach Angaben ihres Geschäftsführers über einen „äußerst zuverlässigen und gewissenhaften Partner“. Bereits seit 1990 hat das oberösterreichische Unternehmen Erfahrung im Bereich des alternativen Straßenbaus und gilt als Wegbereiter auf dem Gebiet intelligenter Sanierungsverfahren. **DK**

PANMAX-VERFAHREN
ZUR STRASSEN- UND WEGESANIERUNG

PANMAX

Nanotechnologie im Tiefbau

LANGLEBIGER • SCHNELLER • TRAGFÄHIGER • GÜNSTIGER • ÖKOLOGISCHER

Tel. 08083 908 00 33 | office@panmax.de | www.panmax.de

Städte zum Wohlfühlen – Corona als Chance?

Aufgrund der bayerischen Städtebauförderung hat sich das Image einzelner Stadtviertel positiv gewandelt. Jetzt sollen sich mithilfe eines Sonderfonds von 100 Millionen Euro Bayerns Innenstädte – teils von der Corona-Pandemie schwer getroffen – zu „Erlebnis- und Wohlfühlorten mit Freizeitcharakter“ wandeln. Auf einem Spaziergang durch Haidhausen demonstrierte Bauministerin Kerstin Schreyer Erfolgskriterien für eine Wiederbelegung der Ortskerne. Die SPD-Landtagsfraktion kritisierte die kurzen Fristen für die Beantragung der Förderungen.

Kommunen ab 2000 Einwohnern können sich bis zum 10. Juni um eine Förderung bewerben, etwa für „Innenstadtmanagement“ oder auch konkret für die vorübergehende Anmietung leerstehender Räumlichkeiten durch die Gemeinde, die von dieser dann verbilligt weitervermietet werden können. Auf einem Stadtspaziergang durch Haidhausen demonstrierte Bauministerin Kerstin Schreyer das Ziel der Fördermaßnahmen aus dem neuen Sonderfonds: „Es geht darum, die Menschen wieder zurück in die Geschäfte zu bringen.“ Gefragt seien Ideen, um Ortszentren zu Erlebnis- und Wohlfühlorten mit Freizeitcharakter zu machen.

Städtebauförderung fördert Attraktivität

Haidhausen wird inzwischen als einer der attraktivsten Stadtteile Münchens angesehen. Das war noch vor einigen Jahrzehnten bei Weitem nicht so. Ein Grund für den Wandel ist u. a. die bayerische Städtebauförderung: Von den 1970er bis in die 1990er Jahre sind 57 Millionen Euro von Freistaat und Bund nach München-Haidhausen geflossen. Schreyer machte sich bei einer Führung durch den Stadtteil ein Bild von den Erfolgen der Städtebauförderung: „Corona und der Lockdown haben unsere Innenstädte schwer getroffen. Jetzt sind wir als Bauministerium gefragt. Denn wir wissen, wie man Ortskerne ertüchtigt. Hier in Haidhausen sehen wir, wie gut das funktionieren kann. Das Geld wurde eingesetzt, um Wohnen und Arbeiten, Freizeit und Handel in eine gute Balance zu bringen. Wenn wir jetzt weiter klug und vorausschauend handeln, wird Corona vielleicht sogar zu einer Chance, um unsere Innenstädte und Ortskerne neu zu beleben.“

Was ist in Haidhausen passiert?

Die städtebauliche Sanierung von München-Haidhausen war ab dem Jahr 1971 einer der ersten Schwerpunkte der bayerischen Städtebauförderung. Mit den staatlichen Zuschüssen ist eine nachhaltig positive Gestaltung des Stadtteils gelungen. So sind in Haidhausen zum Beispiel 20 soziale und kulturelle Einrichtungen und 16 Ateliers für bildende Künstler neu geschaffen worden. Im ehemaligen Tröpferlbad in der Schlossstraße ist heute eine Kindertagesstätte untergebracht. Schreyer zeigte sich von der kleinteiligen Gebäudestruktur beeindruckt: Kleine Läden, Cafés und Handwerksbetriebe machen das Viertel lebendig. Und trotz der engen Bebauung gibt es Grünflächen und viele Bäume – was mitunter das Verkehrskonzept erlaubt. Autos finden Platz in Quartiersgaragen. Bepflanzte Höfe bieten Möglichkeiten, sich innerhalb der Nachbarschaft auszutauschen und so „Orte der Gemeinschaft“ zu werden. „Wir wollen keine Blaupause, sondern die bayerischen Innenstädte und Ortskerne mit ihren eigenen Besonderheiten stärken. Das Beispiel München-Haidhausen zeigt: Die Städtebauförderung ist ein Erfolgsmodell, mit dem wir passgenaue und nachhaltige Verbesserungen vor Ort schaffen können.“ Das Bauministerium unterstützt außerdem den Austausch zwischen den Kommunen mit der neuen Internetseite www.innenstaedte-beleben.bayern.de. Dort sind Informationen über die Fördermöglichkeiten abrufbar und es können Best-Practice-Beispiele vorgestellt werden.

Kritik an Großstadt-Fixiertheit

Annette Karl, wirtschaftspolitische Sprecherin der Bayern-SPD-Landtagsfraktion, kritisierte die Großstadt-Fixiertheit der Staatsregierung. „Wie üblich sind kleine und mittlere Städte im Nachteil – jetzt auch bei der Innenstadtförderung“, sagte Karl. „Hierbei ist die Frist für die Beantragung der Förderungsmittel für kleinere Kommunen viel zu kurz und kaum einzuhalten. Wir brauchen mindestens eine zweistuftige Deadline, damit auch kleinere Städte eine Chance haben!“ Als weiteren Kritikpunkt nannte Karl, dass die Mittel für die durch Corona gebeutelten Innenstädte nicht aus dem Corona-Sonderfonds kämen. Sie seien nur eine Umwidmung von Mitteln, die auch noch unlängst gekürzt wurden, erklärte Karl. Natascha Kohnen, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion, forderte eine unbefristete Beschäftigung von City-Managern zur langfristigen Innenstadtbelebung in den Kommunen. **red**

Offenes Programm zum guten Bauen

Das übergreifende Vorzeigeprojekt Baukulturregion Alpenvorland gewinnt an Fahrt

In der Baukulturregion Alpenvorland haben sich die drei bayerischen Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach und Rosenheim mit den acht Gemeinden Bad Aibling, Bad Feilnbach, Dietramszell, Gmund, Holzkirchen, Kiefersfelden, Neubeuern und Samerberg zusammengeschlossen, um die Baukultur auf regionaler und lokaler Ebene voranzubringen. Gemeinsam wird daran gearbeitet, eine Vorzeigeregion für gutes Bauen zu werden – der ersten im ganzen Bundesgebiet.

Pandemiebedingt mussten die ursprünglichen Vorhaben in den digitalen Raum umgeleitet werden. Das Projekt hat Fahrt aufgenommen. Steigende Teilnehmerzahlen bestätigen das wachsende Interesse. Baukultur ist ein breit angelegtes Feld des „guten Lebens“ in all seinen Facetten. Die Themenvielfalt der jüngsten Vorträge war immens: Wie man Leerstand in der Landwirtschaft begegnet und in landwirtschaftlichen Gebäuden zeitgemäß wohnen kann wurde ebenso erörtert, wie die Frage wie man als Gemeinde Leerstand aktivieren kann. Es gab Beispiele für gutes Bauen in der Region und einen virtuellen Stadtrundgang durch Memmingen. Gemeinsam besuchte man einen Film und anschließend die digitale Bar zu Diskussion und Ausklang.

Gutes Bauen ist Vielfalt

In den acht Projektgemeinden wird aber auch hinter den Kulissen intensiv gearbeitet. Da geht es um Themen, die sehr viele Menschen betreffen. Etwa um gutes und bezahlbares Wohnen (Gmund, Bad Aibling), um starke, lebendige und grüne Ortszentren (Neubeuern, Kiefersfelden), darüber, wie man übers Bauen redet (Bad Feilnbach), darüber, wie man die Leute einbindet (Dietramszell), um einen pulsierenden öffentlichen Raum (Holzkirchen) und um Tourismus, der gut für den Ort ist (Samerberg). Es ist wichtig, dass nicht nur einzelne über diese Themen entscheiden, sondern Baukultur zum Thema für alle wird, die mitmachen wollen.

Baukultur ist dann erfolgreich, wenn es ein Zusammenspiel gibt: Erstens von Bürgerinnen und Bürgern, die die Expert*innen für das Leben in ihren Gemeinden sind, zweitens von Gemeinderät*innen und Bürgermeister*innen, die einen Überblick über ihre ganze Kommune haben, und schließlich von Fachleuten unterschiedlicher Disziplinen, die helfen, das umzusetzen, was die Gemeinden als Ergebnis eines breit angelegten Dialogs für zukunftsfähig halten.

Durchs Reden kommen die Leute zusammen

Was sind die Erkenntnisse nach den ersten Monaten? Es ist gut, wenn man miteinander redet und den eigenen Horizont erweitert – zum Beispiel beim regelmäßigen Baukultur-Stammtisch in Dietramszell, oder beim monatlichen Bürgermeister-Frühstück der acht teilnehmenden Gemeinden. Dabei muss nicht immer Einigkeit erzielt werden; Vielfalt ist erlaubt! Das Thema betrifft alle Bürgerinnen und Bürger, nicht nur die Gemeindeämter. Bei den kommenden Online-Vorträgen geht es z.B. um neue Formen des Wohnens. Von guten Beispielen kann man lernen, kopieren funktioniert aber nicht – die Region muss ihren eigenen Weg finden und eine eigene Identität pflegen.

Schauen Sie vorbei!

Bis zum Projektabschluss Ende 2022 soll eine gemeinsame Baukulturstrategie erarbeitet werden, die in die Zukunft weist. Zu den kommenden Veranstaltungen wir herzlich eingeladen – etwa zur großen Baukulturwerkstatt am 05. Juli 2021 in Kolbermoor. Alle aktuellen Informationen und die Anmeldung zum Newsletter gibt es unter www.baukulturregion.de.

Factbox:

Das LEADER-Projekt „Baukulturregion Alpenvorland“ ist gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER). Das Projekt wird von der ARGE Baukultur konkret durchgeführt, die sich aus dem österreichischen Verein LandLuft, dem Büro für urbane Projekte aus Leipzig und der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft aus Alfter bei Bonn zusammensetzt.
www.baukulturregion.de ❐

Park & Ride-Anlage Martinsried für „Wissenschaftslinie“

Förderung durch den Freistaat Bayern / Vorbereitung für die U6-Verlängerung

Der Bau des Parkdecks am Life-Science-Campus der Ludwig-Maximilians-Universität in Martinsried hat begonnen. Nachdem bereits Ende März die ersten Bagger rollten, hat sich Bayerns Verkehrsministerin Kerstin Schreyer gemeinsam mit Bayerns Wissenschaftsminister Bernd Sibler, dem Landrat des Landkreises München Christoph Göbel, dem Ersten Bürgermeister der Gemeinde Planegg Hermann Nafziger und dem Geschäftsführer der Projektmanagementgesellschaft Dr. Dimitri Steinke bei einer Baustellenbesichtigung ein Bild vor Ort gemacht.

Schreyer: „Mit den Bauarbeiten für das Parkdeck gehen wir auch in die Vorbereitung für die Verlängerung der U6 nach Martinsried. Damit soll schon in etwa einem Jahr, nämlich Mitte 2022, begonnen werden. Das freut mich sehr und ist auch für unsere Studentinnen und Studenten mehr als praktisch: Denn mit der U6-Verlängerung binden wir das Innovations- und Gründerzentrum Biotechnologie (IZB) und den Life-Science-Campus der Ludwig-Maximilians-Universität an. Und damit verbinden wir die Münchner Wissenschaftsstandorte im Norden und Süden.“

Das Parkdeck in Martinsried, einem Ortsteil der Gemeinde Planegg, umfasst zunächst 80 Parkplätze, die nach Inbetriebnahme der verlängerten U6-Linie zum Umstieg auf das U-Bahn-Netz genutzt werden können. Bei Bedarf ist eine Erweiterung um weitere 80 Stellplätze möglich. Das Parkdeck, dessen Fertigstellung für Herbst 2021 vorgesehen ist, wird über den bereits bestehenden Parkplatz der Ludwig-Maximilians-Universität gebaut. So kann die Neuversiegelung von freien Flächen verhindert werden.



V.l.: Planeggs Erster Bürgermeister Herrmann Nafziger, Wissenschaftsminister Bernd Sibler, Dr. Dimitri Steinke, Geschäftsführer der Projektmanagementgesellschaft, Verkehrsministerin Kerstin Schreyer und Landrat Christoph Göbel. Bild: StMB

Vernetzung ist das Schlagwort

Wissenschaftsminister Bernd Sibler betonte: „Vernetzung ist das entscheidende Schlagwort für den Wissenschaftsbetrieb der Zukunft. Die U6 wird mit ihrem Ausbau nun vollends zur ‚Wissenschaftslinie‘: Unsere hochkarätigen Forschungseinrichtungen in und um München rücken so noch näher zusammen. Mit der Anbindung an das Münchner U-Bahn-Netz kann der international renommierte Standort für Life-Science-Forschung seine volle Wirkung entfalten. Zugleich steigern wir so seine Attraktivität. Der Bau des Parkdecks ist ein erstes sichtbares Zeichen für den Fortschritt dieses Großprojekts. Allen Beteiligten, die für eine zügige Umsetzung an einem Strang ziehen, herzlichen Dank.“

Landrat Christoph Göbel: „Es freut mich, dass mit der aufwachsenden Baustelle des Parkdecks auch das U-Bahn-Projekt endlich nach außen hin sichtbar wird. Auch mit der U6-Verlängerung selbst geht es gut voran. Die Planunterlagen für den Tunnelbau sind bereits im Genehmigungslauf. Das stimmt zuversichtlich, dass die derzeit geplante Inbetriebnahme zum Fahrplanwechsel 2025/2026 erfolgen und der erste Zug nach Martinsried rollen kann.“

Hermann Nafziger, 1. Bürgermeister der Gemeinde Planegg: „‘Was lange währt, wird endlich gut‘ wandle ich heute dem Anlass entsprechend um: ‚Was lange währt, wird wirklich gut!‘ Wir stehen hier und schauen auf den zweiten Schritt, die Baustelle des Parkdecks an der künftigen U-Bahnhaltestelle der U6 auf dem Campus Martinsried. Es geht voran – und endlich sieht man auch etwas: Es gibt keinen Zweifel mehr: Die U-Bahn kommt!“

Gemeinschaftliche Finanzierung

Finanziert wird das Parkdeck partnerschaftlich vom Freistaat Bayern, der den überwiegenden Teil der Kosten trägt, vom Landkreis München und der Gemeinde Planegg. Die Gesamtkosten betragen rund drei Millionen Euro. Für die Planung und Koordinierung des Parkdeckbaus ist eine Projektmanagementgesellschaft zuständig, an der neben dem Freistaat Bayern der Landkreis München und die Gemeinde Planegg beteiligt sind.

Die Projektmanagementgesellschaft betreut auch die geplante U6-Verlängerung vom Klinikum Großhadern nach Martinsried. Diese wird den Standort Martinsried, der neben dem Life-Science-Campus der Ludwig-Maximilians-Universität unter anderem rund 50 Biotech-Unternehmen sowie die Max-Planck-Institute für Biochemie und Neurobiologie beherbergt, an weitere Münchner Wissenschaftsstandorte wie die Technische Universität in Garching und die Ludwig-Maximilians-Universität in der Maxvorstadt anbinden, die ebenfalls über die U6 zu erreichen sind. ❐



Landrat Andreas Meier besuchte – unter Einhaltung der geltenden Corona-Regeln – das neue Future Lab in Weiherhammer. Prof. Dr. Erich Bauer bot dem Kommunalepolitiker einen Einblick in die Digitalisierung der Bildungsbranche. Unsere Aufnahme entstand vor der modernen Glasfassade des Future Labs. Bild: Daniela Summer/ÜBZO

Einblicke in die Digitalisierung der Bildungsbranche:

Landrat beeindruckt von Future Labs

Die Fortentwicklung von Bildungseinrichtungen, die von Corona-bedingten Schließungen noch immer betroffen sind, steht nicht still. Eine Investition in die digitale Zukunft der Bildungsbranche findet man auch in Weiherhammer im oberpfälzer Landkreis Neustadt an der Waldnaab.

Landrat Andreas Meier konnte sich nunmehr vor Ort ein Bild über die Neuerungen im Überbetrieblichen Bildungszentrum Ostbayern (ÜBZO) verschaffen. Hier wurde ein innovatives Future Lab innerhalb eines Förderprojekts eingerichtet, das nicht nur die Schulung an computeranimierten Maschinen und Anlagen mittels Virtual Reality vor Ort ermöglicht, sondern völlig ortsunabhängig eine Teilnahme daran zulässt.

Außerdem sind Arbeitsplätze vorgesehen, die dem neuesten Stand der Technik entsprechen und Arbeiten in der digitalen Welt von bis zu 16 Personen ermöglicht. Der großzügige Raum lädt auch zu Veranstaltungen ein und bietet Sitzgelegenheiten für etwa 60 Gäste, die auch auf den beiden großen Monitoren durch einen Termin geleitet werden können. ❐

Projekt Stadtimpulse:

Wirtschaftsministerium fördert „Best-Practice“-Datenbank

Das Bayerische Wirtschaftsministerium fördert eine „Best-Practice“-Datenbank zur Belebung der Innenstädte nach der Pandemie. Das Projekt mit dem Namen „Stadtimpulse“ wurde Anfang Mai auf dem virtuellen Stadtentwicklungskongress der Bundesregierung vorgestellt. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Das von uns geförderte Projekt bietet eine wertvolle Orientierungshilfe für den notwendigen Neustart unserer Innenstädte nach der Coronakrise. Gesammelt werden gute Ideen und gelungene Beispiele. Von den Besten lernen ist der Weg, um schnell selbst zu den Besten zu gehören.“

In dem Projektpool werden schnell umsetzbare, praktische Maßnahmen zur Belebung der Zentren zusammengeführt. Ziel ist eine breit gefächerte, übersichtliche Auflistung gelungener Vorhaben zu den Themen Innenstadt, Handel und städtisches Leben in Bayern und Deutschland. Partner sind unter anderem der Handelsverband Deutschland, der Deutsche Städtetag und der Bundesverband City- und Stadtmarketing. Die Plattform soll sich zu einem öffentlich zugänglichen Werkzeugkasten zum Wissenstransfer entwickeln. Projektträger ist die CIMA Beratung + Management GmbH.

Die Auswirkungen der Coronakrise haben auch die bayerischen Innenstädte unter Druck gesetzt. Laut Handelsverband Bayern sind bis zu 19.000 Einzelhändler von der Schließung bedroht, was negative Auswirkungen auf die Stadt- und Ortskerne hätte. ❐

Landkreis München:

Pionier in Sachen Nachhaltigkeit

Landkreis setzt an zwei Schulneubauten umweltfreundliche Salzwasserakkumulatoren als Stromspeicher ein

„Für jede neue Technologie braucht es Pioniergeist“, kommentiert Landrat Christoph Göbel den künftigen Einsatz von Salzwasserakkumulatoren in Kombination mit Photovoltaikanlagen am Gymnasium Kirchheim sowie auf dem neuen Schulcampus in Unterföhring. „Man muss einer neuen Entwicklung erstmal auf die Sprünge helfen, damit sie dann am Ende wirtschaftlich sein kann“, so der Landrat weiter.

Dass die beiden neuen Schulbauten mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden, stand außer Frage. Dass sie zusätzlich mit den umweltfreundlichen Salzwasserakkumulatoren bestückt werden, wurde in den Kreisgremien zunächst kontrovers diskutiert. Mitte April sprachen sich die Mitglieder des Ausschusses für Bauen und Schulen jedoch mit großer Mehrheit dafür aus, auf die umweltfreundliche Technologie der Stromspeicherung zu setzen, um den Anteil des von den Schulen selbst genutzten Solarstroms zu erhöhen.

Ungiftig und nicht explosiv

Im Vergleich zu herkömmlichen Batteriespeichern bestehen die Salzwasserakkumulatoren komplett aus ungiftigen und umweltverträglichen Materialien und können theoretisch vollständig recycelt werden. Ihre Komponenten sind weder brennbar noch explosiv – gerade für den Einsatz in einer Schule also optimal. Im Vergleich zu üblichen Stromspeichern sind sie jedoch relativ teuer und man verfügt noch über keine Langzeiterfahrung mit der neuen Technologie. Auch sind Wirkungsgrad und Leistung nicht vergleichbar, darüber hinaus haben sie einen höheren Platzbedarf.

Zukunftsweisende Technologie

Dennoch votierten die Kreisräte für den Einsatz dieser zukunftsweisen Technologie. Zunächst sollen jedoch nur die Basismodule angeschafft werden. Sobald nach einem Jahr die tatsächlichen Verbräuche in Summe und zeitlicher Verteilung erhoben werden konnten, wird über eine Erweiterung entschieden.

Die Kosten

Die Kosten, die für den Landkreis im Rahmen des Ersatzneubaus des Gymnasiums Kirchheim für die Basisausstattung entstehen, belaufen sich auf rund 143.000 Euro, beim Schulcampus Unterföhring anteilig für das Gymnasium auf ca. 172.000 Euro. Die restlichen rund 89.000 Euro trägt die Gemeinde Unterföhring für die ebenfalls auf dem Schulcampus angesiedelten Einrichtungen Hort und Grundschule. ❐





Bild: Jan Kiver / Uniper

Wackersdorf und Uniper:

Bauprojekte zu Hochwasserschutz und Rekultivierung

Gemeinde Wackersdorf investiert rund 1,8 Millionen Euro in modernen Hochwasserschutz
Uniper startet rund 12 Millionen Euro teure Rekultivierungsarbeiten des Westfeld-Damms

Auf dem Westfeld zwischen den Gemeinden Wackersdorf und Steinberg am See herrscht seit Anfang April reges Treiben. Zwei Baumaßnahmen treffen dabei aufeinander: Nachdem alle behördlichen Genehmigungen eingeholt waren, starteten die umfangreichen Arbeiten für einen wirksamen Hochwasserschutz in Wackersdorf und zur Rekultivierung des dritten und letzten Abschnitts im ehemaligen südlichen Wackersdorfer Braunkohle-Tagebaugebiet Westfeld durch Uniper.

Parallel zur Industriestraße investiert die Gemeinde Wackersdorf rund 1,8 Millionen Euro in einen zukunftssicheren Hochwasserschutz.

Dazu Andreas Stake, Gesamtprojektleiter für das OSL-Projekt von Uniper und Leiter des Uniper-Standortes Wackersdorf: „Wir freuen uns sehr und es erfüllt uns ein wenig mit Stolz, dass wir für ein so großes und existenziell wichtiges, kommunales Bauvorhaben Planungen und Bauausführung übernehmen durften. Es zeigt einmal mehr, dass sich Uniper und die Region in einem engen partnerschaftlichen Verhältnis gegenseitig unterstützen und auf nachhaltige Ergebnisse setzen. Dafür sind wir der Gemeinde dankbar.“ Uniper seinerseits steckt rund 12 Millionen Euro in den mit 30 Hektar größten Rekultivierungsabschnitt auf dem Westfeldgelände.

Noch mehr Sicherheit gegen Wetterextreme

„Wir sind mit immer extremeren Wetterereignissen konfrontiert. Seit Jahren bauen wir daher den Hochwasserschutz aus“, erklärt Bürgermeister Thomas Falter. Im Fokus liegt wieder der topographisch tiefste Punkt der Gemeinde, der sich in etwa beim Bauhof und im Bereich des Straßenzugs „Werk“ befindet. Vor Ort nehmen schon jetzt zwei neue und groß dimensionierte Rückhaltebecken große Mengen Oberflächenwassers auf. „Wir sind hier sehr gut abgesichert. Die vergangenen Jahre haben aber gezeigt, dass man sich besser noch mehr absichert“, verweist Bauamtsleiter Uwe Knutzen auf das neue Projekt. Im ersten Schritt wird ein über die Jahrzehnte funktionslos gewordener, großteils auch verrohrter Entwässerungsgraben durch weitgehenden Neubau wiederhergestellt und soweit möglich als offenes Gewässer ausgebaut.

Relikte des Braunkohleabbaus

Ähnlich einer Perlenkette entstehen neue offene, befestigte Sammelbecken für Oberflächenwasser, wie es bei großen Regenmengen auftritt, durch die der wiedererstandene Entwässerungsgraben hindurchfließt.

Insgesamt drei Sammelbecken, sogenannte Retentionsräume, werden in bewährter Form als Biotope gestaltet. Schließlich endet der künftige Hochwasserabfluss im hochwertigen Naturschutzgebiet des Hirtlohweihers, der über diese Maßnahme zusätzlich dringend benötigtes Frischwasser gegen die drohende Austrocknung durch die Klimaveränderungen bekommt. Die Grundsubstanz des ehemaligen Entwässerungsgrabens stammt noch aus Zeiten des Braunkohleabbaus in der Region.

Die Arbeiten werden durch die Baufirma Kassecker aus Waldsassen ausgeführt, die vor Ort im Rahmen der Westfeldrekultivierung auch für Uniper im Einsatz ist. „Es macht vor allem wirtschaftlich, aber auch logistisch einfach Sinn, sich hier mit einzuklinken“, betont Bürgermeister Falter. Die Koppelung beider Maßnahmen bringt wechselseitige Vorteile: So kann beispielsweise der Aushub des Grabens im Rahmen der Rekultivierung für die Modellierung der geplanten Hügellandschaft wiederverwendet werden.

Die Verbindung von Graben und vorhandenen Regenrückhaltebecken wird über eine Rohrleitung mit bis zu 1,8 Meter Durchmesser hergestellt. Das finale Gesamtkonstrukt funktioniert wie eine Überlaufkaskade: Drohen die Rückhaltebecken am Recyclinghof vollzulaufen, wird das Wasser über das neue Rohrleitungssystem abgeleitet. Zunächst werden Graben und Retentionsräume geflutet, bevor das Wasser in den Hirtlohweiher mündet.

Die Kosten für diesen Teil der Hochwasserschutzmaßnahme belaufen sich für die Gemeinde Wackersdorf auf insgesamt 1,8 Millionen Euro. Auch das Staatliche Bauamt profitiert von der neuen Sicherheitsstufe. Über die neue Anlage wird das Oberflächenwasser von der Bundesstraße B85 aufgenommen.

Rekultivierungsabschluss

Bagger, Planierrauben und schwere Kipper – die wieder angelaufenen Arbeiten parallel zur Industriestraße sind offensichtlich. Erstmals aufgefallen waren sie der Bevölkerung, als im Spätherbst 2018 der zu rekultivierende Westfeld-Damm vom Bewuchs freigeräumt wurde. Dem waren umfangreiche ökologische Bestandsaufnahmen und im Zuge sogenannter CEF- (vorgezogener ökologischer Ausgleichs-) Maßnahmen weitreichende Sammel- und Umsiedlungsaktionen der vorhandenen Fauna vorausgegangen.

Jetzt nach Freigabe aller naturschutzfachlichen und behördlichen Genehmigungen soll auch der dritte, mit rund 30 Hektar größte und letzte Bauabschnitt abgeschlossen sein. „Insgesamt werden wir seit Beginn der Rekultivierung des Westfelds im Jahr 2009 dann rund 55 Millionen Euro in den Gesamtabschluss investiert haben und, soweit die Maßnahmen alle erfolgreich und nachhaltig greifen, auch einen spürbaren Mehrwert für die Oberpfalz schaffen“, so OSL-Gesamtprojektleiter Stake.

Deutschlandweites Musterbeispiel

Nach dem Ende des Tagebaus hat sich die Region Schritt für Schritt zu einem deutschlandweiten Musterbeispiel für Rekultivierung entwickelt; das heutige Oberpfälzer Seenland rund um Murner See und Steinberger See ist nur eines von vielen Beispielen. ❐



Staatsministerin Kerstin Schreyer erhielt am 12. Mai 2021 von BBIV-Hauptgeschäftsführer Thomas Schmid (li.) ein vom Autor Gerhard Waldherr (re.) handsigniertes Exemplar des Buches Beton und Bytes überreicht. Bild: Bayerischer Bauindustrieverband e.V.

Beton und Bytes für Staatsministerin Schreyer

„Es ist mir eine große Freude, der Bayerischen Bauministerin ein vom Autor Gerhard Waldherr handsigniertes Exemplar seines Buches ‚Beton und Bytes‘ überreichen zu dürfen. Frau Schreyer, ich bedanke mich hiermit auch dafür, dass Sie mit Ihrem Interview zum Gelingen des Buches mit beigetragen haben“, sagte Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, im Bayerischen Bauministerium.

Der renommierte Journalist Waldherr nimmt sich in ‚Beton und Bytes‘ einer ebenso bedeutsamen wie verkannten Branche an. Er besucht prominente Bauprojekte wie Stuttgart 21, verfolgt die Konstruktion einer ambitionierten Autobahnbrücke und inspiziert ein Wohnungsbauprojekt in Berlin. Er besucht den Gewerbebauspezialisten Goldbeck in Bielefeld, begleitet Max Bögls Windkrafttürme bis in die hessische Provinz und lässt sich von der Firma Bauer in die Geheimnisse des Spezialtiefbaus einführen. Auch 3D-Druck und die Digitalisierung der Branche finden ausführlich Beachtung.

Gleichzeitig beleuchtet der Autor aber auch die Menschen, die mit all dem verbunden sind. Er trifft Unternehmer, Ingenieure, Architekten und Handwerker. Er besucht die Konzernlehrwerkstatt des Strabag-Konzerns und spricht mit Auszubildenden. Mit Jens Bergmann, Vorstand der DB Netz AG, erörtert er die Investitionsoffensive der Bahn. Mit Bayerns Ministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, Kerstin Schreyer, unterhält er sich über den Einfluss und die Visionen der Politik. Und er wirft einen kritischen Blick auf die Manöver der Bürokratie, die vor allem in der Bauwirtschaft vieles erschwert, behindert und mitunter sogar unmöglich machen.

Das Bindeglied zwischen Themen und Menschen bildet ein Exkurs über den Werkstoff, um den sich beim Bauen fast alles dreht: Beton. Es geht um dessen heftig kritisierten CO2-Fußabdruck und die Frage, ob Beton seinen Ruf als Klimakiller verdient. Ein Besuch des Konzerthauses in Blaibach zeigt auf, welch faszinierende Welten Beton erschaffen kann. In einem Report über innovative Betone und klimafreundlichere Alternativen wirft das Buch auch hier einen Blick in die Zukunft.

„Beton und Bytes“ ist ein vielschichtiges Kompendium über die Welt des Bauens – informativ, überraschend, packend. Zum ersten Mal wird die Bauwirtschaft in einem Buch umfassend dargestellt, werden die Geschichten und Gesichter hinter den Kulissen lebendig. ❐

Mitgliederversammlung des Bayerischen Industrieverbandes Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV):

Die Branche hat ihre Systemrelevanz bestätigt

Den Ereignissen rund um Covid-19 geschuldet, hat der Bayerische Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e. V. seine Mitgliederversammlung am 21. Mai online mit 100 Mitgliedsunternehmen und Gästen veranstaltet. Trotz der Umstände in Zeiten der Pandemie konnte Präsident Georg Fetzer eine positive Bilanz für die Branche ziehen.

Der Bau hat sich in Krisenzeiten zum Wirtschaftsmotor entwickelt. Heimische Bau- und Rohstoffe bilden dafür mehr denn je das verlässliche Fundament. BIV-Präsident Georg Fetzer zur aktuellen Situation: „Die Bau- und Rohstoffbetriebe in Bayern haben auch in den Corona-Jahren 2020 und 2021 die Bauindustrie mit den benötigten Grundstoffen versorgt. Hier kommt der große Vorteil der regionalen Gewinnung und Produktion zum Tragen.“ Kurze Transportwege und eine von Importen unabhängige Versorgung stellen immer noch die schnelle und ausreichende Belieferung der Baustellen sicher. Und es wurde und wird weiter gebaut im Freistaat. Der Bedarf an heimischen Roh- und Baustoffen bleibt unverändert hoch.

Allein in Bayern beträgt der Bedarf an Sand, Kies, Schotter und sonstigen mineralischen Rohstoffen pro Jahr rund 150 Millionen Tonnen. Legitim und notwendig darüber nachzudenken, wie dieser Bedarf künftig ressourcenschonend gedeckt werden kann.

Recycling gewinnt an Bedeutung, kann jedoch nur bedingt zum Rohstoffbedarf beitragen

Viele Unternehmen der Rohstoffgewinnung in Bayern verfolgen diesen Ansatz schon seit Jahren und versuchen anfallenden Bauschutt einer Wiederverwertung zuzuführen. Doch nur rund 10 Prozent des Bedarfs können mit Sekundärrohstoffen gedeckt werden. „Das für Recycling zur Verfügung stehende Material reicht nicht aus, um den hohen Bedarf insbesondere der Bauwirtschaft zu decken“, so Präsident Fetzer. Bayernweit fallen nur rund 10,5 Millionen Tonnen an Bauschutt und 4,5 Millionen Tonnen Straßenaufbruch an. „Um also auch nur in die Nähe des Gesamtbedarfs an Rohstoffen von 150 Millionen Tonnen pro Jahr in Bayern zu kommen, müssten zuvor ganze Städte abgerissen werden“, verdeutlicht Fetzer.

Die mittelfristig lösbaren Problemstellungen geht die Branche aktiv an. Aktuell ist beispielsweise eine Änderung der Betonnorm in der Abstimmung, die deutlich höhere Recyclinganteile erlauben soll. „In Zukunft werden der Mix aus Primär- und Sekundärrohstoffen und effiziente Baustoffe die entscheidenden Faktoren sein, um natürliche Ressourcen zu schonen. Ein Ausspielen der einzelnen Roh- und Baustofffraktionen ist hier kontraproduktiv“, zieht der BIV-Präsident Bilanz. ❐

Bundesingenieurkammer:

Baustoffmangel bremst Aufschwung

Die Bundesingenieurkammer zeigt sich angesichts des zunehmenden Baustoffmangels besorgt. Dieser betreffe sowohl die Verfügbarkeit von Kies, Sand, Zement und Beton, aber auch von Stahl, Holz oder Dämmstoffen. Ein Grund seien die stark gestiegenen Rohstoffpreise. So lagen beispielsweise die Preise für Dachlatten, Bauholz oder Konstruktionsvollholz laut Statistischem Bundesamt im März 2021 um 20,6 Prozent höher als im März 2020.

„Die Preise für Baustoffe haben in den vergangenen Monaten kräftig zugelegt. Deshalb mehren sich jetzt auch aus den Ingenieurbüros die Rückmeldungen, dass auf den Baustellen wegen Baustoffmangels nicht mehr so gearbeitet werden kann, wie es eigentlich sein sollte. Davon ist vom Rohbau bis zum Ausbau alles betroffen!“, sagte Dr. Ulrich Scholz, Mitglied des Vorstands der Bundesingenieurkammer. Hier müsse unbedingt gegengesteuert werden.

Aus Sicht der Bundesingenieurkammer ist es daher dringend geboten, die Baustoffproduktion zukünftig wieder verstärkt nach Deutschland zu holen bzw. da, wo es möglich ist, kurzfristig zu erhöhen. Langfristig müsse es jedoch darum gehen, Recycling von Baumaterial stärker zu fördern. Darüber hinaus appellierte Dr. Scholz an die Bauherren, Planerinnen und Planern ausreichend Zeit für ihre Arbeit zuzugestehen und diese auch entsprechend zu honorieren. „Denn nur so können sie die bestmöglichen Lösungen anbieten. Dazu gehört aus unserer Sicht auch, baustoffsparender zu planen und zu bauen und so den Einsatz von Baustoffen zu reduzieren,“ unterstrich das Vorstandsmitglied der Bundesingenieurkammer abschließend. Dies wäre auch ein sinnvoller Beitrag zum Klimaschutz und für mehr Nachhaltigkeit. ❐



Klinker für‘s Dach

Neu: Ergoldsbacher Level RS®

Der neue Glattziegel in Klinkerqualität, der Ergoldsbacher Level RS®, ist bereits der dritte Spezialist für flache Dachneigungen. Der Ergoldsbacher Level RS® ist nun in der Kategorie Rohbau/Dach/Fassade von den Fachzeitschriften BaustoffMarkt und Baustoff-Wissen aus der Rudolf Müller Verlagsgruppe als Produkt des Jahres 2021 ausgezeichnet worden.

Der kantige Glattziegel aus dem Hause ERLUS ist die Lösung für besonders flache Dachneigungen, denn er ist bereits ab einer Dachneigung von 10 Grad regensicher. So können aufwändige Zusatzmaßnahmen entfallen, denn hier schützt der Tondachziegel und nicht das wasserdichte Unterdach: das Wasser wird auf dem Ziegel perfekt abgeleitet.

Perfekt in Design und Funktion

Der neue Ergoldsbacher Level RS® ist perfekt in Design und Funktion. Auffallend ist seine klare, kantige Form mit geradem Abschluss. Bedeutend ist seine tiefe Ringverfalzung mit 3-fachem Kopf- und Seitenfalz. So bleibt selbst bei flachen Dachneigungen (im Halbverband verlegt: Regeldachneigung 16 Grad, Mindestdachneigung 10 Grad) die Unterkonstruktion trocken. Aufwändige regensichernde Zusatzmaßnahmen können entfallen.

Auf Hagelsicherheit geprüft

Das gesamte ERLUS Dachsortiment ist hagelzertifiziert (www.hagelregister.de). Auch der neue Ergoldsbacher Level RS® ist hagelgeprüft und erreicht Hagelwiderstand 4. Das bedeutet der Ziegel hält beim Hagelwiderstandstest einem Beschuss von Eiskörnern mit 4 Zentimeter Durchmesser, rund 30 Gramm Gewicht und einer Geschwindigkeit von 100 km/h ohne Beschädigung stand.

Glattziegel in Sinterqualität hohe Windsogsicherheit,

Bei 1.200 Grad Celsius wird der Ergoldsbacher Level RS® klinkerhart gebrannt und deshalb liegt seine geringe Wasseraufnahme bei unter fünf Prozent.

Im Verband verlegbare Ziegel erreichen eine höhere Windsogsicherheit, im Vergleich zur gleichen Deckung in Reihung verlegt. Beim Ergoldsbacher Level RS® ist die Windsogsicherheit bei Verbanddeckung bereits ohne Verklammerung sehr hoch. Das neue Modell für besonders flache Dachneigungen besitzt ausgeprägte Sturmkerben für den passgenauen Sitz der Sturmklammern I und II von ERLUS. Unter https://www.erlus.com/windsicherungsrechner können die nötigen Sturmklammern berechnet werden.



Der neue Ergoldsbacher Level RS® ist das dritte Modell von ERLUS für besonders flache Dachneigungen. Bild: ERLUS/Zimmerei Pöschl

Praktisch in der Handhabung

Der Ergoldsbacher Level RS® ist ein ERLUS Modell aus der XXL-Familie und gehört zur Lattweitengruppe 38,5 Zentimeter. Bei dieser Lattweite benötigt der Verarbeiter rund 20 Prozent weniger Traglatten pro Quadratmeter als bei der klassischen kleinformatigen Lattweite. Durch sein Format ist der Ziegel praktisch in der Handhabung. Dachstühle, fertig abgebunden mit den zwei ERLUS Lattweiten 34 oder 38,5 cm, ermöglichen große Flexibilität bei der Produktauswahl.

Markenzubehör im Baukastensystem

Für den neuen Ergoldsbacher Level RS® ist auch das ERLUS Markenzubehör verfügbar. Beim ERLUS ALU-SYSTEM sind alle Komponenten perfekt aufeinander abgestimmt und passen für nahezu jede Dachneigung.

Die Montage der Systemteile ist einfach und zeitsparend. Das System besteht entweder aus einer Grund- oder einer Durchgangsplatte in Form des Flächenziegelmodells und dem funktionalen Aufsatz. Die ERLUS Montagevideos zeigen die einfache Handhabung der Systemteile: www.erlus.com/montage-videos.

Auszeichnung Produkt des Jahres 2021

„Wir freuen uns sehr, dass unsere Level RS® Produkt des Jahres 2021 geworden ist“, erklärte Guido Hörer, Vertriebsleitung Dach/Gesamtleitung Produktmarketing bei ERLUS. „Damit wird gewürdigt, dass wir auf die Bedürfnisse unserer Kunden achten und unsere Produkte den Marktanforderungen anpassen. Der Level RS® ist bereits unser dritter Spezialist für flach geneigte Dächer, dieser regensichere Dachziegel benötigt kein wasserdichtes Unterdach, weil das Wasser perfekt auf dem Ziegel abgeleitet wird.“ Das Zusammenspiel aus der technischen Funktionalität und dem Design machen diesen Dachziegel zu einem Premiumprodukt. Die Jury, bestehend aus Christian Rabe, Bereichsleiter Baustoffe und Warenmanagement Hagebau Logistik, Mario Mühlbauer, Bereichsleiter Hochbau bei der Eurobaustoff, und Prof. Dr. Klaus Sedlbauer, Institutsleiter am Fraunhofer IBP, hat in den vergangenen Wochen die teilnehmenden Produkte bewertet. In die Bewertung flossen dabei jeweils der Innovationsgrad, der Nutzwert beziehungsweise Mehrwert, die Nachhaltigkeit und das Marketing der Produkte ein (außer in der Kategorie Nachhaltigkeit).

Erst 2020 hatte der photokatalytisch aktive Tondachziegel Lotus air® von ERLUS den Titel Produkt des Jahres in der Kategorie Nachhaltigkeit erhalten. www.erlus.com/levelrs

ERLUS AG heute

Die ERLUS AG gehört zu den führenden Herstellern von Dachkeramik und Schornsteinsystemen in Deutschland. Das mittelständische Unternehmen produziert an den Standorten Neufahrn und Ergoldsbach (Niederbayern) sowie in Teistungen (Thüringen). Die Tondachziegel von ERLUS zeichnen sich vor allem durch Premiumqualität und hochwertiges Design aus. Gleich mehrere Dachziegel erhielten u.a. den begehrten iF Design Award. Der photokatalytisch aktive Tondachziegel ERLUS Lotus air® wurde in der Kategorie Nachhaltigkeit von BaustoffMarkt und BaustoffWissen als Produkt des Jahres 2020 ausgezeichnet.

Die vom Institut Bauen und Umwelt e.V. verliehene Umwelt-Produktdeklaration (EPD) für die Dachziegelherstellung bestätigt die bereits seit Jahren gelebte Nachhaltigkeitsstrategie des Unternehmens in Entwicklung und Produktion. Neben hochwertiger Dachkeramik und zukunftsorientierten Schornsteinsystemen bietet ERLUS mit Via Vento S zudem ein universelles Lüftungsnetzwerk für Einfamilienhäuser an, welches auch für Passivhäuser bestens geeignet ist.
www.erlus.com ❐



Bauamtsleiter Uwe Knutzen (v.l.), Geschäftsstellenleiter Daniel Fendl, Landrat Thomas Ebeling, Bürgermeister Thomas Falter, Allgemeinarzt Stefan Roi und Architektin Anna Grabinger (dp Architekten) setzen gemeinsam den ersten Spatenstich für das Wackersdorfer Ärztehaus. Bild: Michael Weiß/VG Wackersdorf

Spatenstich für Wackersdorfer Ärztehaus

Die Gemeinde Wackersdorf baut in ihrer neuen Ortsmitte ein Ärztehaus inklusive Apotheke sowie ein angegliedertes Parkdeck. Nach umfangreichen Planungen erfolgte nun der Spatenstich. Voraussichtlich Ende 2022 soll das neue Gebäude fertig sein. Die Kommune investiert 5,7 Mio. Euro.

„Dieses Projekt kommt direkt unseren Bürgerinnen und Bürgern zugute. Die Sicherung der medizinischen Versorgung ist der explizite Wunsch der Bevölkerung“, bezieht sich Bürgermeister Thomas Falter auf die absolute Spitzenplatzierung des Themas bei der großen Bürgerbefragung von 2016. Das Ärztehaus sei in dieser Form das Ergebnis jahrelanger fokussierter Zusammenarbeit zahlreicher Akteure im Ort.

Das zukünftige Angebot

Die Allgemeinarztpraxis von Stefan Roi, Dr. Elena Diaconu, Dr. Sebastian Zahnweh und Dr. Peter Krüger mit integrierter Kinder- und Familienpraxis bezieht auf 537 m² das Obergeschoss des neuen Gebäudes. Stefan Roi gab bekannt, dass eine Hebamme das ganzheitliche Versorgungsangebot abrunden wird. Ein Stockwerk tiefer findet die alteingesessene Wackersdorfer Barbara-Apotheke eine neue Heimat. Im selben Geschoss sind außerdem noch 290 m² für Fachärzte oder medizinische Dienstleister frei – diese verfügbare Gesamtfläche ist optional teilbar.

Der gesamte Bau wird barrierefrei erschlossen und passgenau in die natürliche Hanglage integriert. So ist der Haupteingang im Erdgeschoss von der Schulstraße aus erreichbar. Das Untergeschoss, das primär als Parkdeck fungiert, schließt ebenerdig zur Außenfläche vor dem Mehrgenerationenhaus an.

Direkt anschließend an das neue Ärztehaus errichtet die Gemeinde ein zusätzliches Parkdeck für 900.000 Euro, das durch mehrgeschossige Bauweise eine möglichst große Anzahl an Stellplätzen bei gleichzeitig möglichst geringem Flächenverbrauch bietet. Insgesamt stehen damit 52 Stellplätze zur Verfügung, wovon vier mit Ladevorrichtungen für Elektroautos ausgestattet sind.

Parkplätze, Synergien, Förderungen

Der gesamte L-förmige in Stahlbetonbauweise errichtete Gebäudekomplex bildet einen zentralen Baustein der neuen Wackersdorfer Ortsmitte. „Hier entstehen viele nützliche Wechselwirkungen“, freut sich Bürgermeister Falter. Ein Beispiel: Patient*Innen des Ärztehauses können ihre Wartezeit im offenen Treff des MGHs, in der Bücherei oder im Café des zukünftigen Edekas verbringen und werden rechtzeitig mittels SMS oder Pager benachrichtigt, wenn Sie an der Reihe sind.

Von Stellplatzkapazitäten des Neubaus profitiert außerdem das ganze Ortszentrum. Dieses große Ganze ebnete auch den Weg für Förderungen: So fördert die Regierung der Oberpfalz die Schaffung der öffentlichen Stellplätze, die durchgängig nutzbar sind, mit 490.000 und die Neugestaltung der Außenanlagen im Zuge der neuen Ortsmitte mit 470.000 Euro.

Die Gemeinde Wackersdorf ist seit vielen Jahren direkt aktiv, um die medizinische Nahversorgung zukunftsfähig sicherzustellen. Am sichtbarsten wird das Engagement am neuen Ärztehaus. Beim Baubeginn betonte Bürgermeister Falter ausführlich den großen Einsatz der Wackersdorfer Mediziner. So haben schon die Dres. Strobl, die ihre Praxis über 30 Jahre bis zu ihrem Ruhestand in Wackersdorf führten, mit Weitblick an einer Nachfolgelösung gearbeitet und bereits das Grundfundament für das jetzt im Bau befindliche Ärztehaus gelegt. Die Nachfolge übernahm die Gemeinschaftspraxis „Wackersdorfer Hausärzte“, die sich seit Übernahme der Arztsitze unermüdlich für einen weiteren Ausbau des Medizinstandorts Wackersdorf einsetzt.

Wackersdorfer Teamwork

Den Ärzten ist unter anderem zu verdanken, dass Wackersdorf einen zusätzlichen vierten Arztsitz erhalten hat und das Versorgungsangebot jüngst um eine Kinder- und Familienpraxis gewachsen ist. Die Mediziner sind auch maßgeblich in die Detailplanungen des neuen Ärztehauses eingebunden.

Parallel hat auch die allgemeinmedizinische Praxis Dr. Kappl, erheblich in ihren Standort investiert. Vor wenigen Jahren gingen die neuen Praxisräume in der Sportplatzstraße in Betrieb. Mit dem Fachbereich der Naturheilkunde weitet Dr. Kappl das örtliche Versorgungsspektrum aus. Die beiden örtlichen Zahnarztpraxen sowie die Wackersdorfer Barbara-Apotheke vervollständigen das Angebot. ❐



Kaniber und Aiwanger:

Holzbau hat Zukunft und ist Klimaschutz

Runder Tisch zum bayerischen Holzmarkt

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und Bayerns Forstministerin Michaela Kaniber haben sich gemeinsam für eine Stärkung der Wertschöpfungskette Holz ausgesprochen.

Bei einem Runden Tisch zum Holzmarkt im Wirtschaftsministerium erklärte Aiwanger: „Holzbau hat Zukunft und ist Klimaschutz, da CO2-Speicher. Bayerns Holzwirtschaft ist gut aufgestellt, muss aber künftig noch besser koordiniert werden. Nachhaltig erwirtschaftetes Nadelholz ist in Bayerns Wäldern in großem Umfang vorhanden. Es ist wichtig, dass Baumaterial Holz verfügbar bleibt und jeder in der Wertschöpfungskette gerecht bezahlt wird, auch der Waldbesitzer. Ich unterstütze die Forderung, dass die aktuelle Einschlagsbeschränkung für Holz dringend entschärft werden muss, wenigstens für Waldbesitzer bis 50 Hektar, um die kleinen Waldbesitzer jetzt nicht vom Holzmarkt mit steigenden Preisen auszuschließen und um den Holznachschub für Sägewerke und Zimmerer zu sichern."

Regionale Wertschöpfungsketten

Auf die Initiative der beiden Ministerien sprachen Aiwanger und Kaniber vor dem Hintergrund gestiegener Schnittholzpreise und Lieferverzögerungen mit Vertretern der Holzbranche – vom Bauhauptgewerbe über die Agrar- und Forstwirtschaft bis hin zur Säge- und Holzindustrie und zum Handwerk.

Im Mittelpunkt des Gesprächs mit den Beteiligten der Wertschöpfungskette wurde die Zusammenarbeit beim Holzbau besprochen. Kaniber betonte: „Regionale Wertschöpfungsketten können einen wichtigen Beitrag leisten, damit unser klimafreundlicher Rohstoff Holz wieder da verarbeitet und verbaut wird, wo er gewachsen ist. Ich halte es für dringend notwendig, dass auch unsere Waldbesitzer wieder den Preis erhalten, den ihr Holz verdient hat. Nur so sichern wir den Aufbau klimastabiler Zukunftswälder und die langfristige Versorgung mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz. Schon vor Wochen habe ich die Regelung zum Schutz der kleinen Waldbauern beim Bund eingebracht, dort müssen jetzt weitere Schritte folgen."

Die seit Februar 2021 geltende bayerische Bauordnung wird dem Holzbau weiteren Schub geben, weil der Einsatz von Holz als Baumaterial deutlich erleichtert wird. Um den steigenden Bedarf in Deutschland zu decken, wurde die Produktions- und Verarbeitungskapazitäten der Säge- und Holzindustrie nochmals ausgeweitet. Kaniber appellierte an die Solidarität der Sägeindustrie: „Säger werden diese Abnehmer im Inland auch später wieder brauchen! Es braucht langfristige und verlässliche regionale Lieferketten und faire Preise, sowohl für Bauherren als auch für unsere bayerischen Waldbesitzer!". Im Jahr 2020 wurden mehr als 25,2 Mio. Kubikmeter Schnittholz produziert und damit ein neuer Produktionsrekord erreicht. Weitere Ausbauten und Erweiterungen seien in den nächsten Jahren geplant.

Cluster Forst und Holz

Die Bayerische Staatsregierung fördert seit 2006 im Rahmen der Cluster-Offensive Bayern das Cluster Forst und Holz. „Das Cluster hat in dieser Zeit mit dem Zukunftsnetzwerk Holzbau die Entwicklung in Bayern entscheidend vorangetrieben", erklärt der Wirtschaftsminister. Nach dem Runden Tisch äußerte sich der neue Clustersprecher Forst und Holz, Holzbauunternehmer Alexander Gumpp: „Wir brauchen gerade im Baubereich einen Paradigmenwechsel hin zu mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Bauen mit Holz wird daher unausweichlich die Säule des zukünftigen Bauens sein. Dabei sollten alle aus der Wertschöpfungskette Holz – von der Forstwirtschaft über die Holzindustrie bis hin zum Holzbau – von dieser Entwicklung profitieren. Durch den engen Zusammenhalt im ganzen Cluster und der Weiterentwicklung von Innovationen durch Forschung und Entwicklung werden wir auch die aktuell weltweite hohe Nachfrage nach Bauprodukten erfolgreich meistern."

Dem Ruf nach Exportzöllen erteilte die Expertenrunde eine Absage. „Bayern profitiert als Exportland von einem freien, fairen und nachhaltigen Welthandel und verlässlichen Rahmenbedingungen. Exportzölle wären gegenüber vielen Handelspartnern, auch gar nicht zulässig. Derartige Maßnahmen würden als Bumerang zurückkommen und uns mehr schaden als nutzen. Die Sägewerke müssen die regionalen Handelspartner im Auge haben, Exportverbote sind aber nicht ohne Weiteres durchsetzbar," so die Diskussionsteilnehmer.

Bayerische Bioökonomiestrategie

Der nachhaltige, heimische Rohstoff Holz nehme als Wert- und Werkstoff eine wichtige Rolle in der Bayerischen Bioökonomiestrategie ‚Zukunft.Bioökonomie.Bayern' ein. Aiwanger: „Gerade im Bereich holzbasierte Bioökonomie gibt es große Potenziale für Bayern. Schließlich leistet der Forst- und Holzsektor einen großen Beitrag zum Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Wirtschaftsweise und eröffnet neue, innovative Perspektiven. Die Holzverwendung wollen wir steigern und nicht etwa reduzieren. Zusätzlich wollen wir gemeinsam mit dem Landwirtschafts- und Bauministerium die Ergebnisse aus dem Runden Tisch ´Klimaschutz durch Bauen mit Holz´ umsetzen." ❐



Beim Spatenstich in Grünwald: 1. Bürgermeister Jan Neusiedl (2.v.li.) und Projektleiter Peter Kleßinger (re.) eröffnen gemeinsam mit Thomas Mügge vom Ing. Büro Mügge (li.) und Gerhard Tschabrun von der Architektengemeinschaft Pichler/Tschabrun die Baustelle für das neue Lehrschwimmbecken im Grünwalder Freizeitpark. Bild: B. Davies

Spatenstich in Grünwald

Gemeinde baut im Grünwalder Freizeitpark ein neues Lehr-Schwimmbecken

Die Gemeinde Grünwald bekommt ein neues zusätzliches Lehr-Schwimmbecken. Diese Erweiterung des Grünwalder Freizeitparks ist ein Bauprojekt der Gemeinde. Die Kosten belaufen sich laut Planung auf 6,5 Millionen Euro. Der Gemeinderat hatte sich 2018 einstimmig für ein neues Variobecken in einer Größe von 16,66 mal 10 Metern entschieden.

Anfang April war nun der Spatenstich. Erster Bürgermeister Jan Neusiedl eröffnete in einem pandemiebedingt kleinen Festakt die Bauarbeiten. Neben den Bauherren – für die Gemeinde Bauprojektleiter Peter Kleßinger, für den Freizeitpark Geschäftsführer Jörg Verleger – waren Mitglieder des Gemeinderats und des Planungsstabs geladen.

Durch diese Erweiterung soll das kommunale Angebot für die Bürgerinnen und Bürger im sportlichen Bereich nochmals vergrößert werden. Neusiedl verlieh seiner Freude Ausdruck: „Jetzt und in Zukunft kann die Gemeinde nachhaltige und zukunftsweisende Investitionen tätigen. Die Erweiterung unseres Freizeitparks um ein Lehrschwimmbecken ist ein wichtiges Bauprojekt. Gerade während der langandauernden Pandemiesituation ist dies auch wirtschaftlich ein gutes Signal."

Autarke Versorgung

Ein wesentlicher Punkt der Planung ist, dass die Schwimmbadtechnik des bestehenden Gebäudes nicht mitgenutzt wird, sondern eine autarke Versorgung mit einer in sich geschlossenen Wasseraufbereitung eingebaut wird. Der Um- bzw. Zubau erfolgt bei laufendem Betrieb. Dieser ist aber derzeit aufgrund der Pandemie vorsorglich ausgesetzt.

EU-weite Ausschreibung

Um den richtigen Architekten für den Schwimmbadanbau zu finden, erfolgte eine EU-weite Ausschreibung. Neben dem Preis waren für die Vergabe die vorgehaltenen Qualitätskriterien und insbesondere die Größe des Büros der Planer wichtige Entscheidungskriterien – Letzteres insbesondere, um sicherzustellen, dass die notwendigen Ressourcen während der gesamten Bauzeit vorgehalten werden können. Erhalten hat den Zuschlag schließlich die Bietergemeinschaft Pichler/Tschabrun aus Österreich, die als Experten im Schwimmbadbau gelten. Die Vergabe der Planung für die Badewassertechnik erfolgte an das Ingenieurbüro Möller/Meyer aus Grafrath.

Multifunktionale Nutzung

Der Geschäftsführer des Grünwalder Freizeitparks Jörg Verleger resümiert: „Dieser Anbau schafft eine Erweiterung der Wasserfläche mit der Möglichkeit, diese separat und durch den Hubboden multifunktional zu nutzen. Unterschiedliche Wassertiefen geben uns noch bessere Bedingungen für Schwimm- und Aquafitnesskurse. Zudem können wir diese Kurszeiten dann im großen Becken für das Schwimmen öffnen." Gerade in einer Zeit des demographischen Wandels könne man so die vermehrte Nachfrage im Schwimmbadbereich bestmöglich bedienen.

Informationen zum Grünwalder Freizeitpark

Der Grünwalder Freizeitpark hat eine Fläche von 120.000 m² und bietet den Grünwalder Bürgerinnen und Bürgern vielfältige Möglichkeiten, ihre Freizeit sportlich oder erholsam zu gestalten. Die Parkanlage im Herzen der Gemeinde mit ihrem alten Baumbestand bietet für alle Altersgruppen verschiedene Sporteinrichtungen sowie familiengerechte Spiel- und Freizeitbereiche. Vorgehalten werden eine Schwimmbad- und Saunaanlage, zwei Fußballplätze und vier Sporthallen, ein Hybridhockeyrasen, ein Eislaufplatz im Winter, einen Beachvolleyballplatz, einen Kletterturm, ein Funpark mit Minipipe und einen eigens für den Grünwalder Freizeitpark konzipierten Kinderspielplatz. Der ausgesprochen schöne Kinderspielplatz sowie der Funpark mit Minipipe sind derzeit geöffnet.

In der ehemaligen Sportschule Grünwald sind Räume für Tagungen und Veranstaltungen zu mieten. In den vergangenen 20 Jahren wurden fast alle Gebäude und technischen Anlagen energetisch saniert und modernisiert. Bereits seit 2012 werden die Gebäude mit Geothermie versorgt, und die Parkbeleuchtung ist seit 2017 auf LED umgestellt. Insgesamt neun Tennisplätze bietet die (kommerzielle) Tennisanlage Eltersports, die ebenfalls im Grünwalder Freizeitpark beheimatet ist. In der Musikschule Grünwald mit dem bei Musikliebhabern wegen seiner klangvollen Akustik sehr beliebten AugustEverding-Saal finden normalerweise Konzerte und Abonnementreihen statt. Auch die Musikschule Grünwald hat hier ihren Platz, diese öffnet nach derzeitigem Stand der Dinge jetzt für Einzelunterricht wieder.

Weitere Informationen:
https://www.gruenwalder-freizeitpark.de/ ❐

Haus der kleinen Forscher

Grünwalder Gemeindekindergarten erhält Zertifizierung

Seit 2012 gehört das Erforschen von Mathematik, Naturwissenschaften, Informatik und Technik, kurz: „Mint", fest zum Alltag der Kindergartenkinder im Grünwalder Gemeindekindergarten Moritz. Für den engagierten Einsatz in der frühen Mint-Bildung erhielt der Kindergarten jetzt zum fünften Mal in Folge das Zertifikat „Haus der kleinen Forscher". Die Zertifizierung ist an feste Qualitätskriterien gebunden.

Thema der Zertifizierung war dieses Jahr „Umweltschutz leicht gemacht". Die Kindergartenkinder setzten sich gezielt für den Umweltschutz ein. Interessant für sie war, wo genau der aufgeladene Müll landet, wer den Mülltransporter jede Woche abholt, woher die Rohstoffe kommen und wie genau Recycling funktioniert. Als Bildungspartner fungierte bei diesem Projekt der Wertstoffhof der Gemeinde Grünwald. ❐

GZ-Interview mit BayernGrund-Geschäftsführer Franz Schonlau:

Hilfe für Kommunen dank „Bauamt auf Zeit"

GZ: Nicht erst seit der Kommunalwahl 2020 wird viel über bezahlbaren Wohnraum gesprochen, in Städten und Gemeinden ist der Wohnraum aber meist nach wie vor knapp und teuer. Wie kann BayernGrund Kommunen bei der Schaffung von Wohnraum unterstützen?

Schonlau: *Mit unserem Baumodell „Bauamt auf Zeit" können Städte und Gemeinden den Handlungsspielraum in ihrer Verwaltung gezielt und projektbezogen erweitern. Das tägliche Geschäft wird in den Verwaltungen immer mehr und zusätzliche Aufgaben, wie z.B. die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, Bau von Kitas oder Schulsanierungen müssen verschoben werden. In Zusammenarbeit mit BayernGrund können mehr Projekte gleichzeitig realisiert werden.*

GZ: Wenn die Kommune mehr Projekte realisiert, braucht sie doch auch mehr Geld?

Schonlau: *Für den sozialen Wohnungsbau gilt das nicht unbedingt. Das Förderprogramm des Freistaates Bayern erlaubt die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf eigenem Grund ohne eigenes Geld. Wir können den Kommunen hier bereits vermietete Häuser zeigen und die Rentabilität belegen.*

GZ: Können Sie das genauer erläutern?

Schonlau: *Durch das Kommunale Wohnraumförderungsprogramm KommWFP werden 30 Prozent der Grundstücks- und Baukosten durch den Freistaat übernommen. Zusätzlich können noch 60 Prozent der Baukosten zinsverbilligt – aktuell sogar ohne Zins – abgerufen werden. Mit dem gemeindlichen Grundstück sind die notwendigen 10 Prozent Eigenanteil in der Regel erfüllt. Je nach individueller Situation vor Ort besitzt die Kommune nach 20 bis 25 Jahren lastenfreie Wohnungen, ohne eigenes Geld eingesetzt zu haben.*

GZ: Das hört sich vielversprechend an. Wo ist der Haken?

Schonlau: *Aus finanzieller Sicht gibt es keinen Haken, im Gegenteil. Die Schaffung rentierlicher Vermögen bedingt langfristig eine zusätzliche Einnahme, die auch nicht der Steuerkraft und somit nicht den Umlagen unterliegt.*

GZ: Aber warum geht es dann so langsam voran?

Schonlau: *Dafür gibt es verschiedene Gründe, wie z.B. fehlendes Grundstück, Angst vor Ghetto-Bildung, Verwaltung der Wohnungen, Vergabe der Wohnungen etc. BayernGrund unterstützt Kommunen auch bei der Lösung dieser Aufgaben. Bei den bereits realisierten Objekten traten ebenfalls diese Probleme auf, letztlich konnten sie aber für die Stadt- und Gemeinderäte zufriedenstellend abgearbeitet werden. Dafür gibt es genügend gelungene Beispiele: Muster für Wohnungsvergabe, Verwaltung der Wohnungen durch Dienstleister, gesunde Mischung bei den Mietverhältnissen, etc.*

Gerne realisieren wir gemeinsam mit Ihnen Ihr kommunales Wohnungsbauvorhaben. Besuchen Sie uns auf unserer Homepage www.bayerngrund.de und finden Sie Ihren Ansprechpartner vor Ort. ❐



Stadtsanierung im Frankenwald:

Nur wer sät, wird ernten

Bürgermeister Jens Korn erweckt Wallenfels aus dem Tiefschlaf

Schon die Anfahrt ist herrlich. Von Wartenfels kommend liegt die knapp 3.000-Einwohner-Stadt Wallenfels gefühlt hinter den sieben Bergen im Frankenwald versteckt. Seit 2014 ist Jens Korn hier Bürgermeister. Nach Stationen in München, u.a. als Büroleiter von Markus Söder, und als Pressesprecher von Brose in Coburg, hat er sich entschieden mit seiner Familie wieder nach Hause zu gehen, denn, so sagt er selber, „den Unterschied, den machst du hier." Welche Vision er für seine Heimatstadt entwickelt hat, darüber sprach GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit dem Stadtoberhaupt.

Wallenfels liegt zehn Kilometer von Thüringen entfernt und rückte mit der Wende vom Zonenrandgebiet in die Mitte der Republik. Lange Zeit schien der Landstrich mit seinen tiefen von Flüssen gegrabenen Kerbtälern, deren Topografie in Verbindung mit dem Hochwasserschutz eine Ortsentwicklung sowieso erschwert, von München vergessen zu sein. Erst nachdem 2006 einige oberfränkische Ortschaften, darunter auch Wallenfels, drohten, nach Thüringen „rüberzumachen", da hier die Fördertöpfe großzügiger sprudelten, wurde mit der Förderoffensive Nordostbayern Erleichterung geschaffen.

Demographischer Wandel

Wallenfels' große Herausforderung ist der demographische Wandel. „Dabei liegt es nicht daran", so der Bürgermeister, „dass die Bevölkerung abwandert, ganz im Gegenteil! Der Zuzugssaldo ist sogar positiv. Aber es sterben einfach mehr Einwohner, als geboren werden." Waren es in den 70ern noch im Schnitt 80 Geburten, gab es 2019 nur noch 13 Neu-Wallenfelser und 53 Sterbefälle. Die Stadt hat in den vergangenen vier Jahrzehnten ein Drittel der Bevölkerung eingebüßt. Dementsprechend angelegt ist auch die Infrastruktur, die in der Euphorie der Nachkriegsjahre geschaffen wurde: überdimensioniert.

Wie die Schule, die 1971 für 750 SchülerInnen mit allem Drum und Dran errichtet wurde und als erstes Sichtbetongebäude unter Denkmalschutz gestellt ist. Heute besuchen nur noch 65 Kinder die örtliche Grundschule. Wallenfels hat für diese Anlage eine kreative Lösung gefunden. Die Schule wurde 2013 aufwendig saniert und dient heute als Bildungszentrum, das alle Einrichtungen unter einem Dach vereint. Neben der Grundschule mit altersgemischten Klassen befinden sich im gleichen Gebäude Kindergarten und Kinderkrippe, Hort, Musikschule, Volkshochschule und Bücherei sowie die Caritas mit Seminarräumen.

Mittelpunkt Marktplatz

Innerorts gibt es ca. 50 (Teil-) Leerstände. Sieben der Gebäude hat die Stadt gekauft und zwei davon, die zentral am Marktplatz standen, abgerissen. Ein weiteres wird in diesem Jahr noch folgen. Die Neugestaltung des Marktplatzes ist der Kern der Stadtsanierung. 2017/18 wurde begonnen das Kirchenumfeld zu sanieren. Mit dem Abriss der beiden Häuser eröffnete sich eine neue Sichtachse von der Hauptstraße auf die Kirche. Die Kirche wurde „wieder in die Stadt geholt". Das Büro bauchplan aus München und Wien ging als Sieger aus einem Wettbewerb hervor und ist für den Entwurf verantwortlich. Ziel ist, den Marktplatz wieder zum Mittelpunkt des Ortes werden zu lassen. Im vorderen Teil entsteht Raum für Märkte und Veranstaltungen. Seit Kurzem findet hier auch wieder ein Feierabendmarkt statt. Es werden vor allem regionale Produkte angeboten. Künftig soll eine Grünfläche zum Verweilen und Spielen einladen. Der Altarm der Wilden Rodach, der durch das Zentrum fließt, wird am Marktplatz wieder sicht- und erlebbar sein. Für die Flößerstadt ein wichtiges Identifikationsmerkmal.

Ärztehaus und Touristeninfo

Aber nicht nur die Gestaltung der Freiflächen steht im Fokus. Damit auch wieder Leben in die Ortsmitte einzieht, erfahren zwei zentrale und momentan leere Gebäude eine neue Nutzung. Auffälligster Leerstand am Marktplatz ist die ehemalige Schmidtbank, die in ein Ärztehaus umgewandelt wird. Das Wichtigste: Die Mieter, hat der Bürgermeister schon gefunden und provisorisch im Ort untergebracht. Eine Allgemeinarztpraxis des Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) und eine 2018 von der Stadt angesiedelte Hautärztin sollen im neuen Ärztehaus endlich ausreichend große und zukunftssichere Räumlichkeiten bekommen. Gleichzeitig werden die Patienten der Praxen den Platz beleben.

Ein kleines Gebäude zentral am Marktplatz wird gerade entkernt. Der ehemalige Karzer, liebevoll Karzanella genannt, diente lange Zeit als Drogerie. Heute soll im Erdgeschoss eine Touristeninformation mit Café kombiniert mit einem „Flößerlädla", einem Geschäft mit heimischen Produkten, die Besucher anziehen. Im ersten und zweiten Stock sind kleine Apartments geplant, was in der Stadt, in der Mietpreise um die fünf Euro pro Quadratmeter üblich sind, eine Rarität ist. Die Fassade des Hauses wird mit einer Mischung aus Holz und Glas das Aushängeschild der Stadt.

Gebaut wird aber gerade im gesamten Stadtzentrum. Die Bemühungen der Stadt ziehen private Investitionen nach sich. Um diese Entwicklung zu unterstützen hat Wallenfels ein interkommunales Förderprogramm gemeinsam mit dem Markt Steinwiesen aufgelegt. Jeder private Immobilienbesitzer, der im Sanierungsgebiets bestimmte Maßnahmen trifft, kann einen Zuschuss in Höhe von 30 % der förderfähigen Kosten bekommen, maximal 20.000 Euro. Voraussetzung ist eine kostenfreie Beratung durch eine von der Stadt gestellte Sanierungsberaterin.

Ein weiteres Projekt, das der Bürgermeister mit der Hilfe engagierter Mitbürger bereits angeschoben hat, ist das Digitale Gesundheitsdorf im Oberen Rodachtal, das von der Bundeskonferenz Stadt.Land.Digital in Berlin ausgezeichnet wurde. Die GZ berichtete in Ausgabe 4/2019 darüber: https://t1p.de/0n8d

Demnächst steht der lang von der Kommunalpolitik versprochene Neubau des Feuerwehrhauses an, den die Stadt mit der Bayerngrund realisiert.

Finanzielle Situation verbessert sich

Wegen der schwierigen Bevölkerungsentwicklung ist die Haushaltslage zwar nach wie vor angespannt; verbessert sich allerdings seit 2013 kontinuierlich. Das liegt an der allgemein guten wirtschaftlichen Entwicklung und an den Stabilisierungshilfen, die zum Teil zur Schuldentilgung aber auch für Investitionen verwendet werden. Das Landratsamt in Kronach bescheinigt der Kommune „dauernde Leistungsfähigkeit". Welche Auswirkungen Covid-19 auf die Finanzmittel haben wird, muss sich erst noch zeigen. „Von den fast 10 Mio. Euro Gesamtausgaben, die der Stadtrat 2020 freigegeben hat, entfallen 3,2 Mio. Euro auf den Vermögenshaushalt, also auf die Investitionen. Da sich der Investitionsstau mittlerweile auf 50 Mio. Euro beziffern lässt, werden wir diesen voraussichtlich die kommenden 20 Jahre abarbeiten", fährt der Bürgermeister fort. „Deshalb würde die eigene Finanzkraft bei weitem nicht ausreichen. Wir freuen uns deshalb über die Mittel aus der Städtebauförderung und der Förderoffensive Nordostbayern." „Rübermachen" ist also längst vom Tisch.



v.l.: GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel und Bürgermeister Jens Korn. Bild: GZ

In Wallenfels blickt man frohen Mutes in die Zukunft und mit der Gründung der Lucas-Cranach-Campus in Kronach sind große Hoffnungen verbunden. Möglicherweise wird die Stadt in diesen Campus integriert und Hochschulstandort eines Studiengangs der Hochschulen Coburg und Hof. Jens Korn will diesen Schwung gerne mitnehmen und so auch geistig seinem Heimatort neue Perspektiven eröffnen. Gemeinsam mit seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern hat er die Saat dafür gut angelegt. Wenn sich die Kräfte, die im Korn 😉 schlummern, gut entwickeln, wird Wallenfels reiche Ernte einfahren. **CH**





Heute und morgen: Bürgermeister Jens Korn vor der Karzanella, der zukünftigen Touristeninfo. Der Entwurf rechts zeigt, wie der Marktplatz einmal aussehen soll. Foto links: GZ; Rendering: Stadt Wallenfels

14. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik:

Wege zur zukunftsfähigen Stadt

Deutschland blickt 2021 auf 50 Jahre Städtebauförderung zurück. Das Jubiläum war Anlass, im Rahmen des 14. Bundeskongresses der Nationalen Stadtentwicklungspolitik auf die vielfältigen Ergebnisse und Entwicklungen des Förderprogramms zurückzublicken und einen Blick auf die umfangreichen Herausforderungen der Zukunft zu werfen. Schwerpunkte der live aus Köln übertragenen zweitägigen Konferenz waren darüber hinaus die Umsetzung der Neuen Leipzig-Charta und die Folgen der Covid-19-Pandemie für Städte und Gemeinden.

„Seit 50 Jahren unterstützen wir unsere Kommunen mit der Städtebauförderung. Die Problemlagen haben sich in dieser Zeit gewandelt – und die Städtebauförderung mit ihnen", betonte Anne Katrin Bohle, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. „Heute begleiten wir die Städte auf dem Weg hin zu Smart Cities und suchen gemeinsam nach Lösungen, wie wir die Corona-Pandemie überwinden können. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag, damit sich unsere Städte auch für kommende Herausforderungen wappnen."

„Das Erfolgsrezept der Städtebauförderung über 50 Jahre hinweg war stets, positive soziale, bauliche und wirtschaftliche Wirkung zu entfalten", stellte Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, fest. Viele Herausforderungen konnten vor Ort angegangen werden. Zudem sei es immer wieder gelungen, auch städtebauliche Missstände zu beseitigen. Infolge der Corona-Pandemie stünden die Städte und damit auch die Städtebauförderung vor neuen Herausforderungen. Es sei eine anspruchsvolle Aufgabe, den Wandel der Innenstädte zu gestalten. „Mit mehr Wohnen, Leben, Arbeiten, Kultur, Handel, Sport und öffentlichen Einrichtungen wollen wir mehr Vielfalt in die Innenstädte bringen. Die Städtebauförderung muss diesen Wandel leistungsfähig unterstützen. Dafür brauchen wir Konstanz der Förderung und Flexibilität beim Mitteleinsatz. Und es muss weiter darum gehen, Bürokratie abzubauen."

Ralph Spiegler, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nieder-Olm, bezeichnete Städte und Gemeinden als „Schlüsselakteure für gutes Zusammenleben vor Ort". „Ob Klimafolgenanpassung, Digitalisierung, Stabilisierung unserer Innenstädte und Ortskerne oder auch die Schaffung bezahlbaren Wohnraums: Es sind kommunale Konzepte und praxisgerechte Lösungsansätze gefragt! Ohne starke Städte und Gemeinden werden wir die zukünftigen Herausforderungen nicht bewältigen", so Spiegler. Daher sei es wichtig, dass seit 50 Jahren bewährte Instrument der Städtebauförderung langfristig auf einem hohen Niveau zu verstetigen.

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat im Herbst 2020 einen Expertenbeirat damit beauftragt, Wege aufzuzeigen, um Städte und Gemeinden zukunftsfähig und resilient zu gestalten. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik mit ihren eingespielten Strukturen war die geeignete Plattform, diesen Prozess zu begleiten. In einem intensiven und interdisziplinär aufgestellten Arbeitsprozess ist hieraus ein Memorandum mit dem Titel „Urbane Resilienz – Wege zur robusten, adaptiven und zukunftsfähigen Stadt" entstanden.

Querschnittsthema Resilienz

Darin heißt es unter anderem: „Die Nationale Stadtentwicklungspolitik muss im Sinne der Neuen Leipzig-Charta finanziell und strukturell weiterentwickelt und gestärkt und um Aspekte der resilienten Stadtentwicklungspolitik erweitert werden." Vorgeschlagen wird ein „Haus der Leipzig-Charta" als Kompetenzzentrum, sowie eine „Task Force Urbane Resilienz", die im Katastrophenfall die Kommunen in der Krisenbewältigung unterstützt.

Zentrale Aspekte des Risikomanagements, der Umweltgerechtigkeit, der Gesundheitsvorsorge, der Klimafolgenanpassung, der sozialen Gerechtigkeit sowie der Integration seien künftig noch stärker in die Stadtentwicklungsplanung und Förderinstrumente zu integrieren. Dazu gehörten insbesondere sozialräumliches Monitoring, Risikostudien, Anpassungsstrategien und Maßnahmen im Kontext einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Von daher sollten die Städtebauförderung und die Stadtentwicklungskonzepte um das Querschnittsthema Resilienz erweitert und finanziell aufgestockt werden.

Mischnutzungen und Nachnutzungen sollen künftig rechtlich flexibler ermöglicht werden, insbesondere mit Blick auf den Lärmschutz. Für den Auf- und Ausbau kommunaler Flächenressourcen ist angedacht, bodenpolitische Instrumente zu erweitern und neu zu schaffen, z.B. durch kommunale Bodenfonds.

Um die dauerhafte Handlungsfähigkeit der Kommunen sicherzustellen, sind digitale Kompetenzen aufzubauen und Digitalisierungsprojekte strategisch in der Stadtentwicklung zu verankern. Für Innovationen zur urbanen Resilienz soll eine „Experimentale" als Sonderprogramm aufgelegt werden, um bestehende Hemmnisse aufbrechen zu helfen und Freiräume für Experimente zu schaffen, die später auch verstetigt werden.

Zudem müsse die Nationale Stadtentwicklungspolitik um Elemente der internationalen Zusammenarbeit erweitert werden. Mit der Verabschiedung des Memorandums im Rahmen des Bundeskongresses gilt es in den nächsten Monaten nun, dieses mit Leben zu füllen und in den Städten und Gemeinden vor Ort umzusetzen.

Wo gibt es in Deutschland kooperative Städte? Dieser Frage ist der Bundespreis kooperative Stadt nachgegangen. Insgesamt 80 Kommunen haben sich als Koop.Stadt beworben. 13 Kommunen wurden von einer unabhängigen Jury ausgewählt und im Rahmen des Bundeskongresses in Köln ausgezeichnet. Sieben weitere Kommunen dürfen sich über eine Anerkennung freuen. Aufgerufen waren kleine, mittlere und große Städte ab 10.000 Einwohner. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat stellte 200.000 Euro Preisgelder zur Verfügung.

Nürnberg, Coburg, München

Mit der Auszeichnung für herausragende Kooperation von Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung wurde unter anderem Nürnberg bedacht. Mit dem Stadtratsbeschluss„Möglichkeitsräume" hat die Norisstadt ein Sonderprogramm für Nachbarschaftsideen zur Aufwertung und Belebung des öffentlichen Raums eingerichtet, das die Jury als richtungsweisend lobte. Ein Raumkompass dient als Vermittlerstelle für Kunst- und Kulturschaffende mit Raumnot. Weitere Instrumente treiben den Ausbau der Anerkennungskultur voran und ermöglichen Kooperationen auf Augenhöhe.

Über eine Anerkennung dürfen sich die bayerischen Vertreter Coburg und München freuen. Die kreative Zwischennutzung von Leerständen in einem Coburger Sanierungsgebiet und die Umsetzung von Kunstinstallationen im öffentlichen Raum ohne formale Genehmigungsverfahren fand lobende Worte. Erklärtes Ziel der Stadt ist es, Bürokratie abbauen und direkte Wege zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu schaffen. Mit der Anerkennung soll die Stadt auf diesem Weg bestärkt werden.

Mit Blick auf die Landeshauptstadt München hebt die Jury den Abschluss eines Erbbaurechtsvertrags für eine Sozialgenossenschaft (Bellevue di Monaco) hervor. Grundlage dafür war die Rücknahme eines Stadtratsbeschlusses zum Abriss zweier innerstädtischen Liegenschaften zu Gunsten des Erhalts der Gebäude, um daraus einen Ort für das Thema „Flucht und Migration" zu schaffen.

Besonders gewürdigt wird darüber hinaus, dass (zukünftige) Bewohner eines Neubauquartiers eine Genossenschaft für Quartiersorganisation gegründet haben, um das Quartiersmanagement zu betreiben. Seit Januar 2019 wird die eG als Pilotprojekt maßgeblich von der Stadt München/Sozialreferat im Rahmen der „Quartierbezogenen Bewohnerarbeit" bezuschusst. Nach Ansicht der Jury haben diese Instrumente eine Anstoßwirkung auch über den engeren Projektkontext hinaus: Verschiedenste Akteure profitieren von ihnen und im Ergebnis entstehen kooperative Stadtbausteine. **DK**

GZ ZU GAST BEI ...


Foto: Stadt Lindau/Christian Flemming

Dr. Claudia Alfons

Oberbürgermeisterin der Stadt Lindau

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich bin Oberbürgermeisterin der Stadt Lindau mit rund 25.000 Einwohnern.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
Am 01. Mai 2020.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Ich möchte Verantwortung für meine Heimatstadt übernehmen und dazu beitragen, dass die Menschen bei uns in der Stadt Vertrauen in Politik und Verwaltung haben.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Mitbringen konnte ich, dass ich in Lindau aufgewachsen und als Juristin seit 2014 im öffentlichen Dienst tätig bin. In Vorbereitung meiner Kandidatur habe ich sehr viele Gespräche geführt, mit MitbürgerInnen, Vereinen, Verbänden und Unternehmen und so meine Stadt und die Anliegen der Menschen hier noch umfassender kennengelernt.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Die Stadt Lindau hat in den letzten Jahren große Projekte angestoßen, die umgesetzt und abgeschlossen werden müssen, wie z. B. die Bayerische Gartenschau, die 2021 bei uns stattfindet, den Bau der Lindauer Therme oder einen neuen Fernbahnhof. Dazu kamen die zusätzlichen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie.
Doch das Wichtigste, unabhängig von den Sachthemen, ist es für jede/n neue/n Amtsinhaber/in rasch zu einer guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Stadtverwaltung, Stadtrat und Bürgerschaft zu kommen.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Weiterhin die Auswirkungen der Corona-Pandemie und die genannten Großprojekte. In wenigen Tagen steht z. B. die Eröffnung der Bayerischen Gartenschau – unter Corona-Bedingungen – an.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Mit dem Spagat, den viele Kommunen leisten müssen: Wir werden unsere Anstrengungen gegen den Klimawandel und für bezahlbaren Wohnraum verstärken, ebenso werden wir in unsere Schulen und Betreuungsangebote investieren. Auf der anderen Seite können wir unseren Haushalt nicht noch mehr belasten und müssen perspektivisch unseren Schuldenstand zurückführen.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Nach nur einem Amtsjahr bin ich nicht diejenige, die Ratschläge erteilen sollte. Ich persönlich finde es wichtig, für die Belange der Menschen zugänglich zu bleiben und viel dafür zu tun, dass politisches Handeln für die Menschen – unabhängig davon, ob es ihren eigenen Präferenzen entspricht – nachvollziehbar und verlässlich ist.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Ich habe wöchentliche Besprechungsrunden mit den Führungskräften sowie Einzel-Jourfixe mit Amtsleitern und Stabsstellen. Ebenso führe ich monatlich ein Gespräch mit dem Personalrat.
Für BürgerInnen biete ich jeden Mittwoch eine Bürgersprechstunde an und gebe jeden Freitag in einem Videopodcast via Instagram und Facebook Einblick in meine Arbeitswoche. Ergänzend berichte ich in einer kleinen Kolumne in der Lindauer Bürgerzeitung, die alle zwei Wochen erscheint.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
In der Kommunikation und unseren Arbeitsprozessen, z. B. auch zur Vorbereitung von Sitzungen, merken wir schon heute, wie sehr sich das verändert. Diese Trends werden sich weiterentwickeln und es werden neue Formate und Hilfsmittel hinzukommen. Bleiben wird aber, dass Politik von Menschen für Menschen gemacht wird.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
„Halten wir uns heiter und tätig!" (Thomas Mann)
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Ich bin nur ein Glied in einer langen Kette und will dazu beitragen, dass auch unsere Kinder und Kindeskinder noch gut und gerne in Lindau leben. Wenn meine Amtszeit im Rückblick eine sein wird, die die Menschen und Verantwortungsträger bei uns in der Stadt einander näher gebracht hat und von einem guten Miteinander geprägt war, würde ich mich sehr freuen. ❐

Präventive Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe:

So wichtig wie nie

Das Coronavirus legt gesellschaftliche Missstände schonungslos offen, schwelende Konflikte werden durch die Pandemie befeuert wie ein Buschbrand. Wie so oft sind es die Schwächsten der Gesellschaft, die am meisten unter einer Krise leiden und die auf die Beratung und die Unterstützung der Fachkräfte der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe angewiesen sind. Die Coronapandemie hat das Kreisjugendamt München dabei vor völlig neue Aufgaben gestellt. Vor allem Flexibilität und Kreativität sind gefragt, um Kinder, Jugendliche und Familien auch weiterhin zu erreichen.

Ein Beispiel sind die präventiven Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe. Aufgrund der Kontaktbeschränkungen können diese nur unter äußerst erschwerten Bedingungen stattfinden. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit fällt unter die außerschulische Bildung und ist somit seit Dezember 2020 wieder von den Schließungsmaßnahmen und Kontaktbeschränkungen betroffen. Um den Jugendlichen dennoch weiterhin Zugang zu ihren Bezugspersonen der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu ermöglichen, hat der Landkreis München ein Corona-Sonderprojekt ins Leben gerufen, an dem 21 Einrichtungen des Kreisjugendrings München Land, des Erzbischöflichen Jugendamts und des Vereins für Jugend- und Familienhilfe teilnehmen, wie z. B. die Kinder- und Jugendfarm und Jugendfreizeitstätte Fezi in Unterföhring. Unter www.fezi-ufg.de können online Zeit-Slots gebucht werden damit so bis zu fünf Kinder parallel das weitläufige Gelände nutzen, Tiere versorgen, sich um die Ställe kümmern, kreativ in den Werkstätten oder im Garten arbeiten oder eine Einzelberatung bei einem Spaziergang wahrnehmen.

Ergänzt wird das Farmangebot durch digitale Aktionen, wie Online-Kochabende mit internationaler Küche. Durch das Corona-Sonderprojekt konnten allein von Dezember 2020 bis März 2021 an die 900 Kinder und Jugendliche im ganzen Landkreis erreicht werden.

Jugendsozialarbeit auch im Homeschooling

Auch die Jugendsozialarbeit an Schulen hat sich flexibel auf die neuen Herausforderungen durch die Pandemie eingestellt und bleibt für Kinder,Jugendliche und deren Familien erreichbar, ob vor Ort, telefonisch oder digital.

Denn in Zeiten der Schulschließung und des Homeschoolings nehmen die Konflikte und Belastungen der Schülerinnen und Schüler nicht ab. Im Gegenteil, wie ein Vorfall von gewaltverherrlichenden Aussagen in einem Klassenchat einer Mittelschule zeigt. Normalerweise würde hier in Präsenzzeiten die von den Sozialpädagogen angebotene Medienprävention greifen. In der aktuellen Situation nahmen die Eltern telefonisch zur Jugendsozialarbeit Kontakt auf. Gemeinsam mit den Jugendbeamten der Polizei und dem Jugendamt konnte hier schnell und unbürokratisch unterstützt und beraten werden.

Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig die Erreichbarkeit der präventiven Sozialen Arbeit in Zeiten von Kontaktbeschränkung und Schulschließungen ist. ❐

Infotainment von, mit und für Bürgermeister:innen

Im Mai erschien das erste Video-Interview auf dem neuen YouTube Kanal BürgermeisterTV. Interviewgast bei Stefan Detig, Altbürgermeister und Rechtsanwalt aus Pullach, war Richard Reischl, erster Bürgermeister von Hebertshausen im Landkreis Dachau: https://t1p.de/99ec

Die Idee: Bürgermeister:innen stellen zum einen ihre aktuellen und spannenden Projekte vor. Zum anderen erzählen sie lustige Rathausgeschichten aus ihrer Tätigkeit. „Jeder und jede Bürgermeister:in ist herzlich eingeladen mitzumachen. E-Mail an info@detig-rsw.de genügt", sagt Detig.

Kleine Gartenschau in Lindau eröffnet:

Mehr Natur in der Stadt

Mit Musik und einer Mini-Regatta ist Bayerns kleine Gartenschau in Lindau am Bodensee eröffnet worden. Europaministerin Melanie Huml und Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber sowie Lindaus Oberbürgermeisterin Claudia Alfons übergaben symbolisch je einen Blumenschlüssel an Verantwortliche der Gartenschau, die bis zum 26. September 2021 Lindau in ein sinnliches Erlebnis aus Gärten, Wasser und Panorama verwandelt. „Sie haben hier wirklich auch für die Zukunft von Lindau investiert", betonte Bayerns Europaministerin Melanie Huml in Vertretung von Ministerpräsident Markus Söder. Huml erklärte, sie sei ein Fan der Gartenschauen.

Der bayerische Umweltminister Thorsten Glauber bezeichnete die Gartenschau in Lindau als „großartiges Gemeinschaftsprojekt". Gartenschauen schafften neue Lebensqualität mitten in der Stadt. Durch die Entsiegelung eines rund 11.000 qm großen ehemaligen Parkplatzes sei ein grüner Bürgerpark mit einer Größe von über fünf Hektar entstanden. Dort wurden unter anderem ein Skatepark, Sportflächen und ein Spielplatz errichtet, die nach der Schau erhalten bleiben sollen.

Glauber zufolge schaffen die Grünflächen eine Frischluftschneise und verbessern damit das Stadtklima. „Niederschlagswasser kann jetzt wieder direkt vor Ort versickern. Gleichzeitig werden neue Lebensräume für heimische Tiere und Pflanzen geschaffen. Ich danke allen Mitwirkenden für ihr großartiges Engagement für mehr Natur in der Stadt."

Die Gartenschau ist ein wichtiger Baustein zur Entwicklung der Stadt Lindau und der Region. Gartenschauen leisten zudem einen wertvollen Beitrag zur Artenvielfalt. Rund 4.400 neue Pflanzen, davon etwa 100 Sträucher und Bäume, wurden in Lindau gesetzt. Zudem wurden Sommerflorbeete mit einer Fläche von knapp 1.000 qm gepflanzt. Im Bereich der Luitpoldkaserne entstand auf einem Tiefgaragen-Dach eine naturnahe Begrünung.

Rahmenprogramm

So richtig bunt wird der Gartenstrand nicht nur durch die vielen Blumen, sondern erst durch die Themen-Beiträge der Partner. 40 Aussteller sind insgesamt vertreten. So präsentiert sich der Landkreis Lindau auf 300 qm Ausstellungsfläche in all seinen Facetten. Im Pavillon können sich die Besucher über die Besonderheiten des Landkreises informieren. Oder sie entdecken die schönsten Plätze vom Bodensee bis ins Westallgäu einmal auf andere Weise: Das Projekt „FacettenReich" macht die Region zu einer digitalen Erlebniswelt. Des Weiteren befinden sich im Pavillon Dauerausstellungen der unteren Naturschutzbehörde und des Landschaftspflegeverbands sowie der Freunde der Lindauer Gartenschau: Scheidegg, Weiler und Schlachters.

„Gestern – Morgen – Jetzt" oder eben „Backward – Forward – Now" lautet das Motto im Stadt-Raum. Gemeinsam präsentieren hier die Regierung von Schwaben, die Stadt Lindau und die Gartenschau die enge Verflechtung von Städtebauförderung und Stadtplanung mit der Gartenschau als „Ermöglicher" der Entwicklung auf der Hinteren Insel. Die zeitliche Dimension ist mit Absicht gewählt: Denn Städtebauförderung ist mehr als die punktuelle Förderung von Einzelprojekten. Sie verfolgt, wie die Stadtentwicklung, klare strategische Ziele. Dies zeigt die Regierung von Schwaben in einem Rückblick auch am Beispiel Lindaus.

Gefördert wird die Lindauer Gartenschau mit mehr als 2,5 Millionen Euro aus Landes- und EU-Mitteln. Das Umweltministerium unterstützt Gartenschauen seit 1980. Mehr als 74 Millionen Euro wurden seitdem insgesamt zur Verfügung gestellt. Ab 2022 werden bayerische Landesgartenschauen mit jeweils bis zu 5 Millionen Euro gefördert.

Wegen der Corona-Bestimmungen müssen in Lindau Karten vorab gekauft werden, zudem gilt Test- und Maskenpflicht. Je nach Inzidenz dürfen zwischen 2.500 bis maximal 4.000 Besucher am Tag das Areal besichtigen. Die Stadt rechnet über den Sommer mit rund 300.000 Besuchern. **DK**

Videokonferenz der KPV Oberfranken:

Lockern und Öffnen mit Augenmaß

Karl Philipp Ehrler, Bürgermeister in Stammbach, sprach aus, was viele Menschen denken: „Hat die Politik in der Pandemie einen Plan? Und falls ja, verrät sie ihn nicht." Ein wenig provokant stieß er so die Diskussion mit dem Bundestagsvizepräsidenten Hans-Peter Friedrich in der Videokonferenz des Bezirksverbands Oberfranken der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) an. Der Bezirksvorsitzende konnte sich dabei über einige neue Gesichter auf dem Monitor freuen.

Die Kommunalpolitiker aus dem Nordosten Bayerns legten ihre Hoffnung auf den Ausstieg aus der Pandemie in den Impffortschritt. Doch dazu gehörte nach ihrer Einschätzung noch einiges: genügend verfügbarer Impfstoff, weniger Bürokratie, kein langes Warten und Zugang für alle. Auf den Tisch kamen auch die Widersprüche im alltäglichen Leben: Einkaufen im Supermarkt erlaubt, im Fachgeschäft nicht; Fliegen nach Mallorca erlaubt, Ferienwohnung an der Ostsee nicht.

Für den Fall, dass sich Verstöße wiederholten, wurden bessere Kontrollen gefordert. Aber es sollten auch Wege gefunden werden, kleinere Feste und die Außengastronomie zuzulassen und Geschäften eine Öffnung zu erlauben. Vor allem aber müssten die Kinder und Jugendlichen in die Schulen gelassen werden. Durch häufiges Testen sollte das auch möglich sein. „Lockern und Öffnen mit Augenmaß", faßte Ehrler zusammen. Diesem Anspruch schloss sich Bundestagsvizepräsident Hans-Peter Friedrich, gleichzeitig Bezirksvorsitzender der CSU Oberfranken, an. Auch ihm ist es wichtig, dass durch zügiges Impfen eine gewisse Normalität einkehrt, auch wenn das Virus dadurch nicht verschwindet.

Für die Bundestagswahl ist es aus Friedrichs Sicht von großer Bedeutung, dass die Bevölkerung sich auch mit den Themen und Herausforderungen auseinandersetzen kann, die außerhalb der Pandemie zur Debatte stehen und für die Zukunft des Landes von elementarer Bedeutung sind. Vor diesem Hintergrund müsse auch die sog. „Maskenaffäre" aufgearbeitet werden, die der Politik im Ganzen, der Union aber im Besonderen schwer schadet. Geboten seien eine Offenlegung der Lobbyarbeit und eine strenge Reglementierung von Zusatzeinkünften der Berufspolitiker. Freilich wolle niemand, dass wohlhabende und gutverdienende Bürger, Anwälte und Unternehmer von politischen Mandaten ausgesperrt bleiben.

Die zeitlich befristete Änderung der Kommunalgesetze rief widersprüchliche Empfindungen hervor. Während mancher Konferenzteilnehmer darin ein erfolgreiches Konzept für zukünftige Gremienarbeit in einer mobileren Gesellschaft sah, überwog eher Skepsis. Durch die Befristung der hybriden Sitzungen scheue man mitunter die Investition in die erforderliche Ausstattung. Bayreuths Oberbürgermeister Thomas Ebersberger stellte fest, die bevorzugte Form kommunaler Arbeit der Gewählten in den Gremien sei weiterhin die Anwesenheit im selben Raum.

Breiten Zuspruch fand Friedrich für seinen Aufruf an die Kommunalpolitiker, sich aktiv in den Bundestagswahlkampf einzuschalten. Die Pandemie mache es den Kandidatinnen und Kandidaten unmöglich, sich in bewährter Weise den Bürgern in Versammlungen, Diskussionen und Begegnungen vorzustellen. Sie seien auf die Unterstützung der aktiven und bekannten Politiker in den Gemeinden und Städten angewiesen. **TF**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende
schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Stadt Garching:

Der Abenteuerspielplatz ist eröffnet!

Klettern, schaukeln, toben und chillen im Bürgerpark

Ein bisschen mussten sich die Garchinger Kinder gedulden und konnten nur sehnsüchtig durch den Bauzaun hindurch auf das Abenteuer- und Kletterland blicken, das sie dahinter erwarten sollte. Jedoch galt es, dem Rasen genügend Zeit zum Anwachsen zu geben. Anfang Mai konnte der Abenteuerspielplatz endlich von Sandra Franceschi vom städtischen Umweltreferat und von Garchings Erstem Bürgermeister Dietmar Gruchmann offiziell eröffnet werden.

Umgeben von einem grünen Rahmen aus Bäumen und Blumenwiesen, liegt der neue Abenteuerspielplatz im Bürgerpark – individuell, natürlich und modern gestaltet, mit mannigfaltigem und differenziertem Spielangebot. Unterschiedlich dimensionierte Rasenhügel trennen und verbinden zugleich die einzelnen Spielbereiche und verhindern, dass der Spielplatz sofort überblickt werden kann – so lässt sich immer wieder etwas Neues entdecken. Zudem entstehen einzelne Zonen mit unterschiedlichen Spielschwerpunkten, die der jeweiligen Alterszielgruppe angepasst sind.

„Die Möglichkeiten für unsere Kinder, sich draußen zu bewegen und Spaß zu haben, sind seit einem Jahr extrem eingeschränkt. Es freut mich daher umso mehr, dass wir nun diese riesige Spiellandschaft im Bürgerpark eröffnen können. Ich sehe und höre jetzt schon die vielen Kinder – übrigens auch meine eigenen – vor mir, wie sie toben und spielen. Der Spielplatz wird sicher toll angenommen!“, so Gruchmann zur neuen Spiellandschaft.

Turm als zentrales Element

Der ca. 6,50m hohe Spielturm mit seinen drei ‚gestapelten Kisten‘ stellt dabei das zentrale Element dar und ist schon von weitem als Eye-Catcher sichtbar. Mit Balkengewirr, Kletternetz, senkrechter Kletterwand, Strickleiter und Röhrenwendelrutsche können sich die Großen austoben. Eine Pollerstrecke aus Stämmen in unterschiedlichen Höhen führt einen Hügel hinauf zu zwei Hängematten, die im Baumschatten zum gemeinsamen Ausruhen, Schaukeln oder Chillen einladen.

Im südlichen Teil, von Hügeln und Bäumen umrahmt, liegt geschützt der Sandbereich mit einem breitgefächerten Spielangebot für die Kleinsten: Wackel- und Federkisten, Kriechtunnel, Motorik-Parcours, Spielhäuschen, Edelstahlrutsche, Sandbaustelle mit Sandaufzug, Rinnen und Sieben u.v.m. Neben dem Sandbereich startet für alle Kindergarten- und Schulkinder ein Motorik-Parcours, der auch einige Hügel in seinen Ablauf integriert. Hier wartet eine Kombination aus Balken, Seilen, Netzen, Brücken und Stegen sowie eine Kletternetz-Kombination aus schrägen Kletternetzen und einem engmaschigen Chillnetz in unterschiedlichen Höhen.

Außerhalb der Laufwege, teils von Hügeln umgeben, befinden sich unterschiedliche Schaukelarten, die räumlich den jeweiligen Alterszonen zugeordnet sind: eine Kombi-Schaukel mit Schaukel- und Kleinkindersitz, eine Vogelnestschaukel und eine Riesen-Doppelschaukel, die auch von den Erwachsenen benutzt werden darf. Von einem Hügel im Randbereich startet zudem eine 25m lange Seilbahn. Alle verwendeten Robinienhölzer sind natürlich gewachsen, entsplintet, vierkantgesägt und ansonsten völlig naturbelassen. Lediglich einzelne, ausgewählte Elemente sind in unterschiedlichen Grün- und Orangenuancen lasiert. Alle Seile und Netze sind naturfarben. ❐



Endlich konnte der Abenteuerspielplatz von Sandra Franceschi vom städtischen Umweltreferat und Garchings Erstem Bürgermeister Dietmar Gruchmann eröffnet werden.

Foto: Stadt Garching, Felix Benjamin Brümmer

Die Chefs halten die Stange

Projekt „AB jetzt inklusiv“ läuft auch in der Krise gut

Entlassung ist trotz Pandemie kein Thema bei jenen Firmen, die mit dem Projekt „AB jetzt inklusiv“ der Lebenshilfe Werkstätten Schmerlenbach kooperieren. Fast alle Menschen mit Behinderung werden in diesen Betrieben weiterbeschäftigt. „Das ist wirklich bewundernswert“, äußerte Ulrich Brückner von der Sozialverwaltung des Bezirks Unterfranken, der im letzten Sozialausschuss darüber berichtete, wie gut in Unterfranken die Inklusion von Menschen mit Handicap in den Sozialraum gelingt.

Wer früher in einer Werkstätte war, hatte oft das Gefühl, in eine Sackgasse geraten zu sein. Nur selten führte der Weg nach draußen – also dorthin, wo „ganz normale“ Menschen arbeiten.

Dies ist mit der UN-Behindertenrechtskonvention nicht vereinbar. Weshalb der Bezirk 2014 daran ging, Wege in den sogenannten „Sozialraum“ zu öffnen. Menschen mit Behinderung sollen nicht mehr morgens abgeholt und in eine Werkstätte gefahren werden. Sie sollen arbeiten, wo sie wohnen, und dort das tun, was sie interessiert.

Ging man früher oft davon aus, dass mehr als Werkstatt unmöglich zu erreichen ist, stellte sich durch die Bezirksinitiative namens SONI heraus: Es gibt viele Jobs „mitten im Leben“, die auch Menschen machen können, die kognitiv eingeschränkt sind. Mit „AB jetzt inklusiv“ bieten die Lebenshilfe Werkstätten Schmerlenbach laut Brückner seit Anfang 2018 Arbeitsplätze am Untermain an: „Aktuell werden 18 Personen fest beschäftigt.“ Zusätzlich seien in den letzten drei Jahren 46 Teilnehmer in einem Praktikum begleitet worden: „Etwa die Hälfte entschied sich im Anschluss für einen inklusiven Arbeitsplatz.“

Zu wissen, wofür man sich morgens aus dem Bett rappelt, ist für die meisten Menschen wichtig. Das Aufstehen fällt umso leichter, je lieber man das tut, was ansteht. Menschen mit Handicap, die dort, wo sie leben, einen Job ergattert haben, sind meist hochmotiviert bei der Sache. Davon berichtete am Rande des Sozialausschusses Jutta Oster, die den Fachdienst „AB jetzt inklusiv“ leitet. Eben dies sei auch der Grund, weshalb am Untermain, anders als in anderen Regionen, kaum jemand entlassen wurde. Die betreffenden Mitarbeiter hätten bewiesen, „dass ihre Arbeitskraft und sie als Person in den Betrieben wichtig sind“.

Rettung inklusiver Jobs

Trotz großer Verunsicherung durch die Corona-Krise wäre es für die Firmen „sowohl organisatorisch und wirtschaftlich als auch menschlich“ kaum vertretbar gewesen, Kündigungen auszusprechen. Sie nahmen im Gegenteil oft einen erheblichen Aufwand in Kauf, um die inklusiven Jobs zu retten. Oster: „Viele Arbeitsplätze mussten umorganisiert oder den Covid-19-Infektionsschutzbestimmungen entsprechend nachgerüstet werden.“ Lediglich ein Arbeitgeber sei nicht bereit gewesen, die Veränderungen mitzugehen: „Dieser Arbeitsplatz ging uns leider verloren.“ Ein weiterer Chef konnte den Mitarbeiter aufgrund ausfallender Einnahmen nicht weiterbeschäftigen.

Während junge Leute mit durchschnittlicher Intelligenz die Qual der Wahl haben, was sie einmal werden möchten, ist das Berufsfeld für Menschen mit geistiger Behinderung stark eingeschränkt. Dennoch finden sich Nischen. „Viele unserer Inklusiv-Mitarbeiter arbeiten in Seniorenheimen oder in der Industrie“, berichtet Jutta Oster. Dass vor allem solche Jobs aufgetan wurden, sei nun ein großes Glück: „Wir haben kaum inklusive Arbeitsplätze in Bereichen, die durch die Pandemie sehr gefährdet waren.“ „AB jetzt inklusiv“ kooperiert derzeit weder mit reinen Gastronomiebetrieben noch mit dem Hotelgewerbe.

Beruf trotz Handicap

Doch ist es nicht womöglich ein Fehler, Inklusionsprojekte ausgerechnet an eine Werkstätte für behinderte Menschen anzudocken? Dies merkte Christina Feiler, stellvertretende Behindertenbeauftragte des Bezirks, im Sozialausschuss kritisch an: „Der Weg über die Werkstätte bedeutet zunächst Exklusion, bevor es zur Inklusion kommt.“ In anderen Ländern landeten Personen mit Handicap nicht automatisch in einer Sondereinrichtung. Junge Leute mit Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt könnten sich in Österreich zum Beispiel an Jugendcoachs wenden.

Auch in Schweden sei es leichter, seinen Platz im Beruf trotz Handicap zu behaupten. Der Einstieg gelinge über staatliche Vermittler. Kritisch sieht die Behindertenbeauftragte auch, dass durch die unterfränkischen Inklusionsprojekte kaum in sozialversicherungspflichtige Jobs vermittelt werde. Was Jutta Oster bestätigt: „Allerdings konnten wir ausgerechnet in diesen turbulenten Zeiten einen Mitarbeiter auf einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz vermitteln, was für uns 2020 ein Highlight war.“

Leistungsdruck und Handicap, das geht für viele Chefs laut Oster nicht zusammen. „Es scheint den Betrieben leichter zu fallen, zusätzliche, unverbindlichere Stellen für Menschen mit Behinderung zu eröffnen, anstatt ihnen eine feste Stelle anzubieten und dauerhaft zu finanzieren“, beobachtet sie. Auf der anderen Seite wünschten viele Teilnehmer am Projekt „AB jetzt inklusiv“ gar keinen sozialversicherungspflichtigen Job. Ihnen sei das „Sicherungsnetz“ des Projekts oder der Werkstätte wichtiger: „Wir hoffen, dass bei nachfolgenden Generationen die Bereitschaft größer wird, den Schritt nach draußen zu wagen.“ **Pat Christ**

GZ PINOS WELT



„Ich möchte fast sagen, es ist sowas wie ein säkulares Pfingstwunder: Überall bricht sich positiver Optimismus Bahn.“ Der Bürgermeister zog für sich und die Stadt ein insgesamt positives Resümee der Pfingsttage.

Tatsächlich ist, wenn man durch die Stadt streift, deutlich die bessere Grundstimmung der Menschen zu spüren. Der Mix aus sinkenden Inzidenzen, viel mehr Impfungen und nach dem Sinken der Schwellenwerte berechenbaren Lockerungen verbessert die Laune und bringt Stück für Stück Normalität zurück.

Beispiel Reisen. Pfingsten war ja immer eine begehrte Reisezeit. Da man als Katze kaum der Blasphemie geziehen werden kann, würde ich sogar sagen, dass mit Pfingsten der Gründung der Tourismusbranche gedacht wird: Gott sandte die Jünger in alle Länder der bekannten

Wir brauchen wieder Normalität!

Welt und gab ihnen auch noch Sprachunterricht dazu. Nun gut, das ist etwas albern, aber die Autobahnen waren gut voll und die Flughäfen freuten sich über bescheidene Anstiege der Fluggastzahlen. Mühsam ernährt sich das Eichhörnchen.

Im Fernsehen waren bemerkenswerte Bilder zu sehen, wie strahlende Menschen bei gefühlten Minustemperaturen dick in Friesennerze und wärmende Funktionsbekleidung eingemummelt an den Stränden von Nord- und Ostsee auf Terrassen saßen. Das zeugt denn doch für eine gehörige Portion Nachholbedürfnis, ebenso wie das Paar, das im Chiemgau bei einem Schneespaziergang Ende Mai zu sehen war. Keine Klage kam diesen Menschen über die Lippen, kein Verweis auf das Schietwedder, die doch verständlich gewesen wäre.

Aber auch bei uns in der Stadt waren die Tische und Stühle vor den Gaststätten, Cafés und Eisdielen gut besetzt, obwohl ich bei 16 Grad Celsius, kühlem Wind und Nieselregen wahrscheinlich keinen Spaß an einem Eiscafé gehabt hätte – eher am Sahnehäubchen obenauf.

Aber vielleicht war das wechselhafte Wetter auch ein Segen von oben, sozusagen eine pfingstliche Gnade, so sinnierte ich, nahe dem Ofen zusammengerollt, über die Situation. Denn so gingen wenigstens nur die ganz Hartgesottenen oder die wirklich Überdrüssigen kurz vor die Tür. Kaum auszudenken, was für Massen die Innenstädte oder Ausflugsziele überflutet hätten, wenn korrektes Mai-Wetter geherrscht hätte.

Denn eines ist klar: Trotz immenser Fortschritte bei der Erstimpfung und immer mehr Glücklichen mit Zweitimpfung hängt das Damoklesschwert Covid immer noch über den Menschen. Wobei ich mir manchmal gar nicht sicher bin, ob die Leute richtig realisieren, welches Wunder der Wissenschaft sie bestaunen können, dass es so schnell so wirksame Impfmittel gegen einen solch aggressiven Virus gibt. Wie lange musste früher die Menschheit sich mit ihren Geißeln wie Pocken, Cholera oder Polio arrangieren, bis Impfstoffe gefunden wurden. Jetzt hat es ein schlappes Jährchen gedauert.

Und trotzdem bleibt der Mensch ein mäkeliges Tier. Bin ich froh, dass es bei den empfohlenen Katzen-Impfungen kein solches Prestigedenken gibt. Jeder will hierzulande den BMW unter den Impfstoffen: BioNTech. Der heißeste Scheiß unter den Vakzinen. Dicht gefolgt von Audi, vulgo Moderna. Der Amischlitten von Johnson&Johnson wird kaum beachtet, da traut man der Straßenlage nicht. Und AstraZeneca rangiert in der Opel-Ford-Dacia-Klasse, solide aber nicht sexy. Sagt mal, geht's noch? Wichtig ist doch der Schutz vor dem Virus und die Aussicht auf Reisen, Biergarten und die Widereröffnung der Beautysalons für Katzen und Hunde – nicht was auf dem Impfdöschen draufsteht.

Wie geht es weiter? In einem stimme ich dem Bürgermeister voll zu: Jetzt sind erst mal die Jungen dran. Mit Impfen, mit Wiedereröffnung von Schulen, Unis, Sportanlagen, Freizeitclubs. Als Individualist bin ich natürlich für Entscheidungsfreiheit.

Die Jugend hat es nach all den Einschränkungen verdient, jetzt an erster Stelle zu kommen, ganz im Sinne Stefan Zweigs: „Was ist Jugend: Die unbändige Lust, die eigenen Gefühle und Ideen noch ganz heiß aus sich herauszustoßen.“

Ihr Pino

Landkreis Fürth:

Seniorenratgeber in neuer Auflage

Tipps für Generation 60+ und pflegende Angehörige

Der Seniorenratgeber zählt zu den beliebtesten kostenlosen Broschüren des Landkreises Fürth. Nun erscheint der informative Ratgeber in der achten und aktualisierten Auflage. Erhältlich ist das Heft im Landratsamt, in den Rathäusern sowie bei den örtlichen Seniorenvertretungen, den Seniorenkreisen der Kirchen und den Seniorenkreisen der Wohlfahrtsverbände und des VDK. Zusätzlich gibt es eine Online-Version, die über die Homepage des Landkreises abrufbar ist: www.landkreis-fuerth.de.

„Der Seniorenratgeber ist Teil eines Gesamtkonzepts. Alle Maßnahmen und Aktionen haben das Ziel, dass die älter werdende Bevölkerung des Landkreises möglichst lange in der vertrauten Umgebung leben kann. Der Information kommt dabei eine ganz wichtige Rolle zu“, betonte Landrat Matthias Dießl bei der Vorstellung des neuen Seniorenratgebers.

Die Broschüre bietet einen detaillierten Überblick über Angebote und Strukturen im Landkreis Fürth für die Generation 60+. Dem Ratgeber können eine Fülle an Informationen zu vielen Lebensbereichen entnommen werden: So etwa eine Vielzahl an geselligen Freizeitangeboten, die von Sport über Kultur bis hin zu sozialen Veranstaltungen reichen, sowie zahlreiche Ansprechpartner. Außerdem sind die Angebote der Seniorenvertretungen und -quartiere vor Ort enthalten, die eigene Freizeit- und Begegnungsangebote anbieten und Nachbarschaftshilfen betreiben.

„So lange wie möglich zu Hause wohnen, ist ein Wunsch von uns allen. Damit dies gelingt, zeigt der Ratgeber vielfältige Unterstützungsangebote auf“, erläuterte der Landrat. Er dankte allen, die dazu beigetragen haben, den neuen Ratgeber zu ermöglichen. Die Federführung lag bei der Seniorenbeauftragten des Landkreises, Tanja Maier. Aber auch die Seniorenvertretungen haben sich aktiv eingebracht.

Auch für pflegende Angehörige entwickelt

Der Ratgeber richtet sich zudem an pflegende Angehörige. Sie finden darin Anlaufstellen und Informationen rund um die Pflege sowie Wissenswertes und aktuelles zum Thema Demenz. Verschiedene Wohn- und Pflegeformen sowie die entsprechenden Einrichtungen im Landkreis sind in dem Ratgeber ebenso zu finden, wie Informationen zu den Themen Recht, Finanzen und Vorsorge. Dießl zeigte sich davon überzeugt, dass die Neuauflage wieder ein voller Erfolg werden wird. **pmw**



Die Verantwortlichen der Aventinus Mittelschule Abensberg freuen sich über vier neue digitale Tafeln: v.l.: Andreas Reichinger, Rektor Wolfgang Brey, die Biburger Bürgermeisterin Bettina Danner, Abensbergs Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, Konrektor Christian Lanzl und Achim Shaukat.

Foto: Stadt Abensberg

„Stolz auf meine Sprache!“

Projekt „Zweisprachige Bücherbox“ der Bayerischen Integrationsbeauftragten in Bayern SÜD gestartet – Potentiale von Mehrsprachigkeit bei den Kleinsten erkennen

Die Bayerische Integrationsbeauftragte Gudrun Brendel-Fischer, MdL, gab bei einem Besuch der Evangelischen Kita Pfarrkirchen den Startschuss Bayern Süd für ihr Projekt „Zweisprachige Bücherbox – Stolz auf meine Sprache!“.

Brendel-Fischer erklärte, es sei für immer mehr Kinder der Normalfall, dass sie mit mehr als einer Sprache aufwachsen: „Mehrsprachigkeit sollten wir nicht als Hemmschuh, sondern als Potential begreifen. Fakt ist, dass Erst- und Zweitsprache nicht unabhängig nebeneinander herlaufen, sondern einander bedingen.“

Kinder, die eine Sprache nicht gut beherrschen, tun sich auch in der anderen Sprache schwer. Die Herkunftssprache darf nicht vernachlässigt werden. Im Rahmen des Besuchs haben die Erzieherinnen der evangelischen Kita gemeinsam mit Kindern die Bücherbox ausgepackt. Zudem wurden Vorlese-Kostproben auf Arabisch, Italienisch und Französisch gegeben. Brendel-Fischer freute sich: „Es ist bereichernd für alle Kinder, den Klang anderer Sprachen zu erleben und der Fantasie freien Lauf zu lassen, wie wohl der Deutsch vorgelesene Beginn der Geschichte weitergehen wird: Zweisprachige Kinder können die Auflösung verraten!“

Die Vorständin des Evangelischen Kita-Verbands Bayern Christiane Münderlein wies auf die psychologische Komponente hin: „Es ist wichtig, die Kinder in ihrer gesamten Persönlichkeit anzuerkennen. Das heißt auch, ihnen zu zeigen, dass ihre bisherige Sprachentwicklung sehr wohl eine Rolle spielt; auch wenn im Kindergarten hauptsächlich Deutsch gesprochen wird. Ich freue mich, dass die Bayerische Integrationsbeauftragte ihre ‚Zweisprachige Bücherbox‘ in ganz Bayern an Einrichtungen des Evangelischen Kita-Verbands, mit vielen Kindern mit Migrationshintergrund, schickt. Es ist gut, dass die Herkunftssprache in die Sprachentwicklung einbezogen wird.“



Mehrsprachigkeit ist kein Hemmschuh für Bildungserfolg.

Foto: Bayerische Integrationsbeauftragte

Entwicklung der Muttersprache

Das neue Projekt „Zweisprachige Bücherbox – Stolz auf meine Sprache!“ möchte neben der deutschsprachigen auch die muttersprachliche Entwicklung unterstützen. Für Brendel-Fischer geht es auch um ein Signal der Wertschätzung mit der Botschaft: „Deutsch zu lernen ist für Kinder und Eltern sehr wichtig, aber seid auch auf Eure Familiensprache stolz.“

In ganz Bayern wurden in dieser Woche rund 100 Kitas mit Bücher-Boxen beliefert, in denen sich zweisprachige Vorlesebücher in 9 unterschiedlichen Sprachen befinden. Im Norden Bayerns erfolgte der Startschuss bereits Anfang Mai ebenfalls ohne Öffentlichkeit in einer Kita in Schweinfurt. Die Bayerische Integrationsbeauftragte dankte allen Erzieherinnen und Erziehern sowie den Ehrenamtlichen für ihr Engagement sowie ihrem pädagogischen Ideenreichtum bei diesem mehrsprachigen Projekt! ❒

Vorschau auf GZ 12

In unserer Ausgabe Nr. 12, die am 17. Juni 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk**
- **Wasser · Abwasser**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark · GaLaBau**

Gemeinsames Engagement für Heimat und Freizeit

Die Stadt Bamberg bekräftigt ihr Engagement in der Europäischen Metropolregion Nürnberg

Anfang Mai 2021 unterzeichneten der Ratsvorsitzende der Metropolregion Nürnberg, Landrat Johann Kalb, und Oberbürgermeister Andreas Starke zusammen mit dem Zweiten Bürgermeister Bambergs, Jonas Glüsenkamp, die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Bamberg und der Europäischen Metropolregion Nürnberg. Damit bekräftigten sie ihr gemeinsames Engagement für diese wichtige regionale Allianz. „Gemeinsam und auf Augenhöhe schaffen wir nachhaltiges Wachstum, ausgezeichnete Lebensqualität und eine generationengerechte Zukunft,“ so der Ratsvorsitzende der Metropolregion und Landrat des Landkreises Bamberg, Johann Kalb.

Die Kernthemen der Metropolregion Nürnberg werden in acht Fachforen bearbeitet, deren Geschäftsstellen über die gesamte Region verteilt sind. So entsteht ein Netzwerk, das die gesamte Region nachhaltig voranbringt.

In den Fachforen tauschen sich insgesamt rund 400 Experten zum jeweiligen Schwerpunktbereich aus. In Bamberg ist die Geschäftsstelle des Forums „Heimat und Freizeit“ angesiedelt. Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp leitet die Geschäftsstelle, die sich vor Allem dem Handlungsfeld der nachhaltigen Lebensqualität in der Metropolregion verschrieben hat.

„Heimat und Freizeit“ und „Fernweh ganz nah“

Unter dem Titel „Heimat und Freizeit“ arbeiten hier Experten aus Tourismus, Wirtschaft, Marketing und aus den Gebietskörperschaften an Ideen zur Förderung des Ausflugs- und Naherholungstourismus in der Metropolregion und stärken so regionale Wirtschaftskreisläufe und regionale Identität.

In zentralen Projekten, wie der gemeinsamen Vermarktungsplattform der Tourismusregionen der Metropolregion, „Fernweh ganz nah“, werden die Strategien umgesetzt. Die Tourismusbörse präsentiert die Naherholungsschätze der Region auf beliebten Stadtfesten in der Region. Mit dem Slogan „Das Abenteuer wartet vor der Haustür.“ ruft der Entdeckerpass zu spannenden Ausflügen in die Region auf. Mit ihm kann die ganze Familie Freizeitangebote in der Region erkunden und dabei von umfangreichen Rabatten profitieren.



V.l.: Bamberger Oberbürgermeister Andreas Starke, der Ratsvorsitzende der Metropolregion Nürnberg, Landrat Johann Kalb, und Jonas Glüsenkamp, zweiter Bürgermeister der Stadt Bamberg unterzeichnen die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Bamberg und der Europäischen Metropolregion Nürnberg.

Foto: Landratsamt Bamberg

Klares Signal

Mit dem Heimatlotsen entsteht gerade ein weiteres Instrument, das die Freizeitangebote und Schätze der Region attraktiv zugänglich machen wird. Die Website soll noch im Sommer 2021 an den Start gehen. Mit der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung setzt die Stadt Bamberg ein klares Signal, sich weiterhin für Lebensqualität und Tourismusförderung der Metropolregion Nürnberg ins Zeug zu legen. ❒

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
> 50 erfolgreiche ISIS12 Projekte
www.Mein-Datenschutzberater.de
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

GZ auf folgenden
Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Messenger-Dienste

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten – direkt auf Ihr Handy:

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service

„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
Wartung und Reinigung von:
- Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
- Prozesslufttechnische Anlagen
- Kontrollierte Wohnraumlüftung

Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 17. Juni 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 12





BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Ist Wasser das neue Gold?

GZ-Interview mit Prof. Dr. Martin Grambow, Leiter der Abteilung Wasserwirtschaft und Bodenschutz im STMUV und Vorsitzender der LAWA sowie Dr. Wolf Merkel, hauptamtlicher Vorstand für das Ressort Wasser des DVGW

2018 war das wärmste Jahr seit 1881. Wir erinnern uns an Bilder von Spaziergängern im Rheinbett. Die Durchschnittstemperatur hierzulande lag bei 10,5 Grad Celsius, vergleichbar mit dem Klima in Ungarn. Die eigentliche Durchschnittstemperatur für unsere Breiten liegt bei 8,5 Grad Celsius. Der Klimawandel verändert auch Bayern und somit rückt das Ziel einer auch künftig gesicherten Wasserversorgung in den Mittelpunkt. Vor diesem Hintergrund konfrontierte GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel ihre Interviewpartner Prof. Dr. Martin Grambow (STMUV) und Dr. Wolf Merkel (DVGW) mit der Frage „Ist Wasser das neue Gold?"

GZ: War 2018 ein echter Stresstest für die Wasserversorgung?

Merkel: *Bereits seit vielen Jahren gibt es Anzeichen, dass sich ausgedehnte Hitze- und Dürrephasen, wie sie 2018 auftraten, häufen werden. 2018 ist die Wasserversorgung zumindest in den Sommermonaten an gewisse Grenzen gestoßen. Geringe Grundwasser-Neubildungsraten und niedrigere Füllstände der Talsperren führten auf der Ressourcenseite punktuell und regional zu angespannten Situationen. In Summe war die Wasserversorgung in Deutschland aber zu jeder Zeit gesichert.*



V.l.: Online-Interview mit Dr. Wolf Merkel und Prof. Dr. Martin Grambow; GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel fotografiert ihre Gesprächspartner (r. u.). Bild: GZ

Stresstest bestanden

GZ: Wie reagierten die Wasserversorger darauf?

Merkel: *Um genauer darüber Kenntnis zu erlangen, haben wir im selben Jahr eine Umfrage bei über 200 Wasserversorgungsunternehmen durchgeführt. Obwohl der Spitzenbedarf enorm stieg, hat die Wasserversorgung in fast allen Kommunen hierzulande den Stresstest bestanden. Etwa ein Drittel der Unternehmen sprach allerdings von einer hohen Anspannung bei den verfügbaren Wassermengen und Aufbereitungskapazitäten. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass in Zukunft erhöhte Anstrengungen erforderlich sind, wenn die klimatischen Entwicklungen so weitergehen. Aktuell werten wir eine weitere dazu Umfrage aus.*

GZ: Herr Professor Grambow, wie bewerten Sie 2018? Verträgt die Wasserversorgung eine Wiederholung dieses Jahres?

Grambow: *Fakt ist: Derzeit liegen wir schlechter als die pessimale Klimamodell-Prognose. Seit dem Jahr 2000 etwa beobachten wir ein signifikantes Absinken des Grundwasserspiegels sowohl im Quartär als auch zum Teil bereits in den tiefen Grundwässern. Hier ist ein kritischer Punkt erreicht, weil Grundwasserspeicher zum Teil Jahrzehnte, wenn nicht gar Jahrhunderte brauchen, um sich wieder zu füllen. Vermutlich hat dieser Prozess bereits vor geraumer Zeit begonnen, aber es dauert eben, bis dies statistisch signifikant festgestellt werden kann. Klar ist, dass Trockenheit ein bestimmendes Thema werden wird. Darauf müssen wir uns vorbereiten.*

Brauchbare Wassermengen und gutes Management

GZ: Wie gestaltet sich die Situation in Bayern? Leben wir hier vergleichsweise auf einer Insel der Seligen?

Grambow: *Das ist regional sehr unterschiedlich. Während es im Alpenvorland große Grundwasservorkommen und somit auch keine (absehbaren) Probleme gibt, haben wir es zum Teil schon südlich der Donau, z.B. entlang der Osterhofener Platte, bereits mit den ersten Trockenzonen zu tun. Ähnliches, aber viel ausgeprägter, gilt für die Region nördlich der Donau, insbesondere Unterfranken, und den Bayerischen Wald. Tatsächlich gibt es auch in Bayern Gebiete, die weniger Niederschlag aufweisen als Nordjordanien. Aktuell verfügen wir aber über eine brauchbare Wassermenge und ein traditionell sehr gutes Wassermanagement. Deshalb kennen wir auch kaum Wassernot.*

Merkel: *Grundsätzlich beobachten wir am wasserwirtschaftlichen System eine extrem hohe Dynamik und Veränderungsgeschwindigkeit. Gewöhnlich plant und agiert die Wasserwirtschaft auf der Basis von 30-jährigen Zeiträumen. Jetzt aber stellen wir fest, dass sich der Wasserhaushalt in zahlreichen Regionen Deutschlands und Bayerns innerhalb von zehn Jahren enorm verändert hat.*

Handlungsdruck steigt

Dies erhöht den Handlungsdruck: Wir müssen Anpassungen der Leitungsnetze, zum Beispiel den Ausbau von Fernleitungen und Verbundnetzen, forcieren, oder die Auslegung von Talsperren oder Wassergewinnungsanlagen neu planen. Dafür sind andere Planungsfenster erforderlich.

Grambow: *Es geht ja nicht nur um die Trinkwasserversorgung. Wir haben es mit der jahrelangen Veränderung eines kompletten Systems zu tun. Zum Beispiel setzen immer mehr Landwirte auf Bewässerung. In einigen Bereichen hat sich die Bewässerungsmenge vervielfacht. Und letztlich schlägt die Entwicklung sogar auf das Ökosystem durch. Wenn die Wälder Schaden nehmen, ist der Ofen aus. Deshalb müssen wir rechtzeitig Maßnahmen ergreifen.*

GZ: Macht es überhaupt Sinn, als Verbraucher Trinkwasser zu sparen, wenn man den Wasserbedarf von Energieversorgung und Landwirtschaft betrachtet? Wenn ja, welche Instrumente stehen Kommunen zur Verfügung, um BürgerInnen zum Wassersparen zu ermutigen?

Merkel: *Übertriebenes Wassersparen ist nicht die bevorzugte Strategie. Sinnvoll ist aber, wenn Kommunen in Engpasszeiten die BürgerInnen zum Wassersparen ermutigen. Außerordentlich kritisch sehen wir die Regenwassernutzung im Hausgebrauch, da diese mit großen hygienischen Herausforderungen verbunden ist. Hinzu kommt, dass die Bereitstellung von verschiedenen Wasserqualitäten in vielen Haushalten nicht zu handhaben ist.*

Konflikt Wasserschutzgebiete

Grambow: *Ich darf ergänzen: Der Rückhalt von Regenwasser für die Gartenbewässerung ist immer richtig. Regentonnen verursachen keine Qualitätsprobleme.*

Merkel: *Noch eine Anmerkung: Die Ausweisung von Wasserschutzgebieten ist ureigenste Aufgabe der Kommunen in Verbindung mit den Wasserbehörden. Allerdings ist dieses Thema*

(Fortsetzung auf Seite 4)

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker:

Demografiefeste Kommunen

Passgenaue Begleitung + Förderungen bis zu 174.000 Euro / Bewerbung bis 31. Juli

„Bayern wächst – aber nicht überall gleich. Mit dem Projekt ‚Demografiefeste Kommune' unterstützen wir unsere Gemeinden, sich zukunftssicher aufzustellen! Die sich ändernden Bevölkerungs- und Gesellschaftsstrukturen sind eine zentrale Herausforderung der heutigen Zeit – wir wollen unsere Kommunen hierbei aktiv begleiten, beraten und betreuen", so Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich des Programmstarts am 1. Juni 2021.

„Während einige Regionen wachsen, sind andere mit einem Bevölkerungsrückgang konfrontiert. Mit dem neuen Förderprojekt bieten wir unseren bayerischen Kommunen passgenaue Beratung und bedarfsgerechte Unterstützung", betont Füracker. Für teilnehmende Kommunen werden vor Ort individuelle Lösungen entwickelt. Die ausgewählten Kommunen profitieren zudem von einem Fördersatz von 90 Prozent und einer Förderung von insgesamt bis zu 174.000 Euro.

In dem auf vier Jahre angelegten neuen Pilotprogramm sollen neben der Beratung auch konkrete Projekte angestoßen sowie bereits vorhandene Initiativen einbezogen und miteinander vernetzt werden. Ziel ist es zudem, dass ganz Bayern von dem neuen Programm profitiert: Die erarbeiteten Lösungsansätze werden für alle Kommunen zugänglich gemacht – dies hilft insbesondere Gemeinden mit ähnlichen Herausforderungen. Das Programm startet in einem ersten Schritt mit insgesamt sieben Gemeinden bzw. Gemeindezusammenschlüssen mit bis zu 20.000 Einwohnern, einer Region, einem Stadtteil einer Großstadt mit über 100.000 Einwohnern sowie einem Landkreis.

Gemeinden, Gemeindezusammenschlüsse und Stadtteile können sich unter demografiefest@stmfh.bayern.de oder per Post beim Staatsministerium der Finanzen und für Heimat bewerben. Letzter Einsendetag ist der 31. Juli 2021. Weitere Informationen zum Programm und zur Bewerbung unter www.heimat.bayern/demografiefest. ❒



„Mit Ruhe, Überlegung und Gemütlichkeit kommt man am weitesten", meint der Rathauskater, der viel vom Oblomowieren hält und sich ansonsten an einer über die Lebensarbeitszeit gestreckten Work-Life-Balance orientiert. Gerne zitiert er Marie von Ebner-Eschenbach: „Das meiste haben wir gewöhnlich in der Zeit getan, in der wir meinen, nichts getan zu haben". S. 13

Forderung der bayerischen Gemeinden:

Rettungsschirm für die Jahre 2021 und 2022

Um die durch die Corona-Krise entstandenen finanziellen Nöte abfedern zu können, fordern Bayerns Gemeinden auch für 2021 und 2022 einen Rettungsschirm von Bund und Freistaat. Laut Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl „werden Bayerns Gemeinden und Städte ihren Beitrag leisten, um das Land aus der Corona-Krise zu führen. Dazu brauchen sie aber die finanziellen Mittel."

Bund und Freistaat stünden hier wie schon 2020 in der Pflicht. Zwar hätten die bayerischen Gemeinden und Städte das Corona-Jahr 2020 finanziell relativ gut überstanden, weil Bund und Freistaat die Gewerbesteuerausfälle großzügig kompensiert haben. Mit dieser einmaligen Aktion sei das Problem aber nicht beseitigt, betonte Brandl. Der jüngst prognostizierte Anstieg der Steuereinnahmen im Jahr 2021 werde nicht ansatzweise ausreichen, um das Niveau des Jahres 2019 wieder zu erreichen.

„Die Corona-Pandemie wird noch für eine lange Zeit tiefe Löcher in die Gemeindehaushalte reißen – und das in einer Zeit, in der die Gemeinden einen großen Investitionsstau vor sich herschieben", prognostizierte der Gemeindetagschef. Gerade in der Krise erwarteten die Bürgerinnen und Bürger, aber natürlich auch die Wirtschaft, starke und handlungsfähige Kommunen. Brandl verwies auch auf die weiter ansteigenden Sozialausgaben. „Und gerade hat uns der Bund aufgegeben, ab dem Jahr 2026 eine Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder sicherzustellen, was wieder viele Milliarden an Bau- und Betriebskosten verursachen wird. Wie soll dies alles geschultert werden? Um einen Rettungsschirm für die kommenden Jahre kommen Bund und Freistaat nicht umhin!"

Auf eine dpa-Anfrage erklärte Finanzminister Albert Füracker, dass der Freistaat Bayern bereit sei, seinen Kommunen unter die Arme zu greifen. Allerdings sei kein Bundesland ohne Unterstützung des Bundes in der Lage, die Ausfälle etwa bei der Gewerbesteuer in vollem Umfang zu ersetzen. Außerdem halte der Freistaat den Kommunalen Finanzausgleich auch 2021 mit rund 10,3 Mrd. Euro auf Rekordniveau, obwohl auch das Land unter massiven Einbußen bei den Steuereinnahmen leide. **DK**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
FW: Politische Mitte stärken 2
Josef Deimer, Heribert Thallmair 85; Markus Pannermayr 50 . .2
Landkreistag: Pflegereform geht noch nicht weit genug 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Bayerns Kommunen zeigen globale Verantwortung 3
BKPV-Geschäftsbericht 2020 3
Ganztagsbetreuung: Länder müssen Verantwortung übernehmen .4
Kommunikationstechnik • IT • Breitband . . . . . .5 - 8
Wasser • Abwasser . . . . . .9 - 10
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau. . . . . .10 - 11
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 12 -14

FW-Landesversammlung in Nürnberg:

Politische Mitte stärken

„Die Freien Wähler sind die Kraft der Mitte“, betonte der auf der FW-Landesversammlung im Nürnberger Frankenstadion mit großer Mehrheit wiedergewählte Parteivorsitzende Hubert Aiwanger. Er bekräftigte: „Deutschland braucht uns, wir stehen bereit! Wir werden auch auf Bundesebene mitmischen.“

In seiner Grundsatzrede betonte Aiwanger, dass die Mitte stärker werden muss, um eine ideologiegetriebene Politik von linken und rechten Parteien zu verhindern. „Wenn die Mitte zu schwach wird, läuft gar nichts mehr. Dann können die Interessen der Menschen nicht mehr vertreten werden. Wir können politische Verantwortung vor Ort übernehmen. Wir machen Politik für alle, auch für diejenigen, die keine Lobby haben.“

Auch in Zukunft werden sich die Freien Wähler laut Aiwanger von Großspenden von Konzernen distanzieren. „Schaut genau hin, wo ihr Euer Kreuzchen macht. Nicht derjenige, der sich die meisten Plakate leisten kann, macht anschließend bessere Politik.“

Mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl im Herbst unterstrich der FW-Vorsitzende, in den vergangenen Jahren in Bayern aus einer bürgerlichen Mitte heraus regiert zu haben. Nun wolle man denselben Politikstil in Berlin einführen: „Ehrliche Zusammenarbeit. Unsere ordentliche Arbeit in den Kommunen hat sich bewährt und genau das setzen wir jetzt für ganz Deutschland um.“

Zur Debatte um die Rente mit 68 oder gar 70 Jahren meinte Aiwanger: „Da wird uns Angst. Wir wollen die Fehlentwicklungen der letzten Jahre korrigieren. Jeder, der 45 Jahre und mehr gearbeitet hat, hat seinen Dienst geleistet.“

Resolutionen

Ein weiteres Augenmerk der Landesversammlung galt der Verabschiedung der Resolutionen „Schutz und Zuversicht – Unseren Kindern eine Perspektive bieten – Maskenpflicht lockern“, „Energiewende vorantreiben, regionale Wertschöpfung sichern – PV-Speicherprogramm für ganz Deutschland“ sowie „Holzmangel in Baubranche und Wirtschaft nicht weiter verschärfen – Einschlagsbeschränkung aufheben“.

„Aufgrund von Holzmangel gehen bereits Handwerksbetriebe in Kurzarbeit, Gebäude können nicht fertiggestellt werden und die Verknappung von Brettern etc. als Verpackungsmaterial für Exportprodukte gefährdet die Exportwirtschaft. Bisher waren die heimischen Sägewerke das Nadelöhr für die Produktion von Schnittholz. Mittlerweile wird aber die Zulieferung von Holz aus den Wäldern an die Sägewerke mehr und mehr zum begrenzenden Faktor, vor allem in Süddeutschland, die ersten Sägewerke reduzieren bereits ihre Auslastung“, heißt es in der Resolution.

Holzknappheit

Ursache sei unter anderem die gesetzlich vorgeschriebene Einschlagsbeschränkung für frisches Fichtenholz durch die Bundesregierung. Diese staatliche Vorgabe verschärfe die Holzknappheit „politisch hausgemacht“ in unnötiger Weise. Auch die Lockerung der Einschlagbeschränkung für kleine Waldbesitzer ohne Buchführungspflicht bis zu 75 m3 entspanne die Lage kaum. Somit sei es dringend nötig, dass die Bundesregierung die Einschlagsbeschränkung, die vorerst bis Ende September 2021 gilt, vorzeitig schnellstens außer Kraft setzt, um keine weitere Verknappung von Holz zu verursachen und die weitere Verwendung des ökologischen Bau- und Werkstoffes Holz als natürlichen CO2-Speicher sicherzustellen.

Mit Blick auf die Energiewende fordern die Freien Wähler von der Bundesregierung, nach dem erfolgreichen Vorbild des bayerischen PV-Speicherprogramms ein Bundesprogramm in Höhe von einer Milliarde Euro aufzulegen und auf Gewerbeimmobilien auszuweiten. Ein solches Programm sei innerhalb weniger Wochen umsetzbar und würde die Installation von PV-Anlagen schnell und massiv ankurbeln, die Energiewende voranbringen, viele Hausbesitzer stromautark machen und die Stromversorgung dezentralisieren. Landesvorstand, Kabinett und Fraktion werden aufgefordert, auf die Umsetzung hinzuwirken. **DK**

Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“:

Anschauliches Video

Um die Ziele der Initiative anschaulich darzustellen und die Verbindung zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen deutlich zu machen, wurde ein Film erstellt. Er ist auf der Startseite der Initiative (www.1000schulenfuerunserewelt.de) und auf den Social Media Kanälen der kommunalen Spitzenverbände abzurufen.

Gerne darf der Film für die Bekanntmachung kommunaler Aktivitäten im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ genutzt werden. Hierfür wird entweder auf einen der untenstehenden Links verwiesen; gerne können die kommunalen Spitzenverbände auch direkt angesprochen werden, damit der Film zur Verfügung gesellt wird. Das Video gibt es mit unterschiedlichen Untertiteln:

- **Deutscher Städtetag:** https://youtu.be/PG-fbDXaA0k (deutsche Untertitel)
- **Deutscher Landkreistag:** https://youtu.be/n0WDIH1wPQ8 (keine Untertitel)
- **Deutscher Städte- und Gemeindebund:** https://youtu.be/upeC9xYmH3Q (englische Untertitel) ❐

Josef Deimer (85) und Markus Pannermayr (50):

Erfolgreiche Strategen und faire Partner

Der Eine war knapp 30 Jahre lang (1975 bis 2004) Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, der Andere bekleidet dieses Amt erst seit 2020. Die Rede ist vom Städtetags-Ehrenvorsitzenden und Landshuter Alt-Oberbürgermeister Josef Deimer, der am 28. Mai seinen 85. Geburtstag feierte und von Straubings Stadtoberhaupt Markus Pannermayr, der einen Tag später 50 Jahre alt wurde.

Pannermayr, der zu den zahlreichen Gratulanten Deimers zählte, würdigte diesen als anerkannten Experten in sämtlichen Feldern der Kommunalpolitik: für Daseinsvorsorge, Finanzausgleich, Europa, Energie, Mobilität, Sparkassenwesen, Bildungspolitik und Schule. In allen Themen sei er argumentativ akribisch vorbereitet gewesen, betonte Pannermayr und fügte an, der Jubilar sei vor allem auch ein Sozialpolitiker, der sich für die Belange der Menschen eingesetzt habe, die auf die Schattenseite des Lebens geraten seien.



OB Markus Pannermayr.

Bild: Bayerischer Städtetag

Dank des Kommunalministers

Bayerns Kommunalminister Joachim Herrmann dankte Josef Deimer für sein überaus engagiertes Wirken für die kommunale Gemeinschaft: „Du warst einer der profiliertesten Kommunalpolitiker Deiner Zeit, der über Parteigrenzen hinweg geschätzt und respektiert wurde“, lobte Herrmann in seinem Glückwunschbrief. Deimer sei stets ein fairer und konstruktiver Partner gewesen, der die sachliche Auseinandersetzung immer in den Vordergrund gestellt habe. Bei Amtsantritt war er der jüngste Oberbürgermeister Deutschlands und ging 2004 als damals dienstältester Rathauschef nach 35 Jahren in den Ruhestand.

Die ‚Ära Deimer‘ sei nicht nur für die Stadt Landshut und den Bayerischen Städtetag überaus erfolgreich gewesen, prägende Akzente habe er auch in vielen weiteren Funktionen gesetzt und sich gesamtgesellschaftlich um die bayerische Heimat verdient gemacht, betonte Herrmann.

Kommunalpolitik mit Leidenschaft gestalten

Mit seinen gerade mal 50 Lenzen zählt Markus Pannermayr wohl zu den wenigen Oberbürgermeistern, die in diesem Alter bereits eine dritte Amtszeit verbuchen können. Die Tatsache, zweimal mit deutlich über 70 Prozent wiedergewählt worden zu sein, ist für den ehemaligen Gymnasiallehrer ein Vertrauensvorschuss, den er nicht als selbstverständlich betrachtet und der ihn deshalb nie in Versuchung geführt hat, die Bodenhaftung zu verlieren. Als krisenerprobter Politiker ist er mit seiner Strategie der Beharrlichkeit und des Netzwerkens äußerst erfolgreich.

Den Vorsitz des Bayerischen Städtetags innezuhaben, empfindet der Jubilar als ausgesprochene Ehre. Er fühle sich wohl im Kreis jener, die mit Leidenschaft Kommunalpolitik gestalten. Schließlich sei dies eine „wunderbar konstruktive Aufgabe”: „Es ist ein Privileg, an der Gestaltung der Heimat mitwirken zu dürfen.” Es gehe um Lösungskompetenz vor Ort statt abstrakter Diskussionen, erklärt Pannermayr: „Bürgermeisterinnen und Bürgermeister erhalten stets ein sehr unmittelbares Feedback aus der Bürgerschaft. Der kurze Gedankenaustausch mit Menschen, etwa das spontane Gespräch auf dem Marktplatz, hilft bei der kommunalen Arbeit.”

Selbst wenn die Gesellschaft ein Stück weit zersplittert erscheinen mag, seien Bürgermeisterinnen und Bürgermeister direkt von der Mehrheit der Menschen ihrer Heimat gewählt: „Das gibt uns Kraft zur Gestaltung in den Städten und Gemeinden.” Dabei bildeten der Ausbau einer differenzierten Verwaltung und die kontinuierliche Weiterentwicklung der kommunalen Daseinsvorsorge unter den Vorzeichen der Digitalisierung unverändert die Basis für das Handeln in den Kommunen. „Das, was wir tun, ist für alle da“, so Pannermayr. Für ihn jedenfalls gibt es keine Position, mit der er seine Aufgaben in Straubing und im Städtetag tauschen würde. Er fühle sich „angekommen“ und „dankbar“ für die sich daraus ergebende Freiheit. **DK**



Ihren 60. Geburtstag feierten vor 25 Jahren der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Josef Deimer und der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Heribert Thallmair gemeinsam im Kreis der großen kommunalen Familie. Schließlich ist Thallmair – geboren am 23. Mai 1936 – nur fünf Tage älter als Deimer. Unser Bild zeigt die beiden Jubilare zwischen Innenminister Dr. Günther Beckstein, Finanzminister Erwin Huber und Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu. Bild: Firsching/GZ-Archiv

Wir gratulieren

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Stöber
85368 Wang
am 24.6.

Bürgermeisterin
Dr. Dr. Kristina Becker
91757 Treuchtlingen
am 25.6.

Bürgermeister Rudolf Müller
94161 Ruderting
am 28.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Auer jun.
84539 Zangberg
am 17.6.

Bürgermeister Bernd Höfer
96484 Meeder
am 29.6.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Markus Kennerknecht
82284 Grafrath
am 24.6.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Dominik Sauerteig
96450 Coburg
am 29.6.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Gericht erklärt Gemeindeordnung für verfassungswidrig

Mit der Änderung des Kommunalwahlrechts sollte es den Kommunen auch unter Pandemiebedingungen erleichtert werden erforderliche Entscheidungen zu treffen – beispielsweise durch die Teilnahme an Hybridsitzungen. Der Landesverband Bayern der Partei DIE LINKE kritisierte die Gesetzesänderung als „Aushebelung der Demokratie“ und hat mit einer Popularklage vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof Erfolg erzielt.

Zusammen mit knapp 30 Kommunalpolitikern hatte der Landesverband Bayern der Partei DIE LINKE eine Popularklage gegen die Gesetzesänderung des Kommunalrechts eingereicht. Die weitreichende Verlagerung von Beschlussfassungen in Gemeinderäten, Stadträten und Kreistagen auf Ferien- und Sonderausschüsse stellten für die Kläger einen Eingriff in die kommunale Demokratie dar.

Kritik an Corona-Ausschüssen

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof (BayVerfGH) hat die mögliche Einsetzung von sogenannten Corona-Ausschüssen – durch die zwei Drittel der gewählten Mandatsträger bis zum Jahresende von kommunalen Entscheidungen ausgeschlossen werden konnten – mit dem Grundsatz der Wahlgleichheit Bayerischen Verfassung für unvereinbar erklärt. Der geänderten Ordnung nach sollten bis zum Ende der Coronakrise verkleinerte Gremien nach dem Vorbild eines Ferienausschusses bis zu drei Monate lang – mit Option auf Verlängerung – eingesetzt werden können. Die Linke hatte den Gleichbehandlungsgrundsatz durch diese Regel-Änderung verletzt gesehen, weil über Monate hinweg in kommunalen Parlamenten kleine Gruppen oder einzelne Mandatsträger aus Entscheidungsprozessen ausgeschlossen hätten werden können. Letztlich würde so nicht mehr das Ergebnis der Kommunalwahl repräsentiert und dadurch der Wille der Wähler missachtet, hatte die Partei argumentiert und reichte daher im März Popularklage ein.

Wahlgleichheit gebrochen

Das Gericht gab der Klägerin recht. Aus dem Grundsatz der Wahlgleichheit folge in der Demokratie das Gebot, die gewählten Abgeordneten unter anderem bei der Ausübung ihrer Rechte gleich zu behandeln, was ebenso für Gemeinderatsmitglieder gelte, begründeten die Richter ihre Entscheidung. Die in der geänderten Gemeindeordnung enthaltenen Bestimmungen stellten eine schwerwiegende Durchbrechung des Grundsatzes der Wahlgleichheit dar. Diese ließe sich nur rechtfertigen, wenn sie zwingend erforderlich wäre, um die vom Gemeinderat wahrgenommenen Aufgaben auch in der Pandemie zu gewährleisten. Es kämen aber etwa Hybridsitzungen, bei denen ein Teil der Gemeinderatsmitglieder der Präsenzsitzung per Ton-Bild-Übertragung zugeschaltet ist, als milderes Mittel in Betracht. Der bayerische Verfassungsgerichtshof betonte, dass für bereits gefasste Beschlüsse solcher verkleinerten Ausschüsse die nun getroffene Entscheidung keine Auswirkungen habe. So sollen Rückabwicklungen vermieden werden. DIE LINKE Bayern wertet die Entscheidung des BayVerfGH als Erfolg für die kommunale Demokratie. Neben der Landesregierung hatten auch die Oppositionsparteien von FDP und SPD der Änderung des Kommunalwahlrechts zugestimmt, die Grünen hatten sich enthalten. **red**

Deutscher Landkreistag:

Pflegereform geht noch nicht weit genug

Die vom Bundeskabinett beschlossene Pflegereform geht nach Auffassung des Deutschen Landkreistages einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung, bleibt aber hinter den kommunalen Erwartungen zurück. „Die angemessene Bezahlung von Pflegekräften ist ebenso richtig wie die Entlastung der Pflegedürftigen. Allerdings sollten wir die Chance für einen echten Systemwechsel nutzen, der Pflegebedürftige und Sozialhilfe bei Kostensteigerungen verlässlich vor einer Überforderung schützt. Hier ist die Pflegeversicherung sehr viel stärker gefordert“, so Präsident Landrat Reinhard Sager.

Der Deutsche Landkreistag habe die Notwendigkeit, pflegebedürftige Menschen bei den pflegebedingten Aufwendungen zu entlasten, wiederholt bekräftigt. „Der vom Bundeskabinett beschlossene prozentuale Leistungszuschlag, den die Pflegekassen – gestaffelt nach der Dauer des Heimaufenthalts – tragen, greift dies auf. Das begrüßen wir“, so Sager. Er sei allerdings zu niedrig. In den ersten zwölf Monaten sei gar kein solcher Zuschlag vorgesehen. „Damit werden bis zu 40 % der Heimbewohner nicht entlastet. Das ist eine offene Flanke des Beschlusses.“

„Zugleich stehen der Entlastung der Pflegebedürftigen neue Belastungen durch die Verbesserungen im Personalbereich gegenüber. Höhere Löhne und ein besserer Personalschlüssel in Pflegeheimen dürfen aber nicht zulasten der Pflegebedürftigen gehen. Sie müssen vollständig von der Pflegeversicherung getragen werden“, forderte Sager.

Stärkung der Pflege zu Hause

Darüber hinaus spreche sich der Deutsche Landkreistag dafür aus, neben dem stationären auch den ambulanten Bereich in den Blick zu nehmen. Hier sollte eine jährliche Anpassung der Leistungsbeträge in die aktuellen Entwürfe aufgenommen werden. „Wir brauchen weitere Maßnahmen zur Stärkung der Pflege zu Hause“, so der DLT-Präsident. „Denn nach wie vor werden 80 % der Pflegebedürftigen zu Hause betreut.“ ❐

BKPV-Geschäftsbericht 2020:

Wirtschaftsförderung und Stellenbemessungsmodelle

Aktuelle Fragen aus der Prüfungs- und Beratungstätigkeit bilden den Schwerpunkt des Geschäftsberichts 2020 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, München. Neben der Kommunalen Wirtschaftsförderung in Corona-Zeiten und der Stellenbemessung in Ämtern für soziale Angelegenheiten stehen das Stellenbemessungsmodell für die Informationstechnik, Änderungen bei der Mischwasserbehandlung sowie der ermäßigte Umsatzsteuersatz für Wasserlieferungen und den Bau von Wasserleitungen auf der Agenda.

In Corona-Zeiten hat die Wirtschaftsförderung bei den Kommunen eine ungeahnte Dynamik und Aktualität erfahren. Die Kommunalpolitik wurde im vergangenen Jahr damit konfrontiert, dass ortsansässige Betriebe, der örtliche Handel und die heimische Gastronomie durch die Auswirkungen der Pandemie in finanzielle Schwierigkeiten gerieten. „Aus zahleichen Anfragen an unsere Geschäftsstelle wird deutlich, dass die Kommunen der örtlichen Wirtschaft Hilfe und finanzielle Unterstützung zukommen lassen wollen. Die dahinterstehende Absicht, der Wunsch nach schneller und unbürokratischer Hilfe vor Ort, ist nachvollziehbar und verständlich, jedoch sind den Kommunen hierbei enge Grenzen gesteckt“, betont der BKPV.

Hohe krisenbedingte Mindereinnahmen

Bedeutsam in diesem Zusammenhang ist aus seiner Sicht auch der Umstand, dass für das laufende Jahr 2021 hohe krisenbedingte Mindereinnahmen die kommunalen Haushalte treffen werden und schon aus diesem Grund kommunale Aktivitäten der Wirtschaftsförderung kritisch zu sehen sind.

„Auch weiterhin sind sowohl Maßnahmen der direkten Wirtschaftsförderung als auch der Arbeitsplatzsicherung oder das fiskalische Interesse an einem höheren Steueraufkommen grundsätzlich keine kommunale Aufgabe“, stellt der Kommunale Prüfungsverband fest. In einem Schreiben des bayerischen Innenministeriums sei nochmals klargestellt worden, dass die Kommunen private Unternehmen auch im Zusammenhang mit der Corona-Krise nicht mit Zuschüssen, zinslosen Darlehen oder Bürgschaften unterstützen dürfen. Parallele kommunale Aktivitäten bürgen zudem die Gefahr einer ungleichmäßigen Verteilung öffentlicher Mittel. „Insbesondere binden sie die finanzielle Kraft der Kommunen, die nach dem Abflauen der Coronapandemie zur Erfüllung kommunaler Aufgaben und damit auch zum Wiederanlaufen der Wirtschaft dringend benötigt wird.“

Zwar zeigten die aufgeführten Unterstützungsmaßnahmen, dass den Unternehmen und Betrieben mittlerweile eine Vielzahl von Hilfen zur Verfügung stehen. Dennoch erreichen den BKPV immer wieder Anfragen zu den Voraussetzungen für eine Übernahme von „coronabedingten“ Ausfallkosten sowie zu möglichen Unterstützungsleistungen durch die Kommunen in unterschiedlichen Bereichen. An weitere Hilfen durch eine Kommune seien jedoch enge Voraussetzungen geknüpft, die kumulativ erfüllt sein müssen:

- Die Unterstützungsmaßnahme muss der Aufgabenerfüllung des eigenen Wirkungskreises dienen.
- Bei coronabedingten Ausfallkosten darf die Zahlung keine direkte Wirtschaftsförderung darstellen.
- Der Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit ist bei der Erfüllung freiwilliger Aufgaben einzuhalten.
- Die Betroffenen müssen nachweisen, dass trotz Ausschöpfung anderweitiger finanzieller Unterstützungsmaßnahmen (und zur Verhinderung von Doppelleistungen) weiterhin eine finanzielle Notlage besteht.
- Nachdem der Übernahme von coronabedingten Ausfallkosten in der Regel keine Gegenleistung gegenübersteht, können derartige Zahlungen bestenfalls dazu dienen, Leistungsstrukturen für die Zukunft zu erhalten. Darin liegt aber nach BKPV-Auffassung lediglich eine mittelbare Erfüllung öffentlicher Aufgaben.

Gut gemeint, doch rechtlich kritisch

Diese Kriterien werden im BKPV-Geschäftsbericht anhand von praktischen Fällen (Schülerbeförderung/Schulbusverträge, Schülerheime, private Musikschulen, private Bäderbetriebe, kommunale Gutscheinaktionen, digitale Austauschplattformen für Kommunen) erläutert. Dazu heißt es: „Es ist uns ein Anliegen, den Kommunen in dieser Zeit ein Werkzeug an die Hand zu geben, um vergleichbare Sachverhalte rechtlich einordnen zu können und ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass vieles zwar ‚gut gemeint‘ ist, jedoch rechtlich kritisch zu sehen oder sogar als unzulässig einzustufen ist. Kommunale Amtsträger und Gremien sollen sensibilisiert werden, die geplanten Aktivitäten in diesem Bereich zu hinterfragen und in dem rechtlich zulässigen Rahmen abzuwickeln.“

Mit Blick auf einen weiteren Beratungsschwerpunkt, nämlich das „Stellenbemessungsmodell für die Informationstechnik“, weist der Prüfungsverband auf die „unbestrittene Notwendigkeit der Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie für Kommunen“ hin. Allerdings sollte in der Digitalisierungsstrategie klar definiert sein, welche Ziele bis zu welchem Zeitpunkt erreicht werden sollen. Empfohlen wird daher, eine Digitalisierungsstrategie mit einer mittelfristigen Vorhabenplanung und den benötigten Ressourcen (insbesondere den personellen und finanziellen Mitteln) zu erarbeiten und diese den zuständigen politischen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

Handlungsfelder

Beispielhaft genannt bestehen bei Kommunen derzeit folgende Handlungsfelder mit hoher Priorität:

- Mobiles Arbeiten und Homeoffice, um den Beschäftigten flexible und zukunftsorientierte Arbeitsmöglichkeiten anzubieten
- Standards des Datenmanagements, um eine Aufbereitung von strukturierten und gegebenenfalls unstrukturierten Daten aus vielen Fachbereichen für Analyse und Steuerungszwecke zu ermöglichen (Stichworte: Business Intelligence bzw. Data-Warehouse)
- Digitale Verwaltung und E-Government mit Basiskomponenten zur sicheren Authentifizierung (z.B. digitales Bürgerkonto mit persönlicher Bayern-ID, digitales Unternehmenskonto mit Elster-ID), zur sicheren Kommunikation (E-Postkorb) und mit einer sicheren Bezahlfunktion (E-Payment) und der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes
- Elektronische Aktenführung (z.B. Dokumentenmanagement und elektronische Archivierung)
- Empfang und Verarbeitung von E-Rechnungen sowie
- Informationssicherheit

Gestiegene Erwartungen, begrenzte Personalressourcen

Laut BKPV fordern und fördern die knappen finanziellen Ressourcen, die technologische Entwicklung sowie die gestiegenen Erwartungen der Bürger an die Bereitstellung der Verwaltungsdienstleistungen die interkommunale Zusammenarbeit. Diese habe sich zwischen einzelnen Gemeinden bewährt, „wenn aufgrund der Aufgabenmenge entsprechend große Einheiten entstehen, wie dies bereits seit vielen Jahren in Form der Landkreisbehördennetze in vielen Fällen erfolgreich umgesetzt wurde“.

Allerdings sei dies bei der interkommunalen Zusammenarbeit mehrerer kleiner kreisangehöriger Kommunen selten der Fall, weil der Stellenbedarf auch dann häufig nicht über eine Vollzeitstelle hinausgeht. Bei derart begrenzten Personalressourcen könnten personalwirtschaftliche Risiken, wie z.B. Engpass,- Ausfall- oder Anpassungsrisiken damit kaum kompensiert werden. Im Gegenteil: Die Auswirkungen eines Ausfalls beträfen in diesen Fällen dann nicht nur eine, sondern mehrere Kommunen.

Der BKPV empfiehlt daher, „bei der Bildung von Kooperationen im Bereich der IT den Stellenbedarf bei der Entscheidung zu berücksichtigen. Bei einem Zusammenschluss mehrerer Kommunen sollte der Aufgabenumfang eine Personalstärke von mehreren Kräften ergeben. Ein weiterer interessanter Ansatz bei der interkommunalen Zusammenarbeit wäre die gegenseitige Vertretung der IT-Sachbearbeiter mehrerer kleiner Kommunen.“

Neues Regelwerk zur Mischwasserbehandlung

Hinsichtlich der Frage „DWA-A/M 102 statt A 128: Was ändert sich bei der Mischwasserbehandlung?“ weist der Kommunale Prüfungsverband darauf hin, dass für die Einleitungen von Mischwasser aus dem Kanalnetz in die Vorfluter es nach § 8 WHG einer wasserrechtlichen Erlaubnis bedarf. Um diese zu erlangen, muss die Kommune nachweisen, dass Menge und Schädlichkeit des Abwassers so geringgehalten wird, wie dies bei Einhaltung der jeweils in Betracht kommenden Verfahren nach dem Stand der Technik möglich ist (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 WHG). Technische Grundlage für diesen Nachweis war seit April 1992 das DWA-Arbeitsblatt 128 „Richtlinien für die Bemessung und Gestaltung von Regenentlastungen in Mischwasserkanälen“. Dieses Arbeitsblatt wurde im Dezember 2020 durch ein gemeinsames Regelwerk der DWA und des BWK abgelöst.

Das neue Regelwerk integriert auch den Umgang mit Regenwasser aus Trenngebieten und verfolgt damit einen ganzheitlichen Ansatz. „Auch wenn für den Nachweis der Mischwasserbehandlung mit dem Parameter AFS63 eine neue Zielgröße eingeführt wird, ändert sich der Berechnungsgang nicht grundlegend. Auswirkungen auf den Nachweis ergeben sich durch die Einführung von Verschmutzungskategorien der Flächen sowie durch die explizite Berücksichtigung des Stoffrückhalts der Entlastungsanlagen und der abflussmindernden Wirkung bestimmter Flächenarten. Auf die detaillierte Erfassung und Bewertung der Einzugsgebietsflächen muss daher bei der Grundlagenermittlung noch größeres Gewicht gelegt werden“, urteilt der BKPV.

Der vereinfachte Nachweis werde künftig auf wenige Ausnahmefälle beschränkt sein. Das Nachweisverfahren mittels Schmutzfrachtsimulation werde zur Standardanwendung. Vor dem Bau zusätzlichen Speichervolumens sollten die Möglichkeiten zur Abkoppelung von Flächen, der Versickerung und des Rückhalts von Regenwasser und der Verbesserung beim Stoffrückhalt geprüft werden.

Fazit: „Der Nachweis nach dem neuen Arbeitsblatt verbessert die Möglichkeiten, diese Maßnahmen zu bewerten und im Sinne einer ganzheitlichen und wirtschaftlichen Regenwasserbehandlung zu nutzen.“ Grundsätzlich müsse der Nachweis der Mischwasserbehandlung nach Erscheinen des A 102 im Dezember 2020 auf dieser Grundlage durchgeführt werden. Dies könne insbesondere auch Auswirkungen auf sich bereits in Arbeit befindliche Nachweise haben. **DK**

GZ KOLUMNE Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

die Globalisierung macht die Welt zu einem Dorf. In der Verantwortung für die künftigen Generationen müssen wir uns dieser Aufgabe stellen. Der Klimawandel, die Corona-Pandemie sowie die Weltwirtschaftspolitik sind globale Herausforderungen, die voll auf die Politik vor Ort durchschlagen. Das Stichwort dazu lautet: kommunale Entwicklungszusammenarbeit.

Entwicklungsarbeit ist nicht nur Bestandteil der internationalen Politik. Sie beginnt bereits auf kommunaler Ebene. Durch die Entwicklungszusammenarbeit mit Kommunen und Organisationen in anderen Ländern können dabei die globalen Herausforderungen gemeinsam vor Ort angegangen werden.

Die Kommunen spielen als erste politische Verwaltungsinstanz eine zentrale Rolle für eine nachhaltige Entwicklungspolitik. So engagieren sich die bayrischen Kommunen schon jetzt stark in der Entwicklungszusammenarbeit und übernehmen Verantwortung in der Welt.

Bayerns Kommunen zeigen globale Verantwortung

Unser Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, und die KPV setzten sich seit Jahren für aktive Entwicklungspolitik der Kommunen ein. Unsere Kommunen haben durch zahlreiche Projekte bewiesen wie fruchtbar kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist. Diese wertvolle Arbeit sollte von Bund und Land weiter unterstützt und noch mehr gefördert werden.

Die kommunalen Spitzenverbände haben so z. B. unter der Schirmherrschaft von Bundesminister Dr. Gerd Müller die Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ ins Leben gerufen. Seitdem wurden allein aus dem Landkreis Donau-Ries, durch das Engagement von Kommunen, Privatpersonen und Unternehmen, bereits rund 40 Projekte initiiert. Deutschlandweit sind so bereits über 140 Schulprojekte über unsere Gemeinschaftsinitiative gestartet, bzw. umgesetzt worden.

Das Beispiel zeigt: Kommunen können zu echten Experten für die Entwicklungszusammenarbeit werden. Grundlegende Herausforderungen in Schwellen- und Entwicklungsländern sind Trinkwasserversorgung, die Müllentsorgung sowie den Bau von Schulen, Kliniken und Straßen. Unsere Kommunen haben hierzu einen großen Erfahrungsschatz, den sie mit einbringen können.

Durch Entwicklungsarbeit von Kommunen werden nicht nur die Lebensbedingungen der Menschen in anderen Ländern verbessert. Es findet so auch ein gegenseitiger und partnerschaftlicher Austausch zwischen den Kommunen statt, sodass beide Seiten davon profitieren können.

Darüber hinaus legt die nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit einen wichtigen Grundstein, um der wachsenden Zahl der Weltbevölkerung und den globalen Herausforderungen aktiv entgegen zu wirken.

Unsere Kommunen können so Perspektiven vor Ort schaffen und die Welt zu einem Dorf der Zusammenarbeit machen.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries



Entwurf für Nationale Wasserstrategie

Im Rahmen des 3. BMU-Wasserforums hat Bundesumweltministerin Svenja Schulze ihren Entwurf für eine Nationale Wasserstrategie vorgelegt. Damit sollen die natürlichen Wasserreserven Deutschlands gesichert, Vorsorge gegen Wasserknappheit geleistet, Nutzungskonflikte vorgebeugt, sowie der Zustand der Gewässer und die Wasserqualität verbessert werden. Mit dem zugehörigen Aktionsprogramm nimmt Schulze alle beteiligten Akteure in die Pflicht, bis 2050 für einen nachhaltigen Umgang mit Wasser zu sorgen.

Grundlage des Entwurfs sind die Ergebnisse eines zweijährigen Nationalen Wasserdialogs. Mehr als 200 Teilnehmende aus Wasserwirtschaft, Landwirtschaft und Forschung, aus Verbänden, Ländern und Kommunen haben in diesem Rahmen zusammen mit dem BMU die wichtigsten Herausforderungen und Ziele für die Entwicklung der Wasserwirtschaft zusammengetragen. Der Nationale Bürgerdialog „Wasser“ hat weitere Ideen beigesteuert und die Forderungen der Bevölkerung an die Politik gesammelt.

Die Nationale Wasserstrategie des BMU gliedert sich in zehn strategische Themenbereiche, die die nötigen Ziele und Maßnahmen umreißen. Im Kern des Entwurfs steht die Daseinsvorsorge. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen auch in Zukunft auf sichere, bezahlbare und leistungsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zählen können. Der Fokus liegt aber auch auf der Vorsorge für Tiere und Pflanzen. Gesunde Gewässer und ein funktionsfähiger Wasserhaushalt sind zentrale Voraussetzungen für den Erhalt einer vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt. Der Strategieentwurf betont überdies die Bedeutung einer sicheren Versorgung mit Wasser und einer hohen Qualität unser Gewässer als Wirtschaftsfaktor.

Aktionsprogramm

Ein umfassendes Aktionsprogramm ergänzt den Entwurf der Nationalen Wasserstrategie des BMU. 57 Maßnahmen sollen bis 2030 schrittweise umgesetzt werden. Dazu zählen:

• Datenbasis erweitern, Prognosefähigkeit stärken: Die Behörden von Bund und Ländern müssen genauer vorhersagen können, wo Wasser in Zukunft verfügbar ist und wo es gebraucht wird. Mehr und bessere Daten sollen Vorhersagen ermöglichen, in welchen Regionen das Wasser knapp werden könnte. Das BMU unterstützt die Forschung und Entwicklung von Datenbanken, Prognosen und Szenarien.

• Regeln für Nutzungskonflikte entwickeln und festlegen: In einem Beteiligungsprozess von Bund und Ländern sollen Empfehlungen und Kriterien entstehen, wer im Fall von regionaler Wasserknappheit vorrangig Wasser nutzen darf (Wassernutzungshierarchie). Von der Bundesebene kommt die generelle Orientierung, die Kriterien können regional angepasst und näher ausgestaltet werden. Gemeinsam mit seinen Partnern entwickelt das BMU Vorsorgemaßnahmen zur langfristigen Sicherung der Wasserversorgung und Krisenmaßnahmen für Extremereignisse.

• Überregionale Wasserversorgung etablieren: Der Grundsatz einer möglichst ortsnahen Wasserversorgung soll auch in Zukunft gelten. Ergänzend werden aber Verbundnetze und Fernleitungen nötig sein, die regionale Unterschiede in der Wasserverfügbarkeit ausgleichen. Das BMU wird gemeinsam mit den Ländern den Bedarf für solche Systeme der überregionalen Wasserversorgung bundesweit erheben. Erforderliche Flächen und Trassen sollen in Raumordnungsplänen vorsorglich ausgewiesen werden.

• Abwasserabgabe am Verursacherprinzip ausrichten: Das BMU wird die Abwasserabgabe so neugestalten, dass sie stärkere Anreize für eine weitere Verringerung der Gewässerverschmutzung durch kommunales und industrielles Abwasser setzt. Die Einnahmen können unter anderem genutzt werden, um Kläranlagen mit einer vierten Reinigungsstufe auszustatten.

• „Smarte Wassertarife“: Oft ist nicht die insgesamt nachgefragte Menge das Problem, sondern der Leitungsdruck, wenn zu viel Wasser zur selben Zeit nachgefragt wird. Wenn man weiß, wann die Nachfrage gering ist, kann Wasser günstiger angeboten werden. Im Ergebnis würden die Verbraucher zum Beispiel ihre Waschmaschine zu Zeiten laufen lassen, in denen weniger Wasser gebraucht wird. Um flexibler auf die jeweilige Wassernachfrage reagieren zu können, entwickelt das BMU in einem Pilotprojekt neue „smarte“ Lösungen für einen nachhaltigen Umgang mit Wasser.

• Überwachung des Abwassers mit Blick auf Gesundheitsgefahren: Spuren von Viren können mittlerweile im Abwasser gut nachgewiesen werden. An ihrer Konzentration kann man erkennen, ob die Infektionszahlen an einem Ort anziehen oder abflachen, und zwar früher als über Tests beim Menschen. Wie ein bundesweites Monitoring aussehen könnte, untersucht die Bundesregierung gerade in einem Pilotprojekt.

• Wassersensible Städte bauen: Gemeinsam mit den Kommunen und den Fachverbänden entwickelt das BMU ein Konzept für eine gewässersensible Stadtentwicklung („Schwammstadt“). Die bestehenden technischen Regeln werden daraufhin überprüft, ob sie zum Erhalt des natürlichen Wasserhaushalts, Klimaanpassung und Stadtnatur beitragen, und wo nötig überarbeitet.

• Neue Hilfen des Bundes mit einem Gesamtvolumen von einer Milliarde Euro über die kommenden zehn Jahre sollen Länder und Kommunen dabei unterstützen, den ökologischen Zustand der Gewässer zu verbessern und ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel zu erhöhen. Das Geld soll für Renaturierungsmaßnahmen, den Abbau von Hindernissen für wandernde Arten, die Beschattung von Gewässern gegen Erwärmung und die Rückgewinnung bzw. Schaffung natürlicher Speicher als Vorsorge gegen Trockenheit verwendet werden. Auch eine Förderung des Ausbaus von Kläranlagen mit zusätzlichen Reinigungsstufen soll ermöglicht werden, um Spurenstoffe besser herausfiltern zu können.

Gebündelte Kräfte

Der Entwurf für eine Nationale Wasserstrategie bündelt laut Schulze die Kräfte von Bund, Ländern und Kommunen sowie Forschung, Zivilgesellschaft und Wasserwirtschaft. „Mein Ziel ist, dass auch in 30 Jahren sauberes Wasser immer und überall in Deutschland ausreichend verfügbar ist.“

Nach Auffassung von Wolf Merkel, DVGW-Vorstand Wasser, „macht das Bundesumweltministerium mit der Vorlage seiner Nationalen Wasserstrategie deutlich, dass es einen hohen Handlungsbedarf zur künftigen Sicherung der Trinkwasserversorgung in Deutschland gibt. Die heute schon spürbaren Auswirkungen des Klimawandels auf unsere Wasserressourcen, aber auch die Schadstoffeinträge in die Gewässer sind ernst zu nehmende Gefahren, denen wir uns dringend stellen müssen. Der DVGW befürwortet daher die Ziele und die auf Vorsorge gerichteten Handlungsansätze der Wasserstrategie. Denn Trinkwasser ist eine wichtige Säule der Daseinsvorsorge und muss auch zukünftig jederzeit verfügbar, hygienisch einwandfrei und bezahlbar bleiben.“

Unterstützung mit umfangreichem Know-how

Der DVGW, der die Belange der Wasserwirtschaft in den Strategieprozess eingebracht hat, werde die Umsetzung der Wasserstrategie durch sein umfangreiches Know-how auch weiter aktiv unterstützen, betonte Merkel. „Die Innovationen des DVGW-Zukunftsprogramms Wasser, das sich auf die Themenfelder Wasserqualität und -dargebot sowie Infrastrukturen fokussiert, werden hierfür konkrete Lösungen liefern. Nutzbare Prognosemodelle, die Aufstellung von Regeln für den Umgang mit Nutzungskonflikten in Trockenperioden, die Stärkung des Verursacherprinzips zum Schutz der Gewässer und die Anpassung der Infrastruktur sind für uns die zentralen Handlungsfelder für eine hohe Versorgungssicherheit in der Zukunft, in denen die Wasserstrategie greifen muss. Der DVGW wird deren Ausgestaltung und Umsetzung eng begleiten.“ **DK**

Ist Wasser das ...

(Fortsetzung von Seite 1)

an vielen Stellen konfliktbehaftet. Wir müssen dafür sorgen, dass bestehende Schutzgebiete nicht aufgegeben und entsprechende Vorranggebiete erhalten bleiben. Denn jedes Gebiet, das einmal umgenutzt wurde, ist unwiederbringlich verloren.

GZ: Was halten Sie von Entwicklungen wie dem Schwammstadt-Prinzip?

Grambow: *Schwammstadt ist zwar eine der wesentlichen Antworten auf den Klimawandel, löst aber nicht die Trinkwasserfrage. Sie bekommen Grün in die Stadt und Abkühlung. Im Übrigen wird mit dem Klimawandel Schatten die neue Währung.*

GZ: Blicken wir in die Zukunft: Welche Maßnahmen sind jetzt zu ergreifen? Ist der rechtlich gesicherte Vorrang der öffentlichen Trinkwasserversorgung jederzeit gewährleistet?

Merkel: *Am Rechtsrahmen für Trinkwasser im Wasserhaushaltsgesetz müssen wir nicht viel ändern. Allerdings sehen wir bei der Zuordnung bestimmter Wassermengen vor Ort wachsendes Konfliktpotenzial. Hier konkurrieren häufig wirtschaftliche und ökologische Interessen. Allein die Behandlung von Wasserrechtsanträgen zahlreicher Versorger dauert hierzulande immer länger. Hier müssen die Wasserbehörden den Vorrang der Wasserversorgung in der Praxis schneller umsetzen, auch bei widerstreitenden Interessen.*

Grambow: *Die Trinkwasserversorgung in toto hat absolute Priorität. Andererseits müssen wir aber auch unser Gesamtökosystem stabil halten. Die Gesellschaft fordert gerne hundertprozentige, fast totalitäre Priorisierungen für das jeweils als wichtig Empfundene. Die Kunst liegt aber darin, alle legitimen Belange so unter einen Hut zu bringen, dass sie nachhaltig nutzbar bleiben. Die Wasserwirtschaft sucht hier gemeinsam mit ihren Partnern nach vernünftigen Lösungen.*

GZ: Auch die Neiddebatte spielt hier eine Rolle.

Merkel: *Das ist richtig. Wir beginnen deshalb jetzt mit der Erarbeitung überregionaler Wasserversorgungskonzepte, die mit entsprechenden Plänen der Kommunen unterlegt werden. In diesen Prozess eingebunden sind letztlich alle Akteure, die Wasser benötigen.*

Grambow: *Einer der Gründe, weshalb wir uns global mit dem Schutz des Wassers schwertun, hängt auch mit einem weltweit gültigen Phänomen zusammen: mit knappen Gütern wird leichter Geld verdient. In manchen südlichen Ländern wie beispielsweise Indien oder Brasilien wird Wasserschutz manchmal aus wirtschaftlichen Gründen ruiniert, weil mit Wasserknappheit weitaus mehr Geld zu verdienen ist.*

GZ: Wie steht es denn um den Fachkräftebedarf im Trinkwasserbereich?

Merkel: *Das Thema demografischer Wandel und Fachkräftemangel betrifft auch unsere Branche. Es gab einzelne Bundesländer, die ganze Verwaltungsebenen gerade im wasserwirtschaftlichen Bereich abgeschafft haben. Das hat dazu geführt, dass wir jetzt auch branchenübergreifend dringend junge Leute brauchen. Hinzu kommt, dass die Wasserwirtschaft über viele Jahre nicht unbedingt als attraktiver Arbeitgeber auf sich aufmerksam gemacht hat. Hier findet gerade eine Kurskorrektur statt. Auch der DVGW hat spezielle Programme für die Nachwuchsgewinnung der Branche aufgelegt.*

Wasser-Impuls des DVGW

GZ: Der DVGW hat den Wasser-Impuls initiiert. Worum handelt es sich hier?

Merkel: *Wir haben den Wasser-Impuls vor zwei Jahren auf den Weg gebracht. Er hat zu einem gesteigerten Bewusstsein für den Wert des Wassers in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft beigetragen. Die konsequente Fortsetzung dieser wichtigen Plattform ist das soeben vorgelegte DVGW-Zukunftsprogramm Wasser, ein Innovationsprogramm zur Sicherung der Wasserversorgung. Unter dem Leitmotiv „Zukunft Wasser: Eine sichere Ressource für uns alle“ wird gemeinsam mit Mitgliedern und Partnern in den kommenden drei Jahren eine strategische Agenda verfolgt. Damit soll den großen Herausforderungen der Wasserwirtschaft begegnet werden. Dazu zählen vor allem die Ressourcenverknappung durch den Klimawandel, die Gefährdung der Wasserqualität angesichts zunehmender Schadeinträge sowie der hohe Anpassungsbedarf der Infrastruktur im Sinne eines modernen Asset Managements.*

GZ: Ihre abschließende Botschaft, Herr Professor Grambow?

Grambow: *Die entscheidende Frage ist: Wie gehen wir als Gesellschaft mit Wasser um? Sauberes Wasser in einer funktionierenden Natur hat einen enorm hohen Wert für uns. Wir verfügen über ein qualitativ hervorragendes Trinkwasser, gesundes Wasser aus dem Wasserhahn ist für uns selbstverständlich. Und auch in unseren Seen kann in aller Regel gebadet werden. Das ist ein großer Reichtum für ganz kleines Geld, den wir uns erhalten sollten.* **DK**

Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder:

Länder müssen Verantwortung übernehmen

Deutscher Städtetag und DStGB zur Finanzierung des Rechtsanspruchs

Der Deutsche Bundestag hat den Entwurf des Gesetzes zur Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder verabschiedet. Mit dem Gesetz soll eine Betreuungslücke geschlossen werden, die nach der Kita-Zeit für viele Familien wieder aufklafft, wenn die Kinder eingeschult werden. Die Bundesregierung hatte das Vorhaben für mehr Vereinbarkeit und mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung Anfang Mai auf den Weg gebracht. Als nächstes wird der Bundesrat Ende Juni erneut über den Gesetzentwurf beraten.

Ab August 2026 sollen zunächst alle Grundschulkinder der ersten Klassenstufe einen Anspruch erhalten, ganztägig gefördert zu werden. Der Anspruch wird in den Folgejahren um je eine Klassenstufe ausgeweitet. Damit hat ab August 2029 jedes Grundschulkind der Klassenstufen 1 bis 4 einen Anspruch auf ganztägige Betreuung.

Wie Städtetagspräsident Burkhard Jung darlegte, appelliert sein Verband an die Länder, für den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder Verantwortung zu übernehmen und sich maßgeblich finanziell zu beteiligen: „Wir erwarten von den Ländern ein klares Bekenntnis, die Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder maßgeblich mitzufinanzieren. Die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten müssen zu ihrer Verantwortung stehen. Wenn das Gesetz, auf das sich die Koalition jetzt geeinigt hat, heute den Bundestag passiert, bleibt eine milliardenschwere Finanzierungslücke. Diese Last darf nicht an den Kommunen hängen bleiben. Wenn auch die Länder den Rechtsanspruch wollen, müssen sie die Kosten abdecken, die der Bund nicht trägt. Hier gilt ganz klar: Wer bestellt, bezahlt.“

Es fehlt an Geld, Personal und Räumen

Die Betreuungslücke für Kinder im Übergang von Kita und Schule zu schließen, vor allem in Westdeutschland, ist aus Sicht des Deutschen Städtetags richtig. „Es hilft den Familien und verbessert die Bildungschancen der Kinder. Aber neben der unzureichenden Finanzierung bleibt es auch eine riesige Herausforderung, bis dahin genügend Personal zu finden und die geeigneten Räumlichkeiten zu schaffen“, so Jung.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund appelliert an Bund und Länder, den vorgesehenen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder im Kinder- und Jugendhilfegesetz in der jetzt vorliegenden Form nicht umzusetzen. Der Verband warnt davor, den Eltern Versprechungen zu machen, die unter den aktuellen Rahmenbedingungen voraussichtlich in absehbarer Zeit nicht erfüllt werden können.

Das gesellschaftspolitische Ziel, auch in der Grundschule eine Ganztagsbetreuung anzubieten, sei ohne Zweifel richtig. Es dürfe beim Wechsel von der Kindertageseinrichtung zur Grundschule für Familien keinen Bruch geben. Bereits jetzt bauten die Kommunen daher im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Ganztagsangebote für Grundschulkinder in Schulen und Horten massiv aus. Ob zu diesem Zweck ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder eingeführt werden soll, sei allerdings vorrangig eine Angelegenheit der Länder, die für die schulische Bildung verantwortlich sind. Den Ländern sollte die Entscheidung zu kommen, ob die Rechtsansprüche jeweils im Schul- oder Kinder- und Jugendhilfegesetz des jeweiligen Landes geregelt werden sollten.

„In jedem Fall erwarten die Kommunen eine vollständige Finanzierung der zusätzlichen Belastungen für die kommunale Ebene. Sowohl die Investitionskosten als auch – in noch weitaus höherem Maße – die laufenden Betriebskosten sind durch dieses Gesetz nicht gedeckt. Bleibt es bei den Ankündigungen des Bundes und der Länder, müssten die Kommunen in den nächsten Jahren, bei ohnehin schon stark belasteten Haushalten, jährlich zusätzliche Kosten in Höhe von mehreren Milliarden Euro zusätzlich schultern“, betont der DStGB.

Neben der Finanzierungsfrage sei zudem die Personalfrage nicht gelöst. Angesichts des bereits jetzt bestehenden Personalmangels im Bereich erzieherischer Berufe werde es nicht gelingen können, bis 2030 rund 800.000 zusätzliche Ganztagsplätze zu schaffen. Zumal im Hinblick auf die demografische Entwicklung in den nächsten Jahren auch viele Betreuerinnen und Betreuer das Rentenalter erreichen werden. Derzeit werden jährlich rund 35.000 Fachkräfte ausgebildet. Um den Bedarf zu decken, müsste die Zahl der jährlich ausgebildeten Fachkräfte mit rund 85.000 mehr als doppelt so hoch sein. **DK**

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek:

Ambulante Badekur ist künftig Pflichtleistung der Krankenkassen

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek begrüßt die Entscheidung des Deutschen Bundestags, die ambulante Badekur künftig zu einer Pflichtleistung der Krankenkassen zu machen. Holetschek betonte in München anlässlich der Verabschiedung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) im Bundestag.

„Ich freue mich sehr, dass der Bundestag endgültig den Weg für die ambulante Badekur als Pflichtleistung frei gemacht hat. Bayern hat lange dafür gekämpft. Der Freistaat ist mit seinen Heilbädern und Kurorten Bäderland Nummer 1 – für uns haben Kuren einen ganz besonderen Stellenwert.“

Das GVWG sieht eine entsprechende Änderung im Krankenversicherungsrecht vor. Das Gesetz bedarf noch der Zustimmung durch den Bundesrat. Holetschek erläuterte: „Damit wird klargestellt, dass Versicherte einen gesetzlichen Anspruch auf diese wertvollen Vorsorgemaßnahmen haben.“ Die ambulanten Vorsorgeleistungen in anerkannten Kurorten nach § 23 Abs. 2 SGB V hatten in den vergangenen Jahren regelmäßige Rückgänge zu verzeichnen. Mit der Gesetzesänderung soll es wieder mehr ambulante Vorsorgeleistungen geben.

Auch dass die Rolle der Länder in der Krankenhausplanung gestärkt wurde, verbucht Holetschek als bayerischen Erfolg. ❐

Smart Cities & Regions:

Expertenworkshop erörtert digitale Potenziale

Mit dem Ziel, die bayerischen Kommunen fit für die digitale Transformation zu machen, möchte das Zentrum Digitalisierung. Bayern (ZD.B) den Wissensaustausch in Bayern befördern und die Umsetzung digitaler Aktivitäten unterstützen. Damit eine höhere Transparenz regionaler „Smart Cities & Regions" (SCR)-Aktivitäten geschaffen und die Akteure in den bayerischen Regionen besser vernetzt werden können, veranstalteten die SCR-Themenplattform des ZD.B sowie das Beratungs- und Projektentwicklungsunternehmen atene KOM virtuelle Multiplikatoren-Workshops in vier bayerischen Regionen.

Zum Abschluss traf sich eine Expertenrunde aus Oberbayern im digitalen Raum, um Bedarfe im Kontext der Digitalisierung zu erörtern und künftige Handlungsschritte für die Region einzuleiten. Akteure aus den Bereichen der Regionalentwicklung und Standortmarketing sowie der Digitalisierung/Smart Cities & Regions waren eingeladen, digitale Potenziale der Region zu eruieren.

Relevante Themenfelder

In Kleingruppen wurden digitale Herausforderungen und Ansätze in den für Oberbayern relevanten Themenfeldern „Mobilität", „Informationstechnologie", „Tourismus" und „Verwaltung" besprochen, bereits bestehende Kontakte vertieft und neue Initiativen kennengelernt. Folgende nennenswerten Aspekte wurden genannt:

• Laptop und Lederhosen 2.0: Wir brauchen eine Vision: Im Kern fehlt es an einem innovativen Zukunftsradar im Freistaat, an dem sich alle weiteren Prozesse ausrichten können.

• Transparenz bei der Sammlung von Daten! Sie sind das neue Gold und Öl unserer Zeit und müssen transparent und ehrlich gesammelt werden. Hierfür bedarf es eines offenen Umgangs und eines Open Data Portals.

• Schnittstellen, Standards und zentrale Angebote müssen durch den Freistaat geschaffen werden: Bereits etablierten Strukturen und vorhandene Standardisierungsansätze ermöglichen eine gute Orientierung. Kompatibilität der Lösungen sollte Beachtung finden.

• Interregionale Zusammenarbeit leben! Die Herausforderungen der Kommunen halten nicht an der Stadtgrenze und können sinnvoller und effektiver gemeistert werden, wenn man Nachbarregionen mit einbezieht. Auf diese Weise lässt sich für diese Regionen Wertschöpfung generieren und sogar steigern.

• Digitalisierung ist nicht nur ein Technologiewandel, sondern ein Kulturwandel! Die Kommunikation und Teilhabemöglichkeiten in Kommunen sollten innovativer und zielgruppengerechter gestaltet werden.

• Es braucht eine Unterstützergesellschaft seitens des Freistaates für SCR-interessierte Kommunen: Die derzeitige „Durchwurschtel-Mentalität", gepaart mit der Finanznot in Kommunen erschwert ein einheitliches und flächendeckendes Vorgehen bei der digitalen Transformation.

Ein weiterer Schwerpunkt des Multiplikatoren-Workshops lag darin, gemeinsam mit den Teilnehmern, die thematische Ausrichtung einer möglichen zukünftigen Kampagne zum Thema „Smart Cities & Regions" für Bayern auszuarbeiten. Ziel der Kampagne ist die Vernetzung regionaler Smart City Praxisbeispiele sowie lokaler Netzwerkinitiativen. Durch die Kampagne sollen Akteure zum Dialog über und letztlich zur erfolgreichen Umsetzung smarter Projektideen in Bayern motiviert werden.

Im vergangenen Jahr stand die sektorübergreifende Betrachtung und Vernetzung von insgesamt 16 Handlungsfeldern im Bereich Smart Cities and Regions im Mittelpunkt von zehn modellhaft durchgeführten Digitalisierungskonzepten. Damit sollen bayerische Gebietskörperschaften in die Lage versetzt werden, ein systematisches Steuerungsinstrument für ihre strategische Stadt- bzw. Regionalentwicklung zu nutzen.

SDDI-Modellregionen

Darüber hinaus wurde 2020 in den sechs Modellregionen Stadt Garching, Stadt Grafing, Landkreis Freyung-Grafenau, Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab, Stadt Haßfurt und Landkreis Wunsiedel die Nutzung einer offenen geobasierten Dateninfrastruktur (SDDI) aufgebaut. Ziel war es, anhand international anerkannter Standards und offener Schnittstellen das Zusammenspiel unterschiedlicher Software-Systeme in und zwischen Verwaltung, Unternehmen, Organisationen zu ermöglichen. Für 2021 werden zehn weitere Gebietskörperschaften gesucht.

Die Möglichkeiten von Digitalisierung und Virtualität für unsere Welt verstehen und richtig einsetzen zu können, setzt neue Denk- und Handlungsweisen voraus. Hierfür müssen neben technologischen Fragestellungen in zunehmendem Maße konzeptionelle Überlegungen zum Einsatz digitaler Lösungen in Bereichen wie Mobilität, E-Learning, Produktentwicklung oder Marketing angestoßen werden.

Dialog über die Chancen von Digitalisierung und Virtualität

Der Verein Virtual Innovation Forum hat es sich nach Angaben des Vorstands und Clustermanagers Smart-City/Mobility, Helmut Walter, zur Aufgabe gemacht, einen Dialog über die Chancen von Digitalisierung und Virtualität für Wirtschaft und Gesellschaft in einem Netzwerk mit technologie- und branchenübergreifenden Partnern anzustoßen. Nur im Verbund und unter Einbeziehung aller relevanten Akteure werde dieser Dialog zu einem Erfolg führen.

Das Grobkonzept von VI Forum & ZD.B umfasse den Ausbau einer zentralen Smart-City/Mobility Struktur als Serviceorganisation für die Kommunen. Die zentrale Organisation (ZO) ist organisatorisch in staatlicher Hand, jede Kommune kann teilnehmen, oder den Blue-Print verwenden. Walter zufolge kann Bayern über dieses Modell zur weltweit ersten flächendeckend versmarteten Region dieser Größe werden. „Damit geben wir Standards vor und ziehen die Wirtschaft an."

Infrastruktur für die Zukunft

Mit ihrer langjährigen Erfahrung in der Fördermittel- und Kommunalbetreuung begleitet atene KOM – Agentur für Kommunikation, Organisation und Management - aus Berlin den öffentlichen Sektor bei der Projektentwicklung in den Bereichen Bildung, Digitalisierung, Mobilität, Gesundheit und Energie. Das Unternehmen bringt laut Katarzyna Stanek Kommunen, Landkreise und Unternehmen zusammen und entwickelt die Infrastruktur für die Zukunft. Die Stärkung des ländlichen Raums stehe im Vordergrund.

Wie Stanek erläuterte, fehle es in einigen Regionen noch immer an einer superschnellen digitalen Infrastruktur. Zwar sei diese vorhanden, jedoch gebe es keine Nachfrage, weil es an digitalen Kompetenzen mangle. In vielen Lebensbereichen fänden digitale Dienste noch keine Anwendung, weil die Akzeptanz von Internetdiensten fehlt.

AKDB:

Impactanalyse zum 50-jährigen Jubiläum

Seit 50 Jahren unterstützt die AKDB Kommunen bei der Digitalisierung. So erschließt sie über ganzheitliche Ansätze ebenenübergreifend Effizienzpotenziale für die öffentliche Verwaltung. Die wirtschaftliche Bedeutung der AKDB geht dabei weit über die Zahl der eigenen Umsätze und Beschäftigten an ihren Standorten hinaus. Eine aktuelle Studie der IW Consult GmbH beziffert den Effizienzgewinn für Verwaltung, Bürger und Unternehmen.

Die AKDB als Softwareentwicklungshaus ist nicht nur Digitalisierungspartner für Kommunen, sondern fest verwurzelter Wirtschaftsfaktor mit Wirkungskraft über die eigenen Standorte hinaus. Anlässlich ihres 50-jährigen Jubiläums hat die AKDB sich prüfen lassen: Die IW Consult GmbH hat das Handeln der AKDB untersucht. Dabei hat das Institut unter anderem festgestellt, dass durch Produktivitäts- und Effizienzvorteile digitaler AKDB-Tools Verwaltungen, Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen deutschlandweit allein im Jahr 2020 mehr als 360 Mio. Euro eingespart haben – ein Mehrfaches des AKDB-Umsatzes und den Großteil davon in bayerischen Kommunen. Diese Summe setzt sich zusammen aus 225 Mio. Euro Effizienzgewinnen auf Verwaltungsseite, 87 Mio. auf Bürgerseite und 49 Mio. Euro auf Unternehmensseite.

Der ökonomische „Fußabdruck" der AKDB ist besonders in Bayern groß: Hier generiert sie jährlich insgesamt 148 Mio. Euro Wertschöpfung und sichert zusätzlich zu den rund 1.200 IT- und Verwaltungsexperten in der AKDB-Gruppe durch ihre Partner- und Zuliefernetzwerke 900 weitere hochwertige Stellen in der bayerischen Wirtschaft. Einmal mehr bestätigt sich durch diese Zahlen, was Kommunen in jahrzehntelanger Partnerschaft erlebt haben: Die AKDB ist mit ihren kommunalen Lösungen ein unverzichtbarer und damit „systemrelevanter" Know-how-Träger. Die Analyse zeigt auch, dass die Vorteile durch die Nutzung digitaler AKDB-Lösungen auf allen Seiten groß sind: Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung haben mehr Zeit, um Menschen und Unternehmen zu beraten, Bürgerinnen und Bürger sparen sich Anfahrtszeiten, wenn sie Amtsgänge von zu Hause erledigen, Unternehmen können produktiver arbeiten. ❐

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit atene KOM GmbH
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Breitbandausbaus

Mit dem Format des „ABCs zum kommunalen Breitbandausbau" vermittelt die Bayerische GemeindeZeitung in Kooperation mit der atene KOM regelmäßig anschauliches Expertenwissen zum kommunalen Breitbandausbau.

atene KOM

Infrastrukturkategorien und staatliche Beihilfe des Breitbandausbaus

Die atene KOM informiert über die Zielgebietskategorien der „weißen, grauen und schwarzen Flecken"

In der letzten Ausgabe wurde den Leser:innen das Markterkundungsverfahren (MEV) näher gebracht. Diese Ausgabe informiert über Hintergründe der Zielgebietskategorien sowie deren staatliche Beihilfeoptionen.

In den „Leitlinien der EU für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau" wird zwischen sogenannten weißen, grauen und schwarzen Flecken differenziert, die sich jeweils in der Verfügbarkeit vorhandener Breitbandinfrastruktur unterscheiden. Dabei wird grundsätzlich zwischen den Netzen der Breitbandgrundversorgung und hochleistungsfähigen Next-Generation-Access-(NGA-)Netzen unterschieden.

Weiße, graue und schwarze Flecken

Weiße Flecken sind Gebiete, in denen keine Breitbandinfrastruktur in Form eines NGA-Netzes vorhanden ist und voraussichtlich in den kommenden drei Jahren auch keine solche aufgebaut wird. Mit einer Aufgreifschwelle von unter 30 Mbit/s sind diese Gebiete generell förderfähig.

Graue Flecken sind Gebiete, in denen ein Netzbetreiber und lediglich ein NGA-Netz vorhanden ist und in naher Zukunft voraussichtlich keine weitere Infrastruktur aufgebaut wird. Mit einer Aufgreifschwelle von mindestens 100 Mbit/s sind diese Gebiete im Rahmen von Förderprogrammen des Bundes sowie des Freistaats Bayern förderfähig.

In schwarzen Flecken ist kein staatlicher Eingriff möglich. Hierbei handelt es sich um Gebiete, in denen es mindestens zwei Breitbandgrundversorgungsnetze unterschiedlicher Betreiber gibt oder in naher Zukunft geben wird und Breitbanddienste dort zu Wettbewerbsbedingungen angeboten werden (Infrastrukturwettbewerb).

Ein staatlicher Markteingriff in Form von Beihilfen ist somit nur in jenen Gebieten gerechtfertigt, welche nicht (ausreichend) über den Wettbewerb erschlossen werden und damit ein Marktversagen festgestellt ist.

Um eine zukunftssichere Breitbandversorgung auch in weißen und grauen Flecken zu ermöglichen, können öffentliche Fördermaßnahmen genutzt werden. Förderprogramme gibt es auf EU-, Bundes- und Länderebene. Seit April 2021 ist bspw. auf Basis der Gigabit-Rahmenregelung die neue Bundesförderrichtlinie zur Förderung des Gigabitausbaus in Deutschland in Kraft getreten, nach der Maßnahmen in weißen und grauen Flecken gefördert werden können. ❐

Vertiefende Informationen zu Fördermitteln und deren Beantragung finden Sie in dem stets aktualisierten Nachschlagewerk der atene KOM „Kommunaler Breitbandausbau in Deutschland – Grundlagen und Empfehlungen", erhältlich auf der Website: https://atenekom.eu/wissen/loseblattsammlung/. ❐

Umfrage von Bitkom und DStGB

Laut einer repräsentativen Umfrage von Bitkom und Deutschem Städte- und Gemeindebund zur Digitalisierung der Kommunen in der Corona-Krise verfolgen derzeit lediglich 8 Prozent der Kommunen eine zentrale Digitalstrategie, 13 Prozent zumindest in einzelnen Sektoren. Die Mehrheit (56 Prozent) hat keine Digitalstrategie, entwickelt eine solche aber aktuell zentral (33 Prozent) oder sektoral (23 Prozent). Jede fünfte Kommune (20 Prozent) hat keine Digitalstrategie und erkennt darin auch kein Thema – das betrifft vor allem Kommunen mit weniger als 5.000 Einwohnern (24 Prozent).

Ländliche Räume stehen vor vielfältigen Herausforderungen, sei es bei der medizinischen Versorgung, der Versorgung mit Waren und Dienstleistungen oder Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Gleichzeitig gibt es überall in Deutschland innovative Projekte, die digitale Lösungsansätze verfolgen, um die Daseinsvorsorge und Lebensqualität vor Ort zu verbessern. Welche Faktoren tragen dazu bei, dass sie erfolgreich sind, welche können dem Erfolg entgegenstehen? Das Kompetenzzentrum Öffentliche IT hat dazu 49 Projekte zu ihren Erfahrungen befragt.

Digitale Projekte in ländlichen Räumen

Wie Katarzyna Stanek darlegte, lägen Schwierigkeiten digitaler Projekte in ländlichen Räumen in erster Linie an der Finanzierung, gefolgt von Technik und Organisation, Verstetigung, Stakeholdermanagement, Kommunikation und Werbung, Überlastung Ehrenamtlicher, rechtlichen Hürden, schlechter Internetanbindung und der Komplexität der Förderungen.

Auf Basis einer Befragung der 71 ILE-Kommunen stellte sich heraus, dass fast ein Drittel der befragten Kommunen keine digitalen Maßnahmen in Planung oder Durchführung hat und externer Unterstützungsbedarf bei Digitalisierungsmaßnahmen, auch in Sachen Fördermittelberatung, besteht. Zudem fehle die fachliche Kompetenz, weshalb bei grundlegenden Themen Hilfe vonnöten sei.

Stanek: „Das Thema Digitalisierung ist als relevant erkannt. Gleichwohl ist Digitalisierung für zwei Drittel der Kommunen noch Zukunftsmusik. Digitalisierung ist kein Selbstläufer; deshalb wird externe Unterstützung benötigt!" **DK**



Es hapert ganz beträchtlich

Bieberehren kämpft seit über zehn Jahren für schnelles Internet in seinen Ortsteilen

Ob man die Sache wohl diesmal ohne Probleme über die Bühne bringen wird? Wilfried Schindler ist skeptisch. Seit über zehn Jahren kämpft der Zweite Bürgermeister von Bieberehren bei Würzburg um schnelles Internet für die beiden abseits gelegenen Ortsteile Klingen und Buch. Dort ist die Telekommunikations-Infrastruktur „desaströs", sagt er. Anfang April entschied der Gemeinderat, in das Ausbauverfahren einzusteigen. Schindler allerdings bleibt skeptisch, ob es diesmal endlich mit dem Ausbau klappt.

Wilfried Schindler ist seit seinem Amtsantritt vor sieben Jahren für den Internetausbau in Bieberehren zuständig. „Im besten Fall könnte es nun endlich im Herbst mit der Glasfaserverlegung losgehen", betont der Informatiker. Skeptisch bleibt er, ob dies wirklich geschieht, da alle bisherigen Initiativen gescheitert sind. Zweimal wehrte sich der örtliche Funknetzanbieter, der die Hoheit über die Kabel hat, gegen Bauprojekte. „Es könnte auch wieder so sein, dass wir kein Angebot von Telekommunikationsanbietern für den Ausbau bekommen", so Schindler. Der neuerliche Vorstoß könnte schließlich am Geld scheitern. Denn die Fördermittel reichen nach Schätzung der Gemeinde wohl nicht aus.

Großer Unmut

Dass sich die Angelegenheit nun schon so lange hinzieht, sorgt für gewaltigen Unmut in Buch und Klingen. Die Bürger wollen endlich schnelles Internet haben. „Wir haben hier Schüler, die in Nachbardörfer ausweichen müssen, um ihre Hausaufgaben zu erledigen", schildert Schindler. Studierende geraten bei virtuellen Prüfungen in die Bredouille. Denn sowie die Prüfungssitzung durch einen Internetausfall unterbrochen wird, gelten sie als sie durch die Klausur gefallen. Was nachvollziehbar ist, da Hochschulen Betrug verhindern wollen.

Ausbaupläne forcieren

Von zuhause aus zu arbeiten, ist in den betroffenen Ortsteilen auch nicht immer möglich, sagt Schindler: „Unsere Bürger können kein ordentliches Homeoffice machen." Der Bürgermeister und seine Mitstreiter in der Gemeinde setzen deshalb alles daran, die Ausbaupläne voranzutreiben. Ob das Projekt finanziell zu stemmen sein wird, ist für Schindler allerdings zu bezweifeln. Wie aus einem Schreiben des Finanzministeriums hervorgeht, würde jeder Anschluss in den unterversorgten Gemeindeteilen mit 15.000 Euro gefördert. Bei 92 Haushalten würden Fördermittel in Höhe von knapp 1,4 Millionen Euro fließen: „Wir gehen davon aus, dass die Baukosten weit darüber liegen."

Immerhin konnte sich der Gemeinderat jüngst zu dem Entschluss durchringen, den Ausbau für Buch und Klingen auszuschreiben, da die neue Markterkundung abgeschlossen ist. Die Bauzeit wird nach Rücksprache mit einem Telekommunikationsunternehmen, das für den Ausbau in Frage käme, wohl vier Jahren dauern. Sind die Pläne mit der Bayerischen Gigabit-Richtlinie nicht zu realisieren, muss die Gemeinde auf die Gigabit-Richtlinie des Bundes warten. Dann könnten sich die Ausbaupläne noch weiter verzögern.

Die neuen Bestimmungen des Bundes werden wohl im Frühjahr 2022 wirksam, was bei einer Bauzeit von vier Jahren bedeuten würde, dass Bieberehren erst Anfang 2026 über Glasfaser verfügen wird. „Mit der neuen Richtlinie kämen wir jedoch finanziell auf alle Fälle hin", meint der Würzburger Breitbandexperte Joachim Först, der Bieberehren berät. Lieber wäre auch ihm, könnte die Bayerische Richtlinie angewandt werden, da die Bürger in Buch und Klingen nicht länger warten wollen. Derzeit leben sie laut Bürgermeister Schindler mit einer Internetgeschwindigkeit, die bei zwei bis vier Megabit liegt. Auch mit der „Performance" liege es im Argen: „Oft fällt das Internet aus."

Schindler bedauert, dass keine offizielle Stelle ein Einsehen hat, was die Probleme in Bieberehren betrifft: „Wir fühlen uns verlassen." Eine Aussage, die Matthias Stolz vom Landesamt für Digitalisierung nicht nachvollziehen kann. „Der Breitbandausbau im Freistaat läuft auf Hochtouren", versichert er. Und fügt hinzu: „Es ist das erfolgreichste Infrastrukturprojekt der letzten Jahre in Bayern." Dank staatlicher Förderung seien inzwischen über 55.000 Kilometer neue Glasfaserleitungen im Freistaat verlegt worden. In ländlichen Gemeinden habe sich die Versorgung seit 2013 von 27 Prozent der Haushalte auf 92 Prozent verbessert: „Das ist der Topwert deutschlandweit."

Alle Beteiligten müssen an einem Strang ziehen

Der Freistaat werde sein Versprechen halten, alle Bürger bestmöglich zu versorgen. Um das Ziel einer schnellen Internetversorgung zu erreichen, müssten jedoch alle Beteiligten an einem Strang ziehen: „Netzbetreiber, Kommunen, Freistaat und Bund." Der Gigabitrichtlinie zufolge müssen Rückmeldungen von Netzbetreibern zur Breitbandversorgung nur dann von der Gemeinde im Förderprozess berücksichtigt werden, wenn nachgewiesen wird, welche Bandbreiten zuverlässig angeboten werden.

In Kürze werde Bayern flächendeckend mit schnellem Internet versorgt sein, heißt es vom Landesamt. „Nach Abschluss aller laufenden Projekte werden über 99 Prozent der Haushalte mit schnellem Internet surfen können", versichert Stolz. Kein anderes Bundesland unterstütze seine Kommunen so kraftvoll beim Ausbau der digitalen Infrastruktur.

Just in Bieberehren scheint es aus unerklärlichen Gründen nicht vorwärts zu gehen. Doch vielleicht tut sich nun endlich was, meint Joachim Först, von dessen Büro 150 Gemeinden in Bayern betreut werden und das auch das Markterkundungsverfahren für Bieberehren durchgeführt hat. Die Ortsteile Buch und Klingen seien jetzt auf jeden Fall förderfähig: „Wir gehen davon aus, dass wir diesmal im Rahmen des Verfahrens Angebote von Netzbetreibern für den Ausbau bekommen werden." Das sei beim letzten Mal, als die Gemeinde im Förderprogramm war, anders gewesen. Zu hoffen bleibe, dass die Angebote günstig sind. So dass die Maßnahme auch finanziert werden kann. **Pat Christ**



Wilfried Schindler ist als Zweiter Bürgermeister von Bieberehren verantwortlich für den Breitband- und Mobilfunkausbau vor Ort. Bild: privat

Bundesnetzagentur:

Jahresbericht zu Breitband und Mobilfunk

Detaillierte Ergebnisse ihrer Breitbandmessung 2020 sowie Fakten zum Mobilfunkausbau hat die Bundesnetzagentur in ihrem aktuellen Jahresbericht veröffentlicht.

Laut Bericht war bis zum Jahr 2019 das über Festnetze abgewickelte Gesprächsvolumen rückläufig. Im Pandemie-Jahr 2020 wurde dagegen mit insgesamt etwa 104 Mrd. Gesprächsminuten wieder ein höheres Gesprächsvolumen über Festnetze geführt. Die Mobilfunknetze im Inland verzeichneten rund 155 Mrd. abgehende Gesprächsminuten. Die Wachstumsrate der Mobiltelefonie beträgt im Jahr 2020 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Das durch die Corona-Pandemie bedingte veränderte Nutzungsverhalten der Verbraucher führte auch dazu, dass das festnetzbasierte Datenvolumen im Jahr 2020 deutlich auf etwa 76 Mrd. GB stieg (2019: 60 Mrd. GB). Das entspricht einem durchschnittlichen monatlichen Datenverbrauch von etwa 175 GB pro Nutzer (2019: 142 GB). Das mobile Datenvolumen steigt weiter steil an. Ende 2020 lag es bei knapp 4 Mrd. GB (2019: 2,8 Mrd. GB). Das entspricht einem monatlich genutzten Datenvolumen von knapp 3,1 GB je aktiv genutzter SIM-Karte.

Verstärkte Nachfrage nach hohen nominellen Bandbreiten

Auf dem Breitbandmarkt wurden im Jahr 2020 weiter verstärkt Anschlüsse mit hohen nominellen Bandbreiten nachgefragt. Bei rund 11,6 Mio. von 36,1 Mio. Anschlüssen lag Ende 2020 die vermarktete Bandbreite bei mindestens 100 Mbit/s. Davon lag bei 1 Mio. Anschlüssen die vermarktete Bandbreite bei 1 Gbit/s und mehr (2019: 0,2 Mio.). Noch 2,3 Mio. Breitbandkunden nutzten Ende 2020 Anschlüsse mit einer nominellen Datenrate von weniger als 10 Mbit/s (2019: 2,9 Mio.).

Die Investitionen in Sachanlagen auf dem Telekommunikationsmarkt steigen seit Jahren kontinuierlich an. 2020 übertrafen Sie mit 10,5 Mrd. Euro den Wert des Vorjahres um 0,7 Mrd. Euro (sieben Prozent).

Weiter voran geht der Ausbau der Glasfaserinfrastruktur. Die Zahl der mit FTTB/FTTH versorgten bzw. unmittelbar erreichbaren Kunden ist 2020 auf 6,6 Mio. gestiegen (2019: 5,3 Mio.). Zum Jahresende 2020 waren rund 1,9 Mio. aktive FTTB/FTTH-Anschlüsse geschaltet (2019: 1,5 Mio.).

Fortschritte beim Ausbau der Mobilfunknetze

Auch der Ausbau der Mobilfunknetze macht Fortschritte. Die Zahl der Funk-Basisstationen nahm zum Jahresende 2020 um 18 Prozent auf 224.554 zu. Die Zahl der in Betrieb befindlichen LTE-Basisstationen betrug 75.901. Auf UMTS entfielen 56.934 und auf GSM 72.209 Stationen. Die Zahl der 5G-Basisstationen belief sich auf 19.510 (2019: 139).

Gleichwohl brauchen vor allem Bürger, die in entlegenen Gegenden Deutschlands unterwegs sind, nach wie vor Geduld: Häufig gibt es dort noch immer keinen Handyempfang. Laut Bundesnetzagentur ist die Versorgung auf elf Prozent der Landesfläche schlecht oder nicht vorhanden. Bei 3,8 Prozent der Fläche handelt es sich um Funklöcher (Weiße Flecken), 7,2 Prozent der Fläche stuft die Bundesnetzagentur als Graue Flecken ein. Damit werden Standorte bezeichnet, wo nur ein Netzbetreiber eine Versorgung mit Mobilfunk bietet.

In einigen Bundesländern gibt es besonders viele Graue Flecken; die Bundesnetzagentur nennt nach Fläche folgende Zahlen: Rheinland-Pfalz (15,9 Prozent), Bayern (15,5 Prozent), Baden-Württemberg (15,1 Prozent) und Hessen (14,4 Prozent).

Deutlich besser sieht es mit der Versorgung von Mobilfunk in den Neuen Bundesländern aus: Sachsen-Anhalt (9,4 Prozent), Sachsen (8,8 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (8 Prozent). Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen liegt der Anteil der Fläche, wo höchstens ein Handynetz zu empfangen ist, bei 6,7 Prozent. **DK**

Oberbergkirchen:

Glasfasernetz geht in Betrieb

Die Bauarbeiten für das neue Glasfasernetz in Oberbergkirchen sind abgeschlossen. Mit einem symbolischen Knopfdruck haben Vertreter der Gemeinde, von Energie Südbayern und von Bayerns führendem Glasfaseranbieter M-net das neue Netz in Betrieb genommen.

Insgesamt wurden rund 300 Privathaushalte und 30 Gewerbeimmobilien mit FTTH-Anschlüssen (Fiber-to-the-Home) ausgestattet und profitieren künftig von leistungsstarken Internetanschlüssen mit Bandbreiten bis zu 300 Mbit/s. Zusätzlich wurde eine Nacherschließung des Ortsteils Rott und des Neubaugebiets „Am Hang" beschlossen. Die Bauarbeiten starten in Kürze und werden voraussichtlich Ende des Sommers abgeschlossen sein.

Stabile Bandbreiten von bis zu 300 Mbit/s

Im September 2019 haben die Gemeinde Oberbergkirchen, der Energieversorger Energie Südbayern und M-net den gemeinsamen Glasfaserausbau beschlossen. Seitdem wurden rund 260 Gebäude im Ort mit Glasfaser erschlossen. Die damit möglichen FTTH-Anschlüsse bieten besonders hohe und stabile Bandbreiten von derzeit bis zu 300 Mbit/s, glasklare Telefonie und einen hochwertigen HD-TV Anschluss. Der Vorteil von FTTH ist zudem, dass später ohne weitere Bauarbeiten noch wesentlich schnellere Anschlüsse möglich sein werden.

Die Tiefbauarbeiten dauerten weniger als zwei Jahre und konnten damit schneller als ursprünglich geplant abgeschlossen werden. Insgesamt hat Energie Südbayern über eine Strecke von 40 Kilometer neue Glasfaserleitungen verlegt und die einzelnen Häuser angeschlossen. Parallel errichtete M-net die notwendige aktive Technik zum Betrieb des neuen Netzes.

Frage der kommunalen Daseinsfürsorge

„Wie Wasser oder Strom ist schnelles Internet heutzutage eine Frage der kommunalen Daseinsfürsorge. Nicht zuletzt die COVID19-Pandemie hat das mehr als deutlich gemacht. Ich bin daher sehr froh und dankbar, dass wir mit dem neuen Glasfasernetz über eine digitale Infrastruktur wie in der Großstadt verfügen", sagt Bürgermeister Michael Hausperger. ❐

Bayerischer Datenschutzbericht 2020:

Im Zeichen der Pandemie

Datenschutzrechtliche Fragen im Kontext der COVID-19-Pandemie sowie klassische Fragen und Probleme aus dem Behördenalltag stehen im Mittelpunkt des Tätigkeitsberichts 2020, den der bayerische Landesbeauftragte für Datenschutz, Thomas Petri, jüngst vorstellte. Nach seiner Beobachtung waren nicht nur zahlreiche Rechtsetzungsvorhaben zu begleiten sowie viele Eingaben und Beratungsanfragen zu bewältigen; auch der Dienstbetrieb war unabhängig von der Entwicklung der Inzidenzen sicherzustellen.

Im Kontext der COVID-19-Pandemie reichte das Themenspektrum nach Petris Angaben von Filmaufnahmen im Krankenhaus über Rechtsfragen bei verschiedenen Datentransfers bis hin zur datenschutzgerechten Berichterstattung über Infektionszahlen. Bei der Datenschutz-Grundverordnung, seit drei Jahren für alle geltendes Recht, zeige seine Beratungspraxis, dass sich Schwierigkeiten und Konflikte mittlerweile oftmals auf eine Detailebene verlagerten. Nicht wenige grundsätzliche Fragen hätten durch die Rechtsprechung und die Arbeit der Datenschutz-Aufsichtsbehörden zumindest eine vorläufige Klärung erfahren.

Zuvörderst konsolidiert ein umfangreicher Schwerpunktbeitrag datenschutzrechtliche Erkenntnisse, die der Datenschutzbeauftragte aus zahlreichen Eingaben im Zusammenhang mit der Verfolgung von Verkehrsordnungswidrigkeiten gewinnen konnte. Die Aufmerksamkeit gilt unter anderem Speicherungen personenbezogener Daten im Polizeibereich. Ein Praxisfall verdeutlicht, dass selbst beim unachtsamen Ausfüllen eines „Strafzettels" durch die Polizei „nebenbei" unzulässig personenbezogene Daten offengelegt werden können.

Wie facettenreich datenschutzrechtliche Fragestellungen bei einem Alltagsphänomen sein können, zeigt der Beitrag „Factoring bei ÖPNV-Leistungen durch Stadtwerke". Dabei geht es um den Online-Ticketkauf, den viele öffentliche Verkehrsunternehmen anbieten.

Verwaltungsdigitalisierung

Mit Blick auf die Verwaltungsdigitalisierung berichtet der Beitrag „Gesetz über die Digitalisierung im Freistaat Bayern" von Petris Bemühungen um die „datenschutzgerechte Gestaltung einer maßgeblichen rechtlichen Handlungsgrundlage in diesem Bereich"; demgegenüber gewährt der Beitrag „Leitfaden zum Outsourcing kommunaler IT" Einblick in den Entstehungsprozess eines zu Beginn des laufenden Jahres veröffentlichten Dokuments, das deutschlandweit erstmals ausführlich Standards für eine Unterstützung von Kommunen durch externe Dienstleister im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung formuliert.

Kleinere Kommunen fühlen sich eventuell auf Grund mangelnder personeller Ressourcen von den im IT-Outsourcing-Leitfaden formulierten Anforderungen auf den ersten Blick überfordert. Auf Grund der rechtlich normierten Verpflichtungen durch die Datenschutz-Grundverordnung und weiterer rechtlicher Regelungen können kleinere Kommunen allerdings nicht völlig aus diesen Verpflichtungen entlassen werden.

Um die notwendigen Schritte für ein IT-Outsourcing trotzdem durchführen zu können, weist Petri auf die Möglichkeiten der kommunalen Zusammenarbeit wie beispielsweise den Zusammenschluss mehrerer Kommunen zur Gründung eines eigenen IT-Dienstleisters (etwa im Rahmen eines Zweckverbands oder gemeinsamen Kommunalunternehmens), auf die Nutzung eines bereits bestehenden kommunalen Rechenzentrums oder IT-Dienstleisters sowie auf die mögliche Zusammenarbeit mehrerer Kommunen, die denselben Dienstleister beauftragen wollen, hin. Zudem sollten die Arbeitserleichterungen möglichst genutzt werden.

Zertifizierung nach ISO 27001

Soll ein IT-Dienstleister beauftragt werden, der nach der Norm ISO 27001 zertifiziert ist, so kann die Kommune dadurch den Aufwand, der sich durch die jährlich notwendige Kontrolle des Dienstleisters ergibt, deutlich reduzieren. Zu beachten ist Petri zufolge allerdings, dass eine Zertifizierung nach dieser Norm zwar die Kontrollpflicht beim Auftraggeber reduziert, nicht aber von der sorgfältigen Auswahl des Dienstleisters befreit. Hierzu gehört nicht nur die Überprüfung, ob der Untersuchungsgegenstand der Zertifizierung anwendbar ist, sondern auch, dass gegebenenfalls weitere technische Anforderungen aus diesem Anforderungskatalog vertraglich zu vereinbaren sind.

Auch in der Welt der Schulen und Hochschulen stellen sich immer wieder neue Datenschutzfragen. Im Berichtszeitraum stand hier die Beratung des Gesetzgebers im Vordergrund, etwa, als es um die datenschutzkonforme Regelung von Distanzunterricht sowie um die Einführung von Fernprüfungen ging. Hinsichtlich des Datenschutzes bei der Befreiung von der Maskenpflicht an bayerischen öffentlichen Schulen erreichten den obersten Datenschützer zahlreiche Eingaben.

Was den Bereich des technisch-organisatorischen Datenschutzes betrifft, konnte Petri etwa Empfehlungen für die Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung erarbeiten oder Hinweise zur Löschung von Datenkopien aus Backup-Systemen geben. Beanstandungen bayerischer öffentlicher Stellen betrafen hier im Berichtsjahr beispielsweise den Versand einer Bewerberdatei, den Verlust von Festplatten oder einer Personalratsakte. **DK**

Abschlussbericht zur Breitbandförderung:

Breitbandausbau in Bayern ist Erfolgsprojekt

Die Breitbandförderung ist das erfolgreichste technische Infrastrukturprojekt Bayerns der vergangenen Jahre. „Dank massivem und freiwilligem Engagement des Freistaats sind künftig mehr als 6,3 Millionen bayerische Haushalte mit schnellem Internet versorgt. Der Freistaat geht damit einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern", betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Vorstellung des Abschlussberichts zur Förderung nach der Breitbandrichtlinie (2014 – 2020). Daran knüpft der Freistaat nun mit der Förderung nach der Gigabitrichtlinie nahtlos an.

Bereits mit der bisherigen Breitbandförderung wurden 1.815 Kommunen 1,2 Milliarden Euro an staatlichen Fördermitteln zugesagt. Die bayerischen Kommunen beteiligen sich mit rund 334 Millionen Euro. Damit wurden 3.051 Projekte finanziert, von denen mit Stand März 2021 bereits 2.100 abgeschlossen und vollständig in Betrieb genommen sind. Weniger als 1.000 Projekte befinden sich noch im Bau. Hierbei handelt es sich meist um kleinere Gebiete zur Erschließung der letzten noch unversorgten Anschlüsse. Von rund 800.000 geförderten Anschlüssen sind über 680.000 bereits in Betrieb, die meisten davon im ländlichen Raum. Nach Abschluss der Baumaßnahmen werden über 99 % der bayerischen Haushalte mit schnellem Internet versorgt sein.

Super-Vectoring

Mit dem Einsatz von Super-Vectoring in den gefördert ausgebauten Breitbandnetzen können Haushalte, die bisher mit 50 Mbit/s versorgt wurden, künftig mit bis zu 250 Mbit/s versorgt werden, ohne dass hierfür zusätzliche Fördermittel aufgebracht werden müssen. Von den nach Breitbandrichtlinie verbeschiedenen rund 1,2 Milliarden Euro Fördermittel fließen über 1,1 Milliarden Euro in den ländlichen Raum, rund 700 Millionen Euro gehen an Kommunen im Raum mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH).

BayernAtlas

Jeder kann den Breitbandausbau in Bayern bis vor die eigene Haustür verfolgen. Im Bayern Atlas der bayerischen Verwaltung für Digitalisierung, Breitband und Vermessung lässt sich direkt Einblick in die geförderten Erschließungsgebiete nehmen. Baufortschritt und die beauftragten Telekommunikationsbetreiber werden als zusätzliche Information dargestellt.

Seit einem Jahr ist die Bayerische Gigabitrichtlinie (BayGibitR) in Kraft und hat Ende 2020 die bisherige Bayerische Breitbandrichtlinie (BbR) abgelöst. Die Breitbandförderung im Freistaat wurde damit auf Gebiete ausgeweitet, die bereits mit mindestens 30 Mbit/s durch einen Netzbetreiber versorgt sind (sog. graue NGA Flecken). Die bayerische Breitbandförderung erfuhr damit eine konsequente Fortentwicklung und wurde auf die Schaffung einer gigabitfähigen und zukunftsfesten Glasfaserinfrastruktur bis in die Gebäude ausgerichtet, die mit der bisherigen Förderrichtlinie aufgrund beihilferechtlicher Vorgaben nicht zu erreichen waren. „Der Freistaat ist damit europaweiter Vorreiter", hob Füracker hervor.

Pilotprojekte

Eine Pilotförderung in sechs bayerischen Gemeinden ab Dezember 2018 hat entscheidend zur Genehmigung der BayGibitR durch die Europäische Kommission beigetragen. In den Pilotprojekten hat der Freistaat nachgewiesen, dass die Förderung mit dem europäischen Beihilferecht vereinbar ist, dass der dazugehörige Förderprozess schlank und unbürokratisch ausgestaltet ist. Die Telekommunikationsunternehmen zeigten großes Interesse. Von der neuen Förderung profitieren gewerblich genutzte Anschlüsse, sofern diesen aktuell oder durch eigenwirtschaftlichen Ausbau in den kommenden drei Jahren noch kein Netz mit Bandbreiten von 200 Mbit/s symmetrisch (Up- und Download) zuverlässig zur Verfügung steht, das heißt dort, wo noch keine Glasfaser liegt.

Privathaushalte können profitieren, soweit eine zuverlässige Versorgung mit 100 Mbit/s im Download nicht gegeben oder zumindest absehbar ist. Bei einer Versorgung mit mindestens 500 Mbit/s im Download – dies betrifft vornehmlich die über das Koaxialkabelnetz (mind. mit dem Standard DOCSIS 3.1) versorgten Anschlüsse – scheidet eine Förderung grundsätzlich aus.

Gigabitrichtlinie

Die neue Richtlinie wird gut angenommen: Über 600 Gemeinden sind bereits in ein Förderverfahren auf Grundlage der Gigabitrichtlinie eingestiegen. Sontheim im Landkreis Unterallgäu hat als erste Gemeinde den gesamten Förderprozess nach BayGibitR durchlaufen und einen Förderbescheid erhalten. Mit einer Fördersumme von über 1,1 Millionen Euro werden 916 Adressen direkt an das Glasfasernetz angebunden. Die Gemeinde hat damit nachgewiesen, dass auch mit der neuen Richtlinie eine zügige Projektumsetzung erfolgen kann.

Mit der bayerischen Kofinanzierung zur Bundesförderung werden auch weiterhin alle Gemeinden unterstützt, die das Bundesprogramm für den Breitbandausbau nutzen. Die niedrigeren Fördersätze des Bundes werden dabei auf das Niveau der BayGibitR angehoben (i.d.R. 90 %). Die Nutzung des Bundesprogramms ist insbesondere für Kommunen ratsam, die noch über zahlreiche Adressen verfügen, die mit weniger als 30 Mbit/s versorgt sind.

Beste Fördermöglichkeiten

Die Kombination aus Bundes- und Landesmitteln und insbesondere die Härtefallregelung erlauben die Realisierung besonders kostenintensiver Projekte. Bislang wurde 169 Kommunen Kofinanzierung in Höhe von über 164 Millionen Euro zugesichert. Zuletzt konnte der Landkreis Cham von Kofinanzierungsmitteln in Höhe von über 63 Millionen Euro profitieren. „Mit der Kombination von Bundesförderung, bayerischer Kofinanzierung und Gigabitrichtlinie haben Bayerns Kommunen auch künftig bundesweit mit Abstand die besten Fördermöglichkeiten", hob Minister Füracker abschließend hervor. **DK**

Verbesserter Mobilfunk im Freistaat

Das Mobilfunkförderprogramm des Bayerischen Wirtschaftsministeriums wird auf 18 weitere Städte und Gemeinden ausgeweitet. Neben den vier oberpfälzischen Kommunen Waldsassen, Velburg, Deining und Tännesberg haben von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger nun Weihenzell (Mittelfranken), Rauhenebrach, Gmünden am Main, Trappstadt (alle Unterfranken), Seßlach (Oberfranken), Oberaudorf, Marktl, Gerolsbach (Oberbayern), Neukirchen, Niederwinkling, Ering, Unterdietfurt (alle Niederbayern) sowie Füssen und Pöttmes (beide Schwaben) einen Förderbescheid erhalten.

Wie Aiwanger betonte, „brauchen wir die Kommunen als Partner vor Ort beim Mobilfunkausbau. Daher freue ich mich sehr, diese 18 Städte und Gemeinden an Bord des Förderprogramms begrüßen zu dürfen. Mit unserer Finanzierung unterstützen wir den Bau der notwendigen Infrastruktur und tragen so maßgeblich zur Verbesserung des Mobilfunknetzes bei. Unsere Botschaft ist klar: Wir wollen bayernweit für gutes und schnelles Netz sorgen und die Mobilfunklöcher schließen." Bayernweit haben bisher 81 Kommunen einen Förderbescheid erhalten.

Zwei Varianten

Mit der Fördersumme sollen Masten, Fundamente und Leerrohre gebaut werden. Städte und Kommunen können die Förderung in zwei Varianten beantragen: Die Bauauftragsvariante sieht vor, dass die Gemeinde die Bauherrin ist. Sie kümmert sich von der Ausschreibung des Baus bis hin zur Vermietung an die Netzbetreiber.

Bei der Baukonzessionsvariante übergibt die Gemeinde die Planung, den Bau und das Betreiben des Mobilfunkmastes an einen Konzessionär als Bauherr. Der Fördersatz beträgt grundsätzlich 80 Prozent der förderfähigen Kosten, in manchen Regionen sogar 90 Prozent. Der Höchstbetrag liegt bei 500.000 Euro. Im Durchschnitt trägt die Gemeinde einen Eigenanteil von 10 bis 20 Prozent, der beispielsweise mit Mieteinnahmen ausgeglichen werden kann. **DK**



Für die Gewinner des Gewinnspiels zur „Fit for Job digital" gab es einen impulsreichen Drehtag bei der Unternehmensberatung „Die Raumgeber". Im Bild von links: Robin Putz und Joachim Auer. ❐

Landkreis Dillingen:

Impulsreicher Drehtag für die Gewinner der „Fit for Job digital"

Mit der digitalen Berufsinformationswoche der „Fit for Job" haben die Organisatoren aufgrund der pandemischen Lage ein neues Veranstaltungsformat gewählt. Durch rund 100 Unternehmen, Einrichtungen, Hochschulen und Universitäten haben die Jugendlichen zahlreiche Informationen während der Aktionswoche, die bereits im März dieses Jahres stattfand, zur Berufs- und Studienorientierung erhalten.

Gerade digitale Veranstaltungsformate haben in den vergangenen Monaten wesentlich an Bedeutung gewonnen", so Christian Weber von der Wirtschaftsförderstelle des Landratsamtes. Insbesondere setzen bereits seit Jahren laut Weber zahlreiche Arbeitgeber auf Online-Bewerbungsverfahren. Gerade bei Online-Bewerbungen liege die Herausforderung darin, aus der Masse die Bewerber herauszustechen und Aufmerksamkeit beim potenziellen Arbeitgeber zu wecken.

Freude bei Leo Schrell

„Deshalb haben wir uns für die Jugendlichen im Zuge der neuen ‚Fit for Job digital' ein absolutes Highlight ausgedacht", freut sich Landrat Leo Schrell über das neue Angebot: Die Schüler konnten sich im Laufe der Aktionswoche für den Dreh eines individuellen Bewerbungsvideos registrieren und nahmen damit automatisch an einem Gewinnspiel teil.

Besonders hebt der Landrat dabei heraus, dass die Jugendlichen neben einem individuellen Video, das eine moderne und kreative Art der Bewerbung darstelle, im Rahmen eines vorbereitenden Workshops die Chance auf ein professionelles Video-Coaching erhalten haben. „Damit hat der Gewinn nicht nur einen finanziellen Wert, sondern biete auch die einmalige Chance für die Jugendlichen zur Persönlichkeitsentwicklung", so Schrell.

Der Projekttag fand mittlerweile in Kooperation mit der Unternehmensberatung „Die Raumgeber", Wertingen, sowie mit Coach Joachim Auer in den neuen New-Work-Seminarräumen von „Die Raumgeber" statt. Elisabeth Schmid und Dirk Frowein, die beiden Geschäftsführer der Unternehmensberatung „Die Raumgeber", freuten sich über die Kooperation mit dem Landkreis Dillingen und das große Engagement der Jugendlichen. „Man merkte, wie die Gruppe, die aus unterschiedlichen Teilregionen des Landkreises und Schularten zusammengestellt war, miteinander lernen und voneinander profitieren konnte und wie alle Jugendlichen sehr gut vorbereitet, motiviert und mit viel Freude am Projekttag teilnahmen".

Insbesondere vor einer laufenden Kamera zu stehen und zu sprechen, sei für viele Jugendliche eine große Herausforderung, was diese jedoch laut Frowein, der die Jugendlichen im Filmstudio betreut hat, durch eine gute Vorbereitung, Spaß, Freude und Mut hervorragend umgesetzt haben. Nach dem finalen Schnitt erhalten die Jugendlichen nun ihr individuelles Bewerbungsvideo zur freien Verwendung. Mit dem Projekttag verbunden sieht Landrat Leo Schrell auch einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung im Landkreis Dillingen a.d.Donau. So haben alle Jugendlichen bekundet, sich in der näheren Umgebung auf einen Ausbildungsplatz oder ein duales Studium bewerben zu wollen. ❐



Cyberkriminalität bedroht Verwaltungen

Versicherung schützt, wenn gesetzliche Vorgaben und individuelle Maßnahmen nicht ausreichen

Von Werner Renner, Underwriter Versicherungskammer Bayern

Die Pandemie hat die Digitalisierung auch in den Verwaltungen extrem beschleunigt. Vor allem mobiles und vernetztes Arbeiten wurde so stark vorangetrieben, wie das bis vor kurzem nicht vorstellbar war. Gleichzeitig häufen sich Cyber-Angriffe.

Täglich werden unzählige Daten rund um den Globus ausgetauscht. Ein Paradies für Cyberkriminelle. Mittlerweile sind über eine Milliarde Malware-Familien bekannt. Jährlich kommen rund 115 Millionen neue hinzu, das sind rund 312 000 täglich. Auch Angriffe auf öffentliche Verwaltungen nehmen exponentiell zu. Kritisch wird es insbesondere, wenn neue Schadsoftware im Spiel ist, die aktuelle Virenschutzprogramme noch nicht erkennen. Oft ist aber auch der Mensch das Einfallstor, wenn Täter*innen Mitarbeitende überlisten. Dann geben letztere Daten wie z.B. Passwörter, Kundendaten, Bankverbindungen preis; oder Schadsoftware wird über Mails und Dateianhänge übermittelt. Die Folgen können erheblich sein (siehe Kasten).

Das Bayerische E-Government-gesetz (BayEGovG) verpflichtet Kommunen, ein Informationssicherheitskonzept zu erstellen. In Bayern begleitet neben anderen das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) die Kommunen bei der Umsetzung der hierfür notwendigen Maßnahmen und berät bei technischen und organisatorischen Fragen. Zielsetzung ist ein Mindestsicherheitsniveau, das den gesetzlichen Anforderungen entspricht und vom LSI mit dem Siegel „Kommunale IT-Sicherheit" bestätigt wird (weitere Informationen finden sie unter https://lsi.bayern.de/kommunen).

Vermögensschutzkonzept für Kommunen

Doch was, wenn Attacken trotzdem gelingen? Durch eine Cyberversicherung lässt sich eine Attacke zwar nicht verhindern. Aber im Rahmen ihres Vermögensschutzkonzepts bietet die Versicherungskammer Bayern Kommunen und kommunalen Unternehmen umfassende finanzielle Absicherung bei Cyberrisiken.

So besteht in der Kommunalen Haftpflichtversicherung Versicherungsschutz bei Schadenersatzansprüchen Dritter – auch mit Cyber-Bezug (z.B. wegen Datenmissbrauchs). Sie bietet Deckung für die Prüfung der Haftungsfrage, Abwehr unberechtigter Ansprüche und Freistellung von berechtigten Ansprüchen. In der Kassenversicherung besteht Schutz für eigene Vermögensschäden des Versicherungsnehmers bei schuldhaftem Fehlverhalten von Mitarbeiter*innen sowie Computerbetrug.

Die ergänzende Erweiterte Cyberdeckung Kommunal (ECDkomm) bietet bei einer Datensicherheitsverletzung Versicherungsschutz auch ohne Mitarbeiterverschulden. Da die Täuschungen immer besser werden und Schadsoftware immer schwieriger zu erkennen ist, wird sich häufig ein Verschulden der Mitarbeitenden nicht begründen lassen. Dann kann nur die ECDkomm helfen.

Die ECDkomm springt u.a. ein, um anfallende Kosten, z.B. für eine Soforthilfe im Bereich der IT-Forensik zur Rekonstruktion des Hergangs und Eindämmung der Schadenausbreitung, Ermittlung des Schadenausmaßes bis hin zur Festlegung der Vorgehensweise zur Schadenbeseitigung und Empfehlungen von zukünftigen Präventionsmaßnahmen abzufedern. Aber auch Aufwände für die Datenwiederherstellung, die Benachrichtigung der Betroffenen (Informationsaufbereitung, Druck, Porto) oder Mehrkosten der Kommune (z.B. Lohnfortzahlung) sowie entgangener Gewinn durch Betriebsstillstand werden erstattet.

Die Versicherungskammer Bayern hat jetzt die Leistungen der ECDkomm ohne Mehrbeitrag erweitert, obwohl am Markt bereits deutliche Einschränkungen festzustellen sind. In der ECDkomm bietet der Kommunalversicherer Versicherungsschutz bis 1 Mio. Euro. Sollte ein noch höherer Schutzbedarf bestehen, können auch dafür individuelle Lösungen entwickelt werden.

LSI-Siegel vereinfacht Risikoprüfungsprozess

Für die Erstellung eines konkreten Angebots zur ECDkomm benötigt die Versicherungskammer Bayern über einen Risikofragebogen die Bestätigung der Kommune, dass bestimmte grundlegende organisatorische und technische Maßnahmen zur IT-Sicherheit getroffen sind. Liegt das LSI-Siegel vor, erhält die Kommune einen vereinfachten Zugang zur ECDkomm, d.h. die Risikoprüfung reduziert sich auf nur noch wenige Fragen, z.B. auf Vorschäden.

Rund um das Vermögensschutzkonzept stehen den Kommunen die persönlichen Kommunalbetreuer der Versicherungskammer Bayern mit Rat und Tat zur Seite. ❐

Mögliche Folgen der Cyberkriminalität

- Datendiebstahl
- Datenzerstörung
- Datenverschlüsselung mit dem Ziel der Erpressung (sog. Ransomware)
- Computerbetrug (zum Beispiel Phishing, Fakebestellung)
- Betriebsstillstand
- Vermögensabflüsse
- Verletzung datenschutzrechtlicher Bestimmungen ❐

Wann springt die ECDkomm ein?

Die ECDkomm ergänzt den Schutz durch die Kommunale Haftpflicht- und die Kassenversicherung. Die ECDkomm bietet bei einer Datensicherheitsverletzung Versicherungsschutz auch ohne Mitarbeiterverschulden. Unter anderem sind Aufwendungen für forensische Maßnahmen, Vermögensschäden aus Betriebsstillstand und weitere mittelbare Schäden wie z.B. Benachrichtigungskosten nur über die ECDkomm gedeckt. Die bestehenden Deckungen bilden diese Schäden nicht ab. ❐

Telekommunikationsgesetz:

Bundesrat stimmt der Novelle zu

Aiwanger: „Bund setzt bayerische Forderung nach offener Vergabe von Mobilfunkfrequenzen um"

Der Bundesrat stimmte für die von Bayern geforderte Reform zur Vergabe von Mobilfunkfrequenzen. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger freut sich über die Annahme des Gesetzentwurfes zum neuen Telekommunikationsgesetz (TKG): „Ein Meilenstein für den technologischen Fortschritt Deutschlands, ein Meilenstein für besseren Mobilfunk. Der Bund erfüllt die Zusage gegenüber Bayern und setzt die bayerische Forderung nach einem Update des deutschen Telekommunikationsrechts um. In Zukunft müssen Mobilfunkfrequenzen nicht mehr zwangsläufig versteigert werden. Milliarden können so dem Ausbau der Netze zugutekommen. Das ist eine wichtige Weichenstellung, um Deutschland beim Ausbau der Telekommunikationsnetze auf die Erfolgsspur zu bringen."

Um dem Markt Rechts- und Planungssicherheit für den weiteren Ausbau hochleistungsfähiger Telekommunikationsnetze zu geben, setzte sich Bayern im Zuge der Verhandlungen zum neuen Telekommunikationsgesetz für ein anderes Frequenzvergabeverfahren ein. Schließlich ist das neue Telekommunikationsgesetz ein wichtiger Baustein für Gigabitgeschwindigkeit und den Ausbau von Glasfaser und 5G-Mobilfunk.

Von einem lückenlosen Mobilfunkempfang profitieren alle Nutzer

Bayern brachte sich beim Gesetzgebungsprozess stark ein und erhöhte den Druck, gegebenenfalls den Vermittlungsausschuss anzurufen, sollte die Bundesregierung dem Wunsch nach Gesetzesänderung nicht folgen. Mit der ausdrücklichen Zustimmung des Bundesrats wird nun die Vergabe von Mobilfunkfrequenzen geöffnet.

Dazu Wirtschaftsminister Aiwanger: „Die Netzbetreiber sollen nicht Milliarden an Kapital für die Frequenzen auf den Tisch legen, sondern diese in den Ausbau hochleistungsfähiger Telekommunikationsnetze einbringen. Von einem lückenlosen Mobilfunkempfang auch im ländlichen Raum profitieren schließlich alle Nutzer und Verbraucher."

Der Bundesrat stimmte in Artikel 13 des Gesetzes zur Regelung des Datenschutzes und des Schutzes der Privatsphäre in der Telekommunikation und bei Telemedien – kurz: Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetz (TTDSG) – einer Änderung des Telekommunikationsgesetzes zu. Der nun verabschiedete §100 Absatz 2 TKG sieht nun vor, „dasjenige Vergabeverfahren durchzuführen, das (für die Erreichung der Regulierungsziele) am besten geeignet ist."

Bislang richtete sich die Frequenzvergabe in Deutschland nach den finanziellen Höchstgeboten der Mobilfunkanbieter. Die Ersteigerung freiwerdender Frequenzen ist künftig dank der Novellierung nicht mehr der einzige Weg. Auktion und anderweitige Vergabe sind nunmehr rechtlich gleich gestellt.

Der Mobilfunkausbau in Bayern kommt weiter voran. Eine wichtige Rolle spielt dabei das Förderprogramm des Wirtschaftsministeriums, um den Bau von Mobilfunkmasten durch die Kommunen finanziell zu unterstützen. Zwei neue Erklärvideos informieren die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister jetzt ausführlich über den Förderprozess und die beiden unterschiedlichen Fördervarianten: https://www.mobilfunk.bayern/foerderprogramm/ ❐

Landkreis Bad Kissingen:

Mehr als 1,7 Mio. Euro für Modellprojekt „DeinHaus 4.0"

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek fördert das Modellprojekt „DeinHaus 4.0" des Landkreises Bad Kissingen und der ZTM GmbH mit mehr als 1,7 Millionen Euro. Die Projektträger selber bringen 500.000 Euro auf.

Holetschek betonte anlässlich der Übergabe des Förderbescheids an Landrat Thomas Bold und Sebastian Dresbach, Geschäftsführer der ZTM Bad Kissingen GmbH, in Bad Kissingen: „Mein Ziel ist es, dass die Menschen möglichst lange selbstbestimmt in ihrem vertrauten Umfeld leben können. Dafür brauchen wir auch technisch-digitale Unterstützung, die von den Pflegenden und den Pflegebedürftigen akzeptiert wird. Mit unserer Projektreihe ‚DeinHaus 4.0' helfen wir dabei, neue Entwicklungen erlebbar zu machen."

Selbstbestimmtes Leben im Alter

„DeinHaus 4.0" in Unterfranken wird in den nächsten vier Jahren mit einer Wanderausstellung über die technischen Assistenzmöglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben im Alter informieren. Außerdem entsteht in Bad Kissingen ein Informations- und Beratungszentrum, in dem die Bürger Technik selber probieren und kennenlernen können. Ergänzend wird eine Online-Beratung eingerichtet.

Landrat Thomas Bold erklärte: „Es ist kein Geheimnis, dass der Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung immer mehr zunimmt – gerade auch bei uns im Landkreis Bad Kissingen. Aber nicht nur deshalb ist unser Landkreis prädestiniert für dieses Projekt: Mit dem Zentrum für Telemedizin haben wir einen erfahrenen und sehr kompetenten Partner an unserer Seite, der seit Jahren technische Assistenzsysteme entwickelt und erprobt."

Holetschek betonte: „Die Projektreihe ‚DeinHaus 4.0' soll dazu beitragen, Berührungsängste und Vorbehalte vor neuen Techniken abzubauen und die Akzeptanz für digitale Assistenzen in der Bevölkerung zu verbessern. Bei all den Vorteilen neuer Technologien steht natürlich weiterhin der Mensch im Mittelpunkt der Pflege, High-Tech soll das Miteinander nicht ersetzen. Sie kann jedoch mehr Freiräume für menschliche Zuwendung schaffen und sie entlastet zudem pflegende Angehörige und Pflegekräfte. Assistenztechnik sorgt für mehr Lebensqualität und ist zugleich ein Beitrag zu der so wichtigen Aufwertung der Pflegeberufe."

Bei „DeinHaus 4.0" geht es nicht primär um Fachanwendungen, sondern um die Unterstützung im Alltag, zum Beispiel durch Sensoren, die bei Stürzen einen Notruf absetzen, bei Rauchentwicklung den Herd abschalten oder bei Bewegung in der Dunkelheit Licht anschalten. ❐

SWM und M-net:

Erweiterung des Glasfaser-Ausbaus in München

Erschließung weiterer 17.000 Haushalte

Die Stadtwerke München (SWM) und Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net erweitern das laufende Glasfaser-Ausbauprojekt in München um zusätzliche Netzabschnitte: Bis 2023 erschließen die beiden Unternehmen über 3.200 weitere Gebäude in der Balanstraße, Blumenau und Laim-Mitte mit Glasfaser und versorgen damit rund 17.000 zusätzliche Wohn- und Gewerbeeinheiten in der bayerischen Landeshauptstadt mit Gigabit-Anschlüssen.

Der gemeinsame Glasfaserausbau von SWM und M-net läuft bereits seit 2010. Stand heute sind 600.000 Haushalte an das leistungsstarke und zukunftssichere Glasfasernetz angebunden, bis zum Abschluss des nun erweiterten Ausbaus im Jahr 2023 werden es knapp 650.000 Haushalte sein.

Die Bedeutung einer leistungsfähigen, digitalen Infrastruktur hat in Zeiten der Corona-Pandemie sowohl für private Nutzer als auch für Unternehmen und Gewerbebetriebe stark zugenommen. Mit dem Glasfaserausbau der SWM und ihrer Telekommunikationstochter M-net erhalten die Münchner Haushalte einen Anschluss an die Zukunft: Im Vergleich zu anderen Übertragungswegen sind echte Glasfaserverbindungen schneller, zuverlässiger und auch energieeffizienter.

Relevanter Zukunftsfaktor

Im Rahmen des gemeinsamen Ausbauprojekts für München übernehmen die SWM das Verlegen der passiven Glasfaserinfrastruktur, während M-net die aktive Netztechnik installiert und das Netz mit Telekommunikations- und Mediendiensten betreibt. So stehen für private Nutzerinnen und Nutzer Fernseh-, Telefon- und schnelle Internetanschlüsse bis in den Gigabitbereich zur Verfügung, während für Unternehmen Standortanbindungen und hoch performante Vernetzungslösungen mit noch deutlich höheren Bandbreiten bereitgestellt werden können.

„Mit der Erweiterung der bestehenden Ausbauplanung um zusätzliche Gebiete kommen wir unserem langfristigen Ziel einer flächendeckenden Glasfaserversorgung für München ein weiteres Stück näher", so Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der SWM Geschäftsführung. „Nicht erst die Corona-Pandemie hat gezeigt: Unser Glasfasernetz ist ein relevanter Zukunftsfaktor für München als Wohn- und Wirtschaftsstandort. Darüber hinaus stellt die Glasfaser im kommunalen Raum eine wichtige Voraussetzung für intelligente Stromnetze, für nachhaltige Mobilitätslösungen oder auch die mobile Infrastruktur der nächsten Generation dar – und bildet damit die Grundlage für die Smart City der Zukunft."

Langfristige Sicherheit und Wahlfreiheit in Immobilien mit FTTH

Die Gebäude im Ausbaugebiet werden durch SWM und M-net in Absprache mit den Eigentümern bevorzugt in der hochwertigsten Anschlussvariante FTTH (Fiber-to-the-Home) erschlossen. Bei dieser Technologie werden die Glasfaserleitungen direkt bis in die einzelnen Wohnungen oder Büros geführt. Eine Umwandlung der optischen Lichtimpulse in elektrische Datensignale zur Weiterleitung über das herkömmliche Telefonnetz im Haus ist dann nicht mehr notwendig. Im Gegensatz zu kupferbasierten Technologien sind somit per FTTH deutlich größere Bandbreiten und deutlich höhere Geschwindigkeiten bei wesentlich geringerem Stromverbrauch und CO2-Ausstoß möglich. Für Immobilieneigentümer und -verwalter in München bietet der Ausbau durch SWM und M-net somit die Gelegenheit, ihre Bestände langfristig und nachhaltig für die technischen Anforderungen der Zukunft auszustatten.

„Beim Anschluss per Glasfaser bis in die einzelne Wohnung oder Gewerbeeinheit per FTTH sind im Hinblick auf die künftige Bandbreitenversorgung nahezu keine Grenzen mehr gesetzt. Es ist die einzige Technologie, die auch langfristig das volle Spektrum an Medien- und Telekommunikationsdiensten bieten kann – und sie steht heute schon zur Verfügung", sagt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Dabei bekennt sich M-net klar zu Open Access, das heißt: Unsere Glasfasernetze stehen schon heute auch anderen Telekommunikationsanbietern zur Versorgung ihrer Kunden offen. Für Immobilieneigentümer und -bewohner bedeutet ein FTTH-Anschluss von M-net und SWM daher nicht nur maximale Zukunftssicherheit, sondern auch größtmögliche Freiheit bei der künftigen Anbieterwahl." ❐

EU-Preis für Fürther „HofladenBOX"

Die „HofladenBOX" im Landkreis Fürth hat in Brüssel den EU-Preis Rural Inspiration Award in der Kategorie Digital Futures (Digitale Zukunft) gewonnen.

Laut Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber „ist das ein wunderbarer Erfolg für die Fürther Aktionsgruppe. Ihr Projekt verbindet die großen Themen Digitalisierung und regionale Lebensmittel-Versorgung. Es freut mich sehr, dass sie damit auch auf europäischer Ebene so große Anerkennung gefunden haben. Bislang hat es noch nie ein deutsches Projekt ins Finale geschafft."

Lieferservice für regionale Lebensmittel

Der Online-Marktplatz www.hofladenbox.de bietet einen Lieferservice für regionale und teils biologische Lebensmittel direkt von den Erzeugern. Die Bestellungen werden in gekühlten Mehrwegboxen mit wenig Verpackungsmaterial nach Hause, an den Arbeitsplatz oder an eine von 38 Abholstationen geliefert.

Das Projekt „HofladenBOX" wurde mit knapp 22.000 Euro aus dem EU-Programm LEADER gefördert. Mit diesem Programm unterstützt das bayerische Landwirtschaftsministerium die ländlichen Regionen auf ihrem Weg einer selbstbestimmten Entwicklung – nach dem Motto „Bürger gestalten ihre Heimat". **DK**

Jahresbericht 2020 der Gütegemeinschaft Kanalbau:

Volle Kraft statt Krisenmodus

Was bedeutet eigentlich Gütesicherung Kanalbau? Welche Philosophie steckt dahinter und wer sind die Personen und Organe, welche das für unsere unterirdische Infrastruktur so wichtige Thema mit Leben füllen? Einen hervorragenden Ein- und Überblick über die Aktivitäten und die Entwicklung der Gütegemeinschaft gibt der Jahresbericht, der in der Regel im Frühjahr im Rahmen der Mitgliederversammlung herausgegeben wird. Da die diesjährige 34. Mitgliederversammlung in Baden-Baden aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie nicht als Präsenzveranstaltung durchgeführt werden konnte, wird der Jahresbericht den Mitgliedern zusammen mit den Versammlungsunterlagen und notwendigen Abstimmungsunterlagen mit der Post zugestellt.

Der Jahresbericht der Gütegemeinschaft Kanalbau ist mehr als eine reine Auflistung von Zahlen und Fakten. Seit Jahren präsentiert er sich in einem modernen und frischen Design, das nicht zuletzt aufgrund seiner hochwertigen Fotomotive und grafischen Gestaltung für Lust am Blättern sorgt. Mit der Aufarbeitung allgemeiner Themen wie einer Zustandsbeschreibung des Kanalbaus in Deutschland sowie der Darstellung der Organisation und der Leistungen entsteht in Kombination mit wichtigen Zahlen und Fakten eine interessante Mischung, die die Grundlage schafft, sich gezielt über die Arbeit der Gütegemeinschaft Kanalbau informieren zu können.

Engagement für Qualität

Die Gütegemeinschaft Kanalbau wird von Auftraggebern und Auftragnehmern gleichberechtigt organisiert. Diese haben mit der Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 ein System eingeführt, das zur Prüfung der technischen Leistungsfähigkeit von Bietern im Vergabeverfahren und damit der Qualität im Kanalbau dient. Diese Aufgabe umfasst die kontinuierliche Beurteilung der Qualifikation von Unternehmen in Firmenbesuchen und unangekündigten Baustellenbesuchen sowie die Verleihung des RAL-Gütezeichens. Darüber hinaus erbringt die Gütegemeinschaft ein breitgefächertes Angebot an Leistungen und Angeboten. So etwa bei der Weiterentwicklung der Güte- und Prüfbestimmungen, beim Engagement für die Vergabepraxis oder im Veranstaltungsbereich. Außerdem wurden die Aktivitäten beim Service oder in der Öffentlichkeitsarbeit erweitert.

An die Situation angepasst

„Zwar war die Wahrnehmung der vielfältigen Geschäftsaktivitäten in den letzten Monaten von außergewöhnlichen Herausforderungen durch die COVID-19-Pandemie geprägt“, erklärt Dr.-Ing. Marco Künster, Geschäftsführer der Gütegemeinschaft Kanalbau, „nichtsdestotrotz haben Gremien, Prüfingenieure und Geschäftsstelle mit großem Engagement und mit der in solchen Zeiten notwendigen Flexibilität und Verantwortung an den Themen rund um die Gütesicherung und die Betreuung der Mitglieder gearbeitet.“

Gremiensitzungen fanden planmäßig statt, wenn notwendig in Form einer Videokonferenz. Vorhandene Konzepte wurden in kürzester Zeit an die neuen Bedingungen angepasst und umgesetzt – im Wesentlichen mit dem Ziel, das Infektionsrisiko für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mitgliedsorganisationen und der Gütegemeinschaft zu minimieren. So wurde ein Pilotprojekt, das mit dem Ziel der Modernisierung der Prüfprozesse bereits ausgearbeitet vorlag und mit den Gremien abgestimmt war, „über Nacht“ aktiviert und von den Prüfingenieuren mit Leben gefüllt. Dabei wurden die Prüfungen, die bislang im Rahmen der Firmenbesuche stattgefunden haben, in einer „Online-Prüfung“ gleichwertig ersetzt. „Diese Umstellung wurde in Absprache mit den Gütezeicheninhabern vollzogen und von diesen sehr begrüßt“, so Künster.

Angebote weiter ausgebaut

Auch andere Angebote innerhalb der Mitgliedschaft wurden weiter ausgebaut. So etwa bei den Infoschriften, Leitfäden und technischen Regelwerken, aber auch im Bereich der Serviceleistungen, die Mitgliedern online zur Verfügung gestellt werden. Das gilt insbesondere für die Angebote zur Qualifizierung des Fachpersonals. Sie stehen auf der Homepage www.kanalbau.com unter dem Begriff AKADEMIE zur Verfügung. Gleichzeitig wurden im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und im Marketing neue Konzepte erarbeitet. Unter anderen entstand mit Unterstützung namhafter Kommunen eine neue Anzeigenkampagne, die zu Beginn dieses Jahres an den Start gehen konnte und in der Fachpresse und auf Online-Portalen neue Akzente setzen soll.

„Gezeigt werden Kanalbauwerke, die teilweise schon Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden sind und von hoher Ingenieurskunst zeugen“, betont Künster. „Damals hatte man offensichtlich nicht nur einen hohen Qualitätsanspruch, sondern auch die Mittel dafür, diesem gerecht zu werden.“ Viele der alten Kanäle sind nach wie vor in Betrieb und damit Beleg für die Kernbotschaft der Gütegemeinschaft „Qualität ist viel wert“ und über eine kurzsichtige Betrachtungsweise hinaus höchst wirtschaftlich.

Positive Signale

Die Aktivitäten der Gütegemeinschaft werden wahrgenommen und kommen an. Das belegen nicht zuletzt die vielen Kennzahlen, die der Jahresbericht ausweist. Sie zeigen eine stetige Aufwärtsentwicklung – auch in schwierigen Zeiten. Zum Jahreswechsel forderten 5.629 Auftraggeber und Ingenieurbüros die Gütesicherung, die Zahl der Mitglieder ist auf 4.153 (Abb. 2) gestiegen. 28.588 Baustellenmeldungen gingen 2020 bei der Gütegemeinschaft ein und es wurden 3.533 Baustellenbesuche und 2.620 Firmenbesuche durchgeführt sowie 5.872 Vorgänge im Güteausschuss behandelt. „Beeindruckende Zahlen, die für uns die Bestätigung liefern, dass wir mit unseren Aktivitäten und unserem Engagement auf dem richtigen Weg sind“, unterstreicht Künster. ❐

Klimawandel erhöht Gefahr von Starkregen

Auch in Zukunft finanzielle Unterstützung für Kommunen

Durch den Klimawandel steigt auch das Risiko von Hochwasser nach Starkregenfällen deutlich an. Dies betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber in München und ergänzte: „Unser aktueller Klima-Report Bayern spricht eine klare Sprache: Niederschläge wird es in Zukunft noch häufiger in Form von extremen Starkregen geben. Wir passen unsere Hochwasserstrategie konsequent an diese neuen Herausforderungen an. Die Wasserwirtschaftsverwaltung berät, klärt auf und fördert Maßnahmen. Wir stehen fest an der Seite der Bürger, Kommunen und Planer.“

Besonders gut angenommen wurde dabei das Sonderprogramm „Integrale Konzepte zum kommunalen Sturzflut-Risikomanagement“, das in Folge der bayernweiten Ereignisse und vor allem der Hochwasser-Katastrophe in Simbach am Inn gestartet wurde. „Mit dem Sonderprogramm wollten wir kleinere Kommunen unterstützen. Für sie können Sturzfluten eine existenzielle Bedrohung sein. Rund 100 bayerische Kommunen haben rund 12 Millionen Euro an Zuwendungen für die Erstellung von Konzepten beantragt. Ich werde mich dafür einsetzten, dass das Programm auch in Zukunft den Kommunen hilft, Vorsorge und Abwehrmaßnahmen gegen Sturzfluten zu entwickeln“, so Glauber.

Aktuell findet eine Evaluierung des Sonderprogramms statt. Dabei werden die Erfahrungen aus bisherigen Projekten gesammelt und ausgewertet. Ab dem Jahr 2022 können die integralen Konzepte zum kommunalen Sturzflut-Risikomanagement wieder nach den RZ-Was gefördert werden. Interessierte Kommunen können sich bereits jetzt an ihr Wasserwirtschaftsamt wenden.

Die Konzept-Förderung beleuchtet neben den klassischen Möglichkeiten des technischen Hochwasserschutzes gegen Sturzfluten auch die Hochwasservorsorge bei der Flächennutzung oder Bauleitplanung. Denn häufig lassen sich Schäden bereits dadurch vermeiden, dass bedeutende Infrastrukturen, wie Kläranlagen oder Bauhöfe, nicht in potenziell hochwassergefährdeten Bereichen errichtet werden.

Eine weitere zentrale Säule der Bayerischen Hochwasserstrategie ist die Information der Bevölkerung. Um auf die Gefahren durch über die Ufer tretende Flüsse und durch wild abfließendes Wasser bei Starkregenereignissen aufmerksam zu machen, hat Bayern aktuell zehn regionale Flussgebietsbroschüren erstellt. Glauber: „Wir wollen die Menschen sensibilisieren. Hochwasser kann jeden treffen. Jeder sollte vorbereitet sein. Wir können Hochwasser nicht vollständig verhindern, aber wir können Risiken und Schäden durch gezielte Maßnahmen minimieren.“

Die Flussgebietsbroschüren erklären die Thematik anschaulich mit vielen regionalen Beispielen zu vergangenen Ereignissen, Augenzeugenberichten und konkreten Maßnahmen. Die Broschüren richten sich an Bürger, Kommunen und Planer. Für folgende Flussgebiete wurden Broschüren veröffentlicht:

- Saale und Eger
- Oberer Main
- Regnitz und Pegnitz
- Unterer Main, Fränkische Saale und Tauber
- Iller, Günz, Mindel, Wörnitz und der zugehörige Abschnitt der Donau
- Lech, Wertach und der zugehörige Abschnitt der Donau
- Altmühl, Paar, Abens, Ilm und der zugehörige Abschnitt der Donau
- Naab, Regen und der zugehörige Abschnitt der Donau
- Isar, Amper und der zugehörige Abschnitt der Donau
- Inn, Salzach, Ilz und der zugehörige Abschnitt der Donau

Alle Flussgebietsbroschüren sind abrufbar unter https://www.bestellen.bayern.de/shoplink/stmuv_flussgebiets-broschueren_hochwasser-schutz.htm. Umfangreiche Informationen rund um das Thema Hochwasser bietet außerdem das Portal www.hochwasserinfo.bayern.de. Aktuell steht Interessierten dort auch ein persönlicher Hochwassercheck zur Verfügung. ❐

Sanierung von Lüftungssystemen in Bestands-Hallenbädern

Die Modernisierung von Lüftungssystemen, insbesondere bei Umluftsystemen, ist durch die aktuelle Pandemie wichtiger denn je geworden. Die Qualität der Atemluft hat Priorität. Gleichzeitig sollen die Forderungen der Energiewende erfüllt werden.

Was aber tun, wenn die Lüftungszentralen oder Bereiche zwar schwer zugänglich sind, jedoch der Einsatz einer keim- und schadstoffübertragungsfreien Wärmerückgewinnung notwendig ist? Und nebenbei soll der laufende Lüftungsbetrieb im Hallenbad möglichst störungsfrei erhalten bleiben – trotz eines möglichen Aufwandes bei zusätzlichen Einbringöffnungen oder gar Umbauten ganzer Zentralen.

Durch Gegenstrom-Schicht-Wärmetauscher (GSWT) mit dem bewährten Kreislaufverbundsystem kann dieses Problem elegant und nachhaltig gelöst werden. Durch die modulare Bauweise und die Zerlegbarkeit der einzelnen Wärmetauscher kann SEW auch in schwierig zugänglichen Lüftungszentralen die GSWT-Technologie im Bestand installieren.

Fast jede Luftleistung ist mit der GSWT-Technologie möglich. Zur Einbringung reichen die vorhandenen Zentralen-Türen aus. Bauseitige Änderungen, wie zum Beispiel das Öffnen der Wände, können damit vermieden werden. Meist kann die Montage im laufenden Betrieb erfolgen und die Öffnung des Hallenbads ist während der Sanierung möglich.

SEW bietet als Systemhersteller die Wärmetauscher, Hydraulik, Steuerung und Montage vor Ort in bauseitigen Geräten oder frei aufstellbar in Betonkammern an. Die GSWT-Technologie von SEW ermöglicht eine hohe Wärmeeinsparung, sodass der Betrieb von Umluft zur Energieeinsparung nicht erforderlich ist und den Einsatz von 100 Prozent Frischluft ermöglicht. Prinzip bedingte Umluft aufgrund Entfeuchtung über eine Kältemaschine entfällt.

Durch die zwei- bis dreifach höhere Frischluftrate, behält die für den Menschen so wichtige Atemluft ihre Qualität und fördert damit die sportliche Aktivität im Hallenbad.

Zentrale Wärmerückgewinnungssysteme sparen Anlagentechnik. Läuft eine Anlage im Teillastbetrieb, wird für alle Anlagen Strom gespart.

Seit 1983 rüstet SEW® Lüftungs- und Klimaanlagen zur keim- und schadstoffübertragungsfreien Wärmerückgewinnung und FCKW-freien Naturkühlung mit hocheffizienter GSWT®-Technologie aus.
Info: www.sew-kempen.de ❐



Sebastian Schubert (stehend) aus dem Umweltamt im Landratsamt Regen stellte die konkreten Planungen vor. Auch Landrätin Rita Röhrl (sitzend v.l.), Jurist Alexander Kraus und Lieselotte Bielmeier, die Leiterin des Umweltamtes, nahmen Stellung.
Bild: Langer/Landkreis Regen

Bootsfahrten auf dem Regen:

Deutliche Einschränkung geplant

Gewerbliche Kanufahrten sollen ab 15. Juli unter starken Auflagen wieder erlaubt werden

Teisnach. Rund 40 Teilnehmer waren kürzlich zur Gesprächsrunde über das Kanufahren auf dem Schwarzen Regen nach Teisnach gekommen. Dazu hatten die Mitarbeiter der Regierung von Niederbayern und des Landratsamtes Regen Vertreter der örtlichen Kanuunternehmen, die Fischereiberechtigten, Vertreter des Gemeingebrauchs und des Naturschutzes sowie verschiedener Fachstellen in den Campus eingeladen.

„Ziel der Veranstaltung war es, trotz der verhärteten Standpunkte der unterschiedlichen Interessengruppen, zu einem rechtlich vertretbaren Kompromiss über das Kanufahren auf dem Schwarzen Regen zu gelangen“, betonte Landrätin Rita Röhrl. Im Zuge der Gesprächsrunde wurden die in den Jahren 2020 und 2021 angefertigten Gutachten über den ökologischen Zustand des Schwarzen Regen und die FFH-Verträglichkeit des gewerblichen Kanufahrens vorgestellt.

Anschließend wurde der Lösungsvorschlag des Landratsamtes Regen präsentiert und begründet. Dabei konnte sich erstmals auf wissenschaftliche Gutachten gestützt werden. So wurden die Daten aus einem ornithologischen Gutachten, aus der FFH-Verträglichkeitsprüfung des gewerblichen Kanufahrens und aus einem Fachbeitrag Fischerei zum Managementplan für das FFH-Gebietes berücksichtigt.

Aufteilung in zwei Abschnitte

Konkret schlagen die Experten aus dem Landratsamt nun vor, den Regen zwischen Zwiesel und dem Kraftwerk Höllensteinsee in zwei Abschnitte aufzuteilen. Der Bereich A, zwischen Zwiesel bis zum Campingplatz Schnitzmühle (oberhalb der Stadt Viechtach), gilt hier als besonders schützenswert, ab Schnitzmühle gilt der Bereich B. Hier seien durch die Aufstauung des Flusses und durch die derzeitige Naturschutzsituation weniger Schutzmaßnahmen gerechtfertigt.

Für den Bereich A sind demnach starke Befahrungseinschränkungen vorgesehen. So sollen Fahrten in der Zeit zwischen 1. April und 15. Juli gänzlich verboten werden. In der restlichen Zeit soll der Pegel, gemessen in Sägmühle, mindestens 70 Zentimeter hoch sein. Zudem darf für eine Befahrung das Wasser in Teisnach gemessen nicht wärmer als 21,5 Grad sein.

Zwischen Zwiesel und Schnitzmühle sollen in der Zeit von 10 Uhr bis 18 Uhr demnach noch 120 gewerbliche Fahrten täglich möglich sein. Die Bootsbetreiber würden auf Grundlage der bisherigen Fahrten entsprechende Kontingente bekommen. Wobei die Fahrten zwischen den Betreibern übertragbar wären, eine Aufteilung der Teilstrecken aber von der Übertragung ausgenommen werden soll.

Ab Schnitzmühle soll es keine jahreszeitlichen Einschränkungen mehr geben. Auch der Pegelstand und die Wassertemperatur werden hier nicht mehr berücksichtigt. Einzige Einschränkung soll auch hier die Beschränkung auf 120 Fahrten pro Tag sein.

Ausgewogener Vorschlag

Landrätin Rita Röhrl bezeichnet den Vorschlag aus dem eigenen Haus als ausgewogen. „Wir haben versucht alle Interessen zu berücksichtigen. Wobei natürlich der Schutz der heimischen Tier- und Pflanzenwelt Vorrang vor kommerziellen Interessen haben muss. Wir haben erwartet, dass die Beteiligten nicht in Jubel ausbrechen, dennoch habe ich die Hoffnung, dass wir nun auf einem guten Weg sind. Unser Ziel ist es, dass wir bis zum 15. Juli die entsprechenden Genehmigungen erteilen können“, so die Landrätin weiter. In den nächsten Tagen wird dann den Betreibern nochmals Gelegenheit zur (ergänzenden) Antragstellung für gewerbliche Bootsfahrten gegeben.

„Die Mitarbeiter im Landratsamt Regen stehen dann vor der schwierigen Herausforderung, die vorgebrachten Argumente aller Seiten und die vorliegenden Gutachten gemeinsam mit den Fachstellen Wasserwirtschaftsamt Deggendorf, der Fachberatung für Fischerei des Bezirks Niederbayern und der unteren Naturschutzbehörde zu bewerten“, erklärte Röhrl.

Im Anschluss an die Vorstellung der Planungen hatten alle Beteiligen die Gelegenheit, Fragen zu stellen, Anregungen und Bedenken vorzubringen.

Im Übrigen wird sich die Diskussion auch auf den Gemeingebrauch auswirken. Hier erfordern sämtliche Gutachten die Erweiterung der Gemeingebrauchsverordnung auf den Geltungsbereich zwischen Zwiesel und Schnitzmühle und die Übernahme der gewerblichen Regelungen zu Jahreszeit, Pegel und Temperatur. Betretungsverbote der Regeninseln und der Kiesbänke gehören bereits jetzt zu den geltenden Regelungen, die auf den erweiterten Geltungsbereich ausgedehnt werden sollen. ❐

Zweckverband Stauden-Wasserversorgung:

Zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2020

Sanierung der Hochbehälter kam wegen Corona ins Stocken
Wasserförderung steigt wegen Hitzeperiode über das genehmigte Kontingent

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie waren im zurückliegenden Geschäftsjahr 2020 auch beim Zweckverband Stauden-Wasserversorgung mit Sitz in Reichertshofen (Gemeinde Mittelneufnach) spürbar. Wie der Verbandsvorsitzende, Langenneufnachs Altbürgermeister Josef Böck, bei der jüngsten Verbandsversammlung in der Staudenlandhalle Fischach erläuterte, sei das vergangene Jahr trotz aller widrigen Umstände unter kaufmännischen Gesichtspunkten durchaus zufriedenstellend verlaufen. Schwierig sei es lediglich gewesen, durch die coronabedingten Einschränkungen alle – teilweise schon lange geplanten und von den Aufsichtsbehörden geforderten – Maßnahmen durchzuführen. Aus diesem Grund wurden für das laufende Jahr im Wirtschaftsplan des Verbandes erneut Haushaltsansätze für eine Brunnenregenerierung, eine Pumpenbeschaffung und für die Erneuerung der Steuerungstechnik an den Außenstationen gebildet.

Werkleiter Armin Drexl berichtete, dass die Gemeinde Mittelneufnach seit dem Abschluss der Baumaßnahmen im Oktober 2020 im Wassergastverhältnis komplett vom Zweckverband versorgt wird. Ein Großprojekt, das Verwaltung und Bauhof in den kommenden Jahren beschäftigen wird, ist die Sanierung der beiden Hochbehälter in Immelstetten und in Siebnach. Wie schon mehrfach berichtet, verlangt das Gesundheitsamt beim Landratsamt Unterallgäu, dass die beiden in die Jahre gekommenen Hochbehälter einer Zustandsanalyse durch eine zertifizierte Fachfirma unterzogen werden müssen. Als erste Sofortmaßnahmen mussten in Abstimmung mit dem Gesundheitsamt in den einzelnen Kammern Fugensanierungen durchgeführt werden. Das endgültige Gutachten wird nach Abschluss der Analyse im Hochbehälter Siebnach voraussichtlich im Oktober vorliegen.

Umfangreiches Sanierungskonzept

Diese Expertise bildet dann die Grundlage für ein umfangreiches Sanierungskonzept beider Hochbehälter mit den Einzelmaßnahmen Neubeschichtung, Trennung der Wasserkammern und Neuverrohrung. Armin Drexl: „Um den gesetzlichen und technischen Anforderungen gerecht zu werden, ist es in den nächsten Jahren erforderlich, an beiden Behältern Hand anzulegen!“

Förderkontingent 2020 geringfügig überschritten

Bedingt durch eine erneute Hitzeperiode und die weiterhin hohen außerordentlichen Lieferungen über Notverbunde wurde auch im vergangenen Jahr 2020 das genehmigte jährliche Förderkontingent von 2,55 Millionen Kubikmetern mit einer Gesamtrohwasserförderung von 2,67 Kubikmetern zum wiederholten Mal geringfügig überschritten. Wie bereits in 2019 waren außerordentliche Lieferungen an bestehende Notverbunde in ungewöhnlich hoher Anzahl (171.000 Kubikmeter) erforderlich. Neben Sonderlieferungen an die Gemeinden Großaitingen und Kutzenhausen bezieht die Gemeinde Ustersbach bereits seit Mitte 2018 über den bestehenden Notverbund ihren gesamten Trinkwasserbedarf vom Zweckverband Stauden-Wasserversorgung. Als Grund nannte Werkleiter Drexl die umfangreichen Ertüchtigungsmaßnahmen aufgrund von Problemen in der Ustersbacher Wassergewinnung und -speicherung.



V.l. Verbandsvorsitzender Josef Böck und Werkleiter Armin Drexl blicken auf ein zufriedenstellendes Jahr 2020 zurück. Bild: Walter Kleber

Neu erschlossen wurden im Berichtsjahr 2020 Baugebiete in Scherstetten, Walkertshofen, Wehringen und Reitenbuch (Markt Fischach). Leitungserneuerungen in Teilstücken waren in Mörgen (Gemeinde Eppishausen) und in Oberneufnach (Gemeinde Markt Wald) erforderlich. In Siegertshofen (Markt Fischach) musste im Zuge der Sanierung der Schmutterbrücke eine komplett neue Wasserleitung eingebaut werden. Ein leichter Rückgang war im letzten Jahr bei den Rohrbrüchen im Verbandsgebiet zu verzeichnen. Insgesamt wurden 31 Rohrbrüche festgestellt und repariert. Zehn weitere Leckagen waren im Rahmen der technischen Betriebsführungen zu beheben.

Der Zweckverband Stauden-Wasserversorgung wurde am 5. September 1967 von den sieben Staudengemeinden Kreuzanger, Langenneufnach, Reichertshofen, Reinhartshausen, Reinhartshofen, Schwabegg und Walkertshofen gegründet.

Versorgungsgebiet

Heute versorgt der Verband, Wassergäste eingeschlossen, über 39.000 Einwohner in 21 Städten, Märkten und Gemeinden (mit 84 Ortsteilen) in den Landkreisen Augsburg, Unterallgäu und Günzburg mit hochwertigem Trinkwasser. Das Versorgungsgebiet erstreckt sich über eine Fläche von rund 500 Quadratkilometern. Das Wasser fließt über 166 Kilometer Fern- und 457 Kilometer Orts- und Anschlussleitungen zu rund 9.400 Haus- und Grundstücksanschlüssen.

Fördermengen, Wasserpreis und Personal

Pro Jahr werden in Reichertshofen durchschnittlich 2,5 Mio. Kubikmeter Wasser gefördert. Davon werden rund 1,7 Mio Kubikmeter an Tarifabnehmer und rund 770.000 Kubikmeter an Wassergäste und Notverbunde abgegeben. Die maximale genehmigte Fördermenge der sechs Brunnen beträgt 2,55 Mio. Kubikmeter pro Jahr. Diese Fördermenge ist bis 2027 gesichert.

Der Wasserpreis beträgt 88 Cent netto pro Kubikmeter (ab 2020). Am Verbandssitz in Reichertshofen sind 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Voll- und Teilzeit) in Verwaltung und Bauhof beschäftigt. Werk- und Geschäftsleiter ist seit 2007 Armin Drexl.

Infos im Internet: www.stauden-wasser.de **wkl**

Stadt Stein:

Sanierung des Regenüberlaufbeckens

In diesem Jahr gab es schon so schwere Niederschläge, dass die Steiner Feuerwehr berichtet, an einem einzigen Tag 30 Einsätze gehabt zu haben. Wichtig ist hier eine funktionierende Kanalisation. Dass sich die Stadt für den Klimawandel rüstet, wurde am Regenüberlaufbecken Schillerstraße deutlich gemacht.

Flapsig könnte man sagen, es werden 300.000 Euro verbuddelt und keiner merkt etwas. So in etwa stellt sich die Situation am Regenüberlaufbecken Schillerstraße dar. Wie wichtig diese Sanierungsarbeiten allerdings sind, wurde bei einem Vorort-Termin mit Ersten Bürgermeister Kurt Krömer und Theo Hofmann vom Stadtbauamt erläutert. Zu Beginn erklärte Kurt Krömer die dringende Notwendigkeit dieser Sanierungsarbeiten: „Der Bereich Abwasser ist eine sehr wichtige Aufgabe in einer Kommune. Deshalb werden wir auch in den nächsten Jahren die Abwassertechnik auf den aktuellen Stand bringen, sodass wir keinerlei Probleme bei Starkregen und gewittrigen Regenfällen im Steiner Stadtgebiet haben werden,“ so Krömer.

Um zu verstehen, warum diese Arbeiten so wichtig sind, muss man etwas in die technische Materie eintauchen. Das Kernstück des Regenüberlaufbeckens Schillerstraße ist ein 450 Kubikmeter fassendes Betonbecken. Hier sammelt sich das Wasser, das zwischengespeichert wird. Nach einer Grobreinigung von Feststoffen wird das gereinigte Wasser in die Kläranlage Nürnberg weitergepumpt.

Kapazitätserweiterung

Bei schweren Niederschlägen reicht die Kapazität des Betonbeckens nicht aus. Deshalb gibt es die sogenannten Überlaufschwellen. Sie sorgen dafür, dass überschüssiges Regenwasser in den Haselgraben abgeleitet wird. Aber auch hier ist es notwendig, dass die Feststoffe aus Umweltschutzgründen vorher entfernt werden. Deshalb wird ein Rechen (eine Schnecke) eingebaut. Dazu wurde der Boden über der Anlage aufgeschnitten und die Schnecke eingebaut.

Beim Öffnen des Schachts werden zwei Wasserrinnen sichtbar. Während die eine für das normale Mischwasser genutzt wird, kommt die andere Rinne nur bei schwerem Regen zum Einsatz. Bevor das Mischwasser in den angrenzenden Haselgraben abfließt erfolgt eine Reinigung mit dem Rechen, denn die Ökologie des Bachs, der direkt ins Freiland-Aquarium und -Terrarium fließt, ist sensibel. Das Überlaufbecken wird weiterhin mit einem Drosselschacht versehen, der mit Mess- und Steuereinrichtung ausgestattet wird. Damit werden statistische Daten erhoben.

Ende Juni 2021 werden die Sanierungsarbeiten abgeschlossen sein. Für die die gesamte Maßnahme investiert die Stadt Stein rund 300.000 €. Insgesamt hat die Stadt neun Regenrückhaltebecken im gesamten Stadtgebiet zu unterhalten. ❐



Erster Bürgermeister Kurt Krömer macht sich ein Bild von den Sanierungsarbeiten. Bild: Stadt Stein

Bausoftware OneStop Pro®:

100 % Überblick

OneStop Pro® ist eine mehrfach ausgezeichnete Bausoftware zum marken- und herstellerunabhängigen Verwalten, Disponieren und Auswerten sämtlicher Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Personen und weiterem Equipment.

Die Idee, eine eigene Softwarelösung für die Baubranche zu entwickeln, entstand durch aufmerksames Zuhören. Endkunden (Baufirmen) berichteten häufig über dieselben Probleme und Herausforderungen wie beispielsweise die effiziente Nutzung von Telematikdaten. Baufirmen haben in der Regel Maschinen und Geräte unterschiedlicher Hersteller im Einsatz. Um an Telematikdaten zu gelangen, bleibt nichts anderes übrig als sich in die Herstellerportale einzeln einloggen. Das ist eine zeitraubende und umständliche Arbeit. Zudem fehlt hier eine einheitliche Übersicht über alle Maschinendaten. Eine effiziente Nutzung der Daten ist dadurch unmöglich. Genau an diesem Punkt setzte das OneStop Pro Team an. Ziel war es, eine herstellerübergreifende Plattform zu schaffen, mit der jeder Nutzer alle relevanten Daten sofort per Knopfdruck zur Hand hat.

Einsatzgebiete

OneStop Pro® wird in den folgenden Bereichen eingesetzt:

- Maschinen- und Geräteverwaltung
- Telematik und GPS-Systeme
- Digitale Disposition und Einsatzplanung
- Wartungs- und Prüfungsmanagement

Produkte

Je nachdem, worauf der Anwender seinen Schwerpunkt legt, bietet OneStop Pro® das passende Produkt.

Das Einsteigerprodukt Go! umfasst grundlegende Funktionen wie zum Beispiel eine marken- und herstellerunabhängige Verwaltung sämtlicher Maschinen, Geräte und Fahrzeuge inkl. Wartungen und Prüfungen. Das Produkt Telematics liefert zusätzlich auch Live-Informationen der Geräte und Maschinen in Bezug auf Standorte und Bewegungen. Mit dem Produkt Business haben OneStop Pro® Kunden sogar die Möglichkeit, digital zu disponieren, Kosten zu überwachen und Auswertungen durchzuführen. Bei All-Inclusive ist der Name Programm: Es vereint sämtliche Funktionen der OneStop Pro® Produkte in nur einer Anwendung.

Kunden

Die Nutzer von OneStop Pro® stammen überwiegend aus der Bauwirtschaft und verwandten Branchen wie GaLa-Bau, Logistik, Bauhof, etc. Die Unternehmensgröße spielt dabei keine Rolle. Von zehn bis 1.000 Mitarbeitern sind bei den OneStop Pro® Bestandskunden alle möglichen Größen vertreten. Im Prinzip ist die Software für jedes Unternehmen geeignet, das mehrere Fahrzeuge, Maschinen, Geräte, Werkzeuge, Inventar oder Personal im Einsatz hat bzw. nutzt. „Wir erzeugen einen echten Mehrwert für unsere Kunden, indem wir die oft aufwendigen, manuellen und händischen Prozesse durch digitale Arbeitsschritte vereinfachen – ganz nach unserem Motto Simplify your business“, so Leiter Dominik Märkl. ❐

Neues Feature für den Unimog:

Der Krananhänger

Henne Nutzfahrzeuge bietet Vorführungen an

Der Unimog Krananhänger U12 von Schlang & Reichart ist eine flexible Lösung für die ortsunabhängige Beladung des Unimogs. Ohne die meist aufwendige Montage eines Kranaufbaus am Unimog selbst lassen sich so unterschiedliche Lade- und Transportaufgaben erledigen.

Durch einen Wechsel der Arbeitsgeräte sind sowohl Holz- als auch Schüttgutfahrten möglich. Ausgestattet mit einer 3-Seiten-Kipperbrücke und im Rahmen integrierten Alu-Auffahrtsrampen stellt das Entladen und der Transport von Maschinen kein Problem dar.

Schneller einsatzbereit

Durch den Aufbau des Ladekrans auf einem Anhänger kommt der U12 von Schlang & Reichart dem Anspruch des flexiblen ganzjährigen Einsatzes eines Unimog entgegen. Für Bau- und Betriebshöfe, Garten- und Landschaftsbaubetriebe sowie Park- und Friedhofsverwaltungen, aber auch für Forstbetriebe stellt der Unimog Krananhänger deshalb die optimale Ergänzung dar, mit der sich deutlich mehr Transportfahrten realisieren lassen.

Die Highlights:

- TÜV-Zulassung bis 80 km/h
- 3-Seiten-Kipperbrücke
- Lenkdeichsel serienmäßig
- Kranlänge bis 8,80 Meter
- Z- und L-Krane verfügbar
- Hohes Schwenkmoment
- EHC-Steuerung über Funk
- Optional mit Schnellwechseladapter

Kontakt für weitere Informationen und Vorführtermine: www.henne-unimog.de/unimog-krananhaenger ❐



Unimog Krananhänger U12 Bild: Henne Nutzfahrzeuge GmbH



„Mehr Biodiversität – mehr Resilienz“

Netzwerktreffen der oberbayerischen Landschaftspflegeverbände

Unter dem Motto „Mehr Biodiversität – mehr Resilienz“ fand das erste Netzwerktreffen der oberbayerischen Landschaftspflegeverbände (LPV) statt. Ziel des Treffens waren unter anderem der fachliche Austausch zu Arbeitsschwerpunkten und Best Practice-Beispielen der LPV sowie die Präsentation diverser Förderrichtlinien der Ländlichen Entwicklung.

Den massiven Artenschwund bei Insekten, Schmetterlingen und Vögeln und seine möglichen Ursachen erklärte eingangs Professor Dr. Josef Helmut Reichholf, Evolutionsbiologe, Zoologe und Ökologe. Aus seiner Sicht führt Nährstoffüberschuss durch Düngung beispielsweise zu einer Verdichtung der Vegetation und damit zu einer Veränderung des Mikroklimas in Bodennähe. Dies wiederum wirke sich auf Lebenszyklen von Insekten und Schmetterlingen aus. Ein weiterer Grund können Schwankungen im Jahresklima sein, die heute deutlich höher sind als vor 200 Jahren. Tiere und Pflanzen müssten hier adäquat reagieren. Reichholfs Pflege-Hinweis an die Landschaftspflegeverbände: „Nicht mehr als die Hälfte der Fläche entfernen und Inseln überiglassen“.

Blau – Grün – Kühl

In ihren Zielgebieten ILE, Gemeindeentwicklung, Dorferneuerung und auch bei besonders qualitätvollen Projekten in der Fläche kann die Ländliche Entwicklung mit den zur Verfügung stehenden Fördermöglichkeiten Maßnahmen für Natur und Landschaft durchführen. Multicodierung ist die Kunst, mehr aus einer Fläche zu machen. Dies schafft neue landschaftliche Qualitäten. Blau – Grün – Kühl steht dabei für Wasserkreisläufe, vielfältige Grünelemente und Klimaregelungsfunktionen. Wie Guido Romor, Sachgebietsleiter Landespflege am Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern darlegte, bedeute Resilienz Krisenfestigkeit durch das Stärken regionaler Wertschöpfungsräume, das Verbessern der Umweltqualität und Ökosystemleistungen und das Stärken der Rückhaltefähigkeit der Landschaften.

Resilienz-Projekt Auerbergland

Die Voraussetzung für sinnvolle Maßnahmen am richtigen Ort im richtigen Kontext ist eine qualitätvolle, konzeptionelle Planung wie im aktuell laufenden Resilienz-Projekt Auerbergland. Dieses wurde im vergangenen Jahr von Gemeinden der ILE Auerbergland initiiert und befindet sich derzeit in der Startphase. Dabei soll u.a. anhand der Auswertung bestehender Fachkonzepte zu den Bereichen Landschaft, Wasser, Tourismus, regionale Identität und Biodiversität eine langfristige resiliente Gesamtstrategie für die Region entwickelt werden. Aus dieser sollen wiederum konkrete Maßnahmen, z.B. zum dezentralen Wasserrückhalt, auf der Ebene der Kommunen abgeleitet werden können.

In Impuls-Vorträgen aus den Sachgebieten Landespflege und Landwirtschaft wurden beim Netzwerktreffen planerische Modelle und konkrete Umsetzungsideen vorgestellt. Ausführlich besprachen die Teilnehmer Planungs- und Förderinstrumente der Ländlichen Entwicklung wie beispielsweise FlurNatur, Regionalbudget und boden:ständig. **DK**

Mengkofen kehrt jetzt selbst

Bis vor kurzem waren die Straßenkehrarbeiten in der Gemeinde Mengkofen im Landkreis Dingolfing-Landau extern vergeben. Seit Dezember ist im Fuhrpark des örtlichen Bauhofes aber eine eigene Kehrmaschine. Bürgermeister Thomas Hieninger setzte sich vor der Anschaffung, mit allen Verantwortlichen aus Gemeinderat und Bauhof, mit den Vorteilen und Nachteilen einer eigenen Kehrmaschine auseinander. Am Ende gab es nur Gründe für eine eigene Maschine.

Mit Unterstützung von Verkaufsberater Manfred Plodeck und Vorführer Ewald Schiehandl von Beutlhauser entschied sich Mengkofen für eine Schmidt Swingo 200. Die 84-PS-starke Kehrmaschine ist nicht nur eine der meistverkauften 2-Kubik-Kehrmaschine in Deutschland, sondern erfüllt mit der Abgasnorm Euro 6 auch alle aktuellen Standards.

Kurzfristige Kehrarbeiten selber erledigen

Die Swingo überzeugte auch mit Effizienz und Wirtschaftlichkeit. Nicht nur, dass die eigene Kehrmaschine immer verfügbar ist, sie kann auch überall eingesetzt werden. Selbst kurzfristige Kehrarbeiten, beispielsweise am Schulgelände oder Volksfestplatz können schnell durch die Mitarbeiter des Bauhofes selbst erledigt werden. Die Kehrmaschine wird zudem das ganze Jahr über auch für andere Aufgaben eingesetzt. So können mit einem extra angebrachten Schlauch, Laubberge jederzeit aufgesaugt werden oder mit der integrierten Hochdruckwaschanlage Reinigungsarbeiten, wie zum Beispiel das Säubern eines Bushäuschen, durchgeführt werden.

Übergabe und technische Einweisung erfolgte an Bürgermeister Thomas Hieninger und die Mannschaft von Werkstattleiter Josef Höhenberger unter Einhaltung strengster Sicherheits- und Hygieneregeln. Einen Videobeitrag zur Übergabe steht zum Abruf kann hier angeschaut werden: https://www.youtube.com/watch?v=8Ab6hSS0og4&t=16s❐



Übergabe und technische Einweisung erfolgte an Bürgermeister Thomas Hieninger und die Mannschaft von Werkstattleiter Josef Höhenberger. Bild: Beutlhauser

Wichtiger Meilenstein:

Singapur kehrt autonom

Die erste vollelektrische Kompaktkehrmaschine CityCat 2020ev von Bucher Municipal wurde autonom. In Zusammenarbeit mit ENWAY, dem Berliner Softwarehersteller für selbstfahrende Nutzfahrzeuge, wurde mit der Zulassung der autonomen Kehrmaschine für den öffentlichen Strassenverkehr in Singapur ein wichtiger Meilenstein erreicht. Dies ist ein Schritt vorwärts in Singapurs Bemühungen um eine nachhaltigere Stadt.

Seit 2017 steht Bucher Municipal mit ENWAY in Kooperation, um die Nachhaltigkeit im kommunalen Bereich aktiv zu fördern und weiterzuentwickeln. Das autonome Kehrfahrzeug «Donner» basiert auf dem vollelektrischen Modell CityCat 2020ev. Sie wurde mit der Technologie von ENWAY für den autonomen Betrieb ausgestattet und für den öffentlichen Einsatz in Singapur in Zusammenarbeit mit verschiedenen Beteiligten modifiziert.

Zulassung erteilt

Der erste Meilenstein wurde dabei bereits erreicht: Das vollautonome Kompaktfahrzeug «Donner» hat den Test für autonome Fahrzeuge der Land Transport Authority abgelegt und bestanden und erhält offiziell die Zulassung für öffentliche Strassen in Singapur. Singapurs Nationale Umweltbehörde (NEA) beginnt nun mit Probe-Einsätzen auf öffentlichen Strassen, um den Stadtstaat sauberer und nachhaltiger zu machen. Das Projekt ist Teil der laufenden Bemühungen von NEA, Innovationen und die Verbreitung von Technologie voranzutreiben sowie die Produktivität der gesamten Umweltdienstleistungsbranche zu verbessern. Der Einsatz autonomer Technologien im Bereich Strassenreinigung soll die Produktivität im Versorgungsbetrieb verbessern und die Strassennutzung optimieren.

Das selbstfahrende Kompaktkehrfahrzeug wird während des Einsatzes über ein Tele-Operations-Center fernüberwacht, wo auch Reinigungswege und -zeiten festgelegt und gegebenenfalls angepasst werden. Während der Probe-Einsätze muss das autonome Kehrfahrzeug, gemäss der strengen Betriebsprotokolle, einen Sicherheitsfahrer an Bord haben. Tests auf öffentlichen Strassen werden schrittweise durchgeführt und gesteigert bis zu regelmässigen Zeiten, in denen das autonome Kehrfahrzeug parallel zum täglichen Verkehr reinigt.

Mit der CityCat 2020ev war Bucher Municipal das erste Unternehmen, das ein vollelektrisches Kehrfahrzeug auf den Markt brachte. Ausgestattet mit modernster Technologie, bot die CityCat 2020ev somit beste Voraussetzungen für die Weiterentwicklung in ein autonomes Kehrfahrzeug. Mit der brandneuen CityCat V20e und CityCat VS20e geht Bucher Municipal den Schritt in Richtung Elektrifizierung konsequent weiter und ist heute der einzige Hersteller auf dem Markt, der die zweite Generation bereits in Serie produziert.

Die Hard- und Softwarearchitektur wurde durchgehend so entwickelt, dass autonomes Fahren und Kehren möglich sind. Dieser wichtige Schritt in Richtung vernetzte Fahrzeuge spiegelt sich in den Möglichkeiten zur Überwachung des Betriebszustands und der Betriebssicherheit durch vorausschauende Unterstützung und Wartung über „Bucher Connect“ wider - was für autonome Fahrzeuge umso wichtiger wird. ❐

KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit Henne Nutzfahrzeuge GmbH
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Kommunaltechnik: Load-Sensing Hydraulik

Ein großer Vorteil von Nutzfahrzeugen, Baumaschinen und Geräteträgern liegt darin, unterschiedliche Aufgabenbereiche durch den schnellen Wechsel von An- und Aufbaugeräten abzudecken. Damit für verschiedene Geräte und Werkzeuge auch immer die jeweils effiziente Hydraulikleistung zur Verfügung steht, werden Load-Sensing-Systeme eingesetzt.

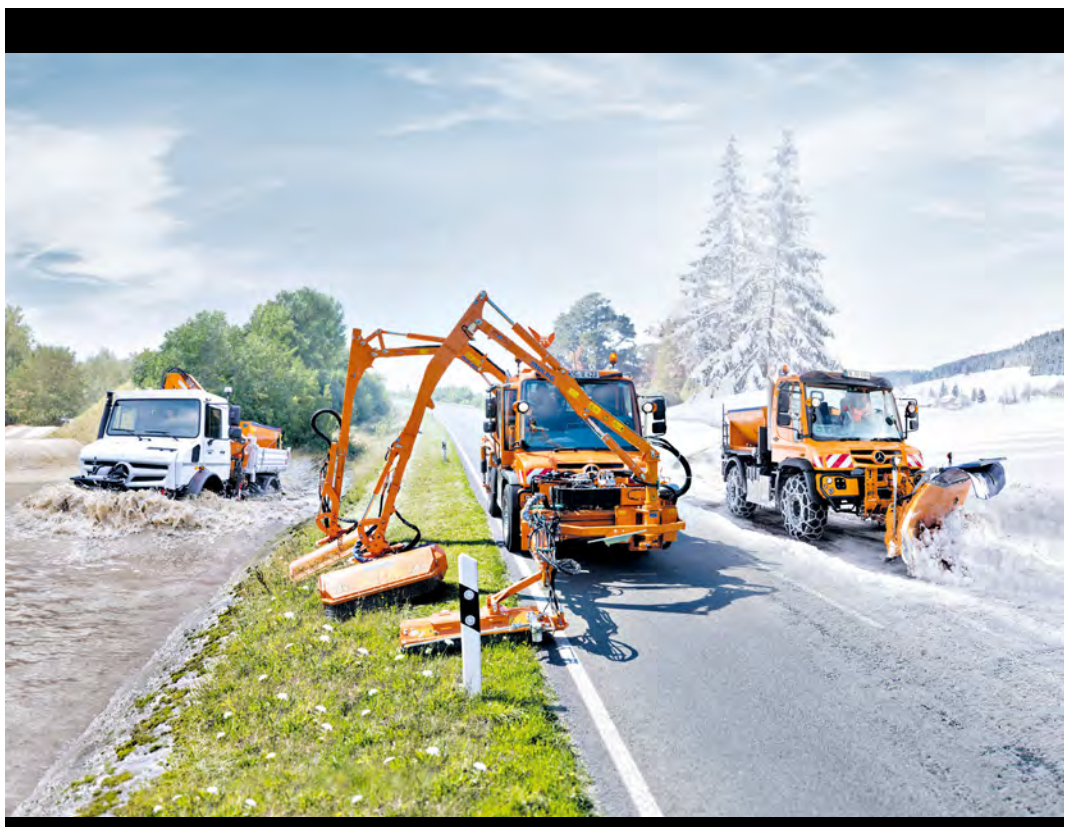
Viele wechselbare Anbaugeräte werden über die Hydraulikpumpe des Geräteträgers angetrieben. Die Leistungsanforderungen des Verbrauchers schwanken jedoch stark mit seiner jeweiligen Tätigkeit. In der Folge können je nach Hydrauliksystem hohe Leistungs- und Effizienzverluste entstehen. Durch eine tätigkeitsabhängige Anpassung von Fördervolumen und/oder Druck können Leistungsspitzen effizienter abgedeckt werden.

Anpassung von Systemdruck und Volumenstrom

Bei konventionellen Hydrauliksystemen ist keine lastabhängige, variable Leistungsabgabe möglich. Mittels Load-Sensing-System lassen sich Systemdruck und Volumenstrom an die jeweiligen Anforderungen eines oder mehrerer An- und Aufbaugeräte anpassen. So wird sichergestellt, dass von der Hydraulikpumpe nur der Volumenstrom gefördert wird, der auch tatsächlich von den Verbrauchern benötigt wird. Damit können Kraftstoffeinsparungen und Leistungsreserven bei geringeren Anforderungen an die hydraulische Leistung erzielt werden.

Die variable Steuerungsmöglichkeit ist besonders für kommunale Fahrzeuge mit vielseitigem Aufgabenspektrum wie dem Unimog sinnvoll. Für viele Arbeiten mit schwankendem Leistungsbedarf, wie etwa beim Betrieb eines Auslegers, wird je nach Geschwindigkeit der Stellbewegung und Anzahl der gleichzeitig betätigten Zylinder ein anderer Volumenstrom benötigt. Starre Systeme erfordern eine feste Voreinstellung der Hydraulikparameter und können so zu Mehrverbrauch oder Leistungseinbußen führen. Bei Fahrzeugen mit Load-Sensing-System werden Systemdruck und Volumenstrom automatisch geregelt. Weil keine manuelle Anpassung des Volumenstroms mehr nötig ist, wird der Fahrer entlastet und die Sicherheit erhöht.

Auch Baumaschinen, bei denen die Werkzeuge mehrmals täglich gewechselt werden, benötigen eine anforderungsgerechte Hydrauliksteuerung. Deshalb sind Bagger mit nur einer Hydraulikpumpe regelmäßig mit einem Load-Sensing-System ausgestattet. Damit kann eine Anpassung an die jeweilige Anwendungssituation wie z.B. Fahren, Schwenken oder Baggern erfolgen. Durch die einsatzabhängige Steuerung lassen sich auch hier Kraftstoffeinsparungen erzielen. ❐



GZ ZU GAST BEI ...



Michael Cerny

Oberbürgermeister der Stadt Amberg

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Die kreisfreie Stadt Amberg in der Oberpfalz mit derzeit rund 43.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

Ich bin seit 1. Mai 2014 Oberbürgermeister und war von 2008 bis 2014 der 2. sowie von 2002 bis 2008 der 3. Bürgermeister der Stadt Amberg.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Schon als Jugendlicher hat es mir Freude gemacht, mich für mein Umfeld und andere Menschen einzusetzen und dabei meine eigenen Ideen einzubringen. Unter anderem war ich anfangs in der katholischen Jugendarbeit tätig, später habe ich in unserem Pfarrgemeinderat und in der Kirchenverwaltung Verantwortung übernommen. 1993 bin ich in die CSU eingetreten und war lange Jahre als Vorsitzender meines Ortsverbands aktiv. 1996 führte mich das Interesse an meiner Heimatstadt Amberg und an der Kommunalpolitik in den Stadtrat.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Auf das Amt des Oberbürgermeisters habe ich mich in meiner Zeit als 2. und 3. Bürgermeister gut vorbereiten können. Ich konnte meinem Amtsvorgänger Wolfgang Dandorfer über die Schulter schauen, bekam einen ausgezeichneten Einblick in das Aufgabenspektrum und erhielt schon einmal einen Eindruck, welche Herausforderungen auf mich zukommen würden. Trotzdem war dann doch vieles voller Überraschungen und der Start eine steile Lernkurve. Außerdem muss man seinen eigenen Stil finden. Hier galt „Learning by Doing".

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Ich denke, da geht es den meisten meiner Kolleginnen und Kollegen ähnlich wie mir. Es wird immer schwieriger, Flächen für Gewerbe und Wohnen zu entwickeln und gleichzeitig den Wirtschaftsstandort zu stärken sowie attraktive Arbeitsplätze und Wohnraum für unsere Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Neben den klassischen Themen Bau und Gebäudeunterhalt der Schulen war es mir schon früh ein Anliegen, die Digitalisierung in den Schulen voranzutreiben und sicherzustellen. Auch die solidarische Stadtgesellschaft ist und war mir immer besonders wichtig – ein Thema, das nicht einfacher wird bei sehr konträren Vorstellungen zur Stadtentwicklung und einer steigenden Singularisierung in unserer Gesellschaft.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Natürlich steht aktuell die Corona-Pandemie im Mittelpunkt, aber ich habe immer versucht, die anderen Themen nicht in den Hintergrund geraten zu lassen. Die Anzahl der Projekte, Bebauungspläne, Baugenehmigungen und Anfragen ist in dieser Zeit sogar angestiegen. Für neue Bebauungspläne konnten wir Regelungen zum ökologischen Bauen einführen wie beispielsweise eine Verpflichtung für Photovoltaik in Neubaugebieten.

Auch haben wir durch den Kampf gegen das tückische Virus vieles gelernt und erreicht. Die schnellen Fortschritte im Bereich Digitalisierung oder aber auch die Erfahrungen aus dem Ausbau im Bereich Home-Office möchte ich für die Stadtverwaltung als modernen und attraktiven Arbeitsgeber nutzen.

Daneben gibt es bei uns wichtige Zukunftsprojekte in der Stadtentwicklung: Die Elektrifizierung der Bahn mit einem barrierefreien Bahnhof, der Ausbau der Fahrradwege, die Sanierung unseres wunderschönen Stadttheaters und vieles mehr. Und das vor dem Hintergrund, dass SARS-CoV-2 auch in unsere Stadtkasse ein gewaltiges Loch gerissen hat, das wir leider nur sehr langsam wieder werden schließen können.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Ein zentrales Thema wird sicherlich die Klimapolitik bleiben. Wir alle wissen, wie wichtig es ist, in allen Bereichen die Weichen für ein klimaneutrales Handeln zu stellen. Das gilt für uns als Verwaltung, aber auch für unsere Unternehmen und die Bevölkerung. Das bedeutet, wir selbst müssen uns als Stadt nachhaltig und zukunftsorientiert aufstellen, aber auch andere zum Mit- und Nachmachen bewegen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Bleiben Sie immer menschlich, offen für Neues und lassen Sie sich auf keinen Fall durch Rückschläge entmutigen. Die Bürger wollen wissen, wofür ihr Bürgermeister steht und sie erwarten von ihm die Empathie, sich in ihre Lage zu versetzen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Es ist mir ein ganz großes Anliegen, eine Politik des Dialogs und des Miteinanders zu pflegen und in gutem Einvernehmen die bestmöglichen Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft zu finden. Deshalb setze ich auf regelmäßige Gespräche mit den Stadtratsmitgliedern aller Parteien, auf die wiederkehrende Abstimmung mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie auf direkte Gespräche mit den Bürgern.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird die Art, wie wir arbeiten und kommunizieren, zunehmend verändern. Das gilt insbesondere auch für die Kommunalpolitik. Unsere internen Abläufe werden beispielsweise durch die E-Akte schneller und effizienter werden. Behördengänge mit Terminvereinbarung oder sogar komplett digitale Antragstellungen lösen das Klischee der Amtsstube mit Warteraum ab. Auch die Kommunikation von und mit den Bürgern wird immer digitaler. Hier ist es wichtig, die richtige Form der digitalen Bürgerbeteiligung zu finden.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

„Mut steht am Anfang des Handelns, Glück am Ende." (Demokrit)

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Wichtig wäre es mir, dass die Bürger sagen: „Schade, dass er aufhört". Ich würde mich freuen, wenn die Bürger mich als Oberbürgermeister in Erinnerung behalten, der bei all seinem Tun und all seinen Entscheidungen immer das Wohl seiner Heimatstadt und das ihrer Bewohnerinnen und Bewohner als oberstes Ziel im Blick hatte. ❐

Zu wenig Hilfe bei Autismus

Bezirk baut das Autismus Kompetenzzentrum Unterfranken aus

Anlässlich des Welt-Autismus-Tags wurde unlängst darauf aufmerksam gemacht, dass inzwischen von 100 Bürgern in Deutschland einer von Autismus betroffen ist. Mit einer so hohen Zahl hatte niemand gerechnet, als das Autismus Kompetenzzentrum Unterfranken (AKU) 2009 an den Start ging. Damals ging man in der Region von einem Betroffenen pro 200 Bürger aus. Doch auch in Unterfranken gilt offenbar die hohe bundesweite Fallzahl. Das zeigt die Nachfrage nach Beratung. Die hat sich seit 2010 mehr als verdoppelt.

Das Autismus Kompetenzzentrum Unterfranken (AKU) fungiert als Wissens- und Informationsplattform für Menschen mit Autismus-Spektrum-Störung und für Angehörige. Ziel ist es, die Versorgung und Teilhabe der betroffenen Menschen zu verbessern. Die Fachkräfte des AKU beraten und vermitteln. Das Zentrum geht aktuell davon aus, dass in Unterfranken 13.200 Menschen mit einer Autismus-Spektrum-Störung leben. Bei Gründung des Zentrums im Jahr 2009 war man noch davon ausgegangen, dass nur etwa 7.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene betroffen sind.

Autismus kann nicht geheilt werden, allerdings ist die Krankheit therapierbar in der Stärke ihrer Ausprägung. Schwierig bleibt es oft noch immer, die richtige Diagnose zu bekommen und das passende Hilfsangebot zu finden. Das macht das Autismus Kompetenzzentrum Unterfranken so wichtig. „Es ist eine der ersten Anlaufstellen für Menschen mit Autismus und für Angehörige", erklärte Eva-Maria Löffler, Leiterin der Sozialverwaltung des Bezirks Unterfranken, im Sozialausschuss des Bezirkstags. Um den stark gestiegenen Beratungsbedarf nachzukommen, genehmigte der Ausschuss dem in Würzburg etablierten Zentrum ab Juli eine zusätzliche halbe Fachkraftstelle.

Explosion der Beratungszahlen

Der Beschluss wird für den Bezirk Kosten in Höhe von rund 36.000 Euro verursachen. Der Freistaat wird sich jährlich mit rund 12.000 Euro beteiligen. In dieser Summe sind Sach-, Fahrt- und Verwaltungskosten inbegriffen. Betroffene und Angehörige werden von der Entscheidung durch kürzere Wartezeiten profitieren. Derzeit müssen sie bis zu drei Monate auf einen Beratungstermin warten. Dies liegt daran, dass die Beratungszahlen bei gleichem Personal seit 2009 geradezu explodiert sind. 2010, ein Jahr nach Gründung der Einrichtung, wurde erst rund 500 Mal beraten. Letztes Jahr fanden 1.160 Beratungsgespräche statt. Auch die Zahl der Klienten stieg stark an.

Das AKU hilft nicht nur Menschen, die auf der Suche nach Therapiemöglichkeiten sind oder die Fragen zur Alltagsbewältigung haben. Die Mitarbeiterinnen des Zentrums bieten auch Elterntrainings und Fortbildungen an. Vor allem im Raum Aschaffenburg kann die Nachfrage nach diesen Angeboten laut AKU mangels Personal aktuell „nicht bedient werden". Auch müssten viele Nachfragen nach Schulungen von Fachkräften abgelehnt werden. Sehr wichtig wäre es laut dem Vorstand des Vereins AKU, Jugendliche und Erwachsene im Raum Aschaffenburg bei Behördengängen zu begleiten; etwa zur Arbeitsagentur. Auch dies sei derzeit kaum möglich.

Dem Zentrum wäre es ein großer Wunsch gewesen, eine weitere volle Stelle zu erhalten, um der Nachfrage nach Beratung, Begleitung und Schulung wieder gerecht werden zu können. Bereits vor knapp zwei Jahren ging ein entsprechender Antrag beim Bezirk ein. Mit der nun genehmigten halben Stelle will der Bezirk die ärgste Not lindern, bevor nächstes Jahr, wenn alles wie geplant läuft, eine „Autismus-Strategie-Bayern" verabschiedet wird. Wie Löffler erläuterte, wird diese Strategie seit zwei Jahren im Auftrag des Bayerischen Landtags entwickelt. Ziel ist es, die Lebensbedingungen für Menschen mit Autismus zu verbessern.

Die Strategie reagiert damit darauf, dass Autismus kein Randproblem mehr ist. Erarbeitet wird sie unter der Regie des Münchner Sozialwissenschaftlers Markus Witzmann. In Kürze soll das Projekt abgeschlossen werden. Nächstes Jahr wird der Landtag über die Strategie diskutieren. Dem Bezirk zufolge strebt der Entwurf eine Ausweitung der Beratungsangebote an. In allen Regionen sollen Außenstellen etabliert werden. Das AKU ist auch jetzt schon in den Regionen Untermain und Main-Rhön präsent. So werden regelmäßig Beratungen im Aschaffenburger Gesundheitsamt angeboten. Die Nachfrage ist allerdings auch hier deutlich höher als das Angebot. **Pat Christ**

Nähen für den guten Zweck:

Spendenaktion von „Nähen hilft! e.V."

Der Verein „Nähen hilft!" unterstützt Patientinnen und Patienten bei ihrer Rehabilitation durch handgemachtes Lern- und Übungsmaterial

Was mit dem einfachen Maskennähen begann, wurde zu einem Erfolgsprojekt weiterentwickelt. Der Verein Nähen hilft! aus dem Landkreis Dingolfing-Landau besteht seit 2020 aus rund fünfzig ehrenamtlichen Näherinnen, die vorwiegend Produkte für krankenhausnahe Einrichtungen und Menschen mit Behinderungen erstellen. So werden beispielsweise Brustkrebskissen, Krankenhausröster, Produkte zur Unterstützung der kindlichen Gehirntumorforschung, wärmende Kleidungsstücke für Obdachlose, Katheter Beutel für die Kinderonkologie und viele weitere Produkte erstellt und gespendet.

Dieses Mal überreichten Nadja Bauer-Beutlhauser und Irene Rüdel vom Verein Nähen hilft! die fertigen Produkte für das Neurologische Zentrum Mainkofen. Für die Frührehastation sollte etwas ganz Spezielles angefertigt werden. Ein Herzensprojekt, welches durch die Mitglieder in über 500 Arbeitsstunden mit Begeisterung zur Detailarbeit umgesetzt wurde.

„Neuerlernen" unterstützen

130 verschiedene Produkte wurden dafür in mühevoller Handarbeit erstellt. Vom einfachen Fühlhandschuh, über Memory-Plaids, unterschiedlichstes Nestelmaterial bis hin zu Lernrahmen, die in Einzeltherapien verwendet werden können. Alle Produkte haben eines gemeinsam, sie regen die Sinne an, helfen Patientinnen und Patienten mit Erkrankungen wie Schlaganfall, Gehirnblutungen und weiteren neurologischen Diagnosen, die Dinge wieder zu lernen. Ein Setzkasten aus Klein- und Großbuchstaben, eine Uhr mit Klettziffern: Alles um den Patientinnen und Patienten, die das Schreiben und Lesen neu erlernen müssen, mit Hilfe von Haptik und visuellen Reizen zu animieren. „Ich kenne die Station aus eigenen Erfahrungen sehr gut und weiß was Ärztinnen und Ärzte, das Pflegepersonal, die Therapeuten und vor allem die Patientinnen und Patienten hier beim „Neuerlernen" leisten. „All die Produkte wurden mit viel Liebe und in der Hoffnung gefertigt, dass viele davon profitieren. Sie sollen spüren, dass an sie gedacht wird", so die Vorsitzende Nadja Bauer-Beutlhauser. Irene Rüdel erstellte die Schnittmuster in engem Austausch mit dem Therapeuten-Team und mit Hilfe von Nähanleitungen konnten viele hilfreiche Dinge entsprechend den Anforderungen umgesetzt werden. „Gerne helfen wir auch weiterhin, wenn wir zur Genesung beitragen können", versicherte sie.

Eine Überraschung für den Verein dürfte es jedoch gewesen sein, dass der „Verein der Freunde und Förderer der Neurologischen und Psychiatrischen Kliniken Mainkofen e.V." dieses großartige Engagement auch unbedingt in Zahlen honorieren wollte. 500 Euro wurden zur Freude der Vorsitzenden überreicht. „Die Überraschung ist Ihnen wirklich gelungen! Wir machen das alle sehr gerne. Normalerweise finanziert sich der Verein auch aus Verkaufsaktionen mit Dekorationsartikel und anderen nützlichen Produkten. Spenden sind da natürlich eine großartige Möglichkeit die Materialien und Stoffe zu finanzieren, die wir den ehrenamtlichen Näherinnern zur Verfügung stellen", so die Vorsitzende. ❐

Aschaffenburg:

Insektenhotel am Landratsamt

Auf Initiative von Landrat Dr. Alexander Legler wurde in der neuen Gartenanlage auf dem Gelände des Landratsamtes Aschaffenburg ein Insektenhotel installiert.

Der Kreisverband für Gartenbau und Landschaftspflege Aschaffenburg hat dieses in Handarbeit gefertigt und es wird in Zukunft Wildbienen und anderen Insekten einen Lebensraum bieten. Die Herberge ist zwei auf zwei Meter groß und mit Schilfhalmen,Bambusrohrabschnitten, Lehmziegeln sowie Baumscheiben und Hartholzquardern bestückt.

Der Landkreis Aschaffenburg ist seit dem Jahr 2019 aktiver Partner der Initiative „Deutschland summt!" und hat sich seitdem umso mehr der Förderung von Insekten verschrieben. ❐



Landrat Dr. Alexander Legler mit Vertretern des Kreisverbands für Gartenbau und Landschaftspflege Aschaffenburg Bild: LRA Aschaffenburg

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Netzwerktreffen der jungen Bürgermeisterinnen und Bügermeister in Wertheim. Bild: Stadt Wertheim

Acht Punkte für Kommunen

Kommunen nach Corona mit jungen Themen voranbringen

Was sind die drängenden Herausforderungen für Kommunen, was die entscheidenden Themen für junge Kommunalpolitik – nicht nur für die Nach-Coronazeit. Um das zu diskutieren, traf sich das parteiübergreifende Netzwerk Junge Bürgermeister*innen Ende Mai zu einer hybriden Konferenz in Wertheim. 20 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus ganz Deutschland waren der Einladung gefolgt, weitere 35 Teilnehmer*innen waren digital über Zoom dabei. „Es ist eine Ehre, dass das Netzwerk unsere Stadt für sein Treffen ausgewählt hat. Und es ist schön, dass es zumindest teilweise in Präsenz möglich ist", so Wertheims Oberbürgermeister Markus Herrera Torrez.

Michael Salomo, Bürgermeister von Haßmersheim und Sprecher der jungen Bürgermeister*innen und Henning Witzel, Leiter des Hauptstadtbüros des Netzwerks, informierten über die Aktivitäten der vergangenen und die Planungen für die nächsten Monate.

Große Herausforderungen

Die anschließende Diskussion eröffnete Bürgermeister Salomo mit einem Impuls. An acht Punkten machte er die Herausforderungen fest, vor denen die Kommunen jetzt stehen. Er sieht die Wiederbelebung des Vereinslebens als sozialen und emotionalen Anker für viele Bürger. Auch die Auswirkungen der Pandemie auf die Innenstädte und ein zu befürchtender Anstieg der Insolvenzen werde viele Kommunen stark beschäftigen, erwartet Salomo. Bezahlbares Wohnen, Kinderbetreuung und Sozialarbeit dürfen nicht vernachlässigt werden. „Das würden die Menschen nicht verstehen, wenn man in diesen Feldern keine Lösung anbietet, aber zugleich Unternehmen oder Fluglinien mit Milliardenaufwand rettet", betonte Salomo. Auch die Digitalisierung von Schulen und Verwaltung bleibe eine Daueraufgabe. „Es reicht ja nicht, Tablets über dem Schulhof abzuwerfen" machte Salomo deutlich. Dazu komme, dass der Fachkräftemangel in den Verwaltungen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels vielerorts immer dramatischere Folgen hat.

Gewalt gegen Kommunale

Abschließend ist es die zunehmende Bedrohung und Gewalt gegen Kommunale, die die Arbeit erschwert. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hatte dazu Ende April das Online-Portal „Stark im Amt" freigeschaltet, bei dessen Entwicklung und Präsentation auch das Netzwerk eingebunden war.

Die Kommunalpolitik ist nahe an den Bedürfnissen der Menschen. In ihren Dörfern, Städten und Landkreisen erleben sie emotionale Heimat. Hier wird demokratisch geprägtes Zusammenleben praktiziert.

Kompliziert, langsam und ineffizient

Doch dazu müssen Kommunen besser ausgestattet werden. Es geht nicht primär um mehr Geld, es geht um Handlungsfähigkeit. Salomo verwies hier auf klare gesetzliche Regelungen, die die Aufgabenfelder von Kommunen, Bund und Ländern definierten – allerdings gibt es immer mehr bürokratische Hürden, so seine Kritik.

Seine Forderung: „Man muss sich zusammensetzen und grundsätzlich über die Aufgabenteilung und die Finanzierung der staatlichen Ebenen neu reden." Besonders im Fokus standen dabei die Förderprogramme von Bund und Ländern. „Im Ergebnis kompliziert, langsam und ineffizient" so die Zusammenfassung von Thomas Kling, Oberbürgermeister in Calw; sein Kollege Daniel Bullinger, Bürgermeister der Gemeinde Oberrot im Landkreis Schwäbisch Hall pflichtete ihm bei: „So geht es nicht weiter!" Annika Popp, 1. Bürgermeisterin im oberfränkischen Leupoldsgrün wies darauf hin, dass Kommunen oft auf Folgekosten gutgemeinter Förderprogramme sitzen blieben, wenn zum Beispiel die IT-Administration von geförderten Laptops für Schulen bei den Kommunen Zusatzkosten verursacht. Noch gebe es in Bund und Ländern viele Fördertöpfe für unterschiedliche Bereiche. Nach Corona wird sich das ändern, weil Bund und Länder sparen, so die Befürchtung der jungen Rathauschefs.

Vorbildfunktion

Bürgermeister Daniel Iliev aus Heringen (Werra) verwies in der Diskussion auch auf die Vorbildfunktion, die gerade junge Rathauschefs haben. So sitzen im Magistrat seiner Kommune seit der letzten Kommunalwahl in Hessen seit langem wieder einmal auch Berufstätige oder Menschen mit kleinen Kindern. Die Arbeit eines jungen Bürgermeisters macht vielen erst wieder deutlich, dass man als junger Mensch etwas bewegen kann und es sich lohnt, sich für seine Kommune zu engagieren.

Digital die Welt retten

Über sein digitales Rathaus berichtete Wertheims Oberbürgermeister Herrera Torrez im Rahmen des folgenden Schwerpunktthemas „Breitband". Anschließend ging es zum gemeinsamen Mittagessen zum Wahrzeichen Wertheims, der Burg. Am Nachmittag stellte der Unternehmer, Autor, Entwickler und Aktivist Jörg Heynkes unter der Überschrift „Zukunft 4.1 – warum wir die Welt nur digital retten, oder gar nicht" mögliche Entwicklungen des digitalen Wandels auf die Kommunen vor. Auch Heynkes warb für Entbürokratisierung und eine Föderalismusreform, damit unser Gemeinwesen den vor uns liegenden Herausforderungen der vierten industriellen Revolution gewachsen ist.

Über das Netzwerk

Im September 2019 hat sich das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen als eigenständiges Netzwerk unter dem Dach des Innovators Club, der kommunalen Ideenschmiede des Deutschen Städte- und Gemeindebundes gegründet. Mitmachen können alle, die bei ihrer jüngsten Wahl jünger als 40 Jahre alt waren. In Deutschland sind dies zur Zeit über 550 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aller demokratischen Parteien sowie Parteilose. ❐

GZ PINOS WELT



„Pino, was fläzt Du wieder faul in der Gegend rum? Das kann doch wohl nicht wahr sein, so etwas Träges habe ich ja noch nie gesehen." Der Bürgermeister war schlechter Laune und ließ diese an mir aus, obwohl ich im buchstabenwörtlichen Sinne gar nichts gemacht habe.

Nebenbei hat sich der Bürgermeister als schlechter Beobachter geoutet. Denn dass Katzen Meister im „arte di vivere" sind, weiß ein interessiertes Publikum ja spätestens seit den Abenteuern des Katers Garfield, der fett, faul und Lasagne-mampfend Comicgeschichte geschrieben hat.

Streng wissenschaftlich ist es so, dass Katzen im Durchschnitt 70 Prozent des Tages verschlafen, also so 16 Stunden, wobei man an hektischen Tagen manchmal nur auf knapp zwölf Stunden kommt, während an ungemütlichen Wintertagen auch schon mal 20 Stunden zusammenkommen können. Man muss ja mit seinem Energievorrat haushalten. Als Raubtiere mit gesundem Selbsterhaltungstrieb schlafen wir natürlich nicht 16 Stunden am Stück, sondern die Schlafpausen verteilen sich über den ganzen Tag. Mit dieser klugen Verteilung von Ruhe- und Regenerationsphasen über die Zeitachse erklärt sich natürlich ein Stück weit der ausgeglichene und souveräne Charakter, der uns Katzen eigen ist. Mit Ruhe, Überlegung und Gemütlichkeit kommt man halt immer noch am weitesten.

> Mit Ruhe, Überlegung und Gemütlichkeit kommt man am weitesten

Die Menschen haben die Kunst des Müßiggangs ja vollkommen verlernt. „Müßiggang ist aller Laster Anfang", „Im Schweiße Deines Angesichts sollst Du das Brot essen", „Die Pflicht ruft" – allüberall Aufforderungen zur Leistung, zur Tätigkeit, zum sich tummeln. Und auch das Motto „Arbeit macht das Leben süß" wird nur noch von schlafbedürftigen Pubertieren durch den Nachsatz „doch Faulheit stärkt die Glieder" ergänzt.

Dabei war das Ideal des Müßiggangs, der Freiheit vom Zwang zur Arbeit, die Möglichkeit des von materiellen Sorgen befreiten Austauschs von Gedanken über Jahrhunderte in der Antike ein erstrebenswertes Ziel. Mönchisches Leben ist auch geprägt von Phasen der inneren Einkehr, vom Weg zu sich selbst, der natürlicherweise nicht hektisch, sondern nur kontemplativ beschritten werden kann. Zu unseren festen kulturellen Schätzen gehören Vorstellungen vom Schlaraffenland, vom einfachen Leben zurück zur Natur und solche literarischen Gestalten wie Iwan Gontscharows „Oblomow", der seit 160 Jahren eine so nachhaltige Wirkung hat, dass das träge in den Tag hineinleben immer noch als oblomowieren bezeichnet wird; sogar im Französischen gibt es das Wort.

In der nichtliterarischen Realität ist der Mensch aber einer gnadenlosen Leistungserwartung ausgesetzt. Sorry, aber burn-out gibt es im Tierreich nicht. Nach einem Bericht der Vereinten Nationen sterben jährlich weltweit 745.000 Menschen an der unnatürlichsten aller Todesursachen – Überarbeitung!

Und warum das alles? Nur um mit 63 Jahren in Rente gehen zu können. Oder es begeben sich Leute in eine extreme Form des Leistungsdrucks, indem sie sich ein Ziel für Kapitalakkumulation bis zu einem bestimmten Lebensalter setzen, um dann aussteigen zu können – und nichts mehr zu tun. Also auf der einen Seite von 30 bis 60 sich kaputtarbeiten bis zum Umfallen und auf der anderen Seite die Rente mit 68 oder 70 als sozialpolitischen Gottseibeiuns zu brandmarken, das ist eine intellektuelle Transferleistung, die ich nicht nachvollziehen kann. Da bin ich doch eher bei der Generation Y, die sich stärker an einer über die Lebensarbeitszeit gestreckten Work-Life-Balance orientiert. Vielleicht machen die Millennials weniger Überstunden als die Generationen vor ihnen, dafür sind sie aber auch offener für längere Lebensarbeitszeiten.

Gut, der Bürgermeister ist noch aus altem Schrot und Korn und hat ein ganz klares Arbeitsethos. Andererseits ist er ein glühender Verehrer der Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach. Und schon diese wusste: „Das meiste haben wir gewöhnlich in der Zeit getan, in der wir meinen, nichts getan zu haben".

Ihr Pino

Affäre um Sonderzahlungen

In der Affäre um Sonderzahlungen bei der Stadt Bamberg hat die Regierung von Oberfranken Verstöße festgestellt. Städtischen Mitarbeitern wurden Überstundenpauschalen gewährt, obwohl eine Zeiterfassung nicht oder nur teilweise erfolgt ist. Mangels Nachweis lagen die Voraussetzungen für diese Zahlungen damit nicht vor. Dies gilt auch im Hinblick auf die Auszahlung von Überstunden bzw. Mehrarbeit.

Von 2011 bis 2017 soll die Stadt unzulässig Überstunden, Zeitzuschläge und Prämien ausgezahlt haben. Die Rede ist von rund einer halben Million Euro. Der Kommunale Prüfungsverband brachte den Finanzskandal ins Rollen.

Verstoß gegen Regelungen des Tarifvertrages

Laut einer Mitteilung der Regierung von Oberfranken „kommt die Gewährung von Überstundenpauschalen über einen längeren Zeitraum in ihrer konkreten Wirkung einer dauerhaften Anordnung von Überstunden gleich und stellt damit letztlich einen Verstoß gegen die Regelungen des Tarifvertrages bzw. der Bayerischen Arbeitszeitverordnung dar". Dort sei die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit festgelegt. Grundsätzlich könnten Überstunden nur bei vorübergehend auftretendem Bedarf an zusätzlicher Arbeitsleistung angeordnet werden. Zudem seien nachgewiesene Überstunden grundsätzlich durch Freizeit auszugleichen. Nur wenn ein Ausgleich nicht möglich ist, sei eine Bezahlung zulässig.

Verdacht der Untreue

Eine Aussage dazu, ob in den genannten Fällen Überstunden bzw. Mehrarbeit tatsächlich geleistet worden sind, ist mit diesen Feststellungen nicht verbunden. Dieses Aspekts hat sich die Staatsanwaltschaft Hof angenommen, die wegen des Verdachts der Untreue ermittelt. Erst Ende Mai wurde deshalb das Rathaus durchsucht.

Seit dem 1. April müssten nun alle Mitarbeiter der Stadt – soweit technisch möglich – ihre Arbeitszeit elektronisch erfassen, heißt es bei der Regierung von Oberfranken. Damit habe die Kommune die Grundlage geschaffen, in Zukunft das Thema Überstunden und Mehrarbeit rechtskonform abzuwickeln.

Starke räumt Fehler ein

Im Zusammenhang mit den Vorwürfen hat der Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Bamberg eine Anwaltskanzlei beauftragt, um mögliche Haftungs- und Rückforderungsansprüche prüfen zu lassen. Zudem sei die Auszahlung von Leistungsprämien derzeit ausgesetzt, teilte eine Sprecherin der Stadt mit. Ob und in welcher Form künftig Leistungsprämien gezahlt werden, solle mit der Personalvertretung und dem Personalsenat beraten werden.

Oberbürgermeister Andreas Starke räumte ein, dass Fehler gemacht worden seien, die sich nicht wiederholen dürften. Erste und wichtige Maßnahmen seien bereits getroffen worden. „Weitere Schritte werden in enger Abstimmung gemeinsam mit dem Stadtrat und der Personalvertretung erfolgen." **DK**

Stadt Bamberg:

Buntes Programm mit Vorträgen und Aktionstagen

Familienstützpunkte im Landkreis München feiern fünfjähriges Jubiläum

Seit fünf Jahren gibt es nun schon familienbildende Angebote in Form von Familienstützpunkten im Landkreis München. Gemeinsam mit dem Landratsamt München feiern die acht Einrichtungen vom 10. Juni bis zum 7.Oktober mit einem bunten Programm – natürlich für die ganze Familie.

Für Eltern und Fachkräfte gibt es spannende und interessante Vorträge, zum Beispiel über die Herausforderungen des modernen Elternseins, die verschiedenen Aufgabenfelder des Jugendamts oder das Abenteuer Pubertät.

Den Auftakt und auch den Abschluss der Vortragsreihe bilden Beiträge der Buchautorin und Journalistin Nora Imlau. Über den gesamten Zeitraum bieten die Familienstützpunkte vor Ort spannende Aktionstage und auch der mobile Familienstützpunkt ist in den Landkreiskommunen unterwegs. Sofern es die pandemische Lage zulässt, wird ein großes Familienfest das Jubiläum abschließen.

Familienstützpunkte helfen dabei, passende Bildungs- und Beratungsangebote für junge und auch ältere Familien zu finden. Und das am besten in der direkten Nachbarschaft. Vor allem der immer stärker zunehmende Druck und die Erwartungen der Gesellschaft erschweren oft das Zusammenleben in der Familie. Familienstützpunkte bieten hier eine gute Option, dieser Situation Herr zu werden. Durch Tipps und Unterstützung greifen sie Ratsuchenden unter die Arme. Ziel ist es, dass sich Familie und Kinder bestmöglich entfalten können und ein familienfreundliches Umfeld entsteht.

Insgesamt gibt es sieben feste Familienstützpunkte im Landkreis München. Der erste eröffnete 2016 in Oberhaching. Es folgten weitere in Feldkirchen, Grünwald, Schäftlarn, Unterschleißheim und zwei in Taufkirchen. Ergänzt werden sie von einem mobilen Familienstützpunkt. Ziel der Einführung war es, die vorhandenen Anlaufstellen für Familien im Landkreis näher zu den Menschen zu bringen und das Angebot der Familienbildung strukturell zu etablieren.

Hilfe zur Selbsthilfe

„Das hat wunderbar geklappt" freut sich Alexandra Müller, zuständige Mitarbeiterin in der Stabsstelle Familienbildung im Landratsamt München. Jetzt gelte es, die Familienstützpunkte und damit letztendlich ratsuchende Familien schnell und unbürokratisch zu stärken und zu unterstützen. Als Zukunftsperspektive soll Familienbildung ein selbstverständliches Angebot für Familie im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe sein und die Inanspruchnahme dieser Unterstützung noch niedrigschwelliger und facettenreicher zugänglich gemacht werden. ❐

Bayerischer Integrationspreis 2021:

Gemeinsam Zukunft gestalten!

Die Gewinner des Bayerischen Integrationspreises 2021 stehen fest. Dabei handelt es sich um drei Projekte aus München und Nürnberg, die sich in besonderer Weise um die Integration von Kindern und Jugendlichen verdient gemacht haben. Zudem wurde anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Auszeichnung ein Sonderpreis an eine Einzelperson vergeben. Ausgewählt wurden die mit insgesamt 6.500 Euro dotierten Auszeichnungen von der unabhängigen Jury des Bayerischen Integrationsrates.

Mit dem 1. Preis (3.000 Euro) wurde das Improtheater München bedacht. Es richtet sich vor allem an Jugendliche aus sozial schwachen Familien, die an Mittelschulen (Migrationsanteil bis zu 80 %) unterrichtet werden. Impro macht Schule e.V. (ImS) arbeitet dabei sowohl integrativ als auch inklusiv. Trainiert werden die Jugendlichen von einem Team von elf ausgebildeten Schauspielern und Theaterpädagogen. Sechs Mal im Jahr trifft sich das Team zu Intervisionen und Fortbildungen mit externen Referenten. Seit 2012 hat ImS für mehr als 1.000 SchülerInnen an 27 Schulen Improtheater angeboten. Außerhalb von Schulen veranstaltete der Verein zudem Projektworkshops für Jugendliche in Kooperation mit dem Goethe-Institut und dem Verkehrsmuseum München.

Aufbau intrinsischer Motivation

Der 2. Preis (2.000 Euro) geht an das Nürnberger Projekt Antiradikalisierung des Global Elternverein e.V., das gegen Diskriminierung und Antisemitismus arbeitet. Es soll dazu beitragen, Politikinteresse, Integration und menschenrechtliche Werte bei Kindern und Jugendlichen zu fördern. Wichtige Aktivitäten sind hierbei die Vermittlung von Computerkenntnissen und Programmierfähigkeiten, der Besuch einer Synagoge und Feiern von Festtagen anderer Religionen. Die Kinder und Jugendlichen bekommen aktive Unterstützung beim Aufbau intrinsischer Motivation zur Verbesserung der Schulleistung und zur Teilhabe am gemeinschaftlichen Leben.

YouthBridge, München, ausgezeichnet mit dem 3. Preis (1.000 Euro), ist ein Projekt der Europäischen Janusz Korczak Akademie, in der Jugendliche unterschiedlicher Herkunft, Muttersprache und Religion ein zweijähriges Leadership Programm absolvieren. Mit Hilfe renommierter Kooperationspartner werden den Teilnehmern Kompetenzen und Kontakte vermittelt, die für ihre persönliche und berufliche Entwicklung zahlreiche Vorteile mit sich bringen. Mit dem neu erworbenen Wissen und Können setzen die Jugendlichen eigene soziale, mediale und kulturelle Initiativen um und bauen Brücken zwischen verschiedenen Communities.

Über den Sonderpreis (500 Euro) darf sich Frau Zahra Akhlaqi freuen. Seit 2017 ist sie bei der heimaten-Jugend und im heimaten e.V. – Netz für Chancengerechtigkeit aktiv. Damals wurde sie erstmals in den Vorstand gewählt und in dieser Funktion bereits mehrmals bestätigt. Schwerpunkte ihres Engagements sind Frauen- und Mädchenrechte, politische und soziale Teilhabe von Menschen mit Fluchtgeschichte in Bayern und Europa, Anti-Rassismus und Antidiskriminierung. Dabei organisiert die Preisträgerin Projekte für junge Menschen sowie Unterstützungsmaßnahmen für junge Geflüchtete. Vom Bayerischen Jugendring wurde sie 2018 in die Mädchen- und Frauenkommission berufen. Mit 13 Jahren in München angekommen, führte sie ihr Bildungsweg über die Mittelschule zur FOS bis hin zum Jura-Studium seit Herbst 2019. Zahra Akhlaqi ist damit auch Vorbild für junge Menschen, insbesondere junge Frauen.

Mit insgesamt 145 Bewerbungen war das Interesse an der Ausschreibung auch heuer wieder sehr groß. Die Bayerische Integrationsbeauftragte Gudrun Brendel-Fischer, Bayerns Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann und Landtagspräsidentin Ilse Aigner werden die Preise am 21. Juni 2021 im Bayerischen Landtag in kleinem Rahmen überreichen. **DK**



Die Jugendverkehrsschule Vilshofen bekommt einen neuen LKW von der Verkehrswacht. Die Anschaffung wurde vom Landkreis Passau unterstützt. Der Vorsitzende der Verkehrswacht in Stadt und Landkreis Passau, Altlandrat Franz Meyer (4. v.r.) übergab zusammen mit Landrat Raimund Kneidinger (3.v.l.) offiziell den Fahrzeugschlüssel des neuen LKWs der Jugendverkehrsschule Vilshofen an Polizeiinspektionsleiter Wolfgang Maierhofer (6.v.r.). Pfarrerin Annalena Hardinge, Stadtpfarrer Lothar Zerer, Kreisverbandsvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags, Karl Obermeier, Verkehrserzieher Sascha Engl, Vilshofens Bürgermeister Florian Gams, Verkehrserzieher Hermann Reitberger, stellv. Vorsitzender der Verkehrswacht in Stadt und Landkreis Passau, Jörg Witowski und Kreisgeschäftsführer der Verkehrswacht Ottmar Bauer freuen sich über das neu ausgestattete Fahrzeug. Bild: Landkreis Passau

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Einladung zur DWA Landesverbandstagung 2021 sowie die Eigenbeilage „45 Jahre Städtebauförderung in Lichtenfels“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Vorschau auf GZ 13

In unserer Ausgabe Nr. 13, die am 1. Juli 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Finanzthemen**
- **Kommunaler Umweltschutz**
- **Abfallwirtschaft · Recycling**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**

LIEFERANTENNACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz



DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfahrzeuge


Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW®
HYGIENISCH EINWANDFREIE WÄRMERÜCKGEWINNUNG


✓ 100 % Außenluft
✓ umluftfrei
✓ betriebssicher
✓ energieeffizient
Vorteile für Ihre Lüftungsanlage:
+ keim- und schadstoffübertragungsfreie Wärmerückgewinnung durch getrennte Luftströme
+ Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
+ kurze Amortisation, sicherer Betrieb
+ Neubau oder Sanierung im Bestand
+ Wegfall von Rückkühlwerken möglich
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Messenger-Dienste
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten – direkt auf Ihr Handy:

Sitzmöbelhersteller


KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
Wartung und Reinigung von:
• Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
• Prozesslufttechnische Anlagen
• Kontrollierte Wohnraumlüftung
DELW
Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Sonderdruck 17. Juni 2021 72. Jahrgang Nr. 12/2021



Marktplatz und Rathaus in Lichtenfels: Die Deutsche Korbstadt

Bild: Ulrike Prücklein, uligraphics

45 Jahre Städtebauförderung in Lichtenfels:

Tradition und Zukunft

Ganzheitliche Impulse verbinden was zusammengehört

Lichtenfels ist die Deutsche Korbstadt; das ist bei einem Spaziergang durch die Altstadt nicht zu übersehen. An den ungewöhnlichsten Orten grüßen zahlreiche geflochtene Märchenfiguren; die Straßenlaternen auf dem Marktplatz sind mit Weidenästen umwunden und Bänke in Korboptik laden zum Verweilen ein. Es gibt viel zu entdecken und es macht Spaß sich die 20.000-Einwohner-Stadt anzusehen. Dass hinter der unverkennbar sehr hohen Aufenthaltsqualität der Stadt viel Arbeit und ein langer Atem steckt, erfuhr GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel bei einem Gespräch mit Stadtbaumeister Gerhard Pülz, Citymanager Steffen Hofmann und der Sanierungsbeauftragten der Bayerngrund, Rita von Frantzky.

Schon in den 70er Jahren führte die Stadtverwaltung eine Bestandsaufnahme durch und erkannte als Defizite eine verfallende Bausubstanz, die aus der Altstadt abwandernde Wohnbevölkerung, untragbare Verkehrsverhältnisse, ein mangelhaftes Parkplatz- und ein unattraktives Handelsangebot. Neu ordnende Planungen wurden veranlasst, um die Möglichkeiten der Stadterneuerung aufzuzeigen. Seit 1974 wurden 155 Maßnahmen mit einer Gesamtinvestition von 35 Mio. Euro umgesetzt, davon kommen 13 Mio. Euro Fördermittel aus Bund und Land. Jetzt, mehr als 45 Jahre später, zahlt sich das frühzeitige Eingreifen aus.

Seither wurde stetig eine Verbesserung der Lebensverhältnisse und die Stärkung des Einzelhandels angestrebt. Ein erster Schritt war die Neuregelung des Durchgangverkehrs und die Verlagerung des Parkplatzangebots. Attraktive Grünflächen und genügend Platz laden Fußgänger zum Verweilen ein. Wohlwissend, dass jede kommunale Investition private Investitionen nach sich zieht, setzt die Stadt immer wieder identitätsstiftende Ankerpunkte. Mit der Sanierung des Stadtschlosses und der ehemaligen Synagoge war der Anfang gemacht, neue visionäre Projekte sind das Forschungs- und Anwendungszentrum für digitale Zukunftstechnologien (FADZ), eine Wohngemeinschaft für Senioren sowie Menschen mit Behinderung, die Stadtbibliothek und das Archiv der Zukunft.

Weiterführende Informationen:
www.lichtenfels.de/stadtsanierung
www.bayerngrund.de

Bild: © Architekturbüro Peter Haimerl, München



Eine Weide erstellt mit einem Metall-3D-Drucker dient als identitätsstiftender Ankerpunkt im Herzen von Lichtenfels. 2022 wird das „Archiv der Zukunft“ eingeweiht.

Additive Manufacturing, künstliche Intelligenz, Big Data, Cloud Computing, Industrie 4.0 sind nur eine kleine Auswahl von Schlagworten, mit denen sich große Industriekonzerne aber auch heimische Betriebe konfrontiert sehen. Das FADZ schlägt, als gemeinsame Forschungs- und Transferstelle regionaler Unternehmen und der Hochschule Coburg im Sinne eines „Joint Research Centers“, die Brücke zwischen Herausforderungen der Digitalisierung und der heimischen Wirtschaft. Heimat der Einrichtung wird die zentral gelegene Industriebrache „Kirschbaummühle“ sein. Steffen Hofmann, Citymanager und Leiter des Amtes für Wirtschaft, Tourismus und Kultur freut sich, denn „jede Behördenverlagerung und jeder neue Hochschulstandort hält den ländlichen Raum am Leben“.

Konsequente Umsetzung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK)

Trotz aller Sorgfalt gibt es auch in Lichtenfels Entwicklungen, die sich im Nachhinein als unglücklich erwiesen haben. Schon vor vielen Jahren entstanden zwei Seniorenheime am Stadtrand. „Im Nachhinein“, so der Stadtbaumeister, „hätte man die alten Menschen nicht ins Grüne verfrachten dürfen, wo vielleicht zweimal am Tag ein Bus fährt und die Wege nicht rollatorgerecht angelegt sind.“ „Auch unsere Seniorinnen und Senioren wollen Abwechslung und Unterhaltung, tragen zu einer lebendigen Ortsmitte bei und gehören deshalb auch genau dort hin“, fasst von Frantzky die Lage zusammen. Daher unterstützt die Stadt einen privaten Bauherrn, der mitten in der Altstadt auf rund 2.000 qm eine ambulant betreute Senioren-Wohngemeinschaft, eine ambulant betreute Wohngruppe für Menschen mit Behinderung, vier weitere Wohneinheiten sowie Räume für den Bereich einer medizinischen Dienstleistung projektiert hat.

Weitere Projekte, die Lichtenfels ein neues Gesicht geben, sind der Neu- bzw. Umbau von Bibliothek und Touristeninformation gegenüber dem Rathaus. Hier wird gleichzeitig ein direkter Zugang zum Stadtschloss geschaffen, also ein Ort der Kommunikation, der Marktplatz, Rathaus und Stadtschloss miteinander verbindet und die Zugänge erleichtert. Besonders stolz präsentieren von Frantzky und Pülz das „Archiv der Zukunft“, ein Verwaltungs- und Versammlungsgebäude der Firma R+G Beteiligung GmbH, das derzeit am Marktplatz entsteht und für dessen Entwurf der Architekt

Ein Ort der Verbindung und der Kommunikation wird der Neu- und Umbau von Bibliothek und Touristeninformation.

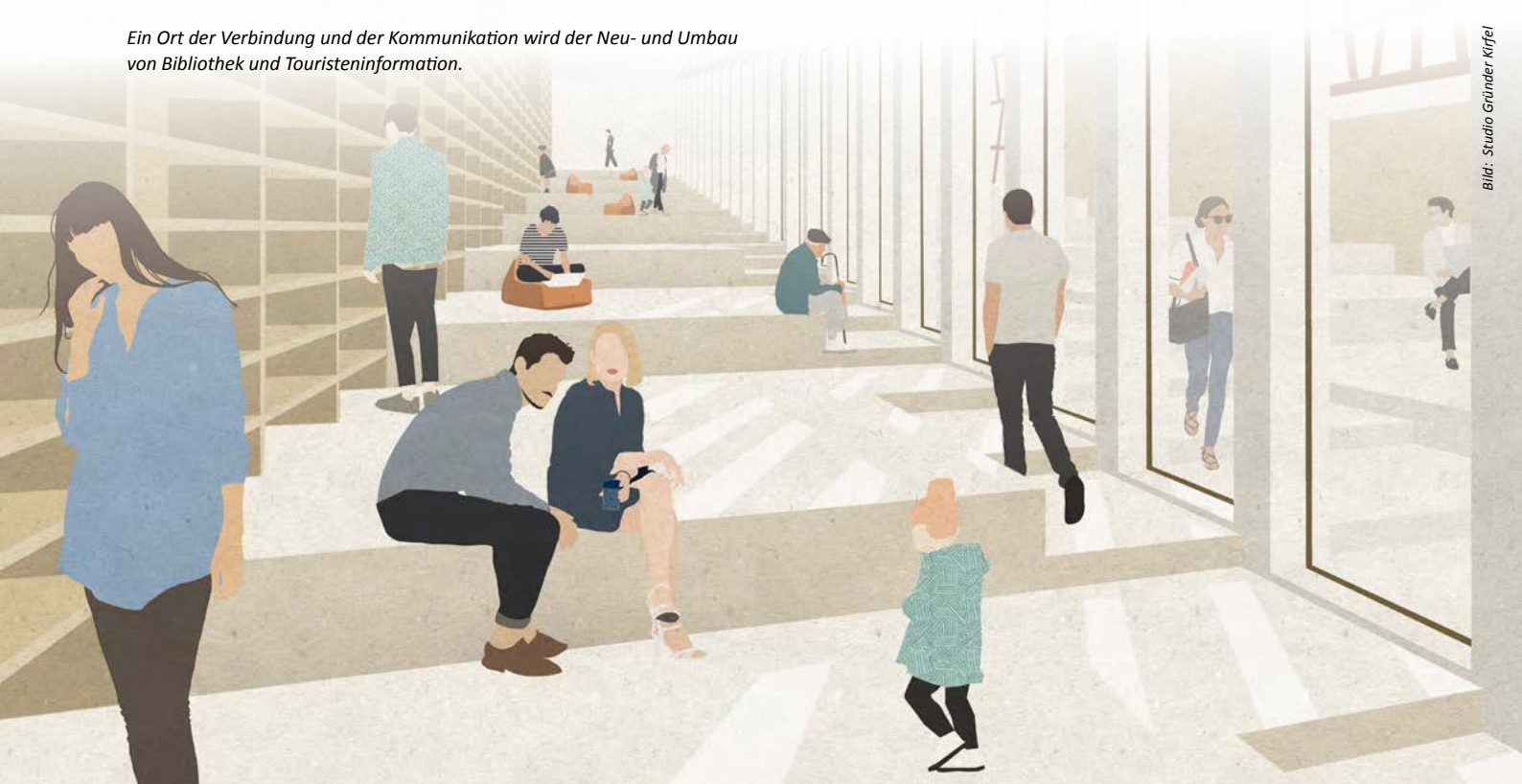


Bild: Studio Gründer Kirfel

Peter Haimerl verantwortlich ist. Die Firma ist bekannt für Modelle im Maßstab 1:1 und hat sich auf 3D-Druck spezialisiert. Mittels dieser Technologie sollen auf dem Marktplatz große Weiden aus Metall gedruckt werden und so die Geschichte Lichtenfels', die Flechttradition, mit der Zukunft, dem 3D-Druck, verbinden.



Bild: Tim Birkner

V.l. Steffen Hofmann, Citymanager und Leiter des Amtes für Wirtschaft, Tourismus und Kultur und Stadtbaumeister Gerhard Pülz

In Lichtenfels wurde frühzeitig auf geeignete Maßnahmen geachtet. Seit 2010 verfügt die Stadt über ein integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK). „Wichtig", so Stadtbaumeister Pülz, „ist die konsequente Umsetzung dieser Strategie." Ausgerichtet ist das ISEK auf die Stärkung des Stadtkerns und auf die Wiederbelebung des lokalen Handels. Außerdem ist es mehr als hilfreich in der Bayerngrund einen externen und unabhängigen Sparringspartner zu haben, der von außen die Dinge im Blick hat. Die Beraterfunktion der Bayerngrund wird mit Mitteln aus der Städtebauförderung zu 60 % bezuschusst.

Sorgfältige Analysen und kreative Werkzeuge für eine lebendige Ortsmitte

Da die Bevölkerungszahlen in Lichtenfels zwar langsam aber dennoch sinken, sind sorgfältige Analysen Gold wert. Citymanager Steffen Hofmann ist hier bestens vorbereitet: „Wenn zu uns ein neuer Lebensmittelhändler kommen will, dann prüfen wir genau, ob die Kaufkraft ausreicht und welcher Standort geeignet wäre."



Bild: GZ

V.l. Stadtbaumeister Gerhard Pülz und Stadtsanierungsbeauftragte Rita von Frantzky, Bayerngrund

Pülz präsentiert aber noch ein weiteres von ihm in Eigeninitiative entwickeltes Werkzeug. Mittels eines GIS-Systems, das mit der Einwohnerdatenbank verknüpft ist, hat er eine Übersicht erarbeitet, wie viele Personen auf welchen Grundstücken gemeldet sind. So kann er auf einen Klick sehen, welche Immobilien leer stehen und welche nur noch von einer Person bewohnt werden. Wenn also eine Anfrage kommt, neues Bauland auszuweisen, dann kann er sofort graphisch darstellen, welche Baugrundstücke in der Stadt verfügbar sind und im Sinne des Flächensparens vorrangig genutzt werden sollen, denn neue Baugebiete auszuweisen und die erforderliche Infrastruktur bereitzustellen, ist teuer. Zusätzlich steckt in bereits bestehenden Gebäuden graue Energie. Ökologisch erstrebenswert wäre, diese Ressourcen einer neuen Nutzung zuzuführen und nicht neu auf der grünen Wiese zu bauen.

Natürlich weiß er auch, welche Grundstücke zwar von der Allgemeinheit teuer erschlossen, vom Eigentümer aber bislang nicht bebaut wurden. Für diesen Fall hat der Stadtrat 2019 einen weitreichenden Beschluss gefasst: „Bisher im Flächennutzungsplan als Bauflächen ausgewiesene Grundstücke sollen entfallen, wenn diese mittel- bis langfristig nicht bebaut werden können, weil z.B. keine Verkaufsbereitschaft der Grundstückeigentümer besteht oder kein entsprechender Baudruck herrscht bzw. langfristig mit keiner Zunahme an Baubedarf zu rechnen ist."

Die Stadt hat sich so ein durchsetzungsstarkes Werkzeug gegeben. „Die außerordentlich gute Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Stadtverwaltung", lobt von Frantzky, „ermöglicht ein effektives Umsetzen mutiger und kreativer Maßnahmen."

Für alle, die in Lichtenfels etwas bewegen wollen, setzt die Stadt mit Förderprogrammen Anreize, um die Innenstadt zu stärken. Dabei werden je nach Förderprogramm bis zu 30 %, bei der Schaffung von Freiflächen sogar bis zu 50 %, Zuschüsse bis zu – je nach Programm unterschiedlichen Maximalsummen – gezahlt.

Bild: Stadt Lichtenfels



Andreas Hügerich, Erster Bürgermeister Stadt Lichtenfels

Mit dem Stadtsanierungsprogramm werden Eigentümer von privaten Wohn- und Geschäftsgebäuden in den Sanierungsgebieten gefördert. Das Geschäftsflächenprogramm unterstützt Eigentümer und Mieter von Einzelhandel, Gastronomie und Dienstleistungen in den Sanierungsgebieten und das Ansiedlungsprogramm dient der Wiederbelebung bestehender Leerstände, bietet einen Anreiz zur Neuansiedlung von Einzelhandel in der Innenstadt und trägt zu Erhalt und Steigerung der Handels- und Dienstleistungsfunktion der Innenstadt bei. Außerdem gibt es immer auch die Möglichkeit sich über die Stadt durch die Sanierungsberaterin kostenfrei beraten zu lassen.

„Natürlich ist Corona ein immenser Stresstest und auch in Lichtenfels gibt es Leerstand," berichtet Steffen Hofmann. „Aber bei vielen Leerständen tut sich was. Dazu tragen auch die verzahnten Förderprogramme bei. Trotzdem wird sich die Stadt zukünftig ändern. Die Innenstadt braucht Multifunktionalität. Das Zentrum soll also ein attraktiver Ort für Wohnen, Arbeiten, Wirtschaft und Kultur sein. Neue Formen des Wohnens, Handelns und der Gastronomie werden gebraucht", stellt der Citymanager fest.

Andreas Hügerich, erster Bürgermeister von Lichtenfels, weiß vor welchen Herausforderungen die Stadt steht: „Eine überalternde Bevölkerung, die klimatischen Veränderungen und die Änderung des Kaufverhaltens von regionalen Anbietern hin zum Onlinehandel, werden uns noch lange beschäftigen. Im Interesse aller gilt es darauf zu achten, nicht das schnelle Geld machen zu wollen, sondern nah an den Bedürfnissen der Bevölkerung Entscheidungen zu treffen, die den Zahn der Zeit und den Nerv der Leute treffen. Mit einem gut durchdachten ISEK, das nicht nur in der Schublade liegt, weiß die Verwaltung, was die Stadt braucht und das gilt es konsequent, bisweilen auch hart aber immer gerecht zu verfolgen." ■

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung

Redaktion:	Constanze von Hassel
Gestaltung:	Britta Eriskat
Fotos:	GZ, Stadt Lichtenfels
Verantwortlich:	Constanze von Hassel
Druck:	Creo-Druck, Bamberg
Verlag:	Bayerische Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried Telefon 08171 / 9307-11, Telefax 08171 / 9307-22 info@gemeindezeitung.de, www.gemeindezeitung.de

Innenentwicklung aus Überzeugung
Wir unterstützen Sie gerne



www.bayerngrund.de



Dieses Projekt wird im Städtebauförderungsprogramm „Lebendige Zentren" mit Mitteln des Bundes und des Freistaats Bayern gefördert.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden

leben findet innen stadt .de

Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

stadt LICHTENFELS

www.dwa-bayern.de

DWA
Klare Konzepte. Saubere Umwelt.
Landesverband Bayern

Landesverbandstagung

Wasserwirtschaft im Blickpunkt - Daseinsvorsorge in Zeiten des Wandels



Neu: Online- oder Präsenzteilnahme möglich

Tagung | 05. - 06. Oktober 2021, Weiden
mit Fachausstellung
und Mitgliederversammlung

Programm 05.10.2021

Gustl-Lang-Saal

8:00 Öffnung des Tagungsbüros

9:15 Eröffnung der Tagung
Prof. Dr. F. Wolfgang Günthert, Landesverbandsvorsitzender

Grußwort (angefragt)
Jens Meyer, Oberbürgermeister der Stadt Weiden

Grußwort
Prof. Dr. Uli Paetzel, Präsident der DWA

10:15 Politischer Festvortrag (angefragt)
Staatsminister Thorsten Glauber, Bay. Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, München

10:30 Ausstellungsrundgang und Kaffeepause

Gemeinsamer Seminarteil

Moderation: Dr. Bernhard Böhm, Münchner Stadtentwässerung

11:15 Kommunen – Wasserwirtschaft – Corona: Wie bewältigen Kommunen ihre Pflichtaufgaben?
Dr. Juliane Thimet, Bay. Gemeindetag, München

11:35 Klima in Bayern - über Naturgesetze, Fakten und Interpretationsfragen
Dr. Johannes Lüers, BUND Naturschutz/Uni Bayreuth

12:00 Ausstellungsrundgang und Mittagspause, anschließend getrennte Seminarreihen





Seminar Abwasser

Gustl-Lang-Saal

Thema: Umgang mit Regenwetterabflüssen und Drainagen

Moderation: Maximilian Bleimaier, AWA-Ammersee, Herrsching

13:30 Qualitative Untersuchungen von Mischwasserentlastungen in Bayern - Ergebnisse
Dr. Stephan Fuchs, KIT Karlsruher Institut für Technologie

13:50 Bewirtschaftung und Behandlung von Regenwetterabflüssen (DWA-A/M 102)
Prof. Dr. Mathias Uhl, Fachhochschule Münster

14:10 Rechtliche Strategien im Umgang mit Dränagen
Andreas Pannier, Arnecke Sibeth Siebold Rechtsanwälte Steuerberater Partnerges. mbB, München

14:30 Diskussion

15:00 Ausstellungsrundgang und Kaffeepause

16:00 Mitgliederversammlung

19:00 Abendveranstaltung



Seminar Gewässer

Gustav-von-Schlör-Saal

Thema: Trockenheit und Dürre – Zukunftsherausforderungen für die bayerische Wasserwirtschaft
Moderation: Dr. Andreas Rimböck, Wasserwirtschaftsamt Donauwörth

13:30 Den Mangel managen – erste Lösungsansätze der Expertenkommission Wasserversorgung
Prof. Dr. Jörg Drewes, Technische Universität München

13:50 Fließgewässer schützen – Beispiel: Alarmplan bayerische Donau Gewässerökologie (ADÖ)
Raimund Schoberer, Regierung der Oberpfalz, Regensburg

14:10 Bewässerung – die Rolle der Kommunen
Udo Weingart, 1. Bürgermeister Stadt Spalt

14:30 Diskussion

15:00 Ausstellungsrundgang und Kaffeepause

16:00 Mitgliederversammlung

19:00 Abendveranstaltung





Programm 06.10.2021

Seminar Abwasser

Gustl-Lang-Saal

Thema: Abwasseranlagen – ein Blick nach vorne

Moderation: Hans-Dietrich Uhl, Wasserwirtschaftsamt Nürnberg

08:45 Update Wasserrecht und Förderung
Thomas Schranner, Bay. Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, München

09:05 Alles im Blick – die Branchenregel zum sicheren Arbeiten in der Abwasserentsorgung
Dominic Martin, Kommunale Unfallversicherung Bayern (KUVB), München

09:25 Spurenstoffstrategie Bayern – wie geht es weiter mit der 4. Reinigungsstufe?
Dr. Kurt Müller, Bay. Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, München

09:45 Diskussion

10:15 Ausstellungsrundgang und Kaffeepause







Seminar Abwasser

Gustl-Lang-Saal

Thema: Kanalnetz – Neues aus dem Untergrund
Moderation: Lisa Kaiser, Junge DWA, München

11:00 Neue Ergebnisse zum Zustand der Kanalisation in Bayern
Prof. Dr. Brigitte Helmreich, Technische Universität München

11:20 Prüfung von Abwasserdruckleitungen
Johannes König, Hochschule Augsburg

11:40 Asbestzementkanäle – welche Arbeiten sind noch möglich? Rechtliche Vorgaben / Praxisbeispiele
Josef Weichselgartner, Regierung der Oberpfalz, Regensburg

12:00 Diskussion und Schlusswort

12:30 Mittagspause

Seminar Gewässer

Gustav-von-Schlör-Saal

Thema: Moderner synergetischer Wasserbau – Mehrwert für Mensch, Gewässer und Natur schaffen
Moderation: Dr. Dieter Rieger, Bay. Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, München

08:45 Hochwasserschutz, Ökologie und Sozialfunktion – wie passt das zusammen? - Das Bayerische Aktionsprogramm Gewässer 2030
Dr. Thomas Henschel, Dr. Wolfgang Rieger, Bay. Landesamt für Umwelt, Augsburg

09:05 Lebendige Bäche in Bayern – Biologische Vielfalt und Hochwasservorsorge
Malvina Hoppe, Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V., Hilpoltstein

09:25 Pilotprojekt zur systematischen Stärkung der Sozialfunktion – Ein Arbeitsbericht vom Inn
Konstantin Grambow-Korhammer, Wasserwirtschaftsamt Rosenheim

09:45 Diskussion

10:15 Ausstellungsrundgang und Kaffeepause

Thema: Vorbeugen ist besser als heilen: Hochwasserrisikomanagement (im kommunalen Bereich)
Moderation: Mathias Rosenmüller, Wasserwirtschaftsamt Weiden

11:00 Initiative boden:ständig – Möglichkeiten zur abflussbremsenden Flurgestaltung
Norbert Bäuml, Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung, München

11:20 Hochwasserrisikomanagement - ein Erfolgsbericht
Mario Götz, 1. Bürgermeister Markt Oberthulba

11:40 Probleme hausgemacht: Schwachstellen in der Dach-, Gebäude- und Grundstücksentwässerung
Ralf-Peter Angstmann, RIBENA Risiko-Beratung, Teising

12:00 Diskussion und Schlusswort

12:30 Mittagspause



Mitglieder-versammlung

Gustl-Lang-Saal

An die Mitglieder des DWA-Landesverbandes Bayern:

Anlässlich der Landesverbandstagung findet am Dienstag, 05. Oktober 2021 von 16:00 bis 17:00 Uhr im Gustl-Lang-Saal der Max-Reger-Halle Weiden die diesjährige Mitgliederversammlung statt.

Dazu lade ich hiermit ein und bitte um rege Teilnahme.

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Genehmigung der letzten Niederschrift und Tagesordnung
2. Wahl eines Mitglieds zur Unterzeichnung der Niederschrift
3. Bericht des Landesverbandsvorsitzenden
4. Projekte
5. Kurzbericht Fort- und Weiterbildung
6. Aktivitäten zur Nachwuchsförderung
7. Kassen- und Geschäftsbericht
8. Kassenprüfbericht
9. Entlastung der Landesverbandsleitung
10. Wahlen
11. Verschiedenes

Prof. Dr. F. Wolfgang Günthert
Landesverbandsvorsitzender



Rahmenprogramm

Montag, 04. Oktober 2021

ab 18:30 DWA-Vorabendtreff in der Gasthausbrauerei „Bräuwirt“, Unterer Markt 9, 92637 Weiden
Gemütliches Beisammensein bei Oberpfälzer Schmankerln (auf Selbstzahlerbasis)

Dienstag, 05. Oktober 2021

19:00 Abendveranstaltung
mit Buffet und Unterhaltungsprogramm im Gustl-Lang-Saal der Max-Reger-Halle Weiden

Informationen

Die Tagung wird als sogenannte Hybridveranstaltung durchgeführt.
Dies bedeutet, dass eine Teilnahme sowohl vor Ort als auch online möglich ist. Wir möchten, dass Sie sich auf der Veranstaltung wohl fühlen und legen daher besonders großen Wert auf ein durchdachtes Hygienekonzept, welches wir flexibel an die aktuelle Lage anpassen werden.



www.dwa-bayern.de

Veranstaltungsort

Max-Reger-Halle Weiden
Dr.-Pfleger-Straße 17
92637 Weiden

Tagungsbüro im Foyer: Telefon 0176 45571317

Parkplätze

Parkmöglichkeiten gibt es direkt vor der Max-Reger-Halle oder auf dem gegenüberliegenden Großparkplatz mit zusätzlichem Parkhaus. Die Parkplätze sind gebührenpflichtig.

https://max-reger-halle.de/max-reger-halle/anfahrt/

Übernachtungsmöglichkeiten

Für Ihre Übernachtung in Weiden wenden Sie sich bitte direkt an die Tourist-Information.

Kontakt:
Tourist-Information Weiden
Tel.: 0961 814131
Email: tourist-information@weiden.de

Auszug aus den Geschäftsbedingungen

§ 2 Anmeldung

(1) Die Anmeldung zu den unter § 1 genannten Veranstaltungen der DWA erfolgt in schriftlicher Form unter Zusendung des Anmeldeformulars, in Ausnahmefällen formlos, an die Geschäftsstelle des DWA-Landesverbandes bzw. online über die Veranstaltungsdatenbank der DWA.

§ 7 Sonstige Absagen durch den/die Teilnehmer/in

(1) Erfolgt eine Absage durch den/die Teilnehmer/in ohne Geltung des Widerrufsrechtes (vgl. § 6) bis einschließlich 14 Tage vor Veranstaltungsbeginn, wird hierfür eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 10% der jeweiligen Teilnahmegebühr erhoben, die mit Erhalt der Rücktrittsbestätigung der DWA fällig wird; erfolgt die Absage später als 14 Tage vor Veranstaltungsbeginn, ist die Teilnahmegebühr in voller Höhe zu entrichten. Eine entsprechende Erklärung des/der Teilnehmers / Teilnehmerin bedarf der Schriftform. Der Kurs- oder Veranstaltungsplatz kann ohne Bearbeitungsgebühr auf eine/n Ersatzteilnehmer/in übertragen werden.

(2) Die Teilnahmegebühr ist auch dann in voller Höhe fällig, wenn der/die Teilnehmer/in ohne Abmeldung nicht auf der Veranstaltung erscheint.

(3) Bei Online-Angeboten verringert sich die in (1) angegebene Frist auf 24 Stunden vor Online-Veranstaltung.

Die ausführlichen AGBs sind unter www.dwa-bayern.de/landesverband-bayern-veranstaltungen.html hinterlegt.

Information und Anmeldung

DWA-Landesverband Bayern
Friedenstraße 40 · 81671 München
Telefon: 089-233 62590 · Fax: 089-233 62595
info@dwa-bayern.de · www.dwa-bayern.de

Teilnahmegebühr

	DWA-Mitglieder	Nichtmitglieder
Tagungsbeitrag Präsenzteilnahme	€ 275,00	€ 330,00
Tagungsbeitrag Onlineteilnahme	€ 225,00	€ 270,00
Tagungsbeitrag für Studierende und Azubis (unter 30 Jahre, gegen Nachweis)	€ 30,00	€ 35,00
Tagungsbeitrag Junge DWA, Pensionäre (gegen Nachweis)	€ 110,00	€ 130,00
Abendveranstaltung mit Buffet	€ 55,00	€ 55,00

Der Tagungsbeitrag (Präsenzteilnahme) beinhaltet Tagungsunterlagen und Verpflegung (3 Kaffeepausen, 2 Mittagsimbisse), bei Onlineteilnahme nur Tagungsunterlagen.

Hier können Sie sich bequem per QR-Code anmelden:

Mitgliederwerbung

Nicht-Mitglieder, die am Tagungsbüro einen Aufnahmeantrag für eine Mitgliedschaft in der DWA unterschreiben oder ihren Aufnahmeantrag der Anmeldung beifügen, können kostenlos an der Veranstaltung teilnehmen.

Stand: 05/2021, Änderungen vorbehalten

Fotohinweis
enriquelopezgarre/pixabay, Foto Bernhard, Felber, iStock

ANMELDUNG

FAX 089 233-62595 · E-Mail info@dwa-bayern.de

DWA-Landesverbandstagung Bayern, 05. - 06. Oktober 2021, Weiden

Teilnehmer, Vor- und Zuname, Titel

Firma/Behörde/Kommune

Straße

PLZ/Ort

Tel./Fax

E-Mail

DWA-Mitgliedsnummer

Datum/Unterschrift

	DWA-Mitglieder	Nichtmitglieder
Teilnahmegebühr (Präsenz) ☐ Seminar Abwasser ☐ Seminar Gewässer	€ 275,00	€ 330,00
Teilnahmegebühr (Online) ☐ Seminar Abwasser ☐ Seminar Gewässer	€ 225,00	€ 270,00
☐ Tagungsbeitrag für Studierende und Auszubildende (unter 30 Jahre, gegen Nachweis) ☐ Präsenz ☐ Online	€ 30,00	€ 35,00
☐ Tagungsbeitrag Junge DWA, Pensionäre (gegen Nachweis) ☐ Präsenz ☐ Online	€ 110,00	€ 130,00
☐ Abendveranstaltung + Buffet Di.05.10.2021	€ 55,00	€ 55,00
☐ Teilnahme als Neumitglied		

☐ Ja, ich willige ein, künftig Informationen der DWA/GFA per E-Mail zu erhalten. Diese Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.

Mit meiner Unterschrift akzeptiere ich die AGBs der DWA, die unter www.dwa-bayern.de/landesverband-bayern-veranstaltungen.html hinterlegt sind. Bei Bedarf schicken wir Ihnen die AGBs gerne zu.

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 1. Juli 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 13



Seite 10



Seite 4

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Starke Kommunen, starkes Deutschland

Bundeskongress der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) als Digitalkonferenz

„Starke Kommunen – Starkes Deutschland“ lautete das Motto des diesjährigen virtuellen Kommunal-Kongresses und der Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands. Die Veranstaltung diente dazu, sich unter anderem mit dem Kanzlerkandidaten der Union Armin Laschet, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus sowie CSU-Generalsekretär Markus Blume auf den Bundestagswahlkampf einzustimmen.

Aus Sicht von Christian Haase, KPV-Bundesvorsitzender und kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, ist es zwingend notwendig, klare Zuständigkeiten zwischen den staatlichen Ebenen festzulegen: „Wir Kommunale der Union fordern mehr Gestaltungsfreiheit vor Ort. Statt des Dschungels an Bundesförderprogrammen, die sich oftmals als goldene Zügel für die Kommunen entpuppen, brauchen wir verlässliche und kontinuierliche Finanzierungsquellen. Die Kommunen sollten deshalb künftig einen höheren Anteil am gesamtstaatlichen Umsatzsteueraufkommen erhalten. Auch werden immer wieder die sogenannten ‚klebrigen Finger‘ der Länder bei der

(Fortsetzung auf Seite 4)

Erstmalige Vergabe des Bayerischen Bibliothekspreises:

Funkelnde Mosaiksteine

Die Bücherei im Bahnhof Veitshöchheim und die Gemeindebücherei Gröbenzell werden mit dem erstmals vergebenen Bayerischen Bibliothekspreis ausgezeichnet. Dies gaben Kunstminister Bernd Sibler und der Vorsitzende des Bayerischen Bibliotheksverbandes (BBV) Dr. Gerhard Hopp, MdL, in München bekannt. Sibler zufolge soll mit dem Preis auf die wertvolle Arbeit der Bibliotheken für die Gesellschaft aufmerksam gemacht und sie in ihrem Tun bestärkt werden. „Ob groß oder klein – in unserer vielfältigen bayerischen Kulturlandschaft ist jede Bibliothek ein funkelnder Mosaikstein.“

Der Hauptpreis, dotiert mit 10.000 Euro, kommt dem innovativen Bibliotheksangebot in Veitshöchheim zugute. Die dortige Bücherei im Bahnhof hat sich laut Fachjury „in den letzten drei Jahrzehnten zu einem lebendigen Treffpunkt für die Bürgerinnen und Bürger von Veitshöchheim und den umliegenden Gemeinden entwickelt.“ Im umfassend renovierten, denkmalgeschützten ehemaligen Bahnhofsgebäude, hat sie allen Alters- und Gesellschaftsschichten etwas zu bieten. Die verschiedenen Räumlichkeiten – etwa ein Blauer Salon für Literarisches, ein Königspavillon für Musik, eine Flaniermeile in den Arkaden oder ein Lesecafé mit Wiener Kaffeehauscharme und eine Lesehöhle für die kleinsten Besucherinnen und Besucher – sind liebevoll renoviert und mit modernster Technik ausgestattet. Digitale Technologien kommen kreativ zum Einsatz, über Social-Media-Plattformen und einen eigenen Youtube-Kanal konnte die Bücherei so auch während der COVID-19-Pandemie ihre Kundschaft erreichen.

Mit dem Sonderpreis (5.000 Euro) wird die Gemeindebücherei Gröbenzell bedacht. Sie überzeugte die Jury mit ihrem Konzept „Grüne Bibliothek“. Hierzu zählt u.a. der Aufbau eines speziellen Medienbestands, eine „Bibliothek der Dinge“, aber auch die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Partnern aus dem Bereich „Natur & Umwelt“. Ihren Besuchern bietet sie Fair-Trade-Produkte, sie ist aktiv in der Planung für ein E-Lastenrad zur mobilen Versorgung. Außerdem engagiert sich die Gemeindebibliothek Gröbenzell bei kommunalen Veranstaltungen aus dem Bereich Nachhaltigkeit, wie z.B. beim Stadtradeln. Mit ihrem Einsatz in den Themen Umwelt- und Klimaschutz sowie Nachhaltigkeit trägt sie zur Entwicklung der Gesellschaft und des Ortes selbst bei und ist eine wichtige Stütze, um diese Themen gesellschaftlich zu verankern. **DK**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried



Anlässlich der Verleihung des Europäischen St.-Ulrichs-Preises an Bundesminister Dr. Gerd Müller trafen sich die Initiatoren der Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ in Berlin. Unser Bild zeigt (v.l.): Dr. Gerd Müller und Laudator Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble sowie stehend (v.l.): Reiner Meutsch, Vorsitzender der Stiftung Fly&help und GZ-Herausgeber Landrat Stefan Rößle. ❒

Dr. Gerd Müller im Münchner PresseClub:

Wir brauchen mehr Internationalität

Wie verändern Reisen in Länder des Globalen Südens den Blickwinkel? Wie wichtig ist eine eigene Impfstoffproduktion in Afrika zur Eindämmung der Krise und welche Chancen bietet das Lieferkettengesetz? Darüber spricht Entwicklungsminister Gerd Müller im PresseClub München und zieht eine Bilanz seiner acht Regierungsjahre.

„Ich bin in sechs Tagen durch Himmel und Hölle gegangen, aber ich habe auch viel Licht gesehen“ – mit diesen eindrücklichen Worten stieg Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller gleich zu Beginn des Gesprächs im Münchner PresseClub in das Thema ein, das ihn seit Jahren umtreibt. Dazu erzählte er von seiner jüngsten Reise durch vier Länder in Westafrika, von der er erst vor wenigen Tagen zurückgekehrt ist.

Reisen geben Kraft

Ein Aperçu am Rande: Dem Minister wird auf seinen Reisen stets viel Begeisterung entgegengebracht – hin und wieder auch weil er fälschlicherweise für den bekannten Fußballspieler und Namensvetter Gerd Müller gehalten wird.

Hoffnung, Zuversicht und Optimismus

„Ich sehe auf jeder Reise Hoffnung, Zuversicht und Optimismus und ich bekomme Kraft, Mut und Aufbruchsstimmung. Probleme zu lösen – das ist die Botschaft. Aber wir sind wohlstandsfaul geworden“ bedauerte Müller. In seinem Amt als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung setzt er sich mit einer leidenschaftlichen Hingabe ein. Die Ungerechtigkeiten der Globalisierung zu verringern zählt zu ei-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Für seine Verdienste um die Einheit Europas wurde der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, mit dem Europäischen St.-Ulrichs-Preis ausgezeichnet. Stiftungsvorsitzender Landrat Leo Schrell überreichte gemeinsam mit Oberbürgermeister Frank Kunz (nicht im Bild) in Berlin die Urkunde. Der Minister war sichtlich bewegt. Er spendete das Preisgeld der Stiftung fly&help für den Bau einer Schule in Togo, die Gerd Müller zusammen mit seiner Frau komplett privat finanzierte. Die Schule ist bereits gebaut. Dieses Schulprojekt ist genau das 100. der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“. Vgl. Bericht auf Seite 4. ❒

DStGB-Hauptausschuss in Berlin:

Zukunft in der Krise gestalten

Nach der Pandemie wird ein Neustart notwendig. Es gilt unter anderem, die Wirtschaft zu stärken und die Digitalisierung voranzutreiben. Außerdem müssen die Maßnahmen zum Klimaschutz beschleunigt werden, etwa durch nachhaltige Investitionen und die dafür notwendigen finanziellen Spielräume vor Ort. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert dazu einen politischen Kraftakt von Bund und Ländern, der auch den Arbeitsmarkt stabilisiert und die Lebensbedingungen vor Ort verbessert.

Im Rahmen einer Hauptausschuss-Sitzung in Berlin formulierte der DStGB klare Erwartungen an die Bundespolitik in der kommenden Legislaturperiode. „In Deutschland hat der Bundestagswahlkampf begonnen. Die Parteien werben mit ihren Programmen um die Zustimmungen der Wählerinnen und Wähler. Naturgemäß werden dabei viele Versprechungen und Ankündigungen formuliert, deren Umsetzung in den nächsten vier Jahren erst noch den Realitätstest bestehen muss“, erklärten der Verbandspräsident, Bürgermeister Ralph Spiegler, und der DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg.

Wahlen gewinnt man nur mit Überzeugungskraft

„Wahlen gewinnt man nicht in Berlin oder in den Landeshauptstädten, sondern immer nur mit der Überzeugungskraft bei der Bevölkerung vor Ort“, betonten Spiegler und Landsberg. „Die Menschen wollen wissen, was sich in ihren Städten und Gemeinden und ihrem persönlichen Leben zum Positiven wenden wird. Die Erwartungen an eine hochwertigere kommunale Daseinsvorsorge, bessere Schulen, mehr Kita-Plätze, gute Straßen, Wege und Plätze sowie mehr Klimaschutz steigen. Deswegen muss der Grundsatz gelten: Weniger versprechen, mehr umsetzen! Die schönsten Zukunftsperspektiven überzeugen nicht, wenn positive Veränderungen vor Ort nicht erlebbar werden.“

Um zahlreiche Vorhaben in den kommenden Jahren umzusetzen, brauche es eine solide und verlässliche Finanzausstattung der Kommunen. „Viele wichtige Vorhaben werden nur gelingen, wenn es in der neuen Legislaturperiode einen zweiten Rettungsschirm für die Kommunen gibt“, hoben die DStGB-Repräsentanten hervor. „Die Finanzlage der Kommunen ist weiter dramatisch, obwohl die Wirtschaft wieder wächst.“ Die aktuelle Steuerschätzung prognostiziert für 2021 ein kommunales Defizit von 9,5 Mrd. Euro und für 2022 ein Defizit von 10,4 Mrd. Euro. Auch die kommunale Altschuldenfrage ist nach wie vor ungelöst.

Kommunaler Investitionsrückstand

Gleichzeitig hat sich der kommunale Investitionsrückstand auf 149 Mrd. Euro erhöht. „Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Wir erwarten, dass die Realisierung ‚gleichwertiger Lebensverhältnisse‘ und die Aussage ‚Wer bestellt, bezahlt‘ in einem nächsten Koalitionsvertrag keine Lippenbekenntnisse bleiben“, stellten Spiegler und Landsberg klar.

Nur mit der nötigen Finanzkraft könne es gelingen, das drohende Sterben der Innenstädte und Ortskerne aufzuhalten. 100.000 Einzelhandelsgeschäf-

(Fortsetzung auf Seite 4)



„Abwägen“ lautet weiterhin die Devise und die Frage „Kann man es verantworten?“ werden wir uns in Pandemiezeiten noch lange stellen müssen, prophezeit der Rathauskater. **Seite 11**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Mehr Transparenz mit Bayerischem Lobbyregister 2
Verwaltungsaufwand und Komplexität steigen 2
Start frei für Bayerische Landesausstellung 2021 3
GZ-Kolumne Dr. Klemens Gsell:
E-Mobilität – Wo bleibt die Konsequenz in der Praxis? 3
Neustart der Messen in Bayern 3
Europäischer St.-Ulrichs-Preis für Dr. Gerd Müller 4
Kommunale Gesundheitsthemen 5
Kommunale Finanzthemen . . . . . .6 - 8
Abfall • Umwelt 9
Aus den bayerischen Kommunen . . . . . 9 - 12

Mehr Transparenz mit Bayerischem Lobbyregister

Mit der Einführung einer Registrierungspflicht, eines Verhaltenskodexes und eines legislativen Fußabdrucks soll das Vertrauen in die Politik gestärkt werden. Der Landtag hat dazu einstimmig die Einführung des Lobbyregisters verabschiedet, das ab 1. Januar 2022 in Kraft treten wird. Damit dürfen sich nur noch offiziell registrierte Lobbygruppen an Gesetzgebungsprozessen von Landtag und Staatsregierung beteiligen. Das Register kann zudem von allen Personen eingesehen werden.

Künftig soll deutlicher erkennbar sein, wer Einfluss auf politische Entscheidungen und die Gesetzgebung genommen hat. Helfen soll dabei das Lobbyregister, das der Bayerische Landtag in seiner 86. Plenarsitzung verabschiedete. Es beinhaltet drei wesentliche Elemente: eine Registrierungspflicht für organisierte Interessenvertreter, die eine Interessenvertretung gegenüber dem Landtag oder der Staatsregierung ausüben. Einen Verhaltenskodex, der Voraussetzung für jede Interessenvertretung ist. Nur wer den Kodex anerkennt, kann sich registrieren. Und einen legislativen Fußabdruck, der etwaige Einflussnahme von Interessenvertretungen bzw. Gutachtern im Rahmen der Erarbeitung von Gesetzesvorlagen der Staatsregierung sichtbar machen soll.

Hohe Sanktionen

Das Lobbyregister soll mit diesen Instrumenten einheitliche Regeln für das Miteinander von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft schaffen. Der Verhaltenskodex sieht zudem vor, dass Nebentätigkeiten angegeben werden müssen. Eine verbesserte Transparenz kann illegitime Formen der Interessenvertretung oder Fälle von Korruption zwar nicht völlig verhindern. Aber Nachvollziehbarkeit und demokratische Verantwortlichkeit erschweren derartige Fälle. Verstöße können künftig mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 Euro geahndet werden.

Der Begriff der „Interessenvertretung“ wird im Gesetzentwurf breit definiert, sodass sämtliche Formen der Interessenvertretung und alle denkbaren Adressaten der Interessenvertretung vom Geltungsbereich dieses Gesetzes erfasst werden.

Opposition kritisiert Ausnahmen

Die Registrierungspflicht gestattet aber auch Ausnahmen, etwa wenn eine Lobbygruppe nur lokal aktiv ist – also nicht mehr als zwei Stimmkreise unmittelbar betroffen sind. Auch Privatpersonen, die ausschließlich persönliche Interessen vertreten oder Kirchen und Gewerkschaften müssen sich nicht registrieren. Die Opposition kritisierte in der vorherigen Debatte im Verfassungsausschuss, dass der Gesetzentwurf zu viele Ausnahmen enthielte. Horst Arnold (SPD) äußerte zwei weitere Kritikpunkte: Das zu geringe Bußgeld und die Nichtbeteiligung von Beamten. Denn zur Staatsregierung im Sinne des Gesetzes gehören die Mitglieder der Staatsregierung, nicht aber Beamte der Ministerien. Die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen forderte zudem die Etablierung eines Landesbeauftragten für politische Interessen, der das Register führt.

Transparenzoffensive

Die zweite Stufe für mehr Transparenz wurde von den Regierungsfraktionen CSU und Freie Wähler in einer gemeinsamen Pressekonferenz präsentiert: Diese sieht Änderungen im Bayerischen Abgeordnetengesetz insbesondere durch eine Verschärfung der Verhaltensregeln für Abgeordnete in Bezug auf entgeltliche Nebentätigkeiten zur Abgeordnetentätigkeit vor. Hinzu kommt die Einführung einer Karenzzeit im Bayerischen Ministergesetz, sodass ausgeschiedene Minister nicht nahtlos in Positionen in der Wirtschaft wechseln können, wenn dadurch öffentliche Interessen tangiert werden. „Nach unserem Gesetzentwurf für ein Bayerisches Lobbyregistergesetz erklimmen wir mit dem vorliegenden Abgeordnetengesetz die zweite Stufe unserer Transparenzoffensive. Das ist ein wichtiger Schritt, um durch die jüngsten Skandale verlorengegangenes Vertrauen in die Politik wiederherzustellen und unsere Demokratie zu schützen“, sagte Florian Streibl, Vorsitzender der Freie Wähler-Landtagsfraktion.

Lobbyregister des Bundes

Das Bundeskabinett beschloss ebenfalls Ethikregeln für Lobbyisten. Der am 16. Juni verabschiedete Verhaltenskodex verpflichtet professionelle Interessenvertreter unter anderem, ihr Anliegen und ihre Auftraggeber offenzulegen. Die Regelung muss noch vom Bundestag verabschiedet werden. Der Verhaltenskodex ist im Lobbyregistergesetz vorgesehen, das der Bundestag im März verabschiedet hat, und tritt gemeinsam mit ihm am 1. Januar 2022 in Kraft. Das Lobbyregister des Bundes verpflichtet Lobbyisten, die im Bundestag oder bei der Bundesregierung die Interessen bestimmter Gruppen durchsetzen wollen, in einem neuen Register Angaben zu ihren Arbeit- oder Auftraggebern zu machen sowie zur Anzahl der Beschäftigten und den finanziellen Aufwendungen für die Lobbyarbeit. Treffen in Ministerien sollen bis hinunter zur Ebene von Unterabteilungsleitern erfasst werden. Das Register wird digital beim Bundestag geführt. **red**

Wir brauchen mehr ...

(Fortsetzung von Seite 1)

ner seiner zentralen Herzensangelegenheiten.

In allen vier Merkel-Kabinetten war Müller Staatssekretär oder Minister. Unter ihm wurden die Ausgaben des Ministeriums von sechs auf zehn Milliarden Euro gesteigert. Mit dem Marshallplan für Afrika hat der Entwicklungsminister die soziale Marktwirtschaft in die Länder des Globalen Südens gebracht. Im PresseClub erläutert er, warum ihn Reisen wie die vergangene so optimistisch stimmen. „In Bayern übersieht man leider immer, wie viele privilegierte Partnerschaften es gibt und mit welchen Initiativen die Situation vor Ort positiv verändert werden kann“, sagte Müller. Als Beispiel nannte er seinen Besuch in Sierra Leone. Eigentlich sollte die Zusammenarbeit auslaufen. Doch das persönliche Treffen mit Verantwortlichen vor Ort hat dazu geführt, dass im Rahmen von Kommunalpartnerschaften in den kommenden fünf Jahren die Abfallentsorgung neu organisiert und rekultiviert werden soll.

Impfstoffproduktion im Senegal

Der Allgäuer kämpft auch für eine gerechte Verteilung der Impfstoffe gegen Corona. „Die Covid-Bedrohung in Afrika steigt. Derzeit steigen die Neuinfektionszahlen pro Woche um 20 Prozent. Die Delta-Variante hat 14 afrikanische Länder erreicht. Aber erst 35 Millionen Menschen haben auf dem ganzen Kontinent eine erste Impfung erhalten. Notwendig ist eine Impfstoffoffensive in Afrika, um 30 Prozent der Menschen bis Ende des Jahres zu impfen. Dafür ist eine Verzehnfachung der Anstrengungen erforderlich. Denn das Virus ist nicht in einigen Monaten vorbei. Wir brauchen dringend Impfstoff ‚Made in Africa‘. Ich bin überzeugt: Afrika braucht eine eigene Impfstoffproduktion, um die Bedrohung zu bekämpfen“, beteuerte Müller. Jetzt gibt es erstmals die realistische Chance des Aufbaus eigener Produktionsstrukturen. Das Konzept des Institut Pasteur sieht in der ersten Phase die Abfüllung von Impfstoffen ab April 2022 vor, parallel dazu den Aufbau einer Produktionsanlage für Covid-Impfstoffe. Deutschland unterstützt die Initiative mit 20 Millionen Euro.

Meilenstein Lieferkettengesetz

Müller setzte bereits die Idee des Grünen Knopfs um, ein Textilsiegel, das für Mindeststandards bei der Textilproduktion in Entwicklungsländern sorgt. Jetzt hat er gemeinsam mit politischen Verbündeten das Lieferkettengesetz auf den Weg gebracht, um Menschenrechtsverbrechen in der Lieferkette zu verhindern. Denn das Gesetz nimmt Unternehmen in die Pflicht, Verantwortung für die Produktionsbedingungen auch bei ihren Zulieferern im Ausland zu übernehmen. Nichtregierungsorganisationen kritisieren, dass deutsche Unternehmen laut dem Gesetz nicht zivilrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können und das Gesetz nur für Unternehmen ab 3.000 Mitarbeitern gelte. Müller verteidigte das Lieferkettengesetz als Meilenstein. „Ich bin überzeugt, das ist ein Qualitätssprung zur Durchsetzung und Umsetzung von Menschenrechten. Denn es kann sich kein Unternehmen – auch die nicht unmittelbar betroffen sind, in Zukunft leisten, Menschenrechte in der Lieferkette nicht zu fokussieren und bei Verletzungen einzuschreiten“, stellte der Entwicklungsminister heraus.

Global denken

Das Lieferkettengesetz sieht Müller aber nur als einen Baustein. „Wir haben Zugriff auf 90 % des Vermögens, verbrauchen 2/3 der Ressourcen und hinterlassen 60 % des Mülls, das ist nicht die Globalisierung, die trägt, Armut verhindert und Arbeitsplätze schafft. Im EU-Parlament habe ich gelernt global zu denken. Alles hängt mit allem zusammen. Ich hätte gerne mehr Internationalität in Parteiprogrammen, denn die internationale Einordnung globaler Herausforderungen wird über den Erfolg entscheiden. Die Fixierung auf Deutschland und die EU funktioniert nicht. Der Klimaschutz entscheidet sich in Afrika. Weltweit werden 1.000 Kohlekraftwerke gebaut. 600 Millionen Menschen in Afrika haben noch keinen Strom. In den kommenden 20 Jahren werden rund eine Milliarde Menschen dazukommen. Also bis 2040 brauchen 1,5 Milliarden Afrikaner Strom. Die Elektrizität ist dabei die Basis für Entwicklung“, erläuterte Müller.

1000 Schulen für unsere Welt

Auch in der Digitalisierung sieht der Entwicklungsminister eine Chance für die internationale Zusammenarbeit. Als Beispiel führt er die Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ der kommunalen Spitzenverbände auf. Mit Spenden können dadurch in Ländern des Globalen Südens Schulen gebaut werden.

Müller hob in diesem Zusammenhang auch das besondere Engagement von Landrat Stefan Rößle hervor. Als Initiator der Gemeinschaftsinitiative trug er maßgeblich dazu bei, dass seit dem Start im November 2018 mit Spendensammlungen von über fünf Millionen Euro mehr als 150 Schulbauprojekte angestoßen wurden. Davon sind 66 Schulen bereits eröffnet und knapp 100 vollständig finanziert.

Wissen weitergeben

Mit 66 Jahren scheidet er nach der Bundestagswahl, bei der er nicht mehr kandidiert, freiwillig aus der Bundespolitik aus, bei der UNO ist er für einen neuen Job im Gespräch. Mit welchem Gefühl geht er nun aus dem Amt? „Ich fühle Dankbarkeit und Erfüllung, aber ich will das Wissen und meine Erfahrungen weitergeben“, bekräftigt Müller. Schließlich hat er bereits 44 afrikanische Länder besucht und Netzwerke geknüpft, die gepflegt und langfristig gefestigt werden sollen. Sein Wissen konserviert und gibt Müller in Büchern weiter, darunter die Neuerscheinung „Fokus Afrika: Partnerschaft auf Augenhöhe“. Darüber hinaus werde er sich auch weiterhin ehrenamtlich engagieren, versichert Müller zum Abschluss des Gesprächs. **red**

GemeindeZeitung unterstützt Schule in Togo

Auch die Bayerische GemeindeZeitung engagiert sich mit einem Schulbauprojekt in Togo. Dort wird ein Gymnasium aufgebaut, in dem mehrheitlich Mädchen unterrichtet werden. Minister Müller unterstützt den Vorschlag der Bayerischen GemeindeZeitung, die Corona-bedingten Digitalisierungserfolge der Schulen in Deutschland für Partnerschulen aus den Kommunalprojekten zu nutzen. „Die Initiative ist ein weiteres Zeichen dafür, wie Projekte erfolgreich umgesetzt werden können und zeigt, wie gehandelt werden sollte: Nicht nur reden, sondern tun!“.

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Grüner
91286 Obertrubach
am 6.7.

Bürgermeister Peter Braun
92287 Schmidmühlen
am 10.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bertram Werrlein
97842 Karbach
am 1.7.

Bürgermeister Jens Machold
85283 Wolnzach
am 11.7.

Bürgermeister Burkhard Klein
97348 Rödelsee
am 13.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Harald Müller
86685 Huisheim
am 6.7.

Bürgermeister Karl-Heinz Kerscher
86556 Kühbach
am 10.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christoph Schmid
86733 Alerheim
am 8.7.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

GZ Akademie

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Vor- & Nachteile kommunaler Organisationsformen am Beispiel „Kindertagesstätte – schnell und günstig“
14. Juli 2021, 14:00 - 15:30 Uhr

Der Anspruch auf einen Kita-Platz fordert von den Gemeinden den Neubau von Kindertagesstätten. Dies muss schnell erfolgen, da sonst Klagerisiken drohen. Gleichzeitig sind die staatlichen Zuwendungen bei weitem nicht ausreichend. Große Kosten belasten somit den Haushalt. In dem Webinar werden die verschiedenen kommunalen Organisationsformen mit ihren Vor- und Nachteilen dargestellt und neue, praxisbewährte Wege vorgestellt.
Referent: Rechtsanwalt Dr. Stefan Detig, Altbürgermeister
Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: 95,- € zzgl. MWSt

Krisenkommunikation in Kommunen Krisen, Projekte und Krisenprojekte
20. Juli 2021, 14:00 - 16:30 Uhr

Krisenkommunikation in Kommunen in Zeiten von Ad-hoc-Journalismus und Aktivbürgern. Die Veranstaltung umfasst die Bereiche Krisenprävention und Umsetzung von Krisenkommunikation. Welche Arten von Krisen gibt es? Wie kann eine systematische Vorbereitung auf mögliche Krisen gelingen und welche Strukturen und Herangehensweisen helfen im Falle des Falls?
Referentin: Sybille Geitel, Engel & Zimmermann
Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MWSt ❐

Bayerischer Städtetag zu Förderprogrammen:

Verwaltungsaufwand und Komplexität steigen

Für die Kommunen sind die Fördermöglichkeiten sehr wichtig. Dennoch stellt die Abwicklung von Programmen die Kommunalverwaltungen zunehmend vor Probleme.

Die Förderkulisse für Kommunen ist breit gefächert. Bund, Länder und die Europäische Union treten als Fördergeber auf und haben in der Vergangenheit zahlreiche Sonderförderprogramme für Kommunen aufgelegt. Gerade im Bereich der Kindertagesstätten und Schulen ist die Zahl der Sonderförderprogramme deutlich gestiegen.

Für den Vollzug der Sonderförderprogramme sind vor allem die vom Fördergeber vorgegebenen Antrags- und Bearbeitungszeiten von besonderer Bedeutung. Oftmals sind zeitliche Vorgaben zu knapp bemessen. Die Zielsetzung der Politik ist nachvollziehbar, dass Mittel schnellstmöglich für Investitionen in den jeweiligen Förderbereichen bereitgestellt und abgerufen werden. Auch die Kommunen profitieren von einer zeitnahen Planungssicherheit. Allerdings vergeht zwischen der politischen Willensbildung und dem Zeitpunkt einer möglichen Antragstellung oft viel Zeit.

Insbesondere, wenn Förderprogramme aus Bundesmitteln finanziert werden, sind zunächst die Ergebnisse aus den Bund-Länder-Abstimmungen abzuwarten. Auf dieser Verhandlungsgrundlage erlassen dann die Länder länderspezifische Förderrichtlinien. In dieser Zeit können die Kommunen nur sehr grobe Planungen und Vorbereitungen treffen. Mit der konkreten Prüfung der Förderfähigkeit, Finanzierbarkeit, der Erstellung der Antragsunterlagen, Abstimmung mit der Bewilligungsbehörde und einer etwaigen Gremienbehandlung kann erst nach Bekanntwerden die Fördermodalitäten begonnen werden. Selbst wenn der Förderantrag rechtzeitig eingereicht und bewilligt wurde, müssen die Kommunen die Vergabevorschriften auch bei Förderprogrammen einhalten. Außerdem erhöhen die schwierigen Rahmenbedingungen auf den Beschaffungsmärkten für Rohstoffe sowie die hohe Auftragslage in der Bauwirtschaft die Risiken für eine zeitliche Verzögerung. Zwar wurde auf Bundesebene immer wieder in Form einer nachgelagerten Verlängerung der Abruffristen für Fördermittel reagiert. Dennoch müssen die Förderzeiträume von Beginn an so bemessen werden, dass den Kommunen eine angemessene Reaktionszeit zur Projektierung und Realisierung ihrer förderfähigen Maßnahmen verbleibt.

Mit der zunehmenden Förderkulisse steigt auch der Verwaltungsaufwand. Für jedes Sonderförderprogramm gelten naturgemäß eigene Förderkriterien. Da die Kommunen sehr häufig mehrere Förderanträge und Förderverfahren gleichzeitig zu betreuen haben, ist es nicht einfach, den Überblick zu behalten. Dies gilt auch für die Bewilligungsbehörden, die sich genauso wie die Kommunen immer wieder mit neuen Förderprogrammen vertraut machen müssen, was für eine sachkundige Beratung nicht hilfreich ist.

„Die Förderbedingungen sollten stärker auf einen praxisgerechten und praktikablen Vollzug ausgerichtet werden“, fordert der Städtetag. Grundlegende Voraussetzung dafür sei die rechtzeitige Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden. Bei geringeren und zeitlich befristeten Förderprogrammen sollte stets eine Kosten-Nutzen-Abwägung erfolgen. Lassen sich sachgerechte pauschale Verteilungsmechanismen finden, sind pauschale Förderungen einer Projektförderung vorzuziehen. ❐

Start frei für Bayerische Landesausstellung 2021

Im Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg ist die Bayerische Landesausstellung 2021 eröffnet worden. Bis zum 16. Januar 2022 befasst sich die Schau mit dem Titel „Götterdämmerung II – die letzten Monarchen“ mit der Zeit rund um den Beginn des 20. Jahrhunderts und dem Umgang der Herrscherhäuser mit den gesellschaftlichen Umbrüchen der Epoche.

Gezeigt werden die Lebenswege der letzten Monarchen vor der Revolution 1918. Kaiserin Elisabeth von Österreich, der bayerische König Ludwig III., Kaiser Wilhelm II. und das russische Zarenpaar: Sie alle kämpften um ihren Platz in einer sich rasant verändernden Welt. Am Ende entschieden Weltkrieg und Revolution über ihr Schicksal.



V.l.: Regensburgs Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Kunst- und Wissenschaftsminister Bernd Sibler und der ehemalige bayerische Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein. Im Hintergrund Direktor Dr. Richard Loibl (Haus der Bayerischen Geschichte Ausgburg, Regensburg) © HdBG | Foto: Fotoweitblick

Anschluss an die „Götterdämmerung“

Inhaltlich und zeitlich schließt die Landesausstellung an die erfolgreiche Schau „Götterdämmerung: König Ludwig II.“ aus dem Jahr 2011 an. Damals war Schloss Herrenchiemsee mit den Kooperationspartnern Landkreis Rosenheim und Bayerische Schlösser- und Seenverwaltung der Ausstellungsort. Die aktuelle Landesausstellung war ursprünglich auch für Schloss Herrenchiemsee vorgesehen. Corona-bedingt traten die Partner jedoch im vergangenen Jahr von der Kooperation zurück.

Dem Haus der Bayerischen Geschichte war es ein Anliegen, trotz der schweren Corona-Zeiten Kultur weiter möglich zu machen und den jährlichen Turnus der Bayerischen Landesausstellungen sicherzustellen. So musste in kürzester Zeit ein neuer Standort gefunden werden, der sich in nur einer Woche der Neuplanungen im eigenen Haus in Regensburg fand. Für HDBG-Direktor Dr. Richard Loibl ein glücklicher Umstand: „Mit dem 1.000 Quadratmeter großen Donausaal verfügt das erst 2019 eröffnete Museum über einen flexibel nutzbaren, stützenlosen und nach modernsten klimatischen Standards ausgestatteten Ausstellungsraum.“

Gerade noch rechtzeitig habe man den Umzug nach Regensburg vollziehen und die in ihren Planungen weit fortgeschrittene Bayerische Landesausstellung 2021 sicherstellen können, so Loibl. Besonders freut es ihn, „dass die Stadt Regensburg schnell als neuer Veranstaltungspartner gewonnen werden konnte, weshalb nun auch hier in der Welterbestadt unser Konzept mit Landesausstellung und ergänzendem Begleitprogramm durch die Partner aufgeht“.

Corona bedingt wurde in einem geschlossenen Rundgang mit dem bayerischen Kunst- und Wissenschaftsminister Bernd Sibler und Regensburgs Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer die Bayerische Landesausstellung 2021 eröffnet. Laut Staatsminister Sibler hat das Haus der Bayerischen Geschichte „eine höchst sehenswerte Ausstellung organisiert, wie gewohnt spannend und informativ aufbereitet. Sie knüpft an die erfolgreiche Landessausstellung über König Ludwig II. an und entführt uns auf die Lebenswege der letzten europäischen Monarchen vor der Revolution von 1918. Wir können hier erneut ein Stück bayerischer, ja europäischer Geschichte erleben.“

Tag und Nacht Führungen, noch dazu bei freiem Eintrit

Sibler zeigte sich zudem begeistert vom originellen Angebot, in den ersten beiden Tagen der Ausstellung möglichst vielen Besucherinnen und Besuchern die Schau mit den entsprechenden Hygienemaßnahmen zu zeigen und Tag und Nacht Führungen, noch dazu bei freiem Eintritt, anzubieten. „Ich wünsche mir sehr, dass wir mit dieser einmaligen Ausstellung möglichst viele Gäste in unser Haus der Bayerischen Geschichte in Regensburg locken können.“

Kooperationspartner Stadt Regensburg

„Die Stadt Regensburg freut sich, als Kooperationspartner des Hauses der Bayerischen Geschichte zur Landesausstellung 2021 ein interessantes und vielfältiges Begleitprogramm anbieten zu können“, unterstrich Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer. An ganz unterschiedlichen Orten ließen Führungen, Konzerte, Filme, Ausstellungen und virtuelle Formate die Welt der „Götterdämmerung“ an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert mit ihren hellen und dunklen Seiten auch auf lokaler Ebene wieder lebendig werden. „Ob gekrönte Häupter und Adelige, Politiker und Künstler, prominente Männer und emanzipierte Frauen: Sie alle haben, auch in den engen Gassen und schönen Plätzen Regensburgs, Spuren hinterlassen, die bis heute zu sehen sind. Wenn man ihnen folgt, kann man viel davon herausfinden, wie die ‚gute alte Zeit‘ wirklich gewesen ist“, betonte die Rathauschefin. **DK**

GZ KOLUMNE Dr. Klemens Gsell



Liebe Leserinnen und Leser,

Nein, an dieser Stelle will ich nicht den x-ten Beitrag zu pro und contra E-Mobilität bringen. Die Bundesregierung hält das für sinnvoll und auf kommunaler Ebene müssen wir damit umgehen. Aber wie so oft bei den Reformen der letzten Jahre bleibt in der kommunalen Praxis der ganze ungelöste Problemkreis hängen. Belege für diese These? Bitte!

Beleg 1: Ladekabel am Straßenrand über die Gehwege sind in dicht bebauten Siedlungen nicht vorstellbar. Die Unfallgefahr ist zu groß. Also planen engagierte Gemeinden Quartiersparkhäuser mit Ladeinfrastruktur möglichst nahe an den Wohngebäuden, damit die Umsiedlung der Autos akzeptiert wird. Die Probleme der Standortfindung und Finanzierung blende ich mal

E-Mobilität – Wo bleibt die Konsequenz in der Praxis?

aus. Was fehlt ist Konsequenz in der Gesetzgebung: Parkhäuser sind Bauten und unterstehen neben allen anderen Regeln der ImmissionsschutzVO usw. Was am Straßenrand niemanden stört, wenn Autos 24h lang ein- und ausparken, das ist im Parkhaus eine nicht akzeptable Immission und daher bekommen neue Parkhäuser die Auflage nachts dicht zu machen. Welcher Elektrofahrer wird das akzeptieren? Eine Ausnahmeregel wäre sinnvoll, zumal die Pegel sehr moderat sind!

Beleg 2: Die Ladevorgänge nach der Rückkehr von der Arbeit werden die Netze in den Wohngebieten stark belasten. Massive Absicherungen im Verteilnetz sind nötig. Doch die dem Bundeswirtschaftsministerium unterstehende Bundesnetzagentur sieht solche Investitionen als Kosten der Stadtwerke bei den Netzentgelten als unnötig an. Sprechen die im Ministerium mal miteinander?

Beleg 3: Garagenhöfe, Tiefgaragen oder Stellplatzvorrichtungen alter Bauart müssen nachgerüstet werden. Meist sind sie jedoch im Gemeinschaftseigentum mit einem antiquierten Einstimmigkeitsprinzip. Für einen Stromanschluss eine solche Einstimmigkeit zu bekommen, dürfte bei fast allen Gemeinschaften eine unmögliche Angelegenheit werden. Wenn man es schon nicht schafft, dieses Recht zu reformieren und sinnvolle Entwicklungen mit Mehrheit zuzulassen, dann könnte man wenigstens den Stromanschluss den Notmaßnahmen gleichstellen und damit auch bei Gegenstimmen ermöglichen.

Fazit: viele Willige für E-Mobilität scheitern an den praktischen Fragen. Sie suchen Hilfe in den Rathäusern und müssen dort erleben, dass die Bindungen in den Gesetzen eine flexible Ermöglichungskultur sehr schwer machen. Da ist Konsequenz einzufordern!

Ihr Dr. Klemens Gsell
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Stadtrat und Altbürgermeister der Stadt Nürnberg

Neustart der Messen in Bayern:

Optimistischer Blick in die Zukunft

Umfassendes Schutz- und Hygienekonzept im Einsatz / Eigenveranstaltungen ab September

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat sich zuversichtlich zum Neustart der Messen in Bayern geäußert. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Messe München, Klaus Dittrich, und dem Geschäftsführer der NürnbergMesse, Peter Ottmann, erklärte Aiwanger: „Messen sind das beste Konjunkturprogramm und werden dringend benötigt. Der Neustart des bayerischen Messegeschäfts kann entscheidend dazu beitragen, die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie in vielen Branchen zu überwinden. Für unsere exportorientierte bayerische Wirtschaft sind Messen das Schaufenster in die Welt.“

Spätestens zum 1. September sollen bei weiterhin günstigem Infektionsgeschehen die Messen in Bayern wieder ihre Pforten öffnen. Die internationalen Fachmessen in München, Nürnberg oder auch Augsburg schlagen für die exportorientierte bayerische Wirtschaft Brücken in viele Länder der Welt. Hinzu kommt eine Vielzahl regionaler Messen. In China ist das Messegeschäft bereits 2020 wieder gestartet. Europäische Länder wie Spanien, Italien, Frankreich oder Österreich veranstalten seit dem zweiten Quartal 2020 wieder Messen.

Zur positiven internationalen Werbung für den Wirtschaftsstandort Bayern kommen noch die wirtschaftlichen Vorteile durch die Messen: Jeder Euro Umsatz für die großen bayerischen Messeveranstalter löst zehn Euro Umsatz bei Dritten aus.

Spitzenposition im weltweiten Messemarkt

So generieren die vier größten bayerischen Messegesellschaften Messe München, NuernbergMesse, AFAG und Messe Augsburg in einem durchschnittlichen Messejahr zusammen eine Umwegrendite von rund sechs Milliarden Euro.

Aiwanger: „Für viele Servicepartner oder Dienstleister in Hotellerie, Gastronomie, Einzelhandel, Reinigung und Sicherheit, im Verkehrssektor oder im Handwerksbereich sind Messen ein bedeutender Faktor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in der Nach-Corona-Zeit. Die bayerischen Messegesellschaften haben sich in den vergangenen Jahren eine Spitzenposition im weltweiten Messemarkt erarbeitet, die es zu erhalten gilt. Deshalb ist es wichtig, Messeveranstaltern, Ausstellern und Besuchern jetzt Planungssicherheit für eine erfolgreiche Wiederaufnahme des Messebetriebs zu geben.“

TrendSet als Pilotmesse

Nach Beschluss des bayerischen Kabinetts wird vom 10. bis 12. Juli die Messe TrendSet als Pilotmesse in München durchgeführt, um ein Rahmenhygienekonzept zu testen, das in Kürze veröffentlicht wird. Der Chef der Messe München, Klaus Dittrich, erklärte im Hinblick auf die bevorstehende Wiederaufnahme der Veranstaltungen: „In den vergangenen Monaten haben wir uns unter Hochdruck mit den Sicherheitsstandards beschäftigt und sind nun mit einem optimalen Schutz- und Hygienekonzept für den Neustart exzellent vorbereitet. Wir freuen uns, ab Herbst endlich wieder zahlreiche Aussteller und Besucher auf unserem Gelände begrüßen zu dürfen.“



V.l.: Klaus Dittrich, Vorsitzender der Geschäftsführung Messe München GmbH, Hubert Aiwanger, Bayerischer Wirtschaftsminister und Peter Ottmann, Geschäftsführer NürnbergMesse GmbH.
Bild: Messe München GmbH

3G-Konzept

Das Rahmenhygienekonzept, das erstmals im Rahmen der TrendSet 2021 zum Einsatz kommen wird, umfasst neben grundsätzlichen Bestimmungen wie der Einhaltung des Mindestabstands, des Tragens von Masken sowie der Nachverfolgbarkeit aller Teilnehmer wichtige neue Elemente. Hierzu zählt vor allem das 3G-Konzept: Zutritt zum Messegelände erhalten ausschließlich Personen, die nachweislich geimpft, genesen oder getestet sind. Diese Daten können bereits bei der Online-Registrierung angegeben werden. Darüber hinaus stellt die Messe München vor Ort Testkapazitäten zur Verfügung.

Sichere Begegnung in Schutzatmosphäre

Peter Ottmann, Geschäftsführer der NürnbergMesse, sagte: „Die Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung für einen perspektivischen Neustart des Messegeschäfts ab dem 1. September markiert einen wichtigen Meilenstein für uns, unsere Kunden und alle, die in der Metropolregion Nürnberg von Messen und Kongressen abhängen. Auf der Basis eines schlüssigen Hygiene- und Zutrittskonzepts schaffen wir in unseren gut belüfteten Messehallen eine Schutzatmosphäre, die eine sichere Begegnung von Ausstellern und Besuchern möglich macht. Wir blicken deshalb optimistisch auf unser Herbstprogramm, das neben der Verpackungstechnologie-Messe FachPack und der Cybersicherheits-Messe it-sa noch über 30 weitere Veranstaltungen umfasst. Wir werden alles tun, dass Messen in Bayern und Deutschland mit Abstand wieder zu den Besten gehören.“

Der TrendSet werden die IAA Mobility (September) und EXPO REAL (Oktober) in München und bayernweit zahlreiche weitere Veranstaltungen folgen. In Nürnberg stehen im Herbst beispielsweise noch folgende Messen mit überregionaler Bedeutung und internationaler Beteiligung auf dem Programm: FACHPACK (September, Europäische Fachmesse für Verpackung, Technik und Prozesse) gefolgt von den Oktobermessen it-sa (Europäische Leitmesse und Kongress für IT-Security) und FeuerTrutz (Internationale Fachmesse für vorbeugenden Brandschutz).

Zuverlässige Frischluftzufuhr

Klaus Dittrich empfiehlt dennoch allen, die weder geimpft noch genesen sind, sich auf jeden Fall vor der Anreise zum Messegelände testen zu lassen: „Wer bereits mit einem negativen Testnachweis zu uns kommt, der kann ohne Zeitverlust das Messegelände betreten. Gerade zu Stoßzeiten gehen wir von deutlich längeren Wartezeiten an der Teststation vor Ort aus.“ Zum zusätzlichen Schutz der Aussteller und Besucher in den Messehallen sorgen moderne Lüftungsanlagen, die eine regelmäßige und zuverlässige Frischluftzufuhr garantieren.

München Premiere der IAA

Zum Neustart im September feiert die IAA MOBILITY ihre München Premiere. Mit einer Kombination aus Summit und Conference auf dem Messegelände und Open Spaces in der Innenstadt wird die IAA Mobility zu einer offenen Plattform, die das Thema „Mobilität der Zukunft“ in den Mittelpunkt stellt.

Im Oktober finden mit den Veranstaltungen EXPO REAL sowie Outdoor by ISPO zwei führende internationale Branchentreffpunkte aus den Bereichen Immobilien und Sport in München statt. Den Abschluss bildet im November die productronica – Fachmesse für Entwicklung und Fertigung von Elektronik.

Hybridveranstaltungen

Ab sofort werden alle Messen als Hybridveranstaltungen umgesetzt, wie Klaus Dittrich erklärt: „Wir haben in der Zeit des Lockdowns gelernt, dass unsere Veranstaltungen nur in Kombination mit digitalen Formaten eine Zukunft haben. Dies gilt vor allem in Zeiten, wo nach wie vor Restriktionen im internationalen Reiseverkehr bestehen.“ ❐

Starke Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Durchleitung von für die Kommunen gedachten Bundesmitteln beklagt. Wir fordern deshalb ein Transparenzregister im Bundesfinanzministerium mit einer kommunenscharfen Gegenüberstellung der Bundesfördermittel und der jeweiligen Verbuchung im Jahresabschluss vor Ort. Klare Zuständigkeiten und Verantwortung statt Mischzuständigkeiten und organisierte Verantwortungslosigkeit – das sind die Kriterien, an denen wir das CDU/CSU-Regierungsprogramm messen werden."

Diskussion in den Foren

Wie die kommunalfreundliche Politik in der nächsten Legislatur fortgesetzt werden kann, darüber diskutierten namhafte Verbandsvertreter in den fünf Foren „Nachhaltigkeit für Klimaschutz und Wirtschaft", „Stabile Kommunalfinanzen", „Innenstädte und Ortskerne aktivieren", „Leben in Stadt und Land" sowie „Mobilität der Zukunft". Unter der Leitung des bayerischen KPV-Landesvorsitzenden Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries) wurden dabei mit den Forumsteilnehmern Alois Rainer MdB (verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Thomas Hunsteger-Petermann (stellvertretender KPV-Bundesvorsitzender), Dr. Astrid Mannes MdB (Vorsitzende der AG Mobilität der Zukunft der KPV), Dr. Kay Ruge (Beigeordneter beim Deutschen Landkreistag) und Dr. Jan Schilling (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) die standardisierte Bewertung von Investitionsvorhaben im Bereich des ÖPNV sowie Mobilitätskonzepte mit einer Verknüpfung aller Verkehrsträger erörtert.

Das Standardisierte Bewertungsverfahren für anvisierte Infrastrukturprojekte wurde in den 1970er Jahren entwickelt und berücksichtigt kaum die aktuellen Anforderungen und Kriterien wie z.B. der Klima- und Umweltschutz oder die notwendigen Aspekte der Verkehrsverlagerung. Deshalb hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur die Verfahrensanleitung zur Erstellung der Standardisierten Bewertung zuletzt im Jahr 2016 grundlegend überarbeitet. Neben der Fortführung und finanziellen Verstärkung des bestehenden GVFG-Bundesprogramms wurden weitere ergänzende Fördervorhaben benannt. Dazu gehören u.a. Vorhaben der Kommunen, die eine Kapazitätserhöhung im bestehenden Verkehrsnetz ermöglichen oder zu einer Verbesserung der Betriebsqualität des ÖPNV führen. Darüber hinaus wurden die Elektrifizierung und Reaktivierung von regionalen Bahnstrecken des ÖPNV, auch außerhalb von Verdichtungsräumen, als Förderbestand benannt. Das ist ein wichtiger Schritt bei der Beseitigung des Investitionsstaus für große ÖPNV-Vorhaben, der im Interesse einer ökologisch sinnvollen und nachhaltigen Mobilitäts-, Umwelt,- und Klimapolitik aufgelöst werden muss.

Bonus für ländliche Räume

Die Bundes-KPV hat sich zum Ziel gesetzt, das standardisierte Bewertungsverfahren für über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) geförderte Infrastrukturprojekte dahingehend weiterzuentwickeln, dass bestimmte Kriterien im Bewertungsverfahren wie Klima- und Umweltschutz, Verkehrsverlagerung oder Aspekte der Daseinsvorsorge stärker gewichtet werden können. Beim Kosten-Nutzen-Faktor erhalten dünn besiedelte ländliche Räume einen Bonus, um aus geringerer Einwohnerzahl zwangsläufig resultierende höhere Grundkosten besser berücksichtigen zu können.

Stichwort Mobilitätskonzepte: Aus Sicht der Forumsteilnehmer ist es wichtig, Stadt und Land in Modellvorhaben zu unterstützen, die Auto, Bahn, Bus und Fahrrad bedarfsangemessen miteinander verknüpfen. Der motorisierte Individualverkehr solle insbesondere im ländlichen Raum und als Verbindung in die Ballungsräume erhalten bleiben. Nachhaltige Mobilität unterscheide zwischen den Bedarfen beispielsweise in städtischen Ballungszentren und dünner besiedelten ländlichen Räumen. Während in Städten eine stärkere Verknüpfung zwischen Bus/Bahn und Fahrrad unter Einbeziehung von (Car-) Sharing-Angeboten möglich sei, könne eine nachhaltige Mobilität in ländlichen Räumen nicht auf den motorisierten Individualverkehr verzichten. Dies gelte es bei der Entwicklung nachhaltiger Mobilitätskonzepte, für die der Bund den Rahmen setzen kann, zu berücksichtigen.

Kommunale Bausteine

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands nutzte den zweitägigen Bundeskongress, um ihren bereits vor einigen Monaten vorgelegten „kommunalen Bausteinen" (wir berichteten) den letzten Schliff zu geben. Zahlreiche Themen und Forderungen aus der kommunalen Familie haben nunmehr Eingang gefunden in das gemeinsame „Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland" von CDU und CSU für die Bundestagswahl 2021, das im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung der Parteivorstände verabschiedet wurde.

Die „starke kommunale Handschrift", die das Wahlprogramm laut Bayerns KPV-Chef Stefan Rößle auszeichnet, werde in folgenden „zehn wichtigsten kommunalen Punkten" sichtbar:

- Mit Liebe zur Heimat für eine höhere Lebensqualität
- Regionale und nachhaltige Wirtschaft vor Ort fördern und unterstützen
- Zukunftsregionen in Stadt und Land schaffen
- Schnelle Entscheidungen vor Ort durch Bürokratieabbau und starke Verwaltungen
- Gutes Wohnen und Leben in vitalen Dörfern und Städten
- Digitalisierungsturbo für unsere Kommunen starten
- Bevölkerungsschutz und Polizei stärken: Sichere Städte und Gemeinden
- Mehr Verantwortung für Kommunen: Stärkung der Subsidiarität und Föderalismus
- Neue Wege und Lösungen für Mobilität und Verkehr vor Ort
- Vorfahrt für den lokalen Klimaschutz und bürgerschaftliches Ehrenamt

Verlässlichkeit für Familien

Für Familien schafft das Wahlprogramm aus Sicht der Union Verlässlichkeit und Zukunft. So soll ein Elterngeldbonus eingeführt werden: Nehmen beide Eltern Elternzeit, wird diese um zwei auf insgesamt 16 Monate verlängert. Zudem soll der Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende perspektivisch auf 5.000 Euro erhöht werden. Zur Förderung der eigenen vier Wände ist die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer beim erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohnraum vorgesehen: 250.000 Euro pro Erwachsenen und 100.000 Euro pro Kind.

Für Arbeitnehmer werden Entlastung und Flexibilität geboten. Hilfe beim Vermögensaufbau leistet die Erhöhung der Arbeitnehmersparzulage, der Höchstbetrag für vermögenswirksame Leistungen sowie der Sparer-Pauschbetrag. Um Mini-Jobs attraktiver zu machen, soll die Verdienstgrenze auf 550 Euro angehoben werden. Um Flexibilität im Arbeitsalltag zu schaffen, werden die Regeln der Höchstarbeitszeit weiterentwickelt. Künftig soll sie wöchentlich gelten, nicht täglich.

Freiheit und beste Infrastruktur

Für Unternehmer werden Freiheit und beste Infrastruktur garantiert. Geplant ist eine Unternehmenssteuerreform: „In der Perspektive wollen wir auf eine Steuerlast von 25 % kommen und unsere Unternehmen damit international wettbewerbsfähig halten. Zudem wollen wir zusätzliche Abschreibungsmöglichkeiten für Digital- und Klimaschutzinvestitionen", heißt es. Des Weiteren werden Substanzsteuern gestoppt: „Mit uns wird es keine Vermögenssteuer und keine Erhöhung der Erbschaftssteuer geben." Zudem sollen Planungs- und Genehmigungsverfahren durch Digitalisierung und Blockchain-Ansätze sowie Vergaberechtsnovellierungen beschleunigt werden. Um Deutschland mobil zu halten, lehnen CDU und CSU Dieselfahrverbote und ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ab. „Gleichzeitig entwickeln wir einen Fahrplan zur emissionsfreien Mobilität. Wir wollen den Umstieg attraktiv gestalten."

Klimaschutz und Generationengerechtigkeit

„Wir stehen zu Klimaschutz und Generationengerechtigkeit", heißt es weiter. „Wir halten an der ‚Schwarzen Null' fest und wollen so schnell als möglich wieder zu ausgeglichenen Haushalten ohne Neuverschuldung. Wir halten an der grundgesetzlichen Schuldenbremse fest und wollen die gesamtstaatliche Schuldenquote wieder auf unter 60 % reduzieren." Geplant ist ein Generationen-Pensionsfonds, d.h. mit einem staatlichen Monatsbeitrag soll für neugeborene Kinder Vermögen aufgebaut werden, das sie von klein auf vor Altersarmut schützt. Außerdem soll Deutschland bis 2045 klimaneutral werden: Dafür wird in Gebäudesanierungen investiert. „Anreize statt Verbote" lautet die Maxime.

Selbstbestimmtes und sicheres Leben

Für ein selbstbestimmtes Leben im Alter werden Robotik und Digitalisierung in Pflege und Gesundheit genutzt. Dazu wird eine Innovationsoffensive im Volumen von 500 Millionen Euro gestartet. Statt Sterbehilfe zu kommerzialisieren, werden zudem Hospiz- und Pflegeplätze garantiert. Darüber hinaus soll Altersvermögen geschützt werden: Wer im Alter staatliche Transferleistungen beziehen muss, soll in seinem Wohneigentum bleiben können.

Für ein sicheres Leben ist geplant, die Polizeipräsenz auf Deutschlands Straßen weiter auszubauen. Für Angriffe auf Einsatzkräfte sollen die Mindeststrafe erhöht und Body Cams flächendeckend in den Einsatz gebracht werden. Gegenüber Clans und Gefährdern sollen eine Beweislastumkehr für Vermögen mit unklarer Herkunft eingeführt und Aussteigerprogramme entwickelt werden. Um Europas Grenzen zu schützen, „stärken wir Frontex, weiten die sicheren Herkunftsstaaten aus und wollen EU-Asylzentren an den EU-Außengrenzen. Wir bleiben bei der Ordnung und Steuerung der Migration: Wir akzeptieren weder eine Ausweitung des Familiennachzugs noch eine Zuwanderung in die Sozialsysteme. Wir gehen konsequent gegen Identitätstäuscher vor und bestrafen Falschangaben."

Für ein modernes Deutschland will die Union in Zukunft und Infrastruktur investieren. Vorgesehen ist, die steuerliche Forschungsförderung nochmals zu verdoppeln und ein flächendeckendes 5G-Netz bis 2025 zu schaffen. Zudem werden bis 2025 15 Milliarden Euro in Gigabit-Netze investiert und bis 2024 alle weißen Flecken bei der Mobilfunkabdeckung geschlossen. „Wir setzen auf digitale Vorfahrt. Dazu führen wir einen Digital-TÜV für neue Gesetze ein. Alles, was digital werden kann, soll digital werden. Alles, was standardisiert werden kann, soll standardisiert werden. Wir schaffen auf Bundesebene ein eigenes Digitalministerium", heißt es abschließend. **DK**

Zukunft in der Krise ...

(Fortsetzung auf Seite 4)
ten drohe das Aus, 500.000 Arbeitsplätze seien davon betroffen. Es gelte, die Innenstadtbereiche umzugestalten und gleichzeitig dem Klimaschutz mehr Rechnung zu tragen. Hierzu seien mehr Erlebnisräume, mehr Kunst, mehr Handwerk, mehr Kultur, mehr Erlebnisgastronomie und auch mehr Wohnraum, aber auch mehr Grün und Wasserstrukturen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität bei Hitze und Dürre vonnöten.

Was die Finanzierungsmöglichkeiten anbelangt, so verwies der Deutsche Städte- und Gemeindebund erneut auf seinen Vorschlag, eine Paketversandsteuer einzuführen. Damit könne man die großen Plattformen, die mit ihren vielfältigen Lieferstrukturen auch die Infrastruktur der Kommune in Anspruch nehmen, angemessen beteiligen.

Zentrale Herausforderung in der neuen Legislaturperiode

Allgemein unbestritten ist dagegen, dass der Klimaschutz die zentrale Herausforderung in der neuen Legislaturperiode sein wird. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die Lebensgrundlage der zukünftigen Generationen deutlicher zu schützen, habe dies nochmals betont. „Wir warnen allerdings davor, in der Politik einen regelrechten Überbietungswettbewerb einzuleiten, wer die besten Klimaschutzziele formuliert", mahnten Spiegler und Landsberg.

Entscheidend sei, die Klimaschutzziele nicht nur zu beschreiben, sondern die Umsetzung voranzubringen. Die Kommunen hätten hier eine Schlüsselfunktion. Dies gelte für den Ausbau der alternativen Energien und die Verkehrswende, aber auch für die energetische Sanierung unzähliger Gebäude in kommunaler Trägerschaft. Viele gute Ansätze dauerten in der Realisierung aber nach wie vor viel zu lang – sei es aufgrund unzureichender Finanzierung oder überbordender Bürokratisierung.

Um den Klimaschutz voranzubringen, müsse vor allem die Umsetzung beschleunigt werden. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund schlägt deshalb ein Klimaschutzbeschleunigungsgesetz vor. Bestandteile eines solchen Gesetzes könnten digitale Genehmigungsverfahren, die Verkürzung der Gerichtswege sowie Präklusions- und Stichtagsregelungen sein. Denkbar wäre zudem der Verzicht auf naturschutzrechtliche Ausgleichsregelungen, wenn die Maßnahme dem Klimaschutz dient.

Erforderlich sei vor allem eine gute Kommunikationsstrategie. „Der vielfach verbreitete Grundsatz ‚Not in my backyard? nach dem Motto ‚Ich bin für Klimaschutz, möchte aber die Windenergie nicht in Sichtweite haben, den Schienenverkehr nicht hören und die neue Busstation auch nicht vor meiner Haustür haben?, muss gebrochen werden. Wir brauchen hier auch einen breiten gesellschaftlichen und vor allem generationenübergreifenden Konsens", machten Spiegler und Landsberg deutlich. **DK**

Europäischer St.-Ulrichs-Preis für Dr. Gerd Müller

Mit dem Europäischen St.-Ulrichs-Preis wurde der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, MdB, für seine Verdienste um die Einheit Europas ausgezeichnet. Die von Landkreis und Stadt Dillingen a.d.Donau im Jahr 1993 gegründete Stiftung, die die Förderung der Einheit Europas in christlich-abendländischer Tradition und im Geiste des heiligen Ulrich zum Zweck hat, verleiht den mit 10.000 Euro dotierten Preis in der Regel alle zwei Jahre. Der Preisträger spendet das Preisgeld an die Reiner Meutsch Stiftung FLY & HELP, deren Hauptziel die Förderung von Bildung und Erziehung und der Bau von Schulen in Schwellenländern ist (https://www.fly-and-help.de/).

Eigentlich war für die Preisvergabe an Dr. Müller ein großer Festakt im Oktober vergangenen Jahres in der Basilika St. Peter in Dillingen a.d.Donau vorgesehen. Wegen der Corona-Pandemie musste die Veranstaltung allerdings wenige Tage zuvor zum großen Bedauern der Stiftung abgesagt werden.

Müller reiht sich als 13. Preisträger seit Gründung der Stiftung im Jahr 1993 in die Liste prominenter Preisträger ein. So wurden u.a. Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl (1997), Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Roman Herzog (1999), die Gemeinschaft Sant'Egidio (2003), der Erzbischof von Prag Miloslav Kardinal Vlk (2007), das aus 300 christlichen Bewegungen bestehende Netzwerk „Miteinander für Europa" (2014) und zuletzt im Jahr 2018 die Nothilfeorganisation „Ärzte ohne Grenzen" ausgezeichnet.

Stiftungsziel aktueller denn je

Bei der Preisverleihung betonte der Vorsitzende der Stiftung, Landrat Leo Schrell, dass die Flüchtlingssituation, der Klimawandel und die Corona-Pandemie drei drängende Gegenwartsfragen seien, bei denen sich Europa schwertue, mit einer Zunge zu sprechen und die Probleme gemeinsam anzupacken und zu lösen. „Wenn wir uns den gegenwärtigen Zustand Europas betrachten, ist das Stiftungsziel „Förderung der Einheit Europas in christlich-abendländischer Tradition" aktueller denn je", betonte Schrell. Deshalb habe die Stiftung in Dr. Gerd Müller einen herausragenden Preisträger erwählt.

Einsatz als überzeugter Europäer für den Chancenkontinent Afrika

Mit dem Europäischen St.-Ulrichs-Preis würdigt die Stiftung Müllers Verdienste um die Einheit Europas und die Völkerverständigung, die er sich als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erworben hat. „Mit Ihrer klaren und unmissverständlichen Haltung zu gegenwärtigen Fragen der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Migranten in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben Sie Ihre proeuropäische Grundhaltung nachdrücklich unter Beweis gestellt. Damit sind Sie sehr entschieden und offen den nationalistischen Bestrebungen in mittlerweile zahlreichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union entgegengetreten", sagte Schrell. So setzt sich Bundesminister Dr. Gerd Müller seit vielen Jahren als überzeugter Europäer für den Chancenkontinent Afrika ein, um für die Menschen bessere Lebensverhältnisse zu schaffen. Dabei habe die Stiftung überzeugt, dass Müllers Handeln stets vom christlichen Menschenbild, einem Wertekonzept, getragen von Grundwerten wie Gleichberechtigung und Toleranz sowie dem Recht eines jeden Menschen auf Leben und Würde geprägt gewesen sei, so Schrell. Eben mit dieser Zielsetzung hat Bundesminister Dr. Gerd Müller die Stiftung gebeten, das Preisgeld der Reiner Meutsch Stiftung FLY & HELP zur Verfügung zu stellen.

Der Welt ein humanes Gesicht geben

Der Augsburger Bischof Dr. Bertram Meier betonte bei der Begrüßung, dass Bundesminister Dr. Gerd Müller ein würdiger Preisträger sei. „Sie strahlen eine große Liebe für die Schöpfung aus und leben aus einem intensiven Glauben an den Menschen und an seine Möglichkeiten, der Welt ein humanes Gesicht zu geben", sagte der Bischof.

Die Laudatio auf Müller hielt Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble, MdB. Ihn hatte die Stiftung im Jahr 2016 mit dem Europäischen St.-Ulrichs-Preis ausgezeichnet. Umso mehr war die Freude bei der Stiftung über die erneute Begegnung mit Schäuble groß. Schäuble sagte in seiner Laudatio: „Gerd Müller hat die Entwicklungspolitik verändert und vorangebracht. Seine zahlreichen Initiativen haben Maßstäbe für die künftige Ausrichtung deutscher und europäischer Entwicklungszusammenarbeit etabliert. Vor allem sein „Marshallplan mit Afrika" ist ein Paradigmenwechsel – für eine wirtschaftliche Kooperation, die auf Partnerschaft und Eigeninitiative setzt, die dauerhafte Lebensperspektiven für Menschen in den ärmeren Ländern eröffnet und damit nachhaltig wirkt."

Bundesminister Dr. Gerd Müller, MdB, sagte ein seiner Dankesrede: „Diesen Preis nehme ich mit großer Freude stellvertretend für viele tausend großartige ehrenamtliche Entwicklungshelfer und -helferinnen entgegen, deren weltweiter Einsatz einer friedlichen und gerechteren Globalisierung gilt. Der St. Ulrichs-Preis steht für Europa, christliche Werte, für Gerechtigkeit und Frieden. Er ist Anerkennung und Auftrag für die deutsche Entwicklungspolitik, entschlossen den Weg für eine Welt ohne Hunger und eine gerechtere Globalisierung weiter zu gehen. Der Starke hilft dem Schwachen bei uns und in der Staatenwelt. Das muss unser Leitprinzip für die Zusammenarbeit von Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländern sein. ❐

Hightech-Medizin fürs Land:

Projekt „Brückenschlag“

Die Universität geht aufs Land, der Landversorger in die Praxen – wie dieser Ansatz erfolgreich umgesetzt und dadurch die medizinische Versorgung in ländlichen Regionen verbessert wird, zeigt das Kooperationsprojekt „Brückenschlag“. Die Initiative für die Zusammenarbeit des Universitätsklinikum rechts der Isar und des Kreiskrankenhauses Weilheim-Schongau brachte Landrätin Andrea Jochner-Weiß ein. Die Kooperation ist ein erfolgreiches Beispiel dafür, wie Kommunen, Wissenschaft und Bevölkerung Synergieeffekte optimal nutzen können. Gleichzeitig orientiert sich die Versorgung an der Lebenswelt der Patienten.

Wie können Patienten, die auf dem Land leben, besser und schneller von der Expertise eines Universitätsklinikums profitieren? Eine Antwort darauf gibt das Projekt „Brückenschlag“. Ziel dieser Kooperation des Klinikums rechts der Isar der Technischen Universität München (TUM) mit der Krankenhaus GmbH Weilheim-Schongau und dem Ärztlichen Kreisverband Weilheim-Schongau ist es, eine optimale Versorgung von Patienten aus der Region zu erreichen.

Universitäre Medizin zugänglich machen

Schirmherrin dieses Projekts ist Landtagspräsidentin Ilse Aigner. Im Pressegespräch nannte sie drei Gründe, warum sie sich für das Projekt einsetzt: „Ich möchte die geballte Frauenpower, die hinter dem Projekt steht, unterstützen und konnte der Überzeugungskraft von Landrätin Andrea Jochner-Weiß nicht widerstehen. Zudem komme ich ebenfalls aus einer ländlichen Region und kann nachvollziehen, wie wichtig die medizinische Grundversorgung und der Zugang zu Expertise sind. Und ich bin ein Technikfreak und begeistert von der Roboterchirugie. Ich halte es für entscheidend, dass das Wissen der universitären Medizin und Forschung so vielen Menschen wie möglich zugänglich gemacht werden – nicht nur den Patientinnen und Patienten in der Stadt, sondern gerade auch denen auf dem Land.“ Die wissenschaftliche Begleitung im Forschungsprojekt b4 übernimmt dabei die Technische Universität München. Dadurch werde sichergesellt, „dass die Synergieeffekte später auch von anderen Regionen in Bayern genutzt werden können“, sagte Aigner.

Wie wird die Versorgung verbessert?

Wie die Kooperation im konkreten Fall funktioniert, verdeutlicht folgendes Beispiel: Wer in Weilheim einen Schlaganfall erleidet, wird sofort ins nächstgelegene Krankenhaus in Weilheim gebracht. Die Expertise des Universitätsklinikums rechts der Isar gelangt dabei per Telekonsil, also Videosprechstunde, nach Weilheim. So beraten die Spezialisten die Kollegen auf dem Land zur geeigneten Behandlung. Am Bildschirm bewerten sie dazu computertomografische Aufnahmen aus Weilheim. Per Videoschalte können sie, unterstützt von Kollegen vor Ort, auch einfache klinische Untersuchungen vornehmen. Ist ein Eingriff nötig, der besonders viel Erfahrung erfordert, fährt ein Neuroradiologe nach Weilheim, um diesen selbst durchzuführen. Die Vorteile dieser Behandlungsform lassen sich in Zahlen messen: Dank „Teleskop“ (Telemedizinische Netzwerk kooperierender Kliniken in Bayern) hat sich die Schlaganfallversorgung in den Kliniken Weilheim und Schongau seit Beginn des Jahres 2021 erheblich verbessert.

Medizin aufs Land bringen

Die Idee hinter dem Projekt besteht also darin, ohne großen organisatorischen Aufwand eine Verbindung zwischen den Versorgungsgruppen herzustellen. Prof. Markus Schwaiger, Ärztlicher Direktor des Universitätsklinikums rechts der Isar erläuterte: „Unser Ziel ist es, damit die Versorgung der Bevölkerung vor Ort zu verbessern – indem wir unterstützend wirken und die Medizin vor Ort durch Ratschläge und telemedizinische Möglichkeiten verstärken.“ Andrea Jochner-Weiß, Landrätin im Landkreis Weilheim-Schongau, legte dabei den Grundstein für die Kooperation und bezeichnete sich im Pressegespräch als „den glücklichsten Menschen“ aufgrund des erfolgreichen Projektstarts in ihrem Landkreis. Jochner-Weiß reiste bereits im Jahr 2018 mit einer Delegation ans Universitätsklinikum rechts der Isar um die Idee zu einer Kooperation vorzustellen: „Für unser Haus der Grundversorgung geht es natürlich darum, Know-How und hochtechnische, universitäre Medizin aufs Land und damit in die Breite zu bringen. Um die gesundheitliche Daseinsvorsorge zu verbessern haben wir dabei den größten Gestaltungsspielraum mit den kommunalen Krankenhäusern. Und ich bin absolut begeistert, dass wir gemeinsam diesen Weg eingeschlagen haben.“

„Win-win-Situation“ für Ärzte

Maßstäbe setzt das Projekt „Brückenschlag“ im Bereich Wissenstransfer: So hospitieren Ärzte vom Land in der Stadt, um ihre Erfahrung zu erweitern. Umgekehrt kommen Mediziner aus dem Universitätsklinikum rechts der Isar ins Krankenhaus Weilheim, um Routine-Operationen durchzuführen. Auch Schulungen von Experten der Universitätsklinik für Kollegen aus Weilheim stehen auf dem Programm. Dazu zählt beispielsweise der Umgang mit Hightech-Geräten, darunter mit dem OP-Roboter „da Vinci Xi“. So kann die Qualität der chirurgischen Versorgung auch auf dem Land auf universitäres Niveau angehoben, deutlich verbessert und an den aktuellen Stand von Technik und Wissenschaft angepasst werden.

Mit Herzblut dabei

Das Besondere an dem Projekt – so stellten es die Initiatoren heraus – sei die Einbindung niedergelassener Mediziner. Praxisärzte können direkt mit Experten am Universitätsklinikum in München kommunizieren und ihre Patienten mit diesem Wissen selbst vor Ort behandeln. Eine weitere Möglichkeit ist die Überweisung nach München – anschließend kehren die Patienten nach der Behandlung im Universitätsklinikum wieder zu ihnen zurück. „Unser Gesundheitssystem steht vor großen Herausforderungen“, sagte Dr. Karl Breu, Vorsitzender des Ärztlichen Kreisverbandes Weilheim-Schongau. „Deshalb brauchen wir eine möglichst nahtlose, bedarfsgerechte vernetzte Versorgung, die sich an den Patienten und ihren Lebenswelten orientiert. Mit dem Projekt Brückenschlag sind wir auf dem richtigen Weg.“ Schwaiger sieht das Ziel dann erreicht, wenn der Patient den Übergang von ambulanter zu stationärer Behandlung überhaupt nicht bemerke. Einig waren sich die Beteiligten darin, dass das Projekt deshalb so erfolgreich sei, weil sowohl Ärzte als auch die Akteure aus der Politik „dafür brennen“ und sich auf Augenhöhe begegnen. „Wenn eine Patientin bereits nach wenigen Tagen auf mich zukommt und berichtet, dass ihre Lähmung weg ist, dann bin ich zu Tränen gerührt, denn das kennen wir so nicht“, sagte Prof. Andreas Knez, Ärztlicher Direktor des Krankenhauses Weilheim-Schongau.

Attraktivität für Pflegeberuf steigern

Knez betonte in diesem Zusammenhang auch die Vorteile für den Bereich der Pflege, die sich aus der Kooperation ergeben: „Wir haben im Landkreis eine Pflegeschule und bieten den Pflegenden jetzt die Möglichkeit, sich an einem universitären Haus weiterzubilden.“ Diese Möglichkeit weckt zusätzliches Interesse an dem Beruf. Davon will auch das Universitätsklinikum profitieren. „Hier hoffen wir, dass der Vorteil auf unserer Seite ist – weil es gerade in München extrem schwierig ist, Pflegepersonal zu rekrutieren“, sagte Schwaiger. Denn besitzen Pflegende bereits zu Beginn ihrer Ausbildung die Chance, sich mit der Arbeit in einem Universitätsklinikum vertraut zu machen, könnte das auch Hemmungen abbauen, sich dort ebenfalls für eine Stelle zu bewerben. **red**

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Sana Kliniken AG
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Gesundheitswesens:

Long-Covid: Genesen und doch nicht gesund

Die Wohnung liegt im zweiten Stock eines Mehrfamilienhauses – bis vor Kurzem kein Grund zur Sorge. Doch auf einmal wird selbst der Gang vom Briefkasten zur Wohnungstür zur Herausforderung. Die Namen der Kollegen, mit denen man seit Jahren eng zusammenarbeitet, waren nie ein Problem. Jetzt fallen sie plötzlich vom einen auf den anderen Moment nicht mehr ein.

Jeder zehnte Covid-19-Betroffene kämpft im Anschluss an seine akute Erkrankung mit langanhaltenden gesundheitlichen Problemen. Vom sogenannten Long-Covid-Syndrom sind in Deutschland etwa 350.000 Menschen betroffen. Sie entwickeln Symptome wie ständige Erschöpfung, Luftnot, neurologische Störungen, starken Schwindel oder Verlust der Geschmacksfunktionen der Zunge oder auch des Geruchssinns. Das Coronavirus gilt als Multiorganvirus, das nicht nur in der Lunge, sondern auch in zahlreichen anderen Organen auftreten kann – so etwa in der Niere, der Leber, dem Herz oder auch dem Gehirn. Die bislang beobachteten Spätfolgen werden daher nicht als einheitliches Phänomen betrachtet, sondern als verschiedene Krankheitsbilder, die sowohl zeitversetzt als auch parallel in verschiedenen Ausprägungen auftreten können.

Besonders tückisch: Alter und Vorerkrankungen scheinen keine größere Rolle dabei zu spielen, ob Erkrankte anhaltende Symptome entwickeln. Post-Covid-Betroffene finden sich in allen Altersklassen, viele waren vor ihrer Erkrankung sportlich aktiv und hatten keinerlei Vorerkrankungen.

Neue Post-Covid-Ambulanzen

Um Betroffenen zu helfen und gleichzeitig weitere Erkenntnisse über die Spätfolgen von Covid-19 zu erhalten, sind in ganz Deutschland Post-Covid-Ambulanzen entstanden. Patienten werden dort oftmals über mehrere Monate hinweg von einem multiprofessionellen Team begleitet. Aufgrund der Vielschichtigkeit der Spätfolgen gehören nicht nur Internisten und Lungenfachärzte zum Behandlungsteam, sondern auch Neurologen, Kardiologen sowie Psychologen. Gerade auch die Psyche ist ein wichtiger Aspekt, der bei der Behandlung von Erkrankten im Blick gehalten werden sollte. Symptome wie gesteigerte Ängstlichkeit, Konzentrationsstörungen oder auch eine Depression können eine direkte Folge der Infektion sein.

Mehr als ein Jahr nach Auftreten des Coronavirus in Deutschland ist auch die Krankheitsentstehung von Long-Covid noch Gegenstand der Forschung, in der viele Experten aktiv sind. Festzuhalten bleibt jedoch: Viele – vor allem junge – Patientinnen und Patienten können sich folgenlos von den Symptomen eines Post-Covid-Syndroms erholen. ❐

Fünf-Millionen-Euro-Programm des Bayerischen Kabinetts:

Unterstützung für Post-COVID Patienten

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek hat den Betroffenen von Corona-Spätfolgen Unterstützung zugesichert. „Wir haben es mit ‚Post-COVID‘ mit einem neuen Krankheitsbild zu tun, über das wir insgesamt noch zu wenig wissen. Die Symptome von Post-COVID können massive Auswirkungen auf den Alltag, die Lebensqualität und das Berufsleben der Betroffenen haben. Eine fundierte COVID-Nachsorge und Rehabilitation ist von zentraler Bedeutung, um chronische Erkrankungen zu vermeiden“, betonte der Minister

Die Bayerische Staatsregierung hat aus diesem Grund ein Fünf-Millionen-Euro-Programm zum Post-COVID-Syndrom beschlossen. Mit dieser Förderinitiative sollen vor allem die Versorgungsforschung und innovative Therapieansätze gefördert werden. Ziel sei es, so Holetschek, diese innovativen Ansätze in die Regelversorgung zu übernehmen und multidisziplinäre Versorgungskonzepte zu unterstützen. Anträge könnten insbesondere Einrichtungen der medizinischen Versorgung einschließlich Rehabilitationseinrichtungen oder Verbünde und Netzwerke stellen.

Holetschek ergänzte: „Gerade auch junge Menschen leiden vermehrt unter den Folgen von Post-COVID. Es ist mir ein besonderes Anliegen, auch diese Gruppe in den Blick zu nehmen, da junge Menschen, die an Post-COVID erkranken, ein besonders hohes Risiko für Langzeiterkrankungen haben.“ Der Minister hatte deshalb bereits im Januar dieses Jahres einen Runden Tisch einberufen, aus dem eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe entstanden ist.

Post-COVID-Ambulanzen

Die bayerischen Universitätskliniken in München, Erlangen-Nürnberg, Würzburg und Regensburg haben bereits Post-COVID-Ambulanzen für die ambulante Nachsorge eingerichtet. Die Uniklinik Augsburg baut eine solche gerade auf. Holetschek bekräftigte: „Das ist ein wichtiges Angebot. Als nächsten Schritt müssen wir das System in der Fläche ausweiten. Dazu stehen wir im Austausch mit der Ärzteschaft, um niedergelassene Haus- und Fachärzte für das Thema Post-COVID zu sensibilisieren.“

Der Minister ergänzte: „Zudem wollen wir die Reha-Einrichtungen einbinden und für die Behandlung von Post-COVID-Patienten stärken. Bayern ist Reha-Land Nummer 1 in Deutschland. Wir werden prüfen, wie wir die Einrichtungen bei der Behandlung von Corona-Langzeitfolgen unterstützen können. Vor allem der Bund muss bei der Finanzierung nachbessern, wenn Verhandlungen zwischen Krankenkassen und Reha-Einrichtungen zu keinen tragfähigen Ergebnissen führen sollten.“

Als Post-COVID-Syndrom werden Symptome bezeichnet, die sich während oder nach einer COVID-19-Erkrankung entwickeln und nicht durch eine alternative Diagnose erklärt werden können. Dauern die Symptome länger als zwölf Wochen an, spricht man von Long-COVID. In Bayern gibt es derzeit rund 65.000 Betroffene. ❐



Austausch über die Auswirkungen der Pandemie: „Die Rehakliniken leiden massiv“, fasst Etzel Walle, Geschäftsführer der Klinikgruppe Enzensberg, die aktuelle Situation zusammen. V. l.: Maximilian Eichstetter (Bürgermeister Stadt Füssen), Stephan Stracke (Vorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Klaus Holetschek (Bayerischer Gesundheitsminister), Etzel Walle (Geschäftsführer m&i-Klinikgruppe Enzensberg), Herwig Heide (Bayer. Gesundheitsministerium, Leiter Abteilung Krankenhausversorgung), Alexander Heim (Kaufmännischer Direktor m&i-Fachklinik Enzensberg) Bild: Klinikgruppe Enzensberg

Ich lese die GZ

» … da ich wissen will, was in den bayerischen Kommunen gebraucht wird, um zu unterstützen, was wichtig und möglich ist. «

Karl Freller, MdL
1. Vizepräsident des Bayerischen Landtags



Genossenschaftsverband Bayern:

Positionen zur Bundestagswahl

Bei der Bundestagswahl werden im Herbst die politischen Karten neu gemischt. Das bietet die Chance, Bewährtes weiterzuentwickeln und daran zu arbeiten, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu verbessern. „Genossenschaften können dazu einiges beitragen", unterstreicht Dr. Jürgen Gros, Präsident und Vorstandsvorsitzender des Genossenschaftsverbands Bayern. „Mit 170 Jahren Erfahrung wirtschaften sie langfristig erfolgreich und haben die Auswirkungen ihres Handelns auf den Menschen stets im Blick."

In einer Broschüre hat der GVB nun seine Erwartungen an die Bundespolitik formuliert. Präsentiert werden 14 Punkte, wie der künftige politische Rahmen für genossenschaftliche Unternehmen aussehen sollte.

Für krisenfeste Bankenregulierung

• Für eine krisenfeste Bankenregulierung: Wir setzen uns für eine Überprüfung der regulatorischen und aufsichtlichen Vorgaben ein. Wir wollen treffsichere und krisenfeste Vorschriften und ein praxisorientiertes regulatorisches Lernen. Wir wollen Corona-bedingte Anpassungen in der Bankenaufsicht, die sich bewährt haben, dauerhaft beibehalten.

• Für eine solide Mittelstandsfinanzierung: Wir setzen uns dafür ein, dass die Besonderheiten der deutschen Bankenlandschaft in der EU-Regulierung und EU-Aufsicht stärker Berücksichtigung finden. Wir regen an, die europäische Umsetzung der Basel III-Finalisierung für eine weitere praxisgerechte Entlastung risikoarmer Regionalbanken zu nutzen. Wir fordern darüber hinaus, die finalen Basel III-Standards an die Bankenlandschaft anzupassen, um die Kreditvergabe durch risikoarme Regionalbanken zu befördern.

• Für den Schutz der Sparer: Wir fordern, die genossenschaftliche Institutssicherung zu bewahren. Wir plädieren dafür, erhöhte Risiken und strukturelle Defizite dort zu beseitigen, wo sie entstehen. Wir lehnen es ab, sie zu vergemeinschaften. Wir begrüßen Maßnahmen, um die Stabilität der europäischen Banken zu verbessern. Dazu setzen wir auf den Abbau notleidender Forderungen, eine angemessene Regulierung von Staatsanleihen, eine Harmonisierung des Insolvenzrechts sowie strukturelle Reformen.

Mehr Nachhaltigkeit im Finanzsektor

• Für mehr Nachhaltigkeit im Finanzsektor: Wir setzen bei der weiteren Ausgestaltung eines nachhaltigen Finanzsystems auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Wir unterstützen eine freiwillige EU-Nachhaltigkeitstaxonomie, die einfach in der Anwendung ist. Wir sind gegen pauschale Eigenkapitalabschläge oder -aufschläge für Finanzanlagen, die sich an der Nachhaltigkeit orientieren. Das individuelle Risiko als objektives Kriterium muss auch in Zukunft die Bewertungsgrundlage sein. Wir setzen uns für eine verhältnismäßige Ausgestaltung der Nachweis- und Berichtspflichten im nachhaltigen Finanzwesen ein.

• Für Sicherheit und Fairness am digitalen Finanzmarkt: Wir unterstützen den Grundsatz „Gleiches Geschäft, gleiche Risiken, gleiche Regeln" als Richtschnur für die Finanzmarktregulierung. Wir sprechen uns für ein „Level Playing Field" beim Zugriff von Daten und Schnittstellen zwischen Banken und Drittanbietern aus.

Kampf gegen Geldwäsche

• Für einen wirksamen Kampf gegen Geldwäsche: Wir befürworten eine konsequente Anwendung und Durchsetzung geltender Gesetze. Ständig neue bürokratische Vorgaben an Banken halten wir für nicht zielführend. Wir fordern mehr Ressourcen für Geldwäsche-Verfolgungsbehörden und eine Verbesserung der Kooperation auf Behördenebene.

• Für einen praxisnahen Verbraucherschutz im Finanzwesen: Wir wollen einen praxistauglicheren Verbraucherschutz durch einfache und verständliche Information, Dokumentation und Beratung. Wir fordern einen Verzicht auf unnütze nationale Sonderpflichten wie das Produktinformationsblatt für Aktien. Wir treten dafür ein, das deutsche Mitarbeiter- und Beschwerderegister auf Praxisrelevanz zu überprüfen. Wir fordern eine Lockerung des Schriftformerfordernisses, um die digitale Unterzeichnung von Verbraucherdarlehen und Genossenschaftsanteilen zu erleichtern.

• Für eine Gesetzgebung mit Augenmaß und Praxisrelevanz: Wir fordern, bei der Umsetzung von EU-Richtlinien künftig auf „Goldplating" zu verzichten. Das soll durch ein Anti-Goldplating-Gesetz sichergestellt werden. Wir erwarten, dass Verbände und Unternehmen mit fachspezifischem Wissen bei der Erstellung neuer Gesetz- und Verordnungsentwürfe unter Wahrung ausreichender Fristen beteiligt werden. Wir regen die Errichtung einer zentralen deutschen Konsultationsplattform an. Vorbild kann die „Have your say"-Plattform der EU-Kommission sein.

• Für eine mittelständische Land- und Ernährungswirtschaft: Wir setzen uns für Umstellungsfristen ein, die auch der Situation der Erzeuger und Verarbeiter vor Ort Rechnung tragen. Wir befürworten realistische Einstiegshürden für das geplante Tierwohllabel, damit keine Anbieter von der Vermarktung ausgeschlossen werden. Wir wollen, dass Investitionen in höheren Tier- und Umweltschutz in allen Produktionsstufen gefördert werden.

Fairer Lebensmittelhandel

• Für einen fairen Lebensmittelhandel: Wir treten dafür ein, die Position der kleinen und mittelständischen Lebensmittelproduzenten gegenüber dem stark konzentrierten Handel zu stärken. Wir fordern, Produzenten wirksam vor missbräuchlichen Handelspraktiken zu schützen, indem die Beweislast umgekehrt wird. Wir regen an, eine Ombudsstelle für den Lebensmittelmarkt einzurichten.

• Für offene Agrar- und Lebensmittelmärkte: Wir befürworten einen starken europäischen Binnenmarkt für Lebensmittel und Agrarerzeugnisse. Wir stellen uns gegen Einschränkungen im freien Waren- und Personenverkehr. Wir setzen uns dafür ein, internationale Handelsbarrieren für Agrarprodukte abzubauen. Wir lehnen protektionistische Tendenzen wie nationale Sonderregelungen für Herkunftskennzeichnung jenseits der „geschützten Ursprungsbezeichnung" ab.

Mehr Akzeptanz von regenerativer Energie

• Für mehr Akzeptanz von regenerativer Energie: Wir wollen, dass die Energieerzeugung durch kleine genossenschaftliche Anbieter weiterhin sichergestellt ist. Das stärkt die Bürgerbeteiligung und die Akzeptanz für die Energiewende. Wir drängen auf Nachbesserungen bei den EEG-Ausschreibungen, damit genossenschaftliche Erzeuger erneuerbarer Energien bei Ausschreibungsverfahren eine realistische Chance haben. Wir fordern eine zügige Umsetzung von EU-Recht zum Energy Sharing durch eine Entlastung der Mitgliederversorgung in Genossenschaften von EEG-Umlage und Stromsteuer.

• Für eine faire Kostenverteilung bei der Energiewende: Wir setzen uns für einheitliche Verteilnetzentgelte ein, um die ländlichen Versorgungsstrukturen zu stärken und faire Wettbewerbsbedingungen zu sichern.

• Für die Bewahrung der genossenschaftlichen Idee: Wir fordern die konsequente und gezielte Bekämpfung unseriöser Genossenschaftsmodelle. Wir lehnen die pauschale Ausweitung von Prüfungsvorgaben auf Kosten seriös wirtschaftender Genossenschaften ab. **DK**





Familienministerin Carolina Trautner (r.) hat den Preis „Herzwerker" für Bayerische Kindertagesstätten als Teil der breit angelegten Imagekampagne für soziale Berufe ins Leben gerufen und den Kindergarten Glockenbachwerkstatt im Bürgerhaus München als einen der ersten Preisträger ausgezeichnet. Unser Bild zeigt die Staatsministerin mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kindergartens. Bild: StMAS/Göttert

Kinderbetreuung im Freistaat:

Millionenschweres Investitionsprogramm

Der Kita-Ausbau in Bayern geht weiter voran. Die Staatsregierung unterstützt die Kommunen beim Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder bis zur Einschulung. Die Gemeinden, die im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms gefördert werden, erhalten einen Aufschlag von bis zu 35 Prozentpunkten auf die reguläre Förderung. Aktuell profitieren davon die Landkreise Kronach, Coburg, Bayreuth, Hof, Oberallgäu, Dillingen an der Donau, Günzburg, Donau-Ries und Neu-Ulm sowie die Städte Coburg und Hof.

Wie Familienministerin Carolina Trautner betonte, „schaffen wir maßgeschneiderte Kindertagesbetreuung und unterstützen die Kommunen dabei mit Nachdruck. Mein Ziel ist es, dass Familien den Betreuungsplatz bekommen, den sie sich wünschen."

25 neue Betreuungsplätze für Kinder entstehen im Katholischen Kindergarten „St. Franziskus" in Steinbach a. Wald (Landkreis Kronach). Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 164.000 Euro. Die Kindertagesstätte in Mitwitz (Landkreis Kronach) erhält 22 neue Betreuungsplätze für Kinder. Der Freistaat unterstützt die Kommune mit insgesamt 217.000 Euro.

In der Kindertagesstätte Lienhard-Fuchs in Rödental (Landkreis Coburg) werden 37 neue Betreuungsplätze bereitgestellt. Die Förderung beläuft sich auf 141.000 Euro. In der Kindertagesstätte in Emtmannsberg (Landkreis Bayreuth) entstehen 12 neue Betreuungsplätze für Kinder. Die Kommune wird dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 8.000 Euro bedacht. 74 neue Betreuungsplätze erhält die Kindertagesstätte in Münchberg (Landkreis Hof). Die Förderung beläuft sich auf 401.000 Euro.

Die neue Kindertagesstätte in Bad Hindelang (Landkreis Oberallgäu) darf sich über 61 neue Betreuungsplätze für Kinder freuen. Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 715.000 Euro. 22 neue Betreuungsplätze werden der neuen Kinderkrippe in Villenbach (Landkreis Dillingen an der Donau) zuteil. Die Förderung beläuft sich auf 351.000 Euro. In der Kindertagesstätte „St. Gabriel" in Niederraunau (Landkreis Günzburg) entstehen 32 neue Betreuungsplätze für Kinder. Der Freistaat unterstützt die Kommune mit 323.000 Euro.

Über 34 neue Betreuungsplätze darf sich das Montessori-Kinderhaus in Nördlingen (Landkreis Donau-Ries) freuen. Förderungssumme: 259.000 Euro. Auch die Kindertageseinrichtung „Liselotte Forster" in Illertissen-Au (Landkreis Neu-Ulm) wird mit 25 neuen Betreuungsplätze für Kinder bedacht. Der Freistaat unterstützt die Kommune mit einer Förderung in Höhe von 99.000 Euro.

In der Coburger Kinderkrippe Bergwichtel werden 50 neue Betreuungsplätze bereitgestellt. Die Förderung beläuft sich auf 350.000 Euro. Im Waldorfkindergarten sowie in der Kinderkrippe für den „Waldorf-Kindergarten" in Hof entstehen 37 neue Betreuungsplätze für Kinder. Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 109.000 Euro.

Nach Trautners Angaben unterstützt der Freistaat seit 2008 die Gemeinden massiv durch zusätzliche Mittel zum Ausbau der Kinderbetreuung. „Damit tragen wir den geänderten Bedürfnissen der Familien und den steigenden Geburtenzahlen Rechnung. Über 1,3 Milliarden Euro hat der Freistaat dafür zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen 846 Millionen Euro an Bundesmitteln, die in voller Höhe den Kommunen zugutekommen."

Ausbau der Betreuungsplätze für Grundschulkinder

Im aktuellen 4. Sonderinvestitionsprogramm wurden die 178 Millionen Euro an Bundesmitteln mit Landesmitteln in Höhe von 417 Millionen Euro erhöht. Insgesamt werden damit rund 73.500 Betreuungsplätze für Kinder bis zur Einschulung gefördert. Auch nach dem Ende des 4. Sonderinvestitionsprogramms engagiert sich der Freistaat weiter beim Kita-Ausbau. Der Fokus verschiebt sich nun auf den Ausbau der Betreuungsplätze für Grundschulkinder.

Im vorschulischen Bereich fördert der Freistaat auch künftig die Kommunen, und zwar im Rahmen des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes. Die förderfähigen Kosten werden, abhängig von der Finanzkraft der Gemeinde, in Höhe von bis zu 80 Prozent, in Einzelfällen sogar bis zu 90 Prozent, erstattet.

Trautner: „Für den Ausbau der Kinderbetreuung sind die Mittel bestens eingesetzt. Wir wollen aber auch höchste Qualität in den Kindertageseinrichtungen überall in Bayern. Deshalb leisten wir auch hohe Betriebskostenzuschüsse an die Gemeinden und setzen zusätzlich qualitative Akzente durch Förderprogramme. Zum Beispiel haben wir einen Leitungs- und Verwaltungsbonus eingeführt, um die pädagogischen Leitungen zeitlich zu entlasten. Die Konditionen dafür haben wir aktuell mit Wirkung ab 2021 erheblich verbessert." **DK**

Erste bayerische Sparkasse feiert 200-jähriges Bestehen

200 Jahre Daseinsfürsorge für alle – Bayerns älteste Sparkasse feiert in diesen Tagen ein großes Jubiläum. Die Sparkasse Nürnberg eröffnet damit den Reigen der heute 64 bayerischen Sparkassen, die ab 1821 überall im Freistaat gegründet wurden und in der kommenden Zeit sukzessive ihre großen Geburtstage feiern.

Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, begleitet den besonderen Geburtstag mit Stolz auf die große Leistung der öffentlich-rechtlichen kommunalen Kreditinstitute in Bayern bis heute und richtet gleichzeitig seinen Blick in die Zukunft: „Dass es Sparkassen gibt, die in Finanzthemen Anlaufstelle für alle sind und nicht nur für besondere Personenkreise, ist kein Naturgesetz, sondern eine menschliche Leistung. Es war seinerzeit eine große Errungenschaft, auch den einfachsten Dienstboten den Weg zur eigenen Zukunftsvorsorge und damit der finanziellen Selbstverantwortung zu eröffnen. Diese Tradition wird bis heute permanent weiterentwickelt und nach allen Regeln des modernen Bankgeschäfts ausgebaut. Auch die kleinen und mittleren Unternehmen in den bayerischen Regionen zählen stabil auf ihre Sparkassen, denn die fühlen sich der Wirtschaft und Gesellschaft ihrer Heimat verpflichtet, sind eng am Puls ihrer Geschäftsgebiete und haben deshalb genau im Blick, was ihre Kunden dort brauchen. Die Sparkassen haben dabei in den zurückliegenden zwei Jahrhunderten bewiesen, dass sie den Wandel nicht nur sicher begleiten, sondern auch immer wieder neu mitgestalten – das setzen sie auch unter erschwerten Bedingungen fort und zeigen sich damit auch künftig widerstandsfähig, wandlungsfreudig und tatkräftig."

Entwicklungsschritte

In den Jahren 1821 bis zur Jahrhundertwende wurden in Bayern 370 kommunale Sparkassen gegründet, die sich im Lauf der Zeit von der einfachen Verwahrstelle für Spareinlagen im Amtszimmer bis zum vollwertigen Kreditinstitut, das aus den Einlagen Darlehen vergibt, entwickelt haben. Das Aufkommen und die Verbreitung von Sparkassen hängt eng mit der Entwicklung der industriellen Gesellschaft im 18. und 19. Jahrhundert zusammen: Im Transformationsprozess von der altständisch-aristokratischen, zünftisch organisierten Gesellschaftsordnung zur industriellen Welt waren sie von Beginn an Teil des Modernisierungsprozesses in Wirtschaft und Gesellschaft. Denn sie stehen – bis heute und auch in der Zukunft – für die finanzielle Selbstverantwortung aller Beteiligten im Wirtschaftsgeschehen, seien es die Beschäftigten auf allen Positionen, die Unternehmen oder alle anderen Menschen, die im Geschäftsgebiet leben.

„Ursprungsgedanke und bis heute gesetzlich verankerter Auftrag der bayerischen Sparkassen ist die Förderung des Sparens in der Bevölkerung – in Zeiten der Negativzinsen interpretieren wir das allerdings inzwischen besser als Angebote zum Vermögensaufbau auf allen Wegen," folgert Reuter: „Die bayerischen Sparkassen bleiben also bei ihren Leisten, aber sie passen sich dabei ständig an die jeweiligen Umfeldbedingungen im Zeitenwechsel an. Das gilt auch für ihre Rolle in Krisen, sei es die Finanzkrise, die Flüchtlingskrise, Hochwasser oder zuletzt die Corona-Pandemie – sie stehen mit passgenauen Lösungen an der Seite ihrer Privat- und Unternehmenskunden und leisten Unterstützung: Sparkassen können Krisen meistern. Und sie können Wandel, das haben sie bewiesen."

Ob es darum ging, das Kreditgeschäft aufzunehmen, den bargeldlosen Zahlungsverkehr einzuführen, EC-Girokarten einzuführen, ein EC-Geldautomatennetz zu schaffen, die Kunden in die Welt des Internets zu begleiten und ein Online-Banking aufzubauen, das kontaktlose Bezahlen zu ermöglichen oder das Smartphone-Banking zu etablieren – „die Sparkassen sind stets mit zeitgemäßen innovativen Lösungen an der Seite der Bürger und des Mittelstands im Freistaat," so Reuter: „Und das wird so bleiben, auf den Marktführer ist auch weiterhin Verlass." ❒

Deutscher Städtetag zur Krankenhausfinanzierung:

Enorme Defizite bei kommunalen Großkrankenhäusern

Die Corona-Pandemie wirkt wie ein Brandbeschleuniger. Bereits in den vergangenen Jahren stiegen die Defizite der großen kommunalen Krankenhäuser. Jetzt fürchten die Städte um deren Bestand. In einem „Forderungspapier zur strukturellen Verbesserung der Finanzierung kommunaler Maximalversorger und Schwerpunktkrankenhäuser" werden Bund und Länder ersucht, die finanzielle Lage der Krankenhäuser schnell zu verbessern, damit sie ihre lebensnotwendigen Dienstleistungen weiter in hoher Qualität erbringen können. Strukturelle Probleme, die die Corona-Krise besonders deutlich gemacht hat, müssten jetzt angepackt werden.

„Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt: Große kommunale Krankenhäuser sind zusammen mit den Universitätskliniken das Rückgrat einer hochwertigen Gesundheitsversorgung. Jeder Tag der Pandemie ist eine neue Bewährungsprobe, die sie mit Bravour stemmen. Zudem übernehmen viele Maximalversorger und Schwerpunktkrankenhäuser Verantwortung für eine ganze Region. Doch viele Krankenhäuser sind inzwischen selbst Patient. Sie sind chronisch unterfinanziert. Nahezu alle kommunalen Großkrankenhäuser haben mit Defiziten zu kämpfen. Im Corona-Jahr 2020 verschlechterte sich ihr Jahresergebnis um durchschnittlich rund 6 Millionen Euro", erläutert Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister von Leipzig.

Schon vor der Corona-Pandemie bestanden aus seiner Sicht strukturelle Finanzierungsdefizite kommunaler Großkrankenhäuser. Diese zeigten sich jetzt noch stärker. 2019 hätten rund 40 Prozent der öffentlich-rechtlichen Häuser ihre Haushalte mit Verlusten abgeschlossen, für 2020 rechne man mit knapp 80 Prozent der Häuser.

Jung zufolge sind Krankenhausdefizite in ungeahnter Höhe und wegbrechende Steuereinnahmen durch Corona ein brisantes Gemisch. „Wir warnen davor, die Kommunen finanziell zu überfordern. Sonst wächst die Gefahr, dass manche Kommunen keine Möglichkeit mehr sehen, das Großkrankenhaus mit erheblichem Defizit zu erhalten. Bund und Länder müssen die erforderlichen Mittel bereitstellen, damit kommunal getragene Großkrankenhäuser wieder auf gesunden Füßen stehen können."

Nicht zuletzt in der Corona-Krise habe sich die Bedeutung der kommunal getragenen Krankenhäuser gezeigt. Sie werden für eine sichere Versorgung dringend gebraucht, nicht nur in Pandemiezeiten.

Finanzielle Lage verbessern

Konkret fordern Deutscher Städtetag sowie die Standortstädte der Maximalversorger und Schwerpunktkrankenhäuser den Bund auf, Rahmenbedingungen zu schaffen, um

- eine auskömmliche Betriebskostenfinanzierung durch eine Kombination aus Vorhaltepauschalen und einer adäquaten Leistungsvergütung zu ermöglichen;
- die Finanzierung der Notfallbehandlungen und Versorgungsinfrastruktur auskömmlich im Sinne einer Grundfinanzierung ohne zwingenden Leistungsbezug zu gestalten;
- die flächendeckende ambulante Versorgung durch Öffnung von Krankenhausambulanzen analog zu den Hochschulambulanzen als Ergänzung zum niedergelassenen Bereich zu stärken und einen entsprechenden Vergütungsrahmen zu schaffen;
- Tarifsteigerungen aller Berufsgruppen im Krankenhaus vollständig zu refinanzieren und den finanziellen Aufwand zur (fach-)ärztlichen Ausbildung bei der Krankenhausfinanzierung kostendeckend zu berücksichtigen und
- die strukturell unterfinanzierten Leistungsbereiche wie beispielsweise die Geburts- und Kinderkliniken auskömmlich zu finanzieren.

Zudem wird für die Reduzierung der immer weiter ausgedehnten und nicht gegenfinanzierten Bürokratisierung etwa im Bereich der Personaldokumentation plädiert, um die hier gebundenen Ressourcen für die Patientenbehandlung nutzen zu können.

Die Landesregierungen werden aufgefordert, die milliardenschwere Lücke in der Investitionsförderung für Krankenhäuser zu schließen, damit eine ausdifferenzierte und aufeinander aufbauende Krankenhauslandschaft mit klaren Versorgungsrollen zwischen den Krankenhäusern entwickelt werden kann. Darüber hinaus müsse der Investitionsstau der vergangenen zehn Jahre von mindestens 30 Mrd. Euro zügig aufgelöst werden.

„Die Gesellschaft erwartet von kommunalen Großkrankenhäusern nicht nur die Notfallbehandlung, sondern das Vorhalten einer Versorgungsstruktur für alle Fälle und Notfälle des Lebens. Sie sollen und wollen Pflegekräfte und Ärzte ausbilden. Sie halten Geburts- und Kinderstationen auf einem immer höheren Leistungslevel vor, obwohl immer weniger Kinder geboren werden – um nur wenige Beispiele zu nennen. Aber für all das, für diese essenziellen Beiträge zur Daseinsvorsorge in einem hoch entwickelten Land, fehlt mittlerweile der hierfür angemessene finanzielle Ausgleich", heißt es weiter.

Im Interesse am Gemeinwohl dürften Bund und Länder nicht die Augen davor verschließen, welche Aufgaben große kommunale Krankenhäuser als konstitutiver Bestandteil der Krankenhauslandschaft zur Daseinsvorsorge leisten. Gerade in Krisenzeiten stünden sie ohne Frage mit ihrem Personal und ihrer Infrastruktur dem öffentlichen Gesundheitsdienst zur Seite und nähmen ihre Verantwortung wahr. **DK**

Kommunaler Straßenausbau:

50 Millionen Euro zusätzlich im Jahr 2021

„Wir unterstützen unsere Städte und Gemeinden bei ihren Straßenausbaumaßnahmen weiterhin auf höchstem Niveau! So erhalten die bayerischen Kommunen nach dem Wegfall der Straßenausbaubeiträge im Jahr 2021 pauschal 135 Mio. Euro – 50 Mio. Euro mehr als im Vorjahr", teilt Finanz- und Heimatminister Albert Füracker mit. „Der Freistaat ist und bleibt, besonders in den aktuell schwierigen Zeiten der Corona-Pandemie, ein sehr verlässlicher Partner seiner Kommunen."

Nach dem Wegfall der Straßenausbaubeiträge erhalten die bayerischen Kommunen jährlich 85 Mio. Euro in Form von Straßenausbaupauschalen. Im Jahr 2021 stehen für die Pauschalen einmalig zusätzlich 50 Mio. Euro zur Verfügung. Langfristig werden die Pauschalen auf 150 Mio. Euro anwachsen. Diese staatlichen Finanzmittel sind weit mehr, als die ca. 55 Mio. Euro, die die Gemeinden im Durchschnitt der letzten zehn Jahre vor der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vereinnahmt hatten. ❒

BayernLB verleiht „Förderprofi 2020"

Bei der Vergabe von Förderkrediten im Freistaat hat die S-Finanzgruppe ein neues Rekordvolumen erreicht. 2020 haben die 64 bayerischen Sparkassen in Kooperation mit der BayernLB Darlehen der LfA Förderbank Bayern, der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank mit einem Gesamtvolumen von 6,1 Mrd. Euro ausgereicht. Damit erzielten sie einen Marktanteil von 34,9 Prozent. Für ihren Beitrag zu diesem Erfolg wurden besonders engagierte Sparkassen mit dem „Förderprofi" ausgezeichnet.

Die Auszeichnung „Förderprofi" vergibt die BayernLB seit mittlerweile elf Jahren. Sie würdigt damit die engagiertesten Institute im Fördergeschäft in jedem Regierungsbezirk. Gemessen an der Neugeschäftsquote (Anteil Förderkreditzusagen am Kreditneugeschäft) waren das im vergangenen Jahr die Sparkasse Berchtesgadener Land (Oberbayern), die Sparkasse Bayreuth (Oberfranken), die Sparkasse Oberpfalz-Nord (Oberpfalz), die Sparkasse Fürth (Mittelfranken), die Sparkasse Passau (Niederbayern), die Sparkasse Donauwörth (Schwaben) und die Sparkasse Bad Neustadt a.d. Saale (Unterfranken). Des Weiteren wurde der Sparkasse Fürth der Förderprofi „Nachhaltigkeit" verliehen. Sie wies die höchste Zusagequote für Förderprogramme aus, die auf Energieeffizienz und Umweltschutz einzahlen.

„2020 war für die Fördermittel-Berater der Sparkassen ein echtes Ausnahmejahr. Mit tatkräftiger Unterstützung der Bayerischen Landesbank haben sie das Neugeschäftsvolumen gegenüber 2019 mehr als verdoppelt", betonte Vorstandsmitglied Gero Bergmann: „Insbesondere die ausgezeichneten Sparkassen haben die aufgelegten Corona-Programme eingesetzt, um zahlreichen mittelständischen Unternehmen die benötigte Liquidität zu verschaffen. Die Förderprofis der S-Finanzgruppe haben damit einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der bayerischen Wirtschaft geleistet."

Laut Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern, „hatten unsere Kunden im Frühjahr 2020 plötzlich den unvorhersehbar erhöhten Liquiditätsbedarf, den wir dann flexibel und individuell abgestimmt aus eigenen Kreditmitteln und den schnell aufgelegten Fördermittelprogrammen decken konnten. Hier hat sich unter Extrembedingungen gezeigt, wie effektiv die schon unter Normalbedingungen bewährte Zusammenarbeit im Krisenfall durchstarten kann. Davon profitiert der bayerische Mittelstand, der jetzt stabiler in die Nachholzeit nach den Lockdowns geht."

Durch ihre gute Zusammenarbeit haben die bayerischen Sparkassen und die BayernLB dazu beigetragen, die Liquiditätsversorgung ihrer Kunden auch während der Corona-Krise sicherzustellen. Die BayernLB hat, insbesondere im bewährt engen Schulterschluss mit den Sparkassen, im Jahr 2020 allein aus den Corona-Sonderprogrammen mehr als 10.000 Förderanträge mit einem Volumen von rund 2,9 Mrd. Euro bearbeitet. **DK**

sparkasse.de

Verbundenheit ist einfach.

Die Sparkasse ist und bleibt der wichtigste Finanzdienstleister in der Region.

Mit 35.813 Mitarbeitern und 2.009 Filialen sind die bayerischen Sparkassen für ihre Kundinnen und Kunden da. Davon profitieren neben den Menschen auch die Unternehmen in der Region. Wir unterstützen sie mit Krediten von 151 Milliarden Euro. Auch wenn andere sich zurückziehen, bleiben wir in Ihrer Nähe. Heute und auch in Zukunft ist uns dies wichtig. Und das ist gut für Bayern.

Zurück zur Schuldenbremse!

Dr. Edmund Stoiber und Prof. Dr. Hans-Werner Sinn beim Wirtschaftsbeirat Bayern

„Die ungesunde Verzahnung einer exzessiven Staatsverschuldung mit einer ultralockeren Geldpolitik macht die EZB handlungsunfähig. Ihre Unabhängigkeit ist beeinträchtigt. Die Kluft zwischen armen und reichen Ländern steigt" stellte der ehemalige Bayerische Ministerpräsident Dr. Stoiber im Gespräch beim Wirtschaftsbeirat Bayern (wbu) fest. Prof. Sinn betonte: „Die europäische Gesellschaft kann nicht weiter in dem Maße aus der Druckerpresse leben, wie es während der Krisen seit 2008 geschah. Staaten, Firmen und private Haushalte müssen sich nach der Decke strecken und wieder mit den eigenen Mitteln haushalten lernen. Sonst drohen eine Inflation und eine Erosion des Gemeinwesens".

Wbu-Präsidentin Prof. Angelika Niebler stellte klar, die Geldpolitik der EZB habe die Wirtschaft in der Krise stabilisiert und der Wiederaufbaufonds sei ein großer Kraftakt der EU gewesen, um die Folgen der Pandemie in den Mitgliedstaaten zu bewältigen. Niebler betonte: „Jetzt gilt es, zu einer nachhaltigen und soliden Geld- und Finanzpolitik zurückzukehren."

Weder dürfe der Wiederaufbaufonds zur Dauereinrichtung werden, noch dürfe er den Weg in eine Schuldenunion ebnen. Vielmehr müsse die EU von den Mitgliedstaaten eine konsequente Reformagenda zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit einfordern. Hierauf sei bei der Überprüfung und Kontrolle der von den Mitgliedstaaten aufgestellten Wiederaufbaupläne durch die Kommission streng zu achten. Die europäische Finanzarchitektur werde zudem auch Gegenstand der Konferenz zur Zukunft Europas sein, die vom Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten im Mai dieses Jahres gestartet wurde.

Explosive Gemengelage

Stoiber und Sinn waren sich einig: Schuldenwelle und Geldflut, Negativzinsen und Inflationspotenzial, EU-Nebenhaushalte mit gesamtschuldnerischer Haftung, Bruch der Maastrichtkriterien – diese Gemengelage berge enormen Sprengstoff für den sozialen Zusammenhalt in Deutschland und in der Europäischen Gemeinschaft. Zunehmende Staatseingriffe in die Soziale Marktwirtschaft und eine zunehmende „Rundum-sorglos-Mentalität", gefördert durch politische Umverteilung, festige zudem den Trend zur strukturellen Wachstumsschwäche. Die Rückkehr zur Schuldenbremse, der Rückzug der EZB auf ihre Kernaufgaben und mutige strukturelle Reformen seien der Königsweg zu einer soliden und nachhaltigen marktwirtschaftlichen Wachstumspolitik. Sinn und Stoiber stellten weitreichende Forderungen an Politik und EZB.

Politik solider Finanzen

Die Neuverschuldung müsse schrittweise wieder zurückgeführt werden. Da es absehbar sei, dass die Pandemie durch die Impfungen überwunden wird und sich ein starker Aufschwung ankündigt, sei es erforderlich, die Schuldenbremse sofort wieder einzuhalten. Sie noch länger gelockert zu lassen oder gar abzuschaffen, wäre ein fataler Fehler. Eine Politik solider Finanzen sei auch eine Herausforderung für die Generationengerechtigkeit, der das Bundesverfassungsgericht zuletzt in Zusammenhang mit der Klimapolitik einen Verfassungsrang gegeben hat. Sie müsse durch eine konsequente Wachstumsstrategie flankiert werden: Weniger Bürokratie aus Brüssel und Berlin, niedrigere und wettbewerbsfähigere Steuern, marktwirtschaftliche Klimapolitik, mehr Zukunftsinvestitionen und mehr Innovationen.

Die EZB müsse sich auf ihre Kernaufgabe, der Sicherung der Preisniveaustabilität, besinnen. Dazu gehöre es, die Staatsanleihekäufe zu beenden und fällig werdende alte Staatsanleihen nicht mehr zu ersetzen, um so die aufgeblähte Geldmenge zu reduzieren. Eine Abschreibung von Staatsanleihen sei vertragswidrig und dürfe nicht zur Debatte stehen. ❐

Umfrage von IDZ und DStGB:

Bargeldlose Zahlungen in Kommunen nehmen zu

Laut einer aktuellen infas quo-Umfrage der Initiative Deutsche Zahlungssysteme (IDZ) in Kooperation mit dem DStGB hat die Corona-Pandemie zu einer Zunahme bargeldloser Zahlungen geführt. Bereits 2014 wurden Kommunen zum Status quo und zu künftigen Potenzialen moderner Bezahlsysteme befragt. Die Neuauflage zeigt: An vielen Orten gehört bargeldloses Bezahlen zum Alltag. Doch damals wie heute gibt es immer noch Ausbaupotenzial.

„Die Pandemie wirkt als Katalysator und hat eine neue Dynamik in die Digitalisierungsprozesse gebracht, gerade auch beim Bezahlen. Nach der aktuellen Umfrage von IDZ und DStGB wurde in jeder zweiten Kommune in der Pandemie deutlich mehr bargeldlos bezahlt", stellt Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des DStGB, fest. Insbesondere bei der bargeldlosen Bezahlung in der Verwaltung seien Kommunen heute bereits gut aufgestellt: Knapp neun von zehn Kommunen setzen sie dort ein – egal in welcher Form. 2014 waren es nur 70 Prozent, die die bargeldlose Zahlung anboten.

Auch wenn die größeren Kommunen beim Einsatz elektronischer Zahlungssysteme oftmals Vorreiter waren, stehen ihnen kleinere kaum noch nach: Fast jede Kommune mit 50.000 Einwohnern und mehr (96 Prozent) setzt die bargeldlose Bezahlung in der Verwaltung ein. Bei den Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohnern sind es bereits 79 Prozent.

Gerade in den Bürgerämtern zeigt sich mit Blick auf die Zahlungssysteme ein sehr deutliches Bild: Die girocard, die Bezahlkarte der deutschen Banken und Sparkassen, steht damals wie heute auf Platz eins der elektronischen Zahlmöglichkeiten und ist somit nach dem Bargeld die beliebteste Bezahlform. Darauf folgen die Überweisung/Rechnung, der elektronische Lastschrifteneinzug sowie die Kreditkarte. Bargeldloses Bezahlen birgt aus Sicht der Gemeinden ein hohes Einsparpotenzial, denn im Durchschnitt werden mehr als fünf Stunden pro Woche mit dem Bargeldhandling aufgewendet.

Werden Dienstleistungen in der Verwaltung heute mit der girocard beglichen, dann geschieht dies meist noch mit Stecken der Karte und PIN-Eingabe (78 Prozent). Wie die aktuelle Statistik der Deutschen Kreditwirtschaft zeigt, zahlen Verbraucher inzwischen jedoch bevorzugt kontaktlos: 60 Prozent aller girocard-Transaktionen werden berührungslos getätigt, rund 90 Prozent der Terminals sind kontaktlosfähig. In den Kommunen setzt bisher über die Hälfte aller, die die girocard-Zahlung auf ihren Bürgerämtern möglich machen, auch auf die berührungslose Variante.

Zahlreiche Anwendungsbereiche

Doch auch abseits der Verwaltung sehen Kommunen in vielerlei Anwendungsbereichen Chancen für den Einsatz der elektronischen Bezahlung: Waren es 2014 vorrangig Erlebnis- und Schwimmbäder, Büchereien sowie Parkscheinautomaten, hat sich dieses Bild deutlicher in den Anwendungsbereich der Mobilität verschoben: Erlebnis- und Schwimmbäder führen die Liste weiter an, dicht gefolgt von Stromtankstellen für Elektroautos und Parkscheinautomaten sowie der Öffentliche Personennahverkehr.

Zwar wird die bargeldlose Bezahlung im Mobilitätsbereich von Kommunen als sinnvoll erachtet, jedoch besteht noch Ausbaupotenzial beim Angebot: An den E-Ladesäulen beträgt die Akzeptanz der girocard laut Aussage der Kommunen bereits 45 Prozent, an Parkscheinautomaten hingegen sind es nur 15 Prozent. Bei beiden spielt die Bezahlung via App bereits eine entscheidende Rolle.

Ausbaufähig ist auch das generelle Angebot digitaler Dienstleistungen: Gaben vor sieben Jahren Kommunen an, dass 13 Prozent der Dienstleistungen online genutzt und auch bezahlt werden können, sind es heute 20 Prozent. Weitere 18 Prozent betonten, dass Dienstleistungen bereits online genutzt aber noch nicht bezahlt werden können. **DK**

Mantelverordnung und Altpapier-Kreislauf:

bvse fordert Optimierung

Vor kurzem hat der Bundesrat die vorliegende Mantelverordnung verabschiedet. Den Kern des Vorhabens bilden die Einführung einer Ersatzbaustoffverordnung und die Neufassung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung. Im Zusammenhang damit werden auch die Deponieverordnung und die Gewerbeabfallverordnung geändert. Anforderungen für den Einbau mineralischer Ersatzbaustoffe in technischen Bauwerken sind in der Ersatzbaustoffverordnung enthalten. Mit dieser sollen die Ziele der Kreislaufwirtschaft gefördert und die Akzeptanz für den Einsatz von Ersatzbaustoffen verbessert werden.

Aus Sicht des Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung haben die inhaltlichen Diskussionen und Beratungen gezeigt, dass auf alle Beteiligte noch einiges an Arbeit wartet. Um den Herausforderungen des Ressourcenschutzes und der Kreislaufwirtschaft in der Baubranche gerecht zu werden, gleichzeitig die Akzeptanz von Ersatzbaustoffen zu fördern und Stoffstromverschiebungen in die Deponien zu vermeiden, seien unbedingt noch weitere Anstrengungen nötig, hob bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock hervor.

„Wir stellen zwar Verbesserungen der nun vorliegenden Mantelverordnung gegenüber den ersten Entwürfen fest. Es ist jedoch auch keine Überraschung, dass wir bei allen erzielten Fortschritten noch erhebliche Kritikpunkte sehen, die in nächster Zeit angegangen werden müssen. Die Notwendigkeit einer stetigen Weiterentwicklung ist auch ganz bewusst in der Mantelverordnung angelegt worden", erklärte Rehbock.

Schwachstellen

So müsse erreicht werden, dass mineralische Ersatzbaustoffe, die einer strengen Qualitätskontrolle unterliegen, aus dem Abfallregime entlassen werden. Schon jetzt gibt es in weiten Teilen Deutschlands laut bvse entsprechende Regelungen für einen Produktstatus von Recyclingbaustoffen: in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen, Sachsen und auch in Bayern. Im Sinne einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft wäre es völlig kontraproduktiv, wenn die Politik hier scheitern sollte.

Eine weitere Schwachstelle, die es bis zum Inkrafttreten der Verordnung noch auszubessern gilt, ist Rehbock zufolge insbesondere auch die Implementierung eines einheitlichen Analyseverfahrens für Recycling, Verfüllung und Deponierung von mineralischen Abfällen und Reststoffen. Dies sei eine Grundvoraussetzung für einen praktikablen Umgang mit der Mantelverordnung und damit auch die Basis für ihren Erfolg. Nur so könne gewährleistet werden, dass die Ersatzbaustoffverordnung künftig einen wesentlichen Beitrag zum Ressourcenschutz und zur Kreislaufwirtschaft leisten kann, das Recycling von Bauabfällen befördert und massive Stoffstromverschiebungen in die Deponien vermieden werden.

Vor immer neue Herausforderungen sehen sich auch die mittelständischen Altpapierunternehmen gestellt. Aussichtsreiche Zukunftsstrategien sind nach Ansicht von bvse-Präsidiumsmitglied Henry Forster gefragt, um den Altpapier-Kreislauf erfolgreich auf Kurs zu halten.

Die mittelständisch geprägte private Entsorgungswirtschaft habe den Altpapiermarkt über Jahrzehnte hinweg aufgebaut und erfolgreich in einen wachsenden globalen Warenverkehr integriert. Entscheidende Stellschrauben wurden seitdem verändert und können die Windrichtung des Marktes vehement drehen. Sammel- und Recyclingquoten stagnieren oder sind rückläufig. Input-Qualitäten verschlechtern sich.

Bedrohung des Mittelstands

„War der Altpapiersammler in der Vergangenheit noch Besitzer und Händler des Altpapiers und nahm entscheidend Einfluss auf die Qualität der Sammlung, wird heute der Versuch unternommen, seine Funktion über Ausschreibungen mehr und mehr auf die des Logistikers zu reduzieren", erklärte Forster. Nach seiner Beobachtung bedrohen große Entsorger den Mittelstand. Die Papierindustrie, mit der über Jahre vertrauensvolle Geschäftsbeziehungen aufgebaut wurden, wende sich in Teilen immer mehr direkt an Kommunen. Diese bestimmten hoheitlich über ihre Sammelsysteme in einem inhomogenen Markt und nähmen durch ihre Gebührengestaltung durchaus Einfluss darauf, ob hochwertige Fasern im Recyclingkreislauf landen oder in der Hausmülltonne verloren gehen. Zudem optimierten Inverkehrbringer von Verpackungen ihre vertikalen Prozessketten.

Gestützt durch eine Anti-Kunststoff-Symbolpolitik schlichen sich zudem vermehrt neue, schlecht recycelbare Materialien und Verbunde in die Altpapier-Sammelsysteme. Kunststoffbashing führe dazu, dass die Verpackungsindustrie mittlerweile auch hier in faserbasierte Verpackungen drängt, wo es wenig sinnvoll ist und später das Recycling behindert. Auch gehe der Glaube an die Produktverantwortung der Hersteller immer mehr verloren. Diese würde zunehmend und ungerechtfertigt an den Entsorger und an einen Teilnehmer der Prozesskette delegiert, der sich am wenigsten damit auskennt, nämlich den Verbraucher, kritisierte das Präsidiumsmitglied. Der Konsument sei jedoch angesichts der Verpackungs- und Materialvielfalt mit der korrekten Trennung schlichtweg überfordert.

„Unsere Unternehmen müssen sich dieser Gegenwart stellen und zum Architekten ihrer Zukunft werden, nicht zu ihrem Opfer", forderte Forster, der die Altpapierbranche als ein extrem volatiles Geschäft charakterisierte. Diejenigen, die die Partnerschaft mit dem erfahrenen Mittelstand pflegen, seien besser für Stürme gewappnet. Corona habe wieder gezeigt, dass ohne die Leistungskraft und Schnelligkeit der mittelständischen Altpapierunternehmen der Altpapier-Kreislauf schweren Schaden genommen hätte. **DK**

DAVID-Preisträger 2021:

Ideen- und Inspirationsquelle

Zwei Projekte von Stiftungen der Sparkassen-Finanzgruppe sind vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband ausgezeichnet worden. Dieser Preis ist kleineren Stiftungsprojekten gewidmet, die trotz eines Budgets von unter 25.000 Euro in ihrer Region eine große Wirkung entfalten. Die Gewinnerprojekte des David weisen eine besondere Vorbildfunktion auf und können anderen Sparkassenstiftungen als Ideen- und Inspirationsquelle dienen.

Als Projekt, das im Projektverlauf an die Coronapandemie angepasst wurde, ist das Förderprojekt „Wissensdurst – ein mobiles Informations- und Beratungscafé von und für SeniorInnen" der Stiftergemeinschaft der Sparkasse Vest Recklinghausen gewürdigt worden.

Der Zugang zu Bildungsangeboten wird älteren Menschen häufig durch unzureichende (digitale) Mobilität erschwert. Die Coronapandemie und die Veränderungen und Einschränkungen verstärken dies zusätzlich. Dem wirken die mobilen Wissensdurstcafés entgegen, die von der Diakonie Recklinghausen und der Stiftergemeinschaft entwickelt wurden. Hier werden barrierefreie Begegnungsräume gestellt und Informationen und (digitale) Kompetenzen vermittelt, die zu einem selbst bestimmten Leben im Alter beitragen und Einsamkeit (digital) entgegentreten.

Förderprojekt „Wissensdurst"

In zwölf barrierefreien Wissensdurstcafés wird lebenspraktisches, relevantes Wissen von Senioren für Senioren vermittelt. An vier Standorten widmeten sich über sechs Monate Experten, die selbst bereits im Ruhestand sind, sechs aktuellen Themen, etwa „Wie finde ich durch den Pflege-Dschungel?", „Whatsapp & Co. – wie bleibe ich in Kontakt?" oder „Onlinebanking & Shopping – einfach sicher für alle!". Über eine große Zahl weiterer Kooperationspartner konnte ein Netzwerk implementiert und ausgestaltet werden.

Die Wissensvermittlung analoger und digitaler Themen von und für Senioren trifft die Lebenswirklichkeit älterer Menschen und stärkt die Partizipation – insbesondere auch in Zeiten von Corona. Dabei wurden Barrieren abgebaut und ein chancen- und bedarfsgerechtes Angebot vor Ort etabliert.

Mit dem Projekt „Tonie-Boxen für die Kitas" wurde die Stiftung „Für unsere Jugend" der Kreissparkasse Mayen als Projekt, das aufgrund der Coronapandemie entwickelt wurde, ausgezeichnet. Mit dieser so kreativen wie pragmatischen Lösung zur Durchführung lieb gewonnener Gewohnheiten in Coronazeiten sorgte die Stiftung für große Freude in den Kitas ihrer Region. Jedes Jahr zum bundesweiten Vorlesetag besuchen die Auszubildenden der Kreissparkasse Mayen Kindertagesstätten, um den Kindern vorzulesen und Bücher zu verschenken.

Aufgrund der Coronapandemie war dieses lieb gewonnene Ritual 2020 nicht möglich. Um den Kindern dennoch ein Highlight zu bieten, hat die Stiftung an 37 Kitas Tonie-Boxen geschenkt. Die Creativ-Tonies (das sind die elektronischen Speicherkarten für die Box) wurden von der Stiftung mit einer Geschichte besprochen. Dazu erhielt jede Kita ein Vorlesebuch und jedes Kind ein Bambini-Büchlein zum Thema „Europa und die Welt". Die Kitas können das Material flexibel und vielfältig für viele schöne Kindergarten-Momente einsetzen.

Tonie-Boxen für die Kitas

Die Stiftung hat die Idee entwickelt, die Tonie-Boxen gekauft, individuell vertont und an die Kitas verteilt. Da die Komponenten der Tonie-Boxen austauschbar, erweiterbar und neu besprechbar sind, sind sie auch nachhaltig. Um die Aktion zu erweitern, haben die regionalen Stadtbüchereien jeweils eine Spende für die kostenlose Ausleihe weiterer Tonie-Boxen an die Kitas erhalten. 2021 werden weitere Kitas mit dem Gerät ausgestattet.

„Unsere Stiftungen sind zuverlässige Förderer gemeinnütziger Initiativen", betonte Helmut Schleweis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands. Dies gelte besonders in herausfordernden Zeiten. Gerade jetzt sei es wichtig, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stabilisieren und die Gemeinschaft zu stärken. Die Engagements sollten dabei helfen, dass in allen Regionen Deutschlands das soziale und kulturelle Leben nach der Pandemie wieder weitergehen könne, unterstrich der DSGV-Präsident. **DK**

Mantelverordnung:

Bewährte Regelung in Bayern

In Bayern existiert bereits ein Regelwerk, das die Interessen des Umweltschutzes und der Baupraxis sinnvoll ausgleicht. Daher hat sich der Freistaat stets für eine Länderöffnungsklausel in der von der Mantelverordnung mitumfassten Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung eingesetzt. Mit dem Beschluss im Bundesrat ist klar: Bayern kann seine Regelungen beibehalten.

Ohne die Länderöffnungsklausel hätte in Bayern die bewährte Praxis, bestimmte mineralische Stoffe unter strengen Voraussetzungen im Weg der Verfüllung von ausgebeuteten Gruben, Brüchen und Tagebauen zu verwerten, eingestellt werden müssen. Diese Gruben entstehen in der Regel durch den Abbau von Baustoffen, wie zum Beispiel Sand oder Kies, die sonst nicht geschlossen werden könnten und als Wunde in der Landschaft verbleiben müssten. **DK**

Bayerische Abfall- und Deponietage in Augsburg:

Batterieentsorgung und Deponieprojekte

Gemeinsam mit den Kooperationspartnern AU Consult, Bayerisches Landesamt für Umwelt und bifa Umweltinstitut veranstaltete das Kumas Umweltnetzwerk die 22. Bayerischen Abfall- und Deponietage. Die Fachtagung wurde live aus dem Kongress am Park in Augsburg gesendet. Rund 300 Teilnehmer hatten sich zugeschaltet. Auf der Agenda standen u.a. die aktuellen Entwicklungen in der Kreislaufwirtschaft und Mantelverordnung, die Batterieentsorgung, aktuelle Entwicklungen im Deponierecht und die Deponiesituation in Bayern sowie die bauliche Umsetzung von Deponieprojekten.

Dirk Hensel-Schikora vom Bayerischen Umweltministerium und Harald Pfaller (Bayerisches Landesamt für Umwelt) informierten darüber, dass Deponien im Sinne der Industrieemissions-Richtlinie (IE-RL) in bestimmten Abständen in Kooperation mit anderen zuständigen Behörden gemeinsam vor Ort zu besichtigen („integrierte und koordinierte Anlagenüberwachung") sind. Dabei soll der Abstand zwischen zwei Vor-Ort-Besichtigungen bei DK-III-Deponien für Sonderabfälle, die oberirdisch abgelagert werden können, ein Jahr, bei DK-II-Deponien (z.B. für Bauabfälle, Straßenaufbruch und Aschen) zwei Jahre und bei DK-I-Deponien (z.B. Bodenaushub, Bauabfälle, KMF und Asbest) drei Jahre nicht überschreiten.

Technische Überwachung

In die Zuständigkeit des LfU als Überwachungsbehörde fallen aktuell 78 IE-Deponien und zwei IE-Anlagen, die sich auf Deponiestandorten befinden (ein Zwischenlager für gefährliche Abfälle und ein Sickerwassertanklager). 2020 fanden 24 Vor-Ort-Besichtigungen („IE"-Überwachungen) statt, in 2021 stehen 59 Überwachungen an. Daneben befinden sich 81 DK-I- und -II-Deponien in der Nachsorgephase sowie rund 300 Altdeponien (in der Stilllegungs- oder Nachsorgephase) in der Obhut des LfU. Bei diesen Deponien übt das LfU die technische Überwachung in der Regel anlassbezogen aus. Zudem werden bisher über 30 geplante und laufende Baumaßnahmen deponiefachlich begleitet. Für etwa zehn weitere Baumaßnahmen stehen derzeit abfallrechtliche Abnahmen an, für die das LfU als deponietechnische Bauüberwachungsbehörde die zulassungskonforme Umsetzung der einschlägigen Anforderungen prüft.

Wie viele andere Stadt- und Landkreise in Deutschland auch, verfügt der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald im Südwesten Baden-Württembergs derzeit nicht über eine eigene Bauschuttdeponie der Deponieklasse I nach Deponieverordnung. Die Vorgängerdeponie, die über 20 Jahre in Betrieb war, ist zwischenzeitlich endgültig verfüllt und seit 2018 nicht mehr im Annahmebetrieb. Parallel hierzu hat der Landkreis über Kooperationen mit Nachbarlandkreisen die Mitnutzung von deren DK II Deponien vereinbart. Aufgrund der knapper werdenden Deponiekapazitäten gestalten sich solche Kooperationen allerdings immer schwieriger.

Daher befasst sich die Abfallwirtschaft des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald (ALB) als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger seit 2016 mit der Standortsuche und Planung einer neuen Bauschuttdeponie der Deponieklasse I. Ein solcher Standort wurde zwischenzeitlich gefunden und die Planungsleistungen für die Bauschuttdeponie „Weinstetten" bis zur Einreichung der Genehmigungsplanung sind abgeschlossen. Über den Verlauf der bisherigen Planungen berichteten Sven Kunz (Abfallwirtschaft Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, Freiburg) und Stefan Schatz (AU Consult GmbH, Augsburg).

Trotz Bedarf an Deponieraum ist es bei der Erweiterung bestehender oder der Errichtung neuer Deponien nicht ungewöhnlich, wenn Anwohner, Bürgerinitiativen oder Umweltverbände schon im Vorfeld gegen das Vorhaben Stimmung machen, betonte Dr. Jessica Goller vom Bayerischen Landesamt für Umwelt. Dem stehe die Notwendigkeit neuer oder bestehender Deponien entgegen, um eine funktionierende Kreislaufwirtschaft zu gewährleisten und nicht vermeid- bzw. verwertbare Abfälle aus dem Stoffkreislauf auszuschleusen.

Goller zufolge geht man davon aus, dass die Nicht-Akzeptanz von Deponien auch auf Missverständnissen oder Fehlinformationen basiert. Um einen besseren Zugang zur bayerischen Bevölkerung zu erhalten, führte die puls Marktforschung GmbH im Jahr 2020 eine repräsentative Befragung zum Thema „Abfallentsorgung" durch. Das Ergebnis: Beim Thema Abfallentsorgung und Deponien ist eine Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen, eher geringen Informationsstand und der subjektiven Relevanz festzustellen.

Die Vertrautheit mit dem Thema „Abfallentsorgung" wird eher als gering eingeschätzt. „Top-of-mind" beim Thema Abfallentsorgung ist die Verbrennung. Nur 14 % nennen ungestützt die Deponie als mögliche Abfallentsorgungsanlage. Für die Hälfte der Bevölkerung ist sie lediglich eine Anhäufung von (Rest-)Müll. Nur 6 % wissen, dass auf bayerischen Deponien von den genannten Abfällen nur Abbruchabfälle/Bauschutt und Erdaushub entsorgt wird. Jeder Fünfte glaubt an die Möglichkeit von Recycling als Alternative zur Lagerung von Abfällen auf Deponien. Vier von zehn Befragten sehen sich nicht in der Lage, sich zum Beitrag zum Umweltschutz durch Deponien zu äußern.

Informationsdefizite beim Thema Abfallentsorgung

Die hohe Relevanz und ein großes Interesse an dem Thema zeigen sich laut Goller u. a. darin, dass für rund acht von zehn Personen das Thema „Abfallentsorgung" (sehr) wichtig ist. Zudem würde immerhin ein Drittel gerne mehr über die Deponien vor Ort erfahren. Des Weiteren ist festzustellen, dass diese Informationsdefizite insgesamt zu einem eher schlechten Image von Deponien führen. Der Beitrag zum Umweltschutz durch Deponien wird ambivalent beurteilt. Negative Einschätzungen sind überwiegend in Informationsdefiziten über die Abfälle und scheinbar alternativen Möglichkeiten ihrer Entsorgung (Verbrennung, Trennung, Wiederverwertung) begründet.

Trotz überwiegender Zustimmung bezüglich der Wichtigkeit und Notwendigkeit von Deponien (vor allem deutlich bei Älteren und Hauseigentümern) will die Mehrheit keine Deponie in der Nähe des eigenen Wohnsitzes. Auch für eine stillgelegte Deponie wird eher eine nicht persönliche Nutzung (Photovoltaik- oder Windkraftanlage) als eine eigene Nutzung (Park, Naherholungsgebiet oder Sportanlage) bevorzugt.

45 % gehen davon aus, dass Schadstoffe sich auf BürgerInnen auswirken, die in der Nähe einer Deponie leben. Mehr als ein Drittel erwartet, dass eine Deponie stinkt. Zudem ist hier eine weitere Wahrnehmungsdiskrepanz zu sehen: Die Hälfte glaubt, dass Deponien in der Gesellschaft ein schlechtes Image haben, aber nur ein Drittel sieht das auch tatsächlich persönlich so. Der Zusammenhang zwischen der persönlichen Bekanntheit eines Deponiestandorts und dem Image von Deponien bestätigt sich umgekehrt ebenfalls. So verfügen Personen, die einen Standort kennen, nicht nur über deutlich mehr und korrekte Kenntnisse über Abfallentsorgung und Deponien, sondern haben auch insgesamt ein positiveres Bild von Deponien, bewerten das Image besser und sind vorurteilsfreier. Die Informationsdefizite haben demnach ein negatives Image von Deponien zur Folge bzw. führt eine Bekanntheit von Deponien zum Abbau der Vorurteile und zu einer Besserung des Images.

Stichwort Novelliertes Batteriegesetz: Bevor Batterien erstmals in Verkehr gebracht werden, müssen Hersteller ab dem 1. Januar 2021 nicht mehr wie bisher ihre Marktteilnahme beim Umweltbundesamt anzeigen, sondern sich von der Stiftung ear registrieren lassen. Ähnlich wie bereits im Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) gehandhabt, wird das UBA dann auch Aufgaben und Befugnisse aus dem Batteriegesetz an die Stiftung ear übertragen.

Novelliertes Batteriegesetz

Für die Rücknahmesysteme für Gerätebatterien gilt: Zukünftig wird es am Markt nur noch herstellereigene Rücknahmesysteme mit einheitlichen Vorgaben für Gerätebatterien geben. Der Gesetzgeber will damit faire Wettbewerbsbedingungen für alle Rücknahmesysteme sichern. Das bisherige Institut eines sogenannten Gemeinsamen Rücknahmesystems wird in diesem Zuge abgeschafft. Die Mindestsammelquote, die von den Rücknahmesystemen jeweils im eigenen System jährlich erreicht und dauerhaft sichergestellt werden muss, erhöht sich von bisher 45 % auf 50 %.

Aus Sicht von Georgios Chryssos, Stiftung GRS Batterien, Hamburg, besteht klarer Handlungsbedarf. Regelungsdefizite für Geräte- und Industriebatterien sowie die abfallrechtliche Einstufung von Li-Batterien mit ‚batterie-unspezifischem' Abfallschlüssel beförderten die unsachgemäße, gefährliche und umweltschädliche Entsorgung aller Lithium-Altbatterien.

Es gelte, das Batteriegesetz schnellstmöglich zu überarbeiten, eine Korrektur der Regelungsdefizite für Geräte- und Industriebatterien vorzunehmen, die Umsetzungsvorschläge der Deutschen Gesellschaft für Abfallwirtschaft zu berücksichtigen und schließlich bestehendes Expertenwissen in die Gesetzgebung und in den Vollzug einzubinden.

Chryssos: „Das novellierte Batteriegesetz befördert einen Wettbewerb der geringstmöglichen Erreichung von Umweltzielen." Die systematischen Fehlstellungen des Batteriegesetzes wirkten sich kontraproduktiv auf einen fairen Marktwettbewerb sowie negativ auf Ressourcenschonung und die gewünschte Verbesserung der Kreislaufwirtschaft aus. **DK**



V.l.: Adrian Kunz, Vincent Katzenberger, Julius Haider, Fabian Plendl, Anja Knieper (Leiterin der Umweltstation). Bild: Valentin Pfingstl

Gegen wilden Müll am Main

Aufklärungskampagne der Würzburger Umweltstation startet

Die Umweltstation der Stadt Würzburg führt zum zweiten Mal die im letzten Jahr erfolgreich gelaufene Anti-Littering-Kampagne durch. Julius Haider, Vincent Katzenberger, Adrian Kunz und Fabian Plendl, Studierende der Würzburger Universität, werden nach einer ausführlichen Einweisung durch das Team der Umweltstation regelmäßig über die Mainwiesen laufen und dort über die Problematik der wilden Müllentsorgung aufklären, Infomaterial und gratis Abfalltüten verteilen und Taschenaschenbecher an Raucher verschenken.

Gerade diese sehr nützlichen Giveaways kamen schon letztes Jahr extrem gut bei den Rauchern an", so Julius Haider, der sich so wie die anderen Studenten auf die Aktion am Main freut. „Endlich können wir wieder etwas gegen die Vermüllung der Mainwiesen beitragen", fügt Fabian Plendl hinzu.

Grafisches Erkennungsmerkmal der Kampagne ist ein Smiley mit zum Mitmachen auffordernden Sprüchen, der u.a. auch auf den Aufklebern auf allen Mülltonnen und den T-Shirts der Studenten zu sehen ist. Kernanliegen der Kampagne ist es, die Besucher der Mainwiesen zu motivieren, ihr Müllentsorgungs-Verhalten zu hinterfragen und ihren Abfall in die Tonnen zu entsorgen.

30 Prozent mehr Tonnenvolumen

Das Gartenamt und die Stadtreiniger haben extra für die wärmere Jahreszeit 30 Prozent mehr Tonnenvolumen aufgestellt. Der Wunsch, deutlich mehr Tonnen anzubieten, war eines der Ergebnisse der Umfrage zur Müllproblematik an Hotspots von Würzburg. Diese Tonnen werden auffällig mit dem Kampagnenlogo und witzigen Texten beklebt, so dass sie schon von weitem erkennbar sind.

Zudem wurden Mülltonnen mit zum Thema passenden Graffitis durch die beiden Graffitikünstler Andreas Pistner und Christoph Ulherr besprayt, die an besonderen Hotspots am Main ihren Platz finden werden. Zigarettenstummel- und Kronkorkensammler kommen in den nächsten Wochen hinzu. Die Kronkorken werden von Schülern der Hans-Schöbel-Schule in einem Upcyclingprojekt weiter verarbeitet. Ab einer bestimmten Menge an gesammelten Kippen finanziert ein Sponsor Baumpflanzungen.

Parallel hat die Umweltstation die Aktion „Einmal ohne, bitte" in Würzburg ins Leben gerufen, die dazu beiträgt, dass weniger Einmalgeschirr und -verpackungen verwendet werden und Geschäfte sichtbar macht, in denen Kunden Ware unverpackt kaufen und in eigenen Mehrweggefäße füllen lassen können. ❐

VBS zum Tag der Verpackung

Zum Tag der Verpackung wies die mittelständisch geprägte private bayerischen Entsorgungswirtschaft auf noch ungehobene Potenziale beim Verpackungsrecycling hin. Die Rahmenbedingungen sollten so gesetzt werden, dass man zusätzliche Rezyklate gewinnt und damit auch das Klima schützt.

Ende der 1980er Jahre, zu einer Zeit, als ein Großteil des Abfalls auf Deponien landete, wuchsen die Müllberge sprichwörtlich in den Himmel. 1991 schließlich wurde die erste deutsche Verpackungsverordnung erlassen. Im Vorfeld wurde im September 1990 in Bonn das Unternehmen „Der Grüne Punkt" gegründet. Heute ist es selbstverständlich geworden, dass die über den gelben Sack oder die gelbe Tonne gesammelten Verpackungen sortiert und zu einem wesentlichen Teil recycelt werden.

Mit einem Anheben der gesetzlichen Recyclingquoten allein sind noch keine Fortschritte in Richtung Kreislaufwirtschaft sichergestellt. Probleme bereiten den Sortieranlagenbetreibern vor allem Mehrschichtfolien und Verbundverpackungen aus fest miteinander verklebten Komponenten, die sich in der Regel nicht recyceln lassen. Für dieses Problem bietet sich aus Sicht des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen (VBS) ein marktwirtschaftlicher Lösungsansatz an: Höhere Lizenzkosten für nicht recyclingfähige Verpackungen; dies würde zu einem Umdenken bei den Inverkehrbringern führen.

Positiv bewertet der VBS die von der EU beschlossene Mindesteinsatzquote von 25 % recyceltem Kunststoff in PET-Flaschen ab 2025 und von 30 % in allen Kunststoffflaschen ab 2030. Wichtig sind Maßnahmen zur Qualitätssicherung des Materialstroms: So sollte die Recyclingfähigkeit aller Verpackungen nachweislich sichergestellt werden und gesetzlich geforderte Recyclingziele sich an dem zur Verfügung stehenden Potenzial bemessen und nicht an den insgesamt eingesammelten, zunehmend mit Restmüll durchsetzten Gemischen.

„Echte Kreislaufwirtschaft gelingt nur, wenn sich ein qualitätsorientierter Rezyklatmarkt entwickelt. Neben besserer Abfalltrennung bereits im Haushalt, Investitionen in moderne Sortiertechnik und Einführung von Mindesteinsatzquoten bedeutet dies vor allem eine deutliche Weiterentwicklung des Designs für Recycling. Es sollten nur wirklich recyclingfähige Verpackungen in Verkehr gebracht werden und keine Verbundverpackungen, die niemand mehr trennen oder stofflich verwerten kann. Mogelverpackungen wie Faserverbundstoffe, die in vermeintlich ökologischer Papierhaptik und -optik daherkommen und sich als Plastik-Papiergemische entpuppen, sollten der Vergangenheit angehören", so VBS-Vizepräsident Stefan Böhme. ❐

Netzwerke für Ressourceneffizienz und Klimaschutz:

BMU-Förderung in Niederbayern und der Oberpfalz

Das Bundesumweltministerium (BMU) fördert im Freistaat Netzwerke für Ressourceneffizienz und Klimaschutz. Das Klimaschutz-Netzwerk für die Mitgliedskommunen der Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach (AOVE GmbH) erhält vom BMU über seine Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) rund 328.000 Euro. Außerdem unterstützt das Ministerium den Aufbau eines Ressourceneffizienz-Netzwerks für den Landkreis Deggendorf mit rund 590.000 Euro.

Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär im BMU, überreichte Förderschecks über rund 918.000 Euro an das Institut für Energietechnik IfE GmbH an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden, das die Projekte koordiniert. Insgesamt unterstützt das BMU das IfE bei 11 Projekten mit rund 5,5 Millionen Euro.

Ziel des Klimaschutz-Netzwerkes der AOVE GmbH ist die Entwicklung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in den neun oberpfälzischen Kommunen Edelsfeld, Freihung, Freudenberg, Gebenbach, Hahnbach, Hirschau, Schnaittenbach, Poppenricht und Vilseck des Landkreises Amberg-Sulzbach. Das Netzwerk plant den klimafreundlichen Ausbau erneuerbarer Energien, eine klimafreundliche Bauleitplanung (z.B. Einsatz ökologischer Baustoffe), Maßnahmen wie sommerlichen Wärmeschutz und die Begrünung von Dachflächen, die Entwicklung von CO2-Kompensationsmaßnahmen vor Ort, Informationen zu Klimaschutzbeteiligungen und Kooperationen, zur regionalen Wertschöpfung sowie Maßnahmen zur Sensibilisierung der lokalen Bevölkerung.

Hierfür werden jährlich vier professionell moderierte Netzwerktreffen mit einem breiten Erfahrungsaustausch stattfinden, bei denen fachspezifische Themen mit den relevanten Ansprechpartnern in den Kommunen erörtert werden. Zudem werden in den Kommunen konkrete Projekte auf deren technische und wirtschaftliche Umsetzbarkeit hin geprüft.

Ein weiteres Förderprojekt, das Ressourceneffizienz-Netzwerk, soll den schonenden und gleichzeitig effizienten Umgang mit natürlichen Ressourcen in den 23 teilnehmenden Kommunen des Landkreises Deggendorf stärken. Hierdurch wird der Ressourceneinsatz gesenkt und die daraus entstehenden Umweltbelastungen deutlich verringert. Themen wie der effizienten Klärschlammverwertung im Verbund, der Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz auf Kläranlagen (zum Beispiel Phosphorrückgewinnung) und dem ressourcenschonenden Umgang mit Energie (zum Beispiel Abwärmenutzung) kommt eine entscheidende Schlüsselfunktion bei der Umsetzung der Netzwerkziele zu.

Um die Wirksamkeit der entwickelten Maßnahmen überprüfen zu können, werden im Rahmen des Netzwerks Effizienzziele mit allen teilnehmenden Kommunen definiert und auf Basis eines transparenten Monitoringsystems kontinuierlich überprüft. Auch für das Ressourceneffizienz-Netzwerk im Landkreis Deggendorf werden jährlich vier moderierte Netzwerktreffen zum Erfahrungsaustausch stattfinden. **DK**

„Die Krise zeigt, wie wichtig Vernetzung ist.“

Auf Initiative von Wirtschaftskammerpräsident Hans-Peter Metzler fand ein Treffen der Allgäuer Landräte Maria-Rita Zinnecker (Ostallgäu), Indra Baier-Müller (Oberallgäu), Elmar Stegmann (Lindau) und dem Vorarlberger Wirtschaftslandesrat Marco Tittler sowie dem Bürgermeister Andi Haid (Kleinwalsertal) statt.

Die Vertreter repräsentieren den Lebensraum, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger aus Vorarlberg und dem Allgäu bewegen – ganz unabhängig von Grenzen. Treffpunkt war das Kleinwalsertal, das Symbol für dieses Bewegen ohne Blick auf Grenzen ist.

Kurze Wege in der Krise

Bürgermeister Andi Haid erinnerte an die Bedeutung der kurzen Wege in der Krise. „Eben diese kurzen Wege gilt es herzustellen. Das geht nur, wenn man sich kennt“, erklärt Hans-Peter Metzler und ergänzt: „Der Lebens- und Wirtschaftsraum zeigt, welche Kraft er hat – und diese entsteht nur durch Zusammenarbeit.“ Wie sehr die Pandemie den gemeinsamen Lebensraum beeinträchtigte, zeigte sich an den geschlossenen Grenzen in der Krise. „Bisher waren grenzüberschreitenden Projekte selbstverständlich. Das muss wieder so werden. Private dürfen nicht darunter leiden“, bringt es Rita Maria Zinnecker, Aufsichtsratsvorsitzende der Allgäu GmbH, auf den Punkt. „Auch die neue Euregio Förderperiode ist hier eine Chance für die Zukunft, die man nutzen muss“, konkretisiert Indra Baier-Müller, die auch Präsidentin der Euregio-via-salina ist.



V.l.: Wirtschaftslandesrat Marco Tittler, Bürgermeister Andi Haid (Kleinwalsertal), Landrätin Oberallgäu Indra Baier-Müller, Landrätin Ostallgäu und Aufsichtsratsvorsitzende der Allgäu GmbH Maria Rita Zinnecker, Landrat Lindau Elmar Stegmann, Wirtschaftskammerpräsident Hans Peter Metzler. Bild: WKV

Die beiden Geschäftsführer der Allgäu GmbH, Klaus Fischer und Bernhard Joachim ergänzten das Treffen und verwiesen auf bereits bestehende grenzüberschreitende Projekte als auch zukünftig geplante. Möglichkeiten der Zusammenarbeit gibt es viele: Sie reichen von Mobilität über Kultur, Wirtschaft, Bildung bis zur Ökologie. „Dabei spielt Qualität die wesentliche Rolle, auf die man setzen muss“, beschreibt Elmar Stegmann die Richtung.

Wirtschaftslandesrat Marco Tittler stellte einen globalen Bezug her: „Diese Themen kennen keine Grenzen. Vor dem Hintergrund der weltweiten Probleme und Herausforderungen werden regionale Antworten immer wichtiger. Gerade in herausfordernden Zeiten sind der Austausch und Kontakt mit den Nachbarn in der Region also besonders wichtig. Ich danke deshalb Präsident Metzler für die Initiative zum Treffen, bei dem wir wertvolle Erkenntnisse austauschen und für die Region relevante Themen diskutierten konnten.“

Hans Peter Metzler zeigte sich erfreut über die gemeinsamen Ziele, welche im Treffen andiskutiert wurden. „Ich freue mich, den Grundstein einer noch intensiveren grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gelegt zu haben. Den Menschen geht es wie der Wirtschaft – die Region ist nicht teilbar. Gerne werde ich hier zu einem weiteren Treffen einladen“, blickt Hans Peter Metzler in die Zukunft. ❐

Landkreis Aschaffenburg:

Weitere Schritte zur Klimaneutralität

„Alle Vorhaben sind ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung eines klimaneutralen Landkreises“, erläutert Landrat Dr. Alexander Legler die beschlossenen Maßnahmen.

Die Landkreisverwaltung wurde beauftragt, das integrierte Energie- und Klimakonzept zu aktualisieren und eine Treibhausgas-Bilanzierung zu erstellen. Weiterhin soll eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werden zur endgültigen Oberflächenabdichtung und Folgenutzung der Mülldeponieabschnitte 2 und 3 in Stockstadt am Main - möglicherweise als Kreisrecyclinghof.

Ein Förderantrag zur Teilnahme am Qualitätsmanagement- und Zertifizierungssystem European Energy Award (eea) soll vom Klimaschutzmanagement gestellt werden. Zweck ist es, durch den effizienten Umgang mit Energie und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien zu einer zukunftsträchtigen Entwicklung unserer Gesellschaft beizutragen. ❐

Die Zukunft in der Gegenwart gestalten

Niederbayern-Forum definiert neue Themen und Projekte ab 2022

Niederbayern hat so einiges zu bieten: Hier trifft Innovation auf Tradition, Großkonzerne treffen auf kleine und mittlere Unternehmen, Stadt trifft auf Land und Agilität trifft auf Ruhe und Gelassenheit. Die Vermarktung dieser regionalen Vorzüge hat sich die Initiative Niederbayern-Forum zur Aufgabe gemacht, wobei knapp 200 Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft im Schulterschluss das Regionalmarketing für Niederbayern gestalten.

Wie es im Regionalmarketing für Niederbayern weitergeht und welche Themen die nächsten drei Jahre besonders präsent sein werden, erarbeiteten die Mitglieder des Vorstands und Beirats im Rahmen eines Strategie-Workshops, der von dem Experten für Regionalentwicklung, Prof. Dr. Markus Lemberger angeleitet wurde. Bevor es für die Teilnehmer an die Arbeit ging, hielt der Experte für regionale Entwicklungsprozesse einen kurzen Impulsvortrag indem er aktuelle Themen und Trends für die Region Niederbayern betrachtete. Neben den Themen Innovation, Digitalisierung sowie Regionalisierung sei auch New Work ein großes Zukunftsfeld. Die Pandemie habe gezeigt, das andere Formen des Arbeitens möglich sind und sehr gut funktionieren können, so der Professor. Dies sei für Niederbayern eine Chance. „Mit New Work kann man einerseits Fachkräfte für die Region gewinnen und andererseits, ehemaligen Niederbayern eine Rückkehr in ihre Heimat ermöglichen“, stellte Prof. Dr. Lemberger fest.



Workshop zum Regionalmarketing mit v.l. Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, 1. Vorsitzender des Niederbayern-Forum e.V., Prof. Dr. Markus Lemberger, Experte für Regionalentwicklung, Regierungspräsident Rainer Haselbeck, stv. Vorsitzender NBF und Christina Tanosova, Geschäftsführerin NBF. Bild: Niederbayernforum e.V.

Das Arbeiten in einem Coworking Space oder vom heimischen Schreitisch aus reduziere nicht nur Fahrtzeiten und -kosten, sondern schone auch die Umwelt. „Darüber hinaus ermöglicht es Arbeitnehmern ein neues Maß an Flexibilität. Davon kann unsere schöne Region durchaus profitieren“, ergänzte Dr. Olaf Heinrich, Bezirkstagspräsident und 1. Vorsitzender des Niederbayern-Forums.

Fachkräftemangel ist bleibendes Thema

In der anschließenden Diskussionsrunde wurden neuen Themen und Projekte im Regionalmarketing für Niederbayern ab 2022 definiert. Das vielseitige Gremium, bestehend aus Vertretern der Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Wissenschaft, mit den Unternehmern Karl Laußer, Berndt Fritzsche und Rudolf Fellner, Regierungspräsident Rainer Haselbeck und Peter Schmid, Bereichsleiter an der Regierung von Niederbayern sowie Prof. Dr. Marcus Jautze, Vizepräsident der Hochschule Landshut diskutierte rege und identifizierte den bestehenden Fachkräftemangel als bleibendes Thema im Regionalmarketing. Für die Kammern nahmen Alexander Schreiner, Geschäftsführer der IHK Niederbayern und Richard Hettmann, Vizepräsident der HWK Niederbayern-Oberpfalz teil. Kaspar Sammer und Wolfgang Scheinert gaben zudem interessante Impulse aus der Perspektive der grenzübergreifenden Zusammenarbeit und des Tourismus.

Das Gremium beschloss, Niederbayern auch künftig als „attraktives Lebenspaket“ zu bewerben und diesen Begriff um einige Aspekte auszudehnen. Neben den Bereichen „Leben und Arbeiten“ wolle man im Regionalmarketing gerade die Stärken der Region betonen, die sich während der Corona-Pandemie als besonders wertvoll erwiesen haben. „Vor Coronazeiten hat man für das Leben und Arbeiten in Ballungsgebieten auch sehr begrenzten Wohnraum in Kauf genommen.“ Die letzten Monate im Lockdown haben so manchen zum Nachdenken angeregt, Wohnraum mit ausreichend Platz und einem Garten seien gefragter denn je, merkte Regierungspräsident Rainer Haselbeck an. Das Leben auf dem Land habe an Popularität gewonnen. Im Regionalmarketing für Niederbayern wollte man deshalb darauf bauen und die Stärken der Region mit gutem Content zeitgemäß und zielgruppenspezifisch nach innen und außen kommunizieren, fasste Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich als Ergebnis des Strategie-Workshops zusammen. ❐

GZ ZU GAST BEI …



Christiane Meyer

Erste Bürgermeisterin der Stadt Ebermannstadt

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ebermannstadt mit rund 7.000 Einwohnern, Flächengemeinde: 50 km2.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

Am 1. Mai 2014.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Bürgerschaftliches Engagement ist die wichtigste Stütze für eine lebendige Gemeinde. Das wurde mir schon früh durch den ehrenamtlichen Einsatz meiner Eltern bewusst. Deshalb habe ich mich für unsere Stadt und ihre Ortsteile eingesetzt. Ich war Mitinitiatorin eines Bürgerbegehrens, in der Vorstandschaft des Bund Naturschutzes und habe in Bürgerversammlungen Ideen zur Stadtentwicklung eingebracht. Dabei wurde mir eines deutlich: Ich möchte mich für ein offenes und positives Klima in der Stadt und im Stadtrat einsetzen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Im Jahr 2013 gründeten Bürgerinnen und Bürger eine überparteiliche Wählergruppierung, die Neue Liste Ebermannstadt (NLE). Wir waren alle Neulinge in der Kommunalpolitik. Viele hat es durchaus überrascht, dass wir bei der Kommunalwahl 2014 auf Anhieb 5 von 20 Stadträtinnen und Stadträten stellten und dass ich als erste Frau Bürgermeisterin von Ebermannstadt wurde. Ich hatte kaum Zeit, mich vorzubereiten. Enorm geholfen hat mir meine berufliche Erfahrung als Beamtin des gehobenen bautechnischen und umweltfachlichen Verwaltungsdienstes. Auch waren es Bürgermeisterkolleginnen und -kollegen, die mir in der Anfangszeit halfen und mir immer wieder Mut zusprachen.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Ich habe die Verantwortung für eine Stabilisierungsgemeinde übernommen. Die Pro-Kopfverschuldung lag bei rund 3.000 Euro. Die Konsequenzen waren weder dem Stadtrat noch den Bürgerinnen und Bürgern ganz bewusst. Mir kam die Rolle der „Überbringerin der schlechten Nachrichten“ zu. Unsere Handlungsfähigkeit zurückzuerobern war ein steiniger Weg. Bekannt wurde Ebermannstadt Anfang 2015 weit über die Landkreisgrenzen hinaus auf Grund der Notwendigkeit, die Ausbaubeitragssatzung mit einer Rückwirkung von 20 Jahren einzuführen. Wir erhoben Beiträge, da Ortsteile an die Kläranlage auf Grund auslaufender wasserrechtlicher Genehmigungen angeschlossen wurden. Es fehlten Krippenplätze für unsere junge Familien. Die größte Herausforderung in dieser Zeit war es, unsere Bürgerinnen und Bürger „mitzunehmen“. Zurückblickend bin ich froh, dass die Mehrheit letztlich doch Verständnis für all diese notwendigen Schritte hatte.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Als Ingenieurin des Fachbereiches Architektur und Denkmalpflegerin liegt mir besonders die Innenentwicklung am Herzen. Die Belebung unserer Innenstadt und unserer Ortskerne hat oberste Priorität. Wir verfolgen seit Jahren eine Gesamtstrategie. Bereits im Jahr 2015 erarbeiteten wir ein Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK), das wir konsequent umsetzen. Gemeinsam mit unseren Nachbargemeinden gründeten wir im Jahr 2017 die interkommunale Gemeinschaft ILE Fränkische Schweiz AKTIV. Natürlich hält uns auch die Sanierung unserer Infrastruktur im Bereich der Straßen und des Abwassers in Atem. Betreuungsplätze fehlen. Mit unseren Stadtwerken wollen wir stetig den Anteil der regenerativen Energien im Stadtgebiet erhöhen.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die Folgen der Pandemie werden unser Handeln in den nächsten Jahren prägen, denn Krisen decken naturgemäß Defizite auf, legen den Finger in die Wunde. Themen wie die Digitalisierung der Schulen, die Bedeutung einer qualitätvollen Kinderbetreuung, die Erhaltung einer lebendigen Innenstadt, die Zukunft des Ehrenamtes verlieren nichts von ihrer Dringlichkeit. Die Wirtschaft wünscht sich ein „antikonjunkturelles Handeln der öffentlichen Auftraggeber“, also dass gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Kommunen durch ihre Aufträge für Kontinuität sorgen sollen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Das Bürgermeisteramt bringt viele von uns immer wieder an ihre Grenzen. Es ist wichtig, sich bewusst zu machen, dass es auch bei schwierigen Auseinandersetzungen meist nicht um uns persönlich geht, sondern um die Amtsperson. Ich habe während meiner gesamten Amtszeit immer wieder Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen erhalten. Parteipolitik spielte dabei nie eine Rolle. Fragen Sie um Rat, nehmen Sie Hilfe an. Auch die Referenten des Städte- und Gemeindetages sind immer eine gute Adresse.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Als Vorsitzende des Bayerischen Gemeindetages im Landkreis Forchheim organisiere ich mit dem Vorstand den Austausch zwischen den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der 29 Gemeinden. Gemeinsam tragen wir unsere Belange und Sichtweisen gegenüber der Landespolitik vor. Das ist wichtiger denn je. In unserer interkommunalen Gemeinschaft ILE Fränkische Schweiz AKTIV wachsen wir zusammen. Die ständig steigenden Herausforderungen können wir in der Verwaltung nur im Team bewältigen. Ob Personalrat, Geschäftsstellenleiter, Abteilungsleiter, sie alle haben feste Zeiträume, in denen ich verbindlich für sie da bin. Transparenz und Bürgerbeteiligung sind mir sehr wichtig. Bürgerversammlungen, Workshops, Bürgersprechstunden, Zentrenmanagement am Marktplatz, Facebook… es gibt viele Formate und Austauschplattformen, die Bürgerinnen und Bürger angeboten werden. Dennoch steigen die Erwartungen stetig an. Das bereitet mir Sorgen. So gibt z.B. der immer wieder gewünschte „Mängelmelder“ nur dann Sinn, wenn ein Bauhof die Kapazität hat. Informationsfreiheit kann nur dann umfangreich angeboten werden, wenn Mitarbeiter geschult und für diesen Bereich freigestellt sind. Eine kleine Verwaltung wie wir stößt bereits jetzt an ihre Grenzen.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Coronakrise hat die Defizite im Bereich der Digitalisierung aufgezeigt. Wir alle haben aber auch in kürzester Zeit viel dazugelernt. Diesen Schwung müssen wir jetzt mitnehmen.

Eine wichtige Zukunftsaufgabe wird es sein zu entscheiden welche digitalen Lösungen die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger tatsächlich verbessern, denn hinter Schlagwörtern wie Smart City und Smart Region stecken verschiedenste Erwartungen und Vorstellungen. Für die Digitalisierung der Kommunen selbst bieten sich digitale Beteiligungsmöglichkeiten an, die vorhandene Strukturen ergänzen können.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Darüber habe ich mir noch keine Gedanken gemacht. Spontan würde ich mir wünschen, dass die Erinnerung an mich den Menschen ein Lächeln ins Gesicht zaubern wird. Ich befürchte allerdings, dass das Bürgermeisteramt vielleicht nicht unbedingt diesem Wunsch zuträglich ist. 🙂 ❐

Cleantech-Park in Hallstadt:

Vorbild für die industrielle Transformation

Bis zu 20 Millionen Förderung für Innovationsprojekte auf dem ehemaligen Michelin-Gelände

Die Pläne, auf dem Gelände des ehemaligen Michelin-Reifenwerks ein Cleantech-Park mit zukunftsfesten Arbeitsplätzen zu errichten, erreichen ein neues Stadium. „Ich sehe, dass alle Partner an einem Strang ziehen und konkrete Planungen anstoßen. Die Erfolgsaussichten sind vielversprechend und wir rechnen damit, die Projekte noch stärker fördern zu können", erklärte Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger bei einem Besuch in der Region. „Im Zuge der Hightech Agenda Bayern plus und anderen Fördertöpfen schnüren wir ein Gesamtpaket von bis zu 20 Millionen Euro, um den Clean-tech-Park gemeinsam mit allen Partnern anzuschieben. Ich rechne fest damit, dass weitere Finanzierungspartner gefunden werden. So kann hier vorbildhaft gezeigt werden, wie der industrielle Transformationsprozess gelingt", sagte der Staatsminister.

Landrat Johann Kalb freute sich sehr, „dass sich unser Stellvertretender Ministerpräsident, Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, persönlich für dieses Projekt einsetzt. Wir erleben einen existentiellen Transformationsprozess in der Automobilindustrie. Der CleanTech-Innovation-Park ist dabei für unsere Region ein Schlüssel, diesen Prozess zukunftssicher gestalten zu können. Politik, Unternehmen und Wissenschaft arbeiten sehr intensiv und mit großem Gestaltungswillen an einem gemeinsamen Konzept. Wir sind bereit, erhebliche Investitionen zu tätigen. Ohne eine maßgebliche finanzielle Förderung durch den Freistaat Bayern können wir die Mammutaufgabe aber nicht bewältigen. Deshalb bedanke ich mich schon jetzt sehr herzlich für die Unterstützung."

Wie Christian Metzger, Michelin-Werkleiter, erklärte, musste das Unternehmen nach fast 50 Jahren die Produktion im Reifenwerk einstellen: „Ein einschneidendes Ereignis für unsere Mitarbeiter, aber auch für die Region."

Leuchtturmprojekt für den Transformationsprozess

„Also haben wir umgedacht – aus der Not wollen wir eine Tugend machen. Auf dem Gelände wollen wir jetzt gemeinsam mit Partnern eine Keimzelle für grüne Mobilität und Innovation entstehen lassen: einen Cleantech Innovation Park. Wir wollen so ein Leuchtturmprojekt für den Transformationsprozess der deutschen Autobranche sein und damit die Region stärken und neue Arbeitsplätze schaffen", fährt der Werkleiter fort.

Konkret soll die regionale Wirtschaft mit einem Gesamtprojekt mit bis zu 20 Millionen Euro gefördert werden. Bereits genehmigt sind der Technologietransfermanager von Bayern Innovativ, die Förderung des Energienutzungsplans für das KWK-Kraftwerk auf dem Michelin-Gelände sowie Verbundprojekte in der Region und die Sonderförderung Transformationsprozesse im Regionalmanagement.

Forschung und Wirtschaft: Hand in Hand

Hallstadt setzt auf die Nähe zur Universität Bamberg und den Innovationswillen der Industrie, um sich für die Zukunft aufzustellen. „Um Innovationen voranzubringen, wird es immer wichtiger, über den Rand des eigenen Unternehmens zu blicken. Hier vor Ort sollen deshalb Forschung und Wirtschaft Hand in Hand die Innovationen der Zukunft gestalten: Die Partner können hier Prototypen bauen und diese zur Marktreife entwickeln", erklärte Peter Keller, Michelin-Projektleiter.

Staatsministerin Melanie Huml betonte die Bedeutung für die Region: „Bei uns in der Region Bamberg sind viele Tausend Arbeitsplätze direkt oder indirekt vom Transformationsprozess der Automobilbranche betroffen. Vom kleinen Handwerksbetrieb bis hin zum „Global Player" – die gesamte Zulieferer-Branche muss sich neue Geschäftsfelder erschließen. Wenn wir den Transformationsprozess erfolgreich bewältigen wollen, dann ist eines ganz besonders wichtig: Wir müssen den Weg gemeinsam mit den Beschäftigten gehen. Deshalb nimmt das Schwerpunktfeld ‚lebenslanges Lernen' eine zentrale Rolle ein."

Dauerhafte Arbeitsplätze

Auch für Bürgermeister Thomas Söder stehen die Arbeitsplätze im Mittelpunkt: „Gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium können wir mit unserem innovativen Konzept dauerhaft Arbeitsplätze schaffen und signifikant Vorteile für alle Berufsgruppen – vom Handwerker bis zum Akademiker – bieten. Wir sind der Staatsregierung für ihre Unterstützung bei diesem wegweisenden Projekt dankbar. Nun geht es darum, die Deckungslücke in der Finanzierung zu schließen. Der Cleantech Innovation Park wird auf dem Gelände an der Michelinstraße als kleiner Campus erlebbar sein, auf dem auch eine nachhaltige Ökologie im Fokus steht. Eine parkähnliche Struktur wird zusammen mit einer durchdachten Begrünung die Aufenthaltsqualität für alle Mitarbeiter sowie Bürgerinnen und Bürger steigern." ❐



Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger machte sich zusammen mit Staatsministerin Melanie Huml ein Bild von der Entwicklung auf dem ehemaligen Michelin-Gelände in Hallstadt. Bild: StMWI

GZ PINOS WELT



„Ah, ein Sommer der Leichtigkeit. Die Inzidenzen fallen, die Stimmung steigt." Der Bürgermeister genießt das mittlerweile ungewohnte freie Lebensgefühl mindestens ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger der Stadt.

Die Gastronomie ist zurück. Mit Pantomimen, Leierkastenmännern, Streichern nimmt die Straßenkultur wieder etwas Fahrt auf; die Leute treffen sich in den Biergärten zum gemeinsamen Fußballgucken. Das alles natürlich noch tastend und vorsichtig, wie man sich in einem schlecht beleuchteten Keller bewegt, wägend, welche Lockerungen man gestatten kann, welche Freiheiten man sich auch selbst gönnen will.

Die Geimpften belagern die Apotheken, um sich die Eintrittskarte für freies Reisen auf das Smartphone zu holen und die Preise für Selbsttests sind im freien Fall. Alles klar also?

Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

Im Herbst wird es – ob mit Delta-Variante oder ohne – sicherlich wieder etwas ungemütlicher werden, weil Viren halt generell kältere Temperaturen bevorzugen. Wenn die Gesellschaft aber mit dem gleichen Verantwortungsbewusstsein im Herbst und Winter wieder kleinere Einschränkungen (Ausweitung der Maskenpflicht, Testpflichten, größere Abstände, weniger Veranstaltungen) akzeptiert, wie sie jetzt die Lockerungen annimmt, mache ich mir keine größeren Sorgen um die Menschen, denen ich gestatte mich zu versorgen und mit mir zu leben.

Im Grunde geht es doch um den ganz großen Test, ob der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in Zukunft besser funktioniert, als in der ersten Zeit der Pandemie. Kurz gesagt werden wir für voraussichtlich noch viele Monate uns immer wieder die Frage stellen müssen: „Kann man es verantworten?" Einerseits, kann man verantworten, dass sich mehr Menschen auf engerem Raum zu intensiveren Kontakten treffen? Andererseits kann man es verantworten, die Menschen in ihren natürlichen und grundgesetzlich verbrieften Rechten einzuschränken und zu welchem Zweck sollen diese Einschränkungen dienen? Das Ganze nennt man Rechtsstaatlichkeit und es ist eigentlich großartig zu sehen, wie den Deutschen diese Rechtsstaatlichkeit faktisch in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Bis auf einige Quernasen werden gut begründete Einschränkungen akzeptiert, aber verantwortungsvolle Lockerungen auch eingefordert.

Umso erschreckender war die Wortmeldung des Ministerpräsidenten eines größeren Landes, der – wenn ich es richtig verstanden habe – die Änderung des Grundgesetzes nicht ausgeschlossen hat, um eine Art prophylaktisches pandemisches Notstandsregime zu ermöglichen, das die Grundrechte auch unverhältnismäßig einschränken könnte. Die Forderung ist einerseits ironisch, weil die Generation der 68er, zu der sich dieser Ministerpräsident zweifellos zählt, die Initialzündung ihrer Bewegung damals aus dem Kampf gegen die Notstandsgesetze erhielt. Irritierend ist der Vorschlag, weil besagter Ministerpräsident als früherer K-Gruppler zwar offiziell dem Maoismus abgeschworen hat, jetzt aber Zwangsmaßnahmen à la China das Wort redet. Wenn man am demokratischen grünen Lack kratzt, kommt eine seltsame Grundierung zu Tage.

Ich erhoffe mir von den Menschen ein klares Nein zu solchen Vorstellungen. So schlimm die Verluste an Menschenleben während dieser Pandemie waren, so schwer die wirtschaftlichen Schäden, so gravierend die seelischen Spätfolgen von Lockdowns und Schulschließungen – nichts darf uns verführen, die Grundgedanken der Rechtsstaatlichkeit zu negieren und die Freiheitsrechte zu relativieren. In einer neuen Pandemie werden die Verantwortlichen sicher aus den Lehren der vergangenen Monate Schlüsse ziehen und besser, effektiver, schneller Maßnahmen treffen. Aber ein semitotalitäres Notstandsregime wird mehr Schaden an der Gesellschaft anrichten, als es ein Virus jemals könnte.

Der Bürgermeister jedenfalls griff in den Zitatenschatz, den Sabrina ihm in langen Jahren angelegt hatte. So sagte Benjamin Franklin: „Wer Freiheit aufgibt um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren."

Ihr Pino

Landkreis Neu-Ulm:

Weniger Treibhausgase durch Ernährung

Landkreis will mit Modellprojekt Vorreiter in Deutschland sein.

Rund ein Viertel der in Deutschland ausgestoßenen Treibhausgase werden durch unsere Ernährung verursacht. Der Landkreis Neu-Ulm will künftig verstärkt da ansetzen und auf den Verzehr von mehr regional erzeugten, saisonalen, pflanzlichen und damit klimafreundlicheren Nahrungsmitteln hinwirken.

Zu diesem Zweck beschloss der Kreistagsausschuss für Umwelt, Klima und Natur, dass sich der Landkreis um eine Förderung im Rahmen des Programms für innovative Klimaschutzprojekte der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) der Bundesregierung bewirbt. Damit verbunden ist die wissenschaftliche Begleitung durch das Forschungsinstitut für pflanzenbasierte Ernährung in Gießen (Hessen) unter der Leitung von Dr. Markus Keller.

Vorbildfunktion für Landkreise oder Regionen

„Wir wollen vor Ort für eine nachhaltige Ernährung sensibilisieren und motivieren. Unser gemeinsames Modellprojekt soll Vorbildfunktion für andere Landkreise oder Regionen haben", stellte Landrat Thorsten Freudenberger heraus.

Zusammen streben die Projektpartner an, den Zuschlag für die Förderung ihres Vorhabens für drei Jahre (2023 bis 2025) zu erhalten. Als Fördersumme werden ca. eine Mio. Euro beantragt. Die Kosten, die der Landkreis aus dem eigenen Etat bestreiten müsste, lägen bei etwa 150.000 Euro, was in etwa 50.000 Euro pro Jahr entspräche. Die Förderquote betrüge damit 80 Prozent der Gesamtkosten des Projekts.

Zielgruppen des praxisorientierten Anwendungsprojekts sollen sein: Privathaushalte, öffentliche Gemeinschaftsverpflegungen wie Mensen von Schulen und Kindertagesstätten, die Kantine des Landratsamtes und die Küche der Kliniken der Kreisspitalstiftung sowie auf der Erzeugerseite die heimische Landwirtschaft. Wissenschaftlich untersucht und begleitet werden somit Produktion, Verarbeitung und insbesondere das Konsumverhalten im Ernährungsbereich. Als Stichprobe des verbraucherorientierten Teilprojekts sind 100 für den Landkreis repräsentative Musterhaushalte und 100 entsprechende Vergleichshaushalte vorgesehen.

Dr. Keller hält es für möglich, im Ernährungsbereich den Treibhausgas-Ausstoß der repräsentativen Musterhaushalte innerhalb der Projektdauer von drei Jahren um 30 bis 50 Prozent zu verringern. „Dazu gilt es, den Verzehr von pflanzlichen Lebensmitteln deutlich zu erhöhen und den von tierischen Produkten, insbesondere Fleisch und Wurst, zu reduzieren. Klimafreundliche Ernährung hat es verdient, das neue Normal zu werden – und ist außerdem besser für unsere Gesundheit", sagte Keller.

Florian Drollinger, der Klimaschutzmanager des Landkreises Neu-Ulm, ergänzte: „Der Landkreis Neu-Ulm will niemandem Fleisch verbieten. Es geht vielmehr um ein attraktives Angebot an gesundheitsfördernden, klimafreundlichen und pflanzlichen Alternativen mit regionalem Schwerpunkt. Wir können es uns nicht erlauben, bei den Treibhausgaseinsparungen den bedeutsamen Bereich Ernährung gänzlich auszulassen." ❐

Stadt Landshut:

Klimaneutrales Tanken

Seit April ist es in Landshut möglich einen Verbrennungsmotor nahezu klimaneutral zu betanken. Die Übernahme der beiden CNG (compressed natural gas) Zapfpunkte durch die E.ON Gas Mobil GmbH (Sitz: Essen) hat nun endlich die mehrfach von Stadtrat Rudolf Schnur forcierte Klimaneutralität durch 100 % Biomethan erbracht.

Die Zapfsäulen wurden 2006 auf Betreiben von Schnur in der OMV-Tankstelle an der Siemensstraße errichtet. Damals war dem Werksenat bei der Entscheidung bewusst, dass es kein Renditeobjekt werden würde, sondern im Interesse des Umwelt- und Klimaschutzes erstellt wird.

Anfängliche Werbeaktionen für diese bislang unübertroffen umweltfreundliche Antriebsform zeigten Erfolg durch Zunahme der CNG-Kfz im Raum Landshut. Dieses Marketing wurde aber bald eingestellt und die Stadtverwaltung bzw. die Stadtwerke traten selbst nicht als Vorbild in Erscheinung. Dabei wurden auch die Vorgaben des Luftreinhaltsplans der Stadt Landshut außer Acht gelassen.

Zuletzt wurde im November 2020 im Werksenat die Einstellung der Zapfsäulen nach Auslaufen des Vertrages mit der OMV im März 2021 vorgeschlagen.

Diesem Vorschlag wollte Stadtrat Schnur keinesfalls folgen, denn „das wäre ein Rückschlag für den Klima- und Umweltschutz!" und so ging er selbst deutschlandweit auf die Suche nach möglichen Nachfolgelösungen. Diese wurde jetzt gefunden und durch den Neustart mit klimaneutralem Biomethan aus landwirtschaftlichen Reststoffen gekrönt. ❐



Gemeinsam freuen sich der OMV-Tankstellenpächter Lothar Greil, Dominik Holzner und Esra Moll vom Autohaus Ostermaier, die mit ihrer Modellpalette verstärkt auf CNG-Anriebe setzen, sowie Stadtrat Rudolf Schnur über die Möglichkeit nicht nur weiter CNG, sondern sogar klimaneutral 100 % Bio-CNG tanken zu können. Bild: M. Förster, Klartext

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bessere Versorgungsqualität für die Region

Psychiatrische Institutsambulanz (PIA) für Kinder und Jugendliche schafft wohnortnahe Hilfe

Mit seiner Dezentralisierungsstrategie verfolgt der Bezirk Niederbayern seit Jahren das Ziel, die psychiatrische Versorgung von Betroffenen wohnortnah zu verbessern. Neben Ambulanzen für Psychische Gesundheit in Zwiesel (für Kinder und Jugendliche) sowie Pfarrkirchen und Grafenau (für Erwachsene) wurde nun auch eine Ambulanz für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Waldkirchen eingerichtet.

Seit Jahresbeginn läuft der Betrieb in der, im Gesundheitszentrum Waldkirchen untergebrachten Einrichtung. Auch ohne Werbung ist man hier von Anfang an voll ausgebucht. Nun kam am 1. Mai die neue Leiterin Christiane Hochkönig ins Team, die zuvor am Bezirkskrankenhaus Passau gearbeitet hatte. Dies nahmen Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich und Landrat Sebastian Gruber zum Anlass, der PIA einen Besuch abzustatten. „Ich habe mich hier beruflich sofort zuhause gefühlt“, freut sich Christiane Hochkönig über ihre neue Aufgabe. Die 45-jährige gebürtige Baden-Württembergerin wohnt in Österreich, ihre fünf Kolleginnen haben hingegen mit ihrer Anstellung in Waldkirchen eine Rückkehr in ihre Heimat geschafft. Sie kommen aus Waldkirchen, Freyung, Neureichenau und Büchlberg.

Ab 1. Juli kommt zum Team noch eine Ergotherapeutin hinzu, ab September dann der Sozialdienst. „Zum Schulbeginn wollen wir dann auch die ganze Woche öffnen, bisher sind wir von Mittwoch bis Freitag vor Ort“, erklärt die PIA-Leiterin.

Wie groß der Bedarf in der Region an psychiatrischer Behandlung bei Kindern und Jugendlichen ist, haben die vergangenen Monate bereits gezeigt. Der Vorteil für die Betroffenen ist neben dem niederschwelligen Zugang des Angebotes, dass sie nicht mehr wie bisher nach Landshut fahren müssen, sondern wohnortnahe Hilfe vorfinden. „Auch für die Nachbetreuung ist das sehr wichtig“, erklärte Dr. Tanja Hochegger, Chefärztin der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Bezirkskrankenhaus Landshut, die die Kinder- und Jugendpsychiatrie in ganz Niederbayern verantwortet.

Ausbau Bezirkskrankenhaus Passau wird begrüßt

Der vom Bezirk geplante Ausbau des Bezirkskrankenhauses Passau, bei dem auch stationäre Behandlungsplätze für Kinder und Jugendliche geschaffen werden, wird deshalb vom ganzen Team sehr positiv gesehen. „Wir machen überwiegend Diagnostik und verweisen die Patienten meist zur Therapie an die niedergelassenen Ärzte oder in akuten Fällen an Landshut“, so Hochkönig. Allerdings seien hier die Wartezeiten oft sehr lange, so dass man auch in der PIA zur Überbrückung nach Möglichkeit therapeutische Begleitung anbietet.

Landrat Sebastian Gruber dankte dem Bezirk Niederbayern für sein Engagement bei der Dezentralisierung. „Die beiden Einrichtungen in Grafenau und Waldkirchen sind für uns sehr wichtig. Es freut mich, dass damit die Versorgungsqualität in der Region verbessert wird und wir ein gutes, sinnvolles und ergänzendes Angebot haben.“

Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich hob besonders den Mehrwert für die betroffenen Familien hervor, von denen er viele Rückmeldungen bekomme, wie dringend nötig diese Einrichtung für sie sei. „Der Standort im Gesundheitszentrum Waldkirchen ist hervorragend geeignet, da viele Einrichtungen hier untergebracht sind und damit keiner Angst haben muss, stigmatisiert zu werden, wenn er das Gebäude betritt. Das ist nach wie vor sehr wichtig, damit die Menschen mögliche Hemmschwellen überwinden und sich Hilfe suchen, wenn sie sie brauchen.“ **ml**



Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich (hi. v. r.) begrüßte gemeinsam mit Christian Hofbauer, Klinikdirektor der Kliniken am Goldenen Steig, Siegfried Wilhelm, Abteilungsleiter Liegenschaften am Landratsamt Freyung-Grafenau, Kliniken-Geschäftsführer Marcus Plaschke, Landrat Sebastian Gruber sowie Dr. Tanja Hochegger (2. v. li.), Chefärztin der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Bezirkskrankenhaus Landshut, das Team der PIA in Waldkirchen mit ihrer Leiterin Christiane Hochkönig (4. v. r.). Bild: Lang/Bez. Niederbayern



Im Aschaffenburger Kreisbauhof wurden alle Großfahrzeuge mit einem Abbiege-Assistenzsystem ausgestattet. Das System zeigt dem Fahrpersonal an, ob sich Fußgänger*innen oder Fahrradfahrer*innen im toten Winkel des Fahrzeugs befinden. Das Bild zeigt Landrat Dr. Alexander Legler mit Kolleg*innen aus dem Kreisbauhof. Foto: LRA Aschaffenburg

Vorschau auf GZ 14

In unserer Ausgabe Nr. 14, die am 15. Juli 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Energiethemen**
- **Öffentliche Beleuchtung · Straßenbeleuchtung**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Kommunale Fachliteratur · Kommunale Rechtsfragen**

LIEFERANTENNACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiebeschaffung

Kostenfreie Ausschreibungs-vorlagen!
Für hochwertige Pellets und Hackschnitzel.
enplus-pellets.de/ausschreibungsvorlage
EN plus Holzhackschnitzel wood chips
EN plus

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
> 50 erfolgreiche ISiS12 Projekte
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

GemeindeZeitung auf folgenden
Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
Wartung und Reinigung von:
- Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
- Prozesslufttechnische Anlagen
- Kontrollierte Wohnraumlüftung

DFLW
Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Tollite Star
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 15. Juli 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 14






BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, Stellvertretender Ministerpräsident; Josef Zellmeier, Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Bayerischen Landtag; Oberbürgermeister Markus Pannermayr, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags; Finanzminister Albert Füracker; Landrat Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirketags; Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags und Landrätepräsident Landrat Christian Bernreiter.

Bild: Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Kommunaler Finanzausgleich 2022:

Trotz Krise erneut auf Rekordniveau

Mehr Geld für die bayerischen Kommunen: 2022 erhalten sie 10,4 Mrd. Euro vom Freistaat, rund 128 Mio. Euro mehr als vergangenes Jahr. Hinzu kommen einmalig zusätzliche Mittel für Investitionen in Höhe von 400 Mio. Euro. Darauf einigten sich Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände in München.

Wie Finanz- und Heimatminister Albert Füracker erläuterte, „steht der Freistaat fest und zuverlässig an der Seite der Kommunen. Wir knüpfen mit einem starken kommunalen Finanzausgleich 2022 nahtlos an die massive Unterstützung in den letzten Jahren an. Unsere zusätzliche Investitionsinitiative ist eine wuchtige Stärkung auf dem Weg aus der Krise. Wir schaffen damit die Voraussetzungen, dass unsere Kommunen auch im nächsten Jahr kraftvoll in die Zukunft investieren können. Der kommunale Finanzausgleich 2022 sichert eine stabile, zukunftsfähige Infrastruktur und ist zugleich ein großer Schub für Bayerns Konjunktur und einen dynamischen Neustart."

Der Freistaat Bayern schaffe damit die Voraussetzungen, dass seine Kommunen auch in Zeiten der Corona-Krise weiterhin ihre wichtigen Aufgaben erfüllen und kraftvoll in die Zukunft investieren können. Auch der Bund müsse seiner Verantwortung gerecht werden und die Kommunen im nächsten Jahr spürbar unterstützen. Kommunalminister Joachim Herrmann ergänzte: „Wir stärken unseren Kommunen den Rücken. Das ist für mich ein starkes Signal, wie wichtig dem Freistaat leistungsfähige Kommunen sind."

Unter anderem umfasst der kommunale Finanzausgleich 4 Mrd. Euro an Schlüsselzuweisungen – eine Steigerung um 67 Mio. Euro gegenüber dem vergangenen Jahr. Wie bereits in den vergangenen drei Jahren erhalten die Landratsämter zur Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs erneut insgesamt 70 zusätzliche Stellen.

Stabile Finanzzuweisungen

Die allgemeinen Finanzzuweisungen nach Art. 7 BayFAG für Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis bleiben stabil auf dem Rekordniveau von

(Fortsetzung auf Seite 4)

KPV-Vorsitzender Stefan Rößle:

Kommunen bleiben zukunftsfähig

Die KPV setzte sich im Vorgespräch zum Kommunalen Finanzausgleich für stabile Schlüsselzuweisungen, die verstärkte Investitionsförderung über das FAG sowie eine Kompensation der Steuerausfälle in 2021 durch Bund und Freistaat ein.

So zeigte sich der KPV-Landesvorsitzende und Landrat Stefan Rößle äußerst zufrieden mit den Verhandlungsergebnissen aus dem Kommunalen Finanzausgleichs 2022 und stellte klar: „Unsere Kommunen müssen in den nächsten Jahren zukunfts- und investitionsfähig sein sowie gestärkt aus der Krise hervorgehen." Insbesondere die zusätzliche Investitionsförderung für den kommunalen Hochbau und die neuen Fördermittel für den Bau von Schulen und Kindertagesstätten begrüßt die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU sehr. ❒

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Jahrestagung des Bayerischen Bezirketags in Fürstenfeldbruck:

Versorgungsauftrag erfüllt

Die Corona-Pandemie hat viele neue Fragen aufgeworfen. Dennoch zeigte sich der Präsident des Bayerischen Bezirketags, Landrat Franz Löffler (Cham), bei der Vollversammlung in Füstenfeldbruck überzeugt: „Auf die Bezirke war vor und während der Pandemie Verlass. Wir werden auch nach dieser besonderen Zeit für die Menschen in Bayern da sein und ihnen die Unterstützung und Hilfe zur Verfügung stellen, die sie in ihrer jeweiligen Situation benötigen."

„Für uns stand die Versorgung der Menschen, die auf unsere Leistungen insbesondere im Bereich der Psychiatrie, der Eingliederungshilfe sowie Hilfe zur Pflege angewiesen sind, ganz klar im Fokus", erläuterte Löffler. Doch nun müsse man den Blick in die Zukunft richten und überlegen, wie die Bezirke in Zeiten von sinkenden Einnahmen und angespannten öffentlichen Haushalten sowie immer neuer gesetzlicher Zuständigkeiten ihre Aufgaben auch weiterhin zuverlässig wahrnehmen können.

Mindereinnahmen von rund 100 Millionen Euro

Löffler zufolge hatten die Bezirksverwaltungen im Jahr 2020 allein durch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes sowie des Angehörigenentlastungsgesetzes Mindereinnahmen von rund 100 Millionen Euro. Gleichzeitig stiegen die Kosten im Bereich der Eingliederungshilfe sowie der Hilfe zur Pflege seit Jahren stetig an. Auch die gerade beschlossene Reform der Pflegeversicherung werde einen weiteren Kostenanstieg im Bereich der Hilfe zur Pflege nicht nachhaltig verhindern.



V.l.: Staatsminister Klaus Holetschek gemeinsam mit Landrat Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirketags. Bild: Bayerischer Bezirketag

Spahns Pflegereform führt zu unberechenbaren Kosten

Die Pflegereform von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ist aus Sicht des Verbandspräsidenten zwar ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch gehen ihm die Entlastungen für die Pflegebedürftigen nicht weit genug: „Dadurch, dass der Eigenanteil für die Pflege nicht gedeckelt wird, bleiben die Kosten für die Heimbewohnerinnen und -bewohner unberechenbar. Bessere Personalschlüssel sowie eine Bezahlung nach Tariflöhnen sind gut und richtig, werden aber die Kosten weiter in die Höhe treiben."

Um pflegebedürftige Menschen und auch die Sozialhilfeträger dauerhaft zu entlasten, müsse der Bund für eine ausreichende Finanzierung der Pflegeversicherung sorgen. „Die Erhöhung des Pflegeversicherungs-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

Krisenstrukturen stärken

Für krisenfeste Strukturen in Bund, Ländern und Kommunen hat sich der Deutsche Landkreistag ausgesprochen. Zwischen den staatlichen Ebenen sollte das Zusammenspiel weiter verbessert werden. „Allerdings ist eine Verlagerung operativer Befugnisse von den Landkreisen und Städten auf den Bund nicht der richtige Weg", machte der Verbandspräsident, Landrat Reinhard Sager, nach der Sitzung des Präsidiums im Landkreis Trier-Saarburg deutlich.

Teil der Kriseninfrastruktur seien auch die Gesundheitsämter der Landkreise. Hier sind die Länder aus Sagers Sicht aufgefordert, die Umsetzung des Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst gemeinsam mit den Landkreisen voranzutreiben. „Auf eine dauerhafte Finanzierungszusage seitens der Länder warten wir noch immer. Bei den Neueinstellungen von Ärzten und weiterem Personal in den Gesundheitsämtern könnten wir insgesamt schon viel weiter sein."

Belastbare Verabredungen

Benötigt würden zügig belastbare Verabredungen, damit die Landkreise und kreisfreien Städte überhaupt erst Planstellen schaffen, ausschreiben und einstellen können. Damit verbunden sei die Zusage der Länder, ihrerseits gegenüber den Landkreisen die aus dem Pakt entstehenden kommunalen Mehrausgaben vollständig und dauerhaft auszugleichen, erläuterte der Verbandschef. „Bislang sind die Länder nicht bereit, über die Bundesfinanzierung hinaus Zusagen zu machen. Das ist aber für die kommunale Ebene die im Pakt verankerte Bedingung, sich im Zuge von unbefristeten Neueinstellungen auch dauerhaft zu binden."

Föderale Verteilung der Kompetenzen

Bewährt hat sich laut Sager die föderale Verteilung der Kompetenzen zwischen dem Bund sowie den Ländern und Kommunen beim Bevölkerungsschutz. Grundlegender Veränderungsbedarf bestehe nicht. Explizit abzulehnen sei vor allem eine Übertragung operativer Befugnisse auf den Bund im Katastrophenfall. Auch landes- bzw. bundesweite Katastrophen ließen sich effektiv nur vor Ort bekämpfen.

Gleichwohl müsse Deutschland krisenfester werden, fuhr der Verbandschef fort. Dabei nannte er neben einer besseren Zusammenarbeit aller staatlichen Stellen gemeinsame Krisenübungen, die intensivierte Aus- und Weiterbildung sowie die Stärkung des Ehrenamtes. Dies gelte vor allem bei Großschadenslagen, die den Zuständigkeitsbereich eines Landkreises oder eines Landes überschreiten.

Klare Regeln und Absprachen

Für das Zusammenwirken der verschiedenen Stellen bedürfe es nicht nur klarer Regeln und Absprachen, die Zusammenarbeit müsse auch immer wieder mit Blick auf verschiedene Krisenszenarien geübt werden. Zu-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Endlich ist es da, das erste rein elektrische Dienstfahrzeug der Stadt. Ob es sich angesichts immer neuer Technologien schon überholt hat, da zeigt sich der Bürgermeister entspannt. Er meint, dass Fortschritt ein ewiges Aneinanderreihen von Brückentechnologien wäre, da das Bessere nun einmal der Todfeind des Guten sei. **Seite 15**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Ungeklärte Fragen bei Beschaffung mobiler Luftfilter 2
Bayerisches Digitalministerium startet „digital verein(t)" 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:
KPV-Zukunftsthema: Digitalisierung unserer Kommunen 3
Deutscher Städtetag: Schuldenberg und Corona-Welle 3
2. Stufe der Behördenverlagerungen 4
Kommunale Entwicklungszusammenarbeit 5
Kommunale Energiethemen 6-10
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV 11
GaLaBau • Kommunalfahrzeuge . . . . . 12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Beschaffung mobiler Luftfilter:

Ungeklärte Fragen

Im Rahmen der jüngsten Ministerratssitzung hat die Bayerische Staatsregierung beschlossen, für die Klassenzimmer aller Schulen sowie für die Gruppen- und Funktionsräume aller Kitas, Großtagespflegestellen und Heilpädagogischen Tagesstätten erneut mobile Luftreinigungsgeräte anzuschaffen. Hierfür stellt die Staatsregierung insgesamt über 190 Mio. Euro zur Verfügung. Mit der Förderung des Freistaats können die Kommunen so über 100.000 Räume ausrüsten.

Nach Angaben der Staatsregierung ist das Lüften nach übereinstimmender Aussage aller Experten ein wesentliches Element zur Reduzierung der Virenlast in Innenräumen. Mobile Luftfilter könnten das bewährte Quer- und Stoßlüften dabei sinnvoll ergänzen. Welche Gerätetypen förderfähig sind, legt das Landesamt für Gesundheit fest. Die Beschaffungskosten werden mit bis zu 50 Prozent vom Freistaat gefördert. Auch bereits geförderte Träger können für weitere Räume erneut Mittel beantragen. Der Förderzeitraum beginnt rückwirkend zum 1. Mai 2021. Anträge können bis zum 31. Dezember 2021 gestellt werden.

(Zu) hohe Erwartungen

In einer ersten Einschätzung wies der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Markus Pannermayr, darauf hin, dass die Ankündigung bei Eltern-, Schüler- und Lehrerschaft zu hohe Erwartungen wecke. Zum einen sei nach wie vor nicht geklärt, welchen Beitrag mobile Lüftungsgeräte im Sinne des Infektionsschutzes tatsächlich leisten können. Dies sei aber die entscheidende Frage. Zudem sei höchst fraglich, ob sich bis zum Schuljahresbeginn alle insgesamt rund 100.000 Klassenzimmer und 52.000 Kita-Räume in Bayern mit Lüftungsgeräten ausstatten lassen.

Konkrete Angaben zur Höhe der Kosten, zum möglichen Zeitrahmen und zur Ausgestaltung des angedachten Förderprogramms seien leider noch nicht getroffen worden, betonte Pannermayr. Die Kommunalpolitik in den Rathäusern begleite die Versprechen der Staatsregierung mit Skepsis, denn es stellten sich viele Fragen für die Praxis: Welche Vergaberichtlinien gelten? Sind mobile Geräte tatsächlich für eine effiziente Luftreinigung geeignet, zumal sie das Lüften nicht ersetzen können? Besteht die Gefahr, mobile Lüftungsgeräte zu erwerben, die sich im Betrieb ab Herbst 2021 für den Einsatz gegen Viren und Aerosole als ungeeignet erweisen? Wer übernimmt die erheblichen Folgekosten für Gerätewartung und -pflege?

Gefahr von Fehlkäufen

Der Austausch mit zahlreichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, so der Städtetagschef, habe gezeigt, dass die Kommunen nicht Gefahr laufen wollen, auf die Schnelle Lüftungsgeräte zu erwerben, die sich letztlich als zu teuer oder zu wenig effektiv für die Lufthygiene erweisen. Die Gefahr von Fehlkäufen unter Zeitdruck und unter den Marktbedingungen von steigender Nachfrage sei erheblich. Mit einem noch nicht klar definierten Förderprogramm des Freistaats würden die Kommunalpolitiker unter Druck gesetzt.

So kritisiert Elmar Stegmann, Lindauer Landrat und Vorsitzender der schwäbischen Landräte: „Wenn die Luftreinigungsgeräte einen hohen Schutz für die Schüler und Lehrer bieten, so darf über eine Anschaffung nicht diskutiert werden. Für meine schwäbischen Landratskolleginnen und -kollegen und mich sind aber noch viele Fragen offen und bei einem so hohen Einsatz von Steuergeldern müssen diese vorab geklärt sein. Allein im Landkreis Lindau kostet die weitere Ausstattung der Klassenzimmer mit Luftreinigungsgeräten etwa 800.000 Euro und ich befürchte, dass der flächendeckende Einsatz solcher Geräte nur Kosmetik ist, die fast nichts bringt."

Zu wenig hinterfragt sei nach derzeitigem Kenntnisstand der tatsächliche Nutzen von Luftreinigungsgeräten bei der Pandemiebekämpfung, stellt Stegmann fest. Denn der Einsatz solcher Geräte verhindere nicht per se eine Infektion oder Quarantäne. Vielmehr müsse jeder Einzelfall vom zuständigen Gesundheitsamt genau geprüft werden. Die Erfahrung der vergangenen Monate zeige, „dass ein Luftreinigungsgerät Lehrern, Eltern und Schülern eher ein falsches Gefühl von Sicherheit vermittelt als tatsächlichen Nutzen zu bringen".

„Die Frage ist, ob die Geräte in einem voll besetzten Klassenzimmer Viren in einem Umfang filtern, der wirklichen Schutz für die Kinder und Lehrkräfte bietet", meint Stegmann. „Denn laut Untersuchungen sind ein regelmäßiges Lüften und der Einsatz von CO2-Messgeräten weitaus zielführender, da die mobilen Luftreinigungsgeräte die Luft lediglich umwälzen. Sie sind darüber hinaus wenig klimafreundlich, laut und die Luftfilter, die regelmäßig gewechselt werden müssen, produzieren nicht nur Wartungs- und Folgekosten, sondern gelten auch als Sondermüll. Außerdem müssten Kommunen mit vielen Schulen in ihrer Trägerschaft einen so großen Auftrag europaweit ausschreiben und eine solche Ausschreibung kann aufgrund der vorgegebenen Fristen nicht in der Kürze der Zeit umgesetzt werden."

Eignung und Standards für bestmöglichen Schutz

Aus Pannermayrs Sicht wäre es notwendig gewesen, bereits im Vorfeld mit den Sachaufwandsträgern in den Kommunen den engen Kontakt zu suchen, um die Fülle ungeklärter Fragen zu besprechen. Vor allem hätte deutlich früher geklärt werden müssen, welche Geräte geeignet sind und welche Standards nötig sind, um möglichst guten Schutz für Lernende und Lehrende zu gewährleisten. „Dann hätte es auch eine realistische Chance gegeben, die Geräte bis zum Beginn des neuen Schuljahres verfügbar zu haben."

Auch Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl kritisierte die Entscheidung der Staatsregierung. In einem Bayern 2-Interview verwies er darauf, dass noch nicht alle Fakten zu dem Thema auf dem Tisch lägen und trotzdem über den Kauf entschieden worden sei. Die Kommunen seien von der Entscheidung „überrumpelt" worden. „Mit uns hat keiner gesprochen." Aus Brandls Sicht würde die Staatsregierung nicht 50 Prozent der Kosten übernehmen, denn hinzukommen würden Kosten für Berater, Installation und Wartung. Vor allem aber gebe es noch keine gesicherten Beweise für die Wirkung von Luftfiltern auf Viren. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Paul
97785 Mittelsinn
am 27.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Lothar Müller
95703 Plößberg
am 15.7.

Landrat Klaus Löffler
96317 Kronach
am 16.7.

Bürgermeister David Schneider
91469 Hagenbüchach
am 21.7.

Bürgermeister
Anton Freudenstein
94148 Kirchham
am 25.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Behringer
94169 Thurmansbang
am 25.7.

Bürgermeister Gerd Dallner
96178 Pommersfelden
am 26.7.

Bürgermeisterin
Stephanie Fuchs
63875 Mespelbrunn
am 28.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jan Paeplow
85614 Kirchseeon
am 20.7.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Moritz Sammer
63814 Mainaschaff
am 22.7.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage. ❐

Stärkung des digitalen Ehrenamts:

Bayerisches Digitalministerium startet „digital verein(t)"

Ministerin Gerlach: „Wir bringen digitale Werkzeuge zu den Vereinen vor Ort"

Digitalministerin Judith Gerlach hat die bayernweite Initiative „digital verein(t)" gestartet. Dabei werden an 21 Standorten in Bayern Vereine bei der Digitalisierung unterstützt.

Bei der Eröffnung des ersten Standorts in Neustadt an der Aisch erklärte Gerlach: „Mit dem Projekt vermitteln wir digitale Werkzeuge, um die Vereinsarbeit auch in der digitalen Welt lebendig zu gestalten. Die Themen reichen vom Schutz der Vereinsdaten, der sicheren Gestaltung der Vereinshomepage, dem Austausch über Messenger und soziale Medien bis zur Organisation von Videokonferenzen, Wikis und Webinaren. Mit unserer Initiative gehen wir dabei zu den Vereinen und Ehrenamtlichen vor Ort und unterstützen sie, durch konkrete Angebote und mobile Teams, die richtige digitale Lösung für sich zu finden. Neustadt an der Aisch ist heute der Startpunkt. Insgesamt soll zukünftig an 21 Kompetenzstandorten in ganz Bayern digitales Know-how vermittelt werden. Für dieses zukunftsweisende Angebot stellt das Digitalministerium insgesamt rund 850.000 Euro zur Verfügung. Es freut mich sehr, dass Manuel Neuer, Torwart des FC Bayern und der deutschen Nationalmannschaft, die Patenschaft für die Initiative übernommen hat."



Judith Gerlach. Bild: Giulia Iannicell

Manuel Neuer, der als Stifter der Manuel Neuer Kids Foundation mit ähnlichen Problematiken zu kämpfen hat, weiß: „Vereine sind eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft. Sie bündeln ehrenamtliches Engagement und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum sozialen Leben in Bayern. Aber auch Vereine brauchen regelmäßig ein organisatorisches Update. Die Aktion ‚digital verein(t) in Bayern´ soll den Vereinen digital unter die Arme greifen – eine wichtige Initiative, die ich gerne unterstütze."

Die Initiative „digital verein(t) in Bayern" des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales hilft ehrenamtlich engagierten Menschen und Vereinen, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen: mit Handbüchern, Workshops, Online-Seminaren sowie einem mobilen Ratgeberteam. „Digital verein(t) in Bayern" wird von Deutschland sicher im Netz e.V. (DsiN) in Kooperation mit der lagfa bayern e.V. – Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen als zentrale Anlaufstelle im Bundesnetzwerk Digitale Nachbarschaft betrieben.

Ab Juli 2021 wird ein Ratgeberteam für die Vereine mit einem Infobus unterwegs sein, welches die digital verein(t)-Standorte ansteuert und dort Workshops und Seminare anbietet. Ein Überblick über alle Termine, Angebote und die Standorte als interaktive Karte befindet sich ab sofort auf der Website digital-vereint.de.

Fragen aus der täglichen Vereinsarbeit stehen im Mittelpunkt des digitalen und analogen Lernmaterials. Bis Jahresende werden in zehn Themenfeldern Handbücher und Checklisten erscheinen. Unterstützung für Inhalte, Methodik und Didaktik der Angebote bekommt das Projekt vom Bundesnetzwerk Digitale Nachbarschaft: „Wir unterstützen Vereine dabei, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen – so können sie die Gesellschaft in neuer Weise mitgestalten." erklärte Dr. Nils Weichert, Leiter des Bundesnetzwerks bei Deutschland sicher im Netz e.V. Für DsiN sprach unter anderem der DsiN-Vorstandsvorsitzende Dr. Robert Reinermann (VdS-Schadenverhütung) über die Bedeutung von flächendeckender Vernetzung auch im digitalen Ehrenamt.

Standorte der nächsten Workshops:

- Koordinierungszentrum Bürgerschaftliches Engagement (KoBE) LK Wunsiedel: Wunsiedel
- Freiwilligenagentur Landshut (fala): Landshut
- Freiwilligenagentur LK Berchtesgadener Land: Bad Reichenhall
- Servicestelle Ehrenamt LK Schweinfurt: Schweinfurt
- Servicestelle Ehrenamt LK Würzburg: Würzburg
- KoBE LK Kulmbach: Kulmbach
- KoBE LK Neuburg-Schrobenhausen: Neuburg an der Donau
- Ehrenamtsbüro LK Erlangen-Höchstadt: Erlangen
- Servicestelle EhrenAmt LK Ostallgäu: Marktoberdorf
- Ehrenamtsagentur „Aschaffenburg aktiv!": Aschaffenburg
- FöBE München: München
- Freiwilligenagentur„packmas" LK Rottal-Inn: Arnstorf
- Freiwilligenagentur „Schaffenslust" Memmingen und Unterallgäu: Memmingen

Über Deutschland sicher im Netz e.V.

Der gemeinnützige Verein DsiN wurde 2006 im Rahmen des 1. Nationalen IT-Gipfels (heute: DigitalGipfel) der Bundesregierung gegründet. Als Ansprechpartner für Verbraucher:innen und kleinere Unternehmen befähigt der Verein durch konkrete Hilfestellungen zum sicheren Umgang mit digitalen Diensten. DsiN ist Partner von Vereinen sowie auch der Wirtschaft, Politik und Wissenschaft und steht unter der Schirmherrschaft des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat. www.sicher-im-netz.de

Über lagfa bayern e.V.

Die lagfa bayern ist der Zusammenschluss der rund 120 Freiwilligenagenturen, Freiwilligenzentren und Koordinierungszentren Bürgerschaftliches Engagement in Bayern. Gemeinsam mit den Mitgliedseinrichtungen setzt sie sich aktiv für die Förderung des freiwilligen Engagements in Bayern ein. Die lagfa bayern versteht sich als Brückenbauerin zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft und handelt bedarfsorientiert als Partnerin und Beraterin von Organisationen, Initiativen, öffentlicher Verwaltung, Bildungseinrichtungen und Wirtschaft. www.lagfa-bayern.de ❐

Neuer „Preis für Politische Influencer in den Sozialen Medien"

Hanns-Seidel-Stiftung verleiht Auszeichnung auf den Münchner Medientagen 2021

München. Der mit insgesamt 6.000 Euro dotierte Preis „Politische Influencer in den Sozialen Medien" ist erstmals ausgeschrieben und wird im Rahmen der Münchner Medientage am 27. Oktober 2021 vom Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung, Markus Ferber, MdEP, verliehen. Einsendeschluss ist der 30. September 2021.

Die Hanns-Seidel-Stiftung als auszeichnende Organisation möchte mit dem Preis einen Impuls für qualitativ guten Social-Media-Content im Bereich Politik setzen. „Tagesaktuelles Geschehen oder Hintergründe der bundesdeutschen Politik sollen informativ, sachlich und allgemein verständlich aufbereitet sein, um die Öffentlichkeit insgesamt oder eine Zielgruppe zu informieren", formuliert Stiftungsvorsitzender Markus Ferber, MdEP, die Erwartungen an die Preisträger. „Es gibt viele Inhaltsproduzentinnen und -produzenten, die Gutes leisten, aber außerhalb ihrer Nische (zu) wenig wahrgenommen werden. Auch diese haben wir im Blick, um ihnen mehr Publizität zu ermöglichen", ergänzt Jury-Vorsitzende Prof. Dr. Annika Sehl, Professorin für digitalen Journalismus an der Universität der Bundeswehr München.

Die Jury besteht aus Wissenschaftlern und Praktikern und ist schon jetzt gespannt, welcher Content aus Instagram, Facebook, TikTok sowie in Blogs bzw. als Podcasts vorgeschlagen wird (max. 15 Minuten / Podcast-Formate: 45 Minuten). Selbst- und Fremdnominierungen sind gleichermaßen möglich.

Einsendeschluss ist der 30. September 2021. Die eingereichten Beiträge müssen seit dem 1. Januar 2021 veröffentlicht worden sein.

Detaillierte Ausschreibungsbedingungen sind abrufbar unter www.hss.de/ueber-uns/politische-influencer-in-den-sozialen-medien/ ❐

GZ Akademie

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Krisenkommunikation in Kommunen | Krisen, Projekte und Krisenprojekte
20. Juli 2021,14:00 - 15:30 Uhr
Krisenkommunikation in Kommunen in Zeiten von Ad-hoc-Journalismus und Aktivbürgern. Die Veranstaltung umfasst die Bereiche Krisenprävention und Umsetzung von Krisenkommunikation. Welche Arten von Krisen gibt es? Wie kann eine systematische Vorbereitung auf mögliche Krisen gelingen und welche Strukturen und Herangehensweisen helfen im Falle des Falls?
Referentin: Sybille Geitel, Engel & Zimmermann
Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Social Media Nutzung in Kommunen
21. Sept. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr
Über die Nutzung von Sozialen Netzwerken wird viel diskutiert. Was ist für Bürgermeister*innen sinnvoll zu nutzen? Wovon hängt es ab, wie Informationen an die Öffentlichkeit getragen werden? Und wie sollen Politiker und Verwaltungen agieren? Der Vortrag öffnet Gedanken und Wege der Social Media-Nutzung und der sinnvollen Alternativen. Diskutieren Sie mit!
Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Bildrechte & DSGVO Teil 1:
25. Nov. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr
Bildrechte & DSGVO Teil 2:
7. Dez. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr
Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.
Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: je 145,- € zzgl. MwSt. (290,- € zzgl. MwSt. für beide Termine) ❐

Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags:

Schuldenberg und Corona-Welle

Der Deutsche Städtetag hat davor gewarnt, bei kommunalen Investitionen den Rotstift anzusetzen. Bund und Länder wurden im Rahmen von Präsidiums- und Hauptausschusssitzungen in Berlin aufgefordert, in einer Gemeinschaftsaktion die Corona-Ausfälle bei der Gewerbesteuer für dieses und nächstes Jahr auszugleichen. Es gehe um die Zukunft der Städte.

Nach den Worten von Verbandsvizepräsident Markus Lewe, Oberbürgermeister der Stadt Münster, „fehlen uns 2021 und 2022 wegen Corona insgesamt 20 Milliarden Euro Steuereinnahmen. Trotzdem gibt es anders als im vergangenen Jahr keine gemeinsame Hilfe von Bund und Ländern. Die Städte müssen deshalb reihenweise Projekte absagen oder auf die lange Bank schieben. Viele Städte sind gezwungen, bei dringend nötigen Investitionen in Schulen und Kitas zu sparen. Auch die Schuldenberge wachsen wieder."

Den Städten sei nicht damit geholfen, dass Bund und Länder sich gegenseitig die Verantwortung zuschieben, betonte Lewe. „Wie im vergangenen Jahr brauchen wir eine Gemeinschaftsaktion, und dafür müsste der Bund wieder die Initiative ergreifen. Bund und Länder müssen die Gewerbesteuerausfälle durch Corona für 2021 und 2022 übernehmen. In den beiden Jahren fehlen zusammen mehr als 11 Milliarden Euro beim bundesweiten Aufkommen der Gewerbesteuer."

Investitionen kürzen

Von den Städten kommt über die Hälfte der öffentlichen Sachinvestitionen. Dank der Hilfe von Bund und Ländern im vergangenen Jahr konnten sie 2020 trotz Corona kräftig investieren. Derzeit gehen aber fast 60 Prozent der Kommunen davon aus, dass sie ihre Investitionen kürzen müssen. Das bremst den Wirtschaftsaufschwung. Viele Aufträge für Handwerk und Gewerbe aus den Regionen stehen nun auf der Kippe. Dabei gibt es bei Investitionen in den Kommunen einen gewaltigen Nachholbedarf von bundesweit 149 Milliarden Euro, allein bei den Schulen sind es rund 47 Milliarden Euro.

Lewe zufolge gibt es starke öffentliche Investitionen nur mit starken Kommunen. „Deshalb sind wir enttäuscht, dass Bundestag und Bundesrat in den letzten regulären Sitzungen vor der Wahl keine Hilfe für die Kommunen beschlossen haben. Statt nach Corona durchzustarten, die Wirtschaft anzukurbeln und kräftig in Klimaschutz und Bildung zu investieren, wird nun in vielen Städten der Rotstift regieren. Wir schlagen Alarm, um Schaden für unsere Städte und Schaden für unser Land abzuwenden. Es geht um die Zukunft unserer Städte und die Lebensqualität für die Menschen." Spätestens nach der Bundestagswahl müsse sich der Bund endlich einen Ruck geben und handeln.

Trotz bereits frühzeitig vorgenommener Konsolidierungsmaßnahmen habe sich die finanzielle Situation zum Beispiel in der Landeshauptstadt München nachdrücklich verschlechtert, so der Vizepräsident. Für die Jahre 2021 und 2022 weise die Haushaltsplanung ein deutliches Minus auf. Dieses könne von der Stadt München nicht allein gestemmt werden. Um auch weiterhin handlungsfähig zu bleiben und die wichtigen kommunalen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger weiterzuführen, seien erneute Gewerbesteuerersatzleistungen dringend notwendig. Unterbleibe dies, wäre die Stadt dazu gezwungen, weitere drastische Haushaltssicherungsmaßnahmen zu ergreifen, viele Projekte zu verschieben sowie ihre Investitionstätigkeit bis auf die Erfüllung notwendigster Pflichtaufgaben zurückzufahren. Die pandemiebedingte konjunkturelle Entwicklung mit ihren Folgen könne allerdings nur überwunden werden, wenn lokal in eine bessere Zukunft investiert wird.

Mit Blick auf die Corona-Pandemie fordert der Deutsche Städtetag Bund und Länder auf, mit vorausschauenden Maßnahmen die Gefahr einer vierten Corona-Welle zu minimieren und das Impftempo nochmal zu steigern. Laut Verbandspräsident Burkhard Jung, Oberbürgermeister von Leipzig, „sind wir erleichtert, dass die Infektionszahlen rapide sinken und wieder mehr persönliche Begegnungen möglich sind. Die Bürgerinnen und Bürger haben zu diesem Erfolg beigetragen. Dafür wollen wir Danke sagen."

Gemeinsam müsse jetzt die Gefahr einer vierten Welle im Herbst minimiert werden, fuhr Jung fort. „Je höher die Infektionszahlen sind, mit denen wir in den September starten, desto gravierender werden die Beschränkungen im Herbst werden. Meine dringende Bitte an die Menschen ist: Genießt die zurückgewonnenen Freiheiten, aber bitte verantwortungsvoll. Ob in Urlaub fahren oder zu Hause den Sommer mit Freunden genießen und feiern: Am besten ist das mit Impfung oder zumindest mit tagesaktuellen Tests, auch wenn es nicht verpflichtend ist. Unser Verhalten im Sommer entscheidet darüber, ob wir im Dezember Weihnachtsmärkte besuchen können." Außerdem müssten alle gemeinsam es schaffen, das Impftempo noch zu steigern. Die kommunalen Impfzentren leisteten dazu auch in den kommenden Wochen ihren Beitrag. „Dafür brauchen wir genug Impfstoff. Wir brauchen die Herdenimmunität so schnell wie möglich. Wir müssen im Wettlauf mit neuen Virusvarianten die Nase vorn behalten."

Impfbreitschaft hoch halten

Die Pandemie, so Jung, könne nur effektiv eingedämmt werden, wenn die Bereitschaft zum Impfen möglichst hoch gehalten wird. Das Impfen sei auch eine Frage der Solidarität. „Denn jede Impfung zählt, um eine Rückkehr zur Normalität zu erreichen. Hierzu braucht es frühzeitig Strategien." Für vorausschauendes und rasches Handeln plädieren die Städte, wenn sich wieder akute Probleme in Urlaubsgebieten zeigen. „Entbehrungen während der Pandemie gab es mehr als genug. Deshalb ist es völlig verständlich, dass die Menschen in den Urlaub fahren und Erholung suchen. Doch daraus darf kein Bumerang werden. Wichtig ist es, dass sich Reiseheimkehrer darüber bewusst sind, dass die Gefahr von Infektionen nicht gebannt ist und sich deshalb verantwortungsvoll verhalten. Lieber erst einmal einige Tage nach Rückkehr freiwillig Kontakte reduzieren, Maske tragen, testen lassen", hob Jung hervor.

Der Bund müsse vor allem gut beobachten und schnell und vorausschauend reagieren. Wenn in bestimmten Ländern mit vielen Urlaubern neue Virusvarianten auf dem Vormarsch sind und die Inzidenzen steigen, müsse der Bund die Testpflicht und Quarantäne zügig in der Einreiseverordnung anpassen. Für mehr Sicherheit seien die Reisenden allerdings auch mitverantwortlich. Die Pandemie sei noch nicht vorbei. Und Reiserückkehrer aus Hochrisiko- oder Virusvariantengebieten müssten die Quarantänepflichten unbedingt einhalten.

Die Städte werden den Sommer nutzen, damit Schutz- und Hygienemaßnahmen in den Schulen zum Beginn des neuen Schuljahres stimmen. An Bund und Länder appellieren die Städte, eine einheitlich abgestimmte Haltung für den Beginn des neuen Schul- und Kitajahres zu entwickeln.

Viele Experten befürchten, dass die Infektionen nach den Ferien in Kitas und Schulen wieder ansteigen. Deshalb forderte der Städtetagschef: „Kinder, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer brauchen einen geordneten Beginn des neuen Schul- und Kitajahres nach dem Sommer. Es darf keine Überraschungen und kein Durcheinander für Schulen und Kitas geben. Die Impfquote kann aufgrund fehlender Impfstoffe für Kinder nur niedrig sein. Deshalb müssen wir weiter flächendeckend testen. Das ist das beste Instrument, um frühzeitig Infektionen zu entdecken. Wenn die Welle erst einmal rollt, ist es zu spät."

Konzepte für junge Menschen

Jung betonte, Jugendliche und junge Erwachsene hätten sich in der Corona-Epidemie solidarisch mit den Älteren und Schwachen gezeigt. Sie haben sich an Corona-Beschränkungen gehalten, die in diesem Lebensalter die Lebensqualität in besonderer Weise beeinträchtigen. Nun sei es an der Zeit, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit zu geben, sich in größerer Zahl zu treffen, Freude zu haben und Lebensqualität zurückzubekommen. Einige Städte hätten hierfür bereits Konzepte erarbeitet. Bund und Länder seien gefordert, die rechtlichen Rahmenbedingungen des Infektionsschutzes so auszugestalten, dass sie diese Konzepte ermöglichen.

Auch im Herbst müsse die Impfkampagne weitergehen, machte der Städtetag deutlich. „Wenn allen Impfwilligen ein Angebot gemacht werden konnte, darf die Impfkampagne nicht einfach abbrechen. Wir müssen mehr Menschen ansprechen, die sich beim Impfen bisher zurückhalten. Wir müssen ihnen niedrigschwellig Angebote machen. Wir wollen stärker auf schwer erreichbare Menschen in benachteiligten Stadtteilen zugehen. Mobile Impfteams können beispielsweise gezielt wohnungslose Menschen ansprechen oder Auffrischungsimpfungen in Alten- und Pflegeheimen übernehmen", stellte Jung fest.

Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur forderte der Verbandspräsident zudem, beim Klimaschutz mutigere Schritte zu gehen. Um schneller voranzukommen, müsse der CO2-Preis auf Öl und Gas zeitnah auf mindestens 50 Euro pro Tonne erhöht werden. Ohne einen höheren CO2-Preis könne es keine ausreichenden Anreize für Verhaltensänderungen geben, argumentierte Jung. Das bedeute dann aber auch, den öffentlichen Nahverkehr und die Stromversorgung auf Basis erneuerbarer Energien deutlich auszubauen.

Auch dürfe der soziale Ausgleich bei steigenden CO2-Preisen nicht fehlen. Insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen dürften nicht zusätzlich durch höhere Kosten belastet werden, erklärte Jung. Derzeit liegt der CO2-Preis, der seit 1. Januar im Wärme- und Verkehrsbereich auf fossile Energieträger gilt, bei 25 Euro pro Tonne Kohlenstoffdioxid. Im kommenden Jahr soll er nach den Plänen der Bundesregierung bei 30 Euro liegen und bis 2025 schrittweise auf 55 Euro steigen. **DK**

GZ KOLUMNE Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,



eine große Herausforderung für die Zukunft unserer Kommunen ist die Digitalisierung. Durch die Corona-Pandemie haben sich unsere Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke diesem Thema mit neuer Intensität angenommen. Die Verwaltung arbeitet – sofern möglich – aus dem Homeoffice, kommunale Informationsveranstaltungen werden hybrid abgehalten und die Bürgerinnen und Bürger können vom Sofa aus ihre Termine bei den Behörden buchen. Das ist im Jahr 2021 bereits in vielen Kommunen die Realität; vor ein paar Jahren war das noch nicht vorstellbar.

Unsere bayerischen Kommunen sind bereits Vorreiter bei der Digitalisierung der Rathäuser und Verwaltungen. Doch es könnten noch mehr Kommunen werden. Laut aktuellen Studien braucht es noch Unterstützung bei der Umsetzung der lokalen Digitalisierungsstrategie. Hier bedarf es einerseits der finanziellen und rechtlichen Unterstützung von Bund und Freistaat, andererseits müssen die Verantwortlichen das Thema Digitalisierung auch vor Ort selbst erkennen und anpacken. Die große Herausforderung dabei ist, dass die Digitalisierung heutzutage fast alle kommunalen Aufgabenbereiche betrifft.

KPV-Zukunftsthema:

Digitalisierung unserer Kommunen

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) hat die Rahmenbedingungen für den Weg zur Digitalisierung der kommunalen Verwaltung bereits rechtlich gefestigt. Im sog. „Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen" werden die Verwaltungen dazu verpflichtet, ihre Leistungen bis Ende 2022 online zugänglich zu machen. Für manche Kommunen ist das ein personeller und finanzieller Kraftakt, den sie aber gerne auf sich nehmen.

Für die KPV ist klar: Die Digitalisierung soll das Arbeitsumfeld in der Verwaltung verbessern und zugleich den Service für die Bürger vereinfachen. Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung war die Einführung der Bayern-App. Die neue App des Bayerischen Digitalministeriums bietet einen schnellen Zugang zu Serviceleistungen der Kommunen, die bereits jetzt online beantragt werden können. Außerdem gibt die App zuverlässige Informationen über zuständige Behörden und die Serviceleistungen an sich. Ein Mehrwert für die Bürger und unsere Kommunen.

Ein weiterer zentraler Bestandteil der Digitalisierung ist die direkte Kommunikation der Kommunen mit den Bürgern. Die politischen Mandatsträger können sich so über digitale Umfragen schnell und einfach ein Stimmungsbild zu aktuellen Themen vor Ort einholen oder die Bürger aktiv bei großen Projekten mit einbinden. Eine breite Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene schafft Verständnis für Entscheidungen vor Ort. Auf keiner anderen politischen Ebene sind diese so schnell und effizient zu realisieren.

Nutzen wir gemeinsam diesen digitalen Aufwind, der durch die Corona-Krise entstanden ist.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Bayernwerk vergibt Kinderbibliothekspreis 2021

Regensburg. Mit Förderungen in Höhe von 75.000 Euro unterstützt das Bayernwerk auch in diesem Jahr die Arbeit bayerischer Bibliotheken. Das Unternehmen zeichnet damit konkret das Engagement für Leseförderung im Kinder- und Jugendbereich aus.

Den mit jeweils 5.000 Euro dotierten Kinderbibliothekspreis 2021 haben die Stadtbücherei Geretsried (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen), die Stadtbibliothek Münchberg (Landkreis Hof), die Gemeindebücherei Schwarzenfeld (Landkreis Schwandorf), und die Gemeindebücherei Altfraunhofen (Landkreis Landshut) erhalten. Einen Sonderpreis gab es für die Straubinger Stadtbibliothek im Salzstadel (Landkreis Straubing-Bogen). Sie war 2008 schon einmal mit dem Kinderbibliothekspreis ausgezeichnet worden und hat seither mit der „Leseregion Straubing" ein bundesweit einmaliges Konzept zur Förderung der Lese- und Informationskompetenz im ländlichen Raum geschaffen. Darüber hinaus haben insgesamt 50 bayerische Kommunen eines der begehrten, mit jeweils 1.000 Euro dotierten Lesezeichen erhalten.

Medienkompetenz aufbauen

Da die traditionelle Preisverleihung im großen Rahmen wegen der anhaltenden Ausnahmesituation durch das Infektionsgeschehen nicht möglich ist, besucht das Bayernwerk die fünf Preisträger vor Ort. Die Preisverleihung findet jeweils im kleinen Rahmen statt. Bernd Sibler, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, erläutert die Bedeutung öffentlicher Einrichtungen: „Bücher, Fachzeitschriften und Hörspiele sind bedeutende Wissensspeicher, aus denen Kinder und Jugendliche wichtige Erkenntnisse schöpfen können. Bibliotheken sind die Hüterinnen dieser medialen Kostbarkeiten und von unschätzbarem Wert, wenn es darum geht, gerade die jüngere Generation in ihrer Lesekompetenz zu stärken. Damit tragen sie entscheidend zur Bildungsgerechtigkeit in unserem Land bei. Als sogenannte Dritte Orte sind Bibliotheken Knotenpunkte der Gesellschaft, Orte der Begegnung und des Austausches."

„Gerade in einer zunehmend digitalen Welt sollten wir unseren Kindern und Jugendlichen weiterhin das Glück des analogen Lesens vermitteln", ergänzt Bayernwerk-Vorstand Dr. Egon Westphal. „Unsere Büchereien leisten hierzu einen wichtigen Beitrag und bieten in ganz Bayern einen reichlichen Schatz an Wissen und spannenden Geschichten."

Auswahl durch Fachjury

Seit 2007 verleiht das Bayernwerk in Kooperation mit der Landesfachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen der Bayerischen Staatsbibliothek und dem katholischen Medienhaus Sankt Michaelsbund gemeinsam den Kinderbibliothekspreis. Die Auswahl der Preisträger erfolgt durch eine Fachjury.

Informationen: www.bayernwerk.de/kinderbibliothekspreis.

Hanns Seidel Stiftung

www.hss.de

KOMMUNALPOLITISCHE LEITFÄDEN DER HANNS-SEIDEL-STIFTUNG

▸ **Band 4: Rechnungsprüfung**

Jetzt kostenfrei bestellen:
www.hss.de/kommunalpolitik

Weitere Bände in dieser Reihe:
- ▸ Band 1: Rechtliche Grundlagen kommunaler Selbstverwaltung
- ▸ Band 2: Öffentliches Baurecht in der Gemeinde
- ▸ Band 3: Grundlagen kommunaler Haushaltsführung

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstr. 33 | 80636 München



Krisenstrukturen ...

Fortsetzung von Seite 1)
dem, so Sager, habe sich in den ersten Wochen der Pandemie gezeigt, dass es zu geringe Vorräte etwa an Schutzmasken und ähnlichen Gegenständen gegeben habe. Auch hier müsse weiter an optimalen Abläufen gearbeitet werden.

Stichwort Ganztagsbetreuung: Der Deutsche Landkreistag fordert Bund und Länder auf, im Gesetzgebungsverfahren zur Schaffung eines Rechtsanspruchs für Grundschüler ab 2026 zumindest eine für die Kommunen tragbare Finanzierung zu verabreden. „Die Kostenfrage wird bislang zwischen den Beteiligten wie eine heiße Kartoffel behandelt: Jeder schiebt sie zum anderen, um sich nur ja nicht die Finger zu verbrennen. Am Ende sind es aber die Landkreise und Städte, die auf den Ausgaben sitzen bleiben. Dieses Spiel machen wir nicht mit“, stellte Reinhard Sager fest. Es gehe um nicht weniger als 4 Mrd. Euro pro Jahr, die nicht ausfinanziert seien. Der Bund beteilige sich in der letzten Ausbaustufe mit knapp 1 Mrd. Euro, „womit 3 Mrd. Euro pro Jahr bei uns hängen bleiben“.

Auskömmliche Finanzierung für die Kommunen

Bund und Länder müssten deshalb entweder im Gesetzgebungsverfahren eine auskömmliche Finanzierung für die Kommunen vereinbaren oder aber die Länder müssten sich dazu verpflichten, ihre Kommunen von den Kostenfolgen vor allem bei den Betriebsausgaben freizuhalten. Vor einem derart folgenreichen Gesetzgebungsverfahren hätte der Bund mit Ländern und kommunalen Spitzenverbänden einvernehmliche und verbindliche Regeln zur dauerhaften Finanzierung der Betriebskosten und der Investitionskosten treffen müssen, erklärte Sager. „Das ist unterblieben, so dass wir erneut in letzter Minute Klärungen einfordern müssen. Das ist unwürdig.“

Eine tragfähige Lösung bestehe darin, dass der Bund den Ländern für diese Milliardenaufgabe dauerhaft Umsatzsteuerpunkte überlässt. „Dies würde auch der Dynamik der Ausgabenentwicklung gerecht werden. Die Länder wiederum haben gegenüber den Kommunen vollständig für die Finanzierung der neuen Aufgabe einzustehen und müssen sich dazu auch klar bekennen.“

Leitlinien für Sparkassen

Eingehend befasste sich das Präsidium des Deutschen Landkreistags darüber hinaus mit den auch im Deutschen Sparkassen- und Giroverband gegenwärtig intensiv erörterten „Leitlinien für die Struktur öffentlich-rechtlicher Sparkassen“. Angesichts der langanhaltenden Niedrigzinsphase und der überbordenden Anforderungen der Regulatorik wird vielerorts über Fusionen zwischen bisher im Markt bewährten Sparkassen nachgedacht, um auch künftigen Anforderungen gerecht zu werden. Nach Auffassung des DLT-Präsidenten ist dies grundsätzlich durchaus sachgerecht und gerade im Kundeninteresse verantwortungsbewusst. Dabei müssten aber im Interesse der Gesamtheit der Sparkassen bestehende Grundprinzipien gewahrt bleiben. „Wo Sparkasse draufsteht, muss immer auch Sparkasse drin sein“, betonte Sager.

Konkret bedeute dies: „Kommunale Sparkassen, die durchweg öffentlich-rechtliche Anstalten sind, müssen dies auch in Zukunft ohne Wenn und Aber bleiben. Da können wir keine Konzessionen machen. Außerdem darf es wegen der spezifischen Kundennähe und der demokratischen Legitimation kommunale Sparkassen nur in einem zusammenhängenden Geschäftsgebiet in einem Wirtschaftsraum geben, was zum Beispiel Sprungfusionen grundsätzlich ausschließt. Darüber hinaus dürfen Sparkassen größenmäßig nicht aus der kommunalen Bindung herauswachsen und zu Regionalbanken werden.“

Kommunale Selbstverwaltung sei durch die Überschaubarkeit des Gebiets und der verrichteten Tätigkeiten gekennzeichnet. „Das gilt auch für kommunale Sparkassen. Wo insoweit Grenzen der Ausdehnung liegen, haben in erster Linie die Träger vor Ort zu entscheiden. Ihre Überlegungen müssen sich aber in die Gesamtstrukturen des jeweiligen Sparkassenverbandes einfügen. Insoweit haben die Sparkassenregionalverbände und auch die Sparkassenaufsicht der Länder ein wichtiges Wächteramt“, unterstrich der Verbandschef abschließend. **DK**

2. Stufe der Behördenverlagerungen

Die 1. Stufe der Behördenverlagerungen ist ein voller Erfolg, das Konzept der 2. Stufe Behördenverlagerungen Bayern 2030 setzt den eingeschlagenen Weg zielstrebig fort. Das bereits seit 2015 erfolgreich erprobte Personalrahmenkonzept soll auch für die 2. Stufe gelten. Für eine erfolgreiche Umsetzung ist eine sozialverträgliche Gestaltung des Verlagerungsprozesses von größter Bedeutung. Es gilt der Grundsatz der Freiwilligkeit – niemand wird gegen seinen Willen versetzt.

Die 2. Stufe der Behördenverlagerungen Bayern 2030 umfasst ein Verlagerungsvolumen von rund 2.670 Arbeits- und 400 Studienplätzen, überwiegend aus der Stadt bzw. dem Verdichtungsraum München. Der Ministerrat hat 14 Verlagerungsprojekte für alle Regierungsbezirke Bayerns beschlossen:

- Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern; Kronach rund 400 Studienplätze und knapp 70 Beschäftigte
- Sicherheitsschwerpunkt mit Neugründung eines Logistikzentrums Polizei Bayern; Hof; rund 300 Beschäftigte
- Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (Teilverlagerung); Bad Kissingen; rund 100 Beschäftigte
- Bearbeitungsstelle des Finanzamts München; Schweinfurt; rund 300 Beschäftigte
- Bayerischer Verwaltungsgerichtshof (VGH); Ansbach; weitere Außensenate mit mindestens 35 Beschäftigten
- Landesanwaltschaft Bayern; Ansbach; mindestens 5 Beschäftigte
- Grundsteuerfinanzamt; Zwiesel und Viechtach; rund 300 Beschäftigte
- Neugründung Verwaltungsgericht; Freyung; rund 50 Beschäftigte
- Neugründung Außenstelle Bayern Tourismus Marketing GmbH; Waldkirchen; rund 10 Beschäftigte
- Landesamt für Finanzen; Weiden; rund 300 Beschäftigte
- Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr (Teilverlagerung); Augsburg; rund 200 Beschäftigte
- Regierung von Oberbayern (Teilverlagerung); rund 1.000 Beschäftigte, davon rund 500 Beschäftigte in den Raum Ingolstadt und rund 500 Beschäftigte in den Raum Rosenheim
- Eichtechnische Sonderprüfstelle des Landesamtes für Maß und Gewicht; Grafenau; 10 Beschäftigte. ❐

Trotz Krise erneut ...

(Fortsetzung von Seite 1)
rund 850 Mio. Euro. Dazu zählt neben den sog. Pro-Kopf-Beträgen auch das Aufkommen an Gebühren, Geldbußen und Verwarnungsgelder, das den Kommunen überlassen wird.

Auf dem Rekordniveau von 650 Mio. Euro aus dem Vorjahr fortgeführt wird der Haushaltsansatz für den kommunalen Hochbau, insbesondere von Schulen und Kindertageseinrichtungen. Zusätzlich werden einmalig 360 Mio. Euro für kommunale Hochbaumaßnahmen bereitgestellt. 2022 steht den Kommunen damit insgesamt gut 1 Mrd. Euro für den kommunalen Hochbau zur Verfügung. Gleichzeitig werden die Mittel für die Krankenhausfinanzierung (643 Mio. Euro) und die allgemeine Investitionspauschale (446 Mio. Euro) auf dem hohen Vorjahresniveau fortgeführt.

Straßenausbaupauschalen

Für die Straßenausbaupauschalen, die der Staat den Gemeinden nach der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gewährt, stehen 2022 über den regulären Etat von 85 Mio. Euro hinaus insgesamt 125 Mio. Euro zur Verfügung. Das ist deutlich mehr, als die Kommunen vor Einführung der Pauschalen an Straßenausbaubeiträgen eingenommen haben.

Die Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen, mit denen besonders strukturschwache oder in eine finanzielle Notlage geratene Kommunen zielgenau unterstützt werden, werden 2022 wieder 120 Mio. Euro betragen. Wie im Vorjahr werden aus dem Mittelansatz erneut 10 Mio. Euro zur finanziellen Unterstützung der bayerischen Kur- und Fremdenverkehrsorte verwendet. Fortgeführt werden auch die Zuweisungen an die Bezirke auf dem hohen Niveau von 706,5 Mio. Euro.

Härtefallförderung

Mit Mitteln in Höhe von 90 Mio. Euro fortgesetzt wird die Härtefallförderung für den Bau von Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen. Hinzu kommen einmalig 40 Millionen Euro für kurzfristige Investitionsbedarfe in diesem Bereich. Diese Förderung kommt vor allem kleineren Gemeinden im ländlichen Raum zugute.

GemeindetagspräsidentDr.UweBrandl als diesjähriger Verhandlungsführer der kommunalen Spitzenverbände bewertete die Ergebnisse angesichts schwieriger Rahmenbedingungen positiv: „Alles in Allem konnte für die Gemeinden ein ganz passables Ergebnis erreicht werden.“ Brandl dankte dem Freistaat, dass er unverändert an der Seite der Kommunen steht und sich beim Bund gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden dafür einsetzt, dass dieser seiner gesamtstaatlichen Verantwortung nachkommt und auch im Jahr 2021 die Gewerbesteuerausfälle der Kommunen ausgleicht. „Der Freistaat hat seine Bereitschaft erklärt, seinen hälftigen Beitrag im Rahmen einer solchen Regelung wie im letzten Jahr zu leisten. Das erwarten wir auch vom Bund.“

„Als Umlageempfänger ist die Stabilisierung bzw. Verbesserung der Schlüsselzuweisungen ein wichtiger Faktor, den wir sehr begrüßen“, betonte Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags. „Wir erwarten zudem vom Bund, dass er wie im vergangenen Jahr die Gewerbesteuerausfälle gemeinsam mit dem Freistaat Bayern kompensiert.“

Kompensation der Gewerbesteuerausfälle

„Die Kompensation der Gewerbesteuerausfälle durch Freistaat und Bund war im letzten Jahr von enormer Bedeutung für die Stabilität der Kommunalfinanzen. Ein Ersatz der diesjährigen Ausfälle durch den Bund ist derzeit leider nicht in Sicht“, stellte Markus Pannermayr, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, fest. Umso wichtiger sei das Signal, dass der Freistaat weiter beim Bund auf eine Ausgleichsregelung hinwirkt und bereit ist, wie im Vorjahr seinen hälftigen Anteil zu leisten. „Dafür bedanken wir uns und setzen uns weiter gemeinsam mit dem Freistaat mit Nachdruck dafür ein, dass auch der Bund die Kommunen nicht im Stich lässt.“

Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirketags, erklärte: „Bisher sind wir mit einem blauen Auge davongekommen – dafür sind wir dem Bund und dem Freistaat sehr dankbar. Da die Bezirke aber weitestgehend über Umlagen finanziert werden, sind wir auf solide Haushalte von Gemeinden, Städten und Landkreisen angewiesen. Auch für 2021 braucht es für den Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle die Unterstützung von Bund und Freistaat. Denn wenn die anderen kommunalen Ebenen in eine finanzielle Schieflage geraten, trifft das auch die Bezirkshaushalte. Für das kommende Jahr sind wir zunächst einmal froh, dass die Zuweisungen an die Bezirke nach Art. 15 BayFAG stabil bleiben und die Schlüsselmasse noch einmal gestärkt wurde.“ **DK**

Versorgungsauftrag ...

(Fortsetzung von Seite 1)
beitrags für Kinderlose sowie der Bundeszuschuss von einer Milliarde Euro werden hier nicht ausreichen“, betonte Löffler.

Auch in der psychiatrischen Versorgung werde den Gesundheitseinrichtungen der Bezirke nach dem Abflauen der Pandemie eine wichtige Rolle zukommen. „Diese Krise ist nicht spurlos an den Menschen vorüber gegangen. Deshalb müssen unsere bezirklichen Gesundheitseinrichtungen gewappnet sein, um auch weiterhin Menschen mit psychischen Erkrankungen zuverlässig und angemessen versorgen zu können“, unterstrich der Präsident.

Bundesschutzschirme

Die Bundesschutzschirme für die Krankenhäuser aus dem Jahr 2020 und 2021 hätten auch die Leistungsfähigkeit der bezirklichen Einrichtungen sichergestellt. Seit 1. Januar 2020 jedoch gelte die Richtlinie zu Personalmindestvorgaben in Psychiatrie und Psychosomatik. Deren teils sehr kleinteilige Vorgaben bei der Personalausstattung und die gleichzeitig eingeführten Sanktionsmechanismen erschwerten eine bedarfsgerechte, patientenzentrierte, flexible und sich weiterentwickelnde Versorgung psychisch und psychosomatisch kranker Menschen in teil- und vollstationären Einrichtungen. Besonders die Existenz kleinerer Einrichtungen könne dadurch gefährdet werden. „Diese Regelung macht alle unsere Bemühungen für eine dezentrale und wohnortnahe psychiatrische Versorgung zunichte. Hier würden wir uns mehr Flexibilität von den Verhandlungspartnern auf Bundesebene wünschen. Durch die Corona-Pandemie lassen sich zudem die Personalbedarfe in unseren Kliniken nur sehr schwer planen, so dass die Einhaltung der Vorgaben noch schwieriger wird“, stellte Löffler fest.

Laut Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek hat die Corona-Pandemie auch für die Bezirke Einschränkungen gebracht. „Sie haben ihre Aufgaben trotzdem als verlässlicher Partner der Staatsregierung gemeistert und durch einen klugen Einsatz des Personals alles dafür getan, den Versorgungsauftrag zu erfüllen. Dafür möchte ich allen Beteiligten herzlich danken.“

Der Freistaat, so der Minister, setze sich vehement dafür ein, dass für die bayerischen Kliniken während der Corona-Pandemie finanzielle Sicherheit besteht. Beim zuständigen Bund sei erreicht worden, dass alle Krankenhäuser wie im Jahr 2020 auch 2021 einen angemessenen Ausgleich von Erlösrückgängen im Vergleich zum Jahr 2019 vereinbaren können.

Sozialpolitische Forderungen

Mit Blick auf die Bundestagswahl am 26. September verabschiedeten die Delegierten aus den Bezirken die sozialpolitischen Forderungen des Bayerischen Bezirketags für die 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags. In dem Papier heißt es u.a.: „Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Sie gilt für alle Lebensbereiche, für die Kindertagesstätte wie für Schule und Hochschule oder andere Ausbildungsorte, für das Arbeitsleben wie für die Freizeitgestaltung in Schwimmbädern, Kinos und Theatern, für öffentliche Einrichtungen, Arztpraxen und Krankenhäuser, für Bauherren und den öffentlichen Personenverkehr. Die Bezirke als Träger der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe sind jedoch nicht für alle diese Bereiche verantwortlich.“

„Unsere Aufgabe ist es, immer dann einzuspringen, wenn Menschen mit Behinderungen nicht gleichermaßen am Leben teilhaben können und hierzu erforderliche Leistungen nicht von anderen Stellen erhalten“, unterstrich Präsident Löffler. „Deshalb gilt: Je besser die Inklusion in allen gesellschaftlichen und öffentlichen Bereichen gelingt, desto weniger Sozialleistungen sind erforderlich.“

Besonders dringlicher Handlungsbedarf bestehe bei der Finanzierung der Leistungen im Bereich der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege. Seit Jahren steigen hier die Kosten an. Allein von 2015 bis 2019 sind die Nettoausgaben der Eingliederungshilfe in Bayern von 2,3 auf 2,9 Milliarden Euro gestiegen. Durch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes wurden in den Bezirken bisher 300 zusätzliche Stellen geschaffen. Auch durch die Pflegereformen sowie durch das Angehörigenentlastungsgesetz sind Mehrbelastungen entstanden. Die Bezirke fordern daher vom Bund, gemeinsam mit den Ländern geeignete Wege zu finden, wie die Mehrbelastungen in der Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege vollständig und dynamisch kompensiert werden können.

Steigende Kosten in der Altenpflege

Auch in der Altenpflege werden in den nächsten Jahren die Kosten weiter deutlich steigen. Zum einen wird es immer mehr pflegebedürftige Menschen geben. Zum anderen werden eine verbesserte Personalausstattung sowie höhere Löhne, wie kürzlich in der Reform der Pflegeversicherung beschlossen, den Heimaufenthalt teurer machen. Die finanzielle Belastung von Pflegebedürftigen in Pflegeeinrichtungen beträgt im Bundesdurchschnitt derzeit monatlich rund 2.000 Euro. Dies überfordert viele Pflegebedürftige. Deshalb appelliert der Bayerische Bezirketag an den Bund, die Eigenbeteiligung der Pflegebedürftigen an den pflegebedingten Aufwendungen durch einen nach Ländern differenzierten Festbetrag zu deckeln. Nur so blieben die Kosten für Heimbewohner berechenbar.

Um die Beschäftigungschancen von schwerbehinderten Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu verbessern, ist nach Auffassung des Verbandes die Ausgleichsabgabe deutlich zu erhöhen. Arbeitgeber mit mindestens 20 Arbeitsplätzen seien gesetzlich verpflichtet, auf wenigstens fünf Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. Wird diese Pflicht nicht erfüllt, so sei eine Ausgleichsabgabe zu leisten, die aktuell monatlich je unbesetztem Pflichtarbeitsplatz zwischen 125 und maximal 360 Euro, abhängig von der Anzahl der nicht besetzten Pflichtarbeitsplätze und der Betriebsgröße, liegt. Eine deutliche Erhöhung der Ausgleichsabgabe soll dazu beitragen, im Sinne der Inklusion mehr Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit zu geben, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt einen Arbeitsplatz zu finden.

Fachkräftemangel

Auf Bundesebene wird der Fachkräftemangel vor allem im Bereich des medizinischen Versorgungssystems und der Alten-/Seniorenhilfe diskutiert. Der Bereich der Eingliederungshilfe steht dabei nicht im Mittelpunkt. Ein der konzertierten Aktion Pflege (KAP) vergleichbares Instrument sollte aus Sicht des Bayerischen Bezirketags auch für die Eingliederungshilfe geschaffen werden. In der Folge entstehende Mehrkosten müssten vom Bund kompensiert werden.

Hauptamtlichkeit des Bezirkstagspräsidenten

Mit großer Mehrheit sprachen sich die Delegierten schließlich auch dafür aus, dass das Amt des Bezirkstagspräsidenten bzw. der Bezirkstagspräsidentin künftig hauptamtlich ausgeführt werden soll. Allerdings sollen die Bezirkstage zunächst selbst entscheiden können, ob sie ihren Präsidenten haupt- oder ehrenamtlich einsetzen wollen. Die Entscheidung eines Bezirks für die Hauptamtlichkeit des Bezirkstagspräsidenten soll für die Zukunft bindend sein. Danach ist kein Wechsel zwischen der haupt- und ehrenamtlichen Ausübung des Amtes mehr möglich. Für die Einführung einer optionalen Hauptamtlichkeit müssen jedoch erst die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Über diese Gesetzesänderungen entscheidet letztlich der Bayerische Landtag.

„Unsere Argumente sind jetzt auf dem Tisch“, erklärte Löffler. In den vergangenen Jahren hätten die Bezirke und ihre Aufgaben enorm an Bedeutung gewonnen. Bayernweit sind rund 4.500 Menschen nur in den Verwaltungen der sieben Bezirke beschäftigt. Hinzu kommen noch einmal rund 25.000 Beschäftigte in den Gesundheitseinrichtungen. Mit der Einführung der Hauptamtlichkeit soll vor allem das Amt an die aktuellen Begebenheiten angepasst werden. **DK**

Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik:

Gemeinsam. Fair. Global. Nachhaltig.

Kommunen sind auf Grund der Bürgernähe für die Umsetzung der Agenda 2030 mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen entscheidend. Die Lösungen globaler Herausforderungen finden sich oft auf lokaler Ebene: Faire Beschaffung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Digitalisierung, Klimaschutz, Pandemiebewältigung. Doch was bedeutet das für Kommunen und ihre Partner im Globalen Süden? Diese und weitere Fragen standen im Zentrum der 15. Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik in Bonn, durchgeführt von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW). Über 800 Teilnehmer verfolgten den Livestream, nutzten die Chat- und Fragemöglichkeiten der virtuellen Veranstaltungsplattform und brachten sich in über 30 interaktive Workshops ein.

Laut Mitgastgeberin Katja Dörner, Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn, hat die SKEW einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, die Bedeutung der kommunalen Entwicklungspolitik sichtbarer und in ihrer Wirkung messbarer zu machen. „Kommunen wurden dadurch darin gestärkt, ihre Partnerschaften mit Städten des Globalen Südens auszubauen“, so Dörner. Bei der Bundeskonferenz für Kommunale Entwicklungspolitik werde die Rolle der Kommunen als global verantwortliche Akteure zur Umsetzung internationaler Agenden und nachhaltiger Entwicklung sichtbar.

1.000 engagierte Städte, Landkreise und Gemeinden sind in Programmen der SKEW aktiv. Stellvertretend ehrte Norbert Barthle, Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), drei Kommunen für ihren Einsatz: den Kreis Heinsberg, der mit Unterstützung des SKEW-Programms „Global Nachhaltige Kommune“ eine lokale Nachhaltigkeitsstrategie auf den Weg bringt, die Gemeinde Pfinztal, die in einer Klimapartnerschaft mit der Gemeinde Kidira im Senegal aktiv ist und die Stadt Cottbus, die gemeinsam mit migrantischen Akteurinnen und Akteuren an der Umsetzung der Agenda 2030 arbeitet.

In seinem digitalen Grußwort ging Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller auf die Urbanisierung und ihre Folgen ein. „Fast in jeder der großen Städte in Afrika, in Indien aber auch in Asien bilden sich riesige Slumsiedlungen um den Kern der Städte. Und die Menschen leiden gewaltig unter den Folgen: Umweltverschmutzung, Wassernot, Müllnotstand.“ Um gegen diese Missstände anzukämpfen, sei auch die Unterstützung deutscher Städte und Gemeinden nötig.

Agenda 2030 wird auf lokaler Ebene umgesetzt

Dass Kommunen eine ausgewiesene Kompetenz für die Entwicklungspolitik besitzen, unterstrich auch der CDU-Vorsitzende und nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet. Das Ziel internationaler Kooperation müsse sein, in respektvoller Zusammenarbeit und im Austausch von Wissen und Kompetenzen daran mitzuwirken, dass Lösungen vor Ort entwickelt werden und sich dort wirkungsvoll entfalten können. Gerade auf lokaler Ebene fielen viele Entscheidungen, von denen es abhängt, ob die Agenda 2030 der Vereinten Nationen umgesetzt wird.

Als starkes und entschlossenes Signal der Kommunen zur Umsetzung der Agenda 2030 wurde auf der Bundeskonferenz ein „Pakt Agenda 2030 kommunal“ diskutiert. „Dieses Dokument soll den Geist der Buko widerspiegeln“, erklärte SKEW-Beiratsvorsitzender David Linse, unter dessen Federführung das Abkommen umgesetzt wird.

Welchen Beitrag lokale Entwicklung zur globalen Herausforderung der Agenda 2030 leisten kann, erläuterte der Präsident des Umweltbundesamts, Prof. Dr. Dirk Messner. Bis 2050 werde sich die globale Infrastruktur der Städte verdoppeln, prognostizierte Messner. Damit Umwelt- und Klimaschutz bei dieser „Urbanisierung mit Wucht“ nicht auf der Strecke bleiben, müsse die Verantwortung lokaler Politik aufgewertet werden. Hierzu müssten lokale Räume und Akteure mit Ressourcen ausgestattet werden. Lokale Entwicklung sei „ein Treiber globaler Vernetzung – ein weltpolitischer Moment“.

In der Podiumsdiskussion „Rückblick und Ausblick Agenda 2030 – Kommunen gestalten Zukunft“ diskutierten Dr. Doris Witteler-Stiepelmann, Beauftragte für Kommunen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Dr. Marc-Oliver Pahl, Generalsekretär Rat für Nachhaltige Entwicklung, Dr. Stefan Wilhelmy, Leiter Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Erastus J. O. Mwencha, Vorstandsvorsitzender African Capacity Building Foundation und Bonns Rathauschefin Katja Dörner auch die Folgen der Corona-Pandemie.

Dass das Thema Entwicklungspolitik in Zeiten der Pandemie weniger präsent war, darauf verwiesen sowohl Katja Dörner als auch Erastus J. O. Mwencha: „Wir wollen die Nachhaltigkeitsziele nach wie vor erreichen, haben aber im Moment nicht mehr die Ressourcen dazu“, erklärte der Vorstandsvorsitzende. Armut sei in Afrika zu einer noch größeren Herausforderung geworden, es werde ein, zwei Jahre dauern, bis der Zustand vor der Krise wieder erreicht sei. „Die pandemische Krise macht deutlich, dass wir uns auch entwicklungspolitisch so ausrichten müssen, dass wir diese Schocks verdauen können“, hob Dr. Stefan Wilhelmy, Leiter der SKEW, hervor. Für die Partner im Globalen Süden seien die Bedingungen noch erschwert. Die globalen Nachhaltigkeitsziele könnten aber nur gemeinsam erreicht werden.

Sowohl Dr. Koko Warner, Klimaspezialistin der Vereinten Nationen, als auch Professor Dr. Anna-Katharina Hornidge, Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), machten deutlich, wie dringlich es ist, angesichts globaler Megatrends wie Klimawandel und Ressourcenschwund und weltweiter Erschütterungen durch die Corona-Pandemie die Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik als Handlungsgrundlage anzupassen und multilateral, interdisziplinär und strukturell neu zu denken. Auch hier zählten die Kommunen zu den wichtigsten Playern.

Dass auf lokaler Ebene ein breites Engagement und große Umsetzungskraft vorhanden ist, davon konnten sich die Teilnehmer dreier Workshops überzeugen. Zu allen Handlungsfeldern – vom fairen Handel und fairer Beschaffung über kommunale Partnerschaften, Migration, sozialen Zusammenhalt und Umsetzung der SDGs – wurden in den Arbeitsgruppen gute Praktiken ausgetauscht, Herausforderungen fokussiert erörtert und der Blick in die Zukunft gerichtet.

Apropos gute Praktiken: Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) nahm die Konferenz zum Anlass, eine Broschüre zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit mit Best-Practice-Beispielen zu veröffentlichen. „Sauberes Trinkwasser, verlässliche Energieversorgung oder die sichere Entsorgung von Abfall und Abwasser: Was für uns alltäglich ist, ist nicht überall auf der Welt selbstverständlich. Verlässliche Daseinsvorsorge kann einen Beitrag zum Schutz der Gesundheit und mehr Lebensqualität und nicht zuletzt für mehr Ressourcen- und Klimaschutz leisten. Und – als Standortfaktor – auch die Wirtschaft vor Ort stärken. Für all diese Ziele ist das Engagement von immer mehr kommunalen Unternehmen mit Partnern in den Ländern des Globalen Südens wichtig: Ziel ist es, sich auszutauschen, voneinander zu lernen und Know-how zu transferieren. Wie das gut gelingt, zeigen wir mit unserer Broschüre“, betonte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing.

In den zentralen Gebieten der Daseinsvorsorge lernten auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunaler Unternehmen viel von ihren Partnern, z. B. zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels. So entstünden Partnerschaften auf Augenhöhe, von denen beide Seiten profitieren. Mit seiner Publikation beabsichtigt der VKU, weitere Partnerschaften anzuregen und noch mehr kommunale Unternehmen, Politik und interessierte Öffentlichkeit über die Bedeutung, Chancen und Bestätigungsfelder kommunaler Entwicklungszusammenarbeit zu informieren. **DK**

Serie „Kommunale Entwicklungspolitik anders denken“, Teil 1:

Neue Chancen für starke Nord-Süd-Allianzen

Unsere Autorin Anja Schuchardt behandelte im Rahmen ihrer Masterarbeit das Thema „Kommunale Entwicklungshilfe“.

Kommunen kommt in der Entwicklungszusammenarbeit eine Schlüsselrolle zu. Sie tragen zum aktuellen Paradigmenwechsel bei. Es geht einerseits um die Auflösung der Unterteilung in Geber- und Nehmerländer sowie andererseits um den nachhaltigen Aufbau globaler Partnerschaften. Damit ‚Kommunikation auf Augenhöhe’ als maßgebliche Zielvorgabe in der Umsetzung des Paradigmenwechsels aber nicht nur eine Floskel bleibt, sollten elementare Aspekte in der interkulturellen Zusammenarbeit verankert werden. Was dazu zählt, zeigt die aktuelle Serie „Kommunale Entwicklungspolitik anders denken“ der Bayerischen GemeindeZeitung.

Der aktuelle Bericht der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen richtet einen eindeutigen Appell an die Weltgemeinschaft: „Es ist heute wichtiger denn je, Multilateralismus und globale Partnerschaft zu stärken“. Wie sich dieser Ansatz in der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) umsetzen lässt, zeigt die Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ der kommunalen Spitzenverbände. So erhalten Kommunen durch ihre Beteiligung einerseits einen ersten Zugang zur KEZ und andererseits die Chance, im Rahmen der Kooperation weitere gemeinsame Handlungsfelder zu erschließen, auf deren Grundlage die Entwicklung kommunaler Partnerschaften gestärkt werden soll. Welche Bedeutung und Einfluss besitzt dabei die Kultur? Dieser Frage ist unsere Autorin Anja Schuchardt nachgegangen. Dazu hat sie mit verschiedenen Akteuren gesprochen. In der mehrteiligen Serie „Kommunale Entwicklungspolitik anders denken“ wird in verschiedenen Beiträgen gezeigt, was eine erfolgreiche Zusammenarbeit ausmacht. So zählt die Fähigkeit der Akteure, Situationen und Entscheidungen kritisch und reflektiert beurteilen zu können, zu einem entscheidenden Einflussfaktor. Ebenfalls wichtig sind das Engagement und die Begeisterung einzelner Menschen in der Entwicklungspolitik daran, verschiedene Prozesse ins Rollen zu bringen und damit eine Gesellschaft nachhaltig verändern.

Der Titel „Kommunale Entwicklungspolitik anders denken“ beinhaltet bereits das Wort ‚anders’ und damit den Kern, worum es in der Entwicklungszusammenarbeit geht: den Umgang mit Andersheit. Den Kommunen kommt an dieser Stelle eine entscheidende Initiativrolle in weltpolitischen Debatten zu. Denn durch ihre Nähe zu den Bürgern sind sie in der Lage, die Bildung von Netzwerken zu fördern und Akteure aus verschiedenen Bereichen in der KEZ zusammenzubringen, damit starke Nord-Süd-Allianzen entstehen. Das Ziel besteht dabei darin, den geteilten globalen Herausforderungen in der politischen Gemeinschaft Präsenz zu verleihen, sodass sie gehört werden und eine Stimme bekommen – sowohl kulturell als auch politisch. Dabei sollte auch der Aufarbeitung der kolonialen Verantwortung – wie sie im Koalitionsvertrag 2018 schriftlich verankert wurde – mehr Bedeutung eingeräumt werden. So sollten sich politische Akteure mit der Frage auseinandersetzen, welche Werte sie auf der Ebene der postkolonialen Erinnerungsdebatte vermitteln wollen. Bislang sind es vor allem Initiatoren aus der Zivilgesellschaft, die beispielsweise die Umbenennung von Straßen fordern, die Namen von Kolonisierenden tragen, und damit immer mehr zu einem Perspektivwechsel in Diskussionen beitragen.

Fachpersonal nötig

Die KEZ hängt nicht nur vom individuellen Einsatz, sondern auch maßgeblich von der finanziellen Ausstattung ab – sei es von privaten Spendern oder öffentlicher Förderung. Nicht vernachlässigt werden sollte eine entsprechende personelle Ausstattung zur Koordination und Prozessbegleitung der Zusammenarbeit durch Fachpersonal in den Kommunen. Auch durch die aktuelle Corona-Pandemie haben sich die Rahmenbedingungen geändert, die eine Chance für die Zukunft der KEZ beinhalten: Der interkulturelle Austausch über digitale Kanäle wird durch die Verbesserung der technischen Ausstattung, u. a. in der kommunalen Verwaltung, erleichtert. Diese Entwicklung gibt Hoffnung darauf, dass sich auch der Ausbau von Netzwerken in der KEZ intensiviert. Dass parallel ein Bewusstseinswandel eintritt, der Sinn und Nutzen im kontinuierlichen Austausch auf beiden Seiten verankert, zeigt die stetige Beteiligung an der Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“. Landrat Stefan Rößle startete das Engagement für Schulbauprojekte im Jahr 2016 im eigenen Landkreis, woraus sich inzwischen eine bundesweite Gemeinschaftsinitiative entwickelte. Seinem Beispiel folgten mittlerweile rund 60 Kommunen sowie weitere Unternehmen und Privatpersonen. Seit Start der Gemeinschaftsinitiative im November 2018 wurden mit Spendensammlungen von über 5 Mio. Euro rund 150 Schulbauprojekte angestoßen, von denen 45 Schulen bereits eröffnet wurden, vgl. S.15. Auch die Bayerische GemeindeZeitung engagiert sich mit einem Schulbauprojekt in Togo.

Die Diskussion über die Rolle von Kultur und Kulturpolitik für die nachhaltige Entwicklung von Gesellschaften ist nicht neu. 1982 brachte die Weltkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) über Kulturpolitik in Mexico City und 2005 die „Paris Declaration on Aid Effectiveness“ vielfältige Erkenntnisse aus Einzelstaaten zusammen. Die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ von 2015 geht noch einen Schritt weiter und bricht die herkömmliche Unterteilung zwischen Entwicklungs- und Industrieländern auf. Auch vom Globalen Norden wird die Bereitstellung von Frieden, die Durchsetzung der Menschenrechte, der Erhalt der Umwelt und des Weltklimas als Anpassungsleistung erwartet, z.B. durch nachhaltigen Konsum oder Stadtentwicklung. Eine Forderung ist die Einbeziehung der lokalen Ebene in der KEZ. Seitdem wächst der Druck auf die Kommunen zu handeln. Der sogenannte ‚SDG-Baukasten’ stellt Kommunen Informationsmaterialien, Instrumente zur Bestandsaufnahme sowie die Möglichkeit zu Vernetzungstreffen, u. a. mit den Mitgliedern des „Club der Agenda 2030-Kommunen“, zur Verfügung. ❐



Gesetzespaket zur Energiewende verabschiedet:

Bayerische Forderungen umgesetzt

Auf ambitionierte Klima-Ziele folgen nun erste Maßnahmen: Bundestag und Bundesrat haben vor der Sommerpause ein umfangreiches Gesetzespaket zur Energiewende beschlossen. Laut Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger fordern alle den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Der Freistaat habe nun dafür gesorgt, dass auch die Rahmenbedingungen besser angepasst werden.

Mit Nachdruck habe er, Aiwanger, sich für wichtige bayerische Anliegen eingesetzt – mit Erfolg. So ermögliche das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) von nun an eine finanzielle Beteiligung von Kommunen am Betrieb von Solar-Freiflächenanlagen. Damit werde eine wichtige Forderung Bayerns zur Beschleunigung des Ausbaus der Solarenergie umgesetzt. Die Kommunen könnten nun von der lokalen Wertschöpfung der Anlagen profitieren und die erforderliche Akzeptanz für diese Technologie bleibe erhalten.

Ohne eine arbeitsbezogene Beschränkung wird künftig zudem die umlagebefreite Eigenversorgung durch Erneuerbare-Energien-Anlagen mit einer installierten Leistung bis 30 Kilowatt möglich sein. Das bedeutet, dass die bisherige Begrenzung auf höchstens 30 Megawattstunden pro Kalenderjahr entfällt. Darüber hinaus wurde das Ausschreibungsvolumen für die Innovationsausschreibung für besondere Solaranlagen von 50 auf 150 Megawatt verdreifacht. Auch wurde die Flächenkulisse für innovative PV-Anlagen im agrarwirtschaftlichen Bereich („Agri-PV“) auf landwirtschaftlich genutzte Flächen, auf denen Dauerkulturen oder mehrjährige Kulturen angebaut werden, erweitert.

Investitionssicherheit für Biogasanlagen

Bestehende, flexible Biogasanlagen erhalten nunmehr die von Bayern geforderte Rechts- und Investitionssicherheit hinsichtlich der Flexibilitätsprämie und des Flexibilitätszuschlags. Die Nutzung der Flexibilitätsprämie schließt zudem nicht länger pauschal die Nutzung des Flexibilitätszuschlags aus. Die von Bayern bereits im Rahmen der EEG-Novelle 2021 geforderte Anschlussförderung von Güllekleinanlagen wurde nun von Seiten des Bundes umgesetzt. Bayern konnte im Rahmen des Verfahrens noch eine Anhebung der Vergütung von 13 auf 15,5 Cent pro Kilowattstunde für Anlagen bis 75 Kilowatt Bemessungsleistung und von 6 und 7,5 Cent pro Kilowattstunde bis 150 Kilowatt Bemessungsleistung erreichen. Auch eine Reduzierung der Degression auf 0,5 Prozent ab 2022 pro Jahr konnte durchgesetzt werden.

Eine praxistaugliche Übergangsregelung konnte für KWK-Anlagen zwischen 500 Kilowatt und 1 Megawatt, für die ab dem Jahr 2021 die Ausschreibungspflicht gilt, gefunden werden. Auf diese Weise wird die Planungssicherheit für Anlagenbetreiber, die vor der Gesetzesänderung investiert haben, in angemessener Weise berücksichtigt.

Wasserstoffwirtschaft

Bayern hat den Bund bereits in seiner im Mai 2020 vorgelegten Wasserstoffstrategie mit Blick auf den regulatorischen Rahmen für einen zügigen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zum raschen Handeln aufgefordert. Die nun beschlossenen Punkte zum Einstieg in die Regulierung der Wasserstoffnetze, zur Befreiung von grünem Wasserstoff von der EEG-Umlage, zu den sogenannten Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts for Difference) sowie zu den vereinfachten Regelungen für Stromspeicher werden daher begrüßt.

Aus Sicht von VKU-Chef Ingbert Liebing haben die Regierungsfraktionen im Bundestag mit dem legislativen Energie-Paket auf den letzten Metern durchaus Verbesserungen erzielt, konkret indem sie die Ausschreibungsmengen für erneuerbare Energie-Anlagen kurzfristig und maßvoll weiter erhöht und die Voraussetzungen für die Modernisierung alter Windenergieanlagen erleichtert haben. Außerdem dürften die neuen Beteiligungsmöglichkeiten für Kommunen an PV-Anlagen die Akzeptanz für die Energiewende stärken.

„Aber ohne klare, verlässliche und belastbare politische Rahmenbedingungen droht Investitionszurückhaltung“, machte Liebing deutlich. „Einige Bälle, die spielentscheidend gewesen wären, wurden nicht verwandelt, z.B. beim Ausbau der erneuerbaren Energien und Verkehrs- sowie Wärmewende. Auch verweigerte man den Netzbetreibern die notwendige Flexibilität, um bei massiver Nachfrage nach Ladestationen und anderen neuen Verbrauchseinrichtungen (bspw. Wärmepumpen) netzstabilisierend eingreifen zu können.“

Um den Weg zu klimaneutralen Kommunen freizumachen und Investitionen in Klimaschutz vor Ort anzukurbeln, müsse Politik endlich und von vornherein größer und langfristig denken. Genau das sollte die kommende Bundesregierung gleich zu Beginn der nächsten Legislaturperiode beherzigen: „Wir brauchen binnen der ersten 100 Tage unter anderem ein Erneuerbare-Energien-Programm mit angepassten, langfristig angelegten Ausbaupfaden“, forderte Liebing. **DK**



Dr. Egon Westphal (Mitte) nahm mit Bürgermeister Frank Stumpf (l.) und Landrat Dr. Oliver Bär (r.) das neue Umspannwerk in Naila in Betrieb. Bild: Christian Martens/Bayernwerk

Starkes Stromnetz für erfolgreiche Energiezukunft

Naila. Nach mehr als zweijähriger Bauzeit ist das neue Umspannwerk Naila im Landkreis Hof offiziell in Betrieb genommen worden. Dr. Egon Westphal, Vorstandsmitglied der Bayernwerk AG, Landrat und Bürgermeister umliegender Kommunen, Gäste und Projektverantwortliche feierten das neue Umspannwerk südlich der Bundesstraße 173 als wichtigen Knotenpunkt im regionalen Stromnetz, um einer lokal und von regenerativer Erzeugung geprägten Energiezukunft gewachsen zu sein. Rund sechs Millionen Euro hat die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) zur Verbesserung der Energieinfrastruktur aufgewendet.

„Das Stromnetz der Region hat ein neues Herzstück. Der Netzausbaubedarf in ganz Bayern bleibt weiter hoch. Netze sind entscheidend für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Unsere Infrastruktur erfordert immer mehr Digitalisierung und Innovation“, betonte Dr. Egon Westphal bei der offiziellen Inbetriebnahme des Umspannwerks Naila. Er sprach vom Beginn eines neuen PV-Booms. „Allein 2020 wurden im Bayernwerk-Netzgebiet Anschlussprüfungen im Hochspannungs- und Mittelspannungsnetz für über 11.000 Megawatt angefragt – das entspricht einer Leistung von rund elf Atomkraftwerken“, erklärte der Bayernwerk-Vorstand. Die intelligente Verknüpfung und Steuerung verschiedener Sektoren wie Erzeugung, Mobilität und der Lebensraum der Menschen spielen für eine CO2-freie Zukunft eine entscheidende Rolle. Entscheidende Herausforderungen heute sind Digitalisierung, Modernisierung und der bedarfsgerechte Ausbau der Stromnetze.

Neuer Standort

In Naila hat sich das Bayernwerk für den Neubau des Umspannwerks an einem neuen Standort außerhalb der Stadt entschieden. Am bisherigen Standort hätte für die notwendige Modernisierung und den Ausbau nicht ausreichend Platz zur Verfügung gestanden. Begünstigt wurde die Entscheidung für den Neubau durch die Tatsache, dass einzelne Komponenten in der Altanlage demnächst hätten erneuert werden müssen. „Das neue Umspannwerk ist notwendig geworden, um dem seit Jahren anhaltenden Wachstum regenerativer Erzeugung Rechnung zu tragen“, meinte Dr. Egon Westphal. Die Zukunft sieht der Bayernwerk-Vorstand einer lokal geprägten Energiewelt: „Energie wird vor Ort erzeugt, vor Ort gespeichert und vor Ort verbraucht. Dahinter stecken komplexe Technologien. Unsere Netze sichern in diesem anspruchsvollen Umfeld die Versorgung von rund sieben Millionen Menschen in Bayern.“

Sichere Versorgung der Region

Das Umspannwerk ist das neue, starke Bindeglied zwischen dem Hoch- und dem Mittelspannungsnetz. Über das neue Umspannwerk wird einerseits die nötige Energie in die Region Hof geleitet, sollte die dezentrale Erzeugung den zeitgleichen Verbrauch nicht decken können. Andererseits schafft das Bayernwerk ausreichend Kapazitäten für die Einspeisung aus Erneuerbarer Energie, um jederzeit die sichere Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in der Region zu gewährleisten. Über das Umspannwerk speisen unter anderem die drei Windparks Berg-Espich, Schauenstein und Selbitz mit einer Erzeugungsleistung von insgesamt 43 Megawatt ins Mittelspannungsnetz ein.

Technisch ist das Umspannwerk in Naila mit einer 110-kV-Schaltanlage und zwei 40 MVA-Netztransformatoren mit der Option zur Erweiterung eines weiteren Netztrafos ausgestattet. Die Hochspannungsanlage speist in eine Mittelspannungsschaltanlage mit 26 Schaltfeldern ein. Die Kosten für den Neubau lagen bei rund sechs Millionen Euro. Insgesamt wendet das Bayernwerk in diesem Jahr mehr als eine halbe Milliarde Euro die für Instandhaltung und Erneuerung der eigenen Energienetze auf. ❐

Wirtschaftsministerium und Bayerische Staatsforsten:

Ausbau der Windenergie im Visier

Aiwanger: „300 potenzielle Standorte mit jeweils mehreren Windrädern im Wald“

Bei der Suche nach geeigneten, naturschutzverträglichen Standorten für neue Windkraftanlagen hat das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie etwa 300 Kommunen mit vermutlich geeigneten Waldflächen ausfindig gemacht. „Wir müssen auch auf Windkraft im Wald setzen, um unsere Ausbauziele bei den Erneuerbaren Energien zügig zu erreichen“, erklärte Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger bei einem Besuch der Windkraftanlagen im Lindenhardter Forst, Landkreis Bayreuth.

Laut einer ersten Analyse des Wirtschaftsministeriums gibt es in rund 200 Kommunen vermutlich geeignete Waldflächen in privater Hand. In zusätzlich rund 100 Kommunen befinden sich potenzielle Standorte auf Flächen der Bayerischen Staatsforsten, auf denen jeweils mehrere Windräder errichtet werden könnten. „Wenn man diese Gebiete betrachtet, halte ich rund dreihundert neue Standorte mit jeweils mehreren Windkraftanlagen für durchaus realistisch, vorausgesetzt, es gibt den politischen Willen vor Ort und die Bevölkerung erkennt den Nutzen für die Kommune und für einer klimaverträgliche, dezentrale Stromversorgung.

Gute Pachteinnahmen möglich

Private Waldbesitzer und Bayerische Staatsforsten können gute Pachteinnahmen für die Standorte erzielen, die pro Windrad einige zehntausend Euro jährlich ausmachen. Hinzu kommt neuerdings eine Beteiligung der Kommunen an der Einspeisevergütung von 0,2 Cent je KWh, was sich auch auf etwa 12 000 bis 16 000 Euro je Windrad und Jahr für die Gemeindekasse summiert. Deshalb rufe ich auch alle Kommunen mit geeigneten Standorten auf, sich beim Zubau von Windenergie in Bayern einzubringen“, erklärte der Staatsminister. Die näherungsweise ermittelten Potenziale können als Karte abgerufen werden unter: www.stmwi.bayern.de/windenergie-im-wald

Im Lindenhardter Forst erzeugen zehn Windräder mit einer Gesamtleistung von 30 MW in den Windparks Tannberg-Lindenhardt I und II sowie Rotmainquelle ca. 69.000.000 kWh Strom im Jahr. Damit können etwa 21.500 Haushalte des Landkreises versorgt werden. „Diese Windparks sind ein Paradebeispiel, wie Gemeinden und Bürger über Energiegenossenschaften, Bürgerbeteiligung oder regionale Stadtwerke wirtschaftlich in die dezentrale Stromerzeugung vor Ort eingebunden werden können“, betonte Aiwanger.

Landkreis Bayreuth

Landrat Florian Wiedemann: „Mit über 49 Windkraftanlagen, die beispielsweise auch auf dem Gebiet des Lindenhardter Forsts stehen, bringen wir zum Ausdruck, dass wir als Landkreis Bayreuth hinter der Energiewende stehen. Innerhalb weniger Jahre ist es uns in Zusammenarbeit mit Kommunen, Bürgern sowie der privaten Wirtschaft gelungen, den gesamten Stromverbrauch unseres Kreisgebiets durch regenerative Energien decken zu können. Dabei freut es mich besonders, dass wir hierbei auf völlig unterschiedliche Energiequellen zurückgreifen können. So leisten neben den Windkraftanlagen auch Photovoltaik- und Biogasanlagen einen erheblichen Beitrag zu diesem Erfolg.“

Den Bayerischen Staatsforsten kommt bei der Ausbau der Windkraft eine wichtige Rolle zu. Sie bewirtschaften rund elf Prozent der Landesfläche - vor allem die großen zusammenhängende Waldgebiete in den Mittelgebirgen sowie im Alpen- und Voralpenland. „Daher ist es völlig klar, dass wir beim Ausbau der Windenergie im Wald eine wichtige Rolle spielen und die nehmen wir auch gerne an“, erklärte Rainer Droste, als Bereichsleiter Immobilien, Weitere Geschäfte bei den Bayerischen Staatsforsten zuständig für die Vergabe der Standorte.

Entscheidend sind planungsrechtliche Vorgaben

„Letztlich sind es aber planungsrechtliche Vorgaben und nicht die Bayerischen Staatsforsten, die darüber entscheiden, ob Windräder im Wald realisiert werden können oder nicht. Neben grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Entscheidungen spielt da natürlich auch der Natur- und Artenschutz eine zentrale Rolle. Darüber hinaus ist uns vor allem wichtig, dass bei den Planungen auch die Menschen vor Ort mitgenommen werden, denn Staatswald ist Bürgerwald und für viele Menschen Erholungsraum und Rückzugsort. Das hat man in Zeiten der Corona-Pandemie nochmals besonders deutlich gespürt. Darum bieten wir unsere Flächen für weiterführende Planungen auch nur dann an, wenn die Städte und Gemeinden, auf deren Gebiet sich mögliche Standorte befinden, auch per Gemeinderatsbeschluss zustimmen. Das dies erfolgreich gelingen kann, können wir hier im Lindenhardter Forst sehen“, führte Droste aus.

Im Einklang mit dem Naturschutz

Der Ausbau der Windenergienutzung hat im Freistaat neuen Schwung bekommen. Im Rahmen der Windenergieoffensive AUFWIND arbeitet das Wirtschaftsministerium daran, geeignete Standorte im Einklang mit dem Naturschutz und bürgernah gemeinsam mit den Kommunen zu erschließen. Die im vergangenen Herbst beauftragten Windkümmerer unterstützen derzeit 32 Projekte unter Beteiligung von 42 Kommunen. Erste Erfolge zeichnen sich ab: positive Gemeinderatsbeschlüsse für den Ausbau der Windenergie, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und ein verbesserter Wissenstand der Kommunen. ❐

Energieeffizienzförderung der LfA wird noch attraktiver

Die LfA Förderbank Bayern richtet zum 1. Juli 2021 ihre Förderung für kleine und mittlere Unternehmen sowie Freiberufler, die in den Neubau oder die Verbesserung der Energieeffizienz ihrer Firmengebäude investieren, neu aus. Mit dem grundlegend neu gestalteten Energiekredit Gebäude ergänzt die LfA die vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) bzw. von der KfW im Rahmen der „Bundesförderung für effiziente Gebäude“ (BEG) gewährte Förderung um ein eigenständiges bayerisches Förderdarlehen.

Besonderheiten des neuen Energiekredit Gebäude gegenüber anderen Darlehen sind das Angebot von Laufzeiten mit einer Zinsbindung von bis zu 20 Jahren und außerordentlich günstige Konditionen. Damit können sich die Kreditnehmer sehr günstige Zinssätze langfristig sichern und die Zinsänderungsrisiken bei energetischen Gebäudeinvestitionen minimieren.

Mit dem neuen Kreditprogramm fördert die LfA Vorhaben kleiner und mittlerer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sowie freiberuflich Tätiger, die einen Zuwendungsbescheid oder eine Förderzusage auf Basis der Förderrichtlinien zur BEG im Bereich Nichtwohngebäude (BEG NWG) oder Einzelmaßnahmen (BEG EM) erhalten. Der Kredithöchstbetrag beträgt 10 Millionen Euro und kann maximal bis zur Höhe der Differenz zwischen den von der BAFA bzw. der KfW als förderfähig anerkannten Kosten und der BEG-Förderung (Zuschuss- bzw. Darlehensbetrag) gewährt werden. Die Investitionsvorhaben können bis zu 100 Prozent über den Energiekredit Gebäude finanziert werden.

„Der Erfolg der Energiewende hängt wesentlich von der sparsamen und effizienten Nutzung von Energie ab. Viele Firmengebäude wurden zu einer Zeit errichtet, als Energieeffizienz keine so große Bedeutung hatte, die Einsparpotenziale sind daher beachtlich. Mit dem neuen Angebot können mittelständische Unternehmen im Freistaat Investitionen in energieeffiziente Firmengebäude zu äußerst attraktiven Konditionen verwirklichen. Das stärkt den Wirtschaftsstandort Bayern und ist gleichzeitig ein effektiver Beitrag zur CO2-Einsparung“, so Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger.

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, ergänzt: „Investitionen in die Energieeffizienz lohnen sich für den bayerischen Mittelstand mit unserer weiter optimierten Förderung gleich doppelt. Die Betriebe können so dauerhaft den Energieverbrauch verringern und zudem durch die mögliche Kombination von Zuschuss und attraktiver LfA-Darlehensfinanzierung zugleich Kosten sparen. So profitieren sie optimal von der Verbindung von Bundes- und zusätzlicher Landesförderung.“ ❐

Bund-/Länder-Treffen der Energieminister:

Mehr Tempo beim Ausbau erneuerbarer Energien

Beim Umbau hin zu einer nachhaltigen und zugleich sicheren und bezahlbaren Energieversorgung ist mehr Tempo erforderlich. So lautete der Tenor des jüngsten (virtuellen) Energieministertreffens der Energieminister und -senatoren der Länder unter Vorsitz des bayerischen Wirtschafts- und Energieministers Hubert Aiwanger. Themenschwerpunkte waren der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Finanzierung der Energiewende, der Netzausbau und der Aufbau einer markt- und wettbewerbsfähigen Wasserstoffwirtschaft.

Laut Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier ist die gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern für eine erfolgreiche Energiewende von essenzieller Bedeutung: „Wir müssen überall zügig vorankommen. Das gilt für den Netzausbau genauso wie für den Ausbau der Windenergie oder den Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wasserstoffwirtschaft. In dieser Legislaturperiode haben wir große Fortschritte machen können, aber es liegt auch noch ein großes Stück Arbeit vor uns, um die ehrgeizigen Ziele, die wir uns beim Klimaschutz gesetzt haben, zu erreichen. Ich bin zuversichtlich, dass uns das gelingen wird."

Fördermechanismen

Dabei sind neben der Infrastruktur zusätzliche finanzielle Fördermechanismen für Wasserstoffprojekte von der Erzeugung bis zur Verwendung erforderlich. Ein Schwerpunkt sollen dabei sogenannte Carbon Contracts for Difference sein, die die energieintensiven Unternehmen bei der Dekarbonisierung ihrer Produktionsprozesse unterstützen und entstehende Mehrkosten ausgleichen.

Der Bund bat die Länder dringend darum, ausreichend geeignete Flächen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien auszuweisen. In diesem Zusammenhang warb er für Unterstützung im Bundesrat für die laufende Gesetzesänderung zur Vereinfachung von Genehmigungsverfahren für Repowering-Projekte. Darüber hinaus appellierte der Bund an die Energieminister der Länder, sich für konkrete Fortschritte beim Thema eines einheitlichen Vollzugs im Bereich Artenschutz einzubringen, um die Genehmigungsverfahren für Windenergieprojekte zu beschleunigen.

Wie Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger betonte, „wollen wir als Energieminister künftig noch enger zusammenarbeiten, um den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv voranzutreiben, und zwar bürgerfreundlich und mit Akzeptanz vor Ort. Außerdem sehen wir den zügigen Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wasserstoffwirtschaft als entscheidenden Baustein zum Gelingen der Energiewende an."

Im Vorfeld des Ministertreffens hatte der Bundesverband der Energiewirtschaft BDEW die Bundesländer aufgefordert, nicht nur den Bund in die Pflicht zu nehmen, sondern selbst höhere Ausbauziele „mit Leben zu füllen". Das gelte etwa für die Bereitstellung von mehr Flächen für Windenergie- und Photovoltaikanlagen, für notwendige Anpassungen und Standardisierungen im Artenschutzrecht, beschleunigte Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen oder Solarstandards bei Neubauten generell und der Sanierung öffentlicher Gebäude. „Auf allen diesen Feldern haben die Bundesländer ausreichend Regelungs-Kompetenz, um der Energiewende zu mehr Tempo zu verhelfen. Sie müssen hier nicht auf Entscheidungen der Bundesebene warten", unterstrich Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung. **DK**

Stadt, Stadtwerke und Landkreis Kelheim:

Gemeinsam viel erreichen

Mit dem Umwelt- und Klimapakt Bayern, einer Vereinbarung zwischen der Bayerischen Staatsregierung und der bayerischen Wirtschaft, engagiert sich Kelheim über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus.

Freiwilligkeit, Übernahme von Eigenverantwortung beim Umweltschutz sowie kooperatives Handeln zählen zum Grundverständnis des Charakters von Projekten und Erklärungen im Umweltpakt. Dahinter steht die gemeinsame Überzeugung von Staat und Wirtschaft, dass die natürlichen Lebensgrundlagen mithilfe einer freiwilligen und zuverlässigen Kooperation besser geschützt werden können als nur mit Gesetzen und Verordnungen. Ökonomie und Ökologie sind keine Gegensätze, sondern können gemeinsam zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand in einer intakten Umwelt beitragen (Quelle: www.umweltpakt.bayern.de).

Als Dank und Anerkennung für die Teilnahme am Umwelt- und Klimapakt Bayern übergab Landrat Martin Neumeyer, stellvertretend für das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, die Urkunde an Sabine Melbig, Geschäftsführerin der Stadtwerke Kelheim. „Es ist einfach großartig, dass die Stadt Kelheim als kommunaler Träger und die Stadtwerke Kelheim als Wirtschaftsunternehmen hier gemeinsam an einem Strang ziehen und so den Umwelt- und Klimaschutz im Landkreis vorantreiben", freut sich Martin Neumeyer.

Bürgermeister Christian Schweiger betont besonders: „Die offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Stadt und Stadtwerke, die die Umsetzung solcher wichtigen Projekte möglich machen." Den Partnern ist es wichtig ein Zeichen zu setzen und mit gutem Beispiel voranzugehen. „Als Wirtschaftsunternehmen haben wir eine Vorbildfunktion. Es ist notwendig Projekte umzusetzen und nicht nur darüber zu reden", so Sabine Melbig. Nachhaltigkeit und Umweltschutz sind daher wichtige Unternehmensgrundsätze des Versorgers.

Die Auszeichnung erhielten die Stadtwerke Kelheim unter anderem für ihre Energieeinsparung aufgrund des Austausches von Pumpen in der Wasserversorgung und dem Einsatz von LED-Leuchtmitteln in ihren Bürogebäuden. Der Fahrzeugpool wurde um Elektrofahrzeuge und einem E-Bike erweitert. So werden CO2-Emissionen vermindert und eine umweltgerechte Mobilität erzielt. Regionale Holzhackschnitzel zur Deckung des Wärmebedarfs der Betriebsgebäude erhöhen den Einsatz nachwachsender Rohstoffe.

Zur Verbesserung des Bodenschutzes tauscht und entsorgt das Unternehmen schadstoffbelasteten Boden im Zuge von Tiefbauarbeiten. Zudem wurden besonders umweltschädliche Stoffe im betrieblichen Einsatz verringert und die Stadtwerke werden regelmäßig nach DIN EN 16247-1 zur Umsetzung des Energiedienstleistungsgesetzes auditiert. ❒



Franz Renftle (2.v.r.), erster Bürgermeister in Pfaffenhausen, und Uwe Sommer (rechts), Prokurist schwaben netz, unterzeichneten den Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus der Gemeinde. Links: Monika Walz, Geschäftsstellenleiterin Markt Pfaffenhausen, hinten: Eugen Kövi, Vertrieb schwaben netz. Bild: Christina Bleier/erdgas schwaben

Klimaschonende Energieversorgung für Pfaffenhausen

Wegenutzungsvertrag mit erdgas schwaben abgeschlossen

Zuverlässige klimaschonende Energieversorgung für Pfaffenhausen im Landkreis Unterallgäu: In Zukunft ist erdgas schwaben mit der 100prozentigen Tochter schwaben netz für Planung, Bau und Betrieb der Gasnetze in der Marktgemeinde verantwortlich. Franz Renftle, erster Bürgermeister in Pfaffenhausen, und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz unterzeichneten den Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus der Gemeinde.

„Wir schauen nach vorne: Eine nachhaltige Energieversorgung ist die Grundlage für langfristige Planungsmöglichkeiten", betonte Bürgermeister Renftle bei der Vertragsunterzeichnung. „Das gilt für Gewerbetreibende ebenso wie für die Familien, die in unserer Gemeinde leben. Mit der Entscheidung für den Ausbau der Gas-Infrastruktur tragen wir dazu bei, dass die Energiezukunft für Pfaffenhausen gesichert ist."

Gas kann grün: Biomethan und Wasserstoff sind die Zukunft und fließen dann durchs bestehende Gasnetz

„Gas boomt – in unserem gesamten Versorgungsgebiet ist die Nachfrage groß", sagte Sommer. „Mit unseren Gasnetzen stellen wir die zuverlässige Versorgung von Industrie, Gewerbe und Haushalten mit Gas und Biomethan sicher. Zukünftig können diese Netze auch als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas dienen."

Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Rohrnetzleitungen, kann in Zukunft neben Biomethan auch Wasserstoff als innovativer und klimaschonender Energieträger im bestehenden Gasnetz transportiert werden. Wasserstoff kann vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Er kann für industrielle Zwecke eingesetzt werden, aber auch um Strom und Wärme in Privathaushalten zu erzeugen. Der Vertrag läuft bis 2042. ❒

Zehn Jahre Geothermie Ismaning

Vor zehn Jahren, kurz nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima, beschloss der Gemeinderat, angeführt vom damaligen Bürgermeister Michael Sedlmair, einstimmig das Geothermie-Projekt Ismaning. Mit einer Investitionssumme von 60 Millionen Euro bis zum Endausbau handelte es sich dabei um das bis dato größte Infrastrukturprojekt der Gemeinde. Ein bedeutendes Kapitel nahm seinen Anfang.

Enthusiasmus und Schaffenskraft bestimmten von Beginn an das ambitionierte Energieprojekt. Noch im selben Jahr wurde die Wärmeversorgung Ismaning GmbH & Co.KG (WVI) als eine einhundertprozentige Tochtergesellschaft der Gemeinde gegründet. Äußerst erfolgreich endeten ein Jahr später die Bohrarbeiten: Rund 78 Grad heißes Thermalwasser mit einer Fördermenge von ca. 85 Litern pro Sekunde standen nach Abschluss der Tätigkeiten für die Versorgung der Gemeinde Ismaning zur Verfügung. Der gesamte Ort sollte, soweit irgendwie möglich, mit der regenerativen Wärme aus dem Erdinneren versorgt werden.

Zehn Jahre nach den ersten Bohrschlüssen, können Gemeinde Ismaning und WVI nunmehr auf eine respektable Entwicklung ihres Geothermieprojekts zurückblicken. Neun Bauabschnitte sind bereits vollendet, das Fernwärmenetz umfasst rund 58 Kilometer Länge und durchzieht die Gemeinde mittlerweile in alle Richtungen. Rund 1.200 Objekte mit Voll- oder Optionsanschlüssen stehen auf der Kundenliste der WVI, darunter zahlreiche Privathaushalte ebenso wie namhafte Gewerbebetriebe und kommunale Einrichtungen. Fast 48 Millionen Kilowattstunden Wärme wurden in der vergangenen Heizperiode an die Verbraucher geliefert. Um die ohnehin notwendigen Tiefbauarbeiten für die Fernwärmeleitungen optimal zu nutzen, wurde vom Start weg ein hochmodernes Glasfasernetz mit aufgebaut, an das jeder Fernwärmekunde kostenlos einen Anschluss erhielt bzw. erhält.



„Auf´draht is": Geschäftsführer Andreas Hobmeier (l.) und der damalige Bürgermeister Michael Sedlmair gaben im November 2012 die erste Wärmeversorgung frei. Bild: Wärmeversorgung Ismaning

Entsprechend zufrieden zeigt sich WVI-Geschäftsführer Andreas Hobmeier mit der Entwicklung des Projekts. Das finanzielle Engagement und die Arbeit, die in die Geothermie- und Glasfaserversorgung gesteckt wurden, haben sich aus seiner Sicht „absolut gelohnt". Ismaning stehe in der regenerativen Energieversorgung und bei der Digitalisierung mit an der Spitze im Landkreis, weil heute hochaktuelle Themen bereits sehr früh aufgegriffen worden seien.

Darüber hinaus sei der Zuspruch der Kunden ungebrochen: „Unser Vertrieb konnte in den vergangenen Bauabschnitten bereits im ersten Anlauf Anschlussquoten von 50 bis 60 Prozent erzielen, dazu kommt jährlich eine ansehnliche Nachverdichtung in Gebieten, die bereits länger erschlossen sind." Allen Bürgern sowie allen Verantwortlichen, die zu diesem Erfolg beigetragen haben, gebühre deshalb ein herzlicher Dank. **DK**



Allgäu und Bodensee sollen Wasserstoffregionen werden

Lindau (Bodensee). Die Nutzung von Wasserstoff als Energieträger bildet einen wichtigen Grundstein zur Energiewende. Diese kann aber nur erfolgen, wenn alle an einem Strang ziehen. Gleich zwei Verbundprojekte, aus dem Allgäu und vom Bodensee, bewerben sich nun um Mittel des Bundes zur Förderung einer klimafreundlichen Mobilität, die zu mehr Nutzung von grünem Wasserstoff in der Region führen soll. Ein Mangel an ersten Ideen und Ansätzen ist weder im Allgäu noch in der Bodenseeregion auszumachen, zahlreiche Akteure aus Politik, Verwaltung und Industrie gehen bereits Aktivitäten rund um den zukunftsträchtigen Energieträger nach. Nun sollen diese aufeinander abgestimmt und als Teil eines regionalen Gesamtkonzeptes gebündelt werden.

Die Regionen Allgäu und Bodensee sehen sich dabei in einer verantwortungsbewussten Vorreiterrolle und streben gemeinsam künftige Anwendungsmöglichkeiten für grünen Wasserstoff an. Die enge Zusammenarbeit, die bis dato schon bei vielen anderen Themen im Allgäu und am Bodensee erfolgreich stattgefunden hat, soll auch dem Thema Nachhaltigkeit zu Gute kommen und einen zusätzlichen Schub auslösen.

Regionenwettbewerb

Anlass bietet der Regionenwettbewerb HyLand II des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), der sich zum Ziel setzt, Wasserstoffregionen in Deutschland zu fördern. Denn je nach Wasserstoff-Vorkenntnissen werden unterschiedliche Wettbewerbs-Kategorien angeboten: Geht es in der Gruppe der „HyStarter“ darum, Potenziale für die Erzeugung und den Einsatz von Wasserstoff in der Region zu identifizieren und Akteure zu vernetzen, sollen in der Stufe „HyExperts“ bereits bestehende Ansätze in ein umsetzungsorientiertes Konzept münden.

Regionalen Wirtschaftskreislauf schaffen

„HyAllgäu*Bodensee“ setzt den Schwerpunkt auf einen diversifizierten regionalen Absatzmarkt für Wasserstoff im ländlichen Raum für das gesamte Allgäu und den Lindauer Bodensee, insbesondere im Mobilitätssektor. Wesentlicher Bestandteil der Projektpartnerschaft von „HyAllgäu*-Bodensee“ sind regionale Unternehmen, die ebenfalls großes Potenzial in der Nutzung von grünem Wasserstoff sehen. Ziel des Antrags ist die Schaffung eines regionalen Wirtschaftskreislaufs von der Erzeugung bis zum diversifizierten Einsatz von grünem Wasserstoff. Der gesunde Mittelstand und die hohe Wirtschaftskraft der Region tragen ihren Teil dazu bei, auf innovative Technologien wie Wasserstoff zu setzen.

„HyBodensee“

Mit dem Projekt „HyBodensee“ grenzt unmittelbar im Westen eine weitere Bewerbung für einen der begehrten „HyExperts“-Plätze an die Gebietskulisse, mit einem klaren Fokus auf der Bodenseeschifffahrt und der Hafeninfrastruktur. Als Konkurrenz um die Bundesfördergelder, die jeweils 400.000 Euro pro Region betragen, will man sich aber nicht verstanden wissen. Lediglich aufgrund des inhaltlichen und finanziellen Schwergewichts in den Kernthemen der beiden Bewerbungen hat man sich im Vorfeld gegen eine Zusammenführung der Projekte entschieden.

Auch daran zeigt sich: Das Netzwerk funktioniert im Allgäu und in der Bodenseeregion. Die Projektpartner betonen, dass auch das einer der Gründe für die landkreisübergreifenden Bewerbungen war. Ob, und wenn ja, welches der beiden Projekte letztlich das Rennen macht, wird sich im Laufe des Sommers zeigen. Ein Selbstläufer wird dies freilich nicht, deutschlandweit haben sich 51 Bewerber für lediglich zehn „HyExperts“-Plätze beworben.

Doch so oder so wird die Region einen Vorteil aus den Vorhaben ziehen. Die Vernetzung ist intensiviert, der Wille zur Veränderung und zu mehr Klimaschutz da – das Thema Wasserstoff wird daher weiter in der Region konkretisiert werden.

Nähere Infos zu „HyAllgäu*-Bodensee“

Für die Teilhabe an diesem Programm ist es den beteiligten Gebietskörperschaften gelungen, binnen kurzer Zeit in einem großen Verbundprojekt für die gesamte Region Allgäu ein „HyExperts“-Konzept zu entwickeln. An der Bewerbung des Landkreises Lindau mit dem Konzept „HyAllgäu*-Bodensee“ beteiligen sich die Landkreise Unterallgäu und Ostallgäu; letztere bringen bereits Erfahrungswerte aus dem vorangegangenen „HyStarter“-Projekt ein, das gemeinsam mit der kreisfreien Stadt Kaufbeuren und der Gemeinde Fuchstal (Landkreis Landsberg am Lech) angestoßen wurde. Für die jetzige „HyExperts“-Bewerbung sind diese abermals unter den Projektpartnern, ebenso wie die kreisfreie Stadt Memmingen und die große Kreisstadt Lindau (Bodensee).

Weiteres Vorwissen fließt zudem aus dem Landkreis Oberallgäu und der kreisfreien Stadt Kempten ein, jener Gebietskulisse, die im Vorgänger-Projekt „HyAllgäu“ Produktionskapazitäten für grünen Wasserstoff ausgemacht haben. Für die Region bietet sich dadurch die Möglichkeit, von der Bio-Energie Allgäu GmbH & Co. KG zeitnah mit Wasserstoff beliefert zu werden, der über einen Elektrolyseur emissionsfrei hergestellt wird.

Mobilitätssektor im Blick

Im vorliegenden Konzept soll der grüne Wasserstoff schwerpunktmäßig im Mobilitätssektor zum Einsatz kommen. Dazu gehören regionale ÖPNV-Busse, Abfallentsorgungsfahrzeuge, sowie lokale Speditions- und Logistikunternehmen bis hin zur Bodenseeschifffahrt und wasserstoffbetriebenen Flugzeugschleppern am Allgäu Airport.

Einsatz von Brennstoffzellenfahrzeugen

Speziell das Allgäu mit seiner anspruchsvollen Topographie und den harten Wintern ist für den Einsatz von Brennstoffzellenfahrzeugen prädestiniert. Die Akkus rein batterieelektrisch betriebener Nutzfahrzeuge kämen unter solchen Bedingungen schnell an ihre Grenzen – im ländlichen Raum spielt der Wasserstoff daher seine größten Vorteile aus.

Für den Landkreis Lindau (Bodensee) hat das Thema eine ganz aktuelle Relevanz: Hier müssen die Konzessionen im Busverkehr bis Ende 2023 neu vergeben werden. Landrat Elmar Stegmann strebt dabei an, dass ein Teil der Busse anschließend mit Brennstoffzelle durch das Kreisgebiet fahren, komplett emissionsfrei. ❒

Energiesparmeister-Wettbewerb an Schulen:

Mengkofen gewinnt Sonderpreis

Zum 13. Mal hat der Energiesparmeister-Wettbewerb an Schulen die besten Klimaschutzprojekte aus ganz Deutschland im Bundesumweltministerium prämiert und dabei Preise im Gesamtwert von 50.000 Euro vergeben. Für das beste Klimaschutzprojekt an Schulen hat die Stadtschule Bad Oldesloe für Schleswig-Holstein den Bundessieger-Titel Energiesparmeister Gold erhalten. Baden-Württemberg holte Silber und Bronze ging an das Saarland. Den mit 1.000 Euro dotierten zusätzlichen Sonderpreis für nachhaltiges Engagement gewann die Grund- und Mittelschule Aitrachtal aus Mengkofen in Bayern.

Die „Energiesparmeister 2013“ aus dem Freistaat haben seit ihrem Landessieg ihr Know-how im Bereich Energieeffizienz kontinuierlich ausgebaut. Seit Projektbeginn 2008 hat die Grund- und Mittelschule Aitrachtal ihren Energieverbrauch dauerhaft gesenkt. Die Heizkosten konnten um 50 Prozent und die Stromkosten um 30 Prozent reduziert werden. Darüber hinaus motivieren die Klimaschützer auch im eigenen Elternhaus zum Energiesparen: Sie messen mit Strommessgeräten, welche Haushaltsgeräte am meisten Strom verbrauchen und geben Anreize zum Energiesparen. An den monetären Einsparerfolgen ihrer Eltern werden sie beteiligt.

Außerdem hat die Grund- und Mittelschule jedes Jahr weitere Klimaschutz-Projekte etabliert. Ein neueres Projekt der jungen Klimaschützer ist das „Tuesday for Future“-Projekt der Schülerverwaltung. Nach dem Vorbild von „Friday for Future“ bearbeiten die Schüler eigeninitiativ Projekte zum Klimaschutz wie die Nutzung von Fahrrad und Fußweg als „Ersatz von Taxi Mama“ und bewerten die daraus entstandenen nachhaltigen Effekte fürs Klima. 2020 hat die Gemeinde Mengkofen schließlich eine Photovoltaikanlage mit 101 KWp Leistung auf dem Dach der Schulturnhalle montiert, die 90 Prozent des Stromverbrauchs deckt. **DK**

Jahresbericht der Bundesnetz-Agentur zur Energiewende

Mit erfreulichen Nachrichten wartete der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, bei der Vorlage des Jahresberichts 2020 auf. Nach seinen Angaben ist der Stromnetzausbau gemessen an den Herausforderungen und der Komplexität der Verfahren gut durch die vergangenen Monate gekommen.

Insbesondere für die großen Projekte Ultranet, SuedLink und SuedOstLink wurden Homann zufolge zahlreiche Entscheidungen in den Genehmigungsverfahren getroffen. Die Bundesnetzagentur habe für rund die Hälfte der Abschnitte der Gleichstromtrassen über die Bundesfachplanung entschieden. Die zweite Hälfte folgt voraussichtlich in diesem Jahr.

Ende des Jahres 2020 befanden sich insgesamt rund 3.524 Kilometer Stromleitungen in Genehmigungsverfahren. Davon sind aus dem Bundesbedarfsplan 667 Kilometer Stromleitungen in Zuständigkeit der Länder und 2.646 Kilometer Stromleitungen in Zuständigkeit des Bundes in laufenden Genehmigungsverfahren. Insgesamt wird für Stromnetze an Land bis 2030 ein Investitionsbedarf von bis zu ca. 102 Mrd. Euro geschätzt, 55 Mrd. Euro für das Übertragungsnetz und 47 Mrd. Euro für die Verteilernetze.

Stromnetzentgelte

Kaum verändert haben sich Anfang 2021 die Stromnetzentgelte der Verteilernetzbetreiber Im bundesweiten gewichteten Durchschnitt. Das Netzentgelt für einen typischen Haushaltskunden liegt bei den von der Bundesnetzagentur regulierten Netzbetreibern bei 7,65 ct/kWh gegenüber 7,60 ct/kWh im Vorjahr (+0,7%). Ein Gewerbekunde zahlt weiterhin 5,80 ct/kWh. Ein mittelständischer Industriekunde muss 2021 ein Netzentgelt in Höhe von 2,64 ct/kWh entrichten, nach 2,62 ct/kWh im Vorjahr (+0,8%).

In einigen Verteilnetzen sind allerdings deutliche Kostensteigerungen durch Investitionen in die Netze zu beobachten, zum Beispiel aufgrund des für die Energiewende erforderlichen Ausbaus auch der Verteilernetze. Dieser Ausbau ist aber längst nicht in allen Verteilernetzen erforderlich, was die Unterschiede zwischen den Netzentgelten der einzelnen Netzbetreiber vergrößert.

Ein weiteres Thema ist die Sektorenkopplung, zum Beispiel Strom als Wärmeträger. Die Übertragungsnetzbetreiber sind nun laut Bundesnetzagentur gefordert, auf der Grundlage dieser neuen Annahmen konkrete Netzausbauvorhaben zu ermitteln und vorzuschlagen.

Intensiv ist die Bundesnetzagentur zudem mit den Fragen zur zukünftigen Entwicklung des Gasnetzes befasst. Die Marktraumumstellung von L-Gas auf H-Gas schreitet voran. Gleichzeitig diskutieren Politik und Wirtschaft intensiv über die Bedeutung und Zukunft der Wasserstoffindustrie. „Die Diskussion um das richtige Marktdesign und einen sinnvollen Rechtsrahmen für ein Wasserstoffnetz begleiten wir konstruktiv“, so Homann.

Bei den Fernleitungsnetzbetreibern findet wegen der Marktgebietszusammenlegung der beiden Marktgebiete Gaspool und NCG zum deutschlandweiten Marktgebiet Trading Hub Europe zum 1. Oktober 2021 eine Entgeltänderung statt. Die Entgelte für das neue Marktgebiet werden dann über den Entgelten in den beiden bisherigen Marktgebieten (+14% bzw. +1%) liegen.

Bei den Verteilernetzbetreibern zeigt sich für die durch die Bundesnetzagentur regulierten Gasnetzbetreiber im Mittel ein leichter Anstieg. Bei den Haushaltskunden ist ein Zuwachs um etwa 2,6 Prozent zu verzeichnen. Für Gewerbekunden liegt der Anstieg im Mittel in einer ähnlichen Größenordnung, bei den Industriekunden etwas höher (2,2 bzw. 4,2%).

Erfolgreich durchgeführt wurde schließlich die erste Runde der Ausschreibungen nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz. Die Ausschreibungen stoßen bei den Betreibern auf positive Resonanz. Die Runde war deutlich überzeichnet und der durchschnittliche Zuschlagswert liegt erheblich unter dem gesetzlichen Höchstpreis.

Wie Jochen Hohmann feststellte, werde die Bundesnetzagentur im Jahr 2021 an ihre bisher erfolgreiche Arbeit anknüpfen. „Funktionierender Wettbewerb sowie eine unsere Wirtschaft tragende und den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher gerecht werdende moderne und leistungsfähige Infrastruktur bleiben auch in Zukunft unsere Ziele.“ **DK**

Lüftungstechnik: Schlüsseltechnologie für Normalbetrieb

Anfang April trat die novellierte Bundesförderung „Coronagerechte Um- und Aufrüstung von stationären raumlufttechnischen Anlagen“ in Kraft und hat die Förderung von RLT-Anlagen nochmals erhöht. Dazu priorisiert der BTGA in seinem herausgebrachten Praxisleitpfaden einen RLT-Betrieb mit 100 Prozent Außenluft. Eine Verbesserung der Raumluftqualität, z.B. die CO2-Konzentration als ein Kriterium für die Luftqualität kann ausschließlich über eine ausreichende Frischluftrate sichergestellt werden. Die SEW GmbH hat hier die passende Technologie zur Energieeinsparung / Wärmerückgewinnung dank der konsequenten Trennung von Zu- und Abluft im Portfolio und macht bestehende und neue Anlagen fit für diese hohen Ansprüche.

Dass der Luftaustausch in Innenräumen entscheidenden Einfluss auf die Ausbereitung von Viren und damit auf die Gesundheit von Gebäudenutzern hat, kristallisierte sich in den letzten Monaten deutlich heraus. SARS-CoV-2 rückte diese an sich nicht überraschende Erkenntnis und damit auch die Bedeutung von Lüftungstechnik ins Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit und der Politik, die mit entsprechenden Handlungsanweisungen und Förderprogrammen reagiert. So ist am 2. April die novellierte Bundesförderung „Coronagerechte Um- und Aufrüstung von stationären raumlufttechnischen Anlagen“ in Kraft getreten. Die Ertüchtigung von stationären RLT-Anlagen für einen Coronakonformen Betrieb wird nunmehr mit bis zu 80 statt vorher 40 Prozent bezuschusst. Der maximale Förderbetrag wurde von 100.00 auf 200.000 Euro pro bestehende RLT-Anlage erhöht und die Förderung weiterer technischer Maßnahmen ermöglicht. Diskutiert werden im Zusammenhang mit leistungsfähigen Lüftungsanlagen außerdem Lockerungen für den Kulturbetrieb und größere Veranstaltungen. Lüftungstechnik wird damit nicht nur zum Hingucker, sondern für so manchen Betreiber zur Schlüsseltechnologie für eine Rückkehr in den Normalbetrieb.

Lüftungsanlagen ändern sich nachhaltig

Die Erkenntnisse, die mit den umfassenden Untersuchungen zur Pandemie gewonnen werden, verändern die Ausgestaltung von Lüftungstechnik nachhaltig. Es gehe dabei nicht nur um SARS-CoV-2, sondern die Zukunft der Lüftungstechnik allgemein, schreibt dazu der BTGA (Bundesverband Technische Gebäudeausrüstung e.V.) in seinem Praxisleitfaden „Planung und Betrieb von RLT-Anlagen bei erhöhten Infektionsschutzanforderungen“. Für die Gebäudetechnik berge das Chancen, bedeute aber auch eine große Verantwortung.

100 Prozent Frischluft

Die einzige Möglichkeit, das Risiko einer Aerosolübertragung in Innenräumen wirksam zu reduzieren, besteht nach derzeitigem Wissensstand jenseits der AHA-Regeln darin, die Virenkonzentration im Verhältnis zum Raumvolumen und zu der darin anwesenden Personenzahl zu reduzieren – also Verdünnung. Ein geregelter Luftaustausch kann – insbesondere bei einer hohen Raumbelegung und längerer Aufenthaltsdauer – nur mittels mechanischer Belüftung erzeugt werden, also mit definierten Zuluftmengen. In erster Priorität empfiehlt der Praxisleitfaden des BTGA einen Betrieb mit 100 Prozent Außenluft. Denn: Eine Verbesserung der Raumluftqualität, z.B. die CO2-Konzentration als ein Kriterium für die Luftqualität kann ausschließlich über eine ausreichende Frischluftrate sichergestellt werden. Doch die erfordert anlagentechnische Power und frisst Energie.

Fit für höchste Ansprüche

Die hocheffiziente Wärme- und Kälterückgewinnungstechnik von SEW macht bestehende und neue Anlagen fit für diese hohen Ansprüche. Mit seinen modular aufgebauten Gegenstrom-Schicht-Wärmetauschern (GSWT) bietet das innovative Unternehmen aus Kempen am Niederrhein maßgeschneiderte Lösungen für die energetische Sanierung/Optimierung von Lüftungsanlagen jeder Größenordnung und auch bei schwierigsten Platzverhältnissen – mit Erfahrung aus mehr als drei Jahrzehnten. SEW-Wärmetauscher lassen sich in kleinste Einheiten zerlegen und werden erst in der Lüftungsanlage endmontiert. Zur Einbringung reichen die vorhandenen Zentraltüren, die Montage kann meist im laufenden Betrieb erfolgen. Für jedes Objekt individuell geplante Lösungen orientieren sich an den Gegebenheiten des Gebäudes und sind nicht abhängig von einem bestimmten Lüftungsgerät. Selbst eine freie Aufstellung zum Beispiel im Betonkanal oder Ansaugbauwerk kann realisiert werden und wurde bereits mehrfach umgesetzt. Durch die Trennung von Zu- und Abluft können die Systeme beliebig an die Gegebenheiten angepasst werden. Konstruktionsbedingt findet keine Übertragung von Schadstoffen aus der Ablauft an den Zuluftstrom statt, was eine dauerhaft hohe Luftqualität garantiert.

Durch die Nutzung vorhandener Anlagen-Kapazitäten mit beachtlich gesteigerten Wirkungsgraden ermöglichen die SEW-Wärmetauscher den Verzicht auf zusätzliche Kältetechnik oder Wärmeerzeuger. So schaffen sie höchsteffizient hygienische Verhältnisse im Bestand und gleichzeitig ein gutes Klima – innen wie außen. Auch das Bundeskanzleramt in Berlin setzt bereits auf diese richtungsweisende Technologie.

Seit 1983 rüstet SEW® Lüftungs- und Klimaanlagen zur keim- und schadstoffübertragungsfreien Wärmerückgewinnung und FCKW-freien Naturkühlung mit hocheffizienter GSWT®-Technologie aus. ❒

VAG startet für Klima und Umwelt mit eMobilität durch

Erster eGelenkbus von MAN geht in den Fahrgastbetrieb

„Die VAG gibt für Umwelt und Klima Gas“: Mit diesen Worten stellte der Vorstandsvorsitzende der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg, Josef Hasler, den neuesten eGelenkbus im Fuhrpark vor. Diesem ersten MAN eGelenkbus werden noch in diesem Jahr 27 weitere der Baureihe des Lion’s City 18 E sowie elf MAN eSolobusse Lion’s City 12 E folgen. Die eBus-Flotte der VAG wächst damit auf 46 Fahrzeuge, was fast ein Viertel der Flotte ist.

„Umwelt- und Klimaschutz haben im ÖPNV und insbesondere bei der VAG einen hohen Stellenwert“, bekräftigt Josef Hasler. „Der ÖPNV ist bereits per se schon umwelt- und klimafreundlich ausgerichtet. Die VAG schafft jetzt durch den Umstieg auf eMobilität auch bei den Bussen die Basis für einen emissionsfreien ÖPNV. Wer den Klima- und Umweltschutz ernst nimmt, muss jetzt handeln. Wir gehen mit gutem Beispiel voran und werden in den nächsten Jahren ausschließlich eBusse beschaffen.“ Damit der ÖPNV nicht nur lokal, sondern auch global emissionsfrei wird, lädt die VAG ihre eBusse mit Ökostrom. Bereits seit 2012 bezieht das Unternehmen ausschließlich Ökostrom, vom Betrieb über die Werkstätten bis zur Verwaltung.

Plädoyer für Null Emission

Beim Thema eMobilität kann belegt werden, dass Energie- und Verkehrswende Hand in Hand gehen müssen. Voraussetzung für einen grünen Haken an der eMobilität ist nämlich der Bezug von Ökostrom sowie ein ausgeklügeltes Energie- und Lademanagement, um zusätzliche Vorteile zu heben. Hier setzt die VAG auch auf die Kompetenz der N-ERGIE, Schwesterunternehmen im STWN-Konzern.

„Wichtig ist, neben unseren Anstrengungen aber, dass mehr Menschen öffentlich fahren. Und zwar immer häufiger“, so der VAG-Vorstandsvorsitzende. „Wir investieren dafür, wir bauen unser Angebot aus, das alles, um für die Kund*innen attraktiver zu werden.“ Bereits vor 50 Jahren sei klar gewesen, dass ein stetig wachsender Verkehr viele Probleme mit sich bringt, erläutert Hasler und verweist auch auf die Aspekte Lebensqualität, Flächenverbrauch und Luftqualität in der Stadt. Kommunale Verkehrsunternehmen wie die VAG sorgten vor, garantierten Mobilität, böten Daseinsvorsorge im wahrsten Sinne des Wortes. „Für die Fahrgäste ist relevant, dass sie zuverlässig, sicher und komfortabel von A nach B kommen. Wenn wir ihnen als zusätzliche Motivation auch klima- und umweltverträgliche Mobilität vermitteln können, dann umso besser. Wir übernehmen gerne die Vorreiterrolle, aber einen wirklich großen Effekt erzielen wir nur, wenn die Menschen mit unseren Bussen und Bahnen fahren. Alle, die öffentlich fahren, hinterlassen einen kleineren CO2-Fußabdruck. Dank eMobilität erst recht“, so Hasler.

Die Technik hat sich in den vergangenen Jahren sehr gut entwickelt, es gibt eine nennenswerte Anzahl von Herstellern und dank entsprechender Nachfrage sinken auch die Preise. Ein eBus kostet heute dennoch gut doppelt so viel wie ein Dieselbus. Vor drei, vier Jahren war es noch mehr als das Dreifache. Die VAG wird in diesem Jahr rund 25 Mio. Euro alleine in die Fahrzeuge investieren. Das Bundesumweltministerium bezuschusst die Investition mit ca. 80 Prozent der Mehrkosten gegenüber einem vergleichbaren Dieselbus. Vom Freistaat Bayern gibt es voraussichtlich einen Zuschuss in Höhe von rund 3,4 Mio. Euro. Ohne diese staatliche Anschubfinanzierung der Mehrkosten der eBusse wäre dieses Engagement nicht möglich, wie Josef Hasler hervorhebt.



„Die VAG gibt für Umwelt und Klima Gas“, mit diesen Worten stellte der Vorstandsvorsitzende der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg, Josef Hasler, den neuesten eGelenkbus im Fuhrpark vor.

Bild: VAG/Claus Felix

Positive Erfahrungen im Testbetrieb

Die Erfahrungen mit dem neuen eGelenkbus von MAN sind nach ersten Testfahrten, die sich auf rund 1.500 Kilometer summieren und bei denen teils auch schon Fahrgäste mitgenommen wurden, sehr positiv. Der MAN eGelenkbus hat eine Batteriekapazität von rund 510 kWh nutzbarer Energie, die im Idealfall für bis zu 400 Kilometer reichen soll. Zielgröße bei der VAG ist aber eine Reichweite von 200 bis 250 Kilometern bei allen Witterungsbedingungen. Die Temperatur wird vor allem im Winter trotz effizienter Wärmepumpenheizung auch bei diesen Fahrzeugen noch eine Rolle spielen.

eBusse punkten beim Fahrkomfort. Sowohl das Beschleunigen als auch das Bremsen erfolgt sehr gleichmäßig und damit angenehm sowohl für die Fahrer*innen als auch für die Fahrgäste. Des Weiteren ist der Bus wie alle VAG eBusse vollständig emissionsfrei. Auch Heizung und Klimaanlage werden rein elektrisch betrieben. Gegenüber einem vergleichbaren Dieselbus spart ein vollelektrischer Gelenkbus jährlich ca. 68 Tonnen CO2 ein.

Ab Mitte Juli wird der neue eGelenkbus der VAG im Fahrgastbetrieb eingesetzt. Eine besondere Unterweisung der Fahrer*innen ist nicht notwendig. Alle VAG-Fahrer haben eine allgemeine Unterweisung für Hochvoltfahrzeuge. Darüber hinaus genügt lediglich eine Information über die spezifischen Sicherheits- und Bedienungsfunktionen dieser Busserie. Da der Bus auf dem aktuellen Diesel-Hybrid-Bus von MAN basiert, der bei der VAG schon seit 1,5 Jahren im Einsatz ist, ist den Fahrer*innen das Fahrzeug vertraut.

Zu Beginn wird der erste eGelenkbus von MAN auch für die Inbetriebnahme des VAG-eBus-Ports benötigt, beispielsweise für Funktions- und Ladetests. Der eBus-Port entsteht im Nürnberger Stadtteil Schweinau, direkt neben dem Betriebshof und der Buswerkstatt. Er befindet sich aktuell in der letzten Bauphase und wird ab Ende des Sommers mit 39 Stellplätzen neuer Heimathafen für eBusse. Diese können hier abgestellt und geladen werden.

Für ihr Engagement bei der eMobilität im Busbereich und den Bau des eBus-Ports ist die VAG im Mai dieses Jahres mit dem Zfk-Award für Nachhaltigkeit ausgezeichnet worden. ❐

Lagarde 4.0:

Spatenstich für zukunftsweisendes Infrastrukturprojekt

Auf dem Bamberger Lagarde-Quartier haben die Bauarbeiten eines der ökologischsten Wärmenetze Deutschlands begonnen. Das Energiesystem versorgt 1.200 Familien, Kultureinrichtungen und Gewerbeflächen für 1.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Wärme und Kälte, die zu 70 Prozent vor Ort aus regenerativen Quellen gewonnen werden. Die Stadtwerke Bamberg investieren 18 Millionen Euro in das Zukunftsquartier. „Das Projekt in Bamberg belegt, dass innovative Lösungen für erneuerbare Fernwärme technisch möglich und wirtschaftlich sind“, lobte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier anlässlich des ersten Spatenstichs für die Energiezentrale, dem Herzstück des Energiesystems.

Wenn im Herbst 2022 die ersten Familien auf das Konversionsquartier ziehen, dann lassen die Stadtwerke Bamberg keine Gelegenheit ungenutzt, Energie für die Wohngebäude, Kultur- und Gewerbeflächen vor Ort aus erneuerbaren Energien zu gewinnen.

Mehr als 70 Prozent der Wärme für die Bestands- und die Neubauten soll aus erneuerbaren Energien gewonnen werden und das „Bamberger Konzept“ als Blaupause für moderne Stadtentwicklung genutzt werden: Weil viele Kommunen vor der Herausforderung stehen, innerhalb einer bestehenden städtischen Infrastruktur mit unterschiedlicher Gebäudeeffizienz eine möglichst nachhaltige Energieversorgung zu realisieren.

Auf dem Lagarde-Quartier wird unter anderem oberflächennahe Geothermie eingesetzt und Wärme aus Abwasser genutzt. Der Strom für die Wärmepumpen wird auf den Dächern der Gebäude mit Hilfe von Photovoltaikanlagen erzeugt. Ein intelligentes Speichermanagement und ein Blockheizkraftwerk gleichen tageszeitliche Produktionsschwankungen aus; die saisonale Speicherung von Überschuss- und Abwärme aus den Sommermonaten erfolgt mittels 55 Erdwärmesonden sowie Erdwärmekollektoren, die unter den neuen Gebäuden entstehen.

Sämtliche Gebäude- und Anlagentechnik wird in der Energiezentrale miteinander vernetzt, so dass die Energie höchst effizient genutzt werden kann. Weil Sonnenstrom und Erdwärme unabhängig von Marktschwankungen, Börsen- und CO2-Preisen sind, können die Stadtwerke den Bewohnerinnen und Bewohnern einen günstigen Einstiegspreis für ihre Wärmeversorgung mit der Aussicht auf eine geringe Preissteigerung garantieren.

Die Stadtwerke Bamberg hatten die Realisierbarkeit des Konzepts in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut IEE, dem Nürnberger Ingenieurbüro BUILD.ING Consultants und der Otto-Friedrich-Universität Bamberg überprüft und hierbei neben der Energieausbeute auch den Platzbedarf, Kohlendioxid- und Lärmemissionen sowie die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Wärmeerzeugungsmethoden in den Fokus genommen. Als wichtiger Baustein der Wärmewende wird das Projekt insgesamt mit mehr als 8 Millionen vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert. Weitere 1,9 Millionen Euro steuert die Regierung von Oberfranken im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Wachstum und nachhaltige Erneuerung - Lebenswerte Quartiere gestalten“ bei.

Herzstück Energiezentrale

Für die Energiezentrale, das Herzstück des Energiesystems, haben jetzt Kinder von Mitarbeiterinnen der Stadtwerke gemeinsam mit Oberbürgermeister Andreas Starke und Stadtwerke-Geschäftsführer Dr. Michael Fiedeldey, den ersten Spatenstich vollzogen. Das Gebäude nordöstlich der Reithalle wird Blockheizkraftwerk, Energiespeicher, Pumpen, Fernwärmetechnik und auch die intelligente Steuerung beheimaten und rechtzeitig zum Einzug der ersten Lagarde-Bewohner in einem Jahr in Betrieb gehen. Die endgültige Fertigstellung des architektonisch anspruchsvollen Gebäudes mit seinem Satteldach ist Ende des kommenden Jahres geplant.

Auch das intermodale Mobilitätskonzept für die Bewohner, Besucher und Beschäftigten auf dem Lagarde-Quartier ist zukunftsweisend. Bewohner des Quartiers werden sich entscheiden können, ob sie statt eines Stellplatzes in einer Parkpalette eine Mobilitätskarte erhalten. Die Mobilitätskarte beinhaltet neben einem Ticket für den Verkehrsverbund Großraum Nürnberg auch den Zugriff auf Sharing-Angebote von Elektrofahrzeugen, E-Lastenrädern, elektrischen Motorrollern und E-Scootern. Die Stadtwerke gehen davon aus, dass sich heute schon jeder fünfte Bewohner für das alternative Mobilitätsangebot entscheiden wird. Den Bewohnern ermöglicht das maximale Flexibilität und Wahlfreiheit beim Fortbewegungsmittel. Auch wird weniger Fläche durch Parkraum versiegelt und die Aufenthaltsqualität auf Lagarde steigt.

Minister Altmaier zufolge „ist der klimaneutrale Umbau der Fernwärme ein wichtiger Baustein der Wärmewende. Die Bundesregierung baut deshalb die Förderung für grüne Wärme massiv aus: In Kürze führen wir ein Programm für die langfristige Umstellung von Wärmenetzen auf erneuerbare Wärme und Abwärme ein, die Förderung für neue hocheffiziente Wärmenetze wird fortgesetzt. Das Projekt in Bamberg belegt, dass innovative Lösungen für erneuerbare Fernwärme technisch möglich und wirtschaftlich sind.“

Torsten Safarik, Präsident des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), betonte: „Damit die Energie- und Wärmewende gelingen, braucht es Projekte und Ideen, die mit innovativer Technik umgesetzt werden. Der Lagarde-Campus ist ein spannendes Modellprojekt und steht beispielhaft für klimafreundliche Quartiersentwicklung im 21. Jahrhundert.“ Laut Heidrun Piwernetz, Regierungspräsidentin von Oberfranken, „betreiben die Stadtwerke Bamberg seit Jahren den Umbau militärisch genutzter Flächen mit einem bundesweit beispielgebenden Planungsprozess. In hervorragender Weise werden sie als Akteure hier ihrer Verantwortung gerecht.“

„Die Stadtwerke Bamberg haben wir als sehr kompetenten, visionären und innovativen Partner kennengelernt“, stellte Prof. Raoul Klingner, Direktor Research Fraunhofer Gesellschaft, fest. „In Projekten wie Lagarde setzen sie die Erkenntnisse der Energieforschung in die Realität um und es entsteht eine Blaupause für viele weitere energieeffiziente Quartiere der Zukunft.“

„Die Menschen, die auf Lagarde einziehen wollen, können sich auf eine hohe Lebensqualität freuen“, erklärte schließlich Andreas Starke, Oberbürgermeister von Bamberg. „Wohnen, Leben und Arbeiten werden hier einen guten Platz finden – auch dank der zukunftsweisenden Energie- und Mobilitätskonzepte der Stadtwerke Bamberg.“ ❐



Energiegenossenschaften treiben Energiewende voran

Bis zum Jahr 2045 will die Bundesrepublik zu einem klimaneutralen Land werden. Dieses ehrgeizige Ziel erfordert auch im Bereich der Energieproduktion neue Wege. „Energiegenossenschaften leisten einen wichtigen Beitrag dazu, den Wandel zur Klimaneutralität zu gestalten“, sagte Alexander Büchel, Mitglied des Vorstands des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), anlässlich des Internationalen Tags der Genossenschaften in München. Allerdings gebe es auch politische Entscheidungen, die den Energiegenossenschaften im Wege stünden.

„Energiegenossenschaften treiben die Energiewende dezentral voran. Mit 102 Photovoltaikgenossenschaften in Bayern, drei Betreibern von Windenergieanlagen, 86 Betreibern von Nahwärmenetzen und 21 Biogasgenossenschaften machen sie ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit vor Ort sichtbar“, betonte Büchel. Hinzu kommen 32 genossenschaftliche Energieversorgungsunternehmen. Einige von ihnen beliefern ihre Kunden seit mehr als 100 Jahren über eigene Netze mit Strom, den sie zum Teil mit eigenen Wasserkraftwerken erzeugen.

Bei einem Gesamtumsatz in Höhe von 339,9 Millionen Euro (2020) und einem Gesamtergebnis in Höhe von 29,1 Millionen Euro halten die bayerischen Energiegenossenschaften die Wertschöpfung in der Region und fördern dadurch auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das bewiesen die 36.940 Mitglieder und 370 Beschäftigte der Energiegenossenschaften in Bayern.

Allerdings beklagte Büchel eine Vielzahl von politischen und regulatorischen Hürden, die den zumeist vergleichsweise kleinen Energiegenossenschaften das Wirtschaften schwer machen. „Es ist an der Zeit, den Wert dezentraler und regionaler Energieerzeugung und -versorgung zu erkennen, zu fördern und ihr gleiche Wettbewerbschancen einzuräumen wie Großproduzenten“, mahnte Büchel.

Netzkapazitäten erweitern

So ist es zum Beispiel notwendig, die Netzkapazitäten zu erweitern, um den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien verlässlich zu gewährleisten. Da der Umbau des Energiesystems eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, darf dies nicht zulasten der Anlagen- oder der Netzbetreiber geschehen. Für viele erneuerbare-Energien-Anlagen ist die Teilnahme an Ausschreibungen vorgesehen, um eine EEG-Vergütung zu erhalten. Die dazu nötigen Voraussetzungen bevorzugen größere Anbieter. An kleinere Mitbewerber stellen sie unzumutbar hohe Anforderungen, verbunden mit erheblichen wirtschaftlichen Risiken. „Es ist dringend geboten, die Wettbewerbschancen für kleine Anbieter erneuerbarer Energien zu erhöhen und die Anforderungen zu vereinfachen“, forderte Büchel.

Notwendig ist auch eine Angleichung von Netzentgelten in Stadt und Land. Ein Großteil der erneuerbaren Energien wird im ländlichen Raum erzeugt. „Unterschiedliche Netzentgelte in städtischen und ländlichen Regionen benachteiligen ländliche Anbieter. Dieses Ungleichgewicht muss dringend beendet werden“, ergänzte Büchel.

Perspektive für ausgeförderte Anlagen schaffen

Als problematisch stellt sich darüber hinaus die Möglichkeit zur Nutzung ausgeförderter Anlagen dar. „Diese Anlagen produzieren weiterhin klimaneutralen, sauberen Strom. Die Betreiber brauchen Rahmenbedingungen, die es ihnen erlauben, diesen Strom auch weiter wirtschaftlich zu erzeugen und damit die Energiewende zu unterstützen“, gab Büchel zu bedenken.

Bei der genossenschaftlichen, regionalen Energieversorgung wird die Versorgung der eigenen Mitglieder mit Energie nach wie vor benachteiligt. „Das ergibt keinen Sinn und muss geändert werden“, sagte Büchel. Nach EU-Recht hätte Deutschland bis Ende Juni sicherstellen müssen, dass ein Energy Sharing diskriminierungsfrei möglich ist. Hierzu ist ein Wegfall der EEG-Umlage und der Stromsteuer für Mitglieder einer Erneuerbare-Energien-Gemeinschaft nötig. „Dies muss in der neuen Legislaturperiode zügig umgesetzt werden“, forderte Büchel.

Doch auch bürokratische Auflagen erweisen sich immer wieder als problematisch für den gewünschten und erforderlichen Ausbau erneuerbarer Energien. Feste Abstandsregeln behindern beispielsweise häufig den Bau neuer Windenergieanlagen. Dabei sind bestehende Regelungen zum Beispiel zur Lärmemission der Anlagen oder zum Schattenwurf ohnehin einzuhalten. Zusätzlich erschweren unklar definierte Naturschutzauflagen den Bau von Windenergie- und Wasserkraftanlagen. „Solche Hemmnisse gilt es, durch praxistaugliche Regelungen und im Einvernehmen vor Ort zu ersetzen“, betonte Büchel.

Wichtiger Beitrag zur Nachhaltigkeit

„Die genossenschaftliche Idee wurde in Zeiten des Umbruchs und der Unsicherheit geboren. Seither haben Genossenschaften dabei geholfen, Probleme zu lösen und dort gemeinschaftlich gehandelt, wo der Staat oder andere Akteure nicht aktiv wurden. Am Beispiel der Energiegenossenschaften zeigt sich, dass Genossenschaften nach wie vor diese Rolle übernehmen und als Problemlöser und Innovationstreiber fungieren“, sagte Büchel.

Aufgrund ihres von Gemeinsinn geprägten Ansatzes eignen sich Genossenschaften besonders gut dazu, den Wandel der Energieversorgung mitzutragen. „Nachhaltigkeit liegt in der genossenschaftlichen DNA. Durch aktive Bürgerbeteiligung fördern Energiegenossenschaften die Akzeptanz für die Energiewende und den Ausbau erneuerbarer Energien“, erklärte Büchel.

In einer Genossenschaft bestimmen die Mitglieder gleichberechtigt über die Geschicke mit. „Dieser urdemokratische Ansatz ist ideal dazu geeignet, bei lokalen Energieprojekten Interessen auszugleichen und neue Wege zu finden, die andernfalls verschlossen blieben“, ergänzte Büchel. ❐



V.l.: Moderator Gabor Steingart, Peter Altmaier, Bundesminister für Wirtschaft und Energie, und VERBUND-CEO Michael Strugl..
Bild:Anne Hufnagl

Energiewende kann nur durch Kooperation gelingen

Gespräch zwischen Bundesminister Peter Altmaier und VERBUND-CEO Michael Strugl

Seit 1.1.2021 ist Michael Strugl CEO der VERBUND AG. VERBUND ist Österreichs führendes Energieunternehmen und der größte Erzeuger von Strom aus Wasserkraft in Bayern. Das größte Wasserkraftprojekt Deutschlands, die Erneuerung des Kraftwerks Jettenbach-Töging, ist eine 240-Mio.-Euro-Investition des Unternehmens und ein deutliches Bekenntnis: zum Wasserkraftland Bayern und zur Energiewende.

Die traditionell engen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich, insbesondere in der Gestaltung der Energiezukunft, waren Gegenstand eines Gesprächs zwischen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und VERBUND-CEO Michael Strugl auf dem Medien-Schiff PioneerOne. Bundesminister Altmaier ließ gleich zu Beginn des Gesprächs keinen Zweifel daran, dass er Österreich als befreundetes Land bezeichnet – während er bei so mancher Großmacht zurückhaltender mit dieser Auszeichnung ist.

Energiewende ist „Operation am offenen Herzen“

Die Energiewende ist eine Herausforderung. „Eine Operation am offenen Herzen“, wie sie Michael Strugl bezeichnete. Die beiden Diskutanten machten deutlich, dass diese nur durch Kooperation und Zusammenarbeit gelingen könne. In diesem Umfeld kam das Gespräch unter der Leitung von Gabor Steingart dann auch ohne Vergleiche, Verweise und gut gemeinte Ratschläge aus – die Herausforderung ist enorm und kann nur mit dem Blick in die Zukunft gelingen. „Denn, flapsig gesprochen, unserer Aufgabe wird sein, so viel erneuerbaren Strom zu liefern, den man für diese Transformation braucht“, wie es Michael Strugl formulierte.

In diesem Zusammenhang betonte auch Peter Altmaier, dass dafür alle verfügbaren Erzeugungsformen gebraucht werden und formulierte das Anliegen, „dass man die Wasserkraft auch in Brüssel gut behandelt.“ Damit spielte er auf bekanntgewordene aber am Widerstand der Wasserkraft-Länder gescheiterten Absicht, die Wasserkraft in der EU-Taxonomie-Verordnung nur als Brückentechnologie zu behandeln.

Wirtschafts- und Standortpolitik

Trotz oder gerade wegen des Schwerpunktes auf die erneuerbare Zukunft waren auch Wirtschafts- und Standortpolitik omnipräsent. „Wie können wir den Prozess der Dekarbonisierung betreiben, ohne dass unsere industriellen Kapazitäten darunter leiden“, war der zentrale Leitgedanke von Altmaier, der neben der Thematik der Wettbewerbsfähigkeit auch soziale Aspekte – etwa Kostensteigerungen bei alltäglichen Gütern – im Blick hat. Am Beispiel Stahl machte er deutlich: „Wir müssen aufpassen, dass am Ende nicht die Stahlerzeuger in EU schlappmachen und Stahlerzeuger aus Staaten wo es weniger strenge Klimavorschriften gibt, diesen Stahl verkaufen werden – mit dem Ergebnis, dass nicht weniger, sondern mehr CO2 global freigesetzt wird.“

Ermutigendes Zeichen

Michael Strugl äußerte sich dazu zuversichtlich: „Was wir hier vor uns haben, ist mehr als eine Stromwende, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deswegen sehen wir das als sehr ermutigendes Zeichen, dass die Europäische Union auch nach der COVID-Krise dabei geblieben ist zu sagen, der Green Deal ist ein großes Wirtschaftsprogramm, das die Klimawende will, aber auch konjunkturellen Aufschwung bringen wird.“

Beide Gesprächspartner sehen es als wesentlichen Beitrag zum Gelingen des Wandels an, dass ein Level-playing-Field geschaffen wird, also global gleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen und nicht plötzlich jene im Vorteil sind, die sich dem Klimaschutz verweigern.

Zukunftshoffnung Wasserstoff

Eine tragende Säule der Energiezukunft wird Wasserstoff sein. Viele Prozesse, die nicht elektrifiziert werden können, können mit seiner Hilfe dekarbonisiert werden – etwa in der Stahlindustrie. Peter Altmaier machte den Führungsanspruch Deutschlands als künftiges Wasserstoffland Nummer eins deutlich: „Deutschland hat vor einem Jahr eine Wasserstoffstrategie verabschiedet, und auch während der Präsidentschaft auf eine europäische gedrungen.“

Jetzt gehe es darum, die globale Green Hydrogen Infrastruktur aufzubauen. Michael Strugl sieht sogar die Chance, dass Deutschland und Europa hier eine globale Führungsrolle einnehmen: „Die USA sind das Land der großen Digitalkonzerne, China ist führend bei Solarenergie und Batterien. Beim Wasserstoff ist noch ein Platz frei.“ ❐

Wasserkraft punktet bei Ökologie und Energiewende

Ministerpräsident Dr. Markus Söder will Bayern als erstes Bundesland bereits 2040 klimaneutral gemacht haben – ein unterstützenswertes und ambitioniertes Ziel. Bereits heute ist sicher, dass die Wasserkraft in Bayern einen unverzichtbaren Beitrag leistet, um dieses Ziel zu erreichen. Nutzen und Vorteile der Wasserkraft sind vielfältig und gehen weit über die reine Stromerzeugung hinaus. Die Leistungen der bayerischen Wasserkraftbetreiber stellt die Initiative „Wasserkraft-Ja bitte!“ nun eindrucksvoll in einem neuen Imagefilm dar.

Die bayerischen Wasserkraftwerke tragen wesentlich zum Gelingen der Energiewende bei. Sie sind eine sichere Alternative zur Stromgewinnung aus nuklearen und fossilen Brennstoffen. Sie erzeugen saubere Elektrizität aus einer unerschöpflichen Quelle. Strom aus Wasserkraft ist weder abhängig von der Tageszeit noch vom Wetter. Überschüssige Energie wird in Speicherkraftwerken geparkt und steht bei Bedarf sofort zur Verfügung. So versorgen die Wasserkraftwerke Bayern immer zuverlässig mit Strom. Zusammen mit den anderen regenerativen Energiequellen wird die Wasserkraft auch in der Zukunft einen wesentlichen Beitrag zur sicheren Stromversorgung leisten.

Teil der Lösung

Weltweit ist die Wasserkraft die bedeutendste und wirtschaftlichste Quelle der regenerativen Stromerzeugung. Wasserkraft ist nicht das Problem, sondern Teil der Lösung. Egal ob Photovoltaik, Wind- oder Wasserkraft: Jede Art, Strom zu erzeugen, geht mit umweltrelevanten Begleiterscheinungen einher. Die Betreiber der bayerischen Wasserkraftwerke sind sich ihrer Verantwortung bewusst. Ihnen ist es wichtig, den Lebensraum so natürlich wie möglich zu erhalten. Die Wasserkraftunternehmer bauen Umgehungsgewässer und Fischtreppen an den Anlagen, um die Durchgängigkeit für Fische und andere Lebewesen zu bewahren. Außerdem schaffen die Betreiber neue Laichplätze und Lebensräume für Flora und Fauna zum Ausgleich. An den entstandenen Dämmen und Flussläufen findet man beispielsweise wertvolle Magerrasen und seltene Orchideen. Die bayerischen Wasserkraftbetreiber geben Artenschutz, Umwelt- und Naturschutz viel Raum und stellen gleichzeitig sicher, dass Bayern auch weiter zuverlässig mit erneuerbarer Energie versorgt wird. „Wir hoffen, mit dem Film auch einen kleinen Gegenpol zu den derzeitigen pauschalen Verunglimpfungen der Wasserkraft durch die Freizeit- und Naturschutzverbände leisten zu können. Denn während beim Angeln das gezielte Fangen, Töten und Essen von Fischen das primäre Ziel ist, versuchen die Wasserkraftwerksbetreiber die Fische vor Schaden zu bewahren und ihnen ein möglichst langes Leben zu gönnen“, bringt Detlef Fischer, Geschäftsführer beim Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW den Unterschied zwischen Fischern und Wasserkraftwerksbetreibern auf den Punkt.

Die Initiative „Wasserkraft – Ja bitte!“

Die Wasserkraftunternehmen in Bayern haben sich zusammengeschlossen, um sich für die bayerische Wasserkraft stark zu machen. Die Initiative „Wasserkraft – Ja bitte!“ informiert über die Bedeutung der Wasserkraft in einer erneuerbaren Energiewelt in Bayern und macht den Nutzen der Wasserkraft erlebbar.

PS: Am 16. September 2021 findet in der Redoute Passau das 8. Bayerische WasserkraftForum der Bayerischen GemeindeZeitung statt. Anmeldung unter www.bayerisches-wasserkraftforum.de ❐

Stadtsparkasse Augsburg nimmt neue Photovoltaik-Anlage in Betrieb

Ein großer Schritt in Richtung Klimaneutralität: Die Stadtsparkasse Augsburg hat ihre neue Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des Parkhauses in der Halderstraße in Betrieb genommen. Zum Start der Anlage drückten Oberbürgermeisterin Eva Weber und Vorstandsvorsitzender Rolf Settelmeier symbolisch den roten Buzzer.

„Es ist ein starkes Zeichen, das die Stadtsparkasse mit dieser Maßnahme für den Klimaschutz vor Ort setzt“, freut sich Oberbürgermeisterin Eva Weber im Namen der Stadt Augsburg. Dies ist ein wertvoller Beitrag zur Einhaltung des vom Stadtrat verabschiedeten CO2-Restbudgets von 9,7 Millionen Tonnen Kohlendioxid und der Pariser Klimaschutzziele. „Wir können diese Ziele nur gemeinsam erreichen. Unternehmen, die hier Initiative ergreifen, leisten einen enorm wichtigen Beitrag“, so Weber.

Mit einer Leistung von bis zu 329 kWp kann sich die Unternehmenszentrale der Stadtsparkasse nun klimafreundlich selbst mit Energie versorgen. Pro Jahr sind es ca. 300.000 kWh, die die Anlage mithilfe modernster Solarpaneele auf 2.750 qm Dachfläche erzeugt. Genug, um den Verbrauch der Hauptstelle zu wesentlichen Teilen selbst zu decken. Mit der Umstellung auf Ökostrom aus Wasserkraft zu Jahresbeginn 2021 vermeidet die Stadtsparkasse damit rund 1.128.000 kg CO2 pro Jahr und kommt so ihrem selbstgesteckten Ziel, bis 2030 klimaneutral zu wirtschaften, einen entscheidenden Schritt näher.

Um die Photovoltaikanlage auf dem Dach in Betrieb nehmen zu können, waren größere Vorarbeiten notwendig. So musste die Konstruktion des Parkhauses versteift werden, um die Statik der neuen Belastung anzupassen. 30 Tonnen Stahl wurden zu diesem Zweck verarbeitet. Insgesamt hat die Stadtsparkasse eine halbe Million Euro in die Maßnahme investiert.

„Langfristig zu denken und vorausschauend zu handeln gebietet uns einerseits die globale Problematik, vor die uns der Klimawandel stellt, entspricht aber auch den unternehmerischen Leitprinzipien der Sparkasse“, sagt Vorstandsvorsitzender Rolf Settelmeier über die Investition. „Die Stadtsparkasse Augsburg übernimmt seit fast 200 Jahren Verantwortung in der Region. Ressourcenschonend zu wirtschaften und auf den Erhalt unserer Lebensgrundlagen hinzuwirken, verstehen wir als wichtigen Bestandteil dieser Verantwortung.“ ❐

Mobilitätskonzept im Landkreis Kronach

Informationen bei Ausschusssitzung für Wirtschaft und Verkehr des Bayerischen Landkreistags

Bei einer Zusammenkunft in Kronach informierte sich der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr des Bayerischen Landkreistages unter anderem über das Mobilitätskonzept im Landkreis Kronach. Landrat Klaus Löffler freute sich, Landratskollegen aus ganz Bayern begrüßen zu dürfen, die sich nicht zuletzt bei einer Besichtigung der Mobilitätszentrale vom Kronacher Weg der Mobilität beeindruckt zeigten.

Landrat Klaus Löffler stellte gemeinsam mit Gabriele Riedel von der Verwaltung das seit gut einem Jahr laufende Konzept vor, in dem der öffentliche Personennahverkehr und die Schülerbeförderung miteinander kombiniert wurden. „Uneingeschränkte Mobilität ist in unserer heutigen, schnelllebigen Zeit eine unabdingbare Voraussetzung für ein funktionierendes Zusammenleben in vielen Bereichen", betonte Klaus Löffler mit dem Hinweis auf eine Sicherung der Daseinsvorsorge, die ohne Mobilität nicht möglich wäre. Aus diesem Grund habe sich der Landkreis auf den Weg gemacht, den Personennahverkehr neu zu strukturieren, damit ein flächendeckendes Angebot zu schaffen und dieses nachhaltig sowie bürgerfreundlich zu gestalten.

„Man muss ehrlich sein. Das war eine Riesen-Aufgabe, der wir uns gestellt haben. Und nicht alles hat von Beginn an so funktioniert, wie wir uns das gewünscht hätten. Aber nach einer gewissen Anlaufzeit und mancher Nachbesserung haben wir es geschafft, ein attraktives Angebot zu stellen, von dem jede Bürgerin und jeder Bürger profitieren kann", unterstrich Löffler, der besonders auf das ergänzende Rufbussystem stolz ist. In Bereichen, wo kein fester Linienverkehr stattfindet, gebe es Bedarfshaltestellen, die nach Anforderung von Kleinbussen angefahren werden und damit ein hohes Maß an Flexibilität bieten. Koordiniert werde das gesamte System von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Mobilitätszentrale. Ihnen galt gerade auch mit Blick auf die arbeitsintensive Anfangsphase der besondere Dank des Landrats.

Das Mobilitätskonzept im Landkreis Kronach wurde nicht zuletzt vor dem Hintergrund mit großem Interesse aufgenommen, weil es in der Sitzung generell um eine Strategie des öffentlichen Personennahverkehrs für die Zukunft ging – gerade auch vor dem Hintergrund des Klimaschutzes.

Kreative Ideen im ländlichen Raum

Ausschussvorsitzender Franz Löffler, Landrat Cham, zeigte sich beeindruckt von den kreativen Ideen, mit denen der Landkreis Kronach ein hervorragendes Beispiel gibt, wie der ÖPNV im ländlichen Raum bedarfsgerecht organisiert werden kann. „Anders als im Ballungsraum steht nicht die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten, sondern die Verbesserung des Angebots im Vordergrund. Nur ein attraktives Angebot gibt einen Anreiz, das Auto stehen zu lassen. Umso wichtiger sei es, dass die finanzielle Förderung durch den Freistaat deutlich gestärkt wird. Die einseitige Förderung des 365-Euro-Tickets in den großen Verbundräumen wird den Anforderungen an gleichwertige Lebensverhältnisse nicht gerecht", so der Ausschussvorsitzende Landrat Franz Löffler.

Begleitet wurde dieser Tagesordnungspunkt durch Berichte aus den jeweiligen Arbeitsgemeinschaften zum Zukunftsrat ÖPNV. Die Vorstellung der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern übernahm der Fürther Landrat Matthias Dießl. Dabei handelt es sich um ein Netzwerk bayerischer Kommunen, das 2012 von 38 Gründungsmitgliedern und maßgeblicher Unterstützung der Bayerischen Landesregierung ins Leben gerufen wurde. Zentrales Anliegen ist die feste organisatorische Verankerung der Radverkehrsförderung als einen wesentlichen Baustein zukünftiger Mobilitätsabwicklung. ❐

Pilotprojekt mit weiteren Großstädten:

Augsburg will Tempo 30 einführen

Sieben deutsche Großstädte wollen in einem Pilotprojekt großflächig Tempo 30 testen. Nur auf Hauptverkehrsstraßen soll dann noch die übliche Geschwindigkeit von 50 km/h zulässig sein. An der „Städteinitiative Tempo 30 für mehr Lebensqualität in Städten und Gemeinden", organisiert von der Agora Verkehrswende und unterstützt vom Deutschen Städtetag, beteiligen sich Augsburg, Aachen, Freiburg, Hannover, Leipzig, Münster und Ulm.

„Wir wollen in unseren Städten nicht flächendeckend Tempo 30 einführen. Und wir wollen keine pauschalen Regelungen für alle Städte. Aber wir wollen, dass Städte selbst entscheiden und neue Modelle von Geschwindigkeiten erproben können", betonte der Städtetagspräsident und Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung. Damit solche Modellversuche unter Realbedingungen starten können, müsse die Straßenverkehrsordnung geändert werden. Diese Forderung sei auch in Entschließungen des Deutschen Bundestags aufgegriffen worden. In der neuen Legislaturperiode müsse dies rasch auf den Weg gebracht werden. „Denn erst dann kann es losgehen mit mehr Entscheidungsspielraum in den Städten und Modellversuchen vor Ort."

Laut einer Erklärung der Städte „wird die Leistungsfähigkeit für den Verkehr durch Tempo 30 nicht eingeschränkt, die Aufenthaltsqualität dagegen spürbar erhöht". Besonders für Fußgänger und Radfahrer würden die Straßen sicherer. Zudem werde der Verkehrslärm reduziert und die Luftbelastung geringer.

Förderung des Radverkehrs

Augsburgs Baureferent Gerd Merkle wies bei der Vorstellung der Initiative darauf hin, dass eine generelle Tempo-30-Regelung gerade auch für die Förderung des Radverkehrs sinnvoll sei. In historisch gewachsenen Straßenzügen sei es nicht überall möglich, eigene Radwege anzulegen. So könnte das Sicherheitsgefühl der Radler verbessert werden, wenn eine Stadt die Höchstgeschwindigkeit reduzieren dürfte, unterstrich Merkle. **DK**

Luftfilter statt Sprachfilter:

„Schwarzfahren" ist kein rassistischer Begriff

Zur aktuellen Entscheidung der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG), sämtliche Plakate auszutauschen, die das Wort „Schwarzfahren" beinhalten, hat Achim von Michel, BVMW-Landesbeauftragter für Politik in Bayern, Stellung bezogen.

Seiner Meinung nach „täte die MVG besser daran, ihre Gelder in optimale Hygienemaßnahmen im öffentlichen Personennahverkehr zu investieren. Mit dem offiziellen Ende der Homeoffice-Pflicht seit 1. Juli steigt das Passagieraufkommen wieder an und das Infektionsrisiko damit ebenfalls. Es ist nicht nachvollziehbar, warum sich die MVG in dieser unsicheren Zeit über Themen Gedanken macht, die bereits im Jahr 2012 von Sprachexperten eindeutig und in öffentlicher Diskussion verortet wurden: Das Wort ‚Schwarzfahren' hat demnach keine rassistische Konnotation."

Der Landesbeauftragte des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft weist in diesem Zusammenhang insbesondere auf innovative Konzepte hin, mit denen beispielsweise in U-Bahnen durch eine professionelle Luftreinigung das Covid-19-Infektionsrisiko deutlich gesenkt werden könnte. „Auf diese Themen sollte die Landeshauptstadt München als Gesellschafter der MVG derzeit das Augenmerk und das Budget richten, und nicht auf das willkürliche Filtern von Worten und damit verbundene Austauschen ganzer Plakatkampagnen." ❐

U6-Verlängerung nach Martinsried

Die Planungsarbeiten für die U6-Verlängerung nach Martinsried schreiten voran. Neben zahlreichen technischen Fragen widmete sich das Projektteam in den zurückliegenden Monaten auch der Gestaltung des künftigen U-Bahnhofs. Im Zuge des dafür ausgelobten Realisierungswettbewerbs fand im Mai 2021 in Planegg die Preisgerichtssitzung statt.

Die elfköpfige Jury hat aus zwölf eingereichten Wettbewerbsbeiträgen die Plätze 1 bis 3 prämiert und zwei Anerkennungen vergeben. Damit wurde der erste wichtige Meilenstein bei der Gestaltung des künftigen U-Bahnhofs gesetzt.

Den 1. Preis gewann der gemeinsame Entwurf von Gruber + Popp Architekt*innen aus Berlin und Arup Deutschland GmbH (Lichtplanung). Die Juroren waren sich einig, dass das vom 1. Preisträger vorgestellte Gesamtkonzept harmonisch erscheine und sich gut in den Park des neuen Uni-Ensembles einfüge. Die Assoziation an Zellstrukturen unter dem Mikroskop wirke stimmig und stelle einen nachvollziehbaren Bezug zum Ort her.

Im Inneren prägen organische Deckenaussparungen und Deckenöffnungen den neuen Bahnhof. Sie beinhalten auf sinnfällige Weise alle Nutzungselemente wie Entrauchung, Akustik und Beleuchtung. Oberlichter stellen einen Bezug zur Außenwelt her, Aussparungen für Kunstlicht und Leuchten in den Lüftungsschächten ergänzen das Lichtkonzept und sorgen für eine gleichmäßige Ausleuchtung. Der Entwurf kommt ohne weitere Gestaltungselemente aus und schafft so auf einfache Weise einen zurückhaltenden, aber doch atmosphärischen Innenraumcharakter. ❐

Verlängerung des ÖPNV-Rettungsschirms:

Bundesweites Nahverkehrsangebot auch für 2021 gesichert

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen, Branchenverband mit über 600 Unternehmen des öffentlichen Personen- und des Schienengüterverkehres, bewertet die jüngsten Beschlüsse des Bundestages und des Bundesrates für die Verlängerung des ÖPNV-Rettungsschirmes als wegweisend. VDV-Präsident Ingo Wortmann: „Bund und Länder haben Wort gehalten, dafür gilt ihnen ein großer Dank der Branche."

Mit der Verlängerung des ÖPNV-Rettungsschirms auch für das Jahr 2021 sei eine Aufrechterhaltung des bundesweiten Nahverkehrsangebots in Deutschland gesichert, betonte Wortmann. „Das ist nicht nur für die in Folge der Corona-Pandemie wirtschaftlich schwierige Situation der Verkehrsunternehmen existenziell, sondern auch für das Erreichen der Klimaschutzziele im Verkehrssektor wichtig. Denn dafür brauchen wir auch künftig einen leistungsfähigen ÖPNV. Die Branche ist sich der Verantwortung, die daraus erwächst, bewusst und wird alles daransetzen, um die verlorengegangenen Fahrgäste schnellstmöglich wieder zurück sowie neue Kunden hinzuzugewinnen."

Die prognostizierten Einnahmeverluste der Branche liegen nach VDV-Berechnungen für die Jahre 2020 und 2021 bei insgesamt rund sieben Milliarden Euro. Bund und Länder haben vereinbart, diese Verluste jeweils zur Hälfte auszugleichen. Während der Bund im vergangenen Jahr im Rahmen der Coronahilfen sehr schnell und unkompliziert 2,5 Milliarden zur Verfügung gestellt hatte und nun nochmal eine Milliarde zusätzlich bereitstellen wird, sind in diesem Jahr die Länder in der Verantwortung den größeren Anteil der Mittel bereitzustellen.

„Mit dem nun gefassten Beschluss zum ÖPNV-Rettungsschirm 2021 übernehmen Bund und Länder erneut gleichermaßen die Verantwortung für den Ausgleich der Coronaverluste unserer Branche. Die politischen Entscheider haben uns aufgefordert, trotz deutlicher Fahrgastrückgänge während der Pandemie unsere Angebote möglichst uneingeschränkt aufrecht zu erhalten, damit alle Fahrgäste die auf Bus und Bahn angewiesen sind, sich auch weiterhin auf einen funktionierenden ÖPNV verlassen können. Dies haben wir seit März letzten Jahres mit hohem Engagement in den Verkehrsunternehmen bundesweit umgesetzt, um unseren Teil zur Krisenbewältigung beizutragen. Der dadurch entstandene wirtschaftliche Schaden wird nun durch die Fortführung des ÖPNV-Rettungsschirms auch für das 2021 weitestgehend ausgeglichen", so Wortmann. ❐

AGFK holt Cargobike Roadshow nach Bayern

Die Cargobike Roadshow tourte 2021 erstmals durch den Freistaat: Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V. (AGFK Bayern) fand das Test-Event für Elektro-Lastenräder in zehn AGFK-Mitgliedskommunen statt. Auf den öffentlichen Testparcours konnten Bürgerinnen und Bürger die zwei- und dreirädrigen Cargobikes kostenlos testen und Beratung in Anspruch nehmen: Radverkehrsförderung vor Ort und zum Ausprobieren.

Mit der Cargobike Roadshow holte die AGFK Bayern ein öffentliches Event nach Bayern, das E-Lastenradfahren für alle zugänglich machte und mögliche Nutzungshemmnisse abbaut. Gemeinsames Ziel war es, die Bürgerinnen und Bürger für zukunftsfähige Mobilität zu begeistern und die Radverkehrsförderung weiter voranzutreiben. In den AGFK-Gastgeberstädten konnten Interessierte jeweils an einem Tag Lastenräder verschiedener Modelle und Hersteller kennenlernen: Insgesamt standen zwölf zwei- bzw. dreirädrige E-Cargobikes mit Pedelec25-Antrieb und unterschiedlichen Aufbauten zum Lasten- und Kindertransport zur Verfügung. Der Veranstalter, die cargobike.jetzt GmbH, bot dazu kostenfrei und händlerunabhängig Beratung und Fahreinweisungen an. Die Testfahrten fanden Corona-konform und im Freien statt.

Boom E-Lastenrad: Ein Rad wird zur Auto-Alternative

Die AGFK Bayern holte die Roadshow zu einem Zeitpunkt in ihre Mitgliedskommunen, in dem Räder mit Elektroantrieb in der Bevölkerung massiv an Bedeutung gewinnen: Gemäß des Zweirad-Industrie-Verbands sind die Verkaufszahlen für E-Bikes in Deutschland 2020 um 43 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen, insgesamt wurden 2020 1,95 Millionen verkauft –darunter 78.000 E-Lastenräder. Ein ungebrochener Aufwärtstrend, der dafür spricht, dass das E-Lastenrad Vorteile vereint, die vielen zuvor nur das Privatauto bot: Transportkapazität, Fahrkomfort durch Antriebsunterstützung auch auf längeren Distanzen und anspruchsvollen Wegstrecken und eine Mobilität, die unabhängig von Fahrplänen und Mitfahrenden möglich ist. Darüber hinaus bietet es Vorteile, die das Auto nicht leisten kann: Das „Von Tür zu Tür"-Fahren ohne Parkplatzsuche, Umwelt- und Klimafreundlichkeit und Kostenersparnis.

„Wir freuen uns, die Cargobike Roadshow erstmals in Bayern durchgeführt zu haben. Denn viele sind neugierig auf das antriebsunterstützte Radfahren und meist begeistert nach dem ersten Mal Fahren. Mit dem zusätzlichen Beratungsangebot war die Cargobike Roadshow eine Highlight-Aktion für alle, die Spaß am Radfahren haben und sich bewusst eine nachhaltige generationengerechte Mobilität wünschen", sagt Matthias Dießl, Vorsitzender der AGFK Bayern e.V. ❐

Sofortprogramm des Bundes:

Mehr Komfort in bayerischen Bahnhöfen

Von Aschaffenburg bis Zillendorf: Auch heuer werden zahlreiche Bahnhöfe im Freistaat schöner und komfortabler. Dafür sorgt die Neuauflage des „Sofortprogramms Bahnhöfe" der Deutschen Bahn (DB) und des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur, wofür das BMVI in Bayern knapp 18 Millionen Euro für rund 130 Bahnhöfe bereitgestellt hat. Weniger als zwei Monate nach dem Start des bundesweiten Programms wurden in Bayern bereits die Arbeiten an knapp 60 Bahnhöfen begonnen. Die Verschönerungsmaßnahmen laufen noch bis Ende des Jahres.

An den Bahnhöfen zwischen Waldmünchen und Cham wurden in diesem Jahr bereits Verbesserungen umgesetzt. Entlang der Strecke wurden die Stationen in Balbersdorf, Geigant, Grub (OPf.), Waffenbrunn und Zillendorf in den vergangenen Wochen mit neuen Bahnsteigen ausgestattet. Auch in Bayerisch Eisenstein, Bergen (Obb.), Dorfen Bahnhof und Oberaudorf wurden bereits erste Maßnahmen umgesetzt, darunter die Erneuerung von Blindenleitsystemen und Bahnsteigstraffuren. Neben einer Vielzahl kleinerer Maßnahmen werden auch umfangreichere Verbesserungen unter anderem an folgenden Stationen durchgeführt:

- Aschaffenburg Süd: Energetische Sanierung des Empfangsgebäudes; gestalterische Aufwertung der Personenunterführung/der Treppenaufgänge (Start bereits in 2020 mit Fortführung in 2021)
- München-Donnersbergerbrücke: Erneuerung der Deckenverkleidung; Aufwertung von Bodenbelägen; gestalterische Aufwertung der Treppenaufgänge und Zugänge; Beleuchtungserneuerung (Start im August)
- Neumarkt i.d.OPf.: Gestalterische Aufwertung der Wartehalle; Erneuerung der Sitzmöglichkeiten; Fassadensanierung/Malerarbeiten an der Außenfassade (Start im Juli)
- Schwabach: Teilweise Erneuerung der Bahnsteigausstattung; Sanierungsarbeiten im Bereich der Zuwegungen; Erneuerung von Fenstern im Empfangsgebäude (Start im August)
- Weilheim: Neugestaltung der Decke in der Wartehalle des Empfangsgebäudes; Erweiterung der Maßnahmen zur Taubenvergrämung; Installation energetischer Thermofenster; Umstellung Beleuchtung auf LED; Erneuerung der Sitzgelegenheiten; gestalterische Aufwertung der Wartehalle (Start im Juni).

Laut Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter der DB für Bayern, „ist es uns durch die Zusammenarbeit mit regionalen Handwerkerbetrieben möglich, schnell und effizient mit den Umsetzungen der Maßnahmen zu starten und bis Ende des Jahres mit attraktiven Bahnhöfen noch mehr Menschen für die klimafreundliche Schiene zu begeistern".

Neben neuen Wand- und Bodengestaltungen sowie verbesserten Informations- und Orientierungsmöglichkeiten werden auch bequemere Sitzmöbel an den Bahnsteigen und in den Wartehallen angebracht. Für eine bessere Energiebilanz rüstet die DB vielerorts die Bahnhofsbeleuchtung auf klimafreundliche LEDs um. Das Ziel: Mehr Menschen für das umweltfreundliche Verkehrsmittel Bahn gewinnen, um die Mobilitäts- und Klimawende weiter voranzutreiben. Nach Abschluss der Arbeiten im Rahmen beider Sofortprogramme profitieren insgesamt rund 1,9 Millionen Reisende täglich in Bayern von den Verschönerungsmaßnahmen. **DK**

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Sana Kliniken AG
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Gesundheitswesens:

Gesundheitsvorsorge: (Darm)Krebs macht auch in Pandemiezeiten keine Pause

Jährlich erkranken in Deutschland rund 61.000 Menschen an Darmkrebs, etwa 25.000 sterben daran. Neben Brustkrebs ist Darmkrebs damit die zweithäufigste Krebserkrankung in Deutschland – und nach Lungenkrebs die zweithäufigste Todesursache. Ein Großteil der Todesfälle ließe sich jedoch verhindern. Zum einen, indem Risikofaktoren für diese Krebserkrankung, wie Nikotin- und Alkoholkonsum, Bewegungsarmut oder auch faser- und ballaststoffarme Ernährung, vermieden werden. Zum anderen, indem ab einem gewissen Alter Vorsorgeuntersuchungen regelmäßig wahrgenommen werden.

Die Darmkrebsvorsorge wird in der Regel von den mit dem Onkologischen Zentrum zusammenarbeitenden Fachärzten oder bei besonderen Situationen direkt im Klinikum angeboten. Ab einem Alter von 50 Jahren können Stuhlproben durch Untersuchung auf verstecktes Blut auf Anzeichen von Darmkrebs analysiert werden. Spätestens ab 55 Jahren sollten Frauen wie Männer eine Darmspiegelung durchführen lassen. Die sogenannte Koloskopie ist die beste Möglichkeit, Darmkrebs und seine Vorstufen mit großer Sicherheit zu erkennen. Doch seit Beginn der Coronapandemie machen deutlich weniger Menschen Gebrauch von diesem Vorsorgeangebot. Wegen einer vermeintlich höheren Ansteckungsgefahr sagen sie – trotz umfassender Hygiene- und Sicherheitsstandards in den Praxen und Kliniken – in großem Umfang Vorsorgeuntersuchungen ab. Hinzu kommt, dass die Darmkrebsvorsorge an sich viele – vor allem Männer – abschreckt, schon vor Corona. Dabei war Angst noch nie ein guter Ratgeber.

Darmkrebs bereits im Vorfeld verhindern

Denn: Die Koloskopie, deren Kosten ab einem Alter von 55 Jahren von der Krankenkasse übernommen werden, ist das wichtigstes Mittel, Darmkrebs bereits im Vorfeld zu verhindern. Bei der Darmspiegelung geht es vor allem um die Behebung von Veränderungen, aus denen heraus sich Darmkrebs entwickeln könnte. Rund ein Drittel der Patienten hat zwar keine Beschwerden, aber bereits Polypen. Diese Veränderungen können frühzeitig festgestellt und gleich entfernt werden – im besten Fall bevor Krebs entsteht. Treten Beschwerden wie Blutungen und Schmerzen im Bauch auf, ist es meist schon zu spät.

Ist der Befund unauffällig, muss die Untersuchung erst nach zehn Jahren wiederholt werden. Damit einher geht auch die große Chance, Lebensstil und Ernährung mit Blick auf die Risikofaktoren zu verbessern. Die meisten Menschen sind überrascht, wenn sie erfahren, dass beispielsweise das tägliche Glas Wein ein erhöhtes Darmkrebsrisiko verursacht. Es lohnt sich demnach – nicht nur in Pandemiezeiten – auf seinen Lebensstil zu achten und damit auch weitere Erkrankungen, wie Herzinfarkt oder Diabetes zu verhindern. ❐

Barrieren im Kopf und in der Praxis abbauen

Fachverband für Menschen mit Hörbehinderung in Ingolstadt bietet Einzelcoaching zur Videotelefonie für Personen mit Schwerhörigkeit an

Die Familie über Skype virtuell zu Kaffee und Kuchen treffen, mit den Kolleginnen und Kollegen ein Feierabendbier über Google Hangouts trinken oder gemeinsam mit den Freundinnen via Zoom an einem Mal-Event teilnehmen: Microsoft Teams, Zoom und andere Anwendungen für Online-Besprechungen gehören seit vergangenem Jahr zum Alltag. Mit Videotelefonie die sozialen Kontakte während der Corona-Pandemie aufrechterhalten, das ist eine Entwicklung, die schwerhörige Menschen vor große Herausforderungen stellt.

Besonders für Menschen mit Schwerhörigkeit sind Webinare und Onlinekonferenzen eine Herausforderung. „Die große Hürde für die Schwerhörigen ist die psychosoziale Komponente", erklärt Natascha Klenk. Die Sozialpädagogin berät in der Ingolstädter Servicestelle des Fachverbandes für Menschen mit Hör- und Sprachbehinderung e. V. (BLWG) Schwerhörige unter anderem zum Thema Videotelefonie.

Viele Betroffene schlössen von vorneherein aus, so Klenk, die Videotelefonie zu nutzen, weil sie fürchteten, dass die Tonqualität nicht ausreiche, um etwas zu verstehen. „Da spielt die Angst, sich zu blamieren, eine große Rolle."

Tipps für Schwerhörige

Natascha Klenk zeigt während des Einzelcoachings „Einführung in die Videotelefonie" verschiedene technische Lösungen. Zudem gibt sie Tipps zur Kommunikationstaktik für Schwerhörige. Die Beratung dauert etwa 30 Minuten bis eine Stunde, aber auch im Nachgang berät Klenk die Betroffenen bei Fragen. Neben der Sozialpädagogin gehören zwei gut hörende sowie zwei schwerhörige Kolleginnen und ein gehörloser Kollege zu dem Beratungsteam der Informations- und Servicestellen Oberbayern. Der BLWG berät Menschen mit Hörbehinderungen in allen Altersgruppen, Angehörige oder Mitarbeitende aus Behörden oder medizinischen Einrichtungen.

Gefördert wird der Verein vom Bezirk Oberbayern und dem Bayerischen Sozialministerium. „Uns als Bezirk ist es wichtig, dass wir allen die Chance bieten, an Veranstaltungen, Diskussionen und Versammlungen teilzunehmen. Deswegen ist ein Verein wie der BLWG für ein barrierefreies Leben wichtig", betont der oberbayerische Bezirkstagspräsident Josef Mederer.

Seit November bietet Klenk das kostenlose Einzelcoaching an und räumt während der Beratung mit Ängsten und Vorurteilen auf. „Es geht im Einzelcoaching darum, dass man es in einem geschützten Rahmen ausprobieren kann", erklärt Klenk. Dabei zeigt sie technische Lösungen auf. Unter anderem erklärt sie, wie man das Zubehör von Hörgeräten koppeln kann, Untertitel nutzt oder Apps zur Spracherkennung verwendet.

Ein zentraler Inhalt ist aber auch die Kommunikationstaktik. „Einen offenen Umgang mit der Schwerhörigkeit kann man lernen. Dieser schafft Transparenz und beugt Missverständnissen vor. So ist es wichtig dem Gesprächspartner genau zu benennen, was man in der Kommunikationssituation braucht, eine gute Beleuchtung oder die Vermeidung von Störgeräuschen", betont die Sozialpädagogin.

Kontaktdaten: Natascha Klenk, iss-in@blwg.de ❐

Bayerischer Demenzpreis für kreative Projekte

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek hat in Nürnberg herausragende Projekte aus Oberfranken, Mittelfranken und der Oberpfalz mit dem Bayerischen Demenzpreis ausgezeichnet. Nach seinen Worten „tragen die Preisträger mit ihren innovativen Projekten dazu bei, dass Betroffene ein Leben in der Mitte der Gesellschaft führen können und sind Vorbilder für ganz Bayern."

Unter 47 eingereichten Projekten machte das Projekt „Leasinghühner" des Seniorenzentrums Johann Hinrich Wichern aus Forchheim in Oberfranken das Rennen. Ziel des mit 3.000 Euro dotierten Projekts ist es, mit der Betreuung der Hühner für Menschen mit Demenz eine sinnhafte Aufgabe zu schaffen und durch das Leasingangebot Kontakte zu Menschen, die nicht in der Einrichtung leben, zu ermöglichen. Die Einrichtung beteiligt zum Beispiel auch Kindergartenkinder.

Mit dem 2. Preis (2.000 Euro) wurde das Projekt „Interkulturelle Beratung und Unterstützung für Menschen mit Demenz und ihre pflegenden Angehörigen" des Vereins Helfende Hand International – HeHanI e. V. aus Nürnberg in Mittelfranken bedacht. Der Verein bietet kultursensible Begleitung sowie Beratung und veranstaltet Gesundheitskurse sowie niederschwellige kultursensible Angebote.

Belastung für Betroffene reduzieren

Den 3. Preis (1.000 Euro) errang das Projekt „Stationsübergreifende Demenzbetreuung im Akutkrankenhaus" des Kommunalunternehmens Krankenhäuser des Landkreises Amberg-Sulzbach, St. Anna Krankenhaus. Das St. Anna Krankenhaus bietet Patientinnen und Patienten mit Demenz im eigens geschaffenen demenzgerecht gestalteten „Sonnenstüberl" Aktivierung und Betreuung durch eine Pflegefachkraft und geschulte Ehrenamtliche. Dort wird beispielsweise auch gemeinsam das Frühstück zubereitet und gegessen. Der Krankenhausaufenthalt ist durch die stationsübergreifende Demenzbetreuung für die Betroffenen mit einer geringeren Belastung verbunden.

Neben den drei Preisträgern erhielten folgende Projekte Anerkennungsurkunden: das Projekt „Klettern trotz(t) Demenz" der Diakoniestation Oberasbach der Diakonie im Landkreis Fürth gGmbH, die „Praxisstudie zum herausfordernden Verhalten von Bewohnern mit extremen Verhaltensauffälligkeiten im Altenheim" des Caritas Altenheims St. Franziskus Kolbermoor (Landkreis Rosenheim) und das Projekt „Die Frankengartler und ihr grünes Quartier am Streitberger Berg" des Seniorenzentrums Martin Luther in Wiesenttal (Landkreis Forchheim).

Laut dem Minister ist die Zahl der Menschen mit Demenz groß. Bereits heute lebten in Bayern mehr als 240.000 Betroffene, im Jahr 2030 werden es voraussichtlich 300.000 Menschen mit Demenz sein. „Unser Ziel muss es daher sein, die Gesellschaft zu sensibilisieren und für mehr Akzeptanz zu sorgen. Wir brauchen eine Gesellschaft, in der Menschen mit Demenz mittendrin sind."

Der Bayerische Demenzpreis wird seit 2015 verliehen. Für den Preis können sich Verbände, Vereine, Kommunen, Schulen, Organisationen und Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens, Körperschaften des Öffentlichen Rechts sowie Unternehmen bewerben. **DK**

Krankenhäuser dürfen sich nicht aus der Fläche zurückziehen

Am Sonntag, 4. Juli hat der Vorsitzende des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) Prof. Josef Hecken in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung gesagt, dass von den derzeit 1.900 Krankenhäusern in Deutschland 700 entbehrlich seien. Darauf entgegnete der Präsident des Deutschen Landkreistages Landrat Reinhard Sager: „Die Politik hat es sich auf die Fahnen geschrieben, gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu erreichen. Das bedeutet auch, die medizinische Versorgung in ländlichen Räumen zu verbessern. Gerade dort geht es um die Sicherstellung einer wohnortnahen Versorgung. Diesem Ziel läuft ein neuerlich proklamierter einseitiger Rückzug der Krankenhäuser aus der Fläche zuwider. Das würde ganze Landstriche von medizinischer Versorgung praktisch abkoppeln. Das sollte unbedingt verhindert werden."

Würden 700 Krankenhäuser verschwinden, so wären die verbleibenden Krankenhäuser umso mehr in größeren Städten angesiedelt, wohingegen Standorte in der Fläche schließen müssten, so Sager weiter.

Richtschnur: wohnortnahe Versorgung

Er führt weiter aus: „Über die Hälfte der Menschen lebt aber in ländlichen Landkreisen und Gemeinden. Das Ziel einer wohnortnahen Versorgung überall in Deutschland muss nach wie vor Richtschnur sein. In strukturschwächeren ländlichen Räumen sieht man, dass die ambulante medizinische Versorgung von den Kassenärztlichen Vereinigungen nicht mehr vollständig gewährleistet werden kann. In manchen Landkreisen findet kassenärztlicher Notdienst kaum noch statt. Diese Löcher müssen zunächst gestopft werden."

Dabei lasse der Vorstoß einen wesentlichen Punkt außer Acht: „Alles, was unterhalb der Notfallversorgung existiert, sei keine stationäre Versorgung und mithin überflüssig. Das Gegenteil ist richtig: Die Länder müssen ihre Planungsverantwortung wieder wahrnehmen. Sie dürfen sich auch keinen schlanken Fuß machen, wenn es um die Sicherung einer sachgerechten Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser in der Fläche geht." ❐



Henne Nutzfahrzeuge und MULAG Mähtechnik:

„Ökologisch heißt nicht schöner!“

Informationsveranstaltung zum insektenfreundlichen Mähen in Peißenberg

Auf der IFAT 2020 hätte der u.a. für den Unimog passende Mähkopf ECO 1200, eine Weltneuheit im ökologischen Mähen, präsentiert werden sollen, wäre diese Großveranstaltung nicht pandemiebedingt verschoben worden. Um interessierten Bauhofmitarbeitern dieses neue und gleichzeitig auch die altbewährten Produkte rund ums Mähen vorzuführen, organisierten Henne Nutzfahrzeuge aus Kirchheim und MULAG aus dem Schwarzwald eine Tour, die sie durch Rosenheim, Forchheim, Rothenburg o.d. Tauber, Herrieden, Essenbach und Peißenberg führte. Rund 50 Teilnehmer ließen sich allein in Peißenberg den neuen Mähkopf ECO 1200 im Vergleich mit den herkömmlichen Geräten präsentieren. Der Markt Peißenberg selbst ist ein gutes Beispiel, denn hier wird ökologisches Mähen nicht nur praktiziert, sondern die Idee dahinter auch gelebt. Der Markt wurde bereits mehrfach für die insektenfreundliche Bewirtschaftung der gemeindeeigenen Flächen ausgezeichnet.

Erster Bürgermeister Frank Zellner begrüßte die Anwesenden erleichtert, dass man sich nun langsam wieder um andere wichtige Themen kümmern könne, und Insektenfreundlichkeit steht in Peißenberg sehr weit oben auf der Agenda. Bereits 2018 wurde die Kommune vom Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland e.V. (BUND) als „Pestizidfreie Kommune“ aufgenommen.

Im September 2020 folgte dann die Auszeichnung der Deutschen Umwelthilfe mit dem Label „StadtGrün naturnah“ in Silber, die GZ berichtete in Ausgabe 19/2020. Mit dem Label wird der vorbildliche Einsatz der Gemeinde für die biologische Vielfalt auf städtischen Flächen gewürdigt. Peißenberg setzt innerorts sowie im Straßenbegleitgrün auf extensive Bewirtschaftung und verwendet regionales Saatgut, zudem werden vermehrt Zwiebelpflanzungen vorgenommen. Sonja Mayer vom Bauamt Peißenberg führt aus, dass für die Verkehrsinseln Staudenmischpflanzungen verwendet werden: „Dabei bevorzugen wir heimische und ökologisch hochwertige Gehölze ohne gefüllte Blüten.“ Ziel der Maßnahmen sei, das Nahrungsangebot wildlebender Insekten und damit auch die weitere Nahrungskette zu befördern. Der Bezirk Oberbayern ernannte die Marktgemeinde 2019 zur „Bienenfreundlichen Gemeinde“.



Präsentieren die insektenfreundliche Mähtechnik für den Unimog: V.l. Peter Hofmann, Gebietsverkaufsleiter Straßenunterhaltungsgeräte MULAG Fahrzeugwerk, Thomas Rieger, Geschäftsführer, Frieder Füllemann, Verkauf, beide Henne Nutzfahrzeuge, Bürgermeister Frank Zellner und oben Bauhofleiter Roman Bals, beide Markt Peißenberg. Bild: CH

Viel Aufklärungsarbeit nötig

Laut Hubert Knauer, Bauhofmitarbeiter, ist diese Auszeichnung nicht nur ein Aufkleber, den man sich verpasst habe. Und tatsächlich sind die Bemühungen, die gemeindlichen Grünanlagen insektenfreundlich zu gestalten, sichtbar. Was wiederum viel Aufklärungsarbeit erfordere, so Knauer, denn „ökologisch heißt nicht gleichzeitig auch schön. Der Bauhof wird oft angesprochen, wann denn mal wieder jemand zum Mähen vorbeikommt. Auf die Diskussion, dass die hohe Wiese Absicht ist, muss man vorbereitet sein.“

Auch Peter Hofmann, Gebietsverkaufsleiter bei MULAG, der den Grünpflegekopf ECO 1200 vorstellt, gibt zu bedenken, dass man sich an ein neues Schnittbild gewöhnen müsse, denn „ohne Verzicht an mancher Stelle, ist eine Umstellung nicht zu haben“. Aber der politische Druck ist in der Branche deutlich spürbar, weshalb der Mähtechnik-Experte MULAG schon früh auf veränderte Kundenwünsche reagierte. Das naturschonende Mähen mit dem Unimog, dass der neue Mähkopf ermöglicht, stellt Lösungen für die folgenden Anforderungen dar:

- Abstreifen und Aufscheuchen von Insekten und Aussamen von Pflanzen
- Größere Schnitthöhe: Am Boden lebende Insekten sind besser geschützt
- Kein Ansaugen: Deutlich weniger Insekten gelangen ins Schneidwerk
- Reduzierte überrollte Fläche: Insekten werden geschont, die Bodenverdichtung minimiert
- Schnittgut aufnehmen: Kein Nährstoffeintrag durch verrottendes Schnittgut (Magerwiese)

Theoretisch kommt ein Insekt durch den neuen Mähkopf durch, was bisher nicht möglich war. Dass diese Theorie sich auch in die Praxis umsetzen läßt, wurde inzwischen durch Untersuchungen der Universitäten Tübingen und Hohenheim bestätigt. Im Vergleich zur regulären Schlegel-Mähtechnologie mit anschließendem Überrollen und Mulchen überleben beim ECO 1200 über 70 Prozent der Insekten, wobei im Versuch auf das vorherige Aufscheuchen verzichtet wurde, um vergleichbare Bedingungen herzustellen.

Immense Müllproblematik

Wer sich mit dem Mähen entlang von Straßen beschäftigt, der weiß um die immense Müllproblematik. Das bisherige Mähverfahren sorgt dafür, dass z.B. Glasflaschen sowie sämtlicher anderer Abfall in kleinste Splitter zerlegt dem Grüngut beigemischt sind. Das wiederum führt dazu, dass das abgemähte Straßenbegleitgrün nicht überall entsorgt werden kann. Oft bleibt nur noch die Verbrennung als Sondermüll. Weil aber der neue Mähkopf das Schnittgut nicht mehr ansaugt, bleibt auch der Müll ganz. Nun muss er aber im Nachgang per Hand aufgelesen werden.

Frieder Füllemann, verantwortlich für den Verkauf Unimog und Kommunaltechnik bei Henne Nutzfahrzeuge, bedankt sich beim Peißenberger Bauhofleiter Roman Bals und Bürgermeister Frank Zellner, die diese Veranstaltung ermöglichten. Auch der Henne-Geschäftsführer Thomas Rieger ist angetan von diesem Format: „Zukünftig kann ich mir vorstellen unsere Kunden mit aktuellen Themen direkt und in einem kleineren Kreis zu informieren.“ **CH**



Die unterschiedlichen Schnittbilder: V.l. Mähkopf Eco 1200 plus inkl. Absaugen des Schnittguts, Mähkopf Eco 1200 ohne Absaugen und Schlegelmähtechnologie inkl. Abrollen und Mulchen. Bild: CH

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit Henne Nutzfahrzeuge GmbH
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Kommunaltechnik: Gießtechnik

Länger anhaltende Trockenperioden und eine ausgeweitete Begrünung von versiegelten Innenstadtflächen lassen die mobile Bewässerung mehr und mehr in den Vordergrund rücken.

Um Verkehrsinseln, Blumenampeln und -beete sowie Pflanzen jeglicher Art gezielt bewässern zu können, kommen verschiedenste Gießanlagen mit Gießarm und individuellem Tanksystem zum Einsatz. Zur Erhöhung der Fahrzeug- und Geräteauslastung werden die zugehörigen Wassertanks häufig mit Reinigungszubehör, wie Hochdruck-Reinigungslanze oder Schwemmbalken kombiniert.

Die Aufbaumöglichkeiten reichen dabei von Wassertanks für Traktoren über Schmalspurgeräteträger bis zu Komplettlösungen für den Unimog. Unterschieden wird nach Systemen mit und ohne Selbstbetankungseinheit. Neben der Option zur unabhängigen Befüllung des Tanks an Zisternen oder sonstigen geeigneten Gewässern kann die Pumpentechnik der Betankungseinheit zum Beispiel auch für Hochdruckreinigungsarbeiten verwendet werden. Die erforderliche Wasserpumpe wird dabei in aller Regel über einen Nebenantrieb des Geräteträgers betrieben.

Bei größeren Wassertanksystemen wird häufig ein Schwallschutz verbaut. Durch die Unterteilung des Tankinhalts in einzelne Kammern lässt sich vermeiden, dass es zu unerwünschtem Schwappen kommt. Das erhöht die Fahrstabilität und damit auch die Transportsicherheit. Einzelne Hersteller bieten außerdem seewasserfeste Tanks an. Damit lässt sich im Winterdienst auch Sole für die Eisbekämpfung transportieren.

Gießarbeiten im Ein-Mann-Betrieb möglich

Um bei Gießarbeiten die Effizienz und Sicherheit zu erhöhen, erfolgt die Wasserausbringung über einen Brausekopf, der an einen variabel beweglichen Gießarm montiert wird. Dieser ist in alle Richtungen schwenk- und verstellbar und erlaubt eine genaue, automatisierte Dosierung der benötigten Wassermenge. Die Ansteuerung erfolgt entweder direkt über die Fahrzeughydraulik oder über einen elektrischen Antrieb. Durch die Bedieneinheit in der Fahrerkabine wird der Ein-Mann-Betrieb ermöglicht und Mitarbeiter müssen nicht mehr aussteigen, was auf vielbefahrenen Straßen und Kreuzungen ein Risikofaktor ist. ❐



Martin Schäfer (2.v.l.), Erster Bürgermeister der Gemeinde Gröbenzell besucht zusammen mit Robert Rossa, Geschäftsführer des Vereins Dachauer Moos e.V. (l.), Ziegenhalter-Paar Michaela und Christian Müller („Unsere kleine Farm“) und Theresia Pain, Sachgebiet Umwelt der Gemeinde Gröbenzell (r.) die „tierischen Rasenmäher“ auf der Brachfläche am Ascherbach. Bild: Gemeinde Gröbenzell

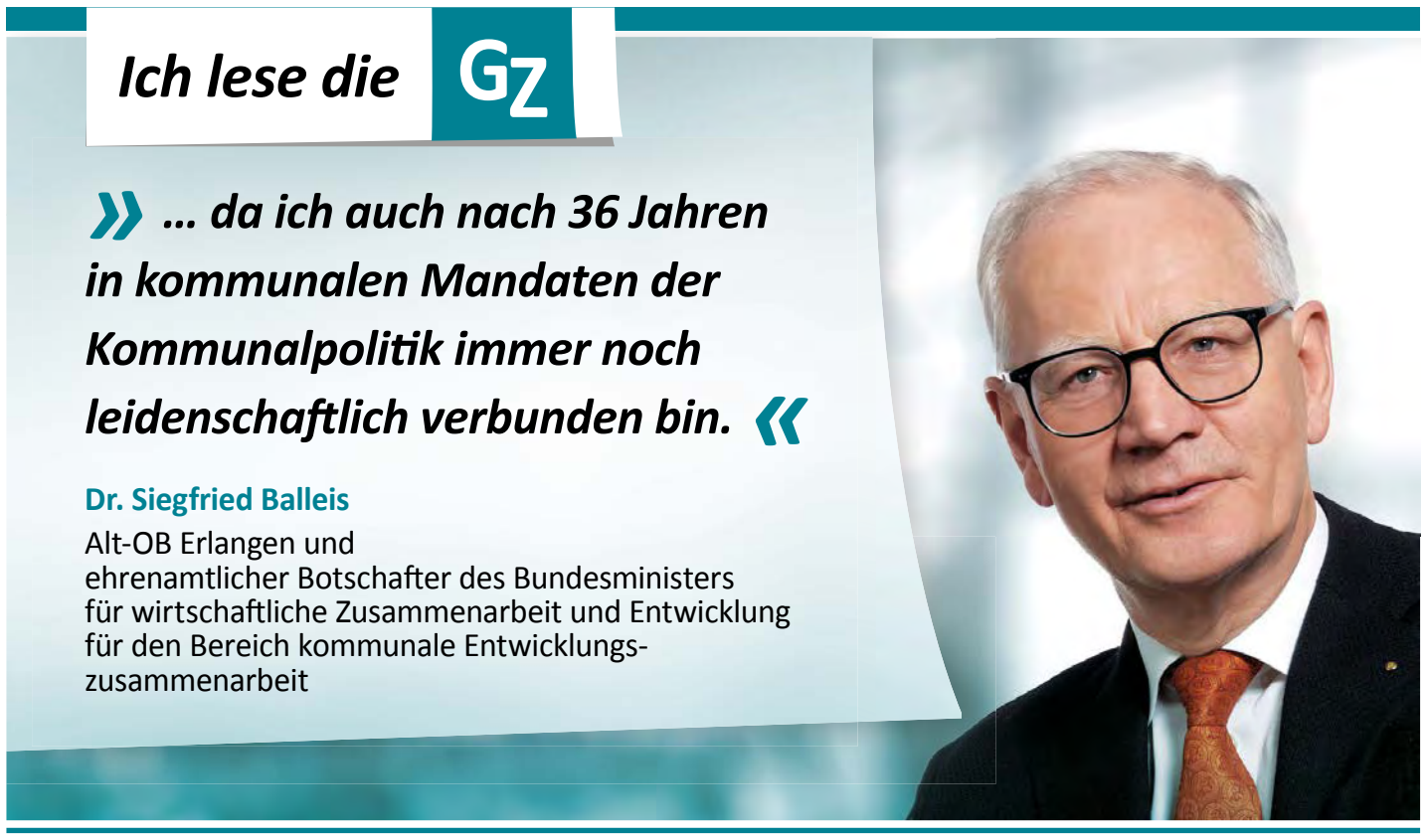
Gemeinde Gröbenzell:

„Tierische Rasenmäher“ fördern die Artenvielfalt

Auf einer Gemeindefläche am Ascherbach ist seit Mai eine Herde Ziegen zu Gast: Insgesamt vierzehn Anglo-Nubier- und Buren-Ziegen einer örtlichen Nutztierhalterin werden zur Förderung der Lebensraum- und Artenvielfalt eine Weile als „tierische Rasenmäher“ eingesetzt. Die Idee hat das Gröbenzeller Umweltamt gemeinsam mit dem Verein Dachauer Moos e.V. entwickelt, der das Pilotprojekt auch finanziert.

In Gröbenzell weiden derzeit testweise Ziegen im Moos. Auf 5.000 qm befreien die Tiere die Wiese von Gestrüpp und Gras, damit Blütenpflanzen bestäubenden Insekten Nahrung bieten. Durch den Tritt der Paarhufer werden offene Bodenstellen geschaffen, in denen sich viele verschiedene Pflanzenarten wieder ansiedeln können. Die Hinterlassenschaften der Weidetiere sind für Insekten hoch interessant, die wiederum Nahrung für Vögel sind. Da Ziegen gerne Rinde von Gehölzen fressen, wird nebenher auch das Buschwerk auf der Fläche in Zaum gehalten.

Der Zeitpunkt für die Ziegenbeweidung der Gemeindefläche ist bewusst gewählt, denn auch Brombeeren und Brennnesseln sollen dezimiert werden. Wenn das Experiment gute Ergebnisse liefert, kehren die Tiere im Herbst zurück. ❐



GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Stadt Zeil a. Main, 5.600 Einwohner.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
Am 01.05.2010.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Ich war bereits seit 2002 im Stadtrat und hatte so schon den Bezug zur Kommunalpolitik. Interessiert hat mich das was in der Kommune passiert schon immer. Als ich gefragt wurde, ob ich für den Stadtrat kandidieren würde, habe ich mich gerne dafür entschieden. Es ist einfacher, Dinge zu kritisieren; gerade deshalb braucht es auch Menschen, die bereit sind, sich der Verantwortung zu stellen.

Thomas Stadelmann

Erster Bürgermeister der Stadt Zeil am Main

Wie haben Sie sich vorbereitet?
Zu Beginn meiner Zeit als Stadtrat habe ich verschiedene Seminare, u. a. auf der Frankenwarte in Würzburg und für eine Woche in Fürstenfeldbruck, besucht. Zudem habe ich mich in verschiedene Themenbereiche eingelesen. Die acht Jahre als Stadtrat waren bei der Kandidatur zum Bürgermeisteramt und dann im Amt selbst natürlich sehr hilfreich. Man weiß von was gesprochen wird und ist in vielen Themenbereichen bereits im Bilde.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Die größte Herausforderung war die finanzielle Situation der Stadt. Wir hatten damals insgesamt – Stadt und Stadtwerke (100%iger Eigenbetrieb der Stadt) – ca. 11 Mio. Euro Schulden. Deshalb war und es – und ist es immer noch – sehr schwierig, neben dem Schuldenabbau auch noch in wichtige Projekte investieren zu können.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Das Thema Kindertagesstätten und die ausreichende Anzahl von Betreuungsplätzen beschäftigt uns seit vielen Jahren. Neben bereits erfolgten An- und Neubaumaßnahmen müssen wir permanent nachjustieren. Ein weiteres Thema ist die Schaffung eines sog. „Gesundheitsparks“, den aktuell ein Investor plant. Auch die Schaffung von weiteren Bauplätzen, Wohnraum und Gewerbe, beschäftigt uns gegenwärtig. Dazu die mögliche Weiterverwendung – Abriss oder anderer Nutzungszweck – eines im Jahr 2019 geschlossenen Hallenbades.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Die Themen Klimawandel, Umweltschutz und auch die Pandemie werden uns nachhaltig beschäftigen.
Ein Verkehrskonzept für die Zukunft in der Innenstadt, Kanal- und Straßensanierungen, der weitere Schuldenabbau und vieles mehr wird uns permanent begleiten und vor Herausforderungen stellen.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Man kann und muss nicht alles wissen. Es gibt in den Verwaltungen sehr gut ausgebildete und erfahrene Mitarbeiter, die man in die Entscheidungsfindungen mit einbeziehen sollte. Ein offener und ehrlicher Umgang mit den Fraktionen, den Mitbürgerinnen und Mitbürgern schafft Vertrauen. Die Menschen mitnehmen und über wichtige Entscheidungen immer rechtzeitig vorher informieren. Man muss sich selbst treu bleiben und sich nicht für andere verbiegen.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Ich bespreche wichtige Entscheidungen zunächst nahezu immer erst intern mit den Sachgebietsleitern und teilweise auch mit den Mitarbeitern. Anschließend informiere ich die weiteren Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden und dann auch den Stadtrat darüber. Wir arbeiten anschließend sehr häufig gemeinsam die endgültigen Lösungen aus. Die Mitbürgerinnen und Mitbürger werden in Bürgerversammlungen, aber auch über unser Amtsblatt über die aktuellen Themen informiert. Zudem können die Bürger nach Terminabsprache immer kurzfristig mit mir sprechen, spezielle Sprechzeiten gibt es nicht.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Die Digitalisierung spielt und wird auch in Zukunft in der Verwaltung eine sehr wichtige Rolle spielen. Manches wird einfacher, manches aber auch umständlicher. Dennoch wird gerade in der Kommunalpolitik auf dem Land der Mensch und der persönliche Kontakt zu den Menschen immer ein wichtiger Faktor bleiben.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Man sollte nie vergessen, wo man herkommt und sollte immer in den Spiegel schauen können.
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Als ein Bürgermeister der sicher nicht alles richtig gemacht hat, aber immer ehrlich, offen und vertrauensvoll zu den Mitbürgerinnen und Mitbürgern war. ❐

Streit um Regionalförderung:

Herbe Enttäuschung in Ostbayern

Derzeit wird die regionale Wirtschaftsförderung in Deutschland über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) neu aufgestellt. Die Regionalleitlinien der Europäischen Kommission für die Förderperiode von 2022 bis 2027 ermöglichen auch künftig den Verbleib Ostbayerns in der EU-Regionalförderung. Jedoch hat die innerdeutsche Umsetzung der Regionalleitlinien der Europäischen Kommission dazu geführt, dass die Landkreise Freyung-Grafenau, Regen und Cham nun erhebliche Fördereinbußen in Kauf nehmen müssen.

Konkret macht sich in Ostbayern Unmut darüber breit, dass die Landkreise Freyung-Grafenau und Regen, die in der aktuellen Förderperiode (2014 bis 2020) hauptsächlich als C-Fördergebiet (maximaler Fördersatz für Kleinunternehmen: 30 Prozent) eingestuft wurden, in der künftigen Förderperiode ihren Status verlieren. Während der Landkreis Regen wenigstens noch vollständig als D-Fördergebiet ausgewiesen wird, muss der Landkreis Freyung-Grafenau noch stärkere Einschränkungen in Kauf nehmen und verliert sogar einzelne Kommunen aus der D-Förderkulisse. Dies hat zur Folge, dass gewerbliche Investitionen in diesen Kommunen künftig überhaupt keine GRW-Mittel mehr erhalten. In den D-Fördergebieten liegt der maximale Fördersatz für Kleinunternehmen bei 20 Prozent sowie für mittelständische Unternehmen bei zehn Prozent.



Zwei verdiente Kommunalpolitiker konnte Landrätin Rita Röhrl, Landkreis Regen, auszeichnen. Sie überreichte die Medaille für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung in Bronze an den ehemaligen Patersdorfer Bürgermeister Willi Dietl. Zudem bekam Kreisrat Dr. Stefan Ebner die kommunale Dankurkunde überreicht.

Bild: Langer/Landkreis Regen

Erhebliche Fördereinbußen

Auch der Landkreis Cham kritisiert die erheblichen Fördereinbußen. Bislang war er entlang der Grenze und in einem Korridor bis Cham und Roding als C-Fördergebiet ausgewiesen, die restlichen Gemeinden als D-Fördergebiet. Nach aktueller Planung werden die bisherigen C-Fördergebiete künftig als D-Fördergebiete geführt. Gewerbliche Investitionen in den anderen Kommunen erhalten künftig überhaupt keine GRW-Mittel mehr. „Der Landkreis Cham hat sich zu einem prosperierenden Wirtschaftsstandort entwickelt. Das Fördergefälle zu Tschechien wurde durch die C- und D-Förderung erfolgreich abgemildert. Diese gute Entwicklung darf jetzt nicht abrupt abgebrochen werden“, forderte Landrat Franz Löffler. In einer gemeinsamen Pressemitteilung weisen die Landräte Rita Röhrl (Regen) und Sebastian Gruber (Freyung-Grafenau) darauf hin, „dass die bayerische Grenzregion und somit auch die Landkreise Freyung-Grafenau und Regen sich zwar in der Mitte Europas, aber sowohl geografisch als auch wirtschaftlich sprichwörtlich ‚am Rande Deutschlands‘ befinden. Deshalb kann und darf es nicht sein, dass in der bayerischen Grenzregion ein eklatantes Fördergefälle zur Tschechischen Republik entsteht und darüber hinaus die ‚innerdeutsche Kluft‘ zu den großen Wirtschaftsregionen und Ballungszentren Deutschlands wieder anwächst. Gerade jetzt, in einer Zeit, in der die bayerischen Grenzregionen einigermaßen den Anschluss an wettbewerbsfähigere Regionen geschafft haben, die Wirtschaft wieder etwas ‚Licht am Ende des Corona-Tunnels‘ sieht und zahlreiche Investitionen anstehen, ist es ein fatales Zeichen, die Fördermöglichkeiten zu reduzieren.“

Wettbewerbsverzerrungen verhindern

Aus Sicht der Landräte hat sich Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger im Rahmen der politischen Verhandlungen nicht genug für die Interessen der bayerischen Grenzregionen zur Tschechischen Republik eingesetzt. Aiwanger habe nicht einmal die zweiwöchige Einspruchsfrist genutzt, um sich gegen die geplante GRW-Gebietskulisse zur Wehr zu setzen. Röhrl, Gruber und Löffler fordern nunmehr, die entstehende Lücke durch den Wegfall der GRW-Fördermittel bayerische Fördermittel auszugleichen, um „neue Wettbewerbsverzerrungen entlang des ehemaligen ‚Eisernen Vorhangs‘ zu verhindern und einen Rückgang von Investitionen oder gar Betriebsverlagerungen zu vermeiden“.

In einer ersten Stellungnahme bezeichnete Wirtschaftsminister Aiwanger die neue Förderkulisse als Erfolg für den gesamten ostbayerischen Raum. Mehr sei leider nicht herauszuholen gewesen. „Die ostbayerischen Landräte, die jetzt kritisieren dass ich nicht überall C-Fördergebiete ausweise, müssten wissen, dass das mit den jetzigen Strukturdaten nicht geht, wenn wir nicht an tschechische Höchstfördergebiete angrenzen. Wir sind also von den EU-Vorgaben und der wirtschaftlichen Entwicklung in den tschechischen Gebieten abhängig“, erklärte der Minister. Ein Veto gegen das mit Bund und Ländern gemeinsam ausgehandelte Ergebnis wäre ein großer politischer Fehler gewesen, ohne die Verhandlungslage für Bayern auch nur einen Zentimeter zu verbessern. Im Gegenteil: „Wir hätten das Ergebnis mutwillig gefährdet, ohne Aussicht auf irgendeine Verbesserung.“

Aiwanger zufolge grenzt ab 2022 kein Landkreis in Niederbayern an ein Höchstfördergebiet auf tschechischer Seite. Deshalb seien C-Fördergebiete in Niederbayern ab dem kommenden Jahr nicht möglich. Zudem seien nach dem Strukturschwächeranking die niederbayerischen Landkreise gerade wegen ihrer positiven Entwicklung weit davon entfernt, in den deutschen C-Fördergebietsplafonds zu fallen. Aiwanger: „Anstatt die Öffentlichkeit mit Falschdarstellungen hinters Licht zu führen, sollten die Kritiker des Verhandlungsergebnisses auch künftig gemeinsam mit dem bayerischen Wirtschaftsministerium die bestehenden Fördermöglichkeiten gezielt für ihre Region nutzen.“ **DK**

Stadt Kempten:

Bundesförderung für Projekt „Demokratie leben!“

Die Demokratie muss jeden Tag neu mit Leben gefüllt werden

Die Stadt Kempten erhält eine Förderung des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“. Damit fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort für ein vielfältiges und demokratisches Miteinander und die Arbeit gegen Radikalisierung und Polarisierungen in der Gesellschaft.

Durch das Bundesprogramm werden in ganz Deutschland Städte, Gemeinden und Landkreise dabei unterstützt, im Rahmen von lokalen Partnerschaften für Demokratie Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zu entwickeln und umzusetzen.

In Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Kempten als Projektpartner der Stadt und Träger der Fachstelle des Projektes, soll das Verständnis für Demokratie, die demokratische Bildung und der gesellschaftliche Zusammenhalt in Kempten gestärkt werden. Auf Seiten der Stadt Kempten wird das Projekt im Amt für Integration federführend begleitet.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit

Oberbürgermeister Thomas Kiechle freut sich, dass die Stadt Kempten diese Bundesförderung erhält: „Eine funktionierende Demokratie und das Verständnis für ein demokratisches Miteinander bilden die zentrale Grundlage für unsere Gesellschaft. Die Demokratie an sich sollte dabei jedoch nicht als Selbstverständlichkeit betrachtet werden und es freut mich daher ganz besonders, dass dieses Projekt in Kempten durchgeführt werden kann. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln wird es gemeinsam mit Partnern aus der Zivilgesellschaft möglich sein, das demokratische Handeln vor Ort und das positive Miteinander aller Bürgerinnen und Bürger Kemptens aktiv zu fördern.“

Für die Durchführung des Projektes „MITEINANDER – Kempten gestalten“ erhält die Stadt Kempten im Jahr 2021 Fördermittel des Bundes in Höhe von 72.400 Euro. Von diesen stehen insgesamt bis zu 50.000 Euro in sog. Aktionsfonds für konkrete Projektmaßnahmen von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung. Die Förderung des Bundeministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend läuft zunächst befristet bis Ende 2021, eine Anschlussförderung bis Ende 2024 wird angestrebt. ❐



Auftakt für „Demokratie leben!“ in Kempten. V.l.: Alexander Köffer, Fachstelle „Demokratie Leben!“ bei der vhs Kempten, Peter Roth, Geschäftsführer der vhs Kempten, Philip Wagner, Leiter des Amts für Integration bei der Stadt Kempten, Oberbürgermeister Thomas Kiechle und Thomas Baier-Regnery, Leiter des Referats für Jugend, Schule und Soziales.

Bild: Stadt Kempten (Allgäu)

Wichtige Brückenfunktion

Haus der Heimat erhält Förderung in Höhe von 25.600 Euro

Als Ort der grenzüberschreitenden Kulturarbeit mit einer Brückenfunktion zu Nachbarländern versteht sich das Haus der Heimat (HdH) in Nürnberg. Die Einrichtung setzt sich für die Pflege von Kultur, Tradition und Brauchtum der Landsmannschaften aus dem ehemaligen Osten Deutschlands sowie aus den Siedlungsgebieten Deutscher in Mittel- und Osteuropa ein. Diese Arbeit unterstützt der Bezirk Mittelfranken auch in diesem Jahr mit 25.600 Euro.

Zweckgebunden fließen davon 4.000 Euro in die kulturelle Eingliederungsarbeit für junge Aussiedler. Seit 1997 gehört der Bezirk zu den Unterstützern des HdH, die bisherige Förderung summiert sich auf über eine halbe Million Euro. Das Haus der Heimat in der Imbuschstraße in Nürnberg-Langwasser wurde 1998 vom Freistaat errichtet, wird seitdem vom Verein „Haus der Heimat e.V.“ betrieben und erfreut sich nach wie vor eines wachsenden Zulaufs. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

5 Millionen Euro für Bildung weltweit

Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ erreicht wichtigen Meilenstein

Im Jahr 2018 wurde die Gemeinschaftsinitiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ von den kommunalen Spitzenverbänden ins Leben gerufen. Initiator war Landrat Stefan Rößle, der im Landkreis Donau-Ries zunächst Spendenzusagen für 10 Schulbauprojekte in Afrika gewinnen konnte. Mittlerweile wurden viele weitere Projekte auf drei Kontinenten in über 20 Ländern umgesetzt.

Ziel der Gemeinschaftsinitiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ der kommunalen Spitzenverbände ist es, mit der weltweiten Förderung von Bildung Armut zu verringern und Perspektiven vor Ort zu schaffen. Knapp drei Jahre nach ihrer Gründung erreicht die Initiative nun einen wichtigen Meilenstein. Für mittlerweile rund 150 Projekte wurden bisher Spenden in Höhe von 5 Millionen Euro generiert.

Spitzenreiter Landkreis Donau-Ries

Der Landkreis Donau-Ries bleibt dabei weiterhin Spitzenreiter, wenn es darum geht, Bildung und Chancengleichheit weltweit zu ermöglichen. Stolze 39 Projekte wurden durch Kommunen, Unternehmen und Privatpersonen aus dem Landkreis finanziert. Von den erwähnten 5 Millionen Euro stammen rund 1,5 Millionen von Spendern aus dem Landkreis Donau-Ries.

„Die Initiative arbeitet nur mit Organisationen zusammen, die garantieren, dass die Spendengelder eins zu eins vor Ort ankommen“, bestätigt Landrat Stefan Rößle. Neben der Stiftung „Fly&Help“ von Rainer Meutsch, mit der bisher die meisten der Projekte umgesetzt wurden, sind auch verschiedene Vereine aus dem Landkreis, wie beispielsweise der Nördlinger Verein „Vier Steine für Afrika“ oder die in Maihingen ansässige „Uhola Village Foundation“ Teil der Initiative.

Aktuell darf sich die Initiative über ein weiteres Projekt freuen. Anlässlich der Verleihung des St.-Ulrichs-Preises, welchen Minister Dr. Gerd Müller jüngst in Berlin feierlich verliehen bekam (vgl. GZ 13/2021), gab dieser die Spende seines Preisgeldes für ein Schulbauprojekt in Togo bekannt. Der Bundesminister, welcher sich gleichzeitig als Schirmherr für „1.000 Schulen für unsere Welt“ engagiert, übernimmt gemeinsam mit seiner Frau die komplette Finanzierung eines soliden Schulgebäudes mit vier Klassenräumen sowie den dazugehörigen Sanitäranlagen.

Landrat Stefan Rößle, der zusammen mit einer Delegation aus dem Landkreis Dillingen an der Preisverleihung teilnahm, gratulierte dem Bundesminister und ist begeistert, dass die Ehrung des Ministers möglicherweise sogar noch den Anstoß für ein weiteres Schulprojekt gelegt hat. „Die Überlegungen des Dillinger Oberbürgermeisters Frank Kunz, im Nachgang an die Preisverleihung eine Spendeninitiative in Dillingen zum Bau einer Schule in Afrika zu starten, bestätigen uns darin, dass wir mit „1.000 Schulen für unsere Welt“ einen leicht zugänglichen, sinnvollen und effektiven Rahmen geschaffen haben, der es Kommunen ermöglicht, sich weltweit für mehr Chancengerechtigkeit einzusetzen“, freut sich Rößle. ❒

Starke Netze für Wirtschaft und Klimaschutz

Investitionen ins Energienetz sind Investitionen in Klimaschutz und eine starke Wirtschaft
Bayernwerk-Führung und Grünen-Politiker beim Besuch eines Umspannwerks in Neufahrn

Die Notwendigkeit von Investitionen in die Netzinfrastruktur zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts und als Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele haben das Energieunternehmen Bayernwerk und bayerische Spitzenpolitiker der Grünen bei einem Treffen in Niederbayern erklärt. Nach dem gemeinsamen Gespräch im Kundencenter in Altdorf mit anschließender Besichtigung eines Umspannwerks sprach Bundestagsabgeordneter Dr. Anton Hofreiter bei Infrastrukturausbau und Klimaschutz von einer gemeinsamen Aufgabe für Politik, Wirtschaft und Beschäftigte.

„Der Netzausbaubedarf in ganz Bayern bleibt weiter hoch. Netze sind entscheidend für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Unsere Infrastruktur erfordert immer mehr Digitalisierung und Innovation“, betonte Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Dr. Egon Westphal beim Besuch der Grünen-Delegation im neuen Umspannwerk in Neufahrn in Niederbayern. Aktuelle Entwicklungen bei der Bearbeitung von Netzanschlüssen zeigen bereits den Beginn eines neuen PV-Booms. „Allein 2020 wurden im Bayernwerk-Netzgebiet Anschlussprüfungen im Hochspannungs- und Mittelspannungsnetz für über 11.000 Megawatt angefragt – das entspricht einer Leistung von rund elf Atomkraftwerken“, sagte der Bayernwerk-Chef. Doch die Energiezukunft sei mehr als die wachsende Einspeiseleistung dezentraler Anlagen, es gehe um eine vielfältige und nachhaltige Lebenswelt, die ein klimaneutrales Zusammenleben sichert und die Lebensbereiche Wohnen, Arbeiten, Mobilität und Freizeit verbindet. Entscheidende Herausforderungen, so seine Botschaft, sind Digitalisierung, Modernisierung und der bedarfsgerechte Ausbau der Stromnetze.

Milliarden für Erreichen der Pariser Klimaziele

Nach Ansicht von Dr. Anton Hofreiter, Fraktionschef der Grünen im Bundestag, werden Milliardeninvestitionen benötigt, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Das gelte auch für Investitionen in die Stromnetze, um die Energiewende erfolgreich zu gestalten. Der Bundestagsabgeordnete der Grünen betonte, dass starke und zukunftsfähige Energienetze nicht nur ein Beitrag für den Klimaschutz sind, sondern dass ein Ausbau der Infrastruktur auch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärke und ein echter Jobmotor sei. Politik, Wirtschaft und Beschäftigte müssten nach den Worten von Hofreiter an einem Strang ziehen und diese riesige Transformation zu einem Erfolg für uns alle machen.

Energiezukunft vor Ort

„Wir sind als Bayernwerksbelegschaft stolz darauf, die bayerische Energiezukunft von Morgen jeden Tag neu mitgestalten zu dürfen. Dazu braucht es neben der Weiterentwicklung unserer Anlagen auch die Kolleginnen und Kollegen als Garanten für den Erfolg“, betonte Albert Zettl, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats des Bayernwerks. Sowohl Kunden und als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien Teil der bayerischen Regionen. „Regionale Nähe, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und die Menschen stehen für uns im Mittelpunkt. Wir bringen die Dinge zusammen. Energie aus der Heimat, dort erzeugt und dort verbraucht“, sagte Zettl. „Die allgemeinen Klimaziele und eine erfolgreiche Energiewende sind tägliche Herausforderungen beim Bayernwerk. Mit dem Know-how unserer Kolleginnen und Kollegen arbeiten wir jeden Tag an diesen großen Gesellschaftszielen.“

Der Rundgang im neuen Umspannwerk in Neufahrn gab einen Einblick, dass modernen und leistungsstarken Umspannwerken als Knotenpunkte im regionalen Verteilnetz eine besondere Bedeutung zukommt. Als Sammel- und Verteilstelle dienen sie dem seit Jahren anhaltenden Wachstum regenerativer Erzeugung und bilden ein wichtiges Bindeglied in einer künftig zunehmend lokal geprägten Energiewelt: „Energie wird vor Ort erzeugt, vor Ort gespeichert und vor Ort verbraucht. Dahinter stecken komplexe Technologien. Unsere Netze sichern in diesem anspruchsvollen Umfeld die Versorgung von rund sieben Mio. Menschen in Bayern“, erklärte Bayernwerk-Chef Westphal. Insgesamt wendet das Bayernwerk in diesem Jahr mehr als eine halbe Mrd. Euro die für Instandhaltung und Erneuerung der eigenen Energienetze auf. ❒



Bayernwerk-Führung, Betriebsrat und bayerische Spitzenpolitiker der Grünen bei einem Treffen im Umspannwerk in Neufahrn in Niederbayern. V.l.: Rosi Steinberger (MdL, Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz), Horst Heid (stellv. Spartenbetriebsratsvorsitzender Bayernwerk), Axel Winterwerber (Gesamtbetriebsratsvorsitzender SÜWAG AG, Beauftragter Politik und Regulierungspolitik Konzernbetriebsrat E.ON SE), Maria Krieger (Bundestagsdirektkandidatin und Abgeordnete Kreistag Kehlheim), Dr. Egon Leo Westphal (Vorsitzender Vorstand Bayernwerk AG), Dr. Anton Hofreiter (MdB, Vorsitzender Bundestagsfraktion B90/GRÜNE), Albert Zettl (Gesamtbetriebsratsvorsitzender Bayernwerk AG und Konzernbetriebsratsvorsitzender E.ON SE), Alexander Gröbner (Ver.di Ostbayern, Mitglied Aufsichtsrat Bayernwerk AG). Bild: Christian Martens / Bayernwerk

Regionale Gemeinschaftsverpflegung:

„Kantine sucht Region“

Mit dem Projekt „Kantine sucht Region“ bringt die Interessengemeinschaft Regionalbewegung Mittelfranken den Einsatz regionaler Produkte in der Betriebsgastronomie voran.

Im einem ersten Schritt hat die Regionalbewegung aus Feuchtwangen eine Broschüre aufgelegt, in der landwirtschaftliche Erzeuger und Direktvermarkter mit ihrem Angebot aufgelistet sind. Dies erleichtert Betriebskantinenbetreibern die Suche nach für sie geeigneten Lieferanten. In einer zweiten Projektphase soll nun ein Geschäftsmodell zur Versorgung von Unternehmen mit Betriebskantinen mit regionalen Produkten entwickelt werden.

Im letzten Jahr hat sich der Bezirk Mittelfranken bereits mit 10.000 Euro an dem Projekt „Kantine sucht Region“, das als ein wichtiger Beitrag für eine regionale Wertschöpfung gesehen wird, beteiligt. Die Unterstützung wird in diesem Jahr fortgesetzt, in seiner jüngsten Sitzung hat der Bezirksausschuss die Auszahlung von weiteren 30.000 Euro auf den Weg gebracht.❒

GZ PINOS WELT



„Ein großer Tag für die Elektromobilität in unserer Stadt.“ Der Bürgermeister nahm feierlich die Schlüssel für das erste rein elektrisch betriebene Dienstfahrzeug in unserer Stadt entgegen – wenn man mal von den Elektrokarren absieht, mit denen der Bauhof die Mülleimer in den Parks und am Friedhof lehrt.

Nein, jetzt haben wir ein richtiges E-Auto aus weiß-blauer Produktion und mit grünem Herzen, denn zugleich wurden in der Rathausgarage und auf dem Parkplatz vor dem Rathaus jeweils zwei moderne Ladestationen eingeweiht, die von unseren Stadtwerken mit grünem Strom versorgt werden. Ökologischer geht es nicht.

Unter uns: Es wurde Zeit. Zwar ist Bayern bundesweit unangefochten Nr. 1 was die Versorgung der Bevölkerung mit öffentlich zugänglichen E-Ladesäulen für Elektrofahrzeuge angeht, aber unsere Stadt hat dazu bis dato keinen entscheidenden Beitrag geleistet. Nur am Bahnhof hatten die Stadtwerke eine Testsäule eingerichtet, die an Monstrosität und Hässlichkeit kaum zu überbieten ist.

Was heißt schon Brückentechnologie?

Sie verfügt über vier Anschlüsse für unterschiedliche Ladesysteme, ist aber so dämlich situiert, dass maximal zwei Autos parallel laden können – sofern die Fahrer über exzellente Rangierfähigkeiten verfügen. Ansonsten gibt es in der Stadt nur private Ladesäulen sowie einige an Supermärkten, Ausflugsgaststätten und Hotels.

Jetzt geht es aber Schlag auf Schlag: In allen städtischen Parkgaragen und Parkplätzen werden mindestens zwei Ladepunkte eingerichtet, vor dem Kundenzentrum der Stadtwerke, vor der Sparkasse und vor der Raiffeisenbank ebenso. Einzelhändler werden ermuntert, ihren Kunden Lademöglichkeiten zu bieten. Unsere Stadt will also mit Wrap-Geschwindigkeit die rote Laterne der Elektromobilität loswerden und zur grünen Avantgarde aufschließen.

Möglich wurde diese Entwicklung, weil der Bürgermeister mit einer flammenden Zukunfts-Rede endlich seine ganze Fraktion auf Linie bringen konnte. Bis dato hatten noch ein paar Nostalgiker große Bedenken, die eisern am Verbrenner festhalten wollten und im Elektroauto bestenfalls eine Übergangstechnologie, aber nicht die Zukunft sahen.

Das alles waren sehr deutsche Debatten und erinnerten schmerzlich an das Bonmot über Kaiser Wilhelm II., der dem Automobil skeptisch gegenüberstand und angeblich sagte „ich setze aufs Pferd“. Überhaupt, was heißt schon Brückentechnologie. Das Pferd war die Brückentechnologie zum Verbrennungsmotor, die Dampfkraft die Brückentechnologie hin zur Elektrizität. Der Fortschritt ist, wenn man so will, ein ewiges Aneinanderreihen von Brückentechnologien, da das Bessere nun einmal der Todfeind des Guten ist. Werden die Menschen in Zukunft mit Wasserstoff fahren? Wird es umweltfreundliches synthetic fuel geben? Möglich und ich würde es mir für den Planeten wünschen, aber bis dahin ist es besser, die Mobilität mit Hilfe von erneuerbar erzeugtem Strom zu organisieren, als mit Benzin und Diesel.

Ja, so ein Stromer hat noch Nachteile gegenüber einem konventionellen Auto. Die Ladezeiten sind länger als ein Tankstopp und man findet noch nicht überall Ladesäulen. Aber Katzen erzählen sich von Generation zu Generation hinweg Geschichten. Eine handelt von dem wütenden Widerstand gegen Fritz Zimmermann bei der Einführung des Katalysators für Autos. Es hieß, weil man bleifreies Benzin braucht, könnte man nicht mehr nach Italien fahren, Reisen würden erschwert und müssten sorgfältig geplant werden. Und dann hat es doch die alte Tante Marktwirtschaft gerichtet – die Deutschen fuhren nach Italien und die italienischen Tankstellen hatten benzina senza piombo.

Der Bürgermeister setzt somit ganz nach dem Lehrbuch auf die Attraktivität von E-Autos und befriedigt die Nachfrage nach Ladestationen. Gestärkt aus dem Kampf mit der Fraktion sagt er es mit dem französischen Politiker Pierre Mendès-France: „In der Politik ist es wie in der Elektrizität: Wo es Kontakt gibt, gibt es auch Spannungen.“

Ihr Pino

50 Jahre aktiv:

Ehrung für Kurt Aue

Anlässlich der Jahreshauptversammlung des Deutschen Sozialwerkes der Sudetendeutschen Landsmannschaft Deutschlands, die im Heiligenhof in Bad Kissingen über die Bühne ging, wurde Kurt Aue aus Augsburg, Ortsobmann der Sudetendeutschen Königsbrunn / Wehringen /Klosterlechfeld, für sein 50jähriges Wirken in der Volksgruppe ausgezeichnet. Die Ehrenurkunde überreichten der stellv. Kreisobmann Augsburg Land, Walter Eichler aus Neusäß, und der Bayerische Landesobmann der Sudetendeutschen und Stiftungsdirektor am Heiligenhof, Steffen Hörtler aus Bad Kissingen.

Im Jahre 1971, kaum von Bäumenheim nach Königsbrunn verzogen, trat der damals schon umtriebige 27-jährige Kurt Aue unter dem damaligen Obmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft Königsbrunn, Otto Treutler, in die Sudetendeutsche Volksgruppe ein. Von damals bis zum heutigem Tage bekleidet der ehemalige Kreis- und Stadtrat, der vor zwei Jahren das Bundesverdienstkreuz verliehen bekam, alle Ehrenämter der Vertriebenenorganisationen.

Seit einigen Jahren fungiert er nicht nur als stellv. Bezirksobmann der Sudetendeutschen Schwabens, sondern auch als Kreisobmann der SL Augsburg Land und Ortsobmann der SL Königsbrunn, Wehringen und Klosterlechfeld sowie als Kreisvorsitzender des Bundes der Vertriebenen Augsburger Land. ❒



v.l.: Walter Eichler, Kurt Aue und Steffen Hörtler. Bild: Christa Eichler

Mehr regional und ökologisch erzeugte Lebensmittel

Mit „Regio 2030“ fördert der Bezirkstag von Niederbayern den Einsatz von mehr regional und ökologisch erzeugten Lebensmitteln in den eigenen Einrichtungen

Bereits Ende 2019 stand für den niederbayerischen Bezirkstag fest, dass in den eigenen Liegenschaften mehr regional und ökologisch produzierte Lebensmittel verwendet werden sollen. Nach einem Bezirkstags-Beschluss wurde hierzu das Projekt „Regio 2030“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, bis 2030 der Anteil von regional und ökologisch erzeugten Lebensmitteln in den Einrichtungen des Bezirks Niederbayern auf jeweils mindestens 30 Prozent zu erhöhen.

Mit seinen Zielen greift das Projekt des Bezirks Hand in Hand in das BioRegio-Landesprogramm des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, das ein ganzes Maßnahmenpaket umfasst, um den Öko-Landbau in Bayern zu fördern und bis 2030 den Anteil der ökologisch bewirtschafteten, landwirtschaftlichen Flächen auf 30 Prozent zu steigern. „Wir wollen mit dieser Zielsetzung die Landwirtschaft in Niederbayern unterstützen, die Transportwege verkürzen und damit einen Beitrag zur Energieeinsparung leisten“, erläutert Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich.

Zusammenarbeit mit eigenen Produktionsbetrieben

Mit „Regio 2030“ des Bezirks Niederbayern werden Speisepläne in der Verpflegung der Bezirkseinrichtungen entsprechend umgestellt, Netzwerke u. a. für die Verbesserung von Lieferketten aufgebaut und der Lebensmittelverschwendung entgegengewirkt. Außerdem soll die Zusammenarbeit mit eigenen Produktionsbetrieben wie etwa dem Lehr- und Beispielsbetrieb für Obstbau Deutenkofen und dem Fischereilichen Lehr- und Beispielsbetrieb Lindbergmühle bei Zwiesel intensiviert werden. „Bezirksrätin Mia Goller hat dieses Projekt angeregt und stieß bei den Fraktionen auf offene Ohren. Diese Art der interfraktionellen Zusammenarbeit hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig Transparenz und Offenheit im Bezirkstag sind“, so der Bezirkstagspräsident.

Bereits 2020 wurden wesentliche Weichen zur Umsetzung gestellt, indem eine Arbeitsgruppe installiert wurde. Diese treibt das Projekt seither voran und setzt es sukzessive um. Dazu gehören Lukas Dillinger, Projektleiter Genussregion Niederbayern; Margit Huber, Verpflegungsleitung Agrarbildungszentrum Landshut-Schönbrunn (ABZ); Katrin Landes, persönliche Referentin des Bezirkstagspräsidenten; Günther Putz, Gutshof Mainkofen; Dorothee Trauzettel, beim AELF Landshut Leiterin des Fachzentrums Ernährung/Gemeinschaftsverpflegung; Manfred Weikl, Verpflegungsleiter im Bezirksklinikum Mainkofen, sowie Hildegard Zißler, Verpflegungsleiterin am Institut für Hören und Sprache in Straubing. Die Arbeitsgruppe hat für 2021 eine umfangreiche Agenda in mehreren Treffen geplant beziehungsweise bereits durchgeführt.

Dazu Katrin Landes: „Wir konnten dieses Jahr schon einige Teilziele erreichen, um die nötigen Grundlagen für ‚Regio 2030‘ zu schaffen. Schon jetzt ist ein Umdenken hin zu mehr Regionalität, Saisonalität und Nachhaltigkeit beim Einsatz von Lebensmitteln deutlich spürbar.“ **sb**

Vorschau auf GZ 15/16

In unserer Ausgabe Nr.15/16, die am 29. Juli 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunaler Bau**
- **Kommunale Gesundheitsthemen**
- **Wasser · Abwasser**
- **Freizeitanlagen · Tourismus**



Alle Personen, insbesondere Radfahrer und Wanderer, dürfen in den genossenschaftlichen Dorf- und Stadtläden des Landkreises Donau-Ries die eigene Trinkflasche kostenlos mit Leitungswasser auffüllen. Die elf Läden sind seit Anfang Mai Teil der deutschlandweiten Initiative „Refill“: v.l. Konversionsmanagerin Barbara Wunder und Stadtladen Geschäftsführer Oliver Sporr. Bild: Christina Rössner, Stadtladen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiebeschaffung

Kostenfreie Ausschreibungs-vorlagen!
Für hochwertige Pellets und Hackschnitzel.

enplus-pellets.de/ausschreibungsvorlage
EN plus Holzhackschnitzel wood chips
EN plus

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · **www.juwi.de**

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz



DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

GemeindeZeitung auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW®
HYGIENISCH EINWANDFREIE WÄRMERÜCKGEWINNUNG


✓ 100 % Außenluft
✓ umluftfrei
✓ betriebssicher
✓ energieeffizient

Vorteile für Ihre Lüftungsanlage:
+ keim- und schadstoffübertragungsfreie Wärmerückgewinnung durch getrennte Luftströme
+ Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
+ kurze Amortisation, sicherer Betrieb
+ Neubau oder Sanierung im Bestand
+ Wegfall von Rückkühlwerken möglich

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

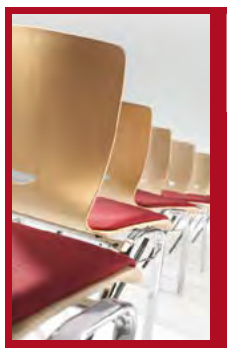
Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
Wartung und Reinigung von:
- Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
- Prozesslufttechnische Anlagen
- Kontrollierte Wohnraumlüftung

DVLW

Lüftungs-Reinigungs-Service Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Polaris Star
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 29. Juli 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 15/16


Seite 12


Seite 8

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: 2. stellvertretender Vorsitzender Markus Loth; Städtetagsvorsitzender Markus Pannermayr, Gastgeber Jürgen Herzing und Städtetagsgeschäftsführer Bernd Buckenhofer Bild: Bayerischer Städtetag

Jahrestagung des Bayerischen Städtetags:

Innenstadt neu denken

Städte und Gemeinden steuern den Veränderungsprozess in den Innenstädten und Ortskernen. Sie müssen sich neuen Rahmenbedingungen öffnen, neue Wege gehen, Innenstadt neu denken und Kreativität zulassen. Dazu gehört der Mut zu Experimenten und vorübergehenden Lösungen. So lautete der Tenor der Jahrestagung des Bayerischen Städtetags in Aschaffenburg.

Um ein Aussterben der Innenstädte nach der Corona-Pandemie zu verhindern, rief der Kommunalverband Bund und Land zum Auflegen flexibler Förderprogramme auf. Für die Städte stünden einschneidende Veränderungen bevor. Die Corona-Pandemie und der Lockdown als deren Folge hätten die Probleme der Innenstädte – etwa die Konkurrenz des inhabergeführten Einzelhandels zum Online-Handel – wie unter einem Brennglas gezeigt, betonte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr.

Neue Rahmenbedingungen

Für die Städte stünden einschneidende Änderungen bevor, so der Verbandschef. Allerdings sei der Wandel für sie ein beständiges Phänomen. Städte hätten in ihrer Geschichte immer wieder Umformungen und Neuerungen erlebt. Sie ergriffen neue Rahmenbedingungen als Chance, um mit ihrer Einwohnerschaft, mit Wirtschaft und Handel den Wandel zu gestalten und positive Effekte zu erzielen. Das aktuelle Experimentieren mit Pop-Up-Nutzungen weite den Blick und zeige innovative Chancen, um Ortskerne attraktiv zu halten. Die Zentren der Zukunft böten eine Plattform für Leben, Erleben und Begegnen in der Stadt.

Kommunales Vorkaufsrecht für innerstädtische Gebäude

Pannermayr forderte erneut ein Vorkaufsrecht der Kommunen für innerstädtische Gebäude zum Verkehrswert, damit Leerstand und Immobilienspekulationen Einhalt geboten werden könne. Immobilienbesitzer müssten als Partner gewonnen werden. „Wenn solvente Mieter wie Handelskonzerne oder Filialketten wegfallen, müssen für die Nachnutzung neue Zielgruppen gesucht werden und neue Nutzungskonzepte für Liegenschaften entwickelt werden. Dies erfordert Flexibilität und Bereitschaft von Immobilienbesitzern, sich auf die Belange neuer, vielleicht auch kurzfristiger, Mieter einzulassen."

Mit Blick auf die spürbaren Folgen des Klimawandels in den Städten stellte der Vorsitzende fest: „Hitzewellen treffen die dicht bebauten Ortskerne und versiegelten Flächen, da sich hier Wärme speichert, Straßen und Plätze kaum durchlüftet sind. Die Menschen in Städten leiden unter Hitzestress – dies geht zu Lasten der Attraktivität der Innenstädte. Städte müssen noch intensiver als bisher grüne und blaue Infrastruktur schaffen. Es geht darum, mehr Grünflächen und Wasser in die Stadt zu bekommen: auf Plätzen, am Straßenrand oder mit Urban Gardening auf kleinen Flächen, an Häuser-Fassaden mit Wildem Wein, Wiesen auf Flachdächern oder in Hinterhöfen mit Bäumen und kleinen Gärten. Gerade in heißen Sommermonaten wirken Bäume wohltuend, die Schatten spenden und Regenwasser speichern. Die Öffnung von ehemaligen Stadtbächen, mehr Wasserflächen und Brunnen erhöhen die Aufenthaltsqualität. All diese Einzelteile tragen in der Summe dazu bei, das Stadtklima zu verbessern."

Veränderung der Ortskerne

Die Veränderung der Städte und Ortskerne ist für Pannermayr „ein Kraftakt für alle Beteiligten". Ohne eine angemessene Finanzausstattung der Städte und Gemeinden lasse sich diese enorme Herausforderung nicht schultern. Die Finanzhil-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Wasser. Kraft. Bayern.

8. Bayerisches WasserkraftForum 2021 am 16. September 2021 in Passau

Für das Gelingen der angestrebten Energiewende ist die Wasserkraft in Bayern unverzichtbar. Beim 8. Bayerischen WasserkraftForum der Bayerischen GemeindeZeitung am 16. September 2021 in der Redoute Passau werden Potenziale und Grenzen der Wasserkraft erläutert.

Angesprochen werden u. a. Ausbaumöglichkeiten und ökologische Werthaltigkeit dieser grundlastfähigen, CO2-freien und im Höchstmaß nachhaltigen Energiequelle. Daneben werden die Themen Natur-, Klima-, Umweltschutz erörtert.

Erneut präsentieren Partner und Aussteller ihre Innovationen und Angebote. Fachliche Unterstützung bieten das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und der Verband der Bayerischen Energie und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW. Premium-Partner sind VERBUND Inkrafftwerke GmbH und die Lechwerke AG – LEW.

Informationen und Anmeldung:
www.bayerisches-wasserkraftforum.de



V.l.: Prof. Dr. Hans Günter Henneke, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistags, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und DLT-Präsident Reinhard Sager. Copyright DLT/Mark Frantz

Jahrestagung des Deutschen Landkreistags:

Wieder Land in Sicht

Unter dem Motto „Trotz(t) Corona: Wieder Land in Sicht" hat der Deutsche Landkreistag seine Jahrestagung in Timmendorfer Strand durchgeführt. Neben dem Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein Daniel Günther war unter anderem der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Andreas Jung zu Gast. Besonders geehrt fühlte sich der Kommunalverband durch die Mitwirkung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

Mit seinen Besuchsreisen ‚Land in Sicht' trug der Bundespräsident dazu bei, die Frage der gleichwertigen Chancen für die ländlichen Gebiete in den Mittelpunkt des politischen und gesellschaftlichen Interesses zu heben. „Vorne raus die Ostsee, hinterm Haus die Friedrichstraße, und vom Badezimmer aus die Zugspitze sehen: So sieht, frei nach Tucholsky, das Ideal des modernen Menschen aus – aber es gibt eben in der Re-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Ergänzendes CSU-Programm zur Bundestagswahl:

„Spezialitäten aus Bayern"

Bei einem Treffen des Parteipräsidiums in Gmund am Tegernsee hat die CSU ein Wahlprogramm für die Bundestagswahl beschlossen, dass das gemeinsame Papier mit der CDU um einige „Spezialitäten aus Bayern", wie es CSU-Vorsitzender Markus Söder nannte, ergänzen soll. Das insgesamt 18 Seiten umfassende Programm wurde mit Impulsen bayerischer Spitzenrepräsentanten präsentiert. Während für das Handwerk Franz Xaver Peteranderl als Vorsitzender der Handwerkskammer für München und Oberbayern das Wort ergriff, sprach Angela Inselkammer, Präsidentin der Bayerischen DEHOGA, für die Gastronomie-Branche. Die Landwirte vertrat der bayerische Bauernpräsident Walter Heidl.

Laut einer aktuellen forsa-Umfrage ist es drei Viertel der bayerischen Wähler wichtig, dass Interessen des Freistaats in Berlin kraftvoll vertreten werden. Genau dieser Zielsetzung diene nun das beschlossene Programm der CSU, betonte Söder. Es sei ein „Programm aus Bayern für Bayern". Alexander Dobrindt als Spitzenkandidat der CSU zur Bundestagswahl hob hervor: „Wir geben ein klares Entlastungssignal für die Mitte der Gesellschaft."

Neue Ideen

Kraft gewinnt das Programm durch neue Ideen: So soll geprüft werden, die Mehrwertsteuer für regional erzeugte Lebensmittel zu senken, um regionale Kreisläufe zu stärken. Auch will die CSU die Pendlerpauschale dynamisieren, um Mehrbelastungen für Pendler zu kompensieren: „10 Cent mehr an der Zapfsäule sollen künftig 1 Cent mehr Pendlerpauschale ausmachen", heißt es im Programm. Ein weiteres Ziel sind 45.000 neue Kita-Plätze für Bayern. Kinderbetreuungskosten sollen künftig vollständig absetzbar gestaltet werden. Angedacht ist zudem die Einführung einer Homeoffice-Pauschale in Höhe von 1.000 Euro zusätzlich zur Werbungskostenpauschale.

Starker Partner der Kommunen

Keine andere politische Ebene beeinflusst das Leben der Menschen im Alltag so stark wie die kommunale. „Wir sind seit jeher starker Partner unserer Kommunen. Wir wollen sie auch in Zukunft auskömmlich finanzieren und ihnen Spielräume zur eigenen Gestaltung geben", macht die CSU deutlich.

Konkret beabsichtigt sie die Erstattung der Gewerbesteuerausfälle auch für 2021. „2020 haben wir im Schulterschluss mit dem Bund die Gewerbesteuerausfälle der Kommunen ausgeglichen. So haben wir harte Einsparungen im Alltag der Bürgerinnen und Bürger verhindert. Wichtige kommunale Investitionen konnten fortgeführt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass auch für 2021 eine entsprechende Bundesregelung getroffen wird, die 50 % der Ausfälle kompensiert. Der Wiederaufschwung nach Corona soll in den Kommunen beginnen." „Lebendige Innenstädte mit vielfältigem Warensortiment und starken Händlern sind unser Anspruch", heißt es weiter. „Große Online-Plattformen und der Boom des Online-Shoppings dürfen nicht zur Verödung

(Fortsetzung auf Seite 2)



„Es kommt nicht darauf an, die Zukunft voraus zu sagen, sondern darauf, auf die Zukunft vorbereitet zu sein", zitiert der Rathauskater den alten Perikles. Sein Bürgermeister bleibt Pragmatiker und versucht, so gut es eben geht, für mögliche Gefahren Vorsorge zu treffen. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Vorbilder für aktive Bürgergesellschaft 2
Sudetendeutscher Tag: Kulturpreisverleihung 2
Programm der GZ-Akademie 2
GZ-Kolumne Josef Mederer: Denkmäler schaffen Heimat. 3
Rößle: „Werte sind nicht verhandelbar" 3
Sonderpreis „Unser soziales Bayern". 4
Kommunale Bauthemen. . . . . 5 - 9
Kommunale Gesundheitsthemen . . . . . 10 - 11
Wasser • Abwasser . . . . . 12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Preise der Bayerischen Landesstiftung:

Vorbilder für aktive Bürgergesellschaft

Auf hohem Niveau leistet die Bayerische Landesstiftung einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität im Freistaat. Auch heuer zeichnet sie hervorragende Leistungen in den Bereichen Kultur, Soziales und Umwelt aus. Die nun bekannt gegebenen Preisträger können sich über ein Preisgeld von 10.000 Euro freuen.

Mit dem Sozialpreis wird der Hospizverein Schwabach für die Umsetzung des Projekts „Zeitintensive Betreuung im Pflegeheim“ (ZiB) der Paula Kubitscheck-Vogel-Stiftung ausgezeichnet. Das landesweite Programm, in das die mittelfränkische Region Schwabach zum 1. Februar 2020 startete, bietet eine schnelle und unbürokratische Unterstützung stationärer Pflegeeinrichtungen in Zeiten der Corona-Krise.

Ziel des „Krisen-ZiB“ ist es, gerade jetzt mit zusätzlichen, speziell für die Arbeit mit schwerkranken und sterbenden Menschen ausgebildeten Kräften eine individuelle Betreuung der Bewohner zu ermöglichen. Diese werden in einem festgesetzten Rahmen von der regulären Arbeit freigestellt, um sich in diesem Zeitraum intensiv um die betroffenen Menschen kümmern zu können. Die persönlichen Bedürfnisse des einzelnen Bewohners stehen dabei im Mittelpunkt.

Pfad für Kinder

Weitere Sozialpreise erhalten der Landesverband der Pflege- und Adoptivfamilien in Bayern für das Projekt „Pfad für Kinder“ sowie die Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg in der Diözese Würzburg für ihr Engagement im Bereich Inklusion. Um Pflege- und Adoptivkindern zu helfen, braucht es nicht nur Familien, die ihnen ein Zuhause geben, sondern auch engagierte Menschen, die sich solidarisieren und zusammenschließen. In zahlreichen Selbsthilfegruppen finden Pflege- und Adoptivfamilien Verständnis, Unterstützung und Informationen. „Pfad für Kinder“ setzt sich ein für Verbesserungen der Entwicklungschancen und Lebensperspektiven von Kindern und Jugendlichen.

Die Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg bietet Gruppen im Café Blind Dates die Möglichkeit, sich konkret mit den Schwierigkeiten einer Behinderung auseinanderzusetzen: sei es in vollkommener Dunkelheit zu kommunizieren, zu essen oder auch mit einem Rollstuhl nicht-barrierefrei Hürden zu überwinden. Pro Jahr besuchen ca. 50 Pfadfinderstämme, Schulklassen, kirchliche Gruppen und weitere Organisationen das Café.

Umweltpreis

Mit dem Umweltpreis werden das Unternehmen bb-net Media GmbH ebenso bedacht wie die Initiative zur Eindämmung der Lichtverschmutzung sowie der Landesbund für Vogelschutz in Bayern für das Projekt „Nachtschwärmer“.

Die inhabergeführte bb-net Media GmbH aus Schweinfurt senkt mit der IT-Wiedervermarktung die Kosten Ihrer IT-Ausstattung, sichert einen erheblichen Teil Ihres IT-Budgets und schützt vor Datenpannen. Sämtliche gebrauchte IT-Produkte wie Laptops, Notebooks, Tablets, Computer, Monitore, Drucker oder Smartphones werden herstellerunabhängig aufbereitet. 99 Prozent der zurückgegebenen Geräte werden vermarktet, nur rund 1 Prozent werden verantwortungsvoll recycelt.

Die Initiative „Paten der Nacht“ ist ein Projekt engagierter, ehrenamtlich tätiger Leute, das darüber informiert, was Lichtverschmutzung ist, was sie anrichtet und welche gravierenden Folgen das nicht nur für Tiere und Pflanzen, sondern vor allem auch für den Menschen hat. Erreicht werden soll ein Problembewusstsein für die Negativ-Wirkung von zu viel Licht in der Nacht. Das Projekt zeigt gleichzeitig aber auch auf, dass jeder von uns mit relativ einfachen Mitteln und Maßnahmen mithelfen kann, die Lichtverschmutzung einzudämmen.

Kulturpreis

Über den Kulturpreis der Bayerischen Landesstiftung dürfen sich der Verein DenkOrt Deportationen, das Theater Mummpitz in Nürnberg und der Künstler Wolfgang Koch freuen. Er begeistert unter anderem mit seinen aufblasbaren Luftskulpturen.

Ein in mehrfacher Hinsicht innovativer und nachhaltiger Lern- und Erinnerungsort ist der Verein DenkOrt Deportationen. Die gelungene Präsentation macht den DenkOrt-Würzburg zu einem herausragenden Beispiel moderner Erinnerungskultur, der beispielhaft für seriöses und gleichzeitig kreatives Gedenken steht. Mit zurückgelassenen Gepäckstücken im Vorplatzbereich des Würzburger Hauptbahnhofs wird an die Deportation Würzburger Juden erinnert, eine Präsentation im Internet ist mit diesem besonderen Denkmal verknüpft.

Das Nürnberger Kindertheater Mummpitz ist eines der ältesten freien Kindertheater Deutschlands mit dem Anspruch, Kindern unabhängig von ihrer Vorbildung Kultur und Kunst spielerisch und gleichzeitig lehrreich näher zu bringen. 2020 feierte es sein 40-jähriges Bestehen. Das Repertoire reicht von „Jazz für Kinder“ bis hin zur Ausrichtung des europäisch-bayerischen Kindertheaterfestivals „Panoptikum“, das alle zwei Jahre im Theater Mummpitz stattfindet. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Marianne Krohnen
63326 Geiselbach
am 1.8.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bruno Kellner
96179 Rattelsdorf
am 1.8.

Bürgermeister Franz Hörmann
85469 Walpertskirchen
am 6.8.

Landrat Klaus Peter Söllner
95326 Kulmbach
am 6.9.

Bürgermeister Ludwig Robold
84061 Ergoldsbach
am 7.9.

Bürgermeister Piet Mayr
85604 Zorneding
am 16.8.

Bürgermeister Norbert Gräbner
96364 Marktrodach
am 23.8.

Bürgermeister Dr. Wieland Gsell
97225 Zellingen
am 23.8.

Bürgermeister Karl-Heinz Escher
91287 Plech
am 29.7.

Bürgermeister
Rudolf Leitmannstetter
83569 Vogtareuth
am 30.7.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günter Ströbel
91723 Dittenheim
am 2.8.

Bürgermeister Jan Neusiedl
82031 Grünwald
am 6.8.

Bürgermeister Johann Gaßlbauer
84552 Geratskirchen
am 23.8.

Bürgermeister Martin Seitz
85302 Gerolsbach
am 30.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfons Schinabeck
94556 Neuschönau
am 3.8.

Bürgermeister Peter Seitz
63829 Krombach
am 4.8.

Bürgermeister Michael Kusch
89367 Waldstetten
am 8.8.

Bürgermeister Wolfgang Desel
96129 Strullendorf
am 12.8.

Bürgermeister Wolfgang Jarasch
86485 Biberbach
am 15.8.

Bürgermeister
Andreas Kemmelmeyer
85774 Unterföhring
am 19.8.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Dr. Christian Scharpf
85049 Ingolstadt
am 5.8.

Bürgermeister
Anton Margreiter
83677 Greiling
am 8.9.

Bürgermeister Frank Fischer
87538 Obermaiselstein
am 24.8.

Bürgermeister
Ernst Kandlbinder
94151 Mauth
am 25.8.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Christoph Vodermaier
83083 Riedering
am 12.8.

Bürgermeister
Martin Hatzelmann
87733 Rettenbach
am 13.8.

Bürgermeisterin Anita Forster
92542 Dieterskirchen
am 19.8.

Bürgermeister Thomas Memmel
93333 Neustadt a. d. Donau
am 19.8.

Bürgermeister Richard Reischl
85241 Hebertshausen
am 28.8.

Bürgermeisterin
Katja Habersack
97786 Motten
am 29.7.

Bürgermeister Thorsten Wozniak
97447 Gerolzhofen
am 30.7.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Heinlein
96332 Pressig
am 13.8.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alexander Kätzel
95183 Töpen
am 5.8.

Bürgermeisterin Simone Hilz
94269 Rinchnach
am 9.8.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister Tobias Kurz
94072 Bad Füssing
am 25.8.

Bürgermeister Manuel Kneuer
97469 Gochsheim
am 30.7.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Kommunalpolitik im Blick

Mit Seminaren und Leitfäden hat die Hanns-Seidel-Stiftung die Belange der Kommunalpolitik fest im Blick. Gerade ist Band 4 mit Schwerpunkt Rechnungsprüfung in den Gemeinden und Kreisen (Kommunalrechtliche Vorgaben, Gestaltungsmöglichkeiten sowie Grundlagen der örtlichen Rechnungsprüfung) aktualisiert erschienen. Verfasser ist Dr. Hermann Büchner, ehem. Dozent an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Hof.

Die bisherigen Bände 1-3 befassen sich mit kommunalpolitischen Grundlagen (Band 1), Baurecht (zentrales Thema Baurecht und sein Vollzug; Band 2) und Haushalt (Kameralistik/Doppik; Band 3). Die Reihe ist mit der Neuerscheinung nun wieder komplett!

Zur Zielgruppe dieser Leitfäden zählen neben Kommunalpolitikern auch Bedienstete in den Verwaltungen, Architekturbüros oder Bauherren und Bürger, die sich gezielt informieren möchten.

Ein weiteres Angebot der Hanns-Seidel-Stiftung sind die einschlägigen Seminare. Fachleute vermitteln Fallbeispiele aus der Praxis und regen zur Diskussion unter Gleichgesinnten an. Die kommunalpolitischen Leitfäden sind ideale Nachschlagewerke, Orientierungshilfe und Handreichung zugleich.

Jetzt kostenlos erhältlich als Download oder Druckexemplar unter www.hss.de/kommunal-politik/ ❐

Sozialministerin Trautner beim Sudetendeutschen Tag:

Kulturpreisverleihung

„Versöhnung gelingt nur durch Verständigung“

Zur Auftaktveranstaltung des 71. Sudetendeutschen Tags in München unter dem Motto „Verantwortung für die Heimat – unser Weg in die Zukunft“, wurden die Kultur- und Förderpreise sowie der Sudetendeutsche Volkstumspreis verliehen.

„Der Sudetendeutsche Tag ist das große Heimattreffen der Sudetendeutschen, zu dem üblicherweise Sudetendeutsche aus aller Welt nach Bayern kommen. In diesem Jahr fand er coronabedingt in kleinerem Rahmen und mit entsprechendem Hygienekonzept im Gasteig in München statt. Wichtig ist dass dieses großartige Treffen wieder stattfindet. Ich freue mich sehr, dass es diese schönen Begegnungen wieder gibt, dass die Kultur wieder präsentiert werden kann und dass wir die Kulturschaffenden wieder persönlich ehren können“, betonte Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner.

Das Schicksal der Menschen, die in der Nachkriegszeit nach Bayern flüchteten und vor ihrer Ankunft Unfassbares erleiden mussten, darf nicht in Vergessenheit geraten. „Versöhnung gelingt nur durch Verständigung“, erläuterte Trautner in ihrer Festansprache und führte aus: „Die Kulturschaffenden der Sudetendeutschen tragen dazu bei, dass wir miteinander im Gespräch bleiben, dass wir einander begegnen, dass wir uns erinnern. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Versöhnung der Völker, zum friedlichen Miteinander in Europa, und zur Bewahrung der Geschichte. Das Schicksal und die Leistung der Sudetendeutschen müssen immer lebendig im Bewusstsein bleiben.“

Die Sozialministerin ergänzte: „Wir freuen uns, dass das Sudetendeutsche Museum Ende vergangenen Jahres eröffnet werden konnte und jetzt für Besucher zugänglich ist. Es ist ein wahres Schatzkästchen und ein echter Leuchtturm in der bayerischen Kulturlandschaft. Die Sudetendeutschen können sicher sein: Bayern steht fest an der Seite seines vierten Stammes.“ ❐

Spezialitäten aus Bayern ...

(Fortsetzung von Seite 1)

unserer Innenstädte führen. Deshalb stärken wir den Handel vor Ort. Wir wollen generell vier verkaufsoffene Sonntage je Jahr ermöglichen. Sie sollen künftig nicht mehr von Märkten, Messen und Veranstaltungen abhängig sein.“ Hervorragende Trinkwasserqualität sei ein bayerisches Markenzeichen und der Zugang zu sauberem Trinkwasser ein Kernelement der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb fordert die CSU eine staatliche Trinkwasser-Garantie. So soll eine öffentliche Eigentums-Garantie für das Trinkwasser rechtlich bindend festgeschrieben werden. Damit bleibe die Trinkwasserversorgung stets im Eigentum der öffentlichen Hand und Spekulationsgeschäfte würden ausgeschlossen. „Unser Ziel ist es, Reallabore der Zukunftsmobilität in Deutschland auszurollen. Wir wollen dafür ein groß angelegtes Pilotprojekt nach Bayern holen“, erklärt die Christlich-Soziale Union. „Wir wollen zeigen, wie moderne Mobilität in Tourismusregionen funktionieren kann: Autonom fahrende Taxis sind dabei ein Beispiel, wie Touristen bequem und individuell an ihr Ziel gebracht werden können. Neue Verbundtickets der Bahn für Bike- und Carsharing, Elektrolastenräder und Mobilitätsstationen an Wanderparkplätzen und innovative Möglichkeiten des Parkraummanagements sind weitere Ansätze.“

Handwerkerbonus

Der Handwerkerbonus soll von 1.200 Euro auf 2.400 Euro verdoppelt werden, um Handwerk und Klimaschutz gleichermaßen zu fördern. Mit schnelleren, degressiven Abschreibungen für Investitionen in Energieeffizienz und CO2-Einsparung will die CSU neue Anreize für Unternehmen setzen. Für zuhause schwebt ihr ein Klimabonus vor: „Wir wollen einen Steuernachlass für Aufwendungen zum Klimasparen im eigenen Haushalt: ob bei klimafreundlichen Investitionen in die eigenen vier Wände, energiefreundlichen Haushaltsgeräten oder bei Investitionen für klimafreundliches Heizen. Der Klimabonus wird für private klimafreundliche Investitionen bis zu einer Höhe von maximal 10.000 Euro gewährt. Wie beim Handwerkerbonus werden 20 % der Kosten von der Steuer erstattet. So bringen wir Klimaschutz in jeden Haushalt“, heißt es in dem Wahlprogramm. Auch der Ausbau des Hochwasserschutzes steht auf der Agenda. Die Ereignisse der vergangenen Wochen hätten deutlich gemacht: „Hochwasserschutz funktioniert dort, wo er gemacht wird, aber wir müssen deutlich mehr tun.“ Kleine Bäche und Auen gelte es dabei besonders in den Blick zu nehmen. Über ein Bundesprogramm sollen gezielte Anreize für deren Renaturierung und Hochwasserschutzertüchtigung gesetzt werden. Benötigt werde ein verpflichtender Hochwasser-TÜV für ganz Deutschland. Dieser TÜV müsse bewerten, wie eine Gemeinde gegen Hochwasser geschützt sei und Empfehlungen für weitere Maßnahmen abgeben.

Entsiegelungsprogramm

Darüber hinaus legt die CSU ihr Augenmerk auf ein nationales Entsiegelungsprogramm von Flächen, um Böden wieder aufnahmefähiger zu machen. „Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass unseren Landwirten, Winzern und Gärtnern ausreichend Wasser zur Bewirtschaftung zur Verfügung steht, um gezielt und effizient zu bewässern.“

Mit einer Verdopplung der Arbeitnehmersparzulage und der Erhöhung des Sparer-Pauschbetrags sollen Sparer gerade in Zeiten des Niedrigzinsumfelds belohnt werden. Des Weiteren ist eine dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer auf 7 % für Speisen in der Gastronomie angedacht. Damit will man die derzeit geltende befristete Mehrwertsteuersenkung entfristen und die Wirtshäuser dauerhaft stärken. Eine generelle Ehrenamtsklausel soll außerdem die Ermessensspielräume zugunsten der Vereine nutzen und, wo nötig, bei Traditionsveranstaltungen auf früheres Recht zurückgreifen. **DK**

GZ Akademie

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Social Media Nutzung in Kommunen
21. Sept. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr
Über die Nutzung von Sozialen Netzwerken wird viel diskutiert. Was ist für Bürgermeister*innen sinnvoll zu nutzen? Wovon hängt es ab, wie Informationen an die Öffentlichkeit getragen werden? Und wie sollen Politiker und Verwaltungen agieren? Der Vortrag öffnet Gedanken und Wege der Social Media-Nutzung und der sinnvollen Alternativen. Diskutieren Sie mit!
Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Bildrechte & DSGVO Teil 1:
25. Nov. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr
Bildrechte & DSGVO Teil 2:
7. Dez. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr
Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.
Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: je 145,- € zzgl. MwSt. (290,- € zzgl. MwSt. für beide Termine) ❐

Serie „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit anders denken“, Teil 2:

„Werte sind nicht verhandelbar“

Unsere Autorin Anja Schuchardt behandelte im Rahmen ihrer Masterarbeit das Thema „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ und sprach dazu mit Stefan Rößle. Der GZ-Herausgeber ist Landrat und Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV). Inspiriert durch ein Gespräch mit Entwicklungshilfeminister Dr. Gerd Müller im Jahr 2016, das in der Bayerischen GemeindeZeitung veröffentlicht wurde, warb Rößle für den Bau von Schulen in Afrika, Asien und Südamerika. In den Folgejahren wurden allein im Landkreis Donau-Ries über 35 Schulbauprojekte initiiert. Von Dr. Müller wurde er als einer von 22 in das Team der „Botschafter für Kommunale Entwicklungspolitik“ berufen und wirbt deutschlandweit für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit und insbesondere für die Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“. Im Interview beschreibt er seine persönlichen Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit mit den Partnern im Globalen Süden.

GZ: Wie setzen Sie als Landrat den interkulturellen Dialog mit den Partnern im Globalen Süden praktisch um?

Rößle: *Das Projekt „1000 Schulen für unsere Welt“, das ich federführend begleite, soll eine Hinführung zu dem Thema Entwicklungszusammenarbeit sein, so dass die Kommunen sich prinzipiell damit beschäftigen. Mit diesem Konzept schaffen wir einen Rahmen, der es Kommunen erleichtert, ein konkretes Projekt in einem anderen Land umzusetzen – und zwar speziell den Bau einer Schule. Im Wesentlichen beschränken wir uns darauf, Spenden zu sammeln. Der Kontakt vor Ort findet in der Regel erst statt, wenn die Schule eingeweiht wird. Ich selbst habe nur drei Schuleinweihungen in Namibia, in Mosambik und in Malawi begleitet. Deshalb habe ich nur wenig Einblick in das kulturelle Leben der Menschen dort. Meines Erachtens ist es wichtig, dass wir uns in einen interkulturellen Dialog begeben. Es ist kein Automatismus, dass das, was wir für gut, richtig und wichtig erachten, in den Heimatländern unserer Partner ebenso gesehen wird.*



Groß war die Freude im ostafrikanischen Kunkhongo, als Landrat Stefan Rößle zur Einweihung einer seiner persönlich finanzierten Schulen anreiste. Bild: Sabine und Detlef Sponer

Deutsche Standards sind nicht das Maß aller Dinge

GZ: Welche Unterschiede konnten Sie während Ihrer Reisen im Kontakt mit den Menschen feststellen?

Rößle: *Was ich gelernt habe: Wenn wir Entwicklungsprojekte erfolgreich umsetzen wollen, müssen wir Deutsche unsere „deutschen Standards“ etwas außen vorlassen. Wir sind beispielsweise sehr ordnungsliebend. Wenn wir eine Schule sehen, meinen wir: „Die muss jetzt 1:1 so auch in Afrika gebaut werden.“ Wir denken dabei z. B. an erneuerbare Energien, nachhaltige Baumaterialien etc. Dabei ist wichtig: Wir müssen das bauen was vor Ort benötigt wird und gerade nicht unsere Maßstäbe 1:1 anwenden. Die Schule, die wir in Malawi errichtet haben, befindet sich in einer Gegend, in der 98 % der Menschen noch gar keinen Strom haben. Wenn wir da mit dem Anspruch kommen, eine PV-Anlage zu integrieren, überfordern wir die Menschen. Für die Schülerinnen und Schüler ist es zunächst ein Riesenfortschritt, ein Dach über dem Kopf haben, damit sie unabhängig vom Wetter unterrichtet werden können. Ein Grundsatz, den wir ebenso einhalten sollten: Nicht alles fertig hinstellen, so wie wir es gut finden, sondern besser „Hilfe zur Selbsthilfe“ leisten. Die Menschen müssen sich mit dem Projekt identifizieren.*

GZ: Dieser Grundsatz schließt auch ein, dass die Menschen an Entscheidungen teilhaben. Wie wird das konkret umgesetzt?

Teilhabe an Entscheidungen

Rößle: *Das ist nicht immer ganz einfach. Bei den Schulbauprojekten sind nicht wir von den Kommunen vor Ort und begleiten die Baumaßnahmen. Das machen unsere Partner. Sie haben langjährige Erfahrung.*

Afrika ist ein riesiger Kontinent und die Länder sind sehr verschieden – angefangen bei ihrer Historie bis hin zu den Voraussetzungen. Daher sollte man sich auseinandersetzen mit Land und Leuten und versuchen, die Menschen zu verstehen. Wenn wir erwarten, dass die Menschen mit dem Projekt glücklich sind, dann ist es notwendig zu verstehen und zu akzeptieren, wie sich die Menschen dort entwickelt haben, warum sie bestimmte Eigenschaften haben, wie sie ‚ticken‘, denken und funktionieren. Die Religion, die dort für viele oft wie ein Gesetz ist, steht in der Werteordnung ganz oben. Auch die Ortsvorsteher spielen oftmals eine ganz zentrale, führende Rolle.

Gegenseitige Rücksichtnahme und Kommunikation auf Augenhöhe

GZ: Sind Werte denn verhandelbar?

Rößle: *Ich glaube nicht, dass man Werte ohne weiteres „wegverhandeln“ kann. Man sollte versuchen sich gegenseitig zu verstehen und Rücksicht aufeinander zu nehmen. Wenn das in beiden Richtungen erfolgt, kann man auch bei gegensätzlichen Meinungen einen Weg zu einem Kompromiss finden. Einfach ist das definitiv nicht. Es setzt zudem voraus, dass man miteinander kommuniziert und dass man die gleiche Sprache spricht – im übertragenen Sinne natürlich.*

GZ: Haben Sie den Eindruck, dass sich eine Art neues Wertesystem entwickelt? Also dass man Teile der einen oder der anderen Kultur übernimmt?

Die Kommunen vor Ort entscheiden selbst ob eine Schule gebaut wird

Rößle: *Ich war dreimal in Afrika, in drei ganz verschiedenen Ländern, die auch politisch alle ein bisschen anders funktionieren. Daher kann ich das nicht pauschal beantworten. Erfreulich ist es festzustellen, dass in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr Verantwortung auf die Kommunen vor Ort übertragen wurde. Der jeweilige Staat legt schon noch bestimmte Dinge fest – beispielsweise stellt er die Lehrer an und ist für deren Bezahlung verantwortlich. Aber die Regierungen überlassen den Kommunen die Entscheidung, ob überhaupt eine Schule gebaut wird.*

Für mich war es jedes Mal ein ganz besonderes Erlebnis, wenn ich sehen durfte, wie groß Freude und Dankbarkeit sind, wenn Menschen ein Projekt gemeinsam verwirklichen. Man bekommt ein neues Bewusstsein für den Wert so eines ausgeprägten Gemeinschaftsgefühls. Da können wir viel mitnehmen von Menschen, die deutlich weniger haben als wir.

Schlüsselrolle der Kommunen

GZ: Den Kommunen kommt in der Entwicklungszusammenarbeit immer mehr eine Schlüsselrolle zu – warum lohnt sich das Engagement für Kommunen?

Rößle: *Das ist die ganz große Erkenntnis aus dem Projekt „1000 Schulen für unsere Welt“ oder auch aus den anderen Projekten, die wir in unserem Landkreis umsetzen: Die Entwicklungszusammenarbeit funktioniert nicht, wenn unser Land nur Gelder sammelt, verteilt und in den Ländern irgendwelche Projekte umsetzt. Das Ganze muss von den Menschen vor Ort gelebt werden. Nur so gewinnt die Zusammenarbeit Überzeugungskraft und hat die größte Akzeptanz – von beiden Seiten. Es ist vielen Kommunen noch gar nicht bewusst, dass Entwicklungszusammenarbeit zwar vom Gesetz her Aufgabe des Bundes ist, aber funktionieren wird sie nur, wenn sie von den Menschen in den Kommunen gelebt wird.* **red**

GZ KOLUMNE Josef Mederer

Liebe Leserinnen und Leser,



vielleicht hatten Sie in den Monaten des Lockdowns Gelegenheit, Ihre nähere Umgebung intensiver zu erkunden, als Sie das vorher gemacht haben. Und vielleicht haben Sie dabei auch die eine oder andere Entdeckung gemacht: Ein historischer Friedhof, an dem Sie immer nur vorbeigefahren sind. Die Fassaden der Häuser in einer Einkaufsstraße, deren Schönheit in „normalen Zeiten“ nicht aufgefallen ist. Oder eine Kirche, die mit ihren vielen An- und Umbauten von vielen Jahrhunderten erzählt.

Kirchen, Kapellen und Klöster, Schlösser und Landsitze, Bauern- und Bürgerhäuser: Denkmäler schaffen Heimat. Sie sind ein augenfälliger Bestandteil unserer Geschichte und prägen das äußere Erscheinungsbild Oberbayerns

Denkmäler schaffen Heimat

enorm. Dass sie heute noch existieren und auch künftigen Generationen erhalten bleiben, haben wir den vielen privaten, kirchlichen und kommunalen Eigentümerinnen und Eigentümern zu verdanken, die Zeit und Geld in den Erhalt denkmalgeschützter Bauwerke und Objekte investieren.

Weil dem Bezirk Oberbayern die große Bedeutung des Denkmalschutzes bewusst ist, engagieren wir uns dafür schon seit vielen Jahren mit einem eigenen Förderprogramm. Zwei Mal im Jahr vergibt der Bezirk Zuschüsse für die Denkmalpflege. Über 30 Millionen Euro sind seit 2004 auf diesem Weg an Kirchenstiftungen, Kommunen und Privatpersonen geflossen. Aktuell stellen wir jährlich rund 2,5 Millionen Euro dafür bereit. Das ist ein enormer Rückfluss der Bezirksumlage in die Landkreise und Städte, der letztlich allen zugute kommt.

Neben dem finanziellen Aspekt haben wir mit unserer Denkmalpflegeförderung natürlich auch eine politische Entscheidung getroffen. Denn während der Schutz von Natur und Umwelt heute allgemein anerkannt ist, wird der Schutz von historischen Gebäuden oft kontrovers diskutiert. Der Bezirk Oberbayern hat sich in dieser Frage eindeutig positioniert: Er fördert alle Eigentümerinnen und Eigentümer denkmalgeschützter Objekte, ob privat, kirchlich oder kommunal. Wir finden, dass das der beste Weg ist, zum Erhalt unserer einzigartigen Kulturlandschaft beizutragen.

Wir alle wissen aber auch, dass die Sanierung alter Gemäuer langwierig und aufwändig sein kann. Von Bauabschnitt zu Bauabschnitt, nach vielen oftmals nicht leicht zu treffenden Entscheidungen ist es verständlich, dass sich die eine oder der andere fragt: Lohnt sich das überhaupt? Wäre ein Neubau an dieser Stelle nicht einfacher und lukrativer gewesen? Es ist zweifelsohne eine gewaltige Leistung, eine in die Jahre gekommene Immobilie instand zu setzen oder instand zu halten. Der Bezirk Oberbayern möchte dieses große Engagement deshalb – über seine Förderung hinaus – noch einmal besonders würdigen. Er hat deshalb den Oberbayerischen Denkmalpreis ins Leben gerufen.

Bei der ersten Vergabe des Preises hat er fünf vorbildlich sanierte Denkmäler ausgezeichnet: das Bauernhaus „Beim Fesiger“ in Altomünster (Landkreis Dachau), die Kaitl-Alm bei Ruhpolding (Landkreis Traunstein), den Schacky-Park bei Dießen am Ammersee (Landkreis Landsberg am Lech), das ehemalige Schusterhaus in Kochel am See (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen) und die Burgruine Werdenfels im Landkreis Garmisch-Partenkirchen. Das Preisgeld betrug in diesem Jahr insgesamt 17.000 Euro. Maximal vergeben wir für den Oberbayerischen Denkmalpreis 25.000 Euro.

Voraussetzung für die Auszeichnung ist, dass die Objekte innerhalb der letzten drei Jahre Mittel aus dem Förderprogramm der Denkmalpflege vom Bezirk Oberbayern erhalten haben. Weitere Kriterien sind die fachliche Qualität, die Aspekte Nachhaltigkeit und Ökologie sowie die kulturelle Bedeutung der Denkmäler für Oberbayern. Die Auswahl hat eine Jury getroffen, der neben Mitgliedern des Bezirkstags von Oberbayern und Bezirksheimatpfleger Dr. Norbert Göttler auch jeweils ein Vertreter des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege sowie des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege angehören. Den Preis verleiht der Bezirk Oberbayern alle zwei Jahre.

Die erste Verleihung unseres neuen Preises war auch für uns beim Bezirk Oberbayern eine schöne Erfahrung. Denn wir durften miterleben, wie stolz die Ausgezeichneten auf das von ihnen Erreichte sind. Wer sich intensiv mit einem alten Haus beschäftigt, der lebt mit ihm und hält die Geschichte eines Gemäuers lebendig, das ihn später selbst einmal überleben wird. Das hat eine ganz eigene Qualität.

Denkmäler verbinden die Zeiten miteinander. Sie sind Zeugen unserer Geschichte, zu der nicht nur idyllische Parkanlagen, Almen, Schlösser oder Kirchen gehören, sondern auch Industriedenkmäler und Gedenkstätten. Aus diesem Grund haben wir auch einen von neun Anerkennungspreisen an die Europäische Holocaustgedenkstätte Stiftung e. V. verliehen, die die Tonröhrenbauwerke auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers Kaufering VII im Landkreis Landsberg am Lech vor dem Einsturz bewahrt.

Denkmäler führen aber auch in die Zukunft. Deshalb freut es mich persönlich immer besonders, wenn „neues Leben in alte Mauern“ einzieht. Viele Gebäude schreien ja regelrecht nach einer neuen Nutzung. Und so finde ich es nur folgerichtig, wenn ein ehemaliges Mesnerhaus, ein einstiger Kuhstall oder eine Tenne heute neu genutzt werden: als Jugend- oder Kulturzentrum, Alters-WG oder hochwertiger Wohnraum.

Ihr Josef Mederer
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Bezirkstagspräsident von Oberbayern

Sonderpreis „Unser Soziales Bayern“

Prämierung herausragender Projekte für ältere Menschen

Erstklassige Projekte aus den Regierungsbezirken zeichnete Sozialministerin Carolina Trautner mit dem Sonderpreis „Unser Soziales Bayern“ aus. Der mit jeweils 3.000 Euro dotierte Preis ist Teil der Initiative „Unser Soziales Bayern: Wir helfen zusammen!“, die 2020 gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden und den Wohlfahrtsverbänden ins Leben gerufen wurde, um vor allem älteren Menschen in der Corona-Pandemie Unterstützung zu bieten.

In Oberbayern siegte das Projekt „Das Leben im Alter (trotz Corona) lebenswert machen!“ der Nachbarschaftshilfe Fürstenfeldbruck e.V. Rund 1.600 ehrenamtliche Helfer unterstützen weit mehr als 900 Senioren persönlich. Sie springen bei alltagspraktischen Diensten ein und haben auch immer ein offenes Ohr für Sorgen und Nöte.

Das Projekt „Gemeinsamkeit überwindet jede Krise“ der Stadt Donauwörth in Schwaben koordiniert zahlreiche Maßnahmen. Hervorzuheben ist zum Beispiel die Aktion „Post für Dich“, bei der Engangierte für ältere Mitmenschen in Pflegeeinrichtungen Briefe schreiben oder Bilder malen.

Mit dem „Simbacher Senioren-Stammtisch“ (Niederbayern) auf dem lokalen Radiosender Inn-Salzach-Welle erstellen das Seniorenbüro der Stadt und der Seniorenbeirats-Arbeitskreis Sachbeiträge in Form von Interviews zu wichtigen Themen, bieten aber auch verschiedenste Unterhaltungsbeiträge für Senioren. So werden ältere Menschen auch ohne Präsenzveranstaltung erreicht und bekommen wertvolle Nachrichten und Lebensfreude direkt nach Hause geliefert.

Die „Initiative Freundschaftshilfe Moosbach“ im Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab (Oberpfalz) hat mit viel Aufwand Live-Übertragungen, wie z.B. Gottesdienste und weitere kirchliche Feste auf dem Kirchplatz organisiert. Hierdurch wurde auch älteren Menschen ein generationenübergreifendes, gemeinschaftliches Erlebnis ermöglicht.

Das gemeindliche Projekt „Büchenbach hilft“ im Landkreis Roth (Mittelfranken) zeichnete verantwortlich für die Errichtung eines neuen Tausch- und Gabenhäuschens. Hier können kontaktlos Spiele, Bücher oder CDs abgegeben und getauscht werden. Das Angebot hilft dabei, das Miteinander in der Gemeinde zu stärken und sozialer Isolation von älteren Menschen entgegenzuwirken.

Auszeichnung auch für das Projekt „Heimatgefühle – Kurz mal vorbeigeschaut“ der Fachstelle für Senioren und Menschen mit Behinderung im Landkreis Rhön-Grabfeld (Ufr.): Um der Vereinsamung entgegenzuwirken, haben sich alle Beteiligten für die gesellschaftliche Teilhabe der etwa 1.100 Seniorinnen und Senioren in Pflegeeinrichtungen und Tagespflegen des Landkreises eingesetzt. Indem die Pflegeeinrichtungen und Tagespflegen mit seniorengerechten digitalen Medien ausgestattet wurden, war es den Bewohnern möglich, Kontakt zu halten. Zusätzlich haben zahlreiche Bürger in einer landkreisweiten Videokampagne verschiedene Aufnahmen zur Verfügung gestellt, um mehr Teilhabe zu ermöglichen. Alle digitalen Angebote wie Videos, Spiele oder Zugriff auf Mediatheken stehen jederzeit den Bewohnern über Tablets zur Verfügung.

Beim Projekt „Fünf Minuten Kultur zum Zuhören“ des Koordinierungszentrums Bürgerschaftliches Engagement (KoBE) am Landratsamt Kulmbach (Oberfranken) haben alle Kunst- und Kulturschaffenden aus dem Landkreis Mitbürger angerufen und am Telefon Gedichte vorgelesen, gemeinsam musiziert oder auch Theaterszenen zum Mithören angeboten. „Kultur auf diesem sehr persönlichen Weg zu transportieren, ist eine wundervolle Idee, um Lebensfreude zu vermitteln und die Herzen der Menschen höherschlagen lassen“, betonte Sozialministerin Trautner. **DK**

Innenstadt neu ...

(Fortsetzung von Seite 1)
fen müssten breit und auf Dauer angelegt sein, da die Kommunen Planungssicherheit für die Transformation der Innenstädte und Ortszentren benötigen. Bestehende Förderinstrumente müssten noch mehr daran orientiert werden, die Zentren zu stärken. Nötig seien unkomplizierte Förderbedingungen und flexible Ordnungsvorschriften. „Wir brauchen mehr Mut zu weniger Bürokratie und mehr Improvisation“, machte der Verbandschef deutlich. Die Städtebauförderung, die über 50 Jahre hinweg gute Erfolge erzielen konnte, müsse finanziell aufgestockt und inhaltlich fortentwickelt werden.

Fürths Oberbürgermeister Thomas Jung, erster stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, wies darauf hin, dass auch beim innerstädtischen Handel der Wandel unverkennbar sei. Die Einheit von Leben und Arbeiten gewinne wieder an Bedeutung. Einige Handelsketten und Filialisten gäben ihre Standorte auf und setzten auf Online-Handel. Mehrstöckige Warenhäuser konzentrierten sich auf das Erdgeschoß. Jung zufolge gehört Handel traditionell in die Stadtzentren. Doch seien Innenstädte mehr als nur Standorte des Handels, „sie sind Orte für Leben, Erleben und Begegnen“. Nach dem Vorbild der Stadt von einst könne es mehr Raum für Wohnen im Zentrum geben. „Unten ist das Geschäft, oben die Wohnung.“

Neue Chancen für inhabergeführte Läden

Nach Jungs Worten bieten sich neue Nutzungen und ein breiter Mix mit Handwerk, Kunsthandwerk, Dienstleistung, Tourismus, Bildung, Kultur- und Kreativwirtschaft. Inhabergeführte Läden bekämen wieder eine Chance, etwa Lebensmittelgeschäfte für Regionalprodukte, die wiederum gut zum Angebot regionaler Wochenmärkte passen. Zentren könnten mit Bibliotheken, Volkshochschulen und Musikschulen verstärkt zum Lern-Ort werden, Kultur und Gastronomie brächten Leben in die Zentren. Jung: „Ein Trend ist das Leben im Freien mit Straßencafés und Restaurant-Tischen unter dem Sommer-Himmel. Fachleute sprechen von der Mediterranisierung des öffentlichen Raums. Manche bayerische Stadt tituliert sich mit Augenzwinkern als nördlichste Stadt Italiens. Und Aschaffenburg als Gastgeberstadt des Bayerischen Städtetags 2021, bezeichnet sich als bayerisches Nizza.“

Im Sommer 2020 habe die Corona-Pandemie dazu geführt, dass mehr Experimente für Freiluft-Gastronomie zugelassen wurden – Parkplätze am Straßenrand seien zeitweise verschwunden zugunsten von Restaurant-Tischen, orientiert am Vorbild der Schanigärten in Wien oder der Straßengastronomie in italienischen Städten, fuhr Jung fort. „Städte gehen mit Experimentierfreude und Improvisationsgeschick daran, den Ortszentren neuen Schwung zu geben. Das funktioniert in vielen Fällen gut, kann aber in manchen Fällen auch mal scheitern. Die Städte ändern ihre Gestalt, aber bei all dem Wandel bleibt eine Kontinuität bestehen: Innenstädte erfüllen ihre Funktionen für Arbeit, Wohnen und Handel – sie bleiben das pulsierende Herz unserer Städte.“

Markus Loth, zweiter stellvertretender Verbandschef und Weilheimer Stadtoberhaupt, erläuterte: „Innenstädte und Ortszentren sind Keimzellen des städtischen Lebens. Jede der Mitgliedstädte und Mitgliedgemeinden des Bayerischen Städtetags ist unterschiedlich. Jede Stadt hat ihren eigenen Charme und kann an ihren Vorzügen arbeiten. Jede Stadt sucht eigene Wege, orientiert sich gleichzeitig an den Erfahrungen der anderen. Allen Städten und Gemeinden ist gemeinsam, dass die Zentren Wohnort, Arbeitsort, Ort der Versorgung mit Waren und Dienstleistungen sind. Jeder zentrale Ort hält Leistungen für Kinderbetreuung, Schule, Erwachsenenbildung und Kultur vor. Und alle Städte machen sich Gedanken, wie sie die Aufenthaltsqualität verbessern, wie sie barrierefreie Räume gestalten, mit welchen Verkehrsmitteln sie erreichbar sind und wie sie öffentliche Räume gestalten können. Im Alltag geht es natürlich auch um Parkplätze, Mülleimer und öffentliche Toiletten.“

Soziale und kulturelle Einrichtungen

In Ortszentren hätten soziale und kulturelle Einrichtungen eine große Bedeutung. Dazu zählten Bildungsangebote sowie das weite Feld der Kultur- und Kreativwirtschaft. Loth: „Das Spektrum reicht von Kindertagesstätten in der Innenstadt bis zu Altenservicezentren und Gesundheitseinrichtungen. Dies sind konsumfreie Räume für Bewohner und Besucher – hier verbirgt sich ein enormes Potenzial. Leerstehende Geschäfte lassen sich vorübergehend über Pop-Up-Nutzungen bespielen oder können dauerhaft zu Flächen für Bildung, Kultur und Kreativität umgewandelt werden.“ Nach Loths Auffassung muss jede Stadt ihre Qualitäten erkennen und auf die Bedürfnisse der Menschen achten. Neben dem Einkaufen im Einzelhandel gebe es viele weitere gute Gründe, in die Innenstadt zu gehen – für Stadtbewohner ebenso wie für Gäste aus nah und fern.

Mobilität und Erreichbarkeit

Eine der Kernfragen für vitale Innenstädte sei die Mobilität und die Erreichbarkeit: Unterschiedliche Verkehrsteilnehmer hätten vielfältige Erwartungen – Fußgänger, Fahrräder und Lastenräder, öffentlicher Nahverkehr, Handwerker, Pflege- und Fahrdienste, Taxis und Lieferverkehr, Kurier- und Paketdienste, Car-Sharing und E-Roller. Fahrzeuge benötigten eine besondere Ladeinfrastruktur, Parkplätze, Abstellflächen oder Lieferbereiche. Hilfreich sei dank der innovativen Möglichkeiten der Digitalisierung eine smarte Vernetzung von Mobilitätsangeboten mit Mobilitäts-Apps. Loth: „Stadtzentren mit ihren Marktplätzen sind traditionelle Orte der kurzen Wege. Sie bieten somit besondere Perspektiven und zeigen Chancen für eine autofreie oder autoarme Stadt mit Fußwegen und Radwegen oder Shared-Spaces zur gemeinsamen rücksichtsvollen Nutzung von Verkehrsmitteln.“

Leistungsfähige Ortszentren

Bei den Teilnehmern der Vollversammlung in Aschaffenburg bestand Einigkeit darin, dass eine nachhaltige Siedlungsentwicklung auf eine Stadtentwicklung setzt, die vom Zentrum ausgeht. Die Landesplanung müsse wieder verstärkt darauf achten, leistungsfähige Ortszentren zu schaffen und zu stärken. Dass sich viele bayerische Städte und Gemeinden längst auf diesem Weg befinden, zeigt das Tagungspapier „Zukunft der Innenstädte und Ortskerne“ mit zahlreichen Best-Practice-Beispielen (https://www.bay-staedtetag.de/fileadmin/Downloads/Jahrestagungen/2021/Broschuere_Erfolgsmodelle_nachhaltiger_Zentrenentwicklung.pdf).

Wie Bauministerin Kerstin Schreyer in Vertretung des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder berichtete, habe der Freistaat Bayern den Sonderfonds „Innenstädte beleben“ aufgelegt. Damit könnten Städte, Märkte und Gemeinden einmalig bei der Stärkung und Erhaltung ihrer Ortskerne unterstützt werden. Das Geld stammt aus den Mitteln des Bayerischen Städtebauförderungsprogramms. Damit werde eine schnelle Unterstützung der Kommunen ermöglicht. Von den Mitteln profitierten Kommunen jeder Größe.

Sonderfonds „Innenstädte beleben“

Die Marktplätze müssten überall mehr zum Erlebnis- und Wohlfühlort mit Freizeitcharakter werden, erklärte Schreyer. Bayernweit stehen für den Sonderfonds „Innenstädte beleben“ insgesamt 100 Millionen Euro für 279 bayerische Städte, Märkte und Gemeinden zur Verfügung. Zusammen mit den Investitionen der Kommunen ergibt sich zur Belebung ihrer zentralen Stadt- und Ortsbereiche ein Gesamtinvestitionsvolumen von 125 Millionen Euro. Das Spektrum der förderbaren Maßnahmen reicht dabei insbesondere von städtebaulichen Konzepten zur Weiterentwicklung der Innenstädte, Innenstadtmanagementaufgaben mit dem Schwerpunkt auf Städtebau und Projektfonds zur Innenstadtentwicklung über vorübergehende vergünstigte Anmietung von leerstehenden Räumlichkeiten durch die Gemeinde, bis hin zum Zwischenerwerb leerstehender Einzelhandelsimmobilien.

Nach Angaben des Bauministeriums erhalten in Ergänzung zum Sonderfonds 258 Städte, Märkte und Gemeinden im Freistaat in diesem Jahr rund 35 Millionen Euro Städtebauförderung. Rund 82 Prozent der Mittel aus dem Bayerischen Städtebauförderungsprogramm kommen dem ländlichen Raum zugute, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung Bayerns lebt.

Klimaschutz, Denkmalschutz, Barrierefreiheit ...

Von der Förderinitiative profitiert beispielsweise die Stadt Dinkelsbühl in Mittelfranken, die in ihrem historischen Zentrum eine ehemals als Parkplatz genutzte Fläche entsiegelt und unter Berücksichtigung von Zielen des Klimaschutzes und der Barrierefreiheit zu einer attraktiven innerstädtischen Platzanlage aufwertet. Zudem schafft die Gemeinde Philipsreuth in Niederbayern mit dem Umbau des alten Zollgebäudes zu einem Bürgerhaus ein neues soziales und kulturelles Zentrum in der Ortsmitte.

Der Markt Rettenbach (Oberpfalz) beginnt dieses Jahr mit der Sanierung des ortsbildprägenden Baudenkmals „Fugger-Amtshaus“. Neben der Sicherung des historischen Baubestandes werden auch die Belange der Barrierefreiheit umgesetzt. Nach langem Leerstand soll hier ein attraktives Ämtergebäude mit baulicher Geschichte für die Marktgemeinde entstehen. Eine Übersicht der Programmkommunen mit allen 258 Städten, Märkten und Gemeinden finden sich unter https://www.stmb.bayern.de/buw/staedtebaufoerderung/foerderprogramme/index.php. **DK**

Wieder Land in ...

(Fortsetzung von Seite 1)
gel nicht alles zugleich“, betonte Bundespräsident Steinmeier. Das eine nicht mit dem Maßstab des anderen zu messen, falle schwer, „wenn unsere Medien in den Städten zu Hause sind, wenn die entscheidende Politik in den Städten gemacht wird, wenn der Blick aufs Land und aufs Landleben von pseudoidyllischen Zeitschriften für Städter geprägt wird – kurzum, wenn immer mehr ‚Stadtideale‘ aufs Land projiziert werden“.

Das Land, wie es wirklich ist, ernst nehmen

Das Land, wie es wirklich ist – mit seinen wirklichen Bedürfnissen, seinen wirklichen Qualitäten, seiner echten Not, aber auch mit seinen echten Möglichkeiten – gerate dabei oft genug aus dem Blick oder werde nicht genügend ernst genommen, so Steinmeier. „Dann fühlt sich, wer dort lebt, nicht nur ökonomisch und in der Infrastruktur abgehängt, sondern auch abgehängt im allgemeinen Bewusstsein. Vielen auf dem Land kommt es so vor, als sei ihnen der Blick auf das Eigene, auf die Heimat und vor allem auf das Leben, das sie führen und führen möchten, enteignet worden.“

Denn die Kommunen bildeten eine eigene, tragende Ebene dieses Staates, mit einer eigenen demokratischen Legitimation durch Wahlen – und daraus leite sich am Ende nicht nur Legitimation, sondern auch berechtigtes Selbstbewusstsein ab. Und mehr noch: Wie schon bei der Flüchtlingskrise 2015 und 2016 zeige sich auch in der Pandemie wieder: „Die kommunale Ebene ist entscheidend wichtig in der Krisenbewältigung – Gesundheitsämter, Kitas, Schulen, Gewerbeaufsicht, kulturelles Leben und vieles, was Sie aus Ihrem Alltag kennen und wissen. Und jetzt sind es wieder die Vertreter von Städten, Gemeinden und Kreisen, die uns warnen: Bereitet die Schulen auf den ersten Schultag vor! Plant die Fortsetzung der Impfkampagne im Herbst! Behaltet die Kommunalfinanzen im Auge! Das alles ist wichtig“, unterstrich das Staatsoberhaupt.

Mit Blick auf strukturelle Defizite machte Steinmeier deutlich: „Aufs Land ziehen, aufs Land zurückkehren, auf dem Land bleiben, das werden die Menschen nur tun und auf die Dauer nur tun können, wenn sie kommunikativ und verkehrsmäßig nicht abgeschnitten sind. Verkehrs- und Dateninfrastruktur sind in meinen Augen das oberste Gebot der Stunde. Jeder Monat, der hier ungenutzt ins Land streicht, um im Bild zu bleiben, ist verlorene Zeit.“

Schwachstellen in Deutschland

Gerade bei der Digitalisierung habe die Pandemie die Schwachstellen in Deutschland schonungslos offengelegt. Die Notwendigkeit, Abstand zu halten in der Pandemie, sei der große Testfall für den Einsatz digitaler Technik in der Verwaltung und eben auch in den Schulen gewesen. Deutschland habe diesen Test nicht bestanden. „Zu langsam, zu umständlich meistens, und im internationalen Vergleich zu weit zurück – dieses Urteil müssen wir uns gefallen lassen“, stellte der Bundespräsident fest.

Aus seiner Sicht wäre es fatal, wenn die Pandemie nur im Kurzzeitgedächtnis des politischen Handelns abgespeichert wird. „Wir haben den Digitalisierungstest nicht bestanden – also heißt es jetzt Konsequenzen ziehen, investieren, aufbessern, nachlegen! Wir müssen besser werden, und wir müssen vor allen Dingen bei der nächsten Krise besser vorbereitet sein.“

Nur wer überall finde, was er zum Leben brauche, werde sich für ein Leben auf dem Land entscheiden, hob DLT-Präsident Reinhard Sager hervor. Neben Infrastruktur und Versorgung seien insbesondere das gesellschaftliche Engagement, das Miteinander, die starke ehrenamtliche Komponente in den Landkreisen wichtige Faktoren, die gestärkt werden müssen. „Das waren bislang immer Pluspunkte für die Landkreise. Kreativität, aber auch das Engagement von Privaten, Unternehmen und auch der öffentlichen Hand sind weiterhin erforderlich, damit gleichwertige Lebensverhältnisse Wirklichkeit werden.“

Unterstützung von Bund und Ländern nötig

Für die individuellen Herausforderungen würden die Menschen und die Landkreise in den Rahmenbedingungen Unterstützung von den Ländern und vom Bund benötigen. „Nicht durch ‚Goldene Zügel‘ von oben oder Bevormundung, sondern als Hilfe zur Selbsthilfe. Zuallererst kommt es auf eine verantwortungsbewusste und gestaltungswillige kommunale Selbstverwaltung vor Ort an. Ohne starke und finanzkräftige Landkreise und Gemeinden geht das nicht. Deshalb brauchen wir nicht nur eine ordentliche Finanzausstattung durch die Länder, sondern auch eine Verteilung der Umsatzsteuer nach Einwohnern, damit gerade ländliche Gebiete die notwendigen Anpassungen der Infrastruktur stemmen können.“

Neue Förderprogramme würden demgegenüber nur punktuell helfen, keine nachhaltigen Strukturen schaffen und die Kommunen Stück für Stück immer abhängiger von Projektmitteln des Bundes und der Länder machen. „Das entspricht nicht unserem Selbstverständnis von kommunaler Selbstverwaltung“, bekräftigte Sager. Stattdessen liege die Lösung in der Kreativität aus eigener Kraft und in sehr unterschiedlichen, passgenauen Maßnahmen vor Ort.

Anschubfinanzierungen des Bundes mit kommunalen Dauerkosten ohne Blick auf die Frage, wie die Kommunen die zusätzlichen Ausgaben auf Jahre und Jahrzehnte finanzieren können, seien Gift sowohl für ausgeglichene Haushalte als auch für die Aufrechterhaltung kommunaler Gestaltungsspielräume. Jüngstes Beispiel ist die Finanzierung des Ganztagsausbaus: Hier zeigten Bund und Länder in scheinheiliger Art und Weise mit dem Finger auf den anderen. „Nur eines ist sicher: Die Kommunen zahlen am Ende die Rechnung. Dabei geht es um Dauerlasten von 4 Milliarden Euro pro Jahr – so wird das ein absolutes Desaster!“

„Derartige Zentralisierungstendenzen in Richtung Berlin beobachten wir leider schon seit vielen Jahren. Auch die Bundesnotbremse hat eine Materie von den Ländern auf den Bund gezogen, die dort nicht hingehört. Und das, wo doch die Menschen im Land das Gegenteil wollen“, unterstrich der Präsident. Eine aktuelle Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach zeige diesen Widerspruch: Danach ist die Grundhaltung der Bevölkerung zu föderalen Strukturen während der Corona-Pandemie positiver geworden. Sagers Bitte: „Keine zentralen und einheitlichen Lösungen in Umsetzung des vermeintlichen Bürgerwillens!“

Stattdessen sollte der Bund die wichtigen Fragen der Zeit im Rahmen seiner rechtlichen Möglichkeiten angehen: Dazu zähle neben dem zentralen Punkt einer verbesserten Steuerausstattung für die Kommunen vor allem der Breitbandausbau, der weiter forciert werden muss. In der kommenden Legislaturperiode müssten dafür Fördermittel in Höhe von mindestens 20 Mrd. Euro bereitgestellt werden.

Mehr Tempo bei der Digitalisierung

Auch bei der Digitalisierung müsse es künftig schneller vorangehen, was die weitere Ausformung des technischen Rahmens angeht, in dem Verwaltungsdigitalisierung stattfindet. Kommunale Systeme müssten respektiert, technisch unterstützt und standardisiert über Schnittstellen angebunden werden. Es sei nicht erfolgversprechend, aus dem Elfenbeinturm heraus zu agieren, die föderale Landschaft ist Sager zufolge teilweise schon viel weiter, als manche Verantwortliche glauben.

Nach Sagers Auffassung wird die nächste Legislaturperiode zeigen, wie ernst es Bund und Ländern mit der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse wirklich ist. Landkreise, Städte und Gemeinden seien dabei die wesentlichen Akteure. Deshalb müsse die Politik sie weiter kräftigen, gemäß dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“. „So kämen wir in den kommenden vier Regierungsjahren womöglich einen echten Schritt voran. Lassen Sie uns alle gemeinsam mit ganzer Kraft dafür eintreten, das immer wieder einfordern und unsere Mitarbeit anbieten. Die 20. Legislaturperiode sollte eine Wahlperiode der gleichwertigen Lebensverhältnisse werden, aber ohne Zentralisierung!“, stellte der DLT-Chef klar. **DK**

Bayerischer Innovationspreis Ehrenamt 2022:

Jetzt bewerben!

Sozialministerin Trautner: 75.000 Euro Preisgelder gibt es für innovative Projekte und beste Ideen“

Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner hat den Startschuss für den „Bayerischen Innovationspreis Ehrenamt 2022“ gegeben: „Unter dem Motto „Ehrenamt – damit gewinnen wir alle“ suchen wir Projekte und Ideen, die das Ehrenamt voranbringen. Kreativ, mutig und einzigartig! Zeigen Sie uns Ihren Blick aufs Ehrenamt! Erzählen Sie uns Ihre Erfolgsgeschichte! Wir suchen Personen, Initiativen und Organisationen mit neuen Ideen rund ums Ehrenamt. Ab sofort können Vorschläge eingereicht werden.“

Beteiligen kann sich jeder, der ein innovatives Projekt bereits durchführt oder noch umsetzen möchte. Entscheidend sind fünf Bewertungskriterien: Die Vorschläge müssen innovativ, gemeinwohlorientiert, vorbildlich, auch für andere Engagementfelder geeignet und praktikabel sein. Insgesamt werden elf Preise in den Kategorien „Innovative Projekte“ und „Neue Ideen“ ausgezeichnet. Die Preisgelder belaufen sich auf insgesamt 75.000 Euro. In Bayern engagiert sich jede/r Zweite ehrenamtlich.

Das Motto ist bewusst einfach und knapp formuliert, gibt aber Raum für vielfältige Bewerbungen. Anträge sind bis 17. Oktober 2021 online unter www.innovationehrenamt.bayern.de möglich. Dort sind auch der Flyer und weitere Informationen zum Preis hinterlegt. Die Preisträger sollen im Frühjahr 2022 bei einem Festakt in München ausgezeichnet werden. ❐



WOLF

Frische Luft macht Schule

Vor allem Kitas und Grundschulen erhalten aus der neuen Bundesförderung bis zu 80 % Zuschuss bei Neueinbau/Umrüstung von stationärer Lüftungstechnik. WOLF erfüllt mit seinen raumlufttechnischen Geräten, wie beispielsweise den Comfort-Großraum-Lüftungen CGL edu und CFL edu, die geforderten technischen Anforderungen:

- **VDI-6022-Konformität**
- **Nennvolumenstrom mind. 25 m³ pro Person und Stunde**
- **Schalldruckpegel ≤ 35 dB(A) bei 600 m³/h in 1 m Abstand**

Produktberatung oder Förderantrag – wir helfen Ihnen gerne:
Mail an frischluft@wolf.eu oder QR-Code scannen.

Bis zu 80 % Förderung



CFL edu
RLT-Deckengerät



CGL edu
RLT-Standgerät

www.wolf.eu

ONE OCEAN FOUNDATION
WOLF ist Partner der One Ocean Foundation



Staatsministerin Judith Gerlach, Landrat Siegfried Walch und Staatsministerin Kerstin Schreyer vor einem Bagger mit der Leica „Pegasus Ultimate II“ der Firma geovision. Das Gerät ist weltweit einmalig und bietet die Möglichkeit zur mobilen, effizienten Digitalisierung von bereits bestehender Infrastruktur. Bild: StMD

Ein voller Erfolg: Bauanträge auch digital

Staatsministerinnen Schreyer und Gerlach: „Wir bauen Barrieren ab und sorgen für mehr Bürgerfreundlichkeit“

Mehr Bürgerfreundlichkeit, weniger Bürokratie: Nach dieser Devise treibt Bayern die Digitalisierung der Verwaltungsleistungen voran. Gerade bei der Baugenehmigung bietet sich ein enormes Potenzial zur Beschleunigung und Vereinfachung. Das Bauministerium hat gemeinsam mit dem Digitalministerium und ausgewählten Landratsämtern daher frühzeitig in einem Pilotprojekt den Digitalen Bauantrag erarbeitet und am 1. März in ausgewählten Landkreisen gestartet. Bayerns Bauministerin Kerstin Schreyer und Digitalministerin Judith Gerlach konnten sich im Landratsamt Traunstein vom beachtlichen Erfolg überzeugen. Dabei wurde bereits ein erster Meilenstein erreicht: Dort ist bereits der 100. digitale Bauantrag eingegangen.

Bayerns Bauministerin Kerstin Schreyer freut sich über diesen Fortschritt: „Der digitale Bauantrag ist sehr gut angelaufen. Das freut mich sehr, denn damit gehen wir einen großen Schritt zu mehr Bürgerfreundlichkeit beim Bauen. Ich bedanke mich herzlich beim Landratsamt Traunstein und den Landratsämtern Ebersberg, Hof, Kronach, Neustadt an der Waldnaab, bei denen Bürgerinnen und Bürger ihre Bauanträge ebenfalls schon digital einreichen können. Ab August werden weitere Landratsämter ebenfalls auf den digitalen Bauantrag setzen.“

Unterlagen bequem zu jeder Zeit online einreichen

Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach: „Die digitale Verwaltung schreitet mit großen Schritten voran. Der digitale Bauantrag ist ein hervorragendes Beispiel dafür. Bürgerinnen und Bürger oder die beauftragten Planer können dadurch die notwendigen Unterlagen bequem zu jeder Zeit online einreichen. So bauen wir Barrieren ab, vereinfachen die Antragstellung und beschleunigen die Bearbeitung. Gerade für viele junge Familien mit dem Wunsch nach einem Eigenheim ist das ein Riesengewinn. Ein großes Lob geht an die Landratsämter Traunstein, Ebersberg, Hof, Kronach und Neustadt an der Waldnaab, die eine Vorreiterrolle eingenommen haben. Ich freue mich schon darauf, wenn bald weitere Landratsämter und Städte ihrem digitalen Vorbild folgen.“

Traunsteins Landrat Siegfried Walch „Der digitale Bauantrag ist ein Gewinn für alle und wird bestens angenommen: Inzwischen ist bereits der 100. digitaler Bauantrag im Landratsamt Traunstein eingegangen! Wir sind froh und stolz, dass wir den Schritt einer digitalen Bauantragstellung von Beginn an mitgestaltet haben. Zu Beginn meiner Amtszeit im Jahr 2014 mussten die Akten noch mühevoll von A nach B gebracht werden. Bereits seit über zwei Jahren arbeiten wir daran, sämtliche Prozesse Schritt für Schritt zu digitalisieren. Das nun diese Arbeit wegfallen kann und gar kein Antrag mehr in Papier gestellt werden muss, ist im Hinblick auf die Digitalisierung nur konsequent. Wir werden die Digitalisierung unserer Dienstleistungen mit Überzeugung und Leidenschaft weiter vorantreiben.“

Pilotprojekt

Der digitale Bauantrag für Bayern ist in den vergangenen zwei Jahren im Rahmen eines gemeinsam vom Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr und vom Staatsministerium für Digitales angestoßenen Pilotprojekts mit 15 unteren Bauaufsichtsbehörden konzipiert und entwickelt worden. Die technische Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem IT-Dienstleistungszentrum des Freistaats Bayern. Intelligente elektronische Formulare, sogenannte „Online-Assistenten“, helfen den Nutzern beim Ausfüllen. Je nach Angabe können weitere Eingabefelder und ganze Seiten ein- und ausgeblendet werden, es wird ausdrücklich auf einzureichende Bauvorlagen hingewiesen. Dadurch werden Bauanträge vollständiger und die Bearbeitungszeiten reduziert. Zudem ermöglicht es der digitale Bauantrag dem Planer, seine ohnehin in einer CAD-Anwendung entworfene Planung ohne Datenverluste einzureichen.

Praxistauglichkeit

Die Online-Assistenten nutzen den vorhandenen bayerischen Formularserver, die Bauanträge gelangen über eine neu eingerichtete Schnittstelle direkt in die Bauverwaltungssoftware der unteren Bauaufsichtsbehörden. Mit dem Landratsamt Traunstein wurde bereits im Dezember 2020 das erste Pilotamt an die Schnittstelle angeschlossen. Im Testbetrieb hat der digitale Bauantrag seine Praxistauglichkeit unter Beweis gestellt.

Der Digitale Bauantrag ist am 1. März an den Landratsämtern Ebersberg, Hof, Kronach, Neustadt an der Waldnaab und Traunstein in den regulären Betrieb gegangen. In den ersten drei Monaten des digitalen Bauantrags, also von März bis Mai, sind insgesamt bereits ca. 250 digitale Anträge und Anzeigen über die Schnittstelle zu den fünf Pilotämtern gelangt. Ziel ist der schrittweise flächendeckende Einsatz an allen Unteren Bauaufsichtsbehörden in Bayern. Eine erste Erweiterung um die Landratsämter Augsburg, Pfaffenhofen und Straubing-Bogen ist bereits für den 1. August vorgesehen. ❐

Bayerische Mehrgenerationenhäuser:

Qualitätsentwicklung

Trautner: Neuer Leitfaden ist wichtige Arbeitsgrundlage

Mehrgenerationenhäuser sind Orte der Begegnung, der Teilhabe und des Engagements. Dabei wird stets auf ein Miteinander der Generationen gesetzt. Hier kommen Menschen jeden Alters zusammen, knüpfen Kontakte und unterstützen sich gegenseitig. Mit ihrem generationenübergreifenden Ansatz leisten sie einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Miteinander.

Um Mehrgenerationenhäuser in ihrer Arbeit bestmöglich zu unterstützen, fördert das Bayerische Sozialministerium seit 2019 das Projekt der Katholischen Stiftungshochschule München zum Qualitätsentwicklungsprozess für bayerische Mehrgenerationenhäuser.

„Mehrgenerationenhäuser sind ein Erfolgsmodell für mehr Generationsbewusstsein in der Gesellschaft. Mit unserem neuen Handlungsleitfaden „Qualitätsmerkmale bayerischer Mehrgenerationenhäuser“ stellen wir nun den 88 bayerischen Mehrgenerationenhäusern eine praxisnahe und auf ihre Bedarfe abgestimmte Arbeitshilfe zur Verfügung. Die gewonnenen Erkenntnisse und Best-Practice-Beispiele wurden direkt in einem aktiven Dialogprozess mit den Mehrgenerationenhäusern herausgearbeitet. Der vorliegende Leitfaden stellt eine wichtige Arbeitsgrundlage dar und sichert die Qualität der Arbeit nachhaltig“, betont Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner.

„Mein Dank gilt allen teilnehmenden Mehrgenerationenhäusern, die mit ihrem Wissen und viel Herzblut die Erstellung des Handlungsleitfadens ermöglicht haben und der Katholischen Stiftungshochschule München für die zugewandte und kompetente wissenschaftliche Begleitung“, so Trautner abschließend.

Der Handlungsleitfaden „Qualitätsmerkmale bayerischer Mehrgenerationenhäuser“ kann unter https://www.bayern-ist-ganz-ohr.de/mgh/bayern/index.php heruntergeladen werden.

Holzbau muss Standard werden

Forstministerin Michaela Kaniber eröffnet innovatives Mehrfamilienhaus in Regensburg

Etwa 700 Kubikmeter Holz stecken im ersten Mehrfamilienhaus aus Holz in Regensburg, das Forstministerin Michaela Kaniber offiziell eröffnet hat. „Das ‚Haus auf Stelzen‘ der Bayerischen Staatsforsten zeigt auf eindrucksvolle Weise, welch riesiges Potenzial in unserem heimischen, klimaneutralen Öko-Rohstoff Holz steckt. Es ist ein faszinierendes Vorzeigeobjekt für den Holzbau und damit ein Sinnbild für die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit der gesamten Wertschöpfungskette Forst und Holz“, sagte die Ministerin.

Vor allem in Sachen Klimaschutz sei Bauen mit Holz unschlagbar: „Heimisches Holz ist der umweltfreundlichste aller Baustoffe und zudem ein ausgesprochen wirkungsvoller Klimaspeicher, der das schädliche Kohlendioxid für Jahrzehnte bindet. Deshalb muss das ökologische Bauen mit Holz in Stadt und Land zum Standard werden“, so Kaniber. Ein wichtiger Baustein, um hier rasch voran zu kommen, sei das jüngst von ihr ins Leben gerufene Aktionsprogramm „Klimahäuser für Bayern“.

Immer mehr Architekten und Bauherren erkennen die Vorzüge von Holz für den mehrgeschossigen Bau, nicht allein wegen der Klimaschutzeffekte. Holz ist ein Baustoff, der mit seinen hervorragenden Material- und Fertigungseigenschaften gerade für das Bauen in engen Stadträumen optimal geeignet ist, wie das „Haus auf Stelzen“ in Regensburg unter Beweis stellt. Denn dort sind nicht nur vier unterschiedliche Holzarten verbaut, sondern auch innovative Produkte wie tragfähige Furnierschichtträger aus Buche oder hochwertiges Brettsperrholz aus Käferholz. Ein Blickfang sind die verkohlte Fassade und die Stelzen, die dem Gebäude seinen Namen geben. Mit dem überdachten Parkplatz ist das Gebäude nicht nur praktisch, sondern auch flächensparend.

Weitere Informationen zum „Haus auf Stelzen“ finden Sie unter www.holzbau-in-bayern.de. Zum Aktionsprogramm „Klimahäuser für Bayern“ finden Sie näheres unter www.stmelf.bayern.de/regierungserklaerung (Rubrik: Dem Klimawandel begegnen). ❐

STEICO gewinnt Bayerischen Ressourceneffizienzpreis

Spende für Partnerschule in Tansania

In einem feierlichen Festakt wurde die Firma STEICO vom Bayerischen Umweltminister Thorsten Glauber mit dem Bayerischen Ressourceneffizienzpreis ausgezeichnet. Den Preis hat das Umweltministerium Anfang 2021 erstmals ausgelobt, um bayerische Unternehmen zu würdigen, die beim nachhaltigen und umweltschonenden Umgang mit natürlichen Rohstoffen eine Vorreiterrolle einnehmen.

STEICO ist ein solcher Vorreiter – noch dazu bei der Verwertung des wohl umwelt- und klimafreundlichsten Rohstoffs überhaupt: Holz. Zum einen ermöglicht seine verzahnte Produktion von Furnierschichtholz, Stegträgern und Holzfaser-Dämmstoffen, geerntetes Rohholz quasi „bis zur letzten Faser“ stofflich zu verwerten – und so das im Holz gebundene CO2 fast vollständig für einen langen Zeitraum zu speichern. Zum anderen ergänzen sich Furnierschichtholz und Stegträger zu einem außergewöhnlich materialeffizienten und leistungsstarken Holzbausystem, was dem Holzbau neue Aufgabenfelder erschließt und gleichzeitig den Holzverbrauch senkt.



STEICO CEO Udo Schramek und Ehefrau Katarzyna Schramek (rechts) mit Staatsminister Thorsten Glauber (links) Bild: STEICO

„Seit 35 Jahren hat STEICO das Thema ‚Nachhaltigkeit‘ fest in seiner Unternehmensphilosophie verankert“, sagte Umweltminister Glauber in seiner Laudatio. „Von der Produktion bis zum fertigen Produkt greifen alle Abläufe wie Zahnräder ineinander.“ Bei der feierlichen Preisverleihung im Börsensaal der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern nahm Unternehmensgründer und CEO Udo Schramek die Auszeichnung persönlich entgegen. Das Preisgeld in Höhe von 2.500 Euro spendete er an das Ernst-Mach-Gymnasium Haar für ein Aufforstungsprojekt von dessen Partnerschule in Tansania.

Nachhaltigkeitsbericht

Da Nachhaltigkeit zur „Unternehmens-DNA“ von STEICO gehört, wird seit 2018 jährlich ein Nachhaltigkeitsbericht veröffentlicht, in dem alle ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekte detailliert dargestellt sind. Der kürzlich erschienene Bericht für das Jahr 2020 orientiert sich erstmals an der Option „Core“ des anerkannten Berichtsstandards der Global Reporting Initiative (GRI) und informiert nun noch umfangreicher. Ressourceneffizienz und CO2-Speicherung der STEICO Produkte sind die wohl wichtigsten Aspekte, doch darüber hinaus gibt es noch zahlreiche weitere: z. B. bei der Produktion die Senkung der Energie-Intensität pro Tonne Fertigprodukt um 10 % und der CO2-Intensität um 27 %. In Maßnahmen für eine klimafreundliche Produktion investierte STEICO seit 2016 rund 60 Mio. Euro.

Weitere Informationen

Bayerischer Ressourceneffizienzpreis: www.ressourceneffizienzpreis.bayern

STEICO: Die STEICO-Gruppe entwickelt, produziert und vertreibt ökologische Bauprodukte aus nachwachsenden Rohstoffen. Der europäische Marktführer im Segment der Holzfaser-Dämmstoffe positioniert sich zudem als innovativer Systemanbieter für den ökologischen Hausbau: branchenweit einzigartig ist das integrierte STEICO Holzbausystem, bei dem sich Dämmstoffe und konstruktive Bauelemente ergänzen. Die nachhaltigen Produkte aus umweltgerecht genutzten Ressourcen finden beim Neubau und bei der Sanierung von Dach, Wand, Decke, Boden und Fassade Verwendung und ermöglichen den Bau zukunftssicherer, gesunder Gebäude mit besonders hoher Wohnqualität. Die Produkte schützen zuverlässig vor Kälte, Hitze und Lärm. www.steico.com ❐

Innenstadtstrategie

Bundesinnenministerium fördert lebenswerte Innenstädte mit 250 Millionen Euro

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) setzt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) das Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ um. Städte und Gemeinden sind aufgerufen, bis zum 17.09.2021 Projektvorschläge für innovative Konzepte und Handlungsstrategien zur Stärkung der Resilienz und Krisenbewältigung einzureichen. Dafür stehen insgesamt 250 Millionen Euro zur Verfügung.

Staatssekretärin Anne Katrin Bohle: „Die Corona-Pandemie ist ein Stresstest für Innenstädte und Ortszentren. Sie standen als Herzstücke unserer Städte aber in Teilen schon vor der Corona-Pandemie unter Druck. Mit unserer Förderung unterstützen wir Städte und Gemeinden dabei, Neues auszuprobieren und Experimente in der Stadtentwicklung zu wagen, damit unsere Stadtzentren und Dorfkerne weiterhin attraktiv und lebenswert bleiben.“

Außerdem hat der Beirat Innenstadt beim BMI seine Innenstadtstrategie veröffentlicht. Darin werden 37 Empfehlungen zur Stärkung lebendiger Innenstädte vorgeschlagen.

Der Förderaufruf sowie weitere Informationen sind abrufbar unter: www.bbsr.bund.de/innenstadtprogramm

Die Innenstadtstrategie finden Sie unter: www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/bauen/wohnen/innenstadtstrategie.html

Informationen zur Wanderausstellung „Gemeinsam Stadt bewegen! 50 Jahre Städtebauförderung“ finden Sie hier: www.staedtebaufoerderung.info/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/TopMeldungen/gemeinsam-stadt-bewegen.html ❐



Erster Bürgermeister Andreas Strauß, Bauamtsleiter Ralf Ringlstetter und Bauingenieur Michael Hutzenthaler (v.l.) sind von der neuen Sanierungstechnologie überzeugt. Bild: Markt Ergolding

Markt Ergolding:

Nanotechnologie, die zweite

Der Feldweg vom Bereich der „Gartenfreunde Brenneisen" Richtung Klosterholz erscheint im neuen Glanz. Der Markt Ergolding sanierte den etwa 1.100 m langen Weg mit Nanotechnologie im Fräsrecyclingverfahren und anschließender Asphaltierung.

Ende Februar starteten die Zweckverbände zur Wasserversorgung Rottenburger Gruppe und Isar-Gruppe mit dem Neubau einer Verbundleitung, um in Notsituationen, z.B. bei Rohrbrüchen, die Wasserversorgung besser gewährleisten zu können. Im Anschluss an diese Bauarbeiten hat nun Ergolding den Feldweg in einen asphaltierten Weg umgewandelt.

Anstatt eines aufwändigen Bodenaustausches wurde innerhalb von zwei Tagen das vorhandene Material durch einen modernen Recyclingzug wiederverwendet und im Mixed-in-Place-Verfahren mit Zement und einem patentierten Nanopolymer vermischt, mit einem Grader planiert und anschließend mit geeigneten Walzen verdichtet. Das genaue Mischverhältnis legten Fachleute der ausführenden Firma im Vorfeld auf Basis der Analysen des vorhandenen Materials fest.

Das Ergebnis ist eine tragfähige und frostbeständige Tragschicht, welche die vorgeschriebenen Werte einer konventionellen Bauweise übertrifft. Durch das Recyclingverfahren wurden zudem viel Zeit und Baukosten eingespart, da auf dutzende LKW-Fahrten für den Ab- und Antransport von Bodenmaterial verzichtet werden konnte.

Innovatives und langlebiges Verfahren

Der Markt Ergolding setzt dabei auf ein innovatives und langlebiges Verfahren, das bereits seit vielen Jahren weltweit erprobt und erfolgreich z. B. bei der Sanierung von Autobahnen eingesetzt wird. Die durch das Bauamt abschließend festgestellten Tragfähigkeiten des Untergrundes waren bereits einen Tag nach Fertigstellung der Bauleistung besser als bei einer herkömmlichen Methode mit Bodenaustausch. Nach fünf weiteren Tagen gab der Markt Ergolding den Weg wieder für den Verkehr frei.

Ergolding wandte diese Technik bereits im Oktober 2019 bei der Sanierung des Weges zur Oberglaimer Alm an. „Das Verfahren hat uns damals überzeugt, sodass wir dieses gerne nochmals durchgeführt haben", so Ergoldings Erster Bürgermeister Andreas Strauß. Auch Bauingenieur Michael Hutzenthaler und Bauamtsleiter Ralf Ringlstetter zeigten sich mit dem Ergebnis der zügigen Sanierung sehr zufrieden. ❐

Geprüfte Qualität rund ums Flachdach

RAL Gütesicherung Flachdachsysteme und -services erweitert

Innenräume, die frei von Schrägen sind, Platz für die Installation von Solaranlagen und die Möglichkeit eines begrünten Daches – Flachdächer bieten auch aufgrund ihrer Kosteneffizienz viele Vorteile, bei Gewerbebauten ebenso wie bei Wohnhäusern. Damit sie Witterungseinflüssen wie Feuchtigkeit, Schnee oder praller Sonneneinstrahlung langfristig standhalten, ist ihre fachgerechte Planung und Abdichtung mit hochwertigen Materialien ebenso notwendig, wie eine qualifizierte regelmäßige Begutachtung, Dichtigkeitsprüfung und Instandhaltung. Die Gütesicherung wurde vollständig überarbeitet und auf Flachdachprodukte erweitert.

Eine voll funktionsfähige und sachgerecht geplante Entwässerung ist bei Flachdächern unverzichtbar. Zum einen wird hierdurch das Eindringen von Feuchtigkeit in das Gebäude vermieden. Zum anderen kann nur eine individuell abgestimmte Entwässerung die Gewichtsüberlastung des Daches beispielsweise bei starken Regenfällen verhindern. Bauherren sollten aber auch eine Leckageortung für Flachdächer einplanen, denn die Lokalisierung von Undichtigkeiten in großflächigen Dacheindeckungen ist meist aufwendig und kostenintensiv.

Für ein dauerhaft dichtes und funktionstüchtiges Flachdach ist zudem die Wahl geeigneter Abdichtungsmaterialien sowie deren zuverlässige Anbringung durch Fachpersonal wichtig. Das RAL Gütezeichen Flachdachsysteme und -services garantiert Bauherren die Ausführung durch qualifiziertes Personal, das regelmäßig an Schulungen teilnimmt. Zudem steht es für hohe technische Ansprüche bei der Wahl der verwendeten Materialien. Auftraggeber können sich darüber hinaus auf zuverlässige Serviceleistungen verlassen sowie auf Arbeitsgeräte, die jährlich fachgerecht geprüft und kalibriert werden.

Flachdachabdichtung

Das RAL Gütezeichen Flachdachsysteme und -services umfasste bisher Leistungen des Flachdachneubaus, der Dachsanierung und Reparatur, der Dachwartung, Abnahmebegleitung und Begutachtung, sowie die Dichtigkeitsprüfung, Auflastung mit Solar- und Photovoltaik-Anlagen und die Begrünung von Flachdächern. Die nun erweiterte Gütesicherung gilt zukünftig auch für Produkte der Flachdachabdichtung. Hierzu gehören u.a. EPDM-Dichtungsbahnen für Verklebung und für mechanische Fixierung sowie lose Verlegung, selbstklebende FPO/TPO-Dichtungsbahnen, Befestigungstechnikprodukte, die für die Flachdachabdichtung benötigt werden und Anforderungen an verwendete Klebstoffe ❐



Karin Koller von der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg (links) übergibt die Spende in Form eines roten Glücksschweins an Ildiko Novak, Dietmar Gruchmann und die Hortkinder. Bild: Felix Brümmer

Hort Kinderinsel:

Kreissparkasse bezuschusst neues Klettergerüst

Der Hort Kinderinsel in Garching wurde im September 2020 eröffnet. Seitdem stehen im Sprengel West 20 zusätzliche Hortplätze für Grundschulkinder zur Verfügung. Dies hat die bereits sehr gute Aufstellung Garchings in Sachen nachschulischer Betreuung noch weiter verbessert: Die Stadt kann hier weit vor dem gesetzlichen Rechtsanspruch Plätze anbieten. Nun hat die Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg der Stadt Garching im Rahmen ihres sozialen Engagements 2.500 Euro für ein neues Klettergerüst für den Hort übergeben.

Garchings Erster Bürgermeister Dr. Dietmar Gruchmann freute sich bei der Übergabe des großzügigen Betrages: „Bei solchen Spielgeräten kommen schon mal sehr große Summen zusammen, die man da als Stadt zu berappen hat. Es muss ja alles kindgerecht und vor allem auch sicher und TÜV-geprüft sein. Daher freuen wir uns natürlich über den Zuschuss und danken sehr dafür!"

Auch die Kommunalkundenberaterin der Kreissparkasse Karin Koller, die für die Spende den Garchinger Hort besuchte, zeigte sich zufrieden: „Der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg liegt aus ihrer Verantwortung heraus viel daran, dass sie soziale und kulturelle Projekte sowie den Breitensport fördert. Sehr gerne unterstützen wir deshalb die Kinderinsel und die Stadt Garching für die Anschaffung eines schönen neuen Klettergerüstes." ❐

Denkmalschutzmedaille 2021 für Berthaler und Kaltner

Für ihren herausragenden Einsatz für die Denkmalpflege werden heuer 15 Denkmalschutzmedaillen an Persönlichkeiten und Institutionen im gesamten Freistaat vergeben, teilten Kunstminister Bernd Sibler und Generalkonservator Prof. Mathias Pfeil mit. Zu den Ausgezeichneten zählen Landrat a. D. Wolfgang Berthaler (Rosenheim) und Erster Bürgermeister Hans Kaltner (Buttenwiesen).

Landrat a. D. Wolfgang Berthaler wird für die Instandsetzung der Burgruine Falkenstein in Flintsbach am Inn (Landkreis Rosenheim) geehrt. Als Erster Bürgermeister der Gemeinde, anschließend als Landrat das Landkreises Rosenheim und ebenso als Vorsitzender eines eigens für diesen Zweck von ihm gegründeten Fördervereins setzte er sich über Jahre hinweg dafür ein, dass das historische Baudenkmal aus dem 13. Jahrhundert aufwändig saniert werden konnte.

Burgruine Falkenstein

Laut Minister Sibler „ist die Burgruine Falkenstein die wohl eindrucksvollste des Landkreises Rosenheim. Sie übt einen malerischen Reiz aus, schon von der Ferne ragt sie stolz über der Schlucht empor. Dass wir sie heute so bewundern können, haben wir Ihnen und Ihren Mitstreitern zu verdanken: Sie haben Spenden akquiriert und Bürgerinnen und Bürger für dieses Projekt begeistert."

Brände hatten gegen Ende des 18. Jahrhunderts das Baudenkmal zerstört. Berthaler setzte sich dafür ein, dass die Burgruine 2009 von der Umwelt-, Kultur- und Sozialstiftung des Landkreises Rosenheim erworben und so in eine öffentliche Trägerschaft überführt werden konnte. Auch die Sanierung der verfallenen Ruine ab dem Jahr 2016 brachte er auf den Weg: Mauerkronen und Ausbrüche wurden gesichert, der Eckturm wurde wieder standfest gemacht. Einheimische wie Touristen können die Burgruine und den Bergfried über die historische Bogenbrücke, und damit über ihren ursprünglichen Zugang, erreichen. Heute gehört sie zum Denkmalkomplex Petersberg.

Mikwe Buttenwiesen

Gemeinsam mit Archivar Dr. Johannes Mordstein wird Erster Bürgermeister Hans Kaltner für die Instandsetzung der ehemaligen Mikwe und das Engagement für die jüdische Baukultur in Buttenwiesen (Landkreis Dillingen a. d. Donau) mit der Denkmalschutzmedaille 2021 ausgezeichnet. Das jüdische Ritualbad (Mikwe) Buttenwiesen gilt als ein herausragendes Kulturdenkmal von überregionaler Bedeutung. Es zählt zu den wichtigsten Zeugnissen jüdischer Kultur im Landkreis Dillingen.

In allen jüdischen Gemeinden existierten Ritualbäder, von denen jedoch die meisten im Laufe der Zeit zerstört wurden. Die um 1860 errichtete Buttenwiesener Mikwe zählt zu den wenigen Ausnahmen. Mit ihrer umfassenden Instandsetzung wird in besonderer Weise der Verpflichtung gegenüber den ehemaligen jüdischen Mitbürgern Rechnung getragen.

Wie Kunstminister Sibler hervorhob, „sind Denkmäler Horte unserer Vergangenheit, die in unserer Gegenwart präsent sind und auch in unserer Zukunft bestehen sollen. Sie stiften Identität und prägen unsere Heimat. Die Pflege und der Erhalt dieser Kostbarkeiten in ihrer breiten Vielfalt ist eine Verantwortung, die wir alle tragen."

Die Preisträgerinnen und Preisträger aus ganz Bayern hätten sich in vielfacher Weise um den Erhalt von Denkmälern verdient gemacht, so Sibler. Sie seien Botschafter und Fürsprecher stiller Zeugen, die doch unglaublich viel zu erzählen haben. „Sie gehen mit bestem Beispiel voran, um die Bedeutung und den unbezahlbaren Wert unserer Denkmäler herauszustellen. Für Ihr Engagement, Ihre Arbeit und Mühe danke ich Ihnen ganz herzlich."

Auch Generalkonservator Prof. Dipl.-Ing. Architekt Mathias Pfeil drückte seinen Dank aus und lobte: „Dank deren Engagement können die gebauten und archäologischen Zeugnisse der bayerischen Geschichte im Heute und im Morgen bestehen. Das ist wichtig, denn es sind im Besonderen Denkmäler, die unsere Städte und Dörfer lebenswert machen, die unserer Heimat ihr unverwechselbares Gesicht geben." **DK**



Recyclingbaustoffe – warum eigentlich nicht?

In Bayern fallen mittlerweile jährlich über 53 Mio. Tonnen Bauabfälle als Bauschutt, Bodenaushub, Gleisschotter und Straßenaufbruch an. Laut bayerischem Landesamt für Statistik wurden davon 2018 nur 18,6 % (9,92 Mio. Tonnen) in Recyclinganlagen aufbereitet. Mehr als zwei Drittel aller Bauabfälle werden in Bayern bis heute deponiert oder zum Großteil in Gruben und Brüchen verfüllt. Dafür werden oftmals weite Transportwege verbunden mit der entsprechenden Verkehrs-, Umwelt- und Klimabelastungen ungefragt in Kauf genommen. Der Bedarf von rund 150 Mio. Tonnen mineralischen Baustoffen, den wir in Bayern jährlich haben, werden nur ca. 10 % durch Sekundärbaustoffe (Recyclingbaustoffe) gedeckt.

Statistisch gesehen (Bay. Landesamt für Statistik 2018) recyceln oder verwerten wir auf Baustellen in Bayern 66,8 % des Bauschutts, beim Gleisschotter 82,3 % und sogar 98 % des Straßenaufbruchs (Altasphalt). Doch diese Zahlen belegen leider nur den Anlageninput, d.h. die Mengen, die in den Asphaltmisch- und Bauschuttrecyclinganlagen angeliefert werden. Was aber letztendlich davon wieder im neuen Asphalt verwendet oder als Recyclingbaustoff in Gebäuden, beim Straßenbau, im Erdbau oder in Bauprodukten eingesetzt wird, das spiegeln diese Zahlen nicht wider. Dass die wieder eingesetzte Menge aber wesentlich geringer ist, ist in Bayern belegt durch die täglich wachsenden Altasphalt- und Bauschuttberge nicht zu übersehen. Bei Bodenaushub werden zudem lediglich 6,2 % aufbereitet oder auf Baustellen direkt wiederverwertet.

Warum werden nicht mehr Primärbaustoffe durch Sekundärbaustoffe substituiert? Können wir nicht mehr recyceln? Anscheinend NEIN und die dafür angeführten Gründe sind vielfältig:

- der Einsatz von Sekundärbaustoffen wäre zeit- und kostenaufwendiger,
- die heute verfüllten oder deponierten Bauschutt- oder Bodenmaterialien wären zudem für das Recycling nicht geeignet oder
- die Qualität von Recyclingbaustoffen wäre schlechter als die von Primärbaustoffen.

JA, wir müssen uns mit der Thematik „Recyclingbaustoffe" beschäftigen. Das kostet Zeit und finanziellen Aufwand gegenüber Baustoffen, deren Einsatz und deren Anwendung uns heute bereits geläufig ist. Aber diesen Aufwand haben wir bei jedem „neuen" Baustoff, bis wir uns daran gewöhnt haben, in regelmäßig einzusetzen. Vor dem Hintergrund der explodierenden Entsorgungsgebühren und steigenden Preise für natürliche Sande, Kiese und andere Gesteinsmaterialien sind Recyclingbaustoffe mittlerweile für viele Bauherren bereits ein probates Mittel, um ihre Baukosten auf der Entsorgungs- als auch der Beschaffungsseite spürbar zu senken.

Mangelnde Akzeptanz

Viele der heute noch verfüllten oder deponierten Bauabfälle und dabei insbesondere Bodenaushub sowie Boden-Bauschutt-Gemische könnten mit der zur Verfügung stehenden modernen Aufbereitungstechnik jederzeit zu hochwertigen Sekundärbaustoffen aufbereitet werden. Hemmschuh dafür ist jedoch die mangelnde Akzeptanz und Nachfrage nach Recyclingbaustoffen. Viele Recyclingunternehmen zögern deshalb, in neue Anlagentechnik und Arbeitsplätze zu investieren.

Auch die Qualität von geprüften, güteüberwachten und zertifizierten Sekundärbaustoffen kann nicht in Zweifel gezogen werden. Die Anforderungen an die bautechnischen Eigenschaften (z.B. Korngrößenverteilung, Frostempfindlichkeit, Tragfähigkeit usw.), die an Primärbaustoffe gestellt werden, sind nämlich 1:1 die Anforderungen, die auch von den Sekundärbaustoffen zu erfüllen sind: kein Recycling-Bonus, keine Abstriche. Zusätzlich werden Recyclingbaustoffe zudem auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft. D.h. der Bauherr weiß hier genau, was er einbaut und vor allem wie und wo er diese Materialien bei einem späteren Aus- oder Rückbau wiederverwerten oder entsorgen kann. Alles ohne böse Überraschungen.

QUBA-Qualitätssiegel

Bei der Auswahl von Sekundärbaustoffen erfährt der private, gewerbliche und kommunale Bauherr dabei Unterstützung durch das QUBA-Qualitätssiegel. Das Siegel gewährleistet ihm, dass alle einschlägigen Normen und Regelwerke auf EU-, Bundes- und Länderebene eingehalten werden. QUBA-zertifizierte Recyclingbaustoffe sind qualitativ hochwertig und unterliegen einem engmaschigen Prüf- und Überwachungskonzept. Die hergestellten Recyclingbaustoffe als auch die Hersteller müssen dabei teilweise höhere als im offiziellen Regelwerk formulierte Anforderungen erfüllen.

Die einheitliche, marktübliche und anwenderfreundliche Kennzeichnung der zertifizierten Recyclingbaustoffe ermöglicht Bauherren, Architekten und Planern die direkte Zuordnung, den direkten Vergleich und eine einfache Bewertung der angebotenen Recyclingbaustoffe im Rahmen von Ausschreibungen und Bauvergaben. Über ein frei zugängliches Firmenverzeichnis und einer tagesaktuellen Karte aller zertifizierten Anlagen und Baustellen haben sie zudem jederzeit Zugriff auf alle Produzenten von Sekundärbaustoffen mit dem QUBA-Qualitätssiegel.

Der Baustoff Recycling Bayern e.V. hat sich deshalb im Herbst 2020 dem QUBA-Qualitätssiegel angeschlossen. Bereits über 200 unserer bayerischen Mitgliedsbetriebe und mehr als 2 Mio. Tonnen Recyclingbaustoffe wurden bis Ende Juni 2021 nach den QUBA-Richtlinien zertifiziert.

QUBA-zertifizierte Recyclingbaustoffe: Noch nie war Kreislaufwirtschaft, Klima- und Umweltschutz am Bau so einfach!

Weitere Informationen unter www.baustoffrecycling-bayern.de und www.quba-gmbh.org oder über die Geschäftsstelle info@baustoffrecycling-bayern.de bzw. info@quba-gmb.org ❐

Kupfer und Zink sind umweltgerechte Materialien

Nicht zuletzt durch den europäischen Green Deal und dem damit verbundenen Fokus auf Themen wie Gebäude und Kreislaufwirtschaft sind Baumaterialien sowie entsprechende Produkte für die Bauwirtschaft wichtige Elemente zur Erreichung der Klimaziele, denn für den Bau, die Nutzung und die Renovierung von Gebäuden sind erhebliche Mengen an Energie und mineralischen Ressourcen erforderlich. Gerade unter dem Aspekt der Recyclingfähigkeit gehören Kupfer und Zink deshalb nach wie vor zu den beliebtesten Materialien für die Anwendung im Bereich von Dach und Fassade, kombinieren sie doch architektonische Vielfalt und Nachhaltigkeit auf vorbildliche Weise.

Dennoch gibt es für den Einsatz von Kupfer und Zink immer noch Vorbehalte seitens Verbraucher und Baubehörden. Zu Unrecht mit dem negativen Begriff Schwermetall assoziiert, wird der Einsatz beider Materialien oftmals auch in öffentlichen Bauplanungen aus falscher Sorge vor Umweltbelastungen von Wasser und Boden strikt reglementiert.

Eine langjährige Initiative der Projektgruppe Baumetalle Kupfer und Zink hat jetzt entsprechende Widersprüche in der bei Bauprojekten verbindlichen herangezogenen Muster-Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen des Deutschen Instituts für Bautechnik ausgeräumt und damit bestehende Hindernisse für den Einsatz der Baumetalle Kupfer und Zink beseitigt. Damit ist zugleich eine Anpassung an die europäische Bauproduktenverordnung erfolgt.

Betrachtet man hierzu die umweltrelevanten Metallabschwemmungen von Dächern, so ist belegbar, dass diese in den vergangenen Jahrzehnten dank stark reduzierter Schwefeldioxidkonzentrationen in der Atmosphäre massiv gesunken sind. Nach einer umfassenden Studie des Umweltbundesamtes aus dem Jahr 2005 gehen nur etwa ein bis zwei Prozent der jährlichen Einträge von Kupfer und Zink in die Umwelt auf den Einsatz als Bedachungsmaterialien zurück. Der Anteil, der in die Böden gelangt, ist mit einem halben Prozent noch deutlich geringer. Zu beachten ist auch, dass nur rund die Hälfte der in der Außenhaut von Gebäuden eingesetzten Kupfer- oder Zinkflächen einer Bewitterung ausgesetzt wird. Nur dieser Anteil kann einer Betrachtung von Abschwemmungen zugrunde gelegt werden, was angenommene Freisetzungen noch weiter reduziert. Für den objektspezifischen Nachweis der Unbedenklichkeit von Metallabschwemmungen können heute entsprechende Berechnungsprogramme genutzt werden. Diese Programme ermöglichen eine Risikoanalyse zu den Emissionen der Materialoberflächen und vergleichen diese mit Umweltqualitätszielen und Vorsorgewerten. So entsteht ein zuverlässiger Beweis für eine ökologisch vertretbare Nutzung. Dies zeigt, dass von starken Umweltbelastungen durch den großflächigen Einsatz von Kupfer und Zink an Dach und Fassade keine Rede sein kann. ❐



Fitnessprogramm „Starke Zentren":

Die fünf bayerischen Modellkommunen stehen fest

Das Bayerische Wirtschaftsministerium (StMWi) hat im Rahmen der Auftaktveranstaltung die fünf Modellkommunen für das Fitnessprogramm „Starke Zentren" bekannt gegeben. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger überreichte die Teilnahmebescheinigungen an die Oberbürgermeister und Bürgermeister von Coburg, Rothenburg ob der Tauber, Beilngries, Schwandorf und Kempten.

In den fünf Städten werden mit Unterstützung von Planern und eines Projektbeirates bis Jahresende innovative und auf andere bayerische Städte übertragbare Maßnahmen zur Belebung und Funktionssicherung der Ortszentren entwickelt. Die Kosten für die Planungsbüros werden dabei vom StMWi getragen. Staatsminister Aiwanger zufolge „gehen die ausgewählten Modellzentren als Stellvertreter für alle bayerischen Städte und Gemeinden voran. Wir wollen zeigen, wie die Akteure vor Ort Ladensterben, Leerstand oder Verödung in den Griff bekommen und die Innenstädte aufblühen können."

Coburg

Die oberfränkische Stadt Coburg steht stellvertretend für Oberzentren in eher verdichteten Räumen, die ihr Versorgungs- und Begegnungsangebot auf eine stagnierende oder abnehmende Bevölkerungsentwicklung ausrichten müssen. Ein interessanter Aspekt aus der Bewerbung ist dabei die kürzlich installierte Projektgruppe „Stadtmacher", die einen strategischen Aktionsplan für die Innenstadtentwicklung erarbeiten soll. Oberbürgermeister Dominik Sauerteig: „Wir erhoffen uns vom Fitnessprogramm neue, mutige Impulse und vielseitige Einblicke in Möglichkeiten einer wirklich nachhaltigen Innenstadtentwicklung. Aber auch die enge Vernetzung mit den weiteren bayerischen Modellkommunen ist für uns wichtig, um über den eigenen Tellerrand zu blicken. Es braucht für die kommenden Jahre einen innovativen und integrierenden Aktionsplan aus kurz- mittel- und langfristig angelegten Maßnahmen für unsere Innenstädte. Wenn wir in Coburg als Reallabor für andere Städte agieren können und dabei im Fitnessprogramm eine fachlich kompetente Moderation an die Seite gestellt bekommen, dann ist das in meinen Augen ein weiterer wegweisender und guter Schritt für die Zukunft unserer Coburger Innenstadt."

Rothenburg ob der Tauber

Die mittelfränkische Stadt Rothenburg ob der Tauber repräsentiert Mittelzentren im ländlichen Raum mit einer stagnierenden oder abnehmenden Bevölkerungsentwicklung. Die stark touristische Prägung und die in der Bewerbung dargelegte Notwendigkeit der Transformation von einer mono- zu einer multifunktional ausgerichteten Innenstadtentwicklung lässt Ergebnisse erwarten, die für viele Kommunen in Bayern interessant sind. Oberbürgermeister Dr. Markus Naser: „Rothenburg ob der Tauber ist durch die Corona-Pandemie in besonderer Weise betroffen. Gleichzeitig sind wir nicht die einzige Kommune, die durch den Ausfall des internationalen Reiseverkehrs in eine Notlage geraten ist. Wir sind überzeugt, dass wir als Modellkommune ideal geeignet sind, um alle vom Ausfall des internationalen Tourismus betroffenen Kommunen zu repräsentieren. Wir erhoffen uns wertvolle Ratschläge, wie wir unsere Innenstadt auch zukünftig attraktiv für Einheimische und Gäste erhalten können. Darüber hinaus hoffen wir, dass es Unterstützung nicht nur für die Erarbeitung des Konzepts, sondern auch für dessen Umsetzung geben wird."

Schwandorf

Die Oberpfälzer Stadt Schwandorf steht stellvertretend für Mittelzentren in eher ländlich geprägten Räumen, die ihr Versorgungs- und Begegnungsangebot auf eine stagnierende oder abnehmende Bevölkerungsentwicklung ausrichten müssen. Hinzu kommen die Herausforderungen einer Kommune im deutsch-tschechischen Grenzraum. Schwandorf hat bereits konkrete Ideen zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität zentraler Lagen entwickelt, wie etwa die Umgestaltung des Stadtparks zum Garten der Innenstadt. Leerständen begegnet die Stadt mit einer kommunalen Strategie, bei der städtische Einrichtungen wie die Musikschule freistehende Räumlichkeiten nutzen. OB Andreas Feller: „Viele der bei uns vorhandenen Problemstellungen sind auch in anderen Städten zu finden. Es gilt, zukunftsorientierte Lösungen zur Schaffung von ‚Starken Zentren' in Bayern zu finden und umzusetzen. In den vergangenen Monaten wurde eine Vielzahl von Projektenideen für die Stärkung der Innenstadt entwickelt. Diese Projekte müssen nun sinnvoll in ein Gesamtkonzept unter Einbeziehung der Bürgerschaft eingebettet werden. Nur so ist eine positive Weiterentwicklung unserer Stadt unter den besonderen Anforderungen dieser Zeit möglich. Dies wird uns mit Hilfe des großen Erfahrungsschatzes und der Beratung durch die Projektleiter sicher gut gelingen."

Beilngries

Die Stadt Beilngries steht als oberbayerisches Mittelzentrum im ländlichen Raum für kleine Städte mit einer zunehmenden Bevölkerungsentwicklung. Beilngries konnte in der Bewerbung bereits auf für die Stadtgröße bemerkenswerte Innenstadtaktivitäten, wie etwa eine Altstadtmanagerin, verweisen. Zudem sind konkrete Projekte zur Förderung neuer Geschäftskonzepte in leerstehenden Innenstadtimmobilien geplant. Bürgermeister Helmut Schloderer: „Aufgrund der Corona-Pandemie hatten Gastronomie und Einzelhandel im Ortskern erhebliche Umsatzeinbußen. Die Besucherfrequenz in der Innenstadt ist in den zurückliegenden Monaten stark zurückgegangen. Mit den Mitteln des Fitnessprogramms wollen wir das Leben im Ortskern wieder in Schwung bringen und möglichst nachhaltig stärken. So soll dort zum Beispiel durch kulturelle Akzente die Besucherfrequenz wieder erhöht und das Zentrum als Raum für Begegnung reaktiviert und attraktiver gemacht werden."

Kempten

Die Stadt Kempten repräsentiert als schwäbisches Oberzentrum Kommunen in eher verdichteten Räumen mit wachsender Bevölkerung und einer weit ins Umland reichenden Versorgungsfunktion. Kempten hat in der Bewerbung aufgezeigt, dass bereits vielfältige Ideen vorliegen, die Leerstandsproblematik mit flexiblen und innovativen Nutzungen anzugehen. Das Bewusstsein für einen vielschichtigen Transformationsprozess ist vor Ort stark ausgeprägt. Bürgermeister Thomas Kiechle: „Das zunehmende Online-Angebot an Waren sowie ein verändertes Nutzungsverhalten sorgen für rückläufige Frequenzen in der Einkaufsinnenstadt. Gleichzeitig führen die täglichen starken Pendler- und Besucherströme zu einer hohen Belastung durch den motorisierten Individualverkehr. Vor diesem Hintergrund sind wir hoch motiviert, die verschiedenen Themen wie Veränderung der Einzelhandelsstruktur, Mobilität, Wohnen, digitales und mobiles Arbeiten, Freizeit und Kultur und Aufenthaltsqualität aufzugreifen und in eine übertragbare Strategie mit konkreten Handlungsansätzen zu überführen." ❐

Wer kann sich die Mieten noch leisten?

Die Suche nach bezahlbarem Wohnraum wird zunehmend zu einer drängenden sozialen Frage. Kommunen spielen dabei eine Schlüsselrolle – so fordern die Landtags-Grünen mehr Unterstützung bei der sozialgerechten Bodennutzung, kommunalen Bodenbevorratung und Konzeptvergabe. Über Lösungsansätze und Perspektiven diskutierten Abgeordnete und Experten in der Anhörung „Bayerische Wohnungsbaugesellschaften und Immobilien Freistaat Bayern (IMBY)" des Bauausschusses im Bayerischen Landtag.

Die Wohnungskosten in der Metropolregion München sind in den vergangenen Jahren rasant gestiegen. Auch wenn Geringverdiener, Alleinerziehende, Familien und junge Menschen sowie Seniorinnen und Senioren besonders von der Entwicklung betroffen sind, ist das Problem längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. „Seit dem Ausbruch der Coronakrise werden erstmals spürbare Effekte auf dem bayerischen Mietmarkt sichtbar", bestätigte Prof. Stephan Kippes, Leiter des IVD-Marktforschungsinstituts, diesen Trend anlässlich der Vorstellung aktueller Zahlen zu Mietpreisen auf dem bayerischen Mietmarkt. „Im Bayerntrend sind zwar keine Mietrückgänge, aber abgebremste Mietsteigerungen zu beobachten. Von einer nennenswerten Entspannung am Markt kann jedoch nicht gesprochen werden. Wer gehofft hatte, die Pandemie würde quasi als Collateral-Gewinn den Mietmarkt nennenswert entlasten, muss sich leider von diesen Hoffnungen verabschieden." Die Mieten legen also weiter zu, aber langsamer.

Vorteile für Kommunen

Dipl.-Ing. Andreas F. Heipp, Vorstand der Joseph-Stiftung, hob in der Expertenanhörung im Bauausschuss des Bayerischen Landtags die Vorteile hervor, die sich für Kommunen derzeit abzeichnen. So führte er aus, dass verwertbare Liegenschaften häufiger identifiziert und angezeigt würden. Sofern für entsprechende Areale noch keine baurechtliche Planung bestehe, könnten Städte und Gemeinden entscheiden, ob sie selbst oder mit Dienstleistern bzw. mit Investoren die Flächen entwickeln wollen. Wichtig sei vor allem, dass bei der Veräußerung von Flächen Konzepte mit gefördertem Wohnungsbau privilegiert würden, so Heipp. Zudem müsse der geförderte Wohnungsbau durch Zweckbindungen und Vorkaufsrechte abgesichert werden. Laut Heipp sei dabei allerdings zu vermeiden, dass „geförderter Wohnungsbau zu einer Asset-Klasse mutiert, bei der durch Mietsteigerungen nach der Bindungsphase hohe Renditen erwirtschaftet werden können". Aktuelle Mehrfachveräußerungen nach Projektentwicklung ließen diese Tendenz vermuten.

Hans Maier, Direktor des Verbands bayerischer Wohnungsunternehmen e.V., ergänzte, dass in Anbetracht der Wohnungsnot alle noch nicht bebauten Liegenschaften für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Betracht gezogen werden müssten: Insoweit müssten auch etwaige Umwidmungen von Bauland zugunsten von Wohnraumprojekten geprüft werden.

Flexible Rahmenbedingungen schaffen

Laut Andreas Eisele, Präsident des Bayerischen Landesverbandes der privaten Immobilienwirtschaft (BFW), seien die Ursachen für teures Wohnen vielschichtig: So seien nicht nur die hohen Grundstückskosten, sondern auch die durch die Corona-Pandemie verursachten knappen Ressourcen bei Fachkräften und Baumaterialien sowie komplexe Bauvorschriften Gründe für steigende Baukosten. Beim sozialen Wohnungsbau ist laut Eisele „der Staat aber nicht der bessere Unternehmer", denn allein durch den Ankauf von Wohnungsbeständen durch die öffentliche Hand entstehe keine einzige Sozialwohnung. Die Aufgabe des Staates sieht Eisele darin, flexible Rahmenbedingungen zu schaffen, die es der Immobilienwirtschaft erlauben, die hohe Nachfrage an Wohnungen zu decken. Wettbewerbliche Nachteile müssten zugunsten der freien Immobilienwirtschaft stärker berücksichtigt und von staatlicher Stelle ausgeglichen werden.

Bessere Förderkonditionen

Ulrike Klar, Stadtdirektorin und Leiterin der Hauptabteilung Stadtsanierung und Wohnungsbau der Landeshauptstadt München, führte aus, dass Wohnbaugrundstücke des Freistaats Bayern ausschließlich für den geförderten und preisgedämpften Wohnraum verwendet werden sollten. Darunter falle z. B. auch der Wohnungsbau für die Beschäftigten des Freistaats Bayern (StadiBau) oder der Bau von Studentenwohnungen, für die der Freistaat zuständig ist. Erheblichen Verbesserungsbedarf sieht Klar bei den Förderkonditionen im staatlichen Einkommens orientierten Förderungsverfahren (kurz EOF). Dies zeigten zahlreiche Rückmeldungen unterschiedlicher Fördernehmer. Insbesondere blieben die in den Förderprogrammen vorgesehenen Kostenobergrenzen weit hinter den tatsächlichen Kosten und Kostensteigerungen zurück. Hans Maier, Direktor des Verbands bayerischer Wohnungsunternehmen e.V., warnte in diesem Zusammenhang davor, dass geförderte Wohnungen nicht zum Spekulationsobjekt werden dürften. Weiterveräußerungen sollten deshalb erst nach längeren Haltefristen genehmigt werden.

Ziel Partnerschaften

Daniel von Schamann, Ressortleiter Recht und Prokurist der GEWOFAG Holding GmbH, bezeichnete die „Förderung des Baus billiger Volkswohnungen als Aufgabe des Staates und der Gemeinden" und forderte einen stärkeren kooperativen Ansatz zwischen den staatlichen Stellen bzw. staatseigenen Gesellschaften und den Wohnungsgesellschaften vor Ort. Das Eingehen von Öffentlichen Partnerschaften sei für eine Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus in dem Münchner Gebiet essenziell, so Schamann.

Maximilian Karl, Vorsitzender des Oberen Gutachterausschusses für Grundstückswerte im Freistaat Bayern, unterstrich in seinen Ausführungen die Relevanz von Ausschreibungen zur Wertermittlung bei der Veräußerung staatlicher Grundstücke. Nicht das „billigste Gutachten sei automatisch das beste Gutachten", so Karl. Vor diesem Hintergrund müsse nicht zuletzt die Verzahnung zwischen Liegenschaftsverwaltung und Bauverwaltung intensiviert werden.

Mehr Unterstützung für Kommunen

Jürgen Mistol (Bündnis 90/Grüne) fordert eine bessere Zusammenarbeit zwischen der IMBY und den bayerischen Wohnungsbauunternehmen und eine transparente Immobilienstrategie des Freistaats zur Erhöhung des Anteils von preisgünstigem Wohnraum. „Darüber hinaus muss die Wohnraumförderung deutlich aufgestockt werden und die Kommunen brauchen mehr Unterstützung bei der sozialgerechten Bodennutzung, kommunalen Bodenbevorratung und Konzeptvergabe." Mistol hob aber auch hervor, dass es problematisch sei, dass sich Kommunen gerade im Speckgürtel von München teilweise dem öffentlich geförderten Wohnungsbau verwehrten, was dazu führe, dass Fördermittel nicht vollumfänglich abgerufen würden. Natascha Kohnen (SPD) ergänzte, dass durch die Nutzung eines sog. Flächenkatasters noch mehr und möglicherweise auch schwieriger zu planende Bauflächen, z.B. über Parkplätzen, identifiziert werden könnten.

Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen

Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich für gleichwertige Lebensverhältnisse im Freistaat ein. „Nur durch eine bessere analoge und digitale Verflechtung kann ein weiterer starker Zuzug in die Städte und damit eine weitere Explosion der Mietpreise abgemildert werden. Hierzu zählt vor allem eine gleichwertige Breitband- und Mobilfunkversorgung, um alle ländlichen Regionen für Home-Office-Tätigkeiten interessanter zu machen", forderte Ausschussvorsitzender Sebastian Körber (FDP). Er erkundigte sich zudem, inwiefern vom Staat in Auftrag gebende Verkehrsgutachten die Veräußerung und Festsetzung des Verkaufspreises staatlicher Grundstücke plausibilisierten. Körber äußerte diesbezüglich Bedenken, dass staatliche Grundstücke zum Teil unter ihrem Marktwert veräußert würden.

Auch laut Jürgen Baumgärtner (CSU) müssen die Förderrichtlinien in Bayern dazu beitragen, dass überhitzte Räume auf der einen Seite und Räume mit demografischen Problemen auf der anderen Seite stärker gefördert werden. **red**

Walter-Höllerer-Realschule in Sulzbach-Rosenberg:

Startschuss für neue Dreifach-Turnhalle

Schweres Gerät regiert am Erlheimer Weg in Sulzbach-Rosenberg: Mit dem offiziellen Spatenstich startete der Neubau der Dreifach-Turnhalle für die Walter-Höllerer-Realschule. Der Abbruch der bestehenden Sporthalle erfolgte bereits von März bis Juni diesen Jahres und war der Beginn des 2. Bauabschnitts. Dieser soll dann im Winter 2022/23 fertiggestellt sein. Solange werde auch das Containergebäude im Norden des Areals stehen bleiben und dann erst an die Berufsschule bzw. ins alte Freibadgelände umgesetzt, wo die nächste Großbaustelle beginnt und ebenfalls Klassenräume ausgelagert werden müssen.

Ab diesem Zeitpunkt wird der Platz frei für die Erneuerung der Freisportanlagen im Jahr 2023 als letzte Maßnahme des 2. Bauabschnitts und der Realschul-Generalsanierung, mit Gesamtkosten im Bauabschnitt 2 von rund 10 Millionen Euro.

Die Entscheidung „Ersatzneubau statt einer Sanierung" stellte Thomas Raithel vom Landkreis-Gebäudemanagement noch einmal kurz dar: Die Statik der Dachbinder war unterdimensioniert, diese hätten ersetzt werden müssen, die Verankerungen der Betonfertigteile der Fassade waren ungenügend, eine neue Fassade könnte nicht darauf montiert werden. Der Aufbau des Sportboden sei so dünn gewesen, dass bei einer Sanierung keine Dämmung möglich gewesen wäre. „Die Einsparungen bei einer Sanierung wären so gering gewesen, dass sie zu den statischen Risiken nicht im Verhältnis lagen, und selbst dann hätte eine Sanierung kein gleichwertiges Ergebnis erbracht!"

Versammlungsstätte für 400 Personen

Die neue Halle mit Zuschauergalerie, freute sich Landrat Richard Reisinger, biete zusätzlich eine Versammlungsstätte für 400 Personen, sie sei direkt am oberen Pausenhof angeschlossen, aus Stahlbeton-Fertigteilen errichtet als KfW-Standard-Effizienzhaus 55 mit einem Tilgungszuschuss in Höhe von bis zu 112.000 Euro, samt moderner Gebäudetechnik mit Lüftungsanlage. Sie sei barrierefrei vom Pausenhof und auch aus der Realschule direkt zugänglich.

Sulzbach-Rosenbergs Bürgermeister Michael Göth dankte Landrat und Kreistag für die vielen Investitionen in die Schulen, besonders für die zehn Millionen Euro an dieser Stelle, und sicherte zu, bei weiteren Turnhallen-Sanierungen wieder mit Ersatzstunden für die betroffenen Schulen auszuhelfen. Er unterstrich auch die Bedeutung der neuen Halle für den lokalen Vereinssport.

Realschuldirektor Martin Zimmermann freute sich über den Baufortschritt und erinnerte daran, dass der Sportunterricht teils völlig zum Erliegen gekommen sei in den Corona-Zeiten. Die Realschule habe „Asyl" in den Turnhallen anderer Schulen erhalten und werde sich dafür auch revanchieren, wenn diese in Zukunft zur Sanierung anstünden. Er hofft auf eine gute Fortsetzung des „Schule-Bau-Agreements" mit perfekter Zusammenarbeit. ❐

The Flow Move Mix:

Bewegungs-Vielfalt in jeder Gemeinde

Menschen brauchen Freiflächen. Wie wichtig Bewegungsflächen in den Kommunen wie asphaltierte Schulhöfe, betonierte Parkplätze, Verkehrsübungsflächen oder aber (temporäre) Spielstraßen sind, hat die Corona-Pandemie deutlich aufgezeigt. Derart simple Flächen haben nicht nur Kindern und Jugendlichen auch im Lockdown immer wieder Bewegungsfreude ermöglicht. Corona-konform konnten sie mit ihren Lauf- und Fahrrädern, mit Longboards, mit ihren Hula-Hoop-Reifen, Bällen, Springseilen oder Frisbeescheiben ausgiebig an der frischen Luft aktiv sein.

Die Idee, größte Bewegungs-Vielfalt in jede noch so kleine Gemeinde zu bringen, griff bereits in den 1980er Jahren das bundesweit einmalige Gesundheitsprojekt „The Flow Move Mix" auf. Entwickelt wurde das Projekt vom Sport-Pädagogen Wolfgang Richter unter der Schirmherrschaft des Bildungs-, Gesundheits- und Jugendforschers Prof. Dr. Klaus Hurrelmann. Es macht deutlich, wie einfach, preiswert, fröhlich und effektiv Gesundheits-Projekte für Kinder sein können, wenn diese als Partner in Erscheinung treten dürfen und ihre Bewegungs-Präferenzen akzeptiert werden. Richter zufolge steht dies dem häufig ungesunden Spitzen- und Extremsport-Prinzip entgegen. Sport- und Gesundheits-Förderung gemeinsam mit Kindern, Eltern, Großeltern und Lehrern vielseitiger, gesünder und spannender zu gestalten, laute die Maxime. Damit auch und im Besonderen leistungsschwächere Kinder Freude an Bewegung und gesundem Verhalten entwickeln können, sei der „Flow", das Glücksgefühl beim Aktivsein, das Ziel der Bemühungen.

Preiswert und vielseitig aktiv sein

Für Kommunen besonders erfreulich ist dabei der Umstand, dass für den „Flow Move Mix" kaum Anschaffungen nötig sind, weil die meisten Familien bereits Spiel- und Sportgeräte besitzen. Hinzu kommen zehntausende potenzielle und temporär nutzbare Asphalt- oder Betonflächen, die aus Richters Sicht auch nach der Pandemie eine viel größere Beachtung finden müssen, sei doch auf keiner noch so teuren Sportanlage eine derart große Bewegungsvielfalt für alle Generationen möglich. Sein Appell: „Auf keinen anderen Flächen können so viele Menschen gleichzeitig so preiswert und vielseitig aktiv sein - mit Abstand und trotzdem gemeinsam. Bieten wir ihnen endlich öfter die Möglichkeit, diese Dinge gemeinsam mit anderen zu nutzen und bringen so 100 Prozent mehr Bewegung, Spaß und Gesundheit in unsere Kommunen!"

Seit vielen Jahren recherchiert Richter in Europa und weltweit die Nutzungsvielfalt und das Nutzungsverhalten auf schlichten Asphalt- und Betonflächen. Für ihn sind solche Flächen die wahren Supersportplätze – vorausgesetzt, man erkennt, dass der Großteil der Bevölkerung keine Leistungssportler sind und niederschwellige Bewegungsangebote mit Spaß und für die große Mehrheit gesünder sind, als teurer Leistungssport für Wenige. Das Tempelhofer Feld in Berlin ist hierfür ein gutes Beispiel, weiß der Sport-Pädagoge zu berichten. Es bestehe aus nichts anderem als Asphalt und Wiese, wecke aber bei sehr viel mehr Menschen die Bewegungsfreude, als jedes Fußballstadion und jeder Skatepark. Mit ein wenig Inspiration lasse sich die Vielfalt des Tempelhofer Feldes auf jeden Supermarkt-Parkplatz selbst kleinster Gemeinden übertragen.

Zahlreiche Referenzen

Der „Flow Move Mix" ist kein fertiges Projekt, sondern ein stetiger Innovations-Prozess mit grenzenloser Offenheit für Anregungen aus allen Richtungen. Er formt sich aus den Ideen und den Bewegungswünschen aller Menschen, ganz besonders denen der Kinder. Mit kleinsten Budgets hat Wolfgang Richter im Laufe der Zeit hunderte unterschiedlichste (schulische) Projekte realisiert, bayernweit u.a. in Schwabhausen, Bad Windsheim, Landsberg, Würzburg und Hallbergmoos. Die hierbei gesammelten Erfahrungen, seine Kompetenz und sein Know-how stellt er nach eigenem Bekunden unter anderem mit unterhaltsamen Inspirations- und Beratungs-Projekten allen Interessierten, den Schulen, Kindergärten und anderen kommunalen und überregionalen Institutionen sehr gerne zur Verfügung.

Mehr Informationen erhalten interessierte Kommunen unter 0151-46414190 oder www.flow-move-mix.com. **DK**



Bundesfreiwilligendienst wird 10

Erfolgsmodell für Malteser – Bedarf im Erzbistum Bamberg bleibt hoch

Seit zehn Jahren können Frauen und Männer zwischen 16 und 99 Jahren als Bundesfreiwillige in sozialen Diensten Menschen helfen und Lebenserfahrung sammeln. Bei den Maltesern in der Diözese Bamberg sind derzeit mehr als zehn Freiwilligendienstleistende aktiv. Weil der Bedarf nach wie vor hoch ist, suchen die Malteser dringend Freiwillige für die Bereiche Erste-Hilfe-Ausbildung, Fahrdienst, Menüservice und Hausnotruf zwischen Nürnberg und Bamberg. Jährlich engagieren sich bundesweit rund 100.000 Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und Bundesfreiwilligendienst (BFD).

Gianluca (21) ist bei den Maltesern im Fahrdienst beschäftigt. Er ist bereits im zweiten Jahr als „Bufdi", wie Absolventen des BFD im Volksmund häufig genannt werden, dabei, weil ihm die Aufgabe und die Atmosphäre bei den Maltesern so gut gefällt. Gianluca fährt in Nürnberg vor allem Behinderte täglich von zu Hause in die Werkstätten und Einrichtungen – und am Nachmittag wieder zurück. „Die Arbeit mit behinderten Menschen hat mir sehr viel gezeigt, auch persönlich. Ich kann jetzt viel besser als früher mit Kindern umgehen. Und bin Menschen gegenüber generell offener geworden", erzählt Gianluca, warum der BFD auch seine Lebensperspektive zum Positiven verändert hat.

Khalil (19) und Anton (20) sind am Standort Bamberg als Freiwilligendienstleistende im Einsatz. Beide loben das tolle Arbeitsklima und ihre abwechslungsreichen und vielfältigen Aufgaben. Anton arbeitet für den Malteser Menüservice und fährt meist älteren Menschen in Bamberg das Mittagessen aus. In der übrigen Zeit ist er mit der Organisation und Administration beschäftigt. „Ich wollte das Brückenjahr nach der Schule nutzen, um etwas Sinnvolles zu tun. Und das hat sich hier zu 100 Prozent erfüllt", sagt Anton. Ihm gefällt es so gut, dass er auch während des Studiums bei den Maltesern weitermachen will. Khalil, der in der Ersten-Hilfe-Ausbildung tätig ist, definiert für sich einen klaren Auftrag: „Ich will die Mitmenschlichkeit, die man im FSJ erfährt, an die Gesellschaft zurückgeben!"

BFD als Qualifikation

Nach Einschätzung der Malteser ist der Bundesfreiwilligendienst insgesamt ein Erfolgsmodell. Manche Befürchtungen bei Einführung des Angebotes zum 1. Juli 2011 sind nicht eingetreten. Daniela Eidloth, Leiterin der sozialen Angebote im Haupt- und Ehrenamt bei den Maltesern im Erzbistum Bamberg sieht einen wichtigen Fortschritt. „Früher standen uns Zivildienstleitende nur noch neun Monate zur Verfügung, heute dauert die Tätigkeit eines Freiwilligen in der Regel ein Jahr oder mehr. Diese Differenz schafft auch andere und qualifiziertere Einsatzmöglichkeiten." Gerade für junge Menschen interessant ist oftmals eine Qualifikation im Rettungsdienst, die sie als Vorstufe zu einem späteren medizinischen oder pflegerischen Beruf nutzen können.

Eidloth wirbt aber auch für die vielen anderen attraktiven Aufgaben jenseits des Rettungsdienstes, für die die Malteser im Erzbistum dringend Unterstützung durch Freiwillige suchen. Und zeigt sich optimistisch, dass dies auch gelingt: Freiwilliges soziales Engagement sei heute vor allem bei vielen jungen Menschen fest im Bewusstsein verankert. „Wir haben gute Erfahrungen gemacht und hoffen sehr, dass wir auch jetzt wieder Interessenten mit attraktiven Tätigkeiten für ein Engagement begeistern können", sagt Eidloth.

Auch über 27-Jährige dürfen mitmachen

Ein weiterer Vorteil des BFD: „Der Bundesfreiwilligendienst hat das damals schon bestehende Freiwillige Soziale Jahr ergänzt. So können seitdem eben auch über 27-Jährige mitmachen", wie die Malteser-Referentin erklärt. Deutschlandweit haben in den vergangenen zehn Jahren 3.500 FSJler und 7.000 BFDler die sozialen Angebote der Malteser freiwillig unterstützt. „Gerade die Älteren bringen viel Lebens- und Berufserfahrung mit und sind bei den Maltesern gerne gesehen", sagt Eidloth. Immerhin 16 Prozent aller BFD-Freiwilligen der Malteser in Deutschland sind älter als 27 Jahre. Für sie sollte es mit einem BFD unter anderem leichter werden, sich beruflich neu zu orientieren, aus der Familienzeit zurückzukehren oder sich nach Abschluss des Arbeitslebens sinnvoll zu engagieren.

Engagierter Ruhestand

Vorruheständler, die selbst aktiv werden und sich eine Freiwilligenstelle suchen, sind ein Weg. Ein anderer ist das Beispiel des „Engagierten Ruhestands", das die Nachfolgeunternehmen der Deutschen Bundespost, heute DHL, Postbank und Telekom, praktizieren: Sie bieten ihren älteren Mitarbeitenden einen abschlagsfreien vorgezogenen Ruhestand an, wenn sie mindestens einen einjährigen BFD leisten oder sich mindestens 1.000 Stunden ehrenamtlich engagieren. Für die Malteser ein sinnvolles Angebot. „Wir wünschen uns, dass auch andere Unternehmen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen solchen wertvollen Übergang in den Ruhestand ermöglichen", sagt Eidloth und hofft, dass in den nächsten Wochen viele Bewerbungen von Jung und Alt auf ihrem Schreibtisch liegen. ❐

Green Hospital in Lichtenfels:

Klimabilanz von Krankenhäusern verbessern

Gesundheitsminister Klaus Holetschek setzt auf einen klimaschonenden Ausbau der Krankenhäuser. Anlässlich eines Besuchs im „Green Hospital" Lichtenfels (Oberfranken) sagte er: „Das Klinikum Lichtenfels ist ein Leuchtturmprojekt in Bayern, wenn es darum geht, Klimaschutz und Gesundheit miteinander zu verbinden. Es ist das erste Krankenhaus in Bayern, das umfassend als Green Hospital gebaut wurde mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen zu senken."

Die Fortführung der „Green Hospital Initiative" soll eingebettet werden in ein themenübergreifendes Zukunftskonzept von Gesundheitsminister Holetschek, um Klimaschutz und Gesundheitspolitik stärker miteinander zu verzahnen. Holetschek will damit Projekte vorantreiben, die zum einen die Klimabilanz des Gesundheitssektors verbessern – schließlich ist die Gesundheitsbranche Schätzungen zufolge selbst für rund fünf Prozent der nationalen Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Zum anderen will der Minister weitere Programme anstoßen, die Gesundheitsrisiken eindämmen sollen, die die Folgen des Klimawandels wie wärmere Durchschnittstemperaturen, Hitzewellen und steigende Gewässertemperaturen mit sich bringen. Konkrete Projekte zu beiden Aspekten laufen, neue Programme befinden sich in Planung.

Die „Green Hospital Initiative" will durch den Einsatz von erneuerbaren Energien sowie energieeffizienter und ressourcenschonender Bauweisen die Treibhausgasbilanz von Krankenhäusern verbessern. Holetschek erklärte: „Die CO2-Emissionen eines Krankenhauses sind ungefähr zweieinhalbmal so hoch wie die eines vergleichbaren Bürogebäudes. Nach Schätzungen könnte der CO2-Ausstoß allein in bayerischen Krankenhäusern durch energetische Verbesserungen um rund eine Mio. Tonnen jährlich reduziert werden. Dazu wollen wir mit einer umweltfreundlichen, nachhaltigen und energieeffizienten Bauweise bei den Krankenhäusern einen Beitrag leisten."

Der Minister ergänzte: „Einen wesentlichen Impuls dabei geben die kontinuierlich hohen Bauinvestitionen des Freistaats. Allein in den vergangenen zehn Jahren haben wir rund 2,7 Milliarden Euro in unsere Kliniken investiert, und auch in diesem Jahr garantiert Bayern wieder eine Spitzenförderung für die Krankenhäuser von 643 Millionen Euro. Mit diesem Mittelvolumen ist Bayern in einer bundesweiten Vorreiterrolle." ❐

Bayerische Therapiestrategie

Förderbescheid in Höhe von 14 Millionen geht an Biotech-Unternehmen aus Oberbayern

Der erste Förderbescheid im Rahmen der 50 Millionen Euro starken Bayerischen Therapiestrategie geht an die Pieris Pharmaceuticals GmbH aus Hallbergmoos. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Die gesundheitlichen Folgen der Corona-Pandemie werden die Menschen und unser Gesundheitssystem noch lange begleiten. Bayerns Biotech- und Pharmaunternehmen sind deshalb ganz vorne mit dabei, um neue Medikamente und Therapien zu entwickeln. Mit der Förderung durch die Therapiestrategie des bayerischen Wirtschaftsministeriums geben wir finanziellen Rückenwind für besonders innovative Forschungsprojekte. Wir sind vom großen Potential des Wirkstoffes PRS-220 überzeugt und fördern deshalb die Medikamentenentwicklung der Pieris Pharmaceuticals GmbH mit 14,2 Millionen Euro."

Die Bayerische Therapiestrategie fördert die Entwicklung von Medikamenten, mit denen sich potenziell lebensbedrohliche Erkrankungen durch das SARS-CoV-2-Virus zielführend behandeln lassen sollen. Der Wirkstoffkandidat PRS-220 soll auf dessen Wirksamkeit bei der Behandlung von fibrotischen Lungenschädigungen als Spätfolgen einer COVID-19 Erkrankung geprüft werden. Bei mehr als einem Drittel der Patienten, die aufgrund eines schweren Verlaufs der akuten COVID-19 Erkrankung im Krankenhaus stationär behandelt werden mussten, wurden pulmonale fibrotische Anomalien festgestellt. Dies macht den Anticalin®-basierten Wirkstoff PRS-220 zu einem potentiellen Kandidaten für die Behandlung der Lungenfibrose in Folge einer SARS-CoV-2-Infektion, einer Indikation, für die es momentan keine zugelassenen Therapien gibt.

Forschung und Entwicklung in Hallbergmoos

Das Biotech-Unternehmen Pieris Pharmaceuticals ging 2001 aus einer Ausgründung der TU München hervor und ist mittlerweile global tätig. Die Forschung und Entwicklung findet im oberbayerischen Hallbergmoos statt. Das Unternehmen entwickelt auf Basis seiner proprietären Anticalin®-Technologieplattform neuartige Biotherapeutika für die Behandlung von Krebs und Erkrankungen der Lunge, wie beispielsweise der idiopathischen Lungenfibrose.

Stephen S. Yoder, Präsident und Vorstandsvorsitzender von Pieris: „Die Unterstützung der bayerischen Staatsregierung für die Entwicklung innovativer Medikamente ist außerordentlich bemerkenswert. Wir sind dankbar, dass wir im Rahmen der Bayerischen Therapiestrategie als einer der Zuwendungsempfänger für die klinische Entwicklung von PRS-220 ausgewählt wurden."

Wirtschaftsminister Aiwanger ergänzt: „Pieris Pharmaceuticals ist das erste von insgesamt sechs hochinnovativen Forschungsvorhaben bayerischer Biotech-Unternehmen, die vom Freistaat Bayern finanziell gefördert werden sollen. Die Antragsprüfungen laufen derzeit auf Hochtouren. Ich freue mich sehr, dass verschiedene mögliche Wirkstoffkandidaten im Kampf gegen die Corona-Pandemie in Bayern entwickelt werden. Das zeigt einmal mehr die Stärke unserer Biotech- und Pharmabranche." ❐



Minister Hubert Aiwanger (li.) übergibt den Förderbescheid im Rahmen der Bayerischen Therapiestrategie an Dr. Hitto Kaufmann, CSO und Leiter des Pieris Forschungs- und Entwicklungsstandortes.

Bild: StMWi/E.Neureuther

GZ BLOG

In Kooperation mit der Sana Kliniken AG.
Alle Beiträge finden Sie auf unserer Internetseite unter: www.gemeindezeitung.de/GZ-Blog.

Corona-Impfstoffe

Das haben sie gemeinsam und so unterscheiden sie sich

Seit dem ersten Auftreten des Coronavirus wurden in den vergangenen Monaten weltweit Impfstoffe im Rekordtempo entwickelt. Insgesamt sind in der Europäischen Union aktuell vier Vakzine gegen das Virus zugelassen. Als erster Impfstoff hat das Präparat der deutsch-amerikanischen Firmenkooperation von Biontech/Pfizer im Dezember letzten Jahres die Zulassung der EU-Kommission erhalten. Kurz darauf, im Januar 2021, folgte dann die Genehmigung des Impfstoffs von Moderna sowie die des schwedisch-britischen Herstellers AstraZeneca, bevor im März dieses Jahres dann mit dem US-Konzern Johnson & Johnson das vierte Vakzin seine Marktzulassung erhielt. Alle derzeit zugelassenen Impfstoffe sind geeignet, um die Pandemie einzudämmen und haben nach vollständiger Impfung eine gute individuelle Wirksamkeit.

Viel wurde diskutiert in den vergangenen Monaten. Vor allem darüber, wie schnell, oder eher wie langsam, die Impfkampagne deutschlandweit voranschreitet. Wer in welcher Priorisierungsgruppe zu finden ist. Und wer nicht. Ob es Erleichterungen für Geimpfte geben sollte und wenn ja, wann dafür der richtige Zeitpunkt wäre. Und auch darüber, welcher Impfstoff der vermeintlich Beste ist. Letztere Frage lässt sich nicht pauschal beantworten. Denn grundsätzlich sind alle für Deutschland zugelassenen Präparate sicher und wirksam. Vielmehr sollte im Mittelpunkt der Diskussion stehen, was die einzelnen Vakzine gemeinsam haben und worin sie sich unterschieden. Und wie gut und schnell sie sich gegen die immer wieder auftretenden Mutationen anpassen lassen.

mRNA- und Vektor-Impfstoffe: So ist die Wirkweise

Allen Impfstoffen gemeinsam ist, dass sie den Körper zur Bildung von Antikörpern gegen die Bestandteile von Sars-CoV2 anregen. Dies geschieht, indem Baupläne des Virus für bestimmte Eiweißbestandteile, die sogenannten Spike-Proteine, in die menschliche Zelle eingeschleust werden. Das Immunsystem des Geimpften erkennt diese Antigene als Fremdkörper und beginnt mit der Produktion von passenden Antikörpern und bestimmten Immunzellen, sogenannten T-Zellen, gegen das Spike-Protein. Kommt es im späteren Verlauf zu einer Infektion mit dem Coronavirus, erkennt der Körper das Spike-Protein wieder und bekämpft es.

Soviel zu den Gemeinsamkeiten beider Impfstoffvarianten. Wie die Information über die Spike-Proteine in die menschliche Zelle gelangt, ist jedoch zwischen mRNA- und Vektor-Impfstoff unterschiedlich. Die Vakzine von Biontech/Pfizer und Moderna gehören zu den sogenannten mRNA-Impfstoffen, die gentechnisch hergestellt werden. Sie werden in Deutschland erstmals am Menschen eingesetzt. „m" steht dabei für messenger (Bote), RNA für Ribonukleinsäure. Bei dieser Vakzin-Variante ist die mRNA der Bauplan für das Spike-Protein. Die Boten-RNA gelangt mit Hilfe winziger Fettteilchen in die Körperzellen. Diese stellen dann das Virus-eiweiß her, gegen das der Körper seine Immunantwort entwickelt. An dieser Stelle sei nochmals besonders betont: Die im Präparat enthaltene mRNA baut der Körper innerhalb weniger Tage ab, sie gelangt nicht in das menschliche Erbgut.

Die Vakzine von AstraZeneca und Johnson & Johnson wiederum sind sogenannte Vektor-Impfstoffe. Sie benötigen als Grundlage ein Virus, um die Informationen über das Spike-Protein in den Körper zu schleusen. Hierbei handelt es sich um ein für den Menschen harmloses Virus, das sich nicht vermehren kann. Der Träger-Virus (Vektor-Virus) wird vom menschlichen Immunsystem in kurzer Zeit abgebaut. Das Spike-Protein löst im Körper selbst dann den gleichen Prozess aus, wie bei den mRNA-Impfstoffen und baut so ebenfalls den angestrebten Schutz gegen das Coronavirus auf. Das Verfahren der Vektor-Impfstoffe hat sich bereits bei Impfungen gegen das Ebola-Virus bewährt.

Homologe Impfung oder Kreuzimpfung?

Für einen vollständigen Impfschutz sind sowohl bei den mRNA-Impfstoffen als auch bei dem Vektor-Vakzin von AstraZeneca zwei Impfdosen notwendig. Für mRNA-Präparate wird ein Impfabstand von vier bis sechs Wochen empfohlen, bei AstraZeneca erfolgt die zweite Impfung nach neun bis zwölf Wochen. Bei dem Vakzin von Johnson & Johnson ist eine einmalige Impfung hingegen ausreichend. Das Robert Koch-Institut befürwortet grundsätzlich beide Impfungen mit dem gleichen Präparat erfolgen zu lassen. Hiervon ausgenommen ist das Vakzin von AstraZeneca, zu dem aufgrund des Auftretens seltener Nebenwirkungen die Empfehlung im Verlauf der Kampagne angepasst wurde. Nach Empfehlung der STIKO erhalten mit AstraZeneca Erstgeimpfte, die jünger als 60 Jahre sind, ihre Zweitimpfung mit einem mRNA-Präparat. Nach einer entsprechenden ärztlichen Nutzen-Risiko-Bewertung ist aber auch unter individueller Risikoakzeptanz des Impflings eine Zweitimpfung mit AstraZeneca möglich. Wichtig festzuhalten bleibt: Beide Optionen – die homologe wie auch die heterologe Impfung – haben nach vollständiger Impfung eine gute individuelle Wirksamkeit.

Thema vieler Diskussionen rund um die Corona-Impfung ist der Impfschutz gegen die immer wieder neu auftretenden Mutationen. Alpha, Beta, Delta und Co. – wie gut können die Präparate im Verlauf der Pandemie auf die unterschiedlichen Virusausprägungen angepasst werden? Die mRNA-Impfstoffe haben hier einen entscheidenden Vorteil: Sie lassen sich sehr schnell mit einer neuen mRNA bestücken und können so grundsätzlich schnell an auftretende Virusvarianten angepasst werden.

Wer sollte sich impfen lassen?

Prinzipiell können sich seit dem Wegfall der Impfpriorisierung im Juni 2021 alle Erwachsene gegen Corona impfen lassen. Insbesondere Menschen, mit einem erhöhten Risiko für einen schweren Verlauf der Covid-19-Erkrankung, etwa durch Vorerkrankungen, oder auch Personen, die engen Kontakt zu Risikogruppen haben bzw. die beruflich dem Virus stark ausgesetzt sind, wird die Impfung empfohlen. Grundsätzlich gilt: Alle derzeit zugelassenen Impfstoffe sind geeignet, um die Pandemie einzudämmen und haben nach vollständiger Impfung eine gute individuelle Wirksamkeit. Je höher die Durchimpfungsrate, umso besser können wir uns gegen die Pandemie behaupten. Für die nächste Zeit wird es wichtig werden, der aktuell steigenden Impfmüdigkeit mit niederschwelligen Angebote zu begegnen. So etwa mit der sogenannten „aufsuchenden Impfung", bei der beispielsweise in Impfmobilen auf Supermarktparkplätzen Menschen erreicht werden, die bislang den Weg in die Impfzentren oder zum niedergelassenen Arzt gescheut haben. ❐

Förderprogramm ‚Gesundheitsregionenplus':

Weiter auf Erfolgskurs

Zwei neue Gesundheitsregionen in Niederbayern stärken Vernetzung

Das Förderprogramm ‚Gesundheitsregionenplus' des Freistaats ist weiter auf Erfolgskurs. Darauf hat Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek anlässlich der Übergabe der Förderplaketten für die Gesundheitsregionplus in Rottal-Inn und Freyung-Grafenau hingewiesen. Der Minister betonte: „Das Interesse an unserem Förderprogramm ist nach wie vor sehr groß. Ich freue mich sehr, dass wir gleich zwei Gesundheitsregionenplus dazu gewinnen können."

Holetschek ergänzte: „Mit Rottal-Inn und Freyung-Grafenau haben wir nun sieben Gesundheitsregionenplus allein in Niederbayern und insgesamt 55 Mitglieder in unserer stetig wachsenden Familie. Damit sind schon mehr als zwei Drittel aller bayerischen Landkreise und Städte mit dabei. Ich freue mich, dass das Engagement der Kommunen so groß ist."

Der Minister erläuterte: „Unser oberstes Ziel ist es, die bestmögliche medizinische und pflegerische Versorgung für die Menschen sicherzustellen – und das in der Stadt und auf dem Land. Dabei spielen die Gesundheitsregionenplus eine ganz zentrale Rolle. … Das Erfolgsrezept liegt darin, dass die Städte und Landkreise maßgeschneiderte Lösungen in der Gesundheitsversorgung, Prävention und Pflege entwickeln können. Denn wer kennt die Bedürfnisse seiner Bürgerinnen und Bürger besser als die Beteiligten vor Ort?"

Gesundheitsnetzwerke sind bewährtes Instrument

Gemeinsam mit der Kommunalpolitik vernetzen die Gesundheitsregionenplus die Akteure aus dem Bereich Gesundheit und Pflege vor Ort. Die Koordination übernimmt eine dafür eingerichtete Geschäftsstelle. Holetschek betonte: „Die regionalen Gesundheitsnetzwerke haben sich als Instrument längst bewährt. Wir haben unser Programm daher für eine zweite Förderphase verlängert und stellen Haushaltsmittel für weitere Gesundheitsregionenplus zur Verfügung."

Seit 2015 fördert das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege Landkreise und kreisfreie Städte, die eine Gesundheitsregionplus bilden: Sie erhalten jeweils für fünf Jahre bis zu 250.000 Euro.

Eine Liste mit allen Gesundheitsregionenplus und weitere Informationen finden Sie unter www.gesundheitsregionenplus.bayern.de. ❐

Naturheilverfahren bei Corona-Langzeitfolgen

Würdigung von Sebastian Kneipp zum 200. Geburtstag

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat mit Blick auf mögliche Langzeitfolgen von COVID-19-Erkrankungen für den verstärkten Einsatz auch von Naturheilverfahren geworben. Anlässlich des 200. Geburtstags von Sebastian Kneipp (17. Mai) betonte Holetschek: „Die Corona-Pandemie zeigt uns, was das Wichtigste für jede und jeden von uns ist: unsere Gesundheit – und zwar in allen Facetten. Kneipps Ansatz einer ganzheitlichen Medizin ist damit aktueller denn je. Er war ein Pionier auf dem Gebiet der Naturheilkunde, ein Visionär der Prävention und Gesundheitsvorsorge. Diese Idee hat er nicht nur selbst gelebt, sondern auch in die Welt getragen."

Holetschek erläuterte: „Einerseits müssen wir bei der akuten Corona-Infektion alle Möglichkeiten der modernen Medizin nutzen. Andererseits dürfen wir auch komplementäre, traditionelle Heilverfahren wie die Kneipp-Therapie nicht ungenutzt lassen, um bei möglichen Langzeitfolgen einer Corona-Infektion zu helfen."

Als „Post- COVID- Syndrom" oder „Long COVID" werden langanhaltende Krankheitssymptome bezeichnet, die nach einer akuten COVID-19-Erkrankung auftreten. Zu den möglichen Spätfolgen gehören Lungenfunktionsstörungen, Herzbeschwerden, geringere Leistungsfähigkeit, Schmerzen, Fatigue und Erschöpfungszustände sowie psychische Beschwerden wie Depressionen oder Angstzustände. Fachleute schätzen, dass etwa zehn Prozent aller Corona-Infizierten mit Langzeitfolgen zu kämpfen haben dürften. Das entspräche in Bayern aktuell rund 62.000 Menschen. Die Dunkelziffer könnte höher sein.

Der Pfarrer Sebastian Kneipp steht für einen ganzheitlichen Ansatz zur Gesunderhaltung von Körper, Geist und Seele. Dieser beruht auf fünf Säulen: Wasser, Bewegung, Ernährung, Heilpflanzen und Lebensordnung. Zielsetzung der seit ihren Anfängen stetig weiterentwickelten Lehre ist es, im Einklang von Mensch und Natur die Gesundheit zu erhalten und Krankheiten aktiv vorzubeugen. Hinter diesem Ansatz verbirgt sich die Erkenntnis, dass ein gut funktionierendes Immunsystem, körperliche Fitness und eine gute Stressresistenz wichtig sind, um gesund zu bleiben oder wieder zu werden. Kneippen gehört zum immateriellen Kulturerbe in Deutschland.

Der Minister ergänzte: „Viele Elemente der Kneippschen Lehre können wir völlig unkompliziert, kostenlos und ganz individuell in unseren Alltag integrieren. Unumstritten ist die präventive Wirkung mancher Anwendungen – und sie tun gut! So bereitet Barfußlaufen auch den Jüngsten in den Kitas Freude, der warme Heusack kommt zum Beispiel in Pflegeeinrichtungen zum Einsatz."

Naturheilverfahren stärker wissenschaftlich in den Fokus

Holetschek fügte hinzu: „Ich setze mich auch dafür ein, Naturheilverfahren stärker wissenschaftlich in den Fokus zu nehmen. Noch mehr gesicherte Erkenntnisse über die Naturheilverfahren helfen uns, diese gewinnbringend und ergänzend zur Schulmedizin einzusetzen." ❐

Landkreis Regensburg:

500.000 Euro für Kreisklinik

Wie in den beiden Vorjahren unterstützt der Landkreis die Kreisklinik Wörth a.d.Donau auch in diesem Jahr wieder mit einem Investitionszuschuss von 500.000 Euro.

Mit diesen Mitteln werden, wie schon in den Vorjahren, sowohl neue Medizingeräte gekauft als auch die Digitalisierung maßgeblich vorangebracht, etwa durch die Einführung der digitalen Patientenakte. ❐

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Sana Kliniken AG
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Gesundheitswesens:

Die Ausgliederung der Pflegekosten aus dem DRG-System:

Systemwechsel im Pflegebudget

Die Krankenhausfinanzierung gehört zu den komplexesten Themen des deutschen Gesundheitswesens. Sie erfolgt nach dem Prinzip der „dualen Finanzierung". Dabei werden die Betriebskosten eines einzelnen Krankenhauses, also die Kosten, die für die Behandlung eines Patienten entstehen, von den Krankenkassen finanziert. Für die Investitionskosten hingegen kommen die Bundesländer auf. Die Vergütung für somatische, also den Körper betreffende, Behandlungen erfolgt dabei über das DRG-System (Diagnosis Related Group).

Mittelpunkt dieses Systems ist der sogenannte Fallpauschalenkatalog, der über 1.200 abrechenbare Fallpauschalen enthält, die das komplexe Behandlungsgeschehen in einem Krankenhaus abbilden. Dabei wird der Basispreis für eine einzelne DRG-Leistung über Landesbasisfallwerte festgelegt, die jährlich von den Krankenhausgesellschaften und den Krankenkassen auf der jeweiligen Landesebene verhandelt werden.

Kosten des Pflegepersonals

Seit 2020 werden die Kosten des Pflegepersonals in der unmittelbaren Patientenversorgung, der sogenannten „Pflege am Bett", nicht mehr über die Fallpauschalen vergütet. Grundlage hierfür ist das Pflegepersonalstärkungsgesetz (PpSG) mit dem beschlossen wurde, die Krankenhausvergütung auf eine Kombination aus Fallpauschalen und Pflegekostenvergütung (Pflegebudget) umzustellen. Sein individuelles Pflegebudget muss jedes Krankenhaus nun direkt mit den Kostenträgern verhandeln – im Rahmen der jährlichen Entgeltverhandlungen.

Die Abgeltung der Pflegekosten erfolgt fallbezogen über einen krankenhausindividuellen Pflegeentgeltwert und die Pflege-Bewertungsrelation pro Tag. Diese Bewertungsrelation wird für jeden Abrechnungsfall mit der jeweiligen Verweildauer des Falles und dem individuellen Pflegeentgeltwert multipliziert. Das Ergebnis dieser Berechnung entspricht dem Geldbetrag pro Fall (Pflegeerlös), der zusätzlich zur bisher bereits geltenden Bewertungsrelation der DRG abgerechnet wird.

Das neu eingeführte Pflegebudget wird auf Grundlage der geplanten und nachgewiesenen Pflegepersonalausstattung sowie der krankenhausindividuellen Kosten ermittelt. Bis zur erstmaligen Vereinbarung eines krankenhausindividuellen Pflegebudgets gilt ein gesetzlich festgelegter vorläufiger Pflegeentgeltwert.

Verlust oder Gewinn abhängig von Gegebenheiten vor Ort

Eine Herausforderung des neuen Systems ist die fehlende Vergleichbarkeit des G-DRG-Systems aus 2019 mit dem aG-DRG-System 2020. Während das „alte" System noch unter Berücksichtigung der Pflegekosten in vollem Umfang berechnet wurde, kommen diese im „neuen" System nur noch teilweise zum Tragen. Inwieweit die ausgegliederten Pflegekosten für eine Klinik einen Verlust oder einen Gewinn gegenüber der bisher geltenden Abrechnungssystematik darstellen, wird zentral von der Ausgestaltung der Verhandlungen vor Ort und auch der individuellen Ausstattung mit Pflegekräften in der jeweiligen Klinik abhängen. ❐

Ministerrat:

Neue Krankenhausbauvorhaben in Bayern

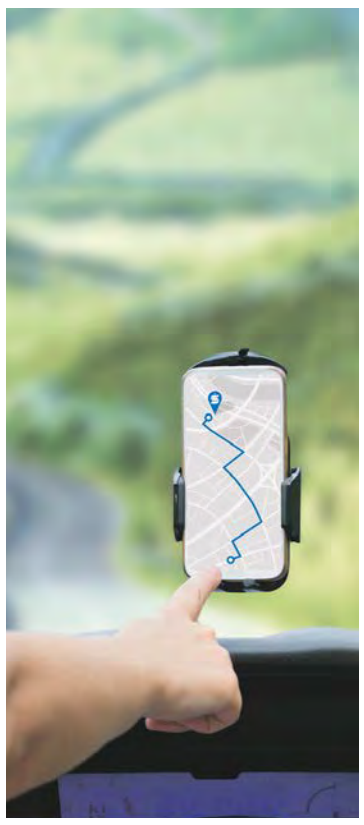
Start frei für die Finanzierung von 14 neuen Krankenhausbauvorhaben in Bayern mit Schwerpunkt im ländlichen Raum. Laut Beschluss des Ministerrats investiert der Freistaat für die neuen Bauprojekte in den nächsten Jahren bis 2025 insgesamt rund 346 Millionen Euro. Der bayerische Krankenhausförderetat, der nicht nur die Einzelförderung von Investitionen, sondern daneben auch die jährlichen Pauschalmittel für die Krankenhäuser und weitere Leistungen umfasst, bleibt auch 2022 stabil auf dem hohen Niveau von jährlich 643 Millionen Euro.

Die beschlossenen Investitionsmaßnahmen tragen wesentlich dazu bei, die Qualität der stationären Versorgung im Freistaat weiter zu verbessern. Herausragende Projekte sind u.a. die Baumaßnahmen am kbo-Inn-Salzach-Klinikum Wasserburg a. Inn (45,9 Millionen Euro), am Klinikum Landshut (34,5 Millionen Euro), am Klinikum am Europakanal Erlangen (36 Millionen Euro), an der Main-Klinik Ochsenfurt (18,1 Millionen Euro) und der Rotkreuzklinik Lindenberg (41,8 Millionen Euro).

Nach Angaben von Finanz- und Heimatminister Albert Füracker profitiert allein die Oberpfalz mit drei zusätzlichen Projekten und rund 40 Millionen Euro: In das kommende Bauprogramm 2022 wurde das Bauprojekt beim Klinikum Neumarkt zur Integration der Kreisklinik Parsberg mit 6,4 Millionen Euro sowie der Neubau der Klinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie in Parsberg mit 11,5 Millionen Euro eingeplant. Für das Bauprogramm 2023 ist der Ersatzneubau der Asklepios Klinik Oberviechtach mit 22,1 Millionen Euro vorgesehen. Im diesjährigen Bauprogramm fließen bereits Fördermittel von insgesamt rund 14 Millionen Euro an acht Krankenhäuser in der Oberpfalz, darunter das Klinikum St. Marien, Amberg, das Klinikum Neumarkt und das Bezirkskrankenhaus Wöllershof.

Förderung außerhalb der Ballungszentren

Zusammen mit den laufenden Projekten sind insgesamt Investitionsvorhaben mit einem Gesamtvolumen von fast 3,4 Milliarden Euro für die bayerischen Kliniken zur Finanzierung eingeplant. Mit einem Volumen von über zwei Milliarden Euro sind 60 Prozent aller im Krankenhausbauprogramm veranschlagten Fördermittel für Projekte an Kliniken außerhalb der Ballungszentren vorgesehen. **DK**



Systempartnerschaften im Krankenhaus

Investitionen in neueste medizintechnische Innovationen, Vorteile bei der Rekrutierung und Bezahlung von Spezialisten und der Spielraum, neue Wege in der Behandlung von Patienten zu gehen – all diese Faktoren ermöglichen es wirtschaftlich gesunden Krankenhäusern, eine bessere medizinische Versorgung zu erreichen als defizitäre Einrichtungen. Die Krankenhausgeschäftsführung von heute muss eine zunehmende Komplexität in allen Bereichen bewältigen, um ein Krankenhaus sicher und zukunftsorientiert zu leiten. Ein Weg führt dabei über Systempartnerschaften.

Systempartnerschaften stellen für viele Krankenhäuser einen Weg zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und damit indirekt auch der medizinischen Behandlungsqualität dar. Unter Systempartnerschaften versteht man die Kooperation mit externen Partnern zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Prozess- und Produktinnovationen sowie neue Finanzierungs- und Gesellschaftsmodelle.

Seit diesem Jahr bietet die Sana Kliniken AG kommunalen oder kirchlichen Trägern eine neue und innovative Systempartnerschaft an. Mit über 50 eigenen Krankenhäusern ist das Unternehmen der drittgrößte private Klinikträger in Deutschland und verfügt nicht nur über enorme Größenvorteile, sondern durch langjährige Erfahrung im Betrieb von Krankenhäusern auch über eine hohe Expertise in allen für die Führung von Krankenhäusern notwendigen Fragestellungen.

Für Träger, die ihr Krankenhaus nicht verkaufen oder teilprivatisieren, aber die Vorteile eines großen Verbunds nutzen wollen, bietet Sana einen sogenannten Vertrag für Management Services. Sana stellt über einen zeitlich befristeten Vertrag, nicht aber unter drei Jahren Laufzeit, dem Krankenhaus in allen Leistungsbereichen das Know-how seiner Spezialisten zur Verfügung. Ein perfektes Beispiel für eine gelungene Systempartnerschaft. Der Träger und das Krankenhaus nutzen die Vorteile eines privaten Klinikkonzerns bei vollständigem Erhalt der kommunalen oder kirchlichen Eigenständigkeit und machen die Einrichtung fit für die Zukunft. Der Träger stärkt kommunale Strukturen durch die Vorteile eines privaten Verbunds.

Dr. Andreas Hartung
Generalbevollmächtigter Managementverträge
T: (+49) 89 678 204 260 | M: andreas.hartung@sana.de
www.sana.de/management



Voraussetzung für nachhaltigen Kanalbau:

Der Einfluss von Lastannahmen auf die Ausführungsqualität

Innerhalb der RAL-Gütesicherung Kanalbau führen die vom Güteausschuss beauftragten Prüfingenieure regelmäßige Baustellenbesuche bei Gütezeicheninhabern durch. Gegenstand der Besuche von Maßnahmen in offener Bauweise ist die Prüfung der Qualifikation des Unternehmens auf der Baustelle und die Frage, ob eine fachgerechte Bauausführung und Einhaltung der Technischen Regeln vorliegt und somit die Voraussetzungen für eine Einhaltung der prognostizierten Nutzungsdauer des Bauwerks gegeben sind. Voraussetzung hierfür ist ein für den konkreten Einzelfall zutreffender statischer Nachweis des Rohr-Boden-Systems und dass die Einbaubedingungen und Lastannahmen auf der Baustelle (Bettung, Verfüllung usw.) den Annahmen aus der Rohrstatik entsprechen und eingehalten werden.

Der Einbau von Abwasserkanälen und -leitungen ist durch DIN EN 1610 „Einbau und Prüfung von Abwasserleitungen und -kanälen" auf europäischer Ebene geregelt; im Arbeitsblatt DWA-A 139 werden darauf aufbauend ergänzende Details beschrieben. Zusätzlich sind für verwendete Werkstoffe die zugehörigen Herstelleranleitungen zu beachten. Nach DIN EN 1610, Abschnitt 4.2, gilt: „Die Ausführung der Arbeiten muss in der Weise kontrolliert werden, dass die Entscheidungen, die sich aus den Planungsunterlagen ergeben, eingehalten oder an die veränderten Bedingungen angepasst sind".

Gemäß Arbeitsblatt DWA-A 139 muss das Tragwerksystem Rohr/Boden vorhandene und zukünftige Belastungen mit ausreichender Sicherheit aufnehmen können. Deshalb müssen die auf Abwasserleitungen und -kanäle einwirkenden statischen und dynamischen Lasten schon bei der Planung festgelegt werden. Dazu gehören auch Belastungen aus Bauzuständen, die für die Bemessung bestimmend sein können. Hinzu kommt: Das Tragwerksystem Rohr/Boden muss vor der Bauausführung definiert und nachgewiesen, bzw. in Art und Ausführung vorgegeben sein. Darüber hinaus müssen die statischen Nachweise der Rohre (siehe ATV-DVWK-A 127) und der Sicherung der Baugrube (siehe DIN 4124) vorliegen und auf der Baustelle inhaltlich bekannt sein. Die in der Rohrstatik genannten Lastannahmen sind Grundlage für die Ausführung auf der Baustelle und somit auch prüfrelevante Daten, die der Prüfingenieur zur Beurteilung der Bauausführung berücksichtigt.

Durch den Planer ist das Tragwerkssystem Rohr/Boden vorzugeben, und es sind die für die statische Berechnung maßgebenden Randbedingungen der Baumaßnahme im Objektfragebogen zu benennen (ATV-DVWK-A 127, S. 41). Die statische Berechnung wird dann in der Regel durch den Rohrhersteller auf dieser Basis sowie der Rohr-Kenngrößen erstellt. Während der Ausführung muss geprüft werden, ob die tatsächlichen Randbedingungen auf der Baustelle den Annahmen in der Statik bzw. im Objektfragebogen entsprechen.

Bodenart und Verkehrslast

Im Arbeitsblatt ATV-DVWK-A 127 sind die Böden in Hinblick auf ihre Eigenschaften für die statische Berechnung in vier Gruppen eingeteilt (Kurzzeichen nach DIN 18 196). Außerdem werden die Rohrleitungen durch die Verkehrslasten beansprucht. Für deren Berechnung verwendet der Statiker sogenannte Regelfahrzeuge mit genormten Abmessungen und Gewichten. Darüber hinaus sind die Verkehrslasten unter Baustellenbedingungen (z. B. geringe Überschüttung) zu beachten.

Die Einbettungsbedingungen berücksichtigen die Einflüsse aus der Einbettung des Rohres in der Leitungszone. Die Definition der diesbezüglichen Einbettungsbedingungen B1 bis B4 entspricht sinngemäß den Überschüttungsbedingungen A1 bis A4, also:

- B1: Lagenweise gegen den gewachsenen Boden bzw. lagenweise in der Dammschüttung verdichtete Einbettung (ohne Nachweis des Verdichtungsgrades); gilt auch für Trägerbohlwände (Berliner Verbau).
- B2: Senkrechter Verbau innerhalb der Leitungszone mit Kanaldielen, die bis zur Grabensohle reichen und erst nach der Verfüllung und Verdichtung gezogen werden. Verbauplatten und -geräte unter der Voraussetzung, dass die Verdichtung des Bodens nach dem Ziehen des Verbaus erfolgt.
- B3: Senkrechter Verbau innerhalb der Leitungszone mit Spundwänden oder Leichtspundprofilen und Verdichtung gegen den Verbau, der bis unter die Grabensohle reicht.
- B4: Lagenweise gegen den gewachsenen Boden bzw. lagenweise in der Dammschüttung verdichtete Einbettung mit Nachweis des nach ZTVE-StB erforderlichen Verdichtungsgrades (nicht anwendbar bei Böden der Gruppe G4).

Überschüttungsbedingungen

Bei der Grabenverfüllung oberhalb der Leitungszone werden vier Überschüttungsbedingungen unterschieden (A1 bis A4), die im Wesentlichen vom gewählten Grabenverbau abhängig sind. Auch die Grabenform beeinflusst die Belastung des Rohres. Das Arbeitsblatt ATV-DVWK-A 127 unterscheidet verschiedene Grabenformen. Zur rechnerischen Abschätzung der Lasterhöhung infolge Unterrammung wird auf den Arbeitsbericht „Berechnungsansätze für die Rohrbelastung im Graben mit gespundetem Verbau" verwiesen. Beim Einbau von Abwasserrohren in einem Stufengraben steigt der Einfluss auf die Rohrbelastung mit der Höhe der Stufe im Verhältnis zum Rohrdurchmesser. Durch eine größere Setzung auf der Seite des tieferliegenden Rohres stellt sich eine verstärkte Lastumlagerung auf das höher liegende Rohr ein. Dieser Lastumlagerungseffekt tritt auch dann ein, wenn das untere Rohr vorher in einem eigenen Graben separat eingebaut wurde und das obere Rohr etwas später in einem neuen Bauabschnitt eingebaut wird.

Rohrwerkstoff

Je nach Zusammenwirken von Rohrsteifigkeit und Bodenverformung werden Rohre als biegesteif oder biegeweich bezeichnet. Biegesteif sind Rohre, bei denen die Belastung keine wesentlichen Verformungen hervorruft und damit keine Auswirkung auf die Druckverteilung hat. Biegeweich sind Rohre, deren Verformung die Belastung und Druckverteilung wesentlich beeinflusst, da der Boden Bestandteil des Tragsystems ist. Infolge der unterschiedlichen Verformungsfähigkeit des Rohres und des umgebenden Bodens lagern sich die errechneten Bodenspannungen um. Allgemein gilt der Merksatz „Ein steifes Rohr zieht die Lasten an, ein weiches Rohr weicht der Belastung aus."

Die Druckverteilung am Rohrumfang ist abhängig von der Ausbildung des Auflagers, von der Verfüllung der Leitungszone sowie vom Verformungsverhalten der Rohre. Das Arbeitsblatt ATV-DVWK-A 127 definiert unterschiedliche Auflagerreaktionen oder Lagerungsfälle.

Durch Vorgabe der Einbettungs- und Überschüttungsbedingungen wird in der Statik z. B. der Einfluss der Grabensicherung auf die Belastung der Rohre berücksichtigt.

Silowirkung

Die Erdlasten werden als Bodenspannung in der Ebene des Rohrscheitels berechnet. Die möglicherweise entstehenden Reibungskräfte zwischen Grabenverfüllung und Grabenwand können unter bestimmten Randbedingungen zur Entlastung dieser Spannungen führen (horizontaler Erddruck). Sie werden in der statischen Berechnung berücksichtigt und können wesentlich zur Entlastung der Rohre beitragen. Diese Berechnungsmethode ist jedoch nur ansetzbar, wenn die Grabenwände auf Dauer erhalten bleiben (ATV-DVWK-A 127). In der Praxis kann dies jedoch vom Unternehmen nicht sichergestellt werden, da es zukünftige Bautätigkeiten im Bereich des Kanalgrabens nicht beeinflussen kann. Auch für den Auftraggeber ist eine solche Zusage nur eingeschränkt möglich.

Die Bedeutung der im Vorfeld getroffenen Annahmen für die Rohrstatik wird in der Praxis häufig unterschätzt. Nur wenn sichergestellt ist, dass die Eingangsgrößen der Rohrstatik den Gegebenheiten in der Praxis entsprechen, ist die Rohrstatik für die konkrete Maßnahme relevant. Die Übereinstimmung der Annahmen in der Statik mit den tatsächlichen Einbaubedingungen ist daher zu prüfen.

Im Rahmen der Eigenüberwachung der Unternehmen mit Gütezeichen Kanalbau RAL-GZ 961 werden Arbeitshilfen zur Verfügung gestellt, mit denen systematisch die Übermittlung der Sollwerte auf die Baustelle, die Dokumentation der Istwerte sowie der Abgleich von Soll/Ist erfolgen kann. So etwa in Form des „Leitfadens für die Eigenüberwachung AK Kanalbau in offener Bauweise". Darüber hinaus stellt die Gütegemeinschaft Kanalbau den ausführenden Unternehmen eine Arbeitshilfe zur Beurteilung der Randbedingungen und zur Einschätzung erforderlicher, relevanter Angaben zur Verfügung. Die Durchführung der Eigenüberwachung und insbesondere die Kontrolle der Lastannahmen werden durch die Prüfingenieure bei den Baustellenbesuchen innerhalb der RAL-Gütesicherung geprüft. ❐

Hochwasserschutzdamm an der Donau bei Oberelchingen:

Erfolgreich saniert und gleichzeitig ökologisch aufgewertet

Bei der Staustufe Oberelchingen, einem Wasserkraftwerk der Obere Donau Kraftwerke AG (ODK), hat die LEW Wasserkraft GmbH als Betreiberin des Kraftwerks die Sanierungsarbeiten an den Dämmen und Deichen erfolgreich abgeschlossen. Dabei erfolgte auch eine Verlängerung der sogenannten Öko-Bermen, die vor drei Jahren an der Staustufe angelegt wurden. Im Vorfeld der Baumaßmaßnahmen hat LEW Wasserkraft im Bereich der Staustufe bereits an vier Standorten Reptilienhabitate errichtet. Die Kosten für das Gesamtprojekt beliefen sich auf rund eine Million Euro und wurden vom Kraftwerkseigentümer, der ODK, getragen.

Hintergrund der Maßnahme waren die gestiegenen Anforderungen an den Hochwasserschutz. Bei der Unterhaltsmaßnahme hat LEW Wasserkraft den Damm deshalb auf einer Länge von etwa drei Kilometern flussaufwärts der Staustufe um 10 bis 40 Zentimeter erhöht und statisch ertüchtigt. So wurde der Hochwasserschutz in diesem Bereich noch einmal deutlich verbessert.

Anknüpfung an erfolgreiches Projekt

Die Maßnahme fand auf beiden Uferseiten statt. Auf beiden Seiten wurden die Dämme dabei nicht nur erhöht, sondern auch ökologisch aufgewertet. Damit knüpft LEW Wasserkraft an ein erfolgreiches Projekt an: Vor drei Jahren hat das Unternehmen hier bereits auf einer Länge von etwa 500 Metern sogenannte Öko-Bermen, also naturnahe Dämme, errichtet. In diesem Abschnitt wurde der Damm damals schon erhöht und verbreitert und gleichzeitig ökologisch aufgewertet. Die Maßnahme war Teil des europaweit einmaligen Projekts „INADAR" und hatte das Ziel, den Hochwasserschutz zu verbessern und gleichzeitig ökologisch wertvolle Lebensräume für Tiere und Pflanzen zu schaffen.

Wege während der Arbeiten nur eingeschränkt passierbar

Die Bauarbeiten zur Dammsanierung haben Anfang September begonnen. Aufgrund der langen Winterperiode mussten die Arbeiten im Dezember eingestellt werden und konnten erst im April fortgesetzt werden. Nun hat LEW Wasserkraft die Sanierung erfolgreich abgeschlossen. Im Zuge der Bauarbeiten hat das Unternehmen auch die Dammwege erneuert. Während der Bauarbeiten musste aus Sicherheitsgründen der Weg auf der Dammkrone komplett gesperrt werden. „Wir bedanken uns bei allen Gemeinden, Anliegern und Passanten für das Verständnis. So konnten wir die Bauarbeiten reibungslos durchführen und den sanierten Abschnitt nun wieder freigeben", sagt Lars Leifeld, Projektleiter bei LEW Wasserkraft.

Reptilienhabitate als Ersatzlebensräume

Im Vorfeld der Sanierungsarbeiten hat LEW Wasserkraft im Bereich der Staustufe bereits an vier Standorten Reptilienhabitate in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Neu-Ulm gebaut. Die Habitate bestehen aus größeren Steinen und Wurzelstöcken, in die sich Eidechsen, Blindschleichen, Nattern oder andere Reptilien zurückziehen können. Die Habitate bleiben dauerhaft bestehen.

Die Maßnahmen zur Dammsanierung fanden im Einklang mit den geltenden Bestimmungen des Natur- und Vogelschutzes sowie des Trinkwasserschutzes statt und waren mit den anliegenden Kommunen und dem Landratsamt Neu-Ulm abgestimmt. ❐

Nach der Hochwasserkatastrophe:

Schlussfolgerungen für Bayern

Um Kommunen bestmöglich auf Extremwetterereignisse vorzubereiten, startet das Umweltministerium eine Beratungs-Offensive für Kommunen. Dies gab Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber als Reaktion auf die verheerenden Starkregenereignisse in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz bekannt, bei denen neben enormen Sachschäden auch viele Menschenleben zu beklagen sind.

„Mit unserer Beratungs-Offensive wollen wir Kommunen für das Thema Hochwasser und Starkregen sensibilisieren. Jede Kommune kann betroffen sein. Gleichzeitig sollen Kommunen motiviert werden, die bestehenden Fördermöglichkeiten in Anspruch zu nehmen", betonte Glauber. Die Erstellung und Planung von Schutzkonzepten wird mit bis zu 75 Prozent unterstützt. Darüber hinaus werden zahlreiche weitere kommunale Maßnahmen gefördert. Hierzu zählen unter anderem die Ermittlung von Überschwemmungsgebieten, Sicherheitsüberprüfungen kommunaler Stau- und Hochwasserschutz-Anlagen, die Durchführung eines Hochwasseraudits sowie der Bau von Hochwasserschutzanlagen.

Extremwetterereignisse werden zunehmen

Experten gehen davon aus, dass solche Extremwetterereignisse aufgrund des Klimawandels an Häufigkeit und Intensität zunehmen werden, vor allem in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts. Wie die aktuellen Ereignisse zeigen, können Hochwasser und Sturzfluten für kleine Gemeinden eine existenzielle Bedrohung sein. Glauber zufolge „werden wir die Kommunen in Zukunft noch stärker unterstützen, vor Ort den Schutz vor Hochwasser und Starkregen gezielt zu verbessern".

Dazu zählt auch die Realisierung von Flutpoldern. Laut einer aktuellen Studie sind sie notwendig für einen bestmöglichen Hochwasserschutz an der Donau. Wie der Minister erläuterte, kann am Pegel Straubing der maximale Wasserstand mit dem Flutpolderprogramm um knapp 40 Zentimeter gesenkt werden, am Pegel Deggendorf um bis zu 24 Zentimeter. Der Polder Bertoldsheim allein bewirkt am Pegel Ingolstadt eine entsprechende Absenkung von über 20 Zentimetern. Die Wirkung der Flutpolder wurde anhand mehrerer teilweise großräumiger sogenannter Überlastfallereignisse berechnet, die als Katastrophenhochwasser deutlich über ein HQ100 hinausgehen.

Rückhaltebecken an den Zuflüssen können den Hochwasserschutz an der Donau unterstützen, aber nicht ersetzen, so die Untersuchung: Die Wirkung von großen Flutpoldern an der Donau ist deutlich positiver als von Rückhaltebecken an den Zuflüssen. Das gleiche Rückhaltevolumen in Hochwasserrückhaltebecken im Einzugsgebiet reduziert den Hochwasserscheitel weniger als halb so weit wie Flutpolder an der Donau. Auch wenn das Rückhaltevolumen an den Seitengewässern verdoppelt würde, können im Mittel nur rund 70 Prozent der Flutpolder-Wirkung erreicht werden.

Auch ein optimiertes Staustufenmanagement kann zusätzliche Auswirkungen auf eine Hochwasserwelle haben. Der Effekt reduziert die Pegel aber nur im sehr niedrigen einstelligen Prozentbereich. Und auch die kurzzeitige Verzögerung durch eine Steuerung der Staustufen hat keine entscheidende Wirkung auf die der Hochwasserwelle.

Noch einmal untersucht wurde zudem die Grundwassersituation an den drei Standorten. Die Ergebnisse zeigen, dass eine Realisierung ohne negative Veränderungen der Grundwassersituation für die Anlieger erfolgen kann. Dazu wurden numerische Grundwassermodelle aufgestellt und entsprechende Schutzmaßnahmen eingeplant, beispielsweise Dichtwände, Drainagen und Sicherungsbrunnen.

Das Thema Flutpolder soll im Dialog mit der Bevölkerung vorangebracht werden. Erst vor kurzem diskutierte Glauber in Kelheim mit Kommunalpolitikern und Interessenvertretern aus Niederbayern und der Oberpfalz.

Streit um den Bau von Hochwasserrückhaltebecken

Um den Bau der Hochwasserrückhaltebecken ist ein Streit entbrannt, nachdem das Umweltministerium einen konkreten Vorschlag entwickelt hat. Zusätzlich zu den sieben bereits gesetzten Standorten Leipheim, Helmeringen, Neugeschüttwörth, Riedensheim, Großmehring, Katzau und Öberauer Schleife soll der Standort Bertoldsheim (Kreis Neuburg-Schrobenhausen) beibehalten werden. Die geplanten gesteuerten Flutpolder in Wörthhof und Eltheim (Kreis Regensburg) können nach diesem Vorschlag zu einer wirkungsgleichen Variante mit einem Rückhaltevolumen von rund 30 Millionen Kubikmetern zusammengefasst werden. Im Koalitionsvertrag hatte die Staatsregierung den Polderbau 2018 ad acta gelegt. Hierauf berufen sich die Gegner der Baumaßnahme, zu denen Kommunalpolitiker, Landwirte und Naturschützer zählen.

Flutpolder sind alternativlos

Nach Glaubers Auffassung sind die Flutpolder alternativlos. Er appellierte an die Solidarität der Bürger an den geplanten Standorten an der oberen Donau. Die Polder könnten im Hochwasserfall geflutet und somit Wassermengen aus dem Fluss genommen werden, um flussabwärts liegende Regionen vor Überschwemmungen zu schützen. Der Minister sicherte Landwirten, deren Äcker und Wiesen im Bereich der Polder liegen würden, eine 100-prozentige Entschädigung für Ernteausfälle zu, falls die Polder geflutet werden müssten.

Die Poldergegner, wie zum Beispiel der Landrat des Landkreises Neuburg-Schrobenhausen, Peter von der Grün, setzen unter anderem auf einen dezentralen Hochwasserschutz an den Zuflüssen zur Donau. Sein Landkreis solle nicht zum Auffangbecken werden. Auch Josef Schütz, Bürgermeister der Stadt Wörth an der Donau, bezweifelt die Wirksamkeit der Flutpolder. Zu befürchten seien negative Auswirkungen der Baumaßnahme auf das Grundwasser und die Trinkwasserqualität. **DK**

Trinkwasserqualität sichern – aber wie?

Schutzgebiete und grundwasserschonende Landwirtschaft: Damit plant die Politik für kommende Generationen die Trinkwasserqualität in Bayern zu sichern. Impulse dazu, wie das gelingen kann, gaben Experten in einer Anhörung im Umweltausschuss des Bayerischen Landtags. Dabei wurde der Appell an die Kommunen laut, Stadtgebiete „wassersensitiv" umzubauen. Auf ihrer Klausurtagung schrieb die CSU-Fraktion zudem eine staatliche Trinkwasser-Garantie im gemeinsamen Wahlprogramm von CDU und CSU fest.

Die aktuelle Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz ist ein Appell an alle Akteure, die Lebensgrundlagen der kommenden Generationen nachhaltig zu schützen. Dies schließt auch eine sichere öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung mit ein. Doch die Grundwasserbelastung in Bayern ist bereits seit einiger Zeit ein Problem – vor allem durch die Belastung durch Nitrat und Pflanzenschutzmittel. Im Rahmen einer Expertenanhörung diskutierten Abgeordnete, Wissenschaftler und Verbandsvertreter wie die Trinkwasserqualität in Bayern gewährleistet werden kann.

Wasserkreislauf entscheidend

Gunnar Braun, Geschäftsführer des Verbandes Kommunaler Unternehmen e. V., Landesgruppe Bayern führte in seiner Stellungnahme aus, dass die Qualität der Gewässer in der Fläche mit einem guten Zustand des Wasserkreislaufs beginne. Nur wenn der Wasserkreislauf intakt sei, könnten hochwertige und reichhaltige Wasserressourcen über die technische Infrastruktur einer Wassernutzung zugänglich gemacht werden. Zwar könne die Wasserqualität beispielsweise auch durch Wasseraufbereitungsanlagen technisch optimiert werden. Dies verursache aber hohe Kosten. Daher sei die Wasserwirtschaft grundsätzlich auf den Erhalt und die Funktionalität des natürlichen Wasserkreislaufs angewiesen, unterstrich Braun.

Kooperation zwischen Land und Stadt

Prof. Dr.-Ing. Frank Kolb, Dekan der Fakultät Umweltingenieurwesen der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, hob hervor, dass Wasserschutz nicht nur ländliche, sondern auch urbane Gebiete in den Fokus rücken müsse. So müssten Stadtgebiete „wassersensitiv" umgebaut werden. Im ländlichen Raum könnten Kooperationsprojekte zwischen Landwirten und Wasserschutzinitativen gewünschte Effekte erzielen. Hierbei gelte das Minimierungsgebot: Die Vermeidung von stofflichen Einträgen in das Grundwasser durch Wasserschutzgebiete sei einer Aufbereitung von Wasser vorzuziehen.

Schutz der Böden

Prof. em. Dr. Dr. h.c. Alois Heißenhuber, ehem. Leiter des Lehrstuhls für Produktions- und Ressourcenökonomie an der Technischen Universität München-Weihenstephan unterstrich, dass ein wirksamer Schutz von Grundwasser und Oberflächenwasser ohne umfassenden Schutz der Böden nicht denkbar sei. Böden seien ein zentraler Baustein im Wasserkreislauf, minimierten als Filter und Puffer den Eintrag von Schadstoffen ins Grundwasser und seien zudem eine essenzielle Voraussetzung für den Wasserrückhalt in der Fläche. Gesunde Böden erleichtern nicht nur die Infiltration von Niederschlagswasser in den Untergrund, sondern ermöglichten auch nachhaltiges Pflanzenwachstum, machte Heißenhuber deutlich.

Wirksamer Grundwasserschutz

Dr. Marlene Gruber, Projektkoordinatorin Landwirtschaft/Grundwasserschutz des Wasserzweckverbands Rottenburger Gruppe, forderte beim Thema Grundwasserschutz „mehr staatliche Vorsorge, statt teurer Nachsorge". Die Tatsache, dass in den vergangenen zwei Jahrzehnten in Bayern mehrere Brunnen hätten schließen müssen, verdeutliche die Notwendigkeit eines wirksamen Grundwasserschutzes. Insbesondere der ökologische Landbau sei geeignet, z. B. die Nitrateinträge zu verringern und so zu einem intakten Wasserkreislauf beizutragen: Denn ein geschlossener betrieblicher Nährstoffkreislauf sei eines der Kernprinzipien der Biolandwirtschaft.

Woher kommt die Nitratbelastung?

Prof. em. Dr.-Ing. Wolfgang Günthert, ehem. Leiter des Lehrstuhls für Siedlungswasserwirtschaft und Abfalltechnik der Universität der Bundeswehr, erklärte in diesem Zusammenhang, dass sich die Nitratbelastung des Grundwassers aus den Einträgen ergebe, wobei einerseits zwischen diffusen Einträgen aus der Landwirtschaft infolge von Düngung und Einträgen aus der Abwasserbeseitigung unterschieden werden müsse. Andererseits bestehen laut Günthert auch diverse punktuelle Einträge u. a. aus Kläranlagen. Dies gelte es bei der Diskussion um eine nachhaltige Wasserwirtschaft zu berücksichtigen.

Maximilian Zinnbauer vom Thünen-Institut gab zu bedenken, dass die Gründe für Nitratbelastungen von Grundwasser vielfältig seien. Neben menschlichen Ursachen würden derartige Belastungen in starkem Maße auch von hydrogeologischen und klimatischen Begebenheiten beeinflusst. Inwiefern frei im Boden vorliegende Stickstoffmengen in das Grundwasser gelangen könnten, hinge nicht nur von der betriebenen Landwirtschaft, sondern auch vom jeweiligen Standort ab. Aufgrund von Abbauprozessen und klimatisch bedingten Verdünnungseffekten könnten daher gleiche Emissionsmengen an unterschiedlichen Standorten zu unterschiedlichen Nitratkonzentrationen im Sickerwasser führen. Eine Gesamtbeurteilung muss laut Zinnbauer daher unbedingt in Abhängigkeit vom Standort erfolgen.

Landwirtschaft setzt sich ein

Stefan Köhler, Umweltpräsident des Bayerischen Bauernverbandes, betonte, dass der Bayerische Weg beim Gewässerschutz erfolgreich sei. Als Beweis dafür führte er auf, dass die Qualität des Grundwassers in Bayern deutlich über dem Bundesdurchschnitt liege. Laut Köhler bestätige auch der bayerische Nitratbericht 2019 eine konstante bis leicht rückläufige Nitratbelastung im Rohwasser der Trinkwassergewinnung. Mit Blick auf das deutsche Messnetz lagen im Zeitraum 2016 bis 2018 bundesweit rund 17 Prozent der Messstellen über 50 mg/l – im bayerischen Teilnetz seien es dagegen nur rund sechs Prozent, so Köhler. Dies zeige auch, dass die Landwirtinnen und Landwirte bereit seien, „Leistungen für Umwelt- und Naturschutz zu erbringen". Bereits heute würde jeder zweite Landwirt auf jedem dritten Hektar freiwillige Maßnahmen über die Agrarumweltprogramme „Bayerisches Kulturlandschaftsprogramm und Bayerisches Vertragsnaturschutzprogramm" (KULAP und VNP) umsetzten.

Kritik an Planungssicherheit

Berthold Niehues, Leiter des Bereichs Wasserversorgung des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e. V. (DVGW) ergänzte, dass ein erheblicher Teil der Wasserschutzgebiete oftmals nicht ausreichend groß bemessen sei: Die bestehenden Wasserschutzgebiete seien häufig zu klein, um eine Resilienz gegen chemische und (mikro-)biologische Beeinflussungen bspw. durch die Landwirtschaft oder Starkregenereignisse zu entwickeln. Zum anderen dauere die Ausweisung von Wasserschutzgebieten schlichtweg zu lange, weil unter anderem die Verfahren zu komplex seien, so Niehues. Daraus resultiere, dass die bayerische Wasserversorgung oft ohne Planungssicherheit agieren müsse und damit dringende Investitionen oftmals nur verzögert oder nicht vorgenommen werden könnten.

Dr. rer. nat. Kai Zosseder, vom Lehrstuhl für Hydrogeologie der Technischen Universität München kritisierte die Personalreduzierung in der Verwaltung, worunter auch die Genehmigungspraxis in allen wasserwirtschaftlichen Fragen leide. Das wichtige Zukunftsthema Grundwasser müsse auch von Seiten der Verwaltung und der Genehmigungspraxis mit fachlich hoch qualifizierten Mitarbeitern ausgestattet sein. Darüber hinaus sprach sich Zosseder für ein künftig erweitertes Grundlagenforschungs- und Monitoring-Programm aus, das wichtige Zukunftsthemen im Grundwasserbereich in den Fokus nehmen solle.

CSU unterstützt kooperativen Umweltschutz

In der anschließenden Diskussion warf Patrick Friedl (Bündnis 90/Die Grünen) der Regierung vor, dass der Bayerische Weg beim Trinkwasserschutz aufgrund einer falschen Agrarpolitik gescheitert sei. Florian von Brunn (SPD) führte aus, dass eine Erweiterung von Wasserschutzgebieten gesetzlich vereinfacht werden müsse.

Eric Beißwenger (CSU), stellv. Ausschussvorsitzender, erläuterte, dass nachhaltiger Grundwasserschutz bedeute, Verunreinigungen erst gar nicht eintreten zu lassen. Um die „herausragende Qualität des bayerischen Trinkwassers zukünftig zu sichern", brauche es in Wasserschutzgebieten und Trinkwassereinzugsgebieten eine besonders grundwasserverträgliche Bodennutzung. Deren Umsetzung sei bereits durch Wassergesetze, das Landesentwicklungsprogramm Bayern, die Wasserrahmenrichtlinie und die neue Grundwasserrichtlinie der EU gesichert.

Um Nitrat-Einträge zu verringern, seien daher keine pauschalen Beschränkungen für Stickstoffdüngung oder planwirtschaftliche Konzepte nötig. „Das funktioniert auch in anderen Bundesländern nicht und würde bei unseren unterschiedlichen Anbauverhältnissen in Bayern nicht passen", fügte Beißwenger als Begründung hinzu. Wesentlich für die CSU-Fraktion sei der kooperative Umweltschutz, sie setzt hier insbesondere auf Freiwilligkeit, die das Ordnungsrecht ergänzt. Hierzu gäbe es bereits rund 200 unterschiedliche Formen von Kooperationen zwischen Wasserversorgern und Landwirten.

Staatliche Trinkwasser-Garantie

Auf der CSU-Klausurtagung wurde zudem eine rechtlich bindende „öffentliche Eigentums-Garantie für das Trinkwasser" festgeschrieben. Denn die Kommunen lieferten den Bürgern seit Jahrzehnten Trinkwasser in Topqualität. Die CSU-Fraktion sieht die Trinkwasserversorgung bei der öffentlichen Hand gut aufgehoben, weil sie einerseits die Qualität sichere und andererseits Spekulationsgeschäfte ausschließe.

Claudia Ehrensberger, Vizepräsidentin der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V. (AöW) erklärte hierzu: „Wir begrüßen ausdrücklich, dass auf der CSU-Klausurtagung die Trinkwasserversorgung in öffentlicher Hand in den Fokus gerückt wird. Das Thema ist aufgrund der Herausforderungen aktueller denn je und betrifft bundesweit die gesamte öffentliche Wasserwirtschaft. Vor allem muss der heutige Rechtsrahmen für die öffentliche Wasserwirtschaft gestärkt bzw. weiterentwickelt werden, damit die Zusammenarbeit und Kooperation in der öffentlichen Wasserwirtschaft, aber auch mit weiteren Akteuren wie Städte und Gemeinden finanziell verbessert und Organisationsformen der interkommunalen Zusammenarbeit möglich gemacht werden können."

AöW-Positionspapier zu wasserpolitischen Forderungen

Zur diesjährigen Bundestagswahl hat die AöW ihre wasserpolitischen Forderungen in einem Positionspapier zusammengefasst. Im Kern der Forderungen stehen geeignete finanzielle Rechtsrahmen zur Unterstützung von Kooperationen in der öffentlichen Wasserwirtschaft, nachhaltige Ausrichtung der Gewässerpolitik sowie Klimapolitik mit der öffentlichen Wasserwirtschaft. **red**

Markt Gangkofen:

BMU fördert Kläranlagentechnik

Der Markt Gangkofen im niederbayerischen Landkreis Rottal-Inn setzt auf Klimaschutz: Er baut seine Kläranlage energieeffizient um. Zum Start der Kläranlagensanierung überreichte Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Bürgermeister Matthäus Mandl einen Förderscheck über rund 580.000 Euro.

Klimafreundliche Abwasserbewirtschaftung

Pronold zeigte sich überzeugt, „dass dieses Projekt eine bundesweite Ausstrahlung entfaltet und zum Vorbild für klimafreundliche Abwasserbewirtschaftung werden kann". Im Zuge der Sanierung werden Kompressoren für die Belüftungstechnik im Belebungsbecken und Pumpen auf der gesamten Anlage eingebaut, die dem neuesten Stand der Technik entsprechen. Zudem wird durch die Optimierung der Prozessführung in der Kläranlage die Energieeffizienz deutlich gesteigert. Mit einer Treibhausgasminderung von etwa 1.200 Tonnen CO2 leistet dieses Vorhaben über die gesamte Lebensdauer hinweg einen wichtigen Beitrag zum lokalen Klimaschutz.

Die Sanierung von Kläranlagen wird ebenso wie die Erstellung und Umsetzung von Klimaschutzkonzepten über die Kommunalrichtlinie im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative NKI gefördert. Im Zuge des Corona-Konjunkturprogramms sind die Förderbedingungen erheblich verbessert worden, indem Förderquoten erhöht, Eigenanteile gesenkt und die Förderbedingungen für finanzschwache Kommunen optimiert wurden. Die verbesserten Förderbedingungen gelten noch bis Ende dieses Jahres. Anträge für die Kommunalrichtlinie können ganzjährig gestellt werden. **DK**

Bachpatenschaften der Stadt Würzburg

Der Mensch lebt vom Wasser und am Wasser. Gewässer erleben, Tiere, Pflanzen und Lebensräume entdecken und untersuchen, verstehen und zu schützen ist eine spannende, praktische und verantwortungsvolle Aufgabe.

Ein Element des praktischen Gewässerschutzes sind Bachpatenschaften, bei denen Bürgerinnen und Bürger die Gestaltung und Pflege der Gewässer und Uferbereiche ehrenamtlich unterstützen. In Würzburg ist eine Patenschaft an der Kürnach etabliert. Die Stadt Würzburg möchte diese Möglichkeit ausweiten und auch zu weiteren Patenschaften einladen, zum Beispiel für den Dürrbach, Heigelsbach, Fuchsstädter Bach und Reichenberger Bach.

Interessierte Bürger, Anwohner oder Vereine können ein Gewässer bzw. ein Abschnitt eines Gewässers übernehmen und dadurch zu „Bachpaten" werden. Bachpaten sind Personen, Gruppen oder Vereine, die in die Pflichten und Aufgaben des Unterhaltungspflichtigen eines Gewässers einbezogen werden. Aber auch der Tatendrang von Schulklassen mit engagierten Lehrerinnen und Lehrern ist herzlich willkommen. Hier können u.a. theoretische Lerninhalte aus dem Unterricht mit praktischen Maßnahmen am Gewässer kombiniert werden.

Bewusstsein für die Natur wecken

Der Wunsch der Stadt Würzburg ist es, praktisch, dauerhaft und mit Spaß Menschen zu gewinnen, die sich für eine Verbesserung „ihrer" Gewässer einsetzen möchten. Durch sinnvolle gewässerökologische Maßnahmen und Aktionen, wie z. B. Gewässeruntersuchungen, Bepflanzungen oder Ufergestaltung wird das Bewusstsein für die Natur geweckt oder verstärkt.

Auch Klimabürgermeister Martin Heilig begrüßt die Aktion: „Durch die enge Kooperation von Bachpaten mit der Stadt Würzburg als unterhaltungspflichtige Behörde kann ein großer Erfolg für unsere Gewässer erreicht werden, denn Gewässerschutz ist aktiver Naturschutz. Nicht zuletzt sind schon so manche Bepflanzungen und Renaturierungsmaßnahmen auf die Initiative von Bachpaten zurückzuführen". ❐



GZ ZU GAST BEI ...



Josef Mederer

Bezirkstagspräsident von Oberbayern

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich bin Bezirkstagspräsident von Oberbayern. Oberbayern besteht als größter der sieben Bezirke aus drei kreisfreien Städten und 20 Landkreisen mit insgesamt rund 4,6 Millionen Bürgerinnen und Bürgern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

Der oberbayerische Bezirkstag hat mich am 23. Oktober 2008 zum ersten Mal zu seinem Präsidenten gewählt. Aktuell bin ich in meiner dritten Amtszeit.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich wollte immer Gestalter und Macher sein und etwas bewegen für die Menschen – zuerst in der Gemeinde Schwabhausen, in der ich 18 Jahre Bürgermeister war, und jetzt als Bezirkstagspräsident. In keiner anderen politischen Ebene wie im Kommunalen kann man so viel gestalten und eigene Projekte von der ersten Idee bis zu konkreten Umsetzung so eng begleiten.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Da ist zum einen mein langjähriges ehrenamtliches Engagement beim Kolpingwerk und beim BRK. Beruflich war ich in den Verwaltungen von Stadt und Landkreis Dachau tätig, später Verwaltungsleiter der Gemeinde Schwabhausen. Die Breite der Themen, mit denen ich dort befasst war, war die beste Vorbereitung – auch auf mein Amt als Bezirkstagspräsident.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Mein Amtsantritt als Präsident fiel in eine überaus herausfordernde Zeit. Wir haben 2008 die ambulanten Eingliederungshilfen von den Landkreisen und kreisfreien Städten übernommen. Wir mussten für einen reibungslosen Übergang sorgen, damit tausende Menschen mit Behinderungen ihre Leistungen nahtlos weiter erhalten haben. Zudem haben wir damals unsere Bezirkskliniken in ein Kommunalunternehmen, die Kliniken des Bezirks Oberbayern (kbo), umgewandelt – eine spannende, aber auch komplexe Aufgabe, die wir erfolgreich umgesetzt haben. Damals gab es drei große Klinikstandorte, heute haben wir an 50 Standorten in Oberbayern wohnortnahe Behandlungsangebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Die soziale Landschaft in der Corona-Pandemie zu erhalten und zu sichern, ist eine Riesenherausforderung. Die von uns finanzierten Einrichtungen und Dienste für Menschen mit Behinderungen sind seit fast eineinhalb Jahren im Ausnahmezustand. Mit unserem Rettungsschirm haben wir sichergestellt, dass sich keine Einrichtung während dieser schweren Krise Sorgen ums Geld machen muss.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die Pandemie wird uns sicher noch einige Zeit beschäftigen. Intern geht es für uns um die Weiterentwicklung des Bezirks Oberbayern. Ökologie und Nachhaltigkeit sind hier sehr wichtige Themen. 2030 wollen wir im Bezirk CO_2-neutral sein. Außerdem beschäftigen wir uns intensiv mit der Erinnerungskultur und der Verantwortung unserer Kliniken für die Patientenmorde während der NS-Diktatur.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Chancen erkennen und nutzen. Ganz wichtig ist es, draußen unterwegs zu sein, um mit den Menschen zu reden und ihnen gut zuzuhören. Dann weiß man immer, wo sie gerade der Schuh drückt.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Offenheit, Ehrlichkeit und Transparenz sind für mich die Basis für eine gelingende Zusammenarbeit. Wichtig ist auch, andere Meinungen auszuhalten und zu respektieren. Diese Grundsätze bringe ich in all unsere Besprechungen in der Bezirksverwaltung und die Gremienarbeit im Bezirkstag ein. Ich bin damit bisher sehr gut gefahren, denn ich erlebe auf allen Ebene ein kollegiales Miteinander auf Augenhöhe.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die bayerischen Verwaltungen hinken in der Digitalisierung hinterher. Da haben alle Verwaltungen – auch der Bezirk Oberbayern – Nachholbedarf, zum Beispiel bei der digitalen Antragstellung und Bearbeitung. Die Zukunft ist digital, aber nicht nur. Den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern dürfen wir keinesfalls verlieren.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Optimismus, Herzlichkeit und eine Portion Gelassenheit! Frei nach Don Bosco halte ich mich an das Motto: „Gutes tun, fröhlich sein und die Spatzen pfeifen lassen."

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als bürgernaher, verantwortungsvoller Gestalter mit einem offenen Ohr für die Sorgen und Nöte der Menschen. ❐

Inklusionspreise des Bezirks Oberpfalz:

Für fairen Umgang miteinander

Das Netzwerk Inklusion des Landkreises Tirschenreuth, die Kontaktgruppe für Menschen mit und ohne Behinderung Furth im Wald und der Oberpfälzer Bezirksverband des „Bayerischen Behinderten- und Rehabilitations-Sportverbands Bayern (BVS)" wurden mit dem Corona-bedingt erst in diesem Jahr übergebenen Inklusionspreis 2020 des Bezirks Oberpfalz ausgezeichnet. „Inklusion ist in der Oberpfalz angekommen und wird gelebt", hob Bezirkstagspräsident Franz Löffler hervor.

Ebenso wie die weiteren Preisträger wurde das Netzwerk Inklusion des Landkreises Tirschenreuth mit seinem Projekt „Demokratie-Werkstatt für alle" mit einer Auszeichnung in Höhe von 3.000 Euro bedacht. Landrat Roland Grillmeier zufolge wird Wissen über die Möglichkeiten vermittelt, mit der Politik in den Dialog zu kommen. Dies zeige auch die aktuelle Studie des Netzwerks ‚Corona und Inklusion', machte der Landkreischef deutlich.

Vorgänger des Netzwerks Inklusion im Landkreis Tirschenreuth war das ebenfalls vom Bezirk Oberpfalz unterstützte Modellprojekt „Inklusive Gemeinde VG Mitterteich". So würdigte Mitterteichs Bürgermeister Stefan Grillmeier den Erfolg beider Netzwerke: „Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt, diese beiden Themen gehören zusammen. Das zeigt auch die Demokratie-Werkstatt in vielen Veranstaltungen, unter anderem mit Beispielen aus und um Mitterteich herum. In Mitterteich hat es 2011 angefangen – das wollen wir fortsetzen und uns weiter für Inklusion einsetzen."

Seit 1995 finden die „unBehinderten Kulturtage Furth im Wald" statt. Aus der Taufe gehoben hat die bis zur Pandemie jährlich stattgefundenen Kulturtage vor allem Wera Müller, frühere Sozialreferentin der Stadt Furth im Wald, und die von ihr gegründete Kontaktgruppe für Menschen mit und ohne Behinderung. Die Menschen gestalten gemeinsame Gottesdienste, sind im Chor aktiv, engagieren sich in Kunstaktionen und vieles mehr. „Inklusion bedeutet im Idealfall, es spielt im Alltag keine Rolle mehr, ob ein Mensch behindert ist oder nicht", betonte Bezirkstagspräsident Löffler. Er unterstrich, dass die Gesellschaft erkennen müsse, was Menschen mit Behinderung für die Gemeinschaft leisten können. „Für diese Bewusstseinsänderung ist aber noch Luft nach oben!" stellte Löffler fest.

Kulturtage jährlich an verschiedenen Orten

Altersbedingt wird sich Wera Müller aus der Organisation der Kulturtage zurückziehen. Künftig werden die „unBehinderten Kulturtage" unter dem Titel „unBehinderte Kulturtage des Landkreises Cham" im jährlichen Wechsel an verschiedenen Orten des Landkreises stattfinden. Der Auftakt soll diesen Herbst in Cham erfolgen, zudem ist ein Workshop in der Radwerkstatt in Arnschwang geplant. Landrat Löffler bezeichnete Müller als „ein Juwel" für den Landkreis, die große Fußstapfen hinterlassen habe.

Für seinen alljährlich durchgeführten „Inklusiven Tag der Bewegung" wurde der Oberpfälzer Bezirksverband des Bayerischen Behinderten- und Rehabilitations-Sportverbands Bayern (BVS) geehrt. Hinter dem „Inklusiven Tag der Bewegung" stecken ein Wander-Tag und ein Nordic Walking-Tag – zwei Tage, die der Bezirksverband Oberpfalz des BVS alljährlich gemeinsam mit einem örtlichen Sportverein ausrichtet. „Auch wenn diese Tage im vergangenen Jahr Pandemie-bedingt nicht stattfinden konnten, so sind sie doch seit Jahren ein beeindruckendes Beispiel, wie der inklusive Gedanke im Bereich des Sports bestens funktioniert", bekräftigte Löffler.

Bezirks- und Landrätin Tanja Schweiger wies darauf hin, dass die Teilnahme am Leben insbesondere für Menschen mit Behinderung in der Pandemie besonders schwer sei. Im Landkreis Regensburg stünden jetzt zahlreiche Initiativen am Start, um mit Umsicht Begegnungen wieder möglich zu machen. Auch BVS-Vorsitzender Frank Reinel hofft nach dem Ausfall 2020 in diesem Jahr wieder einen „Inklusiven Tag der Bewegung" organisieren zu können. Die Planungen liefen bereits. **DK**



V.l.: Bayernwerk Kommunalmanager Alexander Usselmann, Bürgermeister Michael Müller, Bayernwerk Regionalleiterin Silke Mall, Anja Hagen und Leiter Björn Rodenwaldt von der Stadtbücherei Geretsried. Bild: Michael Bartels / Bayernwerk

Kleinprojekte der Stadt Stein im Rahmen des Regionalbudget

Mit dem Regionalbudget der Ländlichen Entwicklung verfügen die Gemeinden der Kommunalen Allianz Biberttal-Dillenberg über ein eigenes Budget, um eigenverantwortlich kleine Projekte zu fördern. In einer digitalen Sitzung wählte das mit regionalen Akteuren besetzte Entscheidungsgremium aus 31 Förderanfragen 21 Projekte für die Umsetzung aus.

Zu der Auswahl gehört eine bunte Mischung verschiedenster Projekte und Themenfelder von Mobilität über Biodiversität, Tourismus und sozialem Miteinander bis hin zur Stärkung der Ortskerne. Erfreulicher Weise sind auch zwei Projekte der Stadt Stein mit dabei, die sich dem Thema Inklusion widmen und die eine engagierte und aktive eigenverantwortliche ländliche Entwicklung unterstützen sowie die regionale Identität stärken.

Inklusive Spielgeräte

Stein erhält zum einen ein behindertengerechtes Bodentrampolin für den Spielplatz Fasanenring. Dieses behindertengerechte Bodentrampolin soll ein interaktives Spielen der Kinder ermöglichen. Außerdem wird es dadurch den Stadtteil beleben und den Standort des Spielplatzes stärken. Die Kosten für das Trampolin liegen bei 7.200 Euro von denen 80 Prozent gefördert werden.

Zusätzlich wird ein behindertengerechtes Karussell für den Spielplatz in der Krümma gefördert. Die Kosten liegen bei 16.500 Euro, von denen 10.000 Euro gefördert werden. Durch das Karussell wird es Rollstuhlfahrern ermöglich aktiv am Spielgeschehen mit anderen Personen teilzuhaben.



Leon testet zusammen mit Uli Bauer (Jugendbeauftragter Stadt Stein) und Erstem Bürgermeister Kurt Krömer das neue behindertengerechte Karussell. Bild: Stadt Stein

Inklusion ist das Bestreben

So wie Leon Hickmann. Der 13-jährige hat das Spielgerät vor Ort getestet: „Ich finde es schön, dass ich nun auch die Möglichkeit habe auf diesem Spielplatz noch mehr machen zu können". Auch Erster Bürgermeister Kurt Krömer überzeugte sich von den neuen Investionen: „Wir sind sehr froh, die Förderung durch das Regionalbudget hier investiert zu haben. Es ist ein weiterer Schritt Richtung Inklusion und dies war und wird weiter unser Bestreben sein. Schon jetzt ist zu sagen: Das Regionalbudget ist ein großer Erfolg", so Krömer. ❐

Geretsried:

Kinderbibliothekspreis 2021 für Stadtbücherei

Jedes Jahr vergibt die Bayernwerk AG (Bayernwerk) den Kinderbibliothekspreis an fünf bayerische Einrichtungen. Er ist mit jeweils 5.000 Euro dotiert. Zu den glücklichen Gewinnern gehört in diesem Jahr die Stadtbücherei in Geretsried (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen). Weitere Preisträger in 2021 sind die Stadtbibliothek Münchberg (Landkreis Hof), die Gemeindebücherei Schwarzenfeld (Landkreis Schwandorf), und die Gemeindebücherei Altfraunhofen (Landkreis Landshut). Da in diesem Jahr die traditionelle Preisverleihung im großen Rahmen auf Grund des Infektionsgeschehens nicht möglich war, hat das Bayernwerk die Bücherei besucht und vor Ort im kleinen Rahmen gratuliert.

Silke Mall, Leiterin des Bereichs Kommunalmanagement Oberbayern, hat den Scheck und die Urkunde den Leiter Björn Rodenwaldt überreicht: „Danke, dass Sie Räume für Fantasie schaffen. Bei Ihnen können Kinder und Jugendliche in fantastische Welten eintauchen. Sie finden hier buchstäblich einen Raum, in dem sie immer willkommen sind. Und wo sie Wissen und Inspiration finden." In seinem Grußwort dankte Bürgermeister Michael Müller den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und hob die Bedeutung der Bücherei für Geretsried hervor: „Ich freue mich über die Verleihung des Kinderbibliothekspreises, die wir vor allem dem starken Engagement des Teams unserer Bücherei zu verdanken haben. Gerade in diesen Zeiten ist die Auszeichnung auch eine besondere Anerkennung von kulturellen Einrichtungen und ihren Angeboten auf kommunaler Ebene." Ute Palmer, Leiterin der Landesfachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen der Bayerischen Staatsbibliothek, hat die Fachjury vertreten. Ihre Kollegin Christin Stegerhoff erklärte bei der Preisverleihung, warum die Gemeindebücherei Geretsried ausgezeichnet wurde.

Bayernweite Leseförderung

Das Bayernwerk setzt sich seit Jahren für die Leseförderung bei Kindern und Jugendlichen im Freistaat ein. Mehr Informationen finden Interessierte unter www.bayernwerk.de/kinderbibliothekspreis. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Gerolzhofen liegt auch digital in der Gunst der Kunden

Gerolzhofen wird digitale Einkaufsstadt: Insgesamt 30 Teilnehmer und Teilnehmerinnen nahmen an der Online-Auftaktveranstaltung zur „Digitalen Einkaufsstadt“ teil und diskutierten mit.

Die durchschnittliche Bewertung mit 4,4 von 5 möglichen Sternen auf Google zeigt, dass die Kunden mit dem Angebot der Stadt Gerolzhofen zufrieden sind. Zu diesem Ergebnis kommt die Beratungsgesellschaft cima, die im Auftrag von GerolzhofenAKTIV e.V. einen sogenannten Online-Präsenz-Check (OPC) durchgeführt hat. Hierbei wurden 242 Unternehmen aus sämtlichen Sparten betrachtet und hinsichtlich ihrer digitalen Auffindbarkeit qualitativ bewertet.

Die Auswertung ergab, dass man sich insgesamt auf einem relativ guten Level befindet, es aber beispielsweise bei der Anwendung von Google noch Möglichkeiten zum Ausbau gibt, da teilweise lückenhafte Basisinformationen vorliegen. cima-Referent Philipp Schleef erläuterte in seinem Analysevortrag Maßnahmen, mit denen sich das Potential von Google voll ausschöpfen lässt. Des Weiteren prüfte die cima Unternehmenswebseiten auf Rechtssicherheit und Aktualität und lobte dabei den mit 89% sehr hohen Anteil der Unternehmen, die auf ihrer Webseite Kontaktformulare und andere Funktionen zur Interaktion mit dem Kunden bereitstellen. Die Sichtbarkeit und Aktivität in den Social Media Portalen facebook und instagram wurde ebenso beleuchtet. Hier kam man zum Ergebnis, dass nur 48% der Gerolzhöfer Unternehmen einen eigenen Account besitzen. Ein Wert, der noch auszubauen ist. Außerdem wurde festgehalten, dass ein großflächiger sogenannter „digitaler Leerstand“ nicht festzustellen ist, jedoch einige Betriebe vor allem aus dem Bereich des Handwerks Nachholbedarf hätten.

Daniel Hausmann und Beate Glotzmann erläuterten für alle noch einmal wie es zu diesem Projekt kam und welche Ziele damit verbunden sind. Im vergangenen Jahr hatte sich Gerolzhofen erfolgreich für das Förderprogramm „Digitale Einkaufsstadt Bayern“ beim Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie beworben. Mit dem Projekt will die Stadt Gerolzhofen in Kooperation mit gerolzhofenAKTIV e.V. und regionalen Partnern und Förderern eine digitale Plattform schaffen, auf der die unterschiedlichen Branchen nicht nur ihr Angebot attraktiv präsentieren, sondern sich auch viel stärker miteinander vernetzen können. Gleichzeitig sollen auch das Kultur- und Freizeitangebot einheitlich präsentiert werden. Den Auftrag für die fachliche Begleitung erhielt die CIMA Beratung + Management Agentur in Forchheim.

Digitale Sichtbarkeit verbessern

Ziele sind vor allem die „digitale Sichtbarkeit deutlich zu verbessern, den Bürgern und Bürgerinnen mehr Informationen mit einer höheren Transparenz bereit zu stellen, die Identifikation mit den „lokalen Betrieben und Angeboten“ zu erhöhen, insgesamt das Image der Stadt zu verbessern, mit mehr öffentlichem WLAN die Aufenthaltsqualität in der Stadt zu verbessern und schließlich weitere Angebote wie Online-Shop oder Gutscheinkauf mit der Plattform zu verbinden.

Bürgermeister Thorsten Wozniak ist überzeugt, „dass die Stadt Gerolzhofen mit dem neuen Digitalen Marktplatz mit all seinen Angeboten als Mittelzentrum im Ländlichen Raum wettbewerbsfähig bleibt: Aktuell sind wir beliebtes Handels- und Wirtschaftszentrum der Region. Wir wollen auch fit für die Zukunft sein.“

Abstimmung zu Inhalten des Anforderungskataloges

Zum Ende der digitalen Veranstaltung kam es dann noch zur Abstimmung über die Inhalte des Anforderungskataloges und über die Themen der in naher Zukunft stattfindenden Schulungsworkshops. Mittels der Webanwendung konnten die Teilnehmer über Inhalts- und Funktionsumfang einer möglichen Plattform entscheiden. Dabei wurde klar, dass es den Beteiligten wichtig ist, die Inhalte übersichtlich und transparent bei einfacher und intuitiver Steuerung darzustellen. Als wichtiges inhaltliches Ziel wurde die Aufwertung des Images identifiziert und dass die Steigerung der Bekanntheit der Einkaufsstadt Gerolzhofen im Fokus stehen sollen. Um diesen Weg zu beschreiten und auch die Unternehmer fit für die bevorstehenden Aufgaben zu machen, entschied man sich für Schulungsthemen aus dem digitalen Bereich, wie beispielsweise „Digitales Marketing“ oder „Moderne lokale Kundenbindungsinstrumente“. ❐

GZ PINOS WELT



„Welch ein Glück, dass dieser Kelch an uns vorbeigegangen ist.“ Der Bürgermeister dankte seinem Schicksal, dass die großen Wetterkapriolen dieses Sommers bis jetzt an seiner Stadt spurlos vorbeigegangen sind. Schon ein paar Mal blinkte bei der NINA-Warnapp für unsere Region ein Starkregenereignis auf, einmal sogar ein extremes. Hagel inklusive. Aber immer sorgte ein glückliches Schicksal dafür, dass sich die Unwetterfront auflöste oder einfach sich abschwächend weiterzog.

Also wir können über das Warnmanagement des Deutschen Wetterdienstes und des Bevölkerungsschutzes nicht klagen. Man muss halt die Warnmeldungen abrufen, ernst nehmen und damit leben, dass manchmal ein Auto aus der Tiefgarage gefahren wird, die dann doch nicht vollläuft, weil es nicht so schlimm

Hundertprozentige Sicherheit gibt es nicht

gekommen ist, wie zu befürchten war. Dass jetzt bloß aufgrund der Tatsache, dass eine britische Wetterfröschin per Zufall mal eine zutreffende Prognose erstellt hatte und das aus Marketinggründen herausposaund, eine Grundsatzdiskussion zum Bevölkerungsschutz inklusive Rücktrittsforderungen an den Bundesinnenminister losgetreten wird, kann nur mit Wahlkampf erklärt werden.

Hundertprozentige Sicherheit kann es nicht geben. Man kann mit Apps, Sirenen oder SMS warnen, wenn Menschen dies ignorieren, sind alle diese Anstrengungen nicht schlussendlich wirksam. Übrigens haben die wenigsten gelernt, die Reaktionen von Tieren zu lesen. Wenn Katzen, Vögel, Pferde, ja sogar Hunde nervös werden, Fluchtbewegungen machen oder irgendwie nicht rund laufen, ist das ein ziemlich guter Indikator dafür, dass was nicht stimmt – ob Wasser, Feuer oder mitunter sogar Erdbeben.

Aber eine Reihe von Politikern, Journalisten und noch mehr Aktivisten haben ja das Patentrezept gefunden, um künftig Starkregen, Sturm und Überschwemmungen zu bannen: Das Klima muss geschützt werden! Mit Schaum vor dem Mund wird alles beschimpft, was bis dato in diesem Land politische Verantwortung getragen hat und dafür angeklagt, dass man bisher nicht den ganzen Way of life, den Wohlstand und die Lebensqualität auf dem Altar des Klimaschutzes geopfert hat.

Ich bin ja nur ein alter schwarzer Kater und deshalb vielleicht nicht ganz auf der Höhe der Zeit, aber so wichtig und sinnvoll es ist, wenn sich Deutschland langsam von den fossilen Energieträgern verabschiedet, ebenso wichtig schien es mir, sich Gedanken zu machen, wie man die Folgen abschwächen kann, wenn Deutschland allein mit seinem 2-Prozent-Anteil an den weltweiten CO2-Emissionen das Klima selbst bei strengster Klima-Austerität nicht wird gerettet haben.

Auch wenn man größer denkt, sollte man immer den Ernstfall im Auge behalten. Denn klar, die EU verursacht 9,5 Prozent der schädlichen Emissionen weltweit, hier kann Deutschland positiv wirken. Im Jahr 1990 hat Europa aber noch ein Drittel emittiert. Haben wir so viel eingespart? Eher wahrscheinlich ist wohl, dass andere aufgesattelt haben: Fakt ist, der Ausstoß von Klimagasen hat sich seit dem Pariser Abkommen nicht vermindert, sondern um 2,5 Prozent gesteigert. Und wenn die Deutschen 2045 klimaneutral sind und die Europäer 2050, dann werden die erneuerbaren Energien weltweit doch nur 22 Prozent des Energiemixes ausmachen, Öl, Gas und Kohle aber 66 Prozent. Blöd für Greta, Luisa und Co.

Aus meiner Sicht – und Katzen fürchten Wasser über die Maßen – sollten sich die Menschen also mindestens genauso viele Gedanken über Polder, Renaturierung von Flüssen, größere Querschnitte von Abwasserrohren, Versickerflächen in Städten und Dach- sowie Fassadenbegrünung machen, wie über das Verbot von Flugverkehr oder Rinderverzehr zu schwadronieren.

Der Bürgermeister setzt als typischer zupackender Kommunalpolitiker genau da an: An der Wurzel und überlässt theoretische, ideologische Diskussionen anderen. Er weiß wie der klassische Athener Perikles: „Es kommt nicht darauf an, die Zukunft voraus zu sagen, sondern darauf, auf die Zukunft vorbereitet zu sein.“

Ihr Pino

Bildungsregion Stadt.Land.Wü:

Stadt und Landkreis Würzburg bündeln ihre Kräfte

Stadt und Landkreis Würzburg bewerben sich beim Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus um das Zertifikat „Bildungsregion in Bayern“. Dazu unterzeichneten Schulbürgermeisterin Judith Jörg und stellvertretende Landrätin Christine Haupt-Kreutzer eine Interessensbekundung, die sowohl von der Regierung von Unterfranken als auch dem Ministerialbeauftragter für Realschulen in Unterfranken im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus unterstützt und mitgetragen wird. Stadt und Landkreis setzen sich das Ziel, in drei Jahren das Gütesiegel „Bildungsregion Stadt.Land.Wü“ vom Bayerischen Kultusministerium zu erhalten.

Die stellvertretende Landrätin und die Stadtschulrätin forcieren die Kooperation: „Bildung endet nicht an Stadt-Landkreis-Grenzen. So profitieren beispielsweise Menschen jeden Alters aus dem Landkreis von den Bildungsangeboten der Stadt. Die Bildungsregion Stadt.Land.Wü schafft gemeinsame Strukturen, die allen Bürgerinnen und Bürgern Mehrwert bringen sollen“, sagt Schulbürgermeisterin Judith Jörg. „Bildung eröffnet in allen Lebensbereichen und -abschnitten nicht nur Chancen und Möglichkeiten, es ist für mich auch stets eine generationsübergreifende Investition in die Zukunft. Bildung soll Spaß machen, daher brauchen wir Formen (gerade für Kinder und Jugendliche), die Bildung nicht als Aufholen von Defiziten oder zusätzliches Lernen wie in der Schule sehen“, so Christine Haupt-Kreutzer. Beide wünschen sich, dass sich die Region zu einem Bildungshotspot entwickeln werde.

Bildungsnetzwerk

Auf Basis bestehender Strukturen soll ein Bildungsnetzwerk geknüpft werden, von dem die Bürgerinnen und Bürger jeden Alters profitieren werden. Die Stadt Würzburg hat dank Bildungsbüro, Schulentwicklungsplanung, breit aufgestellten Bildungsnetzwerken und systematischer Gremienstruktur in der Bildungsplanung „ein breite Spanne“, wie es Klaus Rostek, Leiter des Fachbereichs Jugend und Familie des Landratsamtes, ausführte. Das Landratsamt hat jedoch ebenfalls Bildungsstrukturen wie die Fachstelle für Bildungskoordination, Bildungsnetzwerke und Arbeitsgruppen aufgebaut. Auf besonderes städtisches Interesse dürfte der Jugendkreistag treffen, ein Jugendparlament aus 70 gewählten Schülerinnen und Schülern des Landkreises, die im Sinne „praxisnahen Lernens“ nicht nur lokale Themen diskutieren, sondern auch deren Umsetzung im Rahmen eines festgesteckten Budgets verantworten. In der Stadt Würzburg bringen sich Jugendliche in Form der WÜSTs (Würzburger Schüler*innen-Tage), der Arbeit des Stadtteilcheckers oder in Parallelformaten im Rahmen der ISEKs in kommunale Gestaltungsprozesse ein – derzeit aber noch ohne eigenes Budget.

Ideen und Strukturen zu generationen- und topografischen Grenzen überschreitender Zusammenarbeit gibt es also viele. Getragen werden sollen diese in der „Bildungsregion Stadt. Land.Wü“ von mehreren inhaltlichen Säulen. Diese sind, wie Nadine Bernard, die Leiterin des Bildungsbüros, und Jana Hölz, Bildungskoordinatorin am Landratsamt, ausführten:

- Übergangsmanagement von der Kita in die Schule in den Beruf
- Kooperationen, Bildungspartnerschaften, Netzwerke
- Alle Talente in der Region fördern, Bildungsgerechtigkeit
- Lebenslanges Lernen in der Region: generationenübergreifende Bildungsangebote
- Bildung im gesellschaftlichen Wandel
- Bildung im digitalen Zeitalter
- Inklusion und Integration

Genauso wie das Thema Digitalisierung wird auch der Bereich der Familienbildung ein weiteres Querschnittsthema darstellen.

Verantwortung, für gute Bildung zu sorgen

Daniela Schuster, Leiterin des Fachbereichs Schule in der Stadt Würzburg, sieht den Fachbereich Schule „tief verwurzelt“ in diesen Themen und blickt der Kooperation freudig entgegen. „Das Denken muss weg vom reinen Lehrplan gehen und sich auch außerhalb des klassischen Schulbilds etablieren. Dies ist umso wichtiger, da immer mehr Kinder und Jugendliche immer mehr Zeit in den Schulen verbringen. Wir haben die Verantwortung, für gute Bildung und Erziehung zu sorgen, und nicht nur Stühle und Tische zur Verfügung zu stellen.“ Für die Sozialreferentin der Stadt Würzburg, Dr. Hülya Düber, sind die Bestrebungen zur gemeinsamen Bildungsregion „ein wahrer Segen“. In den Feldern Übergangsmanagement und Familienbildung ist zugleich das Sozialreferat der Stadt aktiv, von der frühkindlichen, außerschulischen Bildung bis zur Seniorenbildung: „Die außerschulische, pädagogische Betreuung von Kindern und Jugendlichen liegt in der Hand der Kitas, der Jugendzentren, der Kinder- und Jugendarbeit. Dort leisten wir bereits sehr viel. Doch das reicht nicht aus. Wenn wir die Kräfte bündeln, kann unsere gesamte Bildungslandschaft großen Nutzen aus diesem intensiven Weg ziehen.“

Unterstützung

Karlheinz Lamprecht, Ministerialbeauftragter für Realschulen in Unterfranken und diesjähriger Vorsitzender der Schulaufsicht aller Schularten, betonte, dass sich alle Schularten auf eine Vernetzung mit außerschulischen Partnern freuen und daher die Einrichtung einer Bildungsregion unterstützen: „Um unserem Bildungs- und Erziehungsauftrag angesichts der Herausforderung des gesellschaftlichen Wandels gerecht zu werden, brauchen wir als Schule außerschulische Partner.“

Den genannten Säulen werden Arbeitskreise zugeordnet, die von jeweils einer/m Säulensprecher/in aus Stadt und Landkreis vertreten werden. In den partizipativen Prozess sollen möglichst alle Interessen mitgenommen und daher auch die Bürgerinnen und Bürger jeden Alters eingebunden werden, vom Kind bis zum Senior. ❐



Diese Akteurinnen und Akteure möchten den Weg ebnen für eine Bildungslandschaft, die Chancen für alle Menschen aus Stadt und Landkreis eröffnet: Erste Reihe v.li Bürgermeisterin und Stadtschulrätin Judith Jörg, Jochen Wahlen (Regierung von Unterfranken Schulaufsicht für Grund- und Mittelschulen), stellvertretende Landrätin Christine Haupt-Kreutzer, Karlheinz Lamprecht (Vorsitzender der Schulaufsicht aller Schularten und Ministerialbeauftragter für Realschulen in Unterfranken). Zweite Reihe v.li. Sozialreferentin der Stadt Würzburg Dr. Hülya Düber, Nina Opfermann (Geschäftsbereichsleiterin Jugend und Soziales Landratsamt), Jana Hölz (Bildungskoordinatorin Landratsamt), Nadine Bernard (Leiterin Bildungsbüro Stadt Würzburg / Bildungsmanagement). Hintere Reihe v.li. Dominika Simonetti (Bildungsbüro Stadt Würzburg), Dr. Alexandra Maßmann (Bildungsbüro Stadt Würzburg, Bildungsmonitoring), Klaus Rostek (Leiter Amt für Jugend und Familie - Kinder-, Jugend- und Familienarbeit, Sport, Ehrenamt und Bildung, Landratsamt), Daniela Schuster (Leiterin Fachbereich Schule Stadt Würzburg). Bild: Claudia Lother

München muss eine menschliche und solidarische Stadt bleiben!

„Soziale Gerechtigkeit in aller Vielfalt in einer Stadt wie München zu erhalten und niemanden aus dem Blick zu verlieren ist immer eine Herausforderung. Die Pandemie war da in manchen Bereichen wie ein Brennglas und ein Katalysator.“, so Tobias Hartmann, Präses des BDKJ in der Region München e. V. und Sprecher des Bündnisses München Sozial. Alle drei Jahre verleiht das Bündnis München Sozial das Qualitätssiegel „Soziale Stadt München“ nach gründlicher Überprüfung der Stadt aus Sicht der sozialen Verbände und freien Träger der Wohlfahrtspflege. Dieses Jahr wäre es wieder soweit gewesen. Aber angesichts der Corona-Pandemie und der belastenden Herausforderungen für die Landeshauptstadt und das Bündnis München Sozial wäre es unredlich, bis unmöglich gewesen, die Verleihung in bisheriger Form durchzuführen.

„Das Bündnis München Sozial und seine rund 70 Mitgliedsorganisationen haben natürlich die Stadt und ihr Handeln weiter im Blick. Daher verschieben wir unsere Siegelverleihung auf nächstes Jahr.“, so Karin Majewski, Geschäftsführerin des Paritätischen in Oberbayern und Bündnissprecherin, „Doch wollen wir auch dieses Jahr unserer sozialen Verpflichtung nachkommen und ein paar Rückmeldungen an die Landeshauptstadt geben.“

Absolut positiv ist zu bemerken, dass es trotz der angespannten finanziellen Lage keine Kürzungen im sozialen Bereich gab. Im Gegenteil wurden der kooperative Ganztag an Schulen ausgebaut und eine Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung eingerichtet. Das große Engagement im Bereich Asyl und Migration muss ebenfalls hervorgehoben werden, auch wenn es deutlich eines Ausbaus von WLAN in den städtischen Unterkünften bedarf.

Die durchaus partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt München und den Verbänden und Organisationen wird bisweilen durch zu hohen Verwaltungsaufwand erschwert. „Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass Menschen im unteren Einkommensbereich und prekären Verhältnissen weiter abgehängt wurden. Das löst Angst, Besorgnis und Wut aus. Vor allem aber fordert es zum Handeln auf!“, mahnt Karin Majewski.

München versuchte die Krise bestmöglich zu bewältigen und war oftmals durch staatliche Vorgaben eingeschränkt. Das ist dem Bündnis durchaus bewusst. Es gibt viele Bereiche, die nun ein Mehr an Ressourcen benötigen. Ein Ausbau von Streetwork-Angeboten im Bereich der Suchthilfe könnte hier ein wichtiger Punkt sein.

Platz für junge Menschen

Junge Menschen waren in den Corona-Einschränkungen an den Rand gedrängt. Es zeigt sich deutlich, wie wichtig es ist hier Plätze zu schaffen, an denen diese Altersgruppen sein dürfen und sein können, auch fernab pädagogischer Konzepte.

Bedauerlich ist, dass gerade im Bereich sozialer Wohnungsbau und „Junges Wohnen“ in den vergangenen drei Jahren vergleichsweise wenig geschehen ist. Die angespannte Wohnsituation hat sich, vielleicht auch pandemiebedingt, nicht verschärft, aber auch nicht wesentlich entspannt. Hartmann: „Es kann nicht sein, dass Studierende über mehrere Semester hinweg bei Freunden auf der Couch schlafen müssen, weil sie in München keine bezahlbare Wohnung finden.“ Das Bündnis München Sozial bleibt präsent und engagiert, den Menschen und seine Situation in Blick nehmend und die solidarische Stadtgemeinschaft als Ziel.

„Wir freuen uns darauf, uns im nächsten Jahr wieder intensiv mit dem Qualitätssiegel beschäftigen zu können und es dann auch wieder der Landeshauptstadt verleihen zu können. Sicher tut sich in vielen Bereichen bis dahin wieder Neues auf. Die Herausforderungen bleiben für die größte Kommune Deutschlands. Die Stadt wächst beständig, die Aufgaben auch, doch wir müssen eine solidarische und menschliche Stadt bleiben.“, so das Bündnis München Sozial, wir halten die Stadt zusammen. Mehr über das Bündnis: https://www.buendnis-muenchen-sozial.de/. ❐

Vorschau auf GZ Nr. 17

In unserer Ausgabe Nr. 17, die am 9. September 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Finanzthemen**
- **Umwelttechnologien und Ressourcenschutz**
- **Entsorgungsmanagement und technische Lösungen**
- **Garten- und Landschaftsbau · Forst · Friedhof**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt der Sonderdruck Energie und kommunaler Klimaschutz bei. Wir bitten um Ihre Beachtung. ❐

Eröffnung des 100sten Inklusionsbetriebs in Bayern

Im Beisein von Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner wurde der 100ste Inklusionsbetrieb in Bayern, die Traditionsgaststätte „Spinnstube“ in Mainleus-Hornschuchshausen, eröffnet.

Das Sozialministerium unterstützt Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung bei Arbeitgebern des allgemeinen Arbeitsmarkts, u.a. in Inklusionsbetrieben. Im Jahr 2020 wurden diese mit rund 17,4 Millionen Euro gefördert. Jetzt bieten 100 Inklusionsbetriebe passgenaue Arbeitsplätze für über 1.800 Menschen mit Behinderung.

Spinnstube ist Nr. 100

Nr. 100 ist die „Spinnstube“ , die in einem schlossartigen, generalsanierten Gebäude neben zwei Gasträumen und zwei Tagungssälen einen großen Biergarten für die Besucher bietet.

Inklusionsbetriebe bieten Menschen mit Behinderung, deren Teilhabe an einer sonstigen Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auf besondere Schwierigkeiten stößt, vielfältige und adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten. Weitere Informationen finden Sie unter: https://www.stmas.bayern.de/arbeitswelt/inklusionsbetriebe/index.php ❐

LIEFERANTENNACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiebeschaffung

Kostenfreie Ausschreibungs-vorlagen!
Für hochwertige Pellets und Hackschnitzel.
enplus-pellets.de/ausschreibungsvorlage
EN plus Holzhackschnitzel wood chips
EN plus

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
> 50 erfolgreiche ISIS12 Projekte
www.Mein-Datenschutzberater.de
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

GemeindeZeitung auf folgenden
Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

GZ Akademie
Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
Wartung und Reinigung von:
- Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
- Prozesslufttechnische Anlagen
- Kontrollierte Wohnraumlüftung

DFLW
Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Jolitte Star
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Sonderdruck 29. Juli 2021 72. Jahrgang Nr. 15-16/2021



Bild von Winterseitler auf Pixabay

BAYERISCHES ENERGIEFORUM – CORONA SPEZIAL

Energie und kommunaler Klimaschutz

Leider sind Messen und Veranstaltungen Corona-bedingt erst ab Herbst 2021 wieder planbar, so dass das Team der Bayerischen GemeindeZeitung auch das für den 24. Juni 2021 geplante Bayerische EnergieForum im Bürgerhaus Garching verschieben musste. So erscheint wie vergangenes Jahr ein Sonderdruck mit dem Thema „Energie und kommunaler Klimaschutz" – Teil 2.

Als GZ-Sonderdruckpartner präsentieren sich Ihnen in der vorliegenden Ausgabe neben dem Bayerischen Gemeindetag das Ökoenergie-Institut Bayern und die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK). Sowohl Ökoenergie-Institut als auch LENK sind Einrichtungen des Bayerischen Landesamts für Umwelt (LfU) und zugleich Partner im Team Energiewende Bayern, einer Initiative des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie.

Während das Ökoenergie-Institut Bayern sich mit der umweltverträglichen Gestaltung der Energiewende in Bayern befasst und mit zahlreichen Informationen für die Bildungsarbeit unterschiedlicher Akteure aufwartet, unterstützt die Landesagentur für Energie und Klimaschutz mit Informationen, Netzwerken und zentralen Tools alle bayerischen Kommunen bei ihrer Entwicklung in Richtung Klimaneutralität.

In seinem Vorwort zum Sonderdruck beschreibt Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger zunächst, warum Kommunen wichtige Player beim Klimaschutz sind. Stefan Graf, Direktor beim Bayerischen Gemeindetag, erläutert, weshalb sich die Wertschöpfungsmöglichkeiten der Gemeinden bei Windkraft- und PV-Freiflächenanlagen deutlich verbessert haben.

Die BEN – Beratungsstelle Energieeffizienz und Nachhaltigkeit der Bayerischen Architektenkammer zeigt auf, wie ein klimagerechter Weg in die Zukunft aussehen kann, erdgas schwaben macht sein Gasnetz fit für Wasserstoff, ENGIE Deutschland stellt sein Leuchtturmprojekt an einer badischen Gemeinschaftsschule vor und die SEW GmbH präsentiert ihr Konzept einer hocheffizienten Wärmerückgewinnung zur Energieeinsparung.

Die eta Energieberatung, seit 2017 Tochtergesellschaft der SWM München, stellt dar, wie durch kompetente Energieberatung Energiekosten gespart werden können und der Übertragungsnetzbetreiber TenneT erläutert, warum nur gemeinsam im Verbund mit dezentralen Strukturen die Energiewende erfolgreich gestaltet werden kann.

In Zeiten der Pandemie wichtiger denn je ist eine regelmäßige und professionelle Wartung von Raumlufttechnischen Anlagen. Welche neuen Anforderungen und Herausforderungen sich ergeben haben, beschreibt schließlich der Pullacher Lüftungs-Reinigungs-Service Franz Sedlmeier in seinem Beitrag. ■

TERMINHINWEIS
13. BAYERISCHES ENERGIEFORUM
AM 02.06.22 IM BÜRGERHAUS GARCHING



STAATSMINISTER HUBERT AIWANGER | STMWI

Kommunen als wichtige Player beim Klimaschutz

Der Schutz des Klimas hat in den letzten Monaten erheblich an Dynamik gewonnen: Die EU hat ihre Klimaschutzziele wesentlich erhöht, die USA sind in das Pariser Abkommen zurückgekommen, der Bund hat nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts die schon ehrgeizigen Ziele im Bundesklimaschutzgesetz beträchtlich angehoben: Das Ziel der Treibhausgasneutralität wurde bereits bis 2045 verankert (bisher 2050) und der Weg bis dahin festgelegt. Um die ambitionierten Klimaschutzziele des Gesetzes zu erreichen, hat die Bundesregierung am 23. Juni 2021 ein Acht-Milliarden-Sofortprogramm beschlossen; ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen. Die Bayerische Staatsregierung wird einen Entwurf für eine Novellierung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes in den Bayerischen Landtag einbringen und ein überarbeitetes Maßnahmenpaket vorlegen.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität ist vor allem die Energiepolitik gefordert, da vier Fünftel der Treibhausgasemissionen energiebedingt sind. Die Ziele können nur erreicht werden, wenn alle ihren Beitrag leisten. Klima- und Energiepolitik können nicht gegen die Gesellschaft gelingen, sondern wir müssen möglichst alle mitnehmen. Hierbei spielen die Kommunen eine herausragende Rolle und sind wichtige Player beim Klimaschutz und der Energiewende vor Ort.

Dabei setzt die Staatsregierung nicht auf detaillierte Vorgaben und Pflichten für die Kommunen, wie dies in den Bayerischen Landtag eingebrachte Gesetzentwürfe vorsahen, die aber keine Mehrheit fanden. Wir lehnen dies aufgrund des erheblichen administrativen Aufwandes ab, zudem werden diese auch der Praxis kommunaler Entscheidungsprozesse nicht gerecht. Die Staatsregierung setzt vielmehr auf eine effektive Unterstützung der Kommunen. Lassen Sie mich hierfür einige Bespiele nennen:

So ermöglicht das Erneuerbare- Energien-Gesetz (EEG) von nun an eine finanzielle Beteiligung von Kommunen am Betrieb von Solar-Freiflächenanlagen. Damit wird eine wichtige Forderung Bayerns zur dauerhaften Sicherung der hohen Akzeptanz der Solarenergie umgesetzt. Unser Einsatz hat sich ausgezahlt. Die Kommunen und die Bevölkerung vor Ort können nun von der lokalen Wertschöpfung der Anlagen profitieren. Bereits bei der EEG-Novelle, die zum 01.01.2021 in Kraft getreten ist, wurde bei der Windenergie die von Bayern lange geforderte finanzielle Beteiligung der Kommunen eingeführt, ein Meilenstein für mehr Akzeptanz.

Um die Kommunen beim Thema Windenergie zu unterstützen, habe ich zudem das Projekt AUFWIND, insbesondere hier die „Regionalen Windkümmerer“ ins Leben gerufen. Diese Experten unterstützen und beraten ausgewählte Kommunen bei der Initiierung ihres Windenergieprojekts. Seit Oktober 2020 sind die Windkümmerer in vielen bayerischen Kommunen aktiv und stehen vor Ort mit Rat und Tat zur Seite. Analog wollen wir demnächst auch „Wasserstoffkümmerer“ einführen, die beim Ausbau der Wasserstoff-Infrastruktur beraten sollen.

Unterstützung gibt es zudem durch die Beratung kleiner und mittlerer Kommunen im Rahmen des „Energiecoaching_Plus“ sowie durch die Förderung der Qualifizierung „Kommunaler Energiewirt“ und der Neugründung kommunaler Energieagenturen.

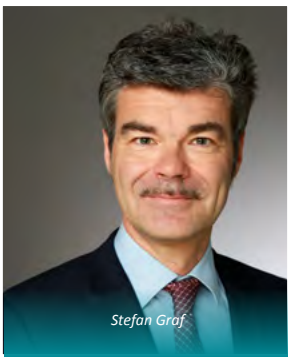
Außerdem habe ich das Gemeinschaftsprojekt „Team Energiewende Bayern“ initiiert: Es richtet sich an alle Menschen, die aktiv an der Energiewende in Bayern mitwirken. Mit großen und kleinen Positivbeispielen soll gezeigt werden, was jeder Einzelne im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Energiewende beitragen kann. Mit zahlreichen Informationen und Tipps stehen die Partner im Team Energiewende Bayern als Ansprechpartner zur Verfügung. Mit den Gestaltern im Team Energiewende Bayern zeigen wir spannende und innovative Projekte, die sich um die dezentrale Energiewende verdient machen. Bisher wurden die Gemeinde Fuchstal sowie die Genossenschaft Bürger für Bürger Energie e.G. für ihr Projekt „E-Carsharing in Neunkirchen am Brand“ als „Gestalter“ ausgezeichnet. Die diesjährigen Themenwochen „Mobilität“, „Strom“ und „Wärme“ im Rahmen dieser Initiative richten sich unter anderem auch an Kommunen und Landkreise: Nähere Informationen dazu erhalten Sie unter www.stmwi.bayern.de/energiewende/themenwochen. Ich lade Sie herzlich ein, sich daran zu beteiligen. Denn eines ist klar: Energiewende und Klimaschutz gelingen nur, wenn alle an einem Strang ziehen. Lassen Sie uns gemeinsam bei den Themen Energiewende und Klimaschutz energisch anpacken! ■

STEFAN GRAF | BAYERISCHER GEMEINDETAG

Wertschöpfungsmöglichkeiten der Gemeinden bei Windkraft- und PV-Anlagen deutlich verbessert

Seit Jahren wird viel über die Wertschöpfungschancen für Kommunen bei Anlagen auf Basis erneuerbarer Energien gesprochen. Bei genauerem Hinsehen war dies bislang aber nur in zwei eher seltenen Konstellationen Realität: Fall 1: Die Gemeinde verpachtet für die Aufstellfläche für Windkraft- oder PV-Freiflächenanlagen ihren Grund. Fall 2: Die Gemeinde ist unternehmerisch an der Anlage beteiligt. Ersteres hängt von vielen Faktoren ab und ist daher eher zufällig. Zweiteres ist ein Wagnis, nicht die Kernaufgabe von Kommunen und überfordert nicht selten kleine Kommunen.

Deshalb haben sich nicht wenige „Wertschöpfungsvereinbarungen“ im Graubereich bewegt. Zuwendungen an die Kommune sind nämlich aus bekannten Gründen nicht ohne Gegenleistung möglich. Der Erlass des vorhabenbezogenen Bebauungsplans ist wegen des Koppelungsverbots gerade keine zulässige Gegenleistung.


Stefan Graf

Dagegen sind die erforderlichen Einspeiseleitungen zum Netzverknüpfungspunkt, die oftmals kilometerweise in gemeindlichen Straßen und Wegen verlegt werden, ein fast immer vorhandener Anknüpfungspunkt. Da laut höchstrichterlicher Rechtsprechung kein Enteignungsrecht besteht, braucht sich die Gemeinde nicht mit einer Einmalentschädigung abspeisen zu lassen. Grundsätzlich ist ein laufendes Sondernutzungsentgelt denkbar, das das wirtschaftliche Interesse des Anlagenbetreibers, sprich die Einspeisevergütung, berücksichtigt. Das Problem liegt aber im Kartellrecht. Das Wegerecht ist ein Monopol der Gemeinden und deshalb dürfen nur marktübliche Entgelte verlangt werden. Da es diesbezüglich keine systematischen Erhebungen gibt, wird im Einzelfall oft über die Marktüblichkeit gestritten.

Bleibt die Gewerbesteuer. Hier stellt sich wiederum das Problem, dass Anlagenstandort und Betriebssitz zumeist auseinanderfallen. Bislang hat die gesetzliche Zerlegungsregel nur 70 Prozent des Gewerbesteueraufkommens nach den Anteilen des Sachanlagevermögens verteilt. Dies hat häufig auch deshalb zu geringen Gewerbesteuereinnahmen der Standortgemeinden geführt, weil üblicherweise erst nach Abschreibung der Anlagen in größerem Umfang Gewinne fließen und dann aber sich die Anteile verschieben. Aus diesem Grund gilt für Neuanlagen seit diesem Steuerjahr eine deutlich verbesserte Regelung: Für 90 Prozent der Gewerbesteuer ist die installierte Leistung maßgebend. Was freilich nichts daran ändert, dass in den Anfangsjahren keine bzw. geringe Gewerbesteuereinnahmen zu erwarten sind.

Hier hilft nun der neue § 6 des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG): Für geförderte Windkraftanlagen ab 750 Kilowatt Leistung und für Photovoltaik (PV)-Freiflächenanlagen können betroffene Gemeinden pro Kilowattstunde (KWh) eingespeisten Strom 0,2 Cent vom Anlagenbetreiber rechtssicher erhalten. Dies gilt aber nur für geförderte Anlagen, die den Förderzuschlag ab 1.1.2021 erhalten. Bei nicht geförderten PV-Freiflächenanlagen darf die Anlage frühestens zu diesem Zeitpunkt in Betrieb gegangen sein. Es können also nicht nachträglich Zahlungen für Bestandsanlagen vereinbart werden! Die Zielsetzung ist schließlich, dass vor Ort die Akzeptanz für Neuanlagen gesteigert werden soll.

Bei Windkraftanlagen können nur Gemeinden die laufende Zahlung erhalten, deren Gemeindegebiet zumindest teilweise im Umkreis von 2,5 Kilometern von der Anlage liegt. Liegen darin mehrere Gemeinden, dürfen auch nur insgesamt 0,2 Cent pro KWh bezahlt werden, die dann gegebenenfalls nach dem Verhältnis der betroffenen Flächen aufgeteilt werden. Bei PV-Freiflächenanlagen kommt es darauf an, dass sich die Anlage zumindest teilweise auf dem jeweiligen Gemeindegebiet befindet.

Der Anlagenbetreiber kann sich gegenüber der Gemeinde bereits vor der Genehmigung der Anlage zur Zahlung verpflichten. Bei PV-Freiflächenanlagen bestimmt aber das Gesetz, dass dies nicht vor Erlass des vorhabenbezogenen Bebauungsplans sein darf. Für Windkraftanlagen gilt dies nicht! Ausdrücklich heißt es im Gesetz, dass die Vereinbarungen nicht als Vorteil im Sinne der §§ 331 bis 334 des Strafgesetzbuches gelten. Die Vereinbarungen bedürfen der Schriftform. Die Fachagentur Wind hat bereits durch eine Fachkanzlei, abgestimmt mit den Kommunal- und Windkraftverbänden, einen Mustervertrag erstellt.

Wichtig ist auch, dass zumindest bei den geförderten Anlagen die Zahlungen an die Gemeinde nicht die Gewinne – und damit die Gewerbesteuer – schmälern: Die Anlagenbetreiber können sich die gezahlten Beträge im Nachhinein vom Stromnetzbetreiber erstatten lassen – was dazu führt, dass diese bei der EEG-Umlage Berücksichtigung finden. Nur bei ungeförderten Freiflächenanlagen muss der Anlagenbetreiber die Zahlungen aus seinen Erträgen erwirtschaften.

Die Regelung steht unter dem Vorbehalt der rückwirkenden beihilferechtlichen Genehmigung. Was eher Formsache sein dürfte, nachdem die Vorgängerregelung § 36k EEG für Windkraftanlagen von der EU-Kommission bereits genehmigt wurde. ■

LRS LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“

Wartung und Reinigung von:
- Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
- Prozesslufttechnische Anlagen
- Kontrollierte Wohnraumlüftung

DFLW

Lüftungs-Reinigungs-Service Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

NEUER PARTNER FÜR KOMMUNEN: DIE LANDESAGENTUR FÜR ENERGIE UND KLIMASCHUTZ (LENK)

Die LENK begleitet Kommunen auf ihrem Weg in die Klimaneutralität

Landesagentur für Energie und Klimaschutz

Mit Informationen, Netzwerken und zentralen Tools unterstützt die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) alle bayerischen Kommunen bei ihrer Entwicklung in Richtung Klimaneutralität, denn: Die mehr als 2000 Landkreise, Städte und Gemeinden im Freistaat sind wichtige Partner im gemeinsamen Engagement für ein klimaneutrales Bayern.

Im Bayerischen Klimaschutzgesetz vom November 2020 empfiehlt die Staatsregierung den Kommunen zwei Zielmarken: Bis zum Jahr 2030 sollte die Verwaltung von Gemeinden, Städten und Landkreisen klimaneutral sein. Dies betrifft Segmente wie Liegenschaften, Fuhrpark und Dienstreisen. Spätestens 2050 sollten alle weiteren Bereiche in den Kommunen klimaneutral werden, etwa Privathaushalte, Unternehmen und der Verkehr.

Die EU hat inzwischen die europäischen Klimaziele angehoben. Nach einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Bundes-Klimaschutzgesetz hat auch die Bundesregierung Ihre Klimaschutzvorgaben angepasst.

Die Bayerische Staatsregierung wird hierzu einen kraftvollen Beitrag leisten und ihrerseits die bayerischen Klimaziele anpassen. Bayern soll dann voraussichtlich bereits bis 2040 klimaneutral werden, die Staatsverwaltung noch deutlich früher. Möglicherweise werden dadurch auch die empfohlenen Zielmarken für die Kommunen geändert. Zur Erreichung der Ziele ist ein systematisches Vorgehen notwendig.



V.l.: MR Dr. Karlheinz Stephan, StMUV, Dr. Richard Fackler, Vizepräsident des LfU, Dr. Ulrich Buchhauser, Leiter der LENK, Staatsminister Hubert Aiwanger, Staatsminister Thorsten Glauber und MDirig Dr. Johann Niggl, StMWi *Bild:LENK*

KLIMASCHUTZ-MANAGEMENT ALS HILFESTELLUNG

Empfehlenswert sind das Klimaschutz-Management-System der Deutschen Energieagentur „Energie-Effizienz-Kommune“ sowie der „EEA – European Energy Award“, für den sich Kommunen aus dem ganzen Freistaat an die eza! energie- und umweltzentrum allgäu GmbH wenden können. Zusätzlich erarbeitet die LENK ein Konzept zur Unterstützung von Kommunen, u. a. um den Städten, Gemeinden und Landkreisen die Umsetzung eines Klimaschutz-Managements zu erleichtern.

Hauptziel des kommunalen Klimaschutzes ist es, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Kommunen sollten ihren Ausstoß erfassen, für alle Bereiche jeweils Schritte zur Verminderung definieren und diese umsetzen. Überprüfen sie im Anschluss die Wirksamkeit der Maßnahmen und passen sie daraufhin die Strategie immer weiter an, entsteht ein Kreislauf zur kontinuierlichen Minderung von Treibhausgasemissionen. Kompensation sollte ausschließlich unvermeidbaren Emissionen vorbehalten sein.

Der Freistaat unterstützt bayerische Kommunen bei der Durchführung von Vorhaben zum Klimaschutz/ bei der Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen und/oder zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels im Rahmen des Förderschwerpunks „Klimaschutz in Kommunen“. Die Förderung soll dazu beitragen, dass Bayern klimaneutral wird.

ENERGIEVERSORGUNG ALS WICHTIGER HEBEL

Ein großer Teil der Treibhausgasemissionen lässt sich verringern, wenn zunehmend Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien stammen. Dabei spielen die Kommunen eine entscheidende Rolle, weil sie etwa bei der Konzeption neuer Baugebiete auf regenerative und regionale Energieträger in Verbindung mit Wärmenetzen setzen können oder geeignete Flächen für Photovoltaik- oder Windkraftanlagen ausweisen können. Als zentrale Fachstelle und Mitglied im Team Energiewende Bayern bietet die LENK den Gemeinden, Städten und Landkreisen dazu ein umfassendes Informationsangebot, unter anderem zu Kraft-Wärme-Kopplung, Solar- und Geothermie, Windenergie oder energetischer Optimierung von Gebäuden. Handreichungen mit konkreten Handlungsempfehlungen sollen in Kürze Orientierung bieten. In einzelnen Projekten stehen Experten ausgewählten Kommunen im Verlauf der gesamten Informations- und Planungs-Phase als persönliche Ansprechpartner zur Verfügung. So sind die von LENK betreuten Windkümmerer als Experten in allen sieben Regierungsbezirken im Einsatz; ähnlich sollen bald die sogenannten Wasserstoffkümmerer landesweit Projekte anstoßen. In allen kommunalen Vorhaben ist der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern bedeutsam, Kommunikation ist daher auch ein Schwerpunkt der LENK. Die Landesagentur unterstützt die Kommunen mit konkreten Aktionen in deren Öffentlichkeitsarbeit, wie kostenlosen Kalenderblättern zum Thema Strom (aktuell zum Download auf der Website des Energie-Atlas Bayern unter www.energieatlas.bayern.de).

VERNETZUNG IM KOMMUNALEN KLIMASCHUTZ

Darüber hinaus hat sich die LENK den Erfahrungsaustausch zum Ziel gesetzt und will Gemeinden, Städte und Landkreise bayernweit miteinander in Kontakt bringen. ■

DAS ÖKOENERGIE-INSTITUT BAYERN: EIN BEWÄHRTER PARTNER

Der Energie-Atlas Bayern mit neuem Angebot für Kommunen

Geballte Information, umfassendes Kartenmaterial, kostenlose Tipps – der Energie-Atlas Bayern ist das zentrale Internetportal für die Energiewende in Bayern. Kommunen, Unternehmen und Privatpersonen finden darin stets aktuelle Daten und umfassende Services. Eng miteinander verzahnte, interaktiven Karten und Texte stellen eine Fülle von Informationen zum Energiesparen, zur Energieeffizienz und zu erneuerbaren Energien bereit.

Die aktuelle Version des Kartenteils bietet nun ganz neu die Möglichkeit, Karteninhalte direkt als „iFrame“ auf einer Webseite zu verlinken. Damit können Kommunen jeden gewünschten Ausschnitt aus dem Energie-Atlas Bayern direkt darstellen lassen: beispielsweise die PV-Anlagen der eigenen Gemeinde oder Stadt. Der Ausschnitt wird als Karte in beliebiger Größe auf der eigenen Internetseite eingebunden und ist interaktiv.

Der Energie-Atlas Bayern ist ein Angebot der Bayerischen Staatsregierung und wird fachlich betreut vom Ökoenergie-Institut Bayern im Bayerischen Landesamt für Umwelt. Die technische Umsetzung erfolgt durch die Bayerische Vermessungsverwaltung. Das Ökoenergie-Institut Bayern befasst sich mit der umweltverträglichen Gestaltung der Energiewende in Bayern. Es setzt Akzente für den sparsamen Umgang mit Energie, für die Verbesserung der Energieeffizienz und einen umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern in enger Kooperation mit regionalen Akteuren. Es unterstützt innovative Konzepte, Strategien und Modellprojekte.

UMFASSENDE ANGEBOTE FÜR KOMMUNEN

Das Ökoenergie-Institut Bayern bietet den Kommunen neben dem Energie-Atlas Bayern viele weitere Services an, etwa die kostenlose Ausstellung Energiewende, die mittlerweile den kompletten Liefer- und Aufbau-Service enthält. Damit auch parallel Veranstaltungsorte bedient werden können, stehen drei Sets zur Verfügung.

Informationen dazu gibt es unter: Energie-Atlas Bayern Kommunen / Werkzeugkasten / Ausstellungen

Auch die Energiekisten „Strom sparen“, „Erneuerbare Energien“ und die Fahrradwerkstatt „BikeKitchen“ werden kostenlos gebracht und wieder abgeholt.

Alles Wissenswerte unter: Energie-Atlas Bayern Rund um Energie / Bildung / Energiekisten

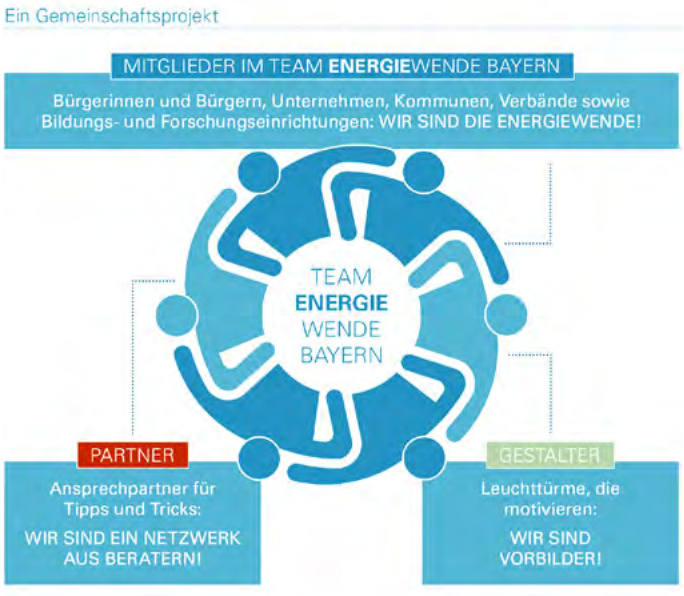
Die Abwärmeinformationsbörse unterstützt mit über 800 Datenquellen ab 1 GWh bei Projekten zur Nutzung regional verfügbarer Abwärme: Energie-Atlas Bayern Abwärme / Abwärmeinformationsbörse ■

Jetzt mitmachen beim TEAM ENERGIEWENDE BAYERN

Das Ökoenergie-Institut Bayern und die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) sind Einrichtungen des Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) und zugleich Partner im Team Energiewende Bayern. Dieses besteht aus allen Menschen, die aktiv an der Energiewende in Bayern mitwirken: Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Unternehmen aber auch Verbände sowie Forschungs- bzw. Bildungseinrichtungen. Ziel ist es, gemeinsam eine lebenswerte Energiezukunft aufzubauen. Das Team Energiewende Bayern ist eine Initiative des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie.

Die Partner im Team Energiewende Bayern bieten konkrete Hilfestellungen und Informationen rund um die Energiewende an. Zu ihnen gehören unter anderem die Bezirksregierungen, die als Mittelbehörden energierelevante Aufgaben bündeln und mit den Regierungspräsidenten als Energiebeauftragten der Bayerischen Staatsregierung die Energiewende unterstützen. Hier stehen den Kommunen mit den Energiekoordinatoren zentrale Ansprechpartner zur Verfügung, die beraten und vernetzen. Aktuell ist für die Kommunen etwa das neue Förderprogramm Energiecoaching_Plus interessant.

Weitere Partner im Team Energiewende Bayern sind das Centrale Agrar-Rohstoff Marketing- und Energie-Netzwerk (C.A.R.M.E.N. e. V.) sowie die Initiativen LandSchafftEnergie (LSE) und Bayern Innovativ / Bereich Energie. Auf seinen Social-Media-Kanälen informiert das Bayerische Wirtschaftsministerium unter #Team-Energiewende



rund um das Thema und nimmt mit Beiträgen und Aktionen alle Interessierten mit in Richtung Energiezukunft von Morgen. Alle Partner des Teams Energiewende Bayern präsentieren am 20./21. Oktober 2021 auf der Messe Kommunale 2021 in Nürnberg ihre Angebote für Kommunen.



„Das Gasnetz macht den Weg in eine Energiezukunft mit 100 Prozent Wasserstoff frei.“

erdgas schwaben ist einer der Initiatoren der Initiative H2vorOrt
Bild: Jan Schneckenhaus iStock



Markus Last, erdgas schwaben

ERDGAS SCHWABEN GMBH

Energie der Zukunft

ERDGAS SCHWABEN MACHT SEIN GASNETZ FIT FÜR WASSERSTOFF

Telefon: 0821 9002-0
E-Mail: info@erdgas-schwaben.de
www.erdgas-schwaben.de

Sauberer Wasserstoff ist ein unverzichtbares Element im Energiemix der Zukunft, die Infrastruktur für Speicherung und Transport ist bereits da: Das Gasnetz macht den Weg in eine Energiezukunft mit 100 Prozent Wasserstoff frei.

DAS GASNETZ WIRD KLIMANEUTRAL

Bereits heute fließt im Gasnetz der größte Teil unserer regionalen Energie. Mit Biogas heizt man längst nahezu CO2-neutral. Doch es geht noch mehr – das Gasnetz ist fit für eine Zukunft mit klimaneutralem Wasserstoff. Schon heute kann H2 beigemischt werden und bis 2045 sollen 100 Prozent klimaneutrale Gase durch das Gasnetz fließen. Parallel zur Ertüchtigung des Gasnetzes muss dazu auch die Wasserstofferzeugung vor Ort aufgebaut werden – zum Beispiel mit Power-to-Gas.

H2VORORT

erdgas schwaben ist, gemeinsam mit seiner Netztochter schwaben netz, Initiator des Projekts H2vorOrt, in dem 33 Gasverteilnetzbetreiber aus ganz Deutschland zusammen mit dem Deutschen Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) einen Transformationspfad der Gasinfrastruktur hin zur Klimaneutralität entwickelt haben.

ZUKUNFTSTECHNOLOGIEN UND LEISTUNGSFÄHIGE INFRASTRUKTUR

„Wir setzen uns für eine klimaschonende, sichere Energieversorgung ein“, sagt Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben. „Der Weg zum klimaneutralen Heizen besteht aus vielen Bausteinen. Supereffiziente Heizanlagen wie Brennstoffzellen gehören ebenso dazu wie ein leistungsfähiges Gasnetz, durch das Gas aus erneuerbaren Quellen fließt. Technologien, von denen uns viele ja schon zur Verfügung stehen, müssen wir effektiv kombinieren, damit Umwelt und Klima, aber auch der Geldbeutel geschont werden.“ ■



Schaffen Sie sich neue Spielräume

Mit unseren Energieprojekten können Sie für Ihre Bürgerinnen und Bürger zusätzliche und zuverlässige Einnahmen erzielen.

Wir begleiten Sie auf dem Weg zur Klimaneutralität. Mit einem Energieprojekt in Ihrer Gemeinde stärken Sie die regionale Wertschöpfung: durch Pachteinnahmen, Gewerbesteuern oder die neue Kommunalabgabe, die Ihnen verlässliche Einnahmen aus der Stromerzeugung des Betreibers sichert. Neugierig?

Dann sprechen Sie uns an: Wir prüfen gemeinsam, wie wir ein Wind- oder Solarenergie-Projekt zum Vorteil Ihrer Gemeinde realisieren können. Seit 25 Jahren zählt juwi zu den führenden Spezialisten für erneuerbare Energien. Erfahren Sie mehr über unsere Erfahrung und die Chancen der Energiewende unter www.juwi.de.

juwi AG · Regionalbüro Dürrwangen im Schloss Dürrwangen
Tel. +49 6732 9657-0 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

juwi

BEN – BERATUNGSSTELLE ENERGIEEFFIZIENZ UND NACHHALTIGKEIT DER BAYERISCHEN ARCHITEKTENKAMMER

Klimagerecht in die Zukunft

Klimaschutz ist einer der wesentlichsten Beiträge, den bayerische Kommunen für eine gemeinwohlorientierte Entwicklung leisten können. Ihnen kommt dabei eine wichtige Schlüsselrolle zu.

Wenn wir von 2021 aus in die Zukunft blicken, reden wir nicht mehr nur darüber, wie Klimaschutz im Sinne der Pariser Klimaschutzziele über das Etappenziel 2035 bis 2050 verwirklicht werden kann. Wir wissen, dass der Weg dorthin bereits massiv von den Auswirkungen des Klimawandels geprägt sein wird. Nicht nur global, sondern auch national in Deutschland, weist ein Anstieg an Hitzetagen, Trockenheit, Artensterben, Starkregenereignissen und Überschwemmungen schon heute darauf hin. Neben aktiven Maßnahmen zum Klimaschutz bedarf es folglich einer klugen Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Mehr noch, Klimaschutz und Klimaanpassung müssen zusammen gedacht werden, damit sie generationenüberdauernd unsere natürlichen Lebensgrundlagen, das Klima und die Lebensqualität vor Ort sichern.

Kommunaler Klimaschutz, durchdacht und konsequent betrieben, ist die Basis für den an Gemeinwohlinteressen orientieren Erfolg. Er trägt dazu bei, Energiekosten dauerhaft zu senken, entlastet Haushalte und steigert die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Integrierte Klimaschutzkonzepte sichern die Umsetzung der Energiewende vor Ort. Ihre Berücksichtigung in der Bauleitplanung, und das Festlegen von Nachhaltigkeitsstandards für Verwaltung und kommunale Liegenschaften, aber auch die Bewusstseinsbildung im Rahmen partizipativer Prozesse sind nur einige Beispiele der vielfältigen Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen.

Die BEN – Beratungsstelle Energieeffizienz und Nachhaltigkeit der Bayerischen Architektenkammer unterstützt hierbei u.a. Städte und Gemeinden mit Expertenwissen.

KONKRET BIETEN WIR KOSTENFREIE ERSTBERATUNGEN ZU FOLGENDEN THEMEN AN:

- Nachhaltigkeit, Energieeffizienz, Klimaschutz
- kommunale Nachhaltigkeit
- Klimaanpassung – blaue und grüne Infrastruktur
- Förderungen, Gesetze, Normen
- Technik und Gebäude
- Materialökologie, ökologisches Baustoffinformationssystem WECOBIS
- Projekte auf Nachhaltigkeit ausrichten
- Klima-Jugendbildung

Unsere Beratungen reichen von gebäudeorientierten bis hin zu regionalen Konzepten für urbane Gebiete und den ländlichen Raum. Wir unterstützen Sie mit unserem Beratungsangebot dabei, einzelne Vorhaben im besten Fall in kommunale Planungen und Maßnahmen zu integrieren, sodass über das notwendige Maß an Klimaanpassung und Klimaschutz hinaus, ökologische, ökonomische und soziokulturelle Mehrwerte entstehen.

Mit den unabhängigen Beraterinnen und Beratern der BEN können Sie sich zu all diesen Themenbereichen austauschen, sich kostenfrei beraten lassen sowie hilfreiches Wissen und weitere Informationen abrufen. Gefördert wird das kostenfreie Erstberatungsangebot gleich von zwei Bayerischen Staatsministerien – von Bayerns Bauministerium und Bayerns Umweltministerium. ■

Nutzen Sie das Angebot der BEN!
Umfangreiche Informationen und Publikationen erhalten Sie unter www.byak-ben.de.
Vereinbaren Sie per E-Mail an ben@byak.de oder telefonisch unter 089-139880-88 einen Termin.



TENNET TSO GMBH

Energiewende ist ein „Sowohl-als-auch“

Von Bayreuth aus betreibt TenneT weite Teile des deutschen Höchstspannungsnetzes. Die Verbindungen reichen von Flensburg nach Simbach, von dort zu österreichischen Pumpspeicherkraftwerken und seit Frühjahr 2021 auch direkt zu norwegischen Wasserkraftwerken. Ein wichtiges Fundament für das Gelingen der Energiewende, doch nur gemeinsam im Verbund mit dezentralen Strukturen kann die Energiewende erfolgreich gestaltet werden.

„SOWOHL-ALS-AUCH“ IM KONTEXT DER ENERGIEWENDE

Dezentrale Strukturen zur Stromerzeugung und Versorgung müssen Hand in Hand mit dem Netzbetrieb und Netzausbau gehen. Ein „Entweder-oder“ und Autarkiebestrebungen werden dem erfolgreichen Ausbau erneuerbarer Energie substantiell nicht dienen, dafür ist das System der Stromversorgung zu komplex. Bundestag und Bundesrat haben 2021 wiederholt die Notwendigkeit vieler bayerischer Netzausbaumaßnahmen bestätigt. Beim SuedOstLink entschied der Gesetzgeber die Kapazität zu verdoppeln, um nach 2030 noch mehr deutschen Grünstrom für Bayerns Wirtschaft liefern zu können und neben dem Neubau gilt es, Strukturen zu modernisieren. Seit Beginn der 1940er ist die ehemalige Reichssammelschiene Teil der bayerischen Kulturlandschaft. Zwischen Mittelfranken und



Bild: Tennet

Niederbayern wird die 80 Jahre alte Stromautobahn über das TenneT-Projekt Juraleitung an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst. Von Altheim führt die alte Reichssammelschiene weiter bis Österreich. Hier steht die Planung zur Modernisierung kurz vor Abschluss. Beim rund 50 Jahre alten Ostbayernring hat der Ersatzneubau im Sommer 2021 begonnen.

GEMEINSAM MIT VERBRAUCHERN, FORSCHUNG UND INDUSTRIE ERSCHLIEßEN SICH NEUE WEGE

Ein zukunftweisendes Pilotprojekt ist das vom Bundeswirtschaftsministerium geförderte Projekt Bidirektionales Lademanagement (BDL). Die Bayreuther Energiespezialisten entwickeln gemeinsam mit der Universität Passau, der BMW Group, dem Bayernwerk und der Forschungsstelle für Energiewirtschaft ein intelligentes bidirektionales Lademanagementsystem für Elektrofahrzeuge. Dadurch sollen diese über ihre Rolle als reiner Stromverbraucher hinaus einen aktiven Beitrag zur Flexibilisierung des Stromversorgungssystems leisten können, indem sie gezielt Strom aus erneuerbaren Energien nutzen, oder netzentlastende Ladestrategien umsetzen. Gemeinsam mit dem Bayernwerk wurde das Projekt HeatFlex aufgesetzt. Die dezentralen Stromnutzer sind hier Nachtspeicherheizungen, Wärmepumpen, Warmwasserboiler und potenziell auch Elektrofahrzeuge. Diese Verbrauchsstellen sind durch den Verteilnetzbetreiber mittels Rundsteuertechnologie steuerbar und bilden ein dezentrales Potenzial, das zum überregionalen Ausgleich der schwankenden Grünstromeinspeisung beitragen wird. Im Versorgungsgebiet des Bayernwerks sind über 170.000 dezentrale steuerbare Stromnutzer angeschlossen, die über eine Leistung von insgesamt etwa 200 MW verfügen.

Ein „Entweder-oder“ würde Fahrbahnen verengen, mit dem „Sowohl-als-auch“ zeigt TenneT Wege, die die Stromversorgung zukunftssicher und ressourcenschonend gestalten. ■

www.tennet.eu

Wir gestalten die Energiewende

TenneT ist ein führender europäischer Netzbetreiber, der sich für eine sichere und zuverlässige Stromversorgung einsetzt – 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr. Wir gestalten die Energiewende für eine nachhaltige Energiezukunft. Als erster grenzüberschreitender Übertragungsnetzbetreiber planen, bauen und betreiben wir ein fast 24.000 km langes Hoch- und Höchstspannungsnetz in den Niederlanden und Deutschland und sind einer der größten Investoren in nationale und internationale Stromnetze, an Land und auf See. Jeden Tag geben unsere 5.700 Mitarbeiter ihr Bestes und sorgen mit Verantwortung, Mut und Vernetzung dafür, dass sich mehr als 42 Millionen Endverbraucher auf eine stabile Stromversorgung verlassen können.

Lighting the way ahead together.

www.tennet.eu

TenneT

STADT MARKTREDWITZ

Klimafreundliches Nahwärmenetz im Neubaugebiet

Eine zentrale Nahwärmeversorgung gilt in Zeiten des Klimawandels als besonders effiziente Wärmeversorgung in Wohngebieten, da die Zahl der Einzelheizungsanlagen und damit die Emissionen reduziert werden können. Auch Kommunen sind hier in der Pflicht, entsprechende Möglichkeiten zu prüfen. Im oberfränkischen Marktredwitz wurde kürzlich das moderne und ökologisch geplante Neubaugebiet „Hammerberg-West“ im östlichen Stadtteil Haag erschlossen. Das Besondere: Die 51 Bauparzellen werden alle verpflichtend an das Nahwärmenetz angeschlossen, das durch eine bestehende Biogasanlage eines landwirtschaftlichen Betriebs in Haag gespeist wird.

Bauherren schätzen den dörflichen Charakter im Ortsteil Haag und profitieren gleichzeitig von kurzen Wegen in die Kernstadt. Einkaufsmöglichkeiten sind in weniger als fünf Fahrminuten erreichbar – oder gleich mit dem Fahrrad oder zu Fuß. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken ist hier außerdem eine Dorferneuerung im Gange, welche die Attraktivität des Ortsbilds nochmals steigern wird.

OPTIMALE ZUSAMMENARBEIT

Quer durch Haag verlegt derzeit die Firma Markgraf aus Weiden im Auftrag des Kommunalunternehmens Marktredwitz (KUM) Leitungen für das Nahwärmenetz, mit dem künftig das Baugebiet Hammerberg-West sowie der Ortsteil Haag versorgt wird. Mit einer Investition des KUM in Höhe von ca. 1,2 Millionen Euro wird ein vorbildliches Modell zum Klimaschutz umgesetzt. Das ist das Ergebnis einer sehr guten Zusammenarbeit des Kommunalunternehmens Marktredwitz, der Stadt Marktredwitz, des Amtes für Ländliche Entwicklung (ALE) Oberfranken und der Familie Heuschmann als Betreiber der Biogasanlage in Haag.

Von entscheidendem Vorteil im Prozess waren die laufenden Dorferneuerungen in Haag und Wölsau. Bereits bei deren Beginn war beabsichtigt, mit dem Ausbau der Dorfstraßen, auch einige Anwesen in der Haager Ortsmitte an eine private Wärmeversorgung anzuschließen. Nachdem die Teilnehmergemeinschaft (TG) Haag-Wölsau als Trägerin der Dorferneuerung von der Stadt Marktredwitz über die Ausweisung des unmittelbar benachbarten Baugebietes Hammerberg-West informiert wurde, ergriff die Gemeinschaft die Initiative und ließ eine Studie über die Energieversorgung des Baugebiets und der Ortschaft Haag erstellen.

Die Studie zeigte, dass das bisher ungenutzte Potenzial der Abwärme der Biogasanlage Heuschmann ausreicht, den Wärmebedarf sowohl für den Ortsteil Haag als auch für das neue Baugebiet Hammerberg-West zu decken. Das Kommunalunternehmen, das schon mehrere Projekte zum Klimaschutz umgesetzt hat, griff diesen Gedanken auf und ließ mit Unterstützung des Amtes für Ländliche Entwicklung Oberfranken vom Planungsbüro eta Energieberatung GmbH, Pfaffenhofen eine Planung mit Wirtschaftlichkeitsberechnung erstellen.

Mit einer Fragebogenaktion wurde außerdem von der Teilnehmergemeinschaft Haag-Wölsau die Anschlussbereitschaft im Ortsteil Haag abgefragt, da die Nahwärmeleitung von der Biogasanlage zum Baugebiet auch durch das Dorferneuerungsgebiet verläuft. Mit dem Bau der Leitung durch Haag, bezuschusst vom Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken, werden direkt einige Gebäude mit angeschlossen.

MUSTERGÜLTIGES ENERGIEPROJEKT

Die Einführung der neuen CO2-Abgabe bereits vor Augen, wurde ermittelt, dass eine Nahwärmeversorgung wirtschaftlich betrieben werden kann, wenn sichergestellt ist, dass sämtliche Gebäude im Baugebiet angeschlossen werden. Die Stadt Marktredwitz sah unter den gegebenen Rahmenbedingungen die große Chance, ein Baugebiet mit vorbildlicher, klimafreundlicher Wärmeversorgung zu etablieren und stellte mit einer Anschlussverpflichtung für alle 51 Bauparzellen die Weichen zur Umsetzung.

Die Wärme ist zum weit überwiegenden Teil Abwärme einer Biogasanlage, die bei der Erzeugung von Strom aus vergorener Biomasse in Blockheizkraftwerken (BHKW) entsteht und mit dem neuen Leitungssystem in die Häuser gebracht wird. Zwar kommt bei der Biogasanlage auch Mais zum Einsatz, jedoch macht dieser nur einen untergeordneten Teil aus – neben Biomasse aus Stallmist, Grasschnitt und der in Dauerkultur blühenden Pflanze Silphie, die nach →



Echt fair für Ihre Zukunft

erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

dem Anwachsen keinen Pflanzenschutz benötigt. Das Material fällt vor Ort beziehungsweise in der nahen Umgebung an, sodass die Wertschöpfung in Marktredwitz bleibt.

Der landwirtschaftliche Betrieb Heuschmann, der die Biogasanlage betreibt, liefert die Nahwärme an das Kommunalunternehmen Marktredwitz, das als Betreiber des Nahwärmenetzes fungiert und auch Vorsorge für den Fall einer Störung der Biogasanlage oder für Spitzenbedarfszeiten an sehr kalten Tagen trifft: Eine mit Flüssiggas betriebene Heizung unterstützt nämlich dann das Wärmenetz. Diese effiziente Form einer öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP) ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für effektiven und wirtschaftlichen Klimaschutz.

Die Häuser im Baugebiet decken künftig ihren gesamten Wärmebedarf für Heizung und Warmwasser mittels einer Übergabestation aus dem Nahwärmenetz. Diese benötigt nur einen Quadratmeter Platz und es entfallen Anschaffung, Unterhalt und Platzbedarf für eine Heizungsanlage und ein Brennstofflager sowie für einen Kamin bzw. eine Wärmepumpe. Des Weiteren entfallen Emissionen der Heizungsanlage oder die bei der Stromerzeugung für die Wärmepumpe. Bei Beantragung von Fördermitteln für den Wohnungsbau sinken die Anforderungen an Wärmedämmung oder vergleichbare Maßnahmen.

DIE ZUKUNFT FEST IM BLICK

Die in den nächsten Jahren steigende CO2-Abgabe für fossile Brennstoffe wird die künftigen Bewohner im Baugebiet nur noch zu einem geringen Teil betreffen. Mit der Nahwärmeversorgung werden jährlich klimaschädliche Emissionen aus etwa 100.000 Litern Heizöl oder entsprechenden anderen Energieträgern eingespart. Mit der Errichtung der ersten Häuser kann das Kommunalunternehmen Marktredwitz bereits ab September Wärme bereitstellen.

Der Marktredwitzer Oberbürgermeister Oliver Weigel, Baudirektor Franz Kamhuber vom Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken, der die Dorferneuerung in Haag und Wölsau leitet, KUM-Vorstand Markus Brand sowie der Abteilungsleiter für Erneuerbare Energien, Gerald Hoch vom Kommunalunternehmen Marktredwitz, Klimaschutzmanager Christopher Thieser und Christian Heuschmann, Betreiber der Biogasanlage, zeigten sich sehr erfreut über das gelungene zukunftsweisende Klimaschutzprojekt als Ergebnis der hervorragenden Zusammenarbeit.

Ein bereits untersuchtes und angestrebtes Folgeprojekt ist eine gemeinschaftliche, klimafreundliche Stromerzeugung aus Solarzellen. Leitgedanke ist die vollständige Erzeugung der im Ortsteil Haag verbrauchten Energie an Ort und Stelle – wiederum in Zusammenarbeit der örtlichen Akteure.

Aber auch auf der früheren Industriebrache „BENKER-AREAL“, mitten in der Innenstadt von Marktredwitz, entsteht für die Versorgung der neuen Wohnhäuser, der Behörden- und Dienstleistungsgebäude und eines großen Kinderhauses in diesem neuen Stadtteil eine Nahwärmeanlage, die durch den örtlichen Energieversorger ESM betrieben wird. Beim Kommunalunternehmen Marktredwitz läuft aber auch bereits die Planung für den Ausbau eines weiteren Nahwärmenetzes im Jahr 2022, das im Umgriff des Schulzentrums rund um die Schulstraße entstehen wird.

Auch hat der ebenfalls bei der Gestaltung der Wärmenetze beteiligte Klimaschutzmanager der Stadt Marktredwitz schon eine Reihe weiterer Maßnahmen und Aktivitäten hin zu mehr Energieeffizienz, unabhängiger Energieversorgung und weniger Treibhausgas-Emissionen in Vorbereitung. Es ist an der Zeit, Verantwortung zu übernehmen und das Selbstverständnis zu überdenken, mit dem Energie genutzt wird. Die neuen Nahwärmenetze in Marktredwitz werden hierzu auch einen Beitrag leisten. ■



ETA ENERGIEBERATUNG GMBH

Energiekosten sparen durch kompetente Energieberatung

Die eta Energieberatung ist seit 2017 Tochtergesellschaft der SWM München und hilft europaweit Industriebetrieben, Kommunen und Krankenhäusern innerhalb weniger Monate, ihren Energieverbrauch nachhaltig zu reduzieren. Damit werden durchschnittlich 5 bis 10 Prozent der jährlichen Energiekosten eingespart.

Das Team der eta Energieberatung berät umfassend in den Bereichen Energieeinkauf und der Erstattung von Energienebenkosten. So werden Einspar- und Versorgungskonzepte erstellt, beim Aufbau eines Energiemanagementsystems geholfen und Gutachten und Machbarkeitsstudien erarbeitet. Auch bei der Beantragung von Fördergeldern ist die eta Energieberatung beratend tätig. →

AKTIVER KLIMASCHUTZ – DIE ENTWICKLUNG DES BIOMASSE-HEIZWERKS ENGELSBERG

Am Beispiel des Biomasse-Heizwerks Engelsberg lässt sich sehr gut darstellen, wie Wirtschaftlichkeit und Effizienz eines Wärmeverbundes verbessert werden können.

So wurde in Engelsberg ein Biomasse-Heizwerk mit einer Leistung von 1 700 kW sowie ein Fernwärmenetz mit einer Trassenlänge von rund 7.400 m und 180 Wärmeübergabestationen errichtet.

Die eta Energieberatung wurde bereits in einer sehr frühen Projektphase für eine systematische Betriebsoptimierung beauftragt. Inzwischen ist Engelsberg durch das grüne Projekt ein Bioenergiedorf, das seinen Energiebedarf (Strom und Wärme) aus mind. 50 Prozent regional erzeugter Bioenergie deckt – getreu dem Motto vom ersten Bürgermeister Herrn Martin Lackner „aus der Region, für die Region".



Bürgermeister Lackner vor dem Hackschnitzelbunker



Biomasse-Heizwerk Engelsberg Bilder: eta



Luftbild der Gemeinde Engelsberg Bild: eta

AUSGEZEICHNETE FÖRDERSITUATION – BUNDESFÖRDERUNG FÜR EFFIZIENTE GEBÄUDE UND WÄRMENETZE

Sowohl für den Netzausbau als auch den Anschluss des Eigenheims an ein Wärmenetz gibt es aktuell sehr gute Förderquoten in Höhe von bis zu 50 Prozent.

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle fördert seit Anfang des Jahres mit der BEG den Heizungstausch, Maßnahmen zur Heizungsoptimierung, den Einsatz erneuerbarer Energien, Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung sowie Energieberatung für Wohngebäude.

Im Juli 2021 startet das Pendant zur Förderung effizienter Wärmenetze. Die BEW setzt sich aus vier Modulen zusammen, in denen u.a. die Anfertigung von Machbarkeitsstudien, Realisierung eines Wärmenetzes 4.0 und Informationsmaßnahmen zur Erzielung der erforderliche Anschlussquote finanziell unterstützt werden. ■





Bild von Lukas Bieri auf Pixabay

DIFU-BEFRAGUNG

Erneuerbare Energien in Kommunen

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat erneut eine Umfrage zum Thema „Erneuerbare Energien in den Kommunen“ durchgeführt, die von Deutschem Städtetag, Deutschem Landkreistag und Deutschem Städte- und Gemeindebund an ihre Mitgliedskommunen versandt wurde. An der Befragung, die seit 2008 alle vier Jahre stattfindet, beteiligten sich 200 Kommunen.

Neben Einsparung und Effizienz von Strom und Wärme gehört der Einsatz erneuerbarer Energiequellen zu den wichtigen Handlungsfeldern des kommunalen Klima- und Energiemanagements. Hier können die Kommunen in ihren eigenen Liegenschaften aktiv und damit ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Wie die bundesweite Umfrage ergab, nutzen 96 Prozent der Kommunen in ihren kommunalen Liegenschaften bereits erneuerbare Energien. Weitere 2 Prozent haben dies geplant. Konkrete Ausbauziele für den Einsatz erneuerbarer Energien in den eigenen Liegenschaften haben jedoch nur 29 Prozent.

Der Vergleich zum Jahr 2016 zeigt jedoch, dass mittlerweile prozentual mehr Kommunen erneuerbare Energien in ihren Liegenschaften einsetzen als noch vor vier Jahren (92 Prozent). Am häufigsten wird dabei Gebrauch von Photovoltaik (97 Prozent), Biomasse (53 Prozent) und Solarthermie (43 Prozent) gemacht. Im Vergleich zu den Jahren 2011/2012 und 2016 ist damit die Verwendung von Photovoltaik prozentual leicht angestiegen.

In 96 Prozent aller Kommunen werden Photovoltaik-Anlagen auf Dachflächen verwendet. In knapp der Hälfte der Kommunen werden außerdem Dachflächen für Photovoltaik-Anlagen verpachtet (49 Prozent). Dort, wo Geothermie zum Einsatz kommt, wird zu zwei Dritteln Gebrauch von oberflächennaher Geothermie gemacht. Das übrige Drittel verwendet Tiefengeothermie. Im Bereich der Verwendung von Biomasse werden hauptsächlich Holzhackschnitzel (57 Prozent) und Holzpellets (57 Prozent) genutzt.

Um festzustellen, welche kommunalen Gebäude für den Einsatz von erneuerbaren Energien geeignet sind, können Kommunen eine systematische Untersuchung ihrer Gebäude durchführen. 40 Prozent betonten, dies zu tun, und 16 Prozent planen, in Zukunft eine solche Untersuchung einzuleiten. Am häufigsten (49 Prozent) wurde eine PV-Potenzialanalyse der Dachflächen durchgeführt. Viele Kommunen (36 Prozent) bewerteten ihre Liegenschaften auch auf ihre energetischen Eigenschaften hin.

Für den Einsatz erneuerbarer Energien in der gesamten Kommune bestehen bisher lediglich in 38 Prozent der Kommunen konkrete Ausbauziele. Eine systematische Untersuchung über die kommunalen Liegenschaften hinaus wurde bereits in 49 Prozent der Kommunen durchgeführt, 9 Prozent planen diese, und 42 Prozent führten bisher keine Untersuchung durch. 38 Prozent haben darüber hinaus ein Energiekonzept für ihre Kommune erstellt. Weitere 17 Prozent beabsichtigen dies.

Ein zentrales Ziel des kommunalen Energiemanagements besteht darin, die Energieeffizienz in kommunalen Liegenschaften zu erhöhen und den Energieverbrauch so weit →

wie möglich zu senken. Dadurch werden Ressourcen geschont, die Luftbelastung sowie der Ausstoß von Treibhausgasen vermindert, so dass ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird. Zugleich werden durch die Einsparungen auch die kommunalen Haushalte finanziell entlastet. Die Hälfte der antwortenden Kommunen beschäftigt spezielles, ausschließlich für Aufgaben des Energiemanagements eingestelltes Personal. 7 Prozent erklärten, künftig solches Personal einzustellen.

Vielfach ist es sinnvoll und notwendig, dass Kommunen Kooperationen eingehen, um Projekte zur Nutzung von erneuerbaren Energiequellen zu verwirklichen. Mehr als die Hälfte der Kommunen (64 Prozent) nutzen diese Möglichkeit, um von Synergien zu profitieren. Weitere 8 Prozent planen, Kooperationen einzugehen. Am häufigsten wird dabei die Zusammenarbeit mit Kreis-, Stadt- oder Gemeindewerken, Bürgerinnen und Bürgern, regionalen Energieversorgern, anderen Kommunen oder mit (Bürger-)Energiegenossenschaften/Initiativen eingegangen. Insbesondere die Anzahl der Kooperationen mit Kreis-, Stadt- oder Gemeindewerken hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Vor allem für das Energieeinsparcontracting sind diese bevorzugte Partner.

Bei der Frage nach Hemmnissen beim Einsatz von erneuerbaren Energien in kommunalen Liegenschaften nannten 56 Prozent der Kommunen technisch-organisatorische Probleme und 53 Prozent der Kommunen zu hohe Investitionskosten bzw. zu geringe finanzielle Mittel.

Im Vergleich zu den vorangegangenen Umfragen haben im Jahr 2020 prozentual mehr Kommunen angegeben, dass vor allem technisch-organisatorische Probleme den Einsatz erneuerbarer Energien hemmen. Dazu gehören beispielsweise auch der Brandschutz und Vorgaben im Rahmen des Denkmalschutzes. Gebäude, die schon in den vergangenen Jahren aus diesen Gründen nicht für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien geeignet waren, werden unweigerlich auch in Zukunft den Anteil an Hemmnissen im technisch-organisatorischen Bereich nicht verringern.

Prozentual ist der Anteil der Kommunen, für die hohe Investitionskosten und eine zu lange Amortisationszeit Hemmnisse darstellen, in den vergangenen Jahren merklich gesunken. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Anlagen für erneuerbare Energien inzwischen eine andere Marktreife erzielt haben und in der Anschaffung im Vergleich kostengünstiger geworden sind. Dies lässt sich auch an den gesunkenen Amortisationszeiten ablesen. „Durch die seit 2021 gültige CO2-Bepreisung werden sich hier Hemmnisse beim Einsatz erneuerbarer Energien zukünftig voraussichtlich nochmals anders gestalten“, heißt es abschließend. ■



Zukunft gestalten – Fortschritt fördern.

Die BayernLabo – Kommunalkredit- und Förderbank des Freistaats Bayern.

Mit zinsgünstigen Kommunalkrediten und speziellen Förderkrediten unterstützen wir bayerische Gebietskörperschaften bei der Realisierung ihrer Investitionsvorhaben.

Näheres erfahren Sie unter ▶ bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB

BayernLabo



Obenansicht Gebäudekomplex Bild: ENGIE

Zum Video

ENGIE DEUTSCHLAND GMBH

Maximale CO2-Einsparung garantiert

ENGIE DEUTSCHLAND SETZT LEUCHTTURMPROJEKT AN BADISCHER GEMEINSCHAFTSSCHULE UM

Probleme mit der Heizung und der Gebäudetechnik gehörten lange Zeit zum Alltag im Schul- und Sportzentrum der 9.500-Seelengemeinde Oberhausen-Rheinhausen in Baden-Württemberg. Dank eines ganzheitlichen Lösungsansatzes ist das nun Vergangenheit: Die Expert:innen von ENGIE setzen rund um die Schule ein erweitertes Energiespar-Contracting um, das deutschlandweit in seiner Komplexität einzigartig ist. Es beinhaltet unter anderem die umfassende Modernisierung von Gebäuden und Technik. Michael Paschek, Projektleiter Energiemanagement in der ENGIE-Niederlassung Stuttgart, erläutert: „Das Modell bietet für unseren Kunden ein ganzes Bündel an Vorteilen: vor allem die Entlastung des örtlichen Bauamts und die Garantie, dass die geplanten Einsparungen erreicht werden. Kurz gesagt, profitiert Oberhausen-Rheinhausen von einem Rundum-sorglos-Paket durch ENGIE."

GELD SPAREN UND UMWELT SCHONEN

Im Frühjahr 2020 gestartet, verliefen die Planungen und Umbaumaßnahmen vor Ort besonders zügig, da Schule und Sportzentrum aufgrund der Corona-Pandemie geschlossen waren, und das ENGIE-Team diesen Zeitraum effektiv nutzte. Seit April 2021 ist das Projekt nun in der Hauptleistungsphase – und verspricht fortan eine beachtliche Einsparung von Energiekosten: „Für das Gesamtobjekt, also Schule und Sportzentrum, garantieren wir enorme Einsparungen von 41 Prozent Wärme, 58 Prozent Strom und 68 Prozent CO2. Dadurch spart die Gemeinde Oberhausen-Rheinhausen zum einen bares Geld und schont zum anderen die Umwelt", sagt Michael Paschek. Sollten die prognostizierten Einsparungen nicht erreicht werden, erhält die Schule aufgrund der vertraglichen Einspar-Garantie eine Ausgleichszahlung. Der Auftrag hat eine Laufzeit von 15 Jahren und beinhaltet eine Investition durch ENGIE Deutschland als Contractor in Höhe von rund 4,5 Millionen Euro. Die Investition refinanziert sich aus den eingesparten Energiekosten.

ALLE MAßNAHMEN AUS EINER HAND

Damit der Energiesparplan gelingt, koordinierte und realisierte das ENGIE-Team in den vergangenen rund neun Monaten alle geplanten Modernisierungsmaßnahmen in der Schule und im Sportzentrum aus einer Hand. Dazu gehörten sämtliche Aktivitäten rund um die Gebäudetechnik und spezielle Sanierungstätigkeiten im Schwimmbad – von der Sanierung der Umkleiden über den Austausch der Türen bis hin zur Erneuerung der Fliesen; aber auch sämtliche klassische Energiemaßnahmen wie die Installation von zwei Blockheizkraftwerken und die Erneuerung der Sanitär-, Lüftungs-, Elektro- und Badewassertechnik in der Sporthalle und im Schwimmbad. Dafür arbeitete ENGIE Deutschland mit verschiedenen lokalen Partnern zusammen – zur vollen Zufriedenheit der Gemeinde Oberhausen-Rheinhausen.

LEUCHTTURMPROJEKT MIT VORBILDCHARAKTER

Von Anfang an legte ENGIE Deutschland einen Fokus darauf, die CO2-Emissionen der Gebäude und Anlagen maßgeblich zu reduzieren – ganz im Sinne der selbstauferlegten Mission „Zero Carbon Transition as a Service". Auch unter diesem Aspekt kann das Projekt vielen anderen Schulen als Vorbild dienen. „Ob Grundschule, Gemeinschaftsschule oder Gymnasium – der Bedarf an Modernisierung und Sanierung ist hoch. Gleichzeitig sind die Kapazitäten für die entsprechende Planung und Umsetzung vielerorts knapp. Diese Situation hat sich in Folge der Corona-Pandemie weiter zugespitzt", weiß Michael Paschek. „Als Partner für öffentliche Einrichtungen bieten wir bei ENGIE Deutschland die optimale Lösung für diese Herausforderung." Das demonstriert das Beispiel der Gemeinschaftsschule Oberhausen-Rheinhausen auf besondere Weise. ■

Kontakt: info-deutschland@engie.com

KURZGUTACHTEN DES FRAUNHOFER-INSTITUTS FÜR SOLARE ENERGIESYSTEME ISE

Vorfahrt für innovative Energietechnologien

Die Energiewende benötigt den Einsatz bekannter klimafreundlicher Technologien genauso wie Innovationen. Jede Verschärfung der Klimaziele und Beschleunigung der Transformation verstärkt die Notwendigkeit für Innovationen. Das im Rahmen der dena-Leitstudie „Aufbruch Klimaneutralität" beauftragte Kurzgutachten „Innovative Technologien" des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme ISE identifiziert eine Reihe von Technologien, die bis zum Jahr 2030 imstande sind, einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Treibhausgasminderungsziele zu leisten. Sie können bis dahin den Sprung in den Massenmarkt schaffen und sich zur Standardtechnologie entwickeln.

Wie aus dem Kurzgutachten hervorgeht, sind Innovationen in der Lage, sich im Rahmen von bereits Bekanntem zu bewegen und etwa die Effizienz von PV-Modulen zu steigern. Gleichzeitig bedürfe es weiterer Innovationen oder innovativer Anwendungsfelder bestehender Technologien, um Klimaneutralität bis 2045 oder früher zu erreichen.

Das Fraunhofer-Institut legt dar, dass Technologien wie die fahrzeugintegrierte oder die Verkehrsflächen-Photovoltaik hinsichtlich ihres Reifegrades wie auch der Kostenentwicklung der Zelltechnologien so weit fortgeschritten sind, dass sie bis 2030 eingesetzt werden können. Andere wie die sogenannte Agri-Photovoltaik (Kombination von Photovoltaik und landwirtschaftliche Nutzung der Flächen) hätten ihre Anwendungstauglichkeit bewiesen, näherten sich der Wirtschaftlichkeit in großen Schritten und könnten bei passenden Rahmenbedingungen schnell skaliert werden. So schätzt das Gutachten das technische Potenzial der Agri-Photovoltaik im Jahr 2030 auf den spürbaren Beitrag von ca. 2 GW.

„Für alle untersuchten Technologien lässt sich die massentaugliche Marktreife bis zur Mitte, spätestens Ende der 2020er Jahre erreichen", heißt es. Unsicherheiten lägen in ihren Einsatzgebieten und der Kostenentwicklung. „So unterliegen etwa die Photovoltaik oder die Tiefengeothermie geographischen Beschränkungen des Anwendungspotenzials, wohingegen andere Technologien wie die Großwärmepumpe stärker durch die Nachfrageseite begrenzt werden." Das „IEA Heat Pump Programm" bestätige den Einsatz von Wärmepumpen auf industriellem Niveau als Schlüsseltechnologie mit guter Marktdurchdringung, aber niedrigem Marktanteil. Besonders in der Industrie mit hohem Prozess-, Kälte- und Dampfbedarf, aber auch mit hohem Wärmerückgewinnungspotenzial, sei ein starker Anstieg des Einsatzes von Wärmepumpen zu erwarten. Als größte Einsatzgebiete in Deutschland werden das metallverarbeitende Gewerbe, die Lebensmittelindustrie sowie die Quartierswärmeversorgung genannt. Dabei sei für eine CO2-neutrale Fernwärmeversorgung der Übergang zu Großwärmepumpen unverzichtbar.

Das Potenzial für den Einsatz von Wärmepumpen in Industrieprozessen liegt laut Gutachten in der höheren Gesamtenergieeffizienz (mit bis zu 80 Prozent Energiebedarfsrückgang) und dem damit verbundenen Rückgang der CO2-Emissionen. Der bisher niedrige Einsatz von Großwärmepumpen in Deutschland im Vergleich zu seinen Nachbarländern sei vor allem mit dem hohen Preisunterschied von Strom zu Gas zu erklären. Die Wirtschaftlichkeit gegenüber Gaskesseln sei eher bei niedrigeren Preisverhältnissen und niedrigem Temperaturhub zwischen Wärmequelle und -senken gegeben, so verstärke sich auch der Einsatz von hybriden Wärmepumpen mit Gas- oder Stromboilern in Deutschland. →



Stichwort Tiefengeothermie: Derzeit sind in Deutschland 38 Tiefengeothermie-Anlagen in Betrieb. Die installierte Wärmeleistung entspricht rund 350 MW und die elektrische Leistung rund 47 MW. Geplant werden aktuell weitere 30 Anlagen. Laut Bundesverband Geothermie ist die oberflächennahe Geothermie, die vor allem zum Heizen einzelner Gebäude eingesetzt wird, mit einer installierten thermischen Leistung von 4,4 GW bereits deutlich weiter verbreitet.

In Deutschland seien zwar geothermische Lagerstätten vorhanden, die auch die Stromerzeugung ermöglichen, allerdings sei die direkte Wärmenutzung die wichtigere Anwendung von Geothermie. Besonders in den Ballungsgebieten entlang des Rheingrabens biete sich diese Nutzung an und werde aktiv angestrebt. Im Molassebecken in Südbayern sei ein derartiger Trend für die Region München bereits deutlich zu erkennen. Derzeit könnten sich Geothermie-Heizkraftwerke vor allem über die vergleichsweise hohe EEG-Förderung für Strom aus Geothermie finanzieren. Die Einspeisevergütung liege derzeit bei 25,2 ct/kWh (Bundestag 2021).

Die hohen Explorations- und Bohrkosten sind nach Angaben der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien der Hauptgrund für die stockende Entwicklung der Geothermie. An den Gesamtinvestitionskosten hätten sie mit 50 bis 70 Prozent einen sehr hohen fixen Anteil. Auch die Abhängigkeit vom Bohr- und Stahlmarkt wird als Risiko eingeschätzt. Weitere Probleme stellten sich durch das Fündigkeitsrisiko bei Exploration sowie Bohrungen und die starke Standortabhängigkeit. Eine fehlende einheitliche europäische wie deutsche Regulierung erschwerten die technische Marktreife und auch der Abbau von Wärmenetzen sowie das Sinken des Wärmebedarfs durch Sanierung seien als Risiko benannt.

„Konkurrierende Technologien liegen in allen zentralen und dezentralen Wärmebereitstellungsanwendungen“, heißt es weiter. „So zählen in Reihenfolge der steigenden spezifischen Investitionskosten Erdgas- und Biomassekessel, Solarthermie, Kraft-Wärme-Kopplung und Großwärmepumpen zu den Alternativen.“

Das theoretische Potenzial der Stromerzeugung in Deutschland durch Tiefengeothermie könnte, so das Gutachten,


Bild: PublicDomainPictures auf Pixabay

bei voller Potenzialauslastung ein Maximum von 300 TWh/a erreichen, für die Deckung der Grundlast ergebe sich ein vergleichbar hohes Potenzial von 260 TWh/a. Dafür müssten Kapazitäten über 30 GW aller Tiefengeothermie-System varianten ausgebaut werden. Das technische Potenzial in Deutschland sei jedoch eingeschränkt durch die Struktur des Gesamtenergiesystems und abhängig von der Infrastruktur, da für die Wärmeversorgung aus Tiefengeothermie geeignete Wärmenetze und Abnehmer erforderlich sind.

Als eine vielversprechende Technologie für den Einsatz in Elektrofahrzeugen werden Festkörperbatterien angesehen. Es wird erwartet, dass bis 2040 fast 80 Prozent aller Anwendungen von Festkörperbatterien in Elektrofahrzeugen zu finden sein werden. Der Rest werde auf stationäre Speicher, mobile elektronische Anwendungen und Flugzeuge entfallen. Daher ist laut ISE davon auszugehen, dass der Einsatz von Festkörperbatterien in stationären Anwendungen nur aufgrund der deutlich niedrigeren Batteriekosten zustande kommen wird, die durch den Einsatz in Elektrofahrzeugen vorangetrieben werden.

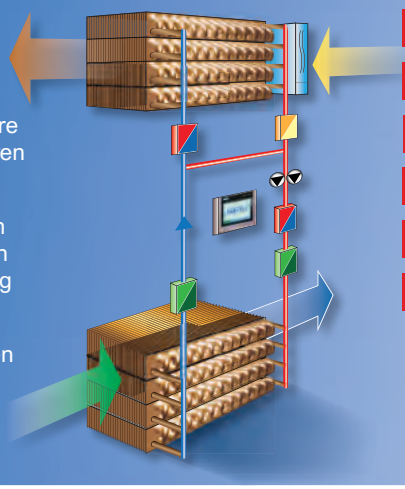
Obwohl eine hohe Energiedichte (kg/kWh) keine wichtige Anforderung für stationäre Batterien ist, mache die kompakte Bauweise von Lithium-Ionen-Batterien sie künftig zur ersten Wahl für stationäre Batterien. Es sei damit zu rechnen, dass nach erfolgreicher Implementierung von Festkörperbatterien in EVs und starker Kostensenkung diese auch als stationäre Speicher eingesetzt werden. ■

NACHHALTIGE INVESTITIONEN

Setzen Sie auf unsere GSWT®-Technologie für Ihre Lüftungsanlagen und leisten Sie so einen zählbaren Beitrag für eine nachhaltige Energiewende.

Seit 1983 sind wir Pionier in der multifunktionalen Wärme- und Kälterückgewinnung und garantieren eine keim- und schadstofffreie Wärmeübertragung sowie reelle Einsparungen der CO_2-Emissionen.

Sprechen Sie mit uns und wir erarbeiten mit Ihnen eine energy-smarte Lösung zu Ihrem Gebäude. Auch im Bestand lässt sich eine Energieeinsparteknik realisieren.



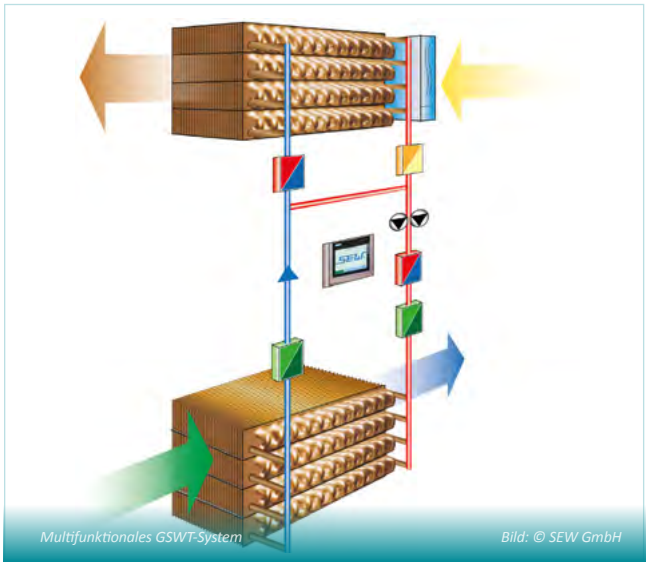
Keim- und schadstoffübertragungsfrei
100 % Außenluft - keine Umluft
Integrierte Kältetechnik ohne Rückkühlwerk
Hohe Redundanz und Betriebssicherheit
Nachrüstbar im Bestand
Werkseigener Kundendienst

SEW®
www.sew-kempen.de

SEW GMBH

Nachhaltige Investitionen

Lüftungsanlagen müssen nicht immer zu den größten Energieverbrauchern gehören. Bei richtigem Einsatz eines Wärmerückgewinnungssystems in der Lüftungsanlage kann sogar Energie eingespart werden. Mit der GSWT-Technologie bietet die SEW eine hocheffiziente Wärmerückgewinnung zur Energieeinsparung an und leistet damit einen Beitrag für eine nachhaltige Energiewende zum Nutzen von Mensch, Gebäude und Umwelt.



Multifunktionales GSWT-System Bild: © SEW GmbH

Die GSWT-Technologie ist eine betriebssichere und hygienisch einwandfreie Wärme- und Kälterückgewinnungstechnik. Das Basisbauteil dieser Technik ist der modular aufgebaute Gegenstrom-Schicht-Wärmeaustauscher (GSWT), der aus einer Vielzahl von eigenständigen, absperrbaren Wärmetauschermodulen besteht. In diesem Wärmetauscher findet ein sehr effizienter Temperaturaustausch zwischen Luft und Wasser statt.

Durch die hohe Redundanz und Betriebssicherheit der GSWT-Technologie können bei rechtzeitiger Berücksichtigung in der Planungsphase die vorzuhaltenden Leistungen reell reduziert und angepasst werden. Die dabei möglichen Investitionseinsparungen „finanzieren“ die Energieeinsparteknik. Neben kleineren und effizienteren Heiz- und Kälteaggregaten kann gegebenenfalls die komplette Rückkühltechnik ersetzt werden.

Auch bei nachträglichem Einbau und im Sanierungsfall ist die GSWT-Technologie praktikabel einsetzbar. Durch den modularen Aufbau des GSWT sind maßgeschneiderte Lösungen für eine energetische Sanierung bzw. Optimierung von Lüftungsanlagen jeder Größenordnung sowie bei schwierigen Platzverhältnissen möglich. Die Wärmetauscher lassen sich in kleinste Einheiten zerlegen und werden erst in der Lüftungsanlage endmontiert. Zur Einbringung reichen die vorhandenen zentralen Türen, die Montage kann meist im laufenden Betrieb erfolgen. Für jedes Objekt individuell geplante Lösungen orientieren sich an den Gegebenheiten des Gebäudes und sind nicht abhängig von einem bestimmten Lüftungsgerät. Selbst eine freie Aufstellung zum Beispiel im Betonkanal oder Ansaugbauwerk kann realisiert werden. Referenzen liegen vor.

Durch die Trennung von Zu- und Abluft können die Systeme beliebig an die Gegebenheiten angepasst werden. Konstruktionsbedingt findet keine Übertragung von Keimen oder Schadstoffen aus der Abluft an den Zuluftstrom statt, was eine dauerhaft hohe Luftqualität garantiert.

SEW bietet für die GSWT-Technologie eine eigene Werksinbetriebnahme und einen eigenen Werksservice an. Dabei werden alle Schnittstellen geklärt. Die GSWT-Systeme werden vor Ort in Betrieb genommen und eingestellt, bis diese betriebsoptimiert übergeben werden können. Der angebotene Werksservice garantiert eine fachgerechte Wartung mit entsprechendem Anlagen-Know-how. Eine Anlagenlebensdauer von 30 Jahren und mehr ist damit erreichbar. Übertragungsleistung und Effizienz liegen immer noch auf dem Niveau der Inbetriebnahme.

Wer sich für SEW und die GSWT-Technologie entscheidet, trifft eine nachhaltige Entscheidung mit garantierten Eigenschaften und Vorteilen für einen dauerhaft rentablen Betrieb seiner Lüftungs- und Klimaanlagen. Einmal substituierte Heiz-/Kälteleistungen müssen nie mehr finanziert werden. ■

www.sew-kempen.de

BERNARD
GRUPPE


ENERGIE


INDUSTRIE


INFRASTRUKTUR


MOBILITÄT

Österreich
Bahnhofstraße 19
6060 Hall in Tirol
T +43 5223 5840 0
F +43 5223 5840 201
info@bernard-gruppe.com

Deutschland
Josef-Felder-Straße 53
81241 München
T +49 89 2000149 0
F +49 89 2000149 20
info@bernard-gruppe.com

bernard-gruppe.com

Ingenieure mit Verantwortung

LRS – LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE FRANZ SEDLMEIER GMBH

Professionelle Wartung von RLT-Anlagen

IN ZEITEN DER PANDEMIE WICHTIGER DENN JE

Die Corona-Pandemie hat viele neue Anforderungen und Herausforderungen mit sich gebracht – auch bei der Wartung von Raumlufttechnischen Anlagen. Insbesondere im vergangenen halben Jahr haben Auftraggeber die Wartungsarbeiten an RLT-Anlagen häufig durch eine zusätzliche Fragestellung ergänzt. Kommunen wollten wissen, welche Ihrer Anlagen über eine zusätzliche Umluft-Führung verfügen. Diese separat zu dokumentieren war vielerorts gewünscht und notwendig.

Was genau ist Umluft? Abluft, die der Luftbehandlungsanlage aus verschiedenen Räumen zugeführt wird und als Zuluft für verschiedene Räume wiederverwertet wird. Hierbei ist es wichtig zu wissen, dass ungereinigte Umluft zur Übertragung von Viren und Aerosolen beiträgt. Für den Infektionsschutz im Zusammenhang mit der COVID-19 Aerosolübertragung ist es dabei unerheblich (unter der Voraussetzung, dass der Mindestaußenluftvolumenstrom gegeben ist), ob Außenluft/Frischluft oder gereinigte Umluft-/Sekundärluft zur Verfügung gestellt wird. Umluft oder Sekundärluft muss allerdings für eine äquivalente Betrachtung einen Reinigungseffekt von annähernd 100 Prozent (>99 Prozent) in Bezug auf aktive Viren oder Größe von Partikeln mit dem höchsten Durchlassgrad aufweisen. Diesen Reinigungseffekt hatte bislang keine der bestehenden Anlagen. So ist zu prüfen, ob eine entsprechende Filtergüte nachgerüstet oder der Umluftbetrieb ausgeschalten und die Anlage ausschließlich mit Außenluft/Frischluft betrieben werden kann. Bei der Wartung oder Hygieneinspektion, die durch LRS durchgeführt wurde, wurden auch Anlagen angetroffen, die bereits 30-40 Jahre alt sind. Hier ist meist eine energetische Erneuerung der Gesamtanlage sinnvoll.

Doch egal, wie entschieden wird: Eine regelmäßige Wartung und Reinigung der RLT-Anlagen ist unerlässlich. Die nach VDI 6022 vorgeschriebenen Hygieneinspektionen (alle 3 Jahre, bei Anlagen mit Befeuchtung alle 2 Jahre) liefern einen wichtigen Beitrag um Pilze, Bakterien und Luftkeime festzustellen und deren Verbreitung zu vermeiden. Doch leider wird hier noch vielerorts gespart – auch aus Unwissenheit der Betreiber. ■


Bild: LRS

Für Rückfragen wenden Sie sich gerne an:
Franz Sedlmeier, 82049 Pullach i. Isartal, info@l-r-service.de

Franz Sedlmeier ist Kaminkehrermeister und Fachkraft für Raumlufthygiene und Brandschutz. Er ist seit 30 Jahren selbstständig und führt seit über 20 Jahren mit seinem Unternehmen Reinigung und Wartung von Lüftungsanlagen durch. Auch die Wartung von Brandschutzklappen und die Hygieneinspektion an Lüftungsanlagen gehören zu seinem Leistungsangebot. Weitere Infos unter www.l-r-service.de



Terminhinweise

VERANSTALTUNG 1

8. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

16.09.2021

Redoute, Passau

www.bayerisches-wasserkraftforum.de

VERANSTALTUNG 2

8. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

14.10.2021 (Achtung neuer Termin)

Stadthalle, Gunzenhausen

www.bayerisches-breitbandforum.de

VERANSTALTUNG 3

13. BAYERISCHES ENERGIE FORUM

02.06.2022

im Bürgerhaus Garching

www.bayerisches-energieforum.de

IMPRESSUM:
Sonderdruck Nr. 15-16/2021 der
Bayerischen GemeindeZeitung

Redaktion: Constanze von Hassel, Doris Kirchner
Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: wie angegeben
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Anzeigenleitung: Monika Steer
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg

Nicht verpassen! GemeindeZeitung Akademie

GZ-AKADEMIE



GZ-AKADEMIE | THEMEN UND TERMINE:

Online-Expertenrunden

Limitierte Teilnehmerzahl, Anmeldung unter:

veranstaltungen@gemeindezeitung.de

ONLINE-SEMINAR

Social Media Nutzung in Kommunen

21. September 2021 | 14:00 - 16:30
145,- € zzgl. MwSt
Referentin Gisela Goblirsch, PR-Competence

Über die Nutzung von Sozialen Netzwerken wird viel diskutiert. Was ist für Bürgermeister*innen sinnvoll zu nutzen? Wovon hängt es ab, wie Informationen an die Öffentlichkeit getragen werden? Und wie sollen Politiker und Verwaltungen agieren? Der Vortrag öffnet Gedanken und Wege der Social Media-Nutzung und der sinnvollen Alternativen. Diskutieren Sie mit!

ONLINE-SEMINAR

Bildrechte & DSGVO - Teil 1 & Teil 2

5. November & 7. Dezember 2021 | 14:00 - 16:30
je 145,- € zzgl. MwSt
Referentin Gisela Goblirsch, PR-Competence

Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht in die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.

Die Fachveranstaltungen der Bayerischen GemeindeZeitung:

BAYERISCHES INFRASTRUKTUR FORUM
BAYERISCHES ENERGIE FORUM
BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM
BAYERISCHES BREITBAND FORUM

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 9. September 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 17







BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Schon ihr zweites Spendenprojekt startete die Belegschaft des Landratsamts Donau-Ries. Bereits 2019 finanzierten die Kolleginnen und Kollegen einen Schulbau in Namibia. Seinerzeit galt es, die Bildungschancen für Nomadenkinder zu verbessern. Nun wird der Bau einer Unterkunft finanziert, weil die Schulwege für die Ovahimba-Kinder oftmals zu weit und zu gefährlich sind. 48.000 Euro will die Belegschaft dafür aufbringen. Unser Bild zeigt (v.l.): Alexander Im (Personalratsvorsitzender), Landrat Stefan Rößle und Carina Rösch (Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik) vor der Ausstellung. www.donauries.bayern/region/entwicklungszusammenarbeit/1000-schulen-fuer unsere-welt/

Foto: Kapfer/Landratsamt

„Wir brauchen Vorkämpfer!“

In einem leidenschaftlichen Appell hat sich Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller im Rahmen der Videokonferenz des Landesvorstandes der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) an die Teilnehmer gewandt und für Engagement in der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit geworben.

„Wir können auf kommunaler Ebene nicht die Welt retten, aber jeder kann seinen Beitrag dazu leisten, dass die Welt ein Stück gerechter wird.“ Mit diesen Worten eröffnete Landrat Stefan Rößle die Videokonferenz des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses und leitete damit zum Thema „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ über. Darüber referierte Dr. Gerd Müller, der als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung deutschlandweit in den Kommunen für die Vorteile des Engagements im Globalen Süden und



Dr. Gerd Müller. ❒

das Knüpfen von Partnerschaften wirbt. In diesem Zusammenhang dankte der Bundesminister seinen Mitstreitern – unter ihnen die sogenannten „Botschafter für Kommunale Entwicklungspolitik“ zu denen auch Rößle zählt, aber auch engagierte Politikerinnen wie Landrätin Maria Rita Zinnecker.

Krisenregionen stabilisieren

Die aktuelle Entwicklung in Afghanistan nahm Müller zum Anlaß um zu verdeutlichen, wie wichtig Stabilisierung in Krisenregionen ist. „Ich habe bereits vor acht Jahren gesagt: Wenn wir in Syrien nichts unternehmen, werden tausende syrische Flüchtlinge zu uns kommen – daraus sind im Jahr 2015 dann nicht nur Tausende, sondern Millionen Flüchtlinge geworden“, erinnerte Müller.

Praxisbeispiele

Um Krisenregionen zu stabilisieren seien vor allem Strukturen vor Ort wichtig, zu denen UN-Organisationen, aber auch Institutionen wie die Diakonie oder die Welthungerhilfe beitragen können. „Fluchtursachen mindern heißt in Entwicklung investieren. Dazu braucht es mutige Menschen, die sensibel und klar vorgehen“, sagte Müller.

Der Minister warb dafür, dass der Einstieg im Rahmen von

(Fortsetzung auf Seite 4)

GemeindeZeitung unterstützt Schule

Auch die Bayerische GemeindeZeitung engagiert sich mit einem Schulbauprojekt in Togo. Dort wird ein Gymnasium aufgebaut, in dem mehrheitlich Mädchen unterrichtet werden. Unsere Partner waren inzwischen vor Ort. Voraussichtlich bis zum Jahresende können wir mehr berichten. ❒

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Wasser. Kraft. Bayern.

8. Bayerisches WasserkraftForum 2021 am 16. September 2021 in Passau

Für das Gelingen der angestrebten Energiewende ist die Wasserkraft in Bayern unverzichtbar. Beim 8. Bayerischen WasserkraftForum der Bayerischen GemeindeZeitung am 16. September 2021 in der Redoute Passau werden Potenziale und Grenzen der Wasserkraft erläutert.

Angesprochen werden u. a. Ausbaumöglichkeiten und ökologische Werthaltigkeit dieser grundlastfähigen, CO2-freien und im Höchstmaß nachhaltigen Energiequelle. Daneben werden die Themen Natur-, Klima-, Umweltschutz erörtert.

Erneut präsentieren Partner und Aussteller ihre Innovationen und Angebote. Fachliche Unterstützung bieten das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und der Verband der Bayerischen Energie und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW. Premium-Partner sind VERBUND Inkrafftwerke GmbH und die Lechwerke AG – LEW.

Informationen und Anmeldung:
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Diskussionspapier der kommunalen Spitzenverbände und des VKU:

Konsequenzen aus der Flutkatastrophe

Mit den Konsequenzen aus der Flutkatastrophe befasst sich ein aktuelles Diskussionspapier der kommunalen Spitzenverbände und des VKU mit dem Titel „Schnelle Wiederaufbauhilfe für die Infrastruktur und Vorsorge für künftige Schadenslagen“. Es ist als Angebot der kommunalen Familie zu verstehen, die Politik in Bund und Ländern bei den jetzt anstehenden politischen Entscheidungen und der sich daran anschließenden Umsetzung im Rahmen des Wiederaufbaus mit der kommunalen Expertise zu unterstützen.

In der Sache enthält das Papier den Vorschlag, rechtliche Erleichterungen für den raschen Wiederaufbau in einem „Wiederaufbaubeschleunigungsgesetz“ zu bündeln. Hierzu zählen befristete Erleichterungen im Bau- und Planungsrecht sowie im Vergaberecht, die zu einer schnelleren Realisierung von Ersatz- und Neubauten beitragen können.

Vereinfachte Genehmigungen

Mit Blick auf die Neuerrichtung von Ersatzbauten und auch auf die Neuerrichtung von baulichen Anlagen der Infrastruktur (öffentliche Gebäude, Straßen- und Brückenbauwerke, Wasserver-/Abwasserentsorgung, Wärme und Energie sowie Telekommunikation) sollte nach den Landesbauordnungen im vereinfachten Genehmigungsverfahren entschieden werden, sofern nicht gänzlich von einem Genehmigungsverfahren abgesehen werden kann, weil die bisherige Genehmigungsgrundlage (Planfeststellungsbeschluss, Baugenehmigung) herangezogen werden kann, heißt es in dem Papier.

Es sei sicherzustellen, dass die Kommunen in einem von einer Katastrophe bzw. außergewöhnlichen Ereignis betroffenen Gebiet unkompliziert vom Instrument der Städtebaulichen Sanierungsmaßnahme Gebrauch machen können. Für Baumaßnahmen im Wasser- und Abwasserbereich, die mit dem Ziel des Seuchenschutzes unmittelbar nötig sind und keinerlei Aufschub dulden, müsse die Genehmigungspflicht entfallen können, da die zu ersetzenden Anlagen bereits genehmigt waren.

Ersatztrassen oder Ersatzbauten sollten nicht wie vollständig neue Vorhaben behandelt werden, so dass im Falle von Planfeststellungsverfahren auch nicht alle Verfahrensstufen erneut durchlaufen werden müssen. Im Hinblick auf erforderliche Beteiligungsverfahren, etwa im Rahmen der Pflichteinbindung von Trägern öffentlicher Belange, seien mit Blick auf dringend erforderliche Wiederaufbaumaßnahmen verkürzte Beteiligungs- und ggf. auch Fiktionsfristen vorzusehen.

Zudem sollte bestimmt werden, dass bei Neuerrichtung von Infrastruktur und bei Ersatzbauten die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung nötigenfalls zeitlich und räumlich verlagert werden kann. „Es ist zu prüfen, ob in Einzelfällen notwendige schnelle Maßnahmen zur Wiederherstellung der Infrastruktur zumindest temporär auch in Landschaftsschutzgebieten zu ermöglichen sind. Die Zulässigkeit derartiger Vorhaben in diesen Gebieten muss beschleunigt geprüft werden.“

Zügige Verfahrensabwicklung

Zu einer zügigen Verfahrensabwicklung gehört auch eine Beschleunigung bei der Auslegung von Planungsunterlagen. Über die aktuell bis Ende 2022 befristete Möglichkeit im Planungssicherstellungsgesetz hinaus müsse daher eine rein di-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Städtetag:

Appelle an nächste Bundesregierung

Der Deutsche Städtetag fordert von der nächsten Bundesregierung viel mehr Engagement gegen Kinderarmut und eine neue Kindergrundsicherung. Es müsse gelingen, Kinderarmut zu vermeiden und gleiche Chancen für alle Kinder zu ermöglichen.

Wie Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland darlegte, „leiden Kinder und Jugendliche unter den Einschränkungen der Pandemie besonders. Die Corona-Krise hat uns allen vor Augen geführt, wie sehr Bildungserfolge immer noch vom Geldbeutel der Eltern abhängen.“

Verlässliche und wirksame Kindergrundsicherung

Die Städte fordern den Bund auf, in der neuen Legislaturperiode eine verlässliche und wirksame Kindergrundsicherung zu schaffen. Sie soll Kinderarmut vermeiden und gleiche Chancen für alle Kinder ermöglichen. Etwa jedes fünfte Kind lebe in Familien mit Armutsrisiko und sei von sozialen Transferleistungen abhängig. Besonders Familien von Alleinerziehenden und Langzeitarbeitslosen seien betroffen.

Für gleiche Chancen von allen Kindern und Jugendlichen reicht es aus Dedys Sicht nicht, das bloße Existenzminimum zu sichern. Für alle Kinder sollte es normal sein, mit Gleichaltrigen gemeinsam aufzuwachsen, sportlich aktiv zu sein, Theater zu spielen oder ein Musikinstrument erlernen zu können. Sie bräuchten Anerkennung auf Augenhöhe und Unterstützung ohne bürokratische Hürden. Deshalb werde eine Kindergrundsicherung aus einer Hand benötigt.

Verwaltungen entlasten

Die Bundesleistung sollte unbürokratisch Kindergeld, Kinderzuschlag und Regelleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II und XII zusammenfassen. So könnten auch aufwändige Doppelstrukturen aufgelöst und die Verwaltungen entlastet werden.

(Fortsetzung auf Seite 4)



Ein Kanzlerkandidat sieht Helmut Schmidt als Rollenvorbild? Ernsthaft? Unser Rathauskater versteht die Menschheit nicht mehr und verweist in dieser Beziehung auf sein Recht auf freie Meinungsäußerung – auch auf die Gefahr hin selbst als Schwadroneur abgestempelt zu werden.

Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Zunahme des digitalen Extremismus 2
Bayerischer Klimaschutzpreis 2
Bayerischer Landtag darf im „Bündnis für Toleranz“ bleiben . .2
GZ-Kolumne Stefan Rößle zur Bundestagswahl 2021: Kommunen als Orte der Heimat stärken! 3
KOMMUNALE 2021: Startklar für das kommunale Familientreffen 3
Veranstaltungsreihe „Mitdenken. Vordenken. Umdenken“ . . .4
Kommunale Finanzthemen . . . . . .5 - 8
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV . . . . . .8 - 9
Umwelt • Abfall • Kommunalfahrzeuge • Grünflächen . . . 10 - 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Verfassungsschutzbericht / Erstes Halbjahr 2021:

Zunahme des digitalen Extremismus

Vor einer wachsenden Spirale extremistischer Eskalation in sozialen Netzwerken hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann gewarnt. „Wir beobachten eine steigende Enthemmung und Bereitschaft zu Gewalt und Eskalation auf allen Ebenen. Insbesondere auf Online-Plattformen fehlt jegliche soziale Kontrolle, die in der realen Welt als Korrektiv dient", stellte Herrmann bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts für das erste Halbjahr 2021 gemeinsam mit dem Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz Dr. Burkhard Körner fest. Der Minister machte deutlich, „dass wir diesen Entwicklungen mit den Mitteln eines modernen Verfassungsschutzes entschieden entgegentreten".

Herrmann zufolge liegt die Keimzelle des sich immer weiter ausbreitenden „digitalen Extremismus" im Beginn der Lockdown-Maßnahmen, als die Kanäle Rechtsextremer und Verschwörungstheoretiker förmlich explodierten. Das Virus wurde zur Verschwörung verklärt, der Lockdown zur „Corona-Diktatur".

Grenzenlose Möglichkeiten

Laut Verfassungsschutzbericht sind Extremisten im Gegensatz zum analogen bzw. Offline-Raum in der Lage, über virtuelle Instrumente, Video-Plattformen und Messenger-Dienste regionale (und sprachliche) Grenzen und damit auch pandemiebedingte geografische Beschränkungsmaßnahmen zu überwinden und sich über realweltliche Grenzen hinweg auszutauschen bzw. den eigenen Zuhörerkreis beinahe grenzenlos zu erweitern. Über virtuelle Vernetzungen können grenzüberschreitend oder gar global agierende extremistische Gruppierungen, Kooperationen und Weltbilder in einem Umfang und Tempo entstehen und gestreut werden, wie es in der Realwelt allein aus logistischen Gründen nie möglich wäre.

Exemplarisch angeführt wird der Argwohn neuseeländischer Rechtsextremisten, die um die Abschaffung des zweiten Verfassungsartikels fürchteten, der ihnen vermeintlich das Recht zum Tragen von Waffen zugesteht – obwohl dieser Verfassungsartikel in Neuseeland nie bestand und die Angst lediglich über virtuelle Kanäle aus den USA importiert wurde.

Der Verbreitung extremistischer Ideologien und der Werbung neuer Zuhörer bzw. Anhänger sind im analogen Raum und im realweltlichen Auftreten mehrere Grenzen gesetzt. Im virtuellen Raum hingegen können deutlich mehr und vor allem auch solche Personen erreicht werden, die im analogen Raum aus unterschiedlichen Gründen unerreichbar blieben. „Mittels Algorithmen und geschickter Verschlagwortung (z. B. durch Hashtags) können extremistische Inhalte sowohl sehr breit auf Mainstreamplattformen gestreut als auch im weiteren Verlauf gezielt zielgruppenorientiert und zielgruppengerecht über alternative Social-Media-Plattformen verbreitet werden. So werden letztlich auch Personengruppen angesprochen, die über analoge Verbreitungswege (z. B. Flyer-Verteilaktionen in Fußgängerzonen) nicht erreicht werden können, sei es, weil der Kontakt physisch nicht möglich ist oder weil seitens der Empfänger größere Hemmschwellen gegen eine ‚persönliche' Kontaktaufnahme bestehen", heißt es weiter.

Echokammereffekt

Innenminister Herrmann konkretisierte die vielfältigen Gefahren, die mit der Reichweitenerhöhung verbunden sind: „Extremistische Ideologien, sicherheitsgefährdende Demokratiefeinde und nicht-extremistische Verschwörungstheoretiker treffen im virtuellen Raum ungebremst aufeinander. Ideen können so leichter ausgetauscht, Anhänger schneller rekrutiert und wichtige gesellschaftliche Diskussionen beeinflusst werden." Aufgrund der vermeintlichen Anonymität des Netzes geschehe dies oftmals „unter falscher Flagge". Durch den sogenannten Echokammereffekt könne sich eine Radikalisierungsspirale bis hin zur Gewaltbereitschaft in Gang setzen. Sorgen bereitet dem Minister auch das breite Angebot an unterschiedlichen radikalen Botschaften, die zu eigenen Extremismus-Ideen verleiten. „Dieses Mosaik erschwert zunehmend die Grenzziehung zwischen zulässiger Meinungsäußerung und Extremismus."

Bereitschaft zur gewalttätigen Konfrontation

Nach Herrmanns Worten sind auch die einzelnen Phänomenbereiche stark in Bewegung geraten: „Durch die Verbreitung von Verschwörungstheorien versuchen Rechtsextremisten nach wie vor, neue Anhänger zu gewinnen." Indem juden- und israelfeindliche Stereotype verbreitet werden, versuche die Szene, Personen anzusprechen, die für sonstige rechtsextremistische Inhalte nicht erreichbar seien. Darüber hinaus steige die Bereitschaft zur gewalttätigen Konfrontation mit Linksextremisten.

Mit Blick auf Teile der gewaltorientierten linksextremistischen Szene warnte der Minister vor einem steigenden Radikalisierungspotenzial und der Bildung gewaltbereiter Kleingruppen. „Mit Anschlägen auf politische Gegner, die Immobilien- und Logistikbranchen sowie Infrastruktureinrichtungen verfolgen sie eine regelrechte Einschüchterungsstrategie." Herrmann erinnerte dabei an den Anschlag im Frühjahr auf die Münchner Energieversorgung. Aktivisten hatten in einer Baugrube Feuer gelegt, 20.000 Haushalte waren anschließend ohne Strom. Dazu bekannt hatte sich eine Gruppe Linksradikaler.

Brandbeschleuniger Corona

Laut Verfassungsschutzbericht betrachten Linksextremisten die Corona-Pandemie als „Brandbeschleuniger" in einem ohnehin schon kriselnden kapitalistischen System. Die Pandemie bringe das „kaputtgesparte" Gesundheitssystem an seine Grenzen. Dabei werde deutlich, dass der Politik mehr an der Rettung der Wirtschaft, als an den Menschen gelegen sei. „Vor diesem Hintergrund begreift die linksextremistische Szene die aktuelle Situation nicht bloß als Krise, sondern auch als Chance, gegen das System mobil zu machen und einen Systemwechsel herbeizuführen."

Nach wie vor keine kohärente, einheitliche Ideologie weise dagegen die Szene der Corona-Leugner auf, fuhr Herrmann fort. Auch ihre Anhänger seien offen für Verschwörungstheorien. „Mit diesen rechtfertigen einzelne Aktivisten beim neuen Sammelbeobachtungsobjekt ‚Sicherheitsgefährdende demokratiefeindliche Bestrebungen' ihre Aufrufe zu Blockadeaktionen oder zum Sturm auf staatliche Einrichtungen."

Seit März 2021 werden auch Teile der Querdenker-Szene vom Verfassungsschutz beobachtet. Der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz, Burkhard Körner, machte darauf aufmerksam, dass es in der Szene Esoteriker, Impfgegner und Verschwörungstheoretiker genauso gebe wie Rechtsextremisten und Reichsbürger.

Islamistischer Terrorismus

Zur Vorsicht rief Joachim Herrmann schließlich auch beim islamistischen Terrorismus auf: „Die Gefahr, insbesondere durch radikalisierte, allein handelnde Täter, ist noch lange nicht gebannt. Wir haben es mit einem modernen islamistischen Terrorismus zu tun, der an jedem beliebigen Ort mit einfach verfügbaren Waffen zuschlagen kann." **DK**

Glauber: Herausragende Klimaschutz-Initiativen gesucht:

Bayerischer Klimaschutzpreis wird erstmals vergeben

Für besondere Verdienste um den Klimaschutz vergibt die Bayerische Staatsregierung in diesem Jahr erstmals einen Preis. Vorschläge für den Bayerischen Klimaschutzpreis können noch bis Mitte September eingereicht werden.

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu in München: „Klimawandel meistern ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Wir gehen mit großen Schritten den Weg in ein klimaneutrales Bayern. Als Umweltminister freue ich mich über jede gute Maßnahme für mehr Klimaschutz. Den Klimawandel meistern wir nur gemeinsam. Klimaschutz ist ein Mitmach-Projekt. Wir wollen den Klimaschutz in der Mitte der Gesellschaft verankern. Herausragende Leistungen beim Klimaschutz wollen wir würdigen und bekannt machen. Dafür haben wir den Bayerischen Klimaschutzpreis ins Leben gerufen. Jeder kann engagierte Personen, Vereine, Betriebe oder Kommunen vorschlagen." Mit dem Bayerischen Klimaschutzpreis ehrt die Staatsregierung besondere Verdienste um den Schutz des Klimas oder die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels.

Zwei Kategorien

Der mit insgesamt 10.000 Euro dotierte Preis wird in zwei Kategorien vergeben: In der ersten Kategorie sollen Menschen ausgezeichnet werden, die sich privat um den Schutz des Klimas oder die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels besonders verdient gemacht haben. Die zweite Kategorie ist für juristische Personen mit herausragendem Engagement vorgesehen, also etwa eingetragene Vereine, Kommunen oder Betriebe. Die Gewinner beider Kategorien erhalten ein Preisgeld in Höhe von je 5.000 Euro. Außerdem wird ein Imagefilm über die ausgezeichnete Initiative gedreht, den die Preisträger für sich nutzen können.

Bezug zu Bayern

Ausgezeichnet werden Personen mit Bezug zu Bayern: Entweder haben die Teilnehmer ihren dauerhaften Hauptwohnsitz oder Firmensitz im Freistaat, oder sie engagieren sich in Bayern für den Klimaschutz oder die Klimaanpassung. Die Initiative sollte bereits laufen und sichtbare Ergebnisse zeigen oder – wenn sie bereits abgeschlossen ist – in die Gegenwart wirken. Geehrt werden Projekte, die durch ein stimmiges Gesamtkonzept überzeugen. Bei der Auswahl wird u. a. auf die Kriterien Originalität, Innovation, Übertragbarkeit auf Dritte, Nachhaltigkeit, Kontinuität sowie Transparenz bezüglich der Projektentwicklung und ihrer Umsetzung geachtet.

Eine unabhängige Jury ermittelt die Preisträger des Wettbewerbs „Bayerischer Klimaschutzpreis 2021". Die Preise werden Ende des Jahres von Umweltminister Glauber überreicht. Die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) im Landesamt für Umwelt (LfU) organisiert den Wettbewerb.

Bewerbungsunterlagen unter www.lenk.bayern.de

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl-Heinz Kandler
96166 Kirchlauter
am 10.9.

Oberbürgermeister
Andreas Starke
96047 Bamberg
am 17.9.

Bürgermeister Michael Berninger
63906 Erlenbach a. Main
am 22.9.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Xaver Gmach
93480 Hohenwart
am 9.9.

Landrat Franz Löffler
93413 Cham
am 10.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Andrea Mickel
85080 Gaimersheim
am 13.9.

Bürgermeister Horst Reuther
97320 Albertshofen
am 20.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rainer Rewitzer
92714 Pleystein
am 14.9.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs:

Bayerischer Landtag darf im „Bündnis für Toleranz" bleiben

Bayerischer Verfassungsgerichtshof lehnt Antrag der AfD-Fraktion als unzulässig ab

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat den Antrag der AfD-Fraktion in der Verfassungsstreitigkeit mit der Präsidentin des Bayerischen Landtags über die Frage, ob die Mitgliedschaft des Bayerischen Landtags im „Bündnis für Toleranz" verfassungsmäßige Rechte der Antragsteller verletzt, als unzulässig abgewiesen.

In seiner Entscheidung bestätigte das Gericht die Auffassung des Bayerischen Landtags, dass durch die Mitgliedschaft im „Bündnis für Toleranz" weder das freie Mandat noch Oppositionsrechte verletzt werden.·Landtagspräsidentin Ilse Aigner kommentierte das Urteil: „Es freut mich außerordentlich, dass wir erneut ein Verfahren gewonnen haben. Denn der Bayerische Landtag setzt sich für die unabänderlichen Grundwerte der Bayerischen Verfassung ein – also Demokratie und Menschenwürde. Und das kann kein Verstoß gegen die staatliche Neutralitätspflicht sein." Dass sich der Bayerische Landtag für Demokratie und Menschenwürde stark macht, könne eben kein Verstoß gegen die staatliche Neutralitätspflicht sein.

Die Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes reiht sich damit ein in frühere Verfahren gegen den Bayerischen Landtag und/oder die Präsidentin. Ilse Aigner: „Dass wir erneut ein Verfahren gewonnen haben, freut mich außerordentlich. Bislang war keines der Verfahren, das gegen mich als Präsidentin oder den Bayerischen Landtag angestrebt wurde, erfolgreich."

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hatte in seiner Begründung ausgeführt, dass es nicht ersichtlich sei, wie durch die Unterstützung einer Vereinigung, die sich für das Demokratieprinzip und die Menschenwürde einsetze und die als Grundwerte der Bayerischen Verfassung jeder parteipolitischen Disposition entzogen seien, das freie Mandat von Abgeordneten oder Oppositionsrechte verletzt werden könnten.

Damit ist sowohl der Beitritt in das „Bündnis für Toleranz" im Jahr 2009 durch die vormalige Landtagspräsidentin als auch die weiter bestehende Mitgliedschaft rechtlich abgesichert. Dem Bündnis gehören zahlreiche Institutionen und Organisationen aus Politik, Wirtschaft, Bildung und anderen gesellschaftlichen Bereichen an. Ziel ist es, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus zu bekämpfen und die Erziehung zu Demokratie und Achtung der Menschenwürde zu stärken. ❐

GZ Akademie

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Social Media Nutzung in Kommunen
21. Sept. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr
Über die Nutzung von Sozialen Netzwerken wird viel diskutiert. Was ist für Bürgermeister*innen sinnvoll zu nutzen? Wovon hängt es ab, wie Informationen an die Öffentlichkeit getragen werden? Und wie sollen Politiker und Verwaltungen agieren? Der Vortrag öffnet Gedanken und Wege der Social Media-Nutzung und der sinnvollen Alternativen. Diskutieren Sie mit!
Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Bildrechte & DSGVO Teil 1:
25. Nov. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr
Bildrechte & DSGVO Teil 2:
7. Dez. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr
Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.
Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: je 145,- € zzgl. MwSt. (290,- € zzgl. MwSt. für beide Termine) ❐

Bessere Förderbedingungen in der NKI des BMU

Förderaufruf für investive Kommunale Klimaschutz-Modellprojekte mit Förderquote bis 80 Prozent

Das Bundesumweltministerium unterstützt Kommunen bei der Umsetzung modellhafter und wegweisender Klimaschutzprojekte. Im Zuge des Klimaschutz-Sofortprogrammes 2022 der Bundesregierung werden die verbesserten Förderbedingungen des Corona-Konjunkturpaketes bis Ende nächsten Jahres fortgeschrieben und die Gültigkeit des Förderaufrufes bis in das Jahr 2024 verlängert. Der neue Förderaufruf sieht für Anträge, die zwischen dem 1. September 2021 und dem 31. Dezember 2022 gestellt werden, eine Förderquote von bis zu 80 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben vor. Nachweislich finanzschwache Kommunen können in diesem Zeitraum eine Vollfinanzierung beantragen.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze: „Um zu vermeiden, dass in Zeiten knapper kommunaler Kassen notwendige Zukunftsinvestitionen ausbleiben, behalten wir die erhöhten Förderquoten des Corona-Konjunkturpaketes bis Ende 2022 bei und ermöglichen weiterhin eine Vollfinanzierung für nachweislich finanzschwache Kommunen. Noch bis 2024 können innovative Projektskizzen eingereicht werden. Damit ermöglichen wir ausreichend zeitlichen Vorlauf und Planungssicherheit, um kommunale Modellprojekte effektiv vorzubereiten."

Aktuell werden in diesem Förderaufruf 37 Modellprojekte mit einem Gesamtvolumen von rund 111 Millionen Euro durch das BMU gefördert. Bereits geförderte Projekte u. a. in den Bereichen der nachhaltigen Energie- und Wärmeversorgung, innovativer Abfall- und Abwasseraufbereitung oder einer zukunftsorientierten Mobilität zeigen das hohe Treibhausgas-Minderungspotenzial kommunaler Investitionsvorhaben und vor allem deren Übertragbarkeit auf das gesamte Bundesgebiet. Finanzschwache Kommunen werden besonders unterstützt und können eine Vollfinanzierung beantragen.

Projektskizzen können bis 31. Oktober eingereicht werden. Beratung: 030 20199 3510 oder E-Mail an: ptj-ksi@fz-juelich.de
https://www.klimaschutz.de/modellprojekte ❐

KOMMUNALE 2021:

Startklar für das Familientreffen des kommunalen Bereichs

Das Messezentrum in Nürnberg wird am 20. und 21. Oktober 2021 wieder zum Treffpunkt für Entscheidungsträger und Experten aus Städten und Gemeinden. Dann öffnet turnusgemäß die 12. Ausgabe der KOMMUNALE, Deutschlands größte Fachmesse für kommunalen Bedarf, ihre Tore. Aktuell laufen die Messevorbereitungen auf Hochtouren. Neben vielfältigen Produkten, Dienstleistungen und Neuheiten der Aussteller dürfen sich die Fachbesucher auf Höhepunkte wie den Kongress des Bayerischen Gemeindetags freuen. Ein umfassendes Hygienekonzept ermöglicht einen sicheren Messebesuch.

„Die vergangenen Monate waren intensive Zeiten. Neben Bund und Ländern tragen vor allem Kommunen, Städte und Gemeinden in der Corona-Pandemie große Verantwortung. Umso wichtiger ist es, sich zu diesen Herausforderungen auszutauschen, zu vernetzen und voneinander zu lernen. Als bundesweite Heimat für Entscheidungsträger und Experten aus dem kommunalen Bereich ist die KOMMUNALE idealer Ort für diesen Austausch. Aktuell stecken wir mitten in den Vorbereitungen, um im Oktober gemeinsam den Blick nach vorne zu richten und zum Familientreffen des kommunalen Bereichs in Nürnberg persönlich zusammenzukommen“, so Claudia Reindl, Projektleiterin KOMMUNALE bei der NürnbergMesse.

GemeindeZeitung auf der KOMMUNALE

Selbstverständlich wird die Bayerische GemeindeZeitung auf der KOMMUNALE vertreten sein. Besuchen Sie unseren Stand: Halle 9/9-240. ❐

Und die 12. Ausgabe der Fachmesse wird vielfältig: Über 270 Aussteller haben sich bereits dafür entschieden, live auszustellen und Geschäftsbeziehungen im persönlichen Gespräch wieder mit Leben zu füllen. „Das umfassende Angebotsspektrum, das alle relevanten Themenfelder des Kommunalbedarfs abdeckt, ist seit jeher eine Besonderheit der KOMMUNALE. Auffällig in diesem Jahr ist, dass wir zahlreiche Aussteller an Bord haben, die Neuheiten, Produkte oder Dienstleistungen präsentieren, die starke Kommunen aktuell dringend benötigen – von Digitalisierung über Klima- und Umweltschutz bis hin zu Energie, Wasserversorgung oder Verkehr“, gibt Reindl einen Ausblick.

Kongress des Bayerischen Gemeindetags und Ausstellerfachforen

Parallel zur Fachmesse findet auch in diesem Jahr der Kongress des Bayerischen Gemeindetags (BayGT) im NCC Mitte statt. Der Kongress greift bundesweit relevante kommunalpolitische Themen aus bayerischer Perspektive auf. Themen, die Kommunen gegenwärtig bewegen. Nach den massiven Einnahmeausfällen bedingt durch die Corona-Pandemie stehen 2021 unter anderem kommunale Finanzen im Mittelpunkt. Wie soll es hier weitergehen? Antworten dürfen sich die Kongressbesucher vom bayerischen Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Albert Füracker, MdL, erwarten, der seine Teilnahme bereits zugesagt hat. Aber auch Megathemen wie Klimaschutz, Digitalisierung oder Fachkräftegewinnung im öffentlichen Dienst werden aus kommunaler Sicht behandelt. Fachwissen und praktische Anwender-Tipps liefern im 30-Minuten-Takt die beliebten Ausstellerfachforen in beiden Messehallen.

Hygienekonzept ermöglicht persönliches Networking

Gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung und den bayerischen Messegesellschaften hat die NürnbergMesse ein tragfähiges Hygienekonzept entwickelt, das einen sicheren Messebesuch der KOMMUNALE ermöglicht. Basis dafür ist das in Bayern gültige inzidenzwert-unabhängige Rahmenhygienekonzept für Messen und Ausstellungen.

Konkrete Maßnahmen zum Schutz der Messeteilnehmer sind unter anderem der regelmäßige Luftaustausch und ein hochmodernes Belüftungskonzept, Abstandswahrung durch Flächen- und Kapazitätsmanagement, Maskenpflicht in Innenbereichen, Hygienevorkehrungen vor Ort, digitale Registrierungs- und Zutrittssysteme und damit einhergehend die Möglichkeit zur Kontaktnachverfolgung. Ein weiterer wesentlicher Eckpfeiler ist das 3G-Konzept, das einen Besucherzutritt nur für Geimpfte, Genesene oder Getestete vorsieht. Aktuelle Informationen zum Hygienekonzept und den Schutzmaßnahmen unter: kommunale.de/schutzmassnahmen

Interessierte Besucher können sich ab sofort ihr Ticket sichern. Der Ticketverkauf findet in diesem Jahr ausschließlich online statt. Weitere Informationen hierzu gibt es unter: kommunale.de/tickets ❐

GZ KOLUMNE Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

Die Bundestagswahl steht vor der Tür und zahlreiche wichtige Themen werden aktuell diskutiert: regionaler Wohnungsbau, innere Sicherheit, lokaler Klimaschutz, und die zukünftige Mobilität. All diese Themenfelder haben einen starken Bezug zur Kommunalpolitik bzw. einen entscheidenden Einfluss auf die kommunalpolitische Arbeit vor Ort. Daher lohnt sich ein Blick auf die kommunalrelevanten Punkte zur Bundestagswahl und das Wahlprogramm der Union.

Erklärtes Ziel der Union ist die Schaffung einer sehr guten Lebensqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland. So sind insbesondere gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land die Basis für ein lebenswertes Deutschland.

Kommunen und die Bundestagswahl 2021:

Ort der Heimat stärken

Die örtliche Infrastruktur, die entscheidend durch die lokale Kommunalpolitik beeinflusst wird, ist so für die Wahl der Heimat von großer Bedeutung. Die verschiedenen Mobilitätsangebote, ob mit dem Auto, dem Zug oder anderen Mobilitätskonzepten wie modernen Rufbussystemen oder Carsharing sind essentiell um besonders ländlichere Regionen attraktiv zu halten. Hier müssen wir innovativ denken und auch handeln, damit wir die Attraktivität der ländlichen Regionen besonders für junge Menschen und Familien erhalten und stärken.

Wohnen und Bauen ist ein weiteres Zukunftsthema sowie ein wertvolles und knappes Gut. Das gilt nicht nur in den Ballungszentren, sondern auch mehr und mehr in ländlicheren Regionen. Die nächste Bundesregierung muss den Bau von mehr und bezahlbarem Wohnraum verstärkt fördern und unterstützen. Familien sollen die Chance haben, sich den Traum des Eigenheims erfüllen zu können. Ein Haus oder eine Wohnung im Eigentum ist nicht nur ein Wohlfühlort, sondern kann auch attraktive Investition in die Zukunft sein. Daher müssen wir hier weitere Anreize schaffen. Das bayerische Baukindergeld kann hier als positives Beispiel dienen.

Wir wollen unsere Kommunen auch zu Orten der Begegnung und der Vielfalt machen. So sind es doch gerade unsere lebendigen Fußgängerzonen und Marktplätze sowie die Gastronomie vor Ort, die unsere bayerischen Kommunen so lebenswert und liebenswert machen. Auch unsere Einzelhändler müssen wir stärker unterstützen, damit diese unsere Innenstädte weiter beleben und stärken. Leerstand darf nicht schlicht hingenommen werden. Die KPV setzt sich für eine verstärkte Förderung der Innenstädte ein.

Mit Liebe zur Heimat möchte sich die KPV nach der Bundestagswahl für eine noch höhere Lebensqualität in unseren Kommunen einsetzen. Sie sind Orte der Heimat und des Lebens. Hier zu investieren und innovative Ideen zu realisieren ist nicht allein die Aufgabe der Kommunen selbst. Hier ist insbesondere der Bund, aber auch die Bayerische Staatsregierung gefragt, um unsere Dörfer und Städte noch lebenswerter zu machen.

Die KPV freut sich auf eine enge Zusammenarbeit mit den wieder- und neugewählten Bundestagsabgeordneten, die alle eine enge kommunalpolitische Bindung haben.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Serie „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit anders denken“, Teil 3:

„Das ist eine Reise für‘s Leben“

Unsere Autorin Anja Schuchardt behandelte im Rahmen ihrer Masterarbeit das Thema „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ und sprach dazu mit Pia Schmitz-Formes von der Stiftung Fly & Help. Seit sechs Jahren verantwortet diese als Projektmanagerin der Stiftung FLY&HELP und als Ansprechpartnerin für die Kommunen deren Schulbauprojekte im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ und ist im direkten Kontakt mit den Partnerorganisationen in den Ländern des Globalen Südens. Im Interview erklärt Schmitz-Formes, worauf es in der Zusammenarbeit mit den Partnern in den Entwicklungsländern ankommt und warum sie ihr Herz an Afrika verloren hat.

GZ: Ursprünglich plante die Stiftung Fly & Help 100 Schulbauprojekte in Entwicklungsländern bis zum Jahr 2025 umzusetzen – inzwischen wurde bereits die 500. Schule gebaut, die meisten auf dem afrikanischen Kontinent. Wie haben Sie es geschafft, das Ziel so weit zu übertreffen?

Schmitz-Formes: *Das liegt insbesondere an unserem Stiftungsgründer Reiner Meutsch, der Fly & Help ein Gesicht gibt. Durch sein enormes Engagement, sein breites Netzwerk, seine vielen Reisen sowie seine vielseitigen Aktivitäten im Rahmen der Stiftung haben wir in den vergangenen 11 Jahren seit Stiftungsgründung so viele Förderer gewonnen, die uns aktiv begleiten und unterstützen. Im Rahmen z.B. von Vortragsreihen erzählt er von den Schulbauprojekten, geht offen auf die Menschen zu und begeistert sie von seiner Idee – so wie auch im Jahr 2015 Landrat Stefan Rößle. Dem besonderen Einsatz von Landrat Rößle ist es zu danken, dass wir den Kontakt zu den Kommunen in ganz Deutschland massiv intensivieren konnten. Rößle und Meutsch teilen die Überzeugung, dass Kindern durch Bildung zu einem selbstbestimmten Leben in ihren eigenen Heimatländern verholfen wird. Die Authentizität, die beide verkörpern, begeistert Freunde, öffentliche und private Partner, Unternehmer und auch das Publikum bei den vielseitigen Auftritten von Reiner Meutsch.*

100 Prozent der Spenden gehen in die Projekte

100 % der Spendengelder, die Fly & Help erreichen, fließen ohne Abzüge von Verwaltungskosten in die Schulbauprojekte. Die Organisation und Umsetzung jedes einzelnen Schulprojektes erfolgt nach klar definierten Standards. So arbeiten wir mit verschiedenen Partnerorganisationen und Einheimischen direkt vor Ort zusammen, die spezielle Kriterien erfüllen müssen. Zum Beispiel sollten die Schulen möglichst staatlich organisiert sein, damit die Lehrergehälter und die Bereitstellung von Personal nachhaltig sichergestellt sind.

GZ: Wenn Sie zusammen mit einer Kommune den Startschuss zu einem Schulbauprojekt gegeben haben – wie begleiten Sie das Projekt?

Schmitz-Formes: *Uns geht es darum, „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu leisten. Wir möchten die Schule mit den Partnern und der Gemeinschaft vor Ort in den Entwicklungsländern zusammen aufbauen, sodass die Menschen sie eigenständig weiterführen können. Die Gemeinde vor Ort von Beginn an aktiv in den Schulbau und Entscheidungsprozesse einzubeziehen, ihnen auf Augenhöhe zu begegnen und Eigenverantwortung zu übergeben, ist elementar wichtig. Unser Ziel ist es, nachhaltig den Kindern Bildung zu schenken, das heißt, auch nach 20 Jahren soll die Schule den Kindern ein sicherer Lernort sein. Um das zu erreichen, muss sich die Community vor Ort mit dem Schulbau identifizieren und das gleiche Ziel verfolgen. Das geht nur, wenn alle Seiten sich miteinander eng und vertrauensvoll austauschen und gemeinschaftlich arbeiten.*

Arbeit mit Einheimischen

Auch arbeiten wir ausschließlich mit einheimischen Arbeitskräften und Materialien, um gleichzeitig wirtschaftlich die Menschen vor Ort zu unterstützen und Jobs zu schaffen bzw. zu erhalten. Unsere Partner vor Ort haben ein breites Netzwerk und kennen die politische, wirtschaftliche und v.a. bildungspolitische Lage und insbesondere auch die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen. Ihnen ist wichtig, dass sie nicht bevormundet werden. In den Bauprozess sind wir aktiv eingebunden, der Baufortschritt wird durch Bild- und Videonachweise dokumentiert und es erfolgt durch Fachkräfte die engmaschige Kontrolle des Baus vor Ort. Auch unsere Spender informieren wir durch regelmäßige Berichterstattungen. Und wenn man dann sieht, unter welchen Bedingungen die Kinder vorher zur Schule gegangen sind – oft waren das völlig marode Strohhütten ohne Türeingang, Fenster und Sitzgelegenheiten – und welche Lernatmosphäre nach dem Bau dort ermöglicht wird, dann sind die Spender sehr begeistert. Zu manchen Schuleröffnungen bieten wir Delegationsreisen an.

GZ: Was lernen die Menschen voneinander, wenn sie im Rahmen der Schulbauprojekte miteinander in Kontakt kommen?

Schmitz-Formes: *Das ist eine Reise fürs Leben. Diese Reisen sind einzigartig. Man trägt sie ein Leben lang im Herzen. Wenn man mit den Einheimischen zusammen ist, ihre Kulturen und Werte kennenlernt, die Kinder an den neu gebauten Schulen erlebt, deren Freude und Dankbarkeit, bekommt man eine innere Zufriedenheit und spürt ganz tiefe Demut. Man lernt sich selbst zurückzustellen und empfindet das Leben mal ganz neu. Aber gleichzeitig entstehen natürlich auch viele Ideen, wie man die Menschen unterstützen möchte. Und da ist es ganz wichtig, dass wir die Menschen vor Ort zu 100 % in alle Ideen miteinbeziehen, uns gemeinsam darüber austauschen und auf Augenhöhe behandeln.*

GZ: Was bedeutet das konkret? Wie muss die Zusammenarbeit auf Augenhöhe gestaltet sein?

Schmitz-Formes: *So, wie ich behandelt werden möchte, be-*

(Fortsetzung auf Seite 4)



Das ist eine Reise ...

(Fortsetzung von Seite 3)

handle ich auch mein Gegenüber. Das gilt auch für die Kooperation mit allen Verantwortlichen in den Entwicklungsländern. Miteinander gemeinschaftlich agieren, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Nicht unsere europäischen Standards sind hier entscheidend. Vielmehr wird mit der Erfahrung und den Materialien aus den Ländern selbst gearbeitet. Die Bevölkerung vor Ort sollte immer mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen alle Prozesse gestalten, von Beginn an planen und verantworten alle Beteiligten gleichermaßen. Das schafft Vertrauen und führt letztlich zum erfolgreichen, nachhaltigen Abschluss der Projekte. Außerdem sind die örtlichen Gemeinden in der Verantwortung, auch zu einem späteren Zeitpunkt anfallende Reparaturarbeiten eigenständig durchzuführen. Durch die gemeinsame Arbeit werden sie automatisch darauf vorbereitet und können eigenständig zukünftig agieren. Jeder lernt durch den anderen und jeder hilft dem anderen gleichwertig. Der Bau erfolgt sowieso immer auf Basis der staatlichen Vorgaben der jeweiligen Länder.

Den politisch Verantwortlichen ist wichtig, dass die Kinder zur Schule gehen. Sie haben auch die Möglichkeit, die Lehrer zu finanzieren und die Schulen dauerhaft zu betreiben. Es fehlen aber oft die finanziellen Mittel, die erforderlichen Schulgebäude zu bauen. Und dafür treten wir ein. Der tatsächliche Aufbau erfolgt aber in gemeinschaftlicher Arbeit mit Bauunternehmen und Materialien aus den Ländern selbst sowie unter Beteiligung der Dorfbevölkerung und der Familien. Nur so identifizieren *sie sich mit den Maßnahmen und Hilfen, die ihnen entgegengebracht werden, und für die sie unendlich dankbar sind. Sie möchten sich einbringen und aktiv mitwirken, anfassen und helfen – jeder auf seine Weise. Mit ‚auf Augenhöhe' ist gemeint, nicht belehrend und mit uns vertrauten Mitteln und Wegen den Bauprozess vorgeben, sondern auf Basis der ortsüblichen Bauweisen und Standards in einem permanenten Miteinander. Zum anderen ist die Kommunikation wichtig, sich auszutauschen, miteinander reden und gestalten, voneinander lernen – ohne eine Gegenleistung zu erwarten.*

Vorgaben kommen aus den Ländern

Auch der tatsächliche Bedarf wird aus den Ländern vorgegeben, nicht umgekehrt. Oft wünschen wir uns viel mehr Fortschritt und könnten auch mit Spenden das ein oder andere sicher umfangreicher bauen. Zum Beispiel kann ein tiefer Brunnen mit einem Solaraufsatz an einer Schule mehr kurzfristigen Wert bringen, als ggfs. ein ganzes Solardach, damit die Kinder auch abends noch etwas Licht haben und lernen können. Das erleben wir auch im Austausch mit den Kommunen – da sind tolle Ideen, aber die Umsetzung ist manchmal etwas schwierig.

GZ: Welche Ideen lassen sich denn nicht so einfach umsetzen?

Schmitz-Formes: *Ein Beispiel dazu wäre, dass schon mal der Wunsch nach engerem Kontakt zu den Kindern der Schulen besteht. Skype könnte eine Möglichkeit bieten. Das kann ich absolut nachvollziehen und es ist ja besonders, wenn hiesige Schulkinder die Kinder in Afrika mal online erleben können. In Afrika fehlt aber die Vorstellung dafür, dafür ist die Distanz und die Wertevorstellung eine ganz andere. Ihnen fehlt vollkommen der Bezug zu uns.*

Die Schulen liegen in den entlegensten Regionen, oft gibt es keinen Strom und kein Wasser – geschweige denn Computer und auch keine Netzverbindung. Auch sprachlich ist es schwierig, sich zu verständigen. Da gibt es dann Hemmungen auf beiden Seiten der Rechner. So ein regelmäßiger Austausch ist einfach kompliziert und da muss man Verständnis aufbringen und nicht enttäuscht sein. Wenn wir im Vorfeld bei der Besprechung eines Schulprojektes erfahren, dass ein Spender großen Wert auf den direkten Kontakt zur Schule legt, versuchen wir aber natürlich ein entsprechendes Projekt auszuwählen und den Wunsch zu ermöglichen. Garantieren kann man es aber nicht.

Unterschiedliche Werte und Kulturen

GZ: Sie sind jetzt bereits seit sechs Jahren bei Fly & Help. Was treibt Sie an und wie empfinden Sie die Zusammenarbeit mit den Menschen in Afrika – haben Sie beispielsweise Unterschiede im Wertesystem festgestellt?

Schmitz-Formes: *Wie schon erwähnt, sind die Unterschiede groß. Wir leben völlig unterschiedliche Werte und Kulturen. Bei uns geht oft nur darum, noch fortschrittlicher zu sein und noch mehr Umsatz zu generieren, alles ist so schnelllebig. Die Uhr tickt wahnsinnig schnell.*

In Afrika herrscht das extreme Gegenteil. Da geht es teilweise um das nackte Überleben. Die Sorge der Menschen dort ist, wie sie täglich ihre Familie ernähren können; die Strom- und Wasserversorgung ist vielerorts nicht ausgebaut, ein flächendeckend ausgebautes Gesundheitssystem gibt es nicht, eine funktionierende Infrastruktur auch nicht überall – gerade nicht in den entlegenen Regionen. Bildung ist oft noch ein Luxus, den sich nicht jede Familie für ihre Kinder leisten kann, und trotzdem sind sie dankbar für das was sie haben. Ihre Lebenseinstellungen, Erwartungen und Zeitrechnung sind ganz anders. So wie wir uns nicht unbedingt in deren Lebensweisen und Haltungen hineinversetzen können, geht es den Menschen in Afrika genauso mit uns.

Man muss es erleben, spüren, ganz wichtig ist es, ins Gespräch zu gehen. Zuhören und Hinhören, was ist den Menschen wichtig, was sind ihre Wünsche und Werte. Dadurch bekommt man ein Gespür für ihr Leben in Afrika. Wenn man sich ihnen zuwendet, für sie interessiert, sind sie auch sehr aufgeschlossen und freuen sich unendlich, dass man ihnen – auf Augenhöhe – begegnet. Diese Gespräche sind wunderbar und geben sehr viel Demut. Ich sehe es als unsere Aufgabe, dahingehend auch bei uns Aufklärungsarbeit zu leisten, damit man lernt, sich gegenseitig besser zu verstehen – auch in den Gemeinden, Landkreisen und Städten.

Und ja, es ist tatsächlich so, dass ich durch die Kooperationen mit unseren Projektpartnern, den Schulbau und auf den Reisen mein Herz an Afrika verloren habe. Ich habe eine richtige Leidenschaft für den Kontinent entwickelt und es fasziniert mich, mit welch schlichten Mitteln sie ihr Leben trotz für uns widriger Umstände mit einer Dankbarkeit und Fröhlichkeit gestalten und bewerkstelligen, dass ich jedem empfehlen kann, sich selbst ein persönliches Bild davon zu machen. Es ist eine Reise fürs Leben. ❐

Auftakt der Veranstaltungsreihe:

„Mitdenken. Vordenken. Umdenken"

Sozialministerin Carolina Trautner spricht mit Abt Dr. Notker Wolf über die Bedeutung der Angst für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Was bewegt die Gesellschaft? Was hält die Gesellschaft zusammen? Was gefährdet unser Zusammenleben? Mit der neuen Veranstaltungsreihe „Mitdenken. Vordenken. Umdenken" kommt Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner nun zweimal im Jahr mit verschiedenen Expertinnen und Experten sowie Personen des öffentlichen Lebens zu einer Gesprächsrunde zusammen. Sobald es die Corona-Bedingungen zulassen, ist auch die interessierte Öffentlichkeit eingeladen, sich an den Gesprächen zu beteiligen und live mit dabei zu sein.

Zum Auftakt der Reihe traf die Ministerin im Kloster St. Ottilien Abt Dr. Notker Wolf, um mit ihm über die Bedeutung von Angst für die Gesellschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie aktuelle Herausforderungen zu sprechen. Trautner: „Ich freue mich sehr, im Rahmen der neuen Veranstaltungsreihe mit ganz unterschiedlichen Menschen über vielfältige Themen, die unsere Gesellschaft bewegen ins Gespräch zu kommen. Wir müssen das gegenseitige Verständnis fördern, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und Spaltungen zu verhindern. Das Auftaktgespräch mit Abt Dr. Notker Wolf hat unterstrichen, dass wir die Ängste der Menschen sehr ernst nehmen müssen. Mir ist wichtig, verschiedene Ansichten, Haltungen und Einstellungen kennenzulernen und gemeinsam Lösungsvorschläge für die Probleme in unserer Gesellschaft zu diskutieren."

Das Format wird zweimal jährlich durchgeführt. Aktuell werden die Gespräche als Videoaufzeichnungen angeboten. Sobald es die Corona-Bedingungen wieder erlauben, finden die Gespräche in Präsenz mit Publikum statt, um so auch die gesamte Bevölkerung in den Austausch mit einzubeziehen.

Das aktuelle Video finden Sie unter: **https://www.stmas.bayern.de/radikalisierungspraevention/mitdenken-vordenken-umdenken.php** ❐

Wir brauchen Vorkämpfer ...

(Fortsetzung von Seite)

Kommunalpartnerschaften mit Ländern im Globalen Süden, niedrigschwellig und unkompliziert sei. Dazu führte er mehrere Beispiele auf. So besuchte Müller auf seiner jüngsten Reise in Sierra Leone vor wenigen Wochen eine Müllhalde, auf der zwei Millionen Menschen ihre Abfälle zusammentragen. Im Rahmen einer Kooperation mit der Stadt Mannheim soll nun ein Recyclingsystem eingeführt werden, um die Abfallentsorgung nachhaltig zu organisieren. Im Bereich der Medizin hat das Kemptner Klinikum eine Partnerschaft mit einem Krankenhaus vor Ort geschlossen, um die Impfkampagne im Land voranzubringen.

Signale für Wandel im Denken

„Es müssen aber nicht immer gleich Partnerschaften geschlossen werden", schob Müller ein. „Es wäre bereits ein Signal eines jeden Landrates, wenn er gezielt Produkte bei Anbietern einkauft, die soziale und ökologische Standards erfüllen. Das führt zum Umdenken und sensibilisiert das Bewusstsein in der Bevölkerung für nachhaltigen Handel und faire Zusammenarbeit", so der Minister. Allerdings brauche es dafür noch deutlich mehr Vorkämpfer, forderte er. Gleichzeitig machte Müller seine Zuversicht deutlich anhand der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt", für die sich auch die Bayerische GemeindeZeitung engagiert. „Wir haben seit Gründung der Initiative im Jahr 2015 inzwischen 150 Schulbauprojekte auf den Weg gebracht, aber wir werden die 1000 Schulen schaffen! Und wer die leuchtenden Augen der Kinder sieht, die in den Schulen lernen können, der erkennt: Ich habe etwas Sinnvolles in meiner Zeit gemacht."

Globale Zusammenhänge

Rößle wies daraufhin, dass Projekte nicht immer nach Plan verlaufen. „Das Problem ist, dass Kommunalpolitiker im Globalen Süden nicht immer die Möglichkeit haben, die mit uns gemeinsam entwickelten Ideen umzusetzen, weil sie von der Regierungsspitze abhängig sind. Aber davon darf man sich nicht entmutigen lassen." Rößle betonte: „Sich in der Entwicklungspolitik auf kommunaler Ebene einzusetzen kostet nicht viel Geld. Aber man braucht einen guten Willen und Entschlossenheit sich einzubringen." Abschließend hob Müller hervor, dass Herausforderungen wie die Klimakrise nur in der internationalen Zusammenarbeit gelöst werden können. „Wir müssen mit unseren Klimazielen ehrgeizig zuhause sein, aber das Weltklima retten wir nur auf globaler Ebene. Die CSU darf sich nicht nur lokal und auf Landesebene engagieren, sondern auch die Bundesebene wichtig, um sich international einbringen zu können." Die globale Zusammenarbeit müsse von Kommunalpolitikern daher noch mutiger in den Vordergrund gestellt werden. Doch Müller kritisierte: „Oft kommt das Argument: Wir haben doch selbst genug Probleme. Aber uns täte deutlich mehr Selbstbewusstsein und Mut gut." Nach der Lektüre von Müllers aktuellem Buch „Umdenken: Überlebensfragen der Menschheit" dürfte der ein oder andere Kommunalpolitiker anders über die Globalzusammenhänge denken. In dem Buch gibt der Minister konkrete Handlungsempfehlungen und appelliert an ein neues globales Verantwortungsgefühl. **red**

Konsequenzen aus ...

(Fortsetzung von Seite)

gitale Verfahrensbeteiligung – auch hinsichtlich der Realisierung von Projekten zur Neuerrichtung von Infrastruktur – unbefristet ermöglicht werden.

Unter Wahrung maßgeblicher Schutzgüter wie den Trink- und Grundwasserschutz sollen befristet auch unkonventionelle Techniken für den (Wieder-) Aufbau von Einrichtungen sowie für die Wieder- und Neuverlegung von Leitungssystemen eingesetzt werden dürfen, wie z. B. alternative Verlegungsmethoden oder Drohnenüberflüge zur Sichtkontrolle.

Erweiterte Perspektive zur Klimafolgenanpassung

Daneben wird für den Ansatz plädiert, beim Wiederaufbau der Infrastruktur in überflutungsgefährdeten Gebieten stets Klimafolgenanpassung und Hochwasserschutz durch erweiterte Perspektive für Plan- und Genehmigungsverfahren mitzudenken. Dabei gilt stets die Maxime, dass es sich um Einzelfallentscheidungen handelt, die vor Ort zu treffen sind und unterschiedlich ausfallen werden, weil zum Beispiel in manchen Hochwassergebieten aufgrund der geographischen Gegebenheiten die bebaubaren Flächen begrenzt sind.

Das Diskussionspapier sieht auch Vorschläge zur Ausgestaltung der finanziellen Aufbauhilfe für betroffene Privathaushalte, Unternehmen und Kommunen vor. Im Zentrum steht dabei der Ansatz, wie bei der Flut 2013 ein Sondervermögen zur Aufbauhilfe zu bilden. Dieser wurde bereits im aktuellen Beschluss der Bundeskanzlerin und der Regierungschefs der Länder vom 10. August 2021 durch den nationalen Fonds „Aufbauhilfe 2021" aufgegriffen, für den Bund und Länder eine finanzielle Vereinbarung zur Bildung eines Sondervermögens des Bundes in Höhe von 30 Mrd. Euro getroffen haben.

Wiederaufbau schnell, nachhaltig und klug

„Die besondere Herausforderung des Wiederaufbaus wird sein, dass dieser schnell, aber auch nachhaltig und klug zu erfolgen hat. Dies wird ein langer und anstrengender Prozess für die betroffenen Menschen, Unternehmen und Kommunen werden, für den es keine Schablonen oder Masterpläne gibt", heißt es abschließend. Deshalb sind auch die in dem Diskussionspapier enthaltenen Vorschläge keinesfalls als unverhandelbar anzusehen. Vielmehr sind die Autoren dankbar für Hinweise, Erfahrungen und Ergänzungen, die das Papier verbessern. **DK**

Appelle an nächste ...

(Fortsetzung von Seite)

Gleichzeitig sorgten die Städte für die soziale Infrastruktur: für Kita und Schule und Angebote der Jugendhilfe. Zudem würden Sportvereine unterstützt. Kinder könnten auf städtischen Spielplätzen toben, ins Schwimmbad gehen oder die Bibliotheken nutzen. In Krisensituationen erhielten Familien Hilfe und Unterstützung vor Ort. Durch die Pandemie sei der Bedarf deutlich gewachsen. Für Jugend- und Familienhilfe schulterten die Kommunen mittlerweile 13 Milliarden Euro jährlich, betonte der Hauptgeschäftsführer.

Von der kommenden Bundesregierung fordert der Deutsche Städtetag zudem größere Anstrengungen, um ausufernde Bodenpreise und Mieten in den Griff zu kriegen. Wohnungs- und Bodenpolitik müsse konsequenter am Gemeinwohl ausgerichtet werden, erklärte Dedy gegenüber der Rheinischen Post.

„Wir wollen Städte für alle Menschen. Deshalb brauchen wir auch Wohnraum für alle Menschen, unabhängig vom Geldbeutel. Beim sozialen Wohnungsbau hinken wir seit Jahren hinterher. Sozialwohnungen werden immer weniger, Bauland wird immer rarer und teurer. Das muss sich ändern", machte Dedy deutlich. „Der Bund muss noch konsequenter dafür sorgen, dass Wohnungsbau dauerhaft gefördert wird und die Städte einfacher auf Baugrund zugreifen können."

Kaum bezahlbarer Wohnraum zu finden

Viele Menschen fänden in Boom-Städten schon jetzt kaum mehr bezahlbaren Wohnraum. Mit hohen Neubaukosten und mitunter ausufernder Spekulation mit Grund und Boden lasse sich keine gerechte Stadt gestalten. Weder Wohnungen noch Grundstücke seien reine Wirtschaftsgüter. Das Gemeinwohl müsse hier Richtschnur sein. Jeder Mensch brauche einen Platz zum Wohnen.

Mit kommunalen Bodenfonds könnten die Städte je nach Bedarf vor Ort steuern, was und wann gebaut wird. In solchen Fonds würden Grundstücke vorgehalten, über die die Kommunen verfügen können. Wenn gebaut werden soll, könne die Stadt als Eigentümerin die Flächen einsetzen.

„Grundstücke stehen so einfacher für preiswerten Wohnungsbau, Schulen und Kitas bereit. Auch Bund und Länder sollten jene Grundstücke in Bodenfonds einbringen, die ihnen gehören und die sie nicht mehr nutzen. Der Verkauf von Grundstücken etwa von Deutscher Bahn, Zoll oder Bundeswehr darf keinesfalls mehr nach Höchstgebot erfolgen. Hier müssen Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen", unterstrich Dedy.

Stichwort Klimaschutz: Um die kommunale Klimaanpassung in großem Umfang zu finanzieren, müssen Bund und Länder laut Deutschem Städtetag nachlegen. Sowohl die klimaneutrale Energieversorgung als auch die Mobilitätswende müssten gesichert finanziert werden, damit die Ziele des Klimaschutzgesetzes erreicht werden können.

Wie Helmut Dedy gegenüber dpa erklärte, „wollen wir die Menschen vor den Folgen der Klimaveränderungen schützen und die kommunale Infrastruktur krisenfester machen. Die Städte wappnen sich gegen die Klimafolgen und planen und bauen auf Grundlage der Klimaprognosen. Starkregen mit der Gefahr von Überflutungen, Hitzeperioden mit Trockenheit, die zu Wassermangel führen: Diese gegensätzlichen Extreme müssen die Städte in Zukunft besser vereinen."

Das Konzept der Schwammstadt verbinde diese Gegensätze. Städte müssten Wasser speichern können wie ein Schwamm. So könne bei Starkregen überschüssiges Wasser aufgefangen und in Dürreperioden zur Wasserversorgung und Kühlung genutzt werden. Dedy zufolge wird dies möglich mit mehr Grünflächen, weniger Versiegelung und dem Ausbau von Rückhaltebecken für Hochwasser. „Diesen Weg haben viele Städte bereits eingeschlagen. Wichtig ist außerdem, Flüssen und Bächen wieder mehr Raum, auch für Hochwasserlagen zu geben. Zur Vorsorge gehört zudem, die Bevölkerung über Gefahren aufzuklären. Deshalb entwickeln die Städte Gefahrenkarten, die zeigen, wo etwa bei Starkregen Überschwemmungen auftreten können und wie damit umgegangen werden kann."

Der notwendige Umbau zur klimaangepassten Schwammstadt koste in den nächsten Jahren viel Geld. Die bisherigen Förderprogramme reichten dafür nicht aus, so der Hauptgeschäftsführer abschließend. **DK**

Halbjahresbilanz bayerischer Volks- und Raiffeisenbanken:

Wachsender Druck trotz solider Geschäftslage

Obwohl sie auf einen soliden Geschäftsverlauf in den ersten sechs Monaten des Jahres 2021 verweisen können, macht den bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken weiterhin der steigende politische und regulatorische Druck auf die Banken und die Negativzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) zu schaffen. „Das Ergebnisniveau des Vorjahres wird wohl nicht erreicht", erklärte der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), Jürgen Gros, in München.

In den ersten sechs Monaten konnten laut Gros die 222 bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken die Kreditvergabe im Vergleich zum Vorjahr weiter ausbauen. Insgesamt haben sie Kredite in Höhe von 121,3 Milliarden Euro ausgereicht, 3,7 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Während im Privatkundenbereich die Kredite um 3,6 Prozent auf 53,5 Milliarden Euro stiegen, legten sie bei den Firmenkunden um 4,1 Prozent auf 64,4 Milliarden Euro zu. Gerade bei den Handwerkern und beim verarbeitenden Gewerbe, den wichtigsten Kunden der Volks- und Raiffeisenbanken, liefen die Geschäfte gut, betonte der Präsident.

Förderkredite wurden an Firmenkunden im Gesamtvolumen von knapp 2,5 Milliarden Euro vergeben. 85 Prozent davon entfielen auf KfW-, 15 Prozent auf LfA-Angebote. Corona-Förderkredite machten 281 Millionen Euro vom Gesamtvolumen aus. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres betrug das Gesamtvolumen an Förderkrediten von KfW und LfA rund 3 Milliarden Euro, wobei 1,4 Milliarden Euro davon Corona-Förderkredite betrafen.

Weiter hoch im Kurs stehen die Immobilienkredite. Vor allem deren Steigerung sei für das Kreditwachstum verantwortlich, berichtete Jürgen Gros. An Privatpersonen vergaben die Banken 4,3 Prozent mehr an Immobilienkrediten. Das Volumen wuchs von 46,1 Milliarden Euro auf 48,1 Milliarden Euro. Die Immobilienkredite für Firmenkunden nahmen um 5,4 Prozent von 20,0 Milliarden Euro auf knapp über 21,1 Milliarden Euro zu. Die Kredite für den Wohnungsbau legten insgesamt um 4,6 Prozent zu und wuchsen von 66,1 Milliarden Euro auf 69,2 Milliarden Euro.

Immobilien als sicherer Hafen

Gros zufolge bleiben Immobilien ein sicherer Hafen für Geldanlage und Altersvorsorge. Die Pandemie samt Lockdowns habe den Trend verstärkt, dass zunehmend mehr Menschen aus der Stadt ins Umland ziehen und dort Wohnungseigentum erwerben.

Weiter gewachsen sind die Kundengelder: Sie stiegen um 1,4 Prozent von 145,5 Milliarden Euro auf knapp 147,2 Milliarden Euro. Die Sparquote bleibt weiterhin hoch. Da die Konsummöglichkeiten durch Lockerungen der Pandemieauflagen in Gastronomie, Einzelhandel und bei Reisen wieder vielfältiger sind, nehmen die Einlagen allerdings weniger stark als noch 2020 zu.

Für Banken belastend bleibe das Wachstum der Einlagen, informierte Gros. Durch die anhaltende Negativzinspolitik der EZB gebe es für die Institute kaum rentierliche Anlagemöglichkeiten für die Kundengelder. „Die Negativzinspolitik der EZB zwingt die Banken dazu, Negativzinsen an ihre Kunden weiterzureichen, beziehungsweise Verwahrentgelte zu erheben."

Verfassungswidrige EZB-Negativzinspolitik

Diesen Zusammenhang belege auch eine aktuelle Studie des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Paul Kirchhof, die dieser in Zusammenarbeit mit dem Verband der Sparda-Banken anfertigte. Kirchhof komme dabei zu dem eindeutigen Ergebnis, dass die Negativzinspolitik der EZB verfassungswidrig ist, weil sie Sparer enteignet. Nach Auffassung des GVB-Präsidenten überschreitet die EZB klar ihr Mandat: „Wer Negativzinsen auf Einlagen verhindern will, der muss dafür sorgen, dass die EZB damit aufhört, außerhalb ihres Mandats zu agieren."

Infolge der Negativzinspolitik der EZB erodiere die Zinsspanne der Kreditinstitute. „Für die Banken bedeutet das, dass sich mit jedem zusätzlichen Euro an Kundeneinlagen die Situation verschärft, rentierliche Anlagemöglichkeiten für die Kundengelder zu finden", machte Gros deutlich. Die Banken fühlten sich zudem von Teilen der Politik im Stich gelassen. „Populistische Forderungen nach einem Verbot von Negativzinsen auf Guthaben, wie sie beispielsweise die Verbraucherschutzministerkonferenz der Länder bei ihrer Sitzung im Mai erhoben hat, setzen an der falschen Stelle an. Sie schieben den Banken den Schwarzen Peter für eine Entwicklung zu, die diese nicht zu verantworten haben."

Unter steigenden Druck gerate auch das Provisionsgeschäft der Institute, fuhr Gros fort. Hier komme der Druck von politischer Seite. So schlügen beispielsweise die Grünen und die Linke in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl vor, die provisionsbasierte Beratung abzuschaffen. Auch im Wahlprogramm der SPD finde sich ein ähnlicher Ansatz.

„Überlegungen zum Verbot von abschlussbasierter Provisionierung sollen vermeintlich dem Verbraucherschutz dienen. Wer so einem Systemwechsel zur Honorarberatung das Wort redet, treibt jedoch in Wahrheit die Kunden von den beratenden Banken hin zu digitalen Anbietern, die keine Beratungsleistung erbringen. Nicht jeder kann sich, gerade bei niedrigen Anlagebeträgen, Honorarberatung leisten und ist in der Folge sich selbst und den Angeboten im Internet überlassen. Viele Kundengruppen werden dann von Beratungsleistungen abgehängt. Das schadet dem Verbraucherschutz", stellte der GVB-Chef fest.

Hinzu kämen höchstrichterliche Entscheidungen wie das Urteil des Bundesgerichtshofs zu AGB-Änderungen und politische Überlegungen wie ein Deckel für Dispozinsen oder für Gebühren an Geldautomaten. Die Folge könnte sein, dass Banken manche Leistungen künftig nicht mehr anbieten, so Gros. „Ich bezweifle, dass sich manche, die derzeit einen Gebührendeckel nach dem anderen für Bankleistungen fordern, darüber im Klaren sind, was das bedeuten kann."

Gros wies darauf hin, dass die Genossenschaftsbanken nun auch flächendeckend Negativzinsen einführen. Bei den Privatkunden, sofern sie als Bestandskunden gelten, seien in der Regel lediglich Guthaben in Höhe von über 20.000 Euro betroffen. Neukunden müssten allerdings damit rechnen, ab dem ersten Euro auf ihrem Konto „Verwahrgeld" zu bezahlen.

Insgesamt ist die Einseitigkeit, mit der Banken ohne jede Differenzierung und ohne Berücksichtigung der möglichen Folgen zunehmend der Handlungsspielraum genommen werde, aus Gros' Sicht fatal. Verlässlichen und soliden Heimatbanken werde durch populistische Forderungen zunehmend das Leben schwer gemacht. „Es wird dringend Zeit, sich des Wertes von Regionalbanken wieder bewusst zu werden, deren Leistung für Gesellschaft und Verbraucher anzuerkennen und politisch entsprechend zu handeln", unterstrich der GVB-Präsident. **DK**

Neuer Heimatindex des GVB:

Stimmungstief überwunden

Nach einem Tiefpunkt im vergangenen Winter hat sich der Heimatindex der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken wieder deutlich erholt. Das im Winter 2020/21 vom Meinungsforschungsinstitut GMS Dr. Jung ermittelte Stimmungstief im Freistaat mit einem Index von 56 Punkten ist mit nunmehr 63 Punkten überwunden, liegt aber noch unter dem Höchstwert von 71 Punkten im Sommer 2018. „Die Bayern atmen durch", kommentierte GVB-Präsident Jürgen Gros die aktuellen Zahlen.

Nach Gros' Worten „haben Lockerungen im Alltag und der Impffortschritt das Gemüt der Bayern offensichtlich aufgehellt". Trotz der Erholung des Index zeige sich bei einem genaueren Blick auf die Zahlen gleichwohl, dass die Bayern weiter abwarten. „Die Pandemie ist noch nicht vorüber und eine mögliche vierte Welle könnte den zaghaften Stimmungsaufschwung schnell wieder zunichtemachen", mahnte Gros.

Gering fallen in der aktuellen Erhebung die regionalen Unterschiede in Bayern aus. In fünf der sieben Regierungsbezirke liegt der Heimatindex wie im gesamten Freistaat bei 63 Punkten. Lediglich Niederbayern und Oberfranken weisen mit 62 Punkten einen geringfügig niedrigeren Index aus.

Deutlich zugelegt hat der Teilindex „Vernetzung mit Freunden und Familie". Er stieg um 14 Zähler von 58 (Winter 2020/21) auf nun 72 Punkte. Die Erleichterungen im Alltag haben hier offenbar zu einer Entspannung geführt. Während in der Lockdown-Phase das soziale Leben auf die eigene Familie und wenige weitere Kontakte reduziert war, genießen die Bayern jetzt wieder die Begegnungen mit Freunden und Bekannten. Von seinem Höchststand von 85 Punkten (zuletzt im Winter 2018/2019) ist dieser Teilindex jedoch noch weit entfernt.

(Fortsetzung auf Seite 6)

Zuversicht in Zahlen:

bayern.vr.de

Als mittelständische Bank mit lokaler Verwurzelung verstehen wir das mittelständische Geschäftsmodell vor Ort. Das macht uns zu einem starken Partner, auf den sich der regionale Mittelstand auch morgen noch verlassen kann.

30 Mio.
Kunden

18,4 Mio.
Mitglieder

Die genossenschaftliche Idee beruht auf Werten wie Fairness, Transparenz und Vertrauen. In Deutschland zählen wir über 30 Mio. Kunden und 18,4 Mio. Mitglieder.

150 Mio. €

Die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken fördert soziales und kulturelles Engagement mit jährlich über 150 Mio. Euro durch Spenden, Sponsoring und Stiftungserträge.

8.000
Auszubildende

140.000
Mitarbeiter

Wir bieten 140.000 Mitarbeitern und 8.000 Auszubildenden deutschlandweit die Möglichkeit auf eine Zukunft mit vielfältigen Entwicklungschancen in der Finanzbranche.

Die Finanzberatung, die erst zuhört und dann berät: mit der **Genossenschaftlichen Beratung** machen wir genau das – ehrlich, verständlich und glaubwürdig. Damit Sie immer zuversichtlich nach vorne schauen können.

9.000
Filialen

18.000
Geldautomaten

Mit 9.000 Filialen und rund 18.000 Geldautomaten deutschlandweit sind wir dort, wo Sie sind. Und immer an Ihrer Seite bei der Realisierung Ihrer Ziele und Wünsche.

Statistisch gesehen ist jeder fünfte Deutsche Mitglied einer Genossenschaftsbank. Und bestimmt so den zukünftigen Kurs seiner Bank demokratisch mit.

Das Erfolgskonzept der Zukunft: Wir sind regional verankert, aber überregional vernetzt. Und haben so ständigen Zugriff auf die Expertise und Leistungen unserer Partner in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken.

Morgen kann kommen.
Wir machen den Weg frei.

Volksbanken Raiffeisenbanken

Beseitigung von Hochwasserschäden:

BayernLabo bietet Kommunen Sonderprogramm

Durch Hochwasserereignisse im weiteren Sinne wurden im Juli dieses Jahres auch in Bayern enorme Schäden verursacht. Als Beitrag zur Schadensbeseitigung bietet die BayernLabo, das Förderinstitut der BayernLB, im Rahmen des bestehenden „Investkredit Kommunal Bayern" betroffenen bayerischen Kommunen in Zusammenarbeit mit der KfW ergänzend das Sonderprogramm „Beseitigung von Hochwasserschäden 2021" mit einem begrenzten Förderkontingent an.

Für Investitionen zur Beseitigung von Schäden an der kommunalen Infrastruktur können die Kommunen dieses Sonderprogramm günstiger als das zugrundeliegende KfW-Sonderprogramm und damit zu nochmals günstigeren Konditionen als den „Investkredit Kommunal Bayern" in Anspruch nehmen.

Es gelten die bekannten Förderbedingungen des „Investkredit Kommunal Bayern" mit folgenden Sonderregelungen:

- Es werden alle Investitionen zur Beseitigung von Schäden an und zur Wiederherstellung der kommunalen Infrastruktur in den ab dem 12.07.2021 von Hochwasser und Starkregen im weiteren Sinne (bspw. auch durch Murenabgänge in Folge des Starkregens) betroffenen Gebieten mit bis zu 100 % finanziert
- BayernLabo und LfA bieten dieses Sonderprogramm komplementär im Rahmen der Förderkreditprogramme „Investkredit Kommunal Bayern" und „Infrakredit Kommunal" für die jeweiligen Verwendungszwecke an
- Für das Sonderprogramm ist nur eine Kreditlaufzeit von 20 Jahren bei 1-3 Tilgungsfreijahren (20/3) möglich
- Die Zinsfestschreibung erfolgt unverändert für die ersten 10 Jahre der Kreditlaufzeit
- Der von der KfW in ihrem Programm 208 (IKK-Investitionskredit Kommunen Sonderprogramm „Beseitigung von Hochwasserschäden 2021") vorgesehene Zinssatz wird durch die BayernLabo nochmals weiter verbilligt und beträgt bis auf Weiteres -1,05 % p. a. nom.; der bei Abruf des Kredits geltende Programmzinssatz wird tagesaktuell auf der Web-Site der BayernLabo veröffentlicht unter https://bayernlabo.de/bayerische-kommunalkunden/foerderkredite/investkredit-kommunal-bayern/
- Die Antragstellung für diese Sonderförderung kann nur direkt bei der BayernLabo und zunächst nur bis 31.12.2021 erfolgen
- Im Antragsformular „Investkredit Kommunal Bayern" ist unter dem Punkt „Vorhabensbeschreibung" die Angabe „Hochwasser 2021" sowie eine kurze Beschreibung der Maßnahmen anzugeben. ❐

BayernLabo in Grafenau:

Alles Gute zum 5. Geburtstag!

Vor fünf Jahren hat der heutige Ministerpräsident Dr. Markus Söder den neuen Förderstützpunkt der BayernLabo im niederbayerischen Grafenau eröffnet. Das Büro unter der Leitung von Norbert Kellermann bearbeitet seither Anträge zur Förderung von Eigenwohnraum in Niederbayern und der Oberpfalz sowie mittlerweile auch in Oberfranken.

„Die BayernLabo ist ein Musterbeispiel für unsere Behördenverlagerung und hat sich schnell als verlässlicher Partner in der Region etabliert. Mit ihr bieten wir kompetente Ansprechpartner – auch fernab der großen Metropolen! Von Grafenau aus unterstützt die BayernLabo Bürgerinnen und Bürger in Ostbayern und Oberfranken bei der Verwirklichung eines nachhaltigen Eigenheims.

Gleichzeitig stärkt sie die Region mit zehn hochwertigen, zukunftsfähigen und heimatnahen Arbeitsplätzen. Seit der Gründung konnten von hier aus mehr als 12.000 Häuser und Wohnungen mit einem Darlehensvolumen von rund 237 Mio. Euro und einem Zuschussvolumen von rund 22 Mio. Euro gefördert werden", freute sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich des fünften Geburtstags des Förderstützpunkts der Münchner Förderbank.

„New York, London, Paris, Mailand, München – und Grafenau. Die BayernLB finanziert Fortschritt nicht nur national und international, sondern stärkt über die BayernLabo auch die regionalen Wurzeln", ergänzt Gero Bergmann, Mitglied des Vorstands der BayernLB. „Mit ihren Darlehen und Zuschüssen ermöglicht die BayernLabo vielen Familien und Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen den Traum von den eigenen vier Wänden oder eine nachhaltige Modernisierung." ❐

Aktiv im Kampf gegen den Klimawandel:

BayernLB und DKB werden Mitglieder bei PCAF

Die BayernLB und ihr Tochterunternehmen Deutsche Kreditbank AG (DKB) sind seit Juni 2021 Mitglied bei der Partnership for Carbon Accounting Financials (PCAF). Damit tragen die beiden Institute aktiv zum Kampf gegen den Klimawandel bei.

PCAF ist eine global tätige Brancheninitiative zur Standardisierung der Messung und Offenlegung von Treibhausgasemissionen für den Finanzsektor. Mit mehr als 130 Banken und Investoren aus fünf Kontinenten wächst die Initiative kontinuierlich in Nordamerika, Lateinamerika, Europa, Afrika und im asiatisch-pazifischen Raum.

Für die Berechnung der Treibhausgasemissionen, die ein Finanzunternehmen durch den Bürobetrieb (Strom, Heizung, Dienstreisen etc.) verursacht, gibt es schon lange einheitliche Leitplanken. Die Berechnung der Treibhausgase, die mit der Kreditvergabe verknüpft sind, ist wesentlich komplexer. PCAF bietet eine standardisierte Methodik, mit der BayernLB und DKB zukünftig die Emissionen im Produkt- und Kreditportfolio berechnen werden. Die Berechnung der Treibhausgasemissionen ist ein essenzieller Schritt, um das Produktportfolio unter Risiko- und Nachhaltigkeitsaspekten zu steuern und schrittweise zu dekarbonisieren.

Beide Banken sind nun Mitglied der PCAF-VfU Koalition, welche das Ziel hat, Finanzinstitute in Deutschland, Österreich und der Schweiz (DACH) bei der Messung und Offenlegung der finanzierten Emissionen ihrer Portfolios zu unterstützen.Mit der Mitgliedschaft bei PCAF verpflichten sich die beiden Häuser, innerhalb der nächsten drei Jahre mit Finanzierungen verbundene Emissionen zu messen und zu veröffentlichen.

„Als Institut arbeiten wir bereits seit 2015 an allen Standorten klimaneutral. Zusätzlich unterstützen wir unsere Kunden als Fortschrittsfinanzierer bei der Dekarbonisierung und Erreichung der Klimaziele. Wir haben uns dabei vorgenommen, den Anteil ESG-konformer Finanzierungen nennenswert zu erhöhen – wesentlich ist hierbei die Steuerung anhand von Nachhaltigkeitsdaten. Die Erkenntnisse aus PCAF helfen dabei unseren Kunden und uns bei der Bestandsaufnahme und einem transparenten Fortschrittsbericht", erklärt Stephan Winkelmeier, Vorstandsvorsitzender der BayernLB.

Stefan Unterlandstättner, Vorstandsvorsitzender der DKB: „Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Unser Ziel ist es, das gesamte DKB-Produktportfolio in Einklang mit dem Pariser Klimaschutzziel zu bringen. Die Berechnung der Emissionen nach der PCAF-Methodik ist dafür ein wichtiger Baustein."

Das wesentliche Messinstrument für die nachhaltige Transformation der Wirtschaft sind Nachhaltigkeitsdaten. Eine solide Datengrundlage ist für den langfristigen Erfolg entscheidend. Die benötigten Daten für die Berechnung und Steuerung der Emissionen der Kreditvergabe stehen derzeit allerdings oftmals nicht zur Verfügung. Ein Beispiel ist der Gebäudeenergieausweis in der Wohnungswirtschaft: Anders als in anderen Ländern gibt es in Deutschland bislang kein bundeseinheitliches Kataster für Gebäudeenergieausweise. Das wäre aber notwendig, um die Emissionen bei Wohnimmobilien nachhaltig zu optimieren. Je mehr Daten zur Verfügung stehen, desto präziser kann die Klimawirkung des Kreditportfolios gemanagt werden. Bei der Verfügbarkeit und Erhebung der Daten sind Wirtschaft und Politik gleichermaßen gefragt. ❐



Zahlreiche Sparkassenmitarbeiter machten auf die Müllproblematik aufmerksam. Bild: Stadtsparkasse Augsburg

Für einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen:

Stadtsparkasse Augsburg sammelt Müll im Siebentischwald

Ein Signal an die Stadtgesellschaft wollen sie senden: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtsparkasse Augsburg haben in Kooperation mit dem DAV im Siebentischwald weiträumig Abfälle gesammelt, um auf die Problematik von Müll und Ressourcenverschwendung aufmerksam zu machen.

Unter dem Motto „Ramadamazama" trafen sich zahlreiche Engagierte auf dem Parkplatz des DAV in Haunstetten. Ausgerüstet mit grünen T-Shirts, Müllbeuteln und Zangen schwärmten sie in Kleingruppen in den Stadtwald aus und durchkämmten das Gelände nach Unrat.

Ganze 40 Eimer konnten die fleißigen Teams mit ihren Funden füllen. Darunter Zigarettenschachteln, Fast-Food-Verpackungen, leere Plastikflaschen und vieles mehr. Besonders entsorgte Hundekotbeutel lösten Kopfschütteln aus: „Verpackungen in der Natur zu entsorgen, die eigentlich dazu dienen, die Natur sauber zu halten, ist an Absurdität nicht zu überbieten", wundert sich Kundenberater David Ahn.

Im Jahr 2019 waren es stolze 227 Kilogramm Verpackungsmüll, die in Deutschland pro Kopf angefallen waren. Im Pandemiejahr 2020 ist dieser Wert noch gestiegen. Zwar erreicht Deutschland hohe Verwertungsquoten – die bayerische Abfallwirtschaft beispielsweise verwertet 67 % aller Abfälle. Angesichts steigender Gesamtmengen aber erreicht auch die Summe der nicht mehr verwertbaren Abfälle exorbitante Ausmaße.

„Eine intakte Umwelt ist Basis allen Wirtschaftens und als solche von essentieller Bedeutung. Werterhalt war schon immer ein zentrales Anliegen der Stadtsparkasse Augsburg. Deshalb haben wir uns in unseren Umweltleitlinien verpflichtet, sparsam mit Ressourcen umzugehen und uns für einen schonenden Umgang mit der Umwelt einzusetzen", so Rolf Settelmeier, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Augsburg. Das bereits weitgehend digital arbeitende Unternehmen vermeidet im Geschäft Verpackungen und achtet auf die Verwendung nachhaltiger Produkte, wie zum Beispiel recyceltes Druckerpapier. Auf sska.de sind die Umweltleitlinien und der aktuelle Nachhaltigkeitsbericht der Stadtsparkasse einsehbar.

Die Müllsammelaktion ist Teil der großen Nachhaltigkeitskampagne, mit der die Stadtsparkasse Augsburg in den kommenden Wochen unter anderem auf die Bedeutung von Klima- und Umweltschutz aufmerksam machen will. Aktuelle Infos finden Interessierte unter www.sska.de/stadtgewaechs. ❐

Stimmungstief ...

(Fortsetzung von Seite 5)

In Niederbayern und Oberfranken fällt die Bewertung mit 70 bzw. 69 Punkten etwas schlechter aus als im bayernweiten Durchschnitt.

Die Lockerungen und Alltagserleichterungen erklären auch die Erholung des Index in der Kategorie „Freizeit, Kultur, Bildung". Dieser Teilindex legte um 17 Zähler auf nun 57 Punkte zu. Seinen bisher höchsten Stand verzeichnete er im Sommer 2019 mit 73 Punkten. Den mit Abstand höchsten Zugewinn um 32 Zähler auf 54 Punkte verbucht die Unterkategorie „kulturelle Angebote". Trotz der Erholung liegt diese Unterkategorie jedoch noch weit unter dem Höchststand von 73 Punkten im Sommer 2019. In der aktuellen Umfrage bewerten die Oberpfälzer diese Kategorie mit 59 Punkten am besten.

Von 56 auf nun 63 Punkte nahm die Zufriedenheit mit dem Schul- und Bildungsangebot zu. Damit ist sie freilich noch nicht auf dem Stand des vergangenen Sommers (65 Punkte) angekommen. Die Unsicherheit darüber, wie es im neuen Schuljahr weitergeht, ob die Schulen geöffnet bleiben oder nicht, belastet die Familien offenbar weiterhin. Den bisher höchsten Stand erreichte diese Unterkategorie im Winter 2017/2018 mit 75 Punkten.

Den Wert der Erhebung von Winter 2020/21 übertroffen hat der Teilindex „Arbeitsplatz und persönliche finanzielle Situation". Dieser legte um vier Zähler auf 62 Punkte zu. Die Unterkategorie „Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz" gewann drei Zähler auf nun 64 Punkte. Viele Unternehmen haben sich trotz Krise als widerstandsfähig erwiesen und die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt blieben bisher überschaubar.

Bei der Erhebung des Heimatindex wird auch die allgemeine Lebenszufriedenheit in Bayern und im Rest der Bundesrepublik abgefragt. In Bayern legte dieser Wert um sechs Zähler auf 69 Punkte zu. Die Erholung fiel im Rest der Republik deutlich höher aus, hier stieg der Wert um zwölf Zähler auf 67 Punkte. Allerdings war auch der Tiefstand im Corona-Winter 2020/2021 bundesweit mit 55 Punkten deutlich niedriger gewesen als in Bayern (63 Punkte). Aktuell ist der Abstand bei der Lebenszufriedenheit mit zwei Punkten wieder ähnlich gering wie vor der Corona-Krise. **DK**



Halbjahres-Bilanz der bayerischen Sparkassen:

Zinssituation belastet Ertragslage

Konsequent weiterverfolgt haben die bayerischen Sparkassen ihren Wachstumskurs im ersten Halbjahr 2021. Sie konnten ihr Kreditvolumen um 2,8 Prozent auf 154,7 Mrd. Euro ausweiten. Nochmals stärker als im Jahresvergleich nahmen die Einlagen zu: Die Kunden vertrauten den bayerischen Sparkassen um 1,7 Prozent mehr Mittel an, vornehmlich in täglich fälligen Geldern. Doch kein Licht ohne Schatten: Wie Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, bei der virtuellen Vorlage der Halbjahres-Bilanz 2021 betonte, „arbeiten die Sparkassen gut und ihre Kunden honorieren das, machen immer mehr Geschäft mit ihnen – doch die Ergebnisse werden immer stärker durch die Zinssituation belastet."

In den vergangenen sechs Monaten konnten die 64 bayerischen Sparkassen ihr Kreditvolumen um insgesamt 4,2 Mrd. Euro ausweiten. Mehr als die Hälfte davon sind mit 83,5 Mrd. Euro Finanzierungen für Unternehmen und Selbstständige. Das Kreditneugeschäft mit Firmenkunden liegt dabei nach einem Corona-bedingten Rekordjahr unter dem Vorjahresniveau (-10 Prozent).

Die zugesagte Darlehenssumme an Firmenkunden lag erneut bei insgesamt 9,4 Mrd. Euro, das sind knapp 90 Prozent des Vorjahreswerts für das erste Halbjahr und somit annähernd auf gleichem Rekordniveau. Davon stammten lediglich 419,6 Mio. Euro aus staatlichen Förderprogrammen zur Corona-Hilfe, die Nachfrage der berechtigten Unternehmer nimmt somit inzwischen deutlich ab (2020 insgesamt 2,1 Mrd. Förderkredite, Antragstellung noch bis Ende 2021 möglich), während die Finanzierung aus Mitteln der Sparkassen ungebrochen angenommen wird. Insgesamt sind derzeit nur noch 25 Prozent der Förderkredite aus Corona-Hilfsprogrammen, alles andere geht bereits in die Bereiche Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Wachstum und Stabilisierung. Der Gesamtbestand an Corona-Förderdarlehen belief sich am Ende des zweiten Quartals 2021 auf 12.765 Darlehen mit einem Gesamtvolumen von 2.523 Mio. Euro.

Insgesamt beobachten die Sparkassen aber derzeit bei ihren mittleren und größeren Unternehmenskunden so wenig Konkurse wie seit Jahren nicht mehr. Staatshilfen und die hohe Liquidität verhindern eine Pleitewelle auch in den bayerischen Regionen, obwohl inzwischen wieder die regulären Antragspflichten für Insolvenzen gelten. Lediglich bei kleineren Unternehmen müssen auch die Sparkassen eine Zunahme von Unternehmensaufgaben verzeichnen. „Das Hausbank-Prinzip hat sich also in der Krise bewährt", stellte Verbandspräsident Reuter fest.

Ebenfalls wieder großes Vertrauen zu ihren Sparkassen bewiesen die Privatkunden. Sie nahmen nochmals mehr Kredite in Anspruch als im entsprechenden Zeitraum 2020, in dem die Nachfrage trotz Pandemie bereits über dem Vorjahr gelegen hatte: Der Kreditbestand von Privatpersonen wuchs um 3,0 Prozent auf 63,9 Mrd. Euro. Auch die neuen Darlehenszusagen an Private lagen deutlich über denen des Vorjahrszeitraums (+18 Prozent), in dem trotz Lockdown auch bereits ein klares Wachstum zu verzeichnen gewesen war. Treiber dieses Wachstums 2021 sind Finanzierungen rund um den Kauf oder die Sanierung von Wohneigentum.

Kritik an EZB-Geldpolitik

Daneben vertrauten die privaten Kunden den bayerischen Sparkassen in den ersten sechs Monaten 2021 4,1 Mrd. Euro als neue Einlagen an (+2,8 Prozent), vornehmlich in täglich fälligen Geldern. Dieser Zuwachs auf nunmehr insgesamt 151,5 Mrd. Euro liegt noch einmal höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der gesamte Einlagenbestand der bayerischen Sparkassen lag zur Jahresmitte bei 191 Mrd. Euro.

Der Einlagenüberhang der Sparkassen dürfte sich kaum nennenswert verändern, doch die Kosten für die Verwahrung dieser Einlagen belasteten die Sparkassen weiterhin zunehmend, bemerkte Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern. Sie müssten jetzt häufiger als Verwahrentgelte an die Kunden weitergegeben werden. „Kein Sparkassenvorstand macht das gerne, denn es läuft unserem eigentlichen Verständnis von Sparen krass zuwider. Doch die Geldpolitik der EZB hat den Markt nun einmal so geformt und jetzt müssen Kreditinstitute und ihre Kunden damit umgehen. Wir haben einige Jahre ausgesessen, doch jetzt müssen wir der Realität ins Auge blicken."

Die Geldpolitik und die Negativzinsen der EZB hätten das Vermögen der Menschen bereits über mehrere Jahre im Verborgenen geschmälert, denn eine Rendite nahe Null in Verbindung mit einer Preissteigerung zwischen ein und zwei Prozent lässt das so angelegte Geld jeden Monat an Wert verlieren, erläuterte Schmautz. Nach neuesten Studien haben die deutschen Sparer seit Ende 2010 bereits rund 150 Mrd. Euro durch Niedrigzins und Inflation verloren – rechnerisch 1.850 Euro pro Bundesbürger.

Höherer Wertpapierumsatz

Positiv bewertete Schmautz, dass in der Phase von der zweiten bis in die dritte Pandemiewelle hinein nicht nur mehr gespart wurde, sondern auch die Wertpapieranlage in Fahrt blieb: „Das weiter zunehmende Engagement am Kapitalmarkt zeigt, dass immer mehr Kunden ein ausgeprägtes Renditebewusstsein entwickeln und eine einträgliche Alternative zur derzeit wenig attraktiven Sichteinlage wählen." Der Wertpapierumsatz der bayerischen Sparkassen ist seit Jahresbeginn um weitere 15 Prozent gestiegen, im Vorjahresvergleichszeitraum hatte das Wachstum bei 51,9 Prozent gelegen.

Auch für 2021 erwarten die bayerischen Sparkassen einen neuerlichen deutlichen Rückgang des Zinsüberschusses sowohl absolut als auch in Prozent der DBS (-0,14 % Pkt. der DBS). Zwar sinkt laut Prognose der Zinsaufwand, doch dem stehen ebenfalls abnehmende Zinserträge gegenüber, da profitable Engagements und Anlagen auslaufen. Laut Präsident Reuter „sehen wir in der langfristigen Betrachtung, wie erfolgreich die Sparkassen ihr Geschäft ausbauen, die Bilanzsumme wächst weiter stetig – zuletzt auf 247 Mrd. Euro. Doch das findet keinen entsprechenden Niederschlag mehr im Ertrag, weil der Zinsüberschuss durch die EZB geschrumpft wird. Er sinkt seit zehn Jahren deutlich und ein Ende ist nach den jüngsten Ankündigungen nicht in Sicht."

Da der Zinsüberschuss die klassische Hauptertragsquelle der Sparkassen ist, wird die Ertragslage der bayerischen Sparkassen in allen Regierungsbezirken auch 2021 leiden, die Prognosen für Cost-Income-Ratio und Betriebsergebnis lassen die Fortsetzung des Abwärtstrends der vergangenen Jahre erwarten.

Zwar sind die kommunalen Sparkassen vor Ort auf Projekte mit kleinen und mittelständischen Unternehmen und Privatkunden aus ihrem regionalen Geschäftsgebiet ausgerichtet, jedoch ordnen sie sich gleichzeitig in den größeren deutschen und europäischen Kontext ein. Sie unterliegen der Finanzmarktregulierung, die auf ganz Europa und auf alle Marktteilnehmer zielt – weitgehend unabhängig von unterschiedlichen Geschäftsmodellen und Betriebsgrößen. Erneut mahnte Reuter: „Die Sparkassen brauchen als Regionalbanken einen anderen Rahmen als etwa Großbanken in Frankreich. Denn sie arbeiten anders und sie bergen weniger Risiken. Der ‚Regulierungsüberhang' muss daher weiter abgebaut und in neuen Themen unbedingt vermieden werden." Dazu zähle auch die Einbindung der Kreditinstitute in den „Green Deal" der EU.

Einlagensicherung

Höchste Zeit sei es auch für ein Ende der Diskussion um die Europäische Einlagensicherung, die für das Jahr 2021 als letztes Element der Bankenunion auf der Brüsseler Agenda steht: „Es wird schon zum ceterum censeo der Sparkassen: Der Plan der Vergemeinschaftung muss beerdigt werden. Risiko und Haftung müssen zusammenbleiben, eine Vergemeinschaftung der Mittel würde dieses Prinzip zulasten unserer Kunden aufweichen", unterstrich Reuter.

Mit Umsetzung der Einlagensicherungsrichtlinie in 2015 ist die von Europa geforderte Harmonisierung der nationalen Systeme 2015 abgeschlossen und damit die Bankenunion faktisch vollendet worden. Das präventive freiwillige Institutssicherungssystem der Sparkassen war dazu angepasst und um die neu von Europa geforderte Einlagensicherungsfunktion erweitert worden. Allein die bayerischen Sparkassen haben seitdem rund 600 Mio. Euro zur zusätzlichen Sicherung der Kundengelder zurückgelegt.

Wie Reuter erläuterte, „gehen von 100 Euro, die bayerische Kunden bei uns anlegen, sofort 80 Cent zu ihrem Schutz in die Einlagensicherung und wir arbeiten nur noch mit 99,20 Euro. Und weil die Sparkassen bekanntlich besonders einlagenstark sind, häuft sich da ein guter Betrag an." Im Falle einer Vergemeinschaftung ginge dieser direkt in einen gemeinsamen Topf nach Brüssel, aus dem dann etwa die Rettung einer Bank mit Sicht aufs Mittelmeer finanziert würde. „So wird allenfalls das Misstrauen in Europa gefördert, nicht aber der Bankenmarkt stabilisiert!", machte der Präsident deutlich.

Er formulierte den dringenden Appell, nicht wieder und weiter alle Kreditinstitute über den gleichen Kamm zu scheren: „Die Kunden der bayerischen kommunalen Sparkassen brauchen für die Sicherung ihrer Einlagen keine europaweite Absicherung. Sinnvoll kann eine Zusammenlegung allenfalls für Banken mit internationalen Geschäftsmodellen sein. Die Kommission muss zumindest subsidiär ausgleichende Institutssicherungssysteme von der Zentralisierung ausklammern."

Reuter bekräftigte auch, dass die Sparkassen immer öfter daran denken müssen, gewohnte Freiheitsgrade aufzugeben und sich zusammenzuschließen. „Im Moment denken erst einmal einige Häuser über Fusionen nach, doch perspektivisch ist es im Verbund sicherlich sinnvoll, immer nur einen Anbieter für ein Produkt oder eine Dienstleistung anzustreben." Exemplarisch steht hierfür die nun auf den Weg gebrachte Fusion der Sparkassen Garmisch-Partenkirchen und Oberland. Mit der Unterzeichnung des Fusionsvertrags ist ein entscheidender Schritt in die gemeinsame Zukunft ab dem 1. Juni 2022 erfolgt. Nachdem im Vorfeld alle Gremien einstimmig für den Zusammenschluss gestimmt hatten, kann jetzt der Fahrplan für die Fusion erstellt werden.

Abschließend gedachte Reuter der Opfer der Flutkatastrophe Mitte Juli, die in Teilen auch die Geschäftsgebiete bayerischer Sparkassen betraf. Diese seien jetzt solidarisch mit allen, die von der dramatischen Lage betroffen sind und „helfen jetzt dabei, die Folgen zu bewältigen". Neben schnellen und unkomplizierten Kredithilfen einiger Sparkassen für betroffene Kunden wurde die breite Spendenaktion „Jetzt helfen." (wirwunder.de/fluthilfe) aufgesetzt, mit denen bundesweit Hilfswillige zur Unterstützung beitragen können.

Wie der Präsident hervorhob, stehe die Sparkassen-Finanzgruppe nicht nur in guten Zeiten eng an der Seite der Gesellschaft: „Sparkassen wurden erfunden, um eine stabile finanzielle Basis für die Menschen zu schaffen. Und sie sind auch da, wenn diese Basis durch Naturkatastrophen attackiert wird." Um die Hilfen auch von außen weiter zu stärken, warb Reuter um die Fortsetzung der bisher gezeigten Solidarität und Spendenbereitschaft. **DK**

Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim und Kreissparkasse Augsburg:

Genehmigung für die Fusion liegt vor

Die Sparkasse Schwaben-Bodensee kommt: Die Sparkassenaufsicht der Regierung von Schwaben hat den Zusammenschluss der Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim und der Kreissparkasse Augsburg zum 31. Dezember 2021 genehmigt. Die technische Fusion, d. h. die Zusammenlegung der Datenbestände der beiden Sparkassen, erfolgt im April 2022.

„Wir freuen uns, dass die Sparkassenaufsicht mit der Genehmigung der Fusion diese zukunftsweisende Entscheidung bestätigt hat", betont Thomas Munding, derzeit Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim und künftiger Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Schwaben-Bodensee.

Sein zukünftiger Stellvertreter Horst Schönfeld, aktuell Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg, erklärt: „Die intensive Projektarbeit hat bereits begonnen. Wir arbeiten mit voller Kraft daran, für unsere Kunden ein zukunftsfähiges Haus auf den Weg zu bringen."

Die Sparkasse Schwaben-Bodensee, die aus der Fusion der beiden Institute hervorgeht, belegt künftig – gemessen an ihrer Bilanzsumme von rund 9,3 Milliarden Euro – Rang 5 unter den bayerischen Sparkassen. Auf die Strukturen im Kundengeschäft und auf die Entwicklung der Sparkassenfilialen hat die Fusion keinen Einfluss. Langfristig sichert sie die Arbeitsplätze im Geschäftsgebiet der Sparkasse Schwaben-Bodensee.

Kunden profitieren von leistungsstarker Sparkasse

Bereits Ende Juli hatte sich der neue Verwaltungsrat der Sparkasse Schwaben-Bodensee zum ersten Mal getroffen. Die Mitglieder der derzeitigen Verwaltungsräte der Kreissparkasse Augsburg und der Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim nutzten die Gelegenheit zum Kennenlernen und zu einem ersten intensiven Austausch.

Alex Eder, Landrat des Landkreises Unterallgäu, bestätigte anlässlich des Treffens, dass die Fusion auf ein breites positives Echo stößt: „Wir erfahren sehr viel Zustimmung – aus der Politik ebenso wie aus Wirtschaft und Gesellschaft." Sein Kollege Martin Sailer, Landrat des Landkreises Augsburg, teilt diese Zustimmung „Von der leistungsstarken Sparkasse, die hier in der Region entsteht, werden vor allem die Kunden profitieren."

Wesentliche Kennzahlen der neuen Sparkasse Schwaben-Bodensee:

Rang 5 in Bayern, bezogen auf die Bilanzsumme (durchschnittlich) 113 Geschäftsstellen, davon 58 mitarbeiterbesetzte Geschäftsstellen; 9.293 Millionen Euro Bilanzsumme; 12.679 Millionen Euro bilanzielles Kundengeschäftsvolumen 5.883 Millionen Euro Kundenkredite; 6.796 Millionen Euro Kundeneinlagen; 1107 aktive Beschäftigte - Alle Werte: Stand 30.06.2021. ❐

sparkasse.de

Verbundenheit ist einfach.

Die Sparkasse ist und bleibt der wichtigste Finanzdienstleister in der Region.

Mit 35.813 Mitarbeitern und 2.009 Filialen sind die bayerischen Sparkassen für ihre Kundinnen und Kunden da. Davon profitieren neben den Menschen auch die Unternehmen in der Region. Wir unterstützen sie mit Krediten von 151 Milliarden Euro. Auch wenn andere sich zurückziehen, bleiben wir in Ihrer Nähe. Heute und auch in Zukunft ist uns dies wichtig. Und das ist gut für Bayern.

DStGB-Kernforderung:

Konzessionsabgabenverordnung reformieren!

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert eine Modernisierung des Konzessionsabgabenrechts, die endlich die Entwicklungen auf dem Energiemarkt der vergangenen rund 30 Jahre berücksichtigt, aber auch für die sich abzeichnenden Änderungen der Energiewirtschaft gerüstet ist. Außerdem brauche es Entlastungen für kleine Kommunen bei dem Konzessionsvergabeverfahren.

Der Kommunalverband bekräftigt zudem die Bedeutung der Konzessionsabgaben für die kommunalen Haushalte. Gerade in herausfordernden Zeiten wie der Corona-Pandemie, in der wichtige Steuereinnahmen der Gemeinden wegbrechen bzw. sich erheblich vermindern, seien verlässliche Einnahmen wie die Konzessionsabgabe für kommunale Investitionen unabdingbar.

Hinzu kommt, dass bereits vor der Corona-Pandemie jede fünfte Kommune verschuldet gewesen sei und die Konzessionsabgabe vielerorts eine wichtige Einnahmequelle für kommunale Haushalte darstelle, indem sie den Städten und Gemeinden ungeschmälert, also ohne Abzüge zugunsten der Finanzausgleichssysteme der Länder, zur Verfügung steht. Die 3,2 Milliarden Euro, die die Kommunen im Jahr 2019 durch die Konzessionsabgabe eingenommen haben, seien außerdem für zahlreiche dringende Investitionen in Klimaschutz, Schulen, Kindergärten, Straßen, Glasfaserausbau sowie zur Schuldentilgung verwendet worden, um die Kommunen für die Einwohner langfristig lebenswert zu gestalten.

Aus Sicht des DStGB sind deshalb folgende Forderungen umzusetzen:

1. Kommunale Einnahmen sichern

Die Beanspruchung der kommunalen Wege durch Verlegung, Wartung und Sanierung von Leitungen eines Energieversorgungsnetzes, das der allgemeinen Versorgung von Letztverbrauchern dient, besteht unabhängig von den durchgeleiteten Energiemengen. Daher muss das klimapolitische Ziel zu mehr Energieeffizienz stärker mit dem Wunsch der Gemeinden nach stabileren Konzessionsabgaben in Ausgleich gebracht werden. Hierzu ist die Konzessionsabgabenverordnung (KAV) grundlegend zu reformieren, um das Aufkommen an Konzessionsabgaben dauerhaft und nachhaltig zu sichern.

2. Konzessionsverfahren vereinfachen – kleine Kommunen entlasten

In kleinen Gemeinden sind die Einnahmen aus der Konzessionsabgabe gering und decken immer weniger den Aufwand für die Durchführung des Konzessionsvergabeverfahrens ab. Dieses Verfahren ist rechtlich kompliziert, bürokratisch und führt vielfach zu langjährigen gerichtlichen Auseinandersetzungen sowie hohen Kosten für die rechtliche Beratung. Eine ehrliche Betrachtung des Aufwandes für die Konzessionsvergabe gegenüber dem kommunalen Nutzen ist dringend notwendig.

Vor diesem Hintergrund ist es diskussionswürdig, Gemeinden und Städten unter 25.000 Einwohnern im Rahmen einer Geringfügigkeitsregelung eine Ermessensentscheidung zu ermöglichen, auf ein Vergabeverfahren für Strom- und Gasnetze nach Ablauf der gesetzlichen Fristen zu verzichten und dem bisherigen Inhaber des Wegenutzungsrechts weiterhin die Konzession einräumen zu können.

3. Konzessionsabgabe Strom modernisieren

Zusammen mit den Kommunen und der Energiewirtschaft muss eine verbrauchsunabhängige Bemessungsgrundlage gefunden werden, die den Anforderungen der sich ändernden Energiewelt entspricht und einfach administrierbar ist. Dabei wird darauf zu achten sein, dass es nicht zu wesentlichen Belastungsverschiebungen bei den Kleinverbrauchern bzw. zu interkommunalen Verteilungswirkungen bei den Gemeinden kommt. Als Anknüpfungspunkte kommt neben der Wegenutzung der Aufwand im Verteilnetz in Betracht, wie er beispielsweise durch die Leitungslänge, die Anzahl der Hausanschlüsse, Anzahl der Zählpunkte, versorgte Fläche, mögliche maximale installierte Anschlussleistung etc. abgebildet wird.

4. Abgabe für Gaslieferungen angemessen erhöhen – Rechtsrahmen für Wasserstoffliefe-rungen schaffen

Auch für Gaslieferungen sollen die Gemeinden eine angemessene Konzessionsabgabe zum Ausgleich der Belastungen der Straßen erhalten. Würde die für Stromlieferungen geltende Regelung in § 2 Abs. 7 KAV auf den Gasbereich übertragen, könnten Lieferungen bis zu einem bestimmten Verbrauch mit der für die tarifversorgten Kunden geltenden höheren Konzessionsabgabe belegt werden. Diese Anpassungen müssen auch bei künftigen Wasserstofflieferungen Berücksichtigung finden, ohne den Markthochlauf der Wasserstoffwirtschaft in Deutschland zu gefährden.

Daher fordert der DStGB, dass § 46 Abs. 1 EnWG auch für den Neubau von Wasserstoffnetzen anwendbar ist. Die §§ 46, 48 EnWG sowie alle weiteren diesbezüglichen Normen sind in der Weise anzupassen, dass sich hieraus eine rechtssichere Regelung für die Wegenutzung und Konzessionsabgabe an die Gemeinden im Bereich des Energieträgers Wasserstoff ergibt.

5. Transparenz und bessere Vergleichbarkeit schaffen

Gerade kleinen Kommunen fehlt das Fachpersonal, um Abrechnungen überprüfen zu können. Eine Plausibilitätsprüfung ist häufig nur durch Wirtschaftsprüfer möglich. Dies verringert die Einnahmen aus der Konzessionsabgabe zusätzlich. Deshalb sollten in der Konzessionsabgabenverordnung Mindestanforderungen für eine transparente Abrechnung gegenüber den Gemeinden definiert werden. **DK**

BEG-Ranking:

Gute Noten für die Servicequalität in bayerischen Regionalzügen

Die Servicequalität im bayerischen Regionalverkehr ist weiter im Aufwärtstrend. Laut Halbjahresranking der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) steigt der bayernweite Durchschnittswert im Vergleich zum Jahreswert 2020 um gut 10 Punkte an. Er notiert zum Stichtag 30. Juni 2021 auf einer Skala von -100 bis +100 Punkten bei 56,05 Punkten (Jahreswert 2020: 45,65 Punkte). Erstmals seit Einführung des Messsystems im Jahr 2008 liegen damit alle Netze im Bonusbereich. Das bedeutet, alle 31 bewerteten Netze übertreffen die Mindestanforderungen der BEG und profitieren von Bonuszahlungen.

Die BEG, die den Regional- und S-Bahn-Verkehr im Auftrag des Freistaats plant, finanziert und kontrolliert, überprüft regelmäßig die Leistungen der bayerischen Eisenbahnverkehrsunternehmen in Sachen Sauberkeit, Komfort und Kundenorientierung. Die einzelnen Netze werden mit Hilfe von externen Testern und Fahrgastbefragungen bewertet. Bis zur Jahresmitte 2021 liegt eine Teilstichprobe vor; im weiteren Jahresverlauf können die Werte noch schwanken. Die Pünktlichkeitswerte fließen nicht in das Ranking zur Servicequalität ein. Sie werden in einem gesonderten Messsystem ermittelt.

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2021 bleibt keines der 31 bewerteten Netze hinter den Mindestanforderungen der BEG zurück. 18 Netze erzielen mehr als 50 von 100 möglichen Punkten.

Den ersten Platz auf dem Podium teilen sich die beiden Bestplatzierten aus dem Vorjahr: Die Netze Kahlgrund (Jahresranking 2020: 97,38 Punkte) und Agilis-Nord (Jahresranking 2020: 96,71 Punkte) erreichen im Halbjahresranking jeweils die Höchstpunktzahl von 100 Punkten. Das Netz Oberpfalzbahn/Waldbahn konnte knapp 16 Punkte gut machen und besetzt mit 94,68 Punkten aktuell den dritten Rang (Jahresranking 2020: 78,71 Punkte). Das vollständige Halbjahresranking sowie alle Jahreswerte seit 2010 sind auf der Website www.beg-ranking-servicequalitaet.de dokumentiert.

Die bayerische Verkehrsministerin Kerstin Schreyer freut sich über die Ergebnisse des Halbjahresrankings: „Saubere Züge und eine starke Kundenorientierung entscheiden mit darüber, wie zufrieden die Fahrgäste mit dem Angebot im Bahnland Bayern sind. Das gilt umso mehr in Corona-Zeiten. Der Aufwärtstrend bei der Servicequalität in bayerischen Regionalzügen hält seit Jahren an. Das ist eine gute Nachricht für die Fahrgäste. Wenn alle Beteiligten kontinuierlich an Qualitätsverbesserungen arbeiten, wird das Bahnfahren umso attraktiver."

Wirkungsvolle Anreizsysteme

„Erstmals erfüllen alle Netzbetreiber die hohen Anforderungen der BEG zur Servicequalität im bayerischen Regionalverkehr", ergänzt BEG-Geschäftsführerin Bärbel Fuchs. „Unsere Mess- und Anreizsysteme entfalten demnach eindeutig Wirkung. Die Daten zeigen, dass die Verkehrsunternehmen täglich ihre Servicequalität im Blick haben und viele kleine Verbesserungen in Summe zu einem guten Gesamtergebnis führen."

Vielfach bessere Beurteilungen

Shootingstar ist das Dieselnetz Ulm. Im Jahresranking 2020 noch mit -14,24 Punkten auf dem letzten Platz geführt, konnte das Netz im ersten Halbjahr 2021 gut 78 Punkte hinzugewinnen und besetzt mit 64,25 Punkten derzeit Platz 11 der Tabelle. Die sprunghafte Verbesserung resultiert zum einen aus den Veränderungen in der Fahrzeugflotte: Auf den Strecken zwischen Ulm und Memmingen beziehungsweise Weißenhorn sind seit Ende des letzten Jahres Neufahrzeuge im Einsatz, auf der Mittelschwabenbahn Mindelheim – Günzburg wurden die bisher eingesetzten Fahrzeuge modernisiert. Zum anderen hat der Betreiber DB Regio sein Reinigungs- und Instandhaltungskonzept verändert.

Zugewinne von mehr als 30 Punkten verzeichnen zwei weitere Netze. Das Netz Werdenfels (plus 30,26 Punkte) konnte sich über mehrere Kriterien hinweg verbessern und rückt mit 92,39 Punkten auf Platz vier vor (Jahresranking 2020: 62,13 Punkte). Dem Netz Südhessen-Untermain (plus 33,83 Punkte) gelingt mit 82,88 Punkten der Sprung in die Top Ten (Jahresranking 2020: 49,05 Punkte).

Leichte Punktverluste, meistens im einstelligen Bereich, gab es bei insgesamt neun Netzen. Das Netz Ammersee-Altmühltal verliert 11,54 Punkte und reiht sich mit 55,27 Punkten im Mittelfeld der Tabelle ein (Jahresranking 2020: 66,81 Punkte). Das Netz Donau-Isar-Express muss 9,56 Punkte abgeben und fällt mit 29,16 Punkten ins letzte Drittel der Tabelle zurück (Jahresranking 2020: 38,72 Punkte). Das Netz Regio Allgäu-Schwaben landet nach Abgabe von 9,39 Punkten mit 5,60 Punkten auf dem letzten Platz der Tabelle, übertrifft damit aber immer noch die Mindestanforderungen der BEG.

Alle Netze konnten bei der Sauberkeit der Fahrzeuge punkten. Zurückführen lässt sich diese positive Entwicklung auf kontinuierlich optimierte Reinigungskonzepte, aber auch auf die Tatsache, dass während der Corona-Pandemie deutlich weniger Fahrgäste in den Regionalzügen unterwegs sind.

Im Rahmen ihres Messsystems zur Servicequalität beurteilt die BEG bayernweit einheitlich seit 2008 Leistungskriterien, die unmittelbar in der Verantwortung der Eisenbahnverkehrsunternehmen liegen. Berücksichtigt werden die Sauberkeit der Fahrzeuge, die Fahrgastinformation, die Funktionsfähigkeit der Ausstattung, die Serviceorientierung der Zugbegleiter und die Kundenorientierung bei Beschwerden. Die Ergebnisse der Messungen haben unmittelbare finanzielle Auswirkungen auf die Betreiber der jeweiligen Netze. Erreicht ein Unternehmen den Wert Null, sind die Erwartungen der BEG gerade erfüllt. Wer darüber liegt, erhält eine Bonuszahlung, wer Minuspunkte verzeichnet, zahlt Strafe (+100 Punkte = maximaler Bonus, -100 Punkte = maximaler Malus).

Die Pünktlichkeitswerte fließen nicht in die Ergebnisse des Rankings zur Servicequalität ein. Sie werden in einem gesonderten Messsystem ermittelt. Die Gründe für etwaige Verspätungen und Zugausfälle sind vielfältig. Sie liegen unter anderem an Mängeln der Schieneninfrastruktur und fallen damit nicht, wie die Servicequalität, allein in die Verantwortung der Verkehrsunternehmen, die den Zugverkehr auf den Strecken betreiben. ❐

Bayerischer Versorgungsverband:

Erfolgreiches Geschäftsjahr 2020

Bei der diesjährigen Verwaltungsratssitzung hat der Bayerische Versorgungsverband – BVK Beamtenversorgung – für das Geschäftsjahr 2020 ein durchweg positives Ergebnis vorgelegt. Als besonders erfreulich wurde vom Verwaltungsratsvorsitzenden Bernd Buckenhofer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetages, erwähnt, dass sich die Finanzierung des Bayerischen Versorgungsverbands im Corona-Jahr 2020 als „überaus krisenfest" erwiesen habe. Aufgrund der Umlagefinanzierung durch die Mitglieder haben die Turbulenzen, die es im ersten Halbjahr an den Finanzmärkten gab, keine negativen Auswirkungen bei den laufenden Einnahmen verursacht.

Bei der Kapitalanlage gelang es zudem, die zeitweise stark eingebrochenen Kurse für gewinnbringende Investitionen an den Aktienmärkten zu nutzen. Mit fast 3,3 % Nettoverzinsung der Kapitalanlagen erzielte die BVK Beamtenversorgung im Geschäftsjahr 2020 somit die gleiche Rendite wie in 2019. Zum Ende des Jahres 2020 erreichten die Kapitalanlagen eine Gesamthöhe von 1,35 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,24 Mrd. Euro). Der Bayerische Versorgungsverband profitierte damit im Krisenjahr 2020 besonders davon, dass seine Kapitalanlagen unter dem Dach der Bayerischen Versorgungskammer kompetent und sicher gemanagt werden.

Der Verwaltungsrat nahm folglich den Jahresabschluss des Bayerischen Versorgungsverbands zustimmend zur Kenntnis und stimmte dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020 und dem Wirtschaftsplan für 2022 zu. Der Geschäftsführung wurde Entlastung erteilt.

Auswirkungen der Kommunalwahlen 2020

Neben der Corona-Pandemie hatte vor allem ein weiteres Ereignis vermehrten Einfluss auf die Geschäftstätigkeit: die bayerischen Kommunalwahlen am 15. und 29. März 2020. Da die kommunalen Wahlbeamten eine wichtige Gruppe unter den „angemeldeten Dienstkräften" darstellen, führen die Kommunalwahlen alle sechs Jahre regelmäßig zu einer starken Veränderung in den Beständen der Angemeldeten und der Versorgungfälle. Viele der aus dem Amt scheidenden Bürgermeister und Landräte gehen in den Ruhestand und die erstmals gewählten kommunalen Wahlbeamten werden bei der BVK Beamtenversorgung neu angemeldet.

Mit einer Gesamtzahl von 949 traten entsprechend viele Versorgungsfälle auf. Davon betrafen allein 387 Fälle ausscheidende Bürgermeister und Landräte, die zum 1. Mai in den Ruhestand traten. Im Saldo wuchs die Zahl der Ruhegehaltsempfänger um über 650 und überstieg zum ersten Mal die Marke von 10.000. Die angemeldeten Dienstkräfte stiegen leicht auf 16.378 an. Der Versorgungsquotient erhöhte sich auf 84,3 % (Vorjahr 80,4 %).

Zudem wirkten sich die Kommunalwahlen positiv auf die Mitgliederentwicklung des Bayerischen Versorgungsverbands aus, die für das Jahr 2020 ein Plus von genau 50 Mitgliedern aufweist. Dies resultiert vor allem daraus, dass 2020 viele Gemeinden unter 10.000 Einwohnern, die vorher einen ehrenamtlichen Bürgermeister hatten, erstmals einen hauptamtlichen Bürgermeister bestellten. Wenn sie dadurch ihren ersten kommunalen Beamten angestellt haben, sind diese Gemeinden verpflichtet, Mitglied des Bayerischen Versorgungsverbands zu werden. Insgesamt stieg der Mitgliederbestand im Jahr 2020 von 1.880 auf 1.930 an.

Auch beim Umlageaufkommen konnte ein deutlicher Anstieg verzeichnet werden. Die Einnahmen aus der Umlage wuchsen um rund 30,9 Mio. Euro (+5,5 %) auf insgesamt rund 596,2 Mio. Euro an (Vorjahr: 565,3 Mio. Euro).

Die kontinuierlichen Einnahmesteigerungen der letzten Jahre zusammen mit der sukzessive aufgebauten Kapitalreserve von über 1,3 Mrd. Euro erlauben die Prognose, dass sich der Bayerische Versorgungsverband auch im begonnenen Deckungsabschnitt 2021 bis 2025 stabil weiterentwickeln wird. Die im vergangenen Geschäftsjahr getroffene Entscheidung, den Umlagesatz in Höhe von 39,9 % unverändert beizubehalten, erweist sich als angemessen und richtig. ❐

LfA senkt Zinsen

Kreditnehmer profitieren von günstigeren Förderkrediten

Die LfA Förderbank Bayern setzt ab 1. Juli 2021 ihre Förderzinssätze je nach Förderauftrag und aktueller Refinanzierungssituation am Kapitalmarkt neu fest und gibt diese teilweise mit negativen Vorzeichen an Banken und Sparkassen weiter. Bei den Existenzgründern, Unternehmern und Freiberuflern ergibt sich damit häufig auch ein deutlich niedrigerer Zins, der aufgrund der Bearbeitungs- und Risikokosten jedoch weiterhin positiv bleibt.

In einer gemeinsamen Anstrengung haben die LfA Förderbank Bayern und ihre Finanzierungspartner aus dem Privatbanken-, Sparkassen- und Genossenschaftsbereich die technischen Voraussetzungen geschaffen, dass die bayerische Förderbank zeitgleich mit der KfW zum 1. Juli 2021 marktkonforme Förderzinssätze anbieten kann. Dabei gibt die LfA ihre günstigen Refinanzierungskonditionen teilweise auch mit Minuszinsen an die Hausbanken weiter. Je nach Förderbereich ist somit auch wieder eine differenziertere Zinsgestaltung möglich, zum Beispiel zur noch intensiveren Förderung von Gründungen sowie Zukunftsfeldern wie Digitalisierung und Klimaschutz; hier sind bei kürzeren Laufzeiten und guten Bonitäten Zinsen nahe Null möglich.

Zukunftsinvestitionen ermöglichen

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „Für die bewährte Zusammenarbeit mit unseren Finanzierungspartnern ist es ein überaus wichtiger Schritt, dass die Weitergabe negativer Bankeneinstandssätze nun möglich ist. Damit sind wir entsprechend unseres Auftrags in der Lage – in jedem Zinsumfeld – attraktive Förderangebote für Gründer, kleine und mittelständische Unternehmen sowie Freiberufler anzubieten und ihnen so wichtige Zukunftsinvestitionen in Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Innovationen zu ermöglichen." ❐



Die anwesenden Vertreter der am Metropolradweg beteiligen Gebietskörperschaften und Ämter stuften das Projekt als wichtige Lebensader für umweltfreundliche Fortbewegung ein. Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (Bildmitte) unterstützt das Projekt. Foto: Metropolregion Nürnberg

Nächster Schritt für Metropolradweg

Unterstützung von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer ist zentrales Puzzleteil für Ausbau des Radwegenetzes der Metropolregion Nürnberg

„Das ist der Durchbruch für die Machbarkeitsstudie zum Metropolradweg Nürnberg-Bamberg und damit auch zu einem künftigen Radwegenetz der Metropolregion Nürnberg!" Für den Ratsvorsitzenden der Metropolregion Nürnberg und Bamberger Landrat Johann Kalb ist die Inaussichtstellung von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, die umfassende Analyse dieser ersten musterhaften Realisierung mit bis zu 120.000 Euro (bzw. bis zu 80 Prozent) zu fördern, das „noch fehlende größte Puzzleteil", um sich dem angestrebten Radwegenetz für die gesamte Metropolregion zu nähern. Ein weiteres bedeutendes Puzzlestück steuert die Siemens Healthineers AG bei, die die Studie mit 25.000 Euro unterstützen wird.

Bundesminister Scheuer: „So etwas gab es noch nie: über 60 Kilometer, auf denen wir die Wege entlang der Wasserstraße mit einem neuen Radweg verbinden. Ein gigantisches Projekt für Franken. Wir nutzen die vorhandene Infrastruktur entlang des Wassers und stärken damit den Radverkehr. Ich habe mich in dieser Legislatur dafür stark gemacht, dass solche Projekte überhaupt möglich werden können. Schon die dafür notwendige Machbarkeitsstudie wollen wir deshalb mit bis zu 80 Prozent Bundesmitteln fördern. Und wir wollen dann auch das Gesamtprojekt kräftig fördern mit Bundesmitteln. Das sind großartige Nachrichten für die gesamte Metropolregion: Der geplante Metropolradweg von Nürnberg nach Bamberg wird den Radverkehr für die Menschen hier spürbar besser machen – im Alltag, auf dem Weg zur Arbeit und in der Freizeit."

„Jetzt können wir endlich loslegen", dankte Johann Kalb bei einem Ortstermin in Baiersdorf dem Minister und Siemens Healthineers AG für die großzügige Unterstützung des Projektes sehr herzlich. Insgesamt sind drei Landkreise (Erlangen-Höchstadt, Forchheim, Bamberg), fünf Städte (Bamberg, Forchheim, Erlangen, Fürth, Nürnberg) und acht Gemeinden (Strullendorf, Hirschaid, Altendorf, Eggolsheim, Hallerndorf, Hausen, Baiersdorf, Möhrendorf) am Metropolradweg beteiligt. Die anwesenden Vertreter der Gebietskörperschaften stuften das Projekt als wichtige Lebensader für umweltfreundliche Fortbewegung ein.

Nürnbergs Oberbürgermeister Marcus König begrüßt die Machbarkeitsstudie und schließt sich dem Dank an den Bund an: „Ein Metropolradweg zwischen Bamberg und Nürnberg bietet Autopendlern eine reizvolle Alternative. Die Möglichkeit, entlang des Kanals den Weg zur Arbeit auf einer ausgebauten Strecke zurückzulegen, ist ein neuer und wichtiger Anreiz, auf ein umweltfreundliches Verkehrsmittel umzusteigen. Zugleich bietet die attraktive Verbindung auch Freizeitradlern und Reiseradlern die Möglichkeit, die Städte entlang der Route sehr viel bequemer zu besuchen und hier Station zu machen. Der Ausbau der Radinfrastruktur in der Metropolregion ist ein zentraler Baustein für die Mobilitätswende." ❒

Kritik aus dem LBO:

Eigenwirtschaftliche Busverkehre erhalten

Die Forderung des VCD, den ÖPNV in Bayern zur kommunalen Pflichtaufgabe für kreisfreie Städte und Landkreise zu machen, stößt beim LBO auf Unverständnis.

Die rund 1.000 privaten Verkehrsunternehmen sind im Flächenstaat Bayern die Garanten für ein funktionierendes Nahverkehrssystem mit Bussen. Eigenwirtschaftlich betriebene – und damit den Steuerzahler entlastende – Verkehre müssen erhalten werden.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des ÖPNV-Erreichbarkeitsindex der Allianz pro Schiene forderte der Landesvorsitzende des Verkehrsclubs Deutschland e. V. (VCD), Dr. Christian Loos, den öffentlichen Nahverkehr zur Pflichtaufgabe zu machen. Dies stößt beim LBO und den rund 1.000 privaten Verkehrsunternehmen in Bayern auf scharfe Kritik. „Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist in Planung, Organisation und Durchführung eine unternehmerische Aufgabe. Dieses im deutschen Personenbeförderungsgesetz (PBefG) verankert und seit Jahrzehnten bewährte Prinzip muss unbedingt erhalten und geschützt werden", so der LBO. Es garantiere einen effizienten und bezahlbaren ÖPNV sowie eine in Europa einzigartige funktionierende mittelständische Unternehmensstruktur im ÖPNV.

Gerade das zwingend mit der Eigenwirtschaftlichkeit verbundene Unternehmertum sei es, das leistungsfähige und nutzerorientiere Verkehrsstrukturen sicherstelle, so LBO-Präsidentin Dr. Sandra Schnarrenberger.

Auch Verkehrsministerin Kerstin Schreyer betonte, dass das System in Bayern „gut bewährt" sei: „Die Kommunen kennen die Bedürfnisse vor Ort und wissen daher am besten, wie sie die ÖPNV-Angebote gestalten müssen". ❒

VDV begrüßt wichtige Stellschrauben

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen VDV begrüßt das neue EU-Klimaschutzpaket „Fit for 55". Darin macht die Europäische Kommission 13 Vorschläge, um das verschärfte EU-Klimaschutzziel bis 2030 zu erreichen. Auch der Verkehrssektor spielt dabei eine zentrale Rolle. Die Betreiber von Bus und Bahn, denen eine wichtige Funktion bei der Erreichung der Ziele im Verkehrssektor zukommt, könnten von den Vorschlägen profitieren.

Bei den Änderungsvorschlägen zu zwei zentralen Richtlinien im Gesetzespaket der EU-Kommission sehen der VDV und seine Mitgliedsunternehmen positive Ergebnisse für die Branche. Zum einen werden ÖPNV und Schiene im Rahmen der „Energiebesteuerungsrichtlinie" als wichtige Dienste anerkannt. Damit können die Mitgliedstaaten auch weiterhin reduzierte Steuersätze bei der Energiebesteuerung anwenden. „Das ist mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schiene und mit Blick auf die künftigen Betriebskosten im ÖPNV ein entscheidender Punkt. Denn unsere Angebote werden nicht nur auf der Schiene, sondern auch beim Bus immer häufiger elektrisch betrieben. Eine reduzierte Besteuerung, etwa auf den Fahrstrom, ist daher unbedingt notwendig, um bei zunehmender Elektrifizierung der Branche weiterhin wirtschaftlich fahren zu können", betonte VDV-Präsident Ingo Wortmann.

Eine zweite wichtige Entscheidung der Kommission findet sich aus Branchensicht in der „Richtlinie über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe": Die Mitgliedstaaten sollen künftig den öffentlichen und nicht-öffentlichen Aufbau von ÖPNV-Infrastruktur für alternative Kraftstoffe – also zum Beispiel Ladeinfrastruktur für E-Busse auf den Betriebshöfen – mit in ihre nationalen Strategien aufnehmen.

Rechtssicherheit

Zudem bleibt die Definition von „alternativen Kraftstoffen" im bisherigen Sinne nahezu erhalten. Dadurch wird Rechtssicherheit bei der Umsetzung der Clean Vehicles Richtlinie gewährleistet, die sich für ihre Definition eines „sauberen Busses" auf die Liste der Technologien stützt. Bei bereits geplanten und getätigten Investitionen, etwa in entsprechende Fahrzeuge seitens der Verkehrsunternehmen, sind damit keine weiteren Anpassungen nötig. Aus dieser bisherigen Richtlinie soll außerdem künftig eine Verordnung werden, die damit unmittelbar in den EU-Mitgliedsstaaten gilt und nicht erst in nationales Recht umgesetzt werden muss.

Wortmann zufolge „zeigt die EU-Kommission, dass sie mit diesen Vorschlägen und Verbesserungen erkannt hat, dass der Aufbau und die Investitionen in alternative Antriebe und in den Öffentlichen Verkehr insgesamt Schlüssel sind, um die europäischen Klimaschutzziele bis 2030 im Verkehrssektor zu erreichen. Nun müssen die einzelnen Initiativen schnellstmöglich von EU-Parlament und Ministerrat beschlossen werden, damit sie zeitnah umgesetzt werden können."

Mit für den VDV erfreulichen Nachrichten wartet auch eine vom Deutschen Reiseverband veröffentlichte repräsentative Erhebung aus der „Reiseanalyse 2021" auf. Danach steigt die Eisenbahn bei den beliebtesten Verkehrsmitteln in der Gunst der Deutschen in einem insgesamt im Jahr 2020 geschrumpften Markt: Im vergangenen Jahr stieg die Nutzung der Bahn als Verkehrsmittel für Urlaubsreisen ab fünf Tagen Dauer von sechs auf sieben Prozent, dem höchsten Wert seit dem Jahr 2000.

Ansteckungsrisiko nicht erhöht

Laut VDV-Vizepräsident Veit Salzmann „haben die Urlauberinnen und Urlauber auch 2020 auf die klimafreundliche Bahn als Verkehrsmittel gesetzt, sogar häufiger als vor Ausbruch der Pandemie. Das überrascht nicht: Nationale und internationale Studien belegten frühzeitig, dass es kein erhöhtes Ansteckungsrisiko in Bus und Bahn gibt. Die Schiene bindet zudem die vielen unterschiedlichen Reiseregionen in unserem Land – vom Allgäu über das Rheinland bis zur Ostsee – sehr gut an." Darüber hinaus gebe es starke Argumente dafür, dass die klimafreundliche Bahn künftig gerade für Urlaubsziele in Deutschland noch häufiger das Verkehrsmittel der Wahl sein wird. „Die Bahnen übernehmen immer mehr innerdeutsche Verkehre, wo früher geflogen wurde, weil die Menschen klimafreundliche und bequeme Reisemöglichkeiten aktiv suchen. Es gibt auch immer mehr Kooperationen zwischen Luftfahrt- und Bahnunternehmen, um die Menschen klimafreundlich per Zug zum Flughafen zu befördern." Während sich Reisen mit dem Flugzeug von 2019 zu 2020 Corona-bedingt beinahe fast halbiert haben (von 42 Prozent Anteil bei der Verkehrsmittelwahl 2019 auf 26 Prozent in 2020), ist der Pkw der klare Profiteur der Pandemie (43 auf 61 Prozent). Salzmann sieht hier mit der Rückkehr zur Normalität infolge geringer Inzidenzen und steigender Impfquoten großes Potenzial für den Bahnverkehr. „Die Bahnen – und natürlich auch der ÖPNV vor Ort am Urlaubsziel – sind der Schlüssel für das Erreichen der Klimaschutzziele im Verkehrssektor – und man spart sich die Rekordstaus auf den Straßen in Ferienzeiten." **DK**

Finanzschwache Kommunen:

BMU übernimmt die Gesamtkosten modellhafter Radverkehrs-Projekte

Das Bundesumweltministerium fördert modellhafte, investive Radverkehrsprojekte mit bundesweiter Strahlkraft. Im Zuge des Klimaschutz-Sofortprogrammes 2022 der Bundesregierung werden die verbesserten Förderbedingungen des Corona-Konjunkturpaketes beim „Klimaschutz durch Radverkehr" bis Ende nächsten Jahres fortgeschrieben. Der neue Förderaufruf, der jetzt veröffentlicht wurde, sieht für Anträge, die bis 31. Dezember 2022 gestellt werden, eine Förderquote von bis zu 80 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben vor. Finanzschwache Kommunen können in diesem Zeitraum eine Vollfinanzierung beantragen.

Weitere Informationen sind unter https://www.klimaschutz.de/radverkehr verfügbar. ❒



Sachverständigenfortbildung von GAB und BVS:

Bodenschutz und Altlasten

In Kooperation mit dem Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) sowie dem Ingenieurtechnischen Verband für Altlastenmanagement und Flächenrecycling e. V. (ITVA), Regionalgruppe Bayern, veranstaltete die GAB gemeinsam mit der Bayerischen Verwaltungsschule (BVS) auch in diesem Jahr eine Fortbildung für Sachverständige. Das Online-Seminar informierte die Teilnehmer über neue Entwicklungen aus den Fachbehörden und half ihnen, durch Fallbeispiele aus der Praxis ihre Kenntnisse auszubauen.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen unter anderem Themen aus Randbereichen der Altlastenbearbeitung im Sachgebiet „Sanierung“ sowie Themen aus dem Sachgebiet „Historische Erkundung“ und Praxisbeispiele. Zudem wurde über Aktuelles und Neuerungen in Bezug auf die Themen Sachverständigen- und Untersuchungsstellen-Verordnung (VSU) und Mantelverordnung berichtet.

Mit der Bodenkundlichen Baubegleitung befasste sich Friedhelm Vieten vom Landesamt für Umwelt in Hof. Vieten zufolge geht es beim begleitenden Bodenschutz um die Minimierung der Verluste der gesetzlich geschützten Bodenfunktionen im Rahmen von Baumaßnahmen. Bauzeitlich in Anspruch genommene Böden und Bodenmaterialien sollen nach Bauabschluss wieder ihre natürlichen Bodenfunktionen erfüllen, insbesondere für Flächen mit Folgenutzungen wie Forst- und Landwirtschaft sowie Gartenbau.

Nach DIN 19639 erfolge dabei der Schutz des Bodens durch das Bodenschutzkonzept und bodenkundliche Baubegleitung in den Phasen der Planung, Projektierung, Ausschreibung und Ausführung inkl. Zwischenbewirtschaftung. Dabei bestünden die Aufgaben des bodenkundlichen Baubegleiters z. B. in der Ausführungsphase darin, die Fachbauleitung im Bereich Boden zu übernehmen, fachliches Bindeglied zwischen Behörde und Bauherr zu sein, die am Bau Beteiligten über erforderliche Maßnahmen des Bodenschutzes zu informieren, die Umsetzung des Bodenschutz-(management)-Konzepts zu begleiten und die gesamte Dokumentation zu übernehmen.

Über Herausforderungen, Möglichkeiten und Grenzen der Bodenwaschanlage Biburg im Hinblick auf aktuelle bayerische Bodensanierungsvorhaben berichtete Norbert Frischen, Umweltdienste Kedenburg, Entsorgungszentrum Biburg. Bei der Bodenwäsche in Biburg könnten aus belasteten Böden sowohl Feststoffbelastungen aus Sand und Kies durch Separation des Schlämmkorns in den Filterkuchen als auch lösliche Schadstoffe durch Auswaschen in das Prozesswasser und die anschließende umfangreiche Prozesswasserreinigung deutlich reduziert werden, informierte Frischen.

Böden könnten mit unterschiedlichen organischen und anorganischen Belastungen gereinigt werden. Vor der Wäsche von bisher nicht behandelten Kontaminationen seien zur Identifikation der am besten geeigneten Waschhilfsmittel Laborversuche erforderlich. Derzeit würden u. a. sehr intensiv Waschversuche von Böden mit PFC-Kontaminationen und PCB-Belastungen durchgeführt. Durch die künftig weiter steigenden Preise bei der Deponierung werde die Bodenwäsche für immer mehr belastete Böden wirtschaftlich relevant, prognostizierte Frischen.

LfU-Arbeitshilfe

Dr. Jürgen Kisskalt, LGA Institut für Umweltgeologie und Altlasten GmbH, Nürnberg, stellte die Arbeitshilfe des Bayerischen Landesamtes für Umwelt – Rückbau schadstoffbelasteter Bausubstanz vor. Laut Kisskalt hat sich in den vergangenen Jahren ein größeres Problembewusstsein hinsichtlich Entsorgung/Materialtrennung entwickelt, zudem ist ein besserer Arbeitsschutz vorhanden und auch der Rückbau wird immer öfter als Planungsaufgabe verstanden.

Dennoch sehe er erhebliche Verbesserungsmöglichkeiten darin, dass die Bauherrenverantwortung deutlicher werden müsse (z. B. Diskussion „Erkundungspflicht“), die Verbreitung und Kenntnisse der Regelwerke zu stärken sei, die Anwendung von Sanierungs-/Rückbau- und Entsorgungskonzepten als Standard auch als Behördenforderung gelten solle sowie systematisches, vergleichbares, vernünftig bezahltes Vorgehen bei der Schadstofferkundung und einheitlicher Bewertung wichtig sei.

Dr. Klaus Maslowski vom Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg schilderte im Anschluss Erfahrungen mit Historischen Erkundungen (HE). Zunächst hob er die Wichtigkeit einer gut durchgeführten HE hervor. Sie sei die Basis für alle nachfolgenden Überlegungen, Planungen und Schritte, bringe den Bearbeitern der anschließenden Orientierenden Untersuchung (OU) eine erhebliche Zeitersparnis und bedeute für die OU eine große Kostenersparnis. Oft, so Maslowski, würden die HEs nach seiner Erfahrung nur vom Schreibtisch aus erstellt werden. Deshalb fehlten dann Recherchen in Archiven, Ortsbegehungen, Befragungen von Zeitzeugen, Standortdaten und Informationen zur Geologie sowie Vorschläge für das weitere Vorgehen. Gerade z. B. für den Arbeitsschutz könnten die HEs wichtige Erkenntnisse für die Vorgaben des Arbeits-, Sicherheit- und Gesundheitsschutz-Plans (SiGe-Plan) in der OU liefern.

Geodaten im Blick

Einen ausführlichen Überblick über das Angebot von Geodaten und deren Weiterverarbeitung gaben die Referenten Monika Primus, LfU Hof, und Thomas Struller, LGA Institut für Umweltgeologie und Altlasten GmbH, Nürnberg. Mit Blick auf den Geodatenbestand des Bayerischen Landesamts für Umwelt wies Monika Primus darauf hin, dass es im LfU Basisdaten u. a. zu Geotopografie, Höhendaten, Luftbilder, Katasterdaten, Verwaltungsgrenzen und Historische Karten gebe. Zum Fachbestand des LfU gehörten Daten im Bereich Wasser, Geowissenschaften, Natur und weiteren Fachbereichen wie Altlasten.

Thomas Struller schilderte die Thematik aus Sicht eines Sachverständigen. Aus seiner Sicht sind die Daten der Kunden oft unzureichend, selten seien digital weiter verarbeitbare Informationen vorhanden und es gebe keine verlässlichen Daten für die Angebotsabgabe oder Projektbeginn. So müssten als Vorleistung zugängliche Informationen (Geodaten) zusammengestellt werden. Für die weitere Bearbeitung seien GIS-Systeme wie z. B. die Open Source Software QGIS sehr hilfreich.

Struller wünscht sich für die Zukunft, dass die Sachverständigen unter anderem weitreichenden Zugriff auf die Geodaten der Wasserwirtschaft (z.B. Bohrprofile, Analysenergebnisse) bekommen und es ein offenes „Datenformat“ oder Datenbankformat gibt, mit dem jede CAD- oder GIS-Software arbeiten kann. **DK**

EU Green Deal:

Klimaschutz durch Kreislaufwirtschaft

Der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V. (VBS) hielt unter Einhaltung der Hygieneregeln seine traditionellen Regionsversammlungen ab. Ein Schwerpunkt war in diesem Jahr der Green Deal der Europäischen Union. Der VBS fordert für die Zeit nach der Bundestagswahl einen neuen Staatsminister im Bundeskanzleramt zur Umsetzung des Green Deal auf nationaler Ebene.

Bei dem „Green Deal“ handelt es sich um das Herzstück der legislativen Agenda der EU-Kommission für die kommenden Jahre. Der Plan hat das Potenzial, eine neue Ära des Wirtschaftens in Europa einzuläuten - innovativer, ressourceneffizienter, kreislauforientierter und wettbewerbsfähiger. Der VBS begrüßt den „Green Deal“ als Basis für eine ökologische Modernisierung Europas. Besonders wichtig ist dabei der Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft als zentraler Baustein zur Umsetzung des „Green Deal“.

VBS-Präsident Otto Heinz: „Um Treibhausgas-Emissionen effektiv und nachhaltig einzusparen, bedarf es eines entschlossenen, sektorübergreifenden Ansatzes. Die großen Emissionseinsparungspotenziale können nur durch eine Modernisierung unserer Wirtschaft realisiert werden. Die EU-Kommission hat dies erfreulicherweise erkannt.“

Wichtig sind aus Sicht des VBS insbesondere produktbezogene Mindesteinsatzquoten für Rezyklate und klare gesetzliche Vorgaben zum „Design for Recycling“ künftiger Produkte. Die Versammlungen befassten sich mit folgenden weiteren Themen: Aktuelles aus dem Systemgeschäft, Öffentlichkeitsarbeit im Wahljahr 2021, AvaL-Schnittstelle, GWB-Novelle und Erfahrungsaustausch der Teilnehmer zur Corona-Pandemie.

In diesem Jahr standen satzungsgemäß Regionssprecherwahlen auf der Tagesordnung. In ihren Ämtern bestätigt wurden die Sprecher der Regionen München/Oberbayern (Andreas Janka), Niederbayern/Oberpfalz (Dieter Pöppel), Schwaben (Peter Weißenhorn) und Franken (Rudi Ernst). ❐

Nachhaltiges Recycling:

EEW und Grüner Punkt entwickeln innovatives Verfahren

Die EEW Energy from Waste GmbH (EEW) und die DSD – Duales System Holding GmbH & Co. KG haben die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens (Joint Venture) vereinbart. Beide Unternehmen wollen gemeinsam ein Verfahren zur Aufbereitung von Mischkunststoffen und Sortierresten unter anderem aus dem dualen System entwickeln. Ziel ist, in großem Umfang Kunststoffabfälle für chemisches Recycling zu gewinnen, die bislang aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen noch nicht wiederverwertet werden können.

Die Partner wollen bis Jahresende 2021 ein technisch und wirtschaftlich tragfähiges Verfahren entwickeln, um in einer gemeinsam zu errichtenden und zu betreibenden Anlage jährlich 200.000 Tonnen Kunststoffabfälle aufbereiten zu können. Die Eingangsmaterialien sollen aus Abfallströmen von DSD und EEW gewonnen werden.

Für das geplante Aufbereitungsverfahren kommen z. B. flächige Mischkunststoffe aus der Wertstofftonne oder dem Gelben Sack bzw. der Gelben Tonne, kunststoffhaltige Sortierreste aus der Sortierung von Leichtverpackungen aus dem dualen System und Aufbereitungsreste der beiden Kunststoffrecyclinganlagen des Grünen Punkts in Frage. EEW wird aus dem Hausmüll vor der energetischen Verwertung in seinen Anlagen darin enthaltene Kunststoffabfälle aussortieren und diese Mengen damit einem chemischen Recycling erschließen.

In einem weiteren Schritt wird ein Dienstleister die von den Kooperationspartnern EEW und DSD aufbereiteten Kunststoffabfälle chemisch recyceln. Dabei kommt das Verfahren der sog. Verölung beispielsweise mittels Pyrolyse zum Einsatz. Das gewonnene Pyrolyseöl wird das Joint Venture als Grundstoff für die Produktion hochreiner und lebensmitteltauglicher Kunststoffe für die Produktion von Verpackungen etwa an Markenartikelhersteller vermarkten. Die Hersteller könnten damit auf einen Rohstoff zugreifen, der nachweislich aus Post-Consumer-Abfall gewonnen wird. **DK**

Tagungshinweis:

Klima und Hochwasser

Schlussfolgerungen für die Wasserwirtschaft

Klima und Hochwasser sind die bestimmenden Themen des HochwasserTags der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA), der am 11. November 2021 in Hildesheim und damit erstmals in Niedersachsen stattfindet. Es ist auch möglich, online an der Veranstaltung teilzunehmen.

Der Klimawandel beeinflusst wasserwirtschaftliche Planungen. Die Tagung geht der Frage nach, welche Schlussfolgerungen für die Wasserwirtschaft aus den Forschungsergebnissen zum Klima zu ziehen sind. Ein weiterer Schwerpunkt der Veranstaltung befasst sich mit der Integration von Hochwasserrisiko- und Flussgebietsmanagement. Es werden Beispiele aus der Praxis, wasserwirtschaftliche und wissenschaftliche Arbeiten zum Thema vorgestellt. Die Erfahrungen aus Niedersachsen bei der Umsetzung der Hochwasserrisikomanagementrichtlinie (HWRMRL) bilden einen weiteren Hauptpunkt der Veranstaltung. Teil des HochwasserTags ist zudem eine virtuelle Ausstellung zum Thema Hochwasser: https://de.dwa.de/de/hochwassertag.html.

Der HochwasserTag findet im Novotel Hildesheim, Bahnhofsallee 38, 31134 Hildesheim, statt. Kooperationspartner sind der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, das Institut für Hydrologie, Wasserwirtschaft und Gewässerschutz der Technischen Universität Braunschweig und der DWA-Landesverband Nord.

Mit der Veranstaltung sollen Fachleute angesprochen werden, die mit dem Thema Hochwasser betraut sind, aber auch Betroffene, Risikobewerter, Katastrophenschützer und Studierende. Die Teilnahmegebühr beträgt 430 Euro, DWA-Mitglieder zahlen 360 Euro. Programm: HochwasserTag. ❐



Umweltminister Glauber:

Maßnahmen für mehr Artenvielfalt

Der Freistaat setzt insgesamt mehr als sechs Millionen Euro aus EU-Fördermitteln für die Umsetzung des Blühpakts Bayern und zur besseren Besucherlenkung in Schutzgebieten ein. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber wertete die Förderzusage der EU als großen Erfolg für die Naturschutzpolitik in Bayern.

„Mit den neuen Maßnahmen unterstützen wir die Kommunen bei der Neugestaltung ökologisch wertvoller Blühflächen. Wir wollen alle passenden Flächen für mehr Artenvielfalt in Bayern nutzen. Außerdem stärken wir unsere wertvollen Schutzgebiete“, so Glauber. Die Natur sei während der Corona-Pandemie ein wahrer Tourismusmagnet geworden. „Wir wollen für die Menschen nachhaltige Naturerlebnisse in Bayern ermöglichen und gleichzeitig in die Besucherlenkung investieren. Dafür setzen wir bis zu 30 zusätzliche Schutzgebietsbetreuerinnen und -betreuer in Naturerlebnis-Hot Spots ein.“

Einsatzgebiete sind in den Nationalparken Bayerischer Wald und Berchtesgaden, im Biosphärenreservat Rhön, in der Biosphärenregion Berchtesgadener Land und dem Nationalen Naturmonument Weltenburger Enge. Die Tätigkeit umfasst Führungen und Informationsveranstaltungen vor Ort bis hin zu digitaler Besucherlenkung. So werden den Besuchern nachhaltige Naturerlebnisse geboten, die gleichzeitig das Natur- und Umweltbewusstsein stärken. Die neuen Mittel verstärken die bereits laufenden Maßnahmen des Umweltministeriums zur Besucherlenkung. „Unser Ziel ist, die Besucherlenkung in den Naturerlebnis-Schwerpunkten in ganz Bayern weiter auszubauen. Dazu entwickeln wir einen Naturerlebnis-Baukasten“, erläuterte der Minister.

Im Rahmen des Blühpakts Bayern werden die EU-Fördermittel für ein neues Projekt zur Gewinnung von mehr Blühflächen für mehr Artenvielfalt in Bayern eingesetzt: Dazu werden an den bayerischen Bezirksregierungen Blühpaktberater eingestellt. Schwerpunkt der Aufgaben ist die Beratung und Begleitung der Kommunen bei der naturnahen Flächengestaltung.

Wertvolle Moorflächen erhalten

Mit Blick auf die Renaturierung und Erhaltung der wertvollen Moorflächen im Königsauer Moos hat Thorsten Glauber dem Landkreis Dingolfing-Landau als Träger des Projekts einen Förderbescheid über 3,1 Millionen Euro für den Kauf von Moorflächen überreicht. Glauber zufolge sind Moore faszinierende Naturräume und einzigartige Ökosysteme. Intakte Moore sind CO2-Tresore und damit für den Klimaschutz unverzichtbar. Der Grundstückskauf im Königsauer Moos ist ein wichtiger Meilenstein für den Moorschutz in Bayern.“ In enger Zusammenarbeit sei es dem Landkreis Dingolfing-Landau und den Moor-Projektstellen bei der Regierung von Niederbayern gelungen, eine Fläche von insgesamt 30 Hektar Größe zu erwerben.

Ziele des Projekts sind die Wiedervernässung des Moores, um damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, sowie die Schaffung und der Erhalt blütenreicher Feuchtwiesen gemeinsam mit den Landwirten. Das Bayerische Umweltministerium fördert den Ankauf der Grundstücke in Höhe von 90 Prozent. Bisher umfasst der Bestand an landkreiseigenen Flächen in dem Gebiet 177 Hektar.

Das Königsauer Moos ist Teil des Niedermoorgürtels im Unteren Isartal, der mit rund 13.000 Hektar zu den größten Niedermoorkomplexen in Bayern zählt. Es handelt sich dabei um einen zentralen Bestandteil des Natura 2000-Gebiets „Wiesenbrütergebiete im Unteren Isartal“. Insbesondere für den Großen Brachvogel ist das Königsauer Moos ein sehr bedeutendes Brutgebiet. Auch für zahlreiche andere seltene Tier- und Pflanzenarten, etwa den Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling oder die Mehlprimel, stellt das Königsauer Moos einen wichtigen Lebensraum dar.

Neues Rekordergebnis

Wie das Bayerische Umweltministerium außerdem mitteilte, endete der diesjährige Antragszeitraum im Bayerischen Vertragsnaturschutzprogramm Wald mit einem neuen Rekordergebnis. Erstmals stellten Waldbesitzer Anträge mit einem finanziellen Volumen von mehr als 10 Millionen Euro – eine Steigerung von weiteren zwei Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr.

Minister Glauber zufolge ist kooperativer Naturschutz im Wald genauso wie im Offenland ein Erfolgsmodell. Waldbesitzer schafften und erhielten in der Waldbewirtschaftung vielfältige Biotopbaum-, Totholz- und Lichtwaldstrukturen. Damit leisteten sie einen unverzichtbaren Beitrag für die Artenvielfalt und die Nachhaltigkeit von Wäldern. „Unser gemeinsames Ziel ist es, den Vertragsnaturschutz im Privat- und Kommunalwald auf sechs Prozent der Fläche auszuweiten. Dann wären rund 100.000 Hektar vom kooperativen Naturschutz umfasst. Das diesjährige Rekordergebnis bringt uns diesem Ziel ein großes Stück näher.“ Aktuell werden bayernweit bereits rund drei Prozent der Flächen im Privat- und Körperschaftswald entsprechend bewirtschaftet.

Höhere Fördersätze

Nachdem die Förderrichtlinie wesentlich erweitert und viele Prämien neu kalkuliert wurden, profitieren die Waldbesitzer seit diesem Jahr von höheren Fördersätzen sowie beispielsweise neu eingeführten Maßnahmen für Altholzinseln. Profiteure der Maßnahmen sind insbesondere Tierarten wie Spechte oder Fledermäuse, die wie rund ein Drittel aller im Wald lebenden Pflanzen-, Pilz- und Tierarten Totholz zum Überleben braucht.

Das Vertragsnaturschutzprogramm Wald honoriert freiwillige Leistungen von privaten oder körperschaftlichen Waldbesitzern, die Naturschutzziele, wie beispielsweise die Erhaltung von strukturreichen Biotopbäumen, vielfältigem Totholz und Altholzinseln oder die Fortführung der Nieder- oder Mittelwaldnutzung in die Bewirtschaftung ihrer Flächen integrieren. **DK**

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Sana Kliniken AG
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Gesundheitswesens:

Auf dem Weg zum „Smart Hospital“

Verbesserung der Patientenversorgung und die Erhöhung der Patientensicherheit dank digitaler Lösungen im Krankenhausalltag

Spätestens seit Inkrafttreten des Krankenhauszukunftsgesetzes (KHZG) Oktober 2020 ist klar, dass die Digitalisierung im deutschen Gesundheitswesen im vollen Gange ist. Und das ist gut so, bedenkt man, dass der Nachholbedarf enorm ist und darüber hinaus auch die breitere Gesellschaft Forderungen in diese Richtung stellt.

Aus diesen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen erwachsen nun Anforderungen an die Betreiber von Krankenhäusern, die einen eklatanten Aufholbedarf in Sachen Digitalisierung aufweisen. Wohl dem, der sich frühzeitig mit dem Themenkomplex befasst und entsprechende Strukturen bereits geschaffen hat. Einige positive Beispiele sind das Universitätsklinikum Essen, das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, aber auch die Sana Kliniken, die sich proaktiv mit Fragen wie der Prozesssteuerung durch Echtzeitdaten, App-basierten klinischen Anwendungen, vernetzten Geräten und Biosensorik sowie dem Einsatz von künstlicher Intelligenz und vielen weiteren Technologien befassen.

Effiziente Prozesse und optimierter Ressourceneinsatz

Dass einige dieser Themen längst keine Zukunftsvision, sondern vielmehr gelebter Alltag sind, sollen einige Projektbeispiele der Sana Kliniken AG zeigen.

Exemplarisch ist hier das bei der Sana im Einsatz befindliche Lösungsportfolio des Schweizer Unternehmens imito AG, bei dem es vorrangig um mobile Lösungen zur Wunddokumentation geht. Mit imitoWound erfolgt das Erstellen von Wundbildern mit automatischer Vermessung der Wundfläche und integrierten Formularen zur Dokumentation ganz einfach per Smartphone-App. Das spart Zeit und verbessert zudem die Dokumentations- und Versorgungsqualität.

Für ebenso effiziente Prozesse und einen optimierten Ressourceneinsatz im Klinikalltag sorgt in sämtlichen Sana Kliniken in Nordrhein-Westfalen die modular aufgebaute offene IoT- Plattform von simplinic. Dort werden Medizingüter wie Krankenhausbetten, mobile Medizingeräte oder auch Hilfsmittel mittels Bluetooth-Low-Energy in Echtzeit raumgenau lokalisiert, ausgelesen und über die digitale Plattform in einem Dashboard aggregiert angezeigt – um in der Folge Prozesse faktenbasiert in Echtzeit zu steuern.

Ein weiteres Beispiel ist die Patienten-App „MeineSana“, die bereits in mehreren Sana Kliniken angeboten wird. Sie begleitet Patientinnen und Patienten vor, während und nach ihrer Behandlung zielgerichtet mit den richtigen Informationen zum richtigen Zeitpunkt. Über die App erhalten Patienten unter anderem Tipps zur Vorbereitung für den Krankenhausaufenthalt, werden während der Behandlungszeit an Termine erinnert oder erhalten Informationen über Ihre Erkrankung.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass wenngleich viele digitale Baustellen in deutschen Krankenhäusern bestehen, es trotzdem bereits heute möglich ist, durch disruptive digitale Lösungen Verbesserungen für das Personal, die Patienten und den Betrieb zu erzielen. Klar ist aber auch, dass dies nicht auf einen Schlag geschehen kann, sondern trägerunabhängig ein langfristiger Prozess ist, der neben technischen auch viele kulturelle, organisatorische, und finanzielle Herausforderungen bereithält. Der Weg ist noch weit, aber die Richtung stimmt – und das KHZG kann als Stütze dienen. ❐

Studie des WWF Deutschland:

Die Verpackungswende ist möglich

Eine kreislauforientierte und nachhaltigere Verpackungswirtschaft ist in Reichweite, wenn alle Hebel umgesetzt und ein Systemwandel eingeleitet werden. Das ist das Ergebnis der WWF-Studie „Verpackungswende - jetzt!“

Laut WWF wird Deutschland oft als Paradebeispiel für Kreislaufwirtschaft herangezogen. Tatsächlich sei die Erfassungs- und Recyclingquote hoch. Außerdem existiere ein ausgeklügeltes Pfandsystem für Flaschen. Zumindest im internationalen Vergleich gelte Deutschland somit zu Recht als Vorbild. Allerdings zeigt die Analyse, dass viel Potenzial für eine echte Kreislaufwirtschaft im Bereich Verpackungen ungenutzt bleibt.

Vielfältige Ansätze

„Für die Lösung unserer Verpackungskrise gibt es kein Patentrezept, jedoch eine Vielfalt von Ansätzen, die parallel umgesetzt werden müssen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Verbrauchern, Industrie und Politik ist dabei der Schlüssel“, betont der WWF Deutschland. Um von der Wegwerfgesellschaft zur Kreislaufwirtschaft zu gelangen, hat die Studie sieben zentrale Maßnahmen formuliert, mit denen die Verpackungswende hin zu einem Kreislaufsystem gelingen kann. Die Analyse zeigt, dass Deutschland bis 2040 das Gesamtabfallvolumen um 40 Prozent, den Verbrauch von Neuplastik um über 60 Prozent und die Verbrennung von Abfällen zur Energiegewinnung um über 70 Prozent reduzieren kann. Dies wäre ein wirksamer Baustein für den Klimaschutz: 68 Millionen Tonnen Treibhausgase könnten so bis 2040 eingespart werden.

Maßnahme 1 – Unnötige Verpackungen vermeiden und Verpackungen minimieren: Allein durch diese Maßnahmen könnten Kunststoffabfälle bis 2040 um acht Prozent reduziert werden. Einheitliche Standards und Richtlinien für Kunststoffverpackungen sind dabei wichtige Voraussetzungen für die Realisierung dieser Maßnahme.

Maßnahme 2 – Mehr Mehrwegsysteme: Nicht nur in Supermärkten könnte der Anteil an Mehrwegverpackungen noch erheblich ausgeweitet werden, auch für Transportverpackungen gibt es inzwischen gute Mehrwegkonzepte. Zur Umsetzung dieser Maßnahme kann auch ein Rückgaberecht für Pfandflaschen beitragen. Für Obst und Gemüse gibt es bereits pflanzliche und sogar essbare Beschichtungen, die aus organischen Abfällen bestehen. So kann die Lebensdauer von Obst und Gemüse erhöht und Müll vermieden werden. Durch Mehrwegsysteme und Müllvermeidung könnten Kunststoffabfälle bis 2040 um bis zu 23 Prozent reduziert werden.

Maßnahme 3 – Schlecht recycelbare Materialien ersetzen: Plastik ist nicht gleich Plastik. Manche Kunststoffe können besser, andere schlechter wiederverwertet werden. Schätzungsweise neun Prozent der Einwegkunststoffe könnten durch Materialien ersetzt werden, die einen besseren ökologischen Fußabdruck haben und leichter recycelbar sind. Wo Einwegverpackungen unverzichtbar sind, kann Plastik zum Teil durch Papier oder biobasierte Materialien ersetzt werden.

Maßnahme 4 – Verbundmaterialien abschaffen, Recyclingquote erhöhen: Ob Folien, Chipstüten oder Mozzarella: Viele Verpackungen bestehen aus mehreren Schichten verschiedener Materialien, die sich nicht oder nur schlecht voneinander trennen lassen. Zum Recycling muss der Kunststoff aber möglichst sortenrein sein. Laut Verpackungsgesetz soll die Recyclingquote im Jahr 2022 bei 68 Prozent liegen. Zurzeit werden aber nur 20 Prozent im besonders nachhaltigen, geschlossenen Kreislaufverfahren (Closed-Loop-Verfahren) recycelt. Zehn Prozent werden im sogenannten Open-Loop-Verfahren recycelt, bei dem der recycelte Kunststoff minderwertiger ist und kaum mehr weiterverwertet werden kann. Er wird „downgecycelt“.

Maßnahme 5 – Bessere Trennung und Sortierung: Gelber Sack oder orange Wertstofftonne? Noch immer gibt es keinen bundesweit einheitlichen Standard für das Sammeln und Sortieren von Verpackungsmüll. Das kann zu Verwirrung führen. Eine nationale Standardisierung mit klaren Anweisungen und einer langfristigen begleitenden Kampagne würde Verbrauchern den kreislauforientierten Umgang mit ihrem Kunststoffmüll erleichtern und die Recyclingrate erhöhen. Beim Closed-Loop Verfahren könnte die Recycling-Menge so um 22 Prozent und beim Open-Loop-Verfahren um sechs Prozent verbessert werden.

Maßnahme 6 – Neue Vorschriften und Technologien für lebensmitteltaugliche Kunststoffe: Nicht alle recycelten Kunststoffe – sogenannte Rezyklate – sind für die Verpackung von Lebensmitteln geeignet. Rezyklate mit Lebensmittelkontakt müssen besondere Gesundheits- und Sicherheitsanforderungen erfüllen. Würden Kunststoffarten außerdem separat gesammelt, könnten sie deutlich hochwertiger recycelt werden. Auch chemisches Recycling, bei dem ein Produkt in seine chemischen Grundbausteine zersetzt wird, kann als ergänzende Lösung hier sinnvoll sein.

Maßnahme 7 – Recyclingmärkte fördern: Damit mehr Verpackungen aus Rezyklaten hergestellt werden können, muss es dafür ökonomische Anreize geben. Hier können einheitliche Standards helfen, die zum Beispiel die Qualität von Rezyklaten festlegen. Auch können wirtschaftliche Anreize geschaffen werden, um die Nachfrage nach Rezyklaten zu fördern.

VKU sieht sich bestätigt

Die Studie des WWF Deutschland bestätigt nach Auffassung von VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp wieder einmal die Positionierung seines Verbandes. Hasenkamp zufolge ist ein Systemwandel hin zu einer wirksamen Abfallvermeidung, zu einer Ausschöpfung von Wiederverwendungsmöglichkeiten zum Beispiel über Mehrwegsysteme und zu einer ressourceneffizienten Verwertung, so wie sie die Konsumenten verstehen, gerade auch für Kunststoffe und Kunststoffverpackungen dringend erforderlich.

Für kreislauffähige Mehrwegsysteme

„Denn trotz der vielen Forderungen auch von Seiten unseres Verbandes hat sich an den viel zu geringen Verwertungsquoten zu Kunststoffverpackungen und am hohen Anteil der Verbrennung von Plastikmüll bislang nicht viel verändert. Es wird nach wie vor viel zu wenig wiederverwendet und verwertet: Ein Anteil von 48 Prozent Recycling - wie in der Studie ermittelt - ist für den Ressourcenschutz und im Hinblick auf die Vermittelbarkeit gegenüber den Konsumenten natürlich nicht verantwortbar. Kreislauffähige Mehrwegsysteme müssen endlich in allen Verpackungsbereichen für den Konsum realisiert werden“, machte der Vizepräsident deutlich.

Die Qualität des verwendeten Kunststoffs sei zudem immer minderwertiger geworden – ein echtes Ärgernis, werde es doch in der Praxis zunehmend schwieriger, diese Materialien zu recyceln. Wiederholt habe der Verband kommunaler Unternehmen auf die zunehmende Komplexität zu Kunststoffverpackungen und die daraus resultierenden Probleme bei der Verwertung hingewiesen, so Hasenkamp. Es sei zwingend erforderlich, „sinnhafte Monostoffverpackungen zu entwickeln, Mehrschichtverpackungen vom Markt zu nehmen und selbst die Farbwahl der verwendeten Kunststoffe im Sinne der Erkennbarkeit bei unseren technischen Sortier- und Verwertungsmöglichkeiten zu berücksichtigen“. Ergänzend seien sinnvolle Mindesteinsatzquoten für Rezyklate für Verpackungen zwingend vorzugeben.

Klare politische Vorgaben sind unumgänglich

„Wir können es uns schlicht nicht länger leisten, wertvolle Ressourcen im Umgang mit Kunststoffverpackungen zu verschwenden. Vermeidung, Wiederverwendung und Recycling aller Materialien – dies sind die Kernforderungen unseres Verbandes seit langem“, unterstrich der Vizechef. „Dafür brauchen wir klare Vorgaben von Seiten der Politik und können uns nicht mehr nur auf die Selbstverpflichtung einzelner Unternehmen verlassen. Gern unterstützt der VKU daher die Forderungen des WWF hin zu einem grundlegenden Systemwechsel für unsere Verpackungen aus Kunststoffen.“ **DK**

Umweltminister und BN-Landesvorstand besuchen Grünes Band Bayern-Tschechien:

Grünes Band als einzigartiges Natur- und Kulturerbe erhalten

Erfreuliche Nachricht für das Grüne Band: Der länderübergreifende Biotopverbund soll durch den Ankauf einer vier Hektar großen Fläche nahe des Nationalparks Bayerischer Wald gestärkt werden. Bei einem Besuch von Umweltminister Glauber wirbt der Bund Naturschutz dafür, das Grüne Band als UNESCO-Welterbestätte vorzuschlagen.

Seit knapp zwei Jahren läuft das Projekt „Quervernetzung Grünes Band“ im Vernetzungsgebiet Innerer Bayerischer Wald unter Federführung des BUND Bayern mit seinem international tätigen Fachbereich Grünes Band. Umweltminister Thorsten Glauber besuchte eine der Projektflächen: „Mit der Vernetzung des Grünen Bandes mit dem ‚Lichtwald Finsterauer Reuten‘ stärken wir die biologische Vielfalt in der gesamten Region. Damit wird ein wichtiger Beitrag zum Biotopverbund geleistet. Der Bayerische Naturschutzfonds unterstützt das Gesamtprojekt mit rund 415.000 Euro.

Für Natur und Region

Zusammen mit der Erweiterung des Nationalparks zum größten Wald-Nationalpark Deutschlands entsteht hier ein großer Mehrwert für die Natur und die Region. Naturnahe, ökologisch gesunde Wälder sind heute nötiger denn je: für die Artenvielfalt, als Kohlenstoffspeicher im Klimawandel und als wertvolle Wasserspeicher angesichts zunehmender Dürren und Sturzfluten.“

„Mit dem Ankauf der vier Hektar großen Fläche ‚Lichtwald Finsterauer Reuten‘ gelingt es, in unmittelbarer Nähe zum Erweiterungsgebiet des Nationalparks Bayerischer Wald eine für den grenzübergreifenden Offenland-Lebensraumverbund zentrale Fläche zu sichern. Diese stellt als Teil einer einstigen Gemeindeweide zudem ein wertvolles Relikt kulturhistorischer Nutzungsformen und als Standort einer früheren Zollhütte zugleich ein historisches Zeugnis an die Überwindung des Eisernen Vorhangs dar“, erklärt der BN-Landesvorsitzende Richard Mergner und führt fort: „Als herausragendes Natur- und Kulturerbe wollen wir das Grüne Band Europa als UNESCO-Welterbestätte nominieren und hoffen dabei auf Unterstützung durch die bayerische Staatsregierung.“

Vom Todesstreifen zum Lebensraum

Die beiden stellvertretenden BN-Vorsitzenden Doris Tropper und Beate Rutkowski unterstreichen diese Forderung: „Das Grüne Band hat sich vom Todesstreifen zum Lebensraum für seltene Arten entwickelt. Was gibt es schöneres für eine Weltkulturstätte?“ Bereits auf rund 30 Hektar Fläche in zehn Gemeinden im Landkreis Freyung-Grafenau werden konkrete Maßnahmen für den Arten- und Lebensraumschutz umgesetzt – erste vielversprechende Erfolge zeigen die Wirksamkeit.

Tobias Windmaißer, BN-Projektmanager für das Vernetzungsgebiet Innerer Bayerischer Wald, erläuterte: „Von unseren Maßnahmen profitieren die für den Bayerischen Wald typischen und gefährdeten Arten wie Arnika, Fieberklee, Breitblättriges Knabenkraut, Waldbirkenmaus, Haselhuhn, Kreuzotter oder Violetter Feuerfalter. Historische Nutzungsformen, wie die sogenannten Wässerwiesen, die die Vielfalt an Lebensräumen und Arten gefördert haben, werden in Teilbereichen wieder reaktiviert.“ Die Maßnahmenumsetzung erfolgt in Kooperation mit lokalen Landwirtinnen und Landwirten.

Blühmischungen statt Mais

Aber auch modellhafte Kooperationen werden erprobt, bei denen beispielsweise Blühmischungen statt Mais für Biogasanlagen gesät werden.

Der „Innere Bayerische Wald“ ist eines von bundesweit fünf Vernetzungsgebieten am Grünen Band entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs. Das Gebiet erstreckt sich im Landkreis Freyung-Grafenau über die Kommunen Neuschönau, Hohenau, Mauth-Finsterau, Philippsreut, Hinterschmiding, Haidmühle, Grainet, Neureichenau, Ringelai und Freyung. Im Austausch mit dem Nationalpark Šumava auf tschechischer Seite werden gezielt grenzübergreifende Biotopverbundachsen gefördert.

Das Projekt „Quervernetzung Grünes Band“ wird von Oktober 2019 bis September 2025 im Bundesprogramm Biologische Vielfalt vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) sowie durch den Bayerischen Naturschutzfonds gefördert.

Weiterführende Informationen: https://www.bund.net/gruenes-band/quervernetzung/ ❐



V.l.: Ernst Kandlbinder (Bürgermeister Gemeinde Mauth), Doris Tropper, Prof. Dr. Hubert Weiger, Beate Rutkowski, Richard Mergner (alle BN-Landesvorstand), Sebastian Gruber (Landrat Freyung-Grafenau), Staatsminister Thorsten Glauber). Bild: BN

Gemeinde Gröbenzell:

Flott und nachhaltig unterwegs – schon heute für morgen sorgen

Um diesem Motto gerecht zu werden, setzt die Gemeindeverwaltung seit Langem auf umweltfreundliche Mobilität. Neben insgesamt 15 Dienstfahrrädern, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rathauses und aller Außenstellen gern für Dienstgänge und Außentermine genutzt werden, besitzt die Gemeinde auch eine vielfältige Stromfahrzeug-Flotte. Deren Anfänge reichen bis ins Jahr 2012 zurück: Damals leaste die Gemeinde ein erstes E-Auto, um Erfahrungen mit der Elektromobilität zu sammeln. Danach fiel die Entscheidung, eine eigene E-Flotte aufzubauen: „Wir wollten damals ein Zeichen setzen: Der Elektromobilität gehört die Zukunft. Gerade als Gemeindeverwaltung wollen wir Gröbenzell auch für die kommenden Generationen lebenswert zu erhalten. Daher stellen wir unseren Fuhrpark Stück für Stück von Diesel und Benzin auf Ökostrom um“, so Erster Bürgermeister Martin Schäfer.

Es fing 2017 mit zwei E-Bikes für die Rathausmitarbeiter*innen an, 2018 kam ein elektrisch betriebenes Auto für die Hausmeister hinzu. 2019 folgten neben zwei E-Lastenrädern für Hausmeister-Pool und Betriebshof auch ein E-Auto für die Finanzverwaltung sowie ein elektrisch betriebener Streetscooter-PKW mit Ladefläche für den Betriebshof. 2020 wurde die E-Flotte um einen zweiten Streetscooter-PKW ergänzt, zusätzlich kamen ein strombetriebener Werkstattwagen sowie ein E-Kastenwagen für Baustellentransporte dazu. Der bisher letzte Neuzugang ist 2021 ein drittes E-Bike, weitere Anschaffungen sind bereits avisiert. Alle gemeindlichen E-Fahrzeuge – egal, ob mit zwei oder vier Rädern ausgestattet – werden selbstverständlich mit 100% Ökostrom angetrieben. Die Gemeinde lässt sich ihr Engagement für eine lebenswerte Zukunft etwas kosten: Bisher hat sie für ihre E-Flotte rund 230.000 Euro ausgegeben. Die zwei orangefarbenen Streetscooter-PKW wurden dabei im Rahmen der Förderrichtlinie Elektromobilität des BMVI mit insgesamt 43.071,76 Euro durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gefördert. Die Förderrichtlinie wird von der NOW GmbH koordiniert und durch den Projektträger Jülich (PtJ) umgesetzt.



Derzeit fahren sechs Autos und zwei Lastenräder der Gemeinde mit Ökostrom, drei E-Bikes ergänzen die kommunale Stromer-Flotte. Vorn in der Mitte zudem das Markenzeichen des Ersten Bürgermeisters - sein weißes, privates E-Lastenrad. Bild: Gemeinde Gröbenzell

Markenzeichen E-Lastenrad

Als nachhaltig orientierte Gemeinde tut Gröbenzell übrigens auch viel für die umweltfreundliche Mobilität seiner Bürgerinnen und Bürgern: Neben der aktiven Förderung des Radverkehrs unterstützt die Gemeinde auch individuelle E-Mobilität, u.a. mit zwei Ladesäulen im Gemeindegebiet. Privat setzt Martin Schäfer übrigens schon lange auf Elektroantrieb. Sein weißes E-Lastenrad ist mittlerweile zu seinem Markenzeichen geworden: Wo es geparkt ist, da ist der Erste Bürgermeister nicht weit. ❐



BayWa

Leistungsstarke Kommunal- und Gewerbetechnik. Für grüne, graue und weiße Flächen.

Bei Ihrer täglichen Arbeit im Frühling, Sommer, Herbst oder Winter unterstützen wir Sie durch individuelle Beratung, Vertrieb und nachgelagerten Service von:

- Traktoren
- Kommunalfahrzeugen
- Lastkraftwägen
- Transportern
- Anbaugeräten
- Anhängern

bema Saug-Kehrsystem

Die bema Saug-Kehrdüse kombiniert bewährte Kehrmaschinenkomponenten mit innovativer Saug-Technologie. Dadurch wird ein optimales Reinigungsergebnis ermöglicht.

BayWa AG Technik Arabellastraße 4 81925 München

Fragen Sie nach Ihrem persönlichen Ansprechpartner unter 0800 99 99 150.

baywa.de/kommunaltechnik



Bayerns größter Kreisverband für Gartenkultur und Landespflege feiert „125-Jähriges“ . „Wir sind immer am Puls der Zeit“, betonte Landrätin Tanja Schweiger, Landkreis Regensburg, bei der Vorstellung des Programms zum 125-jährigen Jubiläum des Kreisverbands Regensburg für Gartenkultur und Landespflege im Albert-Plagemann-Kreislehrgarten in Regenstauf. Als Vorsitzende steht sie dem 22.500 Mitglieder starken Verein vor, und damit dem größten Kreisverband in Bayern. Von hochwertiger Gartenberatung bis hin zu qualifizierter Ausbildung zum/zur Gartenpfleger/-in bietet der von Geschäftsführerin Stephanie Fleiner geleitete Verband zahlreiche Möglichkeiten zum aktiven Engagement und zur Nutzung des gebündelten Fachwissens sowie attraktive Veranstaltungen. In diesem Jahr feiert auch der Kreislehrgarten in Regenstauf Jubiläum: Vor 35 Jahren legte ihn der damalige Kreisverbandsvorsitzende Albert Plagemann an.
Das Bild zeigt v.l.: Die Vorstandschaft des Kreisverbandes Regensburg für Gartenkultur und Landespflege: Stephanie Fleiner, Geschäftsführerin des OGV Kreisverbandes; Günter Spörl, 1. Vorsitzender OGV Obertraubling; Karl Pröpstl, Ehrenvorsitzender; Landrätin Tanja Schweiger, Kreisverbandsvorsitzende; Stefanie Grünauer, Kreisfachberaterin; Horst Rothert, Kassenprüfer; Rolf Steigerwald, 1. Vorsitzender OGV Viehhausen; Torsten Mierswa , Kreisfachberater; Gerhard Listl, Kassenverwalter; vorne der stellvertretende Landrat Willi Hogger, stellvertretender Kreisverbandsvorsitzender. Bild: H.C. Wagner

Bucher Yeti L:

Streuautomaten bringen Sole zwölf Meter breit aus

Die Winterdienst-Experten von Bucher Municipal gehen immer neue Wege, beim Streuen auf Verkehrswegen die verwendeten Streustoffe in möglichst geringer Menge sowie möglichst zielgenau und effizient einzusetzen. Dabei reichen die Art und die Beschaffenheit der verwendeten Materialien von reinem Trockenstreustoff bis zu reiner Sole. Mit den Sole-Streuautomaten der Baureihe Bucher Yeti L beweist der Hersteller erneut sein Engagement rund um die wirtschaftliche und umweltgerechte präventive Glättebekämpfung.

Die Streuautomaten der Baureihe Bucher Yeti L eignen sich durch ihre innovative Behälterbauweise bestens für den Aufbau auf Straßenfahrzeuge von MercedesBenz Unimog und mittelgroße Lkws und wurden speziell für den Einsatz auf Land,- Bundesstraßen sowie auf Autobahnen entwickelt. Die Behälter der Streuautomaten sind aus hochresistentem HDPE (High Density Polyethylen) gefertigt und können in ihren Abmessungen individuell auf das jeweilige Trägerfahrzeug angepasst werden. Sie sind in Behältergrößen von 2.300 bis 5.500 Liter erhältlich.



Sole-Streuautomat Bild: Bucher Municipal

Bei den Sole-Streuautomaten der Baureihe Bucher Yeti L wird die Sole über den Streuteller präzise und mit bis zu acht Metern Streubreite ausgebracht. Darüber hinaus ist es optional möglich, den patentierten BrineStar® zu adaptieren. Damit können Streubreiten bis 12 Meter erreicht werden.

Flächendeckendes Streubild

Zudem lässt sich mit dieser einzigartigen Technologie ein flächendeckendes Streubild erzielen mit weniger Verwirbelungen als bei der Verwendung von herkömmlichen Düsensystemen oder Sprühbalken.

Sowohl der Streuteller als auch der BrineStar® erfüllen die strengen Anforderungen der europäischen Streubildnorm DIN EN 15597-1/2.

Über die Wintersaison hinaus eignet sich der Streuautomat Bucher Yeti L auch als Wasserträger für Anwendungen im kommunalen Sommerdienst wie das Gießen, Schwemmen oder Reinigen. Anspruchsvolle Reinigungsaufgaben können auch per Hochdruck über einen hydraulisch angetriebenen Hochdruckreiniger gelöst werden.

Über Bucher Municipal

Bucher Municipal (www.buchermunicipal.com) gehört zu einer von fünf Divisionen der Bucher Industries AG mit Sitz in Niederweningen bei Zürich. Bucher Municipal ist ein weltweit führender Hersteller von Kommunalfahrzeugen zur effizienten, umweltgerechten Reinigung und Schneeräumung von öffentlichen und privaten Verkehrsflächen. Das Produktangebot umfasst Kompakt- und Großkehrfahrzeuge sowie Fahrzeuge und Maschinen für die Kanalreinigung, Winterdienst und Müllentsorgung.

Ergänzt wird das Produktangebot durch digitale Dienstleistungen. Mit einem weltweiten Netzwerk von eigenen Vertriebsorganisationen und Distributoren stellt Bucher Municipal eine optimale Kundenbetreuung und Kundennähe sicher. Alle Produkte von Bucher Municipal werden nach den strengen Qualitäts- und Umweltstandards ISO 9001 und ISO 14001 gefertigt. ❐

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit Henne Nutzfahrzeuge GmbH
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Kommunaltechnik: Bankettpflege

Wenn im Straßenbau von Bankett gesprochen wird, dann ist damit ein schmaler, verdichteter aber wasserdurchlässiger Streifen seitlich der Fahrbahn gemeint, der zur Wasserableitung sowie als Aufbauraum für Straßenbegrenzungsanlagen und Verkehrsschilder dient. Das Bankett besteht meist aus einer Mischung von grob- und feinkörnigem Schotter-Kies, der vor Ort ausgebracht und anschließend verdichtet wird, um die nötige Tragfähigkeit zu erreichen.

Durch Schmutz von der Fahrbahn, Staub und Pflanzenreste aus der Grünstreifenpflege sammelt sich auf dem Bankett im Laufe der Zeit eine zentimeterdicke Schmutzschicht. Dadurch wird die Entwässerung der Straße gestört und Regenwasser kann nicht mehr abfließen. Dies kann zu Aquaplaning und gefährlichen Fahrbahnvereisungen führen. Bei häufiger Befahrung des Banketts kann dieses auch unter Straßenniveau absinken und dadurch Gefahrensituationen provozieren.

Regelmäßige Bankettsanierung

Um diese negativen Auswirkungen zu vermeiden, wird regelmäßig eine Bankettsanierung durchgeführt. Je nach Zustand sind dabei unterschiedliche Arbeitsgänge und Geräte notwendig. Bei einem abgesenkten Bankett gilt es, abgefahrenes und nach Außen verlagertes Material zu ersetzen bzw. mittels Erdhobel und Förderschnecke zurück zu befördern und anschließend zu verdichten. Bei erhöhten Banketten wird überschüssiges Material abgehobelt oder mit einer Fräse gelockert und anschließend abtransportiert. Ziel ist in beiden Fällen die Wiederherstellung des Banketts auf Straßenniveau.

Zur Bankettaufbereitung können sowohl selbstfahrende Maschinen als auch Aufbaulösungen für multifunktionale Geräteträger wie den Unimog verwendet werden. Der Vorteil von Aufbaulösungen liegt in den kurzen Umsetzzeiten, der Möglichkeit des Ein-Mann-Betriebes sowie in der Vielseitigkeit. So fallen Bankettarbeiten an einem Streckenabschnitt in der Regel nur in größeren Zeitabständen an. In der Zwischenzeit kann das Trägerfahrzeug anderweitig eingesetzt werden. Alle für die Bankettsanierung notwendigen Geräte wie Bankettfräse, Verdichter, Förderschnecken und Kehrbesen können an einem Unimog gleichzeitig in der erforderlichen Reihenfolge angebaut und eingesetzt werden. So lässt sich die komplette Aufbereitung in einem einzigen Arbeitsgang durch eine Person erledigen. ❐

Vereinsnadel in Gold und Ehrenvorsitzender:

Ehrung für Hans Joas

Fast 25 Jahre stand der Gundremminger Hans Joas an der Spitze des Kreisverbandes für Gartenbau und Landespflege Günzburg e.V.. Um dies zu würdigen war Bürgermeister Ulrich Pfanner als Bezirksvorsitzender und Vertreter des Präsidenten des Landesverbandes aus Scheidegg zur Überraschung von Joas zur Mitgliederversammlung in die Gemeinde Bibertal angereist. In seinem Grußwort bezeichnete Ulrich Pfanner Hans Joas als eine Idealbesetzung als Kreisvorsitzender. Er sei ein mit Ideen gefüllter Förderer der Gartenkultur, geerdet, geprägt von Verlässlichkeit! Maßgeblich habe er sich insbesondere für den Erhalt alter regionaltypischer Kernobstsorten eingesetzt.

Seit 2009 konnten in ganz Schwaben regionale Kernobstsorten kartiert und wenn möglich nach Sorten bestimmt werden. Die Zukunft liegt darin, diese Sorten zu erhalten, Edelreiser zu gewinnen und sie neu auszupflanzen. Ein sehr wichtiger Gen-Pool kann somit erhalten werden. Er könnte zukünftig für die Kernobstforschung maßgeblich sein. In Schlachters entstand ein einzigartiger Schwäbischer Erhaltungsgarten mit über 200 Apfel- und Birnensorten. Heuer konnten bereits 1.000 Bäume veredelt werden. Zum Dank wurde vom Landesverband Hans Joas eine Urkunde mit Ehrennadel in Gold verliehen.

Der neue Kreisvorsitzende Roman Gepperth schloss sich dem Dank an und verkündete den einstimmigen Beschluss der neuen Vorstandschaft: Aufgrund seiner Verdienste für den Kreisverband wird Hans Joas zum Ehrenkreisvorsitzenden ernannt. Landrat Hans Reichhart bestätigte in einem Glückwunschschreiben: „Du hast diesen Verband über Jahre geprägt und damit zu einem Zeitpunkt Themen angepackt, die von großer Bedeutung sind. Hier hast du viel von einem der wichtigsten Güter gegeben, die wir haben: Deine Zeit!“ ❐



Bürgermeister Ulrich Pfanner (Scheidegg) ehrte als Vorsitzender des Bezirksverbandes und Vertreter des Präsidenten des Landesverbandes für Gartenbau und Landespflege den scheidenden Kreisvorsitzenden Hans Joas. Joas bleibt Pfanners Stellvertreter im Bezirksverband Schwaben. Bild: Katharina Mairle

Keine Förderung für Kunststoffe im Wald

In Bayerns Wäldern wird es künftig keine staatliche Förderung für kunststoffbasierte Produkte mehr geben. Das hat Staatsministerin Michaela Kaniber in München verkündet: „Bayerns Wälder sind unsere grüne Lunge und das naturbelassenste Drittel Bayerns.

Damit dort künftig weniger Plastik landet, stellen wir die Förderung von Kunststoffprodukten konsequent ein“. Die Förderrichtlinie für den Privat- und Körperschaftswald wurde der Ministerin zufolge bereits entsprechend ergänzt. „Dieser Schritt ist auch möglich, denn für Wuchshüllen und andere im Wald eingesetzte Produkte gibt es mittlerweile ausreichend Alternativen aus Holz und anderen nachwachsenden Rohstoffen“, so die Ministerin.

Wuchshilfen und andere Forstprodukte unterstützen die jungen Bäumchen in der sensiblen Anwuchs-Phase und verbessern so den Erfolg der Aufforstungen. Diese sind zunehmend notwendig, weil die bayerischen Wälder aufgrund des Klimawandels zum Teil stark geschädigt sind. Für die bekannten Kunststoff-Wuchshüllen wird es einen stufenweisen Ausstieg geben. Im Jahr 2022 sind je Förderantrag nur noch maximal 200 Stück förderfähig, ab dem 1. Januar 2023 endet die Förderung ganz. „Damit haben alle Beteiligten noch etwas Zeit, sich in der Produktentwicklung und Bevorratung alternativer Produkte auf dieses nachhaltige Vorgehen einzustellen“, sagte Ministerin Kaniber. Bei staatlich geförderten Projekten zur Walderschließung – etwa Forstwegen oder Lagerplätzen – ist bereits seit Anfang des Jahres der Einsatz von mineralischen Baustoffen ausgeschlossen, die Reste an Kunststoffen und anderen Fremdstoffen enthalten können.

Richtiger Impuls

„Ich bin überzeugt, dass wir mit dem klaren Förderausschluss von Kunststoffen den richtigen Impuls setzen. Davon werden nicht nur unsere Wälder profitieren, sondern alle Bürgerinnen und Bürgern“, so Kaniber. Von den Neuerungen nicht berührt ist die rechtlich zulässige Verwendung von kunststoffbasierten Produkten ohne staatliche Förderung.

Mehr Informationen zur forstlichen Förderung in Bayern gibt es unter www.waldbesitzer-portal.bayern.de/foerderung ❐



Erntehelfer. Facharbeiter.
Straßenmeister. Oder kurz: Unimog.

Der Unimog überzeugt Agrar- und Lohnunternehmen mit seiner enormen Wirtschaftlichkeit. Dafür sorgen der geringe Kraftstoffverbrauch bei gleichzeitig hoher Leistung von bis zu 220 kW (299 PS), Front- und Heckzapfwelle sowie Hydraulik ab Werk, schneller Gerätewechsel und dadurch eine hervorragende Auslastung an 365 Tagen im Jahr. Auf dem Acker und im Grünlandeinsatz bewegt sich der Allrounder zudem genauso souverän wie auf Straßen.

Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter
mbs.mercedes-benz.com/de/unimog/lohnunternehmer-und-dienstleister

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...



Elisabeth Winklmaier-Wenzl

Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Buch am Erlbach Vorsitzende der Wählergruppe „Frauen für den Landkreis Landshut“

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Die Gemeinde Buch am Erlbach; rund 4.000 Einwohner.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

Bei den jüngsten Kommunalwahlen 2020 habe ich für das Amt zur Bürgermeisterin kandidiert, konnte mich bei der Stichwahl durchsetzen und habe zum 01.05.2020 das Amt angetreten.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Als mein Vorgänger im April 2019 bekannt gab, dass er bei den nächsten Wahlen nicht mehr kandidieren wird, sind einige Bucher Bürger, aber auch die Vorstandschaft der CSU, auf mich zugekommen und haben mich gebeten, für das Bürgermeisteramt zu kandidieren. Das war schon etwas überraschend, da ich bis zu diesem Zeitpunkt politisch nicht aktiv war. Nach einer gewissen Bedenkzeit habe ich mich dazu entschlossen. Ich will meine Heimatgemeinde in die Zukunft begleiten.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich habe an speziell für den Wahlkampf angebotenen Seminaren und Workshops teilgenommen, aber auch regelmäßig die Gemeinderatssitzungen besucht. Dabei konnte ich die aktuellen Themen und Schwerpunkte erfahren und mich in diese einarbeiten.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

*Der Aufgabenbereich im Bürgermeisteramt ist sehr vielfältig. Das war für einen politischen Quereinsteiger wie mich durchaus eine große Herausforderung. Die Corona-Pandemie hatte hier zum einen den Vorteil, dass ich mich auf die Einarbeitung konzentrieren konnte. Der große Nachteil der Pandemie war aber, dass die Kontakte zu den Bucher Bürger*innen stark unterbunden waren. Der Austausch mit der Bürgerschaft ist jedoch sehr wichtig, vor allem wenn man neu in diesem Amt ist.*

Relativ schnell wurde auch klar, dass zum Beginn des neuen Kindergartenjahres 2020/21 für 25 Kinder Plätze im Krippen- und Kindergarten fehlen. Die Herausforderung war groß, hier eine kurzfristige Lösung zu finden. Auch der Waldkindergarten benötigte ein neues Waldgelände, da die bisherige Heimat wegen der Stürme und des Borkenkäfers so stark geschädigt war, dass der Betrieb des Waldkindergartens aus Sicherheitsgründen nicht mehr möglich war. Außerdem waren von meinem Vorgänger noch einige große Projekte angestoßen worden, die weiter begleitet bzw. fertiggestellt werden mussten.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Bau einer Kita-Einrichtung in modularer Bauweise als mittelfristige Lösung; Breitbandausbau, Beschaffung von Bauland, Sanierung und Weiterentwicklung der Wasserversorgung sowie der Hochwasserrückhaltung.

Es wurde auch eine Bürgerbefragung ausgearbeitet und im Mai dieses Jahres durchgeführt. Die Ergebnisse müssen nun im nächsten Schritt zusammen mit dem Gemeinderat diskutiert und priorisiert werden.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Langfristige Projekte werden die Sanierung bzw. Gestaltung unserer Ortsmitte mit Schaffung eines Dorfplatzes sowie die Weiterentwicklung des Klimaschutzkonzeptes sein.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Gehen Sie mit Respekt, aber ohne Angst, an die Herausforderungen heran.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Durch offene Kommunikation mit dem Gemeinderat und den Bürgern und durch Delegation und Nutzung der vorhandenen Fachkompetenz in der Verwaltung.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die vergangenen 1 ½ Jahre haben die Politik und die Wirtschaft vor enorme Herausforderungen gestellt und gezeigt, wo Hausaufgaben zu machen sind. In sehr kurzer Zeit mussten wesentliche Prozesse online angeboten werden. Das gilt für die Schulen genauso, wie für die Verwaltung. Ich gehe davon aus, dass wir darauf aufbauen können und in den nächsten Jahren viele wichtige Prozesse digitalisieren und durchgängig online anbieten können.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Man muss mit den richtigen Leuten zusammenarbeiten, sie achten und motivieren. Dauerhafter Erfolg ist nur im Team möglich.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als Bürgermeisterin, die immer ein offenes Ohr für Ihre Bürgerinnen und Bürger hatte, der das Gemeindewohl und eine zukunftssichere Entwicklung ihres Heimatortes am Herzen lagen. ❐

Tagung der Oberpfälzer Landräte:

Von Katastrophenschutz bis Coronapandemie

Wie sind Bayern und die Oberpfalz bei Starkregenereignissen, wie vor kurzem in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, gerüstet? Das war eines der Themen bei der Tagung der Oberpfälzer Landräte in Bodenwöhr (Landkreis Schwandorf).

Der Amberg-Sulzbacher Landrat, gleichzeitig Sprecher der Oberpfälzer Landräte, Richard Reisinger bemerkte hierzu, dass die „Effizienz der Strukturen“ bei einem Katastrophenfall (K-Fall) aufgrund der aktuellen Ereignisse überprüft werden müssen. „Knackpunkt“ sei, die Bevölkerung zu alarmieren. Hier ist laut des Chamer Landrats Franz Löffler die „Sirene ein probates Mittel“, denn nicht alle Menschen sind über Handy erreichbar und erhalten Push-Up-Meldungen über WarnApps. Löffler stellte fest, dass derartige Wetterereignisse bisher nicht bekannt waren und eine Vorhersage nur sehr schwer bis nicht möglich sei: „Das kann man nicht prognostizieren.“

Für Regierungspräsident Axel Bartelt stellen die Hochwasser in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen eine „historische Katastrophe“ dar, die uns unerbittlich mit den Auswirkungen des beginnenden Klimawandels konfrontiert.

Brandrat Norbert Koller vom Sachgebiet Sicherheit und Ordnung bei der Regierung der Oberpfalz berichtete über den Einsatz in Rheinland-Pfalz, bei dem ca. 600 Kräfte aus der Oberpfalz vor Ort Unterstützung leisteten. Entsprechend seiner Erfahrungen aus dem Einsatz sieht er Bayern für den Ernstfall gut gerüstet.

Vierte Welle, ja, aber anders

Die Sorge um die sich ausbreitende vierte Welle und der Delta-Variante beschäftigte die Oberpfälzer Landräte. „Eine vierte Welle werden wir bekommen, aber sie wird anders sein“, prophezeite der Infektiologe Prof. Dr. Bernd Salzberger von der Uniklinik Regensburg den Landräten. Vor allem junge Menschen, die nicht geimpft sind, werden laut Prof. Dr. Salzberger wohl erkranken. Aber der Regensburger Infektiologe rechnet mit weniger schlimmen Krankheitsverläufen und weniger Krankenhausaufenthalten. Dadurch werden wir „eine andere Belastung des Gesundheitssystems“ haben, so Prof. Dr. Salzberger. Viele Risikopatienten seien schon geimpft, deshalb sei die Hoffnung groß, dass die Krankenhäuser in der vierten Welle nicht stark belastet werden.

Der Infektiologe, der zugleich Präsident der Deutschen Gesellschaft für Infektiologie ist, rät zur Corona-Schutzimpfung. Was die Wirksamkeit aller Impfstoffe bei der Verhinderung von Infektionen angeht, gebe es keine Zweifel: „Wenn es trotz Impfung zu Infektionen kommt, verlaufen diese weniger schwer. Tödliche Verläufe werden um mehr als die Hälfte reduziert.“

Mittlerweile sind laut Regierungspräsident Axel Bartelt knapp 60 Prozent der Oberpfälzer einmal geimpft, rund 55 Prozent hätten bereits den vollständigen Impfschutz. Auch der Regierungspräsident warb ähnlich wie der Infektiologe Prof. Dr. Salzberger erneut für die Corona-Schutzimpfung.

Landrat Richard Reisinger aus dem Landkreis Amberg-Sulzbach und dessen Chamer Kollege Franz Löffler wollten vom Experten noch mehr über die Impfung von Kindern und den idealen Zeitpunkt einer dritten Impfung wissen. Salzberger empfiehlt eine Impfung auch für Kinder, wenngleich sie von einer Erkrankung nicht sehr häufig betroffen seien. Hier gehe es zum Teil auch um den Schutz von Eltern, für die eine Erkrankung ein Risiko darstellen würde. Den richtigen Zeitpunkt für die dritte Dosis sieht Salzberger bei ungefähr sechs Monaten nach der zweiten Impfung.

Von Seiten der Staatsregierung sind die so genannten Booster-Impfungen zunächst vor allem in Pflege- und Seniorenheimen angedacht, berichtete die künftige Geschäftsführerin des Bayerischen Landkreistags, Andrea Degl. Mobile Impfteams sollen die Auffrischungsimpfungen verabreichen. Verwendet werden sollen jeweils mRNA-Impfstoffe wie BioNTech und Moderna.

Andrea Degl ab Oktober neue Geschäftsführerin

Für Andrea Degl war es die erste Sitzung mit den Oberpfälzer Landräten. Sie übernimmt zum 1. Oktober die Geschäftsführung des Bayerischen Landkreistags. Der derzeitige Amtsinhaber, Dr. Johann Keller, verabschiedet sich dann in den wohlverdienten Ruhestand. Landrat Richard Reisinger als Sprecher der Oberpfälzer Landräte begrüßte die gebürtige Münchnerin in der Runde bestehend aus aktuell einer Landrätin, sechs männlichen Kollegen und einem Regierungspräsidenten.

Degl begann nach der Zweiten juristischen Staatsprüfung ihren Dienst beim Freistaat Bayern als Richterin auf Probe beim Verwaltungsgericht München. Es folgten weitere Stationen unter anderem im Innenministerium sowie in der Bayerischen Vertretung in Berlin und dem Bayerischen Justizministerium. Von 2017 bis 2018 war Andrea Degl Regierungsvizepräsidentin von Oberbayern, bevor sie ins Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr wechselte, wo sie bis zuletzt tätig war.

Degl informierte die Landräte über die Pläne des Bayerischen Gesundheitsministeriums, im kommenden Schuljahr PCR-Pooltests an Grund- und Förderschulen durchzuführen. Testungen von Schülern sind für die Bayerische Staatsregierung einer der zentralen Pfeiler bei der Bekämpfung der Pandemie. Vor allem im Bereich der Grundschulen spiele dies eine Rolle, weil Grundschüler nicht geimpft werden können. Im Vergleich zu Antigen-Selbsttests bieten PCR-Tests eine höhere Sensitivität. Die Pool-Testung ist zudem besonders bei einem geringen Infektionsgeschehen eine effiziente, kosten- und ressourcenschonende Möglichkeit für Reihentestungen mit einem hohen Probeaufkommen. Der Freistaat schafft die notwendigen Labor- und Logistikkapazitäten, logistische Unterstützung soll laut Degl durch die Landratsämter erfolgen.

In der Oberpfalz sind nach derzeitiger Planung zwei Knotenpunkte vorgesehen, Neumarkt und Regensburg, von wo aus die Tests ins Labor nach Weiden gebracht werden sollen. Noch im August sollen entsprechende Routenpläne ausgearbeitet werden, die Fahrten selbst sind dann ab Oktober geplant. Landrat Richard Reisinger ergänzte, dass dieses Thema in einer der folgenden Videokonferenzen mit dem Gesundheitsminister noch einmal angesprochen werden soll.

Landrat Thomas Ebeling aus Schwandorf, der von den Landratskollegen aus der Oberpfalz als politischer Ansprechpartner für Fragen der Endlagersuche benannt und mit der Koordinierung in der Oberpfalz betraut wurde, erstattete zum Abschluss noch kurz einen Bericht, nachdem zuvor bereits von Seiten der Oberpfälzer Landräte und Oberbürgermeister Kritik am „Zwischenbericht Teilgebiete“ der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) geäußert wurde. Nach dieser Untersuchung, bei der es um die Frage ging, welche Regionen in Deutschland von den geologischen Voraussetzungen her überhaupt für eine eventuelle Endlagerung geeignet sein könnten, fielen 46 Prozent der Fläche der Bundesrepublik durch das Raster. „Wir waren alle etwas erstaunt, dass der Bericht 54 Prozent der Fläche für geeignet hält. Wir hätten uns eine weitere Eingrenzung gewünscht“, sagte Ebeling im Kreise seiner Kollegen. Gleichermaßen überrascht war der Schwandorfer Landrat, dass zum Beispiel Gorleben bereits aus der Auswahl herausgefallen ist, obwohl es jahrelang als Standort im Gespräch gewesen sei. Die Landräte in der Oberpfalz sind überhaupt nicht damit einverstanden, weiter als mögliches Gebiet zu gelten. Sie sehen nicht nachvollziehbare Sachverhalte und methodische Fehler in der Untersuchung. ❐

Entscheidung der UNESCO:

Bad Kissingen und Donaulimes sind Weltkulturerbe

Bad Kissingen und der Donaulimes sind zum UNESCO-Weltkulturerbe ernannt worden. Wie Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger betonte, „sind die zwei neuen, bayerischen Weltkulturerbe-Titel Ansporn und Verpflichtung zugleich. Mit deren Geschichte können wir die nächsten Generationen begeistern und neue Zielgruppen gewinnen sowie gleichzeitig die historische Substanz erhalten.“

Das Welterbekomitee der UNESCO gab seine Entscheidung, Bad Kissingen gemeinsam mit zehn weiteren Kurstädten als „Bedeutende Kurstädte Europas“ in die Welterbeliste einzuschreiben, bei seiner diesjährigen Sitzung Ende Juli in China bekannt. Nach den Worten von Kunstminister Bernd Sibler hat Bad Kissingen als Kurort von unglaublicher Vielfalt mit einer Mischung aus gelebter Tradition und Moderne überzeugt. Als Teil der bedeutenden Kurstädte Europas versinnbildliche es den europäischen Gedanken der Gemeinschaft und des Zusammenhalts.

„Wir wollen kein Museum werden, sondern wir wollen gelebte Geschichte mit Anspruch hier in Bad Kissingen haben“, kündigte Oberbürgermeister Dirk Vogel an. Mit dem Welterbetitel sei es leichter möglich, Unternehmen, Bürger und Bürgerinnen für die Stadt zu gewinnen, „weil wir mit der Anerkennung nun in der Champions League in der öffentlichen Wahrnehmung deutscher Städte sind“.

Generalkonservator Prof. Mathias Pfeil, Leiter des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, ergänzte: „Wir freuen uns, dass Bad Kissingen nun Teil eines Welterbes ist, das so viele Städte europaweit verbindet. Mit seiner mondänen Architektur von Max Littmann und von Friedrich von Gärtner gehört Bad Kissingen eindeutig zu diesen klangvollen Namen. Die Idee, die die Menschen im späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert von Wellness und Spa hatten, ist in Bad Kissingen noch heute erlebbar.“

Der Donaulimes spielt jetzt in der Königsklasse

Positiv fiel auch die Entscheidung für den internationalen Antrag „Grenzen des Römischen Reiches –Donaulimes (Westlicher Teil)“ Deutschlands (Bayern), Österreichs und der Slowakei aus. Der bayerische Abschnitt verläuft von Eining (Kreis Kelheim) über Regensburg und Straubing bis Passau. „Der Donaulimes ist die erste Welterbestätte, deren deutsche Anteile überwiegend in Niederbayern liegen“, hob Bernd Sibler hervor. Die Aufnahme in die Welterbeliste sei ein deutliches Zeichen für die Bedeutung dieser historischen natürlichen Grenze des römischen Reichs.

„Jetzt spielt der Donaulimes in Niederbayern und der Oberpfalz in der Königsklasse der weltweiten Kulturdenkmäler“, stellte Hubert Aiwanger fest. Der Titel verschaffe den Gemeinden internationale Bedeutung und sorge für zusätzliche ökonomische, regionale Effekte. Denn Kultur sei ein touristisches Zugpferd. Die UNESCO-Auszeichnung sei ein aufmerksamkeitsstarkes Alleinstellungsmerkmal und habe einen sehr hohen Stellenwert in der internationalen Kultur-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik. Die Weltkulturerbestätten brächten zusätzliche Gäste nach Bayern.

Pfeil ergänzte: „Allen, die sich mit so viel Leidenschaft und Engagement für den Welterbe-Titel eingesetzt haben, gilt unser Dank. Der Donaulimes hat diesen Titel mehr als verdient. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Landkreis Fürth:

Aktiv gegen innerörtlichen Leerstand

Start des Ladens „ZeitRaum – der RegionalStore“

Der Landkreis tut viel gegen den Leerstand von Läden und zur Belebung der Innenorte. So ist kürzlich in Langenzenn der regionale Laden „ZeitRaum“ eröffnet worden, wo zeitlich begrenzt innovative Produkte aus dem Landkreis Fürth verkauft werden. Umgesetzt wurde das Projekt in Zusammenarbeit mit der Kommunalen Allianz Zenngrund und der Stadt Langenzenn.

„Das Ladengeschäft stand leer, es wird jetzt genutzt, um Produkte von etwa 25 Jungunternehmerinnen und -unternehmern sowie Direktvermarktern zu präsentieren”, sagte Landrat Matthias Dießl. Der „ZeitRaum“ sei nicht nur ein Experiment für neue Handelsformate und Nutzungsmodelle. Neben der zeitweisen Belebung eines Leerstands werde auch innovativen Unternehmerinnen und Unternehmern eine Plattform zur Präsentation geboten, so Matthias Dießl. Nach seinen Worten soll unter anderem auch die regionale Wertschöpfung gestärkt werden. Insbesondere Gründerinnen und Gründer aus dem Landkreis Fürth bekämen hier die Möglichkeit, ihre Marktchancen für kurze Zeit zu testen – und das kostenlos. Darüber hinaus ziele das Projekt zusammen mit einer Werbekampagne darauf ab, die Chancen von lebendigen Ortskernen zu verdeutlichen.

Der Landrat: „Städte und Gemeinden und besonders deren Innenorte stehen in einem ständigen Strukturwandel. Sie müssen sich laufend anpassen, um den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Menschen möchten heute beim Einkaufen etwas erleben und Individuelles entdecken“. Lebendige Innenorte seien schließlich Standortmarketing im besten Sinne, wovon alle profitieren könnten. Und so soll der „ZeitRaum“ seinen Kundinnen und Kunden durch seine Individualität und Regionalität ein besonderes Einkaufserlebnis bieten.

Wie Matthias Dießl erläuterte, werde das Ladengeschäft für diesen Zweck nur temporär genutzt – gerade „aufgeploppt“ werde der Laden bis zum 18. Dezember 2021 geöffnet sein. Zu sehen seien dort Wohnaccessoires, nachhaltige Produkte sowie Mode und regionalen Leckereien. „Alle Produkte im Laden haben eine Gemeinsamkeit: Sie sind in der Region entworfen oder produziert worden“, betonte der Landrat. Der Laden sei aus dem Flächenmanagement als eine eigenständige Maßnahme des Regionalmanagements heraus entwickelt worden.



Jürgen Habel, 1. Bürgermeister der Stadt Langenzenn, Dr. Maike Müller-Klier, Leiterin der IHK-Geschäftsstelle Fürth und Landrat Matthias Dießl informieren sich vor Ort über das Sortiment. Bild: Landkreis Fürth

Beispiele für gelungenes Flächenmanagement

Bereits 2019 wurde vom Regionalmanagement des Landkreises eine Ausstellung mit Best Practice Beispielen konzipiert, die es jetzt in einer digitalen Version gibt. Sie soll auf den bewussten Umgang mit Fläche aufmerksam machen und Anregungen für die Innenentwicklung in Kommunen geben. Die Neu- und Umnutzung von Gebäuden und Grundstücken im Ortskern böte vielfältige Vorteile, auch im Vergleich zum Bauen im Neubaugebiet. Die Ausstellung gebe zudem Eigentümern solcher Gebäude wertvolle Anregungen zur Umgestaltung, Tipps zum Kosten sparen und Informationen zu Förderprogrammen.

Nach Angaben von Landrat Dießl befindet sich ein weiteres gelungenes Beispiel in Obermichelbach, wo eine vom Abriss bedrohte, die Ortsmitte prägende Scheune unter weitgehendem Erhalt der historischen Bausubstanz restauriert und zum Kinderhort umgebaut wurde. Und in Zirndorf sei der „Pinderturm“ neben dem heutigen Landratsamt in ein lichtdurchflutetes Bürogebäude umgewandelt worden. Das einstige Kasernen-Areal „Pinderpark“ ist heute nicht nur Sitz der Kreisbehörde, sondern auch Wohngebiet und Standort für die Realschule, einen Kindergarten, ein Seniorenheim sowie für Arztpraxen und Geschäfte. Infos: www.landkreis-fuerth.de. **pmw**

GZ PINOS WELT



Die Krux mit den Vorbildern

Ich muss freimütig zugeben, dass ich in den vergangenen Wochen doch etwas in meiner Überzeugung schwankend geworden bin, die Menschen wirklich verstehen zu können. Vor allem fasziniert mich die Frage der Rollenvorbilder.

Nachdenklich bin ich geworden, als ich den Wahlwerbespott einer Partei gesehen habe. Zu den gemessenen Schritten des Kandidaten werden die Worte des Amtseides des Bundeskanzlers eingespielt, gesprochen von Helmut Schmidt. Danach die sinngemäße Aussage, als Schmidt Deutschland aus der Krise geführt habe, hätte sich der damals als junger Mann noch fröhlich dreinblickende Kandidat für die Politik engagiert. What? Helmut Schmidt als Vorbild?

Zunächst: Der korrekte Text wäre gewesen „Als Helmut Schmidt versucht hat, das Land aus der Krise zu führen, in die Willy Brandt es gebracht hat“. Aber so viel Kenntnis der Zeitgeschichte kann man nicht unterstellen, wenn man Schmidt ernsthaft als politisches Vorbild heranziehen will. Obwohl, einige Parallelen zu heute sind sicherlich sichtbar. So durfte Schmidt nie das wichtige Amt des Parteivorsitzenden bekleiden, sondern musste mit dem Bundeskanzleramt Vorlieb nehmen. Auch konnte er in Sicherheits- und Verteidigungsfragen sich nie wirklich und entscheidend gegen seine mit der Finnlandisierung Deutschlands liebäugelnde Partei durchsetzen. Nachdem sich seine Wirtschafts- und Finanzpolitik zum Desaster entwickelte, konnte er gegen seine staatskapitalistische Partei nicht ankommen, was schließlich sogar zum Bruch der ihn damals tragenden Koalition führte.

Denn Inflationsraten von sechs oder gar sieben Prozent waren in der Amtszeit Schmidts bittere Realität. Hat die Regierung Brandt beherzt die Schuldenaufnahme, die in der jungen Bundesrepublik ein Novum war, zum Laufen gebracht, wurden unter Schmidt nie gekannte Schuldenberge aufgehäuft – wohlgemerkt ohne große wirtschaftspolitische und weltpolitische Herausforderungen wie die deutsche Wiedervereinigung.

Aber neben meiner Verwunderung über die Berufung auf solche Vorbilder wundere ich mich auch, dass ernsthaft darüber diskutiert wird, die Partei an einer künftigen Bundesregierung zu beteiligen, die von den 50er bis in die 80er Jahre – wenngleich unter anderem Namen – die DDR regiert hat. Die Parteinamen haben schon mehrfach gewechselt, aber der Markenkern ist doch irgendwie stabil.

Wie in der DDR sollen Wohnungen in Volks..., pardon, Staatseigentum übergeführt und die Mieten reguliert werden. Die Bilder maroder und heruntergekommener Mietshäuser mit spartanischer Ausstattung von Rostock über Leipzig bis Erfurt sind wohl weitgehend in Vergessenheit geraten. Die Einheitsrente ist ebenso wie die Einheitskrankenversicherung auch wieder auf dem Wunschzettel, gepaart mit staatlicher Lohnfindung, wahlweise als Mindestlohn oder Grundeinkommen verpackt. Hauptsache keine wirtschaftliche Differenzierung nach Leistungskriterien. Eine Viertagewoche bei vollem Lohnausgleich soll wohl dafür sorgen, dass die unvermeidbaren wirtschaftlichen Einbrüche durch Aktivitäten der Selbstversorgung ausgeglichen werden können. Russland wird wieder unser bester Freund und aus unserer Mittellage auf dem europäischen Kontinent zieht man die Folgerung, dass man kein Geld fürs Militär ausgeben sollte, wenn man sich ohnehin nicht verteidigen kann.

Ich bitte mich nicht falsch zu verstehen: Das kann man sicherlich alles in einer Demokratie vertreten und fordern. Keine Frage. Aber ist man damit ein ernsthafter potentieller Koalitionspartner?

Nun gibt es jetzt sicherlich einige, die diese Zeilen als Zumutung eines schwadronierenden Katers empfinden. Nun, auch als Katze reklamiere ich das Recht auf das freie Wort für mich und auf eine Meinungsbildung, statt Umfragetrends hinterherzulaufen. Im Übrigen gibt mir ein Wort der Schriftstellerin Ingeborg Bachmann zu denken: „Die Geschichte lehrt dauernd, aber sie findet keine Schüler.“

Ihr Pino

Mittelfranken:

CSU-Bezirksparteitag bestätigt Herrmann als Vorsitzenden

Söder beschreibt den „Kompass der CSU für die nächste Generation“

Joachim Herrmann bleibt für weitere zwei Jahre Bezirksvorsitzender der CSU-Mittelfranken. Mit 118 von 120 gültigen Stimmen, also mehr als 98 Prozent, bestätigten ihn die Delegierten im Bad Windsheimer KKC in Amt, welches er seit zwanzig Jahren ausübt. Dieses Jubiläum würdigte dann auch Landtagsabgeordneter Andreas Schalk als einer seiner Stellvertreter. Der Bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Dr. Markus Söder nannte ihn „den besten Innenminister in Deutschland“ und „ein innenpolitisches Wikipedia“.

Mit Blick auf die Pandemie rief Söder in seiner Grundsatzrede dazu auf, beim Impfen nicht nachzulassen. Er verwies darauf, dass es nirgendwo so viel finanziellen Ausgleich gegeben habe, wie in Deutschland. Als völlig daneben bezeichnete er Bestrebungen mancher politischer Konkurrenten, die nach höheren Steuern und mehr Bürokratie riefen: „Wer gegen die Wirtschaft und den Mittelstand handelt, schädigt das ganze Land“. Dagegen habe die CSU einen „Kompass für die nächste Generation“. Seine Partei sei fest entschlossen, „mit Stabilität bei Bewährtem und Erneuerung wo notwendig“ die Zukunft zu organisieren.



Der Vorsitzende und seine Stellvertreter: v.l. Andreas Schalk, Cornelia Trinkl, Joachim Herrmann, Sophia Schenkel, Cornelia Griesbeck und Herbert Lindörfer. Bild: pmw

Stabilität bei Bewährtem und Erneuerung wo nötig

Mit deutlichen Worten sprach sich Söder gegen eine Zersplitterung des bürgerlichen Lagers aus. Aufgabe sei, das Land in schwierigen Zeiten zusammenzuhalten. „Auch wir sind nicht perfekt, auch wir machen Fehler, aber wenn es ernst wird, stehen wir zusammen“, so der CSU-Landesvorsitzende.

Zuvor war schon Joachim Herrmann bei seinem Rechenschaftsbericht auf die bevorstehende Bundestagswahl eingegangen und hatte seine Parteifreunde darauf eingeschworen, „jede Gelegenheit, ob digital oder im persönlichen Gespräch, zu nutzen, um die Menschen von den Zielen der CSU „mit Leidenschaft und Begeisterung“ zu überzeugen: „Wir sind nicht unfehlbar, aber wir sind besser für Bayerns und Deutschlands Zukunft“.

Für Erhalt flächendeckender Krankenhausversorgung

Durch Corona seien viele Opfer zu beklagen, auch aus den Reihen der CSU. „Insgesamt sind wir besser durch die Krise gekommen, als viele andere Länder dieser Erde“, konstatierte der Bayerische Staatsminister des Innern, für Sport und Integration. So sei das Gesundheits- und Krankenhauswesen zu keiner Zeit kollabiert, „auch dank des unglaublichen Einsatzes aller Pflege- und Rettungskräfte“. Die Pandemie habe zudem den Beweis dafür geliefert, „wie wichtig es ist, die flächendeckende Krankenhausversorgung entgegen anderweitiger Bestrebungen aufrechtzuhalten“.

Der Bezirksvorsitzende nannte es „nicht selbstverständlich, dass nach einer gigantischen Pandemiekrise die Arbeitslosenquote bei uns wieder die niedrigste aller Länder ist“. Arbeitsplätze seien existenziell für Wohlstand und zur Erhaltung und Schaffung derselben komme es auf die richtigen Weichenstellungen und Rahmenbedingungen an. Joachim Herrmann: „Die Soziale Marktwirtschaft hat sich erneut bewährt und wir lassen uns diese durch niemanden in Frage stellen“.

Die kräftigen Investitionen des Freistaats in Hochschulen und die Forschungslandschaft insgesamt würden nach Ansicht von Herrmann die mittelfränkische Region ebenso stärken, wie die Verlagerung von Teilen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs nach Ansbach. Der Bayerische Innenminister zeigte sich davon überzeugt, dass die tatkräftige und vielfältige Unterstützung der Kommunen durch den Bund und das Land zur Bewältigung der notwendigen Investitionen in Städten wie im ländlichen Raum Früchte tragen werde.

„Wir investieren in die Zukunft unserer fränkischen Heimat“, so Herrmann, „auch beim Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs und dem Klimaschutz, ohne – wie andere – dabei das Auto zu verteufeln“. Folgerichtig wurde eine Resolution zum Ausbau der Bundesautobahn 6 mit deutlichen Forderungen an den Bund ohne Gegenstimmen angenommen.

Die Bundestagswahl im September bezeichnete Herrmann als „fundamental für ein wirtschaftlich und sozial starkes Deutschland“. Die CSU werde in den nächsten Wochen und Monaten um Mehrheiten kämpfen, damit Deutschland weiter vorangebracht werden könne: „Wir wollen unsere Heimat bewahren, die Umwelt schützen, neue Chancen schaffen und die Zukunft gewinnen“. **pmw**



Freude über die Ehrenbürgerwürde für Staatssekretär und MdL a.D., Altlandrat Franz Meyer (2.v.l.), dessen Nachfolger Landrat Raimund Kneidinger (l.) sowie (v.r.) Laudator Dr. Wilfried Hartleb und Neuburgs Bürgermeister Wolfgang Lindmeier. Bild: Brunner

Gemeinde Neuburg a.Inn:

Altlandrat Franz Meyer ist Ehrenbürger

Vom ehemaligen Schlossherren der Neuburg zum Ehrenbürger der Gemeinde Neuburg a.Inn aufzusteigen, das hätte sich selbst ein kommunal- und landespolitisches Urgestein wie Franz Meyer nicht träumen lassen. „Ich habe es nicht geglaubt,“ beschrieb der Altlandrat seine erste Reaktion auf die entsprechende Information durch Bürgermeister Wolfgang Lindmeier am Rande einer Veranstaltung im Wahrzeichen Schloss Neuburgs.

Im Mittelpunkt des Ehrenabends stand Altlandrat Franz Meyer, der nach den Worten von Bürgermeister Wolfgang Lindmeier in seinen zahlreichen Funktionen während der überaus langen politischen Arbeit als Landtagsabgeordneter, als Finanzstaatssekretär und zuletzt als Landrat die Gemeinde Neuburg a.Inn und damit die Bürgerinnen und Bürger äußerst positiv und mit nachhaltigem Einsatz begleitet hat.

Die Laudatio auf den neuen Ehrenbürger Franz Meyer hielt der langjährige Landkreiskulturreferent und Kreisheimatpfleger und Heimatgeschichtsforscher Dr. Wilfried Hartleb. Er würdigte das Bemühen Meyers sowie seiner Amtsvorgänger Hanns Dorfner und Baptist Kitzlinger um die Bestandssicherung der Neuburg im Einklang mit Denkmal- und Naturpflege, einhergehend mit öffentlicher Nutzung der Anlage.

Weitere Ehrungen

Im Rahmen des Festabends wurden auch der langjährige Bürgermeister der Gemeinde Neuburg a.Inn Josef Stöcker wie auch langjährige 2. Bürgermeister Franz Hörner zu Ehrenbürgern ernannt. Die Bürgermedaille händigte Bürgermeister Wolfgang Lindmeier auch dem langjährigen Gemeinderat Herbert Sperl aus. ❐

Ernennung zum Altlandrat:

Landrat Richard Reisinger zeichnet Dr. Hans Wagner mit Ehrentitel aus

„Mit der Ära Dr. Hans Wagner, der von 1978 bis 2002 erfolgreich als Landrat wirkte, verbinden wir die wirtschaftliche Blüte unseres Landkreises. Dafür gilt dir, lieber Hans, unsere Anerkennung und unser großer Dank." Mit diesen Worten überreichte Landrat Richard Reisinger die Ernennungsurkunde an Landrat a.D. Dr. Hans Wagner zum Altlandrat des Landkreises Amberg-Sulzbach. „Altus bedeutet im Lateinischen hoch und erhaben. Der Ehrentitel Altlandrat steht dir für deine Lebensleistung zugunsten der Landkreisbewohner vollumfänglich zu", so Reisinger.

Trotz massiver Einschnitte wie der Schließung der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg, die erhebliche strukturpolitische Veränderungen mit sich brachte, sei es Dr. Hans Wagner in den 24 Jahren als Landrat gelungen, die politischen Weichen für eine stete Aufwärtsentwicklung im Landkreis zu legen, so Reisinger. Als Beispiele nannte der Amtsinhaber die Ansiedlung der Bereitschaftspolizei in Sulzbach-Rosenberg sowie der Unternehmen Kurz und Stahlgruber im Industriegebiet Unterschwaig oder auch die Ausweisung von Industriegebieten, zum Beispiel in Schafhof. Sein Vor-Vorgänger habe früh gewusst, dass „die Zukunft der Region nicht allein in der Montanindustrie liegen werde, sondern im Branchenmix zukunftsträchtiger Technologien", sagte der Landkreis-Chef.

Leuchtturmprojekte

Als weitere Leuchtturmprojekte des Schaffens erinnerte Landrat Richard Reisinger an den Erwerb des Zeughauses und die folgende Sanierung des Landratsamtes zu „einem der schönsten Landratsämter Bayerns", das Ostbayerische Pferdesport- und Turnierzentrum in Kreuth, die Einführung von Wertstoffhöfen im Landkreis, die Kommunalisierung der Volkshochschule, den Neubau des St. Anna Krankenhauses mit damals 225 Betten und auch den Ausbau des Bergbau- und Industriemuseums Ostbayern in Theuern, ein Herzensanliegen des damaligen Landrats. „Auch auf kultureller und sportlicher Ebene warst du unermüdlich tätig und hast mit dem Landkreislauf und dem Adventsmarkt im Kultur-Schloss Theuern zwei überaus beliebte Veranstaltungen gegründet, die – sobald es Corona wieder zulässt – wieder zu den Höhepunkten im Jahreskalender vieler Landkreisbürger zählen werden." Seine persönliche Anerkennung zollte Reisinger seinem Vorvorgänger für die Gründung einer Stiftung, die den Hinterbliebenen des Seilbahnunglücks von Kaprun zugutekommt, bei dem 20 Skifahrer aus dem Landkreis ihr Leben lassen mussten.

Das Fazit des Landkreis-Chefs: „Ich bescheinige dir schlichtweg summarisch, dass du ein äußerst tatkräftiger, erfolgreicher und durchsetzungsstarker Landrat warst, der mit dem ihm systematisch aufgebauten politischen Netzwerken und dem ihm anvertrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jeweils das Beste für die Region und deren Menschen angestrebt und verwirklicht hat." Altlandrat Dr. Hans Wagner bedankte sich in seiner Ansprache beim amtierenden Landrat. Er wisse den Landkreis Amberg-Sulzbach bei Richard Reisinger in den besten Händen. Sein Dank richtete sich auch an die Mitglieder des Kreistags, die der Ernennung zum Altlandrat einstimmig zugestimmt hätten. ❐



Landrat Richard Reisinger (r.), würdigte seinen Vor-Vorgänger Dr. Hans Wagner. Der kam zum Festakt mit seiner Frau Irene, seinen Kindern und 10 Enkeln. Bild: Christine Holledere

Vorschau auf GZ 18

In unserer Ausgabe Nr. 18, die am 23. September 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Energiethemen**
- **IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**
- **Kommunale Museen und Bibliotheken**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen eine Beilage des C. H. Beck Verlags und eine Einladung zur virtuellen Energie- und Trinkwassertagung der ViWa GmbH bei. Wir bitten um Beachtung. ❐

LIEFERANTENNACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiebeschaffung

Kostenfreie Ausschreibungs-vorlagen!

Für hochwertige Pellets und Hackschnitzel.



enplus-pellets.de/ausschreibungsvorlage

EN plus Holzhackschnitzel wood chips
EN plus

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · **www.juwi.de**

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
> 50 erfolgreiche ISIS12 Projekte
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

GemeindeZeitung auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW®
HYGIENISCH EINWANDFREIE WÄRMERÜCKGEWINNUNG



Vorteile für Ihre Lüftungsanlage:

+ keim- und schadstoffübertragungsfreie Wärmerückgewinnung durch getrennte Luftströme
+ Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
+ kurze Amortisation, sicherer Betrieb
+ Neubau oder Sanierung im Bestand
+ Wegfall von Rückkühlwerken möglich

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service

„Wenn wir gehen ist die Luft rein!"

Wartung und Reinigung von:
- Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
- Prozesslufttechnische Anlagen
- Kontrollierte Wohnraumlüftung

DFLW

Lüftungs-Reinigungs-Service Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Polarlite Star
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!



BayBO · Bayerische Bauordnung

Textausgabe mit Verweisungen und Sachverzeichnis.
44. Auflage. 2021. Stand Februar 2021.
X, 658 Seiten. Kartoniert € 17,90
ISBN 978-3-406-76234-5

beck-shop.de/31640136

Die handliche Textausgabe

enthält die Bayerische Bauordnung, die Vollzugsvorschriften sowie **weitere relevante Normen aus benachbarten Rechtsgebieten:** Straßen- und Wegerecht, Luft- und Wasserrecht, Kostenrecht, behördliche Organisation des Bauwesens.

Die Neuauflage berücksichtigt u.a. die Änderungen durch das **»Gesamtgesellschaftliche Artenschutzgesetz – Versöhnungsgesetz«.** Im Anhang wurde die bisherige Liste der als Technische Baubestimmungen eingeführten technischen Regeln durch die Bayerischen Technischen Baubestimmungen – BayTB abgelöst. Eingearbeitet ist auch das Gesetz zur Vereinfachung baurechtlicher Regelungen und zur Beschleunigung sowie Förderung des Wohnungsbaus.



Schwarzer/König
Bayerische Bauordnung

5. Auflage. 2022.
Rund 550 Seiten. In Leinen ca. € 75,–
ISBN 978-3-406-74970-4
Neu im November 2021

beck-shop.de/30151326

Schnelle Orientierung

Der »Schwarzer/König« vermittelt die Grundzüge der **BayBO in ihrer neuesten Fassung** und beantwortet die für die Praxis bedeutsamen Einzelfragen. Das Werk gibt Hinweise auf die obergerichtliche und **höchstrichterliche Rechtsprechung** sowie auf weiterführende Literatur und behandelt die Themen, die in der **täglichen Praxis der Gerichte und Baubehörden** immer wieder auftauchen.

Eingearbeitet sind 10 Änderungsgesetze mit **über hundert Einzeländerungen** seit der Vorauflage, u.a. das Gesetz zur Vereinfachung baurechtlicher Regelungen und zur Beschleunigung sowie Förderung des Wohnungsbaus **(Bauordnungnovelle 2020)** und das Gesamtgesellschaftliche Artenschutzgesetz – Versöhnungsgesetz.



Decker/Konrad
Bayerisches Baurecht

4. Auflage. 2019.
XXV, 348 Seiten.
Kartoniert € 35,90
ISBN 978-3-406-73265-2

beck-shop.de/25713972

Für den schnellen Einstieg

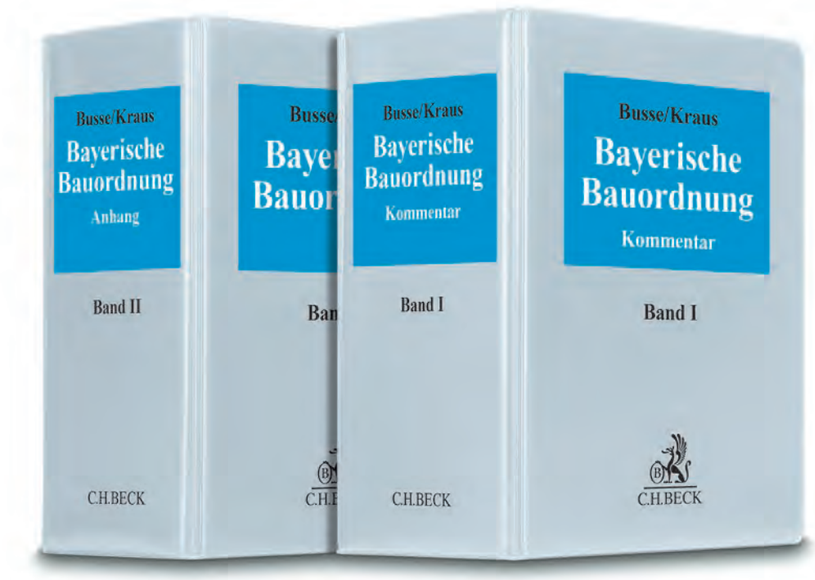
Das Lehrbuch vermittelt präzise und gut verständlich den bauordnungs- und bauplanungsrechtlicher Pflichtstoff im Examen. Es

- zeigt das Zusammenspiel von Bauordnungs- und Bauplanungsrecht
- berücksichtigt die Verbindungen zum Raumordnungs- und Landesplanungsrecht, Kommunal- und Abgrabungsrecht sowie zum Verfassungsrecht
- veranschaulicht die Materie durch Beispiele und Fälle
- liefert Aufbauschemata für viele Klausursituationen
- enthält einen Original-Bebauungsplan.

Alle Preise inkl. MwSt. | Angebotsstand: 28. Juli 2021 | bg
Verlag C.H.Beck oHG, Wilhelmstraße 9, 80801 München · Amtsgericht München HRA 48045

173416

Souverän im Bayerischen Baurecht.



Neukommentierungen zur BayBO-Novelle 2020:

Z.B. mit den neuen Regelungen der Abstandsflächen und den neuen Artikeln zur Typengenehmigung und Digitalen Baugenehmigung.



JETZT in Ihrer Buchhandlung

oder einfach bestellen bei beck-shop.de > Portofreie und schnelle Lieferung!
Einfaches Bestellen durch Link-Eingabe im Browser: http://www.beck-shop.de/›webcode‹.
Den Webcode zum Werk finden Sie jeweils unter der Bibliografie.

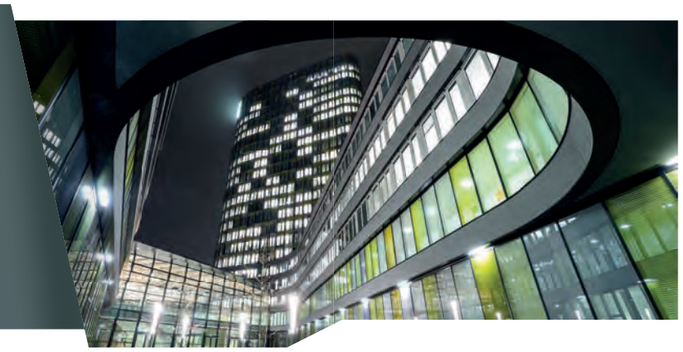
VERLAG C.H.BECK
80791 München · Telefon (089)38189-750 · Fax (089)38189-358 · E-Mail kundenservice@beck.de
facebook.com/verlagCHBECK linkedin.com/company/verlag-c-h-beck twitter.com/CHBECKRecht

C.H.BECK

C.H.BECK

Vorteile auf einen Blick

- Umfassend und laufend aktualisiert
- BayBO-Novelle 2020 im Wesentlichen eingearbeitet
- Mit zahlreichen Übersichten und graphischen Darstellungen



Bringt Ordnung
ins bayerische Baurecht.



Der Großkommentar

beantwortet praktisch alle Fragen zum bayerischen Baurecht. Kernstück ist die Kommentierung der BayBO mit **Übersichten und graphischen Darstellungen.** Alle sonstigen wichtigen Vorschriften sind ebenfalls abgedruckt: deren Durchführungsbestimmungen und Vollzugsvorschriften sowie **die Bestimmungen zu wichtigen Themenbereichen** wie Bauprodukte, Brandschutz und Technische Baubestimmungen. Im Bauplanungsrecht sind außer dem BauGB die Bestimmungen zu Energieeinsparung und Wärmeschutz, Immissionsschutzrecht und Abfallbeseitigung enthalten.

Bauordnungsnovelle umfassend eingearbeitet

Das Werk enthält zahlreiche **Neukommentierungen** zur BayBO-Novelle 2020, z.B. zu den neuen Regelungen der Abstandsflächen und den neuen Artikeln zur **Typengenehmigung** und **Digitalen Baugenehmigung.**

Neu mit Stand Mai 2021

Die neueste Aktualisierung steht erneut im Zeichen der **Bauordnungsnovelle 2020** vom 22.12.2020. Neu enthalten sind Neukommentierungen von:

- **Art. 46** (Wohnungen)
- **Art. 57** (Verfahrensfreie Bauvorhaben, Beseitigung von Anlagen)
- **Art. 68** (Baugenehmigung, Genehmigungsfiktion und Baubeginn).

In den **Band II** (Anhang) eingefügt wurden die Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr mit **Hinweisen zur baurechtlichen Beurteilung von Mobilfunkanlagen** vom 22.1.2021 sowie zur **Verlängerung des Planungssicherstellungsgesetzes (PlanSiG) COVID-19-Pandemie** vom 31.3.2021.

Busse/Kraus
Bayerische Bauordnung
142. Auflage. Stand Mai 2021.
Rund 9650 Seiten. In 2 Ordnern.
€ 129,– Vorteilspreis
mit Aktualisierungsservice*)
ISBN 978-3-406-44019-9
€ 240,– ohne Aktualisierungsservice
ISBN 978-3-406-50080-0
Neu im Juli 2021

beck-shop.de/1691

***) Der Aktualisierungsservice von C.H.BECK:**
Sie erhalten alle Ergänzungslieferungen automatisch zum jeweiligen Preis. Nach Erhalt von 3 Ergänzungslieferungen können Sie den Service jederzeit kündigen.

HERZLICH WILLKOMMEN
zu den **virtuellen überregionalen Wasserwerksnachbarschaftstagen**
und zur **Energie- und Trinkwassertagung**
am **22. und 23.09.2021**

ETWT
ENERGIE- UND TRINKWASSERTAGUNG

Erleben Sie als Besucher der virtuellen Tagung / Messe alles live. Bereiten Sie sich auf die Zukunft des digitalen Zeitalters mit uns vor. Besuchen SIe unsere Messe unter der Adresse:

www.etwt-online.de

Sie haben Fragen und Anregungen,
einfach Telefon 09971-809018-0 anrufen.

Ihr

G. Betz T. Junger

Günther Betz Thomas Junger

ANGEMELDETE VIRTUELLE FACHAUSSTELLER

- ViWa GmbH
- BÜSCH Technology GmbH
- Carela
- Etschel
- NIVUS GmbH
- Herrmann Sewerin GmbH
- Kettler GmbH
- KROHNE Messtechnik GmbH
- Lorenz GmbH & Co. KG
- ORELL TEC AG
- Romold
- Scharpf GmbH
- Sigmund Lindner GmbH
- Triwanet
- W. E. T. Schaper GmbH

Wir haben noch freie Plätze – Informationen zur Aussteller-Anmeldung siehe Rückseite.

Alle Messeinfos unter:
www.etwt-online.de

ORGANISATOR

ViWa GmbH

UNTERSTÜTZER

AKWA Schwaben
Arbeitsgemeinschaft Schwaben Kommunale Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsunternehmen

UNTERSTÜTZER

WASSERWERKS-NACHBARSCHAFTEN BAYERN E.V.

Die etablierte ETWT geht neue Wege

und ist im digitalen Zeitalter angekommen!
Melden Sie sich heute noch als Aussteller an.

ETWT
ENERGIE- UND TRINKWASSERTAGUNG

Für Sie als Aussteller ändert sich nur so viel, als dass Sie Ihren Stand auf der für die ETWT entwickelten Software virtuell aufbauen, indem Sie einen Zugang zur Software erhalten.

- Sie können Ihren Messestand wie gehabt gestalten (nur virtuell).
- Der Kunde macht einen virtuellen Messerundgang und will mit Ihnen in Kontakt treten. Kein Problem, das kann (wenn die technischen Voraussetzungen auf beiden Seiten gegeben sind) face to face stattfinden oder Sie können auch mit Text in den Dialog treten.
- Gerne können Sie auch Videos bereitstellen.

Anmeldung als Aussteller bis spätestens 20.09.2021 möglich!

Aussteller-Anmeldung unter:

www.mytrinkwassertagung.de

Die ViWa GmbH organsiert zum 9. Mal die Süddeutschen Energie- und Trinkwassertagung. In diesem Jahr (pandemiebedingt) haben wir dazu eine Messesoftware geschrieben auf der die virtuelle ETWT abgehalten wird.

Gerne können sie uns als Aussteller auf www.etwt-online.de als Fachaussteller besuchen.

WIR STELLEN AUS:

- Aufbau von Wasserverlust-Frühwarnsystemen inkl.
  - Zählermesstechnik
  - Druckmesstechnik
- Datenaufzeichnung & Fernübertragung als über FTP 2G, 4G, 5G
- ViSo-Softwarelösungen
- PMS-Dokumentationssoftware
- Hauswasserzähler mit Übertragungseinheit (NarrowBand Internet of Things)

UNSERE MEDIENPARTNER:

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

BSZ Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 23. September 2021 | 72. Jahrgang | Nummer18



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Neue DStGB-Publikation:

Bundeswehr und Kommunen

Seit Gründung der Bundeswehr 1955 arbeiten Städte und Gemeinden in Deutschland eng mit den Streitkräften zusammen. Hier, vor Ort, ist die Bundeswehr zuhause, hier finden Soldatinnen und Soldaten ihre Heimat, hier entstehen Bindungen. Und deswegen überschneiden sich auch hier, an den Standorten, die Interessen der Bundeswehr mit denen der Städte, Gemeinden und Ortschaften. Die neue DStGB-Dokumentation „Bundeswehr und Kommunen" hebt gute Beispiele der Zusammenarbeit von Bundeswehr und Kommunen hervor und möchte zu weiteren engeren Kooperationen ermutigen.

Beispiel Kempten: Wenige Monate nach Einführung der Wehrpflicht ereignete sich in der Stadt Kempten im Allgäu ein Unglück, das die noch junge Bundeswehr für immer prägte: Bei der Durchquerung des Flusses Iller im Juni 1957 verunglückten 15 Rekruten tödlich. Damals schlug die Geburtsstunde des Soldatenhilfswerks, das als „Hilfsaktion Iller" die Hinterbliebenen der verstorbenen Soldaten mit Spenden unterstützte. Bis zum heutigen Tag ist das Soldatenhilfswerk die Selbsthilfeorganisation aller Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr, die in Situationen hilft, in denen staatliche Hilfe nicht oder nicht schnell genug zur Verfügung steht.

Hohe Verantwortung der Vorgesetzten

Heute gedenken die Stadt Kempten sowie Angehörige der Bundeswehr in jedem Jahr gemeinsam der Verstorbenen. Gäste sind auch die letzten Überlebenden des Unglücks. Wie Kemptens Oberbürgermeister Thomas Kiechle darlegt, stehe das Illerunglück dafür, bewusst zu machen, welch hohe Verantwortung Vorgesetzte tragen – im militärischen Bereich und überall, wo Menschen zusammenarbeiten. „Wenn durch dieses Bewusstsein mehr Rücksichtnahme, mehr Verständnis und mehr Miteinander im beruflichen und im persönlichen Bereich entstehen und uns leiten, dann haben die 15 Rekruten, die auf so tragische Weise ihr Leben verloren haben, dies nicht vergebens getan. Ihr Andenken in Ehren zu halten, ist der Stadt Kempten Auftrag und Verpflichtung."

Verlässlichkeit und Zusammenhalt

Beispiel Berchtesgaden: Wie Bürgermeister Franz Rasp in seinem Dokumentationsbeitrag betont, werde der Januar 2019 der Region um Berchtesgaden in Erinnerung bleiben: Zum einen, was die Herausforderungen bei der Bewältigung von extremen Schneefällen angeht, zum anderen, was die Verlässlichkeit und das Zusammenhalten – auch dank der Bundeswehr – vor Ort angeht.

Rasp zufolge kam es damals in Berchtesgaden zu anhaltenden Schneefällen. Bis dahin war der 8. Januar ein ganz normaler Werktag mit Schulbetrieb, als am Vormittag mehrere Straßensperrungen beschlossen werden mussten. Davon betroffen war auch der Ortsteil Buchenhöhe, der auf rund 1.000 Metern Seehöhe liegt und ein Schulzentrum beherbergt, das

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

8. Bayerisches BreitbandForum

Live und Corona-konform am 14. Oktober 2021 in der Stadthalle Gunzenhausen

Liebe Besucher, Partner, Interessierte! Die Termin-Odyssee hat ein Ende. Wir sehen uns im „goldenen Oktober" mitten in Bayern endlich wieder live.
Alle aktuellen Informationen finden Sie unter
www.bayerisches-breitbandforum.de
Es erwarten Sie zahlreiche Fachreferenten, Partner und Aussteller: www.bayerisches-breitbandforum.de/partner-2021
Hier können Sie sich bequem online anmelden:
www.bayerisches-breitbandforum.de/besucherregistrierung
Über die aktuell gültigen Hygienemaßnahmen informieren wir Sie rechtzeitig.
Hier können Sie sich bequem online zum 8. Bayerischen BreitbandForum anmelden:
www.bayerisches-breitbandforum.de/besucherregistrierung
Bleiben Sie gesund und – im besten Sinne – negativ! ☺

Mit „Energie aus der Nähe" auf Kurs bleiben

GZ-Gespräch mit Bayernwerk-Vorstandsvorsitzendem Dr. Egon Leo Westphal

Das Treibhausgas CO2 reduzieren und die Klimaerwärmung aufhalten – diese beiden Ziele hat sich das Bayernwerk auf seine Fahnen geschrieben. Weil regenerative Energien primär auf dem Land erzeugt werden, der höchste Energieverbrauch aber in den Städten stattfindet, ist es für den Netzbetreiber eine der größten Herausforderungen, die Netze auszubauen und fit für die Zukunft zu machen. Auf welche Weise dies geschieht, erläuterte der neue Bayernwerk-Vorstandsvorsitzende Dr. Egon Leo Westphal im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel.

„Mit unseren technologischen Zukunftskonzepten und innovativen Energienetzen werden wir erneuerbare Energie, Speicher, Mobilität, Licht und den Gebäudesektor effizient, nachhaltig und in regionalen Kreisläufen vernetzen. So nehmen wir die Energiezukunft in Bayern in die Hand: Digitalisierung, Netzausbau, Innovation", betonte Dr. Westphal.

Komplexe technologische Zusammenhänge

All dies passiere nah bei den Menschen, im kommunalen oder regionalen Umfeld. Die Energiezukunft hat viele Akteure. Die vielfältigen Herausforderungen der Energiezukunft lassen sich laut Dr. Westphal daher nur in enger Partnerschaft bewältigen. „Wir verstehen und leben unser Bayernwerk auch als Partnerschaftswerk. Es geht nur miteinander", betont der Bayernwerk-Chef.

Diese komplexen technologischen Zusammenhänge hat das Bayernwerk in seinem Zukunftskonzept „Flower-Power" zusammengefasst. Damit formuliert das Unternehmen seine konkrete Idee für die Energiewelt von morgen. Wie der Vorstandsvorsitzende darlegte, werde Bayern künftig zu einer energetischen Blumenwiese, in der sich Kunden je nach individuellen Bedürfnissen mit ihrer heimischen Energie versorgen können. Jede Stadt werde von den umliegenden ländlichen Regionen wie der Blütenkelch einer Sonnenblume von seinen Blütenblättern abhängig sein, die den Nährstoff erzeugen.

Lokaler Nutzungsgrad

Die Vorteile des Konzepts seien gravierend. Die Erhöhung des lokalen Nutzungsgrades erneuerbarer Energie sowie kürzere Verteilstrecken führten zu einer Verbesserung der CO2-Bilanz. Gleichzeitig steigere die Schaffung lokaler Energiesysteme die Wertschöpfung vor Ort.

Doch ändert sich nicht nur das

(Fortsetzung auf Seite 4)



Dr. Egon Leon Westphal und Constanze von Hassel. ❐

CSU-Parteitag in Nürnberg:

Stabilität statt Linksrutsch

Mit einem neu gewählten Parteivorstand geht die CSU in die heiße Phase des Bundestagswahlkampfs. Dabei gab es in der Riege der Stellvertreter einen personellen Wechsel: Für Martin Sailer, der nicht mehr kandidierte, wurde die Neu-Ulmer Oberbürgermeisterin Katrin Albsteiger zur neuen stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Zwei weitere Kommunalpolitiker fungieren nunmehr als Schriftführer: die Regensburger Bürgermeisterin Dr. Astrid Freudenstein sowie der Straubinger Oberbürgermeister und Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Markus Pannermayr.

Der einstimmig verabschiedete Leitantrag unter dem Motto „Stabilität statt Linksrutsch" setzte den Ton: „Die Gefahr eines Linksrutsches ist keine abstrakte, sie ist eine sehr konkrete", heißt es darin mit Blick auf ein Linksbündnis. Schon die Umsetzung einzelner Wahlziele von SPD, Grünen und Linken gefährde den Wohlstand des Landes. Betroffen wären alle Bürger, gerade auch künftige Generationen. „Deshalb gilt: Die Bundestagswahl ist für jeden Einzelnen eine echte Richtungsentscheidung."

Elternzeit verlängern Arbeitsleben flexibilisieren

Die CSU bekennt sich zu Familien als Keimzelle der Gesellschaft. „Wir schenken ihnen Zeit, indem wir die Elternzeit verlängern und das Arbeitsleben flexibler gestalten. Wir unterstützen sie, indem wir Kitas ausbauen. Wir entlasten sie, indem wir die Anrechenbarkeit von Kinderbetreuungskosten erweitern, am Ehegattensplitting festhalten und es um ein Kindersplitting ergänzen. Für die Alleinerziehenden wollen wir den Entlastungsbetrag nochmals auf 5.000 Euro erhöhen", so der Leitantrag.

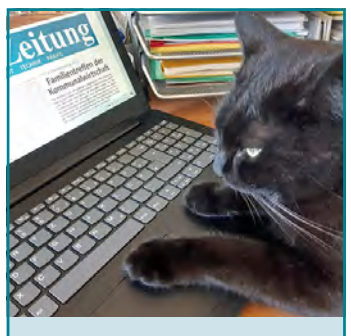
Generationengerechte Staatsfinanzen

Das Augenmerk liegt zudem auf generationengerechten Staatsfinanzen und einer Generationenrente, die die Altersvorsorge auch in Zukunft sichert. „Wir wollen, dass der Staat ab Geburt bis zum 18. Lebensjahr für jedes Kind in einen Generationen-Pensionsfonds einzahlt, der das Geld renditeorientiert anlegt. Dabei sollen auch freiwillige Einzahlungen ab dem 18. Lebensjahr möglich sein. Mit dem Eintritt in das Rentenalter wird die Generationenrente zusätzlich zu bestehenden Rentenansprüchen ausgezahlt und hilft, Altersarmut wirksam zu vermeiden."

Mütter sichern die Zukunft des Landes. Für mehr Möglichkeit zur Aufteilung der Familienarbeit sollen die Partnermonate beim Elterngeld ausgeweitet werden. Auch ist geplant, die bestehende Gerechtigkeitslücke zu schließen und die Mütterrente für alle einzuführen.

Wer sein Leben lang gearbeitet hat, solle im Alter davon leben können. Eigentum sei dabei die beste Altersvorsorge. „Deshalb unterbinden wir alle Angriffe auf das Eigentum und schützen es in der Grundsicherung. Wir lehnen eine Doppelbesteuerung von Renten ebenso ab wie höhere Erbschaftssteuern und beseitigen bestehende Rentennachteile. Wir unterstützen Sparer, die vorsorgen. Und wir helfen denen, die uns helfen. Deshalb investieren wir in Pfle-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Mit einem Knopf im Ohr ließe sich gut auf dem Jahrmarkt der Eitelkeiten Karussell fahren, so scheint es unserem Rathauskater, macht sich doch deren Gebrauch aller Orten inflationär bemerkbar.
Seite 23

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Rechtsanspruch für Grundschulkinder auf Ganztagsbetreuung .2
Herausforderungen der EU-Zuwanderung. 2
Gesundheitsschutz im Klimawandel 2
GZ-Kolumne Christoph Göbel:
Kindern und Jugendlichen Normalität ermöglichen 3
Entwicklungszusammenarbeit: „Fairness muss man leben". . .3
Digitalisierung unter Aspekten der Geschlechtergleichstellung. .3
Klima-Faktenblätter für alle Klimaregionen in Bayern 3
Kommunale Energiethemen . . . . . 6 - 12
Kommunikationstechnik • IT • Breitband • Digitalisierung . . 13 - 19
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 20 - 24

Einigung im Vermittlungsausschuss:

Rechtsanspruch für Grundschulkinder auf Ganztagsbetreuung

Die Würfel sind gefallen: Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hat einen Kompromiss bei der Finanzierung der ab 2026 geplanten Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder gefunden. Danach stockt der Bund seinen Finanzierungsanteil in der Endstufe ab 2030 von 960 Mio. auf 1,3 Mrd. Euro auf. Auch beteiligt er sich bei Investitionen in Ganztagsplätze stärker als zuerst geplant an Neubau- oder Renovierungskosten.

Der Deutsche Städtetag unterstützt den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder, kritisiert allerdings die Finanzierung. „Bund und Länder machen ein großes Versprechen, aber finanziell bleibt eine gewaltige Lücke, die die Länder in der Praxis schließen müssen“, betonte Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy. Vollständig finanziert sei der Rechtsanspruch nicht, den Bundestag und Bundesrat jetzt verabschieden wollen – auch wenn der Bund noch eine Schippe draufgelegt habe. Bei den Investitionskosten fehlten 4 Milliarden Euro und bei den jährlichen Betriebskosten mehr als 3 Milliarden Euro. Diese offene Rechnung dürfe nicht an die Kommunen weitergereicht werden. Denn in den Ländern gelte das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“. Die Länder seien also in der Pflicht.

Schwierige Personalsuche

Laut Dedy wird es für die Kommunen äußerst schwierig werden, qualifiziertes Personal für die Ganztagsangebote für zusätzlich rund 1 Million Grundschulkinder zu finden. Schon jetzt suchten viele Städte händeringend nach Erzieherinnen und Erziehern und Sozialpädagogen. Der Zeitplan für den Rechtsanspruch sei im Laufe des Gesetzgebungsverfahren realistischer geworden. Gleichwohl werde ein großer Kraftakt aller Beteiligten nötig sein. Angesichts der aktuellen Lage beim Personal äußerte der Hauptgeschäftsführer Zweifel, „ob es gelingt, überall rechtzeitig den Bedarf an Ganztagsbetreuung in der gewünschten Qualität zu erfüllen. Wir brauchen dringend eine Ausbildungsoffensive der Länder in großem Stil für gut ausgebildetes zusätzliches Personal.“

600.000 fehlende Betreuungsplätze

Aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebunds ist die Realisierung durch den nun beschlossenen Rechtsanspruch noch keineswegs flächendeckend gesichert. Die Last-Minute-Vereinbarung im Vermittlungsausschuss müsse jetzt mit Leben gefüllt werden. Insgesamt fehlten bundesweit über 600.000 Betreuungsplätze. Dies sei eine personelle und finanzielle Herausforderung in Milliardenhöhe. Die Arbeiten an der Umsetzung der Ziele müssten jetzt beginnen.

Die Länder seien gefordert, die Ausbildungskapazitäten für die Ganztagsbetreuerinnen und Ganztagsbetreuer umgehend massiv auszuweiten. Die Personalkapazitäten werden in den nächsten Jahren durch den demografischen Wandel ohne gezielte Gegenmaßnahmen nicht zu-, sondern sogar abnehmen. Zusätzlich müssten den Kommunen unverzüglich Mittel bereitgestellt werden, um die notwendigen Umbaumaßnahmen in den Grundschulen auf den Weg zu bringen.

Neubaumaßnahmen

Oftmals werden freilich auch Neubaumaßnahmen erforderlich sein, so der DStGB. Gerade in den großen Flächenländern wie Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg bestehe die ernsthafte Gefahr, dass trotz aller Anstrengungen der Anspruch nicht vollständig erfüllt werden kann. „Deswegen halten wir eine regelmäßige Überprüfung zum Stand und zur Umsetzung bei der Vorbereitung des Rechtsanspruchs für unverzichtbar. Die jetzt vereinbarten Revisionsklauseln weisen in die richtige Richtung.“

Mit einem Rechtsanspruch auf dem Papier sei im Zweifel den Eltern nicht geholfen, wenn die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort leider anders aussehen und auf die Schnelle auch nicht signifikant verändert werden können. Die Politik in Bund und Ländern sei hier ein hohes Risiko eingegangen, stellt der Kommunalverband fest. „Jetzt muss sie sich deshalb auch in der Umsetzung dauerhaft und nachhaltig engagieren.“

Finanzierung sichern

„Der Vermittlungsausschuss hat den Landkreisen noch nicht die finanzielle Unbedenklichkeitsbescheinigung gebracht, die wir eingefordert haben“, kommentierte der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager, den Kompromiss des Vermittlungsausschusses. Dazu bedürfe es einer Zusage der Länder, dass sie gegenüber den Kommunen vollständig für die Finanzierung der neuen Aufgabe aufkommen. Diese Erklärung müsse im Bundesrat erfolgen. „Dass sich der Bund den Ländern gegenüber nun mit einem höheren Geldbetrag an den laufenden Kosten beteiligen will, sollte ihnen diese Zusage erleichtern.“

Die Richtigkeit des Vorhabens würden die Landkreise nicht in Frage stellen, fuhr Sager fort. „Aber die Finanzierung muss aus kommunaler Sicht vollständig gesichert sein. Sonst kommt das böse und dauerhafte Erwachen in vielen Jahren, und zwar auf der kommunalen Ebene.“ **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Friedrich Käßmeyer
89353 Glött
am 2.10.

Bürgermeister Anton Winkler
89432 Binswangen
am 6.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Wagmann
94140 Ering
am 1.10.

Bürgermeister
Dr. Dietmar Gruchmann
85748 Garching
am 2.10.

Bürgermeister Ludwig Prögler
93464 Tiefenbach
am 6.10.

Bürgermeister Jürgen Roith
94577 Winzer
am 23.9.

Bürgermeister Hajo Gruber
83088 Kiefersfelden
am 27.9.

Bürgermeister
Georg Fleischmann
94239 Gotteszell
am 30.09.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Edmund Ulm
91338 Igensdorf
am 3.10.

Bürgermeister Hermann Duschl
94107 Untergriesbach
am 3.10.

Bürgermeister Johannes Reger
92681 Erbendorf
am 6.10.

Bürgermeister Josef Hauser
83623 Dietramszell
am 23.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Pawlicki
91728 Gnotzheim
am 1.10.

Bürgermeister Wolfgang Eurisch
87640 Biessenhofen
am 4.10.

Landrat Elmar Stegmann
88131 Lindau
am 4.10.

Bürgermeister Werner Martin
89296 Osterberg
am 24.9.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Christoph Schneider
83115 Neubeuern
am 6.10.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Holetschek gründet neue Landesarbeitsgemeinschaft:

„Gesundheitsschutz im Klimawandel“

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek treibt den Schutz von besonders gefährdeten Menschen vor den Folgen des Klimawandels voran. Holetschek betonte am Donnerstag zum Start der interdisziplinären Landesarbeitsgemeinschaft „Gesundheitsschutz im Klimawandel“ in Bayern (LAGiK) in München: „Der Klimawandel belastet die Gesundheit vieler Menschen in besonderem Maße. Ob steigende Temperaturen, vermehrte und aggressivere Pollen oder höhere UV-Strahlen-Belastung: Die Menschen in Bayern müssen vor den Auswirkungen des Klimawandels geschützt werden.“

Der Minister erläuterte: „Wir wollen die vorhandenen Ressourcen besser nutzen, Wissen weitergeben, alle relevanten Akteure vernetzen und so geeignete Strukturen schaffen, um die Menschen in Bayern noch besser vor dem Klimawandel zu schützen. Mit dem heute gegründeten Netzwerk in Form einer Landesarbeitsgemeinschaft ‚Gesundheitsschutz im Klimawandel‘ machen wir den ersten Schritt!“

Einzigartig in Deutschland

Holetschek ergänzte: „Erneut nimmt Bayern eine Vorreiterrolle ein: Wir vernetzen mit der Gründung der Arbeitsgruppe Akteure im Gesundheitswesen, Staatsregierung und die kommunale Ebene. Diese Vernetzung ist bisher einzigartig in Deutschland. Vertreter von Verbänden, Organisationen, öffentlichen Institutionen, Kommunen, Ärzten, Pflegenden und der Wissenschaft arbeiten zusammen, um gemeinsam sinnvolle und nachhaltige Konzepte zu erarbeiten.“ Das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) koordiniert das Netzwerk. Ziel ist es, interdisziplinär Fragestellungen zu bearbeiten, sich auszutauschen und etwa Präventions- oder Kommunikationskonzepte zu erarbeiten. Auch Forschungskooperationen und Wissenstransfer stehen im Vordergrund.

Der Minister betonte: „Zunächst wird sich die Landesarbeitsgemeinschaft auf das Thema gesundheitliche Belastung durch Hitze fokussieren. Immer mehr Menschen leiden unter den immer häufiger auftretenden Hitzewellen oder tropischen Nächten. Das Herz-Kreislauf-System wird belastet oder Erkrankungen verschlimmert. Die LAGiK wird Präventionsmaßnahmen und Frühwarnsysteme erarbeiten. Genauso wichtig ist es aber auch, dass jeder Bürger weiß, wie man sich vor den Folgen starker Hitze schützen kann. Durch die Vernetzung auch auf kommunaler Ebene wollen wir den Bürgern Werkzeuge an die Hand geben, sich selbst und ihre Angehörigen zu schützen.“

Bayerische Initiativen

Holetschek ergänzte: „Dass der Klimawandel eine reale Bedrohung ist, ist nichts Neues. Das Bayerische Gesundheitsministerium setzt sich schon länger mit dem Thema Gesundheitsschutz im Klimawandel auseinander. Projekte wie etwa die Green-Hospital Initiative, mit denen Krankenhäuser umweltfreundlicher geplant werden, oder das Projekt KLapP, mit dem pflegebedürftige und daher bei Hitze besonders betroffene Menschen geschützt werden sollen, sind nur einige Beispiele. Nur wenn alle an einem Strang ziehen, können wir wirklich etwas gegen die gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch den Klimawandel erreichen. Die Netzwerkgründung ist ein weiterer, besonders wichtiger Schritt. Ich danke allen Beteiligten, die heute zusammen gekommen sind. Gemeinsam legen wir in Bayern den Grundstein dafür, dass Gesundheitsschutz im Klimawandel direkt bei den Menschen ankommt.“

Informationen über die LAGiK und alle Teilnehmer:
https://www.stmgp.bayern.de/ministerium/behoerden-und-gremien/#lagik_gesundheit_klimawandel ❐

Innenminister Joachim Herrmann:

Herausforderungen der EU-Zuwanderung

Beim Auftakt des Vernetzungstreffens der bayerischen Integrationslotsen in Landshut hat Bayerns Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann mit Fachleuten Ansätze diskutiert, im Rahmen der EU-Zuwanderung die Teilhabe und Integration zu verbessern. „Integration ist kein Kurzstreckenlauf, sondern ein Marathon“, erklärte Herrmann.

„Daher fördert der Freistaat seit vielen Jahren Integrationsmaßnahmen nach Kräften.“ Als Beispiel nannte Herrmann die im vergangenen Jahr verbesserten Förderkonditionen für die Flüchtlings- und Integrationsberatung, die unter anderem verlängerte Bewilligungszeiträume vorsehen. Außerdem stelle der Freistaat auch 2021 wieder 6,5 Millionen Euro für hauptamtliche Integrationslotsen zur Verfügung. „Darüber hinaus unterstützen wir die Arbeitsmarktintegration mit den von uns geförderten Jobbegleitern und Ausbildungsakquisiteuren für Flüchtlinge“, ergänzte der Integrationsminister.

Arbeitsmarktintegration

Wie Herrmann erläuterte, ist Bayern Spitzenreiter bei der Arbeitsmarktintegration. Das komme auch EU-Migrantinnen und -Migranten zugute. So hat Bayern laut Herrmann mit 74,5 Prozent die bundesweit höchste Erwerbstätigenquote von Menschen mit Migrationshintergrund (Bund: 68,8 Prozent). Außerdem ist in Bayern mit 6,9 Prozent die Ausländerarbeitslosenquote bundesweit am niedrigsten (Stand: 08/2021; Bund: 13,1 Prozent). Laut Herrmann ebenfalls erfreulich: Im Dezember 2020 waren in Bayern rund 900.000 Ausländer sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 15.000 mehr als ein Jahr zuvor. 15,7 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten besaßen eine ausländische Staatsangehörigkeit, 9,0 Prozent eine europäische. „Allein von 2013 bis 2020 hat sich die Anzahl der ausländischen Beschäftigten in Bayern um 84,7 Prozent erhöht“, verdeutlichte Herrmann. Demgegenüber lag der Anstieg der deutschen Beschäftigten bei 7,2 Prozent und fiel somit nicht nur prozentual, sondern auch in absoluten Zahlen kleiner aus. „Hier zeigt sich der erhebliche Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Deckung des Fach- und Arbeitskräftebedarfs in Bayern“, so Herrmann.

Berufliche Weiterbildung

Als sehr wichtig bezeichnete der Integrationsminister die Förderung der beruflichen Weiterbildung: „Gerade weil überdurchschnittlich viele EU-Ausländer in Helferberufen tätig sind, müssen sie besser informiert und gezielter in eine Weiterbildungsberatung geführt werden.“ Auch der Spracherwerb sei eine große Herausforderung. Bei den Berufssprachkursen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge komme mit Rumänien erst an achter Stelle ein EU-Land. „Insgesamt müssen wir auch angesichts des Fachkräftemangels insbesondere Geringqualifizierte noch konsequenter fördern und zu qualifizierten Beschäftigten weiterentwickeln“, machte Herrmann deutlich.

Neben Fachinformationen und impulsgebenden Vorträgen stand beim zweitägigen Treffen insbesondere der gemeinschaftliche Austausch der Lotsinnen und Lotsen aus 89 Landkreisen und kreisfreien Städten über aktuelle Herausforderungen im Vordergrund.

Die Integrationslotsen sind auf kommunaler Ebene tätig und wirken als Netzwerker. Sie stehen den Ehrenamtlichen als kompetente Ansprechpartner für alle Fragen rund um die Themen Integration und Asyl unterstützend zur Seite. „Unsere Integrationslosten sind für uns ein unverzichtbarer und starker Partner bei der Integrationsarbeit in den Kommunen“, lobte Herrmann. „Herzlichen Dank für das herausragende Engagement!“. ❐

GZ Akademie

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Bildrechte & DSGVO Teil 1:
25. Nov. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr
Bildrechte & DSGVO Teil 2:
7. Dez. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr

Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.
Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: je 145,- € zzgl. MwSt. (290,- € zzgl. MwSt. für beide Termine) ❐

Freiwilligensurvey 2019

Trautner: „Das ehrenamtliche Engagement der Bürger und Bürgerinnen in Bayern ist ungebrochen!“

Der Bund erhebt alle fünf Jahre die Daten zum Bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland. Zum fünften Deutschen Freiwilligensurvey 2019 liegen nun die ersten länderspezifischen Ergebnisse vor. Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner zeigt sich erfreut über die bayerischen Ergebnisse: „Die Woche des bürgerschaftlichen Engagements richtet den Fokus jährlich auf die vielen Freiwilligen und bietet Gelegenheit, denjenigen zu danken, die sich mit viel Herzblut freiwillig für das Gemeinwohl einsetzen. Die Bundesstudie zeigt erneut: Das ehrenamtliche Engagement in Bayern liegt weiterhin auf hohem Niveau. Der freiwillige Einsatz der bayerischen Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwohl ist ungebrochen. Die Ehrenamtlichen sind nach wie vor das Rückgrat unserer Gesellschaft.“

Mit einer Engagementquote von 41 Prozent liegt Bayern weiterhin über dem Bundesdurchschnitt von 40 Prozent. Als Organisationsform, in der ehrenamtliches Engagement stattfindet, ist der Verein Spitzenreiter. Bayern liegt mit 47 Prozent bei der Mitgliedschaft bei Vereinen oder gemeinnützigen Organisationen auf Platz eins vor allen anderen Bundesländern.

„Dies zeigt wieder einmal, dass der Verein keineswegs ausgedient hat, sondern der Ort für gemeinschaftliches ehrenamtliches Engagement ist. Daher unterstützen wir unsere Vereinslandschaft seit langem – sei es mit den Vereinstagen des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, dem Vereinswiki oder dem Pakt für das Ehrenamt der Bayerischen Staatsregierung“, betont Sozialministerin Trautner.

Der Bund als Auftraggeber hat für diese Studie eine andere Berechnungsquote als vor fünf Jahren gewählt. Erstmals werden die Ergebnisse für den Freiwilligensurvey nach Bildung gewichtet dargestellt. Menschen mit höherer Bildung sind in Befragungsstudien häufig stärker vertreten, als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht und sie sind gleichzeitig zu größeren Anteilen freiwillig engagiert als Menschen mit niedriger oder mittlerer Bildung. Grundsätzlich sind die Quoten in Bayern relativ stabil seit der letzten Erhebung 2014.

Serie „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit anders denken“, Teil 4:

„Fairness muss man leben“

Unsere Autorin Anja Schuchardt behandelte im Rahmen ihrer Masterarbeit das Thema „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ und sprach dazu mit Berater Meinolf Spiekermann. Nachdem Spiekermann drei Jahrzehnte für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) arbeitete, berät er nun Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit, unter anderem in den Themenbereichen Kommunal- und Stadtentwicklung und Dezentralisierung. Im Interview erläutert er anhand konkreter Beispiele, wie sich sein Verständnis von interkultureller Zusammenarbeit verändert hat und was Partner in den Kommunen mitbringen sollten, die an einem Austausch mit Menschen im Globalen Süden interessiert sind.

GZ: Wie hat sich Ihr Verständnis von der interkulturellen Zusammenarbeit im Laufe Ihrer Arbeit entwickelt?

Begegnungen immer auf Augenhöhe

Spiekermann: *Man muss sich erst einmal davon lösen, dass wir, der Globale Norden, mehr zu bieten hätten, als der Globale Süden. Wir haben bestimmte Dinge erreicht, wir haben anderes zu bieten, aber auch dazu beigetragen, dass bestimmte Dinge in der Welt nicht so gut laufen – beispielsweise durch den Kolonialismus und die daraus entstandenen Abhängigkeiten von ehemaligen kolonialen Mächten, die immer noch Auswirkungen haben. Als ich Ende der 1980er angefangen habe, mich aufgrund meiner Anstellung bei der GIZ mit dem Thema Entwicklungszusammenarbeit intensiv zu beschäftigen, hatte ich noch die Einstellung „Wir bringen euch jetzt die Welt!“. Da musste ich dann schnell erkennen, das ist völlig falsch und vor allem unfair. Denn es geht in erster Linie darum, sich auf Augenhöhe bewusst fair zu begegnen. Das kann man nicht nur entscheiden, das muss man sein, das muss man leben. Und das spüren die Partner, ob ich als Besserwisser, als sogenannter „Experte“ aus dem Norden komme oder als jemand, der auch zuhören kann.*

Demokratie braucht Zeit

GZ: Können Sie in dem Zusammenhang ein konkretes Beispiel aus Ihrer Arbeit nennen?

Spiekermann: *In Tunesien habe ich die Regierung und Kommunen im Dezentralisierungsprozess nach der Revolution 2011 beraten. Da wurden wir gebeten, diese Demokratiebewegung auf der lokalen Ebene, in den Kommunen mehr zu unterstützen und mehr bürgernahes Verwaltungshandeln sowie Bürgerbeteiligung an kommunalen Entscheidungen herbeizuführen.*

Mir war klar: Das geht nicht von heute auf morgen. In Ländern, die lange Zeit zentralistisch regiert wurden, kann man nicht von den Menschen verlangen, dass sie die Verteilung von Kompetenzen auf viele Schultern direkt umsetzen. Dazu braucht es einen Kulturwandel im Verwaltungshandeln, Ausbildung und institutionelle Strukturen – das ist eine Generationenfrage. Ob Dezentralisierung schließlich zum Erfolg führt, weiß man auch nicht so genau und das muss immer berücksichtigt werden. Aber man muss als Berater natürlich davon überzeugt sein, dass man Chancen in der Dezentralisierung sieht.

GZ: Wie verändern sich bestimmte Verhaltensmuster zwischen den Akteuren im Laufe der Zusammenarbeit?

Spiekermann: *Beide Seiten lernen voneinander. Das funktioniert aber nur, wenn die Partner durch regelmäßige Kontakte Vertrauen aufbauen. Dadurch erkennen die Menschen: Aha, der andere kocht auch nur mit Wasser, genau wie ich. Und dann überlegt man, wie beide Partner ihr Wissen zusammenbringen können. Das ist dann eine gute Grundlage für Zusammenarbeit.*

GZ: Was sollten Partner in den Kommunen mitbringen, die an einer Zusammenarbeit mit Menschen im Globalen Süden interessiert sind?

Motivation und die Bereitschaft zuzuhören

Spiekermann: *Motivation ist das Wichtigste und die Bereitschaft zuzuhören. Also nicht gleich mit der Tür ins Haus fallen und beispielsweise sagen: Unser Abfallsystem läuft folgendermaßen. Sondern sich erst einmal erkundigen, wie das System vor Ort funktioniert. Das schafft eine Informationsbasis und Vertrauen. Wichtig ist auch der gegenseitige Spaß am Umgang mit den anderen Menschen. Auf beiden Seiten ist das so. Es ist eigentlich eine ganz einfache Geschichte.*

Vertrauen, Kenntnis und Ehrlichkeit sind gefordert

In der Entwicklungszusammenarbeit ist es nicht anders wie in der Beziehung zwischen zwei Menschen, nur auf anderer Ebene. Aber es sind dieselben Mechanismen: man braucht Vertrauen, Kenntnis und Ehrlichkeit. Damit meine ich Ehrlichkeit über die eigenen Grenzen und die Möglichkeiten des Engagements sowie auch Ehrlichkeit über die eigenen Interessen.

Das Eigeninteresse muss man darlegen, denn das schafft Glaubwürdigkeit. Also, ich wurde immer gefragt: Warum macht ihr das und sprecht mit uns über Dezentralisierung und Bürgerbeteiligung? Ihr wollt uns doch nur beherrschen! Und wir haben gesagt: Wir wollen in unserer Nachbarschaft Frieden und das geht am besten durch Demokratie. Das ist schließlich ein Interesse, das auf beiden Seiten herrscht. Wenn man diese Komplementarität herausstellt, ist das motivierend und glaubwürdig. **red**

Digitalisierung unter Aspekten der Geschlechtergleichstellung

Flensburger Erklärung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands verabschiedet

An der 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands nahm auch die Gleichstellungsbeauftragte für Frauen und Männer der Stadt Würzburg teil. Die Themen, denen sich die rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Foren, Vorträgen und Workshops austauschten, waren Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit, die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel und die Abschaffung der § 218 und 219a StGB.

Bei der Konferenz wurde einstimmig die „Flensburger Erklärung“ verabschiedet, mit der die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten feststellen: „Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen Fortschritte erzielt. Dazu beigetragen hat die engagierte Arbeit der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Netzwerkpartner*innen. Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn er gleichstellungsorientiert gestaltet wird. Die Arbeits- und Unternehmenskultur in der Digitalwirtschaft muss sich verändern: hin zu mehr Vielfalt. Unsere digitalen Weichen sind auf Zukunft und Wandel gestellt.“

Alle Menschen mitnehmen

Ziel sei es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen. Wie die Digitalisierung zu gestalten ist, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben, stehe im Mittelpunkt des Dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. „Der Bericht gibt uns wertvolle Impulse für unsere weitere Politik“, so Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht. „Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen. Damit kann ein Beitrag zum Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden“, betonte auch Petra Müller-März, Gleichstellungsbeauftragte für Frauen und Männer der Stadt Würzburg.

Immenser Handlungsbedarf

Der Handlungsbedarf ist groß, wie aktuelle Zahlen zeigen. Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei lediglich 16 Prozent. Im Topmanagement sind Frauen in der Digitalbranche eine Seltenheit. Der Gender Leadership Gap liegt hier bei 5:1.

Homeoffice und Care: Frauen und Männer weiten im Homeoffice ihre unbezahlte Sorgearbeit aus, allerdings Frauen stärker als Männer.

Der Teilzeitanteil von Frauen in IT-Berufen liegt bei 19 Prozent, bei den Männern bei 5 Prozent. (Durchschnitt bei anderen Berufen: Frauen bei 31 Prozent, Männer bei 8 Prozent). Nur ein Drittel aller Studienanfänger in MINT-Fächern sind Frauen. Seit 20 Jahren hat sich der Frauenanteil in der Informatik nur um 5 Prozent auf 22 Prozent gesteigert.

70 Prozent aller Frauen im Internet haben bereits Bedrohungen und Beleidigungen erlebt. Digitale Gewalt hat fatale Folgen. 19 Prozent aller Betroffenen ziehen sich nach dem Erlebten aus dem Diskurs zurück.

Nur eine konsequente Gleichstellungspolitik auf allen staatlichen Ebenen könne Abhilfe schaffen, zudem wird mehr Schutz vor geschlechtsbezogenem Hass im Netz gefordert, da im digitalen Raum ein hohes Gefährdungspotential durch geschlechtsbezogene Gewalt und sexualisierte Belästigung bestehe. Weitere Informationen zur Konferenz auf www.frauenbeauftragte.de. ❐

Klima-Faktenblätter für alle Klimaregionen

Das Klimazentrum im Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) hat den Klimawandel in den verschiedenen Klimaregionen Bayerns anhand von Klimamodellen untersucht und in die Zukunft projiziert. Die Ergebnisse sind in Klima-Broschüren und Klima-Faktenblättern aufbereitet und stehen allen Interessierten zur Verfügung. Wissenschaftlich fundierte Zahlen zeigen klar und einfach verständlich auf, wohin sich das Klima vor der eigenen Haustür bis zum Jahr 2100 entwickelt. Die Publikationen stellen gegenüber, wie das Klima Bayerns ohne Klimaschutz aussehen wird und was wir mit ambitioniertem Klimaschutz und der Einhaltung der 2°C-Obergrenze noch erreichen können.

- https://www.lfu.bayern.de/klima/klimawandel/klima_in_bayern/index.htm
- https://www.lfu.bayern.de/klima/klimawandel/klimafaktenblaetter/index.htm
- https://www.lfu.bayern.de/klima/index.htm ❐

GZ KOLUMNE Christoph Göbel



Liebe Leserinnen und Leser,

die Sommerferien sind zu Ende und mit dem Spätsommer steigen die Neuinfektionen mit dem Coronavirus leider einmal mehr stetig an. Notgedrungen kommen da die Erinnerungen an den letzten Herbst und Winter in den Kopf, als beinahe jeder täglich morgens gebannt auf die jüngsten 7-Tage-Inzidenzen des Robert Koch-Instituts schielte und Schwellenwerte im Blick behielt, deretwegen wieder neue Maßnahmen und Regelungen in Kraft traten. Auch wenn die Zahlen seit einigen Wochen wieder stark steigen, so ist in dieser beginnenden vierten Welle doch einiges anders. Die Landkreise und Städte haben seit den ersten spärlichen Impfstofflieferungen Ende Dezember mit ihren Impfzentren, mobilen Impfteams und zuletzt zahlreichen Sonderimpfaktionen einen wahren Impfmarathon hingelegt. Auch die niedergelassenen wie auch die Betriebs- und Privatärzte waren und sind nach wie vor stark eingespannt. Während zu Jahresbeginn mangels Impfstoff die Nachfrage nicht ansatzweise bedient werden konnte, kommen nun kreative Angebote zum Einsatz, um den einen oder anderen Impfskeptiker zu überzeugen. Fachlich fundierte ärztliche Beratung gehört dabei ebenso dazu wie die Präsenz an hoch frequentierten Orten. Unsere Impfteams waren in diesem Sommer auf Festivals, in Freibädern, bei Tafeln, Fußballvereinen, Biergärten, Supermärkten, Jugendtreffs, Wochenmärkten und vielen weiteren Orten. Und das mit Erfolg! Mehreren tausend Bürgern allein im Landkreis München konnten wir so zu einer Immunisierung verhelfen.

Von den Schwierigkeiten, Kindern und Jugendlichen Normalität zu ermöglichen

Während nun erfreulicherweise die Impfquote steigt – wenn auch jüngst nicht mehr so rasant wie gewünscht – gibt es eine Zielgruppe, die zum Großteil noch nicht ausreichend vor einer Infektion geschützt ist: unsere Kinder und Jugendlichen. Während die STIKO kürzlich eine Empfehlung für die Altersgruppe der 12- bis 17-Jährigen ausgesprochen hat, gibt es für die unter 12-Jährigen noch gar keinen zugelassenen Impfstoff. Im neuen Schuljahr bleiben daher weiterhin regelmäßige Tests, Masken, Lüften und Abstand unverzichtbare, wenn auch nicht allerorten liebgewonnene Helfer für den Infektionsschutz. Die jüngste Ankündigung des Gesundheits- sowie Kultusministeriums, dass Quarantänezeiten künftig auf fünf Tage verkürzt werden können und auch nicht mehr standardmäßig die gesamte Klasse in Quarantäne geschickt werden muss, sondern nur noch die engen Kontaktpersonen, klingt zwar auf den ersten Blick gut – stellt sich aber in der Umsetzung als äußerst schwierig dar, sollten weiterhin keine allgemeingültigen Leitlinien vorliegen, welche Schüler im Ernstfall als enge Kontakte eingestuft werden sollen. Zumal jeder, der Kinder im engeren Familienumfeld hat, weiß, wie schwierig es oft ist, Schüler dazu anzuhalten Abstände, Maskenpflicht und Hygienemaßnahmen über den gesamten Schultag bedingungslos einzuhalten – man denke hier nur an die Pausenzeiten, den Weg zur Schule, den Sportunterricht und vieles mehr.

Ich werde deshalb nicht müde, den Aufruf stets aufs Neue zu wiederholen: Jede Impfung mehr bringt uns ein Stück unseres normalen Lebens zurück. Sollten Sie noch zögern, nehmen Sie eine Impfberatung an und sprechen Sie mit ärztlichen Experten über Ihre Bedenken.

Vermutlich spreche ich für uns alle, wenn ich mir wünsche, dass wir bald wieder über andere Dinge sprechen als diese Pandemie, aber dazu müssen wir uns wohl noch mindestens bis zum Frühjahr gedulden. Mit den zahlreichen Impfangeboten haben wir es aber nun ein großes Stück weit selbst in der Hand. Bleiben Sie gesund!

Ihr Christoph Göbel

Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises München



Bundeswehr und ...

(Fortsetzung von Seite 1)
sich auf die Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit Atemwegserkrankungen spezialisiert hat.

Nun stellte sich die Aufgabe der Versorgung und des Transports der von der Außenwelt abgeschnittenen Schüler, Lehrer und Anwohner. Die Entfernung der die Straße gefährdenden Bäume und die Freigabe der Straße würden mindestens noch 48 Stunden dauern. Einen Lösungsansatz hatte Rasp schnell gefunden: Vielleicht konnte die Bundeswehr mit ihren gepanzerten Kettenfahrzeugen aushelfen. Ein solches „Hägglund" müsste den Aufprall eines Baumes eigentlich aushalten können.

Hilfe mit dem Hägglund

Also schnell zum Telefonhörer gegriffen und beim Kommandeur unseres Gebirgsjägerbataillons 232 im Nachbarort angerufen. Nach einer kurzen Bedenkzeit kam von Oberstleutnant Sonneberger militärisch knapp und präzise die Antwort, dass er innerhalb von einer Stunde in der Lage sei, mit „Hägglunds" auszuhelfen. Gesagt, getan: An diesem Nachmittag konnten die Schülerinnen und Schüler mit gepanzerten Fahrzeugen von der Schule abgeholt werden. Was für die Jugendlichen ein kleines Abenteuer war, verstetigte sich noch in den folgenden Tagen zu einem Pendelbetrieb für die notwendigen Lebensmittellieferungen der eingeschlossenen Bewohner der Buchenhöhe.

Aus Sicht des Rathauschefs „war diese Entscheidung eines verantwortlichen Offiziers im Nachhinein die wohl beste Werbung für die Bundeswehr überhaupt". Der gesamte Einsatz verlief unfallfrei und in dem folgenden Katastrophenfall war die Bundeswehr wertvoller Partner beim Abschaufeln der einsturzgefährdeten Dächer.

„Auch wenn das nur eine unter Bundeswehrmaßstäben vergleichsweise kleine Aktion war, so zeigt sie mir die Selbstverständlichkeit, mit der wir mit unserem Bundeswehrstandort in der Strub und seinen Soldatinnen und Soldaten zusammenleben", erläutert Rasp. „Patenschaft ist hier bei uns nicht nur ein symbolischer Akt, sondern ein gelebtes Miteinander von Geben und Nehmen, geprägt von persönlichem Kontakt, gegenseitiger Wertschätzung und kurzen Entscheidungswegen. Es ist gut zu wissen, dass wir uns gegenseitig aufeinander verlassen können und ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit."

An der Seite der Menschen in Zeiten der Not

Wie Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer in ihrem Vorwort betont, seien die Formen der Zusammenarbeit und des Miteinanders auf kommunaler Ebene besonders eindrücklich in Zeiten der Not. Dies sei so bei den Bundeswehreinsätzen während des Hochwassers an Oder und Elbe 1997 und 2002 gewesen. Und auch in der Corona-Pandemie seit 2020 stehe die Bundeswehr den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zur Seite.

„Seit Ausbruch der Pandemie galt: Dort, wo zivile Strukturen unter Druck geraten, ist die Bundeswehr bereit schnell und unbürokratisch zu helfen", so Kramp-Karrenbauer. Bis Mitte 2021 habe die Bundeswehr rund 6500 Hilfeleistungsanträge mit über 75.000 Soldatinnen und Soldaten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie bundesweit durchgeführt. Dabei unterstützten die Frauen und Männer in Uniform insbesondere bei der Kontaktnachverfolgung in den Gesundheitsämtern der Bundesländer, in Alten- und Pflegeheimen oder etwa beim Transport und Lagerung von Schutzausrüstung und Impfstoff. Zudem unterstütze die Bundeswehr mit Ärztinnen und Ärzten, Sanitätspersonal und sogenannten helfenden Händen in den Testzentren und bei der Impfkampagne.

Corona-Einsatz

Bereits heute stehe fest: „Der ‚Corona-Einsatz' unserer Soldatinnen und Soldaten ist der längste und größte Unterstützungseinsatz in Deutschland in der Geschichte der Bundeswehr." Neue Stationierungskonzepte und das Aussetzen der Wehrpflicht haben laut Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des DStGB, dazu geführt, dass die Bundeswehr nicht mehr in jeder Region und in jeder Familie verwurzelt ist, wie es in der Vergangenheit überwiegend der Fall war. Umso wichtiger sei es, sich aktiv für die Integration der Bundeswehr und ihrer Angehörigen in die Gesellschaft einzusetzen. Auch sei sicherzustellen, dass die Bundeswehr eine Armee zum Anfassen und mit den Menschen an ihren jeweiligen Standorten gesellschaftlich und sozial eng verbunden ist.

Solidarität und Wertschätzung

Es gebe viele Möglichkeiten für die Kommunen, ihre Solidarität und Wertschätzung für die Soldatinnen und Soldaten zum Ausdruck zu bringen, so Landsberg. Sei es die Idee der Gelben Schleifen, bei der diese etwa an Rathäusern als Symbol der Verbundenheit sichtbar platziert werden, oder eine Patenschaft zwischen einer Kommune und einem Truppenteil. Gemeinsame Veranstaltungen, insbesondere gemeinsame Feste, aber auch Diskussionsformate seien wichtig, um einander kennenzulernen und zu verstehen. Aber auch das Arbeiten an gemeinsamen Herausforderungen, wie etwa Kooperationen bei Kindertagesstätten, könnten die Verbindung zwischen Bundeswehr und Gesellschaft vor Ort stärken. **DK**

Stabilität statt ...

(Fortsetzung von Seite 1)
ge und Gesundheit, flächendeckend und leistungsstark."

Beim Klimaschutz will die CSU „begeistern statt bestrafen": „Wir wollen Klimaschutz mit Vernunft, indem wir Ökologie und Ökonomie verbinden. Kommende Generationen können sich auf uns verlassen: Wir stehen für echte Nachhaltigkeit statt falsche Versprechen."

Erhalten werden soll die Mobilität der Arbeitnehmer und Pendler. „Ideologische Verbote wie Dieselfahrverbote oder Tempolimits wird es mit uns nicht geben. Stattdessen geben wir Arbeitnehmern Freiheit zurück: Wir erhöhen die Arbeitnehmersparzulage, wir dynamisieren die Pendlerpauschale, wir führen eine Home-Office-Pauschale ein. Und wir stecken weder Arbeitnehmer noch Beamte in das Zwangskorsett einer Einheitsversicherung, die Lasten in die Zukunft verschiebt."

Starker Mittelstand

Auch künftig solle Deutschland über einen starken Mittelstand verfügen und Weltmarktführer hervorbringen. „Deshalb stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, indem wir die Steuerlast senken, den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen, die Abgabenlast begrenzen und Bagatellgrenzen einführen. Wir wollen die Unternehmensbesteuerung auf 25 Prozent senken und die Abschreibungsmöglichkeiten deutlich verbessern, indem wir degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens wiedereinführen und die Abschreibungsregeln für digitale Zukunftstechnologien verbessern."

Deutschland sei das Land der Ideen und Patente. Aus diesen Ideen entstünden neue Unternehmen und Arbeitsplätze. „Wir werden daher die Investitionsbedingungen für Unternehmensgründungen weiter verbessern und einen Zukunftsfonds II auflegen. Außerdem werden wir ein bürokratiefreies Jahr nach der Unternehmensgründung einführen und Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden online ermöglichen. Wir stehen an der Seite unserer klein- und mittelständischen Betriebe, unseres Handwerks und unserer Gastronomen. Wir erhalten unsere Wirtshäuser, indem wir die Mehrwertsteuersenkung auf Speisen dauerhaft beibehalten. Wir schützen die Innovationskraft unserer Betriebe, indem wir Substanzsteuern und linker Technologiefeindlichkeit eine klare Absage erteilen."

Richtungsentscheidung

Aus Sicht der Christlich-Sozialen Union ist die Bundestagswahl auch eine Richtungsentscheidung für die Souveränität in Deutschland und Europa. „Wir haben gesehen, wie abhängig wir sind von internationalen Lieferketten. Ein Deutschland mit Zukunft muss darauf die richtige Antwort geben: Abhängigkeiten lösen wir nicht durch Rückzug, sondern durch Rückgewinnung eigener Stärke. Dafür wollen wir eine innovative Gesellschaft, eine starke Wirtschaft und eine stabile Regierung. Wir stehen zum Freihandel. Wir wollen internationalen Austausch, aber keine einseitigen Abhängigkeiten. Rettungseinsätze, wie wir sie in den letzten Wochen in Afghanistan gesehen haben, muss Europa in Zukunft auch eigenständig von den USA durchführen können. Deshalb wollen wir die militärische Zusammenarbeit in Europa enger gestalten und unsere gemeinsamen europäischen Einsatzfähigkeiten deutlich ausbauen." **DK**

Mit Energie aus ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Verbrauchsverhalten: Anstatt Strom lediglich zu verbrauchen (Consumer) bzw. zu verbrauchen und zu erzeugen (Prosumer), nehmen die Kunden aktiv an der Energiewelt teil und werden zu Flexumern. Sie nutzen ihren selbst erzeugten Strom flexibel, indem sie überschüssigen Strom speichern, für Mobilität oder zur Wärmeerzeugung einsetzen. Mittels intelligenter Messsysteme können lokal entstehende Flexibilitätsoptionen (z. B. Speicher, E-Autos, Wärmepumpen) nicht nur vermarktet, sondern auch für netzdienliche Zwecke gesteuert werden. Als Flexumer leisten Bürgerinnen und Bürger so einen wichtigen Beitrag zur Stabilität der Stromnetze und werden zum zentralen Treiber der Sektorkopplung, also der zunehmenden Vernetzung des Gebäudesektors und der Mobilität mit dem Energiesystem.

300.000 Photovoltaik-Anlagen im Netz

Bereits heute speisen über 300.000 Photovoltaik-Anlagen Sonnenstrom ins Netz des Bayernwerks ein. Dieser Erfolg beruht auch auf den hohen Summen, die der Energieversorger einsetzt: Allein in den vergangenen vier Jahren wurden über zwei Milliarden Euro ins Netz investiert, 2021 werden es 650 Millionen Euro sein. Und jetzt kommt der Umbruch in eine neue Phase: Waren im ersten Solarboom vor rund zehn Jahren vor allem kleinere Anlagen ins Netz zu integrieren, werden nunmehr immer größere Photovoltaik-Anlagen anzuschließen sein.

Anfrageboom

Auch berichtete Westphal von einem regelrechten Anfrageboom nach Photovoltaikanlagen. So wurden allein bis Ende August 2021 im Bayernwerk-Netzgebiet Anschlussprüfungen für Hochspannungs- und Mittelspannungsnetze von knapp 12.000 Megawatt angefragt – das entspricht der Leistung von etwa elf Atomkraftwerken. Mit „Flower-Power" werde das Verteilnetz zur digitalisierten Vernetzungs-Plattform der Energiewende. Im Jahr 2030 erwarte man im Freistaat rund zwei Millionen elektrische PKW, 660.000 Wärmepumpen und etwa 380.000 Kleinspeicher. Um die Vernetzung zwischen Mobilität und Stromnetz auf den Weg zu bringen, arbeite das Bayernwerk aktuell in unterschiedlichen Forschungsprojekten unter anderem intensiv mit der bayerischen Automobilindustrie zusammen.

Speichercontainer Oskar II

Apropos Automobile: Im Februar dieses Jahres wurde ein innovativer Speichercontainer namens Oskar II. benannt nach dem Strompionier Oskar von Miller, auf dem Gelände des Bayernwerks in Regensburg in Betrieb genommen. Damit wird ausgedienten Batterien aus E-Fahrzeugen ein zweites Leben geschenkt. Gekoppelt zu einem Großspeicher versorgt Bayernwerk mit diesen Batterien so auch seine E-Ladestraße in der Tiefgarage der Regensburger Unternehmensleitung.

Insgesamt bietet die Anlage eine Kapazität von 400 Kilowattstunden. Möglich machen das die gebrauchten Lithium-Ionen-Akkus von Audi-Testfahrzeugen Der Speichercontainer ist ein Prototyp und verfügt über drei Ladepunkte für Elektrofahrzeuge. „Mit dem Fortschreiten der Energiewende spielen Speichermöglichkeiten eine immer größere Rolle. Denn wir brauchen sie für die intelligente Steuerung der Netze ebenso wie für die Elektromobilität. Im Falle von Oskar II. greifen beide Sektoren ineinander. Damit haben wir ein echtes Multitalent auf den Weg gebracht", erklärte der Vorstandschef. Entwickelt wurde der Speichercontainer von der Bayernwerk Netz GmbH in Zusammenarbeit mit der innofas GmbH.

Intelligente Energiemanagementsystem

Durch das intelligente Energiemanagementsystem kann der Container zum „Peak Shaving" genutzt werden, also als ausgleichendes Element beim Netzmanagement dienen. Beispielsweise kann die überschüssige Energie einer Photovoltaik- oder Windkraftanlage gespeichert und dann bei Lastspitzen genutzt werden. Solche Lösungen ermöglichen die bessere Auslastung der Verteilnetze und den weiteren Anschluss dezentraler Erzeugungsquellen an das Stromnetz.

Oskar II. ist auch für den „Inselbetrieb" einsetzbar, also dort, wo gar kein Netz oder nicht ausreichend Kapazität zur Verfügung steht. Naheliegend ist etwa der temporäre Einsatz bei Veranstaltungen im Freien oder als Schnellladestation auf Autobahnraststätten mit geringer Anschlussleistung. „Wir brauchen ein intelligentes Zusammenspiel von Fahrzeugen, Ladeinfrastruktur und Stromnetzen", machte Westphal deutlich. Durch den Einbau einer bidirektionalen Ladeschnittstelle könne die Kapazität des Energiespeichers künftig temporär erhöht werden. Elektrofahrzeuge könnten dann nicht nur Strom tanken, sondern auch als Speicher dienen und bei Bedarf Energie je nach Situation an das öffentliche Netz („vehicle to grid") oder das Kundennetz („vehicle to business") abgeben.

Testbetrieb für verschiedene Anwendungen

Der mobile Speicher läuft beim Bayernwerk im Testbetrieb in verschiedenen Anwendungen. Die aus dem Betrieb gewonnenen Daten bilden dann die Grundlage für die weitere Optimierung mobiler Speicherlösungen.

Dass das Bayernwerk beim Betrieb seiner Energienetze voll auf Digitalisierung setzt, zeigt das Projekt „Switch.ON". Hier kommt bei der digitalen Inbetriebnahme von Trafostationen die Künstliche Intelligenz von „IBM Watson" zum Einsatz, die in der „IBM Public Cloud" bereitgestellt wird. Heuer baut Bayernwerk rund 800 digitale Ortsnetzstationen auf. In den nächsten Jahren sollen mehrere tausend neue intelligente Ortsnetzstationen in seine Energienetze eingebunden werden. Sie sind ein wichtiger Schritt in die Energiezukunft, da sie detaillierten Aufschluss über vorhandene Netzkapazitäten liefern.

Campus Neuried

Um „Energie aus der Nähe" zu generieren, arbeitet der Energieversorger bereits erfolgreich mit seinen energetischen Lösungen für städtische Quartiere, wie dem Münchner Werksviertel. Auch der „Campus Neuried" bei München, ein künftiges Gewerbe- und Wohnquartier auf einer Bebauungsfläche von 52.000 Quadratmetern, bekommt unter anderem mittels Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung klimafreundliche Energie.

Im neuen Wohngebiet „Obermühle" in Eggenfelden entwickelt die Bayernwerk Natur GmbH in Zusammenarbeit mit Grundstückseigentümer und Generalplaner nun ein weiteres innovatives Versorgungsmodell, bei dem Strom und Wärme miteinander verzahnt sind. Mit dem voraussichtlichen Einzug in 2023 können die neuen Bewohner der Wohnanlage dann gleich mehrfach von dem Energiekonzept profitieren. Dass Quartierslösungen auch für kleinere Ortschaften sinnvoll sind, zeigt sich am Beispiel der 5.000-Einwohner Gemeinde Wackersdorf. Sie versorgt ihre Liegenschaften, wie die Schule und ein Mehrgenerationenhaus mit lokal erzeugter Wärme und Strom und stellt durch einen Batteriespeicher die Stromversorgung auch im Notfall sicher.

Glasfaserangebot

Ländliche Regionen werden auch durch die Verfügbarkeit von schnellem Internet gestärkt. Für sein Glasfaserangebot erhält das Bayernwerk großen Zuspruch. So haben sich Westphal zufolge beispielsweise zahlreiche Meringer Haushalte für das Angebot der Bayernwerk Netz GmbH und ihrem Partner LEW Telnet mit kostenlosem Glasfaserhausanschluss entschieden. Der Ausbau kann damit starten.

Sicherheitsvorkehrungen, gegenseitige Achtsamkeit, digitale Schutzmechanismen

Die strategische Weiterentwicklung umfasst auch die Arbeitswelt im Unternehmen. „Um die Arbeitssicherheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter zu erhöhen, setzen wir neben detaillierten Sicherheitsvorkehrungen auf gegenseitige Achtsamkeit und digitale Schutzmechanismen", unterstrich Westphal. So wurde auf Initiative der eigenen digitalen Entwicklungsplattform NEXT die Entwicklung eines Warnsensors für Servicetechniker des Bayernwerks auf den Weg gebracht. Dieser wird wie eine Uhr am Handgelenk getragen und reagiert mit akustischen und visuellen Signalen, wenn sich die Träger stromführenden Teilen nähern. In Partnerschaft mit dem Herrschinger Unternehmen „WT I Wearable Technologies AG" (WT) wurde diese Entwicklung nun zur Marktreife gebracht.

Schutzengel am Handgelenk

„Das ist wie ein Schutzengel am Handgelenk. Sehr schnell haben wir das Potenzial dieser Entwicklung erkannt. Wir freuen uns sehr, dass wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach und nach mit diesem Schutzengel ausstatten können. Über die Sicherheitsaspekte im eigenen Unternehmen hinaus bietet die Nutzung von Sensorik in der Arbeitssicherheit erhebliche Marktchancen. Wir wollen diese Sicherheitskomponente unbedingt auch anderen Unternehmen und Anwendern zur Verfügung stellen und haben dazu mit WT das Joint Venture PEEK ins Leben gerufen", informierte der Vorstandsvorsitzende.

Westphal zufolge ist die Energiewende „eine der größten Herausforderungen unserer Zeit". Wer auf Kurs bleiben will, benötige vor allem Transparenz. Der EnergieMonitor der, der allen Kommunen in den Netzgebieten von Bayernwerk und LEW zur Verfügung steht, gebe detaillierten Aufschluss über die örtliche Stromerzeugung und den örtlichen Verbrauch.

EnergieMonitor

Visualisiert wird die lokale Energiebilanz auf einer online einsehbaren Übersicht, dem digitalen Dashboard. Auf der einen Seite werden die regenerativ erzeugten Kilowattstunden angezeigt, etwa aus Biomasse, Photovoltaik oder Wasserkraft. Auf der anderen Seite ist der jeweilige Verbrauch durch Industrie und Gewerbe, kommunale Anlagen und private Haushalte zu sehen. Im Viertelstundentakt aktualisieren sich die Daten und zeigen die prozentuale Eigenversorgung der Region an.

Mit dem EnergieMonitor haben nicht nur Bürgermeister die lokale Energiewende im Blick. Die digitale Übersicht lässt sich auch auf der kommunalen Internetseite einbinden oder auf einem größeren Bildschirm in öffentlichen Räumen und Schulen darstellen. So können alle Interessierten und vor allem die in der Region lebenden Bürger einsehen, wie die Energiewende in der Heimat umgesetzt wird. Das schafft Transparenz und motiviert. Inzwischen, so Westphal, machen bereits 80 bayerische Kommunen von diesem Tool regen Gebrauch. **DK**

Digitale Lebensräume in Spiegelau und Frauenau

Virtuelle Veranstaltung von CSUnet

Wie Digitalisierung gerade in den ländlichen Räumen Bayerns helfen kann, die täglichen Herausforderungen besser zu bewältigen, wird aktuell in dem Projekt „Digitales Dorf Spiegelau-Frauenau“ erprobt. Dabei steht der Mensch im Mittelpunkt. Mithilfe von digitalen Instrumenten soll es gelingen, einen Mehrwert zu generieren, der unmittelbar an den jeweiligen Lebenssituationen der Menschen ansetzt und den Bürgern direkt zugutekommt.

Wie das Dorf der Zukunft aussehen kann und die Bürger hiervon profitieren, erläuterte der Erste Bürgermeister der Gemeinde Spiegelau, Karlheinz Roth, im Rahmen einer virtuellen Veranstaltung des Arbeitskreises CSUnet, moderiert von Landesgeschäftsführer Siegfried Nürnberg.

Digitale Instrumente an sich sind nichts Neues. Im Projekt wird deshalb ein vernetzter Ansatz verfolgt, der zahlreiche Lebensbereiche erfasst und verbindet. Das „Digitale Dorf“ bildet das gemeinsame Dach für vielfältige Teilprojekte, die jeweils gemeinsam mit dem Technologiecampus der Hochschule Deggendorf in Grafenau entwickelt werden.

Dahoam 4.0

Laut Rathauschef Roth orientieren sich die Handlungsfelder an alltäglichen Herausforderungen. Als adressierte Themenfelder in Spiegelau/Frauenau nannte er Arbeiten, Medizin/Pflege, Bildung/Lernen, Digitale Bürgerservices, Mobilität sowie Tourismus/Kultur. Dahoam 4.0 steht für die Digitalisierung von Gemeinden im ländlichen Raum. Die Marke vereint alle Ergebnisse, Lösungen und Apps, die in den Kommunen des „Digitalen Dorfs“ entstehen.

Rathaus-App

Gemeinsam mit Gemeindevertretern und Bürgern wurden so die Anforderungen an eine Rathaus-App definiert und erfolgreich umgesetzt. Zudem geht man mit der Installation digitaler Anschlagstafeln im Gemeindebereich Frauenau völlig neue Wege, um der Bekanntmachungs- und Informationspflicht gegenüber den Bürgern nachzukommen. So werden zum Beispiel Beschlüsse des Gemeinderats, Veranstaltungshinweise oder auch sonstige aktuelle Informationen aus der Gemeinde digital und für jedermann zugänglich präsentiert. Ebenso wurden regelmäßige, weitgehend automatisierte Live-Übertragungen von Gottesdiensten aus den Pfarrkirchen der Gemeinden durchgeführt, um insbesondere älteren Menschen (z.B. in Seniorenheimen) die Teilhabe an der heiligen Messe aus den ihnen bekannten Pfarrkirchen zu ermöglichen.

Darüber hinaus unterstützt die Dahoam 4.0 – Vereins App Modellvereine in beiden Gemeinden in der täglichen Vereinsarbeit. Als digitales Informations- und Organisationstool erleichtert die App die vereinsinterne Kommunikation, ermöglicht es, relevante Dokumente oder Fotos auszutauschen und jederzeit mobil und bedarfsgerecht auf alle relevanten Informationen zugreifen zu können.

dDgital gestützte Nachbarschaftshilfe

Zunächst wiederum für die Zielgruppe der älteren Mitbewohner angedacht, wird eine digital gestützte Nachbarschaftshilfe gefördert. In den Gemeinden Mauth, Frauenau und Spiegelau gibt es bereits ein vielfältiges Angebot von Besuchsdiensten über Fahrdiensten bis hin zu gelegentlichen Hilfsdiensten in Haus und Garten. Die Organisation dieser Angebote sowie die Kommunikation zwischen den Helfern wird digital unterstützt.

Menschen ab 55 Jahren können durch die neuen Technologien eine spürbare Unterstützung im Alltag erfahren. Mit dem Projekt „BLADL – Besser Leben im Alter durch digitale Lösungen“ werden Senioren durch passgenaue Weiterbildungsangebote unterstützt.

Die besondere Struktur von Spiegelau mit insgesamt 33 Gemeindeteilen erfordert auch neue Formen der Mobilität, um dauerhaft allen Generationen Zugang zu Nah- und medizinischer Versorgung zu ermöglichen. Mit dem im September 2018 gestarteten Dorfbus hat die stark zersiedelte Gemeinde Spiegelau ein neues, bedarfsorientiertes Angebot für ihre Bürger geschaffen. Dieses Angebot ist auch digital abrufbar. Über eine entsprechende Mobilitäts-App können Fahrtauskünfte eingeholt und Fahrten gebucht werden.

Im Teilbereich Schule sollen schrittweise digitale Klassenzimmer in den Grundschulen der beiden Modelldörfer etabliert werden. Hierzu wurden im ersten Schritt sämtliche Klassenzimmer und Unterrichtsräume mit modernen Glasfaserleitungen verkabelt. In einem zweiten Schritt erfolgte die Ausstattung der Klassenzimmer mit zeitgemäßer IT und WLAN-Hotspots. Darüber hinaus befindet sich eine Schulplattform im Aufbau, die neben dem Dokumentenaustausch auch eine direkte Kommunikation zwischen Eltern und Lehrkräften ermöglicht. Die neue digitale Ausstattung geht mit dem an die neuen Angebote angepassten digitalen Medienkonzept der beiden Grundschulen einher. Hier wird ein Schwerpunkt auf das Thema Medienkompetenz gelegt.

In dem vom Bayerischen Gesundheitsministerium geförderten Projekt „MeDiLand – Medizin Digital zur Verbesserung der Versorgung auf dem Land“ soll auch dem Haus- und Fachärztemangel in den ländlichen Räumen entgegengewirkt werden. Gerade Covid 19 hat in der Verlängerungsphase des Projektes MeDiLand als Katalysator für Telemedizin gewirkt. Da die Telemedizin durch die räumliche Entkopplung vor allem dem Infektionsschutz dient, hat sich der Anteil von Televisiten im Vergleich zu analogen Hausbesuchen erhöht. Im zweiten Quartal stieg der Anteil digital unterstützter Hausbesuche auf knapp 21 % aller Hausbesuche. Insgesamt erhöhte sich bei Patienten, Fachkräften und Ärzten die Bedeutung, das Verständnis und die positive Wahrnehmung telemedizinischer Anwendungen.

Ortsungebundenes Arbeiten

Digitalisierung revolutioniert auch die Arbeitswelt und erlaubt vielfach ein ortsungebundenes Arbeiten. Immer mehr Unternehmen befürworten flexible Arbeitskonzepte – unter anderem, weil sie wegen Corona gute Erfahrungen mit Beschäftigten gemacht haben, die von zu Hause arbeiten. Die Schaffung sog. Coworking Spaces auf dem Land kann eine Möglichkeit sein, hochqualifizierte Arbeitnehmer für sich zu gewinnen oder diejenigen mit starkem Bezug zur ländlichen Heimatgemeinde langfristig zu halten.

Unter dem Motto „Lebenszeit zurückgewinnen, weniger pendeln, CO2 sparen” wurde Anfang 2020 der kommunale Coworking Space „Coworking Dahoam 4.0“ in der Gemeinde Spiegelau eröffnet. In einer einjährigen Testphase wurde erprobt, wie groß die Akzeptanz von Coworking in der Region ist und welche Rahmenbedingungen erfüllt sein müssen, um die spezifischen Bedürfnisse der NutzerInnen zu erfüllen. Das Angebot wurde gut angenommen und wird nun verstetigt.

Der Bayerische Wald ist eine Tourismusregion. Um Reisewillige anzulocken, bedarf es eines gut aufbereiteten und ansprechend dargestellten Angebots. Eine Vermarktung über das Internet und digitale Anwendungen ist dabei nicht mehr wegzudenken. In der Ferienregion Nationalpark Bayerischer Wald wurde auf eine bereits bestehende App Lösung von SummitLynx gesetzt und die „Digitale Wandernadel“ eingeführt. Outdoorfans ist es nun möglich, Wanderstempel digital zu sammeln und damit ihr digitales Gipfelbuch immer dabei zu haben: egal, ob auf der Besteigung einer der Bayerwaldgipfel, auf einer Wanderung auf den zahlreichen Themenwegen oder auf einer Entdeckungstour durch Deutschlands ältesten Nationalpark.

Intensive Bürgerbeteiligung

Fazit: Die wichtigste Basis für den großen Erfolg des Projekts „Digitales Dorf Spiegelau-Frauenau“ bildet eine intensive und ergebnisoffene Bürgerbeteiligung. Ziel ist es dabei nicht, eine 100 Prozent-Digitalisierung um jeden Preis durchzusetzen und den Bürgern schmackhaft zu machen. Vielmehr können diese im Rahmen des Beteiligungsprozesses das Tempo der Digitalisierung mitbestimmen und die jeweiligen neuen Angebote entsprechend ihrer Bedürfnisse frei gestalten und entwickeln. Mit dieser Methodik ist es den Modellkommunen in den vergangenen Jahren wiederholt gelungen, passgenaue und zielgruppenorientierte Angebote zu schaffen, die bei den Bürgern auf hohe Akzeptanz stoßen. **DK**



Bessere Lebensräume für Insekten an der Günz

Stiftung Kulturlandschaft Günztal und LEW Wasserkraft haben mehrere Habitate fertiggestellt
Ökologische Maßnahmen von der Quelle bis zur Mündung

Die Lebensräume für Insekten und andere Tiere an der Günz verbessern – das ist das Ziel des Projekts „Insektenfreundliches Günztal" der Stiftung Kulturlandschaft Günztal. Die ersten Maßnahmen entlang des Flusses wurden nun fertiggestellt. Gemeinsam mit LEW Wasserkraft, dem Betreiber der Wasserkraftwerke an der Günz, hat die Stiftung drei sogenannte Mikrohabitate angelegt. Diese „Klein-Lebensräume" bieten mit Totholzstrukturen, Nisthügeln, Feuchtmulden und anderen Elementen optimale Voraussetzungen, um Insekten und anderen Tieren auf kleinem Raum möglichst vielfältige und naturnahe Lebensbedingungen anzubieten.

Die Mikrohabitate sind Teil des Projekts „Insektenfreundliches Günztal". Das Projekt der Stiftung Kulturlandschaft Günztal beschäftigt sich insgesamt mit insektenfreundlichen Strukturen entlang der Günz als Biotopverbund. Der Fluss soll eine Verbindungsachse zwischen den artenreicheren Regionen Alpenvorland und Donautal schaffen. Im Vordergrund steht die Verbesserung von Lebensräumen für heimische Tierarten. Ein Baustein dabei sind sogenannte Mikrohabitate.

Vielfältige Strukturen auf kleinem Raum

Mikrohabitat bedeutet wörtlich übersetzt „Klein-Lebensraum". Hier werden optimale Voraussetzungen geschaffen, um Insekten und anderen Tieren auf kleinem Raum möglichst vielfältige und naturnahe Lebensbedingungen anzubieten. Die Mikrohabitate des Biotopverbunds Günztal bestehen aus mehreren Elementen:

- ein Totholzhaufen für holzbewohnende Insekten wie die Holzbiene
- ein Nisthügel für Wildbienen und andere bodennistende Insekten
- eine Feuchtmulde, um die Strukturvielfalt für feuchteliebende Tiere und Pflanzen, wie Mädesüß, zu erhöhen
- eine Brachfläche als Unterschlupf und ungestörtes Winterquartier, vor allem für Grashüpfer oder Tagfalter
- eine Blumenwiese, die mit regionalen Pflanzenarten als Nahrungsquelle dient

Die Mikrohabitate entstehen an vielen Stellen entlang der Günz, von Günzach bis Günzburg. Ende 2020 startete die Stiftung mit dem Anlegen der ersten Mikrohabitate im Landkreis Günzburg auf Flächen von LEW Wasserkraft. Der Wasserkraftwerksbetreiber kam als einer der ersten Akteure im Landkreis Günzburg auf die Stiftung zu und bot an, das Projekt durch die Bereitstellung von Flächen zu unterstützen. LEW Wasserkraft legte daraufhin insgesamt drei Habitate auf eigenen Flächen an.

Habitate an der Fischwanderhilfe

Die Habitate sind jeweils 1.000 bis 2.500 Quadratmeter groß und entstanden an der Fischwanderhilfe und am Staudamm beim Wasserkraftwerk Ellzee sowie an der Fischwanderhilfe beim Kraftwerk Wattenweiler. Im Gesamtprojekt Biotopverbund-Günztal übernehmen sie die Funktion sogenannter Trittsteine: Sie dienen als Lebensraum und unterstützen als Zwischenstationen die heimischen Arten bei Wandervorgängen im Günztal.

„Als Wasserkraftwerksbetreiber können wir mit unseren Projekten dazu beitragen, die Lebensräume für Tiere und Pflanzen zu erhalten oder sogar zu verbessern – im Fluss aber auch entlang der Gewässer", erklärt Andreas Hurler, Leiter Instandhaltung Bau bei LEW Wasserkraft und verantwortlich für die Biotope an der Günz.

„Für uns war schnell klar, dass wir das Vorhaben der Stiftung Kulturlandschaft Günztal unterstützen. Dieses Projekt ist eines von zahlreichen Artenschutzprojekten, die wir auf unseren eigenen Flächen umsetzen. Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind fest in unserem Leitbild verankert."

Informationstafeln

Im Frühjahr dieses Jahres hat die Günztal-Stiftung die Habitate noch mit heimischen Wildpflanzen angesät. Seit kurzem geben auch Informationstafeln Besucherinnen und Besuchern einen Einblick in die neu entstandenen Strukturen.

„Es freut uns, dass LEW Wasserkraft direkt begeistert war und uns tatkräftig unterstützt hat. Eine solche Zusammenarbeit bietet einen großen Mehrwert für den Schutz der Natur und jede und jeder kann mitmachen. Wir wollen insgesamt 100 solcher Mikrohabitate anlegen und dabei können sowohl größere Flächeneigentümer wie LEW, aber genauso auch Private, Kommunen oder Vereine helfen, Lebensräume zu verbessern. Wir sind offen für alle, kommen Sie gerne auf uns zu," meint Julia Sing, Projektmanagerin der Günztal-Stiftung im Landkreis Günzburg.

Engagement der LEW-Mitarbeiter

Die Habitate kosteten jeweils rund 1.000 Euro. Die Kosten wurden von der Stiftung Kulturlandschaft Günztal übernommen. Errichtet wurden die Habitate von Mitarbeitern von LEW Wasserkraft, die für diese Maßnahmen regelmäßig aus- und weitergebildet werden. Insgesamt stellt der Wasserkraftbetreiber 7.000 Quadratmeter Fläche entlang der Günz für Naturschutzmaßnahmen zur Verfügung.

Einbindung der Landwirte

Neben der Verbesserung der Lebensräume gehören auch die Kommunikation mit der Landwirtschaft und die Information über insektenfreundliche Grünland-Bewirtschaftung zum Projekt. Die Stiftung möchte altbewährte Methoden, wie das Messerbalkenmähwerk wieder ins Gespräch bringen. Sie sind weit weniger gefährlich für die Insekten in der Wiese als die verbreiteten Scheiben- und Trommelmähwerke. Die Stiftung hat drei dieser Mähwerke gekauft und bietet für jede Landwirtin und jeden Landwirt im Günztal kostenlos auf deren eigenen Flächen eine Demonstration an. Dazu kommt ein landwirtschaftlicher Praxisbegleiter mit dem Gerät auf den Betrieb.

Wissenschaftliche Begleitung

Bei dem Projekt handelt es sich um ein Verbundprojekt, das parallel von den Universitäten Halle-Wittenberg und Osnabrück wissenschaftlich begleitet wird. Es werden auf ausgewählten Flächen sowohl klassische Kartierungsarbeiten in den Artengruppen Tagfalter, Heuschrecken, Wildbienen und Zikaden, als auch genetische Untersuchungen durchgeführt, um herauszufinden, welche Insekten noch vorhanden sind und wie die Populationen miteinander verbunden sind. ❐



Andreas Hurler, Leiter Instandhaltung Bau bei LEW Wasserkraft und verantwortlich für die Biotope an der Günz, und Julia Sing, Projektmanagerin der Günztal-Stiftung im Landkreis Günzburg, stellen das neue Mikrohabitat bei Wattenweiler vor – eines der ersten, das im Rahmen des Projekts „Insektenfreundliches Günztal" entstanden ist. Bild: LEW/Bernd Feil

Stadtwerke Bad Wörishofen und schwaben netz:

Netzkopplungsvertrag unterzeichnet

Die Partner Stadtwerke Bad Wörishofen und schwaben netz machen die Energieversorgung in Bad Wörishofen fit für die Zukunft. Vor kurzem schlossen Peter Humboldt, Werkleiter Stadtwerke Bad Wörishofen und Anselm Pfitzmaier, Geschäftsführer schwaben netz gmbh im Beisein von Bürgermeister Stefan Welzel den aktualisierten Netzkopplungsvertrag zwischen den Stadtwerken Bad Wörishofen und schwaben netz ab.

Sichere und nachhaltige Energieversorgung ist Basis für Entwicklung

Die Versorgung mit sicherer, bezahlbarer und nachhaltiger Energie ist eine der Hauptaufgaben in der Daseinsvorsorge der Stadt und damit der Stadtwerke. Netzkopplungsverträge bilden die Grundlage einer vernetzten und sicheren Gasinfrastruktur. Diese Verträge müssen Schritt halten mit den Ansprüchen an eine moderne und nachhaltige Energieversorgung.

„Für die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung der Stadt ist ein unter anderem ein veränderter höherer Übergabedruck vereinbart worden", erläuterte Peter Humboldt. Dies findet auch Eingang in die Vertragsaktualisierung.

„In Netzkopplungsverträgen werden alle technischen und gaswirtschaftlichen Belange an den Übergabepunkten geregelt", sagte Anselm Pfitzmaier, schwaben netz. „Wir sind der sogenannte vorgelagerte Netzbetreiber, also durch unsere Leitungen fließt das Erdgas bis zu jener Station, an der die Stadtwerken Bad Wörishofen es in ihr Leitungsnetz in der Stadt übernimmt."

Partnerschaft in der modernen Energiewelt

Die Partner arbeiten seit Jahren vertrauensvoll und zuverlässig zum Wohle der Bad Wörishofener Bürgerinnen und Bürger zusammen. Bei technischen Weiterentwicklungen, Änderungen bei Kapazitäten oder die Entwicklung hin zu erneuerbaren Energien, wie Wasserstoff wird partnerschaftlich und gleichberechtigt agiert. „Die Kommunikation und das gemeinsame Ziel einer nachhaltigen zukunftsfesten Energieversorgung stimmen", so Anselm Pfitzmaier.

Die Stadtwerke Bad Wörishofen (SWBW) sind ein modernes, kommunales Dienstleistungsunternehmen. Eigentümerin der SWBW ist zu 100 Prozent die Stadt Bad Wörishofen. Die SWBW verstehen sich als „Bürgerwerk" und sind ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Seit vielen Jahrzehnten sorgen sie für eine sichere Versorgung der Kneippstadt Bad Wörishofen mit Energie (Strom, Erdgas, Wärme) und frischem Trinkwasser aus der Region.

Mehr als 200 Gemeinden werden in dem knapp 7.000 Kilometer langen Gasnetz von schwaben netz versorgt. schwaben netz ist eine 100-prozentige Unternehmenstochter von erdgas schwaben. Sowohl öffentliche Einrichtungen als auch private Haushalte nutzen Leistungen von erdgas schwaben. Gas ist heute Wunschenergie Nr. 1: Über 75 Prozent aller Bauherren wünschen einen Gasanschluss.

Gas ist Partner der erneuerbaren Energien und lässt alle Zukunftsoptionen zu – sei es schwäbisches Bio-Gas oder Wasserstoff. erdgas schwaben bietet Gas, Bio-Gas, Strom, Bio-Strom, Wasserstoff und Contracting. ❐



V.l.: Claus Würker, Abteilungsleiter Netzplanung schwaben netz, Anselm Pfitzmaier, Geschäftsführer schwaben netz gmbh, Stefan Welzel, Erster Bürgermeister Bad Wörishofen, Peter Humboldt, Werkleiter Stadtwerke Bad Wörishofen, Robert Böck, Kaufm. Leiter Stadtwerke Bad Wörishofen. Bild: schwaben netz gmbh

Pullach bekommt Regionalen Strommarkt

Regional – ökologisch – sozial nachhaltig: Mit dem Start des Regionalen Strommarkts in Pullach geht die erste Gemeinde in Oberbayern gemeinsam mit dem Bayernwerk einen neuen Schritt in Richtung nachhaltiger Energiezukunft. Mit dem „IEP Ökostrom" können Bürgerinnen und Bürger vor Ort nun erstmals regional erzeugten, zertifizierten Ökostrom nutzen und gleichzeitig einen Beitrag für die karitative Arbeit vor Ort leisten. Wie genau dies funktioniert, erklärten die Partner von Gemeinde, Bayernwerk und Isartaler Tisch.

„Mit dem Regionalen Strommarkt Pullach schlagen wir für unsere Bürgerinnen und Bürger nun ein neues Kapitel im Energiemarkt vor Ort auf", erklärte Susanna Tausendfreund, Bürgermeisterin von Pullach im Isartal, bei der Vorstellung des regionalen Strommarktes. Stromversorgung und Stromabnahme finden nun quasi vor Ort statt. „Ich denke, das ist im Kleinen ein richtungsweisender Schritt in die zukünftige Stromversorgung: Lokal, regional, dezentral", sagte Susanna Tausendfreund. Für die Gemeinde werde nun zusammen mit dem Bayernwerk erstmals ein in der Region erzeugter Strom angeboten.

Die Partnerunternehmen Innovative Energie Pullach (IEP) sowie die Bayernwerk Regio Energie GmbH werden für die Kunden des Strommarkts hierzu den „IEP Ökostrom" anbieten. „Der zertifizierte Ökostrom aus dem Isartal ist zu 100 Prozent regenerativ erzeugt, zum Beispiel aus dem Wasserkraftwerk Baierbrunn", sagte IEP-Geschäftsführer Helmut Mangold. So kauft die IEP die Strommengen exklusiv aus regionalen Wasserkraftwerken der Isar und Loisach. Strom aus Windkraft und neuen PV-Anlagen aus der direkten Nachbarschaft wird später den Strommix komplettieren.

Der Strom wird aber nicht nur einen regionalen und ökologischen, sondern auch einen sozialen Aspekt tragen: Denn bei jedem neuen Stromkunden spendet die IEP beim Abschluss eines Stromtarifs 50 Euro an den Isartaler Tisch. Zudem können Kunden die 1-Cent-Option ankreuzen – dann fließt 1 Cent pro kWh automatisch an den Isartaler Tisch, das sind pro Stromkunde im Schnitt 30 Euro pro Jahr. Johannes Schuster, Vorsitzender des gemeinnützigen Vereins, freut dieses karitative Engagement sehr: „Dieser Wechselbonus ist tatsächlich ein innovatives Angebot. Damit werden unmittelbar Menschen unterstützt, denen im täglichen Leben sehr oft Chancengleichheit, Respekt und Beachtung versagt wird."



V.l.: Bayernwerk Regio Energie Geschäftsführer Thomas Oppelt, Isartaler Tisch-Vorsitzender Johannes Schuster, Pullachs Bürgermeisterin Susanna Tausendfreund, IEP-Geschäftsführer Helmut Mangold, 1. Strommarkt-Kundin Evelyn Heinsdorf, IEP-Aufsichtsrat Johannes Burges. Bild: Michael Bartels/Bayernwerk

Vorreiter für die wirkliche Energiezukunft

Nach den Worten von Thomas Oppelt, Geschäftsführer der Bayernwerk Regio Energie, wird Pullach im Landkreis München zum Vorreiter für die wirkliche Energiezukunft. Er sagte: „Es gibt ein Bedürfnis der Menschen nach regionaler Nähe, Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Die Menschen wollen Energie aus der Heimat. Dort erzeugt, dort verbraucht." Diese Nähe sei der Kern lokaler Märkte, in die auch Bürger ihre Erzeugungsanlagen einbringen oder in denen sie regenerativen Strom aus regionaler Herkunft beziehen können. Das Bayernwerk biete die Technologie, die zur Umsetzung dieser lokalen Märkte erforderlich ist. Mit der Vernetzung dezentraler Erzeugung zu lokalen Märkten nehme das Energiesystem eine echte Neuausrichtung. „Wir freuen uns sehr, die Gemeinde Pullach bei dieser Entwicklung begleiten zu dürfen. Wir haben noch viel vor und möchten weitere Digitalisierungs- und Visualisierungslösungen einbauen und den Strommarkt in Richtung eines physischen Strommarkt zu entwickeln", erklärte Thomas Oppelt.

Bereits zum Start stellt die Gemeinde über ihre regenerative Erzeugungsanlagen den vor Ort erzeugten Strom der Region zur Verfügung. Eine Beteiligung weiterer Energieerzeuger aus der Nähe, idealerweise mit einer Leistung größer als 100 kWp, ist weiterhin möglich. ❐

Bayerischer Stromgipfel in München:

Mehr Tempo bei der Energiewende!

Die Herausforderungen für die Sicherung der Stromversorgung des Wirtschaftsstandortes Bayern erörterten in einer Videokonferenz mit anschließender Pressekonferenz Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier mit Vertretern der bayerischen Wirtschaft und Wissenschaft. Einigkeit bestand darin, dass es beim Ausbau erneuerbarer Energien und beim Bau neuer Stromleitungen ein deutlich höheres Tempo geben müsse. Zudem brauche es für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit, vor allem für die Industrie-, aber auch für kleinere Unternehmen zwingend niedrigere Strompreise und eine belastbare Versorgungssicherheit.

Da die Zeit dränge, „werden wir Stromleitungen brauchen, und zwar schneller als bisher geglaubt", machte Ministerpräsident Söder deutlich. Heute dauere es 16 Jahre, ehe eine Stromautobahn durch Deutschland gelegt wird, kommentierte Bundeswirtschaftsminister Altmaier. Dieser Zeitraum müsse halbiert werden. Auf ein Drittel zu reduzieren, wäre aus Söders Sicht noch besser. Beide Unionspolitiker plädierten für zügigere Genehmigungsverfahren, wobei die Bürgerbeteiligung nicht auf der Strecke bleiben dürfe.

Solaroffensive

Erheblich an Fahrt gewinnen müsse zudem die nachhaltige Stromerzeugung in Bayern. Benötigt würden Pipelines für „grünen" Wasserstoff. Zudem werde eine große Solaroffensive im Land gestartet. „Dazu gehört, die Dächer aller in staatlichem Besitz befindenden Immobilien für PV zu nutzen", betonte Söder. Dies würde eine Vervielfachung der PV-Anlagen bedeuten. Zudem soll sich die Förderung privater Anlagen dieser Art verdoppeln. Für sinnvoll hält Söder zudem nach der Bundestagswahl auch eine Diskussion darüber, ob Solaranlagen bei Neubauten und auch im Gewerbebereich zur Pflicht werden sollten.

Windkraft

Keine Veränderungen will der Ministerpräsident bei der umstrittenen bayerischen 10H-Abstandsregel für Windkraftanlagen vornehmen. Ausnahmen sieht er etwa beim Repowering alter Anlagen, im Staatswald sowie auf vorbelasteten Gebieten oder Vorrangflächen. Ziel sei, 500 neue Windräder zu etablieren. Erfolgreich werde man nur sein, wenn das Naturschutzrecht auch vereinfacht wird.

Auch nach Auffassung von Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), ist der Ausbau der Übertragungsleitungen schnellstens umzusetzen. Darüber hinaus müsse der Ausbau der Erneuerbaren stark beschleunigt werden. Neben PV-Zubau und mehr Windrädern seien geeignete Mechanismen zu ergreifen. Nicht schlecht wäre es laut Brossardt, „10H da ein bisschen anzupassen".

Zudem setzt die Wirtschaft darauf, dass die Wasserkraft modernisiert und ausgebaut wird. Die Wirtschaft benötige Gaskraftwerke als Reserve, die zu klimaneutralen Wasserstoffkraftwerken umgerüstet werden müssen, hob Brossardt hervor.

Bedürfnisse erfüllen

„Die Nachfrage nach erneuerbarer Energie wächst in der Wirtschaft weiter drastisch, fast schon exponentiell. Da müssen wir Gas geben, dass wir deren Bedürfnisse erfüllen können", stellte auch Klaus Josef Lutz, Präsident des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages (BIHK) fest. Alles, was heute an Geschäftsmodellen finanziert werde, müsse sich an Nachhaltigkeitskriterien messen lassen. Lege man nicht an Geschwindigkeit bei den Erneuerbaren zu, könnten Unternehmen in Finanzierungsschwierigkeiten kommen, mutmaßte Lutz, da die Banken aufgrund von EU-Vorgaben wie den geplanten „Sustainable Finance Regulations" dann nicht mehr alte, klassische Geschäftsmodelle finanzieren werden.

Deckelung der EEG-Umlage

Wie der Präsident des Bayerischen Handwerkstages (BHT), Franz Xaver Peteranderl, hervorhob, sei die Entlastung der Großverbraucher von der EEG-Umlage über die Besondere Ausgleichsregelung von Anfang an eine Fehlkonstruktion gewesen. Es sei höchste Zeit, die Finanzierung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und die Verteilung der Kosten der Energiewende neu zu regeln.

Das Handwerk sei sich bewusst, dass die international agierenden Großunternehmen in Deutschland einen Strompreis brauchen, der ihnen erlaubt, im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, so Peteranderl: „Dass die Entlastungen der Industrie über den Strompreis jedoch zu einem großen Teil zulasten kleiner und mittlerer Betriebe läuft, ist unfair und unverhältnismäßig. Die Deckelung der EEG-Umlage in den Jahren 2021 und 2022 ist ein erster Schritt hin zu einer gerechteren Verteilung. Nun müssen weitere folgen."

EEG-Umlage absenken

Das bayerische Handwerk fordert, die EEG-Umlage weiter deutlich abzusenken und mittelfristig ganz abzuschaffen. Die Begünstigungen für Großverbraucher müssten durch Bundesmittel finanziert werden. Auch dürften Handwerk und Mittelstand von einer CO2-Bepreisung nicht stärker betroffen sein als Großunternehmen. Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit müssten gewährleistet bleiben. Dafür seien ein Ausbau der Netze und die Entwicklung von Speichertechnologien erforderlich. „Energiewende und Klimaschutz sind wichtig, dürfen aber eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung nicht ausschließen", erklärte der BHT-Präsident. **DK**

Landkreis Lindau wird Wasserstoffregion

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat die Gewinner des Wasserstoff-Regionenwettbewerbs HyLand II verkündet. Der Landkreis Lindau mit seinen Verbundpartnern wurde als eine von 15 Regionen ausgewählt und erhält nun eine Förderung von 400.000 Euro, um künftige Anwendungsmöglichkeiten für grünen Wasserstoff im Allgäu und am Bodensee zu untersuchen. „Ich freue mich sehr über diese Förderzusage, die es uns ermöglicht, die Wasserstofftechnologie in der Region weiter voranzubringen. Besonders bedanken möchte ich mich dafür bei Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer sowie bei Bundesminister Dr. Gerd Müller, der meiner Bitte gefolgt ist und unsere Bewerbung tatkräftigt unterstützt hat", sagt Landrat Elmar Stegmann.

Insgesamt 51 Bewerber hatte es deutschlandweit für die Kategorie der „HyExperts" gegeben, in der der Landkreis nun den Zuschlag erhalten hat. In dieser Wettbewerbsklasse geht es darum, erste bestehende Ansätze in einem umsetzungsorientierten Gesamtkonzept zusammenzuführen und damit die Ausgangslage für eine regionale Wasserstoffwirtschaft zu schaffen. Laut Verkehrsminister Andreas Scheuer, der die Gewinnerregionen verkündete, geht es nun darum, die Technologie raus aus dem Labor und hin zu den Menschen im Land zu bringen.

Im Gewinnerprojekt „HyAllgäu*-Bodensee" des Landkreises Lindau liegt der Fokus darauf, einen diversifizierten Absatzmarkt für grünen Wasserstoff im ländlichen Raum zu etablieren. Neben dem Landkreis Lindau umfasst dies auch die Landkreise Unterallgäu und Ostallgäu, die kreisfreien Städte Memmingen und Kaufbeuren sowie die Stadt Lindau und Gemeinde Fuchstal, die als Projektpartner beteiligt sind. Für diese Gebietskulisse bietet sich die Möglichkeit, von der BioEnergie Allgäu GmbH & Co. KG zeitnah mit grünem Wasserstoff beliefert zu werden, der mittels eines Elektrolyseurs in Kempten emissionsfrei hergestellt wird.

Dem Konzept nach soll der grüne Wasserstoff schwerpunktmäßig im Mobilitätssektor zum Einsatz kommen. Dazu gehören regionale ÖPNV-Busse, Abfallentsorgungsfahrzeuge sowie lokale Speditions- und Logistikunternehmen. Außerdem soll die Umrüstung eines Schiffs auf dem Bodensee vorbereitet werden.

Zur Entscheidung des BMVI für den Landkreis Lindau und seine Verbundpartner dürfte auch beigetragen haben, dass das Allgäu mit seiner anspruchsvollen Topographie und den harten Wintern für den Einsatz von Brennstoffzellenfahrzeugen prädestiniert ist. Die Akkus rein batterieelektrisch betriebener Nutzfahrzeuge kämen unter solchen Bedingungen schnell an ihre Grenzen – im ländlichen Raum spielt der Wasserstoff daher seine größten Vorteile aus. Für den Landkreis Lindau beinhaltet das Thema zudem eine besondere Brisanz: Hier müssen die Konzessionen im Busverkehr bis Ende 2023 neu vergeben werden. Landrat Elmar Stegmann strebt dabei an, dass ein Teil der Busse anschließend mit Brennstoffzelle durch das Kreisgebiet fahren, komplett emissionsfrei.

Bis es soweit ist, gilt es, die ambitionierten Vorhaben aus „HyAllgäu*-Bodensee" nun mit Hilfe der Bundesfördermittel umzusetzen. Wesentlicher Bestand dabei sind regionale Unternehmen, die großes Potenzial in der Nutzung von grünem Wasserstoff sehen. ❐

Anzeige

„Energiewende, bei der alle gemeinsam profitieren"

Ein Energie-Pionier aus Bayern geht eigene Wege und hat es mit einem Gesamtkonzept geschafft, sowohl Gemeinden, Bürger, Industrie und Landwirte gleichzeitig an der Energiewende teilhaben zu lassen.

Die Welt, wie wir sie kennen, hat sich in den letzten Jahren stark verändert: Temperaturen steigen, Wetterextreme nehmen zu, der heimische Wald leidet und die Ernten der Landwirte verschlechtern sich. Auch die Politik beschließt immer mehr klare Vorgaben beim Klimaschutz und CO_2 Einsparungen – wie zum Beispiel die Klimaneutralität von Bayern bis 2040. Denn wir sind an einem Punkt angekommen, an dem sich das System ohne wirklich nachhaltige Veränderungen nicht wieder stabilisieren kann.

Mario Münch, Photovoltaik-Pionier und Gründer von Münch Energie – einem der größten dezentralen Energieversorger Deutschlands – stammt aus einem 350 Jahre alten Bauerngeschlecht. Er kann die Auswirkungen direkt am Hof seiner Eltern spüren. „Ein ‚Weiter so' hat keine Zukunft. Was wir brauchen ist eine Veränderung und zwar so schnell wie möglich.", sagt der nun 39-jährige Landwirtssohn.

Genau aus diesem Grund hat das Familienunternehmen sich entschieden, eine solche Veränderungsmöglichkeit zu schaffen – unter dem Aspekt, dass alle profitieren.



Nahrungsquelle und Lebensraum vereint. Durch das Bienenhotel an den PV-Parks werden gefährdete Insektenarten nachhaltig geschützt.

Unmittelbare Beteiligung jetzt auch für Kommunen möglich

Deswegen ist seit kurzem eine unmittelbare Beteiligung der Kommunen an Projekten möglich, mit allen damit verbundenen Vorteilen und Erträgen. Und die PV-Anlage steht zusätzlich auch der umliegenden Industrie zur Verfügung, welche die Möglichkeit eines direkten Anschlusses hat. Der günstige, grüne und lokal erzeugte Strom fördert damit die regionale Wirtschaft und sichert so Arbeitsplätze.

Die Bürger wiederum profitieren nicht nur von sicheren Jobs und höheren Einnahmen der Kommune. Mit einem innovativen Crowdinvesting besteht die Möglichkeit, direkt in die grünen Kraftwerke zu investieren. Wie groß hier der Zuspruch der Bevölkerung ist, zeigte das letzte Projekt, bei dem der Betrag von rund 800.000 € zu 4% Zinsen nach nicht einmal 28 Minuten vollständig gezeichnet war.

Neue Einnahmequellen für die heimische Landwirtschaft

Außerdem entstehen mit den Flächen neue Einnahmequellen für die heimische Landwirtschaft. „Mit dem Solarpark können meine Flächen sowohl für die Energieerzeugung als auch Lebensmittelproduktion genutzt werden. Das verschafft mir als Landwirt ein sicheres finanzielles Standbein und durch die Doppelnutzung wird meine Fläche auch weiterhin ökologisch landwirtschaftlich genutzt", so Landwirt Norbert Wölfel aus Gumpersdorf, der als einer der Ersten die Landwende vorangetrieben hat.

Umfassender Service von Münch Energie

Eben dieses vollumfängliche Konzept, welches allen Beteiligten Vorteile verschafft, wird auch von den Kommunen befürwortet. Aus diesem Grund haben beispielsweise die Stadtwerke Kulmbach oder auch die Zukunftsenergie Nordostbayern, welche ein Dutzend Gemeinden vereint, eine Kooperation mit Münch Energie geschlossen. Denn auch um den Unterhalt der Solarparks, die Übernahme des Genehmigungs-/Bauleitplanverfahrens mit erfahrenen Ingenieurbüros, alle Wartungsarbeiten und ein vollständiges Eingrünungskonzept kümmert sich das Unternehmen. Mit fast 20 Jahren Erfahrung in diesem Gebiet, ist zudem eine reibungslose Funktion sichergestellt.

Mario Münch ist zuversichtlich: „Mit diesem 360°-Ansatz können wir die vorgegebenen Klimaziele in Bayern erreichen und alle an den Chancen der Energiewende teilhaben lassen. Das dies die Zukunft ist, beweisen glücklicherweise immer mehr Gemeinden."

mue

Hinweis gemäß § 12 Abs. 2 Vermögensanlagengesetz: Der Erwerb dieser Vermögensanlage ist mit erheblichen Risiken verbunden und kann zum vollständigen Verlust des eingesetzten Vermögens führen.



Beispiel der Stadt Germering:

Kommunales Energiemanagement (KEM) in der Praxis

Manfred Ernst ist verantwortlich für das Areal-, Gebäude und Energiemanagement der Großen Kreisstadt Germering. Mit der Bayerischen GemeindeZeitung sprach der Fachmann über die Einführung eines Kommunalen Energiemanagement (KEM).

GZ: Was waren die Voraussetzungen dafür, dass ein kommunales Energiemanagement eingeführt wurde, und über was für einen zeitlichen Rahmen sprechen wir?

Ernst: *Die Stadt Germering hat sich schon zu einem frühen Zeitpunkt der Diskussion um den Klimaschutz entschlossen, als einen ersten Schritt die Energieeinsparung und Effizienzsteigerung der städtischen Liegenschaften in den Vordergrund zu rücken. Hierfür wurden zunächst die organisatorischen Voraussetzungen für ein kommunales Energiemanagement (KEM) aufgebaut, bevor ablauforganisatorische Prozesse detaillierter untersucht wurden.*

Um den Energieverbrauch zu senken, ist eine energieoptimierte Bewirtschaftung der Liegenschaft von Bedeutung. Ein schnelles Reagieren bei einem abweichenden Wert ist nicht möglich, wenn keine zeitnahe Dokumentation (monatlich, täglich, stündlich) geführt wird. Durch eine systematische Erfassung und Analyse von Energieverbräuchen ist die Voraussetzung zur Identifizierung von schnell umsetzbaren Maßnahmen geschaffen.

Wichtige Kriterien zur Realisierung waren der Zeitfaktor sowie die Kompatibilität der Komponenten , da sämtliche Maßnahmen zur Datenerfassung – Hard- und Software – im laufenden Betrieb stattfanden und unabhängig von den verbauten Zählerarten und Typisierungen möglich sein mussten.



Manfred Ernst, Stadt Germering
Bild: privat

Die Stadt Germering hat sich für das Auslese-, Datenfernübertragungs- und Visualisierungssystem der Firma ViWa GmbH entschieden. Jede Verbrauchsleitung wird mit einem batteriebetriebenen Modul zur Auslesung des Durchflusses versehen. Durch Funkübertragung werden die ausgelesenen Verbrauchsdaten zu einem Datenkonzentrator weitergeleitet, der zugleich als Sendeeinheit für die ausgelagerte Empfangsstation fungiert. Die gesendeten Daten werden auf einem externen Server mit der Firmensoftware der ViWa GmbH zur Auslesungs- und Dokumentationsdatei aufbereitet. Für die Hardware-Ausstattung sind keine Verlegungsarbeiten von Übertragungsleitungen sowie Baumaßnahmen in Form von Mauerdurchführungen und Abschottungen von Nöten, da die Datenübertragung auf Funkbasis (MDM-Radio) läuft. Innerhalb von nur zwei Tagen (Hardware-Installation, Einpflege und Anlegen in der Software) konnte schon mit den aufbereiteten Daten gearbeitet werden.

GZ: Für welche Gebäude/Anlagen werden Daten erfasst?

Ernst: *Derzeit werden 12 Liegenschaften visualisiert und zwei weitere folgen voraussichtlich noch in diesem Jahr.*

Die Liegenschaften haben unterschiedliche Nutzungen: Es handelt sich dabei um eine Grundschule mit Hort, eine Mittelschule, zwei Verwaltungsgebäude, den Bauhof, die Stadtbibliothek, zwei Feuerwehrgerätehäuser, eine Jugendbegegnungsstätte sowie drei Kinderbetreuungseinrichtungen. Bei den beiden noch ausstehenden Liegenschaften handelt es sich um eine Grundschule und eine Mittelschule.

GZ: Ihrer Erfahrung nach, hat sich ein Energiemanagement für diese Gebäude/Anlagen bewährt? Gibt es auch Gebäude/Anlagen, bei denen die Einrichtung eines KEM größeren Aufwand als Nutzen bedeutet?

Ernst: *Das KEM hat sich auf jeden Fall bewährt. Es erleichtert die täglichen Kontrollen der einzelnen Liegenschaften. Einheitsverluste von Wärme, Strom und Wasser können schnell erkannt werden und dies dient der Schadensminimierung und -behebung.*

Friedhofsgebäude werden bspw. nicht erfasst

Wir haben in Germering drei Friedhofsgebäude. Diese Liegenschaften werden nicht permanent genutzt. Hier wäre eine Einbindung in die Visualisierung im Rahmen von Kosten-/Nutzenüberlegungen nicht sinnvoll, da die Verbrauchseinheiten ohne größeren Aufwand auch weiterhin über einzelne Zähler auslesbar und dokumentierbar sind.

GZ: Seit Einführung des Energiemanagements, wie viel Energie konnte eingespart werden und kann das in Euro (jährlich oder komplett) beziffert werden?

Ernst: *Hier ist eine Bezifferung äußerst schwierig. Wir haben bei ca. 25 Liegenschaften Germerings einen Vergleich der CO2-Werte (aus Strom, Gas, Öl und Fernwärme) über acht Jahre erstellt. Hier konnte man feststellen, dass die CO2-Jahreswerte konstant blieben – obwohl die Nutzungsintensität in den Liegenschaften jährlich angestiegen ist. Auch dies ist aber aus unserer Sicht positiv zu bewerten, obwohl dem keine klassische Einsparung gegenüber steht.*

Ein kurzes Beispiel anhand unserer Schulen soll dies verdeutlichen: Hier haben wir eine jährlich steigende Auslastung der Liegenschaften. Die Schulen werden über die Woche von 7:00 Uhr bis 22:00 Uhr genutzt. Vormittags und teilweise nachmittags (Ganztagesklassen) Unterricht –, Hortbetreuung, Küchenbetrieb für die Verköstigung, externe Nutzer wie z. B. die Musikschule, VHS-Belegung sowie Vereinsbelegungen im Bereich Sport und Kultur am Nachmittag und Abend – teilweise auch am Wochenende. Außerdem ist die Zahl der Verbrauchsstellen in Bezug auf Digitales Lernen gestiegen. Das beginnt mittlerweile schon in den unteren Jahrgangsstufen und wird jährlich mehr. Die Mehrungen ziehen sich aber durch alle unsere Bereiche – Verwaltung, Bildung, Kinderbetreuung, Bauhof und Feuerwehren.

GZ: Abgesehen von den finanziellen Einsparungen, hat sich der Einsatz gesamtgesellschaftlich gelohnt? Ist die Einführung eines KEM auch kleineren Kommunen zu empfehlen?

Ernst: *Der Einsatz des KEM hat sich auf jeden Fall gelohnt. Wir nutzen unsere Visualisierung nicht nur um die Verbräuche zu dokumentieren und Energieberichte zu erstellen, sondern* auch um Fehlerquellen und Schäden *aufzudecken.*

Täglich werden alle Liegenschaften über die aufbereiteten Daten der Firma ViWa kontrolliert, um etwaige „Ausreißer" zu lokalisieren, d. h. wenn einer der Verbrauchswerte aus dem Rahmen fällt, kann das sofort überprüft werden und wenn nötig die schadensminimierenden oder –behebenden Maßnahmen eingeleitet werden. Dies dient auch dazu, den Lebenszyklus der Liegenschaft zu verlängern.

GZ: Lüftungsanlagen haben seit Corona so viel Aufmerksamkeit wie noch nie. Werden auch die in Ihrem Energiemanagement erfasst? Haben Sie hier Anpassungen vornehmen müssen?

Ernst: *Hier stehen wir gerade am Anfang. Bei den im Vorfeld* erwähnten zwei Liegenschaf*ten, die wir dieses Jahr noch in unser KEM integrieren wollen, handelt es sich um eine Grundschule mit Hort und eine Mittelschule. Im Zuge der Sanierung und Erweiterung der beiden Schulkomplexe wollen wir über die Gebäudeleittechnik (GLT) die Verbrauchsdaten sowie die Werte der Lüftung auslesen und über die bereits verwendete ViWa-Software zur Auslesungs- und Dokumentationsdatei aufbereiten. Die Vorarbeiten hinsichtlich der Auslesung und Verarbeitung der Werte ist von Seiten der Firma ViWa schon abgeschlossen.*

GZ: Welche „Sofortmaßnahme" würden Sie als unbedingt umzusetzen empfehlen?

Ernst: *Bei unserem „Pilotprojekt" – eine Grundschule mit Hort – haben wir als „Sofortmaßnahme" den Bereich Strom ausgewählt. Hier hat man mit relativ geringem Aufwand einen „schnellen" hohen Nutzen.*

Der Bestand der Leuchtkörper wurde auf LED-Beleuchtung umgestellt und mit einem Beleuchtungskonzept, in den Bereichen wo es möglich war, kombiniert. Es wurden in den Sanitärbereichen Bewegungs- und Präsenzmelder sowie Treppenhaus-Automaten mit Zeittaktung in den Treppenbereichen verbaut.

Mit diesem Beleuchtungswechsel und kombinierten Lichtkonzept konnten somit ca. 30% des Stromverbrauches eingespart werden.

GZ: Gibt es noch Aspekte auf die Sie unsere Leserschaft aufmerksam machen wollen?

Ernst: *Die Stadt Germering hat mit der Einrichtung eines kommunalen Energiemanagements und dem darin enthaltenen Monitoring der Verbrauchsstoffe einen Grundbaustein für die energieoptimierte Gebäudebewirtschaftung gelegt. Als positiven Nebeneffekt kann mit der systematischen Erfassung der Verbrauchsstoffe auch die Abdeckung der Dokumentationspflicht als Betreiber im Rahmen des Gebäudemanagements benannt werden.*

Immerwährendes Ziel muss es sein, keine Datenfriedhöfe zu etablieren, sondern zeitnah die Verbräuche auszuwerten bzw. Maßnahmen zu ergreifen, um kurzfristig auf Abweichungen zu reagieren. Nur so kann die Optimierung der Energieeffizienz gelingen.

GZ: Vielen Dank, Herr Ernst, für das Gespräch! ❐

Nationales Wasserstoffzentrum des Bundes:

Zuschlag für bayerisches Pfeffenhausen

Pfeffenhausen im Landkreis Landshut wird einer von vier Standorten für das Nationale Innovations- und Technologiezentrum Wasserstoff. Diese Entscheidung hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) bekannt gegeben. Der Freistaat fördert das Zentrum mit 30 Millionen Euro, aus dem Bundesverkehrsministerium fließen bis zu 100 Millionen Euro in den Aufbau des ITZ. Weitere nationale Innovations- und Technologiezentren Wasserstoff entstehen in Duisburg, Chemnitz und Norddeutschland.

Das bayerische ITZ hat die Aufgabe, den Technologietransfer aus der Wissenschaft zu Industrie und Anwendung zu beschleunigen. Auf dem 12,8 Hektar großen Gelände sind beispielsweise große Wasserstoffprüfstände für Lkws, direkt mit grünem Wasserstoff versorgte große Labore für Wissenschaft und Lehre, für die Zulieferindustrie, KMUs und Gewerbe denkbar. Zur Herstellung grünen Wasserstoffs wird ein 5 MW-Elektrolyseur errichtet, der mit grünem Strom aus einer geplanten PV-Anlage im nahen Burghart mit einer Leistung von 12 MW betrieben wird. In einer ersten Phase sollen etwa hundert Arbeitsplätze direkt im ITZ entstehen und in weiterer Zukunft 300 bis mehr als 1000 zusätzliche Arbeitsplätze. Nächste Planungsschritte sind die Erarbeitung einer Trägerstruktur und eines Businessplans.

Das bayerische Konsortium für Pfeffenhausen besteht aus den Unternehmen Hynergy GmbH, Ludwig-Bölkow-Systemtechnik (LBST), MR PLAN, TesTneT, TÜV SÜD, den Universitäten Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) und Technische Universität München (TUM) sowie der Forschungseinrichtung Helmholtz-Institut Erlangen-Nürnberg für Erneuerbare Energien (HI ERN). Über 40 Verbundpartner vor allem aus der Fahrzeug- und Zulieferindustrie unterstützen den Standort. Das WTAZ Pfeffenhausen kann damit auf weltweit führende Kompetenzen bei der Prüftechnik, Zertifizierung und Standardisierung von Wasserstoff-Schlüsseltechnologien wie zum Beispiel Brennstoffzellenantrieben oder Tank- und Betankungssystemen aufbauen.

„Wir schaffen Zukunft mit H2. Deswegen spannen wir das Innovations- und Technologiezentrum Wasserstoff über ganz Deutschland", unterstrich Bundesminister Andreas Scheuer. „Damit wollen wir die Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie im Westen, Osten, Süden und Norden unterstützen – ganzheitlich. Die Standorte greifen dabei die unterschiedlichen Bedürfnisse der Industrie auf und haben verschiedene Schwerpunkte. Denn es ist uns wichtig, dass jeder Standort seine Stärken mit einbringt. Pfeffenhausen beispielsweise im Bereich der kryogenen Betankungstachnologien."

Laut Ministerpräsident Markus Söder „bilden wir den Südpol beim Wasserstoff in Deutschland. Der Bund fördert den Bau das Anwendungszentrum in der Region Niederbayern bei Landshut. Bayern soll international führend für Wasserstoff und Brennstoffzellen werden."

Aus Sicht von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger ist die Wahl Pfeffenhausens „absolut richtig und gerechtfertigt". Der Zuschlag zeige, dass Bayern der bundesweite Taktgeber in der Wasserstoffwirtschaft ist. Das künftige Wasserstoff-Technologie- und Anwenderzentrum (WTAZ) im Herzen der Wasserstoffregion HyBayern sei sowohl für den Freistaat als auch für die beteiligten Landkreise Landshut, Ebersberg und München ein großer Gewinn. Die Region bekomme durch diese Ansiedlung eine nachhaltige Entwicklungsperspektive. „Ich bin überzeugt: Mit dem Know-how aus Pfeffenhausen beschleunigen wir die Transformation hin zu emissionsfreien Antriebstechnologien in Deutschland. Das sichert Arbeitsplätze und hilft, die Klimaziele durch Technik statt durch Verbote zu erreichen."

Wie Landrat Peter Dreier ausführte, „ist Wasserstoff die Grundlage für die Mobilität der Zukunft. Dass wir im Landkreis Landshut unseren Beitrag zur Erforschung und Entwicklung dieses Kraftstoffes und seiner Anwendungsmöglichkeiten leisten können, macht uns stolz. Pfeffenhausen bringt die besten Voraussetzungen mit, um ein großer Forschungsstandort zu werden. Wir als Region profitieren natürlich enorm von dieser Entwicklung."

Bürgermeister Florian Hölzl zufolge „ist dies eine riesige Chance für den Mobilitätsstandort Niederbayern. Gleichzeitig Ballungszentren wie Chemnitz und ländliche Räume wie die Region Landshut mit Zukunftstechnik zu befähigen, ist klug und vorausschauend. Vor Ort in Pfeffenhausen legen wir größten Wert darauf, dass sich Campusentwicklung einerseits und Nachnutzung brachliegender Liegenschaften im Marktkern wechselseitig bedingen. Unser Dank gilt sowohl dem Bundesverkehrsministerium wie auch der Bayerischen Staatsregierung für die klare und austarierte Standortentscheidung." **DK**

Energiewende:

Wie viel Gas brauchen wir noch?

Bis 2045 soll Deutschland klimaneutral werden. Ein ambitioniertes Ziel, ausgerufen von der Bundesregierung mit dem verschärften Klimaschutzkonzept im Juni 2021.

Aktuell stammen rund 15 % des deutschen Primärenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energien, also aus Sonne, Wind, Biomasse und anderen. Der weitaus größere Teil des Primärenergiebedarfs wird mit fossilen Energien wie Öl, Gas und Kohle gedeckt. Diese 85 % müssen in den kommenden Jahrzehnten klimaneutral ersetzt werden. Hier zeichnet sich für das bestehende Gasnetz eine wichtige zukunftsträchtige Anwendung ab: Indem regenerativer Strom im In- und Ausland in Wasserstoff oder Methan umgewandelt und in das deutsche Gasnetz eingespeist wird, kann diese klimaneutrale Energie nicht nur über eine leistungsfähige und gut ausgebaute Infrastruktur deutschlandweit verteilt werden, sondern auch in großer Menge gespeichert werden.

Im Rahmen der Initiative H2 vor Ort arbeiten 37 Verteilnetzbetreiber im DVGW zusammen mit dem VKU daran, die über 500.000 km Gasverteilnetz zur Klimaneutralität zu transformieren. erdgas schwaben hat die Initiative mit angestoßen, gemeinsam mit der 100-%-Tochtergesellschaft schwaben netz. Florian Feller, Leiter Klimastrategie und Politische Arbeit erdgas schwaben ist Vorsitzender von H2vorOrt und engagiert sich für die Etablierung von klimaneutralen Gasen. Mit der bestehenden Gasnetz-Infrastruktur wollen die Akteure einen wesentlichen Beitrag zu Energiewende und Versorgungssicherheit in Deutschland leisten.

„Wasserstoff ist ein Alleskönner", so Feller. Wasserstoff für den Strom- und Wärmemarkt ist alternativlos, wenn die Energiewende gelingen soll. Wir von erdgas schwaben sind überzeugt, dass die Transformation hin zu Wasserstoff der richtige Weg ist. Wasserstoff wird zusammen mit Biomethan und anderen klimafreundlichen Gasen fossiles Erdgas ersetzen."

Ausreichende Kapazitäten

Eine Substitution der großteils importierten fossilen Energieträger durch eine Versorgung mit 100 % Wasserstoff könnte über große Photovoltaik-Anlagen in sonnenreichen Gebieten wie Afrika sichergestellt werden. Das ist technisch machbar, die regenerativen Stromerzeugungskosten sind vergleichsweise gering und puffern die höheren Transportkosten gegenüber lokal erzeugtem Wasserstoff ab. Auch Windparks in den windreichen Regionen der Erde werden eine relevante Rolle im entstehenden weltweiten Wasserstoffmarkt spielen. Das Problem hierzulande ist das Wetter, gerade im Winter mit zahlreichen dunklen und windstillen Tagen. Dann lässt sich weniger erneuerbarer Strom produzieren. Gleichzeitig ist der Energieverbrauch durch die Heizperiode besonders hoch. Die entstehende Energielücke ist so groß, dass eine Überbrückung über Batteriespeicher für grünen Strom, um Industrie und Städte täglich sicher mit grünem Strom zu versorgen, unrealistisch ist. Jetzt kommt das vorhandene Gasnetz ins Spiel: Wasserstoff lässt sich wie Erdgas hier nahezu unbegrenzt unterirdisch lagern, und die Kapazitäten der deutschen Gasspeicher reichen aus, um Deutschland mehrere Wochen zu versorgen.

Möglich ist heute laut DVGW bereits eine Beimischung von bis zu 10 % H2 im bestehenden Gasnetz. Wenn vor Ort keine empfindlichen Endverbraucher wie CNG-Tankstellen oder spezielle industrielle Anwender sind, ist jedoch deutlich mehr möglich. Neue Gas-Brennwertgeräte im Wärmemarkt sind bereits für bis zu 20 % Wasserstoff im Gas-Mix ausgelegt. Langfristig gilt es jedoch, auf 100 % klimaneutrales Gas umzustellen.

Es gibt in Deutschland ca. 19 Millionen mit Gas versorgte Haushalte, also ein gewaltiges Potenzial. Die Hersteller arbeiten daran, ihre Geräte weiterzuentwickeln und die Nachrüstung bestehender Anlagen kostengünstig möglich zu machen. Außerdem verfügen rund 1,6 Millionen Unternehmen aus Industrie und Gewerbe über einen Gasanschluss – auch für sie ist Wasserstoff die klimaneutrale Energie der Zukunft. Seit über 20 Jahren baut schwaben netz im regionalen Verteilnetz ausschließlich Leitungen aus wasserstofftauglichem Polyethylen ein. „Ein sehr großer Teil unserer Gas-Infrastruktur ist bereits H2-ready", bestätigt Florian Feller.

Bis spätestens 2040 – in vielen Teilen Deutschlands schon bedeutend früher – wird der europäische H2-Backbone als überregionale Wasserstofftransportinfrastruktur verfügbar sein. Das Zukunftsbild für Wasserstoff in den Gasverteilnetzen sieht eine Umstellung vor, die diesen Backbone mit lokalen Verbrauchern und Erzeugern zu einer Gesamtstrategie zusammenführt. ❐

Wasserkraftanlagen stabilisieren mit Momentanreserve das Netz

Studie der RWTH Aachen untermauert Bedeutung von Wasserkraftanlagen für künftige Versorgungssicherheit

Wenn im kommenden Jahr die letzten Kernkraftwerke in Deutschland vom Netz gehen, fällt damit dem Stromversorgungssystem auch Momentanreserve weg. Diese Systemdienstleistung sichert neben der Regelleistung die Stabilität der Netze im Falle von Störungen. Wie eine Studie der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen nun ergeben hat, können die Wasserkraftwerke in Deutschland eine Störung, zum Beispiel durch einen ungeplanten Kraftwerksausfall von bis zu 500 Megawatt (MW), hinsichtlich der Momentanreserve ausgleichen. Das entspricht der Leistung eines mittelgroßen Kohlekraftwerkes. Damit leisten sie einen relevanten Beitrag zur künftigen Netzstabilität und Versorgungssicherheit.

Als Momentanreserve wird die unverzögert verfügbare Leistungsreserve in einem Energieübertragungssystem bezeichnet. Sie entsteht aus der Trägheit der rotierenden Schwungmassen der Synchrongeneratoren konventioneller Kraftwerke. Kommt es in einem Stromnetz zu einem abrupten Lastwechsel, kann das Leistungsdefizit nicht unmittelbar durch Regelkraftwerksleistung ausgeglichen werden. Denn diese ist immer mit einer gewissen Verzögerungszeit verbunden. Daher muss, um Instabilitäten und Unterbrechungen zu verhindern, unmittelbar nach dem Störungsfall genügend kinetische Energie aus rotierenden Schwungmassen von Kraftwerken im Versorgungssystem vorhanden sein.

Ausgleich zu volatilen Energieerzeugern

Nach dem Aspekt der Erzeugungsmengen gelten Windenergie- und Photovoltaikanlagen als Hauptsäulen der künftigen regenerativen Energieproduktion. Diese üblicherweise leistungselektronisch angebundenen Anlagen liefern jedoch nach derzeitigem Stand der Technik noch keine Momentanreserve. Wasserkraftwerke hingegen sind dazu in der Lage.

Ein Team von Professor Albert Moser, Lehrstuhlinhaber Übertragungsnetze und Energiewirtschaft am Institut für elektrische Anlagen und Netze, Digitalisierung und Energiewirtschaft (IAEW) an der RWTH Aachen, hat nun die Momentanreserve der Wasserkraftanlagen in Deutschland ermittelt und quantifiziert.

Die Berechnungen basieren auf 7.988 Wasserkraftanlagen mit insgesamt 6,28 Gigawatt Nettonennleistung, die im Marktstammdatenregister der Bundesnetzagentur erfasst sind. Die Wissenschaftler ermittelten unter anderem die gespeicherte kinetische Energie der Wasserkraftanlagen, die sich aus der Trägheitskonstante und der Nennleistung der Generatoren bestimmen lässt.

Den Berechnungen zufolge ist eine kinetische Energie von rund 10,32 Gigawattsekunden (GWs) in den rotierenden Massen der Wasserkraftanlagen in Deutschland gespeichert. Zum Vergleich: Das Braunkohlekraftwerk Weisweiler Block H weist eine kinetische Energie von 2,4 GWs auf, das Kernkraftwerk Isar/Ohu 2 kommt auf 8,88 GWs. Die bereitgestellte kinetische Energie der Wasserkraftanlagen entspricht damit der Momentanreserve eines Kernkraftwerkes.

Die Studie wurde federführend von Martin Knechtges und Stefanie Samaan geleitet. Sie zeigt weiterhin, dass ein Störereignis von 462,5 MW unter Berücksichtigung der Frequenzabhängigkeit der Netzlasten allein durch die Wasserkraftanlagen hinsichtlich der Momentanreserve aufgefangen werden könnte. Ihre vorgehaltene Momentanreserve reicht aus, um die daraus resultierende Frequenzänderungsrate und -abweichung ausreichend zu begrenzen. „Die deutschen Wasserkraftwerke tragen in dieser Höhe auch zur Beherrschung von größeren Leistungsdefiziten, zum Beispiel Netzauftrennungen, bei. Weitere Beiträge zur Beherrschung müssen dann aus anderen Anlagen noch bereitgestellt werden.“, fasst Martin Knechtges, wissenschaftlicher Mitarbeiter am IAEW, zusammen.

Darüber hinaus weisen die Forscher insbesondere für Bayern darauf hin, dass in Bezug auf zukünftige Netzstrukturen und die autarke Versorgung kleiner zellularer Netze die dezentral vorhandenen Wasserkraftwerke zu einem stabilen Netzbetrieb beitragen können.

Wasserkraftanlagen erfüllen wichtige Systemdienstleistungen

„Die Studie zeigt einmal mehr, dass Wasserkraftanlagen gerade vor dem Hintergrund der Abschaltung der Kernkraftwerke 2022 und anschließend der Kohlekraftwerke wichtige Systemdienstleistungen zur Netzstabilisierung erfüllen. Neben der Momentanreserve ist diesbezüglich beispielsweise auch die Schwarzstartfähigkeit zu nennen“, kommentiert Fritz Schweiger, Vorstandsvorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. Das heißt, nach einem großflächigen Stromausfall ist die Wasserkraft technisch in der Lage, den Wiederaufbau der Stromversorgung zu unterstützen.

„Die Studie zeigt aber auch auf, dass die bestehende Wasserkraft alleine nicht die notwendige Momentanreserve im Stromversorgungssystem bereitstellen kann. Mit dem Ausbau der Stromerzeugung aus Wasserkraft hätte man schon heute einen effizienten Lösungsbaustein dafür. Allerdings müssen auch die anderen erneuerbaren Energieträger künftig ihren Beitrag leisten. Jetzt sind die Ingenieure gefragt, wie dies mit moderner Leistungselektronik sichergestellt werden kann“, stellt Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbandes der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) e.V., fest. ❐



Am Projektabschluss nahmen unter anderem teil: der Eicher Ortsbürgermeister Bernd Hermann, die beiden juwi-Projektmanager/in Markus Pauly und Astrid Stork sowie vom Planungsbüros Brauner aus Worms Andrea Prior (v.l.). ❐

juwi schließt Renaturierungsprojekt in Rheinhessen ab

Ziel der Altrheinsee-Konzeption war der Abbau von Störungen in einem Natura 2000 Gebiet, die Förderung einer standortgerechten Biotopentwicklung sowie die Förderung gefährdeter Vegetationstypen und Tierarten. Rund neun Jahre nach den ersten Gesprächen zu dieser Konzeptidee wurde das Projekt nun offiziell der Ortsgemeinde Eich übergeben. „Wir freuen uns sehr, dieses einmalige Vorhaben nun erfolgreich abschließen zu können“; betont juwi-Projektleiter Markus Pauly.

Die Größe des aufzuwertenden Bereiches betrug ca. 16 ha. Die Umsetzungskosten für das gesamte Konzept lagen bei ca. 1,2 Millionen Euro. Finanziert wurde das Projekt mit Mitteln aus Ausgleichszahlungen für den Bau von Windenergie-Anlagen im Kreis Alzey-Worms. Im Januar 2017 hatten die Bauvorbereitungen für dieses außergewöhnliche Projekt des Naturschutzes begonnen, nach der schrittweisen Fertigstellung mehrerer Teilabschnitte wurde das Projekt im Juni 2020 von der zuständigen Behörde abgenommen.

Die Neugestaltung des Altrheinsees am Rande der Ortsgemeinde Eich im Landkreis Alzey-Worms besitzt Leuchtturmcharakter weit über die Landkreisgrenzen hinaus. Realisiert wurde das Projekt im Auftrag der juwi-Gruppe in enger Kooperation mit dem Ingenieurbüro Brauner aus Worms als Kompensationsmaßnahme für den Eingriff in das Natur- und Landschaftsbild, der beim Bau von Windrädern im gleichen Landkreis entstanden ist. „Ein Projekt dieser Größenordnung war nur möglich, weil Ortsgemeinde, Verbandsgemeinde und Kreisverwaltung trotz anfangs teilweise unterschiedlicher Vorstellungen am Ende alle an einem Strang in die gleiche Richtung gezogen haben“, betont Pauly.

Durch die Verlagerung eines Badestrandes wurde die Voraussetzung geschaffen, die wertvolle und weithin einmalige Flora und Fauna der Altrheinlandschaft besser zu schützen. Gleichzeitig entstand für die Bürgerinnen und Bürger der Region ein qualitativ hochwertiges Naherholungsgebiet mit verbesserter Infrastruktur. So baute juwi neue Sanitäranlagen und schuf entsprechende Feuerwehrzufahrten. Auch die Einbindung in den AltrheinErlebnisPfad der Verbandsgemeinde Eich war Teil des Gesamtkonzeptes.

Die wesentlichen Maßnahmen des Konzeptes waren:

- Verlagerung des Badestrandes der Ortsgemeinde Eich aus dem Natura 2000 Gebiet
- Entwicklung großflächiger, störungsarmer Schilfflächen, Cladium mariscus Beständen, Großseggenriede und Flachwasserbereichen
- Verbesserung der Vernetzung der östlich und westlich der Landesstraße gelegenen Schutzgebietsteile
- Verhinderung der Etablierung eines Pionierwaldes bzw. einer Bewaldung der Flächen durch Anflug von Pappeln und Baumweiden
- Entflechtung von Nutzungen im Gebiet. ❐



Klaus Förster (links), Erster Bürgermeister der Stadt Bobingen, und Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben übergaben die Ladestation in Bobingen offiziell an die Bürgerinnen und Bürger. Auch die stellvertretende Landrätin Sabine Grünwald war dabei. Bild: erdgas schwaben

Grüne Welle in die Zukunft

Stadt Bobingen und erdgas schwaben nehmen neue Elektroladesäule vor dem Rathaus in Betrieb

Strom aus 100 Prozent heimischer Wasserkraft – damit sind Elektroauto-Fahrer, die an der Ladesäule von erdgas schwaben vor dem Rathaus in Bobingen laden, klimaneutral unterwegs. Und der Bürgerbus auch. Denn seit März hält in Bobingen der elektrische und kostenlose Bürgerbus, der Großaitingen samt seinen Ortsteilen Reinhartshofen und Hardt sowie die Gemeinden Kleinaitingen und Oberottmarshausen mit der Stadt Bobingen verbindet.

Klaus Förster, Erster Bürgermeister der Stadt Bobingen, und Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben, übergaben die Ladestation offiziell an die Bürgerinnen und Bürger. Die neue Elektroladestation mit zwei Ladepunkten im Zentrum der Stadt ist für Bobingen ein weiterer Baustein für die Mobilität von morgen: im Rathaus den neuen Personalausweis abholen, einkaufen oder einen Kaffee trinken gehen und am Ende mit dem geladenen Elektroauto wieder nachhause fahren.

„Ich freue mich sehr, dass wir durch das Engagement des Energieteams der Stadt Bobingen die öffentliche, umweltfreundliche Lade-Infrastruktur vorantreiben und zugleich das innovative Konzept des Bürgerbusses unterstützen können: bürgerfreundlich und klimaschonend!“ so Erster Bürgermeister Klaus Förster.

„Als Energieversorger kommt uns eine besondere Verantwortung zu“, sagte Markus Last. „Gemeinsam mit den Kommunen in unserer Region sorgen wir dafür, dass das Netz an Elektroladestationen dichter und nachhaltige Mobilität alltagstauglich wird.“

Kostenloser Bürgerbus

Gewinner ist das Klima. Gewinner sind wir alle. Denn erdgas schwaben beliefert die E-Ladesäule mit Strom aus 100 Prozent heimischer Wasserkraft. Wenn dann noch der ÖPNV die Ladestation mitnutzt, wachsen auch die Gemeinden in der Nachbarschaft zusammen. Bürgerinnen und Bürger, denen kein eigenes Fahrzeug zur Verfügung steht oder die nicht (mehr) Auto fahren können, bietet der kostenlose Bürgerbus eine klimaschonende Alternative.

Informationen zum Fahrplan des GOKel-Bürgerbusses unter: www.stadt-bobingen.de ❐



Lehrstuhl von Prof. Moser quantifiziert Momentanreserve:

Wasserkraftanlagen stabilisieren das Netz

Studie der RWTH Aachen untermauert Bedeutung von Wasserkraftanlagen für künftige Versorgungssicherheit

Wenn im kommenden Jahr die letzten Kernkraftwerke in Deutschland vom Netz gehen, fällt damit dem Stromversorgungssystem auch Momentanreserve weg. Diese Systemdienstleistung sichert – neben der Regelleistung - die Stabilität der Netze im Falle von Störungen. Wie eine Studie der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen nun ergeben hat, können die Wasserkraftwerke in Deutschland eine Störung, zum Beispiel durch einen ungeplanten Kraftwerksausfall von bis zu 500 Megawatt (MW), hinsichtlich der Momentanreserve ausgleichen. Das entspricht der Leistung eines mittelgroßen Kohlekraftwerkes. Damit leisten sie einen relevanten Beitrag zur künftigen Netzstabilität und Versorgungssicherheit.

Als Momentanreserve wird die unverzögert verfügbare Leistungsreserve in einem Energieübertragungssystem bezeichnet. Sie entsteht aus der Trägheit der rotierenden Schwungmassen der Synchrongeneratoren konventioneller Kraftwerke. Kommt es in einem Stromnetz zu einem abrupten Lastwechsel, kann das Leistungsdefizit nicht unmittelbar durch Regelkraftwerksleistung ausgeglichen werden. Denn diese ist immer mit einer gewissen Verzögerungszeit verbunden. Daher muss, um Instabilitäten und Unterbrechungen zu verhindern, unmittelbar nach dem Störungsfall genügend kinetische Energie aus rotierenden Schwungmassen von Kraftwerken im Versorgungssystem vorhanden sein.

Beherrschung größerer Leistungsdefizite

Die Studie wurde federführend von Martin Knechtges und Stefanie Samaan geleitet. Sie zeigt weiterhin, dass ein Störereignis von 462,5 MW unter Berücksichtigung der Frequenzabhängigkeit der Netzlasten allein durch die Wasserkraftanlagen hinsichtlich der Momentanreserve aufgefangen werden könnte. Ihre vorgehaltene Momentanreserve reicht aus, um die daraus resultierende Frequenzänderungsrate und -abweichung ausreichend zu begrenzen. „Die deutschen Wasserkraftwerke tragen in dieser Höhe auch zur Beherrschung von größeren Leistungsdefiziten, zum Beispiel Netzauftrennungen, bei. Weitere Beiträge zur Beherrschung müssen dann aus anderen Anlagen noch bereitgestellt werden.“, fasst Martin Knechtges, wissenschaftlicher Mitarbeiter am IAEW, zusammen.

Weitere Informationen

- Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke (BDW): https://www.wasserkraft-deutschland.de/
- Initiative „Wasserkraft Ja bitte!“ im VBEW: https://www.vbew.de/energie/energie-fuer-bayern/wasserkraft-ja-bitte
- Interessengemeinschaft Wassernutzung NRW: https://www.igw-nrw.de/
- Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V.: www.wasserkraft-bayern.de
- Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG: www.lvbw-wasserkraft.de

Wasserkraftanlagen als Ausgleich zu volatilen Energieerzeugern

Nach dem Aspekt der Erzeugungsmengen gelten Windenergie- und Photovoltaikanlagen als Hauptsäulen der künftigen regenerativen Energieproduktion. Diese üblicherweise leistungselektronisch angebundenen Anlagen liefern jedoch nach derzeitigem Stand der Technik noch keine Momentanreserve. Wasserkraftwerke hingegen sind dazu in der Lage.

Ein Team von Professor Albert Moser, Lehrstuhlinhaber Übertragungsnetze und Energiewirtschaft am Institut für elektrische Anlagen und Netze, Digitalisierung und Energiewirtschaft (IAEW) an der RWTH Aachen, hat nun die Momentanreserve der Wasserkraftanlagen in Deutschland ermittelt und quantifiziert. Die Berechnungen basieren auf 7.988 Wasserkraftanlagen mit insgesamt 6,28 Gigawatt Nettonennleistung, die im Marktstammdatenregister der Bundesnetzagentur erfasst sind. Die Wissenschaftler ermittelten unter anderem die gespeicherte kinetische Energie der Wasserkraftanlagen, die sich aus der Trägheitskonstante und der Nennleistung der Generatoren bestimmen lässt.

Gleiche Momentanreserve wie ein Kernkraftwerk

Den Berechnungen zufolge ist eine kinetische Energie von rund 10,32 Gigawattsekunden (GWs) in den rotierenden Massen der Wasserkraftanlagen in Deutschland gespeichert. Zum Vergleich: Das Braunkohlekraftwerk Weisweiler Block H weist eine kinetische Energie von 2,4 GWs auf, das Kernkraftwerk Isar/Ohu 2 kommt auf 8,88 GWs. Die bereitgestellte kinetische Energie der Wasserkraftanlagen entspricht damit der Momentanreserve eines Kernkraftwerkes.

Kleine dezentrale Wasserkraftanlagen stabilisieren bayerische Stromnetze

Darüber hinaus weisen die Forscher insbesondere für Bayern darauf hin, dass in Bezug auf zukünftige Netzstrukturen und die autarke Versorgung kleiner zellularer Netze die dezentral vorhandenen Wasserkraftwerke zu einem stabilen Netzbetrieb beitragen können.

„Die Studie zeigt einmal mehr, dass Wasserkraftanlagen gerade vor dem Hintergrund der Abschaltung der Kernkraftwerke 2022 und anschließend der Kohlekraftwerke wichtige Systemdienstleistungen zur Netzstabilisierung erfüllen. Neben der Momentanreserve ist diesbezüglich beispielsweise auch die Schwarzstartfähigkeit zu nennen“, kommentiert Fritz Schweiger, Vorstandsvorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. Das heißt, nach einem großflächigen Stromausfall ist die Wasserkraft technisch in der Lage, den Wiederaufbau der Stromversorgung zu unterstützen.

„Die Studie zeigt aber auch auf, dass die bestehende Wasserkraft alleine nicht die notwendige Momentanreserve im Stromversorgungssystem bereitstellen kann. Mit dem Ausbau der Stromerzeugung aus Wasserkraft hätte man schon heute einen effizienten Lösungsbaustein dafür. Allerdings müssen auch die anderen erneuerbaren Energieträger künftig ihren Beitrag leisten. Jetzt sind die Ingenieure gefragt, wie dies mit moderner Leistungselektronik sichergestellt werden kann“, stellt Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbandes der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) e.V., fest.

Die Studie „Ermittlung der Momentanreserve von Wasserkraftanlagen in Deutschland“ am Institut für Elektrische Anlagen und Netze, Digitalisierung und Energiewirtschaft an der RWTH Aachen wurde im Auftrag des Bundesverbandes Deutscher Wasserkraftwerke (BDW) e.V., der Initiative „Wasserkraft Ja bitte!“ im Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) e.V. sowie der Interessengemeinschaft Wassernutzung NRW durchgeführt.

Die Studie finden Sie unter nachfolgendem Link: https://www.wasserkraft-bayern.de/index.php?navId=145&ts=4bbac71dcc241c72d36fd41e61c1baa5 . ❐



Wasserkraftwerk Schwabmünchen Bild: VBEW

Klimaneutrales Bayern 2040:

Wasserstoff als Langzeitspeicher für die Energiewende

Pro Woche 5 Elektrolyse-Container für Bayern

Energiespeicher werden das Thema für die nächsten beiden Jahrzehnte sein, denn das Versprechen der Bayerischen Staatsregierung, Bayern bis 2040 zum ersten klimaneutralen Bundesland zu machen, lässt sich nur mit einem massiven Ausbau der volatilen Stromerzeugung aus Photovoltaik (PV) und Windkraft einlösen. „Um auch länger andauernde ‚Dunkelflauten‘, also wetterbedingte Zeiten mit wenig PV- und Windstrom, überbrücken zu können, ist ein Aufbau von Langzeitspeichern in Bayern notwendig“, erklärt Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW.

„Nachdem das Ausbaupotenzial an Speicherwasserkraftwerken in Bayern aufgrund von Bürgerprotesten eher begrenzt ist und Batterien materialintensiv und immer noch sehr teuer sind, ist Wasserstoff derzeit eine der aussichtsreichsten Technologien, um große Strommengen über lange Zeiträume zu speichern. Mit dem Ausbau der dafür erforderlichen Infrastruktur müssen wir jetzt anfangen, uns läuft sonst die Zeit davon,“ so der VBEW-Geschäftsführer weiter.

In einer Kurzstudie hat die Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) für den VBEW neben anderen Maßnahmen berechnet, welche Elektrolyse-Leistung bis 2040 in Bayern zur Verfügung stehen müsste, um den bei guten Wetterbedingungen reichlich vorhandenen Strom in Wasserstoff umwandeln und speichern zu können. Ein klimaneutrales Bayern im Jahr 2040 benötigt unter anderem Wasserstoffelektrolyseure mit einer Gesamtleistung von ca. 5 GW, so ein Ergebnis der Studie. Zur Zielerreichung sind somit ein mittlerer jährlicher Zubau von 250 MW erforderlich, das entspricht etwa 5 MW pro Woche. „Die Wasserstoffmengen, welche die Industrie in Bayern für ihre Prozesse oder die Urlauber für ihren Trip nach Mallorca benötigen, ist darin noch nicht einmal eingerechnet. Wir werden daher zusätzlich erhebliche Mengen an Wasserstoff importieren müssen,“ so Fischer.

Erweiterung der Infrastruktur

Marktübliche Elektrolyseurmodule mit einer Leistung von 1 MW werden in Containern installiert, je 1 MW wird etwa das Volumen eines Schiffscontainers benötigt. „Wir brauchen also am besten ab sofort etwa 5 Schiffscontainer mit Elektrolyseuren jede Woche für Bayern, sonst schaffen wir das nicht bis 2040“, fasst Detlef Fischer die Studienergebnisse zusammen. Um den Wasserstoff speichern und weiterverteilen zu können, braucht es dazu eine deutliche Erweiterung der Infrastruktur. „Wir haben zwar ein sehr leistungsfähiges Erdgasnetz in Bayern und können auch gewisse Mengen an Wasserstoff beimischen, aber für einen massiven Einsatz von Wasserstoff als Langzeitspeicher ist das bestehende Gasnetz nicht ausgelegt. Zusätzlich zu den Elektrolyseuren wird man also auch noch neue Wasserstoffleitungen, Verdichterstationen und Speicher brauchen und im Falle der Rückverstromung zur Bewältigung der Dunkelflaute auch neue wasserstofftaugliche Gaskraftwerke. Der Weg hin zu einer Wasserstoffwirtschaft erfordert somit von allen Beteiligten noch viel Mut, neue Wege zu beschreiten. Der Staat muss für die Unternehmen der Energiewirtschaft belastbare Rahmenbedingungen setzen, sonst wird niemand das Geld für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft in die Hand nehmen können,“ resümiert Fischer.

Weitere Informationen

Der VBEW repräsentiert mit seinen rund 400 Mitgliedsunternehmen die bayerische Strom-, Gas-, Fernwärme-, Wasser- und Abwasserwirtschaft. Als Interessenvertretung vertritt er gemeinsame Anliegen der Mitglieder und ihrer Kunden gegenüber Politik, Wirtschaft, Verwaltung sowie in der Öffentlichkeit. Ziel ist es, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für eine wirtschaftliche, zukunftsorientierte, nachhaltige und verbraucherfreundliche Energie- und Wasserversorgung zu schaffen. Zu den Mitgliedern zählen kleine und mittlere, kommunale, private und genossenschaftliche Energie- und Wasserversorgungsunternehmen ebenso wie Konzerne. ❐



(v.l.): Josef Hasler, Vorstandsvorsitzender der N-ERGIE, Christine Konrad, Bauverwaltung Rottendorf, Roland Schmitt, Erster Bürgermeister Rottendorf, und Rainer Kleedörfer, Leiter Unternehmensentwicklung der N-ERGIE vor den Modulen des neuen Solarkraftwerks in Rottendorf. Foto: © N-ERGIE

N-ERGIE nimmt Solarkraftwerk Rottendorf in Betrieb

Vor kurzem konnte die N-ERGIE ein neues Solarkraftwerk in Rottendorf (Landkreis Würzburg) mit einer installierten Leistung von 3,3 MWp in Betrieb nehmen.

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft treibt die regionale Energiewende entschieden voran und baut ihre Kapazitäten zur Erzeugung regenerativer Energie weiter aus. Im Mai konnte sie ein neues Solarkraftwerk mit einer Leistung von 3,3 Megawatt peak in Betrieb nehmen. Dieses befindet sich entlang der A 7 in der Gemeinde Rottendorf (Landkreis Würzburg) und wurde nun bei einem Vor-Ort-Termin Josef Hasler, Vorstandsvorsitzender der N-ERGIE, Roland Schmitt, Erster Bürgermeister von Rottendorf, und Ingo Alphéus, Vorsitzender der Geschäftsführung der BELECTRIC Solar & Battery GmbH, offiziell eingeweiht.

„Die Verschärfung der nationalen Klimaschutzziele zeigt deutlich, dass ein massiver Ausbau von erneuerbaren Energien – im Süden Deutschlands vorrangig von Photovoltaik – unausweichlich ist. In enger Abstimmung mit den Kommunen erweitern wir deshalb stetig unser Erneuerbaren-Portfolio“, sagte Hasler. „Beim Solarkraftwerk in Rottendorf achten wir, wie bei allen unseren Anlagen, besonders auf die Vereinbarkeit mit Natur- und Landschaftsschutz und werten die Standortfläche ökologisch hochwertig auf: so profitieren Mensch und Umwelt von der Erzeugung regenerativer Energie.“

„Strom aus klimafreundlichen Energiequellen ist elementarer Bestandteil einer erfolgreichen Energiewende. Uns als Kommune ist es wichtig, hier einen Beitrag zu leisten“, betonte Bürgermeister Schmitt. „Entlang der Autobahn fügt sich die Anlage gut in die Landschaftskulisse ein und durch die ökologische Aufwertung kommt sie Natur und Tier zu Gute.“

Strom für 1.000 Haushalte

Zum Einsatz kommen rund 9.600 Module, die zusammen und 3.310.000 Kilowattstunden (kWh) pro Jahr und damit Strom für ca. 1.000 Haushalte produzieren werden. Die N-ERGIE legt auch bei der neuen Anlage ein großes Augenmerk auf Ökologie und Artenschutz. So ist die Standortfläche naturbelassen angelegt und es wird eine artenreiche Wildblumen-Mischung angesät. Auch wird die Anlage mit Insektenhotels ausgestattet. Sie bieten aufgrund unterschiedlicher Materialien Platz für zahlreiche Insektenarten.

Da sich das Gelände des Solarkraftwerks im Lebensraum des besonders geschützten Feldhamsters befindet, hat die N-ERGIE ein angrenzendes Grundstück als Ausgleichsfläche gepachtet. Dort wird sie Luzerne, mehrjährige Blühbrachstreifen und Getreide anbauen, das sie nicht aberntet, sondern den Feldhamstern als Nahrungsquelle zur Verfügung stellt.

N-ERGIE als Treiber der regionalen Energiewende

Aktuell umfasst das Portfolio der N-ERGIE bereits Anlagen mit einer installierten Leistung von etwa 140 Megawatt, die aus der Kraft von Sonne, Wind und Biomasse grünen Strom produzieren. Mit ihren vorwiegend regionalen Standorten trägt die N-ERGIE mit dazu bei, dass bereits die Hälfte des in ihrem Netzgebiet verbrauchten Stroms vor Ort regenerativ erzeugt wird. Mit der Umstellung auf Ökostrom für alle privaten Bestandskund*innen seit dem Jahreswechsel setzt die N-ERGIE ein weiteres wichtiges Signal, das die Umwelt um jährlich rund 480.000 Tonnen CO2-Ausstoß entlastet. Der Strom hierfür wird zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien in Deutschland erzeugt. ❐



Freuten sich über die Einweihung des neuen Büros: Bürgermeister Ulrich Proske, Landrat Robert Niedergesäß (Ebersberg), Landrat Christoph Göbel (München) und Energieagentur-Geschäftsführer Dr. Willie Stiehler. Foto: Energieagentur Ebersberg-München gGmbH

Energieagentur Ebersberg-München

Neues Büro eingeweiht

Über die Anwesenheit der Chefs beider Trägerlandkreise freute sich Ebersbergs Erster Bürgermeister Urlich Proske anlässlich der offiziellen Einweihung der neuen Büroräume der Energieagentur Ebersberg-München. Münchens Landrat Christoph Göbel und Ebersbergs Landrat Robert Niedergesäß ließen es sich nicht nehmen, die Agentur in Augenschein zu nehmen.

Sowohl beiden Landräten als auch dem Bürgermeister war die Begeisterung über den neuen Standort deutlich anzusehen. Direkt an der Ebersberger Fußgängerzone gelegen, garantiert er eine deutlich verbesserte Erreichbarkeit für die Ratsuchenden. Bereits nach den ersten Wochen war die Nachfrage nach Beratungsterminen erheblich gestiegen. Für Landrat Niedergesäß, der in seiner Ansprache an die Anfänge der Energieagentur in einem Büroraum im Landratsamt erinnerte, ein deutlicher Beweis für die hohe Akzeptanz des gemeinnützigen Unternehmens.

Lust aufs Mitmachen wecken

Für Dr. Willie Stiehler, seit April 2020 Geschäftsführer der Energieagentur, ist der Umzug ein echter Meilenstein in der stetigen Professionalisierung der Energieagentur: „Mit dem hellen und sehr modernen Büro schaffen wir für die Ratsuchenden und unser Team eine einladende Atmosphäre. Mit den großen Schaufensterfronten haben wir zudem einen Bereich, auf dem wir nacheinander Teilbereiche der Energiewende präsentieren und damit hoffentlich Lust auf diese machen können."

Gruppenspiel Energiespardorf

Neben den Beratungsräumen, die an die Anforderungen der Energieberaterinnen und -berater angepasst wurden, lockt das neue Büro auch mit dem Energiespardorf. Dort kann man mittels eines Gruppenspiels selbst austesten, wie der Ausbau erneuerbarer Energien gelingen und zugleich die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger gewahrt bleiben können.

Das Simulationsspiel richtet sich an Schulen und Erwachsene gleichermaßen. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sollen sich in Zukunft bei der Energieagentur melden können und werden dann zu Terminen eingeladen.

Wichtige Akteure

Die Anwesenden bei der Einweihungsfeier, darunter zahlreiche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus beiden Landkreisen, Klimaschutzmanagerinnen und -manager sowie weitere wichtige Akteure der Energiewende in der Region, zeigten sich begeistert vom neuen Standort. Für sie ist das neue Büro ein idealer Ausgangspunkt, um an der Bewältigung der Klimakrise, der größten Herausforderung der Zukunft, professionell mitzuwirken. ❐

VBEW zu „Klimaneutrales Bayern 2040":

Photovoltaik-Ausbau beschleunigen

Bayern bräuchte pro Tag 26 Fußballfelder für die Energiewende

Gemäß der Strategie der Bayerischen Staatsregierung zum „Klimaneutralen Bayern 2040" bildet die Photovoltaik (PV) zukünftig die Hauptsäule der Energiegewinnung aus erneuerbaren Ressourcen in Bayern. Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW hat nachrechnen lassen was das bedeutet. Die installierte PV-Leistung muss von heute rund 15 GW auf rund 80 GW bis 2040 gesteigert werden. Will man dieses Ziel mit Freiflächen-PV-Anlagen erreichen, müssen jeden Tag 26 Fußballfelder (zu je 0,7 Hektar) mit PV-Modulen belegt werden. „Die Energiewende auf Grundlage erneuerbarer Energien ist flächenintensiv. Wollte man unseren Energiebedarf über heimische Biomasse decken, würde die gesamte Fläche Bayerns dafür nicht ausreichen. Wir werden daher weiterhin Energie, die dann klimaneutral sein wird, importieren müssen", sagte Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW.

Der VBEW unterstützt das Ziel der Bayerischen Staatsregierung, ab dem Jahr 2040 klimaneutral zu wirtschaften. Jetzt geht es darum, wie dieses Ziel am sinnvollsten erreicht werden kann. In Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) werden Konzepte zum dafür erforderlichen Umbau der Energiewirtschaft vom VBEW erstellt. Klar ist jetzt schon, dass Strom und klimaneutrale Gase wie Wasserstoff unseren Energieverbrauch decken werden. Grundlage für die heimische Energieproduktion werden die Photovoltaik und die Windkraft sein. Wasserkraft, Biomasse und Geothermie werden weitere Beiträge leisten.

Jährlich 3.400 MW an Leistungszubau

Um bis 2040 die Photovoltaik auf das erforderliche Niveau auszubauen, müssen jedes Jahr 3.400 MW an Leistung zugebaut werden. Das ist dreimal mehr als es im Jahr 2020 der Fall war. Es müssen dafür jährlich 68 km^2 Fläche in Anspruch genommen werden, das entspricht dem täglichen Zubau von 26 Fußballfeldern. Sparsamer ist die Verwendung von Dachflächen, aber diese stehen nicht in dem dafür benötigten Umfang zur Verfügung.

Die Gemeinden sind gefordert

Jetzt geht es darum, die dafür benötigten Flächen in den Gemeinden über die Bauleitplanung bereitzustellen. „Es genügt nicht, wenn die Kommunen ehrgeizige Energiekonzepte beschließen und dann vergessen, die für die Umsetzung benötigten Flächen für die Energiegewinnung auszuweisen. Es kann nicht sein, dass Grundstückseigentümer bei den Gemeinden regelrecht darum betteln müssen, um auf ihren eigenen Flächen einen Beitrag für die Energiewende leisten zu dürfen", stellt Fischer fest.

Der Zubau an Energiegewinnungsanlagen, der Ausbau der Energienetze und die Errichtung von Speichern erfordert immense materielle und personelle Ressourcen.

Neue Prioritäten setzen

Unsere Gesellschaft wird neue Prioritäten setzen müssen, wie sie Material, Arbeitskraft und finanzielle Mittel künftig einsetzt. Der Aufbau einer klimaneutralen Energieversorgung muss dabei höchste Priorität haben, denn es geht hier um unsere Lebensgrundlage. Wie sagte es der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder bei seiner Regierungserklärung am 21.07.2021 so eindringlich: „Wir stehen an der Schwelle epochaler Veränderungen. Wir sind es unseren Kindern schuldig, dass wir uns nicht aus Angst vor Lobbygruppen, vor Leugnern oder vor Ewiggestrigen vor der Verantwortung drücken."

Die Politik ist am Zug

Detlef Fischer resümiert: „Den VBEW kann der Ministerpräsident auf alle Fälle nicht gemeint haben, wir stehen zur Energiewende. Jetzt ist die Politik am Zug, der Energiewirtschaft die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen zu liefern und der Bevölkerung die Notwendigkeiten zu erklären. Auf Worte müssen Taten folgen. Je länger die Staatsregierung damit wartet, desto schwieriger wird es, die anstehenden Aufgaben bis 2040 zu lösen." ❐

Eine neue Zeitrechnung beginnt:

Stadtwerke stellen Elektrobus vor

Die Stadtwerke Bamberg stellen den Öffentlichen Personen-Nahverkehr auf den klimaschonenden Elektroantrieb um. Bereits im kommenden Jahr werden die ersten sechs reinen Elektrobusse auf die Linien geschickt. Mit dem Niederflurbus „Urbino 12" vom Hersteller Solaris haben die Stadtwerke jetzt die neue Generation der Bamberger Busse vorgestellt.

Für eine bessere Sicht des Fahrers auf den Gehsteig ist die Frontscheibe ungewöhnlich tief und groß. Ansonsten sieht der „Urbino 12 electric" zumindest für den Laien so aus wie jeder andere Linienbus auch. Nur, dass man an den neuen Fahrzeugen, mit denen die Stadtwerke Bamberg den ÖPNV noch klimaschonender machen, vergebens einen Auspuff sucht. „Zero Emissions" heißt das heute. Auf Deutsch: „Null Schadstoff-Ausstoß – weil wir die Busse selbstverständlich mit reinem Ökostrom laden werden", sagt Peter Scheuenstuhl, Leiter der Mobilitätssparte der Stadtwerke. In diesem und dem nächsten Jahr investieren die Stadtwerke 4,8 Millionen Euro in klimaschonende Antriebstechnologien für den heimischen ÖPNV.

BMU-Förderung

Knapp zwei Millionen Euro der Kosten für die sechs Busse, den Aufbau der Ladeinfrastruktur, den Umbau der Werkstatt sowie die Schulung des Personals stammen aus Fördermitteln des Bundesumweltministeriums.

Höhere Reichweiten durch verbesserte Ladekapazitäten

In den vergangenen Jahren haben die Stadtwerke letztmalig Busse mit Hybridantrieb gekauft. Neue Akku-Technologien mit höheren Ladekapazitäten ermöglichen mittlerweile höhere Reichweiten und damit ganz andere Einsatzmöglichkeiten für Elektrobusse im Bamberger ÖPNV als bisher. Die Reichweite der neuen Batterie-Generation ist in den meisten Fällen ausreichend, um einen ganzen Tag lang in Bamberg ohne Ladepause unterwegs zu sein.

Die Umstellung der Busflotte auf den emissionsfreien Elektroantrieb ist nicht nur kostenintensiv, sondern auch hoch komplex: weil Ladeinfrastruktur geschaffen werden muss, Steuerungssysteme erweitert werden müssen, Werkstätten nicht nur konventionelle, sondern auch Elektrobusse reparieren müssen und das Personal im Fahrbetrieb, in der Werkstatt und der Leitstelle umfassend geschult werden muss. Für diese Mammutaufgabe haben sich die Stadtwerke Bamberg mit fünf weiteren kleinen und mittleren Verkehrsbetrieben aus Bayern zusammengeschlossen. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus Aschaffenburg, Bad Reichenhall, Coburg, Landshut und Passau kooperieren sie nicht nur bei Entwicklung des neuen Buskonzepts, sondern auch bei der europaweiten Ausschreibung von insgesamt 20 Fahrzeugen sowie der Akquise von Fördergeldern.

2,7 Mio. km pro Jahr

Im Bamberger ÖPNV werden jährlich rund 10 Millionen Fahrgäste in 63 Fahrzeugen chauffiert. Die Solo- und Gelenkbusse haben eine tägliche Fahrleistung von über 200 Kilometern und waren im vergangenen Jahr insgesamt mehr als 2,7 Millionen Kilometer unterwegs. Auf dieser Strecke haben sie über 1,1 Millionen Liter Diesel verbraucht. Das Liniennetz der Stadtwerke Bamberg reicht von Bischberg im Westen bis Kremmelsdorf östlich von Bamberg und von Gundelsheim im Norden bis Pettstadt im Süden. Es umfasst 28 Buslinien mit 416 Haltestellen. STWB Stadtwerke Bamberg GmbH



Im August haben die Stadtwerke Bamberg die neue Generation der Bamberger Busse vorgestellt. Sechs davon werden im kommenden Jahr das rein elektrische Zeitalter des Bamberger ÖPNV einläuten. Unser Bild zeigt den Vorführwagen E-Bus Solaris. Er war eine Woche lang im Bamberger Stadtgebiet unterwegs.

Bild: Michael Fuchs / Stadtwerke Bamberg

Solaris Urbino 12 electric

Gesamtgewicht: 19.200 kg; Fahrgastplätze: 25 Sitz- und 46 Stehplätze; Batterien: Lithium-Ionen-Batterien; Batteriekapazität: 352 kWh (davon nutzbar: 82 %); Verbrauch: 1,13 kWh/km; Reichweite je Batterieladung: bis zu 250 km; Batterielebensdauer: 8 Jahre; Sonderausstattungen: CO2-neutrale Klimaanlage; Abbiegeassistent; Wärmepumpe. ❐



VKU-Stadtwerkekongress 2021:

Klimaziele brauchen Planungs- und Investitionssicherheit

Für die große Mehrheit der Stadtwerke-Chefs und Energieexperten kommunaler Unternehmen sind offene politische Entscheidungen mit Abstand das größte Hindernis für die Energiewende. Dies ergab eine Umfrage des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) unter seinen Mitgliedsunternehmen zum hybrid ausgerichteten Stadtwerkekongress in Dortmund (siehe Kasten). So fehlen Planungs- und Investitionssicherheit für kommunale Energieversorger und Netzbetreiber (69 Prozent). Zweitgrößtes Hindernis sind für die knapp 170 Umfrageteilnehmer die Dauer und Anforderungen im Planungs- und Genehmigungsrecht (63 Prozent).

„Die Stadtwerke als Praktiker und Pragmatiker der Energiewende wollen anpacken und die Klimaziele erreichen. Ohne Planungs- und Investitionssicherheit gelingt das aber nicht", erläuterte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing. „Die Umfrage hat dies als wichtigstes Problem benannt: Wir brauchen endlich klare längerfristige verlässliche Rahmenbedingungen in der Energiepolitik und für die Energiewende."

Oberste Priorität: CO2-Preis

Liebing benannte auch die drei wichtigsten Themen für die nächste Bundesregierung, die sich aus der Umfrage ergeben: „Oberste Priorität hat eine Reform der Steuern, Abgaben und Umlagen im Energiebereich sowie der CO2-Preis (56 Prozent). Ein Blick auf die Stromrechnung genügt: Strom aus erneuerbaren Energien muss günstiger werden. So wird sauberer Strom wettbewerbsfähiger gegenüber fossilen Energien und attraktiver für den Einsatz im Verkehr- und Wärmesektor." Wichtig sei es zudem, den Menschen beim CO2-Preis kein X für ein U vormachen zu wollen: „Wenn wir einen drastischen CO2-Preisanstieg ab 2026/2027 (nach der Festpreisphase) verhindern wollen, muss der CO2-Preis früher erhöht werden. Das ist nicht nur für den Klimaschutz wichtig, sondern auch, um eine spätere Kostenexplosion zu verhindern. Außerdem können wir damit die EEG-Umlage abschaffen und Transformationsprojekte gezielt fördern. So erreichen wir auch den notwendigen sozialen Ausgleich", machte der Hauptgeschäftsführer deutlich.

Daran schließt die zweite Priorität der Stadtwerke-Chefs an. Mehr als die Hälfte fordert neue Anreize für die Wärmewende (53,9 Prozent). „Der Wärmesektor ist unser Klimaschutz-Sorgenkind: geringe Sanierungsquote, unzureichende Förderung", erklärte Liebing. „Aber: Auch Sorgenkinder haben Potenzial. Das sollte die nächste Regierung mit einem neuen Ansatz wecken und einen Wärme-Masterplan vorlegen. Für die Versorgung mit klimaneutraler Wärme aus erneuerbaren Energien sollte Politik den Quartiersansatz verankern und die kommunale Wärmeplanung mit einem breiten Strauß unterschiedlicher technologischer Lösungen stärken. Außerdem brauchen wir bessere gesetzliche Rahmenbedingungen und eine umfassende Förderung für den Ausbau der Wärmenetze sowie die Option für den Einsatz von Wasserstoff, mit dem fossiles Erdgas ersetzt werden kann. Das schafft Planungs- und Investitionssicherheit."

Ruf nach Infrastruktur-Update

Drittes „Eisen" Infrastruktur-Update: Die Unternehmenslenker fordern laut Umfrage bessere Rahmenbedingungen für den Ausbau von Infrastrukturen (52 Prozent). Liebing zufolge braucht das oft geforderte 100 Tage-Programm für Erneuerbare Energie ein Infrastruktur-Update als Begleiter. Die nächste Bundesregierung sollte die ersten 100 Tage nutzen, um sowohl ein Erneuerbares Energien-Programm als auch ein Infrastruktur-Update anzuschieben: Investitionsbremsen lösen, Rechts- und Planungssicherheit schaffen. Die Antwort der nächsten Bundesregierung auf Bidens „Built Back Better" für die USA müsse „Buddeln und Baggern" für Deutschland sein. Netzausbau, Digitalisierung der Netze, Investitionen in Speicher, Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energieträger – dies alles erfordere Milliarden für Investitionen. Sie wiederum benötigten Planungs- und Investitionssicherheit. Ohne sie werde der Markthochlauf neuer klimaneutraler Technologien schlicht nicht funktionieren.

Stadtwerke Award

Im Blickpunkt des hybrid ausgerichteten VKU-Stadtwerkekongresses stand auch die interaktive Verleihung des Stadtwerke Award 2021. Unter den drei Preisträgern befinden sich zwei aus Bayern, nämlich die Stadtwerke Schweinfurt GmbH (1. Preis) und die Stadtwerke Bamberg GmbH (Platz 3).

Mit ihrem Projekt „Klimaneutrale Wasserversorgung in Mainfranken" denken die Stadtwerke Schweinfurt das Thema Sektorenkopplung bis zur Wasserversorgung weiter und verbinden es darüber hinaus noch vorbildlich mit digitalen Prozessen. Mit Hilfe dieser innovativen Kombination der Zukunftsthemen Sektorenkopplung, Wasserversorgung und Digitalisierung arbeiten die Stadtwerke Schweinfurt GmbH an der klimafreundlichen Wasserversorgung der fränkischen Trockenplatte. Hierzu errichten die Stadtwerke eine eigene Photovoltaik-Freiflächenanlage und stellen die gesamte Energieversorgung der Wassersparte auf Grünstrom um.

Durch die Verknüpfung von Wasserspeicherreservoirs als Energiespeicher mit der PV-Anlage, einem Batteriespeicher und einem Blockheizkraftwerk soll der Eigenverbrauch weiter optimiert werden. Zudem wird Künstliche Intelligenz eingesetzt, um das komplexe, spartenübergreifende Gesamtsystem zu steuern und Prognosen für Verbrauch und Erzeugung zu verbessern. Die Wasserversorgung soll durch das Projekt „autark" und damit zu 100 Prozent krisensicher werden. Bereits 2017 hatten die Stadtwerke Schweinfurt den dritten Platz beim Stadtwerke Award gewonnen.

Mit einer innovativen Kombination der Themen Quartierslösungen und Wärmenetze reiht sich die Stadtwerke Bamberg GmbH mit ihrem Projekt „Lagarde 4.0" in die Liste der Preisträger ein. Auf dem innerstädtischen Konversionsquartier „Lagarde" entsteht bezahlbarer Wohnraum für rund 1.200 Familien sowie Flächen für Gewerbe, Dienstleistungen, Kultur und soziale Einrichtungen. Die dichte Gebäudestruktur setzt sich aus einem teils denkmalgeschützten Bestand und hocheffizienten Neubauten zusammen. Die nachhaltige Ausrichtung einer Quartierslösung aus Alt- und Neubaubestand ist dabei einzigartig. Mit ihren Verbundpartnern haben die Stadtwerke Bamberg ein Wärmekonzept entwickelt, bei dem über 70 Prozent der Wärme vor Ort aus erneuerbaren Energien gewonnen wird. **DK**

Umfrageergebnisse im Überblick

1. Welche drei Maßnahmen muss die nächste Bundesregierung ganz oben auf die energiepolitische Agenda setzen, um die neuen und höheren Klimaziele zu erreichen?

- 56,3 Prozent: Reform der Entgelte und Umlagen/CO2-Preis (stärkere Belastung fossiler Energieträger, Entlastung von Strom und CO2-freien Energieträgern)
- 53,9 Prozent: Anreize für Wärmewende
- 52,1 Prozent: bessere Rahmenbedingungen für den Ausbau von Infrastrukturen
- 45,5 Prozent: Verbesserungen für den Ausbau erneuerbarer Energien
- 41,3 Prozent: KWK-Anlagen (z. B. Biomasse, Erdgas/Wasserstoff) für die Versorgungssicherheit weiter fördern
- 15 Prozent: regional erzeugten Wasserstoff fördern
- 15 Prozent: effizienterer Umgang mit Energie
- 7,8 Prozent: Förderung von Tank- und Ladeinfrastruktur und Einsatz alternativer Antriebe

2. Was sind die größten Hindernisse bei der Umsetzung der Energiewende vor Ort?

- 69,4 Prozent: Fehlende Planungs- und Investitionssicherheit durch ausstehende politische Entscheidungen
- 63 Prozent: Dauer- und Anforderungen im Planungs- und Genehmigungsrecht
- 47,5 Prozent: Fehlende finanzielle Investitionsfähigkeit, bspw. fehlendes Eigen- oder Fremdkapital durch geplante Absenkung EK-Zins
- 28,8 Prozent: Geringe Akzeptanz in der Bevölkerung
- 22,5 Prozent: Fehlende Fördermittel
- 19,4 Prozent: Fehlendes Personal im eigenen Unternehmen
- 10,6 Prozent: Fehlende Tiefbaukapazitäten / Bauträger
- 8,8 Prozent: Fehlendes Personal in Behörden und Gerichten
- 2,5 Prozent: Materialmangel, z.B. Baustoffe oder Halbleiter, Grundstoffe usw.
- 1,9 Prozent: Sonstiges **DK**

„Klimafreundliche Wärmeversorgung beginnt nicht erst am Hausanschluss"

BDEW zur Diskussion um das Klima-Sofortprogramm für den Gebäudesektor

Zur aktuellen Diskussion um das Klima-Sofortprogramm der Bundesregierung für den Gebäudesektor erklärt Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung: „Energetische Gebäudesanierung und der Tausch alter ineffizienter Öl-Heizungen durch moderne klimafreundliche Heiztechnologien sind zentrale Instrumente für das Gelingen der Wärmewende in Deutschland. Es ist deshalb richtig, dass die Bundesregierung mit dem Klima-Sofortprogramm für den Gebäudesektor die Fördergelder für die Bundesförderung effizienter Gebäude erhöht hat."

Eine klimafreundliche Wärmeversorgung beginne jedoch nicht erst am Hausanschluss. „Wir brauchen deshalb eine sukzessive und ambitionierte Dekarbonisierung aller Wärmeenergieträger, den ressourcenschonenden Aus- und Umbau der notwendigen Infrastrukturen sowie eine umfassende, übergreifende kommunale Wärmeplanung. Auch hierfür muss die Politik die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Um die Sanierungsrate zu erhöhen, braucht es zudem Fachkräfte. Die Ausbildung von qualifiziertem Nachwuchs in den technischen Berufen muss deshalb intensiv gefördert werden. Wir werden auch künftig Technologievielfalt und ein Zusammenspiel verschiedener Energieträger und Instrumente brauchen, um den regionalen Gegebenheiten, der heterogenen Gebäudestruktur und der unterschiedlich ausgebauten Netzinfrastruktur gerecht zu werden. Welche Technologien und Maßnahmen am besten geeignet sind, um schnell CO2-Emissionen zu senken und gleichzeitig die Kosten nicht aus dem Ruder laufen zu lassen, ist zudem von Haus zu Haus unterschiedlich. Mit Energiedienstleistungen unterstützen Energieunternehmen Hauseigentümer und Kommunen bei der Auswahl der individuell besten Lösung", machte Andreae deutlich. ❐

Aus ISIS12 wird CISIS12:

Drei Kommunalverwaltungen auf der sicheren Seite

Autor: Ralf Turban, Mein-Datenschutzberater

Die Gemeinde Adelsdorf in Mittelfranken, der Markt Postbauer-Heng in der Oberpfalz und die Große Kreisstadt Neuburg an der Donau in Oberbayern sind unter den ersten Verwaltungen, die sich dem Zertifizierungsaudit des „nagelneuen" Informationssicherheits-managements (ISMS) mit der Norm CISIS12 unterzogen haben. CISIS12 ist die neue Version 3.0 des etablierten ISIS12 und erweitert die Funktionen um die Themen Compliance, Prozesse und Notfallthematiken. Der Name steht für Compliance-Informations-Sicherheits-Management-System in 12 Schritten.

Gemäß der Vorgaben des BayEGovG müssen die Behörden bezüglich der Sicherheit der informationstechnischen Systeme angemessene technische und organisatorische Maßnahmen im Sinn von Art. 32 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und Art. 32 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) treffen und die hierzu erforderlichen Informationssicherheitskonzepte erstellen. Um hier den Bayerischen Verwaltungen unter die Arme zu greifen hat das BayStMI eine noch laufende Fördermaßnahme aufgelegt, die 50 Prozent der entstehenden Beratungskosten bei CISIS12 erstattet.

Ständige Änderung und Aktualisierung

Die drei Verwaltungen haben schnell erkannt, dass die Informationssicherheit kein starrer Zustand ist und ständiger Änderung und Aktualisierung unterliegt. Somit wird aus dem geforderten Informationssicherheits-KONZEPT und der ständigen Rechenschaftspflicht der Verwaltungsleitung aus der DSGVO ein Informationssicherheits-MANAGEMENT und aus der Nachweisbarkeit leitet sich der Anspruch der Verwaltungsleitung der Zertifizierung und damit regelmäßigen, jährlichen Überwachung durch einen Dritten (Zertifizierungsgesellschaft) ab.

Die Koordination der Bearbeitung von CISIS12 über alle drei Verwaltungen (Adelsdorf, Postbauer-Heng und Neuburg an der Donau) hinweg wurde mit der Fachfirma „Mein-Datenschutzberater" vorgenommen. Damit war, im durchaus fordernden Projektablauf bis zu den beiden jeweils erfolgreichen Zertifizierungstagen im Juli, die bestmögliche gemeinsam koordinierte Praxisumsetzung gegeben. „Mein-Datenschutzberater.de" verfügt nach langjähriger ISIS12 Erfahrung und Miterprobung der CISIS12-Umsetzung im kommunalen Umfeld über die passende Expertise, um bayerische Verwaltungsstrukturen „im Rahmen der Verhältnismäßigkeit" auf dem Weg zur ISMS-Zertifizierung zu begleiten.

Für den Erhalt des Zertifikates musste bei einem zweitägigen Audit die Umsetzung der 12 Schritte und somit der nachhaltige Aufbau des ISMS den Auditoren dargestellt werden. Im Rahmen der Umsetzung wurde einiges an Dokumentationen erstellt, angefangen von der Informationssicherheitsleitlinie zum IT-Betriebshandbuch sowie Inhalte für die Risikobehandlung gemäß BSI Gefährdungslagen bis zum IT-Notfallhandbuch.

Die zwölf Schritte von CISIS12:

1. Leitlinie erstellen
2. Beschäftigte regelmäßig sensibilisieren
3. Informationssicherheitsteam aufbauen
4. IT-Doku-Struktur festlegen
5. IT-Servicemanagement Prozesse
6. Compliance, Prozesse und Anwendungen
7. IT-Struktur analysieren
8. Risikomanagement
9. Soll-Ist-Vergleich
10. Umsetzung planen und umsetzen
11. Internes Audit
12. Revision

Abgebildet wurden die zwölf Schritte der Informationssicherheit mit dem Programm M24S, das die Einteilung der Tätigkeiten und den strukturierten Aufbau der zu bearbeiteten Punkte passend unterstützt. Die Variabilität des CISIS12 im Hinblick auf die verschiedenen Kommunalstrukturen wurde über die zentralen Verwaltungen hinaus bei jeder Zertifizierung deutlich; so sind z.B. in Adelsdorf die Kindertagesstätten, in Postbauer-Heng die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung und in der Großen Kreisstadt Neuburg an der Donau die Abwasserentsorgung und die Bücherei mit im Zertifizierungsumfang enthalten.

Werthaltige Zertifizierung

„Wir haben durch die Umsetzung von CISIS12 nun einen sehr guten Überblick, welche Projekte im Bereich der Informationssicherheit in den nächsten Auditzyklen angegangen werden müssen. Die durchgeführte werthaltige Zertifizierung und das anschließend erhaltene Zertifikat zeigen, dass der eingeschlagene Weg für uns absolut passend ist – gerade auch im Hinblick auf die vielen Angriffe auf die technischen Systeme, welche in letzter Zeit in der Presse zu lesen waren", so Dr. Bernhard Gmehling, der Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Neuburg an der Donau. ❐



Erster Bürgermeister Karsten Fischkal (l.) und der Informationssicherheitsbeauftragte Gerhard Lang der Gemeinde Adelsdorf sind stolze Besitzer der Zertifizierungsurkunde für CISIS12. „Die Zertifizierung der Gemeinde Adelsdorf mit dem CISIS 12 System ermöglicht erstmals auf der Ebene der Prozessbetrachtung eine Schwachstellenanalyse der Gemeindeverwaltung einschließlich sogar baulicher Mängel. Das Audit zeigte jede Menge von Entwicklungspotential zur Verbesserung der eigenen Verwaltungsabläufe auf, welches wir in den kommenden Jahren Stück für Stück heben wollen. Das ‚Unterwerfen' der gesamten Organisationsstruktur unter dem Prozess von CISIS12 stellt eine Herausforderung für jede Verwaltung dar, der Lohn in Form zahlreicher Erkenntnisse ist aber hoch und rechtfertigt den Aufwand", so der Bürgermeister. Bild: Gemeinde Adelsdorf



CISIS12-Zertifizierung der Großen Kreisstadt Neuburg a.d. Donau. V.l.: Zweiter Bürgermeister Dr. Johann Habermeyer, Informationssicherheitsbeauftragter Dominik Weiss, Ralf Turban von Mein-Datenschutzberater. Bild: Stadt Neuburg

Automatisierte IT und Luftfilter:

Beschaffung für öffentliche Auftraggeber

Das Münchner Startup GovRadar vereinfacht mit automatisierten und vergaberechtskonformen Leistungsbeschreibungen die kommunale Beschaffung

Beschaffung von Schul-IT dauert schon mal mehr als 12 Monate: Beginnend mit dem Fördermittelabruf, über die Konzepterstellung, bis hin zur eigentlichen Beschaffung im engeren Sinn – die Prozesse sind langwierig. Das Gleiche gilt für mobile Luftfilter – die jetzt mehr denn je in den Klassenräumen gebraucht werden. Doch die Ressourcen auf Seiten der öffentlichen Auftraggeber sind begrenzt.

Es geht aber auch schneller, wie der Landkreis Bayreuth jetzt beweist. Gemeinsam mit GovRadar, einem jungen Münchner Unternehmen, automatisierte man kleinvolumige Beschaffungen: Nachdem eine Schulleitung ihren Bedarf für 69 Microsoft Surface Tablets geäußert hat, wurde ein Leistungsverzeichnis erstellt. Automatisch und produktneutral, mit Bandbreiten zu den Spezifikationen, auf Basis des angegebenen Referenzmodells. Denn ein konkretes Modell auszuschreiben widerspricht den Grundsätzen des Vergaberechts. Sobald das Ausschreibungsformular samt Leistungsverzeichnis freigegeben ist, werden über die Plattform Angebote eingeholt und zum Ende der Angebotsfrist dem Auftraggeber zur Verfügung gestellt. Die Auswahl und Bezuschlagung erfolgt durch den Auftraggeber.

Die Abteilung Schulen der Kreiskämmerei ist angetan von der bislang sehr guten Zusammenarbeit. Bei den ohnehin zahlreichen Beschaffungsanfragen können die Mitarbeiter so zumindest teilweise entlastet werden.

GovRadar ist eine Markterkundungsplattform, auf der Anbieter und öffentliche Auftraggeber zusammenfinden. „Wir wollen geringvolumige Beschaffungen vergaberechtskonform automatisieren – dafür steht unser Ansatz UVgO-Shopping“, erklärt Sascha Soyk, Gründer und Geschäftsführer von GovRadar. „Kommunen müssen ihre begrenzten personellen Ressourcen auf komplexe Beschaffungen konzentrieren, wie beispielsweise WLAN-Infrastruktur in Schulen oder größere Rahmenverträge. Alles, was wir als Privatpersonen einfach im Internet bestellen können, muss auch für öffentliche Auftraggeber effizient und beschleunigt ablaufen.“

Beschaffung selbst durchführen

Dabei sei es wichtig, den Auftraggebern Tools an die Hand zu geben, mit denen sie ihre Beschaffung selbst durchführen können. Die Beauftragung externer (IT-) Dienstleister sei immer teuer und die Erstellung von Ausschreibungsunterlagen gehe so bereits zu Lasten des Gesamtbudgets. Mit der Folge, dass am Ende z.B. weniger Endgeräte beschafft werden könnten.

Als Sascha Soyk im Frühjahr 2020, zwei Wochen vor dem ersten Lockdown, in München sein Startup gegründet hat, war völlig unklar, was das kommende Jahr für GovRadar bringen würde. „Wir sitzen eigentlich seit Gründung durchgehend im Homeoffice, aber unserer Entwicklung hat das keinen Abbruch getan.“ Vielmehr betont er, wie sehr die Corona-Situation den Druck zur Digitalisierung noch erhöht habe, insbesondere bei Behörden.

Nach seinem BWL-Studium an der Universität Mannheim hat der aktive Reserveoffizier Stationen in der Strategieberatung bei Roland Berger, im Aufbaustab des Cyber Innovation Hub der Bundeswehr sowie beim amerikanischen Softwarekonzern Palantir hinter sich. Er kenne somit beide Seiten der von GovRadar entwickelten Plattform: Die Herausforderung innovativer Technologieunternehmen, die ihre Lösung in deutsche Behörden tragen wollten. Und die rechtlichen Normen und prozessualen Vorgaben, die einen hohen Aufwand für die Auftraggeber bedeuteten.

Aktuelles Hauptaugenmerk von GovRadar ist die IT-Beschaffung für Schulen bzw. für Sachaufwandsträger, seit Neustem eben auch mobile Luftfilter. „Viel zu oft hören wir von den Beschaffern, dass im Falle des Digitalpakt Schule zwar Gelder zur Verfügung stehen, die eigentliche Beschaffungsarbeit sich deshalb aber nicht von allein mache“, analysiert Soyk die gegenwärtige Situation. „Kommunen müssen eben vergaberechtskonform ausschreiben und können nicht einfach im Internet shoppen gehen, auch wenn manch Außenstehender das vielleicht annimmt.“

GovRadar hat seine Lösung zur automatisierten Leistungsbeschreibung bereits in ersten Kommunen in Bayern und Baden-Württemberg im Einsatz. Die Software wird so entwickelt, dass sie zu den Prozessen der einzelnen kommunalen Auftraggeber passt. „Wenn wir als Startup antreten, müssen wir nachweisen, dass wir agil arbeiten und das Feedback unserer Nutzer frühzeitig aufgreifen und einfließen lassen. Sonst sind wir ja nicht besser als jede Software-Lösung, die über zwei Jahre in alter Wasserfallplanung entwickelt wurde.“ Informationen zu GovRadar unter www.govradar.net. ❐

High-Tech gegen Lebensmittelbetrug

Bundesweites Pilotprojekt mit neuer Frühwarn-Software startet

Bayern treibt die Digitalisierung im Verbraucherschutz weiter voran. Eine neue Software warnt zukünftig gezielt vor möglichem Lebensmittelbetrug beim Import. Dazu betonte Bayerns Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber in München: „Wir wollen den Schutz der Verbraucher mit neuen digitalen Möglichkeiten weiter verbessern. In einem global vernetzten Markt wird modernste Technik für die Lebensmittelüberwachung immer wichtiger. Mit unserer neuartigen Frühwarn-Software wollen wir schwarzen Schafen einen Schritt voraus sein.“

Moderne Lebensmittelüberwachung soll mögliche Betrüger entdecken, bevor sie ihr Geschäft in großem Stil aufziehen können. Die neue Software ermöglicht gezieltere Probenahmen vor Ort, wenn Risiken zu erwarten sind. Bayern ist Vorreiter bei dieser Entwicklung des vorbeugenden Verbraucherschutzes.“ Mit Hilfe von ausgefeilten Analysetools ermittelt das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) gezielt Lebensmittel, bei denen Hinweise auf ein erhöhtes Potential für Betrug oder mögliche Gesundheitsgefahren vorliegen. Für ihre Arbeit greifen die Spezialisten am LGL auf verschiedenste Datenquellen und Medien zurück. So wird unter anderem auf Basis der deutschen Außenhandelsstatistik der Import von Lebensmitteln aus EU- sowie Drittstaaten analysiert. Die Statistik umfasst rund 2.500 Erzeugnisse aus mehr als 220 Ländern.

Zeigt sich bei der Analyse beispielsweise ein unvorhergesehener Anstieg der Importquote aus einem bestimmten Staat, kann dies auf minderwertige Importe hindeuten. Die Kontrollbehörden vor Ort werden entsprechend sensibilisiert und können zielgerichtet Proben nehmen. Auch witterungsbedingte Ereignisse werden bei der Datenanalyse berücksichtigt: Ein unerwarteter Kälteeinbruch vor der Ernte in einem bestimmten Staat müsste zu einem Importrückgang aus dieser Region führen. Bleibt dieser Rückgang allerdings aus, kann das ein Indiz für gezielte Täuschungen bei der Herkunftsangabe oder für die Zugabe minderwertiger Ware sein. Das LGL versucht mit Expertennetzwerken diesen Betrugspotentialen auf die Spur zu kommen. Beispielsweise konnten über diese Daten und anschließende Laboruntersuchungen großflächige Vermischungen bei teuren Haselnuss-Importen mit billigeren Erdnüssen aufgedeckt werden.

Das LGL entwickelte die Frühwarn-Software ISAR (Import Screening for the Anticipation of Food Risks) gemeinsam mit der Ludwig-Maximilians-Universität München. Das Verbraucherschutzministerium hat das Vorhaben mit rund 500.000 Euro gefördert. Der Bund und weitere Länder testen nun in einer breit angelegten Pilotphase den Einsatzbereich und die vielseitigen Funktionalitäten von ISAR. Ziel ist es, die Software als Instrument dauerhaft in die Lebensmittelüberwachung zu übernehmen.

Die verstärkte Digitalisierung der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung ist ein zentraler Bestandteil des Kontrollkonzepts 2030 des Verbraucherschutzministeriums. Das Konzept greift von der Ausbildung bis hin zur Planung, Dokumentation, Auswertung und Steuerung der Kontrollen im Lebensmittel- und Veterinärbereich alle relevanten Aspekte auf. ❐

Stadt Fürth:

Anbindung an Bund-ID

Großer Schritt in Richtung mehr Bürgerservice

Die Stadt Fürth ist in den Bereichen Verwaltungsdigitalisierung und Online-Bürgerservice bundesweit Vorreiter. Als erste Kommune in Deutschland hat die Kleeblattstadt die Bund-ID im städtischen Portal www.services.fuerth.de eingebunden.

Das Bundesinnenministerium (BMI) hat diesen innovativen Schritt im Rahmen einer Meldung hervorgehoben und gewürdigt. „Die Bund-ID wird in ein paar Jahren das führende ID-Konto für Bürgerinnen und Bürger sein“, ist sich Dr. Hauke Traulsen, Leiter der Digitalisierungsabteilung (Chief Digital Officer) der Stadt Fürth, sicher. Das zentrale, bundeseinheitliche Nutzerkonto, in dem man sich mit dem elektronischen Personalausweis authentisieren kann, sieht er als wichtigen Schritt auf dem Weg hin zu einer einfacheren und bürgerfreundlichen digitalen Verwaltung.

Eindeutige Identifikation

Mit der persönlichen Bund-ID können immer mehr Dienstleistungen der Verwaltung direkt online beantragt und Nachrichten von Behörden sicher im eigenen Postfach empfangen werden. Dies erspart zunehmend den Gang zur jeweiligen Behörde.

Im angelegten Nutzerkonto Bund sind einmalig die persönlichen Daten hinterlegt, auf die bei allen weiteren Verwaltungsleistungen komfortabel zurückgegriffen wird. Die entsprechenden Daten werden verschlüsselt übertragen. Das Nutzerkonto des Bundes ist somit Grundlage für sichere digitale Kommunikation mit der Verwaltung und dient dazu, sich online gegenüber den Behörden eindeutig zu identifizieren. Und: Es spart Zeit und erleichtert die Bearbeitung.

Die Bund-ID wird zusätzlich zur bereits als Basisdienst genutzten Bayern-ID der Bürgerschaft als Authentifizierungsoption zur Verfügung gestellt. Mit dem zentralen und bundesweit einheitlichen Nutzerkonto Bund (Bund-ID) werden Online-Dienste schnell und kosteneffizient in allen Bundesländern verfügbar gemacht. Im Vergleich zu den unterschiedlichen Landeskonten präsentiert sich die Bund-ID als die sinnvollere und technisch elegantere Lösung. Unter www.id.bund.de oder über das Service-Portal www.services.fuerth.de können Bürgerinnen und Bürger ihr persönliches Nutzerkonto Bund (Bund-ID) einrichten. ❐



Teammitglieder des Digitalisierungsteams der Stadt Fürth v.l.: Andreas Ostner, Christian Werner, Jennifer Schindler, Dr. Hauke Traulsen, Christian Zipser, Klaus Bock, Philipp Reimer Bild: Ebersberger/Stadt Fürth



Und was sehen Sie? Kommunalvertreter, die mit der AKDB auf Discovery Tour gehen, haben ein klares Bild von der Zukunft. Die innovativsten Lösungen für die digitale Transformation der Verwaltung. Ein Austausch mit Experten über vier spannende Tage.
Online und sicher.

Gehen Sie mit uns auf Entdeckungsreise!
Steigen Sie ein! Auf der virtuellen AKDB Discovery Tour erleben Sie die Zukunft der Verwaltungsdigitalisierung. Ob aus dem Büro oder von zu Hause aus: Fast so, als wären Sie persönlich dabei.

AKDB

Aiwanger zur Mobilfunkversorgung in Bayern:

„Die Entwicklung stimmt“

Auf Initiative von Staatsminister Hubert Aiwanger hat das Bayerische Wirtschaftsministerium die Mobilfunkversorgung mit LTE entlang der Autobahnen im Freistaat erneut nachgemessen. So gab es im Netz von Telefónica auf 145,6 Kilometern keine Versorgung, bei Vodafone auf 132,4 Kilometern und im Netz der Deutschen Telekom auf 3,9 Kilometern. Überprüft wurde ein Ausschnitt von über 1.400 Kilometern auf den Autobahnen A3, A6, A7, A70, A71, A93, A94, A95 und A96. Es war die dritte Messung innerhalb der vergangenen zwei Jahre.

Aiwanger zufolge „sind wir noch nicht am Ziel, aber die Entwicklung stimmt“. Die Zahl der digitalen Schlaglöcher auf den bayerischen Autobahnen nehme beständig ab, Gesprächsabbrüche seien seltener, aber immer noch zu viel. „Seit Beginn unserer Messungen 2019 wurden entlang der Messstrecken insgesamt schon über 390 Kilometer mit neuen Funkmasten versorgt. Damit haben die unversorgten Streckenabschnitte um rund 73 Prozent abgenommen. In diesem Tempo muss es weitergehen. Ein lückenloses Netz entlang der Autobahn ist ein essenzieller Standortfaktor für Bayern. Dafür arbeite ich. Wir verlassen uns aber nicht nur auf die Informationen der Netzbetreiber. Stattdessen kontrollieren wir als Freistaat selbstständig die Ausbaufortschritte.“

Frequenzvergabe

Die Bundesnetzagentur hatte die Frequenzvergabe für das LTE/4G-Netz im Jahr 2015 an die drei Betreiber mit der Auflage gekoppelt, bis zum 31. Dezember 2019 eine vollständige Versorgung der Bundesautobahnen sicherzustellen. Bayern ist das erste Bundesland, das seit Herbst 2019 die Versorgungsqualität selbstständig nachmisst und prüft. Unversorgt bleiben darf laut Bundesnetzagentur nur, was rechtlich und tatsächlich nicht ausgebaut werden kann.

100. Förderbescheid

Dass die bayerische Mobilfunkinitiative bereits viele Gewinner kennt, zeigt sich an der Übergabe des 100. Mobilfunkförderbescheids an die mittelfränkische Gemeinde Pommelsbrunn. Laut Aiwanger werden die rund 6.000 Einwohner schon bald von einer besseren Mobilfunkversorgung profitieren. „Wir sorgen für digitale Infrastruktur in der Fläche. Bayern ist mit dem Mobilfunkförderprogramm Wegbereiter für eine verbesserte Mobilfunkversorgung, in der Stadt, auf dem Land oder auch im Zug.“

Das bayerische Mobilfunk-Förderprogramm war der Pionier als Förderprogramm zur Verbesserung der Mobilfunkversorgung in Deutschland. Mit den Nachmessungen im März 2021 in Pommelsbrunn wurde die Förderberechtigung nachgewiesen. „Deutschland braucht sehr gute Mobilfunknetze in jeder Region, kein Haushalt soll unversorgt bleiben. Die optimale Versorgung auch im ländlichen Raum schafft bayernweit innovative Geschäftsmodelle und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Unsere Gemeinden sind wertvolle Partner beim Mobilfunkausbau. Sie leisten Überzeugungsarbeit und stellen sich den schwierigen Themen vor Ort. Im Schulterschluss mit den Kommunalverantwortlichen kann es gelingen, die Verfügbarkeit und Übertragungsqualität der Mobilfunknetze zu verbessern. Wir schließen die letzten Mobilfunklöcher in Bayern“, stellte Aiwanger fest.

Freude in Pommelsbrunn

Über die Übergabe des Mobilfunkbescheids freute sich Erster Bürgermeister Jörg Fritsch: „Die Förderzusage gibt uns als Gemeinde im ländlichen Raum die Möglichkeit, die unterversorgten weißen Flecken im Gemeindegebiet zu schließen und damit eine deutlich verbesserte Mobilfunkversorgung gewährleisten zu können. Ein zuverlässiges Mobilfunkangebot sichert als wichtiger Baustein der kommunalen Infrastruktur die Zukunftsfähigkeit unserer Gewerbebetriebe in den Außenorten und trägt zu einer Steigerung der Lebensqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger bei. Dank der Förderung durch den Freistaat und der unterstützenden Zuarbeit des Mobilfunkzentrums kann die Gemeinde Pommelsbrunn das Ziel einer möglichst breiten Mobilfunkversorgung nun zügig weiter voranbringen.“

Auf Grundstückssuche

Derzeit befindet sich die Gemeinde auf Grundstückssuche. Die drei Netzbetreiber Telekom, Vodafone und Telefonica haben ihr Interesse an der Mitnutzung eines geförderten Mastes bekundet. Mit der Übergabe des Mobilfunkbescheids fließen bis zu 500.000 Euro für den Bau von Mobilfunkmasten von München nach Pommelsbrunn. Als nächstes muss sich die Gemeinde noch für die Bauvariante (Eigenbau oder Konzession) entscheiden und gemeinsam mit dem Landkreis die weiteren Planungs- und Genehmigungsschritte einleiten. Unterstützung, Beratung und Erledigung von Markterkundungen bietet das Mobilfunkzentrum in Regensburg.

Ausbaufortschritte

Innerhalb der vergangenen zwei Jahre des Mobilfunk-Förderprogramms haben die Netzbetreiber auf die Initiative des Wirtschaftsministeriums hin über 1.000 Funkmasten ausgebaut oder aufgerüstet. Weitere 440 Gemeinden bekamen im Rahmen des Förderverfahrens oder durch Initiative des Mobilfunkzentrums einen eigenwirtschaftlichen Mobilfunkausbau zugesagt. Vor allem in Gegenden mit großen Sprachmobilfunklücken sind große Ausbaufortschritte zu verzeichnen, die im Notfall auch Leben retten können. Das Mobilfunk-Förderprogramm ist mit einer Summe von 130 Millionen Euro ausgestattet. **DK**

Neuer Meilenstein für Gigabitausbau in Bayern

Bayerns Kommunen haben künftig beim Gigabitausbau noch bessere und breitere Fördermöglichkeiten. Seit 1. August können die Kommunen die Bundesförderung des Gigabitausbaus in Kombination mit der neuen bayerischen Kofinanzierung in Anspruch nehmen - das bedeutet Fördersätze von in der Regel 90 Prozent statt 50 Prozent.

Bei der Kombination Bundesförderung mit bayerischer Kofinanzierung entfällt für die Kommunen nun der bayerische Förderhöchstbetrag. „Damit geben wir dem Glasfaserausbau im Freistaat einen weiteren kräftigen Schub und holen Bundesmittel nach Bayern. Unser bayerisches Ziel ist: Gigabit in jedes Haus!“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Landkreis Schwandorf

Diesem Ziel jetzt einen weiteren großen Schritt näher kommt der Landkreis Schwandorf. Rund 3.000 Anschlüsse und 2.326 Kilometer neue Glasfaser werden in einem interkommunalen Projekt unter Federführung des Landkreises verlegt. Der Freistaat unterstützt 18 Gemeinden bei dieser wichtigen Zukunftsinvestition mit über 21,6 Millionen Euro.

Sinkender Eigenanteil der Kommunen

„Wir stocken mit unserer bayerischen Kofinanzierung die Bundesförderung kräftig auf, so dass der von den Kommunen zu tragende Eigenanteil entscheidend sinkt“, unterstrich Füracker bei der Übergabe des Förderbescheids an Landrat Thomas Ebeling. „Landkreis und Kommunen arbeiten bei dem Projekt vorbildlich zusammen, so schließen wir auch die letzten weißen Flecken in der Breitbandversorgung und schaffen zukunftsfähige Glasfaserinfrastruktur im ländlichen Raum“, stellte Füracker fest. Landkreischef Ebeling freute sich über die großzügige Förderung des Freistaats Bayern: „Mein Dank gilt dem Freistaat Bayern für die großzügige Kofinanzierung des Breitband Bundesprogramms im Landkreis Schwandorf. Ohne diese finanzielle Unterstützung wäre dieses Mammutprojekt für den Landkreis Schwandorf und die beteiligten Kommunen nicht realisierbar.“ Im Landkreis Schwandorf nutzen alle 33 Kommunen die Fördermöglichkeiten des Freistaats und des Bundes zum Breitbandausbau. Mit dem Kofinanzierungsbescheid über 21,6 Millionen Euro sind insgesamt bereits 47 Millionen Euro Fördermittel des Freistaats für den Glasfaserausbau in den Landkreis geflossen.

Landkreis Rottal-Inn

Dass gemeinsam viel zu bewegen ist, beweist auch der Landkreis Rottal-Inn. Alle 31 Kommunen engagieren sich für den Glasfaserausbau in ihrem Landkreis, 25 von ihnen erhalten nun ihre Förderzusage zur Kofinanzierung. Mit über 2.100 Anschlüssen und 1.025 Kilometer neuer Glasfaser sollen alle verbliebenen weißen Flecken im Landkreis geschlossen werden. Der Freistaat stockt hierfür die Bundesförderung mit knapp 59 Millionen Euro auf. Zusätzlich fördert er die Anbindung von acht öffentlichen Schulen des Landkreises an das Glasfasernetz mit über 300.000 Euro.

Rüstzeug für die Heimat

„Dieser wichtige Schritt in Richtung Gigabit stärkt unseren Landkreis und rüstet unsere Heimat für die anstehenden Herausforderungen der nächsten Jahre“, erklärte Landrat Michael Fahmüller. „Die Breitbandförderung ist nicht nur entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unseres Landkreises, sondern auch richtungsweisend für die Wirtschaft in unserer Region. Denn nur dort, wo eine entsprechende flächendeckende Infrastruktur vorhanden ist, können Zukunftsthemen wie die Digitalisierung erfolgreich angegangen werden.“

24 Gemeinden haben sich in interkommunalen Projekten zusammengeschlossen und erhalten über 57 Millionen Euro Kofinanzierungsmittel vom Freistaat. Hinzu kommt die erst kürzlich erfolgte Zusage an Simbach am Inn mit weiteren rund 1,8 Millionen Euro. Alle Landkreiskommunen haben bereits die Ende 2020 ausgelaufene Bayerische Breitbandrichtlinie genutzt. Mit insgesamt 98 Millionen Euro Förderzusagen des Freistaats für den Glasfaserausbau ist der Landkreis Rottal-Inn Spitzenreiter in Bayern. **DK**



Langweid am Lech.

Startschuss für neues Glasfasernetz

Der Glasfaserausbau in Langweid am Lech hat begonnen. Nach der erfolgreichen Nachfragebündelung von M-net und Deutsche Glasfaser haben sich über 1.200 Haushalte in Langweid für einen direkten Glasfaseranschluss im eigenen Haus beziehungsweise der eigenen Wohnung entschieden, einem sogenannten FTTH-Anschluss (= Fiber to the Home). Beim offiziellen Spatenstich mit dem Ersten Bürgermeister Jürgen Gilg und dem Stellvertreter des Landrats Dr. Michael Higl wurde auch der neue PoP (=Point of Presence) in Langweid gesetzt. Der unscheinbare graue Container ist die zentrale Verteilerstation des neuen Glasfasernetzes.

Schon in wenigen Monaten werden alle Haushalte in Langweid am Lech, die sich im Rahmen der Vorvermarktung für einen neuen Glasfaseranschluss entschieden haben, mit Lichtgeschwindigkeit im Internet surfen. Mindestens 40 Prozent der Haushalte in der Gemeinde waren nötig, damit sich der für die Gemeinde und Einwohner kostenlose Glasfaserausbau wirtschaftlich rechnet. Diese Quote wurde erreicht. Das bedeutet konkret: Über 1.200 Haushalte erhalten nun kostenlos einen Glasfaser-Hausanschluss an das neue Netz von Deutsche Glasfaser und M-net. Noch haben Interessenten in Langweid die Möglichkeit mitaufzuspringen. Sind die Bauarbeiten aber abgeschlossen, müssen Nachzügler die Kosten für eine nachträgliche Erschließung in Höhe von rund 750 Euro selbst tragen.



V.l.: Thomas Langhammer (Soli Infratechnik), Angie Hagemann (Deutsche Glasfaser), Stv. Landrat Dr. Michael Higl, Nelson Killius (M-net), Erster Bürgermeister Jürgen Gilg. Bild: M-net

„Als Gemeinde haben wir das Projekt von M-net und Deutsche Glasfaser von Anfang an unterstützt und sind froh, dass die erforderliche Quote erreicht wurde“, sagt Langweids Erster Bürgermeister Jürgen Gilg. „Für uns als Kommune ist schnelles Internet – und das heißt vor allem Glasfaser – ein immer wichtigerer Standortfaktor und damit von entscheidender Bedeutung für die Attraktivität und die wirtschaftliche Zukunft von Langweid.“

Der Stellvertreter des Landrats des Landkreis Augsburg, Dr. Michael Higl, ergänzt: „Was für Langweid gilt, gilt mit Blick auf die Schaffung einer zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur für die ganze Region. Gerade in der Fläche haben wir Nachholbedarf was das Thema Glasfaser angeht. Viele Unternehmen kündigen jetzt große Ausbauprojekte an. Dieses hier ist ein Musterbeispiel dafür, wie es auch ohne öffentliche Fördergelder geht, und trotzdem der Wettbewerb zwischen verschiedenen Anbietern gesichert bleibt.“

Mit FTTH (Fiber to the Home) kommt beim Ausbau in Langweid die modernste Anschlusstechnologie zum Einsatz, die derzeit verfügbar ist. „Hierbei werden die Glasfaserleitungen bis in die einzelnen Häuser und Wohnungen verlegt, was Internetanschlüsse mit Bandbreiten bis zu 1 Gigabit, also 1.000 Megabit pro Sekunde, und künftig noch viel mehr ermöglicht“, sagt Nelson Killius, Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Der FTTH-Ausbau ebnet den Weg in die Gigabitgesellschaft und bringt alle Möglichkeiten, die die digitale Welt heute und in Zukunft bietet, zu den Kunden und Unternehmen. Und das mit freier Wahl des Anbieters. Zunächst haben die Anwohner die Wahl zwischen den Produkten von M-net und Deutsche Glasfaser, perspektivisch wollen wir das Netz aber auch für andere Anbieter öffnen. Ganz im Sinne eines kundenfreundlichen Open Access, wie wir ihn auch in anderen Glasfasergebieten praktizieren.“ Die Glasfaser kann dabei alle bisherigen Telefon- und Kabel-TV-Leitungen ersetzen und bietet gleichzeitig einen deutlichen Qualitätssprung. „Der Glasfaseranschluss ist die neue Basis für echtes Highspeed-Internet, glasklare Telefonie und Fernsehempfang in höchster Bildqualität“, sagt Killius.

Das Ausbauprojekt von Deutsche Glasfaser und M-net in Langweid am Lech ist das erste von über zwei Dutzend ähnlichen Ausbauvorhaben in Bayerisch-Schwaben und Gebieten westlich von München. Insgesamt ist bis Ende 2022 der Ausbau von mehreren 10.000 Haushalten mit FTTH-Glasfaseranschlüssen geplant. „Voraussetzung ist jedoch, dass sich während der sogenannten Nachfragebündelung mindestens 40 Prozent der Haushalte im Ausbaugebiet für einen neuen Anschluss von Deutsche Glasfaser oder M-net entscheiden. Wird die Quote erreicht, tragen unsere beiden Unternehmen die Kosten für den Bau des neuen Netzes, den Hausanschluss und die aktive Zugangstechnik“, erklärt Angie Hagemann, Geschäftsführerin Construction bei Deutsche Glasfaser.

Das Herzstück

Herzstück des neuen Netzes ist der sogenannte Point of Presence, oder kurz PoP. Dieser Container dient als zentrale Verteilerstation und beherbergt die aktive Glasfasertechnik. Im Rahmen des Spatenstichs wurde er per Schwerlasttransport an seinen neuen Standort gehievt. Parallel zu den Vorbereitungen des PoP-Aufbaus verlegen die Bautrupps schon seit mehreren Wochen in enger Absprache mit den Hauseigentümern die neuen Glasfaserleitungen mit neuesten, minimalinvasiven Baumethoden. Nach Abschluss der Tiefbauarbeiten werden die Anschlüsse aktiviert und je nach Kundenwahl entweder ans Netz von Deutsche Glasfaser oder M-net angeschlossen. Bis Ende des Jahres sollen alle Bauarbeiten in Langweid abgeschlossen sein.

Die Nachfragebündelung von M-net und Deutsche Glasfaser läuft derzeit in weiteren Gemeinden rund um Augsburg, unter anderem in Gessertshausen, Groß- und Kleinaitingen und Bobingen sowie in Eichenau im Landkreis Fürstenfeldbruck. ❐

McAfee-Studie:

Eltern wollen, dass Cyber-Sicherheit Teil des Lehrplans wird

Eine Umfrage von McAfee zur sicheren Nutzung des Internets zeigt: Eltern haben nach den Fernunterrichts- und Online-Learning-Maßnahmen deutscher Schulen während der Pandemie mittlerweile ein höheres Bewusstsein für virtuelle Risiken entwickelt, denen sich ihre Kinder im Internet aussetzen. Infolgedessen wünschen sich Eltern eine bessere Aufklärung in Sachen Internetnutzung und Online-Sicherheit – besonders an Schulen.

36 Prozent der Befragten in Deutschland geben an, dass ihre Kinder das letzte Schuljahr aufgrund der Pandemie-bedingten Entwicklungen größtenteils via Fernunterricht bestreiten mussten. Nur zwölf Prozent von ihnen haben die Sache selbst in die Hand genommen und entsprechende Sicherheitstechnologien implementiert, um die digitalen Schulstunden und Hausaufgaben ihrer Kinder abzusichern. Dem gegenüber stehen 38 Prozent, die keine Maßnahmen getroffen haben, da sie sich nicht einem höheren Cyber-Risiko ausgesetzt sahen.

Diese Wahrnehmung hat sich jedoch nun geändert: Eltern machen sich zunehmend Sorgen um die Online-Sicherheit ihrer Kinder. Die am meisten gefürchtetsten Cyber-Bedrohungen: Cyber-Mobbing (33 Prozent), illegale Inhalte (29 Prozent), das Teilen persönlicher Informationen (29 Prozent), Fehlinformationen (28 Prozent) und Scams (26 Prozent). Dies hat ebenfalls ein Umdenken bewirkt, was die Aufklärung zum Thema Cyber-Sicherheit betrifft: 35 Prozent der Eltern glauben, dass Schulen Cyber-Sicherheit in den Lehrplan aufnehmen und die Kinder dazu weiterbilden sollten.

Sicher im Netz unterwegs

„Jetzt, wo es für viele Kinder bald wieder zurück in die Schule geht, ist genau der richtige Zeitpunkt, um sich über Online- und Gerätesicherheit Gedanken zu machen", so Antony Demetriades, VP of Marketing bei McAfee. „Eltern hoffen darauf, dass Schulen ihnen dabei helfen, ihre Kinder auf die sichere Internet- und Gerätenutzung vorzubereiten. Doch auch sie selbst können – und müssen – dazu beitragen, dass ihre Kinder sicher im Netz unterwegs sind. Wir bei McAfee wissen um die Bedeutung der digitalen Aufklärung und helfen Eltern und Lehrern gleichermaßen dabei, die Kinder – aber auch sich selbst – weiterzubilden."

In vielen Schulen gehört die Online-Sicherheit noch nicht zum Lehrplan dazu, was bedeutet, dass Eltern ihren Familien einen Großteil dieses Wissens selbst vermitteln müssen. Zu diesem Zweck hat McAfee einige Empfehlungen zusammengestellt, um Eltern und Kinder auf eine sichere Internet- und Gerätenutzung vorzubereiten:

Sind alle Geräte up to date? Zur Vorbereitung auf die Schule reicht es heute nicht mehr aus, fehlendes Lernmaterial zu beschaffen und den Schulranzen rechtzeitig zu packen. Stellen Sie sicher, dass sämtliche digitalen Geräte, die Ihre Kinder für die Schule oder die Hausaufgaben brauchen, auf dem neuesten Stand sind – einschließlich aktueller Updates und Sicherheitssoftware.

Sind Passwörter veraltet oder in Mehrfachgebrauch? Viele Schüler werden jene Tools auch weiterhin im Unterricht verwenden, die sie während des Fernunterrichts kennengelernt haben. Cyber-Kriminelle verbreiten Passwörter im Netz, weshalb eine regelmäßige Änderung sämtlicher Passwörter unabdingbar ist. Mit einem Password Manager können Sie ganz einfach starke Passwörter generieren, organisieren und verschlüsseln.

Ist der Internetzugang abgesichert? Nutzen Sie einen VPN, sobald Ihre Kinder vom Heimnetzwerk aus auf Online-Learning-Anwendungen oder -Services zugreifen. Mittels Verschlüsselung schützen Sie die Privatsphäre Ihrer Internetverbindung und stellen sich Cyber-Kriminellen in den Weg, die auf der Suche nach persönlichen Informationen wie Passwörtern oder Adressen sind.

Spielt persönliche Verantwortung eine große Rolle? Vor allem die Weitergabe von persönlichen Inhalten und Fehlinformationen bereiten Eltern Sorgen. Daher ist es wichtig, dass Sie Ihre Kinder auf die Verantwortung hinweisen, Daten wie Adressen, Telefonnummern oder Passwörter nicht achtlos im Netz preiszugeben. Klären Sie sie darüber hinaus über das Thema Fake News auf und zeigen Sie ihnen, wie man diese identifiziert. Ermutigen Sie Ihre Kinder dazu, Inhalte, auf die sie in sozialen Medien oder auf Videoplattformen stoßen, auf ihre Glaubwürdigkeit hin zu hinterfragen, bevor sie sich eine Meinung bilden.

Gehört Online-Sicherheit zum Alltag? Online-Sicherheit ist ein wichtiges Thema, über das Sie regelmäßig mit Ihrer Familie besprechen sollten. Zeigen Sie Ihren Kindern, wie sie Phishing-Mails und andere Scam-Versuche erkennen, was sie im Falle eines Sicherheitsvorfalls tun können und wie sie verantwortungsvoll im Internet surfen. ❐

Deutsches Startup leistet Beitrag für europäisches Spitzenprojekt

Gaia-X ist ein gemeinschaftliches Projekt, das insbesondere von den Ländern Deutschland und Frankreich in Abstimmung mit der europäischen Kommission vorangetrieben wird. Das Ziel ist der Aufbau einer Dateninfrastruktur, die die Datensouveränität und -verfügbarkeit in den Vordergrund stellt und so Innovationen ermöglicht. Gemeinsam mit weiteren Partnern hat das Startup XignSys seine Expertise im Bereich der IT-Sicherheit eingebracht, um die technische Grundlage für die ersten vier Gaia-X Federation Services aufzubauen.

Markus Hertlein, Geschäftsführer der XignSys GmbH erklärt dazu: „Mit der Fertigstellung der Spezifikationen für souveräne Identitäten, den Katalog für Anbieter und Dienste, die Hilfestellungen für den souveränen Datenaustausch sowie den Compliance-Bereich macht Gaia-X einen großen Schritt in Richtung einer Dateninfrastruktur für die digitale Souveränität Europas. Besonders freut uns als Startup, mit etablierten Unternehmen wie SAP, T-Systems und Bosch sowie führenden Forschungsinstituten wie der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung einen Beitrag zum Kern dieses europäischen Spitzenprojektes leisten zu können. Insgesamt ist dieses Projekt ein gelungenes Beispiel für Kooperationen und zeigt auch beispielhaft, wie sich Startups bei größeren Projekten einbringen können und so für alle Seiten ein Mehrwert generiert werden kann."

Im weiteren Verlauf wird das Gaia-X-Projektbüro nun die verschiedenen Gewerke ausschreiben, um bis zum Ende des Jahres 2021 die ersten Dienste in Betrieb nehmen zu können. Am Ende soll eine vernetzte Dateninfrastruktur entstehen, die hinsichtlich ihrer dezentralen, datensouveränen und transparenten Architektur eine bis dato einzigartige Grundlage für darauf aufbauende digitale Technologien bietet. ❐

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit atene KOM GmbH
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Breitbandausbaus

Im regelmäßig erscheinenden Format des „ABCs zum kommunalen Breitbandausbau" vermittelt die Bayerische GemeindeZeitung in Kooperation mit der atene KOM anschauliches Expertenwissen zum kommunalen Breitbandausbau.

atene KOM

Kostenreduzierung im kommunalen Breitbandausbau

Die atene KOM informiert über die wirtschaftlichen Faktoren und Möglichkeiten der Kostensenkung im kommunalen Breitbandausbau

Die letzte Ausgabe erläuterte die Unterschiede zwischen den weißen, grauen und schwarzen Flecken-Kategorien, welche entscheidend für die Förderfähigkeit eines bestimmten Gebietes sind.

Diese Ausgabe verdeutlicht, dass der Ausbau von Breitbandinfrastrukturen die Bereitstellung von Kapital in erheblicher Höhe erfordert. Neben den teilweise hohen Infrastrukturinvestitionen, müssen auch die späteren, regelmäßig anfallenden Betriebskosten berücksichtigt werden.

Kostenreduzierende Maßnahmen stets mitdenken

Um eine Finanzierung tragfähig anzusetzen, sollten relevante Schlüsselfaktoren beachtet werden. Hierzu zählen vorhandene oder geplante Infrastrukturen sowie die Möglichkeit zur Nutzung von Synergien beim Ausbau in Verbindung mit anderen wichtigen Infrastrukturen (z.B. Straßenbau, Energienetze). Durch die Mitnutzung bereits vorhandener Infrastrukturen lässt sich bei Ausbauprojekten der Aufwand für Grabungs- und Verlegearbeiten minimieren, was erhebliche Kosten- und Zeitersparnisse ermöglicht. Mit Hilfe des Infrastrukturatlas (ISA) der Bundesnetzagentur als zentrales Informations- und Planungstool für den Breitbandausbau in Deutschland, können Unternehmen, aber auch Bund, Länder, Kreise und Kommunen, Einblick in über 3.500 Daten von Netzbetreibern nehmen und so Transparenz über die mitnutzbaren Infrastrukturen erhalten. Eine weitere Informationsquelle sind die Baustellenkataster der Bundesländer; in Bayern ist es der sog. Grabungsatlas.

Für die Wirtschaftlichkeitsberechnung eines Ausbauvorhabens tragen auch die zu erwartenden Einnahmen aus den Entgelten der Endkunden, der Vermietung der Infrastruktur oder dem kostenpflichtigen Anbieten von Diensten und Dienstleistungen bei. Während einige Träger auf eine reine Amortisierung der Investitions- und laufenden Kosten abzielen (z.B. Bürgervereine, Kommunen), sind andere (v.a. kommerzielle Anbieter) an der Erwirtschaftung von risikoadäquaten Überschüssen interessiert.

Um auch einen künftigen Breitbandausbau vorausschauend und wirtschaftlich zu planen, sollten kostenreduzierende Maßnahmen in kommunalen Entscheidungsprozessen stets mitgedacht werden.

Vertiefte Informationen zur Kostenreduzierung und weiteren Finanzierunghilfen finden Sie im Nachschlagewerk der atene KOM „Kommunaler Breitbandausbau in Deutschland – Grundlagen und Empfehlungen", unter Modul 4. Dieses Lexikon ist, in stets aktuellem Stand, erhältlich auf der Website: https://atenekom.eu/wissen/loseblattsammlung/. ❐

Der Countdown läuft

Am 7.10.2021 ist die internationale Breitbandbranche zu Gast bei Langmatz

Das Digitale Breitband-Symposium 2021 öffnet am 7. Oktober für seine virtuellen Besucher die Pforten. Neben neuesten Trends und aktuellen Themen der Branche steht bei diesem Event eine zentrale Frage im Mittelpunkt: Wie kommt der Gigabitausbau in Deutschland voran?

Die von Langmatz vor rund zehn Jahren ins Leben gerufene Veranstaltung findet in diesem Jahr erstmals als reiner Online-Kongress statt. Der Vormittag ist für Live-Streams mit hochkarätigen Speakern reserviert, die im Sendestudio bei Langmatz in Garmisch-Partenkirchen sitzen werden.

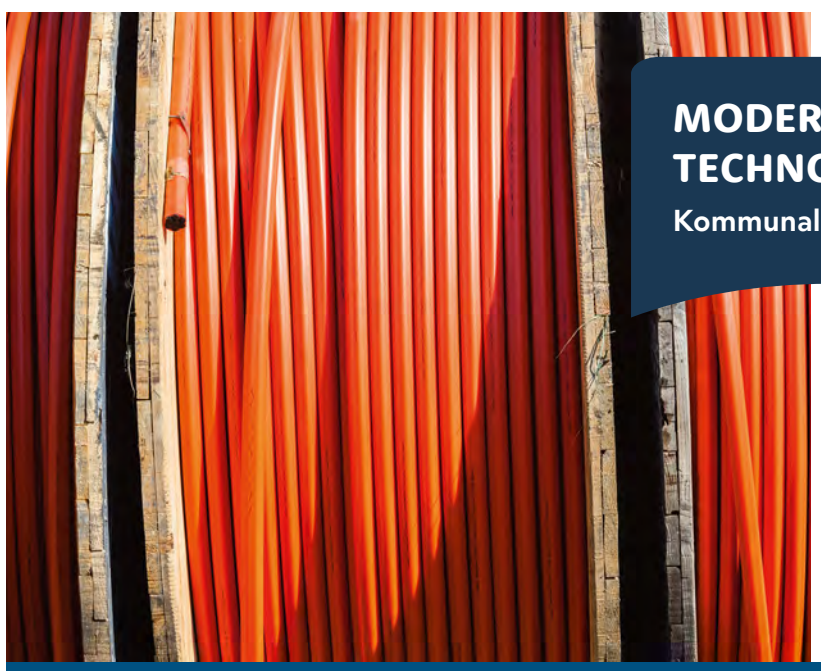
Rund 20 Partnerunternehmen

Nach einer kurzen Mittagspause wird die Event-Plattform für das Networking geöffnet sein. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben ab dann die Möglichkeit, sich als Avatar in virtuellen Räumen zu begegnen und auszutauschen. Im Anschluss besteht die Option, sich aus einer Vielzahl aktueller Vorträge und Workshops seine persönlichen Favoriten auszuwählen und online zu verfolgen. In diesem Jahr sind rund 20 Partnerunternehmen aus der Glasfaserbranche beteiligt, die ihre neuesten Produktentwicklungen und Angebote präsentieren.

Weitere Infos und kostenlose Registrierung für das Digitale Breitband-Symposium 2021 unter: https://symposium.langmatz.de/

Vorankündigung: Am 04. und 05. Mai 2022 wird das Breitband-Symposium + Openhouse wieder wie gewohnt als Präsenzveranstaltung vor der atemberaubenden Bergkulisse Garmisch-Partenkirchens stattfinden.

„In 2021 müssen wir noch auf die digitalen Möglichkeiten setzen. Umso mehr freuen wir uns darauf, dass wir uns im nächsten Jahr im Rahmen eines entsprechend angepassten Hygienekonzepts wieder persönlich treffen. Lebt unser Kongress doch vom Austausch und der Kommunikation von Mensch zu Mensch", betont Dieter Mitterer, Geschäftsführer bei Langmatz. An dem zweitägigen Branchenevent nehmen jedes Jahr regelmäßig rund 500 Besucherinnen und Besucher aus dem In- und Ausland teil. ❐



MODERNSTE BREITBAND-TECHNOLOGIE FÜR GANZ BAYERN.
Kommunaler Glasfaserausbau mit LEONET

LEONET

LEONET ist der kommunale **Full-Service-Partner** in Bayern bei der Realisierung Ihrer digitalen Zukunft – von der Finanzierung und Teilnehmergewinnung, über die Bauplanung und Durchführung, bis zur Leitungsverlegung (FTTH/FTTB) und dem Netzbetrieb. Wir betreiben bereits über **3.500 km Glasfasernetz** in **190 bayerischen Kommunen** in **20 Landkreisen** mit über **25.000 zufriedenen Kunden**, und täglich werden es mehr.

Lernen Sie uns kennen – **am 14.10.21 auf dem 8. Bayerischen BreitbandForum in der Stadthalle Gunzenhausen oder auf leonet.de/kommunen.**

BAYERNS DIGITALE ZUKUNFT

LEONET.DE

Informationssicherheit:

Fördermöglichkeiten für Kommunen

Ein Gastbeitrag von Kilian Bauer, Geschäftsführer, Insidas GmbH

Kommunalverwaltungen sind verpflichtet, ihre IT-Systeme und Verwaltungsvorgänge durch technische und organisatorische Maßnahmen ausreichend abzusichern. Die Bedrohungslage ist ernst zu nehmen. Durch die Digitalisierung steigt verstärkt auch die Zahl professioneller Cyber-Angriffe auch für bayerische Kommunen. Durch die Komplexität und die sich stetig ändernde Gefahrenlage lohnt sich ein strukturierter und nachhaltiger Aufbau des kommunalen Informationsverbundes zu erarbeiten. Hierzu dient die Implementierung eines Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS), um Schutzstrategien zu entwickeln und entsprechende Maßnahmen der Verfügbarkeit, Vertraulichkeit und der Integrität von IT-Systemen und Daten umzusetzen.

Was viele nicht wissen: Der Freistaat Bayern unterstützt Kommunen dabei mit einem Zuschuss. Die Förderrichtlinie unterstützt insbesondere kleine und mittelgroße Gebietskörperschaften finanziell, um möglichst schnell das Schutzniveau in der Breite anzuheben. Alle detaillieren Informationen über Fristen, Formulare und Rechtsgrundlagen finden Sie im Internet bei der Regierung von Mittelfranken unter dem Schlagwort: ISMS.

Hierzu gibt es unterschiedliche Managementsysteme und Verfahren in der Informationssicherheit, um ein bestimmtes Niveau zu erreichen zu können, die hier kurz erläutert werden.

CISIS12 (vormals ISIS12)

Diese Vorgehensweise wird vom IT-Sicherheitscluster e.V. entwickelt, herausgegeben, geschult und vertrieben. Der Name steht für Compliance- Informations- Sicherheitsmangement-System in 12 Schritten). Das Modell wurde zur Einführung eines Informationssicherheits-Management-Systems entwickelt.

Neu ist u.a. die Integration eines Risikomanagementprozesses und das Thema Compliance, um gesetzliche, vertragliche oder sonstige Vorgaben zu berücksichtigen. CISIS12 richtet sich an Unternehmen und Behörden. Die Förderung wird mit 50 Prozent (maximal 15.000 Euro) der zuwendungsfähigen Ausgaben gefördert.

IT-Grundschutz Basisabsicherung kommunales Profil[1]

Dieses Profil basiert auf dem BSI-Standard 200-2 „IT-Grundschutz-Methodik"[BSI-200-2]und definiert die Mindestsicherheitsmaßnahmen, die in einer Kommunalverwaltung umzusetzen sind, um sich nach hiesiger Einschätzung nicht der groben Fahrlässigkeit schuldig zu machen. Das Profil erleichtert den Einstieg in die Informationssicherheit und hilft, die gröbsten Schwachstellen aufzudecken, die es zu beseitigen gilt, um möglichst schnell das Sicherheitsniveau in der Breite anzuheben. Um ein dem Stand der Technik angemessenes Sicherheitsniveau zu erreichen, müssen darauf aufbauend in einem weiteren Schritt jedoch zusätzliche Anforderungen erfüllt werden.

Ein IT-Grundschutz-Profil ist eine Schablone für einen ausgewählten Informationsverbund oder Geschäftsprozess, mit dem die IT-Grundschutz- Umsetzung für diesen Bereich konkretisiert wird. Über ein IT-Grundschutz-Profil werden die Schritte des Informationssicherheitsprozesses für einen definierten Anwendungsbereich so aufbereitet, dass es als Rahmen für Sicherheitskonzepte adaptiert werden kann und um eine Komplexreduktion erreichen zu können.

Der Zuschuss der Förderung beträgt bis zu 60 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben, höchstens 20.000 Euro.

IT-Grundschutz Kernabsicherung [2]

Fokus liegt in der Absicherung von Fachprozessen und Fachverfahren der Kommunen oder von den Kommunen obliegenden Aufgaben nach IT-Grundschutz sowie deren Zertifizierung oder abschließende Prüfung der Implementierung durch einen zugelassenen Auditor.

IT-Grundschutz Standardabsicherung[2]

Standardabsicherung: Einführung von IT-Grundschutz des BSI oder ISO/IEC 2700X sowie deren Zertifizierung oder abschließende Prüfung der vollständigen Implementierung durch einen zugelassenen Auditor.

Voraussetzung für die Gewährung einer Zuwendung ist die vollständige Implementierung eines ISMS, das den Zielsetzungen des IT-Planungsrates entspricht oder die Umsetzung einer Vor- oder Zwischenstufe eines solchen ISMS, die mit einem Testat oder Zertifikat nachgewiesen ist.

Fazit:

CISIS12 und BSI-Grundschutz kommunales Profil bieten den Einstieg in eine strukturiertes und managebares Informationssicherheitsystem. Weitere verfolgen das Ziel einer umfassenden und tiefergehenden Absicherung, das aber mehr Kosten und Ressourcen beansprucht. Die Vorgehensweisen sind untereinander kompatibel und jederzeit in ein höheres Sicherheitsniveau skalierbar. Dies kann bei einer zukünftigen Betrachtungsweise, beispielsweise bei höheren Anforderungen im kommunalen Sektor von Vorteil sein.

Was sind zuwendungsfähige Ausgaben?[2]

Zuwendungsfähig sind die innerhalb des Bewilligungszeitraums anfallenden Ausgaben für

- die Beratung und Begleitung bei der Implementierung durch fachkundige IT-Dienstleister,
- Schulungen für Mitarbeiter durch zertifizierte Anbieter,
- die Erst-Zertifizierung eines ISMS oder der Umsetzung einer Vorstufe und Zwischenstufe eines solchen ISMS beziehungsweise die abschließende Prüfung der vollständigen Implementierung durch einen zugelassenen Auditor.

[1] IT-Grundschutz-Profil Basis-Absicherung Kommunalverwaltung, Arbeitsgruppe „Modernisierung IT-Grundschutz" mit Unterstützung durch Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund

[2] Richtlinie zur Förderung der Informationssicherheit durch Implementierung eines Informationssicherheits-Managementsystems bei kommunalen Gebietskörperschaften (ISMS-Förderrichtlinie–ISMSR): https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayV-V_2003_4_I_11975?hl=true

Hinweis:

Lassen Sie sich von einem zertifizierten und kommunal erfahrenen IT-Dienstleister beraten, welches System Ihren Bedarf abdeckt. Nachweise für die Fachkunde hat der Berater zu erbringen. Bei den meisten Kommunen lohnt sich schon der Basis-Einstieg in die Informationssicherheit. Zudem schaffen Sie die Voraussetzung für eine sichere und nachhaltige Digitalisierung Ihrer verwaltungstechnischen Prozesse und Fachverfahren. Sichern Sie sich die Förderzusage, da die Haushaltsmittel begrenzt sind und das Förderprogramm unter Umständen überzeichnet ist. ❐



Gemeinde Ebersdorf b. Coburg:

Kommunenfunk: Eine Erfolgsgeschichte

Auf Vorschlag von Bürgermeister Bernd Reisenweber startete die Gemeinde im April 2018 mit „Kommunenfunk" einen eigenen Nachrichtendienst. Seither betreut Melanie Bischoff diesen Kommunikationskanal, der sich auch in der nährern Umgebung schnell herumgesprochen hat. Fast alle Gemeinden im Landkreis Coburg nutzen „Kommunenfunk". Nach zwei Jahren Kommunenfunk zieht Melanie Bischoff ein Fazit, ob sich das Gemeindeleben verändert hat.

Wie wurde Kommunenfunk in ihrer Gemeinde von den Bürgern angenommen?

Bischoff: Anfänglich sehr gut! leider stagnieren die Zahlen jetzt ein wenig. Ich denke das liegt auch daran, dass ein Netzwerkeffekt wie bei Facebook oder Instagram fehlt, der einem Seiten vorschlägt. Das Angebot wird jedoch von den Bürgern, die es nutzen, sehr positiv aufgenommen. Wir haben schon viel Feedback bekommen, die uns für unsere Innovationsfähigkeit loben, ein Angebot bereitzustellen, dass eben nicht von Facebook abhängig ist.

Haben Sie eine Veränderung im Gemeindeleben festgestellt?

Bischoff: Den Begriff Kommunenfunk hört man in den letzten zwei Jahren öfter im Sprachgebrauch. "Das kam auch aufm Kommunenfunk" zeigt, dass auch hier die Mundpropaganda gut funktioniert. Mehrfach habe ich auch schon mitbekommen, dass Meldungen aus dem Kommunenfunk über öffentliche oder private Gruppen auf Facebook oder anderen Messengern weiter geteilt werden.

Wie viele Personen arbeiten bei ihnen mit Kommunenfunk?

Bischoff: Aktuell haben wir drei Benutzer im Kommunenfunk. Ich bin als Administrator für alles verantwortlich und betreue auch die meisten Themen redaktionell. Fast von Anfang an haben wir auch den Social-Media Verantwortlichen der Freiwilligen Feuerwehr als Redakteur im System, der allerdings nur in unserem "Blaulichtnews" Thema veröffentlicht. Zusätzlich haben wir seit neuestem auch Redakteure aus unserer Jugendpflege, die dort ihre Veranstaltungen ankündigen können.

Hilfe in der Corona-Kommunikation

Hat Kommunenfunk ihnen bei der Coronakommunikation geholfen?

Bischoff: Kommunenfunk war sehr hilfreich bei der Coronakommunikation. Wir haben zwar alles dreifach in Kommunenfunk, auf der Homepage und auf dem Wochenblatt veröffentlicht, aber die Schnelligkeit und der direkte Zugang war bei Kommunenfunk natürlich ein großer Pluspunkt, da sich die Lage ja auch so schnell änderte. Da konnte man während einer Pressekonferenz von Ministerpräsident Söder direkt neue Auflagen und Maßnahmen für den eigenen Ort kommunizieren.

Auch in den Nachbarorten, die teilweise auch schon Kommunenfunk haben, aber auch teilweise nicht, wurde sehr schnell nach einer Möglichkeit gesucht, Nachrichten, vor allem coronabedingt, schnell zu verbreiten. Da wurde schon ab und an nach Ebersdorf und Umgebung geschielt, da wir schon den Kommunenfunk haben.

Was planen Sie mit Kommunenfunk in Zukunft?

Bischoff: Kommunenfunk ist für uns ein wertvoller Dienst, den wir auf jeden Fall behalten werden. Wir haben jetzt zusätzlich noch einen Youtube-Kanal, den wir auch auf Kommunenfunk weiter bewerben wollen. Kommunenfunk macht daher als Baustein in einer Reihe von Öffentlichkeitsarbeitsmaßnahmen sehr viel Sinn. Wir arbeiten aktuell daran die Reichweite des Kommunenfunks weiter zu erhöhen, bspw. haben wir in unserem Neubaugebiet Plakate mit QR-Code aufgehängt und hoffen, dass unsere Neubürger auf diese Weise einen schnellen einfachen Zugang zur Gemeinde haben werden.

Zahlen, Daten, Fakten:

- Einwohner: ca. 6.000 Einwohner in 6 Gemeindeteilen
- Kanäle: E-Mail, Threema, Telegram (vormals auch Facebook Messenger)
- Abonnenten: ca. 706
- https://ebersdorf.kommunenfunk.de/ ❐

AKDB erarbeitet Lösungen für sichere digitale Identitäten

Im Mai 2021 ist das Förderprojekt „ONCE – Online einfach anmelden" in die Umsetzungsphase gegangen. Im vom Bundeswirtschaftsministerium geförderten Innovations-Projekt geht es um die Realisierung von Anwendungsszenarien für sichere digitale Identitäten auf dem Smartphone. Diese sollen in den Bereichen Verwaltung, Mobilität und Hotellerie erprobt werden. Die AKDB ist einer der geförderten Partner des ONCE-Projekts.

In ein Hotel einchecken, ohne einen Meldeschein auszufüllen und zu unterschreiben, das Hotelzimmer ohne Karte oder Schlüssel aufsperren, „Amtsgänge" einfach auf dem Handy abwickeln, ein Auto mieten, ohne Führerscheindaten in Formulare einzugeben. Das alles geht einfach per Handy. So wird die Zukunft aussehen, wenn, wie geplant, Identitäten einfach und sicher auf dem Smartphone hinterlegt sind. Dazu hat das Bundeswirtschaftsministerium das Förderprojekt „Schaufenster Sichere Digitale Identitäten" ins Leben gerufen.

„ONCE – Online einfach anmelden"

Zu den geförderten Projekten gehört „ONCE – Online einfach anmelden", an dem die AKDB als geförderter Konsortialpartner teilnimmt. Konsortialführer ist die Bundesdruckerei. Die operative Phase hat im Mai 2021 begonnen und wird bis Juli 2023 laufen. Das Ziel: ID-Lösungen sollen für Verwaltung, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger so anwenderfreundlich, vertrauenswürdig und wirtschaftlich wie möglich sein, damit sie stärker genutzt werden und gleichzeitig zu größerer Datensouveränität in Europa beitragen.

Kontaktlos einchecken in Corona-Zeiten

Im Fall des Hotel-Check-ins würde das konkret so funktionieren: Der Nutzer verfügt über eine digitale Reservierung. Im Hotel checkt er oder sie kontaktlos ein, indem er den digitalen Identitätsnachweis über die ONCE-Wallet-App erbringt. Hier sind seine Meldedaten hinterlegt, und der digitale Meldeschein wird nach Freigabe durch den Benutzer automatisiert befüllt. Dieser wird dann auch gleich elektronisch abgelegt und für zwölf Monate archiviert bzw. gemäß der gesetzlichen Bestimmungen gelöscht. Einen Türschlüssel bekommt der Gast auf sein Smartphone zum Beispiel per NFC oder WLAN übermittelt, sodass er ebenso kontaktlos sein Zimmer betreten kann. Der Bezahlvorgang ist ohnedies digital. Die Rechnung erhält der Gast als PDF.

Bindeglied zur kommunalen Welt

Als Lösungspartner und Teil der kommunalen Familie stellt die AKDB beim Projekt ONCE das Bindeglied zwischen Technologieanbietern und den beteiligten Kommunen dar. Zu den Aufgaben der AKDB gehören die Identifizierung und Analyse von Anwendungsfällen sowie die Bestandsaufnahme erforderlicher IT-Systeme für den kommunalen Bereich. Zu den beteiligten Kommunen gehören unter anderem die Städte Fürth, Wiesbaden, Solingen, die Tegernseer Tal Tourismus GmbH sowie Wetzlar und Willingen im Sauerland. Zudem untersucht die AKDB unterschiedliche ID-Ansätze, die den jeweiligen Sicherheits- und Privacy-Niveaus entsprechen: hoch, substanziell und niedrig.

Eine weitere Aufgabe der AKDB beim Projekt ONCE ist die Integration der ID-Lösungen in die entsprechenden kommunalen IT-Systeme sowie das Sicherstellen der Interoperabilität der Nutzerkonten mit beliebigen Verwaltungs- und Unternehmensportalen und zur europäischen GAIA-X-Cloud, also über deutsche Grenzen hinaus. Bereits heute werden eine Vielzahl von Online-Services auf Bundesebene über das Nutzerkonto Bund und auf Landesebene in Bayern über die BayernID bzw. in Hessen über das Servicekonto angeboten. Diese Nutzer- bzw. Servicekonten basieren alle auf AKDB-Technologie.

Relevanz für die Verwaltungsdigitalisierung

Wolfgang Fahrnberger, Managing Director der AKDB-Tochter roosi GmbH und AKDB-Projektleiter beim Projekt ONCE: „Die AKDB bringt ihr ganzes Know-how im Bereich der kommunalen Verwaltungsregister ein. Wir stellen sicher, dass die Applikationen in der Smartphone-Wallet mit den kommunalen Fachanwendungen im Backend verbunden sind. Etwa mit Melderegistern oder Führerscheinregistern. Dadurch hat das ONCE-Projekt auch Relevanz für die Verwaltungsdigitalisierung im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes."

Wichtig sei besonders der Aspekt des Datenschutzes: „Bürgerinnen und Bürger sollen künftig persönliche Daten und digitale Nachweise nach dem Self-Sovereign-Identity-Modell verwalten können, das heißt: Daten werden verschlüsselt und dezentral auf ihren Smartphones gespeichert. Auf diese Weise haben Anwender volle Datensouveränität und können selbstbestimmt, sicher und einfach Online-Dienste von Unternehmen und Behörden in Anspruch nehmen."

Weitere Informationen zu ONCE auf der Projektwebseite www.once-project.de ❐

„Digitales Amt“:

Auszeichnung für digital aktive Kommunen

Digital aktive Kommunen in Bayern dürfen ab sofort das Prädikat „Digitales Amt“ tragen. Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach startete jüngst eine entsprechende Initiative. Als „Digitales Amt“ können sich demnach künftig Kommunen bezeichnen, die bereits mindestens 50 kommunale und zentrale Online-Verfahren im BayernPortal verlinkt haben.

Sie werden zudem auf der Webseite des Staatsministeriums für Digitales veröffentlicht, um zu zeigen, welche Kommunen bei der Digitalisierung bereits gut vorangekommen sind.

Bei einer Auftaktveranstaltung in München überreichte Gerlach die ersten Auszeichnungen exemplarisch an Augsburg, Ingolstadt, Nürnberg, Straubing, Amberg, Bamberg und Bad Königshofen. Weitere Auszeichnungen gingen in der Folge u.a. an Kempten, Starnberg und Coburg.

„Die Digitalisierung der Verwaltung ist ein zentraler Baustein für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Sehr viele Bürgerinnen und Bürger nutzen bereits die digitalen Möglichkeiten und Online-Services“, unterstrich Augsburgs Oberbürgermeisterin Eva Weber im Rahmen der Preisverleihung. „Erst vor kurzem haben wir zudem unser gesamtes Stadtrecht modernisiert. Damit sind gleich mehrere Vorteile auf einmal verbunden: Wir ersparen uns unnötige Verkehrswege, gewinnen Zeit und sind dabei auch noch effektiv. Das verstehe ich unter einem modernen Dienstleistungsangebot und Dienstleistungsmanagement. Die Auszeichnung ‚Digitales Amt‘ ist ein willkommener Anreiz, diesen Weg weiterzugehen“, so Weber.

Augsburg

Mit effektiven Möglichkeiten, wie Online-Videoterminen, Onlineformularen und Online-Verwaltungsleistungen, arbeitet die Stadt an zahlreichen Projekten, um den digitalen Wandel innerhalb der Verwaltung durchdacht zu nutzen und den Service für Bürgerinnen und Bürger weiter zu verbessen. Bekannte Beispiele sind etwa das Ratsinformationssystem der Stadt Augsburg, die elektronische Akte (E-Akte) etwa bei Bauanträgen, aber auch das Geoportal der Stadt, das sämtliche Rauminformationen in einem digitalen Stadtplan vereint.

Dass die Stadt bei der Digitalisierung auf einem sehr guten Weg ist, zeigen die nach oben weisenden Zugriffs- und Nutzungszahlen. Die elektronischen Einreichungen liegen allein im Formular-Service, der einen Großteil der städtischen Online-Dienste bereitstellt, mit über 54.000 bereits im ersten Halbjahr 2021 über der Gesamtzahl des Vorjahres mit gut 52.000 Zugriffen.

Derzeit wird das Unternehmenskonto auf Basis der ELSTER-Servicekontos in Zusammenarbeit mit dem Freistaat Bayern an das System der Stadt angeschlossen und pilotiert, um Unternehmen weitere Online-Anträge zu ermöglichen. Im Zuge der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) werden auch in enger Zusammenarbeit mit den Städten Nürnberg und München weitere Dienste entwickelt.

Ingolstadt

Für Ingolstadt nahm der Referent für Personal-, Organisation und IT-Management, Bernd Kuch die Plakette entgegen: „Wir sind stolz, dass wir als eine von zunächst sieben Kommunen in Bayern dieses neue Prädikat erhalten haben. Für die Stadt Ingolstadt ist es zugleich Ansporn, unsere Anstrengungen zur Digitalisierung der Verwaltung fortzusetzen und mit einem Ausbau der internen Prozesse auch die angebotenen Online-Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger weiter auszubauen.“

Laut Harald Riedel, Referent für Finanzen, Personal und IT der Stadt Nürnberg, bietet die Norisstadt mittlerweile 350 Online-Services an. Bis Ende des Jahres soll das Angebot im Netz auf 380 Services gesteigert werden. Ende 2022 werden es rund 500 sein, kündigte Riedel an. „Wir wollen damit die Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes (OZG) erfüllen.“ Das OZG gibt den öffentlichen Verwaltungen vor, dass bis Ende nächsten Jahres alle städtischen Dienstleistungen auch online zur Verfügung stehen müssen.

Wie der Oberbürgermeister der Stadt Kempten, Thomas Kiechle, betonte, „ist es gerade als älteste schriftlich erwähnte Stadt Deutschlands unser Anspruch, bei der Digitalisierung ganz vorne mit dabei zu sein. Dabei stehen die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft im Vordergrund.“

Die Stadt Starnberg bietet nach den Worten ihrer Zweiten Bürgermeisterin Angelika Kammerl „bereits über das BayernPortal 320 Leistungen, 52 Online-Verfahren sowie 100 Formulare an. Wir nutzen die Digitalisierung der Bürgerdienste, um unser Serviceangebot noch bürgerfreundlicher zu gestalten und auf die individuellen Anliegen anzupassen. Für die Zukunft hat die Stadt Starnberg geplant, das digitale Serviceangebot kontinuierlich weiterzuentwickeln.“

Coburg

Bei der Auszeichnung für die Stadt Coburg wies 3. Bürgermeister Thomas Nowak schließlich darauf hin, dass „wir schon seit Anfang der 2000er Jahre konsequent unseren eGovernment-Masterplan umsetzen“. „Unser Ziel ist es dabei, Bürger, Vereine und Institutionen sowie die eigenen Mitarbeiter auf dem Weg der Digitalisierung mitzunehmen. Dabei dürfen und wollen wir niemanden abhängen. Deshalb ist das Digitale Rathaus für uns immer ein zusätzliches Angebot ergänzend zu unseren Serviceangeboten vor Ort. Wir freuen uns schon auf die nächste Auszeichnung aus Ihrer Hand, wenn wir die 100. Digitale Anwendung an den Start gebracht haben!“

Judith Gerlach zufolge „ist die Digitalisierung der Verwaltung eine der wichtigsten Aufgaben der bayerischen Kommunen in den nächsten Monaten. Einige sind hier bereits vorbildlich unterwegs. Mit unserem neuen Prädikat ´Digitales Amt´ wollen wir nicht nur das Engagement dieser Gemeinden, Städte und Landkreise würdigen. Wir wollen auch den Bürgerinnen und Bürgern dort zeigen: Schaut her, hier könnt Ihr viele Eurer Anliegen schon online erledigen. Durch die Veröffentlichung auf unserer Webseite wollen wir zudem für mehr Transparenz sorgen und die engagierten Kommunen ausdrücklich hervorheben.“

Zauderer und Zögerer

Die Ministerin betonte zum Start der Initiative aber gleichzeitig, dass noch nicht alle Kommunen schon so weit seien. „Leider gibt es immer noch einige Zauderer und Zögerer. Hier wollen wir in den nächsten Monaten verstärkt die Chancen der Digitalisierung aufzeigen. Denn Online-Services sind nicht nur gut für die Bürgerinnen und Bürger. Sie machen auch die Arbeit der Kommunen selbst einfacher und effizienter. Das Bayerische Digitalministerium steht den Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken mit einer ganzen Reihe von unterstützenden Maßnahmen zur Seite, von zentral bereitgestellten Online-Diensten bis hin zu unserem Förderprogramm ´Digitales Rathaus´. Jede Kommune muss das Thema für sich aber auch in Angriff nehmen und ernsthaft betreiben“, stellte Gerlach fest. **DK**

Bei Digitalthemen mitreden können

Mit den BayernLabs Wissen rund um die Digitalisierung auffrischen und erweitern

Wenn wir eines in den vergangenen Monaten gelernt haben, dann ist es, dass der digitale Wandel voll im Gange ist. Die technologischen Entwicklungen sind rasant und verändern die Art, wie wir uns informieren, wie wir kommunizieren, wie wir konsumieren – kurz: wie wir leben. Viele Digitaltrends klingen für uns nach Zukunftsmusik, sind aber heute bereits Realität. Die BayernLabs als offene Zentren für digitale Wissensbildung helfen den Bürgerinnen und Bürgern dabei, das benötigte Grundwissen zu erlernen, um sich in der digitalen Welt zurechtzufinden und Position zu beziehen.

Die BayernLabs sind eine Initiative des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat und finden sich in jedem Regierungsbezirk mindestens einmal wieder. In den Labs werden Themen und Trends rund um die fortschreitende Digitalisierung präsentiert – und zwar nicht als graue Theorie, sondern als erlebbare, bunte Praxis.

Öffentliche Dauerausstellung

Besucherinnen und Besucher können in einer öffentlichen Dauerausstellung gemäß dem Motto „Anschauen – Anfassen – Ausprobieren“ zahlreiche Exponate aus der digitalen Welt kennenlernen. Dazu zählt eine Virtual-Reality-Brille und ein Mini-Holodeck, mit denen sich Interessierte auf eine virtuelle Reise in das Schloss Neuschwanstein begeben können. In einer Vielzahl an Workshops vermitteln die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Wissen aus Theorie und Praxis, beispielsweise zu den Themen 3D-Datenmodellierung oder Programmierung. Abgerundet wird das Angebot durch Vorträge und Beratungsgespräche, unter anderem zu Datenschutz und Datensicherheit im Internet.

Vorträge online abrufen

Für alle, die sich lieber von Zuhause aus über digitale Trends informieren möchten, sind die Vorträge von BayernLab Online genau das Richtige. In diesem Jahr finden noch mehr als 20 Online-Vorträge von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft statt. Per Live-Stream können die Zuschauerinnen und Zuschauer ihr Wissen erweitern und ihre Fragen direkt stellen. Die Themen sind vielfältig und reichen von Darknet über Digital Detox bis hin zu Online Dating. Einige Veranstaltungen sind insbesondere an Kommunen und Verwaltungen gerichtet. Zum Beispiel die Einführungen in Q-GIS, ein quelloffenes und kostenloses Geoinformationssystem sowie in den BayernAtlas, den Kartenviewer des Freistaates Bayern mit vielfältigen Themenkarten und Luftbildern. Ein Highlight sind auch Vorträge, die barrierefrei simultan in die deutsche Gebärdensprache übersetzt werden.

Alle Angebote der BayernLabs und BayernLab Online sind kostenfrei und darauf ausgelegt, eine wirkliche Unterstützung bei der digitalen Wissensbildung zu leisten. Sie tragen dazu bei, eventuelle Berührungsängste abzubauen und gemeinsam in die digitale Zukunft zu starten. So kann jede und jeder mitreden!

Weiterführende Informationen sind über folgende Links abrufbar:
http://bayernlabs.bayern/
http://www.bayernlab.online/
https://www.facebook.com/BayernLabOnline

AKDB Discovery Tour 2021

Mit der AKDB Discovery Tour 2021 bieten die AKDB und ihre Verbundpartner eine virtuelle Entdeckungsreise zu innovativen Lösungen für die digitale Verwaltung. An vier Tagen, am 13., 14., 18. und 19. Oktober, jeweils von 9 bis 17 Uhr, entdecken Kommunalvertreter kostenlos alle wichtigen Trends und Lösungen, die Verwaltungen fit für die Herausforderungen der Zukunft machen – und zwar in jedem Bereich: von Bau- und Einwohnermeldeamt übers Jugend- und Sozialamt bis hin zu IT, Kämmerei, Führerscheinstelle und Personalverwaltung.

Auch wenn im Herbst pandemiebedingt wieder Distanz angesagt ist und größere Präsenzveranstaltungen weiterhin schwierig sind, ist die AKDB trotzdem für ihre Kunden da. Mit einer digitalen Roadshow bieten AKDB und ihre Partner aus dem Unternehmensverbund an vier Tagen im Oktober eine attraktive Alternative. Am 13., 14., 18. und 19. Oktober lädt die AKDB-Unternehmensgruppe ein auf eine virtuelle Entdeckungsreise zu innovativen Lösungen für die digitale Verwaltung. Auf der Discovery Tour werden im Stundentakt IT-Produkte und Dienstleistungen zu allen kommunalen IT-Fachthemen präsentiert.

Zukunft kommt nicht, sie wird gemacht, so ein ebenso plakativer wie gern genutzter Ausspruch im Umfeld von Zukunftsforschern. Die AKDB Discovery Tour 2021 zeigt auf, wohin die digitale Reise für Kommunen gehen wird. Ob Onlinezugangsgesetz, Informationssicherheit, Digitalisierungsstrategien, Cloud- und Plattform-Services oder Smart-City-Anwendungen: Es gibt heute schon konkrete Lösungen, die Kommunen helfen, die digitale Zukunft und Daseinsvorsorge zu gestalten.

Visionäre Szenarien

Einige Highlights der Veranstaltung: Experten erklären, wie das Internet-of-Things und Smart Data Services Kommunen intelligent und ressourcenschonend unterstützen und zeigen dabei visionäre Szenarien, aber auch sofort einsatzbereite Anwendungen. Ein neues kommunales Finanzmanagement sorgt für mehr Controlling und Überblick, mit schnell einsetzbaren Webformularen fällt die OZG-Umsetzung deutlich leichter und Online-Dienste fürs Führerscheinwesen entlasten beim anstehenden Führerscheinumtausch. Und schließlich lernen Teilnehmer neue Lösungen für die Informationssicherheit in Kommunen kennen.

Bei der Discovery Tour 2021 präsentieren Experten zu jeder vollen Stunde Lösungen, die Kommunen für die digitale Zukunft rüsten. An jedem der vier Tage gibt es unterschiedliche Präsentationen. Für einen bestimmten Tag angemeldet, kann man sich nach dem Hop-on-Hop-off-Prinzip vom PC oder Laptop aus beliebig oft ein- und auslogen.

Alle Highlights, das komplette Programm und eine kostenlose Anmeldemöglichkeit unter www.akdb.de/discoverytour ❐

Wie wirkt sich 5G auf die Gesundheit aus?

Wie wirken sich elektromagnetische Felder auf die Gesundheit aus? Welche gesicherten Erkenntnisse über 5G gibt es? Was ist noch nicht abschließend klar? Die neue Broschüre „Mobilfunk und Gesundheit“ gibt einen Überblick zu den Themen elektromagnetische Felder, Forschung sowie Stand des Wissens zu Wirkungen von Mobilfunkstrahlung auf die Gesundheit. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) hat in Kooperation mit dem Onlineportal Informationszentrum Mobilfunk einen Informationsbaukasten für Kommunen entwickelt.

Hintergrund ist, dass der weitere Ausbau der mobilen Infrastruktur in jüngster Zeit für erneuten Diskussionsstoff sorgt. In Kooperation mit der Gesellschaft für Hygiene, Umweltmedizin und Präventivmedizin (GHUP) wurde der aktuelle Stand der Wissenschaft kompakt zusammengetragen.

Internationale und nationale Fachgremien betonen fast durchweg, dass auf Basis des heutigen Wissensstandes bei Einhaltung der Grenzwerte keine Gesundheitsgefahren von Mobilfunkfeldern ausgehen, weder von solchen der Basisstationen noch von solchen der Endgeräte. Dennoch hält sich die Sorge vor möglichen Risiken in Teilen der Bevölkerung und hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten sowohl die Öffentlichkeit als auch die Wissenschaft immer wieder intensiv beschäftigt.

Da die Kommunen beim Ausbau der Netze im Fokus stehen und Fragen von Bürgerinnen und Bürgern zur 5. Mobilfunkgeneration beantworten sollen, haben der DStGB und das Onlineportal Informationszentrum Mobilfunk den Infobaukasten für Kommunen initiiert. Dieser soll einen Beitrag zur Transparenz und zur sachlichen Aufklärung leisten.

Der ersten beiden Teile des Infobaukastens beschäftigen sich mit den Themen Dialog und Kommunikation sowie Infrastruktur und Technik. Die Broschüren sollen den Verantwortlichen in den Kommunen verständlich erklärte Fakten liefern.

Link zum Infobaukasten für Kommunen beim DStGB: https://www.dstgb.de/publikationen/dokumentationen/nr-156-infobaukasten-mobilfunk/ ❐



Satelliteninternet keine Alternative für Glasfasernetze

Studie untersucht Leistungsfähigkeit des Starlink-Satellitennetzwerks für die Internetversorgung deutscher Haushalte

Über Satelliteninternet wollen Anbieter wie das US-Raumfahrtunternehmen SpaceX, die britische Firma Oneweb oder der Handelsgigant Amazon zukünftig weltweit Breitband-Internetzugänge zur Verfügung stellen. Auch in der politischen Diskussion rückt das Internet aus dem All zunehmend ins Blickfeld. Eine vom Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO) in Auftrag gegebene Studie der Technischen Hochschule Mittelhessen hat nun die Leistungsfähigkeit von Satelliteninternet nach dem Konzept von Starlink untersucht. Die Ergebnisse geben Auskunft darüber, inwieweit es eine Alternative für Glasfasernetze bis in die Gebäude und Wohnungen in Deutschland darstellt.

Was vor wenigen Jahren noch schwer vorstellbar war, ist mittlerweile auch in Deutschland Realität geworden: Über Satellitennetzwerke wie Starlink sollen zukünftig weltweit Breitband-Internetzugänge zur Verfügung gestellt werden. Seit März 2021 laufen Beta-Tests in ausgewählten Regionen Deutschlands. Mitte 2021 nutzten nach Angaben von Starlink 69.000 Menschen das Angebot. Bis Mitte 2022 rechnet das Unternehmen von Elon Musk mit bis zu einer halben Million Kunden weltweit. Auch in der politischen Diskussion in Deutschland rückt das Internet aus dem All stärker in den Fokus. So hat das für den Ausbau der digitalen Infrastruktur zuständige Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) Anfang Juni 2021 einen sogenannten „Digitalisierungszuschuss“ in Form einer Förderung von Internetanschlüssen in Einzel- und Randlagen über eine nicht-leitungsgebundene Internetanbindung, wie beispielsweise über Satellit, angekündigt.

Dass die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der digitalen Infrastruktur wachsen, zeigten kürzlich die Ergebnisse der BREKO Marktanalyse21. Dieser zufolge erhöhte sich das durchschnittlich pro Anschluss und Monat übertragene Festnetz-Datenvolumen allein im vergangenen Jahr um mehr als 40 Prozent. Diesen Trend spiegelt auch die weiter steigende Nachfrage nach hochbitratigen Anschlüssen wider. Bereits ein Drittel aller Kunden buchte 2020 Internetanschlüsse mit einer Datenrate über 100 Mbit/s. Mehr als eine Million Kunden entschieden sich bereits für Anschlüsse mit Datenraten von 1 Gbit/s oder mehr. Vor dem Hintergrund dieser steigenden Anforderungen stellt sich die Frage nach der Leistungsfähigkeit von Internetzugängen über Satellit. Inwieweit kann Satelliteninternet eine Alternative für Glasfasernetze bis in die Gebäude (FTTB) und Wohnungen (FTTH) in Deutschland sein?

Diese Fragen beantwortet nun erstmals eine wissenschaftliche Studie. Prof. Dr. Kristof Obermann von der Technischen Hochschule Mittelhessen hat im Auftrag des BREKO die Leistungsfähigkeit von satellitengestützten Breitbandnetzen technisch untersucht und mit der Leistungsfähigkeit von Glasfaseranschlüssen verglichen. Die Studie orientiert sich an den Parametern des Starlink-Konzeptes.

Die wesentlichen Ergebnisse der Studie im Überblick:

Über das Satellitennetzwerk Starlink lässt sich keine flächendeckende Versorgung der deutschen Haushalte mit Bitraten von mindestens 100 Mbit/s im Download erreichen.

Selbst mit sehr optimistischen Annahmen lassen sich über das Starlink-Netz maximal 1,3 Mio. 100 Mbit/s-Anschlüsse oder 130.000 1 Gbit/s-Anschlüsse in Deutschland realisieren. Die Upstream-Bitraten entsprechen dabei maximal 30 bis 40 Prozent der Downstream-Bitraten.

Satelliteninternet ist keine Alternative für Glasfaseranschlüsse bis in die Gebäude und Wohnungen. Mit Glasfaseranschlüssen können Bitraten von 1 Gbit/s, 10 Gbit/s und künftig sogar noch höhere Bitraten (100 Gbit/s, 400 Gbit/s) sowohl im Up- als auch im Downstream realisiert werden.

Versorgung von ländlichen Gebieten

Trotz der Nachteile gegenüber Glasfasernetzen handelt es sich bei dem Starlink-Netz um ein technologisch sehr interessantes Netz, das unter anderem für die folgenden Anwendungsszenarien sehr gut geeignet erscheint: Weltweite und flächendeckende Versorgung von Gegenden mit geringer Bevölkerungsdichte, zum Beispiel ländliche Gebiete, Weltmeere, Arktis, Antarktis, Wüsten, Steppen, Weideflächen, Gebirge, und, falls eine Sichtverbindung möglich ist, auch Wälder.

Das Starlink-Netz kann auch in Deutschland als Ergänzung zu bestehenden Breitbandtechnologien einen wichtigen Beitrag leisten, mit dem Haushalte eine Grundversorgung und digitale Teilhabe erhalten, die ansonsten auch in den nächsten Jahren weder eigenwirtschaftlich noch mit dem Einsatz von staatlichen Fördermitteln erschlossen werden können.

Die Stärke des Starlink-Netzes liegt weniger in der bereitgestellten Kapazität als vielmehr in der globalen Vernetzung sehr vieler Endgeräte mit moderaten Bitraten aber geringen Latenzen bei hinreichend großen Entfernungen. Die wirtschaftliche, politische und auch militärische Bedeutung des Satelliteninternets sollte daher nicht unterschätzt werden.

Bei den Ergebnissen der Studie ist zu berücksichtigen, dass derzeit noch nicht absehbar ist, ob und wann Starlink sein Endausbauziel von insgesamt knapp 42.000 Satelliten im Weltall erreichen wird. Dies wird unter anderem von der Verfügbarkeit, beziehungsweise Genehmigung, der entsprechenden Umlaufbahnen und Frequenzen für die Daten- und Telemetrieverbindungen abhängen. Die Studie geht trotzdem von der Annahme aus, dass es gelingt, die geplanten fast 42.000 Satelliten ins All zu bringen.

„Die Ergebnisse der Studie unterstreichen, dass Glasfaser als digitale Infrastruktur alternativlos ist. Der Glasfaserausbau muss deshalb auch weiterhin politisch höchste Priorität haben, um eine zukunftssichere und nachhaltige Basis für die Digitalisierung Deutschlands zu schaffen. Gleichzeitig liefert die Studie wichtige Erkenntnisse, was Satelliteninternet leisten kann. Um auch Bürger:innen in sehr ländlichen und besonders dünn besiedelten Gegenden digitale Teilhabe zu ermöglichen, kann das Internet aus dem All sinnvoll als Brückentechnologie eingesetzt werden. Auch im Katastrophenfall, wie jüngst bei der Flutkatastrophe in Teilen von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, kann Satelliteninternet schnell helfen, um die Internetanbindung sicherzustellen. Wichtig ist aber auch, dass bei aller Euphorie über Starlink das Thema Nachhaltigkeit im Blick bleibt. Bisher ist unklar, welche Auswirkungen die vielen tausend geplanten Satelliten haben werden und was mit diesen nach deren Betriebszeit passiert“, sagt BREKO-Geschäftsführer Dr. Stephan Albers.

Prof. Dr. Kristof Obermann von der Technischen Hochschule Mittelhessen erklärt: „Satelliteninternet wie beispielsweise Starlink stellt für das Geschäftsmodell von Telekommunikationsfirmen keine Bedrohung dar. Die Stärke derartiger Netze liegt weniger in der bereitgestellten Kapazität als vielmehr in der globalen Vernetzung sehr vieler Endgeräte mit moderaten Bitraten aber geringen Latenzen bei hinreichend großen Entfernungen. Die wirtschaftliche, politische und auch militärische Bedeutung des Satelliteninternets sollte daher nicht unterschätzt werden.“ ❐

Difu/KfW-Studie:

Digitalisierung in Schulen

Zwei Drittel der Kommunen haben weiterhin großen Unterstützungsbedarf

Die Corona-Krise offenbart die Defizite der Digitalausstattung der Schulen. Zwar hat die Mehrheit der Schulträger bereits in Endgeräte, W-LAN und Präsentationstechnik investiert. Hemmnisse für die Digitalisierung sind jedoch vor allem die mangelnde Finanzausstattung und fehlendes Fachpersonal.

Die Corona-Krise hat die Defizite bei der Digitalisierung der Schulen in Deutschland offengelegt, aber durchaus auch Chancen erkennen lassen. Selbst wenn der größte Druck mit der nun vielerorts vorgenommenen Rückkehr zum Präsenzunterricht etwas nachlassen dürfte, werden die kommunalen Schulträger mit der Digitalisierung ihrer Schulen auch in Zukunft gefordert sein – und zwar in finanzieller als auch in personeller Hinsicht. Wie eine aktuelle Sonderbefragung des Deutschen Instituts für Urbanistik im Rahmen des für KfW-Research durchgeführten KfW-Kommunalpanels 2021 zeigt, nennen sieben von zehn Kommunen einen großen Bedarf an Investitionen in Digitalisierungsmaßnahmen in Schulgebäuden. Nur vier Prozent der Kommunen gehen dabei davon aus, dass dieser Investitionsbedarf einmaliger Natur ist und in Zukunft wieder abnehmen wird, 96 % erwarten hingegen einen dauerhaften Bedarf. Zudem stimmen 93 % der Aussage zu, dass die Ausgaben in Zukunft sogar steigen werden. Investitionen in die Digitalisierung bilden damit zusammen mit baulichen Maßnahmen an den Schulgebäuden (ebenfalls 72 %) die Bereiche im Schulsektor, in dem die Kommunen den höchsten Investitionsbedarf sehen.

Lernplattformen und Cloudlösungen

Viele Digitalisierungsmaßnahmen haben Schulträger zu Beginn des neuen Schuljahrs 2021/22 bereits initiiert oder umgesetzt: Ganz vorn liegt dabei die Beschaffung von Endgeräten, wie z.B. Tabletts und Notebooks (78 %), gefolgt von der Installation von W-LAN (73 %) und der Anschaffung von Präsentationstechnik wie Beamer, White- oder Smartboards (67 %). Der größte Handlungsbedarf besteht aktuell bei Lernplattformen und Cloudlösungen, um den digitalen Unterricht zu erleichtern. Hier sind bisher 46 % der Kommunen aktiv geworden, rund 38 % haben weitere Maßnahmen geplant und rund 17 % sehen den Bedarf, haben jedoch noch nicht mit der Planung begonnen.

Finanzielle Zwickmühle

Die Finanzierung digitaler Maßnahmen für Schulen wird Kommunen nicht nur angesichts der Einnahmeausfälle aufgrund der Corona-Krise fordern: So geht jede dritte Kommune (34 %) davon aus, dass die Prioritäten in ihrem Haushalt zugunsten der Schuldigitalisierung verschoben werden müssen. Aus Sicht der vom Difu befragten Kämmereien dürfte dies vor allem zulasten anderer Infrastrukturbereiche (34 %) sowie freiwilliger Aufgaben wie Kultur- und Sportangebote (32 %) gehen. „Angesichts dieser finanziellen Zwickmühle verwundert es nicht, dass neun von zehn Kommunen die Ansicht vertreten, dass Investitionen in die Schuldigitalisierung nur über zusätzliche Fördermittel oder Zuweisungen finanziert werden können“, sagt Christian Raffer, Projektleiter am Deutschen Institut für Urbanistik.

Neben der Finanzierung sind vor allem die begrenzten personellen Kapazitäten ein wesentliches Hindernis für eine schnelle Digitalisierung. Der Mangel an qualifiziertem Personal für die Verwaltung wird in der Befragung von 74 % der Kommunen als einer der zentralen Gründe genannt, der sich hemmend bei der Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen in den Schulen auswirkt. Die personellen Kapazitäten sind dabei nicht nur bei der Beschaffung, sondern auch bei der Wartung der IT-Ausstattung ein wichtiger Aspekt für die Schulträger. In 67 % der antwortenden Kommunen wird dies durch kommunales IT-Fachpersonal, in 57 % der Städte und Gemeinden durch externe Dienstleister erledigt. Allerdings werden noch immer in 49 % der Kommunen die IT-Anlagen auch durch einzelne Lehrerinnen und Lehrer betreut. „Hier zeigen sich die eigentlichen Herausforderungen, die sich über Jahre hinweg aufgebaut haben. Denn Lehrerinnen und Lehrer sollten eigentlich hochwertigen Unterricht leisten und digitale Kompetenzen vermitteln anstatt sich um technische Fragen der Hard- und Software, der Vernetzung und leistungsstarker Internetverbindungen kümmern zu müssen“, betont Dr. Henrik Scheller, Teamleiter Wirtschaft und Finanzen am Difu. „Eine erfolgreiche Schuldigitalisierung erfordert entsprechende Strategien und eine beständige Fortbildung der Lehrkräfte“, so Henrik Scheller.

Hintergrund

Als Schulträger sind die Kommunen für die bauliche Ausstattung der meisten der rund 40.000 allgemein- und berufsbildenden Schulen in Deutschland zuständig. Auf den Bereich Schulen entfällt laut KfW-Kommunalpanel 2021 mit 11 Mrd. Euro auch der größte Anteil der geplanten kommunalen Investitionen. Doch diese Mittel sind noch nicht ausreichend, die bereits vorhandene Infrastruktur zu erhalten, denn auf die Schulen entfällt mit 46,5 Mrd. Euro bzw. 31% zugleich der größte Anteil des wahrgenommenen kommunalen Investitionsrückstands von insgesamt 149 Mrd. Euro. ❐

Siegel für Sicherheit

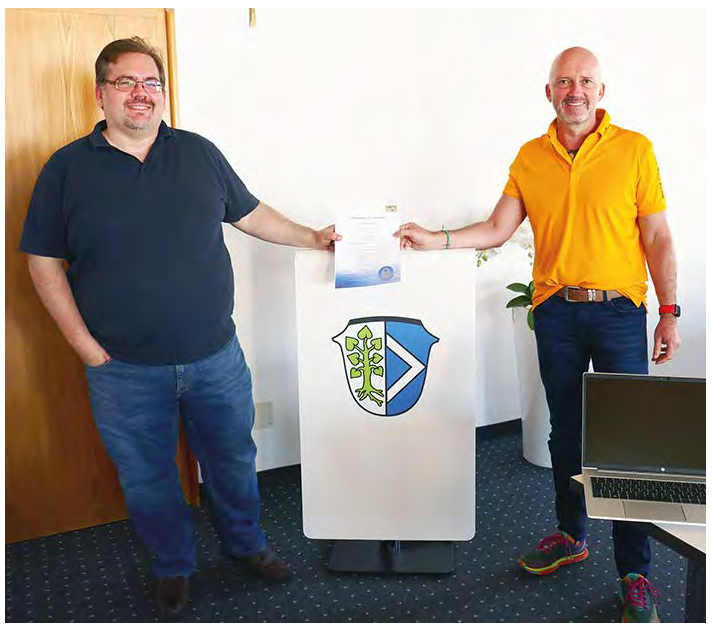
Der Markt Ergolding erhielt kürzlich das Siegel für Kommunale IT-Sicherheit. IT-Administrator Michael Wissinger nahm es stellvertretend für die Gemeinde entgegen.

Anfang des Jahres führte der Markt Ergolding im Informationssicherheits- und Datenschutzbereich ein Managementsystem ein. Begonnen wurde mit der Durchführung von Strukturanalysen anhand von Befragungen, Einsichtnahmen und Begehungen. Auf dieser Basis erstellte der Markt Ergolding einen Maßnahmenplan zur Umsetzung der Informations- und Arbeitssicherheit sowie des Daten- und Hinweisgeberschutzes. Unterstützung erhielt die Kommune dabei von der Fachfirma actago GmbH aus Landau.

„Inzwischen sind die Abläufe in all unseren Einrichtungen soweit fortgeschritten, dass wir uns erfolgreich um das Siegel für Kommunale IT-Sicherheit bewerben konnten“, so Michael Wissinger, Beauftragter für Informationssicherheit Markt Ergolding. Das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik bestätigt mit dem Siegel, dass der Markt Ergolding erfolgreich ein gesetzeskonformes Informationssicherheitskonzept eingeführt hat, zum Schutz der gemeindlich gespeicherten Daten, der Bürger, Mitarbeiter und Unternehmen.

Nicht nur für das Rathaus

Im Besonderen ist hervorzuheben, dass das Informationssicherheitskonzept nicht nur das Rathaus umfasst, sondern auch viele weitere Einrichtungen der Marktgemeinde z.B., den Bauhof, die Bücherei, die Horte Ergolding und Piflas, die Mittagsbetreuung Ergolding und Piflas, die Kinderhäuser Am Bründl, Kleine Strolche und Wurzelstubn, als auch die Kinderkrippe Lindenbäumchen sowie die VHS-Außenstelle Ergolding. ❐



Beauftragter für Informationssicherheit Michael Wissinger und Erster Bürgermeister Andreas Strauß freuen sich über den Erhalt des Siegels für Kommunale IT-Sicherheit vom Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik. Bild: Markt Ergolding

SLITE Ultra HD

Neues LWL-Patchpanel mit 96 Ports auf einer Höheneinheit von Connect Com

Ein Patchpanel ist ein wichtiges Bindeglied zwischen ankommender, fest verlegter und weiterführender, flexibler Verkabelung. Mithilfe eines solchen Patchpanels oder Rangierfelds lassen sich Glasfaserkabel an einer zentralen Stelle verbinden. Mit dem neuen SLITE Ultra HD Patchpanel in einer Höheneinheit erweitert Connect Com jetzt seine Produktfamilie für den Aufbau komplexer Kabelstrukturen in Gebäuden. Das neue Patchpanel bietet gleiche Funktionen in Aufbau und Ausstattung, punktet jedoch mit höherer Portdichte – seine zwei Schubladen verfügen über je 48 Ports, d. h. es stehen insgesamt 96 Ports mit LCAPC-Kupplungen je Höheneinheit zur Verfügung. Damit bietet das SLITE Ultra HD mehr Ports auf kleinerer Fläche als Standardpanels bei maximaler Packungsdichte.

„Das SLITE Ultra HD Patchpanel ist ideal, wenn viele Ports auf kleinem Raum realisiert werden müssen“, erklärt Florian Beck, Leiter des Produktmanagements bei Connect Com. Es wurde nach Feedback expliziert für den Fall entwickelt, dass es bei der Verlegung von Glasfasern Platzprobleme und wenig Raum gibt.

Das modulare Patchpanel findet Einsatz bei Stadtwerken, Netzwerkbetreibern, an Technikstandorten – überall da, wo Netzwerkverkabelung weiter verteilt werden soll. Um einen unkomplizierten festen Einbau in einem Netzwerkschrank oder Serverschrank zu ermöglichen, wird es in einer standardisierten Größe von 19 Zoll angeboten. Damit passt das Panel in alle Connect Com CARMA ODF und Aktivracks, MFG-Vario- sowie 19“-Schränke, aber auch in die Racks anderer Hersteller.

Das Handling des ebenso kleinen wie robusten Patchpanels ist dabei denkbar bequem, da es sowohl front- als auch rückseitig montierbar ist sowie zwischen rechts oder links ausschwenkbaren Schubladen gewählt werden kann. Die Zuführung erfolgt standardmäßig über ein Schlauchsystem, das die Bündeladern schützt und optimale Biegeradien gewährleistet Die vorgegebene Farbcodierung hilft die Fasern zu unterscheiden.

Features und Vorteile

- Ultra High Density: 2 Schubladen für je 48 Ports LCAPC = 96 Ports LCAPC je Höheneinheit
- unkompliziertes Handling, da front- und rückseitig montierbar
- skalierbar in Schritten von 1 HE
- Einsatz zum Aufspleißen von Bündeladern und frontseitigem Patchen
- Varianten: rechts oder links ausschwenkbare Schubladen; Schubladen bestückt mit Kupplungen und Pigtails gemäß DIN-Farbcode (andere Farbcodierungen möglich)
- geeignet für das Easy-Fix-Haltesystem von Connect Com, optimale Biegeradien über Schlauchsystem gewährleistet
- Made in Germany ❐

Oberes Rodachtal:

Herzstück des Forschungsprojekts DIGI-ORT erfolgreich installiert

Seit August 2020 sind verschiedene digitale Monitoring- und Assistenzgeräte in sieben Testhaushalten im Oberen Rodachtal in Betrieb genommen worden. Dabei handelt es sich um eine Armbanduhr (Messung von Schrittzahl sowie Zeitmessung der individuellen Aktivität), ein Blutdruckmessgerät, eine Waage (misst Körpergewicht, Wasser- und Fettanteil sowie Knochen- und Muskelmasse und ermittelt den Body-Mass-Index/BMI), ein Assistenzrufsystem (automatische Benachrichtigung beispielsweise eines Angehörigen bei Notfall), eine Schlafmatte (nimmt Einzelmessungen vor von zum Beispiel Ruhe-, Atemfrequenz, Tiefschlafdauer, Schlafapnoe, Dauer des Schnarchens). Die zweite Installationstour konnte pandemiebedingt leider erst jetzt – einige Monate verzögert – stattfinden.

Die ersten vier von sieben Testhaushalten wurden nun mit einem HomeDataGateway ausgestattet. Kürzlich besuchten Martina Simon und Fabian Hofmann – beide sind wissenschaftliche Mitarbeitende am Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen IIS – Testpersonen in Nordhalben, Steinwiesen und Wallenfels. Hauptgrund ihres Besuchs war die Installation des HomeData-Gateway (HDG), Herzstück des Forschungsprojekts DIGI-ORT.

Datenhoheit liegt beim Nutzer

Das HomeDataGateway ist ein privater Datenspeicher für zu Hause. In ihm laufen die Daten aller Technologien – also der in den Haushalten installierten digitalen Monitoring- und Assistenzgeräte – zusammen und werden sicher lokal zu Hause gespeichert. Über eine zentrale, verschlüsselte digitale Kommunikations- und Vernetzungsplattform werden die Daten datenschutzkonform verfügbar gemacht. Nutzende (Seniorinnen und Senioren, Pflegebedürftige, chronisch Kranke) wählen die Daten individuell aus und leiten sie an die Empfänger ihrer Wahl – also Hausärztinnen und -ärzte, Pflegepersonal, Angehörige – weiter. Die Datenhoheit liegt also stets beim Nutzer!

Außerdem konnten Simon und Hofmann die digitalen Präsenzmelder und Türkontakte (beide überwachen die Aktivität in Räumen sowie bei zentralen Schließkontakten beispielsweise von Kühlschrank oder Haustür) und Steckdosensteuerung (meldet, ob und wann Einzelgeräte, wie zum Beispiel das Bügeleisen, ein- oder ausgeschaltet sind) in den vier Haushalten verbauen und ebenfalls an das HomeDataGateway anbinden. Durch die intelligente Vernetzung mit dem Handy erfahren Angehörige schnell, wenn das pflegebedürftige Familienmitglied keine oder verminderte Aktivität zeigt oder vergessen hat, den Stecker des Bügeleisens zu ziehen.



Jens Korn Bild: Stadt Wallenfels

Nächste Schritte

Kontinuierliche Testung und Evaluation durch die Testhaushalte: Derzeit laufen – in Abhängigkeit von der Corona-Entwicklung – die Planungen für die nächste Vor-Ort-Installationsrunde. Hier sollen die letzten drei Haushalte ebenfalls mit dem HomeDataGateway ausgestattet werden. Bei den Probanden, die schon über das HDG verfügen, ist ein weiterer Besuchstermin geplant. Dann werden das Fitnessshirt sowie letzte noch fehlende Geräte (beispielsweise Medikamentenerinnerung) in Betrieb genommen und ans HDG angebunden.

„Im Oberen Rodachtal wollen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, um die Medizinische Versorgung zu verbessern und gerade älteren Menschen mehr Sicherheit im Alltag zu geben. Durch die Nutzung der Assistenzgeräte sollen pflegende Angehörige, pflegerisches und ärztliches Personal zudem entlastet werden, damit sie den Pflegebedürftigen das Wesentliche vermitteln können: Menschliche Zuwendung.“, so der erste Bürgermeister der Stadt Wallenfels, Jens Korn, der in dem Projekt großes Potenzial sieht. ❐

Bezirk Oberbayern:

Mehr Transparenz und Teilhabe

Bezirk macht Anträge, Sitzungsunterlagen und Protokolle auf seiner Website zugänglich

Um Transparenz und Teilhabe weiter zu verbessern, sind künftig Unterlagen des oberbayerischen Bezirkstags zu dessen öffentlichen Sitzungen im Internet abrufbar. Dies haben die 82 Mitglieder des Bezirkstags bei ihrer Plenarsitzung im Forum Fürstenfeld beschlossen.

„Damit können sich alle interessierten Bürgerinnen und Bürger umfassend über unsere Arbeit informieren“, sagte Bezirkstagspräsident Josef Mederer. „Wir verbessern damit unsere Informationspolitik deutlich und leisten einen Beitrag zur Teilhabe an unseren politischen Entscheidungsprozessen.“

Änderung der Geschäftsordnung

Laut dem Beschluss werden Ladungen, Sitzungsvorlagen, Anträge und Niederschriften künftig unter www.bezirk-oberbayern.de eingestellt. Die Geschäftsordnung des Bezirks Oberbayern wird entsprechend geändert. Nicht zugänglich gemacht werden können Unterlagen aus nicht öffentlichen Sitzungen sowie Dokumente, die Informationen enthalten, die der Geheimhaltung bedürfen oder personenbezogene Daten enthalten. Die technische Umsetzung des Beschlusses ist bereits in Arbeit.

Weitere Informationen:

Der Bezirkstag von Oberbayern trifft sich nur zwei bis drei Mal jährlich zu seiner Plenarsitzung. Viele Entscheidungen sind deshalb auf seine Ausschüsse verlagert, die häufiger tagen. Es gibt unter anderem folgende Ausschüsse: Ausschuss für Bau, Umwelt und Energie, für Kultur, Schulen und Museen, den Bezirksausschuss, Personalausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, Sozial- und Gesundheitsausschuss sowie den Werkausschuss für das Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon. Die Ausschüsse tagen überwiegend öffentlich. ❐

Landkreis Fürstenfeldbruck:

Förderung der digitalen Bildung in allen Schulen

Landrat Thomas Karmasin unterstützt die Gründung eines Kompetenzzentrums „Digitale Schule“

Die Corona-Pandemie und das damit verbundene Home-Schooling haben in den vergangenen Monaten noch einmal verdeutlicht, wie wichtig es ist, die Digitalisierung aller Schulen im Landkreis schnell, nachhaltig und vor allem flächendeckend voranzutreiben.

Allein die Ausstattung und der Betrieb mit IT- Technik ist eine große Herausforderung. Welche Ausstattung ist für welche Schule sinnvoll? Wie können die staatlichen Förderprogramme am besten genutzt werden? Welche Hardware und Software hat sich in der Praxis bewährt? Welche datenschutzrechtlichen Vorgaben gilt es einzuhalten? Wie können Lehrerinnen und Lehrer schnellstmöglich gut und umfassend unterstützt und geschult werden? Um diese Fragen zu beantworten braucht es Expertise.

Ziel: Flächendeckende Beratungskompetenz

Deshalb wird auf Initiative der Vorstandschaft des Kreisverbands Fürstenfeldbruck des Bayerischen Gemeindetags vorgeschlagen, dass die Städte und Gemeinden im Landkreis als Sachaufwandsträger für die Grund- und Mittelschulen eng zusammenarbeiten.

Um eine im Landkreis flächendeckende Beratungskompetenz zu realisieren, soll nun die Gründung einer eigenen Organisation für diese Ziele geprüft werden. Alle in den letzten Monaten gesammelten Erfahrungen, auch von Elterninitiativen, sollen dort einfließen, um die Beratung auf professionelle Füße zu stellen. Ziel ist es, eine gleichwertige Qualität von Ausstattung und digitaler Kompetenz an allen Schulen zu erreichen

Kommunen profitieren von gebündelter IT

Landrat Thomas Karmasin unterstützt das Vorhaben und ist überzeugt, dass bei diesem Thema alle kommunalen Vertreter der Städte und Gemeinden an einem Strang ziehen werden: „Die Schulen, für die der Landkreis Fürstenfeldbruck Sachaufwandsträger ist, profitieren bereits seit Jahren dank gebündelter IT-Ansprechpartner von den Synergien im Bereich Ausschreibungen, IT-Ausstattung und IT-Betrieb. Ich unterstütze die Gründung einer Organisation, die eine solche Bündelung auch für die Schulen, für die die Städte und Gemeinden Sachaufwandsträger sind, erreicht.“

Zukunft der Kinder

Bürgermeister Hans Seidl, Gemeinde Maisach, betont als Vorsitzender des Bayerischen Gemeindetags, Kreisverband Fürstenfeldbruck: „Wir dürfen nicht vergessen: Es geht hier um die Zukunft unserer Kinder. Sie wachsen in einer von Medien und IT geprägten Gesellschaft auf. Je früher sie professionell an diese Themen herangeführt werden, desto besser sind sie für die Zukunft gewappnet“.

Verzahnung von IT und Medienpädagogik

Auch die Landkreis-Schulen würden von dem neuen Kompetenzzentrum profitieren. So ermögliche eine engere Verzahnung zwischen IT und Medien-Pädagogik eine optimierte zielgerichtete Ausstattung und einen effizienteren IT-Betrieb. Zusätzlich böte ein zentrales Kompetenzzentrum effiziente Vernetzungsmöglichkeiten, um Erfahrungen schnell zu multiplizieren und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Nun erarbeitet eine Task Force, bestehend aus Vertretern aus den Schul-, dem kommunalen Bereich und Fachleuten, wie dem festgestellten Bedarf am besten entsprochen werden kann. Dann gilt es, die kommunalen Gremien vor Ort von diesem Vorhaben zu überzeugen. Nur dann kann das Projekt in dieser Form auf den Weg gebracht werden. ❐

Memorandum für schnellen und sicheren Glasfaserausbau

Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (VBEW) und Deutsche Glasfaser wollen sich beim Infrastrukturausbau besser koordinieren

Um den Glasfaserausbau in Bayern effizienter und sicherer zu gestalten, schließen Deutsche Glasfaser und der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft eine Vereinbarung zur engeren Absprache künftiger Infrastrukturprojekte.

Dazu unterzeichneten Detlef Fischer, Geschäftsführer des VBEW, Florian Mattner, stellvertretender Geschäftsführer des VBEW, Marius Dallmann, Geschäftsleiter Expansion von Deutsche Glasfaser und Anja Genetsch, zuständig für kommunale Kooperationen bei Deutsche Glasfaser, ein Memorandum. Dieses Memorandum ist wegweisend für den weiteren Glasfaserausbau in Bayern, da es die Abstimmung zwischen Deutsche Glasfaser und den Spartenträgern im Bundesland Bayern verbindlich regelt.



V.l.: Detlef Fischer (VBEW), Florian Mattner (VBEW), Marius Dallmann (Deutsche Glasfaser), Anja Genetsch (Deutsche Glasfaser) Bild: VBEW

Große Pläne im ländlichen Raum

Nach wie vor haben viele Kommunen in Bayern noch keine schnelle Internetanbindung über Glasfaser. Jedoch nimmt der privatwirtschaftliche Glasfaserausbau insgesamt weiter Fahrt auf: „Deutsche Glasfaser hat als Digitalversorger der Regionen große Pläne insbesondere im ländlichen Bayern. Aktuell realisieren wir bundesweit bis zu 35.000 Glasfaseranschlüsse im Monat. Dank dieser Vereinbarung zur engeren Zusammenarbeit mit den Energie- und Wasserversorgern können wir bei Tiefbauarbeiten sicherer und koordinierter agieren – und so das Ausbautempo in Bayern insgesamt weiter erhöhen“, sagt Marius Dallmann, Geschäftsleiter Expansion von Deutsche Glasfaser.

Synergien nutzen

Durch die Koordinierung der Baumaßnahmen sollen insbesondere Leitungsschäden weiter verringert sowie andere Spartenträger stärker berücksichtigt werden. Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V.: „Das Memorandum schützt die Leitungen der öffentlichen Energie- und Wasserversorgung vor Schäden beim Glasfaserausbau und bringt diesen effizient voran. Was will man eigentlich noch mehr?“ ❐

„App-solut förderwürdige“ Bibliothek in Ahrain

MdB Florian Oßner: „Zuschuss vom Bund in Höhe von 2.190 Euro spricht für hohe Qualität der Bücherei“

Gute Nachrichten für alle Bücherwürmer in Ahrain im Markt Essenbach: Die Katholisch öffentliche Bücherei Ahrain erhält eine Finanzspritze in Höhe von 2.190,00 Euro aus dem Soforthilfeprogramm für zeitgemäße Bibliotheken in ländlichen Räumen „Vor Ort für Alle“, teilte der CSU-Bundestagsabgeordnete Florian Oßner Essenbachs Bürgermeister Dieter Neubauer mit.

„Ziel des Programms ist, zeitgemäße Konzepte in Kommunen zu stärken und so einen Beitrag für flächendeckend gleichwertige Lebensverhältnisse zu leisten. Es ist richtig, dass die Region Landshut mit dem Markt Essenbach sich in diesem hoch überzeichneten Förderprogramm durchsetzen konnte. Dies spricht sehr für die hohe Qualität der Bücherei. Ich kann deshalb zum erfolgreichen Konzept ‚Analog meets Digital‘ nur gratulieren“, so der Haushaltspolitiker Oßner.

Mit digitalen Angeboten ältere Kinder anlocken

Das Konzept der Bücherei, untergebracht im Untergeschoss des Pfarrheims Ahrain, sieht unter dem Motto „Wir haben mehr als Bücher“ unter anderen die Anschaffung von Tablets vor. Damit sollen Kinder ab zehn Jahren verstärkt in die 96 Quadratmeter große Bücherei mit der bequemen und kreativen Bücherburg gelockt werden. In diesem Rahmen sollen in den Ferien und regelmäßigen Gruppentreffen Projekte umgesetzt werden, in denen die Kinder zum Beispiel das Storytelling mit Apps erlernen oder ihre Lieblingsgeschichten in Videospiele umwandeln. Bereits in diesem Sommer sollen die Tablets beim Sommerferien-Leseclub der Landesfachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen in Bayern (oebib) zum Einsatz kommen.

Daneben soll noch ein Rechercheplatz für Leserinnen und Leser eingerichtet werden. Damit sollen die Vorteile von eBooks, eAudio, eLearning oder eMagazine/ePaper hervorgehoben werden. Um die Bürger vor Ort über diese Maßnahmen zu informieren, soll noch verstärkt in die Öffentlichkeitsarbeit investiert werden. Ziel ist es, „App-solut förderwürdige“ Bibliothek in Ahrain Geräte mit einer hohen Energieeffizienz auszuwählen und diese weitgehend beim örtlichen Handel zu erwerben. Gemeindeoberhaupt Neubauer freute sich sehr über die Fördersumme und dankte Florian Oßner für seinen Einsatz. „Ich sehe es wie der römische Philosoph Marcus Tullius Cicero, der sagte: ‚Ein Raum ohne Bücher ist wie ein Körper ohne Seele‘. Da auch ich gerne lese, freut es mich, dass wir in unserer Marktgemeinde Essenbach zwei Büchereistandorte haben, die sich sehr für junge Leserinnen und Leser engagieren. Die Idee der Bücherei Ahrain, sich mit der Beschaffung von Tablets am Projekt ‚Tell me something‘ zu beteiligen, finde ich hervorragend. Bücher sind für mich ein Kulturgut, das es zu bewahren gilt. Wenn dann dieses Gut mit den Medien des 21. Jahrhunderts gekoppelt werden kann, sehe ich darin einen interessanten Weg in die Zukunft.“

Für das Förderprogramm können sich haupt-, neben- und ehrenamtlich geführte Büchereien sowie Fahrbibliotheken mit ländlich geprägten Versorgungsgebieten bewerben. Gefördert werden Maßnahmen, die die Infrastruktur und Ausstattung für zeitgemäße Angebote und multifunktionale Nutzungsmöglichkeiten verbessern. Darunter fallen etwa die Bereitstellung von Technik und digitalen Angeboten, die Schaffung von Barrierefreiheit oder Erweiterung der Nutzungsflächen. „In Ahrain sind deshalb diese Bundesgelder gut investiert. Die Bücherei hat viele innovative Ideen entwickelt, um sie auch für die älteren Kinder und damit für die Zukunft stark und attraktiv zu machen. Ein ‚App-solut‘ förderwürdiges Vorhaben“, resümiert Oßner. ❐



Florian Oßner Bild: Büro Oßner

Singen von dem, was nervt

Zukunftslieder: „Mainpop“ startet Wettbewerb für junge Songwriter aus Unterfranken

Es ist an der Zeit, dass endlich etwas geschieht. Dass wir anders zu leben, dass wir anders zu wirtschaften beginnen. Denn die Erde kann nicht mehr. Jugendliche aus Unterfranken, die solche oder ähnliche Ansichten teilen und Lust haben, das, was sie ökologisch, sozial oder politische bewegt, in einen Song zu packen, sind eingeladen, sich am Wettbewerb „Zukunftslieder“ zu beteiligen. Noch bis Februar nächsten Jahres können selbst gemachte Songs beim Projekt „Mainpop“ eingereicht werden.

Kritische Songs sind Wasser auf den Mühlen von Menschen, die ähnlich denken. Berühmte Liedermacher wie Konstantin Wecker oder Hans Söllner haben eingefleischte Fans, die ihre Lieder auswendig kennen. Und die sie nachsingen, um sich selbst zu stärken. Stoff für kritische Songs gibt es in Hülle und Fülle, sagt Unterfrankens Popularmusikbeauftragter Benjamin Haupt, auf dessen Idee der Liedermacher-Wettbewerb zurückgeht.

Haupts Arbeitgeber ist der Bezirk Unterfranken. Der installierte vor über 20 Jahren einen Popularmusikbeauftragten. „MainPop“ nennt sich das Projekt, das dieser in der Bayerischen Musikakademie Hammelburg verantwortet. In seiner Funktion als Beauftragter für die regionale Pop-, Rock- und Jazzszene organisiert Haupt Veranstaltungen wie das „Bandcamp“, das in Kürze wieder stattfindet.

Sehr oft transportieren Songs von Liedermachern nicht die vorherrschende Meinung. Sondern das genaue Gegenteil. Das, sagt Haupt, ist gut und richtig so. Der Popularmusikbeauftragte rechnet denn auch damit, dass von den Jugendlichen Songs eingereicht werden, die nicht jedem Erwachsenen gefallen. Textlich okay ist nach seinen Worten alles, was mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung übereinstimmt. Die fünfköpfige Jury allerdings wird Songs aussortieren, die unter die Gürtellinie gehen. Die Kunstfreiheit, sagt Haupt, öffnet zwar insgesamt weite Spielräume. Doch wie mit jedem anderen Grundrecht muss damit verantwortungsvoll umgegangen werden.

Aufforderung an junge Menschen mit Behinderung

Haupt fordert ausdrücklich auch junge Menschen mit Behinderung auf, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen. Selbstverständlich sind auch queere junge Leute zwischen 14 und 21 Jahren eingeladen, mit Worten und Tönen auszudrücken, was ihnen gerade unter den Nägeln brennt. Aus allen Einsendungen werden die zwölf besten Songs ausgewählt. Am 26. November sollen sie, so das pandemiebedingt möglich ist, in der Würzburger Posthalle vorgestellt werden. Die Preisträger erhalten als Gewinn außerdem ein zweitägiges Coaching, bei dem sie erfahren, wie man richtig tolle Lieder schreibt und komponiert. Zudem dürfen sie ihren Songs in einem professionellen Studio aufnehmen.

Haupt weiß, dass die Überfülle des musikalischen Angebots auf Jugendliche heute oft schier erschlagend wirkt. Via Spotify stehen inzwischen rund 70 Millionen Songs zur Auswahl. „Selbst mit einem guten Lied ist es schwierig, durchzukommen“, sagt der Musiker. Doch darum geht es auch nicht. Lieder zu machen, ist für den 32-Jährigen eine ausgezeichnete Möglichkeit, die eigenen Gedanken und die damit verbundenen Gefühle auszudrücken. Nach dem Erfolg zu schielen, sei wenig zielführend. Auch ist ganz klar, dass ein Lied, sei es auch noch so kritisch und klug gemacht, die Welt kaum verändern wird. Wichtig bleibt es, Willen zur Veränderung zu zeigen.

Song zum Thema „Klimawandel“ gesucht

Auch wenn der selbst gemachte Song wahrscheinlich keine Chartbreaker werden wird, hat er gute Chancen, beim Wettbewerb „Zukunftslieder“ zu gewinnen. Denn Benjamin Haupt rechnet nicht mit einer Flut an Einsendungen. Neben den zwölf Songs, die von der Jury ausgewählt werden, gibt es einen Extrapreis des Bezirkstagspräsidenten für ein Lied zum Thema „Klimawandel“. Darüber einen Song zu machen, ist sicherlich anspruchsvoll. Hat doch der Klimawandel mit so komplizierten Begriffen wie „Kohlendioxid“ zu tun. „Doch ich bin ganz sicher, dass es Jugendliche gibt, die sehr kreativ auch mit dieser Thematik umgehen können“, ist Haupt überzeugt.

Auf jeden Fall liegt man mit einem Öko-Song voll im Trend. In welchem Genre die Lieder entstehen, spielt im Übrigen keine Rolle. „Ob Pop, Rock, Rap, Jazz oder klassischer Liedermacher-Stil, das ist ganz den Jugendlichen überlassen“, sagt Benjamin Haupt.

Die Lieder können auch in unterfränkischem Dialekt geschrieben sein. Englische Texte sind ebenfalls erlaubt. Akzeptiert wird außerdem, wenn zwei Teenager an einem Song gebastelt haben und den gemeinsam vortragen. Veröffentlicht werden die Siegersongs auf Streamingportalen über das Label „Sturm & Klang“ von Konstantin Wecker. Der kritische Liedermacher, der schon oft in Würzburg war, ist Schirmherr des Wettbewerbs. Für den Wettbewerb „Zukunftslieder“ können 14- bis 21-Jährige Songs einreichen. Lieder können als Mp3, WAV oder als Handy-Video mit dem unterschriebenen Anmeldeformular per E-Mail an zukunftslieder@mainpop.de geschickt werden. Die zwölf besten Songs werden prämiert und veröffentlicht. **Pat Christ**

Waldkirchen, Lalling und Schafling:

Bundesumweltministerium fördert Klimaschutzmanagement

Pronold überreicht Förderschecks über 460.000 Euro

Die Stadt Waldkirchen sowie die Gemeinden Lalling und Schaufling im Landkreis Deggendorf führen ein professionelles Klimaschutzmanagement ein und werden integrierte Klimaschutzkonzepte erstellen. Diese kommunalen Konzepte geben kurz-, mittel- und langfristige Ziele und Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen an. Dabei unterstützt sie das Bundesumweltministerium (BMU) mit einer Förderung aus der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI). Der Parlamentarische Staatssekretär im BMU, Florian Pronold, überreichte Förderschecks in Höhe von insgesamt 460.000 Euro an den Ersten Bürgermeister der Gemeinde Lalling, Michael Reitberger, an den Gemeinschaftsvorsitzenden und Ersten Bürgermeister der Gemeinde Schaufling, Robert Bauer, sowie an Waldkirchens Ersten Bürgermeister Heinz Pollak.

Florian Pronold: „Engagierter Klimaschutz beginnt vor Ort, in Städten und Gemeinden. Daher unterstützen wir sie im Bundesumweltministerium seit mehr als zehn Jahren mit unserer Nationalen Klimaschutzinitiative. Ich freue mich sehr, dass Waldkirchen, Lalling und Schaufling unsere Förderung nutzen, um ein Klimaschutzmanagement umzusetzen. Damit tragen sie auf lokaler Ebene zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele bei.“

Gemeinde Lalling und Gemeinde Schaufling

Pronold übergibt die Förderschecks zum Start der Projekte „Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes und Klimaschutzmanagement in der Gemeinde Lalling – Erstvorhaben“ (140.758 Euro) und „Klimaschutzkonzept und Klimaschutzmanagement in der Gemeinde Schaufling“ (118.463 Euro) sowie für das „Erstvorhaben Integriertes Klimaschutzkonzept und Klimaschutzmanagement in der Stadt Waldkirchen“ (199.840 Euro). Im Rahmen dieser Vorhaben wird unter Einbeziehung aller relevanten Akteure eine Energie- und Treibhausgasbilanz, eine Potenzialanalyse, Minderungsziele, ein Maßnahmenkatalog und eine Empfehlung für ein geeignetes Instrument zum Controlling und Management entwickelt. Die Klimaschutzkonzepte führen mit kurz-, mittel- und langfristigen Zielen und Maßnahmen zur Verminderung von Treibhausgasemissionen.

Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen

Seit 2008 fördert und initiiert das Bundesumweltministerium unter dem Dach der NKI in ganz Deutschland Klimaschutzprojekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Im Zeitraum 2008 bis 2020 wurden bereits etwa 35.500 Projekte mit einem Fördervolumen von rund 1,23 Milliarden Euro durchgeführt. Kommunen profitieren ebenso wie Verbraucherinnen und Verbraucher und Unternehmen.

Erheblich verbesserte Förderbedingungen

Die Erstellung und Umsetzung von Klimaschutzkonzepten durch ein Klimaschutzmanagement wird ebenso über die Kommunalrichtlinie wie eine Vielzahl anderer strategischer und investiver Maßnahmen im Rahmen der NKI gefördert. Im Zuge des Corona-Konjunkturprogramms sind die Förderbedingungen erheblich verbessert worden, indem Förderquoten erhöht, Eigenanteile gesenkt und die Förderbedingungen für finanzschwache Kommunen optimiert wurden. Die verbesserten Förderbedingungen gelten noch bis Ende dieses Jahres. Anträge für die Kommunalrichtlinie können ganzjährig gestellt werden.

Auskunft und Informationen

Auskunft und telefonische Beratung zu den Förderprogrammen der NKI: Fragen zur Antragstellung nimmt der Projektträger Jülich (PtJ) per Telefon unter 030 20199 577 oder per E-Mail an: ptj-ksi@fz-juelich.de entgegen. Bei Fragen rund um die Förderung bietet das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) im Auftrag des BMU kostenlose Beratung an, telefonisch unter 030 39001-170 oder per E-Mail an: skkk@klimaschutz.de.

Weitere Informationen: www.klimaschutz.de ❐



Angela Hofmann, Erste Bürgermeisterin Stadt Kronach, Matthias Dießl, politischer Sprecher Forum Heimat und Freizeit und Landrat Landkreis Fürth, Jonas Glüsenkamp, Geschäftsführer Forum Heimat und Freizeit und Zweiter Bürgermeister Stadt Bamberg, Angelika Schäffer, fachliche Sprecherin Forum Heimat und Freizeit und Geschäftsführerin Tourismusverband Franken, Andreas Zippel, Zweiter Bürgermeister Stadt Bayreuth und Stefan Schuster, Zweiter Bürgermeister Stadt Burgbernheim Bild: Jürgen Schraudner, Stadtarchiv Bamberg

Metropolregion Nürnberg:

Auf Heimatreise

Startschuss für die neue digitale Plattform „Heimatlotse“

Das Forum Heimat und Freizeit der Metropolregion Nürnberg startet mit dem Heimatlotsen eine neue Website, die zum Entdecken der Metropolregion einlädt. Bürgerinnen und Bürger finden dort Programmvorschläge für Tagesausflüge mit allen wichtigen Informationen, besonderen Insider-Tipps und Wissenswertem zur Region und können mit diesem Rundum-Sorglos-Paket kleine Heimatreisen durch die Metropolregion Nürnberg unternehmen. Das erleichtert die Planung vor allem für Kurzentschlossene, da Informationen nicht mehr von vielen verschiedenen Websites zusammengetragen werden müssen.

Die Pilotversion des Heimatlotsen wurde Ende August auf Schloss Sassanfahrt im Bamberger Land vorgestellt. Sie umfasst drei Touren aus unterschiedlichen Ecken der Metropolregion, die für Familien mit Kindern interessant sind:

- „Burgbernheim und die Streuobstwiesen – Auf den Pfaden der gesunden Früchtchen“,
- „Kronach für die ganze Familie – Ein Tag voller Entdeckungen, Abenteuer und Genuss“ und
- „Sommer in der City – Bayreuths vielleicht schönste Seiten“.

Die Website soll fortlaufend um spannende Heimatreisen und regionale Tipps erweitert werden und wird neben der Zielgruppe Familien in den kommenden Monaten auch maßgeschneiderte Tagestouren für Frischluftfanatiker, Outdoor-Fans oder für Unternehmungen mit Freunden bereithalten. Insgesamt sollen mehr als 15 Touren zur Verfügung gestellt werden, die alle 15 Tourismusregionen der Metropolregion Nürnberg abdecken.

„Die Metropolregion Nürnberg hat in puncto Freizeit und Erholung viel zu bieten. Der digitale ‚Heimatlotse‘ hat bereits zahlreiche Insider-Tipps und Highlights unserer nordbayerischen Heimat zusammengetragen und das Angebot soll noch weiter wachsen. Der Freistaat unterstützt dieses besondere Projekt mit über 374.000 Euro. Ich wünsche viel Spaß beim Entdecken und beim ‚Urlaub dahoam‘!“, sagt Finanz- und Heimatminister Albert Füracker zum Start der neuen Informationsplattform.

Kombinationsmöglichkeiten

Matthias Dießl, politischer Sprecher des Forums Heimat und Freizeit und Landrat des Landkreises Fürth ergänzt: „Mit dem Heimatlotsen wollen wir die Vielfalt an Naherholungs- und Ausflugszielen bündeln und den Bürgerinnen und Bürgern einen Schlüssel zum Entdecken der Region an die Hand geben. Viele Aktivitäten lassen sich auch wunderbar mit dem EntdeckerPass kombinieren, der Freizeitkarte der Metropolregion mit vielen Sparvorteilen.“ Angelika Schäffer, fachliche Sprecherin des Forums und Geschäftsführerin des Tourismusverbands Franken verdeutlicht: „Wir freuen uns sehr, dass uns die 15 Tourismusregionen, die sich auf dem Gebiet der Metropolregion befinden, unterstützen und wir so das lokale Expertenwissen zu Insider-Tipps und typisch regionalen Besonderheiten im Heimatlotsen bündeln können.“

Burgbernheim, Kronach und Bayreuth

In Burgbernheim wartet u.a. ein Schlemmerpicknick inmitten von Streuobstwiesen und ein Labyrinth aus Buchenhecken auf die Ausflüglerinnen und Ausflügler. Kronach lockt mit einer der größten Festungsanlagen Europas, Abenteuer auf der Sommerrodelbahn und regionalen Leckereien. Und an einem der letzten Sommertage lassen sich mit der Heimatreise nach Bayreuth die schönsten Seiten der Stadt erkunden und lebensgroße Dinos bestaunen.

Alle Heimatreisen sind auf www.heimatlotse.de nutzerfreundlich gebündelt und können einfach heruntergeladen werden. Auch GPX-Daten der Touren liegen vor. Darüber hinaus werden Tipps für die besten Foto-Locations auf der Plattform bereitgestellt. Der Heimatlotse richtet sich im Kern an 25- bis 45-Jährige.

Die projektbegleitende Marketingkampagne, die im September starten soll, lehnt sich an der Imagekampagne der Metropolregion an und soll 2021 und 2022 im gesamten Verbreitungsgebiet der Metropolregion Nürnberg auf das neue Freizeitangebot aufmerksam machen. Das Projekt fördert damit nicht nur den innerregionalen Ausflugsverkehr, sondern auch die regionalen Wirtschaftskreisläufe und trägt zur Stärkung der Marke Metropolregion Nürnberg bei. Gefördert wird das Projekt vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat aus dem Programm „Regionale Identität“.

Mehr Informationen unter: www.heimatlotse.de ❐

Stadt Würzburg:

Mit Graffiti-Kunst gegen die Vermüllung

Mülltonnen fristen normalerweise ein Schattendasein - grau und versteckt fallen sie niemanden so richtig auf. Dabei spielen sie im Kampf gegen die Vermüllung im Stadtgebiet eine tragende Rolle.

Um die Helfer für Sauberkeit ins richtige Licht zu rücken, hat die Umweltstation der Stadt Würzburg 20 Mülltonnen von den Graffiti-Künstlern Christoph Ulherr und Andreas Pistner gestalten lassen. Tiermotive rücken das Thema Müll auf originelle Weise in den Fokus der Bürger und Bürgerinnen und Besuchern und Besucherinnen Würzburgs.

Vermüllung ist ein Problem

Die bunt besprühten Tonnen mit Vogel-, Amphibien- und Säugetiermotiven werden für einige Wochen an prominenten Orten Würzburg, darunter auch auf der Alten Mainbrücke, in den Grünanlagen am Hubland und am Willy-Brandt- Kai, positioniert und sorgen dort vor allem für Aufmerksamkeit. Die Kunstwerke sind zum Sammeln von Abfall gedacht, wie ganz normale Mülltonnen auch. Mittlerweile hat wohl jeder Mensch in Würzburg erkannt, dass Würzburg, genau wie viele andere Städte, ein Problem mit der Vermüllung der öffentlichen Plätze und Flächen seit Beginn der Corona-Pandemie hat.

„Wir wünschen uns mit der Aktion, dass die Verursacher der Vermüllung durch die bunt gestalteten Tonnen angeregt werden, ihren Müll richtig zu entsorgen. Vielleicht erreichen wir auf diese Weise ein Umdenken und damit auch eine Änderung im Verhalten“, so der Werkleiter der Stadtreiniger, Wolfgang Kleiner. Für Fragen zur Antimüllkampagne und weitere Informationen: Tel. 0931- 374400 oder umweltstation@stadt.wuerzburg.de. ❐



Tierische Tonnen: Die Leiterin der Umweltstation Anja Knieper präsentiert zusammen mit Kommunalreferent Wolfgang Kleiner, der auch Werkleiter der Stadtreiniger ist, eine der künstlerisch gestalteten Mülltonnen auf der Alten Mainbrücke. Bild: Michael Lauricella

Landkreis Donau-Ries:

Beteiligung an Aktion „Gelbes Band“

Gelbes Band bedeutet: ernten erlaubt – hier darf gepflückt werden

Viele Menschen kennen das Problem: Der eine kann sich nicht mehr retten vor so viel Obst, ein anderer hat keines, hätte aber gerne welches. Deshalb findet in diesem Jahr zum ersten Mal auch in unserem Landkreis die Aktion „Gelbes Band“ statt. Baumbesitzer markieren mit einem gelben Band ihre Obstbäume und geben diese so zur Ernte der Allgemeinheit frei.

Streuobstwiesen sind in vielen Gemeinden des Landkreises Donau-Ries ein prägendes Bild der vielfältigen Kulturlandschaft. Der Erhalt und die Förderung dieser Flächen und Bäume sind wichtige Maßnahmen gegen den Artenrückgang. Leider verderben viele Tonnen kostbares Obst ungenutzt unter den Bäumen. Um dem entgegenzuwirken, haben die Kreisfachberater des Landratsamtes Paul Buß und Sophia Och die Aktion „Gelbes Band“ auch im Landkreis Donau-Ries initiiert. Landrat Stefan Rößle ist von der Maßnahme überzeugt: „Ich bin sicher, dass eine Nutzung des Obstes längerfristig auch dazu führt, dass die Bäume wieder wertgeschätzt werden“. Der Landrat hofft daher, dass viele Bürgerinnen und Bürger diese Gelegenheit nutzen und das Obst einsammeln und verarbeiten. Dadurch würden, so Landrat Rößle, alle gemeinsam einen Beitrag zum Thema Nachhaltigkeit und Biodiversität leisten.



Landrat Stefan Rößle (m.) startet zusammen mit den Kreisfachberatern Sophia Och (l.) und Paul Buß (r.) die Aktion „Gelbes Band“.

Bild: Andreas Krumpholz/Landratsamt Donau-Ries

Einfache Teilnahme

Jeder der teilnehmen möchte bringt dafür selbständig Bänder am Stamm seiner eigenen Bäumen an. Das Band sollte witterungsbeständig sein, um die Erntesaison unbeschadet zu überstehen. Außerdem muss es so angebracht werden, dass es nicht vom Wind fort geweht werden kann. Egal ob Kommune oder Privatperson, jeder Besitzer kann seine eigenen Bäume zur Ernte an die Allgemeinheit freigeben. Geerntet werden darf natürlich nur von markierten Bäumen.

Hilfe für Kommunen

Prinzipiell kann jedes beliebige stabile gelbe Band verwendet werden. Bei entsprechendem Interesse wird das Landratsamt den Kommunen aber auch gerne Bänder zur Verfügung stellen und die Gemeinden könnten dann die Bänder auch an Privatpersonen weitergeben. Um langes Suchen nach markierten Bäumen zu vermeiden, teilt der Baumbesitzer den Standort der Kreisfachberatung mit. Der Kontakt zu den Bäumen kann so einfacher vermittelt werden. ❐

Dingolfing:

Bayerns neueste anerkannte Umweltstation

Aufbau weiterer Stationen geplant

Umweltstationen fördern nachhaltige Entwicklung vor Ort und das Bewusstsein für die Umwelt. Die Fachstelle für Umweltbildung Dingolfing-Landau ist jetzt als Umweltstation anerkannt worden.

Der bayerische Umweltminister Thorsten Glauber betonte anlässlich der Auszeichnung: „Das Netz der Umweltstationen in ganz Bayern wird dichter. Bayerns neueste Umweltstation Dingolfing-Landau engagiert sich für ein nachhaltiges Leben im Alltag mit fair erzeugten Lebensmitteln, klimafreundlicher Mobilität und Raum für Artenvielfalt. Mit dieser und weiteren Umweltstationen wollen wir wohnortnahe Bildung für nachhaltige Entwicklung in ganz Bayern weiter ausbauen. Mein Ziel ist mindestens eine Umweltstation in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt.“ Gründe für die Anerkennung der Fachstelle für Umweltbildung Dingolfing-Landau als staatlich geförderte Umweltstation sind insbesondere das umweltpädagogische Konzept, zahlreiche qualitativ hochwertige Bildungsangebote, eine gute kommunale Vernetzung sowie umfangreiche Kooperationen mit vielen Vereinen und Verbänden.

Menschen begeistern

Mit ihrer Arbeit möchte die Fachstelle Menschen für Natur, Umwelt und nachhaltige Entwicklung begeistern und so einen Beitrag zu einer nachhaltigen Lebensweise leisten. Die Umweltstation steht mit ihren Angeboten allen Bürgern offen. Das Hauptaugenmerk bei der Auswahl der Themen, Formate und Methoden liegt dabei bei den Menschen der Region, vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Aber auch für Erwachsene aller Altersklassen werden passende Formate angeboten. Im Mittelpunkt der Arbeit steht ganzheitliches, abwechslungsreiches und interaktives Lernen, das an die Bedürfnisse, Interessen, Fähigkeiten und Lebenswelten der Teilnehmer angepasst wird. Die Fachstelle ist derzeit im Landratsamt untergebracht und wird bis zur Fertigstellung eines geplanten Neubaus als mobile Umweltstation arbeiten. Sie ist die erste Umweltstation im Landkreis Dingolfing-Landau. Insgesamt gibt es damit 60 Umweltstationen im Freistaat.

Umweltstationen bieten hochwertige außerschulische Bildungsmöglichkeiten an, die zu einer nachhaltigen Gestaltung der Gesellschaft beitragen können. Durch die staatliche Anerkennung als Umweltstation ergeben sich für die Einrichtungen Fördermöglichkeiten konkreter Projekte. In diesem Jahr stellt der Freistaat rund 2,4 Millionen Euro für die Bildungsarbeit der Umweltstationen in ganz Bayern zur Verfügung.

Weitere Informationen unter https://www.umweltbildung.bayern.de ❐

Stadt München:

Bekenntnis zu ehrgeizigem Klimaschutz

Als Mitglied des europäischen Städtenetzwerks Klima-Bündnis unterstützt München die Verabschiedung der Klima-Bündnis-Charta im Rahmen der Mitgliederversammlung Anfang September.

Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Wir setzen damit gemeinsam mit mehr als 1.800 Mitgliedsstädten und -gemeinden aus ganz Europa ein starkes Zeichen für einen ambitionierteren und gerechten Klimaschutz. Der Klimawandel findet auch in München bereits statt. Wir haben aber schon viele wichtige und richtige Impulse gesetzt und zuletzt im Juli unser wegweisendes Klimapaket verabschiedet, das uns den Weg aufzeigt, wie wir aus München eine nachhaltige, klimaneutrale und lebenswerte Stadt machen können“.

Christine Kugler, Referentin für Klima- und Umweltschutz. „Im Klima-Bündnis sind wir schon seit 1993 europaweit mit anderen Kommunen vernetzt und engagieren uns gemeinsam für den weltweiten Klimaschutz. Dabei verfolgen wir mit unseren Bündnispartner*innen nicht nur das Ziel, die CO2-Emissionen um zehn Prozent alle fünf Jahre zu reduzieren. Eine effektive Bewältigung der Klimakrise erfordert auch gerechtes Handeln – gerecht für zukünftige Generationen und gerecht gegenüber denjenigen, die wenig oder gar nicht zu der Klimakrise beitragen. In diesem Sinne sind wir ein Bündnis mit den indigenen Völkern der Regenwälder eingegangen, um dauerhafte, an die lokalen Gegebenheiten angepasste Lösungen zu finden, die nachhaltig zu einem guten Leben für alle Menschen auf der Welt beitragen“.

München ist bereits seit 1993 Mitglied des Klima-Bündnises. Das Netzwerk engagiert sich seit mehr als 30 Jahren für lokalen Klimaschutz und ist das größte Städtenetzwerk, das umfassende und gerechte Klimaschutzmaßnahmen fördert und einen lokalen Ansatz mit globaler Verantwortung verbindet.

Das Städtenetzwerk ist das einzige seiner Art, das konkrete Ziele setzt: Jede Klima-Bündnis-Kommune hat sich verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren. Weitere Informationen unter www.klimabuendnis.org. ❐

Ein „Teichbauberater“ für Bayern

Von Dr. Reinhard Reiter, Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Referat Fischerei und Fischwirtschaft und Uwe Kleber-Lerchbaumer, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, Referat Talsperren, Flussstaustufen, Polder- und Speichermanagement

Niemand will, dass durch einen Dammbruch große Sachschäden entstehen oder sogar Personen zu Schaden kommen. Die Überprüfung der Standsicherheit und die Sanierung von Teichdämmen ist wichtig, kann aber sehr teuer werden. Mit einem sogenannten „Teichbauberater“, der als Mittler zwischen Teichwirt und Wasserwirtschaftsverwaltung allseits akzeptiert wird, sollen Lösungen mit Augenmaß gefunden werden.

Die bayerische Teichwirtschaft spielt nicht nur eine wichtige Rolle bei der Produktion von hochwertigen regionalen Nahrungsmitteln, sondern fördert auch die Biodiversität und schafft ökologisch wertvolle Lebensräume. Die bewirtschafteten Teiche halten außerdem Wasser in der Landschaft zurück.

Wichtige Aufgaben für den Wasserhaushalt

Gerade bei Hochwasserereignissen und insbesondere bei längerer Trockenheit übernehmen sie damit eine wichtige Aufgabe für den Wasserhaushalt und fördern ein intaktes Kleinklima vor Ort. Oberstes Ziel muss deshalb sein, die Teiche zu erhalten.

Die Überprüfung und insbesondere die Sanierung von Teichdämmen kann hohe Kosten verursachen, die bei der derzeit ohnehin stark angespannten wirtschaftlichen Situation, vor allem in der Karpfenteichwirtschaft, von den Teichwirten nicht getragen werden können. Im Rahmen eines dreijährigen Projekts soll deshalb mit Mitteln aus einer Fraktionsinitiative am Institut für Fischerei der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft ein qualifizierter „Teichbauberater“ eingesetzt werden, der mit Ingenieurwissen und fischereilichem Sachverstand betroffene Teichwirte bei der Überprüfung von Teichdämmen unterstützt, um so wirtschaftlich tragfähige Lösungen planen und umsetzen zu können. Als Mittler zwischen Teichwirt und Wasserwirtschaftsverwaltung sollen so Lösungen mit Augenmaß gefunden werden.

Nach einzelnen Schadensfällen bei Starkregenereignissen verfolgt die Wasserwirtschaft die Anwendung der DIN 19700 Teile 10 und 11 (Talsperren) auch an Fischteichen mit hohem Gefährdungspotenzial.

Aufgabe des „Teichbauberaters“ ist es, in Zusammenarbeit mit den Wasserwirtschaftsämtern anlagenspezifische Anforderungen festzulegen, um angemessene und wirtschaftlich darstellbare Lösungen zu finden. Außerdem soll er Teichwirte bei der Überwachung und Unterhaltung der Dämme unterstützen, um einer Schwächung der Dämme durch Gehölzentwicklung oder Wühltiere (z.B. Biber und Bisam) vorzubeugen und die Funktionsfähigkeit der Hochwasserentlastungsanlagen sicherzustellen. Die größte Gefahr besteht an Teichen, die mehrere Jahre nicht abgelassen und nicht auf Schäden durch wühlende Tiere überprüft wurden. Ein gut gepflegter Damm bricht normalerweise nicht.

Sanierungsvorschläge erarbeiten

In Ausnahmefällen kann es bei entsprechender Gefährdungssituation notwendig werden, dass der Dammaufbau geotechnisch begutachtet und Sanierungsvorschläge erarbeitet werden müssen.

Das kann im Zweifelsfall Baugrunduntersuchungen nötig machen. Zum kostspieligen Gutachten kommen dann evtl. sehr teure Sanierungsmaßnahmen, die für Teichwirtschaftsbetriebe oft nicht finanzierbar sind und den Weiterbetrieb unwirtschaftlich machen. Erst recht, wenn sie nur Pächter der Teichfläche sind und der Pachtvertrag nach 10 Jahren ausläuft. Als Bewirtschafter können sie sich zwar 50 % der Kosten über die EMFF-Förderung (vermutlich auch zukünftig über EMFAF) bezuschussen lassen, das ist in der Regel aber immer noch zu teuer.

Mit Hilfe des künftigen „Teichbauberaters“ sollen sowohl praktikable und finanzierbare Lösungen gefunden als auch Erkenntnisse in Form von Beratungen und Veröffentlichungen weitergegeben und ein entsprechender Leitfaden entwickelt werden.

Qualifizierte Personen, die sich mit diesem Artikel angesprochen fühlen und die Teichwirtschaftsbetriebe mit Rat und Tat unterstützen möchten, sind aufgefordert, sich auf die nebenstehende Stellenausschreibung zu bewerben (s. auch: https://www.lfl.bayern.de/stellenausschreibungen).
Wir freuen uns über aussagekräftige Bewerbungen. ❐



Unser Bild zeigt den Bergknappweiher bei Weilheim während der Abfischung im Herbst. Der Teich ist nahezu vollständig abgelassen. Die Fische werden hinter dem Mönch aus einer speziellen Abfischgrube fischschonend entnommen. Der Damm wurde erst vor ein paar Jahren aufwändig saniert.

Foto: Dr. Reiter, StMELF

Die Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) in Freising-Weihenstephan ist das Wissens- und Dienstleistungszentrum für die Landwirtschaft in Bayern. Sie ist eine dem Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten unmittelbar nachgeordnete staatliche Behörde mit Aufgaben in der Forschung, im Versuchswesen, im Hoheitsvollzug und in der Aus- und Fortbildung.

Im Institut für Fischerei am Standort Höchstadt ist ab 01.12.2021 eine Stelle als

Teichbauberaterin / Teichbauberater (m/w/d)

Vollzeit, befristet bis 31.08.2024 zu besetzen.

Ihre zukünftige Tätigkeit
- Beurteilung der Standsicherheit von Teichdämmen mittels einfacher und kostengünstiger Methoden
- Entwicklung von wirtschaftlichen Lösungen bei der Sanierung von Teichdämmen
- Entwicklung eines Leitfadens zum Unterhalt und zur Sanierung von Teichdämmen
- Beratung von Teichwirten und Behörden bezüglich der Gestaltung von Teichdämmen
- Weitergabe von Wissen im Teichbau in der beruflichen Aus- und Fort- und Weiterbildung von Fischwirten bzw. Teichwirten
- Schreiben von Veröffentlichungen und Halten von Vorträgen

Wir erwarten
- Abschluss als Master/Dipl.Ing.(Univ.) in den Bereichen Wasserwirtschaft, Bauingenieur (vorzugsweise Grundbau, Wasserbau) bzw. vergleichbaren Studiengängen
- fischereiliche bzw. teichwirtschaftliche Vorkenntnisse sind erwünscht
- vorteilhaft sind Kenntnisse in Verwaltung und Genehmigungsrecht (Naturschutz, Baurecht, Wasserrecht, Umweltrecht etc.)
- sicherer Umgang mit Microsoft Office (Word, Excel, PowerPoint)
- Kenntnisse im Anfertigen von digitalen Skizzen und Plänen
- Führerschein Klasse B und Bereitschaft zur Nutzung eines privaten Kfz
- Bereitschaft zur Wahrnehmung von Dienstreisen
- Koordinierungsfähigkeit, Organisationstalent, Teamfähigkeit, Belastbarkeit, Verhandlungsgeschick

Wir bieten
- Die Eingruppierung erfolgt in Entgeltgruppe 13 TV-L.

Interessiert?

Dann bewerben Sie sich bitte per E-Mail (ausschließlich pdf-Dateien) unter Angabe der Stellenausschreibungsnummer mit den üblichen Unterlagen (u.a. tabellarischer Lebenslauf, Kopien von Zeugnissen, Fortbildungsnachweisen, evtl. dienstlichen Beurteilungen).

Bei im Wesentlichen gleicher Eignung werden schwerbehinderte Bewerberinnen/Bewerber bevorzugt. Die LfL hat sich zum Ziel gesetzt, den Frauenanteil zu erhöhen, und fordert deshalb ausdrücklich Frauen zur Bewerbung auf. Auf das Antragsrecht zur Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten (sowie auf die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung unter den gesetzlichen Vorschriften) wird hingewiesen. Reisekosten für Vorstellungsreisen werden nicht erstattet.

LfL
Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft

Stellenausschreibung Nr. 136/2021 / AZ: 0302
Freising, 06.08.2021

Ihre aussagekräftige Bewerbung richten Sie bitte bis zum **31.10.2021** an:

Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft
Außenstelle für Karpfenteichwirtschaft
Institut für Fischerei
Greiendorfer Weg 8
91315 Höchstadt
www.LfL.bayern.de

Ansprechpartner:
Hr. Dr. Martin Oberle
Tel.: 08161/8640-6200
E-Mail:
Hoechstadt@LfL.bayern.de

GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Die Gemeinde Vaterstetten mit ca. 25.000 Einwohnern.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
Am 01. Mai 2020.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Ich engagiere mich schon immer in zahlreichen Vereinen vor Ort. Wenn man vor Ort was bewirken will, ist man in der Kommunalpolitik gut aufgehoben.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Ich bin über das Ehrenamt reingewachsen. Freiwillige Feuerwehr, Kommandant, Gemeinderat. Das war über Jahre hinweg sehr lehrreich.

Leonhard Spitzauer

Erster Bürgermeister der Gemeinde Vaterstetten

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Sicherlich war es die Akzeptanz und das Vertrauen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu gewinnen. Hier muss man den Grundstein legen, um sich den weiteren Herausforderungen gemeinsam stellen zu können.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Besonders beschäftigen mich der Breitbandausbau in unserer Großgemeinde, sowie die zahlreichen wichtigen Bauvorhaben und die damit verbundene Baupreissteigerungen.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Solide Gemeindefinanzen, Leben und Arbeiten im Ballungsraum München und der Klimawandel sind die größten Herausforderungen für den Bürgermeister von Vaterstetten.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Ziele setzen und diese mit Mut, Vernunft und Anstand verfolgen.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Projekte müssen gut abgestimmt und kommuniziert werden. Im Umgang mit Allen, versuche ich immer fair und transparent zu sein.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Die Digitalisierung hat schon großen Einfluss auf die Kommunalpolitik und die öffentliche Kommunalverwaltung. So müssen wir in Wahlkämpfen und Bürgerkontakten digitale Formate, aufgrund der Corona-Pandemie, anbieten. Aber auch das Onlinezugangsgesetz zeigt uns den Weg auf unsere Verwaltungsleistungen auch digital anzubieten.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Es gibt viele gute die mich inspirieren, ich habe mir aber keins zu eigen gemacht.
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Schön wäre, wenn die Bürger sagen: „Leo Spitzauer war ein guter Bürgermeister!“ ❐

Stadt Günzburg:

Aktive Unterstützung der Klimawette

CSU-Ortsverband fordert zum Mitmachen auf

„Für Günzburg habe ich die Herausforderung angenommen, und somit beteiligt sich die Stadt an der bundesweiten Aktion mit einer eigenen Klimawette“, berichtet Günzburgs zweite Bürgermeisterin Dr. Ruth Niemetz. Sie habe unter anderem die breite Zustimmung auch in der örtlichen CSU erfahren, denn die Klimawette zeige auf einfache Weise, wie jeder und jede im eigenen Umfeld einen Beitrag für den Klimaschutz leisten kann. Bis zur Weltklimakonferenz in Glasgow sollen durch die Günzburger Bürgerinnen und Bürger 296 Tonnen CO2 eingespart werden.

„Beim Klimaschutz müssen wir alle noch kräftig zulegen.“, teilt die Umweltreferentin des Stadtrats Marianne Stelzle mit und dabei könne jeder Einzelne richtig was ausrichten. Denn die Klimawette gebe eine denkbar einfache Antwort auf die Frage, was der Einzelne bewirken kann: Die nächste Tonne CO2 einsparen. Denn eine Tonne CO2-Einsparung pro Person und Jahr entspreche in etwa den Anforderungen an die Erreichung des 1,5-Grad-Ziels gemäß den Beschlüssen von Paris. Die bundesweite Aktion „Die Klimawette“ möchte deshalb ein Mio. Menschen gewinnen, die bis zur Weltklimakonferenz am 1. November in Glasgow zusammen eine Mio. Tonnen CO2 einsparen.

Der Wetteinsatz der Stadt ist klar definiert. „Die Stadt Günzburg pflanzt einen Laubbaum an geeigneter Stelle, und zwar in jedem Fall, ob die Wette nun gewonnen wird oder nicht.“, erläutert Niemetz. Warum die Wette so lautet? „Wenn wir es schaffen, ist es unser Dankeschön an die Bürgerinnen und Bürger für deren persönlichen Einsatz; wenn wir es nicht ganz schaffen sollten, dann ist es unser Beitrag, CO2 wenigstens in Form des Baumes Jahr für Jahr zu binden.“ In jedem Fall also eine gute Sache und Ansporn beim Lesen der Beschriftung des Baumes, die an die Klimawette erinnern soll.

So kann man teilnehmen

Bei der Klimawette zähle der Beitrag des Einzelnen doppelt, denn die Teilnahme kann auf zwei Wegen geschehen: Zum einen könne man mit der kostenlosen Anwendung „CO2-Avatar“ aus einer Liste von 20 wirksamen Alltagsmaßnahmen einen eigenen Vorsatz aussuchen: vom LED-Lampentausch über den fleischfreien Monat oder den autofreien Arbeitsweg bis hin zum „Balkonkraftwerk“. Die CO2-Einsparung innerhalb des Wettzeitraumes werde dann bei der Klimawette erfasst. Vor Ablauf des Wettzeitraums werden die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an den Vorsatz erinnert.

Zum anderen ermöglichen solidarische Spenden für Klimaschutzprojekte von gemeinnützigen Organisationen weitere CO2-Einsparungen. Auf der Webseite www.dieklimawette.de stehen hierzu sechs Projekte zur Auswahl: von Aufforstung in Borneo über Solaranlagen in Äthiopien bis hin zu Pflanzenkohle in Europa. Auch die örtliche CSU bringt sich in die Klimawette ein, wie der CSU-Ortsvorsitzende und Wasserburger Ortssprecher Philipp Rauner betont: „Die Aktion „Die Klimawette“ wird bereits von zahlreichen Organisationen, Klimaschutzinitiativen, kirchlichen Organisationen oder Unternehmerverbänden unterstützt und auch in Günzburg bringen sich Schulen, Parteien und Naturschutzorganisationen ein.“

„Als Botschafterinnen und Botschafter bringen sich der Autor Eckart von Hirschhausen, der Meteorologe Sven Plöger, die Köchin Sarah Wiener und viele weitere Prominente ein, wie der stellvertretende CSU-Ortsvorsitzende und Stadtrat Stefan Baisch erläutert. „Da wollen wir vor Ort nicht zurückstehen!“

Deshalb ruft die örtliche CSU alle Bürgerinnen und Bürger auf: „Macht mit! Bringt Günzburg nach vorne! Denn Klimaschutz geht besser – wetten, dass?!“

Mehr Infos unter www.dieklimawette.de. ❐



Werben für die Klimawette v.l.: stellv. CSU-Ortsvorsitzender und stellv. Fraktionsvorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, Stefan Baisch, CSU-Ortsvorsitzender und Ortssprecher für Wasserburg, Philipp Rauner, Marianne Stelzle, Umweltreferentin des Stadtrats, und Günzburgs zweite Bürgermeisterin, Dr. Ruth Niemetz, mit dem Fahrrad im bienenfreundlich gestalteten Hofgarten von Günzburg Bild: Baisch/CSU

Integrationspreis der Regierung der Oberpfalz:

Leistung mit Vorbildcharakter

Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann und Regierungspräsident Axel Bartelt haben den Integrationspreis der Regierung der Oberpfalz 2021 an eine Schule, zwei Vereine und zwei Privatpersonen verliehen. Die Auszeichnungen gingen an „Hilfe für Geflüchtete und Menschen auf der Flucht Regensburg e.V.“ (1. Preis), Grund- und Mittelschule Ammersricht sowie Migrantenmedizin Regensburg e.V. (2. Preis), und „Karim“ aus Schirmitz sowie Brigitte Ertl aus Bad Kötzting (3. Preis).

Der Verein „Hilfe für Geflüchtete und Menschen auf der Flucht Regensburg“ ist seit 2019 Ansprechpartner und Unterstützer für geflüchtete Menschen in Regensburg und im umliegenden Landkreis. Den Menschen wird geholfen, in Deutschland anzukommen und die dabei entstehenden praktischen Probleme anzugehen, wie zum Beispiel das Finden und Beziehen einer eigenen Wohnung und die Sicherung eines Ausbildungsplatzes. Durch Corona wird das Augenmerk derzeit auf die Unterstützung beim Distanzunterricht und die Anschaffung von digitalen Endgeräten gelegt. Dabei wird den durch die Sprachbarriere benachteiligten Schülern geholfen, die Aufgaben und den Homeschooling-Unterricht vor- wie auch nachzubereiten. Das Geld zur Finanzierung von Nachhilfe, Sprachkursen oder zur Vorfinanzierung von Kautionen wird durch Spenden erwirtschaftet. Hierbei helfen auch die geflüchteten Jugendlichen selbst mit, indem Kuchenverkäufe organisiert und Alltagsmasken genäht werden.

„Glaube bedeutet Toleranz“

An der Grund- und Mittelschule Ammersricht wird stets auf ein positives Miteinander geachtet, ganz unabhängig von Kultur und Glauben. Roland Troidl als Klassenlehrer und seine Kollegin Andrea Schadl als Diplomsozialpädagogin unterstützen die Schüler der Praxisklasse, indem sie sie lehren, offen und tolerant gegenüber Menschen anderer Kulturen und mit unterschiedlichem Glauben zu sein, ohne dabei die eigene Herkunft und Identität aufgeben zu müssen. Im Schuljahr zum Motto „Glaube bedeutet Toleranz“ lernten die Kinder beispielsweise bei einem virtuellen Rundgang durch Synagogen jüdisches Leben kennen oder beschäftigten sich im Unterricht mit dem Ramadan. In pandemiefreien Zeiten findet stets ein Aufenthalt in einer Selbstversorgerhütte statt, bei dem die Praxisklasse zum einen bayerische Gemütlichkeit erlebt, aber auch gemeinsam Gerichte aus ihren Herkunftsländern zubereitet.

Mehr als eine medizinische Beratungsstelle

Der Verein „Migrantenmedizin Regenburg e.V.“ wurde 2012 von Medizinstudierenden der Universität Regenburg gegründet und verbessert seither durch seine engagierte Arbeit nachhaltig die medizinische Versorgung von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund. Dabei steht vor allem die individuelle Betreuung bei Arztterminen, die Organisation von Dolmetschern, die gründliche Vermittlung von medizinischem Hintergrundwissen und die Unterstützung bei bürokratischen Hürden im Vordergrund der Arbeit. Zusätzlich bietet der Verein seit November 2018 wöchentlich eine medizinische Beratungsstelle in der Gemeinschaftsunterkunft Dieselstraße in Regensburg an. Derzeit organisiert der Verein zusätzlich Aktionen zur wichtigen Aufklärung über die Covid 19-Schutzimpfung. Daneben engagiert sich der Verein in der medizinischen Ausbildung, indem er im Rahmen des Wahlfaches „Global Health“ andere Medizinstudierende im kultursensiblen Umgang mit Patienten schult.

Nezamuddin „Karim“ Haydari aus Schirmitz im Landkreis Neustadt an der Waldnaab ist seit langem im Netzwerk Asyl in Weiden tätig, das im Jahr 2015 vom Arbeitskreis Asyl gegründet wurde. Er kam selbst als Geflüchteter nach Deutschland und brachte es als ehemaliger Analphabet bis zum Abitur am Kepler-Gymnasium in Weiden. In seiner Freizeit setzte er sich auch für andere Flüchtlinge ein. Innerhalb des Arbeitskreises Asyl leitete er die „Gruppe Jugendliche“, diente als Ansprechpartner für alle jugendlichen Flüchtlinge und organisierte viele Zusammenkünfte von Jugendlichen. Er schloss zudem Kontakt zum Jugendzentrum in Weiden, wurde Helfer bei Jugendveranstaltungen und aktives Mitglied des Jugendzentrums.

Brigitte Ertl arbeitet schon seit Jahren ehrenamtlich in der Gemeinschaftsunterkunft Bad Kötzting. Als sich im Zuge der Corona-Pandemie und deren Folgen andere ins Homeoffice zurückzogen, war Ertl umso präsenter und engagierter. Sie erledigte für die Heimbewohner während der Quarantäne zahlreiche Besorgungen. Außerdem half sie bei vielen bürokratischen Angelegenheiten der Flüchtlings- und Integrationsberatung. Sogar nachts und an Wochenenden stand sie Asylbewerbern mit Rat und Tat zur Seite, unabhängig davon, ob es um die Verteilung von Medikamenten, die Koordination von Arztterminen oder die Hilfe bei der Wohnungssuche ging.

Den Gewinnern des Integrationspreises der Regierung der Oberpfalz sprach Integrationsminister Joachim Herrmann Dank und Anerkennung aus: „Die diesjährigen Preisträger in der Oberpfalz verdeutlichen einmal mehr, dass es im Freistaat unglaublich viele Erfolgsgeschichten von engagierten Menschen gibt, die sich tagtäglich für eine gelingende Integration bei uns in Bayern einsetzen. Sie sind diejenigen, die Integration vor Ort mit Leben erfüllen. Das ist eine unbezahlbar wertvolle Leistung, die hier erbracht wird. Und es ist eine Leistung mit Vorbildcharakter.“

Integration sei ein vielschichtiger und kleinteiliger Prozess, der viel Zeit brauche und dessen Zwischenerfolge schwer messbar seien, betonte Regierungspräsident Axel Bartelt. „Mit unserer jährlichen Verleihung des Integrationspreises machen wir diese Zwischenerfolge, dieses wichtige Engagement sichtbar und zeigen, wie Integration in der Praxis gelingen kann. Die Preisträgerinnen und Preisträger sind Vorbild für uns alle.“ **DK**



V.l.: Tim Schlierkamp-Voosen und Taqwa Gad vom Verein Migrantenmedizin e.V., Nezamuddin „Karim“ Haydari, Alexandra Geiger und Dr. Esther Burkert vom Verein Hilfe für Geflüchtete und Menschen auf der Flucht Regensburg e.V., Brigitte Ertl, Roland Troidl von der Grund- und Mittelschule Ammersricht, Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann, Regierungspräsident Axel Bartelt, Regierung der Oberpfalz. Bild: Reg. Opf./ Schmied

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Digitalisierung im Landkreis Donau-Ries:

Erfolgreiche Roadshow des Gigabitbüros

Mit dem Ziel, den Gigabit- und Mobilfunkausbau weiter voranzutreiben, rief der Landkreis Donau-Ries das Gigabitbüro des Bundes im Rahmen der bundesweiten Roadshow in die Region. Anfang September war das Team mit seinem Info-Mobil an zwei Tagen in Donauwörth und Harburg zu Besuch und informierte Kommunen, Unternehmen und Bürger zu Themen digitaler Infrastruktur.

Neben Vorträgen, Diskussionen und Fachgesprächen zum Thema Gigabitstrategie rundeten interessante Workshops des Gigabitbüros den Besuch in Donauwörth und Harburg ab.

Fachvorträge und Workshops für interessierte Bürger, Unternehmen und Kommunen beleuchteten verschiedene Aspekte des Gigabitausbaus. Das Breitbandzentrum Amberg informierte über gezielte Möglichkeiten der Gigabit-Förderung, die den Kommunen zur Verfügung stehen. Die Experten des Gigabitbüros zeigten in ihren Fachbeiträgen auf, wie Kommunen den Mobilfunkausbau beschleunigen und gezielte Standortrealisierung 5G sowie eigenwirtschaftlicher Gigabitausbau vorangetrieben werden können. In Harburg konzentrierten sich die Workshops um den Schwerpunkt „Digitalisierung in der Anwendung“ mit hochaktuellen Themen wie „Campusnetze“ und das „Internet of Things“ [IoT].



Im Info-Trailer des Gigabitbüros v.l.: Landrat Stefan Rößle, Stefan Heß, Gigabitbüro des Bundes, Josef Wolf, Geschäftsführer Technologie Centrum Westbayern GmbH, Dr. Gabriele Theiler, Koordination Digitalisierung in der Stabstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit im Landratsamt Donau-Ries Bild: Barbara Wunder, Landratsamt Donau-Ries

Netzausbau zum Anfassen

Aufgrund des hybriden Formats des Rahmenprogramms war es allen Interessierten möglich, die Veranstaltung auch digital zu verfolgen. Die Experten des Gigabitbüros brachten mit dem Info-Mobil auch zahlreiche technologische Exponate zum Glasfaserausbau in die Region, die an Ort und Stelle besichtigt werden konnten. „Wir präsentieren hier den Netzausbau zum Anfassen“, erläuterte Sven Butler, der als stellvertretender Leiter des Gigabitbüros mit seinen Mitarbeitern vor Ort für Fragen von Bürgern rund um das Thema digitaler Ausbau kompetenter Ansprechpartner war.

Digitaler Ausbau – ein langjähriges Großprojekt

Landrat Stefan Rößle zufolge „wollen wir möglichst umfassend an die Netze angeschlossen werden. Das gelingt aber nicht überall gleich schnell.“ Rund 65 Prozent der privaten Haushalte im Donau-Ries erfüllen laut Bayerischem Breitbandzentrum die Mindestanforderungen für schnelles Internet. Doch selbst wenn die kommunalen Anträge auf Förderprogramme positiv beschieden worden seien, sei Geduld gefragt. Oftmals stünden nicht genügend Baufirmen zur Verfügung, die die Verlegung der Leitungen auch vornehmen können. So bleibt der digitale Ausbau auch schwabenweit ein langjähriges Großprojekt.

Größte Priorität

„Wie wir den Ausbau digitaler Infrastruktur forcieren können, ist von größter Priorität für uns alle“, betonte Digitalisierungskoordinatorin Dr. Gabriele Theiler aus der Stabstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit im Landratsamt. So werden wir die Roadshow des Gigabitbüros als Impulsgeber sicher auch im kommenden Jahr noch einmal zu Gast im Landkreis haben.

Neben dem Gigabitbüro des Bundes waren Partner und Unterstützer der Veranstaltung der BVMW - Bundesverband mittelständische Wirtschaft, Unternehmerverband Deutschlands e.V. Donau-Ries und die Koordination Digitalisierung im Landratsamt Donau-Ries, Stabstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit. **DK**

Weitere Informationen:

AugsburgTV war vor Ort und hat über die Veranstaltung einen Fernsehbeitrag gesendet: https://www.augsburg.tv/mediathek/video/noch-viel-zu-tun-gigabit-und-mobilfunkausbau-in-schwaben/ ❐

Landkreis München:

29 Sparschweine für die Rathäuser

Als Symbol für den Corona-Nothilfefonds des Landkreises München stehen jetzt handgefertigte Sparschweine in den kreisangehörigen Kommunen. Der Spendenfonds bewirkt mit kleinem Geld, große Veränderung für den Einzelnen.

Dass mit den Spenden in den Sparschweinen der Corona- Nothilfefonds zum Bersten gefüllt wird, da geben sich die Initiatoren aus dem Landratsamt und den Wohlfahrtsverbänden keinen Illusionen hin. Doch das wollen sie gar nicht. Vielmehr sind sie ein Symbol und Erinnerung, ein Zeichen, um die Menschen auf den Nothilfefonds hinzuweisen. Die Sparschweine wurden im Heiner Janik Haus – Jugendbegegnungsstätte am Tower in Oberschleißheim handgefertigt.

Gut 26.000 Euro konnten die Wohlfahrtverbände inzwischen durch den Nothilfefonds ausschütten. Oft sind es kleine Beträge, die Großes bewirken: So konnte für 250 Euro ein spezielles Headset erworben werden, mit dem ein schwerbehinderter junger Mann wieder von zuhause aus am Unterricht teilnehmen kann. Durch das Geld aus dem Nothilfefonds konnte ein alleinstehender Rentner ein neues Hörgerät kaufen, mit dem es möglich ist über Videotelefonie in Kontakt mit seiner 650 Kilometer entfernten Familie zu bleiben.

Damit auch in Zukunft in Not geratene Menschen, die kein Anrecht auf die Hilfsprogramme von Bund und Freistaat haben, vom Corona- Nothilfefonds profitieren können, nehmen Landrat Christoph Göbel und die 29 Ersten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Landkreis München die Sparschweine zum Anlass, um auf die Spendenmöglichkeit hinzuweisen. „Wann immer Sie etwas tun wollen für diejenigen, die Hilfe brauchen und die von der Krise getroffen sind: Kommen Sie in Ihr Rathaus und stecken Sie ein paar Euro ins Schweinchen – oder überweisen Sie direkt auf das Spendenkonto. Viele Menschen im Landkreis können es gut gebrauchen“, appelliert der Landrat an die Bürgerinnen und Bürger. Zum Ende der Aktion sollen die (vorab geleerten) Sparschweine zugunsten des Nothilfefonds versteigert werden.

Der Corona-Nothilfefonds ist eine gemeinsame Aktion des Landkreises München, der Wohlfahrtsverbände und Nachbarschaftshilfen. Mit den Spendengeldern sind die Träger der freien Wohlfahrt in der Lage, in Not geratenen Landkreisbürgerinnen und -bürgern schnell und unbürokratisch zu helfen.

Weitere Informationen gibt es unter www.landkreis-muenchen.de/coronanothilfe. ❐



v.l. Landrat Christoph Göbel und Stefan Stoll, der Leiter der Jugendbegegnungsstätte Heiner Janik Haus. Bild: LRA München

GZ PINOS WELT



Mir als Katze bietet die Welt der Menschen immer wieder faszinierende Einblicke, Eindrücke und Erkenntnisse. Jüngstes Beispiel: Der Knopf im Ohr.

Ehrlich gesagt kam mir die Einführung kleiner, tragbarer Übertragungsgeräte bisher recht sinnvoll, wenngleich ästhetisch fragwürdig vor. Kleine Mikrophone, die mit einem an eine Garrotte gemahnenden Draht vor dem Mund des Sprechenden fixiert werden, befreien den Redner von der Gefangenschaft hinter dem Rednerpult und bieten ihm die Möglichkeit, seine Worte herumwandernd und gestikulierend zu verstärken und im Zuhörer intellektuelle Unruhe zu wecken. Es erinnert zwar immer an einen Saturnmond oder gibt die Assoziation eines Esels ein, der dem am Stock festgebundenen Apfel hinterherläuft, aber was solls.

Auch das kleine Empfangsmikro im Ohr eines

Der mit dem Knopf im Ohr

Reporters oder Korrespondenten leuchtet unmittelbar ein, wenn man mit seiner entfernten Basisstation in Kontakt bleiben will. Außerdem ist der konzentrierte Griff ans Ohr bei Berichten aus Krisengebieten auch einfach cool und lässig. Wer denkt da nicht an die drahtigen Secret-Service-Leute in guten amerikanischen Polit-Plots wie bei „In the Line of Fire“ mit Clint Eastwood. Stark.

In diesem komischen Wahlkampf der Äußerlichkeiten wurde der Knopf im Ohr aber plötzlich hochpolitisch. Kaum war Armin Laschet in einer Fragesendung mit so einem Knopf zu sehen explodierte das Web: Der lässt sich die Antworten vorsagen! Selbst als der Sender klargestellt hatte, dass der Knopf nur im Ohr war, weil dann Einspielungen zu den Fragen besser zu verstehen sind, war nichts mehr zu retten. Es blieb an Laschet hängen, auch wenn seine Gegenspieler natürlich auch solche Mikros in den Sendungen hatten.

Als dann ein tatsächlicher Medienskandal über die Bildschirme lief, blieb es andererseits merkwürdig still. Ein TV-Format lud Armin Laschet ein, sich den Fragen von Kinderreportern zu stellen. Die fragten dann aber nicht nach der Leibspeise, dem Lieblingsgedicht oder dem Haustier des Kandidaten, sondern in unfairster Haltungsjournalistenmanier über kontroverse, meist linke politische Themen, inkl. Zitate aus Spiegel-Interviews, die zu einer Zeit gegeben wurden, als die Kids noch im Buggy herumkutschierten. Der Moderator der Sendung hat ihnen die Fragen und alles drum herum souffliert – genau, durch einen Knopf in den Ohren. Unfair.

So aber kam das Hilfsmittel Kleinmikrophon heraus aus der Anonymität und hinein in die politische Arena. Dabei ist das, was die Sendeanstalten so benutzen, ja ein richtiges Zwischending. Es soll unauffällig sein, man sieht es aber doch. Hörgeräteakustiker haben ja eine ganz andere Philosophie. Sie wollen ihre Hörgeräte möglichst klein, unsichtbar und vor allem absolut unauffällig bauen und im Gehörgang der Patienten einsetzen, damit diese sich des Gebrechens nicht zu schämen brauchen, mit ihrer sozialen Umgebung verbunden bleiben und kommunizieren können.

Eine andere Zielrichtung haben die In-Ear-Kopfhörer der großen Tech-Firmen. Wer sich von seiner Umgebung und Kontakten mit Mitmenschen nicht durch das Tragen von überdimensionierten Kampfpilotenkopfhörern entziehen will, dem bieten kleine noise-canceling Knöpfchen die perfekte Isolation von allen störenden Umgebungsgeräuschen, einschließlich des „Grüß Gotts“ der Nachbarn. Aber auch die sollen natürlich nicht unsichtbar sein, sondern durch bemerkbares Design verkünden, welche Marke man sich leisten kann.

Der Bürgermeister hat über all das sicher noch nicht sinniert. Er hört gut, ist kontaktfreudig und kein Angeber. Er redet gerne und gut, aber meist in einem Rahmen, in dem er kein Mikrophon zur Verstärkung braucht und wenn, tut es ihm ein Stationäres. Alle anderen, die auf dem Jahrmarkt der Eitelkeiten Karussell fahren, sollten sich da ein Beispiel nehmen. Aber für die gilt wohl ohnehin der Satz der österreichischen Schriftstellerin Christina Busta: „Morgen werde ich mich ändern. Gestern wollte ich es heute schon.“

Ihr Pino

Franz Löffler zum 60. Geburtstag:

„Deine Stimme ist bayernweit kolossal“

Franz Löffler, Chamer Landrat, Bezirkstagspräsident der Oberpfalz und Präsident des bayerischen Bezirketags, feierte am 10. September seinen 60. Geburtstag. Zu seinem Ehrentag gratulierten ihm zahlreiche Weggefährten, unter anderem Bayerns Kommunalminister Joachim Herrmann sowie der Präsident des Bayerischen Landkreistags Christian Bernreiter.

Herrmann dankte in seinem Glückwunschschreiben Löffler für dessen herausragendes Engagement im Dienst der kommunalen Selbstverwaltung. „Seit Deiner Wahl zum Ersten Bürgermeister der Stadt Waldmünchen im Jahr 2002 bekleidest Du zuverlässig und überzeugend viele herausragende Ämter und Funktionen im Bezirk Oberpfalz“, so Herrmann.

Der Kommunalminister lobte Löfflers Engagement als Bezirkstagspräsident der Oberpfalz: „Bereits seit 2008 trägst Du Verantwortung für die Aufgabenwahrnehmung im Bereich der überörtlichen Daseinsvorsorge und legst Deinen besonderen Fokus auf die kontinuierliche Verbesserung der Lebensbedingungen kranker und sozial bedürftiger Menschen.“

Besonders wurde Löfflers Einsatz als Landrat im Landkreis Cham hervorgehoben. „Du stellst auch durch Deinen Einsatz für die Verständigung mit den tschechischen Nachbarn unermüdlich die Weichen für die überaus erfreuliche Entwicklung der Region“, betonte Herrmann. Weiterhin dankte er dem Jubilar für seine wertvolle Arbeit im Bayerischen Bezirketag, dem er seit 2018 als Präsident vorsteht. „Hier vertrittst Du entschlossen die Interessen der Bezirke und zum anderen setzt Du auf eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Gremien und Organisationen.“



Franz Löffler Bild: Franz Bauer

Landkreistagspräsident Bernreiter gratulierte im Namen aller bayerischen Landrätinnen und Landräte: „Deine Stimme ist im Landkreis Cham und bayernweit kolossal. Natürlich kennt Dich im sozialen Bereich aufgrund Deiner Rolle für die bayerischen Bezirke ein jeder.“ An der Haltung eines Franz Löffler komme aber auch gerade, wenn es um wirtschaftliche Zukunftsfragen und -felder geht, niemand vorbei. „Dein Landkreis ist Brutstätte für frische Ideen und Tummelplatz für aufstrebende Unternehmen. Auf Deine Stärke als Mitglied unseres Präsidiums und vor allem als Vorsitzender unseres Wirtschaftsausschusses ist allzeit Verlass.“

Durch seine langjährige Arbeit als Verwaltungsfachwirt im Waldmünchner Rathaus war Franz Löffler von Beginn an nahe am politischen Geschehen. Dies hat nach eigenem Bekunden sein Interesse geweckt. Hinzu kam, dass er in verschiedenen Vereinen engagiert war, auch das öffnete seinen Blick. Grundsätzlich, so Löffler, brauche er seine aktuellen Ämter nicht für sein Ego. Jedoch brauche es politischen Ehrgeiz, sonst bringe man nichts zustande. Und man benötige Ziele. Im Grunde müsse man als Politiker immer ein bisschen mehr wollen als gerade realistisch erscheint.

Auf die Frage nach prägenden Ereignissen war aus Löfflers Sicht die Grenzöffnung wohl am entscheidendsten. Die Oberpfalz sei vom Rand Europas in die Mitte gerückt. Besonders beschäftigt habe ihn die Flüchtlingskrise 2015 und damit auch die Integration der Geflüchteten. Die Corona-Pandemie wiederum habe alle vor Aufgaben gestellt, für die es keine Blaupause gab.

Als Herausforderungen der nächsten Jahre benennt der Jubilar den fordernden Wettbewerb der Regionen, der keine Nachlässigkeit dulde. Löffler zeigt sich sehr optimistisch, dass sich der ländliche Raum künftig noch stärker als gleichwertiger Lebensraum präsentieren wird. Dafür brauche es hoch qualifizierte Arbeitsplätze, ein hochwertiges Bildungsangebot, die nötige digitale Infrastruktur und ein ausgewogenes Verhältnis von Mensch und Natur. **DK**

Bezirk Oberfranken:

Mit der Oberfranken-App die ganze Heimat im Taschenformat

Mit der kostenfreien Oberfranken-App werden neue Wege begangen, um den kulturellen Reichtum und die landschaftliche Vielfalt des Regierungsbezirkes zielorientiert zu präsentieren. Zukünftig wird eine leistungsstarke App bereits vorhandene regionale Initiativen und die Kommunen tatkräftig dabei unterstützen, ihre Heimat digital zu bewerben.

TV Oberfranken, die mit der Durchführung des Projektes durch den Bezirk Oberfranken als Projektträger nach Abschluss eines Vergabeverfahrens beauftragt wurden, sowie die Oberfrankenstiftung, welche zur Realisierung der Anwendung eine hohe Fördersumme an den Bezirk ausgereicht hat, starteten offiziell das digitale Projekt und präsentierten es der Öffentlichkeit. Die Oberfranken-App ist ab sofort verfügbar.

Inhaltlich bietet die Anwendung einen besonderen Service, der dem modernen Nutzerverhalten in der mobilen Kommunikation Rechnung trägt: Die Stärken der Region werden im bewegten Bild gezeigt. Weit mehr als 300 aktuell produzierte Videos aus den neun Landkreisen und vier kreisfreien Städten des Bezirks werden in der App kostenfrei zum Download angeboten. Bezirkstagspräsident Henry Schramm ist von dem neuen Konzept überzeugt. „Welche tolle Sehenswürdigkeit kann ich am Wochenende mit meiner Familie in Oberfranken besuchen? Wo gibt es das nächste coole kulinarische Highlight unserer Genussregion und auf welche Veranstaltung kann ich am Wochenende mit meinen Freunden gehen? Die Oberfranken-App ist ein weiterer Meilenstein, um unser wunderschönes Oberfranken in all seinen Facetten digital sichtbarer zu machen“, ist er sich sicher.

Seien es die heimischen Sehenswürdigkeiten, die reizvolle Landschaft oder der abwechslungsreiche oberfränkische Veranstaltungskalender – all das habe man nun kompakt und dem technischen Fortschritt entsprechend nur einen Klick entfernt, führte Schramm weiter aus. „Meine Anerkennung und mein Dank gilt vor allem TV Oberfranken für die Umsetzung dieser App und der Oberfrankenstiftung für die Ausreichung der Fördersumme an den Bezirk. Ich bin dankbar, dass wir gemeinsam dieses Projekt realisieren konnten.“

Auch die Vorsitzende des Stiftungsrates der Oberfrankenstiftung, Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz, zeigte sich beeindruckt von dem Inhaltsreichtum der Anwendung: „Die Welt wird digitaler. Tag für Tag ein bisschen mehr. Wir in Oberfranken stellen uns dieser Veränderung und gehen bei der Vermarktung unserer Heimat neue Wege. Mit der Oberfranken-App werden schon in der Startphase viele Informationen über unseren Regierungsbezirk in einer Anwendung digital zusammengeführt. Die App ist organisch angelegt, d.h. ihre Angebote werden ständig erweitert und angepasst. Damit stärken wir unser Profil als attraktive Familien- und Wirtschaftsregion erheblich. Die App kann dabei sehr gut als Medium für an Oberfranken Interessierte, Gäste und potentielle Neubürgerinnen und Neubürger, aber auch von unseren Rückkehrern genutzt werden.“

TVO-Geschäftsführer Norbert Kießling dankte dem Bezirk Oberfranken und deren Fördergeber: „Es geht um Gemeinsamkeit, Reichweite, Relevanz und digitale Werbung für Oberfranken.“

Die Oberfranken- App

Die App soll möglichst viele Altersgruppen ansprechen. Im Hintergrund arbeiten dafür leistungsstarke Server, die modernste Streaming-Technologie und ein Content- Delivery- Network bewegen, um jeglichen Traffic bedienen zu können. Auf Wunsch navigiert ein digitaler Assistent durch das Angebot, der der Nutzerin bzw. dem Nutzer standort- und tageszeitbezogene Vorschläge unterbreitet.

Zum Service des Portals gehören zudem fortlaufend technische Updates, die in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass sich die App stets innovativ weiterentwickelt. Ganz nebenbei soll die App auch einen Beitrag zur digitalen Bildung leisten. So kann das Angebot bei Bedarf auch kostenfrei in Schulen, Volkshochschulen, Hochschulen, Vereinen oder Kindergärten als flankierendes Informationsmedium eingesetzt werden.

Besonders bedeutsam ist der Mehrwert für die oberfränkischen Kommunen und die Landkreise des Bezirks: Die mehr als 300 Videos dürfen von den Partnern kostenfrei verwendet werden. Das heißt, die Filme können geteilt und auf eigenen Plattformen zu Marketingzwecken eingesetzt werden. ❐



App-Entwickler Christian Dutz, Bezirkstagspräsident Henry Schramm, Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz und TVO-Geschäftsführer Norbert Kießling beim Start der Oberfranken-App Bild: Nicole Fleischer

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt das Magazin der LfA Förderbank Bayern sowie der Kalender 2022 der LGA Landesgewerbeanstalt Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Vorschau auf GZ 19

In unserer Ausgabe Nr. 19, die am 7. Oktober 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Bauthemen**
- **Kommunaler Umweltschutz**
- **Abfallwirtschaft · Recycling,**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Garten- und Landschaftsbau**

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiebeschaffung

Kostenfreie Ausschreibungs-vorlagen!
Für hochwertige Pellets und Hackschnitzel.
enplus-pellets.de/ausschreibungsvorlage
EN plus Hackschnitzel wood chips
EN plus

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
> 50 erfolgreiche ISIS12 Projekte
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

GemeindeZeitung auf folgenden
Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
Wartung und Reinigung von:
- Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
- Prozesslufttechnische Anlagen
- Kontrollierte Wohnraumlüftung

DFLW
Lüftungs-Reinigungs-Service Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Polarlite Star
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

DIE LFA FÖRDERBANK BAYERN – PARTNER DER WIRTSCHAFT UND KOMMUNEN

LfA MAGAZIN

MENSCHEN UNTERNEHMEN PROJEKTE

HERBST // WINTER · **2021**

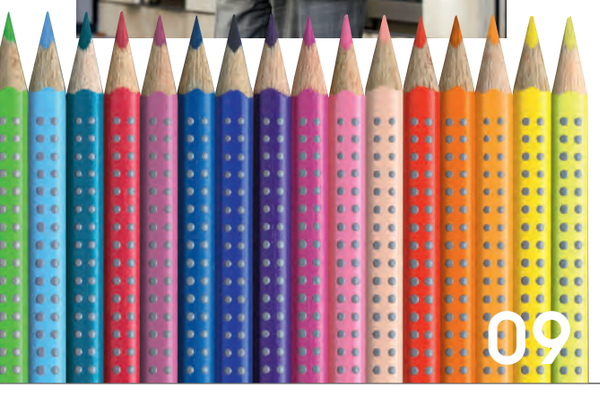


70 JAHRE LfA

Für ein Bayern von heute und morgen: Erfolgsgeschichten aus der Förderbank







Liebe Leserin, lieber Leser,

70 Jahre LfA – das bedeutet auch: 70 Jahre Zukunft. Denn mit ihren Finanzierungshilfen hat die Förderbank kleine und mittelständische Unternehmen langfristig gestärkt, Gründern große Chancen eröffnet und die Infrastruktur in Kommunen verbessert.

Unser Jubiläum feiern wir in diesem Magazin mit besonderen Geschichten aus jedem Jahrzehnt. Wir zeigen erfolgreiche Förderbeispiele, von denen Bayerns Wirtschaft heute noch profitiert.

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen Ihre LfA Förderbank Bayern!

04 Glückwunsch!
Bayerns Ministerpräsident Markus Söder, Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und Finanzminister Albert Füracker gratulieren zum Jubiläum

06 „Der Zusammenhalt ist groß"
Dr. Otto Beierl, langjähriger Vorstandsvorsitzender der LfA, zieht Bilanz

09 Angespitzt
Mithilfe der LfA sicherte die Familiendynastie Faber-Castell in den 50er-Jahren den Standort Geroldsgrün

12 Rasante Entwicklung
Kaum zu glauben, aber in den 60er-Jahren drohte BMW der Konkurs. Die Rettung kam kurz vor knapp

14 Luxus mit Charakter
Das familiengeführte Allgäuer Ferien-Resort Sonnenalp setzt Maßstäbe in der Sterne-Hotellerie

18 Lebensfreude dank Hightech
Ein Gründerdarlehen verschaffte Peter Brehm, Hersteller medizinischer Prothesen, Raum für Innovationen

20 70 Jahre, 70 Dinge
Was wäre Bayern ohne die LfA? Ein Überblick über die vielfältigen Förderbeispiele

Titel: Alamy/Retro AdArchives, BMW, Alamy/MARKA, Faber-Castell Archiv, Alamy/PA Images, Alamy/Hum Images, iStock/Orietta Gaspari, Faber-Castell Archiv, iStock/RapidEye, Fotos: Sonnenalp Resort/Pro Vision Media, Sebastian Arlt, Faber-Castell, Marian Lennart, BMW; Illustration: Carolin Eitel



INHALT

26 Gut verpackt
Klaus Nuscheler machte sich 1992 selbstständig, heute liefert TransPack-Krumbach in ganz Europa aus

30 Nachhaltig zum Wohl
Die klimabewusste Unternehmensführung zahlt sich für die Bamberger Mälzerei aus – auch international

34 Lichtblicke
Würzburg rüstet um und investiert weiter in eine nachhaltige Stadtbeleuchtung

36 „Die hiesige Risikokapitalszene wächst"
Wirtschaftsexpertin Prof. Dr. Ann-Kristin Achleitner über Wachstumschancen und Finanzierungsmodelle

40 Meldungen
Eigenkapitalprogramme | Wechsel im Vorstand | Halbjahresbilanz 2021 | Videoberatung | Zinssenkung

42 Service
Förderangebote: Nachhaltig wirtschaften

43 Gesichter der LfA
Siegfried Schneid und Julia-Anna Ilg



In unserer Jubiläumsausgabe zeigen wir Bayerns Wirtschaft von ihrer besten Seite





1951–2021

70 JAHRE LFA FÖRDERBANK BAYERN



DER LFA FÖRDERBANK BAYERN HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH zum 70-jährigen Bestehen! Die LfA hat sich in sieben Jahrzehnten als Erfolgsmodell erwiesen. Ging es in der Gründungsphase vor allem um den Wiederaufbau unseres Landes, steht heute die laufende Modernisierung unserer Wirtschaft und unserer kommunalen Infrastruktur an. Unternehmensgründer werden ebenso gefördert wie Investitionen in den Umweltschutz oder in eine effiziente Energieversorgung. Dabei stärkt die LfA vor allem den Mittelstand als Garanten unseres Wohlstands und als Motor unserer Wirtschaft. Wie wertvoll ihre Arbeit ist, zeigt sich auch in der Corona-Pandemie. In Zusammenarbeit mit der jeweiligen Hausbank ermöglicht sie betroffenen Unternehmen günstige Kredite und Bürgschaften. Die LfA Förderbank hatte in den vergangenen Jahrzehnten die Situation unseres Landes stets genau im Blick und reagierte auf aktuelle Herausforderungen entschlossen, flexibel und zielgerichtet. Dieses Erfolgsrezept soll ihr Wirken auch künftig prägen. So wird sie weiter einen wertvollen Beitrag zum Wohlstand Bayerns leisten.

Dazu alles Gute!

Dr. Markus Söder
Bayerischer Ministerpräsident

70 JAHRE LFA FÖRDERBANK BAYERN – das sind 70 Jahre bayerische Wirtschafts- und Erfolgsgeschichte. Mit ihren umfangreichen Finanzierungsangeboten hat die LfA den Wandel Bayerns zum Hightech-Standort wesentlich mit vorangetrieben. Und die Voraussetzungen waren alles andere als einfach.

Denn Anfang der 1950er-Jahre galt es, im noch stark landwirtschaftlich geprägten Bayern über 1,9 Millionen Vertriebenen eine neue Heimat zu bieten. Eine zentrale Herausforderung bestand vor allem darin, diesen Menschen das notwendige Kapital für einen wirtschaftlichen Neustart zur Verfügung zu stellen. Klassische Kredite kamen hierfür nicht infrage, da die banküblichen Sicherheiten in der alten Heimat zurückgeblieben waren. Dies war der Startschuss für die Gründung der LfA, die fortan die Menschen mit speziellen Kreditprogrammen und Bürgschaften gezielt beim Aufbau einer beruflichen Existenz unterstützte. Und das mit großem Erfolg. So gehörten zu den ersten Kreditnehmern die aus Oberschlesien geflüchteten Brüder Schaeffler, die Gründer der INA Schaeffler Werke in Herzogenaurach mit heute mehr als 83.000 Mitarbeitern.

Das Problem fehlender Finanzierungsangebote privater Banken betraf aber nicht nur die einfachen Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die bayerischen Unternehmen. So standen beispielsweise innovative Gründer aufgrund fehlender Sicherheiten ebenfalls vor großen Schwierigkeiten bei der Finanzierung ihrer Vorhaben. In den Folgejahren wurde daher die Idee, Marktschwächen mit den spezifischen Instrumenten einer Förderbank auszugleichen, auf Unternehmen im Freistaat ausgeweitet. Im Fokus steht hierbei bis heute der Finanzierungsbedarf des Mittelstands, der als Rückgrat unserer Wirtschaft 99,6 % aller Unternehmen und 75,6 % der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten umfasst. Gerade den mittelständischen Betrieben fehlen häufig attraktive private Finanzierungsangebote bei Gründung, Wachstumsprojekten, Innovationsvorhaben, Umweltschutzmaßnahmen oder Stabilisierungsversuchen. Dort steht ihnen die LfA mit speziellen Krediten, Risikoübernahmen, Beteiligungskapital und Beratungsangeboten tatkräftig zur Seite.

Diese breit angelegten Förderprogramme haben ganz entscheidend dazu beigetragen, dass sich der Freistaat zu einem weltweit erfolgreichen Innovations- und Hightech-Standort entwickeln konnte. Gerade in Krisenzeiten, wie wir sie derzeit erleben, können wir uns im Freistaat auf die ausgezeichnete Arbeit der LfA verlassen. Ich bin daher überzeugt, dass die bayerische Wirtschaft mit der LfA an ihrer Seite nicht nur die Corona-Pandemie erfolgreich meistern wird, sondern auch für die Zukunft hervorragend aufgestellt ist!



Fotos: StK, StMWi, StMFH

Hubert Aiwanger
Stellvertretender
Bayerischer Ministerpräsident
LfA-Verwaltungsratsvorsitzender
Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft,
Landesentwicklung und Energie

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH
zum 70-jährigen Gründungsjubiläum der LfA Förderbank Bayern!

Als Spezialkreditinstitut des Freistaats Bayern war und ist die LfA für die gewerbliche Wirtschaftsförderung in Bayern unverzichtbar. Stand bei Gründung die Bündelung staatlicher Fördermaßnahmen in der Wiederaufbauphase des Landes im Fokus, ist die LfA seither zur selbstverständlichen Adresse für Fördermaßnahmen zugunsten bayerischer mittelständischer Unternehmen geworden.

Während große Unternehmen vielfältige Zugänge zu Kapital- und Kreditmärkten haben, bleibt kleineren Unternehmen meist nur der Weg über eine Kreditfinanzierung. Die Kreditprogramme der LfA, aber auch Risikoübernahmen, Eigenkapitalförderungen und das Beratungsangebot gleichen diesen Nachteil aus und sind deshalb ein enorm wichtiger Rückhalt für die bayerische Wirtschaft. Durch die Förderung kommunaler Infrastruktur werden zudem Maßnahmen zur Verbesserung des Wirtschaftsstandorts Bayern unterstützt.

Nicht zu vergessen ist die Rolle der LfA bei der finanziellen Bewältigung von Krisensituationen. Aktuell hat die LfA eindrucksvoll bewiesen, wie ein Förderinstrumentarium adäquat erweitert und in kurzer Zeit dem bayerischen Mittelstand zur Verfügung gestellt werden kann. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LfA, dem Vorstand und Verwaltungsrat gilt ein besonderer Dank für die rasche Umsetzung der Hilfsprogramme in der Corona-Pandemie.

Die LfA ist ein Instrument des Staates und agiert wettbewerbsneutral nach dem Hausbankprinzip. Die Zusammenarbeit mit den in Bayern tätigen Banken und Sparkassen funktioniert reibungslos. Ohne sie könnten die Förderprogramme keine Wirkung entfalten. Für die Unternehmen sind die ihnen vertrauten Ansprechpartner der Hausbanken Schlüssel zu staatlichen Kreditprogrammen. Der Geburtstag der LfA ist ein guter Anlass, für dieses erfolgreiche Miteinander zu danken.

Für mich als Finanzminister sind natürlich die finanziellen Aspekte der Bank selbst von großem Interesse. Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass die LfA seit jeher grundsolide geführt und mit ihrem Vermögen verantwortungsvoll umgegangen wird. Der Freistaat steht zu seiner Förderbank. Neben Zinssubventionierungen aus Haushaltsmitteln übernimmt der Freistaat für ausgewählte LfA-Programme auch unmittelbar Risiken. Die aktuelle Zinssituation stellt die Kreditwirtschaft insbesondere auf der Ertragsseite vor große Herausforderungen. Ich bin zuversichtlich, dass die LfA auch hier bestehen wird.

Auch in Zukunft werden wir vor Aufgaben gestellt werden, die es zu bewältigen gilt. Ein starkes Bayern und eine starke Wirtschaft erleichtern Lösungen. Der Freistaat kann dabei weiterhin auf seine schlagkräftige Förderbank zählen. Auf viele weitere erfolgreiche Jahre!



Albert Füracker
Bayerischer Staatsminister der
Finanzen und für Heimat

„DER ZUSAMMENHALT IST GROSS“

IM 70. JUBILÄUMSJAHR DER LFA FÖRDERBANK BAYERN VERABSCHIEDET SICH DER VORSTANDSVORSITZENDE **DR. OTTO BEIERL** IN DEN RUHESTAND – UND ZIEHT IM INTERVIEW GELASSEN EINE POSITIVE BILANZ

FOTO **SEBASTIAN ARLT** INTERVIEW **MARTIN FRAAS**

Erinnern Sie sich noch an Ihren ersten Arbeitstag bei der LfA?
In der Tat ja, es war der 2. Januar 2007. Das Haus habe ich nicht zum ersten Mal betreten, da ich seit 2003 Mitglied des Verwaltungsrats der LfA war. Sehr beeindruckt war ich vom sehr freundlichen Empfang vom Pförtner bis zum Vorstand, der Computer stand einsatzbereit in meinem Büro, alles funktionierte. Ich kam in ein Haus, das wohlgeordnet ist und in dem die Leute gut zusammenarbeiten. Die Freude, in diesem Haus wirken und gestalten zu dürfen, hat 15 Jahre angehalten.

Gab es während Ihrer Tätigkeiten bei der LfA ein besonders einschneidendes Erlebnis?
Unvergessen wird für mich der Beginn der Corona-Krise im März 2020 bleiben. Es ging damals darum, den Unternehmen rasch die dringend benötigte Liquidität zur Verfügung zu stellen. Viele Betriebe waren ja plötzlich von unterbrochenen Lieferketten, Auftragsrückgängen oder sogar zeitweisen Betriebsschließungen betroffen. Innerhalb nur weniger Tage mussten wir etwa Tilgungsaussetzungen für bestehende Kredite ermöglichen, bestehende Förderprogramme modifizieren und anschließend neue Corona-Sonderprogramme für Kredite, Risikoübernahmen und Beteiligungen aufsetzen. Die Staatsregierung hat uns dabei durch eine Rückbürgschaft entscheidend unterstützt. Auch nachts und am Wochenende wurde in den Hochzeiten gearbeitet. Wir haben hier sehr schnell agile Strukturen zur Krisenbewältigung geschaffen und Prozesse vereinfacht. Unsere gelebte Unternehmenskultur erwies sich gerade auch in dieser einzigartigen Krisensituation als wichtige Stütze.

Welche wesentlichen Impulse konnten Sie Ihrer Einschätzung nach in Ihrer Zeit bei der LfA setzen?
Die schlagkräftige interne Aufstellung der LfA war mir immer schon sehr wichtig. Ich wollte ein Haus formen, in dem sich die Abteilungen intensiv miteinander vernetzen und jeder auch für den Erfolg des Ganzen Verantwortung trägt. Denn die komplexen Herausforderungen der LfA sind in den heutigen Zeiten nicht mehr von einzelnen Abteilungen zu bewältigen – Silodenken ist von gestern. Auch das Thema Diversität war mir stets ein großes Anliegen. Wir haben zum Beispiel den Anteil von Frauen auch in Führungspositionen deutlich erhöht und außerdem einen guten Mix aus älteren und jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern etabliert. Das Entscheidende ist, nicht nur gute Ideen zu haben, sondern auch die Beschäftigten von diesen zu überzeugen und Veränderungen schließlich konsequent umzusetzen.

Haben sich unter Ihrer Ägide die Geschäftsfelder der LfA geändert, gibt es neue Schwerpunkte?
Das Bankgeschäft hat sich wesentlich verändert, die Prozesse sind viel anspruchsvoller geworden. Und besonders der IT kommt mittlerweile eine herausragende Bedeutung zu. In der IT schlägt das Herz der Bank. Ohne einen automatisierten Kreditprozess beim Schnellkredit hätten wir die Corona-Krise nicht bewältigen können. Auch förderpolitisch gelten heute andere Schwerpunkte als in der Vergangenheit, die Veränderungszyklen werden immer kürzer. Die förderpolitischen Themen, die heute oben auf der Agenda stehen, sind Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Transformation. Darauf mussten wir uns als Förderbank einstellen. Wir haben dazu auch stark an unserer Unternehmensausrichtung gearbeitet, haben ein klares Leitbild, strategische, mittelfristige und jahresbezogene Ziele und dabei klare Priorisierungen und ein Monitoring.



„ALS FÖRDERBANK UNTERSTÜTZEN WIR DEN MITTELSTAND“

Woran misst sich der Erfolg der LfA?
Der staatliche Auftrag der LfA besteht letztlich darin, die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen ihres Trägers Freistaat Bayern mit den Instrumenten einer Bank umzusetzen. Wenn Sie sehen, dass ein Unternehmen mit unserer Hilfe eine Durststrecke überwindet und wieder auf die Füße kommt, weil wir als Förderbank gut gearbeitet haben, dann ist das sehr motivierend für jeden Mitarbeiter und auch für mich persönlich. Als Förderbank unterstützen wir den Mittelstand aber natürlich nicht nur in Krisenzeiten, vielmehr sind wir durch unsere zielgerichteten Förderangebote insbesondere auch Impulsgeber für Veränderung und Modernisierung. Denn nur mit Investitionen in ihre Wettbewerbsfähigkeit können die Betriebe erfolgreich am Markt bestehen. Die LfA leistet insbesondere im Mittelstand, beispielsweise mit ihrer umfassenden Gründungs- und Wachstumsförderung sowie den speziellen Förderangeboten im Bereich Innovation und Digitalisierung, einen wertvollen Beitrag zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen und schafft damit volkswirtschaftlichen Mehrwert. Übrigens: Um 100 Euro Fördergeld auf die Straße zu bringen, benötigen wir gerade mal 40 Cent. Die Förderung kommt also bei den Unternehmen an.

Wie kann die LfA in den kommenden Jahren zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft in Bayern beitragen?
Bei der LfA gehört Nachhaltigkeit mit den Aspekten Ökonomie, Ökologie und Soziales sowie Governance zu den integralen Bestandteilen des Geschäftsmodells. Wir berücksichtigen das auch bei der Gestaltung unserer Produkte und Prozesse. Zum Beispiel achten wir darauf, dass die geförderten Vorhaben nach Möglichkeit ressourcenschonend oder etwa mit neuen und effizienten Technologien verwirklicht werden und dadurch ein gesellschaftlicher Mehrwert entsteht. Wir unterstützen die Betriebe mit speziellen Finanzierungsangeboten bei Investitionen in Umweltschutz, Klimaschutz, Energieeinsparung und Energieeffizienz. Die Höhe der Förderung richtet sich etwa nach dem Prozentsatz der Energieeinsparung. Ein Effekt, der in doppelter Hinsicht positiv ist. Zum einen verbraucht der Unternehmer weniger Energie, hat also weniger Kosten und Ressourceneinsatz. Zum anderen ist es positiv für Klima und Umwelt. Generell meine ich: Wir sollten beim Thema Nachhaltigkeit mehr an die Chancen als an Risiken denken.

Es ist im Moment viel die Rede davon, dass der Großraum München zum „Silicon Valley an der Isar“ werden könnte ...
Da ist was dran. Wir haben exzellente Universitäten und Forschungseinrichtungen. Auch große Unternehmen finden ein innovatives Umfeld vor, das sie für einen erfolgreichen Standort benötigen. Zudem hat die Schaffung guter Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und die Start-ups bei der bayerischen Politik einen sehr hohen Stellenwert. Und da kommt auch der LfA eine wichtige Rolle zu. Wir sind im Bereich der Förderung von Start-ups ganz stark unterwegs, beispielsweise mit unserer Tochtergesellschaft Bayern Kapital in Landshut. Sie hat bei Wagniskapital eine richtige Herangehensweise. Selbst wenn nur jedes dritte oder vierte geförderte Start-up dauerhaft erfolgreich ist, ist das insgesamt ein gelungenes Invest. Würden wir diesen Bereich nicht so intensiv bespielen, dann würden viele »

„WIR SOLLTEN BEIM THEMA NACHHALTIGKEIT MEHR AN CHANCEN ALS AN RISIKEN DENKEN“

Innovationen in Bayern gar nicht erst stattfinden. Und: Erfolgreiche Exits sind in der Regel sehr profitabel und ermöglichen es uns nicht nur, entstandene Verluste bei nicht erfolgreichen Gründungen auszugleichen, sondern auch, wieder in neue Start-ups zu investieren.

Seit über einem Jahrzehnt sind die Zinsen sehr niedrig. Welche Auswirkungen hätte es auf die Aktivitäten der LfA, wenn das weiter so bleiben würde?
Es gibt Leute, die unser Geschäftsmodell nicht so gut kennen und die Frage stellen: „Warum braucht es denn eine Förderbank, wenn das Geld scheinbar auf der Straße liegt und es der Wirtschaft gut geht?“ Die Antwort lautet: Als Förderbank gleichen wir mit unseren Angeboten die strukturellen Finanzierungsnachteile kleiner und mittlerer Betriebe gegenüber Großunternehmen aus, die sich neben der klassischen Bankfinanzierung auch am Kapitalmarkt günstig refinanzieren können. Wir sorgen damit für Chancengleichheit auf der Finanzierungsseite. Dies gilt in jedem Zinsumfeld, denn an diesem strukturellen Nachteil des Mittelstands ändern auch Niedrigzinsphasen oder die vor Beginn der Pandemie lang anhaltende gute Konjunktur wenig. So bieten wir seit Anfang Juli noch weiter gesenkte marktkonforme Förderzinssätze an und geben dabei unsere äußerst günstigen Refinanzierungskonditionen weiter.

Warum wird die LfA auch in guten konjunkturellen Zeiten gebraucht?
Die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft hängt auch maßgeblich davon ab, dass die Betriebe die aus dem bereits vor Corona begonnenen Wandel in puncto Digitalisierung, Klima- und Umweltschutz resultierenden Chancen ergreifen. Gerade auch in guten konjunkturellen Phasen kommt es darauf an, dass die Unternehmen weiter rechtzeitig und planvoll in ihre Zukunftsfähigkeit investieren können. Nehmen Sie einen Automobilzulieferer, der beispielsweise Kupplungsteile herstellt. Er weiß genau, dass in vier, fünf Jahren, wenn es mehr Elektroautos gibt, die Nachfrage nach diesem Produkt endlich ist. Er muss sich heute umstellen. Auch wenn es der Wirtschaft gut geht, sind stets Innovationsprozesse im Gange. Unsere DNA besteht darin, ganz besonders den Mittelstand bei diesen notwendigen Transformationen zu unterstützen.

Wird die LfA auch ihren 100. Geburtstag erleben?
Das würde ich mit einem klaren Ja beantworten! Die Herausforderungen waren am Anfang andere, als sie es heute sind. Wir sind als „Flüchtlingsbank“ gestartet. In Bayern gab es viele Heimatvertriebene, die gut ausgebildet waren und viele Fähigkeiten besaßen. Auch mithilfe der LfA wurde es ihnen durch Bürgschaften ermöglicht, eine selbstständige Existenz zu gründen und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau in Bayern beizutragen. Schon bald ging es dann darum, Bayern vom stark von der Agrarwirtschaft geprägten Land zu einem modernen Technologie- und Dienstleistungsstandort weiterzuentwickeln. Wir fördern im Auftrag unseres staatlichen Trägers bedarfsgerecht und tragen den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entwicklungen Rechnung. Diese Entwicklungen werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten andere sein als heute – auch insofern war die Pandemie ein Weckruf. Deshalb bin ich persönlich davon überzeugt, dass die LfA auch in den nächsten 30 Jahren die wirtschaftliche Zukunft des Landes mitgestalten wird. Mal sehen, ob es mir vergönnt ist, an der Party zum Hundertsten noch teilzunehmen.

Welche drei Eigenschaften sind Ihrer Meinung nach für eine Führungskraft am wichtigsten?
Authentizität, Wertorientierung und Menschlichkeit. Ein Fähnchen im Wind kann keine gute Führungskraft sein.

Haben Sie schon eine Idee, wie Ihr Alltag nach dem Abschied von der LfA aussehen könnte?
Mein Nachfolger Dr. Bernhard Schwab muss auf keinen Fall Angst haben, dass ich jeden Tag an der Tür zur LfA rüttle. Ich begreife mein zukünftiges Leben nicht als Ruhestand, sondern als einen neuen Lebensabschnitt, den ich zusammen mit meiner Frau und großer Vorfreude aktiv gestalten werde. ⊡

DR. OTTO BEIERL

von Januar 2012 bis August 2021 Vorsitzender des Vorstands der LfA Förderbank Bayern. Der 65-Jährige studierte in Augsburg Rechtswissenschaften und arbeitete 19 Jahre im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, bevor er zur LfA wechselte. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

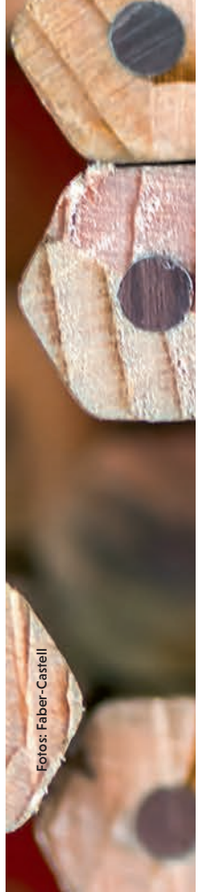
Online unter www.lfa.de/magazin



ANGESPITZT

FAMILIENDYNASTIE UND GLOBAL PLAYER: **FABER-CASTELL** IST DER WELTGRÖSSTE HERSTELLER VON BUNT- UND BLEISTIFTEN. DIE LFA KONNTE DURCH IHRE UNTERSTÜTZUNG IN DEN 50ER-JAHREN EINEN GROSSEN BEITRAG ZUM ERFOLG DES STANDORTS IN GEROLDSGRÜN LEISTEN

TEXT **ALISSA SELGE**



Fotos: Faber-Castell



Fertigungsstätten in zehn Ländern, 8.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die weltweit größte Farbstiftfabrik und 2,3 Milliarden produzierte Holzstifte pro Jahr – das Unternehmen Faber-Castell ist mehr als erfolgreich. Weltberühmte Persönlichkeiten wie Otto von Bismarck und Karl Lagerfeld zählen zu den Liebhabern der Marke, wussten vor allem die Qualität der Bleistifte zu schätzen. Und auch Vincent van Gogh äußert sich bereits 1883 gegenüber einem Freund lobend: „Ich wollte Dir noch erzählen von einer Sorte von Bleistiften von Faber, die ich gefunden habe. Sie sind von dieser Dicke; sehr weich und von besserer Qualität als die Zimmermannsbleistifte, geben ein famoses Schwarz und man arbeitet damit sehr angenehm bei großen Studien.“

Mit einem Bleistift hat auch alles angefangen: Der Schreinergeselle Kaspar Faber spezialisiert sich 1761 in Stein bei Nürnberg auf das Bleistiftmacherhandwerk. Hundert Jahre später: Kaspar Fabers Ururenkel Lothar von Faber und seine beiden Brüder haben sich mittlerweile mit Geschäften in New York und Paris niedergelassen. Lothar von Faber eröffnet nun neben der Produktionsstätte in Stein bei Nürnberg auch ein Zweigwerk in Geroldsgrün, in dem zunächst Schiefertafeln hergestellt werden. 1898 heiratet Ottilie von Faber (die Enkelin von Lothar von Faber) den Grafen Alexander zu Castell-Rüdenhau- »





Aus dem Warenkatalog von 1885: Die qualitativ hochwertigen Bleistifte verkaufen sich so gut, dass die Firma nach New York und Paris expandieren kann

„ICH WOLLTE DIR NOCH ERZÄHLEN VON EINER SORTE VON BLEISTIFTEN VON FABER, DIE ICH GEFUNDEN HABE …"

Vincent van Gogh an seinen Freund Anthon van Rappard, 1883

sen. Mit dem Doppelnamen Faber-Castell begründen sie ein neues Grafengeschlecht und auch einen neuen Namen für das Unternehmen. 1905, nur ein paar Jahre nach Übernahme der Geschäftsführung, entwickelt Graf Alexander von Faber-Castell den dunkelgrünen Bleistift, der heute unter dem Namen „CASTELL 9000" weltbekannt ist. Die Qualität der hochwertigen Farb-, Blei- und Kopierstifte sowie der technischen Zeichen- und Messgeräte spiegelt sich über die Jahrzehnte in den hohen Verkaufszahlen wider.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg kann das Unternehmen an alte Erfolge anknüpfen. Mitte der 50er-Jahre stellen insgesamt rund 1.600 Beschäftigte Schreibwaren her und erwirtschaften dabei einen Umsatz von 27,5 Millionen D-Mark. Insbesondere Geräte zum Zeichnen, Messen und Rechnen sind gefragt. Aber auch der Kugelschreiber erobert als neues, praktisches Schreibgerät den Markt. Im bayerischen Geroldsgrün konzentrieren sich 380 Mitarbeiter vor allem auf die Produktion von Mess- und Rechenstäben, Linealen und Reißbrettern. Auch hier läuft das Geschäft gut: Das Werk produziert weltweit die meisten technischen Zeichengeräte. Trotzdem steht ein Umbruch bevor, der den Betrieb in eine Krise stürzen wird. Die Konkurrenz nimmt zu, der globale Wettbewerb um den günstigsten Preis ist hart und erfordert technische Innovation. Eine Restrukturierung der Arbeitsprozesse ist zur Erhaltung des Betriebs unabdingbar. Im Jahr 1957 mechanisiert und modernisiert das Unternehmen schließlich die Herstellung per Hand. Da der Einsatz von Maschinen höhere Stromkosten zur Folge hat, errichtet das Unternehmen eine eigene Turbinenanlage, mit der die hohen Kraftstrompreise in der Region um die Hälfte gesenkt werden können.

Die Restrukturierungsmaßnahmen und der Bau der Turbine werden durch ein Darlehen der LfA ermöglicht, das die Förderbank in Höhe von 500.000 D-Mark gewährt und das vor allem dem Werk in Geroldsgrün zugutekommt. Arbeitsplätze können so nicht nur gesichert, sondern sogar geschaffen werden – eine wichtige Veränderung für den ansonsten so industriearmen Standort. Dank der Förderung und des damit verbundenen Wachstums werden in den nächsten zwei Jahren 180 neue Mitarbeiter eingestellt. Die wachsende Nachfrage wird bedient, der Umsatz vergrößert. Und die Bedingung des fünfjährigen Kredits – das Zweigwerk Geroldsgrün bis zum Jahr 1962 zu erhalten – wird mehr als erfüllt: Bis heute gibt es das Werk. Auch in den weiteren Jahrzehnten bleibt die Unterstützung der LfA wichtig für das Fortbestehen des Standorts in Geroldsgrün. Nach einer Phase des Aufschwungs in den 60er-Jahren – das Unternehmen wächst, expandiert sogar nach Brasilien – kommt es zu einem abrupten Absturz: Der Rechenstab, eigentlich ein Kassenschlager, wird aufgrund des elektronischen Taschenrechners überflüssig. Schwere Umsatzeinbrüche im Werk Geroldsgrün folgen, bis sich die Geschäftsführung erneut zu einer radikalen Umstrukturierung entscheidet. Betriebsstätten in Konstanz und Dossenheim bei Heidelberg werden geschlossen, ihre Fertigung wird nach Geroldsgrün verlegt. Mit Überbrückungskrediten der LfA wird das Werk erneut modernisiert und den technischen Anforderungen der Zukunft gerecht.

Im Jahr 1980 erhält Faber-Castell ein weiteres Darlehen in Höhe von 3,2 Millionen D-Mark, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die so geschaffene Atempause zahlt sich aus: Faber-Castell erlebt einen kometenhaften Aufstieg. Der Traditionsbetrieb, der sich seit 260 Jahren in Familienbesitz befindet, erwirtschaftet als eines der ältesten Unternehmen Europas jährlich über 580 Millionen Euro. ⊡

Fotos: Archiv Faber-Castell, Alamy/Retro AdArchives

FAKTEN

FABER-CASTELL
Gründungsjahr: 1761
Standort: Stein bei Nürnberg
Mitarbeiter: 8.000 (weltweit)
www.faber-castell.de

Online unter www.lfa.de/magazin

Der Rechenstab, hergestellt im Werk Geroldsgrün, ist in den 50er-Jahren ein Verkaufsschlager. Bis er in den 70ern durch den Taschenrechner ersetzt wird







Die 1950er Jahre

Nach dem Krieg verbessert sich die wirtschaftliche Lage rapide: Der Wiederaufbau schreitet voran, der Massenkonsum nimmt Fahrt auf

1951

Anfang Mai nimmt die „Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung", kurz LfA, ihre Geschäftstätigkeit auf. Sie soll vor allem Flüchtlingen den wirtschaftlichen Neustart im Freistaat ermöglichen

1952

Das Deutsche Fernsehen nimmt den regelmäßigen Sendebetrieb auf

Die LfA löst sich vom Konzept der „Flüchtlingsbank", denn größere einheimische Unternehmen sind ebenfalls auf öffentliche Finanzhilfen angewiesen

1953

Konrad Adenauer wird zum zweiten Mal Bundeskanzler

1954

Deutschland wird Fußballweltmeister: das Wunder von Bern!

1955

Die Lufthansa nimmt den Linienflugbetrieb auf

1957

Der Deutsche Bundestag beschließt das Frauen-Gleichberechtigungsgesetz

Die Sanierung des Automobilherstellers BMW beginnt mithilfe der Bayerischen Staatsregierung und der LfA (siehe S. 12)

1959





RASANTE ENTWICKLUNG

IN DEN 60ER-JAHREN DROHTE DEM AUTOMOBILHERSTELLER **BMW** DER KONKURS, ABER ER KRIEGTE MIT FINANZHILFEN DIE KURVE

TEXT **MARTIN FRAAS**

Man ist daran gewöhnt, dass die charakteristische Doppelniere für Eigenständigkeit und Innovation steht. Über 2,3 Millionen Autos verkaufte das Traditionsunternehmen BMW im Jahr 2020, darunter 192.000 elektrifizierte. Die jüngere Geschichte ist von Erfolg geprägt.

Doch es hätte anders kommen können. Und über den Kühlernieren könnte ein Mercedesstern prangen. Denn 1959 taumelte BMW wie ein angezählter Boxer. Das 1916 aus der Bayerischen Flugzeug-Werke AG (BFW) hervorgegangene Unternehmen tat sich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg schwer. Neben Motorrädern und in der unmittelbaren Nachkriegszeit sogar Kochtöpfen wurde am Markt vorbei der „Barockengel" BMW 501 produziert. Eine Luxuslimousine, die mit jedem Exemplar einen Verlust von 4.000 D-Mark einfuhr. Auch das ab 1955 gebaute Motocoupé Isetta konnte das Unternehmen nicht mehr retten. BMW fuhr mit Hochgeschwindigkeit Richtung Konkurs, obwohl sich der Bayerische Staat und die LfA bis Ende 1954 bereits mit über 17 Millionen D-Mark für die Rettung engagiert hatten. Weitere Hilfen lehnte die Staatsregierung 1957 ab. Stattdessen setzte sie auf eine Übernahme durch Daimler-Benz inklusive einer faktischen Enteignung der Altaktionäre. Diese verhinderten jedoch auf der legendären Hauptversammlung am 9. Dezember 1959 in München den Sanierungsplan, der wohl das Ende der Marke BMW bedeutet hätte.

Stattdessen übernahm der Industrielle Herbert Quandt die Rettung des Unternehmens, das mit dem von 1959 bis 1965 gebauten Kleinwagen BMW 700 und der ab 1962 gefertigten „Neuen Klasse" neue Erfolgsmodelle auf den Markt brachte. Wiederum unterstützt von der LfA, die 1960 einen Direktkredit von 14 Millionen D-Mark und 1961 eine weitere Finanzspritze von 10 Millionen gewährte. Bald schon schrieb BMW wieder schwarze Zahlen. Es stiegen aber auch die Investitionskosten, weshalb die LfA 1964 die Ausfallbürgschaft für ein Schuldscheindarlehen in Höhe von 65 Millionen D-Mark übernahm.

Damit nicht genug: Als 1966 der niederbayerische Automobilhersteller „Glas" in die Krise geriet, Hersteller des „Goggomobils", konnte BMW die Firma mit 4.000 Mitarbeitern mithilfe eines 50-Millionen-Kredits der LfA übernehmen. Eine wichtige strukturpolitische Rettungstat, denn bei „Glas" arbeiteten viele Nebenerwerbslandwirte.

Geblieben ist von der Existenzkrise zu Beginn der 1960er-Jahre ein starker Wettbewerb mit dem Konkurrenten

BEREITS 1991 WURDE MIT DEM E1 EIN ELEKTROAUTO-PROTOTYP VORGESTELLT







Jedes Auto hat seine Zeit Der BMW 700 war in den 60er-Jahren ein voller Erfolg. Der erste Elektro-BMW aus dem Jahr 1991. Der BMW 4er Gran Coupé kommt im November 2021 auf den Markt *(von oben nach unten)*

Fotos: BMW, Alamy Stock/Hum Images

Mercedes-Benz, den die BMW Group 2020 in der Zahl der ausgelieferten Fahrzeuge um 130.000 überflügelte. Die Maxime der Modellpolitik von BMW ist es seitdem, den Kundengeschmack zu treffen und gleichzeitig in die Zukunft zu denken. Bereits 1991 wurde mit dem E1 ein Elektroauto-Prototyp vorgestellt. Und mit dem ab 2013 produzierten BMW i3 sowie dem spektakulären Plug-in-Hybrid-Sportwagen BMW i8 ab 2014 setzte das Unternehmen Maßstäbe. Ende 2021 wird BMW mit dem Luxus-SUV iX und dem i4 in die vollelektronische Zukunft starten. ⊡

FAKTEN

BMW AG
Gründungsjahr: 1916
Standort: München
Mitarbeiter: 120.723
www.bmwgroup.com

Online unter www.lfa.de/magazin

Die 1960er Jahre

Ein Jahrzehnt der Veränderung:
Die Errichtung der Mauer teilt das Land. Tausende Studenten protestieren gegen starre Strukturen und den Vietnamkrieg

1961
Die Mauer zwischen der DDR und Westdeutschland wird errichtet

In strukturschwachen Problemregionen steigt die Arbeitslosigkeit an. Die LfA nutzt das Bayerische Mittelstandskreditprogramm, das in den Folgejahren zur tragenden Säule des Förderangebots wird

1962
Ein Mindesturlaub von 15 Tagen wird in der Bundesrepublik Deutschland festgelegt

Es gibt auch Branchen, die einen Aufschwung erleben: zum Beispiel die Automobil- und die neue Erdöl- und Raffinerieindustrie in Ingolstadt und Neustadt an der Donau. In der Gegend zwischen Burghausen, Trostberg und Töging entsteht ein erfolgversprechendes „Bayerisches Chemiedreieck"

1963
Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) geht auf Sendung

1965
Im ersten Auschwitzprozess, dem größten Gerichtsverfahren in der Geschichte der Bundesrepublik, werden im Sommer die Urteile verkündet

Mit Finanzierungshilfen der LfA steuert die Bayerische Staatsregierung den Folgen der wirtschaftlichen Abschwächung entgegen

1966
Der „Minirock" wird auch hierzulande immer beliebter

1969
Die Apollo 11 landet auf dem Mond. Ein Ereignis, das weltweit die Menschen vor den Fernseher holt



LUXUS MIT CHARAKTER

SEIT VIER GENERATIONEN IST DAS **HOTEL SONNENALP** IN OFTERSCHWANG IN BESITZ VON FAMILIE FÄSSLER. UND ES IST IHR GELUNGEN, ALPINEN CHARME MIT ALLEN ANNEHMLICHKEITEN EINES 5-STERNE-RESORTS ZU VERBINDEN

TEXT **MARTIN FRAAS**

Ideen und Mut zu Investitionen haben in der Sonnenalp Tradition. Im Jahr 1956 war das Hotel das erste mit eigenem Schwimmbad und Sauna. In den 1970er-Jahren sorgte dann eine hoteleigene Shoppingwelt mit 14 Boutiquen für Aufsehen. Und prägte einen Trend, der inzwischen in jedem Luxushotel Standard ist.

Die Liste der weiteren Innovationen, mit denen das Allgäuer 5-Sterne-Resort in Ofterschwang im Lauf der letzten Jahrzehnte Maßstäbe setzte, ist lang: Tennisanlagen, ein Squashplatz, das größte Hotelfreibad Deutschlands, der erste hoteleigene Golfplatz, das mit einem Michelin-Stern gekrönte Gourmetrestaurant Silberdistel, ein eigenes Skigebiet, ein beschneiter Rodelhang direkt hinter dem Hotel, eine eigene kleine Alm, die gerne für Hochzeiten gemietet wird. Dabei ist die Sonnenalp in der Welt der Hotels, die heute meist großen internationalen Ketten gehören, ein eher exotisches Unternehmen. Denn seit nunmehr 102 Jahren ist das exklusive Hotel familiengeführt. Und damit das größte private Resort Deutschlands. Aber die familiäre Atmosphäre und die Nähe zu den Gästen bilden genau das Alleinstellungsmerkmal, mit dem das Hotel Sympathien weckt. Und letztlich sehr erfolgreich ist.

Fotos: Mathis Leicht, Sonnenalp Resort (4), Pro Vision Media

Das Inhaber-Ehepaar, Anna-Maria und Michael Fäßler, legt beispielsweise großen Wert darauf, die Stammgäste persönlich zu empfangen. Das ist inzwischen schon fast ein Fulltime-Job, bei über 20.000 Gästen jährlich und einer Stammgastquote von 90 Prozent. Für viele ist das Ankommen auch ein „Heimkommen", denn sie haben bereits als Kinder die Ferien hier verbracht. Der Urlaub in der Sonnenalp gehört für viele Familien über Generationen hinweg zum festen Jahresablauf.

„Unsere Geschäftsgrundlage ist die Natur", sagt Michael Fäßler. Der 62-jährige Hotelier und Inhaber strahlt eine Ruhe und angenehme Gelassenheit aus, die ihn auf Anhieb sympathisch wirken lassen. „Die Berge drohen hier nicht", ergänzt er. Und besser kann man es nicht beschreiben. Denn trotz der Gipfel der Allgäuer Bergwelt rundum, allen voran das benachbarte 1406 Meter hohe Ofterschwanger Horn, ist der Blick weit. Das Panorama besteht aus Bergwiesen und den Moorbirken des Tiefenbacher Moors. Eine Szenerie, in die man sich sehr leicht verlieben kann.

Und der Name Sonnenalp ist kein Zufall. „Wir haben hier vom frühen Morgen bis kurz vor dem Sonnenuntergang uneingeschränkte Sonneneinstrahlung", erklärt Anna-Maria Fäßler. Mit ihrem Temperament, ihrer Energie und der ansteckenden Fröhlichkeit bildet sie zusammen mit ihrem Ehemann ein perfektes Team.

Doch auch ein sonniges Paradies bleibt nicht immer von Schatten verschont. So ereignete sich im Januar 1967 eine Katastrophe, die beinahe die weitere Existenz des Hotels infrage gestellt hätte. Bei einem Brand wurde ein Großteil des Hotels schwer getroffen. „Wenn ich Rauch rieche, reagiere ich heute noch empfindlich und gerate in einen Alarmzustand", erzählt Michael Fäßler, der damals ein kleiner Junge war. Mit einer unglaublichen Kraftanstrengung schafften es seine Eltern und das Team, das Hotel bereits an Weihnachten des Jahres 1967 wieder zu öffnen.







VOM EINFACHEN GASTHOF ZUM LUXUSRESORT





Vier Stationen aus 102 Jahren Hotelgeschichte
Unten: Familientreffen mit drei Generationen. Michael Fäßler (rechts) mit Ehefrau Anna-Maria, den Kindern Viktoria und Jakob und (links) seinen Eltern Gretl und Karlheinz Fäßler

Möglich machte die rasche Sanierung auch die Unterstützung der LfA, die dem Betrieb zudem in den 1970er-Jahren Darlehen gewährte. Und da war das Hotel Sonnenalp keine Ausnahme, denn mit einem gezielten Förderprogramm wurde damals der Tourismus in Bayern politisch unterstützt. Denn zwei Jahrzehnten dynamischen Wachstums folgte eine Stagnation.

Die Ursachen dafür waren zum einen der Boom der erstmals für die breite Masse der Urlauber erschwinglichen Flugreisen, insbesondere nach Spanien. Zum anderen investierten die Hotels in Österreich und Südtirol kräftig in ihre Häuser und die Infrastruktur. Und machten damit den Betrieben im süddeutschen Alpenraum große Konkurrenz. Bei der Sonnenalp kam die Herausforderung dazu, sich vom Kurhotel, bekannt geworden durch die Moorbäder, zum Ferienhotel zu wandeln.

„Einen Betrieb zu erhalten, heißt auch, ihn ständig neu an die Zeit anzupassen", sagt Michael Fäßler. Und man fühlt sich dabei an den berühmten Satz aus Giuseppe Tomasi di Lampedusas Roman „Der Leopard" erinnert: „Wenn alles bleiben soll, wie es ist, muss sich alles ändern." Denn der Beobachtung von Michael Fäßler nach erwarten die Gäste Vertrautes, Liebgewonnenes, sie wollen sich über die Jahre hinweg in dem Hotel zu Hause fühlen und eine heimelige Atmosphäre spüren. Aber sie möchten auch nicht auf den neuesten Stand des Komforts verzichten. Sie erwarten schon auch den Luxus eines Resorts, das fünf Sterne trägt.

So haben Anna-Maria und Michael Fäßler sogar in den insgesamt neun Monaten des 2020 verfügten Lockdowns weiter in das Hotel investiert. Und das vor dem Hintergrund, dass die Einnahmen komplett wegfielen, aber das Hotel trotzdem weiter erhalten werden musste. Oft standen der Inhaber und seine Frau mutterseelenallein an der Hotelauffahrt, wo sonst im »







Der hoteleigene Golfplatz in malerischer Landschaft sowie zwei weitere in nächster Nähe machen das Resort Sonnenalp für Golfspieler zu einem der attraktivsten Deutschlands. Der neu gestaltete Outdoor-Wellness-Park mit Pools und einem Natur-Spa umfasst insgesamt 16.000 Quadratmeter. In großzügigen und idyllischen Alpenchalets finden Gäste ihre Privatsphäre

Minutentakt die Luxuswagen vorfuhren. Und sie hatten Tränen in den Augen. Aber auch schwere Rückschläge wegzustecken und einfach weiterzumachen, das ist wohl Teil der Familien-DNA. Es gilt, ein Unternehmen mit über 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und einem jährlichen Umsatz von circa 40 Millionen Euro in die Zukunft zu führen. Mit einem untrüglichen Gespür für die Wünsche der Gäste im Luxussegment. So wurden in den letzten Jahren alle 218 Zimmer und Suiten sowie die sechs Restaurants umfassend renoviert. Auch die Shoppingwelt, die Tagungsräume und die Empfangshalle bekamen ein Facelifting. Es gibt nun einen Reiterhof mit 14 Pferden und einen 16.000 Quadratmeter großen Wellness-Park mit Pools, einem Natur-Spa und sogar mit einem künstlich angelegten Bergsee.

Auffallend sind die vielen jungen Gäste im Hotel. „Es ist uns gelungen, den Altersschnitt in den letzten Jahren deutlich zu senken", berichtet Michael Fäßler. Mit dafür verantwortlich sind die Sporthalle mit Kletterwand, ein Beachvolleyballplatz und dazu ein Betreuungsprogramm für Kinder und Jugendliche. Die eigene Broschüre dafür umfasst 75 Seiten und die darin angebotenen Aktivitäten reichen vom Bogenschießen, Frisbee-Golf, Stand-up-Paddling, Biathlon, Canyoning über Schlagzeugspielen, Parkour de Natur, Akrobatik, Angeln bis hin zum Pizzabacken und Butter-selbst-Machen. Es gibt auch ein Bienenhaus und eine Blockhütte, um nur einige der Attraktionen zu nennen. Und im Winter stehen in der hoteleigenen Skischule 70 Ski- und Snowboardlehrer bereit.

„UNSERE GESCHÄFTSGRUNDLAGE IST DIE NATUR"



Auf dem Familienfoto der Inhaberfamilie Fäßler darf Dackel Moritz natürlich nicht fehlen

Ein Wunsch der Gäste war bis vor drei Jahren allerdings tabu: und zwar der, Hunde mitzubringen. „Aber wir haben erkannt, wie wichtig es für viele unserer Gäste ist, dass sie ihre Hunde mitbringen dürfen", sagt Michael Fäßler. „Das gehört für Hundebesitzer zu einem rundum perfekten Urlaub heute einfach dazu." Deshalb gibt es nun spezielle Hundezimmer mit Hundereinigungsplatz am Eingang und ein Hunde-Chalet. Ein weiterer Baustein, um erfolgreich zu bleiben.

In den 2010er-Jahren, vor der Corona-Pandemie, lag die Sonnenalp in Sachen Umsatz beharrlich unter den Top 10 aller Hotels in Deutschland. Die Auslastung seit der Wiedereröffnung nach dem Lockdown deutet darauf hin, dass man im Ranking bald wieder vorn mit dabei sein könnte.

Mit Anna-Maria und Michael Fäßler, die seit 1994 die Verantwortung tragen, hat die vierte Generation das Haus also gut ins neue Jahrtausend und auch durch die Corona-Krise geführt. Und die fünfte Generation steht auch schon bereit, um die Eltern zu unterstützen und die lange Familientradition fortzuführen. Sohn Jakob hat die Hotelfachschule absolviert und arbeitet, nach mehreren Praxisstationen in aller Welt, nun als Assistent seiner Eltern mit im Betrieb. Und auch Tochter Viktoria hat sich beruflich für das Hotelfach entschieden. Die Chancen stehen also gut, dass die Sonnenalp auch in Zukunft ein familiengeführtes Resort bleiben wird. Und an neuen Ideen wird es auch Viktoria und Jakob sicher nicht mangeln. ⊡

FAKTEN

SONNENALP RESORT
Gründungsjahr: 1919
Standort: Ofterschwang
Mitarbeiter: 600
www.sonnenalp.de

Online unter www.lfa.de/magazin

Fotos: Sonnenalp Resort/Günther Standl (2), Sonnenalp Resort/Pro Vision Media (2), Alamy Stock/MARKA

Die 1970er Jahre

Bunt, schrill und bewegend: Mode und Einrichtung können in dieser Dekade nicht knallig genug sein. Terroranschläge und die Ölkrise machen dem Land zu schaffen

1970
Ein neues LfA-Gesetz sowie eine Reihe von Kapitalerhöhungen schaffen die Voraussetzungen dafür, dass die LfA mit einem gefestigten finanziellen und organisatorischen Fundament neue Kraft entfalten kann

1972
Die Olympischen Spiele werden in München ausgetragen. Terroristen töten Mitglieder der israelischen Mannschaft

1973
Aufgrund des Ölpreisschocks ist die LfA als Krisenfeuerwehr im Einsatz. Die Zahl der Insolvenzen, Konkurse und Vergleichsverfahren erreicht den höchsten Stand seit Kriegsende

1974
Deutschland wird zum zweiten Mal Fußballweltmeister

1975
Auf Initiative von Wirtschaftsminister Anton Jaumann verabschiedet der Freistaat das Bayerische Mittelstandsförderungsgesetz
Volljährig sind die Deutschen ab jetzt mit 18 statt mit 21 Jahren

1978
Nach dem Start des Films „Saturday Night Fever" schwappt die Disco-Welle auch nach Deutschland über



LEBENSFREUDE DANK HIGHTECH

MIT CHIRURGIE-MECHANIK MACHTE SICH **PETER BREHM** 1981 SELBSTSTÄNDIG – UND ERHIELT DURCH EIN GRÜNDERDARLEHEN WICHTIGEN HANDLUNGSSPIELRAUM

TEXT MICHÈLE LOETZNER

Die LfA hat mir durch die Gründerdarlehen die unternehmerische Freiheit zurückgegeben. Innerhalb von zwölf Jahren konnte ich somit eine völlige Unabhängigkeit gegenüber Banken erwirtschaften. Nur dadurch entstand ein Innovationsfreiraum, der aus heutiger Sicht unser Unternehmenswachstum überhaupt ermöglicht hat. Wir sind in dieser Zeit von fünf auf 70 Mitarbeiter gewachsen." Peter Brehm ist ein Mann klarer Worte. Als der heute 66-jährige Werkzeugmachermeister im Dezember 1981 seine Firma in einer Doppelgarage im fränkischen Weisendorf im Landkreis Erlangen-Höchstadt gründet, legt er nicht nur den Grundstein für ein erfolgreiches Unternehmen, sondern ist auch Teil von etwas viel Größerem. Neue Fertigungs- und Bearbeitungsverfahren wurden für Implantate aus einer hochfesten Titanlegierung im ersten Firmenjahr zusammen mit dem Lehrstuhl für Werkstoffe und Technologie der Metalle der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg entwickelt. 1983 folgt die Markteinführung der zementfreien künstlichen Hüfte „Erlanger Modell" aus Titan – und Brehm stellt seine ersten Mitarbeiter ein.

Die Peter Brehm GmbH produziert medizinische Prothesen und Implantate und ist heute eingebettet in das Medical Valley, das international führende Medizintechnik-Cluster in der Europäischen Metropolregion Nürnberg. Laien würde Peter Brehm sein Firmenziel so beschreiben: „Wir geben Menschen mit unseren Endoprothesen zusammen mit den Ärzten und Kliniken ihre Lebensfreude und Teilhabe am sozialen Leben zurück." In Weisendorf entwickelt und stellt das Unternehmen zum Beispiel künstliche Hüftgelenke und Implantate für die Wirbelsäulenchirurgie her – häufig in enger Kooperation mit Wissenschaftlern.

Auch Peter Brehms Sohn Oliver ist seit 15 Jahren Teil des Familienunternehmens. Der Diplom-Betriebswirt ist Geschäftsführer und verantwortet unter anderem die Tochtergesellschaft in Japan. Über 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählt die Peter Brehm GmbH aktuell in Deutschland.

„Die Darlehen der LfA haben meinem Vater Handlungsspielraum ermöglicht", erklärt er. „Die Medizintechnik-Branche ist auch in Zukunft faszinierend: Sie ist



Vom Techniker zum Unternehmer Peter Brehm stellt in seiner Firma hoch spezialisierte, international gefragte Implantate und Instrumente für den künstlichen Gelenkersatz her

Fotos: Peter Brehm GmbH (3), Peter Brehm GmbH/Kurt Fuchs, iStock/Media Production



Die Nachfolge ist gesichert Oliver Brehm, einer von drei Söhnen des Gründers, stieg ins Familienunternehmen ein und ist heute Geschäftsführer. Was er an seinem Vater besonders schätzt? „Seine Entscheidungsfreude!"

besonders innovativ, wachstumsstark und zukunftsträchtig und wird das bleiben, auch wenn die regulatorischen Hürden immens sind und man gerade dabei ist, die Balance zu verlieren. Besonders die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie unentbehrlich und versorgungskritisch Medizinprodukte für das Gesundheitssystem und die Patientenversorgung sind." Sein Vater stimmt ihm zu: „Die Regulierungswut führt zum Untergang der kleinen und mittleren Unternehmen. Mit ihnen geht sehr viel Wissen verloren. An eine Unternehmensgründung in der Medizintechnik, wie ich es 1981 gemacht hatte, ist heute nicht mehr zu denken! Der Mittelstand muss zusammen mit der Politik Wege finden, diesen enormen Aufwand zu bewältigen und einzudämmen." Mit Letzterem meint Peter Brehm die Erfüllung der regulatorischen Vorgaben seitens der Europäischen Union im Rahmen der Medical Device Regulation. Beide Unternehmer wünschen sich, dass die Förderungen für MedTech-Unternehmen und deren Entwicklungen künftig auch Prototypen, Nullserien und klinische Studien umfassen. Ohne klinische Daten ist keine Zulassung für innovative Produkte mehr möglich. Außerdem sind spezielle Studienzentren für Medizinprodukte an den bayerischen Uni-Kliniken nötig. Bisher hat man dort vorwiegend Erfahrung mit Medikamenten und Pharmaprodukten. Es bleibt viel zu tun. ⊡

FAKTEN

PETER BREHM
Gründungsjahr: 1981
Standort: Weisendorf
Mitarbeiter: über 180 (weltweit)
www.peter-brehm.de

Online unter www.lfa.de/magazin

Die 1980er Jahre

Die **Nuklearkatastrophe von Tschernobyl** und der **Berliner Mauerfall** prägen das Jahrzehnt. In der Mode erlangen Schulterpolster und Neonfarben Kultstatus

1982
Aerobic – ein Fitnesstraining zu moderner Popmusik – wird populär

Es entsteht eine aktive Standort- und Industriepolitik. Neue Schwerpunkte werden die Luft- und Raumfahrtindustrie

1984

1985
Der Roman „Das Parfum" von Patrick Süskind erscheint. Das Buch wird in 48 Sprachen übersetzt und insgesamt über 20 Millionen Mal verkauft

Die LfA wirkt bei vielen Investitionen maßgeblich mit: Als Konsortialpartner anderer Banken unterstützt sie die Finanzierung des neuen Münchner Flughafens ebenso wie zahlreiche Investitionen im Energiebereich. Außerdem beteiligt sie sich unter anderem mit 20 Prozent am Gesellschaftskapital der Bavaria Film GmbH

1986
Im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl explodiert ein Reaktor und löst eine gewaltige Umweltkatastrophe aus. Ganz Europa ist betroffen

1988
Der erste Computerwurm legt zehn Prozent des damaligen Internets lahm

1989
Der Berliner Mauerfall hebt die Trennung zwischen West und Ost auf

Der Fall der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhangs verändert das politische und wirtschaftliche Umfeld. Bayerns Wirtschaft rückt aus einer Randlage in die Mitte Europas und nutzt neue Chancen der Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten

70 JAHRE, 70 DINGE

WAS WÄRE BAYERN OHNE DIE LFA? UM EINIGES ÄRMER! HIER EINE AUSWAHL 70 ERFOLGREICHER FÖRDERBEISPIELE AUS 70 JAHREN LFA: BITTE AUFKLAPPEN!

ILLUSTRATION CAROLIN EITEL



Ihren Sitz hat die LfA Förderbank Bayern in der Münchner Königinstraße. Sie bietet insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmer, Gründer und Freiberufler sowie Kommunen zahlreiche Finanzierungsangebote an, vor allem in den sechs Kerngeschäftsfeldern:

GRÜNDUNG
Angehenden Unternehmern mit einem überzeugenden Konzept gewährt die LfA – je nach Projekt – langfristige, zinsgünstige Darlehen für Neugründungen und Betriebsübernahmen.

WACHSTUM
Die Modernisierung von Maschinen, den Ausbau des Betriebsgeländes oder eine neue Zweigstelle: Wachstumsvorhaben fördert die LfA mit einer langfristigen und zinsgünstigen Finanzierung.

INNOVATION
Ob zukunftsträchtiges Geschäftsmodell oder Digitalisierungsprojekt: Start-ups, Freiberufler und Unternehmen erhalten für innovative Vorhaben Investitionskredite, Tilgungszuschüsse und mehr.

ENERGIE UND UMWELT
Die LfA fördert Investitionen in Nachhaltigkeit, Umweltschutz und die Energieeinsparung, z. B. durch eine Sanierung oder die Errichtung energieeffizienter Firmengebäude.

STABILISIERUNG
Unternehmen, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind oder Engpässe überbrücken müssen, bringt die LfA wieder auf Kurs.

INFRASTRUKTUR
Kommunen unterstützt die LfA beim Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur, etwa bei Investitionen in Energieeffizienz, in erneuerbare Energieträger oder in den Breitbandausbau für Highspeed-Internetverbindungen.

AUTOS ✦ STRASSENLATERNEN ✦ STAHLKONSTRUKTIONEN ✦ ROBOTER ✦ OPTIKER ✦ HOTELS ✦ LEBENSMITTELMÄRKTE ✦ EISMACHEREIEN ✦ PARKBÄNKE ✦ SPORTBEKLEIDUNG ✦ WETTKAMPF-AUSSTATTUNG ✦ APOTHEKEN ✦ ARZTPRAXEN ✦ E-MÜLLWAGEN ✦ LUFTFAHRT-TESTSYSTEME ✦ WINDENERGIE ✦ HEIZ- UND STROMSYSTEME ✦ STAHLSEILE ✦ DÄCHER ✦ BAGGER ✦ AUTOSITZBEZÜGE ✦ AUTOREIFEN ✦ INSTRUMENTE ✦ SCHUHE ✦ TRACHTEN ✦ BREITBANDNETZE ✦ ALMWIRTSCHAFT ✦ BAUMHAUS-HOTEL ✦ BROT ✦ MÜHLE ✦ PFLANZENDÜNGER ✦ CAMPINGPLÄTZE ✦ BIO-HÜHNERZUCHT

WAS FÜR EINE VIELFALT! DIE LFA FÖRDERBANK BAYERN UNTERSTÜTZT MIT IHREN FINANZIERUNGSHILFEN DIE UNTERSCHIEDLICHSTEN BRANCHEN, VORHABEN UND ZUKUNFTSVISIONEN. SIE FÖRDERT ...

70 JAHRE, 70 DINGE

MEHR AUF EINEN KLICK!
In unserer interaktiven Online-Infografik finden Sie Beschreibungen zu allen 70 gezeigten Förderbeispielen: *70Jahre.lfa.de*

... international agierende Tech-Unternehmen, z. B. IT für **LUFTFAHRT-TESTSYSTEME.**

... kommunale Projekte, die den Ausbau der erneuerbaren Energien, z. B. **WIND-ENERGIE,** vorantreiben.

... den Ausbau von **BREITBANDNETZEN** in Kommunen für ein deutlich schnelleres Internet.

... Produkte wie organischen **PFLANZENDÜNGER,** die eine ökologische Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung ermöglichen.

... Lebensmittelhersteller wie **EISMACHEREIEN,** die in ihren Produkten nur natürliche und regionale Zutaten verarbeiten.

... den Umstieg auf Elektromobilität im Personen- und Güterverkehr (z. B. **E-MÜLLWAGEN**).

... Konzepte für nachhaltige, energiesparende **HEIZ- UND STROMSYSTEME,** die an jedes Haus angepasst werden können.

... automatisierte Prozessabläufe, in denen **ROBOTER** zum Einsatz kommen.

... alteingesessene Betriebe wie **WERKZEUG**-Macher, die ihre Produktion energieeffizienter gestalten wollen.

... Industriebetriebe, die zur Energieeinsparung neue Maschinen anschaffen, z. B. in der **EDELSTAHL-BEARBEITUNG.**

... Einzelhändler, die einen Laden eröffnen, z. B. für **SPORTBEKLEIDUNG.**

... Städte und Gemeinden, die ihre **STRASSENLATERNEN** auf eine energieeffizientere LED-Beleuchtung umstellen.

... mittelständisches **HANDWERK:** z. B. Betriebe, die zur Einsparung des CO_2-Ausstoßes in hochmoderne Bearbeitungssysteme investieren.

... Freiberufler, die sich selbstständig machen. Z. B. Mediziner mit **ARZTPRAXEN,** Krankengymnasten, Architekten oder Steuerberater.

... jahrhundertealte Unternehmen wie einen Hersteller von **STIFTEN** (siehe S. 9).

... Gründer, die z. B. innovative Produktionsverfahren entwickeln, sodass Serienfertigungen für Produkte wie **E-BIKES** nicht ausgelagert werden, sondern in Bayern bleiben.

... traditionsreiche Betriebe, die mit der Zeit gehen und sich weiterentwickeln möchten, wie z. B. **OPTIKER.**

... neue Ideen, die frischen Wind in Traditionsbetriebe bringen, z. B. die Eröffnung eines Hofladens in einer alten **MÜHLE.**

... die Erweiterung des Betriebsgeländes sowie die Modernisierung der Produktionsstätten bei Traditionsbetrieben wie **MOLKEREIEN.**

... Brauereien, die für ihre nachhaltige Produktion und zur Stromersparnis neue Anlagen anschaffen und **BIO-HOPFEN** verarbeiten.

... im Bereich der **BIOTECHNOLOGIE** den Handel mit innovativen Laborsubstanzen.

... Umbauten in familiengeführten Modehäusern, z. B. für **TRACHTEN,** in denen ein Generationswechsel stattfindet.

... visionäre Kulturbauten wie das **KONZERTHAUS** in Blaibach.

... zahlreiche **FILMPRODUKTIONEN,** um den Filmstandort Bayern zu stärken.

COMPUTERSOFTWARE ✦ EDELSTAHLBEARBEITUNG ✦ LABORTECHNIK ✦ BIOTECHNOLOGIE ✦ TECHNISCHE KERAMIK ✦ WERKZEUG ✦ HAUSTÜREN ✦ FENSTER ✦ STIFTE ✦ HOLZHÄUSER ✦ KAFFEE ✦ MÜSLI ✦ PORZELLAN ✦ KONDITOREIEN ✦ RESTAURANTS ✦ E-BIKES ✦ JEANS ✦ WEIN ✦ FRISCHSAFT ✦ FEINKOST ✦ SPIRITUOSEN ✦ TRINKGLÄSER ✦ MOUNTAINBIKES ✦ VR-BRILLEN ✦ FILMAUSSTATTUNG ✦ FILMPRODUKTIONEN ✦ BEWEGTBILDANIMATION ✦ KONZERTHAUS ✦ HANDWERK ✦ BIO-HOPFEN ✦ SOCKEN ✦ LEUCHTMITTEL ✦ TAFELSENF ✦ WURSTWAREN ✦ MOLKEREIEN ✦ BIO-KÄSE ✦ BIO-AKTIVERDE

GUT VERPACKT

DER GROSSHANDEL FÜR TRANSPORTVERPACKUNGEN **TRANSPACK-KRUMBACH** STARTETE NACH EINEM LFA DARLEHEN RICHTIG DURCH

TEXT ALISSA SELGE

Frühling 2020, die Corona-Pandemie breitet sich auf der Welt aus. Wie so viele Inhaber von mittelständischen Betrieben macht sich auch Klaus Nuscheler Sorgen um seine Firma, liegt nachts grübelnd wach. „Werden wir in Kurzarbeit gehen oder sogar Mitarbeiter entlassen müssen?“, fragt er sich. Bis Politiker die Logistikbranche immer wieder hervorheben und deutlich machen, dass diese auf keinen Fall »

Fotos: iStock/Lisa Beeby



Klaus und Waltraud Nuscheler mit ihren Kindern Raphaela und Leopold: Die ganze Familie arbeitet im Unternehmen

zusammenbrechen darf. „Da wurde mir selbst erst mal vor Augen geführt, wie systemrelevant unser Geschäft mit der Transportverpackung eigentlich ist", erklärt er. Wer denkt schon direkt an Verpackungen, wenn es um die essenzielle Versorgung geht? Aber natürlich können ohne sie keine Lebensmittel, Medikamente und Getränke sicher in die Geschäfte transportiert werden. Genau das hat Klaus Nuscheler sich zur Aufgabe gemacht.

Mit seinem Fachgroßhandel für Transportverpackungen beschäftigt er mittlerweile 76 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und liefert über 8.000 Artikel in ganz Europa aus. Dass das Geschäft mal so gut laufen würde, hätten vor 29 Jahren nicht viele gedacht. Klaus Nuscheler macht sich 1992 in seiner Heimat Krumbach selbstständig, nachdem er bereits zehn Jahre Berufserfahrung in der Verpackungsbranche gesammelt hat. „Ich wollte meiner Familie eine dauerhaft gute Einkommensbasis und meinen Mitarbeitern sichere Arbeitsplätze bieten", erzählt der Gründer. Seine Frau Waltraud ist von Anfang an mit dabei, kümmert sich um die Buchhaltung. Als er sich kurz nach der Gründung potenziellen Kunden vorstellt, schauen diese ihn entsetzt an. Denn kurz zuvor setzt der damalige Umweltminister Klaus Töpfer die sogenannte Verpackungsverordnung auf die politische Agenda. Hersteller und Verbraucher müssen erstmals recyceln, auch das Pfandsystem bahnt sich bereits an. „Alle haben gesagt: Wie kann man sich nur in der heutigen Zeit mit Verpackungsmaterial selbstständig machen, wenn dann diese Verordnung kommt und man Verpackung einsparen muss oder gar nicht mehr benutzen darf?", erinnert sich Klaus Nuscheler.

„OHNE TRANSPORTVERPACKUNGEN WÜRDE DER WIRTSCHAFTSKREISLAUF NICHT FUNKTIONIEREN"

Die skeptischen Kunden von damals behalten nicht recht. Ein gewisses Maß an Verpackung muss sein – denn ohne Transportverpackungen würde der Wirtschaftskreislauf nicht funktionieren. Das Geschäft läuft dementsprechend gut an, Klaus Nuscheler stellt nach und nach insgesamt 15 Mitarbeiter ein. Seine Verpackungen produziert er für ganz verschiedene Betriebe, von Automobilzulieferern bis zu Zerspanungstechnikern ist alles dabei. Für betriebsinterne Investitionen beantragt er schließlich ein paar Jahre später ein Förderdarlehen bei der LfA und erhält 2004 187.000 Euro. „Das Unternehmen war relativ jung, dementsprechend konnte ich noch nicht viel Eigenkapital aufbringen. Das Darlehen war essenziell, um weiterzumachen", sagt Klaus Nuscheler.

Dem weiteren Wachstum der Firma steht nun nichts mehr im Weg. Bald kann sogar ein neuer, größerer Standort bezogen werden: eine Lager- und Logistikhalle sowie ein Bürogebäude in Neuburg an der Kammel, insgesamt 32.000 Quadratmeter für das wachsende Familienunternehmen, in das Nuschelers Kinder Leopold und Raphaela ebenfalls bereits eingestiegen sind. ⊡



Der Fachgroßhandel für Transportverpackungen liefert über 8.000 Artikel in ganz Europa aus

Fotos: Georg Drexel (2), Süddeutsche Zeitung Photo/Manfred Vollmer

FAKTEN

TRANSPACK
Gründungsjahr: 1992
Standort: Krumbach
Mitarbeiter: 76
www.transpack-krumbach.de

Online unter www.lfa.de/magazin

Die 1990er Jahre

Das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts steht im Zeichen der Wiedervereinigung Deutschlands und der fortschreitenden digitalen Revolution

1990
Die Wiedervereinigung Deutschlands wird am 3. Oktober feierlich besiegelt

1991
Michael Stich gewinnt in Wimbledon das Endspiel gegen seinen Konkurrenten Boris Becker

1993
Bei der LfA entsteht die „Task Force" für Unternehmen in schwierigen Situationen

Ministerpräsident Edmund Stoiber führt mit seiner Regierungserklärung eine konsequente Innovations- und Technologiepolitik ein

1995
Mitte der 90er-Jahre entwickelt die LfA ein breites Spektrum an Sponsoringaktivitäten, darunter das „Projekt Junior" sowie Förderungen für den künstlerischen Nachwuchs

1997
Jan Ullrich gewinnt als erster Deutscher die Tour de France

1998
Die LfA legt ein Ausbildungsplatzförderungsprogramm auf, mit dessen Hilfe bis Ende 1998 13.700 Lehrstellen geschaffen werden

Es wird populär, per SMS zu kommunizieren

1999
„Wer wird Millionär?" mit Günther Jauch wird zum ersten Mal auf RTL ausgestrahlt



NACHHALTIG ZUM WOHL

DIE UMSTELLUNG AUF ERNEUERBARE ENERGIEN VERHALF DER **BAMBERGER MÄLZEREI** ZU DEUTLICH MEHR WACHSTUM – UND INTERNATIONALEM ERFOLG!

FOTOS **MARIAN LENHARD** TEXT **ANNA KAROLINA STOCK**

Wenn sich Markus Burteisen wochentags ins Auto setzt, um vom Kulmbacher Land nach Bamberg zur Arbeit zu fahren, geht er in Gedanken bereits seine ersten Termine durch. Es sei viel zu tun, seit die Bamberger Mälzerei 2017 expandiert hat. Zu den zwei bestehenden Standorten in Bamberg und Neuburg an der Donau sind Worms und Mülheim an der Ruhr dazugekommen. „Nun heißt es, die beiden neuen Produktionsstätten hinsichtlich Struktur und Qualität auf ein gemeinsames Level zu bringen", erklärt der Geschäftsführer.

Die Mälzerei wurde 1888 als kleines Familienunternehmen gegründet. Über 130 Jahre später sind die Nachkommen der beiden Gründer weiterhin Gesellschafter der Firma und halten nahezu alle Anteile. Im operativen Geschäft sind die Gründerfamilien nicht involviert – weder im Management noch in Einkauf, Produktion und Vertrieb. Dafür sind Mitarbeiter wie Markus Burteisen zuständig. Er ist seit 20 Jahren für die Bamberger Mälzerei tätig. Anfangs war er für den Rohstoffeinkauf zuständig, seit 2010 teilt er sich mit Rudi Gläser die Geschäftsführung. Während er den kaufmännischen Bereich verantwortet, kümmert sich Gläser um alle technischen, baulichen und qualitativen Aspekte. „Die Qualität unseres Produkts liegt uns besonders am Herzen", sagt Burteisen. „Daher achten wir auf regionale Rohstoffe aus direkter Umgebung, statt als ‚Bio' deklariertes Getreide aus Australien oder China zu beziehen." Das Bamberger Einzugsgebiet für Gerste beispielsweise reicht von Nordbayern bis zu den angrenzenden Bundesländern Thüringen und Sachsen sowie Sachsen-Anhalt. „Auf regionales Getreide zu setzen, ist auch absolut sinnvoll", so der Geschäftsführer. „Die Mälzerei wurde 1888 nicht umsonst in Bamberg gegründet." Die klimatischen Verhältnisse und Bodenbedingungen seien für den Anbau von Braugetreide sehr vorteilhaft. Entsprechend hoch ist die Anzahl an Brauereien, die Malz für die Bierproduktion benötigen.

„Gerste oder Weizen in Malz zu verwandeln, ist relativ einfach – benötigt aber sehr viel Fingerspitzengefühl und Erfahrung", führt Burteisen fort. Insgesamt sind nur drei Hauptarbeitsschritte notwendig. „Geschmacklichen Einfluss aufs Malz und damit aufs Bier nehmen wir über die Abdarrtemperatur im dritten Schritt der Malzproduktion." Je höher die Temperatur beim Trocknen, desto dunkler und intensiver wird das Malz, ähnlich wie beim Kaffeerösten. »

„INZWISCHEN LIEFERN WIR UNSER MALZ AN RUND 1.000 BRAUEREIEN WELTWEIT"

Eingespieltes Doppel Seit 2010 teilen sich Rudi Gläser und Markus Burteisen die Geschäftsführung des Traditionsbetriebs. Bei der Qualitätskontrolle im Labor wird die Viskosität der Malzwürze untersucht (unten)









Das wichtigste Getreide für Malz ist Braugerste, erkennbar an den langen Grannen. Die Keimanlage sieht aus wie ein großes Schwimmbad (unten)

„AUF REGIONALES GETREIDE ZU SETZEN, IST ABSOLUT SINNVOLL“

Auf diese Weise entstehen verschiedene Sorten. Zu den gängigsten gehören Pilsner Malz, die Hauptsorte für helle Biere, Wiener Malz für vollmundige, malzaromatische Biersorten und das intensive Münchner Malz für dunkle und süffige Biere.

„Die Malzproduktion ist wirklich kein Hexenwerk“, bemerkt Burteisen. Seit über 5.000 Jahren werden die gleichen Herstellungsschritte angewandt, die lediglich technisch und technologisch entwickelt und automatisiert wurden. Während früher ein Vielfaches an Arbeitskraft notwendig war, verantworten heute nur noch zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Malzproduktion am Bamberger Standort. „Der Automatisierungsgrad ist zwar hoch, aber die erforderlichen ‚Zutaten‘ sind noch genauso natürlich wie vor 5.000 Jahren: Getreide, Wasser, Luft/Sauerstoff und Temperatur“, zählt Burteisen auf. Daher fühle er sich auch als Konsument wohl. „Ich weiß, was wir für unser Produkt tun, wie wir es herstellen und in welchem Maß wir seine Qualität und jeden Herstellungsschritt kontrollieren.“

Neben Tradition und Regionalität setzt die Bamberger Mälzerei auch auf nachhaltige und ressourcenschonende Produktion. „Das heißt nicht, dass wir einfach grüne Farbe über unseren Betrieb auskippen und uns für nachhaltig erklären“, bemerkt Burteisen. Der Nachhaltigkeitsgedanke gehe bis in die 1990er-Jahre zurück. Die damalige Geschäftsführung machte den ersten Schritt, um effizienter und sparsamer zu produzieren. Seitdem floss viel Geld in den energetischen Ausbau. Aber es habe sich gelohnt. „2008 und 2009 ergriffen wir eine weitere wichtige Maßnahme und errichteten ein Heizwerk, das mit regenerativen Energien betrieben wird. Seitdem heizen wir mit Waldholzhackschnitzeln und versorgen so die Mälzerei – speziell den Schritt der Malztrocknung – mit Wärme“, berichtet Burteisen.

Die Umrüstung finanzierte das Unternehmen mithilfe eines Kredits der LfA. Im Gegenzug mussten bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Den CO_2-Ausstoß in der Produktion zu senken, war eine davon. „Die alte Energieversorgung mit 100 Prozent Gas weiterzubetreiben, wäre deutlich günstiger gewesen“, erklärt Burteisen. Aber das sei nicht im Sinne der Gründerväter. Durch den Umstieg auf erneuerbare Energien für die Wärmeversorgung spart die Bamberger Mälzerei inzwischen Tausende von Tonnen CO_2 im Jahr ein. Zudem ist sie deutschlandweit die einzige Mälzerei, die in dieser Größenordnung einen Teil ihres Energiebedarfs regenerativ abdeckt.

Dass das Familienunternehmen alles richtig macht, zeigen die große Kundenzufriedenheit und der internationale Erfolg. „Inzwischen liefern wir unser Malz an rund 1.000 Brauereien weltweit – von der kleinen Wirtshausbrauerei bis zu den globalen Marktführern, von Österreich bis Südkorea“, zählt Burteisen auf. Die initiale Zündung für den internationalen Export erfolgte durch den Craft-Beer-Hype in den USA. Um die Jahrtausendwende suchten viele amerikanische Brauereien nach unterschiedlichen Malzsorten, um ihr Bier geschmacklich von dem großer Braukonzerne abzuheben. Auf Hochtouren läuft das internationale Geschäft aber erst seit den Standortübernahmen in Worms und Mülheim. „Seitdem hat sich unsere Produktion von circa 100.000 auf 220.000 Tonnen Malz pro Jahr erhöht“, verrät Burteisen. Mit dieser Produktionskapazität und insgesamt rund 115 Mitarbeitern an allen vier Standorten ist die Bamberger-Mälzerei-Gruppe die drittgrößte in ganz Deutschland.

„Solange das Reinheitsgebot von 1516 gilt und Malz essenzieller Bestandteil von Bier bleibt, sind wir guter Dinge“, sagt Burteisen. Dann sei Bierbrauen mit Chemie oder genveränderten Enzymen nicht erlaubt – zumindest in Deutschland. Doch obwohl das Gesetz in Österreich und der Schweiz nicht gilt, werde auch dort die Nachfrage der Verbraucher nach „reinem“ Bier immer größer. „Je mehr Menschen Bier nach deutschem Reinheitsgebot konsumieren möchten, desto besser für uns“, freut sich der Geschäftsführer. „Die Entwicklung geht zum Glück in unsere Richtung.“ ⊡



Illustration: Bamberger Mälzerei

Ein Bild aus alten Tagen Im 19. Jahrhundert regelte die Eisenbahn den Güterverkehr

FAKTEN

BAMBERGER MÄLZEREI
Gründungsjahr: 1888
Standorte: Bamberg, Neuburg an der Donau, Worms, Mülheim an der Ruhr
Mitarbeiter: 115
www.bamberger-maelzerei.de

Online unter www.lfa.de/magazin

Die 2000er Jahre

Trotz Untergangsprognosen dreht sich die Erde am 1. Januar 2000 weiter.
Der Euro löst die D-Mark ab, Computer werden selbstverständlich und die LfA bekommt einen neuen Marktauftritt

2001

Die „Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung“ wird zur LfA Förderbank Bayern und organisiert sich neu. Die Neuausrichtung rückt die LfA deutlich näher an ihre Endkunden – die Unternehmen und Kommunen – heran

2002
Der Euro wird als europäische Gemeinschaftswährung in 12 EU-Staaten eingeführt

Mit der sogenannten Verständigung II erzielen die Europäische Kommission und die Bundesregierung 2002 eine Einigung darüber, in welchem Rahmen die deutschen Förderbanken ihre öffentlichen Förderaufgaben weiter wahrnehmen dürfen

2004
Handys werden zunehmend mit Farbdisplay und Digitalkamera ausgestattet

2005
Angela Merkel wird am 22. November zur Bundeskanzlerin gewählt – als erste Frau in diesem Amt

Im Rahmen einer Vertriebs- und Beratungsinitiative besucht die LfA ab jetzt regelmäßig Partnerbanken, um im direkten Gespräch die Bereitschaft zu steigern, Förderkredite durchzuleiten

2007

2008
Anfang des Jahres stecken die USA und einige europäische Länder in der schlimmsten Finanzkrise seit 1945. Die weltweite Absatzflaute trifft die exportorientierte Wirtschaft Bayerns empfindlich

Die Bayerische Staatsregierung legt mit dem von 2009 bis 2010 befristeten „Bayerischen Mittelstandsschirm“ frühzeitig ein umfassendes Maßnahmenbündel zur Stabilisierung der Konjunktur auf. Ergänzt wird das Krisenabwehrprogramm durch ein Maßnahmenpaket des Bundes

2009
Die „Eurokrise“ beginnt. Es kommt in vielen Ländern zu Konjunktureinbrüchen



LfA PROJEKT 70

LICHTBLICKE

WÜRZBURG HAT SEINE QUECKSILBERDAMPF-LAMPEN VON 2014 BIS 2019 KOMPLETT AUF LED UMGERÜSTET. NUN SOLL DIE GESAMTE STÄDTISCHE STRASSEN-BELEUCHTUNG FOLGEN

TEXT **MARLENE IRAUSEK**

Das Würzburger Stadtgebiet zählt insgesamt 16.589 Leuchten. In den letzten Jahrzehnten leuchteten sie mit Quecksilberdampf-, Natriumdampf- und Leuchtstofflampen. Seit 2015 dürfen allerdings keine HQL-Lampen, wie Quecksilberdampflampen auch genannt werden, mehr in Umlauf gebracht werden: wegen ihres Quecksilbergehalts, der veralteten Technik und des damit verbundenen hohen Stromverbrauchs. Für Würzburg die Initialzündung, über eine nachhaltigere Beleuchtung nachzudenken: Die Domstadt entscheidet, komplett auf LED-Lampen umzurüsten. Vom Stadtrat im Februar 2014 genehmigt, setzen Stadtverwaltung und Stadtwerke den Plan in den folgenden fünf Jahren um. Bis 2019 wurden 7.820 Quecksilberleuchten auf LED umgerüstet und zusätzlich 1.071 LED-Leuchten neu gebaut. Mittlerweile erhellen 8.891 LED-Lampen den Würzburgerinnen und Würzburgern ihren Weg – das sind bereits 53 Prozent der gesamten Beleuchtungsanlage. Investiert wurde dafür ein Gesamtbudget von 3,47 Millionen Euro. Die LfA Förderbank Bayern hat das Vorhaben mit dem Infrakredit Kommunal unterstützt. Durch den Umbau konnte die Stadt schon 5,5 Millionen Kilowattstunden, 2.703 Tonnen CO_2 und 1,2 Millionen Euro Energiekosten sparen – das ist bereits ein Drittel der Ausgaben. Auch in der Wartung sind die Lampen besser: Über die ersten Jahre konnte eine deutliche Reduzierung von Störungseinsätzen verbucht werden. Das Projektteam hat vorausgedacht und sich für qualitativ hochwertige, weil nachhaltigere Leuchten entschieden. Energie- und Kostenvorteile sprechen für sich. Deshalb hat der Stadtrat beschlossen, das Budget nach der Umrüstung der gesetzlich verbotenen Quecksilberlampen nicht enden zu lassen, sondern weiterhin Geld bis zur kompletten Umstellung bereitzustellen. „Die Stadt hat erkannt, wie sinnvoll das ist. Sowohl energetisch als auch wirtschaftlich", freut sich Bernd Hammer, Abteilungsleiter für Telekommunikation und Verkehrstechnik bei der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH.

> EIN DRITTEL DER AUSGABEN KONNTE SCHON EINGESPART WERDEN

Die erweiterte Umrüstung soll so schnell wie möglich im Rahmen der finanziellen Mittel umgesetzt werden. Zeitliche Probleme könnte es noch durch Lieferengpässe geben – eine Folge der Pandemie. Anfang des Jahres haben viele Kommunen nicht mehr investiert, Ausschreibungen wurden auf Eis gelegt. „Keiner wusste, ob am Ende des Jahres noch genug Haushaltsgeld zur Verfügung steht. Darauf haben auch die Hersteller reagiert. Mittlerweile ist die Lage besser, aber das Material ist knapp geworden. Während des Quecksilberlampen-Projekts hatten wir durchschnittliche Lieferzeiten von 6 bis 8 Wochen. Heute dauert es auch mal 17", berichtet Hammer. In Würzburg lässt man sich davon aber nicht abhalten. Es sind noch 7.698 Leuchten mit veralteter Lampentechnik verbaut. Als Nächstes stellt die Stadt ihre Leuchtstofflampen um. Mit der Erneuerung aus Straßenbauprojekten sollen Anfang 2024 ungefähr 70 Prozent aller Lampen mit LED leuchten. In weiteren Jahresscheiben folgt dann der Austausch der verbleibenden Natriumdampf-Hochdruck-Lampen auf 100 Prozent. ⊡

FAKTEN

Standort: Würzburg
www.wvv.de, www.wuerzburg.de

Online unter www.lfa.de/magazin

Fotos: iStock/RudyBalasko, iStock/RapidEye

Die 2010er Jahre

Nach der Finanzkrise erholt sich die Weltwirtschaft. Jedoch beschäftigen Klimawandel und Eurokrise Politik und Gesellschaft. Soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter nehmen immer mehr Einfluss auf unser Leben

Mit dem konjunkturellen Aufschwung rückt ab Mitte 2010 die Finanzierung von Investitionen wieder ins Zentrum der Fördertätigkeit der LfA

2010
Mit „Satellite" gewinnt Lena Meyer-Landrut den Eurovision Song Contest in Oslo

2012
Die Queen feiert ihr 60. Thronjubiläum

2014
Mario Götze schießt in Rio das entscheidende Tor. Deutschland wird zum vierten Mal Fußballweltmeister

Die Eröffnung des LfA-Förderstützpunkts in Hof verstärkt die Beratungsmöglichkeiten in Oberfranken. Die Wirtschaft in der Region kann dadurch noch besser bei Investitionen unterstützt werden

2017
Der Bundestag beschließt in einer freien Abstimmung die Ehe für alle

2018
Die europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) gilt fortan in der gesamten Europäischen Union

Die namentliche Ausnahme der LfA und der anderen selbstständigen deutschen Förderbanken aus der europäischen Bankenregulierung tritt 2019 in Kraft. Damit endet die Beitragspflicht der Förderbanken zur europäischen Bankenabgabe und zur Einlagensicherung. Die daraus resultierenden Kostenersparnisse werden für die Förderung der bayerischen Wirtschaft eingesetzt

2019
Am 30. September findet die bisher größte Demonstration der „Fridays for Future"-Bewegung statt. Deutschlandweit kommen rund 1,4 Millionen Menschen zusammen

„DIE HIESIGE RISIKOKAPITALSZENE WÄCHST"

PROF. DR. ANN-KRISTIN ACHLEITNER,
INHABERIN DES LEHRSTUHLS FÜR ENTREPRENEURIAL FINANCE AN DER TU MÜNCHEN, IM INTERVIEW ÜBER WACHSTUMSFINANZIERUNG, DIE ROLLE DES STAATS UND KAPITALBETEILIGUNGEN VON MITARBEITERINNEN UND MITARBEITERN

FOTO VISUM/**THORSTEN JOCHIM** INTERVIEW **MARTIN FRAAS**

Nach einer viel beachteten Studie, an der Sie maßgeblich mitgewirkt haben, ist der Mangel an adäquater Wachstumsfinanzierung eine zentrale Schwäche des deutschen Innovationssystems. Welche Impulse sind nötig?
In dieser Studie von KfW, Deutscher Börse und acatech (Deutsche Akademie für Technikwissenschaften) wurden mehrere wesentliche Handlungsoptionen aufgezeigt. An erster Stelle ist es nötig, mehr inländisches Kapital für die Wachstumsfinanzierung zu mobilisieren. Es ist mehr Kapital von Kapitalsammelstellen, Stiftungen, Family Offices und High-net-worth Business Angels zu gewinnen. Staatliche Angebote können hier als bedeutender Hebel dienen. Daher enthielt die Studie auch die Aufforderung, diese auszuweiten und effektiver zu machen. Erfreulicherweise hat sich seit Erscheinen der Studie vor zwei Jahren gerade hier einiges getan.

Die Wagniskapitalinvestitionen, insbesondere in technologiegetriebenen Unternehmen, sind in Asien und in den USA um bis zu 300 Prozent höher als in Europa. Und in der so entscheidenden Late-Stage-Finanzierung liegt in Deutschland das bereitgestellte Volumen um 80 Prozent niedriger als in den USA. Worin sehen Sie die Gründe dafür?
Es gibt zahlreiche Faktoren, die dazu führen, dass wir so viel weniger inländisches Wagniskapital haben. Dies muss man auch vor dem Hintergrund der Tatsache sehen, dass hier weniger in den Kapitalmarkt investiert wird als in anderen Ländern. Der hohe Anteil ausländischer Investoren an den großen börsennotierten Unternehmen ist eine Folge davon. Zudem sind unsere Rahmenbedingungen anders. So haben wir keine Pensionsfonds wie in den USA und es gibt auch keine großen Universitätsstiftungen, die in diesem Bereich investieren. Damit können sich auch die deutschen privaten Venture-Capital-Gesellschaften nur langsamer entwickeln und wachsen. Um in die spätere Phase eines Unternehmens zu investieren, sind größere Summen notwendig. Dies verlangt auch, dass die investierenden Fonds größere Volumina haben. Mittlerweile gibt es allerdings einige hiesige Fonds mit der nötigen Größe für solche Late-Stage-Finanzierungen. Es ist zu hoffen, dass sich diese Entwicklung weiter fortsetzt.

Gibt es für deutsche Wachstumsunternehmen – über die etablierten Wagniskapitalmodelle hinaus – auch alternative und innovative Modelle der Außenfinanzierung?
Hier sprechen Sie eine andere Handlungsoption an, dieses Angebot würde das deutsche Innovationssystem stützen. In jüngerer Vergangenheit ist das Angebot an hybridem Kapital, dem Venture Debt, wie es im Ausland schon länger angeboten wird, gestiegen. Wir sind nicht mehr nur auf klassische Eigenkapitalfinanzierungen ausgerichtet. Hinzu kommen neue Modelle wie das Equipment-as-a-Service-Modell. Möglich ist beispielsweise ein Kredit, bei dem sich die Tilgungshöhe aus der tatsächlichen Auslastung der finanzierten Maschine errechnet. Solche Konstellationen werden im Bereich des Internet of Things in Zukunft sicher häufiger zu sehen sein. Diese Konstellation zeigt auf, wie wichtig es ist, dass die technologischen Innovationen und jene im finanziellen Bereich Hand in Hand gehen und sich sogar gegenseitig verstärken können. »

„TECHNOLOGISCHE INNOVATIONEN UND JENE IM FINANZIELLEN BEREICH SOLLTEN SICH GEGENSEITIG VERSTÄRKEN KÖNNEN"



Wird Ihrer Einschätzung nach am Standort Deutschland das Potenzial der Zusammenarbeit von jungen Wachstumsunternehmen mit etablierten Unternehmen sowie wissenschaftlichen Einrichtungen voll ausgeschöpft?
An einigen Orten und in manchen Netzwerken gelingt es immer besser, die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit Hochschulen und etablierten Unternehmern zu realisieren. Dies gilt insbesondere für München. Die Modelle, die sich als erfolgreich erweisen, sollte man daher auch breiter aufgreifen und nutzen. Aber wir haben noch ein erhebliches Potenzial an beiden Schnittstellen. Im Bereich der Universitäten geht es darum, dass wir noch mehr Ausgründungen sehen – vor allem im forschungsintensiven Bereich, dem Deep Tech. Und an der Schnittstelle zu Unternehmen geht es um die Möglichkeiten der Digitalisierung bestehender Unternehmen, aber auch um den Aufbau völlig neuer Geschäftsmodelle. Aufgrund der starken Stellung der deutschen Industrie bestehen gerade hier, im B2B-Bereich, besondere Chancen. Das Potenzial ist riesig und nicht einmal ansatzweise ausgeschöpft.

Die Start-up- und Scale-up-Gründerszene in Deutschland könnte im nächsten Jahrzehnt massiv zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen. Welche Impulse müssten dafür erfolgen?
Eine kürzlich vorgestellte Studie vom Bundesverband Deutsche Startups, von Deutscher Börse, Internet Economy Foundation und Roland Berger nimmt sich genau dieser Frage an. Sie hält fest: Würden wir bis 2030 den gleichen Anteil von Beschäftigten in

„DIE POLITIK HAT EINE GROSSE BEDEUTUNG, WENN ES UM DIE FINANZIELLEN RAHMENBEDINGUNGEN FÜR JUNGE WACHSTUMSUNTERNEHMEN GEHT“

Start- und Scale-ups erreichen wie in den USA, wären hiernach 3,7 Millionen Menschen in Deutschland direkt auf diese Weise beschäftigt. Damit dies Realität wird, müssen sich die Rahmenbedingungen für Gründer verbessern. So sollten Talente bei der Gründung gefördert werden, Kapital hinreichend verfügbar sein und die Wettbewerbsbedingungen stimmen. Aber auch die Investorenseite ist wichtig: Wenn der Exit besser gelingt, das heißt der erfolgreiche Verkauf oder Börsengang, dann kommt durch die Wiederanlage des mittlerweile angewachsenen Kapitals eine positive Spirale in Gang.

Sehen Sie auch die Politik in der Pflicht, um zum Beispiel durch Bereitstellung von mehr staatlichem Kapital die Rahmenbedingungen für junge Wachstumsunternehmen zu optimieren?
Ja, die Politik hat eine große Bedeutung, wenn es um die finanziellen Rahmenbedingungen für junge Wachstumsunternehmen geht. Beispielsweise helfen die Angebote der LfA zur Stärkung der Kapitalbasis bayerischer Gründer und Unternehmer, die sie zum Teil zusammen mit dem Europäischen Investitionsfonds und der Europäischen Investitionsbank aufgelegt hat, dass die hiesige Risikokapitalszene wächst und mehr Venture-Capital in Bayern zur Verfügung steht. Der Einfluss der Politik auf die Rahmenbedingungen beschränkt sich jedoch nicht aufs Finanzielle. Auch mit der Art der regulativen Rahmenbedingungen, die sie setzt, hat sie wesentlichen Einfluss. Dabei können manche rechtlich getriebenen Herausforderungen nicht durch eine höhere Finanzierung kompensiert werden. Dies gilt allgemein, aber natürlich besonders auch im Deep-Tech-Bereich. Zu guter Letzt ist der Staat ein bedeutender Kunde und die Ausgestaltung seiner Beschaffungspolitik ein wesentlicher Faktor für den Erfolg junger Unternehmen und sogar junger Branchen. Der Staat sollte daher die verschiedenen Einflüsse, die er hat, in einem ganzheitlichen Bild sehen und auch aufeinander abstimmen. Dies gilt aufgrund der volkswirtschaftlichen Bedeutung von Start-ups und Wachstumsunternehmen, aber auch der geopolitisch wichtigen Innovationen, die in diesem Bereich entstehen.

Sehen Sie die Kapitalbeteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als ein wichtiges Tool, um Talente aus dem In- und Ausland zu gewinnen?
Grundsätzlich sind gute und motivierte Mitarbeiter entscheidend für den Erfolg jedes Unternehmens. Junge Unternehmen können aufgrund ihrer finanziellen Situation in der Regel nur zurückhaltend Gehälter zahlen. Die Mitarbeiterbeteiligung ist hier ein wesentliches und auch richtiges Instrument, um Mitarbeiter zu motivieren und finanziell zu incentivieren. Schon aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Rahmenbedingungen hierfür in Deutschland angemessen sind. Derzeit ist dies noch nicht der Fall. Dies ist umso problematischer, als es heute einen internationalen Wettbewerb um gute Mitarbeiter gibt. Die Ausgestaltung der Mitarbeiterbeteiligung ist ein Standortfaktor. Schließlich darf man nicht vergessen, dass die hier erzielten Erlöse zu einem hohen Teil, laut einer jüngsten Studie zu über einem Drittel, wieder ins Ökosystem zurückfließen, indem sie zur Gründung neuer Unternehmen oder Beteiligung genutzt werden. Sie bringen auf diese Weise Schub in die positive Spirale eines sich entwickelnden Gründerökosystems. Es ist daher zu hoffen, dass dieses Thema in der kommenden Legislaturperiode noch einmal aufgenommen wird. ⊡

PROF. DR. DR. DR. H.C.
ANN-KRISTIN ACHLEITNER

ist seit 2003 Wissenschaftliche Co-Direktorin des Center for Entrepreneurial and Financial Studies *(CEFS)* an der Technischen Universität München sowie Mitglied in den Aufsichtsräten verschiedener börsennotierter Konzerne. Sie studierte an der Universität St. Gallen (zwei Doktortitel in Wirtschaft und Recht) und habilitierte im Alter von 28 Jahren. 1994 heiratete sie den Wirtschaftsmanager Paul Achleitner: Die beiden lernten sich im Studium kennen und haben drei Söhne. Die 55-Jährige gilt als eine der renommiertesten und einflussreichsten Wirtschaftswissenschaftlerinnen Deutschlands.

Online unter www.lfa.de/magazin

Foto: Stocksy/Yaroslav Danylchenko

Die 2020er Jahre

Die weltweite Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 hat weitreichende Folgen. In der Krise leistet die LfA mit ihren Förderprogrammen einen wirkungsvollen Beitrag für die Stabilität der bayerischen Wirtschaft

Die LfA stellt binnen kürzester Zeit eigene bayerische Corona-Hilfsprogramme zur Verfügung:

Die Förderbank unterstützt unter anderem mit Tilgungsaussetzungen bei bestehenden Krediten, Verbesserungen bei Akut- und Universalkrediten sowie der Ausweitung und Vereinfachung von Bürgschaften

Der neue Corona-Schutzschirmkredit und der LfA Schnellkredit erweitern das Angebot

Durch die Einführung einer 80%igen Haftungsfreistellung wird der Innovationskredit 4.0 verbessert

Der Corona-Kredit Gemeinnützige und die Corona-Eigenkapitalhilfen für Start-ups wie das Startup Shield Bayern und das Eigenkapitalschild Mittelstand Bayern sind neu im Förderprogramm der LfA

Die LfA verlängert ihre Corona-Hilfen bis 30. Juni 2021

Die LfA verlängert ihre Corona-Hilfen erneut: diesmal bis zum 31. Dezember 2021

Januar 2020
Das Gesundheitsamt informiert die Öffentlichkeit über den ersten Coronavirus-Fall in Deutschland

März 2020
Die WHO erklärt die Atemwegserkrankung COVID-19 offiziell zu einer weltweiten Pandemie. Die Regierung ruft den landesweiten Katastrophenfall aus. Der erste Lockdown beginnt

April 2020
Das Münchner Oktoberfest wird abgesagt

Juli 2020
Das alltägliche Leben kehrt – unter Auflagen – langsam zurück

Oktober 2020
Die zweite Infektionswelle wird stärker

November 2020
Aufgrund von immer schneller steigenden Infektionszahlen wird in Deutschland ein „Lockdown Light“ verhängt

Dezember 2020
Die Bundesregierung gibt verschärfte Maßnahmen gegen das Coronavirus bekannt. Die 101-jährige Edith Kwoizalla erhält die erste Corona-Impfung in Deutschland

April 2021
Erste Lockerungen des zweiten Lockdowns

Juli 2021
Die Konjunktur zieht wieder an. Mit 3,3 Prozent hat Bayern die niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer



OFFENSIVE BEI EIGENKAPITALPROGRAMMEN

LFA STÄRKT KAPITALBASIS VON UNTERNEHMEN UND GRÜNDERN

Die LfA stellt den bayerischen Gründern und Unternehmern zur Stärkung ihrer Kapitalbasis allein 2020 und 2021 zusätzliche Eigenkapitalangebote in Höhe von 900 Millionen Euro zur Verfügung, etwa den Startup Shield Bayern, den Eigenkapitalschild Mittelstand Bayern, den Transformationsfonds Bayern, die Bayern Kapital Innovationsfonds und den Wachstumsfonds Bayern 2 oder den neuen ScaleUpFonds Bayern und die LfA-EIF-Fazilität. Die Mittel werden je nach Instrument über die BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH und die Bayern Kapital GmbH – beides Unternehmen aus der LfA-Gruppe – sowie den Kooperationspartner Europäischer Investitionsfonds und von der LfA selbst ausgereicht. Damit stellen die LfA und ihre Partner den bayerischen Gründern und Unternehmern in jeder Phase ihrer Entwicklung wirkungsvolle Eigenkapitalangebote zur Verfügung. Sie dienen zur nachhaltigen Stärkung der Kapitalbasis der Unternehmen und gehen über den reinen Ersatz von krisenbedingt aufgezehrtem Eigenkapital hinaus.

Der neue, von Bayern Kapital verwaltete ScaleUp-Fonds beispielsweise soll ambitionierte Technologieunternehmen aus Bayern in besonders kapitalintensiven Expansionsphasen als Co-Investmentpartner privater Investoren bei der Realisierung großer Finanzierungsrunden unterstützen.

BAYERN HAT EINEN LEISTUNGSSTARKEN UND INNOVATIVEN START-UP-SEKTOR

Zudem hat die LfA ihre erfolgreichen Kooperationen mit dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) und der Europäischen Investitionsbank (EIB) weiter ausgebaut. Die LfA-EIF-Fazilität, ein Dachfonds zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für innovative Unternehmen, wurde von LfA und EIF jeweils um 25 Millionen Euro auf insgesamt 300 Millionen Euro aufgestockt. Zusätzliches Venture-Capital für innovative, technologiegetriebene Start-ups in Bayern steht dank der Unterstützung durch die EIB zur Verfügung: Die Mittel des Wachstumsfonds Bayern 2, bisher getragen von der LfA und Bayern Kapital, steigen durch das 50 Millionen Euro schwere Engagement der EIB auf 165 Millionen Euro.

Weitere Infos:
lfa.de · bayernkapital.de · baybg.de



Bei der Unterzeichnungszeremonie zum Wachstumsfonds in München im Juli 2021 LfA-Vorstandsvorsitzender Dr. Otto Beierl, Vizepräsident der EIB Ambroise Fayolle, Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert und Geschäftsführer der Bayern Kapital GmbH Dr. Georg Ried *(von links)*

Fotos: iStock/denphumi, LfA/Nadine Stegemann (2)

HALBJAHRESBILANZ 2021

1,2 MILLIARDEN EURO

Das Interesse an Förderungen war auch im ersten Halbjahr 2021 sehr hoch: Die LfA hat die bayerische Wirtschaft mit Darlehen in Höhe von rund 1,2 Milliarden Euro unterstützt. Der Großteil davon wurde in regulären Förderprogrammen zugesagt. Mithilfe der Fördergelder investierten die Unternehmen nicht nur verstärkt in innovative Technologien und Digitalisierung, sondern mit über 350 geförderten Betriebsübernahmen insbesondere auch nachhaltig in den Generationswechsel in ihren Betrieben.

LFA SENKT ZINSEN

Seit Anfang Juli bietet die LfA – zeitgleich mit der KfW und in Abstimmung mit ihren Finanzierungspartnern aus dem Privatbanken-, Sparkassen- und Genossenschaftsbereich – weiter gesenkte marktkonforme Förderzinssätze an. Sie gibt dabei ihre günstigen Refinanzierungskonditionen teilweise auch mit Minuszinsen an die Hausbanken weiter. Für die Existenzgründer, Unternehmer und Freiberufler ergibt sich damit häufig ein deutlich niedrigerer Zins, bei kürzeren Laufzeiten und guten Bonitäten sind Zinsen nahe null möglich. Je nach Förderbereich ist so dauerhaft eine differenzierte Zinsgestaltung möglich, zum Beispiel zur noch intensiveren Förderung von Zukunftsfeldern wie Digitalisierung und Klimaschutz oder Gründungen. Die vorteilhaften Förderkonditionen können sich die Betriebe zu besonders langen Laufzeiten sichern. Dazu Dr. Otto Beierl: „Für die bewährte Zusammenarbeit mit unseren Finanzierungspartnern ist die Möglichkeit zur Weitergabe negativer Bankeneinstandssätze ein überaus wichtiger Schritt. Damit sind wir entsprechend unserem Auftrag in der Lage, in jedem Zinsumfeld attraktive Förderangebote für Gründer, kleine und mittelständische Unternehmen sowie Freiberufler anzubieten und ihnen so wichtige Zukunftsinvestitionen in Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Innovationen zu ermöglichen."

EINFACH, PERSÖNLICH, DIGITAL:
Die neue Videoberatung durch unsere LfA-Förderexperten
Terminvereinbarung unter 089/21 24-10 00



Neuer Vorstandsvorsitzender der LfA
Dr. Bernhard Schwab

LFA-PERSONALIE

WECHSEL IM VORSTAND

Dr. Bernhard Schwab ist neuer Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern. Der promovierte Wirtschaftswissenschaftler folgte zum 1. September 2021 auf den bisherigen Bankchef Dr. Otto Beierl, der sich im Alter von 65 Jahren in den Ruhestand verabschiedet. Komplettiert wird der Vorstand der LfA von den bisherigen Mitgliedern Hans Peter Göttler, als stellvertretendem Vorsitzenden, und Dr. Josef Bayer. „Herzlichen Glückwunsch zur Bestellung zum Vorstandsvorsitzenden der LfA Förderbank Bayern! Die LfA ist ein Traditionsinstitut und prägt seit 70 Jahren Bayerns wirtschaftliche Entwicklung entscheidend mit. Ihre Bedeutung als zuverlässiger Partner für alle bayerischen Unternehmen hat sich gerade in den herausfordernden Zeiten der Pandemie besonders gezeigt", betont Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Die LfA ist für die gesamte bayerische Wirtschaft nicht nur Stütze in schwierigen Situationen, sondern leistet mit ihrer Unterstützung bei Existenzgründungen und innovativen Investitionsvorhaben einen wichtigen Beitrag für Bayerns Zukunft. „Dank Ihres reichen und vielseitigen Erfahrungsschatzes sind diese Aufgaben in guten Händen. Für die verantwortungsvolle und wichtige Tätigkeit als Vorstandsvorsitzender wünsche ich Ihnen alles Gute und viel Erfolg!", so Füracker weiter. Schwab war zuvor unter anderem im Bayerischen Wirtschaftsministerium und in der Bayerischen Staatskanzlei in verschiedenen Leitungspositionen tätig, zuletzt als Amtschef des Wirtschaftsministeriums. 2019 trat der gebürtige Münchner als Generalbevollmächtigter in die LfA ein und übernahm ab 1. August 2021 Vorstandsverantwortung, unter anderem in den Bereichen IT und Interne Revision.

IMPRESSUM

Herausgeber LfA Förderbank Bayern, Königinstraße 17, 80539 München

Verantwortlich Bettina Daimer, Bernhard Krause, Michael Muhsal, Markus Wöhnl

Internet www.lfa.de

Verlag storyboard GmbH, Wiltrudenstraße 5, 80805 München

Leiterin der Verlagsredaktion Sandra Djajadisastra

Redaktion Martin Fraas, Marlene Irausek, Michèle Loetzner, Alissa Selge, Anna Karolina Stock

Bildredaktion Jasmin van de Loo

Gestaltung Thomas Saible

Lektorat Lektorat Süd, www.lektorat-sued.de

Druck Druckerei Vogl GmbH & Co. KG, Zorneding

Wenn Sie künftig unsere Informationen und Angebote nicht mehr erhalten möchten, können Sie der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke widersprechen. Teilen Sie uns dies bitte möglichst schriftlich unter Beifügung des Werbemittels und Angabe Ihres Namens sowie Ihrer Anschrift an unsere Adresse mit:
LfA Förderbank Bayern, Unternehmenskommunikation, Königinstraße 17, 80539 München, E-Mail: magazin@lfa.de

Nähere Informationen finden Sie unter: www.lfa.de/datenschutz

DATENSCHUTZINFORMATION: Ihre Adressdaten stammen aus unserem Bestand sowie von Deutsche Post Direkt GmbH, Junkersring 57, 53844 Troisdorf. Deutsche Post Direkt verarbeitet Ihre Adressdaten gem. Art. 6 (1) (f) DSGVO für Zwecke der Direktwerbung anderer Unternehmen. Wenn Sie generell einer Verarbeitung Ihrer Daten für Werbezwecke durch Deutsche Post Direkt widersprechen wollen, wenden Sie sich bitte an Deutsche Post Direkt. Weitere Informationen zu Ihren Rechten auf Auskunft, Berichtigung und Beschwerde erhalten Sie unter www.postdirekt.de/datenschutz und www.lfa.de/datenschutz

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C014405

Das FSC®-Warenzeichen garantiert, dass das verwendete Papier aus verantwortungsvoller Waldwirtschaft und anderen kontrollierten Materialien stammt. Mit der im Logo angegebenen Lizenznummer können auf ***info.fsc.org*** Informationen zur zertifizierten Druckerei eingesehen werden.

Printprodukt
www.natureOffice.com/DE-137-KM5JKTG
klimaneutral
durch CO2-Ausgleich

NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN

BLICK NACH VORN



Investitionen in moderne Technik machen es möglich, Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen und so für einen nachhaltigen Schutz der Umwelt zu sorgen. Unternehmen, die heute die Initiative ergreifen und betriebliche Abläufe umweltfreundlich und energieeffizient gestalten, legen den Grundstein für eine erfolgreiche Zukunft. Mit einer nachhaltig ausgerichteten Geschäftspolitik und einem umweltschonenden Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen können die Betriebe einen Beitrag zu einer zukunftsfähigen Gesellschaftsentwicklung leisten und dabei selbst auch dauerhaft Kosten sparen. Die LfA bietet spezielle Angebote zur Förderung von Investitionen in umweltschützende und weitere nachhaltige Vorhaben.

WEN FÖRDERN WIR?

Die LfA hilft Unternehmen, die der Umwelt helfen: Unterstützt werden vor allem kleine und mittlere Betriebe der gewerblichen Wirtschaft sowie freiberuflich Tätige mit Betriebsstätte oder Niederlassung in Bayern. Übrigens bietet die LfA auch für Kommunen entsprechende Förderangebote an.

WAS FÖRDERN WIR?

Die LfA finanziert Investitionen in Umweltschutz, Klimaschutz, Energieeinsparung und Energieeffizienz. Gefördert werden darüber hinaus Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, die Errichtung energieeffizienter Firmengebäude sowie deren energetische Sanierung.

UNSERE FÖRDERANGEBOTE FÜR ENERGIE UND UMWELT

- **Energiekredit,**
- **Energiekredit Plus,**
- **Energiekredit Gebäude** sowie
- **Ökokredit**

bieten besonders günstige Konditionen, lange Laufzeiten und tilgungsfreie Anlaufjahre. Wenn es um Investitionen in Energieeffizienz und Umweltschutz geht, sind sie erste Wahl. Die Energiekredite und der Ökokredit sind kombinierbar. Mit den Darlehen können bis zu 100 Prozent der förderfähigen Investitionen finanziert werden. Mit dem Energiekredit Gebäude ergänzt die LfA die vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) beziehungsweise von der KfW im Rahmen der „Bundesförderung für effiziente Gebäude" (BEG) gewährte Förderung jetzt sogar um ein eigenständiges bayerisches Förderdarlehen. Besonderheit des grundlegend neu gestalteten Energiekredits Gebäude ist das Angebot von Laufzeiten mit einer Zinsbindung von bis zu 20 Jahren. Damit können sich die Kreditnehmer sehr günstige Zinssätze langfristig sichern und die Zinsänderungsrisiken bei energetischen Gebäudeinvestitionen minimieren.

FINANZIERUNG VON INNOVATION UND WEITEREN NACHHALTIGEN VORHABEN

Mit dem Innovationskredit 4.0 sowie mit Startkredit und Investivkredit unterstützen wir außerdem Unternehmen und Gründer, die in weitere innovative Technologien investieren oder etwa nachhaltige Produkte entwickeln oder herstellen. Auch hier ist eine Kombination mit den Energiekrediten und dem Ökokredit möglich. Mit unserer attraktiven Förderung von Unternehmensnachfolgen können die Betriebe zudem nachhaltig in einen erfolgreichen Generationswechsel investieren. Beim Innovationskredit 4.0 sorgen Tilgungszuschüsse von bis zu zwei Prozent für zusätzliche Investitionsanreize. Die Förderberatung der LfA informiert über die passenden Förderangebote – ab sofort auch per Videoberatung.

Mehr unter www.lfa.de

Fotos: Stocksy/Cactus Creative Studio, Sebastian Arlt (2)

Siegfried Schneid

Abteilung
Produktgestaltung
Position
Abteilungsleiter
Seit 1982 bei der LfA



„Diese Freude, jemandem weiterzuhelfen, ist ein schönes Gefühl"

Direkt nach meinem Studium bin ich bei der LfA eingestiegen. Die meiste Zeit meines Berufslebens habe ich in der Produktgestaltung respektive Zentralabteilung verbracht: 27 Jahre, davon fast 20 als Abteilungsleiter. Unser Team ist das zentrale Bindeglied zwischen Wirtschaft, Politik und Banken. Denn ein vernünftiges Förderprodukt kann nur entstehen, wenn ich die Interessen der Betriebe, Existenzgründer und Freiberufler richtig treffe und wenn das Produkt so gestaltet ist, dass auch die Banken ihre Kosten decken können. Im gegenseitigen Austausch entwickeln wir neue Förderprogramme und passen bestehende an: Wo wird Hilfe benötigt, wie kann der Freistaat sich einbringen? So entstehen Angebote, die wir fertig planen, berechnen und in der Umsetzung in unserem Haus verankern. Die rund 20 Mitarbeiter meiner Abteilung sind in drei Gruppen aufgeteilt: Team Z1 kümmert sich um den konzeptionellen Teil. Für die Zahlen ist dann das Team Z2 zuständig. Es werden Modellrechnungen und Auswertungen gemacht, Programmvereinbarungen mit den Ministerien formuliert und abgeschlossen. Und Z3 organisiert die Vertriebssteuerung sowie das Partner- und Event-Marketing. Das digitale Thema wird dort immer präsenter mit Webinaren, Online-Schulungen und digitalen Vertriebshilfen. Als Bank waren und sind wir sehr schnell, wenn es darum geht, neue Herausforderungen zu bewältigen. Ich bin stolz darauf, was wir als Teil der LfA in den letzten 70 Jahren geleistet haben.

Julia-Anna Ilg

Abteilung
verschiedene
Position
Duale Studentin
Seit 2019 bei der LfA



„Erfahrung kommt immer gut – egal, ob im Leben oder am Arbeitsplatz"

Meine Mutter ist zufällig auf das Studienangebot der Dualen Hochschule Baden-Württemberg aufmerksam geworden. Unter den Hochschulpartnern war die LfA für mich am interessantesten. Es ging dann alles ganz schnell: die Bewerbung, ein Telefonat, das persönliche Gespräch. Vier Wochen später war ich schon im Einsatz. In der Beratung absolvierte ich zwei Wochen Vorpraktikum. Dort hat man einen guten Überblick, lernt alle Produkte und Abteilungen kennen. Ein Jahr lang war ich die einzige duale Studentin im Haus. Jetzt sind noch Johannes und Fabian dazugekommen. Unser Lehrplan an der Uni Ravensburg gestaltet sich sehr kompakt. Was „normale" Studenten in sechs Monaten lernen, machen wir in drei. Diese Drei-Monats-Blöcke wechseln sich immer ab, einmal Theorie, einmal Praxis. Außer wie bei mir jetzt im 4. Semester, da gibt es auch mal einen sechsmonatigen Arbeitsblock. Den Praxisbezug finde ich richtig gut. Wir sammeln viele Erfahrungen und sehen, ob uns der Joballtag gefällt. Meine Aufgaben sind vielfältig. Ich unterstütze mit Recherchen zu einem neuen Thema, erstelle eine Präsentation oder helfe im Tagesgeschäft aus. Ein anderes Mal schreibe ich eine Auswertung über eine Entwicklung in der LfA oder erarbeite ein neues Konzept. Lieblingsbereich habe ich keinen. Bis jetzt hatte jeder Zweig etwas für sich. Nach dem Studium würde es mich freuen, in der LfA zu bleiben – hier kenne ich jetzt schon die Aufgaben und die Kollegen.



Seit 70 Jahren prägt die LfA Bayerns wirtschaftliche Entwicklung entscheidend mit. Wir ebnen Gründern den Weg in die Selbstständigkeit, unterstützen Wachstumsvorhaben, nachhaltige und innovative Investitionen und stehen Bayerns Mittelstand auch in schwierigen Situationen tatkräftig zur Seite. Gerne beraten wir Sie kostenfrei, wie Sie unsere Fördermöglichkeiten optimal nutzen können. Tel. 089/21 24 - 10 00

www.lfa.de

Beratung.
Finanzierung.
Erfolg.

LfA Förderbank Bayern

22

WIR SUCHEN BAUINGENIEURE (M/W/D)

www.lga.de

[PRÜFSTATIK]
[BAUWERKSPRÜFUNG]
[BRANDSCHUTZ]
[GEOTECHNIK]
[VERKEHRSWEGEBAU]
[MATERIALPRÜFUNG]

[Gemeinsam Zukunft gestalten]

LGA

Sicherheit und Qualität seit 1869

Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar
1 Mi	1 Sa Neujahr	1 Di	1 Di Fastnacht	1 Fr	1 So Tag der Arbeit	1 Mi	1 Fr	1 Mo KW 31	1 Do	1 Sa	1 Di Allerheiligen	1 Do	1 So Neujahr
2 Do	2 So	2 Mi	2 Mi	2 Sa	2 Mo KW 18	2 Do	2 Sa	2 Di	2 Fr	2 So	2 Mi	2 Fr	2 Mo KW 1
3 Fr	3 Mo KW 1	3 Do	3 Do	3 So	3 Di	3 Fr	3 So	3 Mi	3 Sa	3 Mo Tag d. Dt. Einheit	3 Do	3 Sa	3 Di
4 Sa	4 Di	4 Fr	4 Fr	4 Mo KW 14	4 Mi	4 Sa	4 Mo KW 27	4 Do	4 So	4 Di KW 40	4 Fr	4 So	4 Mi
5 So	5 Mi	5 Sa	5 Sa	5 Di	5 Do	5 So Pfingstsonntag	5 Di	5 Fr	5 Mo KW 36	5 Mi	5 Sa	5 Mo KW 49	5 Do
6 Mo KW 49	6 Do Hl. Drei Könige	6 So	6 So	6 Mi	6 Fr	6 Mo Pfingstmontag	6 Mi	6 Sa	6 Di	6 Do	6 So	6 Di	6 Fr Hl. Drei Könige
7 Di	7 Fr	7 Mo KW 6	7 Mo KW 10	7 Do	7 Sa	7 Di KW 23	7 Do	7 So	7 Mi	7 Fr	7 Mo KW 45	7 Mi	7 Sa
8 Mi	8 Sa	8 Di	8 Di	8 Fr	8 So	8 Mi	8 Fr	8 Mo KW 32	8 Do	8 Sa	8 Di	8 Do	8 So
9 Do	9 So	9 Mi	9 Mi	9 Sa	9 Mo KW 19	9 Do	9 Sa	9 Di	9 Fr	9 So	9 Mi	9 Fr	9 Mo KW 2
10 Fr	10 Mo KW 2	10 Do	10 Do	10 So	10 Di	10 Fr	10 So	10 Mi	10 Sa	10 Mo KW 41	10 Do	10 Sa	10 Di
11 Sa	11 Di	11 Fr	11 Fr	11 Mo KW 15	11 Mi	11 Sa	11 Mo KW 28	11 Do	11 So	11 Di	11 Fr	11 So	11 Mi
12 So	12 Mi	12 Sa	12 Sa	12 Di	12 Do	12 So	12 Di	12 Fr	12 Mo KW 37	12 Mi	12 Sa	12 Mo KW 50	12 Do
13 Mo KW 50	13 Do	13 So	13 So	13 Mi	13 Fr	13 Mo KW 24	13 Mi	13 Sa	13 Di	13 Do	13 So	13 Di	13 Fr
14 Di	14 Fr	14 Mo KW 7	14 Mo KW 11	14 Do	14 Sa	14 Di	14 Do	14 So	14 Mi	14 Fr	14 Mo KW 46	14 Mi	14 Sa
15 Mi	15 Sa	15 Di	15 Di	15 Fr Karfreitag	15 So	15 Mi	15 Fr	15 Mo KW 33	15 Do	15 Sa	15 Di	15 Do	15 So
16 Do	16 So	16 Mi	16 Mi	16 Sa	16 Mo KW 20	16 Do Fronleichnam	16 Sa	16 Di	16 Fr	16 So	16 Mi	16 Fr	16 Mo KW 3
17 Fr	17 Mo KW 3	17 Do	17 Do	17 So Ostersonntag	17 Di	17 Fr	17 So	17 Mi	17 Sa	17 Mo KW 42	17 Do	17 Sa	17 Di
18 Sa	18 Di	18 Fr	18 Fr	18 Mo Ostermontag	18 Mi	18 Sa	18 Mo KW 29	18 Do	18 So	18 Di	18 Fr	18 So	18 Mi
19 So	19 Mi	19 Sa	19 Sa	19 Di KW 16	19 Do	19 So	19 Di	19 Fr	19 Mo KW 38	19 Mi	19 Sa	19 Mo KW 51	19 Do
20 Mo KW 51	20 Do	20 So	20 So	20 Mi	20 Fr	20 Mo KW 25	20 Mi	20 Sa	20 Di	20 Do	20 So	20 Di	20 Fr
21 Di	21 Fr	21 Mo KW 8	21 Mo KW 12	21 Do	21 Sa	21 Di	21 Do	21 So	21 Mi	21 Fr	21 Mo KW 47	21 Mi	21 Sa
22 Mi	22 Sa	22 Di	22 Di	22 Fr	22 So	22 Mi	22 Fr	22 Mo KW 34	22 Do	22 Sa	22 Di	22 Do	22 So
23 Do	23 So	23 Mi	23 Mi	23 Sa	23 Mo KW 21	23 Do	23 Sa	23 Di	23 Fr	23 So	23 Mi	23 Fr	23 Mo KW 4
24 Fr Heiligabend	24 Mo KW 4	24 Do	24 Do	24 So	24 Di	24 Fr	24 So	24 Mi	24 Sa	24 Mo KW 43	24 Do	24 Sa Heiligabend	24 Di
25 Sa Weihnachten	25 Di	25 Fr	25 Fr	25 Mo KW 17	25 Mi	25 Sa	25 Mo KW 30	25 Do	25 So	25 Di	25 Fr	25 So Weihnachten	25 Mi
26 So Weihnachten	26 Mi	26 Sa	26 Sa	26 Di	26 Do Himmelfahrt	26 So	26 Di	26 Fr	26 Mo KW 39	26 Mi	26 Sa	26 Mo Weihnachten	26 Do
27 Mo KW 52	27 Do	27 So	27 So	27 Mi	27 Fr	27 Mo KW 26	27 Mi	27 Sa	27 Di	27 Do	27 So	27 Di KW 52	27 Fr
28 Di	28 Fr	28 Mo KW 9	28 Mo KW 13	28 Do	28 Sa	28 Di	28 Do	28 So	28 Mi	28 Fr	28 Mo KW 48	28 Mi	28 Sa
29 Mi	29 Sa		29 Di	29 Fr	29 So	29 Mi	29 Fr	29 Mo KW 35	29 Do	29 Sa	29 Di	29 Do	29 So
30 Do	30 So		30 Mi	30 Sa	30 Mo KW 22	30 Do	30 Sa	30 Di	30 Fr	30 So	30 Mi	30 Fr	30 Mo KW 5
31 Fr Silvester	31 Mo KW 5		31 Do		31 Di		31 So	31 Mi		31 Mo KW 44		31 Sa Silvester	31 Di

$$M = \frac{ql^2}{8}$$

DIE LGA IN ZAHLEN

8
PRÜFÄMTER für **STANDSICHERHEIT** in Bayern

23
STANDORTE
deutschlandweit

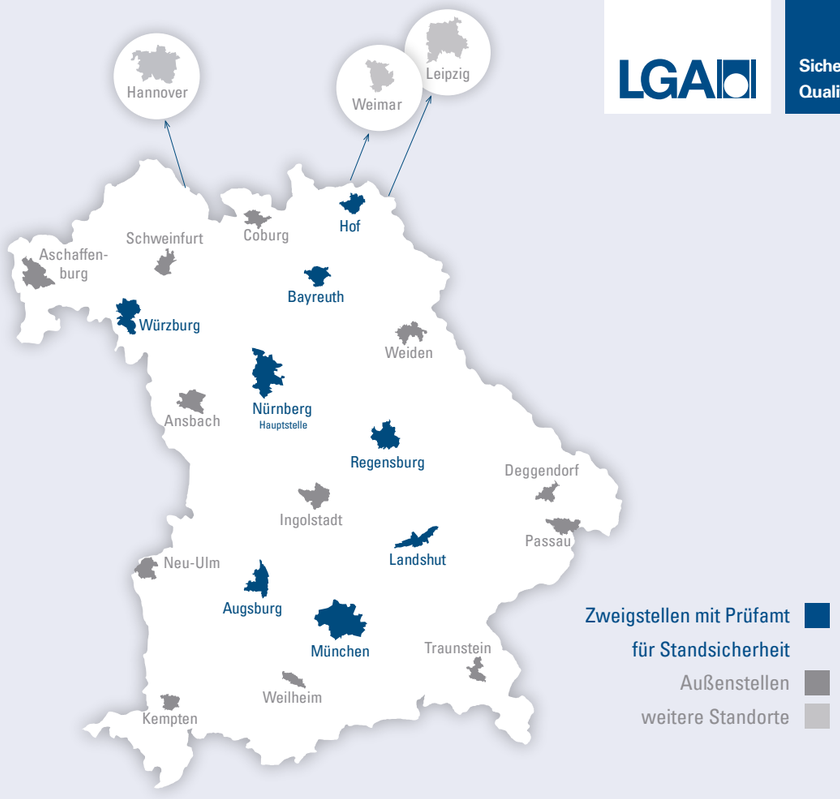
1869
über 150 Jahre
SICHERHEIT UND QUALITÄT

380
engagierte
MITARBEITER*INNEN

60
TECHNISCHE
Angestellte

6
INGENIEUR- und **PRÜFDIENSTLEISUNGS-FELDER** im Baubereich

210
BAUINGENIEUR*INNEN
stehen für Kompetenz am Bau



LGA
Sicherheit und Qualität seit 1869

DIENSTLEISTUNGEN DER LGA

PRÜFSTATIK

DIE FACHRICHTUNGEN
- Metallbau
- Holzbau
- Massivbau

SPEZIALGEBIETE
- Brückenbau
- **Glaskonstruktionen**
- Kunststoffkonstruktionen
- Historische Bauten
- Brandschutztechnische Nachweise
- Fliegende Bauten
- **Typenprüfungen**
- Windenergieanlagen
- **EBA-Anerkennung** für Massiv- und Metallbau, Schweißtechnik

BAUWERKSPRÜFUNG

- Überwachung und Bewertung des Zustandes von Strukturen, Bauwerken und Gebäudeschäden
- Sensorgestütztes **Bauwerks-monitoring**
- Zerstörungsfreie Prüfung
- Bauwerksprüfungen nach **DIN 1076** und **VDI 6200**
- Erschütterungsüberwachung nach DIN 4150
- Begutachtung historischer Bauwerke
- **Beweissicherung**
- Realtime-Überwachung von Schwerlastüberfahrten
- Instandsetzungskonzepte
- Sachverständige für Schadensfälle und Gerichtsgutachten

BRANDSCHUTZ

FEUERWIDERSTAND VON BAUARTEN UND BAUPRODUKTEN
- Feuerwiderstand aktueller und historischer Bauarten, wie z.B. hochfeste Stützen, Rippendecken
- Feuerwiderstand ungeregelter Bauprodukte und Bauarten

BRANDSCHUTZNACHWEISE
- **Integrale Brandschutznachweise** für Bestand und Neubau
- Wirksame und angemessene Lösungen für Abweichungen nach LBO
- **Naturbrandsimulation** und weitere moderne Verfahren

FORSCHUNG UND NORMUNG
- Normungsarbeit im DIN und DIBt
- Anwendungsforschung

GEOTECHNIK

- Gründungen, Baugruben, Spezialtiefbau
- **Tunnel- und U-Bahnbau**
- Dämme und Stützbauwerke
- Hydrologie
- Erdbebennachweise für erd-verlegte Rohre und Schächte
- **FEM–Anwendung** in der Geotechnik
- Bewertung dynamischer Stabilität und Erschütterung im Bahnbereich
- **EBA-Anerkennung** für Grund- und Erdbau, Felsbau im Eisenbahnbau

VERKEHRSWEGEBAU

- Geotechnik für Verkehrswege
- Erdbau
- Gesteinskörnungen, Baustoff-gemische und **Recyclingbaustoffe**
- Prüfung von Beschichtungs-systemen
- Boden- und Felsmechaniklabor
- **Asphalt / Bitumen**
- Fahrbahnmarkierungsstoffe
- Zustandserfassung und Trag-fähigkeitsuntersuchung an Verkehrsflächen
- Erhaltungsmanagement
- **Prüfstelle nach RAP Stra**

MATERIALPRÜFUNG

- Baustoffe und Bauprodukte
- **Betontechnologie**
- Beton- und Baustofflabor
- **Anlagen nach WHG/AwSV**
- Denkmalpflege
- Bauprodukte, Fassaden- und Massivbau
- Überwachen und **Zertifizieren von Bauprodukten**
- Naturstein- und Fassadentechnik
- Zerstörungsfreie Untersuchungs-methoden

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 7. Oktober 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 19





BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Kunstminister Bernd Sibler bei der Eröffnung des 21. Bayerischen Museumstags Bild: Hubert Bösl, Bildrechte: Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern

Bayerischer Museumstag 2021:

Nachhaltiges Sammeln als Kernaufgabe

Unter dem Titel „gezielt/nachhaltig/sammeln“ widmete sich der 21. Bayerische Museumstag im schwäbischen Friedberg dem Sammeln als Kernaufgabe der Museen und der Umgang mit den gesammelten Objekten auf dem Weg zu den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung. Bei der Eröffnung wies Kunstminister Bernd Sibler darauf hin, dass das Bewahren zu den Kernaufgaben der Museen zähle. So ließen sich Inhalte nachhaltig zugänglich machen und über Generationen hinweg vermitteln.

Durch den Austausch über langfristige Sammlungskonzepte, die sich an wichtigen Nachhaltigkeitszielen orientieren, werde die reiche und vielfältige Museumslandschaft in Bayern zukunftsfähig gemacht. „Der Austausch von Wissen und Erfahrungen zwischen den Einrichtungen bringt sowohl die Museen als auch den Freistaat als Kulturstaat weiter voran und ist gelebte Nachhaltigkeit. Die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern leistet hierzu einen wertvollen Beitrag“, so der Minister.

Planungsziel Nachhaltigkeit

Wissenschaftler, Konservatoren und Architekten diskutierten im Rahmen des Bayerischen Museumstags etwa über die Sammlungsentwicklung am Deutschen Museum, die Nachhaltigkeit als Planungsziel des zukünftigen Großobjektedepots des Freilandmuseums Oberpfalz, die Aspekte der Nachhaltigkeit bei der Generalsanierung und Neukonzeption des Münchner Stadtmuseums, sowie über die Frage, wie man große Museen wie das Lenbachhaus klimaneutral gestalten kann. Darüber hinaus fanden Exkursionen zu verschiedenen schwäbischen Museen wie etwa ins Bauernhofmuseum nach Illerbeuren, ins Bienenmuseum nach Illertissen oder in die Südseeausstellung nach Obergünzburg statt.

Bayerischer Museumspreis

Im Zentrum des Bayerischen Museumstags stand die Verleihung des Bayerischen Museumspreises der Versicherungskammer Bayern und des Preises „Vermittlung im Museum“ der Bayerischen Sparkassenstiftung. Franz Kränzler, Mitglied des Vorstands der Versicherungskammer Kulturstiftung und Dr. Ingo Krüger, Geschäftsführender Vorstand der Bayerischen Sparkassenstiftung, gaben die Preisträger bekannt.

„Museums-Oscar“ für Ingolstadt

Der mit 20.000 Euro dotierte „Museums-Oscar“ in der Kategorie der haupt- oder nebenamtlich-wissenschaftlich geleiteten Museen ging nach Ingolstadt. Laut Jury schloss das dort ansässige Deutsche Medizinhistorische Museum mit Eröffnung seiner neuen Dauerausstellung im Herbst 2020 seine grundlegende Modernisierung eindrucksvoll ab. In der „Alten Anatomie“, einst medizinisches Fakultätsgebäude der Bayerischen Landesuniversität, gelinge es hervorragend, die Brücke zwischen historischen Formen der Heilkunst und heutigen Behandlungsweisen zu schlagen. „Aus der umfangreichen Sammlung des Hauses wurden in reduzierter Zahl die aussagekräftigsten Stücke herausgesucht. Sie vermitteln – oft in Kombination mit weiterführenden Medienstationen – auch thematisch schwierige Inhalte in angenehmer Form und ohne Sensationshascherei.“ Neben vielfältigen Veranstaltungen erlaube ein umfangreiches digitales Informationsangebot den

(Fortsetzung auf Seite 4)

NÜRNBERG 2021
KOMMUNALE
12. BUNDESWEITE FACHMESSE UND KONGRESS

Die Kommunale 2021 findet am 20. und 21. Oktober im Messezentrum Nürnberg statt. Die Bayerische GemeindeZeitung finden Sie am Stand 9-240. Kommen Sie uns besuchen!
Im Ticketcenter
https://www.kommunale.de/de/besucher/tickets/gutschein
können Sie mit dem Gutscheincode
KOM21gemeindezeitung ein kostenfreies Ticket einlösen.
Informationen: www.kommunale.de ❐

8. Bayerisches BreitbandForum

Live und Corona-konform am 14. Oktober 2021 in der Stadthalle Gunzenhausen

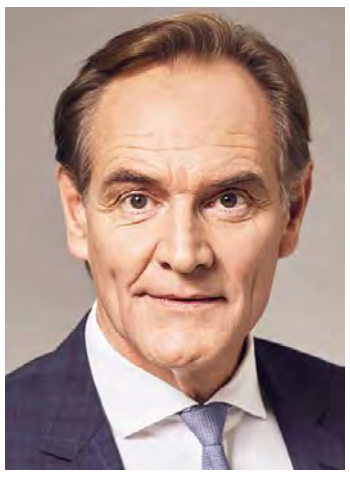
Liebe Besucher, Partner, Interessierte! Die Vortragsthemen sind online! Melden Sie sich noch heute an. Alle aktuellen Informationen finden Sie unter
www.bayerisches-breitbandforum.de
Über die aktuell gültigen Hygienemaßnahmen informieren wir Sie rechtzeitig. ❐

Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags:

Hilfe für Schutzbedürftige

„Klimaschutz ist in Deutschland eine Aufgabe von nationaler Tragweite. Wir alle müssen uns dafür engagieren, unseren Planeten Erde zu erhalten“, betonte der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, im Rahmen der Präsidiumssitzung in Heidelberg. Der kommunale Spitzenverband fordert Bund und Länder auf, den Städten die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zu geben, um die Ziele der Klimaneutralität zu erreichen.

„Zahlreiche Städte wollen schon vor 2045 klimaneutral werden. Vor Ort wird Klimaschutz gemacht, mit Konzepten und Investitionen. Allerdings sind die Kommunen gefesselte Treiber im Klimaschutz. Wir brauchen dringend schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Wir brauchen den Vorrang für den raschen Ausbau erneuerbarer Energien. Und



Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig. Bild: Michael Bader

wir brauchen mehr Tempo beim energieeffizienten Bauen und Sanieren und eine Mobilitätswende“, machte Lewe deutlich. „Damit wir schneller vorankommen, brauchen wir auch Mittel in zweistelliger Milliardenhöhe pro Jahr für kommunalen Klimaschutz und die Anpassung an Klimafolgen wie Hochwasser, Starkregen und Hitze.

Nicht um jeden Euro kämpfen

Die Städte wollen mit Schwung und Perspektive in Klimaschutz und Klimaanpassung investieren und nicht länger um jeden zusätzlichen Euro kämpfen.“

Der Bund müsse die Klimaanpassung im Klimaschutzgesetz fest verankern, führte der Verbandsvize weiter aus. Diese elementare Aufgabe müsse auf allen Ebenen mit mehr Nachdruck

(Fortsetzung auf Seite 4)



Markus Lewe, Vizepräsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster Bild: Stadt Münster



Vom Wahlplakat bis zum Selfie, Politikbetrieb ohne Fotos ist längst nicht mehr vorstellbar. Aber kann unsere moderne Bilderflut mehr Inhalt vermitteln, als ein eitles „Ich-war-auch-dabei“? Unser Kater meint eher nein, nur leider geht es nicht mehr ohne.
Seite 23

Difu-Gemeinschaftsstudie:

Innovationsfähigkeit der Wirtschaftsförderung

Akteure – Instrumente – Handlungsansätze

Für Städte und damit auch die lokale Wirtschaft wachsen die Anforderungen: Auch sie müssen die notwendige sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft aktiv mitgestalten. Eine Gemeinschaftsstudie des Deutschen Instituts für Urbanistik mit den Städten Bremen, Frankfurt am Main, Freiburg, Karlsruhe, Kiel, Konstanz, Ludwigsburg, München, Nürnberg und der Region Hannover zeigt, wie die Wirtschaftsförderungen der Kommunen ihre eigene Innovationsfähigkeit stärken können.

Schon seit langem fordern Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit für ihre klimafreundlichen Geschäftsmodelle. Vor diesem Hintergrund rückt die Frage nach der Innovationsfähigkeit und der Innovationsnotwendigkeit der Wirtschaftsförderung ins Visier ihrer Arbeit. Die Bedeutung der Themen „Krisenfestigkeit“, „Resilienz“ und Anpassungsfähigkeit haben mit der Corona-Krise und im Bewusstsein der möglichen krisenhaften Auswirkungen des Klimawandels neue Betroffenheiten und Verantwortlichkeiten sichtbar gemacht.

Sicherung und Wiederbelebung

„Die Strategien zur Sicherung und Wiederbelebung der Wirtschaft in den Kommunen müssen deshalb technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt miteinander verbinden“, heißt es in der Studie.

Laut Difu-Wissenschaftlerin Sandra Wagner-Endres, Projektleiterin der Studie, müssen die Wirtschaftsförderungen in den Kommunen in einem äußerst dynamischen Umfeld Zukunftsthemen berücksichtigen und zugleich die eigenen Organisationsstrukturen erneuern. „Die Wirtschaftsförderung muss einen Rollenwechsel von einer reinen Serviceeinheit hin zu einer Institution vollziehen, die sich als Zukunftsgestalterin und zugleich als städtischer Netz

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Tag des offenen Denkmals 2
Bürger haben ein Recht auf Sicherheit in der digitalisierten Welt 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Ortsmitten zukunftsfähig gestalten 3
HSS: Appell für mehr Zivilcourage 3
Kommunale Bauthemen . . . . . 5 - 9
Kommunale Gesundheitsthemen . . . . . 10 - 12
Umwelt- und Abfallthemen . . . . . 13 - 16
Kommunale Entwicklungszusammenarbeit . . . . . 16 - 17
Kommunalfahrzeuge • Galabau • Forst • Friedhof . . . . . 18 - 21
Aus den bayerischen Kommunen . . . . . 22 - 24

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Tag des offenen Denkmals:

Sein & Schein

An mehr als 600 Orten konnten sich die zahlreichen Besucher am Tag des offenen Denkmals ein Bild der wichtigsten Denkmäler Bayerns machen. Unter dem Motto „Sein & Schein in Geschichte, Architektur und Denkmalpflege“ gab es heuer eine Mischung aus digitalen Angeboten und Programm am Ort. In einem virtuellen 3-D-Rundgang konnte zum Beispiel die Alte Schäfflerei des Fraunhofer Zentrums im Kloster Benediktbeuern erkundet werden, im Bauarchiv in Thierhaupten wurden digitale Führungen mit verschiedenen Themenschwerpunkten offeriert.

Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege bot Führungen vor Ort in München, Regensburg, Weißenburg, Neustadt an der Donau und Treuchtlingen-Graben an. Architektur greift immer wieder auf Vorbilder zurück. Damit will sie ein Bild oder auch ein Anknüpfen an eine bestimmte Tradition oder Geschichte vermitteln. Auf einem Rundgang durch die Münchner Altstadt wurden einzelne Denkmäler vorgestellt, die oftmals als etwas scheinen, was sie nicht sind. Erläutert wurden die Bauherren und Architekten sowie die damit vielleicht verbundene politische Absicht.

Dienstsitz königliche Villa

Die königliche Villa in Regensburg, heute Dienststelle des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, liegt erhöht auf den Resten der Stadtbefestigung vor den Toren der spätmittelalterlichen Stadt. Die Führung durch die Außenanlage des Gebäudes erläuterte die markante Platzgeschichte. Vor allem aber wurden die Geschichte des Hauses und seiner Architektur beleuchtet.

Über der Zivilsiedlung des römischen Kastells Biriciana wurde nach dem 1. Weltkrieg das Wohnquartier Steinleinsfurt in Weißenburg i. Bay. errichtet. Knapp 100 Jahre später wird das Quartier durch eine verdichtete Neubebauung weiterentwickelt, was umfangreiche archäologische Ausgrabungen nötig macht. Die Führung hatte die bisherigen Ergebnisse der archäologischen Ausgrabungen zum Thema und stellte den Bezug zum römischen Weißenburg als Teil des UNESCO-Welterbes her.

Welterbe Donaulimes

Auch das neue UNESCO-Welterbe Donaulimes war in diesem Jahr mit dabei. In Neustadt an der Donau im Landkreis Kelheim wurde eine Wanderung auf den Spuren der Römer angeboten. Die Rundwanderung führte entlang der Donau zum Weinberg, wo sich ein römisches Heiligtum versteckt. Von dort aus ging es am römischen Legionslager im Unterfeld vorbei zurück zum Ausgangspunkt.

Die Bayerische Schlösserverwaltung lud am Tag des offenen Denkmals zum Familientag der Befreiungshalle Kelheim ein. Dabei drehte sich alles um die Architektur des Bauwerks. Dabei ist die Befreiungshalle keineswegs das erste Bauwerk, das an dieser Stelle errichtet wurde. Vor rund 2.000 Jahren soll dort eine keltische Befestigungsanlage gestanden haben.

Zu den größten erhaltenen Burganlagen Europas zählt die über 800 Jahre alte Veste Oberhaus über der Stadt Passau. Eine Führung durch die Außenanlagen der Burg stellte architektonische Merkmale und handwerkliche Techniken in den Mittelpunkt, die bei der Ausgestaltung der Burganlage zur fürstlichen Residenz angewandt wurden.

Das historische Brunnenhaus in Landshut, das heute den gemeinnützigen Verein Bauzunfthaus beheimatet, wurde bereits vor Ende des 16. Jahrhunderts errichtet. Der dazugehörige Wasserturm, ursprünglich ein Wehrturm, ist noch älter und geht mit seinem Bau auf die Stadtmauererweiterung Mitte des 13. Jahrhunderts zurück. Bis 1898 war das ehemalige Brunnenhaus die Verteilerstation für die Wasserversorgung der Stadt Landshut. Besucherinnen und Besucher finden darin heute die Schmiede- und eine Schusterwerkstatt des Vereins Bauzunfthaus. Eine Architektin und ein Restaurator führten am Aktionstag durch das Gebäude.

Exklusive Einblicke

Circa vier Meter unter der Erdoberfläche liegt die historische Wasserzisterne der Stadt Dingolfing. Bei einer Führung erhielt man einen exklusiven Einblick in die Gewölbe mit handgeschlagenen Ziegeln, die im Mittelalter der Wasserversorgung dienten. Außerdem gab es einen Einblick in die sonst verschlossene Badstube und den Kühlbrunnen.

In Moosburg (Landkreis Freising) wurden Führungen durch eine ganz andere Art von Denkmal bzw. Mahnmal angeboten: Durch das Stalag VII A – eines der größten Kriegsgefangenenlager im Zweiten Weltkrieg. Zu sehen waren noch vier Baracken von damals, die Aufschluss geben über das damalige Leben der Gefangenen.

Einen seltenen Blick über die Stadt konnte man in Ansbach genießen, hinter die Barockfassaden schauen oder jüdische Geschichte erleben. Das Highlight dabei war die Öffnung des Bismarckturms auf der Kaiserhöhe von Ansbach. Ansonsten gab es zahlreiche Führungen durch die Innenstadt oder den erst kürzlich neu verlegten Stolpersteinen. Virtuell konnte man auf der Homepage des Tourismusamts die St. Ludwig Kirche den ehemaligen markgräflichen Pavillon und die Baustile der Gumbertuskirche in Videos erkunden.

Veranstaltungsreihe

Das Fränkische Freilandmuseum in Bad Windsheim bot zum Tag des offenen Denkmals gleich eine ganze Reihe von Veranstaltungen und Führungen. Zu sehen war etwa eine Tabaktrockenscheune aus dem Jahr 1927. Sie gilt mit dem Mechanismus der Trockenöffnungsklappen als eines der technisch eindrucksvollsten Gebäude des Freilandmuseums. Außerdem konnten die Besucher in der Restauratorenwerkstatt einen Blick hinter die Kulissen werfen.

Das Industriemuseum Lauf an der Pegnitz wartete mit einem neuen, während des Lockdowns entwickelten virtuellen 360 Grad-Rundgang auf. Dieser ermöglichte es, sich mit dem eigenen Smartphone frei durch das Museum zu bewegen. Im Außenbereich des Industriemuseums Lauf konnte man „High Tech der historischen Art“ betrachten, wie etwa den „Mops“, einen Traktor, der zu den ersten landwirtschaftlichen Maschinen in Deutschland zählte. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Karl-Heinz Fitz
91710 Gunzenhausen
am 11.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christian Mayer
94491 Hengersberg
am 20.10.

Bürgermeister Martin Geier
94572 Schöfweg
am 20.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Bernd Steigerwald
97843 Neuhütten
am 7.10.

Bürgermeister
Alvin Lichtensteiger
87766 Memmingerberg
am 13.10.

Bürgermeister
Matthias Schneider
97531 Theres
am 16.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Holger Baumacher
97539 Wonfurt
am 15.10.

Landrat Dr. Hermann Ulm
91301 Forchheim
am 18.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Langner
90602 Pyrbaum
am 15.10.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Innenminister Joachim Herrmann:

Bürger haben ein Recht auf Sicherheit auch in einer digitalisierten Welt

Im Kampf gegen Kinderpornographie und schwere Kriminalität brauchen Behörden Zugang zu Daten

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat bei der Fachtagung „Going dark – Signals Intelligence im IT-Zeitalter“ die Rechtsprechung aufgefordert, ihre Vorgaben vor dem Hintergrund der rasanten technischen Entwicklung und den daraus entstehenden neuen Gefahren immer wieder zu überprüfen. Fast alle diese Vorgaben beruhten darauf, ob Eingriffe in die Privatsphäre verhältnismäßig sind. „Je größer aber die Gefahren für die Sicherheit werden, desto mehr muss der Gesetzgeber die Sicherheitsbehörden mit Abwehrbefugnissen ausstatten. Die Bürgerinnen und Bürger haben auch in der digitalisierten Welt ein Recht auf Sicherheit“, sagte Herrmann.

Die Herausforderungen sind nach Auffassung des Innenministers inzwischen „so groß, dass die bestehenden Überwachungsbefugnisse in weiten Teilen schlichtweg ins Leere laufen. Das liegt nicht nur am technischen Fortschritt, sondern auch an den hohen verfassungsrechtlichen Hürden, die das Bundesverfassungsgericht für den Einsatz moderner Überwachungstechniken vorschreibt.“ Herrmann warnte eindringlich vor den Gefahren: Inhalte einer digitalen, kryptierten Kommunikation von Terroristen, Extremisten und Kriminellen könnten grundsätzlich nicht mehr von den Sicherheitsbehörden mitverfolgt werden.

Effektivität bestehender Handlungsmöglichkeiten

Dringend müsse deshalb die Effektivität bestehender Handlungsmöglichkeiten kritisch beleuchtet werden. Zwar gelte es, Privatsphäre und Sicherheit der Kommunikation durch Verschlüsselung zu schützen. „Gleichzeitig muss aber für die zuständigen Behörden auch in der digitalen Welt die Möglichkeit bestehen, über einen rechtmäßigen Zugang zu Daten für legitime und klar definierte Zwecke im Rahmen der Bekämpfung schwerer Kriminalität wie Kinderpornographie und Terrorismus zu verfügen und die Rechtsstaatlichkeit so zu wahren.“ Das komme oft einer „Quadratur des Kreises“ gleich.

Herrmann fordert darüber hinaus, konsequent von Gestaltungsspielräumen Gebrauch zu machen, wenn der Gesetzgeber entsprechende Möglichkeiten aufgezeigt hat: „Ich denke hier besonders an die Nachrichtendienste. Schon seit Langem fordere ich, dass dem Bundesamt für Verfassungsschutz die Befugnis zur Online-Durchsuchung eingeräumt und der Zugriff auf gespeicherte Verkehrsdaten eröffnet wird.“ Man müsse außerdem weitere Werkzeuge und Methoden entwickeln, die den hohen verfassungsgerichtlichen Anforderungen genügen.

Individueller Eingriffsschutz und staatliche Schutzpflicht

Das Fazit des bayerischen Innenministers: „Wir müssen uns diesen Herausforderungen der modernen Informationstechnik stellen und im Spannungsfeld zwischen individuellem Eingriffsschutz und staatlicher Schutzpflicht gemeinsam nach Lösungen suchen. Den Staat trifft auch und gerade in einer digitalisierten Welt die Verpflichtung, unsere Freiheit und unsere Rechtsordnung zu verteidigen. Die gesetzlichen Handlungsinstrumente, die den Sicherheitsbehörden hierfür derzeit zur Verfügung stehen, sind leider eher überschaubar.“ ❐

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung

Futter- und Ackerbau wichtigste Säulen landwirtschaftlicher Erzeugung in Bayern
Die Hälfte der Landwirte nutzen additive Einkommensquellen

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik auf Grundlage der endgültigen Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2020 mitteilt, sind der Futterbau mit rund 39.170 Betrieben und der Ackerbau mit rund 32.780 Betrieben unverändert die wichtigsten Säulen der landwirtschaftlichen Erzeugung in Bayern.

Gegenüber der Landwirtschaftszählung 2010 nimmt allerdings die Bedeutung zusätzlicher Einkommensquellen zu. 52,2 Prozent der Landwirtschaftsbetriebe erzielen Einkommen außerhalb der landwirtschaftlichen Produktion. Es zeigt sich auch, dass es in größeren Betrieben und Höfen, die Landwirtschaft im Haupterwerb betreiben, häufiger eine Hofnachfolgerin oder einen Hofnachfolger gibt als in kleineren Betrieben und Höfen in landwirtschaftlichem Nebenerwerb.

Fürth. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, liegen nach den endgültigen Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2020 die betriebswirtschaftlichen Schwerpunkte der landwirtschaftlichen Produktion in Bayern beim Futter- und Ackerbau. So nahm die Zahl der Ackerbaubetriebe seit der letzten Landwirtschaftszählung im Jahr 2010 von 26.070 auf 32.780 Betriebe zu. Die vorherrschende betriebswirtschaftliche Ausrichtung in Bayern ist aber nach wie vor der Futterbau, auch wenn die Zahl der Futterbaubetriebe seit 2010 von 52.180 auf 39.170 Betriebe zurückgegangen ist. Der Wert der landwirtschaftlichen Produktion wird zu 52,8 Prozent innerhalb des Futterbaus – und zwar vorwiegend von Milchviehbetrieben – generiert. Der Anteil des Ackerbaus liegt bei 20,6 Prozent. Die rund 2.810 bayerischen Betriebe mit Schwerpunkt in der Zucht oder Mast von Schweinen oder Geflügel tragen weitere elf Prozent zum Wert der landwirtschaftlichen Produktion in Bayern bei, während knapp acht Prozent auf Betriebe im Pflanzenbau-Viehhaltungsverbund entfallen.

Zusatzeinkommen

Mehr als jeder zweite landwirtschaftliche Betrieb (52,2 Prozent) in Bayern hat mindestens eine weitere Einkommensquelle, die außerhalb der eigentlichen landwirtschaftlichen Erzeugung liegt. 2010 lag dieser Anteil noch bei knapp 40 Prozent. Etwa die Hälfte der insgesamt 44.160 Betriebe mit zusätzlichem Einkommen hat genau eine, rund 30 Prozent haben zwei und knapp 20 Prozent sogar drei oder mehr zusätzliche Einnahmequellen. Zehn Jahre zuvor beliefen sich diese Anteile noch auf rund 60,26 bzw. 13 Prozent. Am häufigsten erzielten Betriebe in der Forstwirtschaft (51,1 Prozent der Betriebe), im Rahmen der Erzeugung erneuerbarer Energien (46,1 Prozent) und in Form von Arbeiten für andere landwirtschaftliche Betriebe (26,3 Prozent) Zusatzeinkommen.

Größere Betriebe und Haupterwerbsbetriebe finden schneller einen Nachfolger

Im Rahmen der Landwirtschaftszählung 2020 wurde bei Einzelunternehmen, deren Inhaber zum Zeitpunkt der Befragung 55 Jahre oder älter war, auch die Frage nach der Weiterführung des Hofes gestellt. Ergebnis: In größeren Betrieben gibt es häufiger bereits eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger. In Haupterwerbsbetrieben ist die Nachfolge bei 46,6 Prozent der Betriebe bereits geregelt, in Nebenerwerbsbetrieben ist dies bei 41,1 Prozent der Fall.

Um für Jüngere bis einschließlich 40 Jahre einen zusätzlichen Anreiz zu schaffen, einen Hof zu übernehmen oder neu zu gründen, gibt es seit dem Jahr 2015 neben anderen Fördermöglichkeiten die sog. Junglandwirteprämie, mit der junge Landwirtinnen und Landwirte maximal fünf Jahre lang von der Europäischen Union unterstützt werden können. In Bayern kam diese Förderung im Zeitraum 2018-2020 rund 16.550 Betrieben zugute.

Landwirtschaftszählung ist größte landwirtschaftliche Erhebung

Die Landwirtschaftszählung ist die größte landwirtschaftliche Erhebung und erfasst im Abstand von zehn Jahren wichtige Daten der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern und den anderen Ländern. Weiterführende Informationen zum Thema „Lebensgrundlage Landwirtschaft“ in Form einer StoryMap stehen im gemeinsamen Statistikportal des Bundes und der Länder unter der Internetadresse https://LZ2020.statistikportal.de (StoryMap):

https://www.giscloud.nrw.de/arcgis/apps/storymaps. Die Ergebnisse werden in Kürze auch in der Onlinedatenbank Genesis oder als Statistischer Bericht auf der Homepage des Bayerischen Landesamts für Statistik zur Verfügung stehen. Bis dahin können die Daten auch unter der E-Mailadresse agrar-info@statistik.bayern.de angefragt werden. ❐

Bayerischer Inklusionspreis

Sozialministerin Trautner und Behindertenbeauftragter Kiesel laden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein

Die bayerische Sozialministerin Carolina Trautner und Holger Kiesel, der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung rufen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auf, sich um den bayerischen Inklusionspreis JobErfolg 2022 zu bewerben.

Die Sozialministerin betont: „Potenziale und Talente von Menschen mit Behinderung werden immer noch zu wenig erkannt und genutzt. Mit dem JobErfolg wollen wir ganz gezielt die Aufmerksamkeit auf die Fähigkeiten der Menschen mit Behinderung lenken. Zudem ist es mir als Arbeitsministerin ein großes Anliegen, das bereits vorhandene Engagement von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern im Bereich der beruflichen Inklusion sichtbarer zu machen. Solche Best Practice Beispiele werden sicherlich zur Nachahmung inspirieren. Inklusion lebt von der Strahlkraft gelingender Praxis und trägt somit für ein gutes Miteinander unserer Gesellschaft bei!“

Ausgezeichnet werden Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in Bayern, die Inklusion herausragend und beispielhaft (vor-)leben. Die nächste Preisverleihung findet am 13. Juli 2022 statt. Erstmals wird ein „Innovationspreis“ verliehen. Außerdem gibt es wieder Auszeichnungen in den Bereichen Öffentlicher Dienst und Privatwirtschaft sowie einen Ehrenpreis. Bewerbungsschluss ist der 16. Dezember 2021. https://www.zbfs.bayern.de/behinderung-beruf/arbeitgeber/joberfolg/ ❐

GZ Akademie

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Bildrechte & DSGVO Teil 1:
25. Nov. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr
Bildrechte & DSGVO Teil 2:
7. Dez. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr

Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: je 145,- € zzgl. MwSt. (290,- € zzgl. MwSt. für beide Termine) ❐

Serie „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit anders denken“, Teil 5:

„Wir müssen die Willigen finden“

Unsere Autorin Anja Schuchardt behandelte im Rahmen ihrer Masterarbeit das Thema „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ und sprach dazu mit Peter Ranzinger, Klimaschutzbeauftragter im Landkreis Passau, der in verschiedene Klimaschutzprojekte in der kommunalen Entwicklungspolitik involviert ist. Er ist auch mitverantwortlich für die Projektarbeit im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“. Im Interview betont Ranzinger die Vorteile, die sich aus Partnerschaften ergeben und welche Voraussetzungen dafür erfüllt sein müssen.

GZ: Wie begleiten Sie als Klimaschutzbeauftragter das Projekt „1000 Schulen für unsere Welt“ im Landkreis Passau?

Ranzinger: *Wir sind durch Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller und Landrat Stefan Rößle auf das Projekt gestoßen und haben im Jahr 2017 das erste Mal Spenden für ein Schulbauprojekt in Uganda gesammelt, das inzwischen abgeschlossen ist. Zur Schuleinweihung im Dezember 2020 konnten wir wegen der Corona-Pandemie leider nicht in das Land reisen. Die Stiftung Fly & Help ist dabei mit Partnerorganisationen vor Ort für die Umsetzung der Projekte verantwortlich. Und wir als Kommune oder Landkreis, sammeln die Spenden ein. Bisher sind knapp 22.000 Euro für ein aktuelles Schulbauprojekt in Tansania zusammengekommen. Anhand von Berichten und Bildern werden wir laufend über die Baufortschritte informiert.*



Bild: privat

Peter Ranzinger, Landratsamt Passau. ❐

GZ: Tauschen Sie sich auch über weitere Kooperationen mit Partnern im Globalen Süden aus?

Ranzinger: *Ja, beispielsweise über die Klimapartnerschaft, die wir vor einigen Jahren mit unserem Ansprechpartner Carim im Senegal begonnen haben. Der Vorteil daran ist, dass Carim schon seit ewigen Zeiten in Kontakt mit verschiedenen Personen aus dem Landkreis ist. Er ist gebürtiger Senegalese und hat vor einem Jahrzehnt ein Stipendienprogramm absolviert. So konnten wir eine enge Vertrauensbasis aufbauen. Als wir anfingen, uns intensiver mit der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu beschäftigen, waren wir sehr überrascht, wie viele Menschen im Landkreis in verschiedenen Positionen und Tätigkeiten aktiv und engagiert sind – angefangen von landwirtschaftlichen Projekten, Energieprojekten, von Eine-Welt-Projekten mit fairem Handel bis hin zu Pflanzaktionen.*

Regelmäßige Treffen

Deshalb treffen wir uns jetzt regelmäßig, um alle Akteure zusammenzubringen und zu vernetzen. Aus diesem Grund haben wir auch die Klimapartnerschaft angestoßen. Ich bin persönlich absolut überzeugt davon, dass wir von den Ländern im Globalen Süden sehr viel lernen können, was den Umgang mit Ressourcen oder steigenden Temperaturen betrifft.

GZ: Sind das auch Aspekte, die bei den Schulbauprojekten eine Rolle spielen?

Ranzinger: *Da bin ich in einem Zwiespalt. Denn die Schulen werden nach Unesco-Prinzipien gebaut – was bedeutet, dass Wasser- und nicht Trockentoiletten gebaut werden. Und da die meisten Erkrankungen von Kindern und Frauen durch verschmutztes Wasser entstehen, bin ich mir da nicht so sicher, ob der Bau von Trockentoiletten nicht besser wäre. Aber das ist keine Generalkritik an den Schulbauten. Es ist ein Beispiel dafür, das zeigt, wie wichtig es ist, sich mit den Bedürfnissen vor Ort auseinanderzusetzen.*

Das Entscheidende sind Begegnungen

GZ: Was müssen Akteure für die interkulturelle Zusammenarbeit mitbringen, damit beispielsweise auch solche Abstimmungsprozesse besser gelingen?

Ranzinger: *Also das Entscheidende sind Begegnungen. Wenn ich das „Fremde“ kennengelernt habe, dann stelle ich fest: Die anderen erzählen sich vielleicht ähnliche Witze, sie haben die gleichen Probleme, sie haben die gleichen Vorlieben, spielen vielleicht auch miteinander Fußball oder sind bei der Feuerwehr oder arbeiten miteinander an der Werkbank bzw. auf dem Feld oder im Büro – dann ist das Gefühl von „Fremde“ plötzlich nicht mehr da.*

Und es ist wichtig, dass man sich in den anderen hineindenkt. Das werden wir wahrscheinlich nie schaffen, weil die Menschen im Globalen Süden unter völlig anderen Voraussetzungen aufwachsen und leben. Aber wir müssen auch von unseren Vorurteilen abrücken zu glauben, den Menschen auf dem afrikanischen Kontinent geht es allen furchtbar schlecht – so liegt beispielsweise in der Mitte von Afrika die fruchtbarste Gegend der Erde. Das heißt, Fachkenntnisse sind ebenfalls wichtig.

GZ: Was ist nötig, damit deutschlandweit noch mehr Kommunen einen Mehrwert in der Entwicklungszusammenarbeit erkennen und die Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ weiter wächst?

Ranzinger: *Zunächst geht es immer darum, die Willigen zu finden. Welche Bürgermeister, welche Gemeinderäte, Eine-Welt-Initiativen oder mögliche Partner gibt es, die für das Thema offen sind und mit denen die Zusammenarbeit auch Spaß macht. Wer sich engagiert muss das nämlich aus Überzeugung machen und einen Sinn dahinter sehen. Nur dann begegnen sich Partner auch auf Augenhöhe. Wir müssen von der Haltung wegkommen: „Wir sind die Schlauen und helfen euch im Globalen Süden auf die Beine“ – das ist der falsche Ansatz. Wenn wir uns von dieser Einstellung verabschieden, dann ist das bereits ein sehr guter erster Schritt.* **red**

Hanns-Seidel-Stiftung:

Appell für mehr Zivilcourage

München. Die Stipendiaten der Hanns-Seidel-Stiftung haben ein Projekt angestoßen, um im Jahr des 100. Geburtstages (9. Mai 2021) der NS-Widerstandskämpferin Sophie Scholl deren Wirken gegen den Nationalsozialismus und das Unrechtsregime zu würdigen. Ergebnis ist eine multimediale Internetpräsenz, die bei einer Veranstaltung mit Podiumsdiskussion vorgestellt wurde. Mit einem „Appell zu mehr Zivilcourage“ hat Stiftungsvorsitzender Markus Ferber, MdEP, sein Statement verbunden.

Studentinnen und Studenten verschiedener Studiengänge, die bei der Hanns-Seidel-Stiftung in der Förderung sind, setzten sich in den vergangenen Monaten tiefgehend mit der Widerstandkämpferin Sophie Scholl auseinander.

Podiumsdiskussion und neue Webpräsenz

Über „Widerstand als Bildungsaufgabe. Ethische und theologische Reflexionen anlässlich des 100. Geburtstages“ referierte Prof. Dr. Markus Vogt von der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München. Die Geschwister Scholl waren 1943 auf dem Campus der LMU nach dem Verteilen von Flugblättern festgenommen wurden. Podiumsteilnehmer waren Dr. Hildegard Kronawitter (Weiße Rose Stiftung e.V.), Prof. Dr. Claudia Paganini (Hochschule für Philosophie), LMU-Präsident Prof. Dr. Bernd Huber und Stiftungsvorsitzender Markus Ferber, MdEP. Er verwies auf die grundsätzliche Bedeutung von Zivilcourage. Diese bedeute zu erkennen, „dass die eigene Freiheit nur so viel wert ist wie die Freiheit der anderen. In diesem Sinne zu handeln ist die Aufgabe, die sich aus unserer historischen Verantwortung heraus ergibt“. Ferber bat weiter „diese Verantwortung anzunehmen und Zivilcourage als Aufgabe anzusehen“, alles im Sinne des Lebenswerks von Sophie Scholl. Im Vorfeld der Vorstellung konzipierte die Stipendiatengruppe eine Webpräsenz, die wichtige Stationen im Leben von Sophie Scholl beleuchte.

Der Mensch hinter dem Mythos

Sieben Gruppenmitglieder wählten einen Aspekt aus und gestalteten einen Post sowie Stories, um den Menschen Sophie Scholl darzustellen. Die behandelten Themen reichen von ihrer Kindheit und Jugend bis hin zum NS-Unrechtsstaat, vom dem letztlich das Todesurteil gegen sie ausgesprochen wurde.

Die „Weiße Rose“ gilt vielen als in München verortet, hatte aber Mitstreiter in mehreren süddeutschen Städten. Dies auch, weil Familie Scholl von Ludwigsburg nach Ulm umzog, wo Sophie Scholl ihre Kindheit verbrachte, ehe sie 1942 nach München zum Studieren kam.

Mit diesem digitalen Citywalk wollen die Stipendiatinnen und Stipendiaten der HSS-Gruppe Ulm/Neu-Ulm die einzelnen Stationen von Sophie Scholls Jugend näher nachzeichnen. Ihre Erziehung, ihre Zeit im BDM, Dinge, die sie geprägt haben und auch die Spuren, die sie in Ulm hinterlassen hat. Wer von den virtuellen Stationen des Citywalks angetan ist, kann diese vor Ort in Ulm auch real besuchen.

Podcast – Weiblicher Widerstand gegen Hitler

NS-Widerstandkämpfer sind nicht nur männlich. Sophie Scholl war nicht die einzige, aber eine der wenigen, sicher aber die bekannteste Frau, die am gewaltlosen Widerstand beteiligt war. Ein 30-minütiger Podcast gibt einen guten Einblick in die gesellschaftliche Stellung der Frau im Nationalsozialismus.

Eine Landingpage ist unter www.hss.de/sophie-scholl eingerichtet. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten möchten damit zum Gedenken an Sophie Scholl und der Aktualisierung ihres Vermächtnisses beitragen. ❐

GZ **KOLUMNE** Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

die Innenstädte, Ortskerne und Dorfzentren sind ein wichtiger Lebensmittelpunkt für unsere Bürgerinnen und Bürger. Sie sind Orte von gesellschaftlicher Begegnung, sozialem Austausch und wirtschaftlicher Entwicklung. So ist es eine wichtige Aufgabe der Kommunalpolitik die Marktplätze, Altstädte und innerörtliche Flächen lebenswert für die Menschen, Wirtschaft und Kultur zu gestalten. Für die KPV steht fest: Wir setzen uns dafür ein, die Attraktivität der Zentren zu erhalten, weiter zu fördern und aktiv zu gestalten.

Während sich die politischen Mitbewerber gerne auf die zentralen Metropolregionen und großen Städte konzentrieren, haben wir als KPV den hohen Anspruch ebenso Sprachrohr für die ländlichen Regionen zu sein. So wollen wir die

Ortsmitten zukunftsfähig gestalten

Vorteile des ländlichen Raums weiter stärken, die Identifikation zur eigenen Heimat erhöhen und diese zu Zukunftsräumen für junge sowie ältere Menschen machen. Dabei spielt die Entwicklung der öffentlichen Räume eine entscheidende Rolle.

Die Kommunen schaffen vor Ort die optimalen Rahmenbedingungen für die regionale Wirtschaft, die Menschen und das kulturelle Leben. Im Gegenzug sind die Gewerbetreibenden und Kulturbetriebe ein Garant für lebendige Zentren sowie für eine sichere Wirtschaftslage der Kommune. Doch auch nach Ladenschluss sollten Innenstädte ein Ort des gemeinschaftlichen Lebens sein. Hier gilt es gemeinsam mit den Anwohnern, Unternehmen und Vereinen individuelle Konzepte für den Ort zu entwickeln – eine Stärke unserer Kommunalpolitiker.

Die bayerischen Kommunen stehen hierbei nicht alleine da. Bund und Land fördern verstärkt kommunales Engagement. So hat beispielsweise der Freistaat Bayern mit dem Sonderfonds „Innenstädte beleben“ mit 100 Millionen Euro die Belebung und Stärkung der bayerischen Innenstädte gefördert. Begleitet wird dies durch den Runden Tisch „Innenstädte beleben“ bei dem die Bayerische Staatsregierung zusammen mit den Kommunalen Spitzenverbänden, neue Konzepte und Perspektiven für die innerstädtische Entwicklung diskutiert und ausarbeitet. Die bayerischen Dorf- und Ortszentren bringen enormes Gestaltungspotential mit sich. Dies gilt es von den Verantwortlichen vor Ort aufzugreifen und mit gezielten politischen Maßnahmen zu fördern.

Die KPV setzt sich seit Jahren für gleichwertige Lebensverhältnisse sowohl in der Stadt als auch auf dem Land ein. Ein zentraler Baustein für eine lebenswerte Zukunft, besonders in ländlichen Regionen, sind wirtschaftsstarke und lebendige Städte, Orte und Dörfer.

In diesem Sinne: Gestalten wir aktiv unsere Dorf-, Orts- und Stadtzentren.

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries



Innovationsfähigkeit ...

(Fortsetzung von Seite 1)
werkknoten versteht und dabei ‚Gestaltung mit Haltung' praktiziert", ergänzt Dr. Henrik Scheller, Teamleiter Wirtschaft und Finanzen am Difu.

Vor diesem Hintergrund schlägt das Difu-Forschungsteam verschiedene Maßnahmen vor, die sich für eine umfassende Neuaufstellung der kommunalen Wirtschaftsförderung anbieten: Ein Kernteam, das die Verantwortung für zentrale Handlungsfelder hat (Bestandspflege, Gründungs- und Ansiedlungsförderung, Netzwerke und Cluster), wird weiterhin für die Organisationsstruktur einer ‚Wirtschaftsförderung der Zukunft' als zielführend erachtet.

Allerdings sollten hier die Tätigkeiten qualitativ noch stärker an Nachhaltigkeitsgesichtspunkten ausgerichtet werden. Für den Organisationsaufbau könnten flachere Hierarchien das prozessorientierte und agile Arbeiten unterstützen – flankiert durch fach- und bereichsübergreifende Ad-hoc-Teams für projektbezogene Aufgaben sowie Bottom-up-Initiativen der Mitarbeitenden.

Neue Stakeholder

Mit den neuen Aufgaben der Wirtschaftsförderungen wird es erforderlich, dass der bestehende Instrumentenkasten konsequent eingesetzt und ergänzt wird. Dazu zählen beispielsweise der Ankauf, die Entwicklung, Vermarktung und das Monitoring von Wirtschaftsflächen sowie ein nachhaltiges Gewerbegebietsmanagement (einschließlich eines Leerstands-, Brach- und Dachflächenkatasters). Um neue Stakeholder zu erreichen und insbesondere der Vernetzungsfunktion gerecht zu werden, sollten Wirtschaftsförderungen beispielsweise künftig vermehrt Miteigentümer von Innovations- und Nachhaltigkeitshub(s) zur Gründung und Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Start-ups werden.

dynamisches Gründungs- und Innovationsökosystem

Ein starkes dynamisches Gründungs- und Innovationsökosystem ist zunehmend ein wichtiger Motor und Treiber der Wirtschafts- und Standortentwicklung. Um Unternehmen bei ihrer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie zu unterstützen und nachhaltig ausgerichtete Ökonomien zu fördern, sollte Wirtschaftsförderung im Sinne eines „Sustainable Innovation Office" aktiv werden. So könnten nicht nur Nachhaltigkeitsangebote für Bestandsunternehmen, Existenzgründungen, ansiedlungswillige Unternehmen und bestehende Netzwerke ermöglicht werden, sondern auch gezielt Modelle der Kreislaufwirtschaft, Zero-Waste-Strategien oder soziale Innovationen gestärkt und miteinander vernetzt werden.

Best-Practice-Beispiele

Die Gemeinschaftsstudie enthält diverse Best-Practice-Beispiele aus Deutschland und dem europäischen Ausland und eignet sich als Instrumentenkasten für die praktische Arbeit der Wirtschaftsförderungen in Kommunen.

Gemeinwohl-Ökonomie

Beispiel Gemeinwohl-Ökonomie in Kirchanschöring (Landkreis Traunstein): Als erste Gemeinde innerhalb Deutschlands hat Kirchanschöring 2018 eine Gemeinwohl-Ökonomie-Bilanz erstellt. Die Bilanzierung macht das wertebasierte Handeln und Wirtschaften transparent und folgt damit der Bayerischen Verfassung, in der Gemeinwohl orientiertes Handeln festgeschrieben ist. Dies verwirklicht die Gemeinde z. B. durch eine Anlage ihres Geldes bei Banken mit einem ethisch orientierten Katalog. Zudem wurden gemeinschaftliche Projekte zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern verwirklicht, wie z. B. das Haus der Begegnung, in dem neben einem Sozialbüro und einer Arztpraxis verschiedene Wohnformen barrierefrei und generationenübergreifend untergebracht wurden.

Andere Wege in der Beschaffung

Darüber hinaus bestreitet Kirchanschöring andere Wege in der Beschaffung innerhalb der Verwaltung. So werden ausschließlich zertifiziertes Papier und spezielle Putzmittel für die Verwaltung eingekauft, um ein ganzheitlich gesundes und nachhaltiges Betriebsklima zu schaffen. Der einjährige Prozess der Bilanzierung der Gemeinde wurde von Gemeinwohl-Ökonomie Beratern begleitet. Innerhalb des Prozesses waren hauptsächlich Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung beteiligt, die Ansätze zum Thema Gemeinwohl-Ökonomie innerhalb der Verwaltung erarbeiteten.

Projekt „reGIOcycle"

Beispiel Circular Economy in der Region Augsburg: Mit „reGIOcycle" wurde ein Projekt angestoßen, das für Vermeidung, Substitution und nachhaltige Kreislaufwirtschaft von Kunststoffen am Beispiel der Region Augsburg steht. Es fokussiert daher ein spezielles Thema der Kreislaufwirtschaft. Das Vorhaben ist ein Zusammenschluss aus regionalen und überregionalen Akteuren sowie aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, die gemeinsam die Umsetzung eines Kreislaufwirtschaftskonzepts in der Kunststoffproduktion voranbringen wollen. Ziel von „reGIOcycle" ist es, Wege aufzuzeigen, wie die lineare Abfallwirtschaft im Raum Augsburg zu einer zirkulären Wirtschaft weiterentwickelt werden kann.

Akteure der Kreislaufwirtschaft werden laut Difu derzeit kaum als potenzielle Zielgruppe der kommunalen Wirtschaftsförderungen wahrgenommen. Mit Blick auf die Klimakrise und eine zunehmende Ressourcenknappheit (neben Seltenen Erden inzwischen selbst Baustoffe wie Holz, Sand u. a.) werden jedoch die Anforderungen an einen gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel immer dringlicher. In der Folge könne die Kreislaufwirtschaft als einer der wichtigsten Lösungsansätze zur Bewältigung der bestehenden Nachhaltigkeitsherausforderungen in unterschiedlichen Bereichen und auf verschiedenen politischen Ebenen neue Impulse setzen.

Ko-Produktion

Beispiel Ko-Produktion in Nürnberg: Das Projekt Quartier U1 ist ein Beispiel für Ko-Produktion in der Stadt. Mit Hilfe vieler Akteure und unter der Initiative des Urban Labs Nürnberg entsteht unter dem Motto „Stadt Selbermachen" entlang der U-Bahn Linie U1 das „Quartier U1" – ein Experimentierlabor und Alltagsmuseum. Es motiviert Bürgerinnen und Bürger, Ideen zur Gestaltung des Quartiers zu entwickeln und zu verwirklichen. Damit wird versucht, die Stadt nicht nur von Verwaltung und Wirtschaft weiterzuentwickeln, sondern auch den Einwohnern den Prozess mitgestalten zu lassen. So soll ein gemeinwohlorientiertes Quartier geschaffen werden.

Enkeltauglichkeit

Welche Projekte umgesetzt und gefördert werden, wird von den beteiligten Akteuren entschieden. Die Vergabekriterien orientieren sich am Konzept der „Enkeltauglichkeit" und sollen die Gemeinwohlorientierung sicherstellen. Finanziell gefördert wird das koproduktive Projekt sowohl von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik im Rahmen der Förderung „Stadt gemeinsam gestalten – Neue Modelle der Quartiersentwicklung" als auch von der Stadt Nürnberg und der Deutschen Postcode Lotterie.

Einbeziehung „der Vielen"

Partizipative Ansätze zur Einbeziehung „der Vielen" sind der Studie zufolge zwar oft aufwändig und erfordern durchaus auch spezifische Kompetenzen bezüglich Organisation und Moderation solcher Beteiligungsprozesse. Allerdings können sie – strategisch geplant – maßgeblich zur Akzeptanzsteigerung und Identifikation von Vorhaben beitragen.

Weiterentwicklung zukunftsorientierter Standorte

Fazit: Für die Sicherung und Weiterentwicklung zukunftsorientierter Standorte geht es nun vermehrt um die Frage, wie lokale und regionale Wertschöpfungsketten und Kreisläufe gestärkt werden können und wie eine (Neu-)Ordnung der Wertschöpfungsstrukturen von den kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderungen befördert werden kann, die krisenfester und nachhaltiger ist. Im Blickfeld stehen laut Difu neben dem in Deutschland ausgeprägten Mittelstand auch zahlreiche Kleinstbetriebe und Start-ups, die als Kreative und mit innovativen Geschäftsideen Lösungen für verschiedene technologische oder sozial-ökologische Herausforderungen entwickeln.

Systemische Zusammenhänge verstehen

Ob es gelingt die Krise als Chance zu nutzen, werde im Rückblick aus dem Jahr 2040 zu beurteilen sein: Für einen zukunftsfähigen „Reboot" sei es notwendig, die systemischen Zusammenhänge zu verstehen, um Klarheit darüber zu gewinnen, welche Bereiche wie verändert werden sollen, um Wirtschaftsentwicklung als Wohlstandentwicklung und -sicherung im Gleichgewicht zu gestalten. **DK**

Zum Erntedankfest 2021:

Starke Einbußen bei der Ernte

Ertrag bei Getreide, Kartoffeln und Obst in Bayern voraussichtlich weit unter dem Vorjahr

Das Erntedankfest – gefeiert am ersten Sonntag im Oktober – erinnert jedes Jahr an die große Bedeutung der Landwirtschaft für eine ausreichende Nahrungsversorgung der Bevölkerung. Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik sind im Jahr 2020 erhebliche Ertragseinbußen bei allen Fruchtarten zu erwarten. Die Verluste sind durch extreme Witterungsverhältnisse mit Starkregen, aber auch Trocken- und Kälteperioden bedingt. So wird nach den vorläufigen Ergebnissen der „Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung" beim Getreide voraussichtlich eine unterdurchschnittliche Ernte von 6,2 MillionenTonnen eingefahren. Auch bei Kartoffeln und Äpfeln sind mit 1,6 Millionen Tonnen bzw. 29.200 Tonnen vergleichsweise geringe Erntemengen erwartbar.

Fürth. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, beläuft sich nach den derzeit noch vorläufigen Ergebnissen der diesjährigen „Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung" die Getreideernte (ohne Körnermais) auf 6,2 Millionen Tonnen. Davon entfallen 3,8 Millionen Tonnen auf Brotgetreide (Weizen und Roggen). Mit einem Anteil von rund 95 Prozent der Brotgetreideernte ist der Weizen eindeutig dominierend. Die Erntemenge fällt beim Brotgetreide niedriger als im Vorjahr (4,1 Millionen Tonnen) aus, dennoch können pro Kopf der in Bayern lebenden Bevölkerung voraussichtlich rund 289 kg Brotgetreide eingebracht werden. Bei Weizen konnten Erträge von 71,1 Dezitonnen je Hektar eingefahren werden. Das sind 12,6 Prozent weniger als im Vorjahr und 6,3 Prozent weniger als im Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2020.

Beim Kartoffelanbau ist Bayern nach Niedersachsen das zweitwichtigste Anbauland in Deutschland. 2021 haben Bayerns Landwirte ersten Schätzungen zu Folge 1,6 Millionen Tonnen Kartoffeln gerodet, 14,0 Prozent weniger als im Vorjahr und 3,0 Prozent weniger als im Durchschnittswert der Jahre 2015 bis 2020. Rein rechnerisch könnte somit die bayerische Bevölkerung mit pro Kopf rund 125 kg heimischen Kartoffeln versorgt werden.

Der Verzehr von Obst ist unverzichtbar für eine gesunde Ernährung. Die diesjährige Apfelernte wird sich nach den Angaben der Ernteberichterstatter voraussichtlich auf etwa 29.200 Tonnen belaufen. Dies sind 20,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Bei Birnen wird eine Ernte von etwa 5.300 Tonnen erwartet. Das ist ein Minus von rund 13,8 Prozent gegenüber dem Jahr 2020. Pro Kopf der Bevölkerung Bayerns stehen somit durchschnittlich rund 2,2 kg Äpfel und rund 403 g Birnen aus heimischem Anbau zur Verfügung. ❐

Hilfe für Schutzbedürftige ...

(Fortsetzung von Seite 1)
verfolgt werden. Der Klimawandel führe zu erhöhten Risiken für die Menschen in fast allen Städten und für deren kommunale Infrastruktur. Deshalb sei es jetzt wichtig, dass die Städte ihre Rolle beim Klimaschutz ausbauen können.

Anreize, damit die Menschen ihr Verhalten ändern

Lewe zufolge „brauchen wir mehr Anreize, damit die Menschen ihr Verhalten ändern: umsteigen auf nachhaltigere Verkehrsmittel, in Energieeffizienz investieren oder erneuerbare Energien nutzen. Klimafreundlichere Alternativen müssen sich lohnen. Der CO2-Preis sollte deshalb rasch auf mindestens 50 Euro je Tonne Kohlendioxid steigen. Damit es keine soziale Schieflage gibt, braucht es dabei einen klugen Ausgleich für die Verbraucherinnen und Verbraucher und günstigere Preise für grünen Strom."

Anlass zur Besorgnis gibt die Machtübernahme durch die islamistischen Taliban in Afghanistan, wie der Präsident des Deutschen Städtetages und Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung erläuterte. UNHCR, das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen, warne vor einer humanitären Katastrophe. Die Städte in Deutschland rechneten mit einem weiteren Zuzug geflüchteter Menschen aus dem Binnenstaat.

„Es ist ein Drama, was in Afghanistan geschehen ist. Die Städte sind bereit, Ortskräfte, deren Familien und weitere schutzbedürftige Menschen aus Afghanistan aufzunehmen. Wir wollen damit ein Zeichen von Menschlichkeit setzen und Verantwortung übernehmen. Viele der jetzt verfolgten Menschen haben sich in den vergangenen Jahren für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eingesetzt. Viele befinden sich wegen der Zusammenarbeit mit deutschen Stellen in Gefahr", unterstrich Jung.

Informationen über Fluchtbewegungen

Die Städte appellieren an den Bund, möglichst frühzeitig über neue Fluchtbewegungen zu informieren. Denn sie müssten wissen, was auf sie zukommt: „Damit wir uns in den Städten um die Unterkünfte für die Geflüchteten kümmern können und dann um die Integration in die Stadtgesellschaft", erklärte der Städtetagschef.

Viele Städte haben laut Jung Bund und Länder aufgefordert, großzügige und unbürokratische Aufnahmeprogramme für schutzbedürftige Menschen aus Afghanistan zu entwickeln, um ihnen die Chance auf ein Leben in Deutschland zu bieten. Der Städtetag appelliert an Bund und Länder, die aufnahmebereiten Städte bei der Verteilung besonders zu berücksichtigen. Besonders wichtig ist es auch, die an Afghanistan angrenzenden Staaten zu unterstützen, damit die dorthin geflüchteten Menschen versorgt und untergebracht werden können. Hier müsse sich der Bund deutlich stärker engagieren, um ein Flüchtlingsdrama zu verhindern.

Afganistan: Politisches Versagen der internationalen Staatengemeinschaft

Nach Jungs Auffassung ist es „ein Ausdruck des politischen Versagens, dass die internationale Staatengemeinschaft und die Bundesregierung die bevorstehende Machtübernahme der Taliban nicht haben kommen sehen". Viele schutzbedürftige und gefährdete Menschen müssten nun in Afghanistan ausharren. Es sei sehr bitter, dass nach 20 Jahren auch deutschen Engagements Afghanistan nun weit zurückgeworfen ist.

„Jetzt stehen wir vor einem Scherbenhaufen, jetzt werden Rechte von Frauen mit Füßen getreten, jetzt droht eine humanitäre Katastrophe. Diese Entwicklung hätte doch verhindert werden müssen – durch alle beteiligten Partner unter Führung der USA. Jetzt richten wir den dringenden Appell an die internationale Staatengemeinschaft, eine humanitäre Katastrophe und ein Flüchtlingsdrama in Afghanistan und den angrenzenden Staaten zu verhindern", so der Verbandsvorsitzende. **DK**

Nachhaltiges Sammeln ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Zugriff auf die Museumsinhalte „von außen".

In der Kategorie der ehrenamtlich geführten Museen behielt das Spix-Museum in Höchstadt a. d. Aisch die Oberhand. Das 2019 in neuer Gestaltung wiedereröffnete Museum ist im Geburtshaus von Johann Baptist Ritter von Spix untergebracht. Ein rühriger Museumsverein hat sich zur Aufgabe gemacht, an den zu Unrecht in Vergessenheit geratenen Naturforscher und Zoologen zu erinnern, der auch als „bayerischer Humboldt" bezeichnet wird. Auf kleiner Fläche gelinge es der Ausstellung mit ihren Präparaten, Text-Bild-Tafeln und Medieneinheiten, ein spannendes Bild von Spix' Wirken und vor allem seiner Reise durch Brasilien 1817–20 zu zeichnen, führt die Jury aus. Auch der verantwortungslose Umgang mit der Natur und damit verbundene Fehlentwicklungen würden dargestellt, die bereits Spix Sorge bereiteten.

Förderpreis der Sparkassenstiftung

Gemeinsam mit der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern vergab die Bayerische Sparkassenstiftung erneut den Förderpreis „Vermittlung im Museum". Bei der Vermittlung kultureller Inhalte sowohl im Bereich der personalen wie der medialen Vermittlung ist es mehr denn je erforderlich, neue Ideen zu entwickeln.

Mit dem Hauptpreis von 10.000 Euro ehrte die Jury das Kooperationsprojekt der Fränkischen Freilandmuseen in Bad Windsheim und Fladungen. Beide Einrichtungen haben zusammen Ideen entwickelt, wie man das für Freilichtmuseen grundlegende Thema der Translozierung, d.h. des Abbaus eines historischen Gebäudes und dessen Wiederaufbau im Museumsgelände, nachvollziehbar machen kann. Inklusive Hands-on-Stationen, bei denen man grundlegende Informationen mittels Filmclips in Handlegetechnik erhält, aber auch interaktiv mit 3-D-Modellen von Museumsgebäuden oder Bauteilen tätig werden kann, sollen allen Museumsgästen einen Zugang zu diesem komplexen Thema ermöglichen. Beiden Museen ist wichtig, dass neben dem selbstentdeckenden Lernen auch das Verständnis für die Freilandmuseen und deren Aufgaben gefördert wird.

Neben diesem Hauptpreis wurden zwei weitere gleichwertige Preise, die mit jeweils 5.000 Euro dotiert sind, vergeben. Einen dieser beiden Preise erhielt das Museum Oberschönenfeld in Gessertshausen, Landkreis Augsburg. Dessen Idee ist es, durch die Arbeit mit einer Gruppe von Personen aus möglichst unterschiedlichen Alters- und Lebensbereichen neue Blickwinkel auf die Leitobjekte des Museums zu gewinnen. Anhand der gemeinsam gewonnenen Erkenntnisse möchte das Museum sein bisheriges Vermittlungsprogramm mit innovativen medialen Formaten bereichern.

Mit dem zweiten Nebenpreis wurde das Jüdische Museum Augsburg für das neue Vermittlungskonzept eines „Museums auf der Straße" ausgezeichnet. Das ist wörtlich gemeint, denn das Jüdische Museum plant, mit einer Pop-up-Ausstellung per Lastenrad zu den Menschen zu fahren, auf Schulhöfe und öffentliche Plätze. Dort wollen die Kuratoren mit der Stadtgesellschaft ins Gespräch kommen – ein wichtiges Angebot, gerade in Zeiten wachsender antisemitischer Vorurteile. **DK**



WOLF

Frische Luft macht Schule

Vor allem Kitas und Grundschulen erhalten aus der neuen Bundesförderung bis zu 80 % Zuschuss bei Neueinbau/Umrüstung von stationärer Lüftungstechnik. WOLF erfüllt mit seinen raumlufttechnischen Geräten, wie beispielsweise den Comfort-Großraum-Lüftungen CGL edu und CFL edu, die geforderten technischen Anforderungen:

- **VDI-6022-Konformität**
- **Nennvolumenstrom mind. 25 m³ pro Person und Stunde**
- **Schalldruckpegel ≤ 35 dB(A) bei 600 m³/h in 1 m Abstand**

Produktberatung oder Förderantrag – wir helfen Ihnen gerne:
Mail an frischluft@wolf.eu oder QR-Code scannen.

Bis zu 80 % Förderung



CFL edu
RLT-Deckengerät



CGL edu
RLT-Standgerät

www.wolf.eu

ONE OCEAN FOUNDATION
WOLF ist Partner der One Ocean Foundation

Staatspreise für Erhalt der Baukultur im ländlichen Raum:

Gesicht der Dörfer bewahren

Sie haben denkmalgeschützte Gebäude und Häuser, die das Ortsbild prägen, auf herausragende Weise erneuert und wiederbelebt. Insgesamt 16 private und kommunale Bauherren aus ganz Bayern hat Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber dafür mit Staatspreisen in Höhe von jeweils 3.000 Euro ausgezeichnet. Die Projekte sind Kaniber zufolge beispielgebend für den Erhalt der Baukultur und nachhaltiges Bauen. Sie seien entscheidend für die Innenentwicklung der Dörfer.

„Sie helfen mit, das bayerische Gesicht unserer Dörfer zu bewahren. Dem außerordentlich großen Engagement der Preisträger ist es zu verdanken, dass für das Ortsbild und die Baukultur in Bayern charakteristische Gebäude erhalten und zeitgerecht genutzt werden können“, so die Ministerin. Die prämierten Bauvorhaben seien damit „gelungene Investitionen in die Baukultur Bayerns“.

Eine Kommission aus Architekten, Heimatpflegern und Fachleuten der Verwaltung für Ländliche Entwicklung hat die Sieger aus rund 1.700 Projekten ausgewählt, die in den vergangenen zwei Jahren im Zuge der Dorferneuerung umgesetzt und staatlich gefördert worden waren. Insgesamt hat der Freistaat über 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Zu den ausgezeichneten kommunalen Bauherren zählt die Gemeinde Wurmsham im Landkreis Landshut: Mit der Sanierung und Wiederbelebung des Wirtshauses in Seifriedswörth setzt sie ein deutliches Zeichen gegen die Landflucht, gegen die Verödung von Dörfern und gegen das Wirtshaussterben und den damit verbundenen Verlust von gesellschaftlichen Strukturen. 2019 wurde das Projekt, das in dem von der Kommune gekauften Haus neben der Wirtschaft auch einen Dorfladen beherbergt, mit einem Festakt offiziell abgeschlossen.



Bei der Einweihung v.l. Ludwig Weth (3. Bgm.), Walter Wegner (Gemeinderat), Gerhard Riegler (2. Bgm.), Christian Keller (1. Bgm.), Gerhard Eck (Landtagsabgeordneter und Staatsekretär im Inneren), Walter Weinig (Gemeinderat) und Peter Kuhn (Geschäftsführender Gesellschafter BAURCONSULT Architekten Ingenieure)

Bild: BAURCONSULT Architekten Ingenieure (Matthias Burkard)

Grafenrheinfeld:

Generalsanierte Altmain-Sporthalle eingeweiht

Freude in Grafenrheinfeld: Dort wurde die generalsanierte Altmain-Sporthalle nach zweijähriger Bauzeit offiziell ihrer Bestimmung übergeben. Die 1991 eingeweihte Halle steht nun wieder allen Sporttreibenden zur Verfügung.

Die für fünf Millionen Euro runderneuerte Sporthalle zähle nun zu den modernsten im Regierungsbezirk Unterfranken, stellte Bayerns Innen- und Sportstaatssekretär Gerhard Eck im Rahmen einer Feierstunde fest. Sie biete insbesondere für den Breitensport beste Trainingsbedingungen. Zu den Umbaumaßnahmen der Sporthalle erklärte Eck: „An der Sanierung der Halle waren insgesamt 22 Gewerke beteiligt. Es wurden 31 Kilometer Kabel und Leitungen verlegt und rund 2,5 Kilometer Spielfeldlinierungen aufgebraucht.“

Respekt und Anerkennung

Allen helfenden Händen sprach der Staatssekretär Respekt und Anerkennung für diese großartige Leistung aus und betonte, dass „für eine freudvolle Sportausübung von Jung und Alt moderne Sportstätten sehr wichtig sind“. Weiterhin hob er die große Bedeutung des Sports für das Gemeinwesen hervor: „Sport dient nicht nur der Gesundheitsvorsorge, sondern er fördert auch das gesellschaftliche Miteinander.“

Laut Grafenrheinfelds Erstem Bürgermeister Christian Keller stehen alle künftigen Nutzer der Halle wie Vereine sowie Schul- und Kindergartenkinder bereits vor dem ersten Training und dem ersten Wettkampf als Gewinner fest. Sie alle hätten nunmehr wieder eine ebenso zweckmäßige wie attraktive Halle für den Schul- und Vereinssport gewonnen. Auch künftig werde der Breitensport in der Altmain-Sporthalle im Mittelpunkt stehen. **DK**

Stadt Neunburg vorm Wald

Auch der sanierte Aiherlhof in Mitterauerbach (Landkreis Schwandorf) wurde mit dem Bayerischen Staatspreis für Dorferneuerung und Baukultur geehrt. Bauherrin war die Stadt Neunburg vorm Wald. Die Jury würdigt die „Sicherung des Ortscharakters“. Einen Teil der Auszeichnung verdient hat sich aber auch die Dorfgemeinschaft, die bei der Sanierung über 15.000 Stunden in Eigenleistung erbrachte und das Projekt zu „einer Perle der Dorferneuerung“ werden ließ, wie einst Neunburgs Bürgermeister Martin Birner festgestellt hatte. Der revitalisierte Dreiseithof habe dem Ort ein neues Gesicht gegeben und es sei ein kleines Zentrum für Treffen und Feiern entstanden.

Gemeinde Speinshart

Für die Entwicklung der Klosterdorfgemeinde Speinshart im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab ist die Dorferneuerung zum Segen geworden. Ein Juwel des Klosterdorfes ist das nach 25 Jahren fertig sanierte „Haus der Dorfkultur“ innerhalb der Mauern des Klosters Speinshart. Auch die Sanierungsmaßnahmen in der Wieskapelle sind abgeschlossen. Freilich sind dies nur Zwischenschritte zur Gesamtrestaurierung des Klosterhofes, der zusammen mit dem Klosterensemble zu den schönsten Dorfarealen Süddeutschlands zählt.

Im Zuge der Dorferneuerung Niederlamitz (Landkreis Wunsiedel) wurde teilweise in Eigenleistung von der Dorfgemeinschaft eine neue Festscheune in Holzbauweise gebaut. Entwickelt wurde ein ganzes Areal, das „Hammergelände“, das mit vielfachen Verweisen auf die Vergangenheit des Ortes dessen neue Mitte darstellt. Entstanden ist ein zentraler Treffpunkt, an dem die Niederlamitzer Jugend, aber auch die Älteren, ihre Freizeit verbringen, und an dem unter anderem Theateraufführungen, kleinere Konzerte oder Lesungen stattfinden können. Dass die Dorfgemeinschaft inzwischen einen Verein namens „Dorfgemeinschaft Niederlamitz e.V.“ gegründet hat, der seit 2018 im Vereinsregister geführt wird und formelle Rechtsfähigkeit erlangt hat, ist nur die Krönung eines außergewöhnlichen Projekts.

Gemeinde Ahorn

Mit dem Staatspreis wird auch das jahrzehntelange Bemühen der Gemeinde Ahorn (Landkreis Coburg) um die Entwicklung des ehemaligen Freizeitzentrums mit Hallenbad in Witzmannsberg zu einem Bürger- und Kulturzentrum gewürdigt. Dabei wurde nicht nur ein neues Kulturzentrum für die Region geschaffen, sondern auch die typische Architektur der Entstehungszeit, der 1970er Jahre, erhalten. Die Gemeinde Ahorn hat gezeigt, dass mit viel Ideenreichtum, Kreativität und auf der Grundlage einer aktiven Bürgerbeteiligung ein großes Infrastrukturprojekt ressourcenschonend und klimagerecht realisiert werden kann.

In Mönstetten (Landkreis Günzburg) wurden im Anschluss an das über europäische Fördermittel (ELER) bezuschusste Dorfgemeinschaftshaus die angrenzenden Freianlagen hochwertig gestaltet. Bolzplatz, Spielgeräte und ein Brotbackhaus gehören zu den Freianlagen. Mit dem Gesamtkonzept schaffte die Gemeinde Möglichkeiten zur Begegnung und zur Entwicklung sozialer Netzwerke.

Nach einer umfangreichen Restaurierung dient der Pfarrhof in Unteregg (Landkreis Unterallgäu) als vormalig leerstehendes denkmalgeschütztes Bauwerk heute als Dorfgemeinschaftshaus. Bevor der historische Walmdachbau verfallen konnte, entschied sich die Gemeinde für eine Sanierung. In dem Gebäude befindet sich nun ein Sitzungssaal der Gemeinde, Räume für die Pfarrgemeinde, Senioren, Eltern-Kind-Gruppen und Veranstaltungen. Bei der Restaurierung des barocken Pfarrhofs stand der sorgsame Umgang mit der historischen Bausubstanz im Vordergrund. Entstanden ist ein filigranes und schlichtes Bauwerk. Im Ensemble mit dem benachbarten Gasthof und der Pfarrkirche hat es das Ortszentrum zu neuem Leben erweckt. **DK**



Baukultur ist Integration – Baukultur stiftet Identität: In der Baukulturregion Alpenvorland haben sich die drei bayerischen Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach und Rosenheim mit den acht Gemeinden Bad Aibling, Bad Feilnbach, Dietramszell, Gmund, Holzkirchen, Kiefersfelden, Neubeuern und Samerberg zusammengeschlossen, um die Baukultur auf regionaler und lokaler Ebene voranzubringen. Gemeinsam wird daran gearbeitet, eine Vorzeigeregion für gutes Bauen zu werden – der ersten im ganzen Bundesgebiet. Vertreter der Bundesstiftung Baukultur übergaben den Baukulturbericht an die Landräte und Bürgermeister der Baukulturregion Alpenvorland. V.l.: Hajo Gruber, Bürgermeister Kiefersfelden, Christoph Schmid, Bürgermeister Holzkirchen, Anton Wallner, Bürgermeister Bad Feilnbach, Josef Niedermaier, Landrat Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, Alfons Besel, Bürgermeister Gmund am Tegernsee, Christoph Schneider, Bürgermeister Neubeuern, Josef Hauser, Bürgermeister Dietramszell, Stephan Schlier, Bürgermeister Bad Aibling, Josef Huber, stv. Landrat Landkreis Rosenheim, Georg Huber, Bürgermeister Samerberg, Reiner Nagel, Vorstandsvorsitzender Bundesstiftung Baukultur, Julian Latzko, Bundesstiftung Baukultur Bild: CH

Bundespreis UMWELT & BAUEN 2021:

Mühldorfer Leuchtturmprojekt

Für sein innovatives Energiekonzept ist das Berufsschulzentrum in Mühldorf am Inn mit dem Bundespreis UMWELT & BAUEN 2021 ausgezeichnet worden. Das Gebäude erzeugt mehr Energie als es verbraucht und speichert überschüssige Abwärme in einem Eisspeicher. Darüber hinaus wurden vier Projekte, darunter drei bayerische, mit Anerkennungen bedacht. Verliehen wurde der Preis gemeinsam von Bundesumweltministerium (BMU) und Umweltbundesamt (UBA).

Dem Bausektor kommt eine Schlüsselrolle beim Klimaschutz zu, denn Gebäude verbrauchen enorme Ressourcen beim Bau und im Betrieb. Allein in Deutschland sind Wärme, Kühlung und Beleuchtung der Gebäude verantwortlich für ein Viertel der jährlichen energiebedingten Treibhausgasemissionen. Von diesen Emissionen, die Gebäude insgesamt jährlich verursachen, entfallen drei Viertel auf die Nutzung der Gebäude, aber auch ein Viertel auf ihre Errichtung. Mit dem Bundespreis UMWELT & BAUEN werden daher Leuchtturmprojekte nachhaltigen Bauens ausgezeichnet, die zeigen, wie zukunftsfähiges Bauen, gerade auch im Bestand, schon heute realisiert werden kann.

Innovatives Energiekonzept

Das siegreiche Schulzentrum in Mühldorf am Inn, das für 1.400 Schüler sowie 100 Lehrer Lehrräume und Fachklassen wie Bäckerei, Kühlräume und Großküchentechnik zur Verfügung stellt, zeichnet sich durch ein innovatives Energiekonzept aus. So erzeugt das Gebäude auch unter Berücksichtigung des Nutzerstroms mehr Energie als es verbraucht. Ein Wärmepumpenkonzept mit Eisspeicher verbindet effiziente Heizung und Kühlung mit der Nutzung von Abwärme, beispielsweise aus der Bäckerei. Durch das ausgefeilte Lüftungssystem ist ein Präsenzunterricht auch unter Pandemie-Bedingungen möglich.

Mit Anerkennungen wurden folgende Projekte bedacht:

• Neue Dorfmitte Denklingen: Die Neugestaltung des denkmalgeschützten Gasthofes zum Rathaus mit Bürgersaal der Gemeinde Denklingen führt zu einer Wiederbelebung der Dorfmitte – und erhält ein über 300 Jahre altes Gebäude im Betrieb.

• Stadtquartier Margaretenau, Regensburg: Dem Projekt gelingt es, durch eine Warmmieten-konstante Sanierung und einer intensiven Partizipation der Mieter auch die sozialen Aspekte einer Sanierung zu berücksichtigen.

• Kinderkrippe Waltenhofen: Der Einsatz CO2-neutraler Baustoffe wurde durch die Holzkonstruktion umgesetzt, bei der bewusst auf die Verwendung regionalen Holzes sowie die Vermeidung von Leimkonstruktionen und lösemittelhaltiger Produkte geachtet wurde.

Bausektor verbraucht enorme Ressourcen

Laut Parlamentarischem Staatssekretär Florian Pronold bleibt insbesondere die energetische Sanierung von Bestandsbauten eine tägliche Herausforderung für die privaten und öffentlichen Bauherren. Aus Sicht des Klimaschutzes besteht dort der größte Handlungsbedarf. Themen wie Primärenergiebedarf, graue Energie oder gesundes Bauen fänden auch bei immer mehr privaten und öffentlichen Bauherren Beachtung – „und das zu Recht, denn der Bausektor verbraucht enorme Rohstoff- und Energieressourcen“.

Baustoffwende

Nach den Worten von Dirk Messner, Präsident des Umweltbundesamts, komme Baustoffen im Kampf gegen den Klimawandel eine wichtige Bedeutung zu: „So sind Baustoffe wie Stahl- und Beton energie- und ressourcenintensiv in ihrer Herstellung und heizen so das Erdklima an. Wir brauchen also eine Baustoffwende hin zur Klimaneutralität. Ich freue mich daher, dass die Jury mit dem Berufsschulzentrum in Mühldorf am Inn einen Preisträger ausgewählt hat, der neben seinem hervorragenden Energiekonzept bei der Wahl der Baustoffe auf einen Mix aus Holz und Beton mit Rezyklatanteil setzt“. **DK**



Sozialer Wohnungsbau auf dem Land kann gelingen

Gemeinde Mauth gilt als Musterbeispiel
Einheimische nutzen Angebot und verkaufen Häuser

Das Bild ähnelt sich in vielen Gemeinden in Niederbayern: Die Kinder sind aus dem Haus, die Eltern werden älter und weil keiner der Nachkommen mehr zurückkommt, lebt die Mama oder der Papa irgendwann allein in einem riesigen Haus. Die Gemeinde Mauth im Landkreis Freyung-Grafenau hat hier nun ein Zeichen gesetzt und bewiesen, dass sozialer Wohnungsbau auch auf dem Land funktioniert.

Die zuständige Mitarbeiterin für Wohnungsbauförderung an der Regierung von Niederbayern hatte Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, zugleich Bürgermeister der Kreisstadt Freyung, von dem Projekt vorgeschwärmt. Grund genug für Heinrich, sich das Konzept vor Ort anzusehen. Nach der Schließung der Jugendherberge in Mauth hatte die Gemeinde im März 2015 zu Beginn der Flüchtlingskrise das Gebäude gekauft, auch um einen zweifelhaften Investor zu verhindern.

Vier Jahre lang betrieb dann die Caritas dort eine Unterkunft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Währenddessen konkretisierte sich das gemeindliche Vorhaben heraus, in dem Gebäude Wohnungen zu günstigen Mietpreisen zu bauen. Der Vorteil: Die Kommune muss damit kein Geld verdienen. „Wir profitieren auf ganz andere, vielfältige Weise“, unterstreicht Bürgermeister Ernst Kandlbinder.

„Remanenzeffekt“

Die elf Wohnungen mit 35 bis 80 Quadratmetern wurden von älteren Einheimischen bezogen, die ihre Häuser wiederum verkauften. „Dies ist für die Gemeindeentwicklung hervorragend, weil damit die früher oder später notwendige Ausweisung vom Neubaugebiet auf der grünen Wiese unnötig wurde – und die Nachfrage nach Baugrund ist nach wie vor hoch“, weiß Olaf Heinrich. Nicht umsonst ist dieser sogenannte Remanenzeffekt, also das Verbleiben in Häusern, obwohl diese für die jeweilige Lebenssituation nicht mehr geeignet sind, einer der Hauptgründe für Flächenverbrauch und Zersiedelung im ländlichen Raum.

Das Sozialgefüge erhalten

Für den Bürgermeister ist es zudem wichtig, dass die Menschen vor Ort dem Sozialgefüge erhalten bleiben. „Die Leute sind hier zur Schule gegangen, sind in Vereinen oder Freundeskreisen verwurzelt – wenn sie später einmal in eine betreute Wohneinrichtung in einer anderen Gemeinde müssen, dann fehlen sie bei uns sehr.“ Umso besser ist es, solange es geht, sie vor Ort zu halten.

Und genau dies funktioniert in den barrierefreien Wohnungen in der ehemaligen Jugendherberge, von der aus die Einkaufsläden, Arztpraxen, Cafés und die Bushaltestelle fußläufig erreichbar sind. „Jeder hat seinen Bereich, aber es gibt pro Stockwerk auch einen Gemeinschaftsraum, der für Besuche oder gemeinsame Abende genutzt wird“, erklärt Kandlbinder.

Platz für Betreuungskräfte

Und noch einen Trumpf hat das Haus im Ärmel: Im ausgebauten Dachgeschoss sind bereits zwei kleine Appartements vorgesehen, die später einmal – wenn der Bedarf da ist – für ein oder zwei Betreuungskräfte genutzt werden können. Die Kosten können sich dann die Bewohner unter Umständen teilen, was bei der aktuellen Diskussion um den Minderlohn für Pflegekräfte aus dem europäischen Ausland ein schlagkräftiges Argument werden könnte.

Projektvorstellung beim Seniorentreff

Eine Hürde galt es aber für den Bürgermeister noch aus dem Weg zu räumen. Wie sollte er es schaffen, dass tatsächlich Einheimische das Angebot nutzen? „Zum Glück haben wir zwei gut frequentierte Seniorentreffs in unserer Gemeinde. Wir haben dort das Projekt vorgestellt und wenige Tage später waren die Wohnungen weg“, freut sich Kandlbinder, der damit nicht nur ein vollbelegtes Haus im Ortzentrum hat, sondern auch einige Häuser, die nun von jungen Familien aus der Region erworben werden können, die sich sonst aber vielleicht keinen Neubau hätten leisten können.

Win-Win-Situation auch für die Natur

Eine Win-Win-Situation für alle – nicht zuletzt für die Natur, meint Olaf Heinrich: „Während die Siedlungen außen immer größer werden, sterben viele Ortskerne mehr und mehr aus. Oftmals geht dort vor allem auch die Wohnnutzung zurück. Dieses Projekt zeigt, dass es anders gehen kann. Und statt eines neuen Baugebietes samt Wasser- und Kanalleitungen kann die grüne Wiese weiterhin auch grüne Wiese bleiben.“ ❐



Bürgermeister Ernst Kandlbinder (r.) erklärte Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich das Konzept des sozialen Wohnungsbaus in Mauth. Bild: Lang/Bezirk Niederbayern



Die mobile Zahnarztpraxis aus ELA Containern wurde für den Hochwasserschutz auf Betonsockeln platziert. Bild: ELA Container

Stadt Mainburg:

ELA Container baut Zahnarztpraxis

Wenn Überschwemmungen, Stürme oder Brände Gebäude zerstören, wird deutlich, wie wichtig kurzfristig verfügbarer Raum ist. „Ob zum Lagern, Arbeiten oder Wohnen – die mobilen Containerräume von ELA schaffen kurzfristig neuen Platz – überall, wo er benötigt wird“, erklärt ELA Sales Manager Norbert Spiegel. So auch im vergangenen Jahr in Mainburg bei Ingolstadt.

„Nach einem Brand in unserem bestehenden Gebäude standen wir vor dem Nichts“, erzählt Zahnärztin Dr. Ricarda Daser. Gemeinsam mit Dr. Wolfgang Daser führt sie eine Zahnarztpraxis, die durch Feuer und Löschwasser so beschädigt wurde, dass eine Grundsanierung unausweichlich war. Um den Praxisbetrieb aufrechtzuerhalten, mussten schnell neue, adäquate Praxisräume gefunden werden. ELA Container konnte kurzfristig unterstützen.

Interimslösung

„Mobile Raumlösungen für den Gesundheitsbereich stellen besondere Anforderungen an Funktionalität, Einrichtung und Hygiene“, erklärt ELA Area Sales Manager Norbert Spiegel. „Bei ELA haben wir viel Erfahrung mit Raumprojekten im medizinischen Bereich, daher konnten wir gemeinsam mit dem Ingenieurbüro Stark auch im Fall dieser Zahnarztpraxis schnell, unkompliziert und kompetent mit einer Interimslösung aushelfen.“

Die mobile Praxis bestand aus fünf Behandlungsräumen, einer Rezeption, einem Wartezimmer, einem Technik- und Röntgenraum sowie einem Büro und einem Aufenthaltsraum auf einer Nutzfläche von insgesamt 260 Quadratmetern. Klimatisierung, Heizung und flächige LED-Beleuchtung sorgten für jederzeit angenehmes Raumgefühl und optimale Behandlungsbedingungen für das Praxisteam und die Patienten.

Schutzmaßnahmen

Für die schwere Innenausstattung der Praxis waren unter anderem Bodenverstärkungen an den Containern notwendig. Zudem musste der Hochwasserschutz beachtet werden. „In unmittelbarer Nähe zu einem Fluss sind auch bei mobilen Containeranlagen besondere Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Daher haben wir die Raumlösung mithilfe von rund 150 Betonsockeln erhöht“, so Spiegel. „Unsere Patienten waren vom Komfort und der Optik der Interimspraxis positiv überrascht und fühlten sich sofort wohl“, so Dr. Ricarda Daser. „Irgendwie vermittelte die Interimspraxis einen modernen und innovativen Touch – gerade auch die jüngeren Patienten waren sehr beeindruckt.“ Ihre Mitarbeiter schätzten zudem die gradlinige Struktur der Raumlösung und die kurzen Laufwege.

Besondere Zeit

Nach fünf Monaten Sanierungszeit ist das Bestandsgebäude der Zahnarztpraxis wieder hergerichtet und die ELA Containeranlage konnte rückstandslos demontiert werden. Der positive Eindruck jedoch bleibt: „Auch wenn wir uns als Team nun über die sanierten Praxisräume freuen, so war es doch eine besondere Zeit in unserem „Dent[ainer]“, so die Zahnärztin. ❐

„Polis Award“ für Planung des Werksviertels

„The winner is“: das Münchner Werksviertel. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hat gemeinsam mit der OTEC GmbH und Co. KG, der R&S Immobilienmagement GmbH und weiteren Projektpartnern den renommierten Polis Award in der Kategorie „Urbanes Flächenrecycling“ gewonnen. Die zuständigen Planer konnten die Auszeichnung bei der Preisverleihung in Düsseldorf entgegennehmen. Masterplaner im Auftrag der Eigentümergemeinschaft waren Steidle Architekten und Jühling Landschaftsarchitekten. Der Preis wird jährlich in unterschiedlichen Kategorien für besonders gelungene Projekte der Stadtplanung vom Fachmagazin „Polis“ mit Unterstützung der Bundesstiftung Baukultur verliehen.

Das lebendig-kreative Werksviertel ist das Ergebnis einer städtebaulichen Umstrukturierung im Großformat. Das rund 39 Hektar große Areal hinter dem Ostbahnhof ist eine der letzten zusammenhängenden Flächen dieser Ausdehnung in Innenstadtnähe.

Wandel des Quartiers

Wo die Firma Pfanni einst Knödel und Kartoffelpüree herstellte, entstand in den 1990er-Jahren das zwischenzeitlich größte Nightlife-Areal Europas: der Kunstpark Ost (später Kultfabrik) mit seinen Clubs, Konzerthallen und Bars. 2011 wurde auf Initiative der Grundeigentümer ein überarbeitetes Konzept vorgelegt, das einen Wandel des Quartiers bei gleichzeitigem Erhalt alter Bausubstanz vorsieht.

Das Werksviertel soll auf engem Raum und mit hoher Dichte ein buntes Nebeneinander von Wohnen, Kultur, Freizeit, Einkaufen, Arbeiten und Erholen bieten. Wichtige Teile sind bereits fertiggestellt. Dennoch ist die Transformation noch in vollem Gange, auf dem Gelände soll auch der neue Konzertsaal für das Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks unterkommen. Dabei soll die Historie des Geländes stets sichtbar bleiben.

Die Herausforderung der Planung bestand darin, ein immer etwas isoliert wirkendes Gebiet, das zu Kunstpark-Zeiten nur nachts mit Leben erfüllt war, zu öffnen und aufzuwerten. Das ebenso urbane wie markante Quartier mit seinen verschiedenen Angeboten soll auch Besucher und Flaneure aus den umliegenden Stadtteilen und eigentlich der ganzen Stadt anziehen. Auf dem einst komplett versiegelten Industrieareal entstehen zudem neue Grünflächen.

Der 1. Preis in dem bundesweiten Wettbewerb ist eine erneute Auszeichnung für das große Engagement Münchens in der Bau- und Planungskultur gemeinsam mit privaten Projektpartnern. Beim diesjährigen Polis Award gingen gleich mehrere Preise dorthin: In der Kategorie „Soziale Quartiersentwicklung“ errangen das Projekt „Bellevue di Monaco“, in der Kategorie „Lebenswerter Freiraum“ der Heckenstallerpark erste Preise. Insgesamt wurden in sieben Kategorien jeweils drei Preise verliehen. ❐



Stadt neu denken

Deutscher Städtetag veröffentlicht Positionspapier „Zukunft der Innenstadt“

„Städte sind Orte für Menschen. Städte sind Orte für Bildung, Erholung, Events und Kultur. Unser Auftrag ist es, die Angebote in den Innenstädten an die neuen Bedürfnisse und Erwartungen der Menschen anzupassen. Wir brauchen einen neuen Mix“, betont der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, Helmut Dedy. Wie der Wandel der Innenstädte gelingen kann, zeigt der Kommunalverband in seinem Positionspapier „Zukunft der Innenstadt“. Damit setzt er einen Impuls für die Weiterentwicklung der Innenstädte hin zu zukunftsfähigen multifunktionalen Orten.

Das Papier ist Ausdruck einer gemeinsamen Verantwortung für die Gestaltung der Innenstadt, denn zahlreiche Städte haben sich in einem breiten Beteiligungsprozess in die Ausarbeitung eingebracht. Die „Position des Deutschen Städtetages zur Zukunft der Innenstadt“ wurde vom Hauptausschuss in Berlin beschlossen.

Der Bund wird aufgefordert, unverzüglich ein „Förderprogramm Innenstadt“ für fünf Jahre mit einer Gesamthöhe von 2,5 Milliarden Euro aufzusetzen, um die Städte bei der Bewältigung ihrer Herausforderungen in den Innenstädten und Stadtteilzentren zu unterstützen. Dieses sollte flexibel und einfach handhabbar sein und insbesondere die vorübergehende Anmietung und einen Zwischenerwerb von leerstehenden städtebaulich relevanten Schlüsselimmobilien durch die Städte unterstützen.

Der Deutsche Städtetag hält es zudem für zielführend, wenn der Bund ein Service- und Kompetenzzentrum zur Unterstützung der Kommunen bei der Transformation der Innenstädte und Stadtteilzentren einrichtet. Das Service- und Kompetenzzentrum sollte das bereits vorhandene Wissen bündeln, den Kommunen als Plattform für einen Erfahrungsaustausch zur Verfügung stehen und Beratungsleistungen für die Innenstadtentwicklung anbieten.

Kommunalen Spielraum erweitern

Weiterhin sei es erforderlich, die Kommunen handlungsfähiger zu machen und das Bauplanungsrecht mit Blick auf Nutzungsmischung und Nutzungsänderung flexibler auszugestalten. Der kommunale Spielraum für Experimente müsse deutlich erweitert werden. Zudem wird die Umwelt- und Bauministerkonferenz gebeten, sich in Fragen des Emissions- und Lärmschutzes zügig auf eine Konkretisierung der bereits vorgeschlagenen Experimentierklausel für die TA Lärm zu einigen.

Der Deutsche Städtetag fordert die Akteure der Innenstadt auf, die Möglichkeiten der Digitalisierung für neue Geschäfts- und Nutzungsmodelle einzusetzen. Bund, Länder und Kommunen seien aufgerufen, diese Entwicklung entsprechend zu unterstützen, beispielsweise durch Digitalcoaches.

Möglichkeiten der Digitalisierung

Erheblichen Nachholbedarf sieht der Verband bei der virtuellen Abbildung und Auffindbarkeit innerstädtischer Funktionen im Internet. Der Standort Innenstadt müsse sich nicht nur baulich und gestalterisch ansprechend präsentieren, sondern auch im Internet auffindbar sein und den bei anderen Plattformen üblichen Nutzungskomfort bieten. Hierfür bedürfe es sowohl fachlicher als auch finanzieller Unterstützung für die Kommunen und die anderen Innenstadtakteure.

Weiterer Bedarf zur Digitalisierung besteht laut Deutschem Städtetag auch im Bereich der Mobilität. Die Nutzung von und der Wechsel zwischen unterschiedlichen Verkehrsträgern sowie Tarifzonen und Verkehrsverbünden sollte erleichtert werden. Außerdem sollten Bund und Länder neben den Innenstädten auch die Stadtteil- und Quartierszentren stärker in den Blick nehmen. Sie leisteten einen wichtigen Beitrag zur Identifikation der Bürger mit ihrem Lebensumfeld und zur Nahversorgung. Diese Funktionen müssten gestärkt werden.

Vorgeschlagen wird darüber hinaus eine stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen bei der Ausgestaltung in Stadtentwicklungskonzepten. Der Bund und die Länder sollten dies in ihren Förderprogrammen stärker forcieren.

Als essenziell wird zudem eine Aufstockung der Städtebaufördermittel bei gleichzeitiger Entbürokratisierung von Förderrichtlinien und Prüfmechanismen betrachtet, um die sich anbahnende Krise der Innenstädte und Stadtteilzentren bewältigen zu können. Plädiert wird auch für ein strategisches kommunales Flächenmanagement. Um die Umgestaltung von Innenstädten, Stadtteilzentren und Quartieren im Sinne eines strategischen Flächenmanagements besser steuern zu können, bedürfe es einer entsprechenden Berücksichtigung im kommunalen Haushalt.

Liegenschaften optimieren

Bund und Länder werden aufgefordert, mit ihren Liegenschaften und Flächen ebenfalls einen Beitrag zur Multifunktionalität und Lebendigkeit der Zentren zu leisten. Mit der Einführung eines aktiven strategischen Immobilienmanagements bei Bund und Ländern könne die Inwertsetzung der Liegenschaften optimiert und der Nutzen für das Umfeld verbessert werden.

Des Weiteren setzt sich der Deutsche Städtetag für eine Beschleunigung verfahrensrechtlicher Abläufe und eine Erleichterung der aufsichtsrechtlichen Genehmigungsverfahren ein. Kommunen müsse ein schnelleres und eigenständiges Agieren beim Erwerb von Immobilien und Grundstücken ermöglicht werden. Sie benötigten die entsprechenden Spielräume, um auf dem freien Markt gegenüber Investoren agieren zu können.

Eine ressortübergreifende und integrierte Förderpolitik von Bund und Ländern steht ebenfalls im Fokus. Kommunale Innenstadt- oder Zentrenkonzepte sollten nicht mehr nach Ministerien, Ressorts und Förderprogrammen aufgeschlüsselt, sondern thematisch zur Förderung beantragt werden können.

Internationales Steuerrecht im Visier

Der Online-Handel wird auch nach der Pandemie nicht an Bedeutung verlieren, sondern seine Vormachtstellung weiter ausbauen. Die großen global tätigen Onlinehändler leisten laut Deutschem Städtetag bisher keinen angemessenen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur. Dabei müssten sich alle Unternehmen an der Finanzierung der Infrastruktur gerecht beteiligen. Das bestehende internationale Steuerrecht sei gestaltungsanfällig und verschaffe damit global tätigen Online-Handelsunternehmen unfaire Wettbewerbsvorteile. Vor diesem Hintergrund begrüßen die Städte die Einigung der G7-Staaten, die steuerlichen Rahmenbedingungen für globale tätige Unternehmen fortzuentwickeln.

Erneut regt der Hauptausschuss an, den im Jahr 2020 vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat eingerichteten „Beirat Innenstadt“ auch in der neuen Legislaturperiode fortzuführen. Damit soll der Erfahrungsaustausch mit den relevanten Akteuren auch künftig vorangebracht werden. **DK**



V.l.: Karl Scheinhardt, Geschäftsführer der Baugesellschaft München Land, und Planeggs Bürgermeister Hermann Nafziger beim Richtfest auf einem der Balkone. Bild: Gemeinde Planegg

Gemeinde Planegg:

Bezahlbarer Wohnraum im Großraum München

„Bezahlbarer Wohnraum ist ein großes und wichtiges Thema in unserer Gemeinde, im Landkreis, in Oberbayern.“ Dieses Statement war neben dem Dank an die Handwerker das wichtigste Thema für Bürgermeister Hermann Nafziger und auch den Geschäftsführer Karl Scheinhard der Baugesellschaft München Land. Von einem Balkon sprachen die beiden Herren zu den Gästen, Architekten, Mitgliedern des Gemeinderates, Vertretern der Gemeinde, den Handwerkern und der Presse.

Was seit März diesen Jahres an der Münchner Straße entstanden ist, wird genau dies sein: Bezahlbarer Wohnraum mit einem Mietpreis von unter 10 Euro je qm. Den traditionellen Richtspruch sprach Andreas Schaipp, Bauleiter der Firme MP Bau. „Drum wünsche ich, so gut ich‘s kann, so kräftig wie ein Zimmermann, mit stolz empor gehobnem Blick dem neuen Hause recht viel Glück. Wir bitten Gott, der in Gefahren uns allezeit so treu bewahrt, er möge das Bauwerk hier bewahren vor Not und Schaden aller Art.“

Die Planungen für das Projekt Münchner Strasse 12 wurden 2018 begonnen und 2019 vom Gemeinderat abgesegnet. Baubeginn war im Frühjahr 2020. Zunächst wurde ein Teil der bestehenden Tiefgarage abgerissen und über der statisch verstärkten Tiefgaragenerweiterung das Wohnhaus Nr. B auf dem westlichen Grundstücksteil errichtet.

Barrierefreie Wohnungen

Das straßenseitige Wohnhaus Nr. A ist seit dem Frühjahr diesen Jahres in Arbeit, parallel dazu wird der Ausbau von Haus B vorangebracht. Der südliche Innenhof wird komplett neu gestaltet, viele Fahrradstellplätze werden errichtet, der nördliche Teil des Grundstücks mit Wiese und Spielplatz bleibt unangetastet.

Die 16 Wohnungen (2 x 1-Zimmer, 3 x 2-Zimmer, 7 x 3-Zimmer und 4 x 4-Zimmer) haben zusammen 988,46 qm Gesamtwohnfläche. Sie sind alle barrierefrei über einen Außenaufzug erschlossen. ❐

Stadt Nürnberg:

Grundschulneubau in der Forchheimer Straße

Archäologische Voruntersuchungen werden abgeschlossen

Die WBG KOMMUNAL GmbH betreut für die Stadt Nürnberg den Neubau einer fünfzügigen Grundschule in der Forchheimer Straße. Die Schule und der integrierte Hortbereich sind für bis zu 500 Kinder ausgelegt. Vor dem Baubeginn fanden – weil bereits seit langem die Befundlage bekannt ist – auf dem Gelände umfangreiche archäologische Voruntersuchungen statt, die im September zu Ende gingen. Dabei wurden gemäß der 2019 erteilten denkmalschutzrechtlichen Erlaubnis planmäßig umfangreiche ökologische und artenschutzrechtliche Belange berücksichtigt.

Ebenso wurden bei den Grabungen Belange eines 2021 neu ausgewiesenen Hochwasserschutzbereichs berücksichtigt, in den der nördliche Teil des Schulgrundstücks fällt.

Umfangreiche Funde

Laut Birgit Srock, Grabungsleiterin der mit den Untersuchungen beauftragten Firma Kreuzschnitt, gab es umfangreiche Funde: „Bisher wurden auf dem Gelände des Schulneubaues an der Forchheimer Straße über 1.400 archäologisch relevante Verfärbungen entdeckt und bearbeitet. Neben Siedlungsspuren wie Pfostengruben und Siedlungsgrubenresten wurden auch eine Silogrube der Latènezeit (Keltisch), etliche Pfostengruben mit massiven Keilsteinpackungen und zwei Gräben aufgedeckt. Die Keramikfunde aus der Silogrube datieren ca. 400 bis 300 v. Chr. Weitere Funde aus den Verfärbungen belegen eine rege Siedlungstätigkeit ab dem späten Mittelalter bis zur Neuzeit auf diesem Gelände.“

Minimierter Transport

Nachdem tiefgehende Kampfmitteluntererkundungen und Baugrunduntersuchungen für die geplante geothermische Heizungsanlage abgeschlossen wurden, wurden noch im September die bisher vorläufig im nördlichen Grundstücksteil zwischengelagerten Boden-Haufwerke planmäßig in den südlichen Grundstücksteil außerhalb des Hochwasserschutzbereichs umverlagert. Die Transportbewegungen auf dem Gelände in sensibleren Vegetationsphasen werden dabei bewusst minimiert.

Errichtung des Schulneubaus bis 2024

Die endgültige Abfuhr sämtlicher Boden-Haufwerke erfolgt ab circa Mitte November, denn die temporären Haufwerke aus wertvollem Mutterboden werden andernorts verwertet.

Der Schulneubau wird ab 2022 bis 2024 errichtet und kann zum Schuljahresbeginn 2024/25 in Betrieb gehen. ❐

Für mehr Wohnraum in der Zuzugsregion Abensberg

Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes in der Stadt Abensberg haben sich die Stadträte Fraktionssprecher Dr. Bastian Bohn, Listen-Bundestagskandidat Niklas Neumeyer und Sebastian Kneitinger sowie CSU-Ortsvorsitzender Daniel Ritz an den CSU-Bundestagsabgeordneten Florian Oßner gewandt.

Für Entspannung soll das sogenannte Baulandmobilisierungsgesetz sorgen, das der Bundestag vor kurzem verabschiedet hat. „Das Gesetz zur Mobilisierung von Bauland ist eine echte Chance für den Wohnungsbau, insbesondere in der Zuzugsregion Abensberg. Wir schaffen damit Erleichterungen für Kommunen, um zum Beispiel Baulücken und brachliegende Flächen schneller und flexibler zu nutzen“, erläutert Oßner.

Das neue Gesetz unterstützt u.a. Baugenehmigungsbehörden dabei, leichter Befreiungen von bestehenden Bebauungsplänen zugunsten des Wohnungsbaus zu erteilen. „Kommunen, wie Abensberg, erhalten mehr Flexibilität, um Dachgeschossausbauten und Anbauten zu erleichtern. Dafür werden die bisher bestehenden Obergrenzen für das Maß der baulichen Nutzung in Orientierungswerte geändert“, führte Oßner aus. Außerdem werden den Gemeinden für Problemimmobilien und brachliegende Grundstücke Vorkaufsrechte eingeräumt. Eigentümer können so mehr Einfluss auf die Bebauung der Grundstücke mit bezahlbarem Wohnraum nehmen. Kommunen können zudem Grundstücke in Zukunft leichter zum Verkehrswert erwerben.

Um Baulücken und ungenutzte Grundstücke leichter schließen zu können, wurde auch das Baugebot in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt erweitert. Gleichzeitig wird jedoch das Verfügungsrecht zugunsten des engsten Familienkreises gewahrt. Darüber hinaus zählen der sektorale Bebauungsplan als neuer Bebauungsplantyp sowie die genehmigungspflichtige Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu den Neuerungen.Freibetragslösung für landwirtschaftlichen Baugrund

Die CSU-Stadträte begrüßten die Neuregelungen und setzten den Infrastrukturpolitiker aber auch über die Situation in der Stadt ins Bild. „Die Nachfrage ist schon jetzt extrem. Wir haben ein massives Problem, Bauland zur Verfügung zu stellen und das Problem wird sich in den nächsten Jahren noch verstärken“, machte Bohn aufmerksam.Außerdem sieht es der Direktkandidat für die Region Kelheim als schwierig an, dass Landwirte aufgrund der aktuell hohen Besteuerung davor zurückschrecken, Grundstücke aus dem Betriebsvermögen zu verkaufen, damit diese als Bauland ausgewiesen werden können. Oßner hält eine Freibetragslösung in praktikabler Höhe für dringend nötig. „Mir ist völlig schleierhaft, warum sich die anderen Parteien im Bundestag in dieser Sache jedes Mal querstellen. Wir als CSU haben diese Diskussion schon mehrfach geführt und werden dies auch weiter tun, bis wir eine für alle Beteiligten tragbare Lösung finden“, so Oßner. ❐



Regionaler Planungsverband München:

Stadtentwicklungsplan und Bevölkerungsprognose

Die Eckpunkte des Stadtentwicklungsplans für München mit einem Zeithorizont bis 2040, die Bevölkerungsprognose für die Jahre 2019 bis 2039 für Bayern und die Region München sowie Daten zur Wohnbausituation standen im Zentrum der jüngsten RPV-Sitzung in Oberhaching.

Der vom Leitenden Baudirektor Torsten Brune, Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Landeshauptstadt München, vorgestellte Entwurf des Stadtentwicklungsplans München 2040 enthält sechs Handlungsfelder: grüne und vernetzte Freiräume, effiziente und klimaneutrale Mobilität, starke Wohnquartiere mit Fokus auf bezahlbaren Wohnraum, klimaangepasste Landschafts- und Siedlungsräume, Klimaneutralität sowie eine partnerschaftliche Entwicklung der Stadtregion. Der Plan fasse alle Ziele, Strategien und Maßnahmen für die Stadt zusammen und zeige Synergien auf, führte Brune aus. Dieser Entwurf wird ab November 2021 in eine umfangreiche Öffentlichkeitsbeteiligung gegeben und intensiv mit den Umlandgemeinden diskutiert. Der RPV nimmt dazu voraussichtlich am 7. Dezember Stellung.

Mit Blick auf die Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern und die Region München 2019 bis 2039 des Bayerischen Landesamts für Statistik verwies RPV-Geschäftsführer Christian Breu darauf, dass diese ein deutlich schwächeres Wachstum der Bevölkerung annehme als frühere Prognosen: für die Bevölkerung Bayerns um plus 3,2 Prozent und für die Region München um plus 7,7 Prozent in 20 Jahren.

In der Region München werde die Bevölkerung insgesamt um 220.000 Einwohner wachsen, von 2,93 Millionen Einwohner im Jahr 2019 auf 3,15 Millionen Einwohner in 2039. Das seien etwa 50.000 Einwohner weniger als in der Prognose 2018 bis 2038 veranschlagt. Bis 2039 wachsen prozentual am schnellsten die Landkreise Dachau und Ebersberg mit ca. 11 %. Die Landeshauptstadt und die Landkreise Erding, München und Fürstenfeldbruck folgen mit 6,7 bis 8,9 %. Die Landkreise Landsberg am Lech, Starnberg und Freising wachsen um 4 bis 5,9 %.

Das schwächere Einwohnerwachstum beruhe auf einem Geburtendefizit gegenüber den Sterbefällen und lasse sich nur durch Zuwanderung abfedern. Allerdings werde sich die Altersstruktur in Bayern drastisch wandeln, auch wenn das Durchschnittsalter der Zuwanderer deutlich geringer ist als das der Bestandsbevölkerung, erläuterte Breu.

Das Durchschnittsalter steigt in der Stadt München moderat auf 42,5 Jahre an, in den Landkreisen der Region auf 44,2 bis 46,7 Jahre. Die junge Bevölkerung bis 17 Jahre wächst prozentual ähnlich stark wie die Bevölkerung insgesamt – am schnellsten im Landkreis Ebersberg. Etwas schwächer in der Landeshauptstadt München sowie in den Landkreisen Dachau, München und Fürstenfeldbruck; deutlich schwächer in den Landkreisen Erding, Freising, Starnberg und Landsberg am Lech.

Die Einwohnerzahl der zwischen 18- und 64-Jährigen wächst nur noch in Teilen der Region: in der LH München am stärksten um knapp 40.000, in den Landkreisen Ebersberg, München und Dachau insgesamt um 5.700. Alle anderen Landkreise verlieren Einwohner in dieser Altersgruppe – insgesamt 18.000. Viel schneller steigt der Anteil der über 65-Jährigen. Und wegen der vielen Einwohner in dieser Altersgruppe nimmt deren Zahl bis 2039 in den Landkreisen um 103.000 zu, in München um 52.000. Hingegen steigt die Zahl der bis 17-Jährigen nur um 19.000 in den Landkreisen und 23.000 in München.

Schwächeres Einwohnerwachstum

Die schwächere Entwicklung der Einwohnerzahl könne für den Arbeitsmarkt problematisch werden, machte Breu deutlich. Die Sozial- und Rentensysteme würden innerhalb der nächsten 40 Jahre stark belastet. Grund dafür seien die geburtenstarken Jahrgänge (ca. 1959 bis 1969) der Babyboomer-Generation, die in den nächsten Jahren sukzessive in Rente gehen. Den Rentnern stünden weniger Erwerbstätige gegenüber. Ob und wie sich ein Bevölkerungsrückgang auf die Nachfrage nach Bauland und Wohnungen auswirke, sei ungewiss. Es bestehe jedoch eine gute Chance, den aktuellen Wohnungsmangel etwas abzumildern.

Mit Blick auf die Wohnbausituation für das Jahr 2020 in der Region München stellte Breu fest, dass die Zahl der Wohnungsfertigstellungen regionsweit bei insgesamt 13.550 lag. Das liegt über dem jährlichen Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2020 mit 12.173 Wohnungen. Deutlich höher liegt mit 20.000 die Zahl der Baugenehmigungen im Jahr 2020.

Nach wie vor unterscheidet sich die Wohnungsbelegung (Einwohner je Wohnung) in Stadt und Umland. Im Umland sind es durchschnittlich 2,16 Einwohner pro Wohnung, in der Stadt München 1,83 Wohnungen und regionsweit knapp zwei Einwohner je Wohnung. Das entspricht dem bayerischen Durchschnitt. Die Zahl der Fertigstellungen lag je tausend Einwohner gerechnet durchschnittlich bei 4,2 im Umland und bei fünf in der Landeshauptstadt München im Jahr 2020.

Baugenehmigungen

Wenig überraschend ist die absolute Zahl der Baugenehmigungen 2020 in München und den größeren Städten in der Region am höchsten. Ansonsten lässt sich kein räumliches Muster erkennen. Je tausend Einwohner überschreiten 2020 nur zwei Gemeinden der Region die Kennziffer von 20 Baugenehmigungen je tausend Einwohner (Utting am Ammersee und Neuried). Eine größere Anzahl von Gemeinden weist 10 bis 20 Baugenehmigungen je tausend Einwohner auf, also etwa doppelt so viel wie im regionalen Durchschnitt. Etwa gleich viele Gemeinden liegen unter bzw. oberhalb fünf Baugenehmigungen je tausend Einwohner. Bezieht man die Baugenehmigungen je tausend Einwohner auf den jährlichen Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2020, stechen die Gemeinden Odelzhausen, Hallbergmoos, Eitting und Moosburg an der Isar mit mehr als neun Baugenehmigungen je tausend Einwohner hervor. Fast alle anderen liegen zwischen drei bis neun Baugenehmigungen je tausend Einwohner.

Wohnungsbestand

Den stärksten prozentualen Anstieg im Wohnungsbestand 2010 bis 2020 weisen die Stadt Ingolstadt sowie die Landkreise Erding, Freising und Pfaffenhofen an der Ilm auf. Betrachtet man die Landkreise der Region München, so lässt sich eine etwas stärkere prozentuale Zunahme im Wohnungsbestand im nordöstlichen Bereich der Landeshauptstadt München erkennen.

Die Wohnungsfertigstellungen je tausend Einwohner 2020 zeigen ein relativ deutliches Muster. In München und einem Korridor von Weilheim-Schongau über Landsberg am Lech und Aichach-Friedberg bis hinauf nach Neuburg-Schrobenhausen ist die Zahl der Wohnungsfertigstellungen höher als im Durchschnitt. Neustadt, Pfaffenhofen an der Ilm und Mühldorf sind mit über sieben Wohnungsfertigstellungen je tausend Einwohner 2020 die Spitzenreiter. Der gesamte Nordosten von München liegt im Durchschnitt. Auffallend ist, dass der Landkreis Fürstenfeldbruck und die Landkreise südlich von München (außer dem Landkreis München) eine unterdurchschnittliche Zahl von Wohnungsfertigstellungen je tausend Einwohner aufweisen.

Wohnungsbelegung

Die Wohnungsbelegung liegt im südlichen Teil des Großraums München überwiegend bei 1,8 bis 2,2 im Jahr 2020. Im nördlichen Teil hingegen weisen bis auf die Landkreise Freising und Neuburg-Schrobenhausen alle Landkreise eine höhere Wohnungsbelegung von 2,2 bis 2,36 Einwohner je Wohnung auf. Die kreisfreien Städte liegen zwischen 1,8 und 2,0 Einwohner je Wohnung. Bei der Wohnflächenausstattung je Einwohner ist ein typisches räumliches Muster im Großraum München erkennbar. Neben den großen Städten München und Augsburg mit unter 40 qm je Einwohner 2020 schließt sich um München ein Ring aus den meisten Landkreisen der Planungsregion München und zusätzlich Bad Tölz-Wolfratshausen mit Werten von 40 qm bis 50 qm je Einwohner. Diese Werte gelten auch für die übrigen kreisfreien Städte im Großraum München. Die äußeren Landkreise liegen alle über 50 qm je Einwohner.

Die Zahlen basieren auf Informationen des Bayerischen Landesamts für Statistik und Berechnungen des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München (PV). **DK**

Deggendorf:

CSU-Fraktion informiert sich über geförderten Wohnungsbau

Bei der städtischen Stadtbau GmbH herrscht zurzeit Hochbetrieb: Rund 30 Millionen Euro werden aktuell in Modernisierungs- und Neubaumaßnahmen investiert. Grund genug für die CSU-Fraktion, sich mit ihrem Vorsitzenden Paul Linsmaier über die Baumaßnahmen aus erster Hand zu informieren. Geschäftsführer Reiner Winter-Häring zeigte den CSU-Stadträten und Oberbürgermeister Dr. Christian Moser die wichtigsten Baustellen.

Die Tour startete am Sitz der Stadtbau GmbH in der Metzgergasse, bei der eine Erweiterung des Büro- und Geschäftshauses geplant ist. Drei Wohnungen und zwei Gewerbeeinheiten werden hier realisiert. Weiter ging die Führung in die Tiefgarage Altstadtviertel. Im Auftrag der Eigentümergemeinschaft investieren private Eigentümer und die Stadt Deggendorf knapp sechs Mio. Euro in die Sanierung der öffentlichen und privaten Tiefgarage. Koordiniert wird das umfangreiche Sanierungsprojekt von der Stadtbau GmbH als Verwalter der Eigentümergemeinschaft.

In den Untergeschossen der Garage wurde der Kraftakt deutlich, welchen die Arbeiter leisten, um unter größten körperlichen Anstrengungen bei Hitze und Wasserdampf den kaputten Boden zu entfernen. Die gute Nachricht: Ein Ende ist in Sicht und der Lärm wird immer weniger.

Anschließend ging es für die Fraktion weiter in die Dr.-Kollmann-Straße. In diesem Quartier hat die Stadtbau GmbH einen Bestand von derzeit rund 140 Wohnungen in acht Wohnanlagen. Hier werden auch die größten und wichtigsten Neubauprojekte realisiert. Bei jenen 60 öffentlich geförderten und sechs freifinanzierten Wohnungen mit einem Investitionsvolumen von über 16 Mio. Euro handelt es sich um eines der größten geförderten Bauprojekte Niederbayerns. Im Herbst nächsten Jahres werden die ersten 33 Wohnungen fertig gestellt sein. Den künftigen Mietern stehen dann öffentlich geförderte Wohnungen zwischen 4,80 Euro und 6,80 Euro pro Quadratmeter in verschiedenen Größen zur Verfügung.

Doch nicht nur Neubaumaßnahmen werden bei der Stadtbau GmbH realisiert. Vor allem in der Dr.-Kollmann-Straße saniert sie seit dem Jahre 2019 sukzessive die Bestandsanlagen. Besonders auf den energetischen Nutzen legte die Fraktion bei der Führung ihr Augenmerk. So informierten sich die Stadträte auch über die neue Hybridheizung, eine Pellet-Heizzentrale mit Gasunterstützung, die künftig rund 200 Wohnungen mit höchster Effizienz versorgen wird.

„Bezahlbarer Wohnraum für alle ist uns ein Herzensanliegen. Unser Stadtbau ist dabei ein entscheidender Faktor: Die über 1.100 Wohnungen mit einem durchschnittlichen Mietpreis von rund 5,40 Euro pro Quadratmeter sind eine unverzichtbare Stütze am Deggendorfer Wohnungsmarkt. Unser Ziel sind bezahlbare, moderne und nachhaltige Wohnungen in ganz Deggendorf“ so Linsmaier abschließend. ❐

Startschuss für solid UNIT Bayern

Das Netzwerk für den innovativen Massivbau

„Wir wollen ein Innovationsmotor für den Massivbau in Bayern werden. Denn mineralische Baustoffe sind aus statischen, bauphysikalischen und sicherheitstechnischen Gründen nach wie vor unersetzliche Baustoffe. Sie bestehen aus regional verfügbaren, natürlichen Rohstoffen, sind kostengünstig und bieten hervorragende Wärmespeicherfähigkeiten. Aber das CO2-Einsparpotenzial beim Herstellungsprozess und die Recyclingquote sind noch lange nicht ausgeschöpft. Das wollen wir ändern.“ Mit diesen Worten gab Andreas Demharter, Vorstand des neu gegründeten Vereins und Hauptgeschäftsführer des Landesverbands Bayerischer Bauinnungen, auf der Gründungsversammlung in München den offiziellen Startschuss für solid UNIT Bayern, das neue Netzwerk für den innovativen Massivbau in Bayern.

Der Verein „solid UNIT – Das Netzwerk für den innovativen Massivbau Bayern“ ist ein Zusammenschluss von acht Verbänden der Bauwirtschaft und der Baustoffindustrie.

Das Ziel von solid UNIT Bayern ist es, durch eine engere Vernetzung der Partner Innovationen in Forschung und Entwicklung sowie die Förderung und Weiterentwicklung der Massivbauweise in Bayern mit mineralischen Baustoffen weiter voranzutreiben und verstärkt auch auf den Baustellen zum Einsatz zu bringen. Im Zentrum des Netzwerkes stehen dabei so genannte Netzwerk-Teams, die jeweils in speziellen Themenbereichen, wie zum Beispiel CO2-Einsparung, Ressourcenmanagement oder Digitalisierung auf der Baustelle, zusammenarbeiten.

Gründungsmitglieder von solid UNIT Bayern sind der Landesverband Bayerischer Bauinnungen, der Bayerische Bauindustrieverband e. V., der Bayerische Industrieverband Baustoffe Steine und Erden e. V., der Bayerische Ziegelindustrie-Verband e. V., der Bundesverband Leichtbeton e. V., die Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau e. V., die Informations-Zentrum Beton GmbH und die Kalksandsteinindustrie Bayern e.V. Neben Andreas Demharter wurden Dr. Hannes Zapf, Vorsitzender der Kalksandsteinindustrie Bayern e.V. und Yves Knoll, Geschäftsführer des Bayerischen Ziegelindustrie-Verbands e.V. in den Vorstand von solid UNIT Bayern gewählt. ❐



Wer viel bewegen möchte, braucht gute Konditionen!

Die BayernLabo – Kommunalkredit- und Förderbank des Freistaats Bayern.

Mit Zinsbindungen bis zu 30 Jahren im klassischen Kommunalkredit und speziellen Förderkrediten unterstützen wir bayerische Gebietskörperschaften bei der Realisierung ihrer Investitionsvorhaben

Näheres erfahren Sie unter ▶ bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB

BayernLabo

Nach dem Bau ist vor dem Bau

Dritter Bauabschnitt am Bezirksklinikum Mainkofen steht bevor
Bezirk Niederbayern investiert 42,5 Millionen Euro

Nachdem Anfang August der zweite Bauabschnitt am Bezirksklinikum Mainkofen feierlich eingeweiht wurde, steht nun bereits der Baubeginn zum dritten Bauabschnitt bevor. Dabei wird das Zentrum für Gerontopsychiatrie neu gebaut, was den Bezirk Niederbayern rund 42,5 Millionen Euro kosten wird.

Insgesamt fließen in die Neustrukturierung des Bezirksklinikums Mainkofen 145 Millionen Euro, wovon der Freistaat 66 Millionen Euro fördert. Seit 2015 wird immer irgendwo auf dem Klinikgelände gebaut, was bei laufendem Betrieb eine große organisatorische Herausforderung ist. Im Rahmen der Einweihung des zweiten Bauabschnittes hatte Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich die Leistungen aller Mitarbeiter unter diesen erschwerten Bedingungen hervorgehoben – vor allem auch des langjährigen Klinikdirektors Gerhard Schneider, der zugleich in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Die Gebäude dokumentierten die Veränderungen in der psychiatrischen Versorgung insgesamt, so Heinrich. „Der Anspruch an ein Klinikum hat sich verändert, etwa weg vom Mehrbett- hin zu Zweibett- oder Einzelzimmer. An solche veränderten Bedingungen muss sich ein großes Haus wie Mainkofen anpassen, um zukunftsfähig zu bleiben“, betonte Heinrich.

Seit 2015 wurden im ersten Bauabschnitt das „Zentrum für Allgemeinpsychiatrie“, die erste Hälfte des „Zentrums für Abhängigkeitserkrankungen“ sowie der Umbau- und die Erweiterungsmaßnahmen der „Kriseninterventionen“ umgesetzt.

Nahtlos ging es 2019 mit dem zweiten Bauabschnitt weiter, bei dem die Kliniken für Neurologie und Neurologische Rehabilitation erweitert und modernisiert wurden und der im gleichen Gebäude integrierte Bereich „Funktionsdiagnostik/Innere Medizin und Endoskopie“ komplettiert wurde. Auch die zweite Hälfte des „Zentrums für Abhängigkeitserkrankungen“ wurde fertiggestellt sowie das Pflegeheim, das mit der Eröffnung im Januar 2019 in „Sozialpsychiatrisches Zentrum Mainkofen“ umbenannt wurde, neu gebaut.

Dritter und letzter Bauabschnitt

Nun soll im dritten und letzten Bauabschnitt das „Zentrum für Gerontopsychiatrie“ (Gebäude C4 und C5) neu gebaut werden, es besteht aus zwei geschlossenen Stationen mit jeweils 24 Betten sowie zwei offenen Stationen mit je 26 Betten.

Die Bauweise erfolgt analog zu den bisherigen Neubauten: Zwei „Würfel“ bilden zusammen das Zentrum. In einem Würfel sind im Erdgeschoss und Obergeschoss die Stationen. Das Gebäude ist teilunterkellert, dort ist hauptsächlich die Technik verortet.

Das „Zentrum für Gerontopsychiatrie“ wird zudem eine unterirdische Anbindung an das Neurologische Zentrum bekommen, wo unter anderem die Funktionsdiagnostik, die hauptsächlich Patienten aus dem gerontopsychiatrischen Bereich hat, liegt. Durch die unterirdische Anbindung müssen künftig keine Rettungswagen mehr zum Einsatz kommen, wenn beispielsweise ein bettlägriger Patient einen MRT- oder CT-Termin hat.

Fertigstellung August 2025

Die Kosten für diesen dritten Bauabschnitt betragen rund 42,5 Millionen Euro. Seit Juli wird bereits daran gearbeitet, den Medienkanal für die Technik umzulegen, um Platz für die Infrastruktur aus Wasser, Heizung und Strom zu schaffen. Im Winter können dann die Rodungen beginnen und im Frühjahr soll der Abbruch der Bestandsgebäude erfolgen. Mitte 2022 will man mit den Rohbauarbeiten beginnen, sofern die fachliche Billigung der Regierung von Niederbayern rechtzeitig vorliegt. Bis August 2025 rechnet der Bezirk mit der Fertigstellung und damit mit dem Abschluss der gesamten Neustrukturierung des Bezirksklinikums Mainkofen – einer sowohl organisatorischen als auch finanziellen Mammutaufgabe, mit dem Ziel eines rund um modernen Klinikums, das den Bedürfnissen seiner Zeit gerecht wird. **ml**



Bezirksklinikum Mainkofen Bild: Bezirk Niederbayern, Bäter

Krankenhausfinanzierung:

Strukturelle Änderungen gefordert

„Die künftige Bundesregierung muss für eine bessere Vergütung von Vorhaltekosten und für eine umfassende Pflegereform sorgen“, Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek fordert von der künftigen Bundesregierung ein besseres Krankenhaus-Finanzierungssystem. Holetschek betonte in München: „Unabhängig vom Ausgang der Koalitionssuche in Berlin muss dafür gesorgt werden, dass es weiterhin eine flächendeckende bedarfsgerechte Krankenhausversorgung gibt. Dieses Ziel kann nur gelingen, wenn die Vergütungsstrukturen eine auskömmliche Finanzierung der Kliniken ermöglichen. Deshalb setzt sich Bayern beim Bund für eine bessere Vergütung von Vorhaltekosten zur Sicherstellung der Grund-, Regel- und Notfallversorgung sowie der Kinderkliniken ein.“

Holetschek warnte: „Es wäre ein großer Fehler, unser Gesundheitssystem noch weiter zu ökonomisieren. Denn mit der Gesundheit und Versorgung von Menschen spekuliert man nicht! Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass wir die Vergütungsstrukturen mit Blick auf die Versorgungssicherheit weiterentwickeln müssen. Das muss in der kommenden Legislaturperiode angegangen werden, unabhängig von politischen Konstellationen.“

Ausgezeichnete Krankenhausversorgung

Der Minister wies zugleich auf die ausgezeichnete Krankenhausversorgung in Bayern hin. „Im Freistaat gibt es mehr als 400 Krankenhäuser mit über 74 000 Betten. Die Mischung aus hochspezialisierten Spezialkliniken und Grundversorgern ist in einem Flächenland wie dem Freistaat ideal. Die Kosten der wohnortnahen Versorgung decken die gesetzlichen Vergütungen allerdings nicht ab. Bayern fordert deshalb vehement eine Weiterentwicklung des DRG-Systems.“

Mut zu großen Veränderungen

Holetschek kritisierte: „Das derzeitige System ist einfach nicht mehr zeitgemäß! Deshalb dringe ich darauf, dass der Bund Leistungen der Grund- und Regelversorgung in größerem Umfang als bisher bei der Krankenhausfinanzierung berücksichtigt.“ Der Minister fügte hinzu: „Nicht nur in der Krankenhausversorgung, sondern auch in der Langzeitpflege müssen wir eine Finanz- und Strukturreform in der neuen Legislaturperiode dringend angehen. Ohne Mut zu großen Veränderungen können wir die Pflegebedürftigen, die pflegenden Angehörigen und auch die Pflegekräfte selbst nicht entlasten oder besserstellen.“

Holetschek verwies darauf, dass er bereits einen Fünf-Punkte-Plan für eine umfassende Pflegereform vorgelegt hat. Er bekräftigte: „Wir müssen die pflegebedingten Kosten und Leistungsbeträge angehen, um die Menschen finanziell zu entlasten. Dabei müssen wir das System konsequent vereinfachen und flexibilisieren. Und wir brauchen in ausreichender Anzahl gut qualifizierte Pflegekräfte – daher müssen wir auch die Rahmenbedingungen für das Personal weiter verbessern.“

Holetschek ergänzte: „Pflege und Gesundheit haben im Wahlkampf – ganz anders als im Alltag – kaum eine Rolle gespielt. Dabei ist beispielsweise die Pflege genauso wie der Klimawandel eines der prägenden Themen dieses Jahrzehnts. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten hier zurecht, dass die Politik diese wichtigen Reformen endlich umfassend angeht! Natürlich ist das nicht zum Nulltarif zu haben, aber das muss uns gute Pflege wert sein!“ ❐

Stationäre Versorgung:

Ausbau im ländlichen Raum

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister bei der offiziellen Einweihung des Erweiterungsbaus am Krankenhaus Freyung

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek treibt den Ausbau der stationären Versorgung im ländlichen Raum weiter voran. Der Minister betonte anlässlich der offiziellen Einweihung des Erweiterungsbaus am Krankenhaus Freyung: „Wir investieren kontinuierlich in die Zukunft unserer Krankenhäuser, auf dem Land und in der Stadt. Die Baumaßnahme am Krankenhaus Freyung ist ein wesentlicher Baustein der grundlegenden Neustrukturierung der Krankenhausversorgung im Landkreis Freyung-Grafenau. Wir verbessern damit das stationäre Versorgungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger deutlich.“

Holetschek ergänzte: „Die Krankenhauslandschaft im Landkreis Freyung-Grafenau ist ein hervorragendes Beispiel für eine erfolgreiche Restrukturierung der Kliniklandschaft. Die akutstationäre Versorgung konzentriert sich nun auf zwei Standorte: das Kreiskrankenhaus Freyung und das Kreiskrankenhaus Grafenau.“

Kernstück des vierten und letzten Bauabschnitts der Gesamtsanierung in Freyung ist der Erweiterungsbau mit zusätzlichen Pflegebereichen. Daneben wurden im Bestand der Intensivbereich erweitert und sowohl eine Palliativstation als auch eine Akutgeriatrie neu eingerichtet.

Der Minister fügte hinzu: „Die Bedeutung des Krankenhauses für die medizinische Versorgung der Region steht außer Frage. Durch die Gesamtsanierung ist die akutstationäre Versorgung der Bevölkerung im Landkreis nun wohnortnah, umfassend und medizinisch auf hohem Niveau gesichert.“

Holetschek erläuterte: „Der Freistaat fördert die baulichen Maßnahmen des Krankenhauses Freyung kontinuierlich. Insgesamt haben wir rund 43 Millionen Euro investiert. Allein für den letzten Bauabschnitt haben wir mehr als 21 Millionen Euro bereitgestellt. Die Finanzierung für dieses Projekt erfolgte dabei jeweils zur Hälfte aus den Krankenhausfördermitteln des Freistaats und aus Mitteln des Krankenhausstrukturfonds des Bundes.“ Der Gesundheitsminister ergänzte: „Bayern hat im ganzen Land leistungsstarke Krankenhäuser. Damit das auch in Zukunft so bleibt, investieren wir kräftig. Der Landtag hat daher im Rahmen des Staatshaushalts die Fortführung des Krankenhausförderetats in Höhe von 643 Millionen Euro für 2021 beschlossen. Das ist ein Spitzenwert!“ ❐

Selbstbestimmt trotz Pflegebedarf

Bezirk Schwaben fördert Alltagshelfer-Schulungen mit 200.000 Euro

Um ein möglichst eigenständiges Leben führen zu können, brauchen Pflegebedürftige meist Unterstützung sogenannter Alltagshelferinnen und -helfer. Weil Pflegekassen diese Leistung nur für geschulte Helfende übernehmen, bezuschusst der Bezirk diese Schulungsangebote nun mit insgesamt 200.000 Euro.

Einkaufen, kochen oder die Wohnung putzen – diese und weitere Alltagstätigkeiten können Pflegebedürftige nicht alleine bewältigen, für pflegende Angehörige bedeuten sie zusätzliche Belastung. Erleichterung und Eigenständigkeit im Alltag bieten Helferinnen und Helfer, die Betroffene oft ehrenamtlich unterstützen und begleiten. Die Pflegekassen bezuschussen diese Hilfsangebote, allerdings unter einer Voraussetzung: Die Helfenden müssen eine entsprechende Schulung absolvieren.

Schulungen für Helfende

Um den Zugang zu diesen Hilfeangeboten zu erleichtern und Pflegebedürftigen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, fördert der Bezirk Schwaben seit August Schulungen für Helfende mit insgesamt 200.000 Euro. „Mit diesem Schritt wollen wir dazu beitragen, dass Pflegebedürftige sich ihren Alltag ein Stück weit zurückerobern können“, sagt Bezirkstagspräsident Martin Sailer. „Dies ist uns gerade bei Menschen mit Demenzerkrankungen eine Herzensangelegenheit“. Das Besondere an der Förderung: Helfende, die eine vom Bezirk unterstützte Schulung absolvieren, besuchen auch den „Schwäbischen Fachtag“ mit der Pflegebeauftragten des Bezirks, Christine Rietzler. „Dieses Angebot soll die Helfenden besonders für die Bedürfnisse Demenzkranker sensibilisieren“, betont Rietzler.

Der Bezirk fördert Schulungen mit mindestens 40 Schulungseinheiten (jeweils Minimum 45 Minuten) mit einer Pauschale von bis zu 25 Euro pro Schulungseinheit. Einrichtungen, die Schulungen für Alltagshelferinnen und Helfer anbieten, können die Förderung bis 31. Dezember dieses Jahres beim Bezirk beantragen.

Weitere Informationen:
www.bezirk-schwaben.de/alltagsbegleitung ❐

Ich lese die GZ

» … da ich wissen will, was in den bayerischen Kommunen gebraucht wird, um zu unterstützen, was wichtig und möglich ist. «

Karl Freller, MdL
1. Vizepräsident des Bayerischen Landtags



Bayerischer Heilbädertag in Bad Kohlgrub:

Mit Optimismus in die Zukunft

Aufbruchstimmung bei den rund 100 Vertretern der bayerischen Kur- und Heilbäder im Rahmen ihrer diesjährigen Tagung in Bad Kohlgrub: Obwohl die Corona-Pandemie die Heilbäder schwer getroffen hat, richtet sich der Blick optimistisch nach vorne. Denn die ambulante Kur ist nach einem Beschluss des Deutschen Bundestags vom Juni wieder eine Pflichtleistung und dies könnte für Aufschwung sorgen.

Nach einer Studie des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr an der Universität München hat die Corona-Pandemie in den Kurorten für erhebliche finanzielle Einbrüche gesorgt. Vor der Pandemie bescherte der Tourismus in den bayerischen Heilbädern und Kurorten der bayerischen Wirtschaft Umsätze von immerhin fast 5 Milliarden Euro im Jahr.

Rückgrat des Gesundheitstourismus

Aus der Einkommens- und Mehrwertsteuer resultierte 2019 ein Steueraufkommen von rund 465 Millionen aus dem Tourismus, das als Gemeinschaftssteuer Bund, Ländern und Kommunen zugutekommt. Das heißt: Die Bruttowertschöpfung stieg von 2015 bis 2019 um 500 Millionen Euro. An diese Erfolge gilt es nach Corona wieder anzuknüpfen. Die Heilbäder und Kurorte sind das Rückgrat des bayerischen Gesundheitstourismus und stehen für 100.000 Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Der scheidende Vorsitzende des Bayerischen Heilbäderverbandes (BHV), Alois Brundobler, wertete die Untersuchung als Ergebnis massiver Investitionen der Heilbäder und Kurorte in ihre Infrastruktur und in die erfolgreiche Weiterentwicklung der Marke „Gesundes Bayern". Der wieder in Fahrt gekommene Betrieb werde durch massive Investitionen der Kommunen und Klinikträger sowie die Kostenübernahme für ambulante Kuren durch Gesetzliche Krankenkassen gestärkt.

100.000 Arbeitsplätze im ländlichen Raum

Profitiert hätten laut Studie neben Beherbergungsbetrieben, Gastronomie und Dienstleistungen vor allem auch der Einzelhandel. Die Kurorte und Heilbäder stehen für 100.000 Arbeitsplätze im ländlichen Raum und sind deshalb von erheblicher strukturpolitischer Bedeutung.

Durch die hohe Dichte der Reha-Kliniken ist der Freistaat aus Brundoblers Sicht prädestiniert für die Behandlung von Post-Covid. Bereits jetzt würden Menschen mit anhaltenden Corona-Beschwerden unter anderem in Bad Gögging, Bad Kissingen, Bad Tölz und Bad Grönenbach behandelt. Darüber hinaus plant Bad Aibling, im Rahmen eines Forschungsprojekts neue Angebote für die Post-Covid-Therapie zu entwickeln.

Er habe den Eindruck, so der Verbandschef, dass seit der Corona-Pandemie bei vielen Menschen das Gesundheitsbewusstsein eine wichtigere Rolle spiele. Dadurch erhofft er sich auch mehr Nachfrage nach Prävention. Diesem möglichen Bedürfnis wollen die Heilbäder mit einem innovativen Angebot gerecht werden.

Als tragende Säule im bayerischen Gesundheitssystem würdigte Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek Bayerns Kurorte und Heilbäder. Wie der auf dem Heilbädertag zum Ehrenvorsitzenden ernannte Politiker betonte, „sind Vorsorge und Rehabilitation der Schlüssel dafür, dass wir in Zukunft nicht nur älter, sondern vor allem gesünder älter werden können. Unsere Kurorte und Heilbäder sind dafür ideale Anlaufstellen." Hinzu komme, dass die bayerischen Kurorte und Heilbäder eine tragende wirtschaftliche Säule bildeten. Neben der Sicherung von Arbeitsplätzen setzten sie als moderne, medizinische Kompetenzzentren Maßstäbe.

Reha-Land Nummer eins

„Wir können mit Stolz sagen: Bayern ist mit 53 hochprädikatisierten Heilbädern und Kurorten sowie 250 Reha-Einrichtungen Bäder-Land und Reha-Land Nummer eins in ganz Deutschland. Wir sind das Land der ortsgebundenen natürlichen Heilmittel. Moor, Sole, Heilwasser, Heilklima, Radon und die Naturheilverfahren von Kneipp und Schroth haben allesamt einen wichtigen Einfluss auf die Gesundheit der Menschen. Und das lassen wir nicht ungenutzt", bekräftigte Holetschek und ergänzte: „Gesundheitsförderung und Prävention müssen noch stärker als bisher in den Blick rücken. Der demografische Wandel, der allgemeine Anstieg chronischer Erkrankungen, aber auch die Folgen der Corona-Pandemie zeigen deutlich: Wir müssen die medizinische Vorsorge und Rehabilitation weiter stärken."

Auch wies der Minister darauf hin, „dass wir den aktuellen Aufschwung und das geschärfte Gesundheitsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger nutzen und unsere heimischen Kurorte und Heilbäder mit neuen und vor allem innovativen Konzepten fit für die Zukunft machen müssen". Dazu leiste auch der Bayerische Heilbäderverband schon heute einen wichtigen Beitrag.

Am zweiten Tag des Bayerischen Heilbädertages standen Neuwahlen des Vorstandes auf dem Programm. Zum neuen Vorsitzenden des Bayerischen Heilbäderverbandes wurde der Landrat von Wunsiedel, Peter Berek, gewählt. Er war zuvor bereits als Schatzmeister des BHV im Vorstand vertreten. Zu seinem Stellvertreter bestimmten die Mitglieder den Bad Füssinger Bürgermeister Tobias Kurz.

Wie Berek darlegte, sieht er die Aufgabenstellung des Verbands sowohl nach innen als auch nach außen. Zum einen müsse es gelingen, die erfolgreiche Verbandsarbeit weiterzuentwickeln und den Mehrwert für die Mitglieder weiter herausarbeiten. Zum anderen befinde man sich aufgrund der Pandemie in einer Phase des Re-Starts. „Unsere Kompetenzen im Bereich Gesundheit, Prävention und Rehabilitation sind gefragt wie lange nicht, und die ‚neue Kur' kann diesen Trend weiter verstärken", bemerkte Berek. „Unsere Orte mit ihren Prädikaten, mit ihren Qualitäten, mit ihren ortsgebundenen Heilmitteln und mit ihrer Vielfalt sind damit auch ein wesentlicher Teil der Lösung aktueller Gesundheitsfragen."

Dass der Heilbädertag heuer in Bad Kohlgrub stattfand, lag unter anderem daran, dass der dortige Kurbetrieb in diesem Jahr sein 150-jähriges Jubiläum feiert. Das „Moordorf", wie das höchstgelegene Moorheilbad Deutschlands wegen seiner ländlichen Idylle genannt wird, liegt inmitten des Naturparks Ammergauer Alpen und der Zugspitz-Region und wurde berühmt für die heilende Wirkung der dickbreiigen Moorbäder aus dem Bergkiefern-Hochmoor – der sogenannten Schwarzen Daune. Die Moorbäder helfen bei Rheuma, Gelenkerkrankungen, Wirbelsäulenbeschwerden, Stress und Burnout, aber auch bei unerfülltem Kinderwunsch. Im Ort gibt es nur noch wenige Einrichtungen, die eine Kur anbieten. Auch sie hoffen nun auf einen positiven Effekt durch die Wiedereinführung der Kur-Pflichtleistung. **DK**

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Sana Kliniken AG
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Gesundheitswesens:

Diagnose Herzinsuffizienz:

Zum Umgang mit einer gefährlichen Krankheit auch in Pandemie-Zeiten

Chronische Herzinsuffizienz ist in Deutschland weit verbreitet und gehört bei uns zu den häufigsten Todesursachen. Rund vier Millionen Menschen sind davon betroffen. Die Herzschwäche ist dabei eine Folge diverser Vorerkrankungen. Sie kann etwa nach einem Herzinfarkt oder nach einer Herzmuskelentzündung auftreten und die Betroffenen ein Leben lang belasten.

Schwächung des gesamten Körpers

Tückisch dabei ist, dass sich typische Symptome wie Luftnot und Leistungsschwäche, häufig schleichend über Monate und Jahre hinweg entwickeln, sodass die Erkrankten ihre Veränderung kaum wahrnehmen oder falsch bewerten. Wie der Name schon sagt, ist das Problem an der Herzschwäche, dass durch sie ausgelöst, der gesamte Körper schwächer wird. Das Herz kann nicht mehr seine volle Leistung erbringen. Dies führt bei Betroffenen schnell zu Atemnot. Zu Beginn der Erkrankungen zunächst einmal nur bei stärkeren Belastungen wie schnellem Gehen oder Treppensteigen. Bei fortschreitender Herzinsuffizienz leiden Patienten auch bei kleinen Anstrengungen unter Luftnot, Müdigkeit und Erschöpfung. Sämtliche Alltagsaktivitäten sind zunehmend eingeschränkt.

Heilbar ist die Herzschwäche übrigens meistens nicht. Moderne Untersuchungsverfahren, Medikamente und Operationsmethoden machen es allerdings möglich, die Krankheit früh zu erkennen und gezielt zu behandeln. Wobei die Prognose am besten ist, wenn man die genaue Ursache der Erkrankung herausfindet, um sie dann auch gezielt behandeln zu können. Mittlerweile stehen eine Vielzahl Medikamente zur Verfügung. Einige verbessern nachweislich die Prognose, andere lindern vor allem bestehende Beschwerden. Ihre dauerhafte Einnahme ist ebenso wichtig, wie auch die Kontrollbesuche beim Arzt – und zwar auch während des derzeitigen Pandemiegeschehens.

Denn: der Körper ist geschwächt. Nicht nur durch Atemnot. Die Lunge ist durch die Herzinsuffizienz deutlich anfälliger für respiratorische Viren, wie etwa Sars-CoV-2. Eine solche Infektion kann, wie auch andere Infektionen bei Herzpatienten eine sogenannte Entgleisung der Herzschwäche auslösen. Bereits vor der Pandemie kamen jährlich fast 500.000 Menschen aufgrund einer solchen Entgleisung ins Krankenhaus. Dabei ist diese häufig die Folge eines zusätzlichen Ereignisses, wie eine Herzrhythmusstörung, ein plötzlicher Blutdruckanstieg oder eben auch eine Virusinfektion – wie Covid-19 oder auch Influenza. Diese kann bei Menschen mit Herzschwäche schwere Komplikationen verursachen, denn die Viren bleiben nicht in den Atemwegen, sondern können sich im gesamten Körper verbreiten und so auch das Herz angreifen. Zudem ist die Lunge bei den Betroffenen besonders anfällig, da sich bei einer Herzschwäche, aufgrund der verringerten Pumpleistung, Blut in die Lunge zurückstauen kann.

Herzinsuffizienz-Patienten sollten daher gerade in Pandemiezeiten besonders auf Warnzeichen achten, ihre begonnene Behandlung konsequent fortsetzen und auf keinen Fall unterbrechen. Es sollte niemand aus Angst vor einer Ansteckung auf einen Arztbesuch verzichten, denn das könnte fatale gesundheitliche Folgen haben. ❐

Forderungskatalog an die Politik:

Geschlechterspezifische und gendersensible Medizin

Geschlechterspezifische und gendersensible Medizin ist gegenwärtig noch immer eine Randerscheinung im deutschen Gesundheitswesen. Um die Versorgungsqualität und Versorgungseffizienz von Frauen und Männern zu verbessern, ist es dringlich geboten, biologische und sozial-kulturelle Unterschiede in der Medizin ausreichend zu berücksichtigen. Bisher stützen sich Forschung und Lehre hauptsächlich auf die männliche Physiologie und Pathologie.

Der Bayerische Landesfrauenrat erhebt daher folgende Forderungen an die Politik:

- Die geschlechtergerechte Erprobung eines Medikaments soll Voraussetzung für dessen Zulassung sein
- Schaffung eines Lehrstuhls für geschlechtersensible / geschlechterspezifische Medizin an einer bayerischen Universität zur systematischen Verankerung geschlechterspezifischer Unterschiede in der medizinischen Ausbildung und Forschung
- Überarbeitung von Ausbildungsrahmenplänen und Lernzielkatalogen und Anpassung der medizinischen Leitlinien durch die zuständigen Fachgremien
- Erarbeitung von gendersensiblen und geschlechterspezifischen Standards im Hinblick auf Prävention, Diagnostik, Therapie und Rehabilitation für die Berufe im Gesundheitswesen. Etablierung in der Aus- und Fortbildung
- Systematische Verankerung der gendermedizinischen Inhalte in der Weiterbildungsordnung durch die Landesärztekammer
- Erstellen eines bayerischen Gesundheitsberichts unter spezieller Berücksichtigung sowohl von Frauengesundheit als auch Männergesundheit durch das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit zur datengestützten Darstellung geschlechterspezifischer Faktoren in der Gesundheitsversorgung.

Vertretung für vier Millionen Frauen in Bayern

Der Bayerische Landesfrauenrat (BayLFR) ist ein Zusammenschluss von derzeit 52 Landes-Frauenverbänden und Frauengruppen gemischter Landesverbände. Er vertritt insgesamt knapp vier Millionen Frauen in Bayern und ist überkonfessionell, überparteilich und unabhängig. Seit seiner Gründung 1973 trägt er zur Verwirklichung von Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Frauen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bei. ❐



Ihr Werkzeug für Ihren Erfolg: der Sana Managmentvertrag
Stärkung kommunaler Strukturen durch Verbund

Management powered by Sana. In Ihrem Auftrag übernehmen wir die Leitung Ihres Krankenhauses und kümmern uns um die bestmögliche medizinische Versorgung der Bevölkerung. Verlassen Sie sich auf das Wissen und die Erfahrung aus 45 Jahren Gesundheitsmanagement. Wir wissen, wohin die Reise gehen kann.

Die Sana Kliniken AG mit Sitz in Ismaning bei München ist der drittgrößte private Klinikbetreiber in Deutschland. Allerdings betreibt das Unternehmen nicht nur eigene Häuser, sondern steht auch allen interessierten Trägern für unterschiedlichste Formen der Kooperationen zur Verfügung.

Denn nicht erst mit Beginn der Corona-Pandemie müssen sich Krankenhausträger mit der Frage beschäftigen, wie sie ihr Haus im Sinne einer nachhaltigen Patientenversorgung aufstellen müssen. Nicht zwangsläufig ist hier die Privatisierung immer die Lösung. Vielmehr können Krankenhausträger heute auf ein umfassendes Angebot an Kooperationsformen mit der Sana Kliniken AG bei Beibehaltung ihrer Unabhängigkeit zurückgreifen.

Mit einem Managementvertrag oder einem Vertrag für Management Services stellt Sana dem jeweiligen Krankenhausträger zeitlich befristet die Erfahrung seiner Experten und die Vorteile eines großen Krankenhausverbunds zur Verfügung. Auch Modelle einer Minderheitsbeteiligung in Kombination mit einem Managementvertrag sind möglich. So entstehen maßgeschneiderte Lösungen für die jeweilige Aufgabenstellung und damit eine Stärkung der kommunalen Strukturen durch Verbund.

Dr. Andreas Hartung
Generalbevollmächtigter Managementverträge
T: (+49) 89 678 204 260
M: andreas.hartung@sana.de
www.sana.de/management



Weiterentwicklung des bayerischen elektronischen Polleninformationsnetzwerks ePIN:

Echtzeitdaten zum Pollenflug

Mehr als eine Million Pollenallergiker in Bayern sollen künftig von ortsspezifischen Pollenflugdaten profitieren

Das bayerische elektronische Polleninformationsnetzwerk ePIN wird weiter ausgebaut und um ortsspezifische Pollenflugdaten erweitert. Darauf hat Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek im schwäbischen Mindelheim, einem der Standorte der ePIN-Pollenmonitore, hingewiesen.

Der Minister erläuterte: „Schon seit 2019 betreibt Bayern das weltweit erste Polleninformationsnetzwerk auf elektronischer Basis, entwickelt mit dem Zentrum Allergie & Umwelt (ZAUM) der Technischen Universität München und des Helmholtz Zentrums München. Mit dem sogenannten ‚Nowcasting' heben wir die Polleninformationen nun auf das nächste Level. Wer weiß, welche Pollen wann und wo fliegen, kann wichtige Vorsorgemaßnahmen ergreifen und auch seine Medikamente zielgenau einnehmen."

Holetschek fügte hinzu: „Nach Schätzungen reagieren in Bayern mehr als eine Million Menschen auf Pollen allergisch und profitieren daher von qualitativ hochwertigen Echtzeitdaten zum Pollenflug. Für die Betroffenen im Freistaat können präzise Pollenflugdaten eine enorme Erleichterung bedeuten."

Aktuelle und vergangene Pollenbelastung

Mithilfe von ePIN können sich Allergie-Betroffene in Bayern über den aktuellen Pollenflug informieren, entweder über die Webseite (www.epin.bayern.de) oder die ePIN-App. ePIN misst mit Hilfe von acht elektronischen Pollenmonitoren die aktuelle und vergangene Pollenbelastung in Bayern standort- und pollenspezifisch. Neben Mindelheim befinden sich elektronische Pollenmessstationen in Altötting, Feucht, Garmisch-Partenkirchen, Hof, Marktheidenfeld, München und Viechtach. Die Daten werden alle drei Stunden aktualisiert.



Klaus Holetschek. Bild: StMGP

Das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) ist für den Betrieb von ePIN zuständig.

Holetschek ergänzte: „Pollenflug beschränkt sich nicht auf die Orte der Messstationen. Um die aktuelle Pollenflugbelastung auch an den Orten in Bayern zu kennen, an denen sich kein elektronischer Pollenmonitor befindet, fördert der Freistaat nun ein neues Forschungsprojekt mit 130.000 Euro: das ePIN-Nowcasting."

Der Minister unterstrich bei der Übergabe des Förderbescheids an Prof. Dr. Jeroen Buters vom ZAUM: „Ich freue mich, dass wir das Projekt des ZAUM unterstützen und wir zukünftig mithilfe von Interpolationstechniken die aktuelle Pollenbelastung an jedem beliebigen Ort in Bayern noch genauer berechnen können.

Geologische und meteorologische Parameter

Die Messdaten der acht elektronischen Pollenmonitore werden dabei zusammen mit geologischen und meteorologischen Parametern in ein Rechenmodell eingespeist. Ziel ist es, auf der ePIN-Webseite alle Daten über die Pollenbelastung, sowohl aus Messungen als auch aus den berechneten Daten, zur Verfügung zu stellen."

Der Minister ergänzte: „Um diesen Umweltinformationsdienst ePIN für die bayerischen Bürgerinnen und Bürger wissenschaftlich zu begleiten, unterstützen wir zudem die APOLLO-Studie, die das LGL in Kooperation mit dem Klinikum der Ludwig-Maximilians-Universität München zum Gesundheitsmonitoring von Pollenallergikern durchführt."

Kernstück der Studie ist ein elektronisches Tagebuch, das sogenannte Pollenlogbuch, das auch als App zur Verfügung steht. Darin werden Fragen zu allergischen Symptomen, Beeinträchtigungen im Alltag und Medikamenteneinnahme gestellt.

Zusätzlich stehen die tagesaktuellen Daten der ePIN-Monitore in der App bereit. Die Studie soll Allergikerinnen und Allergiker dabei unterstützen, ein besseres Verständnis für ihre Pollenallergie zu entwickeln. Sie dient als qualitätssichernde Maßnahme von ePIN.

Zusätzliche Informationen sowie die Anmeldung zur Studie sind zu finden auf der ePIN-Webseite unter www.epin.bayern.de. ❐

Psychatrie und Psychosomatik:

Weiterentwicklung der Richtlinie Personalmindestvorgaben

Bezirketagspräsident Franz Löffler: „Der Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses verschafft unseren psychiatrischen Kliniken etwas Luft bei der Umsetzung und beim Personalaufbau"

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA)* beschloss die Weiterentwicklung der sogenannten PPP-Richtlinie. Diese bestimmt seit 2020 die Personalmindestvorgaben in Psychiatrie und Psychosomatik und damit die Personalausstattung auf den Stationen der Bezirkskliniken. Sofern das Bundesgesundheitsministerium den G-BA-Beschluss nicht beanstandet, tritt die Weiterentwicklung zum 1. Januar 2022 in Kraft.

Der Bayerische Bezirketag hatte in der Vergangenheit die teils sehr kleinteiligen Vorgaben bei der Personalausstattung immer wieder kritisiert. Denn die mit der Richtlinie eingeführten Sanktionsmechanismen erschweren eine bedarfsgerechte, patientenzentrierte, flexible und sich weiterentwickelnde Versorgung psychisch und psychosomatisch kranker Menschen in teil- und vollstationären Einrichtungen. Bemühungen für eine dezentrale und wohnortnahe psychiatrische Versorgung würden damit zunichte gemacht.

Deshalb begrüßt der Präsident des Bayerischen Bezirketags, Franz Löffler, den Beschluss des G-BA: „Ich freue mich, dass unsere Kritik Gehör gefunden hat. Der G-BA gibt unseren psychiatrischen Kliniken ein weiteres Jahr Zeit zur Vorbereitung und zum Personalaufbau, bevor es bei Verstößen gegen die Vorgaben zu monetären Sanktionen kommt. Das verschafft den Kliniken etwas Luft."

Die Aufgaben der Ärztinnen und Ärzte sowie der Pflegefachkräfte haben sich in den letzten 30 Jahren stark weiterentwickelt. Es sind neue Berufsbilder entstanden, die bislang von der Richtline nicht adäquat abgebildet werden. Nicht umsonst ist es eine Aufgabe des G-BA, die Regelaufgaben aller Berufsgruppen im nächsten Jahr zu überprüfen und weiterzuentwickeln. „Die Richtlinie ist ein starres Korsett", so Löffler. „Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind flexibel dort tätig, wo die Patientinnen und Patienten sie benötigen. Deshalb wünsche ich mir, dass die Weiterentwicklung diese Flexibilität ebenso berücksichtigt. Nur so wird die Richtlinie einer zeitgemäßen, modernen psychiatrischen Versorgung gerecht."

Keine Sanktionierung

Die Hausaufgaben, die der G-BA im nächsten Jahr zu lösen hat, sind umfangreich. Dabei unterstützt Franz Löffler als Präsident des Bayerischen Bezirkstags ausdrücklich die Position der Gesundheitsministerinnen und -minister der Bundesländer. Die Minister haben den G-BA kürzlich aufgefordert, die Richtlinie so anzupassen, dass sie Anreize setzt für die Entwicklung einer leitliniengerechten, patientenzentrierten und flexiblen sowie für eine gemeindenahe Versorgung. „Mein Dank gilt insbesondere dem Bayerischen Staatsminister für Gesundheit und Pflege, Klaus Holetschek, der sich als Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz für eine Überarbeitung der Richtlinie einsetzt. Dennoch ist es aus meiner Sicht nur folgerichtig, von einer Sanktionierung abzusehen, bis die Anpassungen umgesetzt sind", so Verbandspräsident Löffler. Den Prozess dorthin begleitet der Bayerische Bezirketag weiterhin konstruktiv. ❐



Franz Löffler Bild: Franz Bauer

*Der G-BA ist das höchste Beschlussgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung im deutschen Gesundheitswesen. Er bestimmt in Form von Richtlinien, welche medizinischen Leistungen die ca. 73 Millionen Versicherten beanspruchen können. Darüber hinaus beschließt der G-BA Maßnahmen der Qualitätssicherung für Praxen und Krankenhäuser. (Quelle: www.g-ba.de)

Kaufbeuren:

Ausstellung zu E-Health

Holetschek informiert zu Digitalisierung in Gesundheit und Pflege

Füracker begrüßt neues Thema im BayernLab

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek will die Bürgerinnen und Bürger in Bayern über die Chancen der Digitalisierung in Gesundheit und Pflege informieren. Holetschek betonte anlässlich der Eröffnung einer Ausstellung zum Thema E-Health in Kaufbeuren: „In der Digitalisierung liegt die Zukunft. Dies gilt besonders für den Bereich Gesundheit und Pflege. So hat uns die Corona-Pandemie gezeigt, wie wichtig beispielsweise die telemedizinische Betreuung von Patienten ist."

In seiner digitalen Grußbotschaft freute sich auch Finanz- und Heimatminister Albert Füracker über die neue Themeninsel „E-Health" im BayernLab: „Digitale Technologien sorgen laufend für neue Möglichkeiten und Erleichterungen in allen Bereichen des Lebens. Besonders im Medizin- und Gesundheitsbereich sind digitale Angebote und Innovationen von großer Bedeutung. Deshalb freut es mich sehr, dass wir dieses Themenfeld auch in den BayernLabs anbieten können und damit in Kaufbeuren starten."

Mit der Entwicklung der Themeninsel E-Health hat das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP) die Koordinierungsstelle E-Health am Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) beauftragt. Die Themeninsel wird zunächst im BayernLab in Kaufbeuren der Öffentlichkeit präsentiert, eine Rotation über die weiteren bereits eröffneten BayernLabs ist geplant.

Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien

Gesundheitsminister Klaus Holetschek ergänzte: „Mit unserer neuen Ausstellung – der Themeninsel E-Health – wollen wir über aktuelle technische Möglichkeiten aufklären, die Menschen gezielt informieren und Vorbehalte abbauen. So bedeutet E-Health einfach, dass für die Behandlung und Betreuung von Patienten und Pflegebedürftigen moderne Informations- und Kommunikationstechnologien genutzt werden. Hier liegt viel Potenzial, damit Bürgerinnen und Bürger eine noch bessere Behandlung und Betreuung bekommen, auch im ländlichen Raum oder in den eigenen vier Wänden."

Was versteckt sich hinter E-Rezept, ePA und TI

Holetschek fügte hinzu: „Darüber hinaus informiert die Ausstellung zu Themen wie dem E-Rezept, der elektronischen Patientenakte (ePA) oder zur Telematikinfrastruktur, kurz: TI, die als ‚Datenautobahn' alle Akteure in Gesundheit und Pflege verbindet. Zudem gibt sie praktische Tipps zu Datenschutz und Sicherheit. Exponate wie ein automatischer Medikamentenspender oder der Pflege-Unterstützungsroboter ‚Temi' zeigen anschaulich die Möglichkeiten der Digitalisierung."

Anschauen – Anfassen – Ausprobieren

Holetschek sagte: „Die E-Health Themeninsel bietet eine ausgezeichnete Plattform, um der breiten Öffentlichkeit den Stand der Technik in Gesundheit und Pflege und die damit verbundenen Möglichkeiten vorzustellen. Unter dem Motto ‚Anschauen – Anfassen – Ausprobieren' werden aktuelle E-Health-Themen erlebbar."

BayernLabs

Bei den BayernLabs handelt es sich um modernste IT-Labore, die auf Initiative des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat insbesondere in ländlichen Regionen Bayerns eingerichtet werden. Neben einer öffentlich zugänglichen Dauerausstellung bieten die BayernLabs ein informatives Rahmenprogramm mit Vorträgen und Workshops. Auf diese Weise wird den Besucherinnen und Besuchern ein einfacher Einstieg in die Welt der Digitalisierung in allen Lebensbereichen ermöglicht. Seit 2016 haben sich rund 95.000 interessierte Besucherinnen und Besucher in den BayernLabs über digitale Themen, Trends und Innovationen informiert. Von den insgesamt 13 in ganz Bayern geplanten BayernLabs sind zehn bereits eröffnet (Bad Neustadt a.d.Saale, Dillingen a.d.Donau, Eichstätt, Kaufbeuren, Nabburg, Neumarkt i.d.OPf., Neustadt a.d.Aisch, Traunstein, Vilshofen a.d.Donau und Wunsiedel). ❐



BESTENS ABGESICHERT

Vorsorgen mit der PlusPunktRente bietet viele Vorteile

Die PlusPunktRente der BVK Zusatzversorgung

Bestens abgesichert im Alter - zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente

✓ STAATLICH GEFÖRDERT
✓ VARIABLER VERSICHERUNGSSCHUTZ
✓ SICHERE VERSORGUNG AUS EINER HAND

www.pluspunktrente.de

Fordern Sie ein unverbindliches Angebot an!

Besuchen Sie uns auf der Messe **KOMMUNALE!**
Am **20./21.10.21 in Nürnberg,**
Halle 9, Stand: 9-432

Folgen Sie uns bei Social Media
BVK Kommunales Versorgungswesen

BVK Bayerische Versorgungskammer
ZUSATZVERSORGUNG

Umweltminister Glauber:

Startschuss für Naturerlebnis und Ressourceneffizienz

Für ein harmonisches Miteinander von Mensch und Natur sind kluge Konzepte zum Besuchermanagement wichtig. Umweltminister Thorsten Glauber gab daher den Startschuss für das Modellprojekt Besucherlenkung 2.0 im Landkreis Oberallgäu. Glauber zufolge „wollen wir ein nachhaltiges Naturerlebnis ermöglichen. Für mich ist aber auch klar: Nicht jeder Pfad in den Alpen darf touristisch genutzt werden. Die besonders sensiblen Bereiche müssen geschützt bleiben. Der Landkreis Oberallgäu wird unser Freiluft-Labor für innovative Maßnahmen zur Besucherlenkung. Mit über 500.000 Euro setzen wir neue Ideen in die Realität um. Es entsteht eine Blaupause für alle bayerischen Bergregionen."

Träger des Modellprojekts ist der Landkreis Oberallgäu. Partner sind neben dem Naturpark Nagelfluhkette und dem Zentrum Naturerlebnis Alpin die Gemeinden des Landkreises sowie zahlreiche weitere Verbände und Vereine aus Landwirtschaft, Naturschutz, Tourismus und Gesellschaft. Ein besonderes Augenmerk wird auf der digitalen Besucherlenkung liegen. Daneben soll die erfolgreiche Sensibilisierungsinitiative „Dein Freiraum. Mein Lebensraum" des Naturparks Nagelfluhkette auf den gesamten Landkreis ausgeweitet werden.

Oberallgäuer Naturparkzentrum

In diesem Zusammenhang wartete Glauber mit der freudigen Nachricht auf, dass das Naturparkzentrum Nagelfluhkette Bayerns erstes offizielles Naturparkzentrum ist. Mit Hilfe der Förderung werde es sein Naturentdeckungs- und Erlebnisangebot deutlich erweitern können, betonte der Minister bei der Übergabe des Förderbescheids. Gleichzeitig leiste es einen wichtigen Beitrag für einen nachhaltigen Tourismus und zum Schutz der Biodiversität. Die staatliche Förderung des Naturparkzentrums beträgt jährlich rund 190.000 Euro und erfolgt im Rahmen der Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinien des Bayerischen Umweltministeriums. Im Freistaat gibt es insgesamt 19 Naturparke, die rund ein Drittel der Landesfläche Bayerns abdecken.

Anerkannte Umweltstation

Wie Glauber zudem bekanntgab, ist die Fachstelle für Umweltbildung Dingolfing-Landau jetzt als Umweltstation anerkannt worden. Sie engagiere sich für ein nachhaltiges Leben im Alltag mit fair erzeugten Lebensmitteln, klimafreundlicher Mobilität und Raum für Artenvielfalt. „Mit dieser und weiteren Umweltstationen wollen wir wohnortnahe Bildung für nachhaltige Entwicklung in ganz Bayern weiter ausbauen. Mein Ziel ist mindestens eine Umweltstation in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt", hob Glauber hervor. Gründe für die Anerkennung der Fachstelle für Umweltbildung Dingolfing-Landau als staatlich geförderte Umweltstation seien insbesondere das umweltpädagogische Konzept, zahlreiche qualitativ hochwertige Bildungsangebote, eine gute kommunale Vernetzung sowie umfangreiche Kooperationen mit vielen Vereinen und Verbänden.

Die Fachstelle ist derzeit im Landratsamt untergebracht und wird bis zur Fertigstellung eines geplanten Neubaus als mobile Umweltstation arbeiten. Sie ist die erste Umweltstation im Landkreis Dingolfing-Landau. Insgesamt gibt es damit 60 Umweltstationen im Freistaat.

ForCYCLE Technikum

Wie aus dem Umweltministerium zudem verlautete, geht Bayerns erfolgreiche Forschungsreihe zum sparsamen Umgang mit Ressourcen in die dritte Runde: Unter dem Titel „ForCYCLE Technikum" sollen innovative Ideen zur Steigerung der Ressourceneffizienz weiterentwickelt werden. Laut Glauber „senkt der effiziente Einsatz von Ressourcen die Kosten in den Unternehmen, steigert damit deren Wettbewerbsfähigkeit, verringert die Importabhängigkeit von krischen Rohstoffen und leistet gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. Wichtige Grundlagen hierfür liefert die Entwicklung innovativer Zukunftstechnologien und Produktionsverfahren. Mit dem Projektverbund ForCYCLE fördern wir die Entwicklung innovativer, ressourcenschonender und klimafreundlicher Kreislauftechnologien und Produktionsverfahren und treiben ihren Transfer in die Praxis konsequent weiter voran. Bis zu 4,5 Millionen Euro stehen für die neue Projektphase bereit. Damit geben wir dem umweltfreundlichen Wirtschaftswachstum vor allem in Kleinen und Mittleren Unternehmen einen weiteren Schub."

Ziel des vom Umweltministerium geförderten Projektverbunds ist es, wissenschaftlich entwickelte und bereits im Labormaßstab erprobte Technologien und Verfahren in Pilot-, Demonstrations- oder Technikumsanlagen zu überführen und im Idealfall für die Marktreife vorzubereiten. Die Projekte sollen im Rahmen von Kooperationen von staatlichen bayerischen Universitäten und Hochschulen mit Unternehmen der bayerischen Wirtschaft umgesetzt werden, insbesondere unter Beteiligung von Kleinen und Mittleren Unternehmen sowie Handwerksbetrieben. Projektskizzen mit Kooperationspartnern aus der Wirtschaft können bis spätestens 2. November 2021 eingereicht werden. Folgende Forschungsbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

Forschungsbereiche

- Steigerung der Ressourceneffizienz durch integrierte Produktpolitik, das heißt durch Betrachtung des gesamten Lebenszyklus eines Produkts
- Steigerung der Ressourceneffizienz durch gleichwertigen Ersatz endlicher Ressourcen in Produkten (Substitution)
- Steigerung der Ressourceneffizienz durch Digitalisierung und neue Geschäftsmodelle.

Der Start des Projektverbunds „ForCYCLE Technikum" ist für das 4. Quartal 2022 vorgesehen. Für die einzelnen Projekte ist eine Laufzeit von bis zu drei Jahren geplant. Voraussetzung für die Bewerbung zur Finanzierung eines Projekts aus den genannten Forschungsbereichen ist eine Kooperation mit mindestens einem Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft. Die eingereichten Projektskizzen werden im weiteren Verfahren von einer unabhängigen Expertenjury begutachtet. **DK**

Biokraftstoff-Produktion:

BMU fördert die Sammlung von Altspeiseöl

Der Aufbau eines Sammelsystems von Altspeiseölen und -fetten aus Privathaushalten wird mit fast 800.000 Euro aus der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesumweltministeriums (BMU) unterstützt. Im Rahmen des Projektes werden in Fürth und Erlangen je 16 Sammelautomaten, verteilt über das ganze Stadtgebiet, aufgestellt. Die Bürger können volle Sammelflaschen am Sammelautomat abgeben und erhalten im Gegenzug eine leere Sammelflasche. Das gesammelte Altspeiseöl wird aufbereitet und dient als nachhaltiger Rohstoff zur Herstellung von Biodiesel und ersetzt somit mineralischen Diesel.

Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär im BMU, übergab den symbolischen Förderscheck über 770.854 Euro für dieses kommunale Klimaschutz-Modellprojekt an die Städte Fürth und Erlangen. Dort wird der modellhafte Aufbau eines nachhaltigen und rohstoffeffizienten Sammelsystems.gefördert. Das Projekt zeigt, wie die zukünftigen Herausforderungen an die kommunale Abfallwirtschaft mit den Zielen des Klimaschutzes verbunden werden können."

Pronold zufolge fehlt bislang eine effektive Sammlungsmethode und -struktur von Speiseölen und -fetten. Da es dafür keine Trennpflicht für Privathaushalte gibt, werden diese Öle und Fette oftmals über das Abwassersystem in die Kanalisation entsorgt. Das verursacht viele Probleme, von der Verstopfung der häuslichen Abflussleitungen bis hin zu Ablagerungen in Kanälen und Schächten. Mit der Aufstellung von Sammelbehältern begegnen Erlangen und Fürth diesen Problemen und bieten eine umweltschonende und geldsparende Alternative.

„Dieses innovative Modellprojekt kann zum Vorbild für viele deutsche Kommunen werden". stellte Pronold fest. In Deutschland könnten damit rund 50.000 Tonnen gebrauchtes Speiseöl pro Jahr von Haushalten gesammelt und damit bundesweit Kosten von bis zu 35 Millionen Euro pro Jahr eingespart werden. Mit dem aufbereiteten Speiseöl sei es möglich, große Mengen nachhaltiger Biodiesel herzustellen und damit klimaschädlichen mineralischen Diesel zu ersetzen.

Das Modellprojekt wird in den kommenden drei Jahren vom BMU mit einer Zuwendung von rund 800.000 Euro gefördert.

Seit 2016 hat das BMU im Rahmen des Förderaufrufes bundesweit rund 50 Klimaschutz-Modellprojekte bewilligt. Zusammen entspricht das einem Fördervolumen in Höhe von rund 135 Millionen Euro. Aktuell können kommunale Antragsteller Projektskizzen noch bis zum 31. Oktober einreichen und dabei von verbesserten Förderbedingungen profitieren. Die besten Projekte werden in einem wettbewerblichen Verfahren ausgewählt und zur Antragstellung aufgefordert.

Weitere Infos: https://www.klimaschutz.de/modellprojekte ❐

bvse-Fachverband Kunststoffrecycling:

„Greenwashing" der europäischen Kunststoffindustrie wird abgelehnt

Die europäische Kunststoffindustrie startet eine neue Greenwashing-Kampagne, die man ihr nicht durchgehen lassen sollte. Das erklärte Dr. Dirk Textor, Vorsitzender des bvse-Fachverbandes Kunststoffrecycling. Anlass dieser Kritik ist nicht die Forderung einer Recyclat-Einsatzquote von 30 Prozent, sondern die gleichzeitig erhobene Forderung, das Kunststoffrecycling und die chemische Behandlung von Kunststoffabfällen gleichzusetzen.

Laut Textor ist die chemische Aufbereitung von Kunststoffabfällen „eigentlich ein alter Hut in der Branche, der immer mal wieder gezogen wird. Momentan wird sie unter dem Label des chemischen Recyclings gehypt."

Nach Auffassung des bvse gibt es keinen Zweifel daran, dass das werkstoffliche Kunststoffrecycling eine wesentlich bessere Ökobilanz ausweist als die chemische Behandlung von Kunststoffabfällen. Es wird deutlich weniger Energie eingesetzt, der bei der chemischen Behandlung erforderliche Chemiecocktail wird nicht benötigt und die im Wege des Kunststoffrecyclings hergestellten Recyclate sind für eine große Vielfalt von Kunststoffprodukten einsetzbar.

Laut bvse ist die CO2-Bilanz der chemischen Verwertung deutlich schlechter als bei dem werkstofflichen Recycling von Kunststoffen. Nicht nur die Kreislaufführung der Materialien ist ein wesentliches Element im Umweltschutz, sondern auch die Reduktion von CO2. Damit sind chemische Recyclingverfahren, von denen es noch keine im industriellen Maßstab gibt, kontraproduktiv.

Gegenwärtig generieren die deutschen werkstofflichen Kunststoffrecycler eine Gesamtmenge von 2,04 Mio. Tonnen an Recyclaten, die, bezogen auf die Kunststoffabfallmenge in Höhe von 6,28 Mio. Tonnen, immerhin 32 % entspricht. Die damit verbundenen Einsparungen an Rohstoffen, Energie und Treibhausgasen zeigen die enorme ökologische und ökonomische Leistung der werkstofflichen Verwertung, also des bestehenden Kunststoffrecyclings. So werden hier Recyclate erzeugt, die seit vielen Jahren etablierte Einsatzgebiete haben, zu denen auch Anwendungen im Lebensmittelbereich gehören.

Recyclat-Einsatzquote

Bei der Betrachtung der Recyclat-Einsatzquote bezogen auf die post consumer Abfälle, die in Höhe von 5,35 Mio. Tonnen anfallen, ergibt sich ein verändertes Erfolgsbild. Hier werden immerhin 1,02 Mio. Tonnen an Recyclaten in der Kunststoffindustrie verarbeitet und dies entspricht einer Recyclat-Einsatzquote von 19 %. Auch das ist ein bedeutender Erfolg bei den Verpackungsabfällen, die dem VerpackG unterliegen.

Aus den Erhebungen aus zurückliegenden Jahren wird deutlich, dass die gesamte Recyclatmenge von 2017 zu 2018 um immerhin 10 % gesteigert werden konnte. Das Wachstum resultierte insbesondere aus den gestiegenen Einsatzmengen aus post consumer Abfällen, die um 200.000 Tonnen gesteigert werden konnten.

Das Problem ist aber klar zu beschreiben: Es gibt immer noch viel zu viele Kunststoffverpackungen im Markt, die nach ihrer Gebrauchsphase nicht recycelbar sind. Dieses Problem ist lösbar: Der Schlüssel heißt „Design for Recycling".

Es gibt inzwischen hervorragende Verpackungslösungen, die recycelbar sind. Aber sie machen erst einen Bruchteil der Verpackungen aus, die im Umlauf sind. Es ist deshalb bedauerlich, dass die Kunststoffindustrie jetzt auf eine seit Jahrzehnten vor sich hin dümpelnde Technologie, die chemische Verwertung, setzt, um sich vor einer Lösung für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft, nämlich dem Design for Recycling, zu drücken.

Die Ansätze bei der chemischen Verwertung basieren heute auf dem Einsatz von Stoffströmen, die im werkstofflichen Recycling bereits seit vielen Jahren erfolgreich verwertet werden. Damit stehen im Fokus der chemischen Abfallbehandlung die getrennt gesammelten und sortierten Polyolefinfraktionen aus dem Verpackungsbereich.

Fazit: „Wer auf die chemische Abfallbehandlung setzt, konterkariert sehenden Auges alle Bemühungen, Verpackungen nachhaltiger durch Design for Recycling zu gestalten. Chemische Abfallbehandlungsverfahren werden letztlich, vergleichbar mit der Müllverbrennung, den Stoffstrom der Kunststoffe beseitigen, anstatt diesen zu recyceln", so die Kunststoffrecycler im bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung. ❐



Novelle der Bioabfallverordnung:

Minimierter Plastikanteil im Bioabfall

Künftig dürfen Bioabfälle nur noch maximal 0,5 Prozent Kunststoffe enthalten, bevor sie in die Kompostierung oder Vergärung gelangen. Diese erstmals eingeführte Obergrenze sieht die Novelle der Bioabfallverordnung vor, die vom Bundeskabinett beschlossen wurde. Dieser Wert gilt künftig auch für Verpackungen und Kaffeekapseln, die als biologisch abbaubare Kunststoffprodukte beworben werden.

Solche Kunststoffe bauen sich in Behandlungsanlagen nicht vollständig ab und können daher die Umwelt verschmutzen. Zudem wird der Anwendungsbereich für Bioabfälle erweitert. Komposte aus Bioabfällen, die nicht als Düngemittel oder auf nicht-landwirtschaftlichen Flächen eingesetzt werden, unterliegen künftig auch der Bioabfallverordnung.

Mikroplastik: Gefahr für Natur und Mensch

Bundesumweltministerin Svenja Schulze zufolge sind Kunststoffe im Bioabfall eine Gefahr für die Natur und den Menschen. „Noch viel zu oft landen Lebensmittelabfälle mit Kunststoffverpackungen in der Kompostierung oder Biogasanlagen. Dort bauen sie sich nicht ab, sondern gelangen im Dünger auf unsere Äcker und Gemüsebeete, wo sie als Mikroplastik hunderte von Jahren überdauern. Kunststoffe aus dem Bioabfall zu entfernen, verursacht hohe Kosten. Kunststoffe haben im Bioabfall nichts zu suchen.

Mit den erstmals eingeführten Obergrenzen wird sichergestellt, dass nur Bioabfälle mit sehr geringen, kaum vermeidbaren Mengen Kunststoff angeliefert werden. Aber am besten landen Lebensmittelverpackungen oder Plastiktüten erst gar nicht im Biomüll. Wenn wir als Verbraucherinnen und Verbraucher Bioabfälle gewissenhaft trennen, steigt die Qualität der Komposterde und die Umwelt bleibt sauber."

Kern der geplanten Novelle sind die neuen Vorgaben für die Entfrachtung von Fremdstoffen aus Bioabfällen, bevor sie in die biologische Behandlung (Kompostierung, Vergärung) oder Gemischherstellung gelangen. Betreiber der Behandlungsanlagen müssen künftig die Menge an Fremdstoffen im angelieferten Bioabfall prüfen. Werden die neuen Input-Obergrenzen überschritten, müssen sie die Fremdstoffe aufwändig entfernen. Das betrifft vor allem Kunststoffverpackungen, die mit verpackten Lebensmittelabfällen aus dem Handel und der Produktion oder privaten Haushalten in den Bioabfall geraten.

Grundsätzlich gilt künftig: Bioabfälle dürfen vor der Behandlung nur noch maximal 0,5 Prozent Kunststoffe enthalten. Stammen die Bioabfälle aus der Biotonne sind maximal 1,0 Prozent Kunststoffe zulässig. Je sauberer und sortenreiner die angelieferten Bioabfälle sind, desto geringer sind Aufwand und Kosten für die Fremdstoffentfrachtung.

Darüber hinaus wird der Anwendungsbereich der Bioabfallverordnung erweitert. Bislang galten die Anforderungen nur für die Verwertung von Bioabfällen als Düngemittel auf landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Nutzflächen. Künftig gelten die Regelungen auch, wenn Bioabfälle zur Bodenverbesserung oder im Garten- und Landschaftsbau eingesetzt werden.

Geänderte Verordnungen

Neben der Bioabfallverordnung werden durch die Verordnung zur Änderung abfallrechtlicher Verordnungen die Anzeige- und Erlaubnisverordnung, die Gewerbeabfallverordnung und die Abfallbeauftragtenverordnung geändert sowie redaktionelle Korrekturen in der Nachweisverordnung und der POP-Abfall-Überwachungs-Verordnung vorgenommen. In der Gewerbeabfallverordnung wird zukünftig unter anderem zwischen verpackten und unverpackten Bioabfällen unterschieden; diese sind daher separat zu sammeln und zu befördern.

Des Weiteren wird klargestellt, dass verpackte Bioabfälle vor der weiteren stofflichen Verwertung zu entpacken sind. Mit der Änderung der Abfallbeauftragtenverordnung wird die Mengenschwelle, ab der ein Abfallbeauftragter zu bestellen ist, für die Vertreiber, die freiwillig Elektro- und Elektronikaltgeräte zurücknehmen, deutlich heraufgesetzt. Durch diese Erleichterung soll die Bereitschaft des Handels zur freiwilligen Rücknahme von Elektro- und Elektronikaltgeräten gefördert und das Erreichen der zu erfüllenden Sammelquote für Elektro- und Elektronikaltgeräte unterstützt werden.

Kunststoffe im Bioabfall: ein großes Ärgernis

Laut Patrick Hasenkamp, Vizepräsident des VKU, begrüßt der Verband die Bestrebungen der Bundesregierung, Kunststoffe im Bioabfall zu reduzieren. Schließlich seien Kunststoffe im Bioabfall ein großes Ärgernis: Sie machten die Behandlung aufwändiger und teurer. „Zumal beeinträchtigen sie die Vermarktung des Kompostes und verschmutzen letztendlich die Umwelt. Wir müssen daher unsere gemeinsamen Anstrengungen verstärken, um Plastik in der Biotonne zu reduzieren."

Über die Qualität des Bioabfalls entschieden nicht zuletzt auch die Bürgerinnen und Bürger direkt an der Tonne: „Plastik und auch sogenannte biologisch abbaubare Werkstoffe gehören nicht in die Biotonne", so Hasenkamp. „Die kommunalen Abfallentsorger werden deshalb ihre Abfallberatung intensivieren, aber auch verstärkt Biotonnen kontrollieren und sie bei Fehlbefüllungen stehen lassen müssen. Ansonsten sind die strengen Grenzwerte der neuen Verordnung nicht zu erreichen." **DK**

Eine Perle des Naturschutzes

Durchweg positive Eindrücke vom Landkreis Ansbach und dem Nachbarlandkreis Weißenburg-Gunzenhausen nimmt Annette Hagius von ihrem Besuch mit zurück ins Bundesamt für Naturschutz in Bonn. Die Fachbetreuerin hielt sich vier Tage vor Ort auf, um sich über das vom Bund stark geförderte Naturschutzprojekt „chance.natur – Lebensraum Mittelfränkisches Altmühltal" zu erkundigen.

Annette Hagius sagte, in den Genuss einer Förderung durch das Programm „chance.natur" kämen nur „Perlen des Naturschutzes". Eine solche zweifelsohne das Projektgebiet, das von Colmberg im Norden bis nach Treuchtlingen im Süden reicht: eines der bedeutendsten Feucht- und Nasswiesengebiete und das größte zusammenhängende Wiesenbrütergebiet Süddeutschlands. Es reiht sich ein in insgesamt 83 Projekte, die bislang seit 1979 vom Bund auf diesem Weg finanziell unterstützt worden sind. Sie alle, so Hagius, seien „repräsentativ und bedeutsam für ganz Deutschland".

Mit einem Umfang von rund sechs Millionen Euro innerhalb der nächsten zehn Jahre ist „chance.natur – Lebensraum Mittelfränkisches Altmühltal" mit Abstand das größte und wichtigste Naturschutzprojekt in der Region. Als Träger arbeiten die Landkreise Ansbach und Weißenburg-Gunzenhausen sowie der Landschaftspflegeverband Mittelfranken und der Landesbund für Vogelschutz zusammen. Sie übernehmen gemeinsam den Rest der Kosten, die von den Zuschussgebern – neben dem Bund auch das Bayerische Umweltministerium und der Bayerische Naturschutzfonds – nicht getragen werden.

Wie stark das Projekt auf Kooperation und Einvernehmen setzt, wird nicht allein an der Zahl der Träger deutlich. Auch die Zielsetzung geht weit über die Stabilisierung der rapide gesunkenen Wiesenbrüterbestände hinaus. So sollen unter anderem auch artenreiche Wiesen erhalten, der Wasserrückhalt im Gebiet verbessert und ein Konzept zur Lenkung der Besucher entwickelt werden.

Das Projektgebiet umfasst 19 Kommunen und rund 7000 Hektar Fläche. Kernzone ist das Feuchtgebiet Wiesmet. Hier laufen bereits seit Jahrzehnten Bemühungen, im Einvernehmen mit den Landwirten den Schutz der Wiesenbrüter voranzubringen. Die Flächen werden naturschonend und extensiv bewirtschaftet, die Landwirte erhalten dafür einen Ausgleich. Erfahrungen aus dem Wiesmet, so die Zielsetzung, sollen nach Möglichkeit im gesamten Projektgebiet umgesetzt und noch verfeinert werden.

Beim Termin vor Ort dankte stellvertretender Landrat Hans Henninger für den kräftigen Zuschuss des Bundes, ohne den das Projekt nicht umzusetzen wäre. Manuel Westphal, Landrat Weißenburg-Gunzenhausen, sprach von einer besonderen Form der Zusammenarbeit über Gemeinden und Landkreisgrenzen hinweg. Er begrüßte es, dass Grundeigentümer und Flächennutzer ausdrücklich in die Planungen eingebunden werden und man hier mehr auf Freiwilligkeit setze. Für Stefanie Schwarz von der Unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt Ansbach bietet das Projekt die Chance, bereits Begonnenes mit Kontinuität und Know-How fortzusetzen. Bisher hätten die Kapazitäten dafür leider nicht ausgereicht, bedauerte sie. ❐

Aktionswoche zum World Cleanup Day beendet

Mehr als ein Dutzend Sammelaktionen im Stadtgebiet Würzburg

Im Rahmen des diesjährigen World Cleanup Day und der anschließenden Aktionswoche „Fitness für die Umwelt – Würzburger Sportvereine räumen auf" befreiten insgesamt über 150 Freiwillige an zahlreichen Orten im Stadtgebiet Grünflächen, Böschungen, Straßen und sogar den Main von achtlos weggeworfenem wilden Müll. Die erschreckende Bilanz: Insgesamt kam über eine Tonne Abfall zusammen. Vor besondere Herausforderungen wurden die Sammler durch Sperrmüllstücke wie Fahrräder, Bauzaunelemente und Traktorreifen sowie weit über zehntausend Zigarettenkippen, Kronkorken und Glasscherben gestellt.

Die Stadt Würzburg nahm 2021 erstmalig als offizieller Städtepartner am World Cleanup Day teil, der in Deutschland vom Verein Let's Do It! Germany e.V. koordiniert wird. In Würzburg koordinierten und unterstützten die städtische Umweltstation, der Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger", der Fachbereich Sport und das Gartenamt die vielen angemeldeten Aktionen und sorgten für den weitestgehend reibungslosen Ablauf. Lediglich die gesammelte Abfallmenge insbesondere im Wasser und an Land am Kranenkai überraschte selbst die Organisatoren, so dass der Abtransport aller Abfallstücke dort erst am folgenden Montag abgeschlossen werden konnte. Zahlreiche lokale Sponsoren wie VR Bank Würzburg, Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, Edeka Frischemärkte Trabold, VEG e.V. und weitere unterstützten die Aktionswoche.



World Cleanup Day in Würzburg. Bild: Jakob Sänger

Bürgermeister Martin Heilig, Bürgermeisterin Judith Jörg und Landrat Thomas Eberth dankten bei einer Abschlusskundgebung im Rahmen der Aktion „Beach Cleanup" den zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in Stadt und Landkreis Würzburg und betonten die Verantwortung eines jeden Einzelnen, sich für eine saubere und intakte Umwelt einzusetzen.

Wolfgang Kleiner, Werkleiter der Stadtreiniger, appellierte eindringlich an die Freizeitsuchenden in Würzburg: „Genießen Sie die verbleibenden sommerlichen Tage gerne am Mainufer und in den Parkanlagen unserer schönen Stadt. Nehmen Sie jedoch bitte sämtliche Abfälle wieder mit und entsorgen Sie diese ordnungsgemäß. Dies gilt auch für vermeintliche Kleinigkeiten. Jede Kippe etwa vergiftet 40 Liter Trinkwasser und verbleibt als Mikroplastik für viele Jahre in der Umwelt und Kronkorken stellen eine ernsthafte Verletzungsgefahr für Mensch und Tier dar."

Die Umweltstation fordert in diesem Zusammenhang dazu auf, Einweggeschirr sowie Einwegverpackungen zu vermeiden und in allen Lebensbereichen Mehrweglösungen und langlebige Produkte zu bevorzugen.

So können wertvolle Rohstoffvorkommen geschont und unnötige Umweltbelastungen vermieden werden. Die im Mai in Würzburg gestartete Kampagne „Einmal ohne, bitte" (www.einmalohnebitte.de) beispielsweise unterstützt Kunden und Einzelhändler und Einzelhändlerinnen beim abfallfreien und hygienisch sauberen Einkaufen mit kundeneigenen Mehrweggefäßen. ❐



GAB-Altlastensymposium 2021:

Blickpunkte Entsorgung und Altlastensanierung

Rund 300 Besucher verzeichnete das diesjährige Altlastensymposium der GAB, das Corona-bedingt zum ersten Mal als Hybridveranstaltung stattfand. Die Hälfte nahm an der Präsenzveranstaltung in Ingolstadt, die andere Hälfte online per Livestream teil. Präsentiert wurden neben den aktuellen Entwicklungen der Altlastenbearbeitung auch der Umgang mit PFC-Belastungen sowie die Erkundung/Sanierung von Altlasten in der Praxis. Zudem wurde das Thema „IN-Campus - Vom Raffineriestandort zum Spitzentechnologiezentrum“ beleuchtet.

Über die Herausforderungen beim Flächenrecycling des Geländes durch Altlastensanierung berichtete Andrea Robien, Audi AG. Das Großprojekt IN-Campus-Sanierung sei trotz aller Herausforderungen sehr erfolgreich umgesetzt worden. Dies sei der Gesamtleistung aller und dem außerordentlichen Einsatz sehr vieler einzelner Beteiligter zu verdanken. Ohne eine intensive, regelmäßige Kommunikation wäre dies nicht machbar gewesen, vor allem da eine hohe zeitliche Flexibilität gefordert war, unterstrich Robien.

Dr. Alexander Poser, R & H Umwelt GmbH, schilderte den Sanierungsplan von der Idee bis zur Umsetzung. Nach dem Rückbau oberirdischer Einrichtungen (Tankfelder, Prozessanlagen, Kamine etc.) hätten 2015 die eigentlichen Erkundungen mit über 1.200 Sondierungsbohrungen und Erkundungsschürfe begonnen, über 250 Grundwassermessstellen seien beprobt worden und mehr als 50.000 Laboranalysen auf verschiedenste Schadstoffparameter erfolgt.

Zum Thema „PFC – eine Herausforderung in der Flächenentwicklung – Beispiel ehemalige Militärflugplätze“ referierte Stephan Clemens, Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA). Am Beispiel des ehemaligen NATO-Flugplatzes Bitburg zeigte er einen Lösungsansatz bezüglich des Bodenmanagements für die PFC-belasteten Böden am Standort auf.

Herausforderung PFC

Clemens zufolge steht in Rheinland-Pfalz kein Deponieraum für PFC-belastete Böden zur Verfügung und gängige technische Behandlungsmethoden schieden aufgrund der anfallenden Mengen von ca. 80.000 m³ sowie der Bodenmatrix aus. In einem Workshop sei deshalb mit der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord als zuständiger Behörde für den Flugplatz Bitburg der Rahmen für ein Bodenmanagement für den gesamten Flugplatz entwickelt worden.

Grundlage für das angestrebte Bodenmanagement sei, die BImA-eigenen Flächen in ihrer Gesamtheit als Sanierungsgebiet zu erklären und zur Umsetzung des Bodenmanagements eine innerhalb des Flugplatzgeländes liegende Fläche zu identifizieren, die geeignet ist, PFC-belastete Böden aus Entwicklungsmaßnahmen aufzunehmen. Dieses Bodenmanagement werde als Kombination von Sicherung unterhalb baulicher Anlagen und Aushub mit standortnaher Verwahrung geplant. Als wichtigen Aspekt für die Akzeptanz bezeichnete Clemens die Rückholbarkeit des gesichert im Landschaftsbauwerk verwahrten Bodens für den Fall, dass künftig geeignete Reinigungsverfahren zur Verfügung stehen.

Kosten- und Rechtsrisiken

Zunehmend an Bedeutung gewinnt das Thema Entsorgung. Ira Albrecht und Dr. Arnulf Sowa, Gibs geologen + ingenieure GmbH & Co. KG, zeigten die Kosten- und Rechtsrisiken bei der Entsorgung von Haufwerken auf. Dazu gaben sie Praxisbeispiele aus Sanierungs- und Rückbaumaßnahmen und präsentierten Strategien zur Risikominderung. Bei Bau- und Abbruchmaßnahmen entstünden bei der Entsorgung von Haufwerken aus Erdaushub und Bauschutt oft dadurch Risiken, dass zum Zeitpunkt der Planung oder der Ausschreibung nur ungenügende Kenntnisse der Abfallbeschaffenheit, der Abfallmenge und der späteren Entsorgungswege vorlägen oder sich im Zuge der Baumaßnahme Veränderungen ergäben.

Auf Grund unterschiedlicher länderspezifischer Regelungen könnten Reststoffe im Falle der Entsorgung in ein anderes Bundesland dort anders eingestuft werden, zudem bestünden verschieden gültige Gesetzgebungsgrundlagen (Bundes-Bodenschutzgesetz, Kreislaufwirtschaftsgesetz etc.). Die neue Mantelverordnung solle hier harmonisierend wirken.

In jedem Fall, so Ira Albrecht, wäre es für die Risikominderung hilfreich, die Wahrnehmung aller beteiligten Parteien dafür zu schärfen, dass die Entsorgung von mineralischen Reststoffen hohe Ansprüche an das Fachwissen der Gutachter bzw. der deklarierenden Institutionen erfordere.

Über die Umweltrisiken und die Entsorgungsproblematik bei Asbest im Boden informierte Dr. Thomas Hanauer, Tauw GmbH. Aus seiner Sicht gibt es bei der Asbestbeurteilung wesentliche Defizite. So ziele u. a. die jetzige Rechtslage auf den Umgang mit offensichtlich asbesthaltigen Bauprodukten, wie z. B. Asbestzementplatten, ab und berücksichtige die Anforderungen an den Umgang mit Bau- und Abbruchabfällen oder Böden mit geringen Asbestgehalten nicht ausreichend. Weiterhin fehle eine Betrachtung asbesthaltiger Böden sowie eine bodenschutzrechtliche Einordnung.

Umweltrisiken

Bislang sei eine Pflicht zur Vorerkundung beim Rückbau in den Regelwerken des Baurechts, des Gefahrstoffrechts und des Abfallrechts noch nicht hinreichend konkretisiert und ggf. nur indirekt abzuleiten. Inzwischen würde die Thematik von verschiedenen Fachverbänden aufgegriffen. Zum Beispiel sei durch den Ingenieurtechnischen Verband für Altlastenmanagement und Flächenrecycling (ITVA) und den Bundesverband Boden ein verbändeübergreifendes Thesenpapier in Vorbereitung, das zum Jahresende 2021 veröffentlicht werden solle.

Mit dem Thema „Konfliktpotenzial Altlasten, Trinkwassergewinnung und Wohnen. Eine komplexe Analyse der Sanierungspraxis in Berlin“ befasste sich Frank Rauch, Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz. Die wachsende Stadt, die einen steigenden Trinkwasserbedarf prognostiziere, die negativen Auswirkungen des Klimawandels, aber auch die Auswirkungen der Verstädterung (u.a. Reduzierung der Grundwasserneubildung durch einen steigenden Versiegelungsgrad) würden den Konflikt zwischen städtischer Grundwassernutzung zur Trinkwasserherstellung und deren Einschränkungen durch das Vorhandensein von Schadstoffen in den bewirtschafteten Grundwasservorkommen fast aller Berliner Wasserwerke stets begleiten und ggf. verstärken.

Daher sei die nachhaltige Altlastensanierung in Berlin nicht nur ein wesentlicher Beitrag für die langfristige Trinkwasserversorgung der Hauptstadt, sondern gewährleiste auch eine dauerhafte Verfügbarkeit der Flächen zur Nutzung für Gewerbe, Industrie, Wohnungsbau oder als Naherholungsraum.

Hilfreiches BIM

Holger Kaiser, Bauer Resources GmbH, Schrobenhausen, widmete sich schließlich der Thematik des Building Information Modeling (BIM), dessen Ziel es sei, sämtliche Planungs- und Bauprozesse auf Basis eines digitalen Bauwerksinformationsmodells durchzuführen. In der Altlastensanierung, so Kaiser, werde diese Methode bis jetzt selten verwendet, könne aber auch hier bei der Planung und Umsetzung der Maßnahmen eine gute Hilfe sein. **DK**

Jahrestagung des Bundesverbands Altöl:

Mehr Recycling nötig

BVA und BDE loben ihre sehr gute Zusammenarbeit

Der Bundesverband Altöl (BVA) sieht die Möglichkeiten der Weiterverwendung von Altöl trotz rückläufiger Mengen in Deutschland noch nicht ausgeschöpft und mahnt deshalb Verbesserungen an. „Der Schatz des Recyclingpotenzials beim Altöl ist bei uns noch nicht gehoben. Hier müssen wir offensiver werden“, erklärte BVA-Präsident Dr. Detlev Bruhnke beim Jahrestreffen seines Verbandes in Freiburg.

Der Verbandspräsident verwies dabei auf die aktuelle Lage am Altölmarkt. So verzeichne Deutschland ein Gesamtaufkommen von etwas mehr als 550.000 Tonnen Altöl pro Jahr. Dabei sei ein coronabedingter starker Rückgang des Schmierstoffabsatzes um minus 16,7 Prozent im Vergleich zu 2019 zu verzeichnen. Dennoch habe sich die Menge des Öls, das bisher keinem Recycling zugeführt wird, im Vergleich zu 2019 auf mehr als 170.000 Tonnen fast verdoppelt.

Prinzip der Kreislaufwirtschaft

Bruhnke: „Auch für Altöl gilt das Prinzip der Kreislaufwirtschaft. Es ist daher kein akzeptabler Zustand, dass wir nicht sämtliche vorhandenen Altölmengen erfassen, aufbereiten und wiederverwenden und sie so im Kreislauf halten. Hier müssen wir unsere Anstrengungen ausweiten und unsere Innovationsideen umsetzen. Das Altölrecycling hat noch ungenutztes Potenzial, das wir im Hinblick auf Ressourcenschutz und Nachhaltigkeit unbedingt nutzen sollten. Denn auch wenn die Elektromobilität weiter zunimmt und alternative Kraftstoffe stärker Verwendung finden, bleiben Mineralöle und auch ihre Altprodukte auch weiterhin im Einsatz.“

Die Verbandstagung begann mit einem Vortrag von BDE-Geschäftsführer Dr. Andreas Bruckschen, der dabei auch auf die aktuellen Themen der Kreislaufwirtschaft einging. Dabei hob er auch die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit beider Verbände hervor.

Gegenseitiger Profit

„Vor mehr als zehn Jahren haben beide Verbände beschlossen enger zu kooperieren, sich also in der inhaltlichen Arbeit gegenseitig zu unterstützen und fachlich eng zusammenzuarbeiten. Heute können wir sagen, dass uns diese Kooperation seit Beginn Tag für Tag sehr gut gelingt. BVA und BDE profitieren voneinander und von dem Knowhow beider Organisationen bei den Themen Altölentsorgung und Altölaufbereitung. Für den BDE danke ich den Verantwortlichen im Altölverband, insbesondere Detlef Bruhnke und Christian Rasquin, für die gute Zusammenarbeit. Wir freuen uns auf die erfolgreiche Fortsetzung,“ unterstrich Bruckschen abschließend. ❐

BMVI-Programm „Saubere Luft 2017-2020“ erfolgreich

„Die neuen Zahlen bestätigen, was wir immer gesagt haben: Fahrverbote sind überflüssig. In ganz Deutschland hat sich die Luftqualität deutlich verbessert. Das zeigt: Unser Programm für saubere Luft in Städten ist erfolgreich“, betonte Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer.

Mit dem Programm macht das BMVI den Verkehr in den Städten sauberer und klimafreundlicher. Das Interesse der Kommunen war enorm. Bis Ende 2020 hat das BMVI 1024 Förderanträge bewilligt und damit die Förderung von konkreten Projekten in Höhe von rund 904 Mio. Euro fest zugesagt. Damit setzt das BMVI den Großteil des Programms um, an dem auch das BMWi und das BMU beteiligt sind. Die Durchführung der Projekte liegt in der Zuständigkeit der Kommunen.

Bislang konnten im Rahmen des Programms 374 Projekte vollständig abgeschlossen werden: 164 Projekte für mehr Elektromobilität in 68 Städten; mehr als 4.530 Elektrofahrzeuge wurden angeschafft und mehr als 3.000 Ladepunkte in Betrieb genommen; 133 Projekte für mehr Digitalisierung im Verkehr in 43 Städten, zum Beispiel Parkleitsysteme, Mobilitätsplattformen, On-Demand-Systeme, Ticketing- und Routingsysteme; 77 Projekte zur Nachrüstung von Dieselbussen. 2019 Busse wurden nachgerüstet. Die Schadstoffreduktion beträgt 85 bis zu 99 Prozent.

Die Luftqualität hat sich nach Angaben des Umweltbundesamtes (UBA) in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Immer mehr Städte halten Grenzwerte von 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid (NO2) /m3 ein. 2016 lagen 90 Städte über dem Grenzwert, 2020 waren es nur noch sechs Städte. ❐





V.l.: Roland Schmalfuß (VERBUND), Andreas Auer (Werksgruppenleiter Grenzkraftwerke GmbH), Oö. Landtagspräsident a.D. Friedrich Bernhofer, Engelhartszells Bürgermeister Roland Pichler, VERBUND-CEO Michael Strugl, Passaus Landrat Raimund Kneidinger, Karl Heinz Gruber (Vorstand Donaukraftwerk Jochenstein AG) Foto: ©VERBUND

Besuch beim Interrreg-Programm

VERBUND renaturiert Bachlandschaften und Uferbereiche im bayerisch-oberösterreichischen Grenzgebiet an Inn und Donau zur Wiederherstellung wertvoller Ökosysteme

VERBUND, Bayerns und Österreichs führendes Wasserkraftunternehmen, hat im Juli gemeinsam mit der Marktgemeinde Engelhartszell im Rahmen eines Interreg-Programmes drei neue gewässerökologische Maßnahmen an den Grenzstrecken von Inn und Donau in Betrieb genommen. Gemeinsam mit dem Passauer Landrat Raimund Kneidinger und Engelhartszells Bürgermeister Roland Pichler überzeugten sich VERBUND-Chef Michael Strugl, Grenzkraftwerks-Geschäftsführer Karl Heinz Gruber und der neue Grenzkraft-Werksgruppenleiter Andreas Auer von der Wirksamkeit eines dieser Ökosysteme am Donauufer in der Marktgemeinde Engelhartszell.

Im Rahmen des persönlichen Erfahrungsaustausches stellte VERBUND Landrat Kneidinger auch weitere ökologische Projekte vor, die in den kommenden Jahren in der Stadt Passau und im Landkreis zur Herstellung der Durchgängigkeit und Schaffung von neuem Lebensraum für Flora und Fauna am Inn und der Donau geplant sind. Insgesamt investiert VERBUND dafür in dieser Region rund 45 Mio. Euro.

Interreg-Projekt „Bachlandschaften“

Beim Interreg-Projekt „Bachlandschaften“ leisteten die Projektpartner Marktgemeinde Engelhartszell und VERBUND einen weiteren wichtigen Beitrag zur Wiederherstellung von Ökosystemen und Flusslandschaften im bayerisch-oberösterreichischen Grenzbereich an Inn und Donau. Konkret wurden mit Unterstützung der Europäischen Union in den vergangenen Monaten drei nachhaltige Renaturierungsmaßnahmen mit Gesamtkosten von 1,1 Mio. Euro am Simbach, im Westerndorfer Graben und beim Weitbach bei Perach sowie bei der Mündung des Saagbachs in Engelhartszell umgesetzt.

Von der Wirksamkeit der Maßnahme am Donauufer in Engelhartszell konnten sich Landrat Kneidinger und Bürgermeister Pichler gemeinsam mit VERBUND-Chef Strugl, Grenzkraftwerke-Geschäftsführer Gruber sowie Werksgruppenleiter Auer im Rahmen des Erfahrungsaustausches überzeugen.

Beim Projekt „Saagbach“ handelt es sich um ein Projekt der Gemeinde Engelhartszell, das der Schaffung eines Reproduktions- und Juvenilhabitats für Jungfische bei der Mündung des Saagbaches in die Donau dient. Dabei wurde im Herbst 2020 eine strömungsberuhigte Bucht mit flach auslaufendem Kiesufer geschaffen, die bei hohen Abflüssen der Donau für die gesamte Fischfauna einen sicheren Rückzugsraum bietet.

Ökomaßnahmen-Bündel im Landkreis Passau

Im Rahmen des Lokaltermins wurde Landrat Kneidinger von den VERBUND-Repräsentanten auch über weitere ökologische Projekte informiert, die in den kommenden Jahren am Grenz-Inn, insbesondere im Landkreis und der Stadt Passau fertig gestellt werden.

Nachdem von VERBUND am bayerischen Inn bereits elf Kraftwerke wieder fischdurchgängig gemacht und zusätzlich eine Vielzahl an neuen Lebensräumen durch Renaturierungen geschaffen wurden, steht in den kommenden Jahren der Fokus auf Ökomaßnahmen im Innabschnitt zwischen Braunau-Simbach und Passau-Ingling sowie beim Donaukraftwerk Jochenstein.

Miteinander von Natur, Umwelt und nachhaltiger Stromerzeugung aus regenerativer Wasserkraft

„VERBUND bekennt sich zum Miteinander von Natur, Umwelt und nachhaltiger Stromerzeugung aus regenerativer Wasserkraft. Maßnahmen, die sich nicht in Kilowattstunden niederschlagen sondern Artenvielfalt fördern und Lebensräume schaffen sind daher feste Bestandteile unseres Alltags“, erklärte Ceo Strugl. „Die Wasserkraft schafft damit eine positive Verbindung von Ökologie und erneuerbarer Stromerzeugung und behebt damit auch Defizite, die ihren Ursprung in ganz anderen Maßnahmen als dem Kraftwerksbau haben. Damit wird die Wasserkraft ihrem Anspruch gerecht, eine nachhaltige und zukunftsfitte Partnerin für die erneuerbare Energiezukunft zu sein – unverzichtbar im Zusammenspiel mit Wind und Sonne.“

Größte privatwirtschaftlich initiierte Öko-Maßnahme

Landrat Kneidinger zeigte sich über die Gesamtinvestition von 45 Mio. Euro erfreut und spach vom bislang größten privatwirtschaftlich initiierten Öko-Maßnahmenpaket in der Region: „VERBUND hat in den vergangenen Jahren eindrucksvoll bewiesen, dass Umweltschutz und Wasserkraft Hand in Hand gehen. Dass es jetzt zur Umsetzung wichtiger Ökomaßnahmen im Innabschnitt im Landkreis Passau kommt, freut mich natürlich ganz besonders. Hier wird es wichtig sein, dass bei der Umsetzung der bautechnischen Aktivitäten ein enger Dialog zwischen dem Kraftwerksbetreiber und der Bevölkerung beibehalten wird. Am Ende entstehen, wie wir an den schon in Betrieb genommenen Ökosystemen sehen, ja tolle Bereiche, die sowohl der Umwelt, als auch den Menschen als Lebensräume zur Verfügung stehen.“

Bürgermeister Pichler sieht dies am Beispiel der Maßnahme am Saagbach bestätigt: „Die Renaturierungsmaßnahme, die wir hier umgesetzt haben, hat in kürzester Zeit dazu geführt, dass sich sowohl die Fischwelt als auch die Flora gut entwickelt haben. Und wir sind sicher, dass zukünftig auch die Bürgerinnen und Bürger von Engelhartszell wieder ein Stück Donau mehr erlebbar haben“.

Aktive Öffentlichkeitsarbeit

Grenzkraftwerke-Geschäftsführer Gruber nahm diesen Wunsch nach einer breiten Information über die vielen anstehenden Öko-Projekte gerne an: „Wir haben speziell hier im Landkreis bzw. in der Stadt Passau in den kommenden fünf Jahren mit der Herstellung der Durchgängigkeit an vier Grenzkraftwerken samt zusätzlichen Naturräumen viel vor. Damit verfolgen wir konsequent unser Ziel, dass am Ende aller Ökomaßnahmen die Fische erstmals wieder von der Donau flussaufwärts über den gesamten Inn bis zum Ursprung im Engadin in der Schweiz schwimmen können. Darüber regelmäßig zu berichten, ist für uns eine Selbstverständlichkeit.“

Neuer Lebensraum beim Kraftwerk Egglfing-Obernberg

Beim Grenzkraftwerk Egglfing-Obernberg am Inn werden im Rahmen eines von der EU geförderten LIFE-Projektes „LIFE Riverscape Lower Inn“ ein mit rund sechs Kilometer Länge sehr weitläufiges Umgehungsgewässer als Fischwanderhilfe errichtet und weitere neue Gewässerlebensräume geschaffen. Dies trägt zu einer dynamischen Entwicklung der Auenlebensräume und darüber hinaus zur Stärkung der Fischpopulation im Inn bei. Zusätzlich werden Ufersicherungen rückgebaut und Stillgewässer angelegt. Das Projekt soll zwischen 2023 und 2025 umgesetzt werden.

Naturnahes Gewässer beim Kraftwerk Schärding-Neuhaus

Im Zuge desselben LIFE-Projektes ist derzeit beim Grenzkraftwerk Schärding-Neuhaus ein naturnahes Umgehungsgewässer als Fischaufstiegshilfe in Planung. Im Unterwasserbereich soll das Ufergelände abgesenkt werden, um Altwasserstrukturen zu schaffen und die Entwicklung eines dynamischen Auwaldes zu fördern. Diese Ökomaßnahme soll ebenfalls bis 2025 fertig gestellt werden.

Schlitzpass beim Kraftwerk Passau-Ingling

Aufgrund der sehr engen und komplexen örtlichen Gegebenheiten plant VERBUND beim Grenzkraftwerk Passau-Ingling auf der bayerischen Seite des Inns ein technisches Bauwerk zu Herstellung der Fischdurchgängigkeit. Derzeit wird mit der Stadt Passau über die Errichtung eines Schlitzpasses gesprochen.

Gewässerökologische Maßnahmen beim Kraftwerk Jochenstein

Auch beim Donaukraftwerk Jochenstein plant VERBUND zusätzlich zu einem sehr weitläufigen Umgehungsgerinne als Organismenwanderhilfe eine Reihe von gewässerökologischen Maßnahmen. Deren Umsetzung steht in engem Zusammenhang mit dem in der Genehmigung befindlichen Energiespeicher Riedl als Kompensation für dessen Auswirkungen bei Bau und Betrieb.

Obernzell – Eckerbach

Anlässlich des persönlichen Termins wurde zwischen dem Landrat und VERBUND auch das Thema Hochwasser Obernzell 2016 bzw. „Düker Eckerbach“ angesprochen. Basis waren vorangegangene Gespräche im Dezember 2019 im Landratsamt Passau mit allen relevanten Stellen und andererseits der Lokaltermin von Bürgermeister Ludwig Prügl und Werksgruppenleiter Andreas Auer mit den Bachlern am 19. Juli 2021. Auf Initiative von Landrat Kneidinger wird nach der Urlaubszeit eine Folgebesprechung in einem breiten Kreis zur Abstimmung der weiteren Vorgehensweise stattfinden.

Wasserkraft in einem nachhaltigen Energiesystem

Strom aus Wasserkraft hat vielfältige Funktionen im Energiesystem. Die Laufwasserkraftwerke von VERBUND in Bayern bzw. an den Grenzen zwischen Bayern und Österreich sind 24 Stunden in Betrieb und liefern regionalen Strom für rund 1,8 Millionen Haushalte in die Netze. Wasserkraft ist CO2-neutral, ressourcenschonend, vermindert die Importabhängigkeit von fossilen Rohstoffen und leistet somit einen zentralen Beitrag zur Energiewende. ❒

Der Countdown läuft – es ist Zeit für Action!

Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik

Was hat der Klimawandel eigentlich mit mir zu tun? Welchen Einfluss hat mein Konsumverhalten auf Menschen in anderen Teilen der Welt? Und wie kann ich selbst einen Beitrag dazu leisten, die Zukunft unserer EINEN WELT nachhaltiger und gerecht zu gestalten? Fragen, auf die es Antworten braucht und globale Herausforderungen, die Tatendrang erfordern! Genau das können Schülerinnen und Schüler ab sofort beim Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik „alle für EINE WELT für alle“ zeigen. Einsendeschluss ist der 9. März 2022.

Denken ist gut, aber Handeln ist besser. Mit dem Thema „Der Countdown läuft: Es ist Zeit für Action!“ ruft der Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik in seiner zehnten Runde Schülerinnen und Schüler dazu auf, mehr über die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, deren Inhalte und globale Zusammenhänge zu erfahren, aber vor allem auch den eigenen Handlungsspielraum auszuloten. Denn: Nicht nur jeder Gedanke zur EINEN WELT zählt, sondern vor allem jede Aktion!

Engagieren, mitmachen und gewinnen

Jede und jeder Einzelne kann dazu beitragen, dass die 17 Nachhaltigkeitsziele erreicht werden. Deshalb richtet sich der Schulwettbewerb an Schülerinnen und Schüler aller Altersklassen, Schulformen und -fächer in ganz Deutschland sowie an offiziellen Deutschen Auslandsschulen (DAS). Gesucht werden kreative und nachhaltige Projekte und Handlungsideen. Egal, ob Texte, Fotos, Filme, Kunstwerke, Plakate oder digitale Arbeiten – wichtig ist, dass die Teilnehmenden sich mit dem Thema der Runde auseinandergesetzt haben und sich der Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der globalen Entwicklung bewusst sind.

Zu gewinnen gibt es über 100 Preise im Gesamtwert von über 50.000 Euro. Außerdem erhalten alle Teilnehmenden eine namentliche Urkunde. Delegationen der Gewinnerteams werden eingeladen, bei einer großen Preisverleihung ihre Auszeichnungen persönlich entgegenzunehmen.

Digitale Auftaktaktion #ZeitFürAction aktiviert zum Einsatz für die EINE WELT

Der Startschuss für die neue Runde fiel am 16. September 2021 mit dem Beginn einer digitalen Auftaktaktion. Unter dem Hashtag #ZeitFürAction sind Menschen rund um den Globus aufgefordert, ihr Statement zu einem der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung in den Sozialen Netzwerken zu posten. Auch einige prominente Unterstützerinnen und Unterstützer des Schulwettbewerbs haben sich bereits an der Aktion beteiligt, so beispielsweise die Moderatoren Ralph Caspers und Willi Weitzel, die Musiker Philipp Lenk (Kafvka) und Albert N’sanda sowie Rapper und Artist Coach Riccardo Montero.

Über den Schulwettbewerb

Der Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik „alle für EINE WELT für alle“ wird von Engagement Global gGmbH – Service für Entwicklungsinitiativen im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten durchgeführt. Seit dem Schuljahr 2003/2004 findet der Wettbewerb alle zwei Jahre statt und verfolgt das Ziel, den Lernbereich Globale Entwicklung im Unterricht aller Jahrgangsstufen und Schulformen zu verankern und Kinder und Jugendliche für die Themen der EINEN WELT zu sensibilisieren und zu aktivieren.

Informationen zu Schulwettbewerb und Teilnahme:
www.eineweltfueralle.de.
Informationen zur Auftaktaktion #ZeitFürAction und zur Teilnahme:
https://www.eineweltfueralle.de/zeit-fuer-action . ❒

Klimaschutz schützt vor Armut und Vertreibung im globalen Süden

BMU-Expertendialog verbindet Klimaschutz und Entwicklungshilfe

Der Einsatz gegen den Klimawandel ist eines der zentralen Handlungsfelder im Kampf gegen die weltweite Armut und damit auch gegen mögliche Fluchtursachen der Zukunft. Das ist eine der zentralen Botschaften der von der Bundesregierung eingesetzten Fachkommission Fluchtursachen, die Bundesumweltministerin Svenja Schulze in einem Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener NGOs diskutiert.

Neben engagiertem Klimaschutz im eigenen Land ist dabei auch die solidarische Unterstützung der Entwicklungsländer im Kampf gegen den Klimawandel entscheidend. Schulze begrüßte daher die Ankündigung der Bundesregierung vom G7-Gipfel, die öffentliche deutsche Klimafinanzierung perspektivisch bis 2025 von vier auf sechs Milliarden Euro pro Jahr zu erhöhen als „wegweisend“ und als „Ausdruck unserer Solidarität mit dem globalen Süden“.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze: „Die Erderhitzung schadet nicht nur Eisbären und Polkappen oder sorgt für überhitzte Sommer und trockene Wälder in Deutschland. In weiten Teilen der Welt bedroht die Klimakrise zunehmend die Lebensgrundlagen der Bevölkerung. Wenn Gletscher verschwinden, verschwinden auch die Flüsse, die Millionen Menschen ernähren. Was bliebe ihnen anderes übrig, als ihre Heimat zu verlassen? Klimaschutz ist darum zuallererst der Schutz der Lebensgrundlagen der Ärmsten dieser Welt. Deutschland kann helfen, indem es zuhause Ernst macht beim Klimaschutz und dabei Lösungen für die Welt entwickelt.

Aber wir müssen auch den Entwicklungsländern helfen, selbst beim Klimaschutz voranzukommen und sich an den unvermeidbaren Klimawandel anzupassen. Darum ist es ein wichtiges Zeichen der Solidarität, dass Deutschland seine öffentliche Klimafinanzierung in den nächsten Jahren deutlich erhöhen wird. Wenn andere Industriestaaten uns dabei folgen, können wir das Vertrauen zwischen Nord und Süd aufbauen, das nötig ist, um die nächste Weltklimakonferenz in Glasgow zum Erfolg zu führen.“

An dem Dialog nahmen UBA-Präsident Prof. Dr. Dirk Messner und Prof. Dr. Jürgen Scheffran vom Centrum für Erdsystemforschung und Nachhaltigkeit der Universität Hamburg teil, die beide Mitglieder der Fachkommission Fluchtursachen waren. Außerdem mit dabei waren Vertreter von sieben Nichtregierungsorganisationen, die sich mit den Themenbereichen Entwicklungspolitik und Klimawandel befassten.

Dr. Dagmar Pruin, Präsidentin Brot für die Welt: „Schon jetzt leiden vor allem die ärmsten Bevölkerungsgruppen im Globalen Süden unter den Folgen der Klimakrise. Ihre Heimat, ihre Lebensgrundlagen sind akut bedroht. Wenn der Klimawandel fortschreitet, werden Hunger und Armut dramatisch zunehmen. In der Konsequenz werden immer mehr Menschen gezwungen sein, zu fliehen. ❒

Wohltätigkeitsauktion in Nördlingen unterstützt Schulbau in Namibia

Im September veranstalteten Mitarbeiterinnen des Landratsamts Donau-Ries im Nördlinger KultWork zu Gunsten des Schulbauprojekts in Otjijandjasemo in Namibia eine Benefizauktion. Sechs Künstlerinnen und Künstler aus dem Nördlinger Raum stellten hierfür ihre Werke zur Verfügung. Die Auktion brachte 2.160 € für den guten Zweck ein.

Ein zum Teil spannendes Bieterduell boten sich die knapp 30 Gäste während der Benefizauktion zugunsten der Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ in den Räumen des neuen Co-Working Space KultWork in der Nördlinger Polizeigasse.

Der schwarze Kontinent ist bunt

Landrat Stefan Rößle zeigte sich in seiner Begrüßungsrede beeindruckt vom Engagement der Künstlerinnen und Künstler Dr. Gabriele Theiler, Veronika Jehl-Hampp, Wolfgang Mussgnug, Wolfgang Balzer, Florian Wenninger und Sigrid Ludwig, die trotz der schwierigen Lage der vergangenen Monate ihre Werke zum großen Teil für die Veranstaltung gespendet hatten.

Die zur Versteigerung stehenden Werke deckten ein breites Kunstspektrum ab. So zog gleich zu Beginn der Veranstaltung das Bild mit dem Titel „Komplex“ von Dr. Theiler das Interesse auf sich. Verwendet wurde eine spezielle Maltechnik, bei der das farbenfrohe Werk unter dem Aspekt „Afrika – der schwarze Kontinent ist bunt“ den Anlass des Abends perfekt spiegelte.

Dass nicht nur Afrika, sondern auch Nördlingen bunt ist, zeigte Wolfgang Balzer in seiner Acryl-Zeichnung, bei der die Charakteristika Nördlingens, der alles überragende Daniel und die rundum begehbare Stadtmauer auf die Stadttore reduziert, dargestellt wurden.

Schon während der Versteigerung der ersten beiden Werke zeigte Auktionator Dominik Herzog, der hauptberuflich als Anwalt tätig ist und für seinen ehrenamtlichen Einsatz extra aus München angereist war, sein Talent darin, die Anwesenden durch humorvolle Anspielungen zum Bieten zu animieren.

Das dritte Objekt des Abends, „Masken Traum“ von Sigrid Ludwig, zeichnete sich durch kräftige Farben und klare Konturen aus. Im Kontrast dazu waren im Werk „Light“ von Florian Wenninger weiß, schwarz und Gold die dominierenden Farben, welche in Acryl und Lack die Leinwand in Streifen unterteilten.

Wichtigkeit von Bildungschancen

Während der Vorstellung ihrer Bilder gingen die Künstlerinnen und Künstler auch auf die Beweggründe ihrer Bildspende ein. So erklärte Wolfgang Mussgnug, dass er sein Werk „Schriftstücke“ bewusst für diesen Anlass ausgewählt habe. Bei seinen Reisen in verschiedene afrikanische Länder sei ihm immer wieder die Wichtigkeit von Bildungschancen vor Augen geführt worden und so freue es ihn sehr mit der Versteigerung seines Werks einen Beitrag zur Schulbildung der Kinder in Namibia leisten zu können. Auch das letzte Bild des Abends, „Afrika“ von Frau Veronika Jehl-Hampp, griff die oft schwierigen Lebensumstände der afrikanischen Bevölkerung in ihrem Werk auf. In leuchtenden Farben schuf sie eine surreal anmutende Landschaft, die die Schönheit und Bedrohung der allgegenwärtigen Natur in delikatem Gleichgewicht zeigt.

Nach knapp einer Stunde waren alle Werke unter dem Hammer und der Erlös konnte sich sehen lassen: Insgesamt 2.160 Euro fließen dank der Unterstützung der zahlreichen Bieter in den Bau einer Unterkunft für die Schule in Otjijandjasemo in Namibia.

Sichere Übernachtungsmöglichkeit

Das Projekt ist Teil der Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ und wird von der Belegschaft des Landratsamts seit 2018 unterstützt. Carina Rösch, Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik und Ansprechpartnerin für das Schulprojekt, erklärt: „Nachdem wir es 2018 geschafft haben, den Bau zweier Klassenzimmer zu finanzieren, möchten wir uns nun noch dafür einsetzten, dass die Kinder auch eine sichere Übernachtungsmöglichkeit haben und nicht täglich einen gefährlichen Schulweg auf sich nehmen müssen.“

„Mit der Wohltätigkeitsauktion, die auf die Idee dreier Mitarbeiterinnen unserer Stabstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit zurückgeht, konnte ein weiterer wichtiger Schritt zum Erreichen der benötigten 48.000 Euro beigetragen werden“, freut sich Landrat Stefan Rößle. Weitere Werke der Künstlerinnen und Künstler können im KultWork noch bis Mitte Oktober besichtigt und erworben werden. ❐



V.l.: Ines Geltl, Marie-Luise Ott vom EWF, Hedlen Zirngiebl, Klara Wirthensohn, Pfarrer Georg Birner, ebenfalls EWF, Albert Steber vom EWF und Rudolf Buchner von der Tafel Abensberg.

Bild: Melanie Schmid, Stadt Abensberg.

Eine Welt-Forum für alle

Wer hätte das gedacht: Das Eine Welt-Forum Abensberg hat seit seinem Entstehen im Jahr 1993 insgesamt gut 35.000 Euro an Spenden weitergeben können. Möglich gemacht werden die jährlichen Spendenrunden durch den Verkauf von Eine Welt-Waren: „Das ist viel Kleinklein, aber es kommt ja doch ganz schön was zusammen“, lacht Klara Wirthensohn, Sprecherin des EWF in Abensberg.

Für sie ist es „schön, wie die Anliegen unserer Gruppe in Abensberg, auch in der Stadtverwaltung und bei Firmen, gut aufgenommen werden.“

Hilfe in beide Richtungen

Ebenfalls wichtig: Während der Verkauf von fair gehandelten Produkten den Erzeugern hilft, hilft das Eine Welt-Forum auch vor Ort in Abensberg. Und so sind bei den Spendenvergaben stets auch Organisationen mit dabei, die sich um notleidende Abensberger kümmern. „Diese Hilfe in beide Richtungen finden wir wichtig“, so Wirthensohn.

Auch in diesem Sommer – im Juli 2021 – trafen sich die Vertreterinnen und Vertreter des Forums mit den diesjährigen Spendenempfängern, wieder im schönen Pfarrgarten von Abensberg.

Ines Geltl von der Stadtverwaltung hat 100 Euro für das Ferienprogramm der Stadt erhalten; möglich gemacht hat das der Supermarkt Achtner aus dem Verkauf von fairen Rosen am Valentinstag. Hedlen Zirngiebl wurden 400 Euro für die Sri Lanka-Hilfe Abensberg übergeben. Das Geld wird für Essen verwendet, da viele Menschen infolge der Pandemie Hunger leiden. Pfarrer Georg Birner wird 400 Euro für das Haus Emmaus bei Jerusalem einsetzen. Der mehrmonatige Lockdown und die Raketenangriffe im Juni waren eine sehr schwierige Zeit für die Bewohner des Alten- und Behindertenheimes, das Pflegepersonal und die Auszubildenden, so Abensbergs katholischer Geistlicher.

Albert Steber, ebenfalls Mitglied des Eine Welt-Forums Abensberg, wird 400 Euro für den Ausbau der frühkindlichen Physiotherapie eines Babyhospitals der Caritas in Bethlehem einsetzen.

Gemeindereferentin und EWF-Mitglied Astrid Habel setzt 400 Euro für die Fundacion Cardenal Maurer Bolivien ein. Derzeit wird die Spende für die Linderung der aktuellen Not der Ärmsten verwendet. Coronabedingt haben viele Menschen kein geregeltes Einkommen oder sie können ihre Jobs nicht ausüben. Meada Mounajed erhält 400 Euro für den Orienthelfer-Verein von Christian Springer. Auch hier fließen Spenden überwiegend in die Ernährungssicherheit und Anti-Corona-Maßnahmen.

Aufbau einer Tagesklinik in Mombasa

Christine Beis wird 400 Euro für German Doctors und deren Projekt „Kilifi“ erhalten; das ist eine Tagesklinik nördlich von Mombasa, die im Aufbau ist. Das Hauptaugenmerk der Klinik ist HIV und die Versorgung von Kindern, Schwangeren und es sollen auch Geburten vor Ort durchgeführt werden. Rudolf Buchner schließlich hat 400 Euro für die Tafel Abensberg erhalten.

Im Pfarrbüro in der Theoderichstraße 11 Straße in Abensberg findet montags bis mittwochs von 8 bis 11 Uhr und donnerstags von 15 bis 18.30 Uhr der Verkauf von fair gehandelten Waren statt. ❐

Bayerns Ministerin für Internationales, Melanie Huml:

Zukunftsperspektiven für junge Menschen in Kenia

Bayern fördert Wohneinheiten für Studenten des IT-Campus in Turkana mit 600.000 Euro

Bayerns Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales, Melanie Huml, nahm als Schirmherrin am „Löwenmarsch“ – einem Spenden- und Solidaritätsmarsch von Kaltenberg nach Hohenschwangau – teil und übergab einen Spendenscheck der Bayerischen Staatsregierung über 600.000 Euro an die Initiative „Learning Lions“ von Ludwig Prinz von Bayern. Mit dem Geld sollen vor allem Wohneinheiten am ICT-Campus in Turkana im Norden Kenias gebaut werden. Huml: „Wir geben jungen Menschen in Kenia damit nicht nur eine Zukunftsperspektive, sondern stärken auch ihre Eigenverantwortung und finanzielle Unabhängigkeit.“

Die Staatsregierung hatte bereits in einem Vorgängerprojekt seit 2019 den Bau des Unterrichtsgebäudes am ICT-Campus der „Learning Lions“ mit knapp 580.000 Euro gefördert. Der Bau des Gebäudes wurde im Frühjahr 2021 abgeschlossen und der Campus konnte mit Arbeits- und Ausbildungsplätzen für mehr als 200 Personen in Betrieb gehen.

Damit der Campus zukünftig auch über Unterbringungsmöglichkeiten verfügt, ist in dem neuen Projekt der Bau von Wohneinheiten geplant. In so genannten „Tiny Houses“ sollen 225 Studenten und Gäste untergebracht werden können.

Learning Lions

Zudem soll eine Kita für bis zu 30 Kinder errichtet werden, um auch jungen Müttern die Möglichkeit zu geben, ihre Ausbildung und Arbeit fortzuführen.

Ziel des Projektes „Learning Lions“ ist es, jungen Menschen in der sehr armen und abgelegenen Region Turkana durch eine kostenlose Ausbildung im IT-Bereich Perspektiven in ihrer Heimat zu eröffnen. Die Studentinnen und Studenten werden Schritt für Schritt an digitale Dienstleistungen herangeführt, die sie mittels des Internets weltweit anbieten können. So werden sie zu digitalen Unternehmerinnen und Unternehmern ausgebildet. Huml: „Das Projekt zeigt, dass die Arbeitsplätze der Zukunft überall entstehen können. Afrika ist ein Kontinent der Chancen. Mit unserer Förderung engagieren wir uns hier nachhaltig für eine fundierte Ausbildung. Dass durch die Schaffung von Betreuungsmöglichkeiten gerade auch jungen Müttern ermöglicht wird, Job und Ausbildung fortzuführen, freut mich besonders.“ ❐

OSTWIND



LOKAL RUNDE

Wir prüfen Ihr Flächenpotenzial für Solar- und Windenergie.

Besuchen Sie uns!
KOMMUNALE 2021
Halle 9, Stand 219

Projektentwicklung in Partnerschaft

Gemeinsam erreichen wir mehr – bei Planung, Repowering, Bau und Betriebsführung.

OSTWIND realisiert erfolgreich Wind- und Solarparks. Seit über 25 Jahren.

OSTWIND – gibt‘s auch in Nord, Süd und West.
Bauen Sie auf Erfahrung:
Tel. +49 941 5 95 89-0

WWW.OSTWIND.DE/CHANCEN

JANDA+ROSCHER, Die WerbeBotschafter

Deutscher Landschaftspflegetag 2021:

Erfahrungsvorsprung nutzen

Ganz unter dem Zeichen der Bundestagswahl, aber auch der Europäischen Agrarreform, stand der diesjährige Deutsche Landschaftspflegetag unter dem Motto „Kooperativ Herausforderungen anpacken“. Mehr als 300 Teilnehmer diskutierten auf der virtuellen Veranstaltung Wege, wie Biodiversität und Klimaanpassung besser als bisher gefördert und organisiert werden können.

Vor Kurzem hat der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) Empfehlungen für die Umsetzung kooperativer Zusammenarbeit veröffentlicht. Die unverzügliche Förderung kooperativer Modelle im Zuge der Agrarreform wird auch von der Zukunftskommission Landwirtschaft gefordert. „Deutschland hat durch die 30-jährige Tätigkeit der Landschaftspflegeverbände einen großen praktischen Erfahrungsvorsprung. Es ist sinnvoll, flächendeckend solche Kooperationen zu gründen“, unterstrich DVL-Vorsitzender Josef Göppel.

Bundesweite Vorbilder

„Damit unsere Landschaften in ihrer Vielfältigkeit erhalten bleiben, müssen Schutz und Nutzung in Einklang gebracht werden. Dabei sind die kooperativ organisierten Landschaftspflegeorganisationen wichtige Partner. Mit ihrer drittelparitätischen Zusammensetzung sind sie bundesweites Vorbild“, betonte Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner. Sie freue sich, „dass wir die Expertise und Impulse des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege und seiner Landschaftspflegeorganisationen nutzen können, um flächendeckend diese erfolgreichen Lösungen vor Ort zu schaffen“.

Maria Noichl, Mitglied des Europäischen Parlaments, lobte den DVL für seine Ideen zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik: „Mit der Gemeinwohlprämie wurden auch auf europäischer Ebene ganz neue Möglichkeiten aufgezeigt, wie unsere Landwirtschaft Gemeinwohl produzieren und gleichzeitig damit Geld verdienen kann.“

Im Mittelpunkt des Deutschen Landschaftspflegetages standen die Folgen des Klimawandels und die Möglichkeiten erfolgreichen Wasserrückhalts in der Landschaft. Auch wurden in einem eigenen Fachforum Möglichkeiten des Herdenschutzes vor Wölfen vorgestellt und diskutiert.

Initiative „boden:ständig“

Landwirtschaftlich nutzbare Flächen sind weltweit eine knappe Ressource. Bodenabtrag mindert allerdings die Fruchtbarkeit der Böden und belastet zudem die Gewässer. Die aktuellen klimatischen Veränderungen mit zunehmenden Starkregenereignissen und Trockenphasen erfordern Anpassungen der Flurgestaltung und Bodennutzung. Deshalb hat die Verwaltung für Ländliche Entwicklung die Initiative „boden:ständig“ zum Erhalt lebendiger Böden und zur abflussbremsenden Flurgestaltung gestartet, in der Gemeinden und Landwirte gemeinsam aktiv sind.

Dabei gibt es eine gute Arbeitsteilung, wie Sandra Corbeck, Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung, berichtete. Die Landwirte engagierten sich mit erosionsmindernden Bewirtschaftungsmethoden, die Gemeinden an den Bächen, und gemeinsam seien sie in der Flur bei der Anlage von Puffersystemen aktiv. Kernelement sei das Prinzip der Freiwilligkeit. Unterstützt werden sie dabei von den Ämtern für Ländliche Entwicklung und den Landwirtschaftsämtern.

Erfolgsfaktoren für die Verbesserung des natürlichen Wasserrückhaltes definierte Corinna Friedrich, DVL. Welche Maßnahmen bevorzugt umgesetzt werden sollten, ist Friedrich zufolge je nach Region unterschiedlich. Dabei spielten Naturraum, Förderinstrumente, vorhandene Akteursnetzwerke und landwirtschaftliche Betriebsstrukturen eine Rolle. Eine individuelle Maßnahmenentwicklung und Beratung von Kommunen und Landwirtschaft sei deshalb essenziell.

Bei der Umsetzung von Projekten auf Flurebene fielen dabei vielseitige Aufgaben an, von der Kontaktaufnahme und Beratung von relevanten Akteuren über die Bestandskartierung, Maßnahmenentwicklung und Finanzierung bis zur Umsetzung. Eine wichtige Aufgabe sei es, die unterschiedlichen Flächeneigentümer und -bewirtschafter im Projektgebiet zu kontaktieren und für das Projekt zu gewinnen, sowie die passenden Maßnahmen mit ihnen abzustimmen. Dafür seien zielgruppenspezifische Kommunikation und Kompetenzen in der Mediation essenziell.

Beratungsleistungen finanziell fördern

Landschaftspflegeorganisationen hätten durch ihre Drittelparität und ihre Gemeinnützigkeit ideale Voraussetzungen dafür, diese Aufgabe auszufüllen, so Friedrich. Dies könne nur funktionieren, wenn die Beratungsleistungen finanziell gefördert werden. Gleiches gelte für die Finanzierung von Maßnahmen, die je nach Region unterschiedlich ist. Dabei könnten Finanzquellen aus Landwirtschaft, Naturschutz, Raumplanung sowie von betroffenen Kommunen und privaten Akteuren zum Einsatz kommen.

Planungsbüros müssten ökologische Zusammenhänge verstehen und die Anliegen der Akteure bei der Maßnahmenplanung miteinbeziehen. Wichtig bei Projekten zur Verbesserung des natürlichen Wasserrückhaltes sei auch die Begleitung durch Öffentlichkeitsarbeit, um die Bevölkerung zu informieren und Akzeptanz zu fördern, was wiederum die Bereitschaft von Landwirten zur Beteiligung erhöhe.

Im Hinblick auf den voranschreitenden Klimawandel mit seinen veränderten Witterungsbedingungen und aufgrund von Defiziten beim Schutz von natürlichen Ressourcen wie Wasser, Boden und Biodiversität böten Projekte zur Verbesserung des Wasserrückhaltes in der Agrarlandschaft ein hohes Potenzial, den Herausforderungen ganzheitlich zu begegnen. Das Netzwerk von 181 Landschaftspflegeorganisationen in Deutschland mit ihrer regionalen Arbeitsweise könne beim Wasserrückhalt in der Agrarlandschaft, der viele Synergien mit anderen Aufgaben der Landschaftspflege hat, bundesweit unterstützen.

Schwäbisches Donaumoos

Die „ARGE Donaumoos“ (Arbeitsgemeinschaft Schwäbisches Donaumoos e.V.) engagiert sich für den Erhalt und die gezielte Weiterentwicklung eines einmaligen Lebensraumes, wie Anja Schumann, ARGE Schwäbisches Donaumoos, erläuterte. Vielgestaltige, offene Landschaften wie das Schwäbische Donaumoos seien selten geworden. Das zu erhalten, was im Moor und an der Donau noch intakt ist, das zu entwickeln, was diese einzigarten Lebensräume auf lange Sicht bewahrt und über das zu informieren, was passiert, sei Kern der Arbeit.

Schumann wies darauf hin, dass Moore pro Hektar sechsmal mehr Kohlenstoff als der Wald speichern. Die Ausgasung aus trockengelegten Mooren macht ca. 5 Prozent des deutschen Gesamtausstoßes an CO2-Äquivalenten aus. Etwa 40 Prozent der Klimabelastung der Landwirtschaft stammen aus der Moorbewirtschaftung auf nur ca. 7 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die Renaturierung deutscher Moore könnte die Ausgasung von jährlich ca. 50 Mio. Tonnen CO2-Äquivalente verhindern. Dies entspricht ca. drei Viertel des Reduzierungszieles von 473 Mio. Tonnen (2013) auf 411 Mio. Tonnen bis 2020. Pro eingesparter Tonne CO2-Äquivalent ist beim Moorschutz mit Kosten von 30 bis 80 Euro zu rechnen (zum Vergleich: Biogas 150 Euro, Wärmedämmung 400-500 Euro).

„Moorbauernprogramm“

Als Projektpartner fungiert die ARGE Donaumoos Schumann zufolge unter anderem im Rahmen des „Moorbauernprogramms“ sowie des EU-Projekts „Mixed“. Das Projekt „Entwicklung moorverträglicher Bewirtschaftungsmaßnahmen für landwirtschaftlichen Moor- und Klimaschutz“ mit der Landesanstalt für Landwirtschaft in Bayern in Zusammenarbeit mit der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf untersucht, wie Klimaschutz durch eine angepasste Nutzung von Moorböden mit angehobenen Grundwasserständen in der Praxis umgesetzt werden kann.

Ziel des Vorhabens ist es, die wesentlichen Hemmnisse für eine moorverträglichere Nutzung zu lösen und gleichzeitig die Klimaschutzwirkung moorverträglicher Bewirtschaftungsoptionen zu quantifizieren. Schwerpunkte bilden dabei Techniken zur Wasserstandsregelung, Bewirtschaftungsmethoden im Grünland, Anbauverfahren von Paludikulturen (neue Kulturen, die bei sehr nassen Bedingungen gut gedeihen und auf Moorböden natürlich vorkommen wie z.B. Rohrkolben), die Entwicklung von Wertschöpfungsketten für die Ernteprodukte im Bereich der Nachwachsenden Rohstoffe, sowie die Klimawirkung der Verfahren. Im Rahmen des EU-Projekts „Mixed“ mit 15 weiteren Partnern aus zehn Ländern der EU werden wiederum die Vorteile von gemischten Landwirtschafts- und Agroforstsystemen (MiFAS) für das Klima, die Umwelt und die Gesellschaft erforscht. Damit soll die Entwicklung solcher Systeme vorangetrieben werden. **DK**



Josef Göppel, Vorsitzender des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege (DVL), erhielt in Ansbach aus der Hand des Bayerischen Innenministers Joachim Herrmann das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Bild: DVL

Heide-Allianz im Raum Hürnheim aktiv:

Wertvolle Landschaftsteile gepflegt

Im Tiefental, am Südhang des geschichtlich bedeutsamen Albuch, und am Niederhäuser Berg führte die Heide-Allianz Donau-Ries Heide-Pflegemaßnahmen durch. Diese wurden vom Rieser Naturschutzverein organisiert, der auch mit Unterstützung einer Spende eines Ederheimer Betriebes und der Rieser Heidepflege-Stiftung die Finanzierung der Maßnahmen übernahm. Rund 160 Arbeitsstunden investierten freiwillige Helfer der beiden Rieser Naturschutzvereine.

Der Niederhäuser Berg gehört zu den 10 Biodiversitätszentren im Magerrasenbereich im Landkreis Donau-Ries. Auch der Albuch mit seinen Kalk- und Silikatmagerasen gehört zu den ökologisch überregional bedeutsamen Lebensräumen. Beide beherbergen wertvolle Pflanzenund Insektenvorkommen. Die Pflegemaßnahmen setzen Umsetzungsmaßnahmen des LIFE Projektes „Heide-Allianz: Biologische Vielfalt und Biotopverbund im Nördlinger Ries und Wörnitztal“ fort und sichern somit den Erfolg der damaligen Maßnahmen.

Im Tiefental führten die Helfer auf einem ehemaligen Ackerstandort im Talgrund eine Entwicklungspflege durch mit dem Ziel, die Standortbedingungen für Magerrasenpflanzen weiter zu verbessern und die Fläche für den Schäfer attraktiv zu erhalten. Hierzu wurde eine größere Fläche abgemäht und das anfallende Material von Hand abgerecht. Darüber hinaus wurde an den Talhängen aufkommendes Buschwerk entfernt.

Am Niederhäuser Berg haben die freiwilligen Helfer in steilem Gelände die Durchgängigkeit eines für die Beweidung des gesamten Gebietes außerordentlich wichtigen Schaftriebs wieder hergestellt. Hierzu wurde abgeschnittenes Material händisch an den Fuß des Steilhangs geräumt. Die vorbereitenden maschinellen Arbeiten und den Abtransport des angefallenen Materials übernahm das örtliche Forstunternehmen Schwarz.

Dank der Gemeinde

Bürgermeisterin Petra Eisele, Gemeinde Ederheim, bedankte sich bei den Aktiven für ihren Einsatz. Die Heide-Allianz ist ein Zusammenschluss aus dem Landkreis Donau-Ries, dem Rieser Naturschutzverein, der Schutzgemeinschaft Wemdinger Ried und dem Bund Naturschutz, Kreisgruppe Donau-Ries. ❐



Freiwillige Helfer nach der Heidepflege. Bild: Johannes Ruf

Letzte Chance:

Jetzt in Grün investieren und die Erderwärmung stoppen!

Während Deutschland den regnerischen Sommer verflucht, gefährden Waldbrände und Hitzewellen weltweit Millionen Menschen und stoßen riesige Mengen CO2 aus. Der Klimawandel ist längst da: Höchste Zeit zum Handeln – um künftige Generationen vor den Auswirkungen zu schützen, auch in Deutschland. Das fordert die Initiative „Grün in die Stadt“ des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (BGL).

„Es gilt, das Risiko für Überschwemmungen und den CO2-Ausstoß zu reduzieren. Dies muss schnell, konsequent und gemeinsam umgesetzt werden: von Städten, Gemeinden und Kommunen, die jede Chance nutzen müssen um mehr Grün zu schaffen – mit Unterstützung der neuen Bundesregierung“, findet BGL-Vizepräsident Jan Paul klare Worte. „Denn diese Maßnahmen stärken nicht nur die Ökosysteme und mildern die Auswirkungen des Klimawandels in den Städten, sondern verbessern auch deutlich die Lebensqualität der Menschen.“

CO2 reduzieren

Ergebnisse der Klimawirkungs- und Risikoanalyse (KWRA) 2021, die von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt vorgestellt wurde, belegen: Wenn der Klimawandel sich ungebremst weiterentwickelt, dann steigt das Risiko für Hitzewellen, Trockenheit und Starkregen in ganz Deutschland stark an. Es sind umfassende Vorsorgemaßnahmen nötig, um weitere Auswirkungen zu verhindern oder abzumildern: Deutschland braucht mehr Bäume in den Städten, mehr Grün auf den Dächern, mehr Raum für Flüsse. „Es muss schnell gehen, denn viele Maßnahmen benötigen Zeit, bis sie wirken“, mahnt Paul. „Wir brauchen jetzt mehr Grünflächen, um den Auswirkungen des Klimawandels entgegenzuwirken; Schwammstädte mit renaturierten, begrünten Flächen für Versickerung, als Wasserspeicher und Frischluftschneisen sind die Zukunft.“

Die zehn wärmsten Jahre liegen alle nach 2005

2021 war ein regenreicher Sommer, eher gezeichnet von Starkregen und Flutkatastrophen als von Hitze – in Deutschland. Gleichzeitig gab es in vielen Ländern Hitzerekorde und Waldbrände. Was bisher „weit weg“ und extrem schien, ist nur der Anfang und auch in Deutschland zum Teil schon Wirklichkeit. Doch bei schnell fortschreitendem Klimawandel werden solche Ereignisse auch in Deutschland sogar schon in den kommenden 10, 20 Jahren häufiger und in deutlich mehr Regionen passieren.

Projekt „KlamEx“

Schon jetzt verändern sich die Niederschlagsstatistiken deutlich. So konnte das Projekt „Klassifikation meteorologischer Extremereignisse zur Risikovorsorge gegenüber Starkregen für den Bevölkerungsschutz und die Stadtentwicklung“ (KlamEx) mit Hilfe einer Studie nachweisen: In wärmeren Regionen fällt häufiger Starkregen auf kleinem Raum als großflächiger Dauerregen. Die Daten wiesen deutlich nach, dass sich die Niederschlagscharakteristik – also Ausprägung, Art und Häufigkeit von Niederschlägen – geändert hat. Gleichzeitig werden durch Waldbrände wie aktuell in Russland, Südamerika oder Griechenland riesige Mengen CO2 ausgestoßen. Allein im Juli waren es dadurch weltweit über 340 Millionen Tonnen; so viel wie nie zuvor in einem Juli. WissenschaftlerInnen warnen vor zunehmend heftigeren Hitzewellen.

Kommunen sensibilisieren

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie kommunal Entscheidende müssen jetzt

- den Fokus auf entsiegelnde Bauweisen richten,
- Dach- und Fassadenbegrünung deutlich stärker fördern,
- das Wassermanagement stärker gewichten
- und so schnell wie möglich Ausgleichsflächen schaffen.

Fokus: Stadtgrün

Jan Paul: „Lange, asphaltierte Straßen können künftig durch Sickerungsgruben entwässert oder Oberflächen durch wasserdurchlässige Materialien ersetzt werden. Um den CO2-Ausstoß auszugleichen, muss der Fokus aber klar auf Stadtgrün liegen.“ Denn Grünflächen – egal, ob in Parks, auf Dächern oder an Fassaden – können Treibhausgase aus der Luft filtern und mit Hilfe der richtigen Pflanzen zusätzlich einen wichtigen Beitrag zur Klimaverbesserung leisten. „Es geht jetzt um unsere Zukunft und die der nächsten Generationen.“

Fördermöglichkeiten „Grün in die Stadt“

Grüne und blaue Infrastruktur leistet einen wichtigen Beitrag zur Klimaverbesserung und zum Hochwasserschutz. Optimale Finanzierungsoptionen für Grünflächen und Versickerungsmaßnahmen finden StadtplanerInnen über den Förder-Check von „Grün in die Stadt“.

Weitere Informationen

- https://www.gruen-in-die-stadt.de/informieren/vorteile-von-stadtgruen/sozialer-zusammenhalt
- https://www.gruen-in-die-stadt.de/informieren/schwammstadt-ein-zukunftsmodell-im-staedtebau
- https://www.bmu.de/media/videoaufzeichnung-der-abschlusskonferenz-klimawirkungs-und-risikoanalyse-2021
- https://www.gruen-in-die-stadt.de/foerder-check ❐



Der Lindner-Oldtimer gehört Hotelier Stephan Mauracher (l.) – hier auf dem Bild mit Marketingchef David Lindner. Mauracher hat nicht nur das Gelände rund um seinen Lindhof in Thiersee, sondern auch seinen eigenen Lintrac 130 für die Produktpräsentation zur Verfügung gestellt.

„Doch, doch, das geht schon!“

Lindner Traktoren präsentiert eine umfangreiche und überarbeitete Produktpalette

Das Traktorenwerk Lindner in Kundl, Tirol, mit 89 Mio. Euro Umsatz im vergangenen Geschäftsjahr und 243 Mitarbeitern, ist ein Familienbetrieb und produziert ca. 1.200 Traktoren und Transporter pro Jahr. Geschäftsführer sind die Brüder Ing. Stefan Lindner, Rudolf Lindner und KR Mag. Hermann Lindner sowie dessen Sohn Mag. David Lindner. Inzwischen ist auch dessen Cousin Manuel Lindner, Sohn von Stefan Lindner, mit an Bord. Nach anfänglich verhaltenem Start ist das Unternehmen sehr gut durch die Coronakrise gekommen und konnte seine Auftragseingänge um 50 Prozent steigern. Hermann Lindner ist sich bewusst, dass darunter viele Vorziehkäufe sind und auch die Corona-Investitionshilfen, die Österreich den Landwirten ermöglicht hat, dazu beigetragen haben, dass höherwertige Fahrzeuge mit der neusten Abgasstufe 5 gekauft wurden. Auf einem Pressegespräch wurden nun die neuesten Entwicklungen präsentiert.

Die Schwierigkeiten mit den unterbrochenen Lieferketten machen sich auch in der Entwicklungsabteilung bemerkbar. Inzwischen müssen Kunden mit über 6 Monaten Lieferzeit rechnen. Alle neuen Modelle werden inzwischen serienmäßig mit Abgasstufe 5 ausgestattet. Die Traktoren verfügen über eine Stillstandsregelung, d. h. wenn der Fuß vom Gas geht, steht das Fahrzeug. Kunden können nun aus über 20 Kabinenvarianten wählen, limitierende Faktoren sind hierbei oft Durchfahrtshöhen.

Traktoren

Den Pressevertretern wurden auf dem Lindhof in Thiersee ein Lintrac 90 mit Frontlader, ein Lintrac 130 mit Frontlader und Zange für den Heuballentransport, ein Lintrac 100, ein Lintrac 80 mit Zwillingsbereifung im Mäheinsatz und ein Unitrac 122 LDrive präsentiert. Mit den Lintrac LDrive-Modellen hat Lindner die ersten stufenlosen Standardtraktoren mit 4-Rad-Lenkung im Programm. Auf Wunsch lenkt die hintere Achse bis zu 20 Grad ein und macht die ohnehin sehr kompakten Fahrzeuge noch wendiger. Zum Tragen kommt die 4-Rad-Lenkung z.B. bei Wendemanövern im Steilhang oder beim Mähen. Der stärkste Lindner-Traktor, der Lintrac 130, hat einen Wendekreisdurchmesser von 8,5 Meter. Bei diesem Fahrzeug kommt die Hinterachslenkung mit verstärkten Lenkgehäusen für größere Reifendimensionen zum Einsatz. Das Lenkgestänge ist unter der Kabine geführt. Der Vorteil: Im Heckbereich können große Getriebeseilwinden nahe an der Achse fixiert werden.



Lintrac 100 im Gelände.

Den Pressevertretern wurden auf dem Lindhof in Thiersee ein Lintrac 90 mit Frontlader, ein Lintrac 130 mit Frontlader und Zange für den Heuballentransport, ein Lintrac 100, ein Lintrac 80 mit Zwillingsbereifung im Mäheinsatz und ein Unitrac 122 LDrive präsentiert. Mit den Lintrac LDrive-Modellen hat Lindner die ersten stufenlosen Standardtraktoren mit 4-Rad-Lenkung im Programm. Auf Wunsch lenkt die hintere Achse bis zu 20 Grad ein und macht die ohnehin sehr kompakten Fahrzeuge noch wendiger. Zum Tragen kommt die 4- Rad- Lenkung. Der Motor des Lintrac 80 bringt 74,4 kW (101 PS) bei einem Drehmoment von 450 Nm ins Gelände. Der Schwerpunkt liegt unter 850 Millimeter und ist damit sehr niedrig. Damit schafft der extrem hangtaugliche Lintrac 80 bis zu 60 Prozent Steigung. Wie beim Lintrac 100 arbeitet die 4fach-Zapfwelle mit Anlaufsteuerung wahlweise mit 430 / 540 / 750 oder 1000 U/min.

Die Unitrac-Transporter von Lindner sind vielseitige Geräteträger für alle Jahreszeiten – mit Schaltung und stufenlos. Die Bandbreite reicht vom Unitrac 72 P5, dem Einsteigermodell für die alpine Landwirtschaft, bis zum stufenlosen Profimodell Unitrac 122 LDrive.

Mietsystem auf Blockchain-Basis

Das Messebudget steckte die das Traktorenwerk in Pandemiezeiten in die eigene Digitalisierung. Lindner entwickelte bspw. mit dem deutschen Start-



v.l. David Lindner, Hermann Lindner, Stefan Lindner und Manuel Lindner beim Pressegespräch in Kufstein.

2021 startete Lindner die Serienproduktion von zwei neuen stufenlosen Lintracs: dem besonders hangtauglichen Lintrac 80 und dem stärkeren Lintrac 100. Die beiden Traktoren lösen den Lintrac 90 ab. Für einen sauberen und drehmomentstarken Antrieb sorgen die Perkins-Syncro-Motoren der Stufe 5. Wendigkeit garantiert

tup CashOnLedger ein Mietsystem auf Blockchain-Basis. Der Marketingverantwortliche David Lindner sieht hier eine Möglichkeit einen neuen Kundenkreis anzusprechen: „Bisher galt das Vermieten von Fahrzeugen als mühsame Angelegenheit, sodass man lieber die Finger davongelassen hat. Mit den jetzt in der Blockchain hinterlegten Parametern ist es einfach und transparent geworden. Unsere Kunden haben eine komplette Übersicht über die Kostenstruktur.“ Die technologische Basis für die Vermietung mittels Blockchain ist das TracLink-System, mit dem Lindner seine Traktoren und Transporter mit einer automatischen Geräteerkennung, einem digitalen Fahrtenbuch – dies ist besonders für kommunale Kunden interessant – und automatisierten Fahrfunktionen ausstattet.

Weitere Digitalisierungsmaßnahmen während der Lockdown-Phasen waren Online-Schulungen für Vertreter und Kunden sowie der Aufbau einer digitalen Besucherführung in der Werksausstellung. David Lindner berichtet, dass es auch zum ersten Mal gelungen sei, einen Traktor komplett ohne physischen Kundenkontakt, also rein telefonisch und digital, zu verkaufen.

Auf die Frage, was sein Fazit nach der Coronazeit wäre, erwidert David Lindner: „Es ist alles anstrengender. Aber wir finden immer einen Weg.“

Text und Bilder CH

Forstwissenschaftliche Tagung 2021:

Wald: Wie weiter? #ScienceForFuture

Im September 2021 fand die Forstwissenschaftliche Tagung am Zentrum Wald-Forst-Holz Weihenstephan in einem komplett digitalen Format statt. 440 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler tauschten sich zu Themen wie Wald, Politik und Gesellschaft, Klimawandel, Biodiversität und Schutz der Lebensgrundlagen, Störungen, Baumartenwahl, Betriebswirtschaft, Bioökonomie sowie Ökosystemleistungen, Fernerkundung und Genetik aus.

Besonders begehrt waren die Keynotes mit bis zu 280 Zuhörern, aber auch die Sessions “Waldsterben 2.0”, “Forstliche Ökosystemleistungen”, “Baumartenwahl im Klimawandel” sowie “Digitalisierung und Klimaanpassung” und “Wasserhaushalt und Trockenstressrisiko im Klimawandel” waren stark frequentiert.

Verleihung Deutscher Forstwissenschaftspreis

Einen Höhepunkt der Tagung bildete die Verleihung des durch die Eva Mayr-Stihl Stiftung ausgestatteten Deutschen Forstwissenschaftspreises an Privatdozent Dr. Sebastian Seibold von der Technischen Universität München (TUM) für seine herausragenden Arbeiten zur Biodiversität von Wäldern.



Im Rahmen der Forstwissenschaftlichen Tagung wurde PD Dr. Sebastian Seibold (2.v.r.) im Schloss Nymphenburg mit dem Deutschen Forstwissenschaftspreis ausgezeichnet. Mit im Bild: (v.l.) Prof. Dr. Martin Moog, Vorsitzender des Preiskuratoriums, Ludwig Prinz von Bayern, Senator Robert Mayr, Vorstand der Eva Mayr-Stihl Stiftung und Prof. Dr. Thomas Knoke als Hauptorganisator der FowiTa.

Bild: C. Josten, ZWFH

Eine moderne Tagungsplattform mit vielfältigen Möglichkeiten der Interaktion, störungsarmer Präsentation der einzelnen Vorträge und zahlreichen Diskussionsräumen ermöglichte unter den pandemiebedingten Einschränkungen den Austausch zwischen den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und stellte insbesondere für die zahlreichen jungen Teilnehmenden eine hervorragende Möglichkeit zur Präsentation ihrer Ergebnisse bereit.

Aktive Teilnahme von jungen Eltern und Urlaubenden

Das digitale Format ermöglichte beispielsweise auch jungen Müttern und Vätern eine aktive Teilnahme oder sogar ein „Reinschnuppern“ aus dem Urlaub. Alle Vorträge wurden aufgezeichnet und können von den Tagungsteilnehmenden über 30 Tage hinweg im Anschluss an die Veranstaltung nachgehört werden.

„Zwar mussten sich alle erst ein wenig an das unkonventionelle Tagungsformat gewöhnen, am Ende konnten die grundsätzlichen Ziele aber hervorragend erreicht werden: Die Forstwissenschaftliche Tagung bildet die Forstwissenschaften in ihrer gesamten disziplinären Breite ab und dient dadurch dem Austausch der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler über die disziplinären Grenzen hinweg,“ so der Sprecher des Organisationskomitees Professor Dr. Thomas Knoke, TUM.

Veranstaltet wird die Forstwissenschaftliche Tagung im zweijährigen Turnus gemeinsam von den Forstwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern der Universitäten in Dresden, Freiburg, Göttingen und München und dem Deutschen Verband Forstlicher Forschungsanstalten. ❒



Bucher Kehrmaschine CityCat V20e mit vollelektrischen Streuautomaten Husky L14e. Bild: Bucher Municipal

Neuheiten Goldmedaille

Die vollelektrische Fahrzeugkombination von Bucher Municipal setzt sich durch

Obwohl in diesem Jahr keine demopark stattfinden konnte, fand der übliche Neuheiten-Wettbewerb um die begehrten Innovationsmedaillen Gold und Silber statt. Im Rahmen der diesjährigen Auszeichnung gewann die Bucher CityCat V20e zusammen mit dem Bucher Husky L14e die Goldmedaille. Die vollelektrische Fahrzeugkombination überzeugte die technische Fachjury nicht nur mit dem funktionellen Design, sondern vor allem durch den nachhaltigen Ansatz den Sommer- und Winterdienst komplett abgasfrei zu erledigen.

Mit einer weltweit einzigartigen vollelektrischen Kombination, nämlich dem neuen Kompaktkehrfahrzeug Bucher CityCat V20e (2 m3) und dem Solestreuer Bucher Husky L14e, leistet Bucher Municipal einen wertvollen Beitrag zur Reduzierung der Lärm- und Partikelbelastung in Innenstädten. Kommunale Unternehmen und Dienstleister, die sich mit immer strengeren Umweltauflagen konfrontiert sehen, können damit ganzjährig eine geräuscharme und emissionsfreie Stadtreinigung durchführen. Zusammen mit der Möglichkeit, zu verkehrsarmen Tageszeiten zu arbeiten, verspricht diese Kombination eine höchstmögliche Auslastung und ist somit ausgesprochen wirtschaftlich. ❒



Seit 1. April 2021 in Bayern möglich:

Sarglose Bestattung

Von Ingrid Hannemann, KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH, München und Hubert Schmitt, Gütegemeinschaft Friedhofsysteme e.V., Berlin

Nach der aktualisierten Bayerischen Bestattungsverordnung, die seit 01.04.2021 in Kraft ist, ist nunmehr auch in Bayern unter bestimmten Voraussetzungen die sarglose Bestattung möglich. Entgegen vielen Medienberichten ist vorab festzustellen, dass die Sargpflicht durch die genannte Regelung nicht aufgehoben ist. Sie ist gelockert worden. „Der Friedhofsträger kann Erdbestattungen in einem Leichentuch ohne Sarg aus religiösen und weltanschaulichen Gründen zulassen, soweit öffentliche Belange nicht entgegenstehen".

Die Entscheidung über die Lockerung der Sargpflicht wird also der Kommune, dem Friedhofsträger überlassen, er kann hierfür die Voraussetzungen schaffen und erfüllen. Der Friedhofsträger kann sie also zulassen, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Das zuständige Gesundheitsministerium verweist hier auf die Pietätsvorstellungen in der Gesellschaft, wonach zu prüfen sei, ob der nur in ein Tuch gehüllte Leichnam andere Friedhofsbesucher in ihren sittlichen Vorstellungen belaste. Mit dem Transport der Leiche in einem Sarg hin zum Grab dürfte die Belastung jedoch tragbar sein.



Systemgrab für muslimische Bestattung, geschlossen, Oberflächen bzw. Grabgestaltung variabel. Bild: Hubert Schmitt

Vorab zu klärende Faktoren

Im Rahmen der Entscheidung über die Lockerung der Sargpflicht sind wichtige Faktoren zu beachten. So sind im Vorfeld bestimmte Anforderungen aus religiöser und bestattungsrechtlicher Sicht zu klären. Die Religionszugehörigkeit muss eine sarglose Bestattung vorschreiben. Dies ist eng auszulegen. Jedenfalls der Islam erfüllt die Anforderungen der Vorschrift, denn er kennt grundsätzlich ein Verbot der Bestattung im Sarg. Daneben ist nicht nur die Waschung zu ermöglichen, sondern vor allem die



Schräg über dem Leichnam aufgestellte Bretter schützen den nur mit dem Leichentuch umhüllten Körper vor dem nicht unerheblichen Erddruck. Bild: Hubert Schmitt

unterschiedlichen Bestattungsriten, von den Vorgaben bei der Grabpflege, den Grabeinfassungen, den Grababdeckungen, beim Tragen des Leichnams im Tuch zum Grab, bei den Totengebeten, Abschieds- und Gedenkfeiern, beim Graböffnen, und –schließen usw.. Bestehende Friedhofsatzungen dürfen den Lockerungen nicht entgegenstehen oder müssen angepasst werden.

Grundwasserschutz

Auch ist die Tuchbestattung bei „infektiösen und hochkontagiösen Leichen" untersagt. Zudem sollte man die Änderungen des § 30 Abs. 1 Bestattungsverordnung (BestV) zu Särgen, Sargausstattungen und der Bekleidung von Leichen mit einbeziehen. So sind für die Erdbestattungen neben Särgen aus Vollholz (Abs. 1 Satz 1) jetzt auch andere Materialien zulässig (Abs. 1 Satz 2), wenn sie so beschaffen sind, dass „die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers nicht nachteilig verändert wird" (Abs. 1 Satz 2 Nr. 2), und „die Verwesung der Leiche innerhalb der Ruhezeit ermöglicht wird" (Abs. 1 Satz 2 Nr. 3). Beide Ausführungen gelten auch für die „Umhüllung der Leiche" (Abs. 2 Satz 3).

Schutz des Bodens

Während „die Verwesung der Leiche innerhalb der Ruhezeit" unter dem Thema „Ewiges Ruherecht", „Ruhezeit auf Dauer" oder „unbegrenzte Verlängerungsmöglichkeit aus religiösen Gründen" gelöst werden kann, wird der Schutz des Bodens oder des Grundwassers durch das Leichentuch zu deutlich mehr Kopfzerbrechen führen.

Nicht unerheblicher Erddruck

Aus Berichten von Bestattern in anderen Bundesländern stellt man einen kreativen Aufwand fest, die nur mit dem Leichentuch umhüllten Körper vor dem nicht unerheblichen Erddruck zu schützen. So stellt man Bretter schräg über den Leichnam oder hebt eine zusätzliche Grube in der Grabsohle aus, in die man den Leichnam legt und mit schützenden Brettern abdeckt. Es werden sogar die Sargdeckel als Schutz über den Leichnam gelegt. Dabei bietet die Gütegemeinschaft Friedhofsysteme e.V. bereits seit 2016 ein mit dem RAL-Gütezeichen 502/1 zertifiziertes Grabkammersystem an, das zusammen mit dem Zentralrat der Muslime in Deutschland speziell für muslimische Bestattungen entwickelt wurde (Halal Certificate Nr. 16-01-01-06 v. 09.01.2016). Mit diesem System ist es auch für den Imam möglich, problemlos ins Grab zu steigen und den Leichnam mit Blickrichtung Mekka auszurichten. Die Unversehrtheit des Körpers bleibt gewahrt, da dieses System nicht mehr mit Erde befüllt wird und dadurch dem Leichnam kein Schaden zugefügt werden kann. Der in ein Tuch gewickelte Leichnam wird auf den Boden gelegt, auf natürliche Materialien. Schon vor dem 01.04.2021 wurden in Bayern bereits diese Systeme eingesetzt.

Vorteil Systemgrab

Mit den unterschiedlichen Grabkammersystemen lassen sich auch die geologischen und hydrologischen Probleme lösen, bzw. kommen erst gar nicht auf. Boden und Grundwasser werden geschützt. Inzwischen sind Systemgräber aus den unterschiedlichsten Gründen für diverse Religionen oder Glaubensgemeinschaften im Einsatz. Ob für jüdische oder muslimische Bestattungen, ob für Sinti/ Roma- Angehörige oder orthodoxe Christen. Systemgräber helfen mit, auch bei Erdgräbern eine pietätvolle letzte Ruhe zu finden.

KOMMUNALE 2021

Die Gütegemeinschaft Friedhofsysteme e.V., Berlin hat auch einen Stand auf der Kommunale in Nürnberg: Stand 9-143.



Systemgrab für muslimische Bestattung, göffnet, doppeltief mit optionalem Zwischenboden. Bild: Hubert Schmitt

Ökologische Pflege öffentlicher Grünflächen

Bauhof-Seminar im Landkreis Bamberg

Vielfältig, artenreich, insektenfreundlich – so wünschen sich viele die Grünflächen in den Gemeinden. Mit dem „Blühpakt Bayern" hat die Bayerische Landesregierung sich das Ziel gesetzt, den Artenreichtum in der Landschaft zu erhalten und zu fördern. Bauhöfe spielen dabei eine wichtige Rolle: Wer am richtigen Punkt ansetzt, kann Einheitsgrün in Lebensraum für Insekten und Kleintiere verwandeln und einen wichtigen Beitrag für die Wahrung des ökologischen Gleichgewichts leisten.

Bürgermeister Thilo Wagner begrüßte rund 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen Bauhöfe des Landkreises Bamberg zu einem Seminartag „Ökologische Grünlandpflege" in Stegaurach. Im Vordergrund stand der Wert der biologischen Vielfalt auf gemeindeeigenen Flächen. Organisiert wurde die Veranstaltung von den Kreisfachberatern für Gartenkultur und Landespflege, Alexandra Klemisch, Claudia Kühnel und Oliver Rendl, gemeinsam mit Christine Hilker vom Landschaftspflegeverband Bamberg im Rahmen des Projektes „Natürlich Bayern".

Basiswissen und eine Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch bot der theoretische Schulungsteil am Vormittag.

Grundsätzliches zur ökologischen Grünpflege stellten Christine Hilker und Alexandra Klemisch zum Einstieg in das komplexe Thema vor. Robert Neuberth von der Abteilung Grünanlagen und Friedhöfe der Bamberger Servicebetriebe beleuchtete das Pflegemanagement von ökologisch hochwertigen Grünflächen im Bamberger Stadtgebiet. Bauhofleiter Hubert Dorsch und Kreisfachberaterin Claudia Kühnel erläuterten die Entwicklung des neuen Gestaltungs- und Pflegekonzeptes der Gemeinde Breitengüßbach.

Praxisnah konnten sich alle Teilnehmenden am Nachmittag Anregungen zur Ansaat von Blühflächen und Pflanzung von insektenfreundlichen Staudenbeeten holen. ❐



Kompetenz für Kommunen.
Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

In unserem Büro in München bieten wir folgende Dienstleistungen für Sie an:

- Kalkulation der Friedhofsgebühren
- Anlageverzeichnisse für die Friedhöfe
- Kalkulationsaufbau entsprechend der mit der Kommunalverwaltung abgestimmten, ortsspezifischen Gebührensystematik
- Prüfen der Umlagefähigkeit von Kostenpositionen
- Kalkulation von Grabnutzungsgebühren, Bestattungsgebühren und sonstigen hoheitlichen Gebühren
- Prüfen oder Ausarbeiten der Gebührensatzung
- Vorstellung der Kalkulationsarbeiten in den örtlichen Gremien

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH
Büro München
Germaniastraße 42, 80805 München
089/44 23 540-0 bayern@kubus-mv.de
Hauptsitz Schwerin
Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin
0385/30 31-251 info@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de



Kontakt
baywa-friedhofsysteme.de
friedhofsysteme@baywa.de
Herr Steffen Hahn · Tel. 0151 / 16 17 51 82

KVG. KOMMUNAL-VERTRIEB & DIENSTLEISTUNGEN
BayWa
FUCHS
RAL GÜTEZEICHEN FRIEDHOFSYSTEME

Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge, Neu-Ulm:

Klimaneutraler Hightech-Neubau für Hightech-Fahrzeuge

Pünktlich zum 120sten Firmenjubiläum legte Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge am Stammsitz in Neu-Ulm den Grundstein für ein neues zukunftsweisendes Firmengebäude, um den Kundenanforderungen von heute und morgen gerecht zu werden. Die neue Ausstellungs-, Diagnose – und Rüsthalle mit integriertem Büro-Zwischengeschoss und zwei für eine Vermietung vorgesehenen Etagen bietet künftig insbesondere dem Unimog als High-Tech-Geräteträger eine adäquate moderne Umgebung für professionelle Prüf- und Wartungsarbeiten. Die Firma Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge ist aber nicht nur Unimog-Spezialist, sondern bietet ihren Kunden Geräte und Fahrzeuge rund um die Aufgaben Landschaftspflege, Straßenunterhalt und Winterdienst. Außerdem ist das Unternehmen Generalvertretung für Mitsubishi-Gabelstapler. Die neue Halle wird auch für Ausliefer-Übergaben sowie Schulungen genutzt werden und weist eine durchgängige Infrastruktur für Elektro-Mobilität auf.

Bei der Planung des Gebäudes wurde Wert auf eine städtebauliche Gesamtbetrachtung gelegt. In enger Absprache mit der Stadt Neu-Ulm entwickelten die Bauherren Gerhard und Jan Mayer, sowie Tim Oßwald, gemeinsam mit dem Architekten Raab Hafke eine Vision für das älteste Industriegebiet der Stadt. Die Metallfassade soll, so der Architekt, die Geschichte des Industriebetriebs würdigen und die Zukunftsfähigkeit des ältesten Industriegebiets der Stadt veranschaulichen.



Bei der Grundsteinlegung anwesend waren v.l. Katrin Albsteiger, Oberbürgermeisterin der Stadt Neu-Ulm, Prof. Gerhard Mayer, Mayer-Unternehmensgruppe, Lukas Traub, Bauunternehmen Traub und Dr. Jan Mayer, Mayer-Unternehmensgruppe. Bild: Martin Radtke

Mit einer Investitionssumme von 4,65 Mio. Euro bestärkt das bereits in dritter Generation ortsansässige Unternehmen ihr Vertrauen in den Standort Neu-Ulm. Gerhard Mayer ist überzeugt, dass von dem Hallen- und Gebäudekonzept eine „markante Signalwirkung für die Restrukturierung des gesamten Gebiets“ ausgehen wird. Besonders hervorzuheben ist die Klimaneutralität des gewerblichen Gebäudes im Betrieb durch ein innovatives Energiekonzept ohne fossile Brennstoffe: Eine Wärmepumpe, thermische Bauteilaktivierung und eine Lüftung mit Wärmerückgewinnung heizen das Gebäude rein elektrisch. Eine gute Dämmung, Sonnenschutz und energiesparende LED- Beleuchtung halten dabei den Stromverbrauch gering. Gleichzeitig erzeugen sowohl klassische als auch in die Fassade des Gebäudes integrierte Photovoltaikmodule (BIPV) über das Jahr mehr Strom als für den Gebäudebetrieb aufgewendet werden muss. Dadurch soll mit dem Neubau ein Effizienzhaus-Plus-Standard erreicht und der überschüssige Strom für die Elektro-Fahrzeuge im Fuhrpark und im Produktprogramm der Firma eingesetzt werden. Für die energetische Bewirtschaftung des Gebäudes wurde von Dr. Jan Mayer ein Contracting-Unternehmen gegründet, welches einen Großteil der Startinvestitionen für die Energieanlagen übernimmt und dann das Energiemanagement im Gebäude betreiben wird.

Bereits in dritter Generation Kommunalfahrzeugspezialist

Die Firmengeschichte von Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge spiegelt die Entwicklung der Mechanisierung im Nutzfahrzeuge-Bau und in der Landtechnik der letzten 120 Jahren wider, beginnend beim Landmaschinen- und Schlepperbau des Firmengründers Wilhelm Mayer, über den Großhandel des weit über Neu-Ulm hinaus bekannten Gründersohnes Willy Mayer, bis zum Ausbau des Nutzfahrzeuge- Vertriebs im Kommunal- und Gewerbebereich unter den jetzigen Geschäftsführern Prof. Gerhard Mayer und Tim Oßwald. **CH**



Das neue Gebäude in der Neu-Ulmer Industriestraße. Bild: Wilhelm Mayer Grundstückgesellschaft



Ilka Dietrich-Naumann (Fachbereich Verkehr & Umwelt), Erster Bürgermeister Michael Müller und Inken Domany (stv. Leitung Fachbereich Verkehr & Umwelt Bild: Stadt Geretsried

Geretsried erhält Label StadtGrün naturnah

Stadtbäume, die so gepflegt werden, dass sie altern können, statt gefällt und ersetzt zu werden. Blühwiesen für Wildbienen statt kurz geschorener Vielschnittrasen. Oder aber Vorschriften für eine lebendige Vorgartengestaltung ohne Schottersteine. Mit Maßnahmen wie diesen können Städte und Gemeinden Punkte für das Label „StadtGrün naturnah“ sammeln. Zu den 15 neu gelabelten Kommunen zählt auch die oberbayerische Stadt Geretsried. Die Zahl der zertifizierten Städte und Gemeinden steigt damit auf insgesamt 49. Vergeben wird die Auszeichnung seit vier Jahren vom Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ und der Deutschen Umwelthilfe im Rahmen des Projekts „Stadtgrün - Artenreich und Vielfältig“.

„Viele Städte und Gemeinden erkennen gerade, dass sie naturnahes Stadtgrün brauchen, um zukunftsfähig zu werden“, erläutert Gerold Rechle, Vorsitzender des Bündnisses „Kommunen für biologische Vielfalt“. Der Prozess, der während des Labelverfahrens durchlaufen wird, trage dazu bei, Flächen zu identifizieren und aktive Personen in den Kommunen zusammenzubringen. „Die Kommunen berichten uns immer wieder begeistert davon, wie positiv die Effekte durch die Teilnahme sind. Daher werden wir das Label auch nach Ende des Förderprojektes weiter anbieten“, so Rechle.

Die mit dem Silber-Label ausgezeichnete Stadt Geretsried hat im Rahmen des Projektes „Blühender Meter“ Grüninseln im Industriegebiet Gelting-Ost mit Magerrasen aus einheimischen Pflanzen angelegt. An stark frequentierten Stellen wie Ampeln und Fußgängertunneln wurden erste Staudenbeete angelegt und an anderer Stelle werden kleine Blühecken durch engagierte Bürger gepflegt und beschildert. Ebenso wertete eine Bürgerinitiative den Waldpark naturnah auf und hält ihn gemeinsam mit der Stadt instand.

Informationen für Kinder und Erwachsene

Auch Kinder werden schon früh durch Waldkindergärten und in der Schule an die Naturthematik herangeführt. Für die Erwachsenen steht auf der Homepage das Geoportal zur Verfügung: eine interaktive Stadtkarte zu aktuellen Naturschutz- Themen. Um für die Zukunft gewappnet zu sein, wurden Versuchsflächen für Klimabäume im Projekt „CorCed“ vom Bayerischen Amt für forstliche Saat- und Pflanzenzucht angelegt. Bürgermeister Michael Müller dankt den Mitarbeiterinnen des Fachbereichs, der lokalen Arbeitsgruppe, dem Arbeitskreis und den für die Grünflächen zuständigen Kollegen des Bauhofs: „Sie alle füllen eine Idee mit Leben, die ihren Teil dazu beiträgt, dass unsere Stadt zukunftsfähig bleibt.“ Für Inken Domany, stv. Leitung des Fachbereich Verkehr & Umwelt, ist die Auszeichnung Antrieb die Grünflächenstrategie der Stadt auszuarbeiten und umzusetzen.

Gefördert wird das Projekt „Stadtgrün – Artenreich und Vielfältig“ im Bundesprogramm Biologische Vielfalt durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums. **DK**

Henne Nutzfahrzeuge in Kirchheim/Heimstetten:

Keine Limits für den Unimog

U 430 mit ematec Aufbaulader

Die Firma ENACO GmbH mit Sitz in Maisach ist spezialisiert darauf Strom, Gas, Wasser, Wärme oder Daten und Informationen, jederzeit und wie selbstverständlich für alle Bürgerinnen und Bürger verfügbar zu machen. Mit rund 600 Mitarbeitern ist die Firma eines der größten privaten Dienstleistungsunternehmen im Bereich der Versorgung, der Energietechnik und im Freileitungsbau. Ein zuverlässiger und geländegängiger Fuhrpark ist für diesen Unternehmenszweck notwendig.

Um die verantwortungsvollen Aufgaben weiterhin in der gewohnten Qualität erledigen zu können, wurde jetzt in den eigenen Maschinenbestand investiert. Bei Henne Nutzfahrzeuge in Kirchheim bei München wurde ein Mercedes-Benz Unimog U 430 mit einem Aufbaulader M213 der ematec AG aus Memmingerberg bestellt. Dieser Aufbaulader ist speziell für das Unimog Fahrgestell konzipiert und mit einer Hydraulikanlage mit Load-Sensing und Endlosschwenkwerk ausgestattet – also mit „Technik, die greift“, wie es auf der Homepage des Unternehmens heißt.



Ein U 430 mit Aufbaulader M213 von ematec: Reichweite 7,60 Meter, Grabtiefe ca. 4 Meter, Hakenhöhe 10 Meter, Hubmoment 8 mt, Aufbaugewicht ca. 2.900 kg Bild: Henne Nutzfahrzeuge

Die 300 PS starke Zugmaschine, der Unimog U 430, ist robust und vereint hohe Mobilität mit Vielseitigkeit, welches für diesen Einsatzbereich besonders wichtige Voraussetzungen sind. Die oft schwer zugänglichen Gebiete sind mit dem Unimog sicher und komfortabel erreichbar. Durch die Höchstgeschwindigkeit von 89 km/h werden Umsetzzeiten stark reduziert. Dank der hohen Geländegängigkeit sind auch Arbeiten abseits befestigter Straßen und Wege kein Problem.

Komplettlösung von Henne

Der Unimog ist aufgrund seiner Konzeption als Geräteträger die optimale Basis für unterschiedlichste Aufbauten. Genauso schnell, zuverlässig, allzeit einsetzbar und wandlungsfähig wie der Unimog, ist man auch bei Henne in Heimstetten selbst. Die Firma hat schon einiges an speziellen Kundenwünschen verwirklicht. Im Henne Partnernetzwerk finden sich für nahezu jede Anwendung die passenden Anbaugeräte und Lösungen. **CH**



Saubere Leistung.

Der Unimog hat auf zahlreiche Reinigungsanforderungen die passende Antwort. Mit dem Unimog Geräteträger lassen sich öffentlicher Raum und Betriebsflächen schnell und einfach säubern. Frontkehrbesen halten beispielsweise Baustellenbereiche sauber, Hochdruckreinigungsbalken entfernen Staub und Schmutz flächendeckend und Spezialgeräte wie Tunnelwaschgeräte ersetzen eine ganze Flotte an Spezialfahrzeugen. Mit der ab Werk lieferbaren Vorrüstung für Aufbaukehrmaschinen ist selbst ein Kehraufbau in kurzer Zeit auf- und wieder abgebaut. Der schnelle Gerätewechsel ermöglicht, dass in einer Arbeitsschicht gleich mehrere Geräte eingesetzt werden können. Mehr unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich vertrete die Gemeinde Ebersdorf b.Coburg mit 6.219 Einwohnern.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
Amtsantritt war der 01. Mai 2002.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Der Anreiz war meine Tätigkeit in den örtlichen Vereinen und in der Feuerwehrführung. Irgendwann merkt man, dass man sich in seiner Gemeinde auch politisch betätigen muss, um etwas nachhaltig auf den Weg zu bringen.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Acht Jahre Tätigkeit als Verwaltungsbeamter in unserer Nachbarkommune, der Stadt Rödental, waren eine interessante Vorbereitung auf mein jetziges Amt.

Bernd Reisenweber

Erster Bürgermeister der Gemeinde Ebersdorf bei Coburg Bezirksverbandsvorsitzender Oberfranken des Bayerischen Gemeindetages

Bei Bürgermeister Gerhard Preß konnte ich einiges lernen. Auch waren die vielen Jahre in den Vorstandschaften einiger Vereine und meine Ausbildung im Finanzamt Coburg nicht von Nachteil.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Die hohe Verschuldung meiner Gemeinde, der Wandel und Niedergang der Polstermöbelindustrie, die Ansiedlung von Gewerbe in einem neuen Gewerbegebiet an der damals gerade entstehenden Autobahn A 73, die Schaffung neuer Infrastruktur, Sanierung der Kläranlage, Revitalisierung einer Gastronomiebranche, die Erweiterung eines der größten europäischen Wellpappenwerke, usw.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Die vorherrschenden Themen sind die Schaffung neuer KiTa-Plätze. Wir konnten in den vergangenen Jahren unsere Einwohnerzahl um ca. 500 Neubürger steigern, deshalb müssen wir die bisher schon gute Betreuung unserer Jüngsten weiter ausbauen.
Weiterhin die Fertigstellung eines P&R-Platzes an unserem Bahnhof mit E-Ladestationen für Fahrräder und PKW.
Außerdem legen wir zwei bisher eigenständige Kläranlagen mittels eines Druckleitungssystems zusammen.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen / wollen?
Die Planung eines guten Radwegenetzes zwischen unseren Gemeindeteilen mit regionaler Anbindung an andere Netze hat hohe Priorität.
Nach den jüngsten Starkregenereignissen müssen Maßnahmen zur Schadensminimierung getroffen werden.
Die größte Sorge bereiten mir die Spätfolgen der Corona-Krise. Was bleibt nach Ende der Pandemie noch von unseren Vereinsstrukturen, den kulturellen Veranstaltungen, der Gastronomie und dem Engagement vieler Bürger übrig?
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Mit einem Zitat von Franz-Josef Strauß: „Everybody's Darling is everybody's Depp".
Haben Sie den Mut auch unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen, wenn es dem Wohl Ihrer Gemeinde dient.
Das Wohl Ihrer Gemeinde hat oberste Priorität, lassen Sie die Parteipolitik im Stadt- oder Gemeinderat außen vor.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Nach Einführung von regelmäßigen Gesprächsrunden mit den Entscheidungsträgern und der Verwaltung lege ich Wert darauf, dass der Informationsfluss durch alle Abteilungen fließt. Wichtige Themen werden mit den Fraktionen vorbesprochen; sinnvolle Ergänzungswünsche gleich mit eingearbeitet.
Wichtig ist, dass in der Verwaltung die linke Hand weiß, was die rechte tut.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Digitalisierung muss zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen für Bürger und Verwaltung führen. Sie kann eine vernünftige Kommunalpolitik nicht ersetzen, nur unterstützen. Kommunalpolitik findet hauptsächlich im Dialog tagtäglich durch persönliche Kontakte und Gespräche statt, in der Gemeinde, mit den Bürgerinnen Bürgern und den Trägern öffentlicher Belange.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Habe niemals Angst etwas Neues auszuprobieren, bedenke die Arche wurde von Amateuren gebaut, die Titanic von Profis.
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Es wäre schon nett, wenn sich nach meinem Dienstzeitende in dieser schnelllebigen Zeit überhaupt noch jemand an mich erinnert. Ansonsten: „Das Wohl seiner Gemeinde lag ihm stets am Herzen." ❐



v.l.: Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich (Niederbayern), Dr. Johann Keller, Landkreistagspräsident Landrat Christian Bernreiter (Deggendorf), Landrat Martin Neumeyer (Kelheim), gastgebende Landrätin Rita Röhrl (Regen), Landrat Raimund Kneidinger (Passau), Regierungspräsident Rainer Haselbeck (Niederbayern), Landrat Werner Bumeder (Dingolfing-Landau), Landrat und Bezirksvorsitzender des Landkreistags Sebastian Gruber (Freyung-Grafenau), Landrat Michael Fahmüller (Rottal-Inn), Landrat Peter Dreier (Landshut) und Landrat Josef Laumer (Straubing-Bogen). Bild: Langer

„Mit einem blauen Auge davongekommen"

Erstes Präsenztreffen der niederbayerischen Landräte nach vielen Monaten der Online-Meetings

Die niederbayerischen Landräte tauschen sich regelmäßig aus. Vor der Coronapandemie trafen sie sich mehrmals pro Jahr, immer in einem anderen Landkreis. Doch in den vergangenen Monaten fanden die Treffen nur online statt. „Da ist es schön, wenn man sich wieder in Präsenz treffen kann", sagte Gastgeberin Rita Röhrl und stellt so die „Qualität von Präsenzveranstaltungen" heraus. Zusammen mit Sebastian Gruber, dem Bezirksvorsitzenden des Landkreistags, hatte sie ihre niederbayerischen Landratskollegen in das Arberseehaus am großen Arbersee eingeladen. Bei strahlendem Sonnenschein konnten die beiden alle niederbayerischen Landrätekollegen sowie Regierungspräsident Rainer Haselbeck und Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich begrüßen.

Auf der an die Tagung anschließenden Pressekonferenz beantworteten Gruber, Röhrl, Haselbeck und Heinrich die Fragen der Journalisten. Laut Gruber haben sich die Landräte intensiv über die Themen Testen und Impfen ausgetauscht.

Einführung der Lollitests

Er berichtete davon, dass in ganz Niederbayern die Einführung der Lollitests an den Schulen gut funktioniert habe: „Wir hatten die ersten Lollitests bereits weitaus früher als der Freistaat", erklärte Gruber und aufgrund der ersten Erfahrungen habe man die Einführung sehr gut organisieren können. Gruber betonte zudem, dass alle Landräte das Impfen als wichtigsten Weg aus der Pandemie sehen. „Die niederbayerischen Landkreise sind hier sehr kreativ unterwegs", sagte er mit Blick auf das Impfangebot, dass es auch in Einkaufszentren, bei Veranstaltungen und Festivitäten gibt.

Jugendhilfe

Weitere Inhalte des Treffens waren primär administrative Themen. „Wir sprechen uns in Niederbayern auch ab um beim Verwaltungsvollzug eindeutig und gleich unterwegs zu sein", erklärte Gruber. Laut Landrätin Röhrl wurden Veränderungen im Bereich der Jugendhilfe besprochen, denn der Bezirk wird in diesem Bereich künftig auf die Landkreise Aufgaben übertragen und die Landräte diskutierten, wie sich diese neue Aufgabenverteilung in der Praxis auswirken werde.

Wirtschaftliche Entwicklung

Regierungspräsident Haselbeck blickte auf die wirtschaftliche Entwicklung Niederbayerns: „Wir sehen eine erfreuliche Entwicklung, die Region ist insgesamt gut durch die Coronakrise gekommen." Er betonte aber auch, dass man bestimmte Branchen, wie beispielsweise den Einzelhandel besonders im Blick haben müsse, denn hier habe sich die Pandemie besonders negativ ausgewirkt. Grundsätzlich sei man mit einem „blauen Auge davongekommen." Und die Entwicklung sei wieder positiv, so konnte er von einer hohen Investitionsbereitschaft berichten. Auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt beurteilte er positiv.

Bezirkstagspräsident Heinrich hatte gute Nachrichten bezüglich der Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen im Gepäck. Er berichtete von den Planungen einen zweiten stationären Standort in Niederbayern zu schaffen. In Passau sollen die Kinder- und Jugendpsychatrie und die Kinderklinik künftig auch räumlich eng verzahnt zusammenarbeiten. So soll es ab dem Jahr 2023 eine Tagesklinik, und ein oder zwei Jahre später auch ein vollstationäres Angebot geben. Dies sei ein großer Fortschritt für die Region.

Nach der Tagung konnten sich die Teilnehmer von Dr. Johann Keller verabschieden. Keller, lange Jahre Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags, geht nun in den Ruhestand. ❐

CSU-Senioren Bezirksverband Mittelfranken:

Für eine zukunftssichere Rentenstruktur

Dr. Thomas Goppel für Ausbau der Mütterrente

„Als Aufbaugeneration haben wir etwas zu verteidigen", so Dr. Thomas Goppel als Landesvorsitzender der Senioren-Union der CSU (SEN) bei der mittelfränkischen Bezirkshauptversammlung. „Wir Älteren müssen uns aktiv an der Diskussion beteiligen, unsere gesammelten Erfahrungen weitergeben und auch im Zuge der Koalitionsverhandlungen verdeutlichen, dass es um grundlegende Entscheidungen für die Zukunft unseres Landes geht". Vieles, was erreicht wurde, stehe auf dem Spiel, „und dabei ist das doch die Basis für nächste Generationen".

Der frühe Bayerische Staatsminister und ehemalige CSU-Generalsekretär forderte dazu auf, „veränderungsfähig zu bleiben, dabei aber zu wissen, wohin der Weg gehen soll und ohne Bewährtes aufzugeben". So sei es für ihn ausgesprochen problematisch, dass manche dabei seien, erprobte Gemeinschaften und den Zusammenhalt ebenso zu zerstören, wie bewährte Familienstrukturen. Letzteres gelte für die Kindererziehung („es darf doch nicht so weit kommen, dass Kinder wie in der früheren DDR fast nur noch vom Staat erzogen werden") wie für die Altersvorsorge.

Korrekturen bei Rentenparametern und Mütterrente

In diesem Zusammenhang forderte Dr. Thomas Goppel, baldmöglichst die Strukturvorgaben der Rentenpolitik in Deutschland zukunftsgerecht zu gestalten. Demnach wollen die Seniorinnen und Senioren „endlich grundlegende Parameter für alle, die ihren Arbeitsbeitrag zum Bruttosozialprodukt der deutschen Wirtschafts- und Sozialwelt erbracht haben".

Nach Ansicht Goppels müsse es zu einer gemeinsamen Lebensarbeitszeit von beispielsweise 40 Jahren kommen, die dann als Messlatte auch für Zu- und Abschläge steht. „Wer länger arbeiten kann und will, muss davon auch im Alter etwas haben. Wer früher aufhören will zu arbeiten, muss dann anderweitig vorsorgen, sich dafür selbst absichern. Eine gerechte Rente ist nicht mit einem festen Renteneintrittsalter zu erzielen".

Neben einer flexiblen Lebensarbeitszeit fordern die CSU-Senioren, die Mütterrente allen zu gewähren, die ihr Leben darauf eingestellt hatten und haben, Kinder zu erziehen und so die Familienkasse zu entlasten.

In einem Grußwort brachte der gastgebende CSU-Kreisvorsitzende Dr. Christian von Dobschütz seine Hochachtung vor der Arbeit der Senioren-Union zum Ausdruck und erinnerte die jüngeren CSU-Mitglieder daran: „Nach der Jungen Union ist vor der Senioren-Union!".

SEN-Bezirksvorsitzender Manfred Hopfengärtner hörte dies gerne, zumal die Arbeit nicht immer und überall so gewürdigt werde. Er berichtete von 534 Mitgliedern im SEN-Bezirksverband Mittelfranken, der Bereich Nürnberg-Fürth-Schwabach sei in einem gesonderten Bezirksverband organisiert. Trotz Corona habe man sich, oft leider nur virtuell, in den letzten beiden Jahren mit vielfältigen Themen beschäftigt. Dazu habe neben der Rentengerechtigkeit auch die Mobilität im ländlichen Raum gezählt, das Gesundheitswesen und alle Fragen im Zusammenhang mit der Pflege.

Manfred Hopfengärtner bleibt SEN-Bezirksvorsitzender

Bei den fälligen und von CSU-Bezirksgeschäftsführer Werner Stieglitz geleiteten Neuwahlen wurde der Erlanger Manfred Hopfengärtner nahezu einstimmig in seinem Amt als Bezirksvorsitzender bestätigt. Als Stellvertreter stehen ihm zur Seite: Gudrun Müller aus Herzogenaurach, Professor Dr. Bernd Schulze aus Schwanstetten, Christian Nowak aus Erlangen und Walter Reiß aus Gerhardshofen.

Die neue Schatzmeisterin ist Brigitte Kraml-Hopfengärtner aus Erlangen und zum Schriftführer wurde Rudolf Bangert aus Hemhofen gewählt. Bisher fungierte er als einer der Stellvertreter. Auch bei den weiteren Vorstandsfunktionen wurde sorgfältig darauf geachtet, unbedingt möglichst alle Regionen zu berücksichtigen. **pmw**



Die engere Vorstandschaft der Senioren-Union Mittelfranken v.l.: Professor Dr. Bernd Schulze, Gudrun Müller, Christian Nowak, Brigitte Kraml-Hopfengärtner, Dr. Thomas Goppel, Manfred Hopfengärtner, Rudolf Bangert und Walter Reiß. Bild: pmw

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Stadt Fürth:

„Hauptstadt des Fairen Handels“

Die Stadt Fürth ist „Hauptstadt des Fairen Handels“, wie Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller per Videobotschaft bei der Preisverleihung in Neumarkt verkündete. Mit ihrem starken und breit aufgestellten Engagement für fairen Handel und faire Beschaffung setzte sich die mittelfränkische Kleeblattstadt gegen 117 weitere Kommunen und Städte durch. Auch der dritte Platz an den Landkreis Fürth ging in die Region. Darüber hinaus durfte sich Schweinfurt über einen Sonderpreis in Höhe von 10.000 Euro freuen.

Die Stadt Fürth (Preisgeld 60.000 Euro) überzeugte die Jury mit ihrem starken und breit aufgestellten fairen Engagement: Allein durch ihr Beschaffungswesen investierte sie im Jahr 2020 1,3 Millionen Euro Steuergelder in nachhaltig produzierte Waren; das ist Rekord in der Metropolregion Nürnberg. Zu den Produkten gehören faire Arbeitskleidung und zum Jubiläum „Fünf Jahre Fairtrade-Stadt Fürth“ wurde eine ansprechende und faire Jubiläumsschokolade designt. Zudem verfasst der Fürther Personalrat regelmäßig Rundschreiben zur „fairen Beschaffung“ und in einem neu geschaffenen „Welthaus“ werden neben Produkten aus fairem Handel zusätzlich Stadtführungen angeboten.



Die Kleeblattstadt holt den begehrten Titel und überzeugt die Jury mit ihrem starken und breit aufgestellten Engagement. Den Preis nimmt Dietmar Helm, Dritter Bürgermeister der Stadt (r.), von Dr. Jens Kreuter, Geschäftsführer von Engagement Global, entgegen. Bild: Steffen Oliver Riese

Landkreis Fürth

Der Landkreis Fürth (Preisgeld 40.000 Euro) machte mit einem umfassenden Engagement insbesondere in der strukturellen Verankerung des Themas Fairer Handel beispielsweise durch die Aufnahme von Sozial- und Umweltkriterien in die Auftragsvergabe, Fortbildungen für Mitarbeitende, der Einrichtung einer eigenen Kepol-Stelle und als GNK-Modellkommune auf sich aufmerksam. Des Weiteren wird die Arbeit abgerundet durch vielfache sensibilisierende Aktivitäten im Bildungsbereich sowie in der Vernetzung mit Unternehmen.

Enormes Beschaffungsvolumen

Laut Bundesentwicklungsminister und Schirmherr Dr. Gerd Müller muss nachhaltige Beschaffung in allen Kommunen und staatlichen Betrieben Standard werden. „Das Beschaffungsvolumen von Bund, Ländern und Kommunen ist enorm: 500 Milliarden Euro pro Jahr. Das ist ein gewaltiger Hebel, den wir nutzen müssen für nachhaltige Lieferketten. Der Bund erfüllt hier seine selbst gesetzten Ziele nicht. Das muss sich ändern. Deswegen müssen Bund, Länder und Kommunen jetzt Ernst machen und bis 2030 eine 100 Prozent nachhaltige Beschaffungsquote erreichen. Ein jährlicher Fortschrittbericht und ein Nachhaltigkeitsbeauftragter bei Bund, Länder und Kommunen sollte die Umsetzung begleiten.“ Müllers besonderer Dank galt allen Menschen in der Zivilgesellschaft, der Kommunalpolitik, den Kirchen, Schulen und Verwaltungen, die sich tagtäglich für eine gerechte Globalisierung einsetzen.

„Die Bewerbungen überzeugten 2021 nicht nur durch Masse, sondern auch durch Inhalte: Trotz der Corona-Pandemie fanden Kommunen und Zivilgesellschaft Mittel und Wege, um auf fairen Handel hinzuweisen und faire Beschaffung zu fördern. Damit zeigten sie Solidarität mit den vielen Produzentinnen und Produzenten im Globalen Süden“, betonte Richard Klasen von Engagement Global. Ebenfalls erfreulich sei, dass erstmals Kommunen aus allen 16 Bundesländern teilgenommen haben. „Die erstmalige Zulassung von Landkreisen war die richtige Entscheidung: Vorzeige-Landkreise wie Fürth beweisen, dass auch immer mehr Landkreise für faire Handelsbeziehungen einstehen.“

Thema ist Chefsache

Bei Fürths Oberbürgermeister Thomas Jung ist die Freude über den Titel groß: „Unter 118 bundesweiten Bewerbern als Siegerkommune hervorzugehen, ist ein überragendes Ergebnis. Fürth hat hier in jüngster Vergangenheit enorm aufgeholt und vor allem auch in der Stadtverwaltung selbst viel auf den Weg gebracht. Ein Stichwort dabei ist faire Beschaffung – von der Arbeitskleidung bis zum Kaffee – und die Zertifizierung von Einrichtungen – von der Fairen Kita bis zur Fairen Schule. Das Thema bleibt weiterhin Chefsache im Rathaus und ist uns Ansporn für weitere nachhaltige und faire Projekte“, führte Jung aus. **DK**

Landkreis Aschaffenburg:

„Schule von morgen“

Offizielle Übergabe der schuleinheitlichen Tablets im Landkreis

Beginnend mit diesem Schuljahr werden die Schülerinnen und Schüler der Realschulen, Gymnasien und Förderschulen im Landkreis Aschaffenburg ab der 5. Jahrgangsstufe mit Tablets für den Unterricht ausgestattet. Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach und der Aschaffenburger Landrat Dr. Alexander Legler übergaben Schulkindern an der Realschule Großostheim jetzt im Rahmen des Projekts „Schule von morgen“ symbolisch einige der schuleinheitlichen Geräte.

Digitalministerin Gerlach erklärte: „Ich freue mich sehr, dass hier im Landkreis Aschaffenburg ein echter Leuchtturm der digitalen Bildungslandschaft entsteht. Die Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler mit mobilen Endgeräten ist eine perfekte Ergänzung zu den digitalen Klassenzimmern, die schon an allen Landkreisschulen bereitstehen. Unsere Kinder und Jugendlichen müssen intensiv auf die zunehmend digitale Welt vorbereitet werden. Der Landkreis Aschaffenburg ist hier ganz vorne mit dabei. Die Staatsregierung unterstützt das sehr gerne.“

Flächendeckend einheitliche und zeitgemäße Ausstattung

„Die offizielle Übergabe der schuleinheitlichen mobilen Endgeräte an unsere Schülerinnen und Schüler ist ein weiterer Meilenstein unserer digitalen Bildungsoffensive an unseren landkreiseigenen Schulen. Ich freue mich, dass wir nunmehr flächendeckend eine einheitliche und zeitgemäße Ausstattung für unsere Schülerinnen und Schüler mit Tablets anbieten können. Dadurch fördern wir nicht nur die Medienkompetenz, sondern schaffen auch optimale digitale Lernbedingungen. Mit diesem entwickelten Konzept sind wir als Landkreis zukunftsweisend und Vorreiter in ganz Bayern. Mein Dank gilt der gesamten Schulfamilie sowie dem Kreistag für das großartige Engagement und die vorbildliche Umsetzung dieses Projekts.“, so Legler.

Bisher wurden insgesamt 2.417 Geräte bestellt. Somit haben rund 84 Prozent der Schülerinnen und Schüler im nun begonnen Schuljahr ein eigenes Tablet. Hierbei wurden insgesamt 131 Anträge von Schülerinnen und Schülern außerhalb des Landkreises Aschaffenburg gestellt. Die Bestellungen der vorkonfigurierten Geräte werden über einen Webshop auf der Internetseite des Landkreises abgewickelt, der mit Hilfe des „Digitalen Werkzeugkastens“ des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales erstellt wurde.

Auf Initiative von Landrat Dr. Alexander Legler hat der Kreistag Aschaffenburg im März beschlossen, schuleinheitliche mobile Endgeräte für alle landkreiseigenen Schulen zu fördern, nachdem im ersten Schritt bereits an allen landkreiseigenen Schulen ein Glasfaseranschluss sowie leistungsstarkes Wlan-Netz eingerichtet wurde. Ziel ist es, alle Schülerinnen und Schüler mit einem eigenen, persönlichen mobilen Endgerät auszustatten. Die Geräte können sowohl im schulischen als auch im privaten Bereich genutzt werden. Ein aufgespieltes Schulprofil stellt sicher, dass im schulischen Umfeld tatsächlich nur schulisch sinnvolle Apps und Lernmittel zur Verfügung stehen. Diese flächendeckende Ausstattung macht eine reibungslose digitale Unterrichtung in den kreiseigenen Schulen möglich.

Die Finanzierung erfolgt je zur Hälfte durch die Erziehungsberechtigten und den Landkreis Aschaffenburg. Für soziale Härtefälle ist im Einzelfall auch eine höhere Förderung möglich. Die Einführung ist ein freiwilliges Angebot des Landkreises an die Schulen und Eltern.

Das Projekt ist in Bayern einmalig, da der Landkreis über die gesamten Jahrgangsstufen die Anschaffung von privaten Tablets inkl. Zubehör und Versicherung bezuschusst. Bereits im vergangenen Schuljahr hat der Landkreis 2000 mobile Endgeräte an die Schulen gebracht, die nunmehr den Jahrgangsstufen, die vom Projektstart noch nicht erfasst sind, in voller Höhe zur Verfügung stehen. Im nächsten Schritt sollen digitale Schulbücher in den Unterricht mit einbezogen werden, damit in Zukunft insbesondere schwere Schultaschen vermieden werden. ❐

GZ PINOS WELT



Uns Katzen zeichnet neben unbestreitbarer Intelligenz und sprichwörtlichem Einfühlungsvermögen vor allem Neugier und die Lust an Geschichten aus. Deshalb lauschen wir auch immer auf die Erzählungen der alten Kater und merken uns ihre Anekdoten, um sie unsererseits weiterzugeben.

Eine dieser Geschichten handelt davon, wie eines Tages im Jahr 1994 die Menschen von einem Großplakat überrascht wurden, das einen verschmitzt dreinblickenden Bundeskanzler Helmut Kohl zeigte, das Kinn in die Faust gestützt, und mit dem Slogan „Politik ohne Bart“ versehen. Denn sein damaliger Gegenkandidat nannte eine entsprechende Manneszier sein eigen, die ihm zwar nicht den Weg in die Mainzer Staatskanzlei, aber den ins Bundeskanzleramt verwehrte. Bald nach der Wahl vertraute er sich einem Barbier an.

Im heurigen Wahlkampf fiel eine Anzeigenkampagne auf, die einen leeren Bürostuhl zeigte und das Wahlvolk dazu aufforderte, diesen Sessel mit Herrn Scholz zu füllen. Politik mit leerem Stuhl sozusagen. Für Kulturpessimisten war der leere Stuhl nur eine konsequente Fortsetzung des inhaltsleeren Wahlkampfes. Oder wollte man einfach nur den Zeitungslesern nicht das brutale Frontfoto des Kandidaten zumuten, das an jeder Straßenecke hing?

Von der Botschaft der Bilder

Ehrlich gesagt haben diese knallroten Plakate mit dem streng dreinblickenden schwarz-weißen Mann von meiner Katzen-perspektive schräg von unten nach oben bedrohlich gewirkt. Vor allem, wenn er den Wahlzettel wie ein Schiedsrichter die rote Karte in die Höhe gereckt hielt. Da waren doch die blauen Plakate mit dem freundlichen älteren Herrn, der aussah wie ein trauriger Kreditsachbearbeiter der Sparkasse Aachen beruhigender. Auch seltsam waren die Plakate mit der jungen Dame und dem unrasierten Herren, die so grünstichtig waren, als ob die beiden gerade verdorbene Muscheln gegessen hätten. Oder um es mit dem Bierdeckelspruch einer Wahlkreisdirektkandidatin dieser Partei zu sagen: B(e)reit, weil ihr es seid.

Ikonisch in diesem Wahlkampf waren aber die schwarz-weißen Bilder der vierten relevanten Partei. Gut fotografiert, top inszeniert, klare Ästhetik – wenngleich man ins Grübeln kam, warum eine Partei, die sich für die Digitalisierung der Verwaltung einsetzt, ihren Spitzenkandidaten nächstens über Unterschriftenmappen statt einem PC gebeugt ablichtet.

Aber das ist ja Schnee von gestern. Der neuste Knaller auf dem Jahrmarkt der Eitelkeiten ist das Selfie. Ja, dieser Inbegriff des Egotripps, den man von jungen Leuten und Touristen kennt, die sich vornehmlich allein oder mit dem Partner vor Sehenswürdigkeiten, Traumkulissen oder schlicht vor irgendetwas selbst ablichten, um zu dokumentieren: Ich war hier.

In Asien wurde sogar der Selfie-Stick erfunden, mittlerweile auch in verlängerter Version erhältlich, an den man sein Smartphone anbringen kann, um dann noch spektakulärere oder raumgreifendere Bilder machen zu können. Damit wurde das Selfie, was früher mal die Postkarte war, nämlich das Mittel, um zu beweisen, dass man einen Ort besucht und sich dort aufgehalten hat. Unterschied zur Karte: Das Selfie kommt in Echtzeit beim Empfänger an.

Das neu erfundene politische Selfie verschweigt diskret, wo es aufgenommen wurde. Es soll nur Nähe zeigen: Vier Leute, ungefähr im gleichen (gefühlten) Alter, alle vier gleich lässig, alle vier konzentriert, wollen dem Betrachter sagen: Mit uns kann es was werden. Und dieses Selfie ging viral, wird im politischen Berlin als absolut hot angesehen, weil… – ja, warum eigentlich: Weil wir uns alle miteinander abgewöhnt haben, nach Inhalten zu fragen und stattdessen nach Bildern lechzen.

Der Bürgermeister ist kein Fan von solchen Oberflächlichkeiten. Aber auch er wird seine Lehren für die politische Kommunikation daraus ziehen müssen. Er sollte aber immer an die Worte des ersten Nobelpreisträgers für Literatur, Sully Prudhomme, denken: „Nur der Ehrgeiz, durch den keine Eitelkeit schimmert, hat Zukunft.“

Ihr Pino

Den Geist der Freundschaft weitergeben

Bezirk Mittelfranken und Pommern feierten 20 Jahre Regionalpartnerschaft in Danzig

Die Regionalpartnerschaft zwischen dem Bezirk Mittelfranken und der Woiwodschaft Pommern wurde am 5. April 2000 besiegelt. Jetzt holte man die Feier zum 20-jährigen Bestehen der Partnerschaft in Danzig nach. Die Bedeutung für Europa und die der einzelnen Menschen, die die Beziehungen lebendig halten, stand dabei im Mittelpunkt.

Mit einer kleinen Delegation reisten Bezirkstagspräsident Armin Kroder und seine Stellvertreterin Christa Naaß, die auch Beauftragte des Bezirkstages für die Regionalpartnerschaft mit der Woiwodschaft Pommern ist, auf Einladung von Marschall Mieczysław Struk nach Danzig. Beim offiziellen Festakt im Marschallamt der Woiwodschaft empfingen Vize-Marschall Józef Sarnowski und Jan Kleinszmidt, Vorsitzender des Sejmiks (Regionalparlament), die Gäste, zu denen sich auch eine Gruppe ehemaliger und aktiver Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus dem Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen gesellte.

In 20 Jahren fünf Kommunalpartnerschaften

Józef Sarnowski zählte die Bereiche der Zusammenarbeit auf und würdigte die in den 20 Jahren entstandenen fünf Kommunalpartnerschaften zwischen Wendelstein und Żukowo (2000), Stein und Puck (2004), Uffenheim und Kolbudy (2006), Burghaslach und Przywidz (2007) sowie Uehlfeld und Trąbki Wielkie (2012). Das Marschallamt habe oft nur die Rolle des Initiators, des Unterstützers gehabt. Die Lebendigkeit der Partnerschaft hänge von den Einzelnen ab. Diese brächten sie zum Blühen. Eine gute Nachbarschaft müsse stets gepflegt werden, betonte Józef Sarnowski. Die Zusammenarbeit führe Völker zusammen.

Bezirkstagspräsident Armin Kroder erinnerte an die Unterzeichnung der Partnerschaftsurkunde durch den damaligen Bezirkstagspräsidenten Gerd Lohwasser und den Marschall Jan Zarębski und würdigte das weitere Gedeihen der Verbindung unter seinem Vorgänger im Amt Richard Bartsch.

Mittlerweile können der Bezirk Mittelfranken und die Woiwodschaft Pommern auf 20 erfolgreiche, von Aktivität gefüllte Partnerschaftsjahre zurückblicken. Säulen der Partnerschaft seien Projekte und Veranstaltungen aus den Bereichen Jugend, Kultur, Gesundheit, Soziales und ländliche Entwicklung.

„Kommunale und regionale Partnerschaften sind ein wirksames Mittel zur Verständigung von Völkern und zum Abbau von Vorurteilen untereinander“, betonte Armin Kroder. Sie seien das Mittel zum Erhalt des Friedens. Kroder wünscht sich weitere mittelfränkisch-pommersche Partnerschaften.

Fritz Körber, ehemaliger Vertreter des Bezirkstagspräsidenten, ging als einer, der am 1. September 1939 geboren wurde, und sich von Anfang an für die Völkerverständigung stark gemacht hatte, in seiner bewegenden Rede auf das europäische Regionalbündnis zwischen den drei Regionen Pommern (Polen), Limousin (Frankreich) und Mittelfranken ein, auch als das „Kleine Weimarer Dreieck“ bezeichnet, das ein Vorbild für die Versöhnung sei. Er bat wie Kroder, den Geist der Freundschaft weiterzugeben und daran zu arbeiten, dass er überall im täglichen Leben spürbar werde.

Auf die Jugend wird gesetzt

Grzegorz Grzelak, stellvertretender Vorsitzender des Sejmiks, der Körbers Gedanken des „Kleinen Weimarer Dreiecks“ aufgriff, sagte, dass die internationale Zusammenarbeit durch die Menschen vor Ort erfolge. Viele weitere Redner, darunter auch der deutsche Vizekonsul Sebastian Ortner, würdigten die Bedeutung der Partnerschaft für Europa. Uehlfelds Bürgermeister Werner Stöcker stellte ein beispielhaftes Projekt der Schulpartnerschaft vor. Auf die Jugend setzt auch Wojciech Kankowski, Bürgermeister von Żukowo. „Jugendliche sind das beste Beispiel dafür, dass es keine Grenzen gibt.“

Die Delegation aus Mittelfranken absolvierte ein großes Programm. Unter anderem ging es auch ins Freilichtmuseum von Kluki, mit dem das Fränkische Freilandmuseum in Bad Windsheim verbunden ist. ❐

Landkreis Regensburg:

KistenKrämer sichert Nahversorgung

Konstantin Gatzke eröffnet seinen ersten Selbstbedienungsshop in Brennberg

Anfang Oktober eröffnet Konstantin Gatzke seinen ersten KistenKrämer in Brennberg. Die Eröffnung ist der Startschuss für die Revolution der Nahversorgung rund um Regensburg.

Beim KistenKrämer handelt es sich um ein Franchise-Konzept mit dem Ziel, die ländliche Nahversorgung mithilfe moderner Selbstbedienungsshops zu stärken und auf rund 15 m2 Fläche ein Komplettsortiment mit gut 450 unterschiedlichen Produkten zum bequemen Einkauf im Ort zur Verfügung zu stellen.

Die erste Eröffnung des noch jungen Unternehmens KistenKrämer fand im August in Nordrhein-Westfalen statt. Expansionswille und -kraft sind ausreichend vorhanden, sodass es nicht bei zwei Standorten bleiben wird. Weitere KistenKrämer in Deutschland befinden sich in der Planungsendphase und werden in Kürze eröffnen.

Inspiration aus Österreich

„In einem Urlaub in Österreich bin ich auf einen Kastl-Greissler gestoßen und wusste sofort, dass das genau das ist, was wir in Deutschland auf dem Land brauchen“, begründet Konstantin Gatzke die Entscheidung, ein Teil der KistenKrämer-Expansion in Deutschland zu werden, und fährt fort: „Ich kenne es aus eigener Erfahrung, in einem Ort zu leben, in dem man nicht einkaufen kann, sondern mehrere Kilometer mit dem Auto fahren muss. Das ist ein Problem für Menschen ohne Führerschein und ältere Bewohnerinnen und Bewohner, die nicht mehr so mobil sind. Aber es ist auch ein Problem im Sinne der Nachhaltigkeit. Denn eigentlich hat man alles vor der Haustür, regionale Anbieter, Landwirte und Manufakturen. Genau diese Produkte gibt es im KistenKrämer. Alles was man für den täglichen Einkauf braucht, vor der Haustür mit Produkten aus der Region. Besser geht es nicht.“ Gatzke wird damit Teil der Revolution der Nahversorgung, die Christoph Mayer, Gründer und Geschäftsführer, gemeinsam mit vielen KistenKrämern in ganz Deutschland vorantreiben will.

Edeka Kaufmann und KistenKrämer

Konstantin Gatzke ist Kaufmann durch und durch und seit 2019 selbstständig mit seinem Edeka Gatzke in Mintraching. Der Familienvater ist aktiv in der Region und unterstützt die Gemeinde, in der sein Geschäft steht. In seinem Laden lebt er das Thema Regionalität und hat daher bereits gute Kontakte, die er auch für den KistenKrämer begeistern konnte. Gemeinsam mit den regionalen Produzentinnen und Produzenten möchte Gatzke nun auch kleinere Orte mit dem KistenKrämer versorgen. Die erste Eröffnung findet Anfang Oktober in Brennberg statt. Weitere Orte sind bereits in Planung und sollen im Laufe des Jahres eröffnen. ❐



Konstantin Gatzke vor seinem ersten KistenKrämer in Brennberg.

Bild: KistenKrämer

Vorschau auf GZ 20

In unserer Ausgabe Nr. 20, die am 21. Oktober 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Finanzthemen**
- **Kommunale Energiethemen**
- **Wasser · Abwasser**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Fachliteratur für Kommunalpolitiker Kommunalverwaltungen**

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiebeschaffung

Kostenfreie Ausschreibungs-vorlagen!
Für hochwertige Pellets und Hackschnitzel.
enplus-pellets.de/ausschreibungsvorlage
EN plus Holzhackschnitzel wood chips
EN plus

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
> 50 erfolgreiche ISIS12 Projekte
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

GemeindeZeitung auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW®
HYGIENISCH EINWANDFREIE WÄRMERÜCKGEWINNUNG
STOP
✓ 100 % Außenluft
✓ umluftfrei
✓ betriebssicher
✓ energieeffizient

Vorteile für Ihre Lüftungsanlage:
+ keim- und schadstoffübertragungsfreie Wärmerückgewinnung durch getrennte Luftströme
+ Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
+ kurze Amortisation, sicherer Betrieb
+ Neubau oder Sanierung im Bestand
+ Wegfall von Rückkühlwerken möglich

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
Wartung und Reinigung von:
• Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
• Prozesslufttechnische Anlagen
• Kontrollierte Wohnraumlüftung
VDLW
Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Jolitte Star
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Organisatorische Hinweise

Veranstaltungsort
Kreissparkassensaal, 85560 Ebersberg, Kolpingstraße 1

Termin
Mittwoch, 27. Oktober 2021, 17^{00} Uhr bis 19^{30} Uhr
Einlass ab 16^{30} Uhr

Veranstalter

MigraNet – IQ Netzwerk Bayern
und der Landkreis Ebersberg
mit freundlicher Unterstützung
des Bayerischen Integrationsministeriums
in Partnerschaft mit dem Bayerischen Landkreistag
Organisation: Bayerische GemeindeZeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Geretsried

So erreichen Sie den Sparkassensaal:



Link zur Teilnahme am Bayerischen FachkräfteForum
bildungsportal.lra-ebe.de/anmeldung-fachkraefteforum

Tagungsbeitrag
Die Teilnahme ist kostenfrei

Anmeldung
bitte bis Freitag, 22. Oktober 2021

Hygienehinweise
- Voraussetzung für die Teilnahme ist der Nachweis über 3G (Impfung, Genesung, negativer Testnachweis)
- Wo der Mindestabstand von 1,5 m nicht eingehalten werden kann, gilt Maskenpflicht

Für Rückfragen
Mirjana Simic, Landratsamt Ebersberg, Bildungskoordination
Eichthalstraße 5, 85560 Ebersberg
Telefon: 08092 823 - 124
Mirjana.Simic@lra-ebe.bayern.de

Unsere Partner

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration

BAYERISCHER LANDKREISTAG

Bildungsregion Landkreis Ebersberg

Bundesagentur für Arbeit
Agentur für Arbeit Ebersberg

jobcenter Ebersberg

IQ Netzwerk Bayern

migra net

GemeindeZeitung
www.gemeindezeitung.de

Bundesagentur für Arbeit

IQ Netzwerk Bayern

migra net



Präsenz-Veranstaltung:

Bayerisches FachkräfteForum

Strategien zur Gewinnung von Fachkräften
mit Migrationshintergrund
im Landkreis Ebersberg

Mittwoch, 27. Oktober 2021, 17^{00} bis 19^{30}Uhr
Ebersberg, Kreissparkassensaal, Kolpingstraße 1

Programm:

Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Bayern hängt in entscheidendem Maße davon ab, wie gut es gelingen wird, die Fachkräftebasis in allen Regionen des Freistaats zu sichern.

Die globale Bedrohung durch das Corona-Virus hat die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in jüngster Zeit gravierend verändert. Gleichwohl haben nach wie vor zahlreiche Unternehmen und teilweise komplette Wirtschafts- und Dienstleistungszweige große Schwierigkeiten, geeignete Fachkräfte zu finden. Ein zu berücksichtigender Faktor ist dabei auch, dass der demografische Wandel sich künftig weiter verstärken wird.

Gemeinsam mit dem Bayerischen Landkreistag laden MigraNet – IQ Netzwerk Bayern und die Bayerische Gemeinde-Zeitung mit freundlicher Unterstützung des Bayerischen Integrationsministeriums zum Bayerischen FachkräfteForum „Strategien zur Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund“ in jeden Regierungsbezirk ein.

Mit unserer Veranstaltungsreihe vertiefen wir das Thema „Fachkräftegewinnung vor Ort“ und zeigen Strategien zur Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund auf. Die Veranstaltungsreihe ermöglicht die gezielte Kommunikation relevanter Akteure vor Ort mit ausgewiesenen Fachleuten.

Das Thema Fachkräfteeinwanderung sowie die Chancen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes werden ebenso erläutert wie die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Spracherwerb und Arbeitsrecht.

Die Veranstaltung richtet sich an Arbeitgebende, Personalverantwortliche, Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Verantwortliche in den Kommunen.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

Stand: 4. Oktober 2021; Änderungen vorbehalten

16^{45} **Ankommen**

17^{00} **Grußwort**
und Vorstellung Wirtschaftsstandort LK Ebersberg
Stv. Landrat Walter Brilmayer

17^{10} **Vorstellung Netzwerk MigraNet:**
Anne Güller-Frey, MigraNet – IQ Netzwerk Bayern

17^{20} **Keynote iab –**
Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung
Fachkräfte gesucht? Welche Möglichkeiten bietet das Fachkräfteeinwanderungsgesetz?
Tanja Fendel, iab

17^{50} **Anerkennung von ausländischen Qualifikationen – Unterstützung für die Arbeitgeber**
Daniel O. Salaja (M.A.), Landeshauptstadt München, Sozialreferat, Amt für Wohnen und Migration
Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen; Fachinformationszentrum Einwanderung München – FIZE

18^{05} **Vortrag Fördervoraussetzungen für Weiterbildung Beschäftigter im Landkreis Ebersberg**
Monika Tillger, Arbeitgeberservice der BA Ebersberg

18^{20} **Vorstellung der Bildungsträger im Landkreis Ebersberg**
bfz: Verena Ponjavic
ipb: Britta Kuhlendahl-Kraft
vhs: Stefanie Horten
wbb: Karin Wiedenhöfer

18^{30} **Podiumsdiskussion, anschließend offene Diskussion**
Unternehmer aus dem Landkreis Ebersberg mit Praxisbeispielen zur Integration von Fachkräften mit Migrationshintergrund

19^{00} **Get-together mit kleinem Imbiss**
Markt der Möglichkeiten
Bildungsträger, Arbeitsagentur, MigraNet, Ausländeramt

Für die Region:
Virtueller Bildungsmarkt online

Die Jobcenter und Arbeitsagenturen in den Landkreisen Dachau, Erding, Ebersberg und Freising setzen verstärkt auf digitale Angebote. Der „Virtuelle Bildungsmarkt“ wird als E-Service online angeboten.

Bildungsinteressierte können sich hier unkompliziert einen Überblick über das Kursangebot regionaler Bildungsträger verschaffen, dazu Flyer und Imagefilme einsehen. Auch eine Kontaktaufnahme mit den Ansprechpartner*innen bei Jobcentern, Arbeitsagenturen und Bildungsträgern ist unkompliziert möglich.

Interessiert?
Dann ran an Smartphone, Tablet, Laptop oder PC und www.bildungsmarkt-freising.de aufrufen, damit durch **WEITER:BILDUNG!** aus Herausforderungen Chancen werden.

MigraNet – IQ Netzwerk Bayern
Das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ zielt auf die nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Erwachsenen mit Migrationshintergrund ab. Das Programm wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) gefördert. Partner in der Umsetzung sind das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Bundesagentur für Arbeit (BA).

Folgen Sie MigraNet
Internet: www.migranet.org
Facebook: https://fb.com/migranet.bayern
Newsletter: https://www.migranet.org/newsletter

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 21. Oktober 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 20



Seite 8

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V. l.: Theresa von Hassel; Gunzenhausens 2. Bürgermeister Peter Schnell; Peter Reisinger, Deutsche Glasfaser; Constanze von Hassel; Ministerialrat Bernd Geisler, StMFH; Direktor Stefan Graf, Bayerischer Gemeindetag. ❐

8. Bayerisches BreitbandForum in Gunzenhausen:

Neue Dimensionen

Gelungener Neustart: Nach zweijähriger Corona-Pause konnte das Team der Bayerischen GemeindeZeitung endlich wieder eine Präsenzveranstaltung für bayerische Kommunen sowie Vertretern aus Wirtschaft und Verbänden durchführen. Gastgeber des 8. Bayerischen BreitbandForums war nach 2019 erneut die mittelfränkische Stadt Gunzenhausen. Insgesamt folgten 400 Teilnehmer, davon 60 Aussteller aus acht Ländern, der GZ-Einladung. Als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern live.

„Der Breitbandausbau ist das Rückgrat der Digitalisierung, vor der sich heute niemand mehr verschließen kann", betonte GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel in ihrer Begrüßung. Ohne dieses „breite Band der Sympathie" und den Möglichkeiten der Digitalisierung hätte das gesamte Staatengebilde während der Corona-Pandemie noch weitaus größeren Schaden erlitten als es ohnehin der Fall war. Klar sei aber auch, dass das digitale Band noch breiter und schneller werden müsse, erklärte von Hassel und verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass der Breitbandausbau in Bayern keine kommunale Pflichtaufgabe darstelle.

Riesenaufgabe

Laut Gunzenhausens Zweitem Bürgermeister Peter Schnell „wird von den Gemeinden und Städten erwartet, die digitalen und smarten Möglichkeiten zu nutzen und auszubauen". Dies sei eine Riesenaufgabe für Verwaltung, Wirtschaft und Stadtgemeinschaft. Vor diesem Hintergrund freue es ihn ganz besonders, dass die Stadt am Altmühlsee vor kurzem als eine von

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Bundes-KPV:

Kommunales Profil der Union stärken

Nach einer Sitzung des KPV-Bundesvorstandes und Hauptausschusses im Konrad-Adenauer-Haus forderte Christian Haase MdB, KPV-Bundesvorsitzender und Kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das kommunale Profil der Union wieder mit Leben zu füllen. Jetzt gelte es, das desaströse Ergebnis der Bundestagswahl intern aufzuarbeiten. „Nach unserem Verständnis muss die Union ihre Stärke in der Kommunalpolitik wieder besser zum Ausdruck bringen", betonte Haase.

Benötigt würden ein neuer kommunalfreundlicher bundespolitischer Kompass und kommunale Leitplanken: „Geld muss dauerhaft und dynamisch der Aufgabe folgen. Das war in der Vergangenheit nicht immer der Fall – Stichwort Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder." Die Maxime laute: „Wer bestellt, muss zahlen."

Wenn Bund oder Länder Leistungsgesetze ausweiten und individuelle Rechtsansprüche schaffen, müssen sie diese aus Haases Sicht auch vollumfänglich finanzieren. Alle bestehenden Leistungsgesetze seien zu prüfen. Man müsse wegkommen von „Mischfinanzierungen" und „Mischzuständigkeiten".

Grundgesetzänderungen dürften nur dann erfolgen, wenn dadurch Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klarer würden. „Wir müssen dafür sorgen, dass das Geld aus Fördertöpfen auch dort ankommt, wo es wirklich gebraucht wird." Gerade „klamme Gemeinden" würden nicht über die Ressourcen verfügen, um aufwändige Förderanträge zu stellen. Haase fordert eine Vereinfachung des Förderprozederes. Außerdem solle es entbürokratisiert und digitalisiert werden.

Da zu einem lebenswerten Deutschland lebendige Innenstädte und Ortskerne zählten, fordert die Bundes-KPV, zusätzlich 2,5 Milliarden Euro aus Städtebauförderung und Innenstadtfonds bereitzustellen. Damit könnten die Schäden durch Corona und Digitalisierung reduziert werden.

Gehe es um Aufgaben der Daseinsvorsorge, versagten Marktmechanismen, zu sehen sei das aktuell beim Glasfaserausbau. „Deswegen gehört die Infrastruktur in diesem Bereich in die öffentliche Hand", machte Haase deutlich. **DK**

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

Verantwortung vor Ort

Nach seiner Präsidiumssitzung im Landkreis Celle hat der Deutsche Landkreistag seine Erwartungen für die neue Legislaturperiode formuliert. Das Augenmerk sei darauf zu richten, finanzielle Fesseln durch immer neue Förderprogramme und Anschubfinanzierungen zurückzuführen und stattdessen eine bessere und gerechtere Grundfinanzierung der Kommunen zu realisieren.

Präsident Landrat Reinhard Sager erklärte dazu: „Die Verantwortung vor Ort muss gestärkt werden. Daran werden wir eine neue Regierungskoalition in Berlin messen. Die Verantwortlichen vor Ort wissen am besten, was sie brauchen – gerade bei Klimawandel, Digitalisierung und Infrastruktur. Die Kommunen müssen die drängenden Zukunftsherausforderungen angehen und dazu auch finanziell imstande sein." Zudem sollten die nächsten vier Jahre eine Wahlperiode der gleichwertigen Lebensverhältnisse werden.

Neben der Stärkung föderaler Strukturen zur Krisenbewältigung muss die Bundespolitik bis 2025 laut Deutschem Landkreistag die Kommunen besser mit Steuermitteln ausstatten. Dazu sei der kommunale Anteil an der Umsatzsteuer deutlich anzuheben, an dem auch die Landkreise zu beteiligen sind. Diese Mittel müssten durch einen einwohnerbasierten Schlüssel, der belastungsorientiert gewichtet und ausgestaltet werden kann, verteilt werden.

Gestaltungsspielräume

Auch gelte es, Gestaltungsspielräume bei Bundesgesetzen zu erhalten. Deshalb müsse die 75 %-Grenze in Art. 104a Abs. 3 GG für alle Geldleistungen maßgeblich sein, und zwar unter Wahrung der kommunalen Selbstverantwortung. Dies gelte in erster Linie für Sozialleistungen, die nach individuellen Bedarfen und nach unterschiedlichen Gegebenheiten vor Ort gewährt werden (müssen).

Gemeinsam mit den Ländern müsse der Bund zudem geeignete Wege finden, die Ausgaben bei der Eingliederungshilfe, der Sozial- sowie Kinder- und Jugendhilfe zu begrenzen und die diesbezüglichen Mehrbelastungen vollständig und dynamisch auszugleichen. Aktuell beziehe sich dies auf die kommunalen Finanzierungslasten bei der Ganztagsbetreuung.

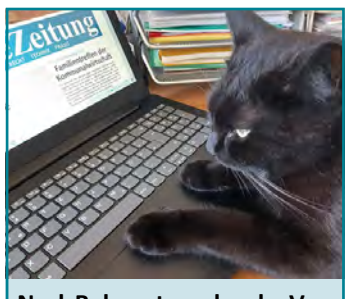
Aufgabenangemessene Steuerausstattung

Auch im Hinblick auf die mit der Digitalisierung der Bildung in Landkreisen und Gemeinden verbundenen Kosten sei für eine aufgabenangemessene Steuerausstattung der kommunalen Ebene zu sorgen. Vorbild dürfe nicht der Digitalpakt Schule sein, sondern es sollte eine dauerhaft erhöhte kommunale Steuerbeteiligung geben.

Verfassungswidrige Aufgabendurchgriffe

Zu unterbinden seien darüber hinaus verfassungswidrige Aufgabendurchgriffe des Bundes. Der Bund wird aufgefordert, die vom BVerfG als verfassungswidrig erkannte Zuständigkeitsbestimmung der Landkreise zu Sozialhilfeträgern in § 3 Abs. 2 SGB XII unverzüglich für das gesamte SGB XII aufzuheben.

(Fortsetzung auf Seite 4)



Nach Bekanntwerden der Vergabe des Friedensnobelpreises an zwei aufrechte Journalisten sinniert unser Rathauskater über die historische Rolle der Presse und des Journalismus' für die Entwicklung, Bewahrung und Stabilisierung von Demokratie und Freiheit. **Seite 15**

Bayerischer Innovationspreis Ehrenamt:

Ehrenamt ist nachhaltig!

Unter dem Motto „Ehrenamt ist nachhaltig! – Ehrenamt gestaltet unsere Zukunft!" wurden beim Bayerischen Innovationspreis Ehrenamt 2020 zum dritten Mal Personen, Initiativen und Organisationen mit neuen Ideen rund ums Ehrenamt gesucht. Unter mehr als 300 Bewerbungen wählte die Jury unter Vorsitz von Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner elf Preisträger aus. Sechs Preisträger erhielten in München jeweils 10.000 Euro in der Kategorie ‚Innovative Projekte'. In der Kategorie ‚Neue Ideen' wurden fünf Preisträger ermittelt, die mit je 3.000 Euro bedacht wurden.

„Ihr Einsatz macht Sie zu den besten Vorbildern, die wir haben können", würdigte Trautner die Sieger: „Sie gehören zu den Menschen, die mutig neue Wege gehen und sich mit voller Kraft für unser Gemeinwohl einsetzen. An Ihnen liegt es, dass das Ehrenamt auf der Höhe der Zeit ist und unsere Gesellschaft voranbringt."

Nachhaltiges Engagement

Das Übernehmen sozialer Verantwortung und das nachhaltige Engagement in der Region hat im Robert-Bosch-Werk Blaichach in Immenstadt (Landkreis Oberallgäu) eine lange Tradition. Seit 2011 führen Auszubildende im zweiten Lehrjahr in Projektteams eigenständig ehrenamtliche Projekte durch. 2017 wurde die Initiative auf alle Mitarbeiter ausgeweitet. Das Unternehmen unterstützt die Projekte, die unter dem Stichwort „Tat vor Ort" laufen, dabei auch finanziell und will nun die Initiative auf Partnerfirmen und Netzwerkkontakte erweitern.

Die Schülermitverantwortung (SMV) des Erasmus-Grasser-Gymnasiums in München hat das Projekt „Schule als Staat" als Schülerinitiative an ihrer Schule bereits zweimal erfolgreich durchgeführt. In einem einwöchigen Planspiel wurde jeweils eine bestimmte Staatsform mit allen Institutionen nachgespielt. Den Schülern kommt es darauf an, durch das „Erleben" anderer Staatsformen die Vorteile einer Demokratie sichtbar zu machen und so auch die Partizipation im eigenen Staat zu fördern.

Treffen – Schaffen – Teilen

Unter dem gelebten Motto „Treffen – Schaffen – Teilen" bietet der Verein Schaffenburg e.V. in Aschaffenburg mit seiner

(Fortsetzung auf Seite 4)



Initiative Fürth. Ort aus Mittelfranken mit dem Projekt „Nachhaltigkeits- und Zukunftszentrum Alte Feuerwache Fürth". Unser Bild zeigt (v.l.): Staatsministerin Carolina Trautner, Florian Friedrich, Simon Rebitzer, Ehrenamtsbeauftragte Eva Gottstein. Bild: StMAS/Alexander Göttert

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Zuspruch für Bayerns Grundsteuerreform	2
„Demografiefeste Kommune" macht Gemeinden fit	2
GZ-Kolumne Dr. Klemens Gsell: IT an Schulen: Organisation neu regeln!	3
Kommunale Entwicklungszusammenarbeit	3
Bausteine für die Pflegereform	3
Kommunale Finanzthemen	5 - 8
Kommunale Energiethemen	8 -10
Kommunale Verkehrsthemen	11 - 12
Wasser • Abwasser	13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Zuspruch für Bayerns Grundsteuerreform

Im Unterschied zum Gesetzespaket des Bundes wählt Bayern einen anderen Weg in der Grundsteuerreform. Ob und wie ein solches Gesetz das Ziel einer unbürokratischen Fortentwicklung der Grundsteuer erreicht, besprachen Juristen, Vertreter von Städten und Gemeinden sowie Steuer- und Immobilien-Sachverständige mit den Mitgliedern des Haushaltsausschusses und stellten Bayerns geplante Reform bei der Grundsteuer auf dem Prüfstand: Die überwiegende Zahl der Experten befürwortete die Regionalisierung und Bayerns abweichenden Weg vom Bundesmodell.

Eine Neuregelung der Grundsteuer war notwendig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht 2018 die geltende Grundsteuerregelung für verfassungswidrig erklärt hatte, weil die Grundstückswerte veraltet seien und gleichartige Grundstücke unterschiedlich behandelt würden. Aufgrund einer Öffnungsklausel können die Länder nun die Grundsteuer selbst regeln. Bayern plant die Grundsteuer ab 2025 auf Basis der Grundstücks- und Gebäudeflächen sowie deren Nutzung zu berechnen. Im Detail bedeutet das: vier Cent pro Quadratmeter Grundstücksfläche sowie 50 Cent pro Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche. Dieser Messbetrag wird dann mit dem Hebesatz, den jede Gemeinde individuell bestimmt, multipliziert. Der Wert des Grundstücks spielt dann – anders als im Modell des Bundesfinanzministeriums – keine Rolle. Damit entfällt eine aufwendige Neubewertung sämtlicher Immobilien alle sieben Jahre.

Weniger kompliziert, weniger streitanfällig

Zudem ist es unerheblich, ob ein Grundstück in einer teuren Stadt oder auf dem Land liegt. Der Leiter der Steuerabteilung im Finanzministerium stellte in der Expertenanhörung im Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtages heraus, dass das so genannte Flächenmodell Bayerns weniger kompliziert und weniger streitanfällig als ein wertabhängiges Modell sei. Für den Vertreter des Finanzministeriums ein fundierter Entwurf, der eine tragfähige Grundlage bilde. Im Verlauf der Diskussion äußerten die Experten auch Kritik und unterbreiteten Änderungsvorschläge.

Die Vertreter der Kommunen verwiesen auf die große Bedeutung der Grundsteuer für die Kommunalfinanzen. Bernd Buckenhofer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, sprach von einer der wichtigsten Einnahmequellen. Im Jahr 2019 lag das Aufkommen bei 1,83 Milliarden Euro. „Die Grundsteuer ist konjunkturunabhängig, berechenbar für jeden und unverzichtbar“, so Buckenhofer. Allerdings fehle im Entwurf die Grundsteuer C als Instrument der Baulandmobilisierung. Mit der Grundsteuer C, könnte baureifes Land stärker besteuert werden, wenn es nicht zeitnah bebaut wird. Unterstützung bekam er von Hans-Peter Mayer, Direktor des Bayerischen Gemeindetags und Harald Riedel, Stadtkämmerer der Stadt Nürnberg. Sie bekräftigten, damit werde die Chance vergeben, flächendeckend neuen Wohnraum zu schaffen und an Ortsrändern einen Beitrag zum Flächensparen zu leisten.

Buckenhofer, Mayer und Riedel sprachen sich gegen eine Zonierung aus, also die Möglichkeit für die Kommunen, unterschiedliche Hebesatzgebiete zu bestimmen. Sie befürchteten, dass der Grundsteuermessbetrag zu niedrig sei und die Kommunen deshalb gezwungen wären, höhere Hebesätze zu generieren. So verwies Riedel am Beispiel der Stadt Nürnberg darauf, dass dort der Hebesatz um 50 Prozent angehoben werden müsste, um dasselbe Aufkommen wie zuvor zu erreichen. Da sei Streit vorprogrammiert. Ebenso, wenn innerhalb einer Kommune verschiedene Hebesätze festgelegt würden.

Keine Abschreckung von Spekulanten

Gegen die Einführung einer Grundsteuer C sprachen sich die Immobilien-Sachverständigen deutlich aus. Dr. Ulrike Kirchhoff, Vorständin Haus & Grund Bayern zeigte sich ebenso wie der Vorstand Zentraler Immobilien Ausschuss (ZIA), Sven Behrends, überzeugt davon, dass Bauspekulanten dadurch nicht abgeschreckt würden. Kirchhoff erklärte: „Die Grundsteuer C trifft private Eigentümer, nicht Spekulanten, denn die geben die Kosten weiter beim Verkauf, das wird einfach draufgeschlagen.“ Der Vizepräsident des Bund der Steuerzahler in Bayern, Klaus Grieshaber, und Günter Helmhagen, Vizepräsident und Schatzmeister der Steuerberaterkammer München, lobten das Flächenmodell, hielten allerdings die Grundsteuer C vor allem in Ballungsgebieten für nicht umsetzbar.

Eine Umkehrung der Besteuerung forderte Prof. Clemens Richarz. Der erste Vizepräsident der Bayerischen Architektenkammer appellierte an die Abgeordneten dafür zu sorgen, dass bebaute Grundstücke niedrig, unbebaute dagegen hoch besteuert werden müssten. Boden sei eine beschränkte Ressource und das müsse der Gesetzgeber deutlich machen. Mit dem Entwurf werde die Bebauung jedoch nicht gefördert. Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht lobte Dr. Florian Neumeier den Entwurf für das bayerische Flächenmodell. Der Leiter der Forschungsgruppe Steuer- und Finanzpolitik am Ifo-Institut sprach von einem verlässlichen Instrument, das einfach zu handhaben sei und keine großen Belastungsverschiebungen mit sich bringe. Die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft würdigte den beherrschbaren Bürokratieaufwand und verwies auf den Vorteil, dass nicht – wie beim Bundesmodell – wiederholt neue Bewertungen der Grundstücke nötig werden.

Gleichheitsgrundsatz

Unterschiedlich beurteilten die Juristen den Entwurf. Während Prof. Klaus-Dieter Drüen, von der Ludwig-Maximilians-Universität München ebenso wie seine Kollegin, Prof. Johanna Hey, Direktorin des Instituts für Steuerrecht an der Universität zu Köln, keine grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Bedenken beim Flächenmodell hatten, beurteilte der Potsdamer Jurist Professor Thorsten Ingo Schmidt den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes als nicht ausreichend berücksichtigt.

„Entscheidend ist, dass das Gesetz verfassungsmäßig ist“, erklärte CSU-Politiker Michael Hofmann in der Aussprache und knüpfte daran die Frage, ob eine Übermaßbesteuerung drohen könne. Drüen verwies darauf, dass es in Deutschland ein Viel-Steuerrecht gebe. Aber er schränkte ein: „Die Grundsteuer bringt bei der Belastung das Fass nicht zum Überlaufen.“ Tim Pargent, finanzpolitischer Sprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellte das Äquivalenzprinzip in Frage und wollte wissen, warum unbebaute Grundstücke überhaupt besteuert werden. Die Eigentümer zögen keinen Nutzen aus der gebotenen kommunalen Infrastruktur. Für Juristin Hey kein Argument, denn Steuern seien nie geeignet, individuelle Kosten und Nutzen abzubilden.

CSU sieht Anhörung als Bestätigung

Ausschuss-Vorsitzender Josef Zellmeier (CSU) sieht Bayerns Weg durch die Stellungnahmen der Experten bestätigt: „Dies ist ein konsequenter Schritt in Richtung Steuervereinfachung. Gerade im wirtschaftlich erfolgreichen Bayern würden die Pläne von Grünen und SPD wegen der steigenden Immobilienwerte zu laufenden Steuererhöhungen führen.“ Michael Hofmann, der Berichterstatter der CSU-Fraktion für das Bayerische Grundsteuergesetz, ergänzte: „Entscheidend für mich ist, dass wir mit unserem verfassungskonformen Modell in der Summe keine größeren Belastungen schaffen als bisher. Wir lehnen eine verkappte Vermögensteuer ab. Durch die Experten haben wir weitere wertvolle Hinweise bekommen.“ Der Gesetzentwurf zur Grundsteuer wird derzeit im Haushaltsausschuss beraten. Der Bayerische Landtag wird das Gesetz voraussichtlich noch vor Weihnachten verabschieden. **red**

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hermann Anselstetter
95339 Wirsberg
am 3.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Göcking
95659 Arzberg
am 23.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Fabian Streit
86576 Schiltberg
am 2.11.

Bürgermeister
Martin Fenninger
83379 Wonneberg
am 3.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Braun
92280 Kastl
am 22.10.

Bürgermeister Philipp Schlapak
86709 Wolferstadt
am 27.10.

Bürgermeister Thomas Dorsch
82383 Hohenpeißenberg
am 30.10.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Florian Hartmann
85221 Dachau
am 2.11.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Heimatminister Albert Füracker:

„Demografiefeste Kommune“ macht Gemeinden fit für die Zukunft

Neues Pilotprogramm mit Förderung von über 1,2 Millionen Euro
Kommunen begegnen aktiv dem demografischen Wandel

„Bayern ist einzigartig, lebenswert und vielfältig. Immer mehr Menschen wählen Bayern als ihre Heimat. Trotzdem ist der demografische Wandel eine Herausforderung, insbesondere für strukturschwächere Regionen! Mit individuellen und maßgeschneiderten Strategien nehmen wir diese Herausforderung an: Gemeinsam mit unseren Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern bringen wir Bayern voran und werden demografiefest in Stadt und Land. Das Heimatministerium unterstützt die Teilnehmer bei der zukunftssicheren Ausrichtung im Rahmen des Pilotprogramms ‚Demografiefeste Kommune‘ mit insgesamt über 1,2 Millionen Euro“, freute sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Förderbescheidübergabe an die zehn Pilotkommunen in der Allerheiligen-Hofkirche.

Kommunen spüren den demografischen Wandel auf vielfache Weise. Die Erkenntnisse eines Pilotprojekts sollen daher auch anderen bayerischen Kommunen zugänglich gemacht werden. Sieben Gemeinden bzw. Gemeindezusammenschlüsse auf jeden Regierungsbezirk verteilt, eine Region, ein Stadtteil einer Großstadt sowie ein Landkreis treten in der ersten Förderphase – exemplarisch für ganz Bayern – dem demografischen Wandel vor Ort aktiv entgegen. Sie haben die Herausforderung für sich erkannt, planen eigene Maßnahmen oder haben diese bereits umgesetzt:

Der Zusammenschluss der oberbayerischen Gemeinden Apfeldorf, Unterdießen und Fuchstal gehört zu den Gewinnern des demografischen Wandels. Für sie gilt: Wachstum meistern, Neu- und Altbürger zusammenbringen und Identität in den Gemeinden bewahren. Der starke Verbund steht exemplarisch für viele Gemeinden im Umfeld der bayerischen Metropolregionen.

In Niederbayern, an der bayerisch-tschechischen Grenze, hat die Gemeinde Mauth bereits viel aus eigener Kraft geschafft. Mauth hat eine engagierte Nachbarschaftshilfe, einen Bürgerbus und einen Seniorenbeirat etabliert. Um den prognostizierten Bevölkerungsschwund und die Überalterung zu bewältigen braucht es passgenaue Dienstleistungsangebote und bedarfsgerechte Wohnformen für Senioren. Mit dem Pilotprogramm wird die Gemeinde in ihrem bisherigen Engagement unterstützt und kann dieses ausweiten.

Ebenfalls an der bayerisch-tschechischen Grenze liegt die oberpfälzer Stadt Waldmünchen. Die Stadt kämpft mit überdurchschnittlich starker Überalterung und die Abwanderung gerade jüngerer Menschen verschärft diesen Trend zunehmend. Waldmünchen hat sich trotz schwieriger Haushaltslage mit aller Kraft gegen diese Entwicklung gestellt.

Die „Initiative Rodachtal“ ist ein erfolgreicher Zusammenschluss zwischen sechs bayerischen und fünf thüringischer Gemeinden. In Oberfranken sind dies Ahorn, Bad Rodach, Itzgrund, Seßlach, Weitramsdorf und das unterfränkische Untermerzbach. In interkommunaler Zusammenarbeit lässt sich die Veränderung der Bevölkerungsstruktur und die damit verbundenen Auswirkungen auf den Bedarf vor Ort und das bürgerschaftliche Engagement besser bewältigen. Die starke Zusammenarbeit über Regierungsbezirke und Ländergrenzen hinweg ist ein großartiges Vorbild.

Als beliebter Kur- und Reha-Ort konnte die mittelfränkische Stadt Bad Windsheim die letzten zehn Jahre einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen. Dieses Wachstum geht allerdings mit einer zunehmenden Überalterung einher. In Bad Windsheim gibt es bereits eine Vielzahl an engagierten Menschen, die sich den Herausforderungen wie dem Fehlen von bedarfsgerechten ÖPNV-Angeboten oder barrierefreiem öffentlichen Raum stellen.

Oerlenbach in Unterfranken möchte verstärkt um Rückkehrer und den Zuzug junger Familien werben. Als Gründungsmitglied der Ökomodellregion „Allianz Oberes Werntal“ verfolgt die Gemeinde ein klimasoziales, generationsgerechtes Wachstum in den Bereichen Wohnen, Leben und Arbeiten. Oerlenbach ist beispielhaft für den nachhaltigen Umgang mit den gesellschaftlichen Herausforderungen.

Die Verwaltungsgemeinschaft Wemding im Norden Schwabens mit der Stadt Wemding, den Gemeinden Fünfstetten, Huisheim, Otting und Wolferstadt hat bereits viel erreicht. Dorfladen, Tagespflegeeinrichtung und gemeinsame Jugendarbeit wurden zusammen gestemmt. Mit Hilfe des Pilotprogramms will die Verwaltungsgemeinschaft die medizinische Versorgung aufrechterhalten, altersgerechten Wohnraum und Pflegeeinrichtungen schaffen.

Der Würzburger Stadtteil Sanderau erfreut sich großer Beliebtheit bei Studierenden, jungen Familien und Senioren. Am Durchschnittsalter gemessen ist die Sanderau einer der ältesten Stadtteile. Die Stadt möchte sowohl den Bedürfnissen älterer Menschen nach selbstbestimmten Leben im Alter, als auch den Bedürfnissen junger Menschen gerecht werden. Am Beispiel des Würzburger Stadtteils sollen im Pilotprojekt Erkenntnisse für andere Großstädte, bayerische Mittelzentren und Universitätsstädte gewonnen werden.

Der oberpfälzer Landkreis Tirschenreuth hat bereits viele Anstrengungen und Initiativen ergriffen um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken. Der Bevölkerungsrückgang hat Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme, die regionale Wirtschaft und auch auf die Siedlungs- und Infrastruktur. Um Synergien zu schaffen und neue Ansätze aufzuzeigen, sollen die Erfahrungen der letzten Jahre mithilfe des Pilotprogramms zusammengefasst werden.

Die Region Forggensee mit Füssen, Halblech, Lechbruck am See, Rieden a. F., Roßhaupten und Schwangau legt einen Schwerpunkt auf die Vereinbarkeit von Umweltschutz und Tourismus. Mit einer gemeinsamen Strategie und einem Maßnahmenkonzept sollen die Veränderungen der Landschaft, der Gewässer, der Lebensraumqualität sowie der Tourismuswirtschaft im Umfeld des Forggensees wieder in Einklang gebracht werden.

Die Dringlichkeit des Themas demografischer Wandel zeigt die große Resonanz: Über 100 Gemeinden hatten sich für das Pilotprogramm beworben. Die Kommunen wurden gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden so ausgewählt, dass sie ein möglichst differenziertes Bild zum demografischen Wandel in Bayern darstellen. ❐

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof:

Corona-Ausgangssperre war unzulässig

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) hat die Corona-Ausgangsbeschränkungen vom Frühjahr 2020 in Bayern für unzulässig erklärt. Die Ansbacher Richter bemängelten sowohl Formfehler bei der Veröffentlichung der Beschlüsse als auch die Unverhältnismäßigkeit der Beschränkungen. Nun geht die Staatsregierung in Revision.

In dem Verfahren ging es um die Ende März 2020 erlassene Infektionsschutzmaßnahmenverordnung, die vom 1. bis zum 19. April gültig war. Einzelpersonen durften ihre Wohnung oder ihr Haus damals nicht ohne triftigen Grund verlassen. Als solcher waren etwa Arztbesuche, Sport oder die Berufsausübung definiert. Die entsprechenden Passagen erklärten die Richter nun für unwirksam.

Strenger als bundesweite Regelung

Nach der bundesweiten Vorgabe durften sich die Bürger zu jenem Zeitpunkt im Jahr 2020 mit einer weiteren Person eines anderen Haushalts in der Öffentlichkeit treffen. Zwar habe der Freistaat, so die Richter, damals eine schlechtere epidemiologische Lage gehabt, „allerdings spiegelte sich diese bedrohlichere Lage im ganzen süddeutschen Raum wider“. Es hätte Möglichkeiten gegeben, die Bund-Länder-Vorgabe in Bayern zu verschärfen, ohne gleich eine generelle Ausgangsbeschränkung festzulegen.

Die Bayerische Staatsregierung geht im Rechtsstreit über die strengen Corona-Regeln im Frühjahr 2020 in Revision. „Wir sind davon überzeugt, dass die Ausgangsbeschränkungen Ende März bis Anfang April 2020 zum Wohl und zur Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Bayerns in der ersten Welle der Pandemie ein wirksames und richtiges Mittel waren“, erklärte Gesundheitsminister Klaus Holetschek. Der Weg der Bayerischen Staatsregierung sei durch „eine Vielzahl an Gerichtsentscheidungen“ als rechtskonform bestätigt worden. **DK**

GZ Akademie

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Bildrechte & DSGVO Teil 1:
25. Nov. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr
Bildrechte & DSGVO Teil 2:
7. Dez. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr

Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: je 145,- € zzgl. MwSt. (290,- € zzgl. MwSt. für beide Termine) ❐

„Entwicklungszusammenarbeit anders denken“, Teil 7:

„Die Menschen sollen Konflikte erleben“

Im Rahmen ihrer Masterarbeit behandelte unsere Autorin Anja Schuchardt das Thema „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“. Sie sprach dazu mit Dr. Thomas Hüsken, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Facheinheit Ethnologie der Universität Bayreuth.

GZ: Sie haben selbst jahrelang Teamtrainings für diverse Gruppen konzipiert und geführt. Wie beurteilen Sie Konzepte zu Interkulturellen Trainings, die im Rahmen von Rollenspielen die Teilnehmer auf verschiedene Kulturen vorbereiten sollen?

Hüsken: *Ich habe immer vermieden, den Leuten mit irgendwelchen Identitätsbauklötzchen und vorgeschriebenen Kategorien von einer sogenannten „kulturellen Identität“ zu kommen. Vielmehr habe ich versucht, die Leute miteinander in ein Gespräch über ihre Vorstellungen zu bringen. Wenn ich überhaupt zum Thema Kultur trainiert habe, dann sollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre eigene kulturelle Identität ausloten und beschreiben. Dann kommen sie immer an einen Punkt, an dem das Ganze so divers und differenziert wird, dass sie feststellen: Ich kann mich da eigentlich auf gar nichts Konkretes festlegen – ob ich mich beispielsweise als Deutsche oder als Bewohnerin eines Dorfes oder als Kölnerin sehe. Was man in Trainings natürlich machen kann ist die ganz klassische Landeskunde: Wirtschaft, Politik, Recht und auch Kulturgeschichte.*

GZ: Wie bereiten Sie Teilnehmer denn ganz konkret auf ihre Arbeit in der Entwicklungszusammenarbeit vor?

Hüsken: *Ich versuche die Menschen zu ermuntern, in echte Auseinandersetzungen zu gehen. Dazu muss man auf Diversität neugierig sein und sie auch aushalten. Klar ist es einfacher, wenn Konflikte vermieden werden können. Aber in meinen Trainings sollen die Menschen Konflikte erleben, damit sie lernen, sie zu reduzieren. Letztlich sollen wichtige Projekte nicht an Kontroversen scheitern.*

Im Rahmen eines kommunikativen Prozesses macht man sich gemeinsam auf den Weg und handelt Entscheidungen aus. In der Entwicklungszusammenarbeit stoßen wir dabei auf ein grundsätzliches Problem: Das Geld kommt aus Deutschland und soll in konkrete Projekte vor Ort einfließen. Tunlichst in einer Partnerschaft auf Augenhöhe. Der Begriff der Partizipation ist nichtsdestotrotz bei der lokalen Bevölkerung mit Ambivalenzen und Ressentiments konnotiert.

GZ: Als Basis der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit wird vor allem diese „Kommunikation auf Augenhöhe“ hervorgehoben – wozu auch Teilhabe gehört. Warum beschreiben Sie Partizipation als ambivalenten Begriff?

Hüsken: *Diese Partizipation ist oft nur ein Versprechen, das in der Praxis nicht eingelöst werden kann. Das liegt nicht immer nur an den Durchführungsorganisationen oder den Geberländern. Leider sind die Regierungen und Verwaltungen in den Partnerländern häufig an der Partizipation der lokalen Bevölkerung gar nicht interessiert. Wenn es um kulturelle Befreiung geht, stoßen wir so an Grenzen. Dann müssen Kompromisse gefunden werden, auch solche, die schmerzen. Die konkrete Entwicklungszusammenarbeit erfordert sehr viel Fingerspitzengefühl.*

GZ: Sie haben vorhin angesprochen, dass man Diversität aushalten muss und dann gemeinsam Entscheidungen aushandeln sollte. Wie gestalten sich die Prozesse konkret in der Entwicklungszusammenarbeit?

Hüsken: *Je autoritärer die Bedingungen in den Ländern sind, in denen man arbeitet, desto schwerer ist es. Im Grunde genommen muss man ein Stück weit pragmatisch und strategisch vorgehen und ausloten, was jeweils machbar ist. Als GIZ kann man dann manchmal nur ganz kleine Schritte gehen und versuchen sich Freiräume zu erarbeiten, in denen die lokale Bevölkerung und ihre Vertreter agieren und sich artikulieren können. Das ist aber echt ein dickes Brett.*

Hilfreich kann dabei eine Prozessbegleitung mit Unterstützung in der täglichen Arbeit sein. Fragen wie „Wo fühle ich mich unverstanden?“ oder „Wo sind mir Türen verschlossen und warum?“ gilt es zu klären.

In der Sozialarbeit nutzt man diese Art der Supervisionschon lange. In der Entwicklungszusammenarbeit ist diese Form bis heute noch unterentwickelt. Da wird dann nur gesagt: Sie haben ja Länderkunde und einen interkulturellen Kurs in der Vorbereitung gemacht, das muss reichen. Da ist wirklich noch viel Luft nach oben. **red**

Dr. Thomas Hüsken hat als Ethnologe im Rahmen von Feldstudien Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit in verschiedenen Ländern gesammelt. Seine Beobachtungen gibt er unter anderem in Trainings weiter. Im Interview betont Hüsken, wie wichtig „Neugierde auf das Fremde“ und auch das Auseinandersetzen mit Kontroversen sind.

GZ **KOLUMNE**
Dr. Klemens Gsell



Liebe Leserinnen und Leser,

die Pandemie hat öffentlich den Spot auf die Ausstattung der Schulen mit IT gerichtet. Das Urteil der veröffentlichten Meinung ist vernichtend: „Steinzeit in den Klassenzimmern“, „Deutschland hinkt hinterher“ oder „Kein Geld für Bildung“, so kann man die Schlagzeilen zusammenfassen.

Wie immer sind öffentliche Befunde und Realität sicher nicht übereinstimmend. Je nach Engagement der Kommunen, der örtlichen Lehrkräfte und auch der jeweiligen Bundesländer sind schon wichtige Schritte für eine zeitgemäße IT-Ausstattung zu finden.

Und dennoch, die negativen Schlagzeilen haben einen wahren Kern. Vollständige und durchdachte Gesamtkonzepte sind nicht die Regel. Je nach Finanzkraft der „Sachaufwandsträger“ (ein typisch deutsches Wort, das international kaum zu übersetzen ist), gibt es Ausstattungen. Manchmal tolle Technik im Klassenzimmer und dann fehlt es an der Verkabelung im Haus oder am Anschluss an die Datenautobahn. Andernorts finden sich im gleichen Haus tolle Beispiele für Lernen mit digitaler Ausstattung und vollständige analoge Unterrichtsformen nebeneinander, weil es unterschiedliche Akzeptanz für digitale Medien bei den Lehrkräften gibt.

IT an Schulen: Organisation neu regeln!

Ursache dafür sind auch die Förderstrukturen. So wird die Verkabelung im Haus manchmal über das sog. FAG in Zuständigkeit des Kultusministeriums anteilig gefördert, meist jedoch nicht. Der Anschluss ans Datennetz wurde in Bayern teilweise durch das Finanzministerium bezuschusst. Die Klassenzimmerausstattung kann meist auf Bundesförderung oder manchmal auch auf Landesprogramme zugreifen, was auch für mobile Geräte in Schülerhand gilt. Softwarelizenzen und digitale Lehrmaterialien sind oft gar nicht förderfähig, ebenso Lehrereinweisungen in die Hardware.

Für die meisten dieser Hardwarethemen sind die Kommunen zuständig. Bei der nötigen Fortbildung der Lehrkräfte ist der Staat gefordert und für die digitalen Lehrmaterialien und deren Verteilung (z.B. über Lernplattformen) sind die staatlichen Angebote in die kommunalen Planungen einzubinden. Kurzum: für einen ‚Gesamtplan digitales Lehren‘ in den Schulen ist die Zuständigkeit so, dass viele und nervende Abstimmungen, Förderanträge und Anpassungen nötig sind.

Der eingangs geschilderte Befund ist also meist nicht auf Finanzprobleme zurückzuführen. Eine klare Struktur und ein einheitlicher Finanzierungstopf sind längst überfällig. Die Koordinierung käme dabei dem Kultusministerium zu. Ansätze dafür sind aber nicht vorhanden, (auch aus Furcht vor der Keule Konnexität). Es wird Zeit einen gemeinsamen Weg für Organisation und Finanzierung zu finden, wie bei der Kinderbetreuung auch!

Ihr Klemens Gsell
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Altbürgermeister

Deutscher Pflegetag 2021:

Bausteine für die Pflegereform

Umfassende Maßnahmen zur Stärkung der Pflege in Deutschland hat Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek von der künftigen Bundesregierung gefordert. Wie Holetschek, der auch Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz ist, im Rahmen des Deutschen Pflegetags in Berlin erklärte, „muss eine Pflegereform auch die Situation der pflegenden Angehörigen verbessern. Die Angehörigen leisten Großes und sind neben der professionellen Pflege eine tragende Säule des Pflegesystems. Deswegen schlage ich ein steuerfinanziertes Pflegezeitgeld vor.“

„Wir brauchen eine solche Lohnersatzleistung, die es ähnlich dem Elterngeld ermöglicht, sich für einen bestimmten Zeitraum um die Pflege eines nahen Angehörigen zu kümmern. Wer diese Aufgabe übernimmt, sollte auch eine entsprechende Unterstützung von der Gemeinschaft dafür erwarten dürfen. So eine finanzielle Hilfe würde ermöglichen, für einige Monate aus dem Beruf auszusteigen und sich ganz der Pflege zu widmen“, erläuterte der Minister.

Steuerliche Absetzbarkeit

Über die genaue Höhe und die Länge des Leistungsbezugs muss man aus Holetscheks Sicht noch diskutieren. Aber die Pflege müsse in den Koalitionsverhandlungen für eine neue Bundesregierung in jedem Fall ganz oben stehen, ergänzte er und warnte: „Wenn wir jetzt nicht handeln, stehen wir vor einer humanitären Katastrophe.“ Der Minister forderte auch für Menschen Verbesserungen, die weit weg von ihren Angehörigen wohnen und die Pflege selbst nicht leisten können: „Wenn jemand eine professionelle Pflegeleistung für einen Angehörigen einkaufen muss, sollte er diese Ausgaben ähnlich wie bei einer Spende von der Steuer absetzen können.“

Laut Holetschek sind dies nur zwei von vielen Bausteinen für die Pflegereform, die so dringend benötigt wird. „Wir müssen unter anderem auch mehr qualifiziertes Personal für Pflegeberufe gewinnen und dafür den Beruf attraktiver machen, sowie die Struktur und Finanzierung der Pflegeversicherung genau unter die Lupe nehmen.“ Klar sei: „Auf die nächste Bundesregierung wartet eine Mammutaufgabe. Wer immer demnächst regieren und Gesundheitspolitik gestalten wird, muss das schnell und beherzt anpacken. Jetzt ist keine Zeit mehr für eine Politik der kleinen Schritte, denn schon in wenigen Jahren wird im Verhältnis von Pflegebedürftigen und Pflegekräften die Schere noch weiter auseinanderklaffen.“

Die Präsidentin des Deutschen Pflegerats, Christine Vogler, hatte im Vorfeld der Konferenz „eine Gesamtidee“ gefordert, „wie wir 5,1 Millionen Pflegebedürftige bei fehlenden 500.000 Pflegefachpersonen in 2030 noch gepflegt bekommen“. Bereits heute fehlten rund 200.000 Kräfte in Krankenhäusern, Altenheimen und in der ambulanten Pflege. Deshalb müsse dringend die Bezahlung angepasst werden. Derzeit liege die Spanne zwischen 2.100 und 3.700 Euro brutto im Monat. Angemessen für eine Vollzeitstelle wäre aber ein Monatsgehalt von 4.000 Euro, so Vogler. Laut Bundesagentur für Arbeit sind rund 1,7 Millionen Menschen in der Kranken- und Altenpflege sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Auf Pflege angewiesen sind hierzulande mehr als vier Millionen Menschen. Im Pflegerat haben sich große Verbände der Pflegebranche zusammengeschlossen.

Laut Vogler blieben Reformen zur Verbesserung der Lage, die von der großen Koalition in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht wurden, in der Wirkung für die Pflegebedürftigen und die Beschäftigten zu schwach. „Die Maßnahmen wenden sich kurzfristig den Symptomen zu - die Grundfragen aber werden konsequent ignoriert.“

Ohne Personal keine Versorgung

„Wir erwarten in einem Koalitionsvertrag klare Aussagen, wie der Fachkräftemangel angegangen werden soll. Erster Schritt muss es sein, das Pflegepersonalbedarfsbemessungsinstrument, die PPR 2.0, das der Deutsche Pflegerat, Verdi und wir gemeinsam entwickelt haben, als Interimsinstrument umgehend einzusetzen“, erklärte Dr. Gerald Gaß, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG). Die künftige Bundesregierung müsse ein deutliches Zeichen für die Stärkung der Pflege setzen.

Die Corona-Pandemie hat aus seiner Sicht deutlich gemacht, dass ohne Personal keine Versorgung möglich ist und der Personalmangel die größte Herausforderung ist. Aber auch die Krankenhäuser selbst müssten ihren Anteil leisten, um die Arbeitsbedingungen bestmöglich zu gestalten. „Wir müssen verlässliche gute Arbeitgeber sein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen und auch gut bezahlen. Dazu brauchen wir verlässliche Rahmenbedingungen, eine deutliche Entbürokratisierung des Berufes und verlässliche Finanzierungsgrundlagen und Strukturen“.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn dankte in seinem Grußwort zunächst den Pflegekräften für ihre Arbeit während der Corona-Pandemie und verwies darauf, dass in der zurückliegenden Legislaturperiode für die Pflege viel angestoßen worden sei. „Die Abwärtsspirale ist gestoppt, wir haben den Weg begonnen.“ Exemplarisch nannte der Minister die Ausbildung für Pflegekräfte. In den Krankenhäusern sei mit dem Pflegebudget dafür gesorgt worden, dass nicht mehr zu Lasten der Pflege gespart werden kann. In den Krankenhäusern sei Bezahlung nach Tarif gesichert, in der Altenpflege werde diese gesetzliche Vorgabe derzeit umgesetzt. Zudem sei mit der Einführung einer gesetzlichen Personalbemessung begonnen worden.

Spahn zufolge hat in der Altenpflege der neue Mindestlohn für Tausende von Pflegekräften einen echten Unterschied gemacht. Für viele Pflegekräfte habe sich im Alltag noch nicht viel verändert, weil zwar die Stellen und die Bezahlung gesichert seien, aber das Personal fehle. Die „Stellenbesetzung braucht einen langen Atem“, so der Minister. Abschließend rief er die Pflegekräfte dazu auf, sich besser zu organisieren, um ihre Interessen durchzusetzen. Angesichts der Personalknappheit „sitzen Sie am längeren Hebel.“ **DK**

Ich lese die GZ

» … weil die Kommunen für die Umsetzung der gemeinsamen Ziele die entscheidenden Partner sind. «

Carolina Trautner
Bayerische Staatsministerin
für Familie, Arbeit und Soziales



Verantwortung vor ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Zur zukunftsfesten Gestaltung der Altenpflege gehöre, dass die Pflegeversicherung die pflegebedingten Aufwendungen vollständig abdeckt oder zumindest die Eigenbeteiligung der Pflegebedürftigen deutlicher als bislang begrenzt wird. Des Weiteren müssten die

Krankenkassen alle Maßnahmen der medizinischen Behandlungspflege übernehmen. Aufwendungen für Unterkunft und Verpflegung bei bedürftigen Personen seien vollständig von der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung abzudecken. Sie dürften nicht mehr zulasten der Hilfe zur Pflege gedeckelt sein. Auch müssten die gesetzlichen Grundlagen für eine wirkungsvolle kommunale Pflegeplanung im SGB XI geschaffen werden. Insbesondere pflegebedürftige behinderte Menschen sollten die vollen Leistungen der Pflegeversicherung erhalten.

Zur Planung und Ausgestaltung einer sektorenübergreifenden medizinischen Versorgung sind laut Deutschem Landkreistag gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen. Die Landkreise müssten in diese Planung aktiv eingebunden werden. Notwendig sei die flächendeckende Sicherstellung der bedarfsgerechten stationären Versorgung. Hierzu bedürfe es einer Krankenhausfinanzierung, die Qualität und Erreichbarkeit im Sinne gleichwertiger Lebensbedingungen gewährleistet.

Sonderabschreibungen

Des Weiteren plädiert der Kommunalverband dafür, Unternehmen in Ortskernen bei der Durchführung von Sanierungsmaßnahmen mit steuerlichen Sonderabschreibungen gezielt zu unterstützen. Auch sollte bei der Städtebauförderung ein besonderer Schwerpunkt auf die besonderen Herausforderungen von Ortskernen der Klein- und Mittelstädte gelegt werden. Zudem seien die baurechtlichen Instrumente zum Erhalt und zur Vitalisierung der Ortskerne auszubauen und die Möglichkeiten der Kommunen zum Erwerb von Grundstücken zu verbessern. Neben dem in einigen Kommunen bestehenden Wohnraummangel sei die Ertüchtigung von Leerständen in den Blick zu nehmen. Ein gut ausgestattetes Programm „Jung kauft Alt“ könne gezielte Kaufanreize für den Erwerb von Bestandsimmobilien setzen.

Das Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau in „Grauen Flecken“ müsse fortgeführt und so dotiert werden, dass in allen Landkreisen flächendeckende Glasfasernetze entstehen können. In der nächsten Legislaturperiode seien dafür Fördermittel in Höhe von mindestens 20 Mrd. Euro bereitzustellen. Im Mobilfunkbereich liege der Fokus darauf, sowohl die Lücken im LTE-Netz zu schließen als auch den Ausbau des 5G-Netzes zu fördern.

Im Blickpunkt steht laut DLT auch die intelligente Unterstützung der Verwaltungsdigitalisierung. Bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes komme es darauf an, dass Lösungen nach dem Prinzip „Einer für Alle“ entwickelt werden und eine flächendeckende Nachnutzung bis zu den kommunalen Fachverfahren sichergestellt wird. Darüber hinaus sollten auch Softwarelösungen von kommunalen IT-Dienstleistern und privaten Anbietern sowie aus dem Bereich der Sparkassenorganisation berücksichtigt werden. Es sollte auf Open-Source gesetzt werden. Die Unterstützung der Kommunen müsse insbesondere die im Rahmen des Portalverbundes von Bund, Ländern und Kommunen online anzubietenden Leistungen in Landes- und Kommunalverantwortung umfassen.

Zudem sei die Registermodernisierung voranzutreiben, wobei eine dezentrale Haltung von Fachdaten in den verschiedenen staatlichen und kommunalen Datenspeichern sicherzustellen ist. Im Hinblick auf neue digitale Prozesse und die Einbindung des öffentlichen Gesundheitsdienstes in den Datenaustausch im Gesundheitswesen seien abgestimmte Standards und Schnittstellen erforderlich, die eine Anbindung der kommunalen Prozesse und Fachverfahren an zentrale Strukturen ermöglichen.

Stärkung der Flächenadern

Beim Aus-, Neu- und Umbau des Straßen- und Schienennetzes sollte sich der Bund stärker am Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse orientieren. Neben den Hauptadern seien die Flächenadern zu stärken. Zum weiteren klimagerechten Ausbau des ÖPNV in der Fläche bedürfe es in Ergänzung der Finanzmittel der Länder u.a. einer weiteren Anhebung und Verstetigung der Regionalisierungsmittel. Für das ambitionierte Ziel der Klimaneutralität bis 2045 sei der Ausbau von Lade- und Wasserstoffinfrastrukturen in der Fläche voranzutreiben. Gestärkt werden muss nach Auffassung des Verbands auch die Verantwortung der Landkreise als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger für die Bewirtschaftung sämtlicher Siedlungsabfälle.

Stichwort Klimaschutz: Die besonderen Belastungen der Bevölkerung in den Landkreisen seien durch steuerliche Entlastungsmaßnahmen sowie durch infrastrukturverbessernde Maßnahmen auszugleichen. Der Bund solle ferner dafür sorgen, dass die mit dem Klimaschutz und der Erzeugung erneuerbarer Energien verbundenen Wertschöpfungspotenziale unmittelbar in den betroffenen ländlichen Räumen realisiert werden können. Dazu seien die Chancen der Sektorkopplung bei der Windenergieerzeugung sowie der Wasserstoffwirtschaft zu nutzen. Durch die gezielte Ausrichtung und Förderung von Wasserstofftechnologien sollten gerade in der Fläche Erneuerbare Energien, Mobilität und Wärmeerzeugung gekoppelt und regionale Energiekreisläufe und Wertschöpfung ermöglicht werden.

Vision für 2040

In seiner europapolitischen Ausrichtung sollte der Bund die ländlichen Räume insgesamt stärker in den Fokus rücken und den Prozess der „langfristigen Vision für die ländlichen Gebiete bis 2040“ aktiv mit eigenen Vorschlägen und Initiativen begleiten, heißt es weiter. Zudem müssten die EU-Programme zum Wiederaufbau nach der Pandemie kommunale Investitionen unterstützen. Um die kommunalen Haushalte nicht noch stärker unter Druck zu setzen, sollten zur Kompensation nationale Mittel eingesetzt werden, um die Kommunen bei der Erbringung ihres Eigenmittelanteils zu entlasten.

Themawechsel. Nach der verheerenden Flutkatastrophe ist es nach Meinung des Deutschen Landkreistags wichtig, den Wiederaufbau möglichst schnell, aber auch klimafolgenangepasst zu organisieren. Präsident Sager zufolge „begrüßen wir, dass der Bund und die Länder umgehend ein milliardenschweres Aufbauhilfeprogramm beschlossen haben. Daneben braucht es nun eine Reihe von Maßnahmen zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren. Wir sollten jetzt den Rahmen für einen Wiederaufbau in Höchstgeschwindigkeit schaffen.“ Diese Ansätze für den Wiederaufbau im Ahrtal sollten darüber hinaus auch in der neuen Legislaturperiode eine Rolle spielen. „Denn generell gilt: Wir müssen in Deutschland bei Infrastrukturprojekten schneller werden.“

Für die von der Flut verwüsteten Orte sei es von zentraler Bedeutung, nach den unmittelbaren Hilfs- und Instandsetzungsmaßnahmen den Wiederaufbau der kommunalen Infrastruktur nachhaltig anzulegen und dabei auch die Anpassung an die Klimafolgen mitzudenken. „Der Hochwasserschutz etwa muss ein maßgebliches Kriterium sein, um katastrophensicher zu planen und zu bauen.“

Zugleich seien Erleichterungen im Bau- und Planungsrecht notwendig, um eine schnellere Realisierung zu befördern. Dazu zählten Erleichterungen bei den zugrundeliegenden Verfahren, z. B. zur Neuerrichtung von Ersatzbauten und baulichen Anlagen wie Schul- und Verwaltungsgebäude, Straßen, Brücken, Ver- und Entsorgungsleitungen. Sager: „Vereinfachte Genehmigungsverfahren sind hier das Stichwort. Auch sollte auf bereits erteilte Genehmigungen zurückgegriffen werden können. Sonst vergeht einfach zu viel Zeit. Das kann man den betroffenen Menschen nicht erklären.“ Gleiches gelte für die viele Jahre dauernden Planfeststellungsverfahren.

Straffen und vereinfachen

Weitere Punkte seien Fristverkürzungen und die Straffung der Rechtsschutzmöglichkeiten beim Wiederaufbau nach Katastrophen. „Klageverfahren sollten auf die tatsächlich Betroffenen und eine Instanz beschränkt werden, deren Entscheidung dann abschließend ist und gegen die nicht weiter monate- und jahrelang vorgegangen werden könnte.“

Auch müssten die Landkreise dauerhaft die Möglichkeit erhalten, im Rahmen von Planungsverfahren digitaler zu werden, vor allem mit Blick auf Beteiligungsprozesse. „Das muss im Jahr 2021 digital und zügiger vonstattengehen.“ Ferner seien Beschaffungsvorgänge für Bau-, Liefer- und Dienstleitungsvergaben in den Katastrophengebieten zu nennen. Auch hier gehe es darum, zu straffen, zu vereinfachen und Ausnahmen zuzulassen.

Klare Aussagen von den Ländern erwartet das Präsidium des Deutschen Landkreistags, wenn es um die Finanzierung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler geht. Wie Reinhard Sager betonte, „müssen die Länder nun nachholen, worum sie sich während des Gesetzgebungsverfahrens herumgedrückt haben: das Bekenntnis, diese neue Milliardenaufgabe gegenüber ihren Landkreisen und Städten zu finanzieren. Dabei sollte ihnen die Kostenbeteiligung des Bundes helfen, die im Vermittlungsverfahren noch einmal erhöht worden ist. Die Länder müssen jetzt aus der Deckung kommen.“

Neue Rechtsansprüche

Der Präsident wies erneut darauf hin, dass sich gerade die Betriebskosten sehr dynamisch entwickeln würden. Es gehe bei den laufenden Ausgaben um einen Betrag von rund 4 Mrd. Euro pro Jahr. „Ducken sich die Länder an dieser Stelle weiterhin weg, kann uns das vor Ort das Genick brechen. Deshalb appellieren wir an die Länder, ihre Zusagen zügig abzugeben und damit ein Signal der Entspannung in Richtung ihrer Kommunen zu senden.“

Die Landkreise litten sehr darunter, dass neue Rechtsansprüche kommunale Dauerlasten verursachten, die nicht oder nicht vollständig von den Ländern als Verantwortliche ausgeglichen würden: „Am Ende sind wir in finanzieller Hinsicht meist die Leidtragenden. Das kann so nicht weitergehen“, so der DLT-Präsident abschließend. **DK**

Ehrenamt ist ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Werkstatt eine soziale Plattform für nachhaltige Technik. Naturwissenschaftlich interessierte Menschen finden hier ein breites Themenspektrum, in dem sie sich gemeinsam mit anderen verwirklichen können. Dabei spielen soziale Aspekte für den Verein eine große Rolle. Er arbeitet mit dem Ziel einer generationenübergreifenden technisch-kulturellen Bildung mit Inklusion von Menschen mit Behinderung und sozial benachteiligten Menschen. Deshalb hat sich der Verein auch mit anderen Einrichtungen, wie Jugendzentrum oder Mehrgenerationenhaus, vernetzt.

Die Retter von Morgen

Ohne Berührungsängste planen und organisieren „Die Retter von Morgen“ aus Augsburg und Umgebung gemeinsame Ausbildungen, Übungen und Aktionen. So wurden etwa 24- bzw. 48-Stunden-Jugendübungen mit realistischer Unfalldarstellung durchgeführt, durch die die jungen Menschen auch Aufmerksamkeit und Verständnis für die Arbeit der Hilfsorganisationen in der Öffentlichkeit geweckt haben.

Die Initiative „Fürth.Ort“ setzt sich dafür ein, dass in der 2020 frei gewordenen Alten Feuerwache in Fürth ein Nachhaltigkeits- und Zukunftszentrum entsteht. Ziel dieses Netzwerkes ist es, verschiedene Initiativen, Kreative und Künstler aus allen Lebensbereichen zusammenzubringen und gemeinsame Räume für diese Initiativen zu schaffen. Die Initiative zielt auf Bürgerbeteiligung und hat erreicht, dass aufgrund eines Stadtratsbeschlusses von der Stadtverwaltung ein entsprechendes Konzept für die zukünftige Nutzung der Alten Feuerwache entwickelt werden soll.

In herausragender Weise haben Bürgerinnen und Bürger im schwäbischen Oberdorf und Martinszell (Ortsteile von Waltenhofen) Eigenverantwortung für ihr Dorf übernommen. Als das letzte Wirtshaus und der letzte Tante-Emma-Laden am Ort zusperrten, packten sie selbst mit vielen Ideen und Leidenschaft an. Im Zentrum des 2014 gegründeten Vereins steht der in ehrenamtlicher Arbeit umgebaute ehemalige Bahnhof als Dorftreff mit Bistro und Kleinkunstbühne. Dabei hat sich die Interessengemeinschaft ein breites Themenspektrum auf die Fahnen geschrieben und stetig fortentwickelt: Dorfgestaltung, Infrastruktur, Klimaschutz, soziales Miteinander und Kultur am Ort zählen dazu.

Im gemeinsamen Projekt „Junior Demenzbegleiter“ der Malteser Jugend und des Demenzreferats des Malteser Hilfsdienstes e.V. im Bezirk Oberbayern sollen demenziell erkrankte Menschen von Jugendlichen begleitet werden. Diese werden durch entsprechende Schulungen für das Thema Demenz sensibilisiert. Ziel des Projekts ist es, den demenziell veränderten Menschen durch das ehrenamtliche Engagement der Jugendlichen Anteil am gesellschaftlichen Leben zu schenken. Gleichzeitig soll es den Jugendlichen bereits in ihrem Alter ermöglicht werden, Berührungsängste abzubauen und ihre sozialen Kompetenzen zu erweitern.

Digitalisierte Prozesse

Für das Projekt „Digitalisierte Prozesse im Sportverein“ wurde der Sportverein K.F.F. Mettenheim im Landkreis Mühldorf ausgezeichnet. Dieser hat sich nicht nur den Fußball und soziales Engagement, sondern auch die moderne Organisation des Vereinslebens auf die Fahnen geschrieben. Vor rund vier Jahren implementierte er eine interaktive Managementsystem-Software. Mit diesem Tool zu den Themen Prozess-, Qualitäts- und Wissensmanagement werden etwa Protokolle und Aufgaben digital organisiert. Gleichzeitig analysiert der Verein damit auch Stärken und Schwächen, entwickelt seine Strategie für die Ausrichtung des Vereins und plant anhand von Fakten.

Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung sollen beim Inklusionsprojekt „Schwimmen lernen für ALLE“ der Stiftung „Deutschland schwimmt“ zu Schwimmlehrern ausgebildet werden. Nach einer entsprechend zertifizierten Ausbildung können sie als Assistenzschwimmlehrer tätig werden. Seit Jahren bereits setzt sich die Stiftung Deutschland schwimmt in vielfältiger Weise für den Schwimmsport von Menschen mit Behinderung ein.

Talente vermehren

Mittlerweile erfolgreich umgesetzt hat das Freiwilligenzentrum „mach mit!“ des Caritasverbandes im Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim seine Idee „Talente vermehren“. Das Zentrum startete ein Experiment mit Schülern, das das biblische Gleichnis vom Vermehren der anvertrauten Talente als Grundidee hat. Das Projekt wurde mit einer Schulklasse im Unterricht geplant und in der Freizeit in Kleingruppen praktisch durchgeführt. Die Schüler sollten ganz eigenständig mit einem Startkapital von 20 Euro ehrenamtlich aktiv und produktiv werden. Das vermehrte Geld aus den entstandenen Aktionen wurde am Ende wieder einem guten Zweck zugeführt. Bei diesem Projekt geht es also nicht darum, Geld zu vermehren.

Der „Treffpunkt Ehrenamt“, Koordinierungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement im Landkreis Cham, hatte die Idee für ein präventives Projekt im Bereich Demenz namens „Demenzverzögerer ‚Woaßt as no?“ entwickelt. Hintergrund ist, dass laut einer Studie Demenz hinausgezögert werden kann, wenn man sich mit den Risikogruppen frühzeitig beschäftigt und zum Beispiel deren kognitive Fähigkeiten kontinuierlich fördert und trainiert. Ehrenamtliche des Landkreises sollen entsprechend geschult werden und sich dann um die Senioren kümmern.

„Wir sehen in dieser Zeit mehr denn je, wie wichtig das Ehrenamt für unsere Gemeinschaft und unser Zusammenleben ist. Ehrenamt ist keine Nebensache. Was Ehrenamtliche leisten, ist unverzichtbar für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt“, bekräftigte Trautner abschließend. **DK**

Neue Dimensionen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

erst 25 Kommunen in Bayern mit dem Zertifikat „Digitales Amt“ des Bayerischen Digitalministeriums ausgezeichnet wurde.

Schnell machte deutlich, dass auf Kommunen immer mehr die Aufgabe zukommen werde, „für den Ausgleich zwischen digitaler und analoger Welt zu sorgen bzw. sich dieser Thematik anzunehmen“. „Denn in unseren Städten und Gemeinden treffen diese beiden Welten direkt aufeinander, und hier zeigen sich auch am deutlichsten deren Auswirkungen – sowohl positiv wie auch negativ.“

Wie Regierungsdirektor Bernd Geisler vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat erläuterte, sei Bayern ist mit seiner im März 2020 in Kraft getretenen Bayerischen Gigabitrichtlinie europaweit Vorreiter bei der Förderung in Gebieten, wo bereits schnelles Internet mit mindestens 30 Mbit/s verfügbar ist (sog. graue Flecken). Für die bayerischen Kommunen bestünden damit beste Rahmenbedingungen, um den Ausbau der Highspeed-Netze voranzutreiben.

Bayerische Kofinanzierungs-Gigabitrichtlinie

Im Zuge der bayerischen Breitbandförderung habe der Freistaat seit 2014 3.051 Förderbescheide übergeben und 1.815 Gemeinden rund 1,2 Milliarden Euro Förderung zugesagt, wobei der kommunale Eigenanteil 330 Mio. Euro betrage. 800.000 Haushalte würden erschlossen, davon über 155.000 direkt mit Glasfaser. Der Erfolg der vergangenen Jahre ist im Bericht Digitale Infrastruktur in Bayern 2021 mit regionalen Zahlen und Grafiken dargestellt (www.schnelles-internet-in-bayern.de).

Am 1. August 2021 ist die neue bayerische Kofinanzierungs-Gigabitrichtlinie (KofGibitR) zur Erschließung von Haushalten in grauen NGA Flecken in Kraft getreten. Besonders mit einer kombinierten Markterkundung von Bundesverfahren und bayerischer Gigabitrichtlinie können die Möglichkeiten beider Verfahren nach Geislers Worten bestmöglich ausgeschöpft werden. Nur mit der Verwendung von Bundesfördermitteln in Verbindung mit bayerischer Kofinanzierung werde eine flächendeckende Gigabitversorgung in Bayern zu erreichen sein.

Mit Blick auf das Thema „Eigenwirtschaftlicher Ausbau und Gemeinden“ riet Direktor Stefan Graf vom Bayerischen Gemeindetag vom Abschluss von Kooperationsvereinbarungen ab, da wettbewerbsrechtliche Schadensersatzansprüche gemäß § 9 Satz 1 UWG drohten, und grundsätzlich zulässige Unterstützungsmaßnahmen wie z.B. das Bereitstellen von Strukturdaten durch eine vertragliche Zusicherung zu Beihilfen werden könnten. Möglich seien rein wegerechtliche Vereinbarungen, da sie keine Kooperationen im engeren Sinne darstellten.

Unter dem Gesichtspunkt der Daseinsvorsorgeaufgabe Gigabitnetze könnten Gemeinden jedoch allgemein Daten zur Verfügung stellen, die TK-Unternehmen bei ihrer Ausbauentscheidung unterstützen, ihre wegerechtlichen und straßenverkehrsrechtlichen Prozesse für einen effizienten Ablauf optimieren sowie in der Bevölkerung Aufklärungsarbeit hinsichtlich der Bedeutung von Gigabitnetzen betreiben.

In Ausgabe 24/2021 unserer Zeitung (Erscheinungsdatum: 16. Dezember) wird eine Sonderdokumentation der Tagung veröffentlicht. Unter www.bayerisches-breitbandforum.de können demnächst bereits freigegebene Vorträge mit dem Passwort „Das breite Band“ heruntergeladen werden. **DK**

GVB und SVB:

Gemeinsame Leitplanken für künftige Bankenpolitik

Die politische Landschaft formiert sich neu. Es gilt, Rahmenbedingungen zu definieren, innerhalb derer Wirtschaft, Banken und Sparkassen ihre volkswirtschaftliche Wirkkraft am besten entfalten können. Vor diesem Hintergrund haben der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) und der Sparkassenverband Bayern (SVB) in einem gemeinsamen Pressegespräch „Leitplanken für eine überzeugende wirtschaftliche Entwicklung" formuliert.

Gemeinsam setzen sich GVB und SVB für folgende Leitlinien ein:

1. Starker Mittelstand: Der Mittelstand prägt den Wirtschaftsstandort. Er schafft Ausbildungs- und Arbeitsplätze, ist Innovations- und Wachstumstreiber. Wer diesen Erfolgsfaktor will, muss die regionale mittelständische Finanzstruktur leistungsfähig erhalten. Das Miteinander von mittelständischer Real- und Finanzwirtschaft sichert den Wohlstand für die Zukunft.

2. Tragfähige Nachhaltigkeit: Nachhaltigkeit – hinter der die regionalen Kreditinstitute in Bayern stehen – muss marktwirtschaftlich tragfähig sein, um ökologisch wirksam zu werden. Sie lässt sich nicht über ständige Eingriffe, Verbote und Gebote erreichen. Banken und Sparkassen sind gerne Lotsen der Nachhaltigkeit. Die Verantwortung für den Umbau der Wirtschaft muss vorrangig bei den Wirtschaftsunternehmen selbst bleiben. Die Politik kann den Weg weisen, Impulse und Anreize setzen. Es ist nicht ihre Aufgabe, über Produkte und Leistungen zu entscheiden. Das kann der Markt besser.

3. Konsequente Subsidiarität: Regionale Strukturen in der Wirtschaft und im Finanzbereich sorgen für Stabilität und Wachstum. Kleinteilige Strukturen brauchen einfache und praktikable Regeln statt überbordender gleichmachender Bürokratie. Daher gilt es auch, das Drei-Säulen-System zu bewahren und ebenso die bewährten Institutssicherungssysteme in Deutschland zu erhalten. Im Rahmen der europäischen Bankenunion muss der Fokus auf den Abbau von Risiken gerichtet werden. Eine Zentralisierung der Risiken über eine gemeinsame europäische Einlagensicherung ist abzulehnen. Kunden der regionalen Kreditinstitute brauchen sie nicht.

Verbraucher nicht entmündigen

4. Echter Verbraucherschutz: Verbraucherschutz muss vor Betrug und unseriösen Geschäftspraktiken schützen. Er darf aber Verbraucher nicht entmündigen. Politik muss die Folgen von Markteingriffen bedenken: Verbotsorgien wie Preisdeckel auf Dispozinsen, Preisdeckel auf Gebühren für Geldautomaten oder ein Verbot der Provisionsberatung können Verbraucherinteressen zuwiderlaufen. Ein Preisdeckel auf Geldautomatengebühren könnte zu einem Ausdünnen des Automatennetzes führen mit negativen Folgen für die Bargeldversorgung. Ein Zwang zur Honorarberatung würde de facto weite Teile der Verbraucherinnen und Verbraucher von Finanzberatung abschneiden, die keine teuren Beratungsleistungen in Anspruch nehmen können.

Regulierungslasten abbauen

5. Corona-Jahre – lessons learned: Wo haben sich Entlastungen in der Regulatorik bewährt und wo nicht? Es ist Zeit, Lehren aus den vergangenen 18 Monaten zu ziehen. Ein einfaches Zurück zur regulatorischen Situation vor Beginn der Pandemie darf es nicht geben. Regulierungslasten müssen jetzt dort weiter abgebaut werden, wo ihre relative Belastung am höchsten und das Risiko am niedrigsten ist.

6. Solide Zukunftspolitik: Die Politik muss die Grenzen ihrer Handlungswirksamkeit erkennen. Sie muss den Hebel an der richtigen Stelle ansetzen und Ursachen von Missständen bekämpfen, nicht allein die Symptome. So sorgt eine solide Fiskal-, Steuer- und Wirtschaftspolitik für Stabilität und Freiräume. Die Negativzinspolitik der EZB nimmt dagegen Reformdruck und führt in die Verschuldung. Das angebrochene Jahrzehnt muss zum Reformjahrzehnt werden – besonders im Sinne der jungen Generation.

Wie GVB-Präsident Jürgen Gros im Münchner Presseclub feststellte, werde das politische München im Bund in Zukunft voraussichtlich „weniger eine Rolle spielen". Umso wichtiger sei es, dass die Stimme der Wirtschaft in der Bundeshauptstadt hörbar bleibe. Innerhalb der sechs Leitplanken müsse die mittelständische Wirtschaft mit Unterstützung der regionalen Kreditinstitute ihre volkswirtschaftliche Wirkkraft entfalten können. Willkürliche Markteingriffe, Dirigismus und planwirtschaftliche Ansätze seien mit einem freien Markt nicht vereinbar. „Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft müssen die alles umfassenden Klammern bleiben", mahnte Gros.

Stabilität des Finanzplatzes

Nach Ansicht von SVB-Präsident Prof. Ulrich Reuter muss die Gesellschaft ein Interesse an der Stabilität des Finanzplatzes haben, „denn der Finanzsektor ist das Bindeglied zur Realwirtschaft und die Regionalbanken sind das Scharnier zum vielfältigen deutschen Mittelstand. Wenn die Politik möchte, dass das Drei-Säulen-Modell auch künftig mittelständische Wirtschaftsstrukturen und über den Wettbewerb auch die Verbraucherinteressen stärkt, muss sie die Grundlagen dafür legen und sie auch weiter pflegen." Als öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche Säulen hätten sie ein besonderes Gewicht für die flächendeckende Versorgung mit Finanzdienstleistungen für Bevölkerung und Mittelstand.



V.l.: GVB-Präsident Jürgen Gros gemeinsam mit SVB-Präsident Prof. Ulrich Reuter. Bild: CH

Starke Bankenverbände

Zusammen repräsentieren die beiden Bankenverbände 286 regionale Kreditinstitute (64 Sparkassen, 222 Volks- und Raiffeisenbanken) und ein Drittel der Bilanzsumme aller bayerischen Banken. Sie verwalten 46 Prozent aller Bankeinlagen und reichen 60 Prozent aller Wohnungsbaukredite im Freistaat aus. Die Dienste von Sparkassen und Genossenschaftsbanken nehmen bei der Kreditaufnahme 92 Prozent die bayerischen Handwerksbetriebe in Anspruch, bei den Landwirten sind es 95 Prozent.

Der Mittelstand werde sich in den kommenden Jahren zunehmend nachhaltig ausrichten und seine Investitionen und Prozesse konsequent nach den Vorgaben des Green Deals der EU-Kommission ausrichten müssen, betonten die Präsidenten. Die regionalen Kreditinstitute seien bereit, die ökologische Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft mitzufinanzieren. Im Vordergrund stünden nicht nur grüne Investments, sondern der Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei müssten aber auch die regulatorischen und aufsichtlichen Voraussetzungen für Unternehmen wie die Banken stimmen. **DK**



KGSt®-Forum 2021:

Innovationen gemeinsam gestalten

Ein vielseitiges Programm mit über 90 Fachveranstaltungen verzeichnete das diesjährige KGSt®-Forum in Bonn. Zum ersten Mal fand der dreitägige kommunale Fachkongress als Präsenzveranstaltung sowie in digitaler Form statt. Alle drei Jahre wird er von der kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) veranstaltet.

Ob Digitalisierung, neue Arbeitswelten, Agilität oder nachhaltige Haushaltssteuerung, ob Open Source, Klimaschutz, Kommunalfinanzierung,kommunale Entwicklungspolitik, Stellenbewertung 3.0 oder kreatives Personalmarketing: Auf dem KGSt®-Forum 2021 standen spannende kommunale Zukunftsthemen im Mittelpunkt.

Vision 2050

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung unter dem Motto „Innovationen gemeinsam gestalten" begrüßten die Bonner Oberbürgermeisterin Katja Dörner und der KGSt-Verwaltungsratsvorsitzende Prof. Dr. Hans-Günter Henneke die Gäste, ehe Zukunftsforscher Kai Gondlach die Zuschauer ins Jahr 2050 entführte. Zumindest für den globalen Norden gebe es aus der Perspektive des Jahres 2050 keine Notwendigkeit für Wachstum, betonte Gondlach. Damit sei der Trend der Urbanisierung als Marketinglüge enttarnt. Stattdessen sei der schon seit den 2020er Jahren zu beobachtende Zuzug in die Peripherie das wichtigere Thema. Im Jahr 2050 würde es kein Land mehr geben, denn die Stadt sei gleichzeitig Land.

Rathauschefin Katja Dörner hob die Bedeutung der Corona-Pandemie hervor. Sie habe deutlich gemacht, was die kommunale Verwaltung beispielsweise auf der Ebene des Krisenmanagements leisten könne. Gleichzeitig habe sich auch gezeigt, was noch getan werden muss. Die Pandemie sei ein Katalysator für Themen wie Home Office oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die die kommunale Familie schon länger beschäftige.

„Wenn wir über Innovationen in der öffentlichen Verwaltung reden, geht es nicht nur um technische Weiterentwicklungen, sondern zuerst um das Ziel, wo wir hinwollen", erklärte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke auch mit Blick auf den Verwaltungsrat der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, dessen Vorsitzender er seit 2016 war. Nach insgesamt 25 Jahren in verschiedenen KGSt-Gremien erschien es ihm nun an der Zeit, die Verantwortung in andere, ebenso bewährte Hände zu legen.

Fast ein Familientreffen

Aus Hennekes Sicht ist das Forum schon fast so etwas wie ein Familientreffen, das alle Kommunen aus Stadt und Land vereine. Stets sei es der KGSt gelungen, wichtige Hilfestellungen für die Verwaltungen von Landkreisen, Städten und Gemeinden anzubieten und neue Entwicklungen anzustoßen. „Ich bin sehr dankbar dafür, dass ich einen Beitrag dazu leisten konnte, dass die KGSt heute da steht, wo sie steht."

Es gehe nun weiterhin darum, Innovationen gemeinsam zu gestalten: „Wir brauchen Erneuerung, vor allem brauchen wir aber gemeinsam und jeder für sich eine gründliche Selbstvergewisserung, wo wir eigentlich stehen. Auf dieser Grundlage ist die KGSt mit ihrer fachlichen Kapazität in der Geschäftsstelle, vor allem aber im organisierten interaktiven Austausch der Mitglieder von jeher ein großer Innovationstreiber."

Vernetzung und Verknüpfung von Verwaltungsleistungen

Henneke erinnerte an das Neue Steuerungsmodell, die Nutzerorientierung, die Schaffung digitaler Basisinfrastrukturen, die Entwicklung neuer Arbeitsprozesse und Arbeitsformen sowie neue Möglichkeiten der Vernetzung und Verknüpfung von Verwaltungsleistungen. „In der Daseinsvorsorge der Zukunft sind wir in den Bereichen Gesundheit, Schule oder Mobilität, aber auch in der Ordnungsverwaltung mitten in sich rasant beschleunigenden Veränderungsprozessen. Innovationsbedarf und Innovationspotenzial gibt es also genug."

Zu beachten sei dabei auch immer das Postulat gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet. Dies sei gerade mit Blick auf die dezentrale Struktur Deutschlands und den großen Anteil ländlicher Räume von nicht zu unterschätzender Bedeutung: „Für alle diese Kommunen soll und will die KGSt passfähige alltagstaugliche Lösungen erarbeiten. Das war schon immer eine herausfordernde Aufgabe und wird es auch bleiben. Umso mehr muss die KGSt weiterhin ihr gesamtes kommunales Gestaltungspotenzial nach innen erschließen, um dadurch die kommunale Selbstverwaltung zu stärken und aktive Zukunftsgestaltung aus der kommunalen Gemeinschaft heraus zu betreiben."

Dem stünden Zentralisierungstendenzen auf Bundesebene etwa bei Themen Katastrophenschutz, Gesundheitsversorgung oder digitale Verwaltung ebenso entgegen wie die immer stärker anzutreffende Verwischung von Verantwortung im Bundesstaat. „An diesen Stellen muss man besonders wachsam sein und immer wieder die kommunale Fahne hochhalten", unterstrich Henneke, „denn Innovationen im Verwaltungsbereich, kraftvolle Aufgabenerfüllung und bürgernahe Dienstleistungen wird es immer nur mit und nicht gegen die Kommunen geben können". Er zeigte sich überzeugt, dass dies die Richtschnur der KGSt bleiben werde. **DK**



BVK Zusatzversorgung:

2020 trotz Corona krisenfest und leistungsstark

Im Oktober ist der Verwaltungsrat der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden – BVK Zusatzversorgung – nach einer knapp 24-monatigen „Präsenzpause" erstmals wieder zu einer Präsenzsitzung im H4 Messehotel in München-Riem zusammengetreten. Der Jahresabschluss für das Jahr 2020 wurde vom Verwaltungsrat zustimmend zur Kenntnis genommen, ebenso wie der dazugehörige Lagebericht und die Wirtschaftsplanung für das Jahr 2022. Der Verwaltungsrat erteilte der Geschäftsführung die Entlastung für das Geschäftsjahr 2020.

Dieses war auch bei der BVK Zusatzversorgung stark durch die Corona-Pandemie geprägt. Nahezu alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wechselten Mitte März 2020 – zu Beginn des bundesweiten Lockdowns – ins Homeoffice. Dass der Geschäftsbetrieb erfolgreich aufrechterhalten werde konnte, ist in erster Linie der Verdienst der Beschäftigten der BVK Zusatzversorgung. Zwar kam es durch den Lockdown zu Einschränkungen beim Außendienst und im Kundencenter, jedoch konnten weggefallene Präsenzkontakte durch die Nutzung neuer digitaler Kanäle und Online-Angebote sowie durch verstärkten Telefonservice gut aufgefangen werden.

Die von den Tarifvertragsparteien ermöglichte Kurzarbeit im öffentlichen Dienst zeigte so gut wie keine Auswirkungen auf die Umlage- und Beitragseinnahmen der Kasse: Sie stiegen um 62 Mio. Euro auf knapp 1,9 Mrd. Euro. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen, d.h. die Verzinsung unter Berücksichtigung sämtlicher ordentlicher und außerordentlicher Erträge und Aufwendungen, betrug 3,4 %, im Vorjahr waren dies 3,3 %.

Kapitalanlagen und Investitionen

Vor allem im ersten Halbjahr 2020 verursachte die Corona-Pandemie an den Finanzmärkten unerwartete und oftmals turbulente Entwicklungen. In dieser Situation kam es der BVK Zusatzversorgung zugute, dass ihre Kapitalanlagen unter dem Dach der Bayerischen Versorgungskammer professionell und weitsichtig gemanagt werden. Da zum Beispiel die Immobilienmärkte zeitweise nahezu zum Stillstand kamen, wurden Investitionsschwerpunkte kurzfristig verlagert. Die im Frühjahr stark gefallenen Börsenkurse wurden für Investitionen in Aktien genutzt, die sich als sehr lukrativ herausstellten. Insgesamt konnten Erträge aus Kapitalanlagen in Höhe von über 910 Mio. Euro erzielt werden. Über das gesamte Jahr wuchs der Bestand an Kapitalanlagen um rund 1,4 Mrd. Euro von rund 24,2 Mrd. Euro auf rund 25,5 Mrd. Euro. Das entspricht einem Anstieg von 5,5 %.

Bestandsentwicklung

Die Zahl der Mitglieder der BVK Zusatzversorgung erhöhte sich im Jahr 2020 um 27 auf 5.907. Die Einnahmen aus Umlagen und Beiträgen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 % und betrugen knapp 1,9 Mrd. Euro. Die Zahl der Rentenbezieher stieg um 3,8 % von 303.998 auf 315.594. Dieser demographisch bedingte Anstieg der Rentnerzahlen wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen und ist in der Ausgabenplanung berücksichtigt. Der leichte Einnahmenzuwachs von rund 62 Mio. Euro resultierte vor allem aus dem Anstieg der Versicherungsverhältnisse in der Pflichtversicherung um rund 40.000 oder 2,6 % auf nun 1.544.219. In der freiwilligen Versicherung (PlusPunktRente) wurden insgesamt 1.094 Neuabschlüsse erzielt – im Vergleich zu 1.074 Neuabschlüssen im Jahr 2019. Den Neuabschlüssen standen nahezu genauso viele neue Rentenfälle gegenüber. Bei der freiwilligen Versicherung (PlusPunktRente) stieg der Vertragsbestand geringfügig auf insgesamt 44.560 Verträge an.

Bei der Betreuung der Versicherten wird die BVK Zusatzversorgung zukünftig verstärkt auf ihr Versicherten-Portal setzen – sowohl bei der Pflichtversicherung als auch bei der freiwilligen Versicherung (PlusPunktRente). Die Basisentwicklung des Portals, das direkt im Internet erreichbar ist, wurde bereits Ende 2020 abgeschlossen. Seit Februar diesen Jahres können sich Versicherte für die Nutzung des Portals anmelden.

Mehr Kundenbindung durch Online-Versicherten-Portal

Das Portal ist als Informations- und Serviceplattform angelegt, die den Versicherten nicht nur einen aktuellen Überblick ihrer Altersvorsorge-Situation bietet, sondern zum Beispiel auch die Online-Erstellung eines maßgeschneiderten Angebots der PlusPunkt Rente ermöglicht. Zur Erläuterung des Portals wurde ein Kurzvideo produziert, das auf der Internetseite der BVK Zusatzversorgung und bei YouTube gestreamt werden kann. Die Funktionalitäten des Versicherten-Portals werden kontinuierlich erweitert. ❐

BayernLB:

Nachhaltige Ausrichtung auch im Immobiliengeschäft

Die BayernLB richtet sich im Rahmen ihrer Fokussierung zukunftsfähig aus und fördert durch geschäftspolitische Entscheidungen und langfristige Zielsetzungen auch in ihrem Wachstumssegment Immobilien ein aktives nachhaltiges Geschäftsmodell.

Die BayernLB übernimmt Verantwortung durch die Begleitung nachhaltiger Transformations- und Innovationsprozesse in der Realwirtschaft. In enger Zusammenarbeit mit Unternehmen aus der Immobilienbranche engagieren sich die BayernLB und ihre Immobilientöchter, um Transparenz mit Blick auf relevante Nachhaltigkeitskriterien und Steuerungsgrößen zu fördern und fest in den Transaktionsprozessen zu verankern. In Kooperation mit politischen Entscheidungsträgern, Branchenführern, Kunden, NGOs und weiteren Stakeholdern fördert die BayernLB den Übergang zu einer nachhaltigen und treibhausgasarmen Wirtschaft und unterstützt entsprechend geändertes Verhalten.

Ambitionierter Plan

„Mit Blick auf die Transformation unseres Kundenportfolios im Immobilienbereich haben wir uns einen Meilensteinplan für die kommenden Jahre vorgenommen. Wir werden unseren Portfolioanteil an ESG-konformen Finanzierungen gegenüber den Werten des Jahres 2020 bis 2024 deutlich erhöhen. Dies erreichen wir insbesondere durch Zugrundelegung konkreter Nachhaltigkeitsparameter in der Immobilienfinanzierung, die sich an der EU-Taxonomie orientieren. Gleichzeitig haben wir eine adäquate Risikosteuerung implementiert, mit dem Ziel eines gut diversifizierten und beherrschbaren ESG-Risikoprofils in unserem Immobilienkreditportfolio", erläutert Gero Bergmann, Vorstandsmitglied der BayernLB.

Die BayernLB präsentierte ihr Konzernnetzwerk auf der internationalen Gewerbeimmobilienmesse Expo Real unter dem Motto „360° RealEstate" in der Neuen Messe München. Das Produktangebot reichte von der Projektentwicklung und Bewertung über Mezzanine-Beteiligung bei Projektentwicklungen und der Finanzierung bis zu Facility-Management und Immobilien-Assetmanagement. Unter dem Label „360° RE" ist diese Immobilienkompetenz im BayernLB-Konzern gebündelt. So können die Kunden effizient in allen Belangen der Gewerbeimmobilie unterstützt und je nach Wunsch umfassend oder modular begleitet werden.

Standorte-Strategie

Ein besonderes Augenmerk legt die BayernLB auf die europäischen Immobilienmärkte, wo sie mit Niederlassungen in London, Paris und Mailand gut aufgestellt ist. Darüber hinaus ist die BayernLB auch im nordamerikanischen Markt aktiv und baut ihre Präsenz dort weiter aus. Die Immobilienstützpunkte im Inland in Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg und Berlin komplettieren die 4+4-Standorte-Strategie des Immobilienbereichs.

Auch die Ansprechpartner aus den Inlandsbüros standen auf der Expo Real wieder für Gespräche und zum Austausch über die Immobilienmärkte zur Verfügung. ❐

DSGV-Pressekonferenz:

„S-Mittelstands-Fitnessindex“

Die kleinen und mittelständischen Unternehmen in Deutschland haben die Corona-Krise bislang besser überstanden als von vielen erwartet. Das zeigt der S-Mittelstands-Fitnessindex, für den Experten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) die Jahresabschlüsse von rund 300.000 anonymisierten Unternehmensbilanzen von Firmenkunden der Sparkassen ausgewertet, das Firmenkreditgeschäft der Sparkassen untersucht und Firmenkundenberater in ganz Deutschland befragt haben.

Laut DSGV-Präsident Helmut Schleweis zeigt die Analyse der Bilanzen von Unternehmen mit bis 250 Millionen Euro Umsatz, dass die Umsätze der Mittelständler insgesamt nur um rund 3 Prozent, und die Gewinne um gut 5 Prozent zurückgingen. Es wurde weiter Eigenkapital aufgebaut. Rechnerisch geben die Eigenkapitalquoten durch die noch stärker steigenden Bilanzsummen allerdings etwas nach.

Hohe Flexibilität

93 Prozent der Unternehmen haben auch 2020 noch einen Gewinn erzielt. Trotzdem gab es in jeder Branche zum Teil harte Schicksale. Der Anteil der Unternehmen, die 2020 coronabedingt einen bilanziellen Verlust erlitten haben, beträgt im Durchschnitt knapp 7 Prozent. In den meisten Fällen reichten die Kapitalpuffer aus, um Verluste zu kompensieren. Bei nur 0,7 Prozent der Unternehmen überstiegen die Verluste das Eigenkapital und in rund der Hälfte dieser Fälle konnte durch Nachschüsse trotzdem ein positiver Eigenkapitalbestand erhalten werden. Wie Schleweis betonte, habe der deutsche Mittelstand, geprägt von der großen Wirtschaftskrise 2009, eine hohe Flexibilität entwickelt und eine starke finanzielle Robustheit erworben. Dies ziehe sich wie ein roter Faden durch die Ergebnisse der jährlichen Analysen. „Die insgesamt hohe Resilienz des deutschen Mittelstands ist somit bemerkenswert, aber – zumindest für uns – nicht überraschend“, so der Präsident.

Starkes Wachstum in allen Branchen erwartet

Unter der Annahme, dass es keinen weiteren Lockdown gibt, erwartet der DSGV für 2021 ein starkes Wachstum in allen Branchen. In einigen Branchen könne das Vorkrisenniveau in diesem Jahr aber noch nicht wieder erreicht werden. Das Gastgewerbe zum Beispiel werde mit rund 14 Prozent Umsatzwachstum in diesem Jahr nur einen relativ kleinen Teil seiner hohen Corona-Verluste wieder einspielen, während der Metall-, Maschinen- und Fahrzeugbau aufgrund der guten Exportlage und der wieder anziehenden heimischen Konjunktur deutliche Zuwachsraten verzeichnen kann. Hier spielten die intakten Wachstumstreiber und die technologische Spitzenposition der Unternehmen eine wesentliche Rolle. „Die Umsätze werden hier auch in den kommenden Jahren weiter wachsen“, prognostizierte Schleweis, „denn erstens ist das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht, und zweitens bedeutet der Umbau zu mehr Nachhaltigkeit kräftige Investitionen“.

IT- und Baubranche

In der IT-Branche werde die fortschreitende Digitalisierung weiterhin für stabiles Wachstum sorgen – getrieben zum Beispiel durch mehr Home-Office und durch den höheren Anteil von Software in industriellen Produkten und Anwendungen, unterstrich der DSGV-Chef. Die Baubranche bzw. der baunahe Handwerksbereich profitierten weiter von einer sehr guten Auftragslage. Allerdings behinderten aktuell die Materialknappheit und vor allem der Fachkräftemangel einen noch deutlicheren Umsatzanstieg.

Chemie- und Pharma-Unternehmen würden insbesondere von der Entwicklung im Bereich Gesundheit positiv beeinflusst. Pandemiebedingt werde vielerorts in neue Anwendungen investiert; dies bilde für die Branche die Grundlage für eine langfristig positive Entwicklung.

Rückschläge sind bei all diesen positiven Prognosen nicht auszuschließen, erklärte Schleweis. Zu den Risikofaktoren, die die Erholung zum Teil ausbremsen können, zählten die Knappheit an spezifischen Vorprodukten (Holz in der Baubranche und Chips für den Automobilbau), langwierige Genehmigungsverfahren und bürokratische Hemmnisse, sowie die Unsicherheit zum Fortgang der Pandemie und zur Wirksamkeit der Impfkampagnen.

Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschaft als Mammutaufgabe

„Wenn die Pandemie überwunden ist, steht mit dem Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschaft die nächste Mammutaufgabe an. Der Umbau zu mehr Nachhaltigkeit ist wahrscheinlich das größte Investitionsprogramm dieser Dekade“, fuhr der Präsident fort.

Firmenkunden der Sparkassen sehen diese Transformation überwiegend als Chance und ergreifen bereits konkrete Maßnahmen. Umfragen unter den Firmenkundenexperten der 371 Sparkassen belegen: Laut zwei Drittel der Befragten sehen ihre Firmenkunden den Wandel hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaft eher als Chance, nur für rund 20 Prozent überwiegen die Risiken. Mehr als die Hälfte der befragten Experten berichtet, ihre Firmenkunden hätten bereits konkrete Maßnahmen ergriffen, zum Beispiel Investitionen in CO2-effiziente Produktionstechnologien. Ein weiteres Drittel der Experten weiß von Plänen ihrer Kunden für mehr Nachhaltigkeit, die demnächst umgesetzt werden sollen.

„Überall in Deutschland begleiten Sparkassen ihre Firmenkunden auf dem Weg Richtung Nachhaltigkeit. Es geht jetzt darum, vor Ort alle auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit zu unterstützen und die nötigen Investitionen zu finanzieren. Dafür stehen die Sparkassen bereit. Es kann und darf dabei aber nicht darum gehen, die guten von den anderen Unternehmen zu unterscheiden“, erklärte Schleweis.

Sparkassen-ESG-Score

Für die Beurteilung, wie nachhaltig Firmenkunden sind, stehe Sparkassen mit dem Sparkassen-ESG-Score ein zuverlässiges Modell zur Verfügung, das die durchschnittliche Betroffenheit einer Branche von Nachhaltigkeitsaspekten misst. Neben Treibhausgasemissionen gingen auch Aspekte wie angemessene Entlohnung und faire Bedingungen am Arbeitsplatz mit ein. Demnach weisen aktuell rund 20 Prozent der Branchen im Durchschnitt erhöhte bzw. hohe Nachhaltigkeitsrisiken auf.

„Kredite in Branchen mit erhöhten und hohen Nachhaltigkeitsrisiken erfordern in Zukunft eine besondere Begründung. Bei der Einschätzung von ökologischer, sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit zahlt sich die Nähe der Sparkassen zu ihren Kunden besonders aus. Nur mit einem tiefen Verständnis des Geschäftsmodells eines Unternehmens lassen sich Entwicklungspotenziale erkennen und Nachhaltigkeitsrisiken treffsicher beurteilen“, hob Schleweis hervor. **DK**

Stadtsparkasse Augsburg pflanzt Zukunft

Auf einer Fläche von rund 7.300 qm in der Gemarkung Inningen werden über 2.000 Baumsetzlinge gepflanzt. Der neue klimaresiliente Wald wird das klimarelevante Kohlendioxid binden und unterstützt so das Ziel der Stadtsparkasse bis 2030 klimaneutral zu werden. In den nächsten Jahren sollen weitere Baumpflanzungen auf verfügbaren Flächen stattfinden.

Oberbürgermeisterin Eva Weber äußert sich hocherfreut: „Eine wertvolle Investition in und für die Zukunft unserer Stadt. Meine Hoffnung ist, dass diese wegweisende Aktion der Stadtsparkasse Augsburg den Beginn für weitere Unternehmen oder auch Privatleute markiert, ebenfalls Projekte zu unterstützen, die dem Erhalt unserer heimischen Wälder und unserer Umwelt dienen.“

„Die Stadtsparkasse Augsburg ist seit 1822 in der Region und für die Region tätig. Hier gestalten wir die Zukunft mit und nehmen Verantwortung wahr. Das Aufforstungsprojekt ist einer unserer Beiträge zum Umwelt- und Klimaschutz, um die Schäden des Baumsterbens einzudämmen und kommt letztendlich allen, der gesamten Gesellschaft, zugute“, so Vorstandsvorsitzender Rolf Settelmeier. Ihm liegt die Aufforstung auch persönlich am Herzen: „Ich bewege mich gerne in der Natur, sie ist für mich Heimat. Wälder sind von unschätzbarem Wert, gleichzeitig sind sie zunehmend diversen Bedrohungen ausgesetzt. Mehrere Trockenjahre in Folge und der dadurch begünstigte Borkenkäferbefall stellen nur zwei der Probleme dar, denen der Wald ausgesetzt ist.“



Rolf Settelmeier, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Augsburg, und Oberbürgermeisterin Eva Weber. Bild: Hanna Heckemann, sska

Pflanzung und Hintergrund

Die Bepflanzung erfolgt in Zusammenarbeit mit der Forstverwaltung der Stadt Augsburg im Frühjahr 2022. Geplant ist ein Laubmischwald, der auch längere Trockenperioden und höhere Temperaturen aushält. Die Setzlinge stammen aus heimischen, gesicherten Herkünften. Finanzreferent Roland Barth und Forstamtsleiter Jürgen Kircher betonen in diesem Zusammenhang die vielfältigen Waldfunktionen wie Bodenschutz, Grundwasserschutz, Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Erholung und CO2-Bindung in Form von Holz. Hinzu kommt, dass Holz einer der wichtigsten nachwachsenden Rohstoffe ist, der ökologisch erzeugt wird und viele positive Folgewirkungen in sich birgt. Voraussetzung ist eine naturnahe, nachhaltige Forstwirtschaft, die im Augsburger Stadtwald gelebt wird.

Fachgutachten

Das Aufforstungsprojekt füllt die gemeinsam von Finanzreferat und Umweltreferat auf den Weg gebrachte Beschlussvorlage „Lokale Ausgleichsmaßnahmen als Teil der Augsburger Klimaschutzstrategie“ weiter mit Inhalten. Dieses vom Augsburger Stadtrat im Mai einstimmig verabschiedete Vorgehen legt u. a. fest, dass die Stadtverwaltung ein System zum lokalen CO2-Ausgleich entwickeln soll. „Das heißt speziell für dieses Projekt, dass für den neuen Wald genau ermittelt wird, welche CO2-Bindewirkung er hat. Es wird also ein Fachgutachten erstellt, das abschließend auch zertifiziert wird“, so Umweltreferent Reiner Erben. ❐

Bezirk Niederbayern:

Erhebliche Mehrkosten für Landkreise befürchtet

Der Bezirk Niederbayern befürchtet erhebliche Mehrkosten bei der Finanzierung von dringend notwendigen Werkstattplätzen für Menschen mit Behinderung, weil sich der Freistaat Bayern sukzessive aus den Zuschüssen zurückzieht – und der Bezirk dies ausgleichen müsste. Der Sozialausschuss des Bezirkstags war sich deshalb einig, dass es bei dieser Frage ein bayernweit einheitliches Vorgehen braucht. Der Bezirk Niederbayern will diese „Angelegenheit von grundsätzlicher Bedeutung für alle bayerischen Bezirke“ deshalb dem Bayerischen Bezirketag sowie beim Zentrum Bayern Familie Soziales vortragen.

Im Kern geht es darum, dass das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales einen Antragsstopp für neue, ab 1.12.2020 zur Prüfung vorgelegte Werkstattprojekte beschlossen hat. Nicht gelöst ist allerdings die Frage, wie auf Seiten der bayerischen Bezirke mit nach dem 1.12.2020 neu anfallenden, dringenden Baumaßnahmen im WfbM-Bereich zu verfahren ist, zumal noch kein Zeitpunkt für eine Befristung des Antragsstopps bekannt ist.

Konkret heißt das für die Bezirke, dass sie die fehlenden Zuschüsse des Freistaats bei den davon betroffenen unaufschiebbaren Baumaßnahmen ohne staatliche Förderung vollständig über die Investitionskosten finanzieren müssten. Diese Verschiebungen vom Freistaat hin zum Bezirk belasten langfristig die Landkreise als Umlagenzahler erheblich.

„Sollte der Freistaat seine Förderung nicht beibehalten und zeitnah auszahlen, führt dies in den nächsten Jahren zu massiven Erhöhungen der Bezirksumlagen“, betont Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, der kritisiert, dass damit in Zukunft auf die gesamte kommunale Familie große finanzielle Mehrbelastungen zukämen. ❐



70 Jahre LfA Förderbank Bayern

430.000 Darlehen an Unternehmen und Kommunen zugesagt
Dr. Bernhard Schwab folgt Dr. Otto Beierl als Vorstandsvorsitzender

Die LfA Förderbank Bayern wird in diesem Jahr 70 Jahre alt und begeht das runde Jubiläum mit einer eindrucksvollen Erfolgsbilanz: Seit der Geschäftsaufnahme im Jahr 1951 hat die staatliche Förderbank den Mittelstand und die Kommunen in Bayern mit mehr als 430.000 zugesagten Darlehen und einem Fördervolumen von rund 82 Milliarden Euro unterstützt.

Die Anfänge der LfA standen im Zeichen des Wiederaufbaus Bayerns. Zunächst als Flüchtlingsbank und schon bald als Finanzierungspartner für den gesamten Mittelstand sorgt die LfA seither für Chancengleichheit auf der Finanzierungsseite. Mittlerweile unterstützt die Spezialbank jährlich im Schnitt rund 5.000 kleine und mittlere Unternehmen sowie Gründer mit Krediten, Risikoübernahmen und Eigenkapitalangeboten. Zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Bayern finanziert die LfA zudem auch Infrastrukturvorhaben. Im Corona-bedingten Ausnahmejahr 2020 profitierten sogar mehr als 11.200 Unternehmen und Kommunen von den Finanzierungshilfen der LfA.

Amtseinführung und Verabschiedung

In der Feierstunde wurde zudem Dr. Bernhard Schwab, seit 1. September neuer Vorstandsvorsitzender der LfA, in sein Amt eingeführt. Gleichzeitig wurde der langjährige Bankchef Dr. Otto Beierl (65) offiziell in seinen Ruhestand verabschiedet.

Bayerische Erfolgsgeschichte

„70 Jahre LfA sind auch sieben Jahrzehnte bayerische Wirtschafts- und Erfolgsgeschichte. Mit ihrem umfassenden und passgenauen Förderangebot ist sie ein wichtiger Partner für bayerische Gründer, mittelständische Unternehmen und die Kommunen. Die LfA hat den Wandel Bayerns zum modernen Innovations- und Hightech-Standort wesentlich mitvorangetrieben und ist heute eine der tragenden Säulen der bayerischen Wirtschaftspolitik“, betonte Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger anlässlich des Jubiläums.

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker hob hervor: „Die LfA ist ein Traditionsinstitut und prägt seit 70 Jahren Bayerns wirtschaftliche Entwicklung entscheidend mit. Das Spezialkreditinstitut ist für die Wirtschaftsförderung in Bayern unverzichtbar. Die LfA bietet für viele bayerische Unternehmen nicht nur einen enorm wichtigen Rückhalt, sondern leistet mit ihrer Unterstützung bei Existenzgründungen und innovativen Investitionsvorhaben einen wertvollen Beitrag für Bayerns Zukunft. Der Freistaat kann auch künftig auf seine schlagkräftige Förderbank zählen.“

Gleichzeitig gratulierten die Minister dem neuen Vorstandsvorsitzenden. „Dank seines reichen und vielseitigen Erfahrungsschatzes ist die Leitung der LfA bei Dr. Bernhard Schwab weiterhin in guten Händen. Für die verantwortungsvolle und wichtige Tätigkeit als Vorstandsvorsitzender wünsche ich ihm alles Gute und viel Erfolg!“, so Füracker.

Strategisch wichtige Rolle

Dazu Aiwanger: „Die Bestellung von Dr. Bernhard Schwab ist eine gute Entscheidung für die LfA und die gesamte bayerische Wirtschaft. Inmitten der digitalen und ökologischen Transformation ist unsere staatliche Förderbank für die heimischen Betriebe und Kommunen der Garant, wenn es um nachhaltige Finanzierungshilfen geht. Mit Dr. Bernhard Schwab an der Spitze wird die LfA diese strategisch wichtige Rolle auch in Zukunft mit großem Erfolg ausüben.“

Schwab übernimmt das Ruder in Zeiten einer weiterhin hohen Nachfrage nach den Finanzierungshilfen der LfA. Die Förderbank hat die bayerischen Betriebe allein von Anfang Januar bis Ende August 2021 mit Darlehen in Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro unterstützt. Diese investierten damit trotz Pandemie etwa in Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz ihrer Betriebe sowie verstärkt auch in innovative Technologien und Digitalisierung. Insgesamt rund 4.000 mittelständische Unternehmen und Kommunen profitierten in den ersten acht Monaten des Jahres vom Angebot der LfA.

Bedeutende Akzente

Dem scheidenden Vorsitzenden Dr. Otto Beierl dankte Finanzminister Füracker für seine langjährige Tätigkeit im Dienste des Freistaats Bayern: „Otto Beierl hat auf herausgehobenen Positionen für den Freistaat immer hervorragende Arbeit geleistet. Das gilt für seine Tätigkeit im Finanzministerium ebenso wie an der Spitze der LfA, wo er bedeutende Akzente für die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung Bayerns gesetzt hat.“

Auch der LfA-Verwaltungsratsvorsitzende, Wirtschaftsminister Aiwanger dankte Dr. Otto Beierl „für seine außerordentlichen Verdienste um die Bank und die Förderung des Wirtschaftsstandorts Bayern. In seinen mehr als 13 Jahren im Vorstand, davon fast 10 Jahre als Vorstandsvorsitzender, hat sich die LfA zu einem modernen und kundenorientierten Finanzdienstleister entwickelt. Sowohl in konjunkturell guten als auch in stürmischen Zeiten konnte sich der Freistaat immer auf die LfA als kerngesunde, leistungsfähige und flexible Förderbank verlassen – eine Leistung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch ein besonderer Verdienst von Otto Beierl“. ❐



V. l. Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker, langjähriger Vorstandsvorsitzender Dr. Otto Beierl, LfA-Vorstandschef Dr. Bernhard Schwab und Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert.
Bild: Stefan Heigl

Elektrisch über den Bauhof

Treffen des Kommunalen Energieeffizienz-Netzwerks

76 untersuchte kommunale Liegenschaften in 14 Gemeinden und über 1.800 Seiten an Berichten und Maßnahmenempfehlungen: Das erste Jahr des Kommunalen Energieeffizienz-Netzwerks Ebersberg-München war gekennzeichnet von einer ausführlichen Bestandsaufnahme. „Diese Phase ist abgeschlossen. Jetzt geht es an die Umsetzung“, sagte Prof. Dr. Dominikus Bücker vom Institut für nachhaltige Energieversorgung GmbH (INEV) beim Netzwerktreffen in Kirchseeon – dem ersten in Präsenz seit der Gründung des Netzwerks im Oktober 2020.

Gemeinsam mit der Energieagentur Ebersberg-München wird das Rosenheimer Institut die Kommunen auf ihrem weiteren Weg begleiten – und damit ein gewaltiges Potenzial nutzen, wie Dr. Willie Stiehler, Geschäftsführer der Energieagentur, erklärte: „Die Gemeinden haben sich zum Ziel gesetzt, mit den geplanten Maßnahmen insgesamt 4.990 MWh pro Jahr Primärenergie einzusparen. Das entspricht einer jährlichen Einsparung von 1.331 Tonnen CO_2. Das hilft der Umwelt, entlastet nachhaltig die kommunalen Haushalte und ist zugleich ein Vorbild für die Bürgerinnen und Bürger. Denn die Kommunen beweisen damit, dass Energieeffizienz und effektiver Klimaschutz auch bei Bestandsbauten möglich sind.“

Das Netzwerktreffen zum Ende des ersten Jahres stand zwar auch im Zeichen einer Zwischenbilanz, den weitaus größeren Teil nahm jedoch der Blick auf das weitere Energiewendepotenzial in den Gemeinden ein. Konkret ging es bei diesem Treffen um das Thema Elektromobilität. Den Auftakt machte Dr. Guido Weißmann von Bayern Innovativ. In seinem Fachvortrag entzauberte er zunächst ein paar der klassischen Mythen und Vorurteile rund um elektrische Antriebe und bot dann einen Überblick über die derzeitigen Fördermöglichkeiten, mit denen die Verkehrswende in den Kommunen erleichtert werden kann.

Kommunaler Fuhrpark und Ladeinfrastruktur

Im Anschluss berichtete zunächst Johanna Schmidt, Klimaschutzmanagerin aus Grasbrunn, über die Neuerungen im kommunalen Fuhrpark und den Ausbau der Ladeinfrastruktur in ihrer Gemeinde. Auf ihren Bericht folgte Zornedings Klimaschutzmanagerin Elisabeth Buchmann, die das neue Förderprogramm der Gemeinde zum Ausbau der Ladeinfrastruktur in Tiefgaragen und auf Garagenhöfen vorstellte.

Mit Beginn der Mittagspause verlagerte sich das Geschehen auf den Bereich außen vor der Turnhalle des ATSV Kirchseeon, wo eine kleine Ausstellung von elektrisch betriebenen Fahrzeugen und Gerätschaften für den Alltagsbetrieb der Bauhöfe auf die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen wartete. Denn klar ist, das machte auch Hans Urban, zweiter Referent des Treffens, in seinem Vortrag sehr deutlich: Auch an den kommunalen Bauhöfen werden Verkehrs- und Energiewende nicht vorbeigehen. Damit der Übergang ohne größere Reibungen funktioniert, wünschte sich Urban eine größtmögliche Flexibilität bei den Kommunen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Nicht jedes Spezialfahrzeug ließe sich durch ein Elektrofahrzeug ersetzen und auch in der Zukunft würden mit Kraftstoff betriebene Fahrzeuge in manchen Bereichen notwendig bleiben, wenn auch dann betrieben durch synthetische statt mittels fossiler Treibstoffe. Für einen Großteil der Aufgaben auf Bauhöfen oder in der kommunalen Grünpflege können aber bereits heute geeignete Elektrofahrzeuge angeschafft und genutzt werden. Das sei ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, da er den Einsatz von Verbrennern auf die absolut notwendigen Arbeiten reduziere, so Urban.

Dass dies nicht der einzige Vorteil elektrischer Fahrzeuge und Geräte auf dem Bauhof ist, davon konnten sich die Anwesenden anschließend selbst überzeugen – unter anderem bei einer Testfahrt mit einem Hoflader. Geräuscharm und ohne störende Vibrationen zeigte das batteriebetriebene Gefährt, dass die Zukunft der Mobilität vor allem auch mehr Komfort für Nutzerinnen und Nutzer bedeutet.

Das nächste Netzwerktreffen findet im Dezember statt. Welches Thema dort beleuchtet wird, ist noch offen und wird von den Kommunen entschieden. ❐

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

»Smart City Werkstatt« Bayern – Israel
Abschlussveranstaltung

Am 11. November 2021 stellen bayerische und israelische Studierende die Ergebnisse ihrer Workshops zur Gestaltung und Erreichbarkeit attraktiver Ortsmittelpunkte für die Gemeinden Neu-Ulm, Fuchstal und Spiegelau vor. Zudem präsentieren sich »Smart City Start-ups«. Michael Leidl [Arc Architekten] spricht eine Keynote.

[Weitere Infos] www.bayern-international.de/newsroom
[Ort] Munich Urban Colab | München oder im Livestream
[Zeit] 11. November 2021 | 9.00–11.30 Uhr
[Anmeldung] florian.obermayer@stmwi.bayern.de

Melden Sie sich jetzt an!

Hanns Seidel Stiftung · internationaler jugendaustausch bayern · stiftung deutsch-israelisches zukunftsforum עתיד zukunft · ISRAEL General-konsulat des Staates Israel

Erste intelligente Zähler in Velburg installiert

Der wettbewerbliche Messstellenbetrieb beim Bayernwerk nimmt weiter an Fahrt auf: Nach dem Vertragsabschluss über den „Metering.Service“ wurde im oberpfälzischen Velburg die Installation von 60 neuen intelligenten Strommesssystemen abgeschlossen. Mit deren Hilfe können von nun an die Energieflüsse in nahezu allen kommunalen Liegenschaften und Anlagen der flächenmäßig mit größten Gemeinde Bayerns visualisiert werden.

Ob Schule, Feuerwehrhaus oder Bauhof, aber auch Pumpstationen für die Wasserver- und -entsorgung: Fast in Echtzeit, nämlich für jede Viertelstunde, wird der Stromverbrauch mit den neuen Messgeräten aufgezeichnet und im EnergiePortal des Bayernwerks übersichtlich dargestellt. Transparenz sowie intuitive Analysefunktionen werden dadurch die Basis für unterschiedliche Maßnahmen zur Effizienzsteigerung. So lassen sich Energieeinsparziele systematisch setzen und deutlich besser erreichen. Nicht zu vergessen: Die Fernauslesung über eine hochsichere Kommunikationseinheit, das sogenannte Smart Meter Gateway, senkt in der Stadt Velburg mit seinen 53 Gemeindeteilen den Verwaltungsaufwand für die bisher manuell durchgeführten Ablesungen vor Ort.

Innovativer Schritt

Der Bürgermeister der Stadt, Christian Schmid, zeigte sich erfreut, diesen innovativen und digitalen Schritt zusammen mit dem Bayernwerk gehen zu können. „Neben der Visualisierung der Stromverbräuche hilft uns vor allem auch die stichtagsbezogene Zählerfernauslesung weiter. Unsere Energiekosten haben wir so jederzeit im Blick“, so der Bürgermeister. Die Stadt kann laut Andre Queissner, Mitarbeiter im städtischen Bauamt und Ansprechpartner für die neue Technik, somit die Ressourcen und Kollegen für die vormals manuelle Vorort-Ablesung nun für andere wichtige Aufgaben einplanen. Zusätzlich können nun überdurchschnittliche Stromlasten in den städtischen Einrichtungen frühzeitig erkannt, abgestellt und somit CO_2-Emmissionen verringert werden.

„Wir sind froh, dass wir mit Velburg einen weiteren kommunalen Partner für dieses Zukunftsthema und eine umfängliche Umrüstung – auch von kleineren Liegenschaften – gewinnen konnten. Echte Kundenerfahrungen sind essenziell, um unsere Produkte laufend zu verbessern. Im nächsten Schritt möchten wir zusammen mit der Stadt unseren „EnergieWächter“ weiter entwickeln. Dieser auf künstlicher Intelligenz basierende Zusatzservice löst bei auffallendem Verbrauchsverhalten eine automatische Alarmfunktion aus. Das soll helfen, technische Defekte frühzeitig zu erkennen und Kosten zu minimieren,“ freut sich der Produktverantwortliche Tobias Stahl von der Bayernwerk AG auf die Zusammenarbeit. Neben der Stadt Velburg haben sich bereits weitere bayerische Kommunen für eine frühzeitige und ganzheitliche Umrüstung auf die neuen Zähler entschieden, unter anderem die Kommunen Luhe-Wildenau (Oberpfalz), Eurasburg (Oberbayern) oder Großostheim (Unterfranken).

Intelligente Messsysteme (Smart Meter) sind zentraler Bestandteil und Schlüssel einer zukunftsfähigen Infrastruktur in der Energiewirtschaft. Deshalb verpflichtet der Gesetzgeber Stromkunden mit einem jährlichen Verbrauch von mehr als 6.000 kWh sowie künftig auch Betreiber von Erzeugungsanlagen über 7 kW installierter Leistung nach und nach, diese zertifizierten intelligenten Messsysteme zu nutzen. Ziel ist es, die Energiewende nicht nur erneuerbar und dezentral, sondern auch digital zu gestalten. Denn die smarten Zähler sind in Zukunft elementar für stabile Netze und bringen den Verbrauchern intelligent gesteuerten Strom, den sie z.B. für Wärmepumpen, Elektroautos oder Batteriespeicher flexibel und effizienter nutzen können als in der Vergangenheit. ❐



Smarter Überblick über den Energieverbrauch: Mit 60 intelligenten Zählern geht Velburg weiter in Richtung Energiezukunft. Für Bürgermeister Christian Schmid (Mitte), Dr. Roland Hofer (l.) und Tobias Stahl (r.) vom Bayernwerk ein Grund zur Freunde.
Bild: Michael Bartels / Bayernwerk

Naturstrom AG übernimmt Gemeindewerk-Kunden

Die Gemeindewerke Hemhofen stellen zum Jahresende ihren Stromvertrieb ein und übergeben ihre rund 2.300 Kundinnen und Kunden an die Naturstrom AG. Der Ökoenergieversorger wird die Kunden über seine Submarke NATURSTROM vor Ort mit Ökostrom beliefern, der größtenteils aus einem Solarpark in der Region stammt. Die Gemeinde und NATURSTROM haben eine weitergehende Zusammenarbeit vereinbart, unter anderem wird ein Energiebeirat eingerichtet.

Unabhängige Gemeindewerke und kleine Stadtwerke sehen sich mehr und mehr komplexen energiewirtschaftlichen Herausforderungen gegenüber. Es sind vor allem immer neuen regulatorische Auflagen, die kleinen Energieanbietern das Leben schwer machen. In letzter Zeit kommen rapide steigende Energiepreise als Belastung hinzu. Die Gemeinde Hemhofen hat deshalb beschlossen, ihr Geschäft einzustellen. In einem Ausschreibungsverfahren hat sich für die zukünftige Stromlieferung in Hemhofen die NATURSTROM AG durchgesetzt.

„Wenn Gemeindewerke ihr Endkundengeschäft oder auch andere energiewirtschaftliche Aufgaben abgeben wollen, kann ein engagierter Partner auf Augenhöhe zumeist individuellere Lösungen anbieten als der weit entfernte Großkonzern“, so der NATURSTROM-Vorstandsvorsitzende Dr. Thomas E. Banning. „Wie in Hemhofen sind wir gerne bereit, kleinere kommunale Akteure zu unterstützen, Geschäftsaktivitäten als Joint Venture weiterzuführen oder auch zu übernehmen. Das gilt nicht nur für den Stromvertrieb und die Ökostrom-Erzeugung, sondern auch für die Wärmeversorgung und Elektromobilitätsangebote.“ In einer Vielzahl von Projekten hat NATURSTROM bereits gezeigt, wie eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Kommunen aussehen kann.

Immer geht es NATURSTROM auch darum, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die dezentrale Energiewende vor Ort voranzubringen. So wie in Hemhofen: Mit jeder Kilowattstunde Strom, die die Kundinnen und Kunden verbrauchen, fließt ein fester Förderbetrag in Energiewende- und Nachhaltigkeitsprojekte vor Ort. Über die Einführung eines Energiebeirates können künftig Vertreter der Gemeindeverwaltung und des Gemeinderates sowie Bürgerinnen und Bürger zusammen mit NATURSTROM aktiv die Energiewende im Ort mitgestalten.

„Wir haben mit NATURSTROM einen Partner gefunden, der unsere Kundinnen und Kunden weiterhin zuverlässig zu einem fairen Preis beliefert, und das trotz der aktuell enorm steigenden Energiepreise“, kommentiert Ludwig Nagel, Erster Bürgermeister der Gemeinde Hemhofen. „Wir freuen uns, dass wir in dieser langfristig angestrebten Zusammenarbeit über den Energiebeirat gemeinsam noch weitere Ideen zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger, der Gemeinde und der Umwelt entwickeln und umsetzen können.“ ❐



V.l: Michael Amerer (Vorstand Donaukraftwerk Jochenstein AG), Landrat Raimund Kneidinger (Passau) und Andreas Auer (Werksgruppenleiter Grenzkraftwerke GmbH). ❐

E-Tankstelle beim Donaukraftwerk Jochenstein:

Offizielle Inbetriebnahme

VERBUND, Bayerns führendes Wasserkraftunternehmen mit 22 leistungsstarken Wasserkraftwerken an Inn und Donau, hat eine Ladestation für Elektroautos beim Donaukraftwerk Jochenstein offiziell in Betrieb genommen.

Gemeinsam schalteten der Passauer Landrat Raimund Kneidinger, Untergriesbachs Erster Bürgermeister Hermann Duschl sowie der Geschäftsführer der VERBUND Hydro Power GmbH, Michael Amerer und der neue Jochensteiner Kraftwerkschef Andreas Auer die neue Ladestation ein. Weitere E-Tankstellen an den bayerischen VERBUND-Wasserkraftwerken sind geplant. Die Energie für die klimafreundliche Elektromobilität stammt zu 100 Prozent aus klimafreundlichem Wasserkraftstrom.

In Anwesenheit von Landrat Kneidinger, Rathauschef Duschl und Christina Schmidt vom Haus am Strom betankte Michael Amerer, der auch Vorstand der Donaukraftwerk Jochenstein AG ist, erstmals ein E-Auto an der neuen Ladesäule. Das Donaukraftwerk Jochenstein und die Umweltstation Haus am Strom entwickeln sich mit der neuen Lademöglichkeit für Elektro- und Hybrid-Autos zu einem regenerativen E-Mobilitätszentrum. Schließlich befindet sich hier seit 2011 auch eine öffentlich zugängliche Aufladeмöglichkeit für E-Bike-Radwanderer.

„Wir brauchen nicht nur die optimale Technik zum Fahren. Wir brauchen auch die optimale Infrastruktur dafür. Erst die Kombination macht E-Mobilität attraktiv“, betonte Passaus Landrat Roman Kneidinger, der auch Geschäftsführer des Hauses am Strom ist. Mit der Ladesäule am Donaukraftwerk Jochenstein sei dies mit großer Signalwirkung umgesetzt, und: „Wo sieht man schon so unmittelbar, wo der Strom herkommt, den man tankt!“, so der Landrat. ❐

Bundesnetzagentur:

Innovationsausschreibungs-Verordnung vorgelegt

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger begrüßt die Aufnahme der „besonderen Solaranlagen“, der Agri-Photovoltaik (Agri-PV), Floating-Photovoltaik und der Solaranlagen auf Parkplatzflächen im Rahmen der Innovationsausschreibungen des Erneuerbaren Energien Gesetzes 2021 (EEG). Bayern hatte diese Möglichkeiten gefordert. Die Anforderungen an besondere Solaranlagen nach der Innovationsausschreibungsverordnung waren von der Bundesnetzagentur fristgerecht vorgelegt worden.

Mit der Verordnung liegt nun eine genaue Definition des Anlagenkonzepts „Agri-PV“ vor: Die Einhaltung des Standes der Technika gilt insbesondere als erbracht, wenn die Solaranlagen und der Nutzpflanzenanbau bzw. der Anbau von Dauerkulturen oder mehrjährigen Kulturen auf den Flächen über die gesamte Förderdauer die Anforderungen der DIN SPEC 91434:2021-05 erfüllen. Diese DIN-SPEC klassifiziert verschiedene Anlagentypen und legt Kriterien und Anforderungen für die landwirtschaftliche Hauptnutzung, insbesondere bezüglich des Flächenverlustes und der Flächennutzungseffizienz, fest. Ziel ist es, den Eingriff in die landwirtschaftliche Nutzung zu minimieren und eine sogenannte Pseudo-Landwirtschaft auszuschließen.

Die von Bayern geforderte Erhöhung des Ausschreibungsvolumens von 50 auf 150 Megawatt (MW) wurde vom Deutschen Bundestag beschlossen. Die beihilferechtliche Genehmigung der Gesetzesänderung durch die Europäischen Kommission steht jedoch noch aus.

Aiwanger fordert zusätzlich vom Bund, die nicht ausreichenden Rahmenbedingungen nachzubessern, die durch das EEG 2021 in Verbindung mit der Innovationsausschreibungsverordnung für die besonderen Solaranlagen festgelegt wurden: „Dringend erforderlich ist eine Erhöhung der zulässigen Anlagengröße von zwei Megawatt. Schließlich sollen Kostenvorteile schneller und besser erschlossen werden können. Die bisher zulässige Anlagengröße erscheint hierfür zu gering.“ Weiter plädiert Aiwanger für eine Verstetigung der speziellen Gebotstermine für besondere Solaranlagen über 2022 hinaus und für die Festlegung von mindestens zwei Ausschreibungsterminen jährlich, um mehr Planungssicherheit für die Bieter zu gewähren.

„Die Vorteile von Agri-Photovoltaik gegenüber herkömmlichen PV-Freiflächenanlagen liegen klar auf der Hand. Ungenutzte Gewässer ohne Nutzungskonflikte und versiegelte Flächen könnten für die Gewinnung von erneuerbaren Energien genutzt werden. Die Agri-PV kann die Konkurrenzsituation zwischen Land- und Energiewirtschaft entzerren und der Erhöhung der Pachtpreise entgegenwirken. Die Agri-PV bietet Landwirten eine zusätzliche Einkommensquelle und kann an passender Stelle eine sinnvolle Option sein.“ ❐



v.l.: Dr. Axel Berg, Wasserkraftwerke Baden-Württemberg e.V, Dr. Michael Losch, Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, Wien, Angelika Pehab, Moderation, Dipl. Ing. Herfried Harreiter, VERBUND AG, Detlef Fischer, Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (VBEW), Dirk Hendricks, European Renewable Energy Federation (EREF).

Alle Bilder: MZS / Philipp Habring

Advertorial







Europas Branchentreffpunkt der Wasserkraft

Vom 25. bis 26. November steht das Messezentrum Salzburg wieder ganz im Zeichen der regenerativen Energiequelle Wasser. Die Fachmesse für Wasserkraft Renexpo Interhydro und der begleitende Kongress vernetzen die verschiedensten Branchenvertreter und Entscheidungsträger aus Politik, Bau- und Ingenieurswesen.

Innovativ, ökologisch, nachhaltig

Dafür steht die Renexpo Interhydro. Experten aus ganz Europa versammeln sich in Salzburg und nutzen die Fachmesse für Wasserkraft als Plattform für Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch.

Rund 80 Aussteller und das facheinschlägige Bühnen- und Kongressprogramm bieten den Besuchern zwei Tage lang kompaktes Know-how aus erster Hand. Die Messe zeigt, welchen Beitrag Wasserkraft zu einer sicheren, nachhaltigen, bezahlbaren und klimaneutralen Energieversorgung leistet.



Erfrischendes Bühnenprogramm

Selbstverständlich ist auch auf der Bühne das Wasser der Hauptdarsteller.

Im sogenannten Hydro-Forum finden spannende Fachvorträge und Podiumsdiskussionen statt. Bereits die Eröffnung durch Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Eleonore Gewessler BA, verspricht ein sofortiges Eintauchen ins Thema Wasserkraft und baut die erste Brücke zwischen Gesetzgeber und gelebter Praxis. Als nächstes sticht auf der Agenda wohl Herbert Saurugg, internationaler Blackout- und Krisenvorsorgeexperte, ins Auge, der mit einem Impulsvortrag und im anschließenden Energietalk mögliche Szenarien skizziert.

Mit dem Fallbeispiel Schachtkraftwerk Großweil wird eine der neuesten technischen Entwicklungen im Bereich der Wasserkraft präsentiert: Eine Flut an Know-how ist gewiss!

Kongress mit Tiefgang

Auch ein Blick auf das Kongressprogramm lohnt. Für noch mehr Insiderwissen und Expertenrat! An den zwei Tagen stehen drei Kernbereiche im Fokus. Der Donnerstag, 25. November, widmet sich dem Thema „Wasserkraft & Sedimente“, während am Freitag, 26. November, bei „Wasserkraft & Speicher“ sowie „Gewässerökologie“ Ideen ausgetauscht und innovative Lösungen diskutiert werden.

Wasserkraft, die Wissen schafft

Zweifelsohne ist die Renexpo Interhydro als Fachmesse für Wasserkraft europaweit unerreichbar was die Dichte und Qualität an Praxisbezug betrifft. Die internationale Ausrichtung des Messeformats, sowie seinen vernetzender Charakter, schätzen Experten und Branchenkenner über die Grenzen Österreichs hinaus. Denn auch nur der gemeinsame Gedanke und ein verbindendes Miteinander können zu einer nachhaltigen Zukunft Europas beitragen.

www.renexpo-interhydro.eu ❐

RENEXPO INTERHYDRO

erdgas schwaben Gruppe in Offingen:

Nachhaltige Quartiersentwicklung

Hoch effizient und preiswert zugleich versorgt das Nahwärmenetz von erdgas schwaben und der 100-prozentigen Unternehmenstochter schwaben regenerativ als Quartierslösung die Familien, die in das Neubaugebiet Ermle IV in der Marktgemeinde Offingen einziehen. Gemeinsam mit Thomas Wörz, Erster Bürgermeister in Offingen, und Dr. Hans Reichhart, Landrat im Kreis Günzburg, setzte Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben, jetzt offiziell den ersten Spatenstich.

Die ersten von insgesamt 52 geplanten Einfamilienhäusern und Doppelhaushälften sowie 24 Wohnungen in drei Mehrfamilienhäusern werden ab Mitte 2022 mit klimaschonender Wärme und Strom beliefert. Zwei Blockheizkraftwerke (BHKW) erzeugen kostengünstig Wärme und Strom für die Bewohnerinnen und Bewohner des neuen Quartiers, das am Ortsrand von Offingen gelegen ist.

Das Wärmenetz fürs Ermle ist so ausgelegt, dass beim Hausbau jeder KfW-Standard erreicht werden kann. Auch eine Elektro-Ladestation für E-Autos ist im Ermle fest eingeplant.

Bürgermeister Wörz sagte: „In Ermle IV gestalten die Bürger von Offingen die Energiewende aktiv mit. Das Wärmenetz ist ein 24/7 Rundum-Sorglospaket ohne teuren Baugrund für die Heizungsanlage, ohne Wartungs- und regelmäßige Inspektionskosten. Das Energiekonzept weist einen geringen Primärenergiefaktor auf, so dass attraktive KfW-Förderungen bis hin zum Passivhausstandard möglich sind."



Dr. Hans Reichhart, Landrat im Kreis Günzburg, Thomas Wörz, Erster Bürgermeister in Offingen, und Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben, (v.l.) beim Spatenstich für das Nahwärmenetz im Baugebiet Ermle IV in der Marktgemeinde Offingen. Bild: Henrik Dresemann/erdgas schwaben

Zukunftsfähige Konzepte

„Innovative, zukunftsfähige Konzepte mit hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung in Kombination mit Photovoltaik und Lademöglichkeit für Elektrofahrzeuge wie hier sind wichtige Bausteine für das Gelingen der Energiewende", erklärte Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben. „Dieser integrale Lösungsansatz entspricht den hohen Anforderungen an die Energiestandards und ist optimal auf die Bedürfnisse der Nutzer zugeschnitten. Es ist ein herausragendes Beispiel für unsere Zusammenarbeit mit den Kommunen."

„Im Wärmenetz für dieses Baugebiet ist die Energiezukunft bereits mitgedacht: Es kann auch mit klimaneutralem Biomethan oder Wasserstoff betrieben werden", betonte Christian Arlt, Geschäftsführer schwaben regenerativ. Die künftigen Ermle-Bewohnerinnen und Bewohner bekommen mit dem Anschluss ans Wärmenetz ein Rundum-sorglos-Paket: Eigeninvestition und Platzbedarf sind gering, ein Heizungskeller ist überflüssig – und Serviceleistungen wie die Wartung sind inbegriffen.

Dezentrale Quartierslösungen mit Wärmenetzen wie das Konzept von erdgas schwaben und schwaben regenerativ sind ein wichtiger Baustein für die Energieversorgung der Zukunft. Die BHKW in unserer Heizzentrale haben einen sehr hohen Wirkungsgrad und können in Zukunft auch mit Biogas betrieben werden. Auch für die Energiezukunft mit Wasserstoff sind sie schon heute gerüstet. Denn zukünftig können die Gasnetze auch als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas dienen. Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Rohrnetzleitungen, soll in Zukunft neben Biomethan auch Wasserstoff als innovativer und klimaschonender Energieträger im bestehenden Gasnetz transportiert werden. Wasserstoff kann vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Er kann für industrielle Zwecke eingesetzt werden, aber auch um Strom und Wärme in Privathaushalten zu erzeugen. ❒

Der Stadtbus soll grüner werden

EU-Kommission genehmigt Förderung

Start frei für den umweltfreundlichen Stadtbus: Die Europäische Kommission hat die Förderung alternativer Antriebsoptionen im Personenverkehr beihilferechtlich genehmigt. Die technologieneutrale „Richtlinie zur Förderung alternativer Antriebe von Bussen im Personenverkehr" steht damit bereit. Gefördert werden Batterie-, Brennstoffzellen- und Batterieoberleitungsbusse sowie biomethanbetriebene Busse der Fahrzeugklassen M2 und M3, sowie dafür erforderliche Infrastruktur und Machbarkeitsstudien.

Die Richtlinie wendet sich gezielt an Verkehrsbetriebe. Nach derzeitiger Finanzplanung stehen bis 2024 insgesamt 1,25 Milliarden Euro für die technologieoffene Förderung zur Verfügung, für 2025 werden zusätzliche Mittel folgen.

Im Detail sind folgende Schwerpunkte förderfähig:

- die Beschaffung und Umrüstung von Bussen mit alternativen Antrieben
- die Beschaffung der zum Betrieb notwendigen Infrastruktur mit 80 % der Investitionsmehrkosten zur Dieselreferenz für Batterie-, Brennstoffzellen- und Batterieoberleitungsbusse, 40 % Investitionsmehrkosten zur Dieselreferenz für Biogas-Busse, 40 % der Investitionsvollkosten für die zum Betrieb notwendige, nicht öffentliche Infrastruktur sowie
- Machbarkeitsstudien.

Wie Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer erläuterte, soll bis 2030 die Hälfte der Busse im ÖPNV elektrisch fahren. „Das ist unser politisches Ziel aus dem Klimaschutzprogramm." Auch die Hersteller hätten die Notwendigkeit erkannt, saubere Alternativen auf die Straße zu bringen. „Wir machen deshalb Nägel mit Köpfen und fördern die konsequente Umstellung auf alternative Antriebe - seit vergangenem Monat schon bei den Nutzfahrzeugen, ab jetzt auch im Personenverkehr. Für das Umstellen der Busflotten, das Umrüsten der Betriebshöfe und Machbarkeitsstudien stellen wir bis 2025 mehr als eine Milliarde Euro Fördermittel bereit. So geht moderne Mobilität." **DK**



Bayern hat eine sehr zuverlässige Stromversorgung

Weiterhin sehr niedrige Stromausfallzeit im Freistaat

Bayern hat im deutschlandweiten wie im internationalen Vergleich eine sehr zuverlässige Stromversorgung. Im Jahr 2020 lag die durchschnittliche Stromunterbrechungsdauer bei gerade mal 8,64 Minuten. „Es gibt derzeit keine Hinweise, dass der zunehmende Anteil Erneuerbarer Energien im Stromnetz in Bayern zu mehr Unterbrechungen in der Stromerzeugung führen würde", fasst Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW, die Zahlen zusammen.

„Die bayerischen Stromversorger haben die Herausforderungen durch schwankende Stromeinspeisungen aus der Photovoltaik und der Windenergie gut im Griff", unterstreicht Fischer.

Kennzahlen der BNetzA

Die Bundesnetzgentur veröffentlicht regelmäßig Kennzahlen aus den von den Stromnetzbetreibern übermittelten Daten zu Versorgungsunterbrechungen. Sie gibt die durchschnittliche Versorgungsunterbrechung je angeschlossenen Letztverbraucher (Nieder- und Mittelspannung) in Minuten an. Im Jahr 2020 lag Bayern mit einer Versorgungsunterbrechung von 8,64 Minuten im Bundesländervergleich mit Hessen nach Mecklenburg-Vorpommern auf dem zweiten Platz und war damit noch besser als der eh schon sehr niedrige Bundesdurchschnitt von 10,73 Minuten.

Hohe Einsatzbereitschaft des Personals

Die Zuverlässigkeit der Stromversorgung in Deutschland und in Bayern entwickelte sich auch im historischen Rückblick sehr gut. „Im Jahr 2020 waren sowohl in Bayern als auch deutschlandweit die niedrigsten Werte seit 2008 zu beobachten, d. h. weder die Energiewende noch die Corona-Einschränkungen haben im vergangenen Jahr die Sicherheit der Stromversorgung beeinträchtigt. Dies ist insbesondere der hohen Einsatzbereitschaft und dem Know-how des eingesetzten Personals in den Kraftwerken und bei den Netzbetreibern zu verdanken", betont Detlef Fischer.

„Damit der positive Trend auch nach dem Abschalten der letzten beiden bayerischen Kernkraftwerke Ende 2021 und Ende 2022 anhält, ist ein zügiger Ausbau der Stromerzeugung, der Stromnetze und der Stromspeicher notwendig", so der VBEW-Geschäftsführer weiter, „denn alles drei ist für den Weg zu einer klimaneutralen Stromversorgung unter Aufrechterhaltung der hohen Versorgungssicherheit unerlässlich."

Der VBEW repräsentiert mit seinen rund 400 Mitgliedsunternehmen die bayerische Strom-, Gas-, Fernwärme-, Wasser- und Abwasserwirtschaft. Der Verband vertritt gemeinsame Anliegen der Mitgliedsunternehmen und ihrer Kunden gegenüber Politik, Wirtschaft, Verwaltung sowie in der Öffentlichkeit. Ziel ist es, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für eine zukunftsorientierte, nachhaltige und verbraucherfreundliche Energie- und Wasserversorgung zu schaffen. ❒

Baustart für Erdkabel-Leitung in Altenerding

Seit Anfang Oktober laufen die Bauarbeiten für die 110-Kilovolt-Erdkabelleitung zwischen dem neuen Umspannwerk Altenerding und der bestehenden Freileitung bei Kempfing. Der rund drei Kilometer lange Neubau verbindet das Umspannwerk mit dem Hochspannungsnetz. Die Bauarbeiten dauern voraussichtlich bis Mitte 2022.

Die Stadtwerke Erding haben mit ihrer Tochter Überlandwerk Erding ein Umspannwerk an der Münchener Straße, nahe der Auffahrt zur Bundesstraße 388 im Süden Altenerdings, errichtet. Das Bayernwerk als vorgelagerter Netzbetreiber beginnt jetzt mit dem Bau der Anbindungsleitung zwischen dem Umspannwerk und der bestehenden Freileitung zwischen Isarau und Pfrombach. Die Kabeltrasse beginnt am neuen Kabelendmast östlich der Ortschaft Kempfing in der Gemeinde Moosinning, verläuft von dort zunächst in südöstlicher Richtung parallel zum Mittleren Isarkanal, kreuzt die Flughafentangente und die Straße zur Therme Erding, verläuft dann weiter in östlicher Richtung parallel zur Bundesstraße 388 und endet am neuen Umspannwerk Altenerding.

Leerrohre im Kabelgraben

Sobald die archäologische Voruntersuchung abgeschlossen ist, kann der Bau der Leitung beginnen. Zunächst heben die Bauarbeiter einen Kabelgraben aus. Der Kabelgraben muss dabei nicht über die ganze Länge gleichzeitig geöffnet werden, sondern in Teilabschnitten von rund 100 bis 200 Metern, in die dann Leerrohre eingebracht werden.

Rund 4,5 Mio. Euro Kosten

Die Abschnitte können sukzessive wieder verfüllt werden, sobald die Leerrohre verlegt sind. Nachdem der Graben wieder verfüllt ist, werden die Stromkabel in die Leerrohre eingezogen. Gearbeitet wird werktags zwischen 7 und 18 Uhr. An einzelnen Tagen kann es zu Umleitungen des Straßenverkehrs und des Radverkehrs kommen.

Das Bayernwerk baut die Erdkabelleitung im Auftrag des Überlandwerks Erding. Die Tiefbauarbeiten erfolgen durch das Bauunternehmen Josef Pfaffinger. Die Kosten für die Erdkabelleitung belaufen sich auf rund 4,5 Millionen Euro. ❒

Positionspapier unterzeichnet:

Verdopplung des ÖPNV bis 2030

Die Verkehrsministerkonferenz hat in den vergangenen Monaten das Ziel definiert, zur Erreichung der Klimaziele die Fahrgastzahlen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bis zum Jahr 2030 zu verdoppeln. Insgesamt 115 Städte, Landkreise und Verkehrsverbünde aus ganz Deutschland unterzeichneten nun unter Federführung von Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter und Ebersbergs Landrat Robert Niedergesäß ein Positionspapier, das diesen Beschlüssen Nachdruck verleiht. Das Papier stellt dar, unter welchen Prämissen die Verdoppelung des öffentlichen Nahverkehrs bis zum Jahr 2030 gelingen kann – zeigt aber auch auf, welche Anstrengungen diese Verdoppelung für Politik, Behörden und ÖPNV-Branche bedeutet.

Bezug nimmt das an die Spitzen der deutschen Politik versandte Positionspapier auf Beschlüsse der Verkehrsministerkonferenz im Jahr 2021 zum gemeinsamen Ziel von Bund und Ländern, das „hochwertige Angebot im straßengebundenen ÖPNV und SPNV ungekürzt vorzuhalten und zugleich gemeinsam die Vorbereitungen zu treffen, um bis 2030 zur Erreichung der Klimaziele des Bundes die Fahrgastzahlen gegenüber 2019 zu verdoppeln."

Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Wenn sich 115 deutsche Städte in einem gemeinsamen Positionspapier für die Verdoppelung des öffentlichen Verkehrs einsetzen, dann zeigt das, dass sich Prioritäten ändern müssen. Ob auf dem Land oder in der Stadt: Wir brauchen einen starken und ausgezeichnet vernetzten öffentlichen Verkehr. Gerade Metropolen wie München, mit einem sehr großen Anteil an Pendlerverkehren aus der Region, brauchen eine zuverlässige, direkte und bezahlbare Alternative, damit die Menschen vom eigenen Auto umsteigen."

Ebersbergs Landrat Robert Niedergesäß, Sprecher der MVV-Verbundlandkreise: „Die Verkehrswende kann nur gelingen, wenn die Menschen auch außerhalb der großen Städte verstärkt auf den öffentlichen Verkehr setzen. Das setzt in diesen Räumen einen erheblichen ÖV-Ausbau im Sinne attraktiver Takte und kurzer Reisezeiten bei gleichzeitig erschwinglicher Kosten für die Fahrgäste voraus. Damit Verkehr umweltverträglich sichergestellt werden kann, müssen wir Mobilität verstärkt gesamthaft denken und dabei die Fragen im Blick haben, die die Menschen bewegen. Nur so schaffen wir statt mehr Individualverkehr mehr individuelle Mobilität. Überregionale Mobilitätsplanung und ein attraktives Verkehrsangebot sind die Schlüssel zur Verkehrswende. Hierzu wollen die Kommunen ihren Beitrag leisten."

Verbindliche Rahmenbedingungen

Die Unterzeichner des Positionspapiers unterstreichen ihre Bereitschaft, die Umsetzung des ambitionierten Ziels nach Kräften zu unterstützen. Zugleich fordern sie aber die für die Erreichung verbindlichen gesetzlichen und verlässlichen finanziellen Rahmenbedingungen. Nur mit der von der Sonder-Verkehrsministerkonferenz im Juni 2021 geforderten Erhöhung der Regionalisierungsmittel zwischen 2022 und 2030 um mindestens 1,5 Milliarden Euro gegenüber dem jeweiligen Vorjahr sei dies überhaupt möglich. Daneben sei es sinnvoll, die bisherige GVFG-Bewertungslogik durch „Zielbeiträge für Klimaschutz und Nachfragesteigerung" sowie „Verbesserung der Erschließungswirkung" zu ersetzen. Die Kommunen und Verbünde werden die Zielorientierung der zu fördernden Investitionen in den ÖPNV durch entsprechende fachliche Planungen absichern.

Zudem fordern sie, Bundesförderungen künftig stärker in Kooperation mit den Ländern zu verwalten. Dabei solle der Bund die Förderziele setzen und den Erfolg der jeweils landesbezogen dotierten Programme kontrollieren. Die Länder ihrerseits sollen sich mit relevanten Eigenanteilen an der Förderung beteiligen. Die Kommunen wiederum würden im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Wirtschaftlichkeit des ÖPNV stärken.

Mehr Mobilität mit weniger Verkehr

Ein starker öffentlicher Verkehr, so heißt es darüber hinaus im Papier, leistet einen relevanten und in hohem Maße sozialverträglichen Beitrag zum Klimaschutz gerade in Metropolregionen, wo ein großes Umstiegspotential auf Bus und Bahn besteht. Die Verdoppelung des öffentlichen Verkehrs sei aber auch eine Chance, bisher schlecht erschlossene Räume besser erreichbar zu machen und dadurch aufzuwerten.

ÖPNV als Rückgrat des Umweltverbundes

Eine Verdoppelung der Nachfrage im ÖPNV kann laut Positionspapier nur gelingen, wenn dieser in der Mitte der Gesellschaft ankommt. Durch Aufwertung der Angebote, durch deren selbstverständliche Nutzung und durch gezielte Thematisierung und Wertschätzung des ÖPNV werde sein Status – gemeinsam mit dem des Fuß- und Fahrradverkehrs – gezielt angehoben. Dafür sei es notwendig, das Verkehrsangebot als ein durchgängiges Gesamtsystem aus der Perspektive der Kunden weiterzuentwickeln.

Das Positionspapier bescheinigt der Erhöhung der Nachfrage im ÖPNV vor allem bei Wegen mittlerer Länge (7,5 bis 75 Kilometer) einen hohen Klimaschutzeffekt. Da Wege mittlerer Länge aber regelmäßig die Grenzen von Gebietskörperschaften überschreiten, solle in Zukunft noch besser dafür gesorgt werden, dass es über diese Grenzen hinweg ein nahtloses ÖPNV-Angebot in hoher Qualität gibt. Der ÖPNV solle eine vollwertige Alternative zum eigenen Auto werden, beispielsweise indem möglichst weite Teile mit einem 24/7-Angebot, erschlossen werden.

Multimodales Zusammenspiel

Die Sicherheit, Attraktivität und Länge des Fuß- oder Radweges von und zur Haltestelle oder zum Bahnhof seien, heißt es weiter, für die Attraktivität und Akzeptanz des ÖPNV oft von entscheidender Bedeutung. Durch attraktive und gesicherte Fahrradabstellanlagen und Fahrradmietmöglichkeiten an Haltestellen und Bahnhöfen sowie durch Angebote zur Fahrradmitnahme möchten die Unterstützer das Zusammenspiel umweltfreundlicher Verkehrsmittel verbessern.

Notwendige Investitionen planen und zügig umsetzen

Wirksamer Klimaschutz erfordert zügige Verbesserung des ÖPNV. Noch vorhandene Potenziale auf Kapazitätsverdichtungen im Bestandsnetz des Schienenverkehrs und qualitativ hochwertiger Busverkehr seien innerhalb von drei bis zehn Jahren organisierbar. Bei hohem Nachfragepotenzial seien weiterhin Schienenverbindungen das Mittel der Wahl, welche aber erst mittel- bis langfristig realisierbar seien.

Damit der ÖPNV seinen Beitrag zur Klimaneutralität im Sektor Verkehr rechtzeitig leisten könne, müssten die Planungen für mittel- bis langfristig realisierbare Maßnahmen deshalb in den nächsten Jahren verbindlich gestartet werden. Dafür seien neben der notwendigen Finanzierungssicherheit eine Vereinfachung des Planungsrechts wie auch angemessene personelle Kapazitäten auf den Ebenen der Planfeststellungsbehörden und der Gerichtsbarkeit unabdingbar. ❐

Gutachten von VDV und Güterbahnen in Deutschland:

100-Tage-Programm für mehr Schienengüterverkehr

Gemeinsam mit ihrem Branchenverband VDV haben die Güterbahnen in Deutschland ein Gutachten vorgestellt, in dem der Handlungsbedarf im Schienengüterverkehr zur Erreichung der Wachstums- und Klimaschutzziele bis 2030 untersucht wurde.

Um den angestrebten Marktanteil der Güterbahnen von mindestens 25 % bis 2030 zu erzielen, sind laut Gutachter Roland Berger Gesamtinvestitionen von 52 Milliarden Euro sowie zahlreiche Verbesserungen bei ordnungspolitischen Rahmenbedingungen notwendig.

Um die Klimaschutzziele im Verkehrssektor bis 2030 zu erreichen, muss der Güterverkehr dem Gutachten zufolge seine CO2-Emissionen bis dahin von 55 Mio. Tonnen im Jahr 2019 auf 31 Mio. Tonnen CO2 reduzieren. Dies ist nur über eine deutliche Verlagerung von Gütertransporten von der Straße auf die Schiene möglich. Zudem müssen zahlreiche weitere Maßnahmen unter hohem Zeitdruck vorangetrieben werden. Empfohlen wird deshalb die schnelle Umsetzung eines „100-Tage-Programms" durch die neue Bundesregierung. Damit soll eine unmittelbare Anschubwirkung im Schienengüterverkehr für die gesamte Legislaturperiode erzielt werden.

Wenn dies gelingt, könne die Transportleistung des Schienengüterverkehrs bis 2030 auf jährlich ca. 213 Mrd. Tonnenkilometer und damit auf einen Marktanteil von 25 % gesteigert werden. Dies entspräche einer um ca. 64 % höheren Leistung der Güterbahnen als heute. **DK**

INNOVATIVES VERFAHREN ZUR
RINNENSANIERUNG

Schneller, effizienter, sauberer und nachhaltiger

Wo bisher langwierige und aufwendige Handarbeit notwendig war, setzt die Firma Schlamp Kommunaldienstleistungen aus Wettstetten auf maschinelle Lösungen und innovative Materialien. Das Ergebnis: Bis zu sechsmal höhere Flächenleistung als mit herkömmlichen Verfahren, keine langfristigen Straßensperrungen und zufriedene Bauhofmitarbeiter.

SCHLAMP
KOMMUNALDIENSTLEISTUNGEN

Die Methode

1 FRÄSEN UND ABSAUGEN
- Maschinelles Hochdruckwaschen inkl. Absaugen in einem Arbeitsgang wird mit einer speziell dafür ausgerüsteten Kehrsaugmaschine durchgeführt.
- Brüchiges Fugenmaterial wird per Wasserstrahl herausgefräst und der Spritzschutz ermöglicht sauberes Arbeiten.

2 VERFUGEN
- Das individuell entwickelte Fugenmaterial ist optimal auf die Witterungsverhältnisse und die Anforderungen der Straßenrinnen abgestimmt.
- Ein eigens entwickeltes System sorgt für die perfekte Konsistenz und optimale Ausbringung des Pflasterfugenmörtels.
- Abschließend erfolgt die Verteilung des flüssigen Fugenmaterials durch Ihre oder unsere Mitarbeiter.

3 WASCHEN
- Nachdem das Fugenmaterial angesteift ist, wird die übrige Schlämme mit unserer Kehrmaschine in einem Arbeitsgang abgewaschen und abgesaugt.



AUS DER REGION FÜR DIE REGION

Ansässig im Landkreis Eichstätt, sind wir seit 14 Jahren für unsere Kunden in ganz Bayern unterwegs. Straßenreinigung, Rinnensanierung, Unkrautbekämpfung, Baumfällung, Landschaftspflege und vieles mehr – wir sind Ihr professioneller und innovativer Partner im kommunalen Ganzjahreseinsatz.

Mehr Informationen auf
www.schlamp-dienstleistungen.de/rinnensanierung

„Meine Leute sagen, das ist eine Supersache!"

Wolfgang Hiebinger (links), Kreisbauhofleiter Beilngries, zeigt sich mit dem Ergebnis sehr zufrieden. „Für unsere Mitarbeiter ist das eine echte Erleichterung. Wir sind froh, dass wir mit Schlamp Kommunaldienstleistungen endlich jemanden gefunden haben, die das Problem an der Wurzel angepackt und nachhaltig gelöst haben. Diese Straßenrinne hier haben wir vor 10 Monaten sanieren lassen. Und sie sieht immer noch aus wie neu. Insbesondere die Steigung der Straße war eine große Herausforderung. Da ist vor allem die Konsistenz und Ausbringung des Fugenmaterial entscheidend."

Thomas Schlamp (rechts), Geschäftsführer von Schlamp Kommunaldienstleistungen, sitzt oft selbst in der Kehrmaschine. So erkennt er gemeinsam mit seinem Team die Probleme und Bedarfe dort, wo sie entstehen. Laut Thomas Schlamp werden daraufhin die Fahrzeuge und Methodiken entsprechend optimiert und den Anforderungen angepasst.



FÜR EINE PROFESSIONELLE BERATUNG RUFEN SIE AN ODER SCHREIBEN SIE UNS!

Schlamp Kommunaldienstleistungen GmbH | Rackertshofener Str. 27 | 85139 Wettstetten
Telefon: 0841 232 387 79 | info@schlamp-dienstleistungen.de | **www.schlamp-dienstleistungen.de**

DStGB-Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr:

Handlungsbedarf bei der Mobilitätswende

Mit der Frage, wie sich die Ladeinfrastruktur in der Fläche ausbauen lässt, befasste sich der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB). Die in dem Gremium vertretenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus dem gesamten Bundesgebiet sehen insbesondere Bedarf bei der personellen Unterstützung der Kommunen, um den Ladeinfrastrukturausbau in Deutschland zu beschleunigen.

Wie der Ausschussvorsitzende, Bürgermeister Ingo Hacker (Neuhausen auf den Fildern) sowie Bürgermeister Andreas Grund (Neustrelitz) betonten, komme den Städten und Gemeinden in den Anwendungsfeldern alternativer Antriebe und dem Aufbau entsprechender Infrastruktur eine Schlüsselrolle zu. Die Kommunen und kommunalen Unternehmen hätten bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, um öffentliche Ladeinfrastruktur aufzubauen.

Seit vielen Jahren bereits werde in den Städten und Gemeinden im Interesse einer gesteigerten Lebensqualität an neuen Mobilitätskonzepten gearbeitet. Diese Aufgabe sei komplex, benötige Zeit und Ressourcen und höre nicht an Verwaltungsgrenzen auf.

Umfassende Finanzierungsoffensive

Aus Sicht der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister benötigt der ÖPNV eine umfassende Finanzierungsoffensive und einen Modernisierungsschub. Anlässlich der Ausschusssitzung veröffentlichte der DStGB ein Positionspapier „Ein starker ÖPNV als Kernelement der Verkehrswende“. Darin schließen sich die Städte und Gemeinden auch einer Forderung der Verkehrsministerkonferenz der Länder vom Juni 2021 an. Zur Finanzierung des klimaschutzbedingen Mehrbedarfs im ÖPNV bedürfe es einer zusätzlichen Anhebung der sog. Regionalisierungsmittel des Bundes ab dem Jahr 2022 und bis 2030 in Höhe von mindestens 1,5 Milliarden Euro gegenüber dem jeweiligen Vorjahr.

Bessere Anbindung der ländlichen Räume

Zudem brauche Deutschland eine bessere Erschließung und Anbindung der ländlichen Räume durch den Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs, durch flexible Busangebote (so genanntes Ridepooling) und den Ausbau der Ladeinfrastruktur auch abseits der Metropolregionen. Durch gute Erreichbarkeit würden Ballungsräume entlastet und ländliche Strukturen im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse gestärkt. Bei der Debatte um die Mobilitätswende dürfe nicht vernachlässigt werden, dass mehr als die Hälfte der Menschen bundesweit im ländlichen Raum lebt.

Aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit stelle die Schiene das Rückgrat umwelt- und klimaschonender Mobilität dar, hieß es weiter. Hierfür bedürfe es weiterer Investitionen in Elektrifizierung und Digitalisierung der Netze sowie in die Reaktivierung von Bahnstrecken. Die Angebote im Nah- und Fernverkehr seien „im Sinne der Erreichung des Deutschlandtaktes“ auszuweiten.

Auch müsse der Umstieg auf alternative Antriebe weiter forciert werden. Grüner Wasserstoff sei zur Marktreife zu bringen und Elektromobilität müsse in den kommenden Jahren flächendeckend verfügbar werden. Hierzu diene insbesondere der Ausbau der Ladeinfrastruktur. Das bundesweite Schnellladenetz sei konsequent umzusetzen und auch das Laden im halböffentlichen und privaten Bereich solle weiter gefördert werden. Neben Fördermitteln müssten Bund und Länder auch die koordinierende Funktion der Kommunen vor Ort durch Personalförderung in Form von Elektromobilitätsmanagern stärken.

„Es bedarf einer klaren Strategie und Förderung des Bundes, um die Vernetzung klimaschonender Alternativen zum motorisierten Individualverkehr zu ermöglichen“, lautet eine weitere Forderung. Einheitliche Auskunfts- und Buchungssysteme müssten forciert werden und auch die physische Vernetzung durch Park+Ride oder Fahrradabstellanlagen an Knotenpunkten seien auszubauen. Insbesondere das Konzept der Mobilitätsstationen biete dabei nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land erhebliche Potenziale.

Handlungsbedarf sehen die Kommunalpolitiker auch bei der Radverkehrsoffensive des Bundes. Diese müsse ausgeweitet und über 2023 hinaus fortgesetzt werden. Die Radverkehrsförderung verschiedener Bundesministerien sei zudem untereinander abzustimmen. Nach der „Radverkehrsnovelle“ der Straßenverkehrsordnung 2020 brauche es im nächsten Schritt auch eine „Fußverkehrsnovelle“, um die Nahmobilität im Straßenverkehrsrecht weiter zu stärken. Hierbei müssten Aspekte der Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum eine besondere Rolle spielen.

Jetzt die Weichen stellen

„Die kommende Bundesregierung muss jetzt die Weichen stellen, indem sie den finanziellen und den rechtlich-regulatorischen Rahmen für Mobilitätswende spürbar verbessert. Nur mit dem notwendigen Gestaltungsspielraum können die Kommunen ihren Beitrag für eine nachhaltige Mobilität in Stadt und Land leisten,“ unterstrich Ausschussvorsitzender Hacker abschließend. **DK**



Eine positive Bilanz zogen die Landräte v.r.: Raimund Kneidinger (Passau) Sebastian Gruber (Freyung-Grafenau), Rita Röhrl (Regen) und Christian Bernreiter (Deggendorf) zusammen mit Michael Karmainski von der Regionalbus Ostbayern GmbH nach gut einem Monat Verbundtarif DonauWald. Erste Busse im neuen VDW-Design sind bereits unterwegs und symbolisieren mit dem Farbverlauf von blau nach grün den Zusammenschluss im Verbundtarif auf dem Gebiet von der Donau bis in den Bayerischen Wald. Bild: LRA Passau

Verbundtarif DonauWald:

Positive Zwischenbilanz

Deggendorf/Freyung-Grafenau/Passau/Regen. Bayer. Eisenstein/Passau. Vier Landkreise. Ein Tarif. Mit der Einführung des neuen Verbundtarif DonauWald (VDW) kommt das Förderprojekt der ILE Bayerwald, einen einheitlichen „Bayerwald-Wabentarif“ für die vier Landkreise Deggendorf, Freyung-Grafenau, Passau und Regen zu entwickeln zur Umsetzung. Die RBO hat 2016 den Zuschlag dafür erhalten. Nun haben sich 21 Verkehrsunternehmen unter Federführung der RBO zu einer Verkehrsgesellschaft zusammengeschlossen und bieten seit 1. September 2021 den „Verbundtarif DonauWald – VDW“ an.

Landrätin Rita Röhrl (Regen) sowie die Landräte Christian Bernreiter (Deggendorf), Sebastian Gruber (Freyung-Grafenau) und Raimund Kneidinger (Passau) bescheinigten dem neu gegründeten Tarif-Zusammenschluss am Rande der Landräte-Tagung in Bayer. Eisenstein einen gelungenen Start.

„Gut ein Monat seit dem Start des neuen Tarifs ist nun vergangen – bis dato bekommen wir aus der Bevölkerung nur positives Feedback“, lobt Landrat Kneidinger den neuen ÖPNV-Tarif. „Eltern und Schüler freuten sich gerade zum Beginn des neuen Schuljahres über die gefallenen Preise der Schüler-Umweltjahreskarten im Landkreis Passau, deren Preisniveau nun auf die Nachbarlandkreise angeglichen wurde. Mit den Online-Anträgen auf der neuen VDW-Homepage wurde zudem Bürokratie abgebaut und ein schnelleres Antragsverfahren geschaffen“, führt Kneidinger weiter aus. Auch der Seniorentarif des VDW mit einer Ersparnis von 50% gegenüber den regulären Einzeltickets kommt bei dieser Zielgruppe sehr gut an, so Kneidinger.

Gemeinsamer Wabenplan

Für Landrat Gruber ist der gemeinsame Wabenplan ein Meilenstein: „Durch den gemeinsamen Tarif können Fahrkarten nun endlich auch über die Landkreisgrenzen hinweg gelöst werden. Doppelter Ticketkauf und Bedienverbote gehören somit der Vergangenheit an“, so Gruber. Der Landkreis Freyung-Grafenau erhielt erstmals zum April 2021 einen eigenständigen Wabenplan, welcher zum 1. September mit den Wabenplänen der Nachbarlandkreise zusammengeführt wurde.

Bayernweite Verbundbestrebungen

Landrätin Rita Röhrl sieht die Einführung des VDW als Zwischenschritt auf dem Weg zur Einführung eines leistungsfähigen Verkehrsverbundes. Hier haben sich die VDW-Landkreise zusammen mit der Stadt Passau sowie den Landkreisen Dingolfing-Landau und Rottal-Inn dafür ausgesprochen, im Rahmen der bayernweiten Verkehrsverbundbestrebungen eine Grundlagenstudie in Auftrag zu geben, die neben der tariflichen Betrachtung auch die Verkehrsbeziehungen in Augenschein nimmt. „Unser nächstes Ziel muss dann lauten: gemeinsame Planungen zur Verbesserung und Ausweitung der Linienverkehre und eine vollwertige Integration der Bahnlinien im Verbundraum“, so Röhrl.

Landrat Christian Bernreiter lobt vor allem die neue Verbund-App „vdw.mobil“, die kostenlos im App-Store (iOS) und Google-Play-Store (Android) erhältlich ist. „Wichtig für die ÖPNV-Nutzer heutzutage ist, alle Informationen mobil und schnell aus einer Hand zu bekommen. Besonders die Live-Auskünfte über den Busstandort und das neu eingeführte E-Ticketing gefallen mir sehr gut und bringen einen deutlichen Mehrwert für unsere Fahrgäste“, unterstrich Bernreiter.

Michael Karmainski, Sprecher der neu gegründeten Verkehrsgesellschaft „VerbundTarif DonauWald“ freute sich über die positive Resonanz der Landrätin und Landräte und stellte bei dieser Gelegenheit einen Niederflurbus im neuen VDW-Design vor. ❐

Stadtverkehr steht vor großen Herausforderungen:

Mobilität muss bezahlbar bleiben

ADAC positioniert sich auf dem Mobilitätskongress 2021 für den Mobilitätserhalt durch örtlich angepasste Lösungen

Nürnberg. „Mensch und Verkehr im urbanen Umfeld“ lautete das Motto des Mobilitätskongresses 2021 in Nürnberg. Städte stehen vor der Herausforderung, die vom Straßenverkehr mitverursachten Probleme wie Staus, Luftverschmutzung und Treibhausgasausstoß zu entschärfen. Gleichzeitig ist die verfügbare Fläche begrenzt, wie auch Oberbürgermeister König in seiner einleitenden Rede deutlich machte. Hier sind zukunftsweisende Gesamtkonzepte gefragt, die die Stärken der jeweiligen Verkehrsmittel optimal nutzen, ohne die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen einzuschränken.

Jürgen Hildebrandt, Leiter Verkehr, Technik und Umwelt beim ADAC Nordbayern stellte fest: „Digitalisierung und technische Innovationen bieten für alle Verkehrsarten ungeheure Potenziale sowohl für die Lebensqualität in urbanen Räumen als auch für eine umweltfreundlichere Mobilität. Hierbei muss man beachten, dass die Menschen zwar Klimaschutz wollen, aber keine Einschränkungen in Ihrer Mobilität. Es muss demnach gelingen, unsere Mobilitätsangebote umweltfreundlich zu gestalten und gerade im urbanen Raum mehr Menschen davon zu überzeugen, Alternativen zum PKW zu nutzen.“

Den Bestand berücksichtigen

Dabei muss Mobilität in erster Linie bezahlbar bleiben, der Preis ist aber nicht das einzige Kriterium. Alternative Lösungen müssen technologieoffen, schnell, zuverlässig, sauber und bedarfsgerecht sein. Bei der angestrebten Dekarbonisierung des motorisierten Individualverkehrs sollte daher der Blick nicht nur auf batterieelektrische Fahrzeuge gerichtet, sondern auch der Bestand berücksichtigt werden.

Das Durchschnittalter der Fahrzeuge steigt. Der ADAC plädiert deshalb bei herkömmlichen Antriebslösungen für regenerativ hergestellte eFuels. Auch der Wasserstoff könne eine wichtige Rolle spielen. Gute Speicherfähigkeit sowie Synergien zwischen den Sektoren Strom, Wärmemarkt und Verkehr sprächen für beide Kraftstoffe.

Für die urbane Mobilität sind zukunftsweisende Gesamtkonzepte gefragt, die eine höhere Aufenthaltsqualität zum Ziel haben. Bei der Neugestaltung der Straßenräume dürfen jedoch keine neuen Gefahrenquellen im Verkehr entstehen. Zudem muss die Leistungsfähigkeit der Straßen auch für den ÖPNV und den Wirtschaftsverkehr erhalten bleiben. Eine Flächenumverteilung allein zugunsten des Radverkehrs auf Hauptverkehrsstraßen ist daher aus Sicht des ADAC Nordbayern nicht zielführend. Eine Alternative stellt vielmehr der Ausbau von Fahrradwegen in weniger frequentierten Nebenstraßen dar.

Auch vor dem Hintergrund, dass die meisten Menschen mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind und z.B. Fahrrad, Auto und ÖPNV je nach Bedarf nutzen, sollte die Diskussion versachlicht werden. Einer Umfrage des ADAC unter Stadtbewohnern ab 16 Jahren zufolge, werden vor allem attraktive Aufenthaltsflächen für den Fußverkehr, sichere und breite Radwege sowie mehr Bus- und Umweltspuren gewünscht. Allerdings würde gleichzeitig ein Viertel der städtischen Autofahrer auch bei optimalen Radwegen nicht auf das Fahrrad umsteigen und alle Verkehrsteilnehmergruppen haben gleichermaßen das Gefühl, dass für ihre Verkehrsart mehr getan werden müsste.

„Eine Lösung von Zielkonflikten im Stadtverkehr kann folglich nur gemeinsam unter Einbeziehung aller Interessensgruppen gelingen und sollte dabei stets die individuellen örtlichen Gegebenheiten berücksichtigen,“ erläutert Hildebrandt. ❐

Erfolgsmodell MVV-RufTaxi

Erholung der Fahrgastzahlen erkennbar

Schon seit dem Jahr 2015 verkehrt das MVV-RufTaxi im Landkreis Fürstenfeldbruck, es etablierte sich schnell. Doch auch hier brachen die Fahrgastzahlen seit Beginn der Corona-Pandemie stark ein. Nun zeigen sich deutliche Anzeichen einer Erholung: Die Anzahl der Fahrgäste des MVV-RufTaxis im Landkreis Fürstenfeldbruck (und in den angeschlossenen Gebieten der Landkreise Starnberg und Dachau) stieg im Juli linienübergreifend auf den höchsten Wert seit Beginn der Corona-Pandemie. Ebenso die Anzahl der durchgeführten Fahrten. Die bedarfsgesteuerte Bedienform ist ein Erfolgsmodell.

Flächendeckender öffentlicher Nahverkehr, rund um die Uhr, auch in Randlagen: Das ist die grundlegende Idee hinter dem MVV-RufTaxi-Angebot, wie es im Landkreis Fürstenfeldbruck betrieben wird.

Schon im Frühjahr 2013 begann man mit Planung und Ausschreibung eines flächendeckenden bedarfsgesteuerten Verkehrsangebotes für den Landkreis. Heute sind neben dem gesamten Kreisgebiet auch Fahrten in Teile der angrenzenden Landkreise Starnberg und Dachau mit dem MVV-RufTaxi möglich.

Rückgang der Fahrten

Wie auch im übrigen MVV-Raum brachen die Fahrgastzahlen der sieben MVV-RufTaxi-Linien im Landkreis Fürstenfeldbruck mit Beginn der Corona-Pandemie stark ein. In gleichem Maße ging dann auch die Fahrtenanzahl des nachfragegesteuerten Angebotes zurück. Entsprechend den jeweils geltenden Corona-Beschränkungen nahmen die Zahlen über die Monate der Pandemie entsprechend zu oder ab. Mit den Lockerungen und Öffnungen im Juni und Juli erholten sich die Zahlen erstmals deutlich: Insgesamt wurden im Juli 2021 3.039 Fahrten durchgeführt, knapp 40 Prozent mehr als noch im Januar 2021.Dabei wurden im Juli 2021 rund 6.750 Fahrgäste auf den sieben MVV-RufTaxi-Linien befördert – und damit mehr als in den „Vor-Corona-Monaten“.

„Wir wollen den Fahrgastservice über innovative Angebote attraktiv gestalten. Insbesondere Digitalisierung ist ein entscheidender Schlüssel. Mit der Möglichkeit der elektronischen Buchung und Bezahlung über die MVV-App hat der Landkreis zusammen mit dem MVV seit letztem Jahr die Erfolgsstory „MVV-RufTaxi“ fortgeführt“, so Landrat Thomas Karmasin zu den erfreulichen Zahlen.“

„Für Personen im Schichtdienst und in systemrelevanten Bereichen, die auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen waren und sind, ist das MVV-RufTaxi ein wichtiger Mobilitätsbaustein – gerade in Corona-Zeiten. Das MVV-RufTaxi zeigt auch in der Pandemie, dass es ein Erfolgsmodell ist“, so MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch. „Zusammen mit einem taktstarken MVV-Regionalbusverkehr in den Hauptverkehrszeiten ermöglichen die Landkreise den Fahrgästen so eine flexible und komfortable Nutzung des ÖPNV rund um die Uhr. Und das bei einem möglichst wirtschaftlichen Mitteleinsatz der Aufgabenträger. Besonders freut uns aber, dass das Vertrauen in den ÖPNV offensichtlich wieder da ist.“ ❐

Umweltminister Thorsten Glauber:

Maßnahmen für mehr Hochwasserschutz

Hochwasserschutz ist für die Kommunen eine entscheidende Zukunftsaufgabe. Dies betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber bei der Einweihung von zwei Rückhaltebecken verschiedener Hochwasserschutzmaßnahmen im Landkreis Ostallgäu und im Günztal sowie anlässlich der Freigabe der neuen Schutzbauwerke im Bereich der Isarmündung an der Donau im Landkreis Deggendorf.

Durch die beiden Hochwasserschutzprojekte im Ost- und Unterallgäu werden insbesondere Maßnahmen zum Rückhalt des Wassers in der Fläche realisiert. Das Hochwasserrückhaltebecken Eurishofen in der Gemeinde Jengen bildet den Abschluss von insgesamt zehn Becken des Zweckverbandes Gennach-Hühnerbach. Elf Kommunen haben sich 2007 zu dem Zweckverband zusammengeschlossen und unter finanzieller Beteiligung des Freistaats Bayern einen umfassenden Hochwasserschutz aus Rückhaltebecken sowie Gewässerausbau- und Renaturierungsmaßnahmen entlang der Flüsse Gennach und Hühnerbach realisiert.

Glauber zufolge hat der Zweckverband Gennach-Hühnerbach in Rekordzeit ein Vorzeigeprojekt umgesetzt. Die zehn Rückhaltebecken und weitere Maßnahmen vor Ort seien dezentraler Hochwasserschutz in Reinkultur. Sie schützten die Bürgerinnen und Bürger entlang von Gennach und Hühnerbach vor einem hundertjährlichen Hochwasser. Auch ein Klimazuschlag sei dabei berücksichtigt worden, stellte der Minister anlässlich der Einweihungsfeier des Rückhaltebeckens Eurishofen fest.

Die Gesamtkosten der Baumaßnahmen liegen bei rund 30 Millionen Euro und bieten im Hochwasserfall ein Rückhaltevolumen von rund 1,7 Millionen Kubikmetern Wasser. Freistaat und EU fördern die Hochwasserschutzmaßnahmen mit bis zu 75 Prozent.

Neue Rückhaltebecken

Auch im Günztal wird der Hochwasserschutz vom Freistaat vorangetrieben. Mit dem Hochwasserrückhaltebecken Eldern wurde das erste von insgesamt fünf Rückhaltebecken fertiggestellt. Bei der Einweihung in Ottobeuren bezeichnete Glauber dieses als Kernstück des überregionalen Hochwasserschutzprojekts entlang der Günz. Die umfassenden Schutzeinrichtungen bedeuteten ein deutliches Plus an Sicherheit für die Menschen vor Ort. Sie böten Schutz vor einem 100-jährlichen Hochwasserereignis samt Klimazuschlag.

Die Günz einschließlich ihrer Zuflüsse bildet das längste Bachsystem Bayerns. Dem Schadenspotenzial bei einem 100-jährlichen Hochwasser wird mit insgesamt fünf Rückhaltebecken in Eldern bei Ottobeuren, Westerheim, Engetried, Sontheim sowie Frechenrieden mit einem Gesamtrückhaltevolumen von über 8 Millionen Kubikmetern sowie weiteren Maßnahmen begegnet. Für das erste Hochwasserrückhaltebecken in Ottobeuren wurden rund 800 Meter Dämme mit bis zu 11 Metern Höhe errichtet. Rund 1,6 Millionen Kubikmeter Hochwasserabfluss können dadurch zwischengespeichert werden.

Das Gesamtvolumen der Hochwasserschutzmaßnahmen im Günztal beträgt rund 75 Millionen Euro. Die von der Maßnahme profitierenden Gemeinden haben sich zu einem Hochwasserschutz-Zweckverband zusammengeschlossen und unterhalten die Anlagen nach ihrer Fertigstellung für die nächsten hundert Jahre eigenverantwortlich.

Mustergültiger Schutz für die Menschen

Anlässlich der Freigabe der neuen Schutzbauwerke am Stögermühlbach in der Gemeinde Moos (Landkreis Deggendorf) wies Glauber darauf hin, dass gerade im Bereich der Isarmündung die Menschen 2013 mit Schrecken hätten erleben müssen, welche Schäden ein Hochwasser anrichten kann. „Der Schutz der Menschen wurde hier vor Ort mustergültig vorangebracht. Das Landratsamt Deggendorf hat großartige Arbeit geleistet und das notwendige Verfahren in Rekordzeit abgewickelt. Auch der Bevölkerung gilt unser Dank: Durch den Verkauf von Anwesen im Bereich der Isarmündung wurden die Maßnahmen überhaupt erst möglich. Das ist gelebte Solidarität und absolut vorbildlich“, betonte der Minister.

Fischverträgliche Technologie

Im Rahmen der Baumaßnahme wurden mehr als fünf Kilometer begrünte Deiche als zusätzliche zweite Deichlinie neu errichtet. Zusätzlich wurden zwei neue Schöpfwerke mit innovativer und noch fischverträglicherer Technologie gebaut. In den neu entstandenen Rückhalteräumen können über neun Millionen Kubikmeter Wasser zurückgehalten werden. 42 Millionen Euro wurden im Rahmen der Baumaßnahmen investiert.

Der Hochwasserschutz in Bayern soll auch in Zukunft kraftvoll ausgebaut werden: Geplant ist, insgesamt zwei Milliarden Euro im Rahmen des laufenden Gewässer-Aktionsprogramms bis Ende 2030 zu investieren. Weitere 150.000 Menschen sollen damit in Bayern gezielt vor einem Jahrhunderthochwasser geschützt werden. **DK**

Bäderlandschaft in Nürnberg:

100 Jahre Naturgartenbad

Mit seinen drei städtischen Freibädern verfügt Nürnberg über eine attraktive Bäderlandschaft. Besonders ragt neben dem Westbad und dem Stadionbad dabei das Naturgartenbad heraus: Eingebettet in dichtes Grün, fast ländlich idyllisch, besteht das „Natsger“ nun bereits seit 100 Jahren. So alt das Bad an Jahren ist, so wechselvoll ist seine Geschichte.

Nachdem der „Verein zur Verschönerung Erlenstegens“ immer wieder die Errichtung einer öffentlichen Badeanstalt angeregt hatte, war es 1920 endlich so weit: Der Kneipp-Verein, der Naturheilverein, der Versicherungsverein a.G. sowie der bereits bestehende Verein zur Förderung des Nürnberger Naturgartens schlossen sich zusammen zur „Gesellschaft Naturgarten Erlenstegen – Nürnberger Luft- und Sonnenbad und Erholungsheim GmbH“. Diese nahm die Planungen einer Erholungsstätte für die Nürnberger Bevölkerung auf.

Publikumsmagnet

Noch zur Sommersaison 1921 wurde der Badebetrieb aufgenommen. Seine idyllische Lage mit den weitläufigen Föhrenwäldern und die gute Erreichbarkeit machten das Naturbad Erlenstegen zu einem Publikumsmagneten, der bereits in seinen ersten Betriebsjahren rund 40.000 Gäste verzeichnete. Die Becken hatten einen Sandboden und waren verschalt, beziehungsweise mit Brettern vertäfelt und ihre Ausmaße überstiegen die heutigen deutlich.

Im Jahr 1938 kaufte die Stadt Nürnberg die Anlage für 98.000 Reichsmark und verpachtete sie an den Kneipp-Verein e.V. In den Kriegsjahren herrschte zwar ein reger Badebetrieb, dennoch war der Verein auf zinslose Vorschüsse der städtischen Kämmerei angewiesen. Ende Juli 1941 beschädigte ein Hochwasser die Anlage schwer. Eine schnelle und vollständige Wiederinstandsetzung war wegen der Kriegssituation nicht möglich, was dazu führte, dass die Liegewiesen immer stärker versumpften und an heißen Tagen ein lästiger Geruch auftrat. Für das Jahr 1943 hingegen verzeichnete der Kneippverein schon wieder eine Steigerung der Besucherzahl um fast 11.000.

Schwere Tage in dunkler Zeit

Die Nationalsozialisten stellten selbst die öffentlichen Badeeinrichtungen in den Dienst ihrer Ideologie. Wie alle anderen Gesundheitsvereine wurde der Kneipp-Verein auf Anordnung der Reichskanzlei im Jahr 1943 aufgelöst und ging im Deutschen Volksgesundheitsbund auf.

Und so erhielt auch der Naturgarten Erlenstegen einen neuen Namen: Der „Gesundheitspark der Stadt der Reichsparteitage“ war Nichtariern und Angehörigen aller „Feindstaaten“ verschlossen. Ein Jahr später führten erhebliche Fliegerschäden und die Nutzung der Schwimmbecken als Löschwasserbecken zur Sperrung des Naturgartens. Nach Kriegsende wurde die stark beschädigte Anlage von der Militärregierung beschlagnahmt.



Badevergnügen im „Natsger“ in früherer Zeit. Bild: Archiv/Stadt Nürnberg

Provisorisches Badevergnügen

Ab Mai 1951 stand den Nürnbergern ein, wenn auch immer noch provisorisches, Badevergnügen offen. Dies war umso wichtiger, als bald danach die Flussbäder Laufamholzhammer und Mögeldorf wegen der starken Verschmutzung der Pegnitz geschlossen werden mussten. Bereits ab 1955 häuften sich allerdings Klagen über eine massive Überlastung der städtischen Badeeinrichtungen generell, somit auch des Naturgartenbads. Ende der 1960er Jahre gab der immer kleiner werdende Kneipp-Verein die Betriebsführung an die Stadt Nürnberg ab und erhielt im Gegenzug eine kleine Anlage im Westbad.

Attraktives Naturbad

Trotz seiner idyllischen Lage verlor das „Natsger“ in den siebziger Jahren viele Gäste an seine moderneren Konkurrenten. Erst mit dem Einbau eines neuen Edelstahlbeckens für rund drei Millionen DM gewann der Naturgarten wieder an Attraktivität. Das Wasser für die Füllung der Becken liefert ein zehn Meter tiefer Brunnen. Erfrischung ist auch bei größter Hitze garantiert, denn das Becken ist unbeheizt.

Seit einigen Jahren erfährt das Naturgartenbad eine weitere Nutzung: Seit 2006 werden jeden Sommer an sechs Abenden Filme aus dem aktuellen Open-Air-Kinoprogramm auf einer schwimmenden Leinwand präsentiert. Genuss pur unter dem Sternenhimmel bei lauschigem Sommerflair. So gehört die Anlage heute nicht nur den Schwimmbegeisterten, sondern ist mit ihren einzigartigen Liegewiesen und ihrem stimmungsvollen Ambiente sommerlicher Treff und Naherholungsgebiet zugleich. **DK**

Ohne Teichwirte steht die Artenvielfalt auf dem Spiel

Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel auf Sommertour mit der Fischereifachberatung

Auch große Fische haben einmal klein angefangen. Davon überzeugte sich Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel im Rahmen seiner Sommer-Tour mit der Fischereifachberatung in der Fischzucht Gerstner in Volkach. Entlang des romantischen Tals der Volkach reiht sich auf rund 1.500 Meter Länge Teich an Teich. Aber die Idylle täuscht. Der Traditionsbetrieb in vierter Generation kennt viele Probleme, wie Fischwirtschaftsmeisterin Michaela Gerstner-Scheller berichtet. Sie leitet den Betrieb seit 2004.

Dabei denkt sie nicht nur an die üblichen Handicaps in Zusammenhang mit der Wasserarmut auf der fränkischen Trockenplatte. Und auch nicht daran, dass es in Jahren mit viel Starkregen und Hochwasser Fischen gelingen kann, aus ihrer Anlage auszubüxen. Sie denkt dabei auch nicht an die Konkurrenz aus Übersee, die exotische Fischarten und seltene Meeresfrüchte in den Supermärkten anbietet. Viel mehr Kummer bereiten ihr (und ihren Kolleginnen und Kollegen in ganz Bayern) fischfressende Vögel wie insbesondere die Kormorane. Wenn die in einem dichten Schwarm über ein Gewässer herfallen, fangen sie bis zu neunzig Prozent der Fische eines Teichs. „Damit ist unter Umständen jahrelange Mühe umsonst!“

Vormarsch der Fischotter

Mit Sorge beobachten die unterfränkischen Teichwirte zudem den Vormarsch der Fischotter. Die putzigen Tierchen haben keine natürlichen Feinde und verursachen bereits jetzt in den Oberpfälzer Teichanlagen verheerende Schäden. „Das Schlimmste an den Fischottern ist, dass die in einen regelrechten Blutrausch verfallen können“, so die Fischwirtschaftsmeisterin. Das bayerische Landwirtschaftsministerium habe allein für das Jahr 2019 einen Gesamtschaden durch Fischotter von weit mehr als einer Million Euro errechnet.

Der materielle Verlust sei dabei nur die eine Seite der Medaille, wie Fischereifachberater Michael Kolahsa ergänzte: „Fischteiche bieten zahlreichen seltenen Tier- und Pflanzenarten ideale Lebensräume.“ Diese immense Artenvielfalt stehe auf dem Spiel, wenn Teichwirte gezwungen wären, ihre Betriebe aufzugeben. Gerstner-Scheller war aus Frust wegen der ständigen Kormoranschäden vor fünfzehn Jahren selbst schon drauf und dran aufzuhören. Mittlerweile gebe es aber die Möglichkeit, die gefräßigen Vögel nachhaltig zu verscheuchen. Was man gegen Fischotter unternehmen könnte, ist allerdings noch ein Rätsel.

Gerade die Karpfenteich-Wirtschaft ist ausgesprochen naturnah. Die Schuppenträger decken ihren Eiweiß-Bedarf nämlich im Wesentlichen durch die natürliche Nahrung, die sie im Teich finden wie zum Beispiel Insektenlarven oder Wasserflöhe. „Nur in Ausnahmefällen wird zugefüttert“, erklärte Gerstner-Scheller. Karpfen durchpflügen auf der Suche nach Nahrung den Teichboden. „Das Wasser eines Karpfenteichs muss braun sein, das ist die Natur“, betonte Gerstner-Scheller. Fische sind wechselwarme Tiere, weswegen sie in vergleichsweise kühlen Sommern wie heuer weniger Fleisch ansetzen. Die bayerischen Karpfenzüchter rechnen daher in dieser Saison mit einem unterdurchschnittlichen Ertrag – statt der 5.300 Tonnen wie im vergangenen Jahr könnten es heuer nur 5.000 Tonnen werden!

Teichwirtschaft gibt es insbesondere in Nordbayern seit mehr als tausend Jahren. In diesem Jahr hat die UNESCO die traditionelle Karpfenteichwirtschaft sogar als immaterielles Kulturerbe anerkannt. Gerstner-Scheller sieht darin eine Anerkennung der bayerischen Fischzüchter. Karpfenteiche würden schließlich die fränkischen Landschaften prägen.

In ihrem Betrieb züchtet sie freilich nicht nur Karpfen. Rege nachgefragt würden auch Raubfische, insbesondere Zander. Und noch eine Besonderheit: in den Teichen der Gerstner'schen Anlage schwimmen Koi-Karpfen aus eigener Nachzucht. „Bunt, robust, winterhart, ideal für heimische Gartenteiche“, lobt die Fischwirtschaftsmeisterin ihre Exoten.

Am Schluss holt sie mit dem Kescher noch einen prächtigen Stör aus einem der Hälterungsbecken. Mit einem routinierten Griff hält sie ihn hinter den Kiemen fest und zeigt ihn den Besuchern. Der Fisch mit den markanten Barteln vor dem Maul ist fast einen Meter lang, aber er verhält sich erstaunlich still. Wie er denn heiße, frägt jemand aus der Runde. „Keine Namen!“, antwortet Michaela Gerstner-Scheller, „keine persönliche Bindung!“ Schließlich wird der stattliche Flossenträger eines Tages in irgendeiner Feinschmecker-Küche enden und dann soll es zuvor keinen traurigen Abschied aus dem Tal der Volkach geben. ❐



GZ ZU GAST BEI ...



Johannes Kneidl

Erster Bürgermeister der Gemeinde Sulzemoos (LK Dachau), Zweckverbandsvorsitzender WestAllianz München

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Die Gemeinde Sulzemoos hat ca. 3.300 Einwohner, das Verbandsgebiet der WestAllianz mit Sitz in unserer Gemeinde erstreckt sich über sieben Kommunen mit mehr als 70.000 Einwohner.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

01.05.2020

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Es hat sich einfach so ergeben. Ich hatte zuvor über viele Jahre ehrenamtliche Funktionen in Vereinen bzw. in der Öffentlichkeit, bin dann 2002 das erste Mal als Gemeinderat angetreten und hatte ein großartiges Ergebnis bei der Stimmenanzahl. Das Vertrauen hat mich unheimlich bestärkt weiter zu machen. Sich für die Heimat einzubringen macht einfach Spaß.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Kommunalpolitisch war sicherlich meine langjährige Erfahrung eine super Vorbereitung auf das Amt des Bürgermeisters. Ich war vorher 18 Jahre im Gemeinderat, davon sechs Jahre Dritter Bürgermeister und sechs Jahre Zweiter Bürgermeister. Vor allem aber hatte ich in meinem vorherigen Beruf in einem Finanzkonzern über die vielen Jahre Erfahrungen aus vielfältigen Aufgaben und Verantwortungsbereichen gesammelt, die mir zu Gute kommen.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Unsere Gemeinde wurde über viele Jahrzehnte hervorragend geführt und gestaltet. Mein Vorgänger hat mir also ein „gut bestelltes Haus“ überlassen. Das hat vieles einfach gemacht. Diese Arbeit dann mitten in einer Pandemie anzufangen, mit allen Konsequenzen daraus, begleitet den Start nachhaltig. Ich hätte gerne ein paar Dinge ad hoc umgesetzt, die dadurch leider nicht möglich waren. Meine Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung haben es mir leicht gemacht, mit ihnen zusammenzuarbeiten und einen guten Start zu haben.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Die Gemeinde Sulzemoos liegt in der Boomregion um München. Wir haben uns mit allem, was zu einem Wachstumsraum gehört zu beschäftigen und gestalten die damit verbundenen Herausforderungen. Dabei steht die Schaffung von Wohnraum und Gewerbeflächen aktuell im Fokus der Gemeinde. Alles was wir tun, wird unter Klimaschutzaspekten geprüft. In der WestAllianz arbeiten wir an unterschiedlichen Themenfeldern, wie Energie/Klimaschutz, Mobilität, Wirtschaft/Bildung, Kultur, Tourismus oder zu neuen Wohnformen. Ich selbst beschäftige mich sehr stark mit der Perspektive entlang der Autobahn A8 eine Bahnverbindung herzustellen.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Nachhaltiges Handeln und Klimaschutzaktivitäten fortzusetzen bzw. zu intensivieren bestimmt unsere Politik weiterhin. Darüber hinaus haben wir verschiedene kleinere und größere Zukunftsprojekte für die Menschen in unserer Gemeinde auf der Umsetzungsliste – von Radwegen und Spielplätzen bis hin zu Jugendtreffs und Ortsmittengestaltung. Ich persönlich setze mich auch für den Bau einer Einrichtung zur Seniorenbetreuung (Tagespflege) ein.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Bleib so wie du bist und lass dich nicht verbiegen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Mir ist der persönliche Austausch extrem wichtig. Ich bin für alle immer direkt ansprechbar. Meine Handynummer steht auf meiner Homepage, da melden sich dann auch Menschen, die ich bisher noch nicht persönlich kennenlernen konnte. Auch mal zuhören und beobachten spielt dabei eine wichtige Rolle. Ansonsten veröffentliche ich vieles auf meinen Social-Media-Kanälen. Das kommt ganz gut an. Das Ziel ist immer auch Entscheidungen so kommunizieren, dass sie gar nicht mehr erklärungsbedürftig sind.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Wir werden sicherlich unserer Arbeitsmethodik verändern, digitale Ratsinfosysteme oder papierloses Arbeiten in der Verwaltung sind nur die ersten Beispiele dafür. Die Digitalisierung wird uns aber vor allem Chancen bringen, an die wir auf kommunaler Ebene heute vielleicht nur im Ansatz denken – mit Begleiterscheinungen, die auch Geld kosten werden. Dies betrifft Infrastruktur für neue Mobilitätsformen genauso wie andere Zukunftsinvestitionen, die sich aber langfristig lohnen werden. Ich freue mich auf diese Entwicklungen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Nein, ich bin zu vielfältig unterwegs für ein einziges Motto. Wenn ich aber zwischendurch mal einen schönen Spruch lese, dann denke ich mir schon: „stimmt“!

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Damit beschäftige ich mich „Null“. Ich habe keine Intentionen, mir durch die Arbeit als Bürgermeister Denkmäler zu setzen. Wenn spätere Generationen mal sagen könnten, der hat insgesamt einen guten Job gemacht und die Menschen in der Gemeinde zusammen gebracht, dann wäre das natürlich schön. ❐



v.l.: Gerhard Zäh, Vorsitzender der Bayerischen Landesgartenschau GmbH, Dr. Dorothea Deneke - Stoll, Bürgermeisterin der Stadt Ingolstadt, Dr. Olaf Heinrich, Bürgermeister der Stadt Freyung und Sebastian Gruber, Landrat des Landkreises Freyung-Grafenau. Bild: ©HD-Photography, Landesgartenschau Ingolstadt 2020 GmbH

Ende der Gartenschauen in Ingolstadt und Lindau:

Positive Bilanz

Trotz strenger Corona-Auflagen und wechselhaftem Wetter haben die Veranstalter der diesjährigen Landesgartenschau in Ingolstadt und der Gartenschau in Lindau eine positive Bilanz gezogen. Mit den Besucherzahlen zeigten sie sich weitgehend zufrieden.

Nach 166 Tagen schloss die Landesgartenschau Ingolstadt am 3. Oktober ihre Tore. Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll übergab in einer feierlichen Zeremonie die Gartenschaufahne an Dr. Olaf Heinrich, Bürgermeister der Stadt Freyung – dort wird 2023 die nächste bayerische Landesgartenschau ausgerichtet.

Über 380.000 Besucher wurden in den zurückliegenden Monaten auf dem Gartenschaugelände gezählt. Von Studierenden über junge Familien bis hin zum Rentnerpaar war das Publikum bunt gemischt. Thomas Hehl, Geschäftsführer der Stadtwerke Ingolstadt Freizeitanlagen GmbH, zeigte sich von den positiven Rückmeldungen begeistert: „Wir sind sehr froh, wie gut die Besucher unser Konzept angenommen haben. Besonders der Landschaftssee und der Wasserspielplatz haben viel Anklang gefunden.“ Mit der Schließung der Landesgartenschau Ingolstadt beginnen nun die umfangreichen Rückbauarbeiten der temporären Ausstellungsbeiträge. Als Teil der Dauerparkanlage bleiben der Landschaftssee, Wasserspielplatz, Spielhügel, Piussteg, die Wasser- sowie die Partnerstadtgärten erhalten. Ab dem Frühjahr 2022 wird das Gelände der Öffentlichkeit als frei zugänglicher Park zur Verfügung stehen.

Bis zum 10. Oktober 2021 waren Lindau und die Region Gastgeber der Bayerischen Gartenschau. Sie verwandelte die Stadt in ein sinnliches Erlebnis aus Gärten, Wasser und Panorama. Herzstück des Gartenschau-Geländes wurde ein Bürgerpark, der auf einem ehemaligen Parkplatz auf der Ostseite der Insel angelegt worden war. Auf rund 17.000 Quadratmetern wurden dort unter anderem ein Skatepark, Sportflächen und ein Spielplatz errichtet, die auch nach der Schau erhalten bleiben sollen. Laut Veranstalter schaffen die neuen Grünflächen eine Frischluftschneise und verbessern damit das Stadtklima. Niederschlagswasser könne nun direkt vor Ort versickern. Gleichzeitig entstanden neue Lebensräume für heimische Tiere und Pflanzen.

Hervorragendes Ergebnis

Seit der Eröffnung am 20. Mai strömten etwa 290.000 Besucher an den „Gartenstrand“ auf der Hinteren Insel – laut Bürgermeister Mathias Hotz trotz einiger Wetterkapriolen „ein hervorragendes Ergebnis“. Zeitweise musste das Gelände sogar wegen Sturmschäden gesperrt werden. Statt der erwarteten 7.000 Dauerkarten wurden knapp 8.300 verkauft, die meisten davon an Anwohner und Jugendliche, wie Geschäftsführerin Claudia Knoll erfreut feststellte. **DK**

Wie birgt man eine Muschel?

Schulkinder und Regierungspräsident lernen am Eixendorfer See

Es war nicht nur eine außergewöhnliche Aktion in Sachen Umweltbildung, sondern auch ein Signal des Zusammenhalts vor Ort: Die Umweltbildungsaktion „Muschelbergung am Eixendorfer See“.

Gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern der Grund- und Mittelschulen Neunburg vorm Wald und Rötz informierten sich der Regierungspräsident der Oberpfalz, Axel Bartelt, die Ersten Bürgermeister der Stadt Neunburg vorm Wald, Martin Birner und der Stadt Rötz, Dr. Stefan Spindler, sowie die stellvertretende Landrätin des Landkreises Schwandorf, Birgit Höcherl, über die Hintergründe und die Vorgehensweise der Muschelbergung. Auch der Leiter des Wasserwirtschaftsamts Weiden, Mathias Rosenmüller, der 1. Vorsitzende des Fischereivereins Neunburg, Michael Throner, sowie Vertreter der Koordinationsstelle für Muschelschutz in Bayern an der Technischen Universität München (TUM) nahmen teil.

Der Eixendorfer See wird derzeit abgesenkt, um Baumaßnahmen durchzuführen. Durch die Absenkung des Wassers müssen die im See lebenden Muscheln, darunter auch geschützte Arten wie die Große Teichmuschel und die Malermuschel, geborgen und in sogenannten Ersatzhabitaten in Sicherheit gebracht werden. Angeleitet und umgesetzt wird dies von der Koordinationsstelle für Muschelschutz der TUM.

Die Experten standen den interessierten kleinen und großen Besuchern der Umweltbildungsaktion für die vielen Fragen, wie z.B. „wie pflanzen sich Muscheln fort?“, „woran erkennt man das Alter von Muscheln?“, etc. zur Verfügung und erklärten Wissenswertes rund um die Muscheln im Eixendorfer See.

Umwelt- und Artenschutz

„Dass sich heute über 150 Schülerinnen und Schüler an der Umweltbildungsaktion beteiligten, zeigt, wie sehr sich schon unsere Jüngsten für den Eixendorfer See und alles, was zu ihm gehört, interessieren“, bekräftigte der Regierungspräsident. Als Initiator des Runden Tisches setzt er sich seit Jahren für einen intakten Eixendorfer See ein. Bartelt dankte allen Beteiligten, insbesondere dem Wasserwirtschaftsamt, dem Fischereiverein Neunburg vorm Wald, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der TUM und den Schulen, diese Aktion ermöglicht zu haben. „Es war zum einen sicherlich sehr spannend zu erleben, wie Umwelt- und Artenschutz in der Praxis funktionieren, und nicht nur in der Theorie eines Schulbuchs“, so Bartelt. „Wir haben heute erneut gesehen, dass wir, wenn wir alle zusammenhelfen, gemeinsam viel erreichen können. Insbesondere wenn es um unsere Heimat geht.“ ❐

Staatsministerin Michaela Kaniber:

Klimafreundliches Dorfgemeinschaftshaus

Mit der Schlüsselübergabe für das Dorfgemeinschaftshaus „Dorfhaus am See“ hat Staatsministerin Michaela Kaniber dem vitalen Dorfleben in Ermetzhofen ein neues Zuhause gegeben. Das Gebäude ist ein Baustein der seit 2007 laufenden Dorferneuerung der Gemeinde Ergersheim. Mit der Initiative „Innen statt Außen“ wurde das neue Gebäude mit über 600.000 Euro über das Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken vom Freistaat gefördert. „Jedes Dorf lebt von einem Miteinander seiner Bürgerinnen und Bürger. Vor allem bei Projekten der Dorferneuerung ist es besonders wichtig, dass sich alle Interessensgruppen in den Gestaltungsprozess mit einbringen. Umso schöner ist es, dass wir dem Ortsteil Ermetzhofen jetzt wieder einen neuen Treffpunkt für Jung und Alt bieten können. Und dank seiner CO2-neutralen Bauweise dient das neue Dorfgemeinschaftshaus auch noch im besonderen Maße dem Klimaschutz. Eine wahre Win-Win-Situation für alle“, sagte Staatsministerin Michaela Kaniber bei der Einweihung.

Durch ein innovatives Lüftungskonzept und die Nutzung von Hackschnitzeln und Sonnenenergie ist das Gebäude besonders energie- und ressourceneffizient. Für das Projekt Dorfgemeinschaftshaus am See in Ermetzhofen hat die Gemeinde Leerstand erworben. Anschließend wurde mit der Dorfgemeinschaft ein umfangreiches Nutzungskonzept unter dem Motto „Unsere gemeinsame Zukunft“ aufgestellt. Die Innenentwicklung ist ein wesentlicher Schwerpunkt der Dorferneuerung, der Gemeindeentwicklung und der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) zur Unterstützung kommunaler Allianzen. Durch die gezielte Nutzung von Leerständen in den Ortskernen, soll aktiv der Flächenverbrauch an den Ortsrändern reduziert werden. Mit der Initiative „Innen statt Außen“ unterstützt der Freistaat Gemeinden in der Dorferneuerung, die vorrangig auf diese Innenentwicklung und das Flächensparen setzen.

Seit Beginn der laufenden Dorferneuerung hat die Gemeinde Ergersheim Investitionen von rund sechs Millionen Euro getätigt. Diese Investitionen hat der Freistaat wiederum mit 2,4 Millionen Euro unterstützt.

Breite Bürgermitwirkung

In der Dorferneuerung wurden in den vier Ortsteilen Ergersheim, Seenheim, Neuherberg und Ermetzhofen eine Vielzahl von Maßnahmen wie Spielplätze, Ortstraßen, Gehwege, und Platzgestaltungen mit breiter Bürgermitwirkung realisiert. Dies spiegelt das breite Spektrum der Dorferneuerung in der Erfolgsgeschichte „40 Jahre Dorferneuerung“ wider. ❐



v.l. Robert Bäumler (Fischereiverein Neunburg vorm Wald), Walter Drexler, Dr. Stefan Spindler, Michael Throner, Birgit Höcherl, Axel Bartelt, Martin Birner, Mathias Rosenmüller. Bild: Reg. Opf./Kammermeier

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

14. Wunsiedler Forum:

Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus

Unter dem Motto „Die Würde des Menschen ist unantastbar – Bayern gegen Diskriminierung und Rassismus“ fand heuer das 14. Wunsiedler Forum statt. An dem Fachtag zu aktuellen Themen der Arbeit gegen Rechtsextremismus nahmen etwa 80 Vertreter aus Politik und Zivilgesellschaft aus ganz Bayern teil. Veranstalter des Wunsiedler Forums sind das Bayerische Bündnis für Toleranz, die Festspielstadt Wunsiedel und der Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge.

Die Themen Rassismus und Diskriminierung werden nach Experteneinschätzung inzwischen viel offener diskutiert als noch vor einigen Jahren. „Es gibt ein Problembewusstsein. Institutionen und Gruppierungen wollen sich mit dem Thema befassen“, erklärte Martin Becher, Geschäftsführer des Bayerischen Bündnisses für Toleranz. Seit dem Erstarken der Black Lives Matter (BLM) -Bewegung zögerten auch staatliche Stellen nicht mehr, das Thema Rassismus offen anzugehen. Dies sei ein völlig anderer Diskurs als noch vor fünf oder zehn Jahren. Die Sensibilität sei gewachsen, gerade auch viele junge Menschen gingen inzwischen an die Öffentlichkeit und träfen nicht mehr auf eine Mauer des Schweigens. „Es gibt einen Resonanzboden“, so Becher.

Vernetzung in einem geschützten Raum

Das Wunsiedler Forum wolle Vernetzung ermöglichen, fuhr der Geschäftsführer fort: Diejenigen, die sich gegen menschenfeindliche Einstellungen, gegen Abwertungen und damit auch gegen die extreme Rechte engagieren, aber nicht betroffen sind, müssten sich mit denen verbünden, die von Rassismus betroffen sind. „Die direkt Betroffenen müssen das Gefühl haben, dass sie nicht allein sind.“ Alltagsrassismus sei für sie alltäglich erlebter Rassismus. Für nicht direkt Betroffene bleibe er abstrakt. Diese Lücke gelte es zu schließen. Das Wunsiedler Forum wolle einen geschützten Raum bieten, damit beide Seiten sich begegnen könnten.

Bayerns Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann rief zum Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung im Land auf: „Wir müssen unsere Werte wie Menschlichkeit, Respekt und Toleranz jeden Tag aufs Neue verteidigen. Keiner darf bei rassistischen Anfeindungen und Alltagsdiskriminierungen tatenlos zusehen. Jeder Einzelne ist hier gefordert“, machte Herrmann mit Blick auf die besorgniserregenden Entwicklungen in den vergangenen Jahren deutlich.

Die Bayerische Staatsregierung habe mit dem Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus eine Grundlage geschaffen, um Rassismus, Extremismus und Antisemitismus in Bayern schon im Ansatz zu verhindern, einzudämmen und zu verfolgen. So leiste beispielsweise die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) seit 2009 hervorragende Präventionsarbeit.

Der Minister unterstrich auch seine „Null-Toleranz-Haltung“ gegenüber Rassisten und Extremisten jeglicher Couleur bei der Bayerischen Polizei und betonte, dass Verfehlungen konsequent verfolgt werden. Zudem hob er die Bedeutung erfolgreicher Integration hervor: „Denn Diskriminierung trifft häufig dort auf fruchtbaren Boden, wo Vorurteile herrschen. Unsere vielfältigen Integrationsprojekte stärken das Verständnis zwischen den Kulturen und bauen Barrieren ab.“

Auf den gewachsenen Bedarf in vielen Institutionen, Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen wie Globalisierung und Protektionismus zu finden, Menschen vor Diskriminierung zu schützen und menschenfeindliche Orientierungen in die Schranken zu weisen, reagiert das Münchner Zentrum für Analyse, Beratung und Training „Den Menschen im Blick“ in Zusammenarbeit mit der LMU München. Wie Gründungsdirektorin Dr. Britta Schellenberg im Rahmen eines Workshops erläuterte, ist es das zentrale Ziel des Projekts, Grundlagen und praktisches Material dafür zu schaffen, Führungskräfte und Mitarbeitende von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen zu befähigen, souverän und professionell mit Beschäftigten und Klienten in einer zunehmend diversen Gesellschaft umzugehen und sie fit zu machen für einen sicheren Umgang mit rassistischen und andere menschenfeindlichen Orientierungen.

Die Expertise „Den Menschen im Blick – kompetent gegen Rassismus und Diskriminierung“ unterstützt Verwaltungen, kommunale Träger, Wohlfahrtverbände und Unternehmen. Für die Entwicklung der Schulungen werden – je nach Zweckmäßigkeit und Kapazitäten – engere Kooperationen mit einzelnen Institutionen ausgelotet.



Minister Joachim Herrmann. Bild: Projektstelle gegen Rechtsextremismus

Onlineplattform

Der zweite Schwerpunkt des Projekts liegt in der Etablierung einer Onlineplattform. Hier werden internationale und interdisziplinäre Forschungsbefunde zum (Umgang mit) Rassismus vorgestellt und diskutiert, Erfahrungen aus der Alltagspraxis dargestellt sowie Projektergebnisse (pädagogische Handreichungen,Schulungsmodule und multimediale Materialien) zur Verfügung gestellt.

„Qualifizierte Antidiskriminierungsberatung in der Praxis“ bietet unter anderem die Münchner Beratungsstelle BEFORE – Beratung und Unterstützung bei Diskriminierung, Rassismus und rechter Gewalt. Laut Antidiskriminierungsberaterin Lea Tesfaye kommen zu BEFORE zahlreiche Ratsuchende, die in ihrem beruflichen Umfeld diskriminiert werden. Starke Abhängigkeiten und steile Hierarchien begünstigten oft ein diskriminierendes Klima am Arbeitsplatz. Es brauche daher in allen Unternehmen Mechanismen zur Vermeidung von und den Umgang mit Diskriminierungen wie Beschwerdemöglichkeiten und Unterstützung für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Über die Strukturen der Anti-Diskriminierungsarbeit in Baden-Württemberg informierte Andreas Foitzik, adis e.V. und Co- Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Anti-Diskriminierungsberatung Baden-Württemberg. Die LAG Antidiskriminierungsberatung Baden-Württemberg ist ein Zusammenschluss der bestehenden und teilweise im Aufbau befindlichen lokalen Beratungsstellen und Netzwerke gegen Diskriminierung in Baden-Württemberg. In Kooperation mit der Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) Baden-Württemberg, die im Ministerium für Soziales und Integration angesiedelt ist, wird am Aufbau eines flächendeckenden und qualifizierten Beratungsangebotes im Land gearbeitet. Weitere wichtige Partner sind u.a. die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, der Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd), das Demokratiezentrum Baden-Württemberg, die OpferberatungsstelleLEUCHTLINIEund das Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg.

Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt Foitzik zufolge in der Qualitätssicherung der Beratung über Fort- und Weiterbildung sowie Supervision und Intervision. Zudem liegt das Augenmerk auf der finanziellen Absicherung der in der LAG ADB BW engagierten Beratungsstellen gegen Diskriminierung. Um im Land ein flächendeckendes Beratungsangebot zu ermöglichen, wird der Auf- bzw. Ausbau von Beratungsstellen in bisher nicht versorgten Regionen angestrebt. Zudem wird das lokale Beratungsangebot um ein online-Beratungsangebot ergänzt. **DK**

GZ PINOS WELT



„Endlich mal eine wegweisende Entscheidung, die des Preises würdig ist.“ Der Bürgermeister kommentierte die Vergabe des Friedensnobelpreises an zwei aufrechte Journalisten, die Philippina Maria Ressa und den Russen Dimitri Andrejewitsch Muratow. Damit wurden gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Erstens wurde auf die Bedeutung einer freien Presse in einer immer unfreier werdenden Welt aufmerksam gemacht. Zweitens auf die schleichende Erosion der Pressefreiheit überall auf der Welt, in Europa wie in Asien, in Afrika wie in Lateinamerika. Und drittens wurde durch die Preisvergabe an zwei profilierte, wenngleich über die Grenzen ihres Landes hinaus wenig bekannte Personen auch symbolisch ein im besten Sinne des Wortes universales Rechtsprinzip geehrt: Die Pressefreiheit als solche.

Denn wer erinnert sich schon noch an die

Die Bedrohung der Pressefreiheit

Preisträger der letzten Jahre? Barack Obama, der zu Beginn seiner Amtszeit den Preis erhielt und dann doch acht Jahre permanent Kriege führte. Der äthiopische Ministerpräsident, der voller guten Willens sein Land derzeit in Chaos und Hunger führt. Das Welternährungsprogramm der UNO, das als anonyme Organisation keine Emotionen hervorrufen konnte. Ärzte, Menschenrechtsaktivisten, Opfervertreter, die alle für sich genommen natürlich Herausragendes leisteten, aber keine umspannende Idee repräsentierten.

Da ist doch Freedom of the press, wie es der erste Zusatzartikel der US-Verfassung seit 1791 postuliert, ein ganz anderes Kaliber. Leider wurde die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit in den letzten Tagen und Wochen viel zu sehr von tagesaktuellen Themen gefesselt wie die Kanzlerwerdung des Cum-Ex-Schlumpfes, das Scheitern Berlins von der Verwaltung bis zum Flughafen oder der dramatische Linksruck der SPD. Da war keine Zeit, sich mit der historischen Rolle der Presse und des Journalismus‘ für die Entwicklung, Bewahrung und Stabilisierung von Demokratie und Freiheit zu beschäftigten.

Leider gibt es auch so gut wie keine Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass in vielen Ländern der Erde der Beruf des Journalisten einer der gefährlichsten überhaupt ist und schnurstracks ins Gefängnis führen kann. In Russland werden über die Jahre hin immer wieder Journalisten auf merkwürdige Weise getötet, und auch der frischgebackenen Nobelpreisträger Dmitri Muratow wurde vom Kreml schon davor gewarnt, sich als Preisträger nicht zu sicher zu fühlen und zu aufmüpfig zu werden. In der Türkei sitzen so viele Journalisten im Gefängnis wie in kaum einem anderen Land. In Afghanistan werden Reporter verprügelt und eingeschüchtert. In Ländern wie Kuba und China darf sowieso nur schreiben und senden, wer voll auf Staats- oder Parteilinie ist. (Das war übrigens auch in der DDR so, als die Partei alleine regierte, die jetzt in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ohne Not wieder mitregieren soll.)

Aber nicht nur Staaten, auch Kriminelle haben es auf Journalisten abgesehen. In Malta wurde eine mutige Frau in die Luft gejagt, in der Slowakei ein junger Mann samt Partnerin erschossen, weil sie in der Presse über illegale und korrupte Machenschaften berichtet oder dazu recherchiert hatten.

Wer sich über das gesamte Ausmaß der Bedrohung der Pressefreiheit weltweit und über die Gefahren, die Journalisten und Reportern rund um den Erdball drohen, informieren will, dem sei die Website www.reporter-ohne-grenzen.de ans Herz gelegt. Die Einblicke dort sind erschreckend.

Der Bürgermeister ärgert sich natürlich manchmal über den einen oder anderen Artikel in unserer Heimatzeitung. Wie sollte es anders sein? Aber er respektiert die Arbeit und freut sich darüber, dass die Menschen im Städtchen sich noch über das lokale Geschehen aus erster Hand informieren können. Denn wie sagte es der erste und letzte demokratisch gewählte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière: „Lokalzeitungen erklären Zusammenhänge anhand von kleinen Ereignissen und bringen damit die große Welt in die Wohnzimmer der Menschen“.

Ihr Pino

Deutscher Nachbarschaftspreis 2021:

Wunschgroßeltern in Altmühlfranken

Die nebenan.de Stiftung verkündete die 16 Landessiegerprojekte des diesjährigen Deutschen Nachbarschaftspreises. Aus hunderten Bewerbungen bundesweit wurde mithilfe von Expertenjurys das beste Nachbarschaftsprojekt für jedes Bundesland ausgewählt. In Bayern geht der Landespreis an die Initiative„Wunschgroßeltern in Altmühlfranken“ aus Weißenburg. Für ihr Engagement erhalten die Siegerprojekte ein Preisgeld von je 2.000 Euro.

Ziel des Deutschen Nachbarschaftspreises ist es, engagierte Initiativen zu würdigen, die sich für ihre Mitmenschen und ihre Nachbarschaft einsetzen und dadurch den sozialen Zusammenhalt stärken. Genau das leistet das Siegerprojekt „Wunschgroßeltern aus Altmühlfranken“. Die Initiative vermittelt seit 2014 aktive Senioren und Seniorinnen aus der Nachbarschaft an Familien mit Kindern von null bis drei Jahren. Eine zentrale Koordinierungsstelle hilft dabei, dass Familien und Großeltern zueinander finden und begleitet den Kennenlernprozess. Das Projekt „Wunschgroßeltern in Altmühlfranken“ legt Wert auf einen leichten Zugang und ehrenamtliche Teilnahme. So entsteht eine familiäre Atmosphäre, von der alle drei Generationen sozial profitieren. Die nachbarschaftlichen Wunschgroßeltern holen zum Beispiel ihre Wunschenkel aus der Kita, wenn die Eltern keine Zeit haben. Die gemeinsame Zeit mit den Kindern stellt für die Wunschgroßeltern eine Bereicherung in deren Alltag dar.

Starkes Zeichen

„Die Landessiegerprojekte stehen stellvertretend für die vielen Menschen, die sich überall in Deutschland um ihre Mitmenschen und ihr lokales Umfeld kümmern. Sie tun das oft still und bescheiden, aber setzen dabei ein sehr starkes Zeichen für eine nachbarschaftliche Gesellschaft. Deshalb sollen sie viel mehr Aufmerksamkeit erhalten als die wenigen, aber sehr lauten, polarisierenden und spaltenden Stimmen in der Öffentlichkeit.“ Neben den Landessiegerprojekten werden beim Deutschen Nachbarschaftspreis auch fünf Themensiegerprojekte gekürt. Diese werden am 3. November 2021 bekanntgegeben. Details zu den Landessiegerprojekten unter https://www.nachbarschaftspreis.de/de/Projekte/siegerprojekte-2021/. ❐

Schloss Steinenhausen:

Kompetenzzentrum für Strahlenschutz geplant

In Kulmbach soll schon bald ein neues Kompetenzzentrum für Strahlenschutz entstehen. Der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags hat entsprechenden Planungen zugestimmt. Das neue Strahlenschutz- Kompetenzzentrum soll an der Außenstelle des Landesamtes für Umwelt am Schloss Steinenhausen gebaut werden. Der Neubau wird eine Bruttogrundfläche von über 3.700 qm haben. 15 neue Arbeitsplätze sollen dorthin verlagert werden. Die Kosten für den Bau werden derzeit auf rund 33 Millionen Euro geschätzt.

„Der Freistaat Bayern hält Wort. Wie in der Heimatstrategie 2015 versprochen werden weiter Behörden in den ländlichen Raum verlagert. In diesem Fall wird ein wichtiges Kompetenzzentrum mit hochwertigen Arbeitsplätzen von Augsburg nach Kulmbach gebracht. Ein gutes Zeichen für die Region“, so der heimische Landtagsabgeordnete Martin Schöffel. Auch die Stadt Kulmbach hat bereits ihr OK für die weiteren Planungen gegeben.

Das Strahlenschutzlabor wird sowohl Messaufgaben, als auch Kontrollaufgaben beim Rückbau der Kernkraftwerke übernehmen.

Die Planungen für das Kompetenzzentrum sind noch in einem recht frühen Stadium. Nach der jetzigen Freigabe durch den Haushaltsausschuss wird die Planung vertieft fortgesetzt. Für den Baubeginn braucht es später eine weitere Genehmigung durch den Haushaltsausschuss. ❐

Bezirk Mittelfranken:

Gefragte und neutrale Beratungsstelle

1996 mit Unterstützung des Bezirks Mittelfranken ins Leben gerufen, ist die Mittelfränkische Gesellschaft zur Förderung erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe e. V. (MER) bis heute eine neutrale und unabhängige Informations- und Beratungsstelle. Der Verein verfolgt den Zweck, die Entwicklung und die Nutzung erneuerbarer, umweltfreundlicher Energieversorgungstechnologien (beispielsweise Sonnenenergie, Wasserstoff, Windkraft), die Methoden der rationellen Energienutzung und ihre Anwendung unter Praxisbedingungen in Mittelfranken zu fördern. Der Verein arbeitet eng mit dem Netzwerk Erneuerbare Energien Westmittelfranken zusammen. In seiner jüngsten Sitzung hat sich der Bezirksausschuss einstimmig dafür ausgesprochen, die zukunftsorientierte Arbeit der MER auch in diesem Jahr mit einer Förderung in Höhe von 25.600 Euro zu unterstützen. ❐

Landkreis Amberg-Sulzbach fördert einmaliges Projekt:

Auf das Huhn gekommen

Drittklässler kümmern sich um drei besondere Mitschülerinnen

Die Grund- und Mittelschule Ursensollen ist nicht auf den Hund, sondern auf das Huhn gekommen. In einer Ecke auf dem Pausenhof wurde eine Großraumvoliere angelegt, in dem seit kurzem drei Hühner untergebracht sind. Vor wenigen Wochen sind Uschi, Lotte und Berta in dem großzügigen Gehege eingezogen und seither kümmern sich die Schülerinnen und Schüler der 3b mit Klassenleiterin Sabine Süß jeden Tag um die Tiere. Die Idee dazu stammt von Magdalena Neidl, die sich für ihre Zulassungsarbeit für das erste Staatsexamen mit dem Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung" auseinandersetzte. Der Gedanke: Die Hühner sollen bestmöglich in den Schulalltag integriert werden und den Kindern nicht nur Selbstständigkeit vermitteln, sondern auch ihre Nachhaltigkeitsbildung stärken.

Bei Schulleiter Peter Großmann und Konrektorin Sigrid Kerschl rannte die Lehramtsstudentin aus Ursensollen offene Türen ein. Und sie fand weitere Mitstreiter. Der Landkreis Amberg-Sulzbach unterstützt das Projekt im Rahmen der Leitbild-Strategie „Deine Zukunft 2030. Amberg-Sulzbach." Rund 80 Prozent der Kosten, zum Beispiel für den Käfig und den kleinen Hühnerstall mitten in der Voliere, übernimmt der Landkreis, berichtete die Regionalmanagerin des Landkreises Amberg-Sulzbach, Katharina Schenk, die für die Umsetzung der Leitbild-Strategie verantwortlich zeichnet. „Das sind knapp 930 Euro." Die restlichen Kosten, unter anderem für das Futter der Tiere, werden von der Gemeinde Ursensollen bezuschusst.

Hoher Besuch zur Halbzeit

Landrat Richard Reisinger und Bürgermeister Albert Geitner statteten der Grund- und Mittelschule Ursensollen zur Halbzeit des Projekts einen Besuch ab, um sich vor Ort über die Umsetzung zu informieren. „Ein tolles Projekt, das wir so im Landkreis Amberg-Sulzbach noch nicht hatten", freute sich der Landrat. „Das ist eine echte Bereicherung des Schulalltags und bringt den Kindern die Natur ein Stück näher." Der Ursensollener Bürgermeister zeigte sich ebenfalls begeistert: „Die Kinder bekommen einerseits die Verantwortung für Lebewesen vermittelt, andererseits erlangen sie auch Wissen um nachhaltigen Konsum."

Am Wochenende

Die „Schulhühner" sind seit kurzem Teil des Heimat- und Sachkundeunterrichts. Dort lernen die Drittklässler alles über Hühner, und das eben nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Liebevoll umsorgen die Schülerinnen und Schüler ihre drei Hühner, geben ihnen frisches Wasser, Grün- und Körnerfutter, sammeln die gelegten Eier ein und halten den Käfig sauber. Das sind die täglichen Aufgaben für die Kinder. „Die Bereitschaft ist groß, alle kümmern sich um die Hühner. Auch am Wochenende finden sich immer genug Freiwillige", lobt Magdalena Neidl den Einsatz der Drittklässler der Grund- und Mittelschule.

Eine Win-win-Situation

Einer von ihnen ist Xaver. Er darf heute nachsehen, ob Uschi, Lotte und Berta Eier gelegt haben. Ein kurzer Blick in den Hühnerstall, dann ruft er die gute Nachricht freudig seinen Mitschülern zu: „Zwei Eier!" Xaver und seine Mitschüler sind begeistert von den lebenden Hühnern auf dem Pausenhof und verbringen gerne Zeit mit ihnen. Eine Win-win-Situation, wenn man so will. Glückliche Hühner und glückliche Kinder.

Versorgt auch nach Ende des Projekts

Das Projekt „Schulhühner" läuft noch ein paar Wochen. Danach kümmert sich voraussichtlich Magdalena Neidl zu Hause um die drei Hühner. ❒



Hinten v.l: Magdalena Neidl, Bürgermeister Albert Geitner, Landrat Richard Reisinger, Nicole Graf, Regionalmanagerin Katharina Schenk, Schulleiter Peter Großmann, Klassenleiterin Sabine Süß und Konrektorin Sigrid Kerschl mit den Kindern. Bild: Christine Hollederer

Amerang:

Wohnkompetenzzentrums eröffnet

Ende September wurde das erste Wohnkompetenzzentrum des wissenschaftlichen Projekts DeinHaus 4.0 der Technischen Hochschule Rosenheim und ihrem Partner, der Ernst Freiberger-Stiftung, eröffnet. Hier wird erforscht, wie digitale Technik pflegebedürftige Menschen im Alltag zu Hause unterstützen und was die eigene Wohnung dabei alles leisten kann.

Das Forschungsprojekt DeinHaus 4.0 will Bedarfe und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung, Post-Reha-Patientinnen und Patienten, Menschen mit Pflegegrad und Seniorinnen und Senioren analysieren und verstehen. Das Wohnkompetenzzentrum wird dazu mit technischen Assistenzsystemen, unterstützenden Produkten und Dienstleistungen ausgestattet. Dadurch können Wege aufgezeigt werden, wie ein selbstbestimmtes Leben möglichst lange in den eigenen vier Wänden stattfinden kann. Entsprechend ausgestatteter Wohnraum soll so zentraler Bestandteil der Versorgungskette im Alter, bei Pflegegraden, bei der Übergangsversorgung und in Post-Reha Situationen sein. ❒

Vorschau auf GZ 21

In unserer Ausgabe Nr. 21, die am 5. November 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk**
- **Kommunaler Bau · Ortskernbelebung**
- **Gestaltung öffentlicher Räume · Stadtmobiliar**
- **Renovierung · Denkmalschutz**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch Thüringer Fahnenfabrik GmbH Querstrasse 8 96450 Coburg Tel.: 09561-5527-0 Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG Hauptstraße 106 D-84088 Neufahrn/NB T 08773 18-0 F 08773 18-113 www.erlus.com
ERLUS Qualität aus Deutschland

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER: www.gemeindezeitung.de/newsletter

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE www.etbs.de
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

Energiebeschaffung

Kostenfreie Ausschreibungs-vorlagen!
Für hochwertige Pellets und Hackschnitzel.
enplus-pellets.de/ausschreibungsvorlage

Energiedienstleistung

erdgas schwaben sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch Thüringer Fahnenfabrik GmbH Querstrasse 8 96450 Coburg Tel.: 09561-5527-0 Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen Maste Roll-Ups Bekleidung uvm.

Kommunen kompetent erreichen: www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen. > 50 erfolgreiche ISIS12 Projekte
www.Mein-Datenschutzberater.de
DSGVO BayDSG ext. DSB ext. ISB ISIS12 Schulungen eLearning

GemeindeZeitung auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

GZ Akademie

Termine unter: www.gemeindezeitung.de/akademie

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG 93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG 95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG 97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de Bayern Labo

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG Sitz- und Polstermöbelfabrik Industriestraße 26 D-35684 Dillenburg (Frohnhausen) Telefon: 02771/3208-0 Telefax: 02771/3208-13 E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!"
Wartung und Reinigung von:
- Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
- Prozesslufttechnische Anlagen
- Kontrollierte Wohnraumlüftung

DVLW
Lüftungs-Reinigungs-Service Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Polarlite Star
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Organisatorische Hinweise

Veranstaltungsort
Kreissparkassensaal, 85560 Ebersberg, Kolpingstraße 1

Termin
Mittwoch, 27. Oktober 2021, 17^{00} Uhr bis 19^{30} Uhr
Einlass ab 16^{30} Uhr

Veranstalter

MigraNet – IQ Netzwerk Bayern
und der Landkreis Ebersberg
mit freundlicher Unterstützung
des Bayerischen Integrationsministeriums
in Partnerschaft mit dem Bayerischen Landkreistag
Organisation: Bayerische GemeindeZeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Geretsried

So erreichen Sie den Sparkassensaal:



Link zur Teilnahme am Bayerischen FachkräfteForum
bildungsportal.lra-ebe.de/anmeldung-fachkraefteforum

Tagungsbeitrag
Die Teilnahme ist kostenfrei

Anmeldung
bitte bis Freitag, 22. Oktober 2021

Hygienehinweise
- Voraussetzung für die Teilnahme ist der Nachweis über 3G (Impfung, Genesung, negativer Testnachweis)
- Wo der Mindestabstand von 1,5 m nicht eingehalten werden kann, gilt Maskenpflicht

Für Rückfragen
Mirjana Simic, Landratsamt Ebersberg, Bildungskoordination
Eichthalstraße 5, 85560 Ebersberg
Telefon: 08092 823 - 124
Mirjana.Simic@lra-ebe.bayern.de

Unsere Partner

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration

BAYERISCHER LANDKREISTAG

Bildungsregion Landkreis Ebersberg

Bundesagentur für Arbeit
Agentur für Arbeit Ebersberg

jobcenter Ebersberg

IQ Netzwerk Bayern

migra net

GemeindeZeitung
www.gemeindezeitung.de

Bundesagentur für Arbeit

IQ Netzwerk Bayern

migra net



Präsenz-Veranstaltung:

Bayerisches FachkräfteForum

Strategien zur Gewinnung von Fachkräften
mit Migrationshintergrund
im Landkreis Ebersberg

Mittwoch, 27. Oktober 2021, 17^{00} bis 19^{30}Uhr
Ebersberg, Kreissparkassensaal, Kolpingstraße 1

Programm:

Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Bayern hängt in entscheidendem Maße davon ab, wie gut es gelingen wird, die Fachkräftebasis in allen Regionen des Freistaats zu sichern.

Die globale Bedrohung durch das Corona-Virus hat die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in jüngster Zeit gravierend verändert. Gleichwohl haben nach wie vor zahlreiche Unternehmen und teilweise komplette Wirtschafts- und Dienstleistungszweige große Schwierigkeiten, geeignete Fachkräfte zu finden. Ein zu berücksichtigender Faktor ist dabei auch, dass der demografische Wandel sich künftig weiter verstärken wird.

Gemeinsam mit dem Bayerischen Landkreistag laden MigraNet – IQ Netzwerk Bayern und die Bayerische Gemeinde-Zeitung mit freundlicher Unterstützung des Bayerischen Integrationsministeriums zum Bayerischen FachkräfteForum „Strategien zur Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund“ in jeden Regierungsbezirk ein.

Mit unserer Veranstaltungsreihe vertiefen wir das Thema „Fachkräftegewinnung vor Ort“ und zeigen Strategien zur Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund auf. Die Veranstaltungsreihe ermöglicht die gezielte Kommunikation relevanter Akteure vor Ort mit ausgewiesenen Fachleuten.

Das Thema Fachkräfteeinwanderung sowie die Chancen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes werden ebenso erläutert wie die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Spracherwerb und Arbeitsrecht.

Die Veranstaltung richtet sich an Arbeitgebende, Personalverantwortliche, Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Verantwortliche in den Kommunen.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

Stand: 4. Oktober 2021; Änderungen vorbehalten

16^{45} **Ankommen**

17^{00} **Grußwort**
und Vorstellung Wirtschaftsstandort LK Ebersberg
Stv. Landrat Walter Brilmayer

17^{10} **Vorstellung Netzwerk MigraNet:**
Anne Güller-Frey, MigraNet – IQ Netzwerk Bayern

17^{20} **Keynote iab –**
Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung
Fachkräfte gesucht? Welche Möglichkeiten bietet das Fachkräfteeinwanderungsgesetz?
Tanja Fendel, iab

17^{50} **Anerkennung von ausländischen Qualifikationen – Unterstützung für die Arbeitgeber**
Daniel O. Salaja (M.A.), Landeshauptstadt München, Sozialreferat, Amt für Wohnen und Migration
Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen; Fachinformationszentrum Einwanderung München – FIZE

18^{05} **Vortrag Fördervoraussetzungen für Weiterbildung Beschäftigter im Landkreis Ebersberg**
Monika Tillger, Arbeitgeberservice der BA Ebersberg

18^{20} **Vorstellung der Bildungsträger im Landkreis Ebersberg**
bfz: Verena Ponjavic
ipb: Britta Kuhlendahl-Kraft
vhs: Stefanie Horten
wbb: Karin Wiedenhöfer

18^{30} **Podiumsdiskussion, anschließend offene Diskussion**
Unternehmer aus dem Landkreis Ebersberg mit Praxisbeispielen zur Integration von Fachkräften mit Migrationshintergrund

19^{00} **Get-together mit kleinem Imbiss**
Markt der Möglichkeiten
Bildungsträger, Arbeitsagentur, MigraNet, Ausländeramt

Für die Region:
Virtueller Bildungsmarkt online

Die Jobcenter und Arbeitsagenturen in den Landkreisen Dachau, Erding, Ebersberg und Freising setzen verstärkt auf digitale Angebote. Der „Virtuelle Bildungsmarkt“ wird als E-Service online angeboten.

Bildungsinteressierte können sich hier unkompliziert einen Überblick über das Kursangebot regionaler Bildungsträger verschaffen, dazu Flyer und Imagefilme einsehen. Auch eine Kontaktaufnahme mit den Ansprechpartner*innen bei Jobcentern, Arbeitsagenturen und Bildungsträgern ist unkompliziert möglich.

Interessiert?
Dann ran an Smartphone, Tablet, Laptop oder PC und www.bildungsmarkt-freising.de aufrufen, damit durch **WEITER:BILDUNG!** aus Herausforderungen Chancen werden.

MigraNet – IQ Netzwerk Bayern
Das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ zielt auf die nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Erwachsenen mit Migrationshintergrund ab. Das Programm wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) gefördert. Partner in der Umsetzung sind das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Bundesagentur für Arbeit (BA).

Folgen Sie MigraNet
Internet: www.migranet.org
Facebook: https://fb.com/migranet.bayern
Newsletter: https://www.migranet.org/newsletter

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 05. November 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 21



Bild: Alex Schelbert/Bayernwerk AG Seite 15

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayerische Landrätetagung in Dachau:

Klimaschutz und Corona

Die 71 bayerischen Landkreise nehmen Kurs auf den Schutz des Klimas im Einklang mit den Bedürfnissen von Wirtschaft, ländlichem Raum, aber auch den Ballungsgebieten. Wie dies konkret aussehen kann, wurde im Rahmen der diesjährigen Landrätetagung in Dachau erörtert. Darüber hinaus war Corona prägendes Thema der Versammlung.

Im Austausch mit u.a. Staatssekretärin Anne Katrin Bohle, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Dr. Johannes Gnädinger, Mitglied des Bayerischen Klimarates, und Prof. Dr.-Ing. Michael Sterner, Mitglied des Weltklimarates (IPCC) OTH Regensburg, wurden künftige Herausforderungen diskutiert. Insbesondere mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen in Berlin verabschiedeten die Landräte eine Resolution zum Klimaschutz. In den Landkreisen selbst laufen bereits seit vielen Jahren verschiedene Projekte, um das Klima zu retten.

Schlüsselrolle der Kommunen

Auch wenn die Koalitionsverhandlungen in Berlin derzeit noch in den Kinderschuhen stecken, gehen Bayerns Landrätinnen und Landräte davon aus, dass ihnen der Bund eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Klimawende zugedenken wird. Gleiches gilt für die angekündigten Gesetzesvorhaben und Maßnahmen in München sowie in Brüssel. Fraglich ist, wie die Kommunen einer Schlüsselrolle in den Plänen der übergeordneten Ebenen gerecht werden sollen. Die Landkreise sind nur für ureigene kommunale Aufgaben im sog. eigenen Wirkungskreis, wie u.a. beim ÖPNV, den Gebäuden und bei der eigenen Fahrzeugflotte, zuständig. Nehmen die Landkreise Aufgaben des Staates wahr, benötigen sie dafür die entsprechenden finanziellen und personellen Kapazitäten von Freistaat und Bund für ihre Arbeit vor Ort. Kommunale Mittel sind schließlich für kommunale Aufgaben bestimmt.

Die Menschen mitnehmen

„Natürlich machen die bayerischen Landkreise beim Schutz des Klimas mit. Dabei gibt es bereits heute Parameter für uns, die unantastbar und Grundvoraussetzung für den Erfolg der Klima- und Energiewende auf allen Ebenen sind. Wir müssen unsere Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Ob die Klimaziele umgesetzt werden können, entscheidet sich bei ihnen. Wir müssen schauen, dass wir die Gesellschaft nicht spalten und nicht unsere eigene Wirtschaft demontieren. Die Kommunen müssen in die Entscheidungsprozesse von EU, Bund und Freistaat einbezogen werden. Ballungsgebiete und ländlicher Raum dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Insbesondere darf auch der ländliche Raum nicht Verlierer der Klima-

(Fortsetzung auf Seite 4)



V.l.: Stefan Löwl, Landrat Landkreis Dachau; Tamara Bischof, Landrätin Landkreis Kitzingen; Thomas Karmasin, Landrat Landkreis Fürstenfeldbruck; Christian Bernreiter, Landrat Landkreis Deggendorf und Landrätepräsident; Andrea Degl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied Bayerischer Landkreistag sowie Herbert Eckstein, Landrat Landkreis Roth. Bild: CH

Zentrale Forderungen an Bundestag und Bundesregierung:

Starke Städte als Zielmarke

Die neue Bundesregierung muss sich daran messen lassen, dass die Städte in Deutschland auch nach der Pandemie lebenswert, krisenfest, innovativ und modern bleiben können. Dazu bräuchten sie die richtigen Rahmenbedingungen, die nötige finanzielle Ausstattung und mehr Kompetenzen, um über Belange vor Ort selbst zu entscheiden, betonte der Deutsche Städtetag, der mit zentralen Forderungen an den neuen Bundestag und eine neue Bundesregierung aufwartete.

Wie der Präsident des Deutschen Städtetags, Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung, betonte, „appellieren wir an die drei Parteien, in ihrem Koalitionsvertrag starke und finanziell handlungsfähige Städte als Zielmarke zu verankern. Wir bringen selbst eine Menge in die Aufgaben der Zukunft ein, brauchen aber auch die Unterstützung des Bundes.“ Das Sondierungspapier enthalte erste richtige Ansätze, um das Land voranzubringen. Jetzt müsse es gelingen, bei den Koalitionsverhandlungen so konkret zu werden, dass die Städte in den entscheidenden Bereichen gestärkt werden.

Finanzkraft der Städte stärken

Der Deutsche Städtetag ruft die potenziellen Partner auf, die Finanzkraft der Städte insgesamt zu stärken und als erstes eine Soforthilfe für die Kommunen einzuplanen. Allein in den Jahren 2021 und 2022 fehlten den Kommunen 15 bis 20 Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Hier müsse die neue Bundesregierung schnell handeln und gemeinsam mit den Ländern die Haushalte stabilisieren. Wie im Jahr 2020 müssten die Steuermindereinnahmen ausgeglichen werden. Auch gehöre nach wie vor eine Altschuldenlösung auf die Tagesordnung.

Orte des urbanen Lebens

Innenstädte sind Orte des urbanen Lebens. Deshalb sollte das Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstadt und Zentren“ von einmalig 250 Millionen in diesem Jahr auf jeweils 500 Millionen Euro für die nächsten fünf Jahre ausgebaut werden. Es gelte zudem, die Mittel der Städtebauförderung unbürokratischer zu nutzen.

Leichterer Zugriff auf Baugrund

Um steigende Preise beim Bauland und bei den Mieten zu verhindern, ist es aus Sicht des Kommunalverbands erforderlich, den Städten leichteren Zugriff auf Baugrund zu ermöglichen. Der

(Fortsetzung auf Seite 4)



V.l.: Marcus König, Dr. Franz Dirnberger, Dr. Uwe Brandl, Albert Füracker. Bild: NürnbergMesse/Frank Boxler

Kommunale 2021 in Nürnberg:

Das Netzwerk für Kommunen

Geschäftiges Treiben und große Wiedersehensfreude auf der Kommunale 2021 in Nürnberg: Über 3.200 kommunale Entscheider kamen in die Norisstadt, um sich im Messezentrum an zwei Tagen bei 330 Ausstellern aus sieben Ländern über Neuheiten und Trends rund um den Kommunalbedarf zu informieren. Parallel dazu nahm der begleitende Kongress des Bayerischen Gemeindetags gegenwärtige kommunalpolitische Herausforderungen in den Blick, zeigte kreative Lösungsansätze und bot reichlich Raum für Austausch.

Die zahlreichen Aussteller präsentierten ein vielfältiges Angebotsspektrum, das den kompletten Bereich kommunaler Beschaffung abdeckte. Das besondere Augenmerk lag freilich auf Themenfeldern, die gerade im Zuge der Corona-Pandemie verstärkt in den kommunalen Fokus rückten – von Bildung und Digitalisierung über die Zukunft der Innenstädte bis hin zu kommunalen Finanzen oder Klima- und Umweltschutz. Diese aktuellen Entwicklungen wurden im Kongress des Bayerischen Gemeindetags, den zwei Ausstellerfachforen und an den Messeständen in den Hallen abgebildet.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Innovative Produkte und Dienstleistungen

In den beiden Messehallen warteten innovative Produkte, Dienstleistungen und Neuheiten wie beispielsweise eine Luftmanagement-Plattform,

(Fortsetzung auf Seite 4)

Familienministerin Trautner zur Ganztagsbetreuung:

10.000 zusätzliche Hortplätze

„Wir haben bereits 2018 im Vorgriff auf den vom Bund nun geschaffenen Rechtsanspruch ein Programm zur Schaffung von 10.000 zusätzlichen Hortplätzen aufgelegt“, sagte Bayerns Familienministerin Carolina Trautner zur Studie des Deutschen Jugendinstituts und der TU Dortmund zur Ganztagesbetreuung:

„Unsere Familien finden in den bayerischen Kommunen eine vielfältige und bedarfsgerechte Angebotspalette vor, vom ganzjährigen Hortangebot über den gebundenen Ganztag bis hin zur Mittagsbetreuung angeboten wird. Die Eltern haben je nach ihren Bedürfnissen unterschiedliche Möglichkeiten und Modelle, die sie für die Kinderbetreuung nutzen können. Deshalb liegt die tatsächliche Betreuungsquote in Bayern auch nicht bei 38 Prozent, sondern bei 57 Prozent.

Bedarfsgerechtes Angebot

Es bleibt unser Ziel, dass künftig alle Eltern mit der stufenweisen Einführung des Rechtsanspruchs ab dem Schuljahr 2026/27 ein bedarfsgerechtes Angebot auch für die Betreuung ihrer Grundschulkinder am Nachmittag erhalten. Deshalb haben wir bereits 2018 im Vorgriff auf den vom Bund nun geschaffenen Rechtsanspruch ein Programm zur Schaffung von zunächst 10.000 zusätzlichen Hortplätzen aufgelegt. Jetzt geht es darum, dass die vom Bund angekündigten Finanzmittel in Höhe von 3,5 Mrd. Euro für die Länder auch tatsächlich abgerufen werden können. Hier hat der Bund ein kompliziertes Verfahren gewählt, das derzeit zu Verzögerungen führt und deswegen vereinfacht werden sollte.“ ❐



„Veränderung ist etwas, was man in Deutschland mittlerweile scheut, wie der Teufel das Weihwasser“ räsoniert der persönliche Hauslyriker und Philosoph des Bürgermeisters. Rathauskater Pino gibt sich während der grauen Herbsttage gerne einer Aneinanderreihung deprimierender Daten hin; aber bei Energiepreisen, Inflation, PiS-Regierung und Blablabla rund ums Klima kennt er sich ziemlich gut aus. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Erwartungen an die neue Bundesregierung 2
Landtag plant Reform zum Gleichstellungsgesetz 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Kommunen effizient fördern 3
Entwicklungszusammenarbeit anders denken, Teil 8. 3
Innovationsstrategie der Staatsregierung 3
Breitband • Digitalisierung • IT. . . . . .5 - 7
Kommunale Gesundheitsversorgung . . . . . .8 - 9
Kommunale Bauthemen. . . . . 10 - 12
Kommunalfahrzeuge. 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Landtag plant Reform zum Gleichstellungsgesetz

Die regelmäßigen Gleichstellungsberichte der Staatsregierung zeigen: Noch immer haben es Frauen in der Arbeitswelt schwerer als Männer, obwohl die Beseitigung bestehender Nachteile Verfassungsauftrag ist. Der Landtag plant daher nach 25 Jahren eine Gesetzesreform anzustoßen. Wie diese aussehen könnte, diskutierten acht Fachleute bei einer Anhörung im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes. Während die Wissenschaft die drei konkreten Stellschrauben Diversitätsplan, Transparenz und Weiterbildungen empfiehlt, wurden auch Forderungen zu Sanktionen und Klagerecht laut.

Bereits im Jahr 1996 trat das Bayerische Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Kraft. Trotzdem: Nur 85,5 Prozent der Dienststellen in Bayern haben einen Gleichstellungsbeauftragten und nur 79 Prozent ein Gleichstellungskonzept. Das stellte gleich zu Beginn der Expertenanhörung im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes im Bayerischen Landtag der Gleichstellungsbeauftragte im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, Dr. Michael Knabel, heraus. Wegen fehlender Sanktionsmöglichkeiten könnten die Verantwortlichen in den Dienststellen „aber nur freundlich auf den Missstand hingewiesen werden". Er sprach sich daher dafür aus, das Gleichstellungsgesetz wie im Bund um ein Klagerecht zu erweitern.

Diskussion um Beförderungsstopp

Bettina Messinger, Vorsitzende des Bezirksfrauenausschusses des Deutschen Gewerkschaftsbunds und Landesbezirksfrauensekretärin bei ver.di Bayern, bezeichnete das Gleichstellungsgesetz als „zahnlosen Tiger". Um das zu ändern, forderte sie einen Einstellungs- und Beförderungsstopp, solange eine Behörde kein Gleichstellungskonzept habe. Darin müssten auch verbindliche Regelungen für Freistellung, Geldmittel und Büroausstattung enthalten sein. Der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbunds, Rainer Nachtigall, hält die Wirkung des Gleichstellungsgesetzes in den vergangenen 25 Jahren für „überschaubar". Im neuen Gesetzentwurf wünschte er sich, dass die Ziele nicht mehr unter einem Finanzierungsvorbehalt stehen. Grundsätzlich sollte laut Nachtigall vom „unterrepräsentierten Geschlecht" gesprochen werden, weil das innerhalb der Lehrerschaft zum Beispiel Männer seien. Einstellungsstopps als Sanktion lehnte er ab.

Warnung vor Sanktionen

Peter Meyer, Direktor der Bezirksverwaltung Oberfranken, warnte ebenfalls vor solchen Sanktionen für Dienststellen. „Wir können froh sein, überhaupt ausreichend Personal zu finden." Wenn es kein Gleichstellungskonzept gebe, lägen dafür objektive Gründe vor. Gremien paritätisch zu besetzten, hielt er für rechtlich schwierig umsetzbar: „Wenn der gewählte Gemeindetag nicht paritätisch besetzt ist, können entsprechend auch die jeweiligen Gremien nicht paritätisch besetzt werden."

Tessa Hillermann, Dozentin an der Saarländischen Verwaltungsschule, erklärte, im Saarland sei das Gleichstellungsgesetz bereits 2015 novelliert und um eine Freistellungsstaffel ergänzt worden. Wenn dort Zielvorgaben der Dienststellen nicht erreicht werden, können sie sanktioniert werden. Außerdem wird die Frauenbeauftragte dort gewählt, erhält ab 1000 Bediensteten einen zusätzlichen Mitarbeitenden und hat ein Klagerecht. „Eine große Klagewelle ist bisher aber ausgeblieben."

Verbesserungsvorschläge für höheren Frauenanteil

Die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt München, Nicole Lassal, kritisierte die aktuell „weichen" Formulierungen im Gleichstellungsgesetz. Sie wünschte sich eine dienstliche Beurteilung differenziert nach Vollzeit, Teilzeit, Qualifikationsebene sowie Männern und Frauen. „Es kann nicht sein, dass Teilzeitbeschäftigte immer schlechtere Bewertungen haben." Auch müssten alle Führungsstellen in Voll- und Teilzeit ausgeschrieben werden – dann steige auch der Frauenanteil. Petra Müller-März, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft der bayerischen Gleichstellungsstellen, forderte mehr Zeit für die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten, sie an Bewerbungsverfahren zu beteiligen und für den Krankheitsfall Stellvertretende zu ernennen. Auch sollte im Gesetz mit aufgenommen werden, dass die Personalabteilung gemeinsam mit den Gleichstellungsbeauftragten das Konzept erstellt. „Über die Zuständigkeit gibt es oft Streit."

Drei Stellschrauben

Dr. Annette Spiekermann, Gleichstellungsbeauftragte an der Technischen Universität München, nannte aus der Forschung drei elementare Stellschrauben für einen Wandel der Arbeitskultur: Erstens brauche es einen Diversitätsplan zur Frauenförderungen. Zweitens einen transparenten Recruiting- Prozess und drittens Weiterbildungsmaßnahmen. Paritätische Gremien lehnte sie für männerdominierte Bereiche ab: „Sonst müsste ich an der TU in allen Gremien sitzen." Anna Schwamberger (Bündnis 90/Die Grünen) forderte in der anschließenden Aussprache, Gremien als Übergangslösung nicht paritätisch, sondern lediglich zu 40 Prozent mit dem unterrepräsentierten Geschlecht zu besetzen. Dr. Simone Strohmayr (SPD) war erstaunt, dass gerade im Öffentlichen Dienst Gesetze nicht richtig umgesetzt werden. „Wenn es keine Gleichstellungskonzepte gibt oder sie nicht auf den aktuellen Stand gebracht werden, muss es daher Sanktionsmöglichkeiten geben", unterstrich sie und erwähnte als genanntes Beispiel das Saarland. Andreas Jäckel (CSU) warf ein, dass sich das Gesetz vom Saarland nicht eins zu eins auf Bayern übertragen ließe. „Natürlich müssen wir aber je nach Beruf und Dienststelle das unterrepräsentierte Geschlecht im Blick behalten", betonte er. „Gemischte Gruppierungen bringen im Wissenschaftsbereich bessere Ergebnisse als eingeschlechtliche Gruppen", sagte Dr. Wolfgang Heubisch (FDP). Daher müsse an den Hochschulen das Kaskadenmodell eingeführt werden, bei dem sich der Frauenanteil an der darunter liegenden Qualifizierungsstufe orientiere. Gerald Pittner (Freie Wähler) wies darauf hin, dass Behörden oft zu wenig Bewerbungen von Frauen bekämen. Daher müsse die Frauenquote auch immer mit der Einstellungsquote verglichen werden. **red**

Verleihung des Bürgerpreises 2021:

„Gemeinsam stiften, Gemeinschaft stiften, Sinn stiften"

Im Rahmen der diesjährigen Verleihung des Bürgerpreises 2021 wurden im Bayerischen Landtag sechs Stiftungen geehrt. Die Preisträger setzen sich dafür ein, dass Menschen im Freistaat durch das Engagement von Ehrenamtlichen Gemeinschaft und Sinn erfahren.

Wie Landtagspräsidentin Ilse Aigner ausführte, „ist der Bürgerpreis 2021 eine Leistungsschau des Zusammenhalts in unserem Land – als Gemeinschaftswerk einer Stiftung, auf der Basis von Eigeninitiative. Bayern gibt ein starkes Bild ab. Was die Bürgerstiftungen organisieren, stellt einen wesentlichen, urdemokratischen Wert heraus: Sie organisieren Teilhabe und kümmern sich um ihre Mitmenschen."

Mit jeweils 10.000 Euro ausgezeichnet wurden die Bürgerstiftungen Ostallgäu und Region Neumarkt i.d.OPf., die Germeringer Sozialstiftung, die Glattbacher Stiftung und die Stiftung Kulturerbe Bayern. Eine besondere Würdigung (nicht dotiert) erfuhr die Frederik und Luca Stiftung gemeinnützige GmbH (Großraum Nürnberg und Unterfranken).

Im Projekt „Schülerfirma oalnet" der Bürgerstiftung Ostallgäu lernen Kinder und Jugendliche der Grund- und Mittelschulen der Ortschaften Germaringen, Obergünzburg und Marktoberdorf, wie sie Internetauftritte von Vereinen, Gemeinden und Unternehmen erstellen, gestalten und pflegen und werden zugleich an das Unternehmertum herangeführt.

Die Bürgerstiftung Region Neumarkt initiiert immer wieder generationenübergreifende Projekte vor Ort, bei denen Kinder mit Senioren in den Austausch kommen und fördert das bürgerschaftliche Ehrenamt in der Region. Zudem ist der Aufbau einer Bienen-Lern-Station für Grundschüler in Zusammenarbeit mit Imkern geplant.

Hospizzentrum

Die Unterstützung von Menschen in Notlagen und die Förderung von Sozialprojekten in der Umgebung hat sich die Germeringer Sozialstiftung auf ihre Fahnen geschrieben. Sie errichtet deshalb ein Hospizzentrum mit Frauenhaus. Dort sollen im Hospiz zwölf Zimmer zur Verfügung stehen und im Frauenhaus neun Wohneinheiten für insgesamt maximal 25 Personen entstehen – sowie jeweils Verwaltungsräume und Personalwohnungen. Auch setzt sich die Stiftung für Projekte im Bereich Jugendarbeit ein.

Die Glattbacher Stiftung bewarb sich mit einem Projekt, das Kinder und Jugendliche, deren Eltern von einer plötzlichen Behinderung, sei es durch Unfall oder Krankheit, betroffen sind, in dieser belastenden Lebenssituation unterstützt. Einmal pro Woche bekommen die Kinder für mehrere Stunden Therapieangebote oder können sich Freizeitaktivitäten widmen.



Landtagspräsidentin Ilse Aigner bei der diesjährigen Verleihung des Bürgerpreises.

Bild: Rolf Poss, Bayerischer Landtag

Die Stiftung Kulturerbe Bayern fördert Kunst und Kultur, indem sie besondere Orte des kulturellen Erbes im gesamten Freistaat erwirbt und saniert sowie zugleich die Öffentlichkeit für das Kulturerbe sensibilisiert. So soll auch ein geschichtlich bedeutsames, aber aufgegebenes Gasthaus in Bayern gesucht und nach Instandsetzung wiederbelebt werden.

Friedliches, tolerantes und gewaltfreies Miteinander

Die Frederik und Luca Stiftung gemeinnützige GmbH sorgt dafür, dass zur Prävention von brutalen Gewaltverbrechen Maßnahmen unterstützt werden, die ein friedliches, tolerantes und gewaltfreies Miteinander fördern und die dabei helfen, Menschlichkeit und Zivilcourage in der Gesellschaft zu verankern. Projekte sind dabei unter anderem das Gewaltpräventionsprogramm „Faustlos" für Kinder und Jugendliche sowie Streitschlichterprogramme an Schulen. **DK**

Erwartungen an die neue Bundesregierung

Tagung des DStGB-Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft in Neuburg an der Donau

„Die Kommunalfinanzen und die kommunale Investitions- und Handlungsfähigkeit müssen weiter stabilisiert und gestärkt werden", forderte Vorsitzender Dr. Bernhard Gmehling im Rahmen der jüngsten Sitzung des DStGB-Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft in Neuburg an der Donau. Nach den Worten des Oberbürgermeisters stehen Bund und Länder in der Pflicht, einen weiteren Rettungsschirm aufzuspannen.

Wie Gmehling betonte, „sind wir dankbar, dass Bund und Länder mit der Kompensierung der Corona-bedingten Ausfälle bei der Gewerbesteuer im vergangenen Jahr einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung der kommunalen Handlungs- und Investitionsfähigkeit geleistet haben. Die Städte und Gemeinden leiden allerdings auch in diesem und mindestens dem kommenden Jahr noch unter massiven Mindereinnahmen und erhöhten Ausgaben. Die neue Bundesregierung ist aufgefordert, gemeinsam mit den Ländern einen weiteren kommunalen Rettungsschirm aufzuspannen und den Grundstein für eine nachhaltige Investitionsoffensive der Kommunen zu legen."

Bis 2024 42,2 Mrd. Euro weniger

Nach der Frühjahrssteuerschätzung liegt das gemeindliche Steueraufkommen im laufenden Jahr um 9,4 Mrd. Euro unter den vor der Corona-Pandemie erwarteten Einnahmen. Insgesamt summieren sich die gemeindlichen Steuermindereinnahmen bis zum Jahr 2024 auf 42,2 Mrd. Euro. Der Finanzierungssaldo stürzt nach der aktuellen Prognose der kommunalen Spitzenverbände 2021 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 10 Mrd. Euro ab. In den Folgejahren ist nur eine leichte Saldenverbesserung zu erwarten und diese ist durch ein Zurückfahren der kommunalen Investitionstätigkeit teuer erkauft.

„Vor dem Hintergrund, dass wir bereits einen Investitionsstau von fast 150 Mrd. Euro vor uns herschieben und notwendige Zukunftsinvestitionen vor allem in den Bereichen Digitalisierung und Klimaschutz stemmen müssen, ist dies fatal", hob der Ausschussvorsitzende hervor. „Dabei brauchen wir, um Deutschland zukunftsfest zu machen, ganz im Gegenteil jetzt eine massive kommunale Investitionsoffensive. Denn ohne die Kommunen werden wir die vor uns liegenden Herausforderungen nicht meistern und wird die Transformation in eine klimaneutrale und digitale Zukunft nicht gelingen!"

Gerade in der Krise dürfe auch das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht aus den Augen verloren werden. Zukunftsaussichten und Chancengerechtigkeit dürften nicht davon abhängen, in welcher Region man lebt. Ein Ansparen gegen die Krise hätte weiter zunehmende Disparitäten zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen, die ohnehin schon unter einer bröckelnden Infrastruktur leiden, zur Folge.

Mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen forderte der Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft die beteiligten Parteien dazu auf, die finanzielle Beteiligung der Gemeinden an den Einnahmen aus der Windkraft an Land auf nicht geförderte Windkraftanlagen sowie auf Bestandsanlagen auszuweiten. Gmehling zufolge „ist dies erforderlich, um die Akzeptanz für den Ausbau der Windenergie vor Ort zu fördern und die Ziele der Energiewende und des Klimaschutzes zu erreichen".

Mit der Novellierung des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG) ist die finanzielle Beteiligung der Gemeinden bei Windenergie- und Photovoltaik-Freiflächenanlagen verbessert worden. Zwar sei dies gut und richtig, jedoch zeige sich bereits, dass die Neuregelung nicht mit den dynamischen Entwicklungen des Energiemarktes Schritt hält. So gingen die Gemeinden leer aus, wenn die Windkraftanlagen ohne staatliche Förderung auskommen.

Wie der Vorsitzende darlegte, sei es den Bürgern vor Ort nicht vermittelbar, dass für einige Anlagen Zahlungen erfolgen können, für andere dagegen nicht. Die für die Energiewende erforderliche Zustimmung der Menschen sei nur mit einem klaren und einheitlichen Rechtsrahmen, der für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar ist, erreichbar.

Notwendig sei daher eine Erweiterung der Wertschöpfungsbeteiligung auf Windenergieanlagen, unabhängig davon, ob diese durch das EEG gefördert werden oder nicht. Hintergrund für diese Forderung ist, dass immer mehr Windenergieanlagen aufgrund des hohen Börsenstrompreises sowie der Rentabilität der modernen Windkraftanlagen ohne staatliche Förderung umgesetzt werden. Jedoch ist eine vertragliche vereinbarte finanzielle Beteiligung der Kommunen an nicht EEG- geförderten Erneuerbaren Energien bislang vom Gesetzgeber nur ausdrücklich für Photovoltaik-Freiflächenanlagen gestattet. Erforderlich ist, dass die finanzielle Beteiligung auch auf Stromkaufvereinbarungsverträge (Power Purchase Agreement, kurz PPA) bei der Windenergie erstreckt wird.

„Ebenso brauchen wir einen entsprechenden Rechtsrahmen für Zahlungen von Betreibern bereits bestehender Anlagen an die Gemeinden", machte Gmehling deutlich. Dies sei wichtig, um weiterhin die Akzeptanz der Bevölkerung in den Kommunen und Regionen für den Ausbau der erneuerbaren Energien aufrechtzuerhalten. Aus Sicht des Ausschussvorsitzenden dürfte dies zugleich die Kooperation zwischen Betreibern und Gemeinden mit bestehenden Anlagen weiter verbessern. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Friedel Heckenlauer
97488 Stadtlauringen
am 7.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Udo Weingart
91174 Spalt
am 13.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Gschwill
87642 Halblech
am 11.11.

Bürgermeister
Alfred Maderer
91799 Langenaltheim
am 13.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Bauer
91743 Unterschwaningen
am 10.11.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Mathias Kern
85395 Attenkirchen
am 7.11.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

GZ Akademie

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Bildrechte & DSGVO Teil 1:
25. Nov. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr
Bildrechte & DSGVO Teil 2:
7. Dez. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr

Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: je 145,- € zzgl. MwSt. (290,- € zzgl. MwSt. für beide Termine) ❐

„Entwicklungszusammenarbeit anders denken“, Teil 8:

Partnerschaften stärken

Wie engagieren sich Staatsregierung und Landtag im Globalen Süden?

Der Europaausschuss hat sich mit den konkreten Zielen der entwicklungspolitischen Aktivitäten von Staatsregierung und Landtag befasst: Partnerschaften und Projekte in den Ländern Tunesien, Südafrika, Senegal, Äthiopien sowie des Nahen Ostens sollen langfristig wachsen und gefördert werden, damit Bayern als verlässlicher Partner wahrgenommen wird. Der Antrag der Freien Wähler, die einen Ausbau der kommunalen Klimapartnerschaften forderten, wurde jedoch abgelehnt.

Grundsätzlich liegt die Zuständigkeit für Entwicklungszusammenarbeit bei der Bundesregierung. Den Ländern und Kommunen kommt in diesem Bereich jedoch zunehmend eine Schlüsselrolle zu, indem auch sie durch ihre eigenen Aktivitäten einen wichtigen Beitrag auf nationaler und internationaler Ebene leisten. Diese Bedeutung wird auch im Rahmen der aktuellen Reihe **„Entwicklungszusammenarbeit anders denken“** in der Bayerischen GemeindeZeitung besonders hervorgehoben. Die Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales, Melanie Huml, stellte zur Rolle des Freistaates Bayern im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen den aktuellen Bericht über die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Bayerischen Staatsregierung vor. Die Mehrheit der Abgeordneten begrüßte, dass im Haushalt insgesamt 12,3 Millionen Euro für die Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt werden. Zum Teil wurde kritisiert, dass der Bericht keine strategisch neue Grundausrichtung erkennen lasse. Zudem biete er keine Basis für eine Grundsatzdebatte, sondern stelle lediglich eine Sammlung der Aktivitäten der einzelnen Ministerien ohne klare inhaltliche Fokussierung dar.

Huml betonte, dass vor allem die Entwicklung einzelner afrikanischer Staaten gezielt unterstützt, ihre Eigenverantwortung gestärkt und langfristige Partnerschaften weiter ausgebaut werden sollen. Dabei konzentriere sich die Staatsregierung auf die Handlungsbereiche, in denen Bayern besondere Stärken habe: wirtschaftliche Beziehungen und berufliche Bildung, schulische Bildung und Wissenschaft, Landwirtschaft und Umwelt sowie öffentliche Verwaltung. Geografisch sollen dabei vor allem Tunesien, die Regionen Westkap und Gauteng in Südafrika, der Senegal sowie Äthiopien in den Blick genommen werden.

Eine Welt Netzwerk Bayern

Aufgrund der Pandemie wurden die zur Verfügung stehenden Mittel – insgesamt rund zwölf Millionen Euro – nicht gekürzt. Auf Wunsch der Projektträger wurden Bewilligungszeiträume vieler Projekte kostenneutral verlängert, da teils Verzögerungen in der Umsetzung der Projektziele auftraten. In einem neu aufgelegten Projekt „Entwicklung in Partnerschaft“ gemeinsam mit dem „Eine Welt Netzwerk Bayern“ wurde auch ehrenamtlichen Vereinen ermöglicht, ihren Partnern im globalen Süden in der Pandemie zu helfen. Um die Erfolge der insgesamt 37 geförderten Projekte sicherzustellen, wurden die Strukturen des Monitorings und das Controlling gestärkt.

Die Zusammenarbeit zwischen Staatsregierung und Landtag geht dabei im Rahmen der Kooperation mit der Hope- Kapstadt Stiftung in Südafrika Hand in Hand. Huml stellte dazu das aktuelle südafrikanische Bildungsprojekt vor, das im Rahmen des Kooperationsabkommens zwischen der Hope- Kapstadt Stiftung und der Handelskammer die Aus- und Weiterbildung junger Menschen an einem neuen Standort – dem „Bayerischen Haus“ – in Westkap ermöglicht. Auch der Landtag engagiert sich in der Region, um das Empowerment und die Weiterbildung von Frauen in südafrikanischen Townships zu fördern. So zogen alle 36 Teilnehmerinnen des Bildungsangebotes „WOMANDLA“ eine positive Bilanz. Ein Großteil der Frauen hat zwischenzeitlich eine berufliche (Weiter-)Qualifizierung initiiert, um die eigenen Chancen auf einen Arbeitsplatz zu erhöhen. Mithilfe eines anhaltenden Mentorings erhalten sie zudem die Möglichkeit, sich weiterhin politisch und sozial zu engagieren.

Bildungsprojekt in Tansania

„Wichtig ist, dass wir die Menschen dabei unterstützen, ein Verständnis für demokratische Prozesse zu entwickeln und ihnen das Bewusstsein für die eigene Verantwortung bewusst machen“, erläuterte die leitende Ministerialrätin Sibylle Lux, im Landtag verantwortlich für die Entwicklungszusammenarbeit und politische Bildung. In Tansania zielt die Projektförderung in Zusammenarbeit mit dem „Aktionskreis Ostafrika e.V. Traunstein“ auf den Aufbau einer „Eine Welt“ – Schule am King´ori Educational Centre in Leguruki/ Tansania. Im dortigen Bildungszentrum erhalten junge Menschen zum einen die Möglichkeit, eine handwerkliche Berufsbildung zu absolvieren. Zum anderen vermittelt ihnen das „Eine Welt“-Schulprojekt auch zentrale soziale und politische Kompetenzen, darunter demokratische Werte und Strukturen, Rechtsstaatlichkeit sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Jobs für Frauen in Tunesien

Berufsbildungs- bzw. Umschulungsmaßnahmen sowie demokratische Bewusstseinsbildung für Frauen in ländlichen Regionen fördert der Landtag ebenfalls in Tunesien. Das vom „Centre d´Orientation et de Reconversion Professionnelle“, CORP (= Zentrum für berufliche Orientierung und Umschulung) der AHK Tunesien in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag, DIHK, aufgelegte Programm richtete sich speziell an junge Frauen in ländlichen Regionen und konnte erfolgreich abgeschlossen werden: Insgesamt 55 Frauen wurden geschult. 16 Frauen fanden eine Festanstellung in tunesischen Unternehmen, 20 Frauen eine berufliche Perspektive als Unternehmerinnen. Das bedeutet, dass 36 Frauen den Sprung in die Erwerbstätigkeit schafften. „Die Evaluationen beweisen, dass Initiativen zum Erfolg führen, was uns in der Zusammenarbeit bestärkt“, sagte Lux.

Das entwicklungspolitische Engagement des Landtages startete bereits im Jahr 2016 aufgrund der damaligen Flüchtlingssituation. Mit den Fördermitteln des Bayerischen Landtags konnten im Jahr 2020 insgesamt rund 120 Sprachschülerinnen und -schüler gefördert werden. Förderziel war es, mithilfe des Onlinestudiengangs „Liberal Arts“, aus Syrien geflüchteten Frauen und Männern im Camp Domiz im Nordirak ein Bildungsangebot zu ermöglichen. Dadurch sollten den Geflüchteten konkrete Bildungsperspektiven vor Ort aufgezeigt und Fluchtursachen minimiert werden. Ein weiteres Ziel bestand darin, insbesondere Frauen zu fördern. Aus diesem Grund wurden mindestens 50 Prozent der Stipendien an Frauen vergeben. Hinzu kam das Angebot von Englisch-Sprachkursen an zwei weiteren Standorten, um ebenfalls an dem weiterführenden akademischen Programm teilnehmen zu können.

Kommunale Partnerschaften

Ein erfolgreiches und gelungenes Beispiel für eine verstärkte Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene stellen die kommunalen Klimapartnerschaften zwischen der Stadt München und Kapstadt, Neumarkt in der Oberpfalz und Drakenstein in der Region Westkap in Südafrika, des Landkreises Passau mit dem Département Kédougou im Senegal sowie der Stadt Gerstho-fen, dem Verein ProKapsogo e.V. und der Region Baringo County in Kenia dar. In ihrem Antrag „Gemeinsam gegen die Klimakrise: Innovation durch Kooperation – Ausbau kommunaler Klimapartnerschaften“ forderte die Fraktion der Freien Wähler den Landtag und die Staatsregierung zur Unterstützung der Kommunen in Bayern auf, diesen Beispielen zu folgen. Langfristig soll so die Bildung kommunaler Partnerschaften in den vier afrikanischen Schwerpunktregionen des Freistaates gestärkt werden. „Gerade unsere bayerischen Städte und Gemeinden stellen mit ihrem breiten Wissen, ihren belastbaren Netzwerken mit lokaler Wirtschaft, Kirchenverbänden und Vereinen sowie ihrer hohen Flexibilität ein enormes Potenzial für internationale Partnerschaften dar. Wir ermutigen deshalb unsere bayerischen Kommunen, die internationale Zusammenarbeit im Bereich des Klimaschutzes weiter zu forcieren“, sagte Gabi Schmidt, stellvertretende Fraktionsvorsitzende sowie entwicklungspolitische Sprecherin der Freien Wähler. Die Initiative wurde allerdings im Europaausschuss abgelehnt.

Im Rahmen ihrer Masterarbeit behandelte unsere Autorin Anja Schuchardt das Thema „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“. Für die GZ greift sie das Thema mit der Serie „Entwicklungszusammenarbeit anders denken“ auf. red

GZ KOLUMNE Stefan Rößle



Kommunen effizient fördern

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie wissen es: Die Herausforderungen vor Ort sind äußert vielfältig und nicht selten resultieren die kommunalen Aufgaben aus der Gesetzgebung der höheren politischen Ebenen. Mit der Übertragung der Verantwortung entsteht den Kommunen ein organisatorischer und trotz des Konnexitätsprinzips immer wieder auch ein finanzieller Mehraufwand.

Gerade im Gesundheits- und Sozialbereich spüren insbesondere die Landkreise und Bezirke ohnehin schon die steigenden Mehrbelastungen durch die Aufgabenübertragung. So setzt sich die KPV seit Jahren für eine Politik nach dem Grundsatz ein: Das Geld muss der (übertragenen) Aufgabe folgen. Wenn z.B. der Bund den Bürgern einen Rechtsanspruch auf ein Betreuungsangebot zugesteht, dann muss er auch für die entstandenen Kosten vor Ort aufkommen. Solche politischen Versprechen dürfen nicht zu Lasten der Kommunen gehen.

Schnelle Förderprogramme mit großen Finanzssummen sind eine effektive Unterstützung in Krisenzeiten. Dies hat der Staat in der Corona-Pandemie mit zielgerichteten Unterstützungen für Kommunen, Unternehmen und Privathaushalte unter Beweis gestellt. Trotzdem muss die Politik immer wieder den Blick darauf richten, ob wir das Potential von Förderprogrammen effizient ein- und umsetzen können.

Wirft man einen Blick auf die aktuelle Förderlandschaft gibt es noch einige offene Baustellen. Zu hoch ist oft der organisatorische Aufwand für die Förderanträge, gerade für kleinere Kommunen. Nicht selten muss hierfür ein erheblicher zusätzlicher Personalaufwand seitens der Behörde aufgewendet werden. Zu undurchsichtig ist der Förderdschungel bei der Vielzahl von Programmen. Zu komplex sind die Fördervoraussetzungen und zu gering ist oftmals das Förderergebnis im Verhältnis zum Aufwand der Kommunalverwaltungen.

Statt vieler einzelner Fördertöpfe sollte, auch im Sinne der Nachhaltigkeit, langfristig in eine gute Grundausstattung der Kommunen investiert werden. Für die KPV ist klar: Die Kommunalverwaltungen brauchen eine konsequente Vereinfachung und klare Entbürokratisierung des Förderwesens. Somit würden finanzielle Mittel für Investitionen statt für Personalkosten genutzt werden können.

Unser aller Ziel muss es sein: Förderprogramme schnell, effektiv und unbürokratisch zu gestalten.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Innovationsland.Bayern:

Staatsregierung bringt Innovationsstrategie auf den Weg

Freistaat baut Spitzenposition als führender Innovationsstandort weiter aus

Der Freistaat verfügt über eine lebendige und exzellente Innovationslandschaft, die auf die vielfältigen gesellschaftlichen Herausforderungen und technologischen Trends schnell und effektiv reagieren kann. Die Wirtschaft ist robust und leistungsfähig aufgestellt.

Vor dem Hintergrund dieser guten Ausgangslage hat der Ministerrat die neue bayerische Innovationsstrategie ‚Innovationsland.Bayern‘ verabschiedet. Sie soll den Freistaat als einen der in Europa und der Welt führenden Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorte langfristig sichern und ausbauen.

Neben dem Querschnittsziel Nachhaltigkeit werden durch Innovationsland.Bayern die folgenden vier Ziele definiert:

- Anteil der gesamten Forschungs- und Entwicklungs-Ausgaben am BIP im Freistaat auf bis zu 4% im Jahr 2030 steigern.
- Kooperation und Erkenntnistransfer von Wirtschaft und Wissenschaft stärken und auf Innovationen in den bayerischen Spezialisierungsfeldern ausrichten.
- Durch wettbewerbliche Finanzierung exzellenter Forschung und Entwicklung Chancen im Bereich der Innovationen nutzen.
- Bayerisches Gründungsökosystem noch attraktiver machen und innovative Köpfe am Standort halten.

Im Rahmen der Strategie werden zur Zielerreichung die vier Handlungsfelder „Forschungsinfrastruktur“, „Innovationsförderung“, „Erkenntnistransfer“ und „Gründungsförderung“ adressiert. Die darin enthaltenen Fördermaßnahmen werden von übergreifenden Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen flankiert. Mit diesen umfassenden Instrumenten betont Bayern seine herausragenden Stärken in den Spezialisierungsfeldern „Mobilität“, „LifeSciences“, „Energie“, „Materialien und Werkstoffe“ sowie „Digitalisierung“.

230 Stakeholder

Innovationsland.Bayern wurde in einem partizipativen Strategieprozess entwickelt. Neben der Onlinebeteiligung interessierter Bürgerinnen und Bürger ermöglichte das auch eine breite Abstimmung mit rund 230 Stakeholdern des bayerischen Forschungs- und Innovationssystems.

Die Innovationsstrategie gilt von 2021 bis 2027. Sie wird vom Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie kontinuierlich und unter Berücksichtigung politischer Prioritäten implementiert, überwacht und fortentwickelt. ❒



Das Netzwerk ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Green-Building-Lösungen oder Tools zur nachhaltigen Haushaltsplanung auf die Besucher. Zur digitalen Entdeckungstour lud Halle 9 ein. Hier fanden Experten vornehmlich IT-Trends.

Die beliebten Ausstellerfachforen boten während der gesamten Laufzeit kompaktes und praxisorientiertes Fachwissen. In insgesamt 46 Vorträgen referierten Experten an beiden Messetagen. Das Themenspektrum war vielfältig und reichte von vitalen Innenstädten und der Integration von Radwegen im Straßenmanagement über smarte Nahwärme und Wasserstoff in Kommunen bis hin zum digitalen Ordnungsamt, der Preisexplosion bei Baustoffen sowie dem Katastrophenfall Hackerangriff.

Kongress des Bayerischen Gemeindetags

Parallel zur Fachmesse fand der Kongress des Bayerischen Gemeindetags statt. Teilnehmer wurden mit Lösungsansätzen und Orientierungshilfen zu aktuellen Themen wie „Klimaanpassung konkret – Strategien und rechtliche Instrumente“, dem neuen Umgang mit Wasser, der Rolle der Gemeinden beim Mobilfunkausbau, Ideen gegen den Fachkräftemangel und „Frauen führen Kommunen – Bürgermeisterinnen im Amt“ versorgt.

Prominent besetzt war die offizielle Eröffnung des Kongresses. Neben Dr. Franz Dirnberger, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, begrüßte Marcus König, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl erläuterte im Anschluss, weshalb die Kommunale für die 2.031 kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden Bayern so wichtig ist: „Sie ist das Aushängeschild des Bayerischen Gemeindetags, bei dem wir nach außen hin unsere Geschlossenheit und unseren Kampfeswillen unter Beweis stellen, wenn es darum geht, für die kommunale Selbstverwaltung einzutreten.“

Die kommunale Selbstverwaltung lebt

Brandl betonte, dass es vor wenigen Monaten noch niemand für möglich gehalten hätte, im Herbst 2021 eine Veranstaltung dieser Größenordnung mit bundesweitem Anspruch durchzuführen. „Bayerns Gemeinden und Städte wollen zeigen, dass sie auch in schwierigsten Zeiten Serviceleistungen für Bürgerinnen und Bürger bieten können und die kommunale Selbstverwaltung lebt. Trotz Pandemie hat die Arbeit in den Kommunalverwaltungen auf gewohnt hohem Niveau funktioniert und das Leben in den Städten und Gemeinden ist – abgesehen von einigen Einschränkungen aufgrund der staatlichen Kontaktbeschränkungen – wie gewohnt weitergegangen. Darauf sind wir stolz.“

Der Präsident wies darauf hin, dass nahezu alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, zahlreiche Mitglieder von Gemeinde- und Stadträten sowie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Kommunalverwaltungen seit mehr als 20 Jahren regelmäßig nach Nürnberg kommen. Die Kommunalvertreter aus nah und fern stärkten den Kommunalverband durch ihre Teilnahme. Der Bayerische Gemeindetag sehe sich in seiner Funktion als Sprecher der kreisangehörigen Städte und Märkte gestärkt und freue sich über das sichtbare Zeichen kommunaler Solidarität.

Dramatische Finanzlage

Mit Blick auf die weiterhin dramatische Finanzlage der Kommunen forderte Uwe Brandl einen zweiten Rettungsschirm für die Städte und Gemeinden in ganz Deutschland. „Die Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres prognostiziert für 2021 ein kommunales Defizit von 9,5 Mrd. Euro und für das Jahr 2022 ein Defizit von 10,4 Mrd. Euro. Gleichzeitig hat sich der kommunale Investitionsrückstand bundesweit auf 149 Mrd. Euro erhöht. Hier besteht dringender Handlungsbedarf“, erklärte Brandl, der gleichzeitig 1. Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds ist. „Wir erwarten, dass die Realisierung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Aussage ‚wer bestellt, der bezahlt‘ im nächsten Koalitionsvertrag keine Lippenbekenntnisse bleiben. Egal, wer die neue Bundesregierung stellt: die Städte und Gemeinden in ganz Deutschland müssen nachhaltig finanziell unterstützt werden. Dies gilt gleichermaßen an Berlin und München gerichtet.“

Drohendes Sterben der Ortskerne

Brandl zufolge kann es nur mit der nötigen Finanzkraft gelingen, das drohende Sterben der Innenstädte und Ortskerne aufzuhalten. Von den Auswirkungen der Corona-Pandemie seien ca. 100.000 Einzelhandelsgeschäfte massiv betroffen. „Damit sind fast 500.000 Arbeitsplätze bedroht. Wir müssen einerseits die Innenstadtbereiche umgestalten und gleichzeitig dem Klimaschutz mehr Rechnung tragen. Das alles wird viel Geld kosten.“ Als Beispiele für kommunale Investitionen zur Erhaltung der Ortskerne und Innenstädte führte der Präsident mehr Erlebnisräume, mehr Kunst im öffentlichen Raum, mehr Handwerk im Innenstadtbereich, mehr Erlebnisgastronomie und auch wieder mehr Wohnraum im Ortszentrum an. Sinnvoll seien auch mehr Grün sowie Wasserstrukturen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität bei Hitze im Sommer. Der Gemeindetagschef zeigte sich nicht abgeneigt, den boomenden Onlinehandel an der Finanzierung durch Einführung einer Paketversandsteuer zu beteiligen. „Es kann nicht sein, dass Lieferfahrzeuge von großen Onlinehändlern Tag und Nacht kommunale Straßen nutzen, um Profite zu machen, sich aber an Gemeinkosten nicht beteiligen.“

Freistaat an der Seite der Kommunen

Zur Zukunft der Kommunalfinanzen nahm Staatsminister Albert Füracker Stellung: „Der Freistaat steht fest und zuverlässig an der Seite seiner Kommunen – auch und besonders in Zeiten der Krise. Wir haben trotz angespannter Haushaltslage beim Freistaat den kommunalen Finanzausgleich im Jahr 2020 und 2021 auf über 10 Milliarden Euro gehalten, im Jahr 2020 die Überweisungszeitpunkte für wesentliche Finanzausgleichsleistungen vorverlegt und gemeinsam mit dem Bund Steuerausfälle kompensiert. Der kommunale Finanzausgleich liegt für 2022 mit 10,4 Milliarden Euro erneut auf Spitzenniveau. Unsere zusätzliche Investitionsinitiative von 400 Millionen Euro für die Kommunen ist eine wuchtige Stärkung auf dem Weg aus der Krise! Bayern hat seine Hausaufgaben gemacht, sichert die solide Finanzausstattung seiner Kommunen und setzt auf gezielte Hilfe für finanzschwache Kommunen.“

Die bayerischen Städte und Gemeinden haben laut Füracker 2020 insgesamt 2,4 Milliarden Euro, gut 1,3 Milliarden Euro allein vom Freistaat, als Ausgleich der Corona-bedingten Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer 2020 erhalten. Auch der Bund müsse sich seiner gesamtstaatlichen Verantwortung weiter stellen. Bayern stehe für einen gemeinsamen Gewerbesteuerausgleich 2021 zusammen mit dem Bund bereit.

Wie der Minister weiter ausführte, haben Bayerns Städte und Gemeinden seit jeher eine starke Position im Ländervergleich. Mehr als eine Milliarde Euro stehe den Kommunen für den kommunalen Hochbau im Jahr 2022 zur Verfügung. Die Krankenhausfinanzierung mit 643 Millionen Euro und die allgemeine Investitionspauschale mit 446 Millionen Euro würden auf dem hohen Niveau der Vorjahre fortgeführt. Der Freistaat unterstütze seine Städte und Gemeinden wie kein anderes Bundesland beim Breitbandausbau. Seit 2014 wurden den bayerischen Kommunen über 1,59 Milliarden Euro an Fördermitteln zugesagt.

„Erneut hat sich die Magnetkraft der Kommunale für Aussteller und Besucher erwiesen“, teilte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl zum Messe-Abschluss mit. „Auch wir sind vom überragenden Zuspruch einfach nur begeistert. Wer nicht dabei war, hat eine riesige Chance vertan. Der diesjährige Erfolg der Kommunale ist die perfekte Ausgangsbasis für die Planungen zur nächsten Ausgabe.“ Diese findet am 18. und 19. Oktober 2023 im Messezentrum Nürnberg statt. **DK**

Starke Städte ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Bund müsse seinen Anteil für die öffentliche Wohnraumförderung deutlich erhöhen.

Verstärkt setzen die Städte Schritte für mehr Klimaschutz um. Viele wollen schon vor 2045 klimaneutral werden. Der Bund muss laut Deutschem Städtetag den Rahmen für den schnellen Ausbau erneuerbarer Energien verbessern und das Gebäudeenergiegesetz an die Klimaziele anpassen. Benötigt werde ein tragfähiges Finanzierungsprogramm für den Klimaschutz und die Anpassung an die Klimafolgen. Außerdem müsse der Bund die Klimaanpassung im Klimaschutzgesetz fest verankern und den Städten mehr Kompetenzen geben. So sollten sie beispielsweise Solaranlagen und Dachbegrünungen verpflichtend vorgeben können.

Finanzierungsprogramm

Städtetags-Vizepräsident Markus Lewe forderte den Bund auf, ein tragfähiges Finanzierungsprogramm für den kommunalen Klimaschutz und die Anpassung an Klimafolgen wie Dürre, Hitze und Hochwasser aufzulegen: „Die Städte brauchen zur Klimaneutralität einen robusten Ausbaupfad, der finanziell abgesichert ist. Nötig sind dafür Mittel in zweistelliger Milliardenhöhe pro Jahr für den kommunalen Klimaschutz und die Anpassung an Klimafolgen. Wenn die nächste Bundesregierung das Klima zur Chefsache macht, dann muss da eine kommunale Komponente mit rein.“

Ein stabil finanzierter öffentlicher Nahverkehr ist Herzstück für eine Mobilitätswende in den Städten. Nach Auffassung des Verbandes muss der Bund sich noch stärker an den Investitions- und Betriebskosten für Busse und Bahnen beteiligen. Die bewährten Regionalisierungsmittel des Bundes sollten von jetzt 9 Milliarden Euro ab 2022 für Busse und Bahnen um 1,5 Milliarden angehoben werden – nicht als einmaliges Strohfeuer, sondern Jahr für Jahr weitere 1,5 Milliarden. Die Städte müssten verkehrslenkende Maßnahmen selbst treffen und eigene Mobilitätsprojekte umsetzen können.

Deutschland brauche außerdem einen „Masterplan Digitalisierung in der Bildung“. Der Digitalpakt und die während der Pandemie aufgelegten zusätzlichen Programme waren wichtig. Für die Digitalisierung in der Bildung müssten Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Schulträgern festgelegt und alle Bildungseinrichtungen einbezogen werden. „Integration beginnt in Kitas, in Schulen, in Integrationskursen und auf dem Arbeitsmarkt“, heißt es weiter. Der Bund habe sich dauerhaft und angemessen an den Kosten zu beteiligen. Für Menschen aus Südosteuropa müssten der Zugang zu medizinischer Versorgung verbessert und Schwarzarbeit bekämpft werden.

Zu guter Letzt sei es dringend notwendig, Verwaltungsprozesse durchgängig zu digitalisieren. Für einheitliche Bundesangelegenheiten sollte der Bund auch zentrale technische Prozesse und IT zur Verfügung stellen. **DK**

Klimaschutz und ...

(Fortsetzung von Seite 1)
und Energiewende werden“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter (Deggendorf), zum Auftakt der Tagung.

„Man muss Klimaschutz zur Aufgabe machen“, betonte Dachaus Landrat Stefan Löwl. Einzelne Modellprojekte würden auf Dauer nicht reichen. Zwar sei es nötig, klare Klimaziele zu definieren, den einzelnen Regionen müsse man bei der Umsetzung aber individuelle Spielräume gewähren. Gerade für Wachstumsregionen wie den Landkreis Dachau sei es ohnehin schon schwer genug, Klimaschutz umzusetzen, wenn man gleichzeitig dazu gezwungen sei, Wohnraum zu schaffen.

Maßgeschneiderte Lösungen

Der Bayerische Landkreistag wirbt für maßgeschneiderte Lösungen im ländlichen Raum und in den Ballungsgebieten, setzt auf innovative und technische Ansätze und Anreize statt auf Verbot- und Bestrafungspolitik. In den zurückliegenden Jahren haben die Kommunen vor allem darunter gelitten, dass der Bund politische Beschlüsse getroffen hat, ohne sie einzubeziehen, obwohl sie für die Umsetzung vor Ort zuständig waren. Gerade beim Klimaschutz fordern sie deswegen nicht nur Mitspracherechte, sondern vor allem auch klar abgrenzbare Zuständigkeiten zwischen Staat und Kommunen sowie die für die Umsetzung der Klimawende notwendigen finanziellen und personellen Mittel aus Berlin, München und Brüssel.

Jeder sei beim Klimaschutz gefordert. Die Menschen dürften nicht überfordert werden. Die Maßnahmen müssten die unterschiedlichen Bedürfnisse in Städten und ländlichem Raum berücksichtigen. Das Land dürfe dabei nicht benachteiligt werden. Klimaschutz, soziales Gefüge, die Sicherung von Wohlstand und industrielle Wertschöpfung seien ein Paket.

Benötigt würden verschiedene Maßnahmen zur Reduktion des CO2-Ausstoßes. CO2-Bepreisung und Ausgleichszahlungen bräuchten Augenmaß. Der Verkehrssektor biete verschiedene Lösungen.

Da der ÖPNV auf dem Land sich mit dem städtischen nicht messen kann, „brauchen wir nach wie vor den Individualverkehr“, so die Resolution. Nach Auffassung der Landräte werden sich die Einsparziele für Treibhausgasemissionen nur durch einen Umstieg auf klimaschonende Antriebstechniken unter Verwendung regenerativer Energieträger, den Ausbau des SPNV und ÖPNV sowie Strategien zur Verkehrsverlagerung und Verkehrsvermeidung erreichen lassen. Der dafür erforderliche Aufbau eines attraktiven, grenzüberschreitenden Tank- und Ladesäulennetzes sowie der Ausbau und die Elektrifizierung der Schieneninfrastruktur müsse von Bund und EU im Ballungs- wie im ländlichen Raum zügig umgesetzt werden, ebenso wie eine flächendeckende digitale Infrastruktur.

Höhere Pendlerpauschale

Im Interesse gleichwertiger Lebensverhältnisse dürfe die Entwicklung nicht allein dem Markt überlassen werden, sondern sei die Versorgungssicherheit in der Fläche durch geeignete Maßnahmen zu gewährleisten. Die neuen Gruppenfreistellungen in der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung, mit denen der Bau, die Installation oder die Modernisierung der Lade- oder Tankinfrastruktur zur Versorgung von Fahrzeugen mit Strom oder erneuerbarem Wasserstoff ohne langwierige Vorab-Notifizierung bei der EU-Kommission finanziert werden können, seien insofern zu begrüßen. Bis zum vollständigen Ausbau des ÖPNV und dem Vollzug der Antriebswende sei den finanziellen Mehrbelastungen gerade der Menschen im ländlichen Raum, die über keine vergleichbaren Alternativen zur Befriedigung ihrer Mobilitätsbedürfnisse verfügen, durch eine Erhöhung der Pendlerpauschale Rechnung zu tragen.

ÖPNV-Angebot ausweiten

Die Landräte erwarten vom Freistaat zur Erschließung aller größeren Orte eine deutliche Ausweitung des SPNV-Angebots und, wo Streckenreaktivierungen an wirtschaftliche Grenzen stoßen oder bisher Bahnanbindungen fehlen, die Einrichtung landesbedeutsamer Buslinien und flexibler, zeitgemäßer Angebote. Zudem streben die Landkreise eine deutliche Verbesserung des ÖPNV-Angebots an. Der verstärkte ergänzende Einsatz von Linienbedarfsverkehren (On-Demand-Verkehren insbesondere in der Fläche und eine Erhöhung der Beförderungskapazitäten in den Ballungsräumen seien neben einer Vernetzung aller Verkehrsträger nötig, um die seitens der Verkehrsministerkonferenz geforderte Verdoppelung der Fahrgastzahlen im ÖPNV zu erreichen. Die Landkreise werden hierzu einen eigenen Beitrag leisten, sind jedoch auf eine massive Erhöhung insbesondere der Regionalisierungsmittel des Bundes und der ÖPNV-Zuweisungen des Freistaats angewiesen.

„Drittfinanzierungsmittel können ein sinnvoller Beitrag sein, um die Finanzierungslücken zu schließen und die Verkehrsbelastung zu regulieren“, heißt es weiter. Der flächendeckende Ausbau des ÖPNV-Angebots müsse Vorrang gegenüber der Einführung sehr günstiger Flatrate-Tarifen haben, die bei hohem Finanzierungsaufwand für den Angebotsausbau das bestehende Defizit in der ÖPNV-Finanzierung zusätzlich vergrößern.

Laut Bayerischem Landkreistag manifestieren sich die Auswirkungen des Klimawandels regional. Das Gelingen von Klima-, Energie- und Verkehrswende hänge wesentlich von der Akzeptanz vor Ort sowie klar abgrenzbaren Zuständigkeiten von Staat und Kommunen ab. 70 Prozent der bayerischen Bevölkerung lebt in kreisangehörigen Räumen. Dies bedeute, dass unvermeidbare Lasten, die insbesondere im ländlichen Raum anfallen, durch Entlastungsmaßnahmen zur Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse (Verbesserung der digitalen Infrastruktur, der medizinischen Versorgung, ÖPNV-Ausbau, etc.) auszugleichen sind, Wertschöpfungspotenziale in den Landkreisen realisiert werden müssen und der ökologische Ertrag der Klimaschutzmaßnahmen vor Ort verbleiben sollte. Die Klimaziele dürften nicht bis auf die kreisliche Ebene delegiert werden, ohne konkrete Aufgaben zu definieren sowie notwendige Strukturen und Ausgleiche zu schaffen. Insbesondere müsse klar sein, welche Rolle der Staat den Landratsämtern zukommen lässt.

Klima-Engagement

Die bayerischen Landkreise sind mit individuellen Maßnahmen bereits klimapolitisch engagiert. Sie begrüßen die Entwicklungen in Brüssel, Berlin und München und sind bereit, diese zu unterstützen. Dafür können sie kein für Landkreisaufgaben vorgesehenes Geld und Personal verwenden.

Stichwort Pandemie: Viele Landkreise in Bayern befinden sich erneut in äußerster Alarmbereitschaft. Die Corona-Ampel leuchtet in manchen Regionen längst dunkelrot. Dort gibt es kein einziges freies Intensivbett mehr. Ärzte und Pfleger sind am Anschlag. Entsprechend laut sind die Rufe nach neuen Regeln und einer Regionalisierung der Krankenhaus-Ampel. „Damit wäre es möglich, die FFP2-Maskenpflicht, Kontaktbeschränkungen und eine 3G-Plus-Regelung in Kraft zu setzen“, forderte Präsident Bernreiter. Zudem sei das Krankenhaus-Personal überlastet.

Die Corona-Pandemie wirkt sich zudem dramatisch auf die finanzielle Situation der Krankenhäuser aus. Die Corona-Hilfen für die Krankenhäuser sind im Juni ausgelaufen. Vom Bund gibt es kein Geld mehr. Damit drohen dramatische Erlös-Einbrüche. Aufgrund der Corona-Pandemie können andere planbare Operationen gar nicht stattfinden. Entsprechend fehlen den Krankenhäusern die notwendigen Einnahmen. Deshalb muss aus Sicht des Landkreistagschefs die neue Bundesregierung die Corona-Hilfen für die betroffenen Krankenhäuser wieder in Kraft setzen.

In diesem Zusammenhang muss Bernreiter zufolge darauf hingewiesen werden, dass die vierte Welle eher Jüngere trifft. Die Gesundheitsämter seien nicht mehr in der Lage, die Kontaktnachverfolgung zu leisten. Im Unterschied zu Älteren hätten Jüngere ein anderes Freizeitverhalten. Ihre Kontakthäufigkeit sei viel höher. Somit sei sie nicht mehr nachvollziehbar. **DK**

Aktuelle Zahlen

Am 29.10.2021 waren in deutschen Krankenhäusern 24.762 Intensivbetten betriebsbereit. Davon waren 13,2 % unbelegt. 3,9 % waren von COVID-19-Patienten belegt, die beatmet werden; 3,7 % von COVID-19-Fällen ohne Beatmung. Das macht 1.862 COVID-19-Patienten bzw. 7,6 %. Die Situation wird somit als angespannt bezeichnet, da die von den Krankenhäusern angestrebte Auslastung überschritten ist. Die Idealquote der Auslastung liegt bei 80 %. Quelle: SWR/DIVI-Intensivregister

Staatsminister Albert Füracker:

Förderung für Pioniere digitaler Heimatprojekte

„Immer mehr leben und erleben wir unsere Heimat nicht nur live vor Ort, sondern auch digital. So freut es mich besonders, dass unsere neue Förderung für Heimatprojekte mit digitalem Schwerpunkt so gut angenommen wird – rund 85 Interessensbekundungen beispielsweise von Kommunen, Vereinen und Stiftungen liegen bereits vor. Die ersten vier Pioniere der Heimatprojekte erhalten insgesamt rund 1,2 Millionen Euro für ihre innovativen Vorhaben", erklärte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Übergabe der Förderbescheide an den Bayerischen Landesverband der Kultur- und Kreativwirtschaft, den Bayerischen Landesverein für Heimatpflege, Europäische Metropolregion Nürnberg e.V. und Kronach er.leben e.V.

Der Bayerische Landesverband der Kultur- und Kreativwirtschaft (BLVKK) initiiert flächendeckende, landesweite Projekte für die Branche und widmet sich dabei im Themenfeld „Creative Spaces" unter anderem der strategischen Einbeziehung der Kultur- und Kreativwirtschaft in die nachhaltige Entwicklung kreativer Städte, Gemeinden und Regionen. Mit seinem Projekt „Heimat neu denken – kreativ real digital" sollen ortsprägende Leerstände mit den Potentialen der Kultur- und Kreativwirtschaft neu belebt werden. Modellprojekt ist dabei das Kloster Frauenzell, eine teilweise bewohnte Klosteranlage mit Wallfahrtskirche, großem Schlossgarten und leerstehendem Wirtshaus nahe Regensburg. Beim Projekt werden gemeinschaftliche Nutzungsideen von regionalen Kulturschaffenden, jungen Kreativen, Bildungseinrichtungen und lokalen Vereinen im Rahmen von verschiedenen Workshops, Veranstaltungen und Aktionen ausgelotet. Ziel ist dabei auch der Aufbau einer bayernweiten Best-Practice- Datenbank. Der BLVKK e.V. erhält dafür eine Förderung von über 276.000 Euro.

Der Bayerische Landesverein für Heimatpflege ist in vielen Themenfeldern wie beispielsweise Volksmusik, Bräuchen, Trachten und Mundart wichtiger Partner des Heimatministeriums und wird daher bereits institutionell durch den Freistaat unterstützt. Für den Aufbau der Online- Plattform „Kulturlandschaftsforum Bayern" erhält der Verein nun zusätzlich eine Projektförderung in Höhe von 300.000 Euro. Die Plattform vernetzt und unterstützt ehrenamtliche Heimatforscher, sammelt vorhandenes Wissen über kulturlandschaftliche Zusammenhänge in einem digitalen und multifunktionalen Archiv und stellt dieses Wissen der breiten Öffentlichkeit, Universitäten und Schulen zur Verfügung.

Fachkräfte der Zukunft

Kernthemen der Europäischen Metropolregion Nürnberg e.V. – EMN sind unter anderem die Kooperation von Stadt und Land sowie die Balance von Lebensqualität der Region mit ihren wirtschaftlichen Stärken und ihrem innovativen Potenzial. Diese Perspektiven werden auch im Projekt „InnoHikes" abgebildet. Mit einer innovativen physisch- digitalen Crossover- Plattform mit Fokus auf wissenschaftlich- technologischen Kompetenzfeldern, Forschungseinrichtungen und Unternehmen der Region sollen besonders die Fachkräfte der Zukunft angesprochen und informiert werden. Mit spielerischen Elementen und neuen Technologien wie Voice Bots, Hologrammen oder Augmented Reality nutzt das Vorhaben dabei den neuesten Stand der Technik. Für das Projekt erhält die Metropolregion Nürnberg eine Förderung von über 299.000 Euro.

Kronach er.leben e.V. hat aktuell rund 100 Mitglieder insbesondere aus Handel, Gastronomie, Handwerk, Tourismus und öffentlichen Einrichtungen aus dem Landkreis Kronach und der Umgebung. Die KronachCard ist dabei zentrales Element. Sie ist eine regionale Bezahlkarte, die bislang jedoch nur in analoger Form besteht. Im Rahmen des Projekts „KronachCard DIGITAL" erfolgt nun die Digitalisierung und wesentliche Erweiterung der Karte zu einem digitalen, regionalen Informations- und Bezahlsystem. Angedacht sind attraktive Zusatzfunktionen für verschiedene Zielgruppen z. B. als Lucas-Cranach-Campus-Card, Job-Card oder Tourismus-Card. So soll auch über die Grenzen des Landkreises Kronach hinaus ein digitaler Entwicklungsimpuls für die Region geschaffen werden. Das Heimatministerium fördert das Projekt mit über 280.000 Euro. **DK**

20. eGovernment-Wettbewerb 2021:

Bayerische Preisträger

Im Rahmen des Kongresses „Aufbruch Verwaltung – Segel setzen und Zukunft gestalten" in Berlin wurden die Gewinner des 20. eGovernment-Wettbewerbs in sechs Kategorien gekürt. Zu den Preisträgern zählen aus dem Freistaat der Bayerische Landkreistag mit dem Projekt „Digitaler Werkzeugkasten 2.0" sowie das Bayerische Staatsministerium für Digitales mit der „BayernApp". Der Wettbewerb steht unter der Schirmherrschaft des Chefs des Bundeskanzleramts, Prof. Dr. Helge Braun.

In der Kategorie „Bestes Kooperationsprojekt 2021" belegte der „Digitale Werkzeugkasten 2.0" den zweiten Platz. Der notwendige Ausbau des Angebots an digitalen Verwaltungsleistungen fordert die Landratsämter mit ihren zahlreichen Bürger- und Unternehmenskontakten in ganz besonderer Weise. Der Innovationsring des Bayerischen Landkreistags unter der Leitung von Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, unterstützt sie bei ihrer Digitalisierung mit praxisgerechten Empfehlungen und konkreten Digitalisierungsprojekten.

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Pilotprojekts „Digitaler Werkzeugkasten 1.0" im Oktober 2020 hatten das Bayerische Digitalministerium und der Innovationsring des Bayerischen Landkreistags das Projekt ausgeweitet und im März 2021 das Folgeprojekt „Digitaler Werkzeugkasten 2.0" gestartet. Daran nehmen insgesamt 24 Landkreise aus allen bayerischen Regierungsbezirken teil.

Digitaler Werkzeugkasten

Mit dem „digitalen Werkzeugkasten" setzen die Landkreise in einem abgestimmten Vorgehen Online-Anträge für wichtige Verwaltungsleistungen um und stellen diese anschließend den übrigen Landratsämtern zur Übernahme und weiteren Nachnutzung zur Verfügung. Dieser kooperative Ansatz hat auch die Jury beim 20. eGovernment- Wettbewerb 2021 überzeugt.

Ebenfalls mit dem zweiten Preis wurde in der Kategorie „Bestes Projekt zum Einsatz innovativer Technologien und Infrastrukturen 2021" die „BayernApp" bedacht. Sie ermöglicht den mobilen Zugriff auf staatliche und kommunale Verwaltungsleistungen.

Seit dem Start der zentralen Service-App des Freistaats für Bürgerinnen und Bürger im Februar dieses Jahres sind inzwischen mehr als 20.000 Online-Dienste über die App ansteuerbar. Dabei können rund 340 verschiedene Services gestartet werden.

Bereits angebotene Services

Zu den von den bayerischen Kommunen am häufigsten angebotenen Leistungen gehören die Online-Beantragung von Wahlunterlagen, die Anforderung einer Meldebescheinigung und das Checken des Bearbeitungsstands beim Antrag auf einen neuen Pass oder Personalausweis. Daneben kann man zum Beispiel ein sicheres Kontaktformular aufrufen und mittels verschlüsselter Verbindung mit den Behörden in Kontakt treten, über ein persönliches BayernID- Postfach lassen sich Benachrichtigungen von Behörden abrufen und man erhält auf Wunsch neueste Meldungen und Informationen aus den verschiedensten Bereichen des Freistaats, von regionalen Polizeimeldungen bis zu Informationen aus dem Schulbereich.

Demnächst soll die BayernApp noch um weitere Funktionen ergänzt werden. So ist geplant, dass unter anderem über eine interaktive Bayern-Karte eine ganze Reihe lokaler Informationen abgerufen werden können, etwa Einwohnerzahlen, die Zahl der Kinder in Kitas und Schulen sowie die regionalen Steuereinnahmen. **DK**

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit atene KOM GmbH
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Breitbandausbaus

Im regelmäßig erscheinenden Format des „ABCs zum kommunalen Breitbandausbau" vermittelt die Bayerische GemeindeZeitung in Kooperation mit der atene KOM anschauliches Expertenwissen zum kommunalen Breitbandausbau.

atene KOM

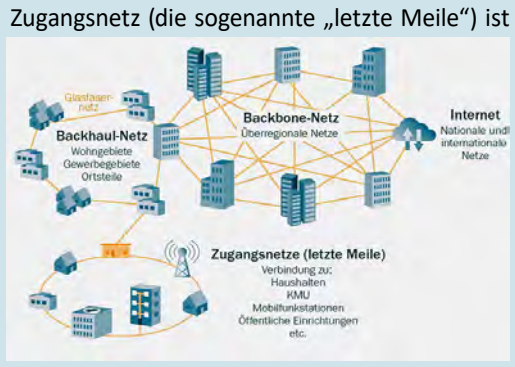
Die Netzarchitektur kommunaler Breitbandinfrastrukturen

Die atene KOM informiert über Netztopologien und -ebenen im kommunalen Breibandausbau

Breitbandnetze sind komplexe Infrastrukturen. Um einen technologisch und wirtschaftlich nachhaltigen Ausbau zu realisieren, bedarf es einer fundierten Planung dieser Netze, wofür Einblick in die verschiedenen Netzarchitekturen und hierarchischen Netzebenen notwendig ist. Auf Basis des Nachschlagewerks der atene KOM „Kommunaler Breitbandausbau in Deutschland – Grundlagen und Empfehlungen" erläutert folgender Artikel die für die Netzplanung relevanten Netzebenen und -topologien.

Unterteilung in verschiedene Ebenen

Große Datennetze wie die Telekommunikationsinfrastruktur auf globaler und nationaler Ebene können vertikal in verschiedene Ebenen unterteilt werden, beginnend bei den überregionalen Backbone-Netzen bis hin zu den Zugangs- und Anschlussnetzen, welche die einzelnen Haushalte an das Netz anbinden. Hierbei bildet das Backbone-Netz das Rückgrat der Netze und verbindet über Providergrenzen hinweg die regionalen Netze miteinander. Das Backhaul-Netz verbindet einen oder mehrere Zugangsknoten einzelner Ortsnetze mit dem Backbone-Netz. Ein Zugangsnetz (die sogenannte „letzte Meile") ist die Verbindung vom Zugangsknoten zu den Endkunden.



Der Aufbau (die Topologie) von Datennetzen unterscheidet sich je nach Einsatzzweck und Netzebene und stellt dar, wie die einzelnen Teile der Netzinfrastruktur miteinander verbunden sind. Hierbei wird zwischen Knoten und Kanten differenziert. Knoten entsprechen End- und Verteilerpunkten und Kanten bilden die Verbindung zwischen diesen.


Bus-Topologie.


Stern-Topologie.

Die Wahl der Netztopologie kann Einfluss auf die Störanfälligkeit des Netzwerkes und die Kommunikationsfähigkeit zwischen den einzelnen Knoten haben. Neben der Bus-Topologie bei der alle Knoten mit einer gemeinsamen Leitung verbunden sind, gibt es die Stern-Topologie, Baum-Topologie, Ringtopologie sowie das vermaschte Netz. Letzteres als komplexeste und teuerste Art des Netzwerkaufbaus garantiert das geringste Ausfallrisiko, da alle Knoten direkt miteinander verbunden sind und kommunizieren können.


Vermaschtes Netz.

Ein Point of Presence (PoP) und ein Kabelverzweiger (KVz) sind Knotenpunkte innerhalb eines Kommunikationssystems, die die Verbindungen zwischen zwei oder mehr Kommunikationsnetzen aufbauen. PoP und KVz sollten deshalb auf öffentlichen Flächen stehen, der PoP möglichst zentral innerhalb der Clusterfläche. ❐

Für weitere technische Grundlagen und Planungswerkzeuge finden Sie vertiefte Informationen im Nachschlagewerk der atene KOM „Kommunaler Breitbandausbau in Deutschland – Grundlagen und Empfehlungen", unter Modul 5. Dieses Lexikon ist, in stets aktuellem Stand, erhältlich auf der Website: https://atenekom.eu/wissen/loseblattsammlung/. ❐

Bildnachweis: atene KOM GmbH Kommunaler Breitbandausbau in Deutschland – Grundlagen und Empfehlungen, Modul 5, Seite 3, 5 und 6.

Breitbandforum in Gunzenhausen 2021
WIR SAGEN DANKE!
Wir bedanken uns für die interessanten Gespräche auf unserem LEONET-Messestand. Selbstverständlich sind wir auch nach der Messe für Sie da: info@leonet.de
AUS DER REGION. FÜR DIE REGION.
LEONET
Breitbandforum verpasst? Hier finden Sie Bilder:
LEONET.DE

it-sa 2021 in Nürnberg:

Erfolgreiche „Home of IT-Security“

Gelungener Restart: 274 Aussteller aus 18 Ländern präsentierten auf Europas größter Fachmesse für IT-Security im Messezentrum Nürnberg die neuesten Produkte und Dienstleistungen für professionelle Anwender. Daneben gab es zahlreiche Vorträge von Experten zu aktuellen Sicherheitsthemen und die Gelegenheit zum Austausch zwischen den Teilnehmenden. Zu den Top-Themen in diesem Jahr zählten Cloud Security, Mobile Security, Verschlüsselung, IT-Compliance und Biometrie.

Über 130 Beiträge zu unterschiedlichen Themen verzeichnete das Vortragsprogramm der vier Foren auf der it-sa 2021. Sie waren auch in diesem Jahr wahre Publikumsmagneten. Vier offene Foren boten Informationen zu Produkten, Lösungen und Trends im Bereich der Cybersicherheit. Aussteller-Vorträge zu Management und Technik sowie Produktneutrale Beiträge, die als it-sa Insights ausgewiesen werden, sind hier frei zugänglich. Zusätzlich zu drei deutschsprachigen Foren bot das englischsprachige International Forum zusätzliches Fachwissen auch für diejenigen, die selbst nicht vor Ort sein konnten: Parallel zur it-sa in Nürnberg wurde das Programm auf der Online-Plattform it-sa 365 übertragen.

Finanzierungslücke in Europa

IT-Sicherheit ist wichtiger denn je, darüber waren sich die Teilnehmer der Messe mit Blick auf die Zunahme von Cyberangriffen einig. Zwar steige das Bewusstsein für IT-Sicherheit, ebenso die Ausgaben in Deutschland, wie der Digitalverband Bitkom zur it-sa berichtete. Es gelte aber, Strukturen zu schaffen, die das weitere Wachstum des IT-Sicherheitsmarktes fördern. So forderte Luigi Rebuffi, Generalsekretär der Europan Cyber Security Organisation, die Stärkung des Cybersicherheitssektors im europäischen Wirtschaftsraum. Der Markt für IT-Sicherheit in Europa leide im internationalen Vergleich unter einer Finanzierungslücke von mehr als 4 Milliarden Euro jährlich. In den Hallen 7 und 7A sowie im Kongressprogramm Congress@it-sa im modernen NürnbergConvention Center Ost tauschten sich die Teilnehmer zu diesen und anderen aktuellen Themen aus.

Bereits am Abend vor der Messe lud der Bayerische Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Albert Füracker, zum Staatsempfang. Hochrangigen Vertretern aus Politik und Verbänden war die Einladung willkommene Gelegenheit, sich zur it-sa wieder persönlich zu begegnen. In einer Expertenrunde diskutierten Andreas Könen, Abteilungsleiter Cyber- und Informationssicherheit im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Arne Schönbohm, der Präsident des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik und Udo Littke, Mitglied des Bitkom-Hauptvorstands.

„Die Digitalisierung durchdringt alle Wirtschafts-, Verwaltungs- und Lebensbereiche. Sie bietet viele Möglichkeiten, stellt uns aber auch vor Herausforderungen: Meldungen über Hackerangriffe, Datenklau oder neue Sicherheitslücken sind keine Seltenheit mehr. IT-Sicherheit ist daher ein Grundpfeiler erfolgreicher Digitalisierung mit täglich wachsenden Anforderungen. Mit dem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik leistet Bayern seinen Beitrag zum Schutz staatlicher IT, unterstützt und berät Kommunen und kritische Infrastrukturen wie Krankenhäuser oder Wasserversorger“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker beim Staatsempfang.

Prävention im Blick

„Unsere Daten, Prozesse und IT-Strukturen sind den unterschiedlichsten Gefahren ausgesetzt. Es genügt nicht, darauf nur zu reagieren – es braucht auch einen klaren Fokus auf Prävention. Die it-sa ist hier eine zentrale Austauschplattform – nicht nur für Sicherheitsexpertinnen und -experten, sondern für alle IT-Fachleute und Führungskräfte“, bilanzierte Füracker.

Zu den Höhepunkten im it-sa Kongressprogramm zählte die Jahrestagung der IT-Sicherheitsbeauftragten der Länder und Kommunen unter dem Motto „Digital, souverän und sicher“. Damit wurde das derzeit größte Trendthema im Diskurs über Verwaltungsdigitalisierung aufgegriffen.

Im Vortragsprogramm ging es um zahlreiche Aspekte der digitalen Souveränität, wie die deutsche Verwaltungscloud und Gaia-X oder den Stand bei Quantencomputern. Herzstück des Programms waren jedoch die Workshops, in denen Themenkomplexe aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet und diskutiert wurden. Neben der Absicherung des Wahlprozesses wurde unter anderem die IT-Sicherheit in der Wasserversorgung thematisiert. Hier ging es um die praktische Anwendung des einschlägigen Branchensicherheitsstandards (B3S) und um verschiedene Ansätze und Bedarfe der Betreiber in dem heterogenen KRITIS-Sektor.

Ausgerichtet wurde die Jahrestagung der Informationssicherheitsbeauftragten in Ländern und Kommunen von der AG-InfoSic des IT-Planungsrates. Mitorganisatoren waren die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAköV), das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, die Föderale IT-Kooperation FITKO und das Bayerische Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik. **DK**

Gemeinde-App für Heretsried

Freude im schwäbischen Heretsried: Schneller an Informationen gelangen die Einwohner nunmehr über eine neue von der Gemeinde entwickelte APP. Vereine oder kommunale Institutionen stellen ihre Informationen ein, der Nutzer erhält darüber eine Push-Nachricht. Bislang wurden Nachrichten und Informationen im amtlichen Mitteilungsblatt „Holzwinkel“ und per Aushang publiziert.

Laut Projektverantwortlichem Jürgen Schuster wurde in Heretsried vermehrt festgestellt, dass der Publikumsverkehr an den Aushangstellen im Laufe der Zeit rapide abnahm und diese Art der Veröffentlichung deshalb heute nicht mehr zeitgemäß ist. Bedauerlicherweise kristallisierte sich immer mehr heraus, dass auch das kostenlose und in jeden Haushalt verteilte amtliche Mitteilungsblatt vor allem von der jüngeren Generation oftmals nicht mehr gelesen wurde. Zudem bestand auf Grund des notwendigen Redaktionsschlusses die Problematik, dass kurzfristige Informationen nicht entsprechend vermittelt werden konnten.



Jürgen Schuster. Bild: privat

Erster Schritt: Jugendliche erreichen

Aus den Reihen der „jüngeren Gemeinderäte“ kam deshalb der Vorschlag, hier neue, moderne Wege zu gehen. Diesem Ansinnen wurde einstimmig zugestimmt. Ziel war es, die neue Plattform im ersten Schritt zur Kontaktaufnahme mit den Jugendlichen vor Ort zu nutzen, damit diese als Multiplikatoren die App bekannt machen.

Die Gemeinde im Landkreis Augsburg erhofft sich, alle Generationen zu erreichen und zudem auch deutlich schneller und flexibler auf Neuerungen und Änderungen reagieren zu können. Inzwischen haben bereits zahlreiche Bürgerinnen und Bürger von der neuen Gemeinde-App Gebrauch gemacht. **DK**

Merkmale der neuen App

- Die wichtigsten Informationen und Neuigkeiten sofort auf einen Blick
- Veranstaltungen, Sitzungen und Konzerte mit Termin, Uhrzeit und wichtigen Hinweisen
- Erinnerungsfunktion für Veranstaltungen mittels Push-Benachrichtigung
- Kontaktformular an die Gemeinde
- Meldung von Schäden oder Auffälligkeiten im Gemeindegebiet
- Kontakte und Adressen aller Art inklusive Öffnungszeiten und Kartendarstellung
- Wichtige Ansprechpartner und deren Kontaktinformationen
- Aktuelle Informationen und wichtige Kurznachrichten auf dem Startbildschirm. Schnell und direkt
- Mit dem Offlinemodus immer alle Informationen auf dem Handy, auch ohne Internetverbindung. **DK**

Stadt Fürstenfeldbruck streamt seit kurzem aus dem Stadtrat

Seit Juli dieses Jahres werden die Sitzungen des Fürstenfeldbrucker Stadtrates online in die Wohnzimmer übertragen. Im Anschluss kann hierauf noch zwei Wochen über die Internetseite der Stadt zugegriffen werden, dann wird die Aufzeichnung des Streams gelöscht.

Da von neun der 40 Mitglieder des Stadtrates keine Einverständniserklärung vorliegt, dass sie gefilmt und ins Netz übertragen werden dürfen (Datenschutz und Schutz der Persönlichkeitsrechte!), treten die Rednerinnen und Redner an ein Pult und sprechen von dort aus. Bei Redebeiträgen von Stadträtinnen oder Stadträten, die nicht gezeigt werden dürfen, erfolgt eine Unterbrechung des Streams mit einem entsprechenden Hinweis. Oberbürgermeister Erich Raff sowie die beiden Stellvertreter Christian Stangl und Birgitta Klemenz haben ihre Zustimmung erteilt, so dass der Tisch der Sitzungsleitung jederzeit gezeigt werden kann. Der Zuhörerbereich wird nicht gefilmt. Externe Expertinnen und Experten waren bislang immer mit der Übertragung einverstanden.

Diese Art der Übertragung fand bislang sowohl Zustimmung bei den Beteiligten, es gibt aber inzwischen Kritik aus den Reihen der Politik. Ein Stadtrat empfindet es zum Beispiel als positiv, dass es deutlich weniger Zwischenrufe und Wortmeldungen gibt. Ein anderer dagegen meint, dass die Hemmschwelle, an ein Pult zu treten, für manchen zu groß sei, man doch lieber vom Platz aus sprechen würde. Zu letzterem sei gesagt, dass unter den derzeitigen Voraussetzungen und vor allem zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte keine andere adäquate Lösung zur Verfügung steht.

Besucherzahlen

Beim ersten Livestream schalteten sich 393 Besucherinnen und Besucher live zu, maximal 72 waren gleichzeitig anwesend. Rund 690 Aufrufe gab es für die Aufzeichnung. Die September-Sitzung verfolgten insgesamt 59 Personen mit, durchschnittlich waren 23 Zuschauerinnen und Zuschauer gleichzeitig anwesend. Im Nachgang wurde noch 186 mal geklickt. Dies sind die für einige Leserinnen und Leser wahrscheinlich interessanten Zahlen; gerade, wenn man vielleicht selbst darüber nachdenkt, einen Livestream zu etablieren und ob sich dieser Aufwand gerade auch finanziell lohnt. Es bleibt abzuwarten, wie sich das Interesse in der Bevölkerung entwickeln wird.

Öffentliche Ausschreibung

Die externe Dienstleistung wurde öffentlich ausgeschrieben, es gab fünf Bieter. Den Zuschlag erhielt eine Kooperation aus einem Münchner Unternehmen und einem mit Sitz in der Stadt. Die Verwaltung selbst hätte mangels personeller Kapazitäten und technischem Know-how den Livestream nicht selbst umsetzen können.

Erstmals wurde die Durchführung eines Livestreams im Jahr 2017 beantragt, fand aber keine politische Mehrheit. Dies lag vor allem daran, dass die Übertragung aller Sitzungen, d.h. rund 52 pro Jahr, gewollt war und den damit verbundenen hohen Kosten. Einen zweiten Vorstoß gab es dann im Frühjahr 2020: Es gingen bei der Verwaltung drei Sachanträge von insgesamt sieben Parteien ein. Diese waren zum Teil sehr unterschiedlich in den Vorstellungen hinsichtlich der zu übertragenden Sitzungen – von sämtlichen Sitzungen inklusive der Ausschüsse bis hin zu nur des großen Gremiums – sowie der technischen Umsetzung. In zwei Arbeitstreffen zusammen mit der Verwaltung einigte man sich auf die eingangs beschriebene Lösung, die zunächst eine Testphase von zwei Jahren umfasst und vom Stadtrat mit deutlicher Mehrheit beschlossen wurde. ❐



BSI-Lagebericht 2021:

Cyber-Angriffe gefährden erfolgreiche Digitalisierung

Aufgrund der zunehmenden Vernetzung, einer Vielzahl gravierender Schwachstellen in IT-Produkten sowie der Weiterentwicklung und Professionalisierung von Angriffsmethoden ist eine erfolgreiche Digitalisierung hierzulande zunehmend gefährdet. Dies geht aus dem von Bundesinnenminister Horst Seehofer und dem Präsidenten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Arne Schönbohm, vorgestellten Bericht zur Lage der IT-Sicherheit in Deutschland 2021 hervor. Danach führen Cyber-Angriffe zu schwerwiegenden IT-Ausfällen in Kommunen, Krankenhäusern und Unternehmen, verursachen zum Teil erhebliche wirtschaftliche Schäden und bedrohen existenzgefährdend Produktionsprozesse, Dienstleistungsangebote und Kunden.

Laut Bundesinnenminister Horst Seehofer ist die Gefährdungslage im Cyber-Raum hoch. „Wir müssen davon ausgehen, dass dies dauerhaft so bleibt oder sogar zunehmen wird. Wir haben die letzten Jahre deshalb genutzt, um die Cyber-Sicherheit in unserem Land massiv zu stärken. Wir haben das BSI mit über 700 neuen Stellen in dieser Legislaturperiode fast verdoppelt. Mit seiner Arbeit sorgt das BSI dafür, dass die IT-Sicherheit ein Wettbewerbsvorteil für Deutschland wird." Wie BSI-Präsident Arne Schönbohm ergänzte, „haben wir im Bereich der Informationssicherheit – zumindest in Teilbereichen – Alarmstufe Rot. Der neue Lagebericht des BSI zeigt deutlich wie nie: Informationssicherheit ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche und nachhaltige Digitalisierung."

Am Beispiel erfolgreicher Ransomware-Angriffe wird deutlich, wie extrem sich mangelnde Informationssicherheit auswirken kann: So musste sich ein Krankenhaus für 13 Tage von der Notfallversorgung abmelden. Immer öfter sind auch ganze Lieferketten von derartigen Angriffen beeinträchtigt, mit Folgen nicht nur für die Opfer, sondern auch für deren Kunden oder für andere unbeteiligte Dritte.

Das BSI beobachtet zudem die Weiterentwicklung krimineller Methoden. So wird bei Ransomware-Angriffen neben der Forderung nach einem Lösegeld immer öfter auch damit gedroht, zuvor gestohlene Daten zu veröffentlichen. Mit dieser Schweigegelderpressung erhöhen Cyber-Kriminelle den Druck auf Betroffene. Auch verteilte Netzwerkangriffe, sog. DDoS-Angriffe, nahmen im Berichtszeitraum deutlich zu. Sie werden dazu eingesetzt, digital Schutzgeld zu erpressen.

Neue Schadprogramm-Varianten

Im Februar 2021 hat das BSI den höchsten jemals gemessenen Wert an neuen Schadprogramm-Varianten notiert. Pro Tag kamen durchschnittlich 553.000 neue Varianten hinzu. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 144 Millionen neue Schadprogramm-Varianten gezählt, ein Plus von 22 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Auch die Qualität und die Verbreitung vieler gravierender Schwachstellen in IT-Produkten gibt Anlass zur Sorge. So wurde eine gravierende Schwachstelle in Microsoft-Exchange auf 98 Prozent aller geprüften Systeme festgestellt. Das BSI hatte darauf mit einer Warnung der Stufe Rot reagiert und öffentlich und gezielt die Betroffenen zum Handeln aufgerufen.

Als Konsequenz aus der Bedrohungslage fordert das BSI, der Informationssicherheit einen höheren Stellenwert beizumessen. Im Rahmen von Digitalisierungsprojekten sollte die Cyber-Sicherheit fest verankert werden sowie die gesamte Lieferkette umfassen.

„Cyberangriffe sind zu einer enormen Bedrohung für die deutsche Wirtschaft geworden. Jedes zehnte Unternehmen sieht deshalb laut unseren Erkenntnissen seine Existenz bedroht", nahm Susanne Dehmel, Mitglied der Bitkom-Geschäftsleitung, Stellung zum BSI-Bericht. Dieser untermauere eindrucksvoll, wie ernst die Lage für die deutsche Wirtschaft, aber auch für Privatpersonen, Behörden und andere Institutionen ist.

Cyberangriffe haben laut Bitkom-Studien bei 86 Prozent der Unternehmen in Deutschland zuletzt einen Schaden verursacht. „Die Wucht, mit der insbesondere Ransomware-Angriffe unsere Wirtschaft erschüttern, ist besorgniserregend und trifft Betriebe aller Branchen und Größen. Die Schäden durch Erpressung, verbunden mit dem Ausfall von Systemen oder der Störung von Betriebsabläufen, sind seit 2019 um 358 Prozent gestiegen", unterstrich Dehmel. Zudem seien zuletzt 27 Prozent der Unternehmen im Land von DDoS-Attacken betroffen gewesen.

Informatik als Pflichtfach

Darauf müsse reagiert werden, forderte Dehmel. „Wir brauchen die Möglichkeit, dass sich jeder Mensch und jedes Unternehmen in Echtzeit über die Cyber-Bedrohungslage informieren kann. Dazu müssen wir Echtzeit-Informationen nutzen und EU-weit in einem zentralen Dashboard sammeln – ähnlich dem Corona-Dashboard des Robert-Koch-Instituts. Nur wenn Hinweise auf Gefahren sekundengenau gesammelt werden, können wir auch umgehend darauf reagieren und uns sowie unsere Wirtschaft besser schützen."

Wesentlich für mehr Cybersicherheit sei auch die zukunftsfähige Bildung aller Menschen. Medienkompetenz und IT-Wissen müssten spätestens ab der Grundschule in die Bildungspläne integriert werden. „Wir brauchen deshalb unbedingt Informatik als Pflichtfach ab Sekundarstufe I.", hob Dehmel hervor. **DK**

eGovernment Monitor 2021:

Nutzung der digitalen Verwaltung stagniert

Die digitale Verwaltung kommt bislang nicht in der Breite der Bevölkerung an. Wie der aktuelle eGovernment Monitor 2021 der Initiative D21 und der Technischen Universität München zeigt, stagniert die Nutzung der digitalen Verwaltung, während die Bürger in Deutschland im Privat- und Berufsleben immer intensiver digital unterwegs sind. Gleichwohl zeigen sich viele Menschen offen für eine gut funktionierende digitale Interaktion mit Behörden und für neue Technologien wie den Personalausweis auf dem Smartphone.

Seit zehn Jahren liefert die Studie jährlich ein umfassendes Bild über die jeweilige Situation der digitalen Verwaltung in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Hierzulande wurden dazu in diesem Jahr knapp 8.000 Personen ab 16 Jahren in Privathaushalten befragt, in Österreich und der Schweiz jeweils ca. 1.000 Personen.

Laut aktuellem eGovernment Monitor besteht bei der Bekanntheit der digitalen Verwaltungsdienste noch erheblicher Verbesserungsbedarf. Nur knapp die Hälfte (47 %) der Befragten in Deutschland kennen überhaupt die Verwaltungsportale der Länder und nur ein Drittel (33 %) das Bundesportal. Damit liegt Deutschland im deutschsprachigen Ländervergleich weit hinten, denn in Österreich kennen 83 %, in der Schweiz fast 60 % der Bevölkerung die jeweiligen Portale.

Sinkende Zufriedenheit

Trotz der Corona-Pandemie blieb ein Anstieg bei der Nutzung der Dienste aus. Im Vergleich zum Vorjahr (54 %) ist diese mit nunmehr 52 % sogar leicht rückläufig und liegt deutlich hinter den Vergleichsländern. Konkret werden die digitalen Angebote vor allem für die Suche nach Informationen (76 %), Terminvereinbarungen (65 %), die digitale Kommunikation (52 %), das Herunterladen von Formularen (50 %), die Abwicklung der elektronischen Steuererklärung (45 %) sowie die Anforderung von Briefwahlunterlagen (39 %) genutzt.

Deutlich abgenommen hat in allen Ländern die Zufriedenheit mit den Diensten im Jahr 2021. In Deutschland verringerte sie sich um 15 %-Punkte auf 47 %. Die markantesten Rückgänge betreffen die Zuverlässigkeit der Systeme, die einfache Bedienbarkeit, die Aktualität der Inhalte und Angebote sowie die Auffindbarkeit der benötigten Informationen.

Als Barrieren gegen eine intensivere Nutzung werden eine einfache Erreichbarkeit der Behörden vor Ort, undurchschaubare Strukturen der Online-Angebote sowie eine fehlende Bekanntheit der Angebote gesehen. Daneben sprechen bei den über 70-Jährigen vor allem der persönliche Kontakt zu den Mitarbeitern auf dem Amt (61 %) gegen eine Nutzung der Onlinedienste. Die 16- bis 29-Jährigen kritisieren vor allem eine mangelnde Durchgängigkeit (51 %) und Verfügbarkeit der Dienste (53 %).

Licht und Schatten

Mit Blick auf die Corona-Pandemie zeigen sich sowohl negative als auch positive Nutzungseffekte. 20 % der Befragten gaben an, dass sie Behördengänge nicht erledigen konnten, da Ämter geschlossen waren. Zugleich zeigte sich aber insbesondere im Vergleich zu den ersten Monaten der Pandemie ein spürbarer Zuwachs bei den Online-Terminvereinbarungen, der digitalen Kommunikation mit den Behörden sowie den Erstnutzern von digitalen Diensten.

Deutliche Unterschiede offenbart ein Vergleich unter den Bundesländern. So schwankt die Nutzung zwischen 62 % (Hamburg) und 49 % (Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Sachsen), wobei die Nutzung in den Stadtstaaten überdurchschnittlich ist. Bei den Flächenländern liegen Thüringen und Brandenburg mit jeweils 56 % vorn. Die Zufriedenheit bewegt sich zwischen 59 % (Hamburg) und 40 % (Thüringen).

Im Bereich Gesundheit stehen vor allem die elektronische Patientenakte (ePA) und der digitale Impfnachweis im Fokus. Beide Angebote sind in weiten Teilen der Bevölkerung bekannt (ePA 65 % bzw. Impfnachweis 87 % bereits im Juni, also noch vor der tatsächlichen Einführung des Nachweises) und es besteht eine hohe Bereitschaft, diese zu nutzen. Laut Studie steigen damit aber auch die Erwartungen an die Dienste.

Nach wie vor kritisch beurteilt wird der digitale Schulunterricht. 85 % und damit die große Mehrheit erlebte weiterhin Hürden beim digitalen Unterricht. 53 %, vor allem in ländlichen Räumen, klagen über schlechtes Internet, 37 % über mangelnde digitale Kompetenzen der Lehrkräfte. Zwar stieg die Nutzung von Videokonferenzen und Lernplattformen an, jeder Vierte holte Unterlagen aber immer noch in der Schule ab.

Während die Online-Ausweisfunktion bei Personalausweisen nur bei 35 % der Inhaber bekannt ist und von 9 % überhaupt genutzt wird, besteht bereits großes Interesse an der Nutzung des Personalausweises auf dem Smartphone (48 %). Besonders interessiert sind die unter 30-Jährigen (62 %), Bürger, die bereits Erfahrungen mit digitaler Verwaltung gesammelt haben (60 %) und Personen mit hohem Bildungsabschluss (59 %).

Steigende Ansprüche

Dr. Markus Richter, Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik und Staatssekretär im Bundesinnenministerium, kommentierte die Studienergebnisse wie folgt: „Die Ansprüche der Bürger an den digitalen Staat steigen kontinuierlich. Wer im Alltag ganz selbstverständlich online einkauft und Bankgeschäfte per App erledigt, erwartet mit Recht auch solche niedrigschwelligen Angebote vom Staat. Dafür arbeiten wir intensiv an mehreren Baustellen. Ein zentraler Baustein ist die Smart eID, eine besonders komfortable Variante der Online-Ausweisfunktion auf dem Smartphone. Zudem bauen wir Nutzerkonten, die miteinander sprechen, und vernetzen die Verwaltungsportale von Bund und Ländern. Dabei investieren wir gezielt in die Qualität der Angebote." **DK**

Halbzeit beim Glasfaser-Ausbau für Loiching

Glasfaser für die Orts-Außenbereiche

Im Juli 2021 starteten die Tiefbauarbeiten einer weiteren Ausbaustufe für schnelles Internet in Loiching. Für die Umsetzung dieses Vorhabens sorgen der Energieversorger Energie Südbayern, Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net und das Tiefbauunternehmen Max Streicher. Jetzt ist „Halbzeit".

Bereits bevor es mit dem tatsächlichen Netzausbau konkret losgehen konnte, investierte die Gemeinde viel Zeit in die Vorbereitungen. Das für das Projekt maßgebliche Bayerische Förderprogramm legt fest, dass nur die Gebäude beim Ausbau des neuen Glasfasernetzes angeschlossen werden können, deren Internetanschlüsse aktuell weniger als 30 Mbit/s im Download bereitstellen können. „Gleichzeitig führte es aber auch dazu, dass einige Gebäude, obwohl in direkter Nachbarschaft, nicht kostenfrei angeschlossen werden können, nur, weil sie z.B. 1 Mbit/s über den 30 Mbit/s liegen" erklärt Bürgermeister Günter Schuster. „Dass dies nicht immer auf Verständnis stößt, ist nachvollziehbar."

Auswertung der Versorgungslage

Die Auswertung der Versorgungslage 2019 ergab, dass 109 Adressen für einen geförderten Ausbau in Frage kommen und damit bei der Herstellung eines für den Bürger kostenfreien Glasfaser-Hausanschlusses berücksichtigt werden können. Dazu gehören Anwesen in den Ortsteilen Atzbach, Baiersdorf, Eßig, Feldkirchen, Göttersdorf, Goben, Gummeringerau, Haindlfing, Krottenthal, Loichingermoos, Maßendorf, Nußberg, Oed, Piegendorf, Pischelsdorf, Pfeffersberg, Rampelsberg, Reinöd, Reit, Staudach, Stelzenberg, Wastlmühle, Wornstorf und Unterwolkersdorf. Nach Ausschreibung und Vergabe des Projektes begannen die Bauarbeiten im Juli dieses Jahres.

Ortsteil Weigendorf

Von den geplanten 34 Kilometern Tiefbau ist inzwischen der Großteil fertiggestellt. Auch wurden bereits 100 Hausanschlüsse gebaut. Im Ortsteil Weigendorf wurde an der Glasfasertrasse liegenden interessierten Anwohnern von der ESB ein Angebot zum Kauf eines Netzanschlusses unterbreitet. Diese Anschlüsse konnten aufgrund der Fördervorgaben des Freistaates im Rahmen des Förderprogrammes nicht beim Bau kostenfreier Anschlüsse berücksichtigt werden. Hier kann jeder Anwohner individuell entscheiden, ob er das Angebot der ESB zum Bau eines Netzanschlusses annimmt.

In den nächsten Wochen sollen die restlichen Hausanschlüsse fertiggestellt werden. Anschließend wird damit begonnen, die Glasfasern in die verlegten Leerrohre einzubringen. Damit ist das Netz fertiggestellt und die Kunden können vom Internetanbieter M-net „angeschaltet" werden. Die ersten Endkunden sollen damit voraussichtlich ab Anfang 2022 die neuen Geschwindigkeiten live erleben können. „Wir sind damit sogar etwas früher betriebsbereit, als vertraglich mit der Gemeinde vereinbart", freut sich Michael Schneider von der ESB.

Bandbreiten von bis zu 300 Mbit/s

„Mitte 2022 werden dann alle Haushalte im jetzigen Erschließungsgebiet M-net Produkte buchen können", erklärt Gerhard Krämmer, Regionalmanager von M-net. Dies sind in erster Linie Internetanschlüsse mit Bandbreiten von zunächst bis zu 300 Mbit/s, aber auch erstklassige Telefonie und ein vollwertiger HD-TV-Anschluss. Glasfaseranschlüsse sind außerordentlich schnell, stabil und sicher. Damit sind sie besonders gut für das Arbeiten im Home-Office, Videostreaming und Online-Gaming geeignet. Hinzu kommt, dass die übertragbaren Datenraten auf einer Glasfaserleitung theoretisch nahezu unbegrenzt sind. Das macht die Infrastruktur zukunftssicher.

Rund 800.000 Euro gemeindlicher Eigenanteil

Finanziell gefördert wird das Projekt mit über 1,6 Millionen Euro durch den Freistaat Bayern. Auch die Gemeinde beteiligt sich mit einem Eigenanteil von rund 800.000 Euro. Der kostenintensive Glasfaserausbau ist abseits der Ballungs- und Verdichtungsräume oft nur schwer wirtschaftlich umsetzbar. Der Freistaat fördert daher Aufwendungen von Städten und Gemeinden an private oder kommunale Netzbetreiber zur Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke und unterstützt so notwendige Investitionen in die Breitbandinfrastruktur. ❐



Landkreis Regen und Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen:

Kommunale Gesundheitsversorgung der Zukunft

Der galoppierende medizinische Fortschritt verlangt stetige Anpassungen in der Gesundheitsversorgung. Über das Wie wird heftig gestritten. Die Diskussion bewegt sich dabei zwischen der Forderung nach dem Erhalt und einer besseren finanziellen Ausstattung insbesondere von kleinen Krankenhäusern in meist ländlichen Gegenden und dem Ruf nach einem Abbau von Überkapazitäten und den damit verbundenen erforderlichen Klinikschließungen. Die Bayerische GemeindeZeitung bat Landrätin Rita Röhrl, Landkreis Regen, und Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, die Situation aus ihrer Sicht zu schildern.

GZ: Es hört sich abwegig an, aber das Kliniksterben geht auch in Pandemiezeiten weiter. In Bayern sind seit 2019 die Standorte Hersbruck, Waldsassen, Fürth, Parsberg und Vohenstauß betroffen. Umwandlungen in integrierte Versorgungszentren gestalten sich, nach Aussage des Bayerischen Landkreistags, schwierig, da die gesetzlichen Hürden nicht einfach zu bewältigen sind. Können Sie uns bitte ihre landkreisspezifischen Aufgaben in der Gesundheitsversorgung skizzieren und dabei auch darauf eingehen, mit welchen Herausforderungen Sie derzeit beschäftigt sind?

Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen: *Aufgabe der Landkreise ist, die erforderlichen Krankenhäuser zu errichten und zu unterhalten. Das bedeutet im Grunde, dafür zu sorgen, dass es eine Grund- und Regelversorgung gibt. Nun haben wir bei uns im Landkreis zwei Grund- und Regelversorger in unterschiedlicher Trägerschaft, was insbesondere die Thematik der Kooperation untereinander nicht unbedingt einfach macht. Zudem macht das ähnliche Leistungsspektrum die Häuser einerseits vergleichbar, gleichzeitig machen sie sich Konkurrenz. Und das in einer Region, in der es durch die Nähe zu München auch viele andere Möglichkeiten der stationären Behandlung gibt.*



Landrätin Rita Röhrl, Landkreis Regen. Bild: Tobias Bals

Medizinische Versorgungszentren

Landrätin Rita Röhrl, Landkreis Regen: *Um das Kliniksterben zu beobachten brauchen wir im Landkreis Regen nur in unsere Nachbarlandkreise zu schauen, wo im Landkreis Cham die Schließung des Krankenhauses Roding schon beschlossen wurde und im Landkreis Freyung-Grafenau die stationäre Krankenhausversorgung in Waldkirchen 2018 aufgegeben werden musste. Im Landkreis Regen stellt sich die Situation anders dar, da wir seit Jahrzehnten zwei Kliniken haben, die räumlich eher an den Landkreisgrenzen liegen und auch perspektivisch weiter in vollem Umfang Grund- und Regelversorgung, sowie Notfallversorgung anbieten sollen. Darüber hinaus sind wir seit 2013 konsequent den Weg gegangen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten Medizinische Versorgungszentren als Töchter des Klinikkommunalunternehmens aufzubauen, die mittlerweile mit über zehn Vertragsarztsitzen und aktuell 22 Fachärzten in den drei Städten des Landkreises die fachärztliche medizinische Versorgung breit unterstützen. Dies bedeutet, dass wir den Weg integrierter Versorgungszentren schon gegangen sind, da dies einfach patientenorientiert ist. Dem Patienten ist es doch letztendlich egal, in welchem Sektor die Abrechnung stattfindet, er möchte doch einfach nur von einem kompetenten Arzt versorgt werden. Unsere aktuellen Herausforderungen stellen sich eher im Bereich der ambulanten Versorgung, wo wir schon jetzt in einzelnen Bereichen hausärztlich deutlich unterversorgt sind und nun auch noch die fachärztliche Versorgung in verschiedenen Bereichen wie der Kinderheilkunde oder der Dermatologie, aufgrund der Altersstruktur der niedergelassenen Fachärzte, massiv gefährdet ist. Dies stellt nun eine zusätzliche Aufgabe für uns dar, da eine Sicherstellung dieser Versorgung durch die Kassenärztlichen Vereinigungen leider nicht gewährleistet ist.*

GZ: Das DRG- Fallpauschalensystem regelt die Vergütung von Leistungen der Krankenhäuser und steht in der Kritik falsche Anreize zu setzen, die dazu führen, Patienten nicht nur aus gesundheitlichen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen zu behandeln. Passt dieses System mit den Anforderungen an eine gleichwertige Gesundheitsversorgung zusammen?

Ein Paradigmenwechsel ist eingeleitet

Röhrl: *Diese Frage muss man differenziert sehen, da wir schon lange nicht mehr in einem reinen DRG-Fallpauschalensystem arbeiten, sondern das Fallpauschalensystem in den letzten Jahren durch den Gesetzgeber immer wieder ergänzt wurde. Mit der Vollfinanzierung der Ist-Kosten für „Pflege am Bett“ und dem Herauslösen dieser Kosten aus den DRGs wurde ein Paradigmenwechsel eingeleitet. Mit diesem Schritt wurden schon jetzt ca. 20 Prozent der Erlöse unserer Kliniken aus dem Pauschalsystem herausgelöst. Daneben hat der Gesetzgeber in den letzten Jahren auch den Bereich der Vorhaltekosten immer mehr in den Vordergrund gerückt, was sich u.a. mit den Zuschlägen für die jeweilige Notfallversorgungsstufe und den Sicherstellungszuschlägen schon deutlich auswirkt. Aus meiner Sicht sind wir aber erst am Anfang des Prozesses und Bundes- und Landespolitik müssen ganz klar definieren, welche Versorgungsstrukturen in welchem Bereich vorgehalten werden sollen für die Bevölkerung und diese müssen dann auch auskömmlich finanziert werden. Das DRG-Fallpauschalensystem in seiner Reinform ist dabei viel zu mengenabhängig und stellt daher für eine Steuerung der Gesundheitsversorgung nicht das richtige Instrument dar.*

DRG-Fallpauschalen: Grund für die Einführung

Niedermaier: *Bevor die Fallpauschale generell als Teufelszeug und Ursache allen Übels gebrandmarkt wird, möchte ich daran erinnern, warum sie eingeführt wurde. Die Kosten explodierten Ende der 1990er und dann am Anfang der 2000er-Jahre. Mit der Fallpauschale wollte man diese Kosten in den Griff bekommen und hat Preise für Eingriffe definiert. Das Problem ist dabei, dass Leistungen eines Grund- und Regelversorgers, also die Basisleistungen, wenn man so will, nicht so vergütet werden, dass die damit verbundenen Kosten tatsächlich gedeckt werden.*

GZ: Gleichzeitig gibt es eine Diskussion über Überkapazitäten nicht nur in der Fläche und die damit verbundene Kostenbelastung der Kommunen. Muss, Ihrer Ansicht nach, ein Krankenhaus zwingend nur wirtschaftlichen Anforderungen genügen oder müssen aus gesamtgesellschaftlicher Sicht auch andere Faktoren berücksichtigt werden, wie z.B. das Vorhalten von Betten für einen Ernstfall.

Niedermaier: *Nein, ein Krankenhaus darf nicht nur danach beurteilt werden, ob es wirtschaftlichen Anforderungen genügt. Selbstverständlich steht neben der Versorgung der Patienten auch die Qualität dieser Versorgung im Mittelpunkt. Dennoch muss die Krankenhausversorgung gesamtgesellschaftlich beurteilt werden. Eben mit Blick auf die Versorgung der Patienten und mit Blick auf die Kosten. Wir müssen die gesundheitliche Versorgung der Patienten finanzieren und dabei müssen wir darauf achten, die richtigen und passenden Parameter zu setzen. Insbesondere, was die Qualität der Versorgung betrifft.*

Gegensätzliche Situationen

Röhrl: *Die Diskussion zu den Überkapazitäten findet bundesweit teilweise komplett undifferenziert statt. Während wir in den Ballungszentren nach wie vor Überkapazitäten und teilweise sehr kurze Erreichbarkeiten auch zu Spezialisten haben, ist die Situation im ländlichen Raum komplett gegensätzlich. Was definitiv nicht hilfreich ist, ist eine Bereinigung der Krankenhauslandschaft aus finanziellen Zwängen. Nur weil ein Landkreis ein Krankenhaus nicht mehr wirtschaftlich betreiben kann, heißt es nicht, dass dieses Krankenhaus nicht bedarfsnotwendig für die stationäre Versorgung der Bevölkerung ist. Darüber hinaus kann es nicht Aufgabe der Kommunen sein Schwächen im Vergütungssystem ausgleichen zu müssen, um bedarfsnotwendige Häuser, die jedoch wirtschaftlich in Bedrängnis sind, zu erhalten. Wie uns die Pandemie gezeigt hat, sollten wir auch Strukturen aufrechterhalten, die im Regelfall vielleicht nicht zu 100 % ausgelastet sind, aber im Ernstfall dafür sorgen, dass unsere Bevölkerung auch außerhalb des Regelfalls ausreichend versorgt werden kann.*

GZ: Eine wohnortnahe Krankenhausversorgung ist auch wichtig für das subjektive Sicherheitsgefühl vieler Bürgerinnen und Bürger. Wie sind Ihre Erfahrungen in den Diskussionen mit der Bevölkerung?

Röhrl: *Unsere beiden Kliniken und die medizinischen Versorgungszentren geben unserer Bevölkerung ein sehr hohes Sicherheitsgefühl. Zu wissen, dass man im Ernstfall wohnortnah kompetente Hilfe findet, erfährt bei den Bürgern eine hohe Wertschätzung.*

Niedermaier: *Sie sprechen von Gefühl und das beschreibt die Schwierigkeit in der Diskussion. Wir haben es hier auch bei den Diskussionen vielfach mit einem Gefühl zu tun. Mit dem Gefühl, dass etwas weggenommen wird, dass die Rückfallebene schwindet, dass ein Veränderungsprozess ansteht – und das alles schafft Angst und Verunsicherung. Diese steht dann dem Sachthema und vor allem dann auch einer sachlichen Debatte konträr gegenüber. Wir alle wissen, wie schwer es ist, einem Gefühl mit Sachargumenten entgegenzutreten.*

Brennpunkt Fachkräfte

GZ: Macht sich der Fachkräftemangel in der Ärzteschaft und beim Pflegepersonal bei Ihnen bemerkbar? Wenn ja, wie steuern Sie dem entgegen?

Niedermaier: *Der Mangel macht sich vor allem bei den Pflegekräften bemerkbar, in der Ärzteschaft gelingt es uns immer noch gut qualifiziertes Personal zu gewinnen. Wobei man beim ärztlichen Personal auch schon sagen muss, dass die Personalgewinnungsprozesse gerade in kleineren Krankenhäusern immer anspruchsvoller werden. Bei den Pflegekräften wird inzwischen auch im Ausland angeworben, noch mehr in der eigenen Ausbildung investiert und Förderprogramme abgerufen.*

Röhrl: *Natürlich macht der Fachkräftemangel in der Ärzteschaft und beim Pflegepersonal auch vor unseren Kliniken nicht halt. Im Bereich der Ärzteschaft haben wir in den letzten zwei Jahrzehnten lernen müssen, dass eine schnelle Linderung des gestiegenen Ärztebedarfs auf Bundes- und Landesebene überhaupt nicht zu erwarten ist. Selbst wenn 2022 die Entscheidung getroffen würde, unsere Kapazitäten an Medizinstudienplätzen bundesweit deutlich zu erweitern, würden wir die Auswirkungen erst in 15 bis 20 Jahren spüren. Wie man am Beispiel der Uniklinik Augsburg sieht, sind nach einer Entscheidung ca. 5 Jahre nötig, um die Strukturen für eine Medizinerausbildung zu schaffen. Bis diese Medizinstudenten dann als fertiger Facharzt in den Kliniken arbeiten können, vergehen mindestens weitere 11 Jahre. Vor diesem Hintergrund fördern wir in unserem kommunalen Klinikunternehmen seit 2010 angehende Medizinstudenten aus der Region mit einem Förder- und Stipendienprogramm und haben dies seit 2020 so ausgeweitet, dass wir deutsche Abiturienten mit Kosten von mehr als 50.000 Euro pro Studienplatz an die Universität Rijeka in Kroatien schicken, damit wir pro Jahr zwischen 4 bis 6 eigene Absolventen haben, die bei uns als Assistenzarzt ihre berufliche Karriere starten können. In diesem Bereich sind wir schon vor Jahren zum Entschluss gekommen, dass eine rein auf Auslandsakquise ausgelegte Personalbedarfsdeckung nicht mit unseren Unternehmenszielen vereinbar ist. Was wir seit knapp 15 Jahren im Ärztebereich erleben, schlägt sich bei uns nun auch in den letzten zwei Jahren immer mehr in den Pflegeberufen durch. Unsere Ausbildungsaktivitäten haben wir dabei seit 2011 verdreifacht, müssen aber feststellen, dass auch dies nicht ausreicht, um den gestiegenen Bedarf zu decken. Da wir dabei über eine deutlich größere Zahl an Fachkräften sprechen, die wir benötigen, werden wir an einer strukturierten Akquise aus dem Ausland nicht vorbeikommen. Erste Erfahrungen sammeln wir aktuell mit sechs malaysischen Pflegekräften. Die sprachliche, kulturelle und fachliche Integration stellt dabei für alle Beteiligten eine enorme Herausforderung dar und wir sind dabei unsere Strukturen im Hinblick auf eine verstärkte Fachkräfteakquise im Ausland noch weiter zu professionalisieren.*



Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen. Bild: Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen

Kooperation heißt die Lösung!

GZ: Wie sehen Sie Managementverträge mit privaten Anbietern oder auch die Idee von Klinikverbünden?

Niedermaier: *Kooperation heißt die Lösung für die Zukunft. Ohne das wird es nicht gehen. Aber dabei ist natürlich wichtig, dass die Belange vor Ort gewahrt bleiben!*

Ausreichend Spielraum für die Klinikentscheider

Röhrl: *Bis heute hat mir keiner erklären können, was ein privater Anbieter im Rahmen eines Managementvertrags anders oder besser machen kann, als das Management eines gut geführten kommunalen Hauses. Wichtig ist aus meiner Sicht, dass die Politik den Entscheidern in den Kliniken ausreichend Spielraum gibt und der kommunalpolitische Einfluss nur bei den strategischen Themen Berücksichtigung findet. Die Kliniken im Landkreis Regen sind seit 2001 als Kommunalunternehmen organisiert, werden standortübergreifend geleitet und sind seit 2014 Mitglied in der Genossenschaft Klinik-Kompetenz-Bayern e.G.. Mit dieser Genossenschaft versuchen wir die Synergieeffekte, die größere Verbünde oder private Klinikbetreiber erzeugen, ebenfalls zu nutzen. Dabei stehen wirtschaftliche Synergieeffekte wie unser Einkaufsverbund, Rahmenverträge und gemeinsame Projekte genauso im Vordergrund wie der trägerübergreifende Erfahrungsaustausch auf verschiedenen Ebenen und daneben auch die gemeinsame Lobbyarbeit für unsere kommunalen und allgemeinnützigen Interessen.*

GZ: Haben Sie vor Ort kreative und praktikable Lösungen für die Gesundheitsversorgung? Gibt es ärztliche Kooperationen oder medizinische Projekte z.B. mit Universitäten im Bereich der Telemedizin oder andere digitale Vorhaben?

Projekt „Digitales Dorf“

Röhrl: *Mit den neurologischen Universitätskliniken in Regensburg und München arbeiten wir seit knapp 15 Jahren im Bereich der telemedizinischen Versorgung in der Schlaganfallbehandlung zusammen, haben uns in den vergangenen Jahren im Projekt „Digitales Dorf“ mit verschiedensten telemedizinischen Anwendungen in der medizinischen Versorgung beschäftigt und starten ab Dezember 2021 ein Projekt zur Errichtung eines 5G-Campus an der Arberlandklinik Viechtach mit dem Ziel durch neue Technologien die Patientenorientierung und Patientensicherheit an unseren Kliniken zu stärken. Darüber hinaus investieren wir aktuell ca. 2,6 Millionen Euro an Fördergeldern für digitale Vorhaben im Rahmen des Krankenhauszukunftsgesetzes. Die Steigerung unseres digitalen Reifegrads, der aktuell auch bundesweit erhoben wird, ist schon seit Jahren ein elementarer Teil unserer Unternehmensstrategie.*

Niedermaier: *Wir haben uns auf einen Weg gemacht, um umfassend angelegte Lösungsmöglichkeiten zu finden und dann auszuloten, welche Ansätze für uns die richtigen sein könnten. Diese Lösungsfindung läuft noch, eine Analyse dazu haben wir auf dem Tisch. Es gibt natürlich bereits einzelne Kooperationsformen auch mit Universitätskliniken, bzw. Maximalversorgern, diese sind gut und haben sich bewährt, müssen aber gesichert und fortentwickelt werden.*

GZ: Gibt es etwas, dass Sie unseren Leserinnen und Lesern zum Thema Gesundheitsversorgung mit auf den Weg geben wollen?

Röhrl: *Schauen Sie der großen Politik genau auf die Finger, was sie mit dem Thema vorhat. Wer Gesundheitsversorgung allein unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit sieht, ist verkehrt dran.*

Niedermaier: *Ich wünsche mir eine ehrliche Diskussion, die die Qualität und die Zahlen auf den Tisch legt. Und ich wünsche mir, dass miteinander reden zu Kooperationen und Denkanstößen führt, die uns die Krankenhausstandorte mittel- und langfristig sichern können.* ❐

Bayerisches Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz auf dem Prüfstand:

Zwischenbilanz im Gesundheitsausschuss

In einer Anhörung des Gesundheits- und Sozialausschusses gaben Experten eine Zwischenbilanz zum Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz. Sie kritisierten unter anderem die nicht flächendeckende Umsetzung. Zudem käme es aufgrund von Personalmangel mitunter zu Zwangseinweisungen. Ein Monitoring könne helfen, die Prozesse zu optimieren. Celia Wenk-Wolff vom Bayerischen Bezirketag zog eine positive Bilanz: „Das PsychKHG hat viele Partner vernetzt und neue Gespräche angestoßen."

2018 hat der Landtag das Bayerische Psychisch- Kranken- Hilfe- Gesetz (BayPsychKHG) verabschiedet. Dieses besteht aus zwei Teilen: Im ersten geht es darum, die Hilfe für psychisch kranke Menschen zu verbessern. Wichtigster Baustein dabei ist die landesweite Einführung von Krisendiensten. Im zweiten, strittigeren Teil wird die Zwangseinweisung von psychisch kranken Menschen geregelt.

Umsetzung nicht flächendeckend

Martina Heland-Gräf vom Bayerischen Landesverband der Psychiatrie-Erfahrenen hatte lange für ein PsychKHG gekämpft. Sie bemängelte aber, dass es in Bayern nicht flächendeckend in derselben Intensität umgesetzt werde. „Zwangsmaßnahmen sind nicht überall Ultima Ratio", berichtete sie. Heland-Gräf verlangte mehr Fortbildungsmaßnahmen für die Polizei und mehr Kontrollen von psychischen Einrichtungen, die wegen Corona oft ausgefallen seien. Sozialrechtsanwalt Dr. Rolf Marschner glaubte nicht, dass sich in den letzten drei Jahren an der Unterbringung psychisch kranker Menschen in Bayern etwas geändert habe. „Wie schon im vorherigen Gesetz steckt auch im PsychKHG viel Unterbringung und wenig Hilfe", kritisiert er. Marschner vermisste Steuerungsinstrumente, einen gemeindepsychiatrischen Verbund und eine gesetzliche Grundlage für sozialpsychiatrische Dienste mit verbindlich aufsuchenden Hilfen.

Erweiterung der Dienste von Krisenteams

Der Leitende Polizeidirektor, Oliver Etges vom Polizeipräsidium Oberbayern Nord, lobte zwar die Zusammenarbeit mit den Krisendiensten, war aber mit einigen Verwaltungsvorschriften unzufrieden. So werde die Polizei in manchen Fällen nicht über die Entlassung einer Person benachrichtigt, obwohl von ihr noch eine Gefahr ausgehe. „Manchen Kliniken fehlt auch das Equipment und das Personal, um die Person bei der Einweisung zu überwachen." Etges forderte zudem mehr mobile Krisenteams. Karl Heinz Möhrmann, Vorsitzender der Angehörigen psychisch Kranker in Bayern, hob die flächendeckende Verankerung der Krisendienste im Gesetz positiv hervor. Er forderte aber eine Erweiterung der Dienste in Richtung nachsorgender Betreuung. „Auch gibt es keine gesetzliche Verpflichtung zur Betreuung chronisch psychisch erkrankter Menschen." Möhrmann verlangt außerdem mehr personenzentrierte Angebote wie die stationsäquivalente Behandlung zu Hause.

Zwangseinweisung wegen Personalmangel

Davor Stubican vom Paritätischen Wohlfahrtsverband hätte sich Informationen über die Entwicklung der Unterbringungszahlen gewünscht. Zwangsmaßnahmen zu senken sei schließlich ein Ziel des PsychKHG gewesen. Doch bisher liegen keine Daten vor. Selbst wenn, werden diese nur bei der öffentlich-rechtlichen Unterbringung erhoben, nicht bei regulären psychiatrischen Krankenhäusern. „So lassen sich keine Erkenntnisse gewinnen." Stubican bezeichnete diesen Zustand als „Webfehler" des Gesetzes. Der Geschäftsführer des Krisendienstes Mittelfranken, Volker Haßlinger, tat sich mit einer Bewertung des PsychKHG schwer. Viele Zahlen hätten wegen der Corona-Krise nur wenig Aussagekraft. Gleiches gelte für die Krisendienste Oberbayern und Mittelfranken, die erst im Juli 2021 mit der Arbeit begonnen haben. Dringend gelöst werden müsse laut Haßlinger der Pflegepersonalmangel. „Dieser führt oft zu Zwangsmaßnahmen, die mit mehr Personal hätten vermieden werden können."

Monitoring für Prozessoptimierung

Der Ärztliche Direktor des kbo-Inn-Salzach-Klinikums und Sprecher für seinen Berufsstand in Oberbayern, Prof. Dr. Peter Zwanzger, forderte zusätzlich zu den blanken Unterbringungszahlen ein Monitoring wie in Baden-Württemberg, um Prozesse zu verbessern. „Das können wir mit dem aktuellen Meldesystem nicht." Auch müsste mehr Werbung für die Krisendienste gemacht werden. Insgesamt sah Zwanzger das PsychKHG aber auf einem guten Weg. Lob kam auch von Dr. Alexander Korte, Leitender Oberarzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie am Klinikum München. Er hob die 24-Stunden-Hotline der Krisendienste und die Hilfe der Sozialpsychiatrischen Dienste hervor. „Für die Versorgung von Kindern und Jugendlichen hat sich durch das PsychKHG aber nichts geändert." Verbesserungsbedarf sah er bei den Krisenangeboten für Jugendliche bis 16 Jahre, bei Entstigmatisierungsprojekten und Präventionsangeboten.

Anstoß für Gespräche

Dr. Simona Kralik, Ärztliche Leiterin des Krisennetzwerks Unterfranken, lobte ebenfalls die Krisendienste mit ihrer 24- Stunden-Bereitschaft. Noch fehle aber die Vernetzung. „Wir haben so viele Angebote, aber A weiß nichts von B". „Nicht glücklich" war sie mit dem Unterbringungsteil des PsychKHG. Kralik forderte einen engeren Austausch der Krisendienste mit der Polizei und den Unterbringungsbehörden. „Noch sind die Krisendienste nicht Bestandteil der Routine." Celia Wenk-Wolff vom Bayerischen Bezirketag zog hingegen eine positive Bilanz. Das PsychKHG habe viele Partner vernetzt und neue Gespräche angestoßen, beispielsweise zwischen Jugend- und Eingliederungshilfe. Ihr fehlte jedoch ein Melderegister, das alle Zwangsmaßnahmen, aber auch Gewalt gegen Mitarbeiter erhebt. **red**

OTH Amberg-Weiden:

Symposium 5G4Healthcare

Mobile Notfallgeräte, die Daten in Echtzeit aus dem Krankenwagen an die Leitstelle senden, Roboter, die nicht nur unterstützen, sondern auch in Interaktion treten oder fahrerlose Transportsysteme, die den Berufsalltag des Pflegepersonals vereinfachen – der Einsatz von 5G-Technologie in der Gesundheitsversorgung bietet enormes Potential, um besonders im ländlichen Raum die Patientenversorgung deutlich zu verbessern. Die OTH Amberg-Weiden untersucht diese und weitere Möglichkeiten bereits seit Ende 2019 im Rahmen des vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur geförderten Forschungsprojekts „5G4Healthcare". Anschauliche Einblicke in das Projekt und die konkrete Anwendung der 5G-Technologie erhielten Interessierte beim Online-Symposium „5G4Healthcare – Explore the change 4 healthcare".

Projektleiter Prof. Dr. Steffen Hamm, unterstrich bei der Projektpräsentation die Relevanz des Forschungsthemas, das besonders im ländlichen Raum ungemeinen Patientennutzen verspricht. Prof. Dr. med. Clemens Bulitta, Präsident der OTH Amberg-Weiden betonte zudem, wie wichtig der Einbezug von (Technologie-)Partnern sei: „Als Technische Hochschule nimmt die anwendungsorientierte Forschung bei uns stets eine große Rolle ein und besonders bei 5G4Healthcare steht immer der reale Nutzen für den Patienten im Fokus. Im Mittelpunkt des Projekts stehen deshalb über 100 reale Anwendungsszenarien, die in sogenannten ‚Living Labs' untersucht werden."

Neben den Projektverantwortlichen der OTH Amberg-Weiden gaben auch PartnerInnen und ExpertInnen auf dem Gebiet der 5G-Technologie mit verschiedensten Fachvorträgen Einblicke in das Anwendungsfeld.

Holger Mauerer, Executive Costumer Solution Architect bei Vodafone, bot einen Überblick über die Möglichkeiten von 5G im Gesundheitswesen – von vernetzten Rettungswagen, über Asset- Tracking- Lösungen und Fernchirurgie bis zur Patientenüberwachung. Tobias Friedrich, Account Manager Nokia, und Fabian Schlage, Head of Ecosystem Engagement at Nokia Digital Automation, zeigten wiederum am eigenen Beispiel die Einsatzmöglichkeiten von Augmented Reality-Brillen. Entgegen der oft geäußerten Bedenken bezüglich der Sicherheit erläuterten sie, dass im 5G-Netz eine sichere Ende-zu-Ende-Verschlüsselung gewährleistet sei und somit eine Fremdsteuerung des Netzwerkes verhindert werde. Prof. Dr. Ing. Hans D. Schotten von der Universität Kaiserslautern, die im Rahmen eines Schwesternprojekts die Einsatzmöglichkeiten von 5G-Technologie in Produktion und Logistik erproben, zeigte bei seinem Vortrag die Potentiale von 5G Campusnetzen auf.

Zum Abschluss betonte Prof. Dr. Steffen Hamm: „Mit dem Projekt 5G4Healthcare können wir einen wichtigen Beitrag anwendungsorientierter Forschung zur digitalen Transformation und damit der Zukunft der Gesundheitsversorgung leisten."

Über das Projekt

Unter „5G4Healthcare" werden an der OTH Amberg- Weiden seit Ende 2019 die Machbarkeit, die Möglichkeiten sowie die Grenzen der Verbesserung der Effektivität und Effizienz in der Gesundheitsversorgung durch die 5G-Technologie ausgelotet und erprobt. Das Vorhaben ist Teil des 5G-Innovationsprogramms des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur, dass das Projekt 5G4Healthcare bis Ende 2022 mit 8,45 Mio. Euro fördert. ❐

GZ BLOG

Stärkung kommunaler Strukturen durch Verbund

Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser verschärft sich zunehmend. Waren im Jahr 2016 noch knapp 24% aller kommunal getragenen Krankenhäuser defizitär, waren es im Jahr 2019 bereits 54%. Hinzu kommen Investitionsstaus in Milliardenhöhe, der steigende Fachkräftemangel und immer komplexere Finanzierungsmechanismen. Corona hat die Situation weiter verschärft und zudem in den öffentlichen Haushalten Spuren hinterlassen. Die Träger können nicht mehr ohne Weiteres jedes Jahr die fehlenden Millionen Defizite ausgleichen. Zudem werden Politik und Krankenkassen den Trend zur Ambulantisierung auch gesetzgeberisch verstärken, was zu weiteren Überkapazitäten in Krankenhäusern führen wird. Insbesondere für kleinere Kliniken wird es immer schwerer zu überleben, gerade auch weil Mindestvorgaben für bestimmte Eingriffe das Leistungsangebot dieser kleinen Häuser weiter einschränken werden. Eine Privatisierung als Ultima Ratio kommt häufig politisch nicht in Frage. Was also tun? Verkaufen möchte man nicht, so weiter gehen kann es aber auch nicht.

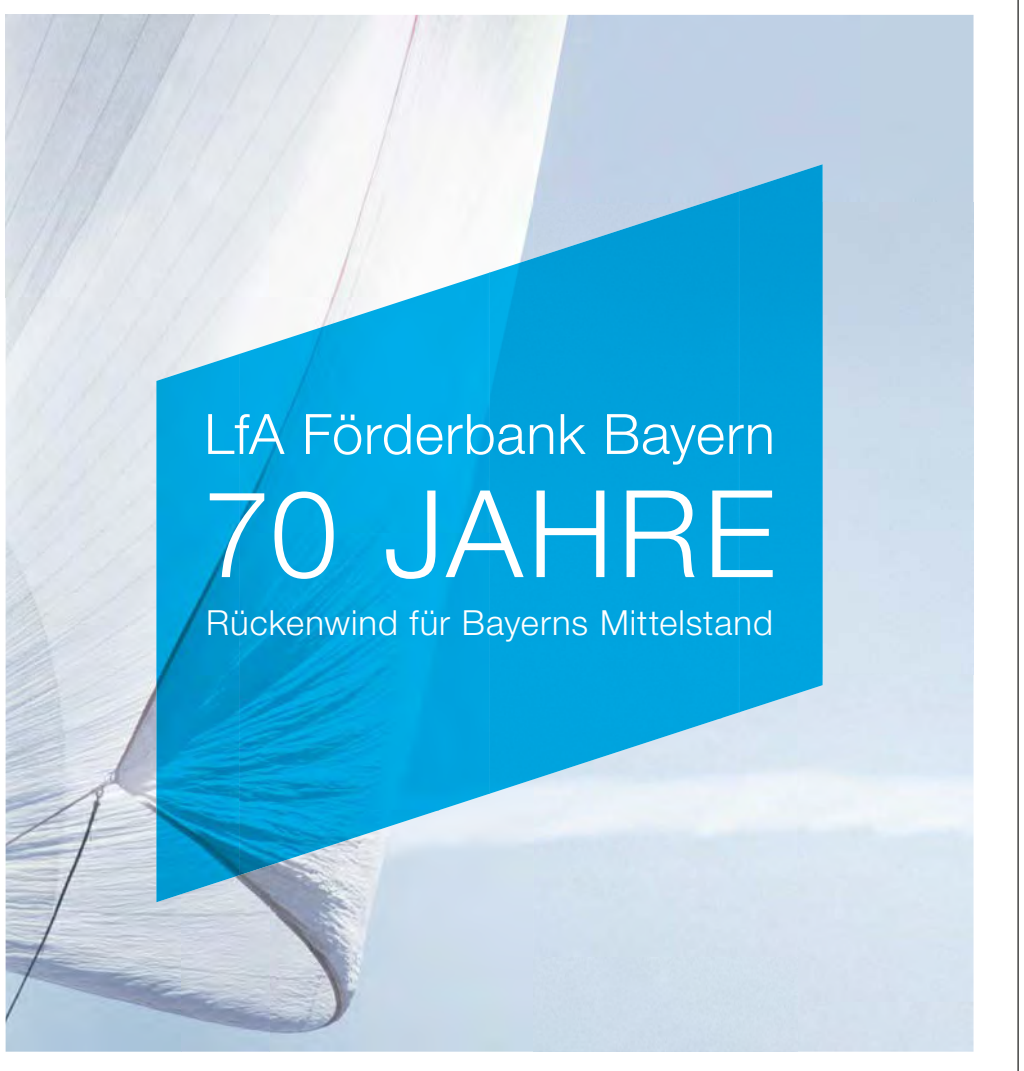
Weitestgehend unbekannt ist, dass die Sana Kliniken AG, mit aktuell 60 eigenen Krankenhäusern der drittgrößte private Klinikbetreiber in Deutschland, kommunalen und freigemeinnützigen Trägern die Vorteile eines der größten deutschen Krankenhausverbünde über einen Dienstleistungsvertrag anbietet. Die kommunale Eigentümerschaft bleibt dabei völlig unangetastet. Über einen Managementvertrag oder einen Vertrag über Management Services bietet Sana jedem Krankenhaus den Zugang zum Expertenwissen seiner Spezialisten aus den jeweiligen Fachbereichen und zudem die Nutzung der wirtschaftlichen Größenvorteile eines Konzerns. Das Krankenhaus wird quasi ohne seine Eigenständigkeit aufzugeben ein Mitglied der großen Familie und nutzt sämtliche Vorteile eines der größten und erfolgreichsten Klinikverbünde Deutschlands.

Insbesondere der Austausch der Mitarbeiter untereinander, von der Service Kraft bis zum Chefarzt, bringt Know How Zuwachs und den Zugang zu Standards, die stets aktuell sind. Die Experten entwickeln zudem schnell umsetzbare Maßnahmenpakete, die dem Träger vorgestellt, im Detail abgestimmt und nach Beschlussfassung der Gremien umgesetzt werden. Damit sind die Interessen des Trägers gewahrt und die Geschäftsführung kann zügig umsetzen. Das kann über die Stellung eines erfahrenen Geschäftsführers im Falle des Managementvertrags oder durch die Zusammenarbeit mit der amtierenden Geschäftsführung wie im Falle des Vertrags für Management Services erfolgen. Wichtig ist, dass hier keine theoretischen Konzepte entwickelt werden, sondern praxisnahe bewährte Lösungen zum Einsatz kommen. Praktiker arbeiten für Praktiker.

Strukturen erhalten und stärken

Kommunale Strukturen bleiben nicht nur erhalten, sie werden durch die Nutzung professionellen Know Hows und der Verbundvorteile gestärkt. Das Krankenhaus gesundet wirtschaftlich und seine medizinische Leistungsfähigkeit wird zukunftssicher gestaltet. ❐

In Kooperation mit der Sana Kliniken AG.
Alle Beiträge finden Sie auf unserer Internetseite unter: www.gemeindezeitung.de/GZ-Blog.



Innenstädte stellen sich neu auf

Staatsministerin Kerstin Schreyer übergab erste Förderbescheide aus dem Sonderfonds „Innenstädte beleben“

Einmalig 100 Millionen Euro hat das Bauministerium in diesem Jahr für den Sonderfonds „Innenstädte beleben“ bereitgestellt. Mit den Mitteln werden Städte, Märkte und Gemeinden bei der Stärkung und Erhaltung ihrer Ortskerne unterstützt. Bauministerin Kerstin Schreyer hat nun die ersten Förderbescheide überreicht.

Für ihren „Projektfonds Stadtsommer“ erhält die Stadt Augsburg 200.000 Euro. Laut Oberbürgermeisterin Eva Weber hat die Pandemie als Brandbeschleuniger den Strukturwandel des Einzelhandels und somit in besonderem Maße auch der Innenstadt vorangetrieben. Die Städtebauförderung habe bereits Großes geleistet, gerade beim Umbau des Königsplatzes, der Maximilianstraße und der Neugestaltung der Fußgängerzone in der Innenstadt. Jetzt gelte es, diese Vorzeigeprojekte mit einer schnellstmöglichen Aufwertung durch kulturelle und innovative Angebote in der Innenstadt gegen die Pandemieauswirkungen zu stärken. Die Förderung aus dem Sonderfonds sei dafür überlebenswichtig.

Die Stadt Bayreuth bekommt für ihren „Projektfonds Innenstädte beleben“ 300.000 Euro. Wie Oberbürgermeister Thomas Ebersberger betonte, „planen wir mit einem Bündel neuer Instrumente, die lokale Wirtschaft, die Kulturschaffenden sowie alle Bürgerinnen und Bürger mit individuellen Ansätzen und Projekten zu unterstützen, da diese die wichtigen Akteure einer blühenden und gestärkten Innenstadt darstellen. Dabei spielen vor allem Maßnahmen zur Belebung und Reaktivierung von Leerständen eine zentrale Rolle, so sollen unter anderem Zwischennutzungen Raum für Neues bieten, und auch die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zum Beispiel durch Schaffung weiterer Pocket-Parks soll verbessert werden.“

Über 152.800 Euro freut sich die Stadt Fürth für die Maßnahme „Grüne Bänke Innenstadt“. Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung zufolge „hilft uns die großzügige Innenstadtförderung des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr sehr bei der Weiterentwicklung unserer Fürther Innenstadt als zukunftsfähigen und attraktiven Stadtmittelpunkt“.

Für die Möblierung des „Stadtpark Donau“ werden der Stadt Ingolstadt 100.000 Euro zuteil. Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf: „Dank der Zuschüsse können in unmittelbarer Nähe zu unserer historischen Altstadt die Freiräume entlang der Donau noch attraktiver gestaltet werden. Im Zuge des Projektes ‚Stadtpark Donau‘ wird ein Rundweg entlang der Donau mit neuer Möblierung aufgewertet und ergänzt. Erholungsfunktion und naturschutzfachliche Belange werden sensibel aufeinander abgestimmt. So sind noch weitere Maßnahmen geplant, die nicht nur die Aufenthaltsqualität für den Menschen verbessern, sondern auch für Tiere und Pflanzen den Naturraum aufwerten. Auf diese Weise wird unser Stadtraum entlang der Donau zukunftsfähig gestaltet.“

Kempten

Die Stadt Kempten erhält für die Maßnahme „Sommergärten“ 19.200 Euro. Nach den Worten von Oberbürgermeister Thomas Kiechle „spielt die Weiterentwicklung, insbesondere die Neubelebung und Gestaltung der Innenstädte, auch für uns eine wichtige Rolle, um das Wachstum der Stadt Kempten im Allgäu qualitativ zu sichern. Ziel ist es, Anpassungen voranzubringen, damit Kempten auch weiter ein attraktiver Lebensort für alle Generationen bleibt.“

Insgesamt 1.280.000 Euro bekommt die Stadt München für ein Innenstadtkonzept und einen Projektfonds. Laut 2. Bürgermeisterin Katrin Habenschaden „hat die Corona-Pandemie den schon seit Jahren stattfindenden Strukturwandel im Herzen unserer Stadt beschleunigt. Als Landeshauptstadt werden wir deshalb unsere Innenstadt, aber auch die lokalen Zentren neu strukturieren und damit zukunftsfest machen – zum Beispiel durch eine verbesserte Aufenthaltsqualität und einen breiteren Angebotsmix. Die Mittel aus dem Sonderfonds helfen uns dabei, diese Herausforderung zu meistern.“

Über 1.803.400 Euro freut sich die Stadt Nürnberg für die Neugestaltung der Luitpoldstraße. Wie Oberbürgermeister Marcus König erklärte, „stellt nicht erst Corona die Städte mit ihren Zentren vor große Herausforderungen. Um unsere Innenstädte und Zentren attraktiv zu halten und zukunftsfähig zu machen, braucht es Förderinstrumente, die den Kommunen helfen. Der Sonderfonds hat eine Unterstützung gegeben, mit der wir wichtige Projekte angehen können.“

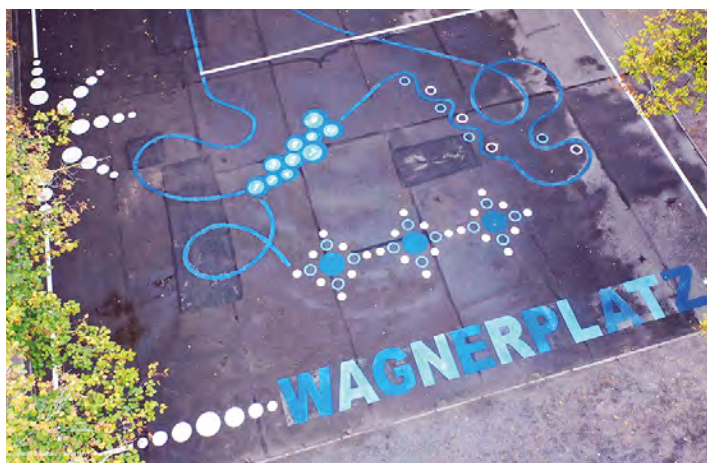
Schwandorf

Für die Neugestaltung einer innerstädtischen Aufenthaltsfläche werden der Stadt Schwandorf 640.000 Euro zugesprochen. Oberbürgermeister Andreas Feller: „Die Förderinitiative ‚Innenstädte beleben‘ unterstützt uns aktiv bei der Errichtung von Bürgerfreiflächen über den Dächern von Schwandorf. Auf zwei unbenutzten Ebenen auf dem Dach des Naabparkhauses entsteht eine gemischte Sport-, Entspannungs- und Veranstaltungszone, die in eine attraktive Grünraumgestaltung eingebettet wird. Wir schaffen damit einen interessanten Begegnungsraum für die Bürgerinnen und Bürger. Durch die vielfältigen unterschiedlichen Angebote werden insbesondere auch Jugendliche angesprochen, um so die Chance für ein lebendiges und vielfältiges Miteinander zu bieten, um unsere Innenstadt zu stärken und weiterzuentwickeln. Ein Leerstand wird sich mit ‚LEBEN‘ füllen und zu einem Kurzurlaub in das Herz der Stadt Schwandorf einladen.“

Würzburg

Die Stadt Würzburg erhält für ihren „Projektfonds Innenstädte beleben“ 180.000 Euro. „Mit Hilfe dieser Zuwendung wird die Stadt Würzburg Straßen- und Werbegemeinschaften wie auch einzelne Aktive bei der Umsetzung kleinerer investiver und nicht-investiver Maßnahmen unterstützen, die unsere Stadt zukunftsfähig und attraktiver machen“, so Stadtbaurat Benjamin Schneider.

Staatsministerin Schreyer zeigte sich „froh darüber, dass wir in Bayern schlagkräftige Förderprogramme für die Stadt- und Ortsentwicklung haben. Die Städtebauförderung ist seit 50 Jahren ein Erfolgsprojekt. Mit dem Sonderfonds ‚Innenstädte beleben‘ setzen wir sie ein, um aktuellen Herausforderungen in den Kommunen zu begegnen. Denn wir müssen die Innenstädte neu beleben. Ich werde mich weiterhin für die betroffenen Branchen und die Innenstädte einsetzen. **DK**



Die neuen Bodenmarkierungen auf dem Wagnerplatz.
Bild: Stadt Würzburg, Baureferat/FB Tiefbau und Verkehrswesen

Farbliche Akzente für Würzburger Wagnerplatz

Bodenmarkierungen als Ergänzung des bestehenden Spielangebots

Spielpunkte in der Innenstadt und den Stadtteilen erhöhen die Aufenthaltsqualität für Familien und Touristen. Außerdem laden sie generationsübergreifend zum Verweilen ein. Zu einem Spielpunkt auf dem zentral in Grombühl gelegenen Wagnerplatz gab es bereits Anfang 2019 erste Abstimmungen zwischen dem Fachbereich Jugend und Familie, der ARGE Familien, der Grombühler Runde, dem Familienstützpunkt Grombühl sowie dem Gartenamt.

Das Projekt ist auf die Initiative der ARGE Familien zurückzuführen. Seit vielen Jahren wird das erarbeitete Konzept gemeinsam mit dem Gartenamt und weiteren Fachbereichen Schritt für Schritt realisiert. „Daran sieht man, Familienfreundlichkeit im öffentlichen Raum ist in der Stadt Würzburg ein gesetztes Thema“, betont Bürgermeister Martin Heilig.

Aufgrund der Vielzahl der Nutzungen (Weinfest, Flohmarkt, etc.) und der Tatsache, dass es bereits einen Spielbereich gibt, wurde die Installation eines klassischen Spielpunktes im südlichen Teil des Wagnerplatzes nicht befürwortet. Es bestand jedoch der Wunsch, die stark frequentierte Fläche optisch attraktiver zu gestalten. Daher schlug das Gartenamt die Ausführung von Bodenmarkierungen vor, erarbeitete dafür ein individuelles Gesamtkonzept und übernahm auch die Federführung der Maßnahme.

„Die neuen Markierungen rahmen die bestehende Asphaltfläche und setzen farbliche Akzente. Neben der Spielfeldmarkierung im Bereich des Streetballkorbes wurden verschiedene Hüpfspiele und frei nutzbare Elemente zu einem stimmigen Gesamtbild angeordnet. Auch einen gut sichtbaren Wagnerplatz-Schriftzug hat unsere Planerin integriert“, erläutert Dr. Helge Bert Grob, Leiter des Gartenamtes.

Die verschiedenen Markierungen wurden innerhalb von drei Tagen durch das eingespielte Team des Bauhofs aufgebracht. Die dafür entstandenen Personalkosten übernimmt der Fachbereich Tiefbau und Verkehrswesen. Die Kosten für die Materialien trägt der Fachbereich Jugend und Familie.

Langfristige Maßnahmen

Mittelfristig sind im Bereich des Wagnerplatzes noch die Reaktivierung der Wasserstelle und ein thematisch zum öffentlichen Bücherregal passender Spielpunkt im nördlichen Teil geplant. Langfristige Maßnahmen für den Wagnerplatz werden aktuell im Rahmen des Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts (ISEK) formuliert. In dessen Entwurfsfassung ist u. a. die Erarbeitung eines freiraum- und verkehrsplanerischen Gestaltungskonzepts unter Einbeziehung der Anwohnerinnen und Anwohner vorgesehen. ❐

Europäischer Dorferneuerungspreis:

Allianz Hofheimer Land ist Siegerin

Europäischer Spitzenplatz für die bayerische Dorferneuerung im Jubiläumsjahr „40 Jahre Dorferneuerung“: Die unterfränkische Allianz Hofheimer Land (Landkreis Haßberge) ist Siegerin des Europäischen Dorferneuerungspreises 2020.

„Der Sieg in diesem renommierten europäischen Wettbewerb ist der verdiente Lohn für die herausragenden Leistungen der beteiligten Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger. Er zeigt aber auch, wie erfolgreich der Freistaat seine Kommunen unterstützt. Die Mitarbeiter unserer Ämter für Ländliche Entwicklung stehen den Kommunen vor Ort mit Rat und Tat zur Seite. Der Freistaat unterstützt die Investitionen im Rahmen der Dorferneuerung und der Integrierten Ländlichen Entwicklung. Eine wahre Win-Win-Situation, wie der aktuelle Preis zeigt,“ würdigte die für die Ländliche Entwicklung zuständige Ministerin Michaela Kaniber diese Spitzenleistung der Hofheimer Allianz.

Zu dieser zählen die Gemeinden Aidhausen, Bundorf, Ermershausen und Riedbach, die Märkte Burgpreppach und Maroldsweisach sowie die Stadt Hofheim.

Nahversorgung und Mobilität

Das Themenspektrum der Dorferneuerung hat sich in den letzten 40 Jahren erheblich erweitert. Das zeigt sich auch im Hofheimer Land, in dem die Sicherung der Nahversorgung und Mobilität durch dezentrale Dorfläden, Bürgerbusse, Mitfahrbänke, Car-Sharing-Modellen und einem gut ausgebauten Radwegenetz eine große Rolle im Rahmen der Dorferneuerung spielt. Die Fachjury würdigte aber auch weitere Aspekte wie Teilhabe und soziokulturelle Aktivitäten, Musikfestivals sowie Ausstellungen.

„All diese Projekte waren zum einen nur durch interkommunale Abstimmung möglich. Und zum anderen wären sie ohne das überragende Engagement und der Einbindung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort undenkbar“, betonte Kaniber. Mit dem Schwerpunkt Ortskernrevitalisierung sind in der kommunalen Allianz über 340 Leerstände durch hochwertige Sanierungen reaktiviert und 45 Hektar Fläche eingespart worden. ❐

Kindergarten-Anbau in Solnhofen:

Professionelle Projektbegleitung durch BayernGrund

Große Freude bei der offiziellen Einweihung des Erweiterungsbaus der Kindertagesstätte in der Gemeinde Solnhofen, Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen: Bürgermeister Tobias Eberle lobte ausdrücklich die Zusammenarbeit mit der BayernGrund Grundstücksbeschaffungs- und Erschließungs-GmbH und war mit dem Ergebnis sichtlich zufrieden.

Im Jahr 2019 hatte sich Solnhofen entschieden, bei der Realisierung des Projekts das Baumodell der BayernGrund zu nutzen. Der Dienstleister übernahm die Bauherrenfunktion und die Vorfinanzierung der Maßnahme. Gemeinsam mit Architekt Jochen Radegast wurde der 350 Quadratmeter große und für zwei Gruppen ausgelegte Erweiterungsbau der Kindertagesstätte realisiert.

Mit ortsansässigen Firmen

Erstellt wurde der qualitativ und optisch hochwertige Baukörper in Zusammenarbeit mit zahlreichen ortsansässigen Firmen. Im September 2021 konnte der allen technischen und qualitativen Anforderungen entsprechende Bau an die Altmühl-Gemeinde übergeben werden.

Laut Rathauschef Eberle reduzierte sich durch die professionelle Projektbegleitung des BayernGrund-Teams der Arbeitsaufwand in der Bau- und Finanzverwaltung deutlich. „Damit blieben uns Ressourcen für weitere Aufgaben.“ Die gemeinsamen Ziele, nämlich Entlastung der Verwaltung und des kommunalen Haushalts sowie Einhaltung des geplanten Kosten- und Zeitrahmens, seien mit der BayernGrund und ihrer Dienstleistung im Rahmen des „Bauamts auf Zeit“ erreicht worden.

Weitere Informationen: Gerne unterbreitet BayernGrund auch weiteren Kommunen ein konkretes Angebot für geplante Baumaßnahmen. Unter www.bayerngrund.de finden sich die entsprechenden Ansprechpartner. **DK**



V. l.: Karl-Heinz Scheuring und Harald Baumann, BayernGrund; 1. Bürgermeister Tobias Eberle, Architekt Jochen Radegast. Bild: Bayerngrund

Angenehmes Klima im Bürgersaal Ergolding

Der Ergoldinger Bürgersaal ist nun mit Raffstore- und Markisenanlagen ausgestattet. Zudem erneuerte der Markt Ergolding die Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage des Gebäudes. Vor allem in den Sommermonaten bietet das für die Veranstaltungsbesucher ein angenehmes Klima.

Als im Jahr 2002 der Markt Ergolding das Bürgerhaus mit Bürgersaal in der Lindenstraße errichtete, rechnete man mit rund 30 Veranstaltungen jährlich. Heute zeigt der Belegungsplan des Bürgersaals, dass mit über 100 Veranstaltungen im Jahr diese Marke um das Dreifache überschritten wurde. Vor allem die Sommermonate bescherten den Gästen und Künstlern im rund 540 qm großen Saal unangenehme Temperaturen. Auch das Foyer heizte sich bislang sehr stark auf, weil dort bereits am Vormittag die Sonne durch die Glasflächen scheint. Dies führte in der Vergangenheit zu stark ansteigender Temperatur.

Auch das Foyer des Obergeschosses im Bürgerhaus war bei hohen Außentemperaturen so aufgeheizt, dass dort der Aufenthalt sehr unangenehm wurde. Da bei geöffneten Türen die dort aufgestaute Wärme auch in angrenzende Räume abgegeben wurde, musste auch hier Abhilfe geschaffen werden.

Rund 7.700 kWh Stromeinsparung

Im Ergoldinger Marktgemeinderat und in der Marktverwaltung beschäftigt man sich mit dem „heißen“ Thema schon seit Herbst 2018. Im Februar dieses Jahres konnte der Markt Ergolding dann schließlich mit der Umrüstung starten.

Mit Hilfe der ortsansässigen Firma Seiler und Heinzel stattete die Gemeinde die Glasflächen im Bürgersaal sowie im Bürgerhaus mit einer Verschattungsanlage aus, die im Juni 2021 in Betrieb genommen werden konnte. Nicht nur die Besucher von Veranstaltungen profitieren davon – der Markt Ergolding leistet mit dem Einbau der Markisen- und Raffstoreanlage auch einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz. Jährlich verzeichnet die Kommune damit eine Einsparung von rund 7.700 kWh Strom und eine Vermeidung von ca. 530 kg CO_2-Emissionen.

Der Bau der Verschattungsanlage wird gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages. ❐

Darf man im Wald Sand gewinnen?

Der Abbau mineralischer Rohstoffe sorgt nicht selten für Konflikte

Um Rohstoffe zu schonen, wird versucht, die Quote der recycelten Materialien zu erhöhen. Produktionsprozess werden ressourceneffizienter gestaltet. Dennoch braucht es laufend „frische" Rohstoffe. Woher sollen sie kommen? Sicherlich am besten aus der Heimat, um lange Transportwege zu vermeiden. Doch der Abbau mineralischer Rohstoffe wie Sand, Kies, Lehm, Bentonit oder Ton ist gar nicht so einfach. Vor allem deshalb nicht, weil dadurch oft Wald gerodet werden muss. Das sorgt oft für Ärger.

Wald, und das ist der springende Punkt für Naturschützer, hat gerade in Zeiten des sich wandelnden Klimas eine unersetzliche Funktion. „Allerdings braucht es auch Rohstoffe wie Sand dringend", sagt Reiner Seifert, der bis Ende August 2021 Sachbearbeiter für übergeordnete Raumordnung und Landesplanung beim Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Ansbach war. Das Landesplanungsgesetz hebt auf eine Sicherstellung der Rohstoffversorgung ab. Das betrifft unter anderem Sand, Kies, Gips und Ton. „Gerade der Sandhunger kann nur aus Wäldern gestillt werden", so Seifert. Allerdings ist bei weitem nicht jeder Wald geeignet.

Auch wenn Sand ein sehr wichtiger und immer begehrterer Rohstoff ist, darf er im Bann- oder Schutzwald nicht abgebaut werden. „Diese Wälder sind nach dem Bayerischen Waldgesetz von großer Bedeutung für das Klima und die Erholung", erklärt der Forstmeister. Bannwald kann deshalb nur dann gerodet werden, wenn es das öffentliche Wohl zwingend erfordert. Rohstoffabbau im Bannwald werde denn auch nur in absoluten Ausnahmefällen genehmigt. Keine Genehmigung gab es zum Beispiel soeben für eine Bamberger Sand- und Kiesbaggerei, die zwölf Millionen Tonnen Quarzsand auf einer Bannwaldfäche von 50 Hektar bei Altdorf-Röthenbach abbauen wollte.

Dass man den Wald Rohstoffhungrigen nicht einfach so zum Opfer bringen darf, denken viele Naturschützer. Sie fordern Alternativen. Die gibt es laut Reiner Seifert auch. Zumindest in gewissem Umfang: „Wir müssten viel stärker auf Holz setzen." Norbert Weiß, Leiter des Bergamts Nord, erläutert, wie viele mineralische Rohstoffe für ein konventionelles Einfamilienhaus mit Keller benötigt werden: „Das sind rund 200 Tonnen." Für ein Mehrfamilienhaus seien es bereits 700 Tonnen. Insgesamt würden in Bayern derzeit 150 Millionen Tonnen mineralischer Rohstoffe pro Jahr gebraucht: „Davon allein rund 120 Millionen Tonnen Sand, Kies und Schotter für die Bauwirtschaft."

Rohstoffe werden knapper

Durch die Rohstoffknappheit können Firmen gehörig ins Schleudern kommen. „Man hört immer wieder von Lieferengpässen", bestätigt Reiner Seifert. Nun ist Bayern ein ausgesprochen rohstoffreiches Land. Die Jahresfördermenge der oberflächennahen Rohstoffe im Freistaat beträgt laut Landesamt für Umwelt (LfU) 150 Millionen Tonnen. Das entspricht 20 Prozent der gesamten Förderung in Deutschland. Bayernweit weiß im Übrigen niemand besser als das LfU, wie viele Rohstoffe im Boden schlummern. Denn der Geologische Dienst am Landesamt führt Probebohrungen durch, um festzustellen wo abbauwürdige Rohstoffe vorhanden sind.

Inwieweit sich der Abbau von Rohstoffen im Wald negativ auswirken könnte oder nicht, wird in einem aufwendigen Genehmigungsverfahren eruiert. Planungsverbände und Bezirke sind dabei eingebunden. Soll Quarzsand oder Kies abgebaut werden, muss das Bergamt gehört werden. Relativ einfach ist die Sache, ist ein Areal bereits als Vorranggebiet eingestuft. In diesem Fall, so Reiner Seifert, erhalten Firmen fast immer eine Genehmigung. In Vorbehaltsgebieten ist das anders. Hier muss sorgfältig abgewogen werden. Auch die Areale westlich von Röthenbach sind als Vorbehaltsflächen im Regionalplan der Industrieregion Mittelfranken eingetragen.

Eigentlich sollte es tunlichst vermieden werden, Wald zu roden. Doch Rohstoffe können nun mal nicht auf bebauten Flächen gewonnen werden. Der Abbau im Wald, bestätigt Bergamtsleiter Norbert Weiß, verändert natürlich die Gestalt der Erdoberfläche. Er kann die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, das Landschaftsbild und damit den Naturgenuss beeinträchtigen. Eben deshalb sei ein umfangreiches Genehmigungsverfahren vorgeschaltet. Dabei werde geprüft, ob der Rohstoffabbau mit anderen Belangen, etwa jenen der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, des Grundwasser- oder Nachbarschaftsschutzes, vereinbar ist. Oder nicht.

Letzte Refugien

Nun hat, wie gesagt, das Interesse an heimischen Rohstoffen merkbar zugenommen. Und es wird aus verständlichen Gründen viel dafür getan, den Bedarf zu decken. Rohstoffabbau im Wald muss aber auch nicht nur negativ sein, erklärt Norbert Weiß: Durch Aufforstungen entstehen nach seinen Worten neue Strukturen mit völlig veränderten Standortfaktoren. „Derartige Standorte haben einen hohen Wert für den Naturschutz und Artenschutz, denn im Abbau stehende Flächen stellen für eine Reihe von Tier- und Pflanzenarten die letzten Refugien dar", sagt er.

Am Ende bleibt Rohstoffabbau im Wald eine umstrittene Frage. Etwas anders verhält es sich mit der Gewinnung des Rohstoffs Holz. „Wir als Bund Naturschutz begrüßen eine nachhaltige Holznutzung aus heimischen Wäldern", erklärt Michael Remy, BN-Referent für Energie und Klima. Dem Verband ist es wichtig, dass Holz vorwiegend aus heimischen Wäldern kommt und ökologisch nachhaltig gewonnen wird. Wobei auch der Holz- und Papierverbrauch laut BN „massiv gesenkt" werden müsste.

Insgesamt geht die Politik nach Ansicht des Bund Naturschutz zu liberal mit Firmen um, die Rohstoffe im Wald abbauen wollen. Der BN wünscht sich massivere Einschränkungen. „In der Klimakrise sind die Wälder neben Mooren bei uns die einzigen Kohlendioxid Speicher", so BN-Waldreferent Ralf Straußberger. Rodungen jeglicher Art müssten deshalb vermieden werden. Steffen Jodl vom Bund Naturschutz in Würzburg geht sogar noch weiter. Nach Ansicht des BN-Geschäftsführers dürfte es überhaupt keinen Rohstoffabbau im Wald mehr geben. „Wir müssen alles tun, um den Wald zu erhalten", betont er.

Waldrodungen sind mit Jodls Vorstellungen von Klimaschutz nicht zu vereinbaren. Auch er plädiert dafür, viel stärker auf Recyclingmaterialien zu setzen. „Nach wie vor werden Recyclingprodukte stiefmütterlich behandelt", kritisiert er. Wie gut es möglich ist, mit Recyclingbeton zu bauen, zeigt für ihn die neue Umweltstation der Stadt Würzburg.

Pat Christ

Helfende Hände in München-Aubing:

Feierlicher Spatenstich für neues Förderzentrum

Jetzt ist es soweit: Der feierliche Spatenstich für den modernen Neubau des Förderzentrums von Helfende Hände Anfang Juli in München-Aubing besiegelt nun offiziell den langersehnten Baubeginn. Mit dem Neubau erhält die Einrichtung ein zukunftssicheres, barrierefreies Gebäude mit viel Platz, um für die Kinder und Jugendlichen der Einrichtung mit schweren Mehrfachbehinderungen bestmögliche Förderbedingungen zu schaffen. Hitzler Ingenieure München steht der gemeinnützigen Organisation als Projektsteuerer und -leiter für die Baumaßnahme zur Seite.

„Wir freuen uns sehr, diesen besonderen Moment im kleinen Kreis mit wichtigen Unterstützern gemeinsam feiern zu dürfen", erklärt die Vorstandsvorsitzende von Helfende Hände e.V. Nariman Zimpel. Durch die strengen Corona-Regelungen in den vergangenen Monaten konnten bisher keine Termine auf der Baustelle stattfinden. Neben Vertreterinnen und Vertretern der durchführenden Planungs- und Baufirmen, darunter Hitzler Ingenieure, waren mit Stephan Pilsinger, Josef Schmid, Barbara Kuhn, Brigitte Schefold und Christine Eberle auch Repräsentanten der Politik, der Regierung Oberbayern sowie wichtigen Förderern wie Sternstunden vertreten.

Der Spatenstich ist ein wichtiger Schritt Richtung Einzug in die neuen Räumlichkeiten: „Aufgrund der Schwere und der Komplexität ihrer Behinderungen, benötigen die Kinder und Jugendlichen große barrierefreie Bewegungsflächen sowie eine besondere technische und räumliche Ausstattung, damit eine selbstbestimmte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft sowie eigenständige Fortbewegung im Gebäude möglich sind", erklärt der Geschäftsführer der Helfende Hände gGmbH Reinhard Mußemann. „Der Neubau berücksichtigt nicht nur das, sondern erfüllt auch die komplexen Brandschutzanforderungen für die auf den Rollstuhl und Betreuung angewiesenen Kinder bei uns im Förderzentrum."

Das alte Schulgebäude von Helfende Hände in Aubing mit Förderschule, Schulvorbereitender Einrichtung (SVE), Heilpädagogischer Tagesstätte (HPT) und Therapiebad konnte diese Anforderungen nicht mehr erfüllen. Nach heutigen Standards reichten Platz und technische Ausstattung des stark sanierungsbedürftigen, rund 40 Jahre alten Gebäudes längst nicht mehr aus, um zeitgemäßen Unterricht und umfassende ganzheitliche Fördermaßnahmen, darunter auch Therapie und Pflege, für die Kinder und Jugendlichen mit zumeist Mehrfachbehinderungen zu gewährleisten.

„Das Bestandsgebäude wies eine marode Bausubstanz auf; das Therapiebad musste aufgrund von Baufälligkeiten längst geschlossen werden", erklärt der verantwortliche Projektleiter bei Hitzler Ingenieure, Benjamin Tretter. „Die durchgeführte Machbarkeitsstudie zeigte darüber hinaus, dass eine Sanierung des Bestands in Verbindung mit einem Erweiterungsbau nicht wirtschaftlich ist. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass die modernen schul- und heimaufsichtlichen Anforderungen im Bestand nicht realisiert werden können", so Tretter. „Ein kompletter Ersatzneubau war daher zwingend erforderlich."

Der von der Arge BAUR-CONSULT+kplan geplante ebenerdige Neubau mit ausreichend Platz umfasst Klassenräume für Förderschule und Heilpädagogische Tagesstätte, die dazugehörigen Neben- und Pflegeräume, Fachdienst-, Therapie- und Physiotherapeutische Räume, einen Gymnastikraum sowie einen Werkstattbereich. Für den Verwaltungs- und Personalbereich sind Büros für die Leitungen der jeweiligen Bereiche und deren Stellvertretenden vorgesehen sowie eine Bibliothek und Aufenthalts- und Besprechungsräume. Darüber hinaus gibt es die üblichen Räumlichkeiten für den Gebäudetechnischen Bereich sowie verschiedene Lager- und Archivräume. Als Sonderfunktionen sind eine Verteiler- und Schullehrküche sowie ein neues Therapie- und Bewegungsbad mit den erforderlichen Umkleiden und Duschen geplant.

Das neue Gebäude der Schule und Tagesstätte bietet Platz für 74 Schülerinnen und Schüler in zehn Klassen und soll bis zum Jahr 2023 fertiggestellt sein. Damit bis zum Einzug im Frühjahr 2023 alle notwendigen technischen und räumlichen Ausstattungen finanziert sind, benötigen die Helfenden Hände jedoch noch weitere Spendengelder. „Wir konnten von den geforderten 12 Millionen Eigenmitteln dank der vielseitigen Unterstützung aus der Politik, von Stiftungen und Privatspendern zwar bereits eine großartige Summe aufbringen", erklärt Nariman Zimpel, „für die Komplettfinanzierung fehlen uns allerdings nach wie vor rund 5 Millionen Euro."

Wer das Förderzentrum mit einer Geldspende unterstützen möchte, kann dies gern tun: Helfende Hände Spenden-Stichwort: „Neubau Förderzentrum" IBAN: DE83 7002 0500 0007 8500 03 Bank für Sozialwirtschaft. ❐



Die Sanierung der Regensburger Margaretenau gilt als Leuchtturmprojekt. Bild: Herbert Stolz

Margaretenau:

Auszeichnung beim Bundespreis Umwelt & Bauen 2021

Die Baugenossenschaft Margaretenau eG in Regensburg stellte gemeinsam mit den Projektpartnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und der Stadt Regensburg den aktuellen Stand der Sanierung der Margaretenau sowie Informationen über das Forschungsprojekt Maggie vor.

Der Quartierserneuerungsprozess der Margaretenau hat begonnen und in dessen Mittelpunkt steht das nun innovativ ertüchtigte Gebäude in der Lindenstraße 7 – 13. Über mehrere Jahre wurde an der Sanierung gearbeitet und dabei eine Reihe technischer Neuerungen entwickelt und angewandt. Diese Leistungen wurden im September 2021 durch das Umweltbundesamt in der Kategorie „Klimagerechte Sanierung" des Bundespreises Umwelt und Bauen mit einer Anerkennung ausgezeichnet.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der Baugenossenschaft Margaretenau eG, Heinrich May, begrüßte gemeinsam mit Geschäftsführer Siegmund Knauer die Gäste. May erläuterte die Verantwortung einer Genossenschaft, die sich bereits über mehrere Generationen für sozialverträgliches Wohnen in Regensburg einsetzt.

Der Umweltbürgermeister der Stadt Regensburg, Ludwig Artinger, dankte den Projektpartnern und der Baugenossenschaft Margaretenau für dieses Leuchtturmprojekt, das mittlerweile über die Grenzen Regensburgs hinaus bekannt ist, was letztlich zum Erfolg beim Bundespreis Umwelt & Bauen 2021 führte. Die Stadt Regensburg ist im Zuge der energetischen Quartiersentwicklung durch das Amt für Stadtentwicklung eng in das Projekt eingebunden und konnte durch einen gestellten KfW-Förderantrag dem Projekt letztlich einen Anschub verleihen.

Die wissenschaftliche Leitung des Forschungsprojektes „MAGGIE" erfolgte durch den Vizepräsidenten der OTH Regensburg Prof. Dr. Oliver Steffens, der die Zielsetzungen und Inhalte des Forschungsprojektes vorstellte. Das vom Bundeswirtschaftsministerium mit insgesamt 3,4 Mio. Euro geförderte Projekt wurde 2016 beantragt und über vier Jahre zum Thema „Solares Bauen" umgesetzt. Die Ergebnisse können sich sehen lassen! „Durch das Solare Bauen werden völlig neue Wege und Technologien in der Sanierung von alter Bausubstanz beschritten", erläuterte Prof. Dr. Oliver Steffens.

Im Projektverlauf waren rund 40 Personen aus zwei Hochschulen, Partner aus der Wirtschaft wie Putzhersteller Franken Maxit sowie die Stadt Regensburg und die Baugenossenschaft selbst aktiv. Weitere wichtige Partner im Projekt sind die Firmen Luxgreen Climadesign, TGA Projektierung GmbH, Kugler + Kerschbaum und Consolinno Energy GmbH.

Klimagerechte Sanierung

Weiter berichtete Prof. Steffens über die vielfältigen Zielsetzungen des Projektes. Die Gebäudesanierung soll zugleich nachhaltig, wirtschaftlich, und sozialverträglich realisiert werden. Gleichzeitig sollen die Baumaßnahmen von den Bewohnern der Margaretenau positiv angenommen werden.

Letzteres wurde durch die Einbindung einer sozialwissenschaftlichen Begleitung durch Prof. Dr. Sonja Haug von der OTH Regensburg sichergestellt. Dabei wurden die Bewohner im Sanierungsprozess stets gut informiert und während der notwendigen Veränderungen, bis hin zur Unterstützung bei vorübergehenden Umzügen, betreut. Diese Tatsache war auch für die Jury des Bundespreises von Bedeutung. ❐



Förderprogramm „Marktplatz der Generationen“:

Weißdorf auf der Zielgeraden

Die Gemeinde Weißdorf biegt im Förderprogramm „Marktplatz der Generationen“ auf die Zielgerade ein. Im Februar 2020 wurde die Gemeinde zusammen mit 29 weiteren bayerischen Kommunen in das zweijährige Programm des bayerischen Sozialministeriums aufgenommen.

Ziel des „Marktplatzes der Generationen“ ist es, die Lebensbedingungen so zu gestalten, dass sie den Bedürfnissen und Wünschen älterer Menschen entsprechen und damit letztlich allen Bürgerinnen und Bürgern Rechnung tragen. Mit einer individuellen und passgenauen Beratung werden kleine Gemeinden dabei unterstützt, auf ihre jeweilige Situation zugeschnittene Lösungen zu entwickeln und umzusetzen.

Die Beratung des „Marktplatzes Generationen“ erstreckt sich auf die Handlungsfelder Markt, Dienstleistungen und Mobilität, Gesundheit und Pflege, Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement und Selbstbestimmtes Wohnen und neue Wohnformen.

Lenkungskreis

Um die einzelnen Handlungsfelder zu bearbeiten wurde ein Lenkungskreis aus Bürgermeister und Gemeinderäten, den Seniorenbeauftragten, der Verwaltung und weiteren interessierten Bürgerinnen und Bürgern gebildet. Der Lenkungskreis wird vom Büro landimpuls aus Regenstauf begleitet.

Um den Bedürfnissen und Wünschen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger Rechnung tragen zu können, ist es natürlich notwendig, diese erst einmal zu kennen. Coronabedingt konnten größere Treffen oder Workshops hierzu leider nicht stattfinden. Stattdessen wurden alle Einwohner ab einem bestimmten Lebensalter mit Hilfe eines durch den Lenkungskreis erstellten Leitfadens interviewt.

Bei dieser Umfrage zeichnete sich ein deutliches Bild ab: Die Weißdorferinnen und Weißdorfer sind im Großen und Ganzen zufrieden mit ihrer Lebenssituation, doch gibt es natürlich auch Kritikpunkte und Wünsche. In erster Linie wurde hier das nicht mehr vorhandene Angebot von Bäcker und Metzger sowie das Fehlen eines Treffpunktes genannt.

Handlungsfelder

Anhand dieser und der weiteren Antworten aus den Interviews strukturierte der Lenkungskreis seine weitere Arbeit. Im Handlungsfeld Markt hat sich der Lenkungskreis intensiv mit der Nahversorgungssituation in Weißdorf beschäftigt. Auch wenn Weißdorf in der glücklichen Lage ist, einen privatgeführten Dorfladen vor Ort zu haben, vermissen dennoch viele Bürgerinnen und Bürger das Angebot eines Bäckers und Metzgers.

Anregungen zur Problemlösung holte sich der Lenkungskreis bei einer Besichtigung des Dorfladens in Emtmannsberg, wo neben einem ehrenamtlich betriebenen Dorfladen auch ein Warenautomat rund um die Uhr das Sortiment ergänzt. Schon bei der Besichtigung kam die Idee auf, dass solche Warenautomaten auch die Versorgungslücke in Weißdorf schließen könnten, ohne dem bestehenden Dorfladen Konkurrenz zu machen.

Nach langwierigen Abstimmungen mit den zuständigen Behörden und der daraufhin erhaltenen Förderzusage konnte der Gemeinderat in seiner Sitzung im Oktober 2021 nun endlich die Aufträge für einen Verkaufscontainer und drei Warenautomaten erteilen. Ergänzt wird das Automatenangebot mit einer Abholstation, aus der zuvor in einem Webshop bestellte Artikel, u.a. Brot, Brötchen und weitere Backwaren, abgeholt werden können. Die Inbetriebnahme des Angebotes ist im Frühjahr 2022 geplant.

Ausgeweitete Öffnungszeiten im Rathaus Weißdorf und die Schaffung einer Zweigstelle der Verwaltungsgemeinschaft können im Handlungsfeld Dienstleistungen als Erfolg vermeldet werden. So ist es nach vielen Jahren wieder möglich, u.a. auch die Leistungen des Einwohnermeldeamtes vor Ort wahrnehmen zu können.

Einen Rückschlag in diesem Handlungsfeld stellt der Rückbau des Geldautomaten durch die VR-Bank Bayreuth-Hof dar, auf den die Gemeinde jedoch leider keinen Einfluss nehmen konnte. Auch das Angebot einer finanziellen Beteiligung der Kommune an den Anschaffungskosten eines neuen Automaten – die Software des alten konnte nicht mehr aktualisiert werden – konnte die wirtschaftlichen Erwartungen der Genossenschaftsbank nicht zufriedenstellen.

Schlüsselblume 2.0

Das Projekt Schlüsselblume 2.0 aus dem Handlungsfeld Gesundheit und Pflege hat bereits bayernweite Bekanntheit erlangt. Das vom Diakonieverein Waldstein ehrenamtlich getragene und von der Diakonie Hochfranken unterstützte Betreuungsangebot für Demenzerkrankte soll Angehörige in den Gemeinden Sparneck, Weißdorf und Zell unterstützen. Das ehrenamtliche Engagement des extra geschulten Betreuerteams wurde sogar vom Diakonischen Werk Bayern mit einem Sonderpreis beim diesjährigen Ehrenamtspreis der Diakonie gewürdigt.

Die regional hohe Nachfrage an Tages- und Vollzeitpflegeplätzen sowie an seniorengerechten Wohnangeboten hat den Lenkungskreis, neben einer Besichtigung einer Tagespflegeeinrichtung in Kulmbach, bereits in mehreren Sitzungen beschäftigt. Unzählige Gespräche hat Bürgermeister Heiko Hain mit potentiellen Betreibern und Investoren geführt, dennoch zeichnet sich derzeit hier noch keine Lösung ab.

Dorfcafe

Noch in der Findungsphase befindet man sich beim Handlungsfeld Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement. Bereits frühzeitig ist im Lenkungskreis die Idee eines „Dorfcafes“ aufgekommen, welches einen Treffpunkt für alle Generationen und gleichzeitig einen Ersatz für die derzeit nicht vorhandene Gaststätte darstellen könnte. Ideengeber hierfür ist ein ähnliches Projekt in Oberhausen an der Donau.

Ein im vergangenen Jahr anberaumtes Infotreffen, zu dem sich 17 Interessierte anmeldeten, konnte aufgrund der sich verschärfenden Coronasituation dann doch nicht stattfinden. In der Folgezeit wurde die Idee dann erst einmal nicht weiter verfolgt, da man auf der Suche nach einer Örtlichkeit nicht recht zum Ziel kam. Verschiedene Möglichkeiten einer Unterbringung in bestehenden Gebäuden oder auch ein Neubau wurden diskutiert, ehe sich die Möglichkeit einer Nutzung des evangelischen Gemeindehauses herauskristallisierte und als nächstes zwischen Kommune und Kirchengemeinde weiter besprochen werden soll.

Wie geht es weiter?

Die Idee eines ehrenamtlich betriebenen „Dorfcafes“ soll auf jeden Fall weiterverfolgt werden. Neben den Gesprächen mit der Kirchengemeinde und der Prüfung der rechtlichen und baulichen Voraussetzungen, wird der Lenkungskreis in seiner nächsten Sitzung eine Informationsveranstaltung vorbereiten, bei der über das Projekt informiert werden soll.

Auch auf der Suche nach Investoren und Betreibern aus dem Bereich Pflege und Wohnen möchte sich die Gemeinde noch nicht geschlagen geben. Aktuell kann die Gemeinde Weißdorf zwei für ein derartiges Projekt geeignete Grundstücke mit 2.000 qm und 10.000 qm zur Verfügung stellen. Bürgermeister Heiko Hain möchte außerdem den Lenkungskreis als festes „Mitdenker-Gremium“ installieren, das je nach aktueller Schwerpunktsetzung auch in wechselnder personeller Zusammensetzung die Arbeit von Gemeinderat und Verwaltung begleiten und unterstützen kann. ❐



Bürgermeister Heiko Hain (l.) und 2. Bürgermeister Alexander Liebs bei der Besichtigung der Warenautomaten in Emtmannsberg. Bild: Gemeinde Weißdorf

Orlando-di-Lasso-Realschule Maisach:

Neubau der Dreifach-Sporthalle eingeweiht

Nun ist es vollbracht! Die lang ersehnte Dreifach-Sporthalle an der Orlando-di-Lasso Realschule in Maisach mit seinem neu errichteten Außenanlagenbereich und der Fassadenschließung ist endgültig fertiggestellt und wurde vor kurzem feierlich eingeweiht.

Bereits 2013 begannen die Überlegungen, wie mit der alten Dreifach-Turnhalle aus den 1970er Jahren zu verfahren sei. 2015 wurde schließlich der Grundsatzbeschluss gefasst, einem Neubau den Vorrang gegenüber einer Generalsanierung zu geben. 2017 konnten die Aufträge an das Planungsteam vergeben werden und die Planung beginnen. Der vom Kreistag genehmigte Kostenrahmen beläuft sich auf rund 11 Millionen Euro.

In der Bauzeit von März 2019 bis September 2021 entstand eine zeitgemäße, moderne Sporthalle mit Genehmigung für die Nutzung als Versammlungsstätte und einem großzügig gestalteten Außenanlagenbereich. Als Pilotprojekt ist die Halle auf die besonderen Bedürfnisse hörgeschädigter Schülerinnen und Schüler eingerichtet. In die Halle sind neben Induktionsschleifen im Sportboden auch eine spezielle Akustikdecke und erhöhte Schalldämmmaßnahmen im Bereich der Prallwandkonstruktion eingebaut worden.

Während der Bauphase kam es zu keinen größeren Beeinträchtigungen. Auch die Corona Pandemie hat hier zu keinerlei terminlichen oder lieferbedingten Verzögerungen geführt, sodass die Inbetriebnahme der Halle termingerecht zum Schuljahresbeginn 2020/21 erfolgen konnte.

„Ich freue mich, dass die Abwicklung des Projekts so gut geklappt hat und die Turnhalle planmäßig fertiggestellt werden konnte“, erklärt Landrat Thomas Karmasin. „Mit der neuen Halle können wieder zuverlässig nutzbare Räumlichkeiten für Sportangebote und Veranstaltungen angeboten werden.“

Auch leichte Verzögerungen durch den konstruktiv sehr aufwendigen Rückbau der alten Sporthalle in Zusammenhang mit zusätzlichen, unerwarteten Funden von Schadstoffen konnten durch eine ergebnisorientierte Zusammenarbeit mit dem bauleitenden Architekturbüro, dem Abbruchunternehmen und der Gemeinde Maisach aufgefangen werden, sodass es nur zu einer leicht verzögerten Fertigstellung der Außenanlagen gekommen ist.

Auf Grund der Corona-Pandemie ist die Halle leider noch nicht in ausreichendem Maße von der Schulfamilie und den externen Nutzern in Anspruch genommen worden. Nun bleibt zu hoffen, dass sich dies bald ändern wird, und alle viel Freude an der neuen Sporthalle haben werden.

Die Maßnahme wird von der Regierung von Oberbayern mit einer Summe von 1,96 Millionen Euro gefördert. Die Gemeinde Maisach beteiligt sich mit einer Summe von 1,35 Millionen Euro an den Errichtungskosten für die Versammlungsstätte. ❐

Johann-Michael-Sailer-Gymnasium in Dillingen a.d.Donau:

Spatenstich zum Teilersatzneubau

Mit dem Spatenstich zum Teilersatzneubau am Johann-Michael-Sailer-Gymnasium hat der Landkreis Dillingen den Startschuss für den abschließenden 3. Bauabschnitt der Generalsanierung der Bildungseinrichtung gegeben. Dafür sind rund 22 Mio. Euro veranschlagt. Landrat Leo Schrell hob beim Spatenstich hervor, dass der Neubau in jeglicher Hinsicht auf der Basis eines modernen und zukunftsfähigen Konzeptes errichtet und damit den Schülerinnen und Schüler beste Ausbildungsvoraussetzungen bieten werde.

So wurde durch die Schulleitung ein pädagogisches Konzept für den neuen Gebäudetrakt erarbeitet, das sogenannte Lernlandschaften vorsehe. „Durch eine entsprechende räumliche Konzeption ist künftig Platz für freies Lernen vorhanden, so dass das pädagogische Konzept flexibel an zeitgemäße und moderne Unterrichtsmethoden ausgerichtet werden kann“, so Schrell. Zudem wird der Neubau im energetischen Standard KfW 55 errichtet und setzt damit auch in ökologischer Hinsicht ein Zeichen pro Klimaschutz.

„Mit einem straffen Zeitplan wollen wir den Schülerinnen und Schülern die Perspektive schaffen, bis zu den Faschingsferien 2024 den Neubau beziehen zu können“, erklärte der Landkreischef. Bis dahin wird der „grüne Bau“ interimsweise noch für die Unterrichtseinheiten genutzt. Bereits in den zurückliegenden Monaten wurden die Voraussetzungen für die Neubaumaßnahme geschaffen, indem der „weiße Bau“ zunächst entkernt und schließlich abgerissen wurde, um am selben Standort Platz für den Neubau zu machen.

Das neue viergeschossige Gebäude hat eine Brutto-Geschossfläche von 5.125 qm, die sich wie folgt aufteilen: Nutzfläche 3.487 qm, Verkehrsflächen 1.347 qm, Technikflächen 291 qm. Das Raumkonzept für den Neubau sieht u.a. 20 Klassenräume vor allem im 1. und 2. OG vor. Daneben wird im 1. OG eine Bibliothek für alle Altersstufen eingerichtet.

Im Erdgeschoss sind neben einem Mehrzweckraum zwei Ausweichräume sowie ein Werkraum mit Lager und Maschinenraum vorgesehen, zudem Räume für die SMV und das Hausmeisterbüro. Das Untergeschoss bleibt Lagerräumen, dem Archiv, der lehrmittelfreien Bibliothek und der Hausmeisterwerkstatt vorbehalten.

Das Gebäude wird ein offenes Treppenhaus mit neuem Eingang vom Pausenhof im Übergangsbereich zum Bestandsgebäude erhalten. Zudem wird je ein WC-Trakt am Übergang zum Bestandsgebäude sowie am südlichen Ende des Neubaus über alle Geschosse geschaffen. „Damit lösen wir auch das Toilettenthema für den bereits 2019 in Betrieb genommenen Neubau, der im Rahmen der ersten beiden Bauabschnitte für rund 18,3 Mio. Euro errichtet wurde“, betonte Schrell. Damit wird der Landkreis bis zum Jahr 2023 insgesamt rund 40 Mio. Euro in die Modernisierung des Johann-Michael-Sailer-Gymnasiums investieren.

Der Landrat dankte dem Freistaat Bayern für die gute Förderung der jetzt anstehenden Maßnahme und nannte namentlich den Stimmkreisabgeordneten Georg Winter und den Abgeordneten Johann Häusler.

Zum konkreten Zeitplan der Baumaßnahme informierte der Landrat, dass die Fertigstellung des Rohbaus nach dem aktuellen Bauzeitenplan bis Juli 2022 vorgesehen sei. Bis Ende des Jahres 2022 soll der Innenausbau inkl. der technischen Gewerke abgeschlossen sein. Im Jahr 2023 sollen dann die Decken geschlossen sowie die Malerarbeiten und Arbeiten wie Einbringung der Bodenbeläge durchgeführt werden sowie die technische Ausstattung und Möblierung der Räume erfolgen.

„Ziel ist, das Gebäude funktionstüchtig bis Ende des Jahres 2023 zu übergeben, so dass der Umzug geplant und bis zu den Faschingsferien 2024 abgeschlossen werden kann“, sagte Schrell. Dies vorausgesetzt, könnte der Unterricht im Neubau ein halbes Jahr früher als zunächst geplant starten. ❐



V.l.: Andreas Molzer, Maximilian Knödlseder, Erich Seiler, Dr. Johann Popp, Leo Schrell, Zita Frey, Georg Winter, Kurt Ritter, Frank Kunz, Bernd Stark, Bernd Nicklaser und Ingrid Krämmel. Bild: Landratsamt Dillingen

VdW Bayern feiert 150-jähriges Jubiläum

Die Münchner Baugenossenschaft von 1871 eG ist ein Vorreiter im Freistaat Bayern. Sie wurde vor 150 Jahren am 28.10.1871 gegründet. Heute hat Deutschlands älteste bestehende eingetragene Genossenschaft 942 Wohnungen und 1.400 Mitglieder. Im Jubiläumsjahr werden zwei neue Häuser mit 95 Wohnungen gebaut. „Eine Konstante zieht sich durch unsere Geschichte“, sagt Vorstand Sandra Marko: „Gute, sichere und bezahlbare Wohnungen für die Genossenschaftsmitglieder.“ Die Durchschnittsmiete liegt aktuell bei rund 6 Euro pro Quadratmeter.

Der Münchner Wohnungsmarkt ist seit vielen Jahren als das teuerste Pflaster in Deutschland bekannt. So schlimm die Lage für viele Wohnungssuchende heute auch sein mag – die Situation ist kein Vergleich zum 19. Jahrhundert. Vor 150 Jahren war der Wohnungsmarkt vollkommen unreguliert, Wohnungen waren teuer, oft überbelegt und die hygienischen Bedingungen ließen zu wünschen übrig. Abhilfe versuchten Bürger nach englischem Vorbild zu schaffen. Sie sammelten Geld für den Bau von gesunden Wohnungen für die „kleinen Leute“.

Ein Meilenstein in Deutschland war das erste Genossenschaftsgesetz von 1889, das eine begrenzte Haftungspflicht der Mitglieder vorsah und zu einer Gründungswelle von Genossenschaften führte. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Baugenossenschaft München von 1871 bereits die ersten Grundstücke gekauft und 44 Wohnungen errichtet.

Erfolgsgeschichte

„Die Rechtsform Wohnungsgenossenschaft ist eine absolute Erfolgsgeschichte“, erklärt Hans Maier, Vorstand beim VdW Bayern. Im Verband bayerischer Wohnungsunternehmen sind 490 sozial orientierte Wohnungsunternehmen organisiert, darunter 350 Genossenschaften. Seit 2015 wurden 32 neue Genossenschaften in den Verband bayerischer Wohnungsunternehmen aufgenommen. „Damit ist Bayern bundesweiter Spitzenreiter“, freut sich der Verbandsdirektor. ❐

Rundum lebendig:

Kreisverkehrsinseln als blühende Oasen

Seitdem Kreisverkehre als gute Alternative gelten, um Staus und damit schlechte Luft an Ampelkreuzungen zu vermeiden, hat sich ihre Anzahl erheblich vermehrt. Und längst ist ihr Dasein als triste, vernachlässigte Vegetation mit struppigem Grün vorbei. In immer mehr Städten und Gemeinden setzt sich die Erkenntnis durch: Verkehrsinseln müssen den Sicherheitsanforderungen entsprechen, können aber dennoch einen Beitrag zur Biodiversität leisten, ästhetisch anspruchsvoll und pflege-extensiv sein. Vorausgesetzt, sie werden richtig angelegt. In Abwandlung der schönen Bauern-Weisheit „Kleinvieh macht auch Mist" tragen viele sinnvoll bepflanzte Inseln vor allem innerhalb der Städte zur ökologischen Klima-Verbesserung bei. Wie ein solches Mini-Ökotop aussehen kann, zeigen Beispiele des Hamburger Gärtners und Gartengestalters Jörg Pfenningschmidt. Er bepflanzte bereits vor 18 Jahren in Norderstedt und Ahrensburg (beide Schleswig-Holstein) – auf Wunsch der Stadt – Verkehrsinseln.

Wichtig sind ihm drei Aspekte: Es sollten standortgerechte Pflanzen eingesetzt werden und bevorzugt solche, die schon früh blühen und keinen Rückschnitt brauchen, „alle Wolfsmilchgewächse (Euphorbien) sind gut geeignet, sie ersparen den Zwischenschnitt und sehen auch nach der Blüte noch gut aus. Die Elfenblume (Epimedium) ist zwar niedriger, aber immer präsent". Denn den Menschen, die zu Fuß, per Rad oder Auto, den Kreisverkehr passierten, solle signalisiert werden: „Hallo, hier ist eine Pflanzung", das halte sie – und auch Hunde – instinktiv vom Betreten ab. Gräser sind eine attraktive Ergänzung, je nach Standort und Lage können es höhere Gräser sein wie der unkomplizierte Atlasschwingel (Festuca mairei) oder die winterharte grüne weißrandige Japan-Segge ‚Icedance', „eine Superschattenpflanze und einfach immer da".

Bepflanzung mit Fernwirkung

Zudem empfiehlt Pfenningschmidt eine Bepflanzung mit großer Fernwirkung: „Das kann über das Laub oder die Blüte sein", eine Schönheit mit Wow-Faktor ist für ihn die Ernst-Pagels-Züchtung Salvia nemorosa ‚Amethyst', „sie besticht mit unglaublicher Leuchtkraft!" Salvien brauchen ebenso Sonne wie seine Favoritin, das Ochsenauge (Buphtalmum salicifolium), „eine wunderbare Pflanze", beide sind obendrein Magnete für Bienen, Wildbienen und Schmetterlinge.

Geschultes Pflegepersonal gesucht

Generell sollte an diesen Flächen, auch Mittelstreifen, selbst wenn man an ihnen schnell vorbeifahre, auf großflächige Wirkung gesetzt werden. Und natürlich müsse ein Kreisverkehr möglichst pflege-extensiv bepflanzt werden, „aber auch dazu gehört ein enormes Wissen". Darin sieht der Hamburger Gärtner das Hauptproblem: „Die Stadtplaner wollen durchaus was Schönes machen, es scheitert nicht am Grünflächenamt. Sondern daran, dass es keine Firmen gibt, die das nachhaltig richtig pflegen können". Wenn man Diversität und Vielfalt beibehalten wolle, müsse man Personal haben, das wisse, wann es wie kontrollierend einschreite. „Viele Pflegekräfte sind es nicht gewohnt, mit Stauden zu arbeiten". Es fehle schlicht eine neue Generation, die über dieses Wissen verfüge. Und selbst mancher Planer sei zu wenig praxisorientiert: „Bahnschotter als Mulchschicht geht gar nicht und wie kann man auf einem ein Meter breiten Streifen Rosen pflanzen?" Dies sei unzumutbar auch für die Pflegekräfte. Die würden andererseits plötzlich wertgeschätzt, wenn sie in einer ebenso schönen wie sinnvoll angelegten Verkehrsinsel arbeiten würden: „Da gibt es tolle Geschichten, sie werden geachtet, befragt nach den Stauden und die vorbeigehenden Bürger erleben auf einmal: Aha, das sind ja Menschen die ein Wissen haben!" Kleine begrünte Verkehrsinseln, die in vielerlei Hinsicht große Wirkung haben können für eine Stadt mit besserer Lebensqualität. ❐



V.l. Stefan Dülk, Bauhofleiter Michael Finster, Bürgermeister Thorsten Wozniak und Stadtbaumeisterin Maria Hoffmann. Bild: Ing. Kurt Herold

Stadt Gerolzhofen kauft Unimog:

Eine langfristige Bindung

Das „Schweizer Taschenmesser auf vier Rädern", wie Stefan Dülk von der Firma Kurt Herold den Unimog be- und auszeichnet, unterstützt das Bauhof-Team im Ganzjahreseinsatz.

Interessanterweise ersetzt das Fahrzeug einen Unimog, der 25 Jahre in den Diensten des Bauhofs war. Vor diesem wiederum gab es auch schon einen Unimog, der ebenfalls erst im stolzen Alter von 25 Jahren ausgemustert wurde. Zum Vergleich: Laut Statista sind PKWs auf Deutschlands Straßen im Schnitt 9,5 Jahre alt. Für den Bauhof der Stadt Gerolzhofen wurde ein Neukauf notwendig, da die Reparaturen allmählich zu teuer wurden. Der Verkäufer, die Firma Ing. Kurt Herold aus Würzburg, nahm das Vorgängerfahrzeug in Zahlung.

Wendig in der Altstadt

Der neue Unimog 319 gehört mit 4,80 Metern Länge zu den kleineren Modellen. Das ist bewusst so gewählt, damit die engen Wege in der Altstadt gut befahren werden können. Mit seinen 190 PS erfüllt er die Abgasnorm Euro 6e und die Abgaswerte verbessern sich mit dem neuen Fahrzeug um das 15-fache.

Laut Bauhofleiter Michael Finster hat zur Entscheidung, wieder einen Unimog zu kaufen, beigetragen, dass die bereits vorhandenen Anbaugeräte, wie Schneepflug und Gießgeräte, weiterhin verwendet werden können. Bürgermeister Thorsten Wozniak betont, dass das Fahrzeug als Arbeitsgerät funktionieren und dem Fahrer ein ermüdungsfreies Fahren ermöglichen muss. **CH**

Baumaschinen unter Strom

E-Tech Roadshow bei Henne

Alternative Antriebstechnologien, E-Nutzfahrzeuge und schadstoffarme Maschinen sind längst keine Themen einer fernen Zukunft mehr. Hautnah konnten das alle Besucher der Henne Roadshow in Heimstetten im Oktober erleben. Gemeinsam mit ihrem Partner JCB Baumaschinen lud die Firma Henne Nutzfahrzeuge GmbH an diesem Tag alle Kunden und Interessenten ein, um gleich eine ganze Reihe verschiedener E-Baumaschinen live zu testen.

Highlights der Messe waren unter anderem ein kompakter E-Teleskoplader sowie ein vollelektrischer Minibagger aus der 2-Tonnen-Klasse. Auch ein Raddumper, ein Teletruk und eine Schnellladestation konnten bestaunt werden. Die 100 Prozent elektrisch angetriebenen Maschinen stehen ihren konventionellen Pendants in Sachen Leistung in nichts nach, können dank moderner Akkutechnik eine ganze Schicht durcharbeiten und verursachen dabei lokal keinerlei Emissionen. Die Emissionsfreiheit und die stark reduzierte Lärmentwicklung erlauben das Arbeiten in Innenräumen und Umweltzonen – auch zu Ruhezeiten.

Großes Interesse

Die E-Tech Roadshow bei Henne stieß auf großes Interesse in der Region. Viele Gäste kamen aus den klassischen Anwendungsbranchen wie GaLaBau, Entsorgung und Industrie. Zu den Besuchern gehörte aber auch eine große Zahl kommunaler Anwender und Entscheider. Neben Diskussionen zur ausgestellten Technik, blieb Zeit für den Austausch unter Kolleginnen und Kollegen. Dabei wurde deutlich: Das Thema E-Antriebe im Bereich Baumaschinen polarisiert. Während einige Gäste durchaus kritisch bei den Profis von Henne und JCB nachfragten, hatten sich andere bereits vorinformiert und wollten sich nur noch einmal live überzeugen.

Fazit des Tages: Wenn der Anwendungsfall passt und die Ladeinfrastruktur bereitgestellt werden kann, sind vollelektrische Baumaschinen keine Zukunftsmusik, sondern schon heute eine vollwertige Alternative zur konventionellen Technik. ❐



E-Tech in Heimstetten. Bild: Henne Nutzfahrzeuge

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit Henne Nutzfahrzeuge GmbH
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Kommunaltechnik: Soletechnik im Winterdienst

Der Winter rückt immer näher und mit ihm auch die Glättegefahr auf Straßen und Wegen. Sobald die ersten Anzeichen auf Bodenfrost bzw. Schneefall stehen, rückt daher das „Team Orange" aus, um zu räumen und vor allem zu streuen. Im Vergleich zu klassischem Streugut wie Festsalz oder Split bietet die Ausbringung von Sole die Möglichkeit, bereits präventiv gegen die Glätte vorzugehen. Darüber hinaus sprechen auch wirtschaftliche und ökologische Aspekte für den Einsatz von Soletechnik.

Sole ist in Wasser gelöstes Salz und wird meist als 22-prozentige Kochsalzlösung (NaCl) eingesetzt. Das Gemisch wird in einem Soletank auf einem Geräteträger transportiert und über einen Sprühbalken mit Fächerdüsen oder einen speziellen Streuteller bedarfsgerecht ausgebracht. Mengen und Wurfweiten können aus dem Cockpit exakt geregelt werden.

Im Vergleich zu etablierten Streusystem wird durch Sole ein flächendeckendes Auftauen garantiert: Verwehungen sowie Verdrängung von Salzkörnern durch Fahrzeuge oder Wind sind ausgeschlossen. Dank der Gemischbildung können bis zu 75% Salz gegenüber der Trockensalzstreuung eingespart werden. Das schont die Umwelt und verringert den Materialeinsatz. Die Sole löst sofort nach der Ausbringung den Tauprozess aus und muss nicht wie Splitt oder andere Granulate nachträglich recycelt werden. Eine weitere Besonderheit: Das Gemisch kann bereits vor dem Auftreten von Glätte, z. B. am Vorabend, aufgebracht werden. Das erleichtert die Einsatzplanung des Winterdienstes.

Die Technologie erfordert neben den entsprechenden Geräten und Trägerfahrzeugen eine Investition in eine Soleaufbereitungsanlage. Außerdem wirkt sie nicht mehr bei einer bereits festgefahrenen Schneedecke oder Temperaturen unter -8°C.

Auch Sommerdienstanwendungen möglich

Zur Soleausbringung bieten sich je nach benötigtem Tankvolumen die verschiedensten Geräteträger wie Unimog, Hansa und Lindner an. Auch bestehende Fahrzeuge können mit der Technik ausgerüstet werden. Der Soletank-Aufbau bietet sogar die Möglichkeit, mit demselben Aufbau auch Sommerdienstanwendungen wie z.B. Gießen, Schwemmen oder Reinigen ohne Umbau zu realisieren. Die Hydraulik- und Pumpenanlage ist auch dafür geeignet. ❐



365 Tage voller Tatendrang.

Maximale Auslastung im Ganzjahreseinsatz mit dem Unimog Geräteträger. Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt: Unzählige kleine und große Jobs möchten zuverlässig und schnell erledigt werden – allen voran Mähen, Mulchen und Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren und Reinigen sowie Laden und Transportieren.

Hier bringt der Unimog seine Vielseitigkeit ins Spiel. Denn der Geräteträger kann dank seiner standardisierten hydraulischen, mechanischen und elektrischen Schnittstellen eine Vielzahl von Geräten antreiben.

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...



Thomas Kiechle

Oberbürgermeister der Stadt Kempten (Allgäu)

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich bin Oberbürgermeister der Stadt Kempten (Allgäu) mit rund 70.000 Einwohnern.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
Am 01. Mai 2014.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Ich habe mich im vorpolitischen Bereich immer schon ehrenamtlich engagiert. Die Chance an sehr verantwortlicher Stelle meine Heimatstadt maßgeblich mitgestalten zu können, war eine hohe Motivation für mich.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Meine Tätigkeit als Stadtrat hat mir einen tiefen Einblick in die städtischen Strukturen gegeben und nach der Wahl habe ich dankbar viele Gesprächsangebote, v. a. die meines Vorgängers Dr. Ulrich Netzer, angenommen. Das hat mir sehr geholfen. Und nicht zu vergessen, ich habe perfekt organisierte und loyale Mitarbeiter im Büro vorgefunden.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Neben der Einarbeitung in die großen Projekte, war es für mich sehr wichtig, ein Verständnis und einen Zugang zu einer großen Verwaltung zu bekommen.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Kempten ist eine dynamisch wachsende Stadt, deshalb stehen Themen wie die Schaffung von Wohnraum, der Bau von Kindertagesstätten, die Erweiterung des schulischen Angebots und die Anpassung der Infrastruktur, besonders im Bereich der Mobilität im Vordergrund.
Kempten hat das Thema Klimaschutz in seinen strategischen Zielen fest verankert. Der eigene Anspruch hier Vorzeigestadt zu sein, ist natürlich eine intensive Daueraufgabe.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/ wollen?
Das bestimmt der liebe Gott.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Erst nachdenken und dann reden.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Kommunikation ist der Schlüssel, um Verständnis zu schaffen und schließlich erfolgreich zu sein. Wir legen großen Wert auf frühzeitige Bürgerbeteiligungsprozesse.
Außerdem schätze ich persönlich das althergebrachte Telefon.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Die Digitalisierung verändert die Lebensbedingungen von uns allen.
Entscheidend aus kommunaler Sicht ist, dass es gelingt, diesen Transformationsprozess mit der Orientierung auf das Gemeinwohl zu verbinden.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Fröhlich sein, Gutes tun und die Spatzen pfeifen lassen (Don Bosco).
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Damit beschäftige ich mich nicht. ❐

Landkreis Cham:

Landrat Löffler eröffnet kommunale Datenautobahn

Erste Bürger surfen schon mit Gigabitgeschwindigkeit im Landkreisnetz

Im Rahmen eines Festaktes nahm Landrat Franz Löffler zusammen mit Finanz- und Heimatminister Albert Füracker den ersten fertiggestellten Netzabschnitt sowie den ersten von 19 Hauptverteilern des landkreiseigenen Glasfasernetzes im Bereich Falkenstein in Betrieb. „Durch die Inbetriebnahme können rund tausend Haushalte mit Gigabitbandbreiten und ausfallsicheren Telefonverbindungen versorgt werden. Das volle Engagement des Landkreises Cham in den Glasfaserausbau macht sich nun bezahlt. Ein Jahr nach dem Start der Tiefbauarbeiten können die ersten Bürgerinnen und Bürger diese zukunftsgerichtete Infrastruktur nutzen. Mein ausdrücklicher Dank gilt dabei dem Bund und dem Freistaat Bayern, die mit einer Förderung von rund 90 Prozent dieses gewaltige Infrastrukturprojekt erst ermöglichen“, freut sich Landrat Franz Löffler.

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker lobt das Engagement des Landkreises Cham: „Der Gigabit-Ausbau im größten Landkreis der Oberpfalz läuft auf Hochtouren! Dem Ziel eines flächendeckenden Gigabitausbaus kommt der Landkreis Cham heute einen wichtigen Schritt näher. Der Freistaat unterstützt beim Ausbau des Glasfasernetzes mit 63 Millionen Euro. Das ist der höchste Förderbescheid seit Beginn der bayerischen Breitbandförderung. Künftig werden damit über 17.000 Gebäude in 37 Gemeinden mit direktem Glasfaseranschluss an das Gigabitnetz angeschlossen. Das Projekt unter Federführung des Landkreises ist ein Musterbeispiel für interkommunale Zusammenarbeit. Gemeinsam können wir viel bewegen und ganz Bayern mit Glasfaser erschließen!“

Herzstück in Falkenstein

Tim Brauckmüller, Geschäftsführer atene KOM GmbH als Projektträger des Bundes: „Das erklärte Ziel der Bundesförderung Breitband ist der flächendeckende Ausbau eines zukunfts- und hochleistungsfähigen Gigabitnetzes. Der Gigabitausbau ist wesentlich für eine nachhaltige Entwicklung der Regionen.“

Jürgen Raith, Direktor Glasfaser Vermarktung und Rollout bei Vodafone Deutschland begrüßte die ersten acht Nutzerinnen und Nutzer mit einem Blumenstrauß. „Der Landkreis Cham hat eine großartige Arbeit geleistet, die Bürger von einem Glasfaseranschluss zu begeistern. Ergänzend dazu hat unsere erfolgreiche Vorvermarktung gezeigt, dass der Bedarf, das Netz auch aktiv zu nutzen, sehr groß ist. Im ersten Ausbaucluster haben sich mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger auch gleich für einen Glasfaser-Vertrag mit Vodafone entschieden, welche nun Zug um Zug ans Glasfasernetz aufgeschaltet werden“, so Raith.

Der Datenstrom aus den Gebäuden fließt über den Hauptverteiler – Point of Presence – ins Internet. Die technische Einrichtung in Falkenstein ist das Herzstück des Glasfasernetzes in diesem Baucluster. In dem von außen unscheinbaren Gebäude befinden sich unter anderem die Laser für die Lichtübertragung. Diese sensible Technik muss ausreichend gekühlt werden. Deutschlandweit einmalig wird daher ein großer Teil des Strombedarfs über eine integrierte Photovoltaikanlage gedeckt.

Neben dem Gebäude des Hauptverteilers wurde auch eine neue Ladesäule für Elektrofahrzeuge der „Mer Germany GmbH“ unmittelbar im Kern des Marktes Falkenstein errichtet. „In Falkenstein fließt nun nicht nur der giga-schnelle Datenstrom, sondern auch Elektrofahrzeuge finden eine neue Stromquelle“, freut sich Verwaltungsgemeinschaftsvorsitzende Heike Fries bei der Einweihung der neuen Ladesäule. ❐



Finanzminister Albert Füracker und Landrat Franz Löffler drücken gemeinsam mit dem Geschäftsführer der atene KOM GmbH Tim Brauckmüller und dem Direktor Glasfaser Vermarktung und Rollout bei Vodafone Deutschland Jürgen Raith (v.r.) den Startknopf für die kommunale Datenautobahn. Bild: Marc-Daniel Habler

Wertschätzung für gelungene Projekte

Verleihung der Integrationspreise 2021 für Unterfranken, Mittelfranken und Schwaben

Sprache, Zugehörigkeit, Wertschätzung und Teilhabe von migrantischen Mitbürgern – dafür setzen sich zahlreiche Vereine in Unterfranken, Mittelfranken und Schwaben ehrenamtlich ein. Insgesamt zwölf ausgewählte Projekte wurden hierfür ausgezeichnet.

Die bei der Regierung von Unterfranken gebildete Jury hatte unter der Leitung von Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmann aus den hochqualifizierten Bewerbungen drei Hauptpreisträger ausgewählt. Zudem wurde in diesem Jahr zusätzlich zu den drei regulären Preisen ein Sonderpreis für ein Projekt verliehen, das unter den erschwerten Bedingungen der Corona-Pandemie besondere Bedeutung erlangt hat.

Aus Hilfesuchenden werden Helfende

Den ersten Preis und 2.500 Euro Preisgeld erhielt die Kreis- Wasserwacht Schweinfurt für ihre Initiative „Join Ehrenamt – Integrationsarbeit der Kreis- Wasserwacht Schweinfurt“. Hierbei hat die Wasserwacht Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit geboten, sich von Hilfesuchenden zu ehrenamtlich Helfenden zu entwickeln. So konnten Interessierte sich in drei Schritten zum „Helden des Alltags“, also Rettungsschwimmer emporarbeiten. Dadurch vertieften sie nebenbei ihre Sprachkenntnisse und erfuhren zudem Wertschätzung in der Gesellschaft.

Mit dem zweiten Preis und 1.500 Euro Preisgeld wurde der Verein Frauen für Frauen e.V. aus Erlenbach am Main im Landkreis Miltenberg ausgezeichnet. Hier setzen sich elf ehrenamtliche Mitarbeiter für Frauen mit migrantischen Wurzeln ein. Die Angebote sind sehr vielfältig und reichen vom Frauenfrühstück über verschiedene Sprachkurse bis hin zum Frauenschwimmkurs.

Anleitung bei Erziehungsfragen

Über den dritten Preis mit 1.000 Euro durfte sich die Integrationsfachstelle Interkulturelle Arbeit der Stadt Karlstadt mit ihrem Projekt „HAND IN HAND – Ehrenamt, Profis und Familien im Frühförderprogramm HIPPY“ freuen. Die Integrationsfachstelle unterstützt Eltern über kontinuierliche Anleitung bei Erziehungsfragen. Anhand eines Lern- und Spielpakets werden die Eltern durch zugeordnete Elterntrainer angeleitet, um beispielsweise kognitive Fähigkeiten und Sprachfähigkeiten ihrer Kinder zu fördern.

Mit dem Sonderpreis (750 Euro) wurde der Malteser Hilfsdienst in Würzburg für das Projekt „Integration durch Sprache“ bedacht. In diesem Rahmen boten die Malteser per Videotelefonie ehrenamtlich Hausaufgabenbetreuung und Sprachtandem an.

Die mittelfränkischen Integrationspreise wurden in Nürnberg von Regierungspräsident Dr. Thomas Bauer und Ministerialdirektorin Brigitta Brunner vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration überreicht. Allen Projekten gemeinsam ist aus ihrer Sicht das überwiegend ehrenamtliche Engagement der Akteure, das große Wertschätzung verdient.

Miteinander sprechen

Den 1. Preis (mit 2.000 Euro dotiert) erwarb die Kontaktstelle „Bürger-Engagement“ im Landkreis Roth für das Projekt: „Weltreise ins Wohnzimmer“. Die Idee hinter diesem Projekt ist sehr einfach – Menschen mit Migrationshintergrund bereiten Köstlichkeiten aus ihrem Land zu und bieten sie ihren Gästen an. Beim gemeinsamen Essen berichten sie von ihrem Geburtsland, kommen so mit den Besuchern ins Gespräch und alle kommen sich näher. Das Motto des Abends lautet „Miteinander sprechen, nicht übereinander!“. Zu diesem Projekt, welches im Jahr 2019 begonnen wurde, gibt es eine beeindruckende Buchbegleitung.

Bildungsvermittler

Den 2. Preis (mit 1.500 Euro dotiert) bekam die „Stadt Ansbach – Koordinationsstelle Integration“ für das Projekt „Bildungsvermittlung“. Das im Schuljahr 2019 begonnene Projekt bietet derzeit überwiegend in Grund- und Mittelschulen geschulte Bildungsvermittler als Übersetzer an. Sie sollen mithelfen, Anliegen der Lehrkräfte möglichst gut an die Schüler und Eltern mit fehlenden Deutschkenntnissen zu vermitteln. Derzeit sind in der Stadt Ansbach 52 ehrenamtliche Bildungsvermittler am Start. Eine Übertragung des Projekts auf Ansbacher Berufsschulen ist vorgesehen.

Ein weiterer 2. Preis (mit 1.500 Euro) ging an den Verein „we-integrate e. V.“ aus der Stadt Nürnberg für das gleichnamige Projekt „we-integrate“. Der Verein führt seit 2019 Workshops an Schulen durch, in denen sich die Schüler und Schülerinnen mit den negativen Folgen des Rassismus, aber auch mit dem Thema der religiösen Identität auseinandersetzen können. Sie sollen auf diesem Wege dazu angeregt werden, eine offene und akzeptierende Haltung zu entwickeln. Mit der Veranstaltungsreihe „we talk about it: exit racism“ versucht der Verein durch Vorträge und Berichte auf die Problematik rassistischer Haltungen und Strukturen aufmerksam zu machen.

Integration ist ein Marathon

Den Integrationspreis der Regierung von Schwaben verlieh Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann gemeinsam mit Regierungspräsident Dr. Erwin Lohner. „Integration ist kein Kurzstreckenlauf, sondern ein Marathon, den alle Beteiligten nur gemeinsam bewältigen können. Doch die Anstrengungen lohnen sich, denn sie sind eine wichtige Investition in die Zukunft“, stellte Herrmann fest. Die mit insgesamt 5.000 Euro dotierten Preise gingen an Annemarie Immerz für ihr großes Engagement als Integrationspatin, an den „Sozialdienst muslimischer Frauen e.V.“, an den Lerntreff Trettenbachhaus, an das Projekt „DONWud – viele Kulturen – ein Fest“ für die Stärkung des kulturellen Austausches in Donauwörth und an den Verein „Menschen im Aufwind“ für sein Sommercamp für Kinder und Jugendliche im Ostallgäu. **DK**

Gemeinde Blaibach:

Trauer um Bürgermeister Wolfgang Eckl

Große Bestürzung herrscht in Blaibach, Landkreis Cham: Bürgermeister Wolfgang Eckl ist im Alter von 59 Jahren überraschend verstorben. Von 2002 bis 2014 war er Zweiter Rathauschef in der Gemeinde, ehe er 2014 zum Ersten Bürgermeister gewählt wurde. Insgesamt war der Verstorbene für die CSU mehr als 25 Jahre lang in der Gemeindepolitik tätig.

Als Gemeinderat und Bürgermeister stellte Wolfgang Eckl „sein Wissen und sein Können in hervorragender Weise in den Dienst der Gemeinde Blaibach“, würdigte sein Stellvertreter Josef Speckner die Verdienste des Verstorbenen. Er habe sich stets uneigennützig und tatkräftig für das Wohl und die Belange der Mitbürgerinnen und Mitbürger eingesetzt. Unter seiner Regie seien zahlreiche kommunale Maßnahmen verwirklicht worden. So fallen die Eröffnung des Konzerthauses Blaibach und die Einweihung der neuen Dorfmitte in die Amtszeit Eckls.

Auch Landrat und Bezirkstagspräsident Franz Löffler verwies auf die Verdienste des Verstorbenen: Eckl habe mit seinem Wirken zur Weiterentwicklung eines attraktiven Lebensraumes für die Menschen in seiner Heimat beigetragen. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Kulturpreis Bayern für Kunst und Wissenschaft verliehen

Es waren bewegende Momente. Zahlreiche Künstlerinnen, Künstler, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurden in München für ihr persönliches Wirken in Kunst und Wissenschaft mit dem Kulturpreis Bayern ausgezeichnet. Darunter der Kabarettist und Schauspieler Hannes Ringlstetter.

Bei der Preisverleihung erhielten in der Sparte Kunst der Musiker Wolfgang Buck, der Bildende Künstler Thomas Demand, das Künstlerpaar Gretel und Erwin Eisch, der Kirchenmusiker Reinhard Kammler und die Schauspielerin Luisa Wöllisch den Kulturpreis Bayern.

Den Sonderpreis des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst überreichte Staatsminister Bernd Sibler an den Kabarettisten, Schauspieler und Musiker Hannes Ringlstetter. Für die Wissenschaft wurde die besondere Leistung von Absolventinnen und Absolventen sowie von Doktorandinnen und Doktoranden aller staatlichen bayerischen Hochschulen ausgezeichnet.

Bayernwerk plus Kunst-Ministerium

Den Kulturpreis Bayern verleiht die Bayernwerk AG in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst. Die Preisverleihungen wurden umrahmt von spannenden Gesprächen zu den Preisträgerinnen und Preisträgern und zur Rolle von Kunst und Wissenschaft, unter anderem mit der Intendantin des Bayerischen Rundfunks, Dr. Katja Wildermuth.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde der unverzichtbare Beitrag gewürdigt, den Künstlerinnen, Künstler, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für die Zukunftsgestaltung der Gesellschaft leisten. Der Vorstandsvorsitzende der Bayernwerk AG, Dr. Egon Leo Westphal, gratulierte den Ausgezeichneten: „Die Preisträgerinnen und Preisträger sind Menschen, die begeistert sind und aus deren Begeisterung etwas Besonderes entsteht. Damit sind sie ein Beispiel für viele andere, mutig zu sein, aufzubrechen, Neues zu wagen."

Persönliche Momente

Es waren Wegbegleiter, die den Künstlerinnen und Künstlern ihre Auszeichnung überreichten. So übergab Jan Meyer, Regisseur der Freien Bühne München, den Kulturpreis an Schauspielerin Luisa Wöllisch, deren Kindheitstraum es war, Schauspielerin zu werden.

Der Bildende Künstler Wilhelm Koch übergab den Preis an Thomas Demand: „Er hat etwas Besonderes geschaffen und ist einer der erfolgreichsten bayerischen Künstler, der national und international höchste Anerkennung genießt", betonte Koch. Der schwäbische Bezirksheimatpfleger Christoph Lang zeichnete den Kirchenmusiker Reinhard Kammler aus weil Kammler die Musikwelt in Schwaben geprägt hat. Für Gretel und Erwin Eisch übergab Dr. Pia Dornacher die Auszeichnung. Sie ist die Leiterin des Lothar Fischer Museums in Neumarkt in der Oberpfalz, wo derzeit eine Ausstellung zur Glaskunst der Eischs stattfindet.

Wolfgang Buck erhielt den Kulturpreis aus den Händen des Lyrikers und Theaterkritikers Helmut Haberkamm. „Wolfgang Buck ist eine große Inspiration und ein Vorbild für viele andere Musiker. Er beeindruckt mit seinen starken, authentischen Liedern und Texten und hat die Gabe, schwierige Situationen umzuwandeln in Dialektkunst", beschrieb Haberkamm.

Sonderpreisträger Hannes Ringlstetter wurde von zwei namhaften Persönlichkeiten geehrt. Zum einen durch den langjährigen Freund und Kulturmanager Till Hoffmann. Zum anderen durch den Bayerischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Bernd Sibler, der Hannes Ringlstetter als Sonderpreisträger benannt hat. Hoffman erzählte launig von gemeinsamen Kindheitserlebnissen und beschrieb den künstlerischen Weg Ringlstetters. Minister Sibler betonte: „Hannes Ringlstetter ist eine herausragende Künstlerpersönlichkeit und seit über 30 Jahren eine feste Größe auf den deutschsprachigen Bühnen – sei es als Moderator, Kabarettist, Schauspieler oder Musiker. Auch als Schriftsteller begeistert er mit satirisch, liebevoll grantelnden Anekdoten aus seinem Leben. Als Künstler ist er immer ehrlich und gradaus, wie für uns Niederbayern typisch. Er legt den Finger auch in Wunden – dahin, wo es wehtut – und übt ehrliche und direkte Kritik. Dabei verliert er nie seinen feinsinnigen Humor. Aufgrund dieser unglaublichen künstlerischen Vielfalt ist es mir eine große Ehre und Freude, Hannes Ringlstetter den Sonderpreis des Kulturpreises Bayern 2021 zu verleihen." Ringlstetter seinerseits dankte insbesondere dem Kabarettisten und Schauspieler Ottfried Fischer, der unter den Gästen war. Fischer habe ihm damals den Weg zu seiner Karriere geebnet.

Bühne für Kunst und Wissenschaft

Minister Sibler erzählte, dass es ihm seit Beginn seines Amtsantritts ein Herzensanliegen sei, Wissenschaft und Kunst im Freistaat sichtbar zu machen, um Kunst- und Wissenschaftstalente in ihrem Schaffen zu unterstützen. Dazu leiste der Kulturpreis Bayern als prominente Bühne einen wertvollen Beitrag. „Mit der Auszeichnung wollen wir aber auch unsere grundsätzliche Wertschätzung für die zahlreichen Kunst- und Kulturschaffenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in ganz Bayern ausdrücken. Mit ihrer Kreativität, Originalität und ihrem Ideenreichtum machen sie den Freistaat bunter, lebenswerter und erfolgreicher. Dafür mein herzlicher Dank."

Kulturpreis Bayern

Erstmals wurde der Preis 1959 verliehen – zunächst nur in Ostbayern. Seit 2005 wird der Kulturpreis bayernweit in Zusammenarbeit mit dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst verliehen. Alle Preisträgerinnen und Preisträger erhalten die von dem Schwandorfer Bildhauer Peter Mayer geformte Bronzestatue „Gedankenblitz" und ein Preisgeld. Während eine Fachjury die fünf Kunstpreisträgerinnen und -preisträger auswählt, benennen die staatlichen bayerischen Hochschulen und Universitäten ihre besten Absolventinnen und Absolventen sowie Doktorandinnen und Doktoranden. Das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst zeichnet darüber hinaus eine Künstlerin oder einen Künstler mit einem Sonderpreis aus.

Für ihre Bachelor- und Master-Arbeiten sowie Dissertationen werden die besten Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen, Kunsthochschulen und Universitäten ausgezeichnet. Dotiert sind die Preise in der Sparte Kunst und der Sonderpreis mit jeweils 5.000 Euro, in der Sparte Wissenschaft jeweils mit 2.000 Euro. ❐

GZ PINOS WELT



„So, lieber Pino, jetzt kommen die Tage, an denen man Dich nicht lange zu suchen braucht. Ein Blick zum Heizkörper genügt." Der Bürgermeister ist durch mich ein echter Katzenversteher geworden. Ganz klar, je kälter, ungemütlicher und kürzer die Tage werden, umso weniger will ich herumstreifen und Dinge erkunden und umso mehr will ich meine königlich-bayerische Ruhe an einem warmen, trockenen Plätzchen.

Ich weiß, die Fans des Herbstes werden mich jetzt einen Banausen heißen, der die Romantik des sich verfärbenden Laubs, das Rascheln der gefallenen Blätter oder das Mystische des sich langsam verziehenden Bodennebels nicht zu würdigen weiß. Humbug. Von Allerheiligen, Allerseelen bis hin zum Volkstrauertag und Totensonntag bietet der November nur eine Aneinanderreihung von deprimierenden Daten

Lyrisch-Pilosophisches an grauen Herbsttagen

bei deprimierendem Wetter und deprimierenden Nachrichten.

Ist doch wahr. Immer, wenn ich mich vom Bürgermeister kraulen lasse, während der „heute" oder „Tagesschau" verfolgt, die ewigen Hiobsbotschaften: Energiepreise, Inflation, eine durchgedrehte PiS-Regierung in Warschau, Fischereikrieg im Ärmelkanal, blah, blah, blah ums Klima in Glasgow. Immer wieder denkt man unwillkürlich an die Zeilen: „Herr Kästner, wo bleibt das Positive? Ja, weiß der Teufel, wo das bleibt."

Aber, weil wir schon gerade im Lyrisch-Philosophischen weilen: „Always look on the bright side of life". Es mag Sie überraschen, aber meine beiden Highlights der vergangenen Tage waren zum einen die Zeitumstellung, zum anderen eine Umfrage im Auftrag der Bundesbank.

An Halloween wurde von Sommer- auf Winterzeit umgestellt. Die berühmte eine Stunde mehr schlafen hat mich nicht so sehr gelockt, da ich eh mehr als die Hälfte des Tages schlafe, döse oder schlummere. Nein, das Geile an der Nachricht ist, dass die Kampagne zur Abschaffung der Sommerzeit noch nicht erfolgreich war, obwohl doch angeblich so viele gegen die Zeitumstellung sind.

Denn unsere jetzige Zeit ist ja die sogenannte Normalzeit GMT+1 – langweilig. Der Clou ist aber die Sommerzeit, weil sie uns lange, laue, sonnige und helle Abende beschert. Gut, das Wetter muss mitspielen, die ganze Sommerzeit bringt nichts, wenn die Abende wie im Jahr 2021 nur kühl und verregnet sind, aber in Normaljahren (also wenn wieder Hitzerekorde gebrochen werden) dann ist die Sommerzeit echt cool.

Die Studie, die die Bundesbank in Auftrag gegeben hat, handelte vom digitalen Euro. Der digitale Euro wäre die Münze und der Geldschein des 21. Jahrhunderts, also von der Zentralbank herausgegebenes Geld, das allerdings nicht verkörperlicht vorliegt, sondern eben digital in einer elektronischen Geldbörse. Blöd für Banken und Zahlungsdienstleister, die bei Onlinetransaktionen nicht mehr gebraucht würden, aber gut für uns Verbraucher. Aber das ist nicht der Punkt.

Bei der Umfrage stellte sich heraus, dass Dreiviertel der Befragten noch nie vom digitalen Euro gehört hatten und somit auch keine Vorstellung von der Funktion haben konnten. Aber, jetzt kommt's, trotz der strukturellen Ahnungslosigkeit waren 55 Prozent der Befragten gegen seine Einführung, nur 13 Prozent wollten ihn haben. Der Rest war unentschieden. Wenn nur 25 Prozent mit dem Produkt digitaler Euro etwas anfangen konnten, aber 55 Prozent dieses Produkt ablehnen, dann gibt es bei uns verdammt viele Menschen, die offensichtlich erst mal dagegen sind, auch wenn sie nichts davon verstehen. Möglicherweise liegt die Ablehnung in Schlüsselbegriffen wie „Euro" oder „digital" begründet, ich denke aber eher, die Aversion geht gegen „neu" und „Veränderung".

Eine klare Mehrheit der Deutschen ist gegen die Zeitumstellung – sie wollen nicht, dass sich im Jahresablauf etwas ändert. Veränderung ist etwas, was man in Deutschland mittlerweile scheut, wie der Teufel das Weihwasser. Insofern passt die Umfrage gut in den November: Traurig und deprimierend. Oder wie sagt es der amerikanische Humanist Walt Whitman: „Der Veränderung die Tür schließen hieße, das Leben selber aussperren".

Ihr Pino

„Gütesiegel Heimatdorf 2021" für 14 Gemeinden

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker hat in München 14 Gemeinden mit bis zu 3.000 Einwohnern mit dem „Gütesiegel Heimatdorf 2021" prämiert. „Mit dem ‚Gütesiegel Heimatdorf' würdigen wir das besondere Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner in unseren Gemeinden. Wir haben in Bayern richtig starke und kreative Heimatdörfer mit Ideen für Zukunftsprojekte. ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse' schaffen und erhalten – das ist nicht nur in unserer Bayerischen Verfassung verankert, sondern eine gemeinsame Aufgabe", so Fürackers Appell. Insgesamt wurde ein Preisgeld in Höhe von 790.000 Euro ausgereicht.

Mit dem „Gütesiegel Heimatdorf 2021" wurde die Gemeinde Apfeldorf im oberbayerischen Landkreis Landsberg am Lech ausgezeichnet. Sie will mit der Prämie das Dorfgemeinschaftshaus ausbauen und die innerörtlichen Fußwege aktivieren. Darüber hinaus soll eine Regionalmarke aufgebaut werden.

Treffpunkt für alle Generationen

Die Gemeinde Kirchweidach im oberbayerischen Landkreis Altötting möchte einen Mehrgenerationenplatz schaffen. Leerstehende Gemeindeflächen sollen so zum neuen gemeinsamen Treffpunkt für alle Generationen fußläufig vom Dorfzentrum werden. Irlbach im niederbayerischen Landkreis Straubing-Bogen plant die Neugestaltung des Kirchberg-Südhangs in zentraler Lage. Für die ganze Dorfgemeinschaft sollen eine neue Freifläche mit Pavillon sowie Lagermöglichkeiten für örtliche Vereine entstehen.

Im Zuge der Neugestaltung des Donaubereichs „Fähranlegestelle" will Niederalteich im niederbayerischen Landkreis Deggendorf einen Outdoor-Fitnessbereich für Jung und Alt gestalten. Der Erholungsbereich an der Donau soll damit aufgewertet und in seiner Attraktivität gesteigert werden. Der Markt Bad Neualbenreuth im Oberpfälzer Landkreis Tirschenreuth möchte mit der Prämie Investitionen für das Ehrenamt vor Ort tätigen. Ein Multifunktionswagen soll nicht nur für die Freiwillige Feuerwehr, sondern für alle Vereine und Senioren nutzbar sein. Zudem soll u.a. ein gebrauchter Notarztwagen angeschafft werden.

Zentraler grünen Ort

Der Markt Waldthurn im Oberpfälzer Landkreis Neustadt an der Waldnaab plant, die Kioskanlage der örtlichen Sport- und Freizeitanlage am Badeweiher zu sanieren und so wieder uneingeschränkt für das gesellschaftliche Miteinander in der Gemeinde nutzbar zu machen. Die Gemeinde Emtmannsberg im oberfränkischen Landkreis Bayreuth will einen zentralen „grünen Ort" im Dorfzentrum als Treffpunkt für Jung und Alt schaffen. Neben der Vergrößerung des Außenbereichs des Kindergartens sollen ein neuer Verbindungsweg zur Dorfmitte und ein Parkplatz, der auch für Freiluftveranstaltungen genutzt werden kann, entstehen.

Seebühne und Bürgerhaus

Die Gemeinde Nagel im oberfränkischen Landkreis Wunsiedel beabsichtigt, am Nagler See gemeinsam mit den Bürgern vor Ort eine Seebühne umzusetzen, während Kirchensittenbach im mittelfränkischen Landkreis Nürnberger-Land in die Sanierung des historischen Frühmesserhauses investiert. Dieses soll zu einem Bürgerhaus mit Infopoint und Veranstaltungsräumen umgebaut werden. Daneben ist geplant, den Spielplatz in der Nähe von Kindergarten und Kinderkrippe zu erneuern.

Aktiv in Leerstände investiert Meinheim im mittelfränkischen Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen. Mit den neuen Versammlungs- und Aktivitätsräumen am Dorfplatz sollen geeignete Räume für Veranstaltungen der gesamten Gemeinde sowie Ausstellungs- und Archivräume für die Heimatsammlung entstehen. Großbardorf im unterfränkischen Landkreis Rhön-Grabfeld beabsichtigt, am Gemeindezentrum einen Vereinsbiergarten zu schaffen. Als neuer zentraler Treffpunkt für alle Bürgerinnen und Bürger soll der Biergarten von der Gemeinde unterhalten werden.

Sulzfeld am Main im unterfränkischen Landkreis Kitzingen plant die Wiederbelebung der historischen Markthalle im Rathaus, während die Gemeinde Ellgau im schwäbischen Landkreis Augsburg das Vereinsleben stärken will. Auf ehemaligen Tennisplätzen der Sportanlage soll eine Allwetter-Stockbahn inklusive Flutlichtanlage errichtet werden. Die Gemeinde Wolfertschwenden im schwäbischen Landkreis Unterallgäu möchte die Prämie in die Errichtung eines Mehrgenerationenplatzes nahe der Grundschule investieren. Konzeption und Pflege sollen ehrenamtlich durch die Dorfgemeinschaft erfolgen. **DK**

20 Landräte in den Ruhestand verabschiedet

Corona hat das gesellschaftliche Leben über Monate lahmgelegt. 20 Landräte sind zur Kommunalwahl 2020 nicht mehr angetreten. Ihre Verabschiedung konnte erst jetzt im Rahmen der Landrätetagung nachgeholt werden.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, in seiner einleitenden Rede hierzu: „Nach allem was seit 2020 war, muss man sagen, zum Glück sind alle gesund und munter hier! Die letzten Monate haben deutlich gezeigt, dass Gesundheit mehr denn je das höchste Gut und keine Selbstverständlichkeit ist. Ihr alle habt den Bayerischen Landkreistag in den zurückliegenden Jahren erst zu dem gemacht, was er heute ist: eine Institution, an der niemand vorbeikommt. Tragende Säule von all dem, was wir erreicht haben, ist der parteiübergreifende Zusammenhalt für unsere Landkreise. Geschlossenheit über Parteigrenzen hinweg ist unser Erfolgsschlüssel der vergangenen Jahre. Bei unserem Verband gehen die Landrätinnen und Landräte über Fraktionsgrenzen hinweg zusammen die Probleme an. Darauf dürfen wir alle stolz sein."

Anschließend wurden die anwesenden ehemaligen Landräte nach der Dauer ihrer Zugehörigkeit einzeln mit dem „blauen Löwen" oder dem „goldenen Löwen" des Bayerischen Landkreistags geehrt.

Mit dem goldenen Löwen (lange Amtszeit/Präsidiumsmitglied) wurden geehrt:

Hubert Hafner, Hermann Hübner, Georg Huber, Anton Knapp, Franz Meyer, Heinrich Trapp.

Mit dem blauen Löwen wurden ausgezeichnet:

Georg Grabner, Josef Hauner, Anton Klotz, Wolfgang Lippert, Eberhard Nuß, Prof. Dr. Ulrich Reuter, Karl Roth, Thomas Schiebel, Gerhard Wägemann, Martin Wolf.

Auch zwei ehemalige Kreisräte wurden für ihre besonderen Verdienste geehrt:

Anton Seitz, Anton Westner.

Bei der Feierstunde nicht dabei sein konnten die Landräte Wolfgang Berthaler, Dr. Karl Döhler, Wolfgang Rzehak, Hans-Joachim Weirather. ❐

Corona-Solidarpaket

Landkreis Donau-Ries vertieft freundschaftliche Beziehungen mit Burkina Faso

Im Rahmen des Förderprogramms „kommunales Corona-Solidarpaket“ der Servicestelle Kommunen in der einen Welt (SKEW)“ plante der Landkreis Donau-Ries gemeinsam mit der befreundeten burkinischen Stadt Gaoua ein Maßnahmenpaket um vor Ort die Pandemie einzudämmen. Nach ausführlicher Vorbereitung erfolgte nun der Projektstart.

Bereits seit seinen zwei Schulprojekten, die 2018 im Rahmen der Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ umgesetzt worden waren, pflegt der Landkreis freundschaftliche Kontakte in die südöstliche Region von Burkina Faso. Das Förderprogramm der SKEW gibt den Partnern die Möglichkeit, einen Projektantrag auszuarbeiten und anschließend mit Hilfe einer deutschen Kommune zur Vollfinanzierung bei der SKEW einzureichen. „Weil der Projektplan von unseren lokalen Partnern in Gaoua ausgearbeitet wurde, können wir uns darauf verlassen, dass die geplanten Maßnahmen den Gegebenheiten und Bedürfnissen vor Ort entsprechen“, erklärte Carina Rösch, Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik. Insgesamt sind neun Aktivitäten mit dem Ziel geplant, die Bevölkerung für Präventionsmaßnahmen zu sensibilisieren und den Zugang zu Hygieneeinrichtungen an öffentlichen Gebäuden zu verbessern.

An der Auftaktveranstaltung Mitte Oktober beteiligten sich Vertreter verschiedener lokalen Institutionen. Nunmehr werden etwa einhundert sogenannte Gemeindeakteure geschult. Deren Aufgabe ist es, in die 56 zur Gemeinde gehörenden Dörfer zu fahren um dort die Bevölkerung über Schutzmaßnahmen und Impfmöglichkeiten aufzuklären. Ein weiterer Projektschwerpunkt liegt in der Beschaffung und Verteilung von Hygieneartikeln wie beispielsweise Masken und Seife und der Anbringung von Handwaschbecken an belebten Orten.

Landrat Stefan Rößle sieht im Corona-Förderprogramm ein sinnvolles Instrument, um vor Ort die Situation zu verbessern und gleichzeitig die Beziehungen zur Gemeinde zu vertiefen. „In unserem Landkreis hat der Austausch mit Burkina Faso eine lange Tradition“, erläuterte Rößle.

Gelungene Beispiele

Als gelungenes Beispiel erwähnte der Landrat die Stadt Rain am Lech, die schon seit 1974 eine Partnerschaft mit der Gemeinde Tougan im Norden des Landes unterhält. Aber auch das ehrenamtliche Engagement für das westafrikanische Land ist groß. So setzt sich Josef Keller aus Genderkingen bereits seit mehreren Jahren für das Waisenhaus „Hotel Maternel“ in der burkinischen Hauptstadt Ouagadougou ein.

Durch das kontinuierliche Einwerben von Spendengeldern im persönlichen Umfeld ist es ihm gelungen, dem Waisenhaus mittlerweile über 60.000 Euro für Baumaßnahmen und Unterrichtsmaterialien zur Verfügung zu stellen. Die engen persönlichen Kontakte, die Keller über die Jahre nach Burkina Faso aufgebaut hat, helfen auch dem Landkreis dabei, seine freundschaftlichen Beziehungen mit lokalen Verantwortlichen und Entscheidungsträgern zu stärken.

Brücke der Freundschaft

Zuletzt nutzte er im September eine Einladung des burkinischen Boschafters in Berlin, um seinem langjährigen Ansprechpartner bei den Hilfsaktionen für das „Hotel Maternel“ durch die Übergabe einer symbolischen „Brücke der Freundschaft“ zu danken.

Auch Landrat Stefan Rößle war zur Veranstaltung geladen und zeigte sich besonders begeistert von der ausgesprochenen Gastfreundschaft des Botschafters. Im Zuge des Treffens wurde das aktuelle Corona-Solidarprojekt mit der Gemeinde Gaoua thematisiert und übereinstimmend gegenseitiges Interesse am Ausbau der Beziehungen geäußert. „Unsere Stabstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit arbeitet derzeit an einer Nachhaltigkeitsstrategie, um die Zukunft im Landkreis aber auch weltweit langfristig gerecht zu gestalten. Ein wichtiger Baustein zum Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele sind internationale Partnerschaften. Wir freuen uns daher sehr, dass wir mit Hilfe des Corona-Solidarpakets unsere Freundschaft stärken konnten und darauf, künftig gemeinsam weitere Projekte mit und in Burkina Faso umzusetzen“, fasste Landrat Rößle zusammen. ❐

Vorschau auf GZ 22/2021

In unserer Ausgabe Nr. 22, die am 18. November 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Energiethemen**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**
- **Ausstattung und Einrichtung kommunaler Gebäude**
- **Sicherheit · Arbeitsschutz · Katastrophenschutz**
- **Freizeitanlagen und Tourismus**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen eine Beilage des C.H.Beck Verlags und ein Sonderdruck des Verlags Bayerische Kommunalpresse mit dem Thema „Heimische Energie aus Wasserkraft“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiebeschaffung

Kostenfreie Ausschreibungs-vorlagen!
Für hochwertige Pellets und Hackschnitzel.
enplus-pellets.de/ausschreibungsvorlage
ENplus Holzhackschnitzel wood chips
EN plus

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
> 50 erfolgreiche ISiS12 Projekte
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

GemeindeZeitung auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW®
HYGIENISCH EINWANDFREIE WÄRMERÜCKGEWINNUNG
STOP
✓ 100 % Außenluft
✓ umluftfrei
✓ betriebssicher
✓ energieeffizient

Vorteile für Ihre Lüftungsanlage:
+ keim- und schadstoffübertragungsfreie Wärmerückgewinnung durch getrennte Luftströme
+ Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
+ kurze Amortisation, sicherer Betrieb
+ Neubau oder Sanierung im Bestand
+ Wegfall von Rückkühlwerken möglich

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

GZ Akademie
Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
Wartung und Reinigung von:
• Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
• Prozesslufttechnische Anlagen
• Kontrollierte Wohnraumlüftung
DELW
Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Jolitte Star
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Sonderdruck 5. November 2021 72. Jahrgang Nr. 21/2021



Baufortschritt Töging Bild: Verbund AG

BAYERISCHES WASSERKRAFTFORUM – CORONA SPEZIAL

Heimische Energie aus Wasserkraft

„Wasser. Kraft. Bayern." hätte es auch heuer wieder beim 8. Bayerischen WasserkraftForum der Bayerischen Gemeinde-Zeitung am 16. September in Passau heißen sollen. Leider ist die anerkannte Informationsveranstaltung und Dialogplattform den unsicheren Veranstaltungsbedingungen in Corona-Zeiten zum Opfer gefallen. Auch die Premiumpartner LEW Wasserkraft und VERBUND bedauern dies sehr. So erscheint an dieser Stelle ein Sonderdruck mit dem Thema „Heimische Energie aus Wasserkraft".

In seinem Vorwort zum Sonderdruck schildert Bayerns Energieminister Hubert Aiwanger zunächst, weshalb Wasserkraft eine tragende Säule der Stromversorgung in Bayern darstellt. Dass die Zukunft sowohl Wasserkraft und Ökologie braucht, erläutert Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber in seinem Beitrag. Um einerseits den Klimawandel zu bremsen, werde die Wasserkraft als nahezu CO2-neutrale und heimische Energiequelle benötigt. Andererseits seien Gewässer als wertvolle und komplexe ökologische Systeme zu erhalten. In diesem Zielkonflikt gelte es, klug und weitsichtig abzuwägen.

Wie es um die bayerische Wasserkraft im Jahr 2021 bestellt ist, darüber informieren im Interview Michael Bohlinger, Geschäftsführer der LEW Wasserkraft GmbH, und Dr. Karl Heinz Gruber, Geschäftsführer und Vorstand der VERBUND-Wasserkraftgesellschaften in Österreich und Bayern. Laut dem Landesamt für Umwelt hat die Wasserkraft hierzulande an der Bruttostromerzeugung einen Anteil zwischen 13 und 16 Prozent und könnte rein rechnerisch zwischen 3,5 und 4 Mio. bayerische Haushalte versorgen. Mit einem für eine nachhaltige Zukunft besonderen Vorteil: Wasserkraft ist CO2-frei, planbar und regional.

Dass seitens der Politik vermieden werden muss, die Bedeutung der rund 4.000 Kleinwasserkraftwerke in Bayern für Klimaschutz und als nachhaltige Stütze für die Energiewende im wahrsten Sinn des Wortes kleinzureden, darauf macht Fritz Schweiger, 1. Vorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e. V. (VWB), der Verbandvertretung von über 1.000 Betreibern kleiner Wasserkraftanlagen in kommunaler, genossenschaftlicher und privater Hand, aufmerksam. Auch im Falle der Kleinen Wasserkraft seien gewässerökologische Belange gleichrangig mit Klimaschutz- und Energiewendeaspekten zu betrachten.

Seit über 100 Jahren ist die Deutsche Bahn vor allem mit grünem Strom aus Wasserkraft unterwegs, wie Werner Raithmayr, DB Energie GmbH, darlegt. Ihren Strom bezieht die Deutsche Bahn dabei unter anderem aus zahlreichen Wasserkraftwerken in Deutschland, wie einige Beispiele zeigen.

Dass Wasserkraftwerke in Deutschland einen relevanten Beitrag zur künftigen Netzstabilität und Versorgungssicherheit leisten, darauf verweist die Rheinisch-Westfälisch Technische Hochschule (RWTH) Aachen in einer aktuellen Studie. Eine zum Beispiel durch einen ungeplanten Kraftwerksausfall von bis zu 500 Megawatt hervorgerufene Störung kann hinsichtlich der Momentanreserve ausgeglichen werden. Das entspricht der Leistung eines mittelgroßen Kohlekraftwerks. ■

STAATSMINISTER HUBERT AIWANGER | STMWI

Wasserkraft – eine tragende Säule der Stromversorgung in Bayern

Dank der geografischen Gegebenheiten ist Bayern Deutschlands Wasserkraftland Nummer eins. Von den insgesamt etwa 8.000 Wasserkraftanlagen in Deutschland stehen mehr als die Hälfte in Bayern. Daher kommt der Wasserkraft dauerhaft eine wesentliche Rolle für die bayerische Stromversorgung aus erneuerbaren Energien zu. Die Nutzung der Wasserkraft spielt in der Geschichte der Energieversorgung im Freistaat seit Jahrhunderten eine wichtige Rolle. Früher siedelten sich Betriebe an Flussläufen an, um mit Mühlen, später mit Turbinen, ihren Energiebedarf zu decken. Heute hat die Wasserkraft hat gegenüber Windkraft und Sonnenenergie den Vorteil, dass sie unabhängig von der Witterung und rund um die Uhr ganzjährig verfügbar ist. In Laufwasserkraftwerken wird praktisch ohne Treibhausgasemissionen zuverlässig und berechenbar für die Grund- und Mittel-Last Strom erzeugt. Speicherkraftwerke und Pumpspeicherwerke decken flexibel und leistungsfähig Spitzenlasten, beispielsweise bei der Bahnstromversorgung, ab. Wasserkraft leistet damit einen unverzichtbaren Beitrag zur Stromversorgung, zur Versorgungssicherheit und mit der bereitgestellten Regelenergie auch zur Stabilität der Stromnetze.


Hubert Aiwanger Bild: ©StMWi

Die Wasserkraft ist in Bayern – zusammen mit der Photovoltaik – Spitzenreiter bei der Stromerzeugung aus regenerativen Energien. In den rund 4.200 Laufwasser- und Speicherkraftwerken werden jährlich durchschnittlich zwölf Milliarden Kilowattstunden kWh Strom erzeugt – das ist knapp ein Drittel des Stroms aus erneuerbaren Energien. Rechnerisch versorgt die Wasserkraft etwa 3,5 Millionen Haushalte in Bayern mit Strom.

Das Bayerische Wirtschaftsministerium steht zur Nutzung der Wasserkraft. Wir setzen uns für vernünftige Rahmenbedingungen ein, damit Laufwasser- und Speicherkraftwerke auch zukünftig wirtschaftlich betrieben werden können. Das Ausbaupotenzial in Bayern wird auf rund eine Milliarde Kilowattstunden jährlichen Mehrertrag geschätzt. Mit dem aktuellen Umbau des Wasserkraftwerks in Töging kommen wir diesem Ziel einen bedeutenden Schritt näher. Um die unterschiedlichen Interessen bei der Wasserkraftnutzung in Einklang zu bringen, ist zwischen den Vorteilen wie Effizienz, Sicherheit, Autonomie und Klimaschutz und möglichen Nachteilen durch Eingriffe in Natur und Gewässer abzuwägen. Durch eine Beteiligung der Industrie- und Handelskammern als Träger öffentlicher Belange in zukünftigen wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren soll eine angemessene Gewichtung von Energie- und Klimaschutzbelangen bei der Abwägung zwischen Wasserkraftnutzung und Gewässer- und Naturschutz unterstützt werden.

Vor allem bei kleineren und älteren Wasserkraftanlagen können trotz einer EEG-Förderung wirtschaftliche Anreize für eine umfassende technisch-ökologische Modernisierung notwendig sein. Auf der Grundlage der Bayerischen Wasserkraftstrategie unterstützt das bayerische Wirtschaftsministerium deshalb ab Oktober 2021 die umweltverträgliche Modernisierung und den Ausbau derartiger Wasserkraftanlagen mit einem Förderprogramm. Neben der Verbesserung der Effizienz der Anlagen spielt dabei das Thema Ökologie eine wichtige Rolle. Bei wasserrechtlich zulassungspflichtigen Fördervorhaben sind auch Investitionsausgaben für in der Anlagenzulassung geforderte technische und bauliche Maßnahmen zur Erfüllung der gewässer-ökologischen Anforderungen zuwendungsfähig.

Nur mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien kann Bayern die anspruchsvollen Ziele und Maßnahmen bei Energiewende und Klimaschutz erreichen. Mit einem Anteil von rund 52 Prozent an der Stromerzeugung und rund 22 Prozent am Endenergieverbrauch aus regenerativen Quellen haben wir aktuell neue Höchstwerte erreicht – Bayern liegt damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt!

Beispiel Photovoltaik (PV): 2020 wurden in Bayern rund 1,3 Millionen Kilowattpeak an neuer Anlagenleistung zugebaut; das ist rund ein Drittel mehr Zubau als im Vorjahr. Besonders nachgefragt ist unser PV-Speicher-Programm: Seit August 2019 sind über 54.000 Anträge eingegangen. Wir wollen möglichst viele weitere Dachflächen und versiegelte Flächen für die PV erschließen, die Freiflächen-PV auf landwirtschaftlich benachteiligten Flächen ausbauen und auch die Potenziale für PV-Anlagen auf Gewässern und in Kombination mit landwirtschaftlicher Nutzung heben.

Als von der Natur gesegnetes Land mit viel Sonnenschein und zahlreichen Gewässern wird Bayern den Weg in eine klimaneutrale Zukunft weiter voranschreiten. ■



Hubert Aiwanger
Bayerischer Staatsminister für
Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

STAATSMINISTER THORSTEN GLAUBER | STMUV

Wasserkraft und Ökologie: Die Zukunft braucht beides!

Legt man alte und aktuelle Landkarten nebeneinander, sticht der Unterschied sofort ins Auge: Wir haben unsere Gewässer in den letzten Jahrhunderten stark verändert. Wir haben Flüsse ausgebaut, Auwälder trockengelegt, Bäche begradigt und Wasserkraftwerke errichtet. Der Nobelpreisträger Paul Crutzen nennt unsere Epoche daher „Anthropozän", das Zeitalter, in dem der Mensch den maßgeblichen ökologischen Faktor darstellt. Das bringt einerseits Vorteile für uns: Wir profitieren von schiffbaren Flüssen, von Feldern, die nicht überschwemmt werden, von regenerativem Strom aus Wasserkraft. Diese Eingriffe und Veränderungen mehrten zunächst Sicherheit und Wohlstand. Oft hat unser Handeln aber auch eine Kehrseite: zugebaute Überschwemmungsflächen haben das Schadenspotenzial bei Hochwasser enorm gesteigert, Querbauten beeinträchtigen Fische, weil sie Flüsse und Bäche nicht mehr hindernisfrei durchschwimmen können. Und so stoßen wir bei der Wasserkraft – wie so oft im Umweltbereich – auf konkurrierende Ziele: Wir wollen einerseits den Klimawandel bremsen. Dafür brauchen wir die Wasserkraft als nahezu CO2-neutrale und heimische Energiequelle! Andererseits wollen wir unsere Gewässer als wertvolle und komplexe ökologische Systeme erhalten. In diesem Zielkonflikt gilt es, klug und weitsichtig abzuwägen!



Thorsten Glauber *Bild: ©STMUV*

Modernisierung der Wasserkraftanlage Jettenbach-Töging als gutes Beispiel

Der Klimawandel ist das Thema unserer Zeit. Wenn wir das nicht schnell und nachhaltig in den Griff bekommen, dann brauchen wir uns um Fischdurchgängigkeit irgendwann keine Gedanken mehr zu machen! Daher ist meine oberste Priorität: Wir müssen den Klimawandel bremsen! Aber: Dorthin führen viele Wege. Wir dürfen dafür nicht eines unserer empfindlichsten, kostbarsten und rarsten Güter opfern: unsere natürlichen und naturnahen Gewässerstrecken. Ist eine Fischart verdrängt, kommt sie kaum mehr zurück, ist ein sensibles Ökosystem gestört, findet es vielleicht nie mehr ins Gleichgewicht! Der gute ökologische Zustand unserer Gewässer ist ein hohes Gut. Verschlechterungen müssen wir vermeiden – auch wenn es für einen guten Zweck wäre. Selbstverständlich wollen wir bestehende Wasserkraftwerke soweit wie möglich nutzen und große Werke ökologisch verträglich ausbauen.

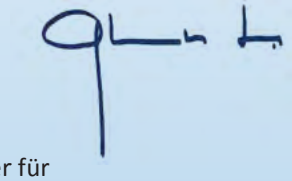
Daher sage ich: Wasserkraftnutzung ja, aber immer im Einklang mit der Gewässerökologie! Lassen Sie uns nach Lösungen suchen, die beide Ziele erreichen. Ein gutes Beispiel ist die Modernisierung der Wasserkraftanlage Jettenbach-Töging: Hier konnte man die Leistung steigern und gleichzeitig wegweisende ökologische Konzepte umsetzen. Das ist zukunftsfest!

Umweltverträgliche Erweiterung der Wasserkraftnutzung

Wenn wir die Wasserkraft umweltverträglich nutzen wollen, gibt es zwei Leitplanken: die Europäische Wasserrahmenrichtlinie und die völkerrechtlichen Vereinbarungen zum Klima-, Gewässer- und Naturschutz. Damit ist der Weg der Wasserkraftnutzung in Bayern klar: Wir wollen vorhandene Anlagen und Wasserkraftstrukturen erhalten, wir wollen die kleinen Anlagen anpassen und wir wollen die großen Anlagen ökologisch optimieren und ausbauen – soweit das umweltverträglich und möglich ist.

Unser Vorgehen entspricht den Richtlinien des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes: Bestehende Wasserkraftanlagen erhalten. Auch für die umweltverträgliche Erweiterung der Wasserkraftnutzung hat der Bundesgesetzgeber im neugefassten Wasserhaushaltsgesetz eine gute Idee aufgenommen: Wenn es bereits Querbauwerke an Gewässern gibt, die langfristig nicht rückgebaut werden, so ist zu prüfen, ob dort zusätzlich eine Wasserkraftnutzung möglich ist. Damit wird das Ziel verfolgt, das Wasserkraftpotenzial für den Klimaschutz auszuschöpfen. Außer in Ausleitungsstrecken: Dort sollen auch künftig keine neuen Wasserkraftnutzungen mehr entstehen. Und Ausleitungsstrecken ohne festgesetztes Mindestwasser sollen rasch ein ausreichend bemessenes Mindestwasser erhalten.

Die Grundsätze zur umweltverträglichen Wasserkraftnutzung haben wir in der „Bayerischen Strategie zur Wasserkraft – 10-Punkte-Fahrplan für eine ökologische und naturverträgliche Wasserkraftnutzung" festgehalten. Damit stellen wir die Wasserkraft für die Zukunft bestens auf. Und sie kann das sein, was sie für den Menschen als eine der ältesten Formen der Energiegewinnung seit Jahrhunderten ist: gute Einnahmequelle für die Kraftwerksbesitzer, zuverlässiger Energielieferant für die Gesellschaft und umweltfreundlicher Baustein für den Klimaschutz! ■



Thorsten Glauber
Bayerischer Staatsminister für
Umwelt und Verbraucherschutz

LEW WASSERKRAFT GMBH UND VERBUND AG IM GESPRÄCH

Wie steht es um die bayerische Wasserkraft im Jahr 2021?

Interview mit Michael Bohlinger, Geschäftsführer der LEW Wasserkraft GmbH und Dr. Karl Heinz Gruber, Geschäftsführer und Vorstand der VERBUND-Wasserkraftgesellschaften in Österreich und Bayern



Dr. Karl Heinz Gruber
Bild: Verbund AG



Michael Bohlinger
Bild: LEW, Thorsten Franzisi

Mechanisierung, Industrialisierung, wirtschaftlicher Wohlstand: Unser heutiger Lebensstandard und unsere hochtechnisierte Arbeitswelt wären ohne die Nutzung der heimischen Energie aus Wasserkraft undenkbar. Der wirtschaftliche Fortschritt Bayerns hängt auch ganz eng mit der Erfolgsgeschichte des Ausbaus der Wasserkraftnutzung vor über 100 Jahren zusammen. Ob das nun der Bau der Reihe an Flusskraftwerken an Isar und Lech oder des ersten großen Speicherkraftwerks am Walchensee war. Zum Beispiel die Ansiedlung der chemischen und Stahl-Industrie bei Augsburg wäre ohne die verlässliche Energieversorgung durch die Wasserkraft undenkbar gewesen, ebenso wie die Entwicklung der Aluminiumindustrie im Raum um Töging ohne das damals für Deutschland größte Wasserkraftwerk vor Ort.

Hundert Jahre später ist der Anteil der Wasserkraft an der Bruttostromerzeugung in Deutschland mit 3,3 Prozent scheinbar vernachlässigbar. Allerdings befinden sich die meisten Wasserkraftwerke in Süddeutschland. Speziell in Bayern ist die Wasserkraft für die gesicherte Stromerzeugung von tragender Bedeutung. Laut dem Landesamt für Umwelt hat die Wasserkraft hierzulande an der Bruttostromerzeugung einen Anteil zwischen 13 und 16 Prozent und könnte rein rechnerisch zwischen 3,5 und 4 Mio. bayerische Haushalte versorgen. Mit einem für eine nachhaltige Zukunft ganz besonderen Vorteil: Wasserkraft ist CO2-frei, planbar und regional.

Im Vergleich zu den anderen* Energien, welche Bedeutung hat die Wasserkraft für Bayern? (*auch nicht erneuerbaren)

Dr. Karl Heinz Gruber: Die Wasserkraft ist – vereinfacht gesagt – im Süden Deutschlands die unverzichtbare Unterstützerin auf dem Weg in eine CO2-freie Energiezukunft. Dafür gibt's eine Reihe von triftigen Gründen.

Sie ist nämlich nicht nur erneuerbar. Sie ist rund um die Uhr verfügbar und eignet sich zur großtechnischen Speicherung von Strom. Gerade als Speicher ist die Wasserkraft die mit Abstand effizienteste Technologie im zwei- bis dreistelligen Megawattbereich, um überschüssige Strommengen zwischenzuspeichern bzw. diese im Bedarfsfall wieder ans Netz abzugeben. Wasserkraft ist eine verlässliche Partnerin von wetter- und tageszeitabhängigen Windrädern und Photovoltaikanlagen.

Zusammenfassend gesagt: Wasserkraft ist für die bayerische Energiezukunft das Fundament, ohne dass das gesamte Konstrukt nicht funktionieren wird.

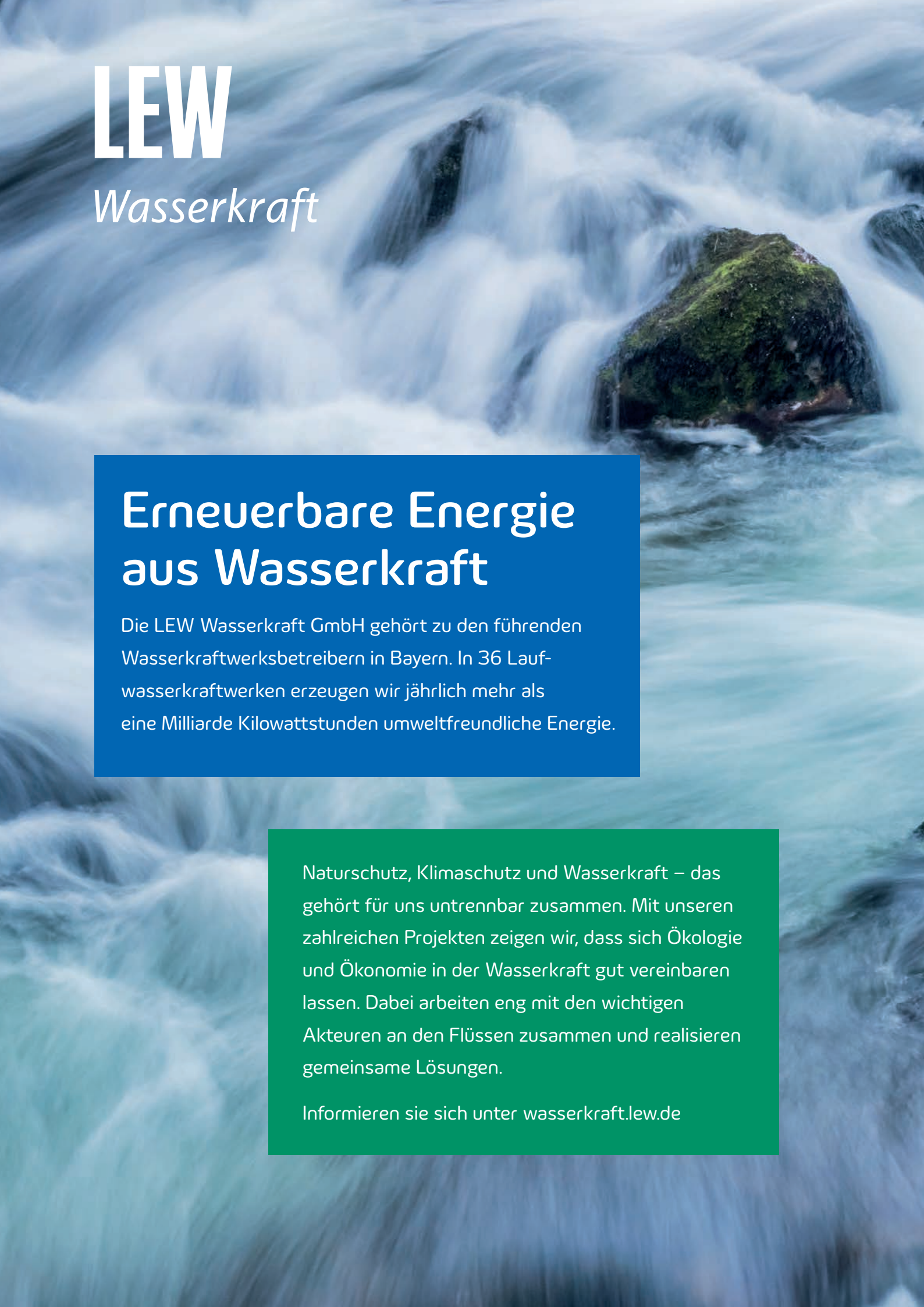
Michael Bohlinger: Im LEW-Netz ist Wasserkraft die Erzeugungsart mit der höchsten Einspeisemenge, gefolgt von Photovoltaik und Biomasse. Auch viele Kundinnen und Kunden achten bei der Wahl ihres Stromprodukts auf Regionalität und Nachhaltigkeit. Bei uns kann man beispielsweise Strom aus den regionalen Wasserkraftanlagen beziehen und dabei noch Naturschutz- und Umweltprojekte unterstützen.

Ende 2022 werden die letzten Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet. Welche Aufgaben können Wasserkraftwerke sowohl in der Grundlastversorgung als auch zur Lösung der Speicherproblematik beim Strom übernehmen? Gibt es Neubauprojekte / Modernisierungsprojekte zur Leistungssteigerung? Wie groß ist der Handlungsdruck?

Gruber: Der Handlungsdruck ist hier schon in den kommenden zehn Jahren gewaltig. Denn: Zum einen werden in Deutschland im Zeitraum bis 2030 rund 40.000 MW an gesicherter Leistung aus dem Markt genommen. Damit entsteht eine gewaltige Lücke, die neben dem Ausbau der volatilen Wind- und PV-Anlagen eine massive Errichtung von wirklich großen planbaren Flexibilitäts- und Speicherkapazitäten erfordert. Wir werden – trotz aller Effizienzbestrebungen – mehr CO2-freien Strom brauchen, wenn wir andere fossile Energieträger in Industrie, Verkehr und Wärme ablösen wollen.

Einen Teil dieser Mehrerzeugung können wir durch Erneuerungsmaßnahmen und Effizienzsteigerungen bei unseren bestehenden Anlagen leisten. Beispiel Töging am Inn: Die Modernisierung des Kraftwerks sorgt für eine Mehrerzeugung von 140 GWh – das sind rund 14 Prozent des bayerischen Wasserkraftausbauziels von einer Terrawattstunde. Das Potenzial von VERBUND am Inn und in Jochenstein beläuft sich auf weitere rund 250 GWh, also 25 Prozent des Ausbauziels.

Es wird aber auch vereinzelte Neubauten in einer Verbindung mit ohnehin erforderlichen flussbautechnischen Maßnahmen brauchen. Hier gibt es zum Beispiel an der Unteren Salzach durchaus innovative und ökologisch höchstwertige Ansätze, die mit dem klassischen Wasserkraftwerk, wie wir es vor Augen haben, eigentlich gar nichts mehr viel zu tun haben. Und dann möchte ich noch auf den Energiespeicher Riedl hinweisen, wo wir uns noch im Genehmigungsverfahren befinden. Diese für Bayern konzipierten 300 MW an hochflexiblen Maschinensätzen und die Speicherung von einigen 100 GWhs kann und sollen ihren Beitrag in Richtung CO2-freie Energiezukunft für Bayern und Süddeutschland liefern. →



LEW
Wasserkraft

Erneuerbare Energie aus Wasserkraft

Die LEW Wasserkraft GmbH gehört zu den führenden Wasserkraftwerksbetreibern in Bayern. In 36 Laufwasserkraftwerken erzeugen wir jährlich mehr als eine Milliarde Kilowattstunden umweltfreundliche Energie.

Naturschutz, Klimaschutz und Wasserkraft – das gehört für uns untrennbar zusammen. Mit unseren zahlreichen Projekten zeigen wir, dass sich Ökologie und Ökonomie in der Wasserkraft gut vereinbaren lassen. Dabei arbeiten eng mit den wichtigen Akteuren an den Flüssen zusammen und realisieren gemeinsame Lösungen.

Informieren sie sich unter wasserkraft.lew.de

Bohlinger: Die Geschichte der Lechwerke hat 1901 mit dem Wasserkraftwerk in Gersthofen begonnen. Noch heute – 120 Jahre später – liefert das Kraftwerk zuverlässig klimafreundliche Energie. In die Modernisierung unserer Anlagen investieren wir jedes Jahr rund 7 Millionen Euro. So können wir die Stromerzeugung aus klimafreundlicher Wasserkraft auch ohne den Neubau von Anlagen steigern. Außerdem bereiten wir die Kraftwerke damit auch in puncto Digitalisierung und Vernetzung auf eine Einbindung in ein intelligentes Stromnetz vor.

Dass die Wasserkraft eine zentrale Rolle für das Energiesystem der Zukunft spielt, zeigen wir auch mit unserem viel beachteten Hybridkraftwerk in Rain am Lech. Dort haben wir einen Lithium-Ionen-Speicher installiert und mit vier Wasserkraftwerken gekoppelt. Das Hybridsystem stellt Primärregelleistung für das Stromnetz bereit und sichert somit die Frequenzstabilität des europäischen Stromverbundnetzes.

Seit jeher siedelten die Menschen nahe beim Wasser: Es bedeutete Leben und Mobilität. Hochwässer waren und sind eine existenzielle Bedrohung. Daher gab es seit Jahrhunderten Bestrebungen, die „wilden" Flüsse zu bändigen und den wertvollen Siedlungs- und Lebensraum zu schützen bzw. zu erweitern. Flussbegradigungen, Querverbauungen und Eindeichungen galten als probates Mittel. Im Zuge der Industrialisierung mit ihrem wachsenden Energiebedarf kam schließlich die Wasserkraftnutzung hinzu. Es gibt also viele und vor allem auch historische Gründe für die Verbauung von fließenden Gewässern. Dem will die Europäische Wasserrahmenrichtlinie entgegenwirken.

LEW und Verbund sind in Bayern zwei große Wasserkraftbetreiber. Wie ist bei Ihren Unternehmen der Stand in Sachen WRRL, die ja aus heutiger Sicht bis 2027 vollständig umgesetzt sein soll?

Gruber: Gleich vorweg: Die Wasserrahmenrichtlinie ist keine EU-Vorgabe gegen die Wasserkraft, sondern sorgt für Rechtssicherheit und einen weitgehend definierten Rahmen.

Wasserkraftwerke wurden schon in der Vergangenheit mit Fischwanderhilfen ausgerüstet und es wurden auch in einem bestimmten Maße weitere ökologische Maßnahmen umgesetzt. Heute wissen wir auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse viel klarer, was es bedarf, um der Natur im Umfeld der Wasserkraft wieder den nötigen Rahmen zu geben. Die Wasserrahmenrichtlinie nimmt diese Erkenntnisse auf und gibt klare Spielregeln vor, welche Ziele erreicht werden müssen und wie die Zielerreichung zu belegen ist.

Bis 2027 werden wir von VERBUND bei unseren 21 Wasserkraftwerken am Inn und in Jochenstein rund 85 Mio. Euro in ökologische Maßnahmen investiert haben. Mit den großen Wasserkraftwerken sind wir da natürlich im Vorteil und können durch entsprechende Maßnahmen die wirksame Durchgängigkeit und neue, wertvolle Lebensräume schaffen – wissenschaftlich belegt.

Bohlinger: An unseren Kraftwerken an Iller, Günz und Wertach haben wir bereits Umgehungsbäche gebaut und die Staustufen damit durchgängig gemacht. An der Donau haben wir vor kurzem mit dem Bau der ersten Fischwanderhilfe begonnen und auch am Lech wird es in den nächsten Monaten losgehen. Gemeinsam mit dem Wasserwirtschaftsamt haben wir auch sogenannte Umsetzungskonzepte erstellt, also Planungen, um die Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) zu erfüllen und den ökologischen Zustand der Gewässer zu verbessern. Dabei legen wir besonderen Wert auf die frühzeitige Einbindung und enge Zusammenarbeit von Fachbehörden, Kommunen, örtlichen Naturschutz- und Fischereivereinen, sowie Anrainern der Flussabschnitte.

Die Bayerische Kompensationsverordnung schreibt Ausgleichsmaßnahmen für die von den Wasserkraftbetreibern vorgenommenen ökologischen Maßnahmen vor. Können Sie das erläutern und auf die Praxis eingehen?

Bohlinger: Die Bayerische Kompensationsverordnung (BayKompV) sagt, dass jeder, der durch ein Bauvorhaben Eingriffe in Natur und Landschaft vornimmt, entsprechende Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen durchführen muss. Ökologische Maßnahmen, die wir als Wasserkraftbetreiber durchführen, wie beispielsweise die naturnahe Gestaltung von Fischwanderhilfen, sind in der Bayerischen Kompensationsverordnung allerdings nicht ausreichend berücksichtigt. Für ein naturnahes Umgehungsgewässer in geschützten Gebieten (FFH-Gebiet, Auwald) müssen wir zusätzlich Ausgleichsmaßnahmen durchführen.

Diese Kompensationsforderungen sind für uns nicht nachvollziehbar, da wir mit der Maßnahme ja bereits den ökologischen Zustand der Flüsse verbessern. Wir wünschen uns hier eine Lösung der Ausgleichsfragen im Konsens mit allen relevanten Akteuren des Naturschutzes. Diese Problematik stellt sich auch an staatlichen Querbauwerken.

Gruber: Abseits der Problematik, dass für ökologische Maßnahmen Ausgleichsmaßnahmen erforderlich sind, stellt uns die Verfügbarkeit von Flächen, auf denen der Ausgleich erfolgen kann, regelmäßig vor große Herausforderungen.

Wo sehen Sie Ihren Platz zwischen Hochwasserschutz, regenerativer Energieerzeugung und der Forderung nach mehr Natur an den Gewässern?

Bohlinger: Hier lohnt der Blick zurück: Viele Flüsse wurden im 19. Jahrhundert, also lange bevor es Wasserkraftwerke gab, begradigt und befestigt. Ziel war es, die landwirtschaftliche Nutzung zu sichern. Die Folgen: Die Fließstrecke wurde stark verkürzt, die Flusssohle tiefte sich ein und die Grundwasserstände sanken ab. Oft erst 100 Jahre später wurden Querbauwerke errichtet, um die Sohle und das Grundwasser zu stabilisieren sowie den Hochwasserschutz wieder sicherzustellen, sogenannte Stützschwellen. Gleichzeitig stieg der Bedarf nach Energie und die Stützschwellen wurden energetisch genutzt. Deshalb sprechen wir hier auch von sogenannten Stützschwellenkraftwerken.

Gruber: Die Wasserkraft zur CO2-freien Stromerzeugung ist in diesem Interessensgemenge die jüngste Playerin. Zugleich bietet sich mit der Wasserkraft jetzt die einmalige Chance, ausgleichend zu wirken und Veränderungen, die in diesen 200 Jahren geschehen sind, zurückzunehmen. Etwa beim Hochwasserschutz. Im Spannungsfeld mit der Wiederanbindung von Seiten- und Nebengewässern zeigen wir, dass Wasserkraft, Ökologie und Hochwasserschutz gemeinsam machbar sind. Das schaffen wir natürlich nicht alleine. →

Behörden, Anrainerinnen und Anrainer, die Öffentlichkeit und wir müssen hier an einem Strick ziehen.

Arbeiten Sie im Rahmen Ihrer ökologischen Verbesserungsmaßnahmen an den Wasserkraftwerkstandorten neben den zuständigen Fachbehörden auch mit den sog. NGOs (Nichtregierungsorganisationen) zusammen?

Gruber: Wie gerade erwähnt, können wir keine unserer Maßnahmen allein umsetzen. Wir tauschen uns laufend mit NGOs aus und sind sehr froh, dass diese Zusammenarbeit gut funktioniert. So sind etwa die Fischereiverbände ganz wichtige Partner und Mitgestalter. Aber auch – trotz mitunter gegensätzlicher Ansichten – pflegen wir mit dem WWF den fachlichen Austausch und sind gemeinsam im EU-Interreg-Projekt INNsieme engagiert. Uns eint das Bewusstsein, dass die Energiewende gelingen muss.

Bohlinger: Auch wir haben hier einen offenen und konstruktiven Dialog etabliert, von dem am Ende alle Interessensgruppen profitieren. Dieser kooperative Ansatz – wir nennen es „neue Wege der Zusammenarbeit" – sorgt für Akzeptanz und ist zugleich Grundlage für die effiziente Umsetzung der Projekte. Gleichzeitig gelingt es uns damit auch den gesellschaftlichen und ökologischen Nutzen im Sinne von Nachhaltigkeit zu adressieren.

Als Wasserkraftbetreiber ist es auch unsere Aufgabe, alle Akteure am Fluss im Blick zu haben und mitunter sehr unterschiedliche Interessen zusammenzubringen.

Die Wasserkraftnutzung hat trotz aller Maßnahmen auch weiterhin Auswirkungen auf die Flusslebewesen. Welche Maßnahmen sind in der Zukunft geplant, um den geforderten Populationsschutz zu ermöglichen?

Gruber: Punktuelle Maßnahmen bringen – wie wir heute wissen – ökologisch gesehen wenig bis nichts. Daher setzen wir zusätzlich zur Durchgängigkeit an Donau und Inn auf die Gestaltung von neuen Lebensräumen zu Land und zu Wasser. Beispiel Kraftwerk Ering-Frauenstein: Hier haben wir neun Mio. Euro in Umgehungsgewässer, Inselnebenarmsystem und weitere Lebensraumkomponenten investiert. Getreu dem Motto: Wenn wir etwas machen, dann ordentlich. Mit Erfolg und – das freut mich besonders – mit Anerkennung auch durch Kritiker der Wasserkraft.

Wir gehen daher diesen Weg konsequent weiter. Mit den großen Projekten LIFE Riverscape Lower Inn und LIFE Blue Belt Danube-Inn haben wir uns mit unseren Partnern vorgenommen, die Durchgängigkeit sowie Lebensraumverbesserungen an der Donau bis Passau und am Inn bis Rosenheim umzusetzen.

Bohlinger: Wir haben beispielsweise vor wenigen Wochen mit dem Bau einer Fischwanderhilfe am Wasserkraftwerk Donauwörth begonnen. Damit entsteht an der Staustufe Donauwörth die erste Fischwanderhilfe an den von uns betriebenen Kraftwerken zwischen Oberelchingen und Donauwörth. Bei der Umsetzung setzen wir auf eine Kombination aus technischer und naturnaher Wanderhilfe. →



Bei der Konzeption von Fischwanderhilfen legen wir grundsätzlich Wert darauf, möglichst naturnahe Umgehungsgewässer zu schaffen. Damit haben wir an den anderen Flüssen bereits positive Erfahrungen gemacht: Dort haben sich die Umgehungsgewässer in kurzer Zeit zu wertvollen Lebensräumen entwickelt und werden auch zur Freude der örtlichen Fischerei als Laichplätze angenommen.

Deutschland hat gewählt und sich dem Kampf gegen den Klimawandel verschrieben. Wenn Sie drei Wünsche für die Zukunft der Wasserkraft bei der Politik offen hätten, was würden Sie sich von der künftigen Bundesregierung wünschen?

Gruber: Kein Wunsch, sondern eine Grundvoraussetzung: Es braucht den festen Glauben und Willen, dass eine 100 Prozent erneuerbare Energiezukunft in mittelbarer Zukunft gelingen kann. Verbunden mit der notwendigen Ehrlichkeit, dass es die kostenlose und unsichtbare Energiewende nicht geben wird.

Bohlinger: Das bedeutet, dass nachhaltige Lösungen die ökologische, ökonomische, aber auch gesellschaftliche Ziele in den Mittelpunkt stellen, stärker unterstützt werden müssen. Neben den allgemein bekannten Herausforderungen wie Investitionssicherheit, langfristige Rahmenbedingungen und einfacherer Verfahren würde ich mir Weichenstellungen für die wesentlichen Herausforderungen in der Energiewende wünschen. Das heißt: Wir sollten weg von der reinen Quantitätsbetrachtung im Sinne von eingespeisten Kilowattstunden hin zur Qualität, die notwendig ist, ein immer komplexer werdendes Energiesystem zu steuern. Verlässlichkeit in der Erzeugung, die Bereitstellung von Flexibilität und damit der Beitrag zu Netzstabilität müssen stärker gewürdigt werden.

Gruber: Und – last but not least – die Wahrnehmung der Wasserkraft als ganz, ganz wichtige Partnerin für eine funktionierende saubere Energiezukunft im Umfeld steigender volatiler Erzeugungsformen, wie Wind und Sonne.

Unsere Leser sind die bayerischen kommunalen Entscheiderinnen und Entscheider. Wo sehen Sie dort einen akuten Handlungsbedarf? Welche Botschaft würden Sie uns gerne mit auf den Weg geben? Welche Unterstützung würde die bayerische Wasserkraft dringend benötigen und umgekehrt: Wie könnten die Wasserkraftwerksbetreiber die bayerischen Kommunen unterstützen?

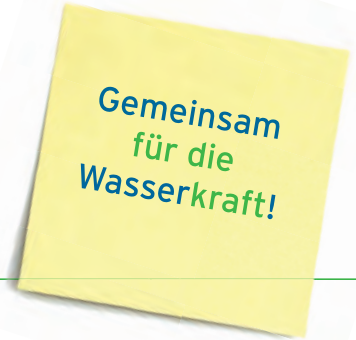
Bohlinger: Die Kommunen gehören bei all unseren Vorhaben zu den wichtigsten Partnern. Sowohl bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und von Pilotprojekten als auch, wenn es um Ideen geht, wie wir die Flüsse attraktiver gestalten können. Hier kommen aus der Bevölkerung, aus Gemeinden und Städten viele Anregungen. Als Wasserkraftbetreiber bringen wir unser Wissen ein und prüfen, an welchen Flussabschnitten sich naturnahe und erlebnisorientierte Projekte realisieren lassen. Gleichzeitig achten wir auf eine ökologische Aufwertung der Flüsse. In der Region haben wir gemeinsam mit Landkreisen und Kommunen schon mehrere solcher Projekte realisiert und so naturnahe Ufer, Zugänge zum Fluss, Bootsanlegestellen oder eine radgerechte Infrastruktur errichtet. Weitere Vorhaben sind bereits in Planung. Finanzielle Unterstützung bekommen wir dabei über das LEADER-Förderprogramm der EU.

Gruber: Die Kommunen sind durch ihre direkte Betroffenheit mit den jeweiligen Anlagen ganz wichtige Partner im betrieblichen Alltag und natürlich bei Projekten. Dafür möchte ich an dieser Stelle auch für VERBUND einen großen Dank aussprechen.

Die Verbindung wird in Zukunft aber noch stärker. Einerseits weil die klimabezogenen Naturereignisse an und in den Flüssen in den kommenden Jahrzehnten zunehmen werden. Und wir gemeinsam an deren Bewältigung – Stichwort Hochwasserschutz – arbeiten müssen. Und dann, weil wir zum Erhalt und zur Steigerung der Wasserkrafterzeugung und zur Verbesserung der Ökologie eine Reihe an Projekten umsetzen müssen. Dies wird ebenfalls nur im Miteinander gelingen können. Ich glaube aber auch, dass wir künftig mehr auch die Rolle als Unterstützer und Dienstleister für die Energiewende in den Kommunen einnehmen werden. ■

WASSERKRAFT
Ja bitte!

Wasserkraft – Bayerns erneuerbare Stromquelle Nr. 1



Wasserkraft – Ja bitte! eine Initiative der Wasserkraftunternehmen in Bayern im Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW

Wir sind Partner:

Verbund · uniper · RMD · LEW Wasserkraft · LEW Lechwerke · SÜC · SWP · Kraftwerk · Stadtwerke Bad Tölz · EW/H · VBEW · Gemeindewerke Garmisch-Partenkirchen · bayernwerk · SW/M · Energieallianz Bayern

FRITZ SCHWEIGER | 1. VORSITZENDER DER VEREINIGUNG WASSERKRAFTWERKE IN BAYERN E. V.

Kleine Wasserkraft – großer Nutzen



Fritz Schweiger
Bild: Zeiler

Mit der Abschaltung der letzten thermischen Grundlastkraftwerke in Bayern bleiben neben den Biogasanlagen nur noch die bayerischen Wasserkraftwerke als verlässliche Stromerzeugungsanlagen mit einem nennenswerten Anteil an der Grundversorgung im Freistaat erhalten. Dabei muss auch seitens der Politik vermieden werden, die Bedeutung der rund 4.000 Kleinwasserkraftwerke in Bayern für Klimaschutz und als nachhaltige Stütze für die Energiewende im wahrsten Sinn des Wortes kleinzureden.

Vielmehr ist eine ausgewogene Betrachtung und Abstimmung zwischen den ökologischen, ökonomischen und sozialen Anforderungen der Gesellschaft und dem Umweltschutz bei aller Sorge um dem Klimawandel unabdingbar.

Für die (auch Kleine) Wasserkraft in Bayern heißt das, dass gewässerökologische Belange gleichrangig mit Klimaschutz- und Energiewendeaspekten betrachtet werden müssen.

Die Vorteile einer nachhaltigen und ökologischen Wasserkraftnutzung in Bayern liegen klar auf der Hand. Die Wasserkraftwerke liefern im langjährigen Jahresdurchschnitt zuverlässig und berechenbar rund 12 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom, davon etwa 1,2 Milliarden kWh die Kleine Wasserkraft. Der Strombedarf von knapp 3,9 Millionen Durchschnitthaushalten (ca. 3.100 Kilowattstunden pro Jahr) kann so gedeckt werden, verbunden mit einer Kohlendioxid-(CO2-)Vermeidung von gut 4,8 Millionen Tonnen (bei durchschnittlich 401 Gramm pro Kilowattstunde CO2-Ausstoß im bundesdeutschen Strommix in 2019; Tendenz seit 2021 wieder merklich steigend). Sie ist nicht nur die älteste Form der gesicherten Stromerzeugung, sondern immer noch die effizienteste Art, regenerative Energie kundennah und planbar, rund um die Uhr, wetter- und importunabhängig, flexibel in größerer Menge und weitgehend subventionsfrei zuverlässig bereit zu stellen. Damit leistet sie in der Grundlast einen unverzichtbaren Beitrag zur Umsetzung der Energiewende.

Wasserkraft ist anders als Wind und Sonne ständig verfügbar, lässt sich speichern und ist in Bayern reichlich vorhanden. Außerdem leistet sie Beiträge zur Sohlstabilisierung der Flüsse (Vermeidung von Grundwasserabsenkung), zum Hochwasserschutz sowie zur Reinigung der Gewässer von Wohlstandsmüll. Ökologisch ist Wasserkraft besonders klimafreundlich (kein CO2) und ressourcenschonend. Wollte man die Wasserkraft in vergleichbar hoher Qualität für die Versorgungssicherheit durch Photovoltaik ersetzen, ginge das nur in Kombination mit noch zu bauenden Stromspeichern, was die Stromkosten noch stärker in die Höhe treiben würde.

Für die Kleinwasserkraftanlagen spricht zusätzlich, dass sie durch ihre Grundlastfähigkeit stabilisierend und kostensparend meist in die regionalen Verteilungsnetze auf der Nieder und Mittelspannungsebene einspeisen.

Laut einer Untersuchung der Bergischen Universität Wuppertal BUW vom Oktober 2018 würde der Ersatz aller Kleinwasserkraftwerke unter 1.000 Kilowatt Leistung in Deutschland durch Photovoltaikanlagen zu zusätzlichen Netzkosten von über einer Milliarde Euro führen. Allein durch die netzdienliche Wirkung der kleinen Wasserkraft wird somit ein hoher Betrag an Netzinfrastrukturkosten in der leitungsgebundenen Energieversorgung eingespart.

Energiewirtschaftlich gesehen kommen auch für die Kleinwasserkraft noch zahlreiche weitere, positiv zu bewertende Faktoren hinzu. →



Dazu zählen die Momentan- und Notstromreserve ebenso wie die Inselbetriebsfähigkeit oder der Einsatz in innovativen und zukunftsweisenden „Zellularen Energiesystemen“, in deren Bereich die Wasser- bzw. Kleinwasserkraft zum Teil heute schon wertvolle Beiträge zur Systemstabilität und zur Versorgungssicherheit liefert.

Die Wasserkraft – ob groß oder klein – ist auch langfristig in Bayern unverzichtbar. Gerade auch die dezentral strukturierten Kleinwasserkraftwerke weisen noch außerordentlich hohe Innovations- und Transformationspotenziale auf, die mit der zunehmenden Digitalisierung und Netzautomatisierung realisiert werden können. Ihre besonderen technischen und energiewirtschaftlichen Eigenschaften stehen für wichtige Zukunftsaufgaben zur Verfügung. Dies wird umso klarer, wenn nach der Abschaltung der großen Kern- und Kohlekraftwerke die Verantwortung für die Netzstabilität und die Versorgungssicherheit von den dezentralen Erneuerbaren Energien übernommen werden muss.

Die Kleinwasserkraft steht bereit, die Transformation in ein völlig neues Energiezeitalter mit einem Höchstmaß an Engagement, Kompetenz, Knowhow und Erfahrung zu unterstützen. Vor dem Hintergrund des dringlichen Themas Klimaschutz plädieren die bayerischen Wasserkraftverbände Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) und der Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) deshalb dafür, den erneuerbaren Energien inklusive der Wasserkraft in der nächsten Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und in den Klimaschutzprogrammen der Bundesländer ein übergeordnetes öffentliches Interesse einzuräumen.

Es geht dabei in erster Linie darum, dass zum Beispiel bestehende Querbauwerke, die zur Sohlstabilisierung oder für den Hochwasserschutz erforderlich sind, auch für eine erneuerbare und ökologisch verträgliche Stromerzeugung nutzbar gemacht werden dürfen. Entsprechend könnten so der Bau und Unterhalt solcher Sicherungseinrichtungen durch die Erzeugung klima- und ressourcenschonender Energie dauerhaft finanziert und damit der Staat entlastet werden. Davon betroffen sind ebenso die Genehmigungsverfahren für die Modernisierung und den Weiterbetrieb von Wasserkraftanlagen, deren Genehmigung für den Weiterbetrieb regelmäßig, zum Beispiel alle 30 Jahre, erneut eingeholt werden muss.

Die Wasserkraft inklusive der Kleinwasserkraft liegt daher uneingeschränkt im öffentlichen Interesse und dient der öffentlichen Sicherheit. Sie ist de facto systemrelevant. ■

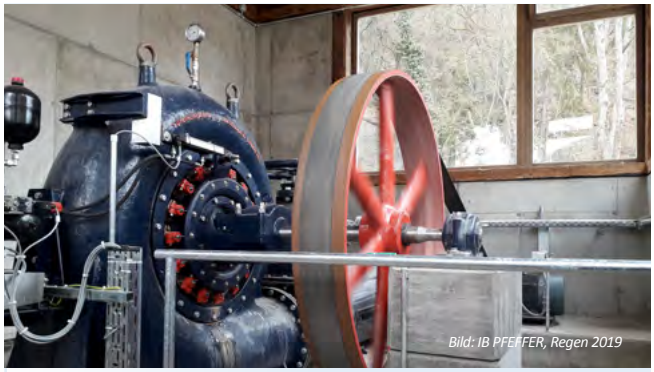


Bild: IB PFEIFER, Regen 2019

Das Bild zeigt die Francisturbine der Weihermühle am Blautopf in Essing. Die Maschine wurde von der Fa. B+F Maschinenbau 2018-2019 vollständig generalüberholt und die gesamte Wasserkraftanlage von der Fa. Goppold ab der Wehranlage neu aufgebaut. Sie versorgt ein danebenliegendes Mietshaus direkt mit der erzeugten elektrischen Energie und Wärme. Die Wärmeerzeugung läuft über mit Wasserkraftstrom betriebene Wärmepumpen mit verschiedenen Wärmetauschern im Turbinenablauf, im Erdreich und an der Druckrohrleitung.

Eine Besonderheit stellt außerdem der drehzahlvariable Betrieb der Turbine dar, der den Teillastwirkungsgrad in den langen Trockenphasen verbessert.



Bild: Josef Aigner

Buchtenkraftwerk in Calbe / Saale, Inbetriebnahme 2005, Ausbauleistung 2.000 kW (entspricht etwa dem Strombedarf von 10.000 Personen). Die 120 m lange Fischtreppe hat 26 Becken. 22 Fischarten wurden bisher in der Treppe nachgewiesen.



Schubert Elektroanlagen GesmbH | A-3200 Ober-Grafendorf | **www.schubert.tech**

SCHUBERT
ELECTRIC INNOVATION

Wasser bewegt sich stetig vorwärts - unsere Technologie dazu auch.

Revitalisierungen und Neuanlagen mit Schubert als kompetenten Partner: Wir bieten innovative Lösungen für elektrotechnische Ausrüstungen im Anlagenbau. Dabei legen wir besonderen Wert auf Funktionalität, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit.

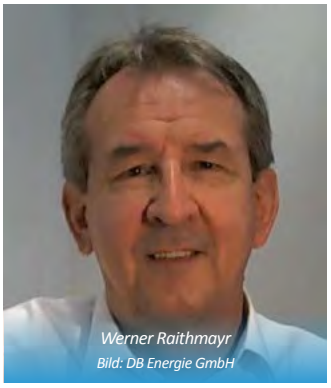
Über 500 Wasserkraftprojekte sind Beweis unserer Leistungsfähigkeit. Bereits seit 1965.

Alles aus einer Hand - von der Steuerung bis zum Netzanschluss.

WERNER RAITHMAYR | DB ENERGIE GMBH

Wasserkraft – Antrieb für die Eisenbahn

Seit Jahrhunderten wird die Kraft des Wassers zur Energiegewinnung genutzt. Auch die Bahn ist seit über 100 Jahren vor allem mit grünem Strom aus Wasserkraft unterwegs. Wasserkraftwerke an Rhein, Mosel, Ruhr, Main, Donau, Lech, Isar, Inn und vom Edersee liefern heute an die Deutsche Bahn.


Werner Raithmayr
Bild: DB Energie GmbH

Der Ersatz fossiler Energiequellen beim Schienenverkehr der Eisenbahn in Deutschland durch Erneuerbare Energien zählt zu den Top-Zielen der Deutschen Bahn. Dabei leistet die DB Energie einen wichtigen Beitrag zur CO2-Reduktion des Konzerns. Schon heute liegt der Anteil erneuerbarer Energien am Bahnstrommix bei rund 61 Prozent. Bis 2030 werden es 80 Prozent sein, bis 2038 soll sogar auf 100 Prozent umgestellt werden.

Ihren Strom bezieht die Deutsche Bahn unter anderem aus zahlreichen Wasserkraftwerken in Deutschland. Eines davon, das Saalachkraftwerk in Bad Reichenhall mit einer Gesamtleistung von ca. 5,2 MW, betreibt die DB Energie GmbH heute sogar selbst. Es gehört zu den ältesten, noch in Betrieb befindlichen Bahnkraftwerken in Deutschland. Seit 1914 erzeugt es Bahnstrom. Gedacht war das Laufwasserkraftwerk zur sauberen Versorgung der bereits 1888 erbauten Eisenbahnstrecke nach Berchtesgaden. Hier kamen bis zur Elektrifizierung Dampflokomotiven zum Einsatz, die mit den Ansprüchen eines Luftkurortes nicht vereinbar waren.

SAALACHKRAFTWERK BAD REICHENHALL

Jahr für Jahr erzeugt das Saalachkraftwerk rund 40 Millionen kWh, eine Menge, die auch heute noch ausreicht, um 10.000 Vier-Personen-Haushalte zu versorgen. Dabei gehen seit der Inbetriebnahme 60 Prozent der hier erzeugten Energie an die Stadt Bad Reichenhall, da infolge des Aufstauens der Saalach zwei städtische Wasserkraftwerke trocken lagen. Da sich die Saalach aufgrund der starken Pegelschwankungen für ein herkömmliches Laufwasserwerk nicht eignete, entschieden sich die Kraftwerksbauer dazu, die Saalach künstlich zu stauen. Über einen 576 Meter langen Druckstollen gelangt das Wasser zu den mittlerweile fünf Turbinen. →





Bild: Deutsche Bahn AG / Volker Emersleben

Danach wird es über einen 600 Meter langen Unterwasserkanal wieder der Saalach zugeführt.

Bereits von 1897 bis 1899 wurde das Bahnkraftwerk Kammerl gemeinsam mit der Bahnstrecke Murnau-Oberammergau mit der Absicht erbaut, hier erstmals in Deutschland eine Bahnlinie elektrisch mit Drehstrom (3-Phasen-Wechselstrom) betreiben zu können. Zur Passion 1900 in Oberammergau funktionierte dies noch nicht und so wurden zunächst in der umliegenden Gegend Bauernhöfe und Häuser mit Strom versorgt. 1904 aber war die Lösung gefunden: In nur sieben Monaten war das Wasserkraftwerk Kammerl mit Generatoren für niederfrequenten Wechselstrom ergänzt worden und erzeugte so bis zu seiner vorübergehenden Stilllegung im Jahr 2012 Bahnstrom für die Strecke Murnau-Oberammergau.

Von der vor 1900 errichteten Anlage sind die wasserbaulichen Teile nach umfangreichen Sanierungsmaßnahmen seit Februar 2015 wieder in Betrieb. Seither erzeugt die DB Energie GmbH in dem neuen, überwiegend unterirdischen Kraftwerk Drehstrom mit der Frequenz 50 Hertz und speist diesen in das Landesnetz ein.

In solchen besonderen Bahnstrom-Kraftwerken erzeugt die Deutsche Bahn insgesamt zwei Drittel der Energie. Ein Drittel bezieht sie aus dem öffentlichen 50-Hertz-Netz über Umformer und Umrichter, die den öffentlichen 50 Hertz-Strom in Bahnstrom mit der besonderen Frequenz von 16,7 Hertz (früher: 16 2/3 Hertz) umwandeln. Das Bahnstromnetz verteilt den für den Eisenbahnverkehr benötigten Strom mit einer Hochspannung von 110 kV zu den Unterwerken. Diese transformieren Hochspannung in 15.000 Volt Mittelspannung. Diese Energie fließt durch die Oberleitungen und treibt die elektrischen Züge an.

Als Wiege der industriellen Stromerzeugung in Bayern gilt das imposante Speicherkraftwerk am Walchensee. Bei seiner Inbetriebnahme 1924 gehörte es mit einer Leistung von 124 MW zu den größten Wasserkraftwerken der Welt und ist heute noch mit einer Jahreserzeugung von rund 300 Millionen kWh eines der größten Hochdruckspeicherkraftwerke in Deutschland. Erbaut wurde es von Oskar von Miller, einem Vordenker, der mit Hilfe des Höhenunterschieds zwischen Walchen- und Kochelsee elektrische Energie gewinnen wollte. Die Elektrifizierung Bayerns, insbesondere der Bahn, sollte damit voranschreiten.

Ende 1924 konnte die Deutsche Reichsbahn den elektrischen Betrieb auf der Strecke Garmisch-Murnau aufnehmen (die Strecke wurde mit Strom aus dem Walchenseekraftwerk versorgt) und im Januar 1925 ging der elektrische Betrieb bis Weilheim an den Start. Einen Monat später konnte der Betrieb bis Starnberg fortgeführt werden und bereits kurz darauf wurde die erste elektrische Probefahrt nach München Hauptbahnhof unternommen.

Pro Tag benötigen die elektrisch betriebenen Züge der Deutschen Bahn allein in Bayern etwa 2,7 Mrd. kWh Bahnstrom. Die Donau-Kraftwerkskette, bestehend aus den fünf Laufwasserkraftwerken Bertoldsheim, Bittenbrunn, Bergheim, Ingolstadt und Vohburg der Donau-Wasserkraft AG (DWK), liefert jährlich rund 640 Mio. kWh Bahnstrom aus nachhaltiger Wasserkraft und speist sie in das Netz der DB Energie. Die Kraftwerke sind schwellbetriebsfähige Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von 106 MW. Sie verfügen über jeweils drei Kaplanturbinen, die für die Stromerzeugung bei relativ geringer Fallhöhe und an Flüssen mit großer Wasserführung ideal sind. Durch die verstellbaren Leit- und Laufradschaufeln können Kaplanturbinen auf die jeweilige Wassermenge sehr gut angepasst werden und sind so bestens geeignet für den Einsatz an der Donau.

Fazit: Inzwischen erlebt die Nutzung der Wasserkraft nicht zuletzt durch die Energiewende eine Renaissance. Die CO2-neutrale Energiequelle erzeugt nicht nur nachhaltigen Strom in großem Maßstab, sondern sorgt insbesondere auch für eine hohe Flexibilität im Stromnetz, da der Wasserfluss durch Turbinen in Stauseen und durch Pumpspeicher gesteuert werden kann. Die Erzeugung von elektrischer Energie durch Wasserkraftanlagen in Kombination mit einem angemessenen Schutz und Wahrung der Gewässerökologie stellen einen wichtigen Baustein auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energiewende dar. ■

DB BAHNSTROM ENERGIEBILANZ 2019

Bahnstromeinspeisung 16,7 Hz:	9.248 GWh
Anteil Wasserkraft:	25,9 %
Bahnstromeinspeisung Wasserkraft aus Drehstrombezug:	1.470 GWh
Bahnstromerzeugung aus Wasserkraft in Bayern:	1.003 GWh
Bahnstromeinspeisung in die Oberleitung aus Unterwerken in Bayern:	1.037 GWh

STUDIE DER RWTH AACHEN

Wasserkraftanlagen stabilisieren mit Momentanreserve das Netz

Wenn im kommenden Jahr die letzten Kernkraftwerke in Deutschland vom Netz gehen, fällt damit dem Stromversorgungssystem auch Momentanreserve weg. Diese Systemdienstleistung sichert neben der Regelleistung die Stabilität der Netze im Falle von Störungen. Wie eine Studie der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen nun ergeben hat, können die Wasserkraftwerke hierzulande eine Störung, zum Beispiel durch einen ungeplanten Kraftwerksausfall von bis zu 500 Megawatt (MW), hinsichtlich der Momentanreserve ausgleichen. Das entspricht der Leistung eines mittelgroßen Kohlekraftwerks. Damit leisten sie einen relevanten Beitrag zur künftigen Netzstabilität und Versorgungssicherheit.



Wasserkraftwerk Schwabmünchen Bild: VBEW

Als Momentanreserve wird die unverzögert verfügbare Leistungsreserve in einem Energieübertragungssystem bezeichnet. Sie entsteht aus der Trägheit der rotierenden Schwungmassen der Synchrongeneratoren konventioneller Kraftwerke. Kommt es in einem Stromnetz zu einem abrupten Lastwechsel, kann das Leistungsdefizit nicht unmittelbar durch Regelkraftwerksleistung ausgeglichen werden. Denn diese ist immer mit einer gewissen Verzögerungszeit verbunden. Daher muss, um Instabilitäten und Unterbrechungen zu verhindern, unmittelbar nach dem Störungsfall genügend kinetische Energie aus rotierenden Schwungmassen von Kraftwerken im Versorgungssystem vorhanden sein.

Stand der Technik

Nach dem Aspekt der Erzeugungsmengen gelten Windenergie- und Photovoltaikanlagen als Hauptsäulen der künftigen regenerativen Energieproduktion. Diese üblicherweise leistungselektronisch angebundenen Anlagen liefern jedoch nach derzeitigem Stand der Technik noch keine Momentanreserve. Wasserkraftwerke hingegen sind dazu in der Lage.

Ein Team von Professor Albert Moser, Lehrstuhlinhaber Übertragungsnetze und Energiewirtschaft am Institut →




Generator des Saalachkraftwerks in Bad Reichenhall Bild: VBEW

für elektrische Anlagen und Netze, Digitalisierung und Energiewirtschaft (IAEW) an der RWTH Aachen, hat nun die Momentanreserve der Wasserkraftanlagen in Deutschland ermittelt und quantifiziert. Die Berechnungen basieren auf 7.988 Wasserkraftanlagen mit insgesamt 6,28 Gigawatt Nettonennleistung, die im Marktstammdatenregister der Bundesnetzagentur erfasst sind. Die Wissenschaftler ermittelten unter anderem die gespeicherte kinetische Energie der Wasserkraftanlagen, die sich aus der Trägheitskonstante und der Nennleistung der Generatoren bestimmen lässt.

Den Berechnungen zufolge ist eine kinetische Energie von rund 10,32 Gigawattsekunden (GWs) in den rotierenden Massen der Wasserkraftanlagen in Deutschland gespeichert. Zum Vergleich: Das Braunkohlekraftwerk Weisweiler Block H weist eine kinetische Energie von 2,4 GWs auf, das Kernkraftwerk Isar/Ohu 2 kommt auf 8,88 GWs. Die bereitgestellte kinetische Energie der Wasserkraftanlagen entspricht damit der Momentanreserve eines Kernkraftwerks.

Die Studie wurde federführend von Martin Knechtges und Stefanie Samaan geleitet. Sie zeigt weiterhin, dass ein Störereignis von 462,5 MW unter Berücksichtigung der Frequenzabhängigkeit der Netzlasten allein durch die Wasserkraftanlagen hinsichtlich der Momentanreserve aufgefangen werden könnte. Ihre vorgehaltene Momentanreserve reicht aus, um die daraus resultierende Frequenzänderungsrate und –abweichung ausreichend zu begrenzen. „Die deutschen Wasserkraftwerke tragen in dieser Höhe auch zur Beherrschung von größeren Leistungsdefiziten, zum Beispiel Netzauftrennungen, bei. Weitere Beiträge zur Beherrschung müssen dann aus anderen Anlagen noch bereitgestellt werden.“, fasst Martin Knechtges, wissenschaftlicher Mitarbeiter am IAEW, zusammen.

Kleine dezentrale Wasserkraftanlagen stabilisieren Netzbetrieb

Darüber hinaus weisen die Forscher insbesondere für Bayern darauf hin, dass in Bezug auf zukünftige Netzstrukturen und die autarke Versorgung kleiner zellularer Netze die dezentral vorhandenen Wasserkraftwerke zu einem stabilen Netzbetrieb beitragen können.

„Die Studie zeigt einmal mehr, dass Wasserkraftanlagen gerade vor dem Hintergrund der Abschaltung der Kernkraftwerke 2022 und anschließend der Kohlekraftwerke wichtige Systemdienstleistungen zur Netzstabilisierung erfüllen. Neben der Momentanreserve ist diesbezüglich beispielsweise auch die Schwarzstartfähigkeit zu nennen“, kommentiert Fritz Schweiger, Vorstandsvorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. Das heißt, nach einem großflächigen Stromausfall ist die Wasserkraft technisch in der Lage, den Wiederaufbau der Stromversorgung zu unterstützen.

„Die Studie zeigt aber auch auf, dass die bestehende Wasserkraft alleine nicht die notwendige Momentanreserve im Stromversorgungssystem bereitstellen kann. Mit dem Ausbau der Stromerzeugung aus Wasserkraft hätte man schon heute einen effizienten Lösungsbaustein dafür. Allerdings müssen auch die anderen erneuerbaren Energieträger künftig ihren Beitrag leisten. Jetzt sind die Ingenieure gefragt, wie dies mit moderner Leistungselektronik sichergestellt werden kann“, stellt Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbandes der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) e.V., fest.

Die Studie „Ermittlung der Momentanreserve von Wasserkraftanlagen in Deutschland“ am Institut für Elektrische Anlagen und Netze, Digitalisierung und Energiewirtschaft an der RWTH Aachen wurde im Auftrag des Bundesverbandes Deutscher Wasserkraftwerke (BDW) e.V., der Initiative „Wasserkraft Ja bitte!“ im Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) e.V. sowie der Interessengemeinschaft Wassernutzung NRW durchgeführt. ■



Terminhinweise

VERANSTALTUNG 1

13. BAYERISCHES ENERGIE FORUM

02.06.2022

im Bürgerhaus Garching

www.bayerisches-energieforum.de

VERANSTALTUNG 2

8. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

Termin folgt

www.bayerisches-wasserkraftforum.de

VERANSTALTUNG 3

9. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

Termin folgt

www.bayerisches-breitbandforum.de

GZ-AKADEMIE



GZ-AKADEMIE | THEMEN UND TERMINE:

Onlineveranstaltung Bildrechte & DSGVO (Teil 1 & 2):

25. Nov. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr
7. Dez. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr

Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung unter: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: je 145,- €
zzgl. MwSt. (290,- € zzgl. MwSt. für beide Termine)

IMPRESSUM:
Sonderdruck Nr. 21/2021 der
Bayerischen GemeindeZeitung

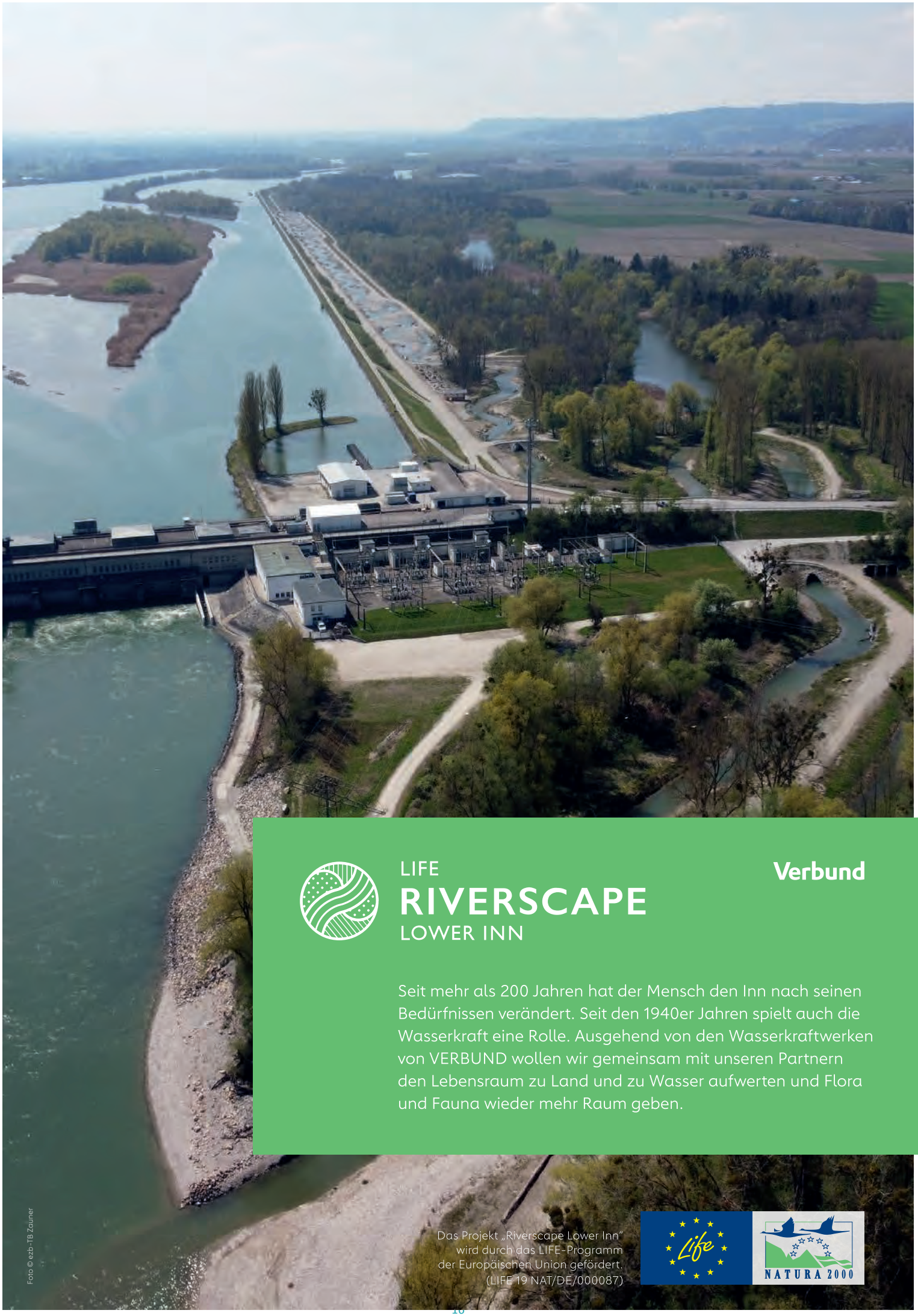
Erstellt mit Unterstützung von:
Verbund und LEW Wasserkraft

Redaktion: Constanze von Hassel, Doris Kirchner, Jan Kiver
Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: wie angegeben
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Anzeigenleitung: Monika Steer
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg



LIFE
RIVERSCAPE
LOWER INN

Verbund

Seit mehr als 200 Jahren hat der Mensch den Inn nach seinen Bedürfnissen verändert. Seit den 1940er Jahren spielt auch die Wasserkraft eine Rolle. Ausgehend von den Wasserkraftwerken von VERBUND wollen wir gemeinsam mit unseren Partnern den Lebensraum zu Land und zu Wasser aufwerten und Flora und Fauna wieder mehr Raum geben.

Das Projekt „Riverscape Lower Inn" wird durch das LIFE-Programm der Europäischen Union gefördert. (LIFE 19 NAT/DE/000087)

Foto © ezb-TB Zauner

20 JAHRE beck-online DIE DATENBANK

Öffentliche Verwaltung

Juristische Datenbankmodule für Städte und Gemeinden, Landkreise und sonstige Kommunalverwaltungen



36 FACHMODULE
für die effiziente und
rechtssichere Verwaltung

C.H.BECK



Willkommen bei beck-online.DIE DATENBANK

beck-online ist aus dem Arbeitsalltag nicht mehr wegzudenken. Juristen, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Personalleiter und viele weitere Berufsgruppen profitieren bei ihren Recherchen vom hohen Qualitätsstandard dieser Datenbank. Hinter beck-online steckt vor allem die langjährige Verlagserfahrung des Hauses **C.H.BECK,** aber auch das geballte Wissen von mittlerweile mehr als **60 Fachverlagen und Kooperationspartnern.** Damit schöpfen Sie bei jeder Suche aus dem Vollen und können das gefundene Ergebnis bei Bedarf mühelos nach allen Seiten absichern. So einfach war das Recherchieren noch nie.

Maßgebende Standardwerke
Der entscheidende Vorteil von beck-online liegt in der großen Zahl von Kommentaren und Handbüchern, die mit weiteren Quellen verlinkt sind: mit Urteilen, Formularen, Arbeitshilfen, Gesetzen und Zeitschriften.

Spezielle Online-Kommentierungen
Nur hier gibt es die erfolgreichen Online-Kommentierungen (BeckOK) und den beck-online.GROSSKOMMENTAR (BeckOGK), jeweils mit vierteljährlichen Aktualisierungen – ein unschätzbarer Vorteil in der schnelllebigen Rechtspraxis.

Immer aktuell
Die Inhalte von beck-online werden laufend aktualisiert, so dass Sie stets über die neuesten Auflagen, Gesetze und Entscheidungen verfügen.

Voll zitierbar
Alle Werke, Zeitschriften und Urteile sind uneingeschränkt zitierfähig.

Schnelle Ergebnisse
Die vielfältigen Suchfunktionen liefern Ihnen schnell das gewünschte Ergebnis. Suchen Sie einfach nach einem Paragrafen, Schlagwort oder Aktenzeichen.

Effizient organisiert
Dokumente und Recherche-Kosten lassen sich per Aktenverwaltung einfach einem Fall zuweisen.

Im passgenauen Zuschnitt
Über 180 Fachmodule und mehr als 180 weitere Module wie Zeitschriften-, Gesetzes- oder Formularmodule stehen zur Auswahl. Mit den Fachmodulen buchen Sie nur die Rechtsgebiete, die Sie wirklich brauchen.

Zu günstigen Konditionen
- 4 Wochen Gratis-Test
- 3 Nutzer pro Fachmodul inklusive
- Attraktive Vorzugspreise



Digitale Fachinformationen für eine effiziente Kommunalverwaltung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der digitale Transformationsprozess ist eine der zentralen Aufgaben in den Kommunalverwaltungen. Diesen Prozess mit **innovativen Lösungen** zu unterstützen, ist auch unsere Motivation bei beck-online, der führenden juristischen Datenbank.

Die Bandbreite der Themen, mit denen die Öffentliche Verwaltung zu tun hat, ist immens. Hier bietet Ihnen beck-online mit **36 Modulen aus allen großen Rechtsgebieten** die bestmögliche Versorgung mit digitalen Fachinformationen.

Nutzen Sie damit **renommierte Kommentare und Handbücher,** sorgfältig aufbereitete Gesetze und Rechtsprechung und eine Fülle praktischer Arbeitshilfen als Basis für die effiziente und rechtssichere Verwaltung.

Unser Angebot für die Öffentliche Verwaltung haben wir hier für Sie zusammengestellt. Blättern Sie doch gleich mal rein. Ich bin sicher: Auch für Ihr Ressort haben wir die passende Lösung.

Wir beraten Sie gerne in allen Fragen rund um beck-online. Ihren **persönlichen Ansprechpartner** finden Sie auf den nächsten Seiten sowie auf **ch.beck.de/Beratung.** Nutzen Sie auch unsere **kostenlosen Webinare:** In unseren Online-Schulungen vermitteln wir Ihnen die optimale Recherche-Technik für beck-online: **webinare.beck-online.de**

Mit freundlichen kollegialen Grüßen
Ihr



Mark Schneider (Ass. jur. MBA)
Vertriebsleitung elektronische Publikationen

PS: Machen Sie sich selbst ein Bild. Testen Sie das Modul Ihrer Wahl 4 Wochen lang kostenlos: **testen.beck-online.de**



Ihr Bedarf – unser Service – immer individuell

Unser Außendienst berät Sie in allen Fragen rund um unsere Fachmodule und nimmt sich gerne Zeit für eine umfassende und kostenlose Bedarfsanalyse.

Unsere Berater sind online oder vor Ort für Sie da:

- individuelle Bedarfsanalyse
- Modulvergleiche und Empfehlungen
- persönliche Schulungen, Webinare und Produktpräsentationen
- Beratung über aktuelle Neuerungen
- Angebote passend zu Ihrem Fachinformationsbedarf

Alle Vorteile nennt Ihnen Ihre persönliche Ansprechpartnerin oder Ihr persönlicher Ansprechpartner gerne in einem Gespräch.

Kontaktdaten unter **ch.beck.de/Beratung**

Beratung für Kommunen



Düsseldorf, Nordrhein-Westfalen Ost
Verkaufsleiter
RA Ralf Börtz
Tel. 02593 952255
ralf.boertz@beck.de



Nordrhein-Westfalen West
RA Hans-Jürgen Gilgen
Tel. 02131 738365
hans-juergen.gilgen@beck.de



Baden-Württemberg
RA André Walter
Tel. 06192 7036397
andre.walter@beck.de



Bayern Süd
RA Klaus Jumpertz
Tel. 089 38189204
klaus.jumpertz@beck.de



Bayern Nord
RA Frank Müller
Tel. 05144 4957006
frank.mueller@beck.de



Berlin, Brandenburg
RAin Stephanie Hörstel
Tel. 030 42083582
stephanie.hoerstel@beck.de



Bremen, Niedersachsen
RA Christian Joyce
Tel. 05152 5291529
christian.joyce@beck.de



Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein
RAin Nina Krogmann
Tel. 040 32527177
nina.krogmann@beck.de



Hessen, Thüringen
RA Matthias Dorl
Tel. 03621 510300
matthias.dorl@beck.de



Rheinland-Pfalz, Saarland
Michelle Wollbold,
Dipl.-Wirtschaftsjuristin (FH)
Tel. 06831 9594662
michelle.wollbold@beck.de



Sachsen, Sachsen-Anhalt
RA Thomas Figueredo González
Tel. 0341 2484145
thomas.gonzalez@beck.de



Verwaltungsrecht

Verwaltungsrecht PLUS 8
Verwaltungsrecht PREMIUM 9
Verwaltungsrecht OPTIMUM 10
NomosOnline Verwaltungsrecht 11
Verwaltungsrecht Kohlhammer 12

Beamtenrecht

Beamtenrecht PLUS 13

Öffentliches Baurecht

Öffentliches Baurecht PLUS 14
Öffentliches Baurecht Kohlhammer 15

Sicherheits- und Polizeirecht

Sicherheits- und Polizeirecht PLUS 16

Energie- und Umweltrecht

Umweltrecht PLUS 17

Ausländer- und Migrationsrecht

Ausländer- und Migrationsrecht PLUS 18

Öffentliche Verwaltung

Datenschutz- und IT-Recht

IT-Recht PLUS 19
Datenschutz- und Informationsfreiheitsrecht PLUS 20
Datenschutz- und Informationsfreiheitsrecht PREMIUM 21

Öffentliches Wirtschaftsrecht

Öffentliches Wirtschaftsrecht PLUS 22

Kommunal- und Landesrecht

Landesrecht Bayern 23
Landesrecht Baden-Württemberg 24
Landesrecht Hessen 25
Landesrecht Niedersachsen 26
Landesrecht Nordrhein-Westfalen 27
Beck-KOMMUNALPRAXIS PLUS 28

Arbeits- und Sozialrecht

Arbeitsrecht PLUS 30
Arbeitsrecht PREMIUM 31
Arbeitsschutzrecht PLUS 32
Öffentliches Arbeits- und Tarifrecht PLUS 33
Sozialrecht PLUS 34

Zivilrecht

Zivilrecht PLUS 35
Privates Baurecht PLUS 36
Privates Baurecht ibr-online 37
Vergaberecht PLUS 38

Verkehrsrecht

Verkehrsrecht PLUS 40
Verkehrsrecht PREMIUM 41

Übergreifende Sammlungen

Rechtsprechung PLUS 42
Corona und COVID-19 PLUS 43
beck-online PREMIUM 44
NomosOnline PREMIUM 46
beck-online Webinare und Mediathek 47













Verwaltungsrecht PLUS

Folgende Inhalte sind im PLUS-Modul enthalten:

Kommentare und Handbücher

Verwaltungsrecht

- Schoch/Schneider, Verwaltungsrecht | Highlight
  Der große renommierte VwGO-Kommentar erläutert jetzt auch das VwVfG. Profitieren Sie von rund 10.000 Seiten Verwaltungsrechts-Kompetenz!
- BeckOK VwGO, Hrsg. Posser/Wolff | Highlight
- Wysk, Verwaltungsgerichtsordnung
- Kuhla/Hüttenbrink, Der Verwaltungsprozess
- Stelkens/Bonk/Sachs, VwVfG | Highlight
  Mit eingehenden Erläuterungen zu den Entwicklungen im Europarecht. Berücksichtigt die Besonderheiten des Landesrechts und weist auf Parallelbestimmungen in SGB X, AO und weiteren Gesetzen hin.
- BeckOK VwVfG mit VwVG und VwZG, Hrsg. Bader/Ronellenfitsch
- Huck/Müller, Verwaltungsverfahrensgesetz
- Engelhardt/App/Schlatmann, VwVG/VwZG
- Denkhaus/Richter/Bostelmann, E-Government-Gesetz
- Johlen/Oerder, Münchener Anwaltshandbuch Verwaltungsrecht
- Rux, Schulrecht

Verfassungsrecht

- BeckOK Grundgesetz, Hrsg. Epping/Hillgruber

Ordnungswidrigkeitenrecht

- BeckOK OWiG, Hrsg. Graf

Staatshaftungsrecht

- Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht

Formulare

- Münchener Prozessformularbuch Verwaltungsrecht, Hrsg. Johlen
- BeckOF Prozess | Verwaltungsrecht

Zeitschriften mit Archiven

- NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, ab 1982
- NVwZ-RR – NVwZ-Rechtsprechungs-Report, ab 1988
- LKV – Landes- und Kommunalverwaltung, ab 1991 (Nomos)

Rechtsprechung und Aufsätze

- Rechtsprechung zum Verwaltungsrecht aus Beck'schen Zeitschriften sowie exklusiv online weitere Rechtsprechung im Volltext (BeckRS/BeckEuRS), dazu Leitsätze aus LSK zu weiteren Zeitschriften
- Aufsätze aus Beck'schen Zeitschriften, dazu Aufsatznachweise aus LSK zu weiteren Zeitschriften
- Verwaltungsrechtsprechung, 1949–1981

Normen

- Sartorius PLUS
- Wichtigste Normen (rechtsgebietsübergreifend)

Fach-News

Staats- und Verfassungsrecht und Öffentliches Recht

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/29385

Monatspreis **€ 92,–***
Vorzugspreis für Bezieher von NVwZ, LKV **€ 82,–***

* (Preise pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)

Nutzen Sie 10% Rabatt auf Verwaltungsrecht PLUS, indem Sie eines der folgenden Module hinzubuchen: Ausländer- und Migrationsrecht PLUS | Öffentliches Baurecht PLUS | Öffentliches Wirtschaftsrecht PLUS | Umweltrecht PLUS

Die kompletten Inhalte des Moduls **Verwaltungsrecht PLUS** sind im Modul **Verwaltungsrecht PREMIUM** enthalten.



Verwaltungsrecht PREMIUM

Folgende Inhalte sind im PREMIUM-Modul **zusätzlich** enthalten:

Maßgebende Kommentierungen

Allgemeines Verwaltungsrecht

- Eyermann, VwGO | Highlight
  Mit Kommentierung des Umweltrechtsbehelfsgesetzes.
- Sodan/Ziekow (Hrsg.), VwGO (Nomos) | Highlight
  Arbeitet die Grundlinien des Verwaltungsprozesses heraus und behandelt alle Details für eine überzeugende Argumentation im Prozess.
- Finkelnburg/Dombert/Külpmann, Vorläufiger Rechtsschutz im Verwaltungsstreitverfahren
- Mann/Sennekamp/Uechtritz (Hrsg.), VwVfG (Nomos) | Highlight
  Setzt Maßstäbe für eine zeitgemäße Interpretation des gesamten VwVfG.

Besonderes Verwaltungsrecht

- BeckOK Ausländerrecht, Hrsg. Kluth/Heusch
  Aktuelle Kommentierungen zu AufenthG, AsylG, FreizügG/EU und weiteren Vorschriften.
- BeckOK BauGB, Hrsg. Spannowsky/Uechtritz | Highlight
  Mit Schwerpunkten auf der Bauleitplanung, der Zulässigkeit von Vorhaben und dem besonderen Städtebaurecht.
- BeckOK BauNVO, Hrsg. Spannowsky/Hornmann/Kämper
- BeckOK Beamtenrecht Bund, Hrsg. Brinktrine/Schollendorf
  Kommentierungen zum BBG, BeamtenstatusG und BRRG.
- BeckOK Datenschutzrecht, Hrsg. Wolff/Brink
  Mit Darstellungen zum europäischen und bereichsspezifischen Datenschutz und umfassender BDSG-Kommentierung.
- BeckOK Gewerbeordnung, Hrsg. Pielow
- BeckOK Kommunalrecht Bayern, Hrsg. Dietlein/Suerbaum
- BeckOK Kommunalrecht Baden-Württemberg, Hrsg. Dietlein/Pautsch
- BeckOK Kommunalrecht Hessen, Hrsg. Dietlein/Ogorek
- BeckOK Kommunalrecht Niedersachsen, Hrsg. Dietlein/Mehde
- BeckOK Kommunalrecht NRW, Hrsg. Dietlein/Heusch
- BeckOK Umweltrecht, Hrsg. Giesberts/Reinhardt | Highlight
  Die fünf zentralen Gesetze (BImSchG, KrWG, BBodSchG, WHG und BNatSchG) sind umfassend und aktuell kommentiert.
- Paal/Pauly, DS-GVO/BDSG
  Erläutert die 184 Normen der DS-GVO und des neuen BDSG fundiert, übersichtlich und praxisgerecht.
- Schoch, Informationsfreiheitsgesetz
  Kommentiert das IFG des Bundes, berücksichtigt die Landesgesetze sowie das europäische Recht.
- Wurzel/Schraml/Becker, Rechtspraxis der kommunalen Unternehmen

Verfassungsrecht

- Sachs, Grundgesetz
- Streinz, EUV/AEUV
  Das große, wissenschaftlich vertiefte Standardwerk zum Europarecht.

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/14843592

Monatspreis **€ 167,–***
Vorzugspreis NVwZ, LKV **€ 162,–***

* (Preise pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)

Nutzen Sie 10% Rabatt auf Verwaltungsrecht PREMIUM, indem Sie eines der folgenden Module hinzubuchen: Ausländer- und Migrationsrecht PLUS | Öffentliches Baurecht PLUS | Öffentliches Wirtschaftsrecht PLUS | Umweltrecht PLUS

Die kompletten Inhalte des Moduls **Verwaltungsrecht PREMIUM** sind im Modul **Verwaltungsrecht OPTIMUM** enthalten.



Verwaltungsrecht OPTIMUM

Folgende Inhalte sind im OPTIMUM-Modul **zusätzlich** enthalten:

Kommentare und Handbücher

- **Prömper/Stein, Bundesgebührengesetz**
  Die prägnante und praxisnahe Kommentierung ist das perfekte Nachschlagewerk für alle, die sich mit dem Bundesgebührengesetz in Ministerien, Bundesbehörden, bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen, in Justiz, Anwaltschaft und Unternehmen befassen. Das Werk vereint alle Facetten des Bundesgebührengesetzes und informiert den Nutzer umfassend dank der Ausführungen zu Parallelvorschriften in den Landesgebührengesetzen der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und NRW.
- **Quaas/Zuck/Funke-Kaiser, (Hrsg.) Prozesse in Verwaltungssachen (Nomos)** | Highlight
  Erfahrene Rechtsanwälte und Richter führen sicher durch das Verwaltungs- und Widerspruchsverfahren und durch den Prozess. Wichtige Weichenstellungen bei der Mandatsbetreuung werden ebenso aufgezeigt wie Einwirkungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten, die rasche Lösungen für den Mandanten mit sich bringen können. Der Nutzer erhält wertvolle Hinweise zum taktischen Vorgehen in allen Verfahrensabschnitten.
- **Fehling/Kastner/Störmer, (Hrsg.) Verwaltungsrecht (Nomos)**
  Der Handkommentar liefert die praxisgerechte Lösung für das Allgemeine Verwaltungsrecht: Das Verfahrens- und Prozessrecht, einschließlich des Kostenrechts und der Anwaltsgebühren sowie die Regelungen über die Zustellung und Vollstreckung werden in einem Band kommentiert und deren Ineinandergreifen deutlich aufgezeigt. Die »Vernetzung« bei übergreifenden Themen macht die Gesamtstruktur des Verwaltungsverfahrens verständlich und verhilft im Beratungs- und Gerichtsalltag zuverlässig und schnell zu überzeugender Argumentation.
- Peters/Kukk/Ritgen, Der Beweis im Verwaltungsrecht
- Troidl, Akteneinsicht im Verwaltungsrecht (Hrsg.)

Beck'sche Online-Kommentare

- **BeckOK Vergaberecht, Hrsg. Gabriel/Mertens/Prieß/Stein**
  Die laufend aktualisierte Kommentierung für eine rechtssichere Anwendung des Vergaberechts, herausgegeben von Dr. Marc Gabriel, RA, FA für Vergaberecht; Prof. Dr. Susanne Mertens, RAin, FAin für Bau- und Architektenrecht, Informationstechnologierecht sowie Vergaberecht; Dr. Hans-Joachim Prieß, RA, Mitglied Expertenkommission des Bundeswirtschaftsministeriums zur Reform des deutschen Vergaberechts; Dr. Roland M. Stein, RA.
- BeckOK BVerfGG, Hrsg. Walter/Grünewald
- BeckOK HwO, Hrsg. Leisner
- BeckOK Infektionsschutzrecht, Hrsg. Winkelmüller/Eckart
- BeckOK Informations- und Medienrecht, Hrsg. Gersdorf/Paal
- **BeckOK Migrations- und Integrationsrecht, Hrsg. Decker/Bader/Kothe**
  Die laufend aktualisierte Kommentierung für eine rechtssichere Anwendung des Migrations- und Integrationsrechts, fachanwaltsbezogen und praxisnah aufbereitet.

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/30005268

In Vorbereitung

Monatspreis	**€ 219,–***
Vorzugspreis für Bezieher der NVwZ oder LKV	**€ 209,–***
Vorzugspreis für Bezieher der landesrechtlichen Module (Landesrecht PLUS)	**€ 184,–***

* (Preise pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)

Nutzen Sie 10% Rabatt auf Verwaltungsrecht OPTIMUM, indem Sie eines der folgenden Module hinzubuchen: Ausländer- und Migrationsrecht PLUS | Öffentliches Baurecht PLUS | Öffentliches Wirtschaftsrecht PLUS | Umweltrecht PLUS





Nomos

NomosOnline Verwaltungsrecht

Kommentare und Handbücher

- Mann/Sennekamp/Uechtritz (Hrsg.), Verwaltungsverfahrensgesetz
- Sodan/Ziekow (Hrsg.), Verwaltungsgerichtsordnung
- Fehling/Kastner/Störmer (Hrsg.), Verwaltungsrecht
- Eiding/Hofmann-Hoeppel (Hrsg.), Verwaltungsrecht
- Quaas/Zuck/Funke-Kaiser (Hrsg.), Prozesse in Verwaltungssachen
- Hömig/Wolff (Hrsg.), Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
- Sydow (Hrsg.), Europäische Datenschutzgrundverordnung
- Sydow, Bundesdatenschutzgesetz
- Terhechte (Hrsg.), Verwaltungsrecht der Europäischen Union
- Hufen/Siegel, Fehler im Verwaltungsverfahren
- Reimer, Verwaltungsdatenschutzrecht

Gesetze und zitierte Entscheidungen aus BeckRS

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/24405521

Monatspreis	**€ 44,–***
Vorzugspreis für Bezieher von Verwaltungsrecht PLUS	**€ 39,–***
Vorzugspreis für Bezieher von Verwaltungsrecht PREMIUM	**€ 35,–***

* (Preise pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)



Nomos

Nomos Kommentarmodul Eisenbahnrecht

Die Sammlung »Eisenbahnrecht« ist die einzige systematische Gesamtdarstellung des deutschen, europäischen und internationalen Eisenbahnrechts. Zahlreiche Vorschriften werden von hochqualifizierten Autoren erläutert.

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/15746133

Monatspreis	**€ 25,–***

* (Preis pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)







Kohlhammer

Verwaltungsrecht Kohlhammer

Kommentare

- **Redeker/von Oertzen, Verwaltungsgerichtsordnung | Highlight**
  Der Kommentar »Redeker/von Oertzen« bietet den am Verwaltungsprozess Beteiligten eine zuverlässige Wegweisung durch die vielfältigen Problemstellungen des Verwaltungsprozesses. Das Verständnis des Verwaltungsprozesses in Rechtsprechung und Wissenschaft entwickelt sich fort. Die entsprechenden Änderungen und Auswirkungen auf die gerichtliche und außergerichtliche Praxis stellt der Kommentar dar und bietet dort eigene Lösungen an, wo bislang keine Übereinstimmung erzielt werden konnte. Insbesondere dem Praktiker werden die Grundstrukturen des Verwaltungsrechts lösungsorientiert verdeutlicht.
- **Ziekow, Verwaltungsverfahrensgesetz**
  Der Kommentar »Ziekow« zum Verwaltungsverfahrensgesetz wird dem Bedürfnis der Praxis, eine handhabbare und verständliche Kommentierung zur Verfügung zu haben, in jeder Beziehung gerecht. Die Kommentierung verzichtet auf überflüssigen Ballast und liefert dafür überzeugende Begründungen auf wissenschaftlichem Niveau aus einem Guss. Der Kommentar orientiert sich im Wesentlichen an der Rechtsprechung, scheut aber auch die kritische Auseinandersetzung nicht.

Zeitschriften mit Archiven

- **DÖV – Die Öffentliche Verwaltung, ab 2000 | Highlight**
  Die »DÖV« informiert wissenschaftlich fundiert und praxisnah aufbereitet über alle Bereiche des öffentlichen Rechts mit Bezügen auch zu europäischem und außereuropäischem Recht. Die Abhandlungen der »DÖV« greifen alle aktuellen Streitstände auf. Ebenso informiert die »DÖV« über die Rechtsprechung der Verfassungs- und Verwaltungsgerichte sowie über die wichtigsten BGH- und EuGH-Entscheidungen mit öffentlich-rechtlichem Bezug.
- **VR – Verwaltungsrundschau, ab 2010**
  Die »VR« ist seit über 60 Jahren das zentrale Diskussionsforum für alle Fragen der Aus- und Fortbildung in der Verwaltung. Die Thematik umfasst nicht nur rechtliche Fragen, sondern auch verwaltungsrelevante Gebiete der Wirtschafts- und Finanzwissenschaft, der Sozialwissenschaften und der Verwaltungslehre.

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/13387790

Monatspreis **€ 41,–***
Vorzugspreis für Bezieher von Verwaltungsrecht PLUS oder Beck-KOMMUNALPRAXIS PLUS **€ 38,–***

* (Preise pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)

Auch als Zeitschriftenmodul beziehbar:



DÖV – Die Öffentliche Verwaltung, ab 2000

Monatspreis **€ 27,–***
Vorzugspreis **€ 15,–***
für Bezieher der DÖV oder von Verwaltungsrecht PLUS

* (Preise pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/12064293

Kohlhammer





Beamtenrecht PLUS

Kommentare und Handbücher

- **Battis, Bundesbeamtengesetz | Highlight**
  Der renommierte Standardkommentar zum BBG.
- **BeckOK Beamtenrecht Bund, Hrsg. Brinktrine/Schollendorf | Highlight**
  Laufend aktuelle Kommentierung zum Bundesbeamtengesetz, zum Beamtenstatusgesetz und zum Beamtenrechtsrahmengesetz.
- BeckOK Beamtenrecht Baden-Württemberg, Hrsg. Brinktrine/Hug
- BeckOK Beamtenrecht Bayern, Hrsg. Brinktrine/Voitl
- BeckOK Beamtenrecht Hessen, Hrsg. Brinktrine/Masuch
- BeckOK Beamtenrecht Niedersachsen, Hrsg. Brinktrine/Neuhäuser
- BeckOK Beamtenrecht Nordrhein-Westfalen, Hrsg. Brinktrine/Heid
- BeckOK BPersVG, Hrsg. Ricken
- **Böhle, Kommunales Personal- und Organisationsmanagement**
  Das Praxis-Handbuch fasst das komplette Wissen für ein professionelles Personal- und Organisationsmanagement zusammen.
- Däubler, Sicherheitsüberprüfungsgesetz
- **Reich, Beamtenstatusgesetz: BeamtStG**
  Kommentiert das Beamtenstatusgesetz praxisorientiert und prägnant mit Blick auf die Verzahnung des BeamtStG mit den Landesbeamtengesetzen.
- Reich, Bundesreisekostengesetz
- Richardi/Dörner/Weber, Personalvertretungsrecht
- Schnellenbach/Bodanowitz, Beamtenrecht in der Praxis
- Schrapper/Günther, Landesbeamtengesetz Nordrhein-Westfalen

Besoldungsrecht

- **Reich/Preißler, Bundesbesoldungsgesetz: BBesG**
  Erläutert das Bundesbesoldungsgesetz klar und anschaulich und berücksichtigt dabei auch das Landesbesoldungsrecht.
- **Hebeler/Kersten/Lindner, Handbuch Besoldungsrecht**
  Mit Schwerpunkt auf den Rechtsgrundlagen, dem Anspruch auf Besoldung und den Besoldungsbestandteilen.

Versorgungsrecht

- **Gilbert/Hesse, Die Versorgung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes**
  Der große Kommentar hilft bei der Anwendung der Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBLS) und des Tarifvertrags Altersversorgung (ATV).
- **Reich, Beamtenversorgungsgesetz**
  Neben dem Bundesrecht sind auch die Versorgungsregelungen der Länder bei den einzelnen Vorschriften behandelt.

Disziplinarrecht, Strafrecht

- Herrmann/Sandkuhl, Beamtendisziplinarrecht – Beamtenstrafrecht
- **Urban/Wittkowski, Bundesdisziplinargesetz: BDG**
  Ausführliche Erläuterung des materiellen Disziplinarrechts und des Disziplinarverfahrens.

Rechtsprechung und Normen

- Rechtsprechung zum Beamtenrecht auch aus BeckRS, NVwZ, NVwZ-RR, AP, NJW etc.
- Normen zum Beamtenrecht - Bundesbeamtengesetze und Landesrecht
- Wichtigste Normen (rechtsgebietsübergreifend)

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/15003858

Monatspreis **€ 69,–***

* (Preis pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)



Öffentliches Baurecht PLUS

Bauplanungs- und Fachplanungsrecht

- Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, BauGB | Highlight
  Der große Standardkommentar rund um das Baugesetzbuch sowie zu BauNVO · PlanZV · ImmoWertV.
- Battis/Krautzberger/Löhr, BauGB
- BeckOK BauGB, Hrsg. Spannowsky/Uechtritz | Highlight
- König/Roeser/Stock, BauNVO
  Die ideale Ergänzung zum BauGB-Kommentar.
- Bönker/Bischopink (Hrsg.), BauNVO (Nomos)
  Der BauNVO-Kommentar mit Immissionsschutzrecht, PlanzeichenV, den Regelungen zur Berechnung baulicher Kennziffern (DIN 277) und der GIF-Richtlinie zur Berechnung der Mietfläche für gewerblichen Raum.
- BeckOK BauNVO, Hrsg. Spannowsky/Hornmann/Kämper
  Erläutert die BauNVO praxisgerecht und stets auf dem neuesten Stand unter Berücksichtigung der BauNVO-Altfassungen.
- Stüer, Handbuch des Bau- und Fachplanungsrechts
  Führt durch alle Verfahrenswege: von Bauleitplanung und Baugenehmigung bis zu Fachplanung und Rechtsschutz.
- Stüer/Stüer, Bauen im Außenbereich
- Spannowsky/Runkel/Goppel, Raumordnungsgesetz
  Praxisnahe Kommentierung des Raumordnungsgesetzes (ROG).

Bauordnungsrecht

- Busse/Kraus, Bayerische Bauordnung | Highlight
  Mit umfassenden und grundlegenden Erläuterungen des Bauordnungsrechts.
- Hornmann, Hessische Bauordnung
- Große-Suchsdorf, Niedersächsische Bauordnung
- BeckOK zum Bauordnungsrecht:
  Baden-Württemberg, Hrsg. Spannowsky/Uechtritz
  Bayern, Hrsg. Spannowsky/Manssen
  Hessen, Hrsg. Spannowsky/Pützenbacher
  Niedersachsen, Hrsg. Spannowsky/Otto
  Nordrhein-Westfalen, Hrsg. Spannowsky/Saurenhaus

Sonderthemen

- Schwab, Städtebauliche Verträge
- Martin/Krautzberger, Handbuch Denkmalschutz und Denkmalpflege
  Das gesamte Fachwissen für Denkmalschutz und -pflege.
- Grziwotz/Lüke/Saller, Praxishandbuch Nachbarrecht
- Jeromin/Klose/Ring/Schulte Beerbühl, Stichwortkommentar Nachbarrecht (Nomos) | Neu in beck-online

Zeitschrift mit Archiv

- ZfBR – Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht, ab 1999 und ZfBR Beilage, ab 2012

Rechtsprechung und Aufsätze

- Rechtsprechung zum Öffentlichen Baurecht aus Beck'schen Zeitschriften sowie exklusiv online weitere Rechtsprechung im Volltext (BeckRS/BeckEuRS), dazu Leitsätze aus LSK zu weiteren Zeitschriften
- Aufsätze aus Beck'schen Zeitschriften, dazu Aufsatznachweise aus LSK zu weiteren Zeitschriften

Normen

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/29441

Monatspreis **€ 74,–***
Bei Buchung 10 % Rabatt auf Verwaltungsrecht PLUS | PREMIUM
* (Preis pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)





Kohlhammer

Öffentliches Baurecht Kohlhammer

Kommentare

- Brügelmann, Baugesetzbuch | Highlight
  Der Großkommentar bietet auf rund 11.000 Seiten eine ausführliche und grundlegende Kommentierung des BauGB, der BauNVO und der ImmoWertV. Enthalten sind eine Synopse der verschiedenen Fassungen der BauNVO sowie der Text einschlägiger Nebenvorschriften und Verordnungen in Bund und Ländern. Die Erläuterungen erfolgen aus der Sicht aller mit dem öffentlichen Baurecht befassten Berufsgruppen und bieten damit eine differenzierte Betrachtung der baurechtlichen Regelungen.
- Sauter, Landesbauordnung für Baden-Württemberg
  Der Standardkommentar enthält die für Praktiker unverzichtbaren und fundierten Erläuterungen zur Landesbauordnung sowie die Texte aller für das Bauordnungsrecht wesentlichen sonstigen Gesetze (z.B. BauPG), Verordnungen (z.B. LBOAVO, LBOVVO, GaVO, VStättVO) und Verwaltungsvorschriften (z.B. VwV Stellplätze, VwV Feuerwehrflächen, VwV Brandverhütungsschau).
- Fickert/Fieseler, Baunutzungsverordnung
  Ausführlich und mit vielen Beispielen erläutert der »Fickert/Fieseler« die Vorschriften der BauNVO. Schwerpunkte der Kommentierung sind die aktuellen und besonders schwierigen Fragen und Probleme bei der Bauleitplanung und Baugenehmigung. Der deutsche und gemeinschaftliche Umweltschutz wird besonders berücksichtigt.

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/13121670

Monatspreis	**€ 65,–***
Vorzugspreis für Bezieher von Öffentliches Baurecht PLUS oder Brügelmann, Baugesetzbuch (Print)	**€ 55,–***

* (Preise pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)







Sicherheits- und Polizeirecht PLUS

Kommentare/Handbücher/Lexika

Allgemeines Polizeirecht

- **Schenke/Graulich/Ruthig, Sicherheitsrecht des Bundes | Highlight**
  Das gesamte Recht der Sicherheitsbehörden des Bundes in einem Kommentar: u. a. das BPolG, BKAG, ATDG, BVerfSchG, BNDG und VereinsG.
- **Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts | Highlight**
  Der Klassiker bietet einen hervorragenden Überblick über alle präventiven und repressiven Befugnisse der Polizei in Bund und Ländern sowie auf europäischer Ebene.
- Möllers, Wörterbuch der Polizei
- Däubler, Sicherheitsüberprüfungsgesetz: SÜG

Polizeirecht der Länder

- BeckOK Polizeirecht Baden-Württemberg, Hrsg. Möstl/Trurnit
- BeckOK Polizei- und Sicherheitsrecht Bayern, Hrsg. Möstl/Schwabenbauer
- Schmidbauer/Steiner, Bayerisches PAG und POG
- BeckOK Polizei- und Ordnungsrecht Hessen, Hrsg. Möstl/Bäuerle
- BeckOK Polizei- und Ordnungsrecht Niedersachsen, Hrsg. Möstl/Weiner
- BeckOK Polizei- und Ordnungsrecht Nordrhein-Westfalen, Hrsg. Möstl/Kugelmann

Datenschutzrecht

- Paal/Pauly, DS-GVO/BDSG
- Johannes/Weinhold, Das neue Datenschutzrecht bei Polizei und Justiz (Nomos)

Waffenrecht

- Gade, Waffengesetz: WaffG
- Heller/Soschinka/Rabe, Waffenrecht
- Steindorf, Waffenrecht

Versammlungsrecht

- Dürig-Friedl/Enders, Versammlungsrecht
- Peters/Janz, Handbuch Versammlungsrecht
- Ridder/Breitbach/Deiseroth, Versammlungsrecht

Pass- und Ausweisrecht

- Hornung/Möller, Passgesetz – Personalausweisgesetz
- Beimowski/Gawron, Passgesetz, Personalausweisgesetz

Weitere Themen

- Albrecht/Roggenkamp, Vereinsgesetz
- Dauses/Ludwigs, Handbuch des EU-Wirtschaftsrechts (Auszug RFSR)

Zeitschrift mit Archiv

- GSZ – Zeitschrift für das Gesamte Sicherheitsrecht, ab 11/2017 **| Highlight**

Rechtsprechung und Aufsätze

- Rechtsprechung zum Sicherheits- und Polizeirecht aus Beck'schen Zeitschriften sowie exklusiv online weitere Rechtsprechung im Volltext (BeckRS/BeckEuRS), dazu Leitsätze aus LSK zu weiteren Zeitschriften
- Aufsätze aus Beck'schen Zeitschriften, dazu Aufsatznachweise aus LSK zu weiteren Zeitschriften

Normen

- Normen zum Sicherheits- und Polizeirecht
- Wichtigste Normen (rechtsgebietsübergreifend)

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/15121771

Monatspreis **€ 76,–***

* (Preis pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)









dfv Mediengruppe

Umweltrecht PLUS

Kommentare

- **Landmann/Rohmer, Umweltrecht | Highlight**
  Der umfassende Großkommentar deckt alle praxisrelevanten Vorschriften ab: UIG, USchadG, UmwRG, WHG, KrWG, BBodSchG, BNatSchG, BImSchG, BImSchV, TA Luft, TA Lärm, TEHG u.a.m.
- **BeckOK Umweltrecht, Hrsg. Giesberts/Reinhardt | Highlight**
  Die fünf zentralen Gesetze des besonderen Umweltrechts (BImSchG, KrWG, BBodSchG, WHG und BNatSchG) werden umfassend und laufend aktuell kommentiert.
- Jarass, BImSchG
- Jarass/Petersen, Kreislaufwirtschaftsgesetz
- Sieder/Zeitler/Dahme/Knopp, Wasserhaushaltsgesetz, Abwasserabgabengesetz
- Lütkes/Ewer, BNatSchG
- Schink/Reidt/Mitschang, Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz/ Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz: UVPG/UmwRG

Handbücher

- Koch/Hofmann/Reese, Handbuch Umweltrecht
- Münchener Anwaltshandbuch Verwaltungsrecht (Auszug Umweltrecht), Hrsg. Johlen/Oerder
- Breuer/Gärditz, Öffentliches und privates Wasserrecht
- Vogel/Stockmeier, Umwelthaftpflichtversicherung, Umweltschadensversicherung

Lehrbuch

- Kloepfer, Umweltrecht

Formulare

- Münchener Prozessformularbuch Bd. 7: Verwaltungsrecht (Auszug Umweltrecht), Hrsg. Johlen

Zeitschriften mit Archiven

- **ZUR – Zeitschrift für Umweltrecht, ab 2004 (Nomos) | Highlight**
  Die »ZUR« kombiniert größtmögliche Aktualität, zuverlässige Berichterstattung über die wesentlichen Entwicklungen des Rechtsgebiets und wissenschaftliche Gründlichkeit.
- ZfU – Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht, ab 2011 (dfv)

Rechtsprechung und Aufsätze

- Rechtsprechung zum Umweltrecht aus Beck'schen Zeitschriften sowie exklusiv online weitere Rechtsprechung im Volltext (BeckRS/BeckEuRS), dazu Leitsätze aus LSK zu weiteren Zeitschriften
- Aufsätze zum Umweltrecht aus Beck'schen Zeitschriften, dazu Aufsatznachweise aus LSK zu weiteren Zeitschriften

Normen

- Normen zum Umweltrecht
- Wichtigste Normen (rechtsgebietsübergreifend)

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/21828

Monatspreis **€ 47,–***

Bei Buchung 10 % Rabatt auf Verwaltungsrecht PLUS | PREMIUM | OPTIMUM

* (Preis pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)









Nomos

Ausländer- und Migrationsrecht PLUS

Kommentare und Handbücher

- Bergmann/Dienelt, Ausländerrecht | **Highlight**
  Der maßgebende Richterkommentar – mit den Änderungen durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz.
- Hofmann (Hrsg.), Ausländerrecht (Nomos) | **Highlight**
- **BeckOK Ausländerrecht, Hrsg. Kluth/Heusch | Highlight**
  Mit aktuellen Kommentierungen zu AufenthG, BeschV, AsylG, FreizügG/EU, ARB 1/80, AEUV, EMRK, Art. 116 GG, StAG.
- Dauses/Ludwigs, Handbuch des EU-Wirtschaftsrechts (Auszüge: FreizügigkeitsR und RFSR)
- Huber/Mantel, Aufenthaltsgesetz/Asylgesetz
- Hailbronner/Maaßen/Hecker/Kau, Staatsangehörigkeitsrecht
- Grube/Wahrendorf/Flint, SGB XII, SGB IX (Teil 2) und AsylbLG
- Meyer-Ladewig/Nettesheim/von Raumer (Hrsg.), Europäische Menschenrechtskonvention (Nomos)
- Karpenstein/Mayer, EMRK
- Marx, Aufenthalts-, Asyl- und Flüchtlingsrecht (Nomos)
- Münchener Anwaltshandbuch Verwaltungsrecht (Auszug Ausländer- und Asylrecht), Hrsg. Johlen/Oerder
- Münchener Anwaltshandbuch Strafverteidigung (Auszüge: Ausländer und Beschuldigte aus fremden Kulturkreisen, Ausländerrechtliche Konsequenzen des Strafverfahrens, Ausländerrechtliche Straftaten), Hrsg. Widmaier/Müller/Schlothauer
- Kluth/Hornung/Koch, Handbuch Zuwanderungsrecht
- **BeckOK Migrations- und Integrationsrecht, Hrsg. Decker/Bader/Kothe**
- Hornung/Möller, Passgesetz – Personalausweisgesetz
- Offer/Mävers, Beschäftigungsverordnung
- Heusch/Haderlein/Fleuß/Barden, Asylrecht in der Praxis
- Huber/Eichenhofer/Endres de Oliveira, Aufenthaltsrecht
- Göbel-Zimmermann/Eichhorn/Beichel-Benedetti, Asyl- und Flüchtlingsrecht
- Siefert, Asylbewerberleistungsgesetz

Formulare

- Marx (Hsrg.), Ausländer- und Asylrecht (Nomos)
- Münchener Prozessformularbuch Bd. 7: Verwaltungsrecht (Auszug Migrationsrecht), Hrsg. Johlen

Zeitschrift und Entscheidungssammlung

- ZAR – Zeitschrift für Ausländerrecht, ab 2005 (Nomos)
- EZAR NF – Entscheidungssammlung zum Ausländerrecht, ab 2005 (Nomos)

Rechtsprechung und Aufsätze

- Rechtsprechung zum Ausländer- und Asylrecht aus Beck'schen Zeitschriften sowie exklusiv online weitere Rechtsprechung im Volltext (BeckRS/BeckEuRS), dazu Leitsätze aus LSK zu weiteren Zeitschriften
- Aufsätze aus Beck'schen Zeitschriften, dazu Aufsatznachweise aus LSK zu weiteren Zeitschriften

Normen

- Normen zum Ausländer- und Asylrecht
- Wichtigste Normen (rechtsgebietsübergreifend)

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/6167634

Monatspreis **€ 62,–***

Bei Buchung 10 % Rabatt auf Verwaltungsrecht PLUS | PREMIUM | OPTIMUM

* (Preis pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)









IT-Recht PLUS

Kommentare, Handbücher, Lexikon

IT-Recht

- Taeger/Pohle, Computerrechts-Handbuch
- Leupold//Wiebe/Glossner, IT-Recht
- Redeker, IT-Recht
- Schmidl, IT-Recht von A-Z

Multimediarecht

- BeckOK Informations- und Medienrecht, Hrsg. Gersdorf/Paal | Highlight
  Der Querschnittskommentar enthält Kommentierungen zu über 35 Gesetzen, unter anderem zum neuen Medienstaatsvertrag.
- BeckOK JMStV, Hrsg. Liesching
- Beck'scher Kommentar zum Rundfunkrecht, Hrsg. Binder/Vesting
- Spindler/Schuster, Recht der elektronischen Medien | Highlight
  Das umfangreiche Werk kommentiert die wichtigen materiellen Vorschriften für den Bereich der elektronischen Medien.
- Damm/Rehbock, Widerruf, Unterlassung und Schadensersatz in den Medien
- Hoeren/Sieber/Holznagel, Multimedia-Recht | Highlight
  Von den Grundlagen über die unzähligen Rechtsfragen im Online-Bereich bis hin zur Haftung und internationalen Gerichtszuständigkeit im Internet.

Telekommunikationsrecht

- Beck'scher TKG-Kommentar, Hrsg. Geppert/Schütz

Datenschutzrecht

- Paal/Pauly, DS-GVO/BDSG
- Gola/Heckmann, Bundesdatenschutzgesetz

Lauterkeitsrecht und Urheberrecht

- Ohly/Sosnitza, UWG
- Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar Urheberrecht

Formulare

- BeckOF Vertrag und Prozess | IT-Recht
- BeckOF IT- und Datenrecht

Zeitschrift mit Archiv

- MMR – Zeitschrift für IT-Recht und Recht der Digitalisierung, ab 1998 | Highlight

Newsdienst MMR-Aktuell

Tagungsbände DSRI-Herbstakademie

Hrsg. Taeger, ab 2010

Rechtsprechung und Aufsätze

- Rechtsprechung zum Multimediarecht aus Beck'schen Zeitschriften sowie exklusiv online weitere Rechtsprechung im Volltext (BeckRS/BeckEuRS), dazu Leitsätze aus LSK zu weiteren Zeitschriften
- Aufsätze aus Beck'schen Zeitschriften, dazu Aufsatznachweise aus LSK zu weiteren Zeitschriften

Normen

- Normen zum Multimediarecht
- Wichtigste Normen (rechtsgebietsübergreifend)

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/29202

Monatspreis	**€ 100,–***
Vorzugspreis für Bezieher der MMR oder von Gewerblicher Rechtsschutz PLUS | PREMIUM	**€ 90,–***
Vorzugspreis für davit-Mitglieder	**€ 75,–****
Vorzugspreis für davit-Mitglieder und Bezieher der MMR	**€ 67,50****

* (Preise pro Monat für bis zu 3 Nutzer (** 1 Nutzer), zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)







Datenschutz- und Informationsfreiheitsrecht PLUS

Folgende Inhalte sind im PLUS-Modul enthalten:

Kommentare und Handbücher

Kommentare zum Datenschutzrecht [1)]

- **BeckOK Datenschutzrecht, Hrsg. Wolff/Brink | Highlight**
  Vierteljährlich aktualisierte Kommentierungen zur DS-GVO und zum neuen BDSG sowie Darstellungen zum bereichsspezifischen Datenschutz.
- **Paal/Pauly, DS-GVO/BDSG**
  Der Kompakt-Kommentar erläutert die DS-GVO und das neue BDSG fundiert und praxisgerecht – eine sichere Orientierungshilfe.
- **Simitis/Hornung/Spiecker gen. Döhmann, Datenschutzrecht (Nomos) | Highlight**
- **Gola/Heckmann, Bundesdatenschutzgesetz**

Kommentare zu Sonderthemen

- **Schoch, Informationsfreiheitsgesetz**
  Der Großkommentar zum Informationsfreiheitsrecht.
- **BeckOK Informations- und Medienrecht, Hrsg. Gersdorf/Paal**
  Mit Kommentierungen zu IFG, VIG, UIG und Landes-IFG.

Handbücher

- **Auer-Reinsdorff/Conrad, Handbuch IT- und Datenschutzrecht | Highlight**
  Das Handbuch behandelt das gesamte IT- und Datenschutzrecht mandatsorientiert und befasst sich mit allen Themen, die ein Fachanwalt für IT-Recht nach § 14k FAO beherrschen muss.
- **Forgó/Helfrich/Schneider, Betrieblicher Datenschutz**
- **Schantz/Wolff, Das neue Datenschutzrecht**
- **Schröder, Datenschutzrecht für die Praxis**
- **Wächter, Datenschutz im Unternehmen**

Formulare

- **Koreng/Lachenmann, Formularhandbuch Datenschutzrecht | Highlight**
  Erstklassige Hilfe beim Umsetzen der Vorgaben der DS-GVO.
- **BeckOF IT- und Datenrecht | Highlight**

Zeitschrift mit Archiv

- **ZD – Zeitschrift für Datenschutz, ab 2011 | Highlight**
  Die ZD informiert umfassend über die relevanten datenschutzrechtlichen Aspekte aus allen Rechtsgebieten und begleitet die nationale, europäische sowie internationale Gesetzgebung und Diskussion um den Datenschutz.
- **Newsdienst ZD-Aktuell**

Rechtsprechung und Aufsätze

- **Rechtsprechung zum Datenschutzrecht aus Beck'schen Zeitschriften sowie Rechtsprechung im Volltext (BeckRS/BeckEuRS), dazu Leitsätze aus LSK zu weiteren Zeitschriften**
- **Aufsätze zum Datenschutzrecht aus Beck'schen Zeitschriften, dazu Aufsatznachweise aus LSK zu weiteren Zeitschriften**

Normen

- **Normen zum Datenschutzrecht**
- **Wichtigste Normen (rechtsgebietsübergreifend)**

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/11249239

Monatspreis	**€ 65,–***
Vorzugspreis für Bezieher von IT-Recht PLUS | PREMIUM oder der Zeitschrift ZD	**€ 59,–***
Vorzugspreis für davit-Mitglieder	**€ 48,75****
Vorzugspreis für davit-Mitglieder, die gleichzeitig Bezieher der Zeitschrift ZD sind	**€ 44,25****

* (Preise pro Monat für bis zu 3 Nutzer (** 1 Nutzer), zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)

1) Die Kommentierungen zum alten BDSG stehen Ihnen in diesem Modul im Archiv weiterhin zur Verfügung.
Übrigens: Alle Altauflagen werden in beck-online dauerhaft archiviert.

Die kompletten Inhalte des Moduls **Datenschutz- und Informationsfreiheitsrecht PLUS** sind im Modul **Datenschutz- und Informationsfreiheitsrecht PREMIUM** enthalten.





Datenschutz- und Informationsfreiheitsrecht PREMIUM

Folgende Inhalte sind im PREMIUM-Modul **zusätzlich** enthalten:

Kommentare und Handbücher

Kommentare zum Datenschutzrecht

- **Ehmann/Selmayr, Datenschutz-Grundverordnung | Highlight**
  Das Werk erläutert die DS-GVO aus europäischer Sicht und besonders praxisorientiert. Die Kommentierung zeichnet sich durch eine klare Systematik aus und bietet eine wissenschaftliche Vertiefung an den entscheidenden Stellen.
- **Gola, Datenschutz-Grundverordnung**
  Der Kommentar von Gola bietet einen ebenso kompakten wie praxisgerechten Überblick über die europäische Datenschutz-Grundverordnung.
- **Kühling/Buchner, DS-GVO/BDSG | Highlight**
  Der Kommentar ist auf die Bedürfnisse von Praxis und Wissenschaft gleichermaßen zugeschnitten. Dabei wird die zunehmende Vernetzung und Digitalisierung der Wirtschaft berücksichtigt.
- Sydow, Europäische Datenschutzgrundverordnung (Nomos)
- **Taeger/Gabel, DSGVO/BDSG (Deutscher Fachverlag) | Highlight**
  Für Praktiker, Rechtswissenschaftler und Datenschutzbeauftragte.

Kommentare zu Sonderthemen

- **Brink/Polenz/Blatt, Informationsfreiheitsgesetz**
  Kommentiert das IFG und berücksichtigt auch das Recht der Länder.
- **Spindler/Schmitz, Telemediengesetz**
  Eingehende Kommentierung des TMG.
- **Scheurle/Mayen, Telekommunikationsgesetz**
  Der bewährte TKG-Kommentar für wissenschaftlich fundierte Praxislösungen.
- **Beimowski/Gawron, Passgesetz, Personalausweisgesetz**
  Der Beck'sche Kompakt-Kommentar zum Thema.
- **Engelbrecht/Schwabenbauer, BMG – in Vorb.**
  Das Bundesmeldegesetz handlich und präzise kommentiert.

Einführungen ins Datenschutzrecht

- Albrecht/Jotzo, Das neue Datenschutzrecht der EU (Nomos)
- Rücker/Kugler, New European General Data Protection Regulation
- Schneider, Datenschutz nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung

Handbücher zum bereichsspezifischen Datenschutz

- **v. d. Bussche/Voigt, Konzerndatenschutz**
  Das Rechtshandbuch für die Lösung konzerndatenschutzrechtlich relevanter Probleme.
- Dochow/Dörfer/Halbe u.a., Datenschutz in der ärztlichen Praxis, (Deutscher Ärzte Verlag)
- Jandt/Steidle, Datenschutz im Internet (Nomos)
- Laue/Nink/Kremer, Das neue Datenschutzrecht in der betrieblichen Praxis (Nomos)
- Specht/Mantz, Handbuch Europäisches und Deutsches Datenschutzrecht
- **Weth/Herberger/Wächter/Sorge, Daten- und Persönlichkeitsschutz im Arbeitsverhältnis**
  Das Praxishandbuch zum Arbeitnehmerdatenschutz.

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/20833162

Monatspreis	**€ 109,–***
Vorzugspreis für Bezieher von IT-Recht PLUS	PREMIUM oder der Zeitschrift ZD	**€ 99,–***
Vorzugspreis für davit-Mitglieder	**€ 81,75****
Vorzugspreis für davit-Mitglieder, die gleichzeitig Bezieher der Zeitschrift ZD sind	**€ 74,25****

* (Preise pro Monat für bis zu 3 Nutzer (** 1 Nutzer), zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)



Öffentliches Wirtschaftsrecht PLUS

Kommentare und Handbücher

Gewerberecht

- Landmann/Rohmer, GewO | **Highlight**
- BeckOK GewO, Hrsg. Pielow | **Highlight**
- Ennuschat/Wank/Winkler, GewO
- Marcks, Makler- und Bauträgerverordnung
- BeckOK HwO, Hrsg. Leisner | **Highlight**
- Honig/Knörr/Thiel, Handwerksordnung
- Metzner/Thiel, Gaststättenrecht – in Vorb.
- Klindt, Produktsicherheitsgesetz
- Hollinger/Schade, Mess- und Eichgesetz, Mess- und Eichverordnung: MessEG/MessEV
- Bloehs/Frank, Akkreditierungsrecht (Kommentar)

Arbeitsschutz

- Kollmer/Klindt/Schucht, Arbeitsschutzgesetz
- Kollmer/Wiebauer/Schucht, Arbeitsstättenverordnung

Energierecht

- Theobald/Kühling, Energierecht

Internationales Wirtschaftsrecht

- Dauses/Ludwigs, Handbuch des EU-Wirtschaftsrechts
- Herdegen, Internationales Wirtschaftsrecht

Vergaberecht

- Beck'scher Vergaberechtskommentar, Hrsg. Burgi/Dreher
- Burgi, Vergaberecht

Weitere Themen

- Schulte/Kloos, Handbuch Öffentliches Wirtschaftsrecht
- Wurzel/Schraml/Becker, Rechtspraxis der kommunalen Unternehmen
- Hidien/Jürgens, Die Besteuerung der öffentlichen Hand
- Müller/Richter/Ziekow, Handbuch Zuwendungsrecht
- Weber/Schäfer/Hausmann, Praxishandbuch Public Private Partnership
- Heinze/Fehling/Fiedler, Personenbeförderungsgesetz
- Beck'scher TKG-Kommentar, Telekommunikationsgesetz, Hrsg. Geppert/Schütz
- Bartosch, EU-Beihilfenrecht

Zeitschriften mit Archiven

- Gewerbearchiv – Zeitschrift für Wirtschaftsverwaltungsrecht, ab 2000 | **Highlight**
- ZfWG – Zeitschrift für Wett- und Glückspielrecht, ab 2006 (dfv)

Rechtsprechung und Aufsätze

- Rechtsprechung zum Öffentlichen Wirtschaftsrecht aus Beck'schen Zeitschriften sowie Rechtsprechung im Volltext (BeckRS/BeckEuRS), dazu Leitsätze aus LSK zu weiteren Zeitschriften
- Aufsätze zum Öffentlichen Wirtschaftsrecht aus Beck'schen Zeitschriften, dazu Aufsatznachweise aus LSK zu weiteren Zeitschriften

Normen

- Normen zum Öffentlichen Wirtschaftsrecht
- Wichtigste Normen (rechtsgebietsübergreifend)

dfv Mediengruppe

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/29442

Monatspreis **€ 89,–***

Bei Buchung 10 % Rabatt auf Verwaltungsrecht PLUS | PREMIUM | OPTIMUM

* (Preis pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)





Landesrecht Bayern PLUS

Kommentare und Handbücher

Allgemeines

- **Becker/Heckmann/Kempen/Manssen, Öffentliches Recht in Bayern**
  Verfassungsrecht, Kommunalrecht, Polizei- und Sicherheitsrecht, Öffentliches Baurecht.
- BeckOK VwGO, Hrsg. Posser/Wolff
- BeckOK VwVfG mit VwVG und VwZG, Hrsg. Bader/Ronellenfitsch

Kommunal- und Verfassungsrecht

- BeckOK Kommunalrecht Bayern, Hrsg. Dietlein/Suerbaum | Highlight
- **Christ/Oebbecke, Handbuch Kommunalabgabenrecht**
  Erläutert die einzelnen Kommunalabgaben und das Verfahren der Erhebung.
- **Lindner/Möstl/Wolff, Verfassung des Freistaates Bayern**
  Der Kommentar bietet eine ebenso umfassende wie praxisgerechte Erläuterung der Bayerischen Verfassung.
- **Widtmann/Grasser/Glaser, Bayerische Gemeindeordnung | Highlight**
  Erläutert die GO, die VGemO, die LKrO und das KommZG.

Baurecht, Straßen und Wegerecht

- BeckOK Bauordnungsrecht Bayern, Hrsg. Spannowsky/Manssen
- **Grziwotz/Saller, Bayerisches Nachbarrecht**
  Das Handbuch zum gesamten privaten und öffentlichen Nachbarrecht.
- Martin/Krautzberger, Handbuch Denkmalschutz und Denkmalpflege
- **Schwarzer/König, Bayerische Bauordnung**
  Schnelle Orientierung im Bayerischen Baurecht.
- **Busse/Kraus, Bayerische Bauordnung | Highlight**
  Beantwortet nahezu alle Fragen zum bayerischen Baurecht. Kernstück ist die Kommentierung der BayBO mit Übersichten und graphischen Darstellungen.
- Zeitler, Bayerisches Straßen- und Wegegesetz

Polizei-und Versammlungsrecht

- BeckOK Polizei- und Sicherheitsrecht Bayern, Hrsg. Möstl/Schwabenbauer | Highlight
- **Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts**
  Das große Handbuch zu Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und Rechtsschutz.
- **Peters/Janz, Handbuch Versammlungsrecht**
  Alles zu Versammlungsfreiheit, Eingriffsbefugnissen, Rechtsschutz.
- Schmidbauer/Steiner, PAG und POG

Weiteres Besonderes Verwaltungsrecht

- BeckOK Beamtenrecht Bayern, Hrsg. Brinktrine/Voitl
- **BeckOK Hochschulrecht Bayern, Hrsg. von Coelln/Lindner**
  Mit Kommentierung des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes
- Sieder/Zeitler, Bayerisches Wassergesetz
  Der Standardkommentar zum BayWG und BayAbwAG.
- Schröder, Bayerisches Datenschutzgesetz

Rechtsprechung und Normen

- Rechtsprechung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs und der Verwaltungsgerichte mit landesrechtlichem Bezug
- Normen zum Landesrecht Bayern

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/16626378

Monatspreis **€ 87,–***

* (Preis pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)





Nomos

Landesrecht Baden-Württemberg PLUS

Kommentare und Handbücher

Allgemeines

- BeckOK VwGO, Hrsg. Posser/Wolff
- BeckOK VwVfG mit VwVG und VwZG, Hrsg. Bader/Ronellenfitsch
- Ennuschat/Ibler/Remmert, Öffentliches Recht in Baden-Württemberg

Kommunalrecht und Verfassungsrecht

- BeckOK Kommunalrecht Baden-Württemberg, Hrsg. Dietlein/Pautsch **| Highlight**
- **Christ/Oebbecke, Handbuch Kommunalabgabenrecht**
  Erläutert die einzelnen Kommunalabgaben und das Verfahren der Erhebung.
- Gern/Brüning, Deutsches Kommunalrecht (Nomos)
- Haug (Hrsg.), Verfassung des Landes Baden-Württemberg (Nomos) **| Highlight**

Baurecht, Straßen- und Wegerecht

- BeckOK Bauordnungsrecht Baden-Württemberg, Hrsg. Spannowsky/Uechtritz **| Highlight**
  Die praxisgerechte und laufend aktualisierte Kommentierung zur Landesbauordnung für Baden-Württemberg.
- Bruns, Nachbarrechtsgesetz Baden-Württemberg
- **Grziwotz/Lüke/Saller, Praxishandbuch Nachbarrecht**
  Das Handbuch zum gesamten privaten und öffentlichen Nachbarrecht.
- Hager/Hammer/Morlock/Zimdars/Davydov, Denkmalrecht Baden-Württemberg (KSV)
- Martin/Krautzberger, Handbuch Denkmalschutz und Denkmalpflege
- Schumacher, Straßengesetz für Baden-Württemberg (KSV)

Polizei- und Versammlungsrecht

- BeckOK Polizeirecht Baden-Württemberg, Hrsg. Möstl/Trurnit
- **Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts**
  Das große Handbuch zu Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und Rechtsschutz.
- **Peters/Janz, Handbuch Versammlungsrecht**
  Alles zu Versammlungsfreiheit, Eingriffsbefugnissen, Rechtsschutz.

Weiteres Besonderes Verwaltungsrecht

- BeckOK Beamtenrecht Baden-Württemberg, Hrsg. Brinktrine/Hug
- **BeckOK Hochschulrecht Baden-Württemberg, Hrsg. von Coelln/Haug**
  Mit Kommentierung des Landeshochschulgebührengesetzes.
- Debus (Hrsg.), Informationszugangsrecht Baden-Württemberg (Nomos)
- Heiland/Pautsch, Wassergesetz für Baden-Württemberg (KSV)

Rechtsprechung und Normen

- Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs für das Land Baden-Württemberg, des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg und der Verwaltungsgerichte mit landesrechtlichem Bezug
- Normen zum Landesrecht Baden-Württemberg

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/28064173

Monatspreis **€ 73,–***

* (Preis pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)





Nomos

Landesrecht Hessen PLUS

Kommentare und Handbücher

Allgemeines

- BeckOK VwGO, Hrsg. Posser/Wolff
- BeckOK VwVfG mit VwVG und VwZG, Hrsg. Bader/Ronellenfitsch
- Gornig/Horn/Will, Öffentliches Recht in Hessen

Kommunalrecht und Verfassungsrecht

- **BeckOK Kommunalrecht Hessen, Hrsg. Dietlein/Ogorek | Highlight**
  Die laufend aktualisierte Kommentierung zur HGO und HKO.
- **Christ/Oebbecke, Handbuch Kommunalabgabenrecht**
  Erläutert die einzelnen Kommunalabgaben und das Verfahren der Erhebung.
- Gern/Brüning, Deutsches Kommunalrecht (Nomos)
- Braun/Kallert/Meister/Schmitt/Schütz, Verfassung des Landes Hessen (KSV)

Baurecht, Straßen- und Wegerecht

- BeckOK Bauordnungsrecht Hessen, Hrsg. Spannowsky/Pützenbacher **| Highlight**
  Die praxisgerechte und laufend aktualisierte Kommentierung zur Hessischen Bauordnung.
- Hornmann, Hessische Bauordnung (HBauO)
- **Grziwotz/Lüke/Saller, Praxishandbuch Nachbarrecht**
  Das Handbuch zum gesamten privaten und öffentlichen Nachbarrecht.
- Hinkel/Stollenwerk, Nachbarrecht in Hessen mit außergerichtlicher Streitschlichtung (KSV)
- Martin/Krautzberger, Handbuch Denkmalschutz und Denkmalpflege
- Neumeyer, Hessisches Straßengesetz (KSV)

Polizei- und Versammlungsrecht

- BeckOK Polizei- und Ordnungsrecht Hessen, Hrsg. Möstl/Bäuerle
- **Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts**
  Das große Handbuch zu Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und Rechtsschutz.
- **Peters/Janz, Handbuch des Versammlungsrechts**
  Alles zu Versammlungsfreiheit, Eingriffsbefugnissen, Rechtsschutz.

Weiteres Besonderes Verwaltungsrecht

- BeckOK Beamtenrecht Hessen, Hrsg. Brinktrine/Masuch
- BeckOK Hochschulrecht Hessen, Hrsg. von Coelln/Thürmer
- Reutzel/Rullmann, Hessisches Wassergesetz (KSV)
- Roßnagel, Hessisches Datenschutz- und InformationsfreiheitsG

Rechtsprechung und Normen

- Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs für das Land Hessen, des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs und der Verwaltungsgerichte mit landesrechtlichem Bezug
- Normen zum Landesrecht Hessen

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/28064172

Monatspreis **€ 73,–***

* (Preis pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)





Nomos

Landesrecht Niedersachsen PLUS

Kommentare und Handbücher

Allgemeines

- BeckOK VwGO, Hrsg. Posser/Wolff
- BeckOK VwVfG mit VwVG und VwZG, Hrsg. Bader/Ronellenfitsch
- Hartmann/Mann/Mehde, Landesrecht Niedersachsen (Nomos)

Kommunalrecht und Verfassungsrecht

- **BeckOK Kommunalrecht Niedersachsen, Hrsg. Dietlein/Mehde | Highlight**
  Die laufend aktualisierte Kommentierung zum NKomVG.
- Butzer/Epping u.a., Hannoverscher Kommentar zur Niedersächsischen Verfassung (Nomos) **| Highlight**
- Gern/Brüning, Deutsches Kommunalrecht (Nomos)
- **Christ/Oebbecke, Handbuch Kommunalabgabenrecht**
  Erläutert die einzelnen Kommunalabgaben und das Verfahren der Erhebung.

Baurecht, Straßen- und Wegerecht

- BeckOK Bauordnungsrecht Niedersachsen, Hrsg. Spannowsky/Otto
- Große-Suchsdorf, Niedersächsische Bauordnung **| Highlight**
  Die zuverlässige und fundierte Kommentierung der NBauO.
- Schäfer, Niedersächsisches Nachbarrechtsgesetz
- **Grziwotz/Lüke/Saller, Praxishandbuch Nachbarrecht**
  Das Handbuch zum gesamten privaten und öffentlichen Nachbarrecht.
- Schmaltz/Wiechert, Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz
- Martin/Krautzberger, Handbuch Denkmalschutz und Denkmalpflege

Polizei- und Versammlungsrecht

- BeckOK Polizei- und Ordnungsrecht Niedersachsen, Hrsg. Möstl/Weiner
- **Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts**
  Das große Handbuch zu Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und Rechtsschutz.
- **Peters/Janz, Handbuch des Versammlungsrechts**
  Alles zu Versammlungsfreiheit, Eingriffsbefugnissen, Rechtsschutz.

Weiteres Besonderes Verwaltungsrecht

- BeckOK Beamtenrecht Niedersachsen, Hrsg. Brinktrine/Neuhäuser
- BeckOK Hochschulrecht Niedersachsen, Hrsg. von Coelln/Pautsch
- Reffken/Elsner, Niedersächsisches Wassergesetz (KSV)

Rechtsprechung und Normen

- Rechtsprechung des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs, des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts und der Verwaltungsgerichte mit landesrechtlichem Bezug
- Normen zum Landesrecht Niedersachsen

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/27896910

Monatspreis **€ 73,–***

* (Preis pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)





Nomos

Landesrecht Nordrhein-Westfalen PLUS

Kommentare und Handbücher

Allgemeines

- BeckOK VwGO, Hrsg. Posser/Wolff
- BeckOK VwVfG mit VwVG und VwZG, Hrsg. Bader/Ronellenfitsch
- Dietlein//Hellermann, Öffentliches Recht in Nordrhein-Westfalen

Kommunalrecht und Verfassungsrecht

- **BeckOK Kommunalrecht NRW, Hrsg. Dietlein/Heusch** | **Highlight**
  Die laufend aktualisierte Kommentierung zur GO NRW und KrO NRW.
- Grawert, Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (KSV)
- Gern/Brüning, Deutsches Kommunalrecht (Nomos)
- **Christ/Oebbecke, Handbuch Kommunalabgabenrecht**
  Erläutert die einzelnen Kommunalabgaben und das Verfahren der Erhebung.

Baurecht, Straßen- und Wegerecht

- BeckOK Bauordnungsrecht NRW, Hrsg. Spannowsky/Saurenhaus
- Schönenbroicher/Kamp/Henkel, Bauordnung Nordrhein-Westfalen – in Vorb.
- Schäfer/Fink-Jamann/Peter, Nachbarrechtsgesetz für Nordrhein-Westfalen
- **Grziwotz/Lüke/Saller, Praxishandbuch Nachbarrecht**
  Das Handbuch zum gesamten privaten und öffentlichen Nachbarrecht.
- Davydov/Hönes/Stellhorn/Ringbeck, Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (KSV)
- Martin/Krautzberger, Handbuch Denkmalschutz und Denkmalpflege
- Hengst/Majcherek, Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (KSV)

Polizei- und Versammlungsrecht

- BeckOK Polizei- und Ordnungsrecht NRW, Hrsg. Möstl/Kugelmann | **Highlight**
- **Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts**
  Das große Handbuch zu Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und Rechtsschutz.
- **Peters/Janz, Handbuch des Versammlungsrechts**
  Alles zu Versammlungsfreiheit, Eingriffsbefugnissen, Rechtsschutz.

Weiteres Besonderes Verwaltungsrecht

- BeckOK Beamtenrecht NRW, Hrsg. Brinktrine/Heid
  Die praxisgerechte und laufend aktualisierte Kommentierung zum Landesbeamtengesetz Nordrhein-Westfalen.
- BeckOK Hochschulrecht NRW, Hrsg. von Coelln/Schemmer | **Highlight**
- Schrapper/Günther, Landesbeamtengesetz Nordrhein-Westfalen
- Schwartmann/Pabst, Landesdatenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (Nomos) | **Neu bei beck-online**
- Queitsch/Koll-Sarfeld/Wallbaum, Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KSV)

Rechtsprechung und Normen

- Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen, des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen und der Verwaltungsgerichte mit landesrechtlichem Bezug
- Normen zum Landesrecht Nordrhein-Westfalen

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/27839009

Monatspreis **€ 73,–***

* (Preis pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)







Beck-KOMMUNALPRAXIS PLUS

Beck-KOMMUNALPRAXIS PLUS vereint die online aufbereiteten Inhalte der PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG mit laufend aktualisierten Online-Kommentaren (BeckOK) sowie Texten, Rechtsprechung und Zeitschriften.
Damit ist das Modul das ideale Nachschlagewerk und Arbeitswerkzeug für Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen, Zweckverbände, Verwaltungsschulen, Rechtsanwälte und Gerichte.

Die PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG

ist das seit Jahrzehnten bewährte Standardwerk zu allen praxisrelevanten Rechts- und Arbeitsgebieten der kommunalen Verwaltung in 12 Bundesländern. Für jedes dieser Länder wird auf 30.000 bis 40.000 Seiten kompetent und verständlich das relevante Kommunal-, Landes- und Bundesrecht aufbereitet.

Kompetente und erfahrene Fachleute

aus zuständigen Ministerien, kommunalen Spitzenverbänden, Verwaltungsbehörden und der sonstigen Rechtspraxis gewährleisten ein Höchstmaß an Kompetenz und Rechtssicherheit.

Kommentare und systematische Darstellungen

Das Werk enthält praxisorientierte, ausführliche Kommentare und systematische Darstellungen zu den Rechts- und Verwaltungsvorschriften von Bund, Ländern und Kommunen, regelmäßig aktualisiert, zuverlässig und konkret, mit Mustern, Checklisten und Beispielen.
Das Werk gliedert sich in diese zentralen Bereiche:

- Kommunalverfassung, Dienstrecht, Finanzen, Allgemeines
- Wirtschaft, Vergabe und Verkehr
- Sicherheit und Ordnung
- Soziales, Gesundheit, Schule und Kultur
- Bauwesen, Umwelt und Natur.

Über 1.000 renommierte Autorinnen und Autoren kommentieren orientiert am jeweiligen Landesrecht u. a.:

- Wahlrecht
- Kommunalverfassungsrecht und Recht der kommunalen Zusammenarbeit
- Gemeindehaushaltsrecht (u. a. mit DOPPIK-Kommentierung)
- VOB, VOL, VgV, SEKTVO, KonzVgV, VSVgV, VergStatVO, GWB unf RP
- Kommunalabgabenrecht
- Nachbarrecht
- Sozialrecht
- Krankenhausrecht
- UVP, SUP, UIG
- Straßen- und Wegerecht.

Hinzu kommen dutzende weitere Fachbeiträge und Darstellungen zu Ihren täglichen Aufgaben bei Ordnungswidrigkeiten, Beamtenrecht, Datenschutz und vielem mehr – bis hin zu praxisnahen Fragen rund um »Social Media«, Bürgerbeteiligung in Form informeller Verfahren, Risikoorientierte Prüfungsplanung in der öffentlichen Finanzkontrolle, Europäische Beihilfe, Kommunale Wirtschaftsförderung und Kommunale Pressearbeit.

BeckOK VwVfG, Hrsg. Bader/Ronellenfitsch

Stets aktuelle Kommentierung des VwVfG, des VwVG und des VwZG, herausgegeben von ausgewiesenen Experten:

- Prof. Johann Bader, Vors. Richter am VG Stuttgart
- Prof. Dr. Michael Ronellenfitsch, Eberhard Karls Univer. Tübingen







BeckOK TVöD/TV-L/TV-L Entgeltordnung/ TVöD Entgeltordnungen

Die Beck'schen Online-Kommentare zum Tarifrecht zeichnen sich insbesondere durch die daran beteiligten Autoren aus, die im Wesentlichen aus dem Kreis der hauptamtlich für die Tarifvertragsparteien Tätigen stammen, die auch an den Verhandlungen unmittelbar oder mittelbar beteiligt waren und noch sind. Die BeckOK TV-L EntgO/TVöD EntgO bieten ein wichtiges Werkzeug für die Arbeit mit den Entgeltordnungen zum TV-L, zur TVöD Bund und zur TVöD VKA.

Die Kommentare werden herausgegeben von

- Dr. Ursula Rinck, Richterin am BAG
- Dr. Thomas Böhle, Berufsmäßiger Stadtrat bei der Landeshauptstadt München, Präsident der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA)
- Wolfgang Pieper, Mitglied Bundesvorstand ver.di
- Volker Geyer, Stellv. Bundesvorsitzender des DBB Beamtenbund und Tarifunion, Fachvorstand Tarifpolitik.

Böhle, Kommunales Personal- und Organisationsmanagement

Landes- und Bundesgesetze, EU-Recht

- Über 11.000 Gesetze, Verordnungen des Bundes und damit weit mehr als in den roten Textausgaben wie Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze; Habersack (vormals Schönfelder), Deutsche Gesetze; Beck'sche Textausgaben, Arbeitsrecht (vormals Nipperdey, Arbeitsrecht); Aichberger, SGB u. a.
- Landesrecht weit über den im Umfang der jeweiligen Beck'schen Loseblatt-Textsammlung hinausgehend – immer auf dem neuesten Stand
- Über 2.800 internationale und EU-Vorschriften

Rechtsprechung zum Kommunalrecht

- Rechtsprechung aus Beck'schen Zeitschriften sowie exklusiv online weitere Rechtsprechung im Volltext (BeckRS/BeckEuRS), dazu Leitsätze aus LSK

Aufsätze zum Kommunalrecht

- Aufsätze aus Beck'schen Zeitschriften, dazu Aufsatznachweise aus LSK zu weiteren Zeitschriften

Zeitschriften mit Archiven

- KommJur – Kommunaljurist, ab Mitte 2005 (Nomos)
- NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht: Aufsätze, Rechtsprechung und Materialien komplett seit 1982
- NVwZ-RR – NVwZ-Rechtsprechungs-Report: zusätzliche Entscheidungen auch unterer Instanzen mit kompetenten Erläuterungen, ab 1988
- LKV – Landes- und Kommunalverwaltung, ab 1991 (Nomos)

Fach-News,beck-aktuell Nachrichten

Beck-Kommunalpraxis PLUS ist für folgende Bundesländer verfügbar

Baden-Württemberg | Bayern | Brandenburg | Hessen | Mecklenburg-Vorpommern | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Schleswig-Holstein | Thüringen

Monatspreis pro Bundesland	**alte/neue Bundesländer**
Plätze 1 bis 3 zusammen	**€ 90,–*/€ 83,–***
Plätze 4 bis 9	**je € 15,–*/€ 13,83***

Vorzugspreis für Bezieher der Loseblattausgabe PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG des **gleichen** Bundeslandes

Plätze 1 bis 3	**ohne Berechnung**

* (Preise pro Monat, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)

Sonderkondition für die Mitglieder bestehender Kooperationspartner (mehr Informationen dazu über unseren Außendienst).











Die kompletten Inhalte des Moduls **Arbeitsrecht PLUS** sind im Modul **Arbeitsrecht PREMIUM** enthalten.

Arbeitsrecht PLUS

Folgende Inhalte sind im PLUS-Modul enthalten:

Kommentare und Handbücher

- **Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht** | Highlight
  Der Praxis-Kommentar zu den rund 50 wichtigsten Gesetzen im Arbeitsrecht.
- BeckOK Arbeitsrecht, Hrsg. Rolfs/Giesen/Kreikebohm/Meßling/Udsching | Highlight
- **Münchener Anwaltshandbuch Arbeitsrecht, Hrsg. Moll** | Highlight
  Mit Checklisten, Formulierungsvorschlägen und Mustern.
- **Ascheid/Preis/Schmidt, Kündigungsrecht**
  Der umfassende Spezialkommentar.
- **Löwisch/Rieble, Tarifvertragsgesetz**
  Behandelt eine Fülle spezieller Tarifklauseln.
- Germelmann/Matthes/Prütting, Arbeitsgerichtsgesetz
- Peters, Das Weisungsrecht der Arbeitgeber
- **Richardi, Betriebsverfassungsgesetz**
  Der wissenschaftliche Kommentar zum BetrVG.
- **Schaub/Koch, Arbeitsrecht von A-Z**
  Der Ratgeber zu allen wichtigen Themen des Arbeitsrechts.
- Benecke/Hergenröder, Berufsbildungsgesetz | Neu in beck-online
- Schmidt, Sozialversicherungsrecht in der arbeitsrechtlichen Praxis

Formulare und Arbeitshilfen

- Schaub/Schrader/Straube/Vogelsang, Arbeitsrechtliches Formular- und Verfahrenshandbuch
- BeckOF Arbeitsrecht, Hrsg. Reufels
- BeckOF Prozess | Arbeitsrecht
- BeckOF Vertrag | Arbeitsrecht
- Abfindung, Arbeitgeberdarlehen, Dienstwagen, Einkommensteuer, Flexirente, Fahrkosten, Geringbeschäftigtenrechner, Kirchensteuer, Kindergeld, Lohnpfändung, Lohnsteuer, Mindestlohn.

Zeitschriften mit Archiven

- NZA – Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht, ab 1984
- NZA-RR – NZA-Rechtsprechungs-Report, ab 1996
- ArbR – Arbeitsrecht Aktuell, ab 2009
- AP – Arbeitsrechtliche Praxis, ab 1971, in Leitsätzen bereits ab 1954

Rechtsprechung und Aufsätze

- Rechtsprechung zum Arbeitsrecht aus Beck'schen Zeitschriften sowie exklusiv online weitere Rechtsprechung im Volltext (BeckRS/BeckEuRS), dazu Leitsätze aus LSK zu weiteren Zeitschriften
- Aufsätze zum Arbeitsrecht aus Beck'schen Zeitschriften, dazu Aufsatznachweise aus LSK zu weiteren Zeitschriften

Normen

- Beck'sche Textausgabe Arbeitsrecht plus (vormals Nipperdey plus)
- Allgemeinverbindliche Tarifverträge
- Landesbezirkliche Tarifverträge
- Wichtigste Normen (rechtsgebietsübergreifend)

Fachdienst Arbeitsrecht

AP-Newsletter

Fach-News Arbeitsrecht

Lohnsteuer-Update

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/13974

Monatspreis	**€ 89,–***
Vorzugspreis für Bezieher der NZA oder NZA-RR	**€ 84,–***
Vorzugspreis für Bezieher der AP oder AP-DVD	**€ 64,–***

* (Preise pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)



Arbeitsrecht PREMIUM

Folgende Inhalte sind im PREMIUM-Modul **zusätzlich** enthalten:

Kommentare und Handbücher

Arbeitsrecht

- **Schaub, Arbeitsrechts-Handbuch | Highlight**
  Aktuelle Schwerpunkte bilden Leiharbeit, Mindestlohn, AGB-Kontrolle, Betriebsverfassungsrecht, Koalitions- und Teilzeitrecht.
- **Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht | Highlight**
  Das Kompendium des ganzen Arbeitsrechts: Bd. 1/2 Individualarbeitsrecht, Bd. 3/4 Kollektives Arbeitsrecht
- BeckOK GeschGehG, Fuhlrott/Hiéramente
- Arnold/Günther, Arbeitsrecht 4.0
- **Blomeyer/Rolfs/Otto, Betriebsrentengesetz**
  Arbeits- und Steuerrecht plus Auswirkungen auf Sozialversicherung und Handelsbilanz.
- **Brose/Weth/Volk, Mutterschutzgesetz und Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz**
- Uckermann/Fuhrmanns/Ostermayer/Doetsch, Das Recht der betrieblichen Altersversorgung
- **Kollmer/Klindt/Schucht, Arbeitsschutzgesetz**
  Prägnant und praxisgerecht erläutert: ArbSchG und Arbeitsschutzverordnungen.
- Baeck/Deutsch/Winzer, Arbeitszeitgesetz
- BeckOK Arbeitsschutzrecht, Hrsg. Schwab/Weber/Winkelmüller
- Meinel/Heyn/Herms, Teilzeit- und Befristungsgesetz
- **Schüren/Hamann, Arbeitnehmerüberlassungsgesetz**
  Sicherer Umgang mit dem Recht der Leiharbeit.
- **vom Stein/Rothe/Schlegel, Gesundheitsmanagement und Krankheit im Arbeitsverhältnis**
  Alle Facetten des Gesundheitsschutzes in einem Band.
- Reinfeld, Das neue Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen
- Pletke/Schrader/Siebert/Thoms/Klagges, Rechtshandbuch flexible Arbeit
- Tödtmann/v. Bockelmann, Arbeitsrecht in Not- und Krisenzeiten
- Aligbe, Einstellungs- und Eignungsuntersuchungen
- Gercke/Kraft/Richter, Arbeitsstrafrecht (C.F. Müller)
- Kramer, IT-Arbeitsrecht
- Wiedemann, Tarifvertragsgesetz

Sozialrecht

- **BeckOK Sozialrecht, Hrsg. Rolfs/Giesen/Kreikebohm/Meßling/Udsching | Highlight**
  Mit Fokus auf dem Leistungs-, Versicherungs- und Beitragsrecht des SGB. Kommentiert sind auch SGG, AsylbLG, BAföG, Ärzte-ZV, BMV-Ä, RBEG, VO (EG) Nr. 883/2004, WoGG.
- Knickrehm/Kreikebohm/Waltermann, Kommentar zum Sozialrecht
- **Gagel, SGB II/III Grundsicherung und Arbeitsförderung**
  Der große Standardkommentar.
- **Fuchs/Ritz/Rosenow, SGB IX – Kommentar zum Recht behinderter Menschen | Neu in beck-online**
- **Kasseler Kommentar zum Sozialversicherungsrecht**

Formulare

- Münchener Prozessformularbuch, Bd. 6: Arbeitsrecht, Hrsg. Zirnbauer
- BeckOF Prozess | Sozialrecht

Normen

- Aichberger plus – Sozialgesetzbuch

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/29312

Monatspreis	**€ 160,–***
Vorzugspreis für Bezieher der NZA oder NZA-RR	**€ 155,–***
Vorzugspreis für Bezieher der AP	**€ 135,–***

* (Preise pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)







Arbeitsschutzrecht PLUS

Kommentare und Handbücher

Arbeitsschutzrecht im engeren Sinne

- **BeckOK Arbeitsschutzrecht,**
  Hrsg. Schwab/Weber/Winkelmüller | Highlight
  Der neue große Online-Kommentar erläutert alle wichtigen Vorschriften zum Arbeitsschutzrecht, benutzerfreundlich gegliedert in eine Überblicks-, eine Standard- und eine Detailebene. Die Erläuterungen werden vierteljährlich aktualisiert.
- **Franzen/Gallner/Oetker, Kommentar zum europäischen Arbeitsrecht, Auszug**
  Die einschlägigen Erläuterungen zum Arbeitsschutz zu EU-Verordnungen und Richtlinien
- **Kohte/Faber/Feldhoff (Hrsg.), Gesamtes Arbeitsschutzrecht, (Nomos)**
  Der griffige Gesamt-Kommentar zu allen wichtigen Bereichen wie Arbeitsschutz, Arbeitszeit, Arbeitssicherheit, Arbeitswissenschaft.
- **Kollmer/Klindt/Schucht, Arbeitsschutzgesetz | Highlight**
  Der handliche Standardkommentar zum ArbSchG – ideal für Praxis und Wissenschaft.
- **Kollmer/Wiebauer/Schucht, Arbeitsstättenverordnung**
  Mit praxisgerechten Schwerpunkten wie Bildschirmarbeit, Nichtraucherschutz, Gefährdungsbeurteilung.
- **Landmann/Rohmer, GewO, Auszug Arbeitsschutzrecht**
  Das große Erläuterungswerk des Gewerberechts – hier als umfassender Auszug zum Arbeitsschutzrecht.

Arbeitsschutzrecht im weiteren Sinne

- **Aligbe, Rechtshandbuch Arbeitsmedizinische Vorsorge**
  Erläutert alle wichtigen Rechtsgrundlagen der Arbeitsmedizinischen Vorsorge mit Schwerpunkt auf der ArbMedVV.
- **Brose/Weth/Volk, Mutterschutzgesetz und Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz**
  MuSchG und BEEG umfassend erläutert.
- **Ennuschat/Wank/Winkler, Gewerbeordnung**
  Kompakt und auskunftsfreudig: der Gelbe Kommentar zur GewO.
- **vom Stein/Rothe/Schlegel, Gesundheitsmanagement und Krankheit im Arbeitsverhältnis**

Arbeitszeit

- **Baeck/Deutsch/Winzer, Arbeitszeitgesetz**
  Berücksichtigt auch die Bezüge zum europäischen Recht und zu Spezialgesetzen wie dem Fahrpersonalgesetz.
- **Meinel/Heyn/Herms, Teilzeit- und Befristungsgesetz**

Infektionsschutzrecht

- **BeckOK Infektionsschutzrecht,**
  Hrsg. Eckart/Winkelmüller | Highlight
- **Huster/Kingreen, Handbuch Infektionsschutzrecht**
- **Kießling, Infektionsschutzgesetz**
- **Kluckert, Das neue Infektionsschutzrecht (Nomos)**

Zeitschrift mit Archiv

- **ARP – Arbeitsschutz in Recht und Praxis | Highlight**
  Die brandneue Zeitschrift für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz

Fach-News Arbeitsschutzrecht

Aktuelle Nachrichten der beck-aktuell-Redaktion aus Rechtsprechung und Gesetzgebung zum Arbeitsschutzrecht

Normen und Rechtsprechung

- zum Arbeitsschutzrecht
- wichtigste Normen (rechtsgebietsübergreifend)

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/30970331

Monatspreis **€ 35,–***

* (Preis pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)





Öffentliches Arbeits- und Tarifrecht PLUS

Maßgebende Kommentare

- **BeckOK TV-L, Hrsg. Rinck/Böhle/Pieper/Geyer | Highlight**
  Tarifrecht der Länder. Aus dem Kreis der Tarifvertragsparteien erarbeitete Kommentierung.
- BeckOK TV-L Entgeltordnungen, Hrsg. Rinck/Böhle/Pieper/Geyer
- **BeckOK TVöD, Hrsg. Rinck/Böhle/Pieper/Geyer | Highlight**
  Kommentierung, u.a. zum TVöD, TVÜ-Bund und -VKA sowie zum TVAöD und zu landesbezirklichen Sonderregelungen.
- BeckOK TVöD Entgeltordnungen, Hrsg. Rinck/Böhle/Pieper/Geyer
- Bredemeier/Neffke, TVöD/TV-L
- BeckOK Arbeitsrecht, Hrsg. Rolfs/Giesen/Kreikebohm/Meßling/Udsching
- Gilbert/Hesse, Die Versorgung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes
- BeckOK BPersVG, Hrsg. Ricken
- Richardi/Dörner/Weber, Personalvertretungsrecht

Personalvertretungsrecht der Länder

- Laber/Pagenkopf, Landespersonalvertretungsgesetz NRW
- PdK – LandespersonalvertretungsG Baden-Württemberg
- PdK – Bayerisches Personalvertretungsgesetz
- PdK – Hessisches Personalvertretungsgesetz und Wahlordnung
- PdK – LandespersonalvertretungsG Mecklenburg-Vorpommern
- PdK – Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz
- PdK – Landespersonalvertretungsrecht Nordrhein-Westfalen
- PdK – Landespersonalvertretungsgesetz Rheinland-Pfalz
- PdK – Sächsisches Personalvertretungsgesetz

Handbücher

- Böhle, Kommunales Personal- und Organisationsmanagement | Highlight
- Kuner/Bergauer, Die neue Entgeltordnung TVöD-VKA
- Kuner, Leistungsorientierte Bezahlung im öffentlichen Dienst
- Müller/Preis, Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst

Lexikon und Arbeitshilfen

- Conze/Karb/Wölk/Reidel, Personalbuch Arbeits- und Tarifrecht öff. Dienst
- Kuner, Muster und Checklisten zum Öffentlichen Tarifrecht
- Lohnpfändungs-Rechner

Normen und Materialien

- Cerff/Winter, Tarifrecht öffentlicher Dienst
- Änderungstarifverträge und neue Tarifverträge zum öff. Tarifrecht
- Vorschriftensammlung zum öffentlichen Dienst
- Landesbezirkliche Tarifverträge
- Besprechungsergebnisse, Gemeinsame Rundschreiben der Spitzenverbände der Sozialversicherung
- BMI-Rundschreiben zum Tarifrecht
- Wichtige Normen (rechtsgebietsübergreifend)

Rechtsprechung

- Rechtsprechung zum Öffentlichen Tarifrecht aus Beck'schen Zeitschriften sowie exklusiv online weitere Rechtsprechung im Volltext (BeckRS/BeckEuRS)

Zeitschrift mit Archiv

- öAT – Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht

Fach-News Arbeitsrecht

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/29449

Monatspreis **€ 54,–***

Vorzugspreis für Bezieher von Arbeitsrecht PLUS | PREMIUM | OPTIMUM oder Beck-KOMMUNALPRAXIS PLUS **€ 50,–***

* (Preise pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)











Sozialrecht PLUS

Kommentare und Handbücher

Übergreifende Werke zum Sozialrecht

- BeckOK Sozialrecht, Hrsg. Rolfs/Giesen/Kreikebohm/Meßling/Udsching | Highlight
  Laufend aktualisierte Kommentierung zu allen wichtigen Vorschriften des SGB I-XII, SGG und allen wichtigen Nebengesetzen wie AsylbLG, VersAusglG oder BAföG.
- Kasseler Kommentar Sozialversicherungsrecht | Highlight
  Sämtliche Gebiete des Sozialversicherungsrechts
- Knickrehm/Kreikebohm/Waltermann, Kommentar zum Sozialrecht
- Münchener Anwaltshandbuch Sozialrecht, Hrsg. Plagemann

Grundsicherung, Arbeitsförderung und Sozialhilfe

- Gagel, SGB II/III – Grundsicherung und Arbeitsförderung | Highlight
  Erläutert das Grundsicherungs- und Arbeitsförderungsrecht mit allen Zusammenhängen und praktischen Auswirkungen auf das Arbeits-, Steuer- und Insolvenzrecht.
- Eicher/Luik/Harich, SGB II
- Grube/Wahrendorf/Flint, SGB XII mit Eingliederungshilfe und AsylbLG

Gesetzliche Rentenversicherung

- Kreikebohm/Roßbach, SGB VI

Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen

- Neumann/Pahlen/Greiner/Winkler/Jabben, SGB IX

Sozialverwaltungsverfahren und- datenschutz

- Schütze, SGB X

SGB XI – Soziale Pflegeversicherung

- Udsching/Schütze, SGB XI – Soziale Pflegeversicherung

Prozessrecht

- Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG
- Herold-Tews/Merkel, Der Sozialgerichtsprozess

Formulare

- BeckOF Prozess | Sozialrecht

Zeitschriften mit Archiven

- NZS – Neue Zeitschrift für Sozialrecht, ab 1992
- info also – Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht, ab 2006 (Nomos)

Rechtsprechung und Aufsätze

- Rechtsprechung zum Sozialrecht im Volltext oder als Leitsatz mit Literaturhinweisen zum Sozialrecht, u.a. auch aus BeckRS/BeckEuRS und NJW
- Aufsätze zum Sozialrecht, u.a. auch aus NJW und NZA

Materialien

- Besprechungsergebnisse der Spitzenverbände
- Rundschreiben der Spitzenverbände der Sozialversicherung

Normen

- Aichberger PLUS, Sozialgesetzbuch
- Wichtigste Normen (rechtsgebietsübergreifend)

Fach-News Sozialrecht

Fachdienst Sozialversicherungsrecht

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/29375

Monatspreis	**€ 66,–***
Vorzugspreis für Bezieher der NZS oder von Arbeitsrecht PLUS | PREMIUM | OPTIMUM	**€ 61,–***
Vorzugspreis für Mitglieder der ARGE Sozialrecht im DAV	**€ 49,50****
bei gleichzeitigem Bezug der NZS oder von Arbeitsrecht PLUS | PREMIUM | OPTIMUM	**€ 45,75****

* (Preise pro Monat für bis zu 3 Nutzer (** 1 Nutzer), zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)



Zivilrecht PLUS

Kommentare

- **Münchener Kommentar zum BGB | Highlight**
  Der Münchener Kommentar erläutert das BGB und die wichtigen Nebengesetze in 14 Bänden. Wer vertiefte Informationen, die einschlägige Rechtsprechung und die dazu erschienene Literatur einschließlich der Hintergründe benötigt, kurz, »wer es genau wissen will«, der wird immer wieder gern auf dieses renommierte Erläuterungswerk zurückgreifen.
- BeckOK BGB, Hrsg. Hau/Poseck
- Bergmann, Das neue Reiserecht
- BeckOK Fluggastrechte-Verordnung, Hrsg. Schmid
- Schattenkirchner, Preisminderung bei Reisemängeln
- Jeromin/Klose/Ring/Schulte Beerbühl, StichwortKommentar Nachbarrecht (Nomos) **| Neu in beck-online**
- BeckOK ZPO, Hrsg. Vorwerk/Wolf
- Musielak/Voit, ZPO
- Musielak/Borth, Familiengerichtliches Verfahren
- Weinland, Die neue Musterfeststellungsklage
- **Toussaint, Kostenrecht | Highlight | Neu in beck-online**
- BeckOK RVG, Hrsg. v. Seltmann
- Mayer/Kroiß (Hrsg.), RVG (Nomos)
- Binz/Dörndorfer/Zimmermann, GKG, FamGKG, JVEG
- Korintenberg, Gerichts- und Notarkostengesetz

Formulare

- BeckOF Prozess | Zivilrecht
- BeckOF Vertrag | Zivilrecht
- BeckOF Spezial | Zivilrecht

Zeitschriften mit Archiven

- NJW – Neue Juristische Wochenschrift, ab 1981 inkl. Rechtsprechung ab 1947
- NJW-RR – NJW-Rechtsprechungsreport, ab 1986
- NJW-Spezial, ab 2004
- VuR – Verbraucher und Recht, ab 2005 (Nomos)
- DGVZ – Deutsche Gerichtsvollzieher Zeitung, ab 2011
- ZRP – Zeitschrift für Rechtspolitik, ab 2000
- VIZ – Vermögens- und Immobilienrecht, 1991-2004
- DtZ – Deutsch-Deutsche Rechtszeitschrift, 1990-1997
- **Wöchentliche Printausgabe der NJW**

Rechtsprechung und Aufsätze

- Rechtsprechung zum Zivilrecht aus Beck'schen Zeitschriften sowie exklusiv online weitere Rechtsprechung im Volltext (BeckRS/BeckEuRS), dazu Leitsätze aus LSK zu weiteren Zeitschriften
- Aufsätze zum Zivilrecht aus Beck'schen Zeitschriften, dazu Aufsatznachweise aus LSK zu weiteren Zeitschriften

Normen

Habersack plus (vormals Schönfelder plus), Normen zum Zivilrecht, wichtigste Normen (rechtsgebietsübergreifend)

Fach-News Zivilrecht

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/29176

Monatspreis mit NJW Abonnement **€ 122,–***
Vorzugspreis für Bezieher von MüKo BGB oder Steuerberater OPTIMUM **€ 106,–***

Bei Buchung von Zivilrecht PLUS in Kombination mit Handels- und Gesellschaftsrecht PLUS | PREMIUM | OPTIMUM erhalten Sie 10 % Rabatt auf das Fachmodul Zivilrecht PLUS bei Buchung beider Fachmodule.

* (Preise pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)









Privates Baurecht PLUS

Kommentare und Handbücher

Privates Baurecht allgemein und Verfahrensrecht

- **Messerschmidt/Voit, Privates Baurecht** | Highlight
  Eine eingehende Kommentierung des Bauvertragsrechts (§§ 650a-650v BGB), übergreifende systematische Darstellungen zu den spezifischen bau-, vergabe- und architektenrechtlichen Problemen sowie kompakte Kommentierungen zu VOB/B, HOAI und BauFordSiG.
- **Kapellmann/Messerschmidt, VOB Teile A und B**
  Der Kommentar erläutert die Teile A und B der VOB sowie die Vergabeverordnung in einem Band. Er bietet umfassende Lösungen zu allen wichtigen Fragen des Bau- und Vergaberechts. Eine Darstellung auf höchstem Niveau.
- Kniffka/Koeble/Jurgeleit/Sacher, Kompendium des Baurechts
- Musielak/Voit, ZPO
- Roquette/Schweiger, Vertragsbuch Privates Baurecht

Bauvertrags- und Architektenrecht

- **BeckOK Bauvertragsrecht, Hrsg. Leupertz/Preussner/Sienz** | Highlight
  Kommentierung mit klaren und fundierte Antworten auf die Fragen, die sich bei der praktischen Anwendung der neuen Regelungen »im Tagesgeschäft« stellen.
- Nicklisch/Weick/Jansen/Seibel, VOB/B
- BeckOK VOB/B,
  Hrsg. Cramer/Kandel/Preussner

Vergütungs- und Architektenrecht

- Korbion/Mantscheff/Vygen, HOAI
- BeckOK HOAI (vormals Messerschmidt/Niemöller/Preussner, HOAI)

Bauplanungsrecht

- Battis/Krautzberger/Löhr, BauGB
- König/Roeser/Stock, BauNVO

Formulare

- BeckOF Prozess | Bau- und Architektenrecht
- BeckOF Prozess | Vergaberecht
- BeckOF Vertrag | Baurecht
- BeckOF Spezial | Baurecht

Zeitschriften mit Archiven

- NZBau – Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht, ab 2000
- ZfBR – Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht, ab 1999

Normen

- Normen zum Bau- und Vergaberecht
- Wichtigste Normen (rechtsgebietsübergreifend)

Rechtsprechung und Aufsätze

- Rechtsprechung und Aufsätze zum privaten Bau- und Architektenrecht aus Beck'schen Zeitschriften wie z.B. NJW, NJW-RR sowie exklusiv online weitere Rechtsprechung im Volltext (BeckRS/BeckEuRS), dazu Leitsätze aus LSK zu weiteren Zeitschriften

Fach-News Baurecht

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/29185

Monatspreis	**€ 75,–***
Vorzugspreis für Bezieher der NZBau	**€ 70,–***
Separat beziehbar: DIN Normen (ATV)	
DIN Normen des Teils C der VOB **Monatspreis**	**€ 5,50***
in Kooperation mit dem Beuth Verlag	

* (Preise pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)







IBR
Immobilien- & Baurecht

Privates Baurecht ibr-online

Kommentare und Handbücher

- **Kniffka, ibr-online-Kommentar Bauvertragsrecht** | Highlight
  Regelmäßig aktualisierte Darstellung der Grundzüge des Bauvertragsrechts anhand der höchstrichterlichen Rechtsprechung.
- Drittler, Nachträge und Nachtragsprüfung (Werner Verlag)
- Schmitz, Sicherheiten für die Bauvertragsparteien
- Schmitz, Die Abwicklung des Bauvertrags in der Insolvenz
- Kimmich/Bach, VOB für Bauleiter
- Seibel, ibr-online-Kurzkommentar Selbständiges Beweisverfahren
- Sturmberg, Die Beweissicherung in der anwaltlichen Praxis
- Meier, Bauversicherungsrecht
- Roos/Schmitz-Gagnon, Kommentar zur Bauleistungsversicherung (ABN/ABU 2008)
- Althaus/Heindl, Der öffentliche Bauauftrag. Handbuch für den VOB-Vertrag
- **Weyand, ibr-online-Kommentar zum Vergaberecht**
  Das gesamte Vergaberecht in einem Band.

Formulare

- IBR Mustertexte: Formularschreiben, Musterschriftsätze und Vertragsmuster

Zeitschriften mit Archiven

- IBR – Immobilien- und Baurecht, ab 1990 | Highlight
- IMR – Immobilien- und Mietrecht, ab 2006

Rechtsprechung

- Alle in der IBR besprochenen BGH-Urteile, dazu Volltexte der meisten aktuell erscheinenden Gerichtsurteile zum Immobilien- und Baurecht

IBR Materialien und Fach-News IBR

Normen

- Normen zum Bau- und Vergaberecht
- Wichtigste Normen (rechtsgebietsübergreifend)

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/29186

Monatspreis **€ 53,33***
Vorzugspreis für Bezieher der IBR **€ 36,17***

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/29187

Kombipreis für Privates Baurecht ibr-online + Privates Baurecht PLUS
Monatspreis **€ 113,–***
Vorzugspreis für Bezieher der IBR oder NZBau **€ 99,–***

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/16642989

Kombipreis für Privates Baurecht ibr-online + Privates Baurecht PREMIUM
Monatspreis **€ 189,–***
Vorzugspreis für Bezieher der IBR oder NZBau **€ 170,–***

* (Preise pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)







Die kompletten Inhalte des Moduls **Vergaberecht PLUS** sind im Modul **Vergaberecht PREMIUM** enthalten.

Vergaberecht PLUS

Kommentare und Handbücher

Vergaberecht übergreifend

- **Ziekow/Völlink, Vergaberecht**
  Das gesamte Vergaberecht von Experten kommentiert.
- **Pünder/Schellenberg, Vergaberecht (Nomos)**
  Komplette Kommentierung des Vergaberechts.
- Hertwig, Praxis des Vergaberechts
- Egger, Europäisches Vergaberecht (Nomos)
- Burgi, Vergaberecht | **Highlight**
- Weyand, ibr-online-Kommentar zum Vergaberecht
- Terwiesche/Becker/Prechtel, Tariftreue- und Vergabegesetz der Länder

Bauvergabe

- **Kapellmann/Messerschmidt, VOB A/B | Highlight**
  VOB/A und B inkl. Vergabeverordnung, prägnant und verständlich.

Vergabeverordnung

- Ebisch/Gottschalk/Hoffjan/Müller, Preise und Preisprüfungen bei öffentlichen Aufträgen.
- **Voppel/Osenbrück/Bubert, Vergabeverordnung**
  Ausführliche Erläuterung von Abschnitt 6 der VgV.
- **Dieckmann/Scharf/Wagner-Cardenal, Vergabeverordnung, Unterschwellenvergabeordnung**
  Fundierte Erläuterungen von Praktikerinnen und Praktikern für das gesamte Verfahren.

Öffentlicher Personenverkehr

- **Linke, VO (EG) 1370/2007**
  Die Kommentierung dient bei der Anwendung der komplexen Regeln als Wegweiser und gibt praktische Hilfestellung.

Formulare

- Beck'sches Formularbuch Vergaberecht, Hrsg. Prieß/Hausmann/Kulartz | **Highlight**
- BeckOF Prozess | Vergaberecht
- BeckOF Vertrag | Baurecht

Zeitschriften

- Entscheidungen aus IBRRS und VPRRS u. a. zum Vergaberecht
- IBR-Beiträge und Rechtsprechung zum Vergaberecht im Volltext

Rechtsprechung und Aufsätze

- Aus Beck'schen Zeitschriften zum Vergaberecht wie z. B. NZBau, ZfBR sowie exklusiv online weitere Rechtsprechung im Volltext (BeckRS/BeckEuRS/IBRRS), dazu Leitsätze aus LSK zu weiteren Zeitschriften.

Normen

Fach-News zum Vergaberecht

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/10053161

Monatspreis	**€ 42,–***
Vorzugspreis für Bezieher von Privates Baurecht PLUS | PREMIUM oder Privates Baurecht ibr-online & Privates Baurecht PLUS | PREMIUM	**€ 38,–***

* (Preise pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)

20 JAHRE
beck-online
DIE DATENBANK

Öffentliche Verwaltung

Juristische Datenbankmodule für Städte und Gemeinden, Landkreise und sonstige Kommunalverwaltungen



beck-online.DIE DATENBANK vernetzt alle relevanten Rechts-Informationen für die Öffentliche Hand. Nutzen Sie damit renommierte Kommentare und Handbücher, sorgfältig aufbereitete Gesetze und Rechtsprechung und eine Fülle praktischer Arbeitshilfen als Basis für die effiziente und rechtssichere Verwaltung.

Öffentliches Recht Verwaltungsrecht PLUS • Verwaltungsrecht PREMIUM • Verwaltungsrecht OPTIMUM • NomosOnline Verwaltungsrecht • Verwaltungsrecht Kohlhammer • Beamtenrecht PLUS • Öffentliches Baurecht PLUS • Öffentliches Baurecht Kohlhammer • Sicherheits- und Polizeirecht PLUS • Umweltrecht PLUS • Ausländer- und Migrationsrecht PLUS • Datenschutz- und Informationsfreiheitsrecht PLUS • Datenschutz- und Informationsfreiheitsrecht PREMIUM • IT-Recht PLUS • Öffentliches Wirtschaftsrecht PLUS • Landesrecht Bayern • Landesrecht Baden-Württemberg • Landesrecht Hessen • Landesrecht Niedersachsen • Landesrecht Nordrhein-Westfalen • Beck-KOMMUNALPRAXIS PLUS **Arbeitsrecht** Arbeitsrecht PLUS • Arbeitsrecht PREMIUM • Arbeitsschutzrecht PLUS • Öffentliches Arbeits- und Tarifrecht PLUS **Sozialrecht** Sozialrecht PLUS **Zivilrecht** Zivilrecht PLUS • Vergaberecht PLUS • Privates Baurecht PLUS • Privates Baurecht ibr-online **Verkehrsrecht** Verkehrsrecht PLUS • Verkehrsrecht PREMIUM **Übergreifende Module** Rechtsprechung PLUS • Corona und COVID-19 PLUS • beck-online PREMIUM • NomosOnline PREMIUM • beck-online Webinare und Mediathek

C.H.BECK

facebook.com/verlagCHBECK | twitter.com/beckonlinede

Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstraße 9, 80801 München | 173496









Verkehrsrecht PLUS

Folgende Inhalte sind im PLUS-Modul enthalten:

Kommentare und Handbücher

- **Burmann/Heß/Hühnermann/Jahnke, Straßenverkehrsrecht | Highlight**
  Knapp, aktuell und übersichtlich stellt dieser Standardkommentar die zentralen Bereiche des Straßenverkehrsrechts dar. Kommentiert sind StVO, StVG, eKFV, Auszüge aus StGB und StPO, die schadensersatzrechtlichen Vorschriften des BGB, Auszüge aus der ZPO sowie Auszüge aus dem VVG und AuslPflVG mit AuslHPflV.
- **Münchener Anwaltshandbuch Straßenverkehrsrecht, Hrsg. Buschbell/Höke | Highlight**
  Praxisgerecht bietet das Werk eingehende Erläuterungen zum materiellen und prozessualen Recht, Formulierungshilfen, Schriftsatz-Muster, Checklisten und Übersichten.
- **Krenberger/Krumm, OWiG**
- **Geigel, Der Haftpflichtprozess | Highlight**
  Das komplette Haftpflichtrecht – von Amtshaftung bis Zwangsvollstreckung. Besonders wertvoll ist die Kombination von prozessualen und materiell-rechtlichen Aspekten sowie die umfangreiche Einarbeitung der aktuellen Rechtsprechung.
- **Bachmeier (Hrsg.), Rechtshandbuch Autokauf**
  Autokauf inklusive Internet- und Auslandskauf.
- **Grüneberg, Haftungsquoten bei Verkehrsunfällen | Highlight**
  Mit mehr als 5.000 Entscheidungen zur Haftungsabwägung bei Verkehrsunfällen nach StVG, HPflG und BGB.
- **Küppersbusch/Höher, Ersatzansprüche bei Personenschaden**
  Mit den aktuellen Kapitalisierungstabellen.
- **BeckOK Straßenverkehrsrecht, Hrsg. Dötsch/Koehl/Krenberger/Türpe | Highlight**
  Umfasst alles Wichtige zum StVR: Kommentiert sind StVG, StVO, FeV, FZV, StVZO, BKatV, die ARB 2012, die Richtlinie 2000/26/EG und Richtlinie 2009/103/EG sowie in Auszügen StGB, OWiG, StPO, BGB, VVG und PflVG.

Formulare

- **BeckOF Verkehrsrecht, Höke | Highlight**
  Der Praxistipp: Die wichtigsten Formulare und Muster zum Verkehrsrecht. Regelmäßig aktualisiert und rechtssicher formuliert.
- FormularBibliothek Zivilprozess, Janeczek u.a.: Verkehr, Schaden, Versicherung (Nomos)

Arbeitshilfen

- SCHMERZENSGELD 2021
- beck-online.SCHMERZENSGELD

Zeitschriften mit Archiven

- NZV – Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht, ab 1988
- SVR – Straßenverkehrsrecht, ab Mitte 2005 (Nomos)

Rechtsprechung und Aufsätze

- Rechtsprechung zum Verkehrsrecht aus Beck'schen Zeitschriften sowie exklusiv online weitere Rechtsprechung im Volltext (BeckRS/BeckEuRS), dazu Leitsätze aus LSK zu weiteren Zeitschriften
- Aufsätze aus Beck'schen Zeitschriften, dazu Aufsatznachweise aus LSK zu weiteren Zeitschriften

Normen und Fachdienst

- Straßenverkehrsrecht Texte
- Fachdienst Straßenverkehrsrecht

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/29451

Monatspreis	**€ 41,–***
Vorzugspreis für Bezieher der NZV oder SVR	**€ 35,–***

* (Preise pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)

Die kompletten Inhalte des Moduls **Verkehrsrecht PLUS** sind im Modul **Verkehrsrecht PREMIUM** enthalten.





Verkehrsrecht PREMIUM

Folgende Inhalte sind im PREMIUM-Modul **zusätzlich** enthalten:

Kommentare und Handbücher

- **Münchener Kommentar zum Straßenverkehrsrecht**
  Darstellung des Verkehrsstraf- und Verkehrsverwaltungsrechts (Bd. 1), des Verkehrszivil- und Verkehrsversicherungsrechts (Bd. 2) sowie des Internationalen Straßenverkehrsrechts (Bd. 3) in gewohnter Qualität der Münchener Kommentare.
- **Hentschel/König/Dauer, Straßenverkehrsrecht – in Vorb.**
  Der Standard-Kommentar zum Straßenverkehrsrecht bietet dem Praktiker alles zur Lösung straßenverkehrsrechtlicher Fälle: StVG mit EmoG, StVO, StVZO, FeV, FZV, EG-FGV, eKFV, Verkehrsstrafrecht, Verwaltungsvorschriften und Gesetzesmaterialien.
- **Berz/Burmann, Handbuch des Straßenverkehrsrechts | Highlight**
  Das zweibändige Loseblattwerk behandelt das Straßenverkehrsrecht nach dem Ablaufschema eines Mandats. Angefangen von der Mandatsübernahme bis hin zum Gebührenrecht führt es gleich an die richtige Stelle.
- Dauses/Ludwigs, Handbuch des EU-Wirtschaftsrechts (Auszug Verkehrsrecht)
- **Haus/Krumm/Quarch (Hrsg.), Gesamtes Verkehrsrecht (Nomos)**
  Verkehrszivilrecht, Versicherungsrecht, Ordnungswidrigkeiten- und Strafrecht, Verkehrsverwaltungsrecht: Der neue Kommentar liefert rasch Lösungen, stichhaltige Argumente und tragfähige Formulierungen für alle Fragen, die den Praxisalltag im Verkehrsrecht bestimmen.
- **Jahnke/Burmann, Handbuch des Personenschadensrechts**
  Umfassend stellt dieses Handbuch sämtliche mit dem Eintritt eines Personenschadens einhergehenden Rechtsfragen dar.
- **Oppermann/Stender-Vorwachs, Autonomes Fahren**
  Verschafft einen systematischen und problemorientierten Überblick über alle rechtlichen Implikationen des Autonomen Fahrens: Haftung, Datenschutz, Strafrecht.
- BeckOK StGB, Hrsg. v. Heintschel-Heinegg | Highlight
- BeckOK StPO mit RiStBV und MiStra, Hrsg. Graf
- BeckOK GVG, Hrsg. Graf
- BeckOK OWiG, Hrsg. Graf | Highlight
- **Balke/Reisert/Schulz-Merkel, Regulierung von Verkehrsunfällen (Nomos) | Neu in beck-online**
  Besonders praxisnahe Strukturierung nach Stichworten in den einzelnen Bereichen der Unfallregulierung.
- **Buck/Krumbholz (Hrsg.), Sachverständigenbeweis im Verkehrs- und Strafrecht (Nomos)**
  Der Leitfaden für forensische Sachverhalte im Verkehrsrecht.
- Berr/Schäpe/Müller/Rebler, Das Recht des ruhenden Verkehrs | Neu in beck-online

Formulare

- **Roth (Hrsg.), Verkehrsrecht (Nomos)**
  Bietet Schriftsatz- und Vertragsmuster zu allen Rechtsgebieten des gesamten Verkehrsrechts.

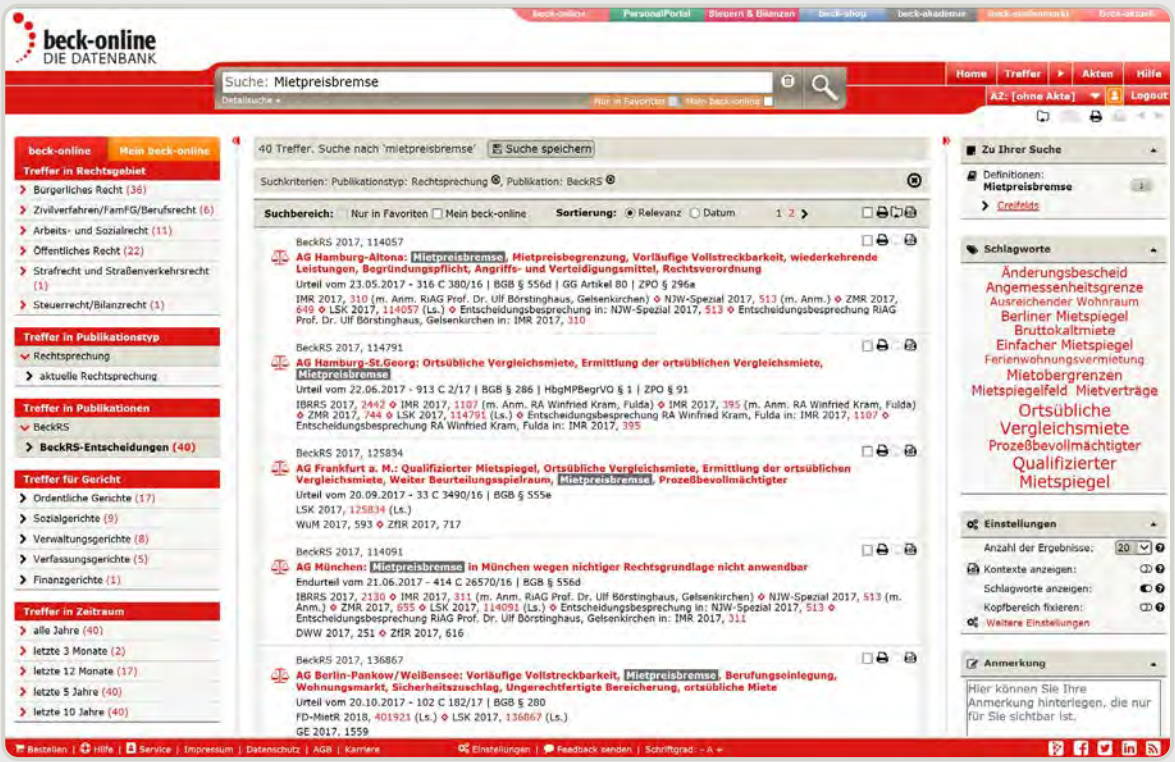
Zeitschrift mit Archiv

- DAR – Deutsches Autorecht, ab 2004

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/9873966

Monatspreis	**€ 89,–***
Vorzugspreis für Bezieher der NZV oder SVR	**€ 83,–***

* (Preise pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)



Rechtsprechung PLUS

Das Modul Rechtsprechung PLUS ist die perfekte Ergänzung zu beck-online Fachmodulen und Anwalt PREMIUM.
Das Modul umfasst rund 1,4 Mio. Entscheidungen im Volltext sowie 1,3 Mio. Leitsätze und Entscheidungsnachweise zu allen relevanten Rechtsgebieten.

Rechtsprechung

- **BeckRS – Aktuelle Gerichtsentscheidungen in ungekürzter Originalfassung | Highlight**
  BeckRS bietet einen umfassenden Fundus vor allem höchstrichterlicher Entscheidungen. Die Redaktion besteht aus über 100 Fachleuten, wobei es sich größtenteils um Richterinnen und Richter von BGH, BVerwG, BayVGH und weiteren Gerichten handelt.
  Innerhalb von 10 Tagen werden aussagekräftige Leitsätze, Normenketten, Schlagworte sowie Angaben zum Verfahrensgang und zur Rechtskraft hinzugefügt. Das sorgt für einen schnellen Überblick über die neueste Entwicklung.
- BeckEuRS – Gerichtsmitteilungen des EuGH, des EuG und des EuGöD in ungekürzter Originalfassung
- **GRUR-RS – die digitale Rechtsprechungssammlung**
  Entscheidungen zum Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht (mit Nebengebieten) im ungekürzten Volltext mit redaktioneller Dokumentation. Es ist damit ab sofort noch leichter, Rechtsprechung aus dem »Grünen Bereich« in unserer Datenbank zu identifizieren.
- IBRRS – Urteilsvolltexte aus den Schwerpunkten Immobilien- & Baurecht
- **VerwRsrp – Archiv der Sammlung Verwaltungsrechtsprechung**
  Sammlung obergerichtlicher Entscheidungen aus dem Verfassungs- und Verwaltungsrecht, 1949-1981.
- **LSK – Leitsätze aus der Referenzdatenbank Leitsatzkartei**
  Mit hunderttausenden Leitsätzen (ab 1947) aus über 170 juristischen Zeitschriften. Alle Rechtsgebiete der anwaltlichen Praxis sind umfasst: Zivilrecht, Strafrecht, Öffentliches Recht, Arbeitsrecht, Wirtschaftsrecht etc.
- **Leitsätze aus den Fundheften Zivilrecht (ab 1945)**
  Systematischer Nachweis der deutschen Rechtsprechung im Bereich des Zivilrechts.
- **Leitsätze aus den Fundheften Arbeits- und Sozialrecht (ab 1945)**
  Systematischer Nachweis der deutschen Rechtsprechung im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts.
- **Leitsätze aus den Fundheften Öffentliches Recht (ab 1948)**
  Systematischer Nachweis der Rechtsprechung zum Europarecht, Staatsrecht, Allgemeinem und Besonderem Verwaltungsrecht sowie zum Recht des öffentlichen Dienstes und zur Verwaltungsgerichtsbarkeit.
- **Mössner, Steuerrechtliche Leitsätze (StL)**
  Nachweis aller amtlich veröffentlichten Entscheidungen des BFH von 1970 bis 1990 im Leitsatz sowie Verwaltungserlasse und Schrifttum. Ab 1991 bis 2001 sämtliche im Fachschrifttum veröffentlichten Leitsätze der Finanzgerichte und anderer Gerichtsbarkeiten mit Fundstellenangaben.

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/10278669

Monatspreis nur für Bezieher eines Fachmoduls, Anwalt PREMIUM, Beck-KOMMUNALPRAXIS PLUS oder NomosOnline Anwalt **€ 46,–***

* (Preis pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)





Corona und COVID-19 PLUS

Kommentare

- Baumbach/Hueck/Noack, GmbHG (Auszug zu § 2 COVMG)
- Becker/Heyder/Paudtke, Wirtschaftsstabilisierungsfondsgesetz **| Neu in beck-online**
- BeckOK Infektionsschutzrecht, Hrsg. Eckart/Winkelmüller **| Highlight**
- Gerhardt, Infektionsschutzgesetz
- Kießling, Infektionsschutzgesetz
- Auszug: Münchener Kommentar zum BGB Bd. 12 (Ergänzung aus Anlass der COVID-19 Pandemie)
- Nerlich/Römermann, Insolvenzordnung/Insolvenzrecht (Auszug Kommentierung COVInsAG)
- Römermann, COVID-19 Abmilderungsgesetze
- Uhlenbruck, Insolvenzordnung Bd. 2 EuInsVO (Auszug COVInsAG)

Handbücher

- Birnbaum, Bildungsrecht in der Corona-Krise **| Neu in beck-online**
- Esser/Tsambikakis, Pandemiestrafrecht
- Fischinger/Orth, COVID-19 und Sport
- Huster/Kingreen, Handbuch Infektionsschutzrecht
- Jossé, Krisenmanagement und Business Continuity **| Neu in beck-online**
- Kersten/Rixen, Der Verfassungsstaat in der Corona-Krise
- Rechnungslegung in der Corona Krise
- Römermann, Leitfaden für Unternehmen in der Covid-19-Pandemie
- Schindler/Schaffner, Virtuelle Beschlussfassung in Kapitalgesellschaften und Vereinen
- Schlegel/Meßling/Bockholdt, Corona-Gesetzgebung – Gesundheit und Soziales
- Schmidt, COVID-19, Rechtsfragen zur Corona-Krise **| Highlight**
- Tholl, Staatshaftung und Corona **| Neu in beck-online**
- Tödtmann/v. Bockelmann, Arbeitsrecht in Not- und Krisenzeiten
- Zehelein, Miete in Zeiten von Corona

Zeitschrift mit Archiv

- COVuR – COVID-19 und alle Rechtsfragen zur Corona-Krise **| Highlight**

Lexikon, Arbeitshilfen und Broschüren

Creifelds, Rechtswörterbuch • Kanzlei Dr. Kleeberg und Partner, Corona-Kompass Steuern, Prüfung und Jahresabschluss, Beratung, Recht • Aligbe, Infektionsschutzrecht in Zeiten von Corona • Althoff u.a., Betriebsratsarbeit in Zeiten von Corona • Bertram/Walk/Falder, Arbeiten im Home Office in Zeiten von Corona • Hohenstatt/Sittard, Arbeitsrecht in Zeiten von Corona • Kiesche/Kohte, Arbeits- und Gesundheitsschutz in Zeiten von Corona • Mann/Schenn/Baisch, Vertrieb von Waren und Dienstleistungen in Zeiten von Corona • Römermann, Erste Hilfe im Pauschalreiserecht in Zeiten von Corona • Römermann, Erste Hilfe für Selbständige und Unternehmer in Zeiten von Corona • Römermann/Römermann, Erste Hilfe für Freizeit-Veranstalter in Zeiten von Corona • Schmidt, Kurzarbeit in Zeiten von Corona

Rechtsprechung und Aufsätze

- Aufsätze zu COVID-19 aus Beck'schen Zeitschriften
- Rechtsprechung zu COVID-19 aus Beck'schen Zeitschriften und BeckRS sowie Leitsätze aus LSK

Normen und Materialien

- Wichtige Normen zu COVID-19 und rechtsgebietsübergreifend

>> Bestellen Sie unter: beck-shop.de/31290069

Monatspreis **€ 29,–***

* (Preis pro Monat für bis zu 3 Nutzer, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)

DIE GANZE
VIELFALT DES RECHTS
in einem Modul



beck-online PREMIUM
Das rechtsgebietsübergreifende Paket

Deutschlands führende juristische Datenbank bietet digital aufbereitete Inhalte renommierter Standardwerke, wie z. B. Münchener Kommentare, Beck'sche Formulare und Handbücher, Gelbe Kommentare sowie exklusiv für die digitale Arbeit entwickelte Beck´sche Online-Kommentare (BeckOK) und Auszüge aus dem beck-online.GROSSKOMMENTAR (BeckOGK) zum Bilanzrecht, AktR, COVMG, SE und SpruchG. Alle Inhalte sind miteinander verlinkt und stets topaktuell. Ob aus dem Homeoffice, der Kanzlei oder unterwegs – mit beck-online haben Sie immer und überall Zugang zu hochwertigen Informationen.

Davon profitieren alle, die rechtsübergreifend arbeiten müssen und einen breiten Informationsbedarf haben.

Alle Rechtsgebiete und Inhalte auf einen Blick

Enthaltene Rechtsgebiete:

Bürgerliches Recht
Allgemeines Zivilrecht | Erbrecht | Familienrecht | Internationales Privatrecht | Mietrecht | Privates Baurecht | Schiedsgerichtsbarkeit | Vergaberecht | Wohnungseigentumsrecht | Zwangsvollstreckungsrecht | Zivilverfahrensrecht

Handels-, Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
Aktienrecht | Bank- und Kapitalmarktrecht | Compliance | Gesellschaftsrecht | Handelsrecht | Internationales Gesellschaftsrecht | IT-Recht | M&A | Stiftungsrecht | Umwandlungsrecht | Vereinsrecht | Versicherungsrecht

Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
Designrecht | Kartellrecht | Lauterkeitsrecht | Lizenzrecht | Markenrecht | Patentrecht | Urheberrecht

Verfahrens-, Kosten-, Berufs- und Notarrecht
Berufsrecht | Grundbuchrecht | Kostenrecht | Notarrecht | Registerrecht | Vergütungsrecht

Arbeitsrecht
Kündigungsrecht | Mitbestimmungsrecht

Sozialrecht
Kinder- und Jugendhilfe | Sozialrecht | Sozialversicherungsrecht

Öffentliches Recht
Agrarrecht | Ausländer- und Asylrecht | Beamtenrecht | Datenschutzrecht | Energierecht | Gewerberecht | Immissionsschutzrecht | Lebensmittelrecht | Medizin- und Gesundheitsrecht | Öffentliches Baurecht | Rundfunkrecht | Staatsrecht | Umweltrecht | Verfassungsrecht | Verwaltungsrecht | Wasserrecht

Strafrecht und Verkehrsrecht
Strafrecht | Straßenverkehrsrecht | Wirtschaftsstrafrecht

Steuerrecht
Außenwirtschafts- und Zollrecht | Bewertungrecht | Bilanzrecht | Einkommenssteuerrecht | Erbrecht | Gewerbesteuerrecht | Grunderwerbsteuerrecht | Internationales Steuerrecht | Körperschaftsteuerrecht | Steuerverfahrensrecht | Umsatzsteuerrecht

Insolvenzrecht
Insolvenzrecht

Europarecht
EU-Außenwirtschafts- und Zollrecht | Europäische Menschenrechte | Unionsrecht

Enthaltene Kommentare und Handbücher (Auswahl)

- **Münchener Kommentare**
  zum BGB | zum FamFG | zum HGB | zum GmbHG | zum AktG | zur ZPO | zum Anfechtungsgesetz | zur InsO | zum StGB | zur StPO | zum LauterkeitsR | zum VVG
- Baumbach/Hopt, HGB
- Baumbach/Hueck, GmbHG
- Brandis/Heuermann (vormals Blümich), Ertragsteuerrecht
- Boos/Fischer/Schulte-Mattler, KWG, CRR-VO
- Dreier/Schulze, Urheberrechtsgesetz
- Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht
- Ernst u.a., BauGB
- Henssler/Strohn, Gesellschaftsrecht
- Hölters, AktG
- Hüffer/Koch, Aktiengesetz
- Immenga/Mestmäcker, Wettbewerbsrecht
- Jauernig, BGB
- Kapellmann/Messerschmidt, VOB A/B
- Köhler/Bornkamm/Feddersen, UWG



UMFANGREICH UND FÄCHERÜBERGREIFEND:

- attraktives Kosten-Nutzen-Verhältnis
- über 360 Kommentare, davon 42 Beck´sche Online-Kommentare (BeckOK)
- mehr als 180 Handbücher
- mehr als 30 Formularwerke, davon über 20 nur online verfügbar
- über 120 Fachzeitschriften inklusive enthaltener Rechtsprechung und weit zurückreichender Archive
- über 30 zusätzliche exklusiv online erhältliche Fachnews und Fachdienste
- 1,3 Millionen Leitsätze und Entscheidungsnachweise und 1,4 Millionen Entscheidungen im Volltext
- etwa 100 Arbeitshilfen und Tabellen, z. B. Berechnungsprogramme von Abfindung über Mutterschutz bis Zinsen, Schmerzensgeld-Assistent, Steuertabellen und Veranlagungsinformationen zurück bis ins Jahr 2000
- aktuelle Normen (EU-, Bundes- und Landesrecht), Veranlagungen, Steuererlasse und Steuerrichtlinien
- Vorzugspreis für zahlreiche Fachmodule

- Küttner, Personalbuch
- Landmann/Rohmer, UmweltR
- Dürig/Herzog/Scholz (vormals Maunz/Dürig), GG
- Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts
- Musielak/Voit, ZPO
- Nerlich/Römermann, InsO
- Oetker, HGB
- Paal/Pauly, Datenschutz-Grundverordnung
- Schaub, Arbeitsrechts-Handbuch
- Schimansky/Bunte/Lwowski, Bankrechts-Handbuch
- Schmidt-Futterer, MietR
- Schmitt/Hörtnagl/Stratz, UmwG, UmwStG
- Schönke/Schröder, StGB
- Schulze/Dörner/Ebert, BGB
- Spindler/Stilz, AktG
- Uhlenbruck, Kommentar zur InsO

Enthaltene Formularbücher (Auswahl)

- BeckOF – Beck'sche Online-Formulare
- Beck'sches Formularb. BGB
- Beck'sches Formularb. Dt.-Engl.
- Beck'sches Formularb. GmbH-Recht
- Beck'sches Prozessformularbuch

Enthaltene BeckOK (Auswahl)

- BeckOK Arbeitsrecht | BeckOK Ausländerrecht | BeckOK BGB | BeckOK BORA | BeckOK DatenschutzR | BeckOK GBO | BeckOK GG | BeckOK HGB | BeckOK InsO | BeckOK OWiG | BeckOK Sozialrecht | BeckOK StGB | BeckOK StPO | BeckOK Umweltrecht | BeckOK Urheberrecht | BeckOK VwGO | BeckOK VwVfG | BeckOK ZPO

Enthaltene Zeitschriften (Auswahl)

- AP – Arbeitsrechtliche Praxis
- ArbR – Arbeitsrecht Aktuell
- BC – Zeitschrift für Bilanzierung, Rechnungswesen und Controlling
- BKR – Bank- und Kapitalmarktrecht
- DNotZ – Deutsche Notar-Zeitschrift
- DStR – Deutsches Steuerrecht
- EuZW – Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
- GRUR – Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
- MMR – MultiMedia und Recht
- NJW – Neue Juristische Wochenschrift
- NJW-RR – NJW-Rechtsprechungsreport
- NZG – Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
- NStZ – Neue Zeitschrift für Strafrecht
- NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
- NZA – Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
- NZBau – Neue Zeitschrift für Bau- u. VergabeR
- NZS – Neue Zeitschrift für Sozialrecht
- RNotZ – Rheinische Notarzeitschrift
- ZUM – Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht

Infos und Preise
Gerne berät Sie zu diesen Angeboten unser Außendienst.
Wenden Sie sich einfach an den **Ansprechpartner in Ihrer Nähe** (siehe Seiten 4-5)

NomosOnline PREMIUM

Die ganze Welt des aktuellen Rechts.

+++ Rund 150 Praktikerkommentare +++ über 80 Praxishandbücher +++ rund 30 Formularbücher +++ 23 Praktikerzeitschriften +++ 270 kommentierte Spezialgesetze +++

Alle aktuellen Werke auf »Corona-Neustand«



Die sichere Datenbank bietet Ihnen

- aktuelle Rechtsstände in allen wichtigen Gebieten
- klare, systematische und verständliche Darstellungsformen
- wissenschaftliche Durchdringung
- dadurch hohe Argumentationstiefe
- einen hohen Spezialisierungsgrad
- praxisnahe Lösungen auch für grenzüberschreitende Sachverhalte.

Für den vernetzten Arbeitsalltag

von Anwälten, Unternehmens- und Verbandsjuristen, Richtern, Staatsanwälten, Verwaltungsbeamten und Rechtswissenschaftlern.

Mit Standardwerken wie

- Dauner-Lieb/Heidel/Ring, Bürgerliches Gesetzbuch, Großkommentar
- Boecken/Düwell/Diller/Hanau, Gesamtes Arbeitsrecht, Großkommentar
- Hümmerich/Reufels, Gestaltung von Arbeitsverträgen, Handbuch
- Münder/Geiger, Sozialgesetzbuch II, Kommentar
- Münder/Meysen/Trenczek, Frankfurter Kommentar SGB VIII, Großkommnentar
- Dau/Düwell/Joussen/Luik, Sozialgesetzbuch IX, Kommentar
- Kindhäuser/Neumann/Paeffgen, Strafgesetzbuch, Großkommentar
- Sodan/Ziekow, Verwaltungsgerichtsordnung, Großkommentar
- Schrödter, Baugesetzbuch, Großkommentar
- Groeben/Schwarze/Hatje, Europäisches Unionsrecht, Großkommentar
- Schröter/Klotz/von Wendland, Europäisches Wettbewerbsrecht, Großkommentar

Nomos

Infos und Preise
Gerne berät Sie zu diesen Angeboten unser Außendienst.
Wenden Sie sich einfach an den **Ansprechpartner in Ihrer Nähe** (siehe Seiten 4-5)



beck-online | Webinare

Interaktive Online-Schulungen vermitteln Ihnen am eigenen PC die optimale Recherche-Technik für beck-online sowie das beck-personal-portal und das Portal Steuern & Bilanzen.

Wählen Sie Ihr kostenloses Webinar:

- Grundlagen-Webinar beck-online
- Kompakt-Webinar beck-online
- Grundlagen-Webinar beck-personal-portal
- Grundlagen-Webinar Steuern & Bilanzen

webinare.beck-online.de

beck-online | Mediathek

Kurze Erklärvideos zeigen Ihnen die wichtigsten Datenbank-Funktionen.

mediathek.beck-online.de

JETZT | 4 Wochen kostenlos und unverbindlich testen

089/38189-747 | beck-online@beck.de | bestellen.beck-online.de

oder bei Ihrem Buchhändler

20 JAHRE beck-online – Feiern Sie mit!

JETZT ERKUNDEN!
beck-shop.de/
20-jahre-beck-online

beck-online – Deutschlands führende juristische Datenbank – wird 20. Und um das angemessen zu feiern, haben wir **zahlreiche spannende Überraschungen** für Sie vorbereitet! Besuchen Sie beck-online auf der Geburtstags-Webseite und freuen Sie sich über:

- exklusive **Jubiläumsangebote**
- ein großartiges **Gewinnspiel** mit der Möglichkeit, eines von drei hochwertigen E-Bikes sowie viele weitere tolle Preise zu gewinnen
- einen neuen monatlich erscheinenden beck-online Newsletter sowie
- Fotos aus 20 bewegten Jahren beck-online und vieles mehr.



Entdecken Sie jetzt die **attraktiven Aktionen** rund ums Jubiläum!

20 JAHRE beck-online DIE DATENBANK

C.H.BECK

Verlag C.H. BECK · Wilhelmstraße 9 · D-80801 München
Amtsgericht München, HRA 48045 · www.beck-online.de
Tel.: 089/38 189-747 · Fax: 089/38 189-297
facebook.com/verlagchbeck | twitter.com/beckonlinede

173627 Angebotsstand: 24. September 2021. Alle Preise zzgl. der gesetzl. MwSt., soweit nicht anders angegeben. Irrtümer, Preisänderungen und Druckfehler vorbehalten. Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstraße 9, 80801 München · Amtsgericht München HRA 48045

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 18. November 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 22



Seite 15



Seite 1

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Erdings Oberbürgermeister Max Gotz und KPV-Landesvoritzender Landrat Stefan Rößle begrüßten gemeinsam Innenminister Joachim Herrmann (v.l.). Bild: KPV

KPV-Landesversammlung in Erding:

Substanz zeigen, Kompass geben

Mögliche Ampel-Koalition hin oder her – Fakt ist: Die breite Mitte der bayerischen Bevölkerung wird nach wie vor von der Volkspartei CSU repräsentiert. Dabei spielen die Kommunalpolitiker als Stabilisatoren eine wichtige Rolle. Gerade für ein starkes Bayern brauche es auch starke CSU-geführte Kommunen, führte der im Rahmen der KPV-Landesversammlung in Erding fast einstimmig als Vorsitzender wiedergewählte Donau-Rieser Landrat Stefan Rößle aus. Mit mittlerweile 15.822 Mitgliedern sei die Kommunalpolitische Vereinigung die drittgrößte Arbeitsgemeinschaft der CSU.

„Wenn Kommunen weiter in Bauprojekte, Schulen, Kindergärten oder Infrastruktur investieren sollen und wenn sie für ihre Bürger eine Grundlage für eine erfolgreiche Zeit nach der Krise bieten sollen, brauchen sie dauerhaft die nötigen finanziellen Spielräume“, machte Rößle deutlich. Deshalb sei für die KPV klar, sich für ein kommunales Rettungspaket zur Kompensation der Steuerausfälle für die Jahre 2021 und 2022 einzusetzen. Zudem fordern die CSU-Kommunalpolitiker eine Kompensation der coronabedingten Erlösausfälle für kommunale Krankenhäuser.

Die Masse an Förderprogrammen sowie die äußerst komplexen und diversen Fördervoraussetzungen machen es laut Rößle „oftmals unattraktiv oder gar für kleine Kommunen unmöglich, Förderanträge zu stellen“. Nicht selten müsse hierfür ein nicht unerheblicher zusätzlicher Personalaufwand seitens der Kommunen in die Finanzplanung aufgenommen werden. Deshalb plädiert die KPV für eine bessere und langfristige Grundausstattung statt kurzfristigen Förderungen. „Das gemeinsame Ziel aller politischen Ebenen muss es sein, Förderprogramme schnell, effektiv und unbürokratisch zu gestalten.“

Wirtschaftliche Stärke und Familienfreundlichkeit

Grundsätzlich sollten innovative Kommunen wirtschaftliche Stärke und Familienfreundlichkeit im Auge behalten, forderte der KPV-Vorsitzende. Es gelte, „den Blick für Realistisches und Machbares“ zu schärfen.

In dasselbe Horn stießen der stellvertretende Erdinger Landrat Franz Hofstetter und Erdings Oberbürgermeister Maximilian Gotz. Aus dessen Sicht sind die Kommunen freilich in manchen Bereichen aktuell nur noch „Befehlsempfänger“. Bei Grundsatzfragen wie dem „unzulänglichen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder“ würden sie beispielsweise ebenso wenig politisch eingebunden wie beim Thema Lüftungsanlagen, wo sich Informationen auf Pressemitteilungen der Staatsregierung beschränkten. Nach den unbefriedigenden Ergebnissen insbesondere bei der Bundestagswahl sei eine Aufbruchstimmung nötig, die jetzt die Kommunalpolitiker auf Augenhöhe mitnimmt. „Die CSU hat nun die Chance, Substanz zu zeigen, Kompass zu geben und damit wieder mehr Wähler zu gewinnen“, machte Gotz deutlich.

Kommunen sind die Basis der Demokratie

„Unsere Kommunen sind die Basis der Demokratie. Vor diesem Hintergrund ist es für die Staatsregierung eine Daueraufgabe von höchster Priorität, die kommunale Selbstverwaltung zu bewahren und zu stärken. Als Kommunalminister setze ich dabei auf die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit von Staat und Kommunen und schätze sie sehr“, unterstrich Staatsminister Joachim Herrmann. Sie trage dazu bei, „dass Bayern für seine gut funktionierende bürgernahe Verwaltung auch über die Landesgrenzen hinaus bekannt ist und beispielsweise auch die Corona-Pandemie bislang so gut bewältigt hat“.

Damit auch der zweite Coro-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Tourismustag 2021:

Der Weg zu nachhaltigem Management

Unter dem Motto „Der Tourismus der Zukunft ist nachhaltig – Bayern als Heimat und Urlaubsort“ fand der diesjährige Bayerische Tourismustag in Nürnberg als hybrides Event statt. Erklärtes Ziel ist ein nachhaltiges Tourismusmanagement im Einklang mit der Natur und den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung. Hierzu gilt es, ökologische, regionale und soziale Aspekte zu berücksichtigen, wie im Dialog mit ausgewiesenen Experten deutlich wurde.

Laut Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger stellt der Tourismus eine wichtige Leitbranche Bayerns dar. Sie sichert das Einkommen von rund 600.000 Menschen im Freistaat und erzielte 2019 einen Bruttoumsatz von 34,2 Milliarden Euro. Im darauffolgenden Jahr kam es wegen der Corona-Pandemie zu einem starken Einbruch, zahlreiche Betriebe kämpften trotz staatlicher Unterstützung ums Überleben. Mittlerweile erhole sich die Branche wieder, so Aiwanger.

Das sympathische Gesicht Bayerns

Bayern biete seinen Gästen eine große Bandbreite an Möglichkeiten – vom Urlaub auf dem Bauernhof zum 5-Sterne-Hotel, von der Bergtour zum Stadtbummel, vom Gasthaus zum Gesundheitstourismus. Die Tourismusbranche sei mit ihrem freundlichen Service das sympathische Gesicht Bayerns, die schöne Landschaft trage wesentlich zum Urlaubsgefühl bei. Wie der Minister betonte, „haben Nachhaltigkeit und Regionalität bei uns im Tourismus eine große Bedeutung, auch setzen wir uns für die Digitalisierung ein und unterstützen die Branche mit zahlreichen Förderprogrammen.“

Fit für die Zukunft

Mit dem neuen Programm „Tourismus in Bayern – fit für die Zukunft“ würden mit 30 Millionen Euro gezielt Maßnahmen für einen nachhaltigen, smarten, barrierefreien und ökologischen Tourismus gefördert, damit ein kraftvoller Neustart nach der Corona-Krise gelingt. Dabei werden Klein- und Kleinstvermieter mit einer Förderung in Höhe von 50 Prozent unterstützt. Schließlich stellt der private Ferienwohnungsmarkt eine wichtige Säule des bayerischen Tourismus dar.

In Bayern gibt es geschätzt 28.000 Anbieter, darunter rund 4.000 Landwirte, mit mehr als 130.000 Betten. Damit entfallen etwa 15 Prozent aller Übernachtungen in Bayern auf private Ferienwohnungen und -häuser. Das Programm „Tourismus in Bayern – fit für die Zukunft“ richtet sich deshalb in erster Linie an kleine, nicht gewerbliche Privatvermieter und an Anbieter von Urlaub auf dem Bauernhof mit maximal 25 Gästebetten. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Nachhaltigkeit. Gefördert werden Maßnahmen, die die Angebotsqualität erhöhen - von der Verschönerung der Außenanlagen bis zu Software für die Webseitenerstellung.

Angebotsqualität erhöhen

Zudem unterstützt das Programm die Errichtung von E-Ladepunkten für Pkws und E-Bikes, die Verbesserung der digitalen Barrierefreiheit der Tourismusverbände und -regionen sowie die Erhebung touristisch relevanter Echtzeitdaten für die Besucherstromlenkung. Anbieter von touristischen Angeboten und Parkmöglichkeiten können seit kurzem die Förderung beantragen, um die Auslastung zu erfassen. Diese Daten fließen dann in den Ausflugsticker Bay-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler in Bayern:

Teure Fehlplanungen

Eine Überstundenaffäre, teure Staatsdiener und ein kostspieliges „stilles Örtchen“: In seinem aktuellen Schwarzbuch kritisiert der Bund der Steuerzahler in Bayern erneut zahlreiche Fälle öffentlicher Verschwendung. Allein die beispielhaft ausgewählten Sachverhalte belegten eine Steuerverschwendung in Höhe von 130 Millionen Euro, hob BdSt-Präsident Rolf von Hohenhau in München hervor.

Laut Vizepräsidentin Maria Ritch geht der Steuerzahlerbund davon aus, dass jedes Jahr bundesweit etwa 30 Milliarden Euro an Steuergeldern, sprich vier bis fünf Prozent des gesamten öffentlichen Ausgabevolumens, vergeudet werden. Ursachen seien insbesondere politische Egoismen, kleinkariertes Denken und Fahrlässigkeiten.

In seiner Veröffentlichung listet der Bund der Steuerzahler zehn bayerische Verschwendungsfälle auf, die jedoch nur „die Spitze des Eisbergs“ darstellen. Dazu zählt der überteuerte Erwerb eines Grundstücks für die neue Technische Universität in Nürnberg. Die Staatsregierung soll das Doppelte des eigentlichen Grundstückswerts, nämlich rund 90 Millionen Euro gezahlt haben.

Überhöhte Preise „alternativlos“

Das Bauministerium rechtfertigte den Kauf damit, dass aufgrund der vorgenommenen Markterkundung der Grundstückserwerb „alternativlos“ gewesen sei und es sich um „die einzig wirtschaftliche Möglichkeit der Bedarfsdeckung“ gehandelt habe, so der Steuerzahlerbund. Auch der Bayerische Oberste Rechnungshof rügte den teuren Grundstückskauf.

Desaster auch bei der Regiomed-Kliniken GmbH: Mit einem Betriebsdefizit von rund 25 Millionen Euro im Jahr 2018 machte der Verbund mit Einrichtungen in Oberfranken und Südthüringen von sich reden. Laut BdSt waren dafür Rechts- und Beratungskosten in Höhe von rund 17,5 Millionen Euro verantwortlich. Teilweise sollen Aufträge für Berater, Rechtsanwälte, Gutachter und Planer ohne Ausschreibung vergeben und dafür auch zum Teil überzogene Honorare gezahlt worden sein. Zudem seien Leistun-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Steuerzahler-Präsident Rolf Baron von Hohenhau und Vizepräsidentin Maria Ritch. ❒



Pino fühlt ein Gespenst, das in Deutschland umgeht. Der sensible Kater wird zwar vom Bürgermeister gut versorgt; jedoch treibt ihm die Inflation die Tränen in seine Katzenaugen; zumal er sie für hausgemacht hält, weil es vor allem die Energiepreise sind, die den einfachen Bürgern die Haare vom Kopf fressen.
Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Hilfe für finanzschwache Kommunen 2
Wie bleibt Elektrizität bezahlbar? 2
Bay. Städtetag: Kommunale Kompetenzen sind unverzichtbar . 2
GZ-Kolumne Josef Mederer: Kultur ist Lebens-Mittel 3
Bayerischer Musikschultag in Erding . . . . . .
Appell zur Vernetzung 3
Kommunale Energiethemen . . . . . 5 - 10
Katastrophenschutz • Extremwetterereignisse. 11
Kommunale Gesundheitsthemen 12
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 13 - 16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Wie bleibt Elektrizität bezahlbar?

Die durchschnittlichen Strompreise in Bayern werden auch in den kommenden Jahren weiter steigen. Wie kann der Anstieg gebremst und Verbraucher sowie Unternehmer entlastet werden? Darüber diskutierten Experten mit Abgeordneten in einer Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung im Bayerischen Landtag. Die CSU-Landtagsfraktion forderte per Dringlichkeitsantrag im Rahmen des Plenums Klarheit über Reservekapazitäten insbesondere aus Gaskraftwerken.

Die Beschaffungspreise für Erdgas haben sich seit Jahresbeginn verdreifacht, für einen kurzfristigen Erwerb teils sogar verfünffacht. Zudem explodieren die Kosten insbesondere bei fossilen Ressourcen und Kraftstoffen. Nach Berechnungen der Prognos AG könnte sich der Strompreis in Bayern bis 2030 um durchschnittlich 50 Prozent verteuern. Hauptgründe dafür sind der wachsende Strombedarf sowie die Kosten für die Energiewende. Nach deren Abschluss Mitte der 2030-er Jahre sei aber wieder mit sinkenden Strompreisen zu rechnen, sagte Dr. Almut Kirchner von der Prognos AG voraus. Ohne die Umstellung auf erneuerbare Energien würden die Strompreise aber noch stärker steigen.

EEG-Umlage und Wohngeld

Um bis dahin die Strompreise bezahlbar zu halten, forderten mehrere Experten die Abschaffung der EEG-Umlage sowie die Absenkung der Stromsteuer auf das von der EU zugelassene Mindestmaß. Allein das entlaste private Haushalte um bis zu fünf Cent je Kilowattstunde, teilte Dr. Thomas Engelke von der „Verbraucherzentrale Bundesverband e.V." mit. Einkommensschwache Haushalte könnten durch höheres Wohngeld oder einen Aufschlag auf andere Sozialleistungen unterstützt werden.

Wirtschaftsvertreter warnten vor Wettbewerbsverzerrungen wegen der hohen Strompreise. So plädierte Dr. Bernhard Langhammer als Sprecher der Chem-Delta Bavaria für einen stabilen Industriestrompreis. Die Differenz zum jeweils aktuellen Marktpreis müsse für die Unternehmen zum Beispiel über einen auch staatlich unterstützten Fonds ausgeglichen werden. Ähnlich äußerte sich der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft, Bertram Brossardt. Die hohen Strompreise seien eine „echte Belastung für unsere Unternehmen" und behinderten den Weg in die Klimaneutralität. Vor allem energieintensive Unternehmen bräuchten andere Marktregeln als Mittelständler und private Haushalte. Ansonsten drohe in einigen Regionen Bayerns eine De-Industrialisierung. Dr. Felix Matthes, Forschungskoordinator für Energie- und Klimapolitik beim Öko-Institut, riet davon wegen des immensen Subventionsbedarfs ab.

Einfachere Genehmigungsverfahren

Brossardt sprach sich zudem für einen umfassenden Ausbau der erneuerbaren Energien und damit auch der Windkraft in Bayern aus. Die 10H-Abstandsregel sei da wenig hilfreich. Zudem forderte Brossardt einen raschen Ausbau der Stromnetze, um Lieferengpässe zu vermeiden. Dem schloss sich Dr. Ingo Schmidt vom Stromnetzbetreiber TenneT TSO an. Ohne Netzausbau würden immer mehr technische Eingriffe zur Stabilisierung der Netze erforderlich. Sein Unternehmen habe dafür allein 2020 mehr als eine Milliarde Euro aufwenden müssen, was letztlich auch auf den Strompreis durchschlage.

Keine Abhängigkeit von Stromkosten

Im Gegensatz zu den anderen Fachleuten lehnte Swantje Fiedler vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft eine Absenkung der Strompreise ab. Aus ihrer Sicht sei dieser in Deutschland nicht zu teuer. Bezogen auf das Durchschnittseinkommen lägen bei Privatkunden die monatlichen Kosten für den Strombezug im europäischen Mittelfeld. Für einkommensschwache Haushalte brauche es Hilfen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie hänge – von wenigen Branchen abgesehen – nicht von der Höhe der Stromkosten ab, so Fiedler. Energieintensive Branchen genössen schon heute Ausnahmeregelungen. Eine pauschale Strompreissenkung sei auch aus ökologischer Sicht der falsche Weg. Fossil erzeugter Strom müsse eher verteuert, regenerativ hergestellter verbilligt werden.

Um die Kosten dauerhaft zu senken, forderte Rainer Ludwig, energiepolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion einen europäischen Industriestrompreis: „Wir müssen verhindern, dass bayerische Spitzenunternehmen ihren Standort durch wettbewerbsschädliche Vorgaben ins Ausland verlagern müssen. Insbesondere die staatlich erwirkten Bestandteile der Energiepreise müssen reduziert werden, um eine spürbare Entlastung für Wirtschaftskonzerne zu gewährleisten." Eine Senkung der Stromsteuer auf das EU-rechtlich zulässige Mindestniveau sei dabei dringend erforderlich. Zudem müsse eine zeitnahe Abschaffung der EEG-Umlage erfolgen.

Der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag, Albert Duin, plädierte für eine grundlegende Reform der Steuern, Abgaben und Umlagen auf Strom, um die Geldbeutel der Verbraucher zu entlasten und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern: „Aktuell setzt sich der Strompreis zu rund 51 Prozent aus Steuern, Abgaben und Umlagen sowie zu 25 Prozent aus Netzentgelten zusammen. Die tatsächliche Strombeschaffung und der Vertrieb machen also nur ein Viertel des Preises aus. Die geplante Senkung oder Abschaffung der EEG-Umlage auf Bundesebene kann hier nur ein erster Schritt sein."

Booster für die Energiewende

Die SPD-Wirtschaftsexpertin Annette Karl forderte einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und die Senkung des Strompreises für private Haushalte – was allerdings nur durch steuerliche Finanzierung der Ausnahmen bei der EEG-Umlage für energieintensive Industrien gelingen könne. Mit einer Ausbauoffensive der erneuerbaren Energien würden die Kosten gesenkt und die Bürgerinnen und Bürger entlastet. In der Aktuellen Stunde am 11. November im Plenum forderte die SPD-Landtagsfraktion daher einen Booster für die Energiewende und den Ausbau der Windkraft. SPD-Fraktionschef Florian von Brunn kritisierte: „Söder versucht derzeit, die Verantwortung für Strompreise und Stromversorgung auf Berlin zu schieben. Dabei liegt das Energie-Versagen bei ihm und seinem Wirtschaftsminister."

Klarheit über Reservekapazitäten

Um sicherzustellen, dass es mit der zunehmenden Umstellung auf erneuerbare Energien nicht zu Stromausfällen in Bayern kommt, forderte die CSU-Landtagsfraktion Klarheit über Reservekapazitäten insbesondere aus Gaskraftwerken. Per Dringlichkeitsantrag wird die Staatsregierung aufgefordert zu prüfen, ob das bereits zugesicherte Kontingent von 2 Gigawatt aus Gaskraft gesichert ist. Dieses Südkontingent soll laut Planungen des Bundes die Länder Bayern und Baden-Württemberg mit Strom aus Gaskraft absichern. Im Dringlichkeitsantrag wird zudem Klarheit zur Frage gefordert, ob zusätzliche Reservekapazitäten für Bayern notwendig sind. Die Experten der Anhörung im Wirtschaftsausschuss betrachteten 50 Gigawatt deutschlandweit als erforderlich. **red**

Bayerischer Städtetag:

Kommunale Kompetenzen sind unverzichtbar

Aktuell müssen auf zahlreichen Feldern gesellschaftliche und politische Änderungen umgesetzt werden. Hierbei ist aus Sicht des Bayerischen Städtetags die Problemlösungskompetenz der Kommunen gefragt. „Eine unerlässliche Basis für die in den Koalitionsverhandlungen angestrebten Reformprozesse ist die auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen und die frühzeitige Einbindung der kommunalen Ebene: Städte und Gemeinden müssen bei tiefgreifenden Änderungsprozessen beteiligt werden, sonst kann der angestrebte Wandel nicht funktionieren", unterstrich Städtetagsvorsitzender Markus Pannermayr.

Die Corona-Pandemie hat für die Kommunen zu empfindlichen finanziellen Ausfällen geführt. Pannermayr zufolge muss deren Ausgleich bei der Gewerbesteuer durch Bund und Länder nach dem gleichen Muster wie 2020 auch im Jahr 2021 fortgeführt werden. Die neue Bundesregierung sei aufgerufen, ausreichend Mittel für die Kompensation der Gewerbesteuer bereitzustellen.

Gerade die Innenstädte müssten sich dem Wandel stellen und sich zukunftsfähig aufstellen. Urbanes Leben solle weiterhin attraktiv für die Menschen bleiben. Strategische und nachhaltige Stadtentwicklung werde noch mehr an Bedeutung gewinnen. Daher müssten bewährte Instrumente wie die Städtebauförderung flexibler gestaltet, weiterentwickelt und besser ausgestattet werden.

Als Gemeinschaftsaufgabe definiert der Verbandschef den Klimaschutz: „Die Kommunen sind bereit. Viele Städte und Gemeinden haben ihr Engagement in diesem Bereich bereits verstärkt. Damit die Klimaziele erreicht werden können, braucht es ein solides Finanzierungsprogramm. Und es braucht die Optimierung und Entbürokratisierung bestimmter rechtlicher Rahmenbedingungen. Mehr Freiraum und Flexibilität wären hilfreich."

Einen wesentlichen Aspekt des Themas Nachhaltigkeit bildet der Bereich Mobilität. Die Kommunen benötigten noch mehr Möglichkeiten, um verkehrslenkende Maßnahmen vor Ort bedarfsgerecht zu gestalten. Angebote von Bus und Bahn müssten noch besser vernetzt werden, zudem erwarteten Städte und Gemeinden für den Öffentlichen Personennahverkehr eine stärkere Beteiligung des Bundes an Investitions- und Betriebskosten.

Mit Blick auf die Digitalisierung in Verwaltung, Bildung und Schule forderte der Verbandschef eine sinnvolle und zukunftstaugliche Umsetzungsstrategie, die inhaltliche Fragen beantwortet, aber auch die finanziellen Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen klärt. Ein Dauerthema bleibe auch der soziale Zusammenhalt in den Städten und die Gewährleistung von Teilhabe-Chancen. Nach Pannermayrs Worten geht es darum, soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten.

Eine drängende Gemeinschafts aufgabe für Bund, Freistaat und Kommunen bleibt der Bau bezahlbarer Wohnungen. Zwar konnten Pannermayr zufolge gerade in den vergangenen Jahren mehr neue Wohnungen gebaut werden, jedoch bleibe der Bedarf in allen Regionen Bayerns enorm, in Ballungsräumen ebenso wie in ländlichen Räumen. Deshalb müssten Bund, Freistaat und Kommunen ihre Kräfte bündeln, um Wohnungsnot zu lindern. Der Bau von bezahlbaren Wohnungen sei stetig und stärker zu fördern.

Bund und Freistaat stünden in der Verantwortung, um die Mittel für die Wohnraumförderung zu erhöhen. „Städte und Gemeinden brauchen Kontinuität und Planbarkeit. Die Fördermittel dürfen nicht kurzatmig von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr zugeteilt werden, Kommunen und Wohnungsbau-Unternehmen benötigen Zielvorgaben und Mittelzusagen über mehrere Jahre. Die Fördermittel für die Wohnraumförderung müssen auf einer langen Zeitschiene verlässlich und planbar sein", machte der Vorsitzende deutlich.

Der 2015 beschlossene Wohnungspakt Bayern habe einen verlässlichen Rahmen über den Zeitraum von vier Jahren geboten. Von 2016 bis 2019 konnten mit einem Gesamtfördervolumen von 2,9 Milliarden Euro knapp 25.000 Wohnungen gebaut werden. Den Kommunen fehlten für 2022 und die folgenden Jahre klare Aussagen zur staatlichen Förderung von Wohnraum. 2020 lag die Wohnraumförderung bei 847,8 Millionen Euro, 2021 bei 848,6 Millionen Euro. Diese setzte sich zusammen aus 150 Millionen für das Kommunale Wohnraumförderungsprogramm, 38 Millionen für Studentenwohnraumförderung und 660 Millionen Euro für die staatliche Wohnraumförderung. Davon waren 155,6 Millionen Bundesmittel und 140 Millionen Euro Eigenmittel der BayernLabo. Gerade in den vergangenen Jahren sei der Wohnungsbau wegen gestiegener Baukosten und höherer Grundstückskosten teurer geworden. „Die Fördersummen müssen an die aktuelle Entwicklung angepasst werden, Kostenobergrenzen müssen angehoben werden", stellte der Verbandschef klar. Die bisherigen Fördermittel seien in den einzelnen Regierungsbezirken erfahrungsgemäß schnell abgerufen. Zuschüsse in der Wohnraumförderung müssten erhöht werden, um gestiegene Baukosten und Grundstückskosten ausgleichen zu können. Der bisherige Zuschuss von bis zu 300 Euro pro Quadratmeter genüge nicht mehr. „Der Vorstand des Bayerischen Städtetags fordert daher, den Zuschuss auf bis zu 600 Euro pro Quadratmeter zu erhöhen."

Ungebremst steigt der Bedarf beim Ausbau der Kinderbetreuungsplätze. Daher müssen nach Auffassung des Städtetags die Bundesmittel durch den Freistaat aufgestockt werden. Wiederholt habe der Ministerrat Sonderinvestitionsprogramme zur Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren aufgelegt. Allerdings seien diese Programme stets unterfinanziert, kritisierte Geschäftsführer Bernd Buckenhofer: „Alle Jahre wieder reicht das Geld nicht. Es geschieht nicht zum ersten Mal, dass die Bundesmittel nicht ausreichen und der Freistaat zunächst kein Geld drauflegen will. Aber die Kommunen müssen neue Kita-Plätze bauen, da der Bedarf kontinuierlich steigt. Der Freistaat steht in der Pflicht, die Kommunen nicht im Regen stehen zu lassen. Der Ministerrat muss bei der Haushaltsklausur die Weichen so stellen, dass ausreichend staatliche Mittel für Investitionen und Betriebskosten der Kinderbetreuungseinrichtungen in allen Altersstufen bereitstehen."

Laut Buckenhofer sind die regelmäßig unterfinanzierten Programme umso ärgerlicher, da zusätzlich zum Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für Kinder bis zu sechs Jahren künftig ab 2026 ja noch der bundesrechtlich festgelegte Ganztagsanspruch für Grundschulkinder umgesetzt werden soll. „Wenn Bund und Land Rechtsansprüche setzen, müs- →

Hilfe für finanzschwache Kommunen

Füracker übergab Bescheide für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen

„Der Freistaat steht fest und zuverlässig an der Seite seiner Kommunen. „Die besondere Unterstützung strukturschwacher Kommunen im ländlichen Raum ist mir besonders wichtig", teilte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker im Anschluss an die Sitzung des Verteilerausschusses mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie Vertretern des Innen- und Finanzministeriums mit.

Bayernweit erhalten insgesamt 143 Kommunen für das Antragsjahr 2021 Bedarfszuweisungen bzw. Stabilisierungshilfen. „Damit leisten wir Hilfe zur Selbsthilfe für unsere finanzschwächeren Gemeinden, Städte und Landkreise und eröffnen ihnen Handlungsspielräume. Die Mittel sind Teil des kommunalen Finanzausgleichs, den der Freistaat 2021 trotz Corona-Krise auf Spitzenniveau von rund 10,3 Milliarden Euro gehalten hat. Bayern unterstützt seine Kommunen so weiterhin tatkräftig", stellte Füracker fest.

Höchste Einzelzuweisung für Hof

In Oberfranken erhalten 54 Kommunen über 40 Millionen Euro an staatlichen Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen. An die Landkreise Coburg, Forchheim, Hof, Kronach, Kulmbach, Lichtenfels und Wunsiedel gehen insgesamt über 8 Millionen Euro. 47 Städte und Gemeinden werden mit über 32 Millionen Euro unterstützt. Die höchste Einzelzuweisung in Oberfranken empfängt die kreisfreie Stadt Hof mit 4,3 Millionen Euro.

Drei Kommunen in Mittelfranken bekommen über 11 Millionen Euro. Der Landkreis Ansbach erhält 100.000 Euro, die kreisfreie Stadt Fürth wird mit 9 Millionen Euro und die Stadt Hersbruck mit 2,75 Millionen Euro gefördert.

20 Millionen für Unterfranken

29 Kommunen in Unterfranken dürfen sich über 20 Millionen Euro freuen, darunter die Landkreise Bad Kissingen, Rhön-Grabfeld, Haßberge und Main-Spessart, die mit über 3 Millionen Euro bedacht werden. 25 Städte und Gemeinden werden mit über 17 Millionen Euro unterstützt. Die höchste Einzelzuweisung in Unterfranken empfängt die Stadt Bad Kissingen mit 2,5 Millionen Euro.

Über 1 Million Euro an staatlichen Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen erhalten drei Kommunen in Schwaben. An den Landkreis Dillingen a. d. Donau gehen 200.000 Euro und an den Landkreis Lindau (Bodensee) 100.000 Euro. Die Stadt Lauingen wird mit 800.000 Euro gefördert.

Zwei Kommunen in Oberbayern bekommen rund 2 Millionen Euro. Der Landkreis Berchtesgadener Land wird mit 100.000 Euro und Markt Schwaben mit 1,76 Millionen Euro unterstützt.

In Niederbayern erhalten 18 Kommunen über 10 Millionen Euro. Die Landkreise Deggendorf, Freyung-Grafenau, Regen und Rottal-Inn werden mit insgesamt 3 Millionen Euro bedacht sowie 14 Städte und Gemeinden mit über 7 Millionen Euro gefördert. Die höchste Einzelzuweisung in Niederbayern empfängt der Landkreis Freyung-Grafenau mit 2 Millionen Euro.

34 Kommunen in der Oberpfalz dürfen sich schließlich über 31 Millionen Euro freuen. An die Landkreise Amberg-Sulzbach, Neustadt a. d. Waldnaab, Schwandorf und Tirschenreuth gehen insgesamt über 2 Millionen Euro. 30 Städte und Gemeinden werden mit rund 29 Millionen Euro unterstützt. Die höchste Einzelzuweisung in der Oberpfalz empfängt die Stadt Furth im Wald mit 3,5 Millionen Euro.

Füracker zufolge wird der kommunale Finanzausgleich auch 2022 auf höchstem Niveau fortgeführt. Bayerns Staatshaushalt stehe nach wie vor krisenbedingt unter hohem Druck, trotzdem werde das Ergebnis vom Vorjahr um rund 128 Millionen Euro übertroffen. Der Freistaat unterstütze seine Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke im nächsten Jahr mit einem kommunalen Finanzausgleich von insgesamt rund 10,4 Milliarden Euro. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Seifert
97618 Wülfershausen
am 22.11.

Bürgermeister Hans Wittauer
95466 Weidenberg
am 30.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Tiefel
90556 Seukendorf
am 24.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Karl-Heinz Wagner
96146 Altendorf
am 22.11.

Bürgermeister Christoph Böck
85716 Unterschleißheim
am 29.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Keilich
96242 Sonnefeld
am 24.11.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Nico Rogge
97714 Oerlenbach
am 18.11.

Bürgermeister
Stefan Rottmann
97453 Schonungen
am 1.12.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bayerischer Musikschultag in Erding:

Appell zur Vernetzung

Unter dem Motto „Gemeinsam – Füreinander – Miteinander" fand in Erding der diesjährige Bayerische Musikschultag statt. Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der dort ansässigen Kreismusikschule kamen im Rahmen der dreitägigen Veranstaltung neben zahlreichen Politikern unter anderem Vertreter aus dem Bayerischen Musikrat, den Bezirksregierungen, der Musikhochschulen und den kommunalen Spitzenverbänden zusammen, um gemeinsam ein Zeichen für den Erhalt der so wichtigen kulturellen und gesellschaftsbildenden Arbeit der Musikschulen zu setzen.

Im Rahmen des Festakts als feierlichem Höhepunkt der Veranstaltung unterstrich Erdings Oberbürgermeister Max Gotz vor allem das Miteinander von Musikschulen, Freistaat und Kommunen: „Wir sind alle miteinander – im Staat, in der Gesellschaft und wir in den Kommunen tun es ganz besonders – dazu aufgerufen, dass diese generationsübergreifende Idee der Sing- und Musikschulen auch in Zukunft seine Förderung erhält, weil wir sonst schlicht und ergreifend geistig verarmen werden." Er rief die Kommunen dazu auf, voller Selbstbewusstsein und Stolz zu ihren Musikschulen zu stehen. Angesichts der zunehmenden Medialisierung seien die Musikschulen als Ort der Gemeinschaft und der Kreativität wichtiger denn je.



V.l.: Landrat Martin Bayerstorfer, Präsident des VBSM, Prof. em. Barbara Metzger, Carl-Orff-Medaillen-Preisträgerin, Markus Lentz, 1. Vorsitzender des VBSM bei der Verleihung der Carl-Orff-Medaille.
Bild: Silja Eisenweger

Dr. Marcel Huber, Präsident des Bayerischen Musikrats, der für die Festrede vorgesehen war, musste seine Teilnahme krankheitsbedingt absagen. In der Festschrift zum 44. Musikschultag wird er wie folgt zitiert: „Nach den völlig neuen Erfahrungen der letzten 15 Monate ist eines sicher: Ein gemeinsames Handeln innerhalb der Musikschulfamilie, aber auch mit den Kommunen und dem Freistaat, das Füreinander da sein, helfen, Ideen weitergeben und Lösungsmöglichkeiten konzipieren, damit der Musikschulunterricht nicht vollständig zum Erliegen kommt und das Miteinander, das Halt und Kraft gibt, das die Musikschulen auch ungewöhnliche Wege hat beschreiten lassen, um die Nähe zu ihren Musikschülern zu halten, war geradezu ein Kraftakt, auf jeden Fall ein Schritt ins Unbekannte und letztlich auch Ungewisse." Es sei wohl gelungen, die Musikschullandschaft aufrecht zu erhalten, wenn auch an wenigen Orten mit einigen Abstrichen bei den Schülerzahlen. Dafür gebühre allen Verantwortlichen ein großes Lob und herzlicher Dank.

Landrat Martin Bayerstorfer, Präsident des VBSM (Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen e. V) wies darauf hin, dass die vergangenen eineinhalb Jahre auf eindrückliche Weise gezeigt hätten, wie wichtig dieser Zusammenhalt für ein funktionierendes Musikschulwesen ist. Gemeinsam hätten Schulleitungen, Lehr- und Verwaltungskräfte kreative Lösungen entwickelt, um trotz der schwierigen Situation möglichst vielen Menschen einen Zugang zur Musik zu ermöglichen. Konzerte hätten im Freien oder online stattgefunden, Schüler trafen ihre Lehrkräfte über Zoom, Sirius & Co. oder wurden mit Unterrichtsvideos versorgt und der Tag der offenen Tür wurde kurzerhand zum Web-Meeting.

Füreinander hätten Schüler und Lehrkräfte über die Distanz hinweg versucht, den Kontakt aufrechtzuerhalten. Dabei habe sich einmal mehr gezeigt, dass sich der Unterricht an den öffentlichen Sing- und Musikschulen nicht auf die reine Vermittlung von musikalischen Fertigkeiten beschränken lässt. Stattdessen entstehe, insbesondere aufgrund des hohen Anteils an festangestelltem Personal, ein langfristiges Vertrauensverhältnis zwischen Lehrkraft und Schülern.

Öffentlicher Bildungsauftrag

Miteinander hätten sich die Musikschulen, der Freistaat und die Kommunen zum öffentlichen Bildungsauftrag der Musikschulen bekannt, fuhr Bayerstorfer fort: Es sei Anspruch und Aufgabe öffentlicher Musikschulen, das gemeinsame Musizieren von Anfang an zu ermöglichen sowie alle Schüler individuell bestmöglich zu fördern. In diesem Sinne habe der Freistaat Bayern angekündigt, seine Musikschulen neben einer deutlich erhöhten Lehrpersonalkostenförderung auch im Jahr 2021 mithilfe einer Corona-Sonderförderung zu unterstützen.

Die Carl-Orff-Medaille als die höchste Auszeichnung des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen e. V. ging in diesem Jahr an Prof. em. Barbara Metzger, die als Professorin für Elementare Musikpädagogik unzählige Lehrkräfte für die Tätigkeit an bayerischen Sing- und Musikschulen ausgebildet hat. Sie setzte damit wegweisende Impulse für die Entwicklung der Elementaren Musikpädagogik an bayerischen Sing- und Musikschulen, die ihre Wirkung bis heute entfalten und das breite Spektrum Elementarer Musikpraxis von Früherziehung und Elementarer Elternarbeit über Intergenerationales Musizieren bis hin zu Musik im Alter abdecken.

Mozart und die Zauberkugel

Barbara Metzger nutzte ihre Auszeichnung, um einen deutlichen Appell an Musikschulen und Musikhochschulen zu richten: „Es bedarf einer noch klareren und strukturierteren Zusammenarbeit zwischen Musikschulen und Musikhochschulen. Diese Bereiche müssen sich noch viel stärker gegenseitig durchdringen und befruchten." Denn nur dann sei es möglich, gemeinsam, füreinander und miteinander allen Menschen, die Chance zu geben, Musik als künstlerisches Ausdrucksmittel erleben zu dürfen.

Apropos Erlebnis: Den Auftakt der Veranstaltung machte das Eröffnungskonzert der Kreismusikschule Erding. Unter dem Titel „Mozart und die Zauberkugel" versuchten die Schüler, über die Zauberkugel mit dem Komponisten Wolfgang Amadeus Mozart in Kontakt zu treten. Das traditionelle Festkonzert bot talentierten Solisten und Ensembles aus bayerischen Sing- und Musikschulen die Bühne, einen singenden und klingenden Querschnitt ihres Könnens darzubieten.

In gewohnter Weise verabschiedete Erding den Musikschultag mit „Musik in der Stadt". Hierzu verwandelte sich die Innenstadt in eine Bühne für Musikschüler aus der Region und lud Passanten zum Zuhören und Verweilen ein. **DK**

---

sen sie auch die für Investitionen nötigen Mittel zügig bereitstellen. Es ist kein Zeichen für Kommunalfreundlichkeit, wenn immer wieder ein öffentlicher Aufschrei der Kommunen oder gar Protestfahrten von Bürgermeistern nötig sind, um den Freistaat zur auskömmlichen Finanzierung von Aufgaben zu bewegen."

Besonders unerfreulich sei der inzwischen zur Gewohnheit gewordene Mechanismus, dass Bund und Freistaat mit vollmundigen Ankündigungen Erwartungen wecken, die sich in der Praxis kaum umsetzen lassen. Buckenhofer: „Die Kommunen fordern, dass der Freistaat für Planungssicherheit sorgt und die Kontinuität der Förderung für neue Kitaplätze garantiert – auch mit Blick auf ständig steigende Baukosten. Der Bayerische Städtetag bittet die Staatsregierung, die Sonderförderprogramme mit zusätzlichen Landesmitteln auszustatten."

Wegen des unverändert hohen Investitionsbedarfs setzt der Verband darauf, dass die Staatsregierung für Kontinuität in der Förderung von Kinderbetreuung sorgt. Schließlich habe der Koalitionsvertrag von CSU und Freien Wählern versprochen, das Angebot der Kinderbetreuung weiter auszubauen und neue Betreuungsplätze zu schaffen. **DK**

GZ **KOLUMNE**
Josef Mederer



Liebe Leserinnen und Leser,

Heimat ist für die Identität jedes Menschen prägend. Wir definieren sie über einen Ort oder über eine Landschaft, über Traditionen und Kleidung, über Sprache und Musik. Kultur und Heimat sind zwei Seiten einer Medaille. Kultur ist Lebens-Mittel. Die Bezirke tragen neben ihren prägenden Aufgaben im Sozialen deshalb auch hohe Verantwortung für die regionale Kultur.

Grundlage unserer mannigfaltigen Aktivitäten in diesem Bereich sind die umfangreichen Originalbestände an materiellen Kulturgütern, die auf das Engste mit dem immateriellen kulturellen Erbe Bayerns verwoben sind. Unsere Aufgabe ist es diesen Schatz zu wahren und zu pflegen und gleichzeitig für Neues zu öffnen und weiterzuentwickeln.

Einen dieser Schätze besitzt und verwaltet der Bezirk Oberbayern in Bruckmühl: Für Volksmusikfreunde nicht nur aus Oberbayern

Kultur ist Lebens-Mittel

ist das Volksmusikarchiv des Bezirks Oberbayern in Bruckmühl seit Jahrzehnten eine zuverlässige Anlaufstelle bei Fragen zu Notenmaterial, Volksmusikpflege oder Feldforschung gewesen. Das wird weiterhin so bleiben, auch wenn sich sonst einiges ändert. Die bisherige Fachberatung für Volksmusikarchiv/Volksmusikpflege wird zur zentralen Institution für regionale Musikkultur und Literatur in Oberbayern neu ausgerichtet. Sie trägt deshalb seit November 2020 den Namen „Zentrum für Volksmusik, Literatur und Popularmusik des Bezirks Oberbayern" und steht zukünftig auf vier Säulen: Archiv für Volksmusik und regionale Literatur, Volksmusikpflege, Popularmusikberatung und Literatur in Oberbayern. Und das alles unter einem Dach.

Der bisherige jahrzehntelange Leiter des Archivs und gleichzeitige Volksmusikpfleger Ernst Schusser hat bei seinem Eintritt in den Ruhestand große Fußstapfen hinterlassen. Diese Umbruchsituation wurde durch die Pandemie noch verstärkt. Nach einem holprigen Beginn ist nun ein junges, hochmotiviertes Team am Start, das mit fundiertem Fachwissen und großem Enthusiasmus ans Werk geht und Bewährtes pflegen und Neues integrieren will. Dabei wurde das ZeMuLi, wie das Zentrum abgekürzt oft genannt wird, personell gestärkt, um die erweiterten Aufgaben auch schultern zu können.

Die Literaturwissenschafterin und Musikantin Katharina Baur wird neben ihrer Aufgabe als Gesamtleitung des Zentrums den Aufbau der Säule Literatur in Oberbayern vorantreiben. Landeshistorikerin und Dokumentarin Verena Wittmann leitet das Archiv. Der Diplom-Musiker Matthias Fischer ist als Popularmusikbeauftragter seit Jahren in der Szene bestens etabliert. Mit der Verpflichtung des Musikpädagogen Leonhard Meixner als Volksmusikpfleger, der durch seine Mitarbeit das Zentrum in Bruckmühl bestens kennt und auch in der jungen Volksmusikszene vernetzt ist, ist das Führungsquartett komplett.

Im Zuge der Generalsanierung und Erweiterung der Räumlichkeiten wird die Lagerung des größtenteils nicht wiederbeschaffbaren Sammlungsbestandes nach allgemein gültigen klimatischen, sicherheitstechnischen und konservatorischen Vorgaben ertüchtigt. Ziel ist, den wertvollen Sammlungsbestand möglichst unversehrt langfristig aufzubewahren und den natürlichen Alterungsprozess soweit wie möglich zu verlangsamen. Eine Herkulesaufgabe, die nun im Zuge der Digitalisierung auch bei den Archivbeständen der anderen Sammlungen des Bezirks Oberbayern angegangen werden soll!

Der bisherige Sammlungsbestand wird von einem reinen Sicherungsarchiv in ein für die Allgemeinheit nutzbares kommunales Archiv weiterentwickelt. Die technischen Voraussetzungen für die Inventarisierung und einheitliche Objektkennzeichnung werden derzeit geschaffen, so dass die Sammlungsbestände – als Teil des kulturellen Gedächtnisses Oberbayerns – in einigen Jahren über Internet der Öffentlichkeit zugänglich sind. Wert wird dabei auch auf die Vernetzung innerhalb der bezirklichen Kultureinrichtungen gelegt, die ebenfalls Sammlungsbestände bewahren, pflegen und präsentieren.

Dazu gehören das Freilichtmuseum Glentleiten, das Bauernhausmuseum Amerang sowie das Zentrum für Trachtengewand Benediktbeuern. Auch die Literatur in Oberbayern wird zukünftig in Bruckmühl eine Heimat finden. Auf der Basis des bisherigen Sammlungsbestandes zu Volksliedern und Feldforschungen widmen wir uns verstärkt oberbayerischen Dialekten und Umgangssprachen. Der in Bruckmühl bereits vorhandene Bibliotheksbestand wird professionell erfasst, erweitert und in eine zukünftige Oberbayern-Bibliothek weiterentwickelt.

In Kooperation mit Universitäten und Forschungseinrichtungen werden die Sammlungsbestände wissenschaftlich aufbereitet.

Die Neuausrichtung werden wir auch nach außen sichtbar machen: Mit einer neuen Website, der Weiterentwicklung des bisherigen Informationsblattes und SocialMedia-Angeboten wollen wir zusätzlich zu den treuen bisherigen Besucherinnen und Besuchern neue Nutzerkreise ansprechen und der Erweiterung unserer Schwerpunkte gerecht werden. Ich bin gespannt, was Popularmusik und Volkmusik unter einem Dach in Zukunft auf die Beine stellen. In Bruckmühl soll ein Ort der volksmusikalischen Bildung entstehen; die neuen, größeren Räume werden dies ermöglichen. Volksmusik ist nichts Altes, Verstaubtes. Sie ist jung und lebendig. Es ist unser kulturelles Erbe und unglaublich wertvoll!

Ihr Josef Mederer
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Bezirkstagspräsident von Oberbayern

Ich lese die GZ

» … weil ich dann umfassend informiert bin, was für Kommunen und die Menschen relevant ist. «

Ilse Aigner
Landtagspräsidentin



Ergebnisse der Neuwahlen

Landesvorsitzender: Landrat Stefan Rößle
Stellvertretende Landesvorsitzende: Landrat Christoph Göbel
Oberbürgermeisterin Eva Weber, ehrenamtliche Bürgermeisterin Carmen Pepiuk und Bezirkstagspräsident Josef Mederer
Landesschriftführer: Landrat Matthias Dießl und
Bezirksrätin Hannelore Langwieser
Weitere Mitglieder (Beisitzer):
Bürgermeister Maximilian Böltl, Anja Burkhardt
Bürgermeister Helmut Bucher, MdB/Kreisrat Michael Kießling, Mitglied im Bezirksausschuss Sebastian Kriesel, Bürgermeister a.D./Stadtrat Siegfried Lösch, Bürgermeister a.D./Kreisrat Hans Loy, Bürgermeister a.D. Gerhard Preß, Bürgermeister a.D./Kreisrat Alois Scherer, Bürgermeister/Kreisrat Andreas Zenglein
Mitglieder des KPV-Hauptausschusses
Bürgermeister Josef Bauer, Werner Kundörfer, Bürgermeister Thomas Einwang, Stadträtin Veronika Mirlach, Bürgermester Stephan Noll, Bürgermeister Jürgen Raab, Bürgermeisterin a.D./Gemeinderätin Gerlinde Sigl, Anita Swiduruk. Stadträtin Cornelia Trinkl, Bürgermeister a.D. Gerhard Weber. **DK**

Substanz zeigen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
na-Winter gemeistert und die Pandemie schlussendlich überwunden werden kann, sei es erforderlich, sich an die Spielregeln zu halten, sprich die staatlichen Regelungen konsequent zu befolgen und ihre Einhaltung zu kontrollieren. Hierbei würden die Kreisverwaltungsbehörden nun verstärkt durch die Bayerische Polizei unterstützt. Alle zuständigen Behörden seien aufgefordert, Verstöße konsequent zu ahnden.

Einem Lernprozess unterworfen ist auch der Umgang mit der Hochwasserkatastrophe im Juli dieses Jahres. Vor dem Hintergrund, „dass es keinen Ort in Bayern gibt, der vor Starkregen sicher wäre“, ist Herrmann zufolge eine fachliche Diskussion mit den entsprechenden Akteuren unumgänglich.

Mit Nachdruck für das Wohlergehen der Kommunen

Dass sich die Bayerische Staatsregierung auch und gerade in schwierigen Zeiten mit Nachdruck für das Wohlergehen der Kommunen stark macht, erläuterte Herrmann anhand ihrer kontinuierlich verbesserten Finanzausstattung. Trotz Corona-Krise und massiv sinkender Steuereinnahmen im Staatshaushalt werde der kommunale Finanzausgleich 2021 in der Größenordnung des Vorjahrs gehalten. Zu verzeichnen sei ein leichter Aufwuchs (+ 0,7 %) auf rund 10,3 Milliarden Euro. Damit wiesen die staatlichen Finanzausgleichsleistungen an die bayerischen Kommunen beispielsweise gegenüber dem Jahr 2010 – mit einem damaligen Gesamtvolumen von rund 6,8 Milliarden Euro – insgesamt eine Steigerung von mehr als 50 % auf.

Im Rahmen des Spitzengesprächs zum kommunalen Finanzausgleich 2022 sei vereinbart worden, den Kommunen – vorbehaltlich der Beschlussfassung des Bayerischen Landtags – auch im kommenden Jahr mit erneut mehr als 10 Milliarden Euro den Rücken zu stärken, informierte der Minister. Die Schlüsselzuweisungen als größte Einzelleistung im kommunalen Finanzausgleich betrügen heuer rund 3,9 Milliarden Euro und im kommenden Jahr sogar 4 Milliarden Euro.

446 Millionen Euro für Investitionspauschalen

Wie Herrmann zudem mitteilte, erhalten die bayerischen Gemeinden und Landkreise in den Jahren 2021 und 2022 Investitionspauschalen in Höhe von jeweils insgesamt 446 Millionen Euro. Die allgemeinen Finanzzuweisungen für Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis steigen auf ein neues Rekordniveau von insgesamt fast 850 Millionen Euro. 2022 soll nicht nur das Niveau von 650 Millionen Euro im kommunalen Hochbau gehalten werden, sondern es werden zusätzlich einmalig weitere 360 Millionen Euro für wichtige Baumaßnahmen an Schulen und Kindertageseinrichtungen bereitgestellt. 2022 würden den Kommunen damit insgesamt gut 1 Milliarde Euro allein für den kommunalen Hochbau zur Verfügung stehen.

Maßgeblich sei nun, die entstehenden Lasten der Corona-Pandemie so gleichmäßig auf die einzelnen Schultern zu verteilen, dass sie für alle tragfähig bleiben. Dabei habe der Freistaat bereits seine Verantwortung übernommen und das Konjunkturpaket des Bundes auf insgesamt über 4 Milliarden Euro verdoppelt. Eine wesentliche Maßnahme dabei war der pauschale Ausgleich von Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer, hierfür erhielten die bayerischen Kommunen insgesamt 2,4 Milliarden Euro. Davon trug allein der Freistaat 1,3 Milliarden Euro.

Stichwort Digitalisierung: „Nur wenn wir hier flächendeckend Online-Services anbieten, die gerne in Anspruch genommen werden, können wir von einem Erfolg sprechen“, erklärte der Minister. Dafür gebe das Onlinezugangsgesetz (OZG) des Bundes den gesetzgeberischen Rahmen vor: „Bis Ende 2022 sind wir verpflichtet, für alle geeigneten Verwaltungsverfahren flächendeckende Online-Services anzubieten. Das geht jede einzelne Gemeinde an! Hier haben wir noch gewaltig viel Arbeit vor uns“, hob Herrmann hervor.

Sicherheit der Gesellschaft in der digitalen Welt

Digitalisierung meine aber nicht nur die Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen, sondern auch die Sicherheit der Gesellschaft in einer zunehmend digitalen Welt. Für ihn als Innenminister stehe damit auch im Cyberraum das Thema Sicherheit hoch im Kurs, so Herrmann. Denn die zunehmende Vernetzung durchdringe nahezu alle Lebensbereiche und biete so ständig neue Angriffsflächen für Cyberkriminelle und Akteure ausländischer Nachrichtendienste.

Kritische Infrastrukturen

„Unsere Kritischen Infrastrukturen stehen dabei ebenso im Fadenkreuz der Täter wie die Netzwerke von Unternehmen und die der öffentlichen Verwaltung. In den Bereichen, in denen der Freistaat Bayern Handlungs- und Regulierungsmöglichkeiten hat, setzt sich die Staatsregierung deshalb seit vielen Jahren schon aktiv für mehr Cybersicherheit ein. So haben wir bereits 2013 eine umfassende Cybersicherheitsstrategie auf den Weg gebracht“, stellte der Minister fest. Ziel sei zum einen ein hohes Sicherheitsniveau für Bayerns Bürger und Unternehmen zu schaffen sowie zum anderen die Handlungsfähigkeit der Staatsverwaltung zu schützen. Dies gelte auch für den kommunalen Bereich.

Bei aller Begeisterung über den Fortschritt hat die digitale Welt aber auch sichtbare Schattenseiten: Hass und Hetze im Netz und eine Verrohung der Sprache bereiten einen gefährlichen Nährboden. „Wir lassen nicht zu, dass unsere kommunalen Mandatsträger zum ‚Freiwild‘ werden“, betonte Herrmann. Zum Amt eines Bürgermeisters oder Landrats gehöre es nicht, Beleidigungen, Drohungen oder gar körperliche Angriffe aushalten zu müssen.

Große Herausforderungen

„Angriffe auf das Gemeinwesen sowie den gelebten und solidarischen Zusammenhalt haben in unserem Land keinen Platz. Lassen Sie uns deshalb alle zusammenstehen!“, forderte Herrmann. Er rief dazu auf, „sofort Anzeige zu erstatten, wo es um eine konkrete Bedrohung geht“. Aufgrund besserer technischer Möglichkeiten und einer höheren Mitarbeiterkompetenz sei die Aufklärungsquote deutlich gestiegen.

Die kommenden Jahre seien geprägt von großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Auch die Ergebnisse der Bundestagswahlen zeigten Handlungsbedarf. „Die CSU muss hart arbeiten, damit die Ergebnisse besser werden. Wichtig ist der Zusammenhalt innerhalb der Partei“, so Joachim Herrmann. „Dem Land dienen und das mit Begeisterung“, laute die Maxime. „Dann habe ich keine Bedenken, dass es wieder aufwärts geht.“ **DK**

Der Weg zu ...

(Fortsetzung von Seite 1)
ern und künftig auch in die Bayern Cloud Tourismus ein. Damit leistet das neue Programm einen Beitrag, Besucherströme besser auf die vielen attraktiven Ziele im Freistaat zu verteilen.

Das Förderprogramm wird Aiwanger zufolge bisher in allen Teilen Bayerns gut angenommen. Im Bereich der E-Ladepunkte wurden über 200 Anträge mit einer Fördersumme von ca. 800.000 Euro gestellt. Knapp die Hälfte der beantragten Ladepunkte sind für E-Bikes und Pedelcs, die erstmalig in Bayern gefördert werden. Bei den Klein- und Kleinstvermietern wurden in mehr als hundert Fällen Förderungen von gut einer Million Euro beantragt.

Weichen für die Zukunft

Auch für die Geschäftsführerin der Bayern Tourismus Marketing GmbH (BayTM), Barbara Radomski, geht es beim Thema Nachhaltigkeit in erster Linie darum, Weichen für die Zukunft zu stellen. „Unser Ziel ist es, die Lebensqualität in den bayerischen Regionen und Orten für Einheimische und Gäste gleichermaßen zu entwickeln und unsere Heimat für zukünftige Generationen zu bewahren.“ Daher stehe nicht die Vermarktung nachhaltiger Produkte im Mittelpunkt, sondern die langfristige Positionierung Bayerns als nachhaltiges Reiseziel.

„Nachhaltige Tourismusentwicklung erfordert eine ganzheitliche Perspektive“, hob Radomski hervor. Nach der Coronakrise müsse nunmehr die Balance der ökologischen, ökonomischen und sozialen Interessen wiederhergestellt werden, um die Heimat so lebenswert wie bisher zu erhalten. Wichtig sei dabei auch, dass die gesamte Branche ein gemeinsames Verständnis einer nachhaltigen Destinationsentwicklung erreiche und dieses Wissen dann auch in der Praxis angewendet werde. Daran gelte es, in den kommenden Monaten gemeinschaftlich zu arbeiten.

Gemeinsam mit ausgewiesenen Experten aus Wissenschaft, Forschung und Praxis beleuchtete die BayTM, wie Destinationen und Anbieter die verschiedenen Bereiche des Nachhaltigkeitsgedanken umsetzen können. Dazu gab es eine Keynote von Prof. Dr. Michael Braungart, dem Pionier des Cradle-to-Cradle-Prinzips, Praxis-Berichte etwa zum Einsatz von Rangern in der Alpenregion Tegernsee Schliersee von Tim Coldewey oder zur Beseitigung der Staus und Parkplatzprobleme am Hotspot in Füssen im Allgäu, die der dortige Tourismusdirektor Stefan Fredlmeier vorstellte.

Mobilität in einem Lebensraum

„Wir gestalten nicht (nur) einen Mobilitätsraum, sondern wir gestalten Mobilität in einem Lebensraum“, machte Fredlmeier deutlich. Der (öffentliche) Lebensraum habe keine durchgehenden Grenzen mit Einlass und Austritt, stehe aber trotzdem nicht unbegrenzt zur Verfügung. Daher müsse auch der (öffentliche) Lebensraum bei starker Nachfrage bewirtschaftet werden wie eine knappe Ressource. Die Bewirtschaftung erfolge dabei an den Bausteinen, die kontrollierbar, einzeln anbietbar und bepreisbar sind. Als Stufen des Raum-Managements nannte der Direktor die digitale Statuserfassung (Sensorik), Prognosen (KI), Online-Buchbarkeit und Yield Management. Diese Maßnahmen seien „essenzielle Bestandteile der Besucherlenkung“.

„Die Verlagerung auf den ÖPNV und dessen Ausbau muss nicht zuletzt als Beitrag zur Klimawende absolute Priorität genießen“, forderte Fredlmeier. „Wir können nicht abwarten, attraktive Regionen durch den Verkehrskollaps so unattraktiv werden zu lassen, dass weniger Gäste kommen und der Verkehrsdruck nachlässt.“

Besucherlenkung

Über Möglichkeiten der Besucherlenkung informierte Dr. Andrea Möller, Senior Consultant bei der dwif-Consulting GmbH, während Prof. Dr. Dirk Schmücker, Forschungsleiter am Kieler Institut für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa, unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit Erkenntnisse zu Reiseverhalten, Motiven und Interessen der Urlauber in Deutschland präsentierte. „Zwei Drittel der deutschen Bevölkerung hat eine positive Einstellung zur Nachhaltigkeit bei Urlausreisen“, erklärte Schmücker. Allerdings klaffe eine große Lücke zwischen Einstellung und tatsächlichem Verhalten. Mittelfristig werde sich an den Konsumenteninteressen nicht allzu viel ändern, aber nach Corona könnte Nachhaltigkeit eine noch wichtigere Rolle spielen als bisher, prognostizierte der Professor.

Tourismusakzeptanz

Dr. Sabrina Seeler, Lehrkraft im Studiengang International, widmete sich den Ergebnissen zur Tourismusakzeptanz in Bayern und Marco Walter Geschäftsführer ECOCAMPING, gab Einblicke in die Themen Elektromobilität und Camping. Suvi Pribilla von Visit Finland berichtete schließlich in einer Abschlussnote, wie nachhaltiger Tourismus in ihrem Heimatland im hohen Norden aussieht.

Im Vorfeld des Bayerischen Tourismustags in Nürnberg hatte die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. bereits Unterstützung für die Branche gefordert. Nach den Worten von Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt brauchen die Betriebe praxisgerechte Arbeitszeitregeln, Bürokratieabbau, einen Sprung bei der Digitalisierung und eine Vereinfachung von Verwaltungsleistungen, damit der Tourismus im Winter und danach nicht ausgebremst wird. Gleichzeitig sei es notwendig, den Transformationsprozess auf dem Weg zu einem nachhaltigen Tourismus weiter zu unterstützen. **DK**

Teure Fehlplanungen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
gen nicht sachgerecht erbracht worden. Um aus dem Dilemma herauszukommen, mussten die kommunalen Träger einen Kredit in Höhe von 30 Millionen Euro gewähren, um eine Insolvenz zu verhindern. Auch wurden fragwürdige Projekte wie eine überdimensionierte Zentralküche in Lichtenfels und fehlerhafte Planungen für einen neuen Gesundheitscampus in Coburg angestoßen und somit Millionen-Gräber geschaffen.

Teure Staatsdiener

Teure Staatsdiener: Ein „kostspieliges Ausgabegebaren“ prangert der Steuerzahlerbund an der Ludwig-Maximilians-Universität in München an. Hauptsächlich in den Jahren 2008 bis 2017 seien Steuergelder für Tagungen in Venedig verprasst worden. Dafür fielen rund 32.000 Euro Reisekosten an. Ein einziger Beschäftigter ließ sich gar 64.000 Euro für Taxifahrten vom Dienstort nach Hause erstatten. Außerdem seien von Mitarbeitern der LMU etwa 21.000 Euro Bewirtungskosten in teils gehobenen Restaurants entstanden.

In der Bamberger Stadtverwaltung erhielten Mitarbeiter zudem über Jahre hinweg Prämien und Überstundenpauschalen, ohne Nachweise dafür erbringen zu müssen. Etwa eine halbe Million Euro sei so von 2011 bis 2017 zusammengekommen.

Edle Restaurierungen

Eine weitere Kostensteigerung ist bei der Sanierung der Venusgrotte auf Schloss Linderhof zu beobachten: von ursprünglich veranschlagten knapp 25 Millionen Euro auf inzwischen fast 60 Millionen Euro. Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat begründete die steigenden Kosten mit der Komplexität der Restaurierung, für die es keine wirklichen Vergleichsobjekte gebe. Daher habe nicht auf bewährte Techniken zurückgegriffen werden können. Die Sanierungsmethodik habe erst entwickelt werden müssen. Zu allem Überfluss hat sich laut BdSt auch die Bauzeit bereits um zwei Jahre verlängert.

Kostspieliges stilles Örtchen

Für Aufsehen sorgt darüber hinaus ein kostspieliges „stilles Örtchen“ im oberbayerischen Gaimersheim. Dort wurden 230.000 Euro in eine zwölf Quadratmeter große Toilettenanlage mit überdachtem Wartebereich am Bahnhof investiert. Aus Sicht des Steuerzahlerbundes eine teure Annehmlichkeit.

St. Quirins schiefer Turm bereitet Ungemach

Ungereimtheiten finden sich bei der neuen Dacheindeckung der katholischen Filialkirche St. Quirin in Gmund am Tegernsee: Bereits in der ersten Phase der Baumaßnahme wurde in Unkenntnis des schon seit Jahrhunderten schiefen Turmes der obere Teil des Turmes geradegesetzt, wodurch nach Angaben des Erzbischöflichen Ordinariats München die Konstruktion ihre Kraftschlüssigkeit verloren habe. Doch damit nicht genug: Man rückte nicht nur den schiefen Turm gerade, sondern deckte die Kapelle auch noch mit den falschen Dachziegeln ein. Beide Maßnahmen erfolgten ohne Abstimmung mit dem zuständigen Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege und ohne denkmalrechtliche Erlaubnis. Die Fehlinvestition beläuft sich auf knapp 32.000 Euro.

Edler Lärmschutz

Teurer Lärmschutz: Die DB Netz AG, ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der Deutschen Bahn AG, die sich wiederum vollständig im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland befindet, hatte ein Problem mit Lärmschutzwänden an der ICE-Hochgeschwindigkeitsstrecke Ingolstadt-München. Die Wände wurden in den Jahren 2004 bis 2006 errichtet und mussten auf der Strecke zwischen München-Obermenzing und Rohrbach nach nur gut zehn Jahren ausgetauscht werden. Von geschätzten 30 Millionen Euro stiegen die Kosten auf 45,7 Millionen Euro.

Explodierende Kosten

Explodiert sind auch die Kosten für die Erweiterung der Musikbegegnungsstätte „Haus Marteau“ im oberfränkischen Lichtenberg. Die Kosten für einen weitgehend unterirdischen Konzertsaal und zusätzliche Räumlichkeiten seien von zunächst geplanten 3,32 Millionen auf 5,1 Millionen Euro gestiegen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Nach Mitteilung des Bezirks Oberfranken hatte man unter anderem mit einem sehr felsigen Untergrund zu kämpfen. Doch nicht nur die Kosten sind aus dem Ruder gelaufen. Auch der geplante Fertigstellungstermin musste immer wieder verschoben werden. Statt im Jahr 2019 wird die frisch sanierte Musikbegegnungsstätte erst dieses Jahr ihre Pforten öffnen können. „Auch wenn das Prestigeprojekt des Bezirks Oberfranken mit 852.600 Euro vom ‚Kulturfonds Bayern‘ und mit 668.000 Euro von der ‚Oberfrankenstiftung‘ gefördert wird, bleiben immerhin knapp 3,6 Millionen Euro beim Bezirk Oberfranken hängen“, stellt der Steuerzahlerbund fest.

Greensill Bank AG bereitet Totalverluste

Ein Totalverlust droht den bayerischen Kommunen Denkendorf, Oberschleißheim, Pöcking, Puchheim, Vaterstetten und Landshut, die neben weiteren deutschen Städten und Gemeinden trotz auffällig guter Renditeversprechungen und Warnungen überschüssiges Geld bei der Bremer Privatbank „Greensill Bank AG“ angelegt hatten. Im März dieses Jahres wurde das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Greensill Bank eröffnet. Vaterstetten hatte 5,5 Millionen Euro investiert, Pöcking und Oberschleißheim je 5 Millionen Euro, Puchheim 2 Millionen Euro, Gemeinde Denkendorf eine Million und die Stadt Landshut 440.000 Euro. Offen ist, ob durch Zahlungen aus der Insolvenzmasse Schadensersatzforderungen oder Versicherungsleistungen der Schaden minimiert werden kann. **DK**

VKU-Positionspapier:

Vorschläge zum Ausbau erneuerbarer Energien

Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss deutlich an Fahrt aufnehmen, formuliert der VKU in einem aktuellen Positionspapier. Hierzu macht er eine Vielzahl konkreter Vorschläge und geht auch auf die Überwindung von Verfahrenshemmnissen ein. Zugleich ist das Papier ein Plädoyer für eine konzertierte Politik, bei der die Akteure Interessenskonflikte überwinden. Schließlich hat sich aus Sicht des VKU gezeigt, dass Ausbauhemmnisse in ganz unterschiedlichen Politikfeldern verortet sind und verschiedene föderale Ebenen betreffen.

Der Verband kommunaler Unternehmen fordert zunächst, die Ausschreibungsvolumina für Windenergie an Land und Solarenergie dauerhaft anzuheben. Um einen EE-Anteil von 65 % an der Stromversorgung zu erreichen, sollte bis 2030 eine installierte Leistung für Windenergie an Land von mindestens 90 GW (EEG: 71 GW) und für Solarenergie von mindestens 125 GW angestrebt werden. Die jährlichen Ausbauziele sollten für Windenergie an Land auf mindestens 5 GW und für Solarenergie auf mindestens 7,5 GW angehoben werden.

Nicht-erneuerbare Energien müssten mit erneuerbaren Energien gleichgestellt werden, wenn sie nachhaltig und treibhausgasneutral sind. Auch sollten Anreize geschaffen und Hemmnisse abgebaut werden, damit erneuerbar erzeugter Strom für die Verringerung von Treibhausgasemissionen in den Sektoren Wärme, Verkehr und Industrie nutzbar gemacht werden kann. Dies gelte insbesondere auch für die Wasserelektrolyse. Stromverbraucher müssten von Abgaben und Umlagen entlastet werden, damit es wirtschaftlich möglich ist, Strom in den Sektoren Wärme und Mobilität klimaneutral nutzbar zu machen. Hierfür bedürfe es einer grundlegenden Reform der Entgelte- und Umlagesystematik, heißt es.

Weiterbetrieb ermöglichen

Des Weiteren empfiehlt der VKU, die in den vergangenen Jahren gesunkenen Vergütungssätze und Gebotshöchstwerte bei Solarenergie, Geothermie und Biomasse anzuheben, um das Projektierungsgeschäft wieder anzukurbeln. Bei Biomasse-Ausschreibungen sollten dynamische Höchstgebotsgrenzen eingeführt werden, um das Angebot bei unterzeichneten Ausschreibungen zu erhöhen. Auch sollten Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Deponie-, Klär-, Gruben- und Biogas aus Abfällen nach Ende des Förderzeitraums einen fixen Vermarktungszuschlag erhalten, der den Weiterbetrieb dieser Anlagen ermöglicht.

Stromsteuerbefreiung

Der VKU plädiert zudem dafür, die Mieterstromförderung auf Nicht-Wohngebäude zu erweitern. Die Stromsteuerbefreiung gemäß § 9 Abs. 1 StromStG sollte nicht nur bei Direktbelieferung, sondern auch im Lieferkettenmodell gewährt werden.

In ihrem Bemühen um eine rechtssichere Ausweisung von Flächen für Erneuerbare-Energien-Projekte sollten Planungsträger vom Gesetzgeber besser unterstützt werden. Die Regelung in § 249 Absatz 3 BauGB, wonach die Länder bestimmen können, dass die baurechtliche Privilegierung von Windenergieanlagen nur bei Einhaltung von Mindestabständen zu Wohngebäuden Anwendung findet, sollte gestrichen werden. Zudem bedürfe es einer bundeseinheitlichen Festlegung, dass Genehmigungen für Repowering jedenfalls dann zu erteilen sind, wenn sich der Artenschutz durch das Repoweringvorhaben im Vergleich zur Altanlage jedenfalls nicht verschlechtert.

„Die mit dem EEG 2021 geschaffene Möglichkeit für Betreiber von Wind- und Solarparks, eine Abgabe von bis zu 0,2 Cent/kWh an betroffene Kommunen zu leisten und diese Zahlungen aus dem EEG-Konto erstattet zu bekommen, sollte nicht nur bei Solarparks, sondern auch bei Windparks auf Anlagen in der sonstigen Direktvermarktung erweitert werden“, heißt es weiter. „Außerdem sollte die Zahlung der Abgabe für Betreiber von Wind- und Solarparks verpflichtend sein. Dies sollte für geförderte Anlagen genauso gelten wie für Anlagen in der sonstigen Direktvermarktung. Für Anlagen in der sonstigen Direktvermarktung sollte die Erstattung der Kommunalabgabe aus dem EEG-Konto eine Option sein, die auch abgelehnt werden darf.“ Generell sei die Akzeptanz des Wind- und Solarenergieausbaus weiter zu stärken, indem bessere Rahmenbedingungen für Bürgerbeteiligungsmodelle geschaffen werden.

Die für die Genehmigung von Erneuerbare-Energien-Vorhaben zuständigen Behörden sollten mit mehr Personal ausgestattet werden, lautet eine weitere Forderung. Gleiches gelte für die Oberverwaltungsgerichte, die bei Klagen gegen die Genehmigung von Windparks in erster Instanz zuständig sind. Außerdem sei die Einrichtung einer speziellen Kammer, die sich mit Fragen des Genehmigungsrechts von EE-Anlagen vorrangig und qualifiziert beschäftigt, in Erwägung zu ziehen.

Der VKU schlägt zudem vor, das Verfahrensrecht dahingehend zu ändern, dass Genehmigungsverfahren ab einer bestimmten Verfahrensstufe (Stichtag) von späteren Rechtsänderungen nicht mehr berührt werden. Auch sollten Genehmigungsverfahren digitalisiert werden und die Behörden die hierfür notwendige Ausstattung erhalten. Empfohlen wird, dass die Bearbeitung von Windenergieprojekten in den Behörden mehr Priorität bekommt.

Kommission zur Koordination

Ebenfalls gefordert wird die Einrichtung einer Kommission von Bund, Ländern, Kommunen und Verbänden, die den Ausbau der erneuerbaren Energien koordiniert und forciert. Wörtlich heißt es: „Ein sachgerechter Aus- und Umbau der Energieinfrastrukturen (Strom, Gas) auf der Verteilnetzebene ist erforderlich, um die zusätzlichen Erneuerbaren-Energien-Mengen effizient in das Energiesystem zu integrieren. Parallel zum Ausbau der erneuerbaren Energien muss auch der Ausbau der Stromverteilnetze beschleunigt werden. Hierfür müssen die Genehmigungsverfahren vereinfacht und die erforderlichen Investitionen im Rahmen der Anreizregulierung anerkannt werden. Darüber hinaus sind Rahmenbedingungen notwendig, die den Vor-Ort-Verbrauch von Strom und den Betrieb von Flexibilitätsoptionen attraktiv machen.“

Synergieeffekte mit lokalen Gasnetzen

Ergänzend ist es aus Sicht des VKU notwendig, dezentrale Nutzungs- und Speichermöglichkeiten (z. B. Batteriespeicher, Elektrolyseure, Power-to-heat oder industrielle Großabnehmer) stärker in den Blick zu nehmen, damit der Netzausbau nicht zum Nadelöhr für den EE-Ausbau wird und auch in Regionen mit begrenzten Netzaufnahmekapazitäten zeitnah eine Netzintegration der EE-Stromerzeugung ermöglicht werden kann.

In diesem Zusammenhang seien auch Synergieeffekte mit den lokalen Gasnetzen zu prüfen. Die vorhandene Gasinfrastruktur könne beispielsweise dann einen sinnvollen Beitrag leisten, wenn durch die Umwandlung von erneuerbarem Strom in Wasserstoff (über Elektrolyse) zusätzliche Erneuerbare-Energien-Mengen in das Energiesystem integriert werden können. Dies hätte einen entlastenden Effekt auf die Stromnetze und diene dem Ziel eines kosteneffizienten Netzausbaus. Denn wenn die dargebotsabhängige Wind- und Solarstromerzeugung in Gänze von den Stromnetzen aufgenommen werden müsste (bis zur letzten Kilowattstunde), würde der dafür erforderliche Netzausbau den Rahmen des betriebs- und volkswirtschaftlich Vertretbaren überschreiten, betont der VKU abschließend. **DK**

Energie ist digital

Tagung der Bayern Innovativ GmbH und der Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V.

Vor allem die Energiewende braucht die Digitalisierung als Instrument, um Ziele wie Dekarbonisierung, Klimaschutz und Sektorenkopplung zu erreichen. Diese zentralen Themen standen im Mittelpunkt der Münchner Tagung „Energie ist digital“, die von der Bayern Innovativ GmbH und der Forschungsstelle für Energiewirtschaft e. V. (FfE) als Hybridevent veranstaltet wurde.

Die Veranstaltung mit prominenter Beteiligung aus Wirtschaft, Forschung und Politik zeigte eindrucksvoll auf, dass bei diesem Thema noch zahlreiche Hausaufgaben zu machen sind. „Ökosysteme und Innovationen entstehen nicht von selbst“, betonte Dr. Rainer Seßner, CEO der Bayern Innovativ in seiner Begrüßung. Die Energiewirtschaft sei das „Rückgrat der Bayerischen Wirtschaft“. Entscheidend sei jedoch, die Energiewende als eines der größten IT- und Innovationsprojekte unserer Zeit zu gestalten.

Laut Judith Gerlach, Bayerische Staatsministerin für Digitales, ist die Digitalisierung der Schlüssel zum Erfolg für eine erfolgreiche Energiewende. Die Bayerische Staatsregierung habe sich das Ziel gesetzt, bis 2040 klimaneutral zu werden. Um dies zu erreichen, müssten Innovationen in der Praxis ankommen.

Digitale Transformation

Mehrere Beiträge hoben die Dringlichkeit digitaler Innovationen in Bereichen wie KI, Blockchain und IoT hervor und boten exklusive Einblicke in sektorübergreifende Projekte, durchdachte Partizipationsansätze und innovative Energie Start-ups. Nationale Projekte wie C/sells, MEMAP oder E-Energy haben die digitale Energiewende bereits praktisch ausprobiert und erforscht. Wie diese Projekte kam auch die Fachtagung zur Erkenntnis, dass die Klimaziele nur dann eingehalten werden können, wenn die digitale Transformation im Energiebereich von allen gesellschaftlichen Kräften beschleunigt angegangen wird.

„Digitalisierung und Energie sind wie Bruder und Schwester, wie zwei Seiten derselben Medaille“, unterstrich auch Hubert Aiwanger, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie. Die Digitalisierung bringe Bayern bei der Energiewende entscheidend voran. Sie sei die Grundlage dafür, dass künftig alle Strommarktteilnehmer schnell und effizient miteinander kommunizieren können. Dies sei eine der Voraussetzungen dafür, dass mit Hilfe automatisierter Prozesse das künftig noch stärker von fluktuierender Erzeugung und flexiblen Verbrauchsanlagen geprägte Energiesystem ausbalanciert werden kann. Datengestützte Prognosen ermöglichten dabei präzise Planungen von Erzeugung und Verbrauch und trügen so zur vorausschauenden Betriebsführung bei.

Weiter erhöhe die intelligente Steuerung von Netzen die nutzbaren Leitungskapazitäten: „Digitale Leitwarten überwachen kontinuierlich das Stromnetz und helfen so, die Versorgungssicherheit aufrechtzuerhalten. Eine nachhaltige Energiewende ist im Freistaat ohne weitere Digitalisierungsfortschritte nicht denkbar“, so Minister Aiwanger.

Wie das Bayerische Wirtschaftsministerium unterdessen mitteilte, soll im Freistaat in sogenannten Reallaboren zur Energiewende geforscht werden. Dazu schafft das Ministerium mit der „Bayerischen Koordinierungsstelle für Reallabore“ eine Anlaufstelle für Unternehmen, Kommunen und Forschungseinrichtungen. Hier sollen die bayerischen Partner für die Einreichung eines Projekts im Rahmen des Förderaufrufs des Bundeswirtschaftsministeriums zu den Reallaboren der Energiewende zusammenfinden. Organisiert wird die Koordinierungsstelle von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft. Mit dem Förderformat Reallabore der Energiewende des BMWi soll die technologische Entwicklungslücke für Innovationen zwischen der anwendungsnahen Forschung und der breiten Umsetzung in der Praxis geschlossen werden.

Hochinnovative Unternehmen

„Wir haben in Bayern viele hochinnovative Unternehmen, die im Rahmen der Reallaborförderung des Bundes einen wertvollen Beitrag zum Erreichen unserer Klimaziele leisten können. Diesen stellen wir mit der Koordinierungsstelle eine wichtige erste Anlaufstelle zur Seite“, erklärte Aiwanger. Dr.-Ing. Christoph Pellinger, Geschäftsführer der FfE, betonte: „Unser Ziel bei der bayerischen Koordinierungsstelle Reallabore an der FfE ist es, verschiedene Branchen zusammenzubringen. Wir wollen als Katalysator dafür sorgen, dass durch richtungsweisende Reallaborideen jetzt und für die Zukunft Netzwerke und Konsortien entstehen, die in innovativen Testräumen die Energiewende in die Praxis bringen!“

Zu einer Vision für das München von morgen lud abschließend Gastgeberin Katrin Habenschaden, zweite Bürgermeisterin der Landeshauptstadt, ein. Habenschaden machte deutlich: „Die Politik kann dieses Ziel nicht schaffen. Es brauche auch die Innovationskraft von den Unternehmen, die Innovationsfähigkeit aus den Hochschulen und die Offenheit, Handlungen und Aktivitäten zu hinterfragen.“ **DK**



Stadt, Sparkasse und Bayernwerk:

Neues Beteiligungsmodell für regionale Energieprojekte

Die Energiewende bürgernah und dezentral gestalten - mit diesem Anliegen starteten die Stadt Freyung, die Sparkasse Freyung-Grafenau und die Bayernwerk AG (Bayernwerk) ein neues Pilotprojekt, um lokale und vor allem nachhaltige Energieprojekte vor Ort umzusetzen. Mit der „Regionalen Energiewende Beteiligung Freyung" können Bürgerinnen und Bürger von nun an in den Bau und Betrieb von Erneuerbaren Energien investieren. Wie genau dies funktioniert, erklärten die Beteiligten in einem gemeinsamen Termin.

Im Kurhaus Freyung stellten die drei Projektpartner stolz das neue Modell vor, das erstmalig in Bayern umgesetzt wird. In einer von Stadt, Sparkasse und Energieunternehmen neu gegründeten Gesellschaft sollen zukünftig potenzielle Freiflächen für Solar- oder Windkraftwerke gefunden, gepachtet und schließlich mit den erneuerbaren Kraftwerken bebaut werden. Diesen Zweck wird künftig die neue „Regionale Energiewende Beteiligung Freyung GmbH" verfolgen. Interessenten können in diese Gesellschaft mit einem Kapitalstock von 500 bis 10.000 Euro investieren und mittel- bis langfristig von attraktiven Renditen profitieren.

Einbeziehung der Bürger

„Zum ersten Mal schaffen wir ein in Freyung verankertes Energiewendeprojekt, das die Bürger in den Aufbau von Erneuerbaren einbezieht und die Wertschöpfungskette in der Region belässt", sagt Bayernwerk- Vorstandsvorsitzender Dr. Egon Leo Westphal. In Freyung hat sich dafür schon ein erstes Areal gefunden: In unmittelbarer Bahnhofsnähe wird von der Gesellschaft demnächst auf einer ungenutzten Fläche eine neue Solaranlage mit einer Nennleistung von 800 Kilowatt errichtet, die ab 2022 umweltfreundliche Sonnenenergie direkt in das örtliche Stromnetz einspeisen wird. Rund 800.000 Kilowattstunden Solarstrom werden diese erzeugen. Rein rechnerisch können damit 300 Haushalte mit Strom versorgt werden.



Bayernwerk-Chef Dr. Egon Leo Westphal bei der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung (vorne) mit (Reihe hinten v.r.) Sparkassenvorstand Stefan Proßer, Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich, Thomas Oppelt (Bayernwerk) und Michael Pradl (Geschäftsleiter Stadt Freyung). Bild: Bayernwerk AG

Energiewernde wird im Landschaftsbild sichtbar

Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich freut sich, dass die Gesellschaft nun nach intensiven Planungen und Gesprächen gegründet wurde: „Die Energiewende wird im Landschaftsbild sichtbar werden. Um eine hohe Akzeptanz der Bevölkerung zu erreichen, ist es ideal, wenn die Kommune unmittelbar an der Planung mitwirkt, und die Bevölkerung sich an den Anlagen direkt beteiligen kann. Ich erwarte mir, dass dieses Modell, welches die drei Partner erstmalig entwickelt und rechtsaufsichtlich genehmigt bekommen haben, auf viel weiteres Interesse im Freistaat stoßen wird."

Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse-Freyung Stefan Proßer erklärte: „Wir wollen uns aktiv für den Klimaschutz einsetzen. So ist es eine Selbstverständlichkeit, uns auch aktiv als Gesellschafter zu beteiligen und dabei zu helfen, die Regionale Energiewende zu unterstützen und die Zukunft hier in Freyung ökologisch mitgestalten zu können. Und wenn am Ende alle Beteiligten von dem Projekt profitieren können – sowohl Kunden, Bayernwerk und die Stadt Freyung ist unser Engagement umso erfreulicher".

Das Beteiligungsmodell sei zudem das erste Energiewendeprojekt dieser Art im Sparkassenverbund Bayern sei.

Ein Projekt mit Wachstumspotenzial

Die Energiewende- Beteiligung kann außerdem auch auf weitere Grundstücksflächen erweitert werden und damit zukünftig wachsen: Weitere vier Areale wurden der neuen Gesellschaft bereits angeboten und werden aktuell zur Nutzung geprüft. Dabei spielen Kriterien wie Himmelsausrichtung, Verschattungsgrade oder auch die Entfernung zum nächstmöglichen Netzanschlusspunkt eine Rolle. ❒

LIFE Riverscape Lower Inn:

Umgehungsgewässer beim Kraftwerk Braunau-Simbach

Gewässervernetzung, Auendynamik und Lebensräume zu Land und zu Wasser auf ca. 3,0 km Länge

Ausgehend von den Erfahrungen mit dem Projekt Durchgängigkeit und Lebensraum beim Kraftwerk Ering-Frauenstein hat VERBUND ein ähnliches Projekt im Umfeld des Kraftwerks Braunau-Simbach zur Genehmigung eingereicht. Zwischen den Inn-Kilometern 63,0 und 60,6 auf bayerischer Uferseite sollen Gewässer vernetzt, Auen dynamisiert und Lebensräume zu Land und zu Wasser entstehen. Um die Umsetzung dieser ökologischen Maßnahme, die Teil des LIFE-Projekts „LIFE Riverscape Lower Inn" ist, bestmöglich in Einklang mit Natur- und Umweltschutz zu bringen, wurden bereits Ersatz- und Ausweichhabitate für viele verschiedene Tierarten angelegt und von diesen nachweislich besiedelt. In einem weiteren Schritt wird nun in den Wintermonaten der Bereich von Bewuchs freigestellt, in dem künftig das Umgehungsgewässer verlaufen wird.

Im LIFE-Projekt „LIFE Riverscape Lower Inn" haben sich VERBUND und seine Partner die ökologische Gestaltung der Flusslandschaft am Unteren Inn vorgenommen, welche in den kommenden Jahren gemeinsam verwirklicht werden. Dazu gehören naturnahe Umgehungsgewässer an den Innkraftwerken Braunau-Simbach und Egglfing-Obernberg sowie weitere Schaffung von Gewässerlebensraum in den Kraftwerksbereichen der Innkraftwerke zwischen Braunau-Simbach und Schärding-Neuhaus.

VERBUND-Projektleiter Johannes Wesemann: „Wir haben gezeigt, dass Wasserkraft und höchste Ansprüche an ökologische Standards keine Widersprüche sind. Wir wollen nun auch hier nicht einfach nur Gewässer vernetzten, sondern Lebensräume schaffen – angetrieben von vielen positiven Erfahrungen aus erfolgreichen Projekten, etwa beim Kraftwerk Ering-Frauenstein oder der österreichischen Donau."

Gewässervernetzung und Lebensraum

Das Projekt im Bereich des Kraftwerks Braunau-Simbach befindet sich derzeit in der Genehmigungsphase. Um die Passierbarkeit herzustellen, wird ein neues dynamisch dotiertes Umgehungsgewässer vom Oberwasser (Inn- Kilometer 63,0) des Kraftwerks bis ins Unterwasser (Inn- Kilometer 60,6) errichtet.

Neben der Gewässervernetzung entsteht so langfristig neuer Fließgewässerlebensraum, der für alle Fischarten in allen Lebensstadien nutzbar ist. Auch zu Land entstehen neuen Lebensräume, da neu geschaffene Kiesbänke insbesondere kiesbrütende Vögel beheimaten werden.

Vorgezogene Maßnahmen

Während sich das Gesamtprojekt noch in Genehmigung befindet, hat VERBUND vorgezogene Maßnahmen beantragt. Diese wurden bewilligt. So wurden in den vergangenen Monaten bereits Ersatz- und Ausweichlebensräume geschaffen. Mit dem Ziel, insbesondere Tiere aus dem Bereich des künftigen Gewässerlaufes anzusiedeln. Nachdem diese Ersatzhabitate angenommen und besiedelt wurden, wird nun mit der Bewuchsfreistellung begonnen. Insbesondere Bäume und größere Gewächse müssen vor dem Frühjahr entfernt werden – rechtzeitig vor Einsetzen der Vogelbrut. So wird sichergestellt, dass das Projektgebiet vorbereitet und die Projektumsetzung zügig nach Erteilung der Genehmigung erfolgen kann. Geplant ist, das Gesamtvorhaben spätestens im Jahr 2024 abzuschließen. Derzeit wird mit Kosten in Höhe von rund sieben Mio. Euro gerechnet.

Zusammenspiel Wasserkraft und Ökologie

Das Projekt wird durch das EU-LIFE-Programm im Rahmen des Projekts „LIFE Riverscape Lower Inn" (LIFE 19 NAT/DE/000087) gefördert. Es ist zudem eng verzahnt mit weiteren Projekten zur Verbesserung des Zusammenspiels zwischen Wasserkraft und Ökologie, in denen VERBUND an der Umsetzung mitwirkt.

Darunter das Interreg- Projekt „INNsieme", in welchem derzeit Uferrückbauten am Inn im Bereich der Mattig- Mündung erfolgen, sowie das Interreg- Projekt „Bachlandschaften", im Rahmen dessen die Mündung des Simbachs in Simbach am Inn nach ökologischen Gesichtspunkten neu gestaltet wurde. ❒

Bayerisch-Schwaben setzt auf energieeffiziente Technologien

Befragung von mehr als 1.000 Menschen zu Klimaschutz, Energiewende und Nachhaltigkeit

Region der „Energiewender": Wenn es um den Einsatz effizienter und klimafreundlicher Technologien geht, sind die Menschen in Bayerisch-Schwaben und angrenzenden Gebieten weit vorn: Das ist ein zentrales Ergebnis einer repräsentativen Befragung, die das Institut Conoscope im Auftrag der Lechwerke AG (LEW) in der Region durchgeführt hat. Ziel der Befragung war es, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, welche Einstellungen die Menschen in der Region zu den Themen Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Energiewende haben, wo sie Herausforderungen sehen und welchen Beitrag jeder einzelne leistet.

„Wo stehen wir aktuell beim Klimaschutz und wo gibt es noch Potenziale? Das haben wir in unserem Barometer ‚Klima und Energie ' untersucht. Die Studie liefert uns wertvolle Erkenntnisse – wie beispielsweise zur Akzeptanz von Erneuerbaren-Energie- Anlagen oder zum Thema Heizen. So können wir den Umbau der Energieversorgung und den Klimaschutz weiter vorantreiben – gemeinsam mit den Menschen in der Region", sagt LEW-Vorstand Markus Litpher.

Überdurchschnittlich hohes Bewusstsein für Energiewende

Die Umfrage zeigt, dass die Region bei der Energiewende im bundesweiten Vergleich schon weit vorangekommen ist. Der Anteil der „Energiewender", also derjenigen, die mindestens eine energieeffiziente Technologie in ihrem Haushalt einsetzen, ist im LEW-Gebiet überdurchschnittlich hoch: In Bayerisch-Schwaben und angrenzenden Gebieten gaben 43 Prozent der befragten Haushalte an, eine Photovoltaikanlage, einen Batteriespeicher, ein energieeffizientes Heizsystem oder ein Elektroauto im Einsatz zu haben. Bundesweit waren es nur rund 30, bayernweit 37 Prozent. Unter den LEW-Kundinnen und -Kunden liegt der Anteil sogar bei mehr als 50 Prozent.

Das Barometer „Klima und Energie" zeigt deutlich, dass Klimaschutz das zentrale Thema der nächsten Jahre und Jahrzehnte ist: Laut LEW- Umfrage sieht die Bevölkerung in den Themen Klima-, Umwelt- und Naturschutz die wichtigsten Herausforderungen für Deutschland. Erst danach folgen das Gesundheitssystem, das Bildungswesen und soziale Gerechtigkeit.

Mehr als die Hälfte der Befragten fordert mehr Aufmerksamkeit für Klima- und Naturschutz. Dabei sind fast alle (89 Prozent) davon überzeugt, dass jeder einen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann.

Mehr als 70 Prozent befürworten neue Energielösungen, auch wenn diese mit persönlichen Kosten verbunden sind. Mit nachhaltigem Verhalten oder energieeffizienten Lösungen engagieren sich die Befragten auch selbst für den Klimaschutz.

Auch im Hinblick auf Infrastrukturmaßnahmen zur Umsetzung der Energiewende besteht eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung – auch wenn diese in der persönlichen Umgebung stattfinden: So stimmen mehr als 80 Prozent dem Bau von Photovoltaik- Anlagen und dem Ausbau der Wasserkraft zu. Den Ausbau von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge akzeptieren mehr als 70 Prozent.

Obwohl es eine große Resonanz für Klimaschutzmaßnahmen im privaten Bereich gibt, ist den Befragten die Bedeutung energieeffizienter Heizungen für den Klimaschutz noch wenig bewusst. Nur knapp ein Drittel sieht beim Thema Heizen einen besonders großen Handlungsbedarf. Zum Vergleich: Die Sektoren Verkehr und Mobilität sowie Energieversorgung sind als Handlungsfelder mit 58 bzw. 48 Prozent deutlich präsenter in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger. Menschen in Region beschäftigen sich intensiv mit Nachhaltigkeit.

Die Haushalte in der Region sind nicht nur beim Einsatz energieeffizienter Technologien vorne; sie beschäftigen sich zum Teil auch deutlich intensiver mit Nachhaltigkeit als Menschen in anderen Regionen Deutschlands. Fast die Hälfte der Regionalbevölkerung setzt sich intensiv mit Nachhaltigkeit auseinander. In vielen anderen Regionen ist es teilweise nur ein Drittel. Durch die Corona-Pandemie gewann das Thema Nachhaltigkeit nochmal an Bedeutung: Mehr als ein Viertel achtet seitdem mehr auf Nachhaltigkeit.

120 Jahre Lechwerke

Anlass für die Umfrage war auch das 120- jährige Firmenjubiläum, das LEW in diesem Jahr feiert. „Unser Jubiläumsjahr 2021 steht ganz im Zeichen von Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Als regionales Unternehmen haben wir dabei eine besondereVerantwortung. Wir leisten unseren Beitrag und wollen für unternehmenseigene Treibhausgasemissionen bis 2030 Klimaneutralität erreichen", sagt Litpher. „Mit unseren Aktivitäten wollen wir zudem Impulse für den Klimaschutz in unserer Region geben. Dass wir dabei in der Bevölkerung auf breite Unterstützung und großes Engagement für Nachhaltigkeit und Klimaschutz setzen können, das zeigt unsere Befragung." ❒

Kommunale Wärmewende-Projekte

AEE und Fraunhofer IEE untersuchen Planungskosten

Einen Eindruck von den Kosten der Wärmewende vermittelt eine Befragung deutscher Kommunen im Rahmen des Projekts Kommunale Wärmewende der Agentur für Erneuerbare Energien und des Fraunhofer-Instituts für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik.

Unter anderem wurden Fragen zum Status quo, den betrachteten Maßnahmen und Technologien sowie den Akteuren mit Einfluss auf die Kostengestaltung gestellt. Im Ergebnis konnten die befragten Kommunen ihren Eigenanteil von Maßnahmen der Planung und Durchführung in verschiedenen Projekten durch Fördermittel reduzieren.

Identifikation marktgängiger Technologien und praktikabler Instrumente

Das Projekt Kommunale Wärmewende zielt darauf ab, marktgängige Technologien sowie praktikable Instrumente der Wärmewende zu identifizieren und ihre Umsetzung in allen Regionen Deutschlands zu befördern. Da Kommunen unterschiedliche Bedarfe, Ressourcen und Potenziale für die Wärmewende haben, ist es nicht möglich, für alle Städte und Gemeinden geltende Kosten zu veröffentlichen. Daher stellen AEE und Fraunhofer IEE einige beispielhafte Projekte und deren Folgekosten vor, um eine Annäherung an die Realität der klimafreundlichen Transformation der Wärmeversorgung in Städten zu ermöglichen.

Projekt 1: In der Planungsphase eines Bestandsquartiers für 8.000 Einwohnern werden die Sanierung von Bestandsgebäuden, die Transformation des bestehenden Energieversorgungssystems sowie die Speicherung von elektrischer und thermischer Energie betrachtet. Im ersten Schritt wird das Projekt unter folgenden Kriterien untersucht: Bestandsaufnahme, Potenzialanalyse, Wirtschaftlichkeitsberechnung, Erstellung eines Maßnahmenkatalogs, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Dokumentation, sowie Durchführungskonzept. Für diese Maßnahmen fallen nach einer fundierten Abschätzung Kosten in Höhe von ca. 80.000 Euro an.

In einem weiteren Projekt ist die Errichtung neuer Gebäude und eines Wärmenetzes mit Drei-Leiter-Technik unter Einbindung Erneuerbarer Energien im Rahmen der Konversion eines ehemaligen Militärgeländes geplant. Für das Energiekonzept bzw. die Erstellung eines Energienutzungsplans konnte eine Quote von 70 Prozent durch das Förderprogramm des betreffenden Bundeslandes realisiert werden. Für die Planung des Wärmenetzes wird eine Machbarkeitsstudie erstellt, die mit 50 Prozent über das Förderprogramm BAFA Wärmenetze 4.0 unterstützt wird.

In diesem Projekt werden auch Photovoltaikanlagen für die Versorgung mit Nutzstrom und von Wärmepumpen (Umweltwärme: oberflächennahe Geothermie), perspektivische Heizungssteuerung und saisonale Speicherung mittels Power-to-X (Methanisierung) betrachtet. Zudem wird mit einer Erhöhung der Kosten für die Planung der TGA (technische Gebäudeausrüstung) sowie für die Grundriss- und Dachgestaltung gerechnet, da die Gestaltung auf die Maximierung des PV-Ertrags ausgerichtet werden soll.

Förderquoten bis zu 65 %

Im Ergebnis konnten die befragten Kommunen ihren Eigenanteil von Maßnahmen der Planung und Durchführung in verschiedenen Projekten durch Fördermittel, u.a. aus Programmen wie KfW 432 und BAFA WN 4.0 reduzieren. Teilweise wurden bei der Betrachtung energetischer Sanierungen in Bestandsquartieren Förderquoten von 65 Prozent für die jeweiligen Maßnahmen erzielt.

75 % Zuschuss

Laut KfW wird im Programm „Energetische Stadtsanierung – Zuschuss (KfW 432)" derzeit ein Zuschuss in Höhe von 75 Prozent der förderfähigen Kosten gewährt. Für finanzschwache Kommunen, die nach jeweiligem Landesrecht ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt haben, ist ein Zuschuss in Höhe 95 Prozent der förderfähigen Kosten möglich. **DK**

European Energy Award:

Gold für Kempten und Herzogenaurach

Bayerns Umweltminister Glauber zeichnet fünf Kommunen für ihre Klimaschutzaktivitäten aus

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber hat in Kempten die European Energy Awards für bayerische Kommunen verliehen. Dem Gastgeber wurde dabei eine besondere Ehre zuteil. Für die herausragenden Leistungen in der kommunalen Klimaschutz- und Energiepolitik zeichnete Glauber die Stadt Kempten mit dem European Energy Award (eea) in Gold aus. Auch die Stadt Herzogenaurach hat die höchste eea-Stufe erreicht. Daneben erhielten die Gemeinde Durach, die Stadt Königsbrunn sowie der Landkreis Günzburg eine Auszeichnung. Veranstalter der diesjährigen eea-Verleihung war das Energie- und Umweltzentrum Allgäu (eza!) als Landesgeschäftsstelle für den European Energy Award.

Der European Energy Award ist ein europäisches Qualitätsmanagementprogramm, das sich bereits in zahlreichen Kommunen als wichtiges Hilfsmittel für eine kontinuierliche und tatsächlich nachhaltige Energie- und Klimaschutzpolitik bewährt hat. Der eea bietet den teilnehmenden Städten, Gemeinden und Landkreisen Begleitung und Beratung bei der Planung und Realisierung von energie- und klimaschutzpolitischen Zielen und Maßnahmen. Bei einer erfolgreichen Teilnahme winkt die Auszeichnung mit dem European Energy Award.

Dafür müssen 50 Prozent der für die Kommune möglichen Punkte in den verschiedenen Handlungsfeldern erreicht werden. Bei 75 Prozent aller möglichen Punkte winkt der European Energy Award in Gold. Zu den Handlungsfeldern zählen: Raumordnung und kommunale Entwicklungsplanung, kommunale Gebäude und Anlagen, Versorgung und Entsorgung, Mobilität, interne Organisation sowie Kommunikation und Kooperation zur Einbindung von Bürgern, Unternehmen und weiteren Akteuren.

„Wir brauchen Vorbilder wie Sie, die die Aufgaben konkret angehen und Maßnahmen umsetzen“, lobte Umweltminister Thorsten Glauber das Engagement der Bürgermeister, Landräte und Mitglieder der Energieteams der ausgezeichneten Kommunen und bezeichnete in diesem Zusammenhang die Teilnahme am European Energy Award als hervorragendes Instrument.

Auch Ludwig Friedl, Vorsitzender des Bayerischen Energieagenturen e.V., verwies auf die Leistungen der Städte, Gemeinden und Landkreise. „Die Energiewende kommt nicht von oben, sondern sie kommt von unten“, so Friedl. Der Bayerische Energieagenturen e.V. ist der Träger des European Energy Award in Bayern. Kemptens Oberbürgermeister Thomas Kiechle bezeichnete die Auszeichnung mit dem European Energy Award in Gold als Bestätigung der geleisteten Arbeit, aber auch als Ermutigung, weitere Schritte zu unternehmen.

Gemeinde Durach

Bereits zum zweiten Mal wurde die Gemeinde Durach mit dem European Energy ausgezeichnet. An der Gemeinde Durach im Oberallgäu zeige sich, meinte Glauber in seiner Laudation, wie insbesondere ehrenamtliches Engagement der Energieteammitglieder und ein überzeugter Bürgermeister dazu beitragen, Klimaschutz in der Gemeinde systematisch umzusetzen. Ein wichtiger Meilenstein war dabei die Überarbeitung des energiepolitischen Leitbilds der Gemeinde im Jahr 2020. So wurde neben der treibhausgasneutralen Gemeindeverwaltung bis 2030 besonders dem Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie, als auch der flächendeckenden Verkehrsberuhigung Priorität eingeräumt. Hier setzt sich die Gemeinde seit zwei Jahren für eine Tempo 30-Begrenzung auf der Ortsdurchfahrt ein und kämpft dafür, um Sicherheit und Lebensqualität für ihre Bürgerschaft durchzusetzen. Beim European Energy Award konnten im externen Audit 64,5% der möglichen Punkte erreicht werden.

Stadt Königsbrunn

Die Stadt Königsbrunn hat im Bereich Mobilität große Anstrengungen unternommen, lobte der Minister. So wurden für die kommende Anbindung der Stadt Königsbrunn an das Straßenbahnnetz von Augsburg in den letzten Jahren alle Voraussetzungen geschaffen. Ab Dezember 2021 wird die neue Linie 3 die Stadt direkt mit Augsburg verbinden. Königsbrunn hat sich zudem über die Stadtwerke am Bau zweier Windkrafträder der Stadtwerke Augsburg in Kraasa, einem Ortsteil der Gemeinde Starkenberg (Thüringen), beteiligt. Jährlich erhalten die Stadtwerke anteilig circa 3.300 MWh klimafreundlichen Windstrom. Außerdem hat die Stadt Königsbrunn eine Förderrichtlinie für Bürger in Höhe von 70.000 Euro im Jahr 2020 aufgesetzt. Gefördert werden PV-Anlagen und netzdienliche Batteriespeicher. Die Förderung war schnell ausgeschöpft. Mit diesen und vielen weiteren Projekten hat es die Stadt dieses Jahr geschafft, erstmalig ausgezeichnet zu werden. Beim European Energy Award konnten im externen Audit 57,2% der möglichen Punkte erreicht werden.

Landkreis Günzburg

Der Landkreis Günzburg hat sich durch die fruchtbare Allianz der Kreisverwaltung mit den kreisangehörigen Gemeinden im Rahmen des Energiepaktes Günzburg hervorgetan. Darin verpflichten sich die Gemeinden zu grundlegenden Klimaschutz-Leistungen und erhalten vom Landkreis Anreize, Unterstützung und Motivation weitere Maßnahmen und Projekte umzusetzen, wie zum Beispiel die Solar-Offensive des Landkreises.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein ist laut Umweltminister die Klimawandelstudie des Landkreises, die erst in diesem Jahr fertiggestellt worden ist. Es sei auch für Kommunen in Bayern von zentraler Bedeutung, sich jetzt mit den kommenden unvermeidlichen Auswirkungen des Klimawandels auseinanderzusetzen, so Glauber. Was müssen wir für unsere Region erwarten? Wie können wir angemessen darauf reagieren? Dies sind entscheidende Fragestellungen, die sich jede Kommune stellen sollte. In diesem Sinne sei es vorbildlich, dass ein Landkreis diese Informationen auch für die kreisangehörigen Kommunen aufbereite und das Thema an die Bürgermeister heranträgt. Mit dem externen Audit hat der Landkreis 2021 55,1% erreicht und erhält dafür den European Energy Award.

Stadt Herzogenaurach

Die Stadt Herzogenaurach ist die nördlichste Kommune in Bayern, die den eea-Goldstatus erreicht hat. Herzogenaurach wurde 2009 und 2013 mit dem eea ausgezeichnet und hat nach 2017 im Jahr 2021 die Re- Zertifizierung in Gold erreicht, berichtete Glauber in seiner Laudatio.

Neben der erfolgreichen HERZOSolar-Kampagne, eine gemeinsame Initiative von Herzo Werke GmbH, Agenda-Arbeitskreis Energie und der Stadt Herzogenaurach für die Förderung und Unterstützung des Ausbaus der Solarenergie, zum Beispiel durch gemeinsame Beschaffung von Modulen inklusive PV-Beratung und Anlagenvertrieb, wurde vor allem das Klimaausgleichsbudget in Höhe von 30.000 Euro pro Jahr für Veranstaltungen als besondere Innovation bewertet. Hiermit werden beispielsweise Klimaschutz-Projekte der Schulen finanziert (zum Beispiel eine mobile PV-Anlage für ein grünes Klassenzimmer), mobile Müllsortierungsanlagen für Stadtfeste besorgt, die Stromfressersuche und Stromsparwettbewerb durchgeführt sowie weitere Projekte gefördert.

Neubauten werden auf hohem energetischem Niveau realisiert, wie beispielsweise der Rathaus-Neubau oder auch das neue Leuchtturmprojekt der Kita Reihenzach, einer siebengruppigen Tagesstätte in Holzmodulbauweise im Passivhausstandard. Private Bauherren werden mit dem CO2- Minderungsprogramm der Stadt beim effizienten Bauen und Sanieren unterstützt. Auch im Bereich der Fernwärme soll es noch grüner werden durch die Errichtung von BHKW und Biomasse(holz)heizanlage zur Erhöhung des regenerativen Anteils im Heizkraftwerk.

Darüber hinaus fanden viele weitere Aktionen statt, wie beispielsweise Blühwiesenansaaten, Müllsammelaktionen, Verteilung Biobrotbox, Baumpflanzaktionen und ein Infostand zu Lastenfahrrädern, so dass alle Zielgruppen in Herzogenaurach in Sachen Klimaschutz adressiert werden. Mit einem Zielerreichungsgrad von 78,6 % konnte das Ergebnis im Vergleich zum ersten Goldaudit weiter verbessert werden.

Stadt Kempten im Allgäu

Auch die Stadt Kempten wurde nicht zum ersten Mal mit dem European Energy Award in Gold ausgezeichnet. Bereits 2016 ist ihr dies gelungen. Kempten hat sich nach der Auszeichnung nicht auf dem Erfolg ausgeruht, lobte Glauber, sondern ist weiter den Weg zu mehr Energieeffizienz, erneuerbaren Energien, Bewusstseinsbildung bei Bürgern und Unternehmen und damit letztendlich mehr Klimaschutz in der Stadt gegangen.

Die Stadt Kempten zeichnet sich unter anderem durch ein vorbildliches systematisches Energiemanagement für alle energierelevanten städtischen Liegenschaften aus, das seinesgleichen sucht. Zahlreiche Besuchergruppen von anderen Städten, sogar aus dem Nachbarland Vorarlberg, profitieren heute von dem Wissen, das die Stadt Kempten bereitwillig weitergegeben hat. Mit einem weiteren Projekt geht die Stadt Kempten einen innovativen neuen Weg. Seit 2016 unterstützt sie das Hildegardis-Gymnasium als Pionier zur Klimaschule. Das erfolgreiche Modell, eine Schule komplett umzukrempeln und dem Thema Klimaschutz in allen Bereichen unterzuordnen, wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus aufgegriffen. Das Konzept der Stadt Kempten wird von einer Arbeitsgruppe des Kultusministeriums zu einem bayernweiten Konzept ausgebaut.

Die Stadt Kempten erhält den eea in Gold mit 76% Umsetzung aller möglichen Maßnahmen. ❐

Stadt Günzburg und erdgas schwaben feiern Jubiläum:

40 Jahre Gas in Günzburg

Grüne Gase für zuverlässige Energieversorgung im bestehenden Netz

„Zukunftsfähige und sichere Energieversorgung – dafür sorgt unsere Partnerschaft mit erdgas schwaben seit 40 Jahren“, so Gerhard Jauernig, Oberbürgermeister in Günzburg. „Diese Kooperation ist einer der Grundpfeiler für das nachhaltige Wachstum unserer heimischen Wirtschaft.“

erdgas schwaben und die 100prozentige Unternehmenstochter schwaben netz sorgen seit 1981 für nachhaltige Energieversorgung in Günzburg. Seit 2013 ist die gemeinsame Gesellschaft der Stadtwerke Günzburg und erdgas schwaben, Gasnetz Günzburg, verantwortlich für die Entwicklung des Günzburger Gasnetzes. Dieses Jubiläum wurde nun gefeiert.

Simone Riemenschneider-Blatter, stellvertretende Landrätin im Kreis Günzburg, sagte: „Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Bürgerinnen und Bürger sicher mit Energie versorgt werden und aktiv an der Energiewende teilnehmen. erdgas schwaben haben wir dabei stets als zuverlässigen Partner erlebt.“

Familien, Kommune, Gewerbe: Bestens mit Gas gerüstet.

Heute verfügt Günzburg über rund 123 Kilometer Ortsnetzleitung und mehr als 2.500 Hausanschlüsse. Auch Gewerbebetriebe und kommunale Einrichtungen setzen auf Energie und Wärme aus Erdgas und Biogas. Das gilt für Neubaugebiete im Stadtgebiet und ebenso für Familien, die ihre Heizung modernisieren wollen. Auch sie entscheiden sich überwiegend für einen Gasanschluss.

Energiewende im Blick: Gas wird grün

Dirk Weimann, Geschäftsführer erdgas schwaben, sagte: „Wir setzen für die Zukunft verstärkt auf klimaneutrale Gase wie grünen Wasserstoff und Bio-Methan. Unsere Kundinnen und Kunden sind mit einem Gasanschluss dafür schon jetzt optimal gerüstet.“Die Gasnetze, die erdgas schwaben und schwaben netz jetzt bauen oder erweitern, sind die Basis für die zuverlässige Versorgung von Industrie, Gewerbe und Haushalten mit Gas und Bio-Methan. Zukünftig können diese Netze auch als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas dienen.

Die Klimaziele können nur mit klimaneutralen Gasen erreicht werden. Fließt heute noch überwiegend Gas durch die Rohrnetzleitungen, kann in Zukunft neben Bio-Methan auch grüner Wasserstoff als innovativer und klimaschonender Energieträger im bestehenden Gasnetz transportiert werden. Grüner Wasserstoff wird vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen. Er kann für industrielle Zwecke eingesetzt werden und um Strom und Wärme in Privathaushalten zu erzeugen. ❐



Gerhard Jauernig, OB in Günzburg (l.), und Dirk Weimann, Geschäftsführer erdgas schwaben. Bild: erdgas schwaben



Deutscher Award für Nachhaltigkeitsprojekte:

Überzeugend nachhaltig: Auszeichnung für Münch Energie

Das Deutsche Institut für Service-Qualität, der Nachrichtensender ntv und das DUP UNTERNEHMER-Magazin verliehen 2021 erstmalig den Deutschen Award für Nachhaltigkeitsprojekte. Ausgezeichnet wurden Projekte aus unterschiedlichsten Branchen – von Maschinenbau über den Gesundheitssektor und Finanzdienstleistungen bis hin zur Konsumgüterindustrie

Der Megatrend Nachhaltigkeit stellt Unternehmen vor ganz neue Herausforderungen – und die Transformation hat längst begonnen. Wie Unternehmen erfolgreich nachhaltig agieren, zeigen die Preisträger dieses Awards. 202 Unternehmen bzw. deren Projekte wurden nominiert, 49 überzeugten die hochkarätig besetzte Jury unter Vorsitz von Yvonne Zwick (B.A.U.M. e.V.).

Zwick betont die Notwendigkeit, Nachhaltigkeitsprojekte in den öffentlichen Fokus zu rücken: „Die Bedeutung des Awards ist hoch einzuschätzen. Auch Unternehmen werden für ihre gestarteten Initiativen und Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung gerne mal gelobt. Es ist wichtig, die öffentliche Aufmerksamkeit auf Unternehmen zu lenken, die nachhaltig wirtschaften, damit diese Schule machen."

Schirmherrin Brigitte Zypries, Bundeswirtschaftsministerin a.D.: „Der Award verfolgt das Ziel, nachhaltiges Engagement auf allen Ebenen sichtbar zu machen, egal, ob die Projekte im kleinen oder größeren Rahmen angesiedelt sind. Mich hat das hohe Engagement beeindruckt, mit der sich die Mitarbeitenden der nominierten Unternehmen für ihre Nachhaltigkeitsprojekte einsetzen."

Preisträger Münch Energie

Für verschiedene innovativen Ideen und Konzepte wurde Münch Energie aus Rugendorf mit dem Deutschen Award für Nachhaltigkeitsprojekte ausgezeichnet. Die Oberfranken belegten in der Sparte „Technologie – Energie" den ersten Platz und gehören damit zu den Hauptpreisträgern. Ausgezeichnet wurde das Unternehmen für sein Konzept der „Münch Energie Intelligenz". Das Unternehmen bietet ökologisch und ökonomisch sinnvolle Energieversorgung für Wirtschaft und Kommunen, die ohne Investitionskosten ab dem ersten Tag direkt Geld spart. Innovativ ist dabei die intelligente Verbindung von ökologischer Energieerzeugung mit vielfältigen dezentralen Speichermöglichkeiten und einer smarten, digitalen Steuerung des kompletten Systems. Auf diese Weise können Unternehmen vollkommen energieautark werden.

Wie funktioniert das?

Mit der „Münch Energie Intelligenz" wird, unter anderem auf Basis einer 16-tägigen Wettervorhersage und Wolkenbildern, möglichst viel günstige Energie vor Ort mit Photovoltaikanlagen erzeugt. Der schwankende Energiefluss wird dann nicht nur einfach in Batterien zwischengespeichert, sondern intelligent und digital mit anderen Verbrauchern gekoppelt.

In der Praxis hat sich die Idee längst bewährt. Logistikunternehmen verwenden beispielsweise selbst erzeugten Strom für ihre Staplerflotte und können so außerdem mit jedem Elektrostapler, im Vergleich zu einem Dieselstapler, über 4.000 Euro jährlich an Treibstoffkosten sparen. Der Unternehmens- Fuhrpark kann über Elektromobilität ebenfalls problemlos in dieses Konzept integriert und sogar als Speichermöglichkeit zur Gebäudeversorgung genutzt werden.

Die Jury des Nachhaltigkeits-Awards urteilte: „Ein hervorragendes und intelligentes Konzept, das als Vorbild für die nachhaltige Energieversorgung von Unternehmen gesehen werden kann."

Münch Energie wurde für seine Lösungen in den letzten Jahren bereits mehrfach ausgezeichnet. Unter anderem würdigte kürzlich das Magazin „stern" schon zum wiederholten Mal den Energieversorger als eines von „Deutschlands Unternehmen mit Zukunft". Seit mittlerweile fast zwanzig Jahren realisiert Münch grüne Energielösungen für Industrieunternehmen und Kommunen. „Mit diesen Projekten bleibt die Wertschöpfung in der Region und alle profitieren. Von den Unternehmen, die Arbeitsplätze sichern können, über die Landwirte, die ein sicheres Einkommen beim Verpachten Ihrer PV-Flächen erzielen, bis zu allen Bürgern, die über ein Crowdinvesting direkt in den Energiepark investieren können", so Gründer und Inhaber Mario Münch. Für ihn ist es jedoch deutlich mehr. Seine Vision, die Lebensgrundlage der nachfolgenden Generationen zu sichern, hat dazu geführt, dass Münch Energie mittlerweile zu einem der größten dezentralen Energieversorger Deutschlands geworden ist und mit seinen Systemlösungen ein halbes Atomkraftwerk ersetzt. ❐

Wasserkraftanlagen:

Forderung nach Rückbau läuft ins Leere

Als bewährte Säule des Klimaschutzes und der Energiewende leisten Wasserkraftanlagen einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Artenschutz: Ein Kommentar des Bundesvervands Deutscher Wasserkraftwerke und regionaler Wasserkraftverbände sowie -Arbeitsgemeinschaften bzgl. des Memorandums des Leibniz-Instituts.

In dem am 4. November 2021 veröffentlichten „Memorandum zum politischen Zielkonflikt Klimaschutz versus Biodiversitätsschutz bei der Wasserkraft" wird die Beendigung der Förderung der Stromerzeugung aus kleinen Wasserkraftanlagen gefordert. Dem entgegnet Hans-Peter Lang, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Wasserkraftwerke (BDW) e.V.: „Klimaschutz ist die Grundvoraussetzung für Umwelt- und Artenschutz. Die rund 8.300 deutschen Wasserkraftanlagen sind eine bedeutende Säule des Klimaschutzes, sie leisten einen wichtigen Beitrag zur CO2-Reduktion und zur versorgungssicheren Energiewende."

In Bayern 16 Prozent

Der prozentuale Anteil der im Memorandum genannten 3,3 Prozent an der Stromerzeugung in Deutschland ist differenziert zu betrachten. In einigen Bundesländern liegt er deutlich höher, so z.B. in Bayern, wo die Wasserkraftanlagen 16 Prozent des im Bundesland benötigten Stroms erzeugen. Daneben kommt es gerade nicht auf das absolute Maß der Stromeinspeisung an, sondern auf die Diversifizierung und Dezentralisierung der Energieerzeugung als Vorbeugung gegen den Klimawandel. „Die Wasserkraft hat mit ihrer grundlastfähigen, zuverlässigen und planbaren Produktion eine hohe Lieferqualität, was für eine erfolgreiche Energiewende unerlässlich ist", betont Lang.

Intention nicht nachvollziehbar

Der bloße Blick auf Leistung und Kilowattstunde wird der Bedeutung der Wasserkraft für die qualitativen Aspekte wie Netzstabilität und Systemdienstleistungen nicht gerecht. Tatsächlich ist die Intention des Memorandums nicht nachvollziehbar. An gerade einmal 13 Prozent aller Querbauwerke in der Bundesrepublik findet eine Wasserkraftnutzung statt. Die Fokussierung auf die kleine Wasserkraft lässt die komplexen Einflüsse der seit Jahrhunderten bestehenden urbanen Überprägung der deutschen Flüsse völlig außer Betracht. Auch die Wasserrahmenrichtlinie bezweckt nicht die Herstellung vollkommen unbeeinflusster Gewässer, sondern fordert eine standörtliche und ausgewogene Gewässerbewirtschaftung.

Selbst bei der Entfernung einer Wasserkraftanlage bleibt das Querbauwerk in den meisten Fällen aus Gründen des Hochwasserschutzes und der Gewässerregulierung erhalten. Die Forderung nach Abriss der Wasserkraftanlagen läuft daher praktisch ins Leere. Auf das Memorandum kann hier zugegriffen werden: https://t1p.de/mar4 ❐

Interessengemeinschaft „Strom aus Wasserkraft":

Runder Tisch in Bayreuth

Zunehmend sehen sich die Vertreter der Wasserkraft einem bürokratischen Druck ausgesetzt, der nach ihrer Meinung dazu führen wird, dass immer mehr Anlagenbetreiber in die Insolvenz getrieben werden. Vor diesem Hintergrund fand in Bayreuth ein von der Interessengemeinschaft „Strom aus Wasserkraft" (IG SaW) organisierter Runder Tisch mit führenden Vertretern von Landratsamt, Wasserwirtschaftsamt Hof und der Fischereifachberatung des Regierungsbezirks Oberfranken statt.

Die regionalen Wasserkraftbetreiber warnen davor, ihnen durch strengere gesetzliche Vorgaben sprichwörtlich das Wasser abzudrehen. Heftige Kritik übt die „Interessengemeinschaft Strom aus Wasserkraft" deshalb am Entwurf des neuen Mindestwasserleitfadens des bayerischen Umweltministeriums.

Aufgrund der Gesetzeslage sehen sich die Behörden im Recht. Insbesondere die Europäische Wasserrahmenrichtlinie sowie das Wasserhaushaltsgesetz geben aus ihrer Sicht Anlass zum Handeln. Ziel sei es, so Dr. Martin Mörtl vom Wasserwirtschaftsamt Hof, die Durchgängigkeit von Wasserstrecken zu erreichen und dort genügend Wasser in den Abschnitten zu gewährleisten, aus denen Wasser zu den Turbinen und Mühlrädern ausgeleitet wird.

10 Mio. LKW-Ladungen an CO2

In seinem Kurzvortrag zeigte Dr. Wolfgang Häfner, Physikalische Chemie II (Universität Bayreuth), auf, wie die immer wiederkehrende Behauptung, dass die so genannte Kleine Wasserkraft unbedeutend sei, in die Irre führt. Besonders beeindruckend war, als er vorrechnete, dass die 4.000 Kleinwasserkraftwerke in Bayern zusammen ca. 10 Mio. LKW-Ladungen (Sattelauflieger) an CO2 einsparen. Darüber hinaus stellte Häfner die Vorteile der Kleinen Wasserkraft heraus. Dazu zählten u.a. Dezentralität, Grundlastfähigkeit, Bereitstellung von Energie für den Mittelstand zum Eigenverbrauch, sowie ein geringes Ausfallrisiko.

Reinhard Moosdorf von der IG SaW wies darauf hin, dass an Gebirgsbächen früher nie Durchgängigkeit geherrscht habe, diese also auch nicht „wiederhergestellt", sondern nur neu errichtet werden könne. Solche Eingriffe in die gefestigten ökologischen Zustände seien jedoch mit schwerwiegenden Folgen verbunden: Die Fragmentierung von Habitaten werde aufgehoben und damit einigen aggressiven Arten, wie insbesondere Neozoa (gebietsfremde Tierarten), ein künstlicher Überlebensvorteil verschafft. Andere Arten würden damit benachteiligt bis ausgerottet. Besonders negativ wird sich Moosdorf zufolge die beabsichtigte gleichmäßige Vertiefung und Strömungsbeschleunigung von Bachbetten auswirken. Er sprach in diesem Zusammenhang von einer drohenden irreversiblen „vertikalen Flurneuordnung".

Generell, so Moosdorf, sei die Wasserkraft vor dem Hintergrund der Energiewende ein wichtiger Beitrag dazu, die Klimaproblematik in den Griff zu bekommen. Diese sinnvolle Art der Energieerzeugung in dezentralen Anlagen werde als Ergänzung unbedingt gebraucht.

Thema einer sich anschließenden Diskussion war die Einteilung der meisten Gewässer als „naturnah" im Sinne von §28 WHG. Diese verschafft den Behörden erst die Handhabe zu strengen Auflagen gegenüber der Wasserkraft. Nach den eigenen Einteilungsrichtlinien hätte dagegen fast jeder Abschnitt, an dem eine Wasserkraftanlage steht, als „erheblich verändert" eingestuft werden müssen. Dies hätte die Behörden nach Auffassung der IG SaW, die die Inhaber und Betreiber von etwa 30 Wasserkraftanlagen in der Region vertritt, von vornherein zu einer viel deutlicheren Berücksichtigung der Wasserkraft verpflichtet. Seitens der Behörden wurde darauf verwiesen, dass diese Einteilung nicht mehr änderbar sei, was die IG SaW freilich bezweifelte.

Anhand einer Dia-Reihe machte Dr. Häfner zudem deutlich, wie widersinnig diese Einteilung ist: Augenscheinlich naturnahe Abschnitte gelten auf dem Papier als „erheblich verändert", weil die dort angesiedelten Anlagen den Schutz des Wasserwirtschaftsamts genießen. Augenscheinlich völlig verbaute und einbetonierte Flussabschnitte würden auf dem Papier hingegen als „naturnah" gelistet und die daran liegenden Wasserkraftanlagen mit ruinösen Restwasserauflagen und Stauabsenkungen überplant.

Insgesamt zeichneten sich beim Runden Tisch zwei völlig verschiedene Herangehensweisen ab: Während auf behördlicher Seite immer wieder auf die Rechtslage verwiesen wurde, nahmen die Vertreter der IG SaW die Sachlage ins Visier und forderten, die Anordnungen wissenschaftlich zu unterfüttern. Moniert wurde auch, dass das Landratsamt als Entscheidungsbehörde seinen Ermessensspielraum nahezu unbegrenzt gegen die Wasserkraft, jedoch so gut wie nie für sie nutzt.

Wunsch auf Fortführung

Außerdem mahnte die Interessengemeinschaft an, Ökologie nicht nur durch die „Fischbrille" zu interpretieren, sondern ebenso makroökologisch (Einfluss auf die Klimaproblematik) wie mikroökologisch (Makrozoobenthos und andere Kleinlebewesen) zu denken. Angesichts dieser offenbar unüberbrückbaren Differenzen ist es aus Sicht der Organisatoren als Erfolg zu verbuchen, dass die Veranstaltung von gegenseitigem Respekt und dem Wunsch auf eine Fortführung des Dialogs getragen war. **DK**

Landkreis Schwandorf und Gemeinde Bodenwöhr:

Den täglichen Energiemix auf´s Handy

100 Prozent Ökostrom aus der Region nutzen, wenn er verfügbar ist: Dieser Idee haben sich Entwickler beim Bayernwerk angenommen und dafür eine passende Anwendung entwickelt. Mit der ÖkoHeld-App können Smartphone-Nutzer in der Pilotregion des Landkreises Schwandorf künftig den eigenen Stromverbrauch mit erneuerbarer Energieerzeugung vor Ort in Einklang bringen. Am Landratsamt in Schwandorf wurde die neue Anwendung für das Handy nun erstmals vorgestellt.

Die Haushaltsgeräte einschalten, wenn Sonne, Wind, Wasser oder Biomasse in Fülle vorhanden sind. Das erhöht die regionale Grünstrom- Nutzung, senkt den CO2- Verbrauch gegenüber Spitzenlastzeiten und stärkt die lokale Wertschöpfung. Die erforderlichen Infos hierfür liefert künftig die neue ÖkoHeld-App des Bayernwerks. Mit ihr können Endnutzer von Smartphone- Geräten künftig auf aktuelle Daten des Energieunternehmens zugreifen, die ihnen einfach und übersichtlich die örtliche Grünstromerzeugung prognostizieren. Die App soll Nutzern damit Impulse geben, den heimischen Energieverbrauch ökologisch sinnvoll zu steuern, stromintensiven Verbrauch in Zeiten mit einem hohen Anteil an regionalen Grünstrom zu verschieben und damit einen aktiven Beitrag zur regionalen Energiewende zu leisten.

Die Daten stellt das Bayernwerk nun den Nutzern der App für die Pilotregionen, den Landkreis Schwandorf sowie der Gemeinde Bodenwöhr, exklusiv mit einer sehr hohen Genauigkeit zur Verfügung. In Schwandorf wurde die App mit Landrat Thomas Ebeling, Bodenwöhrs Bürgermeister Georg Hoffmann und den Entwicklern des Bayernwerks vorgestellt. Thomas Ebeling zeigte sich erfreut von dem neuen Angebot im heimatlichen Landkreis: „Mit der ÖkoHeld-App haben unsere Bürgerinnen und Bürger nun eine echte Chance, die Energiewende individuell mitzugestalten, über die Verbesserung des eigenen Verbrauchs informiert zu werden und eine transparente Übersicht über die Einspeisung der Erneuerbaren in und um Schwandorf zu erhalten." Chefentwickler Fisnik Musai vom Bayernwerk bedankte sich für die Möglichkeit, die Entwicklung für die Menschen in der Region Schwandorf bereitzustellen. „Wir haben nun erstmals die Möglichkeit die Informationen aus dem Netz den Endverbrauchern von Energie zu Verfügung zu stellen und sie zu energie- und CO2-sparendem Verbrauch zu animieren."

Hoher Sonnenstand – hohe CO2-Einsparung

Die Funktionen der App sind dabei schnell erklärt: Mit ihr lässt sich der aktuelle Anteil an erneuerbaren Energien (zum Beispiel 60 Prozent) sowie der pro verbrauchter Kilowattstunde verursachte CO2-Fußabdruck anzeigen. Weiterhin lässt sich die Ökoprognose für die kommenden drei Tage anzeigen. Praktisch, wenn man energieintensive Anwendungen im Haushalt planen möchte. Zudem ermöglicht die App eine detaillierte Aufschlüsselung des aktuellen Energiemix´ und eine prozentuale Verteilung auf Energieträger. Für den eigenen Verbrauch lässt sich auch eine Berechnung der eingesparten CO2-Emissionen durch die Verlagerung des eigenen Stromverbrauchs (z.B. Waschmaschine, E-Bike) in Zeiten mit hohem Grünstromanteil berechnen. Direkte Meldungen auf das Telefon bekommt der Nutzer obendrein über sogenannte Push-Notifications, die in Zeiten mit hohem Grünstromanteil als aktive Benachrichtigungen auf dem Telefon angezeigt werden.



Aktuelle Energiedaten immer in der Tasche: Die neue ÖkoHeld-App haben Wolfgang Dumm (li.) und Fisnik Musai (re.) vom Bayernwerk dem Bürgermeister von Bodenwöhr, Georg Hoffmann (2. v. li.) sowie Schwandorfs Landrat Thomas Ebeling (3. v. li.) vorgestellt.

Bild: Michael Bartels / Bayernwerk

Georg Hoffmann, Bürgermeister in Bodenwöhr, hat die Möglichkeiten der App für die Menschen in seiner Gemeinde herausgestellt: „Wir können nun die Einspeiseleistung, gerade von heimatlichen Solaranlagen, unseren Bürgerinnen und Bürgern ganz einfach anzeigen und ihnen eine Perspektive geben, diesen Strom auf kürzestem Wege zu nutzen. Die Vernetzung mit Smart- Home- Geräten wäre natürlich der Königsweg, um den Sonnenstrom des Nachbarn direkt im Dorf zu nutzen und Stromimporte zu vermeiden." Diese Möglichkeit, anhand der Informationen aus der ÖkoHeld- App mit dem Mobiltelefon auch die Waschmaschine zu verbinden, die Wallbox für das E-Auto einzuschalten oder den Stromspeicher aufzuladen, sieht das Bayernwerk als einen der nächsten Entwicklungsschritte. Zunächst soll aber die größtmögliche Datenmenge über den Energiemix vor Ort den App-Nutzern angeboten werden und erste Schlüsse daraus gezogen werden, wie die Anwendung tatsächlich angenommen wurde. ❐

Beispiel Dorfheizung Bruck eG:

Klimaschutz und Energieversorgung ganzheitlich gesehen

2015 ging die Dorfheizung im Ortsteil Bruck in der Gemeinde Berg in Oberfranken in Betrieb. Gegründet wurde die Genossenschaft im Jahr zuvor mit dem Ziel den Teilhabern kostengünstige, verlässliche und nachhaltig regenerativ erzeuge Wärme aus Hackschnitzeln und mit der Abwärme eines ortsansässigen holzvergasenden landwirtschaftlichen Betriebs für Heizung und Warmwasser zur Verfügung zu stellen.

Die ehrenamtlichen Initiatoren organisierten Planung, Ausschreibung, Bauüberwachung, Probebetrieb und rechtliche Prüfung. Im Jahr 2017 wurde dem Projekt der Bürgerenergiepreis Oberfranken des Bayernwerks verliehen. Im Gespräch mit der GZ resümiert Baudirektor Franz Kamhuber, Koordinator beim Amt für ländliche Entwicklung Oberfranken, inwieweit die Dorfheizung Bruck eG als Blaupause für ähnliche Vorhaben dienen kann. „Wichtig in der Betrachtung", so Kamhuber, „ist immer die Situation vor Ort. Im vorliegenden Fall wurde von Anfang an darauf geachtet, wie der Zweck mit den individuellen Gegebenheiten vereinbar ist."

Keine neuen Flächen

So wurden für die Dorfheizung keine neuen Flächen in Anspruch genommen und die Bauvorhaben mit der Dorferneuerung abgestimmt. Nach einer Machbarkeitsstudie 2013/14 wurde ein abbruchreifer Bauernhof gekauft und entfernt. Optisch ansprechend dient das Gelände heute als Sitz der Heizzentrale und ist gleichzeitig ein moderner Zugang zum Dorf. Alexander Winkler, Vorstand der Dorfheizung Bruck eG, berichtet, dass das Projekt „auch durch den ehrenamtlichen Einsatz der Genossen, im Schnitt der letzten vier Jahre ein ausgeglichenes Ergebnis präsentieren kann". Die Gemeinschaft ist nach wie vor vom Vorstand über den Aufsichtsrat bis hin zum technischen Leiter vollständig ehrenamtlich und ohne Aufwandsentschädigung organisiert und fördert so auch den Zusammenhalt innerhalb des Ortes.

40 % u.a. vom Freistaat

Die Investitionssumme betrug ca. 580.000 Euro, davon wurden ca. 40 % mit Unterstützung des Freistaats, aus Mitteln der KfW sowie der Dorferneuerung über das Amt für ländliche Entwicklung Oberfranken gefördert. Den Rest stemmten die Mitglieder. Die jährliche, über ca. 1.300 Meter Leitungslänge in die Häuser gelieferte Energiemenge, entspricht ca. 600.000 kWh. Energie wird durch zwei Hackschnitzkessel mit einer Leistung von je 200 KW und durch die Abwärme einer Holzvergaseranlage erzeugt. Damit kann Grund- und Spitzenlast abgedeckt werden, es sind keine fossilen Brennstoffe im Einsatz. Die Hackschnitzel werden über ein nahes Sägewerk und aus den umliegenden Wäldern bezogen.

200.000 kg CO2-Einsparung

2021 ist fast die Hälfte der Gebäude im Dorf angeschlossen. Die Anlage substituiert ca. 60.000 Liter Heizöl, 14.000 Liter Flüssiggas und 35.000 kWH Strom und ermöglicht eine C02 Einsparung von ca. 200.000 kg im Jahr. Der Heizpreis liegt seit Jahren stabil und ist in einer Kalkulation aller Kosten absolut wettbewerbsfähig zu fossilen Brennstoffen.

Auch bald acht Jahre nach Gründung der Genossenschaft ist Kamhuber voll des Lobes für die Dorfheizung: „Im Großen, wie im Kleinen: Jedes Klimaschutz-Projekt muss individuell betrachtet werden. Wir haben überall andere Ausgangssituationen und verschiedene Rahmenbedingungen. In Bruck wurden die Planungsziele ‚Flächensparen, Nutzung bestehender Ressourcen und Innenentwicklung' herausragende realisiert." **CH**





Vorher – nachher. Bilder: Franz Kamhuber

Folgen des Klimawandels:

Bundesumweltministerium fördert nachhaltiges Anpassungsmanagement in Kommunen

Städte und Gemeinden können ab dem 1. Dezember 2021 finanzielle Unterstützung für ihre Vorsorge gegen Klimarisiken bekommen. Im Fokus der neuen Förderrunde des BMU-Programms „Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels" steht der Aufbau eines nachhaltigen Anpassungsmanagements in Kommunen. Darüber hinaus will das BMU innovative, lokale Modellprojekte gezielt fördern, die vor Schäden durch extreme Wetterereignisse schützen, wie Starkregen oder Hitzewellen. Gesucht werden innovative, nachhaltige Ideen von Städten, Gemeinden und anderen lokalen Akteuren, die beispielgebend für andere Kommunen in Deutschland sind.

Die novellierte Förderrichtlinie richtet das BMU-Programm „Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels" neu aus. Durch ein umfassendes Angebot von der Planung bis zur Umsetzung sollen Kommunen in die Lage versetzt werden, anstehende Klimaanpassungs- und Umbauprozesse frühzeitig und integriert anzugehen sowie nachhaltig auszurichten. Vor allem sollen Kommunen solche Konzepte und Maßnahmen zur Klimaanpassung entwickeln, die die Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie aufgreifen und so einen besonderen Mehrwert für Menschen und Umwelt vor Ort schaffen.

Gestaffelte Ausschreibung

Die verschiedenen Förderschwerpunkte werden gestaffelt ausgeschrieben. Ab 1. Dezember 2021 bis 31. Januar 2022 wird der Aufbau eines nachhaltigen Anpassungsmanagements in Städten und Gemeinden gefördert. Dadurch werden gezielt Anreize für Kommunen geschaffen, lokale Klimaanpassung strategisch zu denken und selbst zu steuern. Die dafür erforderlichen Gesamtkonzepte erarbeiten lokale Klimaanpassungsmanager vor Ort, ihr Einsatz wird durch das BMU gefördert. Diese nachhaltigen Anpassungskonzepte bilden die Grundlage für konkrete Aktivitäten der jeweiligen Kommune. Im Fokus stehen dabei Maßnahmen zur Risikovorsorge, die vor Schäden durch extreme Wetter- und Klimaereignisse, wie Starkregen oder Hitzewellen, schützen. So können auch ausgewählte investive Maßnahmen über das Förderprogramm unterstützt werden.

Ab 2022 können Kommunen die Förderung für innovative Modellprojekte beantragen. Das BMU sucht dafür nachhaltige Ideen für die Anpassung an den Klimawandel, die sich durch hohe Übertragbarkeit auf ähnlich betroffene Regionen und Akteure auszeichnen. Bei Interesse am zweiten Förderschwerpunkt können sich Interessierte bei der Zukunft – Umwelt – Gesellschaft gGmbH (ZUG) registrieren lassen, um rechtzeitig über den Beginn des Förderfensters und die Förderkonditionen informiert zu werden. Die ZUG wurde vom BMU mit der Umsetzung des Förderprogramms beauftragt.

Neben Kommunen, die als zentrale Betroffene von Klimawandelfolgen sowie als Hauptakteure noch zielgerichteter unterstützt werden sollen, werden auch lokale Vereine, Verbände und mittelständische Betriebe sowie Bildungseinrichtungen im Förderprogramm berücksichtigt. Durch die Förderung des kommunalen Anpassungsmanagements sowie innovativer Modellprojekte für die Klimaanpassung begegnet das Programm dem akuten Handlungsbedarf.

Das Förderprogramm ist Teil der „Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel" (DAS). Mit der DAS sollen Auswirkungen des Klimawandels in den Planungs- und Entscheidungsprozessen öffentlicher und gesellschaftlicher Akteure stärker berücksichtigt werden, insbesondere auf kommunaler und lokaler Ebene. Vergangene Förderrunden unterstützten beispielsweise Projekte zum Starkregenrisikomanagement und Umgang mit Trockenheit, zur Abmilderung urbaner Hitzeinseln, zur Verbindung von Hitze- und Infektionsschutzmaßnahmen im Gesundheitssektor, zu strategischen Anpassungskonzepte für Unternehmen oder zu interkommunalen Kooperationen in der Freiraumentwicklung. Ebenso wurden Bildungsmodule in der Waldwirtschaft, im Katastrophenschutz oder in der Medizin und Pflege gefördert. ❐



V.l.: Bürgermeister M. Stolze, EBERwerk-GF M. Henle, BEG-Vorstand J. Hellriegel, Flächenbesitzer K. und S. Föstl, Landrat R. Niedergesäß und MdB A. Lenz. Bild: BEG/Kurt Scholz

Bürgerenergie im Landkreis Ebersberg eG und EBERwerk GmbH & Co. KG.

Erstes EBERstrom-Bürgerkraftwerk

In Markt Schwaben steht das erste EBERstrom-Bürgerkraftwerk. Die Freiflächen-Photovoltaikanlage wird zwischen den Zugtrassen nach Erding und Mühldorf künftig umweltfreundlichen Sonnenstrom für die Verbraucherinnen und Verbraucher der Region erzeugen. Die Errichtung weiterer Anlagen ist geplant.

Die Bürgerenergie im Landkreis Ebersberg eG („BEG") und das EBERwerk haben im Juni dieses Jahres ihre erste gemeinsame Freiflächen-Photovoltaikanlage in Betrieb genommen. Viele Mitglieder der BEG hatten sich an der Bürgerfinanzierung beteiligt. Am 20. Oktober fand für die Beteiligten und für Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verbänden und Öffentlichkeit eine Besichtigung des Bürgerkraftwerkes statt.

Die Anlage produziert jährlich ca. 1.500.000 Kilowattstunden EBERstrom. Diese Energiemenge müsste ansonsten in anderen Kraftwerken erzeugt werden. So können Jahr für Jahr ca. 800 Tonnen CO2 eingespart werden. Aufgrund des großen Potenzials sind geeignete Freiflächen neben privaten, gewerblichen und kommunalen Dächern wichtiger Bestandteil der Photovoltaik-Strategie des EBERwerks.

Dr. Markus Henle, Geschäftsführer des EBERwerks, freut sich über das Leuchtturmprojekt: „Unsere PV-Anlage zeigt, dass die Idee ‚EBERstrom' funktioniert. Wenn Verbraucher, Gewerbe und Kommunen lokalen Ökostrom kaufen, entstehen vor Ort neue Solaranlagen. Das ist echter Klimaschutz."

Auch der Vorstand der BEG, vertreten durch Joachim Hellriegel, zeigt sich erfreut: „Dieses Projekt ist das Produkt einer fruchtbaren Zusammenarbeit der Kommunen und Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Ebersberg. Und hoffentlich das erste einer Reihe von vielen gemeinsamen Bürgerkraftwerken."

BEG und EBERwerk planen eine Fortführung der Zusammenarbeit. Dafür kommen u. a. Freiflächen-Projekte in Grafing und Ebersberg in Frage, die das EBERwerk aktuell entwickelt. ❐

Für den Bürgerenergiepreis 2021 suchen wir:

Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter bayernwerk.de/buergerenergiepreis

100 Jahre Bayernwerk

bayernwerk



Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE):

Flächenbereitstellung für die Windenergie an Land

Bei der derzeitigen Regierungsbildung spielen die Forderungen nach Verankerung des 2- Prozent-Flächenziels bzw. nach einer ausreichenden Flächenbereitstellung, um die für Klimaneutralität benötigten Zubaumengen an landseitiger Windenergie bis 2030 realisieren zu können, eine große Rolle.

Das KNE stellt dieses Anliegen in den Kontext zur kürzlich veröffentlichten Studie des Umweltbundesamtes (UBA) zur „Flächenverfügbarkeit und Flächenbedarfe für den Ausbau der Windenergie an Land".

Leitsätze

• Zur Erreichung der Klimaschutzziele müssen bis 2030 optimal 105 Gigawatt (GW) an Windenergieleistung installiert sein, jährlich also etwa 7 GW brutto zugebaut werden.
• Der tatsächlich freie und verfügbare Flächenanteil an rechtskräftig ausgewiesenen Flächen beträgt aktuell 0,52 Prozent der Landesfläche, das dort erzielbare Leistungspotenzial etwa 20 Gigawatt. Das ist unzureichend.
• Regionalplanung und kommunale Planung sollten dafür in ausreichendem Umfang geeignete und faktisch nutzbare Flächen bauplanungsrechtlich sichern.
• Neben der Bereitstellung eines ausreichenden Flächenumfangs muss flankierend auch für eine optimale Ausnutzung der Flächen Sorge getragen werden.
• Verbindliche Vorgaben des Bundes mindestens zu den Mengenzielen sind notwendig, um die Ausbauverpflichtungen zu konkretisieren. Sie sollten eine hohe Verbindlichkeit haben, die rechtlichen Voraussetzungen dafür sollten zügig verbessert werden.
• Im Falle absehbarer Verfehlung einzelner Ziele sollten die Länder, auf der Grundlage einer bundesweit einheitlichen Weißflächenermittlung, im Wege fairer Aushandlungen klären, wie das Gesamtziel dennoch erreicht werden kann. Entsprechende Formate sind zügig zu etablieren.
• Die Planungsverfahren (Zeiträume) für die Regionalpläne und die Flächennutzungspläne müssen dringend verkürzt und rechtssicher gemacht werden. Die notwendigen verfahrensrechtlichen Änderungen müssen zügig eingeleitet werden.

1. Ausbaubedarf

Nach dem aktuellen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sollen in Deutschland bis 2030 71 GW Windenergie an Land installiert sein. Aus Sicht des UBA sind für das Erreichen der Klimaschutzziele (vgl. Klimaschutzgesetz) ambitioniertere Ziele erforderlich. Nach dem GreenSupreme- Szenario der RESCUE-Studie müssten optimal 105 GW bis 2030 installiert sein, das wäre ein jährlicher Zubau von etwa 7 GW brutto.

2. Anforderungen an die Flächensicherung

Der Zubau muss auf die geeignetsten und vergleichsweise konfliktarmen Flächen gelenkt werden. Diese müssen die Länder in ausreichendem Umfang ausweisen und planerisch sichern. Dies kann sowohl auf Ebene der Regionalplanung als auch der kommunalen Planung (Bauleitplanung) erfolgen.

Auf den bereitgestellten Flächen sollte der Windenergienutzung ein Vorrang gegenüber anderen Nutzungen eingeräumt werden, dann kann auch für andere Flächen eine Windenergienutzung ausgeschlossen werden.

Sofern der erforderliche Zubau auf die dafür ausgewiesenen Flächen begrenzt bleiben soll, muss sichergestellt werden, dass diese erstens ausreichend und zweitens auch faktisch nutzbar sind, dass also Windenergieprojekten innerhalb der ausgewiesenen Flächen keine anderen Belange entgegenstehen.

3. Derzeitige Flächenverfügbarkeit

In der UBA-Studie „Flächenverfügbarkeit und Flächenbedarfe" kommen die Gutachtenden zu dem Ergebnis, das derzeit bundesweit 0,8 Prozent der Landesfläche planerisch für die Windenergie festgelegt und damit verfügbar sind.

Durch Restriktionen wie Siedlungsabstände, Ausschluss von Waldgebieten und die Vorgabe, dass der Rotorradius innerhalb der Gebietsgrenze liegen muss, reduziert sich die verfügbare Fläche auf einen Anteil von 0,52 Prozent der Landesfläche. Das vorläufig ermittelte Leistungspotenzial auf den freien und verfügbaren Anteilen der rechtskräftig ausgewiesenen Flächen beträgt nach Angaben des UBA lediglich 20 GW.

Wollte man bis 2030 nur das aktuelle Ausbauziel des EEG 2021 von 71 GW erreichen, würden 0,8 Prozent der Landesfläche benötigt. Für die erforderlichen 105 GW ergibt sich ein Bedarf von 1,3 Prozent der Landesfläche. Das bedeutet, dass mehr als eine Verdoppelung des bisher ausgewiesenen Flächenumfangs notwendig würde. Mit den o.g. Restriktionen, Beschränkungen und Vorgaben erhöhte sich dieser Umfang weiter, im UBA-Szenario geht man daher schlussendlich von etwa 2,0 Prozent der Landesfläche aus.

4. Optimale Nutzbarkeit der Flächen ermöglichen

Es ist evident, dass man – will man es bei der Nutzung von zwei Prozent der Landesfläche belassen – sicherstellen muss, dass die ausgewiesenen Flächen bestmöglich ausgenutzt werden können.

Der Genehmigung von Anlagen auf den Flächen stehen jedoch häufig Belange entgegen, die eine Genehmigung erschweren, wenn nicht gar verhindern. Hierzu gehören unter anderem militärische und Belange der Luftfahrt, aber auch des Artenschutzes. Neben der quantitativ ausreichenden Ausweisung von Flächen muss also auch dafür gesorgt werden, dass entgegenstehende Belange überwunden werden können.

5. Gesetzliche Zielvorgaben

Dafür, wie eine ausreichende Flächenbereitstellung von bundesweit durchschnittlich zwei Prozent erreicht werden kann, liegen verschiedene Vorschläge auf dem Tisch. Das UBA schlägt vor, bundesrechtliche Zielvorgaben einzuführen und über diese den Ländern gesetzliche Mengenziele vorzugeben. Bei zu geringem Umfang geeigneter bzw. ausgewiesener Flächen oder bei faktischer Nichtnutzbarkeit großer Teile der ausgewiesenen Flächen wäre das jeweilige Land dann gezwungen, zeitnah mit anderen Ländern auszuhandeln, wie das Flächendefizit aufgefangen und das Gesamtziel dennoch erreicht werden kann.

Flächenziele allein werden aber, so das UBA, nicht ausreichen. Es sollten unter Berücksichtigung regionaler Möglichkeiten auch gesetzliche Mengenziele (Leistungs- und Ertragsziele) vorgegeben werden. Nur so könnten Klimaschutzerfordernisse an den Windenergieausbau rückgekoppelt werden. Hierfür ist zügig abzuklären, ob die aktuelle Rechtslage und Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern derartige verbindliche Zielvorgaben zulassen.

6. Planungszeiträume verkürzen!

Eine, selbst mittelfristig, zeitgerechte Flächenbereitstellung wird sich nur verwirklichen lassen, wenn die Planungszeiträume für Regionalpläne und Flächennutzungspläne stark verkürzt werden. Auch hier muss rasch geklärt werden, welche rechtlichen Schritte eingeleitet werden sollten, um die Planung von Windnutzungsgebieten zu vereinfachen und zu beschleunigen. Priorität sollte darauf liegen, Planungskriterien zu vereinheitlichen, die Rechtssicherheit von Plänen zu verbessern und „Endlosschleifen" der Öffentlichkeitsbeteiligung zu begrenzen.

Die Bereitstellung, Ausweisung und Nutzbarmachung ausreichender Flächen für den notwendigen Ausbau der landseitigen Windenergie bis 2030 bringt hohe Anforderungen mit sich. Die Umsetzung bedarf einer zügigen Klärung und Ausgestaltung der dazu erforderlichen rechtlichen Instrumentarien (Vorgabe von Mengenzielen durch den Bund; Verkürzung der Planungsverfahren für die Regionalpläne und die Flächennutzungspläne), aber auch des klugen und aufgeschlossenen Zusammenwirkens von Bund und Ländern.

Alle Quellenangaben sowie Verweise und die Wortmeldung zum Download finden Sie auf der KNE-Internetseite. ❐

Freie Plätze in Niederbayern und Mittelfranken

Vor einem Jahr nahmen die Windkümmerer ihre Arbeit auf

„Wer Wind ernten will, muss Diskussionen säen", so fasst Bayerns Wirtschafts- und Energieminister den Weg zum Ausbau der Windenergie im Freistaat zusammen. Und weiter: „Unsere Windkümmerer sorgen seit einem Jahr dafür, dass in fast 50 Kommunen wieder über den Ausbau der Windenergie nachgedacht wird. Das werte ich als vollen Erfolg." Nur in den Regierungsbezirken Niederbayern und Mittelfranken sind aktuell noch Kapazitäten für eine Betreuung durch die Windkümmerer bis Ende nächsten Jahres vorhanden. „Bitte bewerben Sie sich und nutzen Sie das Angebot einer kostenlosen Beratung," appelliert der Energieminister.



Aiwanger: „Knapp 50 Kommunen wollen neue Windenergieprojekte in Angriff nehmen" Seit einem Jahr betreuen Windkümmerer bayerische Kommunen, die am Ausbau der Windenergie interessiert sind. Bayerns Wirtschafts- undEnergieminister Hubert Aiwanger zieht eine positive Bilanz. Bild: StMWi/Archiv

Im ersten Jahr ihrer Tätigkeit haben die Windkümmerer bereits viel bewegt. Hervorzuheben sind besonders die Bürgerentscheide pro Windkraft in Sinzing (Landkreis Regensburg) und kürzlich in Buttenheim (Landkreis Bamberg), bei denen die Windkümmerer auf vorherigen Informationsveranstaltungen als Experten den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung standen und faktenbasiert referiert haben. Aiwanger: „Die positiven Entscheide und vorangegangenen Diskussionen in den Kommunen zeigen, dass der eingeschlagene Weg genau richtig ist."

Objektive und fachliche Expertise

Ende des Jahres geht zudem das Projekt in Dinkelscherben (Landkreis Augsburg) in die Antragsstellung für das förmliche Genehmigungsverfahren nach dem Bayerischen Immissionsschutzgesetz. „Das ist ein herausragender Fortschritt und gut für den Ausbau der Windenergie in Schwaben", erklärt der Staatsminister. Weiter wurde in zahlreichen Kommunen mit Unterstützung der objektiven und großen fachlichen Expertise der Windkümmerer positive Gemeinderatsbeschlüsse erwirkt. Auch die Öffentlichkeitsarbeit und der Wissensstand der Kommunen wurde durch die Arbeit professionalisiert und sichtbar verbessert, beispielsweise durch innovative Bürgerinformationsveranstaltungen, Flyer und Projektwebseiten. Die Gründung von interkommunalen Arbeitsgemeinschaften (ARGE), wie kürzlich zum Forstenrieder Park (Gemeinden Pullach und Neuried, Landkreis München) konnten auf den Weg gebracht werden. Auch konnten schon Standortsicherungsverträge mit den Bayerischen Staatsforsten abgeschlossen werden.

„Es muss ja nicht jedes Mal das Windrad neu erfunden werden. Ein Windkümmerer kennt die Planungs- und Genehmigungsprozesse bis zur erfolgreichen Projektumsetzung in- und auswendig und kann Synergieeffekte an die Kommunen weitergeben", erklärt Aiwanger. „Die sehr gute Arbeit der Windkümmerer und die Rückmeldung sowohl von Bürgerinnen und Bürgern, als auch der Kommunen lässt klar erkennen, dass ich durch das Windkümmerer-Programm neue Impulse und eine Aufbruchsstimmung für die Windenergie in Bayern gegeben habe!"

In allen sieben Regierungsbezirken bewarben sich interessierte Kommunen, um sich von einem Windkümmerer beraten und begleiten zu lassen. Aktuell werden 36 Projekte unter Beteiligung von 45 Kommunen betreut, davon allein in Oberbayern sieben. Der weitere Ausbau der Windenergie in Bayern ist laut Aiwanger eine zentrale Säule zum Gelingen der Energiewende. Für die Windenergie spricht der relativ geringe Flächenbedarf eines Windrads und die Produktion von Strom vorwiegend im Winter, aber auch bei Nacht, wenn der Bedarf am höchsten ist. In Bayern waren Ende 2020 über 1.126 Windenergieanlagen mit einer installierten Leistung von ca. 2,5 GW am Netz. Aiwanger: „Zwei Fakten haben mich das Projekt der Windkümmerer ins Leben rufen lassen: Erstens brauchen wir neue Windräder auch innerhalb des 10 H-Abstands, sonst haben wir einfach zu wenig potenzielle Standorte. Und zweitens macht es überhaupt keinen Sinn, neue Projekte gegen den mehrheitlichen Widerstand der Bevölkerung zu unterstützen."

Windkraft innerhalb 10 H

Die in Bayern geltende 10 H-Regel erlaubt es den Kommunen, für Windenergieanlagen über ein Bauleitplanverfahren auch innerhalb des 10 H- Abstands Baurecht zu schaffen. Den Kommunen kommt über die gemeindliche Planungshoheit eine zentrale Rolle beim weiteren Ausbau der Windenergie zu. Damit werden die Kommunen aber auch vor große Herausforderungen gestellt, da Konfliktthemen wie Natur- und Artenschutz und Landschaftsbild in den Bauleitplanverfahren zu prüfen sind. Andererseits können durch die Entscheidungen der Kommunen passgenaue Lösungen vor Ort gefunden werden, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen werden. „Viele Bürgermeister haben in anderen Kommunen beobachtet, wie zäh die Verfahren verlaufen und waren deshalb sehr vorsichtig, neue Windkraftprojekte in Angriff zu nehmen. Also habe ich gesagt: Diesen Kommunen muss geholfen werden", blickt der Staatsminister zurück. „Mit den Windkümmerern haben wir nun genau das passende Unterstützungsangebot geschaffen", so Aiwanger abschließend. ❐

Landkreise Starnberg, Landsberg und Fürstenfeldbruck:

Gemeinsame Klima- und Energieagentur ist auf einem guten Weg

Ein Beratungs- und Kompetenzzentrum mit Dienstleistungsfunktion soll die zu gründende Klima- und Energieagentur für die drei Landkreise Fürstenfeldbruck, Landsberg und Starnberg werden.

Die Vorarbeiten laufen auf Hochtouren, ebenso die Abstimmungsprozesse zwischen den Landkreisen. In einer Zoom-Besprechung haben sich die drei Landräte Stefan Frey, Thomas Karmasin und Thomas Eichinger nun über wesentliche Fragen zur Gründung beraten. Neben einem Satzungsentwurf ging es auch um Fragen zur Gremienbesetzung und Abstimmungsverfahren sowie um die wirtschaftlichen Grundlagen in einem Businessplan für die ersten fünf Jahre. Letzterer wurde in enger Abstimmung mit dem Geschäftsführer des Energie- und Umweltzentrums Allgäu, Martin Sambale, erarbeitet, der die drei Landkreise im Rahmen eines sog. Clearingsprozesses bis zur Gründung begleitet. Nun werden die wesentlichen Arbeitsgrundlagen finalisiert, in die rechtliche Prüfung gegeben und dann den jeweiligen Kreisgremien voraussichtlich im ersten Quartal 2022 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Nach der Verschärfung der EU-Klimaziele und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts rechnen die Landräte mit einem stark wachsenden Bedarf an kommunaler Beratung in Energiefragen, bei Projekten zum Klimaschutz und dem effizienten Einsatz von regenerativen Energien. Bereits im Juni und Juli diesen Jahres haben alle drei Kreistage entsprechende Grundsatzbeschlüsse gefasst, den Gründungsprozess voranzutreiben.

Kommunen, Bürgerschaft und Unternehmen profitieren

„Insbesondere unsere Kommunen, künftig auch die Bürgerinnen und Bürger wie Unternehmen sollen von dem starken Dienstleistungsangebot der Agentur profitieren," betonte der Starnberger Landrat Stefan Frey.

Personal gesucht

Die Agentur soll deshalb so schnell wie möglich, am besten bereits Mitte 2022, ihre Arbeit aufnehmen. „Dazu schauen wir uns demnächst auch nach geeignetem Personal um", so Frey. „Ich bin sehr zufrieden, dass die Gründungsvorbereitungen schon so weit gediehen sind," äußerte sich sein Amtskollege Thomas Karmasin aus Fürstenfeldbruck erfreut. „Gemeinsam sind wir stärker", hegt der Landsberger Landrat die Hoffnung, dass mit der Agentur die großen Herausforderungen Klimaschutz und Energiewende zu einer Chance für die Region werden.

Weitere Hürden

Ambitioniert und vorausschauend kann man die Ziele der Agentur durchaus nennen: neben Strategien für die Klimafolgenanpassung sind im Satzungszweck auch die gesellschaftliche Sensibilisierung und ein geplantes Bündnis für eine treibhausgasneutrale Region verankert.

Bis das alles nach und nach zur Umsetzung kommt, sind noch einige Hürden zu nehmen: Gesellschafts-, steuer- und beihilferechtliche Prüfungen und die Beantragung von Fördermitteln für die Gründung und ersten Betriebsjahre sind einige der Aufgaben, die derzeit von der Stabstelle Klimaschutz am Landratsamt Starnberg federführend abgearbeitet werden. Die Klimaschutzstellen der Landratsämter arbeiten dafür bereits eng zusammen. Über einen Fachbeirat sollen auch ehrenamtlich tätige Akteure wie der Energiewendeverein beratend eingebunden werden: damit das Angebot der künftigen Agentur in Kommunen und Gesellschaft bekannt und verankert wird. ❐

Regionale Risiken Kritischer Infrastrukturen erkennen und verringern

Von Prof. Dr. Markus Bresinsky und Johanna Schröder,
Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg

Mit der zunehmenden Vernetztheit komplexer Systeme steigt auch das Risiko für den Ausfall Kritischer Infrastrukturen. Um diese Kritischen Infrastrukturen besser auf so ein Szenario vorzubereiten, sucht die OTH Regensburg aktuell nach zukünftigen Projektpartnern.

Der digitale Fortschritt des 21. Jahrhunderts sowie die Herausforderungen einer hochgradig vernetzten Wirtschaft und Gesellschaft lassen auch die Sicherheit regionaler Kritischer Infrastrukturen nicht unberührt. Während die Stabilität unserer Energienetze stark durch den Umstieg auf erneuerbare Energien und den rasant steigenden Energieverbrauch gefordert wird, ereignen sich parallel auch vermehrt Cyberangriffe, die es gezielt auf die Funktionsfähigkeit bestimmter Infrastrukturen – darunter oftmals auch Stromkraftwerke – abgesehen haben. In vielerlei Hinsicht erhöht sich also die Wahrscheinlichkeit des Eintretens und die Möglichkeit eines einschneidenden Blackouts. Die fatalen Folgen eines derartigen Ereignisses auf die verschiedenen Bereiche unserer Gesellschaft beschäftigen daher längst nicht nur die Wissenschaft, sondern zunehmend auch die Politik und die Öffentlichkeit.



Unsere Abbildung zeigt das Logo für den abschließenden Projektworkshop der OTH Regensburg am 15.12.2021. ❒

Kaskadeneffekte

In Anbetracht dieser Risiken hat sich ein Team um Professor Dr. Markus Bresinsky an der OTH Regensburg seit Ende 2019 intensiv mit den sogenannten Kaskadeneffekten Kritischer Infrastrukturen befasst. Das Projekt „Tschechisch-deutsches Lageverständnis Kritischer Infrastrukturen in der Grenzregion Tschechien und Ostbayern“ wird noch bis Ende des Jahres von der Bayerisch-Tschechischen Hochschulagentur gefördert und beschäftigt sich insbesondere mit der Entwicklung von Methoden, die lokale und regionale Akteure bei der Risikoanalyse und Vorbereitung in Hinblick auf eventuelle Ausfälle etwa in der Energieversorgung unterstützen kann.

Im Rahmen dieses Projekts hat sich herausgestellt, dass gerade kleinere Einrichtungen und Unternehmen, die zwar in den Sektoren der Kritischen Infrastrukturen angesiedelt sind, aber nicht zwangsweise bereits auf Bundesebene (nach den Anforderungen des IT-Sicherheitsgesetzes) reguliert sind, Unterstützung bei der Risikoanalyse und -vorbereitung benötigen. Darüber hinaus treffen die bei einem Ausfall entstehenden Kaskadeneffekte immer wieder auch kleinere Unternehmen und Einrichtungen, die auf die Leistungen Kritischer Infrastrukturen besonders angewiesen sind. In Hinblick auf diese Relevanz soll das Projekt auch über 2021 hinaus weitergeführt werden.

Aktuell gibt es zu dieser Thematik diverse Förderausschreibungen, die insbesondere auf die Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen und sogenannten „Anwendern“ – in diesem Fall, Kommunen, Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, oder Unternehmen aus den Sektoren der Kritischen Infrastrukturen – setzen. Um einen erfolgsversprechenden Antrag auf Förderung stellen zu können, sucht die OTH Regensburg derzeit nach möglichen Projektpartnern aus der Praxis, die bei der Krisenprävention Kritischer Infrastrukturen eine aktive Rolle zu spielen.

Einen ersten Eindruck und Hintergründe über die methodische Herangehensweise und die bisherigen Forschungsergebnisse können Interessenten beim abschließenden Projektworkshop am 15. Dezember 2021 erfahren. Im Rahmen dieses virtuellen Events werden sich Fach- und Führungskräfte Kritischer Infrastrukturen über die Kaskadeneffekte austauschen und gemeinsam mögliche Lösungsansätze diskutieren. ❒



Teilnehmer an der Katastrophenschutzübung in der Bayerischen Bauakademie in Feuchtwangen beim Gruppenbild. Bild: Bundeswehr

Katastrophenschutzübung in Feuchtwangen

Dass Katastrophenereignisse immer im Bereich des Möglichen liegen, hat die Corona-Pandemie gezeigt. Gleich zweimal führte sie zur Ausrufung eines bayernweiten Katastrophenfalls. Auch die Flutkatastrophe im Ahrtal in diesem Sommer nahm ein derartiges Ausmaß an.

Auf was kommt es bei der Bewältigung von Katastrophen an? Mit wem kann und muss man zusammenarbeiten? Wie kann das Miteinander von Verwaltung, Einsatzkräften vor Ort und den Fachberatern von Feuerwehr, THW, Polizei oder Bundeswehr gelingen?

In einer Katastrophenschutzübung in Feuchtwangen, die von der Bundeswehr in zwei Schichten geplant und durchgeführt wurde, wurde das Szenario eines Blackouts durchgespielt. Von Seiten des Landkreises Fürstenfeldbruck nahmen an die 15 Personen teil, die zugleich Mitglieder der örtlichen Führungsgruppe Katastrophenschutz sind und bereits schon unter Live-Bedingungen während der Corona-Pandemie eng zusammengearbeitet hatten. ❒

Rückläufige Einsatzzahlen

Versammlung des Zweckverbands für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Rosenheim

Rund 1.500 Notfall-Einsätze weniger als im Jahr 2019, nämlich knapp 36.500, verzeichnete der Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Rosenheim, der die Stadt Rosenheim sowie die Landkreise Rosenheim und Miesbach umfasst, im Jahr 2020. Wie Geschäftsleiter Stefan Forstmeier bei der von Landrat Otto Lederer geleiteten Verbandsversammlung mitteilte, seien die rückläufigen Einsatzzahlen im Rettungsdienst auf Corona zurückzuführen.

Das Virus sei aber auch dafür verantwortlich, dass die notwendigen Hygienemaßnahmen die Dauer der Einsätze im Durchschnitt verlängerte. Parallel dazu sank auch die Zahl der Krankentransporte im Jahresvergleich um rund 2.000 auf knapp 26.400 im Jahr 2020.

Sehr positiv äußerte sich Forstmeier zu den zwei neuen Stellplätzen für den Rettungsdienst in Eggstätt und Bad Feilnbach: Ihre Inbetriebnahme zum 1. März sei in jedem Fall notwendig gewesen. Eine erste Auswertung zeige, dass in Bad Feilnbach die Rettungssanitäter im Durchschnitt vier- bis fünfmal pro Tag ausrücken und in Eggstätt drei- bis viermal. Beide Stellplätze sind täglich zwölf Stunden besetzt.

Der Integrierten Leitstelle Rosenheim steht ein umfassender Hardware-Tausch ins Haus, zudem reicht der vorhandene Platz nicht mehr aus. Der zuständige Amtsleiter Hans Meyrl sprach von dringendem Handlungsbedarf, der sich mit Vorgaben aus dem Bayerischen Ministerium des Inneren, für Sport und Integration begründet, vor allem was Ausfall- und IT-Sicherheit betrifft. Nach Meyrls Angaben wird der Austausch 3,8 Millionen Euro kosten. Ein Fachplaner sei mit der Angelegenheit betraut, der Förderantrag werde jetzt gestellt und ein Ausschreibungsverfahren durchgeführt. Der Amtsleiter hofft, dass im Frühjahr 2022 die Hardware getauscht werden kann. Für planbare Ausfälle, aber auch für unvorhersehbare Notfälle, steht die Notleitstelle der Landeshauptstadt München zur Verfügung.

Meyrl regte zudem an, sich über eine Erweiterung der Integrierten Leitstelle, entweder durch Anbau oder durch Neubau, Gedanken zu machen. Die vorhandenen sieben Einsatzleitplätze reichten nicht mehr aus. Nach den Vorgaben eines Ergebnisberichts aus dem Bayerischen Innenministerium werden künftig zehn oder elf Plätze benötigt. Auch weiterhin sollen die sechs Ausnahmeabfrageplätze, die bei Krisen oder Katastrophen benötigt werden, erhalten bleiben. Als Interimslösung wird die Integrierte Leitstelle durch einen Container-Anbau auf Stelzen räumlich vergrößert.

Über IVENA, eine Software, die im Rettungsdienst eingesetzt wird, informierte der Ärztliche Leiter Rettungsdienst, Dr. Michael Städtler. Das Programm, das die Entscheidungsprozesse bei der Zuweisung von Patienten optimiert, sei weiterentwickelt worden. „Die Erfahrungen aus Rosenheim werden auf ganz Bayern ausgeweitet“, betonte Städtler.

Im Anschluss daran informierte Städtler über die Auswirkungen der Pandemie auf die Kliniken in der Region. In der ersten Welle belegten gleichzeitig bis zu 60 Patienten mit CO-VID-Nachweis ein Intensivbett. Auf den Normalstationen waren es zeitgleich knapp 300. Aufgrund der Erfahrungen mit dem Virus fielen die Belegungszahlen in der zweiten und dritten Welle wesentlich geringer aus. **DK**



Zulassungsverfahren für Energieinfrastrukturen:

Flexibilität beim Wiederaufbau nach Katastrophenfällen gefordert

Der Bundesrat hat Vorschläge vorgelegt, Zulassungsverfahren für den klimaresilienten Wiederaufbau der Energienetze nach Katastrophenfällen zu vereinfachen. Hierzu erklärt Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung: „Der Vorstoß des Bundesrats, Zulassungsverfahren für den klimaresilienten Wiederaufbau der Energieinfrastrukturen nach Katastrophenfällen zu vereinfachen, ist richtig. Planungs- und Genehmigungsverfahren von Energienetzen sind komplex und zeitintensiv. Nach einem Katastrophenfall behindert der dadurch entstehende Aufwand einen schnellen Wiederaufbau und erschwert so das Leben der Menschen in den Katastrophengebieten zusätzlich.

Besonders wichtig ist es, den Unternehmen beim Wiederaufbau mehr Flexibilität zu geben. Das geltende Planungsrecht sieht vor, dass es immer dann, wenn Anlagen nicht identisch zu ihrem Ursprungszustand wiederaufgebaut werden, eines neuen Genehmigungsverfahrens bedarf. Damit wird den Unternehmen, die vor der Aufgabe stehen, möglichst schnell die Versorgung wiederherzustellen, erschwert, die Energienetze besser gegen künftige Schäden zu wappnen und sie auf die Herausforderungen der Energiewende vorzubereiten. Unternehmen dürfen nicht vor die Wahl gestellt werden, Infrastruktur schnell oder krisenresilient wiederaufzubauen, wenn auch beides Hand in Hand gehen könnte.

Die Wissenschaft ist sich einig, dass wir durch den Klimawandel künftig häufiger Extremwetterereignisse erleben werden. Eine Gesetzesänderung in Folge der Initiative des Bundesrats könnte ein wichtiger Baustein sein, um das Planungsrecht dem Klimawandel anzupassen.“ ❒



In Mühldorf wurde eine 500-kg-Fliegerbombe aus dem Zweiten Weltkrieg entschäft. Die Bombe wurde bei Sondierungsarbeiten entdeckt und wird nun zur fachmännischen Entsorgung nach München überstellt. 3.800 Personen mussten evakuiert werden; 280 Einsatzkräfte waren beteiligt. Kreisbrandrat und örtlicher Einsatzleiter Harald Lechertshuber zieht eine positive Bilanz: „Die Evakuierung verlief ruhig und der Zeitplan wurde nahezu punktgenau eingehalten. Eine Meisterleistung angesichts der größten Evakuierungsaktion, die es im Landkreis je gegeben hat.“ Landrat Max Heimerl dankte den Bürgerinnen und Bürgern für ihr umsichtiges und vorbildliches Verhalten. „Eine Evakuierung in dieser Größenordnung mitten in einer Hochphase der Pandemie verlangt allen Beteiligten viel ab.“ Bild: Pressestelle Landratsamt Mühldorf a. Inn

OSTBAYERISCHE TECHNISCHE HOCHSCHULE REGENSBURG

Die Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg wurde 1971 als Hochschule für Technik, Wirtschaft und Sozialwesen gegründet. Heute ist sie eine der größten Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Bayern.

Das Projektteam um Prof. Dr. Markus Bresinsky sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen oder mehrere

KOOPERATIONSPARTNER FÜR EIN ÖFFENTLICHES FORSCHUNGSPROJEKT

zum Thema Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen für Betreiber im Bereich der Kritischen Infrastrukturen.

Im Vordergrund des Projektes steht die Entwicklung von Methoden zur Risikoanalyse sowie von vorbereitenden Maßnahmen auf mögliche (Strom)Ausfälle für den Anwender (z.B. Betreiber Kritischer Infrastrukturen). Alternative Projektideen und -vorschläge nehmen wir gerne auf.

Wir suchen:
- Gemeinden, Kommunen, BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) oder Unternehmen aus den Sektoren der Kritischen Infrastrukturen, die an einer aktiven Zusammenarbeit im Rahmen eines mehrjährigen, öffentlichen Forschungsprojektes interessiert sind
- Unternehmen und Einrichtungen, die auf die Leistungen Kritischer Infrastrukturen besonders angewiesen sind

Das sollten Sie mitbringen:
- Interesse an einer aktiven Zusammenarbeit im obengenannten Themenbereich
- Ideen und Ressourcen für die der aktive Ausgestaltung und Einreichung eines gemeinsamen Förderantrags

Das bieten wir:
- Wissenschaftliche Expertise im Bereich der Kritischen Infrastrukturen
- Erfahrung in der Entwicklung von Methoden und in der Durchführung von methodisch-geleiteten Veranstaltungen

Bei Interesse an einer Zusammenarbeit oder für weitere Informationen zum Projekt melden Sie sich gerne bei Frau Johanna Schröder | Email: johanna.schroeder@oth-regensburg.de | Tel.: 0941 943-7214 | **www.oth-regensburg.de**

Roland Weigert und Klaus Holetschek:

Arzneimittelforschung und deren Produktion stärken

Apell an die künftige Bundesregierung

Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert und Gesundheitsminister Klaus Holetschek möchten Bayern als Pharmastandort stärken und die Rahmenbedingungen für eine sichere Arzneimittelversorgung verbessern. Deshalb haben die beiden Politiker in Martinsried mit den Pharmaverbänden die fortgeschriebene Gemeinsame Erklärung des Bayerischen Pharmagipfels unterzeichnet. Die Ministerien haben mit den Pharmaverbänden eine Vielzahl ganz konkreter Maßnahmen erarbeitet, darunter die Stärkung des Patentschutzes und Vereinfachung von Verwaltungsprozessen. Diese müssen jetzt auf Bundesebene umgesetzt werden, denn Ausgaben für Arzneimittel sind Investitionen in die Gesundheit. Unterzeichner seitens der Pharmaverbände sind der Bundesverband der Arzneimittelhersteller e.V. (B.A.H), die Biotechnologie-Industrie-Organisation Deutschland e.V. (BIO Deutschland), der Landesverband Bayern des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie e.V. (BPI), Pro Generika e.V. und der Verband Forschender Arzneimittelhersteller e.V. (vfa).

Weigert: „Wir müssen unsere Arzneimittelindustrie weiter stärken. Die Herausforderungen bei Forschung und Produktion sind groß. Das hat die Pandemie einmal mehr gezeigt. Es kommt jetzt auch auf entschlossenes Handeln der zukünftigen Bundesregierung an. Für eine innovative und resiliente Arzneimittelindustrie brauchen wir geeignete Rahmenbedingungen. Besonders wichtig sind der Erhalt des Patentschutzes als Innovationsanreiz und Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die klinische Forschung, die durch überbordende Bürokratie behindert wird. Zur klinischen Forschung werden wir in einer Arbeitsgruppe noch weitere Vorschläge entwickeln."

Versicherte haben Daten selbst in der Hand

Gesundheitsminister Klaus Holetschek unterstrich: „Die Corona-Pandemie hat eindrücklich gezeigt, wie wichtig eine stabile Versorgung mit qualitativ hochwertigen und innovativen Arzneimitteln ist. Dafür setzen wir uns auch weiterhin intensiv ein: Der schnelle Zugang von Patientinnen und Patienten sowohl zu innovativen Therapien als auch zu bewährten Arzneimitteln muss auch in Zukunft gewährleistet bleiben. Die Gemeinsame Erklärung enthält deshalb konkrete Vorschläge zur Erhöhung der Versorgungssicherheit. Gleichzeitig haben wir die Forschung im Blick: Um sie zu verbessern, brauchen wir eine möglichst breite Basis an Gesundheitsdaten. Denn klar ist: Je mehr wir wissen, desto bessere Therapien können entwickelt werden. Die Gemeinsame Erklärung schlägt daher ein Opt-Out Modell vor: Daten aus der elektronischen Patientenakte (ePA) sollen zu Forschungszwecken genutzt werden können – es sei denn, die Patientin oder der Patient entscheidet sich gegen eine Nutzung der ePA oder für eine Löschung der Daten. Die Versicherten sollen ihre Daten also ganz klar weiterhin selbst in der Hand haben." Aus Sicht der forschenden Pharmaunternehmen betonte Chantal Friebertshäuser, Vorsitzende der Geschäftsführung MSD Sharp & Dohme GmbH als Landesbeauftragte des vfa: „Jetzt ist die Zeit, gezielt zukunftsfähige Strukturen zur Verbesserung der Versorgung von Patientinnen und Patienten zu schaffen und den Pharmastandort Bayern für die Zukunft zu stärken. Die Covid-19-Pandemie hat uns gezeigt: Um Pandemien und Volkskrankheiten wirksam zu bekämpfen und ein langes, gesundes Leben zu ermöglichen, leisten die forschenden Arzneimittelhersteller und die gesamte industrielle Gesundheitswirtschaft einen enormen Beitrag. Damit Ihr Pioniergeist von Dauer ist, ist es wichtig, dass langfristige Investitionen in Forschung gewürdigt und Potenziale noch besser als heute genutzt werden."

Personalisierte Medizin

Dr. Peter Heinrich, Geschäftsführer der Sinfonie Life Science Management GmbH und Vorstand der BIO Deutschland fügte hinzu: „Bayern ist ein hochklassiger Forschungs- und Produktionsstandort für Biopharmazeutika. Ein wichtiger Innovationstreiber sind die bayerischen Biotechnologieunternehmen, die häufig in enger Partnerschaft mit Forschungseinrichtungen und der pharmazeutischen Industrie kooperieren. Um zu gewährleisten, dass unsere Unternehmen im internationalen Wettbewerb weiterhin eine Spitzenposition einnehmen, müssen wir jetzt dringend die Digitalisierung in der Medizin voranbringen und vor allem auch den Forschern aus der Industrie, den Zugriff auf Gesundheitsdaten ermöglichen, selbstverständlich unter Berücksichtigung der europäischen Datenschutzrichtlinien. Nur so können wir das Ziel einer personalisierten Medizin zum Wohle der Patientinnen und Patienten erreichen."

Oliver Kirst, Geschäftsführer Servier Deutschland GmbH und Vorstand des BPI-Landesverbands Bayern unterstrich: „Die standardisierte Weitergabe von Gesundheitsdaten aus der elektronischen Patientenakte an das Forschungsdatenzentrum würde eine fundiertere Versorgungsforschung ermöglichen und damit wertvolle Erkenntnisse für eine noch bessere Gesundheitsversorgung liefern."

Der BAH-Vorstandsvorsitzende Jörg Wieczorek, Geschäftsführer Hermes Arzneimittel GmbH: „Ich freue mich, dass in der Gemeinsamen Erklärung die Leistungen der Arzneimittel- Hersteller für die Versorgung mit rezeptpflichtigen wie auch rezeptfreien Arzneimitteln hervorgehoben werden. Denn die aktuelle pandemische Situation hat die Bedeutung unserer Branche eindrucksvoll vor Augen geführt. Um auch in Zukunft eine sichere und verlässliche Arzneimittelversorgung zu gewährleisten, brauchen wir jedoch Anpassungen insbesondere bei den sozialrechtlichen Steuerungsinstrumenten, wie die Mehrfachvergabe bei Rabattverträgen, ein Auslaufen des Preismoratoriums und ein Verzicht auf die Substitution von Biologika in Apotheken. Besonders unterstützt wird von uns das Bestreben nach Bürokratieabbau."

Für die Hersteller generischer Arzneimittel hob Wolfgang Späth, Vorsitzender Hexal AG und Vorstandsvorsitzender von Pro Generika die Bedeutung der Arzneimittelversorgung hervor: „Die Stabilität der Versorgung ist eines der drängendsten Arzneimittelthemen unserer Zeit. Das hat auch der Bayerische Pharmagipfel bestätigt. Durch Covid-19 haben wir alle gelernt, wie sehr es in der Krise auf Arzneimittel ankommt und wie fragil unsere Versorgung sein kann. Nur eine Modifikation der Rabattverträge kann dem entgegenwirken. Es darf – so ein Ergebnis des Gipfels – nicht mehr nur um den billigsten Preis gehen. Auch Kriterien zugunsten von mehr Liefersicherheit müssen berücksichtigt werden. Mit Blick auf Biologika sollte die Pandemie uns ebenfalls eine Lehre sein. Denn hier führt die Politik mit der automatischen Substitution genau das Instrument ein, das die Generika-Versorgung destabilisiert hat. Die Forderung, diesen Schritt noch einmal zu überprüfen, begrüßen wir deshalb ausdrücklich." ❐

Landkreis Pfaffenhofen:

Gesundheitsforum der Gesundheitsregion plus hat seine Arbeit aufgenommen

Auf Einladung von Landrat Albert Gürtner fand die erste Sitzung des Gesundheitsforums der seit März im Landkreis Pfaffenhofen installierten Gesundheitsregion plus statt. Nach der Förderzusage durch das Bayerische SGesundheitsministerium im vergangenen Dezember und dem Start des Projekts Gesundheitsregion plus im März dieses Jahres erfolgte nun mit der Konstituierung des Gesundheitsforums als leitendes Steuergremium der Gesundheitsregion der nächste wichtige Schritt für das bis 2025 laufende Förderprojekt.

Unter der Moderation der beiden Geschäftsstellenleiterinnen Carolin Eder und Ingrid Andre diskutierten 32 Vertreterinnen und Vertreter sowie Expertinnen und Experten aus verschiedenen regionalen Sektoren des Gesundheitswesens den aktuellen Versorgungszustand und Bedarf aus den Bereichen Gesundheitsförderung, Pflege und Versorgung. „Ziel dieser Zusammenarbeit ist die regionale Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in Pfaffenhofen zu optimieren sowie die Gesundheitsförderung in der Region zu stärken", so Landrat Albert Gürtner, Vorsitzender des Gesundheitsforums Pfaffenhofen.



v.l.: Sebastian Eckert, Verantwortlicher für die bayerischen Gesundheitsregionen plus bei der kassenärztlichen Vereinigung Bayern, die Geschäftsstellenleiterinnen Ingrid Andre und Carolin Eder sowie Landrat Albert Gürtner. Bild: Berger

Unterstützung und Beratung durch das LGL

Neben einer festen Anzahl von regionalen Gesundheitsvertretern können zukünftig themenbezogen bei Bedarf auch andere Fachkräfte mit in das Gremium hinzugezogen werden. Die organisatorische Leitung des Projekts Gesundheitsregion plus liegt bei den beiden Geschäftsstellenleiterinnen Carolin Eder und Ingrid Andre. Die Geschäftsstelle dient dabei als Koordinierungsstelle zwischen dem Gesundheitsforum und den sich daraus ableitenden und bedarfsorientierten Arbeitskreisen. Unterstützt und wissenschaftlich beraten wird die Projektarbeit durch das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.

Neben den Gründungsformalien, wie der Verabschiedung einer Geschäftsordnung, richtete das Gremium in seiner Sitzung bereits einen Blick auf zukünftige Handlungsschwerpunkte in der Region. Insbesondere die Themen Fachkräftemangel/Facharztmangel, Einrichtung eines Pflegestützpunktes, Schulungsangebote für Angehörige sowie die bessere Erreichbarkeit des Zielklientels im Bereich von Präventionsangeboten wurden in den Fokus genommen und sollen zukünftig durch die Bearbeitung eigens geschaffener Arbeitskreise viel Raum und Aufmerksamkeit bekommen. Dabei sollen bereits bestehende Netzwerke genutzt und in ihrer Arbeit unterstützt und gestärkt werden. ❐

Impfpflicht:

Versorgungsrisiko für 200.000 Pflegebedürftige

Zu der aktuellen Diskussion um eine Impfpflicht für medizinisch-pflegerisches Personal erklärt der Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, Eugen Brysch:

„Die Mehrheit der Deutschen befürwortet die Impfpflicht für medizinisch- pflegerisches Personal. Allein in der Altenpflege arbeiten hierzulande 1,2 Mio. Menschen, die zwei Mio. Pflegebedürftige versorgen. Tatsächlich weiß aktuell niemand, wie hoch die Impfquote der Beschäftigten ist. Erste regionale Umfragen in dieser Berufsgruppe zeigen, dass die Impfbereitschaft etwa auf Höhe des Bevölkerungsdurchschnitts von unter 70 Prozent liegt. Wer eine gesetzliche Impfpflicht fordert, hat aber zunächst zu klären, mit welchen Sanktionen Verweigerer belegt werden sollen. Im Ausland droht dann die Entlassung. Trotzdem haben sich dort zehn Prozent der Altenpflegekräfte nicht impfen lassen. Vermutlich werden auch in Deutschland mehr als 100.000 Altenpflegekräfte trotz Impfpflicht eine Impfung verweigern. Wer also eine Impfpflicht für medizinisch-pflegerisches Personal in Deutschland umsetzen will, muss auch konsequente Entlassungen verantworten. Schließlich wären dann 200.000 Pflegebedürftige dem Risiko einer fehlenden Betreuung ausgesetzt." ❐

Verbundprojekt „Klimawandel und Gesundheit" begegnet Herausforderungen des Klimawandels

Stechmückenübertragene Krankheiten beobachten, Hitzestress mildern oder Pollenflug präzisieren

Welche stechmückenübertragenen Krankheiten können in Bayern vorkommen und was kann dagegen unternommen werden? Welche Maßnahmen können gegen die steigende Hitzebelastung in Städten helfen? Welche Effekte hat der Klimawandel auf den Pollenflug im Freistaat und welche Anpassungsmöglichkeiten gibt es? Antworten auf diese und weitere dringliche Fragestellungen rund um das Thema Klimawandel und Gesundheit geben führende bayerische Hochschulen im Verbundprojekt „Klimawandel und Gesundheit". Im virtuellen Abschlusssymposium stellten die Vertreterinnen und Vertreter der sieben Projekte des Verbunds ihre Ergebnisse vor. Lösungsansätze bieten unter anderem Online-Tools, stadtplanerische Maßnahmen und das gezielte Monitoring verschiedener Arten, wie z. B. Cyanobakterien, in Bayern.

Walter Jonas, Präsident des Bayerischen Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL), erläutert: „Aufgrund veränderter Umweltbedingungen treten vermehrt toxinbildende Cyanobakterien in bayerischen Badeseen auf. Cyanotoxine können für die Nutzer von Badegewässern, für die Trinkwasserversorgung sowie für die Fischzucht ein großes Problem darstellen – Cyanobakterien stellen jedoch nur eine der zahlreichen Herausforderung des Klimawandels dar. Die Ergebnisse des Verbundprojektes bieten die Chance, diesen zu begegnen und auch künftig in der Minderung weiterer Klimawandelfolgen voranschreiten zu können."

Bayern bis 2040 klimaneutral

Umwelt- und Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber betonte anlässlich der Abschlussveranstaltung: „Der Klimawandel wird auch in Bayern immer deutlicher spürbar. Die Zahl sehr heißer Tage sowie Extremwetterereignisse nehmen zu. Das hat auch Folgen für die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt. Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel sind zentrale Herausforderungen. Unser Ziel ist klar: Bayern soll bis 2040 klimaneutral werden. Das Verbundprojekt ‚Klimawandel und Gesundheit' liefert uns neue wissenschaftliche Erkenntnisse und ist ein wichtiger Baustein der Klimaschutzoffensive der Bayerischen Staatsregierung."

Praxisnahe Konzepte entwickeln

Klaus Holetschek, Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister, hebt die Resultate für den Gesundheitsschutz hervor: „Das Thema ‚Klima und Gesundheit' ist enorm wichtig. Wir müssen alles dafür tun, um die Bürgerinnen und Bürger vor den gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels zu schützen. Klar ist: Das gelingt uns nur, wenn wir unser Wissen bündeln und die unterschiedlichen Bereiche der Auswirkungen des Klimawandels beleuchten. Wichtig ist es, daraus praxisnahe Konzepte für Klimaanpassungsmaßnahmen und Gesundheitsschutz zu entwickeln. Genau das ist uns im Verbundprojekt ‚Klimawandel und Gesundheit' hervorragend gelungen. Wir führen das Projekt daher weiter und setzen auch künftig auf themenübergreifende Think-Tanks, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen."

Das Verbundprojekt „Klimawandel und Gesundheit" beleuchtete den Klimawandel aus mehreren Blickwinkeln und Disziplinen. Beispielsweise entwickelten Experten ein Online-Tool, das die Wahrscheinlichkeit für das Vorkommen bestimmter Stechmücken, die bislang nicht heimisch sind, und damit verbunden auch das Auftreten bestimmter Viruserkrankungen ermitteln kann. Diese und weitere Informationen werden unter www.bayceer.uni-bayreuth.de/bayvirmos bereitgestellt und fortlaufend aktualisiert. Weiterhin setzten sich Fachleute mit den Möglichkeiten auseinander, wie die zunehmende Hitzebelastung in den Städten gemindert werden kann. Hier zeigte sich, dass ein Ausbau der grünen städtischen Infrastruktur mit ausreichend Wasserversorgung den Hitzestress für die Bevölkerung nachweislich senken kann.

Bei einem weiteren Projekt untersuchten Experten, welche Folgen der Klimawandel für Vegetation und Pflanzenwachstum mit sich bringt und wie er sich auf den Pollenflug auswirkt. LGL-Präsident Jonas erklärt dazu: „Erhöhte Temperaturen im Frühjahr werden zu früheren Blühzeitpunkten führen, außerdem werden sich auch regionale Änderungen des Pollenflugs in Bayern ergeben. Mit gebietsweise aufgelösten Karten der Pollenverteilung für unterschiedliche Szenarien der Klimaänderung können jetzt schon zukünftige regionale Entwicklungen der Pollenexposition skizziert werden."

Die Einzelprojekte wurden von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bayerischer Universitäten und Forschungseinrichtungen durchgeführt, konkret wurden folgende Forschungsthemen am Symposium präsentiert:

Von der Universität Augsburg (UNA) durchgeführte Projekte:

- Bioklimatisches Informationssystem (BioClis)
- Thunderstorm Asthma in der Region Augsburg (TARA)

Von der Universität Bayreuth (UBT) durchgeführte Projekte:

- Stechmückenübertragene arbovirale Krankheiten in Bayern (BayVirMos)"
- Minderung städtischer Klima- und Ozonrisiken (MiSKOR)

Von der Technische Universität München (TUM) durchgeführte Projekte:

- Klimawandel fördert toxische Cyanobakterien – Detektion von Cyanotoxingenen in Gewässern (CYTOXKLIMA)
- Effekte des Klimawandels auf Pollen in Bayern (KLIMApollen)
- Einfluss von extremen Witterungsereignissen im Klimawandel auf die menschliche Gesundheit (WIKLIGE)

Dr. Christian Mikulla, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU), betonte abschließend ebenfalls die Notwendigkeit fachübergreifender Forschungsansätze: „Auch im Bereich des Gesundheitsschutzes müssen wir uns mit den zukünftigen Umweltbedingungen auseinandersetzen. Die Projektnehmer haben mit Projektionen verschiedener Klimawandelszenarien gearbeitet, um Entwicklungen kommender Jahrzehnte besser vorhersagen zu können. So lassen sich bereits jetzt geeignete Maßnahmen zum Klima- und Gesundheitsschutz einleiten."

Ausführliche Informationen zum Verbundprojekt finden sich in der Publikation „Verbundprojekt Klimawandel und Gesundheit", die auf der VKG-Homepage abrufbar ist: www.vkg.bayern.de/doc/broschuere_vkg_symposium_gdm.pdf ❐

Neuer EUREGIO-Präsident Norbert Meindl aus Lofer

(EUR) Rund 70 Mitglieder und Ehrengäste konnten EUREGIO-Präsident Alt-Bürgermeister Konrad Schupfner (Tittmoning) und Oberbürgermeister Christoph Lung zur 49. EUREGIORatssitzung im Königlichen Kurhaus in Bad Reichenhall begrüßen.

Alle vier Jahre wechselt die Präsidentschaft in der EUREGIO Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein zwischen der Salzburger und der bayerischen Seite. Nachdem die vierjährige Amtszeit auf bayerischer Seite, die von Alt-Bürgermeister Konrad Schupfner (Tittmoning) ausgefüllt wurde, zu Ende ging, wählten die Mitglieder der EUREGIO nun einstimmig Bürgermeister Norbert Meindl aus der Marktgemeinde Lofer zum neuen EUREGIO-Präsidenten. Neuer Vizepräsident wurde der Landrat des Landkreises Berchtesgadener Land Bernhard Kern.

Neuwahlen

Einstimmig wählte der Rat aus seiner Mitte auch die weiteren Präsidiumsmitglieder:

Bürgermeisterin Andrea Pabinger (Gemeinde Lamprechtshausen), Gemeinderätin Delfa Kosic (Stadt Salzburg), Bezirkshauptfrau Karin Gföllner (Salzburg-Umgebung), den stv. Landrat des Landkreises Traunstein Josef Konhäuser, Bad Reichenhalls Oberbürgermeister Christoph Lung sowie die Bürgermeister Johann Mühlbacher (Gemeinde Anthering), Hans Feil (Stadt Laufen) und Andreas Bratzdrum (Stadt Tittmoning).

Grenzüberschreitende Projekte

In seiner Antrittsrede dankte Neu-Präsident Norbert Meindl nicht nur dem scheidenden Präsidenten Konrad Schupfner für sein langjähriges Engagement in der EUREGIO, sondern ebenso den weiteren ausgeschiedenen Präsidiumsmitgliedern Bezirkshauptmann Reinhold Mayer, (Salzburg-Umgebung) und Landrat Siegfried Walch (Landkreis Traunstein). Die neuen EUREGIO-Präsidenten Norbert Meindl und Bernhard Kern waren sich mit ihrem neuen Präsidium, aber auch dem gesamten EUREGIO-Rat einig, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf Ebene der EUREGIO ein wichtiger und positiver Baustein für den Zusammenhalt im Europa von heute ist. Meindl appellierte in diesem Sinne an die Versammlung, sich verstärkt für grenzüberschreitende Projekte einzusetzen, gerade auch im Sinne der Umsetzung der ebenfalls beschlossenen EUREGIO-Grenzraumstrategie. Ein wesentlicher Baustein dabei müsse eine frühzeitige Kommunikation untereinander sein, betonte Meindl.

Online-Sitzungen

Geschäftsführer Steffen Rubach stellte den Bericht für das Jahr 2020 und den zugehörigen Jahresabschluss sowie den Haushalt für das Jahr 2022 vor. Eine positive Beschlussfassung darüber erfolgte einstimmig. Ebenso einstimmig beschlossen wurden Änderungen des EUREGIOVertrags, so dass künftig, d.h. nach Auslaufen der coronabedingten Sonderbestimmungen mit Ende des Jahres, Sitzungen des EUREGIO-Rats und des Präsidiums auch online durchgeführt und Beschlüsse dieser Gremien im Umlaufverfahren gefasst werden können. ❐



Das neue Führungsduo der EUREGIO, Präsident Nober Meindl (Lofer, 3.v.l.) und Vizepräsident Bernhard Kern (Berchtesgadener Land, 2.v.li.), mit weiteren Präsidiumsmitgliedern (v.li.) Christoph Lung (Bad Reichenhall), Karin Gföllner (Bezirk Salzburg-Umgebung), Andrea Pabinger (Lamprechtshausen) und Andreas Bratzdrum (Tittmoning): Nicht im Bild: Hans Feil (Laufen), Johann Mühlbacher (Anthering), Josef Konhäuser (Traunstein) und Delfa Kosic (Salzburg). Bild: EUREGIO

Gedenken an Pogrom-Nacht 1938

Sorgenvoller Blick auf aktuelle Entwicklungen

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurden in Deutschland Geschäfte und Wohnungen zerstört und geplündert. Es brannten Synagogen und Gebetshäuser und unzählige Menschen wurden allein aufgrund ihrer Religion bedroht, gedemütigt, misshandelt, ermordet oder in den Suizid getrieben. Auch in Würzburg forderte diese Eskalation brutaler Gewalt drei Menschenleben. Drei jüdische Menschenleben. Am Ort der ehemaligen Synagoge in der Domerschulstraße fand 83 Jahre danach die Gedenkveranstaltung der Kultusgemeinde zusammen mit der Stadt Würzburg statt.

Dr. Josef Schuster, der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und der Vorsitzende der Gemeinde, war in seiner Rede in diesem Jahr schnell in der Gegenwart angelangt, er formulierte eine klare Botschaft an das Lager der Coronaleugner und die sogenannten Querdenker: Wer sich heute mit der Botschaft „ungeimpft“ symbolisch auf den gelben Stern beziehe, den Holocaust-Opfer tragen mussten, der verharmlose das Ermorden von Millionen Menschen. Auch der Vergleich mit Anne Frank sei laut Schuster skrupellos: „Die Jüdinnen und Juden hätten gejubelt, wenn sie damals lediglich die Pandemie-Beschränkungen hätten erdulden müssen.“

Bürgermeister Martin Heilig blickte ebenfalls nicht nur zurück auf die Verbrechen in der NS-Zeit: „Die Zahl der polizeilich erfassten Straftaten mit antisemitischem Hintergrund erreichte im vergangenen Jahr mit 2428 einen neuen Höhepunkt, wobei die Dunkelziffer hoch ist. Und immer öfter bleibt es nicht bei Worten, 2020 gab es 57 Gewalttaten gegen Juden und jüdische Einrichtungen.“ Schuster und Heilig forderten einen gesellschaftlichen Klimawandel, weil der Staat alleine den Antisemitismus nicht wirksam bekämpfen könne. „Niemand darf schweigend und tatenlos zusehen, wenn Angehörige von Minderheiten diskriminiert, ausgegrenzt, beleidigt, bedroht und angegriffen werden“, so Heilig.

Vizeregierungspräsident Jochen Lange unterstrich dies und betonte neben der Zivilcourage noch einen weiteren Aspekt: „Alle Anstrengungen und Initiativen, die jüdisches Leben sichtbar machen, seien zu unterstützen.“ Er verwies insbesondere auf neue Formate im Jubiläumsjahr „1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“ die neugierig machen. In der Öffentlichkeit müsse auch Raum für Gedenkorte sein. Lange lobte in diesem Zusammenhang den Gedenkort Deportationen am Würzburger Hauptbahnhof, der bekanntlich Ableger in vielen weiteren ehemaligen Kultusgemeinden in Unterfranken hat.

Die Gedenkstunde begleitete Rabbiner Jakov Ebert mit einem Psalm. ❐



Wo früher die Würzburger Hauptsynagoge stand: Bürgermeisterin Judith Jörg, Bürgermeister Martin Heilig, Regierungsvizepräsident Jochen Lange und Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster bei der Gedenkveranstaltung anlässlich der Pogromnacht vor 83 Jahren. Bild: Georg Wagenbrenner



V.l.: VGN-Geschäftsführer Andreas Mäder, der Roßtaler Bürgermeister Rainer Gegner und Landrat Matthias Dießl bei der Vorstellung des Pilotprojekts direkt an der B14. Foto: David Oßwald (LRA Fürth)

Park + Ride-Pilotprojekt im Landkreis Fürth:

Digitalisierung und Modernisierung

Mittelfranken / Landkreis Fürth / Roßtal (pmw). Beim Pilotprojekt „P+R 4.0“ des Verkehrsverbundes Großraum Nürnberg (VGN) und Münchner Verkehrs-und Tarifverbundes (MVV) ist der Landkreis Fürth Partner und Vorreiter bei der weiteren Modernisierung. Bereits jetzt stehen in Mittelfranken zahlreiche P+R Anlagen für den Umstieg vom Auto auf Öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung. Das soll komfortabler und benutzerfreundlicher werden. Bei einem Pressegespräch vor Ort an der B14 bei Roßtal stellten Landrat Matthias Dießl, der Roßtaler Bürgermeister Rainer Gegner und VGN-Geschäftsführer Andreas Mäder das Projekt vor.

„In einem ersten Schritt wurde die P+R-Anlage am Bahnhof Roßtal mit Kamera-Sensoren ausgestattet, welche die ein- und ausfahrenden Fahrzeuge verpixelt erfassen“, erläuterte Landrat Matthias Dießl. Das System ermittle in Echtzeit, wie viele freie Parkplätze zur Verfügung stehen. „Die Informationen werden dann direkt an einen Rechner weitergeleitet und stehen so für verschiedene Auskunftssysteme zur Verfügung“.

Die neue Anzeigetafel auf der Bundesstraße 14 (Foto) gibt also neuerdings Auskunft darüber, wie viele Parkplätze aktuell am Bahnhof Roßtal unbelegt sind. „Autofahrerinnen und Autofahrer erkennen so, ob noch P+R-Parkplätze am Bahnhof Roßtal frei sind“, so Dießl. „Wir gehen davon aus, dass wir dann auch wildes Parken im Umfeld der Anlage vermeiden können. So kommt das System auch den Anwohnern zugute“.

Modernisierung bringt viele Vorteile

Roßtals Bürgermeister Rainer Gegner zeigte sich darüber erfreut, dass die Marktgemeinde für das Pilotprojekt ausgewählt wurde und meinte, dass damit auch der Verkehr zur Parkplatzsuche reduziert werden könne „und bei angezeigten freien Parkplätzen dann doch manche auf den Öffentlichen Personennahverkehr umsteigen“.

Nach Aussage von VGN-Geschäftsführer Andreas Mäder werden voraussichtlich zum Jahresende die Informationsmöglichkeiten erweitert: „Dann können sich Fahrgäste bei Fahrplanauskünften auf der VGN-Website www.vgn.de sowie in der App „VGN Fahrplan & Tickets“ ihre Verbindungen unter Einbeziehung freier P+R-Stellplätze anzeigen lassen“. Sukzessive sollen alle 130 P+R-Anlagen im Gebiet des VGN einbezogen werden und es ist geplant, die freien P+R-Plätze auch auf den Navigationsgeräten in den Autos anzuzeigen – technisch würden aktuelle Navis und Navigationssoftware bereits über diese Möglichkeit verfügen.

Bayern fördert Investitionen

Auch der Freistaat Bayern, der das Projekt fördert, erhofft sich wertvolle Erkenntnisse. „Mit Hilfe der Informationen aus den Pilotprojekten kann der Freistaat die Möglichkeiten einer Ausweitung des Systems auf ganz Bayern prüfen”, so Landrat Dießl. Das Projekt, welches die Anlage an der B14, das P+R am Bahnhof Roßtal sowie die S-Bahnstation Petersaurach-Nord und das Hintergrundsystem umfasst, hat ein Investitionsvolumen von 460.000 Euro. Davon würden 80 Prozent durch den Freistaat Bayern gefördert.

Die Bedeutung von Park + Ride werde weiter zunehmen, davon zeigte sich Andreas Mäder überzeugt: „Es geht darum, möglichst viel Verkehr vom PKW auf öffentliche Verkehrsmittel zu lenken und zwar schon weit außerhalb der Zentren. Mit dem Pilotprojekt nutzen wir die Digitalisierung und testen, wie wir den Autoverkehr gezielt zu freien P+R-Anlagen entlang der Schienenstrecken lenken können“. Das spare CO2, entlaste die Innenstädte und auch die Wohnviertel im Umfeld der Parkplätze. Vor diesem Hintergrund brachten alle Beteiligten die Hoffnung auf künftige Ausbauprogramme und Fördermittel zum Ausdruck, um diesen Weg der Verkehrsführung zu stärken. ❐

Suche: Pop-up-Store!

Leerstände und Ideen im Donau-Ries zusammenbringen

Die Innenstädte sind Herz und Gesicht der Städte und Gemeinden in unserer Region. Zunehmend sind immer mehr kreative und innovative Lösungen für die Ortszentren und die Leerstände von Bedeutung und geben positive Impulse für die Stadtentwicklung. Dazu findet ab Mitte Oktober die landkreisweite Aktion „Pass mer zam?“ statt. Inhaber von leerstehenden Ladenflächen und mögliche Betreiber von Pop-up-Stores sollen sich unter www.donauries.bayern/popup melden.

Donauwörth (pm.) Um die Attraktivität der Innenstädte zu unterstützen, hat das Konversionsmanagement Donau-Ries ab Mitte Oktober eine sechswöchige Aktion, zusammen mit den Kommunen des Landkreises, geplant. Dabei geht es um die kreative und innovative Lösung von „Pop-up-Stores“.

Kurzzeitige, innovative Zwischennutzungen

Dies sind kurzzeitige und meist innovative Zwischennutzungen von leerstehenden Ladenflächen. Damit sollen die Stadt- und Ortskerne belebt aber auch auf eine langfristige Nachnutzung hingewirkt werden. Das Experimentieren mit Pop-up-Nutzungen zeigt innovative Chancen für die Belebung von Zentren und unterstützt die Gründerszene, sagt Landrat Stefan Rößle.

Aktion „Pass mer zam?“

In den nächsten Monaten wird daher im Rahmen einer landkreisweiten Aktion auf mögliche neue Pop-up-Nutzungen in den vielen Leerständen der Innenstädte und Ortskerne aufmerksam gemacht. Das Motto ist wie bei einer Partnerbörse „Pass mer zam?“. Interessenten sollen sich unter www.donauries.bayern/popup mit ihrem Leerstand oder ihrer Idee melden. Damit möchte das Konversionsmanagement die Kommunen, Eigentümer von Leerständen und mögliche Pop-up-Ladenbetreiber zusammenbringen und neue Kooperationen fördern. „Uns geht es darum, die verfügbaren leerstehenden Ladenflächen und potenzielle Betreiber von Pop-up-Stores mit tollen Ideen zusammenzubringen!“ sagt Konversionsmanagerin Barbara Wunder.

Das Konversionsmanagement steht als Servicestelle für die Themen Innenentwicklung und Siedlungsentwicklung in der Stabsstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit zur Verfügung . ❐



Landrat Stefan Rößle und Konversionsmanagerin Barbara Wunder bei der Vorstellung des Aktionsplakates „Pass mer zam?“ zur Pop-up-Store Initiative. Foto: Simon Kapfer, Landkreis Donau-Ries

GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Gemeinde Großweil, 1550 Einwohner.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
1. Mai 2020.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Vor 20 Jahren kam ich über die Jugendarbeit zur Gemeindepolitik.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
18 Jahre Mitgliedschaft im Gemeinderat und sechs Jahre als zweiter Bürgermeister haben mich auf mein Amt vorbereitet.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Wie sicherlich bei allen Kollegen, Der Katastrophenfall mit der Corona Pandemie. Schaffen einer Mittagsbetreuung, Abschluss Schulsanierung.

Frank Bauer
Erster Bürgermeister der Gemeinde Großweil

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Erweiterung Kindergarten, Sanierung Trinkwasser und Kanalisation, Bauplätze für unsere Großweiler Bürger und Schaffen von Wohnraum, Hackschnitzel-Dorfheizung mit Fernwärmenetz, Trinkwasser Ringschluss, Bau zweier Solaranlagen an der Kläranlage und dem Trinkwasserbrunnen, für den jeweiligen Bedarf, Breitband-Ausbau. Das größte Projekt für die nächsten Jahre: Dorferneuerung.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Geh- und Radwege-Netz, Bauplätze und Wohnungsmarkt, Sozialer Wohnungsbau, Energiewende vorantreiben.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Verlieren Sie Familie und Freunde nicht aus den Augen! Zeitmanagement!
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Wöchentliche Teambesprechungen in den Abteilungen (Bauhof, Kindergarten, Verwaltung, ...) Dorferneuerung: Gemeinsame Seminare, Arbeiten in AGs, Bürgerversammlung, Vereine Besprechungen, ...
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Die Digitalisierung ist ja bereits am Laufen und wird natürlich eine Rolle spielen. Jedoch werden die Bürger, Vereine, Gemeinderat, Mitarbeiter, immer die größte Rolle spielen.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Aufeinander aufpassen, gemeinsam für unser Dorf und unsere Zukunft.
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Es geht hier nicht um mich. Es geht darum, dass die Zukunft in der Gemeinde für unsere Kinder lebenswert bleibt! Wir müssen aktiv an der Klimawende mitarbeiten und den nächsten Generationen einen saubereren Planeten hinterlassen. ❐



Bei der KPV Oberfranken wurde neu gewählt. Ein Teil des neuen Bezirksvorstands (v.l): Jens Korn, Florian Schaller, Heiko Hain, Bezirksvorsitzender Karl Philipp Ehrler, Ingrid Heinritzi-Martin, Hans-Walter Hofmann, Wolfgang Förtsch, Franz-Peter Wild, Markus Täuber, Reiner Frisch. Bild: Tristan Förtsch

Bezirksversammlung der KPV Oberfranken mit Wahlen:

Aktiv in Zeiten der Pandemie

In Himmelkron fand erstmals nach der Pandemie die Bezirksversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CSU von Oberfranken statt. Zwar stand die Versammlung auch unter dem Eindruck der verlorenen Bundestagswahl. Doch bestimmten solidarische Harmonie und kämpferische Geschlossenheit die Stimmung. KPV-Bezirksvorsitzender Karl Philipp Ehrler lieferte einen eindrucksvollen Bericht über die Zeit seit der letzten ordentlichen Wahlversammlung 2018 ab. Auch in der Zeit der Pandemie war der Bezirksverband sehr aktiv. Bis 2020 wurden Sitzungen und Fachgespräche mit Landes- und Bundespolitikern abgehalten, danach auch als Videokonferenzen.

Der Rechenschaftsbericht des Bezirksvorsitzenden erstreckte sich über dreieinhalb Jahre. Karl Philipp Ehrler verkündete, man sei nicht untätig gewesen.

Bis zu den Veranstaltungssperren wegen Covid-19 waren hochrangige Politikerinnen und Politier zu Gast, u. a. Staatsministerin Melanie Huml, Bundestagsvizepräsident Hans-Peter Friedrich oder der Vizefraktionsvorsitzende der CSU im Landtag, Alexander König. Besonders stolz sei man über den Besuch des KPV-Landesvorsitzenden Stefan Rößle in der der Bezirksversammlung 2019 gewesen.

Bezirksvorsitzender Karl Philipp Ehrler wertete dies auch als hohe Wertschätzung der Oberfranken, die die oft weite Fahrt zu den Landesverbandssitzungen in München antreten und sich dort seit Jahren gut engagierten. Das trage auch dazu bei, in der Landesregierung den Blick auf unsere Heimat zu schärfen. In den letzten Jahren seien wichtige Hilfen und Fördermaßnahmen in die nördlichste Region Bayerns geschickt worden. Hierfür lobte Bezirksvorsitzender auch namentlich Ministerpräsident Markus Söder. Schon in seinen vorausgegangenen Ministerämtern sei er für die Bedürfnisse der oberfränkischen Kommunen sensibilisiert gewesen.

Arbeitsgruppe wird Interessen bündeln

Die Kommunalpolitiker beschäftigten viele Fragen, welche Auswirkungen die Wahl und die Pandemie für die zukünftige Arbeit in den Kommunen haben wird. Die Stabilisierungshilfe habe sich als Segen für die strapazierten Haushalte zur Ertüchtigung der Infrastruktur erwiesen. Beklagt wurde aber, die Antragsverfahren seien zu sperrig und hürdenreich. Es wird eine Arbeitsgruppe gegründet, die die Erfahrungen und Probleme Betroffener sammelt und bündelt, um sie gemeinsam vorzubringen.

Neuwahlen

Unter Leitung von CSU-Bezirksgeschäftsführer Reinhold Rott wurde der neue KPV-Bezirksvorstand gewählt: Bezirksvorsitzender Karl Philipp Ehrler (Stammbach); Stellvertreter Stefan Förtsch (Egloffstein), Wolfgang Förtsch (Wilhelmsthal) und Hans-Walter Hofmann (Schnabelwaid); Beisitzerinnen und Beisitzer: Bernd Rebhan (Küps), Jens Korn (Wallenfels), Heiko Hain (Weißdorf), Gerhard Preß (Rödental), Anita Swiduruk (Pressig), Petra Preißinger (Creußen), Markus Täuber (Hollfeld), Florian Schaller (Schauenstein), Peter Berek (Bad Alexandersbad), Franz-Peter Wild (Bayreuth), Patrick Meyer (Hummeltal), Ingrid Heinritzi-Martin (Bayreuth), Nicolas Lahovnik (Wunsiedel), Dr. Stefan Specht (Bayreuth), Rainer Frisch (Münchberg). Auch gewählt wurden die Delegierten und Ersatzdelegierten zur Landesversammlung. **TF**

Ein halbes Dutzend neue Mitglieder beim PV

Planungsverband München (PV) stimmt über Beitritte ab und beschäftigt sich mit der Frage „Wie werden wir 2050 wohnen?“

Auf der Verbandsversammlung haben die Mitglieder des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) unter Vorsitz von Landrat Christoph Göbel einstimmig den Haushalt 2022 und den Beitritt von sechs Gemeinden beschlossen: Gemeinde Aresing, Markt Burgheim (beide Landkreis Neuburg-Schrobenhausen), Gemeinde Feldafing (Landkreis Starnberg), Gemeinde Frauenneuharting (Landkreis Ebersberg), Gemeinde Valley (Landkreis Miesbach), Gemeinde Wang (Landkreis Freising). Die Versammlung fand gestern in der Gemeinde Karlsfeld (Landkreis Dachau) statt. SZ-Journalist Gerhard Matzig beleuchtete in Form von elf Thesen, wie wir künftig wohnen werden.

Der PV soll die neuen Mitglieder in allen Aspekten der Ortsentwicklung beraten. Neben fachlicher Unterstützung erhoffen sich die Gemeinden einen intensiveren Austausch zu kommunalen Planungen. Mit den Beitritten wächst der Verband weiter: Ab 2022 zählt er 174 Mitglieder, darunter 165 Städte, Märkte und Gemeinden, die acht Landkreise der Region München und die Landeshauptstadt München. Mit Aresing und Burgheim verzeichnet der PV erstmals Mitglieder aus dem Landkreis Neuburg-Schrobenhausen. Der Landkreis Miesbach ist mit fünf Mitgliedern vertreten: Neben Valley sind bereits Holzkirchen, Rottach-Egern, Schliersee und Weyarn mit dabei. Zudem sind mit Feldafing künftig alle 14 Gemeinden aus dem Starnberger Landkreis vertreten.

Markt Burgheim, Feldafing, Frauenneuharting

Die Vertreter des Markts Burgheim und der Gemeinden Feldafing und Frauenneuharting präsentierten jeweils ihre Kommune. Dem Ersten Bürgermeister des Markts Burgheim Michael Böhm bereite der Kiesabbau Probleme. „In Spuckweite der Donau gelegen“ habe der Markt immense Kiesvorkommen, von denen der prosperierende Raum Ingolstadt profitiere. Darum sei der Gemeinderat auf den PV gekommen, um bei der Ausweisung von Kiesabbaugebieten zu unterstützen.

Die am Starnberger See gelegene Gemeinde Feldafing stehe vor dem großen Problem, keine Flächen mehr zu haben, erläuterte die Dritte Bürgermeisterin Maximiliane Gerber. Da die Kaserne doch nicht aufgelöst werde, sei die Gemeinde mehr oder weniger am Ende von größeren Bauprojekten angelangt. Die Gemeinde Frauenneuharting habe knapp 1.600 Einwohner, bestehend aus vielen kleinen Siedlungen, führte der Erste Bürgermeister Dr. Eduard Koch aus. Ziel sei es, die ländliche Struktur zu erhalten.

Bericht des Geschäftsführers

PV-Geschäftsführer Christian Breu betonte, dass der PV die Leistungen für seine Mitglieder kontinuierlich ausbaue. Ein Schwerpunkt liege auf Projekten der kommunalen Zusammenarbeit, die der PV begleite und unterstütze. Dazu gehöre etwa das Konzept für den Raum München Nord zur Entwicklung von Verkehr, Siedlung und Landschaft. Zudem verstärke der PV die Leistung städtebaulicher Entwurf, da immer mehr Mitglieder diese nachfragten. Breu verwies auf das Areal am S-Bahnhof der Gemeinde Eichenau, dem „man ein neues städtebauliches Gesicht gibt“.

Als wichtigste künftige Herausforderung der Kommunen nannte Breu den Erhalt der Lebensqualität in der Region. Hier bedürfe es einer konkreten Strategie jeder einzelnen Gemeinde für ihre Entwicklung.

Wie wir leben werden

In seinem Vortrag entwickelte SZ-Journalist und Architekt Gerhard Matzig mit elf Thesen einen Blick in die Zukunft des Wohnens. Er startete mit der Aussage, dass Wohnen etwas sehr Konservatives (geblieben) sei, geprägt vom existenziellen Bedürfnis des Menschen. Visionen rund um das Wohnen hätten es schwer, sich durchzusetzen. Dabei bräuchten wir Vorstellungen von Morgen. Die These „das Wohnen wird grüner“ spiegle die Sehnsucht nach Grün wider, besonders in Städten.

Neben den gegensätzlichen Thesen „das Wohnen wird kleiner“ geprägt vom Tiny-House-Movement und „das Wohnen wird größer“ bedingt durch die Vereinzelung unserer westlichen Gesellschaft geht Matzig davon aus, dass das Wohnen differenzierter und der Stadt-Land-Gegensatz somit schwächer werde. These Nummer sieben lautet „das Wohnen wird gemeinschaftlicher“. Neue Nachbarschaftsformen mit Räumen für alle in dörflicher Struktur ermöglichten Leben und Arbeiten an nur einem Ort.

„Das Einfamilienhaus stirbt“, führt der SZ-Journalist aus und schiebt gleich nach: „Totgesagte leben länger“. Das klassische Einfamilienhaus sei aus ökologischen Gründen nicht mehr zeitgemäß, Varianten wie Mehrgenerationenhäuser böten Lösungsansätze. Zudem werde Wohnen multifunktional, eine klar abgegrenzte Wohnaufteilung verflüchtige sich – auch durch Corona. Künftig bildeten Wohnen und Arbeiten ein Hybrid, bei dem das ‚ganze Haus‘ ein Comeback erlebe. ❐

MU-Landesversammlung 2021

Ja zur nachhaltigen Wirtschaft

„Ja zur nachhaltigen Wirtschaft – Ja zur Zukunft!“ Unter diesem Motto traf sich die Mittelstands-Union Bayern (MU) zu Ihrer Landesversammlung 2021 im oberbayerischen Bad Aibling. Bei den Neuwahlen wurde der bisherige Landesvorsitzende Franz Josef Pschierer, MdL, in seinem Amt bestätigt. In ihrem Leitantrag bekannten sich die Delegierten zur Reduktion von Bürokratie durch eine praxisnahe Umsetzung, die gemeinsam mit den Unternehmen bei der Gesetzeskonzeption erarbeitet werden müsse. Die Verwaltung müsse sich als Dienstleister der Bürger und des Mittelstands begreifen und durch mehr Entscheidungsfreude agiler werden. Der Verband fordert, dass die Steuern nicht erhöht werden damit die Unternehmen nicht zusätzlich belastet werden.

Die Schuldenbremse müsse eingehalten und neue staatliche Ausgaben begrenzt werden. Um den Unternehmen die notwendige Luft zum Atmen zu geben, müsse man auf Technologieoffenheit und Wettbewerb setzen. Die Aufgabe des Staates sei, hier die besten Voraussetzungen zu schaffen – und international für stabile Beziehungen zu sorgen. Die Dekarbonisierung dürfe nicht zu einer Deindustrialisierung der deutschen Wirtschaft führen: Klimakosten, die dazu führten, die Produktion ins Ausland zu verlagern, seien für das Weltklima kontraproduktiv. Für die künftige politische Arbeit, forderte die MU von der Union mehr Kontroverse in der Debattenkultur, eine klare Orientierung der politischen Ziele am Mittelstand und mehr Realismus. Künftig wolle die MU ihre wirtschaftspolitische Kompetenz stärker in die parteiinterne Diskussion einbringen. Zudem möchte man sich für passgenauere Hilfsprogramme für Publikumsbranchen einzusetzen.

In ihrem Grußwort stellte die Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, die hohe Bedeutung der Digitalisierung für die mittelständische Wirtschaft heraus. Sie sei Innovationstreiber und deshalb auf eine gute Infrastruktur angewiesen. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Integrationsbeauftragte Gudrun Brendel-Fischer, Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich (links), Regierungspräsident Rainer Haselbeck und stv. Landrat Plenk (rechts) freuen sich mit den Preisträgerinnen Kathrin Kuchler und Linda Langer (von links). Bild: Regierung von Niederbayern

Integrationspreise Oberbayern und Niederbayern 2021:

Beispiele, die Schule machen

Einzelpersonen und Initiativen, die sich kreativ, engagiert und leidenschaftlich um Integration in Ober- und Niederbayern bemühen, sind mit dem Integrationspreis 2021 ausgezeichnet worden. Insgesamt wurden zehn vorbildliche Projekte mit einem Preisgeld von 5.000 Euro gewürdigt.

„Mit Ihren Initiativen und beeindruckenden Engagement tragen Sie dazu bei, dass Menschen, die neu zu uns kommen, sich in unserer Gesellschaft einbringen und willkommen fühlen. Sie sind Vorbilder für uns alle“, betonte Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann, der gemeinsam mit Regierungspräsidentin Maria Els die Integrationspreise der Regierung von Oberbayern verlieh. Dabei hob er auch den unermüdlichen Einsatz unter erschwerten Bedingungen zu Corona-Zeiten hervor. „Unsere Ehrenamtlichen haben alles getan, um das Unterstützungssystem am Laufen zu halten.“ Regierungspräsidentin Els ergänzte: „Wir zeichnen Ihr Engagement zugleich stellvertretend für die vielen weiteren Integrationsprojekte in Oberbayern aus, die eindrucksvoll zeigen, wie Integration vor Ort gelingen kann.“

Mobilität im ländlichen Raum für Asylbewerber

In der Kategorie „Umwelt“ wurden Martin Raps (Altmannstein/Landkreis Eichstätt) sowie Mirela Mitrenko und die 8. Klasse Kurs Wirtschaft (Grund- und Mittelschule Grassau/Landkreis Traunstein) ausgezeichnet. Martin Raps setzt sich für Asylbewerber ein, seitdem die ersten in die Gemeinde Altmannstein kamen. Schnell erkannte er, dass Mobilität im ländlichen Raum für die Asylbewerber sehr wichtig ist und gründete eine Fahrradwerkstatt im Stadel seines elterlichen Anwesens. Bürger spenden ihre alten Räder.

Die Räder werden abgeholt oder gebracht, auf Verkehrstauglichkeit überprüft und aufgebessert. Einzelne Ersatzteile werden über das Internet geordert, mit Spendengeldern oder auf Eigenkasse von Raps finanziert. Daneben begleitete Raps zahlreiche Menschen auf ihrem Weg in die Integration, unterstützte bei Deutschkursen, bei der Beschaffung von Arbeitsplätzen, spendete gebrauchte Laptops für Sprachkurse und stellte sein Elternhaus als Unterkunft zur Verfügung.

Die 8. Klasse Kurs Wirtschaft ist während des Lockdowns im März mit ihrer Lehrkraft per Videokonferenz zusammengetreten, um ein gemeinsames Projekt zu starten, „das uns und unsere Umwelt trotz des Distanzunterrichts nicht distanziert, sondern zusammenbringt“. Das Nachhaltigkeitsprojekt sollte die Schüler für eigene Fähigkeiten und Stärken sensibilisieren. Bei dem Projekt konnte sich jeder Schüler einbringen, Herkunft und sprachliche Fähigkeiten spielten keine Rolle. Um Gegenstände weiter im Kreislauf zu halten, brachten die Schüler Gegenstände von zu Hause mit, die ein „neues Zuhause“ erhalten sollten, wurden Durchsagen im Schulhaus und eine Werbekampagne im Ort initiiert (Handzettel), Artikel im Schulhaus ausgestellt sowie telefonisch Bestellungen aufgenommen und ein Abholtermin organisiert.

Mütterkurs

In der Kategorie „Soziales“ behielten das Bayerische Rote Kreuz und der Internationale Bund e. V. – IB-Wohnungslosenhilfe Bayern mit Sitz in München die Oberhand. Der „Mütterkurs“ des BRK in Burghausen/Landkreis Altötting richtet sich speziell an Asylbewerber-Mütter mit kleinen Kindern. Das Angebot entstand aus der Erkenntnis, dass Mütter mit kleinen Kindern an üblichen Deutschkursen nicht teilnehmen können, da die Kinder den Unterricht stören. Es entstand so die Idee eines „Mütterkurses“, bei dem sich die Frauen auf den Deutschkurs konzentrieren können, während die Kinder in einem separaten Raum betreut werden und doch nahe bei den Müttern sind. Lehrerinnen sowie Kinderbetreuerinnen rekrutieren sich aus Burghauser Ehrenamtlichen. Bereits seit November 2015 kommen Mütter mit insgesamt 40 Kindern zwischen 0 und 5 Jahren – überwiegend 2 Tage pro Woche für 1,5 Stunden zum Mütterkurs. Derzeit sind 6 Lehrerkräfte und 6 Kinderbetreuer im Einsatz.

Wohnungslose Kinder und Eltern

Das ebenfalls preiswürdige IB-Ferienprogramm richtet sich an wohnungslose Kinder und Eltern, die in von der IB-Wohnungslosenhilfe Bayern betreuten Beherbergungsbetrieben leben. Der Großteil dieser Familien hat Migrations- oder Fluchthintergrund. Ziel ist es, den Kindern und ihren Eltern sinnvolle Freizeitbeschäftigungen in ihrer neuen Heimat aufzuzeigen, gemeinsam den Sozialraum zu „erkunden“ und Begegnungen mit anderen Kindern und Eltern außerhalb der Notunterkunft zu ermöglichen.

Organisiert wird das Ferienprogramm von Erzieherinnen und Erziehern. Durch Aushänge, Infobriefe oder im persönlichen Gespräch werden die Familien über die Angebote informiert und motiviert, daran teilzunehmen. Die Ausflüge finden in und um München statt und sind allenfalls mit geringen Kosten verbunden. Das angebotene Programm hilft, Hemmschwellen und Unsicherheiten abzubauen und fördert Eigeninitiative von Kindern und Eltern.

Bildung und interkulturelle Zusammenarbeit

Die Liberale Jüdische Gemeinde Beth Shalom e. V. gewann in der Kategorie „Kultur“ (1.000 Euro). Beth Shalom wurde im September 1995 mit 90 Mitgliedern gegründet, um liberalen Juden in München wieder eine eigene Heimstätte zu bieten, verpflichtet der Gleichberechtigung von Frau/Mann/Divers, der Gleichwertigkeit aller Lebensformen und sexuellen Orientierung sowie der Integration nicht-jüdischer Lebenspartner. Inzwischen ist die Gemeinde auf über 600 Mitglieder angewachsen und leistet einen nachhaltigen Beitrag zu mehr gegenseitiger Verständigung und Miteinander in einer pluralistischen Stadtgesellschaft.

Eckpunkte sind Bildungsarbeit, interkulturelle und interreligiöse Zusammenarbeit und Sozialarbeit auf ehrenamtlicher Basis. Es gab bereits diverse Projekte für Jugendliche, mit Geflüchteten, Jesiden, dem Volkstheater, der Münchner Aidshilfe, diversen Obdachheimen und dem Sozialen Dienst Psychiatrie. Des Weiteren besteht ein Angebot an Seelsorge, Krankenbesuchen und Hilfe im Trauerfall.

Langfristige Bindung

In der Kategorie „Wirtschaft“ siegte KIMAT (Konzept zur Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt und die Teams) der REWE Markt GmbH in Eching/Landkreis Freising. KIMAT hat die gleiche Bedeutung wie ein jesidischer Name und steht für wertvoll. REWE Süd sieht das Konzept als ein wertvolles und langfristiges Projekt, um die Integration von Geflüchteten und Migranten voranzutreiben. Integration bedeutet für das Unternehmen nicht nur die Einstellung, sondern auch die langfristige Bindung der neuen Mitarbeiter durch Integrationsinstrumente wie Sprachkurse, gesondertes Einstellungsverfahren für Migranten, Patenschaftsprogramm, Beratung der Führungskräfte (Förderung des interkulturellen Verständnisses), internes REWE-Kombimodell (Hinführung zur externen IHK-Prüfung), und soziale Integration der Migranten (u. a. Wohnungssuche, Schuldenfragen, Traumata).

Einen Sonderpreis ohne Dotierung erhielt der Landkreis Weilheim-Schongau. Mit seinem Integrationskonzept stellt er sich der Verantwortung für dieses wichtige Thema. Das Motto lautet: „Vielfalt leben – Chancen nutzen – Zukunft gestalten“. Das Integrationskonzept ist ein Handlungsleitfaden speziell für den Landkreis Weilheim-Schongau und bildet die Grundlage für interkulturellen Dialog und Bürgerbeteiligung. Da Integration dabei als ein dynamischer Prozess zu verstehen ist, wird das Konzept laufend überprüft und fortgeschrieben. Das Projekt startete Ende Juli dieses Jahres.

Getragen wird das Integrationskonzept von der Zusammenarbeit der Vertreter von Behörden, Städten und Gemeinden, Sozialverbänden, kirchlichen Einrichtungen, Migrantenorganisationen, Bildungsträgern, Schulen, Kindergärten und Vereinen. Bereits umgesetzt werden verschiedene Maßnahmen wie mehrsprachige Formulare zu Unterstützungsangeboten, Bestandserhebung Integration an den Schulen im Landkreis, digitales bürgerschaftliches Engagement für Migranten, Patenschaftsprogramm für Auszubildende, Fortbildungsangebote sowie Coaching für Migranten.

Begegnungen fördern

„Die Projekte der Preisträger zeigen, dass durch ehrenamtliches Engagement vor allem Begegnungen gefördert werden, die Alltagskompetenz und Zusammengehörigkeitsgefühl vermitteln. Dabei werden trotz unterschiedlicher kultureller Herkunft Gemeinsamkeiten erkannt und Vorurteile abgebaut“, unterstrich die bayerische Integrationsbeauftragte Gudrun Brendel-Fischer in ihrer Festrede zur Verleihung des Niederbayerischen Integrationspreises 2021. Dieser ging an das „Netzwerk für kulturelle Vielfalt e.V.“ (Preisgeld 2.000 Euro), Schule am Weinberg, Sonderpädagogisches Förderzentrum Regen (1.500 Euro) und den Fußballverein Sierra Leone FC (1.500 Euro).

Netzwerk für Vielfalt

Das „Netzwerk für kulturelle Vielfalt“ bringt Menschen aus unterschiedlichen Nationen, Kulturen und Religionen zusammen, es vernetzt Akteure und Interessensvertretungen, sammelt Ideen und ruft die unterschiedlichsten kulturellen und gesellschaftlichen Projekte ins Leben. Seit sieben Jahren setzt sich der Verein beispielhaft für ein friedliches, buntes und lebendiges Miteinander ein.

Das Projekt „Pfadfinder-AG“ in Regen richtet sich besonders an Kinder mit Migrationshintergrund. Einmal wöchentlich fahren die Pfadfinder im Rahmen der Ganztagsschule zu einem Bauernhof, kümmern sich dort gemeinsam um den Obst- und Gemüseanbau, die Ernte und versorgen die Hoftiere. Neben der Arbeit bleibt genügend Zeit für Lagerfeuer, Angeln, Kochen oder einfach gemeinsames Spielen.

Im Oktober 2020 rief Georg Giftthaler den Fußballverein „Sierra Leone FC“ ins Leben. Asylbewerber aus Sierra Leone treffen sich und spielen gemeinsam Fußball. Mit seinem Engagement bereitet Giftthaler vielen Menschen fröhliche, gemeinsame Stunden. **DK**

Kommunalforum Oberpfalz:

Dialog auf Augenhöhe

Von Artenschutz bis Afrikanische Schweinepest, von Bodenaushub bis zum Baye-rischen Klimaschutzgesetz – die Bandbreite kommunalpolitischer Themen und Problemstellungen war groß auf dem zweiten Kommunalforum des Bayerischen Umweltministeriums. Zahlreiche Themen wurden auf dem mehrstündigen Arbeitsforum im Gasthof „Zur Walba“ im Landkreis Regensburg intensiv diskutiert, darunter auch der Hochwasserschutz an der Donau.

Nach längerer, pandemiebedingter Pause war es das zweite Treffen von Landräten, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern sowie Vertretern der Regierung und des Ministeriums, zu dem Staatsminister Thorsten Glauber eingeladen hatte – diesmal in die Oberpfalz. „Ich will das Ohr an der lokalen Politik haben – so merkt man am unmittelbarsten, wo der Schuh drückt. Reinhören und feststellen, wo man gemeinsam etwas voranbringen oder wo wir als Ministerium unterstützen können. Die Politik lebt vom intensiven Dialog aller Ebenen“, so Glauber.

Konkrete Ergebnisse des Kommunalforums waren unter anderem ein hohes Informationsbedürfnis der Kommunen beim Thema Bodenaushub. Hier kündigte Glauber die Fortsetzung von Informationstagen an.

Weitergehende Informationen wurden bei der Umsetzung und im Vollzug der REACH-Verordnung angesprochen – für viele Kommunen bei der Sanierung ihrer Kanäle eine große Herausforderung. Nach dem Kommunalforum in der Oberpfalz sollen im kommenden Jahr auch Veranstaltungen in den weiteren Regierungsbezirken stattfinden. ❐

GZ PINOS WELT



Ein Gespenst geht um in Deutschland. Nein, obwohl auch in Mecklenburg-Vorpommern wie in Thüringen, Bremen und Berlin jetzt überflüssigerweise Kommunisten wieder mitregieren, geistert nicht der Kommunismus herum und das Manifest von Kalle Marx verstaubt immer noch sanft in den Regalen.

Nein, das Gespenst heißt Inflation. Zwar liegt die Inflationsrate derzeit nur bei 4,5 Prozent und damit niedriger als in den USA (6,2 Prozent), der Türkei (19,89 Prozent) oder Venezuela (2700 Prozent), aber wir wären nicht in Deutschland, wenn nicht gleich an allen Ecken und Enden Panikmacher auftauchen würden, die das Gespenst der Hyperinflation der Jahre 1922 und 1923 beschwören würden, die tatsächlich den Effekt hatte, eine ohnehin elende Bevölkerung noch mehr verelenden zu lassen.

Ein Gespenst geht um in Deutschland

Nun ist das Phänomen Inflation zwar für den Einzelnen leicht zu fassen – alles wird teurer. Aber warum Inflation entsteht, ist nicht immer ganz klar. Derzeit scheinen es wohl im Wesentlichen drei Komponenten zu sein: Die im Vergleich zum zweiten Halbjahr 2020 höhere Umsatzsteuer (jetzt wieder 19 statt im letzten Jahr vorübergehend 16 Prozent), die Knappheit verschiedener Vorprodukte, die Rabattaktionen verhindern, und vor allem die Energiepreise. Und da wird es dann natürlich heftig, wenn Strom um fast 10 Prozent teurer wird, Tanken um 38 Prozent und Heizen gar um 60 Prozent.

Und spätestens hier schlägt es ins Sozialpolitische um: Denn der Preis für Energie ist der Brotpreis des 21. Jahrhunderts. Es geht bei uns nichts ohne Strom – elektrisches Licht gehört zu einem menschenwürdigen Dasein genauso wie eine warme Wohnung im Winter. Die ganz große Mehrheit ist auf das Auto angewiesen, wenn es um Mobilität geht und selbst wenn der Gaming-Computer oder das Smartphone nice-to-haves sein sollten, spätestens der Laptop und das Mobiltelefon für das neue Arbeiten im Homeoffice sind must-haves unserer Volkswirtschaft.

Tatsächlich ist es bei den Energiepreisen wie generell bei der Inflation: Sie spalten. Ich bin zum Beispiel völlig inflationsresistent. Der Bürgermeister sorgt für mein Essen und den warmen Platz am Ofen auch wenns teurer wird – aus Verantwortungsbewusstsein und aus Tierliebe. Wenig spürbar ist die Geldentwertung auch für die Gutverdiener, die nur einen kleinen Teil des Einkommens für Energie oder Lebensmittel aufwenden müssen und ihr Vermögen in Sachwerten anlegen können. Gekniffen ist die Mittelschicht, der die Preise davonlaufen und deren Bank- und Lebensversicherungsguthaben wegschmelzen oder die Geringverdiener, die praktisch das ganze Einkommen in den Supermarkt, an die Tankstelle oder zu den Stadtwerken tragen müssen.

Insofern gibt es kaum etwas Unsozialeres als eine starke Geldentwertung. Vor allem, weil sie zu einem großen Teil hausgemacht ist. Klar reiben sich bei den gestiegenen Öl- und Gaspreisen Putin und die Scheichs die raffenden Hände. Aber niemand zwingt uns, weiter am Atomausstieg festzuhalten und preiswerten, klimaneutralen Strom in den Wind zu schießen. Hausgemacht sind auch Kostenfaktoren wie die EEG-Umlage beim Strom, die rund ein Viertel des Preises ausmacht. Dann die neue CO2-Steuer, die dieses Jahr schon voll zuschlägt und den Leuten mit jährlichen Steigerungen die Haare vom Kopf fressen wird. Schon jetzt besteht die Hälfte des Energiepreises aus Steuern, Abgaben und Umlagen.

Natürlich kommt jetzt der Einwand, dass Energie in Zeiten des Klimawandels ihren Preis haben muss. OK, aber wieso verteuert man dann alles pauschal und fördert nicht das Sparen? Umsatzsteuercashback beim Kauf einer stromsparenden Waschmaschine? Fehlanzeige. Preissenkungen bei Bahn und ÖPNV? Dream on. Bonus auf den Ökostromvertrag? What? Derzeit wird systematisch das verteuert, auf das existenziell niemand verzichten kann, ohne dass es wirtschaftlich, gesellschaftlich oder ökologisch zu einem Mehrwert kommt.

Der amerikanische Investor Warren Buffet bringt es auf den Punkt: „Preis ist, was du zahlst, Wert ist, was du bekommst“.

Ihr Pino

CO2-freies Abensberg – wir pflanzen an!

Die Stadt Abensberg, vertreten durch ihren 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, hat Mitte Oktober mit der gemeinnützigen Gesellschaft „Planted“ die künftige Zusammenarbeit besiegelt. Mit ihr will die Stadt Abensberg für ihre Gebäude, Fahrzeuge und dienstlich verursachte Emissionen künftig CO2-Neutralität erreichen. Dafür werden für den ermittelten CO2-Ausstoß im Jahre 2020 in Höhe von knapp 780 Tonnen CO2 auf einem Areal bei Köln 780 Bäume angepflanzt – jeder Baum kompensiert eine Tonne CO2.

„Planted“ sitzt in Köln, eines ihrer Hauptziele ist die Förderung des Umweltschutzes. Wilhelm Hammes, Geschäftsführer und Mitbegründer, kam selbst nach Abensberg, um den Vertrag zu unterzeichnen und das Zertifikat zu übergeben. Er war überrascht, welche Projekte in Abensberg bisher schon in Sachen Umweltschutz und CO2-Vermeidung umgesetzt werden: „Ich bin in ganz Deutschland unterwegs und staune, wie viel in Abensberg für die Vermeidung getan wird.“ Für Hammes ist „die Stadt Abensberg ein herausragendes Beispiel für die heutzutage nötige CO2-Sensibilität.“ Aber auch er weiß: „Auf null kommt man nicht.“ Der gleiche Gedanke war Anlass für die Stadt, über weitere Schritte zur CO2-Neutralität nachzudenken. Dr. Brandl: „Wald als Speicher und neuer, zusätzlicher Wald ist eine echte, nachhaltige Kompensationslösung“. Weil „Planted“ auch in Deutschland pflanzt, sich international intensiv um Klimaverbesserung kümmert und eine Sensibilisierung der Bevölkerung erreichen möchte, hat sich Abensberg für die Zusammenarbeit mit dieser Gesellschaft entschieden.

Die langfristige CO2-Neutralität von Abensberg soll über zwei Wege erreicht werden. Der erste Weg ist die konsequente Einsparung von Energie. Ein Prozess, der bereits seit 20 Jahren vorangetrieben wird. Auch aktuell werden zahlreiche Projekte umgesetzt, z.B. der Anschluss von Gebäuden wie dem Haus in der Mauer an die überwiegend regenerative Fernwärmeversorgung und in nächster Zeit der Tausch von Beckenwasserpumpen im Freibad oder die Energiedeckung in Kläranlage und Wasserwerk mit eigenem Photovoltaik-Strom. Diese Projekte sind in den meisten Fällen nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll. Der Einsatz von Ökostrom und der Ausbau der Marke NATURSTROM Abensberg ist neben den vorgenannten Maßnahmen selbstverständlich.

Auch bei intensiver Verfolgung des ersten Wegs ist eine CO2-Neutralität nicht zu erreichen, so dass als zweiter Weg eine CO2-Kompensation über Ausgleichsmaßnahmen notwendig ist. „Bei der Stadt Abensberg fallen pro Jahr trotz Einsparmaßnahmen immer noch knapp 780 Tonnen CO2 an“, so Dr. Rainer Reschmeier, Leiter der Stadtwerke Abensberg. In dieser Summe sind neben den direkten Verbräuchen der Liegenschaften (Strom, Heizung, Wasser, Papier, Abfall) und Dienstfahrzeuge sowie Dienstreisen auch die Anfahrtswege der Mitarbeiter berücksichtigt. Nicht berücksichtigt werden CO2-Emissionen der Leistungen der Stadtwerke, die an Dritte weiterverkauft werden; dazu zählen der Eigenverbrauch von Kläranlage und Wasserwerk sowie Fernwärme.

Überzeugen konnte die Art des Projekts, nämlich die Anpflanzung von 780 klimastabilen Bäumen auf einer Fläche in der Nähe von Köln im November 2021. Hinter jeden Baum wird eine Tonne CO2 eines Verified Carbon Standard-Zertifikats hinterlegt, so dass dadurch die Stadt Abensberg vollständig klimaneutral wird. Gemäß einer Studie der Technischen Hochschule Zürich von 2019 ist die Wiederherstellung von Wäldern die derzeit beste Lösung für den Klimawandel. Durch die Investition in ein deutsches Kopplungs-Projekt werden die CO2-Emissionen der Stadt Abensberg kompensiert.

Die CO2-Kompensation ist zukünftig jedes Jahr geplant, um auf Dauer Klimaneutral zu bleiben. Mehr Infos zur Gesellschaft auf www.planted.green

Bürgermeister Brandl abschließend: „Ich würde mir wünschen, dass unser Vorstoß viele andere zum Mitmachen motiviert. Gemeinsam bewegen wir viel und es ist Zeit zu handeln, statt zu lamentieren.“ Denn bei „Planted“ kann jeder mitmachen, egal ob Einzelperson, Firma oder sonstige Einrichtung. Es ist auch ganz einfach, weil „Planted“ die Werte, die auszugleichen sind, ermittelt und sich um die Umsetzung der Kompensationsmaßnahme kümmert. ❐



V.l.: Wilhelm Hammes, Dr. Uwe Brandl und Dr. Rainer Reschmeier.
Foto Ingo Knott, Stadt Abensberg

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Familienbetriebe Land und Forst Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Vorschau auf GZ 23

In unserer Ausgabe Nr. 23, die am 2. Dezember 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Wasser · Abwasser**
- **Umwelttechnologien · Ressourcenschutz**
- **Entsorgungsmanagement und technische Lösungen**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Öffentliche Beleuchtung · Straßenbeleuchtung**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Garten- und Landschaftsbau · Forst · Friedhof**

LIEFERANTENNACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiebeschaffung

Kostenfreie Ausschreibungs-vorlagen!
Für hochwertige Pellets und Hackschnitzel.

enplus-pellets.de/ausschreibungsvorlage
ENplus Holzhackschnitzel wood chips
EN plus

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · **www.juwi.de**

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Kommunen **kompetent** erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit / Datenschutz



GemeindeZeitung auf folgenden
Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

GZ Akademie
Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
Wartung und Reinigung von:
- Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
- Prozesslufttechnische Anlagen
- Kontrollierte Wohnraumlüftung

DFLW

Lüftungs-Reinigungs-Service Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

Erhalt des Kulturgutes Artenvielfalt

Es mag Gründe geben, Waldflächen aus der Bewirtschaftung zu nehmen, die Artenvielfalt fördert dies jedoch nicht. Die großflächige Stilllegung intakter Wirtschaftswälder verursacht vielmehr einen nicht zu verantwortenden volkswirtschaftlichen Schaden, wenn der nachhaltig erzeugte Rohstoff Holz verloren geht. Die Forstwirtschaft ist ein Beispiel für Nachhaltigkeit, die Natur und Mensch in Einklang bringt und die Artenvielfalt dauerhaft sichert. Gäbe es unsere nachhaltige Forstwirtschaft nicht – man müsste sie erfinden.



Multifunktional

Forstwirtschaft „stört" die Natur auf begrenzter Fläche, erhält das Ökosystem Wald aber im Ganzen. Durch solche Störung entfaltet die Natur neue Kräfte und reagiert mit zusätzlichen Arten.



Waldwege

... sind an Naturvielfalt kaum zu übertreffen, da viele Einflüsse von außen auf sie einwirken. Sie bringen von Trockenrasengesellschaften bis zu denen von Feuchtgebieten so ziemlich alles in den Wald, was die Natur hergibt.



Große Wirkung

Im Ökosystem Wald vollzieht sich kleinräumig ein ständiges Entstehen und Vergehen. Durch Bewirtschaftung zufällig entstehende Wasserlöcher reichen aus, um die verschiedensten Amphibien anzuziehen. Irgendwann verschwindet solch ein Biotop, um an anderer Stelle wieder aufzutauchen.



Forst ist Heimat

Mit kaum etwas verbindet der Mensch mehr Heimat als mit dem Wald, in dem er sich geborgen fühlt. Obwohl von Bewirtschaftung geprägt, wird er in seiner Vielfalt vom überwiegenden Teil der Gesellschaft als Inbegriff von Natur empfunden.

FOTOS: PIXABAY (SCHMETTERLING, MOLCH, FRISCHLINGE, SPECHT), M. MEYER (WALDWEG)

Familienbetriebe Land und Forst Bayern

Familienbetriebe Land und Forst Bayern e. V.

Max-Joseph-Straße 9
80333 München
Tel.: +49 89 544 96 188
info@FamilienbetriebeLuF-Bayern.de
www.familienbetriebeluf-bayern.de

Wer tiefer einsteigen will:

Quelle: Sonderdruck Große Artenvielfalt im Wirtschaftswald – Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchungen

Die Aufsätze wurden von der AFZ – Der Wald zur Verfügung gestellt. Sie beruhen auf Ergebnissen zweier Forschungsvorhaben zur Artenvielfalt im Wald von Prof. Dr. G. Hofmann (Waldkunde-Institut Eberswalde) sowie von Prof. Christian Ammer (Universität Göttingen).

Text und Gestaltung: Dr. Nina Krüger, Dr. Eberhard Lasson



WIRTSCHAFTSwald schafft ARTENvielfalt

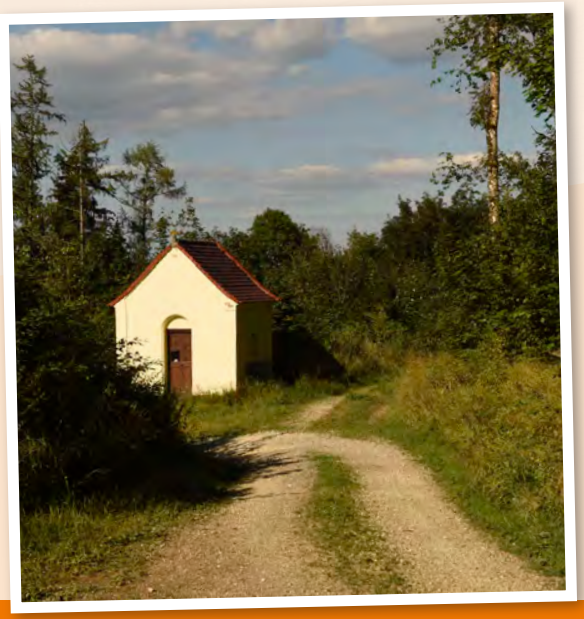
Familienbetriebe Land und Forst Bayern

Vom Naturwald zum Wirtschaftswald

Selbst für die Römer waren die dunklen Laubwälder der Nacheiszeit furchteinflößend und unwegsam. Trotz umfangreicher Rodungen wurden aber auch die verbleibenden Waldbestände im Mittelalter noch als menschenfeindlich empfunden.

Übermäßige Holznutzung und Besiedlung führten zu großflächiger Waldzerstörung. So entstand beispielsweise die Lüneburger Heide – heute eine Ikone des Naturschutzes. Vor 300 Jahren setzte der Bergmann Hans Carl von Carlowitz das Gesetz der Nachhaltigkeit durch, damit dem Wald nicht mehr entnommen wird als nachwächst – eine geordnete Waldwirtschaft begann.

Erst als der Wald zum Forst wurde, verlor er seine Bedrohlichkeit. Dieses Waldbild ist bis heute Bestandteil unserer reich strukturierten Kulturlandschaft, die zum Inbegriff von Heimat wurde. Nicht zufällig entstand die deutsche Waldromantik in der Zeit, als der Wald für die Menschen erlebbar wurde.



FOTOS VON LINKS: M. MEYER, PIXABAY, PROF. DR. G. HOFMANN

Neues Waldbild für mehr Artenvielfalt

Der unberührte Wald ließ kaum Licht auf den Boden kommen. Dies führte zu deutlicher Artenverarmung. Allein Naturkatastrophen griffen so in den Wald ein, dass sein Blätterdach auf großer Fläche zusammenbrach. Doch durchsetzungsstarke Laubbäume, wie die Buche, dominierten den folgenden Aufwuchs und führten erneut zum Abdunkeln des Bodens.

Mit dem Beginn unserer nachhaltigen Forstwirtschaft und begleitet von einer, in der ganzen Welt geachteten, Forstwissenschaft, entwickelte der „künstliche“ Wald eine ungeahnte Artenvielfalt von Pflanzen und mit ihnen vergesellschafteten Tieren – von Insekten, Amphibien hin zu einer bunten Vogelwelt und Vielfalt an Klein- und Großsäugern.





Artenvielfalt kann man messen

Langzeiterhebungen kommen zu dem Ergebnis, dass der Wirtschaftswald mehr als doppelt so viele Pflanzenarten beherbergt als ein sich selbst überlassener Wald. Gleichzeitig hat der Wirtschaftswald seine Eigenschaft als Genpool für die Baumarten aus der Frühgeschichte unseres Landes nicht verloren.

Kleinräumige Eingriffe, etwa durch Holzeinschlag und Waldpflege, lassen die Natur mit ihren eigenen Kräften darauf reagieren. Selbst Waldwege schaffen Lebensräume. Sie tragen das Arteninventar der Offenlandschaften in den Wald.

Diese Ergebnisse werden schnell plausibel, wenn man sich die Abläufe im Wirtschaftswald vor Augen führt. Die mosaikartigen Eingriffe – hier eine Pflanzung, dort ein Holzeinschlag, hier eine Waldwiese, dort ein Holzlagerplatz – bieten viel mehr Lebensräume als ungenutzte, dunkle Wälder.

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 2. Dezember 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 23



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Hauptversammlung des Deutschen Städtetags:

Den Wandel lebenswert gestalten

Im Zeichen von Neuwahlen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen stand die Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Erfurt. Unter dem Motto „Was das Leben ausmacht. Die Städte in Deutschland" rief der Verband die Ampel-Parteien in Berlin dazu auf, in der entscheidenden Phase der Koalitionsverhandlungen bei essenziellen Themen wie Klima, Wohnen und Verkehr die Rolle der Städte zu beachten und zu stärken. Rund 800 Delegierte und Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet nahmen an der alle zwei Jahre stattfindenden Tagung teil.

Zum neuen Präsidenten des Deutschen Städtetags wählten die Delegierten Markus Lewe, Oberbürgermeister der Stadt Münster. Als Vizepräsident fungiert nun der Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung, der seit Juni 2019 das Präsidentenamt innehatte und turnusgemäß abgab. Zum ersten Stellvertreter des Präsidenten wurde Heidelbergs Oberbürgermeister Prof. Dr. Eckart Würzner bestimmt. Zu den weiteren Stellvertretern zählt der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr. Außerdem wurde der ehemalige Präsident des Deutschen Städtetags und langjährige Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly einstimmig zum neuen Ehrenmitglied des Kommunalverbandes gewählt.



Bayerns Städtetagsvorsitzender Markus Pannermayr; einer der stellvertretenden Vorsitzenden im Deutschen Städtetag. ❒

Die Lebensqualität vor Ort verbessern

Lebenswerte Städte, klimafreundlich, digital, mit bezahlbaren Wohnungen, guten Bildungsangeboten, bürgernahen Verwaltungen und vernetzt in Europa: Diesen Zielen und den laufenden Transformationsprozessen wollen sich die Städte stellen. Nötig ist aus Sicht des Deutschen Städtetags dafür die Unterstützung durch die künftige Bundesregierung und die Länder. In einer „Erfurter Erklärung" wurden die wichtigsten Positionen verabschiedet.



V.l.: Oberbürgermeister Markus Lewe, Vizepräsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages während der Auftakt-Pressekonferenz.

Bild: Stadtverwaltung Erfurt/Vitalik Gürtler

Präsident Lewe zufolge wollen die Städte in Deutschland zunächst die Lebensqualität vor Ort verbessern. Nur die Städte können mit ihrer gestaltenden Politik Orte schaffen, an denen sich die Menschen zu Hause fühlen. Sie wollen sichern und leisten, was das Leben ausmacht: Begegnung und Teilhabe im Alltag, im öffentlichen Raum, auf dem Spielplatz, im Stadion, im Verein, in kulturellen und sozialen Einrichtungen.

Das Lebensgefühl entscheidet

Das Lebensgefühl der Menschen entscheidet über Identifikation und Teilhabe. Die Städte sind Impulsgeber und strahlen weit in die Region aus. Hier zeigt sich Veränderungsdruck, aber auch die kreative Kraft der Städte. „Diese kreative Kraft wollen wir einbringen", so Lewe.

Auch gilt es, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern. Die Städte stehen ein für demokratische Werte, offenen Diskurs, Beteiligung, Vielfalt und Toleranz sowie Gleichstellung aller Geschlechter. Sie stellen sich ausdrücklich gegen Haltungen, die diese Werte nicht anerkennen und unterminieren, und damit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Stadtpolitik ist nah dran, kann Konflikte lösen und verhindern helfen. Die Gemeinwohlorientierung zeichnet die Städte aus, sie ist sinnstiftend, schafft die Grundlagen für ein gesellschaftliches Zusammenleben und die eigene Entfaltung. Stabile Stadtgesellschaften entstehen durch die Kraft aller und im gegenseitigen Respekt. Sie sind unab-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Kommunalverbände zum Koalitionsvertrag:

Gemischte Gefühle

Der Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bietet nach Auffassung von Deutschem Landkreistag und DStGB zwar gute Ansätze, jedoch haben die Kommunalverbände Bedenken, was die Umsetzung der Vorhaben anbelangt. „Zahlreiche positive Impulse für zukunftsfähige Städte" sieht dagegen der Deutsche Städtetag. Im Koalitionsvertrag seien mehrere Forderungen des Verbandes aufgegriffen worden.

Mit gemischten Gefühlen betrachtet der Deutsche Landkreistag den Koalitionsvertrag. Präsident Landrat Reinhard Sager hob positiv hervor, dass die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse weiterhin im Fokus bleibt und die drängenden Zukunftsthemen wie Klimaschutz und Digitalisierung unter Einbeziehung der Landkreise, Städte und Gemeinden angegangen werden sollen.

Zahlreiche Förderprogramme, zentrale Steuerung und Projektfinanzierungen

Generell leide das Vertragswerk aber darunter, dass statt einer Kräftigung kommunaler Selbstgestaltung und finanziellen Stärkung der Kommunen erneut zahlreiche weitere Förderprogramme, zentrale Steuerung und Projektfinanzierungen angekündigt werden. „Stattdessen sollte die neue Bundesregierung die Kommunen befähigen, ihre Aufgaben und Herausforderungen aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln zu bewältigen."

Es fehlten die nicht erkennbare politische Priorisierung der Vorhaben sowie fehlende Aussagen zum Finanztableau. „Das ist aber wichtig, wenn es um die Umsetzbarkeit der einzelnen Projekte geht. Denn die Mittel des Bundeshaushalts sind begrenzt. Dieses Koordinatensystem fehlt zum jetzigen Zeitpunkt noch."

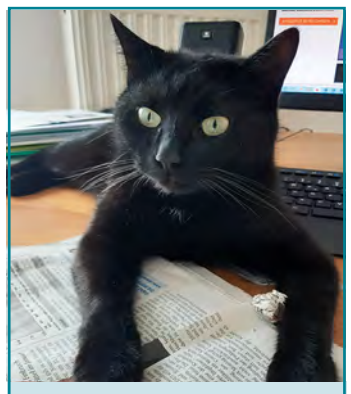
Kostenträchtige Vorhaben

So würden im Sozialbereich kostenträchtige Vorhaben angekündigt, bei denen die Finanzierung geklärt und kommunale Mehrbelastungen wirksam ausgeschlossen werden müssten. „Das betrifft zum einen das Bürgergeld, das das Arbeitslosengeld II ablösen soll und zwei Jahre lang ohne Anrechnung von Vermögen jegliche Unterkunftskosten übernehmen soll. Wenn die Jobcenter jede noch so hohe Miete übernehmen, ist zu befürchten, dass es für untere Einkommensgruppen noch schwieriger wird, bezahlbaren Wohnraum zu finden", machte Sager deutlich.

Skepsis bei der Kindergrundsicherung

Zum andern sehe der DLT die Kindergrundsicherung skeptisch, „an der hat sich schon die Vorgängerregierung konzeptionell die Zähne ausgebissen", betonte der Präsident. Die Grundsicherung von Kindern werde schon heute sichergestellt. „Wichtig ist es, Kinder nicht isoliert von ihren Eltern und ihrer Familie zu betrachten, in der sie leben." Zu begrüßen sei hingegen, dass die Belastungen für pflegebedürfti-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Unser konservativ sozialisierter Pino hat kein Problem damit als Katze bezeichnet zu werden und er erachtet es als Privileg, dass bei der weiblichen Form, die männliche mitgedacht wird. Warum bei Arzt nicht gleich die Medizinerin mitgemeint sein kann und über andere gegenderte Unplausibilitäten, denkt er auf Seite 15 nach. ❒

Haushaltentwurf 2022 der Bayerischen Staatsregierung:

Zufriedene Kommunen

Trotz der unabsehbaren Folgen der vierten Corona-Welle will die Bayerische Staatsregierung den Kreditrahmen zur Bewältigung der Pandemie von maximal 20 Milliarden Euro einhalten. Allerdings sollen davon 5,9 Milliarden Euro als „finanzieller Puffer" in das neue Jahr geschoben werden. Darauf verständigte sich der Ministerrat in München. Insgesamt umfasst der Etatplan für 2022 knapp 71 Milliarden Euro. Finanzminister Albert Füracker hofft, dass durch die Ausgabendisziplin der Ressorts und die sich verbessernde Steuerschätzung die wegfallenden Steuereinnahmen ohne neue Kredite ausgeglichen werden können.

Die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse wird damit auch im kommenden Jahr wegen Corona ausgesetzt. Die Sonderbelastungen für den Staatshaushalt im neuen Jahr resultieren insbesondere aus Kosten für die laufende Test- und Impfstrategie.

2.800 neue Stellen

Insgesamt sind für den Haushalt 2022 rund 2.800 neue Stellen vorgesehen. Darin enthalten sind insbesondere 1.250 zusätzliche Stellen für die Schulen, 500 zusätzliche Stellen für die Polizei, 100 neue Stellen für den Aufbau der Technischen Universität Nürnberg und 84 zusätzliche Stellen für das Klinikum Augsburg sowie 425 neue Stellen für den Öffentlichen Gesundheitsdienst.

Größter Posten im Etatplan ist wie in jedem Jahr der Bereich Bildung - insgesamt sind hierfür 24,7 Milliarden Euro vorgesehen. Für die innere Sicherheit und Rechtsschutz sind insgesamt Ausgaben in Höhe von rund 7,5 Mrd. Euro eingeplant. Die Ausgaben für Gesundheit betragen insgesamt rund 5,6 Mrd. Euro. Die Investitionsausgaben belaufen sich auf 11,3 Milliarden Euro, damit liegt die Investitionsquote bei 15,9 Prozent. Mit insgesamt rund 10,5 Mrd. Euro erreicht der Kommunale Finanzausgleich 2022 trotz anhaltender Corona-Krise ein Spitzenniveau.

Mindereinnahmen der Gewerbesteuer werden hälftig finanziert

Im Rahmen seiner Klausur beschloss der Ministerrat zudem, dass der Freistaat Bayern seinen hälftigen Finanzierungsanteil zum Ausgleich der prognostizierten Gewerbesteuermindereinnahmen für das Jahr 2021 erbringen wird. Damit können die Städte, Märkte und Gemeinden mit einer Kompensation des Gewerbesteuerausfalls in Höhe von 330 Mio. Euro rechnen.

Ausdrücklicher Dank

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, begrüßt dieses Signal: „Viele Städte und Gemeinden müssen bei der Aufstellung der Haushaltspläne mit Ausfällen der Gewerbesteuer kalkulieren. Ihnen wäre ohne die Hilfe der Staatsregierung finanziell die Luft abgedrückt worden. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich. Mit der Zusage der Staatsregierung können drohende Schieflagen in vielen kommunalen Haushalten korrigiert werden. Der vollständige Ausgleich der Ausfälle bei der Gewerbesteuer würde den betroffenen Kommunen, wie bereits im Haushaltsjahr 2020, eine wichtige Atempause verschaffen. Deshalb ist der Bund jetzt gefordert, seinen Anteil ebenso zu leisten."

„Wir bedanken uns, dass der Freistaat Bayern zu seinem

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Personalmangel und 2G in der Kritik 2
Bayerischer Gemeindetag: Beschädigtes Vertrauen 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:
KPV – Garantin für erfolgreiche Kommunalpolitik 3
Ländliche Entwicklung: Gleichwertige Lebensverhältnisse . . .3
Perspektiven für die Bildungsdekade. 5
Kommunale Verkehrsthemen • ÖPNV . . . . . .6 - 7
Wasser • Abwasser . . . . . .8 - 9
Abfall • Umwelt . . . . . 10 - 11
Kommunalfahrzeuge • Wald • GaLaBau
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Kinder- und Jugendhilfe:

Personalmangel und 2G in der Kritik

Die Situation in der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern steht vor großen Herausforderungen – das stellten verschiedene Experten im Rahmen einer Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie im Bayerischen Landtag heraus. Neben der hohen Personalfluktuation stand vor allem die bayernweit geltenden Infektionsschutzmaßnahmen, darunter die 2G-Regel, in massiver Kritik. Denn gerade ungeimpften Jugendlichen werde so die Teilhabe verwehrt und der Zugang zur Jugendarbeit eingeschränkt.

Der Personalmangel ist vor allem in sozialen Berufen besonders hoch. Sabine Ahlers-Reimann, Direktorin der Abteilung Kinder- und Jugendhilfe, Ausländer und Integration beim Bayerischen Landkreistag, empfahl deshalb eine Imagekampagne und eine wissenschaftliche Erhebung zu Studiengängen und Ausbildungsangeboten. „Wir müssen mehr Leute ins System bringen“, sagte Michael Eibl, Direktor der Katholischen Jugendfürsorge der Diözese Regensburg. Er betonte, dass die Ausbildung in diesem Bereich deshalb nicht niedrigschwelliger sein solle, sondern höherwertig.

Fluktuation gehört zum Alltag

Personalfluktuation gehöre mittlerweile zum Alltag, sagte Siegmund Hammel, Leiter des Jugendamts Eichstätt und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der oberbayerischen Jugendamtsleitungen. „Den Sozialarbeiter, der eine Familie ein Leben lang begleitet, gibt es nicht mehr.“ „Es wird nicht die eine Lösung geben“, so Sabine Lindau, Vorständin Verbandsvertretung, Integration und Familie bei der Diakonie Bayern. Um den Mangel zu beheben, müsse unter anderem Quereinsteigern der Zugang ermöglicht und das Studium staatlich finanziert werden.

Auf heftige Kritik stieß die Mitte November verkündete 15. Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung. Vorgaben wie 3G und 3G plus sind darin nicht mehr enthalten – es gibt nur noch 2G und 2G plus in Bayern. Die 2G-Regel schreibt vor, dass Menschen entweder geimpft oder von Corona genesen sein müssen, um Zutritt zu bestimmten Innenräumen oder Veranstaltungen zu erhalten. Ein negativer Corona-Test von Ungeimpften reicht nicht mehr aus. Kinder bis 12 Jahre und 3 Monate ohne Impfung sind zwar zu 2G zugelassen. Und auch ungeimpften 12- bis 17-jährigen, die in der Schule regelmäßig negativ getestet werden, bleibt der Zutritt zu 2G übergangsweise bis Ende Dezember zur eigenen Ausübung sportlicher, musikalischer oder schauspielerischer Aktivitäten, in der Gastronomie und dem Beherbergungswesen möglich. Dieser letztmalige Übergangszeitraum bis Ende Dezember sollte für eine Impfung genutzt werden.

Doch daraus ergeben sich Konsequenzen, die Matthias Fack, Präsident des Bayerischen Jugendrings BJR, stark kritisierte. Kinder und Jugendliche müssten in ihren Bedürfnissen wahrgenommen werden, forderte er und bemängelt, dass die Anordnung 2G ungeimpften Kindern und Jugendlichen den Zugang zur Jugendarbeit verwehre.

Ausbau der Hilfsmöglichkeiten

Für Heranwachsende seien andere Jugendliche wichtig, um sich in der Welt zu positionieren, so Dr. Christian Lüders, Vorsitzender des Bayerischen Landesjugendhilfeausschusses. Das werde mit einer 2G-Regel verhindert. Gerade die Ungeimpften wolle man ja erreichen. Eine Stellungnahme dazu kam aus dem Sozialministerium von Peter Nitschke, zuständig für Jugendarbeit und -politik. Er fügte an, dass auch ungeimpften Jugendlichen immerhin eine gewisse Teilhabe, etwa beim Sport oder Schauspiel, möglich sei. Susann Enders, Sprecherin für Soziales und Familie der Freie Wähler-Landtagsfraktion, forderte einen Ausbau ergänzender Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen der Krisenbewältigung: „Die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Infektionsgeschehens haben insbesondere Kinder und Jugendliche stark in ihren Sozialkontakten und Kontaktmöglichkeiten zu Gleichaltrigen eingeschränkt. Dabei gilt es die Interessen und Meinungen von Kindern zu erfragen und zu berücksichtigen, um Informationen altersgerecht aufzubereiten und Unterstützungsangebote dem Einzelfall entsprechend anpassen zu können.“

Kritik an Digitalisierung

Neben den Infektionsschutzmaßnahmen schränken auch weitere Aspekte die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ein. So waren sich die Experten einig, dass es bei den Themen Digitalisierung, bei der technischen Ausstattung und der Qualifizierung Nachholbedarf gäbe. Digitale Endgeräte zum Homeschooling seien erst mit Spendengeldern angeschafft worden, berichtete Luca Müller, 1. Vorsitzender des Bayerischen Landesheimrats aus seinen Erfahrungen während der Pandemie. Das WLAN sei nicht stabil gewesen und die Betreuer hätten sich mit der EDV nicht ausgekannt, so der Jugendliche. Zwar habe Corona einen Schub gebracht, doch noch immer werde nicht gesehen, dass die Digitalisierung institutionalisiert werden müsse, so Josef Parstorfer, Geschäftsführer des Sozialpädagogischen Zentrums St. Leonhard in Regensburg.

Corona verstärkt Strukturmängel

Das größte Problem: Wenn Geräte fehlten, könnten Kinder und Jugendliche ihrer Schulpflicht nicht nachkommen, so Dr. Melanie Mönnich, Referentin Kinder, Jugend, Bildung beim Paritätischen Wohlfahrtsverband. Die fehlenden Teilhabemöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler seien enorm. Dass Ungleichheit und Teilhabechancen sich verschlechtert haben, beobachtete auch Elisabeth Ries, Mitglied des Sozialausschusses im Bayerischen Städtetag. Strukturmängel seien durch Corona noch verstärkt worden, sagte auch Professor Mechthild Wolff, die an der Hochschule Landshut den Studiengang Kinder- und Jugendhilfe leitet. Fehlende Beteiligung junger Menschen führe zu einem Gefühl der Marginalisierung.

Die Auswirkungen von Corona-Pandemie und Lockdown auf die Kinder und Jugendlichen seien massiv unterschätzt worden, beteuerte abschließend Holger Kiesel, Behindertenbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung. Kinder und Jugendliche mit Behinderung seien besonders vulnerabel. Er forderte, ihnen mehr Möglichkeiten zu geben, ihre Bedürfnisse zu artikulieren. In Bezug auf die Reform des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes(KJSG) und des SGB VIII sowie deren Auswirkungen auf Inklusion und das bayerische AGSG wurde der Wunsch nach mehr Klarheit laut: „Der Gesetzgeber lässt uns in der Luftleere hängen“, so Julia Neumann-Redlin, Referentin für Soziales beim Bayerischen Bezirketag. Dabei gäbe es viele Schnittstellen – bei Volljährigkeit etwa zu Leistungen der Eingliederungshilfe oder der Pflege – an denen man ansetzen könne. Der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler, Johann Häusler, hingegen betonte: „Das KJSG zielt auch außerhalb von Krisenzeiten darauf ab, mit einer modernen Kinder- und Jugendhilfe vor allem diejenigen Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen zu stärken, die besonderen Unterstützungsbedarf haben. Allerdings benötigen wir bessere Präventions- und Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen, Eltern und Familien vor Ort.“ **red**

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Wallinger
93488 Schönthal
am 5.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Reinhard Streng
91474 Langenfeld
am 15.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Walter
87743 Gemeinde Egg a.d.Günz
am 6.12.

Bürgermeister Stefan Paulus
97478 Knetzgau
am 6.12.

Bürgermeister
Benedikt Pössenbacher
83673 Bichl
am 9.12.

Bürgermeister Alois Schiegg
86688 Marxheim
am 14.12.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Dr. Christian Hümmer
83278 Traunstein
am 2.12.

Landrat Sebastian Gruber
94078 Freyung
am 4.12.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Nicole Weissenseel-Brendler
97497 Dingolshausen
am 2.12.

Bürgermeister Tobias Ehrlicher
96476 Bad Rodach
am 11.12.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

DStGB-Diskussionspapier:

Inklusion vor Ort

Spätestens seit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention haben sich die Kommunen auf den Weg gemacht, das Thema der Inklusion in der Stadtpolitik umzusetzen. Der DStGB unterstützt deshalb unter anderem die Initiative „Kommune Inklusiv“ der Aktion Mensch, die Modellansätze, wie lokale Inklusionsarbeit effektiv gestaltet werden kann, erproben und weiterentwickeln soll. Mit dem Diskussionspapier „Inklusion in den Fokus der Städte und Gemeinden rücken“ will man das Thema nun noch stärker in das gemeinsame Blickfeld rücken.

Als Gründe für die Inklusion werden die Stärkung des Zusammenhalts, die Verbesserung der Lebensqualität und die Stärkung der Demokratie genannt. Darüber hinaus beinhaltet Inklusion Barrierefreiheit, bringt Kreativität, verringert den Fachkräftemangel und spart Ressourcen.

Für die Umsetzung von Inklusion vor Ort bedarf es unterschiedlicher Rahmen- und Gelingensbedingungen. Die Erfahrung aus der Modellinitiative Kommune Inklusiv der Aktion Mensch zeigt, dass es vier Bedingungen für das Gelingen gibt, von denen der Erfolg der Umsetzung abhängt:

1. Inklusion vor Ort gelingt nur, wenn die kommunale Verwaltung sie mitträgt. Sie muss sich mit dem Vorhaben identifizieren und davon überzeugt sein, dass mehr Inklusion die Gesellschaft voranbringt. Wenn die Kommunalverwaltung den Inklusionsprozess von oben stützt, motiviert und aktiviert sie damit auch die Menschen vor Ort. Die Verwaltung kann sich auf unterschiedliche Weise beteiligen: mit Personal, Ideen oder Geld. Sie kann auch Räume oder Plätze für Veranstaltungen zur Verfügung stellen. Wichtig ist auch, dass sich die Verwaltung zu einem weiten Inklusionsbegriff bekennt.

2. Erfolgreiche Inklusion ist auf starke lokale Akteure angewiesen. Beispielsweise Vertreter von gemeinnützigen Vereinen, Wohlfahrtsverbänden oder Wirtschaftsunternehmen, engagierte Bürger, Menschen aus den Zielgruppen als Experten in eigener Sache. Sie kommunizieren idealerweise auf Augenhöhe miteinander, artikulieren sich deutlich und formulieren ihre Interessen und Ideen mit Mut und Selbstvertrauen. Doch nicht alle Menschen fühlen sich stark genug, um ihre Meinung zu sagen oder ihr Recht zu fordern. Damit Inklusion gelingen kann, müssen mehr Menschen für Partizipation gestärkt, das heißt „empowert“ werden.

3. Um Inklusion zu erreichen, müssen Vertreter von Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und kommunaler Verwaltung in einem professionellen Netzwerk an gemeinsamen Zielen arbeiten. Das heißt: Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft sollten auf Augenhöhe und gleichberechtigt kooperieren, in einem Netzwerk mit klaren Strukturen, festen Gremien und eindeutig verteilten Rollen.

Netzwerkkoordination

Ein wichtiger Bestandteil des Netzwerks ist nach den Erfahrungen der Aktion Mensch eine hauptamtliche Netzwerkkoordination, die den Austausch organisiert. Eine entscheidende Rolle spielt auch die Qualifizierung der Netzwerkpartner. Denn erfolgreiche Arbeit im Netzwerk lässt sich lernen: beispielsweise wie die Partner gut nach innen und nach außen kommunizieren, wie sie echte Partizipation organisieren oder wie sie wirksam Fördermittel beantragen.

4. Inklusion beginnt im Kopf. Sie gelingt, wenn Alt und Jung, Menschen mit und ohne Behinderung, Einheimische und Menschen mit Migrationshintergrund sich mit ihrer Lebenswelt auseinandersetzen. Sie merken dann, was in der Stadtgesellschaft und in der Gemeinde schon gut läuft. Sie merken auch, was noch nicht funktioniert. Diese Wahrnehmung kann ein Anstoß für große Veränderungen sein. Ziel ist: Die Mehrheit der Bürger weiß, wie wichtig Inklusion ist und dass sie ihnen nützt. Denn jede und jeder ist für eine solidarische Gesellschaft wichtig. **DK**

Auch für Kommunen in Bayern:

Bayerischer Eine Welt-Preis 2022

Überall in Bayern setzen sich Menschen auf vielfältige Weise für globale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Solidarität, Frieden und weltweite Bewahrung der Natur ein. Sie engagieren sich für Eine Welt: zum Beispiel im Rahmen partnerschaftlicher Zusammenarbeit (mit Schulen, Kirchengemeinden, Nichtregierungsorganisationen), bei der Förderung des Fairen Handels oder im Bereich entwicklungspolitischer Bildung / Globalen Lernens.



Sie wollen Globalisierung gerechter gestalten und allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Dieses bürgerschaftliche Engagement zu stärken und in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu tragen ist das Ziel des Bayerischen Eine Welt-Preises. Am 30.4.2022 wird er zum sechsten Mal vom Freistaat Bayern, vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, gemeinsam mit dem Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. verliehen.

Vereine, Schulen, Kirchengemeinden, Initiativen sowie Kommunen können sich bis 11.3.2022 online bewerben. Als Preisgeld winken den Vereinen, Schulen, Kirchengemeinden 3.000, 2.000 und 1.000 Euro. Kommunen können ein Preisgeld in Höhe von 1.000 Euro erhalten. Weitere Informationen siehe www.eineweltpreis.de. ❐

Bayerischer Gemeindetag:

Beschädigtes Vertrauen

Geht es nach dem Willen des Bayerischen Gemeindetags, muss der Freistaat Bayern gemeindliche Investitionen in Kita-Einrichtungen finanziell stärker unterstützen. „Die Förderquote sollte unbedingt wieder das Niveau erreichen, das sie bis vor kurzem aufgrund der Sonderinvestitionsprogramme des Bundes hatte“, hob Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl in München hervor.

Er verwies darauf, dass derzeit die Gemeinden und Städte lediglich 50 Prozent der zuwendungsfähigen Investitionskosten für Kita-Plätze erhalten, weil sämtliche Sonderinvestitionsprogramme des Bundes ausgeschöpft sind. Zahlreiche Kommunen hätten fristgerecht Anträge auf erhöhte staatliche Zuwendungen gestellt; nunmehr erhielten sie Mitteilungen der Förderstellen, dass nun nur noch geringere Zuschüsse gewährt werden können. Dies stelle viele Kommunen vor finanzielle Probleme und frustriere die Kommunalpolitiker. Brandl: „Der Staat hat das Vertrauen der Akteure vor Ort beschädigt. Jetzt sollte die Staatsregierung dieses Vertrauen wiederherstellen, indem sie mit eigenen Mitteln die fehlenden Zuschüsse des Bundes ausgleicht.“

Wie Brandl zudem betonte, werde ab 2026 aufgrund des dann geltenden Rechtsanspruchs auf einen ganztägigen Betreuungsplatz für Grundschulkinder ein hoher Investitionsbedarf bei den Kommunen bestehen. Vom Bund seien bundesweit 3,5 Milliarden Euro zu erwarten, 15 Prozent davon für den Freistaat. „Wann kommt das Geld? Legt Bayern dann von sich aus noch etwas drauf? Es droht ein Investitionsstau, bis klar ist, mit wie viel Geld die Gemeinden und Städte rechnen und planen können“, so der Verbandschef.

Steuern und Abgaben bei Benzin über 60 Prozent

Entlastung für den ländlichen Raum fordert der Bayerische Gemeindetag mit Blick auf die stetig steigenden Treibstoffpreise. Betroffen seien vor allem Bürgerinnen und Bürger in ländlichen Gegenden des Freistaats, die beruflich auf ihr Fahrzeug angewiesen sind, erklärte Brandl. „So kann das nicht weitergehen“, machte er deutlich. „Das Geschehen auf dem Weltmarkt können wir nicht beeinflussen. Die hohe Nachfrage an Treibstoff weltweit ist der wirtschaftlichen Erholung in vielen Ländern geschuldet. In Deutschland kann der Bund aber durchaus für Entlastung sorgen. Bekanntlich beträgt der Anteil an Steuern und sonstigen Abgaben beim Benzin über 60 Prozent. Hier könnte der Bund teilweise auf die auf Benzin entfallende Umsatzsteuer zumindest befristet verzichten.“

Dieses Instrument hat sich Brandl zufolge in der Pandemie bei der vorübergehenden Reduzierung der Mehrwertsteuer bewährt. Andere Länder, wie zum Beispiel Frankreich, hätten es vorgemacht und beispielsweise Energiekosten gedeckelt. Sein Appell: „Wir fordern den Bund auf, zugunsten der Bevölkerung, die das Auto täglich braucht, auf einen Teil der Steuern und Abgaben befristet zu verzichten.“ **DK**

Kreative Projekte für regionale Identität

Staatliche Förderung für ländliche Entwicklung

Ganz gleich, ob ein „Bücherheisla“ oder ein Pavillon mit Infos zu regionalen Lebensmitteln unter dem Motto „Derf’s a weng mehr sei?“ – schon an den Namen vieler kleiner Projekte im ländlichen Raum kann man erkennen, wie sie die regionale Identität stärken. Solche kleinen Vorhaben werden auch im kommenden Jahr wieder gefördert.

Wie Agrarministerin Michaela Kaniber mitteilte, können sie wieder durch das sogenannte „Regionalbudget“ gefördert werden, zudem gibt es ab 2022 Geld aus einem neuen „Verfügungsrahmen Ökoprojekte“. Das Regionalbudget steht für alle Zusammenschlüsse der Integrierten Ländlichen Entwicklungen (ILE) zur Verfügung. Die kommunalen Allianzen können sich ab sofort für die Förderung im kommenden Jahr bewerben.

In diesem Jahr wurden für 106 Zusammenschlüsse der Integrierten Ländlichen Entwicklung Zuwendungen in Höhe von mehr als 9,5 Millionen Euro für die Umsetzung von weit über 1.000 Kleinprojekten bewilligt. Mit dem „Verfügungsrahmen Ökoprojekte“ erstmalig ein vergleichbares Instrument für die 27 bayerischen Öko-Modellregionen bereit. Damit können gezielt Kleinprojekte umgesetzt werden, die die regionale Bioland- und Ernährungswirtschaft und bio-regionale Wirtschaftskreisläufe stärken.

Anträge müssen bis 31.12.2021 beim zuständigen Amt für Ländliche Entwicklung gestellt werden. Über die Förderung der einzelnen Kleinprojekte entscheiden die Regionen in eigener Verantwortung. Infos: www.stmelf.bayern.de/foerderwegweiser. ❐

Stellungnahme des Sachverständigenrats Ländliche Entwicklung:

Für gleichwertige Lebensverhältnisse

Mit konkreten Vorschlägen zur Stärkung ländlicher Räume wartet der Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung (SRLE), dem u.a. der DStGB angehört, in einer aktuellen Stellungnahme auf. Zentrale Herausforderung für die 20. Legislaturperiode sei es, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen und die Digitalisierung ländlicher Räume voranzutreiben. Stärker als bisher sollen die Gemeinden dabei unterstützt werden, ihren Beitrag zum Erreichen der Klimaziele zu leisten.

Konkret reichen die Vorschläge des Sachverständigenrates von einer Verbesserung der Verkehrsanbindung mit nachhaltigen Verkehrsträgern über die Stärkung der Gesundheitsversorgung durch eine sektorübergreifende Versorgungsplanung bis zur Vitalisierung von Ortskernen durch die Förderung der Innenentwicklung.

Wertschöpfungsbeteiligung für Kommunen ausweiten

Mit Blick auf die Energiewende empfiehlt der SRLE, die durch die EEG-Novelle 2020 für Windenergie geschaffene Wertschöpfungsbeteiligung für Kommunen verpflichtend auf alle überregional betriebenen Anlagen für erneuerbare Energien auszuweiten, unabhängig von der Erzeugungsart und der Förderung durch das EEG. Auch sollte die Nationale Wasserstoffstrategie dezentral ausgerichtet werden, um Wertschöpfung und Innovation in der Fläche zu halten bzw. zu erzeugen. Lastenausgleiche müssten die Belange der ländlichen Räume berücksichtigen.

Was deren Stärkung als nachhaltigen Wirtschaftsstandort anbelangt, müssten die politischen Rahmenbedingungen gerade familiengeführten Unternehmen helfen, sich weiterzuentwickeln – „auch als Perspektiven-, Rückkehr-, und Dableibe-Gestalter für Menschen aller Altersgruppen in ländlichen Räumen“. Neben einer bundesweit adäquaten Infrastruktur-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Einwanderungspolitik sollte ein attraktives Wohn- und Lebensumfeld im Vordergrund stehen.

Fachkräftemangel im Dienstleistungssektor

Erforderlich sei auch eine finanziell hinterlegte Nationale Tourismusstrategie, die die besonderen Bedürfnisse der ländlichen Räume fokussiert und die Akteure vor Ort einbindet. Neben der Verbesserung der verkehrlichen und digitalen Erreichbarkeit sei besonders der Fachkräftemangel im Dienstleistungssektor ins Zentrum politischer Maßnahmen zu rücken.

Des Weiteren sollten Vorschläge für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung erarbeitet werden, bei der ambulante wie stationäre Angebote im Gesundheits-, Pflege- und Therapiebereich besser miteinander verzahnt sind. Möglichkeiten der Digitalisierung im Gesundheitswesen seien stärker zu nutzen. Die klassische Krankenhausplanung durch die Länder sollte durch eine sektorenübergreifende Versorgungsplanung ersetzt werden. Es wird empfohlen, Lösungen für die Planung und Sicherstellung der medizinischen Versorgung dabei möglichst kleinräumig und unter Einbeziehung der Kommunen gemeinsam zu entwickeln.

Da der motorisierte Individualverkehr in ländlichen Räumen für die Mobilität von Pendlern, Familien und Wirtschaft auch absehbar eine wesentliche Rolle spielen wird, ist aus Sicht des Sachverständigenrats der flächendeckende Ausbau der (Schnell-)Ladeinfrastruktur im Bereich der Elektromobilität erforderlich. Durch die Förderung emissionsarmer Fahrzeuge sei zudem im öffentlichen wie privaten Bereich dafür zu sorgen, dass die Antriebswende auch in den ländlichen Räumen gelingt. Durch einen Förderschwerpunkt autonomes Fahren sollten perspektivisch eine Anbindung an die Zentren bzw. der Übergang zum ÖPNV und SPNV verbessert werden. Eine intelligente digitale Verknüpfung vorhandener wie neuer Mobilitätselemente könne effizienzsteigernd eingesetzt werden.

Sanierung vor Neubau

Stichwort Wohnraumpolitik: „Die Sanierung von Altgebäuden ist dem Neubau hinsichtlich des Ressourcenverbrauchs (unversiegelte Fläche, Energie, Rohstoffe) weit überlegen, eine Grundsanierung spart gegenüber dem Neubau bis zu 80 % an Ressourcen ein“, heißt es.

Sanierung sollte im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und des Klimaschutzes Priorität haben. Deshalb sei ein umfassendes Bauförderprogramm „Sanierung vor Neubau“ notwendig, um die Sanierung im Bestand zu stärken und gegenüber der bedarfsgerechten Entwicklung von Neubaugebieten am Stadt- oder Dorfrand attraktiver zu machen.

Daneben müsse das Gebäudeenergiegesetz eine flexible Anpassung an eine sinnvolle Umsetzung von Wärmeschutzmaßnahmen ermöglichen. Zugleich bedürfe es einer öffentlichen Diskussion über eine flexiblere Anwendung des Denkmalschutzes unter Berücksichtigung lokaler Gegebenheiten.

Fakt ist, dass die pandemiebedingten Beschränkungen den Rückzug des (Einzel-)Handels, der Gastronomie und kleinerer Gewerbebetriebe aus den Zentren der Dörfer, Klein- und Mittelstädte noch einmal beschleunigt haben. Entsprechender Leerstand von Gewerbeimmobilien vermindert die Attraktivität dieser Kommunen, die als Ankerpunkte der ländlichen Räume eine wichtige Bedeutung haben, dramatisch. Die finanzielle Förderung der Sanierung im Bestand müsse deshalb auch für Gewerbeimmobilien nutzbar sein und mit weiteren Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der Innenbereiche kleiner Städte und der Dorfkerne flankiert werden.

Hierzu sollten die bestehenden Förderansätze gestärkt und für entsprechende Maßnahmen weiter geöffnet werden. Anknüpfungspunkt hierfür sei neben dem nationalen Strategieplan zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), mit dem der Europäische Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung (ELER) umgesetzt wird, eine Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) mit dem Ziel, Grundversorgungsstrukturen in ländlichen Räumen umfassender als bisher fördern zu können.

Zudem sei im Rahmen der Förderung über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) sicherzustellen, dass mehr Mittel für die Sanierung von Gewerbeimmobilien von Handwerkbetrieben bereitstehen. Im Übrigen sollten Städte und Gemeinden auf leerstehende Immobilien in Ortskernen mit ungeklärter Eigentumslage sowie bei Schlüsselimmobilien einen verbesserten Zugriff bekommen. Dies umfasst auch die Möglichkeit des Grunderwerbs oder der Anmietung dieser Immobilien im Interesse der Vitalisierung von Ortskernen und Zentren. Neben einer Stärkung der kommunalen Vorkaufsrechte könnten ein von Bund und Ländern aufgelegter Ortskernfonds, eine Erhöhung der Mittel für die Dorfentwicklung im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) sowie eine Aufstockung der Städtebaufördermittel des Bundes weitere Impulse setzen.

Oft hat der SRLE betont, dass die Stärkung der Handlungsfähigkeit ländlicher Räume einer Verbesserung der kommunalen Steuerausstattung bedarf. Konkret spricht sich der Sachverständigenrat gegenüber dem Bund – neben einem Appell an die Länder zur Gewährleistung einer auskömmlichen kommunalen Finanzausstattung – für eine Erhöhung des kommunalen Umsatzsteueranteils und eine Verteilung dieser zusätzlichen Mittel nach Einwohnern aus.

Außerdem sei es dringend angezeigt, dass die Standortgemeinden von Erneuerbaren- Energie- Anlagen, die fast alle in ländlichen Räumen liegen, endlich verpflichtend an der Wertschöpfung dieser Anlagen beteiligt werden. Dies gelte insbesondere für On-Shore-Windkraftanlagen sowie Photovoltaikanlagen. **DK**

Sozialministerium startet neue Veranstaltungsreihe:

„Radikalisierung hat kein Geschlecht“

Das Schlagwort „Gender“ ist seit Jahren in aller Munde – auch im Bereich der Radikalisierungsprävention. Doch was verbirgt sich dahinter, oder genauer: Wie hängen Geschlecht und Radikalisierung überhaupt zusammen? Und wie kann uns das Wissen darüber in der Präventionsarbeit unterstützen? Diesen Fragen widmet sich die neue Veranstaltungsreihe „Radikalisierung hat kein Geschlecht“ des Bayerischen Sozialministeriums, die insbesondere den Fachkräften des Sozialressorts als Wissens- und Bedarfsaustausch dienen soll.

Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner: „Als Frauenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung weiß ich: Unsere Vorstellungen von Geschlechtern können den Blick auf die Wirklichkeit verzerren, sie unsichtbar machen. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten wollen wir daher Antworten darauf finden, welche Rollenbilder radikale Ideologien vermitteln, woran sie in unserer Gesellschaft anknüpfen, wieso sie auch gerade bei Jugendlichen immer wieder Anklang finden und viele Fragen mehr. Ich lade Sie ein, an diesem Austausch teilzunehmen. Lassen Sie uns gemeinsam die Jugend so stark machen, dass sie den falschen Versprechungen der Extremistinnen und Extremisten widersteht.“

Die Veranstaltungsreihe startet digital und ist auf der Webseite https://t1p.de/ee2b aufrufbar. Dort stehen weiterführende Informationen und Hinweise zu Anlaufstellen in Bayern zur Verfügung. Ab dem 29. November stehen dann die ersten Beiträge der Expertinnen und Experten online zur Verfügung. Darüber hinaus sind die Fachkräfte und interessierten Besucherinnen und Besucher der Webseite dazu eingeladen, ihre persönlichen Erfahrungen, Berührungspunkte und Bedarfe mitzuteilen. Eine Fortführung der Reihe im Jahr 2022 ist in Planung. Um keine neuen Beiträge zu verpassen, können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger für die Veranstaltungsreihe anmelden.

Präventionsprojekte

Das Sozialministerium fördert im Rahmen der Radikalisierungsprävention seit 2015 eine Reihe von Präventionsprojekten gegen Rechts- wie Linksextremismus, Salafismus und Antisemitismus. Dazu stehen Landes- und Bundesmittel zur Verfügung. Ein Überblick aller Maßnahmen der Radikalisierungsprävention ist zu finden unter www.radikalisierungspraevention.bayern.de.

Die Maßnahme „Radikalisierung hat kein Geschlecht“ des Landesdemokratiezentrums wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. ❐

GZ **KOLUMNE** Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

in den vergangenen zwei Jahren konnte die KPV viel für Bayern und seine Kommunen erreichen. Die erfreuliche Bilanz der KPV durfte ich vor kurzem auf unserer diesjährigen Landesversammlung im Beisein unseres Kommunalministers Joachim Herrmann, MdL in Erding vorstellen.

Ein dauerhaftes Anliegen der KPV ist eine stabile und sichere Finanzlage für unsere bayerischen Kommunen. Für die Aufgaben vor Ort brauchen alle kommunalen Ebenen eine mehr als ausreichende finanzielle Grundausstattung. Das haben wir im diesjährigen Vorgespräch zum kommunalen Finanzausgleich mit den beiden Bayerischen Staatsministern deutlich gemacht. Das Ergebnis: Trotz herausfordernderer Zeiten wurde ein Rekordfinanzausgleich für 2022 beschlossen.

Die KPV – Garantin für erfolgreiche Kommunalpolitik

Eine weitere KPV-Forderung ist die Kompensation der Gewerbesteuerausfälle der Kommunen. Zahlreiche Städte und Gemeinden hatten enorme Corona-bedingte Mindereinnahmen. Das Ergebnis: Die Staatsregierung hat kürzlich ihre Bereitschaft für den hälftigen Ausgleich der Gewerbesteuermindereinnahmen für 2021 erklärt. Jetzt ist die neue Ampel-Koalition gefordert, ihren Beitrag für die bayerischen Kommunen zu leisten. Die KPV steht ebenso für die Stärkung der kommunalen Investitionskraft statt für die von Olaf Scholz geplante Altschuldentilgung von Kommunen.

Die KPV setzt sich ebenso für die Entbürokratisierung und Vereinfachung der zahlreichen Förderprogramme ein. So begrüßenswert die finanzielle Unterstützung ist, müssen wir trotzdem überlegen, wie wir die landes- und bundesweite Förderlandschaft neu strukturieren, vereinfachen und entbürokratisieren können. Die aufwendige Bearbeitung ist für die Kommunalverwaltungen kaum mehr leistbar, insbesondere für kleinere Kommunen. Nicht selten gibt es parallele Fördertöpfe von Bund und Land, aber mit unterschiedlichen Voraussetzungen.

Ein weiterer Schwerpunkt der KPV war das Engagement gegen Hass und Gewalt gegen unsere Kommunalpolitiker. In einer Umfrage unter den KPV-Mitgliedern gab die Hälfte der Befragten an, schon einmal im Rahmen ihrer politischen Tätigkeit beleidigt, bedroht oder beschimpft worden zu sein. Aufgrund der Übergriffe hat ein Viertel der Betroffenen bereits darüber nachgedacht, ihr kommunales Engagement aufzugeben. Die KPV wird sich verstärkt für den Schutz unserer Kommunalpolitiker vor Hass und Gewalt einsetzen. Wir müssen uns ebenso für den Ausbau der Anlaufstellen für Mandatsträger in Krisensituationen einsetzen und aktiv Hilfsangebote für das Krisen- und Konfliktmanagement schaffen.

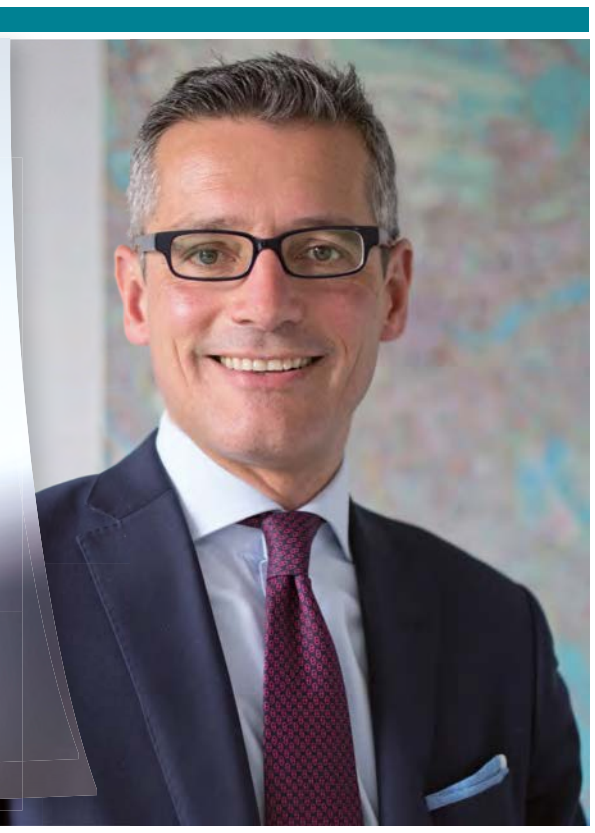
Neben zahlreichen weiteren kommunalpolitischen Themen wurde auch ein neuer KPV-Landesvorstand gewählt. So darf ich mich auf diesem Wege für die einstimmige Wiederwahl als Landesvorsitzender der KPV bedanken.

Ich freue mich, zusammen mit meinen Stellvertretern Landrat Christoph Göbel, Oberbürgermeisterin Eva Weber und Bürgermeisterin Carmen Pepiuk sowie dem gesamten neugewählten Landesvorstand und Hauptausschuss die nächsten zwei Jahre gemeinsam über die KPV für starke bayerische Kommunen einzusetzen.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Ich lese die GZ



» … mit Gewinn, weil sie mir einen fundierten Überblick über das Geschehen in kleinen wie auch großen Kommunen verschafft und mir damit wertvolle Anregungen für meine Arbeit gibt. «

Dr. Michael Fraas
Berufsmäßiger Stadtrat und Wirtschafts- und Wissenschaftsreferent der Stadt Nürnberg

Den Wandel ...

(Fortsetzung von Seite 1)
dingbar für ein stabiles Land. „Die Stadt als Raum von Zusammenhalt steht und fällt mit der Glaubwürdigkeit der lokalen Politik. Das ist und bleibt unser Anspruch."

Zudem soll der Klimaschutz noch stärker vorangetrieben werden. Die Weltklimakonferenz ist Aufforderung für die Städte, noch mehr und schneller Maßnahmen für den Klimaschutz anzugehen. Klimaschutz ist eine dringliche Aufgabe für alle. Die Städte investieren in erneuerbare Energien und die energetische Gebäudesanierung, fördern Ressourcen- und Energieeffizienz und mildern die Folgen des Klimawandels vor Ort. Sie haben mit den Stadtwerken starke Partner und dezentrale Strukturen, um etwa bei den Wärmenetzen schneller CO2-neutral zu werden und die Energiewende voranzutreiben. Der CO2-Preis muss schnell auf mehr als 50 Euro pro Tonne Kohlendioxid angehoben und die Einnahmen müssen konsequent in den Klimaschutz gesteckt werden. Der höhere CO2-Preis darf die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Wirtschaft und Gewerbe nicht über Gebühr belasten; Klimaschutz muss sozial gerecht ausgestaltet sein.

Umsteuern in der Verkehrspolitik

Des Weiteren will der Deutsche Städtetag in der Verkehrspolitik stärker umsteuern. Der ÖPNV ist Motor und Taktgeber für eine nachhaltige Mobilität. Wir müssen mehr Anreize und wo nötig auch Regeln setzen, das Auto stehenzulassen. Das geht nur mit einem gut ausgebauten Netz von Bussen und Bahnen mit emissionsfreien Antrieben, einer engeren Taktung, attraktiven Angeboten sowie guten Verbindungen ins Umland. Fuß- und Radwege müssen einen höheren Stellenwert erhalten. Benötigt werden mehr Handlungsspielräume für autonome verkehrspolitische Entscheidungen vor Ort, z. B. bei Tempo 30. Der Güterverkehr muss nachhaltig abgewickelt werden. Für all das ist eine nie dagewesene gemeinsame Investitionsoffensive und das Erweitern von nachhaltigen Mobilitätsangeboten von Bund, Ländern und Kommunen nötig. Dafür braucht es einen Ausgleich der coronabedingten Einnahmeausfälle und eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel um mindestens 1,7 Milliarden Euro.

„Wir wollen die Rahmenbedingungen für lebendige Zentren setzen", heißt es zudem. Wohnen, Leben, Arbeiten und Erleben ist die Vision für die Innenstädte. Die Städte gestalten Plätze und Orte, an denen sich die Menschen gerne aufhalten und begegnen. Sie bringen die Akteure zusammen, schieben nachhaltige Investitionen in die Vielfalt von Nutzungen an, helfen dem Einzelhandel bei der Digitalisierung, fördern Kooperationen und schaffen Raum für kreative Lösungen. Über das Bundesprogramm Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren hinaus braucht es in den nächsten fünf Jahren Fördermittel von jährlich 500 Millionen Euro.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Auch liegt das Augenmerk darauf, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Städte wollen steuern, was wann und wo gebaut wird. Kommunale Bodenfonds, in die auch Bund und Länder nicht mehr benötigte Grundstücke einbringen, helfen ebenso wie erleichterte Planungsverfahren. Grundstücke der öffentlichen Hand sind Teil des Gemeinwohls. Sie sollten an die Kommunen nur vergünstigt verkauft werden. Eine Zielmarke von 400.000 neuen Wohnungen jährlich ist richtig und ambitioniert. Von den 300.000 Wohnungen ohne Sozialbindung müssen mindestens 20 Prozent im preisgünstigen Bereich liegen.

Bildungschancen und Chancengerechtigkeit sichern

„Bildungschancen und Chancengerechtigkeit sichern" lautet eine weitere Maxime. Von der Kita und schulischen Ganztagsangeboten über die Volkshochschulen bis hin zum Jobcenter schaffen die Städte die Voraussetzungen für individuelle Zukunftschancen, Integration und lebenslanges Lernen. Als Schulträger treiben sie die Digitalisierung in der Bildung voran. Ein Masterplan muss Zuständigkeiten und Finanzierung zwischen Bund, Ländern und Schulträgern neu festlegen und alle Bildungseinrichtungen einbeziehen. Medienkompetenz zu vermitteln und digitale Teilhabe sicherzustellen, ist eine Zukunftsaufgabe, die nur gemeinsam gelingen kann.

Darüber hinaus wollen die Städte innovative und moderne Dienstleister sein. Wie Gesetze wirken, zeigt sich, wenn sie umgesetzt werden. Dabei kommt es auf Strukturen und Abläufe an, noch wichtiger aber ist die Kultur der Verwaltung. Werte und Tugenden der öffentlichen Verwaltung müssen neu diskutiert werden. Erforderlich sind Stabilität und Kontinuität ebenso wie Neugier und Offenheit. Verwaltungsprozesse müssen durchgängig digitalisiert werden. Für einheitliche Bundesangelegenheiten sollte der Bund auch zentrale technische Prozesse und IT zur Verfügung stellen, zum Beispiel beim Führerschein, dem Personalausweis, Elterngeld und Wohngeld.

Rolle der Städte würdigen

„Wir wollen unserer Rolle in Europa und der Welt gerecht werden", heißt es weiter. Entscheidungen vor Ort wirken schon längst nicht mehr nur lokal. Wir alle tragen Verantwortung für unseren Planeten und ein friedliches Zusammenleben. Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und die Leipzig Charta 2.0 sind dabei Richtschnur und Verpflichtung. Ohne die Städte im europäischen und globalen Schulterschluss ist die Jahrhundertaufgabe Klimaschutz nicht zu meistern. Die Städte leben Völkerverständigung und globale Solidarität vor. Ihre Rolle muss im europäischen Gesetzgebungsprozess und in der außenpolitischen Arbeit der Bundesregierung stärker gewürdigt werden.

Stabile Finanzen und Entscheidungsspielräume

Für all diese Ziele sind stabile Finanzen und Entscheidungsspielräume unverzichtbar. Der Bedarf an Investitionen ist riesig. Die Städte sind unverändert größter öffentlicher Investor. Benötigt werden ein höherer Anteil am Steueraufkommen und ein Ausgleich der Einnahmeverluste durch Corona. Allein in den Jahren 2021 bis 2023 fehlen den Kommunen knapp 8 Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Ein Einbruch der kommunalen Investitionen muss unbedingt verhindert werden. Die Finanzpolitik von Bund und Ländern muss der zentralen Rolle der Städte Rechnung tragen. Es darf keine neuen Aufgaben zu Lasten der Städte ohne Ausgleich mehr geben. Altschulden dürfen die Gestaltungsmöglichkeiten der betroffenen Städte nicht länger erdrücken. Förderprogramme müssen praktikabel ausgestaltet werden. Auch sind weitaus größere Spielräume notwendig, selbst entscheiden zu können, was vor Ort erforderlich und gewünscht ist – etwa für nachhaltige Mobilität und Klimaschutz.

Gemeinwohl und Einzelwohl

In seiner Abschiedsrede hatte der scheidende Städtetagschef Burkhard Jung zuvor dazu aufgerufen, der Kommunalpolitik den Rücken zu stärken. In der Corona-Pandemie sei das friedliche, soziale Miteinander auf die Probe gestellt worden. Immer wieder entstehe der Eindruck, Gemeinwohl und Einzelwohl widersprächen einander. „Das halte ich für ein fatales Signal. Das Gemeinwohl und das Wohl des Einzelnen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das Wohl der Gemeinschaft sei nicht der Gegenspieler des Einzelwohls, sondern seine Basis. „Ohne ein ‚Wir' kann es in unserer Gesellschaft kein ‚Ich' geben", unterstrich Jung.

Jung äußerte Verständnis dafür, dass Menschen im Zuge der Pandemie erschöpft seien, wenn der Alltag und ganze Existenzen wegbrächen. Nicht hinzunehmen sei aber, wenn bewusst falsche Tatsachen und Lügen verbreitet und Demonstrationen genutzt würden, um zu spalten und Tausende ohne Maske andere und das Wohl der Gemeinschaft gefährdeten.

Gemeinwohl ist in Gefahr

Immer häufiger richteten sich antidemokratische, antisemitische, ausländerfeindliche, menschenverachtende Anfeindungen auch gegen kommunalpolitisch Engagierte und Ehrenamtliche in den Städten, fuhr Jung fort: „Wer Menschen angreift, die sich für unser Gemeinwesen einsetzen, greift immer auch unsere freiheitliche und demokratische Gesellschaft an. Das dürfen wir nicht zulassen! Unser Gemeinwohl ist in Gefahr, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr engagieren wollen im Rat, bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Eltern-Café für Migranten oder im Verein." Mehr denn je komme es darauf an, Anstand vorzuleben, Haltung zu beziehen, Solidarität zu leben und der Kommunalpolitik und dem ehrenamtlichen Engagement den Rücken zu stärken.

Merkel: Menschenleben schützen

Den Städten und Gemeinden für ihre Arbeit in der Corona-Pandemie dankte Dr. Angela Merkel, die als geschäftsführende Bundeskanzlerin per Videokonferenz an der Hauptversammlung teilnahm. Gerade in diesen „sehr schwierigen Wochen" seien die Kommunen enorm gefordert. Ihre Gesundheitsämter seien „die Schaltstellen der Pandemiebekämpfung vor Ort". Merkel zeigte sich besorgt über die Lage in einigen Bundesländern. Oberstes Ziel sei, eine Überbelastung des Gesundheitssystems zu vermeiden und so Menschenleben zu schützen. Dazu gehöre, dass Corona-Patienten, aber auch alle anderen eine bestmögliche Behandlung bekommen könnten.

Jenseits der Pandemie übernähmen Bund, Länder und Gemeinden auch in anderer Weise Verantwortung für Leben und Zusammenleben, fuhr Merkel fort. Dies gelte ganz besonders auch für die Aufgabe, gleichwertige Lebensbedingungen herzustellen, und betreffe zahllose Bereiche unseres Lebens. „Die Herausforderungen, denen wir auf kommunaler Ebene begegnen, sind und bleiben komplex und anspruchsvoll." Digitalisierung, Attraktivität der Innenstädte, solide Kommunalfinanzen, Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger sowohl auf den Straßen, in ihren Wohnungen als auch im Netz: Dies seien nur wenige Beispiele, die zeigten, wie wichtig ein enger Schulterschluss zwischen Bund, Ländern und Kommunen sei. **DK**

Internationaler Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen

„Der Internationale Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen am 25. November ist eine gute Gelegenheit, auf die Gewalt gegen Frauen, die mittels digitaler Medien, auf sozialen Plattformen, in Chats oder Foren stattfindet, hinzuweisen. Wer informiert ist, kann sich wehren und Hilfe finden. Es ist mir ein großes Anliegen, dass die bestehenden Angebote und Hilfestellungen gut sichtbar und zugänglich sind!", sagt Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner.

Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen hat viele Gesichter. Oft findet die Gewalt, die im Alltag stattfindet, eine Fortsetzung im digitalen Raum. Digitale Herabsetzungen, Belästigungen und Bedrohungen und Nachstellungen können genauso verletzend sein wie analoge Gewalt, und auch die Grenzen verlaufen oft fließend, da die Täter und Täterinnen ihre Opfer oftmals auf unterschiedliche Art und Weise und über verschiedene Kanäle hinweg verfolgen. Auf der Website www.bayern-gegen-gewalt.de wurden nun neue Informationen, praktische Tipps und Tricks sowie Unterstützungsangebote und konkrete Handlungsempfehlungen zum Themenfeld der digitalen Gewalt eingestellt.

Am 25. November war das Bayerische Sozialministerium anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen, wie auch in den vergangenen Jahren, in Orange angestrahlt. Seit 2008 ist die Aktion „Orange The World" von UN Women Teil der „UNITE to End Violence against Women" Kampagne der Vereinten Nationen. Jahr für Jahr wird weltweit vom 25. November bis zum 10. Dezember mit Aktionen auf das Problem der Gewalt gegen Frauen und seine verheerenden Auswirkungen aufmerksam gemacht. Dieser Zeitraum ist bewusst gewählt: So hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen den 25. November als Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen ausgerufen. Der 10. Dezember wurde von den Vereinten Nationen zum Tag der Menschenrechte deklariert. Mit rund 1.200 Zonta Clubs in 63 Ländern weltweit unterstützt Zonta International die globale Kampagne.

Die Website www.bayern-gegen-gewalt.de bietet umfassende Informationen zu häuslicher und sexualisierter Gewalt, Fragen zu Corona und Gewalt sowie hilfreiche Links zu Beratungs- und Hilfeangeboten in Bayern. ❐

Gemischte Gefühle ...

(Fortsetzung von Seite 1)
ge Menschen weiter reduziert werden sollen. Dies greife drängende Zukunftsfragen auf und werde auch der kommunalen Hilfe zur Pflege zugutekommen.

Laut DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg werden viele richtige Ziele beschrieben, allerdings sei die konkrete Umsetzung – insbesondere die nachhaltige Finanzierung – teilweise vage. Es bleibe zu hoffen, dass die Ampel die Leistungsfähigkeit von Staat und Wirtschaft nicht überschätzt hat.

Insbesondere im Sozialbereich sei eine Reform mit dem Ziel „Finanzierung des Sozialstaats dauerhaft sichern, Überforderung vermeiden" kaum erkennbar. Im Gegenteil: Die geplante Einführung einer Kindergrundsicherung, das Bürgergeld (Ersatz für Hartz-IV), die Rentengarantie, die fehlende Positionierung, dass in einer älterwerdenden Gesellschaft auch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit kein Tabu sein darf, seien Indizien dafür, dass der Sozialbereich weiter ausgedehnt werden wird. In diesem Zusammenhang fehlt aus Landsbergs Sicht bedauerlicherweise auch ein klares Bekenntnis zum Grundsatz: Wer bestellt, bezahlt.

Für die Kommunen sei positiv zu bewerten, „dass sich der Koalitionsvertrag zum Ziel von Zukunftsinvestitionen bekennt und dabei auch den hohen kommunalen Investitionsbedarf berücksichtigt und Kommunen bei notwendigen Anpassungen für Klima Resilienz unterstützen wird. Gut ist auch, dass sich der Bund zur dauerhaften Mitfinanzierung der Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich bekennt. Anzuerkennen ist zudem, dass man sich zur Stärkung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen bekennt. Dazu gehört auch die Schaffung des Amtes eines Staatsministers für gleichwertige Lebensverhältnisse und die neuen Länder."

Altschuldenproblematik soll gelöst werden

„Der Koalitionsvertrag erkennt an, dass wir in Deutschland leistungsstarke und handlungsfähige Kommunen brauchen. Deshalb ist es ein gutes Signal, dass die Altschuldenproblematik der Kommunen gemeinsam mit den Ländern nachhaltig gelöst werden soll", unterstrich Landsberg. Seit Jahren fordert der DStGB, den Förderdschungel zu entwirren und somit den Zugang zu Fördermitteln auch für kleinere Verwaltungseinheiten zu vereinfachen. Vor diesem Hintergrund sei es zu begrüßen, dass hier eine neue Förderstruktur die Übersichtlichkeit und damit auch die Umsetzbarkeit erleichtern soll. Die Eigenverantwortung und damit die kommunale Selbstverwaltung würden so deutlich gestärkt. Ein gutes Signal sei darüber hinaus, dass bei finanzschwachen Kommunen die Eigenanteile reduziert oder durch andere Leistungen ersetzt werden können.

Auch das Bekenntnis zu schnelleren Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren, die Digitalisierung der Verwaltung sowie die Stärkung des öffentlichen Wohnungsbaus seien wichtige Ziele. „Positiv ist die Ankündigung, die dringend notwendige Finanzierung des Onlinezugangsgesetzes über das Jahr 2022 sicherzustellen."

„Die ehrgeizigen Ziele beim Ausbau der alternativen Energien deutlich zu beschleunigen, so dass bis zum Jahr 2030 Wind und Sonne 80 Prozent des Stromverbrauchs in Deutschland decken, ist richtig", erklärte Landsberg. Es bleibe aber im Hinblick auf die großen Widerstände in der Bevölkerung abzuwarten, ob die Umsetzung tatsächlich gelingt. Unverzichtbar seien zuverlässige und belastbare Planungsperspektiven auch für die Stadtwerke und kommunalen Unternehmen.

In einer ersten Bewertung stellte der Präsident des Deutschen Städtetags, Oberbürgermeister Markus Lewe fest: „Es ist ein gutes Signal, dass die neue Koalition für wichtige Zukunftsfragen der Städte Verantwortung übernimmt. Mehr Investitionen in bezahlbare Wohnungen und für den Klimaschutz sind geplant. Die Ampel bekennt sich zu einem starken öffentlichen Nahverkehr als Herzstück einer nachhaltigen Mobilität. Die Koalitionäre wollen dauerhaft die Digitalisierung von Schulen unterstützen und den Digitalpakt entbürokratisieren. Auch eine unbürokratische Kindergrundsicherung kommt endlich. Es ist klug, dass die Lösung des kommunalen Altschuldenproblems im Verbund mit den betroffenen Ländern gelöst werden soll."

Als unzureichend wertete Lewe die Ankündigungen der neuen Koalition, bei Aufgabenübertragungen auf die Kommunen lediglich „stärker auf die Ausgewogenheit zu achten". Der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt" müsse Maßgabe aller Entscheidungen sein. **DK**

Zufriedene Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Wort steht und in dieser schwierigen Zeit bereit ist, den Gewerbesteuerausfall bei bayerischen Kommunen zu kompensieren. Damit wird nicht nur die Handlungsfähigkeit von Kommunen, sondern auch das Gesamtsystem des Finanzausgleichs und der Umlagen stabilisiert. Auch wenn der Bund zu einer solchen Maßnahme unverständlicherweise nicht bereit ist, danken wir der Staatsregierung für ihre zuverlässige und belastbare Partnerschaft", unterstrich Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl.

Zukunftsfähigkeit Bayerns

Bereits bei Abschluss des Finanzausgleichs hätten die bayerischen Kommunen ihren Beitrag auch zur Stabilisierung des Staatshaushalts geleistet und würden hierfür mit einer anteiligen Kompensation der Gewerbesteuerausfälle im Jahr 2021 belohnt. Brandl: „Dies hilft unseren Gemeinden und dient den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns. Für die Zukunftsfähigkeit Bayerns sind handlungsfähige Kommunen eine wichtige Voraussetzung. Mit den Entscheidungen wird ein weiterer Beitrag hierfür geleistet."

Auch für die Landkreise und Bezirke in Bayern als Umlagenehmer ist die Kompensation des Gewerbesteuerausfalls ein wichtiges Signal. Schließlich übernehmen sie, so die Präsidenten Christian Bernreiter und Franz Löffler, auch in Zeiten der Pandemie wichtige Aufgaben im Bereich der sozialen Daseinsvorsorge. Der zugesagte Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle wirke sich für die Umlagenehmer zwar erst mit zeitlicher Verzögerung in der Umlagekraft 2023 aus. Jedoch stünden gerade auch Landkreise und Bezirke in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen, sei es im Bereich der Pflege, der Kinder- und Jugendhilfe, der Altenhilfe oder der Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderungen.

„Wir danken Finanzminister Füracker, dass er Wort gehalten hat. Gleichzeitig fordern wir den Bund auf, jetzt Gleiches zu tun und die Kommunen nicht finanziell im Regen stehen zu lassen", betonten die Verbandschefs. **DK**

Perspektiven für die Bildungsdekade:

Weniger Präsenz und mehr Freiräume

Zunehmende Heterogenität der Schülerinnen und Schüler, Digitalisierung, neue pädagogische Arbeitsmethoden – das sind nur drei der vielen Herausforderungen, die an Bayerns Schulen neben den Belastungen durch die Corona-Pandemie bewältigt werden müssen. Im Rahmen einer Expertenanhörung im Bayerischen Landtag blickten die Abgeordneten des Bildungsausschusses in die Zukunft und diskutierten über Best Practice Beispiele.

Nur unter der Voraussetzung, dass sich der Unterricht an Bayerns Schulen in den kommenden Jahren erheblich ändert, können die Erwartungen an die Digitalisierung und Gesellschaft erfüllt werden. Das war die einstimmige Meinung der Expertenrunde, die im Bildungsausschuss zum Thema „Bildung 2030 – Perspektiven für die kommende Bildungsdekade“ Stellung bezog. Die Fachleute aus Praxis und Wissenschaft sprachen sich für moderne Unterrichtsformen ohne ständige Präsenz im Klassenzimmer, mehr Zeit und Freiräume für die Lehrkräfte, eine spürbare Aufrüstung bei der digitalen Ausstattung und eine modifizierte Lehrerbildung aus.

Lern- statt Lehrkultur

Wie die Schule der Zukunft aussehen könnte, schilderte Stefan Ruppaner, Schulleiter der Alemannenschule im württembergischen Wutöschingen. In der mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichneten Gesamtschule gebe es keine festen Klassenzimmer und keine Schulbücher, dafür jahrgangs- und leistungsübergreifende Klassen mit Inklusionskindern, hybridem Unterricht und viel Freiraum für Lehrkräfte und Schüler innerhalb festgelegter Regeln, schilderte Ruppaner. „Dafür ist das Digitale unabdingbar“, sagte er. Jeder Schüler habe ein digitales Endgerät, die Ausstattung sei zu einem großen Teil von Sponsoren aus der Wirtschaft finanziert. „Wenn man das alles richtig organisiert, ist es sogar günstiger als an herkömmlichen Schulen“, berichtete Ruppaner. Man habe den Weg von einer Lehr- zu einer Lernkultur beschritten, die von den Schülern mehr selbstorganisiertes Lernen verlange. Durch den engen, mitunter digitalen Kontakt zu den Lehrkräften sei dies ein Erfolgsprojekt.

Sprachbarrieren überwinden

Ein anderes Beispiel nannte Kai Wörner, Seminarrektor an der Realschule am Europakanal Erlangen. An seiner Schule gebe es seit 2011 „Tablet-Klassen“ und hybriden Förderunterricht in Präsenz und über digitale Medien. Auch Wörner betonte, dass dies ohne ein Endgerät für jeden Schüler nicht machbar sei. Voraussetzung sei zudem eine neue Lehrerrolle. Die Lehrkräfte nehmen die Rollen als Moderatoren und Förderer ein. Um sie darauf vorzubereiten, forderte Wörner eine entsprechend ergänzte Lehrer-aus- und -fortbildung. Dass die Digitalisierung auch an Grundschulen Vorteile bringen kann, schilderte Simone Hell, Leiterin der Erich-Kästner-Grundschule Neu-Ulm. Mit der Hilfe digitaler Medien könne individueller auf Leistungsstand und Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler eingegangen werden. Auch ließen sich Sprachbarrieren von Kindern mit Migrationsbiographie durch digitale Übersetzungsprogramme leichter überwinden. Bildung werde zudem zeit- und raumunabhängiger.

Digital und analog verbinden

Am besten sei eine „optimale Verzahnung von Digitalem und Analogem“, erklärte Hell, da vor allem jüngere Schüler noch auf den direkten Kontakt zur Lehrkraft angewiesen seien.

Für Simone Fleischmann, Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), ist die Digitalisierung eine große Chance für die Schulen. Sie schaffe neue Möglichkeiten zum selbständigen Lernen sowie zur individuellen Wiederholung und Vertiefung des Lehrstoffes. Das unterstrich auch der Eichstätter Didaktik- Professor Heiner Böttger. „Digitalisierung und Individualisierung sind Best Buddies“, sagte er. Ein moderner digitaler Unterricht könne sich von festen Lernzeiten entkoppeln und damit besser auf die im Tagesrhythmus unterschiedliche Lernbereitschaft und Aufnahmefähigkeit von Kindern abgestimmt werden. Bei entsprechender technischer Vollausstattung trage die Digitalisierung auch zu mehr Chancengleichheit bei, erläuterte Böttger. Er plädierte für eine individualisierte Leistungserhebung und Kompetenzdiagnose. Damit ließen sich Kinder besser fördern und motivieren. Die Erziehungswissenschaftlerin Gabriele Weigand ergänzte, es brauche mit Blick auf die Digitalisierung überarbeitete Lehrpläne sowie neue Zeitmodelle für Lehrkräfte. Deren Einsatz könne sich künftig nicht mehr an einem festen Stundendeputat orientieren.

Konkrete Forderungen an Politik

An die Politik stellten die Experten einen Katalog mit konkreten Forderungen. Der Schulpsychologe Andreas Wohlgemuth vom Ortenburg- Gymnasium Oberviechtach forderte wie Weigand leistungsfähige Internet- Anschlüsse und eine moderne Digitalausstattung für alle Schulen. Diese bräuchten zudem kompetente Systembetreuer, um die Lehrkräfte von technischen Aufgabenstellungen zu entlasten. Digitalisierung dürfe auch nicht dazu führen, Lehrpersonal einzusparen, warnte Wohlgemuth. „Die Aufgaben der Lehrkräfte werden nicht weniger, sie ändern sich nur“, sagte er. Ruppaner plädierte dafür, Schulen und Lehrkräften im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben mehr Freiräume zu lassen. „Ich bin immer froh, wenn man mich in Ruhe arbeiten lässt“, erklärte er. Dem pflichtete Fleischmann bei. Mit mehr Zeit und Freiraum für Schulleitungen und Lehrkräfte werde „Innovation möglich“.



Die Alemannenschule Wutöschingen wurde 2019 mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet. Bild: Robert Bosch Stiftung/Max Lautenschläger

Warnung vor Lernplankonformität

Abgeordnete der Opposition sahen sich in den Aussagen der Experten in ihren Forderungen an die Staatsregierung bestätigt. Es habe sich gezeigt, dass Bildung künftig viel mehr von den Schülerinnen und Schüler gedacht werden müsse, erklärte Gabriele Triebel (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN). Für das digitale Lernen brauche es im Sinne der Chancengleichheit endlich landesweit gleiche Rahmenbedingungen. Dr. Simone Strohmayr (SPD) betonte, ein digitales Endgerät müsse für alle Schüler zur Normalität werden. Wie auch Matthias Fischbach (FDP) forderte sie eine entsprechende Ausweitung der Lernmittelfreiheit. Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU) mahnte die „Lernplankonformität“ der digitalen Unterrichtsformen an. Zudem dürften Lehrerkompetenz und -persönlichkeit als Garanten guter Bildung nicht vernachlässigt werden. Skepsis äußerte Waschler zu individualisierten Lernstanderhebungen. Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER) deutete auf die Notwendigkeit hin, Lehrer- und Elternschaft eng in den Prozess der Digitalisierung und Modernisierung des Unterrichts einzubinden. Andernfalls werde das Projekt nicht funktionieren. **red**

GZ KOMMUNAL-ABC

ABC des Mobilfunknetzausbaus

In Kooperation mit dem Informationszentrum Mobilfunk
www.gemeindezeitung.de/ABC

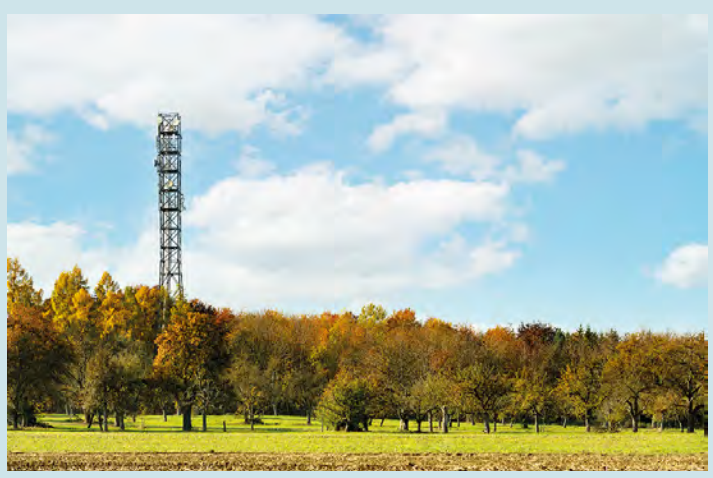
Teil 1: Warum werden die Netze weiter ausgebaut?

Täglich nutzen wir Smartphones und andere mobile Geräte und können uns ein Leben ohne mobile Kommunikation kaum mehr vorstellen. Die Technologie entwickelt sich schnell weiter und das rasant zunehmende mobil übertragene Datenvolumen belegt wie beliebt die Nutzung ist. Aufgrund des Anstiegs des Datenverkehrs ist der weitere Ausbau der Infrastruktur erforderlich. Um eine zukunftsfähige Mobilfunk-Infrastruktur aufzubauen, müssen zusätzliche Mobilfunkanlagen errichtet werden. Im ABC des Mobilfunknetzausbaus erläutern wir, warum die Netze weiter ausgebaut werden, wie die kommunale Beteiligung beim Ausbau geregelt ist, wie ein Netz geplant wird, was 5G eigentlich ist und welche Auswirkung Mobilfunk auf die Gesundheit hat.

Rasanter Anstieg des Datenvolumens im Mobilfunk

Die Bedeutung von Mobilfunk in unserem Alltag lässt sich eindrucksvoll an den Nutzungszahlen ablesen. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht dazu jährlich umfangreiche Statistiken. Über die Mobilfunknetze in Deutschland wurden im letzten Jahr rund 155 Mrd. abgehende Gesprächsminuten geführt. Die Wachstumsrate der Mobiltelefonie beträgt im Corona-Jahr 2020 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Noch stärker angestiegen ist allerdings das übertragene Datenvolumen im Mobilfunk: Die Menschen in Deutschland nutzen ihre Smartphones neben dem Telefonieren vermehrt für die mobile Datenübertragung. Das mobile Datenvolumen stieg 2020 trotz geringerer Mobilität im Pandemiejahr steil an: Es lag Ende 2020 bei knapp 4 Mrd. GB (2019: 2,8 Mrd. GB). Das entspricht einem monatlich genutzten Datenvolumen von knapp 3,1 GB je aktiv genutzter SIM-Karte.



Sendeanlage außerorts. Bild: Informationszentrum Mobilfunk – Foto: Hendrik Zwietasch

Moderne Mobilfunkstandards wie LTE (4G) und 5G sind die beste Antwort auf die steigende Nachfrage nach mobiler Datenübertragung. Denn sie gehen mit den Ressourcen effizienter um als frühere Mobilfunktechnologien, da Datenpakete nicht nur schneller, sondern zielgerichteter und mit geringerem Energieeinsatz übertragen werden können als dies bisher möglich war.

Lizenzauflagen beim 5G-Netzausbau

Das Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur (BMVI) formuliert den Anspruch für die Versorgung Deutschlands mit mobiler Kommunikation so: Notwendig seien Mobilfunknetze, in denen unterbrechungsfreies Telefonieren und die klassische Nutzung von mobilem Internet möglich sind. Daher war die Versteigerung der Mobilfunk-Frequenzen 2019 an konkrete Versorgungsauflagen gekoppelt: Die Netzbetreiber müssen bis Ende 2022 jeweils 98 Prozent der Haushalte je Bundesland und alle Bundesautobahnen, die wichtigsten Bundesstraßen und Schienenwege mit mindestens 100 Mbit/s versorgen. Bis Ende 2024 sollen alle übrigen Bundesstraßen mit mindestens 100 Mbit/s, alle Landes- und Staatsstraßen, die Seehäfen und wichtigsten Wasserstraßen und alle übrigen Schienenwege mit mindestens 50 Mbit/s versorgt werden. Zusätzlich sollen bis Ende 2022 mindestens 500 Basisstationen in weißen Flecken netzbetreiberübergreifend aufgebaut werden. Für neue Netzbetreiber gelten abweichende Versorgungsauflagen. Dies hat bei den etablierten Netzbetreibern und übergeordnet betrachtet zur Folge, dass der Schwerpunkt beim Bau ganz neuer Standorte eher im ländlichen Bereich liegt, wo er auch zuvor politisch eingefordert wurde.

Die Netzbetreiber investieren bereits massiv, um allen Auflagen und konkreten Kundenanforderungen gerecht zu werden: Ein nahezu flächendeckendes 5G-Netz wird Schritt für Schritt auf Basis der bestehenden Mobilfunknetze ausgebaut. Dadurch wird sich auch die Versorgung mit LTE verbessern. Mit der LTE-Abdeckung entsteht die notwendige Grundlage für eine konsequente Aufrüstung der Netze auf 5G. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Bundesregierung in der Mobilfunkstrategie diverse Maßnahmen fixiert oder auf den Weg gebracht: Etwa zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren oder von Maßnahmen zur Erläuterung des Nutzens des Mobilfunkausbaus vor Ort. Außerdem sollen vermehrt Gebäude und Flächen des Bundes und der Länder für Standorte genutzt werden. Die Einhaltung der Versorgungsauflagen wird von der Bundesnetzagentur überprüft.

Breitband-Infrastruktur als Wettbewerbsvorteil von Kommunen

Für Kommunen ist eine gute Infrastruktur ein wichtiger Wettbewerbsvorteil. Ein großer Vorteil ist dabei, dass die Bereitstellung schneller mobiler Internetzugänge über 4G und 5G in der Regel auch die Versorgung mit Glasfaserleitungen voraussetzt. Denn die stetig wachsenden Datenmengen müssen nicht nur per Funk zu den Endgeräten übertragen werden, sondern auch schnell von den Mobilfunk-Basisstationen abgeführt beziehungsweise dorthin angeliefert werden.

Der Ausbau der mobilen und festnetzgebundenen Breitbandinfrastruktur mit den Komponenten Mobilfunk (4G und 5G) und Glasfaser-Festnetz ist für Kommunen ein wichtiger Wettbewerbsvorteil. Er unterstützt gleichermaßen die Ansiedlung von Gewerbebetrieben wie auch die von jungen Familien. Zudem ist eine leistungsfähige Kommunikations-Infrastruktur die Basis dafür, bestehende kommunale Dienstleistungen zu verbessern (etwa den öffentlichen Nahverkehr oder das Rettungswesen) oder diese zu digitalisieren.

5G kann zudem eine Alternative für die sogenannte „letzte Meile“ der Festnetzanbindung sein: Die Mobilfunkstandorte werden per Glasfaser angeschlossen und leiten in diesem Fall das schnelle Internet dann per 5G-Mobilfunk in Haushalte oder Firmenstandorte weiter. Dieses Zusammenwachsen und Zusammenwirken der Netze ist eine wichtige Grundlage für die Gigabit-Gesellschaft.



Sendeanlage innerorts.
Bild: Informationszentrum Mobilfunk – Foto: Hendrik Zwietasch

All dies erfordert den kontinuierlichen Ausbau der Kapazitäten. Bestehende Mobilfunkstandorte müssen modernisiert und erweitert werden, zur Verbesserung der Versorgung ist aber auch die Errichtung neuer Mobilfunkstandorte erforderlich. Für die Standort-Planung und -Erschließung bedeutet dies: Bestehende Mobilfunkstandorte müssen mit neuer Technik ausgerüstet werden.

Beabsichtigt ein Netzbetreiber die Erweiterung einer vorhandenen Anlage, wird die Kommune darüber schriftlich informiert. Ist – meist im Zusammenhang mit der Lizenzerfüllung – die Errichtung eines ganz neuen Mobilfunkstandortes notwendig, wird dafür über einen sogenannten Suchkreis das Areal dargestellt, in dem dieser platziert werden könnte und das weitere Vorgehen mit der Kommune abgestimmt.

Teil 2 des ABC des Mobilfunknetzausbaus informiert über die kommunale Beteiligung beim Netzausbau. ❐

Weitere Informationen unter:
www.kommunalinfo-mobilfunk.de und www.informationszentrum-mobilfunk.de.

Mobilität endet nicht an der Landkreisgrenze

Mobilitätskonferenz vernetzt Akteure und Entscheider in der Metropolregion München

Welche innovativen Verkehrssysteme gibt es? Wie können neue Formen der Mobilität die Mobilitätssituation in der Metropolregion München verbessern? Dies waren nur zwei der Kernfragen, die bei der dritten Mobilitätskonferenz des Europäische Metropolregion München e. V. (EMM e.V.) beleuchtet wurden. Referenten aus Forschung, Wirtschaft und Politik zeigten Herangehensweisen, um die Attraktivität der Metropolregion als Wirtschafts- und Lebensstandort durch ein zukunftsfähiges Mobilitätsangebot zu sichern. Beispielhaft dafür wurden vier Best-Practice-Beispiele mit dem Mobilitätspreis 2021 ausgezeichnet.

Schwankende Nutzung des ÖPNV, verändertes Mobilitätsverhalten, Home Office: Neben vielen anderen Lebensbereichen wurde auch das Nutzungsverhalten aller Verkehrsmittel in den letzten knapp zwei Jahren sehr stark durch die bekannten Rahmenbedingungen beeinflusst. Doch wie alle Veränderungen birgt auch dies die Chance, die Mobilität der Zukunft positiv zu gestalten und die bestehenden Herausforderungen der Metropolregion München in punkto Mobilität anzupacken.

So ging es bei der diesjährigen Mobilitätskonferenz also nicht nur um innovative Ansätze, sondern, laut Wolfgang Wittmann, Geschäftsführer des EMM e. V., insbesondere auch darum, verschiedene Akteure der Region zu vernetzen und über ihre jeweiligen Projekte zu informieren. Den verkehrlichen Herausforderungen lässt sich nicht auf lokal beschränkter Ebene innerhalb der Mitgliedslandkreise begegnen, sondern nur gemeinsam und kooperativ, davon ist der EMM e.V. überzeugt. Zwar fand die Mobilitätskonferenz dieses Jahr Pandemie-bedingt nur digital statt, dennoch bot sie den rund 200 Teilnehmern aus der Metropolregion eine institutionsübergreifende Plattform zur Vernetzung an.

Mobilität ist Schlüssel der regionalen Prosperität

Alle Protagonisten zusammenbringen und gemeinsam Ideen vernetzen, das spielt auch für Christoph Göbel, Landrat des Landkreises München und Vorstandsvorsitzender des EMM e. V., eine entscheidende Rolle, was die zukünftige Mobilität der Region anbelangt. „Aber nicht nur das“, betonte Göbel. „Wir müssen das Thema Mobilität mit dem Markenkern unserer Metropolregion München, der Innovationskraft, verbinden.“ Es brauche weiterhin zuallererst innovative Ideen, um zukunftsweisende Projekte vorweisen zu können. Und schließlich, so Göbel, sei innovative Mobilität der Schlüssel zur Prosperität der Metropolregion München.

Neben Wittmann und Göbel begrüßte auch Georg Dunkel, Mobilitätsreferent der Landeshauptstadt München und Träger der AG Mobilität, alle Teilnehmer und kündigte an, die Thematik der innovativen Projekte kommendes Jahr bei der AG Mobilität zu vertiefen.

Auch die sieben Referenten der Veranstaltung griffen das Thema Zukunftsfähigkeit im Rahmen ihrer Vorträge immer wieder auf. Prof. Dr. Klaus Bogenberger (TU München), Alexander Kreipl (ADAC Südbayern), Dr. Bernd Rosenbusch (MVV), Prof. Dr. Gebhard Wulfhorst (TU München), Manuel Haas (B.A.U.M. Consult), Tobias Kipp (Team red Deutschland) und Dr. Ulrich Dewald (GEFAK GmbH) informierten unter anderem über die Potenziale innovativer Verkehrssysteme, Mobilitätstrends oder auch das Thema New Work und Arbeitsmobilität.

Vorbild-Projekte für eine zukunftsorientierte Mobilität

Im Rahmen der Konferenz wurde auch in diesem Jahr der Mobilitätspreis der Metropolregion München verliehen. Unter den über 30 eingereichten Projekten (über die Mobilitätsdatenbank des EMM e. V.) stachen die Ideen des Landkreises Dachau, des Landkreises Kelheim, der Landeshauptstadt München sowie des Münchner Verkehrs- und Tarifverbundes (MVV) und der Stadtwerke Augsburg (swa) am meisten hervor. Sie erhielten deshalb eine Auszeichnung.

Der Landkreis Dachau überzeugte insgesamt mit seinen innovativen Ideen für Verkehrssysteme, darunter unter anderem eine Umlaufbahn, eine Standseilbahn oder auch das Verkehrssystem „Bögl“.

„KelRide“ heißt das Projekt, für das der Landkreis Kelheim ausgezeichnet wurde. Der automatisierte Ridesharing-Dienst befördert seine Passagiere mittels einer hochautomatisierten, in den ÖPNV eingebundenen Flotte. Das leistungsfähige Gesamtsystem soll jedem Wetter trotzen und so auch bei Eis und Schnee Funktionalität garantieren.

Automatisiertes Fahren im städtischen Kontext

Auch beim dritten Preisträger spielt Automatisierung eine Rolle: Der Landeshauptstadt München wurde der Mobilitätspreis für ihr Projekt „Easy Ride“ – automatisiertes Fahren im städtischen Kontext – verliehen. Beim Projekt, das bereits 2018 startete, dient München als Modellstadt, in der untersucht wird, welche Auswirkungen das automatisierte Fahren auf Mobilität und Verkehr haben kann.

Der MVV und die swa wurden beide für ein sehr ähnliches Projekt ausgezeichnet, das in München und Augsburg schon angewendet wird: „Swipe + Ride“ (München) und „Be-in/Be-out“ (Augsburg). Beide Konzepte ermöglichen es den Passagieren, nur genau die Strecken zu bezahlen, die sie im ÖPNV auch tatsächlich gefahren sind. Die zurückgelegte Strecke wird dabei von einer App ermittelt und schließlich passgenau in Rechnung gestellt. ❐

MVV-Projekt P+R 4.0:

Dynamische Anzeiger für eine verlässliche Auslastungsprognose von P+R-Anlagen

Fahrgäste frühzeitig über die Auslastung von Park-and-Ride-Plätzen informieren und so den Umstieg auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erleichtern: Das ist das Ziel des Projekts „P+R 4.0“ des Münchner Verkehrs- und Tarifverbundes (MVV) und des Verkehrsverbundes Großraum Nürnberg (VGN), das vom Freistaat Bayern gefördert wird. Dazu konnten nun dynamische Informationsanzeiger an den Pilotstandorten im MVV an den Bahnhöfen Grafing Stadt, Grafing Bahnhof, Petershausen und Studentenstadt in Betrieb genommen werden. Im Gebiet des VGN wurden die Parkplätze an den S-Bahnhalten Roßtal und Petersaurach-Nord mit Detektionsanlagen und Anzeigern ausgestattet.

Die Idee des Projektes „P+R 4.0“ ist es, an ausgewählten Park-and-Ride-Anlagen die Zufahrten zu erfassen, um daraus in einem zentralen Hintergrundsystem Belegungsprognosen zu entwickeln. Diese Prognosen fließen in die Fahrgastauskunft ein und erleichtern den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV. Zusätzlich informieren dynamische Anzeiger vor Ort über die aktuell freien Kapazitäten.

Bayerns Verkehrsministerin Kerstin Schreyer freut sich, dass die Anlagen in Betrieb gehen: „Auch beim Parken denken wir an die Zukunft. Es macht Sinn, wenn wir die vorhandenen Parkflächen möglichst effektiv nutzen und dabei Autofahrer auch noch zum Umsteigen auf den ÖPNV bewegen. Von Seiten des Freistaats fördern wir das Projekt P+R 4.0 in München und Nürnberg deshalb mit insgesamt einer Million Euro.“

Optimierte Auslastung der Anlagen

„Mit den installierten Info-Anzeigern machen wir auch neue Nutzergruppen frühzeitig auf das P+R-Angebot und die Möglichkeit zum Umsteigen aufmerksam” so Dr. Markus Haller, Prokurist und Bereichsleiter Konzeption der MVV GmbH. „Bei Überfüllung werden die P+R-Nutzenden direkt und ohne unnötige Parksuchverkehre auf noch freie Parkplätze umgeleitet. Dadurch wird wildes Abstellen von Fahrzeugen in Anwohnerstraßen reduziert und die Auslastung der Anlagen optimiert.“

Der Geschäftsführer des VGN, Andreas Mäder, blickt noch weiter in die Zukunft: „Im endgültigen Ausbauzustand können auch die Navigationssysteme der Pkw auf die Echtzeitdaten zugreifen. Im Falle von Staus oder anderen Behinderungen erhalten Autofahrerinnen und Autofahrer zusätzlich zu den Umleitungsempfehlungen auf der Straße auch den nächsten P+R-Parkplatz mit freien Kapazitäten als Alternative angezeigt. P+R ist umweltfreundlich und hilft, unsere Innenstädte vom Pkw-Verkehr zu entlasten.“

In Abstimmung mit den beteiligten Kommunen Petershausen und Grafing sowie der P+R GmbH München (P+R Studentenstadt) sowie den beiden Standorten im VGN wurden die erforderlichen Maßnahmen geplant. Dann wurden Förderanträge und Ausschreibungen erstellt und in den letzten Monaten Detektionseinrichtungen und Informationsanzeiger installiert, die nun in Betrieb gehen konnten. Diese Installationen sind Grundlage für die Erfassung der Auslastung und eine verlässliche Belegungsprognose in den Auskunftssystemen des MVV.

Von den im Rahmen des Projektes „P+R 4.0“ installierten Sensoren werden an den Anlagen im MVV insgesamt über 2.500 Stellplätze detektiert. Für die Erfassung und Aufbereitung der Daten und die schlussendliche Erstellung von Prognosen für unterschiedliche Tagestypen (wie Werktage, Feiertage, Ferien, etc.) wurde ein entsprechendes Hintergrundsystem erarbeitet. Neben den Echtzeitdaten der genannten P+R-Anlagen sowie weiterer zehn Anlagen, die schon heute detektiert werden, gehen auch Zähldaten der noch nicht dynamisch erfassten Parkplätze im MVV in dieses System ein.

Die P+R-Belegungsprognose wird außerdem in den Auskunftssystemen des MVV (im Web unter mvv-auskunft.de bzw. in der MVV-App für Android und iOS) zur Verfügung stehen. Sie ergänzt die Suche nach Verbindungen und P+R-Fahrten, die sowohl in der MVV-Auskunft im Internet als auch – jetzt neu – in der MVV-App enthalten ist, um zusätzliche Informationen. Das System kann dann nicht nur für die allgemeine Reiseplanung vorab, sondern auch kurzfristig unterwegs genutzt werden. Die Daten sollen außerdem in die zentrale Mobilitätsdatenplattform des Freistaats integriert werden. ❐

Ausbau der Radpendelstrecke nach Veitshöchheim

Komfortabel mit dem Rad von und nach Veitshöchheim pendeln: Dies ermöglicht der neue Radweg zwischen Würzburg und Veitshöchheim. Dieser neue Radweg ist ein Teil der Hauptradachse 14a.

Der Ausbau des bestehenden ca. 700 Meter langen Wirtschaftsweges „Schafhofstraße“ zum Radweg wurde im Herbst 2020 durch das Baureferat, FB Tiefbau und Verkehrswesen der Stadt Würzburg veranlasst. Diese Verbindung ist ein wichtiger Teil der Hauptradachse 14a aus dem vorliegenden Radverkehrskonzept der Stadt Würzburg.

„Wir freuen uns, dass unser neuer Radweg so gut ankommt, denn uns ist die Sicherheit und die Anbindung unserer Radfahrerinnen und Radfahrer sehr wichtig“, erläutert Adrien Cochet-Weinandt, Radverkehrsbeauftragter der Stadt Würzburg. Eine alltagstaugliche Ertüchtigung und Vereinfachung aller Hauptradachsen ist ebenfalls ein Bestandteil des Radverkehrskonzepts.

„Besonders wichtig ist es uns, die Anbindung unserer Stadt zu unseren umliegenden Kommunen für Radfahrer in einen guten Zustand zu versetzen und zu erweitern,“ betont Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt.

Zu diesem Abschnitt der Radverbindung erreichten das Baureferat Im Vorfeld sehr viele Anfragen, Anliegen und Bitten – von Bürgerinnen und Bürgern, Interessensverbänden und auch von der Gemeinde Veitshöchheim. Alle wollten eine alltagstaugliche und wetterunabhängige Ertüchtigung in der wichtigen Verbindungsroute. „Mit dem Ausbau des Radweges rückt das Gewerbe- und Wohngebiet der Gemeinde Veitshöchheim immer näher mit dem Ortsteil Oberdürrbach der Stadt Würzburg zusammen und vereinfacht die Anbindung der beiden Standorte,“ erklärt Veitshöchheims Bürgermeister Jürgen Götz.

Darüber hinaus profitieren auch viele umliegenden Landkreis Gemeinden wie Beispielsweise Rimpar und Güntersleben, die aufgrund des neuen Radweges durch das Dürrbachtal nun noch besser ins Gewerbegebiet kommen, ohne das Auto zu benutzen und somit auch noch etwas für ihre Gesundheit und die Umwelt tun.

Der neue Radweg zwischen Gewerbe- und Wohngebiet der Gemeinde Veitshöchheim und dem Ortsteil Oberdürrbach der Stadt Würzburg wird zu den Hauptverkehrszeiten sehr rege genutzt. Da es sich bei dieser Straße um einen Wirtschaftsweg handelt, gilt auf dieser Mischverkehrsfläche gegenseitige Rücksichtnahme zwischen der Landwirtschaft, den Radfahrenden und den Fußgängern.

Das Radverkehrskonzept der Stadt Würzburg definiert 16 Hauptradachsen, auf denen der Alltagsradverkehr schnell und komfortabel gebündelt werden soll. Zudem soll es vielen Menschen erleichtert werden sicher und schnell an ihren Arbeitsplatz oder anderen gewünschten Orten zu gelangen. ❐

Für 150 Bahnhöfe in Bayern:

Neue Farbe, mehr Licht und höherer Komfort

DB hat 90 Stationen bereits fertig renoviert

Deutlich heller und freundlicher präsentiert sich der Bahnhof München Donnersbergerbrücke jetzt den täglich über 55.000 Reisenden. Dank des „Sofortprogramms für attraktive Bahnhöfe“, das die Deutsche Bahn (DB) und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) zur Konjunkturförderung gestartet haben, hat die DB diese wichtige Station für Pendler neu gestaltet. Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter der DB für Bayern, und Andreas Scheuer, geschäftsführender Bundesverkehrsminister, machten sich vor Ort ein Bild von den ersten Ergebnissen der Renovierung.

Der Bahnhof München Donnersbergerbrücke ist einer von 90 Bahnhöfen in Bayern, die die DB dieses Jahr bereits mit dem Sofortprogramm renoviert hat. Die Arbeiten an weiteren 60 Stationen laufen auf Hochtouren. Das klare Ziel: Mit attraktiven Bahnhöfen mehr Menschen für das umweltfreundliche Verkehrsmittel Bahn gewinnen, um die Mobilitäts- und Klimawende weiter voranzutreiben.

Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter der DB für den Freistaat Bayern: „Die Offensive für schönere Stationen zeigt hier mitten in der Stadt München Wirkung. Der wichtige S-Bahn- und Regionalbahnhof Donnersbergerbrücke ist heller, übersichtlicher und deutlich einladender geworden. Das ist wichtig. Denn unsere Reisenden sollen sich am Bahnhof wohlfühlen. Nur so begeistern wir noch mehr Menschen für die klimafreundliche Bahn. Der Bahnhof Donnersbergerbrücke ist einer von 150, die wir bis Ende des Jahres renovieren.“

Attraktivere Stationen

Andreas Scheuer, geschäftsführender Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur: „Die Zahlen belegen es: Unser Sofortprogramm ist ein echter Erfolg – für Bayern, das ganze Land. Attraktive Bahnhöfe, starkes Handwerk und sichere Arbeitsplätze in der Heimat – darum geht es. Es sind allein in Bayern weit über 300 Maßnahmen an 150 Bahnhöfen, die in Summe eine große Wirkung entfalten. Sie erleichtern bei uns rund 1,6 Millionen Reisenden täglich den Zugang zum Zug, verbessern die Informationslage und machen wie hier in München die Stationen insgesamt attraktiver.“

Für den Bahnhof München Donnersbergerbrücke haben Designer der DB ein modernes Licht- und Farbkonzept erstellt, das die Reisenden durch die Station leitet. Ein neuer Blickfang ist das schwarz-weiße Fliesenbild am frisch sanierten Treppenausgang Richelstraße. LED-Lampen in den erneuerten Decken machen die Station heller und sparen Energie. Letzte Arbeiten wie das Ausbessern der Böden laufen noch bis Ende des Jahres. Insgesamt fließen rund 400.000 Euro in die Verschönerung dieser Station.

An vielen Stationen hat die DB zum Beispiel bereits Malerarbeiten durchgeführt, Bodenbeläge ausgebessert oder Treppen renoviert. Zudem hat die DB zusätzliche Wetterschutzhäuschen aufgestellt, zahlreiche Sitzbänke für mehr Aufenthaltskomfort und Vitrinen für bessere Reisendeninformation ausgetauscht. Um Energie einzusparen, rüstet die DB die Beleuchtung an insgesamt sechs Stationen in Bayern auf umweltfreundliche LED-Lampen um und investiert dafür rund eine Million Euro. Zu den Bahnhöfen, die 2021 vom Sofortprogramm profitieren, zählen unter anderem Ansbach, Aschaffenburg Süd, Bobingen, Forchheim, Germering-Unterpfaffenhofen, Neumarkt (Opf.) und Schwabach.

Bereits im August 2020 startete das BMVI zusammen mit der DB das Sofortprogramm für attraktive Bahnhöfe. In Bayern hat die DB vergangenes Jahr in Zusammenarbeit mit ausführenden Handwerksunternehmen insgesamt 56 Bahnhöfe für rund 6 Millionen Euro aufgefrischt. Mit einem Gesamtvolumen im Jahr 2021 von 120 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm des Bundes setzt die DB dieses Jahr ihre Offensive fort und packt insgesamt 1.000 Stationen an.

Bis Jahresende schließt die DB die aus dem Konjunkturprogramm des Bundes finanzierten Arbeiten ab. Das klare Ziel: Mehr Menschen für das umweltfreundliche Verkehrsmittel Bahn zu gewinnen, um die Mobilitätswende weiter voranzutreiben. ❐

Neue Fahrradgarage in Würzburg

„Aus drei Pkw-Stellplätzen werden an dieser Stelle 32 überdachte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und E-Bikes“, freut sich Baureferent Benjamin Schneider über die bereits 5. Fahrradgarage in der Würzburger Innenstadt. Die Turmgasse wird somit auch zu einer vollständigen Mobilstation. Hier sind Leihräder, Carsharing, Ladestation und Radabstellplätze auf engsten Raum miteinander sinnvoll verzahnt. Der Standort der Station unweit des Congress Centrums ist an stark befahrene Verkehrsachsen angebunden.

Vor Ort erläuterten Werner Eirich vom Fachbereich Hochbau und Tiefbau-Chefin Annette Messerer, dass die Realisierung der Garage durch die Verwendung und Anpassung von Serienmodulen gegenüber den ersten Prototypen viel günstiger geworden ist. 40.000 Euro kostet die aktuelle Ausführung mit zwei einander zugeneigten Garagenhälften, die auf jeweils zwei Ebenen die Räder beherbergen. Gasfedern in den Halterungen mit ausziehbaren Führungsschienen unterstützen das Anheben gerade von schweren Pedelec-Modellen. ❐

VDV fordert Rettungsschirm und Planungssicherheit

Bus- und Bahnunternehmen müssen aufgrund der aktuell bereits laufenden vierten Corona-Infektionswelle auch im kommenden Jahr mit Einnahmerückgängen in Milliardenhöhe rechnen. Darauf hat das Präsidium des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) hingewiesen. Der Verband fordert daher von Bund und Ländern, den Rettungsschirm zur finanziellen Unterstützung der Branche weiterhin aufgespannt zu lassen, um die prognostizierten Verluste auszugleichen.

Wie Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff erklärte, „fahren die Unternehmen, wie politisch gewünscht, immer noch nahezu 100 % des Angebots bei aktuell 70 bis 80 % der üblichen Fahrgastzahlen. Wenn wir davon ausgehen, dass die Nachfrage in den kommenden Wochen und Monaten auf diesem Niveau bleibt oder sogar wieder leicht sinkt, dann fehlen der Branche im kommenden Jahr zwischen 1,5 und 1,7 Milliarden Euro an Fahrgeldeinnahmen. Dafür brauchen wir eine Lösung."



Oliver Wolff. Bild: VDV

Laut VDV-Präsidium besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens, dass dem ÖPNV eine zentrale Aufgabe beim Klimaschutz im Verkehr zugedacht sei. Ein starkes ÖPNV-Angebot auf Schiene und Straße sei dafür Voraussetzung. „Wenn aber die Verluste für die Branche unverschuldet in die Milliarden gehen, dann drohen am Ende sogar Angebotseinschränkungen im Nahverkehr. Das darf nicht passieren und kann auch nicht verkehrspolitisches Ziel von Bund und Ländern sein", machte Wolff deutlich.

Mobilitätswende vor Ort

Planungssicherheit für die Mobilitätswende vor Ort lautet die Devise. Mit Blick auf einen sehr hohen Andrang bei den E-Bus-Bestellungen betonte VDV-Vizepräsident Werner Overkamp: „Die Branche hält Wort und hat die Mobilitätswende vor Ort, in den Städten und Gemeinden, kraftvoll vorbereitet. Sind wir bisher davon ausgegangen, dass wir jährlich etwa 1.000 neue E-Busse auf Deutschlands Straßen sehen werden, können wir mit Blick auf die weitaus höhere Zahl an geplanten Fahrzeug-Neubestellungen diese wohl bald erfreulicherweise nach oben korrigieren." Das seien, so Overkamp, sehr gute Signale für die Dekarbonisierung der Flotten in Deutschland, um die CO2-Emissionen der Busse nochmals zu senken. Allerdings drohe jetzt eine Überzeichnung der Fördermittel.

„Wir machen uns Sorgen, dass einige Verkehrsunternehmen ihre Bestellpläne wieder rückgängig machen könnten, wenn sich abzeichnet, dass die Fördermittel des Bundes möglicherweise nicht ausreichen oder nicht kurzfristig bereitgestellt werden und etwa kleinere Unternehmen weniger stark berücksichtigt werden", stellte Overkamp fest. „Wir brauchen deutschlandweit Planungssicherheit, um das Tempo in den großen Städten wie im ländlichen Raum hochzuhalten." Mit den gesetzten Zielen – 22,5 Prozent E-Busse bei Neubeschaffungen umzusetzen – setze sich die ÖPNV-Branche an die Spitze des Transformationsprozesses des Verkehrssektors.

Verkehrswende nur mit mehr Schienenverkehr

Im Zuge der laufenden Koalitionsverhandlungen haben die Bahnverbände, darunter der VDV, nochmals dazu aufgerufen, ihre gemeinsamen Kernforderungen zu berücksichtigen. Von überragender Bedeutung für Deutschland sei die Erreichung der Klimaschutzziele bis 2030, was im Verkehrssektor nur mit mehr Schienenverkehr gelingen könne. Die Branche müsse mit Blick auf die Klimaschutzziele die Fahrgastzahlen im Personenverkehr in diesem Jahrzehnt verdoppeln und den Marktanteil im Güterverkehr auf mindestens 25 Prozent erhöhen. Es gelte, die Infrastruktur für den Deutschlandtakt auszubauen, die Digitalisierung der Schiene voranzutreiben und die Verkehrswende zu forcieren. Schließlich bedeute mehr Verkehr auf der Schiene mehr Lebensqualität für alle: weniger Staus, weniger Abgase, weniger Flächenverbrauch und weniger Verkehrsopfer.

Zwar seien vor allem in der vergangenen Legislaturperiode die finanziellen Mittel für den Eisenbahnsektor deutlich aufgestockt worden, jedoch sei es erforderlich, dass die künftige Bundesregierung das Tempo jetzt weiter erhöht und der Schiene Priorität einräumt, heißt es. Alle Parteien hätten sich vor der Wahl für eine Stärkung der Schiene ausgesprochen. In den bisher veröffentlichten Ergebnissen der Gespräche zwischen SPD, Grünen und FDP sei bezüglich der Stärkung des Eisenbahnverkehrs aber noch viel Luft nach oben, monieren die Bahnverbände. **DK**

LEW E-Mobility-Team setzt bislang größten Einzelauftrag um

Die Akkus von E-Bike und Smartphone auch unterwegs an einer Akkuladestation einfach und komfortabel nachladen – immer mehr Kommunen und Unternehmen wollen ihren Bürgerinnen und Bürgern, Gästen und Mitarbeitenden die Möglichkeit dazu bieten. Aktuell zum Beispiel die Mitgliedskommunen der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) Sachsen-Anhalt: Seit kurzem bieten sie an insgesamt 52 Standorten eine öffentlich zugängliche Möglichkeit zum „Aufladen zwischendurch". Die Ladestationen für Fahrradakkus und elektronische Kleingeräte wurden von der LEW Netzservice GmbH gemeinsam mit der LEW Verteilnetz GmbH, beides Tochterunternehmen der Lechwerke, entwickelt und hergestellt. Die über fünfzig Akkuladestationen sind der bisher größte Einzelauftrag des LEW E-Mobility-Teams im Bereich E-Bike Ladestationen.

Die LEW-Akkuladestationen haben eine Standfläche von lediglich rund 30 mal 50 Zentimeter. Jede der rund etwa 1,8 Meter hohen Ladesäulen stellt vier verschließbare Boxen zur Verfügung. Hier können E-Fahrradfahrerinnen und -fahrer ihren Akku und ihr Ladegerät einlegen und an die integrierte Steckdose anschließen. Zusätzlich ist jede Box mit einer zweiten Steckdose und einem USB-Ladeanschluss zum gleichzeitigen Laden von Smartphones, Tablets oder Kamera-Akkus ausgestattet. Die elektrolytisch verzinkten und lackierten Gehäuseflächen werden in den Augsburger LEW-Werkstätten gefertigt und individuell nach Kundenwunsch foliert. Die AGFK Sachsen-Anhalt beispielsweise informiert darauf über ihre landesweite Initiative „FahrRad-Land Sachsen-Anhalt".

„Mit ihrer gemeinsamen Aktion zur Inbetriebnahme der E-Bike-Ladestationen leisten die Mitgliedskommunen der AGFK Sachsen-Anhalt einen beispielgebenden Beitrag zur Förderung der umweltfreundlichen Mobilität mit dem Elektrofahrrad", erklärt Andreas Remmele, Leiter E-Mobility bei der LEW Netzservice GmbH. „Die über fünfzig Akkuladestationen sind der bisher größte Einzelauftrag im Bereich E-Bike-Ladeinfrastruktur, den das LEW E-Mobility-Team umsetzen durfte. Aber die individuell für Kommunen oder Unternehmen gefertigten LEW-Ladestationen stehen auch in anderen Regionen immer mehr Akku-Nutzern und - Nutzerinnen zur Verfügung – egal, ob für E-Bike, Smartphone, Tablet oder Kamera."

Die kompakte Säulenvariante ist nur eine der von den LEW E-Mobility-Experten angebotenen Ladelösungen. Eine andere ist die zwei Meter breite LEW E-Bike-Ladestation mit integriertem Fahrradständer: Bis zu drei E-Bikes finden in Aussparungen des Gehäuses mit dem Vorderrad festen Stand und lassen sich an verschweißten Ösen diebstahlsicher anschließen. Zu jedem Fahrradabstellplatz gehört zudem eine geräumige, abschließbare Box. Neben Akku-Ladegerät und Smartphone kann hier beispielsweise auch der Fahrradhelm sicher untergebracht werden.

Einen Extra-Service bietet eine weitere Variante der LEW-Ladestationen – die DC-Akkuladestation mit Schrankkorpus: In den drei abschließbaren Boxen sind hier die Ladekabel inklusive Netzteil für die gängigsten Modelle von E-Bike-Akkus bereits integriert. Der Ladeservice lässt sich also auch ohne eigenes Ladegerät nutzen. Zudem stellt das Technikerteam in den LEW-Werkstätten auch Sonderlösungen her – ganz nach Wunsch und Anforderung von Kommune oder Unternehmen. ❐



Deutlicher Appell beim 4. Wasserforum Oberpfalz:

Tiefengrundwasser erhalten und fördern

Wieder in Präsenz fand jüngst das vierte Wasserforum Oberpfalz statt, diesmal zum Thema „Herausforderungen und Strategien in der Wasserversorgung“. Referenten aus dem kommunalen Bereich, von Wasserversorgern, des Bayerischen Landesamtes für Umwelt und aus der Industrie informierten über die aktuellen Gegebenheiten bzw. konkrete Konzepte und Ansätze.

„Das Thema ist hochaktuell“, stellte Regierungspräsident Axel Bartelt in seiner Begrüßung im Spiegelsaal der Regierung angesichts der Klimaentwicklung fest. Er freute sich über die Teilnahme von rund 80 Personen aus den Kommunen, der Wasserwirtschaft und Wasserversorger sowie aus der Landwirtschaftsverwaltung und des Bauernverbandes. „Wir müssen Hand in Hand für den Grundwasserschutz arbeiten. Der hohe Standard ist nicht selbstverständlich. Das Grund- und Trinkwasser ist endlich und wertvoll. Wir müssen diesen guten Status Quo erhalten“, forderte der Regierungspräsident.

Besonders blickte er auf die Wasserschutzgebiete, die intakt sein müssten, um gutes Trinkwasser zu liefern. In diesem Kontext verwies er auch auf unversehrte Kanäle und die zuletzt deutlich zurückgehende Grundwasserneubildung. Kooperation mit der Landwirtschaft, Beratung und Förderung durch staatliche Stellen, ein sorgsamer Umgang mit Wasser seitens der Industrie und – letztlich – Engagement jedes einzelnen Bürgers waren Bartelts vorgeschlagene Bausteine für den Grundwasserschutz.

Diese Aspekte nahm Dr. Juliane Thimet, Stellvertreterin des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds im Bayerischen Gemeindetag, in ihrem Vortrag „Wasserversorgung als kommunale Pflichtaufgabe im Spannungsfeld wachsender Nutzungskonkurrenz“ auf: Trockenheit, Starkniederschläge, Wassermangel usw. Sie rief die von Ministerpräsident Dr. Markus Söder im September 2020 einberufene „Expertenkommission Wasser“ in Erinnerung, die nun ein erstes Gutachten vorgelegt hat. Thimet brachte das Ergebnis auf den Punkt: „Die Fläche ist der maßgebliche Faktor“, der Boden als Grundelement für die Wasserneubildung.

Expertenkommission benennt Defizite

Die Referentin kritisierte das Fehlen des Begriffs „Tiefengrundwasser“ im Gutachten, ebenso das Fehlen der kommunalen Spitzenverbände in der Kommission. Die Expertenkommission habe Defizite bei der Landwirtschaft (z.B. plattgewalzte Böden), zu kleine Wasserschutzgebiete, technische Mängel bei Anlagen von Kommunen (z.B. Talsperren) und zum Teil zu kleine Strukturen bei der Wasserversorgung benannt. Mehr interkommunale Zusammenarbeit und der Erhalt der Wasserkompetenz in kommunaler Hand seien nötig. Darüber hinaus müssten die Vertreter aus Verwaltung und Planung zum Dialog an einen Tisch geholt werden. Einen Aspekt unterstrich die Referentin nochmals: den Schutz des Tiefengrundwassers, der eisernen Wasserreserve.

Keine Entwarnung

Hier setzte Dr. Benjamin Kopp vom Bayerischen Landesamt für Umwelt in seinem Referat „Klimawandel und aktuelle Grundwassersituation in der Oberpfalz“ an. Trotz eines verregneten Sommers 2021 gibt es für Kopp „keine Entwarnung beim Grundwasser“. Auch in der Oberpfalz sei eine Temperaturzunahme (ca. 1,30° Celsius) und eine Abnahme der Niederschläge festzustellen – mit Konsequenzen für das Grundwasser und dessen Neubildung. Die niedrigsten Werte der letzten 20 Jahre bei den Messstellen seien 2020 erreicht worden, der nasse Sommer 2021 werde keine nennenswerte Erholung bringen. Angesichts des weiteren Anstiegs der Temperaturen hält Kopp Anpassungsmaßnahmen und Managementstrategien für alle Grundwassernutzungen für sinnvoll.

Die Herausforderungen in der Wasserversorgung erläuterte am Beispiel der REWAG Vorstandsvorsitzender Dr. Torsten Briegel. Besonders die Lage der Einrichtungen zur Wassergewinnung in Überschwemmungsgebieten erfordere adäquate Strategien: Hochwasserschutz für die Anlagen, technische Verbünde, Erschließung neuer Gebiete zur Wassergewinnung, Vermeidung bzw. Verringerung von Stickstoff/Nitrat. Außerdem sei die Erneuerung der Netzinfrastruktur nötig.

Einen interessanten Einblick, wie sich durch kommunales Engagement Hand in Hand eine zukunftssichere Wasserversorgung aufbauen lässt, bot Alwin Märkl, 1. Bürgermeister der Gemeinde Freudenberg, mit seinen Ausführungen zur Kooperation zwischen Wasserversorgern – konkret zum „Wasserpakt“ zwischen seiner Kommune und den Stadtwerken Amberg. „Durch innovative Ideen konnte man zusammenfinden. Wir sind auf Augenhöhe unterwegs, der Vertrag bietet Vorteile für beide Partner“, bilanzierte Märkl.

Den Umgang mit Kanälen in Wasserschutzgebieten, deren Sichtung und Prüfung sowie die Aktion „Schau auf die Rohre“ stellte Hardy Loy vom Bayerischen Landesamt für Umwelt vor. Einen interessanten Beitrag aus der Industrie zum Grundwasserschutz lieferte Ulrich Schäfer, Head of Corporate Safety and Security bei der Krones AG, zum Thema „Ressourcenschonender Umgang mit Wasser im Betriebsablauf der Krones AG“. Eine „konsequente Nachhaltigkeit“ sei, so Schäfer, eine Grundmaxime des Unternehmens. **Markus Bauer**



Dr. Juliane Thimet bei ihrem Vortrag. In der vorderen Reihe Mitarbeiter der Regierung der Oberpfalz, Referenten der Veranstaltung und (Dritter von links) Regierungspräsident Axel Bartelt. **Bild: Markus Bauer**

Wasserversorgung in Bayern – Bald ein knappes Gut?

Expertenkommission „Wasserversorgung in Bayern“ sieht großen Handlungsbedarf

Sinkende Grundwasserstände durch niedrige Grundwasserneubildungsraten und Dürresommer sind auch in Bayern längst keine Seltenheit mehr. Der Klimawandel ist spürbar und bedroht auch die dauerhafte Sicherstellung der Wasserversorgung. Die Bayerische Staatsregierung hat deshalb im vergangenen Jahr die Expertenkommission „Wasserversorgung in Bayern“, bestehend aus acht Professorinnen und Professoren, einberufen. Auftrag der Kommission war es, Empfehlungen, Handlungsoptionen und Lösungsansätze für eine sichere Wasserversorgung zu erarbeiten. Der Bericht der Expertenkommission liegt nun vor und belegt deutlich die Auffassung des VBEW: Die leitungsgebundene Wasserverorgung in Bayern steht vor großen Aufgaben.

„Das oberste Ziel der Wasserversorger ist es, für Bürger*innen und Wirtschaft weiterhin eine möglichst bedarfsgerechte Versorgung mit Trinkwasser zu gewährleisten. Dies auch künftig sicherzustellen ist ein Job für Profis und kann nicht mal so eben im Nebenamt mit erledigt werden,“ stellt Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW mit Blick auf die teils sehr kleinteilige Wasserversorgungsstruktur in Bayern fest.

Wasser wird mancherorts knapp (werden)

Der Klimawandel wirkt sich unter anderem zunehmend auf die Niederschlagsmengen und -verteilung aus. Das hat Folgen für die Grundwasserneubildungsraten. Seit mehreren Jahren sind in einigen Regionen Bayerns sinkende Grundwasserpegelstände festzustellen. Die Expertenkommission postuliert, dass durch abnehmende Grundwasserneubildungsraten in wasserarmen Regionen Bayerns, mittelfristig Anpassungsmaßnahmen, beispielsweise auch mit dem Ausbau und Neubau von Talsperren, erforderlich werden. Die Wasserversorger müssen ihre Vorsorge- und Versorgungsstrategie daran ausrichten. Die strukturellen Bedingungen der Wasserversorgung in Bayern erschweren diese notwendigen Anpassungsmaßnahmen.

Die besonders kleinteilige Wasserversorgungsstruktur in Bayern hat neben Vorteilen – wie der räumlichen Begrenzung von Schadensereignissen – aufgrund der ständig steigenden technischen und administrativen Anforderungen eben auch Nachteile. Es gilt daher, durch geeignete Formen der Kooperation (z. B. durch interkommunale Zusammenarbeit) die Vorteile der vorhandenen Struktur mit den Anforderungen an eine effiziente und zunehmend komplexere Wasserwirtschaft zu kombinieren. Wasserschutzgebiete zügig und adäquat ausweisen Bayern setzt im Vergleich zu anderen Bundesländern auf vergleichsweise kleine Wasserschutzgebiete, unter der Prämisse des allgemeinen flächendeckenden Grundwasserschutzes. In der Folge sind im Bundesdurchschnitt 12 % der Landesfläche als Wasserschutzgebiete ausgewiesen, in Bayern sind es weniger als 5 %. Dazu kommt, dass dauerhaft mehrere hunderte Verfahren zur Überprüfung und Neuausweisung von Schutzgebieten offen sind.

Um auch zukünftig einen anforderungsgerechten Trinkwasserschutz gewährleisten zu können, müssen diese Verfahren zügiger abgeschlossen werden. „Wie will ein Land in 19 Jahren klimaneutral werden, wenn es durchschnittlich schon acht Jahre benötigt, um ein Wasserschutzgebiet auszuweisen“, fragt sich Detlef Fischer. Ebenso gilt es, die Ressource Wasser vor einer zunehmenden Flächen- und Rohstoffnutzungskonkurrenz zu schützen. Gewerbliches, land- und forstwirtschaftliches Bauen ist in Wasserschutzgebieten zu vermeiden. Auch diese Forderungen des VBEW unterstützt die Expertenkommission in ihrem Gutachten. Nur durch adäquate Wasserschutzgebiete kann die Ressource Wasser dauerhaft vor anthropogenen Einflüssen geschützt werden.

Wassercent mit zweifelhafter Lenkungsfunktion

Auf Vorschlag der Expertenkommission und mit Ankündigung des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung vom 21.07.2021, soll in Bayern der sogenannte Wassercent eingeführt werden. Ein Wasserentnahmeentgelt, über das eine Lenkungsfunktion hin zu einem sorgsameren Umgang mit der Ressource Wasser erwirkt werden soll. „Grundsätzlich stehen wir der Einführung eines Wassercents kritisch bis ablehnend gegenüber und zweifeln vor allem die angestrebte Lenkungswirkung, hin zu einem sorgsameren Umgang mit der Ressource Wasser, an.

Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass besonders intensive Wassernutzer wie die Landwirtschaft und vermutlich auch die Industrie durch Ausnahmen privilegiert werden sollen“, erklärt Detlef Fischer. Sollte der Wassercent dennoch eingeführt werden, müssen die möglichst unbürokratisch erhobenen Mittel zielgerichtet für Maßnahmen zur Sicherstellung und zum Schutz der Trinkwasserressourcen eingesetzt werden.

Wasser geht uns alle an!

„Wir müssen die Versorgung mit Trinkwasser jetzt nachhaltig sichern, nicht nur für uns, sondern vor allem auch für künftige Generationen“, mahnt Detlef Fischer. Das gemeinsame Ziel muss eine nachhaltige Nutzung unserer Wasserressourcen sein, im privaten Bereich, aber vor allem auch in der Landwirtschaft und der Industrie. Dazu muss die Bevölkerung für den Wert des Wassers und einen sorgsamen Umgang mit dieser kostbaren Ressource verstärkt sensibilisiert werden. Das müsste doch auch ohne eine künstliche Verteuerung des Wassers hinzubekommen sein. ❐

Novellierung der Abwasserabgabe

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) kritisiert Überlegungen in den derzeit laufenden Koalitionsverhandlungen zur Einführung einer flächendeckenden vierten Abwasserreinigungsstufe, die über eine novellierte Abwasserabgabe finanziert werden soll. Damit würde das Verursacherprinzip mit Blick auf Gewässerverunreinigungen mit Füßen getreten.

Hierzu erläutert Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführung Wasser/Abwasser: „Mit einer Novellierung der Abwasserabgabe müssten Bürgerinnen und Bürger unabhängig vom Einkommen allein die Kosten für die Einführung zusätzlicher Reinigungsstufen in der Abwasserentsorgung zahlen, obwohl sie für die Herstellung der zu entfernenden Stoffe ursächlich nicht verantwortlich sind. Diese Kosten sind erheblich: Bei einer flächendeckenden Einführung der vierten Reinigungsstufe in Deutschland, wie sie derzeit in den Koalitionsverhandlungen diskutiert wird, können auf die Bürger Mehrbelastungen von bis zu 20 Prozent zukommen. Das wäre zum einen unsozial und bedeutet zum anderen für die Hersteller eine „Lizenz zur Verschmutzung.“ ❐

Hochwasserschutz an Donau, Main und Alz

In Zeiten des Klimawandels ist Hochwasserschutz eine zentrale Zukunftsaufgabe. Im Rahmen des laufenden Gewässer-Aktionsprogramms baut der Freistaat an Donau, Main und Alz den Hochwasserschutz weiter aus. Der Startschuss durch Umweltminister Thorsten Glauber erfolgte für Projekte im Polder Sand-Entau (Landkreis Straubing-Bogen), in Hallstadt-Dörfleins (Landkreis Bamberg) und in Burgkirchen a. d. Alz (Landkreis Altötting).

Der sanfte Donauausbau ist Bayerns größtes Hochwasserschutzprojekt. Beim offiziellen Spatenstich zum Hochwasserschutz im Polder Sand-Entau betonte Umweltminister Glauber: „Die Donau ist die Lebensader Bayerns. Gleichzeitig kann sie bei Hochwasser zur Lebensgefahr werden. Der Polder Sand-Entau ist eine Win-Win-Win-Maßnahme: Wir schützen die Menschen vor Ort vor einem 100-jährlichen Hochwasser. Die Baumaßnahme schützt durch den Erhalt von natürlichem Rückhalteraum gleichzeitig auch die Unterlieger. Und auch die Natur wird von dem Projekt profitieren.“

Der Schutz im Donauabschnitt Sand-Entau besteht insbesondere aus Deichrückverlegungen, Deicherhöhungen und Deichneubauten. Die Baumaßnahme hat ein Gesamtvolumen von rund 65 Millionen Euro. Sie wird vom Freistaat Bayern, der Bundesrepublik Deutschland und den von den Maßnahmen profitierenden Kommunen Aiterhofen und Irlbach finanziert.

Ringbedeichungen

Der Hochwasserschutz im Polder Sand-Entau ist Teil des Donauausbaus zwischen Straubing und Deggendorf. Kernstück der aktuellen Maßnahme in Sand-Entau bilden die Ringbedeichungen rund um die Siedlungsbereiche Hermannsdorf und Ainbrach sowie Sophienhof und Entau. Die geplanten Deichneubauten bzw. -erhöhungen haben eine Gesamtlänge von rund 14 Kilometern. Neben dem Schutz vor einem 100-jährlichen Hochwasserereignis wird dadurch gleichzeitig eine Fläche für rund 12 Millionen Kubikmetern natürlicher Rückhalteraum an der Donau erhalten. Auch in den Poldern Sulzbach, Offenberg/Metten und Steinkirchen laufen die Arbeiten zum Hochwasserschutz bereits auf Hochtouren.

Auch in Hallstadt-Dörfleins wird mit Hochdruck am Hochwasserschutz der Zukunft gearbeitet. Glauber zufolge werden damit rund 3.600 Menschen und 400 Arbeitsplätze wirksam geschützt. „Ein schöner Nebeneffekt: Auf den erhöhten Deichen kann man künftig radeln und wandern. Und wir schaffen umfangreichen ökologischen Ausgleich, etwa durch 1,5 Hektar neuen Auwald. Hallstadt-Dörfleins gewinnt somit Sicherheit, Ökologie und Freizeitwert.“

Für die Modernisierung des Hochwasserschutzes in Hallstadt-Dörfleins werden die bestehenden Anlagen an Main und Gründleinsbach ertüchtigt. Auf einer Länge von 3,8 Kilometern werden die vorhandenen Deiche erhöht. Rund 540 Meter lang sind die neuen Schutzmauern. Zudem werden vier Pumpwerke, zwei Kleinpumpwerke und eine Flutmulde gebaut. Zu den begleitenden landschaftspflegerischen Maßnahmen gehören beispielsweise eine Baggerseeanbindung zum Main, die Neupflanzung eines Auwalds und die ökologische Gestaltung des Gründleinbachs. In der Nähe des Mainschlösschens entsteht außerdem eine neue Aussichtsplattform. Die Baufertigstellung ist für 2022 geplant. Die Gesamtkosten für das Projekt betragen rund 12,5 Millionen Euro. Die Stadt Hallstadt beteiligt sich mit etwa 4,7 Millionen Euro, der Freistaat Bayern übernimmt 7,8 Millionen Euro.

Mehr Sicherheit für rund 200 Häuser bedeutet der Bau neuer Hochwasserschutzanlagen in Burgkirchen a.d. Alz. Von dem Dreiklang aus Spundwänden, Hochwasserschutzwänden und Deichen profitiert nicht nur der Ortsteil Hirten. Auch die Unterlieger werden geschützt. Das Konzept zum Schutz des Ortsteils Hirten der Gemeinde Burgkirchen a.d. Alz entwickelte das Wasserwirtschaftsamt Traunstein. Die jetzt abgeschlossene Planung sieht den Schutz vor einem 100-jährlichen Hochwasser vor.

Für den Hochwasserschutz in Hirten wird ein 900 Meter langer Deich mit Innendichtung angelegt. Zwischen Staatsstraße und Siedlungsbereich soll eine Hochwasserschutzwand auf einer Länge von 200 Metern an den Deich anschließen. Das letzte Stück bis zum Walder Mühlbach ist wieder als Hochwasserschutzdeich vorgesehen. Die Länge der gesamten Hochwasserschutzanlage beträgt 1.350 Meter. Daneben sorgt beispielsweise ein neues Bauwerk dafür, dass das auf den Rückhalteflächen befindliche Hochwasser wieder Richtung Alz abfließen kann. Bei der gesamten Planung wurde auf den Erhalt der bestehenden Vegetation geachtet. Die Baufertigstellung ist für 2022 vorgesehen. Die Gesamtkosten für das Projekt betragen drei Millionen Euro. Die Gemeinde Burgkirchen a.d. Alz beteiligt sich mit etwa einer Million Euro, der Freistaat Bayern übernimmt rund zwei Millionen Euro. **DK**

Bauministerium und Wasserwacht-Bayern:

Unterstützung für Kommunen beim Schwimmunterricht

120 Millionen Euro Förderung für Sanierung der bayerischen Schwimmbäder

Bayerns Bauministerin Kerstin Schreyer und der Landesvorsitzende der Wasserwacht-Bayern, Thomas Huber, unterstützen die Kommunen dabei, Schwimmunterricht anzubieten. „Die flächendeckende Versorgung mit Schwimmbädern ist die grundlegende Voraussetzung, dass Kinder und Jugendliche gefahrlos das Schwimmen erlernen können. Insbesondere für kleine und mittlere Kommunen ist es häufig finanziell eine große Herausforderung, ihre Schwimmbäder zu sanieren und zukunftsfähig herzurichten," betont die Bauministerin. Der Freistaat stehe dabei jedoch eng an der Seite der Städte und Gemeinden.

Laut Schreyer „haben wir im Sonderprogramm Schwimmbadförderung aktuell noch Fördergelder, mit denen wir die Kommunen bei der Erfüllung dieser Herausforderung unterstützen können. Ich lade daher die Kommunen ein, sich mit den jeweiligen Bezirksregierungen für erste Sanierungsgespräche in Verbindung zu setzen."

Thomas Huber, Landesvorsitzender der Wasserwacht-Bayern: „Der Bädererhalt in Bayern ist essenziell für das überlebensnotwendige Schwimmen lernen. Nur mit ausreichend vorhandenen Schwimmbadkapazitäten können Schwimmkurse stattfinden. Die Corona-Pandemie hat eine große Lücke bei der Schwimmfähigkeit der Kinder hinterlassen. Ohne die notwendigen Schwimmflächen, können wir die große Nachfrage an Schwimmkursen nicht bewältigen - unsere Ausbilderinnen und Ausbilder der Wasserwacht-Bayern stehen jedenfalls bereit."

Sonderprogramm

Die schwierige Situation vieler kommunaler Bäder ist der Bayerischen Staatsregierung bewusst. Im Sonderprogramm Schwimmbadförderung wurden im Jahr 2019 daher insgesamt 120 Millionen Euro für die Sanierung kommunaler Bäder bereitgestellt. Förderfähig sind alle Bäder, die in keinem anderen staatlichen Programm gefördert werden können und in denen Schulschwimmen oder Schwimmkurse angeboten werden. Insbesondere Freibäder können so gefördert werden. Das Programm läuft vorerst bis Ende 2024, im laufenden Jahr stehen noch ausreichend Mittel zur Verfügung. Die Bezirksregierungen wickeln das Programm ab und beraten die Kommunen zur Sanierung ihrer Bäder und zur Antragsstellung.

Die Förderung beträgt bis zu 55 Prozent der Sanierungskosten von Schwimmbecken, Umkleiden und Technikbereichen, je nach finanzieller Leistungsfähigkeit der jeweiligen Kommune. Bei einer Kommune mit durchschnittlicher Leistungsfähigkeit wird ein Viertel der förderfähigen Kosten übernommen. Interkommunale Lösungen können einen Förderbonus von 10 Prozent erhalten. Auch Rückbauten und Flächenreduzierungen, die die Unterhaltskosten senken, werden gefördert, nicht aber Sauna- und Gastronomiebereiche oder reine Sprung- und Wellenbecken. ❐

Abwasser-Innovationspreis 2022: jetzt bewerben!

Die optimale Reinigung von Abwasser und die Sanierung von Kanälen sind ein großes Anliegen des Freistaats. Für die Entwicklung und den Einsatz neuer Technologien und Verfahren wird jetzt unter der Schirmherrschaft von Umweltminister Thorsten Glauber zum sechsten Mal der Abwasser-Innovationspreis ausgelobt. Gesucht werden innovative Verfahren und zukunftsweisende Konzepte zur Abwasserentsorgung in ganz Bayern.

Mit dem Abwasser-Innovationspreis 2022 können Projekte ausgezeichnet werden, die noch nicht begonnen wurden, deren Realisierung bereits absehbar ist und für die keine weitere Förderung beantragt ist. Gemeldet werden können innovative Verfahren aus den Bereichen Kanalsanierung, Misch- und Regenwasserbehandlung, Erhöhung der Energieeffizienz auf Kläranlagen, Energiegewinnung aus Abwasser, Ertüchtigung von Kläranlagen im ländlichen Raum, weitergehende Abwasserreinigung in Kläranlagen und Projekte zum weitgehenden Regenrückhalt in Siedlungsgebieten („Schwammstadt").

Interessierte Bewerber können bis zum 1. Juli 2022 Wettbewerbsunterlagen einreichen. Bis zu fünf Teilnehmer können eine baubegleitende Förderung über insgesamt bis zu drei Millionen Euro erhalten. Zusätzlich können bis zu fünf Vorschläge mit insgesamt bis zu 20.000 Euro prämiert werden. Die Planer der ausgezeichneten Projekte erhalten eine Anerkennungsprämie. Weitere Infos: http://www.wasser.bayern.de ❐

Mehr Freiheit für die Fische in der Baunach

Der WWF Deutschland hat in Zusammenarbeit mit dem Wasserwirtschaftsamt Kronach das „Leucherhof"-Wehr an der Baunach entfernt. Trotz ihres teilweise unberührten Verlaufs leidet die Baunach unter Sedimenteinträgen aus den umliegenden Feldern und der Zerschneidung durch Querbauwerke.

Das „Leucherhof"-Wehr wurde früher zur Be- und Entwässerung von Wiesen genutzt. Eigentlich hätte der ursprüngliche Besitzer, eine Wiesenbewässerungsgenossenschaft, das Wehr abbauen müssen, nachdem es nicht mehr benötigt wurde. Aber die Genossenschaft war schon lange nicht mehr aktiv und konnte daher kein Geld investieren, um der Natur ein Stück Freiheit zurückzugeben.

Mitte September begannen daher die vom Wasserwirtschaftsamt in Auftrag gegebenen und vom WWF Deutschland finanzierten Baggerarbeiten im Fluss. Walter Haderlein vom WWA Kronach erklärte hierzu: „Das Wehr hatte keinen Nutzen mehr und so konnten wir es in Zusammenarbeit mit dem WWF entfernen." Stein für Stein wurde abgetragen, bis die Barriere verschwunden war, und das Wasser nach fast 150 Jahren wieder frei fließen konnte. Was für ein Gefühl der Freiheit! Freiheit für den Fluss, der sich frei entfalten kann. Freiheit für die Fische, die nun wieder ungehindert wandern können. Und auch die Menschen, die jetzt am Ufer des Flusses sitzen und die natürlichen Veränderungen des Lebensraumes und seine Wechselwirkung mit der Aue beobachten können profitieren von der Maßnahme. „Es ist sehr wichtig einmal die Themen „Gewässer- und Fischökologie" in die Öffentlichkeit zu bringen", erklärte Dr. Thomas Speierl von der Fischereifachberatung des Bezirks Oberfranken, welcher ebenfalls die Maßnahme ausdrücklich befürwortete.

Man darf gespannt sein, wie sich die Strecke künftig entwickelt: Welche Fischarten profitieren? Welche Libellen stellen sich ein? Und wird der Eisvogel bald seine Bruthöhlen am steilen Flussufer anlegen?

Gelungene Maßnahme

Nach dem Rückbau ist eine freie Fließstrecke von mehr als sechs Kilometern entstanden. „Wir freuen uns sehr über diese gelungene Maßnahme. So können wir unsere schöne Natur in und um Baunach weiterhin nachhaltig schützen. Außerdem sind frei fließende Flüsse immer auch ein natürlicher Hochwasserschutz", bekräftigte auch Bürgermeister Tobias Roppelt das Projekt. Mit der Entfernung des „Leucherhof" Wehrs ist erst der Anfang gemacht, weitere Rückbauten sollen folgen – in Bayern und andernorts.

An den bayerischen Flüssen gibt es fast 6600 Wehre, von denen über 900 baufällig sind. Vermutlich werden viele dieser baufälligen Barrieren nicht mehr genutzt. „Sie könnten die ersten sein, die entfernt werden", meint Sigrun Lange vom WWF Deutschland. „Ein staatlicher Rückbaufonds wäre dringend notwendig, um Barrieren Dritter beseitigen zu können, für die niemand belangt werden kann oder deren Rückbau nachweislich eine zu hohe Belastung für die jeweiligen Eigentümer darstellen würde." So bleibt nur zu hoffen, dass das Baunach-Projekt ein Startschuss für Rückbaumaßnahmen in ganz Bayern bzw. Deutschland wird. ❐

Gesunder Boden bringt gutes Grund- und Trinkwasser

Feldtage der Kooperation Trinkwasserschutz Oberpfälzer Jura

Der Boden- sowie der Trink- und Grundwasserschutz standen im Zentrum der drei Feldtage 2021, die in den Gemeinden Maxhütte-Haidhof und Hemau die Kooperation Trinkwasserschutz Oberpfälzer Jura anbot. Landwirte, Vertreter von Wasserversorgern und der Landwirtschaftsämter wohnten dabei den Vorträgen und den Präsentationen auf den Feldern der drei Projektbetriebe bei.

Der 1. Vorsitzende der Kooperation, Franz Herrler, wies auf die künftige und ab 2023 verbindliche Trinkwasserverordnung hin, die mehr Untersuchungen nötig machen wird. Ebenso betonte er die Bedeutung des Bodens – unter anderem auch für die Grundwasserneubildung.

Ein ausgewiesener Boden-Fachmann, Dipl.-Agraringenieur Christoph Felgentreu (Mitglied des Vorstands in der IG gesunder Boden e.V.), beleuchtete den neuen Kooperationsvertrag aus fachlicher Sicht. Er ging besonders auf den Bodenschutz und die erweiterte Bodenuntersuchung als Werkzeug für die Landwirtschaft und den Grundwasserschutz ein. Die Ziele seien nur „gemeinsam mit allen Landwirten" erreichbar, wobei „die individuellen Bedürfnisse und Besonderheiten der Betriebe" zu berücksichtigen seien und alle Beteiligten voneinander lernen könnten.

Felgentreu verwies auf die unterschiedlichen geologischen Gegebenheiten und Naturräume, auf den Kohlenstoff und dessen Bedeutung und auf den Bodenaufbau bzw. dessen Entwicklung. „Der Boden ist ein Organismus, der atmet. Ohne Bodenbearbeitung geht Landwirtschaft nicht", gab er quasi als Maxime vor. Neben der Behandlung durch den Menschen sei aber auch die Natur, die „Arbeit" der Tiere im Boden, wichtig – etwa für den Humus-Aufbau. Angesichts der Reduzierung chemischer Produkte gewinne die natürliche Abwehr von Pflanzen gegen Schädlinge an Bedeutung, ebenso die Optimierung des Nährstoffmanagements (z.B. durch geeignete Zwischenfrüchte), eine dichtere Durchwurzelung des Bodens und die Reduzierung von Umweltbelastungen.

Als zentral sieht der Ingenieur die biologischen Prozesse im Boden („Pilze fördern, Humus-Abbau reduzieren!") und den Einsatz entsprechender Technik (pfluglose Systeme). Als weiteren Grundsatz schrieb er den Zuhörern „Qualität vor Ertrag" ins Stammbuch. „Ein langer Atem ist nötig", fasste Felgentreu zusammen und motivierte zu einer stärkeren Be(ob)achtung des Bodens.

Die beim Beratungskonzept der Kooperation zu berücksichtigenden einzelbetrieblichen Besonderheiten beleuchteten Martin Prey und Christian Fuchsgruber von der BBVLandSiedlung GmbH. Dies betraf Aspekte der Landbeschaffenheit und Naturschutzauflagen. „Wir raten, mit kleineren Flächen zu beginnen", gab Prey als Tipp. Sein Kollege Fuchsgruber rückte die Bodengare, also den Idealzustand eines fruchtbaren Bodens, in den Mittelpunkt, aber auch die Regenwürmer sowie für die Neubildung von Grundwasser wichtige Faktoren (Zwischenfrucht, Versickerung, Bodenbedeckung, usw.). „Das Ziel muss ein sauberes Grundwasser sein", schloss Fuchsgruber.

Über die hydrogeologischen Zusammenhänge informierten Diplom-Geologin Evi Anders und Diplom-Agraringenieur Felix Schmitt. Anhand des im zweiten Teil besuchten Feldes beschrieben sie die Lage der Brunnen, die engere und weitere Wasserschutzzone, die örtlichen Besonderheiten (Karstgebiet, Dolinen, Oberflächenabfluss und -entwässerung) und gaben erste Ratschläge für die Bodenbearbeitung.

Den Praxisteil begleiteten wir auf dem Feld des Musterbetriebs von Josef Höss, der in Grafenstadel (Stadt Hemau) 50 Hektar (davon 30 Hektar Acker) bewirtschaftet. Seit zwei Jahren hat er auf biologische Landwirtschaft umgestellt und damit auch die Bearbeitung seiner unterschiedlichen Böden etwas verändert. Bei den Zwischenfrüchten waren seine Erfahrungen noch etwas durchwachsen. Die Gegebenheiten eigneten sich aber gut für pH-Wert-Messungen von Bodenproben mit Erläuterung der chemischen Struktur sowie Düngevorschlägen. Ein Katalasetest (Bakterienkulturen) stand ebenso auf dem Programm wie der Ringtest (Versickern von Wasser). Außerdem wurde der aktuelle Stand der drei hier angesäten Zwischenfrucht-Mischungen, welche die Kooperation selbst im Angebot hat, in Augenschein genommen.

Markus Bauer



Jahrestagung des bvse:

Recycling ist gelebter Klimaschutz

Mehr als 350 Unternehmer kamen auf der bvse-Jahrestagung in Marienfeld/Ostwestfalen-Lippe zusammen, um sich mit der Zukunft der Recyclingbranche zu befassen. „Wir stehen vor einer Zeitenwende. Recycling ist gelebter Klimaschutz und eine erfolgreiche Volkswirtschaft kann nur als nachhaltige Kreislaufwirtschaft Zukunft haben. Die Recycling-, Sekundärrohstoff- und Entsorgungswirtschaft kann hier einen großen Beitrag leisten", beschrieb der neugewählte Verbandspräsident Henry Forster seine Motivation für die Arbeit der kommenden Jahre.

Für Forster, der die Nachfolge von Bernhard Reiling antrat, der den mit 980 Mitgliedsunternehmen größten Recycling- und Entsorgerverband Europas neun Jahre führte, sind die kleinen und mittleren Unternehmen das Rückgrat und die Zukunft der Branche. Danach werden wir auch in Zukunft unsere Arbeit ausrichten", erklärte der frischgewählte Präsident. Klima- und Ressourcenschutz sowie die Versorgung der Industrie mit Sekundärrohstoffen seien zentrale Aufgaben einer modernen Kreislaufwirtschaft, die weitaus mehr als bisher in den Alltag von Wirtschaft, Verwaltung und Privathaushalten integriert werden müsse, so Forster mit Blick auf die neue Bundesregierung. Umso wichtiger sei es für die Branche, dass die politischen Rahmenbedingungen verlässlich und klug gestaltet werden. „Darauf sind unsere Unternehmen angewiesen, die nur dann ihre Innovations- und Schaffenskraft entfalten können."

Den branchenrelevanten Blick auf künftige Herausforderungen für Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz lenkte Dr. Alexander Janz, Abteilungsleiter im Umweltbundesamt. Janz verwies dabei auf einige Umweltprobleme, die zum Teil durch menschliches Eingreifen weiter verstärkt oder in ihrer Belastbarkeit noch nicht erkannt und definiert wurden.

Methan-Emissionen deutlich gesenkt

Tendenziell befindet man sich hierzulande auf dem richtigen Weg, um Treibhausgas-Emissionen zu senken, konstatierte Janz. Dazu habe unter anderem der Abfallsektor seinen Beitrag geleistet. Dessen CO2-Ausstoß sei zwischen 1990 und 2020 von rund fünf Prozent auf 0,5 Prozent gesunken und werde 2030 vermutlich null erreichen. Zudem hätten sich in diesem Zeitraum die Methan-Emissionen der deutschen Deponien und biologischen Behandlungsanlagen von 40 auf 10 Millionen Tonnen reduziert. Auch habe die Substitution von Primär- durch Sekundärstoffe beispielsweise beim Schrottrecycling eine Energieeinsparung von 90 Prozent bewirkt.

Ein weiterer Themenblock drehte sich um das wichtige Thema „Design4Recycling". Gunda Rachut, Vorstand der Stiftung Zentrale Stelle Verpackungsregister, trug hierzu mit Informationen zu Status, Planung und Ziel der Zentralen Stelle bei, ehe der Geschäftsführer der Reclay Group, Dr. Fritz Flanderka, Betrachtungen zur „Ökologisierung von Beteiligungsentgelten an Dualen Systemen" anstellte. Seiner Meinung nach sind Zuschläge zu Beteiligungsentgelten in jedem Fall umsetzbar und zielführend und gemeinsam mit Littering-Abgabe und Plastiksteuer eine Herausforderung.

Verpackungsgesetz auf dem Prüfstand

In einer Diskussionsrunde unter der Moderation von bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock stand abschließend das Verpackungsgesetz auf dem Prüfstand. Die Gastredner Gunda Rachut und Dr. Fritz Flanderka sowie bvse-Präsident Henry Forster, Vizepräsident Dr. Herbert Snell und der Vorsitzende des Fachverbandes Glasrecycling, Marc Uphoff, lieferten sich dabei einen kontroversen Meinungsaustausch zu „mehr Recycling, mehr Qualität und mehr Recyclateinsatz". **DK**



Die Preisträgerteams aus Fürstenfeldbruck (r.) und Peißenberg mit Gratulierenden. Bilder: Peter Himsel/Difu

Peißenberg und Fürstenfeldbruck:

„Klimaaktive Kommunen 2021"

Das Bundesumweltministerium hat neun Kommunen als Sieger des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune 2021" ausgezeichnet, darunter die bayerischen Städte Peißenberg und Fürstenfeldbruck. Die Siegerehrung fand im Rahmen der Kommunalen Klimakonferenz statt, die das BMU dieses Jahr als Hybridveranstaltung unter dem Motto „Handlungsdruck trifft Tatkraft – Klimaaktive Kommunen auf dem Weg" durchführte.

Der in der Kategorie „Ressourcen- und Energieeffizienz" ausgezeichnete Markt Peißenberg zeigt mit seinem Projekt „Energieautarke Kläranlage", welche Energieeinsparpotenziale in Kläranlagen stecken und wie diese genutzt werden können. So wird z. B. in einem Blockheizkraftwerk aus Faulgas Energie gewonnen: Mit dem Strom wird das Elektro-Dienstfahrzeug aufgeladen, mit der Abwärme ein nahgelegenes Mehrfamilienhaus mitversorgt.

Co-Vergärung im Visier

Die Beheizung eines Werkstatt- und Chemikaliengebäudes funktioniert ebenfalls mit Abwärme, diesmal von Drucklufterzeugern der Belebungsbecken, den größten Energieverbrauchern einer Kläranlage. Die Zuluft für diese Drucklufterzeuger wird über einen unterirdischen Erdkanal vorgekühlt, was zusammen mit der Abwärmenutzung und dem Einsatz eines hocheffektiven Rühr- und Belüftungssystems zu großen Energieeinsparungen führt. Darüber hinaus setzt man in Peißenberg auf Co-Vergärung. Dabei werden den Fäkalien Bioabfälle beigemischt, wie Fette aus Fettabscheidern oder der Ausstoß aus einer Molkerei. Durch diese zusätzliche Nahrungsquelle für die Mikroorganismen steigert sich die Gasproduktion und der Ertrag an Strom und Wärme.

Innovative Maßnahmen zur Effizienzsteigerung

Durch die kontinuierliche Optimierung des Eigenverbrauchs und innovative Maßnahmen zur Effizienzsteigerung ist es in Peißenberg gelungen, den Strombedarf der Kläranlage zu über 70 Prozent und den Wärmebedarf zu 100 Prozent aus nachhaltiger, selbst erzeugter Energie zu decken. Die umgesetzten Maßnahmen bewirken eine CO2-Einsparung von über 180 Tonnen pro Jahr.

Klimafreundliche Mobilität

Die Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck wurde in der Kategorie „Klimafreundliche Mobilität" für das Projekt „Lastenräder für alle – Verleih und Förderprogramm" geehrt. Mit der Möglichkeit, ein Lastenpedelec mehrere Tage kostenfrei zu testen, wird ein Anreiz zur Anschaffung eines eigenen Fahrrads als Alternative zum Auto geschaffen.

Konkret können seit 2019 Privathaushalte, gemeinnützige Organisationen und städtische Gewerbebetriebe für die Anschaffung unterschiedlicher Fahrradtypen wie Pedelecs, (E-)Dreiräder oder Elektro- Kleinkrafträder, aber auch Lastenpedelecs, Lastenfahrräder sowie Fahrradanhänger einen Zuschuss beantragen. Die Stadt übernimmt 25 Prozent der Anschaffungskosten, maximal 1.000 Euro. Wenn das geförderte Elektro-Kleinkraftrad nachweislich mit Strom aus 100 Prozent erneuerbaren Energien geladen wird, gibt es zudem eine einmalige Klimaprämie im Wert von 200 Euro.

Um den Umstieg auf ein Lastenfahrrad populärer und das Förderprogramm noch bekannter zu machen, stehen seit September 2020 zentrumsnah zwei mit farbigen Info- Aufklebern versehene Lastenräder bereit. Bürger und Gäste der Stadt können die Räder bis zu drei Tage lang kostenfrei ausleihen und ausgiebig testen, ein technisches Briefing vor Antritt der Fahrt ist ebenfalls inklusive. Gern nutzen die Mitarbeiter der Stadtverwaltung die Lastenräder auch für ihre Dienstwege.

Wie Bundesumweltministerin Svenja Schulze betonte, „brauchen wir tatkräftige Kommunen, um unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Kommunales Engagement schützt das Klima und bindet Bürgerinnen und Bürger, ortsansässige Unternehmen und lokale Akteure bei der notwendigen Transformation unserer Gesellschaft ein. Durch herausragende Klimaschutzprojekte gehen Kommunen als Vorbild voran und leisten einen wichtigen Beitrag für mehr Lebensqualität vor Ort." **DK**

Gemeinsam für mehr Klimaschutz

TV BAYERN LIVE* wird 50. Partner der Bayerischen Klima-Allianz

Die Bayerische Klima-Allianz wächst weiter: Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber freut sich über TV BAYERN LIVE* als 50. Partner. Glauber betonte heute bei der Unterzeichnung der Beitrittserklärung in Augsburg: „Klimaschutz schaffen wir nur gemeinsam. Wir brauchen starke Partner. Zusammen wollen wir das Bewusstsein für das Thema Klimaschutz stärken, für nachhaltigen Umgang mit Ressourcen sensibilisieren und klimafreundliches Verhalten fördern. Mit viel Engagement und Überzeugung widmet sich TV BAYERN LIVE* seit mehr als 12 Jahren dem Umwelt- und Klimaschutz. Das Magazin erreicht mit seiner Berichterstattung Millionen Menschen in Bayern. TV BAYERN LIVE* ist ein regionaler Sender mit Herz. Ich freue mich sehr, das bayerische Regionalmagazin als jüngsten Partner der Klima-Allianz zu begrüßen."

Für Dr. Bernhard Hock, Geschäftsführer von TV BAYERN LIVE* und der rt1.media group, ist die Aufnahme in die Bayerische Klima-Allianz sehr wichtig: „Als Partner der Bayerischen Klima-Allianz wird TV BAYERN LIVE* seinen Beitrag zu den Zielen der Bayerischen Staatsregierung im Bereich Klimaschutz, Energiewende und Nachhaltigkeit leisten.

Aktive Aufklärung über Umwelt- und Klimaschutz

TV BAYERN LIVE* selbst strebt an, bis 2030 klimaneutral zu werden." Der Bedarf an Informationen über Klima, Energie und Nachhaltigkeit ist ein Anliegen der Zuschauer, dem TV BAYERN LIVE* gerne nachkommt. Damit trägt das bayerische RTL-Fenster zur aktiven Aufklärung über Themen des Umwelt- und Klimaschutzes bei.

„Unsere Zuschauerinnen und Zuschauer sind seit vielen Jahren interessiert an diesen Themen und wir suchen für sie stets nach neuen Ansätzen zum Nachmachen. Doch nur darüber zu berichten ist uns zu wenig – deshalb setzen wir gemeinsam mit den 14 bayerischen Regionalsendern alles daran, unseren ökologischen Fußabdruck zu minimieren", so Programmleiter Maximilian von Rossek. TV BAYERN LIVE* legt großen Wert auf energieeffiziente und umweltgerechte Ausstattung und Arbeitsweise: Dank umfangreicher Home-Office Möglichkeiten und dezentralen Redaktionen werden Emissionen eingespart. Durch die Anschaffung von Lastenräder für die Anreise zu Drehs innerhalb Münchens werden CO2-Emissionen weiter reduziert. Eine fast 90-prozentige elektronische Arbeitsweise spart ebenfalls Rohstoffe ein. ❒



v.l. Maximilian von Rossek, Programmleiter TV BAYERN LIVE*, Johannes Muhr, Geschäftsführer TV BAYERN GMBH und TV Bayern Programmges.mbH, Umweltminister Thorsten Glauber, Horst Rettig, Geschäftsführer münchen.tv und TV Bayern Programmges. mbH und Sebastian Wutschik, Prokurist bei RT.1 als Vertretung für Dr. Bernhard Hock. Bild: TV BAYERN LIVE*





Zwei Mitarbeiter des Städtischen Betriebshofs beim Anbringen der Pfandring- und Pfandflaschenhalter. Bild: Stadt Kempten

Pfandringe in Kempten

Anfang November hat die Testphase für die Pfandringe in der Stadt Kempten begonnen. Es sind drei verschiedene Systeme im Einsatz: Sammelkisten, Pfandringhalter, Pizzabox mit Pfandflaschenhalter. Folgende Standorte wurden für den Testversuch gewählt: Vier Sammelkisten in der Fußgängerzone, eine Sammelkiste am Hildegardplatz und eine an der Kirche St. Ulrich; drei Pfandringhalter im Stadtpark an den drei Unterflurabfalleimern; jeweils eine Pizzabox mit Pfandflaschenhalter am August-Fischer-Platz und am St.-Mang-Platz.

Statt Pfandflaschen und Pfanddosen in den öffentlichen Mülleimer zu werfen, können Passanten diese ab sofort gut sichtbar in die Pfandflaschenhalter stellen. Dadurch soll die Würde der Menschen, die sich durch Pfandsammeln ein Zubrot verdienen, geschützt und ihnen das Wühlen in den Mülleimern erspart werden.

Die Bürgerinnen und Bürger können die Halterungen als soziales Angebot und Ansatz von Fürsorglichkeit gegenüber Bedürftigen sehen, denn die Halterungen generieren Bewusstsein für die Thematik Armut und Bedürftigkeit.

Gleichzeitig möchte die Stadt Kempten damit auch Verschwendung vermeiden, weil zu viele Ressourcen wie Pfandflaschen im Abfall landen. Durch die öffentliche Sichtbarkeit wird deutlich, dass Pfandflaschen kein Abfall, sondern durch Ihre Wiederverwendung wertvolle Ressourcen sind. Die Pizzasammelbox dient der Vermeidung von nicht nutzbaren Mülleimern, da ein quer eingesteckter Pizzakarton den gesamten Mülleimer blockiert.

Testlauf über mehrere Monate

Der Testlauf ist für mehrere Monate geplant und dient dazu, Erfahrungen zu sammeln, wie die Pfandringe und Pizzasammelboxen in der Stadt Kempten von der Bevölkerung angenommen werden. ❒

Festakt in Landshut:

20 Jahre Naturschutzgebiet Standortübungsplatz

Mit einem Festakt unter freiem Himmel wurde in Landshut das 20-jährige Bestehen des Naturschutzgebiets Standortübungsplatz gefeiert. Die ehemalige „Panzerwiese" mit rund 280 Hektar Fläche wurde nach dem Abzug der Bundeswehr aus der Bezirkshauptstadt zu einem der größten Naturschutzgebiete Niederbayerns umgewandelt.

Oberbürgermeister Alexander Putz bezeichnete es als Glücksfall, dass dieser bedeutende Teil des Isartals, der 1993 von der Bundeswehr aufgegeben wurde, sich zu einem Naherholungszentrum und wertvollen Biotop für den Artenschutz entwickelte. Große Teile des Geländes gehören nach den Worten von Paul Schröder der Gesellschaft der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zur Sicherung des Nationalen Naturerbes, kurz DBU Naturerbe GmbH. Deren Ziele deckten sich gut mit der jetzigen Nutzung. Gemeinsam mit dem Bundesforstamt sollen auch künftig Naturschutzmaßnahmen geplant und umgesetzt werden.

Von einem „großen Gemeinschaftswerk" sprach Hubert Weiger, Ehrenvorsitzender des Bundes Naturschutz in Bayern. Die extensiv genutzten Reste einer historischen Kulturlandschaft seien durch den militärischen Betrieb nicht zerstört worden. Das Gelände sei ein Musterbeispiel für erfolgreichen Naturschutz.

Aufgrund des herausragenden Engagements des früheren langjährigen Landshuter BN-Vorsitzenden Paul Riederer war das Gelände bereits bei der Auflassung des militärischen Übungsgebiets Lebensraum für 6.000 Gelbbauchunken und ein Brutgebiet der Heidelerche. Auf Riederers Anregung hin hatten die Stadt Landshut und die Regierung von Niederbayern die Ausweisung des Naturschutzgebietes betrieben. Dass dieser Vorgang eng mit der Entwicklung der Stadt verbunden sei, darauf verwies Altoberbürgermeister Josef Deimer. Ebenso wie Riederer und der damalige Regierungspräsident Walter Zitzelsperger wurde das langjährige Stadtoberhaupt mit einer Namenswidmung auf einer Stele geehrt, die anlässlich des Festakts enthüllt wurde. **DK**

Naturschutz und Rohstoffindustrie:

Gemeinsam für den Amphibienschutz

Erste Vertragsabschlüsse in Mittelfranken im Kooperationsprojekt „Natur auf Zeit“

Der LBV hat jetzt auch in Mittelfranken erste Kooperationsverträge mit Rohstoffgewinnungsunternehmen zum Schutz von bedrohten Amphibien geschlossen. Bei einem Geländetermin in der Sandgrube in Wolkersdorf trafen sich hierfür der Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Christian Barth, der Regierungspräsident von Mittelfranken Dr. Thomas Bauer, die Vorständin des Bayerischen Naturschutzfonds Ulrike Lorenz, der LBV-Landesfachbeauftragte Naturschutz Dr. Andreas von Lindeiner, der Geschäftsführer des Bayerischen Industrieverbands Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV) Dr. Bernhard Kling sowie fünf Rohstoffgewinnungsunternehmen und die zuständigen Unteren Naturschutzbehörden.

Mit dem Vertrag nehmen die Firmen nun an einem bayernweiten Projekt zum Schutz von bedrohten Amphibienarten in Rohstoffgewinnungsstätten teil.

„Die neue Qualität unseres Projektes ist, dass es nun eine Verbindlichkeit für alle Beteiligten im Hinblick auf Abbau und Artenschutz gibt, die sowohl den gefährdeten Amphibienarten als auch den Unternehmern nutzt. Die Erfahrungen aus diesem Projekt können nun auch bundesweit für andere streng geschützte Arten in Rohstoffgewinnungsstätten übertragen werden“, erklärte Dr. Andreas von Lindeiner, LBV-Landesfachbeauftragter Naturschutz.

Mit der engen und vertraglich geregelten Zusammenarbeit können gemeinsam Schutz- und Entwicklungsmöglichkeiten für Amphibien in Kies-, Sand- oder Lehmgruben beziehungsweise Steinbrüchen geschaffen werden. „Unsere Unternehmen schaffen in ganz Bayern mit einer Vielzahl an großen und kleinen Projekten wertvolle Lebensräume für bedrohte Arten. Das liegt zum einen an den natürlichen Gegebenheiten in Gruben und Brüchen und zum anderen am besonderen Engagement der Betreiber“, betonte Dr. Bernhard Kling, Geschäftsführer Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV).

Freiwilliger Naturschutz

„Naturschutz und Abbauunternehmen arbeiten Hand in Hand zum Schutz von Kreuzkröte, Gelbbauchunke, Kammmolch und Laubfrosch in Mittelfranken. Das ist nicht selbstverständlich, sondern eine neue Stufe des freiwilligen Naturschutzes im Regierungsbezirk, daher ist das Projekt ‚Natur auf Zeit‘ für mich sensationell“, unterstrich Dr. Thomas Bauer, Regierungspräsident Mittelfranken. Zu den umgesetzten Maßnahmen in den Rohstoffgewinnungsstätten zählen zum Beispiel der Erhalt und die Anlage von Kleinstrukturen wie Totholz, Wurzelstöcke oder Sand- und Geröllhaufen beziehungsweise der Schutz von Kleingewässern.

Seit 2017 führt der LBV zusammen mit dem BIV und der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Bergbau- und Mineralgewinnungsbetriebe e.V. (ABBM) das Pilotprojekt durch. Ziel ist die Sicherung und Optimierung von Lebensräumen für europaweit bedrohte Amphibienarten in aktiven Gewinnungsbetrieben. Über die gesamte Laufzeit bis Ende 2022 wird das Projekt vom bayerischen Naturschutzfonds gefördert.

Den Anlass für das gemeinsame Vorhaben gab ein aktueller Bericht der Bundesregierung über das europäische Schutzgebietssystem NATURA 2000. Dieser zeigt für sieben besonders bedrohte Amphibienarten mit europaweiter Bedeutung einen ungünstigen Erhaltungszustand und überwiegend einen negativen Gesamttrend der Vorkommen auf.❐



V.l.: Klaus Schneider, SHF Steinbruchbetriebe GmbH & Co KG; Michael Reithelshöfer jun., Stefan Köhn, Michael Reithelshöfer sen., alle M. Reithelshöfer GmbH; Dr. Bernhard Kling, BIV Baustoffe, Steine und Erden e.V.; Dr. Christian Barth, Amtschef Bayerisches Umweltministerium; Dr Stephanie Gillhuber, BIV; Dr. Andreas von Lindeiner, LBV; Dr. Thomas Bauer, Regierungspräsident von Mittelfranken; Pascal Bunk, Knauf Gips KG; Thomas Herrscher, Franken Schotter. Bild: Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e.V.

Bayerische Immissionsschutztage in Augsburg:

Beiträge zu mehr Klimaschutz

Die Themen Luftreinhaltung, Lärmschutz und Genehmigungsmanagement sowie die Umsetzung der 44. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchV) standen auf der Agenda der 12. Bayerischen Immissionsschutztage des Kompetenzzentrums Umwelt. Die Tagung im Bayerischen Landesamt für Umwelt in Augsburg wurde heuer als reine Onlineveranstaltung durchgeführt.

„Wie die Messergebnisse des Lufthygienischen Landesüberwachungssystems Bayern (LÜB) aus dem Jahr 2020 zeigen, wird mittlerweile an 45 der 46 Messstationen der Grenzwert für das Jahresmittel von Stickstoffdioxid eingehalten – ein Erfolg für die Umwelt und insbesondere ein Erfolg für Luftreinhaltung und Gesundheitsvorsorge“, so Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber in seinem Grußwort.

Basis für die Verbesserung der Immissionen sei unter anderem der emissionsseitig optimierte Anlagenbetrieb. Grundlage hierfür sei die Umsetzung der BVT-Schlussfolgerungen in die nationalen Regelungswerke und damit in den Industrieanlagenbetrieb. Die Genehmigungs- und Fachbehörden vor Ort sowie die Anlagenbetreiber leisteten in gemeinsamer Anstrengung ihren Beitrag, unterstrich Glauber.

Stand der Entwicklungen

Der EU Green Deal und die im Bundes-Klimaschutzgesetz fixierte Klimaneutralität werden gerade produzierende Industrieunternehmen vor große Herausforderungen stellen. Um die Ziele zu erreichen, hat die EU im Juli 2021 etliche Gesetzesvorschläge auf den Weg gebracht, die auf viele gesellschaftliche Bereiche Einfluss nehmen werden. Einen Überblick über den aktuellen Stand der Entwicklungen gab Dr. Renke Deckarm (Europäische Kommission). Besondere Bedeutung werden in Zukunft Maßnahmen zur nachhaltigen Finanzierung, z. B. in der Taxonomie-Verordnung erhalten, wonach Anreize zur Investition in grüne und nachhaltige Projekte gegeben werden sollen. Hier werden sich Unternehmen vor ganz neue Herausforderungen gestellt sehen.

Ergänzend dazu berichtete die besonders energieintensive deutsche Zementindustrie über ihren Weg zur Klimaneutralität. Ein großer Teil wird durch Prozessoptimierungen und durch die Substitution von fossilen Brennstoffen erreichbar sein. Da aber im Herstellungsprozess von Zement schon in der stofflichen Umsetzung des Vorprodukts Zementklinkler rund zwei Drittel der Menge an CO_2 freigesetzt wird, werden in Zukunft Techniken zur Abscheidung eingesetzt werden müssen. Sonst sind die Ziele der Klimaneutralität in dieser Branche nicht erreichbar.

Beschleunigte Genehmigungsverfahren

Einen Beitrag zu mehr Wirtschaftlichkeit, aber auch zum Klimaschutz leisten beschleunigte Genehmigungsverfahren. Um sowohl bei bestehenden als auch neuen Anlagen alle umweltrechtlichen Anforderungen zuverlässig erfüllen zu können, müssen Antragsteller, Planer und Gutachter, aber auch die Behörden frühzeitig und konstruktiv zusammenarbeiten. Der Vortrag „Genehmigungsrechtlicher Vorrang für Klimaschutzprojekte?“ von Rechtsanwältin Prof. Dr. Andrea Versteyl zeigte auf, dass es entscheidend ist, nicht nur ein Projekt wie die Tesla-Ansiedlung in Brandenburg, sondern Genehmigungsverfahren generell zu beschleunigen.

Die Technische Anleitung (TA) Luft enthält Vorsorgeanforderungen gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Emissionen aus Anlagen über den Luftpfad. In Deutschland sind davon mehr als 50.000 genehmigungsbedürftige Anlagen betroffen, davon allein in Bayern rund 10.000, wie Dr. Anita Wolf vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, München, berichtete.

Abschließende Novellierung der TA Luft

Abgeschlossen wird nun die Novellierung der TA Luft aus dem Jahre 2002. Damit wird vor allem dem fortgeschrittenen Stand der Technik Rechnung getragen. Sie ist das wesentliche Regelungsinstrument, wenn es darum geht, Umweltbeeinträchtigungen über den Luftpfad zu minimieren und ein hohes Schutz- und Vorsorgeniveau zu erreichen. Allerdings wird bei der Ersteinstufung von Anlagen auf neue, verschärfte Grenzwerte ein erheblicher Aufwand auf die Verwaltungsbehörden zukommen, der mit dem derzeitigen Stand der Ausstattung mit Personal kaum in adäquaten Zeiträumen abzuarbeiten sein wird.

Lärmschutz: niederfrequente Geräusche

Gasmotorenkraftwerke stellen mit ihrer flexiblen Betriebsweise unter den aktuellen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine hocheffiziente Technologie zur gekoppelten Erzeugung von Wärme und Strom bereit. Von kommunalen Energieversorgern wurden in den vergangenen Jahren aufgrund dieser wirtschaftlichen Vorteile mehrere Projekte geplant und umgesetzt. Im Themenblock „Lärmschutz – Niederfrequente Geräusche“ beschrieben Simon Sauter (Kraftanlagen München GmbH) und Armas-Christian Gottschalk (Müller-BBM GmbH, Planegg) beispielhaft, welche Herausforderungen bestehen und wie diese durch umsichtige Planung gemeistert werden können. **DK**

Ein Tag für die Biodiversität in der Landwirtschaft

In Bischofsmais wurde über Naturschutz und Artenerhalt diskutiert

Zu Gast bei Bauernverbands-Kreisobmann Roland Graf informierten Biodiversitätsberater Martin Graf, Wildlebensraumberaterin Claudia Schreiner-Notzon, Stephanie Lecker vom Amt für Landwirtschaft Regen und Hans Weinberger von der Kitzrettung Böbrach e.V. gemeinsam über Biodiversität in der Landwirtschaft. Zu dem Termin hatten die Verantwortlichen der ILE Grüner Dreiberg und der Fachstellen eingeladen.

„Alle zehn Minuten stirbt eine Art auf dieser Welt aus, wir befinden uns gerade im sechsten Massensterben der Erdgeschichte“: Mit diesem Satz begann Claudia Schreiner-Notzon, Wildlebensraumberaterin am Amt für Ernährung Landwirtschaft und Forsten Regen ihre einführenden Worte. Neben Roland Graf und Martin Graf war sie eine der Hauptreferentinnen und informiert die Teilnehmer vorwiegend über Fördermöglichkeiten im Kulturlandschaftsprogramm (KULAP). Auch der stellvertretende Landrat Helmut Plenk und Bürgermeister Walter Nirschl nahmen sich Zeit. Beide betonten die Wichtigkeit des Themas Biodiversität und den Einsatz, einfach vor Ort mit den Möglichkeiten, die jeder einzelne hat, anzufangen. Sie bedankten sich bei ILE-Managerin Stefanie Wölfl für ihren Einsaz und für ihre bisherige Arbeit als Projektmanagerin. Gemeinsam mit Martin Graf entwickelte Wölfl die Idee, einen Tag für die Biodiversität in der Landwirtschaft in der ILE zu veranstalten. Diese Veranstaltung soll der Beginn von weiteren Aktionen zum Thema Biodiveristät und Klimaschutz sein.

Zu Beginn der Veranstaltung wurde das Thema insektenschonende Mahd thematisiert. Martin Graf erklärte, dass nicht nur das richtige Mähgerät entscheidend ist, sondern beispielsweise auch die Mahdhöhe oder das „von innen nach außen mähen“ einen großen Einfluss auf die Insekten hat. Auch die Vor- und Nachteile von Messermähwerken wurde diskutiert. Etwas kritisch wurde von den Landwirten das Thema Altgrasstreifen gesehen. Viele Landwirte würden freiwillig kleine Streifen am Wiesenrand stehen lassen, haben aber Angst, dass bei Flächenkontrollen dann Fördergelder abgezogen werden könnten, wenn die Fläche nicht „sauber abgemäht“ wird. „Eigentlich wünscht sich der Naturschutz, dass man etwas gschlamperter wirtschaftet, damit ein bisschen mehr Wildnis für Tiere und Pflanzen übrigbleibt. Andererseits werden die Landwirte ein Stück weit angehalten, möglichst sauber zu wirtschaften. Da müssen wir aufpassen, dass man sich nicht widerspricht“, so Martin Graf.

Als nächsten Programmpunkt stellte Hans Weinberger vom Kitzrettung eine Drohne mit Wärmebildkamera vor. Die Böbracher Kitzretter befliegen im Frühjahr und Sommer kostenlos Flächen kurz vor der Mahd, wodurch zahlreiche Kitze vor dem Mähtod gerettet werden konnten. „Damit die Wärmebildkamera der Drohne die Kitze erkennen kann, müssen wir bereits in den frühen Morgenstunden fliegen“, meint Weinberger. „Wir hoffen vor allem, dass sich viele Nachahmer finden, da wir heuer nicht überall gleichzeitig helfen konnten, wo Anfragen da waren“, so Weinberger weiter. Von den Teilnehmern der Veranstaltung erntete Weinberger viel Respekt und Anerkennung für sein Ehrenamt.

Burggrafenrieder Senke

Danach ging es weiter zur Burggrafenrieder Senke, wo Roland Graf die von ihm und seiner Familie bewirtschafteten Flächen vorstellte. Die Burggrafenrieder Senke wurde Ende der 1990er Jahre wieder in die landwirtschaftliche Nutzung aufgenommen, nachdem sie zuvor immer mehr brach fiel und zum Teil sogar aufgeforstet wurde. Durch die Wiederaufnahme der Beweidung konnten seltene Pflanzenarten wie Fieberklee und Sumpf-Blutauge auf der Fläche erhalten bleiben. Nachdem zunächst mit Hochland-Rindern beweidet wurde, stehen seit ein paar Jahren die Pferde der Familie Graf auf der Fläche. Gemeinsam mit Martin Graf stellte Roland Graf die Maßnahmen und Möglichkeiten des Vertragsnaturschutzprogrammes (VNP) vor. „Bei Flächen, die weniger produktiv sind, sind die Fördermöglichkeiten im VNP oder auch KULAP durchaus lukrativ für die Landwirte“, so Roland Graf.

Schreiner-Notzon erläuterte zusätzlich die Möglichkeiten im KULAP und stellte das Programm ergebnisorientierte Grünlandnutzung vor. Bei diesem Programm wird die Bewirtschaftung der Wiese an ausgewählten Kennarten angepasst. „Kennarten bei dieser Maßnahme sind beispielsweise Margerite, Glockenblume oder Nelken. Die Bewirtschaftung muss dann so erfolgen, dass diese Arten in ausreichender Zahl erhalten bleiben“, so Schreiner-Notzon. Nach einem informativen Vortrag von Stephanie Lecker vom AELF Regen zu den Themen Ökolandbau und Herdenschutz endete die Veranstaltung in Burggrafenried. Landwirte und Naturschützer waren sich einig, dass man nur durch Zusammenarbeit etwas gegen den Artenschwund tun kann.

„Für alle geplanten Maßnahmen ist es wichtig, sich vor Beginn der Vorhaben zum Beispiel beim Bauernverband oder den Naturschutz-Fachstellen zu informieren und das Gespräch mit den Beratern zu suchen. Durch eine geschickte Kombination von Förder- und Nutzungsprogrammen kann jeder Landwirt das Bestmögliche aus seinen Flächen herausholen – sowohl aus wirtschaftlicher wie auch ökologischer Sicht“, so Roland Graf. ❐

Startschuss für Bayerisches Klimainformationssystem

Dem Klimawandel in Bayern noch gezielter begegnen: Seit kurzem stehen Klimadaten regionalisiert bis auf Landkreisebene online zur Verfügung. Im neuen Bayerischen Klimainformationssystem werden rund 70 Klimakennwerte in Form von Karten, Zeitverläufen und Tabellen präsentiert.

Wie Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber beim Startschuss betonte, „zeigt das Bayerische Klimainformationssystem detailliert, wie sich das Klima in Bayerns Regionen entwickeln wird. Wir bekommen damit einen Einblick, wie eine Zukunft ohne Klimaschutz sein könnte. Wir zeigen aber auch, was engagierter Klimaschutz in Bayern bewirken kann. Wichtig ist auch: Wir müssen uns an den Klimawandel anpassen. Das Bayerische Klimainformationssystem wird uns dabei helfen, die richtigen Stellschrauben vor Ort zu drehen.“

Für die Klimaanpassung sind die Kommunen der wichtigste Akteur. Um die Kommunen im Anpassungsprozess zu unterstützen, hat das Klima-Zentrum am Landesamt für Umwelt alle verfügbaren Informationen inklusive Praxisbeispielen, Maßnahmen und Fördermöglichkeiten im neuen Handbuch „Klimaanpassung in Bayern“ zusammengefasst. ❐

Klimawälder binden Treibhausgase

Der Landkreis Neu-Ulm hat in zwei Jahren 24.000 Bäume für den Klimaschutz gepflanzt. Die jüngste Pflanzaktion ist in Attenhofen angelaufen

Mindestens 100.000 Bäume will der Landkreis Neu-Ulm bis zum Jahr 2030 für den Klimaschutz pflanzen. Er liegt dabei gut im Plan, denn nach zwei Jahren werden es bald insgesamt 24.000 junge Bäumchen sein, die gesetzt worden sind. Die jüngste Pflanzaktion mit 4.200 Bäumen und 275 Sträuchern auf 7.500 Quadratmetern startete Anfang November, im Flurstück Hinterer Hart im Weißenhorner Stadtteil Attenhofen.

Der Landkreis verfügt somit über sechs neue Klimawälder: in Unterroth (Pflanzung im Oktober 2019), Oberhausen (April 2020), Illerberg (Oktober 2020), Roggenburg (Oktober 2020), Nersingen (Oktober 2021) und nun in Attenhofen.

„Das ist eine ganz tolle Idee. Deshalb war für uns keine Frage, dass wir zustimmen“, sagte das Geschwisterpaar Birgit Schuhmacher und Thomas Hartner, dem in Eigentümergemeinschaft die neue Aufforstungsfläche in Attenhofen gehört. Der Landkreis ist seit vielen Jahren Pächter des bisherigen Wiesengrundstücks im weitläufigen Rothtal.

Darauf wachsen von nun an 2.900 Eichen, 400 Hainbuchen, 400 Linden und andere beigemischte Arten wie Wildapfel und Vogelkirsche. Der neue Wald wird pro Jahr etwa neun Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid (CO_2) binden und in Sauerstoff umwandeln.



Sie starteten die jüngste Klimawald-Pflanzaktion in Attenhofen v.l.: Jutta Kempter (3. Bürgermeisterin, Weißenhorn), Michael Angerer (Leiter des Fachbereichs „Naturschutz und Landschaftsplanung im Landratsamt Neu-Ulm) und Landrat Thorsten Freudenberger. Im Hintergrund: Christoph Oetinger (2. Vorsitzender der Kreisgruppe Neu-Ulm des Bayerischen Jagdverbandes). Bild: Jürgen Bigelmayr/Landratsamt Neu-Ulm

Landkreis als Vorbild

„Als Landkreis wollen wir Vorbild sein und unsere Bürgerinnen und Bürger motivieren, unserem Beispiel zu folgen“, sagte Landrat Thorsten Freudenberger bei dem Ortstermin, den der Fachbereich „Naturschutz und Landschaftsplanung“ des Landratsamtes vorbereitet hat.

Dass die Aufforstung zum Klimaschutz dringend notwendig ist, machte Weißenhorns 3. Bürgermeisterin und Kreisrätin, Jutta Kempter, deutlich: Weltweit würden pro Minute Waldflächen in der Größe von 27 Fußballfeldern abgeholzt. Dabei seien Bäume und Wälder „unverzichtbar für unser Überleben“: „Der Mensch braucht die Erde, aber die Erde braucht uns nicht“, sagte Kempter. Darum sei jede Aktion zum Klimaschutz „sinnvoll und gewinnbringend“, stellte der Landrat heraus – und schritt zur Tat. Zusammen mit Jutta Kempter und einigen weiteren Teilnehmern pflanzte er 50 Setzlinge. ❐



Mit großer Freude durfte die Firma Henne vergangene Woche einen Unimog Geräteträger U 530 L mit gebeiztem Edelstahlstreuer der Fa. Aebi Schmidt an den Landkreis Altötting übergeben.
Das Fahrzeug ist u.a. ausgestattet mit: Leistungshydraulik, Heckkraftheber mit externer Bedienung, hydraulische Heckzapfwelle, LS-Hydraulik, Schleuderketten und Rückfahrkamerasystem mit aktivem Abbiegesystem. Damit hat der oberbayerische Landkreis Altötting inzwischen vier Unimogs im Einsatz und ist für den Winterdienst und anfallende Mäharbeiten im kommenden Jahr gut ausgerüstet. Das Bild zeigt v.l. Stefan Winklhofer (Fahrer), Klaus Balda (Henne Nutzfahrzeuge GmbH), Günter Klement (Straßenmeister), Günter Demlhuber (Fahrer) und Roland Wick (Werkstatt).
Bild: Henne Nutzfahrzeuge

Umweltminister Thorsten Glauber:

Ganz Bayern soll blühen

Blühpakt-Starterkits für 100 Kommunen
Gemeindetag und Städtetag sind Partner der Blühpakt-Allianz

Der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Städtetag sind Partner der Bayerischen Blühpakt-Allianz. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber unterzeichnete in Straubing die Urkunden und gab gleichzeitig den Startschuss für das erste gemeinsame Projekt: das „Starterkit – 100 blühende Kommunen“. Glauber betonte: „Wir wollen Bayerns Kommunen zum Blühen bringen. Dafür stellen wir 100 Kommunen Blühpakt-Starterkits zur Verfügung und investieren insgesamt 500.000 Euro. Ziel ist es, Kommunen bei der naturnahen und insektenfreundlichen Flächengestaltung tatkräftig zu unterstützen.“

Jedes Starterkit besteht aus einem Betrag in Höhe von 5.000 Euro, sowie Hilfe bei der Beratung und der Öffentlichkeitsarbeit. „Das Starterkit soll eine Initialzündung sein für weitere Insektenschutzmaßnahmen in unseren Kommunen“, so Glauber. Insektenschutz ist dann erfolgreich, wenn Flächen ökologisch hochwertig gestaltet und die Menschen dafür begeistert werden – dies ist der Weg, den der Blühpakt Bayern mit seinen Allianzpartnern Städtetag und Gemeindetag gehen will. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „In letzter Zeit sind auf den Dörfern viele Blühflächen entstanden. Damit die wachsen können, bringt der Blühpakt den Gemeinden finanzielle Unterstützung und Know-how.“ „Auch und gerade in Siedlungsräumen ist Artenvielfalt wichtig. Park- und Grünanlagen, Straßen- oder Wegesränder werden vielerorts schon vorbildlich für unsere heimischen Insekten gepflegt. Mit der Allianz können wir die gute Praxis in ganz Bayern vernetzen“, so Markus Pannermayr, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags.

Bauhofschulungen

Um Kommunen selbständig in die Lage zu versetzen, fachlich hochwertige Flächen anzulegen, wurde bereits im März das Praxis- Handbuch für Bauhöfe mit dem Titel „Kommunale Grünflächen: vielfältig – artenreich – insektenfreundlich“ vorgestellt. Parallel dazu werden Bauhof-Schulungen angeboten.

Bayern setzt im Rahmen des Blühpakts Bayern vielfältige Maßnahmen für mehr Arten- und Insektenschutz um. Ziel ist die Schaffung von insektenfreundlichem Lebensraum durch eine naturnahe Gestaltung von Flächen und Außenanlagen. Neueste Säule im Blühpakt sind die Blühpakt-Allianzen für ein breites Partnerschaftsnetz. Partner sind bislang der Bayerische Golfverband, der Landesverband der Bayerischen Imker und die Evangelisch- Lutherische Kirche in Bayern. Seit 2018 wurde der Blühpakt mit verschiedenen Initiativen stetig weiterentwickelt: Die Auszeichnung „Blühender Betrieb“ und „Blühender Golfplatz“ vergibt das Bayerische Umweltministerium an Institutionen und Golfplätze, die ihre Außenflächen mit bienenfreundlichen Stauden, Hecken, Blumenwiesen und vielfältigen Überwinterungsstrukturen gestalten sowie auf chemische Pflanzenschutzmittel und torfhaltige Substrate verzichten.

Für das Starterkit können sich Kommunen unter www.bluehpakt.bayern.de bewerben. ❐

COP26:

Deutschland braucht 1 Million Stadtbäume

Der Bund deutscher Baumschulen fordert ein bundesweites Sofortprogramm zur Anpflanzung von 1 Million Straßenbäumen, denn nur mit sofortigem Handeln und einer umfassenden Anpassungsstrategie kann den Auswirkungen des Klimawandels begegnet werden. Das für das Sofortprogramm erforderliche Volumen beträgt rund 1 Milliarde Euro.

Im Rahmen des 26. UN-Klimagipfels (COP26) werden auf weltpolitischer Ebene Strategien zum Umgang mit dem Klimawandel ausgehandelt. Hierbei liegt die Perspektive vornehmlich auf langzeitigem Vorgehen und oftmals rein technischen Lösungsansätzen. Dabei wird jedoch außer Acht gelassen, dass es ergänzende Anpassungsstrategien braucht, die über technische Aspekte hinausgehen.

Vitale grüne Infrastruktur

„Die Politik muss jetzt handeln und den durch den Klimawandel entstandenen Herausforderungen aktiv begegnen. Damit Städte lebenswert bleiben, braucht es eine vitale grüne Infrastruktur. Stadtbäume leisten dazu einen unabdingbaren Beitrag. Die vergangenen Sommer haben dazu geführt, dass es einen enormen Bedarf an neu gepflanzten Stadtbäumen gibt, dem rasch nachgekommen werden muss.“, so Helmut Selders, Präsident des Bundes deutscher Baumschulen.

Eine zentrale Bedeutung in der Begegnung der Auswirkungen des Klimawandels kommt der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der grünen Infrastruktur zu. Die bereits spürbaren klimatischen Veränderungen haben dieser nachhaltig zugesetzt. Die vergangenen außergewöhnlich trockenen und heißen Sommer ließen einige heimische Gehölzarten an die Grenzen ihrer Leistungs- und Lebensfähigkeit kommen. So gehen allein in Berlin jährlich bis zu 20.000 Stadtbäume verloren. Und damit die für das Klima so wichtige Funktionen wie CO_2- Bindung, Sauerstoffproduktion, Abkühlung und Schattierung. Hier besteht dringender Handlungsbedarf: Aufgrund dessen fordert der Bund deutscher Baumschulen ein Sofortprogramm, im Rahmen dessen bundesweit eine Mio. Straßenbäume gepflanzt werden. Der finanzielle Bedarf für das Sofortprogramm liegt bei rund einer Mrd. Euro. ❐



Bayreuther Bürgerschaft hilft städtischen Bäumen

Der städtische Baumbestand umfasst in Bayreuth derzeit rund 25.000 Stadtbäume – und jedes Jahr werden es mehr. Allein in diesem Herbst pflanzt das Stadtgartenamt wieder über 100 neue junge Bäume. Um sich gut entwickeln zu können, bedürfen insbesondere die jungen Exemplare einer intensiven und aufmerksamen Pflege. Vor diesem Hintergrund hat die Stadt Bayreuth einen Baumpflegefonds eingerichtet.
Im Rahmen dieses Pflegefonds können Einwohner und andere Baumfreunde, die Stadt mit einer Spende unterstützen. Wer sich heute engagiert, hilft mit, den Baumbestand von morgen und damit eine lebenswerte Stadt für die kommenden Generationen zu sichern.
Für 100 Euro ist es möglich, einen Stadtbaum einen Hitzesommer hindurch ausreichend mit dem für ihn lebensnotwendigen Wasser zu versorgen. Die in den Baumpflegefonds eingezahlten Gelder werden ausschließlich zur Pflege der Bayreuther Stadtbäume verwendet. Das Bild zeigt Stadtgartenamtsleiter Robert Pfeiffer. DK/Bild: Stadt Bayreuth



Landkreis Schweinfurt mäht ökologisch

Die bayerischen Straßenmeister sorgen für Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf den Straßen. Zu den Aufgaben gehören die drei Bereiche Verkehrssicherung (Beschilderung, Markierung, Schutzplanken), Straßeninstandhaltung (Deckenbau, Risse vergießen und Oberflächennachbehandlung) und Straßenunterhaltung (Mähen, Winterdienst, Reinigung der Entwässerungsrinnen und Grabenräumung). Als sich eine Änderung im Bayerischen Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) durch das Volksbegehren „Artenvielfalt" abzeichnete, begann Norbert Müller, Hauptstraßenmeister im Landkreis Schweinfurt und Sprecher der Bayerischen Straßenmeister, sich mit dem Thema „Ökologisches Mähen" zu befassen. Mit ihm und seinem Lieferanten, Stefan Dülk von der Firma Kurt Herold, sprach die GZ über die Herausforderungen, die eine ökologische Flächenbewirtschaftung mit sich bringt.

GZ: Seit wann beschäftigen Sie sich mit dem Thema „Ökologisches Mähen"?
Müller: Den Ausschlag gab die Diskussion um das Volksbegehren „Artenvielfalt & Naturschönheit in Bayern". Im Sommer 2020 bestellte der Landkreis Schweinfurt den Grünpflegekopf ECO 1200 plus der Firma Mulag und seit Frühjahr 2021 ist er im Einsatz. Dem war vorausgegangen, dass wir uns selbst für das Thema sensibilisieren und Abläufe neustrukturieren mussten; z.B. haben wir unser Mähkonzept angepasst.



Hauptstraßenmeister Norbert Müller. Bild: privat

Dülk: Der Mähkopf hätte von Mulag auf der IFAT 2020 als Weltneuheit präsentiert werden sollen. Leider konnte die Messe nicht stattfinden. In Bayern gehört der Landkreis Schweinfurt mit zu den ersten Anwendern.

GZ: Ökologisches Mähen und Konventionelles Mähen, können Sie den Unterschied skizzieren?

Mähkonzept

Müller: Im Mähkonzept wird unterschieden zwischen „Intensiven Flächen" und „Extensiven Flächen". Zu den „Intensiven Flächen" gehören Bankette, Sichtdreiecke und die straßenseitige Grabenböschung. Die Pflege dieser Flächen betrifft die Verkehrssicherheit, deshalb werden sie weiterhin konventionell mit dem Randstreifenmäher zweimal pro Jahr abgemäht. Eine Änderung gibt es nur bei den „Extensiven Flächen" also bei Böschungen, Grabenaußenseiten und Nebenflächen. Diese, so sieht es unser landkreiseigenes Mähkonzept vor, werden nur noch im Wechsel alle zwei Jahre mit dem neuen Mähkopf gemäht. Hier wird also 50 Prozent weniger gemäht. Wir orientieren uns dabei an unserem Straßennetz, so werden dieses Jahr die Extensivflächen der Kreisstraßen im nördlichen und nächstes Jahr die im südlichen Landkreisgebiet bearbeitet. Der Freistaat Bayern hat ein anderes Konzept. Auch hier werden die extensiven Flächen im Wechsel gemäht, aber im Schachbrettsystem.

Dülk: Erklären muss man an dieser Stelle, dass „konventionell" heißt, dass das Gras abgeschlegelt wird und größtenteils liegen bleibt. Das nennt man „mulchen". Mit dem neuen Mähkopf wird, wie in der Landwirtschaft auch, das Grüngut mit kleinen Messern abgeschnitten. Das Schnittbild beim ökologischen Mähen ist ein anderes. Bisher wurden zwischen vier und acht cm Gras stehengelassen. Jetzt beträgt die Schnitthöhe zwischen zehn und 15 cm. Da die überrollte Fläche sehr gering ist, werden am Boden lebende Tiere geschützt. Eine gezielte Luftstromführung in einem geschlossenen Gehäuse ermöglicht, dass mehr am Boden liegen bleibt und nicht mit abgesaugt wird. Das schließt aber auch z.B. liegende Gräser mit ein, die dann auch nicht mitgemäht werden.

GZ: Hinter der Idee des insektenfreundlichen, ökologischen Mähens steckt viel Hand- und Aufklärungsarbeit. Werden Sie auch gelegentlich angesprochen, wann denn endlich wieder jemand zum Mähen vorbeikäme?
Müller: Ökologisch heißt nicht unbedingt schöner und natürlich kommt auch Kritik, meistens aus der Landwirtschaft und teilweise auch aus der Bevölkerung. Wir alle, Landwirtschaft, Bevölkerung und Fahrer, sind ein sauberes Schnittbild gewöhnt, denn das haben wir in der Vergangenheit abgeliefert. Jetzt sieht es anders aus. Zusätzlich kommt aus der Landwirtschaft die Befürchtung, durch Aussamung von Wildkräutern auf den eigenen Flächen einen höheren Aufwand betreiben zu müssen. Wir alle brauchen Zeit und Verständnis für die Umstellung.

GZ: Wenn Sie heute einen Strich unter Ihre Bemühungen ziehen, hat sich denn etwas verändert? Erkennen Sie z.B. ein größeres Nahrungsangebot für Insekten?
Müller: Ich bin kein Biologe und der Beobachtungszeitraum ist jetzt noch zu kurz. Aber ich denke schon, dass die Umstellung für Insekten und Kleinlebewesen eine gute Entscheidung ist.

GZ: Welche Anschaffungen haben Sie getätigt und haben Sie Tipps, was unsere Leser und Leserinnen beachten sollten?
Müller: Wir haben uns für einen Mähkopf entschieden, der zu unserem bestehenden Zugfahrzeug passt. Alle weiteren Gerätschaften, wie auch die Absauganlage inklusive Hänger, waren bereits vorhanden.

Dülk: Wer sich heute für einen ECO 1200 Grünpflegekopf entscheidet, muss momentan mit bis zu neun Monaten Lieferzeit rechnen und das bei einem hohen Anschaffungspreis.

GZ: Entlang von Straßen, insbesondere Autobahnen und Bundesstraßen, liegt viel Müll. Bisher hat das Mähverfahren dafür gesorgt, dass z.B. Glasflaschen sowie sämtlicher anderer Abfall in kleinste Splitter zerlegt dem Grüngut beigemischt sind. Das wiederum führt dazu, dass das abgemähte und eingesaugte Straßenbegleitgrün nicht überall abgeladen werden kann. Oft bleibt nur noch die Verbrennung als Sondermüll. Wenn nun der neue Mähkopf das Schnittgut nicht mehr ansaugt und der Müll ganz bleibt, was bedeutet das für die Straßenmeisterei?

Corona und das Müllproblem

Müller: Der Landkreis Schweinfurt saugt die Mahd, wie bisher auch, komplett ein und lässt nichts liegen, um den Nitrateintrag gering zu halten. Deshalb ändert sich für uns nichts. Unser Grüngut wird im Anschluss abgesiebt und untersucht. Sobald eine Freigabe durch das Landwirtschaftsamt erteilt wurde, wird der Kompost an die Landwirtschaft übergeben. Das übrige Siebgut kommt auf die Deponie. Das ist eine aufwendige Nachbehandlung, aber immer noch billiger, als alles zu verbrennen. Jedes Frühjahr werden zusätzlich alle Straßen abgefahren und der Müll per Hand aufgesammelt.

GZ: Ihrer Erfahrung nach, hat der Müll in Coronazeiten zugenommen?
Müller: Nein. Es liegt viel Müll am Straßenrand, nach wie vor. Nur die Einführung des Dosen- und Flaschenpfands hat zu einer Verhaltensänderung geführt.

GZ: Beschäftigt Sie die Müllsituation?
Müller: Ja. Auch nach 35 Jahren Berufserfahrung als Straßenmeister macht es mich immer noch wütend. Jeder will die Umwelt retten, aber niemand fängt bei sich selbst an.

GZ: Ihre Aufgaben erfordern ein hohes Maß an Sachkenntnis und sind in der Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern nicht immer einfach zu vermitteln. Haben Sie Schwierigkeiten mit dem Fachkräftemangel in Ihrem Bereich?
Müller: Es wird immer schwieriger Fachkräfte zu gewinnen. Das ist schade, denn wir haben einen schönen Beruf. Wir haben nur noch die Möglichkeit, unseren Nachwuchs selbst zum Straßenwärter auszubilden.

GZ: Wenn Sie in Bezug auf Ihren Verantwortungsbereich einen Wunsch freihätten, welcher wäre das?
Müller: Ich wünsche mir von der Bevölkerung mehr Verständnis und Rücksicht auf unsere Mitarbeiter in Orange. Viele Verkehrsteilnehmer halten sich weder an Beschilderungen noch an Geschwindigkeitsbegrenzungen und vergessen, dass unsere Arbeit nur zum Wohle derer ist, die uns anvertraut sind. **CH**





Mähzug mit Randstreifenmäher und Leitpfostenausmäher am Unimog U 400 mit absaugendem Heckaufsitzgerät SB 600 und Grasaufnahmeanhänger, Fahrer: Thomas Gößmann Bilder: Stefan Dülk

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit Henne Nutzfahrzeuge GmbH
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Kommunaltechnik
Winterdienst: Schneepflüge im Einsatz

Der Winter steht vor der Tür und während die weiße Pracht im Tiefland noch auf sich warten lässt, ist der erste Schnee in den höheren Lagen bereits gefallen. Wenn die Witterungsbedingungen die Sicherheit auf den Straßen bedrohen, ist es für das „Team Orange" wieder Zeit für den intensiven Winterdiensteinsatz. Neben der Ausbringung von Streumitteln ist vor allem das Räumen von Straßen, Geh- und Fahrradwegen sowie Kreuzungen und Parkplätzen eine zentrale Aufgabe im Winterdienst.

Wichtiges Kriterium: Räum- bzw. Durchfahrtsbreite

Beim Schneeschieben kommen die unterschiedlichsten Schneepflüge zum Einsatz. Ein wichtiges Kriterium für die Bestimmung der richtigen Technik ist die Räum- bzw. Durchfahrtsbreite. Auf Land- und Bundesstraßen sowie auf Autobahnen kommen Pflüge mit Räumbreiten bis zu sieben Metern zum Einsatz. Das sind oft mehrscharige Schneepflüge, die teilweise sogar über hydraulisch teleskopierbare Elemente verfügen. Auf Stadtstraßen, Wegen und Plätzen schieben oft kleinere Pflüge den Schnee. Für besonders anspruchsvolle Flächen eignen sich variable Schneepflüge mit schwenkbaren Scharflügeln. Diese können hydraulisch geknickt und somit keilförmig, V-förmig und als einseitiger Schneepflug eingesetzt werden.

Neben der maximalen Breite spielen auch das Straßenprofil, die Straßenart sowie die Schneebeschaffenheit und -menge eine Rolle für die Räumtechnik. Unterschiedliche Anstellwinkel des Schildes werden je nach Aggressivität der Räumung und nach Fahrgeschwindigkeit gewählt. Der Bodenkontakt des Pfluges wird über austauschbare Schürfleisten und Gleitkufen oder Stützrollen gewährleistet. Schürfleisten sind Verschleißteile und werden je nach Anwendungsfall in diversen Materialien wie Stahl, Gummi, Korund oder Neopren ausgeführt. Spezielle Schneepflüge verfügen sogar über ein Doppelschürfleistensystem mit zuschaltbarer Stahlschiene.

Abhängig von der Räumbreite und den Anforderungen des Schneepfluges kommen unterschiedliche Trägerfahrzeuge in Frage. Während breite Pflüge oft an Lkws angebaut sind, eignen sich für kleinere Straßen und Flächen leichtere Geräteträger und Schmalspurfahrzeuge. Ein Multitalent und Allrounder mit hoher Hydraulikleistung und besonderen Winterdienst-Eigenschaften, wie einer Schneepflugentlastung, ist der Unimog. Er realisiert hohe Räumbreiten und bleibt dabei dennoch wendig und vielseitig im Einsatz. ❐



Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrantrieb EasyDrive, der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0–50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS).

Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten,Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...


FOTO-BRAUN, Gunzenhausen

Karl-Heinz Fitz

Erster Bürgermeister der Stadt Gunzenhausen Bezirksvorsitzender für die kreisangehörigen Verbandsmitglieder im Regierungsbezirk Mittelfranken des Bayerischen Städtetags

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich vertrete die Stadt Gunzenhausen mit annähernd 17.000 Einwohnern. Gunzenhausen liegt im Herzen des Fränkischen Seenlandes direkt am Altmühlsee.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
Das Amt des Ersten Bürgermeisters der Stadt Gunzenhausen bekleide ich seit Mai 2014. In der Wahlperiode von 2008 bis 2014 war ich bereits Zweiter Bürgermeister.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Das Kommunalwesen ist von der unmittelbaren Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern, deren Sorgen und Nöte, aber vor allem auch den Herausforderungen und den Gestaltungsmöglichkeiten in der Gemeinde geprägt. Einen Beitrag für Veränderungen und Entwicklungen leisten zu können, war für mich Anreiz, mich in der Kommunalpolitik zu engagieren.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Zum einen brachte ich als Jurist mit ca. 23jährigen Erfahrung als Rechtsanwalt, aus der Beratung und Vertretung von Kommunen und meiner Spezialisierung unter anderem im Verwaltungsrecht, das wichtige Handwerkszeug für die Tätigkeit als Bürgermeister mit. Zum anderen war ich durch die Mitgliedschaft im Stadtrat, wie auch im Kreistag und als Zweiter Bürgermeister nicht nur mit den aktuellen Themen vertraut, sondern kannte sehr viele Akteure persönlich und war sehr gut vernetzt.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Die Herausforderungen lagen darin, dass mein Vorgänger viele drängenden Aufgaben vor sich hergeschoben oder gar nicht angepackt hat. Unmittelbar nach Amtsantritt habe ich unter anderem die Generalsanierung der Stadthalle (Kosten ca. 18 Millionen Euro), einen großen Stauraumkanal nebst Pumpwerk (Kosten ca. 13 Millionen Euro), den Hochwasserschutz und die Renaturierung der Altmühl unmittelbar neben dem Stadtzentrum auf den Weg gebracht bzw. umgesetzt. Hinzu kam die Schaffung von Kita- und Kindergartenplätzen, die Rathaussanierung und ein massiver Digitalausbau, um nur einige Beispiele zu nennen.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Derzeit beschäftigt mich das Thema des Ausbaus der Mobilitätsangebote. Hierzu haben wir die ÖPNV-Aufgabenträgerschaft vom Landkreis übernommen, eine neue Mobilitäts- und Verkehrs-GmbH gegründet und den Bahnhof erworben, den wir derzeit in ein Mobilitätszentrum umbauen.
Dies wird flankiert vom Ausbau erneuerbarer Energien, unter anderem durch die Ausweitung von Photovoltaikanlagen und die Einstellung eines/einer Klimamanager/in.
Des Weiteren investieren wir derzeit in die Ertüchtigung der Kläranlage und unter anderem in eine Solarklärschlammtrocknung.
Hinzu kommt die Errichtung neuer Baugebiete und die Schaffung weiterer Kita- und Kindergartenplätze.
Dies alles nur exemplarisch. Die Liste der Themen, die uns aktuell beschäftigen, ist weitaus länger.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Einer weiteren Auseinandersetzung bedarf die Herausforderung, benötigte Grundstücke erwerben und entwickeln zu können. Auf der einen Seite ist die Nachfrage nach Wohnraum immens, auf der anderen Seite geht die Verkaufsbereitschaft der Eigentümer teils gegen Null. Hinzu kommt, dass die Anforderungen in der Bauleitplanung aber auch betreffend das Flächensparen eine Realisierbarkeit von Bauvorhaben teils unmöglich machen.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Haben Sie Mut, konsequent Entscheidungen zu treffen!
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Den Austausch mit Kolleginnen und Kollegen pflege ich in vielen Gremien, beispielsweise dem Kreistag, in ILE-Sitzungen oder in Sitzungen der Zweckverbände.
Wichtig ist mir der Informationsaustausch und die Möglichkeit, Erfahrungen aus unserer Praxis im Rahmen des Bay. Städtetages einzubringen. Dort bin ich als Bezirksvorsitzender für die kreisangehörigen Verbandsmitglieder im Regierungsbezirk Mittelfranken tätig und damit auch im Vorstand eingebunden.
Bürgerinnen und Bürger beziehe ich unter anderem in Bürgerversammlungen, in Workshops oder gemeinsamen Planungsveranstaltungen mit ein. Hierfür wurden wir beispielsweise für unsere vorbildliche Bürgerbeteiligung bei dem Hochwasserschutz und der Renaturierung der Altmühl in einem bundesweiten Wettbewerb vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit mit dem 1. Preis ausgezeichnet.
Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden in regelmäßigen Jour-Fixe-Runden und in vielen persönlichen Gesprächen in die anstehenden Aufgaben und Entscheidungsfindungen eingebunden.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Wenn man bedenkt, dass schon jetzt und in der Zukunft eine große Anzahl von Dienstleistungen digital angeboten wird, ist die zunehmend starke Bedeutung der Digitalisierung, zumindest für jede Kommunalpolitikerin und jeden Kommunalpolitiker, klar erkennbar.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Veränderungen als Chance begreifen.
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Als Bürgermeister der anpackt, entscheidet und auf dem Weg die Bürgerinnen und Bürger mitnimmt. ❐


Mitglieder der „including stepps“ mit Jurymitglied Sonja Scheuplein (l.) und OBH-Leiterin Katharina Christl (r.) sowie in der hintersten Reihe v.l.: Bürgermeister Eric Leiderer, Behindertenbeauftragte Christina Feiler, Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel, Behindertenbeauftragte Karin Renner, Lebenshilfe-Vorstandsvorsitzende Kirsten Simon und Landrat Alexander Legler. Bild: Wagenbrenner

Inklusionspreise der Bezirke Mittel- und Unterfranken:

Einfach teilhaben

Maßnahmen und Projekte, die die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung im Alltag nachhaltig und konkret verbessern oder einen spürbaren Beitrag zu ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft leisten, sind von den Bezirken Unterfranken und Mittelfranken mit Inklusionspreisen ausgezeichnet worden. Die Verleihung übernahmen die Bezirkstagspräsidenten Erwin Dotzel und Armin Kroder.

Der Bezirk Unterfranken reichte in diesem Jahr in sechs Kategorien insgesamt 15.000 Euro aus. In der Kategorie „Arbeit“ wurde der Fachbereich „INklusiv! Gemeinsam arbeiten“ der Mainfränkischen Werkstätten in Würzburg geehrt. Mehr als hundert Personen haben in den vergangenen sechs Jahren dank dieser Aktion in Kooperationsbetrieben eine Beschäftigung, z.B. in Handwerksbetrieben oder in der Industrie, gefunden.

Selbstbestimmtes Wohnen im Alter

In der Kategorie „Wohnen“ gewann das Schweinfurter Projekt „Gemeinsam Wohnen – trotz Alter und Behinderung“. Diese Losung macht das seit vielen Jahren bundesweit diskutierte selbstbestimmte Wohnen im Alter möglich. Betrieben wird das Projekt von rund 20 ehrenamtlich tätigen Personen, verwaltet von der städtischen Wohnbaugesellschaft, und unterstützt von einer städtischen Stiftung.

Bei dem Projekt mit derzeit insgesamt 16 Wohnungen handelt es sich nicht um eine Form des betreuten Wohnens, sondern um eine Wohngemeinschaft, in der jeder unabhängig lebt und doch nicht allein ist. Im Laufe des kommenden Jahres sollen weitere Wohnungen dazukommen.

Die Volkshochschule Hammelburg, die seit März 2020 mit ihren Kursen für die Verbreitung der Gebärdensprache sorgt, behielt in der Kategorie „Bildung und Erziehung“ die Oberhand. Das VHS-Angebot richtet sich auch an Hörende. Von der Gebärdensprachen-Kompetenz profitierten somit auch zahlreiche Institutionen wie Schulen, Kindergärten oder Hospizvereine sowie Angehörige und Freunde Nichthörender.

Die Band MIPpies (Musik-Inklusions-Projekt) aus Lohr am Main siegte in der Kategorie „Kultur, Natur und Umwelt“. Seit 2014 proben Menschen mit und ohne Handicap einmal pro Woche in der Sing- und Musikschule. Zur Band gehörten Menschen aus den Wohngruppen der Lebenshilfe MSP in Lohr, Gemünden und Marktheidenfeld, Jugendliche und Erwachsene des Musikvereins Ruppertshütten und Schülerinnen und Schüler der Sing- und Musikschule Lohr.

Bei ihren rund 15 gemeinsamen Auftritten pro Jahr und den wöchentlichen Proben steht die Freude an der Musik im Vordergrund. Auftritte hatten die MIPpies schon in großen Festzelten, der MSP Expo in Lohr, der Landesgartenschau in Würzburg, im Kulturspeicher in Würzburg, beim Neujahrsempfang der Stadt Lohr oder beim Sozialempfang mit der früheren Landtagspräsidentin Barbara Stamm in Gemünden.

Für die einen bringt die Musik ein wenig Abwechslung in den Alltag und verhilft zu mehr Selbstwertgefühl, bei den anderen wachsen Toleranz und Verständnis für die Mitmenschen. Vor allem aber verbindet sie ein gemeinsames Lebensgefühl: Wir sind eins, wir sind gleichberechtigt, wir gehören zusammen!

Im wahrsten Sinne etwas auf die Beine gestellt, nämlich eine Show-Tanz-Formation wie aus dem Lehrbuch, hat die inklusive Stepptanzgruppe der Lebenshilfe Aschaffenburg e. V., Gewinner in der Kategorie „Sport und Freizeit“. Bei den „including stepps“ tanzen und trainieren Menschen mit und ohne Behinderung und Menschen jeden Alters gemeinsam. Die Auftritte der „including stepps“ sind in der Regel eingebettet in das Gesamtprogramm der „Tap Dance Factory“. Die Tänzerinnen und Tänzer bereiten sich hinter der Bühne gemeinsam auf ihre Auftritte vor, üben noch einmal gemeinsam die Schritte, sprechen sich gegenseitig Mut zu und stehen dann beim großen Finale gemeinsam auf der Bühne.

Sonderpreis

Einen Sonderpreis für „Inklusion im Sozialraum – Gemeinschaft leben“ erhielt schließlich der Feuerwehrverein Geckenau (Landkreis Rhön-Grabfeld). Rund 20 aktive Mitglieder der Feuerwehr engagieren sich in ihrer Freizeit, um Menschen mit Handicap in die Arbeit einer Freiwilligen Feuerwehr, in die Vereinsarbeit und das lebendige Miteinander in einem Dorf einzubinden. Da die Feuerwehr der einzige Verein des Ortes ist, sind die Floriansjünger auch gefragt, wenn zum Beispiel beim Kinderfasching, beim Maibaum-Aufstellen oder einer anderen Veranstaltung in Geckenau tatkräftige Hilfe gebraucht wird. So leistet jeder seinen Beitrag für die Dorfgemeinschaft.

Mit dem diesjährigen Inklusionspreis Mittelfranken, dotiert mit 5.000 Euro, wurde die Kinderkommission Nürnberg gewürdigt. Gemeinsam mit dem Jugendamt engagiert sie sich für die Stärkung der Kinderrechte und gestaltet unter anderem die Straße der Kinderrechte im Nürnberger Stadtpark zusammen mit jungen Menschen in der Stadt. Verschiedene Stationen bringen hier die Rechte der Kinder näher und machen sie erlebbar. Eine neue zehnte Station ist in Planung und widmet sich dem Thema „Inklusion und Teilhabe“.

54 Artikel umfasst die im Jahr 1989 verabschiedete UN-Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen. Bereits 2005 machte sich die Kinderkommission Nürnberg dafür stark, dass gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen nach deren Vorstellungen und Ideen eine Straße der Kinderrechte entsteht. Dort stehen heute neun interessante und erfahrbare Skulpturen zu den jeweiligen Rechten, wie zum Beispiel dem Recht auf eine gewaltfreie Erziehung oder auch dem Recht auf Privatsphäre. **DK**

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen:

Stadtrat setzt Zeichen der Solidarität

„Gewalt an Frauen ist ein gravierendes Problem. Weltweit, in Deutschland und auch bei uns in Unterfranken. Dies dürfen wir nicht akzeptieren!“, betont Oberbürgermeister Christian Schuchardt in seinem Grußwort anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen. „Häusliche Gewalt betrifft Frauen in allen sozialen Schichten und allen Altersgruppen, mit und ohne Migrationshintergrund, mit und ohne Behinderung.“

Wie auch in den Jahren zuvor setzt die Stadt Würzburg hier ein deutliches Zeichen und versichert, hinzusehen und zu unterstützen. Gemeinsam mit dem Stadtrat, der neuen Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Würzburger Frauenorganisationen und Frauen (AWF), Freya Altenhöner, und der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Würzburg, Petra Müller-März, hisste der Oberbürgermeister eine Fahne mit der Aufschrift „NEIN zu Gewalt gegen Frauen“ vor dem Congress Centrum.



Oberbürgermeister Christian Schuchardt und Mitglieder des Stadtrats setzen Zeichen gegen Gewalt an Frauen. Bild: Petra Steinbach

Stadt bekennt Farbe

Auch im Wortsinne bekannte die Stadt Farbe zu diesem Thema und ließ den Grafeneckart am Abend in Orange erstrahlen. In der Domstraße fand eine Kundgebung in Form einer Menschenkette vom Vierröhrenbrunnen bis zum Dom statt. An ihr beteiligten sich Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher Organisationen, die sich für Gleichberechtigung und Gewalt gegen Frauen einsetzen. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Creative Bureaucracy Festival:

Jugend entscheidet: Von der Straße ins Rathaus

Nicht nur ein Forum für die besten Ideen für die Verwaltung, sondern inzwischen auch ein Motor, um diese Ideen auch umzusetzen, ist das Creative Bureaucracy Festival. Das größte internationale Festival für Verwaltungsinnovation wurde in diesem Jahr erneut digital von der Falling Walls Foundation, einer gemeinnützigen Stiftung aus Berlin, veranstaltet, und zählte über 18.000 Besucher aus 94 Ländern.

In rund 150 englisch- und deutschsprachigen digitalen Beiträgen mit rund 400 Speakern diskutierten die Teilnehmer an fünf Tagen über die Herausforderungen und Perspektiven für den öffentlichen Sektor. In spannenden Sessions wurden zahlreiche aktuelle Themen wie grundlegende Fragen nach dem Anspruch und der Stärke des Staates (z. B. „Humble Government" oder soziale Nachhaltigkeit) über die Handlungsfähigkeit der Verwaltung in außergewöhnlichen Situationen (z. B. in Bezug auf Krisenresilienz) bis hin zu konkreten Aspekten der aktuellen Arbeit in der Politikumsetzung (z. B. bei der Beschaffung oder Cybersicherheit) erörtert.

Politisch wirksam durch aktive Beteiligung

Zum ersten Mal auf der Festival-Agenda stand eine Session mit dem Thema „Jugend entscheidet: Von der Straße ins Rathaus". Dabei ging es um das Projekt „Jugend entscheidet – wir machen mit" der gemeinnützigen Hertie-Stiftung, die davon überzeugt ist, dass junge Menschen mitreden wollen und ihre Ideen nicht nur ihnen selbst nützen, sondern die Demokratie bereichern.

Das Projekt bringt zwei Gruppen zueinander, die bislang zu wenig Schnittstellen haben: Kommunalpolitiker und Jugendliche. Aktuell wird die junge Generation kaum durch politische Parteien erreicht und häufig fehlt das Verständnis und die Wertschätzung für Kommunalpolitik. Mit „Jugend entscheidet" soll das geändert werden: Kommunalpolitiker delegieren reale Entscheidungen an Jugendliche, eingebunden in einen professionell moderierten Prozess. So erfahren Jugendliche, dass sie politisch wirksam sein können, wenn sie sich aktiv beteiligen. Gleichzeitig lernen Kommunalpolitiker die Bedarfe von Jugendlichen besser kennen.

Die Hertie-Stiftung begleitet deswegen in diesem Jahr zehn Kommunen aus ganz Deutschland, darunter die bayerischen Kommunen Bad Hindelang und Neu-Ulm, dabei, eine konkrete lokalpolitische Entscheidung an Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren abzugeben und Jugendbeteiligung vor Ort zu verankern. Insgesamt hatten sich 115 Städte für das Projekt beworben.

Junge Menschen und Kommunen können ihre Städte und Dörfer fit für die Zukunft machen. Dafür braucht es mutige Bürgermeister, die bereit sind, sich auf junge Perspektiven einzulassen, aber auch innovative Verwaltungen, die sich trauen, neue Wege zu gehen. Wie Bad Hindelangs Bürgermeisterin Dr. Sabine Rödel betont, „müssen die Jugendlichen unserer Gemeinde viele Konsequenzen der Entscheidungen tragen, die wir auch für sie treffen. Daher möchten wir mit ihnen gemeinsam ein Konzept für die Zukunft entwickeln. Wir suchen nach Wegen, wie wir es schaffen, die Jugend in Projekte wie ‚Unser Bad Hindelang 2030', aber auch in laufende kommunalpolitische Themen einzubinden. Für unsere gelebte Demokratie ist es wichtig, dass bereits Jugendliche sich intensiv mit der Komplexität der Gesellschaft befassen und erkennen, dass jeder Einzelne durch seine Stimme mitgestalten kann, aber dass jede Entscheidung auch mit Konsequenzen verbunden ist. Daher hoffen wir, dass durch eine Beteiligung der Jugend auf Gemeindeebene Demokratie als unmittelbarer Prozess erlebbar und das Verständnis für den Mitmenschen und dessen Bedürfnisse gestärkt wird."

Moderne Interpretation von Tradition und Werten

Die Jugendlichen, so Rödel, sollen die Möglichkeit bekommen, Traditionen und Werte modern zu interpretieren und ihre Sichtweisen einzubringen. „Nur so können wir uns weiterentwickeln und die Dinge, die hier wirklich schön sind, auch erhalten."

Auch Neu-Ulms Oberbürgermeisterin Katrin Albsteiger sieht in dem Modellprojekt eine große Chance für die Stadt und die Jugendlichen: „Wir erhoffen uns von ‚Jugend entscheidet' neue Impulse und neue Perspektiven auf Aspekte, an die Erwachsene vielleicht gar nicht denken." „Als junge Stadt passt ‚Jugend entscheidet' hervorragend zu uns", unterstreicht Albsteiger: „2019 haben wir unser 150-jähriges Stadtjubiläum gefeiert. Das Motto war: ‚Wir leben neu.' In diesem Zug wollen wir auch das Thema Jugendbeteiligung neu denken. Wir wollen das Demokratieverständnis fördern und junge Menschen in ihrem Engagement für das Gemeinwesen bestärken."

Für Neu-Ulm ist das Projekt eine Chance für Jugendliche, sich aktiv am Leben und der Entwicklung ihrer Stadt zu beteiligen. Albsteiger zufolge sollen junge Menschen die Erfahrung machen, dass sie die Entwicklung der Stadt konkret beeinflussen, ihre Ideen präsentieren und verwirklichen können. „Hierdurch erhoffen wir uns neue Impulse und neue Perspektiven. Vielleicht auch Hinweise auf Aspekte, an die Erwachsene gar nicht denken."

Wie Ralph Seiffert, Dezernent für Bildung, Kultur, Sport und Soziales in der Stadtverwaltung Neu-Ulm, im Rahmen der Session „Jugend entscheidet: Von der Straße ins Rathaus" berichtete, formulierten die Jugendlichen im Rahmen einer eigenen „Stadtratssitzung" zwölf Anträge zu den Themen Stadtentwicklung, Natur und Umwelt, Freizeitgestaltung und Mobilität, wovon vier (Festival der Kulturen, Pumptrack, Stadtbeleuchtung, Bolzplatz-Sanierung) in die Endrunde kamen. Letztlich müssen sich die Jugendlichen nun für ein Projekt entscheiden, das der Stadtrat in der Folge positiv bescheiden soll und das entsprechend auch umgesetzt wird. Seiffert erhofft sich von „Jugend entscheidet", noch mehr Werkzeug an die Hand zu bekommen, um den Prozess der Jugendbeteiligung weiter zu steuern.

PS: In der nächsten Projektrunde im Jahr 2022 werden nach Angaben der Hertie-Stiftung 15 Kommunen betreut. Die Ausschreibung hierzu startete am 1. Dezember. **DK**

Steigende Flüchtlingszahlen

Schwäbische Landräte fordern strukturelle Verbesserung und Professionalisierung des Verwaltungshandelns vom Freistaat

Der Regierungspräsident der Regierung von Schwaben, Dr. Erwin Lohner, berichtete den Landkreisvertreten bei einer gemeinsamen Arbeitstagung von einer akuten Zunahme der Flüchtlingszahlen in der zentralen Aufnahmestelle, der sogenannten Ankereinrichtung in Schwaben. Dies bedeutet für die einzelnen Landkreise auch eine deutliche Zunahme an Neuzuweisungen in den kommenden Wochen und Monaten.

Mit den Erfahrungen, die die Landkreisvertreter aufgrund der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015 bis 2017 gesammelt haben, fordern sie nun eine strukturelle Verbesserung und Professionalisierung des Verwaltungshandels vom Freistaat Bayern ein, damit die Unterbringung der geflüchteten Personen besser bewältigt werden kann. „Gemeinsame Unterbringungskonzepte, eine auf alle Landkreise gerechte und transparente Verteilung der Flüchtlinge sowie die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sind für uns zwingend erforderliche Grundlagen in der Bewältigung der steigenden Flüchtlingszahlen", so der Vorsitzende des Bezirksverbands Schwaben, Landrat Elmar Stegmann.

Valide Datenbasis

Um besser planen zu können, fordern die schwäbischen Landrätinnen und Landräte transparente Zahlen, beispielsweise über ein regelmäßig aktualisiertes Dashboard. „Um die Verteilung vor Ort organisieren zu können, benötigen wir unbedingt eine valide Datenbasis, die uns nicht nur anzeigt wie viele Flüchtlinge bisher angekommen sind und wie diese auf die einzelnen Landkreise verteilt wurden, sondern auch eine Prognose mit wie vielen Geflüchteten in den nächsten Tagen und Wochen zu rechnen ist. Es macht einen großen Unterschied, ob 30 oder 300 Flüchtlinge in den Unterkünften untergebracht werden müssen", sagte der stellvertretende Vorsitzende des Bezirksverbands Schwaben, Landrat Thorsten Freudenberger.

Die Landkreisvertreter berichteten auch von der großen Schwierigkeit bei den ortsüblichen Mietpreisen überhaupt noch Unterkünfte für geflüchtete Personen zu bekommen. „Es bedarf gemeinsamer Ansätze und Vorgehensweisen für die Akquise, Einrichtung und den Betrieb von Unterkünften – dies kann nicht fast ausschließlich der untersten Staatsverwaltung überlassen werden. In diese Überlegungen sollten auch zwingend die einzelnen Kommunen einbezogen werden, da wir sonst eine massive Ungleichverteilung von Flüchtlingen auf Einzelkommunen befürchten, für die es nun noch deutlich weniger Akzeptanz als vor wenigen Jahren geben wird. Wir sehen hier seitens der Staatsregierung dringenden Handlungsbedarf die aktuelle Rechtslage dahingehend zu ändern", fordern die Sitzungsteilnehmer. Gleichzeitig ist es ihnen wichtig, dass die Kommunen, in denen Flüchtlinge untergebracht werden, auch eine spezielle finanzielle Unterstützung erhalten müssen, da sie vor allem in den Bereichen Kindertagesstätte und Schule eine deutliche Mehrbelastung tragen müssen.

Zudem befürchten die Landkreisvertreter auch, dass es immer weniger Ehrenamtliche gibt, die die Geflüchteten begleiten und bei der Integration unterstützen. „Vermehrte Zuweisungen ohne die passende Aufklärung und Unterstützung können schnell zur Überforderung der noch übrigen Ehrenamtlichen führen, sodass auch diese ihr Amt aufgeben. Diesem Trend gilt es mit gemeinsamen Konzepten entgegenzuwirken", sind sich die Landkreisvertreter einig. ❒

GZ PINOS WELT



Als ob die Menschen derzeit keine anderen Sorgen hätten, wird die Diskussion um das Gendern immer noch hitzig und leidenschaftlich geführt. Kaum eine Ausgabe einer Zeitung wird gedruckt, ohne dass berichtet wird, dieser/diese habe sich gegen das Gendern, jene/jener dafür ausgesprochen. Auch ein aktueller Antrag im Stadtrat fordert die Verwaltung auf, künftig gegendertes Amtsdeutsch zu verwenden.

Es gehört zu den Privilegien des Katzendaseins, solche Debatten nicht führen zu müssen. Bei uns gilt „die Katze" und „der Kater". Im allgemeinen Sprachgebrauch ist allerdings fast immer von „der Katze" die Rede, wenn eigentlich von „dem Kater" gesprochen werden sollte, weil die biologische Weiblichkeit die Sprache dominiert. Allein dieses Spiel mit Artikel und Pronomen zeigt, wie verzwickt das mit dem Gendern werden kann. Jedenfalls denkt jeder (m/w/d) beim Wort „Katze" automatisch das Männchen mit, während es angeblich undenkbar ist, beim Begriff „Arzt" auch eine weibliche Medizinerin mitzudenken. So weit so gut.

Der Kater ist eine Katze

Als konservativ sozialisierte Katze (sic!) arbeite ich mit Begriffspaaren, wenn Frau und Mann gemeint sind. Damen und Herren, Bürgerinnen und Bürger, Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Letztere könnten gendergemäß natürlich auch als Steuerzahlende bezeichnet werden. Das wäre sogar weniger absurd als die epidemisch um sich greifenden Begriffe Mitarbeitende, Studierende und Forschende, da sich das mit dem mitarbeiten ja nach acht Stunden erledigt hat, kaum jemand bei der Kneipentour oder in der Disco studiert und selbst der ambitionierteste Forscher oder die fleißigste Forscherin seine/ihre Reagenzgläser beiseite stellt, wenn Großmama zu Besuch kommt. Steuern zahlen wir andauernd, jedenfalls Umsatzsteuer für das Bierchen, den Pina Colada oder das schnell besorgte Tortenstück für die Oma.

Aber auch die Pärchenbildung hat ihre Tücken, weil zum Beispiel das anekdotische „Mitglieder und Mitgliedinnen" halt wegen des grammatikalischen Neutrums schlicht albern ist.

Also doch die große Lösung mit „*", Binnen-„I" oder „_"? Hat natürlich den Vorteil, dass man sich um grammatikalische Feinheiten nicht zu scheren braucht und Mitglied*in flott von der Feder geht. Mit etwas Übung und ohne Scheu davor, als schwerer Alkoholiker_in zu gelten, kann man das sogar in die gesprochene Sprache übertragen. Zudem hat man auch alle inkludiert, die sich selbst nicht vollständig einem biologischen Geschlecht zuordnen (lassen) wollen. Die Frage, ob ein biologisch oder psychologisch anzuerkennendes Anliegen individueller Personen zu einer generellen Änderung der Schreib- und Sprechgewohnheiten führen muss, bleibt jetzt mal offen.

Aber auch hier müsste es doch Grenzen geben. So war zu lesen, dass ein Amtsgericht in einer Entscheidung von „Vollstreckungsgläubiger*in" und „Vollstreckungsschuldner*in" gesprochen hat. Leute, das war ein Parteienprozess. Eine natürliche Person stand gegen eine andere natürliche Person. In der Regel hat eine natürliche Person ein Geschlecht. Warum deshalb hier inklusive Begriffe verwendet wurden (außer es hätten sich zwei diverse Personen gegenüber gestanden, was so wahrscheinlich ist, wie in einer Woche nacheinander den Eurojackpot zu knacken, zu heiraten und Großvater zu werden), kann nur mit dem tobenden Kulturkampf erklärt werden.

Womit wir bei „Gott*" wären, der gegenderten Form des Herren der Welt. Das mag eine konsequente Weiterentwicklung des Konzepts „Gott ist eine Frau" sein, aber ich frage mich mit meinem Katzenverstand warum man einem nichtmaterialisierten, höchsten gedachten und verehrten überirdischem Wesen unbedingt ein biologisches Geschlecht oder eben Nicht-Geschlecht andichten muss. Die Tatsache, dass Gott im Christentum als „Vater" verstanden wird, Christus als sein Sohn und nicht als seine transidente Tochter, liegt in einer zweitausendjährigen Tradition ebenso begründet, wie in der Tatsache, dass weder das Aramäische noch das Altgriechische gegendert wurden. Belassen wir es halt dabei und denken an Franz Grillparzer: „Der Verstand und die Fähigkeit, ihn zu gebrauchen, sind zwei verschiedene Gaben."

Ihr Pino

Regional einlösbare Arbeitgebergutscheine für Altmühlfrankens Mitarbeiter

Als Ergänzung zum bereits bestehenden Onlineportal des Landkreises, gibt es nun die Möglichkeit für Arbeitgeber ihren Mitarbeitern, im Rahmen des steuer- und sozialabgabebefreiten Sachbezugs, Gutscheine für die digitale Plattform sowie teilnehmende Geschäfte vor Ort zukommen zu lassen. Über 60 Unternehmensvertreter folgten der Einladung der Zukunftsinitiative altmühlfranken, welche in Kooperation mit den Stadtmarketingvereinen das neue Arbeitgeber-Portal sowie das landkreisweite Gutscheinsystem präsentierte.

Sabine Unterlandstaettner von der Zukunftsinitiative altmühlfranken lobte die außerordentlich gute Zusammenarbeit der Stadtmarketingorganisationen und Gewerbevereine im Landkreis. Alexander Herzog, Vorsitzender des Stadtmarketingvereins Gunzenhausen sowie als Sprecher der Lenkungsgruppe, erklärte: „Der Altmühlfranken-Gutschein ist physisch in mittlerweile 30 Ausgabestellen im Landkreis zu beziehen, genauso aber auch online mit individuellen Gutscheinwerten. In 64 Akzeptanzstellen kann er beim Bummeln und Einkaufen eingelöst werden, aber eben auch online über ‚www.in-altmuehlfranken.de'. Technisch ist das nicht trivial und nur mit kooperativen Systemanbietern wie unserem Partner zmlye umsetzbar."

Seit Einführung des Altmühlfranken- Gutscheins im Dezember 2020 bis einschließlich September 2021 wurden 125.000 Euro in Form von Gutscheinen in unterschiedlichen Einzelwerten ausgegeben, davon etwa die Hälfte als Arbeitgeber-Gutscheine. Diese können nach wie vor auch ohne elektronisches Buchungssystem über die Wirtschaftsförderung des Landkreises oder die einzelnen Stadtmarketingorganisationen bezogen werden.

Im kommenden Jahr folgt die IT-basierte Lösung durch den Dienstleister zmyle, bei welcher die Ausgabe der Gutscheine, in Höhe von derzeit maximal 44 Euro pro Mitarbeiter und Monat, voll automatisiert abläuft.

Matthias Meyer, treibende Kraft der Lenkungsgruppe des Onlineportals und Mitglied im Vorstand des Stadtmarketings Weißenburg, betonte die hohe Bedeutung des Systems gerade für den inhabergeführten Handel vor Ort: „Durch Werkzeuge wie diese regionalen Gutscheinsysteme kann die Kaufkraft bestens in der Region gehalten werden."

Das neu eingerichtete Arbeitgeberportal ist eng mit dem landkreisweiten Gutscheinsystem verzahnt. Auch Akzeptanz- oder Ausgabestellen können mit wenigen Klicks beitreten und so die betriebseigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit getrennt abgerechneten Arbeitgeber- Gutscheinen versorgen.

2022 wird das System durch zahlreiche Funktionen barrierefreier. Dazu zählen insbesondere die automatische monatliche Arbeitgeber- Gutscheinabrechnung inklusive DATEV-Schnittstelle und eine Mitarbeiterdatenbank, in der die Zuweisung der steuerbefreiten Sachzuwendung seitens des Betriebes exakt kontrolliert und gesteuert werden kann.

Nach wie vor können teilnehmende Unternehmen aber auch physische Gutscheinkarten beziehen. Mithilfe des neuen Arbeitgeberportals wird es aber ermöglicht, den Arbeitgeber-Bonus auf direktem Weg digital zu versenden, etwa per E-Mail mit entsprechendem QR-Code bzw. eindeutiger Nummer oder für das Smartphone-Wallet. ❒

Oberfränkischer Integrationspreis 2021:

Fuß fassen in der Region

Initiativen, die sich erfolgreich dafür einsetzen, dass Menschen mit ausländischen Wurzeln in der Region Fuß fassen und Einheimische mit fremden Kulturen vertraut gemacht werden, sind von der Regierung von Oberfranken mit dem Integrationspreis ausgezeichnet worden. Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz verlieh in Bayreuth die drei Preise an den Verein Freund statt fremd in Bamberg, an Valentina-Amalia Dumitru sowie an den Kulmbacher Literaturverein.

Seit vielen Jahren engagiert sich der Verein Freund statt fremd für die in Bamberg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, zum Beispiel in dem interkulturellen Begegnungs- und Kulturzentrum Lui20. Hier bietet der Verein zahlreiche Aktivitäten an: von Deutsch-Kursen für Erwachsene, die das A1 Niveau abgeschlossen haben, über ein Sprachcafé für alle Interessierten bis hin zu gemeinsamen Koch- oder Musik-Events. Seit Sommer 2021 werden diese Tätigkeiten in einem neuen Domizil fortgesetzt. Geflüchteten bietet der Verein praktische Hilfe zur Bewältigung des Lebensalltags und rund um die Themen Ausbildung, Beruf und Studium an. Und auch in der ANKER- Einrichtung Oberfranken am Behördenstandort Bamberg ist der Preisträger präsent. So hat er dort unter anderem ein Spielzimmer für Kinder und Jugendliche geschaffen, das „Café Willkommen“ eröffnet und eine Fahrradwerkstatt eingerichtet.

Gesundheitskompetenz fördern

Im Jahr 2003 wurde das bundesweite Projekt „Mit Migranten für Migranten (MiMi) – Interkulturelle Gesundheit in Deutschland“ gestartet und zwischenzeitlich an mehr als 70 Standorten, davon 14 in Bayern, etabliert. Durch kultursensible und mehrsprachige Aufklärung soll die Gesundheitskompetenz von Migranten gefördert werden.

Die Stadt Bayreuth ist seit 2019 einer der 15 örtlichen Projektpartner in Bayern. Die Standortkoordination hat Valentina-Amalia Dumitru übernommen.

Interkulturelle Gesundheitsmediatoren

Sie konnte insgesamt 22 Migranten aus 13 Nationen für das Projekt gewinnen, die in einer 50-stündigen Schulung zu interkulturellen Gesundheitsmediatorinnen und -mediatoren ausgebildet wurden. Die Schulung umfasste die verschiedensten Gesundheitsthemen wie zum Beispiel das deutsche Gesundheitssystem, Ernährung und Bewegung, Kindergesundheit, Gefahren des Alkoholkonsums, Diabetes und Impfschutz.

Durch das MiMi-Projekt lernen Menschen mit Migrationshintergrund nicht nur, wie das deutsche Gesundheitssystem funktioniert, sie können dieses Wissen auch an ihre Landsleute weitergeben. Die Bayreuther Mediatoren beispielsweise führen Veranstaltungen in ihrer Muttersprache durch und informieren in einer eigenen Whats-App- Gruppe und in Podcasts zu Corona-relevanten Themen wie Maskenpflicht und Abstandsregeln.

Deutschkenntnisse durch Sprachpaten

Bei der „Schreibwerkstatt Grenzenlos“ handelt es sich um ein Begegnungs- und Austauschprojekt im Landkreis Kulmbach. Die Trägerschaft hat der Kulmbacher Literaturverein übernommen. Über die Helferkreise im Landkreis Kulmbach wurden zunächst mehrere Sprachpaten gewonnen. Durch deren persönliche Ansprache ist es anschließend gelungen, zahlreiche Geflüchtete zu finden, die durch die Teilnahme am nun ausgezeichneten Projekt ihre Deutschkenntnisse verbessern wollen.

Im „Café Clatsch“ in Kulmbach finden jetzt regelmäßig „Redaktionstreffen“ statt, an denen zwischen 20 und 30 Geflüchtete teilnehmen. Diese kommen dort mit ihren Sprachpaten zusammen und tragen ihre selbst geschriebenen Texte zu Themen oder Erfahrungen, die ihnen wichtig sind, vor. Regelmäßige Schreibübungen und ein intensiver Austausch der Anwesenden über das Gehörte tragen zum Erlernen der deutschen Sprache bei. Als Ergebnis all dieser Aktivitäten und zugleich Sprachrohr für geflüchtete Menschen im Landkreis Kulmbach hat der Kulmbacher Literaturverein nach der Zeitschrift „Buntschau“ heuer das „Buch ohne Grenzen“ herausgegeben. **DK**

Vorschau auf GZ 24

In unserer Ausgabe Nr. 24, die am 16. Dezember 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT, E-Government, Breitband, Mobilfunk**
- **Kommunale Finanzthemen**
- **Kommunaler Bau**
- **Schulen, Kindergärten, Horte, Spielplätze**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt die der GZ Wandkalender 2022 bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiebeschaffung

Kostenfreie Ausschreibungs-vorlagen!
Für hochwertige Pellets und Hackschnitzel.
enplus-pellets.de/ausschreibungsvorlage
EN plus Holzhackschnitzel wood chips
EN plus

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
> 50 erfolgreiche ISIS12 Projekte
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

GemeindeZeitung auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW®
HYGIENISCH EINWANDFREIE WÄRMERÜCKGEWINNUNG
STOP
✓ 100 % Außenluft
✓ umluftfrei
✓ betriebssicher
✓ energieeffizient
Vorteile für Ihre Lüftungsanlage:
+ keim- und schadstoffübertragungsfreie Wärmerückgewinnung durch getrennte Luftströme
+ Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
+ kurze Amortisation, sicherer Betrieb
+ Neubau oder Sanierung im Bestand
+ Wegfall von Rückkühlwerken möglich
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
Wartung und Reinigung von:
• Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
• Prozesslufttechnische Anlagen
• Kontrollierte Wohnraumlüftung
VDLW
Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Jolitte Star
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

BAYERISCHE GemeindeZeitung 2022

JANUAR	FEBRUAR	MÄRZ	APRIL	MAI	JUNI	JULI	AUGUST	SEPTEMBER	OKTOBER	NOVEMBER	DEZEMBER
Sa 1 Neujahr	Di 1	Di 1	Fr 1	So 1 Tag der Arbeit	Mi 1	Fr 1	Mo 1	Do 1	Sa 1	Di 1 Allerheiligen	Do 1
So 2	Mi 2	Mi 2	Sa 2 Landesparteitag FDP Bayern, Hirschaid	Mo 2	Do 2 13. Bayerisches EnergieForum	Sa 2	Di 2	Fr 2	So 2	Mi 2	Fr 2
Mo 3	Do 3	Do 3	So 3	Di 3	Fr 3	So 3	Mi 3	Sa 3	Mo 3 Tag der Deutschen Einheit	Do 3	Sa 3
Di 4	Fr 4	Fr 4	Mo 4	Mi 4 Landkreisversammlung, Bayerischer Landkreistag, Landkreis Rosenheim	Sa 4	Mo 4	Do 4	So 4	Di 4	Fr 4	So 4
Mi 5	Sa 5	Sa 5	Di 5	Do 5	So 5 Pfingstsonntag	Di 5	Fr 5	Mo 5	Mi 5	Sa 5	Mo 5
Do 6 Heilige Drei Könige	So 6	So 6	Mi 6	Fr 6	Mo 6 Pfingstmontag	Mi 6	Sa 6	Di 6	Do 6	So 6	Di 6
Fr 7	Mo 7	Mo 7	Do 7	Sa 7	Di 7	Do 7	So 7	Mi 7	Fr 7	Mo 7	Mi 7
Sa 8	Di 8	Di 8	Fr 8	So 8	Mi 8	Fr 8 Vollversammlung Bayerischer Bezirketag	Mo 8	Do 8	Sa 8	Di 8	Do 8
So 9	Mi 9	Mi 9	Sa 9	Mo 9	Do 9	Sa 9	Di 9	Fr 9	So 9	Mi 9 Landrätetagung	Fr 9
Mo 10	Do 10	Do 10	So 10	Di 10	Fr 10	So 10	Mi 10	Sa 10	Mo 10	Do 10	Sa 10
Di 11	Fr 11	Fr 11	Mo 11	Mi 11	Sa 11	Mo 11	Do 11	So 11	Di 11	Fr 11	So 11
Mi 12	Sa 12	Sa 12	Di 12	Do 12	So 12	Di 12	Fr 12	Mo 12	Mi 12	Sa 12	Mo 12
Do 13	So 13	So 13	Mi 13	Fr 13	Mo 13	Mi 13	Sa 13	Di 13	Do 13 9. Bayerisches BreitbandForum	So 13	Di 13
Fr 14	Mo 14	Mo 14	Do 14	Sa 14	Di 14	Do 14	So 14	Mi 14	Fr 14	Mo 14	Mi 14
Sa 15	Di 15	Di 15	Fr 15 Karfreitag	So 15	Mi 15	Fr 15	Mo 15 Mariä Himmelfahrt	Do 15	Sa 15	Di 15	Do 15
So 16	Mi 16	Mi 16 Kommunalforum Alpenraum, Kundl, AT	Sa 16	Mo 16	Do 16 Fronleichnam	Sa 16	Di 16	Fr 16	So 16	Mi 16	Fr 16
Mo 17	Do 17	Do 17	So 17 Ostersonntag	Di 17	Fr 17	So 17	Mi 17	Sa 17	Mo 17	Do 17	Sa 17
Di 18	Fr 18	Fr 18	Mo 18 Ostermontag	Mi 18	Sa 18	Mo 18	Do 18	So 18	Di 18	Fr 18	So 18
Mi 19	Sa 19	Sa 19	Di 19	Do 19	So 19	Di 19	Fr 19	Mo 19	Mi 19	Sa 19	Mo 19
Do 20	So 20	So 20	Mi 20	Fr 20	Mo 20	Mi 20	Sa 20	Di 20	Do 20	So 20	Di 20
Fr 21	Mo 21	Mo 21	Do 21	Sa 21	Di 21	Do 21	So 21	Mi 21	Fr 21	Mo 21	Mi 21
Sa 22	Di 22	Di 22	Fr 22	So 22	Mi 22	Fr 22	Mo 22	Do 22	Sa 22	Di 22	Do 22
So 23	Mi 23	Mi 23	Sa 23	Mo 23	Do 23	Sa 23	Di 23	Fr 23	So 23	Mi 23	Fr 23
Mo 24	Do 24	Do 24	So 24	Di 24	Fr 24	So 24	Mi 24	Sa 24	Mo 24	Do 24	Sa 24 Heiliger Abend
Di 25	Fr 25	Fr 25	Mo 25	Mi 25	Sa 25	Mo 25	Do 25	So 25	Di 25	Fr 25	So 25 1. Weihnachtsfeiertag
Mi 26	Sa 26	Sa 26	Di 26	Do 26 Christi Himmelfahrt	So 26	Di 26	Fr 26	Mo 26	Mi 26	Sa 26	Mo 26 2. Weihnachtsfeiertag
Do 27	So 27	So 27	Mi 27	Fr 27	Mo 27	Mi 27	Sa 27	Di 27	Do 27	So 27	Di 27
Fr 28	Mo 28	Mo 28	Do 28	Sa 28	Di 28	Do 28	So 28	Mi 28	Fr 28	Mo 28	Mi 28
Sa 29		Di 29	Fr 29	So 29	Mi 29	Fr 29	Mo 29	Do 29	Sa 29	Di 29	Do 29
So 30		Mi 30	Sa 30	Mo 30	Do 30	Sa 30	Di 30	Fr 30	So 30	Mi 30	Fr 30
Mo 31		Do 31		Di 31		So 31	Mi 31		Mo 31		Sa 31 Silvester





















ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 16. Dezember 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 24



Bild: Michael von Hassel I Al-Nuri-Moschee I Mossul I Irak I 2021

… Doch schweig ich noch von dem, was ärger als der Tod,
Was grimmer denn die Pest, und Glut und Hungersnot,
Dass auch der Seelen Schatz so vielen abgezwungen.
Aus „Tränen des Vaterlandes“, Andreas Gryphius, 1643

Unser Motiv verdeutlicht die derzeitige menschengemachte Zerstörung ganzer Zivilisationen. Die Bayerische GemeindeZeitung will ihren Teil zu einem gesunden Zusammenleben leisten und unterstützt im Rahmen der Aktion „1000 Schulen für unsere Welt“ den Verein Hilfe für Togo e.V. .

Ein gesegnetes Weihnachtsfest 2021 und alles Gute für das neue Jahr wünscht Ihnen das Team der Bayerischen GemeindeZeitung

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Gratulation von Markus Söder:

„Demokratie braucht Meinungsvielfalt“

Politische Studien: Jubiläumsausgabe Nr. 500 des Magazins für Politik und Gesellschaft erschienen

München. Wer sich für Politik und Gesellschaft interessiert, sollte die Politischen Studien kennen. Die 500. Ausgabe ist von der Hanns-Seidel-Stiftung mit dem Dezember-Heft herausgegeben worden. Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL, und Stiftungsvorsitzender Markus Ferber, MdEP, u. a. gratulieren zur Jubiläumsausgabe.

Vermittlung qualifizierten Hintergrundwissens für den gesellschaftlichen Dialog – so bringt es die Redaktion auf den Punkt. Zeitrelevante und aktuelle Themen werden zunehmend crossmedial aufgearbeitet. In der Jubiläumsausgabe ist ein Interview über Arbeit und Tätigkeit mit Bayerns Staatskanzlei-Chef und Leiter des Corona-Krisenstabs, Dr. Florian Herrmann, MdL, abgedruckt (Videobotschaft siehe Link https://youtu.be/8chZJnEHxM0). In der Jubiläumsausgabe schreibt der SZ-Journalist Peter Fahrenholz, wie wichtig seriöse Medien für den Zusammenhalt der Gesellschaft sind. Im Analyse-Teil bewertet Wahlforscher Dr. Gerhard Hirscher die Bundestagswahl 2021 und Alexander Pinker gibt einen Einblick in die Arbeitswelt der Zukunft.

Ursprung der Zeitschrift im Jahr 1950

Der Ursprung der Zeitschrift, die seit 1950 im nunmehr 72. Jahrgang erscheint, ist die „Politische Bildung – Schriftenreihe der Hochschule für Politische Wissenschaften, München“. Sie erscheint seit 1962 in zweimonatlicher Periodizität und wird seit 1972 von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegeben. Damals wie heute ist sie definiert als „Forum für Problemanalysen und Lösungsansätze sowie Perspektiven im Bereich Politik/Wissenschaft“. Sie entwickelte sich mit freien Autoren immer mehr hin zu einer Informationsquelle für jeden politisch interessierten Bürger. Seit 2011, beginnend mit Ausgabe 429, können alle Ausgaben und Artikel auch im Web nachgelesen werden.



Dr. Markus Söder.
Bild: Bayerische Staatskanzlei

Gratulationen aus Politik und Gesellschaft

Auf diese Dynamik in der Geschichte blicken auch Vertreter aus Politik und Gesellschaft zurück. Allen voran Ministerprä-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

KPV Bayern zum Ampel-Koalitionsvertrag:

Fehlende Substanz und Verlässlichkeit

„Viele schöne Worte und große Versprechen werden gemacht, aber insgesamt fehlt es an inhaltlicher Substanz und finanzieller Verbindlichkeit für unsere bayerischen Kommunen“, bewertet KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle den Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung.

Die Ankündigungen und Versprechungen im Koalitionsvertrag gerade zu den Themen Digitalisierung (Digitalpakt Schulen 2.0 soll auf den Weg gebracht werden), soziale Sicherung (Bund bekennt sich zu seiner Rolle beim Ausbau der Ganztagsangebote und will seine Beteiligung an flüchtlingsbezogenen Kosten der Länder und Kommunen fortsetzen. Der öffentliche Gesundheitsdienst soll auf der kommunalen Ebene gestärkt, der soziale Arbeitsmarkt dauerhaft gesichert werden) und Klimaschutz (steuerschwache und überschuldete Kommunen sollen besonders unterstützt werden) seien oft nur sehr vage formuliert und nicht konkret mit finanzieller Verbindlichkeit hinterlegt.

Kommunale Mehrbelastungen im Sozialbereich werden Rößle zufolge nicht ausgeschlossen. Die steigenden Sozialausgaben belasteten bereits jetzt die kommunalen Haushalte. Die angekündigten sozialpolitischen und asylrechtlichen Änderungen der neuen Ampel-Regierung könnten zu weiteren kommunalen Mehrbelastungen führen. Deshalb fordert die KPV die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips sowie spürbare Entlastungen statt weiterer Belastungen für die kommunale Ebene bei den vom Bund übertragenen Aufgaben.

In Bayern geht es den Kommunen laut KPV gut. In anderen Bundesländern sehe es finanziell anders aus, dort sollen jetzt die hochverschuldeten Kommunen die Altschulden vom Bund getilgt bekommen. Die KPV fordert, dass frisches Geld nicht für alte Schulden, sondern für neue Investitionen genutzt wird.

Da es dem Koalitionsvertrag an gesicherten Finanzierungskonzepten und klarer Priorisierung der angekündigten Maßnahmen für die Kommunen mangelt, verlangt die KPV zudem verbindliche finanzielle Zusagen und klaren Rückhalt von der neuen Bundesregierung. Darüber hinaus wird zwar die angekündigte Entbürokratisierung und Bündelung von Förderprogrammen begrüßt, jedoch eine langfristig sichere und stabile finanzielle Grundausstattung der Kommunen vom Bund gefordert. Wichtig seien die grundsätzliche Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und der finanziellen Entscheidungsfreiheit vor Ort. Darüber hinaus mahnen die Kommunalpolitiker der CSU ein klares Versprechen der neuen Regierung zur Kompensation der Corona-bedingten Steuerausfälle sowie eine Stärkung der kommunalen Steuereinnahmen (z. B. bei der Umlegung der Umsatzsteuer) an.

„Insgesamt werden die bayerischen Kommunen in ihrem Selbstverwaltungsrecht beschränkt, stehen vor drohenden Mehrkosten und gleichzeitig ist ihre dauerhafte finanzielle Stabilität gefährdet“, so Vorsitzender Rößle. Die Ampel-Koalition werde von den Kommunen am Ende an ihren Ergebnissen und nicht an Worten gemessen. **DK**

Stadtfinanzen 2021

Schlaglichter des Städtetags

Kaum ein Politikbereich in Deutschland lässt sich ohne die Kommunen sinnvoll gestalten. Ihre Bürgernähe, Kompetenz und Verwaltungskraft werden benötigt, um Vorhaben zielgerichtet und wirkungsvoll umzusetzen. Dies funktioniert nicht ohne entsprechende Ressourcen. Daher werde sich die neue Bundesregierung auch mit den Kommunalfinanzen auseinandersetzen müssen, heißt es in der Publikation „Stadtfinanzen 2021 – Schlaglichter des Deutschen Städtetags“.

Die Corona-Krise habe vielfach wie ein Brennglas gewirkt: „Sie war gewissermaßen ein ‚Stresstest‘“, betont der Deutsche Städtetag. Bei den Kommunalfinanzen seien Stärken und Schwächen durch die Corona-Pandemie gleichermaßen hervorgehoben worden: Eine klare Stärke war laut Städtetag die Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern für unkonventionelle und schnelle finanzielle Hilfen. So wurde verhindert, dass die historisch einmaligen Steuereinbrüche die Kommunalhaushalte im vergangenen Jahr 2020 ins Defizit gedrückt haben und Investitionen und Leistungen zusammengestrichen wurden. Zugleich wurde aber deutlich, dass die enorme Zuweisungsabhängigkeit der Kommunalhaushalte auch unabhängig von Krisen ein ernsthaftes strukturelles Problem darstellt.

Kommunen benötigen schnelle Hilfen und langfristige Lösung

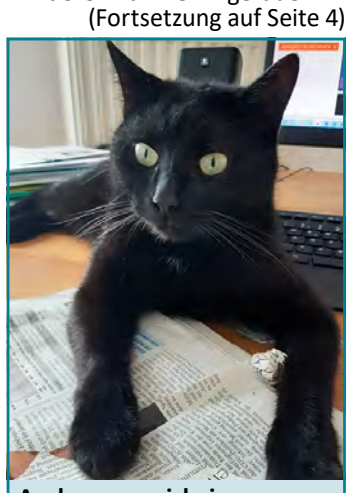
Aus Haushaltssicht ist Corona aber nicht vorbei, wie die aktuelle Projektion der kommunalen Spitzenverbände und auch die Prognosen anderer Institutionen zeigen. In der aktuellen Situation benötigten die Kommunen beides: schnelle Hilfen und eine langfristige Lösung. Die schnelle Hilfe schaffe das notwendige Zeitfenster, in dem eine grundlegende, ausreichend diskutierte Lösung der strukturellen Probleme bei den Kommunalfinanzen gefunden werden kann.

Corona hat auch fiskalisch drastische Folgen. Allein in den Jahren 2021 und 2022 fehlen den Städten und Gemeinden nahezu 20 Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Damit auf die Pandemiekrise nicht die kommunale Haushaltskrise folgt, sind auch in den nächsten beiden Jahren schnelle Hilfen für die Städte und Gemeinden erforderlich. Hier muss nach Ansicht des Deutschen Städtetags die neue Bundesregierung unverzüglich handeln und gemeinsam mit den Ländern zeitnah die Haushalte stabilisieren.

Kompensation der Steuermindereinnahmen

Wie im Jahr 2020 müssten die Steuermindereinnahmen auch in diesem und dem nächsten Jahr kompensiert werden. Auch wenn der Weg der direkten Kompensation der Steuermindereinnahmen gerade in

(Fortsetzung auf Seite 4)



Auch wenn sich in unserem Rathauskater eine leichte Unzufriedenheit darüber breit macht, dass Katzen in der Weihnachtsgeschichte keine Rolle spielen, sieht er doch, dass es Schlimmeres auf der Welt gibt – weit Schlimmeres. Seine Weihnachtsgrüße verbindet er mit der Hoffnung, dass wir überwinden werden, was uns derzeit spaltet. S. 19

4 Milliarden Euro für Bayerns Kommunen:

Rekordsumme bei Schlüsselzuweisungen

„Die bayerischen Kommunen können sich auf den Freistaat Bayern verlassen – dies zeigt sich auch an der großen finanziellen Unterstützung. Mit einem kommunalen Finanzausgleich von über 10,5 Mrd. Euro erreichen wir im Jahr 2022 erneut ein Spitzenniveau. Die bayerischen Landkreise und Gemeinden erhalten Schlüsselzuweisungen von insgesamt 4 Mrd. Euro und damit rund 67 Mio. Euro mehr als im Vorjahr“, teilte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in München mit. Die Gesamtsumme verteilt sich auf die Gemeinden mit 2,56 Mrd. Euro und auf 1,44 Mrd. Euro für die Landkreise.

Füracker zufolge stellt Bayern neben den Schlüsselzuweisungen für Gemeinden und Landkreise im kommenden Jahr wieder rund 706 Mio. Euro für die Zuweisungen an die Bezirke zur Verfügung. Hinzu kommen einmalig zusätzliche Mittel für Investitionen in Höhe von 400 Mio. Euro, insbesondere für Maßnahmen im kommunalen Hochbau.

Wie der Minister erläuterte, erhalten die Gemeinden und Landkreise in Schwaben 2022 Schlüsselzuweisungen in Höhe von insgesamt 684 Mio. Euro. Die höchsten Schlüsselzuweisungen unter den Gemeinden in Schwaben und damit die zweithöchste Summe in ganz Bayern erhält die Stadt Augsburg mit 179 Mio. Euro. Mit 27,2 Mio. Euro kann die Stadt Kempten für das nächste Jahr kalkulieren. Über einen kräftigen Anstieg von 8,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf dann 26,5 Mio. Euro darf sich die Stadt Kaufbeuren freuen. Die kreisangehörigen Gemeinden in Schwaben bekommen insgesamt 217 Mio. Euro, die Landkreise 226 Mio. Euro.

7 Prozent mehr als im Vorjahr

Den Gemeinden und Landkreisen in Oberbayern werden Schlüsselzuweisungen in Höhe von insgesamt über 782 Mio. Euro und damit über 7 Prozent mehr als im Vorjahr zuteil. Die Stadt Rosenheim erhält mit 25,3 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen, gefolgt von der

(Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Verschärfung des Abgeordnetengesetzes 2
Erhebung zu Corona-Zahlen. 2
75 Jahre Bayerische Verfassung. 2
GZ-Kolumne Familie von Hassel 3
Entwicklungszusammenarbeit: Der Glaube ist eine wahre Stütze 3
Solidarität im Landkreis Donau-Ries 3
Digitalisierung • Breitband • Mobilfunk. . . . . .5 - 8
Kommunale Finanzthemen. . . . . 12 - 14
Kommunale Bauthemen. . . . . 14 - 15
Kommunale Gesundheitsversorgung. . . . . 16 - 17
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 18 - 20

Bayerischer Landtag:

Verschärfung Abgeordnetengesetz und Untersuchungsausschuss

Nach intensiven Diskussionen hat der Landtag fraktionsübergreifend einer Verschärfung des Abgeordnetengesetzes zugestimmt. Im Plenum wurde die Einigung u. a. als „Herzstück einer Transparenzoffensive“ sowie als das „umfassendste Regelwerk auf Bundes- und Landesebene“ gelobt. Auslöser für die Gesetzesänderung war die sogenannte Maskenaffäre. Als Konsequenz daraus etabliert der Landtag zusätzlich einen Untersuchungsausschuss.

Der Landtag hat mit fraktionsübergreifender Mehrheit für eine Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes gestimmt. Auf eine Verschärfung der Regeln einigten sich die Regierungsfraktionen der CSU und Freien Wähler sowie die Oppositionsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP. Die AfD und der mittlerweile fraktionslose Abgeordnete Alfred Sauter, der selbst im Zentrum der Affäre steht, stimmten dagegen.

Umfassendstes Regelwerk auf Bundes- und Landesebene

„Die Einigung auf schärfere Regeln im Bayerischen Abgeordnetengesetz zeigt einen breiten Konsens der demokratischen Fraktionen nach intensiven Diskussionen. Es handelt sich dabei nicht nur um die umfassendsten Änderungen, sondern auch um das umfassendste Regelwerk auf Bund und Länderebene“, betonte Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU). Nebentätigkeiten sind demnach in Zukunft zwar nicht generell verboten. Untersagt sind den Landtagsabgeordneten jedoch bezahlte Lobbytätigkeiten für Dritte bei Staatsregierung, Landtag und weiteren Behörden. Auch der Verkauf und die Vermittlung von Immobilien, Waren und Dienstleistungen für Dritte bei den Organen und Behörden des Freistaates und den Gesellschaften, die mehrheitlich im Eigentum des Freistaates stehen, sind den Parlamentariern künftig verboten. Darüber hinaus müssen Abgeordnete Einkünfte aus Nebentätigkeiten in Zukunft grundsätzlich ab dem ersten Euro veröffentlichen. Ebenso müssen sie darüber informieren, sobald sie mit drei Prozent an einer Personen- oder Kapitalgesellschaft beteiligt sind. Bisher liegt diese Grenze bei 25 Prozent. „Die Verschärfung des Abgeordnetengesetzes ist das Herzstück der Transparenzoffensive. Die Einigung ist ein gewaltiger Erfolg mit der wir parlamentarisches Neuland betreten“, sagte Florian Siekmann (Bündnis 90/Die Grünen). Martin Hagen (FDP) fügte hinzu: „Wir gehen an die Grenze dessen, was man Abgeordneten an Regeln auferlegen kann ohne das Mandat übermäßig zu bürokratisieren oder für Selbstständige unattraktiv zu machen.“

Transparenz und Glaubwürdigkeit wahren

Konkreter Auslöser für die Verschärfung der Regeln ist die sogenannte Maskenaffäre. Der mittlerweile fraktionslose Abgeordnete Alfred Sauter soll für die Vermittlung von Maskengeschäften im Jahr 2020 hohe Summen Geld erhalten haben. Horst Arnold (SPD) hob hervor: „Durch die Verschärfung des Abgeordnetengesetzes wird eine exzesshafte Ausnutzung des Systems verhindert. Dies ist der Auftakt einer Glaubwürdigkeitsoffensive. Zurecht wird der Landtag einen Untersuchungsausschuss als Konsequenz aus der Maskenaffäre etablieren.“ Alexander Hold (Freie Wähler) ergänzte in diesem Zusammenhang: „Mit Sanktionen bis zu einer halben Jahresdiät wird deutlich: das Gesetz zeigt Zähne.“

AfD stellt Änderungsanträge

Die AfD-Fraktion stimmte als einzige Oppositionspartei gegen die Verschärfung des Gesetzes. „Es ist kein Gesetz, das die Breite des Landtages umfasst“, sagte Andreas Winhart (AfD) und stellte die von der seiner Fraktion geforderten Änderungsanträge vor. Darin forderte die AfD u. a. Einnahmen aufgrund von Vortragstätigkeit im Bildungsbereich zu gestatten. Die Beteiligungen an Unternehmen sollten aber nicht erst bei drei Prozent, sondern schon ab einem Prozent veröffentlicht werden. Das Gesetz, das am 1. April in Kraft tritt, ist das strengste Abgeordnetengesetz aller Landesparlament in Deutschland. Das Bundeskabinett hat ebenfalls Ethikregeln für Lobbyisten beschlossen. Der am 16. Juni 2021 verabschiedete Verhaltenskodex verpflichtet professionelle Interessenvertreter unter anderem, ihr Anliegen und ihre Auftraggeber offenzulegen.

Untersuchungsausschuss zur Maskenaffäre

Die Maskengeschäfte selbst werden nun vom Landtag durchleuchtet: Im Plenum wurde von den Fraktionen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beschlossen. In der Debatte kündigte Markus Rinderspacher (SPD) an, mit dem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder auch über „politische Gesamtverantwortung“ sprechen zu wollen. „Denn wenn man mit dem Zeigefinger mit klugen Ratschlägen auf andere Bundesländer zeigt, dann sollte man zumindest den Blick dafür behalten, wenn es in den eigenen Reihen, in der eigenen Regierung zu unhaltbaren Zuständen kommt.“ So habe der frühere CSU-Abgeordnete Alfred Sauter mit den Maskengeschäften wohl 1.243.000 Euro Gewinn gemacht. „Ein solch dreistes und unverschämtes Krisengewinnlertum ist mir in all den Jahren im Bayerischen Landtag nicht untergekommen“, so Rinderspacher.

Katalog von 234 Fragen

Der Untersuchungsausschuss kam am 9.12. das erste Mal zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Er wird einen Fragenkatalog von 234 Fragen zu bearbeiten haben. „Es geht beim Untersuchungsausschuss nicht so sehr um strafrechtliches Verhalten, denn für uns Abgeordnete ist das Strafrecht allein nicht die Begrenzung unserer Handlungsspielräume, sondern es geht um die Frage politischen Fehlverhaltens“, so der Vorsitzende des neuen Untersuchungsausschusses, Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU). Stellvertreter Florian Siekmann (Bündnis 90/Die Grünen) kündigte an, der Untersuchungsausschuss „wird nicht weniger leisten als die Aufklärung eines der größten Politskandale in der bayerischen Geschichte“. Als Vertreter der Opposition betonte er, dass es im Untersuchungsausschuss einerseits „um Fragen des politischen Anstands“ gehen werde, aber zum anderen auch um die Verantwortung der Regierung. Bei zahlreichen Anfragen habe diese „lange gemauert und an vielen Stellen gebremst.“ Einig waren sich die Abgeordneten darüber, dass die Erarbeitung des Fragenkatalogs in konstruktiver Weise stattfand. Auch SPD, Grüne und FDP betonten, dass die Regierungsfraktionen CSU und FREIE WÄHLER dabei Willen zur Aufklärung an den Tag gelegt hatten. Gerald Pittner (FREIE WÄHLER) erklärte, seine Fraktion stehe „uneingeschränkt für eine sachliche, aber auch an den Regeln des Rechtsstaats orientierte Aufklärung aller offenen Fragen – und dies ohne Ansehen von Amt und Person“. Der Fragenkatalog sei daher im Einvernehmen mit der Opposition so konkretisiert worden, dass dies „verfassungsrechtlich und in der Zielrichtung sinnvollen Hintergrund und Ziele hatte“. **red**

Erhebung der Corona-Zahlen:

Transparenz oder „statistische Unschärfe“?

Wie hoch sind die Inzidenz-Zahlen von Ungeimpften wirklich? Laut der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag hat die Staatsregierung positive Corona-Tests von Menschen, deren Impfstatus unklar war, den Ungeimpften zugeschlagen. CSU und Freie Wähler räumten zwar eine „statistische Unschärfe“ ein. Auswirkungen auf das Pandemie-Geschehen oder die Maßnahmen habe das aber nicht.

FDP-Fraktionschef Martin Hagen betonte zu Beginn der von der Fraktion selbst einberufenen Aktuellen Stunde im Plenum Anfang Dezember, dass er bisher Vertrauen in die offiziellen Zahlen der bayerischen Behörden gehabt hätte. Wenn aber bei rund 70 Prozent der corona-positiven Menschen der Impfstatus unbekannt sei, könne daraus keine Inzidenz für Geimpfte und Ungeimpfte berechnet werden. Dennoch habe Ministerpräsident Markus Söder (CSU) gesagt, die Inzidenz bei Ungeimpften liege in Bayern bei 1600, bei Geimpften bei knapp 100. „In Wirklichkeit liegt die Inzidenz bei Geimpften 3,5-mal so hoch“, kritisierte Hagen. Das Kleinrechnen des Infektionsrisikos würde den Geimpften eine trügerische Sicherheit vermitteln und allgemein das Vertrauen in die Pandemiemaßnahmen untergraben.

Schaden für aktuelle Impfkampagne

Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) betonte, dass andere Bundesländer und das Robert Koch-Institut zwar eine andere Berechnungsweise der Inzidenzen von Geimpften und Ungeimpften hätten. Begriffe wie „Skandalisierung“, „Täuschung“ und „Fälschung“ seien aber „völlig daneben“. Stattdessen gelte es jetzt, Kontakte zu vermeiden und für die Impfung zu werben. Das LGL habe eine „hochwissenschaftliche Expertise“.

Zahlen der Hospitalisierung statt Inzidenz

Auch CSU-Generalsekretär Markus Blume warf der FDP vor, mit der Aktuellen Stunde die Bekämpfung der Corona-Pandemie zu untergraben. „Natürlich ist eine statistische Unschärfe von Daten nicht gut.“ Es sei aber immer klar gewesen, wie die Zahlen des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) erhoben würden. Fakt sei: „Das Infektionsgeschehen geht von Ungeimpften aus.“ Abgesehen davon sind laut Blume ausschließlich die Zahlen der Hospitalisierung ausschlaggebend für die Corona-Maßnahmen.

Andreas Krahl (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte sowohl die FDP als auch die Staatsregierung. Es sei von den Liberalen nicht richtig, ausgerechnet bei einer dunkelroten Corona-Ampel die aktuellen Maßnahmen wegen „Schätzungsfehlern“ infrage zu stellen. Andererseits sei es von der Staatsregierung auch nicht hinnehmbar, dass der Impfstatus „wegen einer Überlastung der Gesundheitsämter“ nur nachrangig aufgeklärt würde. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Freien Wähler, Dr. Fabian Mehring, warf der FDP vor, mit dem vermeintlichen Skandal lediglich eine „statistische Unschärfe“ aufgedeckt zu haben, welche das LGL seit Monaten transparent darstellen würde. Abgesehen davon richten auch laut Mehring Bund und Länder ihre Maßnahmen schon seit Monaten nicht mehr nach der Inzidenz, sondern nach der Krankenhausbelegung aus. Als Konsequenz forderte er, bei jedem staatlichen Test den Impfstatus zu vermerken.

Fragwürdige Zahlen

„Wer das Vertrauen in die Impfkampagne stärken will, sollte nicht mit fragwürdigen Zahlen arbeiten“, betonte SPD-Fraktionschef Florian von Brunn. Er forderte, transparenter mit den Zahlen umzugehen und die Gesundheitsämter für eine genauere Erhebung besser auszustatten. **red**

Landtag, Staatsregierung und Verfassungsgerichtshof feiern:

75 Jahre Bayerische Verfassung

Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Ministerpräsident Dr. Markus Söder und der Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Dr. Hans-Joachim Heßler haben bei einem gemeinsamen Festakt im Nationaltheater das 75-jährige Jubiläum der Bayerischen Verfassung gewürdigt. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Stephan Harbarth betonte in seiner Festansprache die Bedeutung der Verfassung als „Fundament der Staats- und Werteordnung des Freistaats Bayern“. Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Unsere Verfassung enthält den Bauplan für unsere freiheitliche Demokratie. Dieser bleibt aktuell – ohne Reibungsverluste durch Wandel und Zeitgeist.“ Corona-bedingt fand der Festakt ohne Gäste statt, wurde jedoch im Bayerischen Fernsehen live übertragen.

Fundament der Staats- und Werteordnung

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Stephan Harbarth betonte in seiner Rede „die Entschlossenheit, mit der man sich in Bayern schon kurz nach Kriegsende anschickte, die verfassungsrechtlichen Grundlagen für eine bessere Zukunft zu gestalten.“ Zwar habe es „der Lauf der Geschichte bekanntlich mit sich gebracht, dass die Bayerische Verfassung – im Jahr 1946 als Vollverfassung mit dem Anspruch umfassender Maßgeblichkeit konzipiert – in zunehmendem Maße durch andere verfassungsrechtliche Ordnungsrahmen ergänzt und überlagert wurde“ – allen voran durch das Grundgesetz, das im Mai 1949 verkündet wurde. „Trotz dieser Verschiebung der Gewichte bildet die Bayerische Verfassung seit nunmehr 75 Jahren das Fundament der Staats- und Werteordnung des Freistaats Bayern.“

Landtagspräsidentin Ilse Aigner hob in der Podiumsdiskussion das Zeitlose der Bayerischen Verfassung hervor: „Unsere Verfassung enthält den Bauplan für unsere freiheitliche Demokratie, für eine wehrhafte Grund- und Werteordnung, für das gesellschaftliche Zusammenleben. Und sie ist klar und einfach formuliert – und bringt die Werte zeitlos zu Papier.

„Bemerkenswert sei zudem, „dass unsere Verfassung nicht nur Grundrechte benennt, sondern auch Grundpflichten formuliert.“ So heiße es in Artikel 117 der Bayerischen Verfassung: „Der ungestörte Genuss der Freiheit für jedermann hängt davon ab, dass alle ihre Treuepflicht gegenüber Volk und Verfassung, Staat und Gesetzen erfüllen.“ „Das zeigt in klaren Worten, das niemand alleine auf der Welt ist. Wir sind ein Gemeinwesen. Egoismen und unbeschränkte – falsch verstandene – Freiheit stehen im Widerspruch zu unserer Vorstellung von einem Gemeinwesen, in dem natürlich jedes Individuum für sich steht, aber im dem wir füreinander Verantwortung tragen und übernehmen.“

Ministerpräsident Dr. Markus Söder betonte: „Bayern steht für Toleranz und Demokratie. Wir leben in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, der auch in der Pandemie funktioniert. Unsere Verfassung hat sich beim Erhalt der Demokratie und bei der Bekämpfung der Pandemie bewährt.“

Auch der Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Dr. Hans-Joachim Heßler hob die große Bedeutung des Rechtsstaats für unser freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen hervor: „Wir sollten uns immer wieder ins Gedächtnis rufen, dass vermeintlich selbstverständliche Errungenschaften wie die Rechtsstaatlichkeit alles andere als selbstverständlich sind. Sie sind – das zeigt auch die bayerische Verfassungsgeschichte gut – Schritt für Schritt errungen worden und können unter ungünstigen Umständen auch wieder verloren gehen.“ Alle Institutionen, aber ebenso alle Bürgerinnen und Bürger müssten sich „für den Erhalt des Rechtsstaats einsetzen und stark machen“, so Präsident Dr. Heßler weiter. Dem habe die Rechtsprechung durch transparente und nachvollziehbare Entscheidungen Rechnung zu tragen. ❐

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Landrat
Thomas Habermann
97616 Bad Neustadt a. d. Saale
am 23.12.

Bürgermeisterin
Brigitte Bachmann
92262 Birgland
am 29.12.

Bürgermeisterin
Rosa Maria Maurer
84166 Adlkofen
am 7.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Dr. Christoph Hammer
91550 Dinkelsbühl
am 24.12.

Bürgermeister Paul Wecker
82297 Steindorf
am 24.12.

Bürgermeister Gerhard Zeitler
93358 Train
am 11.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Korneder
85630 Grasbrunn
am 25.12.

Bürgermeister Maximilian Beer
92447 Schwarzhofen
am 27.12.

Bürgermeister
Thomas Gneißl
85457 Wörth/OT Hörlkofen
am 4.1.

Bürgermeister Otto Fisch
84326 Rimbach
am 6.1.

Bürgermeister
Jürgen Jäkel
91091 Großenseebach
am 7.1.

Bürgermeister
Robert Kiermeier
84187 Wenig
am 8.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Gais
94545 Hohenau
am 27.12.

Bürgermeister Stefan Bußinger
91734 Mitteleschenbach
am 29.12.

Bürgermeister
Harald Dirlenbach
85256 Vierkirchen
am 12.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Michael Raßhofer
93351 Painten
am 17.12.

Bürgermeister Markus Böck
85764 Oberschleißheim
am 19.12.

Bürgermeister
Christoph Brunner
94424 Arnstorf
am 3.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Susanne König
91183 Abenberg
am 27.12.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Stefan Klattenbacher
83661 Lenggries
am 16.12.

Bürgermeister Christoph Ruppert
63856 Bessenbach
am 31.12.

Bürgermeister
Markus Wöhrle
89290 Buch
am 6.1.

Hinweis in eigener Sache:
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Die alte Schule in Alenou. Die neue bekommt ein isoliertes Dach und ordentliche WCs. Die Energie für das Gebäude liefert die Sonne. Bilder: Barbara Weber

Serie „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit anders denken“, Teil 9:

Der Glaube ist eine wahre Stütze

Anton und Barbara Weber reisen seit über 30 Jahren nach Togo und sind von den Ritualen und dem Spirit im Land fasziniert. Mit ihrem gemeinnützigen Verein HILFE FÜR TOGO e.V. aus Waldstetten im Ostalbkreis engagiert sie sich dort seit 1994. Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ ist nun – auch mit Unterstützung der Bayerischen GemeindeZeitung – die Eröffnung einer weiteren Schule für März 2022 geplant. Im Interview erklärt Anton Weber, was ihn früher und nach drei Jahrzehnten der Zusammenarbeit bewegt, immer wieder in das westafrikanische Land zu reisen und mit den Menschen gemeinsam Projekte umzusetzen.

GZ: Im März 2022 ist im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ die Einweihung einer neuen Schule in Togo geplant. Wie wird die neue Schule aussehen und wie finanzieren Sie das Projekt?



Die bisherige Wasserversorgung ist höchst problematisch. Künftig wird eine solarbetriebene Brunnenanlage inkl. Wasserturm Schule und Dorf mit sauberem Trinkwasser versorgen. ❐

Anton Weber: *Die alte Schule zählte zu den sogenannten Prüfungszentren in Togo, doch das Gebäude hatte kein richtiges Dach und die Schüler mussten während ihrer Prüfungen teilweise im Freien sitzen.*

Als wir das erste Mal vor Ort waren, hat uns die Herzlichkeit im gesamten Umfeld der Schule begeistert und auch das Engagement der Elternschaft vor Ort beeindruckt, die ihre Unterstützung für das Bauprojekt zugesagt haben. Daraufhin haben wir Angebote für die Erneuerung der Schule eingeholt und die Finanzierung geprüft.

Die Schule wird mit einer WC-Anlage, isoliertem Dach und einer Solaranlage ausgestattet. Das ist uns wichtig, weil die Schüler durch die Nähe zum Äquator sonst ab circa 18 Uhr im Dunkeln lernen müssten.

Hinzu kommt ein Wasserprojekt mit solarbetriebener Brunnenanlage inkl. Wasserturm und der Verlegung von Wasserleitungen in das nächste Dorf, so dass die Kosten für das Schulbauprojekt rund 86.000 Euro betragen. 15.000 Euro werden dabei von der Firma Bosch sowie 21.000 Euro von der Bayerischen GemeindeZeitung übernommen. Den Rest finanzieren wir über den Verein.

GZ: Wie lautet Ihr Rat für interessierte Kommunalpolitiker und Akteure – was sind im Rahmen des Schulbauprojektes die größten Herausforderungen und wie kann man sich auf die Zusammenarbeit vorbereiten?

Weber: *Es gibt praktische Fragen in Bezug auf das Bauprojekt und organisatorische Aspekte, die als Grundvoraussetzungen beachtet werden sollten.*

Natürlich spielt auch die Kultur eine Rolle, die mich seit 30 Jahren begeistert. Viele Menschen haben kein Bankkonto und keine Konsumgüter und sie strahlen trotzdem so viel Lebensfreude und Freundlichkeit aus. Dankbarkeit und Großzügigkeit sind unglaublich. Selbst wenn die Menschen nicht viel besitzen: Jeder bietet Ihnen Wasser und Mahlzeiten an.

Bei der Einrichtung der Baustelle muss unbedingt darauf geachtet werden, dass das Baumaterial rechtzeitig transportiert wird und vorrätig ist. Denn die Straßenverhältnisse sind schwierig und die Straßen können teilweise nur während der Trockenzeit passiert werden.

Chancen für Frauen und Mädchen

Im Rahmen des Schulbauprojektes ist es zudem sehr wichtig, dass die Schulverwaltung die Bereitstellung und Finanzierung von Lehrern garantiert. In diesem Zusammenhang zählt für uns zu den Voraussetzungen, dass mindestens zwei Lehrerinnen eingestellt werden. Damit verfolgen wir das Ziel, dass im Laufe der Zeit der Anteil der Mädchen an der Schule bei mindestens 60 Prozent liegt. Ich habe mich auch bei den Ministerien dafür eingesetzt, dass diese Zielvorgabe – die Einstellung von weiblichen Lehrkräften – bei der Finanzierung von Schulbauprojekten als Grundvoraussetzung festgelegt wird. Denn viele Mütter haben dadurch mehr Vertrauen und schicken ihre Töchter zur Schule, wenn dort auch Frauen unterrichten.

GZ: In der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit ist es teilweise schwierig, den persönlichen Kontakt zu Akteuren im globalen Süden zu pflegen, viele Prozesse laufen über den Schreibtisch. Wie sollten Kommunen vorgehen, wenn sie die Bildung von Partnerschaften anstreben?

Weber: *Zunächst ist es wichtig, sich auf ein Land festzulegen. Dabei ist entscheidend, diejenigen zu finden, die sich ehrenamtlich engagieren – denn dann ist das Engagement oft am größten.*

Ausgaben müssen kontrolliert werden

Das zweite ist, dass die Kommunen den Geldtransfer über ein eigenes Konto regeln sollten. Dazu muss festgelegt werden, wer Zugriff auf das Konto hat. Bei uns haben nur der Leiter des Ausbildungszentrums, den ich seit 30 Jahren kenne, und ich Zugriff auf das Konto. Damit die Ausgaben kontrolliert werden können, zahlen wir ausschließlich mit Schecks. Unterstützung bietet dabei auch die Botschaft. Mindestens zwei Menschen sollten zudem regelmäßig vor Ort sein und auch die Sprache des Landes sprechen. Dieser Kontakt ist ganz wichtig und der entsteht auch oft durch Urlaubsreisen in die jeweiligen Länder.

GZ: Im November reisten Sie zum 39. Mal nach Togo – was bewegt Sie und ihren Verein HILFE FÜR TOGO, sich in diesem Land seit über drei Jahrzehnten zu engagieren?

Weber: *Am Anfang wollte ich verstehen, warum es so arme und kranke Menschen gibt, die überhaupt nichts besitzen, und sich trotzdem aus ihrem tiefsten Inneren so freuen können. Da war sicherlich eine große Portion Neugierde.*

Hilfe hat einen Effekt

Wie kann das sein, dass man lachen kann, obwohl man bettelarm ist? Mittlerweile weiß ich, dass es auch sehr reiche Menschen gibt, die die Armen nicht unterstützen. Doch ich habe erkannt: Hilfe hat einen Effekt! Wenn wir Wasserprojekte umsetzen, Frauengruppen unterstützen, Schulen bauen oder Handwerker ausbilden, dann sehen wir den Erfolg. Oft steckt der Glaube dahinter – unabhängig von der Religion – ist er für die Menschen eine wahre Stütze.

Die Begeisterung spüren und daraus neue Kraft schöpfen

In Togo – übrigens der Wiege des Voodoo – wollen die Menschen ihren Ahnen beweisen, dass sie ihr Leben beherrschen und meistern. Ich durfte einmal dabei sein, als Voodoo-Priester ihre Prüfung ablegten. Die Annährung an diese Kultur war eine unglaubliche Erfahrung. Der Glaube der Menschen, ihre tiefe Verbundenheit mit einer Kraft, die wir Gott nennen und die innere Stärke, die ihnen daraus erwächst sind das, was meine Frau und mich motiviert. Diese Begeisterung spüren wir auch bei unseren Vereinsmitgliedern und sie bewegt uns immer wieder aufs Neue, Projekte in Togo anzustoßen und umzusetzen. red

Wichtige Links

1000 Schulen für unsere Welt:
www.1000schulenfuerunserewelt.de/
Engagement Global:
www.engagement-global.de/
Bayerische Staatsregierung:
www.stmwi.bayern.de/internationalisierung/entwicklungspolitik/
Landkreis Donau-Ries:
www.donauries.bayern/region/entwicklungszusammenarbeit/1000-schulen-fuer-unsere-welt/
Radio-Interview mit Landrat Stefan Rößle:
https://share.ard-zdf-box.de/s/qmZRS5RMi7icnfD
Stiftung fly & help:
www.fly-and-help.de/
Verein Hilfe für Togo e.V.:
www.hilfe-fuer-togo.de
Reiseblog Togo:
http://schlatthof.net/togo-reise-sommer-2021/__trashed-7/

GZ KOLUMNE Familie von Hassel

Liebe Leserinnen und Leser,

irgendwann muss man sich festlegen und dabei Partner finden, mit denen man zuverlässig zusammenarbeiten kann, sagte Anton Weber sinngemäß in nebenstehendem Interview. Wir von der Bayerischen GmeindeZeitung haben etwas Zeit gebraucht, bis Landrat Stefan Rößle uns das Schulbauprojekt in Alenou vorschlug und wir gemeinsam zu der Meinung kamen, dass jetzt alles passt.

Auf unserer Seite 1 finden Sie das Bild der Al-Nuri-Moschee in Mossul, deren Wiederaufbau 2018 beschlossen wurde. Allerdings ist unser Bild aktuell und zeigt leider keine Einzelsituation. Vielmehr steht es symptomatisch für die brutale Zerstörung des ganzen Landes, an der „der Westen“ sehr viel Schuld trägt.

Auch dort gibt es Kinder, die dringend neue Schulen brauchen, auch dort gibt es Menschen voller Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit. Es gibt also noch viel zu tun. Zwar kann niemand für sich allein die Welt retten. Aber wenn jede/r einen Beitrag leistet, müssen wir doch ein Stück weiterkommen!

Das wird allerdings nur gelingen, wenn wir alle zusammenhalten und uns auch hier in unserem Land nicht auseinanderdividieren lassen. Wer hätte vor zwei Jahren gedacht, dass wir in kürzester Zeit mit völlig veränderten Lebensumständen und neuen Regeln des Zusammenlebens zurechtkommen müssen.

Das Fundament unseres Zusammenhalts ist die Glaubwürdigkeit und die Zuverlässigkeit der großen Politik und die gerät gerade ins Wanken. Wenn heute nicht mehr gilt, was wenige Wochen vorher noch versprochen wurde, wenn sich nach und nach bewahrheitet, was vor kurzem noch als Fakenews verspottet wurde, was und wer bietet dann noch Orientierung? Was gibt dann noch Halt?

Wir können heute sehr viele Informationsquellen nutzen und uns selbst ein qualifiziertes Urteil bilden. Dabei sollten wir sehr sorgfältig auf die Plausibiltät der Argumente achten. Dass oftmals versucht wird, uns ein X für ein U vorzumachen, oder wie Orwell in „1984“ schrieb, akzeptiert werden soll, dass „2+2=5“ gilt, sollten wir erkennen können. Dann würden Naturgesetze nämlich auf den Kopf gestellt und die Welt endet im Chaos. Lassen wir nicht zu, dass es letztlich auch in unseren Seelen aussieht wie in den Trümmern des Iraks.

Wir wünschen Ihnen ein gnadenreiches, gesegnetes Weihnachtsfest und für das neue Jahr das Allerbeste.

Ihre Familie von Hassel und das Team der Bayerischen GemeindeZeitung

Gesegnete Weihnachten

Solidarität im Landkreis Donau-Ries

„1.000 Schulen für unsere Welt“: So nennt sich eine Initiative, die im Landkreis Donau-Ries ihren Ursprung hat und wo ihr Herz schlägt. Inzwischen stehen der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag, der Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB) und das Bundesentwicklungsministerium hinter dem Projekt, dessen Triebfeder Landrat und GZ-Herausgeber Stefan Rößle ist.

Den Anstoß, so erzählte Rößle vergangene Woche während einer Pressekonferenz, ebenfalls tätig zu werden, gab der Besuch einer Benefiz-Veranstaltung seines Schulfreundes Gunter Freissle, Inhaber eines Reisebüros in Donauwörth. Sein Freund unterstützt ein Schulbauprojekt in Nepal. Daraufhin verkaufte Rößle 2017 seinen Sportwagen und spendete das Geld für den Bau einer Schule in Malawi. Damit war der erste Schritt getan.

Gemeinsam mit Rainer Meutsch von der Stiftung Fly&Help, Gunter Freissle sowie einigen Bürgermeisterkollegen entstand die Idee, bis zum Jahr 2020 insgesamt 10 Schulen in Afrika allein aus Spendengeldern von Privatpersonen aus dem Landkreis zu finanzieren.

Die große Unterstützung aus der Kommunalpolitik unterstrich die Glaubwürdigkeit der Unternehmung, die schnell weite Kreise zog. Bereits nach zehn Monaten wurde Schulbau Nummer 16 angekündigt. Rund um Ostern 2019 fand Rößle 55.000 Euro in seinem Briefkasten, gemeinsam mit der Notiz „Für eine Schule in Afrika“. 2021 waren es allein aus dem Landkreis Donau-Ries 44 Schulen; 156 Schulen im gesamten Bundesgebiet.

Bildung schafft Perspektiven

„Bildung schafft Perspektiven für junge Menschen. Bildung ist auch der Punkt, an dem jeder und jede Einzelne ansetzen kann, der und die helfen will. Wenn Sie einmal bei einer Schuleinweihung vor Ort dabei waren und die Begeisterung erleben durften, wissen Sie, dass es nichts Schöneres auf der Welt gibt, als diese Freude zu spüren“, beschreibt Rößle seine persönlichen Eindrücke. Inzwischen sind er und seine Frau Christine Rößle persönlich verantwortlich für fünf Schulbauten auf der ganzen Welt, darunter auch Kindergärten und Vorschulen. „Wir haben fünf Kinder, denen es gut geht und für die wir unendlich dankbar sind und so haben wir uns entschieden für jedes unserer Kinder die Bildungschancen anderer Kinder zu verbessern.“

Projekt der GemeindeZeitung

Nun hat Landrat Rößle dafür gesorgt, dass auch die GZ ein Schulbauprojekt des Vereins Hilfe für Togo unterstützt. Anton und Barbara Weber vom Verein waren gerade vor Ort und haben in ihrem Reiseblog folgendes berichtet: „In Alenou haben wir … den Bau eines Colleges (Realschule) geplant. Die bisherige Schule besteht aus einem Lehmbau mit vier Klassenzimmern, ein einfaches Apatam, das als Lehrerzimmer genutzt wird und einem kleinen Lehmhaus, das als Lernmittellager dient. Die Klassenzimmer sind mit Schilfmatten voneinander abgetrennt, haben einen Lehmboden kaputte Blechdächer und alte wackelige Bänke. Es gibt kein WC und kein fließendes Wasser. Das Wasser wird von einem ca. 500 Meter entfernt liegenden Tümpel geholt. Wir waren geschockt, als wir das Wasser gesehen haben. Im Wasser sehen wir viele Insekten und schwimmende Würmer. Direkt am Rand des Tümpels liegen viele Kuhfladen, Schaf- und Ziegendreck und dieses Wasser dient für viele als Trinkwasser. Wir wundern uns nicht, dass die Menschen und vor allem die Kinder sehr oft krank sind … In der Schule werden 365 Schüler und Schülerinnen von sechs Lehrern unterrichtet. Etwa ein Drittel sind Mädchen. Leider ist es hier auf dem Land (im Gegensatz zu den Städten) so, dass der Anteil der Mädchen in den höheren Klassen immer geringer wird.“

Die Bevölkerung wird ihren Anteil an der Finanzierung in Form von Arbeitsleistung erbringen. Die ersten Vorarbeiten, die in der Trockenzeit gemacht werden müssen, sind erledigt. Sand vom Fluss Mono wurde hergeschafft.

Nachhaltigkeitsstrategie

Im Landkreis Donau-Ries werden die Schulbauprojekte jetzt in die Nachhaltigkeitsstrategie „Donau-Ries 2030 global nachhaltig“ aufgenommen. Neben nachhaltigen regionalen Wirtschaftskreisläufen, einem nachhaltigen öffentlichen Beschaffungswesen im Landkreis und verbesserten Mobilitätskonzepten, betont der Landkreis so seine Verantwortung für globale Themen. Rößle unterstützt seine Überzeugung, dass sein Engagement sinnvoll ist, mit einem Zitat aus der Bibel: „Ihr sollt euch nicht Schätze sammeln auf Erden, da sie die Motten und der Rost fressen und da die Diebe nachgraben und stehlen“ und fügt an: „Es hat etwas Befreiendes.“ cvh



Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger beim Rundgang durch die Digitale Manufaktur in Rödental. Foto: Elke Neureuther/StMWi

Heimat für Coburgs kreative Köpfe

Gemeinsam mit Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder und im Beisein hochrangiger Vertreter der Coburger Politik und Wirtschaft eröffnete Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger die Digitale Manufaktur in Rödental.

Aiwanger betonte: „Mit der Digitalen Manufaktur erhält die lebendige Gründerszene im Coburger Raum einen neuen Kristallisationspunkt. Hier finden die Jungunternehmerinnen und -unternehmer das optimale Umfeld, um die Chancen der digitalen Transformation in innovative und zukunftsfähige Geschäftsmodelle umzuwandeln. Aus dem Mut, der Kreativität und der Leidenschaft der Gründerinnen und Gründer entsteht die Innovationskraft, die den Hightech-Standort Bayern so stark macht. In einer Welt der technologischen Umbrüche sind Start-ups die Wegbereiter und Treiber der Schlüsseltechnologien von morgen. Deshalb fördern wir das Digitale Gründerzentrum Coburg mit über 4,3 Millionen Euro. Wir geben Coburgs kreativen Köpfen in direkter Umgebung eine Heimat und schaffen dadurch Zukunft für die Region."

Ministerpräsident Dr. Markus Söder unterstrich: „Digitalisierung ist die Zukunft. Mit dem Gründer-Netzwerk vernetzen wir Start-ups in ganz Bayern und geben ihnen ein Zuhause. Unsere Hightech Agenda Plus umfasst insgesamt 3,5 Milliarden Euro für Wissenschaft und Forschung. Bayern verbindet damit Tradition und Technologie."

Offenheit, kluge Köpfe und harte Arbeit

Landtagsabgeordneter Martin Mittag bezeichnete die Digitale Manufaktur als „einen weiteren wichtigen Baustein für unsere Region und somit einen zukunftsgerichteten ländlichen Raum." Der starke Wirtschaftsraum brauche gerade auch mit Blick auf die Digitalisierung ein weiteres Standbein, um im harten Wettbewerb bestehen zu können. „Aus meiner Sicht braucht es genau drei Dinge für diesen Erfolg: Offenheit, kluge Köpfe und harte Arbeit. Nur weil wir diese drei Zutaten beharrlich eingesetzt haben und weil die Bayerische Staatsregierung unser Engagement stets unterstützt, stehen wir heute an diesem Punkt. Deshalb gibt es die Zukunft.Coburg.Digital und diese Digitale Manufaktur", sagte Landrat Sebastian Staubel.

Leuchttürme der gemeinsamen Strategie

Dominik Sauerteig, Oberbürgermeister der Stadt Coburg betonte: „Coburg Stadt und Land investieren sehr bewusst in die Förderung kreativer Talente und mutiger Gründer. Die Digitale Manufaktur in Rödental und die Kühlhalle in Coburg, die demnächst eröffnet wird, sind Leuchttürme dieser gemeinsamen Strategie. Beide Standorte ergänzen sich und werden zur neuen Heimat digitaler Gründer aus nah und fern. Ich begrüße auch den Plan von Zukunft.Coburg.Digital., die Standorte zum Green Valley zu entwickeln. "

Jochen Flohrschütz, Geschäftsführer der Zukunft.Coburg.Digital hält die Digitale Manufaktur für einen Meilenstein für die digitale Transformation der Region Coburg. Die Büros und Produktionsboxen sind vermietet und die Workshopräume füllen sich regelmäßig mit innovativen Menschen, die in kreativer Atmosphäre ihre Start-ups und Unternehmen voranbringen.

Das Bayerische Wirtschaftsministerium fördert den Umbau, die Ausstattung und die Miete des Digitalen Gründerzentrums Zukunft.Coburg.Digital mit 3,8 Millionen Euro und unterstützt Netzwerkaktivitäten mit weiteren 550.000 Euro. Im Raum Coburg entstehen dadurch für Gründer und Innovatoren zwei Standorte mit unterschiedlichen Schwerpunkten. In der Kühlhalle des ehemaligen Coburger Schlachthofs können Existenzgründerinnen und -gründer ab dem kommendem Jahr 30 Coworking Arbeitsplätze und Kreativräume nutzen. Start-ups, die bereits gewachsen sind, finden in der Digitalen Manufaktur auf dem ehemaligen Gelände der Porzellanfabrik Goebel in Rödental Büro- und Workshopräume sowie Produktionsboxen. An beiden Standorten profitieren die Start-ups nicht nur vom Gründernetzwerk und den Angeboten des Gründerzentrums, sondern auch von einem engen Austausch mit dem starken Coburger Mittelstand. Das Zukunft.Coburg.Digital ist das dritte Digitale Gründerzentrum in Oberfranken, neben dem Lagarde 1 in Bamberg und dem Einstein 1 in Hof.

Zentrale Anlaufpunkte

In seiner Rede hob Wirtschaftsminister Aiwanger die Bedeutung der Start-up-Förderung durch den Freistaat hervor: „In ganz Bayern entstehen gute Ideen. Deshalb investieren wir flächendeckend in unsere Gründerinnen und Gründer. Mit den Mitteln aus der Hightech Agenda Plus haben wir die Start-up-Förderung noch einmal deutlich erhöht. Wir unterstützen den Pioniergeist der jungen Talente, damit eine digitale Gründerwelle durch Bayern rollt. Dadurch stellen wir sicher, dass der Freistaat ein hochattraktiver Gründerstandort bleibt und wir auf den Märkten der Zukunft vorne mit dabei sind."

Die Digitalen Gründerzentren unterstützen digitale Start-ups und sind zentrale Anlaufpunkte für Existenzgründerinnen und -gründer in allen Regionen Bayerns. Der Fokus der bayernweit 19 Digitalen Gründerzentren mit 28 Standorten liegt auf der Vernetzung von Start-ups mit Wirtschaft, Wissenschaft und Investoren. Das Bayerische Wirtschaftsministerium fördert den Aufbau der Einrichtungen mit insgesamt 120 Millionen Euro. ❐

Schlaglichter des Städte...

(Fortsetzung von Seite 1)
verfassungspolitischer Hinsicht kritisiert worden sei, so habe er doch einen überragenden Vorteil: Er habe im vergangenen Jahr hervorragend funktioniert, und werde es auch in den Jahren 2021 und 2022 tun. Die neue Bundesregierung dürfe nicht allein den Ländern die Verantwortung für stabile kommunale Haushalte überlassen. Eine kommunale Haushaltskrise gefährde die notwendigen Investitionen für Klimaschutz, Verkehrswende und Digitalisierung.

Klimaschutz, Verkehrswende, Bildungsgerechtigkeit, Digitalisierung, bezahlbarer Wohnraum: Die zentralen Themen unserer Zeit verlangten gerade von den Kommunen tatkräftiges Handeln. Das Geld habe der Aufgabe zu folgen, und zwar nicht als kurzfristiges Förderprogramm. Städte und Gemeinden benötigten mehr verlässliche Steuereinnahmen, um langfristig und dauerhaft besser investieren zu können. Ihr Anteil am Steueraufkommen müsse erhöht werden. Zielgenaue Maßnahmen für gleichwertige Lebensverhältnisse müssten dies ergänzen.

Der Anteil der Steuereinnahmen und Gebühren an den gesamten kommunalen Einnahmen liegt im Bundesschnitt weit unter 50 Prozent. Selbst wenn in guten Zeiten in Kommunen ausreichend Finanzmittel vorhanden sind, erschwere der hohe Anteil an Zuweisungen in mehrfacher Hinsicht die Planungen. In manchen Jahren werden neue Förderprogramme aufgelegt, in manchen Jahren aber gar nicht. „Dies zwingt Kommunen vielerorts zu Kaffeesatzleserei bei der mittelfristigen Haushaltplanung." Langfristig bindende Entscheidungen, wie etwa das Vorhalten von ausreichenden Personalkapazitäten in kommunalen Bau- und Planungsämtern, könnten auf einer derart ungewissen Grundlage nicht getroffen werden, heißt es in dem Bericht.

Die Planbarkeit sei bei Fördermitteln, die einen bedeutenden Teil der Zuweisungen darstellen, zusätzlich eingeschränkt. Vorgaben seitens des Fördermittelgebers führten dazu, dass sich die Planung, aber auch die politischen Diskussionen vor Ort, an den immer komplexeren Förderrichtlinien ausrichten müssen. Die Unsicherheit darüber, was wann unter welchen Bedingungen gefördert wird, erschwere eine transparente und kommunizierbare Entscheidungsfindung vor Ort.

Aus diesem Grund müsse der Anteil der Städte und Gemeinden an den frei verfügbaren Gemeinschaftssteuern erhöht werden. Es biete sich an, insbesondere über eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer nachzudenken. Dabei könne und müsse der Verteilungsschlüssel, anhand dessen der erhöhte Anteil an die Städte und Gemeinden weitergeleitet wird, politisch diskutiert und entschieden werden. Dies sei ein großer Vorteil gegenüber einer Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer, bei dem der Verteilschlüssel aufgrund des engen Bezugs vom Steueraufkommen zu den einzelnen Steuerzahlern weitgehend vorgegeben ist.

Einige Stimmen wollen laut Deutschem Städtetag eine vermeintlich einfache Verteilung des erhöhten Umsatzsteueranteils nach Einwohnern. Dieser Schlüssel berücksichtige nicht, dass die Ausgabenzwänge regional, je nach Wirtschaftsstruktur und Gemeindegröße sehr stark streuen. Die Vorstellung, dass jede Einwohnerin oder jeder Einwohner den gleichen Finanzbedarf hätte, sei illusorisch - gerade dann, wenn die öffentlichen Haushalte für eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sorgen sollen.

Alle Überlegungen in die Richtung einer undifferenzierten Verteilung nach dem Gießkannenprinzip beantworteten die Frage nicht, wie auf Bundesebene im Finanzsystem die besonderen Belastungen in einzelnen Städten und ganzen Regionen berücksichtigt werden können. Denn darin bestehe die eigentliche Herausforderung. **DK**

Demokratie braucht Meinungs...

(Fortsetzung von Seite 1)
sident Dr. Markus Söder, MdL, der aus dem Erfolg der Politischen Studien gleichzeitig einen Auftrag für die Zukunft ableitet: „Demokratie braucht Meinungsvielfalt, seriöse Informationsquellen und informierte Bürger. Gerade weil die Debatten in den Medien härter geworden sind und Fake News zunehmen, ist politische Bildungsarbeit so wertvoll wie nie", und ergänzt, „mit den Politischen Studien leistet die Hanns-Seidel-Stiftung einen entscheidenden Beitrag zur politischen Stabilität in unserem Land." Für den Stiftungsvorsitzenden Markus Ferber, MdEP, „vermitteln die Politischen Studien Hintergrundwissen sowie sachgerechte Analyse und setzen damit Diskussionsimpulse, die für eine erfolgreiche politische Bildung enorme Bedeutung haben." Er gratuliert den Machern und freut sich schon auf die nächsten Ausgaben.

Demokratie braucht politische Bildung

„Die Politischen Studien untersuchen politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Trends. Die Stiftung leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung unserer Gesellschaft, denn eines ist klar: Demokratie braucht politische Bildung!", unterstreicht Bayerns Verkehrsministerin Kerstin Schreyer, MdL, früher selbst Stipendiatin der Stiftung. „Wer Demokratie verstehen, ihrer Wertorientierung genügen, Innovationen gestalten, Komplexität begreifen, wichtige gesellschaftliche Entwicklungen erfahren und Vernunft im privaten wie öffentlichen Diskurs walten lassen will, den unterstützen die Politischen Studien", resümiert der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Heinrich Oberreuter.

Dass auch dem Blickwinkel der Katholischen Soziallehre in den Debatten um zentrale Werte unserer Gesellschaft in den Politischen Studien immer wieder Raum gegeben wird, freut besonders Reinhard Kardinal Marx, Erzbischof von München und Freising: „Orientierung durch Information und Dialog ist am ehesten dann möglich, wenn sich Pluralität abbilden und ein wirklicher Austausch befördert werden kann, der Meinungsbildung ermöglicht, die für die Demokratie entscheidend ist." Sich eine fundierte politische Meinung zu bilden, macht Mühe und kostet Zeit, ist für einen konstruktiven Dialog aber unerlässlich. „Experten von Rang machen es möglich, historische und aktuelle Hintergründe zu begreifen, Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse zu verstehen und Politik zu beurteilen. Gratulation zur 500. Ausgabe", schreibt die Vorsitzende des bayerischen Ethikrats, Susanne Breit-Keßler, in der Jubiläumsausgabe.

Print, Download und Abo

Das vergangene Jahrzehnt, 72 Ausgaben, also seit 2010, stehen online unter www.hss.de/politische-studien zum Download oder zur kostenfreien Bestellung als Printexemplar zur Verfügung. Die Politischen Studien können auch im Abonnement bezogen werden (E-Mail mit Postanschrift an publikationen@hss.de) – sie liegen dann automatisch nach Erscheinen kostenfrei im Briefkasten als Angebot der politischen Bildung für Interessierte, die zur Lektüre gerne noch ein gedrucktes Exemplar in Händen halten. Für 2022 stehen die Themen Europa, Pflege und Gesundheit, innere Sicherheit oder Lebensräume auf der Agenda. ❐

Rekordsumme bei Schlüsselzuweisungen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Stadt Ingolstadt mit 21,6 Mio. Euro. Damit bekommt sie mehr als das Doppelte als für 2021. Dahinter folgt die Stadt Fürstenfeldbruck mit 8,6 Mio. Euro. Die Schlüsselzuweisungen an die kreisangehörigen Gemeinden belaufen sich auf über 344 Mio. Euro, die Landkreise erhalten Schlüsselzuweisungen in Höhe von 391 Mio. Euro.

Mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von insgesamt über 461 Mio. Euro werden die Gemeinden und Landkreise in Niederbayern bedacht – über 15 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Die höchsten Schlüsselzuweisungen gehen mit 25,9 Mio. Euro an die Stadt Landshut. Mit 22,9 Mio. Euro an Schlüsselzuweisungen kann die Stadt Passau für das nächste Jahr kalkulieren. Die Stadt Straubing darf sich über einen kräftigen Anstieg von 16,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf dann 19 Mio. Euro freuen. Die kreisangehörigen Gemeinden in Niederbayern erhalten insgesamt 218 Mio. Euro. Mit 203 Euro je Einwohner bekommen sie um 14 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt. Die Schlüsselzuweisungen der niederbayerischen Landkreise betragen insgesamt 175 Mio. Euro.

In Unterfranken werden die Gemeinden und Landkreise mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von insgesamt 522 Mio. Euro ausgestattet. Mit 49,9 Mio. Euro erhält die Stadt Würzburg die höchsten Schlüsselzuweisungen. Dahinter folgen die Stadt Aschaffenburg mit 21,3 Mio. Euro und die Stadt Schweinfurt mit 7,6 Mio. Euro. Über einen kräftigen Anstieg der Schlüsselzuweisungen um fast 20 Prozent auf dann 6,8 Mio. Euro kann sich die Stadt Bad Kissingen freuen. Die kreisangehörigen Gemeinden in Unterfranken erhalten insgesamt über 260 Mio. Euro. Mit 244 Euro je Einwohner bekommen sie um 37 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt und damit die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen je Einwohner im Freistaat. Die Landkreise können insgesamt mit über 182 Mio. Euro kalkulieren.

Hof bekommt den höchsten Anteil

Den oberfränkischen Gemeinden und Landkreisen werden Schlüsselzuweisungen in Höhe von insgesamt rund 446 Mio. Euro zuteil. Dabei erhält die Stadt Hof mit 31,4 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen. Die zweithöchste Summe in Oberfranken geht an die Stadt Bamberg mit 27,8 Mio. Euro. Danach folgen die Stadt Bayreuth mit 13,4 Mio. Euro und die Stadt Lichtenfels mit 6,8 Mio. Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden in Oberfranken können sich 2022 über insgesamt mehr als 217 Mio. Euro freuen. Mit 264 Euro je Einwohner erhalten sie um 48 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt und damit die höchsten Schlüsselzuweisungen je Einwohner in ganz Bayern. Den Landkreisen in Oberfranken werden 2022 insgesamt über 155 Mio. Euro überwiesen. Mit 189 Euro je Einwohner verzeichnen sie 22 Prozent mehr als der bayerische Durchschnitt; auch dies ist der Spitzenwert im Freistaat.

Mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von insgesamt 704 Mio. Euro und damit über 5 Prozent mehr als im Vorjahr werden die mittelfränkischen Gemeinden und Landkreise ausgestattet. Die Stadt Nürnberg bekommt mit 245,9 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen in ganz Bayern. Dies bedeutet einen Anstieg um 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Stadt Fürth erhält mit 71,6 Mio. Euro die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen. Danach folgen die Stadt Ansbach mit 23,4 Mio. Euro und die Stadt Schwabach mit 13,8 Mio. Euro. Die Schlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Gemeinden in Mittelfranken betragen insgesamt über 186 Mio. Euro, für die Landkreise über 162 Mio. Euro.

Den Gemeinden und Landkreisen in der Oberpfalz werden mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von insgesamt über 398 Mio. Euro bedacht. Die höchsten Schlüsselzuweisungen unter den Gemeinden erhält die Stadt Weiden mit 21,6 Mio. Euro, die Stadt Amberg die zweithöchsten mit 14,8 Mio. Euro. Es folgen die Stadt Schwandorf mit 7 Mio. Euro und die Stadt Regensburg mit 6,9 Mio. Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden in der Oberpfalz erhalten insgesamt 209 Mio. Euro. Mit 239 Euro je Einwohner erhalten sie um 34 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt. Die Landkreise in der Oberpfalz bekommen 2022 insgesamt 146 Mio. Euro überwiesen. **DK**

330 Millionen Euro für Gewerbesteuerausfälle ...

... stellt der bayerische Freistaat seinen Kommunen zur Verfügung. Als Abschlagszahlung erhalten diejenigen, die mit Gewerbesteuermindereinnahmen zu kämpfen haben, noch im Dezember 2021 200 Millionen Euro überwiesen. Damit setzt der Freistaat Bayern ein zusätzliches wichtiges Signal zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen in der Krise, so Finanzminister Albert Füracker. Er forderte die Bundesregierung erneut auf, zu ihrer Verantwortung zu stehen und sich, wie 2020, hälftig am Ausgleich zu beteiligen. ❐

Neues Telekommunikationsgesetz in Kraft:

Mehr Tempo beim Netzausbau

Zum 1. Dezember 2021 trat das neue Telekommunikationsgesetz (TKG) in Kraft. Es schafft einen maßgeschneiderten und zukunftsorientierten Rechtsrahmen für den deutschen Telekommunikationsmarkt, stärkt die Rechte der Endkunden und beschleunigt den Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen.

Stärkere Verbraucherrechte sind ein wichtiges Anliegen des neuen TKG. Künftig gibt es mehr Rechte bei Störungen, Anbieterwechsel, Rufnummernmitnahme und wenn weniger geleistet wird, als vertraglich vereinbart. Die neuen Regelungen zu Entstörung, Anbieterwechsel und Rufnummernmitnahme sehen pauschale Entschädigungen vor und ermöglichen es, Ansprüche einfacher geltend zu machen. Außerdem können Verträge über Telekommunikationsdienste nach Ablauf der Grundlaufzeit jederzeit mit einer Frist von einem Monat gekündigt werden. Dies gilt auch für Verträge, die vor Inkrafttreten des neuen TKG abgeschlossen wurden.

Um sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger am wirtschaftlichen und sozialen Leben digital teilhaben können, besteht nun ein Anspruch auf Versorgung mit Telefon und schnellem Internet.

Zuletzt sind die Ausgaben der Unternehmen für den Ausbau digitaler Infrastrukturen deutlich gestiegen, für die Zukunft wurden zusätzliche Investitionen in Milliardenhöhe angekündigt. Der Glasfaser- und Mobilfunknetzausbau hat noch mehr Fahrt aufgenommen, gerade im ländlichen Raum. Das Gesetz setzt weitere Impulse, damit die Unternehmen noch mehr in den erforderlichen Gigabitnetzausbau investieren. Wenn das marktmächtige Unternehmen künftig mit weiteren Marktteilnehmern beim Internetausbau kooperiert, erhält es Regulierungserleichterungen, sofern der offene Netzzugang für Dritte gewährleistet wird. So bleibt der Wettbewerb um Endkunden weiterhin möglich.

Beschleunigte Baumaßnahmen

Die für den Gigabitausbau erforderlichen Baumaßnahmen werden durch das neue TKG weiter beschleunigt, unter anderem durch Vereinfachungen bei Genehmigungsverfahren, die Stärkung alternativer Verlegemethoden wie Trenching oder oberirdische Verlegung sowie Erleichterungen bei der Nutzung von Wegen und Grundstücken. Hierzu soll auch die Zusammenführung von Planungs- und Informationswerkzeugen in einem Datenportal als Grundlage für einen effektiven Netzausbau beitragen.

Der Rechtsrahmen für die Vergabe von Mobilfunkfrequenzen wurde modernisiert und auf eine flächendeckende Versorgung ausgerichtet. In unterversorgten Gebieten, in denen der Ausbau unwirtschaftlich ist, kann die Bundesnetzagentur künftig zudem Vorgaben zum lokalen Roaming und zur gemeinsamen Nutzung von Mobilfunkmasten und anderen Infrastrukturen erlassen.

Vorrang für eigenwirtschaftlichen Ausbau

Nach Ansicht des Bundesverbandes Breitbandkommunikation (Breko) enthält das TKG viele Hebel, um den Glasfaserausbau voranzutreiben und Bürger in der Stadt und auf dem Land noch schneller an das zukunftssichere Glasfasernetz anzuschließen. Die Politik solle die Chancen in der Umsetzung des Gesetzes so nutzen, dass der Glasfaserausbau davon auch wirklich profitiert.

Wie Breko-Geschäftsführer Dr. Stephan Albers erläutert, sei der größte Beschleuniger von allen der eigenwirtschaftliche Ausbau. Diesem den Vorrang einzuräumen, bringe Tempo und weniger Bürokratie. „Die Ansätze der 'Ampel-Koalition' gehen in die richtige Richtung. Mit einem echten Glasfaserziel bekennt sie sich als erste deutsche Bundesregierung dazu, dass wir Deutschland nur auf Basis von Glasfaser nachhaltig digitalisieren werden."

Das im neuen Gesetz verankerte „Recht auf schnelles Internet" sollte vorrangig durch den eigenwirtschaftlichen Ausbau und ergänzend staatliche Fördermaßnahmen verwirklicht werden und nicht durch einen strukturell bürokratischen Universaldienst. Denn was sich für den Bürger auf den ersten Blick nach einem Ansatz für echte digitale Teilhabe anhört, stellt sich Albers zufolge in der Umsetzung als Bremse für den Ausbau dar. Der Universaldienst ziehe eine Ausbauverpflichtung nach sich, die die ohnehin schon knappen Ressourcen von geplanten Projekten abzieht und die Marktdynamik durcheinanderbringt. Dadurch komme niemand schneller ans Ziel. Überall dort wo ein Ausbau in den nächsten Jahren, eigenwirtschaftlich oder gefördert, zugesagt ist, werde keine Lösung über den neuen Universaldienst benötigt.

Einsatz von Fördergeldern

„Dort wo auch in den nächsten Jahren kein Potenzial für einen marktgetrieben Ausbau besteht, dürfen und sollen Fördergelder eingesetzt werden", betont Albers. „Als allererstes, und so sieht es auch der neue Koalitionsvertrag vor, in den sogenannten weißen Flecken, also dort, wo Menschen sehr schlecht mit schnellem Internet versorgt sind. Um besonders schlecht versorgten Haushalten in entlegenen Gebieten die digitale Teilhabe schnell zu ermöglichen, sollten vor dem Einsatz des Universaldienstes unbedingt auch funkgestützte Lösungen wie Satellliteninternet genutzt werden."

Ein weiteres wichtiges Tool im Werkzeugkasten des neuen Telekommunikationsgesetzes ist das neue Glasfaserbereitstellungsentgelt. Die Möglichkeit der Abrechnung der Kosten des Breitbandanschlusses über die Betriebskosten wird künftig bei Mehrfamilienhäusern an neue Investitionen in Glasfasernetze bis in die Wohnungen gekoppelt. Diese Neugestaltung der bisherigen Umlagefähigkeit des Breitbandanschlusses stellt die Weichen, damit auch Mieter in Mehrfamilienhäusern in den Genuss von schnellem Glasfaserinternet kommen und der Glasfaserausbau sowohl auf dem Land, als auch in den Städten weiter vorankommt. Durch die damit verbundene Open Access-Verpflichtung sind die Mieter außerdem künftig frei in der Wahl ihres TV-Produkts oder weiterer Dienste, die sie über die Infrastruktur nutzen möchten.

Aufklärungspotenzial beim Minderungsrecht

Beim Minderungsrecht, also der neuen Regelung für Entschädigung bei einer schlechten Internetverbindung, sehen sich die Breko-Netzbetreiber in einer guten Position. Durch die hohe Leistungsfähigkeit bei Glasfasernetzen ist das Risiko von verminderten Bandbreiten, die beim Verbraucher angekommen, weitgehend ausgeschlossen. Wichtig sei es allerdings, dass Verbraucher über die Voraussetzungen einer Minderung objektiv informiert werden. Hier kommt es beispielsweise auf die genaue Messmethode, das richtige Messinstrument und Qualität der Messung an, damit überhaupt die Grundlage für eine Minderung besteht. In diesem Bereich sieht der Breko noch erhebliches Aufklärungspotenzial.

Aus Sicht des Breitbandverbands ANGA bietet der neue Rechtsrahmen Chancen, den flächendeckenden Gigabit-Ausbau weiter voranzutreiben. An erster Stelle stehen dabei die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Normierung alternativer Verlegemethoden, zu denen sich auch die kommende Ampelkoalition bekennt. Dazu ANGA-Präsident Thomas Braun: „Wir setzen auf politische Unterstützung bei diesen praxisrelevanten Themen, damit wir unsere Netze schnell und effizient weiter ausbauen können."

Mit dem neuen TKG tritt aber auch das entschädigungslose Sonderkündigungsrecht für Wohnungsunternehmen in Kraft, das im Zusammenhang mit dem Wegfall der mietrechtlichen Umlagefähigkeit für Bestandsnetze aufgenommen wurde. Der Verband sieht diese ungerechte und enteignungsgleiche Neuregelung sehr kritisch: „Das Kündigungsrecht ist überflüssig, weil das Zivilrecht schon heute eine faire Anpassung bestehender Verträge ermöglicht. Dass die Kündigungen ohne Entschädigung für vom Netzbetreiber getätigte Investitionen erfolgen können, ist völlig unverhältnismäßig. Diese Regelung darf keinen Bestand haben," verdeutlicht Thomas Braun. ❐

GZ KOMMUNAL-ABC

ABC des Mobilfunknetzausbaus

In Kooperation mit dem Informationszentrum Mobilfunk
www.gemeindezeitung.de/ABC

Teil 2: Kommunale Beteiligung beim Mobilfunknetzausbau

Täglich nutzen wir Smartphones und andere mobile Geräte und können uns ein Leben ohne mobile Kommunikation kaum mehr vorstellen. Die Technologie entwickelt sich schnell weiter und der steigende Datenverkehr macht den weiteren Ausbau der Infrastruktur erforderlich. Im ABC des Mobilfunknetzausbaus erläutern wir, warum die Netze weiter ausgebaut werden, wie die kommunale Beteiligung beim Ausbau geregelt ist, wie ein Netz geplant wird, was 5G eigentlich ist und welche Auswirkung Mobilfunk auf die Gesundheit hat.

Wie informieren die Netzbetreiber die Kommunen?

Ein mehrstufiger Prozess regelt die Information und die Mitsprache der Kommunen hinsichtlich des geplanten Netzausbaus. So ist sichergestellt, dass die Städte und Gemeinden rechtzeitig von dem Vorhaben eines Mobilfunknetzbetreibers Kenntnis erhalten und innerhalb eines definierten Zeitfensters ihre konkreten Standortvorschläge in die Planung einbringen können. Sowohl in der 26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (26. BImSchV)[1] ist die Beteiligung der Kommunen festgelegt, als auch in der Vereinbarung der Netzbetreiber mit den kommunalen Spitzenverbänden[2]. Durch diese beiden Regelungen erhalten die Städte und Gemeinden bundesweit die notwendigen Informationen ebenso wie Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Auswahl von neuen Mobilfunkstandorten. Der zugehörige Mobilfunkpakt in Bayern konkretisiert dieses Verfahren noch ein wenig weiter.



Bild: Informationszentrum Mobilfunk / Hendrik Zwietasch

Beteiligung der Kommunen bei der Standortwahl

Die 26. BImSchV regelt unter anderem den Betrieb von Hochfrequenzanlagen. Da Mobilfunkbasisstationen zu den Hochfrequenzanlagen zählen, gelten für sie die in der Verordnung definierten Grenzwerte. Ziel der Grenzwertfestlegung ist es, die Sicherheit der Allgemeinbevölkerung im Umfeld von Sendeanlagen zu gewährleisten. Die Anlagen dürfen die Grenzwerte auch bei höchster Auslastung und unter Berücksichtigung der Immissionen anderer, in der Umgebung gelegener Funkanlagen nicht überschreiten. Die 26. BImschV legt in Paragraph 7a außerdem die „Beteiligung der Kommunen" fest. Betreiber von Funkanlagen sind durch den Paragraphen dazu verpflichtet, Kommunen in die Standortwahl neuer Anlagen einzubeziehen und deren Vorschläge zu berücksichtigen.

Standortalternativen innerhalb des Suchkreises

Plant ein Netzbetreiber eine neue Sendeanlage, erhält die Kommune einen Suchkreis für den neuen Standort. Dieser Suchkreis definiert den Raum innerhalb dessen ein geplanter Standort sein muss, um das Versorgungsziel zu erreichen. Der Prozess ist so angelegt, dass der Kommune ein angemessener Zeitraum zur Stellungnahme verbleibt und die endgültige Standortentscheidung noch offen ist. Die Kommune kann ihrerseits Standortvorschläge für neue Sendeanlagen unterbreiten. Diese müssen in dem Suchkreis liegen, den der Mobilfunknetzbetreiber auf Grundlage seiner Netzplanung ermittelt hat, um die erforderliche Versorgungsverbesserung zu erreichen. Das Dialogangebot ist für die Netzbetreiber verpflichtend, für die Kommune ist die Beteiligung freiwillig.

Die Netzbetreiber sagen zu, Vorschläge der Kommune zu Standorten vorrangig und ergebnisoffen zu prüfen sowie diese bei funktechnischer und wirtschaftlicher Eignung vorrangig zu realisieren. Sollten die kommunalen Standortvorschläge innerhalb des Suchkreises aus funktechnischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht geeignet sein, ist der Mobilfunknetzbetreiber aufgefordert, dies der Kommune zu begründen und bei Vorliegen entsprechender Möglichkeiten maximal zwei weitere konkrete Einigungsversuche zu unternehmen. Der gesamte Abstimmungsprozess für einen konkreten Standort soll innerhalb von 8 Wochen abgeschlossen sein und möglichst einvernehmlich erfolgen. In Bayern ist der Prozess etwas stärker strukturiert, hier wird unter anderem erwartet, dass es innerhalb von dreißig Tagen eine erste kommunale Rückmeldung gibt, die signalisiert, ob die Kommune sich aktiv in das Verfahren einbringen möchte.

Kommunale Liegenschaften als Standortoption

Angesichts der Bedeutung der Mobilfunkinfrastruktur auch für die Kommunen sollen kommunale Liegenschaften zur Installation neuer Sendeanlagen genutzt werden.

Die kommunalen Spitzenverbände unterstützten die Mobilfunkbetreiber in diesem Anliegen ausdrücklich. Dazu wurden Musterverträge über die Nutzung kommunaler Liegenschaften zum Zwecke des Baus und des Betriebs von Mobilfunkanlagen erarbeitet, die im Bedarfsfall aktualisiert werden.[3]

Kommunikation und Partizipation

Es findet ein regelmäßiger Austausch über den Ausbau- und Planungsstand der Netzinfrastruktur auf regionaler und lokaler Ebene als Maßnahme zur frühzeitigen Einbeziehung der Kommunen statt. Deshalb besteht das grundsätzliche Angebot jedes Mobilfunknetzbetreibers, zu bedarfsorientierten Gesprächen und schriftlichen Abstimmungen zum aktuellen Ausbau- und Planungsstand. Für einen direkten und schnellen Informationsaustausch auf der Fachebene benennt jeder Mobilfunknetzbetreiber gegenüber den Kommunen einen zuständigen Ansprechpartner, der für Fragen der Mobilfunktechnik und für konkrete Fragen zu Standorten zur Verfügung steht.

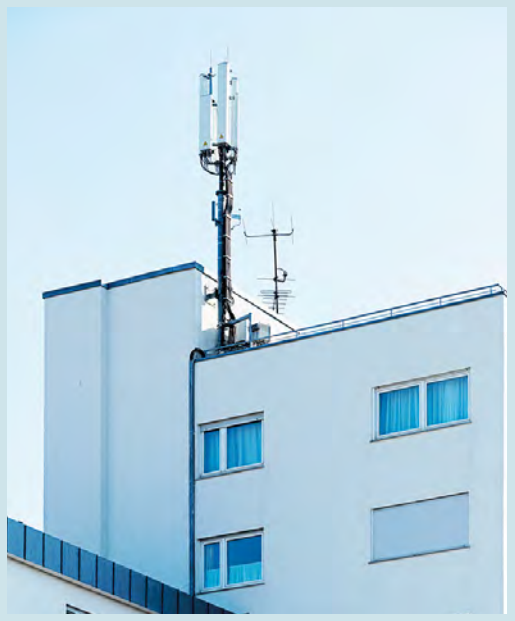


Bild: Informationszentrum Mobilfunk / Hendrik Zwietasch

Geht eine Suchkreisanfrage bei der Kommune ein, ist es empfehlenswert, die Gremien über das geplante Vorhaben zu informieren. Nach verwaltungsinterner Prüfung und eventuell bereits erfolgter Suche nach Alternativen, sollte der entsprechende Ausschuss beziehungsweise der Gemeinderat informiert werden. In der Praxis zeigt sich oft, dass der Mobilfunkdialog meist dann besonders gut funktioniert, wenn die Verwaltung ein Mandat hat, bereits Standortvorschläge zu erarbeiten und es eine abgestufte Befassung der etablierten kommunalen Gremien mit der Mobilfunkthematik gibt.

Teil 3 des ABC des Mobilfunknetzausbaus informiert über die Planung eines Mobilfunknetzes, die damit verbundenen Anforderungen an neue Standorte sowie über die einzuhaltenden Regeln. ❐

Weitere Informationen unter:
www.kommunalinfo-mobilfunk.de und www.informationszentrum-mobilfunk.de
https://www.stmuv.bayern.de/themen/strahlenschutz/elektromagnetische_felder/mobilfunkpakt/index.htm

[1] https://www.bmu.de/gesetz/26-verordnung-zur-durchfuehrung-des-bundes-immissionsschutzgesetzes
[2] https://www.informationszentrum-mobilfunk.de/artikel/mobilfunkvereinbarung-regelt-jetzt-auch-kleinzellenausbau
[3] https://www.dstgb.de/themen/mobilfunk/mustervertraege-mobilfunkanlagen/

Kulturerbe digital:

bavarikon präsentiert reiches immaterielles Kulturerbe im Internet

Kunstminister Bernd Sibler: „Virtuelle Ausstellungen holen den Reichtum der bayerischen Geschichte und Kultur nach Hause, an den Arbeitsplatz oder in die Schule“

Der Further Drachenstich, die Oberammergauer Passionsspiele und die Limmersdorfer Lindenkerwa – diese und viele weitere bayerische Bräuche und Traditionen macht das Kulturportal bavarikon als immaterielles Kulturerbe Bayerns in einer virtuellen Ausstellung sichtbar. Erstmals präsentiert die digitale Schau unter www.bavarikon.de/kulturerben im großen Umfang Bild-, Audio- und Videodokumente zu den 34 kulturellen Ausdrucksformen, die bis zum Projektstart 2018 im „Bayerischen Landesverzeichnis des Immateriellen Kulturerbes“ eingetragen waren.

Die Schafhaltung, das Drechslerhandwerk und Musikformen wie der Zwiefache – sie alle haben eine Gemeinsamkeit: Sie gehören zum immateriellen Kulturerbe in Bayern. Dazu zählen mündlich überlieferte Traditionen, Bräuche und Feste, darstellende Künste, traditionelle Handwerkstechniken, überliefertes Wissen um die Natur sowie Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation.

Sichtbarkeit stärken

Anders als das materielle Kulturerbe mit seinen Baudenkmälern und Kunstwerken ist das immaterielle Kulturerbe also nicht greifbar, sondern nur im Moment des Tuns sichtbar. Hier setzt die neue virtuelle Ausstellung „KulturErben. Immaterielles Kulturerbe in Bayern“ an. Ihr Ziel ist es, die Sichtbarkeit der lebendigen Traditionen zu stärken und sie allerorts und jederzeit erlebbar zu machen.

Besonders wichtig ist den Ausstellungsmachern dabei, Bayerns kulturelle Vielfalt abzubilden. Kunstminister Sibler betont anlässlich der Freischaltung der virtuellen bavarikon-Ausstellung: „Bräuche und Feste, Künste und Handwerkstechniken, Tanz und Theater made in Bavaria sind ein selbstverständlicher Bestandteil unseres Alltags. Zugleich sind sie als immaterielles Kulturerbe ein einzigartiger Schatz. Als Historiker und Pädagoge freue ich mich sehr, dass sich die neue bavarikon-Ausstellung diesem wertvollen Kulturerbe widmet. In seinen virtuellen Ausstellungen entfaltet das Kulturportal bavarikon seine ganze Stärke und Vielfalt. Hier werden die einzelnen Kunstobjekte miteinander verknüpft und in einen Gesamtkontext gestellt. Mit den Ausstellungen können wir jederzeit den Reichtum der bayerischen Geschichte und Kultur nach Hause, an den Arbeitsplatz oder in die Schule holen.“

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker freut sich: „Den Ausstellungsmachern ist es hervorragend gelungen, unser lebendiges immaterielles Kulturerbe anschaulich, modern und innovativ zu vermitteln. Dadurch wird uns einmal mehr bewusst: Unsere Traditionen und Bräuche verbinden die Menschen und stehen für Vielfalt, Kreativität und Offenheit.“

Digitalministerin Judith Gerlach betont: „Mit diesem Projekt wird es möglich, online auf Entdeckungsreise zu gehen, und gelebte Traditionen aus allen bayerischen Landesteilen kennenzulernen. So machen wir unsere heimische Geschichte online erlebbar. Mit Hilfe der Digitalisierung kann jetzt jede und jeder Interessierte immer und überall kostenlos in diese Historie eintauchen. Das ist eine wichtige digitale Brücke, die unsere Vergangenheit mit der Zukunft verbindet.“

Fotos, Videos und Tonaufnahmen

Präsentiert wird die Ausstellung in zwei Teilen: Die Sammlung, angelegt als Schaudepot mit allen “Exponaten“, stellt das breite Spektrum der kulturellen Ausdrucksformen anhand von Fotos, Videos und Tonaufnahmen vor. Dieses reicht von überregional bekannten Veranstaltungen wie den Oberammergauer Passionsspielen, über regionale Besonderheiten wie das Spitzenklöppeln in der Oberpfalz bis hin zu tradiertem Natur-Wissen wie in der hochalpinen Alpwirtschaft im Allgäu. Dabei erlebt man deutlich, dass es die Menschen sind, auf die es ankommt und die im Mittelpunkt des immateriellen Kulturerbes stehen. Sie sind es, die sich Wissen und Können früherer Generationen aneignen, es weiterentwickeln und damit zu dessen Erhaltung und Zukunftsfähigkeit beitragen.

Neue kulturelle Ausdrucksformen

Die Zukunftsfähigkeit ist ein wichtiges Stichwort im zweiten Teil der virtuellen Schau. In sechs Ausstellungsräumen hat der Besucher die Möglichkeit, sich zentrale Aspekte des immateriellen Kulturerbes zu erschließen. Thematisiert werden wichtige Fragen, etwa: Wer sind die KulturErben überhaupt, wie werden Wissen und Können an die nächste Generation weitergegeben und welche Innovationen braucht das Tradierte, damit Kulturerbe zukunftsfähig wird? Die Form der virtuellen Präsentation macht es möglich, auch zukünftig wichtige Fragen im Kontext des immateriellen Kulturerbes aufzugreifen und die Sammlung um neue kulturelle Ausdrucksformen zu erweitern, die zwischenzeitlich auch im Bayerische Landesverzeichnis eingetragen sind oder künftig aufgenommen werden.

56 Einträge im Bayerischen Landesverzeichnis

Das Bayerische Landesverzeichnis mit derzeit 56 Einträgen basiert auf den Kriterien des „UNESCO-Übereinkommens zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes“ von 2003, dem Deutschland 2013 beigetreten ist. Für das Umsetzungsverfahren auf Landesebene ist das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat zuständig. Die virtuelle Ausstellung ist ein Projekt des Instituts für Volkskunde der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, wo auch die Beratungs- und Forschungsstelle Immaterielles Kulturerbe Bayern angesiedelt ist.

Dr. Klaus Ceynowa, Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek: „Das immaterielle Kulturerbe Bayerns zu bewahren, zu dokumentieren und weltweit für jedermann zugänglich zu machen, ist ein wichtiges Anliegen. Hier leistet das Kulturportal bavarikon einen bedeutenden Beitrag.“

www.bavarikon.de/kulturerben ❐

Projekt BayernCloud Tourismus nimmt Fahrt auf

BayTM erteilt Zuschlag zu Konzeption und Entwicklung an die Bietergemeinschaft feratel mediatechnologies GmbH/pixelpoint multimedia werbe GmbH

Die Bayern Tourismus Marketing GmbH (BayTM) hat im Rahmen eines EU-weiten Vergabeverfahrens zur Konzeption und Entwicklung der BayernCloud Tourismus den Zuschlag an die Bietergemeinschaft feratel mediatechnologies GmbH/pixelpoint multimedia werbe GmbH erteilt. Gemeinsam mit den Software-Spezialisten geht die BayTM nun in die Umsetzung des offenen Data Hubs für den bayerischen Tourismus.

„Die Digitalisierung gibt unserer Branche die Möglichkeit, noch besser und flexibler auf die Bedürfnisse der Gäste einzugehen und ihnen dadurch beispielsweise neue Reiseerlebnisse und Urlaubsformen zu ermöglichen. Als touristische Dachorganisation des Freistaats ist es unser Ziel, den digitalen Wandel aktiv mitzugestalten und die touristischen Akteure in Bayern bei dieser großen Aufgabe zu unterstützen, sowie vorhandene Potenziale zu heben. Mit der BayernCloud Tourismus stellen wir die Weichen für ein durchdringendes, digitales touristisches Angebot in Bayern. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit der pixelpoint multimedia werbe GmbH, mit der wir einen erfahrenen und kompetenten Partner für dieses zukunftsweisende Projekt an unserer Seite wissen“, sagt BayTM-Geschäftsführerin Barbara Radomski.

Wichtiger Meilenstein

„Die Zusammenarbeit mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH stellt für uns einen wichtigen Meilenstein dar: Sowohl in unserer Unternehmensgeschichte als auch in Bezug auf unsere Vision hin zu einer Welt mit barrierefrei zugänglichen, strukturierten Daten. Bereits bei den ersten Gesprächen waren Reformgeist und -wille bei allen Beteiligten spürbar – exakt der Spirit, den erfolgreiche Projekte von Anfang an benötigen. So sehen wir voller Motivation diesem ehrgeizigen, spannenden Projekt entgegen, bei dem wir sowohl von der Herangehensweise als auch von der Sache selbst zu hundert Prozent überzeugt sind“, freuen sich die Geschäftsführer Bernhard Winkler und Rainer Egen.

Community und Ökosystem

Mit der BayernCloud Tourismus schaffen die Verantwortlichen eine digitale Plattform zum Teilen offener touristischer Daten auf Basis der Softwarelösung dataCycle der pixelpoint multimedia werbe GmbH. „Im Rahmen des Projekts werden wir dataCycle unter eine Open Source Lizenz stellen, was neben Open Data eine wichtige strategische Entscheidung ist für eine nachhaltige Weiterentwicklung, Wartung und langfristige Nutzung der Plattform. So soll das Entstehen einer Community und eines Ökosystems rund um die BayernCloud Tourismus ermöglicht werden. Ebenso ist die Einhaltung von offenen Standards wie schema.org und die Zusammenarbeit mit der Open Data Tourism Alliance (ODTA) ein wichtiger Bestandteil der Entwicklung“, weiß Markus Garnitz, Leiter Kompetenzstelle Digitalisierung der BayTM.

Kostbare Ressourcen

Johannes Zlattinger, Head of Software Engineering dataCycle, fügt hinzu: „Für uns bei data Cycle/pixelpoint zählen Daten sowie Informationen zu den wichtigsten und kostbarsten Ressourcen der Gegenwart und vor allem auch der Zukunft. Um diese Ressourcen optimal zu nutzen, muss der Zugang dazu einfach und effizient möglich sein – und genau auf dieser Mission suchen wir nach Mitstreitern und Partnern. Daher freuen wir uns, gemeinsam mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH die BayernCloud und damit die dafür notwendigen Werkzeuge und Prozesse zu entwickeln und in das bereits bestehende Daten-Ökosystem zu integrieren.“

Datendrehscheibe

Die als Datendrehscheibe konzipierte BayernCloud soll einen einfachen Datenaustausch für unterschiedlichste Akteure ermöglichen und damit alle relevanten touristischen Informationen aus Bayern aktuell und zentral zur weiteren Nutzung und Entwicklung innovativer Lösungen für das touristische Angebot bereitstellen. „Das nachhaltige Modellprojekt ist richtungsweisend für die digitale Transformation im bayerischen Tourismus“, ist sich Radomski sicher. Denn strukturierte Daten wie zum Beispiel die Öffnungszeiten von Bergbahnen und Hütten, ein aktueller Schneebericht, Veranstaltungsinformationen mit Auslastungen, buchbare Zimmer oder Wandervorschläge mit Hinweisen zu Sperrungen stellen ebenso die Grundlage von digitalen Assistenten und anderen Anwendungen auf Basis künstlicher Intelligenz dar.

Im weiteren Projektverlauf sollen neben statischen Daten wie Öffnungszeiten, Adressen oder Sehenswürdigkeiten auch dynamische Daten in die BayernCloud einfließen. Denn um das Ausflugs- und Reiseerlebnis künftig noch attraktiver zu gestalten, ist es wichtig, dass verschiedenste Auslastungsdaten gesammelt und auch in Echtzeit zur Verfügung gestellt werden – veraltete und somit nicht aktuelle Daten verlieren rasant an Aussagekraft und Wirkung. Aus diesem Grund sollen Sensorik-Daten wie Parkplatzauslastungen, aktuelle Besucheraufkommen oder Verkehrsinformationen in Echtzeit in der BayernCloud Tourismus gesammelt und über Plattformen wie beispielsweise den Ausflugsticker Bayern ausgespielt werden.

Die Bayern Tourismus Marketing GmbH (BayTM) ist die offizielle Dachorganisation der bayerischen Tourismus- und Freizeitwirtschaft. Ihr Ziel ist es, die Destinationen und Leistungsträger*innen sowie die gesamte Branche im Freistaat zu unterstützen und zu fördern. ❐

Digitalverband Bitkom:

Umfrage zur Digitalisierung am eigenen Wohnort

Die Ergebnisse sprechen eine klare Sprache: Der Mehrheit der Deutschen geht die Digitalisierung zu langsam voran. Laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Digitalverbands Bitkom unter mehr als 1.000 Personen ab 18 Jahren in Deutschland fordern 86 Prozent von ihrer Stadtverwaltung, die Digitalisierung mit mehr Nachdruck zu verfolgen. 62 Prozent stufen ihren Wohnort sogar als digital rückständig ein.

Eine Möglichkeit, bei der Digitalisierung in Städten und Gemeinden voranzukommen, liegt der Umfrage zufolge in der Kompetenzerweiterung auf Bundesebene. So fordern 81 Prozent der Befragten, der Bund solle bei der Digitalisierung mehr Zuständigkeiten erhalten, um bundesweite Standards schaffen zu können. Derzeit wollen 80 Prozent ihre Verwaltungsangelegenheiten über das Internet erledigen. 88 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die Beantragung, Verlängerung und Zusendung von Dokumenten automatisch ablaufen sollte.

76 Prozent würden den elektronischen Personalausweis beim Online-Amt nutzen. Ähnlich viele sprechen sich für ein einheitliches Servicekonto aus, über das man sich identifizieren, authentifizieren und Zugang zu allen digitalen Verwaltungsleistungen haben kann.

Digitale Angebote für Familien und Kinder

Besonders hoch im Kurs stehen digitale Angebote für Familien und Kinder. 56 Prozent würden gerne Familienleistungen online beantragen, ähnlich viele die Geburtsurkunde und -bescheinigung. Darüber hinaus würden jeweils 94 Prozent ein zentrales Anmeldeportal für Kindergärten und Schulen sowie einen automatischen Vorschlag für einen Kitaplatz gutheißen. Für die Schulen wünschen sich 98 Prozent eine gute IT-Ausstattung und 88 Prozent ein digitales Schwerpunktprogramm an ihrem Wohnort.

Gemäß Onlinezugangsgesetz sollen bis Ende 2022 alle 575 Verwaltungsleistungen digital verfügbar sein. 314 werden gegenwärtig aktiv bearbeitet, davon befinden sich 115 in der Planungs- und 199 in der Umsetzungsphase. 73 Einzelleistungen sind für Bürgerinnen und Bürger bundesweit verfügbar. 64 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass die fristgerechte digitale Umsetzung aller Leistungen nicht gelingt, 33 Prozent glauben an den Erfolg des Vorhabens.

Auf großes Interesse stoßen auch digitale Sicherheitskonzepte: So würden sich 96 Prozent Katastrophenwarnungen von den Behörden via Smartphone wünschen, etwa bei schweren Unwettern. Aber auch in punkto örtliche Sicherheit zeigen sich viele offen: Bodycams befürworten 86 Prozent bei der Feuerwehr und 82 Prozent bei der Polizei. 79 Prozent sprechen sich für eine datenschutzkonforme Videoüberwachung an öffentlichen Orten aus. 75 Prozent sind für den Ausbau der Onlinewachen bei der Polizei und sieben von zehn 70 Prozent für den Einsatz von Drohnen bei Großveranstaltungen. 68 Prozent befürworten systematische Social-Media-Analysen, um Straftaten aufzudecken und zu verfolgen, während 59 Prozent für die Einführung freiwilliger Meldesysteme für Bürger plädieren, um Videomaterial und Hinweise für die Fahndung von Tatverdächtigen hochzuladen.

88 Prozent stimmen der Aussage zu, dass Städte und Gemeinden ihre Digitalisierung vorantreiben müssen, um nicht abgehängt zu werden. Für 79 Prozent ist außerdem klar, dass die Digitalisierung dabei hilft, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen.

Im städtischen Raum sehen die Bürger vor allem in verbesserten Bildungsangeboten für Kinder (78 Prozent), neuen Mobilitäts- und Verkehrskonzepten (76 Prozent) sowie in der Erhöhung der öffentlichen Sicherheit (70 Prozent) die größten Chancen. 63 Prozent gehen davon aus, dass durch die Digitalisierung die Verwaltungen entlastet und die Umweltbelastung reduziert würde (62 Prozent).

81 Prozent erhoffen sich durch die Digitalisierung auch in ländlichen Regionen bessere Bildungsangebote für Kinder. Weitere Vorteile sehen die Befragten in der gesteigerten Attraktivität des ländlichen Raums als Lebens- und Arbeitsort (79 Prozent) und für Unternehmen (71 Prozent). 66 Prozent erwarten, dass die Arbeit der Kommunalverwaltungen entlastet wird, während 63 Prozent davon ausgehen, dass sich durch die Digitalisierung die medizinische Versorgung im ländlichen Raum verbessert. **DK**

Staatsregierung schnürt Digitalpaket

Die Bayerische Staatsregierung stärkt ihre Strukturen für die Digitalisierung. Dies hat der Ministerrat im Rahmen einer Klausurtagung beschlossen.

Das Eckpunktepapier zur Digitalpolitik des Freistaats umfasst zunächst eine neue Digitalagentur und einen interministeriellen Digitalrat unter Vorsitz des Digitalministeriums. Auch die neue Digitalagentur wird im Geschäftsbereich des Digitalministeriums angesiedelt. Sie soll den Ressorts und Kommunen als fachlich hochkompetente operative Beratungsstelle zur Seite stehen und Digitalisierungs- sowie Cloudprozesse von Anfang an eng begleiten. Der Digitalrat wird zur Lenkung und Steuerung der Digitalen Transformation und ihrer strategischen Grundsatzfragen innerhalb der Staatsregierung eingesetzt. Er überprüft auch regelmäßig den Abruf der für die Digitalisierung verfügbaren Haushaltsmittel.

Das Digitalministerium erhält zudem ein Beschleunigungsbudget in Höhe von 16 Millionen Euro, mit dem Digitalvorhaben der Staatsregierung flexibel und zügig umgesetzt werden können. Das Budget kann auch für IT-Projekte im Zuständigkeitsbereich der anderen Ressorts verwendet werden. Ein umfangreiches Digitalmonitoring wird die Fortschritte bei der Digitalisierung begleiten.

Zudem wird die Kooperation mit einem IT-Dienstleister künftig dafür sorgen, dass IT-Projekte der öffentlichen Verwaltung effektiver und schneller umgesetzt werden können. Geplant ist eine Zusammenarbeit mit der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung Bayern (AKDB). Damit sollen auch passgenaue Lösungen für Kommunen bereitgestellt werden.

Darüber hinaus plant die Staatsregierung einen Pakt für digitale Infrastruktur gemeinsam mit den Kommunen und Betreibergesellschaften. Damit soll der Ausbau einer gigabitfähigen Infrastruktur in ganz Bayern beschleunigt werden.

Die Staatsregierung ist überzeugt, dass die Maßnahmen des Digitalpakets „spürbare Fortschritte bei der Alltagsdigitalisierung“ bringen werden. Sie seien ein kräftiger Booster für den digitalen Freistaat. **DK**

Bayerisch-israelisches Kooperationsprojekt „Smart City Werkstatt“:

Stadtplanerische Zukunftslösungen im Visier

Es gibt zahlreiche Initiativen, den lokalen Lebensraum gemeinsam zu gestalten. Sie werden nun bereichert durch einen bilateral-bayerisch-israelischen, „frischen“ und ergebnisoffenen Ansatz, bei dem alle Generationen zu Wort kommen. Konkret geht es um die Entwicklung von Ideen und Vorschlägen für smarte Städte und Gemeinden in Israel und in Bayern.

Mit studentischer Beteiligung fand nun erstmals die „Smart City Werkstatt“, ein gemeinschaftliches Projekt des Bayerischen Wirtschaftsministeriums, des israelischen Generalkonsulats, der Hanns-Seidel-Stiftung, des Deutsch-Israelischen Zukunftsforums sowie der Stiftung zur Förderung des Internationalen Jugendaustausches in Bayern statt. Partnerkommunen waren die Stadt Neu-Ulm und die „Smart Region“ Fuchstal. Bei einer Abschlussveranstaltung im Munich Urban Colab wurden Ansätze für stadtplanerische Zukunftslösungen präsentiert. Zuvor hatten sich Studenten aus Bayern und Israel im Rahmen einer Exkursion mit den örtlichen Aufgabenstellungen bekannt gemacht, die vor allem die Ortskerne und deren lebenswerte Gestaltung, Nutzung und Erreichbarkeit betreffen.

Stadt Neu-Ulm

Wie der Neu-Ulmer Stadtplaner Chris Häußler erläuterte, identifizierten die Studenten als Zukunftsthemen für die Innenstadt die Belebung des öffentlichen Raums und die Stärkung des Fußgängerverkehrs. Besonders großes Potenzial sahen die Teilnehmer am Donauufer. Dieser Stadteingang sollte aus Sicht der Studenten noch stärker genutzt werden, beispielsweise durch bessere Zugänge zum Wasser, soziale Treffpunkte und Attraktionen für Sport, Kultur und Tourismus. Inspiriert waren die Werkstattergebnisse durch die Zusammenarbeit mit Architekten und die Auseinandersetzung mit internationalen Gestaltungsbeispielen für städtische Uferpromenaden.

Darüber hinaus beschäftigten sich die Studenten auch mit zukunftsfähigen Konzepten für kleine Einzelhandelsflächen. Ideen waren beispielsweise ein Mentoring-Programm für junge Unternehmen und die Nutzung leerstehender Ladenlokale als „Pop-Up-Museen“ oder für Kulturevents.

Synergieeffekte nutzen

Vor dem Hintergrund, dass sich im Neu-Ulmer Stadtteil Schwaighofen die Universität befindet, kam die Idee auf, Synergieeffekte des Stadtteils zu nutzen. Entstehen soll ein Living Lab mit neuen Technologien und Innovationen. Menschen sollen dort ihre Ideen vor allem im Bereich smart city umsetzen und ausprobieren können. Der Fokus liegt dabei u.a. auf den Themen erneuerbare Energien, autonomer Transport, smart housing und Recycling. Auch schlugen die Studenten vor, einen autonomen Stadtbus durch das Stadtviertel fahren zu lassen, sowie den Stadtkern Neu-Ulms mit „New Neu-Ulm“ durch einen autonomen Bus zu verbinden.

Neu-Ulm ist eine von elf Kommunen in Bayern, die den Zuschlag für das Modellprojekt „Smart Cities Smart Regions – Kommunale Digitalisierungsstrategien für Städtebau und Mobilität der Zukunft“ des Bayerischen Staatministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr erhalten hat. „Smart City“ nennt sich wiederum ein Pilotprojekt des Bundesinnenministeriums, an dem unter anderem auch die Gemeinde Fuchstal mit den Gemeinden Apfeldorn und Unterdießen (Landkreis Landsberg am Lech) teilnimmt.

Gemeinde Fuchstal

Laut Corinna Sinken, VG Fuchstal, liegt eine Stärke der Gemeinden im Bereich erneuerbare Energien. So verknüpft die Gemeinde Fuchstal das Smart-City-Modellprojekt mit einem weiteren vom Bund geförderten Projekt namens „Energiezukunft Fuchstal“. Mit Wind- und Sonnenkraft, einer Biomasseanlage, Batterie- und Wärmespeicher sowie einem Nahwärmenetz will man mittelfristig zum Energie-Selbstversorger werden.

Im Zuge des Wandels von Bauern- zu Wohndörfern und eines hohen Zuzugsdrucks von Familien sowie wohlhabenden älteren Menschen sei es das Ziel, so Sinken, die schöne Landschaft und die Tradition zu bewahren. Deshalb müssten auch die Gemeinden den Weg in Richtung smart city gehen. Das Augenmerk liege hier auf der Weiterentwicklung eines Datennetzwerks, um beispielsweise die Erzeuger erneuerbarer Energien mit den Verbrauchern zu vernetzen und effizienter zu werden.

Abgerundet wurde die „Smart City Werkstatt“ mit einer Keynote von Michael Leidl (Arc Architekten, Bad Birnbach) zum Thema „Erlebnisort Stadt – Außeneinsichten eines Artgenossen“ sowie Präsentationen von Smart City Start-ups aus Israel und Bayern.

Atalanda mit Sitz in Freilassing ist ein deutsches Dienstleistungsunternehmen, das Plattformen für lokale Online-Marktplätze in mittlerweile über 20 Städten mit mehr als 500 Händlern anbietet. Laut Firmengründer Roman Heimbold sind diese ein wichtiger Bestandteil von smart city Projekten. Menschen können online lokal einkaufen, Bestellungen von Einzelhändler liefern lassen oder einfach nur im Internet stöbernd die Stadt erleben. Einzelhändler bekommen zusätzlich einen eigenen Online-Shop, sog. Micro Shops. Städte erhalten die Möglichkeit, den Online-Marktplatz in einer App mit anderen digitalen Services zu integrieren (Übernahme der Software). Ziel ist es, die Stadt als Einzelhandelsmarktplatz zu erhalten, jedoch konkurrenzfähig in Bezug auf den Online-Handel zu machen.

StartUp „KistenKrämer“

Mit kompakten Selbstbedienungsshops auf knapp 15 Quadratmeter Fläche und einem Franchise-Konzept will das Start Up „KistenKrämer“ ein Basissortiment an regionalen Produkten und Waren des täglichen Bedarfs in ländliche Gemeinden bringen. Im Oktober wurde in der Gemeinde Brennberg (Landkreis Regensburg) der bayernweit erste Minisupermarkt eröffnet, wie Heike Zeller berichtete. Mit 450 Artikeln soll die Grundversorgung gewährleistet werden. Mindestens 50 Prozent der angebotenen Waren müssen direkt aus der Region kommen, der Rest wird vom Großhandel bezogen.

Bei der Kiste handelt es sich um einen Verkaufsladen, der unkompliziert aufgestellt und flexibel versetzt werden kann. Dank kontaktloser Selbstbedienung wird ein flexibles Einkaufen ermöglicht. Die Artikel werden nach dem Einkauf selbst an der Kasse gescannt und mit Karte oder bar bezahlt. Ziel ist es, die Selbstversorgung vor Ort möglich zu machen, Dorfläden zurückzubringen und lokale Erzeuger zu unterstützen. Auch besteht die Möglichkeit, ein eigenes Business zu starten.

ResponCity

Ein einzigartiges, innovatives Bildungsprogramm und zugleich eine Bürgerinitiative ist Respon City. Das Programm wurde entwickelt, um Jugendliche mit Fähigkeiten des 21. Jahrhunderts und sozial-emotionalen Kompetenzen zu stärken – durch PBL (problembasiertes Lernen), SEL (sozial-emotionales Lernen) und kommunale Innovation. Nach Angaben des Gründers und Geschäftsführers von Responcity Ltd., Yaron Jacobs, lernen die Teilnehmer, engagierte Bürger zu werden und entwickeln die Fähigkeiten, die für den Markt von morgen nötig sind.

Alle Programme sind auf einer benutzerfreundlichen digitalen Plattform untergebracht. Bald auch in Deutschland verfügbar ist die Responcity-App, ein unterhaltsames, erlebnisreiches Lernwerkzeug für Schüler und Lehrer, die eine interaktive digitale Umsetzung des Responcity-Programms ermöglicht. Auf diese Weise kann durch das Zusammentragen von Ideen ein internationaler Austausch über Aktivitäten und Projekte stattfinden. Zudem können Synergieeffekte genutzt werden. **DK**

Bayern & Deutsche Glasfaser unterzeichnen Letter of Intent

„Der erfolgreiche Breitbandausbau ist ein wichtiger Schlüssel für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Freistaat – dieses Ziel hat in Bayern Verfassungsrang. Wir brauchen eine zukunftsfeste Internetanbindung aller bayerischen Haushalte. Nur gemeinsam schaffen wir den Glasfaserausbau in ganz Bayern. Wir begrüßen daher das starke Engagement der Deutsche Glasfaser beim Breitbandausbau in Bayern, besonders in den ländlichen Regionen. In einer gemeinsam unterzeichneten Absichtserklärung unterstützen wir auch moderne Verlegeverfahren für einen zügigen und kostengünstigen Ausbau“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der Unterzeichnung eines Letter of Intent (Absichtserklärung / LOI) mit der Deutsche Glasfaser Holding GmbH.

Der Freistaat hat seit 2014 bereits über 1,5 Milliarden Euro Fördergelder für den Breitbandausbau in Bayern zugesagt. „Um die Fortschritte beim Glasfaserausbau für unsere Bürgerinnen und Bürger noch transparenter darzustellen, haben wir



Thorsten Dirks, CEO Deutsche Glasfaser. Bild: Deutsche Glasfaser

eine neue Online-Karte im BayernAtlas integriert. Diese zeigt übersichtlich und detailliert, wo in ganz Bayern durch den Freistaat geförderte Glasfaserleitungen verlegt wurden. Geförderte Leitungen können von allen Anbietern verwendet werden! Das schafft Synergien, erleichtert den privaten Netzbetreibern ihre Ausbauplanung enorm und bringt dadurch die Infrastruktur in Bayern zügig voran!“, erklärte Füracker.

“Wir freuen uns darauf, in den nächsten vier Jahren entscheidend zum flächendeckenden Glasfaserausbau in Bayern beizutragen und seine ländlichen und suburbanen Regionen zukunftssicher zu machen“, sagte Deutsche Glasfaser CEO Thorsten Dirks. “Wir kennen die Anforderungen und Bedürfnisse der Menschen, Unternehmen und Kommunen im Freistaat und wollen sie als vertrauensvoller Partner zuverlässig und persönlich begleiten.”

Bis Ende 2025 will die Deutsche Glasfaser Holding GmbH in Bayern etwa 550.000 Haushalte mit Glasfaser versorgen. Durch die Unterzeichnung des LOI hat der Freistaat bekräftigt, den vorrangig eigenwirtschaftlichen Ausbau und die Anwendung moderner Verlegeverfahren zu unterstützen. Der Freistaat Bayern unterstreicht damit die Notwendigkeit von effizienter Zusammenarbeit von Privatwirtschaft und staatlichen Stellen beim Ausbau von digitaler Infrastruktur.

WebMapService

Ab sofort stellt der Freistaat die im Rahmen der Bayerischen Breitbandrichtlinie und der Bayerischen Gigabitrichtlinie geförderte Infrastruktur in ganz Bayern anhand eines WMS (Web MapService) – „Geförderte Infrastruktur“ im BayernAtlas digital für jedermann zur Verfügung. Auf einen Blick ist erkennbar, wo finanziell geförderte Glasfaserleitungen vor Ort bereits existieren und beim weiteren Ausbau von Telekommunikationsunternehmen verwendet werden können. Deren Mitnutzung steht nämlich allen Marktteilnehmern offen. Das erleichtert den Anbietern die Planung des weiteren Breitbandausbaus. Daneben können auch interessierte Bürgerinnen und Bürger den genauen Verlauf der geförderten Glasfaserleitungen in ganz Bayern bis zu einzelnen Gebäuden verfolgen. Zu finden ist der neue WMS im BayernAtlas unter: Bayern Atlas - der Kartenviewer des Freistaates Bayern. ❐



M-net ist der erste klimaneutrale Telekommunikationsanbieter in Deutschland:

Klimaneutralität validiert

Glasfaser ist wichtige Voraussetzung einer klimaverträglichen Internet-Infrastruktur

Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net ist der erste klimaneutrale Telekommunikationsanbieter in Deutschland. Das gab das Unternehmen anlässlich seines 25-jährigen Firmenjubiläums bekannt. Im Rahmen einer ambitionierten Klimastrategie hat das Unternehmen seit dem Jahr 2019 bereits rund 90 Prozent der vermeidbaren Treibhausgasemissionen eingespart. Durch den TÜV Rheinland wurde nun die Klimaneutralität des Unternehmens für das erste Halbjahr 2021 validiert. Auf dem Empfang anlässlich des Jubiläums gratulierten unter anderem Bayerns Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, Münchens zweite Bürgermeisterin, Katrin Habenschaden, und der Vorsitzende der Geschäftsführung der Stadtwerke München, Dr. Florian Bieberbach, M-net zum Jubiläum und zur Erreichung dieses Meilensteins in Punkto Klimaschutz.

Bereits seit dem Jahr 2018 arbeitet der Münchner Glasfaseranbieter daran, seinen CO2-Fußabdruck konsequent zu verringern. Seit dem Jahr 2020 verfolgt das Unternehmen eine eigene Klimastrategie, die gemeinsam mit externen Experten von Bosch Climate Solutions entwickelt und umgesetzt wurde. Auf die Analyse des CO2-Abdrucks im Basisjahr 2019 folgte die Konzeption und Umsetzung von Maßnahmen zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes. Dabei orientiert sich M-net am 4-Hebel-Konzept von Bosch Climate Solutions, das auf vier unterschiedlich gewichteten Ansatzpunkten zum Erreichen einer hochwertigen Klimaneutralität beruht. Dazu zählen – der Reihenfolge nach – die Erhöhung der Energieeffizienz, der Ausbau erneuerbarer Energien, der Zukauf von Grünstrom sowie die Kompensation von unvermeidbaren Emissionen. Für das erste Halbjahr 2021 konnte nun durch den TÜV Rheinland als externe Prüfgesellschaft die Klimaneutralität von M-net festgestellt werden.



V. l.: Dr. Hermann Rodler und Nelson Killius (M-net), Katrin Habenschaden (2. Bürgermeisterin Landeshauptstadt München), Judith Gerlach (Staatsministerin für Digitales) und Prof. Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stadtwerke München GmbH (SWM). Bild: M-net / Jonathan Sage

Nachhaltigkeit und Klimafreundlichkeit

Die bayerische Digitalministerin Judith Gerlach gratulierte M-net zum Firmenjubiläum: „Die digitale Transformation ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Grundlage dafür ist eine hochleistungsfähige, digitale Infrastruktur. Ich begrüße sehr, dass sich M-net darüber hinaus für Nachhaltigkeit und Klimafreundlichkeit einsetzt. Das ist ein gutes Signal weit über den Innovationsstandort Bayern hinaus."

Eine wichtige Grundlage für die starke Klimabilanz des Unternehmens ist nicht zuletzt die leistungsstarke Glasfaser-Infrastruktur, die M-net immer weiter ausbaut und immer näher an die einzelnen Wohnungen und Büros der Kunden führt. Im Gegensatz zu kupferbasierten Technologien ist für die Übertragung per Glasfaser ein deutlich geringerer Energieaufwand bei gleichzeitig höheren Leistungsmerkmalen notwendig. „Wir freuen uns, im 25. Jahr unseres Bestehens nicht nur Bayerns führender Glasfaseranbieter, sondern auch der erste klimaneutrale Telekommunikationsanbieter in Deutschland zu sein. Das zeigt ganz klar: Innovation und Nachhaltigkeit gehen Hand in Hand", sagt Nelson Killius, Sprecher der Geschäftsführung von M-net, und bezieht weiter klare Position für das Unternehmens zum Klimaschutz: „Als Anbieter aus der Region für die Region und Tochter von kommunalen Gesellschaftern haben wir einen klaren Auftrag für nachhaltiges Wirtschaften. Deshalb ist es unser Ziel, auch weiter entlang der Wertschöpfungskette Emissionen nicht nur zu kompensieren, sondern in allen Bereichen des eigenen Wirtschaftens ganz zu vermeiden."

90 Prozent der Treibhausgas-Emissionen eingespart

M-net führte in den vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen durch, um das Unternehmen komplett klimaneutral auszurichten. Dies umfasste beispielsweise den Einsatz von energieeffizienten Leuchtmitteln, eine intelligente Beleuchtungssteuerung sowie eine Temperaturoptimierung in den Rechenzentren. Dadurch erhöht M-net die Energieeffizienz und spart aktiv Energie ein. Darüber hinaus investiert der Telekommunikationsanbieter nachhaltig in erneuerbare Energien. Seit Sommer 2021 werden dazu einzelne Glasfaser-Verteilerschränke (FTTC-Container) mit Photovoltaikanlagen zur eigenen Energieversorgung ausgestattet. Zudem betreibt M-net alle unternehmenseigenen Standorte, an denen eine Wahlmöglichkeit für den Strombezug besteht, sowie die Rechenzentren mit zertifiziertem Grünstrom. Durch all diese Maßnahmen konnten im Vergleich zum Basisjahr 2019 bereits rund 90 Prozent der Treibhausgasemissionen eingespart werden.

Die gesamten verbleibenden CO2-Emissionen nach Scope 1 und 2 beliefen sich im ersten Halbjahr 2021 auf eine Summe von 387 Tonnen – weniger, als ein Flugzeug auf einem einzigen One-Way Flug von München nach New York ausstößt. Diese Emissionen gleicht M-net über Zertifikate für ein internationales Klimaschutzprojekt aus. Derzeit fördert der Telekommunikationsanbieter die Aktion „Sauberes Trinkwasser Diana Madagaskar", die nach dem „Gold-Standard" anerkannt ist – einem der weltweit strengsten Zertifizierungsstandards. Im Rahmen des Projekts wird eine einfache und günstige Wasserversorgung mit Solarpumpen aufgebaut, um die Treibhausgasemissionen durch das Abkochen von schmutzigem Wasser zu vermeiden, Krankheiten zu verhindern und eine Bewirtschaftung von Feldern zu ermöglichen. Darüber hinaus wird M-net auch direkt vor Ort in der Heimat aktiv und unterstützt noch in diesem Jahr in einem Waldstück bei Poing nahe München ein Klimaprojekt zur Aufforstung: Gemeinsam mit der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Bundesverband e. V. legen Mitarbeitende dann selbst Hand an, um in dem geschädigten Waldgebiet durch die Bepflanzung mit heimischen, klimatoleranten Baumarten einen natürlichen CO2-Speicher zu schaffen und damit zugleich die Biodiversität zu fördern.

Für eine grünere Zukunft

Für die Umsetzung der geplanten, vollständigen Klimaneutralität bis 2025 hat M-net bereits weitere konkrete Maßnahmen angesetzt. So werden unter anderem die M-net-Standorte noch energieeffizienter ausgerüstet. Ab 2022 wird die Fahrzeugflotte komplett auf Elektrofahrzeuge umgestellt. Zudem sollen auch die indirekten Emissionen (Scope 3 nach Greenhouse Gas Protocol) kontinuierlich reduziert und – sofern unvermeidlich – kompensiert werden. Dabei handelt es sich um Emissionen, die vor- und nachgelagert in der Wertschöpfungskette entstehen – wie beispielsweise für die Beheizung oder Klimatisierung von angemieteten Liegenschaften, die künftig in Kooperation mit den Stadtwerken München zumindest für einen Teil der Standorte durch Fernwärme per Geothermie realisiert werden soll. Mit seiner ambitionierten Klimastrategie möchte M-net nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Pariser Klimaschutzabkommen leisten, sondern gleichzeitig zu einer nachhaltigeren Wirtschaft und Zukunft in der Region beitragen.

Vorbildrolle

Das befürwortet auch Katrin Habenschaden, zweite Bürgermeisterin der Stadt München: „Wir wissen nicht zuletzt aus der Verkehrspolitik und Stadtplanung, dass digitale Infrastruktur helfen kann, lange Stauzeiten zu reduzieren, den Stromverbrauch intelligenter zu steuern und dadurch zur Einsparung von CO2-Emissionen beizutragen", erklärt sie. „Die Stadtwerke-Tochter M-net nimmt nun zudem als klimaneutraler Anbieter eine Vorbildrolle ein. Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg Münchens zu einem nachhaltigen Standort mit einem grünen urbanen Ökosystem."

Glasfaser-Infrastruktur bildet wichtige Grundlage für die Klimabilanz

M-net setzt nicht nur als Unternehmen selbst auf aktiven Klimaschutz, sondern ist sich auch seiner Vorbildfunktion als Telekommunikationsanbieter bewusst. Denn auch alle Bürgerinnen und Bürger selbst können durch die Art ihrer Internetnutzung aktiv zum Klimawandel beitragen. Deshalb stehen bei M-net Lösungen auf Basis von Glasfasertechnologie so deutlich im Fokus. Glasfaser ist im Vergleich zu anderen Übertragungswegen leistungsstärker und nachhaltiger, da keine Umwandlung in elektrische Signale erforderlich ist. Das gilt in besonderem Maße für FTTH (Fiber to the Home) – also Glasfaser bis in die einzelnen Wohnungen und Büros.

Wie eine Studie des Umweltbundesamt zeigt, ist beim Video-Streaming die Art der Datenübertragung entscheidend für die Klimabilanz. Eine Videoübertragung über Glasfaser verursacht im Vergleich zu VDSL halb so viel Treibhausgasemissionen und ist sogar fast 50-mal effizienter als über UMTS. „Mit einer durchgängigen Glasfaserversorgung, also nur FTTH, könnten wir in einer Großstadt wie München auch im Vergleich zur VDSL-Übertragung über Kupferleitungen rund 330.000 Tonnen CO2 pro Jahr einsparen. Damit könnten wir gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern sehr aktiv zum Klimaschutz beitragen", so Dr. Hermann Rodler, Technischer Geschäftsführer bei M-net. „Die technische Basis dafür haben wir bereits mit dem konsequenten FTTH-Ausbau sowie dem M-net Bayern-Ring gelegt, der als erstes Quanten-Netz die bayerischen Ballungsräume über eine durchgängige Glasfaser-Infrastruktur mit dem größten deutschen Internetknoten DE-CIX in Frankfurt verbindet." Technisch sind über dieses hochmoderne Daten-Netzwerk nicht nur Bandbreiten von bis zu 76 Terabit/s über eine einzelne Glasfaser möglich, sondern der Energieverbrauch einer 200 Gbit/s Leitung von München nach Frankfurt verringert sich um nahezu 90 Prozent gegenüber herkömmlichen DWDM-Systemen. ❐

„Internet ist keine Pöbelbude"

Gerlach fordert EU-Rechtsänderung

Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach begrüßt die bundesweite Polizeiaktion gegen Hass und Hetze im Internet und fordert gleichzeitig auch entsprechende Verschärfungen im EU-Recht.

Bei der geplanten europäischen Regulierung großer Plattformbetreiber und Internetkonzerne (Digital Services Act DSA) müssten Beschwerde-Hotlines, klare Löschfristen und ein Jugendschutz-Cockpit festgeschrieben werden. Gerlach erklärte: „Das Internet ist keine Pöbelbude. Wer denkt, Hass und Hetze falle unter Meinungsfreiheit, ist schief gewickelt und muss mit Konsequenzen rechnen. Bayern geht diesen Weg sehr konsequent. Auch auf europäischer Ebene müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen jetzt auch entsprechend verschärft werden."

Konkret fordert die Ministerin die Festschreibung definierter Löschfristen für Inhalte mit Hass oder Hetze im Netz. Ähnlich wie beim deutschen Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) müsse auch beim DSA klar geregelt sein, innerhalb welcher Zeit die Internetkonzerne verpflichtet sind, bestimmte Inhalte aus dem Netz zu nehmen. Zudem sollten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, über nationale Beschwerde-Hotlines ihr Anliegen in deutscher Sprache dem jeweiligen Internetkonzern mitzuteilen. Um Jugendschutzbestimmungen stärker zu berücksichtigen, fordert Gerlach mehr Möglichkeiten zu deren Durchsetzung. Sie schlägt die verpflichtende Einführung eines Jugendschutz-Cockpits für Eltern vor. ❐

Bayern Server wird gezielt weiterentwickelt:

Freistaat baut digitale Vorreiterrolle aus

Künftig noch mehr moderne, sichere und nutzerfreundliche eGovernment-Leistungen

Der Bayern Server ist die leistungsfähige und sichere staatliche Rechenzentrums-Infrastruktur des Freistaats. Diese hat sich gerade während der Pandemie bewährt und wird künftig eine noch wichtigere Rolle spielen, etwa für die digitale Souveränität Bayerns. Der Bayern Server wird daher mit einer Vielzahl von Maßnahmen gezielt weiterentwickelt. Das stärkt die Digitale-Vorreiterrolle des Freistaats und ermöglicht es, den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen zukünftig noch mehr moderne, sichere und nutzerfreundliche eGovernment-Leistungen zur Verfügung zu stellen.

So wird beispielsweise die Digitalisierung der Verwaltung durch ein neues Kunden-Center kompetent begleitet, dass maßgeschneidert auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen staatlichen Institutionen eingehen kann.

Im neuen Center zur Umsetzung des Online-Zugang-Gesetzes (OZG) werden Expertinnen und Experten die Staatsverwaltung bei der Konzipierung moderner, sicherer und nutzerfreundlicher Online-Dienste unterstützen.

Der Bayern Server wird zudem um eine neugeschaffene Innovationsgruppe erweitert, in der neueste Technologien aufgegriffen und auf ihre Einsetzbarkeit in der Verwaltung sowie im Kontakt mit den Bürgern direkt erprobt werden können.

Auch ist das bereits seit September 2020 eingerichtete spezielle Schulrechenzentrum technischer Ansprechpartner bei der Digitalisierung im Bildungsbereich und entlastet dadurch unmittelbar die Schulen vor Ort.

Bei allen Maßnahmen wird der Bayern Server stets eng mit dem geplanten Digitalrat und der künftigen Digitalagentur sowie dem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) zusammenarbeiten. ❐

Landratsamt Fürstenfeldbruck ist „Digitales Amt"

Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach hat diese Auszeichnung jetzt dem Landratsamt für besonderes Engagement bei Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen verliehen. Als „Digitales Amt" dürfen sich bayerische Kommunen bezeichnen, die bereits mindestens 50 Online-Verfahren im sogenannten BayernPortal verlinkt haben. Diese Behörden werden zudem auf der Webseite des Staatsministeriums für Digitales veröffentlicht, um zu zeigen, welche Kommunen bei der Digitalisierung bereits gut vorangekommen sind.

Digitalministerin Gerlach erklärte: „Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine der wichtigsten Aufgaben der bayerischen Kommunen in den nächsten Monaten. Einige sind hier bereits vorbildlich unterwegs. Mit unserem neuen Prädikat ‚Digitales Amt' wollen wir nicht nur das Engagement dieser Gemeinden, Städte und Landkreise würdigen. Wir wollen auch den Bürgerinnen und Bürgern dort zeigen: Schaut her, hier könnt Ihr viele Eurer Anliegen schon online erledigen."

„Von insgesamt 71 bayerischen Landratsämtern erhielten wir als neuntes diese Auszeichnung, was uns zeigt, dass wir auf einem sehr guten Weg sind", freut sich Landrat Thomas Karmasin.

Derzeit stehen bereits 60 Verwaltungsleistungen des Landratsamtes als Online-Verfahren zur Verfügung. Eine Übersicht über alle online verfügbaren Verwaltungsleistungen ist auf der Webseite des Landratsamts unter www.lra-ffb.de/amt-service/online-die ❐

Interkommunale Zusammenarbeit

Regierung von Unterfranken bewilligt Marktheidenfeld 90.000 Euro für die Entwicklung und Umsetzung eines Datenschutzkonzeptes

Teilnehmer dieses Kooperationsprojektes sind die Städte Marktheidenfeld und Rothenfels, die Marktgemeinden Karbach und Triefenstein, die Gemeinden Birkenfeld, Bischbrunn, Erlenbach, Esselbach, Hafenlohr, Roden und Urspringen, die VGem Marktheidenfeld, die Schulverbände Bischbrunn, Hafenlohr, Karbach, die Mittelschule Marktheidenfeld und Urspringen, der Abwasserzweckverband Esselbach, die Wassergruppe Marktheidenfeld sowie die Kommunale Allianz Marktheidenfeld e.V..

Die qualifizierte Entwicklung und Umsetzung der vorgenannten Konzepte wird durch die gemeinsame Beauftragung eines externen Dienstleisters als Datenschutzbeauftragten sichergestellt.

85 % Förderung

Grundlage der Förderungen ist die Richtlinie für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit. Die Regierung von Unterfranken hat die Kooperationen als vorbildhaft und förderungswürdig anerkannt. Die Förderung der Stadt Marktheidenfeld beträgt 85% der zuwendungsfähigen Gesamtkosten bis zu einer Höchstgrenze der Fördersumme von 90.000 Euro.

Die staatliche Förderung erfolgt im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration im Rahmen des vom Bayerischen Landtag beschlossenen Staatshaushalts. ❐

1,1 Mio Euro Fördermittel des Bundes für den Breitbandausbau in Augsburg

Die Stadt Augsburg erhält 1,1 Mio. Euro aus Fördermitteln des Bundes. Mit dieser Förderung können 73 Kilometer Glasfasernetz ausgebaut werden. Davon werden 80 Haushalte sowie 12 Unternehmen im Norden Augsburgs profitieren. Die Förderquote des Bundes beträgt 50 Prozent und wird durch Landesmittel und Eigenmittel ergänzt. Die Gesamtkosten für den vorgesehenen Breitbandausbau belaufen sich insgesamt auf 2,2 Mio. Euro. Die Bundesregierung erleichtert damit die bestehende Breitbandförderung in Gebieten, in denen kein marktgetriebener Ausbau stattfindet. ❐



Station in Hof. V.l.: Richard Himes, Stadt Hof, Shuttle Modellregion Hof SMO, Ralf Borowsky, Projektleitung SMO, Korbinian Göths, Landkreis Hof, Anna Köppel, atene KOM, Klaus Gruber, Wirtschaftsförderung, atene KOM, Vanessa Wagner, Netzwerkmanagerin, Smart Cities Team, Landkreis Hof, Wilko Westphal, atene KOM, Eva Döhla, Oberbürgermeisterin Stadt Hof, Walter Friedl, Wirtschaftsförderer, Stadt Hof, Milena Merling und Sven Kotschenreuther, beide atene KOM. Bild: atene KOM GmbH

atene KOM-Zukunftsreise:

Tour durch das vernetzte Bayern

Im Rahmen seiner Tour durch das gesamte Bundesgebiet hat das Infomobil der atene KOM vor kurzem auch die bayerischen Kommunen Hof, Weiden, Geisenhausen, Ruhstorf an der Rott, Rosenheim, Traunstein, Cham, Grafenau und Kirchheim bei München besucht. Unter dem Motto „Deutschland – eine Zukunftsreise" konnten sich Bürger, Bürgermeister und lokale Akteure über die Potenziale des Breitbandausbaus und der damit verbundenen Technologien informieren, von ihren Erlebnissen und Erfahrungen im Kontext der Digitalisierung berichten sowie konkrete Anwendungsfelder und Geräte kennenlernen und selbst ausprobieren.

Um die regionalen Strukturen, Bedürfnisse und Kompetenzen mit aufzugreifen, wurden die thematischen Schwerpunkte der einzelnen Termine eng mit den Kommunen und Landkreisen abgestimmt. In Hof lag das Augenmerk unter anderem auf dem Thema Mobilität. Neben einem autonom und elektrisch fahrenden Kleinbus der Shuttle Modell Region Oberfranken stellte die atene KOM das Projekt TEMPUS vor. Dabei handelt es sich um ein Pilotprojekt der Landeshauptstadt München, in dem hochrangige Partner aus Verwaltung, Technologie, Wirtschaft und Forschung zusammenarbeiten, um ein Testfeld für automatisiertes und vernetztes Fahren im urbanen Straßenverkehr zu erproben. Die Agentur für Technologie und Netzwerke übernimmt hierfür die Projektkoordination.

Gütesiegel Breitband Schulen

In Cham stand neben dem Thema Breitbandausbau auch die Digitalisierung im Bildungswesen im Vordergrund: Die Grund- und Mittelschule Roding erhielt vom Kompetenzzentrum Digitale Bildung der atene KOM das Gütesiegel Breitband Schulen, das der Schule Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit der schulischen IT-Grundstruktur bescheinigt. Bundesweit ist dies der erste Standard zur Sicherung elementarer technischer Voraussetzungen des Schulnetzes. Beim Tag der offenen Tür im Siemens Technopark in Ruhstorf an der Rott stellte die atene KOM neben Ausstellern wie Siemens und der bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft innovative Produkte wie die Mobilfunkscanner in Messfahrzeugen oder die Bodenradarmessungen zur Erkennung und Kartierung unterirdischer Versorgungsleitungen vor. Auch das komplexe Thema Smart Regions bot vielfältigen Gesprächsstoff, sind doch der Landkreis Hof, die Ilzer Land-Gemeinde Grafenau und die Gemeinde Kirchheim bei München Modellkommunen des Förderprogramms „Modellprojekte Smart Cities" des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI).

Von Kommunalen Datenplattformen über die Digitalisierung im Gesundheits- und Bildungswesen bis hin zur digitalen Bürgerbeteiligung: Aus Sicht der atene KOM war der Austausch in allen bayerischen Kommunen inspirierend und innovativ.

Weitere Informationen unter www.atenekom.eu **DK**

Althandys auch in Rathäusern abgeben

Kümmersbruck macht den Anfang

Die kleinen Geräte enthalten jede Menge wertvolle Rohstoffe und sind viel zu schade, um sie einfach wegzuwerfen: Alte Handys sollten nicht im Restmüll landen. Der Landkreis Amberg-Sulzbach sammelt sie auf den Wertstoffhöfen, und neuerdings steht auch in Kümmersbruck eine „Althandybox" im Rathaus. Die Sammelaktion haben Bürgermeister Roland Strehl und Landrat Richard Reisinger eröffnet.

Die sog. Althandy-Box ist dem Zusammenspiel des Zentrums für Erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit (ZEN) in Ensdorf mit dem dortigen Klimaschutzkoordinator Joachim Scheid und dem Amt für Abfallwirtschaft des Landkreises unter Leitung von Robert Graf zu verdanken. Das ZEN habe die Boxen entworfen, sie ähneln den Boxen für alte Batterien.

Warum diese Aktion? Der Landrat erklärt es: „Handys enthalten viele wertvolle und teils auch sehr seltene Rohstoffe, die zur Schonung der weltweiten Ressourcen dem Produktionskreislauf wieder zugeführt werden können. Damit setzt der Landkreis ein weiteres Zeichen für den Umweltschutz."

Viele alte Handys, so erinnerte Robert Graf vom Amt für Abfallwirtschaft des Landkreises, schlummerten inzwischen bei den Bürgern daheim - als so genannte „Schubladenhandys" sollten sie aber nicht vergessen werden: „Handys enthalten wertvolle Rohstoffe (Gold, Platin, Silber etc.)", informierte Robert Graf; rund 80 Prozent der alten Mobiltelefone könnten laut Graf recycelt werden.

Handys könnten beim Wertstoffhof abgegeben werden - das war bislang so und bleibe auch. Eine größere Anzahl an Mobiltelefonen befinde sich inzwischen unter den knapp 300 Tonnen an Haushaltskleingeräten, die pro Jahr durchschnittlich auf den Wertstoffhöfen des Landkreises gesammelt werden. Keinesfalls dürften diese Geräte aber im Hausmüll landen: „Was wir nämlich nicht vergessen sollten: Handys haben auch Schadstoffe, die fachgerecht entsorgt werden müssen, damit sie nicht die Umwelt belasten," appellierte Robert Graf.

Jetzt bestehe auch zusätzlich in den Rathäusern eine Abgabemöglichkeit. Landrat Richard Reisinger hoffte natürlich, dass alle Landkreis-Bürgermeister diese Boxen aufstellen werden. „Ob Wertstoffhof oder Rathaus, die Boxen werden von uns abgeholt", versicherte der Landkreischef. Ein zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb garantiere das Recycling und die fachgerechte Entsorgung der Althandys. Niemand müsse Angst haben, dass Daten ausgelesen würden.

Die Box in Kümmersbruck steht übrigens im Foyer des Rathauses, zugänglich zu den üblichen Öffnungszeiten. Bürgermeister Roland Strehl: „Für die Gemeinde Kümmersbruck war es keine Frage, sich an der Aktion zu beteiligen. Wir leisten damit einen kleinen, aber bedeutenden Beitrag, wertvolle Rohstoffe wiederzuverwerten." ❐



Landrat Richard Reisinger (r.) überreichte mit dem Leiter des Amtes für Abfallwirtschaft, Robert Graf (l.), die Sammelbox für Handys an den Kümmersbrucker Bürgermeister Roland Strehl. Bild: Christine Hollederer

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit atene KOM GmbH
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Breitbandausbaus

Im regelmäßig erscheinenden Format des „ABCs zum kommunalen Breitbandausbau" vermittelt die Bayerische GemeindeZeitung in Kooperation mit der atene KOM anschauliches Expertenwissen zum kommunalen Breitbandausbau.

atene KOM

Wie kommt das Glasfaserkabel in den Boden?

Die atene KOM informiert über die Leerrohrinfrastruktur und deren Verlegemethoden

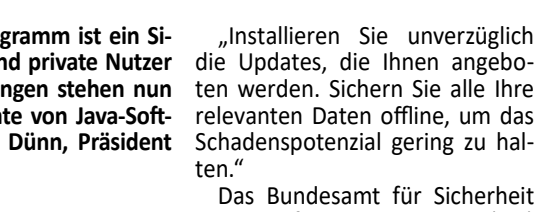
In den letzten Ausgaben wurden verschiedene Ansätze zur Kosteneinsparung in komplexen Glasfaserausbauvorhaben vorgestellt, welche neben Aspekten der Finanzierung und Förderung auch die Planung der Netzarchitektur umfassen. Um diese Reihe zu vervollständigen, widmet sich dieser Artikel nun den Leerrohrinfrastrukturen und deren Verlegemethoden, welche zu einem wirtschaftlich tragfähigeren und nachhaltigeren Glasfaserausbau beitragen können.

Leerrohre bilden die Trägerstruktur für die Kabel, über die eine Breitbandanbindung hergestellt wird. Erfahrungen aus zahlreichen Breitbandprojekten zeigen, dass der Anteil der Kosten für Tiefbau und Wiederherstellung der Oberflächen im Rahmen eines Breitbandausbauprojekts bis zu 80 % der Gesamtkosten einnehmen kann. Zunächst können Kommunen durch das frühzeitige Mitverlegen von Leerrohren viel Geld sparen, da Tiefbaukosten nur einmal anfallen. Darüber hinaus schreibt die Breitbandförderung des Bundes ein einheitliches Materialkonzept für Leerrohre vor, da dieses dazu beitragen kann, die Planungen des Infrastrukturausbaus von Beginn an nachhaltig zu gestalten und Projektumsetzungen nicht zu verzögern.

Kabelschutzrohre und Mikrorohre

Demnach werden bei Leerrohren die Kategorien Kabelschutzrohre und Mikrorohre unterschieden. Die größeren Kabelschutzrohre mit einem Außendurchmesser von ca. 32–350 mm werden direkt in die Erde verlegt. Die kleineren Mikrorohre mit einem Außendurchmesser von 10–20 mm führen das Glasfaserkabel und können einzeln oder als Rohrverband in der Erde verlegt oder in Kabelschutzrohre eingeführt werden. Mikrorohre sind meist farbcodiert, um Instandhaltung und Zuordnung zu vereinfachen (vgl. Bild). Außerorts und bei Straßen-, Bahn- und Gewässerquerungen wird die Verlegung von Kabelschutzrohren empfohlen, innerorts und für den Hausanschluss werden üblicherweise Mikrorohrverbände genutzt.

Bei der Wahl der Verlegetechnik kommt es auf die örtlichen, topologischen und finanziellen Gegebenheiten an. Die offene Grabenbauweise als konventionelle Verlegemethode ist zwar kostenintensiv, kann aber bei allen Rohrarten und in allen topologischen Szenarien und Oberflächenarten zum Einsatz kommen. Dabei wird die Erdoberfläche geöffnet und ein Graben von bis zu 1,25m ausgehoben. Die Wiederherstellung der Oberfläche ist mitunter aufwendig und es kann zu Beeinträchtigungen des Bauumfeldes durch Lärmbelästigung sowie zu Verkehrsstörungen kommen.



Leerrohr DA 50 mit 7 Mikrorohren 10 x 1. Bild: gabo Systemtechnik GmbH

Zur Verringerung der Kosten (insb. Aushub- und Beseitigungskosten) und des Zeitaufwands können auch alternative Verlegemethoden durchgeführt werden. Hier sollten im Vorfeld, die im Einzelfall mit der Umsetzung verbundenen technischen und rechtlichen Risiken abgewogen werden. Zu den wichtigsten alternativen Verlegemethoden zählen: Erdraketentechnik, Pflugverfahren, Trenchingverfahren, Horizontalspülbohrverfahren, Verlegung in Abwasserkanälen und oberirdische Verlegung. ❐

Details zu den einzelnen Verfahren und eine Handreichung für die korrekte Verlegung von Leerrohrinfrastruktur finden Sie im Nachschlagewerk der atene KOM „Kommunaler Breitbandausbau in Deutschland – Grundlagen und Empfehlungen", unter Modul 6 und 7. Dieses Lexikon ist, in stets aktuellem Stand, erhältlich auf der Website: https://atenekom.eu/wissen/loseblattsammlung/. ❐

Gefährliche Schwachstelle im Standardprogramm betrifft uns alle

Die kürzlich aufgedeckte Schwachstelle im Log4j-Programm ist ein Sicherheitsnotfall für jede und jeden. Große Firmen und private Nutzer von Apple, Google, Amazon und anderen Anwendungen stehen nun angreifbar da, weil eine weit verbreitete Komponente von Java-Software eine Sicherheitslücke aufweist. Hans Wilhelm Dünn, Präsident des Cybersicherheitsrat Deutschland e.V. dazu:

„Stellen Sie sich vor, der standardmäßig genutzte Mauerstein Ihres Hauses hält nicht und bringt das ganze Gebäude in Einsturzgefahr – gleichzeitig nutzen Kriminelle den Stein, um Ihnen die Scheibe einzuschlagen. Diese Gefährdungslage haben wir nun millionenfach bei der Log4j-Schwachstelle."

Der Programmbaustein Log4j wurde im Open Source-Verfahren entwickelt und von zahlreichen Softwareherstellern übernommen. Er dient dazu die Aktivitäten eines Programms zu protokollieren, um Probleme im Nachhinein lösen zu können. Die aufgetretene Schwachstelle ermöglicht es Eindringlingen, eigenen Programmcode ins Protokoll zu schreiben und auszuführen. Mögliche Ziele sind dabei die Nutzung fremder Computer zur Herstellung von Kryptowährungen, die Verschlüsselung von Dateien zum Erpressen von Lösegeld oder eine vollständige Übernahme des Systems.

Da die Sicherheitslücke von den Programmbetreibern geschlossen werden muss, sind Firmen und Verbraucher aktuell hilflos. Der Vorfall zeigt die Abhängigkeit von Softwarekomponenten: sowohl bei einzelnen Personen als auch großen Konzernen. Hans-Wilhelm Dünn empfiehlt in dieser Situation:

„Installieren Sie unverzüglich die Updates, die Ihnen angeboten werden. Sichern Sie alle Ihre relevanten Daten offline, um das Schadenspotenzial gering zu halten."

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hat inzwischen eine rote Warnmeldung ausgegeben und hält die Schwachstelle für die aktuell größte Bedrohung im Cyberraum.

„Wir dürfen uns nicht blind darauf verlassen, was Softwareanbieter uns in ihre Programme schreiben. Unternehmen und Verbraucher haben nicht die Expertise, um sich vor den Fehlern anderer zu schützen. Deshalb muss die Politik handeln und eine unabhängige Zertifizierung von sicherheitsrelevanter Software ermöglichen. Sicherheit ist eine Staatsaufgabe – diesem Anspruch muss die Bundesregierung auch im digitalen Raum gerecht werden." ❐



ANsWERK in Ansbach:

Digitales Gründerzentrum

Weigert: „ANsWERK bietet Gründerinnen und Gründern das optimale Umfeld, um erfolgreich die Chancen der digitalen Transformation zu nutzen

Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert hat gemeinsam mit Landrat Dr. Jürgen Ludwig und Oberbürgermeister Thomas Deffner das Digitale Gründerzentrum (DGZ) ANsWERK in Ansbach eröffnet.

„Ansbach hat einen neuen Nukleus für seine jungen Gründerinnen und Gründer. Das ANsWERK stellt neben passenden Räumlichkeiten vor allem ein breites Unterstützernetzwerk und die enge Verbindung zur regionalen Start-up-Community zur Verfügung. Für die Jungunternehmerinnen und -unternehmer ist das ein optimales Umfeld, um erfolgreich die Chancen der digitalen Transformation zu nutzen. Und auch die Region profitiert von den Innovationsimpulsen, die vom ANsWERK weit über Ansbach hinausstrahlen“, erklärte Weigert.

Zweiter Standort in Merkenheim

Das Bayerische Wirtschaftsministerium fördert den Aufbau des DGZ in Ansbach mit über 2,8 Millionen Euro. Neben dem Posthof in Ansbach hat das ANsWERK einen zweiten Standort in Merkenheim am Innovationscampus der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf. Durch Kooperationen mit dem Kompetenzzentrum für Digitale Agrarwirtschaft (KoDA) und dem Biomasse-Institut (BIT) stehen Gründerinnen und Gründern dort zusätzlich zu CoWorking Spaces und Büroräumen Labore und eine Werkstatt für den Bau von Prototypen zur Verfügung. Betreiber des Digitalen Gründerzentrums sind die Stadt und der Landkreis Ansbach. Als Partnerinstitutionen unterstützen die Hochschulen Ansbach und Weihenstephan-Triesdorf, die IHK Nürnberg für Mittelfranken sowie die Handwerkskammer für Mittelfranken. Ziel der Akteure ist es, Ansbach und West-Mittelfranken zu einer Vorbildregion für Innovation und Digitalisierung im ländlichen Raum zu entwickeln. Neben dem Zollhof Tech Incubator in Nürnberg ist das ANsWERK das zweite DGZ in Mittelfranken.

Kernelement bayerischer Wirtschaftspolitik

In seiner Rede hob Staatssekretär Weigert die Bedeutung von Unternehmensgründungen für den Freistaat hervor: „Bayern braucht junge Entrepreneure, die mit Kreativität, Enthusiasmus und Biss neue Geschäftsideen entwickeln und mutig verwirklichen. Sie sind die Innovatoren und Treiber von Zukunftstechnologien. Gründertum ist die Keimzelle für den erfolgreichen Mittelstand und zukunftsfeste Arbeitsplätze von morgen. Aus diesem Ansatz heraus wird klar: Die Unterstützung von Jungunternehmerinnen und -unternehmern war, ist und bleibt ein Kernelement der bayerischen Wirtschaftspolitik. Deshalb investieren wir umfassend und flächendeckend über ganz Bayern in unsere 19 Digitalen Gründerzentren. Wir beschleunigen dadurch die Gründungsdynamik und schaffen stabile regionale Start-up-Ökosysteme – gleichermaßen in den Metropolen wie im ländlichen Raum.“

Die Digitalen Gründerzentren unterstützen digitale Start-ups und sind zentrale Anlaufpunkte für Existenzgründerinnen und -gründer in allen Regionen Bayerns. Der Fokus der bayernweit 19 DGZ mit 27 Standorten liegt auf der Vernetzung von Start-ups mit Wirtschaft, Wissenschaft und Investoren. Das Bayerische Wirtschaftsministerium fördert den Aufbau der Einrichtungen mit insgesamt 120 Millionen Euro. ❐

Ehrenamtliche auf digitalem Weg finden

Per App Menschen gewinnen, die sich engagieren

Nach dem Beschluss des Kreisausschusses setzt der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen ab sofort auf den digitalen Ehrenamtsvermittler „FlexHero“. Die Plattform ermöglicht es, Interessierte für ehrenamtliche Projekte mittels einer digitalen App schnell und unkompliziert zusammenzubringen. Das Ziel des Social-Startups ist es, das deutschlandweit analog bestehende Ehrenamt digital zu vernetzen und den sozialen Gedanken in Deutschland zu stärken. Alle Menschen, die sich sozial engagieren möchten, können ein passendes Projekt über die App finden. Ende November fand dazu eine Online-Veranstaltung statt.

Vereine, soziale Organisationen und ehrenamtlich tätige Einrichtung aus dem ganzen Landkreis haben die Möglichkeit, ihre Projekte und sozialen Aktionen über die App zu kommunizieren und kostenfrei einzustellen. Durch das digitale Akquirierungs- und Verwaltungstool können schnell und einfach freiwillige Unterstützer für ehrenamtliche Projekte aller Art gefunden werden.

Ehrenamtlich Interessierten werden die Projekte direkt in der Anwendung auf ihrem Smartphone angezeigt. Die Projekte können nach Ort und Einsatzbereichen gefiltert werden. Neben einer ausführlichen Beschreibung der Tätigkeit finden sich die gewünschten Einsatzzeiten, wo und wann eine Aktion stattfindet, wer noch daran teilnimmt, die Kontaktdaten des Ansprechpartners, welche Softskills man erlernen kann und was sich der Organisator, sprich der Verein oder die soziale Organisation von den Ehrenamtlichen wünscht. Im weiteren Prozess können ehrenamtlich Interessierte durch eine integrierte Chatfunktion in den direkten Dialog mit den Projekterstellern aus dem Landkreis gehen. Auch für den Fall, dass sich viele, meist jüngere Menschen, oft lieber kurzfristig und engagieren, bietet die App eine Lösung an.

Für alle ehrenamtlich tätigen Organisationen, Vereine und Institutionen im Landkreis ist die Nutzung der Plattform „FlexHero“ kostenfrei möglich. ❐



Die Eröffnung des Digitalen Gründerzentrums ANsWERK in Ansbach. Bild: StMWi / M. Lenschow

Strategische Partnerschaft zwischen Geodesia und Deutsche Glasfaser

Die Deutsche Glasfaser kann dank der Partnerschaft mit Geodesia (Altice Europe) den FTTH-Ausbau im ländlichen und suburbanen Raum weiter beschleunigen: von der Planung bis zum Anschluss und der Aktivierung der Kunden. Die Partnerschaft trägt zum Wachstumsziel von Deutsche Glasfaser bei, 4 Millionen Haushalte bis 2025 mit Glasfaser zu versorgen. Geodesia stellt Baukapazitäten mit hoher Ausbauqualität und Zuverlässigkeit bereit, unterstützt durch eine ganze Reihe von maßgeschneiderten End-to-End-Lösungen und Produkten. Die Partnerschaft markiert den erfolgreichen Eintritt von Altice/Geodesia in den deutschen Markt.

Deutsche Glasfaser, der führende Glasfaserversorger für den ländlichen Raum in Deutschland, hat eine strategische Partnerschaft über die Planung, Verlegung und Aktivierung von mindestens einer Million Glasfaseranschlüssen bis zum Jahr 2025 mit Geodesia geschlossen, einem globalen Bauunternehmen mit über 20 Jahren Erfahrung im Glasfaserausbau. Damit sichert sich Deutsche Glasfaser signifikante Baukapazitäten, um das angestrebte Wachstum des Unternehmens voranzutreiben und den ländlichen und suburbanen Raum Deutschlands schnell und effizient mit Glasfaser zu versorgen. Insgesamt plant Deutsche Glasfaser 6 Millionen Glasfaseranschlüsse, davon 4 Millionen bis Ende 2025.

Modernisierung der Breitbandinfrastruktur

Gemeinsam werden Deutsche Glasfaser und Geodesia an der Modernisierung der deutschen Breitbandinfrastruktur arbeiten, die für die Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist: für Bürger, Privathaushalte, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen, wie sich gerade in den schwierigen Zeiten der Pandemie gezeigt hat.

Thorsten Dirks, CEO von Deutsche Glasfaser, sagt: „Als Digital-Versorger der Regionen treiben wir die flächendeckende Versorgung des ländlichen und suburbanen Raums mit Glasfaser voran. Dank der Partnerschaft mit Geodesia können wir unsere hohe Geschwindigkeit beim Glasfaserausbau weiter beschleunigen. Geodesia ist ein hochspezialisierter Baupartner mit langjähriger Erfahrung im Ausbau von Glasfaser und höchsten Qualitätsansprüchen. Wir freuen uns, unsere Kunden künftig gemeinsam zuverlässig und schnell mit zukunftssicherer Infrastruktur zu versorgen.“

Geodesia wird im Rahmen der Partnerschaft die Verlegung der Glasfaser und den Anschluss zum Kunden gewährleisten. Die Kooperation mit Geodesia wird zukünftig die größte der 28 Partnerschaften zwischen Deutsche Glasfaser und ihren Baupartnern darstellen.

„Durch die Partnerschaft mit Geodesia können wir unsere Planungssicherheit im Rahmen unserer ambitionierten Wachstumspläne weiter steigern. Damit festigen wir unsere führende Position im zunehmenden Wettbewerb um Kapazitäten“, sagt Jens Müller, CFO von Deutsche Glasfaser.

Eintritt in den deutschen Markt

Geodesia vollzieht mit der geschlossenen Vereinbarung den Eintritt in den deutschen Markt. Seit über 20 Jahren treibt das Unternehmen den Ausbau moderner Telekommunikationsinfrastruktur unter anderem in Frankreich und Portugal voran. Mit rund 4.000 Mitarbeitern hat Geodesia bislang weltweit über 15 Millionen Haushalte an Glasfaser angebunden.

Hochgeschwindigkeits-Glasfasernetze

David Drahi (Altice) sagt: „Die strategische Partnerschaft zwischen Geodesia und Deutsche Glasfaser ist der Beginn eines spannenden Projekts für die Altice Gruppe in Deutschland. Diese Partnerschaft ist Beleg einer langfristigen Beziehung mit dem Ziel, hochmoderne Hochgeschwindigkeits-Glasfasernetze aufzubauen und zu betreiben. Damit wollen wir gemeinsam mit Deutsche Glasfaser den flächendeckenden Glasfaserausbau in Deutschland erreichen. Wir sind stolz darauf, unsere Erfahrung und die Produktpalette von Altice Labs in einem neuen Markt einzubringen und sie mit einem langjährigen Industriepartner und deutschen Freund zu teilen.“

Langjährige Erfahrung

Anthony Maatouk, CEO von Geodesia, sagt: „Geodesia wird Deutsche Glasfaser mit langjähriger Erfahrung bei der Bereitstellung von FTTH-Technologien unterstützen, und seinen Kunden schlüsselfertige End-to-End-Lösungen sowie eine innovative Produktpalette zur Verfügung stellen. Das eigene Fachwissen und ihre Kompetenz beim Aufbau von End-to-End-Ketten bei FTTH-Netzen hat Geodesia bereits mit bisherigen Erfolgen insbesondere in Frankreich und Portugal, Europas führenden FTTH-Ländern, eindrucksvoll unter Beweis gestellt.“

Links

www.deutsche-glasfaser.de
https://www.geodesia.net/ ❐

POSITIV-Studie des Fraunhofer IAO:

Potenziale von Social-Media-Nutzung

Kommunalverwaltungen und Bürger als Freunde

Welche Chancen liegen für öffentliche Verwaltungen in der Nutzung von Sozialen Medien, um Kommunikation, Information und Kooperation mit der Bürgerschaft zu verbessern? Um diese und weitere Fragen zu beantworten, hat das Fraunhofer IAO gemeinsam mit dem IAT der Universität Stuttgart im Auftrag des vhw die Einführung und Umsetzung von Social Media in öffentlichen Verwaltungen untersucht.

Neben der privaten Nutzung von Facebook, Twitter, Instagram und Co. im Alltag, sind auch vermehrt Kommunalverwaltungen auf diesen Kanälen präsent. Sie ermöglichen eine direkte und unmittelbare Kommunikation, eine verbesserte Möglichkeit, Bürger*innen in Entscheidungs- bzw. Planungsprozesse einzubeziehen und Verwaltungen nahbarer zu machen.

Herausforderungen und Risiken

Diesen Vorteilen und Anwendungsmöglichkeiten stehen jedoch auch Herausforderungen und Risiken gegenüber wie z. B. der Umgang mit negativer Kritik oder Fake News, datenschutzrechtliche Bedenken, in der Regel zeitintensive interne Abstimmungsprozesse sowie ein höherer Aufwand an finanziellen und personellen Ressourcen. Um die Potenziale und Herausforderungen einer Social-Media-Nutzung durch kommunale Akteure zu analysieren, hat das Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO gemeinsam mit dem kooperierenden Institut für Arbeitswissenschaft und Technologiemanagement IAT der Universität Stuttgart im Auftrag des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. eine Studie durchgeführt. Dafür hat das Forschungsteam im Projekt »POSITIV« seit 2019 Daten aus Expertengesprächen, Nutzendenbefragungen, Bestandsaufnahmen von zwanzig Städten und Gemeinden sowie Social-Media-Analysen mit ausgewählten Stadtprofilen ausgewertet. Die Ergebnisse der abschließenden Studie »Bürger*innen als Freunde – Potenziale von Sozialen Medien in der öffentlichen Verwaltung« richten sich gezielt an öffentliche Verwaltungen, die diese Plattformen bereits als Kommunikationsinstrument verwenden oder einführen wollen. Die Publikation dient als Leitfaden bei der Entscheidungsfindung zur Auswahl der geeigneten Medienkanäle und dem Ziel, alle nötigen Aspekte abzuwägen und digitale Souveränität in Kommunen zu fördern. Zudem beinhaltet die Studie Handlungsempfehlungen für die Politik und öffentliche Verwaltungspraxis, um die aktive Gestaltung einer digitalen Bürgerkommunikation und den bedarfsorientierten Einsatz von Sozialen Medien zu unterstützen.

Ziel der Untersuchung war es, zunächst die praktische Nutzung von Sozialen Medien in den Kommunen zu analysieren und deren Lösungen für Hindernisse zu identifizieren, die bereits gefunden wurden. Im zweiten Schritt hat das Forschungsteam die Wirkung einer kontinuierlichen Nutzung von Sozialen Medien auf das Verhältnis zwischen den Bürger*innen und den öffentlichen Verwaltungen untersucht. Einerseits um herauszufinden, ob die Transparenz, das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit von Informationen und des Verwaltungshandelns in der Wahrnehmung der Nutzenden zunehmen, und andererseits, ob sich auch die Informiertheit und Beteiligung bei Stadtentwicklungsprozessen verändern. Aus den Ergebnissen geht deutlich hervor, dass die Möglichkeiten von Sozialen Medien und damit der Nutzen für Verwaltung und Bürgerschaft in großen Teilen noch nicht ausgeschöpft sind. So stellte das Forschungsteam u.a. fest, dass vorhandene direkte Partizipationsmöglichkeiten für Bürger und Bürgerinnen auf den untersuchten Social-Media-Kanälen nicht bzw. kaum genutzt werden. „Kommunen können durch die Social-Media-Nutzung für mehr Vertrauen und Transparenz in ihr eigenes Verwaltungshandeln sorgen. Aber auch die neuen Optionen, die damit einhergehen, müssen miteinbezogen werden, indem sie beispielsweise Diskussionen unter ihren Beiträgen moderieren und auf Feedback eingehen. Das passiert bislang eher selten“, sagt Rebecca Nell, Studienleiterin und Wissenschaftlerin am Fraunhofer IAO. In den Handlungsempfehlungen werden dazu verschiedene Lösungsansätze aufgeführt, um einerseits mögliche negative Folgen der Social-Media-Nutzung einzugrenzen und andererseits die unterschiedlichen Logiken von öffentlicher Verwaltung und Social Media zu überwinden, wie es beispielsweise beim Vergleich der tatsächlichen Arbeitszeiten der Verwaltungsmitarbeitenden mit den Erwartungen an eine ständige Erreichbarkeit über Social Media der Fall ist.

Dynamische Organisationsstrukturen und Kompetenzentwicklung

Die Studie zeigt, dass das Image von öffentlichen Verwaltungen in der Wahrnehmung der Bevölkerung durch eine gute Außendarstellung auf Social Media grundsätzlich positiv beeinflusst werden kann und den Austausch auf Augenhöhe verstärkt. Jedoch erfordert die Nutzung von Sozialen Medien durch Besonderheiten wie schnelle Informationsverbreitung, Reaktionszeiten und hohe Interaktion eine entsprechende Dynamik und Reaktionsschnelligkeit innerhalb der Organisationsstrukturen. Dem stehen jedoch zumeist fehlende Ressourcen, hierarchische Strukturen und zeitintensive interne Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse entgegen. Das Forschungsteam rät deshalb zur Schaffung von klaren Verantwortlichkeiten, Rollen und Aufgaben. Diese sollten gemeinsam definiert werden und Freiräume beinhalten, die eine dynamische und authentische Reaktion auf Anfragen zulassen. Außerdem empfiehlt das Forschungsteam, Unsicherheiten im Umgang mit Sozialen Medien mit Fortbildungen und Schulungen entgegenzuwirken, da diese häufig auf Wissenslücken basieren. Wichtig sei dabei, den spezifischen Fortbildungsbedarf im Vorfeld zu eruieren und die Schulungsinhalte darauf abzustimmen. „Häufig gibt es interne Mitarbeitende, die schon über Erfahrung und Kenntnisse im Umgang mit Sozialen Medien verfügen“, erklärt Fatma Cetin, Mitautorin vom kooperierenden IAT der Universität Stuttgart. Sie können als Wissensvermittler oder Multiplikatoren fungieren und ihre Kollegen kurzzeitig unterstützen. ❐

Bayerisches Heimatministerium fördert „InnoHikes“

Jungen Menschen spielerisch Innovationen und Karrieremöglichkeiten vermitteln

Digital-analoge Schnitzeljagd: Mit Technologien wie Augmented Reality, Voice Bots und Hologrammen werden sich Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen aus der Metropolregion künftig technikaffinen Fachkräften, AbiturientInnen und Studierenden präsentieren. Beim Werben um Talente soll die regionale Innovationsstärke mit anschaulichen Beispielen spielerisch überzeugen. Ziel ist es, Fachkräfte an die Region zu binden.

Die Entwicklung eines App-gestützten Spiels mit dem Arbeitstitel „InnoHikes“ wird vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat mit 299.700 Euro gefördert und von der Geschäftsstelle der Metropolregion Nürnberg umgesetzt. Hierbei ist eine Zusammenarbeit mit dem Projektpartner Josephs geplant. Im Oktober gab Staatsminister Albert Füracker den offiziellen Startschuss für das Projekt, indem er den Förderbescheid an Vertretende aus Wirtschaft und Politik aus der Metropolregion übergab.



Förderbescheid für das Projekt „InnoHikes“ an Repräsentanten aus Wirtschaft und Politik der Metropolregion Nürnberg v.l.: Finanz- und Heimatminister Albert Füracker, Dr. Christa Standecker (Geschäftsführerin Metropolregion Nürnberg), Johann Kalb (Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg und Landrat des Landkreises Bamberg), Prof. Dr. Klaus L. Wübbenhorst (Wirtschaftsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg), Michael Sigmund (Mitglied im Wirtschaftsvorsitz der Metropolregion und Leiter des Siemens-Regionalreferats Erlangen/Nürnberg).

Bild: Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Der Minister betonte: „Die Europäische Metropolregion Nürnberg vereint Stadt und Land in weiten Teilen Frankens und der Oberpfalz. Sie symbolisiert so den Zusammenhalt einer Region selbst über Landkreisgrenzen hinweg. Dabei blickt sie zugleich auf Lebensqualität, Genuss und Kultur wie auf das innovative Potential in Wissenschaft und Wirtschaft. Das einzigartige Projekt ‚InnoHikes‘ soll die technologischen Highlights und innovativen Unternehmen in der Region besonders für junge Leute erlebbar machen. Mit hybriden Erlebnistouren verbindet die geplante Plattform das Thema Heimat mit Digitalisierung und trifft damit den Puls der Zeit.“

Während der dreijährigen Projektlaufzeit bis August 2024 soll die Informationsplattform mit neuen Technologien und mit unterstützenden Gamification-Elementen entwickelt und beworben werden. Unterschiedliche themenspezifische Touren z.B. zu Künstlicher Intelligenz oder Industrie 4.0 – sogenannte Hikes – zeigen technologische Innovationen und potenzielle Karrierechancen auf und motivieren die Teilnehmenden spielerisch, die Potentiale der Metropolregion kennenzulernen. Die Innovationstouren sollen insbesondere auch in ländlichen Räumen verortet sein und Innovationskraft, Kompetenzen und Karrierechancen der rund 150 Weltmarktführer, 20 Hochschulen und rund 50 Forschungseinrichtungen in der Metropolregion sichtbar machen.

Verschiedene Levels

In verschiedenen Levels erhalten die Teilnehmenden Fragen zu Region und Innovationen oder müssen Aufgaben erfüllen, um das nächste Level zu erreichen. Die Aufgaben können sowohl digital als auch physisch vor Ort zu lösen sein. Geplant ist eine Auszeichnung der „InnovationsmeisterInnen“ und Begegnungen mit teilnehmenden Unternehmen und Hochschulen. Die InnoHikes funktionieren für Einzelteilnehmende oder (Klein-)Gruppen. Die erste Tour wird voraussichtlich im Herbst 2022 online gehen. ❐

Roadmap zur „QuantenTech Vision Bayern“ vorgelegt

Die Staatsminister Aiwanger, Gerlach und Sibler setzen auf Quantensprung für Bayern

Die Bayerischen Staatsministerien für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, für Digitales sowie für Wissenschaft und Kunst haben die Roadmap für die „QuantenTech Vision Bayern“ veröffentlicht. Ziel der Strategie ist, die hervorragende Ausgangssituation bei der bayerischen Quantenforschung in industrielle Wertschöpfung umzusetzen.

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger betonte: „Quantentechnologien eröffnen der bayerischen Wirtschaft quer durch alle Branchen ein enormes Anwendungspotenzial. Bereits heute beschäftigen sich zahlreiche Start-ups und Unternehmen aus dem Freistaat erfolgreich mit der Erforschung und Entwicklung von Quantentechnologien und zählen weltweit zur Speerspitze. Die Roadmap für die ‚QuantenTech Vision Bayern‘ trägt dazu bei, das wertvolle Know-how aus der bayerischen Forschung in wirtschaftliche Wertschöpfung zu transferieren. Wir haben zum Ziel, dass zukünftige Technologien und Anwendungen aus Bayern kommen. Als Wirtschaftsministerium unterstützen wir deshalb die Bayerische Quanteninitiative Munich Quantum Valley mit 150 Millionen Euro aus der Hightech Agenda Plus. Insgesamt sind es sogar 300 Millionen Euro, gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium.“

Bayerischer Führungsanspruch

Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach bekräftigte: „Die Roadmap unterstreicht unseren bayerischen Führungsanspruch in den Quantentechnologien. Denn nur bei uns bündeln sich die Kompetenzen rund um digitale Zukunftstechnologien von der Wissenschaft über die Lehre bis in die Anwendung in der Wirtschaft. Das haben wir uns auch bei der Erstellung unserer QuantenTech Vision zu Nutze gemacht. Hochkarätig besetzte Arbeitsgruppen haben Strategien entwickelt, um in Bayern eine florierende Quantentech-Industrie zu etablieren: Beispielsweise ist die Sicherung unserer schutzwürdigen Daten vor der Entschlüsselung durch Quantencomputer ein wesentliches Zukunftsthema. Deshalb müssen wir schon heute die Entwicklung von technologischen Komponenten, Software und Managementsysteme für eine quantenresistente Datensicherheit mitdenken. Ich danke allen Beteiligten für ihren wertvollen Einsatz. Der Plan steht, jetzt können wir voll durchstarten, um den Transfer des Quantenwissens aus der Grundlagenforschung in die Unternehmen zu bringen. Damit heben wir Bayern auf das nächste Level.“

Bayerns Wissenschaftsminister Bernd Sibler ergänzt: „Die Quantentechnologien gehören zu den zentralen Erfolgsfaktoren für unsere Wissenschaft und Wirtschaft von morgen. Bei uns im Freistaat findet bereits heute exzellente Forschung und Ausbildung im Bereich der Quantenwissenschaften und -technologien statt. Im Rahmen der Hightech Agenda Plus investieren wir mit insgesamt 300 Millionen Euro kraftvoll in diesen Zukunftsbereich, davon allein rund 150 Millionen Euro im Bereich des Wissenschaftsministeriums. Wir wollen die besten Köpfe und hochkarätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den verschiedenen Bereichen der Quantentechnologien für den Wissenschaftsstandort Bayern begeistern und dafür sorgen, dass unsere Studentinnen und Studenten bei uns auf diesem Zukunftsfeld die beste Ausbildung erhalten.“

Über 80 namhafte Vertreterinnen und Vertreter aus Spitzenforschung, Unternehmen und Start-ups haben sich an der Roadmap beteiligt, die Bayern-Innovativ zusammengefasst hat. Die Schwerpunkte lagen auf den Bereichen Quantencomputing/-simulation, -software, -kommunikation und -sensorik. ❐

Führungswechsel bei der LEONET

Seit 1. Dezember ist Jochen Mogalle als CEO (Chief Executive Officer) Mitglied des vierköpfigen Vorstands des Telekommunikationsdiensteanbieters aus Teisnach in Niederbayern.

Mogalle löst Jürgen Hansjosten ab, der sich fortan ganz um die Geschäftsführung der Dachgesellschaft, der infrafibre Germany GmbH, kümmern wird.

Mogalle kommt vom Marktbegleiter Deutsche Glasfaser, bei dem er zwei Jahre als Geschäftsführer die Verantwortung für den Geschäftsbereich B2B und den Großhandel (Wholesale) innehatte. In dieser Zeit hat er die Entwicklung der Firma zum führenden Spezialisten in Deutschland für den Glasfaserausbau im ländlichen Raum wesentlich mitgeprägt.

Auch auf seinen früheren Stationen war der diplomierte Wirtschaftsingenieur in leitenden Positionen der Telekommunikationsbranche tätig: vier Jahre Vorstand für Marketing, Sales und Produkte bei 1&1 Drillisch, acht Jahre bei der Telefònica, davor war er beim US-Konzern MCI / Verizon beschäftigt.

Ihn zeichnet aus, dass er im Sinne eines schöpferischen Unternehmers stets die Zukunft im Blick hat und danach handelt, also Entwicklungen vorantreibt und sein Unternehmen vorne dabei haben will. ❐

Mühldorf startet BayernFunk als digitaler Vorreiter

Neue App sichert Kommunikation zwischen Bürgerinnen, Bürgern und Kommunen

Eine Fliegerbombe aus dem Zweiten Weltkrieg wurde im Norden von Mühldorf am 4. November entschärft. Die Evakuierung betraf 3.800 Einwohner und 280 Einsatzkräfte. Wie stellen Landkreise und Kommunen in einer solchen Situation eine zielgerichtete Kommunikation mit ihren Bürgerinnen und Bürgern sicher? Eine neue App macht das jetzt viel einfacher.

Der Landkreis Mühldorf am Inn zeigt, wie es geht: Als erster Landkreis in Bayern führt er den BayernFunk ein, die bayerische Social-Media-Plattform. Mit dem BayernFunk unterstützt die Versicherungskammer Bayern zusammen mit dem Fraunhofer-Institut IESE und dem Bayerischen Roten Kreuz das Miteinander in bayerischen Landkreisen und Gemeinden – nicht nur in Zeiten der Pandemie ein wertvolles Gut.

Das bedeutet ganz konkret:

- Die App BayernFunk bringt Bürger, Landratsamt, Rathäuser und lokale Institutionen zusammen. Die zentrale Plattform ermöglicht einen Austausch und die Koordination von Informationen aus der Region.
- Vereine können alle Bürger über ihre Vereinsarbeit informieren und neue Mitglieder gewinnen.
- Damit erhalten die Nutzer alle wichtigen Informationen aus dem Landkreis, gebündelt in einer DSGVO-konformen App.

Landrat Maximilian Heimerl: „Mit der BayernFunk-App haben die Landkreisbürger*innen alle Neuigkeiten und Veranstaltungen aus ihrer Kommune immer mit dabei. Darüber hinaus bietet die Kommunikationsplattform ideale Möglichkeiten, sich miteinander zu vernetzen. Das fördert das Miteinander und stärkt die örtliche Gemeinschaft“.

Barbara Schick, stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Konzerns Versicherungskammer: „Mit der neuen App unterstützen wir die Gemeinden, Vereine und ihre Bürger dabei, sich direkt über lokal relevante Informationen auszutauschen.“ Die Versicherungskammer kümmert sich seit jeher besonders um Prävention, Schutz und Sicherheit der Menschen – z.B. über das Warn- und Helfersystem KATWARN oder KATRETTER – nun auch im Bereich digitale Vernetzung.

Bayernweit nutzen bereits 150 Gemeinden den BayernFunk als digitales Kommunikationsmedium. Alle Bürgerinnen und Bürger können sich den BayernFunk über die gängigen App-Stores (Google, Apple) kostenfrei herunterladen. Die App ist intuitiv gestaltet, so dass Menschen jeden Alters sie nutzen können. Interessierte Kommunen melden sich unter bayernfunk@vkb.de kostenfrei an.

Weitere Informationen:
Digitale Dörfer: https://www.bayern.digitale-doerfer.de
Video Bayernfunk: https://www.youtube.com/watch?v=4AjyY-RoWGpA

Öffentliches WLAN der Stadtwerke Kelheim

In der Innenstadt von Kelheim kann kostenlos im Internet gesurft werden. Die Stadtwerke Kelheim haben ihren ersten Hotspot in Betrieb genommen. Über das leistungsstarke Glasfasernetz des Energieversorgers lassen sich E-Mails checken oder nach dem nächsten Café suchen. Die Reichweite liegt bei rund 70 Metern, 360° rund um den dafür aufgestellten Funkmast. Die Stadtwerke stellen das WLAN kostenlos zur Verfügung. In Kelheim wurde 2018 mit dem Glasfaserausbau begonnen. Der Datenaustausch und die damit benötigten Bandbreiten in Unternehmen werden immer größer. Ein leistungsfähiges Glasfasernetz ist entscheidend um den Wirtschaftsstandort weiter zu stärken. ❐

Es geht um die digitale Zukunft Ihrer Gemeinde – samt den Einwohner*innen und ortsansässigen Betrieben.

Denn der Ausbau der Glasfaserinfrastruktur ist für Kommunen eine sinnvolle und wirkungsvolle Lösung, um Chancengleichheit mit den Ballungsräumen herzustellen.

Aus der Region. Für die Region. Als Unternehmen aus Teisnach im Bayerischen Wald bietet LEONET das komplette Programm an: Von der Finanzierung und Teilnehmergewinnung, über die Bauplanung und Durchführung mit regionalen Tiefbauunternehmen bis zur bewährten Leitungsverlegung (FTTH / FTTB) und dem kundenorientierten Netzbetrieb.

**FÜR IHRE VERWALTUNG,
FÜR IHRE BÜRGER*INNEN,
FÜR IHRE UNTERNEHMEN!**

Das Experten-Team der LEONET Kommunalbetreuung freut sich auf einen ersten Austausch mit Ihnen.

LEONET

KOMMUNALER GLASFASERAUSBAU MIT LEONET

Ihr persönlicher LEONET-Berater
Herr Adrian Richter
Teamleitung Kommunalbetreuung
Tel.: +49 (0)151 18815692
E-Mail: adrian.richter@leonet.de

BAYERNS DIGITALE ZUKUNFT

LEONET.DE

Fördermittelmanagement zur Unterstützung der Kommunalentwicklung

Von Raphael Bögge, freiberuflicher Kommunalberater, zertifizierter Projektmanager (IHK), ehemaliger Erster Bürgermeister der Stadt Senden

Gerade wenn in einer Kommune größere Investitionen anstehen, wird immer wieder der Ruf nach der Suche von geeigneten Fördermitteln laut. Allzu häufig allerdings verläuft diese Suche im Sande oder sie beschränkt sich auf ein einzelnes Projekt. Dabei sind in vielen Kommunalverwaltungen die klassischen Förderprogramme bekannt, sei es für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen oder die Digitalisierung im Bildungsbereich, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Woran liegt es, dass so viele Förderprogramme nur unvollständig oder gar nicht abgerufen werden? Aus meiner Sicht hängt es mit folgenden Herausforderungen zusammen: Die Suche nach dem geeigneten Förderprogramm, die Vernetzung/Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung und dem Prozessablauf von der Antragsstellung über den Prozessablauf bis hin zum Abschluss des Förderprojekts.

Stabstelle als dezentrale Anlaufstelle

An dieser Stelle kann ein systematisch aufgebautes Fördermittelmanagement in der Kommunalverwaltung weiterhelfen. Idealerweise ist dieses direkt als Stabstelle bei der Verwaltungsspitze angesiedelt. Dadurch lässt sich die ämter- bzw. sachgebietsübergreifende Arbeit am besten organisieren.



Raphael Bögge. Bild: Raphael Bögge

Diese Stabstelle kann als dezentrale Anlaufstelle die jeweiligen Fachbereiche bei der Suche nach den geeigneten Förderprogrammen unterstützen, ebenso bei der Antragsstellung und auch bei der Umsetzung bzw. dem Abschluss des Förderprojektes. Dabei kommt dem Fördermittelmanagement die Aufgabe der administrativen Unterstützung der Förderung zu. Der fachliche Inhalt muss und wird selbstverständlich vom zuständigen Fachbereich geliefert. Gemeinsam erfolgt dann die Umsetzung. Idealerweise sollte auch die Kämmerei der Verwaltung eingebunden sein.

Beim Blick in zahlreiche Kommunen zeigt sich, dass ein Fördermittelmanagement auf breites Interesse stößt. Umgesetzt wurde es aber bisher aber selten. Hierbei handelt es sich dann zumeist um größere Kommunen.

Aufgrund der komplexen Förderlandschaft von der EU über Bund und Bundesländer bis hin zu privaten Stiftungen empfiehlt sich das Fördermittelmanagement zunehmend. Neben der schon angesprochenen personellen Umsetzung und Ansiedlung des Fördermittelmanagements ist hierbei auch die IT-Umsetzung wichtig. Hier ist der Markt ebenfalls unübersichtlich. Es gibt einzelne private Anbieter, die ihre Produkte am Markt platziert haben, daneben haben einige Kommunen eigene Datenbanken entwickelt, die sie in ihrer täglichen Arbeit unterstützen.

Finanzielle Entlastung

Über das Fördermittelmanagement ergibt sich für die meisten Kommunen eine deutliche finanzielle Entlastung. Daher lohnt es sich, diesen Bereich innerhalb der Verwaltung aufzubauen. Klar sollte allerdings sein, dass hierdurch nicht alle kommunalen Finanzprobleme gelöst werden können. Sicher ist auch, dass das Fördermittelmanagement in einer Kommune einen langen Atem braucht. Es gilt, bereits beim Aufbau die Aufgaben und die Rolle einer Fördermittelmanagerin/eines Fördermittelmanagers bzw. des Fördermittelmanagements zu klären. Prozessabläufe für Förderanträge und Förderabwicklung sind sauber zu definieren. Auch muss die Zusammenarbeit übergreifend in der Verwaltung gestärkt werden.

Lohnender Weg

Positive Beispiele zeigen, dass sich dieser Weg lohnt. Er ist nicht immer einfach, manchmal bedarf es auch der Unterstützung von außen. Mit einem guten Fördermittelmanagement kann aber die Entwicklung der eigenen Kommune gestärkt und gleichzeitig der eigene Haushalt geschont werden.

www.raphael-boegge.de ❐

DSGV-Vermögensbarometer 2021:

Gerade Jüngere sparen wie selten zuvor

Ob Lockdown, Homeoffice oder Kurzarbeit: Die Krise hat die finanzielle Zufriedenheit der Menschen hierzulande nicht nachteilig beeinträchtigt. Dies hat der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) in einer repräsentativen Umfrage ermittelt, deren Ergebnisse im Vermögensbarometer 2021 veröffentlicht wurden. Befragt wurden mehr als 4.800 Personen ab 14 Jahren.

Seit 17 Jahren steigt der Anteil derjenigen kontinuierlich an, die mit ihrer finanziellen Situation zufrieden oder sogar sehr zufrieden sind. Seit 2005 hat sich dieser Anteil mehr als verdoppelt – von damals 20 Prozent auf heute 43 Prozent.

Die Hilfen, die in den Coronajahren 2020 und 2021 von der Regierung beschlossen und gewährt wurden, konnten offenbar die Krisenfolgen gut abfedern. Auch die Sparkassen trugen ihren Teil zur Krisenbewältigung bei – etwa durch die Aussetzung fälliger Kreditraten, durch Überbrückungskredite und durch weitere, individuelle Maßnahmen in Absprache mit ihren Kunden.

24 Prozent aller Befragten wollen laut Umfrage ihre Sparbemühungen ausweiten oder haben das bereits getan. Das sind drei Prozentpunkte mehr als 2020. Sieben Prozent wollen oder haben bereits andere Anlageprodukte gewählt (2020: 6 Prozent). Nur eine Minderheit von sechs Prozent will weniger sparen oder hat schon weniger gespart. Hier gibt es keine Veränderung gegenüber 2020.

Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil an jüngeren Menschen, die angeben, ihr Sparverhalten auszuweiten oder ausgeweitet zu haben. Gut 42 Prozent sind es in der Altersgruppe von 14 bis 29 Jahren, 31 Prozent in der Altersgruppe von 30 bis 39 Jahren. Hier könnte die Verunsicherung durch die Coronakrise eine Rolle spielen – gerade für die Jüngeren ist es die erste große wirtschaftliche Krise, die sie bewusst mitbekommen.

Vermögensaufbau

Aktien hält ein Viertel der Befragten für geeignet zum Vermögensaufbau, ein Plus von zwei Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. Den Investmentfonds sprechen 22 Prozent eine Eignung zu, auch das eine Zunahme von zwei Prozentpunkten gegenüber 2020. Das Sparbuch ist hingegen auf Platz drei abgerutscht und liegt jetzt bei 20 Prozent – im Jahr 2020 waren es noch 22 Prozent. 19 Prozent halten eine Immobilie zur Vermietung für geeignet, knapp dahinter landet mit einem Anteil von 18 Prozent die selbst genutzte Immobilie (minus drei Prozentpunkte gegenüber 2020).

Sieben Prozent der Befragten (2020: 3 Prozent) betrachten sogenannte Kryptowährungen als geeignete Geldanlage, um Vermögen aufzubauen. Überdurchschnittlich häufig sind die Anhänger dieser Anlageform jung und männlich – vor allem Auszubildende, Studierende und Beamte begeistern sich dafür.

Sicherheit, Verfügbarkeit und Rendite sind die wichtigsten drei Faktoren beim Vermögensaufbau. In allen Altersgruppen steht nach wie vor der Faktor Sicherheit auf Rang eins. Überraschenderweise liegen die 14- bis 29-Jährigen bei diesem Kriterium genau im Durchschnitt (53 % der Nennungen). Bei den 30- bis 60-Jährigen gehört Sicherheit dagegen nur für 48 Prozent zu den drei Top-Faktoren. Für 59 Prozent der Altersgruppe 60 plus zählt sie allerdings dazu.

Bei den Jüngsten, den 14- bis 29-Jährigen, zählen nur 32 Prozent die Rendite zu den drei Top-Faktoren beim Vermögensaufbau, bei den Ältesten (60 plus) 25 Prozent. Es ist vor allem die Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen, die darauf überdurchschnittlich häufig Wert legt (39 Prozent der Nennungen). 34 Prozent sind es bei den 40- bis 49 und 32 Prozent bei den 50- bis 59-Jährigen.

Zwar geben 60 Prozent der Menschen sich unbesorgt, aber 40 Prozent und damit zwei von fünf machen sich Sorgen beim Thema Ersparnisbildung. Der Anteil dieser Gruppe ist gegenüber den Vorjahren rückläufig. 2019 belief er sich noch auf 46 Prozent, 2020 lag er bei 41 Prozent. Für 24 Prozent aller Befragten sind Zinsen und Geldpolitik die Hauptsorge bei der Ersparnisbildung. Insgesamt neun Prozent aller Befragten sorgt sich in erster Linie um eine Preissteigerung/Inflation.

Wie Helmut Schleweis, Präsident des Deutschen Sparkassen und Giroverbände betont, werde Deutschland bisher ungekannte Investitionsvolumina für die ökologische Transformation benötigen. Die politischen Konzepte liefen ganz wesentlich auf öffentliche Finanzierungen hinaus. Dazu sei die öffentliche Hand an möglichst günstigen Finanzierungskonditionen interessiert, möglichst mit Null- oder gar Negativzinsen. Dies aber bedeute angesichts erwartbarer hoher Inflationsraten eine schleichende Enteignung der Sparer.

„Wir halten es für besser, private Anleger, auch Kleinsparer, zu einer aktiven (Mit)Finanzierung der ökologischen Transformation zu motivieren, als sie ungefragt zu diesem Zweck über Niedrigstzinsen und hohe Inflation zu entreichern", unterstrich Schleweis. Nur wenn legitime Interessen einer breiten wirtschaftlichen und damit sozialen Teilhabe gewährleistet werden, könne die ökologische Transformation gelingen. „Das ist aus meiner Sicht die zentrale Zukunftsaufgabe. Und das ist das, was wir uns als Sparkassen als Mission vorgenommen haben." **DK**

Versicherungskammer Stiftung schreibt Ehrenamtspreis 2022 aus

Mit der diesjährigen Ausschreibung des Ehrenamtspreises unter dem Motto „Danke Ehrenamt. Für gestern, heute und morgen." möchte die Versicherungskammer Stiftung allen engagierten Ehrenamtlichen in Bayern und der Pfalz ihren Dank aussprechen – insbesondere denjenigen, die zehn Jahre und länger engagiert in ihrer Region sind. Gesucht werden langjährige Projekte, Vereine und Initiativen, die sich seit mindestens zehn Jahren als gemeinnützige Organisationen vor Ort in der Stadt oder auf dem Land einsetzen.

Bei der Auswahl der Preisträger sind neben der Engagement-Historie die Weiterentwicklung der Organisation im Wandel der Zeit sowie der Umgang mit gesellschaftlichen Herausforderungen entscheidende Kriterien. Es sollen beispielhafte Projekte ausgezeichnet werden, die als gewachsenes, nachhaltiges und zukunftsfähiges Ehrenamt ein Vorbild für andere sein können.

Mit einem Preisgeld in Höhe von insgesamt 43.000 Euro wird jeweils in jedem Regierungsbezirk in Bayern sowie in der Pfalz ein beispielhaftes Engagement mit 5.000 Euro ausgezeichnet.

Zusätzlich werden weitere Projekte für einen Publikumspreis nominiert: Im Rahmen eines öffentlich stattfindenden Online-Abstimmungsverfahrens können drei Projekte mit den meisten Stimmen jeweils 1.000 Euro gewinnen.

Das ehrenamtliche Engagement sollte lokal mit der Gemeinde oder Stadt verankert sein und dazu beitragen, das gesellschaftliche Leben vor Ort (Stadtviertel oder Kommune) zu sichern und auch in Zukunft zu gestalten.

Einsendeschluss der Online-Bewerbung ist der 18. Februar 2022 unter www.versicherungskammer-stiftung.de ❐

Bekenntnis zum Drei-Säulen-Modell

Reaktionen von SVB und GVB zum Ampel-Koalitionsvertrag

Als gutes Signal für den Finanzstandort werten Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, und der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, Dr. Jürgen Gros, den Koalitionsvertrag der neuen „Ampel"-Regierung. Beide setzen darauf, dass den schriftlich formulierten Zielen nun Taten folgen.

Nach Auffassung von Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, unterstreicht der Koalitionsvertrag der neuen „Ampel"-Regierung die Bedeutung des Drei-Säulen-Systems und damit der Sparkassen im Wirtschaftskreislauf: „Dass der Vertrag unsere heimische Bankenlandschaft mit ihren lokal verankerten Instituten und Geschäftsbanken erhalten möchte, begrüßen wir sehr, aber vor allem auch das Ziel, wirtschaftliche Zusatzbelastungen für die Sparkassen künftig vermeiden zu wollen. Wir sehen darin einen längst überfälligen Schritt hin zu einem grundsätzlichen Richtungswechsel. Wir setzen jetzt darauf, dass die künftige Regierung den schriftlich formulierten Zielen Taten folgen lässt."

Regulatorische Maßnahmen und Markteingriffe

Reuter betont, dass die Sparkassen in Bayern eine deutliche Rückenstärkung bräuchten, wenn sie auch in Zukunft Wirtschaft und Bürgerinnen in wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Krisenlagen zur Verfügung stehen sollten. In jüngster Zeit hätte eine Flut regulatorischer Maßnahmen und Markteingriffe stark am Geschäftsmodell der Sparkassen gerüttelt. Dabei benötigten Regionalbanken Rückendeckung, um dezentral für Handwerk, Gewerbe und Privatsparer da sein zu können. Letztere bräuchten gerade in Nullzinszeiten zielführende Beratung, um fürs Alter vorsorgen zu können: „Es stimmt mich positiv, dass die Koalition offenbar vom Vorhaben eines Provisionsverbots abgerückt ist. Erwiesenermaßen wäre die Honorarberatung für den durchschnittlichen Kleinanleger absolut unwirtschaftlich. Sie würde langfristig zu einer Unterversorgung mit Beratungsleistungen sowie mit geeigneten Altersvorsorgeprodukten führen."

Mit Blick auf die geplante Vergemeinschaftung der Einlagensicherung befürwortet Reuter den Antritt der neuen Regierung, erst einmal Risiken in den europäischen Bankbilanzen abbauen zu wollen. Allerdings ist damit aus seiner Sicht der grundsätzliche Geburtsfehler von EDIS nicht behoben. Wer ins Risiko gehe, müsse auch die Haftung übernehmen. „Zwar soll die Institutssicherung explizit nicht Teil von EDIS werden, dennoch lässt der Koalitionsvertrag aus meiner Sicht zu viel Auslegungsspielraum", erklärt Reuter.

Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) begrüßt, dass den besonderen Bedürfnissen der kleinen und mittleren Kreditinstitute im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP Rechnung getragen wird. „Regionale Kreditinstitute werden gebraucht. Das haben die neuen Regierungspartner anerkannt", unterstreicht GVB-Präsident Jürgen Gros. Kleine und mittlere Banken mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell würden in dem Papier mehrfach ausdrücklich erwähnt und gewürdigt. „Das trägt den Fakten Rechnung, denn das Drei-Säulen-Modell mit öffentlich-rechtlichen Instituten, Genossenschaftsbanken und großen Geschäftsbanken hat sich bewährt."

Umsetzungspläne für mehr Verhältnismäßigkeit

Jetzt komme es darauf an, den Worten Taten folgen zu lassen und entschlossene Schritte zur regulatorischen Entlastung kleinerer Banken einzuleiten. „Die Ungleichbehandlung haben die Koalitionäre erkannt, nun müssen zügig Umsetzungspläne für mehr Verhältnismäßigkeit folgen", bemerkt Gros. Es sei ein gutes Signal für den Finanzstandort, dass sich die Koalitionspartner darauf verständigt haben, Regulierungsnachteile für kleine Banken abzubauen.

Kritisch würdigt Gros jedoch die Pläne für eine europäische Rückversicherung für nationale Einlagensicherungssysteme. „Wichtig ist, dass die Belange von Volksbanken und Raiffeisenbanken gewahrt bleiben. Regionale Bankengruppen mit einem eigenen Institutssicherungssystem, das strenge Kriterien erfüllt, müssen die Möglichkeit haben, von einer europäischen Lösung ausgenommen zu bleiben", fordert der GVB-Präsident. **DK**

Bayerische Landesstiftung investiert in Wunsiedel/Kulmbach

Die bayerische Landesstiftung beteiligt sich an mehreren Projekten in der Region und hilft so dabei, historische Gebäude zu erhalten und unsere Heimat in besonderer Weise aufzuwerten.

Die Sanierung des Turbinenhauses im Benkerareal wird mit 23.500 Euro von der Bayerischen Landesstiftung bezuschusst. In die Sanierung des Kamins zur Nutzbarmachung als Schornstein fließen weitere 9.200 Euro. Beide Projekte sind Teil der Heizzentrale für die Wohnsiedlung. Die Kosten für die Sanierung belaufen sich insgesamt auf 650.000 beziehungsweise 190.000 Euro.

Von regionaler Bedeutung

Auch die Städtebauförderung und die Oberfrankenstiftung sowie das Landesamt für Denkmalpflege leisten ihren Beitrag für diese Projekte. „Das Benkerareal und das dort entstehende Quartier als Ganzes werden regionale Bedeutung haben. Das hat die Bayerische Landesstiftung erkannt. Ich freue mich daher, dass sich die Bayerische Landesstiftung an diesem Projekt beteiligt", so der heimische Landtagsabgeordnete Martin Schöffel.

Private Maßnahmen

Nach Kumbach/Wunsiedel fließen zudem Mittel der Landesstiftung in Höhe von 22.000 Euro in fünf private Maßnahmen wie die energetische Sanierung von Wohnhäusern, Fenstersanierungen und mehr.

„Ein historisches Gebäude zu erhalten, kostet nicht selten mehr Geld und Nerven, als ein Neubau. Es ist aber auch etwas ganz Besonderes, das man heute nicht mehr so herstellen könnte", so Landtagsabgeordneter Schöffel. „Mein Dank gilt gleichermaßen den Bauherren für ihr Engagement und den Verantwortlichen der Landesstiftung für die Unterstützung." ❐

BayernLabo finanziert neue Grundschule in Karlsfeld

Für die Karlsfelder Grundschüler ist seit Beginn dieses Schuljahrs alles neu. Neben Stundenplan und Lernmittel (digital als auch physisch) ist es vor allem das neue Schulhaus an der Krenmoosstraße, das eine moderne und fröhliche Lernatmosphäre schafft.

„An die 650 Schüler, davon bis zu 200 Kinder in acht Ganztagesklassen und 50 mit Mittagsbetreuung, können in Zukunft unter den neuen Dächern in einem lichtdurchfluteten Schulgebäude mit modernster Technik viele schöne Schuljahre erleben“, sagt Bürgermeister Stefan Kolbe auf der Einweihungsfeier. Moderne Zimmer und Möbel erinnern kaum mehr an das alte Grundschulgebäude, welches seit 1962 für den Grundschulbetrieb zur Verfügung stand.

Individueller Unterricht

Die Wände des neuen Gebäudes sind in Pastelltönen gestaltet und viele Glaswände füllen die Räume mit natürlichem Sonnenlicht. Sie sollen den Kindern ein Gefühl von Offenheit vermitteln. Gleich am Eingangsbereich sind die Aula, eine Mensa und ein Mehrzweckraum. Diese Räume sind durch flexible Wände abgetrennt und lassen sich zu einem einzigen großen, zusammenhängenden Empfangsraum öffnen. Im riesigen Pausenhof können sich die Schüler auf den Trampolinen, beim Tischfußball an der Boulderwand oder am beeindruckenden Klettergerüst vom Lernen erholen. Bürgermeister Kolbe stellt als Besonderheit vor allem das Münchner Lernhauskonzept heraus. „Dadurch können die Kinder individueller und in ihrem Lerntempo unterrichtet werden. Der Frontalunterricht wird aufgebrochen.“

Offene Bauweise

Die offene Bauweise der neuen Grundschule unterstreicht dieses Konzept für den Neubau von Schulgebäuden, welches die besonderen räumlichen, pädagogischen und personalorganisatorischen Anforderungen von Schulen einbezieht.

Jede Jahrgangsstufe ist dabei in einem eigenen Lernhaus untergebracht, dass sich räumlich wie organisatorisch als eine „kleine Schule“ innerhalb der großen Schulgemeinschaft versteht. Als weiteres Highlight freut sich Kolbe vor allem über die die hohe Energieeffizienz der Gebäude. Erreicht werden konnten die KfW-Effizienz Gebäudeklasse 70 beim Schulgebäude und die KFW-Effizienz Gebäudeklasse 55 bei der neuen Dreifachsporthalle. Zudem steht neben der schulischen Nutzung nun auch den Karlsfelder Vereinen eine weitere Dreifachsporthalle mit modernster Technik und gehobener Ausstattung zur Verfügung.

Christian Wunderlich, Mitglied der Geschäftsleitung der BayernLabo ist begeistert vom Ergebnis der guten Zusammenarbeit zwischen BayernLabo und der Gemeinde Karlsfeld: „Wir konnten dieses großartige Projekt ganz in der uns zugedachten Rolle als Kommunalkreditbank des Freistaats Bayern mit dem optimalen Finanzierungsmix aus Förder- und klassischen Kommunalkrediten unterstützen.“

Rund 25 Mio. Euro Darlehensvolumen

Neben Zuschüssen von 15,34 Mio. Euro vom Freistaat wurden die restlichen Kosten von rund 25 Mio. Euro durch Kredite der BayernLabo finanziert. Hauptanteil am Finanzierungsvolumen hatten dabei mit ca. 16 Mio. Euro die beiden kommunalen Förderkredite Energiekredit und Investkredit Kommunal Bayern der BayernLabo.

Die restlichen 9 Mio. Euro wurden als klassischer Kommunalkredit ebenfalls bei der BayernLabo aufgenommen. „Der Neubau dieser Schule mit Baukosten von rund 41 Mio. Euro ist die größte Investition, welche die Gemeinde jemals getätigt hat“, so Bürgermeister Kolbe. „Sowohl bei den Energiekrediten als auch bei der weiteren Finanzierung erfolgte die Zusammenarbeit vollkommen problemlos.“ ❐



V.l.: Abteilungsleiter Kommunalkredit Wolfgang Schmidt, Landrat Stefan Löwl, Mitglied der Geschäftsleitung der BayernLabo Christian Wunderlich, Bürgermeister Stefan Kolbe, Schulleiterin Barbara Sparr, Landtagsabgeordneter Bernhard Seidenath, stellv. Abteilungsleiter Kommunalkredit Heinz Maul. Bild: Gemeinde Karlsfeld

Kreissparkasse Augsburg:

Beteiligung an Wärmenetzen von GP JOULE

Die Kreissparkasse Augsburg investiert in Wärmenetze in Bayern und Baden-Württemberg: Das Portfolio von GP JOULE, an dem die Kreissparkasse Augsburg Anteile erwirbt, umfasst acht Wärmegesellschaften. Damit unterstützt die Kreissparkasse zusammen mit GP JOULE den Aufbau langlebiger, nachhaltiger Infrastruktur in der Region.

„Die Kreissparkasse Augsburg erleichtert mit Ihrem Investment Kommunen die Entscheidung für Investitionen in die Energiewende“, erklärt Vorstandsmitglied Dr. Wolfgang Zettl. Für die Kreissparkasse ist die Beteiligung an den Wärmegesellschaften ein Engagement, das den besonderen öffentlichen Auftrag der Sparkassen unterstreicht: „Wir unterstützen Gemeinden bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten und sorgen so für eine langfristige, nachhaltige und regionale Entwicklung.“ ergänzt Gerhard Rohde, Leiter des Bereichs Unternehmenskunden bei der Kreissparkasse Augsburg.

Das verbindet die beiden Partner. „Langfristig, nachhaltig, regional, genauso stellt sich GP JOULE die Energiewende vor, bei der die CO2-neutrale Versorgung mit Wärme eine zentrale Rolle spielt“, sagt Heinrich Gärtner, Mitgründer und Geschäftsführer von GP JOULE, „dafür sind Investitionen in regionale Infrastruktur sehr wichtig.“ Ihre Zusammenarbeit verkündeten GP JOULE und die Kreissparkasse Augsburg bei einem gemeinsamen Termin im Dorfgemeinschaftshaus in Kühlenthal im Landkreis Augsburg.

Umfangreiches Portfolio

Das Portfolio von GP JOULE, an dem die Kreissparkasse Augsburg einen Minderheitsanteil erwirbt, umfasst acht Wärmegesellschaften, unter anderem in den bayerischen Gemeinden Kühlenthal, Mertingen und Buttenwiesen.

„Uns verbindet eine langjährige Partnerschaft mit der Kreissparkasse Augsburg, deshalb freuen wir uns, gemeinsam mit der Kreissparkasse die Gemeinden in der Region auf ihrem Weg in eine grüne Zukunft partnerschaftlich zu begleiten“, erklärt Heinrich Gärtner.

GP JOULE bringt seit Jahren die grüne Wärmeerzeugung und lokale Verbraucher zusammen, um nachhaltige Nahwärmelösungen auf kommunaler Ebene zu verwirklichen. Das Ziel ist, die Menschen und lokalen Betriebe mit regenerativer und preiswerter Wärme aus der Region zu versorgen. Gemeinsam mit Kommunen gründet GP JOULE deshalb sogenannte Renergiewerke, eine innovative Form der Gemeindewerke, die durch regionale Wertschöpfung wichtige wirtschaftliche Impulse in der Region setzen.

Wie in Kühlenthal: In der zwischen Augsburg und Donauwörth gelegenen schwäbischen Gemeinde baut die eigens gegründete Bioenergie Kühlenthal GmbH gerade ein lokales Wärmenetz. Dort können sich Bürgerinnen und Bürger noch einen Anschluss an das Wärmenetz sichern und sich so für das CO2-neutrale Heizen entscheiden.

Zahlreiche solcher Wärmegesellschaften hat GP JOULE mitaufgebaut. So verbindet GP JOULE die ökonomische und ökologische Entwicklung ländlicher Regionen mit der Erhaltung der Lebensgrundlage für die kommenden Generationen. Gemeinsam mit der Kreissparkasse Augsburg können nun noch mehr Gemeinden fit gemacht werden für eine moderne Wärmeversorgung. ❐



Die Kreissparkasse Augsburg investiert in ein Portfolio aus Nahwärmenetzen von GP JOULE, unter anderem in jenes in der schwäbischen Gemeinde Kühlenthal. Dort informierten Felix Schwahn, Geschäftsführer GP JOULE Think Wärme GmbH, Heinrich Gärtner, Mitgründer und Geschäftsführer von GP JOULE, Iris Harms, Erste Bürgermeisterin von Kühlenthal, Gerhard Rohde, Leiter Unternehmenskunden Kreissparkasse Augsburg, und Dr. Wolfgang Zettl, Vorstand Kreissparkasse Augsburg, (v.l.) über die Kooperation. Bild: GP JOULE GmbH.

20 Jahre LfA-Repräsentanz Nürnberg

Mehr als 25.000 Gründer und Mittelständler in Nordbayern individuell beraten / 884.000 Arbeitsplätze gefestigt und 47.000 neue Stellen geschaffen

Erfreuliche Bilanz zum 20-jährigen Jubiläum der Repräsentanz der LfA Förderbank Bayern in Nürnberg: Seit 2001 haben die Förderexperten über 25.000 Gründer und Unternehmen aus Nordbayern persönlich, telefonisch und seit diesem Jahr auch per Videoberatung zu Finanzierungshilfen aus allen Förderbereichen der LfA beraten. Zudem standen die Spezialisten mehr als 3.500 Unternehmen aus der Region in Krisensituationen zur Seite. Die individuelle Beratung der LfA ist kostenlos.

Um darüber hinaus die Wirtschaftsförderaktivitäten in den drei fränkischen Regierungsbezirken und der Oberpfalz weiter zu stärken, stehen die Experten der LfA unter anderem in Informationsveranstaltungen kontinuierlich mit Hausbanken, Wirtschaftsförderern, Kammern, Gründerzentren, Hochschulen sowie weiteren örtlichen Förderinstitutionen und Netzwerkpartnern im Austausch. Außerdem ist die staatliche Spezialbank mit Hauptsitz in München seit 2015 mit einem Förderstützpunkt in Hof speziell zur Wirtschaftsförderung in Oberfranken vertreten.

„Nach ihrem 70. Geburtstag hat die LfA Förderbank Bayern in diesem Jahr einen zweiten Grund zu feiern: Seit mittlerweile 20 Jahren leistet die LfA mit dem kompetenten, kostenlosen Beratungsangebot ihrer Repräsentanz und den zielgerichteten Finanzierungsprodukten einen beachtlichen Beitrag für den wirtschaftlichen Erfolg des Standorts Nürnberg und der gesamten Region Nordbayern. Wir fördern dadurch Gründungen, kurbeln nachhaltige Investitionen an und unterstützen die Betriebe, die besonderen Herausforderungen gerade in Krisensituationen erfolgreich zu meistern. Davon profitiert der Wirtschaftsstandort Nordbayern nachhaltig“, so Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger.

Hans Peter Göttler, stellvertretender LfA-Vorstandsvorsitzender, erläutert: „Ich freue mich über die Erfolgsbilanz unserer Repräsentanz Nürnberg. Mit unserem attraktiven und passgenauen Finanzierungsangebot haben wir in der Region Nordbayern in den vergangenen 20 Jahren rund 41.000 Unternehmen gefördert, die mit unseren Finanzierungshilfen Investitionen in Höhe von fast 15,5 Milliarden Euro verwirklichen konnten. Rund 884.000 Arbeitsplätze konnten so gefestigt und fast 47.000 neue Stellen geschaffen werden. Als persönliche Ansprechpartner für den Mittelstand begleiten unsere Experten, in enger Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern, alle gewerblichen Unternehmen, Gründer und Freiberufler in Nordbayern kompetent, individuell und umfassend in allen Unternehmenslagen.“ ❐



Gründerpreise der niederbayerischen Sparkassen:

Mut braucht Unterstützung

In insgesamt sieben Kategorien haben die niederbayerischen Sparkassen den Gründerpreis 2021 vergeben. Damit werden vorbildhafte Leistungen bei der Entwicklung innovativer und tragfähiger Geschäftsideen und beim Aufbau neuer Unternehmen gewürdigt. Mit der Auszeichnung soll das Engagement für Unternehmertum in Niederbayern gefördert und Mut gemacht werden für eine Wirtschaftskultur von Innovation und Nachhaltigkeit.

In der Kategorie „Konzept" ging der erste Platz an die Easy2Parts GmbH aus Deggendorf, die als erste Plattform ein soziales Netzwerk mit einer Supply-Chain-Software (Lieferkettensoftware) verbindet und mit Künstlicher Intelligenz die Beschaffung von Fertigungsbauteilen und Baugruppen erleichtert. Die Plattform von Easy2Parts vernetzt einkaufende Unternehmen mit ihren Lieferanten und ermöglicht so, neue Lieferanten auf automatisiertem Weg zu finden. Als Firmenstandort wurde vor etwa zwei Jahren die Stadt Deggendorf gewählt. Die Entscheidung hierfür war anfangs eher zufällig, da die drei Firmengründer alle an der Technischen Hochschule in Deggendorf studierten und über die THD das EXIST-Gründerstipendium beantragten. Heute ist der Firmensitz von Easy2Parts im Digitalen Gründerzentrum ITC 1 zu finden.

Den zweiten Platz belegte die Firma Holz-Format Marchsreiter GmbH aus Osterhofen (Landkreis Deggendorf). Das Unternehmen baut hochwertige Holzmodule in Holzständerbauweise, schlüsselfertig und mit betonlosen Fundamenten. Die Module werden als alleinstehende Raumzellen produziert und entstehen durch Upcycling von (Seefracht-)Containern. Dadurch erhalten diese durch eine ressourcenschonende und nachhaltige Verarbeitung einen neuen langlebigen Verwendungszweck und können in den verschiedensten Bereichen eingesetzt werden.

Mit seiner „mobilen Klärschlammentwässerung" errang Daniel Baumgartner aus Zeilarn (Landkreis Rottal-Inn) den dritten Platz. Das von ihm im Jahr 2019 gegründete Unternehmen erbringt Dienstleistungen, die vor allem bei kommunalen Kläranlagen benötigt werden. „Mittels einer Zentrifuge, die auf einem LKW verbaut ist, lässt sich beispielsweise Klärschlamm auf etwa ein Zehntel seines ursprünglichen Gewichts reduzieren", erklärt Baumgartner das Grundprinzip. „Durch die Entwässerung können Kommunen bis zu 90 Prozent an Fahrten mit LKWs einsparen." Auch müssen die Kommunen nicht in eigene Zentrifugen investieren. Das Endprodukt kann anschließend landwirtschaftlich als auch thermisch verwertet werden. Neben dem Einsatz im kommunalen Bereich wird die mobile Schlammentwässerung auch bei Industrieklärschlamm genutzt. Mit seiner Gründung hat der Jungunternehmer bereits fünf Arbeitsplätze geschaffen.

Für ihre innovative Lösungen erhielt die Inacore GmbH aus Ortenburg (Landkreis Passau) den niederbayerischen Gründerpreis in der Kategorie „Start-up". Das Unternehmen wurde 2017 als Joint Venture der international führenden Unternehmen in der Gießereitechnik, Laempe Mössner Sinto GmbH und R. Scheuchl GmbH, gegründet. Das Start-up fertigt mit modernsten, umweltfreundlichen Verfahren Sandkerne und Kernpakete für die Gießereiindustrie. Hierbei beschränkt es sich nicht auf die reine Kernfertigung, sondern erweitert sein Portfolio um 3D-gedruckte anorganischen Sandkerne und die hausinterne Werkzeugwartung.

Inacore GmbH

Dazu setzt Inacore auf einen hochmodernen Maschinenpark, eine vollautomatische, klimatisierte Lagertechnik und auf schlanke Logistikabläufe, auf ein striktes Qualitätsmanagement sowie auf die konsequente Digitalisierung und volle Vernetzung über den gesamten Wertschöpfungsprozess.

Sieger in der Rubrik „Aufsteiger" wurde die Firma T.CON GmbH & Co.KG mit Sitz in Plattling. Die IT-Firma ist ein Komplettanbieter für intelligente und effiziente SAP-Lösungen. Das Unternehmen unterstützt Betriebe dabei, profitabler zu arbeiten, indem Prozesse, wie zum Beispiel Unternehmensführung, Entwicklung, Vertrieb und Logistik optimiert werden. Das zu den attraktivsten Arbeitgebern in der IT-Beratung zählende Unternehmen wurde in den Jahren 2018 und 2019 zum „TOP Arbeitgeber Mittelstand" gekürt. In der Vergangenheit hat T.CON bereits zweimal den Preis „Bayern Best 50" und mehrere Auszeichnungen für die Unternehmensleistung erhalten.

Sonderpreis für Nationalpark Bayerischer Wald

In der Kategorie „Sonderpreis" durfte sich der Nationalpark Bayerischer Wald über den ersten Platz freuen. Anfangs hatte der Nationalpark nicht immer nur Freunde, doch spätestens jetzt nach den einschneidenden Umweltkatastrophen versteht jeder den Sinn der Nationalparkphilosophie „Natur Natur sein lassen".

1970, im Gründungsjahr des Nationalparks, war das Bewusstsein zur Natur nicht ausgeprägt, im Fokus der Bemühungen lagen eher Nutz- und Wirtschaftswaldnutzung. 50 Jahre später ist der Weitblick des damaligen Nationalparkleiters Dr. Hans Biebelriether und Forstminister Hans Eisenmann umso mehr zu würdigen, als sie damals den Mut und die Tatkraft hatten, den ersten Nationalpark Deutschlands zwischen Rachel und Lusen aus der Taufe zu heben. 1997 wurde zwischen dem Großen Falkenstein und dem Großen Rachel erweitert und 2020 sagte die Bayerische Staatsregierung zu, dass künftig auch das Gebiet um den Siebensteinkopf mit weiteren 600 Hektar zum Nationalpark gehören wird.

Der Nationalpark ist nicht nur ein Bewahrer und Schützer, sondern auch ein Unternehmen, das in der Region der Landkreise Freyung-Grafenau und Regen eine wesentliche Rolle spielt. Nicht nur im regionalen Umfeld, sondern auch europa- und weltweit, findet der Nationalpark Bayerischer Wald hohe Beachtung.

Weitere Auszeichnungen gingen in der Kategorie „Agrar" an Spargel Erdbeeren Gänger in Niedermotzing (Landkreis Straubing-Bogen), in der Rubrik „Unternehmensnachfolge" an Schmidt Digitaldruck GmbH, Wörth a.d. Isar, sowie in der Kategorie „Lebenswerk" an Ulrich Brunner, Ofen- und Heiztechnik, Eggenfelden. **DK**



V.l.: Landrat Sebastian Gruber (Landkreis Freyung-Grafenau), Dir. Stefan Proßer (Vorstandsvorsitzender Sparkasse Freyung-Grafenau, Dr. Christian Barth (Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz), Dr. Franz Leibl (Leiter der Nationalparkverwaltung), Josef Wanninger (Leiter Sachgebiet Besucherzentren und Umweltbildung), Roland Müller (Firmenkundenbetreuer Sparkasse Freyung-Grafenau), Dir. Dietmar Attenbrunner (Vorstandsmitglied Sparkasse Freyung-Grafenau). Bild: harry zdera | fotograf | freyung 607, 84028 landshut

Neuer Difu-Leitfaden:

Städte nachhaltig planen und bauen

Um zukunftsfähig zu handeln, ist eine ressourcen- und klimaschonende Planung und Errichtung der gebauten Umwelt unabdingbar. Das bedeutet: Der Blick muss verstärkt auf die kommunalen Hebel der Stadtplanung und Stadtentwicklung gelenkt werden. Unterstützung leistet dabei der Difu-Leitfaden „Stadtplanung und Stadtentwicklung als Hebel für den Ressourcen- und Klimaschutz: Kommunale Instrumente, Fallbeispiele und Potenziale zur Reduktion der Ressourceninanspruchnahme", der im Rahmen des vom Umweltbundesamt geförderten Projekts „Steuerbare urbane Stoffströme" erarbeitet wurde.

Die Publikation führt in die Thematik des nachhaltigen Planens und Bauens ein, zeigt Instrumente der Stadtplanung und Stadtentwicklung zur Steuerung von Stoffströmen, beschreibt Anwendungsbeispiele aus Kommunen und skizziert Lösungswege für ein optimiertes Vorgehen bei der Steuerung von Stoffströmen zur Reduzierung der Ressourceninanspruchnahme.

Die Ergebnisse der Studie „Steuerbare urbane Stoffströme" zeigen deutlich, dass Stadtplanung und Stadtentwicklung eine nicht zu unterschätzende Wirkung auf die Nutzung von natürlichen Ressourcen haben. Vor allem die planerischen Instrumente zur baulichen Entwicklung von Städten und Gemeinden wie Fläche, Materialien, Energie und Wasser haben einen erheblichen Einfluss. Den kommunalen Akteuren (z. B. Ämter mit den Zuständigkeiten für Stadtplanung bzw. Stadtentwicklung, Liegenschaften, Fachplanungen) kommt eine sehr wichtige Rolle zu.

Das den Städten zur Verfügung stehende Instrumentarium der Planung ist vielfältig. Neben formalen rechtlichen Instrumenten sind informelle Instrumente wie zum Beispiel Informations- und Beratungsangebote, Förderprogramme und sonstige Anreizmechanismen von Bedeutung.

In einigen Themenfeldern, etwa bei der Flächenneuinanspruchnahme, der Energieversorgung oder Regenwasserbewirtschaftung, werden im Rahmen der Kommunalplanung bereits einzelne natürliche Ressourcen direkt berücksichtigt. Fachkonzepte und eine entsprechende Umsetzung im Rahmen von Planungsprozessen liegen demnach vor, d. h. Vorgaben aus diesen Konzepten werden gezielt adressiert.

Vermehrt konnten auch bereits innovative Mobilitätskonzepte identifiziert werden, die bei städtebaulichen Vorhaben aufgegriffen werden, doch haben diese Ansätze häufig noch Pilotcharakter. Die meisten Kommunen nehmen bestimmte Stoffströme, wie z. B. Recyclingbaustoffe, aktuell nicht bewusst in den Blick. Hierfür fehlen zumeist über den Einzelfall hinausgehende, übergreifende Konzepte. Die meisten Kommunen beschäftigen sich laut Studie nicht strategisch und prioritär mit diesen Themen. Ihnen sind bei der Einflussnahme in Bezug auf die Auswahl und Verwendung von Baumaterialien aber auch aus rechtlicher Sicht Grenzen gesetzt.

Flächennutzungsplan als wichtiges Instrument

Ein entscheidendes Instrument für die Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme, z. B. durch die Festlegung möglicher Bauflächen und einer effizienten Dimensionierung bzw. Nutzung von technischen Infrastrukturen, ist der Flächennutzungsplan. Durch den gesetzlichen Rahmen beschränkt sind die Steuerungspotenziale des Bebauungsplans, jedoch lassen sich auch hier vielfältige Ansätze zum Ressourcenschutz berücksichtigen. Im B-Plan festgesetzt und somit beeinflusst werden können unter anderem der Flächenverbrauch (z. B. in Bezug auf verkehrliche Erschließung, Pkw-Stellplätze sowie Geschossflächenzahl und Grundflächenzahl von Gebäuden), der Energieverbrauch (z. B. Verhältnis von Gebäudefläche zu beheizbarem Gebäudevolumen), Energieerzeugung und Regenwassermanagement. Diese Festsetzungen haben Einfluss auf die Ressourceninanspruchnahme.

Ein weitergehender Einfluss, ergänzend zum B-Plan, erfordert den Rückgriff auf andere Instrumente. Soweit es sich um Flächen handelt, die nicht im Eigentum der Stadt sind, bietet bei der Schaffung von Baurecht der städtebauliche Vertrag die Möglichkeit, konkrete Maßnahmen zu vereinbaren, die zu einer schonenderen Nutzung von natürlichen Ressourcen führen. Im BauGB selbst werden bereits Maßnahmen zu Energieeinsparung mittels städtebaulicher Verträge ausdrücklich erwähnt. Entsprechende Vorgaben müssen allerdings nachvollziehbar der Umsetzung städtebaulicher Ziele dienen.

Wenn die Kommune Eigentümerin der Fläche ist, hat sie durch die Veräußerung der Flächen die Möglichkeit, einen umfassenden Einfluss auf die weitere Nutzung und Bebauung zu nehmen. So können bestimmte Verpflichtungen in den Kaufvertrag aufgenommen werden, die den Käufer zu einer ressourcenschonenden Umsetzung eines Bauvorhabens verpflichtet (inklusive Baumaterialien). Instrumente wie Kaufverträge oder Konzeptvergaben haben für den Ressourcenschutz die größte Wirktiefe. Für die Ziele des Ressourcenschutzes ist es daher zweckmäßig, wenn die Städte ihre eigenen Liegenschaftsbestände kontinuierlich durch Zukauf ergänzen, um ihre bauliche Entwicklung steuern zu können.

Die am weitesten reichenden Umsetzungsmöglichkeiten zum Ressourcenschutz besitzt die Kommune jedoch als eigene Bauherrin im Falle der Entwicklung von Hoch- und Tiefbaubauvorhaben. In diesem Bereich kann sie selbst Vorbildfunktionen wahrnehmen und wichtige Impulse für die ressourcenschonende Bautätigkeit insgesamt geben.

Laut Studie ist die Innenentwicklung dem Bauen im Außenbereich prinzipiell vorzuziehen, da sie wesentlich ressourcenschonender ist. Instrumente wie Baulückenkataster, die Entwicklung von teilräumlichen Konzepten, vorhabenbezogene B-Pläne oder Baugebote können zur Stärkung der Innenentwicklung eingesetzt werden. Bei der Bestandsentwicklung kommen auch Maßnahmen wie Förderprogrammen oder Beratungsleistungen eine besondere Bedeutung zu.

In einigen Kommunen ist das Innenentwicklungspotenzial zu großen Teilen ausgeschöpft oder wird es in den nächsten Jahren sein. Hier sollten trotzdem weiterhin innovative Lösungen gesucht werden, die den Neubau im Außenbereich minimieren. Eine Nachverdichtung (z. B. Aufstockungen) ist eine Möglichkeit, um weitere Potenziale auszuschöpfen. Ebenso sollten die Sanierung und der Umbau des vorhandenen Gebäudebestands im Zentrum der Aktivitäten liegen, um eine lange ressourcenschonende Nutzungs- und Lebensdauer der Gebäudeinfrastrukturen zu gewährleisten.

Fazit: Obwohl Kommunen bereits einen großen Beitrag zur Reduzierung der Ressourceninanspruchnahme leisten, sind noch Potenziale zu nutzen. Es ist davon auszugehen, dass das Themenfeld der Ressourcen auch in der Stadtplanung und Stadtentwicklung deutlich an Bedeutung gewinnen wird. **DK**

Solarpark im Landkreis Aschaffenburg:

Über Crowdinvesting finanziert

Erfolgreiche Kooperation der Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau und der Deutschen Kreditbank AG (DKB)

Die Energiewende ist gesellschaftlicher Konsens. In Deutschland besteht Übereinstimmung darüber, dass die Energieerzeugung aus regenerativen Energiequellen ausgebaut werden muss. Bis 2030 soll der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch in Deutschland von derzeit 43 Prozent auf 65 Prozent deutlich angehoben werden. Damit das gelingen kann, müssen weitere regenerative Anlagen gebaut werden. Dabei kommt den PV-Freiflächenanlagen neben der Windkraft eine herausragende Bedeutung zu.

Neben einer rechtssicheren Standortauswahl und einem komplizierten Ausschreibungsverfahren ist fehlende Akzeptanz und Widerstand im lokalen Umfeld zu einer entscheidenden Ursache geworden, durch die der Ausbau Erneuerbarer ins Stocken geraten ist.

Regionale Akzeptanz schaffen

Bürger zu Teilhabern des Projektes machen und regionale Akzeptanz für das eigene Erneuerbare-Energie-Vorhaben schaffen. Das war die Überlegung von Bernd Büttner, als er mit der Bürgersolar Laufach GmbH & Co. KG eine Crowdinvesting-Kampagne im Landkreis auf der DKB-Crowd gestartet hat. Sein Vorhaben: Ein Solarpark in Laufach, im Landkreis Aschaffenburg direkt an der Eisenbahnlinie Frankfurt-Würzburg.

Im Herbst 2020 wurde mit dem Anlagenaufbau begonnen und innerhalb von nur sechs Wochen entstand eine 3.750 kWp große Freiflächen-Photovoltaikanlage. Der Solarpark kann umgerechnet 700 Familien mit grüner Energie versorgen und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Energiewende. Die vor Ort erzeugte Solarenergie wird auf Grundlage des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG) ins örtliche Stromnetz eingespeist und direktvermarktet. An diesen Erträgen möchte die Bürgersolar Laufach GmbH & Co. KG die Bürger vor Ort teilhaben lassen: in Form von verzinslichen Nachrangdarlehen mit qualifiziertem Rangrücktritt, vermittelt über die DKB-Crowd. Mit dem eingesammelten Geld aus der Crowdinvesting-Kampagne wurde die Zwischenfinanzierung der Sparkassen Aschaffenburg-Alzenau zurückgeführt.

Bürgerbeteiligung

Crowdinvesting ist ein noch recht junges und komplett digitales Verfahren zur finanziellen Beteiligung von Bürgern. Dabei bilden viele Kleinanleger gemeinsam die sogenannte Crowd. Besonders im Immobilienbereich ist Crowdinvesting bereits ein etabliertes Finanzierungsmittel. Aber auch zur Finanzierung erneuerbarer Energien wird es immer beliebter. Durch die finanzielle Beteiligung der Bürger kann die Akzeptanz für das regionale Erneuerbare Energien-Projekt gesteigert und Widerstände abgebaut werden. Durch Crowdinvesting werden Bürger zu Teilhabern des Projekts.

Auf der DKB-Crowd können nachhaltige Projekte, wie erneuerbare Energien, schwarmfinanziert werden. Anleger beteiligen sich mit Einzelbeträgen ab 250 Euro bis zur maximal zulässigen gesetzlichen Obergrenze von 25.000 Euro an den jeweiligen Projekten. Unternehmen oder Vereine können zwischen 100.000 Euro und 6 Mio. Euro in Form von Nachrangdarlehen mit qualifizierten Rangrücktritt einwerben, um ihre Projekte zu realisieren. Das eingeworbene Nachrangdarlehen wird dem Mezzanine-Kapital zugeordnet und zeichnen sich dadurch aus, dass seine rechtliche und wirtschaftliche Ausgestaltung eine Mischform zwischen Eigen- und Fremdkapital ist. Damit kann dieses Nachrangdarlehen als finanzielles Beteiligungsinstrument nicht nur die Akzeptanz für dezentrale erneuerbare Energieanlagen steigern, sondern auch die Finanzierungsstruktur des Unternehmens optimieren.

Das Nachrangdarlehen ist hinsichtlich Laufzeit, Verzinsung und Tilgung mit wenigen Ausnahmen frei gestaltbar. Aufgrund des Totalverlustrisikos der Anleger sollten die Zinsen dem höheren Risiko ausreichend Rechnung tragen und durch die Projektinitiatoren auch verdient werden können. Weil das Nachrangdarlehen steuerlich als Fremdkapital behandelt wird, sind die Anlegerzinsen für die Projektinitiatoren als Betriebsausgabe steuerlich abzugsfähig.

Option zum Investieren

Es ist möglich, regional einzugrenzen, wer investieren darf, um den direkten Anwohnern damit die Option zum Investieren exklusiv zu geben. So war es auch beim Projekt in Laufach. Mit der regionalen Eingrenzung wurde den Einwohnern der Stadt Laufach faktisch ein bevorzugtes Zeichnungsrecht eingeräumt. Die Fremdkapitalfinanzierung übernahm die Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau. Die Zeichnungssumme betrug 252.000 Euro, Laufzeit 10 Jahre, Verzinsung 4 %, maximales Zeichnungsvolumen 5.000 Euro. 62 Bürger zeichneten mit einem durchschnittlichen Anlagevolumen von 4.064 Euro. Bereits nach drei Stunden war das Projekt finanziert – eine Rekordgeschwindigkeit, die zeigt, welches Potenzial Crowdinvesting für regionale und nachhaltige Projekte hat.

Die DKB steht den Sparkassen bundesweit bei der Umsetzung von Bürgerbeteiligungsvorhaben als Kooperationspartnerin zur Seite.

Mohamed Al-Shraydeh

Mineralische Rohstoffgewinnung:

Letzte Zufluchtsstätten für bedrohte Arten

Die rohstoffgewinnenden Betriebe Bayerns leisten mit ihren Gruben und Steinbrüchen einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Bio-Diversität und für den Artenschutz. Die mineralische Rohstoffgewinnung ist eine der wenigen Branchen, die dies durch die natürlichen Gegebenheiten auf ihren Gewinnungsflächen leisten kann – und sich dieser Verantwortung bewusst ist: Viele Firmen planen die Entstehung von Ersatzlebensräumen und die Ansiedlung bestimmter Tier- und Pflanzenarten schon während der Gewinnungsphase.

Viele Gewinnungsstätten werden nach ihrer Nutzung renaturiert – häufig entstehen anstelle der Abbaugebiete Biotope – und werden so zu Sekundärlebensräumen, in denen sich seltene oder gefährdete Tier- und Pflanzenarten ansiedeln. „Anders als viele andere industriell genutzte, kultivierte oder bebaute Flächen werden die Gebiete bei der Rohstoffgewinnung nur temporär genutzt und weder versiegelt noch für die natürliche Entwicklung unbrauchbar gemacht“, erläutert Dr. Bernhard Kling, Geschäftsführer des Bayerischen Industrieverbands Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV).

Wichtige Ersatzlebensräume

Aber auch schon während der Gewinnungsphase entstehen durch die sich immer wieder verändernden Bedingungen wichtige Ersatzlebensräume. „Viele stark gefährdete Amphibien brauchen beispielsweise offene, vegetationsarme Flächen mit Hecken oder Gebüschen zum Verstecken und kleine, unbewachsene, fischfreie temporäre Gewässer mit flachen Ufern“, führt Dr. Kling weiter aus. Im Anschluss an die Abbauphase werden sie dauerhaft zu Ökosystemen für heimische Tier- und Pflanzenarten. In Sandgruben werden etwa Steilwände aufgeschoben, um die Uferschwalbe anzusiedeln, Biotope für den Kiebitz, den Flussregenpfeiffer und die Flussseeschwalbe geschaffen oder Maßnahmen für den Schutz der Wildbienen getroffen, von denen viele Arten nur auf Rohbodenstandorten ihre Bruthöhlen graben können. „Die natürliche Aufwertung der Gewinnungsstätte führt zu einem Kreislauf, der der Natur nichts wegnimmt, sondern ihr ganz im Gegenteil etwas zurückgibt“, betont Dr. Kling. „Es entstehen wertvolle Gebiete, die es so in unserer Landschaft kaum noch gibt.“

Die Flächen Bayerns sind fast ausnahmslos Kulturlandschaften, also von Menschen gemacht. Ursprüngliche Wildnis und natürliche Flussauen oder Bachläufe sind kaum mehr vorhanden. Auch Wiesen und Wälder sind meist nicht naturbelassen, sondern werden forst- oder landwirtschaftlich genutzt. Den vielen Acker- und Nutzflächen – der Anteil von landwirtschaftlich genutzten Böden liegt in Bayern bei 44 % – stehen nur wenige offene Kleinst- und Stillgewässer, Sandbänke, Grünstreifen oder andere Rückzugsräume für Tiere und Pflanzen gegenüber. Diese wenigen natürlichen Lebensräume reichen für die Sicherung der Arten nicht aus. Aktive und ehemalige Abbaustätten aber bieten diese Biotope und nicht homogene und von Monokulturen geprägten Böden. „Wir brauchen die Rohstoffgewinnung also nicht nur zum Bauen, um mobil zu sein oder für die verschiedensten Alltagsgegenstände“, verdeutlicht Dr. Bernhard Kling. „Gewinnungsstätten sind auch Zuhause für Wildbienen, Vögel und Amphibien, wie die Wechselkröte, Kreuzkröte, den Laubfrosch, Kammmolch oder die Gelbbauchunke. Ohne Gruben und Steinbrüche hätten es diese Arten schwer, sich in ihrem Bestand zu behaupten.“ ❐

Neue Grundsteuer:

Fläche bestimmt Abgabenhöhe

Ab 2025 wird die Grundsteuer anhand der Fläche des Grundstücks, der Gebäude sowie der Nutzung berechnet – das hat der Bayerische Landtag in seiner 97. Plenarsitzung beschlossen. Der Wert des Grundstücks und der auf der Fläche bestehenden Immobilien spielen keine Rolle. In Zukunft zählt somit nur noch die Größe und nicht mehr die Lage.

Die Grundsteuer ist eine der wichtigsten kommunalen Einnahmequellen. Die bayerischen Städte und Gemeinden erzielen durch die Grundsteuer momentan rund 1,9 Milliarden Euro pro Jahr. Mit der Mehrheit der Regierungsfraktionen hat der Bayerische Landtag die Reform der landeseigenen Grundsteuer beschlossen. Finanzminister Albert Füracker (CSU) lobte die Entbürokratisierung und nannte die Verabschiedungen einen historischen Moment: „Zum ersten Mal seit über 75 Jahren wird ein wichtiges Steuergesetz auf Landesebene geregelt.“ Die Kritik, wonach es ungerecht sei, dass ein Grundstück in einem Villenviertel nicht automatisch mehr kosten würde, wies er zurück.

Keine schleichende Steuererhöhung

Auch der finanzpolitische Sprecher der CSU-Fraktion und Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Josef Zellmeier, sprach sich für die neue Grundsteuer aus: „Wir haben mit dem Flächenmodell eine einfache und verständliche Neuberechnung der Grundsteuer durchgesetzt. Besonders wichtig ist dabei, dass es zu keiner schleichenden Steuererhöhung durch regelmäßige Neubewertungen kommt.“ Michael Hofmann, der Berichterstatter der CSU-Fraktion für das Bayerische Grundsteuergesetz, ergänzte: „Wir haben ein bürger- und kommunenfreundliches Gesetz geschaffen. Entscheidend für mich ist, dass wir mit unserem verfassungskonformen Modell in der Summe keine größeren Belastungen schaffen als bisher. Wir lehnen eine verkappte Vermögensteuer, wie von SPD und Grünen favorisiert, ab.“

Klares Signal für Bürger

Die kommunalen Spitzenverbände hatten in den Beratungen für eine Grundsteuer C plädiert. Dies hat sich aber letztlich als ein wenig praktikables Instrument zur Aktivierung von innerörtlichen Bauflächen erwiesen. „Bei der Expertenanhörung haben die kommunalen Vertreter selbst eingeräumt, dass die Grundsteuer C nur zu einer minimalen Anhebung der Steuersätze für noch nicht bebaute innerörtliche Grundstücke führt. Mit solch einer Besteuerung hätte man also allenfalls einige Bürger verärgert, ohne eine Lenkungswirkung im Sinne der Verdichtung innerörtlicher Siedlungsflächen zu erreichen. Damit setzen wir ein klares Signal zugunsten der Bürger, dass wir jeder Form von Steuererhöhungen einen Riegel vorschieben. Andererseits schaffen wir auch keine Scheinlösungen mit vermeintlicher Lenkungswirkung“, erläuterte Bernhard Pohl, stellvertretender Vorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

Warum Reform der Grundsteuer?

Gerald Pittner, finanzpolitischer Fraktionssprecher, lobte den Entwurf als gelungenes Gemeinschaftswerk der Regierungsfraktionen und der Staatsregierung: „Wir haben im Gesetzgebungsverfahren noch einige wichtige Änderungen am ursprünglichen Entwurf des Finanzministers vorgenommen. Gemeinsam mit der Staatsregierung haben wir ein Steuergesetz verabschiedet, das verlässlich, berechenbar und auch juristisch unangreifbar ist. Wir haben hier von Bayern aus deutschlandweit Maßstäbe gesetzt.“ Hintergrund für die Gesetzesnovelle ist eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2018. Die Karlsruher Richter hatten die Grundsteuer in Deutschland für verfassungswidrig erklärt und forderte eine Neuregelung bis spätestens 2025, weil mit veralteten Werten gerechnet wurde. In der Folge entbrannte ein Streit zwischen Bund und Ländern, ob die Länder über eine Öffnungsklausel eigene Regelungen treffen dürften. Einige andere Bundesländer und auch der Bund setzen auf eine Grundsteuer, die den Wert des Grundstücks berücksichtigt. In Bayern zählt dagegen nur die Größe des Grundstücks und die Nutzungsart der Fläche, aber nicht etwa die Lage. **red**

Neue Luftsensor-Technologie schützt besser vor Viren im Klassenzimmer

Virenfreie Atemluft ist entscheidend für Präsenzunterricht in Schulen. Die neue Sensorik-Lösung von RYSTA mit CO2-Ampel unterstützt dabei, die Luftqualität in den Klassenzimmern zu verbessern und reduziert somit potenziell das Risiko einer Virenübertragung. Erste Schulen aus dem Kundenkreis der Versicherungskammer nutzen die Lösung bereits.

Die auf Lernumgebungen zugeschnittene CO2-Ampel von RYSTA macht Schülerinnen und Schülern und die Lehrerschaft auf den CO2-Gehalt in Innenräumen aufmerksam. Die Vorteile: Die Ampel ist geräuschlos, einfach zu installieren, verursacht keine hohen Wartungskosten und ist ideal in Kombination mit oder als Alternative zu Luftreinigern. So schafft die Technologie eine Grundlage für Bildung, soziale Interaktion und psychische Gesundheit während der Pandemie und darüber hinaus. Denn Schüler, Schülerinnen, Lehrer und Lehrerinnen achten gemeinsam darauf, wann gelüftet werden muss, um stets virenfreie Luft einzuatmen. Das minimiert die Übertragung auch anderer Viren, lindert Allergien und schafft eine konzentrationsfördernde Raumluft. Je nach Raumgröße, Luftströmung, Belegung der Räume und Wetter sind Lüftungsintervalle und -dauer individuell. Dabei lässt sich auch noch Heizenergie sparen.

Diese Erfahrung hat u.a. die Anni- Pickert- Grund- und Mittelschule in Poing (Oberbayern) gemacht. Hausmeister Reinhold Bitsch erzählt von den Erfahrungen aus den Klassen: „Bereits der erste Test mit Sensoren in vier Klassenzimmern hat uns gezeigt, wie individuell man lüften muss. Sogar das Alter der Kinder spielt eine Rolle: Jüngere Kinder verbrauchen weniger Luft als ältere. Das war uns so gar nicht bewusst. Außerdem fügt sich das Lüften mit der Ampel gut in den Unterricht ein. Die Klassen berichten, dass sie rechtzeitig aufmerksam werden und auch mitten im Unterricht störungsfrei und ohne Hektik handeln können – egal ob Kinder oder Erwachsene, das passiert Hand in Hand.“

Einfache Montage

Die Sensoren werden mit Standardsteckdosen verbunden und an der Wand im Blickfeld montiert. Wenngleich dies schnell und einfach geht, bietet RYSTA hierfür auch einen Installationsservice an. Die Sensoren blinken – nur in der Nahansicht erkennbar – sehr dezent grün, wenn die Luftqualität gut ist. Deutlich erkennbar ist hingegen das gelbe Leuchten, wenn der CO2-Wert kritisch wird. Weitere Eskalationsstufen sind rotes Leuchten und rotes Blinken. Bereits das gelbe Leuchten lässt Schülerinnen und Schüler, Lehrer und Lehrerinnen in der Regel aktiv werden. Die Anzeige signalisiert auch, wann die Fenster wieder geschlossen werden können. Der Multi-Sensor bietet zudem die Möglichkeit, Werte zu Raumtemperatur, Feuchtigkeit, Licht und Schall zu erfassen und online über ein Dashboard zu analysieren.

Aufgrund dieser Erfahrung wird nun die gesamte Schule mit dieser Technologie ausgestattet. Poings Bürgermeister Thomas Stark ist überzeugt: „Kurzfristig müssen wir sichere Schulen schaffen. Einen Homeschooling-Winter wie den letzten können wir weder Schüler*innen noch Eltern noch unserer Wirtschaft zumuten. Dass wir über die RYSTA-Plattform zudem erfahren, wie wir unsere Schulgebäude besser und vor allem energieeffizienter nutzen können und ohne eigene Anstrengung beispielsweise auf offen gelassene Fenster aufmerksam gemacht werden, ist einfach super.“



Rysta-Einsatz an der Anni-Pickert-Grund- und Mittelschule. Bild: VKB

Thomas Halbritter vom Gebäudemanagement der Gemeinde fügt hinzu: „Wir sind sehr dankbar, dass die Versicherungskammer zum richtigen Zeitpunkt auf uns zugekommen ist und uns RYSTA gezeigt hat. Jetzt sind wir für das neue Schuljahr noch besser gerüstet.“

Die Sensoren von RYSTA sind eine erschwingliche Lösung, die es Schulen ermöglicht, alle Klassenzimmer auszustatten. Luftreiniger können – wie etwa in Poing – die Sensoren ergänzen, da sie einen guten Schutz gewährleisten in Räumen, die nicht optimal belüftet werden können.

Stefan Pokorny, Innovator Komposit für den Konzern Versicherungskammer: „Wir unterstützen damit unsere Kunden, in diesem Fall die bei uns versicherten Schulen, mit einer innovativen Lösung. Gemeinsam mit RYSTA entwickeln wir auf diese Weise unsere digitale Gebäudekompetenz weiter.“

Julia Gebert, Geschäftsführerin von RYSTA, ergänzt: „Wir freuen uns über die Zusammenarbeit mit der Versicherungskammer. Unsere Technologie bringt den Kund*innen, aber auch der Versicherungskammer einen unmittelbaren und langfristigen Nutzen. Das passt zu unserer Unternehmensphilosophie, Technologie anzubieten, die den Menschen auf vielfältige Weise einen Mehrwert bietet.“

In den kommenden Wochen werden Versicherungskammer und RYSTA gemeinsam weitere Schulen ausstatten und damit einen wichtigen Beitrag zum unbeschwerten Lernen und Miteinander in Schulen leisten.❐



Mehrwerte für Patienten und Beschäftigte schaffen

GZ-Interview mit Roland Engehausen, Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft

Nicht erst seit der Pandemie ist die Krankenhauslandschaft zahlreichen Herausforderungen und Umbrüchen ausgesetzt. Wie eine zukunftsfähige und patientenorientierte Versorgung aussehen sollte, darüber sprach GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit dem Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, Roland Engehausen. Die BKG ist der Zusammenschluss von etwa 190 Krankenhausträgern mit über 360 Krankenhäusern und insgesamt ca. 75.000 Betten in Bayern.

GZ: Unsere Leser sind die Entscheidungsträger in den bayerischen Kommunen. Welche Rolle spielen sie für die BKG?
Engehausen: Zum einen haben die Krankenhäuser in Bayern zu etwa 2/3 kommunale Träger, zumeist von den Landkreisen oder kreisfreien Städten, nur zwei Gemeinden innerhalb eines Landkreises sind selbst unmittelbar Krankenhausträger. Viele Kreisräte vertreten jedoch ihre Gemeinden in den Aufsichtsgremien der kommunalen Kliniken.

Zum anderen ist Gesundheit gerade auch im Zuge der Pandemie eine zentrale Frage lokaler und regionaler Daseinsvorsorge – gerade auch im engen Zusammenspiel mit den wieder „entdeckten" Gesundheitsämtern. Hinzu kommt die Verbindung von ambulanter und stationärer Behandlung sowie der Pflege. Die Krankenhäuser spielen als Anker in der Gesundheitsversorgung gerade auch in ländlichen Räumen eine wesentliche Rolle.

GZ: Auch ohne Pandemie steht das Krankenhauswesen gehörig unter Druck. Es geht ums Geld. Die Erreichbarkeit einer Klinik vor Ort ist wichtig für das persönliche Sicherheitsgefühl, aber können wir uns im Flächenland Bayern eine kleinteilige Versorgung leisten?
Engehausen: Während im Ballungsraum München und vereinzelt in der Metropolregion Nürnberg-Fürth-Erlangen eine Überversorgung herrscht, haben wir im ländlichen Raum einen Mangel an Versorgung – weniger an stationären Betten als an Fachkräften. Dieser macht sich beispielsweise besonders bemerkbar, wenn mehr Patienten über Nacht überwacht werden müssen. Aus unserer Sicht gibt es einen höheren Bedarf an Ambulanzen, doch hierfür ist eine Strukturveränderung erforderlich. Das hat weniger mit Überversorgung zu tun, sondern ist der Tatsache geschuldet, dass sich die Art der Patientenbehandlung in Zukunft weiter ändern wird.

Grundsätzlich werden vor allem die Kliniken im ländlichen Raum auch für diese vernetzte Versorgung ein Stabilitätsanker sein. Bekanntermaßen wird es für Haus- oder Fachärzte immer schwieriger Nachfolger zu finden. Hier übernehmen auch Kliniken zunehmend die Verantwortung zur Absicherung, beispielsweise bei der Notfallambulanz: 24 Stunden, 7 Tage die Woche. Wir fordern hier flexiblere Möglichkeiten – Stichworte sind die „integrierte Klinik" bzw. „integriertes Gesundheitszentrum".

DRG-Fallpauschalensystem

GZ: Vor 15 Jahren wurde die Krankenhausfinanzierung auf das DRG-Fallpauschalen-System umgestellt. Seither steht das System in der Kritik, aus wirtschaftlichen Gründen falsche Anreize zu setzen, die zu mehr Behandlungen führen, als nötig wäre. Können die bayerischen Krankenhäuser auf dieser Basis ihrer Aufgabe, für eine flächendeckende und fachärztliche Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen zu sorgen, nachkommen?
Engehausen: Das DRG-System hat sich nur in Teilen bewährt. Ursprünglich als Messinstrument für die Preisbildung gedacht, hat man daraus in Deutschland ein Finanzierungssystem gemacht, das zu unterschiedlichen Schwierigkeiten führt.

Gerade aus Sicht einer Klinik in der Regelgrundversorgung im ländlichen Raum gibt es dabei Probleme. Zum einen geht das DRG-System davon aus, dass ein Krankenhaus nur dann ausreichend finanziert ist, wenn es auch eine Auslastung von etwa 85 Prozent plus x hat. Dies ist schlichtweg nicht mit jeder Leistung rund um die Uhr möglich und macht auch keinen Sinn. Wenn ein Klinikbetrieb eine derart hohe Auslastung haben muss, bedeutet es auch, dass es kaum Möglichkeiten gibt, Belastungsspitzen über eine Reserve auszugleichen.

Zum anderen ist die Vergütung umso höher, je komplexer die Behandlung ist. Beides sind Entwicklungen, die nicht unbedingt immer etwas mit dem Patientenwohl zu tun haben. Zusammen mit der Deutschen Krankenhausgesellschaft fordern auch wir deshalb eine Basisfinanzierung für die Krankenhäuser, um notwendige Vorhaltekosten unabhängig von ihrer Auslastung finanzieren zu können, wenn es sachlich geboten ist.

GZ: Wie beurteilen Sie Klinikverbünde oder Managementverträge?
Engehausen: Krankenhäuser müssen sich Gedanken darüber machen, wie sie eine vernetzte Steuerung effizienter nutzen können. Dies erfolgt schon in vielen Fällen beispielsweise über die Beteiligung an Einkaufsgenossenschaften und einzelnen Kooperationsprojekten. Auch ist es eine Überlegung wert, Kliniken in größere kommunale Verbünde zu fusionieren, wie dies bereits in Baden-Württemberg häufiger, aber auch in Bayern schon bei einigen Krankenhausverbünden geschieht. Die Tendenz geht eindeutig in diese Richtung. Grundsätzlich ist ein Verbund aber per se kein Allheilmittel, sondern kann nur funktionieren, wenn die Balance zwischen den Kommunalverantwortlichen und der jeweiligen Klinikleitung stimmt. Wichtig ist eine stabile Vertrauenskultur.

Bei Managementverträgen liegt die unternehmerische Verantwortung weiter komplett in der Trägerschaft des einzelnen Krankenhauses. Der Träger entscheidet dann, keine eigene Geschäftsführung einzustellen, sondern sich diese sozusagen über einen Betriebsvertrag zu organisieren. Hier muss man von Fall zu Fall entscheiden. Oftmals spielen bei diesem Modell strukturelle Überlegungen eine Rolle. In der Regel sind diese auch nur für eine bestimmte Übergangszeit geplant.

Fachkräftemangel

GZ: Die Gesundheitseinrichtungen zählen zu den bedeutendsten Arbeitgebern des Freistaats. Über 210.000 Beschäftigte, darunter über 30.000 Ärzte und 80.000 Pflegekräfte, beziehen ihr Einkommen von bayerischen akut-stationären Krankenhäusern. Der Fachkräftemangel ist auch hier angekommen. Wie dramatisch ist die Situation?
Engehausen: Der Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich und gerade auch besonders in Krankenhäusern hat sich über einen langen Zeitraum verschärft und ist sicherlich aktuell (neben der Pandemiebewältigung) unser drängendstes Problem. Dieses zu lösen, wird nicht von heute auf morgen möglich sein. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, brauchen wir eine Vielzahl von verschiedenen Maßnahmen. Zunächst müssen wir die Gesundheitsberufe, speziell die Pflege, wieder attraktiver machen. Daran arbeiten wir schon seit Jahren und die ersten wichtige Schritte sind bereits gegangen.

Gutes Image für wichtigen Beruf

Fakt ist: Die Arbeitsbedingungen, Karrieremöglichkeiten, aber auch die Vergütungsmöglichkeiten haben sich in der Pflege inzwischen schon deutlich verbessert. Deswegen ist es wichtig das auch breit zu kommunizieren, um daraus jetzt ein gutes Image für diesen wichtigen Beruf zu entwickeln und um deutlich mehr Auszubildende zu finden. Auch ist es erforderlich, Fachkräften die Möglichkeit zu geben, Karriere in der Pflege zu machen und dafür nicht in die Verwaltung wechseln zu müssen. Hier benötigen wir noch bessere Ideen und Möglichkeiten. Damit verbunden ist, die Rolle der Pflege im Gesundheitsbereich als eigenständige Profession weiter zu stärken.

Kurzfristig ist es in Ordnung und auch notwendig, Pflegekräfte aus dem Ausland nach Deutschland zu holen. Aber das hat seine Grenzen, auch im Hinblick auf die Fairness gegenüber Ländern, die genauso mit dem Fachkräftemangel zu kämpfen haben und darunter leiden, dass in Deutschland die Bezahlung ein wenig besser ist.

GZ: Hat die BKG einen Einfluss darauf, wie die Rahmenbedingungen im Gesundheitsbereich gestaltet werden?
Engehausen: Die BKG hat das Thema intern zum Topthema gemacht. Gerade auch die Verbindung zwischen Fachkräftemangel und Digitalisierung. Aktuell versuchen wir beispielsweise für die Kliniken bessere digitale Strukturvoraussetzungen zu schaffen. Wir müssen unnötige Bürokratie aus den Kliniken entfernen und unterstützen Angebote, wie beispielsweise die sog. PSU-HELPLINE, eine Organisation, die kurzfristig Hilfestellung gibt, indem sie anonymisiert eine Hotline-Möglichkeit für Pflegekräfte schafft, wenn diese sich in einer Überlastungssituation befinden (https://psu-helpline.de).

Digitalisierung im Gesundheitsbereich

GZ: Eine Umstellung, verbunden mit einem Aufbrechen verkrusteter Strukturen, ist eine gewaltige Kraftanstrengung. Wie weit kann die Digitalisierung im Gesundheitsbereich tatsächlich Erleichterung verschaffen und wo stehen wir im internationalen Vergleich?
Engehausen: Wir sind noch im Rückstand und müssen aufpassen, dass wir Digitalisierung nicht nur als moderne Apps für Gesundheitsanwendungen verstehen. Einer der Hauptschlüssel für mehr Digitalisierung sind stabile Grundlagensysteme, wie z. B. eine Rechenzentrums- und Standardbranchensoftware-Struktur, die einen stabilen Klinikbetrieb mit hoher Verfügbarkeit und Cybersicherheit quasi „aus der Steckdose" ermöglichen. Darauf aufbauend kann man weitere Entwicklungen wie ein Patientenportal anwenden. Genauso ein Instrument brauchen wir für das Entlastungsmanagement: Wird der Patient aus dem Klinikum entlassen, soll es möglich sein, seine Gesundheitsdaten weiter zu nutzen.

Eingebettet sein muss das Ganze in eine Telematikinfrastruktur für das gesamte Gesundheitswesen, die durchlässig ist zwischen den einzelnen Behandlungen beim Arzt und im Krankenhaus. Daran wird bereits gearbeitet. Nicht ausreichend beachtet wird aus unserer Sicht dabei aber die besondere Rolle eines Krankenhauses, weil es dort immer mehr als nur einen Arzt und eine Pflegefachkraft gibt. Deswegen bedarf auch die Digitalisierung in der internen Organisationsstruktur eines Krankenhauses einer großen Kraftanstrengung. Dafür bieten die Softwareanbieter allerdings noch keine guten Lösungen an. Wir drängen hier auf Besserung.

Ein großer Vorteil für kommunale Häuser im ländlichen Raum kann sich durch mehr Telemedizin und Telekonsile ergeben, weil dadurch beispielsweise eine komplexere Behandlung mit Unterstützung eines entsprechend professionellen spezialisierten Mediziners aus einem Fachzentrum stattfinden kann. Dies ist insbesondere auch dann wichtig, wenn es um die Vorbereitung einer Operation oder die wohnortnahe Nachsorge geht.

Digitalisierung ist kein Instrument, um Gesundheitsversorgung in großen Zentren zu bündeln. Deshalb sollte sie dazu dienen, Gesundheitsversorgung regionaler stattfinden zu lassen.

GZ: Auffallend ist, dass die Gesundheitsversorgung bei Konzepten für eine lebendige Ortsmitte eine wesentliche Rolle spielt – Stichwort Ärztehaus. Was halten Sie davon?
Engehausen: Im Gesundheitsbereich werden die meisten Fragestellungen sicherlich auch künftig über die persönliche Beratung und Behandlung laufen. Deswegen ist es richtig, dass die Gesundheitsdienstleistungen auch in der kommunalen Daseinsvorsorge oder in den kommunalen Dienstleistungen eine immer größere Rolle spielen.

Nahversorgung nach schwerer Erkrankung

GZ: Stichwort demografischer Wandel: Wir alle werden immer älter und entsprechend pflegebedürftiger. Für alleinstehende Personen, die vielleicht in einem inzwischen viel zu großen Haus leben, ergibt sich oft eine Lücke zwischen dem Aufenthalt in einer Klinik und der anschließenden Versorgung. Was muss sich an dieser Stelle ändern?
Engehausen: Eine ausreichende Nahversorgung nach einer schweren Erkrankung, die ein Leben wie davor nicht mehr möglich macht, bereitzustellen, ist aktuell eine der größten kommunalen Herausforderungen. Gefragt sind die Absicherung des häuslichen Umfeldes, eine neue Organisationssituation für pflegende Angehörige oder aber die Unterstützung über ambulante Pflegedienste bzw. die stationäre Pflege.

Für uns Krankenhäuser ist hier das DRG-System ein Problem, weil es nur eine möglichst kurze, medizinische Behandlungszeit im Krankenhaus vorsieht. Mit der sog. Übergangspflege wurde nun aber endlich eine Möglichkeit geschaffen, dass der Patient nach der Behandlung im Krankenhaus dort noch bis zu einem Zeitraum von zehn Tagen bleiben und gepflegt werden kann, um die Nachsorge besser organisieren zu können. Dieser Leistungsanspruch ist gesetzlich festgelegt. Leider gibt es dazu aber noch keine vertraglichen Regelungen mit den Krankenkassen. Bayern ist hier Vorreiter und Ziel der BKG ist es, Anfang 2022 diese Leistung flächendeckend in den Kliniken für ihre Patienten zu ermöglichen. Die Verhandlungen laufen.

GZ: Sie haben mitten in einer Pandemie, im Dezember 2020, Ihre Stelle angetreten. Befinden Sie sich derzeit im Krisenmanagement und was würden Sie als die Herausforderungen der kommenden Jahre bezeichnen?
Engehausen: Von Krisenmanagement kann keine Rede mehr sein, eher vom guten und professionellen Umgang mit der Pandemie. In enger Zusammenarbeit mit dem Freistaat Bayern nimmt die Bayerische Krankenhausgesellschaft eine wichtige Rolle in der Pandemiebekämpfung ein, unter anderem bei der Sicherstellung der Versorgung auf den Intensivstationen.

Keine mengegetriebene Finanzierung mehr

Auch wenn die Pandemie hoffentlich bald ein Ende findet, bleiben die Herausforderungen die gleichen: Wir müssen uns verabschieden von einer mengengetriebenen Krankenhausfinanzierung. Dazu gehört auch, dass die systematische Beteiligung an der ambulanten Versorgung für Kliniken gerade im ländlichen Raum besser organisiert werden muss. Das beginnt bereits bei der Notfallbehandlung: Über 50 Prozent der ambulanten Notfälle werden bereits heute in Kliniken durchgeführt.

GZ: Gibt es noch einen Punkt, den Sie zum Beispiel Kreisräten mitgeben würden, die in ihren Gremien vor Ort darüber entscheiden, wie sich die regionale Gesundheitsversorgung zum Wohl und Wehe der Menschen auswirkt?
Engehausen: Kreisräte sollten zunächst ihren Blick auf den Status quo der Patientenversorgung in ihrem Verantwortungsgebiet richten, um hieraus Defizite erkennen zu können und Chancen für eine Verbesserung abzuleiten. Darüber hinaus ist es für das Krankenhaus wichtig, Rückendeckung aus der Kommunalpolitik zu haben. Auch sollte die Bedeutung eines Krankenhauses für die Region immer wieder sichtbar werden, getreu dem Motto „Tue Gutes und rede darüber": bei allen Gelegenheiten des gesellschaftlichen Miteinanders in der wirklichen, aber auch virtuellen Welt wie z.B. in den sozialen Medienkanälen. **DK**



Roland Engehausen, Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft und GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel.
Bild: Eduard Fuchshuber


Die Mietverträge für das neue Wackersdorfer Ärztehaus sind unterzeichnet. Die Mietverträge sind auf eine Laufzeit von 15 Jahren angelegt – mit Option auf Verlängerung. Die Bauarbeiten schreiten derweil nach Plan voran. „Zu keinem anderen Großprojekt erhalten wir so viel positives Feedback aus der Bevölkerung", freut sich Bürgermeister Thomas Falter.
Das Ärztehaus ist schon jetzt, ein gutes Jahr vor seiner geplanten Fertigstellung, eine Erfolgsgeschichte. Und was lange feststand, ist nun vertraglich festgehalten: Die Gemeinschaftspraxis der Wackersdorfer Hausärzte Roi und Kollegen bezieht 530 Quadratmeter, die Wackersdorfer Barbara-Apotheke um Geschäftsführer Joachim Muss 170 Quadratmeter des neuen Gebäudes. „290 Quadratmeter sind noch zu vergeben. Hier führen wir vielversprechende Gespräche", hält der Bürgermeister fest. Bauamtsleiter Uwe Knutzen ergänzt: „Wir liegen mit den Bauarbeiten voll im Zeitplan. Der Rohbau wird noch in diesem Jahr fertiggestellt." Die rund 6 Millionen teure Baumaßnahme in der neuen Wackersdorfer Ortsmitte soll Ende 2022 abgeschlossen sein. Mit dem neuen Ärztehaus konnte die Gemeinde Wackersdorf einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der medizinischen Versorgung im Ort leisten. Eine weitere große Rolle spielen die Allgemeinarztpraxis Dr. Kappl und die ansässigen Zahnärzte. Der Gebäudekomplex mit angegliedertem Parkdeck entsteht in direkter Nachbarschaft zum Mehrgenerationenhaus und bildet zukünftig einen zentralen Baustein der Ortsmitte. Das Projekt ist dabei ein Paradebeispiel für gelungene Nachverdichtung.
Die Mietverträge für das Ärztehaus sind unterzeichnet: Rechts im Bild Ärzte der Gemeinschaftspraxis Roi & Kollegen, Apotheker Joachim Muss (2.v.l.) und Rechtsanwalt Dr. Thomas Rothammer (3.v.l.).
Bild: Michael Weiß/VG Wackersdorf

„Ich war den Ertrinkenden am nächsten“

Insgesamt 29 Menschen hat Andreas Krahl, Landtagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen, während seines knapp fünfwöchigen Aufenthaltes auf dem Seenotrettungsschiff Sea-Eye 4 vor dem Ertrinken bewahrt. Im Gespräch mit der Bayerischen GemeindeZeitung beschreibt er, wie der Einsatz auf dem Mittelmeer seinen Blick auf die Welt verändert hat und mit welcher Einstellung das Thema zivile Seenotrettung aus seiner Sicht forciert werden sollte.

GZ: Um Kollegen während der Corona-Pandemie auf den Intensivstationen zu unterstützen, sind Sie bereits für einige Wochen in Ihren ehemaligen Beruf als Intensivpfleger an Kliniken in Bayern zurückgekehrt (vgl. GZ 1-2/2021). Jetzt waren Sie im Herbst 2021 für knapp fünf Wochen auf dem Seenotrettungsschiff Sea-Eye 4 auf dem Mittelmeer unterwegs – warum nehmen Sie sich diese „Auszeiten“ neben Ihrem Beruf als Abgeordneter im Bayerischen Landtag?
Andreas Krahl: Das ist eine sehr gute Frage. Zum einen, weil ich sitzungsfreie Zeit habe und mein Mandat mir das ermöglicht. Zum anderen, weil ich sowohl die Rolle des Rettungssanitäters als auch die des Politikers gelernt habe.
GZ: Wie haben Sie die Rolle des Paramedic – also als Sanitäter das medizinische Teamsauf der Sea-Eye 4 zu unterstützen – erlebt?
Krahl: Der Grund für mich, warum ich das gemacht habe – neben reparieren, putzen, Inventur, Rost entfernen – ist, dass ich 29 Menschenleben vor dem Ertrinken gerettet habe.
GZ: Für diejenigen von uns, die Rettungsaktionen auf hoher See nur aus den Beschreibungen in den Medien kennen – wie haben Sie bei Ihrer ersten Seenotrettung geholfen?
Krahl: Ich hätte mir das anders vorgestellt. Ich fahre seit Jahrzehnten ehrenamtlich Rettungsdienst und es hat in diesem akuten Moment keinen Unterschied gemacht, ob ich in meinen Rettungswagen steige und zum Verkehrsunfall fahre oder ob ich die Menschen aus dem Wasser hole. Die Gedanken sind in diesem Moment keine anderen, sondern einfach nur: Da sind Menschen in Not und denen muss man helfen! Technisch können Menschen in Nussschalen nicht direkt aus dem Wasser in die Sea-Eye 4 geborgen werden. Deswegen haben wir zusätzlich zwei schnelle Beiboote, die eine Art „Zwischenstation“ sind. Mein Job war dabei die technische Rettung, falls es zu Bewusstlosigkeit gekommen wäre, bei dem Transport der Menschen vom Beiboot auf die Sea-Eye 4. Dazu kam der klassische medizinische Erst-Check bzw. Triage der Geretteten an Bord der Sea-Eye 4.
GZ: In einem Team kommt es immer auf jeden Einzelnen an, aber dann war ihr Job einer von denen, die bei der Rettung mit am nächsten dran waren?
Krahl: Unabhängig davon, wer was tut, kann die ganze Mission nur funktionieren, wenn man als Team funktioniert. Ja, aber ich war mit am nächsten an den Ertrinkenden dran.
GZ: Wie ist es dazu gekommen, dass Sie sich dazu entschlossen haben, diesen Job auf der Sea-Eye 4 zu übernehmen?
Krahl: Noch vor meiner Zeit im Landtag, vermutlich im Wahlkampf im Jahr 2018, habe ich mich vor dem Hintergrund meiner Berufsausbildung bei der Seenotrettungsorganisation Sea-Eye als Freiwilliger gemeldet. Dann ist erst einmal nichts passiert und dieses Jahr im März kam ein Anruf aus Regensburg von Sea-Eye, ob das Angebot noch steht. Man muss dann natürlich abwägen, sich mit der Familie beraten und dann habe ich das standardmäßige Auswahlverfahren durchlaufen. Mir war dabei wichtig, dass ich niemals eine Sonderrolle als Abgeordneter habe.
GZ: Was hatten Sie für Erwartungen und haben die Erlebnisse Ihren Blick auf das Thema zivile Seenotrettung geändert?
Krahl: Während der Vorbereitung habe ich mich gefragt, was ich eigentlich genau erwarte und ich kann es bis heute nicht wirklich beantworten. Weil für mich diese Situation immer noch so surreal ist, dass es Menschen gibt, die sich für eine Strecke von 450 Kilometer Luftlinie in ein Ruderboot setzen und versuchen über das Meer zu fahren – mit einem Rasenmähermotor. Ich hatte also keine Erwartungen, sondern bin eher offen für alles, was passiert. Dabei habe ich sehr schnell meinen Blick auf die Welt verändert. Ich war z. B. auch verantwortlich für den medizinischen Bericht der Geretteten, der für die italienischen Gesundheitsbehörden ausgestellt wurde. Wenn man dann feststellt, dass drei von vier Menschen Foltermerkmale tragen – das sind nicht nur Striemen am Rücken, sondern Narben von ausgedrückten Zigaretten auf der Haut, falsch zusammengewachsene Unterarmfrakturen. Da bekommt man in der Situation einen Hass auf die Menschheit und versucht im Anschluss, dieses Bild wieder „gerade zu rücken“.



Andreas Krahl, MdL, auf der Sea-Eye 4. Bild: Andreas Krahl

Expertenanhörung zivile Seenotrettung

GZ: Im November 2020 haben Abgeordnete und Fachleute im Europaausschuss des Bayerischen Landtags im Rahmen einer Expertenanhörung über das Thema zivile Seenotrettung diskutiert (vgl. GZ 22/2020). Wurden daraufhin Initiativen angestoßen, die zu einer Verbesserung der Situation beigetragen haben?
Krahl: Von Seiten des Bayerischen Landtags überhaupt nicht. Ich habe auch nach meiner Rückkehr einen Antrag gestellt, in dem unsere Fraktion u. a. die Einstellungen der Zahlungen an Frontex und die libysche Küstenwache gefordert hat. Dass nicht zugestimmt wurde, war mir schon klar, weil wir in der Opposition sind. Aber es hat noch nicht einmal im Wortlaut der Staatsregierung etwas verändert. Im Gegenteil: Es wurde wieder das Argument hervorgebracht, dass sich die Menschen aus Zentralafrika nur auf die Flucht nach Europa durch die Sahara machen, weil wir sie aus dem Mittelmeer herausfischen.

Ertrinken ist keine Lösung

GZ: Es ist sowohl auf politischer Ebene, als auch mit Freunden und Familie schwierig über dieses Thema zu diskutieren. Wenn Sie mit Menschen – ob mit Kollegen oder Ihrer Familie – darüber sprechen, wie argumentieren Sie und welchen Ansatz verfolgen Sie?
Krahl: Sehr häufig werden diese Diskussionen – das habe ich gerade nach meiner Mission immer wieder gehört – vermischt mit der grundsätzlichen Diskussion um Asylrecht und Einwanderung. Ich habe die Erfahrung gemacht: Wenn man es auf den Wesenskern der zivilen Seenotrettung runterbricht, verlaufen die Diskussionen oft sehr positiv. Denn egal was der Grund ist, Libyen oder ein anderes Land zu verlassen: Ertrinken ist keine Lösung. Auf diesen banalen kurzen Satz können sich verdammt viele Menschen einigen. In dem Moment, in dem Menschen im Mittelmeer ertrinken, ist es keine Option wegzuschauen. Wenn wir in Bayern mit dem Rettungsdienst zum Unfallort kommen, dann fragen wir auch nicht nach der Unfallursache – ob das Opfer vielleicht Drogen genommen oder vorsätzlich gehandelt hat und ein Verbrecher ist. Sondern wir tun das, wofür wir da sind: Wir helfen diesen Menschen. Genau mit der gleichen Herangehensweise müssen wir auch das Thema zivile Seenotrettung im Mittelmeer forcieren. **red**

Mit Robotern und 5G wird die Zukunft Gegenwart

Rund 3,8 Millionen Euro fließen in ein Förderprojekt an den Arberlandkliniken und den Kliniken am Goldenen Steig

Die eigentlichen Stars des Nachmittags waren nicht die Landräte Rita Röhrl und Sebastian Gruber, die erklärten, wie sie 3,8 Millionen Euro Fördergeld aus dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur für die Landkreise Regen und Freyung-Grafenau gewinnen konnten. Es waren auch nicht die Projektleiter und Wissenschaftler, die erklärten, wie das Projekt aufgebaut ist und was alles erreicht werden kann. Die Attraktionen heißen Temi und Pepper und sind keine Menschen, sondern Roboter.

Vor allem Pepper hatte es den Teilnehmern beim Start-Up angetan. Der Roboter erinnert an eine moderne Version der 80-er Jahre Sci-Fiction-Filmfigur Nummer fünf. Wobei Pepper nicht lebt, sondern erst programmiert werden muss. „Noch ist er dumm“, sagt auch Projektleiterin Lisa-Marie Hanninger. Zusammen mit Professor Dr. Florian Wahl soll sie in der praktischen Arbeit, das von Professor Dr. Diane Ahrens geleitete „SMART FORREST – 5G for Clinics“ genannte Projekt vorantreiben. Dabei sollen dann auch Pepper und Temi tragende Rollen spielen. Während Pepper mit großen Kulleraugen und Fünf-Finger-Händen ausgestattet ist, erinnert Temi allenfalls an R2D2 aus der Filmreihe Star Wars. Er hat neben der Kamera einen Monitor und kann auch mehr transportieren als Pepper.

Kein Ersatz für Arbeitskräfte

Vorneweg machten die Landräte eines klar: „Die Roboter sollen keine Menschen ersetzen. Wir wollen keine Arbeitsplätze reduzieren“. Vielmehr sollten die Roboter die Mitarbeiter entlasten. Die Landräte sprachen in ihren einleitenden Worten auch über die Technologieregion Bayerischer Wald. „Wir sind eine hoch innovative Region“, betonte Gruber und so sei es auch logisch, dass ein innovatives Projekt von der Technischen Hochschule Deggendorf und dem Technologie Campus Grafenau betreut wird, waren sich Gruber und Röhrl einig. Wobei auch die beiden Klinikchefs Marcus Plaschke, Geschäftsführer der Kliniken am goldenen Steig im Landkreis Freyung-Grafenau, und Christian Schmitz, Vorstand der Arberlandkliniken im Landkreis Regen, sich darüber freuten, dass in den Kliniken in Freyung und Viechtach in den kommenden drei Jahren die Technik von morgen erprobt wird.

Professorin Ahrens stellte die Grundzüge des Projekts vor. „Wir haben fünf Anwendungsfälle im Blick“, erklärte sie. Dabei werde es patientenorientierte und prozessorientierte Prozesse geben. Ein Einsatzbereich könnte das Tracking von Patienten mit Ortung und Sturzüberwachung sein. Hier könnte die moderne Technik beispielsweise bei dementen Patienten sehr hilfreich sein. „Ob der Patient im Bett liegt oder ein paar Zentimeter daneben, ist ein großer Unterschied“, betonte sie und durch die gezielte Überwachung könne man so schneller und effektiver helfen. Im nächsten Schritt denken die Experten an eine ferngesteuerte Televisite. Diese könne vor allem dann hilfreich sein, wenn man besondere Experten zu Rat ziehen will oder zu ungünstigen Tages- und Nachtzeiten eine ärztliche Einschätzung braucht. Auch ein robotergesteuertes Patientenleitsystem wäre eine Hilfe für Patienten und Personal. Wenn ein Roboter den Weg weist, dann könne man auch davon ausgehen, dass der Patient den Weg in einen Fachbereich ohne menschliche Begleitung findet, so die Experteneinschätzung. In einem weiteren Schritt können man sogar an robotergesteuerte Hol- und Bringdienste denken. Auch im Bereich der Zugangskontrollen könnten Roboter in nicht mehr ferner Zukunft eine wertvolle Hilfe sein.

Zum Einsatz kommen dann mit Pepper ein humanoider Roboter und mit Temi und Double 3 zwei sogenannte modulare Roboter. Los geht es bereits Anfang 2022. Dann sollen in beiden Kliniken das Trackingsystem erprobt werden. Im Jahresverlauf sollen dann in Viechtach Temi oder Double 3 zum Einsatz kommen und in Freyung Pepper. Ab 2023 sollen in beiden Kliniken alle Systeme getestet werden. „Die unterschiedlichen Startpunkte erleichtern die Installation und geben uns die Möglichkeit die Erfahrungen von einem Standort am anderen einzuspeisen“, erklärte Dr. Ahrens. Zu guter Letzt berichtete noch Holger Mauerer von Vodafone über erste Erfahrungen, die der Mobilfunkanbieter am 5G-Medizincampus in der Uniklinik Düsseldorf seit dem dortigen Projektstart im Sommer gemacht hat. ❒


v.l. Freyung- Grafenaus Landrat Sebastian Gruber, Christian Schmitz (Vorstand der Arberlandkliniken), Regens Landrätin Rita Röhrl, Marcus Plaschke (Geschäftsführer der Kliniken am Goldenen Steig), Professor Dr. Diane Ahrens und Professor Dr. Florian Wahl sowie Lisa-Marie-Hanninger (operative Projektleiterin) vom Technologiecampus Grafenau mit den Robotern Temi (li.) und Pepper. Bild: Langer/LK Regen

GZ BLOG

Sana Gesundheitscampus Roding:

Regionale Gesundheitsversorgung der Zukunft

Auf dem Gelände des Rodinger Standortes der Sana Kliniken des Landkreises Cham entsteht derzeit ein neuer Gesundheitscampus – ein wichtiger Schritt für die Entwicklung der regionalen Gesundheitsversorgung, denn: Die Qualität der allgemeinen Gesundheitsversorgung in einer Region hängt heutzutage nicht mehr von der Zahl der vorhandenen stationären Betten ab, wohl aber von der Zahl der verfügbaren Fachärzte.

Am Sana Gesundheitscampus Roding werden deshalb ambulante medizinische Hausarzt- und Facharztpraxen oder -zentren unterschiedlichster Bereiche ihren Platz finden. Einrichtungen der stationären Altenpflege, der Kurzzeit- und Tagespflege und gesundheitsnahe Dienstleister wie Apotheken oder Sanitätshäuser werden das ärztliche Angebot ergänzen.

Das umfangreiche Gesamtprojekt wird derzeit Schritt für Schritt umgesetzt. Ein Lenkungsgremium, dem die Sana Kliniken des Landkreises Cham, der Landkreis Cham und die Stadt Roding angehören, begleitet dabei die Entwicklung.

Vom Krankenhaus zum Gesundheitscampus

Was passiert aber mit den stationären Fällen, die zuvor im Rodinger Krankenhaus versorgt wurden? Der stationäre Krankenhausbetrieb am Standort Roding soll stufenweise – in Abstimmung mit den zuständigen Gremien der Gesellschafter – nach Cham überführt werden. Die Verlagerung ist abhängig vom Stand der konkreten Umsetzung des Konzepts für den Gesundheitscampus und vom Baufortschritt am Krankenhaus Cham. Am Standort Cham werden aktuell durch eine Investition in Höhe von 30 Mio. Euro die Zentrale Notaufnahme maßgeblich erweitert und zusätzliche Bettenkapazitäten geschaffen.

Synergieeffekte

Das ambulante Angebot des künftigen Gesundheitscampus wird dabei stark vernetzt mit dem stationären Leistungsspektrum der Sana Kliniken des Landkreises Cham. Patientinnen und Patienten aus dem Landkreis Cham und darüber hinaus profitieren dadurch von Synergieeffekten. Die Fachärzte auf dem Gesundheitscampus ermöglichen so beispielsweise die ambulante Nachsorge oder Weiterbehandlung nach einem stationären Aufenthalt an den Sana Kliniken in Cham. Umgekehrt kann im Bedarfsfall eine Aufnahme der Rodinger Patienten im Klinikum erfolgen. Die auf dem Campus angesiedelten Sanitätshäuser und Apotheken ergänzen das Versorgungsangebot mit den notwendigen Heil- und Hilfsmitteln.

Vier Säulen der Versorgung

Der Gesundheitscampus Roding wird mehrere Bereiche der ambulanten Gesundheitsversorgung vereinen und fußt auf insgesamt vier Säulen. Eine Erweiterung der fachärztlich-ambulanten Versorgung, der Ausbau der lokalen Pflegeangebote, die Weiterentwicklung der Bildungseinrichtungen vor Ort (Krankenpflege, Physiotherapie) sowie die Ansiedlung von gesundheitsnahen Dienstleistungen bilden die Grundlagen des Vier-Säulen-Modells für den Rodinger Gesundheitscampus.

Es werden bereits Gespräche mit in Frage kommenden Interessenten geführt, die eine Ansiedlung auf dem neuen Gesundheitscampus anstreben. Grundsätzlich ist der Sana Gesundheitscampus Roding aber auch für weitere Initiativen bzw. Bewerber offen. Die Akquise neuer Partner erfolgt in enger Abstimmung mit der Geschäftsführung der Sana Kliniken des Landkreises Cham; die Beratung bei der Prüfung der entsprechenden baulichen und rechtlichen Voraussetzungen übernimmt die Firma PSB Wasner GmbH.

Weitere Informationen zum Sana Gesundheitscampus Roding finden Sie unter www.gesundheitscampus-roding.de.

In Kooperation mit der Sana Kliniken AG.
Alle Beiträge finden Sie auf unserer Internetseite unter: www.gemeindezeitung.de/GZ-Blog.

GZ ZU GAST BEI ...



Gudrun Donaubauer

1. Bürgermeisterin der Stadt Hauzenberg,
Mitglied des Kreistages im Lkr. Passau,
Fraktionssprecherin der Überparteilichen Wählergemeinschaft,
Mitglied des Vorstands des Kreisverbandes des Bayerischen Gemeindetags,
Ordentliches Mitglied der Akademie Ländlicher Raum Bayern

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Stadt Hauzenberg, ca. 12.000 Einwohner.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
Am 1.7.2012.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Mein ganzes berufliches Leben arbeite ich mit und für Kommunen und Landkreise, früher als Beraterin. Als Bürgermeisterin kann ich viel von dem gestalten und anstoßen, was ich früher den Gemeinden „nur" empfohlen habe. Was gibt es Reizvolleres, als diese Erfahrungen und vor allem auch die damit verbundenen Netzwerke an vorderster Stelle in der Heimatgemeinde einzubringen und die Entwicklung damit voranzutreiben? Tatsächlich kam aber die Anfrage, ob ich kandidieren möchte sehr überraschend. Ein politisches Amt war bis dahin nicht Teil meiner Lebensplanung.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
*Ich bin Dipl.Geografin und habe schon im Studium den Schwerpunkt auf Ländliche Entwicklung und Stadt-/Landesplanung gelegt. Auch beruflich war das mein Aufgabenfeld. So war ich in vielen Themen „eingearbeitet". Auch die Moderation von Prozessen, Projektmanagement und die Leitung von Projektteams waren schon immer Teil meines Tagesgeschäftes. Ich kann mich sehr auf die Loyalität und Unterstützung der Mitarbeitenden verlassen, ohne die das Bürgermeister*innenamt nicht zu schaffen ist. Dennoch gab und gibt es viel Neues! Das reizt mich jeden Tag auf´s Neue – manchmal auch bis auf´s Blut!*
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Die Stadt Hauzenberg steckte in einer Krise wegen einer großen Kassenaffäre, es ging um die Unterschlagung von mehr als 2 Millionen durch den ehemaligen Kassenleiter. Das führte letztendlich auch zu den Neuwahlen und prägte den Neuanfang. Die Verwaltung war durch diese Ermittlungen sehr verunsichert und betroffen, die politische Diskussion sehr kontrovers – ein wirklich fordernder Start. Daneben standen große Maßnahmen wie zwei alte Kläranlagen, ein Investitionsstau in mehreren Bereichen und auch business as usual an.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Natürlich sind auch bei uns die Rahmenbedingungen geprägt von den Beschränkungen und Auswirkungen der Pandemie. Ich beobachte mit Sorge ein Auseinanderdriften der Gesellschaft, das einher geht mit einem Werteverlust insbesondere im Umgang miteinander und in den sozialen Medien. Als Stadt bringen wir dennoch große Projekte voran z.B. bei der Sanierung unserer Schulen und Kindergärten, bei großen Investitionen in die Infrastruktur wie Breitband, Straßenunterhalt, Dorferneuerung, Stadtentwicklung, und vieles mehr! Mir ist es ein großes Anliegen, dass die Nachhaltigkeit bei unseren Entscheidungen ein wichtiger Aspekt ist – bei der Verwendung von Materialien, im Umgang mit der Natur und der verfügbaren Fläche, bei der Aktivierung von Leerständen usw.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Aktuell beschäftigt uns die Standortdiskussion über eine steigende Anzahl an Anträgen für PV-Freilandanlagen und eine z.T. sehr emotional geführte Debatte über Windkraftanlagen.
Die demografische Entwicklung gerade in unserer Region stellt immer mehr einen Engpass für unsere wirtschaftliche Entwicklung dar. Deshalb setzen wir viel darauf, dass wir ein gutes Umfeld für alle Generationen bieten, wie Bildung, Betreuung aber auch einen hohen Freizeitwert. Wir bieten mit einer jährlichen Ausbildungsmesse eine wichtige Plattform für die Vernetzung von Schulen und Betrieben, ein digitaler Lernort der Hochschule Landshut bietet sogar die Möglichkeit, in Hauzenberg berufsbegleitend zu studieren. Ein weiterer Schwerpunkt wird sein, wie wir Ortschaften, Landschaft und Infrastruktur widerstandsfähig gegen zunehmende Wetterereignisse machen.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Als parteilose Bürgermeisterin ist es mir besonders wichtig, dass immer nur die Sache im Mittelpunkt steht. Wer mitarbeiten will, ist herzlich willkommen. Auch unterschiedliche Meinungen über Ziel und Mittel bringen Projekte voran. Geduld zu haben, hilft! Ich lasse mich immer wieder coachen, das tut mir wirklich gut. Ich treffe mich gerne mit Amtskolleginnen – und auch -kollegen – zum Austausch. Nicht nur am Rande von Sitzungen und Versammlungen, sondern explizit zum Gespräch miteinander. Soviel Zeit muss sein.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
*Ich bin seit 2012 1.Vorsitzende einer interkommunalen Kooperation (ILE Abteiland) von 11 Gemeinden, ich engagiere mich im Kreisverband des Bayerischen Gemeindetages. Regelmäßig gibt es Jour fixe mit den Sachgebietsleiter*innen und Mitarbeitermeetings, auch die Sprecher*innen der Stadtratsfraktionen lade ich regelmäßig zur Diskussion über anstehende Themen und Entscheidungen ein. Bürger*innen haben zu Beginn der Stadtratssitzungen die Möglichkeit, sich mit einem Anliegen zu Wort zumelden – und natürlich bin ich im Rathaus und „auf der Straße" für persönliche Gespräche anzutreffen. Zu verschiedenen Themen bilden wir auch immer wieder Arbeitsgruppen.*
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Bei uns hat sie bereits sehr viel Einfluss! Seit 2020 erfolgt der Sitzungsdienst weitgehend auf digitalem Weg. Als Anreiz haben die Stadtratsmitglieder einen Bonus von einmalig 700 EUR zur Beschaffung eines Tablets erhalten, wenn sie die Unterlagen auf digitalem Weg beziehen. Als eine der ersten Kommunen in Bayern haben wir hybride Sitzungen des Stadtrates und der Ausschüsse, d.h. alle Mitglieder haben die Wahl, entweder in Präsenz oder online an den Sitzungen teilzunehmen. Über das virtuelle Bürgerbüro haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, Videokonferenztermine bei mir, im Bürgerbüro oder im Bauamt zu buchen und durchzuführen. Die Buchung geht ganz einfach über unsere Homepage.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Ich habe mir in den letzten Jahren immer wieder ein Coaching gegönnt. Ein zentraler Merksatz hilft mir immer: „Bleibe bei dir, bleibe gerade, komme nicht in die Verteidigung!"
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Ich will mir nichts alleine auf die Fahnen schreiben. Kommunalentwicklung gelingt nur gemeinsam. Ich werde auf jeden Fall die erste Frau in dieser Position in Hauzenberg und im gesamten Landkreis gewesen sein. Ansonsten würde es mich freuen, wenn das Resümee lauten würde: „Gut, dass wir sie gewählt haben!" ❐



Der wiedergewählte Vorsitzende der KPV Josef Klaus (r.) mit seinen beiden Vertretern Luise Hausberger und Siegfried Ziegler dankten Bundestagsabgeordneten Florian Oßner (l.) für das offene Ohr bei kommunalpolitischen Themen. Bild: Andreas Leichtfuß

Kommunen nicht im Stich lassen

Die kommunalpolitische Vereinigung der CSU traf sich zu einer Kreisversammlung und diskutierte über aktuelle Themen

Die kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der CSU im Landkreis Landshut bestätigte bei einer Kreisversammlung in Ergolding die bisherigen Vorsitzenden im Amt. Damit bleibt Niederaichbachs Bürgermeister Josef Klaus Kreisvorsitzender der KPV. Seine beiden Stellvertreter sind weiterhin Luise Hausberger und Siegfried Ziegler.

Trotz des schwierigen Pandemiejahres kann die KPV auf ein erfolgreiches 2021 zurückblicken. Mit dem ehemaligen Staatsminister Erwin Huber und dem Entwicklungsminister Gerd Müller konnten im Laufe des Jahres hochkarätige Gesprächspartner gefunden und interessante Themen erörtert werden.

Schaffung von Wohnraum durch Innenverdichtung

Auch bei der jüngsten Kreisversammlung tauschte man sich rege über aktuelle kommunalpolitische Themen aus. Dabei war man sich einig, dass die Situation am Wohnungsmarkt für die Gemeinden im Landkreis Landshut eine große Herausforderung darstellt. Die permanente Verteuerung der Grundstücke und Baumaterialien und die enorm hohe Nachfrage an Wohnraum und Bauplätzen sind sowohl für die Kommunen als auch die Bürgerinnen und Bürger eine große Hürde. „Eine Lösung für den mangelnden Wohnraum kann die Innenverdichtung der Gemeinden bieten, aber auch hier müssen wir mit erheblichen Widerstand der Betroffenen rechnen, sodass das Thema uns auch künftig begleiten wird.", so Klaus.

Planungssicherheit beim Ausbau der Ganztagsbetreuung

Problematisch werden unter den Kommunalpolitikern auch die Beschlüsse auf Bundesebene betrachtet, die dann auf kommunaler Ebene umgesetzt werden müssen. Als Beispiel für ein solches Vorgehen wurde die Kinderbetreuung genannt. Diese wird immer weiter ausgebaut, obwohl es vor Ort an Neubauten als auch Fachpersonal mangelt. Bundestagsabgeordneter und CSU-Kreisvorsitzender Florian Oßner hat sich dieser Aufgabe bereits angenommen, weswegen er sich mit der Unionsfraktion im Bundestag für einen Gesetzentwurf zur Verlängerung der Förderfrist beim beschleunigten Ausbau der Ganztagsbetreuung im Grundschulalter einsetzt. „Die Bundesebene ist verpflichtet, den Kommunen bei dieser Mammutaufgabe Planungssicherheit zu bieten, weswegen das Investitionspaket von 750 Mio. Euro auch über das Jahr 2021 hinaus bestehen muss.", betonte der Haushaltspolitiker für das Familienressorts.

Bei den Wahlen gab es neben dem Votum für Josef Klaus, folgendes Ergebnis: Stellvertretende Kreisvorsitzende sind Luise Hausberger und Siegfried Ziegler. Zu Beisitzern wurden Hans-Peter Deifel, Martin Giffthaler, Richard Grab, Konrad Hartshauser, Manuel Schott, Andreas Weiß, Andrea Czink und Katharina Rottenwallner gewählt. Abschließend sagte Bundestagsabgeordneter Oßner der KPV weiterhin eine enge Zusammenarbeit zu: „Die Kommunen sind das Fundament der föderalen Struktur und die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU hat dabei ihr Ohr nah an den Menschen vor Ort." ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bezirks-Etat Unterfranken:

Hebesatz sinkt auf 20,0 Prozent

Ausschuss stimmt geschlossen für Haushalts-Entwurf
Volumen steigt auf rund 908,2 Millionen Euro

Trotz der insgesamt unübersichtlichen Lage auf den Finanzmärkten will der Bezirk Unterfranken im kommenden Jahr den Hebesatz für die Bezirksumlage um 0,2 Prozentpunkte auf dann noch 20,0 Prozent senken. Das hat der Bezirksausschuss auf seiner Sitzung einstimmig beschlossen. Das letzte Wort hat jetzt der Bezirkstag von Unterfranken, der in drei Wochen den Haushalt endgültig beschließen wird.

Mit der Bezirksumlage werden die Landkreise und kreisfreien Städte an den Kosten für die bezirklichen Leistungen beteiligt. 89,4 Prozent des kameralen Haushalts fließen im kommenden Jahr in den Sozialetat, 7,5 Prozent in den Bereich der Verwaltung mit ihren zahlreichen Beratungsangeboten wie zum Beispiel der Fischereifachberatung, der Weinfachberatung oder der Bezirksheimatpflege.

Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel machte bei den Haushaltsberatungen deutlich, wie schwierig sich aufgrund der Corona-Pandemie derzeit die Entwicklung kalkulieren lasse: „Wir bewegen uns auf dünnem Eis", sagte er. Zuversichtlich stimme ihn allerdings, dass für das Jahr 2021 mit einem positiven Abschluss zu rechnen sei. Die deutlich steigende Umlagekraft zeige darüber hinaus, dass „die Wirtschaft in Unterfranken läuft!"

Im Vergleich zu diesem Jahr wird das Gesamtvolumen des Bezirkshaushalts in 2022 um 2,8 Prozent auf dann 908,2 Millionen Euro steigen, wie Bezirks-Kämmerer Andreas Polst vorrechnete. „Wenn die Entwicklung so weitergeht, erreichen wir in drei Jahren die Milliarden-Marke!", betonte er. Allerdings mache die Corona-Pandemie eine zielgenaue Kalkulation sehr schwer. Insbesondere für den Bereich des Sozialhaushalts ließen sich keine verlässlichen Prognosen erstellen. Außerhalb des Sozialhaushalts machten sich nicht zuletzt steigende Personalausgaben bemerkbar, während die Sachkosten aller Voraussicht nach rückläufig seien, nachdem einige kostenintensive Baumaßnahmen abgeschlossen werden konnten.

In diesem Zusammenhang nannte Polst es als äußerst wichtig, dass die Krankenhäuser und Heime des Bezirks ihre Investitionen ohne Neuverschuldung schultern konnten. Mit diesen Aufwendungen würden sich die Bezirkseinrichtungen „auf dem sehr hart umkämpften Markt auch künftig erfolgreich behaupten können", betonte Polst.

Massiver Personalmangel droht

Nach Einschätzung von Jürgen Oswald, dem Geschäftsleiter der Krankenhäuser und Heime, werden die großen Kliniken des Bezirks das laufende Geschäftsjahr mit positiven Erträgen abschließen. Verluste in Höhe von insgesamt 1,78 Millionen Euro erwarte er allerdings für die „Intensiveinheit Kinder- und Jugendpsychiatrie" sowie für die „Klinik am Greinberg" (beide in Würzburg). Prognosen seien aber schwierig, weil aufgrund der Corona-Pandemie die bisherigen Erfahrungswerte unbrauchbar wären. Auch sei momentan unklar, wann in den einzelnen Häusern wieder Normalbelegungen möglich würden. Zudem drohe für die Zukunft ein massiver Personalmangel. Baumaßnahmen seinen derzeit bei den Forensischen Kliniken geplant.

In der anschließenden Debatte lobten die Sprecher aller Fraktionen die Bezirks-Kämmerei für ihre Planungen. CSU-Fraktionschef Stefan Funk nannte den Haushaltsentwurf „sehr umsichtig und solide". Die Senkung der Bezirksumlage sei ein wichtiges Symbol für die Umlagezahler. Tamara Bischof, Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, sah darin ein Zeichen an die Umlagezahler, „dass der Bezirk umsichtig wirtschaftet". Nach Ansicht von Angelika Strobel (Die Linke) hätten allerdings die Landkreise und kreisfreien Städte den höheren Hebesatz „durchaus aufbringen können".

Bärbel Imhof (Bündnis 90/ Die Grünen) merkte kritisch an, dass es „die bayerischen Bezirke wieder nicht geschafft haben", den Freistaat Bayern zu einer Anhebung des kommunalen Finanzausgleichs zu bewegen, mit dem die Kommunen in die Lage versetzt werden sollen, ihre Aufgaben angemessen zu erfüllen. Adelheid Zimmermann (FDP) sprach von einem „äußerst gelassenen Haushalt". Nach Ansicht von Bezirkstagsvizepräsidentin Eva Maria Linsenbreder zeigt der Haushaltsentwurf, „dass wir auf dem richtigen Weg sind!" Wer in einer Solidargemeinschaft lebe, sei auch verpflichtet, solidarisch zu handeln, sagte Linsenbreder. **mm**

Weil Unrecht benannt werden muss

Deutschland hätte EU-Hinweisgeberrichtlinie bis 17. Dezember umsetzen sollen

Viele Menschen trauen sich nicht, einen Missstand anzuprangern. Doch in einer Demokratie ist es wichtig, dass ans Licht kommt, was falsch läuft. Deshalb trat vor zwei Jahren die „EU-Hinweisgeberrichtlinie“ in Kraft. Sie sieht die Pflicht zur Einrichtung interner Meldekanäle für Whistleblower vor. Bis 17. Dezember 2021 muss sie in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Hierzulande geschieht dies voraussichtlich nicht. Einige Kommunen allerdings verfügen jetzt schon über verschiedene Meldesysteme.

Whistleblower in spe haben oft Angst, künftig auf einer schwarzen Liste zu stehen, genötigt, eingeschüchtert oder gemobbt zu werden. Manche trauen sich zwar dennoch, bekanntzugeben, was sie an Fragwürdigem entdeckt haben. Viele jedoch schweigen lieber. In der Landeshauptstadt München soll Unrecht angstfrei benannt werden dürfen. „Betroffene, die sich beschweren, weil sie sich sexuell belästigt oder diskriminiert fühlen, sind durch das Maßregelungsverbot des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes geschützt“, sagt Tobias Stephan, Abteilungsleiter im Münchner Personal- und Organisationsreferat. Sie dürften also nicht bestraft werden, weil sie sich beschweren.

Auch mit Blick auf das Thema „Korruption“ ist es für eine Gesellschaft notwendig, dass gute Meldesysteme existieren. Schöpft ein Mitarbeiter der Landeshauptstadt München Verdacht, dass irgendwo in der Verwaltung bestochen wird, kann er sich an die Antikorruptionsstelle wenden. „Aktuell können hier Hinweise per E-Mail, Post, nach persönlicher Vorsprache und per Telefon gegeben werden“, so Stephan. Dies sei auch anonym möglich. Daneben existiert in München eine Zentrale Beschwerdestelle für sexuelle Belästigung und häusliche Gewalt sowie eine Zentrale Beschwerdestelle nach dem Gleichbehandlungsgesetz.

Korruption und Klientelpolitik für bestimmte gesellschaftliche Gruppen müssen in einer Demokratie tabu sein. Weil die Anfälligkeit für unkorrektes Verhalten jedoch nicht eben gering ist, braucht es entsprechende Meldesysteme. Vor allem kleinere Kommunen haben so etwas allerdings oft noch nicht. Die Stadt Kulmbach zum Beispiel befasste sich laut ihrem Pressesprecher Jonas Gleich noch nicht mit der EU- Hinweisgeberrichtlinie, weil diese noch nicht in nationales Recht umgesetzt wurde. Seit Dezember 2020 liegt lediglich ein Entwurf des Bundesjustizministeriums zur Umsetzung vor. Eine Ressortabstimmung fand jedoch noch nicht statt.

„Wahrung der Aufpasserrolle“

Meldesysteme signalisieren, dass Hinweisgeber ein offenes Ohr finden. Allein dieses psychologische Signal ist wichtig. Auch in Neu-Ulm soll es bald eine institutionalisierte Möglichkeit geben, Missstände angstfrei zu benennen. „Wir arbeiten daran, dies in Kürze anbieten zu können“, versichert Pressesprecherin Sandra Lützel.

Man kann sich natürlich auch an eine Journalistin respektive einen Journalisten wenden, hat man den Verdacht, dass in einer kommunalen Verwaltung etwas schiefläuft. „Wenn gegen die von ihnen gemeldeten Missstände nichts unternommen wird und ihnen keine andere Wahl bleibt, als an die Öffentlichkeit zu gehen, können sich Hinweisgeber an Journalisten wenden“, heißt es denn auch seitens der EU-Kommission. Ein wirksamer Schutz von Hinweisgebern sei ein wichtiges Mittel „zur Wahrung der Aufpasserrolle, die der investigative Journalismus in demokratischen Gesellschaften innehat“.

Noch existiert keine Patentlösung im Umgang mit Hinweisgebern – vor allem mit Blick auf die Möglichkeit, dass hinter Whistleblowing theoretisch auch Denunziation stecken kann. Wichtig ist in jedem Fall eine gründliche Aufklärung der Vorgänge, so Andreas Franke von der Stadt Nürnberg. Dies diene nicht nur der Aufdeckung von Fehlern und Verstößen: „Sondern gegebenenfalls auch dem Schutz von Betroffenen, die Ziel der Anschuldigungen sind.“

Ist es eigentlich reiner Idealismus oder ausgeprägte Wahrheitsliebe, warum jemand den Schritt wagt, zu melden, was ihm nicht korrekt erscheint? In Nürnberg gibt es dazu keine Einschätzungen. Franke: „Das wäre letztlich auch unerheblich, da die Motivation zunächst keine Rolle spielt.“ Innerhalb der Nürnberger Stadtverwaltung gibt es inzwischen verschiedene Strukturen, an die sich Mitarbeiter vertraulich oder anonym wenden können, um Verstöße oder Unregelmäßigkeiten zu melden. Die Personalvertretung ist in diesen Fällen ansprechbar, außerdem die Anti-Diskriminierungsstelle, das Personalamt sowie der Korruptionsbeauftragte.

Nicht illoyal

Whistleblowing hat weder etwas mit Querulantentum noch mit Illoyalität zu tun. In Nürnberg weiß man das. Und ermutigt die Beschäftigten, Verstöße zu melden – auch an Stadträte, an Referenten oder den Oberbürgermeister. Laut Franke gehen an die verschiedenen Stellen und Personen tatsächlich auch „zahlreiche Beschwerden und Hinweise in Form von Aufsichts- oder Dienstaufsichtsbeschwerden oder schlicht als Schilderungen“ ein.

Mit Meldesystemen wird eine Hemmschwelle durchbrochen, das Melden von Missständen wird salonfähig gemacht. Die EU-Hinweisgeberrichtlinie sieht dabei explizit Meldesysteme für Verstöße gegen das Unionsrecht vor. „Das Spektrum reicht vom Wettbewerbsrecht über den Verbraucherschutz, die Lebensmittelsicherheit und den Umweltschutz bis hin zur Korruption“, so Franke. Im Koalitionsvertrag sei angekündigt worden, dies auch auf Verstöße gegen nationales Recht auszuweiten.

Ruhe ist in einer Demokratie eben nicht die erste Bürgerpflicht. Aus diesem Grund würde sich auch die grüne Landtagsabgeordnete Kerstin Celina einen besseren Schutz von Hinweisgebern wünschen. Das Thema bewegt sie aktuell vor allem mit Blick auf die Vorgänge um das Seniorenzentrum Gleusdorf, einer Pflegeeinrichtung im Landkreis Haßberge, die 2017 und erneut vor einigen Wochen wegen massiver Mängel in die Schlagzeilen geriet. „Wir brauchen eine deutlich stärkere Kultur des Hinschauens, und dafür müssen Hinweisgeberinnen und Hinweisgeber geschützt werden“, unterstreicht sie.

In Bezug auf Pflegeheime ist es oft einem Glücksfall zu verdanken, wenn Missstände rechtzeitig ans Tageslicht kommen. Denn die Angst, einen Hinweis zu geben, ist gerade hier groß, weiß Kerstin Celina. „Viele in der Pflege oder in Pflegeheimen beschäftigte Menschen fühlen sich nicht sicher im Umgang mit Behörden“, so die Landtagsabgeordnete. Trotz Pflegekräftemangel hätten sie Angst, ihre Stelle zu verlieren: „Weil gerade diese Stelle in der Nähe ihres Wohnorts liegt, weil sie ihre Kolleginnen mögen oder Angst vor einem Wechsel haben.“ Sich an das Beschwerdemanagement des Trägers zu wenden, sei für sie darum keine Option. **Pat Christ**

GZ PINOS WELT



Weihnachten ist eine Zeit, in der ich mich immer etwas wenig beachtet vorkomme. Wieso? Ganz einfach: Uns Katzen wird in der Geschichte kein Raum eingeräumt. Tiere sind ansonsten als Teil der Weihnachtsgeschichte ja gar nicht wegzudenken: Ochs und Esel im Stall als Gesellschaft Jesu, Schafe als Begleiter der Hirten, die herbeiströmen. Kamele sind die Reittiere der Heiligen Drei Könige und selten eine etwas größere alpenländische Krippe, in der nicht mindestens ein Hirtenhund verewigt wird – und das obwohl Hunde in der Bibel ein höchst problematisches Bild abgeben.

Auch als Attribute der Evangelisten haben es Stier, Löwe und Adler zu Prominenz gebracht, obwohl eine Katze als Symbol der Weisheit perfekt gepasst hätte. Warum dies nur? Ich persönlich bin absolut davon überzeugt, dass

> Es gibt keine größere Kraft als die Liebe

Katzen als mit die ältesten Wegbegleiter der Menschheit in der Heiligen Nacht in Bethlehem umhergestreunt sind. Maria und Josef werden froh gewesen sein, dass ein oder mehrere Stubentiger die Mäuse im Stall gejagt und gefangen haben, die mit ihrem Rascheln im Stroh das Jesuskind im Schaf gestört hätten. Und dennoch hat kein Chronist es für Wert befunden, diese nützlichen Mäusefänger zu würdigen oder auch nur streifend zu erwähnen.

Natürlich lässt die heutige Niedlichkeitswelle ganze Armeen von goldig mit Santa-Claus-Mützchen geschmückte Kätzchen auf Kratzbäumen turnen oder im Schnee tollen und stellt die dabei entstandenen allerliebsten Videos ins Netz. Und natürlich werden ich und meine Artgenossen auch von den Menschen, denen wir unsere Pflege gestatten, an Weihnachten mit besonderen Leckereien oder einer neuen Spielzeugmaus aus Gummi verwöhnt. Aber all das kann doch nicht die Wertschätzung ersetzten, die man als biblisches Tier erfahren würde. Schließlich reden wir von der größten Geschichte der Menschheit überhaupt.

Forscher (m/w/d) sind der Ansicht, dass die Bibel diejenigen Tierarten links liegen lässt, die in den Nachbarkulturen hoch geschätzt oder gar gottgleich verehrt wurden. Katzen waren in Ägypten so angesehen, dass man sogar Katzenmumien finden kann. Vielleicht ist das der Grund, warum in der Weihnachtsgeschichte meine judäaischen Artgenossen ignoriert wurden.

Aber eigentlich ist das doch nur eitles Sinnieren über eine Nebensächlichkeit. Wichtig ist doch einzig und allein, dass Weihnachten wieder vor der Tür steht und wir in diesen unruhigen, ja verrückten Zeiten Gelegenheit haben, einen Gang zurückzuschalten und etwas zur Ruhe zu kommen.

Denn Weihnachten ist alles: Es ist die Zeit des Konsums und die Zeit der Familie. Es ist die Zeit des Übergangs vom einem Jahr auf das andere und die Zeit großer, unverbrüchlicher Traditionen. Es ist die Zeit der langen Nächte und die Zeit der unendlichen Hoffnung.

Ja, eigentlich ist Weihnachten das Symbol der Hoffnung schlechthin. Der Hoffnung darauf, dass sich in größter Not noch ein Mensch findet, der für arme Wanderer eine Unterkunft hat. Der Hoffnung, dass jeder Tyrann, der wie Herodes wütet, durch eine größere Kraft besiegt werden kann. Es ist die Zeit der Hoffnung eines Martin Luther King: „Die Botschaft von Weihnachten: Es gibt keine größere Kraft als die Liebe. Sie überwindet den Hass wie das Licht die Finsternis“.

Verehrte Leserin, geneigter Leser,
damit schließe ich mich den Wünschen von Sabrina an, die dieses Jahr Weihnachten auf einem Kontinent begeht, der noch viel mehr Hoffnung nötig hat als wir: Mögen Sie den Segen der Weihnacht auch dieses Jahr spüren. Was wir brauchen ist die Kraft, die vom Glauben an die Ankunft des Erlösers ausgeht und die uns allen hoffentlich den Mut gibt, in der Gesellschaft wieder zusammen zu finden. Weihnachten möge uns die Liebe und das Verzeihen bringen, das uns in die Lage versetzt, das zu überwinden, was das Land und die Welt derzeit spaltet und entzweit.

Ihr Pino

Inklusionspreise des Bezirks Oberpfalz:

Stärkung der Gemeinschaft

Drei vorbildliche und nachahmenswerte Projekte – die inklusive Theatergruppe „Theater frontal“ (Regensburg), die inklusive Basketballgruppe „Schwandorf Tigers“ und die „Integrative Laufgruppe“ des LLC Marathon Regensburg e.V. – erhalten den diesjährigen Inklusionspreis des Bezirks Oberpfalz. Laut Bezirkstagspräsident Franz Löffler, der die Preisträger bekanntgab, „lassen wir Menschen mit Behinderungen auch in dieser schwierigen Zeit nicht im Stich und werden Inklusion weiter fördern“.

Die Gruppe „Theater frontal“, gefördert von Aktion Mensch und KJF, wird für den inklusiv gestalteten Film „Luisa und Lukas“ ausgezeichnet. Bei dem Film handelt es sich ursprünglich um ein Theaterstück, das die Gruppe gemeinsam geschrieben und einstudiert hatte, aber dem Lockdown zum Opfer fiel. Der rund einstündige Film beschäftigt sich mit der zeitlosen Frage, wie der Mensch Glück im Leben findet. Durch Untertitel und Audiodeskription ist dieser auch für Menschen mit Hör- und Sehbehinderung geeignet. Die Jury würdigte die flexible Reaktion der Gruppe auf die Corona-Situation sowie die gelungene Darstellung des anspruchsvollen Themas im Medium Film.

1.500 ehrenamtliche Stunden

Seit Jahren überzeugt die inklusive Basketball-Gruppe „Schwandorf Tigers“ (TSV 1880 Schwandorf) mit inzwischen 38 aktiven Spielern bundesweit mit herausragenden sportlichen Erfolgen. Dazu zählt die Goldmedaille aus den National Special Olympics in Kiel. Die Jury hob auch das große Engagement ehrenamtlicher Trainer und Betreuer hervor: In den vergangenen vier Jahren leisteten sie allein im wöchentlichen Sporttraining 1.500 ehrenamtliche Stunden.

Virtueller Lauf

Der LLC Marathon Regensburg e.V. veranstaltete während des Lockdowns für seine integrative Gruppe einen virtuellen Lauf von Regensburg nach Rom: Die Mitglieder wurden aufgefordert, vor Ort zu laufen, zu wandern oder zu walken. Begleitet wurden die Läufer mit Behinderung von einem Familienmitglied oder einem Vereinsfreund. Die zurückgelegten Kilometer rechnete man auf die im Computer angelegte Strecke Regensburg – Rom an. Die gemeinsame virtuelle Reise nach Rom war so erfolgreich, dass die 28 Teilnehmer mit und ohne Handikap kurzerhand beschlossen, weiter zu laufen und diese Kilometer als Rückreise anzurechnen. **DK**

Bezirk Oberfranken bleibt ein verlässlicher Partner

Der Bezirk Oberfranken ist für das Jahr 2022 gut aufgestellt: Zusammen mit dem Finanzvolumen der Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken beläuft sich das Haushaltsvolumen des Bezirks auf fast eine dreiviertel Milliarde Euro. Als dritte kommunale Ebene erfüllt der Bezirk wichtige Aufgaben in den Bereichen der sozialen Sicherung, Gesundheit, Kultur, Landwirtschaft und Fischerei. Der Haushalt, der in der Bezirkstagssitzung einstimmig verabschiedet wurde, ist eine solide Grundlage für das kommende Jahr.

„Wir wirtschaften sparsam und investieren und mit großen Anstrengungen bei unserem angestrebten Sanierungsprogramm vorankommen“, zeigt sich der Präsident überzeugt.

Große Baumaßnahmen sind unter anderem der Neubau des Bezirksklinikums Obermain in Kutzenberg, der Neubau eines Pflegeheims sowie die Errichtung einer Tuberkulose- Absonderungseinrichtung am gleichen Standort. Am Bezirkskrankenhaus Bayreuth sind ein Neubau der Kinder- und Jugendpsychiatrie, ein weiterer Neubau für die Klinik für Forensische Psychiatrie, einer Küche/Kantine sowie ein Neubau des Heilpädagogischen Bereichs geplant, in dem psychisch kranke Menschen mit geistiger Behinderung behandelt werden. Auch an den Standorten Rehau und Hochstadt am Main sind Um- und Neubaumaßnahmen vorgesehen.

Der Bezirk soll klimafreundlicher werden

Das Zukunftsbild des Bezirks Oberfranken zum Schutz des Planeten und kommender Generationen sieht eine Einstellung eines ausgebildeten Energieberaters und „Klimaspezialisten“ und die Veranschlagung von Ansätzen im Zahlenwerk 2022 für die Errichtung von E-Lade-Stationen auf den Liegenschaften sowie die Nutzung der Photovoltaikanlagen in den Landwirtschaftlichen Lehranstalten oder der Fischzuchtanlage in Aufseß vor.

Mit weiteren Haushaltsmitteln unterstützt und fördert der Bezirk Oberfranken die Kultur, die Landwirtschaft, die Fischerei und die Bildung in Oberfranken. ❐



V.l.: Bezirksräte Thomas Nagel (FDP) und Thomas Söder (CSU), Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz, Bezirkstagspräsident Henry Schramm, Kämmerer Reiner Böhner, Behindertenbeauftragte des Bezirks Oberfranken Christina Flauder, die Bezirksräte Manfred Hümmer (Freie Wähler), Manfred Neumeister (Die Grünen), Florian Köhler (AfD) und Holger Grießhammer (SPD). Bild: Bezirk Oberfranken

Gütesiegel für „flächenbewusste Kommunen“

Der Markt Wolnzach, die Gemeinde Kirchanschöring, die Stadt Ludwigsstadt und die Allianz Oberes Werntal sind mit dem staatlichen Gütesiegel „Flächenbewusste Kommune“ ausgezeichnet worden. Wie Umweltminister Thorsten Glauber, Bauministerin Kerstin Schreyer und Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert bei der Preisvergabe betonten, schaffe der Freistaat Anreize für Kommunen, das Thema Flächensparen zielgerichtet voranzubringen. Die Preisträger erhielten das Gütesiegel für ein aktives Flächenmanagement und innovative Ansätze und Maßnahmen zur Reduzierung des Flächenverbrauchs.

Im Markt Wolnzach (Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm) wurde 2017 mit einem Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK) ein Prozess angestoßen, der zu einem ganzheitlichen Umdenken im Umgang mit Grund und Boden führte. Leerstand, Verdichtung und Flächenressourcen bilden ein eigenes Handlungsfeld, mit dem Ziel der optimalen Nutzung von Flächenressourcen. Die Bürger sind dabei in die Prozesse intensiv eingebunden. Auf der Grundlage des Ergebnisses eines städtebaulichen Realisierungswettbewerbs wird ein innerörtliches Gewerbegebiet höherwertig zu einem Wohnquartier umgewandelt. In einem ursprünglich geplanten reinen Einfamilienhausgebiet am Ortsrand entstehen jetzt unterschiedliche Gebäudetypen mit einem Wohnungsangebot für alle Lebenslagen.

In vorbildlicher Weise betreibt die Gemeinde Kirchanschöring (Landkreis Traunstein) ein aktives Flächenmanagement. Mit dem Aufbau einer Flächenmanagement- Datenbank erhält sie einen guten Überblick über die Baulücken, untergenutzte Flächen und Althofstellen.

Kirchanschöring setzt auf Information und Bewusstseinsbildung der Bevölkerung, beispielsweise mit der Internetplattform „Suchst du noch oder wohnst du schon?“ zur Vernetzung von Interessenten für Baugemeinschaften. Die Bewohner von Kirchanschöring werden aktiv eingebunden. Mit dem „Haus der Begegnung“ konnten durch die gemeindeeigene Wohnbaugesellschaft zwei Leerstände in der Ortsmitte aktiviert werden. Dadurch konnten barrierefreie Wohnungen für Senioren, eine ambulant betreute Wohngemeinschaft inklusive eines Gemeinschaftsraums und eine Praxis für einen Allgemeinarzt eingerichtet werden.

Umgang mit Strukturwandel durch Bevölkerungsrückgang

Seit der Wiedervereinigung erlebt Ludwigsstadt (Landkreis Kronach) einen wesentlichen Strukturwandel mit einem Bevölkerungsrückgang um rund 20 Prozent. Um die knappen Flächenressourcen sparsam zu verwenden, bedurfte es einer strategischen Ausrichtung der Stadtentwicklung. Aufbauend auf ein Interkommunales Städtebauliches Entwicklungskonzept wurden vorbereitende Untersuchungen zur Stadtsanierung für den Ortsteil Lauenstein und den Stadtkern Ludwigsstadt durchgeführt und in weiteren Konzepten (u.a. Einzelhandels- und Versorgungskonzept) weiter vertieft. Die Stadt Ludwigsstadt betreibt ein aktives Leerstands- und Bauflächenmanagement. Hierzu werden systematisch Leerstände und Baulücken erfasst. Ein kommunales Förderprogramm unterstützt Investitionen von Privateigentümern in Bestandsgebäude. Die Stadt Ludwigsstadt selbst hat mehr als ein Dutzend sogenannte Schrottimmobilien erworben und beseitigt.

In der Interkommunalen Allianz Oberes Werntal arbeiten seit fast zwei Jahrzehnten zehn Gemeinden (neun im Landkreis Schweinfurt, Gemeinde Oerlenbach im Landkreis Bad Kissingen), erfolgreich zusammen. Die Oerlenbacher Erklärung etwa mit dem Bekenntnis zum Flächenmanagement und zur Innenentwicklung ist ein Leitbild der Allianz und Vorbild für ähnliche Projekte. In der Bauhütte Obbach wurden Abriss, Sanierung und Neubau modellhaft erprobt. Mit dem Modellprojekt „Flächenmanagement in interkommunaler Zusammenarbeit” (FLIZ) wurden erstmals alle Baulandpotenziale erfasst, Eigentümer angesprochen und eine Flächenmanagement- Datenbank entwickelt. Diese ist der Vorläufer der Flächenmanagement- Datenbank des Landesamts für Umwelt, die allen Kommunen in Bayern kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Ein großer Teil der erfassten Innenentwicklungspotenziale sind mittlerweile wieder genutzt, 50 Hektar Neuausweisungen im Außenbereich wurden vermieden.

Aktuell liegt der Flächenverbrauch in Bayern bei 11,6 Hektar pro Tag. Erfasst werden dabei Siedlungs- und Verkehrsflächen. Davon sind nur rund 50 Prozent tatsächlich versiegelt. **DK**

Vorschau auf GZ 1/2

In unserer Ausgabe Nr. 1/2, die am 13. Januar 2022 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Energiethemen**
- **Umwelttechnologien und Ressourcenschutz**
- **Abfall · Entsorgungsmanagement**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Garten- und Landschaftsbau · Forst · Friedhof**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt unser Sonderdruck zum jüngsten BreitbandForum 2021 der Bayerischen GemeindeZeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐



Erster Bürgermeister Konrad Krömer, Stadt Stein, bedankt sich bei den Unterstützern der Steiner Tafel: „Ohne Sie wäre unsere Stadt kälter und ärmer.“ Bild: Stadt Stein

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiebeschaffung

Kostenfreie Ausschreibungs-vorlagen!
Für hochwertige Pellets und Hackschnitzel.
enplus-pellets.de/ausschreibungsvorlage
ENplus Holzhackschnitzel wood chips
EN plus

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
> 50 erfolgreiche ISIS12 Projekte
www.Mein-Datenschutzberater.de
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

GemeindeZeitung auf folgenden
Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

GZ Akademie
Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
Wartung und Reinigung von:
- Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
- Prozesslufttechnische Anlagen
- Kontrollierte Wohnraumlüftung

DFLW
Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Polaris Star
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Sonderdruck 16. Dezember 2021 72. Jahrgang Nr. 24/2021



8. BAYERISCHES BREITBANDFORUM IN GUNZENHAUSEN

Neue Dimensionen

Gelungener Neustart: Nach zweijähriger Corona-Pause konnte das Team der Bayerischen GemeindeZeitung endlich wieder eine Präsenzveranstaltung, mit den im Oktober gültigen 3G+-Bedingungen, für bayerische Kommunen sowie Vertreter aus Wirtschaft und Verbänden durchführen. Gastgeber des 8. Bayerischen BreitbandForums war nach 2019 erneut die mittelfränkische Stadt Gunzenhausen. Insgesamt folgten 400 Teilnehmer, davon 60 Aussteller aus acht Ländern, der GZ-Einladung. Als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern live.

„Der Breitbandausbau ist das Rückgrat der Digitalisierung, vor der sich heute niemand mehr verschließen kann“, unterstrich GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel in ihrer Begrüßung. Ohne dieses „breite Band der Sympathie“ und den Möglichkeiten der Digitalisierung hätte das gesamte Staatengebilde während der Corona-Pandemie noch weitaus größeren Schaden erlitten als es ohnehin der Fall war. Klar sei aber auch, dass das digitale Band noch breiter und schneller werden müsse, erklärte von Hassel und verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass der Breitbandausbau in Bayern keine kommunale Pflichtaufgabe darstelle.

Wie der Gastgeber, Zweiter Bürgermeister Peter Schnell, in seinem Grußwort betonte, „wird von den Gemeinden und Städten erwartet, die digitalen und smarten Möglichkeiten zu nutzen und auszubauen“. Dies sei eine Riesenaufgabe für Verwaltung, Wirtschaft und Stadtgemeinschaft. Vor diesem Hintergrund freue es ihn ganz besonders, dass die Stadt am Altmühlsee vor Kurzem als eine von erst 25 Kommunen in Bayern mit dem Zertifikat „Digitales Amt“ des Bayerischen Digitalministeriums ausgezeichnet wurde.

Schnell machte deutlich, dass auf Kommunen immer mehr die Aufgabe zukommen werde, „für den Ausgleich zwischen digitaler und analoger Welt zu sorgen bzw. sich dieser Thematik anzunehmen“. „Denn in unseren Städten und Gemeinden treffen diese beiden Welten direkt aufeinander, und hier zeigen sich auch am deutlichsten deren Auswirkungen – sowohl positiv wie auch negativ.“

„Bayerns ambitioniertes Ziel lautet: Gigabit bayernweit bis 2025“, machte Albert Füracker, Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat, in seinem digitalen Grußwort deutlich. Mit der Kombination von Bundesförderung, bayerischer Kofinanzierung, Gigabitrichtlinie und Glasfaser/WLAN-Richtlinie hätten Bayerns Kommunen auch künftig bundesweit mit Abstand die besten Fördermöglichkeiten. Vom Breitbandausbau besonders profitiert habe der ländliche Raum, so Füracker. ■



v.l. GZ-Veranstaltungsorganisatorin Theresa von Hassel, Zweiter Bürgermeister Peter Schnell, Stadt Gunzenhausen, Peter Reisinger, Deutsche Glasfaser, GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel, Ministerialrat Bernd Geisler, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, und Direktor Stefan Graf, Bayerischer Gemeindetag.

Eine gemeinsame Erfolgsgeschichte



Übergabe von Förderbescheiden für den Glasfaserausbau durch Finanzminister Albert Füracker Bilder: StMFH



Albert Füracker

GRUSSWORT VON ALBERT FÜRACKER, MDL | BAYERISCHER STAATSMINISTER DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Glasfaserausbau im Freistaat

Die Digitalisierung hält längst nicht mehr nur Einzug in unser Leben – sie hat viele unserer Lebensbereiche bereits entscheidend verändert. Ob im Wirtschaftsleben, am Arbeitsplatz oder in der Schule, überall hat sie insbesondere in der Pandemie noch einmal an Bedeutung gewonnen und ist mittlerweile sogar unabdingbare Voraussetzung für einen reibungslosen Ablauf und Erfolg. Eine leistungsfähige und flächendeckende Glasfaser-Infrastruktur wird dadurch zum entscheidenden Standortfaktor.

Das Breitband-Forum ist seit acht Jahren eine etablierte Plattform für Breitbandausbau und Digitalisierung im Freistaat. Es bringt die Verantwortlichen und Fachleute aus den unterschiedlichen Bereichen zusammen und konzentriert sich auf unser großes gemeinsames Ziel: der flächendeckenden Gigabitversorgung in ganz Bayern. Menschen und Unternehmen sollen die Möglichkeiten der Digitalisierung überall und voll für sich nutzen können. Das ist auch ein Hauptanliegen der Bayerischen Staatsregierung und des seit 2014 dafür zuständigen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat.

Mit unserer Heimatstrategie haben wir in Bayern früh die Weichen für Digitalisierung und zügigen Glasfaserausbau gestellt und mit gezielten Maßnahmen und erfolgreichen Förderprogrammen einiges bewegt. Zwar liegt die Zuständigkeit für den Netzausbau in erster Linie beim Bund und den privaten Telekommunikationsunternehmen, deren Ausbau der Netze erfolgt dabei jedoch nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten: zuerst dort, wo es sich rechnet. Deshalb packt der Freistaat, wo es notwendig ist, zusammen mit Bund und Kommunen kräftig mit an.

Insbesondere im ländlichen Raum haben wir riesige Fortschritte gemacht: So ist seit Ende 2013 ein Zuwachs um über 66 Prozentpunkte bei der Versorgung mit schnellem Internet zu verzeichnen. Bayern ist bundesweit Spitzenreiter mit der höchsten Ausbaudynamik.

In einem Flächenland wie Bayern war dies nur durch große Kraftanstrengung zu erreichen. Mit aktuell über 1,59 Mrd. Euro unterstützt der Freistaat wie kein anderes Bundesland die Umsetzung der Landes- und Bundesförderverfahren. Im Bereich der sog. „grauen Flecken“, wo zwar Bandbreiten von mind. 30 Mbit/s, aber kein Gigabitanschluss verfügbar ist, hat Bayern 2019 als erste Region überhaupt in der Europäischen Union den Weg für eine staatliche Förderung bei der EU-Kommission geebnet und im März 2020 in Form der Bayerischen Gigabitrichtlinie umgesetzt. Der Bund ist dem bayerischen Beispiel dann im April 2021 mit einer eigenen Gigabitrichtlinie gefolgt und ermöglicht somit auch im Bundesverfahren einen geförderten Ausbau in „grauen Flecken“. Unser Ziel ist es, diese Bundesmittel auch verstärkt in Bayern zu verwenden. Mit der neuen Kofinanzierungsrichtlinie vom 1. August 2021 wird diesem Ansatz Rechnung getragen.

Der Breitbandausbau ist in Bayern nicht zuletzt auch dank des beeindruckenden freiwilligen Engagements der bayerischen Kommunen gut vorangekommen. Denn während der Freistaat die Fördermöglichkeiten bereit stellt, können nur die Gemeinden selbst vor Ort sachgerecht über einen Ausbau entscheiden. Die jahrelange hervorragende Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Stellen und den Kommunen ist Teil unseres Erfolgsgeheimnisses.

Einen besonderen Fokus legt der Freistaat auf die direkte Glasfasererschließung aller öffentlichen Schulen. Hierfür wurde bereits im Juni 2018 mit der Glasfaser/WLAN Richtlinie eine besonders unbürokratische und einfache Unterstützung der Sachaufwandsträger geschaffen. Der Erfolg ist messbar: 84 Prozent aller öffentlichen Schulen sind mit Glasfaser angebunden oder der Glasfaseranschluss befindet sich im Bau, die Träger weiterer 15 Prozent der öffentlichen Schulen haben Interesse an einer geförderten Glasfaseranbindung signalisiert.

Der Ausbau von leistungsstarker Gigabitinfrastruktur im Freistaat bleibt weiterhin unser zentrales gemeinsames Ziel. Die Bayerische Staatsregierung wird ihre Gemeinden hierbei auch in Zukunft bestmöglich unterstützen. ■

Ihr



Albert Füracker, MdL
Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat


Wir bauen das Netz der Zukunft mit
GIGA
GLASFASER
Das Ziel
ist glasklar
Mit über 24 Millionen Gigabit-Anschlüssen bis 2022 machen wir Deutschland zur Nr. 1 in Europa.* Gleichzeitig bauen wir unser Gigabit-Netz weiter aus: mit mehr Glasfaser für noch mehr Stabilität und Leistung. Und mit immer mehr direkten Glasfaser-Anschlüssen für giga-schnelle Gewerbegebiete und Gemeinden.
vodafone.de/gigaglasfaser
* Quelle: Goldmedia-Analyse 2020.
Vodafone GmbH • Ferdinand-Braun-Platz 1 • 40549 Düsseldorf • vodafone.de
Together we can



Highspeed-Internet für die Kommunen

MINISTERIALRAT BERND GEISLER | BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Breitbandförderung in Bayern – Stand und Ausblick

Der Freistaat ist mit seiner im März 2020 in Kraft getretenen Bayerischen Gigabitrichtlinie (BayGibitR) europaweit Vorreiter und kann als erste Region den Glasfaserausbau auch in Bereichen fördern, in denen bereits schnelles Internet mit mindestens 30 Mbit/s verfügbar ist (sog. graue Flecken). Damit gelang es, die bayerische Breitbandförderung konsequent fortzuentwickeln und auf die Schaffung einer gigabitfähigen und zukunftsfesten Glasfaserinfrastruktur bis in die Häuser auszurichten, die mit der bisherigen Förderrichtlinie, der Bayerischen Breitbandrichtlinie (BbR) aufgrund beihilferechtlicher Vorgaben nicht zu erreichen waren.

Im Zuge der bayerischen Breitbandförderung hat der Freistaat seit 2014 3.051 Förderbescheide übergeben und 1.815 Gemeinden rund 1,2 Mrd. Euro Förderung zugesagt, wobei der kommunale Eigenanteil 330 Mio. Euro beträgt. 800.000 Haushalte werden erschlossen, davon über 155.000 direkt mit Glasfaser. 2.240 Projekte sind bereits in Betrieb. Der Erfolg der vergangenen Jahre ist im Bericht Digitale Infrastruktur in Bayern 2021 mit regionalen Zahlen und Grafiken dargestellt: (www.schnelles-internet-in-bayern.de).

Über 97 Prozent der bayerischen Haushalte (Stand Ende 2020) sind mit mindestens 30 Mbit/s erschlossen (ländliche Gemeinden: 93 Prozent), nach Abschluss aller laufenden Projekte werden es sogar 99 Prozent sein. Schon jetzt verfügen knapp 96 Prozent über mindestens 50 Mbit/s, bereits 60 Prozent können auf mindestens 1 Gbit/s zugreifen. Bayerns Infrastruktur ist damit auch für aktuelle Anforderungen wie Homeoffice und Homeschooling gut aufgestellt. Über FTTB Glasfaser bis ins Haus verfügen knapp 18 Prozent der bayerischen Haushalte.

Mit der bayerischen Gigabit-Pilotförderung wurden ab Anfang 2019 die Grundlagen für die Genehmigung der Bayerischen BayGibitR durch die Europäische Union gelegt. Alle sechs Pilotgemeinden haben eine Förderzusage erhalten. Das Pilotprojekt der Stadt Berching wurde bereits am 3. August 2020 in Betrieb genommen. Zahlreiche Unternehmen in einem Gewerbegebiet profitieren seitdem von direkten Glasfaseranschlüssen.

BayGibitR ermöglicht es den Kommunen, im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit eigenständig über die Inanspruchnahme eines Förderverfahrens und den Umfang der Fördergebiete zu entscheiden. Über 900 Kommunen sind bereits in das Förderverfahren eingestiegen, 780.000 Adressen befinden sich im Markterkundungsverfahren. In 186 Kommunen wurde das Auswahlverfahren gestartet, 15 Kommunen wurden mit einem Förderbescheid in Höhe von insgesamt 24 Mio. Euro bedacht.

Vorreiter und das Paradebeispiel für den geförderten Breitbandausbau im ländlichen Raum ist die Gemeinde Birgland. Sie wird die erste Gemeinde im Landkreis Amberg-Sulzbach sein, die zu 100 Prozent mit Glasfaser bis ins Gebäude versorgt ist. Mit vier Förderbescheiden über insgesamt rund 5 Mio. Euro treibt Birgland den Ausbau des Highspeed-Internets vorbildlich voran.

Um Bayerns rund 4.700 öffentliche Schulen, die Rathäuser der 2.056 bayerischen Kommunen sowie die 367 Plankrankenhäuser optimal aufzustellen, bietet der Freistaat seit Juni 2018 mit der Glasfaser/WLAN-Richtlinie (GWLANR) eine zusätzliche Fördermöglichkeit. Diese wurde nun bis Ende 2022 verlängert. Die Fördersätze liegen zwischen 80 und 90 Prozent, der Förderhöchstbetrag beläuft sich auf maximal 50.000 Euro. 3.650 Einrichtungen befinden sich im Verfahren, 3.264 haben einen Bescheid erhalten, 1.780 Einrichtungen sind bereits mit Glasfaser angebunden. Insgesamt liegen die Förderzusagen bei 90 Mio. Euro.

Insbesondere die Erschließung öffentlicher Schulen ist nicht zuletzt durch den gestiegenen Bedarf im Zuge der COVID-19-Pandemie noch stärker in den Fokus gerückt. 42 Prozent der über 4.700 öffentlichen Schulen in Bayern wurden bereits mit FTTB versorgt, den Förderbescheid erhalten haben 41 Prozent, Interesse am geförderten Ausbau bekundeten 16 Prozent. Noch mehr Transparenz beim Anschluss von Schulen an das Gigabit-Netz ermöglicht →

der digitale Schulatlas. Mit nur einem Klick kann schnell und einfach die verfügbare Breitbandanbindung der Schulen abgefragt werden.

Mit der bayerischen Kofinanzierung zur Bundesförderung werden auch weiterhin alle Gemeinden unterstützt, die das Bundesprogramm für den Breitbandausbau nutzen. Die niedrigeren Fördersätze des Bundes werden dabei auf das Niveau der BayGibitR angehoben (bis zu 90 Prozent). Die Kombination aus Bundes- und Landesmitteln und insbesondere die Härtefallregelung erlauben die Realisierung besonders umfangreicher und damit auch kostenintensiver Projekte. Mit einer Fördersumme von voraussichtlich 465 Mio. Euro (Bund) und 300 Mio. Euro (Freistaat) werden rund 85.000 Adressen direkt an das Glasfasernetz angebunden.

Am 1. August 2021 ist die neue bayerische Kofinanzierungs-Gigabitrichtlinie (KofGibitR) zur Erschließung von Haushalten in grauen NGA Flecken in Kraft getreten. Damit haben Bayerns Kommunen beim Gigabitausbau künftig noch bessere und breitere Fördermöglichkeiten. Sie können jetzt die Bundesförderung des Gigabitausbaus in Kombination mit der neuen bayerischen Kofinanzierung in Anspruch nehmen – das bedeutet Fördersätze von in der Regel 90 statt 50 Prozent.

Von Kofinanzierungsmitteln in Höhe von 57 Mio. Euro profitiert beispielsweise der Landkreis Rottal-Inn. 25 Kommunen haben ihre Förderzusage zur Kofinanzierung erhalten.



v.l. Markus Brunhofer, Bayerisches Breitbandzentrum, Ministerialrat Bernd Geisler, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, und Holger Herrmann, Bayerisches Breitbandzentrum.

Sie alle nutzten bereits die Ende 2020 ausgelaufene Bayerische Breitbandrichtlinie. Mit insgesamt 98 Mio. Euro Förderzusagen des Freistaats für den Glasfaserausbau ist der Landkreis Rottal-Inn Spitzenreiter in Bayern.

Die Kombination aus Bundes- und Landesmitteln und insbesondere die Härtefallregelung erlauben übrigens auch die Realisierung besonders umfangreicher und damit auch kostenintensiver Projekte. Für finanzschwache Gemeinden gibt es eine Härtefallregelung; somit ist auch eine Förderung von über 90 Prozent möglich.

Wo erhalte ich Informationen zur bayerischen Breitbandförderung? Profitiert meine Gemeinde davon? Diese und weitere Fragen beantwortet der neue Breitbandwegweiser, ein Informations- und Serviceportal für Unternehmen und Bürger. ■

Näheres unter www.breitbandwegweiser.de

Ihr Breitband-Spezialist für den Glasfaserausbau.

JETZT MEHR ERFAHREN!



Seit mehr als 25 Jahren entwickelt und fertigt die Connect Com zukunftsfähige Komplettlösungen für Breitbandnetze. Von der Technikzentrale über Glasfaserkabel, Spleißmuffen, Netzverteiler und Multifunktionsgehäusen bis zur Anschlussdose.

Alles aus einer Hand – maßgeschneidert auf Ihr Projekt.

CONNECTING THE DOTS

CONNECTCOM

Connect Com GmbH
+49 7022 9607 100

info@connectcom.de
connectcom.de




Stefan Graf

Drohende wettbewerbsrechtliche Schadenersatzansprüche

DIREKTOR STEFAN GRAF | BAYERISCHER GEMEINDETAG

Keine Aquisekooperationen im eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau!

Der Breitbandausbau hat sich von den Kabelverzweigern auf die Glasfaser verlagert. Weil viel Kapital nach Anlagemöglichkeiten sucht, ist der eigenwirtschaftliche Ausbau überraschend auch auf dem Land in den Vordergrund getreten. Landauf landab versuchen verschiedenste Unternehmen, von einigen hatte man in Bayern noch nie etwas gehört, einen „business case“ zu schaffen, in dem versucht wird eine bestimmte Vorvermarktungsquote bei den Hausanschlüssen zu erreichen. So weit so gut könnte man sagen – und was hat das mit den Gemeinden zu tun? Schließlich sind die Wegerechte gesetzlich geregelt. Ab 1. Dezember im novellierten Telekommunikationsgesetz (TKG) sogar noch einfacher zugunsten der Ausbauenden. Dennoch flattern den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern derzeit vermehrt sogenannte Kooperationsverträge ins Haus, von deren Unterzeichnung die TK-Unternehmen ihre Aquisebemühungen und damit auch den Glasfaserausbau abhängig machen. Nicht nur, dass in den Verträgen von den Gemeinden Unterstützung bei der Kundenansprache eingefordert wird, irritiert. Prekär wird die Situation, wenn einer Gemeinde gleich mehrere TK-Unternehmen eine Kooperation anbieten.

Der Gemeindetag hat die verschiedenen Vertragsmuster analysiert und empfiehlt, wenn diese konkrete Unterstützungen der Gemeinden für das TK-Unternehmen beinhalten, diese besser nicht zu unterzeichnen. Insbesondere wenn die Gemeinde mithelfen soll, dass das TK-Unternehmen möglichst viele Vorverträge in der Tasche hat – auch wenn die Grenze fließend sein mag, z.B. wenn der Bürgermeister auf einer Informationsveranstaltung des TK-Unternehmens ein Grußwort sprechen soll oder im Amtsblatt für den Gigabitausbau wirbt. Dadurch, dass sich die öffentliche Hand in Verträgen gegenüber einem einzelnen Unternehmen zu solchen Aktivitäten verpflichtet, dürfte das wettbewerbsrechtliche Neutralitätsverbot gerissen werden, weil damit die Vermutung besteht, dass Nachfrage zu dem Unternehmen geleitet werden soll. Vor allem vor dem Hintergrund drohender wettbewerbsrechtlicher Schadensersatzansprüche ist hier Vorsicht geboten.

Macht das TK-Unternehmen seine Ausbauaktivitäten zwingend vom Abschluss eines Vertrages abhängig, kann die Gemeinde dennoch ein Angebot machen: Eine rein wegerechtliche Vereinbarung (ggf. mit Ergänzungen zur Mitnutzung passiver Infrastruktur und zur Koordinierung von Bauarbeiten) – denn hierzu gibt es gesetzliche Bestimmungen (§§ 68 TKG bzw. § 77 ff. TKG) und diese können auch über einen Vertrag vollzogen werden. Der Gemeindetag hat auf dieser Basis mit einem Unternehmen einen Mustervertrag abgestimmt.

Dies heißt freilich nicht, dass die Gemeinden nicht im Rahmen ihrer Möglichkeiten allgemein den Glasfaserausbau unterstützen können. Ein Leitfaden* aus Nordrhein-Westfalen zeigt diesbezüglich verschiedenste Unterstützungsmöglichkeiten auf – nur sich gegenüber einem Unternehmen dazu zu verpflichten, erscheint problematisch.

Befriedigend ist das Ganze freilich nicht. Letztlich sollte der eigenwirtschaftliche Ausbau, um möglichst viele Adressen zu umfassen, aus einer Hand und nicht im Aquisewettbewerb verschiedenster Unternehmen ablaufen. Damit aber die Gemeinde eine solche echte Kooperation mit zielgerichteten Unterstützungsmaßnahmen eingehen kann, bedürfte es wohl eines bei der EU-Kommission notifizierten Prozesses, in dem der Partner transparent und diskriminierungsfrei ausgewählt wird. ■

* https://www.gigabit.nrw.de/images/PDFs/Leitfaden/20180810_Leitfaden-fuer-die-oeffentliche-Hand-zum-eigenwirtschaftlichen-Breitbandausbau.pdf



LEONET

FÜR IHRE VERWALTUNG, FÜR IHRE BÜRGER*INNEN, FÜR IHRE UNTERNEHMEN!

Kommunaler Glasfaserausbau mit LEONET

Es geht um die digitale Zukunft Ihrer Gemeinde – samt den Einwohner*innen und ortsansässigen Betrieben.

Mit starken, schnellen sowie zukunftssicheren Internet-Verbindungen ist das moderne Landleben auch für die junge Generation und aufstrebende Unternehmen interessant. Der Ausbau der Glasfaser-infrastruktur ist für Kommunen eine sinnvolle und wirkungsvolle Lösung, um Chancengleichheit mit den Ballungsräumen herzustellen.

Mit zur Zeit über 3.500 Kilometer Glasfasernetz, verteilt auf 190 bayerische Kommunen in 20 Landkreisen, und über 25.000 zufriedenen Kund*innen im Rücken, unterstützt LEONET Sie gerne auf dem Weg in Ihre digitale Zukunft.

Aus der Region. Für die Region. Als Unternehmen aus Teisnach im Bayerischen Wald bietet LEONET das komplette Programm an: Von der Finanzierung und Teilnehmergewinnung, über die Bauplanung und Durchführung mit regionalen Tiefbauunternehmen bis zur bewährten Leitungsverlegung (FTTH / FTTB) und dem kundenorientierten Netzbetrieb.

Versäumen Sie es nicht, dass sich Ihre Bürger*innen und Unternehmen auch in Zukunft mit und in Ihrer Gemeinde verbunden fühlen. Das Experten-Team der LEONET Kommunalbetreuung freut sich auf einen ersten Austausch mit Ihnen.

So erreichen Sie die LEONET Kommunalbetreuung:

Adrian Richter
Teamleitung Kommunalbetreung

Tel.: 0151 188 15 692
kommunalbetreuung@leonet.de

BAYERNS DIGITALE ZUKUNFT

LEONET.DE



Ökologie und Ökonomie im Einklang

v.l. Dr. Markus Ranner, Vincent Wiese, Oliver Horn

VINCENT WIESE | ADTRAN GMBH

Nachhaltige Investitionen in FTTH & Gigabit Breitband

Neben der Forderung Deutschland zu digitalisieren, richtet sich der Fokus aktuell auf das Ziel, klimaneutral zu werden. Es ist deshalb auch für Netzbetreiber wichtig, sich mit diesen Zielen auseinanderzusetzen, insbesondere wenn Technologieüberlegungen angestellt werden.


Vincent Wiese

Mit der Demokratisierung des Gigabit-Internets werden auch in Europa die Gigabitangebote zunehmend angenommen. Hier in Deutschland bieten u.a. Provider wie deutsche Glasfaser, NetCologne, M-Net, Vodafone und Deutsche Telekom einen Internetzugang mit 1.000 Mbit/s zum Monatspreis von deutlich unter 100,00 EUR an. Und es werden bereits die ersten Angebote für 10 Gbit/s Anschlüsse sichtbar. Bei dieser Entwicklung ist es sinnvoll nachhaltige und energieeffiziente Infrastrukturen zu betreiben.

Wie zum Beispiel die Studie von Professor Obermann darstellt, ist die Glasfaser deutlich energieeffizienter als Kupfer- oder Koaxialkabel. Nach Berechnungen von ADTRAN und dem Vergleich der eigenen Produkte hiX P2P und SDX XGS-PON erweist sich die passive gegenüber der aktiven Technologie wesentlich wirtschaftlicher und ökologischer. Diese von Wiese genannten Zahlen überzeugen: 48 Prozent weniger Investitionskosten, 85 Prozent weniger Energie und rund 80 Prozent weniger Platzbedarf. „Passive Netze sind daher nicht nur technologisch gesehen geeignet uns die nächsten 100 Jahre mit Breitband zu versorgen, sondern auch ein wichtiger Schritt in Richtung Klimaneutralität," unterstreicht Wiese und setzt fort: „PON benötigt keine aktiven Komponenten am Verteilerpunkt, keine Stromversorgung und kleinere Verteilerkästen. Und durch zentrale Wartung müssen Techniker wesentlich seltener weit hinausfahren."

Weil die bewährte GPON Technologie nun langsam an ihre Kapazitätsgrenzen stößt, steht mit XGS-PON eine leistungsfähigere symmetrische 10 Gbit/s Variante zur Verfügung. Wirtschaftlich betrachtet bietet sich an, im Zugangsnetz eine Hybridform Combo PON, zusammengesetzt aus GPON und XGS-PON einzusetzen. Combo PON verlängert aber nicht nur die GPON Investitionen um mehr als zwei Jahre, sondern liefert auch die XGS-PON Kapazitäten zum Preis von GPON. Außerdem wird damit die künftige Einführung von PON mit 50 Gbit/s unterstützt. Mit Combo PON kann einfach die Lebensdauer der gekauften Infrastruktur verlängert werden. Ein Service Provider kann seinen Kunden bei Bedarf umgehend höhere Geschwindigkeiten anbieten und gleichzeitig höhere Einnahmen generieren. Genügsame Kunden verbleiben einfach auf dem GPON Port solange sie mit den niedrigen Datenraten zufrieden sind. Somit können Normalverbraucher und Großverbraucher mit ein und derselben Lösung zufriedenstellend bedient werden. So eröffnet sich die Möglichkeit GPON auch noch für die nächsten 10 Jahre einzusetzen.

Der Weg zu grünem Breitband wird auch durch technologische Flexibilität unterstützt. ADTRAN hat dazu bereits vor einigen Jahren eine disaggregierte Architektur eingeführt, indem das bisher traditionell proprietäre Chassis in die einzelnen Funktionen aufgeteilt wurde. „Dadurch lassen sich jetzt Produkte herstellerneutral miteinander kombinieren", unterstrich Wiese. ■

Eine **starke Region** braucht einen **starken Partner**.

Für Ihre Kommune bauen wir **Lichtgeschwindigkeit**.

- 100 % Glasfaser: 100 % Leistung und 100 % Geschwindigkeit
- Kein Risiko: eigenwirtschaftlicher Ausbau
- Zukunftssichere Infrastruktur mit klassischen Verlegetiefen

Wir sind bereits Partner der Gigabit-Regionen Heilbronn-Franken und FrankfurtRheinMain. Gern unterstützen wir auch Sie dabei, in die digitale Zukunft Ihrer Kommune zu starten.



Kontakt und weitere Informationen:
Tel.: 040 605 980 - 115
E-Mail: kommunen@deutsche-giganetz.de
Web: deutsche-giganetz.de

Deutsche GigaNetz

DIARMUID KELLY UND DAVID KROSCHWALD | AND SOLUTION GMBH

Vorplanung mit AND WebSolution

SCHNELL UND EINFACH EINE SOLIDE ENTSCHEIDUNGSGRUNDLAGE FÜR FTTH-PROJEKTE SCHAFFEN



v.l. Diarmuid Kelly und David Kroschwald

Mit AND WebSolution steht jetzt eine webbasierte Softwarelösung für die einfache Vorplanung und Optimierung von FTTH-Netzwerken bereit. Dafür ist weder eine Lizenz noch ein Download mit anschließender Installation erforderlich: Es muss lediglich ein Benutzerkonto eingerichtet werden und die Planung kann ohne weitere Vorkenntnisse beginnen.

In wenigen Minuten erstellen auch ungeübte Mitarbeiter eine solide Entscheidungsgrundlage für das geplante FTTH-Projekt, inklusive der Kosten. AND WebSolution unterstützt die Planung bis zu 5.000 Gebäudeadressen. Zusätzlich kann die Anzahl der Wohnungen pro Gebäude vorgegeben werden. Die erforderlichen Netzwerkkomponenten lassen sich hinzufügen, modifizieren und auch wieder löschen. Und deren Konfigurationen können ohne Beteiligung des Herstellers geändert werden. Eine Materialliste wird automatisch erstellt. Die Kosten sind transparent: Ein Gebäude kostet genau 1.0 EUR. So günstig kann über die hohen Investitionen für ein Glasfasernetz entschieden werden. Als Bonus können 150 Gebäude kostenlos geplant werden. Mit Unterstützung der Kurzanleitung, die von der Webseite kostenlos heruntergeladen werden kann, startet praktisch Jedermann sofort produktiv! Und erhält umgehend ein optimales und kostengünstiges Ergebnis.

Nach einem Blick auf das AND Produktportfolio durch Diarmuid Kelly wurde die einfache und benutzerfreundliche Bedienung von WebSolution durch David Kroschwald live demonstriert: Dem Login in das zuvor angelegte Benutzerkonto folgte die Gebietsauswahl. Die gewünschte Region wurde in der bereitgestellten Karte für ganz Europa durch ein Polygon definiert. Für das Beispiel wurde ein Bereich im Raum Rosenheim Mitterfeld gewählt. Karten, Gebäude, Adressen und Straßen wurden dafür automatisch von OpenStreetMaps™ abgerufen. Bei Bedarf können Gebäude zusätzlich auch manuell importiert und georeferenziert werden. Jedes Gebäude wird einschließlich der darin befindlichen Wohnungen hinterlegt, um damit exakt die erforderliche Anzahl der zu verlegenden Glasfasern ermitteln zu können. Für das Central Office, auch POP (point of presence) genannt, wurde ein geeigneter Standort festgelegt. Danach folgte die Auswahl der gewünschten Technologie (aktiv Ethernet oder passiv GPON) und Netzwerkkomponenten, versehen mit den bekannten Preisen. Damit konnte die Vorplanung generiert werden. Das Ergebnis: geschätzte Gesamtkosten pro Adresse von 2.200 EUR für insgesamt 240 Kunden. Für den Export zur weiteren Planung stehen die Daten als PDF und Excel™-Datei zur Verfügung.

Künftig werden auch Exporte direkt in die AND SystemSolution möglich sein. Auf Knopfdruck ist die Grundlage für zukünftige Detailplanungen dann bereits vorhanden!

Diese flexible Web-Anwendung lässt sich wie folgt zusammenfassen: Kein Download, keine Installation, keine Lizenz, aber dafür eine kostengünstige FTTH Grobplanung in wenigen Minuten. ■

BENEDIKT BREUER | AXING AG

Effizienter Multi-Gigabit-Ausbau

GLASFASER WO NÖTIG, BESTEHENDE KOAXIALKABEL WO MÖGLICH

HFC Broadband Solutions als Mitglied der AXING Gruppe stellt sich als Partner-Marke für schnelle Netze, Internet, TV und Telefonie vor. Das Unternehmen offeriert Multi-Gigabit-Netze für Stadtwerke, Netzbetreiber und Energieversorger über bereits bestehende Kabelfernsehnetze.

Für die Datenübertragung über Koaxialkabel existieren seit 1997 die international anerkannten DOCSIS (Data Over Cable Service Interface Specification) Spezifikationen. Die aktuelle Version 3.1 stellt Datenraten im Downstream bis zu 10 und im Upstream bis zu 2 Gbit/s zur Verfügung. Mit DOCSIS 4.0 werden diese Geschwindigkeiten künftig auf 15 bzw. 6 Gbit/s nochmals erhöht. „Mit der von uns angebotenen HFC-Lösung basierend auf CCAP-Architektur (Converged Cable Access Platform) erreichen wir FTTH ebenbürtige Datenraten auch über Koaxialkabel“, betont Breuer.

Das Herzstück zur Signalübertragung bilden die bis zu DOCSIS 3.1 kompatiblen Remote-MACPHY-Systeme, die für →



Benedikt Breuer

den Einsatz sowohl Indoor als auch Outdoor verfügbar sind. Sie sorgen für eine enorme Leistungssteigerung von koaxialen Netzwerken, wobei sich die Architektur durch den Distributed-CCAP-Ansatz flexibel konfigurieren lässt. Ferner zeichnen sie sich durch weniger Platzbedarf, geringeren Energieverbrauch und geringere Anforderungen an Kühlung und Klimatisierung aus. Für den Netzbetreiber ergibt sich damit ein rascher und kostengünstiger Ausbau mit Gigabit-Datenraten und DOCSIS, immer dann, wenn bereits eine funktionsfähige Koax-Infrastruktur vorhanden ist.

ALS GEWICHTIGE VORTEILE FÜR NETZBETREIBER NANNTE BREUER FOLGENDE ASPEKTE:

- Hoher Ertrag pro Anschluss ARPU (Average Revenue per User)
- Modulare, skalierbare und flexibel auf die Kundenzahl abstimmbare Lösung: „Pay as you grow“
- Schnelle und einfache Installation nahezu ohne bauliche Maßnahmen: „Time to Market“
- Flexible Möglichkeiten: Signale zukaufen, selbst generieren, weiterverkaufen
- Sehr gutes Preis-/Leistungsverhältnis und sehr schneller „Return of Invest“
- Zukunftssichere, wettbewerbsfähige Lösung als Alternative oder als Brückentechnologie bei der Migration hin zu FTTH

Die Lösung ist insbesondere interessant, wenn für große Gebäudekomplexe FTTB-Anwendungen geplant sind, ein Denkmalschutz besteht oder ein Campus-Netz errichtet werden soll. Ferner kommt sie für Schulen, Krankenhäuser, Hotels, Ferienparks und Studentenwohnheime in Frage. Es kann sogar die perfekte Lösung sein, wenn der FTTH Ausbau zu teuer ist, aktuell keine Tiefbau-Ressourcen zur Verfügung stehen, ein existierendes Netz oder Teile davon von einem anderen Kabelnetzbetreiber übernommen und modernisiert werden sollen sowie Im Unternehmen oder bei dessen Systempartnern nicht genügend Erfahrung und Messtechnik für FTTH zur Verfügung stehen.

Abschließend gab Breuer einen kurzen Ausblick auf die im Aufbau befindliche Axing TV Plattform: *„Wir werden uns nicht nur mit Hardwarethemen beschäftigen, sondern künftig auch eine Cloud-basierte IPTV- und OTT-White-Label-Plattform anbieten.“* ■



FRANK FUHRMANN | DCT DELTA AG

RF-Overlay entlastet das Datennetz von TV-Diensten

Ökologischer Fußabdruck ist das Stichwort, welches heutzutage immer öfter vorkommt. Eine Suchanfrage bei „Google“ mit „Energieverbrauch Streaming“ liefert über 200.000 Ergebnisse mit den Überschriften:

- Der Stromverbrauch im Internet
- So viel Strom verbraucht Streaming
- Streaming-Dienste und CO2
- So klimaschädlich sind Netflix, Youtube, Spotify
- Streaming – der Mega-Stromfresser: Fernsehen aus dem Netz

Eine Stunde Video-Streaming in Full-HD-Auflösung benötigt 220 bis 370 Wh. Auf der Internetseite von „eon“ gibt es drei Tipps zum Stromsparen im Internet; darunter: „Mit Bedacht Videos streamen und lieber wieder häufiger das TV-Gerät live einschalten bzw. die altbewährte DVD nutzen.“

RF-Overlay bedeutet lineares Fernsehen mit xPON-/PtP-Signalen über Glasfaser. Die Funktion ist recht einfach, da die Wellenlänge 1550 nm für RF-Overlay reserviert ist. Mit entsprechenden Filtern können die Wellenlägen für verschiedene Dienste genutzt werden.

Bei IPTV unterscheidet man in Unicast und Multicast, wobei Unicast für Einzelstreams, wie Netflix & Co. Verwendet wird. Multicast wird für lineares Fernsehen verwendet, ist somit effizienter als Unicast, allerdings werden für ca. 100 TV-Programme mehr als 330 Mbit/s im Datennetz benötigt. Für live TV Streaming werden bei älteren TV-Geräten


Frank Fuhrmann

meistens eine Set-Top-Box mit einer zusätzlichen Fernbedienung benötigt; ein weiteres Gerät mit Stromverbrauch beim Teilnehmer.

RF-Overlay ist ein Broadcast-Dienst mit gleichen Funktion wie beim Kabelfernsehen. Durch die Nutzung der separaten Wellenlänge (1550 nm) werden Kapazitäten für xPON/PtP-Netze frei. Es ist ein einfacher Dienst für Nicht-Internet-Nutzer (ältere Menschen) und entspricht beim Kabelfernsehen dem DVB-C, was bereits in den heutigen TV-Geräten enthalten ist. Kein zusätzliches Endgerät (weniger Strombedarf) und Fernbedienung sind notwendig.

RF-Overlay kann in jedem FTTH-Netz angewendet werden, bzw. ist ein Nachrüsten in bestehenden Glasfasernetzen möglich. Die Radio- und TV-Programme werden auf einer separaten Wellenlänge (1550 nm) in das Glasfasernetz eingespeist. Bei den POP’s erfolgt die Zusammenführung mit den xPON- oder PtP-Signalen. Der Endkunde bekommt einen Fiber Node, der die TV-Signale in ein koaxiales Signal wandelt und in der Wohnung verteilt. Somit können die gewohnten TV Endgeräte ohne Zusatzgeräte verwendet werden. ■

TABATHA VON KÖLICHEN | CAMBIUM NETWORKS

Der schnelle Weg zur Gigabit-Konnektivität

MIT WLAN UND RICHTFUNK



Tabatha von Kölichen

Cambium Networks mit Hauptsitz in der Nähe von Chicago ist Marktführer im Bereich der drahtlosen Lösungen. Das Portfolio des Unternehmens mit über 10.000 Resellern weltweit umfasst Punkt-zu-Punkt, Punkt-zu-Mehrpunkt sowie WLAN. Für die Verwaltung von WLAN, Switches und Richtfunk steht eine einheitliche Managementplattform zur Verfügung. Zu den Vorteilen, die der Einsatz der Wireless-Technologien von Cambium bietet, gehören unter anderem ein hervorragendes Preis-Leistungs-Verhältnis, geringe laufende Kosten, eine einfache Implementierung sowie Glasfaser-ähnliche Geschwindigkeiten.

Stabile Internetverbindungen sind zu einem wichtigen Bestandteil des täglichen Lebens geworden. Doch nicht nur im privaten, sondern auch im öffentlichen Raum spielt zuverlässige Konnektivität eine wichtige Rolle. So setzen zahlreiche Schulen, Beherbergungsbetriebe und auch Städte auf öffentliche Hotspots. Da eine Verkabelung nicht immer möglich oder kosteneffizient ist, bietet Cambium Networks mit seinen WLAN- und Richtfunk-Technologien eine zukunftssichere und zuverlässige Alternative.

Richtfunk eignet sich für unterschiedlichste Anwendungsfälle, beispielsweise als Kommunikationssystem für →

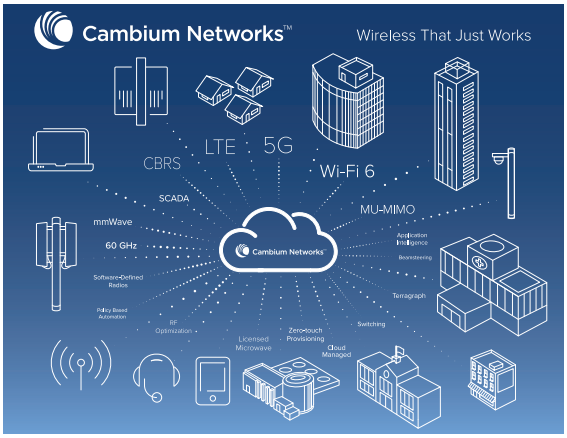
Militär, Polizei oder Feuerwehr sowie in der Video- oder Verkehrsüberwachung. Darüber hinaus dient diese Technologie als optimale Lösung für das temporäre Bereitstellen von Konnektivität – etwa bei Messen, Festivals oder Konzerten. So wurde beispielsweise auf der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in München im September 2021 die Cambium-Lösung für die digitale Besucherzählung in Echtzeit eingesetzt.

WIFI4EU FÜR ÖFFENTLICHE WLAN-HOTSPOTS

WLAN- und Richtfunk-Lösungen eignen sich für den Einsatz in diversen Bereichen. So nutzen unter anderem öffentliche Auftraggeber wie Städte oder Gemeinden die Drahtlos-Technologien von Cambium Networks. Im Rahmen des Projekts WiFi4EU sollen Gratis-WLAN-Hotspots im öffentlichen Raum gefördert werden. Viele Städte nehmen dies zum Anlass, beispielsweise Parks, Museen, öffentliche Gebäude oder ganze Fußgängerzonen mit Hotspots auszustatten – oder sich sogar zur Smart City zu entwickeln. Cambium hat bereits über 1.000 WiFi4 EU-Projekte in Europa realisiert, um öffentliches kostenloses WLAN bereitzustellen.

INVESTITION IN DIGITALE BILDUNG

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung initiierten DigitalPaktes Schule bauen zunehmend Bildungseinrichtungen ihre IT-Infrastrukturen aus. Mit diesem Programm soll möglichst vielen Schülern durch eine stabile Internetverbindung der Zugang zu digitalen Lernangeboten ermöglicht werden. Auch Cambium hat bereits erfolgreich verschiedene Schulen mit einem modernen Campusnetzwerk ausgestattet.



Die Komplettlösung von Cambium Networks umfasst sowohl WLAN-Access Points als auch Richtfunk. So hat die Stadt Papenburg zum Beispiel 15 Liegenschaften mit den WLAN-Indoor- und -Outdoor-Access Points von Cambium ausgestattet, einschließlich Kernverwaltung, Bauhof, Feuerwehr, Schulen oder Hafenamt.

Es gibt sehr gute Alternativen, sodass man heute nicht mehr auf den Glasfaserausbau warten muss – egal ob Privatpersonen, Gemeinden, Städte oder Unternehmen. Insbesondere Richtfunk ist eine kostengünstige Alternative, um innerhalb von wenigen Wochen auch in ländlichen Gebieten Wireless to the Home (WTTH) mit Gigabit-Geschwindigkeit bereitzustellen. ■



SOEREN WENDLER | DEUTSCHE GIGANETZ GMBH

Glasfaser für alle – so geht das

Seit einem Jahr agiert hierzulande mit der Deutschen GigaNetz GmbH eine neue Größe im Glasfasermarkt. Die Idee für diese Neugründung mit Sitz in Hamburg entstand bereits vor 2,5 Jahren. Das erklärte Ziel lautet: Maximale Bandbreite, also garantierte und symmetrische Datenraten. Das Unternehmen wird von InfraRed Capital Partners Limited verwalteten Fonds finanziert und strategisch begleitet. Für den Bau von rund 1 Mio. FTTH Glasfaseranschlüssen stehen 3 Mrd. EUR bereit.


Soeren Wendler

Wendler sieht als Mammutaufgabe und zugleich Herausforderung, dass in den Ausbaugebieten auch wirklich 100 Prozent aller Haushalte an die Glasfaser angeschlossen werden können. Der Fokus richtet sich überwiegend auf den mittleren urbanen Bereich. Das Unternehmen sieht sich als zuverlässigen Partner für Länder und Kommunen, wobei der jeweils geplante Ausbau zu 90 bis 95 Prozent eigenwirtschaftlich erfolgt. Zusätzlich werden bei Bedarf auch Fördermittel in Anspruch genommen sowie bereits bestehende Anschlüsse mit eingebunden. Das zugrundeliegende diskriminierungsfreie Open Access Konzept eröffnet die Möglichkeit für strategische Kooperationen mit interessierten Partnern. Bevorzugt werden große Projekte, um so den FTTH Ausbau quasi als Fabrik voranzutreiben. Diese Strategie führte bereits im ersten Jahr der Tätigkeit zum Erfolg in diesen beiden Gigabitregionen: Frankfurt Rhein Main mit 163 Kommunen und Heilbronn-Franken mit 110 Kommunen, wo der Zuschlag exklusiv erfolgte.

„Der Ausbau mit hoher Dynamik erfolgt in Lichtgeschwindigkeit und führt in 2 bis 4 Jahren zum Qualitätsnetz“, erklärte Wendler und setzte fort: „Wir streben kurze Zeiten an und kennen keine Kompromisse zur Schonung historischer Altnetze. Wir nutzen vorhandene Infrastrukturen, denn ein Überbau macht wirtschaftlich keinen Sinn.“ Daraus ergeben sich für die Kommune und deren Bürger folgende Vorteile:

- Der schnelle FTTH-Ausbau erfolgt aus einer Hand.
- Geboten wird eine maximale Versorgung mit dem Ziel, 100 Prozent aller Adresspunkte zu erschließen.
- Es sind keine kommunalen Investitionen nötig und für die Endkunden entstehen keine Kosten für den Glasfaseranschluss.

Das Baukonzept für die eigenwirtschaftliche Erstellung einer Infrastruktur der nächsten Generation besteht aus einer passiven Bauweise für jeden Anschluss in Punkt-zu-Punkt (P2P) Topologie. Dabei sind jeweils zwei Fasern pro Wohnung, vier Fasern pro Gewerbeeinheit und zwei Reservefasern je Gebäude vorgesehen. In den Fördergebieten erfolgt der Ausbau gemäß Bundesmaterialkonzept. Als Übertragungstechnologie wird GPON eingesetzt. Die gesamte Netztechnik stammt von Qualitätsherstellern wie AVM und Nokia. Durch 50 bis 60 Prozent weniger Energieverbrauch als Koax- oder Kupferkabelnetze leistet die Glasfaser einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit. Für Privatkunden werden attraktive Tarife für 300 bis 1.000 Mbit/s offeriert. Geschäftskunden können Datenraten bis zu 10 Gbit/s wählen. „Wir sind gekommen um zu bleiben,“ beendete Wendler seine Präsentation und fügte hinzu: „bald auch in Bayern.“ ■

HELMUT BEERHALTER | HAUFF-TECHNIK GMBH & CO KG

Revolutionierter Glasfaserausbau Anwendungsbereich: Bestandsausbau

Hauff-Technik GmbH & Co. KG hat als führender Hersteller von Mehrsparten-Hauseinführungen neben neuen Lösungen für Glasfaser-Hausanschlüsse auch eine Produktneuheit in seinem Sortiment, die den Glasfaserausbau der letzten Meile optimiert.

Die Glasfasererschließung schneller und wirtschaftlicher zu gestalten ist deshalb das Ziel, das mit der G-Box verfolgt wird. Genau an diesem Punkt setzt das neue innovative Anschlusskonzept an. Die G-Box bildet einen unterirdischen Glasfaser-Übergabepunkt auf dem privaten oder öffentlichen Grund und teilt dabei die Netzebene 3 in die Teile 3 A und 3 B auf. Diese neue Vorgehensweise ermöglicht es, die Ressourcen im Tief- und Netzbau gezielt einzusetzen und den Ausbau wirtschaftlicher zu gestalten.

GLASFASERAUSBAU IM BESTAND

Durch die Verwendung der G-Box kann der Glasfaseranschluss vom Netzverteiler (NVT) bis zum Gehweg/Kundengrundstück (Netzebene 3 A) fertiggestellt werden.

Die G-Boxen werden bestenfalls auf allen Kundengrundstücken eines Straßenzuges eingebaut und nach der Verlegung der Mikrorohre mit diesen verbunden.

Die Glasfaser-Einbläser blasen daraufhin in einem Arbeitsgang die Glasfaserkabel vom NVT in jede G-Box →

des kompletten Straßenzugs ein. Zudem bietet die G-Box dem Hausanschlussersteller die Möglichkeit, einen Glasfaser-Abschlusspunkt im wasserdichten Innengehäuse zu platzieren. Die G-Boxen können dabei vom Fachpersonal gespleißt werden und das Netz ist betriebsbereit.

Dieses Vorgehen hat für die Kommunen und die Netzbetreiber den großen Vorteil, dass eine nachträgliche Hausanschlusserstellung, die zu einem späteren Zeitpunkt nach der Ausbaumaßnahme zustande kommt, wesentlich einfacher und kostengünstiger abgewickelt werden kann. Der Aufwand für Tiefbauarbeiten auf dem öffentlichen Grund entfällt hier komplett und das Glasfaserkabel „wartet“ schon in der G-Box auf den Kunden.

Im nächsten Schritt kann das Gebäude mit der G-Box bzw. dem Glasfasernetz mittels eines Kabelsystems verbunden werden. Der Kunde hat zu einem beliebigen Zeitpunkt die Möglichkeit, das Kabelsystem an das vorab installierte Kabel über eine Plug & Play Steckverbindung entsprechend der Hausanschlusslänge zu verbinden. Das andere Ende des Verbindungskabels kann, falls vorhanden, über eine Mehrspartenhauseinführung in das Gebäude eingeführt und mit dem Hausabschlusspunkt verbunden werden. Folglich ist der Glasfaseranschluss fertiggestellt und der Kunde kann im Internet surfen.

Des Weiteren kann das Kabelsystem optional durch den Einbau der grabenlosen Hauseinführung MIS60 ND mit dem Gebäude verbunden werden. Bei dieser Ausbauvariante kommt eine Erdverdrängungsrakete zum Einsatz, mit der ein Leerrohr vom Keller des Gebäudes bis zur Zielgrube


Helmut Beerhalter

neben der G-Box verlegt wird. Dem Kunden bleibt das Aufgraben des Gartens bis zur G-Box an der Grundstücksgrenze erspart. Das Kabelsystem kann somit durch das Leerrohrsystem in das Gebäude gezogen werden.

Die G-Box kann als ein Baustein des digitalen Infrastrukturausbaus in zukünftigen Smart City-Anwendungen zum Einsatz kommen. Denn auch eine „intelligente“ Straßenleuchte oder ein öffentliches WLAN-Netz und nicht zuletzt die 5G-Antenne benötigen zuallererst einen Glasfaseranschluss, der mit der G-Box bereits vor der Realisierung der Maßnahme problemlos in der Infrastruktur eingeplant werden kann. ■



PETER REISINGER | DEUTSCHE GLASFASER WHOLESALE GMBH

So funktioniert Digitalisierung in Bayern

PRIVAT UND STAAT – HAND IN HAND FÜR FLÄCHENDECKENDEN GLASFASERAUSBAU

Mit mehr als einer Million verbauten Glasfaseranschlüssen und 580.000 Vertragskunden ist das Unternehmen Deutsche Glasfaser heute Partner für 1.750 Kommunen in ganz Deutschland. Derzeit werden weitere 35.000 anbieteroffene Glasfaser-Direktanschlüsse für Privathaushalte und Unternehmen jeden Monat gebaut. Um diese enorme Schlagzahl zu erreichen müssen laufend erforderliche Anstrengungen erbracht werden.


Peter Reisinger

Durch die Fusion von Deutscher Glasfaser und inexio im vergangenen Jahr entstand die Unternehmensgruppe Deutsche Glasfaser mit 1.600 Mitarbeitern und dem Fokus auf nachhaltige und zukunftsorientierte Glasfasernetze, die vorwiegend den ländlichen Raum erschließen. „Wir schaffen ein digitales Bürgernetz mit insgesamt 6 Millionen FTTH-Anschlüssen, davon 4 Millionen bis Ende 2025. Dafür investieren wir 7 Mrd. Euro, die von den beiden Investoren EQT aus Schweden und OMERS aus Kanada bereitgestellt werden“, ergänzt Reisinger und setzt fort: „In Bayern sind bereits 90.000 Anschlüsse erschlossen, 50.000 werden derzeit gebaut, in insgesamt 230 Gemeinden und 40 Gewerbegebieten.“

Grundsätzlich profitiert jede Partnerkommune von dem flächendeckenden Ausbau. Dieser integrative Netzausbau erfolgt sowohl privatwirtschaftlich als auch gefördert. Nur dort wo die privatwirtschaftliche Investition nicht möglich ist, muss der Staat eingreifen. Wie das funktioniert erläuterte Reisinger an einem konkreten Beispiel für die Gemeinde Haimhausen.

Nach einer Analyse der Gemeinde konnte festgelegt werden, welche Gebiete eigenwirtschaftlich ausbaubar sind. Dem Erstgespräch mit Bürgermeister Peter Felbermeier und Gemeinderat folgte die Unterzeichnung einer Wegenutzungsvereinbarung. Die anschließende Nachfragebündelung mit exklusiven Angeboten für die Bürger dauerte ca. drei Monate und war Basis für die Entscheidung, welche Gebiete eigenwirtschaftlich ausgebaut werden konnten. Für die restlichen Adressen wurde das Förderverfahren gestartet. Die damit verbundene Ausschreibung hat die Deutsche Glasfaser gewonnen. Durch dieses Zusammenspiel von eigenwirtschaftlichem Ausbau und staatlicher Förderung ist ein flächendeckender Ausbau der Gemeinde Haimhausen erzielt worden. Insgesamt wurden 2.125 Hausanschlusspunkte eigenwirtschaftlich und 78 Anschlüsse durch Förderung erschlossen. In dem festgelegten Ausbaugebiet wurden gigabitfähige Glasfaseranschlüsse für alle Haushalte geschaffen, unabhängig davon, ob die Dienste sofort oder erst später in Anspruch genommen werden. Mit Open Access – Voraussetzung für die Erlangung von Fördergeldern – können darüber hinaus Kooperationen mit anderen Providern geschlossen werden und so die Netzauslastung weiter gesteigert werden.

Der bayerische Finanz- und Heimatminister Albert Füracker kommentierte dieses erfolgreiche Projekt bei der Inbetriebnahme des Förderprojektes in der Gemeinde Haimhausen: „Durch kluge Kombination zwischen der Bayerischen Breitbandförderung und eigenwirtschaftlichem Glasfaserausbau bringen wir Gigabit in jedes Haus in Bayern“. ■

CASPAR VON PREYSING | GIGABITBÜRO DES BUNDES

Übersicht Gigabitausbau in Deutschland

Laut Breitbandatlas des Bundes weist der Gigatbitausbau in Deutschland eine hohe Dynamik auf. Bei den Gigabitbandbreiten lassen sich seit 2018 hohe Zuwächse feststellen. Der Großteil davon geht auf die Aufrüstung der Kabelnetze auf DOCSIS 3.1 Standard zurück. Zudem wächst hierzulande die Glasfaserversorgung, so dass Deutschland bei diesem Entwicklungsprozess inzwischen zu den Top 3 in Europa zählt.

Ende 2020 lag Deutschland mit 95 Prozent bei der Versorgung mit mindestens 30 Mbit/s deutlich über dem EU-Schnitt (87 Prozent). Hingegen lag die Gigabit-Versorgung hierzulande mit über 59 Prozent um 117 Prozent höher als noch Ende 2017 (27 Prozent).

Einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Internetversorgung auf dem Land leistet der FTTC-Ausbau. Zuwächse im ländlichen Bereich sind primär durch FTTC-/Vectoring-Ausbau in den Bandbreiten bis 100 Mbit/s festzustellen. Während Ende 2016 lediglich knapp 34 Prozent der ländlichen Bevölkerung mit mindestens 50 Mbit/s versorgt wurden, waren es Ende 2020 bereits knapp 81 Prozent. Dies entspricht einem Plus von 140 Prozent. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind die Auswirkungen der Förderprogramme, aber insbesondere auch des eigenwirtschaftlichen Ausbaus der Netzbetreiber.

Trotz dieser Steigerungsraten ist nach wie vor ein Stadt-Land-Gefälle angezeigt. Weiterhin besteht im ländlichen Raum ein deutlicher Aufholbedarf bei den Bandbreiten über 50 Mbit/s. Starke Zuwächse sind in den Gigabitbandbreiten zu beobachten, denn der ländliche Raum steht im Fokus der Förderprogramme und der Netzbetreiber.

Bei der Glasfaserversorgung liegt Deutschland im →

europäischen Vergleich deutlich zurück. Langfristig müssen insgesamt noch gut 30 Millionen Haushalte mit Glasfaser erschlossen werden. Kurzfristig sind für das Erreichen des Ziels der alten Bundesregierung (flächendeckende Verfügbarkeit gigabitfähiger Anschlüsse bis 2025) dagegen noch gut 7 Millionen Haushalte zu erschließen – ein ambitioniertes Ziel.

Nie waren die Rahmenbedingungen für den Gigabitausbau besser: In der Wahrnehmung der Bevölkerung sind Bedeutung und Wert eines leistungsfähigen Internetanschlusses gestiegen. Der deutsche Markt ist für Investoren interessant. Auch Netzbetreiber-Kooperationen beschleunigen den Gigabitausbau. Stand heute wurden bereits über 20 Milliarden Euro an Investitionen in Glasfasernetze angekündigt.

Gleichwohl bestehen auch echte Herausforderungen wie deutliche Preissteigerungen in Teilen des Netzausbaus sowie zu geringe Kapazitäten in den Verwaltungen (z.B. Bauämter). Es gilt, Genehmigungsprozesse zu straffen und die Antragsqualität zu steigern. Kommunen verfügen nur über knappe Kapazitäten. Ein Breitbandbeauftragter hilft hier nur bedingt. Grundsätzlich müssen die Ausbaukapazitäten im Markt deutlich erweitert und die vorhandenen Kapazitäten maximal effizient genutzt werden. Außerdem ist für Qualität und Nachhaltigkeit beim Netzausbau zu sorgen. Der Ausbau der Gebäudenetze in Mehrfamilienhäusern, Schulen und Krankenhäusern darf nicht aus dem Blick verloren werden.

Der flächendeckende Ausbau gigabitfähiger Netze ist essenziell zur Standortsicherung. Für kommunale Entscheider, die deshalb nach praktikablen Wegen suchen, dieses Ziel möglichst zeitnah zu erreichen, hat das Gigabitbüro des Bundes die bisherigen Erfahrungen mit dem eigenen Eigenwirtschaftlichen Ausbauportal, kurz EWA-Portal, vorgestellt. Das EWA-Portal des Gigabitbüros stellt eine neue, digitale Möglichkeit zur direkten und schnellen Vernetzung zwischen Netzbetreibern und Kommunen dar und ist auf der Website des Gigabitbüros aufrufbar und kostenfrei nutzbar.

„Mit der „Roadshow ‚Gigabitbüro on Tour' bringen wir Interessantes rund um den Gigabitausbau in jede Kommune. In Vorträgen und Workshops sowie individuellen Gesprächen wird die Bedeutung digitaler Infrastrukturen für Wirtschaft und Gesellschaft beleuchtet, aber auch praktisch auf Möglichkeiten hingewiesen, wie die Regionen ihren Weg in die digitale Zukunft ausgestalten können. Dabei richten wir uns ganz nach den regionalen Bedürfnissen und Besonderheiten und gestalten unseren Aufenthalt in den Kommunen jeweils in enger Kooperation mit den Verantwortlichen vor Ort", so Preysing.

Der Gigabitausbau erfordert ein breites Fachwissen, um den unterschiedlichen Ausbauschritten gerecht zu werden. Das Gigabitbüro des Bundes unterstützt hier mit einer Vielzahl an praxisnahen Workshopthemen und -formaten: Von der Netzidee über die Planung bis hin zum Bauprozess.

Mit dem digitalen Lernportal wird das breit gefächerte Workshopangebot ergänzt. Die Inhalte sind dabei speziell auf den Bedarf kommunaler Vertreter und die Breitbandverantwortlichen der Länder abgestimmt und werden fortlaufend erweitert. ■



Innovation im Glasfaserausbau



v.l. Christian Priess, Andreas Weber, Ministerialrat Bernd Geisler



Stefan Erdorf

STEFAN ERDORF | HEXATRONIC GMBH - REHAU AG + CO

RAUSPEED EasyConnect: Kabel einblasen ohne Zugang zum Haus

RAUSPEED EasyConnect heißt die Innovation im Glasfaserausbau von REHAU AG, deren Geschäftsbereich Telekommunikation im Juli dieses Jahr an die schwedische Unternehmensgruppe Hexatronic Group AB verkauft wurde.

Die bereits vor zweieinhalb Jahren konzipierte Einblasbox RAUSPEED EasyConnect konnte coronabedingt erst jetzt vorgestellt werden. Sie schafft einen grundlegenden Unterschied beim Einblasen von Glasfaserkabeln. Mit dieser Lösung kann nämlich ein Monteur jetzt alleine die Glasfaser einblasen – und das an einem einzigen Termin, statt wie bisher an zweien. Diese Ein-Schritt-Montage bedeutet bis zu 50 Prozent Zeitersparnis.

Bislang ist das Einblasen der Glasfaser mehr eine organisatorische als eine technische Herausforderung, denn es müssen immer mindestens zwei Termine mit dem Hausbesitzer gefunden werden. Beim ersten wird die Hauswand durchbohrt und die Hauseinführung gesetzt. Beim zweiten die Glasfaser eingeblasen und abgedichtet, wofür zwei Monteure vor Ort benötigt werden. Der erste bedient das Einblasgerät, der zweite übernimmt das eingeblasene Kabel im Haus. Da die anzuschließenden Haushalte nicht alle zur selben Zeit Zugang zum Haus gewähren können, muss ein Montageteam häufig mehrmals anreisen. Zudem entstehen bei jedem Gebäudewechsel Wartezeiten. Rechnet man diesen Aufwand für ein komplettes Ausbaugebiet hoch, wird die Verschwendung von planerischen und personellen Ressourcen deutlich.

Aber nun geht es auch anders. Mit RAUSPEED EasyConnect lassen sich Gebäude mit Glasfaserkabel effizienter erschließen als jemals zuvor, denn der Zugang zum Haus ist nur mehr einmal nötig. Bei diesem Einmaltermin wird zusammen mit dem Hausanschluss die Einblasbox im Keller am Ende des bereits verlegten Mikrorohres angebracht. Das geschieht zumeist während der Leerrohrverlegung an der Straße, wofür typisch ein bis zwei Wochen anzusetzen sind. In diesem Zeitraum lässt sich problemlos ein Termin mit dem Hausbesitzer vereinbaren. Nach der Montage der Einblasbox ist kein weiterer Zugang zum Haus nötig. Der Einbläser kann sich später vom Kabelverzweiger aus um das komplette Ausbaugebiet kümmern, allein und ohne Wartezeiten zwischen den Einheiten.

Für den Einbau der Einblasbox ist nur ein Bohrloch notwendig und durch das zum Raum hin geschlossene Gehäuse werden Unfälle vermieden. Sie ermöglicht den Einsatz von Schwamm und Gleitmittel, um den Einblasprozess zu optimieren. Feuchtigkeit bzw. Gleitmittel, welches über den Schwamm herausgedrückt wird, wird im integrierten Wasserbehälter aufgefangen. ■

Weitere Informationen vermittelt die Webseite www.rehau.de/easyconnect. Dort sind auch sämtliche Vorteile von RAUSPEED EasyConnect im bei der Präsentation gezeigten Video zusammengefasst:

1) Zu jeder betroffenen Liegenschaft wird nur einmal ein Zugang benötigt.

2) Eine individuelle Terminvereinbarung mit dem Hausbesitzer entfällt.

3) Für das Einblasen der Glasfaser ist nur mehr ein Monteur erforderlich.

4) Für den Einbläser gibt es keine Wartezeiten zwischen den anzuschließenden Haushalten.

5) An einem Termin können mehr Anschlüsse erstellt werden als bisher.

DR. JOHANNES BÖHM | HEXATRONIC GMBH

Breitbandvernetzung aus einer Hand

Der Geschäftsbereich Telekommunikation der Rehau AG wurde im Juli dieses Jahres an die schwedische Unternehmensgruppe Hexatronic Group AB verkauft. Dabei ist zu beachten, dass sämtliche Produkte und Marken wie beispielsweise Rauspeed, Rauduct und Raujet bestehen bleiben. Auch bleiben sämtliche Ansprechpartner erhalten.

Der Stammsitz der Hexatronic Gruppe befindet sich in Schweden, operiert aber weltweit. Ihre Kunden sind Unternehmen aus dem Bereich Telekommunikation wie z. B. Telekommunikationsfirmen, Netzwerkbetreiber sowie Vertriebs- und Systemintegrations-Unternehmen.

Im Mittelpunkt steht das Bestreben, den Kunden die bestmöglichen Herstellungs- und Betriebskosten zu ermöglichen. Hexatronic Cables & Interconnect Systems entwickelt, produziert, vermarktet und liefert Lösungen im Bereich glasfaserbasierte Netzwerke für Telekommunikationsunternehmen, Installationsunternehmen und Netzwerkbetreiber.

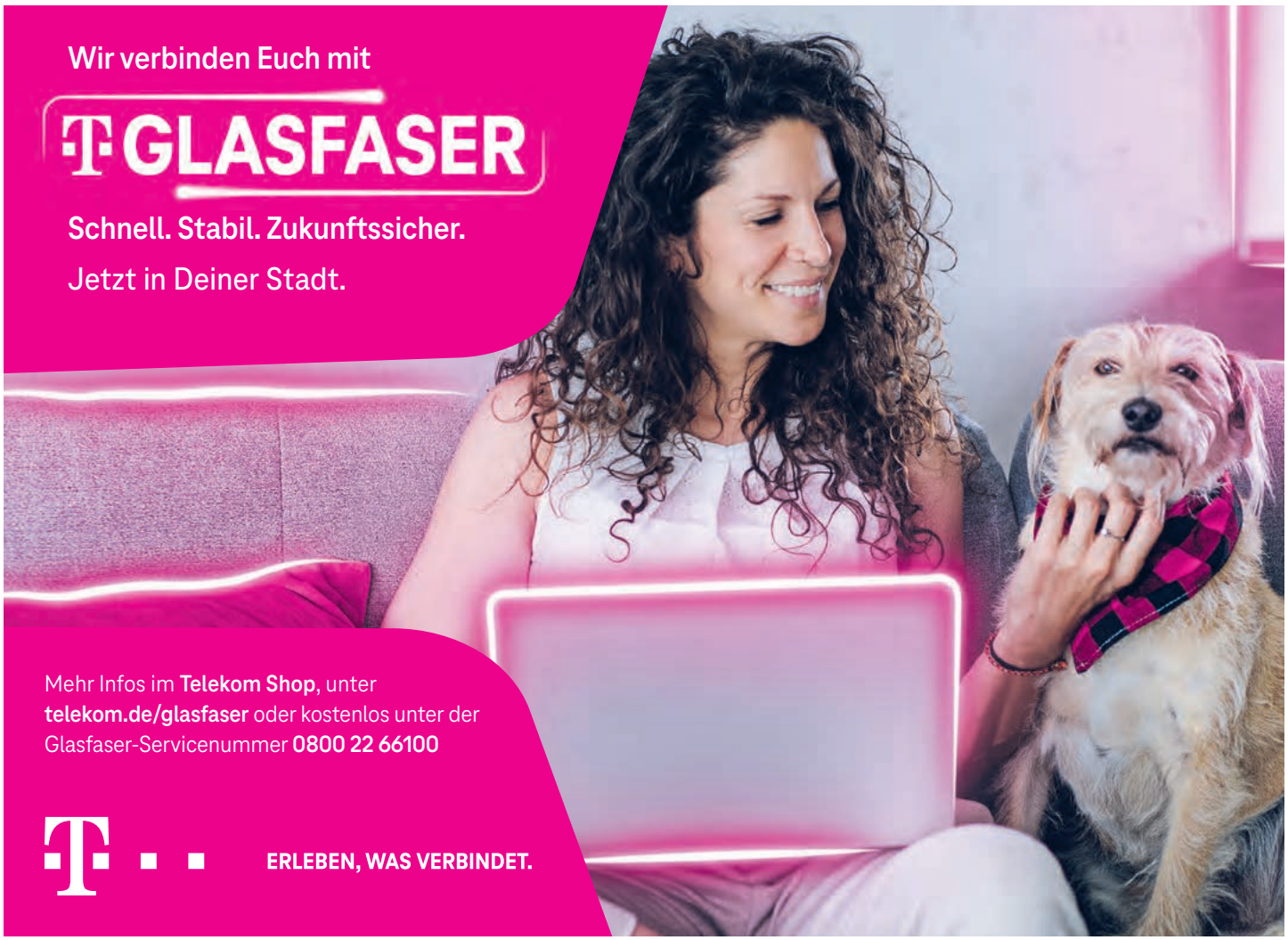
Hergestellt werden Glasfaserkabel, Rohre, Kupferkabel und Netzwerkzubehör. Fachleute, die über langjährige Erfahrung und einzigartige Expertisen im Bereich Glasfasertechnik verfügen, entwickeln und produzieren die Produkte.



v.l. Dr. Johannes Böhm, Sabine Studt, Ralf Pütz

Die aufeinander abgestimmte „Plug & Play-Technologie“ basiert im Kern auf Glasfaser-Einblaskabel (Blowing-Fiber) in Mikrorohren sowie der dazugehörigen Verbindungstechnik.

Durch die flexible Kombination und individuelle Lieferung der Materialien lassen sich jederzeit schnell und einfach Kunden ans Netz anschließen. Die standardisierten Prozesse und einmaligen Produktlösungen garantieren eine nachvollziehbare und sichere Projektumsetzung. ■



WOLFGANG JÄGER UND MARKUS HENGSTMANN | HUBER + SUHNER BKTEL GMBH

Das neue Profi-SAT-System (PSS)



v.l. Markus Hengstmann, Wolfgang Jäger

Die Allianz aus SES ASTRA, HUBER+SUHNER BKtel und Glasfaser-ABC präsentierten die neu entwickelte Profi-SAT-Senderplattform. Die Zielsetzung ist die Reichweitenerweiterung durch die technologische Bereitstellung der besten TV-Versorgung für alle Haushalte in Ein- und Mehrfamilienhäuser mittels SAT-direkt-Versorgung.

Trotz schlanker Hardwarearchitektur besticht das System durch die autarke Breitstellung von SAT- Signalen in bester Empfangsqualität mit der größten Programmvielfalt – insbesondere auch der Fremdsprachenversorgung.

Die Glasfaser-SAT-Lösung bietet die Verteilung von kompletten SAT-ZF Signalen mit bis zu 4 Orbitalpositionen als verstärk- und kaskadierbares DWDM-Signal (Multiplex) über nur eine Glasfaser für Großobjekte, Quartiere, Gemeinden, Städte oder ganze Landkreise. So wird die beste SAT-Versorgung auch für Mehrfamilienhäuser und ganze Wohnungsbestände oder Landkreise – ganz ohne sichtbare Schüsseln – nutzbar.

Die neue Technik erlaubt eine proaktive Wartung der Systeme durch ein Remote-Management, verfügt optional über Redundanzen in der Strom- und Signalversorgung und macht somit endgültig Schluss mit den immer wieder gegen die SAT-Technik ins Feld geführten „Kabelmärchen“ von Schlechtwettereinflüssen oder Schüsselwildwuchs wegen hoher Dämpfungswerte auf Kabelwegen.

Zukunftsfernsehen in UHD oder 8K sind ebenso möglich, wie die Nutzung der in den meisten TV- Geräten bereits verbauten Triple Tuner. Das spart Kosten (Receiver-Miete und Stromkosten) und bietet durch den Verzicht auf proprietäre Endgeräte und zweite Fernbedienungen maximalen Endnutzerkomfort.

Anders als bei IP-TV muss der Endnutzer nicht zwangsläufig einen separaten Internetanschluss buchen um TV zu schauen und erfreut sich, auch bei unzureichender Internetbandbreite oder Internetausfall, immer noch einer besten unabhängigen Fernsehversorgung. Umgekehrt bedeutet dies, dass die verfügbare Bandbreite in vollem Umfang für „echte“ Internetanwendungen genutzt werden kann.

Angesicht der ehrgeizigen deutschen Nachhaltigkeitsziele fallen 85 Prozent Stromeinsparung im direkten Vergleich mit traditionellen Kabel-TV-Installationen, der Wegfall der Allgemeinstrom-Abrechnungsthematik und die automatisch aktualisierte Verfügbarkeit aller Programme in Echtzeit als angenehme Nebeneffekte ins Gewicht.

Damit bietet die Lösung zahlreiche Wechselargumente und Mehrwerte für die Wohnungswirtschaft und für Carrier und Stadtwerke im Wettbewerb mit den großen etablierten Kabelnetzbetreibern.

„Es lohnt sich neugierig zu sein und so manche Handlungsempfehlung aus Beraterkreisen mit Bedacht zu prüfen. Das neue Profi-SAT-System bietet zahlreiche USP für Ihre Kunden und man sollte daran denken: ‚Me-too-Lösungen gibt es schon genug‘, so die Referenten. ■



Michael Birkenfeld

FLORIAN DRESCHER | KAISER GMBH & CO. KG

Breitbandausbau in ländlichen Regionen

VORTEILE MIT DEM „TRIPLE-PLAY“ SPLEISSVERTEILER SYSTEM

Der Breitbandausbau im städtischen Bereich verläuft zumeist problemlos. Ein Ausbau in ländlichen Regionen hingegen birgt einige Herausforderungen. Um diese zu bewältigen hat KAISER ein FTTX Konzept entwickelt, mit dem über die gängigen Glasfasertechnologien Triple-Play Dienste auch im ländlichen Raum wirtschaftlich realisiert werden können.

Die Erschließung des ländlichen Raums mit Breitband bedeutet zumeist das Überwinden langer Distanzen wobei letztlich nur wenige Anschlüsse herzustellen sind. Zu berücksichtigen sind ferner Bodentextur, um Schächte zu setzen, geographische Situationen wie Hügel und Täler sowie landschaftliche Gegebenheiten wie Wälder, Seen und →

Wege, die gegebenenfalls umgehen werden müssen. Gravierend ist jedoch zumeist das Fehlen von relevanter Infrastruktur wie Distributionspunkt, Leerrohre und Schächte. Ausgehend vom Distributionspunkt konzentriert sich KAISER auf die Verkabelung der „letzten Meile“. Die „letzte Meile” steht dabei für die Verbindung zwischen einem Distributionspunkt (DP) und einem Gebäude (FTTB), einer Wohnung (FTTH) oder dem Arbeitsplatz (FTTD). „Wir wollen, dass der Monteur schnellstmöglich die Glasfaser installiert und so die Gesamtkosten eines Projektes reduziert werden können“, betont Florian Drescher.



Florian Drescher

Sinnvoll ist es, die Glasfaser direkt oder so nah wie möglich zum Endnutzer zu führen. Die Abzweigung einzelner Glasfaser-Anschlussleitungen von der Hauptleitung ist aufwendig, und es bestehen verschiedene Möglichkeiten, die Glasfaser bis in das Gebäude zu verlegen. Die intelligente Lösung von KAISER ermöglicht eine wirtschaftliche und zukunftsorientierte Erstellung von Glasfaser Anschlüssen. Sie umfasst modulare Spleißverteiler für den Distributionspunkt, Versorgungsmuffen, Haubenmuffen, Gebäudeverteiler und Abschlusspunkte.

Der modulare Spleißverteiler eignet sich für unterschiedliche Anwendungen und kann unterirdisch, oberirdisch oder Aufputz verbaut werden. Die Versorgungsmuffe erfüllt die hohe IP-Schutzklasse IP68 und benötigt keinen Schacht. Netzverteiler und Gebäudeverteiler erfüllen die Schutzklasse IP65. Mit der Plug and Play Einführung und integrierten Zugentlastung für Kabel und Rohre reduziert sich die Installationszeit. Das Überlängenmanagement bis zu 6,3 Meter vereinfacht die Spleißarbeiten und ermöglicht die Arbeit in geschützter Umgebung. Die unterirdisch verlegte Versorgungsmuffe besitzt eine Detektionsspule im Gehäusedeckel und ermöglicht damit eine Ortungsfunktion für den nachträglichen Zugang. Der oberirdisch verbaute Netzverteiler erlaubt eine schnelle Reparatur im Schadensfall. Die Haubenmuffe eignet sich besonders für den Ausbau ländlicher Gebiete, wo lange Strecken mit wenigen Anschlüssen die Regel sind. Für das Abzweigen einzelner Hausanschlüsse kann sie kaskadiert werden. Der Abschlusspunkt ist für die Montage Aufputz geeignet. Er wird unbestückt, teilbestückt oder spleißfertig angeboten und ist mit einem Zugriffsschutz gegen unberechtigtes ziehen oder stecken der Patchkabel ausgestattet. „Wichtig ist, dass alle unsere Komponente Made in Germany sind“, schließt Drescher. ■

GESCHÄFTSBEREICH
BREITBANDBERATUNG

+ Betreuung bei bayerischen Breitbandförderprogrammen
+ Betreuung beim Breitbandförderprogramm des Bundes
+ Beratung der Kommunen beim DigiNetz-Gesetz
+ Erstellung von Glasfaserkonzepten und Masterplänen
+ Erstellung von Genehmigungs- und Ausführungsplanungen
+ Baubegleitung und Prozessoptimierung
+ Unterstützung bei der Meldung kommunaler Infrastrukturdaten an die Bundesnetzagentur



30 JAHRE

SEIT 1988 EIN ZUVERLÄSSIGER PARTNER **FÜR STÄDTE, GEMEINDEN UND DIE WIRTSCHAFT**

DR. FÖRST
CONSULT

Am Trog 5a | 97076 Würzburg
Tel. 0931-9916516
E-Mail info@foerst-consult.de

WWW.FOERST-CONSULT.DE
WWW.GIGABITBAYERN.DE



Finanzierung der Digitalisierung von Krankenhäusern



David Michael Näher

Theresa von Hassel und Andreas Ronge

DAVID MICHAEL NÄHER | KFW BANKENGRUPPE

Deutschland mit attraktiven Förderprogrammen

BMVI UND KFW FLANKIEREN DEN BREITBANDAUSBAU

Die derzeit bereits in der vierten Welle grassierende Corona-Pandemie und ihre gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen verunsichert Menschen rund um den Globus. Neben all den negativen Effekten hat sie jedoch auch Nebenwirkungen, denen durchaus etwas Positives abzugewinnen ist: Das Virus hat die Gesellschaft sinnbildlich per Schleudersitz in die digitale Zukunft katapultiert. Ganz zu Recht war in diesem Zusammenhang immer wieder vom „digitalen Brandbeschleuniger“ die Rede. Die im internationalen Vergleich vielerorts veraltete Telekommunikations-Infrastruktur in Deutschland hemmt das Auflodern des digitalen Feuers allerdings beträchtlich. Es fehlen vor allem moderne Glasfasernetze, die breitflächig schnelles Internet mit hoher Bandbreite garantieren.

Um den nötigen Ausbau voranzutreiben, unterstützen das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und die KfW seit letztem Jahr den Ausbau von Glasfasernetzen in Deutschland mit zwei Förderprogrammen für private und kommunale Unternehmen.

Mit dem „Investitionskredit Digitale Infrastruktur“ wird eine zinsgünstige und langfristige Finanzierung von Investitionen in den Ausbau von Glasfasernetzen angeboten. Dieses Förderprogramm beinhaltet zwei Varianten. In der standardisierten Ausführung (Programmnummer 206) können bis zu 50 Mio. EUR pro Vorhaben mitfinanziert werden. In der individuellen Variante (239) kann bei einer Kreditsumme ab 15 Mio. EUR ein individuelles Kreditangebot (bspw. hinsichtlich Kreditbetrag, Auszahlung, Laufzeit, Zinsbindung, Tilgung) vereinbart werden. Die Zinssätze werden aus Mitteln des BMVI verbilligt, dabei aber so gesteuert, dass sie stets beihilfefrei bleiben. In Verbindung mit Laufzeiten bis 30 Jahre und Zinsbindungsfristen bis 20 Jahre bietet das Programm attraktive Konditionen bei gleichzeitig hoher Planungssicherheit. Ergänzend ist es in der standardisierten Variante (206) im Übrigen auch möglich, die Digitalisierung von Krankenhäusern in Verbindung mit einer Förderung nach dem Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG) mitzufinanzieren.

Darüber hinaus hat die KfW für Projekte mit komplexeren und individuelleren Finanzierungsanforderungen eine weitere Finanzierungslösung im Angebot: Über den „KfW-Konsortialkredit Digitale Infrastruktur“ (854) beteiligt sich die Förderbank an der Finanzierung von Vorhaben im Rahmen von Bankenkonsortien. Dabei stellt die KfW direkte Kreditmittel zur Verfügung und übernimmt Kreditrisiken, jeweils zu gleichen Bedingungen wie die anderen beteiligten Finanzierungspartner.

Mit diesen Angeboten ergänzen BMVI und KfW das parallel bestehende Förderangebot des Bundes für den Ausbau der Glasfasernetze in Deutschland. Ausführliche Informationen zu beiden Programmen stehen im Internet unter www.kfw.de/206 bzw. www.kfw.de/854 zur Verfügung. ■

Kontakt für Fragen zu den Förderprodukten:
KfW Kundenberater Bayern
Andreas Ronge
030 20264-5469
andreas.ronge@kfw.de

MARTIN NABER | LEONET AG

Glasfaserpartner aus Bayern für Bayern

Seit über zwölf Jahren ist das Technologie-Unternehmen Amplus auf dem bayerischen Breitbandmarkt aktiv – seit dem Sommer 2021 unter dem Namen Leonet. Aus einem inhabergeführten Pionierbetrieb hat sich ein mittelständisches und finanzkräftiges Unternehmen mit über 100 Mitarbeitern entwickelt. Hauptsitz bleibt, wie bisher, der Technologiecampus im niederbayerischen Teisnach, am Zweitstandort in Unterschleißheim bei München ändert sich ebenfalls nichts.



Martin Naber und Martina Wilde

Leonet ist somit einer der stärksten Telekommunikationsdienstleister und Arbeitgeber aus der Region, aus Bayern für Bayern. Die Vision ist es, durch nachhaltige Investitionen in modernste, flächendeckende Glasfaserinfrastrukturen einen wichtigen Beitrag für die beschleunigte Digitalisierung in Bayern zu leisten.

„Wir treiben den Ausbau von Glasfasernetzen aus einer Hand bis ins Gebäude (FTTB/H) voran und bieten über eigene Netze innovative Internet-, IP-TV und Telefonie-Dienste an. Dabei legen wir unser Augenmerk auf starke lokale und regionale Partnerschaften sowie zukunftsorientierte Kooperationen mit Kommunen, Landkreisen und Infrastruktur-Unternehmen vor Ort. Wir erschließen Kommunen ganzheitlich und setzen dabei auf Eigenmittel in Kombination mit Förderung“, so Martin Naber.

Im Vordergrund steht hierbei der vorausschauende Qualitätsausbau, d.h.: traditioneller Tiefbau mit 60 cm (Bürgersteig), 80 cm Straße und 120 cm bei Straßen höherer Ordnung; saubere Dokumentation; hohe Verdichtung von 70 bis 80 Prozent. Spätere teure Nachverdichtungen halten sich in engen Grenzen, und das Wiederöffnen von Straßendecken im öffentlichen Grund wird weitgehend vermieden.

Zwar sind alternative, niedrigere Verlegemethoden für die ausbauenden Unternehmen schneller und kostengünstiger, jedoch ist Vorsicht angesagt: Nach Ablauf der fünfjährigen Gewährleistung tragen Kommunen das volle Haftungsrisiko, wenn später an darunter liegenden Infrastrukturen gearbeitet werden muss.

Aktuell erstrecken sich die von Leonet gebauten und betriebenen Glasfasernetze in Bayern auf über 3.500 Kilometer. Sie verlaufen durch 190 Kommunen in 20 Landkreisen. Zudem nutzen bereits über 25.000 Privat- und Geschäftskunden Telefon- und Internetdienste der Firma.

Aktuell wird die Versorgung mit zukunftssicherer Glasfaser-Technologie für die Gemeinde Lohberg im Landkreis Cham erweitert. Dazu wurde der erste Spatenstich gesetzt. Auf 3,5 Kilometer Länge werden neue Glasfaserkabel verlegt und 138 Adressen künftig sehr schnelle und stabile Datenverbindungen ermöglicht. Die Inbetriebnahme des Netzes ist für Mai 2022 vorgesehen.

Darüber hinaus plant Leonet auf eigene Kosten, also ohne staatliche Hilfe, die Glasfaser-Erschließung von Wegscheid im Landkreis Passau. Insgesamt könnten knapp 1.300 Haushalte in 844 Gebäuden versorgt werden. Gleiches gilt für die Stadt Nabburg im Landkreis Schwandorf in der Oberpfalz. Dort wäre es möglich, über 3.200 Haushalte in knapp 2.000 Gebäuden mit Glasfaser zu versehen. ■

dura-line

CREATING WHAT CONNECTS US



Die Dura-Line Germany GmbH, Teil der 22.000 Mitarbeiter zählenden internationalen Orbia-Gruppe, stellt sich den Herausforderungen des passiven Netzausbaus und legt damit die Grundlage für neue Technologiebereiche. Insbesondere der bevorstehende Technologiewechsel – ob nun Cloud, Internet of Things oder die neue Mobilität – benötigt Millionen neuer Verbindungen. Diese werden den Kunden der Dura-Line in ganz Europa mit SKZ-zertifizierten Produkten und Leistungen bereitgestellt. Nur durch stets höchste Qualitätsansprüche gewährleistet Dura-Line den physischen Aufbau des Internets sowie den nächsten Schritt in eine bessere und schnellere Zukunft.



Lokale Präsenz, lokales Wissen, lokaler Support. Alles, was Sie für eine smarte Verbindung brauchen.

Dura-Line Germany GmbH
dl.germany@duraline.com
T: +495936/8963-500
www.duraline.com

Ansprechpartner: Franco Iaquinta
M +49 151 46222657
E franco.iaquinta@duraline.com



Über 25 Jahre Markterfahrung im Glasfaserausbau und Netzbetrieb

Mikael Häussling Löwgren

MIKAEL HÄUSSLING LÖWGREN | SCHWEDISCHE GLASFASER-ALLIANZ

Für mehr Erfolg im Glasfaser-Ausbau und -Betrieb

Schweden kann auf über 25 Jahre Markterfahrung im Glasfaserausbau und Netzbetrieb blicken. Bemerkenswert ist sein Erfolgsmodell beim Glasfaserausbau: Knapp 80 Prozent aller Haushalte haben Zugang zu FTTB/H-Anschlüssen. Lokale Carrier stellen einen großen Teil davon bereit.

Die schwedische Glasfaser-Allianz ist eine Initiative des Verbandes „Svenska Stadsnätsföreningen“ für den Wissensaustausch zum Thema Glasfaser zwischen Schweden und Deutschland. Bei dem schwedischen Stadtnetzverband handelt es sich um eine Branchen- und Interessenorganisation, in der 170 kommunalwirtschaftliche lokale Carrier in 200 der 290 schwedischen Kommunen Mitglied sind. Zusammen verfügen sie über 55 Prozent der Glasfaser-Zugangsnetz-Infrastruktur (schwedische Telekom/Telia: 38 Prozent). Aktive Mitglieder auf dem deutschen Markt sind VX Fiber, Vinnergi, Netadmin, IS Tools und InCoax.

Durch eine umfangreiche Homogenisierung ist es diesen Carriern gelungen, einen landesweiten Online-Markt für Internet, Telefonie und alle anderen digitalen Produkte zu schaffen, der so die schwedische Telekom unter Druck setzen konnte. 2008 gab es im schwedischen Festnetz eine ähnliche Verteilung der Breitband-Anschlussarten wie 2020 in Deutschland: Ca. 70 Prozent waren DSL-Anschlüsse. Doch mittlerweile klafft die Schere weit auseinander: 2020 hatten 94 Prozent der schwedischen Bevölkerung einen Zugang zu einem FTTB/H-Anschluss und 82 Prozent einen FTTB/H-Anschluss. Es gibt hunderte verschiedener netzunabhängiger Dienstleister und trotz inzwischen stark gesunkener Preise ist die Breitband-Industrie nach wie vor profitabel. 2026 wird die schwedische Telekom den letzten Kupferanschluss stilllegen.

Wenn man berücksichtigt, dass die Marktregeln vor allem für die marktmächtigen Unternehmen in Schweden und Deutschland ähnlich sind, kann diese Entwicklung durchaus auch für Deutschland prognostiziert werden.

Blick zurück: Zu Beginn der 1990er Jahre boten die lokalen Carrier in Schweden unterschiedliche Geschwindigkeiten zu unterschiedlichen Preisen an. Dazu hatte man, wie auch in Deutschland, eine Marke für sein Internetangebot etabliert. Außer der schwedischen Telekom gab es keinen anderen Dienstleister. Und Telia wollte ihre Dienstleistungen nicht auf anderen Netzen anbieten. Infolgedessen offerierte man seine eigenen Produkte.

Dann der Sinneswandel: Die lokalen Carrier änderten ihr Geschäftsmodell. Bereits 2004 erklärten 45 Prozent, sie hätten mittlerweile mehrere Dienstleister auf ihrem Netz. 2014 waren es 73 Prozent und fünf Jahre später 96 Prozent. Heute bieten sie Open Access auf den zwei Ebenen passive Netzinfrastruktur/Vorleistungsprodukt für Betreiber des aktiven Netzes und aktive Netzinfrastruktur/Vorleistungsprodukt der Dienstleister an.

Die zahlreichen Dienstleister im Markt sorgten also für einen erhöhten Wettbewerbsdruck, der unter den Anbietern eine höhere Effektivität erzwang und den Kunden niedrigere Preise brachte. Und die lokalen Carrier durften sich über eine höhere Netzauslastung freuen.

Ein konkretes Beispiel ist der wirtschaftlich erfolgreiche lokale Carrier Utsikt AB in Linköping, einer Stadt mit etwa 100.000 Einwohnern. Auf Utsikts Netz gibt es heute mehr als 20 Dienstleister. Unter diesen findet man auch die schwedische Telekom. Die Privatkunden in den angeschlossenen Einfamilienhäusern und Wohnungen können aus Produkten dieser Dienstleister frei wählen. Sind sie nicht mit ihrer Wahl zufrieden, können sie mit 30 Tagen Kündigungsfrist zu einem anderen Anbieter wechseln.

Die Lehre aus Schweden lautet also: Wenn die lokalen Carrier ihre Netze auf der Ebene eines aktiven Vorleistungsproduktes öffnen und einen Markt schaffen, dann entsteht Anbietervielfalt. Am Ende öffnen auch andere Netzanbieter, wie die (Deutsche) Telekom, ihr Netz und bieten ihre Dienstleistungen in den Glasfasernetzen der lokalen Carrier an. ■

JOHANNES BISPING | BISPING & BISPING GMBH & CO. KG

Innovativer Breitbandausbau

SYNERGIEN, KOOPERATIONEN UND INNOVATIVE GESCHÄFTSMODELLE

Das in Lauf bei Nürnberg ansässige mittelständische Unternehmen Bisping & Bisping offeriert seit 32 Jahren Dienste und Lösungen in den Bereichen Internet und Carrier, Kommunikation und Software sowie dem Glasfaser- und Breitbandausbau. Es zählt mit zu den Ersten, die hier in Bayern die Glasfaser als zukunftssicheren Internetzugang bis ins Haus gebracht haben. Mit derzeit 65 Mitarbeitern werden mit mehr als 5.000 km eigenen Glasfaserleitungen über 5.000 FTTx-Anschlüsse betrieben und es sind bereits 50.000 weitere Anschlüsse in der konkreten Planung.


Johannes Bisping



Martin Dorn

„Wir brauchen Gigabit, wir brauchen Glasfaser bis in jedes Haus zur Weiterentwicklung unseres Landes, unserer Städte sowie der ländlichen Gebiete und das nicht nur seit dem Leben mit Corona“, betont Johannes Bisping und setzt fort: „Wir leben in der Gigabit-Gesellschaft, aber haben noch nicht alle mitgenommen.“ Das erklärte politische Ziel bis 2025 alle deutschen Haushalte flächendeckend mit Glasfaser zu versorgen kann nicht erreicht werden. Laut aktuellen Erhebungen Mitte 2021 existieren 5,21 Mio. Glasfaseranschlüsse, von denen allerdings nur ein Drittel tatsächlich genutzt werden. Es müssen demnach noch 85 bis 90 Prozent aller Gebäude in Deutschland noch erschlossen werden. Dieses größte Infrastrukturprojekt unserer Zeit stellt sich als wahre Mammutaufgabe dar.

Was wird benötigt, um diese Herausforderung zu meistern? Dazu erwähnt Bisping: „Das Bewusstsein der Verantwortlichen, mehr Kapazitäten in Bau und Planung, eine intelligente und nachhaltige Förderpolitik, schlanke Genehmigungsverfahren, die Beteiligung aller Player am Markt und die sinnvolle Nutzung vorhandener Infrastrukturen durch entsprechende Synergien.“ Es müssen also neue Wege gegangen werden, um das zuvor genannte Ziel zu erreichen. Ein sehr gutes Beispiel für Synergie im Glasfaserausbau liefert die Deutsche Bahn, die nun mit ihrer neuen Tochter DB broadband GmbH entlang von Schienenwegen rund 20.000 km Glasfaser für den Breitbandausbau zur Verfügung stellt.

Zu den bekannten Geschäftsmodellen wie eigenwirtschaftlicher oder geförderter Ausbau, Betreibermodelle, Kooperationen mit verschiedenen Netzbetreibern und Sonderförderungen müssen neue zielführende Geschäftsmodelle und eine kooperative Zusammenarbeit für den gesamtheitlichen Ausbau, insbesondere am Land gefunden werden. Als Beispiel dafür nennt Bisping die künftige Ausgabe von Gutscheinen – aktuelles Stichwort Voucher – um damit auch den Breitbandausbau in weniger wirtschaftlichen Regionen zu unterstützen. Bisping selbst hat mit den Stadtwerken Feuchtwangen die gemeinsame Tochter breitBAND Glasfasernetze SW GmbH gegründet, um ein flächendeckendes Glasfasernetz im Stadtgebiet und Umgebung zu errichten. ■

LÄSST ORTE AUFBLÜHEN:
UNSER SCHNELLSTES GLASFASERNETZ.

Zusammen machen wir’s möglich.

Gemeinsam die Zukunft realisieren – Dafür sorgen wir mit unseren Glasfaseranschlüssen, die Ihre Kommune noch lebenswerter machen. Denn die vielen Möglichkeiten unseres Breitbandnetzes bringen jede Menge Standortvorteile für Einwohner und Geschäfte in Ihrer Region. Lassen Sie uns jetzt gemeinsam starten: Deutsche Glasfaser – der führende Glasfaserversorger für den ländlichen Raum.

Jetzt direkt informieren!

deutsche-glasfaser.de/kommunen

Deutsche Glasfaser

Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH, Am Kuhm 31, 46325 Borken

NELSON KILIUS | M-NET TELEKOMMUNIKATIONS GMBH

Regionale Kooperationsmodelle mit M-net als Erfolgsfaktor für den Gigabit-Ausbau

Auf eine 25-jährige Erfolgsgeschichte blickt M-net, führender Glasfaser-Anbieter in Bayern, zurück. 1996 als Tochtergesellschaft der Stadtwerke München, Bayerischen Landesbank, Sparkasse München und der Bayernwerk-Tochter Netcom gegründet, lag das Augenmerk darauf, leistungsstarke Netze aufzubauen, um so für mehr Bewegung und Qualität auf dem Münchner Telekommunikationsmarkt zu sorgen. Schon damals standen Innovation und regionales Engagement im Mittelpunkt.


Nelson Kilius

Bereits 2007 startete M-net gemeinsam mit seinen Gesellschaftern die erste Glasfaser-Netz-Offensive in der bayerischen Landeshauptstadt. Als einer der Vorreiter im Glasfaser-Ausbau stellte das Unternehmen die Weichen dafür, dass die meisten Gebäude mit Glasfaser bis in den Keller (FTTB) erschlossen werden können. Im Großraum München, aber auch in ganz Bayern und über die weiß-blauen Landesgrenzen hinaus.

Tief in Bayern verwurzelt, beschäftigt das Unternehmen mittlerweile rund 850 Mitarbeiter und zählt über 500.000 Geschäfts- und Privatkundenanschlüsse in großen Teilen des Freistaats, im Großraum Ulm und im hessischen Main-Kinzig-Kreis. Hinter M-net steht ein starker und etablierter Gesellschafterkreis wie die Stadtwerke München, die Stadtwerke Augsburg und das Allgäuer Überlandwerk. Die herausragende Qualität als Nummer eins unter den Telekommunikationsanbietern in Bayern bestätigt aktuell der renommierte Festnetztest der Fachzeitschrift Connect. Hier wurde M-net 2021 zum sechsten Mal in Folge als Anbieter mit dem besten Netz Bayerns ausgezeichnet.

Die Kunden sind mit M-net als Anbieter von Internet und Festnetz im Branchenvergleich überdurchschnittlich zufrieden. Der Fokus liegt dabei mittlerweile ganz auf FTTH – der einzigen Technologie, die privaten Immobilienbesitzern, Wohnungsbau- und Eigentümergemeinschaften Zukunftssicherheit bietet.

Darüber hinaus ist M-net deutschlandweit das erste klimaneutrale Telekommunikationsunternehmen nach Scope 1 + 2. Im Rahmen einer ambitionierten Klimastrategie wurden seit 2019 bereits rund 90 Prozent der vermeidbaren Treibhausgasemissionen eingespart. Durch den TÜV Rheinland wurde die Klimaneutralität des Unternehmens für das erste Halbjahr 2021 validiert.

Innovation und Nachhaltigkeit gehen Hand in Hand. Als Anbieter aus der Region für die Region und Tochter kommunaler Gesellschafter hat M-net einen klaren Auftrag für nachhaltiges Wirtschaften. Deshalb hat man sich das Ziel gesetzt, auch weiter entlang der Wertschöpfungskette Emissionen nicht nur zu kompensieren, sondern in allen Bereichen des eigenen Wirtschaftens ganz zu vermeiden.

In den vergangenen Jahren wurde eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt, um das Unternehmen komplett klimaneutral auszurichten. Seit Sommer 2021 werden dazu einzelne Glasfaser-Verteilerschränke (FTTC-Container) mit Photovoltaikanlagen zur eigenen Energieversorgung ausgestattet. In Oberbergkirchen integrierte man in einem Projekt mit ESB zum ersten Mal eine Photovoltaik Anlage. Insgesamt wurden rund 300 Privathaushalte und 30 Gewerbeimmobilien mit FTTH-Anschlüssen (Fiber-to-the-Home) ausgestattet, die künftig von leistungsstarken Internetanschlüssen mit Bandbreiten bis zu 300 Mbit/s profitieren. M-net steuerte die notwendige aktive Technik zum Betrieb des neuen Netzes bei.

M-net setzt nicht nur als Unternehmen selbst auf aktiven Klimaschutz, sondern ist sich auch seiner Vorbildfunktion als Telekommunikationsanbieter bewusst. Denn auch alle Bürger können durch die Art ihrer Internetnutzung aktiv zum Klimawandel beitragen. Deshalb stehen Lösungen auf Basis von Glasfasertechnologie so deutlich im Mittelpunkt. Glasfaser ist im Vergleich zu anderen Übertragungswegen leistungsstärker und nachhaltiger, da keine Umwandlung in elektrische Signale erforderlich ist. Das gilt in besonderem Maße für FTTH (Fiber to the Home), d.h. Glasfaser bis in die einzelnen Wohnungen und Büros.

M-net pachtet generell das passive Glasfasernetz von Infrastrukturpartnern, errichtet die aktive Technik und vermarktet das Netz an eigene Kunden und Wholesale Partner. Die Wirtschaftlichkeit und damit der Erfolg von FTTX Projekten wird im Wesentlichen von den Kriterien Umsätze, Baukosten/Förderung und Auslastung bestimmt. Diese gilt es, weiter zu optimieren.

In der Kooperation mit der Deutschen Glasfaser stellt M-net seine Expertise in der Bestandsmigration auf FTTH und der Akquise von Neukunden unter Beweis. Bürger und Kommunen schätzen die Wahlmöglichkeit zwischen den Anbietern. M-net konnte über 80 Prozent der Bestandskunden für einen FTTH-Vertrag und bis zu 30 Prozent der Haushalte als Neukunden gewinnen. 70 Prozent der Kunden haben den 1 Gbit/s Tarif gebucht (inklusive Flexibilitätsgarantie).

In den Vorvermarktungsgebieten konzentriert sich das Unternehmen auf hohe Bandbreiten und setzt entsprechende Anreize. Dieses Portfolio ist auch für weitere FTTH-Gebiete geeignet. Neben 1&1 wird auch die Deutsche Telekom in Kürze das M-net-Glasfasernetz nutzen und an ihre Kunden vermarkten. Die Telekom startet zunächst mit FTTC ab 2022. ■



PURTEL.COM GMBH

Sicherheit, Stabilität und Hochverfügbarkeit als Auswahlkriterien bei Dienste-Lieferanten

„Sie haben die Netze, wir haben die Dienste“, diese Aussage des Geschäftsführers der purtel.com, Dr. Markus v. Voss, haben sicher schon viele Netzbetreiber auf Veranstaltungen oder in persönlichen Treffen gehört. Die purtel.com ist der führende 3Play White-Label Anbieter in Deutschland und setzt bei der Bereitstellung ihrer Dienste auf Sicherheit, Stabilität und Hochverfügbarkeit der Dienste VoIP, ISP und IPTV.

HOCHVERFÜGBARKEIT DURCH REDUNDANZEN

Die purtel.com praktiziert seit Jahren eine Partnerschaft auf Augenhöhe mit ihren Kunden und kennt die Bedürfnisse und Wünsche ihrer Kunden aus vielen Gesprächen und Begegnungen. Deshalb war eines der Hauptanliegen, die Dienste noch weiter zu stabilisieren. Die Akzeptanz der Endkunden bei Ausfällen nimmt immer weiter ab, was sicher auch an den gestiegenen Anforderungen durch immer mehr Homeoffice-Arbeitsplätze liegt. Deshalb wurde bei der purtel.com in diesem Jahr der Ausbau des deutschlandweiten, geo-redundanten purtel-Netzes forciert. Mit hohen Investitionen in die technische Infrastruktur und die Personalstruktur konnte die purtel.com diesen wichtigen Meilenstein jetzt abschließen. Das „Service-Dreieck“ Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg ist in Betrieb und sorgt mit weiteren, insgesamt acht in Deutschland verteilten PoP-Standorten für höchste Dienste-Verfügbarkeiten.

Als maßgebliche Kriterien bei der Auswahl eines geeigneten IT-/ITK-Dienstleisters nennen Netzbetreiber neben dem Sicherheitsbedürfnis auch Vertrauen, technologisches Know-how und persönlichen Kontakt. „Auf diese Kriterien fokussieren wir uns seit Jahren“, bekräftigt v. Voss die dienstleistungsorientierte Ausrichtung der purtel.com. Eine transparente Kommunikation, die die Kunden schnell und umfassend informiert, rundet den Servicegedanken ab. So erhalten Kunden einen monatlichen Report der vereinbarten SLA-Leistungen, so wird Dienste- und Servicequalität messbar gemacht und die Kundenzufriedenheit weiter verbessert. ■

UGG Unsere Grüne Glasfaser

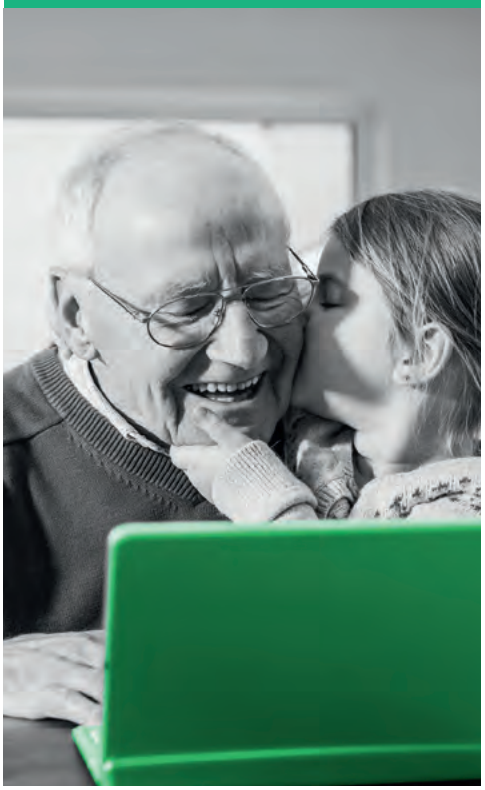
VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT

Dank dem Glasfaser-Internet von UGG

Mit einem schnellen Ausbau ohne Vorvermarktungsquoten und Kosten für die Kommune bringt Unsere Grüne Glasfaser (UGG) ein stabiles, leistungsfähiges Glasfasernetz in Ihre Gemeinde. Dabei profitieren Ihre Bürger:innen von einem Anschluss bis ins Haus und können frei aus den verfügbaren Internetanbietern Ihrer Region wählen. Nutzen auch Sie jetzt Ihre Chance und bringen Sie Internet mit Highspeed in Ihre Gemeinde!

Ausbaukapazitäten für 2022 sichern unter **0800 410 1 410 111**

powered by Allianz





Schnittstelle im Infrastrukturausbau

v.l. Erind Hoti und Martin Trui

ERIND HOTI UND MARTIN TRUI | MRK MEDIA AG

Beraten, planen, bauen, dokumentieren

LEISTUNGEN UND SOFTWARE DER MRK GRUPPE

Als unabhängige, bundesweit und international tätige und seit 50 Jahren eigentümergeführte, mittelständische Firmengruppe im Infrastruktur-Dienstleistungssektor betreut die MRK-Gruppe mit ihrer Zentrale in München an insgesamt 17 Standorten (u.a. in Dresden, Berlin, Stuttgart, Köln, Nürnberg, Bremen, Rovereto und Tirana) zahlreiche öffentliche und private Auftraggeber.

Die MRK Media AG ist das 1971 gegründete Schwesterunternehmen der MRK Management Consultants GmbH. Sie ist in der Infrastruktur- und Glasfaser-Beratung, Strukturplanung, Standort- und Wegesicherung, Projektierung und Projektsteuerung tätig und begleitet so auch Tiefbau- und Montagemaßnahmen.

Das Team aus Ingenieuren, Planern, Projektierern, Beratern, Bauleitern, Technikern sowie der Leitung und Verwaltung bietet eine breite Kompetenzbasis in unseren Geschäftsfeldern.

LEISTUNGSPORTFOLIO FÜR LÄNDER, LANDKREISE UND KOMMUNEN

Die MRK Media AG ist eine Schnittstelle zwischen den am Infrastrukturausbau beteiligten Partnern und gewährleistet einen reibungslosen Projektverlauf. Zu den Auftraggebern der MRK Media AG gehören sowohl Akteure aus dem öffentlichen Sektor (Länder, Landkreise und Kommunen) als auch aus der Privatwirtschaft (z.B. Telekommunikations- und Versorgungsunternehmen).

Für ihre Auftraggeber bietet die MRK Gruppe ein umfangreiches Leistungsportfolio an, das alle Bereiche von der Masterplanung über die Bauprojekt-Steuerung und -überwachung, bis hin zur Vermessung und Dokumentation der vollendeten Projekte umfasst. Regelmäßig werden Projekte inklusive Budgetierung, Vorbereitung, Koordination und Abwicklung von Antrags- und Genehmigungsverfahren sowie Infrastruktur-Planungen mit Prüfung auf wirtschaftliche Realisierbarkeit und Materialanforderungen bewältigt.

Die MRK Management Consultants GmbH erarbeitet mit ihren Klienten zukunftsweisende und individuelle Lösungen mit Schwerpunkt auf digitalen Anwendungen. Im Fokus stehen die Themenfelder Smart City/ Smart Region sowie Konzepte wie Mobility as a Service, Elektromobilität oder 5G-Anwendungen.

PRAXISORIENTIERTE SOFTWARE-EIGENENTWICKLUNGEN

Die von der MRK Gruppe entwickelte Software PlaNet bietet durch eine weitgehende Automatisierung eine anwenderfreundliche, flexible Planungs- und Digitalisierungsumgebung, um auf die unterschiedlichsten Projektanforderungen reagieren zu können. Dabei ermöglicht die neu entwickelte App FotoBau die geocodierte Erfassung von Baumaßnahmen vor Ort. Dank der GPS-Verortung der aufgenommenen Fotos und dem cloudbasierten Hintergrundsystem lässt sich die Lage vor Ort leicht vom Büro aus beurteilen. Bei der vom Fördermittelgeber vorgesehenen digitalen Fotodokumentation können über die normale Kamera-App bei eingeschaltetem GPS Fotos erstellt werden, die mittels einer digitalen Verschmelzung von Bild-, Lage- und Zeitinformationen einen Manipulationsschutz sicherstellen. Über vordefinierte Eingabefelder können den Fotos Attribute zugewiesen werden, über die der Zustand vor, während und nach der Durchführung von Baumaßnahmen dokumentiert wird. Mittels Cloud-Lösungen können dann beispielsweise Bauüberwacher oder Planer die Fotos einsehen, nach verschiedenen Kriterien sortieren und deren Aufnahme-Standort in einer Kartenansicht darstellen lassen. Der Datenschutz wird durch gezielt zugewiesene Nutzungsrechte gewährleistet, die je nach Anwender-Konto (Fotografen-, Firmen- oder Bau-Überwacher-Konto) differenziert definiert werden. ■

Weitere Informationen und Kontakt unter:
www.mrk-media.de



v.l. Jürgen Schuster, Freya Schwering, Andreas Lange

FREYA SCHWERING UND ANDREAS LANGE | RÖDL & PARTNER SOWIE JÜRGEN SCHUSTER | CORWESE GMBH

Strategie im Telekommunikationsbereich

Das Unternehmen Rödl & Partner – 4.900 Mitarbeiter in 50 Ländern mit 111 Niederlassungen – ist konsequent auf die umfassende Beratung deutscher Unternehmen und der öffentlichen Hand ausgerichtet. Mit dem Partner Corwese wurde der erfolgreiche Einsatz von staatlichen Fördermitteln für den Breitbandausbau beleuchtet.

„Breitbandförderung ist ein ganz wichtiges Thema", betont Andreas Lange und setzt fort: „Förderung ist ein Nukleus, um Breitband auch in unterversorgten Gebieten voranzubringen. Von der umfangreichen Expertise im Bereich Telekommunikation und Breitband konnten schon über 600 Gemeinden profitieren. Als Beratungsleistung werden u.a. angeboten: Vollumfängliche kaufmännische, rechtliche und steuerliche Begleitung, Finanzierungs- und Förderberatung, Regulierung und Umsetzung DigiNetzG, Projektmanagement beim Ausbau, Transaktion und Bewertung und Vergaberecht von Breitbandnetzinfrastruktur. Ergänzend ist Rödl & Partner auch als Rechtsbeistand für Kommunen tätig. „Wir unterstützen sie auch bei dem komplexen Schritt der Ausschreibung", ergänzt Freya Schwering.

Die einleitende Konzeptphase dient zunächst der Beantwortung folgender Fragen: Was wollen wir? Was gibt es schon? Was können wir? Die Zielsetzung verfolgt Punkte wie Rendite, Attraktivitätssteigerung der Region, Markenstärkung, Daseinsvorsorge und Optimierung der Auslastung. Es folgen die Erhebung der bereits vorhandenen Infrastruktur und die Durchführung einer Wettbewerbsanalyse. Schlussendlich sollen die prozessbezogenen Kompetenzen und Ressourcen erfasst werden.

Die Wertschöpfungskette in der Telekommunikation ermöglicht verschiedene Geschäftsmodelle basierend auf den drei Ebenen Infrastruktur, Netzwerk und Service Provider. Fördermittel werden zur Erstellung der Breitband-Infrastruktur vergeben. Hier ist es sinnvoll die Vor- und Nachteile von Wirtschaftlichkeitslücken- und Betreibermodell als Entscheidungsgrundlage gegenüberzustellen. Der Ausbau kann auch eigenwirtschaftlich ohne Förderung mit einem kompetenten Partner erfolgen. Für die Erschließungsstrategien bieten sich Flächendeckung, stufenweiser Ausbau oder Cherry-Picking an. In sämtlichen Phasen sind geltende Rahmenbedingungen, Rechtsrahmen der EU und das novellierte TKG sowie Regelungen der einzelnen Bundesländer einzuhalten. Zu beachten sind ferner regulatorische Anforderungen der Bundesnetzagentur. Eine Entscheidung betrifft auch die Zulassung alternativer Verlegeverfahren wie z.B. Trenching, das heute nicht mehr einfach zu verhindern ist. Bei der Ausschreibung sollte ein Generalunternehmer vermieden werden und einem Verhandlungsverfahren der Vorrang gegeben werden. „Wenn Sie die Abläufe und Verantwortlichkeiten klar definiert haben, kann es ein erfolgreiches Projekt werden", fasst Lange zusammen. ■



VON JOSEF SCHERL | TELEKOM DEUTSCHLAND GMBH

Problem erkannt – Problem benannt – Problem gebannt

„Wir sind heute Weltmeister im Bedenkensuchen und im Debattieren des kleinsten gemeinsamen Nenners“, so Ex-E.ON-Chef Johannes Teyssen in einem Artikel der FAZ unter der Überschrift „Nichts geht voran“. Mir spricht Hr. Teyssen in diesem Artikel zu 100 Prozent aus der Seele.

In Deutschland werden die tatsächlichen Ursachen hinter den Problemen nicht mehr klar benannt und somit können wir sie auch nicht mehr lösen! Mich ärgert es mittlerweile sehr, wenn man den Fortschritt bei der Digitalisierung beklagt, das Problem aber beim mangelhaften Glasfaserausbau sucht. Genauso ist es vollkommen falsch, den Netzbetreibern die Schuld für die Mobilfunklöcher in Deutschland zu geben. Oder glaubt irgendwer, dass dieselben Mobilfunkbetreiber, die in anderen Ländern hervorragende Netze bauen, dies in Deutschland nicht genauso könnten? Niemand muss sich für die schlechten Netze in Deutschland schämen, wir sollten uns für die selbstgemachten Hürden schämen, über die man nur noch sehr schwer springen kann.

GANZ NACH DEM MOTTO:
Problem erkannt – Problem benannt – Problem gebannt!

Wer Lust hat, mehr zu erfahren, wer Lust hat, die wirklichen Ursachen zu verstehen, der schaut einfach in die Langversion. Deshalb nur kurz die wichtigsten Botschaften für den Glasfaser- und Mobilfunkausbau.

FESTNETZ/GLASFASER

1. Die erste Stufe FTTC für einen flächigen Glasfaserausbau war richtig und wichtig!

Volkswagen (FTTC) für alle, anstatt Sportwagen (FTTH) für wenige. Dieser Zwischenschritt hilft beim FTTH-Ausbau und hat uns während des Corona-Lockdowns den Arsch gerettet.

2. Der reine Glasfaserausbau (FTTH) hat längst begonnen und nimmt richtig Fahrt auf!

Wir werden unseren Output auf über 2 Mio. Haushalte pro Jahr erhöhen und bis 2030 ca. 30 Mio. Haushalte mit FTTH versorgen. Damit sind wir der mit Abstand größte Investor in Glasfasernetze in Deutschland.

3. Wenn alle einen flächigen und schnellen Glasfaserausbau wirklich wollen, dann müssen die Rahmenbedingungen weiter verbessert werden!

Bauen in Mindertiefe und neue Verlegeverfahren, wie Trenchen oder der Bau von oberirdischen Linien, dürfen nicht länger verhindert oder kaputt diskutiert werden.

Ich hoffe, jeder ist für dieses Netze-Endspiel perfekt vorbereitet. Wir sind es. We won´t stop, until everyone is connected!


Josef Scherl

MOBILFUNK

Das politische Bashing in Richtung Mobilfunk wegen der Funklöcher ist noch größer. Wer sich über Mobilfunklöcher beschwert, der sollte sich mit den damit zusammenhängenden Prozessen beschäftigen. Es liegt nicht an den Netzbetreibern, wenn in Deutschland dringend benötigte Standorte nicht gebaut werden. Alle drei Netzbetreiber beweisen täglich, dass sie weltweit hervorragende Netze bauen können. Warum sollte das nun ausgerechnet hier nicht klappen?

Es gibt drei Ursachen, die das Schließen von Mobilfunklöchern verhindern:

- Fehlende Bereitschaft zum Verpachten geeigneter Grundstücke und Gebäude
- Konstruierte Genehmigungsvorbehalte
- Politische Neutralität, politischer Widerstand und Widerstand in der Bevölkerung.

Wir stehen uns leider selbst im Weg.
Der frühere E.ON Chef lässt grüßen!

DIE SECHS BOTSCHAFTEN:

1. Mobilfunk rettet täglich Leben!
2. Die 5. Mobilfunkgeneration (5G) ist längst in Betrieb und wird schnell ausgerollt!
3. Das mobile Breitbandwachstum bzw. die Kunden treiben den Ausbau!
4. Mythos und Realität 5G und der Grund für den schnellen Roll Out!
5. Mobilfunkplanung hat nichts mit Willkür zu tun, sondern folgt physikalischen Gesetzen!
6. 5G-Technologie hat hinsichtlich ihrer Möglichkeiten eine ähnlich disruptive Wirkung wie die Einführung der Dampfmaschine!

Wenn die Punkte Ihre Neugierde geweckt haben, wenn Sie wissen wollen, warum der mangelhafte Fortschritt bei der Digitalisierung nichts mit dem Glasfaserausbau zu tun hat und wer wissen will, warum Mobilfunk täglich Leben rettet, wie Mobilfunk geplant wird und wie einfach die Zusammenhänge am Ende doch sind, der schaut hier in die Langversion (https://t1p.de/da1v) rein. ■

Breitbandausbau im Fest- und Mobilfunknetz



v.l. Christian Schilling und Rolf-Peter Scharfe

ROLF-PETER SCHARFE UND CHRISTIAN SCHILLING | VODAFONE GMBH

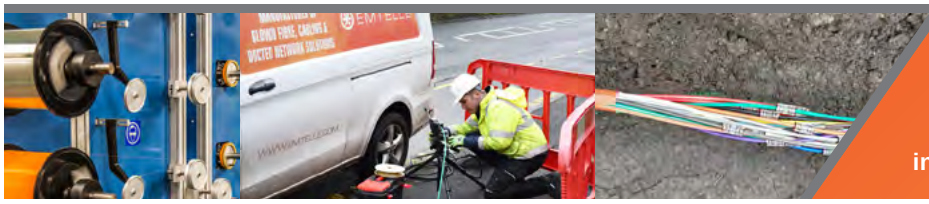
Gigabit überall – Vodafone Gigabit Netze

Gigabit-Datenraten werden sowohl im Fest- als auch Mobilfunknetz angeboten. Die Familie GIGAFIXED basiert auf Glasfaser und Koaxialkabel. Die Basis für die Familie GIGAMOBILE bilden 5G und 4G/LTE. Mit beiden Familien und der gemeinsamen Multilayer Technology erfolgt der schnelle Breitbandausbau.

Die Multilayer Technology Architektur erläuterte Christian Schilling: Mit dem Home Layer sollen bis Ende 2022 Gigabit-Geschwindigkeiten für 24 Mio. Haushalte über Glasfaser und Koaxialkabel bereitgestellt werden. Der funkbasierte Machine Layer mit einer Flächenabdeckung von 97 Prozent bedient vielfältige IoT-Anwendungen. Der Mobile Layer 4G ist das High Speed Netz für über 99 Prozent der Haushalte in Deutschland. Und mit dem Mobile Layer Giga 5G sollen bis Ende 2021 rund 30 Mio. Menschen erreicht werden.

Besonders beleuchtet wurden die innovativen Eigenschaften der 5G Technologie von Schilling. Dafür hat Vodafone Lizenzen in drei Frequenzbändern erworben: High Band bei 3,5 GHz für Datenraten von 1.000 Mbit/s und mehr, Mid Band bei 1,8 GHz für den städtischen Bereich und Datenraten von typisch 500 Mbit/s sowie Low Band bei 700 MHz für den ländlichen Raum und Datenraten bis 200 Mbit/s. 5G lässt sich mit den drei Dimensionen enorme Kapazität, geringe Latenz und Slicing beschreiben. Die Latenz ist wichtig für neue Anwendungen wie Steuerung von Industrierobotern, Augmented Reality und kooperatives Fahren. Mit dem ersten 5G Kernnetz werden Latenzzeiten im Bereich von 10 Millisekunden erreicht. Als erster Anbieter in Europa betreibt Vodafone ein 5G Standalone Netz, das sich in Verbindung mit Edge Computing auch für zeitkritische Anwendungen eignet. Mit Slicing lassen sich kundenindividuelle Netzwerke gestalten. Dazu Schilling: „Stellen Sie sich das so vor, dass in einem Krankenhaus auf einem gemeinsamen Medium einerseits nur das Personal und andererseits nur Patienten kommunizieren.“ Als Referenz für ein 5G Campusnetz erwähnte Schilling das Porsche-Werk in Stuttgart. Zum Thema Förderung hier in Bayern erklärte Schilling: „Wir haben 500 Markterkundungen durchgeführt, erhielten über 200 Zusagen für Projekte, von denen wir 80 Projekte federführend umsetzen. Der Pilot in Eichstädt soll in weniger als 2 Jahren fertiggestellt werden.“

Danach nannte Rolf-Peter Scharfe einige Beispiele und Zahlen zum Gigabitausbau im Festnetz: „Der Start war im Januar 2018 in Landshut, wo der erste DOCSIS 3.1 Kabel-Internetpilot in Betrieb genommen wurde. Der Pilot wurde anschließend in Nürnberg im Beisein des bayerischen Ministerpräsidenten auf ganz Bayern ausgeweitet. Heute versorgen wir in Deutschland insgesamt 22 Mio. Haushalte mit Gigabit, davon 3,4 Mio. in Bayern und werden bis 2022 das gesamte deutsche Kabelnetz ausgebaut haben,“ und er fasste zusammen: „Wir bauen das Netz der Zukunft mit Giga-Glasfaser und setzen den Ausbau im nationalen Backbone, in den Zugangsnetzen und Gewerbegebieten eigenwirtschaftlich und gefördert fort.“ ■

EMTELLE
...WIR PRODUZIEREN IN ERFURT FÜR SCHNELLES INTERNET IN DEUTSCHLAND!
KOMPLETTLÖSUNGEN FÜR IHREN BREITBANDAUSBAU
ONEDIG

WWW.EMTELLE.DE
Emtelle GmbH
An der Flurscheide 20 - 99098 Erfurt
info-de@emtelle.com +49 (0) 361 654330

DR. HENRIK BREMER | WIRTSCHAFTSRAT GMBH

Glasfaser für alle: Wie gelingt es?

Das neue Bundesförderprogramm macht die Abwägung zwischen verschiedenen Ausbaustrategien für Kommunen und Landkreise deutlich anspruchsvoller als bisher. Gleichwohl ist zu erwarten, dass sich die bisherige Entwicklung, d.h. mehr Wirtschaftlichkeitslückenmodelle als Betreibermodelle, im Wesentlichen fortsetzt, auch wenn der relative Anteil der Betreibermodelle an den Fördervorhaben bereits kurzfristig weiter zunimmt. Dies zeigt ihre wachsende Bedeutung in neuen Fördervorhaben für weiße Flecken.

Da trotz zuweilen besserer Argumente für das Betreibermodell die Beliebtheit des WL-Modells ungebrochen ist, ist gerade an Orten mit überdurchschnittlicher Nachfrage in hellgrauen Flecken mit entsprechenden Ausschreibungen vielerorts auch schon vor Ende 2022 zu rechnen. Da mit voranschreitendem Ausbau (auch in weißen Flecken) Zuschlagschancen nur noch für solche Bieter bestehen, die zur Versorgung der grauen Flecken bereits umfangreich die vorhandene Infrastruktur mitnutzen, begünstigen Wirtschaftlichkeitslückenmodelle künftig tendenziell „Platzhirsche“ noch mehr als bisher.

Wer vor Ort noch nicht über eine eigene Netzinfrastruktur verfügt, dürfte bei einer Teilnahme an der Ausschreibung im WL-Modell nur Erfolg haben, wenn er zum Netz eines ortsansässigen Telekommunikationsunternehmens einen offenen Zugang zu attraktiven Konditionen erlangt oder zwischenzeitlich noch eigenwirtschaftlich FTTB-Infrastruktur vor Ort herstellt. Eine weitere Möglichkeit ist die Bewerbung auf noch laufende Ausschreibungen für die Versorgung weißer Flecken, die wegen ihrer geringen Größe für die meisten TK-Unternehmen trotz regionaler Präsenz wirtschaftlich uninteressant sind.

Fehlt einem TK-Unternehmen in einer Region die eigene Netzinfrastruktur, kann es dies grundsätzlich dadurch kompensieren, dass es fremde Netzinfrastruktur mitnutzt. In Betracht kommt dies maßgeblich durch eine freiwillige Kooperation (zum Beispiel mit einem Stadtwerk, dem selbst die Ressourcen für die Netzerweiterung fehlen) oder durch eine Open-Access-Verpflichtung, die sich vor allem aus der geförderten Netzinfrastruktur in weißen Flecken ergibt.

Eine Open-Access-Verpflichtung dürfte nur dort ausreichend Zugang zu den Bestandsnetzen gewähren, wo bereits ein intensiver geförderter Ausbau weißer Flecken stattgefunden hat. Weiterhin müssten mit dem Eigentümer bzw. -betreiber der Netze hinreichend attraktive Konditionen für die Mitnutzung ausgehandelt werden. Auf angemessene, diskriminierungsfreie Netzentgelte besteht für Nachfrager nach Maßgabe der Förderbestimmungen zwar ein Rechtsanspruch; jedoch kann es erforderlich werden, bei Unstimmigkeiten die Höhe durch die Bundesnetzagentur festsetzen zu lassen.

Wo es sich lohnt, in grauen Flecken eigenwirtschaftlich ein Glasfasernetz zu errichten, sichert dieses zugleich eine günstige Ausgangsposition für die Teilnahme an späteren Vergabeverfahren im Wirtschaftlichkeitslückenmodell, wenn dieser Aspekt bei der Errichtung mitbedacht wird (inklusive des voraussichtlichen späteren Zuschnitts des Fördergebiets).



Dr. Henrik Bremer

Alternativ kann es sich für TK-Unternehmen lohnen, an aktuellen Ausschreibungen zur Nachverdichtung weißer Flecken teilzunehmen, weil hier das wirtschaftliche Risiko durch die Zuwendung abgefedert wird. Besonders geeignet sind Sonderausschreibungen für die Anbindung von Schulen, Krankenhäusern und Gewerbegebieten, da diese in der Regel geografisch zerstreut liegen und den Aufbau einer „Fischgräte“ zulassen, die für spätere Ausbauvorhaben eine FTTB-Reserve bildet.

Neue Ausschreibungen im Betreibermodell dürften hauptsächlich dort geöffnet werden, wo bereits der Ausbau in weißen Flecken entsprechend strukturiert wurde und die Kommune/der Landkreis unter anderem am eigenen Netzeigentum interessiert ist, um langfristig Einfluss auf die digitale Infrastruktur zu nehmen.

Fakt ist: Wer hier bisher noch nicht in Betreibermodellen als Netzbetreiber beauftragt wurde, hat in Folge-Ausschreibungen selten Zuschlagschancen. Die meisten Aufträge dürften den bereits ausgewählten Betreibern der Infrastruktur in weißen Flecken erteilt werden.

Wo bislang kein geförderter Ausbau im Betreibermodell stattfand, dürfte diese Variante auf Ebene der grauen Flecken trotz guter Gründe nur teilweise gewählt werden, denn: Wenn diese Strukturierung ursprünglich an fehlenden personellen Ressourcen zur Administration der eigenen digitalen Infrastruktur oder der Ablehnung des Baukostenrisikos scheiterte, besteht die Problematik oft fort und gilt unverändert für den Ausbau in grauen Flecken.

Ausnahmen mögen am ehesten dort vorkommen, wo der Ausbau der weißen Flecken im WL-Modell nicht zur Zufriedenheit des Auftraggebers verlief – jedoch häufig zur Erleichterung des Markterkundungsverfahrens und zur größeren Bündelung förderfähiger Adressen erst nach 2022. ■

LFA FÖRDERBANK BAYERN

Unterstützung für Kommunen

MIT FÖRDERKREDITEN INFRASTRUKTURPROJEKTE ERFOLGREICH FINANZIEREN

Für einen attraktiven Wirtschaftsstandort ist eine leistungsfähige Infrastruktur unverzichtbar. Der Bedarf beispielsweise an schnellen Breitbandnetzen ist groß. Gleichzeitig gilt es in eine moderne Wasser- und Abwasserinfrastruktur zu investieren sowie die Umstellung auf erneuerbare Energien und andere Maßnahmen zur Verbesserung des Klima- und Umweltschutzes voranzutreiben. Die LfA Förderbank Bayern unterstützt Kommunen bei Investitionen in eine moderne Infrastruktur mit zinsgünstigen und langfristigen Förderkrediten. Allein in den ersten drei Quartalen dieses Jahres hat die LfA über 70 bayerischen Kommunen rund 90 Millionen Euro an Förderkrediten zugesagt. Bei größeren Projekten steht die staatliche Spezialbank kommunalen Unternehmen zudem als zuverlässiger Partner in Konsortialfinanzierungsrunden zusammen mit anderen Banken zur Seite.

BREITES BASISANGEBOT

Das Basisangebot der LfA zur Finanzierung von Maßnahmen in die öffentliche Infrastruktur ist der Infrakredit Kommunal. Gefördert werden etwa Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, einschließlich öffentlicher Personennahverkehr, die touristische Infrastruktur oder die Ver- und Entsorgung sowie die allgemeine Energieeinsparung und die Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger. Das gleiche gilt für Investitionen in Wissenschaft, Technik und Kulturpflege sowie in nicht umlagefähige Kosten für die Erschließung von Gewerbe- und Industrieflächen.

SPEZIALPROGRAMME ENERGIE UND BREITBAND

Mit Spezialprogrammen wie dem Infrakredit Energie bietet die Förderbank eine zinsgünstige Finanzierung von Maßnahmen zur Energieeinsparung von mindestens 20 Prozent. Das kann zum Beispiel die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen sein. Unter bestimmten EU-beihilferechtlichen Voraussetzungen ist auch die Umstellung auf erneuerbare Energieträger förderfähig.

Beim Ausbau der Breitbandnetze unterstützt die LfA zudem mit dem Infrakredit Breitband. Damit begleitet die LfA das Zuschussprogramm des Freistaats Bayern. Mit dem Förderdarlehen lässt sich der über den Zuschuss hinausgehende Eigenanteil der Gemeinden mit besonders günstigen Zinssätzen und langen Laufzeiten finanzieren.

ATTRAKTIVE KONDITIONEN

Neben äußerst günstigen Konditionen – mittlerweile sind je nach Marktlage auch Zinssätze im negativen Bereich möglich – bieten die Darlehen Städten und Gemeinden zahlreiche weitere Vorteile: Sie sind mit Laufzeiten von 10, 20 und 30 Jahren langfristig ausgerichtet und bieten so Planungssicherheit. Für den Infrakredit Kommunal bietet die LfA sogar eine optimierte Laufzeitvariante mit 20-jähriger Zinsbindung an. Kommunen haben zudem die Möglichkeit, je nach Laufzeit bis zu 2, 3 und 5 Tilgungsfreijahre in Anspruch zu nehmen. Der Finanzierungsanteil der LfA beträgt bis zu 100 Prozent der förderfähigen Investitionen bei Darlehen bis 2 Mio. Euro und maximal 50 Prozent der förderfähigen Kosten



Förderung von Maßnahmen in die öffentliche Infrastruktur. Bild: LfA

bei Darlehen über 2 Mio. Euro. Beim Infrakredit Energie liegt der maximale Darlehensbetrag bei 4 Mio. Euro pro Vorhaben. Investitionsvorhaben in Bereichen, in denen kommunale Gebietskörperschaften, deren rechtlich unselbstständigen Eigenbetriebe oder kommunale Zweckverbände eine im Widerspruch zum EU-Beihilferecht stehende wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, sind im Infrakredit Kommunal und Infrakredit Energie nicht förderfähig. Die Finanzierung zusätzlicher Investitionsbereiche, in denen die LfA nicht tätig ist, bietet die BayernLabo. ■

PERSÖNLICHE BERATUNG UND DIREKTE BEANTRAGUNG

Beantragt werden die Infrastruktur-Förderdarlehen direkt bei der LfA. Bei Fragen steht interessierten Kommunen das Team Infrastrukturfinanzierung der LfA telefonisch unter (089/ 2124 - 1505) oder per E-Mail (infra@lfa.de) zur Verfügung. Weitere Informationen gibt es unter:
www.lfa.de/infrastruktur



PARTNERSEITE



Sandra Ebenberger

ATENE KOM GMBH

Zukunft gestalten im ländlichen Raum

Wie werden ländliche Räume zu smarten Regionen? Welche technologischen Lösungen steuern die Verkehrsströme in der Stadt der Zukunft? Was macht Schulen zu digitalen Lernorten?

Bei der atene KOM gibt es Antworten auf die vielen Fragen zur Digitalisierung. Als verlässlicher Partner an der Seite der Kommunen begleitet die atene KOM deren Verwaltungen bei der digitalen Transformation und macht sie dabei zukunftsfest für das Zeitalter der Digitalisierung. Mehr als 500 Experten aus allen Fachrichtungen entwerfen Strategien und Konzepte für die öffentliche Hand, entwickeln maßgeschneiderte Geoinformationslösungen und steuern Prozesse, damit sich Projekte erfolgreich entwickeln und etablieren können. Mit Standorten in acht deutschen Bundesländern arbeitet die atene KOM aus der Region für die Region.

ENGAGEMENT IN BAYERN

In enger Kooperation mit beispielsweise dem Zentrum Digitalisierung.Bayern, ist die atene KOM bestrebt, das Netzwerk digitalisierungswilliger bayerischer Kommunen auf- und auszubauen. Bei TEMPUS, einem Pilotprojekt zum automatisierten, vernetzten Fahren im urbanen Raum, unterstützt die atene KOM die Landeshauptstadt München bei der Koordination der Partner. Ebenfalls in München arbeitet sie gemeinsam mit Partnern aus der Verwaltung und Bürgern an einem Integrierten Digitalen Entwicklungskonzept (IDEK) für ein Quartier im Osten der Stadt. Ihr Ziel dabei: Die Digitalisierung für und mit den Menschen vor Ort auszugestalten, um gemeinsam in eine lebenswerte Zukunft zu blicken. ■

www.atenekom.de


v.l. Sebastian Zurowski und Stefan Junger, Connect Com GmbH sowie Sascha Bunger, Max Wild GmbH

CONNECT COM GMBH

Flächendeckendes, schnelles Internet für den Landkreis

Um auch als kleine Gemeinde für die digitale Zukunft gerüstet zu sein, verlegt Hohentengen seit 2008 Glasfaser bis in die Wohnungen und Unternehmen – in Eigenregie und ohne Fördergelder.

Die Gründung des Eigenbetriebs Moderne Kommunikationstechnologie (MOKO) sowie der Betreibergesellschaft MKTH GmbH machen die Gemeinde Hohentengen zum Telekom-Full-Service-Anbieter. Mit dem über die Jahre erworbenen Glasfaser-Fachwissen unterstützt die MOKO nun den Landkreis Waldshut beim Bau des Backbone-Netzes. Mit dabei: die bewährten Glasfaser-Komponenten der Connect Com GmbH.

DANK GLASFASER-EXPERTISE ZUM BACKBONE-NETZ-BERATER FÜR DEN LANDKREIS

Andreas Nauroth, Leiter MOKO und Berater für den Landkreis Waldshut hat schon beim Bau des Glasfaser-Netzwerks Hohentengen auf die Beratung und die Produkte von Connect Com gesetzt. Gemeinsam wurde ein Prototyp für Waldshut-Tiengen entwickelt. Die Komplettlösung für die Technikzentralen (PoP) umfasst CARMA ODF-Racks inkl. Kabelkanalsystem, SLITE LWL-Patchpanels, LWL-Patchkabel und LWL-Kabel. Die Konfiguration bestand die Tests mit Bravour. Eine Gemeinde nach der anderen wird nun ans Landkreis-Netz angeschlossen. Bei der Verteilung der Glasfasern von der Hauseinführung zu den Wohnungen trifft man erneut auf Connect Com – hier werden BELUGA Spleißboxen eingesetzt.

„Mit Connect Com habe ich nicht nur einen Lieferanten, sondern einen Partner an meiner Seite. Mein Ansprechpartner ist kompetent und kümmert sich persönlich um meine Anliegen. Das entlastet mich in meiner täglichen Arbeit enorm“, so Andreas Nauroth, Leiter Moderne Kommunikationstechnologie (MOKO), Hohentengen. ■

Kontakt:
Stefan Junger
+49 160 979 123 97
stefan.junger@connectcom.de
www.connectcom.de

PARTNERSEITE



v.l. Alexander Holz und Rainer Hofmann

GABOCOM

Partner für die Netzwerke der Zukunft

Als führender Hersteller ganzheitlicher Mikrorohr- und Glasfaser-Management-Systeme bietet gabocom ein abgestimmtes Komplettsystem aus einer Hand, höchste Qualität und konstante Leistungsfähigkeit. gabocom begleitet die Projekte über die gesamte Dauer – von der Planung bis zur Schulung auf der Baustelle.

gabocom setzt Standards in Langlebigkeit und Effizienz. Mehr als 50 Jahre Branchenerfahrung und die stetige Ausweitung des Portfolios machen gabocom zu einem zuverlässigen und fortschrittlichen Ansprechpartner der Telekommunikationsbranche. Die Produktpalette umfasst vier umfangreiche Systemlösungen: Das speed•pipe® System zur Nutzung vorhandener Rohrsysteme und zur direkten Erdverlegung neuer Glasfasernetzwerke bis hin zur Reparatur belegter Kabelkanäle. Seit 2019 wird das System um Komponenten für Glasfaser-Management-Systeme ergänzt. Neue Netzwerke in Gebäuden gestalten sich mit speed•pipe® indoor sicher und zuverlässig. Als führender Anbieter von Komplettlösungen für den Netzwerkausbau bietet gabocom neben Branchenerfahrung und technischer Expertise auch erstklassigen Kundenservice und Support. Die Produkte werden nach höchsten Standards lokal hergestellt und erfüllen die Vorgaben der bayerischen Gigabit- sowie der Breitbandförderung des Bundes. ■ www.gabocom.de



Andreas Gläser

OPTERNUS GMBH

Optische Spleiss- und Messtechnik

Seit 20 Jahren ist Opternus der Spezialist, wenn es um optische Spleiss- und Messtechnik geht. Spleissen ist die besondere Verbindungstechnik von Glasfasern. Seit 2018 gehört das Unternehmen zur Hexatronic-Gruppe. Der Leitspruch der Firma lautet: „Wir verkaufen nicht einfach Geräte, wir liefern Ihnen Lösungen." Und so runden eine exklusiv zertifizierte Servicewerkstatt, der Pre- und After-Sales Support sowie eigene Finanzierungsangebote das Produktportfolio ab.

Für Glasfasereinsteiger, also Installateure oder Unternehmen, die sich gerade in den Bereich der Glasfaserhausnetze, der so genannten Netzebene 4, einsteigen, hat Opternus ein besonderes Angebot zu einem vergünstigen Setpreis: Die technische Grundausstattung im Set, bestehend aus dem Spleissgerät Fujikura 41S mit integrierter Arbeitsplattform, Werkzeugen und dem fortschrittlichen Trenngerät CT-50 sowie dem Glasfasermultimeter EXFO OX1-I-88. Für alle Geräte gilt: Service und Support „Made in Germany" in Bargteheide/Hamburg. ■

Damit der Einsatz auch gleich klappt und sicher und effektiv auf der FTTx-Baustelle gemessen und gespleisst wird, bietet Opternus die passenden Schulungen.

Weitere Informationen unter: www.opternus.de/ne4-set



PARTNERSEITE



Hartmut Börstler

ELTEK DEUTSCHLAND GMBH

Hocheffiziente Stromversorgung für den Breitbandausbau

Kapazität und Verfügbarkeit moderner Telekommunikationsnetze müssen selbst bei Netzausfall voll gewährleistet bleiben. Stromversorgungs- und Netzersatzsysteme sorgen dafür, dass alle kritischen Anwendungen stabil und unterbrechungsfrei weiterlaufen. Aber nicht nur zur Sicherheit des Netzbetriebes, sondern auch zur Senkung der Betriebskosten und Reduktion des CO2-Fußabdrucks kann die eingesetzte Stromversorgungslösung entscheidend beitragen.

Hohe Wirkungsgrade, hohe Leistungsdichte, hohe Zuverlässigkeit garantieren Systeme der Firma Eltek Deutschland. Zum Einsatz kommen z.B. Module der Serie „FlatpackS“, die sich insbesondere durch eine Leistungsdichte von 47W/inch3 und einem Wirkungsgrad von >96 Prozent auszeichnen. Mit den kompakten Hocheffizienzmodulen lassen sich Anlagen individuell realisieren und flexibel erweitern. Als Komplettanbieter für Stromversorgungen bietet Eltek Deutschland auch sämtliche Planungs-, Installations- und Serviceleistungen zur schlüsselfertigen Abwicklung von Projekten an.

Seit Jahrzehnten engagiert sich Eltek Deutschland mit innovativen Stromversorgungstechnologien dafür, den Betrieb von unternehmenskritischer Ausrüstung optimal abzusichern. Über 130 Jahre Erfahrung im Bereich Elektrotechnik und Stromversorgungstechnologie in Deutschland begründen das Expertenwissen. ■

www.eltek.de



Lukas Schmidt

EMTELLE GMBH

Starke Verbindungen für starke Verbindungen

Eine Verbindung für die Zukunft – das ist Ziel eines jeden Glasfasernetzes. Doch nicht nur starke Datenverbindungen sind hiermit gemeint. In jedem Netzwerk gibt es zahlreiche Verbindungsstellen, sei es im Schacht, an Stichstraßen oder am Abzweig zum Gebäude. Sind diese Verbindungen nicht entsprechend zugfest, druckdicht und schlagfest, entwickeln sie eine Schwachstelle im gesamten Netz was dazu führt, dass Installateure beim Einblasen erneut aufgraben müssen.

Das „OneDig“-Konzept, mit dem Emtelle seine Produkte entwickelt, liefert Lösungen mit denen nur einmal aufgegraben muss. Mit der neuen Push-Fit Reihe präsentiert Emtelle in diesem Zuge eine Weltneuheit im Hinblick auf Steckverbindungen in FTTH Netzwerken. Eine brandneue Fittingrange zum druckdichten Verbinden von Mikrorohren. Dank innovativem zylindrischem und glasklarem Design bietet dieser innovative Fitting optimale Sichtprüfung beim Stecken und reduziert Quetschlastpunkte zwischen benachbarten Mikrorohren auf ein Minimum. Der Fitting bietet eine einzigartige Stoßfestigkeit von 30 Joule mit ultimativem Schutz vor äußeren Einwirkungen und Stößen. Durch die clevere Push-Fit Lock Technologie ist der Fitting ohne Vorkehrungen einfach zu Stecken und kann bei Bedarf durch ein innovatives, eingebautes Entriegelungssystem durch simples Drehen und Drücken wieder gelöst werden – ganz ohne Fummelarbeit. Zugfest wird der Fitting dank der Klemmzähne aus korrosionsfreiem Edelstahl – für eine wortwörtlich langfristige Verbindung. ■

www.emtelle.de

PARTNERSEITE



v.l. Jiong Yin und Martin Schwenke

GVG GLASFASER GMBH

Starker Partner für Kommunen

Die Unternehmensgruppe GVG Glasfaser plant, baut und betreibt hochmoderne Glasfasernetze deutschlandweit. Ziel ist eine flächendeckende Breitbandversorgung auch außerhalb von Ballungsräumen. Für Gemeinden in Bayern schafft das Unternehmen die schnelle, zukunftsweisende Glasfaseranbindung.

Die GVG ist Spezialist für flächendeckende Breitbandversorgung auf Basis modernster Glasfaser. Gemeinsam mit Kommunen werden Lösungen entwickelt, um Regionen mit leistungsstarken FTTH-Infrastrukturen zu versorgen. Die GVG deckt dabei alle Komponenten des Glasfaserausbaus ab und bietet von der Planung über den Bau bis hin zum Betrieb und Kundensupport alles aus einer Hand.

Kommunen können dabei sicher auf die Versorgung durch die GVG zählen, denn das Unternehmen hat starken und langfristigen Rückenwind dank des Investors Palladio Partners aus Frankfurt am Main.

Als einer der führenden Glasfaseranbieter bringt die GVG genau die Erfahrung mit, die für den Breitbandausbau in Bayern nötig ist. Deutschlandweit tritt die GVG mit ihrer frischen Marke teranet auf. Insgesamt zählt die GVG-Gruppe inzwischen mehr als 74.000 Kunden in über 170 Kommunen in den Bundesländern Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Für eine optimale Realisierung setzt die GVG dabei auf regionale Vernetzung – die Mitarbeiter sind direkt vor Ort und arbeiten mit einer Vielzahl professioneller und erfahrener Partner aus der Region zusammen. ■

Kontakt
Gebietsleiter Bayern:
Martin Schwenke, +49 941 600 94 394,
martin.schwenke@gvg-glasfaser.de



Alexandra Ritter und Peter Tiedtke

RADIUS SYSTEMS LTD

PE-Schutzmaterialien für Telekommunikations- und Breitbandausbau

Radius Systems ist eines der führenden Unternehmen für hochwertige PE-Schutzmaterialien für den Telekommunikations- und Breitbandausbau und ist besonders auf Glasfaser-Lösungen spezialisiert. Radius Systems ist bekannt für seine Schutzrohr-Systeme, für seine gas- und wasserdichten Verbinder und effizienten Kabelschutzrohre, die aus bis zu 24 Mikrorohren + Mittelrohr (auf Kundenwunsch erweiterbar, eigenes Entwicklungsteam) bestehen. Durch eine Reihe patentierter Lösungen lassen sich die Glasfaserkabel weiter einblasen als je zuvor und die Schutzrohre werden auch als einer der wenigen Anbieter am Markt unter den strikten Bedingungen des SKZ-Zertifikats produziert.

UMFANGREICHES PORTFOLIO

Das Portfolio der Radius Telecoms erstreckt sich von Mikrorohren, die zum Einblasen im klassischen FTTx-Ausbau mittels Erdverlegung oder Spülbohrung verwendet werden, bis hin zu Lösungen zum Einblasen von Glasfaserkabeln in Gebäuden (auch LSZH). Seit mehr als 31 Jahren ist Radius Systems auch mit seinen Radbox-Kabelkanalschächten zur Aufnahme von z.B. Matrix-Muffen so erfolgreich, dass Radius Systems zum Marktführer in mehreren europäischen Ländern avanciert ist. ■

Die Kontaktmöglichkeiten, um die Innovationen der Radius im eigenen Glasfaserprojekt für sich nutzbar zu machen, sind:

Alexandra Ritter, +49 173 431 6544,
alexandra.ritter@radius-systems.com
Peter Tiedtke, +49 177 8433853,
peter.tiedtke@radius-systems.com

PARTNERSEITE



v.l. Tilo Heinze und Frank Brodkorb

RAYCAP GMBH

Breitband-Ausbau: Standorte schaffen und schützen

Der Breitbandausbau in Deutschland soll in den kommenden Jahren massiv vorangetrieben werden. Um die empfindliche FTTH-Netzinfrastruktur vor Schäden von außen zu schützen, wird besonders robuste passive Infrastruktur benötigt.

Raycap setzt deshalb bei seinen Netzverteilern, kurz NVT, auf Gehäuse aus korrosionsfreiem Aluminium. Die Produktserie ist in fünf Standardgrößen verfügbar. Die Netzverteiler der NVT-Serie von Raycap entsprechen dem Materialkonzept des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und sind auch für das Netz der Deutschen Telekom zugelassen. Sie sind in Anlehnung an die Widerstandsklasse RC2 (DIN EN 1627-1630) extrem robust und widerstandsfähig gegenüber äußeren Einflüssen. Die Gehäuse schützen nicht nur vor äußerer Gewalteinwirkung, sondern erschweren durch die 3-Punkt-Verriegelung und das optionale elektronische Schließsystem außerdem den unbefugten Zugriff und schützen damit die Netzinfrastruktur vor Beschädigung oder Manipulation. Mit Schutzgrad IP55 sind sie darüber hinaus äußert witterungsbeständig. Anders als bei Kunststoffgehäusen dringt Schmutz bei den Metallgehäusen auch über lange Zeit nicht in die Pulverbeschichtung ein, sondern lagert sich nur auf der Oberfläche ab und ist leicht zu entfernen. Eine optionale Anti-Graffiti-Beschichtung gewährleistet zudem, dass auch Sprayfarben leichter von der Oberfläche entfernbar sind. Die Metallgehäuse machen die Netzverteiler nicht nur ausgesprochen robust und widerstandsfähig, sondern auch langlebig – das schont Ressourcen und die Umwelt. ■

Kontakt: Volker Lange, telecom@raycap.de



v.l. Ralf Stratmann und Gerhard Kaiser

UNSERE GRÜNE GLASFASER GMBH & CO. KG (UGG)

Schnelles Glasfaser-Internet für ländliche Regionen

„Wir arbeiten daran, schnelle Internetverbindungen anbieterneutral in ganz Deutschland verfügbar zu machen. Das heißt, wir bieten eine Open-Access Infrastruktur. Dazu werden leistungsfähige Glasfaser-Netzwerke (Fiber to the home, kurz: FTTH) mithilfe modernster Bautechniken in kürzester Zeit umweltverträglich implementiert. Als Joint Venture aus Telefónica und Allianz Global Investors nehmen wir dafür keinerlei öffentliche Mittel in Anspruch. Das verlegte Glasfasernetz ist stabil und leistungsfähig“, heißt es von Unternehmensseite.

Damit Bürgerinnen und Bürger kurzfristig von den neuen Strukturen profitieren, wartet UGG nicht auf die Erreichung von Quoten, sondern startet direkt nach unterschriebener Absichtserklärung. Erste Projekte werden zum Beispiel bereits in Rheinland-Pfalz, Hessen und Sachsen umgesetzt.

BÜRGERMEISTERIN NADINE BRINETTE AUS CONTWIG (RHEINLAND-PFALZ) BERICHTET VON DER ZUSAMMENARBEIT MIT UGG:

„Eine schnelle und zuverlässige Internetanbindung ist eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinde und bietet echte Mehrwerte für den sozialen und beruflichen Lebensalltag. Mit UGG haben wir einen verlässlichen Partner gefunden, der uns mit seiner langjährigen Expertise auf diesem Weg begleitet.“

Auch 2022 arbeitet UGG weiter daran, ländliche Regionen mit schnellem Internet zu versorgen. ■

Kontakt:
0800 410 1 410 111, info@unseregrueneglasfaser.de

Terminhinweise 2022

VERANSTALTUNG 1

ONLINE EXPERTENRUNDE

Heimische Rohstoffe,
Gewinnung, Recycling:
Entsorgung und Artenschutz

24.03.2022

www.bayerisches-infrastrukturforum.de

VERANSTALTUNG 2

13. BAYERISCHES ENERGIE FORUM

02.06.2022

im Bürgerhaus Garching

www.bayerisches-energieforum.de

VERANSTALTUNG 3

9. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

13.10.2022

www.bayerisches-breitbandforum.de

IMPRESSUM:
Sonderdruck Nr. 24/2021 der
Bayerischen GemeindeZeitung

Redaktion: Constanze von Hassel
Doris Kirchner
Gerhard Kafka
Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: Jessica Maiwald-Kassner,
sonst wie angegeben
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Anzeigenleitung: Monika Steer
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg

ADTRAN

Regionale und städtische Netzbetreiber

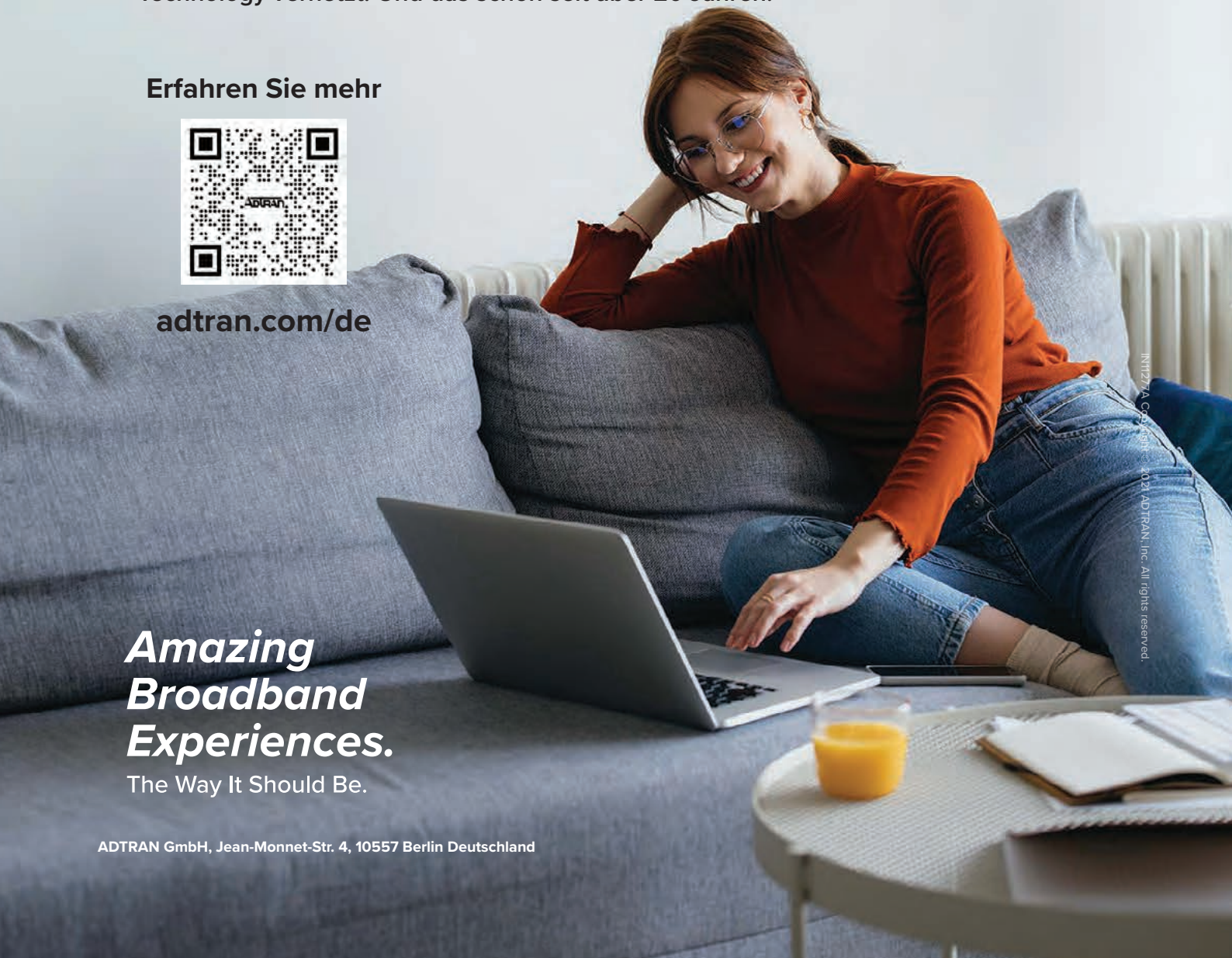
Machen Sie Ihr Netzwerk zukunftssicher mit Combo PON

Combo PON

- 50 % grüner
- 20 % mehr Abdeckung
- 25 % längere Lebensdauer

Beginnen Sie mit der kostengünstigeren GPON Lösung und migrieren Sie nahtlos zu XGS-PON - ohne zusätzliche Installationskosten.

Bereits jeder 3. Haushalt in Deutschland ist durch ADTRAN Technology vernetzt. Und das schon seit über 20 Jahren!



Erfahren Sie mehr

adtran.com/de

Amazing Broadband Experiences.

The Way It Should Be.

ADTRAN GmbH, Jean-Monnet-Str. 4, 10557 Berlin Deutschland

IN1127A Copyright © 2021 ADTRAN, Inc. All rights reserved.